http://www.pi-news.net/2016/09/kirchen-asylant-vergewaltigt-sechsjaehrige/#more-533806
Kirchen-Asylant vergewaltigt Sechsjährige
Schönhausen: Ein 34-jähriger Iraner soll eine Sechsjährige aus dem Landkreis Stendal am Samstagnachmittag in der Kirche von Schönhausen sexuell missbraucht haben. Der Mann hatte sich nach Angaben der Stendaler Staatsanwaltschaft zur Tatzeit im Rahmen des „Kirchenasyls“ in dem Gotteshaus aufgehalten. Das Kind sei dort zu Besuch gewesen. Die Kriminalpolizei hat Spuren gesichert und den Tatverdächtigen noch am selben Abend vorläufig festgenommen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ der zuständige Richter Haftbefehl wegen des dringenden Tatverdachts einer Straftat des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Der 34-Jährige sitzt nunmehr in Untersuchungshaft, teilt die Staatsanwaltschaft weiter mit.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelsommer
Augsburg: Die Polizei hatt fünf junge Männer festgenommen, die am Samstagabend in der Nähe des Plärrers auf offener Straße zwei Frauen bedrängt und belästigt haben. Der Vorfall spielte sich gegen 22.40 Uhr in der Seitzstraße in Oberhausen ab. Wie die Polizei meldet, wurden die jungen Frauen im Alter von 17 und 18 Jahren von den fünf jungen Männer an Brust und Gesäß bedrängt. Die Täter näherten sich den beiden Frauen demnach mit dem sogenannten Antanz-Trick, bei dem die Opfer meist durch tänzelnde Bewegungen abgelenkt und daraufhin bestohlen werden. Im aktuellen Fall wurde den beiden Frauen nichts entwendet. Die Tatverdächtigen, fünf afghanische Flüchtlinge im Alter von 17 bis 21 Jahren, konnten kurz nach dem Vorfall im Rahmen einer Fahndung auf dem Plärrergelände erkannt und festgenommen werden. Gegen sie wird wegen sexueller Beleidigung ermittelt.
Ihringshausen: Die Kasseler Polizei fahndet nach einem 40 bis 50 Jahre alten Mann mit schwarzen Haaren und dunklem Teint, der am Samstagabend an der Bushaltestelle „Kirche“ im Fuldataler Ortsteil Ihringshausen ein 14-jähriges Mädchen begrapschte. Wie die 14-Jährige später der Polizei berichtete, hatte sie sich gegen 19.15 Uhr an der Haltestelle in der Ortsmitte von Ihringshausen aufgehalten und auf den Linienbus gewartet. Zu dieser Zeit war sie nicht alleine. Ein ihr unbekannter Mann wartete ebenfalls auf den Bus, dessen Fahrt auf dieser Strecke im Fuldataler Ortsteil Rothwesten endet. Noch während des Wartens sprach der Unbekannte die Jugendliche an und bot ihr eine Zigarette an. Sie lehnte ab, der Unbekannte ließ nicht locker und stellte ihr einige Fragen. Schließlich griff er der Schülerin in die Haare, täuschte offenbar vor, ein Insekt zu entfernen und fasste sie dabei unsittlich an. Die Jugendliche verhielt sich daraufhin ganz richtig. Sie wich zurück und begab sich sofort in die Nähe anderer Menschen. Sie ging in die benachbarte Eisdiele und verständigte von dort ihre Mutter. Dabei konnte das Opfer den Mann noch in den Bus in Richtung Rothwesten einsteigen sehen. Mutter und Tochter suchten schließlich gemeinsam das Polizeirevier in Vellmar auf und erstatteten Anzeige gegen den Unbekannten. Das Opfer beschrieb den Täter als 40 bis 50 Jahre alt und etwa 1,75 Meter groß. Er habe kurze schwarze Haare, braune Augen und einen dunklen Teint gehabt.
Dillingen: Auf dem Weg zur Arbeit ist eine junge Frau am Samstagmorgen von einem dunkelhäutigen Mann belästigt worden. Mitten in Dillingen forderte er sie zum Geschlechtsverkehr auf und ließ sie nicht gehen. Der Vorfall ereignete sich nach Angaben der Polizei am Samstag gegen 5.45 Uhr. Als die Auszubildende auf dem Weg am Kreisverkehr beim Kasernplatz vorbei kam, fiel ihr schon der Mann auf. Er sprach sie auf englisch Sprache an und forderte sie zum Geschlechtsverkehr auf. Die Auszubildende lehnte zwar ab und wollte weiter laufen. Doch der Täter hielt sie am Arm fest. Da kam zufällig ein Lastwagen vorbei. Der Fahrer erkannte die Situation, hielt an, stieg aus und kam der jungen Frau zu Hilfe. Daraufhin verschwand der Unbekannte in Richtung Stadtberg. Der Mann ist dunkelhäutig, etwa 20 Jahre alt, 1,90 Meter groß und schlag.
Weyhe: Ein 16-jähriges Mädchen ist laut Polizeiangaben am Samstagmorgen gegen 2 Uhr im Rahmen der Festlichkeit „Weyhe Total“ in der Nähe des Weyher Marktplatzes von einem unbekannten Jugendlichen belästigt worden. Ein zunächst unbekannter Mann soll auf sie zugekommen sein und sie zu Boden gestoßen haben. Anschließend setzte sich der Mann auf sie und versuchte, die Jugendliche zu küssen. Ein Begleiter der 16-Jährigen vertrieb den Mann schließlich. Die Ermittlungen richten sich mittlerweile gegen einen 17-jährigen Iraker. In der nachfolgenden Nacht meldete sich ein unbekanntes Mädchen bei den dortigen Streetwatchern und gab an, dass ein Mann auf dem Marktgelände versucht habe, sie zu küssen.
Essen: „Es ist schon ein seltsames Gefühl, wenn man sich an einem heißen Sommertag im Grugabad umsieht und in der Überzahl Menschen anderer Herkunft sieht, vornehmlich Männer. Besonders zurückhaltend in ihrer

Stimmlage sind sie nicht und fallen dadurch noch mehr auf. Spätestens ab 13 Uhr denkt man, man wäre im Ausland, so als ganz normaler Deutscher. … Besonders unangenehm sind mir die Blicke der Männer im Wellenbad aufgefallen, die gerne von unten zuschauen, wie man die Leitersprossen aus dem Wasser hinaufsteigt.
Warendorf: Am Mittwoch, 14.9.2016, gegen 17.00 Uhr, zeigte sich ein Mann auf der Sedanstraße in Ahlen in schamverletzender Weise. Der Unbekannte überholte zuvor mit seinem Fahrrad eine 77-jährige Ahlenerin. Diese war mit ihrem Hund auf einem parallel zum Konrad-Adenauer-Ring verlaufenden Fußweg in Richtung Westfriedhof unterwegs. Der Mann bog in die Sedanstraße ab und blieb stehen. Als die Seniorin den Unbekannten passierte, hatte dieser seine Hose geöffnet und zeigt der Frau sein Glied. Kurz darauf fuhr der Verdächtige in Richtung Westfriedhof weiter. Die Zeugin beschreibt den etwa 1,70 Meter bis 1,75 Meter großen, schwarz gekleideten Mann als gepflegten südländischen Typ.
Oberhausen: Die Polizei Oberhausen fahndet derzeit nach einem Mann, der gestern (13.09.) zwei 15-jährige Mädchen beim Baden belästigt hat. Gegen 16:30 Uhr befanden sich die Mädchen im Wasser des Rhein-Herne-Kanals im angrenzenden Bereich der Rosenstraße. Unvermittelt näherte sich ihnen ein unbekannter Mann, der die beiden Mädchen gegen ihren Willen an verschiedenen Körperbereichen unsittlich berührte. Die Mädchen stiegen aus dem Wasser, woraufhin ihnen der Täter folgte, eine der beiden umarmte und sie küsste. Die 15-Jährige wehrte sich dagegen körperlich und schrie laut um Hilfe, woraufhin der Täter zu Fuß am Kanalufer entlang zunächst in Richtung Duisburg und dann über die Ruhrorter Straße/Grünstraße flüchtete.
Beschreibung: südländisches Erscheinungsbild, ca. 185cm groß.
Bad Mergentheim: Gemeinsam gingen eine 19-Jährige und ein 24 Jahre alter Mann am vergangenen Dienstag auf einen Weg neben dem Gemeindezentrum in Bad Mergentheim um dort miteinander zu reden. Dort bedrängte der Mann die Frau, da sie sich aber wehrte, kam es zu keinen unsittlichen Berührungen. Daraufhin nahm der Albaner ihre Handtasche und stahl aus dieser den Geldbeutel. Als er wegging, verfolgte ihn die Frau und wollte ihm ihren Geldbeutel wieder wegnehmen. Mehrmals drückte er die Bestohlene weg.
St. Georgen/Altötting: Im Schwimmbad des Freizeit- und Erholungszentrum St. Georgen wurde ein 12-jähriges Mädchen von einem Jugendlichen geküsst und begrabscht. Während das Kind den Vorgang beim Bademeister meldete, entfernte sich der bislang unbekannte junge Mann. Das Mädchen war am Samstag, den 10.09.16 im Freibad St. Georgen. Sie freundete sich wohl zunächst mit einem ihr nicht näher bekannten Jugendlichen an, der dort auch im Freizeitbecken war. Im Bereich der Rutsche versuchte er ihr dann unvermittelt einen Kuss zugeben und streichelte sie über dem Badeanzug an der Brust. Die 12-Jährige aus dem Landkreis Altötting ging daraufhin zum Bademeister und erzählte ihm von dem Vorfall. Der Junge verließ im Anschluss das Schwimmbad, wobei er am Bademeister und dem Mädchen vorbei ging und sie noch grüßte. Das Mädchen sagte jedoch nicht, dass dies der Junge war, der sie zuvor küssen wollte. Sie wurde später von der Großmutter abgeholt. Anhand der Beschreibung durch das Mädchen und weiteren Hinweisen dürfte es sich vermutlich um einen 14-jährigen Jungen aus dem örtlichen Wohnheim handeln. Die Kripo Mühldorf hat die Ermittlungen aufgenommen. Der Junge wird wie folgt beschrieben: ca. 150cm groß, schlank, schwarze, glatte Haare in Form eines Irokesenschnitts hochgegelt, dunklere Hautfarbe, spricht gebrochen deutsch.

pi-news.net/2016/09/40-und-31-jaehrige-vergewaltigt-merkelherbst/
40- und 31-Jährige vergewaltigt #Merkelherbst
Erding: Es war ein schneller Fahndungserfolg, den die Kripo Erding in der Nacht auf Donnerstag erzielt hat: Nur vier Stunden nach einer schweren Sexualstraftat mitten in der Erdinger Altstadt wurde der mutmaßliche Täter gefasst. Es handelt sich um einen 23 Jahre alten Türken, der in Erding wohnt und den Behörden als Gewalttäter von erschreckender Brutalität bekannt ist. Er befindet sich in Haft.
Nach ersten Ermittlungen kannten sich Opfer und Täter. Die 40 Jahre alte Frau und der 23 Jahre alte Mann sollen sich am Mittwochabend das erste Mal begegnet sein und diesen gemeinsam verbracht haben. Nach Informationen unserer Zeitung wollte die Frau, die einen Hund besitzt, gegen 2 Uhr noch einmal zu einem Freischachfeld mit Sitzbänken am Fehlbach zwischen der Münchener Brücke und dem Steg zum Landratsamt.
Direkt am Ufer schlug der Mann gegen 2.30 Uhr zu. Mit roher Gewalt vergewaltigte der Türke die 40-Jährige. Am Tatort, der am Donnerstagvormittag wieder freigegeben wurde, finden sich mehrere Schleifspuren. Das Opfer musste nicht nur die Vergewaltigung hilflos über sich ergehen lassen.

Danach wurde sie Opfer massiver Gewalt. (Kommentar PI: Die Polizei verschweigt übrigens den Fachkräftehintergrund).

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelherbst

Hamburg: Beamte des Polizeikommissariates 27 haben einen 31-jährigen Marokkaner wegen des Verdachts der Vergewaltigung vorläufig festgenommen. Das Landeskriminalamt 42, Fachkommissariat für Sexualdelikte, hat die Ermittlungen übernommen. Täter und Opfer (26) hatten sich zunächst in einem Lokal kennengelernt und dieses auch gemeinsam verlassen. Plötzlich zwang der Täter die Frau unter Anwendung von Gewalt in ein leerstehendes Gewerbegebäude zu gehen und missbrauchte sie dort sexuell. Dabei bedrohte er sie, sodass sie auch sexuelle Handlungen an ihm vornehmen musste. In einem günstigen Moment gelang der Geschädigten die Flucht. Am Mittwochabend erkannte die Geschädigte den Mann in einem Lokal wieder und verständigte die Polizei. Die eingesetzten Beamten nahmen den Tatverdächtigen vorläufig fest. Am Tatort wurden umfangreiche Spurensicherungsmaßnahmen durchgeführt. Der Beschuldigte machte keine Angaben. Er wurde erkennungsdienstlich behandelt; die Staatsanwaltschaft Hamburg führt den Beschuldigten einem Haftrichter vor.

Türkei: Eine deutsche Touristin soll im Türkei-Urlaub vergewaltigt worden sein. Die 17-Jährige, die in den Urlaubsort Side gereist war, beschuldigt zwei Hotel-Animateure, sich in einer Nebenstraße an ihr vergangen zu haben. Die beiden Männer wurden festgenommen. Das berichtet die „Türkei-Zeitung“. Demnach sprachen die Männer die Urlauberin in einer Diskothek an und nahmen sie in einem Auto mit. Warum die Frau zu dem Duo ins Auto stieg, ist nicht bekannt. In dem Bericht heißt es lediglich, dass die Männer mit ihr in eine Nebenstraße fuhren, wo sie die Tat begangen haben sollen. Die Jugendliche habe anschließend direkt bei der Polizei Anzeige erstattet. Ein Haftrichter schickte die beiden Männer ins Gefängnis. Weitere Hintergründe zu der Tat sind nicht bekannt.

Bad Homburg: In Steinbach wurde gestern Abend eine Frau von einem bisher unbekannten Mann verfolgt und festgehalten. Die Geschädigte setzte sich aber zur Wehr und konnte flüchten. Ein sexueller Hintergrund wird nicht ausgeschlossen. Die 19-Jährige befand sich gegen 20:55 Uhr mit ihrem Hund in der Industriestraße, als ihr eine männliche Person auffiel, der ihr offensichtlich folgte. Nachdem die Heranwachsende stehenblieb, kam der Täter auf sie zu, packte sie von hinten an den Hals und hielt ihr den Mund zu. Die junge Frau setzte sich zur Wehr und biss dem Unbekannten in die Hand, worauf dieser die Umklammerung löste und die Angegriffene flüchten konnte. Die 19-Jährige zog sich leichte Verletzung zu. Der Täter soll ca. 20 bis 25 Jahre alt und sehr schlank gewesen sein. Er hatte nach Angaben der Frau ein „indisches Aussehen„.

Meschede: Am Dienstag gegen 18:45 Uhr belästigte ein junger Mann an der Straße „Am Hohlweg“ ein 12-jähriges Mädchen. Der Mann sprach das Mädchen zunächst gegen 16:45 Uhr an. Sie ignorierte den Jungen und ging weiter zur Turnhalle. Nach etwa zwei Stunden trat das Mädchen mit zwei jüngeren Kindern den Heimweg an. Vor der Halle stand der Mann und sprach das Mädchen im Bereich der Treppe erneut an. Er versuchte ein Foto zu machen. Das Mädchen wich aus und sagte, dass sie in Ruhe gelassen werden möchte. Als sie weitergehen wollte umarmte der Junge das Mädchen und gab ihr einen Kuss. Erst als sie sich körperlich wehrte und eine weiteres Mädchen hinzukam, rannte der junge Mann in Richtung Pulverturm davon. Der junge Mann kann wie folgt beschrieben werden: Etwa 15 bis 17 Jahre alt; circa 1,70 Meter groß; schlanke Figur; kurze schwarze Haare; dunkle Hautfarbe; bekleidet mit einem grauen T-Shirt und eine blauen Jeanshose. Der junge Mann sprach in einem gebrochenen deutsch und war nur schwer zu verstehen.

Hannover: Der Jugendliche war vor knapp zwei Jahren als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus Syrien nach Hannover gekommen. Jugendrichterin Jutta Glahn verurteilte ihn in nicht öffentlicher Sitzung wegen Körperverletzung und Nötigung. Der Angriff sei massiv gewesen, das Opfer habe erheblich unter den Folgen zu leiden. Der Jugendliche müsse lernen, so die Richterin, das Selbstbestimmungsrecht von Frauen zu akzeptieren. Der Übergriff ereignete sich in einer Novembernacht 2015 kurz vor 1 Uhr. Der Jugendliche beugte sich unvermittelt über die 24-jährige Erzieherin, die während ihrer Nachtschicht am Schreibtisch saß, und küsste sie ins Gesicht. Dann schlang er seine Arme um sie und küsste sie erneut. Kurzzeitig gelang es der angehenden Sozialarbeiterin, den Jugendlichen wegzudrücken, doch als sie den Raum verlassen wollte, packte er sie von hinten und befingerte ihre Brüste. Obwohl das Opfer mehrmals laut „Nein“ schrie, kam der 14-

Jährige immer wieder auf die Erzieherin zu und versuchte, sie festzuhalten. Erst als sie den Jugendlichen kratzte und zu weinen begann, ließ er von ihr ab. „Er war völlig fixiert auf mich“, sagte die junge Frau bei ihrer Zeugenvernehmung. Bis heute habe sie die Attacke im Kinderheim nicht verarbeitet. Es gibt Zweifel, ob der Flüchtling wirklich erst 14 Jahre alt ist, möglicherweise ist er auch schon zwei Jahre älter. Bei seiner Einreise aus Syrien wartete er jedenfalls mit Alias-Identitäten auf. Im November 2015 wurde dem Asylbewerber in Deutschland eine Duldung zugestanden. Dass er aufgrund des sexuellen Übergriffs nach Syrien zurückgeschickt wird – was eine Angelegenheit der Ausländerbehörde wäre –, hält Gerichtssprecher Jens Buck für unwahrscheinlich: „So lange dort Krieg herrscht, wird man ihn nicht abschieben können.“

Kassel: Ein bislang unbekannter Mann bedrängte und begrapschte am gestrigen Donnerstagabend an der Haltestelle „Rathaus / Fünffensterstraße“ eine 21 Jahre alte Frau aus Kassel. Die Ermittler des für Sexualdelikte zuständigen Kommissariats 12 der Kasseler Kripo suchen nun nach einem schlanken 20- bis 25-Jährigen, der mit einer Größe von 1,65 m, dunklen Haaren, dunklen Augen und als Südländertyp beschrieben wurde. Er trug zur Tatzeit eine graue Jogginghose, ein marineblaues T-Shirt mit gelben Schriftzug „Original“ und der weißen Ziffer „72“ sowie helle Turnschuhe. Wie die junge Frau den Beamten des Polizeireviers Süd-West am gestrigen Abend zu Hause berichtete, war sie gegen 21.15 Uhr von dem Unbekannten angegangen worden. Sie hielt sich zu dieser Zeit im Wartehäuschen der Haltestelle auf und blickte auf die Fahrplanzeiten. Plötzlich und unvermittelt trat der Mann, der zuvor im Wartehäuschen saß, an sie von hinten heran und drückte sie fest gegen die Glasscheibe. Dabei habe er sie unsittlich angefasst und versucht, sie auf den Mund zu küssen. Es gelang ihr, sich aus der Bedrängnis zu winden und zu flüchten. Das Opfer hatte sich anschließend zunächst nach Hause begeben und von dort aus die Polizei verständigt. Die Fahndung verlief bislang ohne Erfolg.

Hauzenberg. Am Samstagabend hat ein 36-jähriger Asylbewerber mit seinem Smartphone im Umfeld der Dult mehrere Mädchen fotografiert. Als diese ihn aufforderten, dies zu unterlassen, beleidigte er sie und verschwand zunächst auf dem Festgelände. Dort machte er dann in der Nähe der Autoscooter erneut Fotos von einer jungen Frau und rieb sich dabei selbst an der Hose im Schritt. Der Mann konnte von den Sicherheitskräften festgehalten und der Polizei übergeben werden. Da er erheblich alkoholisiert war, wurde er zur Polizeiinspektion gebracht und zur Unterbindung weiterer Straftaten ausgenüchtert. Im Haftraum randalierte der Mann dann und zerstörte die Matratze in der Zelle. Ihn erwartet nun Anzeige wegen mehrerer Beleidigungsdelikte und wegen Sachbeschädigung.

Regensburg: Auf der Heimfahrt wurde eine junge Frau am Bahnhof Sinzing von einem unbekannten Mann bedrängt. Die Frau stieg am Freitag kurz vor 4 Uhr am Hauptbahnhof Regensburg in einen Zug nach Sinzing ein. Bereits hier stellte sich ein unbekannter Mann trotz mehrfacher Ablehnung durch die Dame als nächtlicher Begleiter zur Verfügung. Gegen 4.15 Uhr stiegen beide Personen aus und passierten schließlich am Bahnhof Sinzing die Fußgängerunterführung zum Minoritenweg. Hier drückte die unbekannte Person die Frau mit den Händen gegen die Mauer und versuchte, den körperlichen Kontakt zu verstärken. Der Frau gelang es schließlich den unbekannten Mann von sich wegzuschubsen und in Richtung Kirche zu flüchten. Der unbekannte Täter wird wie folgt beschrieben: Ungefähr 22 Jahre alt, schlank, 180 bis 185 Zentimeter groß, südländisches Aussehen, schwarze kurze Haare, Vollbart.

Linz: Acht Monate Haft, davon zwei unbedingt: Diese Strafe fasste ein afghanischer Asylwerber aus, nachdem er Anfang Juli – wie berichtet – in einem Linzer Freibad eine Zehnjährige begrapscht hatte. Der Onkel (50) des Mädchens kam letztlich straffrei davon – er hatte dem nunmehr verurteilten Sextäter eine Ohrfeige verpasst. Der junge Asylwerber (17) hatte am 10. Juli im Hummelhofbad ein zehnjähriges Mädchen dreimal über der Bikinihose begrapscht. Der Onkel (50) des Mädchens sah den Übergriff, gab dem Triebtäter eine Ohrfeige und hielt ihn fest, bis die Polizei auftauchte. Weil der Afghane in Wels wohnt, trat die Linzer Staatsanwaltschaft das Verfahren an die Welser Kollegen ab. Dort wurde der junge Asylwerber mittlerweile wegen des Verbrechens des sexuellen Missbrauchs von Unmündigen sowie Körperverletzung zu insgesamt acht Monaten Haft verurteilt, zwei davon bedingt. Worum handelte es sich bei der mitangeklagten Körperverletzung? Der Afghane hatte am 23. April um 2 Uhr früh in Wels einem Passanten grundlos mit der Faust ins Gesicht geschlagen und ihm mit dem Fuß gegen die Brust getreten, so die Auskunft vom Landesgericht Wels. Gegen den Onkel des begrapschten Mädchens war ebenfalls wegen Körperverletzung ermittelt worden, weil er dem Asylwerber eine Ohrfeige verpasst hatte. Das Verfahren gegen ihn wurde aber wegen Geringfügigkeit eingestellt, so der Linzer Staatsanwalt Philip Christl auf „Krone“-Anfrage.

http://www.pi-news.net/2016/09/29-jaehrige-vergewaltigt-merkel-herbst/

29-Jährige vergewaltigt #Merkel-Herbst

Göttingen: In der Nacht zu Sonntag ist in der Theaterstraße eine Frau vergewaltigt worden. Das Opfer, eine 29-jährige Göttingerin, konnte nur vage Angaben zu Tat und Täter machen. Noch in der selben Nacht soll es in der Bürgerstraße gegen 5.10 Uhr und 5.30 Uhr zu zwei weiteren Übergriffen auf junge Frauen gekommen sein. Bei den weiteren beiden Taten allerdings blieb es nach Angaben der Polizeipressestelle bei dem Versuch der sexuellen Nötigung. Die Polizei gibt den Tatzeitraum für die Vergewaltigung zwischen 2 und 4 Uhr an. Die weiteren Taten sollen sich auf dem Gehweg der Bürgerstraße gegen 5.10 Uhr und ebenfalls auf der Bürgerstraße, jeweils in Höhe der Marienstraße, kurz darauf ereignet haben.
Die erste Tat wurde aus der Theaterstraße gemeldet. Die Polizei spricht in diesem Fall von einer sexuellen Belästigung. Die Staatsanwaltschaft bestätigte auf Tageblatt-Anfrage den Verdacht einer vollendeten Vergewaltigung. Bei beiden weiteren Taten zum Nachteil einer 19-Jährigen und einer 22-Jährigen wird nur von sexueller Nötigung ausgegangen. Der Täter soll die Frauen jeweils angesprochen und dann versucht haben, sie auf einen Parkplatz zu ziehen. In beiden Fällen konnten sich die Frauen dank heftiger Gegenwehr befreien.
Infolge der Ermittlungen konnte die Polizei einen jungen dunkelhäutigen Mann festnehmen, den eine der Frauen im Stadtbild wiedererkannt zu haben glaubte. Der 19-Jährige ist allerdings bisher nur der ersten Tat verdächtig.
Die Polizei spricht in einer Mitteilung von einem Mann aus Eritrea. Bei einer Gegenüberstellung konnte er jedoch nicht eindeutig von den Opfern identifiziert weden. Er wurde daraufhin am Dienstag wieder auf freien Fuß gesetzt. Jetzt soll nach Auskunft der Staatsanwaltschaft per DNA-Analyse ermittelt werden, ob der Mann als Täter infrage kommt.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland.
#Merkel-Herbst

Köln: Unfassbarer Vorfall auf einem Stammheimer Spielplatz. Wie die Kölner Staatsanwaltschaft jetzt auf EXPRESS-Anfrage bestätigte, ist am 6. September ein Mädchen (10) Opfer eines sexuellen Angriffs geworden. … Das Kind war gemeinsam mit seiner Mutter an dem besagten Dienstagnachmittag auf dem Spielplatz, nur wenige Meter von der Wohnung der Familie entfernt, als ein Mann auf einem Fahrrad immer wieder an ihnen vorbeifuhr. Zeugen berichteten, dass er plötzlich abgestiegen sei und sich dem Kind sexuell genähert habe. „Dem Beschuldigten wird vorgeworfen, sich auf das Mädchen gelegt und es mehrere Sekunden auf den Mund geküsst zu haben“, bestätigte Oberstaatsanwalt Ulrich Bremer. Das Mädchen schrie laut um Hilfe. Mehrere Passanten, die Zeugen des Vorfalls wurden, reagierten sofort, verfolgten den nun flüchtigen Mann, stellten ihn wenige Straße weiter und übergaben ihn den eintreffenden Polizisten. Auf die Frage nach der Haftverschonung machte Ulrich Bremer deutlich, dass der Mann, der gebürtig aus Eritrea kommt, aber schon seit Anfang der 90er Jahre in Deutschland lebt, in Köln einen festen Wohnsitz hat und bislang noch nicht vorbestraft ist. „Da er sich zur Sache geäußert hat und aus Sicht der Staatsanwaltschaft keine Haftgründe vorliegen, war der Mann von der U-Haft zu verschonen.“
München: Ein 28-jähriger Iraker wurde am Freitag, 23.09.2016, gegen 20.25 Uhr, in der Wirtsbudenstraße von Einsatzkräften beobachtet, wie er die Nähe von scheinbar angetrunkenen Frauen suchte. In einem Fall gelang es dem Mann, einer 46-jährigen Kassiererin gegen ihren Willen an die Brüste und ihren Po zu greifen. Dies bemerkte die Frau und wollte einen Ordner aufsuchen. Dies versuchte der 28-jährige tatverdächtige zu verhindern, indem er sie am Arm festhielt. Die Polizeibeamten schritten ein und nahmen den Tatverdächtigen vorläufig fest. Nach den polizeilichen Maßnahmen wurde er von der Wiesn-Wache aus wieder entlassen.
Kaiserslautern: Ein Unbekannter ist am Samstagabend am Museumsplatz vor ein Auto gesprungen und hat die Fahrzeuginsassen beleidigt. Die Fahrerin des Wagens hatte noch rechtzeitig bremsen können, um einen Zusammenstoß mit dem Mann zu verhindern. Der Unbekannte sei dann an das Auto herangetreten, habe die 26-Jährige und ihre Mitfahrerin beleidigt und versucht sich seitlich an den Wagen zu hängen. Zeugen beobachteten den Vorfall und beschrieben den Mann. Demnach ist die Person etwa 1,80 Meter groß, 20 bis 30 Jahre alt, hat schwarze Haare und einen südländischen Teint. Der Mann habe Deutsch mit südländischem Akzent gesprochen. Er habe eine schwarze Lederjacke und darunter ein orangenes oder rosanes Hemd getragen.

Essen: Drei Wochen nach den sexuellen Übergriffen auf Besucherinnen des Stadtfestes „Essen Original“ steht die Polizei kurz vor dem Ende ihrer Ermittlungen. Ingesamt seien 15 Strafanzeigen mit einem sexuellen Hintergrund gestellt worden, sagt Kriminalhauptkommissar Ulrich Bauerdick, der Leiter der Ermittlungskommission, die nach Bekanntwerden der Vorfälle eingerichtet wurde. Neben Beleidigungen und anzüglichen Sprüchen wurden den weiblichen Opfern in sieben Fällen zwischen die Beine oder an die Brüste gefasst, sagt Bauerdick, der von widerlichen Taten spricht. Vier Verdächtige aus Nordafrika und einer aus Afghanistan im Alter von 20 bis 45 Jahren seien ermittelt worden.
Ludwigsburg: Eine unangenehme Begegnung hatte eine 24 Jahre alte Frau am Mittwoch als sie kurz nach 16.00 Uhr den Bahnhof in Vaihingen an der Enz verließ und sich zu Fuß in Richtung Kleinglattbach aufmachte. Nachdem sie die Bahnhofsunterführung passiert hatte, bemerkte sie einen bislang unbekannten Täter, der sich hinter ihr befand. Dieser sprach die Frau schließlich an und machte hierbei anzügliche Bemerkungen. Die 24-Jährige ging daraufhin weiter und flüchtete sich anschließend im Joseph-von-Baader-Weg in ein Haus von Verwandten. Als sie sich kurz davor nach dem Unbekannten umdrehte, konnte sie erkennen, dass er seine Hose ein Stück weit heruntergelassen hatte und möglicherweise an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Der Mann ist 25 bis 30 Jahre alt, etwa 175 cm groß und schmächtig. Seine Haare sind schwarz, kurz und leicht wellig. Er hat ein südländisches Aussehen.
Köln: Am späten Freitagabend (16. September) hat ein Unbekannter eine Kölnerin (36) in der Innenstadt überfallen. Anschließend versuchte der Räuber der 36-Jährigen an ihr Gesäß zu fassen. Die Polizei sucht dringend Zeugen. Gegen 22.30 Uhr verließ die Frau eine Lokalität auf dem Gladbacher Wall und ging über die Krefelder Straße in Richtung Hansaring. Auf diesem Weg verfolgte sie der spätere Angreifer und versuchte immer wieder die 36-Jährige in ein Gespräch zu verwickeln. „Ich kannte den Mann nicht und habe ihn ignoriert“, erklärte sie später den alarmierten Beamten. Plötzlich riss der Unbekannte an der Handtasche der Frau. Sie versuchte vergeblich ihre Umhängetasche festzuhalten und schrie um Hilfe. Anschließend schob der Angreifer unvermittelt das Kleid der Kölnerin hoch und versuchte an ihr Gesäß zu fassen. Dies gelang nicht, da sich die Frau zur Wehr setzte. Daraufhin flüchtete der Räuber. Die Hilferufe hörte ein Anwohner (17), der umgehend auf die Straße lief und die Verfolgung von der Krefelder Straße über Nebenstraßen bis zum Lohsepark an der Inneren Kanalstraße aufnahm. Dort verlor der 17-Jährige den Flüchtigen aus den Augen. Der Räuber ist circa 25 Jahre alt, etwa 1,75 Meter groß und hat eine schlanke Statur. Er wird als Südländer beschrieben und hat schwarze, kurze Haare sowie einen Oberlippenbart. Zum Zeitpunkt der Tat trug der Unbekannte eine schwarze Kappe, eine schwarze Kapuzenjacke und eine dunkle Jeanshose.
Mühldorf: Am Freitagabend, 16.09.2016, wurde eine 21-Jährige von einem Asylbewerber im Inn-Stadtpark bedrängt. Der 38-jährige Senegalese wollte die Frau mehrfach zu sexuellen Handlungen überreden, worauf die Frau zusammen mit ihrer Mutter die Polizei verständigte. Der Mann wurde von der Polizei in Form einer Gefährderansprache eindringlich belehrt. Mettenheim – Asylbewerber klingelt Sturm: Am frühen Samstagmorgen klingelte ein 20-jähriger ägyptischer Asylbewerber bei einer Frau aus Neufahrn Sturm. Die Frau unterhielt sich mit diesem und gab ihm zu trinken. Als dieser nicht gehen wollte und nun gegen die Scheiben schlug, verständigte die Frau die Polizei. Der junge Mann durfte nach eindringlicher Belehrung mit dem Taxi nach Hause fahren.
Poing: Gestern Nachmittag, 22.09.2016, belästigte ein bislang unbekannter Mann im Bergfeldpark zwei Jugendliche in exhibitionistischer Weise. Die beiden 15 und 16 Jahre alten Mädchen waren in der Grünanlage Bergfeldpark unterwegs, als sich ihnen gegen 15.20 Uhr ein Mann mit heruntergelassener Hose zeigte und dabei an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Der Unbekannte befand sich auf einem Hügel bei einem Gebüsch. Die Jugendlichen verständigten umgehend die Polizei. Eine sofortige Fahndung nach dem Unbekannten im Park und der umliegenden Wohngegend verlief jedoch ohne Erfolg. Der unbekannte Mann wurde wie folgt beschrieben: Ca. 180 – 185 cm groß, ca. 40 Jahre alt, schlanke Statur, dunkelbraune Haare bis über die Ohren und hatte ein schwarzes Käppi auf; der Mann war bekleidet mit dunkelblauer Jeans, rotem T-Shirt, längerer schwarzer Jacke und dunklen Schuhen; auffallend war seine große, als lang und spitz beschriebene Nase. Bereits zuvor, gegen 14.00 Uhr, hatte ein unbekannter Mann einer Schülerin im Bereich des Schlittenberges sein entblößtes Hinterteil gezeigt, wie deren Mutter bei der Polizeiinspektion Poing zur Anzeige brachte. *(Kommentar PI: Warum lässt die Polizei trotz einer detaillierten Personenbeschreibung das Haupterkennungsmerkmal „Ethnie“ oder „wahrscheinliche Volkszugehörigkeit“ weg?)*

SPIEGEL ONLINE

29. September 2016, 12:49 Uhr
Berlin

Randale in Flüchtlingsunterkunft - Polizei spricht von 50 Beteiligten

In einer Berliner Flüchtlingsunterkunft haben laut Polizei etwa 50 Asylbewerber randaliert. Die Verdächtigen sollen ein Büro aufgebrochen und die Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes angegriffen haben.

Im Nordwesten Berlins haben in der Nacht zum Donnerstag etwa 50 Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft randaliert und Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes angegriffen. Wie die Polizei mitteilte, kamen rund 30 Beamte den Wachschutzmitarbeitern zu Hilfe.

Bei der Unterkunft handelt es sich um eine Turnhalle im Bezirk Reinickendorf. Nach Darstellung der Polizei sei in den frühen Morgenstunden plötzlich das Licht eingeschaltet worden. Danach hätten mehrere Bewohner eine Glastür beschädigt und eine Tür zum Büro des Sicherheitsdiensts aufgebrochen. Das Büro sei verwüstet und persönliche Gegenstände von Mitarbeitern seien gestohlen worden. Auch ein Privatauto eines Mitarbeiters sei beschädigt worden.

Die Unterkunftsbewohner schlugen und traten laut Polizei auch die Sicherheitsbediensteten, die sich zurückgezogen hatten und die Polizei alarmierten. Als die Polizisten eintrafen, soll ein 28 Jahre alter Mann betrunken und nicht ansprechbar am Boden gelegen haben. Nach Hilfsmaßnahmen eines Beamten habe der Mann wild um sich geschlagen. Er sei überwältigt und in die psychiatrische Abteilung eines Krankenhauses eingeliefert worden.

Die Polizei leitete mehrere Ermittlungsverfahren ein, unter anderem wegen besonders schweren Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Einbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung.

Laut "Berliner Zeitung" soll die Unterkunft in der Turnhalle, die auf dem Gelände einer Schule steht, bald aufgelöst werden. Das Land Berlin habe die Halle im Dezember vergangenen Jahres kurzfristig beschlagnahmt, um dort Flüchtlinge unterzubringen.

jal/AFP

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/berlin-polizei-berichtet-von-randale-in-fluechtlingsunterkunft-a-1114531.html

http://www.pi-news.net/2016/09/nrw-15-bereicherer-verpruegeln-bruederpaar/#more-534622

NRW: 15 „Bereicherer“ verprügeln Brüderpaar

Espelkamp (NRW): Auf dem City-Fest in Espelkamp ist es zu zwei Schlägereien am Samstagabend gekommen. Dabei wurden mehrere Jugendliche verletzt. Ein 16-Jähriger sogar so schwer, der er ins Krankenhaus nach Rahden gebracht werden musste. Jetzt ermittelt die Polizei. Eine größere Auseinandersetzung muss sich den ersten Erkenntnissen der Polizei zufolge zwischen 21.30 und 22 Uhr ereignet haben.

Ein 16 und 17 Jahre altes Brüderpaar berichtete den Beamten am Sonntag im Krankenhaus, dass sie am Abend zuvor am Autoscooter von zwei Personen angerempelt worden seien. Als sie drauf nicht reagiert hätten, seien sie von hinten geschubst worden. Dann hätten die beiden Angreifer in einer ihnen unbekannten Sprache zahlreiche Freunde herbeigerufen. Aus dieser circa 15 Personen umfassenden Gruppe hätten sie zahlreiche Tritte und Schläge erhalten. Der 17-jährige sagte aus, ihm sei zusätzlich noch eine Zigarettenkippe im Nacken ausgedrückt worden.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter / Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Wurzen: Dienstagnachmittag lief ein 17-jähriger Jugendlicher aus Wurzen durch die alte Nischwitzer Straße, als er unerwartet von hinten einen Stoß und kurz darauf einen Tritt in den Rücken erhielt. Der Jugendliche stürzte dadurch gegen einen Baum, direkt am Eingang zum Stadtpark. Lachend rannten drei junge Männer, vermutlich nicht viel älter als der 17-Jährige, davon.Durch den Sturz verletzte sich der Jugendliche an den Unterarmen und im Gesicht, wo er eine leicht blutende Beule an der Stirn erlitt. Die Täter beschrieb er als maximal 20 Jahre alt,

etwa 1,80 bis 1,85 m groß. Zwei von ihnen trugen Kapuzenpullis, während der dritte nur einen Pulli ohne Kapuze aber mit Reißverschluss trug. Auffällig bei einem von ihnen war, dass dieser einen komplett weißen Jogginganzug und weiße Schuhe trug. Der ohne Kapuze hatte kurz, schwarze Haare (vermutlich gegelt) und hatte viele, kleine Narben (hierbei könnte es sich um Akne gehandelt haben) auf der linken Wange im Gesicht. Der 17-Jährige konnte nur noch hören, dass sich die Angreifer in einer ihm fremden Sprache unterhielten, als sie davon liefen.

Backnang: Ein 19-Jähriger wurde am Dienstagnachmittag auf offener Straße von einem Unbekannten zusammengeschlagen. Der Geschädigte befand sich gegen 17:20 Uhr in der Erbstetter Straße und wurde dabei von hinten angegriffen und auf den Kopf geschlagen. Der Geschädigte ging hierdurch zu Boden, wobei der Schläger noch mit dem Fuß auf den am Boden liegenden 19-Jährigen eintrat. Dieser zog sich durch den Angriff mehrere Verletzungen zu und wurde mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus eingeliefert. Bei dem Täter soll es sich um einen etwa 16-19 Jahre alten schlanken Mann, mit dunklen Haaren und ausländischer Herkunft handeln.

Gera: Am späten Freitagabend, gegen 23.00 Uhr, hielt sich eine größere Personengruppe, die aus circa 20 Jugendlichen bestand, im Park der Jugend in Gera auf. Als es an der Straßenbahnhaltestelle „Park der Jugend“ zu Ruhestörungen, ausgehend von dieser Gruppe, kam, ermahnten mehrere Seminarteilnehmer einer Fahrschule die Jugendlichen zur Ruhe. Daraufhin sollen acht Jugendliche die Seminarteilnehmer angegriffen haben. Diese flüchteten in ein Wohnhaus in der Heinrichstraße. Ein Geschädigter soll dabei am Kopf verletzt worden sein. Weiterhin sollen die Tatverdächtigen die Tür zum Wohnhaus gewaltsam geöffnet haben. Noch vor Eintreffen der Polizeibeamten gelang es den Tatverdächtigen zu fliehen. Diese konnten jedoch im Zuge der Fahndungsmaßnahmen im Bereich des Stadtgrabens festgenommen werden. Bei den Tätern handelte es sich um acht Jugendliche, alle männlich, verschiedene Nationalitäten, im Altern von 16 bis 21 Jahren.

Kronach: Zu einer Auseinandersetzung unter mehreren jungen Männern kam es am Samstagabend auf dem ehemaligen Landesgartenschaugelände. Ein 18-Jähriger erlitt hierbei Verletzungen. Die Polizei Kronach ermittelt. Erst am Montag zeigte der verletzte Kronacher den Vorfall bei der Polizei an. Nach ersten Erkenntnissen hielten sich am Samstagabend gegen 20 Uhr mehrere junge Männer im Alter von 18 – 24 Jahren auf dem Landesgartenschaugelände oberhalb der Seetribüne auf. Die Gruppe traf sich dort mit Getränken zum Feiern, als eine weitere Gruppe junger Männer aufkreuzte. Ungefragt nahmen diese sich Getränke und fingen einen verbalen Streit an. Im weiteren Verlauf eskalierte die Situation und ein zunächst Unbekannter schlug dem 18-Jährigen gegen den Hinterkopf und in der weiteren Folge versuchte er ihn mit einer Flasche zu treffen. Diesen Angriff konnte der Kronacher jedoch abwehren. Allerdings zog er sich hierbei eine Schnittwunde an der Hand zu. Kurz darauf flüchtete die Gruppe in Richtung Stadtmitte. Im Zuge der ersten Ermittlungen konnte die Kronacher Polizei zwischenzeitlich den Angreifer identifizieren. Es handelt sich hierbei um einen 18-jährigen afghanischen Asylbewerber. Die Ermittlungen zu den weiteren Tatbeteiligten dauern an.

Halle: Als ein 27-jähriger Hallenser gestern Abend gegen 22.50 Uhr gemeinsam mit drei weiteren Personen in der Straße der Opfer des Faschismus unterwegs war, wurde er von einem dunkelhäutigen Mann unter Vorhalt eines Cuttermessers mit Worten bedroht. Anschließend entfernte sich der Unbekannte in Richtung Steintor. Er soll ca. 40 Jahre alt gewesen sein, bekleidet mit einer schwarzen Jacke mit weißen Ärmeln und einer dunklen Jogginghose.

Sigmaringen: Wegen Verdachts des Diebstahls ermittelt die Polizei gegen vier Asylbewerber marokkanischer Herkunft im Alter von 18, 23, 25 und 43 Jahren, die am Mittwochvormittag von Beamten des Polizeireviers vor einem Einkaufsmarkt in Sigmaringen überprüft wurden. Das Quartett war bereits am frühen Morgen aufgefallen, als es in einem nicht verschlossenen Firmenfahrzeug in Bingen nächtigte und vom Geschädigten angetroffen wurde. Wie sich herausstellte, hatten die vier stark alkoholisierten Männer das Fahrzeuginnere verwüstet und einen Münzgeldbetrag von rund zehn Euro mitgenommen. Als der Autobesitzer den Tatverdächtigen zu verstehen gab, die Polizei zu verständigen, entfernte sich das Quartett in Richtung Ortsmitte. Die vier Männer, die überdies im Verdacht stehen, in einer Wohnung ein Laptop entwendet zu haben, konnten wenig später von einer Streifenwagenbesatzung angetroffen werden. Gegen 11.30 Uhr musste die Polizei erneut gegen die Vier vorgehen, als sie im Eingangsbereich eines Einkaufmarkts in Sigmaringen dem Alkohol zusprachen und Passanten anpöbelten. Die Männer erhielten von den Beamten einen Platzverweis für den gesamten Parkplatzbereich, dem sie nach kurzer Diskussion auch nachkamen.

Obdachlosen schwer verletzt liegengelassen:

Solingen: Es war wohl ein wahres Martyrium, das jetzt ein 56-jähriger Mann in Solingen erleben musste. Vier noch unbekannte Täter haben den Obdachlosen am Dienstagabend am Stiehls Teich in Ohligs überfallen und ausgeraubt. Wie die Polizei am Donnerstagmorgen meldete, wurde das Opfer der brutalen Attacke erst knapp 24 Stunden nach der Tat von Passanten gefunden. Offenbar hatte der 56-Jährige am Dienstagabend gegen 18 Uhr auf einer Bank gesessen, als plötzlich die Unbekannten auf ihn zukamen. Zunächst sah alles noch ganz harmlos aus. Doch dann eskalierte die Lage binnen Sekunden. Zunächst schlugen die Täter auf den Obdachlosen ein und ließen auch dann noch nicht von dem Mann ab, als dieser bereits am Boden lag. Im Gegenteil: Die Unbekannten malträtierten das wehrlose Opfer weiter mit Tritten, ehe sie den 56-Jährigen schließlich ins Teichufer zogen. Dort stahlen sie dem Obdachlosen dessen Rucksack und Handy, ehe die Räuber zuletzt verschwanden. Ihr Opfer ließen sie einfach liegen, wobei der Mann offenkundig so schwer verletzt war, so dass er sich aus eigener Kraft

nicht mehr aufzurichten vermochte. Aus diesem Grund wurde die Tat erst am Mittwoch gegen 16.30 Uhr entdeckt, als andere Parkbesucher auf den Obdachlosen aufmerksam wurden und ihm zur Hilfe kamen. Alarmierte Rettungskräfte brachten den 56-Jährigen später in ein Krankenhaus, derweil die Polizei die Fahndung nach den Tätern aufnahm. Die vier Unbekannten sollen alle zwischen 17 und 25 Jahren alt sein. Laut Polizei hatten sie ein südländisches Erscheinungsbild und sprachen Englisch.

Schutzsuchende erfolgreich als Drogendealer-Fachkräfte:

Frankfurt:Die Bundespolizei am Hauptbahnhof bestätigte auf Anfrage, dass sich die Situation in den vergangenen Wochen drastisch verschärft habe. Das hängt nach Angaben eines Sprechers auch mit der Klientel zusammen, die sich dort etabliert habe. Die Straftäter sind den Sicherheitsbehörden fast alle bekannt. Zum Großteil handelt es sich um junge Männer aus Nordafrika, die mit dem Flüchtlingsstrom nach Deutschland gekommen seien, heißt es. Sie gelten als „renitent", da sie sich auch durch Razzien nicht beeindrucken ließen. Sicherheitsmitarbeiter der Bahn, die die B-Ebene täglich durchstreifen, berichten, die Szene agiere hochprofessionell.

Schutzsuchende greifen Sicherheitsdienst an:

Berlin: Wie die Polizei berichtet, wurde in der zu einer Unterkunft umfunktionierten Turnhalle in den frühen Morgenstunden plötzlich das Licht eingeschaltet. Mehrere Bewohner hätten eine Glastür beschädigt und eine Tür zum Büro des Sicherheitsdienstes aufgebrochen. Das Büro sei verwüstet und persönliche Gegenstände von Mitarbeitern gestohlen worden. Zudem soll ein Privatauto eines Mitarbeiters beschädigt worden sein. Nach Angaben der Polizei schlugen und traten die Unterkunftsbewohner auch die Sicherheitskräfte, die sich zurückzogen und die Polizei alarmierten. Den Beamten gelang es nach eigenen Aussagen, die Lage zu beruhigen. Mehrere Ermittlungsverfahren wegen besonders schweren Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Einbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung seien eingeleitet worden.

Mit Sicherheit wieder „Einzelfälle":

Lindau: Bei der Kontrolle eines Fernreisebusses mit Ziel Italien fiel den Lindauer Schleierfahndern am gestrigen Abend ein 28-jähriger Somalier auf, der sich den Beamten mit einem italienischen Flüchtlingsausweis und einer italienischen Aufenthaltserlaubnis auswies. Über einen Schnellabgleich seiner Fingerabdrücke konnten die Fahnder andere Personalien feststellen, unter denen er in Deutschland, bereits 2014 Asyl beantragt hatte, exakt zwei Monate später, nachdem er in Italien als Flüchtling anerkannt wurde. Von den mitgeführten Barmitteln wurde ein dreistelliger Betrag einbehalten, nachdem der Verdacht bestand, dass widerrechtlich Sozialleistungen in Anspruch genommen wurden.

Lindau: Bei der Kontrolle eines weiteren Fernreisebusses mit Ziel Italien stellten die Lindauer Schleierfahnder einen 28-jährigen nigerianischen Kunststudenten fest, der bereits am Anfang des Jahres einen Asylantrag in Deutschland stellte, obwohl er einen festen Wohnsitz in Italien hat. Dorthin wollte er wieder reisen, um wie er sagte, ein paar Freunde zu treffen. Das zuständige Ausländeramt wird über die Feststellungen in Kenntnis gesetzt für die weitere Bearbeitung des dort gestellten Asylbegehrens.

http://www.pi-news.net/2016/10/rapefugee-kinder-grapschen-und-schlaegern/#more-534771

Rapefugee-Kinder grapschen und schlägern

blaulicht-3Keltern: In einem Schulbus in Keltern im Enzkreis haben mehrere Flüchtlingskinder ein Mädchen sexuell belästigt. Sie bedrängten die Elfjährige verbal, und einer von ihnen fasste ihr an den Po. Die Polizei identifizierte fünf Jungs im Alter zwischen zwölf und fünfzehn Jahren als Täter. Die Verdächtigen sollen seit einiger Zeit auch immer wieder Mitschüler bespuckt und geschlagen haben.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkel-Herbst

Arnsberg: Am Donnerstag gegen 18:30 Uhr kam es zu einer Schlägerei auf dem Albert-Schweitzer-Weg. Hintergrund ist vermutlich die vorhergehende Belästigung eines Mädchens. Ersten Ermittlungen nach belästigte ein alkoholisierter 15-jähriger Afghane ein 15-jähriges Mädchen aus Arnsberg. Der Jugendliche versuchte die

junge Frau zu küssen. Als zwei Freundinnen dem Mädchen helfen wollten, wurde sie von anderen Zuwanderern abgehalten und beschimpft. Die drei Mädchen verständigten daraufhin ihre Freunde, welche kurze Zeit später, mit einem Baseballschläger im Binnerfeld erschienen. Es entstand eine Schlägerei zwischen den Flüchtlingen und den drei 17 bis 20 jährigen Freunden. Bei der Auseinandersetzung wurde ein 17-jähriger Arnsberger leichtverletzt. Eine Mitarbeiterin eines Jugendheims wurde ebenfalls leichtverletzt. Der Baseballschläger wurde durch die Polizei sichergestellt. Die Gruppe von fünf Zuwanderern konnte im Rahmen der Fahndung angetroffen werden. Nach erfolgter Personalienfeststellung wurde die Gruppe entlassen.

Chemnitz: In der Jahnstraße, auf Höhe der Dürerstraße, ist am Mittwochnachmittag (28. September 2016), gegen 14.30 Uhr, ein Mädchen (11) von einem Unbekannten angesprochen worden. Nach ihren Angaben habe der Mann Zigaretten angeboten und gefragt, ob sie Geschlechtsverkehr mit ihm haben wolle. Das Mädchen lehnte ab. Eine unbekannte Passantin soll den Mann dann aufgefordert haben, das Mädchen in Ruhe zu lassen. Daraufhin verschwand er in Richtung Charlottenstraße. Zuhause erzählte die 11-Jährige von dem Vorfall, woraufhin die Polizei informiert wurde. Das Kind beschrieb den Mann als etwa 30 bis 40 Jahre alt. Er soll dunkle Haut, leichten Bauchansatz sowie kurze schwarze Haare haben und etwa 1,75 Meter groß sein.

Kleve: Es ist ein schlimmer Verdacht: Die Polizei ermittelt wegen einer Sex-Attacke in einem Regional-Express! Eine junge Frau (24) soll im Zug von drei Männern sexuell belästigt worden sein. Die Tat geschah laut Ermittlern bereits am 29. Mai. Die 24-Jährige war gegen 19.10 Uhr im Regionalexpress (Zug Nummer: 10531) unterwegs, als sich zwischen Mehrhoog und Voerde drei Männer neben sie setzten. Plötzlich sollen die Unbekannten sie festgehalten, bedrängt und am ganzen Körper begrapscht haben – auch im Scham- und Brustbereich. Dabei sprachen die Männer in ausländischer Sprache miteinander. Die Polizei hat im Laufe ihrer Ermittlungen Phantombilder der drei mutmaßlichen Täter angefertigt. Sie werden wie folgt beschrieben: Person 1: Neben der Frau sitzende Person Männlich, ca. 30 Jahre alt, kräftig. Südländisches Aussehen, trug Jeans und Sneaker. Kurzes, schwarzes lockiges Haar, Vollbart. Auffällig große Nase. Person 2: Gegenüber der Frau sitzende Person Männlich, ca. 25 Jahre, normale Statur. Südländisches Aussehen, dunkle Jogginghose. Schwarze Haare zum Zopf gebunden, ausrasierter Kinn-Backenbart ohne Oberlippenbart. Narbe oberhalb der Oberlippe – Person 3: Schräg gegenüber der Frau sitzende Person Männlich, ca. 35 Jahre, normale Statur. Südländisches Aussehen, dunkle Lederjacke, helles T-Shirt, Jeans. Kurzes, schwarzes Haar. Alle drei Männer sprachen in ausländischer Sprache miteinander.

Mühldorf: Die Kripo Mühldorf führt Ermittlungen wegen eines Sexualdeliktes gegen einen 23-jährigen Mann aus Afghanistan. Dieser versuchte offenbar eine junge Frau in der Innstraße sexuell zu nötigen. Die Kripo Mühldorf führt Ermittlungen wegen eines Sexualdeliktes gegen einen 23-jährigen Mann aus Afghanistan. Dieser versuchte am vergangenen Donnerstag, den 22. September, offenbar eine junge Frau in der Innstraße sexuell zu nötigen. Nach Gegenwehr des Opfers und dem Einschreiten von Passanten ließ der Mann von seinem Vorhaben ab. **Gegen 22.30 Uhr traf sich die ehrenamtliche Betreuerin für Asylbewerber mit dem Mann aus Afghanistan im Bereich der Innstraße. Im Verlauf einer Unterhaltung sei der 23-Jährige zudringlich geworden, versuchte die Frau zu entkleiden und schlug sie. Diese wehrte sich mit einem Biss gegen den Mann und vorbeikommende Passanten kamen der Frau zu Hilfe. Wenig später wurde der Tatverdächtige durch Beamte der Polizeiinspektion Mühldorf a. Inn festgenommen.**

Hof: Am Montagabend kam es auf dem Sonnenplatz in Hof zu einem sexuellen Übergriff auf ein 15 Jahre altes Mädchen. Wegen der guten Täterbeschreibung konnte zwei betrunkene Tatverdächtige festgenommen werden. Das 15-jährige Mädchen aus Hof verständigte über Notruf (110) die Polizei. Sie teilte mit, dass ihr soeben eine ausländisch aussehende Person an den Busen gefasst hätte. Aufgrund ihrer couragierten Gegenwehr ließ der Mann dann wohl von ihr ab. Weiter teilte sie mit, dass dieser gerade mit einem anderen "ausländischen Mann" in Richtung Lorenzstraße laufen würde. Sofort wurden von der Polizei mehrere Streifenbesatzungen zur Lorenzstraße beordert. Aufgrund der guten Beschreibung der Männer, konnten diese dann tatsächlich in der Lorenzstraße bei einem Drogeriemarkt angetroffen werden.

München: In Moosach hat ein Mann eine 16-jährige Schülerin sexuell belästigt. Das Mädchen war gerade auf dem Schulweg, als der Mann sich auf sie stürzte. Nun fahndet die Polizei nach dem Glatzkopf mit dem schwarz-roten Rucksack. Wie die Polizei berichtet, war die Schülerin am Mittwochmorgen gegen 8.30 Uhr auf dem Weg vom Romanplatz in die Schule. Als sie an einem Campingplatz vorbeilief, kam ein Mann auf sie zu und packte sie am Arm. Das Mädchen versuchte vergeblich, sich loszureißen. Doch der Mann griff ihr zwischen die Beine und begrapschte sie an der Brust. Die 16-Jährige konnte sich schließlich befreien und davonlaufen. Die Schule verständigte wenig später die Polizei. Die Münchner Polizei sucht nun nach dem Täter. Der Mann ist etwa 1,90 Meter groß. Er hat eine dunkle Hautfarbe und ist glatzköpfig. Der Täter trug eine blaue Jeans und hatte einen schwarz-roten Rucksack bei sich. Der Vorfall ereignete sich in der Straße In den Kirschen.

Templin: Wie der Polizei am 27.09.2016 zur Anzeige gebracht wurde, ist tags zuvor ein 13-jähriges Mädchen von einem bis dahin noch unbekannten Mann unsittlich berührt worden. Das Kind war demnach gegen 18:00 Uhr mit zwei Freundinnen auf dem Radweg an der Kurmeile unterwegs gewesen. Den Radfahrerinnen kamen zwei Männer entgegen. Beim Passieren der Gruppe berührte einer der Fußgänger die 13-jährige dann am Oberkörper. Als die Mädchen äußerten, Anzeige erstatten zu wollen, antworteten die beiden Männer mit beleidigenden Gesten. Im Zuge der Ermittlungen konnten das Duo ausfindig gemacht werden. Bei ihnen handelt

es sich um zwei 18 bzw. 25 Jahre alte Afghanen. Sie haben sich nun wegen Beleidigung auf sexueller Grundlage zu verantworten.
Kleve: Am Mittwoch (28. September 2016) gegen 17.30 Uhr ging eine 53-jährige Frau aus Kleve in Höhe des Schwimmbades mit ihrem Hund auf dem Fußweg am Kermisdahl spazieren. Auf dem Weg kam ihr ein Mann entgegen, der den Reißverschluss seiner Hose geöffnet hatte und dessen Glied aus der Hose hing. Er lief an der Frau vorbei und ging über den Fußweg in Richtung Moritzpark. Der Mann war ca. 25 Jahre alt, ca. 180 cm groß, von schlanker Statur und hatte ein südländisches Aussehen.
Osnabrück / Oldenburg / Großenkneten: Am gestrigen Tag wurde eine 48-Jährige das Opfer eines mutmaßlichen Exhibitionisten. Der Vorfall ereignete sich gegen 17:15 Uhr während einer Zugfahrt von Osnabrück nach Oldenburg. Ein offensichtlich alkoholisierter Mann war in Osnabrück mit freiem Oberkörper in den Zug gestiegen. Während der Fahrt ließ der Mann dann vor der Geschädigten seine Hose herunter und zeigte sein Geschlechtsteil. Die Geschädigte war derart aufgewühlt und geschockt, dass sie nach ihrer Ankunft im Hauptbahnhof Oldenburg medizinisch versorgt und mit einem Rettungswagen in ein Oldenburger Krankenhaus gebracht werden musste. Der Mann von der Elfenbeinküste hatte den Zug in Großenkneten verlassen. Die unverzüglich informierte Landespolizei konnte den alkoholisierten Mann noch am Bahnhof antreffen und seine Personalien aufnehmen. Dabei manipulierte die Person auch vor den eingesetzten Beamten an seinem Geschlechtsteil herum und versuchte diese anzuspucken und zu treten.

http://www.pi-news.net/2016/10/video-folgen-einer-syrischen-messerstecherei/#more-535522
Video: Folgen einer syrischen Messerstecherei
Am Dienstag ist ein neues Video im Internet aufgetaucht, in dem eine Bewohnerin eines Mietshauses die Folgen einer Messerstecherei zwischen Syrern am 2. Oktober filmen. Das komplette Treppenhaus ist rot vom Blut des vorangegangen Kampfes beschmiert. Die deutschen Bewohner sind verängstigt, wie man es nur von Menschen in Kriegsgebieten kennt. Der Mann der Handy-Filmerin hat auf Facebook einen bewegenden Text zu der Messerstecherei und vorherigen sexuellen Übergriffen der Syrer unter anderem auf seine Tochter geschrieben, den wir nachfolgend im Wortlaut veröffentlichen:

Normalerweise halte ich mich ja aus den meisten Diskussionen zum Thema Flüchtlinge raus, aber so langsam platzt selbst mir der Kragen!
Aber erstmal von Anfang an:
Ich lebe in einer kleinen Stadt im Herzen von Ostfriesland, hier war es immer relativ ruhig, der Anteil an Migranten relativ gering und die die hier waren waren relativ ruhig und freundlich.
Vor einigen Monaten sind Syrische Flüchtlinge in das Mehrfamilienhaus gezogen, in dem auch ich mit meiner Familie lebe. Sie wurden freundlich empfangen und niemand hier im Haus hatte Vorurteile. Dann, vor ungefähr 6 Wochen der erste negative Vorfall! Unsere Tochter (12) sowie die beiden Töchter unserer Nachbarn (6 & 9) wurden von den Flüchtlingen sexuell bedrängt (an die Wand hier im Treppenhaus gedrückt, gegen ihren Willen geküsst sowie an die Brust und den Po gefasst). Natürlich haben wir aufgrund dessen die Polizei verständigt und Strafantrag gestellt.
Nachdem die Flüchtlinge dann zur Polizei geladen und befragt wurden, war dann erstmal Ruhe … erstmal!
Kurze Zeit später kam meine Tochter vom spielen rein, völlig verängstigt und hat mir erzählt, dass die Flüchtlinge draußen vor dem Haus ihr gegenüber eindeutige Gesten gemacht hätten, sie angegrinst hätten und sich mit schäbigem Grinsen mit der Zunge über die Lippen gefahren hätten. Auch diesen Vorfall haben wir der Polizei gemeldet.
Nachdem die Polizei die Flüchtlinge nochmals verwarnt hat, war dann erstmal wieder Ruhe im Haus.
Seit nunmehr 3 Wochen ist diese Ruhe allerdings vorbei. Jedes Wochenende ist bei den Flüchtlingen Randale, Drogen, Alkohol und zu fortgeschrittener Stunde gibt es dann regelmäßig Schlägereien und Messerstechereien, letzte Nacht wurde wieder randaliert, meine Wohnungstür wurde eingetreten, das ganze Treppenhaus ist voll Blut (siehe Video) …
So langsam ist mein Verständnis für diese Menschen echt am Ende… Und unsere liebe Polizei hat leider kaum Handhabe dagegen.
Die Kinder hier im Haus haben Angst, trauen sich nicht mehr aus der Wohnung, das kann doch einfach nicht sein, dass da nix gegen gemacht wird.
P.S. Das Video hat meine Frau heute morgen um ca. 6:15 Uhr mit meinem Handy selbst erstellt!

(Spürnase: Norbert)

http://www.citizentimes.eu/2016/06/09/kriminalitaet-von-zuwanderern/
Start

Falschaussagen zur Kriminalität von Zuwanderern?

FELIX STRÜNING 9. JUNI 2016 0

2. Offener Brief an Bundesinnenminister Thomas de Maizière

Sehr geehrter Herr Minister,

am 7. Juni 2016 veröffentlichte das Ihrem Ministerium unterstellte Bundeskriminalamt (BKA) ein Dokument mit 16 Kernaussagen zur „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung – 1. Quartal 2016". Bei der Vorstellung behauptete laut dpa eine Sprecherin Ihres Ministeriums: „Zuwanderer sind nicht krimineller als Deutsche."

Diese Aussage krönte daraufhin zahlreiche Medienberichte. Sie lässt sich jedoch mit keiner einzigen veröffentlichten Statistik aus Ihrem Hause belegen. Im Gegenteil: Alle öffentlich zugänglichen Zahlen weisen darauf hin, dass Zuwanderer erheblich häufiger tatverdächtig werden, als Deutsche.

Doch der Reihe nach: Zunächst stellt sich die Frage, warum Ihr Ministerium überhaupt eine solche Behauptung aufstellen lässt. Denn in den gerade veröffentlichten 16 Kernaussagen findet sich keinerlei Hinweis auf den Vergleich zwischen deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen. Stattdessen wird über zunehmende oder sinkende Arten von Straftaten gesprochen, obwohl ein Vergleich mit Vorjahreszahlen dem Dokument zufolge eigentlich „nur eingeschränkt möglich" ist.

Auch in dem im Februar 2016 veröffentlichtem 3. Lagebild, dessen Tendenzen nun angeblich bestätigt würden, findet sich kein Vergleich deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger.

Schätzungen über das Verhältnis deutscher und zugewanderter Tatverdächtiger lassen sich jedoch mittels der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und dem Ausländerzentralregister (AZR) erstellen:

Laut PKS wurden im Jahr 2015 insgesamt 2,0 % der Deutschen tatverdächtig.

Setzt man die in der PKS 2015 erstmals gesondert ausgewiesenen zugewanderten Tatverdächtigen (ohne ausländerrechtliche Delikte!) mit den vom AZR registrierten Zuwanderern ins Verhältnis, so erhält man eine Kriminalitätsbelastung der Zugewanderten von 11,8 %.

Nun könnten Sie einwenden, dass die Statistiken getrennt und nach unterschiedlichen Kriterien geführt werden. Aber: Die dadurch anzunehmenden Schätzfehler erklären den massiven Unterschied von 2,0 % zu 11,8 % keinesfalls (siehe die ausführliche Berechnung).

Die Zahlen sind zudem keinesfalls verwunderlich. Denn schon seit Jahren zeigt sich der Trend, dass der Anteil deutscher Tatverdächtiger sinkt, während der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger zunimmt. Dieser Trend ist zugleich stärker, als man durch die bloße Zunahme des Bevölkerungsanteils von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft annehmen würde.

Warum also lassen Sie augenscheinlich falsche Aussagen verbreiten? Oder verschweigen Sie uns Zahlen, mit denen ein direkter Vergleich deutscher, nichtdeutscher und zugewanderter Tatverdächtiger endlich möglich wäre?

Herr Minister, bereits im November 2015 ließen Sie sich mit uneindeutigen Aussagen zur Kriminalität von Flüchtlingen zitieren, die in der Presse zu zahlreichen Falschdarstellungen führten. Nun macht erneut eine offensichtliche Falschaussage aus Ihrem Ministerium Schlagzeilen.

Für eine vorurteilsfreie und faktenbasierte Debatte über die Kriminalität im Kontext von Zuwanderung in Deutschland erscheint mir die Informationspolitik in Ihrem Hause nicht gerade zielführend. Als mündige Bürger wünschen wir uns hier mehr Offenheit!

http://www.pi-news.net/2016/10/90-jaehrige-vergewaltigt-merkel-herbst/#more-535015

90-Jährige vergewaltigt #Merkel-Herbst

Düsseldorf: Schreckliches Verbrechen am Wochenende in der Düsseldorfer Altstadt: Eine 90-Jährige Frau wurde am Sonntagmorgen überfallen – und sexuell missbraucht! Die Seniorin war gegen 11 Uhr an der Ecke Liefergasse/Lambertusstraße zu Fuß unterwegs, wurde vom Sex-Täter in einen eigentlich versperrten schmalen Häuserdurchgang gedrängt und dort festgehalten. Noch während er von der Frau Bargeld forderte, verging er sich an ihr. Nach der Tat flüchtete er in Richtung Ratinger Straße. Ein Zeuge sah, wie der Mann weg rannte. Das Opfer kam verletzt ins Krankenhaus, konnte am Montag entlassen werden. Nach BILD-Informationen ist die Frau 90 Jahre alt.

Die Polizei gab zuvor bekannt, dass es sich bei dem Opfer um eine „über 80-Jährige" handelt. Sie soll am Dienstag von der Polizei vernommen werden. Die Polizei fahndet mit einem Phantombild [Foto oben] nach dem Täter und sucht Zeugen. Der Unbekannte ist etwa 20 bis 25 Jahre alt. Er ist schlank und hat eine südländische Erscheinung. *(Die Qualitätszeitungen Express und die Westdeutsche Zeitung verschweigen übrigens den Fachkräfte-Hintergrund)*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkel-Herbst

Wien: Eine 39-Jährige ist Freitagabend in einem Park in Wien-Favoriten vergewaltigt worden. Nach dem Täter wird gesucht, die Polizei setzt dabei auch auf die Auswertung der DNA-Spuren, die der Mann hinterlassen hat. Das Opfer wurde in ein Gebüsch gezerrt, missbraucht, geschlagen und mit seinem eigenen Schal gewürgt, berichtete Polizeisprecher Christoph Pölzl. Die Frau war mit ihrem Hund die Parkanlage Löwygrube in der Nähe des Otto-Geissler-Platzes am Laaer Berg, einem Erholungsgebiet am Südrand Wiens, entlanggegangen, als sie gegen 20.15 Uhr angegriffen wurde. Der Täter habe die 39-Jährige „an den Haaren gepackt" und weggezerrt. Als sie zu schreien versuchte, „schlug der Mann mehrmals mit der Faust auf die Frau ein und würgte sie mit ihrem Schal", schilderte Pölzl. Er habe „Sex, Sex" gefordert. Das Opfer erlitt unter anderem Würgemale und Hämatome. Die Frau musste in einem Spital versorgt werden, befand sich am Samstag aber nicht mehr im Krankenhaus.Dass sie ihren Hund dabei hatte, hat den Mann nicht abgeschreckt. Das Tier kam seiner Besitzerin leider nicht zu Hilfe: „Der Labrador ist weggelaufen, als die Frau ins Gebüsch gezerrt wurde. Polizisten haben ihn später auf einem Parkplatz in der Nähe gefunden und eingefangen", sagte der Sprecher. Nachdem der Mann von ihr abgelassen hatte und geflüchtet war, suchte die 39-Jährige bei zwei anderen Parkbesuchern Hilfe, die 50 bis 100 Meter weiter auf einer Bank saßen, von der Tat selbst allerdings nichts mitbekommen hatten. Sie bat, sich das Handy borgen zu dürfen, um die Polizei zu rufen. Später machten die Ermittler einen weiteren Zeugen ausfindig, der einen Mann, auf den die Täterbeschreibung passt, mit einem Fahrrad hatte flüchten sehen. Der Gesuchte wurde als etwa 1,80 Meter groß, rund 40 Jahre alt und schwarzhaarig geschildert. Er soll gebrochen Englisch gesprochen haben und zum Tatzeitpunkt mit schwarzer Hose, schwarzem T-Shirt mit weißen Streifen und schwarzer Lederjacke bekleidet gewesen sein. Hinweise, auch vertraulich, nimmt das Landeskriminalamt Wien – Außenstelle Süd, unter der Telefonnummer 0131310-57800 entgegen.

Lambrecht: Mit einem Faustschlag ins Gesicht hat sich eine Frau am Freitagnachmittag gegen eine versuchte sexuelle Nötigung eines Mannes gewehrt. Nach Angaben der Polizei war die junge Frau mit ihrem kleinen Kind vom Einkaufen zu Fuß zu den Großeltern unterwegs, als der Mann sie ansprach und ihr Bargeld für sexuelle Handlungen anbot. Nachdem die Frau dies heftig verneint hatte, packte er sie am Arm und wollte sie offenbar von der Straße wegzerren. Die Frau schlug ihm daraufhin ins Gesicht und der Mann entfernte sich zügig. Der Mann soll etwas 23 Jahre alt, etwa 1,75 Meter groß und schlank gewesen sein. Er soll laut Polizei gebrochenes deutsch gesprochen und ein arabisches Erscheinungsbild gehabt haben.

Hochsauerland: Im Hochsauerland mehren sich seit einiger Zeit die angezeigten Belästigungsfälle junger Mädchen. Darauf hat die Polizei jetzt reagiert und einige grundsätzliche „Verhaltenstipps" für Mädchen und Frauen in derartigen Situationen herausgegeben. Sie lauten wie folgt:

– Kreuzen Sie bei vermuteter Verfolgung die Straße in einem 90-Grad-Winkel.
– Halten Sie nach beleuchteten Hauseingängen Ausschau, gehen Sie zielstrebig auf ein Gebäude zu und läuten.
– Gehen Sie immer in die Richtung, wo Menschen sind.
– Steuern Sie nicht Ihre eigene Wohnung an, wenn Sie hierbei abgelegene Örtlichkeiten passieren müssen.
– Sprechen Sie Frauen an, die ebenfalls alleine in Ihre Richtung gehen und setzen Sie ihren Weg gemeinsam fort.
– Sollte die Bedrohung und Verfolgung konkret werden, rufen Sie laut um Hilfe. Sprechen Sie mögliche andere

Personen direkt an: „Sie, mit dem Polo-Hemd, helfen Sie mir.“
– Appellieren Sie laut und deutlich an umstehende Personen.
Den Ausschlag für den Verhaltenskatalog gab vor 14 Tagen die Belästigung einer 12jährigen Schülerin nachmittags auf der Straße in Meschede. Ein ca. 15- bis 17jähriger dunkelhäutiger Jugendlicher stellte dem Mädchen bis zur Turnhalle nach, sprach sie im stark gebrochenen Deutsch ständig (erfolglos) an. Als sie nach ca. zwei Stunden wieder aus der Turnhalle kam, wartete der Junge draußen auf sie. Er drängte sich ihr erneut auf, versuchte, ein Foto zu machen, ignorierte ihre immer heftigere Abwehr und versuchte, die 12Jährige zu umarmen – dies schaffte er schließlich und küsste sie. Erst als sich die junge Schülerin körperlich wehrte und ein weiteres Mädchen hinzukam, rannte der Junge weg.
Am vergangenen Sonntagnachmittag wurden 3 Mädchen in der Mescheder Fußgängerzone von 3 jungen Zuwanderern aus Syrien und Irak belästigt. Die Polizei konnte die Jugendlichen ermitteln. Die 14- und 15-Jährigen Mädchen saßen an der Ruhrbrücke. Als sich eine Gruppe von jungen Zuwanderungen näherte, suchte ein 16 Jähriger die körperliche Nähe der Mädchen und kam ihnen sehr nah. Es kam zu keinem körperlichen Kontakt. Zwei weitere Zuwanderer (12, 16) beleidigten die Mädchen und machten anzügliche Bemerkungen. Als die Schülerinnen mit der Polizei drohten und weggingen, wurden sie beschimpft. Im Rahmen der Fahndung konnte die Gruppe durch die Polizei angetroffen werden. Aufgrund fehlender Ausweisdokumente wurden zwei Jugendliche zur Polizeiwache gebracht. Nach Klärung der Personalien wurden sie durch die Eltern abgeholt.
Einige Tage zuvor belästigte ein Mann in Winterberg ein 16jähriges Mädchen und grapschte sie an: Er hatte der 16Jährigen bereits im Zug nachgestellt, setzte sich dann am Winterberger Bahnhof zu dem jungen Mädchen in eine Bushaltestelle, wurde immer aufdringlicher, grabschte sie an. Unmittelbar darauf kam zum Glück der Bus, und das Mädchen flüchtete sich hinein. Dieser Täter ist der Beschreibung nach vermutlich Deutscher, etwa 1,85 Meter groß; braune Haare und Augen, große Nase und Dreitagebart.
Der letzte aktuelle Fall passierte am Donnerstagabend in Arnsberg: Gegen 18:30 Uhr kam es vor einem Jugendheim zu einer Schlägerei, nachdem zuvor ein betrunkener 15-jähriger Afghane ein 15-jähriges Mädchen aus Arnsberg belästigt hatte, versucht hatte, sie zu küssen. Als zwei Freundinnen dem Mädchen helfen wollten, wurde sie von anderen Zuwanderern abgehalten und beschimpft. Die 3 Mädchen verständigten daraufhin ihre Freunde, die kurze Zeit später mit einem Baseballschläger aufkreuzten. Es kam zur Schlägerei zwischen den Flüchtlingen und den drei 17-bis 20 jährigen Freunden. Bei der Auseinandersetzung wurde ein 17-jähriger Arnsberger leichtverletzt. Eine Mitarbeiterin eines Jugendheims wurde ebenfalls leicht verletzt. Der Baseballschläger wurde durch die Polizei sichergestellt. Die Gruppe von 5 Zuwanderern konnte im Rahmen der Fahndung angetroffen werden, wurde nach erfolgter Personalienfeststellung entlassen.
Hof: Weil er zwei Jugendliche am Mittwochabend sexuell bedrängte, sitzt ein 21 Jahre alter Mann seit Donnerstag in Untersuchungshaft. Der Mann und ein Begleiter trafen am Mittwoch, gegen 18.30 Uhr, in der Rauschenbachstraße auf zwei 14 Jahre alten Mädchen. Nachdem sich die Vier zunächst unterhielten, bedrängte der 21-Jährige unvermittelt beide Jugendliche. Beide Mädchen wehrten sich schließlich und verständigten die Polizei. Der Täter ergriff unterdessen die Flucht. Im Rahmen der sofort eingeleiteten Fahndung konnten Hofer Polizisten bereits kurze Zeit später den Tatverdächtigen in einer Asylbewerberunterkunft in Hof ermitteln und festnehmen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Hof erging am Donnerstag Untersuchungshaftbefehl gegen den Täter, bevor er anschließend in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert wurde.
Wittenberg: Am Samstag soll sich in der Lutherstadt Wittenberg in einem Gebäude einer Wohngruppe in der Dobschützstraße eine Sexualstraftat ereignet haben. „Die betroffene 14-jährige Bewohnerin der Wohngruppe zeigte am Dienstag der Polizei an, dass sie am Samstag durch einen jugendlichen Mitbewohner der Wohngruppe zu sexuellen Handlungen genötigt worden sein soll“, erklärten Polizei und Staatsanwaltschaft am Mittwochmittag in einer gemeinsamen Pressemitteilung. „Nach dem derzeitigen Ermittlungsstand kannten sich die Beteiligten bereits im Vorfeld aus der Wohngruppe. Zu Gewaltanwendungen soll es nicht gekommen sein. Die Ermittlungen werden durch das Polizeirevier Wittenberg geführt und dauern an. Auf Grund der Schutzwürdigkeit der Verfahrensbeteiligten können gegenwärtig keine weiteren Informationen veröffentlicht werden“, heißt es dort weiter. Nach Recherchen der Mitteldeutschen Zeitung soll es sich bei dem Tatverdächtigen um einen 16-jährigen Marokkaner handeln, der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling in Deutschland ist. Dieser soll nach Auskunft der Betreibergesellschaft der Wohngruppe aber aktuell nicht mehr in der Einrichtung in der Dobschützstraße wohnen. „Es gibt den Verdacht, dass ein ehemaliger Bewohner einer unserer Einrichtungen im Landkreis Wittenberg sexuell übergriffig gegen eine derzeitige Bewohnerin unserer Einrichtung geworden sein soll. Bei dem Mädchen handelt es sich nicht um eine unbegleitete Minderjährige“, erklärte eine Sprecherin der Gesellschaft. Alle erforderlichen Schritte seien eingeleitet worden. Ansonsten verwies die Sprecherin auf die laufenden Ermittlungen der Polizei. Insgesamt hat der Betreiber 126 stationäre Plätze für die Betreuung von Jugendlichen im Landkreis Wittenberg, davon würden ständig sieben bis zehn von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen genutzt. Die Kreisverwaltung, die mit ihrem Jugendamt unter anderem für die Unterbringung minderjähriger Flüchtlinge zuständig ist, winkt ab: „Nach polizeilichen Ermittlungen hat sich der Sachverhalt nicht bestätigt“, erklärt Kreissprecher Ronald Gauert. Woher diese Erkenntnis stammt, bleibt unklar. Die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost bleibt – mit Gauerts Auskunft konfrontiert – bei ihrer Pressemitteilung.

Wien: Ein angeblicher Vergewaltigungsversuch ist Thema Nummer eins an Stammtischen in Wiener Neudorf im niederösterreichischen Bezirk Mödling. Eine 17-Jährige soll von einem im selben Haus wohnenden Asylwerber in den Keller gelockt und bedrängt worden sein – und das nicht zum ersten Mal. Dass der Verdächtige nicht in U-Haft sitzt, sorgt für Empörung. Tatort Reisenbauer-Ring: In der großen Wohnhausanlage in Wiener Neudorf soll ein Syrer (29) ein Mädchen in den Keller gelockt haben. „Der Mann hat die Jugendliche offenbar zum wiederholten Mal sexuell bedrängt", sagt FPÖ-Gemeinderat Robert Stania. „Dank der raschen Reaktion unserer Polizei wurde der mutmaßliche Täter gleich nach Anzeige der Mutter verhaftet", so Stania. Und weiter: „Brisant ist, dass der Asylwerber offenbar bereits davor von der Polizei vom Spielplatz weggewiesen worden war." Die Erleichterung über den schnellen Fahndungserfolg währte nicht lange: „Trotz dringenden Tatverdachts ist der Mann enthaftet worden", so Stania am Mittwoch – „ein Skandal", auch wenn die Unschuldsvermutung gelte. Das 17-jährige Opfer und dessen Familie leben in Angst, denn der Syrer war im selben Haus – angeblich in der Wohnung eines SP-Politikers – untergebracht. Zwar ist derzeit ein Betretungsverbot aufrecht, aber: „Der Mietervertrag gehört sofort gelöst", fordert Stania.
Templin: In Templin ist offenbar schon wieder ein junges Mädchen Opfer eines Übergriffs zwei junger Männer geworden. Laut Polizei hat sich die Tat bereits am Montag ereignet. Sie war von den Eltern des Mädchens allerdings erst am Dienstag bei der Polizei angezeigt worden. Den Schilderungen der Betroffenen zufolge war die 13-Jährige mit zwei Freundinnen am Montag gegen 18 Uhr an der Kurmeile mit dem Fahrrad unterwegs. Dort begegneten dem Trio zwei Männer. Als sie auf gleicher Höhe waren, soll einer der beiden Männer das junge Mädchen unsittlich am Oberkörper berührt haben. So wie sich der Fall darstellte, reagierten die Mädchen abweisend und gaben den beiden Männer zu verstehen, dass sie zur Polizei gehen werden. Die Ankündigung beeindruckte die Männer offenbar wenig, denn sie antworteten mit beleidigenden Gesten, berichtete Stefan Möhwald von der Polizeipressestelle. Die Polizei hat inzwischen zwei Tatverdächtige ausfindig gemacht. Es handelt sich um zwei Afghanen im Alter von 18 und 25 Jahren. Der Fall geht nun an die Staatsanwaltschaft.
Tübingen: Das Polizeirevier Tübingen bittet unter Telefon 07071/972-8660 nach Hinweisen zu einem Sittenstrolch, der am Donnerstagabend in der Platanenallee sein Unwesen getrieben hat. Zwei 52 und 54 Jahre alten Frauen wurden kurz nach 18 Uhr zwischen dem Silcherdenkmal und dem Wildermuthdenkmal von einem Mann beobachtet, der sein Geschlechtsteil entblößt hatte und onanierte. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief negativ. Der dunkelhäutige Mann ist etwa 30 bis 40 Jahre alt, 180 bis 185 cm groß und hat eine kräftige Statur sowie dunkle, kurze Haare. Der Gesuchte war dunkel bekleidet.
Potsdam: Am Donnerstag sind in Potsdam eine 14-Jährige von einem unbekannten Mann sexuell belästigt und eine 58-jährige Frau von einem Exhibitionisten bedrängt und betatscht worden. Nun werden die mutmaßlichen Täter mit Personenbeschreibungen gesucht. Die 14-Jährige war am Donnerstag gegen 15 Uhr in Bornstedt in der Potsdamer Straße von einem Unbekannten belästigt worden. Die Schülerin war mit dem Fahrrad auf dem Heimweg, als der Mann unvermittelt vor ihr Rad lief und sie unsittlich am Oberkörper berührte.Nun werden Zeugen des Vorfalls gebeten, sich bei der Polizei zu melden. Außerdem gibt es eine Beschreibung des gesuchten Mannes:– etwa 40 Jahre alt – 1,75 Meter groß – braune Haare – braune Kapuzenjacke mit weißen Karostreifen – braune Umhängetasche – sprach kein Deutsch.

http://www.pi-news.net/2016/10/afrikaner-verpruegelt-grundlos-passanten/
Afrikaner verprügelt grundlos Passanten
Braunschweig: Mit Hilfe von Zeugen konnten Polizisten am Donnerstagabend einen 27-Jährigen nach einer Sachbeschädigung an einem auf dem Löwenwall geparkten Auto stellen. Der Beschuldigte soll den Außenspiegel abgetreten und eine Beule in der Tür verursacht haben. Ein 64-jähriger Jogger und weitere Zeugen verfolgten den Schwarzafrikaner bis zur Museumsstraße und informierten während dessen die Polizei. Als die Funkstreife eintraf hatte der Tatverdächtige gerade einem völlig unbeteiligtem Passanten (33) einen Faustschlag ins Gesicht versetzt. Wie sich herausstellte war der Mann bereits am Nachmittag auffällig geworden, als er auf dem Schlossvorplatz offenbar grundlos einem 59-Jährigen mehrere Schläge ins Gesicht versetzt und ihm dadurch eine blutende Platzwunde beigebracht hatte.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen" der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter / Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Mannheim: Über ein Jahr lang wurde nach ihm gefahndet, Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelten auf Hochtouren, doch der Mann, der im Juni 2015 vor dem Dorint-Hotel einen 68-Jährigen niedergeschlagen hat, blieb ein Unbekannter. Nun hat offensichtlich die ZDF-Sendung „Aktenzeichen XY . . . ungelöst" dazu geführt, dass sich dieser Mann selbst bei der Kripo stellte. Heute wurde er dem Haftrichter vorgeführt und gegen Auflagen auf freien Fuß gesetzt. Der Vorwurf lautet: Körperverletzung mit Todesfolge.Bei dem nun dringend

Verdächtigen handelt es sich um einen 27-Jährigen, der im Mannheimer Norden lebt. Er ist deutscher Staatsbürger mit türkischen Wurzeln. Dass er gestern Nachmittag bei den Mannheimer Ermittlern an die Tür klopfte, ist – nach derzeitigem Stand – tatsächlich nur auf die Ausstrahlung von „Aktenzeichen XY . . . ungelöst“ zurückzuführen. Bei der Sendung war der Angriff, an dessen Folgen das 68-jährige Opfer gestorben war, in einem Filmbeitrag beschrieben worden. Demnach trafen Täter und Opfer am Morgen des 2. Juni 2015 zufällig auf dem Gehweg vor dem Dorint-Hotel aufeinander. Im Getümmel anreisender Gäste war es, so wird es im Beitrag dargestellt, wegen eines Zusammenstoßes zu einem Streit gekommen, woraufhin der Täter dem 68-Jährigen einen Faustschlag ins Gesicht verpasste und dann Richtung Wasserturm flüchtete. Durch den Schlag stürzte der Angegriffene und fiel auf den Hinterkopf. Er starb kurze Zeit später an den Folgen der Verletzungen.
Hamm-Bockum-Hövel: Von drei Männern zusammengeschlagen und verletzt wurde ein 18-Jähriger am Mittwoch, 5. Oktober, auf der Oswaldstraße unweit des Hallohparks. Gegen 22.05 Uhr traf der Hammer auf die drei Unbekannten. Ohne erkennbaren Grund schlugen und traten die Täter auf ihr Opfer ein. Anschließend entfernten sich die Schläger in unbekannte Richtung. Die Gesuchten sahen südländisch aus.
Mannheim: Mehrere Personen gerieten in der Nacht zum Freitag kurz vor 2 Uhr in der Beilstraße derart in Streit, dass mehrere Streifenwagenbesatzungen des Reviers Mannheim-Innenstadt ausrücken mussten. Vor Ort stellte sich heraus, dass eine 5-köpfige Personengruppe von einer Geburtstagsfeier in der Böckstraße in Richtung Innenstadt unterwegs war und auf zwei bislang nicht ermittelte Männer stieß. Nach einer anfangs lockeren Unterhaltung wurde einer der Männer jedoch handgreiflich, der zweite verschwand und kam kurz darauf mit rund 10 weiteren Personen zurück. Zwei 22-Jährige der Gruppe wurden von den Männern derart traktiert, dass sie nach der Erstversorgung in einem Krankenhaus medizinisch weiterversorgt werden mussten. Zwei Zeugen versuchten die Kontrahenten allesamt zwar zu trennen, schafften es aber nicht. Bei Eintreffen der Polizei waren lediglich die beiden Geschädigten wie auch die Zeugen noch vor Ort. Eine Fahndung nach den unbekannten Schlägern verlief ohne Erfolg. Die beiden Unbekannten werden wie folgt beschrieben: 1. Ca. 25 Jahre alt, 180 cm groß, langer Bart, kurze Haare; trug olivgrüne „Hilfiger“-Jacke mit Pelz, evtl. Türke. 2. Ca. 25 Jahre alt, 180 cm groß, schwarze Jeans, schwarze Jacke, evtl. Türke.
Kaiserslautern: Ein Unbekannter hat am Mittwoch auf dem Pfaffplatz einer Mutter und ihrem drei Monate alten Baby große Angst eingejagt. Die 20-Jährige war gegen 12.30 Uhr mit dem Kinderwagen auf dem Pfaffplatz im Bereich des Parkplatzes unterwegs gewesen. Wie die Frau der Polizei schilderte, sei sie dort von einem jungen Mann auf einem Fahrrad umkreist und angeschrien worden. Plötzlich habe der Radfahrer mit einem Gegenstand mehrmals in die Luft geschossen, so die 20-Jährige. Der Unbekannte sei dann auf dem Drahtesel in Richtung Kaufland davongefahren. Die verängstigte Frau flüchtete sich in einen Imbiss. Der verständigten Polizei beschrieb sie den Mann. Demnach habe er dunkle Hautfarbe und war mit einem roten Kapuzenpulli bekleidet gewesen. Polizeistreifen suchten vergebens die Umgebung nach dem Mann ab.
DIES UND DAS AUS DER BUNTEN REPUBLIK:
„Ich darf das. Ihr habt mich eingeladen“
Berlin: Die Polizei Brandenburg ermittelt gegen einen
17 Jahre alten Somalier, weil er einen Streifenwagen beschädigt und Klinikpersonal beleidigt uns bespuckt haben soll. Vorausgegangen war dem Vorfall ein Streit in einer Berliner S-Bahn. Der Somalier war in der Nacht zu Dienstag mit der Linie S5 unterwegs und hörte dabei laut Musik über sein Handy. Dadurch fühlten sich andere Fahrgäste gestört. Als ein 39 Jahre alter Berliner den jungen Mann aufforderte, die Musik leiser zu machen, wurde er von dem Afrikaner ausgelacht. Wie die Bundespolizei auf Anfrage der JF bestätigte, rief er dabei laut Zeugen: „Ich darf das. Ihr habt mich eingeladen.“ Der 39jährige schlug ihm daraufhin mit der flachen Hand gegen die Schulter. Alarmierte Bundespolizisten leiteten ein Strafverfahren wegen Körperverletzung gegen den Berliner ein. Da der Somalier über Schmerzen in der Schulter klagte, wurde er in ein Krankenhaus gebracht. Dort verlor er nach Angaben Bundespolizei die Beherrschung und beschimpfte und bespuckte das Krankenhauspersonal. Zudem beschädigte der bereits wegen anderer Straftaten bekannte Afrikaner, der in einer Brandenburger Flüchtlingsunterkunft bei Strausberg untergebracht ist, ein Streifenfahrzeug Polizei.
Stinkefinger-Fachkraft:
Freiburg: Einen 17-jährigen,tunesischen Jugendlichen kontrollierten Beamte der Bundespolizei am frühen Sonntagmorgen gegen 03:25 Uhr am Freiburger Hauptbahnhof. Dabei wurde festgestellt, dass es sich um einen minderjährigen Asylbewerber handelt, der im Fahndungssystem als vermisst ausgeschrieben war. Ferner suchte ihn auch die Freiburger Justiz wegen Erschleichen von Leistungen. Nach Beendigung der Kontrollmaßnahmen wollte die Streifenbesatzung mit dem Dienstfahrzeug wegfahren. Der Jugendliche schlug dabei mit beiden Fäusten auf das Dienstfahrzeug ein, öffnete die hintere Schiebetüre und zeigte den Beamten mit beiden Händen den Stinkefinger nach dem Motto „ihr könnt mir gar nichts“. Eine weitere Anzeige wegen Beleidigung ist nun die Folge.
Arbeitsloser Fachkraft wird der „Lohn“ verweigert:
Leipzig: Schrecksekunden im Leipziger Jobcenter: Ein Mann (49), der eine Waffe und ein Messer bei sich trug, drohte im Arbeitsamt mit einem Bombenanschlag! Ein Wachmann sah am Donnerstagmittag, wie ein Jordanier vor dem Gebäude in der Georg-Schumann-Straße eine Pistole durchlud, sich in seinen Hosenbund steckte und hineinging. Als der Security-Mitarbeiter den Mann rausschmeißen wollte, begann er zu diskutieren. Er war wütend über verweigerte Auszahlungen und wolle diese notfalls auch anders einfordern. Der Wachmann konnte

den 49-Jährigen schließlich nach draußen bringen, wo sogleich die alarmierte Polizei eintraf. Ohne Widerstand ließ sich er sich festnehmen. Die Beamten stellten schließlich eine Schreckschusswaffe, Magazine sowie Munition und ein Messer sicher. Die Polizei nahm die Ermittlungen gegen ihn auf und brachte ihn wieder nach Hause. Im Arbeitsamt hat er natürlich Hausverbot.

Wieder ein Einzelfall:

Weil am Rhein: Bei einer Kontrolle am Grenzübergang Weil-Ost stellten Bundespolizisten am gestrigen Vormittag zwei eritreische Staatsbürger fest, die angeblich auf dem Weg in ein Restaurant in der Weiler Innenstadt waren. Während der 31-Jährige Fahrer sich mit gültigen Schweizer Asyldokumenten auswies, konnte sein jüngerer Beifahrer keine Grenzübertrittspapiere vorlegen. Lebensmittel, diverse Kleidungsstücke und Hygieneartikel im Gepäck des 17-Jährigen ließen auf einen nicht nur kurzfristigen Aufenthalt in Deutschland schließen. Eine eingehende Befragung des Fahrers förderte zu Tage, dass es sich bei dem jungen Eritreer um den Cousin des 31-Jährigen handelte, der bereits in Italien und in der Schweiz einen Asylantrag gestellt hat. In der Schweiz war er zudem unter verschiedenen Personalien bereits registriert worden. Gegenüber der Bundespolizei äußerte der 17-Jährige nun erneut ein Schutzersuchen und wurde an das zuständige Jugendamt überstellt. Beide müssen nun mit einer Strafanzeige rechnen. Gegen den 31-jährigen Eritreer hat die Bundespolizei ein Ermittlungsverfahren wegen der Beihilfe zur unerlaubten Einreise eingeleitet.

Tunesier hat bereits mehrere Abschiebungen „versäumt“:

Kamenz: Am Donnerstag fasste das Polizeirevier in Kamenz gleich zwei mit Haftbefehl gesuchte Personen. Am Vormittag konnte ein 31-Jähriger, nach dem die Polizei gefahndet hatte, in Ottendorf-Okrilla gestellt werden. In Kamenz fassten die Beamten einen 29-jährigen Tunesier, der bereits mehrere Abschiebungen versäumt hatte. Beide Männer wurden an eine Justizvollzugsanstalt übergeben.

Orientalische Lebensfreude:

Berlin: In zwei Fällen von Übergriffen auf einen Syrer und einen Flüchtling in Berlin-Neukölln ermittelt der Staatsschutz. Der 27 Jahre alte Syrer wurde am Freitagnachmittag in der Sonnenallee von einer Gruppe ins Gesicht geschlagen und mit Füßen gegen den Kopf getreten. Wie die Polizei mitteilte, hatten die Angreifer zunächst mit Rufen das Herkunftsland des Mannes geschmäht. Nach dessen Angaben sahen die Angreifer arabisch aus. Mit blutenden Verletzungen im Gesicht brachte ein Passant den Mann auf eine Wache. Die Polizei suchte die Gegend erfolglos nach den Schlägern ab.

http://www.pi-news.net/2016/10/hamburg-16-jaehriger-schwer-verletzt/#more-535654

Hamburg: 16-Jähriger schwer verletzt

Wilhelmsburg: Ein 16-Jähriger ist Donnerstagabend im Rahmen einer Auseinandersetzung schwer verletzt worden. Die Mordkommission (LKA 41) hat die Ermittlungen übernommen. Der 16-Jährige ging in Begleitung seines 19-jährigen Bruders auf dem Gehweg des Vogelhüttendeichs in Richtung Stübenplatz. Auf dem Gehweg trafen die beiden Brüder auf eine Gruppe von ca. 10 jungen Männern, die keinen Platz machen wollten. Es kam zu einem kurzen Wortgefecht und Schubsereien zwischen der Gruppe und den Brüdern. Nachdem die Geschädigten die Gruppe bereits passiert hatten, lösten sich mehrere Männer aus der Gruppe. Ein Mann soll nun den 16-Jährigen zu Boden gebracht und ihn mit einem Messer verletzt haben. Der 19-Jährige wurde währenddessen von anderen Männern aus der Gruppe geschlagen und getreten.

Anschließend flüchtete die Tätergruppe in Richtung Veringstraße. Durch die Spurensicherung und die Mordkommission wurden umfangreiche Spurensicherungsmaßnahmen durchgeführt und Beweismittel sichergestellt. Der 16-Jährige erlitt lebensgefährliche Verletzungen ist nach einer Notoperation aber inzwischen außer Lebensgefahr. Eine unmittelbar nach der Tat eingeleitete Fahndung mit sechs Funkstreifenwagen führte bislang nicht zur Festnahme der Tätergruppe, die wie folgt beschrieben wird: – männlich – südländisches Erscheinungsbild – sprachen türkisch.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter / Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Sigmaringen: Am späten Dienstagabend, gegen 23.45 Uhr, attackierte in der Bahnhofstraße ein 19-jähriger, unter Alkoholeinwirkung stehender Gambier ohne erkennbaren Grund eine junge Frau, die mit ihrer Freundin auf dem Weg in eine Gaststätte war. Die beiden Frauen wollten dem 19-Jährigen, der ebenfalls mit einem Freund unterwegs war, aufgrund des engen Weges noch ausweichen, als dieser sich der 20-Jährigen in den Weg stellte. Ohne Vorwarnung schlug der junge Mann gegen den Oberkörper der Frau, griff in deren Haare und zog sie dabei an sich, um ihr mit der Hand ins Gesicht zu schlagen. Weder die Freundin der 20-Jährigen noch

der Begleiter des Täters konnten den jungen Mann von der Tat abhalten. Eine Polizeistreife konnte wenig später den mit seinem Freund Flüchtenden aufgreifen und in Gewahrsam nehmen.
Eckernförde: Die Jugendliche wurde zunächst von dem Mann im gebrochenen Deutsch angesprochen. Er soll etwa 30 Jahre alt und 1,80 bis 1,90 m groß sein, längere, dunkle Haare haben und ein graues Shirt sowie dunkle Shorts tragen. Auf seiner Schulter hat er nach Angaben der 15-Jährigen ein Tattoo. Dann zerrte der Mann plötzlich an der Kleidung des Mädchens. Als es sich wehrte, schlug ihr der Unbekannte ins Gesicht und in den Magen. Dem Mädchen gelang die Flucht, als ein Pärchen (etwa 60 Jahre alt) des Weges kam. Die Schülerin musste ärztlich versorgt werden.
Heidelberg. Am frühen Samstagmorgen wurde ein Mann aus bislang nicht bekannten Gründen am Bismarckplatz von zwei unbekannten Männern zusammengeschlagen und dabei erheblich am Kopf verletzt. Laut Zeugenangaben schlugen die zwei Unbekannten gegen 3.15 Uhr gemeinsam auf den 39-jährigen Algerier ein und ließen ihn anschließend verletzt zurück. Der Verletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die beiden männlichen Täter werden als ca. 180 cm große Männer beschrieben, die beide mit einem weißen Hemd bekleidet waren und türkischer Herkunft sein sollen. Einer der beiden war schlank und hatte einen dunkleren Teint, der andere war kräftig, leicht gebräunt und hatte einen Vollbart. Beide sprachen Hochdeutsch ohne hörbaren Akzent.
Lippstadt: Am Freitag erhielt die Polizei Kenntnis über einen verletzten 42-jährigen Lippstädter. Er gab an, dass er sich gegen 12:45 Uhr im Bereich der Stiftsruine in der Straße „Im Stift“ aufhielt. Dort habe eine Gruppe von etwa fünf bis sieben Personen ein Pärchen belästigt. Der Lippstädter sei dem Pärchen zu Hilfe gekommen. Nun sei die Gruppe gegenüber dem Lippstädter aggressiv geworden. Im weiteren Verlauf sei der Lippstädter durch die Gruppe geschlagen und getreten worden. Die Verletzungen mussten in einem Krankenhaus behandelt werden. Der Lippstädter kann die Gruppe als 18- bis 24-jährige Männer mit südländischem Aussehen und schwarzen Haaren beschreiben.
München: Gefährliche Körperverletzung durch Fußtritte gegen den Kopf: Samstag, 01.10.2016, gegen 23.45 Uhr: In einer Grünanlage nördlich der Bavaria eskaliert eine Auseinandersetzung zwischen einem 25-Jährigen und einem 26-jährigen Deutschen sowie vier türkischstämmigen Personen, im Alter zwischen 16 und 22 Jahren. Im Verlauf der Handgreiflichkeiten gehen die beiden Deutschen zu Boden und werden getreten. Alle vier Schläger werden einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen. Drei von ihnen werden im Anschluss wieder entlassen. Wegen seiner Tritte gegen die Köpfe der beiden Geschädigten, wird der vierte Täter, ein 18-Jähriger aus München, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft dem Haftrichter zur Klärung der Haftfrage vorgeführt. Zwischenzeitlich wird auch er wieder entlassen.
Stuttgart-Bad Cannstatt: Bei einer Auseinandersetzung zweier Kontrahenten auf dem Cannstatter Wasen ist am Freitag (30.09.2016) ein 31 Jahre alter Mann schwer verletzt worden. Zwischen dem 31-Jährigen und einem bislang Unbekannten kam es gegen 21.00 Uhr am Hinterausgang eines Festzeltes aus bislang unbekannten Gründen zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Unbekannte den 31-Jährigen stieß. Der unter Alkoholeinwirkung stehende Mann fiel zu Boden und schlug mit dem Hinterkopf auf den Asphalt auf. Er musste mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Täter soll laut einer Zeugenbeschreibung ein südländisches Aussehen haben und zirka 175 Zentimeter groß und schlank sein.
Kupferzell: Wegen einer Schlägerei im Bereich des Kupferzeller Marktplatzes wurde am Sonntag, kurz vor 19.00 Uhr, die Polizei gerufen. Noch bevor die Ordnungshüter des Künzelsauer Polizeireviers am Ort des Geschehens eingetroffen waren, hatten sich die beiden Kontrahenten in Richtung des „Kerwe-Festgeländes“ entfernt. Zwischenzeitlich konnte festgestellt werden, dass der Innenraum eines Behelfscontainers mit einem Geldausgabeautomates stark mit Blut verunreinigt war. Noch während dieser Feststellung teilten mehrere Veranstaltungsbesucher mit, dass eine Person auf dem Kerwe-Fest willkürlich auf Passanten losgehen würde, was eine sofortige Anfahrt der Polizeistreife nach dort erforderlich machte. Letztendlich konnte ein 31-jähriger, aus dem Kongo stammender Mann als Tatverdächtiger identifiziert und vorläufig festgenommen werden. Dieser stand nach ersten Erkenntnissen erheblich unter Drogen- und Alkholeinfluss. Die Fahndung nach dem zweiten Mann, welcher zuvor an der Schlägerei beteiligt war, verlief ohne Erfolg.
Schwerin: Am Sonntagnachmittag, gegen 17:00 Uhr, wurde die Schweriner Polizei zu einer Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe junger Männer mit Migrationshintergrund und mehreren deutschen Personen in der Bischofstraße nahe des Doms gerufen. Nach Zeugenaussagen sollen die ausländischen Tatverdächtigen einen jungen Mann mit einem Seil niedergeschlagen und getreten haben Anschließend sind diese mit weiteren Männern, darunter zwei Motorradfahrer, in Streit geraten, und haben diese unter anderem mit einem Messer bedroht. Die Tatverdächtigen entfernten sich anschließend und trennten sich in Richtung Südufer des Pfaffenteiches sowie in Richtung Markt. Die Tatverdächtigen werden als junge Männer mit arabischem Aussehen und schwarzen Haaren beschrieben.
Kempten: Am Donnerstagnachmittag fiel ein 41-jähriger türkischer Mann aus Kempten Passanten im Innenstadtbereich negativ auf, als er merklich alkoholisiert auf einer Bank sitzend offenbar wahllos Leute

anpöbelte. Er schreckte auch nicht davor zurück, Kinder und deren Mütter zu beschimpfen. Dem Mann musste von der hinzugerufenen Streife ein Platzverweis erteilt werden. Ihn erwartet eine Anzeige wegen Beleidigung.
Naumburg: Im Festzelt der gleichen Lokalität kam es knapp eine Stunde später zu einer Auseinandersetzung. Ein 19-jähriger syrischer Bürger hatte sich mit einem Bekannten in Rage geredet und warf einen Bierkrug ungezielt herum. Ein Naumburger (26) schritt ein und stellte sich zwischen die Streithähne. Er wurde von dem 19Jährigen zu Boden gezogen und erlitt dabei eine Beinverletzung. Der 26Jährige befindet sich stationär zur Behandlung im Krankenhaus.
Bautzen: Ein 17-Jähriger hat in Bautzen einen 39-Jährigen mit einer abgebrochenen Glasflasche bedroht. Der Jugendliche verletzte sich dabei versehentlich selbst an der Hand, wie ein Polizeisprecher am Samstagmorgen in Görlitz sagte. Bei dem Vorfall am Freitagabend war es zunächst zwischen 20 bis 30 Menschen zu einem lautstarken Streit auf offener Straße gekommen. Eine Polizeistreife schritt ein. Der 17-Jährige – ein minderjähriger Flüchtling – wurde von den Beamten in ein Krankenhaus begleitet. Der 39 Jahre alte Deutsche blieb unverletzt. Die Ermittlungsgruppe „Platte“ der Polizei übernahm den Fall. Seit Wochen ist die Stimmung nach Zusammenstößen zwischen jungen Flüchtlingen und Rechtsextremisten in Bautzen aufgeheizt.
Orientalische Lebensfreude:
Köln: Unfassbare Attacke nach einem Parkplatz-Streit in Köln-Heimersdorf: Mehrere Männer haben am Montag zunächst die Scheibe eines Ford Escape eingeschlagen – als der Besitzer (67) daraufhin zur Polizei fahren wollte, wurde er abgefangen und auf offener Straße verprügelt! Der 67-Jährige hatte seinen Pkw auf einem angemieteten Stellplatz auf dem obersten Deck des Parkhauses am Haselnussweg abgestellt. Als er kurz vor 19 Uhr zu seinem Fahrzeug zurückkehrte, stellte er fest, dass sein Ford Escape von einem anderen Pkw zugeparkt worden war. Etwa zehn Minuten später erschien der Fahrer des behindernden Pkw. Als ihn der 67-Jährige ansprach, wurde er von dem Mann sofort auf übelste Weise beleidigt. Mit den Worten „Ich komme wieder!“ entfernte sich der Täter in Begleitung einer Frau mit quietschenden Reifen in einem hellblauen Ford Mondeo. Vom Fenster seiner Wohnung beobachtete der Rentner wenig später, dass der Unbekannte mit zwei weiteren Männern zurückkam und einer seiner Begleiter eine Seitenscheibe seines Ford Espace zerschlug. Anschließend fuhr das Trio in Richtung Seeberg davon. Der Geschädigte machte sich daraufhin auf den Weg zur Polizei, als ihm auf der Robert-Grosche-Straße im Stadtteil Seeberg ein dunkelgrüner Pkw entgegenkam und die Durchfahrt blockierte. Zwei Männer, bei denen es sich um die Begleiter handelte, stiegen aus dem Auto und kamen auf den Pkw des 67-Jährigen zu. Sie rissen die Tür auf und versuchten, den Senior herauszuziehen. Anschließend schlugen sie auf den Geschädigten ein und traten gegen seinen Pkw. Danach sprangen die Unbekannten in ihren Pkw und flüchteten Richtung Herstattallee. Der Täter, auf den der Rentner auf dem Parkdeck getroffen war, ist etwa 1,80 Meter groß und wie seine späteren Mittäter etwa 25 Jahre alt. Er hat schwarze, kurze Haare und einen Vollbart. Zum Tatzeitpunkt war er mit einem weißen T-Shirt bekleidet. Seine etwa gleichaltrigen Begleiter waren ebenfalls etwa 1,80 Meter groß. Alle drei hatten ein südländisches Erscheinungsbild. Die weibliche Begleitung des ersten Täters ist etwa 1,70 Meter groß und hat ebenfalls dunkle Haare.
Fredenberg: Drei Wochen nach der Schlägerei auf dem Schulhof der BBS Fredenberg zwischen Syrern und Türkeistämmigen hat die Polizei ihre umfangreichen Ermittlungen zum Hergang abgeschlossen – und die Vorgänge des 7. Septembers erscheinen in einem neuen Licht. Andreas Twardowski, Leiter des zuständigen Fachkommissariats für Kinder- und Jugendkriminalität in Salzgitter, betont: „Es war eine Massenschlägerei“. Und zwar in einem Ausmaß, wie sie der erfahrene Ermittler an den Schulen der Stadt bislang nicht gesehen hat. Beteiligt gewesen seien mindestens 18 Personen. „Wir haben elf Beschuldigte, denen wir konkrete Taten zuordnen können“, erklärt er. „Acht davon haben einen syrischen Migrationshintergrund, drei einen türkischen“. Drei seien minderjährig. Die Aggression sei von der syrischen Gruppe ausgegangen, schildert der Kriminalhauptkommissar. Der Anlass: „nichtig“. Hinweise auf einen religiösen, ethnischen oder politischen Anlass für die Schlägerei habe die Polizei nicht festgestellt. Der Hergang, wie die Polizei ihn ermittelt hat: Schon am Tag vor der Schlägerei fühlen sich ein 26-jähriger Türkeistämmiger und ein 18-jähriger Syrer auf den Gängen der Berufsbildenden Schulen von den Blicken des anderen provoziert. Es gibt Streit, anschließend ein Schlichtungsgespräch und noch eine verbale Konfrontation. Doch eine Gruppe von 9 Türkeistämmigen sei auf die Provokation aus einer Gruppe von 10 Syrern nicht eingegangen. Die Ermittler stützen sich auf die Aussagen von 25 Beteiligten und Zeugen. Syrer hätten sich nicht geäußert. Bei den Türken sei die Bereitschaft auszusagen anfangs groß gewesen. „Dann nahm sie ab“, bis sie alle Strafanzeigen zurückzogen. „Die Vermutung liegt nahe, dass man sich anders geeinigt hat.“ Am folgenden Tag stehen sich die Gruppen in der 11-Uhr-Pause in gleicher Stärke erneut gegenüber. „Laut Zeugen wurde kräftig telefoniert“, erklärt der Beamte. „Dann trafen zahlreiche Syrer ein, zum Teil von außerhalb der Schule.“ Gegen Ende der Pause sei ihre Gruppe auf 30 Personen angeschwollen. „Ein 19-Jähriger geht dann auf einen 20-jährigen Türken zu, fasst ihn an den Hals und schubst ihn weg.“ Und weil man sich habe beistehen wollen „schlagen und treten daraufhin beide Gruppen wild aufeinander ein.“ Beteiligt: mindestens 18 Personen. Wahrscheinlich mehr. Doch die seien schon vom Schulhof

getürmt, als die Polizei eintrifft. Elf Beteiligten habe man Taten aufgrund von Fotos zuordnen können. „Einige Schüler griffen auch schlichtend ein“, sagt Twardowski. „In welcher Zahl ist unklar.“ Ein verletzter türkischer Schüler kam mit Verdacht auf Gehirnerschütterung in die Klinik.
Bad Mergentheim: Flaschenwurf gegen Eingangstüre einer Discothek. In der Nacht von Samstag auf Sonntag, kurz nach Mitternacht, musste einer Gruppe von fünf irakischen Flüchtlingen der Zutritt zu einer Disco, Beim Braunstall, verweigert werden. Die jun-gen Männer waren deutlich alkoholisiert. Nach heftigen Diskussionen verweilte die Gruppe an der Straße. Immer wieder wurde von seiten der Männer versucht die Security der Discothek zu überreden, dass sie eingelassen werden. Als alle Versuche scheiterten, nahm einer der Männer zwei , an der Straße stehenden leeren Bierflaschen, schlug diese an einem Treppengeländer ab, und lief in drohender Halttung auf die Security zu. Diese schlossen rechtzeitig die Eingangstüre zur Discothek. Aus lauter Wut schleuderte der junge Iraker die Flasche dann gegen die Türe. An der Türe entstand kein Schaden. Dem Flaschenwerfer, der aus einer Asylbewerberunterkunft in Weikersheim stammt , wurde durch die hinzugerufene Polizei ein Platzverweis erteilt. Die jungen Männer zogen weiter.
Schutzsuchende arbeiten mit Sicherheitspersonal zusammen:
Leverkusen: Bei den Ermittlungen im Skandal im Flüchtlingsheim Auermühle ist die Polizei am Mittwoch einen Schritt weitergekommen. Im Morgengrauen durchsuchten Beamte sechs Wohnungen von Verdächtigen in Köln und Leverkusen. Sie sollen möglicherweise in die kriminellen Machenschaften verwickelt sein. „Gegen die Wohnungsinhaber laufen derzeit Ermittlungen wegen des Verdachts der Hehlerei. Ihnen wird vorgeworfen, von Flüchtlingen Diebesgut angekauft zu haben“, fasste die Behörde am Nachmittag zusammen. Noch in der Dämmerung hätten Kripo-Beamte mit Durchsuchungsbeschlüssen vor den Wohnungen in Mülheim und Ehrenfeld in Köln und in Rheindorf und Opladen gestanden. Zwei weitere Wohnungen hatte die Polizei schon vor zwei Wochen in Mönchengladbach und in Köln-Kalk durchsucht. Ermittelt wird mittlerweile sowohl gegen Flüchtlinge als auch gegen Sicherheitspersonal, Reinigungskräfte und „leider auch Personal des Betreibers der Unterkunft, dem Malteser Hilfsdienst“, sagte ein Polizeisprecher. Ausgelöst hatte die Ermittlungen ein ein 22-jähriger Marokkaner aus der Unterkunft. Er hatte sich gegen die Verlegung in eine andere Unterkunft gewehrt und gegenüber der Heimleiterin und der Polizei Bewohner der Unterkunft und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes belastet. Letztere sollen Drahtzieher für die Ladendiebstähle gewesen seien. Bereits vor mehr als zwei Wochen hatte die Polizei die Unterkunft durchsucht und mutmaßliches Diebesgut wie Sportbekleidung und Turnschuhe sowie eine geringe Menge Cannabis sichergestellt. Schon davor hatte die Polizei gegen Mitarbeiter der Sicherheitsfirma wegen Hehlerei und Anstiftung zum Ladendiebstahl ermittelt. Wegen der schweren Vorwürfe setzte die Behörde eine Ermittlungsgruppe ein. Durch deren Arbeit weitete sich der Verdacht auf mittlerweile 17 Beschuldigte aus. Am Mittwoch nannte die Polizei Details: Betroffen sind acht männliche Flüchtlingen im Alter zwischen 18 und 27 Jahren, vier Sicherheitsmitarbeiter (23, 43, 49, 50 Jahre alt), zwei Mitarbeiterinnen einer Reinigungsfirma (37, 50), eine Frau (28) und zwei Männer (44, 50) des Malteser Hilfsdienstes, der die Unterkunft bis zur Schließung vor knapp zwei Wochen betreute. Dass auch gegen Mitarbeiter der Malteser ermittelt wird, erscheint besonders hart. Tim Feister, Chef des Leverkusener Ortsverbandes, hatte sich in der vergangenen Woche zutiefst schockiert über die Vorfälle gezeigt und geäußert, es gebe seines Wissens nach keine Anhaltspunkte dafür, dass Mitarbeiter der Malteser in die Taten involviert gewesen seien. Am Mittwoch wusste Feister noch nichts zur möglichen Verwicklung von Malteser-Mitarbeitern. Er bekräftigte aber: „Wir arbeiten im engen Schulterschluss und mit Hochdruck mit der Polizei zusammen. Das muss bis ins Detail aufgeklärt werden und alle, die schuldig sind müssen auch mit aller Härte bestraft werden.“ Er sei extrem enttäuscht darüber, unterstrich Feister, dass es offenbar Menschen gebe, die eine solche soziale Einrichtung für derlei Taten ausnutzen: „Ich bin darüber stinksauer.“ Der polizeibekannte 22-jährige Marokkaner sitzt mittlerweile in Untersuchungshaft, weil er erneut – diesmal in Kerpen – beim Ladendiebstahl erwischt wurde. Unterdessen überprüfen die Ermittler die Funde. Es geht um Mobiltelefone, die die Behörde in den insgesamt acht Wohnungen sicherstellte. „Darüber hinaus wurde am Mittwochmorgen nichts gefunden“, sagte ein Polizeisprecher.
Schutzsuchende gehen auf Sicherheitspersonal los:
Pliening: In der Traglufthalle in Pliening ist es am Dienstagabend, gegen 18.30 Uhr, zu einer Massenschlägerei gekommen. Ersten Erkenntnissen zufolge ging die Aggression von Asylbewerbern aus Syrien aus. Mehr als ein Dutzend Flüchtlinge sowie mehrere Security-Kräfte waren in die Auseinandersetzung involviert, meldet die Polizei. Eine Augenzeugin schildert, dass die Angreifer auch auf das Sicherheitspersonal losgegangen seien. „Wir sind in unser Büro gelaufen, haben zugesperrt und uns in die hinterste Ecke zurückgezogen“, berichtet Brigitte Adorno vom Helferkreis Pliening. Sie konnte sich zusammen mit zwei weiteren Ehrenamtlichen und einem Asylbewerber, mit dem sie gerade ein Gespräch geführt hatten, rechtzeitig in Sicherheit bringen. „Die Angreifer haben die Fenster unseres Büros zerstört und den Security-Raum auseinandergenommen.“ Immer wieder hätten andere Flüchtlinge versucht, die Täter zu beruhigen. Ersten Ermittlungen zufolge soll eine nicht befolgte Anweisung einer Security-Angestellten an Asylbewerber der Auslöser für die Aggression gewesen sein.

Die alarmierte Polizei rückte mit einem Großaufgebot inklusive Hubschrauber an, zudem waren mehrere Sanitäter sowie Feuerwehrkräfte im Einsatz. Als die Polizei in die Halle kam, gingen einige der Flüchtlinge auf die Beamten los, zwei von ihnen wurden leicht verletzt. Auch zwei Wachleute des Sicherheitsdienstes sowie zwei Asylbewerber trugen Verletzungen davon, berichtet die Polizei. Während des Polizeieinsatzes wurde die Halle zwischenzeitlich evakuiert; die zwei Rädelsführer wurden vorläufig festgenommen. Wie hoch der Sachschaden ist, kann noch nicht beziffert werden. Alkohol war anscheinend nicht im Spiel. Die Ermittlungen hat die Kripo Erding übernommen. Bei den Haupttätern soll es sich um Asylbewerber jener Gruppe handeln, die im August von der Realschulhalle in Poing nach Pliening umquartiert worden war. In der Schulturnhalle gab es in der Vergangenheit eine ähnliche Schlägerei. In Pliening kämen seit einiger Zeit vermehrt Spannungen vor, insbesondere bei der Essensausgabe, berichtet Helferin Adorno. In der Traglufthalle sind rund 220 Schutzsuchende untergebracht. Brigitte Adorno lässt sich durch den Vorfall nicht entmutigen. „Ich mache weiter, weil unsere Arbeit enorm wichtig ist“, sagt sie. Allerdings hätte sie Verständnis, wenn Ehrenamtliche sich nun zum Aufhören entschließen würden. Sie selbst war mit anderen Helfern am Mittwochvormittag schon wieder in der Halle.

http://www.pi-news.net/2016/10/exhibitionist-belaestigt-kinder-merkel-herbst/

Exhibitionist belästigt Kinder #Merkel-Herbst

Neuss: Ein unbekannter Mann hat am Freitagnachmittag (04.10.) zwei Kinder im Alter von acht und zwölf Jahren belästigt. Gegen 14:10 Uhr hielten sich die beiden an einem Spielplatz der Straße An der Obererft in Höhe Eichendorffstraße auf. Im unmittelbar dahinter liegenden Waldstück an der Brücke zur Obererft machte der Täter die Kinder auf sich aufmerksam und zeigte sich ihnen gegenüber in schamverletzender Weise. Die Kinder informierten umgehend ihre Eltern, die die Polizei über den Vorfall in Kenntnis setzen. Trotz einer sofort eingeleiteten Fahndung konnte der Sittentäter nicht mehr angetroffen werden. Folgende Beschreibung liegt der Polizei vor: südländisches Erscheinungsbild, geschätztes Alter Mitte 20, 160-170 cm groß, schwarze Haare, trug eine graue Jogginghose und eine schwarze Jacke.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkel-Herbst

---

Krefeld: Gestern (8. Oktober 2016) belästigte ein Mann eine Frau in einer Gaststätte auf der Alte Krefelder Straße. Der stark alkoholisierte Mann fiel den anderen Gästen durch sein distanzloses Verhalten auf. Gegen 22:50 Uhr fasste er einer Frau oberhalb der Kleidung an die Brüste und an das Gesäß. Die Geschädigte informierte die Polizei. Die Beamten nahmen den Mann fest. Es handelt sich um einen 33-jährigen Zuwanderer aus dem Nahen Osten, der sich seit zehn Monaten im Bundesgebiet aufhält. Weil die Voraussetzung eines Haftbefehls nicht vorlag, wurde der Beschuldigte heute nach Entscheidung der Staatsanwaltschaft Krefeld entlassen.

Stuttgart-Mitte: Ein bislang unbekannter Mann hat am Freitag (07.10.2016) an der Straße Neue Brücke eine 25-jährige Frau sexuell belästigt und ihr dabei an die Brust und in den Schritt gefasst. Die junge Frau war gegen 02.35 Uhr alleine zu Fuß unterwegs, als sie von dem Unbekannten zunächst um einer Zigarette gebeten wurde. Als sie den Weg ohne zu reagieren fortsetzte, hielt sie der Unbekannte fest, bedrängte sie und griff ihr mehrfach an die Brust sowie unter den Rock. Die Frau konnte sich schreiend aus dem Griff des Mannes befreien und flüchten. Der als nordafrikanisch beschriebene Unbekannte soll zirka 35 bis 40 Jahre alt, schlank und etwa 160 Zentimeter groß sein. Er hatte kurz rasierte dunkle Haare mit auffälligen Geheimratsecken und sprach gebrochenes Deutsch mit ausländischem Akzent.

Kirchdorf: Ein Unbekannter trat einem zwölfjährigen Mädchen am Samstag, 1. Oktober, mit einem Messer gegenüber. Das Mädchen aus dem südlichen Landkreis befand sich dabei in der Kirchdorfer Au in der Nähe des Flughafens. Dort nutzt sie zusammen mit anderen, gleichaltrigen Mädchen eine Lichtung an einem Bachlauf als Lager. Am Samstag war sie dort um die Mittagszeit kurz alleine, als sie plötzlich bemerkte, dass jemand hinter ihr stand. Sie drehte sich um und sah etwa drei Meter von ihr entfernt einen Mann stehen, der eine Art Taschen- oder Tafelmesser mit Holzgriff in der rechten Hand hielt, und zwar mit der Spitze nach vorne und über der

Schulter. Der Unbekannte hat etwas genuschelt, daraufhin hat das Kind die Flucht ergriffen. Es beschrieb den Mann so: ca. 180 cm groß, ca. 23 Jahre alt, eher dick, südländische Erscheinung, schwarze kurze Haare, Vollbart, dicke Nase, möglicherweise blutend und mit Nasenring, weißer, aufgeklebter Bart, evtl. humpelnd.
Landau: Wohl nur einem akustischen Notafllstick hat es eine Schülerin aus Landau zu verdanken, dass ein Überfall auf das Mädchen relativ glimpflich endete. Die 14-Jährige war am Freitagmorgen auf dem Weg zur Schule von hinten am Hals gepackt und zum Mitkommen aufgefordert worden. Erst als sie den Notfallstick betätigte, ließ der Täter von ihr ab, teilte die Polizei am Montag mit. Gegen 7.30 Uhr war die Schülerin gerade im Freibadweg unterwegs, als sie plötzlich ein Mann von hinten am Hals packte und sie aufforderte mit ihr nach Hause zu gehen. Glücklicherweise hatte die 14-Jährige einen akustischen Notfallstick in der Tasche. Als sie diesen aktivierte, flüchtete der Unbekannte in Richtung Straubinger Straße. Beim Loslassen verletzte er das Mädchen allerdings mit einem unbekannten Gegenstand leicht am Hals. Mittlerweile liegt auch eine Täterbeschreibung vor: Wie ein Polizeisprecher auf Nachfrage der Passauer Neuen Presse sagte, soll der Mann etwa 25 Jahre alt und 1,80 Meter groß gewesen sein. Er soll südländisch ausgesehen und gebrochen Deutsch mit einer tiefen Stimme gesprochen haben.
Legden: Am Sonntag sprach ein noch unbekannter Täter nach dem derzeitigen Ermittlungsstand zwischen 13 und 14 Uhr im Bereich einer Pferdekoppel in der Nähe der Legdener Reitsporthalle (vermutlich Nordring/Mühlenbrey/Bleikenkamp) zwei acht- und zehnjährige Mädchen an und zeigte dabei sein entblößtes Glied. Der Täter fragte die Kinder nach Sex und forderte sie auf mitzukommen. Die Kinder entfernten sich in Richtung des Pferdestalls und der Täter versuchte nicht dies zu verhindern und folgte ihnen auch nicht. Am Pferdestall sprachen die Mädchen eine noch unbekannte Frau an, die dann die Eltern eines der Mädchen informierte. Diese Zeugin wird gebeten, sich an die Kripo in Ahaus (02561-9260) zu wenden. Der Täter hat nach Angaben der Mädchen anschließend ein weiteres Kind angesprochen. Das Kind ist noch nicht bekannt, so dass die Eltern gebeten werden, sich ebenfalls bei der Kripo in Ahaus (02561-9260) zu melden. Nach Angaben der Mädchen ist der Täter, der zunächst mehrfach auf seinem Fahrrad an den Mädchen vorbeigefahren war, ca. 28 – 30 Jahre alt, hat kurze schwarze Haare, einen südländischen Teint, war mit einer grauen Jogging-/Trainingshose und einer rote Jacke bekleidet und fuhr ein orangefarbenes Fahrrad mit blauem Schloss am Gepäckträger. Er sprach deutsch mit starkem Akzent (vermutlich arabisch).
Ulm: Wie eine 21-Jährige erst später bei der Polizei anzeigte, ging sie gegen 6.45 Uhr vom Ulmer Bahnhofsplatz nach Hause. Schon am Bahnhofsplatz sprach sie der unbekannte Mann an. Doch die 21-Jährige machte deutlich, dass sie vor ihm seine Ruhe haben will. Ihr Fußweg führte sie zum Ehinger Tor und die Schillerstraße entlang zur Donau. Am Donauufer wurde die junge Frau plötzlich von hinten angegriffen. Offensichtlich derselbe Mann berührte die 21-Jährige unsittlich. Sie wehrte sich aber vehement und schrie lauf um Hilfe. Deshalb musste der Angreifer die Flucht ergreifen. Er flüchtete am Ulmer Donauufer flussabwärts. Die 21-Jährige selbst ging zurück zum Ehinger Tor. Unterwegs begegnete sie einem Läufer. Dem schilderte sie die Tat. Der Mann begleitete die 21-Jährige anschließend hilfsbereit nach Hause. Erst später erstattete die Frau Anzeige bei der Polizei. Dort beschrieb sie den Angreifer als einen 25 bis 30 Jahre alten Mann mit dunkler Hautfarbe. Der mutmaßliche Afrikaner ist etwa 175 cm groß.
Altötting: Eine junge Frau ist in der Nacht zum Sonntag in Altötting Opfer eines sexuellen Übergriffs geworden. Die 22-Jährige konnte sich befreien. Der Täter konnte fliehen; die Polizei hofft nun auf Hinweise aus der Bevölkerung. Gegen 2.30 Uhr war die 22-Jährige laut Polizei alleine auf dem Weg nach Hause von der Kirta, als ihr ein Mann folgte. In der Unterführung im Bahnhofsbereich in der Traunsteiner Straße schloss der Mann zu ihr auf, packte sie am Arm und fasste ihr mit der anderen Hand in den Schritt. Die junge Frau schlug daraufhin mit ihrer Handtasche um sich und konnte sich so losreißen und Richtung Stadtmitte fliehen. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Etwa 1,80 Meter groß, schlank, 25 bis 30 Jahre alt, dunkler/afrikanischer Typ mit dunklen gelockten Haaren.
Innsbruck: Ein 20-jähriger Afghane hat am Sonntag auf der Bahnstrecke zwischen Zams (Bez. Landeck) und Innsbruck eine 16-jährige Vorarlbergerin in einem Zugabteil sexuell belästigt. Der in Feldkirch wohnhafte Mann versuchte laut Polizei mehrmals, die Jugendliche zu küssen. Obwohl die 16-Jährige den Afghanen mehrmals wegstieß, streichelte er ihr ständig über Rücken und Gesicht und packte sie an den Schultern. Erst ein aufmerksamer Zugbegleiter machte den Avancen des 20-Jährigen ein Ende, als er die Heranwachsende weinend im Zugabteil entdeckte. Die 16-Jährige aus dem Bezirk Dornbirn gab an, dass sie sich aufgrund der vom Mann an den Tag gelegten Aggressivität nicht getraut hatte, einen Zugbegleiter zu alarmieren. Gegenüber der Polizei zeigte sich der Afghane nicht geständig.
Graz: Vor rund eineinhalb Jahren soll eine 15-Jährige an einer Grazer Schule von mehreren Burschen sexuell missbraucht worden sein. Sechs Angeklagte müssen sich dazu seit Donnerstag vor Gericht verantworten, ein Urteilsspruch verzögert sich. Der Fall wurde erst Monate später bekannt, als sich das Opfer einer Betreuerin in einer neuen Schule anvertraute. In weiterer Folge wurde gegen insgesamt 20 Verdächtige ermittelt. Die sechs Burschen im Alter von 15 und 16 Jahren – die meisten österreichische Staatsbürger mit Migrationshintergrund – müssen sich in Graz nun auch vor einem Schöffengericht verantworten; die Ermittlungen gegen die 14 weiteren Verdächtigen seien laut Staatsanwältin eingestellt worden, weil ihnen keine Schuld nachgewiesen werden konnte. … Demnach habe es in den Räumlichkeiten einer Grazer Neuen Mittelschule gleich mehrere Vorfälle gegeben, bei denen das Opfer an der Brust und im Genitalbereich gegen ihren Willen begrapscht worden sei. In

einem Ärztezimmer der Schule sei das Mädchen schließlich auch vergewaltigt worden. … Alle Angeklagten seien in irgendeiner Form daran beteiligt gewesen: Manche hätten aktiv an den sexuellen Übergriffen mitgewirkt, oder sie hätten die Flucht des Opfers verhindert, etwa, indem sie Türen zuhielten. Zumindest könne den Anklagten „ein Nichtstun zur Last gelegt werden", da sie es unterlassen hätten, die Tat zu verhindern. Zuletzt hätten die Angeklagten laut Staatsanwältin zwar zugegeben, dass „schon etwas passiert sei, sie aber nichts damit zu tun hätten", womit sie sich letztlich gegenseitig belasten würden. „Von Reue und Mitleid aber keine Spur", so die Staatsanwältin.

http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/polizei-bezeichnet-banlieue-in-paris-als-rechtlose-zonen-14476554.html

Gewalt in der Banlieue Rechtlose Zonen in Paris

Die französische Polizei hat der brutalen Kriminalität und der alltäglichen Gewalt in der Pariser Banlieue nichts entgegenzusetzen. Nach einem besonders schweren Angriff auf vier ihrer Kollegen streikt die Polizei.

11.10.2016, von Michaela Wiegel, Paris

Nach einem Brandanschlag auf vier Polizisten sind am Dienstag überall in Frankreich Ordnungshüter in einen Bummelstreik getreten. Vor vielen Polizeiwachen im Großraum Paris, in Marseille, Toulouse und Lyon versammelten sich Beamte in Uniform aus Protest gegen die Gewalt. Die Polizistengewerkschaften wollen die Regierung aufrütteln. Sie verlangen eine bessere Ausrüstung, Neueinstellungen und vor allem ein härteres Durchgreifen der Justiz. Präsident François Hollande bezeichnete den Brandanschlag als „unerträglich" und drohte mit harten Strafen für die bislang flüchtigen Täter.

An einer Straßenkreuzung nahe der berüchtigten Vorstadt La Grande Borne im Süden von Paris waren am Wochenende zwei Polizeifahrzeuge in einen Hinterhalt gelockt worden. Die Straßenkreuzung ist als Umschlagsplatz für Rauschgift- und Waffengeschäfte bekannt und wird von Videokameras überwacht. Kriminelle haben wiederholt versucht, die Videokameras zu beschädigen. Um dies zu verhindern, werden regelmäßig Polizeistreifen an die Kreuzung beordert.

Die Patrouille wurde auf diese Weise am Samstagabend zur Zielscheibe von Kriminellen. Die Täter warfen Brandsätze in die Polizeiautos und hinderten die Insassen – jeweils zwei Beamte – zunächst am Aussteigen aus ihren brennenden Fahrzeugen. Die vier Polizisten, darunter zwei Frauen, erlitten schwere Brandverletzungen. Ein Beamter schwebt noch immer in Lebensgefahr. „Sie wollten uns töten", sagte einer der leichter verletzten Polizisten am Dienstag im Radiosender RTL. Er schilderte, wie die Angreifer „in wenigen Sekunden" die Autos umstellt hatten, die Scheiben zertrümmerten und Molotowcocktails ins Innere warfen. „Mein Kollege aus dem Wagen hinter mir stand in Flammen. Ich habe mich auf ihn gestürzt und ihm das Hemd vom Leib gerissen", berichtete der Polizist. Er hätte nie gedacht, dass es eines Tages so weit kommen könnte.

Der Sprecher der Polizeigewerkschaft Unité SGP-Police, Daniel Chomette, sagte, alle Polizisten seien „wütend und aufgebracht". Die Malaise der Beamten sei durch die Notstandsgesetze, die bis zum 26. Januar 2017 in Kraft sind, nicht geringer geworden. An vielen Orten seien die Beamten fast schutzlos den Kriminellen ausgeliefert.

La Grande Borne war im Januar 2015 in die Schlagzeilen gekommen, weil der Terrorist Amédy Coulibaly aus der Hochhaussiedlung stammt. Coulibaly erschoss eine Verkehrspolizistin in Montrouge und vier Männer bei der Geiselnahme im jüdischen Supermarkt in Paris. Premierminister Manuel Valls hatte damals La Grande Borne besucht und die „territoriale Apartheid" beklagt. Doch seither hat sich in der Vorstadt so gut wie nichts verändert. Kriminelle Banden haben zwischen den Hochhäusern das Sagen. Die Mehrzahl der Bewohner lebt von Sozialleistungen oder kriminellen Geschäften. Die Aussichtslosigkeit nährt die Gewaltbereitschaft. Jugendliche bezeichneten La Grande Borne in einem Radiogespräch im staatlichen Sender France Info „als Gefängnis unter freiem Himmel". **Der Sprecher der Polizeigewerkschaft Alliance, Frédéric Lagache, bezeichnete La Grande Borne hingegen als „rechtlose Zone". Die Regierung habe sich damit abgefunden, dass in bestimmten Sozialbauvierteln nicht mehr für Recht und Ordnung gesorgt werde. Sie wolle damit verhindern, dass es wieder zu Banlieue-Unruhen wie im Herbst 2005 komme. Die Straßenkreuzung, an der sich der Überfall ereignete, liegt auf dem Gebiet der benachbarten Kommune Viry-Châtillon. Aber die Ermittler gehen davon aus, dass die Täter aus La Grande Borne stammten. Lagache beklagte, dass die Justiz Fahndungserfolge der Polizei oftmals vernichte. Die Justiz arbeite zu langsam und verstärke das Gefühl der Straflosigkeit bei den Kriminellen.**

Schon Mitte Juni nach dem Mord an einem Polizistenpaar durch einen islamistischen Terroristen war es zu Protesten der Polizei gekommen. Nach elf Monaten Notstand, Massendemonstrationen gegen die Arbeitsrechtreform, Euro und Terrorgefahr seien die meisten Beamten ausgebrannt und erschöpft, sagte jetzt Lagache. Allein im Jahr 2015 wurden 5736 französische Polizisten im Dienst durch Fremdeinwirkung verletzt. Sechs Polizisten wurden im vergangenen Jahr getötet. Die Statistik wurde jetzt von der „Nationalen Beobachtungsstelle für Kriminalität und Strafvollzug“ veröffentlicht. Im ersten Halbjahr 2016 stieg die Zahl der durch Übergriffe verletzten Beamten auf 3267. Der Anstieg wird auf die Zusammenstöße bei den Protesten zur Arbeitsrechtreform und auf Einsätze am Lager „Dschungel“ in Calais zurückgeführt.
Zur Homepage
Quelle: F.A.Z.

http://www.pi-news.net/2016/10/hamburg-suedlaender-ersticht-16-jaehrigen/
Hamburg: „Südländer“ ersticht 16-Jährigen
In den letzten Tagen wurde eine 89-Jährige und ein 16-Jähriger jeweils durch „Südländer“ ermordet. Beide Taten werden seitens der Politik nicht thematisiert. Bei dem erstochenen 16-Jährigen *(Foto: Stelle an der Alster, wo der Jugendliche am Sonntag Abend erstochen wurde)* gibt es bisher kein Motiv. Im umgekehrten Falle würde mit Sicherheit Rassismus-Alarm von Garmisch bis Flensburg geschlagen werden.
Hamburg: Tatzeit: 16.10.2016, 22:00 Uhr Tatort: Hamburg-Rotherbaum, unterhalb der Kennedybrücke/Elke-und-Lisa-Linau-Sandweg. Die Hamburger Polizei fahndet nach einem unbekannten Täter, der gestern Abend auf einen 16-jährigen Jugendlichen eingestochen und tödlich verletzt hat. Die Mordkommission (LKA 41) hat die Ermittlungen übernommen. Der Jugendliche hatte mit einer Begleiterin (15) im Bereich des Außenalster-Ufers auf den Stufen unterhalb der Kennedybrücke gesessen. Nach den bisherigen Erkenntnissen trat der Täter von hinten an die Beiden heran und stach dann mehrere Male – vermutlich mit einem Messer – auf den 16-Jährigen ein. Anschließend stieß er die 15-Jährige in die Alster und lief auf dem Wanderweg in Richtung der Straße Alsterufer davon. Der Jugendliche kam mit lebensgefährlichen Verletzungen in ein Krankenhaus, wo er wenig später verstarb. Die 15-Jährige rettete sich selbst aus dem Wasser. Sie wurde vor Ort von Sanitätern versorgt und im Anschluss vom DRK-Kriseninterventionsteam betreut. Eine Sofortfahndung mit diversen Funkstreifenwagen führte nicht zur Festnahme des Täters. Er wird wie folgt beschrieben:- „ südländische Erscheinung – 23 bis 25 Jahre alt – 180 bis 190 cm groß – kurze, dunkle Haare – Dreitagebart – brauner Pullover, blaue Jeans -Die Hintergründe der Tat sind unbekannt und Gegenstand der Ermittlungen.
Berlin: Dieser brutale Raub kostete ein Menschenleben: Die 89-jährige Ingeborg L., die am Samstag gemeinsam mit ihrer Pflegetochter Marie-Luce in ihrer Wohnung in der Fritz-Erler-Allee in Buckow überfallen wurde, erlag ihren schweren Verletzungen. Beide Frauen waren von zwei jungen Männern brutal zusammengeschlagen worden. Nach der Prügel-Attacke auf die beiden wehrlosen Frauen raubten die Täter die Wohnung aus. Die schwer verletzten Opfer ließen sie zurück. Ein dritter Täter hatte während des brutalen Raubüberfalls vor dem Haus gewartet und die Umgebung abgesichert. Mit Schmuck und Geld flüchteten die Täter über den Balkon im Hochparterre in Richtung Löwensteinring. Zeugen hatten die drei unzweifelhaft zusammengehörenden Männer kurz vor der Tat bemerkt. Das Trio war von der Johannisthaler Chaussee kommend in Richtung Fritz-Erler-Allee unterwegs. Zwei der Tatverdächtigen trugen helle T-Shirts (weiß und grau) mit einem auffälligen grünen Motiv auf der Vorderseite. Der dritte Mann trug ein blaues T-Shirt. Die Männer sollen zwischen 20 bis 30 Jahre alt sein. Sie sind zwischen 165 bis 175 cm groß, haben schwarze, kurze Haare und einen „Drei-Tage-Bart“. Zeugen beschreiben ihr Aussehen als „“ südländisch„. Über dem Arm trugen die Männer eine Jacke. 5000 Euro Belohnung für Hinweise.
Wesel: Eine 65 jährige Frau aus Wesel befand sich mit ihren beiden Enkelkindern in der Unterführung des Bahnhofs in Wesel. Unbekannter Täter näherte sich von hinten, stieß sie beiseite und fasste das 5-jährige Kind in den Nacken und schüttelte es kräftig durch. Die 65-Jährige stieß den Mann weg, woraufhin er sich in unbekannte Richtung entfernte. Das Kind wurde durch den Angriff leicht verletzt. Beschreibung: ca. 170 – 175 cm, kräftige Statur, kurze dunkle Haare, Brille, „ dunkle Hautfarbe, sprach undeutlich, vermutlich Ausländer.
Tübingen: Zu einer handfesten Auseinandersetzung ist es Samstagmorgen gegen 01:00 Uhr in der Tübinger Karlstraße gekommen. Aus bislang unbekannten Gründen schlug eine aus 4 – 5 Personen bestehende Gruppe auf einen 32-jährigen aus Tübingen ein. Zu den Tätern ist bislang nur bekannt, dass allesamt zwischen 20 – 25 Jahren, ca. 180 cm groß, schlank und dunkel gekleidet waren. Zudem hatten die Täter schwarze gegeelte Haare und eine „ südländische Erscheinung. Einer der Täter hatte einen auffälligen weißen Kragen. Das stark alkoholisierte Opfer wurde leicht verletzt mit einem Rettungswagen in eine Tübinger Klinik verbracht.

Halle: Kurz vor 02.00 Uhr kam es in einer Bar in Halle-Neustadt am Treff zu einer Auseinandersetzung. Eine Gruppe von ca. „ 10 afrikanischen Bürgern wollte die Lokalität betreten. Gegen die Personen soll ein Hausverbot für die Bar bestehen, weshalb ihnen der Zutritt verwehrt wurde. Die Personengruppe äußerte ihr Unverständnis und zerschlug Flaschen. In der weiteren Folge kam es zwischen einem unbekannten afrikanischen Bürger und einem Hallenser (45 Jahre) zu einer Rangelei. Der 45Jährige, welcher einem Angestellten der Bar helfen wollte, wurde hierbei leicht verletzt. Die Ermittlungen dauern an.
Wuppertal: Sechs Männern wurde gestern Abend (15.10.2016), gegen 22.30 Uhr, an der Widukindstraße in Wuppertal-Oberbarmen überfallen. Die Wuppertaler befanden sich an der Ecke Hunsrückstraße, als sie plötzlich von einer Personengruppe von etwa sechs bis sieben Leuten angegriffen wurden. Die unbekannten Täter waren angeblich mit Messern, Schlagstöcken und Pfefferspray bewaffnet. Eines der Opfer (20 Jahre) schubsten die Angreifer zu Boden. Dabei traten sie auf ihn ein und entwendeten sein Mobiltelefon und die Geldbörse. Anschließend flüchteten sie über die Bahngleise in Richtung Oberbarmen. Die Räuber waren Mitte bis Ende Zwanzig, etwa 170 bis 180 cm groß und augenscheinlich „ südländischer Herkunft.
Hamburg: Die Polizei Hamburg fahndet nach fünf bis sechs Männern, die am frühen Sonntagmorgen einen 20-jährigen Afghanen in das Gleisbett am U-Bahnhof Sternschanze gestoßen haben. Der Mann hatte zuvor versucht, einen Streit zwischen diesen Personen und einem 35-jährigen Deutschen zu schlichten. Das Landeskriminalamt 113 hat die weiteren Ermittlungen übernommen. Der 35-jährige Mann war zum Tatzeitpunkt mit der U-Bahn aus Richtung Hoheluftbrücke gekommen und wollte die Bahn verlassen, als er mit den Personen aus nichtigen Gründen beim Aussteigen in Streit geriet. Auf dem Bahnsteig wurde der 35-Jährige von den Männern umkreist und von einigen der Personen mit Fäusten geschlagen. Der 20-Jährige Mann, der sich ebenfalls auf dem Bahnsteig befand, sprach die Täter an und versuchte zu schlichten. Daraufhin wurde auch er von den Männern angegriffen, die auf ihn einschlugen und ihn schließlich in das Gleisbett stießen. Zu diesem Zeitpunkt befand sich keine U-Bahn mehr im Bahnhofsbereich. Die Täter flüchteten daraufhin aus dem U-Bahnhof in unbekannte Richtung. Der 20-Jährige, der aus eigener Kraft wieder auf den Bahnsteig klettern konnte, wurde an der Schulter verletzt und in ein Krankenhaus gebracht. Der 35-jährige Deutsche wurde leicht verletzt. Von den flüchtigen Tätern kann bislang nur eine Person beschrieben werden: -Männlich -„ Nordafrikanisches Erscheinungsbild -Ca. 18-25 Jahre – Schlanke Statur -Bekleidet mit einer blauen Jacke
Bad Freienwalde: Am 13.10.2016, gegen 19:55 Uhr, kamen zwei 15- und 16- jährige jugendliche „ Asylbewerber aus dem Iran und Afghanistan in der Bahnhofsstraße auf eine Gruppe von vier Deutschen zu. Nach zunächst verbalen Streitigkeiten versuchten die beiden Jugendlichen ersten Erkenntnissen zufolge dann handfest, ihre Positionen zu vertreten. Dabei trugen ein 26- und ein 47-Jähriger Verletzungen davon. Die Polizei ermittelt nun zum Geschehen. Bislang ist zum Auslöser der Auseinandersetzung nichts bekannt.
Alsbach: Nach einer Auseinandersetzung im Erlenweg in der Nacht zum Samstag (15.10.) hat die Polizei Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen und hofft auf weitere Hinweise aus der Bevölkerung. Ersten Erkenntnissen zufolge waren drei 23, 27 und 45 Männer kurz vor Mitternacht von einer Gruppe Tatverdächtiger körperlich durch Schläge und Tritte attackiert worden. Der 23-Jährige kam in ein Krankenhaus, der 27-Jährige wurde vor Ort ärztlich versorgt. Laut Zeugen soll es sich bei den Tätern um fünf bis zehn Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren gehandelt haben. Sie hatten einen „ dunkleren Hautton, trugen teilweise Basecaps sowie Oberlippenbärte. Nach der Auseinandersetzung flohen sie in Richtung Sandwiesenstraße. Bei dem Übergriff soll ein Täter laut Zeugenaussage auch ein Messer in der Hand gehalten haben. Den Grund für die Eskalation sowie den genauen Ablauf des Vorfalls müssen die weiteren Ermittlungen zeigen.
Emmerich: Am Samstag (15. Oktober 2016) gegen 21.25 Uhr hatten drei unbekannte Männer vor einem Supermarkt an der Normannstraße eine verbale Auseinandersetzung mit einem 17-jährigen Jugendlichen aus Emmerich. Als der 17-Jährige mit seinen Freunden auf Fahrrädern davonfuhr, rannten die drei Männer hinter ihnen her. An der Kreuzung Gerhard-Cremer-Straße / Normannstraße holten die Männer den 17-Jährigen ein und zogen ihn vom Fahrrad. Dann schlugen und traten sie auf den am Boden liegenden 17-Jährigen ein. Als ein Freund des Opfers einen der Täter wegzog, ließen die Unbekannten vom Jugendlichen ab und rannten weg. Der 17-Jährige verletzte sich leicht und ließ sich im Krankenhaus ambulant behandeln. Die drei männlichen Täter waren ca. 20 Jahre alt, 1,65 bis 1,75m groß und hatten dunkle Haare sowie ein „ südländisches Aussehen.
Augsburg: Gestern (11.10.2016) kurz nach 13.00 Uhr kam es zu einem Vorfall in der Frauentorstraße im Bereich der Haltestelle Mozarthaus. Ein unbekannter Mann stieg aus der Straßenbahn der Linie 2 aus, hielt dabei ein Taschenmesser oder ähnlichen Gegenstand in der Hand und drohte dabei offenbar den einsteigenden Schülerinnen verbal (ohne handgreiflich zu werden), dass sie beiseite gehen sollen, sonst würde etwas passieren. Erst nachdem die 10-jährigen Mädchen zuhause von dem Vorfall berichteten, wurde die Polizei eingeschaltet. Eine anschließende Fahndung nach dem Mann verlief negativ. Er wird wie folgt beschrieben: ca. 30-40 Jahre, ca. 180 – 185 cm groß, normale Statur, Narbe/Mal rechtsseitig entlang der Nase (evtl. Brandnarbe), dunkle kurze Haare, „südländisches Aussehen, bekleidet mit Jeans und einer dunklen hüftlangen Jacke.
Bamberg: Eine 49-jährige Frau hielt eine Streifenbesatzung am Samstagmorgen um 04.30 Uhr an und berichtete, dass sie gleich zweimal Opfer von Straftaten wurde. Vor 30 Minuten sei sie auf der oberen Brücke von einem „“ afrikanischen Mann“ geschlagen und gewürgt worden. Erst auf ihre Hilferufe hin kam ein Mann, um ihr zu helfen und der Täter flüchtete.

VERSCHIEDENES AUS DER BUNTEN REPUBLIK

Einheimische möchten Ihre Häuser wegen neuen „Flüchtlings“-Nachbarn verkaufen

Steinach: Sein Haus steht direkt neben der „Alten Bauernschänke“, die die Gemeinde zur Flüchtlingsunterkunft hat umbauen lassen. Inzwischen seien er und etwa 15 andere Anwohner so frustriert, dass er, sagt er, am liebsten „ sein Haus verkaufen würde und wegziehen. Nur: Der Wertverlust seiner Immobilie gerade wegen der neuerdings „schlechten Lage“ sei zu groß. Maier klingt klar und überlegt: „Ich helfe allen, die Hilfe brauchen, das war schon immer so“, sagt er. Aber was sich nebenan abspiele, das sei nicht mehr schön. Er berichtet von Müll, der aus den Fenstern fliegt, und Zigarettenkippen, die den Boden bedecken. Von Erwachsenen, die tagsüber ums Haus herum sitzen und übermäßig lärmenden Kindern, von lautstarken Telefonaten bis spät in die Nacht. Maiers Bericht ist ein Zeugnis davon, dass hier zunächst unfreiwillig Kulturen aufeinanderprallen. Als Zuhörer erscheint einem bildhaft ein tiefer Graben zwischen den Erwartungen der Anwohner und dem Verhalten der neuen Nachbarn. Maier formuliert seine Sätze mit Sorgfalt. Inhaltlich pendelt er zwischen Verständnis für die Situation der Zuwanderer und auch für ihre Not – und dem Ringen um Beibehaltung der nachbarschaftlichen Verhältnisse. Er sagt, er und die anderen Nachbarn könnten ihre Erwartungen, dass jeder sich an die Regeln hält, eben nicht abstreifen. Das betreffe vor allem den Müll und den Lärm. Außerdem den Fleiß, für ihn eine Grundtugend: Wer den ganzen Tag untätig zuhause sitzt, der kann auch mal den Besen in die Hand nehmen und sauber machen.“ Er kritisiert auch die freiwilligen Flüchtlingshelfer, die wiederum kein Verständnis für den Groll der Anwohner hätten: „Die kommen ein, zweimal in der Woche, wohnen ganz woanders, ersetzen kaputte Fahrräder und schleppen herbei, was die Leute einfordern“, glaubt er zu beobachten. „Wer hier nur ab und zu herkommt, der hat keine Ahnung wie das ist, wenn man nebenan wohnt.“ Etwa 15 Anwohner fühlten sich massiven Belästigungen durch Lärm und Abfall ausgesetzt – demnächst wollen sie sich mit dem Bürgermeister zur „Dialogrunde“ treffen. Maier versucht die Situation nüchtern zu betrachten: „Manche meiner Nachbarn sind schon radikalisiert“, sagt er. Einer greife ohne Scheu zu verbaler Gewalt, wenn es um die neuen Nachbarn geht, bis hin zu dem Ausspruch: „Nicht mehr lange, und ich geh’ da mit dem Baseballschläger rein.“

„Südländer“ zündet Haus an und schlägt 70-Jährige

Döbeln: Die Brandserie im Haus an der Albert-Schweitzer-Straße 23 geht weiter. Am Sonnabend kurz nach 15 Uhr stand wieder einer der Keller in Flammen. Eine Bewohnerin hatte den Brand bemerkt. „Ich war im Treppenhaus und dachte: Das riecht aber wieder merkwürdig“, erzählte Gisela Berger. Als sie nachschaute, sei ihr aus dem Keller ein Mann entgegengekommen. Sie habe versuchte, ihn festzuhalten, aber er habe sie ins Gesicht geschlagen. Die Brille ist dabei zu Bruch gegangen. Mit einem deutlichen Hämatom am Auge steht die 70-Jährige später mit anderen Hausbewohnern vor dem Haus. Viele der elf anwesenden Mieter waren durch das verqualmte Treppenhaus nicht mehr ins Freie gekommen. Die Döbelner Feuerwehr musste sie mit der Drehleiter von den Balkonen holen. Eine 53-jährige Frau kam mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus. Vier weitere Bewohner wurden vom Roten Kreuz vor Ort versorgt. Die Polizei hatte nach dem mutmaßlichen Brandstifter im näheren Umfeld gefahndet, ihn aber nicht aufgreifen können. Er wird als „ südländischer Typ im Alter von 20 bis 30 Jahren beschrieben, etwa 1,75 Meter groß mit kurzem lockigen Haar.

10- und 11-Jähriger überfallen

Osnabrück: Zu einem Straßenraub kam es am Freitagnachmittag in der Schwedenstraße Ecke Kleine Domsfreiheit. Für ein Spiel hielten zwei 10 und 11 Jahre alte Kinder gegen 16.30 Uhr ihre Smartphones in der Hand, als sich ihnen aus Richtung Domhof drei Jugendliche näherten. Die 14 bis 16 Jahre alten Unbekannten umklammerten die Kinder und entrissen ihnen die Telefone. Mit ihrer Beute flüchteten die beiden männlichen Täter und ihre weibliche Begleitung in Richtung Haarmannsbrunnen. Einer der Unbekannten war schlank, hatte dunkle Haare und einen „ dunklen Teint. Zu dem zweiten Täter konnte lediglich gesagt werden, dass er schlank war. Die Begleiterin trug eine braune Daunenjacke, wirkte untersetzt und hatte lange, dunkle Haare.

Gambier als Drogen-Verkaufs-Fachkräfte aufgeflogen

Das hat sich gelohnt! Bei einer großangelegten Durchsuchungsaktion mehrerer Asylbewerberunterkünfte in Mosbach, Haßmersheim und Leimen, wurden die Polizeikräfte des Kriminalkommissariats Mosbach fündig und konnten ein Depot, in dem zum Verkauf abgepacktes Marihuana gelagert wurde, auffinden sowie neun Tatverdächtige festnehmen. Bereits im Frühjahr waren vermehrt Hinweise eingegangen, dass Asylbewerber im Park mit Betäubungsmitteln handeln und dabei auch Drogen an Jugendliche verkaufen würden. Es erfolgten zeit- und personalintensive Ermittlungen, in deren Verlauf „ 13 aus Gambia stammende Männer ins Visier rückten. Zwölf von ihnen waren zu diesem Zeitpunkt in der Zeltunterkunft des großen Elzparks untergebracht. Das Amtsgericht Mosbach erließ auf Antrag der Staatsanwaltschaft zehn Haftbefehle sowie 13 Durchsuchungsbeschlüsse für die Unterkünfte, in denen die Männer mittlerweile untergebracht waren. Diese wurden heute Morgen vollstreckt.

5 gegen 1

Leer: Am Sonntag wurde gegen 01:30 Uhr ein 26-jähriger Mann in der Straße Blinke in Höhe der Bushaltestelle gegenüber der BBS von bislang fünf unbekannten männlichen Personen zusammengeschlagen und -getreten. Dabei wurde ihm sein Portemonnaie aus der Gesäßtasche entwendet. Im Anschluss entfernten sich die Täter von der Örtlichkeit. Die fünf Personen hatten südländisches Aussehen und waren mit schwarzen Bomberjacken bekleidet. Das Alter der Täter wurde mit 25 bis 30 Jahre angegeben.

http://www.pi-news.net/2016/10/77-jaehrige-begrapscht-merkel-herbst/#more-538592

77-Jährige begrapscht #Merkel-Herbst

Hannover: Am Samstagabend, 15.10.2016, gegen 21:00 Uhr, hat ein unbekannter Mann am Ludwig-Sievers-Ring eine Seniorin sexuell belästigt und ist anschließend geflüchtet. Der Unbekannte kommt möglicherweise auch für weitere, ähnlich gelagerte Taten in Betracht. Nach bisherigen Erkenntnissen schloss die 77-jährige Frau gerade ihren Briefkasten auf, als sie plötzlich eine Person hinter sich wahrnahm. Der Mann fasste ihr unvermittelt ans Gesäß und in den Schritt, bevor er in Richtung Sutelstraße flüchtete.

Bereits im Juli, September und Anfang Oktober hatte es vier ähnlich gelagerte Fälle in Bothfeld gegeben. Auch hier hatte sich jeweils am späten Abend ein Unbekannter insgesamt vier Frauen (22, 28 und zweimal 38 Jahre alt) von hinten angenähert, teilweise umarmt und ihnen an Brüste, Po und zwischen die Beine gefasst. Der Gesuchte ist zirka 20 bis 25 Jahre alt, 1,75 bis 1,80 Meter groß, sehr schlank bis drahtig, hat einen dunklen Teint und kurzes, dunkles Haar.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkel-Herbst

Gronau: In den vergangenen Tagen kam es im Hallenbad an der Laubstiege zu zwei Vorfällen, aufgrund derer Strafverfahren wegen des Verdachts auf Sexualdelikte eingeleitet wurden. Am Freitag spielten zwei 11-jährige Mädchen gegen 14.30 Uhr im Schwimmbecken mit einer Matratze, als ein unbekannter Badegast eines der Mädchen unsittlich berührte. Da der Mann sofort wegschwamm, ging das Mädchen zunächst von einem Versehen aus. Der Mann suchte aber anschließend weiter die Nähe und den Blickkontakt zu den Mädchen. Er starrte eines der Mädchen an und suchte ständig den Blickkontakt. Die Mädchen verließen daraufhin das Becken und hielten sich in anderen Bereichen des Bades auf.

Später gingen sie erneut in das Schwimmbecken, wo der Täter erneut ihre Nähe suchte, eines der Mädchen unsittlich berührte und dem anderen an den Fuß fasste. Die Mädchen verließen daraufhin das Bad und wurden dabei von dem Täter in einer Fremdsprache angesprochen, als sie an ihm vorbei schwammen. Die Mädchen informierten nicht den Bademeister sondern ihre Eltern. Diese fuhren dann zum Hallenbad, um den Bademeister zu informieren. Der Verdächtige wurde nicht mehr angetroffen. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Ca. 32 – 38 Jahre alt, schlank, braun-schwarze etwas längere Haare. Er trug ein schwarze Adidas-Boxershorts und eine goldfarbene Gliederkette. Am linken Arm hat er eine Tattoo in Form eines Herzen mit einem Pfeil und arabischen Schriftzeichen. Der Mann war offenbar in Begleitung von drei weiteren Männern, die sich aber an den Aktionen des Täters nicht beteiligten. Eine Person aus dieser Gruppe trug „knallgrüne“ Boxershorts. Hinweise bitte an die Kripo in Gronau (02562-9260).

Gronau: Am gestrigen Sonntag trug sich gegen 15.30 Uhr der zweite Fall zu. In diesem Fall waren zwei 14-jährige Schülerinnen aus Gronau im Alter die Geschädigten. Die Schülerinnen waren mehrere junge Männer aufgefallen, die ihre Nähe suchten, offenbar über sie sprachen (in einer Fremdsprache) und ihnen gegenüber anzügliche Gesten machten. Im Schwimmbecken tauchte einer der Männer unter den Schülerinnen her und berührte beide mit der Hand am Bauch. Der Bademeister wurde über den Vorfall informiert und über diesen die Polizei, so dass die Gruppe der verdächtigen jungen Männer im Ausgangsbereich angetroffen werden konnte. Es handelt sich um drei Zuwanderer afghanischer Staatsangehörigkeit im Alter von 24, 29 und 17 Jahren, die sich erst seit wenigen Tagen in Gronau befinden. Sie stritten bislang strafbare Handlungen ab. Ein Strafverfahren wegen Beleidigung auf sexueller Grundlage wurde eingeleitet.

Weikersheim: Bereits am 12. Oktober wurde in Weikersheimer eine 15-Jährige unsittlich berührt. Das Mädchen hielt sich gegen 14 Uhr am Busbahnhof auf. Ein unbekannter Mann zog sie in ein Wartehäuschens, mit dabei war noch ein zweiter Unbekannter. Einer der Beiden berührte das Mädchen dann unsittlich. Als sich ein Passant näherte, flüchteten die Beiden in Richtung Bahnhofsgebäude. Einer der beiden Unbekannten soll etwa 16 Jahre alt, schlank und zirka 1,70 m groß sein. Er hat blonde Haare und war mit einer roten Hose und einem grauen Pullover bekleidet. Der zweite dürfte etwa 25 Jahre alt, schlank und zirka 1,65 cm groß sein. Er hat schwarze Haare und südländisches Aussehen.

Mannheim: Am Dienstagmorgen, zwischen 07.30-08.20 Uhr wurden vier junge Mädchen und Frauen im Alter zwischen 11 und 18 Jahren von einem unbekannten Mann in den Straßenbahnen der Linien 1, 3 und 5

begrapscht, als sie im Bereich der Innenstadt und der Oststadt zu ihren Schulen oder zu ihrer Ausbildungsstelle fuhren. Dabei nutzte der Unbekannte offenbar das Gedränge aus und fasste die Mädchen und jungen Frauen am Gesäß und im Intimbereich an. Eines der Opfer stellte den Mann am Bahnhofsvorplatz zur Rede, als er dort ausgestiegen war. Dieser stieß sie jedoch zu Boden und verschwand. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: ca. 50 Jahre; ca. 170-180 cm; möglicherweise Nordafrikaner; schlanke bis kräftige Figur mit deutlichem Bauchansatz; kurze, dunkle, graumelierte Haare; Dreitagebart.

Dresden: Wie die Polizei Dresden am Sonntagmorgen mitteilt, wurde die Frau gegen 9.15 Uhr durch einen zunächst unbekannten Mann sexuell bedrängt und dabei unsittlich berührt. Der Mann flüchtete nach dem Übergriff. Doch die Polizei konnte im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen schließlich einen 31-jährigen Pakistaner als Tatverdächtigen fassen. Der Mann wurde zunächst festgenommen, nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wieder entlassen. Die Frau war stark betrunken, hatte 2,2 Promille intus.

Hildesheim: Am 18.10.2016, gegen 13:00 Uhr, kam es zu einem Übergriff auf eine 19-jährige Hildesheimerin. Die Frau ging zu Fuß den kleinen abschüssigen Weg vom Kennedydamm zur Drispenstedter Straße entlang. Hier nahm sie zunächst hinter sich schnelle Schritte wahr und wurde dann von einer männlichen Person von hinten angesprungen und mit den Armen umklammert. Der Mann drehte sie zu sich und fing an sie zu küssen. Hierbei biss er ihr in die Oberlippe. Schließlich ließ der Täter von der 19-jährigen ab, stieß sie zu Boden und flüchtete mit einem Fahrrad in Richtung der Straße Langer Garten. Die sofort eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen der Polizei führten nicht zum Ergreifen des Mannes. Folgende Täterbeschreibung liegt vor: – 16 – 18 Jahre alt – ca. 1,80 m groß – südländischer Typ – dunkel Haare – Undercut, die obere Haarpartie nach hinten gegelt

Freiburg: Sexueller Missbrauch von Kindern, sexuelle Nötigung, Nachstellung und versuchte Entziehung Minderjähriger – das sind die Anklagepunkte, wegen denen sich von Montag an ein 29 Jahre alter Syrer vor der Jugendschutzkammer des Landgerichts Freiburg verantworten muss. Dem Angeklagten werden damit noch mehr Fälle zur Last gelegt, als bislang bekannt gewesen war. Er soll im März und April 2016 innerhalb von fünf Wochen in acht Fällen zehn Kinder in sexueller Absicht angegangen haben. Seine Opfer suchte sich der mutmaßliche Täter, der bis zu seiner Festnahme in seiner Asylunterkunft im Markgräflerland lebte, in Müllheim und in Freiburg. Der erste Fall hatte sich am 17. März in einem Geschäft am Bertoldsbrunnen in Freiburg ereignet, als der Tatverdächtige ein neunjähriges Kind unsittlich berührte.

Zwei Wochen später soll er eine Zehnjährige in einer Asylunterkunft in Müllheim bedrängt haben. Er ließ erst von ihr ab, als der Vater einschritt und die Polizei gerufen hatte. Am 14. April, einem Donnerstag, habe er versucht, in Freiburg ein neunjähriges Mädchen vom Spielplatz im Stadtgarten wegzuführen. Wenig später soll er auf demselben Spielplatz eine andere Neunjährige angefasst haben. (Auszug aus einem Artikel der Badischen Zeitung).

Salzburg: Polizeibeamte am Hauptbahnhof konnten am Abend des 19. Oktober 2016 einen 24-jährigen Marokkaner festnehmen. Der Mann belästigte, gemeinsam mit einem weitern, bislang unbekannten Mann, eine 30-jährige Salzburgerin. Die Männer fassten der Frau in den Schritt. Auf Grund der Personsbeschreibung durch Zeugen, konnte der Marokkaner in der Nähe des Bahnhofs aufgegriffen werden. Der Verdächte sowie das Opfer waren alkoholisiert. Der Mann wird angezeigt.

Düsseldorf: Mutmaßlicher Vergewaltiger geschnappt! Umfangreiche Ermittlungen führten jetzt zur Festnahme eines jungen Mannes, der eine Seniorin in der Altstadt missbraucht haben soll. Der 19-Jährige sitzt bereits in Untersuchungshaft. Nach Bekanntwerden der Tat gingen die Ermittler etwa einem Dutzend Hinweisen nach. Zeitgleich wurde auch eine intensive Spurenauswertung betrieben. Am Tatort waren diverse Spuren und DNA-Material gesichert worden. Die Untersuchung und Analyse des Zellmaterials ergab schließlich eine Übereinstimmung mit einem 19-Jährigen, der in der Vergangenheit bereits wegen einer Raubtat aufgefallen war. Die Polizei konnte daraufhin einen Haftbefehl zu dem dringend Tatverdächtigen beim zuständigen Amtsgericht erwirken.

In die dann eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen nach dem Wohnungslosen war auch die Bundespolizei eingebunden. Ein aufmerksamer Beamter der Bundespolizei erkannte den Gesuchten am Freitagabend zufällig gegen 21.15 Uhr vor dem Hauptbahnhof wieder. Schnell alarmierte er seine uniformierten Kollegen und behielt den jungen Mann bis zum Eintreffen einer Streife im Auge. Die Beamten der Bundespolizei konnten den Verdächtigen dann festnehmen und zweifelsfrei identifizieren. Bei dem Festgenommenen handelt es sich um einen Südeuropäer mit nordafrikanischen Wurzeln. Er ist bereits wegen mehrerer Taschen- und Ladendiebstähle polizeilich in Erscheinung getreten. Bis Anfang August saß er für rund zwei Monate wegen Raubes in Untersuchungshaft.

München: Gambier will Sex in der Tram

Zu sagen Deutschland würde mit kultur- und wertefremden Personen geflutet greift mittlerweile nicht tief genug, denn wir werden von Perversen, Asozialen und Geisteskranken überrannt. Kaum ein Tag ohne korankranke Allahu Akbar-Gewalttäter, Messer- und Kopftreter-Spezialisten, Grapscher, Vergewaltiger und dieser Tage hoch im Kurs: Exhibitionisten und öffentlich onanierende Perverse. Einer der unglaublichsten Fälle dieser Art spielte sich am Montag in der Münchner Tram der Linie 19 ab. Ein angeblich 17-jähriger Gambier setzte sich gegen 23 Uhr neben einen 26-jährigen Fahrgast, zog seine Hose runter, entblößte sein Geschlechtsteil, suchte Blickkontakt mit dem Mann neben ihm und zeigte auf sein Genital. Während er laut Polizeibericht „Kussgeräusche" machte versuchte er sein Opfer zu umarmen.

Dem so Bedrängten wurde es zu bunt und er verpasste dem Zudringling eine Ohrfeige, daraufhin wurde der so rüde Abgewiesene rabiat.

Der Gambier entriss dem Münchner eine mitgeführte Bierflasche, heißt es weiter, zerschlug sie und machte Stichbewegungen in Richtung des jungen Mannes, der nun versuchte zu entkommen, worauf ihm das tobende, „dringend benötigte Talent" die abgebrochene Bierflasche hinterher warf und ihn am Kopf traf. Da griff ein beherzter Fahrgast ein, rang den Zivilisationsdistanzierten zu Boden, dabei verletzte der aggressive Afrikaner den Mann mit dem Flaschenhals im Gesicht. Dennoch fixierte dieser den Angreifer bis die alarmierte Polizei ihn übernahm. Die Beamten brachten den Gast der Kanzlerin in seine Unterkunft. Es wurde Anzeige wegen exhibitionistischer Handlungen und gefährlicher Körperverletzung erstattet.

Spätestens wenn ihm der Testosteronspiegel wieder ansteigt wird er wohl sein „Glück" erneut versuchen. Nachdem er nun gelernt hat, dass man in deutschen Straßenbahnen nicht ganz so einfach Menschen zum Sex zwingen kann, schon gar keine Männer. Wird vielleicht schon bald irgendwo in einer wenig frequentierten Gegend eine junge Frau oder gar ein Kind dran glauben müssen.

Auch der iranische Straßenwixer (PI berichtete), der vergangenen Donnerstag in Köln mehrere Frauen, teils in Begleitung ihrer Kinder, belästigte und am helllichten Tag auf offener Straße onanierte ist ja wieder frei. Der bunte Irrsinn wird also weiter unsere Straße beleben.

http://www.aliceschwarzer.de/artikel/schwarzer-die-wahrheit-der-silvesternacht-333639

Schwarzer: Die Wahrheit der Silvesternacht

Auch die Kölner Polizei hat die sexuelle Gewalt nicht ernst genommen. Das belegt jetzt ein alarmierendes rechtspsychologisches Gutachten. Die Frauen hatten Todesängste – aber wurden von der Polizei wieder weggeschickt. Die Gewalt ist eskaliert, weil sie nicht am Anfang gestoppt wurde.

Knapp zehn Monate nach der Kölner Silvesternacht legte der Wiesbadener Rechtspsychologe Prof. Rudolf Egg dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss von NRW seine Stellungnahme vor. Analysiert werden konnte darin allerdings nur ein Aspekt des Geschehens: nämlich die sich in den Anzeigen niederschlagende Sicht der Opfer. Die Analyse der polizeilichen und politischen Kommunikation steht noch aus. Wir dürfen gespannt sein.

1.000 der insgesamt 1.580 Anzeigenden sind Frauen. In zwei von drei Fällen ging es dabei um Sexualdelikte, allein oder in Kombination mit Diebstählen. Das Gutachten, das Prof. Egg gestern im Untersuchungsausschuss vorstellte, liegt EMMA vor. Was sich daraus ergibt, ist noch viel erschreckender als das, was bisher schon bekannt war.

Täter wollten „Ungläubige" schädigen und sie riefen Allahu Akbar

Allem voran das Versagen der Polizei. Auch ich hatte bisher die These vertreten, die Polizei sei selber Opfer gewesen: Opfer eines politischen Tabus beim Umgang mit Migranten und Flüchtlingen, sowie ihrer Überforderung vor Ort. Doch folgt man den Aussagen der Frauen, war die Polizei nicht nur abwesend oder überfordert, sie hat zum Teil auch bewusst weggesehen oder sogar die Klagen der Frauen einfach nicht ernst genommen. Hier ein paar Stimmen aus den Anzeigen:

„Wir sind mit einer Gruppe von Frauen an der Wand entlang in Richtung Bahnhof gegangen. Wir haben dann zwei Polizisten angetroffen und ihnen erzählt, was pas-siert ist und ob sie uns helfen könnten. Einer von den Polizisten sagte: Geht weiter und fahrt nach Hause, ich kann euch nicht helfen."

„Wir sind dann in Richtung des Domes gegangen, da wir dachten, dass dort mehr Polizei sei und wir sicherer wären. Aber auch dort wurde unkontrolliert mit Raketen geschossen, Polizei haben wir gar nicht gesehen. Auch dann haben immer wieder Gruppen von Männern versucht uns einzukesseln. Wir sind dann um die Ecke gegangen und sind dort auf einen leeren Streifenwagen gestoßen. Nach etwa fünf Minuten kamen vier Polizisten, zwei Männer und zwei Frauen. Die sind in den Streifenwagen eingestiegen und weggefahren…"

„Unmittelbar nach dem Feuerwerk wollten wir über den Domplatz die Domtreppen wieder hinunter zum Bahnhof. Dort stießen wir auf eine riesige Menge von nordafri-kanischen Männern, die offenbar von einer Gruppe vermummter Polizisten aufge-halten worden sind ... Wir haben uns durch die Menge durchgekämpft und sind zu einem Polizisten gelangt. Wir haben ihn um Hilfe gebeten, er hat uns aber zurück in die Menge geschoben ... Ich gelangte dann zu einer Polizistin, die ich um Hilfe ge-beten habe. Sie war noch pampiger als der erste Kollege und hat uns ebenfalls zu-rück in die Menge geschickt. Uns wurde das Gefühl gegeben, dass man als Frau nichts wert sei und dass man angefasst werden konnte, wie es den Männern gefallen hat. Man fühlte sich absolut wehrlos."

Polizei schickte Frauen zurück in die rasende Männer-Meute

„Meine Freundin hat dann einen Polizisten angesprochen, der vor diesem Ausgang stand. Ich habe ihm geschildert, was mir passiert ist und habe ihm auch die Männer gezeigt, denn sie waren noch vor Ort. Sie machten nicht den Ein-druck, dass sie nun auf der Flucht wären, im Gegenteil: Die Gruppe der Männer hat hinter dem Eingang immer weitergemacht und auch andere Leute belästigt. Und dies alles unter den Augen des Polizisten. Deshalb habe ich den Polizisten aufgefordert hier einzugreifen, was er allerdings nicht getan hat. Er sagte zu mir persönlich: ‚Da kann ich nichts machen'."

„Wir sind in dieser Nacht von ca. sieben Männern, die untereinander Arabisch geredet hatten, bedrängt worden. Wir wurden an die Wand gedrückt und zwischen den Beinen, an den Brüsten und am Kopf betatscht. Einer dieser Männer fasst mir zwischen die Beine, leckte sich seine Finger danach ab und versuchte dann, mir diesen Finger in den Mund zu stecken. Als wir uns wehrten, wurden wir auf das Übelste beschimpft und brutaler angefasst. Wir haben uns losgerissen und sind Richtung Breslauer Platz gelaufen. Diese Männer liefen uns nach, im Bereich des Kreisverkehrs standen an der Ecke zwei Polizisten. Beide Beamte sahen uns und auch klar und deutlich diese Täter. Wir sprachen die Beamten an, dass wir Hilfe benötigten und versuchten alles in der Hektik zu schildern. Der eine Polizist ließ uns nicht ausreden, der andere drehte sich in Richtung Rheinufer und tat so, als ob er da etwas Wichtiges zu schauen hätte. Uns wurde dann erklärt, wir sollten uns beruhigen, es sei sicherlich nicht so schlimm gewesen. Sie könnten uns nur raten, da nicht mehr hineinzugehen, sie würden es auch nicht tun. Meine Freundin schrie den Beamten an, dass es da drin brutal zuging. Er ermahnte uns, mit ihm anständig zu reden. Es kamen noch andere Frauen herbei und wir waren uns alle einig, beide Beamte wollten oder durften nichts unternehmen. Es wäre sicherlich einfach gewesen, als wir auf beide zuliefen und um Hilfe riefen, sofort einen der Täter, der dicht hinter uns war, festzuhalten. Die Beamten taten das nicht."

„Meine Freundin aus Köln war völlig fertig. Sie war am Weinen und hat uns erzählt, dass sie einen Finger im Po hatte... Ich möchte noch dazu sagen, dass wir am Brü-ckenkopf die dort stehende Security angesprochen und die Situation geschildert haben. Die haben uns aber nicht ernst genommen. Eine Frau hat zu mir gesagt, dass man als junge Frau an solchen Tagen solche Orte meiden soll. Die Art und Weise, wie die Security reagiert hat, hat mich richtig geärgert. Es war nicht so, dass die zu viel zu tun hatten. Vielmehr standen die in Gruppen zusammen und haben sich un-terhalten."

Das klingt beunruhigender, als bisher bekannt. Neu ist auch, dass es nicht nur die Methode „Höllenkreis" gab, bei dem 5 bis 20 Männer die Frauen umringten, ihnen an den Po, in den Schritt und „in alle Öffnungen" fassten (und sie häufig in den After oder in die Vagina penetrierten). Die Männer bildeten auch Reihen, an denen entlang sie die Frauen jagten. In manchen Fällen jagten sie die Frauen auch zwischen zwei Reihen durch. Und jeder griff zu. Wenn die Frauen empört waren oder sich wehrten, wurden sie ausgelacht. Und als „Schlampen" bezeichnet (man kennt solche Szenen aus Kriegssituationen, in denen die Besatzer das mit den eroberten Frauen machen).

Nur zwei Prozent der Betroffenen erklärte, sie seien von „deutsch oder europäisch" aussehenden Männern angegriffen worden. Alle anderen sprachen von „arabisch" oder „südländisch" aussehenden Männern. Und nur ein Viertel aller Anzeigen war bis zum 2. Januar eingegangen. Dreiviertel erfolgten erst, nachdem der Skandal öffentlich geworden war, die Opfer sich also durch die Empörung ermutigt fühlen konnten.

Die Männer hatten sich verabredet

Im Laufe des Abends erschall auch mindestens einmal der Ruf „Allahu Akbar" (Allah ist groß), das ist auf einem der Videos zu hören. Und ein aus Syrien stammender Arzt berichtete der Polizei, er sei an dem Silvesterabend im Bahnhof von einem Mann aufgefordert worden, sich „an den Diebstählen zum Nachteil der ‚Kufar' (Ungläubige) zu beteiligen. Die hätten schließlich auch den Krieg in die arabischen Staaten gebracht. Deshalb kann man sie hier ruhig schädigen." Die Person habe „sprachlich aus Libyen" gestammt.

Die Frauen, die Opfer sexueller Gewalt geworden waren, hatten von Anbeginn an darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um „nordafrikanisch oder arabisch" aussehende und sprechende Männer gehandelt habe. Sie waren deswegen zunächst als „Rassistinnen" beschimpft worden. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte. Erst allmählich war die bittere Wahrheit durchgedrungen: Die Täter waren nicht nur aus diesen Ländern, sondern zu fast hundert Prozent Asylbewerber und Illegale gewesen; überwiegend aus Marokko und Algerien, einige auch aus Syrien.

Das Gutachten geht davon aus, dass die über 2.000 Männer sich auf dem Bahnhofsvorplatz verabredet hatten, via Facebook oder Handy sowie Mundpropaganda in den Flüchtlingslagern. Es lässt offen - und muss offen lassen -, ob die Täter in ihrer Mehrheit mit verbrecherischen Absichten angereist waren, oder ob sich das erst im Laufe des Abends entwickelt hat. Denn das ist aus den Anzeigen nicht zu erkennen. Dazu müssten auch die polizeilichen und juristischen Erkenntnisse ausgewertet werden.
Gewalt eskalierte,weil Polizei keinen Einhalt geboten hat
Es handelte sich auf jeden Fall um zahlreiche, mobile Tätergruppen. Die Gutachter halten für wahrscheinlich, dass die Stimmung im Laufe des Abends eskalierte, was mit der „Broken Windows-Theorie" zu erklären sei. Danach eskalieren solche Massengewalt-Situationen, wenn ihnen nicht früh Einhalt geboten wird. Was in Köln der Fall war. Schon gegen 18 Uhr hatten am Silvesterabend hunderte dieser überwiegend jüngeren Männer randaliert und u.a. die Fenster des Doms mit Böllern beschossen. Und zwar so stark, dass bei den etwa 3.000 Menschen in der Abendandacht beinahe eine Panik ausgebrochen wäre. Doch die Polizei schritt nicht ein.
Ich sehe durch den jetzigen Erkenntnisstand meine frühen Thesen bestätigt. Die Männer hatten sich verabredet, um auf ihre Art zu "feiern". vermutlich gab es eine Handvoll Initiatoren; Leute, die genau wussten, was sie da planten, als sie die „Einladung" zu der Kölner „Silvesterfeier" an die Flüchtlinge und Illegalen aus muslimischen Herkunftsländern lancierten.
Doch warum Köln? Der Platz liegt verkehrstechnisch zentral; die Kölner Polizei und Justiz ist für Milde bekannt; und der Dom, das wichtigste Heiligtum im christlichen Abendland, steht auch da.
Die Nachricht hat sich dann lawinenartig verbreitet, wohl innerhalb von Tagen oder gar Stunden. An Silvester sind die Männer vermutlich in den unterschiedlichsten Stimmungen und Absichten angereist. Dass für die meisten der Horrorabend nicht die erste Jagd auf Frauen war, zeigt ihre Routine beim „Frauenklatschen": vom Bilden des „Höllenkreises" bis hin zu den „Schandreihen". Die Täter haben schwarmartig agiert. Im Laufe des Abends ist das Ganze dann immer mehr eskaliert. **Die Haupttatzeit für die sexuellen Gewalttaten lag laut Gutachten zwischen 20.30 Uhr und 23.30 Uhr.**
3 von 4 Frauen zeigten erst viel später an
Die Opfer machen in ihren Anzeigen immer wieder darauf aufmerksam, dass die Männer „überhaupt keine Hemmungen" mehr hatten, auch wenn Polizei in Sicht war. Und dass sie selber „Todesangst" hatten. Auch, dass sie als Frauen nicht ernst genommen und mit Verachtung behandelt wurden, von den Tätern wie auch von vielen Polizisten und Polizistinnen. Viele der Opfer sind nach dem traumatischen Erlebnis in dieser Nacht bis heute in Therapie.
Alice Schwarzer

http://www.pi-news.net/2016/10/15-jaehriger-syrer-vergewaltigt-prostituierte/
15-jähriger Syrer vergewaltigt Prostituierte
Liezen: Ein 15-Jähriger hat in der Nacht auf Sonntag im obersteirischen Liezen eine Prostituierte (48) geschlagen, vergewaltigt und sie danach zu berauben versucht. Der junge Mann wurde noch am Sonntag verhaftet, wie die Landespolizeidirektion Steiermark am Dienstag mitteilte. Die Gewalttaten gestand er, den Raubversuch bestritt er. Er wurde in die Justizanstalt Leben gebracht. Der 15-jährige Syrer war in Liezen knapp nach Mitternacht mit der Prostituierten auf ein Zimmer in einem Laufhaus gegangen. Kurz danach versetzte er der Frau mehrere Faustschläge ins Gesicht und fügte ihr Bisswunden zu. Danach soll er die 48-Jährige mehrfach vergewaltigt und bedroht haben, bevor er ihre Einnahmen forderte.
Die Frau gab ihm jedoch nichts, worauf der Jugendliche davonrannte. Die Frau erlitt erhebliche Verletzungen und wurde in ein Spital gebracht. Noch am selben Tag forschten Polizisten den 15-Jährigen aufgrund der Beschreibung durch das Opfer in seiner Unterkunft im Bezirk Liezen aus und nahmen ihn fest.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland.
#Merkel-Herbst

Mariendorf: Mehrere Mädchen sind in einem Schwimmbad in Mariendorf Opfer von sexuellen Übergriffen durch Jungen geworden. Wie die Polizei am Dienstag bestätigte, ereigneten sich die Taten am Montagmorgen im Kombibad Mariendorf am Ankogelweg. Wie der Vater von drei der betroffenen Mädchen gegenüber der Berliner Morgenpost berichtete, hatte er seine neun, elf und 14 Jahre alten Töchter sowie eine gleichaltrige Freundin des ältesten Mädchens morgens gegen 9 Uhr zu dem Bad gebracht. Die Kinder wollten den Geburtstag der 14-Jährigen feiern. Beim Schwimmen seien die Mädchen von sieben Jungen bedrängt und regelrecht eingekesselt worden. „Fünf der Jungen fassten die Mädchen an Brüste und Po“, schilderte der Vater das Geschehen. Die Opfer seien auch in den Schwimmerbereich verfolgt worden. Schließlich sei es aber seiner elfjährigen Tochter gelungen, sich zu befreien, zum Bademeister zu laufen und um Hilfe zu bitten. Wenig später war die Polizei am Ort. Wie eine Sprecherin der Polizei mitteilte, wird gegen die Tatverdächtigen wegen Beleidigung auf sexueller Grundlage ermittelt. Bei den Jungen handelt es sich um einen 14-Jährigen sowie sechs Kinder im Alter von sieben bis elf Jahren. „Die Tatverdächtigen sollen den Mädchen hinterhergeschwommen und sie angefasst haben“, teilte die Polizei weiter mit. Sechs der Jungen sind demnach Syrer, bei einem Kind ist die Staatsangehörigkeit nicht geklärt.
Erding: Wegen einer Rauferei wurde die Polizei am Samstagabend zum Grünen Markt gerufen. Nach Angaben der Polizeiinspektion Erding standen sich dort vier junge Asylbewerber und eine etwa zehnköpfige Gruppe Jugendlicher gegenüber. Nach Angaben einer 16-jährigen Schülerin aus Erding war dem der Übergriff eines 17-jährigen Syrers auf sie vorausgegangen. An einem anderen Ort in der Innenstadt habe sie der Asylbewerber absichtlich angerempelt. Daraufhin sei es zu einer verbalen Auseinandersetzung gekommen. Im weiteren Verlauf, so schilderte das Mädchen der Polizei, fasste der syrische Hauptverdächtige ihr an die Brust. Als sie daraufhin mit einer Freundin, die dabei war, in Richtung Grüner Markt ging, seien ihnen die vier Asylbewerber gefolgt. Dort warteten bereits etwa zehn Freunde der beiden Mädchen. Als die beiden Gruppierungen aufeinandertrafen, kam es auch hier zunächst zu gegenseitigen verbalen Attacken.Nach bisherigen Ermittlungen der Polizeiinspektion Erding schlug im weiteren Verlauf der 17-jährige Aggressor einem der Kontrahenten unvermittelt ins Gesicht, woraufhin es am Boden zu einer Rangelei kam. Als eine weitere Person aus der zweiten Gruppe dem Freund zu Hilfe eilen wollte, wurde auch er von dem Hauptverdächtigen körperlich angegangen und in den Finger gebissen. Da sich der minderjährige Asylbewerber der Polizei gegenüber nicht ausweisen konnte und offenbar falsche Personalien angab, wurde er vorläufig festgenommen. Nach bisherigem Kenntnisstand wurde bei der Auseinandersetzung keiner der Beteiligten ernsthaft verletzt.
Rostock: Ein in Rostock lebender 17-jähriger Jugendlicher aus Libyen hat Samstagabend, den 15.10.2016, gegen 20:30 Uhr am Hauptbahnhof Rostock gegenüber von insgesamt sechs Mädchen im Alter von 13 und 14 Jahren sowie einer jungen Frau im Alter von 21 Jahren sexuelle Anspielungen gemacht und diese teilweise körperlich belästigt. Die Mitteilung hierüber erhielt die Bundespolizei durch Mitarbeiter der DB Sicherheit GmbH, die den jungen Täter festhalten konnten. Dieser hatte zuvor an einem Bahnsteig zwei der Mädchen belästigt und versucht, einem das Handy wegzunehmen. Die beiden Mädchen konnten sich dem Mann entziehen, wurden aber von ihm bis in den Tunnelbereich verfolgt. Daraufhin flüchteten die Mädchen zur Südseite des Bahnhofes und suchten Schutz in einer Personengruppe. Nachdem die Beamten den mutmaßlichen Täter übernommen hatten, meldeten sich weitere Mädchen und eine junge Frau. Diese gaben an, ebenfalls von dem Beschuldigten verbal, u.a. sexuell belästigt und teilweise derb angefasst worden zu sein. Eines der Mädchen gab an, dass der Mann ihr hinterher gelaufen sei, sie festgehalten und an sich herangezogen habe. Sie habe sich jedoch losreißen können und sei dann weggelaufen. Einige Mädchen waren verängstigt und konnten zum Sachverhalt noch keine Aussagen machen.
Leipzig: Zwei Männer von augenscheinlich südländischem Äußeren begrabschten eine 32-Jährige aus Baden-Württemberg. Der Täter, welcher ihre Brust berührte, konnte unerkannt entkommen. Sein Kumpan, der ihr an das Gesäß griff, konnte hingegen gestellt und als 27-jähriger Syrer identifiziert werden. Er wird zudem verdächtigt, wenige Minuten zuvor einer 23-Jährigen im Vorbeigehen unter den Rock und an den Intimbereich gefasst zu haben.
Neubrandenburg: Nach den bisherigen Erkenntnissen ist es am heutigen Morgen, den 16.10.2016, gegen 5.15 Uhr zu einer versuchten Vergewaltigung in Neubrandenburg gekommen. Die 35-jährige Geschädigte befand sich fußläufig in der Sponholzer Straße. Zur genannten Uhrzeit bemerkte die Geschädigte einen Fahrradfahrer hinter sich, welche sie in gebrochenem Deutsch ansprach. Die Geschädigte habe darauf nicht reagiert und habe ihren Weg fortgesetzt. In der weiteren Folge sei es zu einer versuchten Vergewaltigung in einem Gebüsch gekommen. Aufgrund der aktiven Abwehrhandlungen durch die Geschädigte gelang dies nicht, woraufhin der Tatverdächtige mit seinem Fahrrad floh. Nach der Alarmierung der Polizei wurden die entsprechenden schutz- und kriminalpolizeilichen Maßnahmen, einschließlich umfangreicher Fahndungsmaßnahmen, ergriffen. Zur Ergreifung des Tatverdächtigen ist es bislang nicht gekommen. Die Geschädigte kann den Täter wie folgt beschreiben: ca. 25-30 Jahre, ca. 1,75m groß, augenscheinlich ausländischer, vermutlich nordafrikanischer, Herkunft.
Mannheim: Am Dienstagmorgen, zwischen 07.30-08.20 Uhr wurden vier junge Mädchen und Frauen im Alter zwischen 11 und 18 Jahren von einem unbekannten Mann in den Straßenbahnen der Linien 1, 3 und 5 begrapscht, als sie im Bereich der Innenstadt und der Oststadt zu ihren Schulen oder zu ihrer Ausbildungsstelle fuhren. Dabei nutzte der Unbekannte offenbar das Gedränge aus und fasste die Mädchen und jungen Frauen am

Gesäß und im Intimbereich an. Eines der Opfer stellte den Mann am Bahnhofsvorplatz zur Rede, als er dort ausgestiegen war. Dieser stieß sie jedoch zu Boden und verschwand. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: ca. 50 Jahre; ca. 170-180 cm; möglicherweise Nordafrikaner; schlanke bis kräftige Figur mit deutlichem Bauchansatz; kurze, dunkle, graumelierte Haare; Dreitagebart. Er soll eine ältere beige-farbene Jacke getragen haben. Die Ermittler des Dezernats Sexualdelikte des Kriminalkommissariats Mannheim gehen davon aus, dass weitere Mädchen oder Frauen von dem Unbekannten zumindest belästigt wurden, sich aber bislang noch nicht bei der Polizei gemeldet haben.

Berlin: Samstagmorgen nahmen Bundespolizisten drei Männer fest. Diese hatten zuvor eine Gruppe von Frauen auf dem Bahnhof Lichtenberg bedrängt. Als ein 37-Jähriger dies bemerkte, schritt er ein und wollte die Männer zur Rede stellen. Daraufhin schlugen diese den Helfer mit einem Teleskopschlagstock zu Boden und traten auf diesen ein. In der Nacht von Freitag auf Samstag gegen Mitternacht bemerkte ein 37-Jähriger, wie mehrere Frauen auf dem S-Bahnsteig Lichtenberg von drei Männern im Alter von 24 bis 27 Jahren bedrängt wurden. Daraufhin entschloss sich dieser die Männer anzusprechen, um die Frauen in Schutz zu nehmen. Ein Angreifer aus der Männergruppe schlug dem 37-Jährigen daraufhin unvermittelt mit einem Teleskopschlagstock auf den Hinterkopf. Als das Opfer zu Boden ging, traten die Männer gemeinschaftlich auf den Helfer ein. Erst als weitere Reisende zur Hilfe kamen, flüchteten die Täter. Bundespolizisten konnten die Angreifer noch im Bahnhof Lichtenberg festnehmen und verbrachten diese zur Dienststelle. Einer der Täter führte zudem ein Cuttermesser bei sich. Das 37-jährige Opfer wurde mit einer stark blutenden Kopfplatzwunde in ein Berliner Krankenhaus eingeliefert. Die Frauen, welche durch die Angreifer belästigt wurden, konnten nicht mehr angetroffen werden. Die Bundespolizei sucht im Zuge des Ermittlungsverfahrens weiter nach sachdienlichen Angaben oder Hinweisen zu deren Identität. (Kommentar PI: Warum verschweigt den die Berliner Polizei die Identität der „Männergruppe“?)

Jena: In Jena ist eine ältere Frau sexuell belästigt worden. Dank der Hilfe von Zeugen ist sie einer Vergewaltigung gerade noch entgangen. Wie die Polizei am Montag mitteilte, war die Frau am Samstag gegen 7 Uhr zu ihrer Arbeit unterwegs, mit der sie ihre Rente aufbessert. In der Lassallestraße verfolgte sie ein junger Mann und sprach sie mehrfach an. Die ältere Dame flüchtete daraufhin in den Aufzug eines Hostels. Doch ihr Verfolger rannte das Treppenhaus nach oben, packte dort sein Opfer und zog sich die Hose herunter. Die Frau schrie laut und konnte so Gäste des Hostels auf sich aufmerksam machen. Sie eilten ihr zu Hilfe. Den Angreifer bekamen sie aber nicht mehr zu fassen, er flüchtete unerkannt. Nun bittet die Polizei um Hinweise zu dem Mann – unter der Nummer (03641) 81 11 23. Er wird als 23 bis 25 Jahre alt und 1,60 bis 1,65 Meter groß beschrieben. Bekleidet war er mit einer dunklen Kapuzen-Jacke oder einem Kapuzen-Pullover, die Kapuze hatte er aufgesetzt. Der Täter wird außerdem als „ arabischer Typ“ beschrieben und er soll gebrochen, aber relativ gut Deutsch gesprochen haben.

Innsbruck: Am Freitag gegen 16.50 Uhr führte ein bislang unbekannter Täter hinter einem Gebüsch an der Innpromenade vor einer an ihm vorbeigehenden Frau geschlechtliche Handlungen an sich durch. Die Frau fühlte sich dadurch belästigt und alarmierte umgehend die Polizei. Der Mann war jedoch bereits verschwunden. Daher bitten die Ordnungskräfte um Hinweise aus der Bevölkerung. Beschreibung des Mannes: Dunkle Hautfarbe, schwarze kurze Haare, ca. 170 bis 175 cm groß.

http://www.n-tv.de/panorama/Zwei-Frauen-von-17-Maennern-belaestigt-article18952421.html
Panorama
Freitag, 28. Oktober 2016
Flüchtlinge unter den TäternZwei Frauen von 17 Männern belästigt

Ein Fall von sexueller Belästigung in Freiburg erinnert an die Kölner Silvesternacht: Zwei Frauen werden von 17 Männern umzingelt und begrapscht. Kurz darauf kann die Polizei drei Verdächtige festnehmen. Die Männer sind Asylbewerber.

Der Vorfall ereignete sich auf dem Stühlinger Kirchplatz unweit des Freiburger Hauptbahnhofs.

In Freiburg im Breisgau hat es laut Bundespolizei einen sexuellen Übergriff von 17 Männern auf zwei Frauen gegeben. Darüber berichten die Zeitungen der Funke Mediengruppe und beziehen sich dabei auf Informationen der Polizei. Demnach belästigten die Männer, die dem äußeren Erscheinungsbild nach afrikanischer Herkunft seien, am Montagabend eine 21-jährige und eine 29-jährige Frau. Die Männer hätten sie "umringt und unsittlich am Bauch, an der Brust sowie im Genitalbereich berührt", hieß es von Seiten der Behörde. Einige Männer aus der Gruppe hätten auch versucht, die Frauen zu küssen. Ein unbeteiligter Mann, der den Frauen helfen wollte, sei aus der Gruppe heraus körperlich angegriffen worden.

Die Frauen konnten fliehen. Die Polizei fahndete umgehend nach den Männern und konnte schließlich drei Hauptverdächtige vorläufig festnehmen. Die Männer sind inzwischen wieder auf freiem Fuß, die Ermittlungen

laufen weiter. Die Verdächtigen sind 17, 19 und 20 Jahre alt und stammen aus Gambia. Laut Polizei seien sie "polizeilich bekannt" und von den Opfern "eindeutig als tatbeteiligte Personen identifiziert" worden. Es handele sich um Asylbewerber, die zwischen November 2015 und Februar 2016 nach Deutschland eingereist seien. Zwei wurden abgelehnt, beim dritten Mann läuft das Asylverfahren noch.
Der Vorfall ereignete sich auf dem Stühlinger Kirchplatz, nicht weit entfernt vom Freiburger Hauptbahnhof. Er weckt Erinnerungen an die gewaltsamen Ausschreitungen in der Kölner Silvesternacht, wo im selben Stil, aber in größerem Ausmaß Frauen belästigt worden waren. Der Kölner Vorfall beschäftigt die Politik bis heute. Am kommenden Montag will ein Untersuchungsausschuss im nordrhein-westfälischen Landtag Innenminister Thomas de Maizière, den parlamentarischen Innen-Staatssekretär und CDU-Politiker Ole Schröder und den Präsidenten der Bundespolizei, Dieter Romann, dazu anhören.
Quelle: n-tv.de , kpi

http://www.pi-news.net/2016/10/die-zehn-taeglichen-rapefugee-einzelfaelle-8/#more-539515
Die zehn täglichen Rapefugee-„Einzelfälle“
Lalendorf: Schwerer Vorwurf gegen einen 14-jährigen unbegleiteten Flüchtling: Der Junge soll Anfang Oktober in der Asylbewerberunterkunft in Lalendorf (Landkreis Rostock) eine Heimmitarbeiterin sexuell missbraucht haben. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen. „Die Kriminalpolizeiinspektion Rostock prüft derzeit den Verdacht einer versuchten Vergewaltigung am 7. Oktober 2016 in einer Unterkunft für Zuwanderer im Landkreis Rostock“, teilt Sophie Pawelke, Pressesprecherin im Polizeipräsidium Rostock, mit. Wie sie weiter sagte, zeigte eine 45-jährige Frau eine versuchte Vergewaltigung durch einen 14 Jahre alten Jugendlichen an. Weitere Einzelheiten konnte die Polizei aufgrund der noch andauernden Ermittlungen nicht mitteilen. Nach OZ-Informationen soll sich der Vorfall früh morgens gegen 1 Uhr ereignet haben. Die Frau soll sich nach der Tat vor lauter Angst die ganze Nacht im Büro verbarrikadiert und sich erst ihren Kollegen zu Beginn der nächsten Frühschicht anvertraut haben.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland.
#Merkel-Herbst
Berlin – Zehlendorf: Am frühen Donnerstagmorgen (27. Oktober 2016) soll es zu einem Übergriff auf sexueller Basis in einer S-Bahn gekommen sein. Ein Zeuge hat sich bei der Bundespolizei gemeldet und so über den Vorfall informiert. Zur weiteren Ermittlung sucht die Bundespolizei nun nach weiteren Zeugen. Der Zeuge bemerkte gegen 4:22 Uhr beim Zustieg als Fahrgast einer S-Bahn der Linie S1 am S-Bahnhof Zehlendorf, wie eine männliche Person ein junges Mädchen bedrängte. Er beobachtete, wie der Mann wiederholt und trotz heftiger Gegenwehr des etwa 14 bis 16 Jahre alten Mädchens dieses zu küssen versuchte und bedrängte. Ohne zu zögern entschloss er sich, dem Mädchen zu helfen und forderte den Täter lautstark dazu auf, die Handlungen einzustellen. Offenbar nahm dies ein Begleiter des Täters zum Anlass diesen aus der S-Bahn zu ziehen. Allerdings riss sich der Täter los und betrat erneut die S-Bahn. Er hatte ein Messer in der Hand und bedrohte damit den Zeugen. Dem Begleiter gelang es ein weiteres Mal, den Täter aus der S-Bahn zu ziehen und anschließend vom S-Bahnhof Zehlendorf zu fliehen. Das durch den Angreifer massiv belästigte und bedrängte Mädchen, bedankte sich bei dem Helfer und verließ mit ihrem Begleiter die S-Bahn am S-Bahnhof Wannsee.
Die Bundespolizei sucht im Zuge des Ermittlungsverfahrens nach dem Mädchen, ihrem Begleiter und weiteren Personen, die sachdienliche Angaben und Hinweise zur Tat sowie zur Identität des Täters machen können. Der Täter wird nach Auskunft des Zeugen als Mann mit südländischem Aussehen beschrieben.
Möckmühl: Eine unerfreuliche Begegnung hatte eine 29-Jährige am vergangenen Sonntag in einer Gaststätte in Möckmühl. Wie sie bei der Anzeige berichtete, habe der Mann, ebenfalls Gast in dem Lokal, sie von hinten wortlos an den Brüsten berührt. Sie habe den Mann, bei dem es sich um einen Ausländer handelte, angeschrien und der Wirt habe ihn rausgeschmissen. Letzterer fotografierte den Täter vor dem Rauswurf mit seinem Handy. Da dann auch noch über Zeugen ein Name ins Spiel kam, konnte die Polizei inzwischen einen

Tatverdächtigen ermitteln. Es handelt sich um einen in einer Möckmühler Flüchtlingsunterkunft lebenden Afrikaner.
Hainichen: Eine 18-Jährige ist am Mittwochmorgen von einem unbekannten Mann in Hainichen festgehalten, bedrängt und geküsst worden. Die junge Frau konnte sich losreißen und davonlaufen. Wie die Polizei informierte war sie gegen 7 Uhr auf dem Parkplatz des Lidl-Marktes an der August-Bebel-Straße unterwegs. Zwei Männer sprachen sie zunächst an und baten um Feuer. Einer der beiden folgte ihr dann und bedrängte sie. Nach Angaben der 18-Jährigen ist dieser Mann 1,70 Meter bis 1,75 Meter groß, zwischen 30 und 35 Jahren alt und schlank. Er hat hellbraune Haut und kurze, schwarze Haare. Der Täter soll gelbe, schiefe Zähne und eine Zahnlücke haben. Bekleidet war er mit einer beigefarbenen Stoffhose, dunkler Oberbekleidung und einer khakifarbenen Wollmütze. Sein Begleiter ist ebenfalls etwa 1,70 Meter bis 1,75 Meter groß und zirka 25 bis 28 Jahre alt. Laut dem Opfer hat er kurze, schwarze Locken und ein „ südländisches Aussehen„.
Kaiserslautern: Eine junge Frau ist am Donnerstagvormittag im Gersweilerweg von einem Unbekannten belästigt worden. Die 24-Jährige war gegen 10 Uhr zu Fuß unterwegs und wurde dabei von einem Radfahrer überholt. Der Mann stoppte hinter einem am Straßenrand stehenden Transporter eines Paketdienstes. Als die Geschädigte die Stelle passiert, sprang er hervor und schlug ihr mit der Hand heftig ans Gesäß. Anschließend ging die 24-Jährige in einen nahen Supermarkt und erledigte ihre Einkäufe. Als sie danach in der Mannheimer Straße unterwegs war, folgte ihr derselbe Mann erneut – dieses Mal zu Fuß. Nachdem er zu der Frau aufgeschlossen hatte, sprach er sie in einer fremden Sprache an und drängte sie in Richtung der Hauswand. Die Geschädigte lief auf die Straße, stoppte einen Wagen und bat den Fahrer um Hilfe. Daraufhin flüchtete der Unbekannte in Richtung Schmiedeturm. Der Mann wird wie folgt beschrieben: 20 bis 23 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, dunkelhäutig, vermutlich Afrikaner, schmale Statur, kurze gelockte schwarze Haare und leichter Bartwuchs.
Ulm: Der 35-Jährige fuhr gegen 20.30 Uhr mit dem Bus im Mähringer Weg. Den benutzte auch eine Frau. Der Tunesier belästigte die 24-Jährige bereits im Bus. Als sie an der Haltestelle Hasenkopf ausstieg, folgte ihr der Mann. Er beleidigte sie und wurde handgreiflich. Couragierte Passanten griffen ein und auch die Frau selbst wehrte sich. Dann riefen sie die Polizei. Das war dem Angreifer und seinem Begleiter gar nicht recht. Sie flüchteten in ein Haus im Mähringer Weg. Auch dort sorgte der 35-Jährige für Unruhe. Als Polizisten den Mann dingfest machen wollten, sprang er aus dem Fenster und versuchte zu flüchten. Vergeblich. Die Beamten holten ihn ein und nahmen ihn mit. Dabei stellten sie fest, dass er stark betrunken war. Seine Nacht hat der 35-Jährige in polizeilicher Obhut verbracht. Auf ihn kommen jetzt mehrere Strafanzeigen zu. Bei seinem Fluchtversuch hat sich der Mann verletzt. Die 24-Jährige sowie zwei Passanten verletzten sich bei dem Vorfall leicht.
Darmstadt: Bilal A. (30) dürfte der Albtraum aller Mütter und Väter sein: Er steht wegen Verdachts des schweren sexuellen Missbrauchs von Kindern vor der Großen Strafkammer. Der Frührentner aus Offenbach jammert: „Ich wünschte, es wäre alles anders.“ Laut Staatsanwaltschaft soll der 30-Jährige am 21. Januar 2013 zusammen mit Freund Abdullah (abgetrenntes Verfahren) mit Hanna (14*) und Lucie (12*) in seiner Wohnung Wodka getrunken und gekifft haben. Irgendwann soll er Lucie laut Anklage gezwungen haben, ihn oral zu befriedigen: „Blas mir einen, sonst f*** ich dich.“ Freundin Hanna liegt währenddessen im Bett, übergibt sich. Als Lucie später aufwacht, soll der 30-Jährige das Kind befummelt haben. „Ich wollte nach Hause. Ich wollte nicht, dass noch irgendwas passiert.“ Am nächsten Morgen verlässt Bilal A. um 7.30 Uhr die Wohnung, schließt die Tür ab und sagt den Mädchen, sie sollen aufräumen. Doch die Beiden rufen sofort die Polizei. Beamte treten die Tür ein, befreien die Kinder aus der Wohnung.
Imst: Am gestrigen Sonntagvormittag gegen 04:50 Uhr wurden ein 37-jähriger Afghane und ein 31-jähriger Iraker aus einem Nachtlokal in Imst verwiesen, weil einer der beiden eine 43-jährige Tirolerin angeblich unsittlich berührt hatte. Auch der Gatte der 43-Jährigen, ein 44-Jähriger Tiroler und dessen 41-jähriger Begleiter gingen vor das Lokal, wo es zu einer Rauferei kam und der Streit weiter eskalierte. Dabei wurden der Afghane, der Iraker und die Tirolerin unbestimmten Grades verletzt. Die Polizei wird im Fall weiter ermitteln.
Karben: Ein junger Mann fuhr am Mittwoch gegen 17.40 Uhr auf einem Fahrrad an einer 25-jährigen Karbenerin vorbei. Im nächsten Augenblick stand er jedoch zu ihr gewandt mit heruntergelassener Hose unter einem Baum und masturbierte. Der Vorfall ereignete sich in der Dorfelder Straße in Rendel, zwischen dem Außenbereich von den Pferdestallungen eines Hofs und dem angrenzenden Sportplatz. Die Polizeistation Bad Vilbel, Tel. 06101-5460-0, bittet um Hinweise zum Täter, welcher wie folgt beschrieben wird: 16 bis 18 Jahre alt, etwa 1,70m groß, schlanke Stur, dunkler Teint, dunkler Bartflaum und er war bekleidet mit einer schwarzen Hose und einer schwarzen Jacke mit Kapuze.
Erding: Der Fall sorgte für Aufsehen: Ein pakistanischer Asylbewerber bedrängte nach dem Herbstfest 2015 zwei Frauen sexuell. Die Attacke kostete den Täter schier seine Zunge. Er wurde zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Berufung gegen das laut Anklage zu milde Urteil ist gescheitert. … Mutter und Tochter hatten sich am 1. September 2015 nach Mitternacht vom Festgelände auf den Weg zu ihrem am Kronthaler Weiher

geparkten Auto gemacht, als sie bemerkten, dass sie von einem unbekannten Mann verfolgt wurden. Der hatte offensichtlich sexuelle Absichten und ließ nicht locker. Die Mutter warf sogar mit einer Bierflasche nach ihm. Dennoch holte er die beiden ein und bedrängte sie. Die Mutter rang er zu Boden und fixierte sie dort. Trotz Hieben mit der Handtasche gelang es dem jungen Mann, seine Zunge in den Mund der Markt Schwabenerin zu stecken. In ihrer Angst biss die Frau zu. Seine Zunge wurde im Klinikum Erding gerettet. Dort erfolgte auch die Festnahme.

http://www.pi-news.net/2016/10/29-jaehrige-vergewaltigt-merkel-herbst-2/#more-539652
29-Jährige vergewaltigt #Merkel-Herbst
phantomStockerau: Eine 29 Jahre alte Frau ist im niederösterreichischen Stockerau Opfer einer Vergewaltigung geworden. Zwei Männer hatten ihr in einem Park aufgelauert, sie zunächst mit Schlägen traktiert und anschließend sexuell missbraucht. Die Polizei bittet um Hinweise aus der Bevölkerung. Zur Sexattacke kam es bereits am 18. Oktober, wie die Polizei am Freitag bekannt gab.
Die 29-Jährige war in einem Park neben der Bundesstraße 3 unterwegs, als sich die beiden Unbekannten ihrem ahnungslosen Opfer näherten. Dann attackierten die zwei Männer die Frau, schlugen sie und zerrten sie schließlich zu Boden, ehe sie sich an ihr vergingen. Die 29-Jährige erlitt Verletzungen und wurde im Landesklinikum Horn behandelt. Die Verdächtigen – der Beschreibung nach hatten beide einen dunkleren Teint – sind 30 bis 40 Jahre alt. Einer von ihnen hatte kinnlange, vermutlich schwarze Haare und eine Narbe an der Nase. Er trug einen dunklen Strickpullover mit Norwegermuster – von ihm konnte ein Phantombild (Foto oben) angefertigt werden.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland.
#Merkel-Herbst
Limburg: Exhibitionist entblößt sich vor Frau mit Kind, Limburg, Graupfortstraße, Busbahnhof, Mittwoch, 26.10.2016, 18:30 Uhr: In Limburg hat sich am Mittwochabend ein Exhibitionist vor einer Frau mit Kind entblößt. Die 37-jährige Geschädigte befand sich gegen 18:30 Uhr zusammen mit ihrer 13 Jahre alten Tochter am Busbahnhof in der Graupfortstraße, als sich der Täter von hinten näherte und sich den beiden in schamverletzender Weise zeigte. Die beiden Geschädigten verließen die Örtlichkeit daraufhin. Der Täter soll laut den Geschädigten männlich, zwischen 50 und 60 Jahre alt und etwa 160 bis 165 cm groß gewesen sein. Er habe ein südländisches Erscheinungsbild und schwarzes Haar sowie einen Drei-Tage-Bart gehabt. Weiterhin habe er stark nach Alkohol gerochen.
Eppingen: 14 Stunden lang beschäftigte am Donnerstag ein 24-Jähriger die Eppinger Polizei. Morgens um 8 Uhr wurde gemeldet, dass ein Betrunkener in der Stadtbahn andere Fahrgäste anpöbeln würde. Eine Streife des Eppinger Polizeireviers stieg deshalb am Bahnhof Eppingen in die S-Bahn ein. Zeugen berichteten, dass der anwesende Tatverdächtige Kinder belästigt, einem Mann dessen Laptop aus der Hand geschlagen und einer Rollstuhlfahrerin gegen deren Willen einen Kuss auf die Wange gegeben habe. Die Polizisten forderten den syrischen Asylbewerber auf, auszusteigen, was dieser allerdings verweigerte. Während er dann mit körperlicher Gewalt aus der S-Bahn gebracht wurde, beleidigte er die Beamten übel. Auf dem Hof des Polizeireviers wurde er, offensichtlich aufgrund des Alkoholkonsums bewusstlos, weshalb er ins Krankenhaus gefahren werden sollte. Im Rettungswagen kam er wieder zu sich und trat einem Rettungsassistenten ins Gesicht. Am Nachmittag randalierte der Mann im Krankenhaus, weshalb er in eine Zelle auf dem Polizeirevier kam. Auch dort gab er noch keine Ruhe. Kurz nach 19 Uhr war er aber in der Lage, einen Atemalkoholtest mitzumachen. Der Wert lag zu dieser Zeit immer noch bei über ein Promille, weshalb der Gewahrsam bis 22 Uhr verlängert wurde.
Leer: Gegen 01:30 Uhr in der Nacht zum vergangenen Sonntag waren eine 47 Jahre alte Frau aus Westoverledingen und eine 40 Jahre alte Frau aus Leer zu Fuß in der Ubbo-Emmius-Straße unterwegs. In Höhe des Conrebbersweg wurde die 47-Jährige gemäß derzeitigem Kenntnisstand von einem unbekannten Mann unsittlich berührt, woraufhin ihre Begleiterin ihn zur Seite schubste. Dies nahm ein zweiter Unbekannter zum

Anlass, die 40-Jährige zu Boden zu reißen. Außerdem kam es zu Fußtritten seitens der Täter. Schließlich entfernten sich die beiden südländisch aussehenden Männer in unbekannte Richtung. Die beiden Frauen blieben unverletzt.
Kassel/Bad Arolsen: Opfer einer sexuellen Belästigung wurde eine 16-Jährige aus dem Landkreis Waldeck-Frankenberg während der Zugfahrt von Kassel nach Bad Arolsen. Der Vorfall ereignete sich bereits am 13. Oktober in einer Kurhessenbahn, Abfahrt 18.41 Uhr in Kassel-Wilhelmshöhe und Ankunft um 19.36 Uhr in Bad Arolsen. Kurz nach dem die Bahn den Bahnhof Ehringen passiert hatte, soll sich der noch Unbekannte neben die Schülerin gesetzt und sie mehrfach unsittlich an den Beinen und der Brust berührt haben. Zwei Stationen weiter, im Bahnhof Külte-Wetterburg, betrat ein etwa 20-jähriger, 175 cm großer Mann mit einem Mountainbike das Abteil. Daraufhin entfernte sich die 16-Jährige von ihrem Peiniger und setzte sich neben den noch unbekannten Radfahrer. … Der mutmaßliche Täter hat in Bad Arolsen den Zug verlassen und wird wie folgt beschrieben: 30-40 Jahre alt, 160-170 cm groß, kräftige/dickliche Figur, kurze, schwarze Haare, Drei-Tage-Bart, nordafrikanischer Typ.
Schönebeck: Am Sonntagnachmittag kam es im Stadtpark Schönebeck offenbar zu einer sexuellen Belästigung durch einen älteren, südländisch anmutenden Mann. Den hier vorliegenden Erkenntnissen nach hatte sich die Anzeigenerstatterin, eine 29-jährige Schönebeckerin, um 14:45 Uhr im Kurpark, welcher sich an der Lindenstraße befindet durchquert. Auf einer der Bänke saß zu diesem Zeitpunkt ein etwa 60 Jahre alter Mann mit südländischem Aussehen. Der Mann kam auf sie zu und sprach sie in gebrochenem Deutsch an. Als sie weitergehen wollte, hielt er sie fest und versuchte sie zu küssen. Nach einem Heiratsantrag griff er in Richtung der bedeckten Genitalien. Die Frau setzte sich zur Wehr, zum selben Zeitpunkt kamen mehrere Passanten dazu und der Täter ließ von seinem Opfer ab. Die Frau entfernte sich vom Ereignisort und informierte die Polizei. Die Tatortbereichsfahndung führte nicht zum Auffinden des vermeintlichen Täters, die Ermittlungen wurden aufgenommen und dauern an.
Leipzig: Zwei Männer von augenscheinlich südländischem Äußeren begrabschten eine 32-Jährige aus Baden-Württemberg. Der Täter, welcher ihre Brust berührte, konnte unerkannt entkommen. Sein Kumpan, der ihr an das Gesäß griff, konnte hingegen gestellt und als 27-jähriger Syrer identifiziert werden. Er wird zudem verdächtigt, wenige Minuten zuvor einer 23-Jährigen im Vorbeigehen unter den Rock und an den Intimbereich gefasst zu haben. Über ein solches Auftreten werden integrationswillige und schutzsuchende Flüchtlinge den Kopf schütteln müssen – zwischen Connewitz und Taucha nicht nur sie.
Fürstenzell: Am Dienstag, 25.10.2016, zwischen 18.50 und 18.55 Uhr, wurde eine Frau von zwei bislang unbekannten jungen Männern im Doktorweg körperlich angegriffen. Die Frau gab an, dass die Männer sie zunächst mit „Hey Süße“ ansprachen. Als sie nicht reagierte, wurde sie von den Männern an eine Hausmauer gedrückt. Als einer der Männer seine Hose öffnete, trat die Frau zu. Während sich der Getroffene krümmte, wurde die Frau von dem anderen Mann an den Haaren gepackt. Sie wehrte sich und drückte diesem Angreifer gegen die Kehle. Dann lief sie zu ihrem Pkw und fuhr nach Hause. Am gestrigen Mittwoch erstattete die Frau Anzeige bei der Polizei in Passau. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen. Die Frau beschrieb einen der Angreifer als ca. 17-jährig, schlank, ca. 170 cm groß, kurze schwarze leicht gewellte Haare, dunkel gekleidet. Der Zweite ist ca. 19 Jahre alt, ca. 180 cm groß, hat dunkle kurz geschnittene Haare und trug eine schwarze Hose und eine grüne Jacke. Beide sprachen gebrochen deutsch.
Türkismühle: Am 28.08.16 gegen 20:39 Uhr kam es im Bahnhof Türkismühle zu einer sexuellen Nötigung und Beleidigung eines bislang unbekannten männlichen Täters zum Nachteil einer 38-jährigen Frau. Nachdem er die Frau zunächst nach dem Weg und Bus nach Oberthal fragte, drückte er das Opfer in der Unterführung gegen die Mauer, fasste ihr ihr ans Gesäß und versuchte sie zu küssen und an die Brust zu fassen. Nur durch energisches Ansprechen des Täters ließ dieser von der Frau ab und flüchtete. Am Bahnhof befand sich auch noch ein Mitarbeiter der Deutschen Bahn, der ggf. weitere Angaben machen könnte. Die Geschädigte beschreibt den Täter als freundlichen jungen Mann zwischen 20 und 25 Jahren mit südländischem Aussehen. Täterbeschreibung: – ca. 170 cm groß, – sehr schlanke, dünne Figur – sprach gebrochenes Deutsch – südländisches Aussehen, aus arabisch-sprachigem Raum. (Zwei Monate nach der Tat veröffentlicht die Polizei jetzt ein Phantombild des Täters).
Möckmühl: Eine unerfreuliche Begegnung hatte eine 29-Jährige am vergangenen Sonntag in einer Gaststätte in Möckmühl. Wie sie bei der Anzeige berichtete, habe der Mann, ebenfalls Gast in dem Lokal, sie von hinten wortlos an den Brüsten berührt. Sie habe den Mann, bei dem es sich um einen Ausländer handelte, angeschrien und der Wirt habe ihn rausgeschmissen. Letzterer fotografierte den Täter vor dem Rauswurf mit seinem Handy. Da dann auch noch über Zeugen ein Name ins Spiel kam, konnte die Polizei inzwischen einen Tatverdächtigen ermitteln. Es handelt sich um einen in einer Möckmühler Flüchtlingsunterkunft lebenden Afrikaner. Bislang war der Mann polizeilich noch nicht in Erscheinung getreten.

http://www.pi-news.net/2016/11/polizei-verschweigt-vergewaltigung-15-jaehriger/#more-539965

Polizei verschweigt Vergewaltigung 15-Jähriger

Dresden: Mitten in der Dresdner Neustadt, wird ein Mädchen vergewaltigt und die Polizei schweigt. Das Mädchen wurde am Freitag, den 21. Oktober abends gegen 22.30 Uhr auf der Katharinenstraße von einem jungen Mann in einen Hauseingang gezerrt und zum Geschlechtsverkehr gezwungen. Erst am folgenden Dienstag traute sie sich die Tat bei der Polizei anzuzeigen. Bis heute gab es keinen Zeugenaufruf durch die Polizei noch wurde über die Straftat berichtet. Erst am Montag bestätigte die Polizei die Vergewaltigung auf Anfrage. Das Opfer hatte am Samstagabend auf der Alaunstraße den Täter wiedererkannt. Die Polizei nahm den 20-jährigen Tunesier fest, inzwischen wurde er dem Haftrichter vorgeführt und sitzt in U-Haft.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkel-Herbst

Rheinberg-Orsoy: In Rheinberg soll ein Polizist am Sonntag erst auf massives Drängen von Opfer und Zeugen eine Anzeige gegen einen Asylbewerber geschrieben haben. Ein 15-jähriges Mädchen hatte angegeben, von einem 50-jährigen Algerier belästigt worden zu sein. Ein 15-jähriges Mädchen wird von einem betrunkenen Mann belästigt, ein Passant eilt ihr zu Hilfe, das Mädchen und dessen Vater möchten später den schnell ermittelten Täter anzeigen – aber ein Polizist will keine Anzeige schreiben. Erst als man ihm damit gedroht habe, die Presse einzuschalten, soll der Beamte seine Meinung geändert haben. Inzwischen liegt eine Anzeige wegen Nötigung vor, die Polizei will den Vorgang intern untersuchen, erfuhr unserer Redaktion am Montag. Sie habe am Freitagabend ihren Hund ausgeführt und habe dabei telefoniert, erzählte die 15-Jährige unserer Redaktion. „Plötzlich tauchte ein Mann auf und belästigte mich. Er packte meine Schulter, ließ mich nicht mehr los, und versuchte, mich in eine dunkle Ecke zu zerren. Da habe ich laut um Hilfe geschrien." Ein 44-jähriger Orsoyer hörte die Schreie und eilte zu Hilfe. … Mit Erstaunen habe man dann die Reaktion des wortführenden Beamten vernommen. Der Vater des Opfers: „Der Beamte riet uns immer wieder davon ab, eine Anzeige zu machen. Das würde nichts bringen." Die 15-Jährige und auch der 44-jährige Zeuge bestätigen das. „Ein Polizist hat gar nichts gesagt, eine Polizistin hat zumindest deutlich gemacht, dass sie mich gut verstehen könne. Aber der ‚Hauptpolizist' hat immer wieder auf uns eingeredet und wollte nicht, dass wir den Mann anzeigen", versicherte das Mädchen. „Wer soll einem denn noch helfen, wenn nicht die Polizei?" Erst als der 44-jährige Retter damit gedroht habe, die Presse zu informieren, habe sich der Polizist nach einer kurzen Beratung umentschieden. Daraufhin wurde eine Anzeige wegen Nötigung gestellt. Das bestätigte die Pressestelle der Kreis Weseler Polizei auf Nachfrage unserer Redaktion.

Waiblingen: Heftig zur Wehr setzte sich am frühen Sonntagmorgen eine 22- jährige Frau, die am Waiblinger Bahnhof von zwei unbekannten jungen Männern sexuell angegangen wurde. Sie befand sich gegen 04.15 Uhr im Bereich der Glascontainer, die sich zwischen den Bahngleisen und dem Busbahnhof befinden. In diesem Bereich wurde sie plötzlich durch zwei dunkelhäutige Männer festgehalten. Die beiden versuchten anschließend die Kleidung der jungen Frau zu öffnen. Daraufhin setzte sich diese heftig zur Wehr, woraufhin die Unbekannten die Flucht in unbekannte Richtung ergriffen. Die Täter werden als Schwarzafrikaner beschrieben, waren beide etwa 1,80 m groß, etwa 30 Jahre alt, bekleidet waren sie mit Sweatshirts sowie vermutlich Jeans und verständigten sich in einer nicht bekannten ausländischen Sprache. Einer der beiden trug bei der Tatbegehung eine hellblau/weiße Kopfbedeckung.

Stuttgart/Ludwigsburg/Bietigheim-Bissingen: Eine bislang unbekannte männliche Person bedrängte am vergangenen Freitagnachmittag gegen 17:45 Uhr eine 18-Jährige in einer S-Bahn. Die Frau fuhr in einer S5 von Stuttgart-Zuffenhausen nach Bietigheim-Bissingen, als sich auf Höhe Ludwigsburg ein ihr unbekannter Mann neben sie setzte. Die Person sprach die 18-Jährige zunächst auf Englisch an, bevor sie das Opfer nach eigenen Angaben an der Oberschenkelinnenseite und im Intimbereich mehrfach berührte und schmerzhaft in die Kniekehle kniff. Als die 18-Jährige sich umsetzte, folgte ihr der Täter. Die mehrfache Aufforderung, die Handlungen zu unterlassen, habe er ignoriert. Beim Ausstieg am Bahnhof Bietigheim-Bissingen versuchte der Mann anschließend, die Frau festzuhalten. Sie riss sich los und floh in Richtung des dortigen Busbahnsteiges. Anschließend erstattete sie im Polizeirevier Bietigheim-Bissingen Strafanzeige. Der Täter wird als „klein" und dunkelhäutig (afrikanisch) beschrieben.

Freiburg: Wie die Polizei mitteilt haben sich in der Nacht zum Sonntag, 23. Oktober, mehrere weibliche Gäste einer Bar an der Grünwälderstraße in der Freiburger Innenstadt über einen Grabscher beschwert. Ein Türsteher warf den Mann raus und rief, als dieser immer renitenter auftrat, die Polizei. Bis zum Eintreffen der Streife

fixierte er den 22-jährigen Gambier. Die Beamten des Polizeireviers Freiburg-Nord sprachen dem deutlich alkoholisierten 22-Jährigen einen Platzverweis aus, dem dieser nur sehr widerwillig nachkam. Bis auf eine junge Frau trafen die Beamten zum Zeitpunkt der Aufnahme des Geschehens keine weiteren Geschädigten an der Örtlichkeit mehr an. Der junge Mann wird sich wegen Körperverletzung und Beleidigung auf sexueller Grundlage verantworten müssen.
St. Wendel: Am heutigen frühen Sonntagmorgen näherte sich gegen 04:50 Uhr ein bislang unbekannter Mann einer 26-jährigen Frau im Nachtbus von St. Wendel nach Wadern auf unsittliche Weise. Er vollzog in unmittelbarer Nähe der Frau anstößige, sexuelle Handlungen. Die Frau, die in Begleitung von Bekannten war, verließ in St. Wendel-Bliesen den Bus. Der Unbekannte blieb in Bus zurück. Es waren weitere Personen im Bus, die zwar den Vorfall möglicherweise nicht bemerkt haben, aber dennoch Hinweise auf den mutmaßlichen Täter geben können. Bei der unbekannten Person soll es sich um einen ca. 30 bis 40-jährigen Mann mit dunklen, gegelten Haaren und dunklen Augen gehandelt haben. Er trug moderne Kleidung, sprach mit ausländischem Akzent und hatte ein arabisches Aussehen.
Sigmaringen: Nach den Schilderungen von zwei 14-Jährigen hat ein jüngerer Mann mit dunkler Hautfarbe am Samstagabend, gegen 20.00 Uhr, die beiden Mädchen vor dem Bahnhof kurz hintereinander gegen deren Willen geküsst und an den Brüsten angefasst. Anschließend entfernte sich der mit einer hellblauen Jeans, einer schwarzen Bomberjacke und einer schwarzen Wollmütze bekleidete Mann zu Fuß in Richtung Gewerbegebiet In der Au.
Steinbach: Die Geschädigte wurde von dem Täter gefragt, ob diese mit ihm Geschlechtsverkehr haben möchte. Als die Geschädigte dies verneinte, fasste der Täter der Geschädigten in den Intimbereich und an die Brüste. Erst als weitere Passanten in Sicht kamen, ließ der Täter von der Geschädigten ab. Täterbeschreibung: männlich, ca. 35 Jahre alt, 180-185 cm groß, schlanke Statur, südländisches Aussehen, braune Augen, ungepflegte braune Haare, auffallend schlechte Zähne, dunkler Bart, sprach deutsch mit Akzent.
Chemnitz: Am Sonntagmorgen ist auf dem Sonnenberg eine Frau (26) sexuell belästigt worden. Gegen 7.45 Uhr war die 26-Jährige in der Hainstraße auf dem Weg in Richtung Innenstadt unterwegs. Nahe des ehemaligen Kinos „Europa“ sprach ein 27-jähriger Marokkaner sie an.
Wie die Frau gegenüber der Polizei Chemnitz angab, kümmerte sie sich nicht weiter um den Unbekannten. Der wiederum folgte ihr aber und bot ihr Alkohol und Zigaretten an. Plötzlich stellte sich der Tatverdächtige in ihren Weg, drängte sie auf Höhe einer Hofeinfahrt in eine Ecke. Dort soll er versucht haben, sie zu küssen, „berührte sie unsittlich“ und zog blank. Die Frau rief um Hilfe, ein Passant wurde auf sie aufmerksam und alarmierte die Polizei. Noch am Tatort konnten die Beamten den Mann stellen und vorläufig festnehmen. Er befindet sich inzwischen wieder auf freiem Fuß. Gegen ihn wird nun wegen sexueller Belästigung ermittelt.
Oldenburg: Am Sonntag Morgen gegen 03:10 Uhr wurde im Hogenkamp eine 27-jährige Frau, die zu Fuß auf dem Nachhausweweg war, durch eine männliche, dunkelhäutige Person angesprochen. Als die Frau nicht reagierte wurde sie von dem Mann mehrmals brutal ins Gesicht geschlagen und als sie wehrlos war in Intimbereichen begrabscht. Anschliessend konnte sich das verletzte Opfer zu einem Nachbarn retten und wurde später einem Krankenhaus zugeführt.

http://www.pi-news.net/2016/11/vergewaltigungen-heroldsberg-koeln-calw/
Vergewaltigungen: Heroldsberg, Köln, Calw
Heroldsberg: Die Polizei hat einen 25-jährigen Mann gefasst, der eine Seniorin in ihrer Wohnung in Heroldsberg bei Nürnberg vergewaltigt haben soll. Der Fall hatte im Ort für Entsetzen gesorgt. Der Mann soll am Freitag an der Tür der Rentnerin geklingelt haben, sie in die Wohnung gedrängt und sich an ihr vergangen haben. Die Seniorin wurde dabei massiv körperlich angegangen. Mit am Tatort sichergestellten genetischen Spuren kamen die Ermittler dem Mann auf die Spur. Er war 2011 wegen eines Sexualdeliktes schon einmal zu einer mehrjährigen Jugendstrafe verurteilt worden. Der 25-Jährige war erst fünf Monate auf freiem Fuß. Er hat die Tat in einer ersten Vernehmung gestanden, es erging Haftbefehl.
Bei dem „25-Jährigen“ handelt es sich um einen Äthiopier. Dies erfährt man allerdings nicht aus der „Qualitäts“presse, sondern von der AfD-Nürnberg, die selber bei der Polizei nachgefragt hat.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen

Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkel-Herbst

Köln: Am Freitagabend ist eine Fußgängerin (48) durch einen bislang Unbekannten nahe dem Westfriedhof im Kölner Ortsteil Bickendorf sexuell missbraucht worden. Die Kripo Köln sucht dringend Zeugen. Gegen 20.30 Uhr war die Frau allein auf einem Feldweg wenige Meter vom Mühlenweg / Ecke Westendstraße entfernt unterwegs, um ihren Hund auszuführen. Plötzlich wurde sie eigenen Angaben zufolge durch den Angreifer von hinten angegangen und zu Boden geworfen. Nachdem der Einzeltäter sich an der Geschädigten vergangen hatte, flüchtete er in Richtung Westendstraße. Der Unbekannte wird als sehr schlank, 1,70 – 1,75 Meter groß und schwarzhaarig beschrieben. Zur Tatzeit trug er eine dunkle Jacke.

Kommentar PI: Anscheinend will die Kölner Polizei den Tatverdächtigen nicht finden oder warum lässt sie bei der ansonsten ausführlichen Personenbeschreibung das Haupterkennungsmerkmal der wahrscheinlichen Volkszugehörigkeit oder Ethnie weg? Eventuell sollten sich die deutschen BahnhofsklatscherInnen und TeddybärenwerferInnen ein Beispiel an ihren dänischen GenossInnen nehmen. Die haben freiwillig Sex mit den Fiki-Fiki-Fachkräften und verhindern somit eventuell die täglichen Übergriffe. Leider wurde jetzt deswegen ihre Chefin gefeuert, wie die englischsprachige Daily Mail berichtet.

Calw: Durchsuchungen in Asylbewerberheimen Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Vergewaltigung haben am Donnerstagmorgen 30 Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei in den Asylbewerberunterkünften in Nagold und Wildberg Durchsuchungsmaßnahmen bei zehn Beschuldigten vollzogen. Die afghanischen Asylbewerber stehen im Verdacht, einen 17-jährigen iranischen Asylbewerber mehrfach vergewaltigt und die Taten gefilmt zu haben. Die Staatsanwaltschaft Tübingen hat gegen sieben der Tatverdächtigen Haftbefehle beantragt.

Stuttgart-Mitte: Polizeibeamte haben in der Nacht zum Samstag (05.11.2016) einen 21 Jahre alten Mann festgenommen, der im Verdacht steht, kurz zuvor eine 18-Jährige missbraucht zu haben. Zeugen beobachteten gegen 03.45 Uhr, wie der 21-Jährige in der Calwer Straße sexuelle Handlungen an der offensichtlich stark betrunkenen und widerstandsunfähigen Frau vornahm und alarmierten die Polizei. Nach kurzer Flucht nahmen die Beamten den Tatverdächtigen im Rahmen der Fahndung fest. Der 21-jährige Iraker wurde mit Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart dem Haftrichter vorgeführt, der Haftbefehl erließ.

München: Eine Kauffrau (21) aus dem Landkreis Ebersberg ist in der Nacht zum Sonntag nur knapp einer Vergewaltigung entkommen. Die Frau wurde auf dem Weg zu ihrem Auto in der Haager Straße von einem Mann überfallartig angegriffen, gewürgt, mit dem Tode bedroht und halb ausgezogen. Zwei Münchner (20, 21), die in der Nähe in einem Auto saßen, hörten die Schreie der Frau und leuchteten den Ort aus – daraufhin ließ der Vergewaltiger von der 21-Jährigen ab und flüchtete. Die Kauffrau hatte Sonntagfrüh, gegen 3.20 Uhr, das Kunstpark-Gelände verlassen und wollte zu ihrem Auto gehen, das sie in einer Seitenstraße geparkt hatte. Auf dem Weg dorthin wurde sie plötzlich von dem Fremden zu Boden gerissen und massiv gewürgt. Der Mann drohte ihr, sie umzubringen, wenn sie schreien würde. Dann zog er ihr die Hose über das Gesäß. Doch die Schreie der jungen Frau waren bereits gehört worden. Eine 20-Jährige und ein 21-Jähriger, die in der Nähe auf einem Parkplatz in einem Auto saßen, beschlossen, nachzuschauen. Sie fuhren mit dem Auto in die Richtung, aus der sie die Schreie gehört hatten und leuchteten die Szenerie mit den Scheinwerfern aus. Daraufhin ließ der Vergewaltiger von seinem Opfer ab und flüchtete. „Die junge Frau wurde durch den Angriff am Hals und am Kopf verletzt. Sie hatte deutlich sichtbare Würgemale“, sagte Polizeisprecher Michael Riehlein. Täterbeschreibung: Männlich, dunkelhäutig, schwarze kurze Haare, trug ein weißes TShirt.

Bad König: Gemeinsame Pressemeldung der Staatsanwaltschaft Darmstadt und des Polizeipräsidiums Südhessen: Eine 17-jährige Schülerin hat sich am späten Donnerstagabend 27.10.2016 bei der Polizei gemeldet und geschilderte, dass ihr ein unbekannter Mann gefolgt ist. Auf dem Weg vom Bahnhof in Richtung Dekan-Groh-Straße habe der Unbekannte sie unsittlich am Bein berührt und ihr den Mund zugehalten. Die junge Frau konnte sich befreien und weglaufen. Der Täter flüchtete in Richtung einer Tankstelle in der Frankfurter Straße. Mit einem Phantombild des Täters wendet sich die Kriminalpolizei an die Öffentlichkeit, um Zeugen zu finden. Der Mann im mittleren Alter ist mindestens 1,80 Meter groß und sehr schlank. Er hat eine dunkle Gesichtsfarbe und zur Tatzeit einen ungepflegten Bart getragen. Bekleidet war er mit einer dünnen Strickmütze, einer schwarzen Steppjacke sowie einer schwarzen Hose. Möglicherweise ist der Gesuchte Raucher.

Türkismühle:Am 28.08.16 gegen 20:39 Uhr kam es im Bahnhof Türkismühle zu einer sexuellen Nötigung und Beleidigung eines bislang unbekannten männlichen Täters zum Nachteil einer 38-jährigen Frau. Nachdem er die Frau zunächst nach dem Weg und Bus nach Oberthal fragte, drückte er das Opfer in der Unterführung gegen die Mauer, fasste ihr ihr ans Gesäß und versuchte sie zu küssen und an die Brust zu fassen. Nur durch

energisches Ansprechen des Täters ließ dieser von der Frau ab und flüchtete. Am Bahnhof befand sich auch noch ein Mitarbeiter der Deutschen Bahn, der ggf. weitere Angaben machen könnte. Die Geschädigte beschreibt den Täter als freundlichen jungen Mann zwischen 20 und 25 Jahren mit südländischem Aussehen. Täterbeschreibung: ca. 170 cm groß, sehr schlanke, dünne Figur, sprach gebrochenes Deutsch, südländisches Aussehen, aus arabisch-sprachigem Raum, grobkariertes Hemd mit gelbem Farbanteil, gepflegtes Äußeres, länglich ovales, hageres Gesicht, kurze, dichte, schwarze, hochstehende Haare, dunkle Augen und Augenbrauen, rundliches Kinn; langer, dünner Hals.
Stuttgart/Ludwigsburg/Bietigheim-Bissingen: Eine bislang unbekannte männliche Person bedrängte am vergangenen Freitagnachmittag 28.10.2016 gegen 17:45 Uhr eine 18-Jährige in einer S-Bahn. Die Frau fuhr in einer S5 von Stuttgart-Zuffenhausen nach Bietigheim-Bissingen, als sich auf Höhe Ludwigsburg ein ihr unbekannter Mann neben sie setzte. Die Person sprach die 18-Jährige zunächst auf Englisch an, bevor sie das Opfer nach eigenen Angaben an der Oberschenkelinnenseite und im Intimbereich mehrfach berührte und schmerzhaft in die Kniekehle kniff. Als die 18-Jährige sich umsetzte, folgte ihr der Täter. Die mehrfache Aufforderung, die Handlungen zu unterlassen, habe er ignoriert. Beim Ausstieg am Bahnhof Bietigheim-Bissingen versuchte der Mann anschließend, die Frau festzuhalten. Sie riss sich los und floh in Richtung des dortigen Busbahnsteiges. Anschließend erstattete sie im Polizeirevier Bietigheim-Bissingen Strafanzeige. Der Täter wird als „klein“ und dunkelhäutig (afrikanisch) beschrieben. Er soll schwarze, kurzgelockte Haare und einen blauen Arbeitsanorak getragen haben.
Nauheim: Vor den Augen einer Joggerin entblößte sich am Dienstagmorgen gegen 9.00 Uhr in der Feldgemarkung am Hegbachsee ein etwa 20-35 Jahre alter Mann und zeigte sich ihr anschließend in schamverletzender Weise. Der Unbekannte führte ein schwarzes Mountainbike mit sich. Er hat ein südländisches Erscheinungsbild und dunkle Haare. Der Mann trug eine schwarze Lederjacke, dunkelblaue Jeans und verhüllte sein Gesicht teilweise mit einem Tuch.

http://www.pi-news.net/2016/11/wien-rapefugee-opfer-hat-sich-aufgegeben/#more-541389
Wien: Rapefugee-Opfer hat sich aufgegeben
blaulicht_symbolWien: „Körper, Geist und vor allem ihre Seele haben aufgegeben.“ Christine F. liegt in der Wiener Neustädter Klinik auf der Intensivstation, ernährt wird das Missbrauchsopfer nur noch künstlich über Sonden. „Ich wusste, dass das so enden wird“, sagt Tochter Sylvia. Es war der 1. September 2015, ein ungewöhnlich heißer Herbsttag in Traiskirchen. Christine F. watete durch den Bach, sie wollte zu ihrem Schrebergarten. Doch ein Asylwerber, der ihr über die Böschung „helfen“ wollte, ließ sie dort nie ankommen. Wie berichtet , prügelte der 17-jährige Afghane die 72-Jährige bis zur Bewusstlosigkeit, drückte ihren Kopf in den steinigen Boden und vergewaltigte sie. Dafür wurde er im Jänner zu 20 Monaten Haft verurteilt. „Mehr hat er nicht bekommen, aber meine Mutter stirbt daran. Sie wurde gebrochen – und niemand hat uns je geholfen“, so Tochter Sylvia.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkel-Herbst
Halle/Nebra: Eine Woche nach seinem 40. Geburtstag, den er in Untersuchungshaft verbrachte, ist ein Syrer gestern im Landgericht Halle zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Für die Große Strafkammer stand nach einer seit Mitte August währenden Beweisaufnahme fest, dass der aus Aleppo stammende Mann am 19. März dieses Jahres in Nebra eine widerstandsunfähige 23-Jährige schwer sexuell missbraucht hat. … Die Frau verließ kurz vor 8 Uhr ihren Wohnblock. Sie war nicht weit gekommen, als sie umkippte. Dass sie durch einen Schlag ins Genick zu Fall gekommen sei, wie es in der Anklage hieß, konnte nicht nachgewiesen werden. Vielleicht hatte sie einen ihrer Anfälle, bei denen sie bewusstlos wird. Der Syrer habe sich über die außer Gefecht gesetzte Frau hergemacht, wovon nicht nur Kratzer an ihrem Körper zeugten, sondern auch frische Verletzungen im Genitalbereich. Als sie wieder zu sich kam, lag sie mit entblößtem Unterleib auf der Wiese.

Paderborn: Am Mittwoch letzter Woche (02.11.2016) wurde bei der Polizei eine Anzeige wegen eines Übergriffs durch drei unbekannte Männer auf eine 17-Jährige erstattet. Bei den Ermittlungen könnten die Aussagen von bislang unbekannten Zeugen von Bedeutung sein. Die Jugendliche hielt sich laut der bisherigen Erkenntnisse der Polizei zwischen 06.00 Uhr und 06.20 Uhr an der Bushaltestelle „Friedrich-List-Straße“ in der Karl-Schurz-Straße auf. Dort wurde sie von drei Tätern festgehalten und unsittlich angefasst. Es soll sich um 20 bis 30 Jahre alte Südländer gehandelt haben.
Schwarzach: Mehrmals an den Po griff ein Mann einer 28-Jährigen auf dem Schwarzacher Hof am Dienstagvormittag. Laut Polizeibericht befand sich die Frau im Bereich einer Flüchtlingsunterkunft, als sie von einem der Bewohner angesprochen wurde. Nachdem die Frau das Gespräch beendet und sich umgedreht hatte, fasste ihr der Mann plötzlich ans Gesäß. Als sie den Mann aufforderte, dies zu unterlassen, zog er sie am Ärmel und begrapschte sie erneut. Die 28-Jährige ging daraufhin in Richtung Waldstraße davon. Der Unbekannte folgte ihr ein Stück, entfernte sich dann aber und verschwand.
Gießen: An der Kreuzung Asterweg / Nordanlage stand eine 26-jährige Studentin am Samstagabend gegen 20.30 Uhr und wartete auf das grüne Licht der Ampel. In diesem Moment lief ein ihr unbekannter Mann hinter ihr vorbei und berührte sie im Schritt. So schnell wie der Fremde da war, war er auch wieder verschwunden. Die Studentin konnte ihn nur von hinten sehen und beschreibt ihn als 1.85 bis 1.90 m groß mit dunkelbraunem verfilztem Haar, dunkelhäutig, dünn und mit blauer Jeans und heller Jacke bekleidet.
Esslingen: Frau angegangen (Zeugenaufruf) – Wegen eines versuchten Sexualdeliktes ermittelt die Kriminalpolizei gegen zwei unbekannte Männer, die in der der Nacht zum Sonntag in Esslingen eine 31-jährige Frau unsittlich angegangen haben. Die 31-Jährige lief gegen Mitternacht zu Fuß von der Pliensauvorstadt über die Pliensaubrücke, als sie auf der Brücke von zwei Männern angesprochen wurde. Sie gab ihnen kurz Auskunft und bog dann nach links in den Färbertörlesweg in Richtung Bahnhof ab. Die Männer folgten ihr, umarmten sie von hinten und zogen sie über eine Leitplanke in ein Gebüsch. Die Frau wehrte sich heftig und konnte dadurch die Beiden in die Flucht schlagen. Die Männer wurden als ca. 160 cm groß, dunkel gekleidet, ca. 25-35 Jahre alt, dunkler Teint und Dialekt ähnlich Pakistani/Inder beschrieben.
Günzburg: Für einen 22-jährigen Syrer, der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland gekommen war, endete die Verhandlung am Günzburger Amtsgericht direkt mit der Fahrt in die Justizvollzugsanstalt. Dort wird er die nächsten zehn Monate lang eine Jugendstrafe absitzen. Im Frühsommer 2014 besuchte er eine Spielothek in Günzburg. Dort betrank er sich und fasste schließlich einer Servicekraft an die Brust und an das Gesäß. Kurz darauf wollte er mit seinem Getränk nach draußen gehen. Als ihn die Frau darauf aufmerksam machte, dass dies nicht erlaubt sei, stieß er sie gegen einen Türstock. Daraufhin sprach sie ein Hausverbot gegen ihn aus. Das machte den Mann noch aggressiver: Eine weitere Angestellte brachte ihm das Geld, das noch an einem der Automaten lagt. Als ihr ein Schein aus der Hand fiel, schlug er ihr ins Gesicht. Einem Gast, der zur Hilfe kam, warf er eine Flasche nach. Diese verfehlte ihr Ziel jedoch. Die Polizei stellte bei einem Alkoholtest später 2,06 Promille fest. Auf die Frage von Amtsgerichtsdirektor Walter Henle, warum er sich als Moslem derart betrunken habe, antwortete der Angeklagte nicht.
Leer: Am gestrigen Montag, gegen 15:30 Uhr, sprach ein unbekannter Mann eine 17-jährige Leeranerin im Bereich der Blinke an, entblößte ihr gegenüber sein Geschlechtsteil und fuhr mit einem silbernen Fahrrad von der Tatörtlichkeit. Der Täter sprach nur gebrochen deutsch, wurde auf circa 35 Jahre geschätzt und hatte einen 3-Tage-Bart.
Berlin: Martyrium für die Frau von Abdul A. in einer Asylbewerber-Unterkunft: Der Mann, mit dem sie nach islamischem Recht verheiratet wurde, soll sie misshandelt und vergewaltigt haben, weil sie sich weigerte, ihrer „ Sex-Pflicht“ nachzukommen. „In der Heimat hat sie mich respektvoll angesehen. In Deutschland angekommen hat sie sich verändert.“ Sieben Monate nach ihrer Flucht aus Syrien soll Abdul A. (34) seine nach islamischem Recht angetraute Frau (26) mehrfach vergewaltigt, sie und Söhnchen Emad (3) obendrein misshandelt haben. Der Asylbewerber aus dem Nordwesten Syriens versteht im Prozess vor dem Landgericht die Welt nicht mehr: „Ich wusste nicht, dass es hier strafbar ist, seine Frau zum Sex zu zwingen.“
Freren: In der Nacht zum Sonntag gegen 01.20 Uhr wurde in der Goldstraße eine 26-jährige Frau von einem Mann verfolgt und festgehalten. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei war die Frau von der Grulandstraße in Richtung Lüsfelder Straße unterwegs. Sie wurde von einem ihr unbekannten Mann verfolgt und in Höhe der katholischen Kirche eingeholt. Der Täter versuchte die Frau festzuhalten und wollte sie in den Vorhof zur Kirche ziehen. Zu diesem Zeitpunkt wurden ein Mann und eine Frau, die auf der Goldstraße gingen, auf den Vorfall aufmerksam und machten sich bemerkbar. Der Täter flüchtete daraufhin über den Kirchplatz in Richtung Mühlenstraße. Das Opfer blieb unverletzt. Der Täter war etwa 1,70 Meter groß und hatte dunkle Haare und dunkle Augen. Er trug eine schwarze Daunenjacke, eine blaue Jeanshose und eine graue Wollmütze mit einem schwarzen Emblem. Der Mann sprach Deutsch mit Akzent und wird vom Opfer als Südländer beschrieben.

http://www.pi-news.net/2016/11/fachkraefte-traktieren-zehnjaehrige/
„Fachkräfte“ traktieren Zehnjährige
Bad Segeberg: Am Dienstagnachmittag, den 08.11.16, soll in Norderstedt eine 10-Jährige von drei Jugendlichen im Moorbekpark traktiert worden sein. Das Mädchen befuhr mit ihrem Fahrrad den Moorbekpark hinter dem Parkhotel. Gegen 15.20 Uhr wurde sie nach eigenen Angaben von drei Jugendlichen angehalten, die ihr aus Richtung Buckhörner Moor entgegen kamen. Einer der drei soll ihr Rad am Lenker festgehalten haben, während die beiden anderen ihr eine „Backpfeife“ und einen leichten Tritt gegen den Oberschenkel gegeben haben sollen. Die 10-Jährige konnte die Drei nach ihren Angaben wegschieben und mit dem Rad wegfahren. Die Jugendlichen folgten ihr nicht. Die jungen Männer wurden wie folgt beschrieben:
1. Person: männlich, 15-16 Jahre alt, etwa 1,75 m groß, muskulös, 3-Tage-Bart, mittellange, schwarze, gelockte Haare, graues, enganliegendes Sweatshirt, blaue Jeans, vermutlich arabischer Herkunft. 2. Person: männlich, 16-17 Jahre alt, etwa 1,70 m groß, dickliche Figur, rundes Gesicht, kurze, schwarze Haare, dunkelhäutig, schwarze Adidas-Sportjacke, neongrünes T-Shirt, graue Jogginghose, möglicherweise Schwarzafrikaner. 3. Person: 15-16 Jahre alt, etwa 1,75 m groß, muskulös, schwarze, wellige Haare, schwarze Jacke mit Fellkragen, weiter Schal und Mütze, möglicherweise arabischer Herkunft.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter / Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Lippe: In der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November (Allerheiligen) fand in der Lipperlandhalle an der Bunsenstraße eine „ABI-Feier“ statt, die von zahlreichen Personen, meist jungen Erwachsenen, besucht wurde. Gegen 4 Uhr stand eine kleine Gruppe auf dem Gehweg vor der Halle. Dieser Gruppe näherte sich eine zweite Gruppe junger Männer. Aus dieser Gruppe heraus sprach ein bislang Unbekannter einen 18-jährigen Lemgoer an und ging anschließend direkt auf diesen los. Der Unbekannte schlug dem 18-Jährigen ins Gesicht und trat dann auf den am Boden liegenden ein. Einem dem jungen Mann zur Hilfe eilenden Zeugen ereilte das gleiche Schicksal. Der 18-Jährige erlitt durch den Angriff eine schwerwiegende Augenverletzung. Die Gruppe des Schlägers entfernte sich dann in Richtung Innenstadt. Der Täter ist zirka 1,80 m groß, hat kurze schwarze Haare und ist südländischer Herkunft.
Mannheim: Ein 17-Jähriger wird am Mittwochnachmittag an der Haltestelle „Abendakademie“ brutal zusammengeschlagen. Der Täter kann unerkannt flüchten! Der Jugendliche wartet um kurz nach 13 Uhr auf die Straßenbahn, als der Unbekannte auf ihn zukommt und mit einem Teleskopschlagstock auf ihn einprügelt. Der Täter flüchtet anschließend in Richtung T2. Während seiner Flucht wirft er den Schlagstock weg. Wenig später findet die Polizei die Waffe in einem Mülleimer. Zeugen beschreiben den Täter wir folgt: Er ist sehr groß und schlank, hat eine „ südländische Erscheinung“ und war mit einer Jeans, einer grünen Jacke und einer schwarzen Wollmütze bekleidet.
Konstanz: Mit einer Platzwunde am Kopf musste am Freitag, gegen 04.15 Uhr, ein Mann ärztlich versorgt werden, nachdem er in der Leipziger Straße von zwei Unbekannten angegriffen und geschlagen wurde. Die beiden 20 bis 30 Jahre alten Unbekannten sprachen den Mann auf eine Zigarette an. Nachdem er ihnen erklärte, Nichtraucher zu sein, zog einer der Beiden einen Gegenstand, bei dem es sich um einen Schlagstock gehandelt haben könnte, und schlug dem Geschädigten damit gegen den Kopf. Anschließend flüchteten die als “ arabisch aussehende„, schwarz gekleidete Männer, die mit Akzent sprachen, entlang der Bahnlinie und konnten bei einer sofortigen Fahndung nicht mehr angetroffen werden.
Winnenden: Zur näheren Klärung des nachfolgenden Sachverhalts bittet die Polizei Winnenden um Hinweise. Am Donnerstagnachmittag befuhr eine 23-Jährige Radfahrerin den Verbindungsweg zwischen Höfen und Birkmannsweiler als ihr ein dunkelhäutiger Mann in den Weg trat und sie zum

Anhalten brachte. Einer zunächst verbalen folgte eine leichte körperliche Auseinandersetzung bei der die Radfahrerin aber unverletzt blieb. Die Hintergründe des Vorfalls sind noch völlig unklar, weshalb die Polizei um Hinweise bittet um den Sachverhalt zu klären. Der dunkelhäutige Mann wird auf zwischen 20 und 30 Jahre geschätzt, ist circa 175 cm groß ist und trug dunkle Kleidung.
Hattersheim: Bereits am Montag sind ein Mann und eine Frau in Hattersheim-Okriftel von einem unbekannten Täter geschlagen worden. Der 44-jährige Mann aus Hattersheim und die 39-jährige Frau aus dem Wetterauskreis waren eigenen Angaben zufolge gegen 20:10 Uhr zu Fuß in der Taunusstraße unterwegs, als sie von einem Mann angegriffen wurden. Die Hintergründe sind derzeit noch völlig unklar. Durch Faustschläge erlitten die beiden Geschädigten Verletzungen. Während der 44-Jährige von Rettungssanitätern vor Ort behandelt wurde, musste die 39-Jährige in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Täter soll männlich und dunkelhäutig gewesen sein.
Landshut: „Landshut kann aufatmen, vor allem die vielen jungen Leute zwischen 16 und 18 Jahren, die unter ihnen leiden mussten", stellte Jugendrichter Stefan Kolb in der Urteilsbegründung gegen den 18-Jährigen und den 17-Jährigen fest. Der 18-Jährige mit libanesischen Wurzeln wurde wegen einer Vielzahl brutalster gewalttätiger Übergriffe zu einer Jugendstrafe von sechseinhalb Jahren verurteilt. Sein Kumpan, der Mittäter, kam mit viereinhalb Jahren davon. … Am 23. April fiel er unter der Löschenbrandstraße-Brücke völlig grundlos über einen Fußgänger her, schlug ihm mit der Faust ins Gesicht. Als dem Opfer ein anderer Passant zu Hilfe kommen wollte, trat der mit auf der Anklagebank sitzende 17-Jährige auf den Plan und schlug den couragierten Helfer zu Boden. Er und der 18-Jährige traten dann noch mit den Füßen auf ihn ein, fügten ihm eine Nasenbeinfraktur, Rippenfrakturen und eine Gehirnerschütterung zu. Zu einem weiteren schier unglaublichen Gewaltexzess kam es dann am 10. Mai gegen 21 Uhr in der Flutmulde. Dort versetzte Wassim H. einem stark alkoholisierten Mann Faustschläge ins Gesicht, streckte ihn zu Boden. Dann bearbeiteten er und ein inzwischen bereits verurteilter 18-Jähriger aus seinem Freundeskreis den Betrunkenen weiter mit Fäusten und Füßen, prügelten ihn fast zu Tode. Nur dem couragierten Eingreifen eines Joggerpaares war es zu verdanken, dass er mit einem akute Schädelhirntrauma, einer Gehirnerschütterung, einer Thoraxprellung und einer epileptischen Anfallserie überlebte.
„Dies und Das" aus der bunten Republik
Asylbetrüger kassieren weiterhin Sozialleistungen
Potsdam: In Brandenburg halten sich derzeit mehr als 7.000 abgelehnte Asylbewerber vor. Laut einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des innenpolitischen Sprechers der AfD-Fraktion, Thomas Jung, lebten bis Ende September 7.143 Ausländer in Brandenburg, deren Asylantrag negativ beschieden worden ist. 1.163 Ausländer hätten wegen fehlender Ausweispapiere oder Reisedokumente eine Duldung erhalten. Wie lange die abgelehnten Asylbewerber sich bereits in Brandenburg aufhalten, konnte die rot-rot-geführte Landesregierung nicht sagen. Auch hat sie keine Erkenntnis darüber, wie viele von ihnen Sozialleistungen wie Hartz IV beziehen. Jung warf der Landesregierung daher vor, abgelehnten Asylbewerbern blind Geld hinterher zu werfen, ohne zu wissen, wer diese überhaupt seien. Dies sei nachlässig, kritisierte er. (Artikel übernommen von der JUNGEN FREIHEIT).
„Schutzsuchende" suchen „Schutz" in Italien und Deutschland (xter „Einzelfall)
Memmingen: Am 3.11.16 um 23:00 Uhr kontrollierte die Schleierfahndung Pfronten am Bahnhof in Memmingen einen Fernreisebus, der von Italien nach Frankfurt unterwegs war. Im Bus saßen unter anderem zwei Pakistani, ein Inder und ein Sudanese, die in Italien wohnen. Nachträglich stellte sich heraus, daß sie sie in Deutschland als Asylbewerber erfaßt sind. Die Beamten ermitteln wegen Sozialleistungsbetrugs. Ein 48-jähriger Sudanese war mit einer abgelaufenen Aufenthaltserlaubnis eingereist. Gegen ihn erstatten die Beamten Anzeige nach dem Aufenthaltsgesetz.
„Schutzsuchender" bettelt Kinder an
Könnern: Zu einem Übergriff durch einen bettelnden Asylbewerber kam es am Donnerstagabend vor einer Turnhalle an der Ernst-Thälmann-Straße, wie die Polizei des Salzlandkreises mittelte. Nach bisherigen Erkenntnissen wurde ein zwölfjähriges Kind von dem Mann englisch angesprochen und nach 50 Euro gefragt. Dabei fasste er das Kind am Arm, um es festzuhalten. Als weitere Kinder hinzukamen, ließ der Täter das Kind los. Daraufhin begaben sich die Kinder in die Sporthalle und informierten die Kursleiterin. Als diese den immer noch wartenden Mann zur Rede zu stellen wollte,

wurde sie beleidigt. Anschließend stieg der Mann auf ein Fahrrad und verschwand. Die informierten Beamten konnten den Tatverdächtigen am Bahnhof stellen und dessen Identität zweifelsfrei klären. Es handelte sich um einen afrikanischen Asylbewerber im Alter von 29 Jahren. Weitere Ermittlungen wurden eingeleitet.

Drogenverkaufsfachkräfte verhaftet

Graz: Grazer Ermittlern ist ein Schlag gegen die Drogenkriminalität gelungen. Insgesamt 30 Verdächtige in Graz und Wien wurden festgenommen. Die Polizei stellte große Mengen an Haschisch, Marihuana, Kokain und Ecstasy sowie 92.000 Euro an Drogengeld sicher. Der Straßenverkaufswert der Drogen beträgt rund 300.000 Euro, berichtete die Grazer Polizei bei einer Pressekonferenz am Freitag. Von den 30 Festgenommenen im Alter von 20 bis 40 Jahren sind 22 Asylwerber, vier anerkannte Flüchtlinge, drei illegal in Österreich Aufhältige, und ein Tatverdächtiger wies sich mit italienischen Dokumenten aus. 23 Männer stammen aus Algerien, vier aus Afghanistan, zwei aus Marokko und einer aus Tschetschenien. Laut Polizeisprecher Fritz Grundnig war der mutmaßliche Drahtzieher ein 40-jähriger Algerier. Die Männer sollen das Suchtgift zumindest teilweise aus Tschechien nach Österreich gebracht haben.

http://www.pi-news.net/2016/11/asylanten-mischen-faschingsveranstaltung-auf/#more-542118

Asylanten mischen Faschingsveranstaltung auf

Rabenau-Londorf bei Gießen: Zu einer Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen kam es am frühen Sonntagmorgen (13.11.2016) im Rahmen einer Faschingsveranstaltung, die in einem Bürgerhaus in Londorf stattfand. Gegen 01.00 Uhr hatte ein Zeuge angerufen und der Polizei mitgeteilt, dass ein Streit mit mehreren Asylanten dort eskaliertsei. Nach den bisherigen Ermittlungen hatte eine Gruppe von mehreren Asylbewerbern die Faschingsveranstaltung zunächst besucht. Offenbar hatten einige dieser Besucher Frauen auf der Tanzfläche unsittlich berührt. Nachdem diese Personen ein Hausverbot erteilt bekamen, wollten sich wenig später zwei Personen mit Gewalt wieder Zugang zur Faschingsveranstaltung verschaffen. Die offenbar mit Latten und Gürteln bewaffneten beiden Personen verletzten dabei einen 27 und einen 28 – Jährigen und entwendeten eine Brille und ein Handy. Offenbar beschädigten sie auch einen in der Nähe geparkten PKW. Im Zuge der Recherchen konnten die beiden Verdächtigen, die nach der Auseinandersetzung geflüchtet waren, ermittelt werden. Demnach handelt es sich dabei um einen 26 – jähriger Algerier und einen 28 – jährigen Somalier. Das Diebesgut konnte bei den beiden Personen nicht aufgefunden werden. Die Polizei in Grünberg hat mehrere Strafverfahren eingeleitet und sucht Zeugen, die weitere Angaben zur Sache machen können.

Weitere Einzelfälle:

Hannover: Mit einem Phantombild sucht die Polizei nun einen von drei mutmaßlichen Tätern, die am 01.09.2016, gegen 07:00 Uhr, an der Grand-Couronne-Allee einen Jungen ausgeraubt haben. Nach bisherigen Ermittlungen hatten die drei Jugendlichen den 14-Jährigen auf dem Weg zur Schule angesprochen und Geld von ihm gefordert. **Nachdem einer von ihnen ein Messer gezückt hatte, gab der Junge seine Geldbörse heraus.**Anschließend flüchtete das Trio mit der Beute in unbekannte Richtung. Nach Beschreibungen des Opfers wurde zwischenzeitlich ein Phantombild erstellt, mit dem die Ermittler nun nach einem der Täter fahnden. Der Gesuchte ist zirka 16 bis 17 Jahre alt, etwa 1,75 bis 1,80 Meter groß, kräftig gebaut und hat ein südländisches Erscheinungsbild. Er hatte zum Tatzeitpunkt braunes, kurzes, lockiges Haar und einen schwarzen, kurzen Kinnbart. Bekleidet war er mit einem schwarzen Kapuzenpullover, einer zerrissenen, hellbauen Jeans sowie weißen, knöchelhohen Turnschuhen.

Bad Segeberg: Nachdem es im Oktober zu einer versuchten räuberischen Erpressung zum Nachteil einer Parfümerie gekommen war, fahndet die Polizei weiterhin nach dem bislang unbekannten Täter. Am Nachmittag des 11. Oktober 2016 bedrohte eine bisher unbekannte männliche Person eine Angestellte eines Geschäftes in der Innenstadt und forderte unter Vorhalt einer Schusswaffe die Herausgabe von Bargeld. Gegen 13.20 Uhr betrat eine bisher unbekannte männliche Person die Räumlichkeiten des Geschäfts in der Dorotheenstraße, zeigte zunächst Kaufinteresse, bedrohte anschließend jedoch unmittelbar eine Angestellte der Parfümerie und **forderte unter Vorhalt einer Schusswaffe die Herausgabe von Bargeld**. Nachdem der Täter an dem Versuch, die Kasse eigenständig zu öffnen scheiterte, ließ der Mann von seinem Vorhaben ab und flüchtete ohne Beute in Richtung des Harksheider Wegs. Er hinterließ ein silberfarbenes Fahrrad am Tatort. Die Polizei leitete umgehend eine intensive Fahndung mit mehreren Streifenwagen ein, welche jedoch ohne Erfolg verlief. Gesucht wird ein etwa 1,7 Meter bis 1,8 Meter großer schlanker Mann im geschätzten Alter von 20 Jahren mit einer kleinen Narbe im Gesicht. Darüber hinaus soll der als dunkelhäutig beschriebene Mann über helles Haar mit einem Rot-Stich verfügen.
Steinheim: Nachdem am Montag, 31.10.2016, gegen 01.30 Uhr, in Steinheim eine **Sexualstraftat zum Nachteil einer Frau** angezeigt wurde, konnte die Kriminalpolizei in Höxter nun einen Tatverdächtigen ermitteln. Der 20-jährige Zuwanderer aus Afghanistan, konnte am Freitag, 04.10.2016, gegen 10.30 Uhr, festgenommen werden. Weitere Ermittlungen dauern derzeit noch an.
Duisburg: Ein möglicherweise unter Drogeneinfluss stehender 19-Jähriger hat in einer Straßenbahn Frauen belästigt. Bei seiner Festnahme bespuckte er die Polizei. Die Polizei hat einen Mann (19) festgenommen, der am Donnerstagabend (10.11.2016) **in einer Straßenbahn Frauen angefasst und Helfer geschlagen** hat. Bei seiner Festnahme leistete er Widerstand und bespuckte die Beamten. Der 19-Jährige hatte in der Bahn drei Frauen (35, 31 und 25 Jahre) unvermittelt angefasst und **zu küssen versucht**. Die Frauen wehrten sich, zwei Fahrgäste (29 und 56 Jahre) eilten sofort zu Hilfe. Der Täter **schlug und trat nach den Helfern**, so dass der 29-Jährige leicht verletzt wurde. Zwei weitere Männer, darunter auch der Sicherheitsdienst, kamen hinzu und beförderten den Angreifer am Bahnhof Wintgensstraße in Duissern nach draußen. Auf dem Bahnsteig wurde der Mann, der laut und wiederholt „Allahu Akbar“ schrie, bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Bei seiner Festnahme durch die Beamten **leistete er Widerstand und spuckte nach den Einsatzkräften**. Auch im Gewahrsam ließ er sich nicht beruhigen. Da der Verdacht bestand, dass der 19-Jährige unter dem Einfluss von Drogen stand, wurde ihm eine Blutprobe entnommen. Nach seiner Vernehmung wurde er dem Haftrichter vorgeführt.
Essen: Der 15 Jahre alte Asylbewerber, dem die Anklage einen **Mordversuch** angelastet hatte, handelte laut Urteil der V. Jugendstrafkammer aus Notwehr. Das Gericht verwarnte ihn am Donnerstag (10.11.2016) lediglich wegen einer Ohrfeige, die er seinem Kontrahenten im Flüchtlingsheim an der Barkhovenallee in Heidhausen versetzt hatte. Nach vier Monaten U-Haft verließ er den Gerichtssaal wieder in die Freiheit. Ein Jahr lang, so die gerichtliche Auflage, wird ein Sozialpädagoge der Jugendgerichtshilfe den 15-Jährigen betreuen. **Der Jugendliche, der mit Mutter und zwei Schwestern im Asylheim lebte, hatte seine Schwester vor einem anderen Asylbewerber schützen wollen**, hieß es in der Anklage. 23 Jahre alt ist dieser Mann, wohnt mit Frau und zwei Töchtern ebenfalls in der Unterkunft an der Barkhovenallee. Er soll angeblich einer der Schwestern des Angeklagten seine Liebe gestanden haben. Deshalb sei der 15-Jährige am 23. Juni zu dessen Zimmer gegangen, so die Anklage. Dort kam es zum Streit. Dass der Jugendliche unvermittelt ein Messer zückte und dem 23-Jährigen in den Hals stach, bestätigte die Beweisaufnahme in nichtöffentlicher Sitzung allerdings nicht. Das Gericht ging davon aus, dass der damals 14 Jahre alte Angeklagte den 23-Jährigen zunächst ins Gesicht schlug. Das habe dieser nicht hingenommen und den Jüngeren längere Zeit gewürgt. Darauf habe dieser in Todesangst ein Messer gezogen und zugestochen. Das Gericht folgte dabei Verteidiger Andreas Renschler, der schon früh von einer Notwehrlage gesprochen hatte, die nicht zu bestrafen sei. **Staatsanwältin Birgit Jürgens war im Prozess ebenfalls vom Vorwurf des versuchten Mordes abgerückt. Sie stufte den Stich in den Hals aber als gefährliche Körperverletzung ein** und forderte zwei Jahre Jugendstrafe.
Tuttlingen: Zu dem schweren Raub in einem Dessous-Geschäft am Donnerstag (10.11.2016), gegen 16 Uhr, an der Ecke Bahnhofstraße und Schulstraße in der Tuttlinger Innenstadt, bei welchem

die **Inhaberin des Ladens von einem unbekannten Täter lebensgefährlich verletzt** worden ist (wir berichteten bereits), bittet die Kriminalpolizei nach wir vor dringend um Hinweise. Mittlerweile geht es der durch den unbekannten Täter lebensgefährlich verletzten Ladeninhaberin nach einer erfolgten **Notoperation** etwas besser. Nach wie vor befindet sich die 39-Jährige auf einer **Intensivstation**. Wie inzwischen feststeht, hat der Täter **mit einem bislang unbekannten Schlagwerkzeug auf den Kopf der Frau eingeschlagen. Zudem muss der Täter beim Angriff gegen die Frau einen unbekannten und scharfen Gegenstand benutzt haben, mit dem er der Ladeninhaberin Schnittverletzungen im Bereich des Oberkörpers zugefügt hat.** (…) Demnach soll es sich bei dem unbekannten Täter um einen etwa 40-jährigen Mann gehandelt haben. Dieser habe gebrochen deutsch gesprochen, dürfte demzufolge Ausländer sein. Der Mann habe zur Tatzeit, gegen 16 Uhr, auf dem Kopf eine weiß-braun oder weiß-schwarz gestreifte oder gemusterte Mütze getragen.
Butzbach: Ein 36-Jähriger Mann aus der Tschechischen Republik sitzt aufgrund des Vorwurfs einer versuchten Vergewaltigung am Freitag (11.11.2016) in Griedel in Untersuchungshaft. Gegen 08.50 Uhr **stieß ein zunächst unbekannter Mann eine junge Frau in der Wingertstraße um, die mit ihrem Kind auf dem Weg in den Kindergarten war. Der Mann beugte sich über sie und sagte ihr, dass er sie vergewaltigen werde.** Durch einen gezielten Tritt konnte die Butzbacherin den Mann in die Flucht schlagen und kam unverletzt mit dem Schrecken davon. Noch am Vormittag gelang aufgrund der intensiven Fahndungsmaßnahmen und der Unterstützung aus der Bevölkerung die Festnahme eines mutmaßlichen Tatverdächtigen. Es handelt sich um einen 36-Jährigen, der einen psychisch kranken Eindruck vermittelt. Nach seiner Vorführung am Freitagnachmittag beim zuständigen Amtsgericht kam der Mann in Untersuchungshaft. Noch ist unklar wo er sich zuvor aufhielt und was ihn nach Griedel führte.
Fulda: Mit Kopfstößen und Tritten ging letzten Freitag (11.11.2016) ein 20-Jähriger Schwarzfahrer auf zwei Bundespolizisten im Bahnhof Fulda los. Die Beamten blieben unverletzt. Der Randalierer, ein 20-Jähriger Asylbewerber aus Eritrea, fuhr im ICE von Frankfurt/Main nach Fulda ohne Fahrschein und Ausweispapiere. Der Aufforderung der Zugbegleiterin, den Zug beim Halt in Fulda zu verlassen, kam der Mann nicht nach. Selbst beim Eintreffen der Bundespolizei sperrte sich der 20-Jährige und **ging plötzlich auf die Beamten mit Tritten und Kopfstößen los**. Mittels einfacher körperlicher Gewalt konnten die Bundespolizisten vom Revier Fulda die Attacke stoppen. Mit Handschellen gefesselt musste der Mann die Ordnungshüter zur Wache begleiten. Die Bundespolizeiinspektion Kassel hat gegen den 20-Jährigen ein Strafverfahren wegen Erschleichens von Leistungen und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet. Nach den polizeilichen Maßnahmen kam der Asylbewerber wieder frei.
Kamp-Lintfort: Am Samstag (12.11.2016) gegen 21.30 Uhr hielt sich eine 16-jährige Kamp-Lintforterin an der Kaiserstraße auf, als sich ihr ein unbekannter Mann näherte und **sich in schamverletzender Weise zeigte**. Der 16-Jährigen gelang es schließlich, wegzulaufen und Hilfe zu holen, woraufhin der Unbekannte die Flucht ergriff. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: 40 bis 50 Jahre alt, ca. 175 cm groß, dunkelhäutig, trug eine dicke Winterjacke ohne Kapuze sowie eine graue Cappy mit weißen Streifen an der Seite.
Rosenheim: Die Bundespolizei hat am Samstag (12. November) in Rosenheim 20 irakische Staatsangehörige angetroffen. Keiner von ihnen konnte sich ausweisen. Die Migranten wurden offenbar von ihren Schleusern ausgesetzt. Außerdem nahmen Bundespolizisten auf der Inntalautobahn einen **Italiener wegen Schleusungsverdachts** fest. Der Mann war mit vier Syrern unterwegs. Am Wochenende registrierten die Beamten im südlichen Abschnitt des deutsch-österreichischen Grenzgebiets **insgesamt etwa 100 unerlaubt eingereiste Personen**.
Lindau: Die Bundespolizei hat am Samstag (12. November) in Lindau neun Migranten in einem Fernreisebus festgestellt. In den frühen Morgenstunden kontrollierten die Bundespolizisten die Fahrgäste eines Reisebusses, der regelmäßig zwischen Turin und München verkehrt. Sieben Syrer, ein Nigerianer und eine Jugendliche aus Eritrea konnten sich nicht ausweisen. Sie mussten den Beamten ins Lindauer Bundespolizeirevier folgen. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen, wurden sie an eine Aufnahmestelle für Flüchtlinge beziehungsweise das zuständige Ausländeramt weitergeleitet. Die 16-jährige Eritreerin konnte der Obhut des Jugendamtes anvertraut werden. Über das

Wochenende verteilt registrierte die Bundespolizei in Lindau insgesamt rund **30 Migranten, die ohne die erforderlichen Papiere eingereist waren**.
Freiburg: Am Sonntagmorgen (13.11.2016) gegen 02.10 Uhr wurde der Polizei gemeldet, dass in der Unterkunft für Asylbewerber ein Bewohner nach einem Streit randalieren würde. Die Polizei, die mit zwei Streifen vor Ort war, musste gegen den aggressiven 27 Jahre alten SyrerPfefferspray einsetzen und ihn in Gewahrsam nehmen, um weitere Straftaten zu verhindern. **Durch den Randalierer wurden Möbel, Türen und Lampen beschädigt. Durch das Einschlagen der Scheiben an den Türen erlitt der Mann eine Verletzung** an der Hand. Nach seiner Untersuchung im Krankenhaus musste der Mann die Nacht in einer Zelle des Polizeireviers verbringen.
Düren: Am Wochenende hatten ein 46-Jähriger und sein 27-jähriger Sohn in Düren **mehrere Polizisten attackiert und schwer verletzt**. Auslöser war Ärger um ein Knöllchen wegen Falschparkens. Die Familie hat nach Polizeiangaben einen türkischen Migrationshintergrund. Der 46-Jährige und sein Sohn wurden am Samstag festgenommen. Ein weiterer Sohn, der **einem Polizisten schwerste Gesichtsverletzungen zugefügt** haben soll, ist auf der Flucht. Die Aachener Staatsanwaltschaft beantragte Haftbefehle, diese wurden **vom Haftrichter jedoch nicht erlassen**. GdP-Landeschef Plickert kritisierte gegenüber „Focus Online“ die Entscheidung des Haftrichters als für den Bürger nicht nachvollziehbar. „Und was sollen diese Täter von einem Staat denken, der sie so behandelt“, sagte er. Seinen Angaben nach gab es allein im Jahr 2015 **14.000 verbale oder körperliche Übergriffe auf Polizisten in Nordrhein-Westfalen**. Als eine Ursache für den Gewaltexess in Düren sieht Plickert andere Hierarchien in südeuropäischen Gesellschaften. So sei der Vater das Oberhaupt der Familie. Werde er durch einen Vertreter des Staates angegriffen, sei das „für diese Personen das Schlimmste“. Gleichzeitig warnte der GdP-Landeschef: „In Vierteln mit **hohem Migrationsanteil** und mit hoher Arbeitslosigkeit haben sich Parallelstrukturen entwickelt.“ Deshalb müsse man in „Bildung und Integration investieren“. Als Beispiele nannte er unter anderem **Clans** in Essen, Duisburg und Gelsenkirchen. Auch die Stadt Düren wird nicht das erste Mal mit einer Eskalation von Gewalt in Verbindung gebracht: Bei einem Bezirksligaspiel in Güsten waren vor zwei Wochen rund 30 Männer auf den Platz gestürmt. Der Gastgeber SV Grün-Weiß-Welldorf-Güsten spielte gegen die Sportfreunde Düren. Die Männer waren **mit Baseballschlägern und Eisenstangen bewaffnet und verletzten mehrere Menschen**. Es soll sich um eine **Clan-Fehde**gehandelt haben. Wie die „Rheinische Post“ berichtet, war einer der Tatverdächtigen im Knöllchen-Streit auch am Platzsturm in Güsten beteiligt. Das bestätigte demnach Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger. Am Montag hatte in dem Bundesland eine breit angelegte **„Woche des Respekts“** begonnen. Damit will die Landesregierung für den respektvollen Umgang miteinander werben. Dabei soll auch auf Gewalt gegen Polizisten, Feuerwehrleute oder Sanitäter aufmerksam gemacht werden.
Gießen: Zu einer **tätlichen Auseinandersetzung** wurden mehrere Streifenwagen am Montag (14.11.2016), gegen 13.20 Uhr, in die Flüchtlingsunterkunft in der Rödgener Straße gerufen. Offenbar kam es zwischen zwei Gruppen mehrmals zu Streitigkeiten, die jeweils in Körperverletzungen endeten. Beteiligt an den Angriffen sollen Gruppen eritreischer und algerischer Staatsangehöriger gewesen sein. Fünf algerische tatverdächtige Männer im Alter von 18, 22, 25 und 30 Jahren konnten ermittelt werden. Der andere Teil der beteiligten Personen konnten flüchten. Die Polizei hat mehrere Verfahren eingeleitet.
Weinheim: Am Montag (14.11.2016) kam es aus bislang unbekannter Ursache gegen 14 Uhr in der Mierendorffstraße zu Streitigkeiten. Nach bisherigem Kenntnisstand waren ein 16-Jähriger und ein bislang unbekannter Besucher beteiligt. **Im Verlauf der Auseinandersetzung griff der unbekannte Täter zu einem Messer und stach dem jungen Mann damit in den Oberkörper**, bevor er aus der Wohnung flüchtete. Der Verletzte wurde vor Ort von einer Rettungswagenbesatzung versorgt und in ein Krankenhaus gebracht. Über die Schwere der Verletzungen ist bislang noch nichts bekannt. Die Beamten des Kriminalkommissariats Mannheim haben die Ermittlungen aufgenommen. Der geflüchtete Täter wird wie folgt beschrieben: Circa 18 bis 20 Jahre alt, etwa 1,85 m groß, kurze, schwarze Haare, südländisches Aussehen, dunkel gekleidet.
Lingen: Zwei bislang unbekannte Täter haben am Montagabend (14.11.2016) versucht, einer Radfahrerin ihre Handtasche zu entreißen. Die 51-Jährige war gegen 18.50 Uhr mit ihrem Fahrrad auf der Mohrmannstraße unterwegs. Etwa in Höhe der Einmündung zur Roland- beziehungsweise

Mathilde-Vaerting-Straße, kamen ihr zwei Männer entgegen. Unvermittelt griff einer der Beiden nach ihrer Handtasche und versuchte sie zu stehlen. Die Frau ließ die Tasche nicht los und wehrte sich vehement gegen den Diebstahl. **Einer der Täter zerrte an der Tasche, während der Zweite hinter der Frau stand und so stark an ihrer Hose zog, dass diese riss.** Als sie die Tasche kurz wieder komplett unter Kontrolle hatte, schlug sie damit nach einem der Männer. Sie traf ihn damit im Gesicht und beide Männer ergriffen die Flucht. Beute konnten sie keine Machen. Das Opfer beschrieb die Täter als jeweils dunkelhäutig. Beide waren zwischen 1,60 und 1,65 Meter groß und mit jeweils schwarzen Jogginganzügen bekleidet. Einer der Männer zog sein linkes Bein nach. Sie unterhielten sich in einer dem Opfer unbekannten Sprache.

Sylt/List: Nach einem Raubüberfall heute Vormittag (15.11.2016) , gegen 08.30 Uhr, in List sucht die Kriminalpolizei Sylt nach Zeugen. Ein 37-Jähriger gab gegenüber den Ermittlern an, dass er in seinen Pkw am Rande der Alten Listlandstraße (ca. 200 Meter von der Einmündung zur L 24) steigen wollte und dort von einer bisher unbekannten Person angesprochen wurde. Diese habe Geld von ihm gefordert. Nachdem der 37-Jährige Distanz schaffen wollte, **schlug ihn der Täter, so dass er nach eigenen Angaben kurzzeitig sein Bewusstsein verlor**. Schließlich fehlten dem Mann Bargeld und seine EC-Karte. Der unbekannte Mann wurde folgendermaßen beschrieben: Er war ca. Anfang 30 und ca. 180cm groß. Der Täter besaß eine schmächtige Statur, braune Augen und war dunkelhäutig. Er sprach Englisch mit Akzent und trug eine braune Lederjacke.

Garmisch-Partenkirchen: Fünf Stunden lang haben rund hundert Einsatzkräfte von Kriminal- und Bereitschaftspolizei, von der Schleierfahndung und der Ausländerbehörde den Abram-Komplex in Garmisch-Partenkirchen durchsucht. In der Flüchtlingsunterkunft, in der bis zu 250 Menschen untergebracht werden können, war es in der Vergangenheit verstärkt zu Auseinandersetzungen gekommen. Am Ende des Einsatzes wurden 19 Flüchtlinge vorläufig festgenommen. Sie sind mittlerweile wieder auf freiem Fuß, doch die Ermittlungen laufen weiter. Bei den Flüchtlingen wurden laut Polizei Identitätspapiere gefunden, die sie nicht besitzen dürften. Ermittelt wird nun wegen des Verdachts der **Urkundenfälschung, des Betrugs und Sozialleistungsbetrugs und möglichen Verstößen nach dem Asylverfahrensgesetz**. Zudem sei mögliches **Diebesgut** bei der „Zimmerbegehung“ (Polizei) sichergestellt worden. Der Abram-Komplex sorgt im Ort seit Längerem für Unruhe, vor vier Wochen machte ein **Brandbrief der Bürgermeisterin** Sigrid Meierhofer (SPD), der öffentlich wurde, sogar international Schlagzeilen. Meierhofer hatte in dem Brief an die Regierung von Oberbayern vor der Zuspitzung der Situation in der Unterkunft gewarnt. **„Das Ausmaß der aufgetretenen Gewalt sprengt das Maß des bisher Erlebten und Vorstellbaren.“** Dies sei nicht zu ignorieren. Und: Sie als Bürgermeisterin sehe sich gezwungen zu handeln, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten zu können. Bis vor Kurzem haben vor allem Flüchtlingsfamilien in der ehemaligen US-Kaserne gewohnt, jetzt sind die meisten der 250 Asylbewerber allein reisende Männer aus Afrika. Thomas Holzer, der Vizechef der örtlichen Polizeiinspektion, sagt, dass es allein in den letzten sechs Wochen so viele Einsätze auf dem Gelände gab wie in den zwölf Monaten zuvor. **Raufereien, Schlägereien und Sachbeschädigungen.** Ein Sprecher der Polizei erklärte zu dem heutigen Einsatz gegenüber dem Bayerischen Rundfunk, dass die Behörden gezeigt hätten, dass sie nicht alles mit sich machen ließen. Man sei durchaus in der Lage, auch in einer so großen Gemeinschaftsunterkunft für Ordnung zu sorgen, so der Sprecher.

Neuste Masche, Methode Merkel:

Bremervörde: Ein Dokumentenprüfer der Polizei hat am Dienstag einen **syrischen Führerschein als Fäschung entlarvt**. Zu der Überprüfung kam es, nachdem ein 38-jähriger Syrer seinen Führerschein zur Umschreibung bei der Führerscheinstelle in Bremervörde vorgelegt hatte. Der Mann versicherte, dass er die Fahrerlaubnis in seinem Heimatland rechtmäßig erworben habe. Die Mitarbeiter zweifelten jedoch die Echtheit des Dokuments an und zogen den Experten der Autobahnpolizei Sittensen zu Rate. Der Polizist erkannte eindeutige Fälschgungsmerkmale und und stellte das falsche Dokument sicher.

Bremervörde: Erneut ist bei der Führerscheinstelle im Kreishaus an der Amtsallee ein falscher Führerschein aufgetaucht. Mit einer sogenannten Totalfälschung kam ein 55-jähriger Syrer in der vergangenen Woche in die Behörde und füllte den erforderlichen Antrag zur Umschreibung auf ein deutsches Dokument aus. Wegen erster Zweifel an der Echtheit der syrischen Lizens wurde ein

Dokumentenprüfer der Polizei hinzugezogen. Dem geschulten Auge des Experten war schnell klar, dass er einen **gefälschten Führerschein** vor sich hatte. Die Polizei ermittelt jetzt wegen Urkundenfälschung. Mit der falschen Fahrerlaubnis darf der Antragsteller nicht mehr fahren.
Bremervörde: Zum dritten Mal in kurzer Zeit kam der Dokumentenprüfer der Rotenburger Polizei wegen eines gefälschten Führerscheins zum Einsatz. Ihm wurde ein **syrischer Führerschein** vorgelegt, der sich unter seinen Augen schnell als **Totalfälschung** entpuppte. Ein 29-jähriger Syrer hatte das Dokument am Montag in der Führerscheinstelle des Kreishauses zu einem deutschen Führerschein umschreiben lassen wollen. Er muss sich wegen Urkundenfälschung verantworten.
Frankfurt/Main: Am 13. November entdeckten Urkundenspezialisten der Bundespolizei am Frankfurter Flughafen bei nur einem Reisenden gleich drei falsche Dokumente. Der 37-jährige Syrer fiel in der Passkontrolle auf, als er von Pristina/Kosovo über Frankfurt nach Stockholm/Schweden weiterreisen wollte. Der kontrollierende Bundespolizist stellte am vorgelegten syrischen Reisepass Veränderungen am Lichtbild fest. Weiterführende Ermittlungen ergaben, dass eine ebenfalls mitgeführte bulgarische Aufenthaltserlaubnis erschlichen wurde. Darüber hinaus war der Syrer im Besitz eines **totalgefälschten syrischen Führerscheins**. Die Bundespolizei leitete ein Ermittlungsverfahren u.a. wegen Urkundenfälschung ein. Nach Zahlung einer Sicherheitsleistung in Höhe von 500 Euro wurde der Syrer anschließend nach Sofia/Bulgarien zurückgewiesen, da er dort registriert und gemeldet ist. Aus der Reise nach Schweden wurde somit nichts.

http://www.pi-news.net/2016/11/recklinghausen-brutale-strassenraeuber-gesucht/#more-542335

Recklinghausen: Brutale Straßenräuber gesucht

Recklinghausen: Zwei bislang unbekannte Männer sprachen am 17. September 2016, gegen 2.10 Uhr, auf der Bahnhofstraße zwei 16- und 17-Jährige Castrop-Rauxeler an. Im weiteren Verlauf des Gesprächs schlugen beide Männer auf die Jugendlichen ein. Einer der Beiden forderte zunächst von 17-Jährigen und dann der Andere auch vom 16-Jährigen die Wertgegenstände. Aus Angst übergaben Beide ihre Geldbörsen und der 17-Jährige sein Handy.
Auf einer Videoaufzeichnung eines Linienbusses konnten die beiden Täter durch die Geschädigten wiedererkannt werden. Wer kann Angaben zu den auf den Fotos abgebildeten Personen machen?

Weitere Einzelfälle:
Düsseldorf: Im Prozess gegen einen selbst ernannten „Heiligen" wird am Donnerstag das Urteil des Landgerichts Düsseldorf erwartet. Der 30-Jährige Mohamed A. und sein Helfer sollen in Köln Frauen, die ihnen hörig waren, **sexuell ausgebeutet** haben. Er habe sich von ihnen als „Heiliger" oder „Gesandter" ansprechen lassen. Bis zu 18 Stunden täglich sollen die Frauen in diversen Bordellen angeschafft haben, um ihrem religiösen Heilsstifter die geforderten 1000 Euro pro Tag zu erwirtschaften. Die Staatsanwaltschaft hat 13 Jahre Haft für den selbst ernannten Guru und neun Jahre für seinen Helfer gefordert. Die beiden Männer sind angeklagt unter anderem wegen des Verdachts des schweren Menschenhandels, der Geiselnahme und der Vergewaltigung. Der Prozess hatte am 21. Juni begonnen.
Recklinghausen: Er soll eine Frau aus Recklinghausen **sexuell bedrängt und brutal misshandelt** haben. Deshalb hat das Essener Landgericht einen 32-jähriger Asylbewerber jetzt zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Der Mann selbst schwieg im Prozess bis zuletzt. Die Staatsanwaltschaft hatte den 32-jährigen Syrer eigentlich wegen Vergewaltigung angeklagt. Davon war am Ende jedoch keine Rede mehr. Fest steht dagegen: Der Angeklagte hatte die verheiratete – und ziemlich betrunkene – Frau mitten in der Nacht in einer Bar kennen gelernt. Die beiden fuhren mit einem Taxi zu seiner Marler Wohnung, dann ging es auch schon drunter und drüber. „Du bleibst", soll der Angeklagte der Frau befohlen haben. Im Prozess war sogar von einem Würge-Angriff die

Rede. Am Ende war es der Frau jedoch gelungen, einen Notruf abzusetzen. Kurz darauf war dann auch schon die Polizei aufgetaucht.
Könnern: Bei dem Mann, der in Könnern **in zwei Fällen Mädchen belästigt** haben soll, handelt es sich um ein und den selben Tatverdächtigen. Das hat am Mittwoch Marco Kopitz, Sprecher des Polizeireviers in Bernburg, auf MZ-Nachfrage bestätigt. Es handele sich um einen 29-jährigen Asylbewerber aus dem westafrikanischen Niger, der momentan in einer Unterkunft in Bernburg untergebracht sei. Dem Flüchtling wird vorgeworfen, am Donnerstagabend vor einer Turnhalle der Ernst-Thälmann-Straße ein zwölfjähriges Mädchen angesprochen und nach 50 Euro gefragt zu haben. Er sprach Englisch und fasste laut ersten Polizeiermittlungen dem Kind dabei an den Arm, um es festzuhalten. Erst als weitere Kinder hinzukamen, habe er losgelassen. Als eine Sportkursleiterin den immer noch wartenden Mann zur Rede stellen wollte, sei sie beleidigt worden, ehe der Täter auf sein Fahrrad stieg und verschwand. Polizeibeamte stellten kurze Zeit später den 29-jährigen Tatverdächtigen auf dem Könneraner Bahnhof.
Alsdorf: Die Aachener Kriminalpolizei hat Ermittlungen gegen zwei junge Männer aufgenommen, die eine Frau am Mittelplatz bedrängt haben sollen. Nach Angaben der Polizei werden die 19- und 20-Jährigen aus Alsdorf und Herzogenrath beschuldigt, **der Frau an den Po gefasst und ihr wenig später Rauschgift angeboten** zu haben. Die Frau lehnte ab und ging zügig nach Hause und meldete sich bei der Polizei. Die fahndete daraufhin nach den Männern. Beide konnten noch an der Bushaltestelle Mittelplatz festgenommen werden. Bei dem 20-Jährigen, der sich nach Angaben der Polizei „mit unterschiedlichen Schriftstücken und unterschiedlichen Personalien“ auswies, fanden die Beamten Rauschgift im Schuh. Beide Männer wurden erkennungsdienstlich behandelt.
Holzkirchen: Weil ihm seine „Strafversetzung“ von einer Wohnung in Fischbachau in die Traglufthalle nach Holzkirchen (Moarhölzl) nicht gefiel, brannten einem Asylbewerber aus Pakistan am Dienstag die Sicherungen durch. Laut Polizeibericht **schlug der Mann im Bereich der Holzkirchner Marienpassage (Ortszentrum) zwei Frauen nieder**. Eine 54-jährige Holzkirchnerin war mutig einer 20-Jährigen zur Hilfe gekommen, die der Täter zuerst attackiert hatte. Die Holzkirchner Polizei machte den Pakistani noch am Dienstag dingfest. Dabei stellte sich heraus, dass der Asylbewerber **wegen Betrugs per Haftbefehl gesucht** wurde. Im Landkreis war der Pakistani, der laut Polizei 40 oder 42 Jahre alt ist, zunächst in einer Fischbachauer Wohnung untergebracht. Als er dort mit Alkohol-Problemen auffällig wurde, entschloss sich das Landratsamt zur Verlegung in die Traglufthalle nach Holzkirchen. „Wenn man so will: eine Art Strafversetzung“, erklärte Birger Nemitz, Pressesprecher des Landratsamtes, auf Anfrage. Entscheidend sei gewesen, dass es in der Traglufthalle einen ständig präsenten Sicherheitsdienst gibt. Am 10. November musste der Mann seine Koffer packen. Als die Polizei die Fingerabdrücke des Mannes in einer Datenbank abglich, stellte sich heraus, dass ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Nach Angaben von Landkreis-Sprecher Birger Nemitz hatte der Pakistani **Sozialleistungen erschlichen**, indem er sich offenbar unter mehreren Identitäten in Deutschland registrieren hatte lassen, erstmals vor zwei Jahren. Aufgeflogen war der Betrug im Raum Ulm (Baden-Württemberg). Allem Anschein nach hatte sich der Mann seiner Strafe entzogen und war unter neuer Identität in Bayern aufgetaucht. Noch am Dienstag wurde er ins Gefängnis nach Stadelheim gebracht, wo er eine 20-tägige Haft abzusitzen hat. Dass der Mann jemals nach Holzkirchen zurückkehrt, ist eher unwahrscheinlich. „Wir haben den Fall dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF gemeldet“, sagt Nemitz. Angesichts der aktuellen Ermittlungen wegen zweifacher Körperverletzung wird der Pakistani womöglich übergangslos in Abschiebehaft genommen.
Celle: Am Mittwochabend wurde eine 24-Jährige Opfer eines **Raubüberfalls** im Französischen Garten. Zwei unbekannte Männer forderten Bargeld, Handy und Zigaretten. Die junge Frau war gegen 20:30 Uhr, zu Fuß aus der Innenstadt in Richtung Parkpalette (Langensalzaplatz) unterwegs, um von dort mit dem Auto nach Hause zu fahren. Im Bereich des großen Teiches kamen ihr zwei Männer mit südländischen Aussehen entgegen, die sie unter Vorhalt eines Messers, in einen unbeleuchteten Seitenweg der Parkanlage drängten. Während einer der Männer der Frau ein Messer an den Hals hielt, forderte der andere die Herausgabe von Bargeld, Handy und Zigaretten. Nachdem die junge Frau die geforderten Sachen übergeben hatte, verschwanden die Männer ohne große Eile in Richtung Wehlstraße. Anschließend erschien das Opfer bei der Polizei und erstattete Anzeige.

Parallel durchgeführte Fahndungsmaßnahmen verliefen erfolglos. Die Räuber konnten wie folgt beschrieben werden: 1. Täter bewaffnet mit einem Messer: südländischer Typ, 30 bis 35 Jahre alt, ca. 180 bis 185 cm groß, kräftige Figur, dunkle Augen, hellblaue Winterjacke mit Kapuze ohne Applikationen oder Aufschriften, dunkler Schal, Vermummung des Gesichtes bis unter die Nase, 2. Täter „Wortführer“: südländischer Typ, ca. 25 Jahre alt, ca. 170 cm groß, schlanke Statur, dunkle Augen, schmale Nase, Oberlippen- und Kinnbart, sprach akzentfreies Hochdeutsch, graue Winterjacke, ansonsten dunkel gekleidet.

Krefeld: Am gestrigen Mittwoch (16. November 2016) hat ein Mann versucht, **eine Reiterin zu berauben.** Die Frau konnte auf ihrem Pferd flüchten, stürzte aber und verletzte sich leicht. Der Täter verschwand ohne Beute. Gegen 15:00 Uhr ritt die 20-Jährige auf dem Rohrammerdyk im Bereich des Hülser Bruchs, als plötzlich ein Mann aus dem Gebüsch sprang. Der Täter forderte die Krefelderin unter Vorhalt eines Messers auf, ihm Geld auszuhändigen. Die Frau konnte auf ihrem Pferd fliehen, stürzte aber und verletzte sich dabei leicht. Das Pferd lief weiter und wurde von Zeugen festgehalten. Es blieb unverletzt. Der männliche Täter soll etwa 1,80 Meter groß, 28 bis 33 Jahre alt und von schlanker Statur sein. Er soll braune Augen haben, einen schwarzen Bart tragen, dunkleren Hauttyps sein und mit ausländischem Akzent gesprochen haben.

Tegernsee: In einer Sammelunterkunft für Asylbewerber in einer Tegernseer Turnhalle flogen in der Nacht auf den 8. Januar die Fetzen. Zwei Asylbewerber gerieten heftig in Streit. Am Ende packte einer der beiden Männer (42) einen schweren Pflasterstein in eine Plastiktüte und schleuderte ihn Richtung des Kopfes seines Widersachers (19). Zum Glück verfehlte der Stein sein Ziel. Doch für den 42-Jährigen hat der Angriff ein Nachspiel: Seit 16. Januar sitzt er in Stadelheim, seit gestern muss er sich vor dem Landgericht München II **wegen versuchten Mordes** verantworten. Er gestand die Tat. Ausführlich wurde der Lebenslauf des 42-Jährigen aus Sansibar (Tansania) beleuchtet. Er berichtete, dass er in Sansibar bei seiner Mutter aufwuchs. Die meiste Zeit habe er bei Nachbarn verbracht, weil die Mutter der Prostitution nachging – das glaubt er jedenfalls. Seinen Vater kennt er nicht. In der Schule sei er sehr schlecht gewesen, sein Lehrer habe ihn geschlagen und sexuell missbraucht. Mit 17 sei er von zu Hause weglaufen, weil seine Mutter herausgefunden habe, dass er homosexuell ist. Seitdem habe er nicht mehr mit seiner Mutter gesprochen. Schließlich sei er ins „Ghetto für Homosexuelle“ gegangen und habe angefangen, sich zu prostituieren. „Die Hoffnung auf ein besseres Leben“ führte ihn nach Kenia, Somalia und in weitere afrikanische Länder, bis er schließlich in Rumänien landete. „Das war ein sehr, sehr hartes Leben dort“, sagt er. Neun Jahre habe er als Stricher in Constata verbracht. Als er gesehen habe, dass sogar die Einheimischen nach Griechenland auswanderten, ging er auch dorthin. Doch auch dort musste er der Prostitution nachgehen, zeitweise hatte er auch Arbeit als Viehhirte. „Ich war auch immer viel auf Drogen.“ Im Oktober 2015 machte er sich schließlich wie viele Flüchtlinge über die Balkan-Route auf nach Deutschland. „Das machen viele. Dann schließt man sich dieser Gruppe an.“ Das Leben in der Unterkunft in Tegernsee schilderte er so: Er und die anderen Männer hätten Geld zusammen gelegt und Alkoholika gekauft, „um uns anzutrinken“. Einen Monat vor der Verhaftung habe er mit der Sprachenschule angefangen – vor Gericht sprach er Suaheli, das eine von nur drei Suaheli-Dolmetschern in Deutschland übersetzte. Er berichtete, dass er in der Unterkunft auch einen homosexuellen pakistanischen Freund gefunden habe. Am Tattag haben sich er und Mitbewohner wieder Alkoholika gekauft, vor allem Rotwein im Tetrapak. Die Berechnungen der Rechtsmedizin haben ergeben, dass der 42-Jährige an jenem Abend wohl zwei bis drei Liter Wein getrunken haben muss. Der Angeklagte berichtete, dass ihm der 19-Jährige an diesem Abend Wein gestohlen habe. Deshalb habe er ihn aufgefordert, ihm das Getränk zurückzugeben oder es zu bezahlen. Es kam zu Wortgefechten, bei denen sie sich auch beschimpft hätten. Schließlich habe er die Schuhe des jungen Mannes versteckt – und gesagt, dass er sie wieder bekomme, wenn er den Wein rausrücke. Erneut hätten sie sich beleidigt und schließlich auch gerangelt. Die Rauferei wurde allerdings durch den Sicherheitsdienst beendet. Der 42-Jährige gibt zu, dass er anschließend gegen zwei Uhr nachts draußen einen Granitstein, der etwa 1,3 Kilo wog, aus dem Pflaster zog und in eine Plastiktüte wickelte. Zurück vor der Unterkunft trat er aus Wut ein Fahrrad ein und riss einen Mülleimer aus Draht auseinander. In der Unterkunft selbst habe er dann die Tüte auf seinen Kontrahenten geschleudert. Er wisse aber nicht, ob er getroffen habe. „In diesem Moment war ich einfach nur ärgerlich auf ihn.“ Der Prozess dauert an.

Krefeld: Wieder ein **Angriff auf Polizisten** im Dienst! Das Ganze passierte am Mittwochnachmittag gegen 16.40 Uhr. Und das ausgerechnet in der von der NRW-Landesregierung ausgerufenen „Woche des Respekts“! Nachdem zwei Mitarbeiterinnen der Stadt Krefeld auf der Dreikönigginnenstraße ein Auto abschleppen lassen wollten, erschien plötzlich der Vater (41) der Halterin des Fahrzeuges und ging aggressiv auf die beiden Frauen zu. Die riefen die Polizei zur Hilfe. Da der Mann sich nicht beruhigen konnte, sollte er vorübergehend in Gewahrsam genommen werden. Dann eskalierte die Situation. Zunächst kamen die Halterin (19), zwei weitere Frauen (20 und 39) und ein Mann (21) hinzu. Sie wollten die Ingewahrsamnahme verhindern. Die Gruppe schlug und trat die Polizisten**.** Ein Beamter (57) wurde verletzt, konnte seinen Dienst nicht fortsetzen. Seine Kollegin (37) wurde leicht verletzt.Erst als weitere Polizisten zur Hilfe gerufen wurden, bekamen die Beamten die Situation in den Griff. Die 19-Jährige, die keinen festen Wohnsitz hat, wurde zunächst festgenommen, später wieder frei gelassen. Gegen die Beteiligten der Angreifer-Gruppe wird wegen Widerstands gegen Vollzugsbeamte ermittelt.

Kiel/Neumünster: In schleswig-holsteinischen Gefängnissen wächst als Folge der seit September greifenden Justizreform die Gewalt. In einem internen Vermerk, der den Kieler Nachrichten vorliegt, schildert eine Vollzugsleiterin der JVA Neumünster dramatische Zustände. So schrieb eine Vollzugsleiterin in einem Vermerk von Anfang November: „Nunmehr ist deutlich zu erkennen, dass die **körperlichen Auseinandersetzungen unter Gefangenen** zunehmen, aber auch die Brutalität sich verstärkt und gefährliche Gegenstände zur Hilfe genommen werden und Gefangene mit diesen verletzt werden.“ Die Reform sieht unter anderem vor, dass Häftlinge in der Regel nur noch von 20 bis 7 Uhr in ihren Zellen eingeschlossen sein sollen. Schwächere Häftlinge hätten nun keine Rückzugsmöglichkeiten mehr, heißt es in dem Papier, es komme vermehrt zu gezielten Übergriffen. Gefangene **missachteten Anweisungen des Wachpersonals** und müssten im gesamten unübersichtlichen Hafthaus gesucht werden, kritisiert die Vollzugsleiterin. Nach Informationen der Kieler Nachrichten wurde bei einer Schlägerei in Neumünster eine Abteilungsküche demoliert, in einem anderen Fall wurde wenige Tage später einem Häftling ein Brotmesser in den Hals gestochen. In der JVA Lübeck sei im November ein Mitarbeiter angegriffen worden. In Neumünster habe man als Konsequenz nun angeordnet, dass die Häftlinge sich nur noch in ihren jeweiligen Abteilungen aufhalten dürfen.

Eningen: Erheblicher Sachschaden ist nach einem Wasseraustritt in einem Zimmer in einer Flüchtlingsunterkunft am späten Dienstagabend entstanden. Kurz vor 23.30 Uhr wurden die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei alarmiert, dass erhebliche Mengen Wasser aus einem Dachzimmer der Unterkunft austreten und in die darunter liegenden Räume laufen. Die Feuerwehr war rasch vor Ort und konnte durch Absperren des Hauptventils einen weiteren Wasseraustritt verhindern. Wie sich herausstellte, war ein **Eckventil an einem Waschbecken im Zimmer herausgedreht** worden. Hierdurch traten große Mengen Wasser aus, die sich im Zimmer verteilten und über die Treppe und durch die Wände in daneben und darunter liegende Räume ergossen. Mehrere Räume wurden dadurch unbewohnbar. Die Bewohner mussten in anderen Zimmern untergebracht werden. Bei den nachfolgenden polizeilichen Ermittlungen ergab sich der Verdacht, dass von einem Bewohner möglicherweise unsachgemäß versucht worden war, einen Schlauch an der Wasserleitung anzubringen und daher das Eckventil heraus geschraubt worden war. Die Ermittlungen dauern noch an. Der entstandene Sachschaden ist noch nicht genau bekannt, könnte sich aber auf mehrere zehntausend Euro summieren.

München: Eine 24-jährige Münchnerin war am Sonntag, 20.11.2016, gegen 05.00 Uhr, vom Leonrodplatz aus zu Fuß auf dem Nachhauseweg. Von dort aus folgte ihr ein unbekannter Mann. Auf Höhe des Rosa-Luxemburg-Platz sprach er sie an und fragte nach Feuer. Er versuchte die Frau in ein Gespräch zu verwickeln und wurde dabei immer zudringlicher. Als die 24-Jährige ihren Weg fortsetzen wollte, packte sie der Mann, zog sie in ein Gebüsch, entkleidete und vergewaltigte sie 90 Minuten lang (!). Als der Unbekannte kurz von ihr abließ, gelang ihr die Flucht. Täterbeschreibung: Männlich, ca. 175 cm groß, ca. 30 Jahre alt, dunkelhäutig, kurzes seitlich rasiertes krauses Haar, platte Nase, athletisch schlanke Figur, bekleidet mit weißen Turnschuhen, schwarzer Jeanshose und khakifarbenem Parka.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelherbst
Bochum: Es passierte am Nachmittag, als es noch hell war: Ein Mann hat an der Ruhr-Universität Bochum eine Studentin (27) ins Gebüsch gezerrt und vergewaltigt! Schon im August war eine Studentin (21) in Uni-Nähe von einem Sex-Täter überfallen worden. „Wir können nicht ausschließen, dass es sich um den gleichen Täter handelt", sagt Polizeisprecher Volker Schütte (57). Angst an der Ruhr-Uni Bochum! Und die Erinnerung an eine Serie von sexuellen Übergriffen vor über 20 Jahren: Zwischen 1994 und 2002 missbrauchte ein Serienvergewaltiger mindestens 22 Frauen im Umfeld der Universität. Sicher ist nur, dass es sich nicht um den Täter von damals handelt: „Das können wir sicher ausschließen", stellt Schütte klar. Am Mittwoch um 16.45 Uhr war eine 27-Jährige auf dem Heimweg, als der Verbrecher sie auf der Überführung der Max-Imdahl-Straße von hinten packte. Zuvor soll er den Verkehr auf dem Hustadtring beobachtet haben. Die Polizei sucht zwei wichtige Zeugen: Einen Passanten mit Hund und einen Mann, der das Opfer kurz zuvor nach dem Weg gefragt hatte. Der Täter soll 30 bis 35 Jahre alt, 1,70 Meter groß und schlank sein. Er hat schwarze Haare, Vollbart, trug einen dunklen Wintermantel, war ungepflegt, arabischer oder afghanischer Abstammung. Die 21-Jährige, die am 6. August Opfer überfallen wurde, beschrieb ihren Peiniger ganz ähnlich. Sie war am Königsbüscher Wäldchen (nähe „Auf dem Kalwes") angegriffen, missbraucht und verletzt worden. Hinweise: 0234-9094441.
Duisburg: Die Polizei hat einen 19-jährigen Mann mit syrischen Wurzeln festgenommen, weil er am Donnerstagabend in einer Straßenbahn drei Frauen anfasste und küssen wollte, einen Fahrgast, der helfen wollte, schlug und dabei laut und wiederholt „Allahu Akbar" schrie. Zwei weiter Zeugen, darunter einer vom Sicherheitsdienst beförderten den Angreifer am Bahnhof Wintgensstraße nach draußen. Auf dem Bahnsteig wurde er von der Polizei festgenommen, wobei er die Beamten bespuckte. Da der Verdacht bestand, dass der 19-Jährige unter dem Einfluss von Drogen stand, wurde ihm eine Blutprobe entnommen.
Prenzlau: In Prenzlau hat es einen gewaltsamen Angriff auf eine Polizistin gegeben. Wie der Uckermark Kurier am Mittwoch erstmals berichtete, war die Beamtin mit einem Kollegen in die Dr. Wilhelm-Külz-Straße gerufen worden. Dort hatte ein junges Pärchen einen Notruf abgesetzt, weil es nach eigenen Aussagen von einem aus einem afrikanischen Land stammenden Asylbewerber belästigt worden war. Der Afrikaner soll dort zuvor eine 20-jährige Frau sexuell bedrängt haben. Als sich deren Begleiter einmischte und das Opfer verteidigen wollte, sei der Asylbewerber auf diesen losgegangen. Er schlug auf den 33-Jährigen ein. Die Prügelei riss auch nicht ab, als die Polizei schon vor Ort war. In dem folgenden Handgemenge wurde eine Beamtin verletzt. „Unsere Kollegin ist derzeit nicht dienstfähig?, bestätigte Polizeisprecher Stefan Möhwald die Information, wonach das Opfer fünf Tage nach der Attacke noch krank geschrieben ist. Bei dem mutmaßlichen Täter handelt es sich um einen Flüchtling, welcher bereits mehrfach polizeilich auffällig geworden ist, heißt es in der Stellungnahme der Direktion Ost.
Berlin: Am frühen Donnerstagmorgen (27. Oktober 2016) soll es zu einem Übergriff auf sexueller Basis in einer S-Bahn gekommen sein. Ein Zeuge hat sich bei der Bundespolizei gemeldet und so über den Vorfall informiert. Zur weiteren Ermittlung sucht die Bundespolizei nun nach weiteren Zeugen. Der Zeuge bemerkte gegen 4:22 Uhr beim Zustieg als Fahrgast einer S-Bahn der Linie S1 am S-Bahnhof Zehlendorf, wie eine männliche Person ein junges Mädchen bedrängte. Er beobachtete, wie der Mann wiederholt und trotz heftiger Gegenwehr des etwa 14 bis 16 Jahre alten Mädchens dieses zu küssen versuchte und bedrängte. Ohne zu zögern entschloss er sich, dem Mädchen zu helfen und forderte den Täter lautstark dazu auf, die Handlungen einzustellen. Offenbar nahm dies ein Begleiter des Täters zum Anlass diesen aus der S-Bahn zu ziehen. Allerdings riss sich der Täter los und betrat erneut die S-Bahn. Er hatte ein Messer in der Hand und bedrohte damit den Zeugen. Dem Begleiter gelang es ein weiteres Mal, den Täter aus der S-Bahn zu ziehen und anschließend vom S-Bahnhof Zehlendorf zu fliehen. Das durch den Angreifer massiv belästigte und bedrängte Mädchen, bedankte sich bei dem Helfer und verließ mit ihrem Begleiter die S-Bahn am S-Bahnhof Wannsee. Die Bundespolizei sucht im Zuge des Ermittlungsverfahrens nach dem Mädchen, ihrem Begleiter und weiteren Personen, die sachdienliche Angaben

und Hinweise zur Tat sowie zur Identität des Täters machen können. Der Täter wird nach Auskunft des Zeugen als Mann mit südländischem Aussehen beschrieben.
Essen: Am Essener Landgericht hat der Vergewaltigungs-Prozess gegen einen syrischen Flüchtling aus Marl begonnen. Der 32-Jährige soll über eine Frau hergefallen sein, die er am selben Abend in einer Kneipe kennen gelernt hatte. Der Angeklagte hat sich bislang nicht zu den Vorwürfen geäußert. Der Syrer war vor rund einem Jahr nach Deutschland geflüchtet. Seine hochschwangere Frau soll 2014 bei einem Bombenanschlag ums Leben gekommen sein. In Marl hatte der 32-Jährige ein Zimmer auf der Recklinghäuser Straße. Von dort war er am 30. April zu einer Kneipe aufgebrochen. Im Laufe der Nacht lernte er eine Frau kennen, die er später gezwungen haben soll, ihn nach Hause zu begleiten. Was dort passiert ist, war angeblich ein echtes Martyrium. Laut Anklage wurde die Frau brutal vergewaltigt, geschlagen, gewürgt und sexuell gedemütigt. Im Falle einer Verurteilung drohen dem 32-Jährigen mehrere Jahre Haft.
Wilhelmshaven: Mit einem Phantombild sucht die Polizei jetzt nach einem unbekannten Mann, der am 14. Oktober gegen 2 Uhr eine 22-jährige Frau in der Südstadt belästigt hat. Er war ihr von der Luisenstraße bis zur Ebertstraße gefolgt. In Höhe Kurze Straße holte er sie ein und belästigte sie. Die Frau berichtete der Polizei, dass der Mann geflohen sei, nachdem sie um Hilfe gerufen habe und sich Spaziergänger näherten. Der südländisch wirkende Mann soll etwa 35 Jahre alt, circa 1,70 Meter groß und von normaler Statur sein.
Leer: Am gestrigen Montag, gegen 15:30 Uhr, sprach ein unbekannter Mann eine 17-jährige Leeranerin im Bereich der Blinke an, entblößte ihr gegenüber sein Geschlechtsteil und fuhr mit einem silbernen Fahrrad von der Tatörtlichkeit. Der Täter sprach nur gebrochen deutsch, wurde auf circa 35 Jahre geschätzt und hatte einen 3-Tage-Bart
Lalendorf: Schwerer Vorwurf gegen einen 14-jährigen unbegleiteten Flüchtling: Der Junge soll Anfang Oktober in der Asylbewerberunterkunft in Lalendorf (Landkreis Rostock) eine Heimmitarbeiterin sexuell missbraucht haben. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen. „Die Kriminalpolizeiinspektion Rostock prüft derzeit den Verdacht einer versuchten Vergewaltigung am 7. Oktober 2016 in einer Unterkunft für Zuwanderer im Landkreis Rostock“, teilt Sophie Pawelke, Pressesprecherin im Polizeipräsidium Rostock, mit. Wie sie weiter sagte, zeigte eine 45-jährige Frau eine versuchte Vergewaltigung durch einen 14 Jahre alten Jugendlichen an. Weitere Einzelheiten konnte die Polizei aufgrund der noch andauernden Ermittlungen nicht mitteilen. Nach OZ-Informationen soll sich der Vorfall früh morgens gegen 1 Uhr ereignet haben. Die Frau soll sich nach der Tat vor lauter Angst die ganze Nacht im Büro verbarrikadiert und sich erst ihren Kollegen zu Beginn der nächsten Frühschicht anvertraut haben.
Buchholz: In der Nacht zu Sonntag wurde durch den Sicherheitsdienst einer kommunalen Flüchtlingsunterkunft in Buchholz eine randalierende Person gemeldet. Dieser riss bei Eintreffen der Polizei, aufgrund von Verbindungsfehlern zum Internet, die Kabel aus der Wand. Weiterhin war der 32 Jahre alte Marokkaner stark alkoholisiert und aggressiv. Im ersten Gespräch konnte die Person beruhigt werden und wurde zu ihrem Zimmer im Obergeschoss begleitet. Hierbei fing der Marokkaner an die eingesetzten Polizeibeamtinnen zu beleidigen und sexuell herabzuwürdigen. Einer Aufforderung dies zu unterlassen, kam er nicht nach. Vielmehr wurde sein Verhalten wieder zunehmend aggressiver, bis er sich plötzlich umdrehte und eine 34-jährige Beamtin gezielt die Treppe hinunterstieß. Hierbei wurde die Beamtin leicht verletzt, konnte ihren Dienst aber weiter verrichten. Um weitere Straftaten zu verhindern, wurde die Person in das Polizeigewahrsam verbracht.

http://www.pi-news.net/2016/06/kiel-rapefugees-grapschen-und-schlaegern/#more-520013
Kiel: Rapefugees grapschen und schlägern
Sonntagabend ist es nach Angaben zweier Geschädigter zu einem sexuellen Übergriff mit einer anschließenden Körperverletzung im Bereich der Musikbühne an der Hörn gekommen. Die Polizei sucht nach Zeugen des Vorfalls. Nach Angaben der Geschädigten sei sie gegen 20:20 Uhr von zwei Personen unsittlich berührt worden. Ihr Partner sei dazwischen gegangen und anschließend von den Personen geschlagen worden. Als Täter benannten die beiden eine insgesamt vierköpfige Gruppe Jugendlicher mit vermutlich südländischer Herkunft. Nach Angaben der Geschädigten trugen die Täter die Haare hochgegelt und an den Seiten kahl rasiert. Einer der Täter soll ein gelbes T-Shirt und eine Jogginghose getragen haben, ein weiterer sei komplett rot gekleidet gewesen. Zu den anderen Personen liegt keine Beschreibung vor.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank

des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen.
Übach-Palenberg: Am Sonntag (5. Juni) ging gegen 8:30 Uhr eine 32-jährige Frau aus Übach-Palenberg mit ihrem Hund auf einem Feldweg, von der Schildstraße abgehend, in Frelenberg spazieren. Dort hielten sich nach ihren Angaben auch sechs junge Männer auf. Als sie an diesen vorbeigegangen war und ihren Hund frei laufen ließ, kamen die männlichen Personen hinter ihr her und umringten sie. Als sich ihr Hund dazwischen stellte, liefen vier der Personen davon. Mit den beiden übriggebliebenen Männern kam es zu einem Gerangel, wobei sich die Frau leichte Verletzungen am Kopf und einem Arm zuzog. Dann ließen die Angreifer von ihr ab und flüchteten. Die Frau beschrieb die Männer alle als sportlich und schlank. Sie waren nach ihrer Einschätzung im Alter zwischen 20 und 30 Jahren und hatten dunkle Haare bzw. Augen. Sie verständigten sich in einer ihr unbekannten ausländischen Sprache.
Augsburg: Am vergangenen Samstag soll ein 14 Jahre alter Jugendlicher einem 12 Jahre alten Mädchen aus Augsburg im Freibad an der Schwimmschulstraße in eine Duschkabine gefolgt sein und sie dort unsittlich berührt haben. Das Mädchen hatte sich danach der Aufsicht des Bads anvertraut, der wiederum die Polizei verständigte. Der 14-Jährige wurde vom Bademeister der alarmierten Polizei übergeben. … Bei dem beschuldigten Schüler handelt es sich nach Informationen der Augsburger Allgemeinen um einen Deutschtürken aus dem Raum Augsburg.
Freiburg: Eine 13-Jährige wurde am Montagabend in der Hirzbergstraße von einem Unbekannten mit einem Messer bedroht. Das Mädchen trat dem Mann in den Unterleib und konnte fliehen. Die Angehörigen der 13-Jährigen wandten sich am Montagabend an die Polizei. Das Mädchen war zwischen 19 und 19.30 Uhr zu Fuß in der Hirzbergstraße im Freiburger Stadtteil Oberau unterwegs, als es, in Höhe des Hauses Nummer 3, einem unbekannten Mann begegnete. Der Mann packte das Mädchen am Arm und bedrohte es mit einem Messer. Wie die Polizei mitteilt, verpasste die 13-Jährige dem Unbekannten einen Tritt in den Unterleib und konnte flüchten. Dabei verletzte sie sich leicht. Der Angreifer wurde durch das Mädchen folgendermaßen beschrieben: Etwa 30 bis 40 Jahre alt; muskulös; dunkle Haut und braune Haare; unrasiert; und bekleidet er mit einer dunklen Jeans und einer langärmeligen Jacke. Der Mann sprach eine dem Mädchen unbekannte Sprache.
Lohfelden: Eine 38-jährige Frau aus Lohfelden ist in der Nacht zum Montag von drei Männern angegriffen worden. Das Trio versuchte, die Frau zu vergewaltigen. Die beiden Hunde der Frau, eine Schäferhündin und ein Labrador, konnten die Vollendung der Sexualstraftat verhindern, indem sie die Täter in die Flucht schlugen. Möglicherweise wurde einer der Männer von den Hunden gebissen und trägt jetzt einen Verband. … Nach Angaben von Polizeisprecher Torsten Werner war die Frau mit ihren beiden Hunden gegen 1.30 Uhr in der Grünanlage „Grüne Mitte“ im Bereich des Sandkastens/Sandschiffchens in Lohfelden unterwegs. Dort ließ sie ihre Hunde von der Leine.Als diese sich etwas entfernt hatten soll ein Mann sie von hinten umklammert und festgehalten haben, während zwei andere sie begrabschten und zum Sex aufforderten. Auf ihre Schreie aufmerksam geworden, griffen die Hunde die drei Männer an und schlugen sie in die Flucht. … Das Opfer konnte die drei Männer nur vage beschreiben. Sie sollen alle hellbraune Hautfarbe gehabt haben und etwa 1,65 Meter groß gewesen sein. Sie trugen dunkle Sweatshirt-Jacken und unterhielten sich in einer ihr unbekannten Sprache.
Aurich: Eine 15-Jährige hielt sich mit ihrem Freund in der Nacht zu Samstag im Bereich des Auricher Rathauses auf. Gegen kurz nach 03.00 Uhr lief sie mit anderen jungen Leuten in Richtung Fußgängerzone. Ein 31-jähriger Asylbewerber schloss sich der Gruppe an, obwohl er keinen aus der Gruppe kannte. Nach Aussage der Jugendlichen hat der Fremde dann das Mädchen gegen ihren Willen an den Hüften festgehalten und ihren Mund geküsst. Die Jugendliche sagte ihm, dass er damit aufhören solle. Er hielt sie jedoch weiterhin fest und versuchte sie zu nach wie vor zu küssen. Daraufhin rief das Mädchen um Hilfe. Ein anderer Mann ging dazwischen.
Krefeld: Am Sonntag (5. Juni 2016) hat sich ein Mann zwei Kindern auf der Straße „Nördliche Lohstraße“ in schamverletzender Weise gezeigt und ist unerkannt geflüchtet. Gegen 16:15 Uhr informierte ein Zeuge die Polizei. Er hatte einen Mann beobachtet, der in Höhe der Hausnummer 30 neben einem Fahrrad mit Anhänger stehend, sexuelle Handlungen an sich vornahm. Dies hatten auch zwei Mädchen (10 und 11 Jahre) gesehen. Der Zeuge machte mit seinem Smartphone Aufnahmen vom Täter, der wie folgt beschrieben wird:Er ist ca. 170 cm groß, hat dunkle Haare und einen dunklen Teint. Bekleidet war er mit einem schwarzen T-Shirt mit grünen Ärmeln und einer dunklen Cappy mit weißer Aufschrift (New York Yankee). Er trug eine kurze Jeanshose oder hatte die Hosenbeine hochgekrempelt. Er entfernte sich auf einem Fahrrad mit Kindersitz und rotem Kinderanhänger, in dem sich ein Bierkasten befand.
Cloppenburg/Vechta: Am Sonntag, 05.06.2016, gg. 16.10 Uhr, kam es in einem Schwimmbad in Vechta zu einer sexuellen Annäherung eines 16-jährigen Asylsuchenden an ein 13-jähriges Mädchen. Der 16-Jährige schwamm das Mädchen an und biss ihr leicht in den Arm und in die Hüfte. Die Bikinihose wurde dabei ebenfalls leicht nach unten gezogen. Das Mädchen informierte den Bademeister, der den Täter sofort aus dem Wasser verwies und die Polizei alarmierte. Im Anschluss an die Sachverhaltsaufnahme und die Personalienfeststellung wurde der Täter durch den Bademeister des Schwimmbades verwiesen. Die Polizei leitete ein Strafverfahren wegen „Beleidigung auf sexueller Basis“ und „Körperverletzung“ ein.
Diepholz: Ein 13-jähriges Mädchen war am heutigen Freitagabend gegen 18:30 Uhr in einem Freibad an der Straße „Am Neddernfeld“ schwimmen. Im Schwimmbecken wurde sie nach ersten Erkenntnissen von einem 38-

jährigen Asylbewerber sexuell belästigt. Kurz darauf wandte sie sich mit ihren Freundinnen an einen Bademeister, der schließlich die Polizei rief.
Hockenheim/Rhein-Neckar-Kreis: Am Montagvormittag zeigte sich ein Exhibitionist einer Reitergruppe in unsittlicher Weise. Die Reiterinnen im Alter von 36 und 34 Jahren waren gegen 10.50 Uhr auf einem Reitweg im Gewann Schaftrieb, zwischen Continentalstraße und Pumpwerkweg unterwegs, als sich ihnen der Unbekannte in den Weg stellte, sich entkleidete und onanierte. Als die Gruppe den Mann passierte, pfiff er ihnen nach ohne das Onanieren zu unterbrechen. Erst als eine der Frauen mit dem Handy die Polizei verständigte verschwand der Mann im Wald. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief ergebnislos. Der männliche Täter wurde wie folgt beschrieben: Ca. 25 Jahre alt, ca. 170 cm groß, kurze schwarze Haare, pummelige Figur, dunkler Teint.
(Bitte an unsere Leser: Posten Sie aktuelle Rapefugee-Übergriffe im Kommentarbereich)

https://philosophia-perennis.com/2016/11/22/interview-freiburg-no-go-area1/
Worüber deutsche Medien schweigen
Freiburg: Eine idyllische Stadt wird zur No-go-Area
Date: 22. November 2016Author: davidbergerweb75 Kommentare
Ein Gastbeitrag von Axel Robert Göhring
Freiburg ist als idyllische badische Studenten- und Akademiker-Stadt bekannt, die ein hohes grünes Wählerpotential hat. Die nahe Grenze zur Schweiz lässt den Breisgau derzeit zum Einfallstor von Immigranten aus dem Süden werden. In den sozialen Medien, nicht aber im Fernsehen und der Presse, wird berichtet, dass in Freiburg seit Beginn der Asylkrise erhebliche Probleme auftreten. So hatte selbst der links-antifaschistische „White Rabbit Club“ bereits im Januar 2016 Asylanten wegen Gewalttaten und erheblicher Übergriffe auf Frauen den Zutritt verweigert. Ein Interview mit einem Bürger aus Freiburg, Horst Öttinger*.
Herr Öttinger, wie sieht es in Freiburg heute aus?
Wir haben in unserer beschaulichen Stadt inzwischen so manche No-Go-Area. Der Stühlinger Kirchplatz ist vor allem zu nennen. Niemals würde ich im Dunklen dort entlanglaufen. Ist zudem der größte Drogenumschlagplatz der Stadt. Und die Polizei sieht machtlos zu.
Raub, Gewalt, Körperverletzung gibt es dort – es ist eine Art kleiner Park mit Wiese und Gebüschen, in denen die Drogen deponiert werden – jeden Tag und jede Nacht.
Welche Immigrantengruppe ist die größte?
Aktuell wandern sehr viele Afrikaner, fast nur junge Männer, in die Stadt ein. Viele Freiburger (ich bin einer von ihnen) fragen sich, wieso unsere Stadt von schwarzen Menschen überflutet wird.
Wie viele sind es aktuell in der „kleinen“ Großstadt Freiburg?:-) !!!!
Der Landrat von Konstanz, Frank Hämmerle: „Ich frage mich, wie sie den Bürgern im Land Sicherheit gewähren wollen, wenn sie nicht einmal die Grenzen schützen können.“
Gegenfrage, Herr Hämmerle: „Seit wann wollen sie das?“
Man muss immer etwas forschen, um die Wahrheit zu erfahren. Viele Freiburger fragen sich seit langem, warum es hier in der Stadt immer dunkler wird, woher diese Flut eigentlich kommt. Von wo kommen bloß all die Afrikaner?
Jetzt wissen wir es: Sie besteigen fahruntüchtige Boote in Nordafrika, werden aus dem Meer gerettet, dann in Italien aufgenommen und gelangen dann über die Schweiz nach Deutschland. Und auf der Basel-Route ist Freiburg die erste deutsche Großstadt.
Man kann nichts irgendwo machen, ohne von Schwarzen umgeben zu sein. Gefühlt, nein: geschätzt sind es gut 10 %. An öffentlichen Plätzen, in Parks oder der Straßenbahn sind es aber weitaus mehr. Wir haben überall solche Fertigbauten für Immigranten stehen. Und wir hatten Traglufthallen auf einem Riesenareal – das war die Polizeiakademie.

Mittlerweile wird neu und schön gebaut. In besten Lagen (kein Witz, da wird man neidisch). So hat man einen Weinberg entfernt, um schön und ökologisch zu bauen. Andere Anwesen entstehen mit wunderbarem Schwarzwaldblick. Wirklich nicht zu verachten! Das Argument lautet, dass es die Integration fördert, wenn man gut wohnt. Von daher sind die Voraussetzungen topp.

Wie haben sich die Kriminalitätszahlen seit der Grenzöffnung verändert? Wie stellt die Presse sie dar?

Die Kriminalität ist derzeit wahnsinnig hoch. Ende 2015 (ich habe die Zahlen nur noch ungefähr im Kopf) hatten wir knapp 5.000 Migranten, die 3.700 registrierte Straftaten begangen hatten. Es gab einen Bericht darüber in der Badischen Zeitung. Die Überschrift lautete sinngemäß: Flüchtlinge sind nicht krimineller als Deutsche.

Wie kamen sie auf so etwas? Sie verglichen die Pro-Kopf-Straftaten der Immigranten von 2014 mit denen von 2015 und stellten fest, dass diese sogar zurückgegangen waren. Welch ein Hohn für jemanden, der einen Statistik-Schein erworben hat. Oder jeden denkenden Menschen. Ganz am Ende präsentierten sie dann doch die nackten Zahlen – aber wer liest schon bis ganz zum Ende eines Artikels?

Ab wann war der Massenzuzug spürbar?

Die Immigranten strömten ab Oktober in Massen nach Freiburg, um dann im Dezember den Höchststand für 2015 zu erreichen. Und diese Menschen haben es geschafft, in dieser kurzen Zeit ca. 3.700 Straftaten zu begehen. Das muss man mal auf ein Jahr hochrechnen. Letztendlich – ich überschlage das mal – hat jeder Migrant im Schnitt vier Straftaten pro Jahr begangen in Freiburg. Und dann diese Überschrift! Nach diesem Artikel hatte ich beschlossen, nie mehr diese Zeitung zu kaufen!

Wie bewegen Sie sich in der Stadt?

Nachts sollte man nicht durch die Stadt laufen. Die Täter sind immer dunkelhäutig oder arabisch aussehend. Ständig werden Disco-Besucher überfallen und zumindest die Smartphones geklaut. Täter benutzen dabei immer öfters Pfefferspray (obwohl das so wirklich nicht gedacht war). Eine Disco, Agar, erdreistete sich, nach ganz schlechten Erfahrungen, Asylanten den Zutritt zu verwehren. Sie wurden gezwungen, das zurückzunehmen. Daraufhin fand eine versuchte Vergewaltigung auf der Toilette statt – durch einen Migranten. Sie wurde nur durch beherztes Eingreifen verhindert.

Der Drogenhandel blüht und findet in einer Art Park (das ist dieser Kirchplatz) mitten in der Stadt statt. Die Polizei macht eine dumme Figur dabei. Sie darf ja nichts. Ich hatte das mal beobachtet. Zwei Polizisten wühlten sich durch das Gebüsch, um Drogen zu finden. Ein Dealer saß direkt daneben und lachte sie aus.

Er versuchte immer wieder, mich zum Mitlachen zu animieren. Er verhielt sich unglaublich respektlos. Eine Situation, die ich nie wieder vergessen werde. Diese Polizei wird uns nicht schützen. Sie darf das nicht. Sie darf nichts. Es war eine peinliche Szene. Ich wusste, was sich dieser schwarze Dealer dachte.

Unglaublich. Solche Szenen hätte man eher aus dem Görlitzer Park in Berlin oder vom Frankfurter Hauptbahnhof erwartet.

Eine Gruppe unbegleiteter „Jugendlicher“ verübte innerhalb kürzester Zeit knapp 200 registrierte Straftaten. Alle hauptsächlich auf diesem Platz oder drumherum. Das wurde damals unsere erste No-Go-Area. Jetzt werden sie zur Belohnung besser betreut.

Das Leben in Freiburg hat sich komplett gewandelt. Aber hier leben die meisten Gutmenschen und die sagen, dass man doch erst mal bei den deutschen Vergewaltigern schauen müsse, bevor man mit dem Finger auf andere zeigt.

Die letzten beiden Fälle: Ein älterer Mann wurde auf einem Kirchplatz (vor der Johannes-Kirche) von vier „Südländern“ angegriffen, nachdem er dort uriniert hatte, und erlag ein oder zwei Tage später seinen Verletzungen. Eine junge Studentin wurde

vergewaltigt und dann getötet – Täter wurde nicht gesehen/nicht beschrieben. Man fand sie in der Dreisam (ein Flüsschen) nahe des Fußballstadions.
Auch eine No-Go-Area bei Dunkelheit. Die Presse versucht, all das möglichst zu relativieren und die Herkunft des Täters nicht in den Vordergrund zu rücken und umzudeuten. Ganz am Ende mal ein Hinweis auf das Aussehen, weil ja immerhin die Polizei fahndet. Es wird täglich nach dunkelhäutigen oder arabisch aussehenden jungen Männern gefahndet.
Wir wollen die Guten bleiben. Um jeden Preis. Die Stadt ist voller Aufkleber: „Refugees Welcome! Bring your families!"
Vor kurzem gab es den dritten Mordfall innerhalb einiger Tage bei uns; diesmal in naher Umgebung der Stadt. Eine 27jährige Joggerin wurde vergewaltigt und getötet. Könnte Zufall sein; ist in der beschaulichen Gegend aber sehr unwahrscheinlich. Es gehen sogar schon Gerüchte um, dass die Morde nicht aufgeklärt werden sollen. Jeder ahnt, aus welchen Kreisen die Täter kommen….
Wie hat sich für Sie das Leben verändert seit Merkels Sommer?
Vor der Migrantenwelle war ich mit Freunden oft nachts am See (wir haben einen wunderschönen See mit einem Park drumherum in der Stadt). Manche blieben dort bis zum Morgen. Übernachteten also am See. Früher ist nie etwas passiert. Zuletzt immer mehr. Täglich. Es ist toll, mitten in der Nacht zu schwimmen. Heute können wir das nicht mehr machen.
Die Polizei hat Verstärkung von der Landespolizei bekommen, weil sie es nicht mehr schaffte, dieses Gelände zu überwachen. Jeden Tag Straftaten. Dennoch wird sie der Lage nicht mehr Herr. Ständig fahren Polizeifahrzeuge durch den Park. Das ist furchtbar dumm, weil sie auf diese Art von weitem zu sehen sind und niemals eine Straftat vereiteln können. Es hilft nichts. In einem Teil dieser Anlage sind ausschließlich Schwarze. Das ist echt unheimlich. Man sollte auch seine Sachen nicht mehr unbeaufsichtigt am Ufer lassen, wenn man schwimmen geht.
Und dann diese Diskussionen mit den Gutmenschen, die einem Freund erklärten, dass diese Menschen ein Recht darauf hätten zu stehlen, weil sie eben nichts hätten und wir so viel. Sie erklärten ihm, dass es eine Einladung war, dass er seine Tasche unbewacht ließ.
Migranten sind am See oft recht kontaktfreudig. Sie setzen sich zu fremden Frauen auf die Handtücher, haben fast Körperkontakt.
Viele Frauen sind sehr verängstigt und erstarren, können sich kaum wehren. Die Menschen im FKK-Bereich wurden letztens mit Steinen beworfen. Man wollte sie zwingen, sich anzuziehen, weil es eine Zumutung für muslimische Frauen sei, sich das ansehen zu müssen. Sie wurden vertrieben, riefen aber, dass sie wiederkommen würden und sowieso immer mehr werden würden. Da haben sie Recht.
Die muslimischen Männer hingegen schauen sich sehr gern nackte Frauen an. Sie kommen ganz dicht und starren. Vollkommen schamlos. Eine große Herausforderung für Frauen.
Letztens wollte ich um 22.30 Uhr eine Pause machen und nach draußen gehen. Frische Luft, etwas Bewegung. Und zum ersten Mal in meinem Leben habe ich mich nicht getraut. Denn auch vor meiner Haustür wurden um diese Uhrzeit zuletzt des Öfteren Leute überfallen. Übrigens immer von Dunkelhäutigen – ich denke, das darf man noch schreiben, weil es schließlich die Wahrheit ist.
Ja, Deutschland wird sich verändern! Zum ersten Mal habe ich Angst…..Und nicht nur ich. Eine Freundin ruft mich jetzt immer an, wenn sie auf dem Heimweg ist. Ich muss dran bleiben, bis sie ihre Haustür erreicht hat.
Der idyllische See ist paradoxerweise also ein Verbrechensschwerpunkt?
Ja. Dort lebte eine Schwanenfamilie mit vier Jungen. Schwäne verlassen zum Grasen das sichere Wasser. Diese relativ schutzlose Situation nutzte ein Russe (man nennt ihn politkorrekt Russland-Deutscher) aus, um seine Aggressionen an der Schwanenmutter

abzubauen. Vor den Augen anderer Besucher packte er sie am Hals und schlug ihr hart auf den Kopf. Das Tier verendete daraufhin und der Schwanenvater war seitdem alleinerziehend. Das machte er gut, war allerdings seitdem „verhaltensauffällig“, jagte beispielsweise stundenlang Küken und andere Jungtiere über den See und tötete eine große Anzahl. Die Zutraulichkeit Menschen gegenüber hatte er verständlicherweise verloren.

Es gab eine deutsch-russische Zeugin, die den Täter (er)kannte. Man redete mit Engelszungen auf sie ein, um sie zu einer Anzeige zu bewegen. Man bot ihr sämtliche Unterstützung an. Aber sie erklärte, dass sie in diesem Fall ihres Lebens in Freiburg nicht mehr sicher sei. Dagegen hat man als Normalbürger keine Argumente.

Eine Anzeige erfolgte deshalb nicht. Dieser Mensch weilt weiter mitten unter uns – genauso wie die „Südländer“, die den Mann am Kirchplatz so stark angriffen, dass er starb – genauso wie der Mörder, der die junge Studentin vergewaltigte – genauso wie die vier Vergewaltiger (jugendliche unbegleitete Migranten), die nur Bewährungsstrafen erhielten.

Gibt es bei diesen Zuständen nicht Proteste?

Hier gibt es nichts. Und wenn einer aufmuckt, dann wird er öffentlich „hingerichtet“. Anwälte haben dann keine Chance mehr, wenn sie sich öffentlich äußern. Es gab da zuletzt einen Fall, aber ich weiß nicht, ob dieser „Kleinkram“ von Bedeutung ist. Ist wohl nicht Freiburg-spezifisch. Anderer Fall: Zuletzt gab es eine Hausdurchsuchung bei dem Anwalt, der diese Fotomontage machte**. Dummerweise ist er AfD-Mitglied. Also vogelfrei. Außerdem gibt es Farbbeutel-Anschläge (z.B. auf seine Kanzlei) u.ä. Offiziell sieht es so aus, als wären hier alle einer Meinung.

Bürger, die Probleme mit Immigranten klar benennen, werden von Anhängern der Willkommenskultur häufig als rechtsradikal eingestuft. Sehen Sie sich auch so?

Nein, ich war mein Leben lang zufriedener CDU-Wähler. Aber Schröder und Fischer mochte ich auch. Tja, so war das…. Heute schäme ich mich dafür….

Ich kann mich nicht daran gewöhnen, ein Rassist, ein Nazi, ein Fremdenfeind genannt zu werden. Aber es passiert in jeder Diskussion. Sogar alte Freunde wenden sich von mir ab. Mit „so einem“ will man nicht mehr zu tun haben. Facebook-Entfreundungen waren an der Tagesordnung.

Mein Freundeskreis, auch meine Partnerinnen, waren meist vegetarische Grünwähler. Das war bis zur Grenzöffnung kein großes Problem. Wir kamen aus. Jetzt zerreißt uns dieses Thema. Ich werde spürbar einsamer hier in Freiburg.

Ist mir wichtig, noch klarzustellen, dass ich bis zur Merkelkrise ein eher unpolitischer Mensch war, der zufrieden war und mehr oder weniger alles geglaubt hat, was ihm die Presse und das Fernsehen auftischten. Jetzt lese ich viel, informiere mich etc.

Wie sehen Sie Ihre Zukunft?

Ich versuche mich an den Gedanken zu gewöhnen, das Land zu verlassen. Mich ganz langsam, ganz vorsichtig daran zu gewöhnen. Vielleicht Ungarn. Der Osten ist ja auch Deutschland, und da wird es sich bald auch entwickeln wie im Westen.

Wenn ich allein lese, sehe oder höre, wie in den Medien über die Ostdeutschen, speziell die Sachsen, hergezogen wird, dann wird mir ganz anders. Sie schämen sich für die Landsleute in den neuen Ländern.

****

Zum Autor, der das Interview geführt hat: **Axel Robert Göhring** 40, freier Journalist und Biologe.

****

*Name aus beruflichen und Sicherheitsgründen geändert

** Der Anwalt Dubravko Mandic hatte Gesichter aktueller Politiker in ein Foto der Nürnberger Prozesse hineinmontiert.

http://www.pi-news.net/2016/11/prostituierte-berichtet-ueber-fluechtlinge/#more-543276
Prostituierte berichtet über „Flüchtlinge“
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelherbst
Barssel: Wegen versuchter Vergewaltigung muss sich seit Mittwoch ein 36 Jahre alter Flüchtling aus Barßel vor dem Oldenburger Landgericht verantworten. Er soll in der Nacht zum 8. Juli dieses Jahres eine 41-jährige Frau verfolgt, vom Fahrrad geschubst und ins Gebüsch gezerrt zu haben. Unter Schlägen und Würgen habe er dann versucht, den Geschlechtsverkehr mit der Frau zu erzwingen, so die Anklage. Erst als der Freund der Frau zu dem Geschehen dazukam, soll der Angeklagte von der weiteren Tatausführung Abstand genommen haben. Der Angeklagte stammt aus Pakistan. Der Freund der 41-Jährigen ist ein Landsmann von ihm. Die Männer wohnten in einer Flüchtlingsunterkunft in der Gemeinde Barßel. Die 41-Jährige hatte ihren Freund in der Unterkunft häufig besucht. Der Angeklagte ließ am Mittwoch kein gutes Haar an ihr. Sie sei häufig betrunken gewesen und habe gestört. Bezüglich des Anklagevorwurfes erklärte er: „Ich habe die Tat nicht begangen“. Und: „Ich hoffe, dass das Gericht meine Unschuld erkennt“. In der Tatnacht will der Angeklagte Fußball geschaut und die Unterkunft nicht mehr verlassen haben. Laut Anklage soll das aber nicht stimmen. Der Angeklagte soll vor der Tat den Freund der Frau gefragt haben, ob er einmal Sex mit ihr haben dürfte. Dieses Ansinnen wurde aber von dem Landsmann abgelehnt. Die Frau fuhr mit dem Fahrrad gerade davon, als den Ermittlungen zufolge auch der Angeklagte zu diesem Zeitpunkt die Unterkunft verließ. Nun soll er die Frau verfolgt und versucht haben, sie zu vergewaltigen. Weil er noch versuchen wollte, sie zum Bleiben zu bewegen, war auch der Freund der 41-Jährigen gefolgt. Er soll den Angeklagten ertappt haben. Nach Schilderung des Angeklagten jedoch sei er von dem Pärchen stets misshandelt worden, so der Angeklagte.
Bergisch Gladbach: Das Amtsgericht Bergisch Gladbach hat heute einen 28-jährigen Flüchtling aus dem Irak zu einer Geldstrafe von 600 Euro wegen Beleidigung verurteilt. Laut Staatsanwältin hatte der Angeklagte einer 19-Jährigen, in der Silvesternacht an der Theke einer Gladbacher Gaststätte, zwischen die Beine gefasst. Vor der Tür soll der Angeklagte die Frau danach noch ein weiteres Mal bedrängt haben. „Das alles war eine entwürdigende Herabsetzung ihrer Persönlichkeit und ein Angriff auf ihre Ehre“, so die Staatsanwältin. Zu der Tat wollte der 28-Jährige zunächst nichts sagen, wich immer wieder auf die schlimmen Erlebnisse der Jesiden, „sie haben uns vertrieben, alles genommen, getötet und vergewaltigt“ und den Erlebnissen auf der Flucht aus. Er habe mit seiner Frau und den fünf Kindern in Zelten hausen müssen. Im November 2015 seien dann alle sieben in Deutschland eingereist. „Silvester wollte ich mal sehen, wie die Deutschen feiern“, ließ der Angeklagte durch seinen Dolmetscher erklären. Er habe Alkohol getrunken, was ihm, als Jeside, erlaubt sei. Dann sei er in der Gaststätte von dem Bruder seines Opfers beleidigt worden. „Ich wurde als Terrorist bezeichnet, das Wort kenne ich.“ Er habe der 19-Jährigen in den Schritt gegriffen, um sich an dem Bruder zu rächen. Strafrichter Reinhard Bohn hakte nach: „Ich kann mir vorstellen, dass das in Ihrer Heimat verboten ist. Hier aber auch. Ist Ihnen klar, wie stark diese Vorfälle das Bild von Flüchtlingen beeinflusst haben?“ Es tue ihm leid, ließ der 28-Jährige übersetzen: „Ich sehe auch, wie

respektvoll hier miteinander umgegangen wird, selbst mit Tieren. Ich habe mich geändert, bin ein anderer Mensch geworden.“ Er entschuldige sich bei der Familie seines Opfers. Zur Feststellung seiner Einkünfte erklärte der Angeklagte, dass die siebenköpfige Familie 1700 Euro von der Arbeitsagentur erhalte. Miete habe er noch nicht zahlen müssen, werde demnach wohl vom Amt übernommen. Die Staatsanwältin forderte 60 Tagessätze zu je 40 Euro, also 2400 Euro Geldstrafe. Das Strafmaß liege zwischen einer Geldstrafe und zwei Jahren Haft. Für den Angeklagten spreche, dass es sich um einen Ersttäter handele, der durch sein Geständnis dem Opfer eine Aussage erspart habe. Der 28-Jährige brach in Tränen aus. „Ich habe fünf schulpflichtige Kinder, Sie wissen wie teuer das ist.“ Richter Bohn hielt einen Tagessatz von 10 statt 40 Euro für ausreichend. Übrigens: die zweite Belästigung seines Opfers endete für den Angeklagten im Krankenhaus: Der Bruder war seiner Schwester zur Hilfe gekommen und hatte dem 28-Jährigen die Nase gebrochen.
Wolfsburg: In Detmerode wurden am frühen Sonntagnachmittag zwei Schülerinnen im Alter von zehn und zwölf Jahren Opfer eines Exhibitionisten. Wie die Polizei mitteilt, verlief eine Fahndung nach dem Täter im Anschluss ohne Erfolg. Den Ermittlungen zufolge waren die beiden Mädchen mit ihren Inlinern auf der Theodor-Heuss-Straße unterwegs, als sie nahe der Fußgängerbrücke in Richtung des Abenteuerspielplatzes am Stralsunder Ring an einem Gebüsch den Unbekannten entdeckten. Der Täter habe sich in schamverletzender Weise gezeigt, so ein Beamter. Der schwarz bekleidete Gesuchte war circa 40 Jahre alt, 1,80 Meter groß und hatte dunkle kurze schwarze Haare. (Kommentar PI: Die Wolfsburger Polizei möchte anscheinend den Täter nicht finden, oder warum lässt Sie trotz ansonsten ausführlicher Beschreibung die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie weg?)
Füssen: Am Sonntagmittag wurde eine Urlauberin aus England auf einer Bank am Forggensee, nahe dem Festspielhaus in Füssen, von einem ihr unbekannten Mann am Oberschenkel angefasst. Der Mann setzte sich kurz zuvor neben die bereits auf der Bank sitzende 19-Jährige. Diese rannte daraufhin in Richtung Füssen davon. Der Mann verfolgte sie dabei jedoch und sprach sie immer wieder an. Der Mann schob dabei ein weißes Fahrrad. Zu weiteren Übergriffen kam es nicht, die Frau wurde jedoch noch bis in ein chinesisches Restaurant in der Fußgängerzone von dem Mann verfolgt. Beschreibung der Polizei: Der Mann ist ca. 1,65 m groß, hat ausländisches Aussehen, vermutlich mittlerer Osten, schwarze Haare welche an der Seite kurzrasiert und oben etwas länger sind.
Innsbruck: Am Montag um 6.30 Uhr hat sich in der psychiatrischen Abteilung der Uniklinik Innsbruck eine Sex-Attacke ereignet. Eine Krankenschwester konnte das Schlimmste verhindern.Der 18-jährige Tatverdächtige aus Somalia soll in den Morgenstunden in die Psychiatrie eingedrungen sein und sich auf eine Patientin gestürzt haben, die dort stationär untergebracht war. Glücklicherweise gelang es der 29-Jährigen, den Notrufknopf zu drücken und die Krankenschwester zu alarmieren. Wie die Landespolizeidirektion Tirol berichtet, riss die 40-Jährige den Mann von seinem Opfer weg und verständigte die Polizei. Der mutmaßliche Sextäter wurde festgenommen und in die Justizanstalt Innsbruck eingeliefert.
Esslingen: Wegen eines versuchten Sexualdeliktes ermittelt die Kriminalpolizei gegen zwei unbekannte Männer, die in der der Nacht zum Sonntag in Esslingen eine 31-jährige Frau unsittlich angegangen haben. Die 31-Jährige lief gegen Mitternacht zu Fuß von der Pliensauvorstadt über die Pliensaubrücke, als sie auf der Brücke von zwei Männern angesprochen wurde. Sie gab ihnen kurz Auskunft und bog dann nach links in den Färbertörlesweg in Richtung Bahnhof ab. Die Männer folgten ihr, umarmten sie von hinten und zogen sie über eine Leitplanke in ein Gebüsch. Die Frau wehrte sich heftig und konnte dadurch die Beiden in die Flucht schlagen. Die Männer wurden als ca. 160 cm groß, dunkel gekleidet, ca. 25-35 Jahre alt, dunkler Teint und Dialekt ähnlich Pakistani/Inder beschrieben.
Mannheim: Am frühen Freitagmorgen griff ein bislang unbekannter Täter am Cahn-Garnier-Ufer eine junge Frau an und entwendete deren Geldbeutel. Der Unbekannte schlich sich gegen 2.45 Uhr von hinten an die 22-Jährige heran, umarmte sie, versuchte sie zu küssen und fasste ihr über der Kleidung an die Brüste. Während dieses Übergriffs entwendete er unbemerkt aus der Umhängetasche der erschrockenen Frau die Geldbörse. Der Angegriffenen gelang es, sich durch starke Gegenwehr aus der Umklammerung zu lösen und in Richtung Neckarpromenade zu flüchten. Den Diebstahl der Geldbörse, in der sich ca. 3 Euro befanden, bemerkte sie erst im Laufe des Tages. Das

Kriminalkommissariat Mannheim hat die Ermittlungen aufgenommen. Der männliche Täter wurde wie folgt beschrieben: Ca. 170 cm – 180 cm groß, normale Statur, schwarzafrikanisches Erscheinungsbild. Der Mann sprach gebrochen Englisch.
Freiburg: Der 29jährige Flüchtling aus Syrien hatte in Freiburg für Aufregung gesorgt: Mehrfach war er aufgefallen, als er kleine Kinder von Spielplätzen, aus Geschäften oder Vorgärten „entführte", teilweise beischlafähnliche Bewegungen über deren Körper vollzog, aber zunächst nicht gefasst werden konnte. Schließlich konnte ein Elternteil ein Foto von dem Syrer machen, der sich auf Ansprache auch als Syrer zu erkennen gab. Nachdem zunächst mehrere Tage trotz vorliegenden Fotos keine öffentliche Fahndung mit Bild ausgelöst wurde, hat die Polizei den jungen Mann später doch festnehmen können: nach weiteren Taten. Bemerkenswert war, dass er sich für eine Tat ausgerechnet den Spielplatz vor dem Freiburger Gefängnis an der Tennenbacher Strasse ausgesucht hat, wo ebenfalls versucht wurde, Kinder vom Spielplatz wegzuziehen. Für den Versuch sexueller Nötigung von Kindern, Kindesmißbrauch und Kindesentzug verhängte das Landgericht Freiburg am heutigen Freitag die Haftstrafe von 2,5 Jahren. Üblicherweise werden Häftlinge aus solchen Haftstrafen spätestens nach der Verbüßung der Strafe in ihr Heimatland abgeschoben. Es sei denn, dort droht Ihnen der Tod. Auszug aus den ihm vorgeworfenen Taten: 2 Kinder von Spielplatz in Herdern entführt -Berührung einer 8jährigen in der Freiburger Mozartstrasse in sexueller Absicht - Minderjähriges Kind im Flüchtlingswohnheim bedrängt Kind im Bastelgeschäft in Freiburg bedrängt (17. März). Das Mädchen,welches er auf die Motorhaube eines Wagens gelegt hatte, um sich dann auf Ihr zu vergehen, ist bis heute besonders traumatisiert.
Eslohe: Ein 23-jähriger Zuwanderer aus Nigeria belästigte im Bus nach Eslohe zwei weibliche Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren, indem er mehrfach Körperkontakt zu ihnen aufnahm und sie auch anfasste. Bei der Überprüfung durch die hinzugerufenen Polizeibeamten versuchte der Mann zu fliehen und leistete bei den weiteren Maßnahmen erheblichen Widerstand, sodass Pfefferspray eingesetzt werden musste. Der Mann wurde festgenommen und der Polizeiwache Meschede zugeführt. Nach Abschluss kriminalpolizeilicher Ermittlungen und Klärung der Identität wurde er wieder entlassen.
Köln: Beamte des Kriminalkommissariats 12 haben in Zusammenarbeit mit dem LKA NRW einen türkischen Tatverdächtigen (21) identifiziert und festgenommen. Der 21-Jährige ist dringend verdächtig, gemeinsam mit einem bislang unbekannten Mittäter in der Nacht zum 3. September (Samstag) eine Frau (25) in der Kölner Innenstadt am Hansaring vergewaltigt und anschließend beraubt zu haben. Die Kölnerin verließ nach 4 Uhr morgens einen Club, um nach Hause zu fahren. Kurz bevor sie die S-Bahn Haltestelle Hansaring erreicht hatte, wurde sie von zwei Männern eingeholt. Unmittelbar darauf bedrängten die beiden die 25-Jährige und führten sie zu einer nahe gelegenen Grünfläche. Dort brachten die Täter die sich massiv wehrende Kölnerin zu Boden und vergewaltigten sie.

Mitteilungen an die Förderer der IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V., Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main
10/2016,2-3

Kuffar - Ungläubiger - oft zu hören in deutschen Flüchtlingsheimen. Wir geben den Opfern unsere Stimme

Für unsere Berichte über Nach-stellungen und Benachteiligungen von christlichen und jesidischen Christen in deutschen Flüchtlings-heimen Mitte dieses Jahres wurden wir von Politikern, Kirchenleuten und Journalisten schwer gescholten. Das hatte das weltoffene Deutsch¬land nicht wahrhaben wollen, dass mit der großen Zahl muslimischer Flüchtlinge auch solche mitkamen, die ihre Einstellung gegenüber Nichtmuslimen in deren Heimat hier nicht ablegen wollten. Viel schwerer aber wog der Vorwurf, dass deut-sches muslimisches Personal und arabisch- oder kurdischsprachige Übersetzer Christen und Jesi-den benachteiligt haben könnten. Fremdenfeindlichkeit gegenüber ausländischen Mitbürgern anderen Glaubens öffentlich zu vermuten, ging manchem Zeitgenossen ein¬fach nicht über die Lippen. Ein nicht genannter Kommentator der Katholischen Nachrichtenagentur meinte sogar: „Für manche seien negative Ereignisse ein willkomme¬ner Anlass, um

Propaganda gegen muslimische Flüchtlinge und den Islam zu machen". Nein, wir haben keine Propaganda gemacht, son¬dern Empfehlungen abgegeben und uns außerordentlich darüber gefreut, dass fast alle in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Kirchen im Au-gust 2016 aufgegriffen wurden.
Wir haben aber weiterhin nach-geschaut, Augenzeugen und christ-liche und jesidische Flüchtlinge befragt. IGFM-Mitarbeiterin Micha¬ela Koller, die studierte Journalistin leitet in der IGFM das Referat Religionsfreiheit/Verfolgte Christen, hat mehrere Christen interviewt. Ich habe zusammen mit unserem jesidischen Kollegen Al-Rasho wei¬terhin Schicksale jesidischer Frauen aufgenommen. Uns hat besonders interessiert, ob man unserem Rat gefolgt ist, christliche Flüchtlinge nicht in ihrer Minderheitenposition zu belassen, sondern durch Zusam-menlegung zu stärken, und ob man jesidische Frauen, die so viel Leid er-fahren haben, weiterhin muslimische Betreuer und Übersetzer zur Seite stellt. Wir lassen Flüchtlinge diese Fragen selbst beantworten (aus Sicherheitsgründen nennen wir die genauen Adressen der Unterkünfte nicht; wir schließen nicht aus, dass die Flüchtlinge inzwischen verlegt wurden.):

Alhabib, Rojeh, geboren am 17. 10. 1987 in Syrien Al-Suaida, Christ. aus christlicher Familie, derzeit in Sachsen-Anhalt. „Da ich ein Christ bin, kann ich nirgends meine christ-liche Religion ausüben. Ich kann vor lauter Angst nicht einmal mein Kreuz tragen. Muslimische Mitflüchtlinge bedrohen mich und streiten mit mir, um mich zu schlagen. So war es im August 2016. Ich habe die Polizei nicht informiert wegen der Angst vor ihnen, denn sie sind so zahlreich und konzentriert in diesen Heimen."

Ossama Mossleh, geboren am 4. April 1970 in Damaskus, Christ, römisch-katholisch, aus christlicher Familie, jetzt Frankfurt. „Ich wurde mehrere Male bedroht, weil ich an-geblich ein Apostat sei. Die Muslime im Heim haben meine Bibel zerris¬sen sowie Heiligenbilder, die ich bei mir hatte, weil dies mit dem Islam unvereinbar sei. Sie haben mich bestohlen und geschlagen mit den Worten: ‚Du Schwein, Du Apostat, Du Ungläubiger.' Das passierte im Monat Nissan (April)."

Samer Abd Allah Haddad, gebo-ren 6. Juni 1973, aus Horns, Christ, aus christlicher Familie, Unterkunft in Frankfurt. „Wir leben in ständiger Angst vor physischem so¬wie psychischem Terror. Die Bedrohung fängt verbal an; dann kommt das Mobbing, die bösen Blicke, das Stören im Alltag und die schlechte Be¬handlung die ganze Zeit. Die muslimischen Sozialarbeiter, die durchweg türkischen Ur¬sprungs sind, üben Druck auf uns aus und hassen die Syrer, besonders die Christen. Sie verfolgen uns auf Schritt und Tritt und spielen sich als Herren auf. Wir können ihnen nicht entkommen, sie beherrschen unser Leben und wir sind ihnen total ausgeliefert. Sie nützen unsere Notsituation aus."

Grigor Gorjian, geboren 1954, aus Aleppo, Christ, aus christlicher Familie, nun Flüchtling in Frankfurt. „Es gibt nur zwei Christen im ganzen Asylheim und die Muslime lassen uns nicht in Ruhe. Sie wollen, dass wir zum Islam konvertieren. Das letzte Mal war am 5. Juni (Beginn des Ramadan)."

Bahina, Marwa, geboren am 2. 3. 1993 in Mossul, Christin. jetzt Duisburg. „Die muslimischen Heimbewohner haben mich und meine Kinder als Heiden und Schweine-fresser beschimpft. Sie haben meine Kinder beleidigt, sie seien die Kin¬der von der soundso-Mutter. Sie for-derten uns mehrfach auf, auszuzie-hen und das Heim zu verlassen, weil wir nicht wie die anderen, normalen Menschen seien. Am 6. Juli 2016 tranken wir Kaffee mit anderen Gästen unter einem Baum und die Heimaufseher standen uns gegen-über. Ein muslimischer Aufseher zeigt auf seinen Hals, als hielte er ein Messer in der Hand, und meinte, wir seien keine Menschen, man müsse uns schlachten, weil wir Christen sind. Ein anderes Mal wollten wir beim Roten Kreuz Kleider aus der Kleiderkammer holen. Der Kleider-verwalter dort war ein Muslim. Jedes^Mal, wenn wir Kleider holen wollten, dagte dieer zu uns: Hir gibt es für euch nichts, ihr seid Kuffar nd diese
haben hier nichts zu suchen.'"

Als die Jesidin Shaha vom IS gefangen genommen wurde, war sie 21 Jahre alt, hatte einen einjährigen Sohn und war im vierten Monat schwanger. Vor ihren Augen wur¬den Mann, Bruder, Vater, Schwager ermordet. Sie wurde versklavt und vergewaltigt.

Shaha ist in einem Heim in Nord-deutschland untergekommen. In dem Heim leben vier Frauen mit vier Kindern. Das Heim wird geführt vom Sozialamt und hat in dem Heim vier Betreuerinnen und als Dolmetsche-rinnen eingesetzt: drei kurdische Musliminnen und eine muslimische Russin. Shaha bezeichnet das Ver-hältnis zwischen den jesidischen Frauen und dem muslimischen Personal als sehr angespannt. Sie ließen die Jesidinnen, obwohl im Rahmen der Sonderkontingentre-gelung aufgenommen, jederzeit wissen, dass sie nur Gäste auf Zeit seien. „Ihr seid nur zur Behandlung hier. Danach müsst ihr wieder zu-rück." Das Leben sei deshalb so schwer, weil sie keine Besucher, nicht einmal nahe Verwandte, die ein ähnliches Schicksal wie sie haben, empfangen dürfen. Selbst Verwandte dürfen das Gebäude nicht betreten. „Wenn Ihr andere Frauen trefft, dann weint ihr nur." sei das Argument der Betreuerinnen. Ihre Schwägerin, die Schwester ihres erschossenen Mannes, lebt in einem Heim in Schleswig-Holstein. Sie würde sich gerne mit ihr in Ruhe austauschen, denn ihre Schwägerin traf das gleiche Schicksal. Wenn es den Frauen doch gelang, Verwandte einzuschleusen, holten die Betreuer die Polizei und ließen die Gäste abführen.

http://www.pi-news.net/2016/11/acht-nordafrikaner-verpruegeln-47-jaehrigen/

Acht Nordafrikaner verprügeln 47-Jährigen

Gießen: Ein 47 – Jähriger, der einer anderen Person am frühen Dienstagmorgen in der Bahnhofstraße helfen wollte, ist selbst Opfer einer Straftat geworden. Die Polizei sucht dringen Zeugen, die Hinweise zu der Tätergruppe geben können. Zunächst hatte ein erster Zeuge gegen 01.35 Uhr die Polizei verständigt und mitgeteilt, dass in der Bahnhofstraße gerade eine Schlägerei stattfinden würde. Es stellte sich heraus, dass aus einer Gruppe von etwa acht Personen ein 47 – Jähriger, der im Bereich des „Mathematikums“ mit einem Bekannten unterwegs war und gegen eine Wand urinierte, angegriffen wurde. Die Personen stießen den Mann zu Boden und traten auf ihn ein.
Genau zu diesem Zeitpunkt fuhr ein Taxi daran vorbei. Der Taxifahrer blieb stehen und alle Insassen stiegen aus, um der Person, die auf dem Boden lag, zu helfen. Unter den beiden Mitfahrern im Taxi befand sich auch ein weiterer 47 – Jähriger. Nachdem die drei Personen dazwischen gingen und den Angriff beendeten, wurde der Helfer aus dieser achtköpfigen Gruppe heraus mit einem Messer angegriffen. Der 47-Jährige erlitt eine Stichverletzung im Bauchbereich. Nach dem Vorfall rannten alle Personen in die Liebigstraße und warteten vor einem Hotel auf die Polizei. Offenbar trat einer der Angreifer, die in Richtung Bahnhof flüchteten, auch gegen das Taxi des Zeugen. Der 47-Jährige Helfer wurde in ein Krankenhaus gebracht. Es wurde vermutlich nicht schwerer verletzt. Die zweite geschädigte Person erlitt Prellungen und musste zunächst nicht weiter behandelt werden. Die Gießener Polizei sucht dringend Zeugen, die Hinweise zu dieser Gruppe, die sich in der Nacht zum Dienstag am Bahnhof und in der Bahnhofstraße aufhielt, geben können. Dabei soll es sich möglicherweise um Nordafrikaner handeln. Einer der gesuchten Personen soll auffallend lange schwarze Haare haben.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter / Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Künzell/Bachrain: Ein 50-jähriger Mann aus Künzell wurde am frühen Mittwochmorgen (23.11), gegen 04:50 Uhr, zum Opfer eines Überfalls im Ronsbachweg. Nach seinen Angaben hielt plötzlich ein dunkler oder schwarzer Audi A6 oder A8 neben ihm an. Drei vermummte Mäner stiegen aus und schlugen unvermittelt mehrmals mit Baseballschlägern auf den Geschädigten ein. Dabei verletzten sie ihn so schwer, dass er in das Klinikum Fulda eingeliefert werden musste. Bevor sie wieder davonfuhren, sollen sich die Täter in einer ausländischen Sprache verständigt haben.
Wilhelmshaven: Am Montagmittag, 21.11.2016, alarmierte ein Zeuge die Polizei, weil es im Totenweg zu einer gefährlichen Körperverletzung zwischen zwei Personen gekommen sein soll. Der Täter sei in Richtung Bismarckstraße flüchtig. Nach ersten Erkenntnissen soll ein Streit zwischen zwei Männern eskaliert sein. Ein aufmerksamer Zeuge habe im Totenweg/Kirchreihe Geschrei gehört und gesehen, wie eine männliche Person auf dem Gehweg liegende Person getreten hätte. Danach sei der Täter Richtung Bismarckstraße gelaufen. Der südländisch, kräftig aussehende Täter soll ca. 35 Jahre und 185 cm groß gewesen sein und zur Tatzeit eine helle Jacke, eine dunkle Hose und dunkle Turnschuhe getragen haben. Bei dem Opfer handelt es sich um einen 57-Jährigen, der durch die Tritte verletzt und ärztlich behandelt werden musste.
Plauen: Auf der Liebknechtstraße wurde ein 21-Jähriger in der Nacht zum Dienstag, gegen 0:20 Uhr von einer unbekannten Person ausländischer Abstammung geschlagen. Danach entfernte sich der Täter stadteinwärts. Der Geschädigte musste sich in ambulante Behandlung begeben.Der Tatverdächtige ist etwa 170 bis 180 Zentimeter groß, hat dunkles – an den Seiten kurz rasiertes – Haar und war mit einer dunklen Hose sowie hellen Jacke bekleidet.
Holzkirchen: Am Dienstag, den 15.11.2016 gegen 13 Uhr, kam es in der Marienpassage in Holzkirchen zu einer Gewalttat durch einen pakistanischen Staatsangehörigen. Der seit kurzem in der Traglufthalle Holzkirchen untergebrachte zirka 40-jähriger Mann machte seinem Ärger über die Verlegung in die Traglufthalle Holzkirchen durch lautes Schimpfen und Schreien in der Nähe des Rathauses Luft. Als er auf seinem Weg in Richtung Bahnhof in der Marienpassage auf eine 20-jährige Holzkirchnerin traf, schlug er ihr unvermittelt zweimal mit der Hand auf den Kopf. Der jungen Frau wurde neben einem gehörigen Schrecken durch die Schläge schwarz vor Augen und sie klagte bei der polizeilichen Aufnahme über starke Kopfschmerzen. Sie ließ sich anschließend ärztlich behandeln. Weil die Frau verängstigt um Hilfe schrie, wurde eine 54-jährige Angestellte aus Holzkirchen auf sie aufmerksam. Die Dame war gerade am Marktplatz aus einem Bus gestiegen und hörte die Schreie der jungen Frau. Sie eilte ihr zu Hilfe. Als sie bei dem Pakistani angekommen war, holte dieser weit aus und schlug ihr mit der flachen Hand ebenfalls ins Gesicht. Durch die Wucht des Schlages ging die Frau zu Boden. Sie erlitt dabei eine starke Rötung der Gesichtshälfte. Durch den Aufprall auf dem Boden prellte sich die Frau beide Handballen. Weitere herbeieilende Passanten konnten weitere Übergriffe verhindern und den Täter in die Flucht schlagen. Dank einer vorhandenen Täterbeschreibung konnte der Mann binnen weniger Minuten von Zivilkräften der Polizeiinspektion Holzkirchen noch in Tatortnähe festgenommen werden.

Bei seiner Überprüfung wurde festgestellt, dass der Mann polizeilich gesucht wurde. Der Täter wurde wegen einer zu vollstreckenden Freiheitsstrafe noch am gleichen Tag in eine Justizvollzugsanstalt verbracht.
Innsbruck: Türken schlagen Frauen bewusstlos. Während die beiden jungen Männer gerade aus dem Taxi ausgestiegen waren, äußerte sich ein unbekannter Passant auf der Straße mit „Scheiß Ausländer“ in Richtung der Beiden. Da unmittelbar nach dem Aussteigen der Genannten mehrere Damen dieses Taxifahrzeug benützen und einsteigen wollten, nahmen die Beiden an, dass sie von diesen beleidigt wurden. Daraufhin gingen die Männer grundlos mit mehreren Faustschlägen gegen drei der weiblichen Lokalgäste vor. Diese wurden im Gesichtsbereich attackiert und gingen sofort zu Boden. Zwei Frauen wurden durch die heftigen Faustschläge am Kopf bewusstlos, stürzten zu Boden und wurden unbestimmten Grades verletzt. Die dritte Frau wurde ebenfalls attackiert und erlitt eine leichte Verletzung. Alle drei Frauen wurden mit angeforderten Rettungsfahrzeugen in die Unfallambulanz des LKH Innsbruck verbracht.
Düsseldorf: In einem Restaurant zwischen der Ost- und der Pionierstraße hat ein mittlerweile identifizierter Täter (50) einem 34-Jährigen mehrfach in die Beine geschossen. Das Opfer wurde schwer verletzt und befindet sich in ärztlicher Behandlung, Lebensgefahr bestand nicht. Nach dem flüchtigen Täter wird bundesweit gefahndet! Die beiden Männer waren gegen 21 Uhr in Streit geraten, in dessen Verlauf die Schüsse fielen. Der Täter flüchtete in Richtung Pionierstraße, wo er in einem Blumenkübel die Waffe entsorgte. Die scharfe Pistole der Marke Sig Sauer, Kaliber 9 Millimeter, wurde sichergestellt und wird nun kriminaltechnisch untersucht. Beim Täter handelt es sich um einen 50-jährigen Düsseldorfer mit türkischer Staatsangehörigkeit, der bereits wegen Drogen- und Gewaltdelikten polizeibekannt ist. Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft beurteilt die Tat aktuell als gefährliche Körperverletzung, die Hintergründe waren zunächst unklar.
Weinheim: Am Montag kam es aus bislang unbekannter Ursache gegen 14 Uhr in der Mierendorffstraße zu Streitigkeiten. Nach bisherigem Kenntnisstand waren ein 16-Jähriger und ein bislang unbekannter Besucher beteiligt. Im Verlauf der Auseinandersetzung griff der unbekannte Täter zu einem Messer und stach dem jungen Mann damit in den Oberkörper, bevor er aus der Wohnung flüchtete. Der Verletzte wurde vor Ort von einer Rettungswagenbesatzung versorgt und in ein Krankenhaus gebracht. Über die Schwere der Verletzungen ist bislang noch nichts bekannt. Die Beamten des Kriminalkommissariats Mannheim haben die Ermittlungen aufgenommen. Der geflüchtete Täter wird wie folgt beschrieben: Circa 18 bis 20 Jahre alt, etwa 1,85 m groß, kurze, schwarze Haare, südländisches Aussehen, dunkel gekleidet.
Königs-Wusterhausen: Seit Samstagmorgen laufen die Ermittlungen der Kriminalpolizei zu einer Körperverletzung, die der Polizei am Freitag um 23:00 Uhr gemeldet worden war. Aus einer Personengruppe heraus hatte am Fontaneplatz ein 18-jähriger Syrer einen 20-jährigen Deutschen nach einem zunächst verbalen Streit offenbar ins Gesicht geschlagen.
Limburg: In der Nacht zum Sonntag wurde ein 25-jähriger Mann aus Altendiez in einer Diskothek in der Elzer Straße in Staffel durch eine Flasche verletzt. Der Mann hielt sich am Samstag zwischen 03.00 Uhr und 04.00 Uhr in der Diskothek auf, als er von einem unbekannten Mann mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen wurde. Durch den Angriff wurde der Mann schwer verletzt und musste stationär in einem Krankenhaus aufgenommen werden. Der Angreifer konnte von dem Geschädigten beschrieben werden. Er soll ca. 35 Jahre alt und 1,90 cm groß gewesen sein und habe ein dunkles Oberteil getragen. Des Weiteren wäre die Person korpulent gewesen, habe schwarze Haare mit grauen Strähnen und ein südländisches Aussehen gehabt.
Wermelskirchen: Am Dienstagabend sind ein 17-Jähriger und ein 16-Jähriger auf der Straße Eich von einer Personengruppe angegangen und leicht verletzt worden. Gestern Abend (15.11.) waren die Wermelskirchener mit einem Freund an der Eich verabredet. In Höhe des Kreisverkehrs, so gibt der 17-Jährige später an, seien ihnen sechs unbekannte Männer entgegen gekommen. Sie murmelten etwas Unverständliches und griffen den 17-Jährigen mit Faustschlägen an. Sein 16-jähriger Bruder kam ihm zur Hilfe. Als dieser den Notruf wählen wollte, schlug einer der Angreifer das Handy aus der Hand. Weitere Zeugen riefen die Polizei. Die Schläger ließen ab und gingen in Richtung der Straße Schwanen. Die südländisch wirkenden Männer sollen circa 20-25 Jahre alt gewesen sein. Allesamt waren Bartträger oder hatten mindestens einen Dreitagebart. Einer der Täter war auffällig korpulent, die anderen von normaler Statur. Der ganze Vorfall spielte sich gegen 20.00 Uhr auf offener Straße am Kreisverkehr Jörgensgasse/ Eich ab.
Braunschweig: Gegen 01.00 h – 19.11.16 – wurden zwei junge Salzgitteraner – 18 und 20 Jahre alt -, beide erheblich unter Alkoholeinfluss stehend, auf dem Rathausvorplatz von einer Gruppe von bis zu 5 männlichen Personen zunächst verbal, anschließend tätlich angegriffen, der 20- Jährige wurde dabei seines in Gürteltasche mitgeführten Schweizer Offiziermessers verlustig. Der Ältere erlitt leichte Verletzung an der Unterlippe, ohne dass ärztliche Versorgung notwendig wurde. Die Täter wurden beschrieben als ’südländisch, 25 bis 30 Jahre alt, dunkle, gegelte Haare, Bartträger, Lederjacken tragend, untereinander Türkisch sprechend,.
Karlsruhe: Zwei 16 und 17 Jahre alte Jugendliche haben am Mittwoch gegen 22.20 Uhr einen Mann am Albtalbahnhof angegriffen. Von Zeugen konnte zunächst eine lautstarke Auseinandersetzung zwischen drei Personen beobachtet werden. Im Lauf des Streites wurde der 48-Jährige dann mit Steinen und Flaschen beworfen. Anschließend gingen die Jugendlichen mit Fäusten auf den Mann los. Durch den Angriff stürzte er auf den Boden und wurde dort von beiden Angreifern getreten. Der 48-Jährige wehrte sich daraufhin und verletzte den 17-Jährigen im Gesicht. Als die Zeugen dazwischen gingen entfernten sich die Jugendlichen. Sie konnten in

Tatortnähe festgenommen werden. Sowohl der 17-jährige Tunesier als auch der 16-jährige Algerier standen unter Alkoholeinwirkung.

Weiden: Eine 54-jährige Weidenerin ging am Montag, 7. November, gegen 22.30 Uhr mit ihrem Hund in der Pfannenstielgasse in Weiden spazieren, als sie von einem unbekannten Mann in einer ihr unbekannten Sprache angesprochen wurde. Dabei habe sich der Mann auf eine ihr unangenehme Weise auch angenähert. Als die Dame daraufhin verbal energisch auftrat und ihr Missfallen kundtat, wurde sie von dem Unbekannten ins Gesicht bespuckt. Der Täter wurde als schlank und rund 1,65 Meter groß beschrieben, sein scheinbares Alter wurde auf 20 Jahre beziffert. Auffällig sei seine annähernd nicht vorhandene bzw. ungepflegte untere Zahnreihe gewesen.

München ist „bunt"…

Am Sonntag, 20.11.2016, kurz vor 20.30 Uhr, kam es vor einem Schnellrestaurant am Münchner Stachus (Karlsplatz) zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen mehreren ausländischen jungen Männern. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurden zwei afghanische Staatsangehörige (17 und 19 Jahre) mittels eines unbekannten Gegenstands im Oberkörperbereich schwer verletzt. Im Laufe der Nacht wurden im Krankenhaus bei dem 17-Jährigen lebensbedrohliche Verletzungen festgestellt. Vor Ort konnte durch die polizeilichen Einsatzkräfte ein 17-jähriger Syrer vorläufig festgenommen werden. Dieser räumt ein, einen der beiden Männer verletzt zu haben. Aufgrund des Verletzungsbildes übernahm die Mordkommission München die weiteren Ermittlungen. Derzeit befinden sich die beiden Verletzten außer Lebensgefahr. Die Hintergründe der Auseinandersetzung sowie die Tatbeteiligungen und genauen Tatörtlichkeiten bedürfen noch umfangreicher Ermittlungen. (Pi fragt: Wo bleiben die Lichterketten und flammenden Aufrufe gegen „rechts"? Schließlich wurde ein „Flüchtling" lebensgefährlich verletzt.)

Bremen: Kriminelle Asylbetrüger dürfen bleiben

24 „ unbegleitete minderjährige Ausländer" wollte Innensenator Mäurer (SPD) abschieben. Doch die Staaten Marokko und Algerien weigerten sich, die Jugendlichen wieder aufzunehmen! Das geht aus einer Bürgerschafts-Anfrage der Partei „Bürger in Wut" hervor. Sprecher Jan Timke: „Hier wird das Abkommen gebrochen, das Bundesinnenminister de Maizière mit den Mahgreb-Staaten geschlossen hat. Bremen muss jetzt Druck in Berlin machen, damit nachgebessert wird." Die Teens sind polizeibekannt wegen Raubstraftaten. Eine Sprecherin des Innensenats: „Wir hoffen, dass weitere Gespräche auf höchster Ebene uns helfen, diese hochkriminellen jungen Ausländer wieder los zu werden." (Kleiner Tip an die AfD: Macht doch mal Demos vor den Botschaften der Asi-Staaten, und thematisiert dies solange bis sich jeder Deutsche überlegt, in diesen deutsch-feindlichen Ländern Urlaub zu machen. Nebenbei erhalten diese Länder alle Entwicklungshilfe in Millionenhöhe von uns).

80 Prozent kommen schon mal gar nicht zum Vorstellungsgespräch

Rötzer sieht die Probleme aber nicht in der Bürokratie, sondern vor allem bei den Flüchtlingen selbst. Unter ihnen seien durchaus tüchtige und anständige Mitarbeiter zu finden, sagte er. „Leider sind diese aber die Ausnahme." Die fünf Küchenhelfer aus Eritrea, Syrien und Pakistan, die aktuell bei ihm arbeiten, seien aus 240 Bewerbern ausgesucht. „80 Prozent kommen schon mal gar nicht zum Vorstellungsgespräch", erzählt der 56-jährige Gastronom. Im nächsten Schritt würden manche nicht zum Probearbeiten erscheinen oder den Versuch nach wenigen Stunden abbrechen. „Die sind schon motiviert, aber sie haben oft eine andere Einstellung zur Arbeit", bestätigt Monja Rohwer, Geschäftsführerin des Jobcenters Aruso, diese Erfahrungen. Die Sprache bleibe das größte Problem, erzählt sie. Dazu kämen auch kulturelle Hürden. Zum Beispiel müsse der eine oder andere Aruso-Kunde noch lernen, dass in Deutschland auch eine Frau zum Lebensunterhalt einer Familie beiträgt (Auszug aus einem Artikel des Merkur).

Multiple Persönlichkeit verhaftet

Kupfermühle: Gestern Mittag wurde im Rahmen der dänischen Grenzkontrollen ein Somalier, der ausweislos war, an die Bundespolizei übergeben. Zwecks Identitätsfestellung wurde der Mann mit zur Dienststelle genommen. Dort stellten die Beamten fest, dass der Somalier stark alkoholisiert war. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 2,87 Promille. Der Mann zeigte jedoch keine Ausfallerscheinungen. Nach der erkennungsdienstlichen Behandlung hatten die Bundespolizisten dann Klarheit: der 33-jährige Somalier war bereits hinreichend polizeilich bekannt, verfügte über 16 verschiedene Namen und hatte bereits im Oktober einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Auch zwei Aufenthaltsermittlungen kamen heraus.

Syrischer Nackedei möchte Kinder beim Turnen zuschauen

Bestwig. Am Montag um 17.50 Uhr fand ein Kinderturnen in einer Sporthalle an der Mallinckrodtstraße statt. Hier störte ein benachbarter Zuwanderer aus Syrien den Turnbetrieb. Außerhalb der regulären Sport- und Übungszeiten ist es dem Mann gestattet die Duschen der Sporthalle zu nutzen. Trotz dieser Vereinbarung stand der Mann nahezu unbekleidet außerhalb der abgestimmten Zeiten in der Turnhalle. Trotz mehrfacher Aufforderung der Eltern verließ er nicht die Halle. Auch gegenüber der Polizei zeigte er sich uneinsichtig. Daraufhin wurde der Mann dem Polizeigewahrsam in Meschede zugeführt. Dieses konnte er am späten Abend, nach der letzten Sportstunde, wieder verlassen. Gegen den Mann wird nun wegen Hausfriedensbruch ermittelt.

https://www.wochenblick.at/gewalt-explodiert-asylwerber-wueten-in-turin/
Nicht nur ein heftiges Hochwasser plagt zur Zeit die Einwohner der norditalienischen Stadt Turin: Im ehemaligen olympischen Dorf der Straße demonstrieren Asylwerber aus Afrika seit Tagen. Laut italienischen Medien befinden sich rund 1.500 von ihnen auf der Straße.
„Hier hat ein Bürgerkrieg zwischen Anwohnern und Einwanderern begonnen", berichtet die italienische Zeitung „Libero Quotidiano". „Die Flüchtlinge sind auf die Straße zurückgekehrt: Sie haben Müllcontainer auf die Straße geschmissen und Gegenstände auf Personen geworfen, die Terrorisierten versteckten sich in Läden, die nun gezwungen waren, zu schließen", heißt es in einem Bericht der Zeitung „La Stampa". Straßen wurden für den Autoverkehr blockiert.
„Allah wird uns bei unserer Rache führen"
Besonders brisant: Unter den gewalttätigen Asylwerbern befinden sich offenbar Islamisten. Aus der wütenden Menge heraus wurde unter anderem auf Italienisch gerufen: „Allah wird uns bei unserer Rache anführen". Bereits seit Mittwoch kam es immer wieder zu starken Krawallen rund um das von Asylwerbern seit Jahren illegal besetzte Haus „Moi".
„Haltet eure Kinder ruhig, auch unsere Geduld wird früher oder später enden", habe ein junger Afrikaner gedroht. „Stirbt jemand von uns, stirbt einer von euch". Das Attentat auf den Nachtclub Bataclan wäre aus Sicht eines Demonstranten „die Rache der Ausgeschlossenen" gewesen, berichtet „La Stampa".
Österreichische Medien schweigen
Im Zuge der Krawalle explodierten auch drei Briefbomben in der Nähe des illegal besetzten Hauses. Ob es sich um ein Krieg unter den Afrikanern oder einen fremdenfeindlichen Anschlag handelte, ist vorerst unbekannt. Erst im Mai 2015 wurde eine geistig behinderte, 20jährige Frau in dem Turiner Viertel von drei Afrikanern brutal vergewaltigt. Die Täter bewohnten das illegal besetzte Haus Moi. Bereits 2014 und 2015 kam es in Turin immer wieder zu Demonstrationen durch illegal aufhältige Asylwerber.
Während österreichische Medien vor allem über die starken Unwetter im Nordosten Italiens berichten, ist in unseren Medien nichts vom Ethno-Krieg in Turin zu lesen. Auch der durch Zwangsgebühren finanzierte ORF setzt spürbar andere Prioritäten:
Ein Spielfilm über die Kontaktaufnahme mit Außerirdischen sowie die Wahlempfehlung einer 89-Jährigen für Van der Bellen genießen beim ORF offenbar eine höhere Priorität als die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Turin. Eine bemerkenswerte Meldung findet sich bei detaillierter Recherche.
So meldet die Sendeanstalt, dass Italien Soldaten nach Mailand entsende. Dies diene der „öffentlichen Sicherheit". Nach einigen Absätzen heißt es: „Mailand ist auch mit Protesten wegen der hohen Zahl von Flüchtlingen und Migranten konfrontiert, die in der Metropole versorgt werden."
Ein Anwohner nahm in Turin dieses Video auf und hielt die schlimmen Szenen fest:

http://www.pi-news.net/2016/12/terror-fluechtling-kostete-uns-50-000-euro/#more-544427
Terror-„Flüchtling" kostete uns 50.000 Euro
terrorAm 30. Juni 2015 drang der Pakistaner Riaz Khan Ahmadzai alias Muhammad Riyad, so wie ihn der Islamische Staat nannte, in unser Land ein. Er behauptete, 16 Jahre jung zu sein und und aus Afghanistan zu kommen, was gelogen war. Der Koranglaubige schlug in einem Zug bei Würzburg unter „Allahu-Akbar"-Rufen mit einer Axt auf vier Menschen ein und verletzte drei davon schwer. Als er seinen Djihad gegen Ungläubige außerhalb des Zuges fortsetzte, hieb er seine Axt einer Spaziergängerin zwei Mal ins Gesicht und ging dann auch auf einen Polizisten los, der ihn folgerichtig erschoss. Der mohammedanische Invasor verursachte aber nicht nur Schrecken, sondern auch noch Kosten in Höhe von 50.000 Euro.
(Von Michael Stürzenberger)
Der Terrorist schmarotzte sich elf Monate in einem Münchner Kolpinghaus auf unsere Kosten durch, was bei einem Tagessatz von 145 Euro insgesamt 47.850 Euro verschlang. Die „Inobhutnahme" nach der Ankunft schlug mit 2000 Euro zu Buche. Die Pflegefamilie, bei der Riaz Khan Ahmadzai zwei Wochen lebte, erhielt 1200 Euro im Monat. Möglicherweise zusätzlich angefallene Arztkosten lassen sich laut Münchner Merkur aufgrund des komplizierten Erstattungsverfahrens nur sehr schwer personalisieren.

Dies ist nur ein Fall von zehntausenden sogenannten „MUFLs“, minderjährigen unbegleiteten „Flüchtlingen“. Die Raute des Grauens will mit diesem Asyl-Irrsinn aber immer weiter so herumfuhrwerken. Wenn sie niemand politisch stoppt, wird sich Deutschland finanziell irgendwann auf dem Niveau eines Dritte-Welt-Landes befinden mit Zuständen, die denen eines bürgerkriegsgeschüttelten islamischen Krisenstaates ähneln.

http://www.n-tv.de/panorama/Tatverdaechtiger-ist-17-jaehriger-Afghane-article19245276.html
Samstag, 03. Dezember 2016
Mord an Freiburger Studentin
Tatverdächtiger ist 17-jähriger Afghane
Nach wochenlanger Ermittlungsarbeit im Fall der vergewaltigten und ermordeten Freiburger Medizinstudentin nimmt die Polizei einen Tatverdächtigen fest: Ein DNA-Abgleich legt nahe, dass ein 17-jähriger Flüchtling aus Afghanistan die Tat begangen hat.
Im Fall der vergewaltigten und ermordeten 19 Jahre alten Medizinstudentin aus Freiburg hat die Polizei einen Tatverdächtigen gefasst. Es handelt sich nach Angaben von Staatsanwalt Dieter Inhofer um einen 17-jährigen unbegleiteten Flüchtling aus Afghanistan. Er war 2015 mutmaßlich illegal und ohne seine Familie nach Deutschland eingereist und zuletzt bei einer Pflegefamilie untergebracht worden.
Der 17-Jährige sitzt seit Freitag wegen des dringenden Tatverdachts der Vergewaltigung und des Mordes in Untersuchungshaft. Es gebe bislang keine Verbindung zu der Tat in Endingen, wo wenige Wochen nach dem Mord in Freiburg eine 27-jährige Joggerin ermordet aufgefunden worden war. Bisher seien aber noch nicht alle Spuren ausgewertet, hieß es vonseiten der Kriminalpolizei.
Die Leiche der jungen Freiburger Studentin war am 18. Oktober am Fluss Dreisam gefunden worden. Die Autopsie der Leiche habe ergeben, dass sie ertrunken ist, sagte der Soko-Leiter David Müller. Die 19-Jährige war nach bisherigen Erkenntnissen mit ihrem Fahrrad auf dem Heimweg von einer Uni-Party, als sie Opfer des Verbrechens wurde. Man habe durch Vernehmungen und durch eine webbasierte Umfrage die Zeit vor der Tat nahezu lückenlos rekonstruieren können, sagte Müller.
Durch Haar und Schal überführt
Ein schwarzer Schal im Flussbett der Dreisam spielte den Angaben nach eine wichtige Rolle bei der Aufklärung des Sexual- und Gewaltverbrechens. Er gehörte sehr wahrscheinlich dem Tatverdächtigen. Das hätten Videoaufzeichnungen aus der Tatnacht von Überwachungskameras der Freiburger Verkehrsbetriebe nahegelegt. Zudem sei in einem Brombeerbusch am Tatort ein 18,5 Zentimeter langes schwarzes Haar mit teilweiser Blondierung gefunden worden, das nach kriminaltechnischer Untersuchung dem Tatverdächtigen zugeordnet werden konnte. Anhand dieser Hinweise habe die Polizei seit dem 30. November nach dem Jungen gefahndet.
Nach der Festnahme am Freitag sei dem Tatverdächtigen dann eine DNA-Probe entnommen worden. Sie habe mit Spuren, die am Leichnam der Medizinstudentin sichergestellt worden waren, übereingestimmt. Die Polizei hatte zudem etwa 1400 Menschen vernommen und rund 1600 Hinweise geprüft - darunter die auf ein herrenloses Fahrrad in der Nähe. Es wird vermutet, dass es sich um das Rad des Tatverdächtigen handelt.
Bisher hat die Polizei keine Erkenntnisse darüber, ob es vor der Tat irgendeine Beziehung zwischen dem Jungen und der Studentin gegeben hat. Zudem sei der junge Mann zuvor - abgesehen von seiner mutmaßlich illegalen Einreise nach Deutschland und einer Prügelei unter Jugendlichen - nicht strafrechtlich auffällig geworden.
Quelle: n-tv.de , jug/AFP

http://www.pi-news.net/2016/12/das-tote-maedchen-und-das-kranke-land/#more-544671

Das tote Mädchen und das kranke Land

Es gibt Verbrechen, die nicht nur Auskunft geben über Täter und Opfer, sondern auch über den Zustand der Gesellschaft und des Landes, in dem sie geschehen. Die Demütigung, Schändung und Ermordung der 19-jährigen Medizinstudentin Maria in Freiburg ist zweifellos ein solches Verbrechen. Daran werden die ebenso verdächtigen wie widerlichen Beschwichtigungen und Relativierungen der Verantwortlichen der „Willkommenskultur“ samt ihrer Medienprostituierten überhaupt nichts ändern. Im Gegenteil, dieser Chor der Warner vor Pauschalurteilen und Volkszorn bestätigt nur, dass diejenigen, die den mutmaßlichen Mörder 2015 über die Staatsgrenze gelangen ließen, sehr genau wissen um ihre Mitschuld an dieser schrecklichen Tat, die nicht die erste eines Merkel-„Flüchtigen“ war und leider nicht die letzte gewesen sein wird.

(Von Wolfgang Hübner, Frankfurt)

Das tote Mädchen stammte aus einer Familie der gesellschaftlichen bundesrepublikanischen Elite, die sehr bemüht ist, weltoffen, tolerant und fremdenfreundlich um fast jeden, ja sogar um jeden Preis zu sein. In diesem Geist war Maria sicherlich erzogen worden, das hatte diese Elitetochter dazu veranlasst, sich in zweifellos aufrichtiger und idealistischer Weise für Merkel-„Flüchtige“ zu engagieren. Es gibt keinen Grund, ja es ist geradezu widerwärtig, die Ermordete dafür mit Hohn oder Sarkasmus noch postum zu überhäufen. Denn Maria hat nur das gemacht, was die doppelt und dreifach geschützte Bundeskanzlerin dem deutschen Volk angeraten hat, nämlich in direkten Kontakt zu den fremdkulturellen „Flüchtigen“ zu treten. Und es ist wohl anzunehmen, dass auch die Eltern des toten Mädchens ganz und gar nichts gegen dessen Engagement hatten.

Marias Vater ist ein hoher EU-Funktionsträger und als Christ in der katholischen Amtskirche aktiv. Er ist ausweislich eines dokumentierten Textes ein aktiver Befürworter jener „Willkommenskultur“, die seiner Tochter nun das blühende junge Leben gekostet hat. Auch das ist aus Gründen menschlichen Anstands und Mitgefühls kein Anlass zu Hohn und Spott. Es gibt allerdings einen zwingenden Grund zur Frage, was Marias Eltern bewegt hat, in der Todesanzeige für ihre Tochter so gar keinen Zorn oder Verzweiflung über dieses abscheulich brutale, gewaltsame Sterben ihres Kindes zum Ausdruck zu bringen. Maria ist nämlich nicht an einer schicksalhaften Krankheit oder einem tragischen Unfall gestorben, sondern einem sexhungrigen Mörder, der nach der Befriedigung seiner Lust sein Opfer in einem Fluss „entsorgte“, zum Opfer gefallen.

Dieser Tat darf, auch nicht vom Gebot der christlichen Nächstenliebe, der Zorn der Verbliebenen, der Ruf nach Strafe verweigert werden. Zum Zeitpunkt des Erscheinens der Todesanzeige konnten die Eltern und Schwestern von Maria zwar noch nicht wissen, wer als mutmaßlicher Täter gefasst werden würde. Aber sie konnten zu diesem

Zeitpunkt keineswegs ausschließen, dass als Täter auch ein Merkel-„Flüchtiger“ in Frage kommen könnte. Es gehören schon ein geradezu irrationaler Trotz und auch eine ideologisch motivierte Ignoranz dazu, in Ungewissheit über den Ausgang der Tätersuche in der Todesanzeige zu Spenden für ein Freiburger Projekt für „Flüchtige“ aufzurufen.
Mit der grausamen Wahrheit über den Tod ihrer Tochter muss nun die Familie leben, nämlich das eigene Kind einer moralimperialistischen Anmaßung der Betreiber und Befürworter der „Willkommenskultur“ zum Opfer gebracht zu haben. Wie wollen die Eltern mit dieser ungeheuren Last leben? Aber es geht nicht allein um diese Eltern aus der gesellschaftlichen Elite Deutschlands. Es geht vielmehr darum, dass den ob dieser Tat und anderer Taten empörten, zornigen und zutiefst verunsicherten Bürgern dieses Landes nun regelrecht verboten werden soll, ihrer Empörung, ihrem Zorn und ihrer Verunsicherung Ausdruck zu geben.
Was auch immer die Eltern von Maria daran hindern mag, eine ganz natürliche, ja individuell und gesellschaftlich überlebensnotwendige Reaktion zu zeigen – wir Empörten, Zornigen und Verunsicherten dürfen um keinen Preis akzeptieren, uns ausgerechnet von denen die Reaktion vorschreiben zu lassen, die sich als ebenso unfähig und unwillig erwiesen haben, die Grenze unseres Landes wie auch vor den keineswegs überraschenden Folgen der Merkel-Invasion zu schützen.
Ein Land, dessen politische und mediale Klasse am liebsten die barbarische Vergewaltigung und Ermordung eines jungen Mädchens als regionales Detail behandelt sehen möchte, ist ein zutiefst krankes, in Teilen seine eigene Vernichtung anstrebendes Land. Wer sich dieser Krankheit und diesem Drang nach Selbstvernichtung verweigern will, darf und muss den vollständigen Bruch mit denjenigen nicht scheuen, die ihre Mitverantwortung für die tote Maria zu leugnen suchen. Das Jahr 2016 hat mit dem Schock über die massenhaften sexuellen Aggressionen von „flüchtigen“ fremdkulturellen Männern in Köln und anderswo begonnen. Es endet nun mit der mutmaßlich von einem jungen „Flüchtigen“ geschändeten und ermordeten Studentin in Freiburg. Die Botschaft für 2017 ist für den noch lebenswilligen Teil Deutschlands klar: Wer diese politische und mediale Klasse, die all das mit zu verantworten hat, noch weiterhin ertragen will, hat eine Zukunft für dieses Land nicht mehr im Sinn.

Du zeigst mir den Pfad zum Leben.
Vor Deinem Angesicht herrscht Freude in Fülle. (Psalm 16, 11)

Schweren Herzens, aber zugleich mit fester Hoffnung
nehmen wir Abschied von unserer innigst geliebten Tochter,
Schwester, Enkelin, Nichte und Cousine

Maria Ladenburger

* 6. Dezember 1996 † 16. Oktober 2016

Maria war 19 Jahre lang ein einziger großer Sonnenschein
für unsere Familie, und das wird sie bleiben.
Wir danken Gott für dieses Geschenk, das Er uns mit ihr
gemacht hat. Wir sind gewiss, dass sie es bei Ihm gut hat.

Dr. Clemens und Friederike Ladenburger
Bärbel und Dorothee Ladenburger
Prof. Dr. Wolfgang Barz
Dr. Clemens Ladenburger
Angehörige der Familien Barz, Ladenburger, Pfister und Jauch

Das Requiem feiern wir am Donnerstag, 27. Oktober 2016, um 11 Uhr in der Kirche
Notre-Dame des Grâces, Avenue du Chant d'Oiseau 19, 1150 Bruxelles.
Die Beerdigung findet anschließend auf dem Friedhof von Wezembeek-Oppem, Kerkhofstraat 50, statt.

Anstelle von Blumen bitten wir um eine Spende für die Bildungsarbeit der Kirche in Bangladesch (Konto: Katholische Gemeinde Heilig Kreuz Birkenfeld, IBAN: DE90 6665 0085 0001 9840 71, Stichwort: „Sonderkonto Bangladesch - Maria") oder für die Studenteninitiative Weitblick Freiburg e.V. (IBAN: DE80 4306 0967 7913 6014 00, Stichwort „Maria").

http://www.n-tv.de/panorama/Wendt-macht-Zuwanderung-mitverantwortlich-article19252146.htmleite »
Panorama »
Studentin in Freiburg getötet : Wendt macht Zuwanderung mitverantwortlich
Panorama
Rainer Wendt, der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, verbindet den Fall Freiburg mit Flüchtlingspolitik.
Montag, 05. Dezember 2016
Studentin in Freiburg getötetWendt macht Zuwanderung mitverantwortlich

Ein 17-Jähriger steht im Verdacht, eine Studentin in Freiburg vergewaltigt und ermordet zu haben. Er ist ein afghanischer Flüchtling. Es entbrennt erneut eine Debatte über Zuwanderung, in die sich nun auch ein Polizeigewerkschafter einmischt.

Der Polizeigewerkschafter Rainer Wendt hat mit Äußerungen zur Tötung einer Studentin in Freiburg für Aufregung gesorgt. Darin brachte er den Mordfall direkt mit Zuwanderung in Verbindung. Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), sagte der "Bild"-Zeitung: **"Dieses und viele andere Opfer würde es nicht geben, wäre unser Land auf die Gefahren vorbereitet gewesen, die mit massenhafter Zuwanderung immer verbunden sind. Und während Angehörige trauern und Opfer unsägliches Leid erfahren, schweigen die Vertreter der "Willkommenskultur"."**

Wendt, der CDU-Mitglied ist, fügte hinzu: "Die grausame Seite dieser Politik wird abgewälzt auf die Opfer und auf eine seit Jahren kaputt gesparte Polizei und Justiz. Und so wachsen die Gefahren für unser Land beständig."

Der SPD-Vizevorsitzende Ralf Stegner kritisierte Wendt deshalb scharf. "Einlassungen von DPolG-Chef Wendt zu der grausamen Freiburger Gewalttat ist politisch widerlich und dümmer als die Polizei erlaubt", twitterte er. Und: "Abscheuliche Gewalttat in Freiburg führt zu Generalverdacht gegen andere Flüchtlinge. Das ist eines Rechtsstaates unwürdig." Als mutmaßlicher Täter war ein 17-jähriger Flüchtling aus Afghanistan festgenommen worden.

Auch zahlreiche andere Politiker warnten nach dem Verbrechen in Freiburg vor Hetze gegen Flüchtlinge. Die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner sagte der "Bild": "Solche Grausamkeiten werden leider von In- wie Ausländern begangen, das ist leider kein neues Phänomen." Auch CSU-Innenexperte Stephan Mayer warnte davor, alle Migranten und Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen. SPD-Chef Sigmar Gabriel sagte, man werde nach solchen Gewaltverbrechen keine Volksverhetzung zulassen – "egal, wer sie begeht".

Quelle: n-tv.de , hul/dpa

https://www.pi-news.net/2017/03/schon-wieder-jugendstrafrecht-fuer-hussein-k/

Schon wieder Jugendstrafrecht für Hussein K.

Merkel lässt hunderttausende völlig fremde Männer ohne Papiere in unser Land einmarschieren. Diese Vorzugsbehandlung zieht weitere Vorzugsbehandlungen nach sich. Bei der Unterbringung und Betüddelung werden diejenigen Männer bevorzugt behandelt, die sich als Minderjährige ausgeben. So lebte der angebliche Minderjährige Hussein Khavari (Foto) bis zu seiner Verhaftung in einer Pflegefamilie. Auch die Justiz rollt diesem hochkriminellen Asylbetrüger einen roten Teppich aus.

Der mutmaßliche Sexualmörder Khavari wird wie ein rohes Ei behandelt, sitzt nicht in Untersuchungshaft, sondern in einem Psycho-Hospital. Damit nicht genug. Er darf sich auf eine Gerichtsverhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit freuen. Und auf eine milde Jugendstrafe, bei der der Erziehungscharakter im Vordergrund steht. Verhandelt wird der Sexualmord an Maria Ladenburger (19) nämlich vor einem Jugendgericht.

Die Welt berichtet:

Der Flüchtling gab an, 17 Jahre alt zu sein. Zwei von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegebene Altersgutachten gehen jedoch davon aus, dass er zur Tatzeit mindestens 22 Jahre alt war. Weil Zweifel jedoch nicht ausgeräumt werden könnten, werde nach Jugendstrafrecht angeklagt, erklärte die Staatsanwaltschaft.

Drei Jahre zuvor haben sich ähnliche Szenen in Griechenland abgespielt. Dort bekam Khavari, nachdem er eine Studentin durch einen Klippenwurf fast getötet hat, eine Jugendstrafe, die ihm nachträglich auch noch durch eine Generalamnestie erlassen wurde (s. Khavari-Chronologie unten).
An einem eines Rechtsstaats würdigen Verfahren und Strafvollzug kommen auch in Deutschland allergrößte Zweifel auf. Programme zur Altersbestimmung kommen bei Khavaris Facebook-Bildern auf ein Alter von 22 bis 31 Jahren.
Der gefährliche Afghane wird aller Voraussicht nach auf ein Jugendgefängnis wie die JVA Adelsheim losgelassen. Schon heute müssen die JVA-Bediensteten dort Traumatherapien machen, weil sie eine Klientel hereingesetzt bekommen, die alles andere als resozialisierungsfähig ist.
Aber was soll's? Die Zivilisation ist in Freiburg ohnehin dem Untergang geweiht.

Khavari-Chronologie
01.01.1996: Hussein Khavaris Geburtstdatum im afghanischen Pass
12.11.1999: Geburtsdatum, das Khavari den deutschen Behörden nennt
2013: griechisches Altersgutachten stuft Khavari zwischen 16 und 17 Jahre ein
26.05.2013: Überfall auf die griechische Studentin in Korfu
01.01.2014: Erreichen der Volljährigkeit laut afghanischem Pass
12.02.2014: Verurteilung wegen Diebstahls und versuchten Totschlags zu zehn Jahren Haft. Unterbringung in einem Gefängnis für Minderjährige auf dem Festland in der Hafenstadt Volos. Rechtsanwältin: Maria-Eleni Nikopoulou. K. erzählt ihr, er stamme aus dem Iran und sei über Athen nach Korfu gekommen. Aus dem Urteil: Er sei ziellos mit einer Flasche Wein durch die Gassen von Korfu-Stadt gelaufen, ehe er gegen zwei Uhr auf die 20-jährige Geschichtsstudentin Spiridoula C. traf. Er habe sie nicht über die Klippe stürzen wollen, beteuerte er, "nur zur Seite schubsen, um an ihr vorbeizukomme". Danach sei er im Meer baden gegangen. Berufung: Weil K. angab, dass er bei der Tat erst 17 Jahre alt gewesen sei, und weil ein DNA-Test kein eindeutiges Ergebnis brachte, mussten die Richter ihn nach Jugendstrafrecht verurteilen – zehn Jahre sind demnach schon fast das Höchstmaß. Die Anwältin von K. ging gegen das Urteil in Berufung, die Verhandlung darüber steht bis heute aus.
April 2015: Griechenland beschließt Amnestie-Gesetz 4322 und lässt jugendliche Straftäter frei, die mit bis zu zehn Jahren Haft verurteilt waren (gleichzeitig stiegen bei uns die Asylzahlen an!)
31.10.2015: Freilassung von Hussein Khavari auf Bewährung unter der Auflage, sich zwei mal pro Monat bei der Polizei bzw. einem Bewährungshelfer zu melden. Als Adresse hatte Hussein K. G. die Acharnon Straße in Athen angegeben.
November 2015: letztmalige Meldung Khavaris bei der griechischen Polizei. Bei der Polizei erschien er nur ein einziges Mal. Die fahndete seither nach K., ohne von seiner Flucht nach Deutschland zu ahnen. In Griechenland käme er sofort wieder ins Gefängnis.
12.11.2015: Stellung eines Asylantrags in Deutschland, Inobhutnahme durch das Jugendamt Freiburg, keine Papiere, Altersangabe bei den fahrlässigen deutschen Behörden: 15 Jahre (Badische Zeitung). Spiegel: Er gab zu diesem Zeitpunkt an, er sei am 12. November 1999 in Ghazni im Zentrum Afghanistan geboren worden. Stern: Im November 2015 kam K. in Deutschland an. Hier behauptete er erneut, er sei minderjährig, was eindeutig seiner Aussage vor dem griechischen Gericht im Februar 2014 widerspricht. Laut Urteil sagte er damals: "Vor zehn bis zwölf Tagen habe ich mein 18. Lebensjahr vollendet." Demnach wäre er 1996 geboren und heute 20 Jahre alt.
Dezember 2015: griechisches Justizministerium in Athen widerruft Khavaris Amnestie/Bewährung
31.12.2015: Einleitung der Fahndung nach Khavari in Griechenland

Februar 2016: Khavari stellt Asylantrag. Aufnahme in eine Pflegefamilie
16.10.2016: Vergewaltigung und Ermordung der Studentin Maria Ladenburger (19)
02.12.2016 Verhaftung

08. Dezember 2017, 11:52 Uhr

Sexualmord in Freiburg

Angeklagter Hussein K. soll schon 33 Jahre alt sein

Hussein K. - ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling? Im Freiburger Mordprozess lieferte sein Vater einen Hinweis auf das wahre Alter.

Hussein K. ist wegen Sexualmordes an einer Studentin in Freiburg angeklagt. Laut seinem Vater ist er bereits 33 Jahre alt. Damit wäre er deutlich älter als zuvor angegeben. Ein amtliches Dokument gebe als Geburtsdatum den 29. Januar 1984 an, teilte die Vorsitzende Richterin mit.

Das habe der in Iran lebende Vater des Angeklagten dem Gericht in einem Telefonat mitgeteilt. Hussein K. wäre demnach zur Tatzeit vor knapp 14 Monaten 32 Jahre alt gewesen. Er selbst hatte ursprünglich angegeben, 17 Jahre alt gewesen zu sein.

Die Aussage des Vaters stehe im Widerspruch zu den Angaben, die Hussein K. in dem Prozess gemacht habe, sagte die Richterin. Er hatte angegeben, sein Vater sei in Afghanistan bei Kämpfen mit den Taliban ums Leben gekommen. Über das beschlagnahmte Handy des Angeklagten und einer dort eingespeicherten Nummer habe das Gericht den Vater aber nun in Iran telefonisch erreicht. Die Nummer hatte Hussein K. dem Gericht an den vergangenen Verhandlungstagen im November genannt. Über sie könne seine Mutter erreicht werden.

Keine Gewissheit

Es gebe jedoch Unsicherheiten, sagte die Richterin: Der Dolmetscher, der das Telefonat im Beisein zweier Richter führte, habe darauf hingewiesen, dass es sich möglicherweise um Daten aus dem persischen Kalender handeln könne. Diese müssten im Zweifel umgerechnet werden.

Zudem habe der Mann angegeben, Analphabet zu sein. Es sei nicht auszuschließen, dass er nicht verstanden habe, dass er als direkter Angehöriger das Recht habe, keine Angaben zu machen, sagte die Richterin. Dies fuße möglicherweise auf einem anderen Rechtsverständnis.

Schriftlich liege das Dokument mit dem Geburtsdatum dem Gericht nicht vor, der Vater habe es am Telefon genannt. Ob der Vater in dem Prozess persönlich als Zeuge erscheinen könne, sei noch unklar.

Erwachsenen- oder Jugendstrafrecht?

Zum Prozessauftakt hatte K. bereits zugegeben, beim Alter gelogen zu haben. Ein konkretes Alter nannte er damals nicht, Dokumente gebe es nicht. Die Staatsanwaltschaft hält ihn für mindestens 22. Ein wissenschaftliches Gutachten hatte im November ergeben, dass K. 25 Jahre alt sein soll. Auch über seine Herkunft gab es Unstimmigkeiten.

Hussein K. werden Mord und besonders schwere Vergewaltigung vorgeworfen. Er hat zugegeben, im Oktober vergangenen Jahres in Freiburg eine 19 Jahre alte Studentin vergewaltigt und bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt zu haben. Die Frau ertrank im Wasser des Flusses Dreisam. Ein Urteil soll im nächsten Frühjahr fallen. Die Frage des Alters hat Auswirkungen auf die Höhe der Strafe, da es entscheidend dafür ist, ob in dem Fall Erwachsenen- oder Jugendstrafrecht angewendet wird. Der Prozess wird am 21. Dezember fortgesetzt.

Hussein K. war im November 2015 ohne Papiere nach Deutschland gekommen und galt als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling. Er lebte in Freiburg bei einer Pflegefamilie. Von den Behörden überprüft wurden seine Altersangaben den Angaben zufolge nicht.

Wegen einer Gewalttat an einer jungen Frau im Jahr 2013 war K. in Griechenland zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, im Oktober 2015 aber vorzeitig gegen Auflagen entlassen worden.

bbr/dpa

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/freiburg-mordprozess-gegen-hussein-k-angeklagter-soll-33-jahre-alt-sein-a-1182357.html

08. Januar 2018, 20:20 Uhr

Mordprozess in Freiburg

Die kriminelle Karriere des Hussein K.

Von Julia Jüttner, Freiburg

Hussein K. gibt zu, die Freiburger Studentin Maria L. getötet zu haben. Zu möglichen Vorstrafen aber schweigt er beharrlich. Der erste Prozesstag im neuen Jahr lässt erahnen, warum.

Frust und Desinteresse sind ihm anzusehen. Hussein K. hockt auf der Anklagebank in Saal IV des Landgerichts Freiburg und blickt ins Leere. Die Vorsitzende Richterin nimmt mehrere Anläufe, ihn aufzufordern, doch nach vorne an die Richterbank zu kommen. Dort studieren die Prozessbeteiligten Google-Maps-Ausdrucke, die den Wohnort seiner Familie zeigen sollen. Hussein K. will nicht, dann steht er doch auf.

Hussein K. ist angeklagt wegen Mordes an Maria L. Er hat zugegeben, die 19-jährige Medizinstudentin am Uferweg des Flusses Dreisam vom Fahrrad gezerrt, sie gewürgt, getötet, gebissen und vergewaltigt zu haben.

Es ist nicht die erste Straftat, die Hussein K. begangen hat. Doch zu anderen Vorstrafen schweigt er in der Hauptverhandlung. So betritt am Montag Mohammed M. aus Berlin den Gerichtssaal. Der 21-Jährige stammt aus Afghanistan, er kam vor zwei Jahren nach Deutschland, spricht sehr gut Deutsch, absolviert derzeit eine Ausbildung. Er sagt, er habe vor fünf, sechs Jahren seine Schwester in Iran besucht und sei dort Hussein K. begegnet, dessen Familie noch heute in dem Land lebe.

Der Angeklagte starrt zu Boden

Mohammed M. hatte aus dem Fernsehen von dem Verbrechen erfahren, sich an das Zusammentreffen mit Hussein K. erinnert und die Polizei kontaktiert. Seine Schwester sei mit einer Schwester K.s befreundet, sagt Mohammed M. aus. Von ihr wisse er, dass Hussein K., der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland kam und behauptet, 19 Jahre alt zu sein, bereits 22 oder 23 Jahre alt sei.

Oberstaatsanwalt Eckart Berger hält Hussein K. ebenfalls für mindestens 22 Jahre alt; Gutachten und Zeugenaussagen stützen diese Vermutung. Die Altersfeststellung ist relevant für das Strafmaß.

Und noch etwas habe ihm seine Schwester erzählt, sagt Mohammed M. vor Gericht: Hussein K. habe mit zwei, drei anderen in Iran einen 15 Jahre alten Jungen vergewaltigt. Hussein K. sei damals zu einer Geldstrafe verurteilt worden. "Für iranische Verhältnisse eine eher milde Strafe", bemerkt die Vorsitzende zweifelnd. Hussein K. starrt auf den Boden. Der Vorwurf wiegt schwer. Auch zu dem Verdacht, er habe in Iran eine Zwölfjährige vergewaltigt, will er keine Angaben machen. Diese Tat wurde strafrechtlich nicht verfolgt, die Eltern K.s sollen sich mit denen des mutmaßlichen Opfers geeinigt haben.

Fest steht: Hussein K. saß bis Oktober 2015 im griechischen Volos in Haft - wegen versuchten Mordes und Raubes. Im November 2015 kam er ohne Papiere nach Deutschland. Die Vorsitzende Richterin in Freiburg verliest an diesem Tag in Saal IV das Urteil des Gerichtes in Korfu.

In Griechenland vorzeitig aus der Haft entlassen

Demnach überfiel Hussein K. am 26. Mai 2013 um 2.30 Uhr auf einer Küstenstraße eine Studentin, die auf dem Weg in ihr Hotel war. Als die junge Frau flüchten wollte, hielt Hussein K. sie fest, entriss ihr ihre Handtasche, die Frau wehrte sich, er stieß sie zu Boden. Weil sie schrie und sich ein Fahrzeug näherte, "hob er sie mit aller Kraft in die Luft und warf sie über eine Umzäunung in zehn Meter Tiefe". Die Studentin stürzte in den Abgrund, schlug auf felsigem Boden auf, erlitt schwere Verletzungen, war in Lebensgefahr. Hussein K. kam noch am selben Tag in Untersuchungshaft.

Die dreiköpfige Jugendkammer in Griechenland, so verliest es die Freiburger Richterin, verurteilte Hussein K. im Mai 2014 zu neun Jahren und drei Monaten Haft. Wegen guter Führung wurde er vorzeitig entlassen, sein Asylantrag für Griechenland wurde jedoch aufgrund der verurteilten Straftat abgelehnt. Hussein K. ignorierte die Auflagen des Gerichts, tauchte unter und bat in einer Freiburger Dienststelle um Asyl.

Es kam zu einer Berufungsverhandlung in Griechenland, zu der Hussein K. nicht erschien. Zu dem Zeitpunkt saß er längst wegen des Verdachts des Mordes an Maria L. in Untersuchungshaft. "Herr K., ich weiß, Sie wollen nichts zu den Verfahren in Griechenland sagen. Bleibt es dabei?", hakt die Vorsitzende nach. Hussein K. nickt.

Mehr als hundert Minuten im Bereich des Tatortes

Erst im vergangenen Herbst, als die Hauptverhandlung gegen Hussein K. bereits lief, konnten Spezialisten das Handy des Angeklagten auswerten. Der Leiter für "digitale Spuren" innerhalb der Sonderkommission "Dreisam" erklärt am Montag, wie die auf dem Mobiltelefon gespeicherten Bewegungs- und Standortdaten analysiert wurden. Demnach verließ Hussein K. um 2.10 Uhr die Straßenbahn. Spätestens um 2.33 Uhr muss er nach Auswertung des Bewegungsmusters im Bereich des Tatortes angekommen sein. Dort habe er sich etwa eine Stunde und 45 Minuten aufgehalten, so der Kriminalbeamte. Erst am frühen Morgen habe sich Hussein K. entfernt. Damit wäre K. länger im Gebiet des Tatortes gewesen als bislang vermutet.

Für die Auswertung des Handys hätten sie zum ersten Mal in Baden-Württemberg Spezialisten einer Hacker-Firma um Unterstützung gebeten, sagt der Polizist. Das habe auch an dem extrem neuen Hightech-Handy des Angeklagten gelegen, das automatisch Daten zu Standorten und Bewegungen speichere, die die Polizei nicht entschlüsseln könne.

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/freiburg-die-kriminelle-karriere-des-hussein-k-a-1186790.html

München: Bunter Sex-Mob bei Rathausparty

rathausclubbingIm Münchner Rathaus sollte es wieder einmal so richtig schön bunt sein und gemäß der „München ist bunt“-Seifenblase und ihres prominentesten Unterstützers OB Dieter Reiter (SPD, kl. Foto, 2.v.li) auch friedlich und allseits vereinend. Dass das schief geht, hätten wir ihm nicht erst seit vergangenem Silvester sagen können, allein er und die Münchner Invasionskulturellen hätten es ohnehin negiert. Nun musste er lernen, dass die bunte Welt eine böse und gewalttätige ist. Am 29. Oktober lud OB Reiter, wie jedes Jahr, alle 18-jährigen Münchner zu einer Party in seine Villa Kunterbunt, dem Münchner Rathaus ein. Und weil in Münchens Stadtpolitik gar überhaupt nichts mehr ohne zu integrierender Ein- und Zudringlinge stattfinden darf wurden auch einige dieser Hoffnungsträger eingeladen. Es kam wie es kommen musste.

(Von L.S.Gabriel)

Über 1.300 junge Menschen waren anwesend, gut die Hälfte davon weiblich, westlich-partymäßig aufgebrezelt und recht hübsch anzuschauen. Man könnte sagen, es war ein Fest für die Rapetalente aus aller Herren Länder – von blauäugigen Politikern und naiven Gutmenschen geladen zur hochoffiziellen Frischfleischtheke.

Der Merkur berichtet:

Bei der stimmungsvollen Fete, die am 29. Oktober stattfand, kam es zu Übergriffen. Die Opfer: drei Freundinnen.

Das Trio tanzt in einem Saal in den oberen Etagen, es ist voll und eng. Und die Mädchen werden immer von jungen Männern aggressiv angetanzt. Ablehnende Gesten werden ignoriert. Die Mädchen geben auf, wollen in ein anders Stockwerk. Als sie an einem zum Kinosaal umfunktionierten Saal vorbei wollen, werden sie von fünf jungen Männern angequatscht. Für die Mädchen sind es Flüchtlinge. Wieder wird ein Nein nicht akzeptiert. Dann packt einer der jungen Männer zu. Ein anderer folgt. Sie wollen die Mädchen in den leeren Saal zerren. Doch drei Securitykräfte gehen sofort dazwischen, werfen das Trio aus dem Rathaus.

Eine andere 18-Jährige trifft es schlimmer. Sie wird, wie die SZ berichtet, von einem Schüler aus Syrien begrapscht. Brutal versucht er ihr einen Kuss aufzudrängen. Die junge Frau wehrt sich. Die Polizei nimmt den 18-Jährigen fest. Er wurde wegen sexueller Nötigung angezeigt und später wieder entlassen.

Laut SZ äußerte eine der attackierten jungen Frauen später, sie habe es toll gefunden, dass auch „Flüchtlinge“ eingeladen worden waren und auch auf Facebook „München ist bunt“ mit einem Like versehen. Nach dem Abend sei die Studentin aber frustriert gewesen, dennoch habe sie lange überlegt, ob sie das Vorgefallene öffentlich machen solle, sie wolle ja keine Vorurteile schüren. An dieser Stelle sehen wir, wie gut die linke Meinungsdoktrin und unverantwortliche Hirnwäsche unserer Kinder funktioniert. Alles nach dem Motto, besser geschunden oder tot als ein „Rassist“. Dennoch gibt gerade diese 18-Jährige uns etwas Grund zur Hoffnung, denn sie hat sich eigenständiges Denken offensichtlich noch nicht ganz verboten und resümiert, sie habe aber dann doch nicht aus falsch verstandener politischer Korrektheit als normal hinnehmen wollen, im Rathaus blöd angemacht zu werden, zumal es auf den Dance-Floors schon „unnormal heftig“ zugegangen sei.

OB Reiter rang sich dazu ab: „Für ein derartiges Verhalten gibt es bei mir überhaupt keine Toleranz. Die Sicherheitskräfte haben erfreulicherweise schnell und gut reagiert, aber wir werden künftig alles tun, um derartige Übergriffe möglichst schon im Vorfeld zu verhindern.“ Man wolle künftig darauf achten, dass „zusätzlich speziell ausgebildete weibliche Ansprechpersonen eingesetzt werden, die kritische Situationen im Idealfall schon im Entstehen erkennen“, so der Münchner Oberkomiker Oberbürgermeister.

Man fragt sich wo er gelebt hat, in den vergangenen Monaten? München ist voll mit solch Testosteron-Überschuss-Fachkräften (PI berichtete u. a. hier, hier, hier und hier), denen er hier nicht nur den Raum zum Übergriff, sondern auch noch gleich die „Ware“ angeboten hatte.

Und was will er nun? Er will weibliche Ansprechpersonen einsetzen, um Derartiges zu verhindern. Wie haben wir uns das vorzustellen? Sollen diese dann als Gouvernanten für die weiblichen Gäste fungieren – eine Art „Annäherungspolizei“? Oder als Erzieherinnen für den Rapefugee-Mob? Ersteres ist in einer westlichen freien Gesellschaft wohl ein Rückschritt und zweiteres ein Witz, was die

angeblich jugendlichen Zudringlinge auch genau so sehen und Reiters „weibliches Ansprechpersonal“ genauso behandeln werden.
Wir schlagen vor, einmal einen Blick ins reale München und die deutsche Wirklichkeit zu werfen, bevor 18-jährige junge Frauen nächstes Mal in die Rapefugee-Falle gelockt werden. Denn spätestens auf dem Heimweg, ganz ohne Rathaus-Security, schnappt sie zu.

http://www.pi-news.net/2016/12/grabsteinpinkler-verpruegeln-23-jaehrigen/

Grabsteinpinkler verprügeln 23-Jährigen

Ludwigsburg: Ein 23-Jähriger wurde am frühen Sonntagmorgen von unbekannten Männern angegriffen und verletzt. Er war kurz nach Mitternacht zu Fuß auf dem Gelände des Stadtfriedhofs unterwegs. Dort bemerkte er vier junge Männer. Einer von ihnen urinierte auf einen Grabstein. Nachdem er den pietätlosen Mann angesprochen hatte und die Polizei rufen wollte, wurde er von dem Quartett eingekreist. Sofort schlugen zwei der Gruppe auf ihn ein und verletzten ihn im Kopfbereich. Er ging zu Boden und verlor kurzzeitig das Bewusstsein. Danach waren die Angreifer weg. Es handelte sich um zwei etwa 20 Jahre alte Männer von südländischem Aussehen, mit dunklerem Teint, dunklen, kurzen Haaren und Ziegenbart. Einer von ihnen ist zwischen 1,60 und 1,65 Meter groß und hat eine sportliche, muskulöse Figur. Er war bekleidet mit hellem Pulli und heller Trainingsjacke, Jeans und weißen Schuhen. Sein Kompagnon ist ein etwa 1,85 Meter großer Mann, der einen dunkelblauen Kapuzenpulli mit roten Streifen trug sowie eine dunkle Jogginghose. Er hat eine schlanke Figur. Ihre beiden Begleiter konnten nicht beschrieben werden. Die vier sprachen deutsch mit Akzent.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter / Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Chemnitz: Am Montagabend sind zwei junge Männer im Chemnitzer Zentrum von vier Unbekannte brutal attackiert worden. Wie die Polizei mitteilt, betraten gegen 17.00 Uhr ein 22-Jähriger und 23-Jähriger das Kulturzentrum in der Moritzstraße. Dort sollen sie von einer Gruppe von vier Unbekannten erst beschimpft und dann angegriffen worden sein. Die Angreifer schlugen und traten auf die beiden Männer ein, wobei sie leicht verletzt wurden. Danach flüchteten die Täter in Richtung Johannisplatz. Bei den Angreifern soll es sich nach Auusagen der Opfer um Südländer gehandelt haben.
Marburg: Die Polizei sucht Zeugen einer Auseinandersetzung in der Biegenstraße vor dem Kino vom Samstag, 26. November, um 01.10 Uhr. Nach eigenen Angaben erhielt ein 17-Jähriger von zwei Männern offenbar ausländischer Herkunft Schläge und Tritte. Der Jugendliche konnte die beiden Männer allerdings nicht näher beschreiben.
Ulm: Der Mann trat gegen 11.30 Uhr in den Kundenraum eines Göppinger Geldinstituts. Hier schrie er umher und schlug unvermittelt auf einen Kunden ein. Der 78-Jährige ging zu Boden. Er erlitt so schwere Verletzungen, dass er ins Krankenhaus musste. Dorthin brachte ihn der Rettungsdienst. Zeugen des Vorfalls hatten den Rentner vor weiteren Schlägen und Tritten des Angreifers bewahrt. Der rabiate Angreifer flüchtete. Doch schon vor dem Haus hielten ihn Passanten fest. Sie übergaben den Mann der Polizei. Jetzt ermittelt die Kriminalpolizei gegen den Angreifer. Der Festgenommene, ein 35-Jähriger aus Algerien, machte in seiner Vernehmung einen verwirrten Eindruck. Die Polizei prüft deshalb, ob er einem Arzt zur Untersuchung vorgestellt werden soll. Den Mann erwartet eine Strafanzeige.
Verschiedenes aus der „Bunten Republik“

Berlin: So wollen SPD, Linke und Grüne Abschiebungen verhindern

Wenn die Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer, darunter viele abgelehnte Asylbewerber, lange nicht gelingt, erhalten sie trotzdem eine Aufenthaltserlaubnis, dann die unbefristete Niederlassungserlaubnis und nach acht Jahren rechtmäßigem Aufenthalt die deutsche Staatsangehörigkeit. Voraussetzung ist, dass keine Straftaten vorliegen und der Lebensunterhalt überwiegend selbst gesichert werden kann. Fast 39.000 noch nicht eingebürgerte, aber teilweise schon vor vielen Jahren abgelehnte Asylbewerber lebten zur Jahresmitte in Berlin. Trotzdem ist Rot-Rot-Grün der Status quo der Rückführungspolitik immer noch zu restriktiv; das Bündnis plant weitere Maßnahmen im Interesse der Ausreisepflichtigen: Künftig soll nicht mehr aus „Schulen, Jugendeinrichtungen und Krankenhäusern" abgeschoben werden; Familien dürfen nicht mehr bei der Rückführung getrennt werden; und Abschiebungen in Regionen, die „aus humanitären Gründen nicht tragbar sind, wird es nicht mehr geben" (Auszug aus einem Artikel von welt-online).

Teilweise kommen bis zu 1000 neue Asylanten täglich in Deutschland an

Schuster: Der Schutz der europäischen Außengrenzen funktioniert leider nicht wie geplant. Deshalb bleibt der Druck auf die deutschen Grenzen hoch. Wir haben teilweise bis zu 1000 Neuankömmlinge täglich. Da wir niemanden zurückweisen, der das Wort „Asyl" sagt, reisen also erst einmal alle ein, selbst Menschen aus sicheren Herkunftsländern, wo offensichtlich kein Asylgrund besteht. Dann dauert es Monate, bis sie das Land wieder verlassen. Oder sie werden sogar zum politischen Spielball einiger Bundesländer wie Thüringen oder Berlin, die alles daransetzen, Abschiebungen zu vermeiden. Darum plädiere ich für die Einrichtung von Transitzentren, analog zum Flughafen-Verfahren, das wir seit Jahren erfolgreich praktizieren.

„Fachkräfte", alles „Fachkräfte"

Sebastian Kurz: Wir haben eine sehr hohe Zahl an Arbeitslosen unter den Flüchtlingen. Wir rechnen damit, dass nach fünf Jahren noch immer zwei Drittel der Flüchtlinge keinen Job gefunden haben werden. Es stellt sich die Frage: Möchte man, dass sie mit der Mindestsicherung nur versorgt sind und den ganzen Tag im Park herumsitzen? Wenn man will, dass sie einen Beitrag leisten, Selbstwertgefühl erlangen, Respekt vor der Mehrheitsbevölkerung bekommen, dann muss man gemeinnützige Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

Die Presse: Selbstwertgefühl und Respekt schön und gut, aber sollten diese Menschen nicht so schnell wie möglich auf dem regulären Arbeitsmarkt ihren Beitrag leisten?

Kurz: Von den Flüchtlingen, die zu uns kommen, sind einige noch nicht einmal alphabetisiert, haben einige noch nie gearbeitet. Der gemeinnützige Job, bei dem man lernt, tagtäglich aufstehen zu müssen, pünktlich zu erscheinen, sich auch an unsere Umgangsformen gewöhnt, kann auch eine sinnvolle Vorbereitung auf den Arbeitsmarkteinstieg sein.

Die Presse: Aber entlässt nicht auch unser Bildungssystem Tausende Jugendliche, die unzureichend lesen und schreiben können und keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben?

Kurz: Wir haben ein massives Problem mit Kindern mit Migrationshintergrund. Unser Schulsystem führt diese Kinder als außerordentliche Schüler. Das bedeutet, dass sie nicht benotet werden. Das führt dazu, dass jemand zwei, drei Jahre in der Schule absitzt, niemals benotet wird und dann seine Schullaufbahn beendet, ohne lesen, schreiben und rechnen zu können, ja nicht einmal ordentlich Deutsch kann. Dass diese Kinder kaum Chancen auf einen Job haben, ist leider von vornherein klar. (Auszug aus einem Interview des österreichischen Außenministers Kurz mit „ die Presse".

Strenggläubiger Vater erwürgt Tochter – Verteidiger: Mann konnte nicht anders handeln

Im Darmstädter Mordprozess gegen strengreligiöse muslimische Eltern wegen des gewaltsamen Todes ihrer Tochter hat die Anklage für Vater und Mutter eine lebenslange Haft

gefordert. … Laut Staatsanwaltschaft hatten die Eltern den Tod der 19-Jährigen in Darmstadt „kaltblütig geplant“, weil die junge Frau sexuelle Kontakte zu einem Freund hatte, aber nicht verheiratet war. Die Eltern hätten sich für das aus ihrer Heimat Pakistan mitgebrachte Wertesystem entschieden und zeigten auch keine Reue. „In meinen Augen weinen sie nur um sich selbst, nicht um ihre Tochter“, sagte **Staatsanwältin** Barbara Sieger. Der Verteidiger des Vaters meinte, die Herkunft müsse berücksichtigt werden. Der 52-Jährige habe gar nicht anders handeln können. „Das ist kein normal sozialisierter Mensch“, sagte Anwalt Ulrich Schmid. „Er lebt in dem Glaskasten seiner Gemeinde.“ Der muslimische Glaube betrachte Sex vor der Ehe als schwerstes Vergehen. (Der komplette Artikel kann bei Focus-online nachgelesen werden).

Essen: „weltoffene Schutzsuchende“ prügeln sich am Hauptbahnhof

Essen. Die Essener Polizei hat nach einer Schlägerei am Hauptbahnhof zehn Personen in Gewahrsam genommen. Laut Polizei kam es am Sonntagabend gegen 20.20 Uhr zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen mehreren syrischen und afghanischen Asylbewerbern. Dabei sollen zwei Beteiligte, 15 und 19 Jahre alt, mit Messern bedroht worden sein. Die Polizei konnte die Situation nach eigenen Angaben entschärfen und nahm insgesamt zehn Personen in Gewahrsam. Die Beamten fanden bei einem Beteiligten ein Messer. Bereits am Samstagabend gegen 22.15 Uhr hat es laut Polizei eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen gegeben. Schauplatz war ebenfalls der Hauptbahnhof. Die Polizei nahm zwei Personen in Gewahrsam. Die Polizei ermittelt derzeit noch zum Hintergrund der Auseinandersetzungen.

Multiple Persönlichkeiten entdeckt – xte „Einzelfälle“

Weil am Rhein (ots) – Am gestrigen Sonntagabend haben Bundespolizisten am Weiler Autobahnzoll einen 27-Jährigen aus Mali und eine 18-jährige Somalierin festgestellt, die mit gefälschten Pässen nach Deutschland einreisen wollten. Beide waren Insassen eines Fernreisebusses aus Mailand und wiesen sich zur Kontrolle mit italienischen Fremdenpässen und italienischen Aufenthaltstiteln aus. Die Pässe wurden nach der genaueren Überprüfung als Totalfälschungen eingestuft. Weitere Recherchen ergaben, dass es sich zudem um Exemplare einer größeren Fälschungsserie handelte. Die gefälschten Dokumente wurden sichergestellt. Bei der weiteren Identitätsfeststellung und dem Abgleich der Fingerabdrücke stellte sich heraus, dass der Malier in Deutschland unter anderem Namen bereits als Asylbewerber gemeldet ist und ein gültiges Dokument besitzt.

Memmingen: Im Rahmen der Schleierfahndung wurde am Donnerstagnachmittag am Bahnhof in Memmingen ein durchreisender Asylbewerber aus Gambia kontrolliert. Wie sich bei der Personenüberprüfung allerdings herausstellte, war der 22-jährige Afrikaner nicht nur mit einer gambischen sondern auch mit einer Identität aus Mali in Europa unterwegs. Obwohl er noch behauptete, nie in der Schweiz gewesen zu sein, war er von schweizerischen Behörden zur Fahndung ausgeschrieben. Die Beamten haben nun ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weshalb der Mann mit verschiedenen Identitäten in Europa umherreiste.

Memmingen: Bei der Kontrolle eines Fernreisebusses in Richtung Italien durch die Lindauer Schleierfahndung am Bahnhof Memmingen am Montagabend, wurde auch ein pakistanischer Staatsangehöriger überprüft. Ordnungsgemäß ausgewiesen mit einer Aufenthaltsgestattung nach dem Asylverfahrensgesetz und Wohnsitz in Ludwigshafen am Rhein konnte er keinen Grund für seine beabsichtigte Reise in den Süden abgeben. Eine Durchsicht seines Reisegepäcks erbrachte die Erklärung in Form eines pakistanischen Reisepasses und einer Aufenthaltserlaubnis für Italien. Der 25-jährige Mann hatte nach seinem Asylantrag in Italien noch ein zweites Gesuch mit entsprechenden Sozialleistungen in Deutschland gestellt. Aufgrund dieser Erkenntnisse wurde ein Strafverfahren wegen Sozialleistungsbetrugs eingeleitet und die deutschen Dokumente einbehalten, da sich der Pakistani letztlich doch für einen Aufenthalt in Italien entschied.

Füssen: Am 12.11.16 um 04.00 Uhr kontrollierte die Schleierfahndung Pfronten in Füssen einen aus Italien gekommenen Fernreisebus. Im Bus saß ein 46-jähriger Syrer, der sich mit einer italienischen Aufenthaltserlaubnis auswies. Über seine Fingerabdrücke konnten die Beamten ermitteln, dass der Mann seit Frühjahr 2015 in Deutschland als Asylbewerber registriert ist. Seine italienischen Dokumente hatte er den deutschen Behörden nicht vorgelegt, um eine deutsche Aufenthaltserlaubnis zu bekommen; in Italien wollte er nämlich nicht mehr bleiben. Im Bus saßen auch noch seine Frau und seine drei Kinder, die die erforderlichen Visa für Deutschland in ihren Reisepässen hatten. Gegen den Syrer laufen Ermittlungen, weil er sich möglicherweise einen Aufenthaltstitel erschlichen und unberechtigt Sozialleistungen kassiert hatte.
Lindau: Bei der Kontrolle eines Fernreisebusses mit Ziel Italien wurde ein 37-Jähriger Kameruner von den Beamten der Lindauer Schleierfahndung überprüft. Hierbei wies er sich neben seinem gültigen kamerunischen Reisepass, mit gültigen italienischen Aufenthaltstitel aus. Wie die weiteren Ermittlungen vor Ort ergaben, befindet sich der 37-jährige auch in Deutschland im Asylverfahren und erhält hierzu auch bestimmte SozialleisJungen. Da er diese vermutlich zu Unrecht erhält, wurde gegen ihn ein Verfahren wegen Verdachts des Sozialbetruges eingeleitet. Ebenso wird die zuständige Sozialbehörde von dem Vorgang unterrichtet. Nachdem die Sachbearbeitung beendet war, konnte der Kameruner seine Reise nach Italien fortsetzen. (Polizeiinspektion Fahndung Lindau)
Zum Abschluss was erfreuliches: Geizige Schwäbin vertreibt Räuber
Stuttgart-Süd (ots) – Zwei Unbekannte haben am Montagabend (28.11.2016) eine Gaststätte an der Finkenstraße überfallen und unter Vorhalt einer mutmaßlichen Schusswaffe die Herausgabe von Geld gefordert. Die beiden Männer betraten gegen 20.20 Uhr die Gaststätte, bedrohten die Wirtin und einige Gäste augenscheinlich mit einer Schusswaffe und verlangten die Herausgabe von Bargeld. Der Waffenträger legte zur Verdeutlichung seiner Forderung eine Tüte auf den Tresen. Die Wirtin trat den beiden Räubern resolut gegenüber und schob sie mit Hinweis, dass es bei ihr nichts geben würde, zur Eingangstüre hinaus. Die dadurch sichtlich überraschten Räuber flüchteten daraufhin unerkannt und ohne Beute. Die beiden werden wie folgt beschrieben: Zirka 25 bis 27 Jahre alt, etwa 175 Zentimeter groß, normale Statur, südländisches oder arabisches Aussehen.
Print PDF
Kategorie: Migrantengewalt
Autor: PI, 01. Dez 2016 | Kommentar schreiben

Die Kommentare zu den Beiträgen geben nicht die Meinung des PI-Teams wieder. Wir behalten uns vor, sie zu kürzen oder zu löschen. Das betrifft auch Kommentare, die zu sehr vom Thema des Beitrags abweichen (OT). Kommentatoren, die gegen unsere Policy verstoßen, werden gesperrt oder unter Moderation gestellt. Wir bitten unsere Leser, entsprechende Kommentare dem PI-Team zu melden. Kommentare, die mehr als zwei Links enthalten, gehen automatisch in Moderation. Unterstützen Sie die Arbeit von PI.
Achtung: Der Kommentarbereich wird jeweils 48 Stunden nach Erscheinen eines Artikels geschlossen. Kein OT bei den ersten 10 Kommentaren!
Anzeige:***Wandere aus, solange es noch geht! Finca Bayano...***
Bisher 32 Kommentare:

1. #1 **buntstift** (01. Dez 2016 09:26)

Von den Verwüstungen auf Friedhöfen und in Kirchen liest man in der deutschen Lückenpresse kein Wort. Auch die Kirche schweigt dazu. Wenn dies überhaupt angezeigt wird, dann landen diese Anzeigen statistisch, weil unaufgeklärt, bei rechtsradikalen Straftaten. Deutschland ist nicht nur ein Paradies für Verbrecher jeglicher Coleur, angefangen bei der Pluderhose bis zum Nadelstreifen, sondern auch eine Lachnummer in jeder Hinsicht. Es führt sich selbst ad absurdum.

2. #2 **hoppsala** (01. Dez 2016 09:31)

Schon alles ganz normal?
Ist der Willen des Volkes schon gebrochen?
Muss uns Trump als Ami retten weil das Personal nichts erreicht?

3. #3 **hydrochlorid** (01. Dez 2016 09:33)

„Asylhelfer“, also Beihilfe zum illegalen Aufenthalt, in Füssen:
Christina Panje vom Landratsamt
Lothar Schaffrath von der Stadt Füssen
Ingrid Stubbe vom Arbeitskreis Asyl
Zwieselberger Straße 13, 87669 Rieden
Tel. 0152-15141708
Arbeitskreis Asyl Füssen
Ansprechpartner: Frau **Ingun Homrighausen**
Am Sandbichl 8, 87669 Rieden am Forggensee
Telefon: 08362-2741
E-Mail: arbeitskreis-asyl-fuessen [at] t-online.de
Betreibt ein Marketingbüro unter der Bezeichnung „Dynamik Marketing“
hier mit Bild:
*//www.xing.com/profile/Ingun_Homrighausen

http://www.pi-news.net/2016/12/bochum-wieder-ein-vergewaltiger-fluechtling/
Bochum: Wieder ein Vergewaltiger-„Flüchtling“

Auch wenn es kaum überrascht, der Vergewaltiger vom Bochumer Univiertel ist auch ein Gast der Kanzlerin. Im August und im November waren zwei Studentinnen der Ruhr-Universität Bochum vergewaltigt worden. Im August traf es eine 21-Jährige, die schwerste Verletzungen dabei erlitten hatte und im November eine 27-Jährige Studentin aus China, was der Anlass war, dass das chinesische Generalkonsulat eine Warnung für Deutschland ausgab. Beide Opfer und Zeugen beschrieben den Täter als ungepflegt und vermutlich arabischer Abstammung. Wegen der schweren Verletzungen, die das erste Opfer erlitten hatte und der Annahme, dass der Täter die junge Frau töten wollte ermittelte eine Mordkommission. Aufgrund von DNA-Spuren stand fest, dass es in beiden Fällen derselbe Täter gewesen sein musste. Gestern hatten die Ermittler Erfolg. Beim Festgenommenen soll es sich um einen 31-jährigen Merkelgast aus dem Irak handeln. Spätestens morgen beginnen die Warnungen vor „Verallgemeinerungen“.
(lsg)

Print PDF
Kategorie: Asyl-Irrsinn, Bereicherung™, Einzelfall™
Autor: PI, 06. Dez 2016 | Kommentar schreiben

Die Kommentare zu den Beiträgen geben nicht die Meinung des PI-Teams wieder. Wir behalten uns vor, sie zu kürzen oder zu löschen. Das betrifft auch Kommentare, die zu sehr vom Thema des Beitrags abweichen (OT). Kommentatoren, die gegen unsere Policy verstoßen, werden gesperrt oder unter Moderation gestellt. Wir bitten unsere Leser, entsprechende Kommentare dem PI-Team zu melden. Kommentare, die mehr als zwei Links enthalten, gehen automatisch in Moderation. Unterstützen Sie die Arbeit von PI.
Achtung: Der Kommentarbereich wird jeweils 48 Stunden nach Erscheinen eines Artikels geschlossen. Kein OT bei den ersten 10 Kommentaren!
Anzeige:***Wandere aus, solange es noch geht! Finca Bayano...***
Bisher 34 Kommentare:

1. #1 **Wirtswechsel** (06. Dez 2016 13:21)

Gerade läuft auf N24 die Pressekonferenz zu diesem Fall.

2. #2 **Babieca** (06. Dez 2016 13:22)

Jetzt gerade auf ntv die Pressekonfernz. Widerlich. Es ging los mit dem Satz:
„Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir nicht darauf eingehen werden, was die Frauen erleiden mußten.“
Diese islamische Bestie hat so unglaublich gewütet, daß die beiden Frauen fast an ihren inneren Verletzungen gestorben sind.
http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/bochumer-vergewaltigungen-uni-phantom-gefasst-irakischer-fluechtling-31-nach-dna-probe-verhaftet-a1992820.html

3. #3 **Bruder Tuck** (06. Dez 2016 13:23)

Tja, Zufälle gibts, man glaubt es kaum…
.
Ich dachte immer Bochum wär asozialer als Freiburg, aber scheint wohl eher andersrum zu sein.
http://www.bild.de/news/inland/mord/maria-waere-zwanzig-geworden-49085312.bild.html
Heute, am 6. Dezember wäre Maria L. 20 Jahre alt geworden, doch sie durfte diesen Tag nicht erlebten.
Der Killer hat sie brutal aus dem Leben gerissen.
Einem Leben, das noch am am Anfang stand, voller Hoffnung, voller Möglichkeiten.
Eine junge Frau zu BILD: „Ich hatte von Anfang an gehofft, dass es kein Flüchtling war. Jetzt bin ich schockiert, weil er erst 17 Jahre alt ist.“
Freiburg (rund 230 000 Einwohner) hat mit Verbrechen zu kämpfen, gilt als kriminellste Stadt in Baden-Württemberg.
2015 haben Straftaten um 3057 Fälle auf insgesamt 76 790 Straftaten zugenommen. <<

4. #4 **johann** (06. Dez 2016 13:24)

Die Merkelrede ist gerade mit 11 Minuten Beifall zuende und nahtlos fängt die live PK auf N 24 zu den Bochumer Vergewaltigungen durch einen von Merkels irakischen Gästen an.
Das sagt alles über die Situation.

5. #5 **Volker Spielmann** (06. Dez 2016 13:24)

Die Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. muß wahrhaft wieder eingeführt werden! Damit sich die Sittenstrolche aus aller Welt in unserem deutscher Rumpfstaat genannten Vergewaltigungsfreizeitpark bei der Puffmutter Ferkel auch so richtig wohl fühlen, muß umgehend die peinliche Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. wieder in Kraft gesetzt werden: „So jemand einer unverleumdeten Ehefrau, Witwe oder Jungfrau, mit Gewalt und wider ihren willen, ihre jungfräuliche oder frauliche Ehre nehme, so hat der selbig Übeltäter das Leben verwirkt, und soll auf Anklage der

Genötigten in Ausführung der Missetat, einem Räuber gleich mit dem Schwert vom Leben zum Tot gerichtet werden.“ Man merkt wie wenig die deutschen Frauen und Mädchen durch den Sturz des alten Reiches und die Aufrichtung der VS-amerikanischen Fremdherrschaft von den Landfeinden befreit worden sind und welch große Wohltat und Schutz ihnen die vaterländischen Gesetze ehedem gewesen sind. Belegen doch die alten Stammesrechte selbst das Ziehen am Haar einer freien Frau aus Geilheit mit hohen Geldstrafen!
Im Übrigen bin ich dafür, daß der Euro zerstört werden muß!

6. #6 **Metaspawn** (06. Dez 2016 13:27)

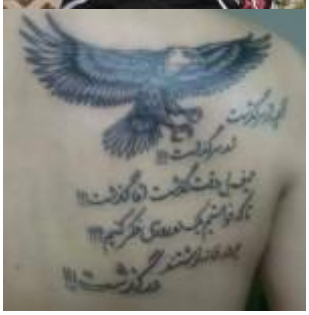
Merkel fischt derweil im Trüben:
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-bei-cdu-parteitag-fluechtlingskrise-darf-sich-nicht-wiederholen-a-1124599.html
Die Geister die sie rief, sollen sich bitte auf den Sommer 2015 beschränken. Als ob das die, die weiter ins Land kommen, gerade in die Boote steigen oder in Griechenland lagern interessiert. Erst versagen, dann jammern und doch gewählt werden wollen. Vergiss es!

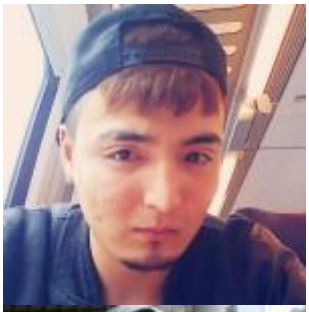
7. #7 **johann** (06. Dez 2016 13:27)

http://www.pi-news.net/2016/12/das-ist-hussein-khavari-marias-moerder/#more-544847

Das ist Hussein Khavari, Marias Mörder!

Das obige Bild postete Hussein Khavari, der Vergewaltiger und Mörder von Maria L. (kl. Foto v. PI eingefügt), nur eine Woche vor seiner Festnahme auf Facebook. Die Fotos auf der Seite zeigen einen selbstverliebten Macho mit offenbar Dominations- und Gewaltfantasien. Khavari soll im November 2015 nach Deutschland eingereist sein. Derzeit sitzt er in der JVA-Freiburg und schweigt. Hier die Bilder:





http://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Warum-der-Fall-Maria-politisch-so-brisant-ist-article19261636.html
Dienstag, 06. Dezember 2016
Person der Woche: Dieter SalomonWarum der Fall Maria politisch so brisant ist
Von Wolfram Weimer
Das Internet glüht vor Aufregung um den Fall Maria. Von den Volksparteien bis zur "Tagesschau" wird Ruhe eingefordert. Doch das macht alles nur schlimmer. Dabei könnte man vom grünen Stadtoberhaupt Freiburgs einiges lernen.
Es ist für die politische Kultur wie eine gefühlte Wiederholung des Kölner Silvesterübergriffs. Ein Verbrechen mit Migrationshintergrund - diesmal der Fall der umgebrachten Freiburger Medizinstudentin Maria - wird von Volksparteien und Leitmedien eilends zum politischen Tabu erklärt. Als sei Deutschland ein neurotischer Aggressionskindergarten hört man aus vielen Kanälen: Es dürfe jetzt keinen "Generalverdacht" gegen Flüchtlinge geben, es handele sich um einen "Einzelfall" und jede Politisierung des Vorgangs sei rechtspopulistischer Missbrauch.
Während fast alle großen Medien der Welt von der "New York Times" bis zu "Le Monde" ausführlich über den Fall berichteten, gerade weil er offensichtlich diese politische Dimension hat, weigerte sich die "Tagesschau" sogar gänzlich über den Fall zu berichten. Die ARD erklärte vielmehr, die Sache sei von "regionaler Bedeutung". Kurzum: Der amtliche Teil der öffentlichen Kommunikation reagiert mit politisch korrekter Tabuisierung - und macht damit selbst erst aus einem traurigen Kriminalfall ein brisantes Politikum.
Seit dem Wochenende glühen jedenfalls die politischen Foren im Internet. Insbesondere die Reaktion der "Tagesschau"-Redaktion löst eine Welle der digitalen Empörung aus. Wie im Fall der Silvesterübergriffe entsteht mit der offiziellen Beschwichtigungskommunikation der

Nährboden für Misstrauen und Manipulationsvermutungen. Merke: Wer eine politische Debatte, die noch gar nicht begonnen hat, schon mundtot machen will, der entfacht sie erst.

Merkel wird im Alltag widerlegt

Der Fall Maria befeuert vor allem die Sorge, dass Deutschland mit der Massenzuwanderung zugleich ein großes Kriminalitätsproblem importiert hat. Die Zunahme von gewaltsamen Übergriffen vieler Arten sind - da gleichen sich die Polizeiberichte aller Bundesländer - leider keine "Einzelfälle". Sie verändern vielmehr das Alltagsleben in Deutschland spürbar - vom sommerlichen Schwimmbadbesuch bis zur abendlichen S-Bahn-Fahrt. Der "Spiegel" berichtet aus Freiburg: "Seit Wochen verkaufen die Waffengeschäfte der Stadt kistenweise Pfefferspray, Mädchen werden zur Schule gebracht, statt wie früher mit dem Bus zu fahren. Die Frauen, die überhaupt noch joggen gehen, tun das oft mit einer App, die einer Vertrauensperson in regelmäßigen Abständen signalisiert, dass alles in Ordnung ist."

Und weiter melden die "Spiegel"-Reporter: "Tatsächlich gab es in Freiburg in den vergangenen Wochen und Monaten eine Häufung an Gewalttaten: Ende September wird ein 13-jähriges Mädchen von minderjährigen Jugendlichen missbraucht. Zwei der drei Verdächtigen haben einen Migrationshintergrund. Mitte Oktober wird ein Mann aus dem Obdachlosenmilieu von zwei Nichtdeutschen so schwer geschlagen, dass er kurz darauf seinen Verletzungen erliegt. Ende Oktober werden zwei Frauen unweit des Hauptbahnhofs sexuell belästigt und retten sich in eine Polizeiwache. Die Verdächtigen stammen aus Gambia. Anfang November verletzt ein Afghane einen anderen schwer mit Messerstichen. Mitte November tötet ein georgischer Mann seinen Neffen mit Messerstichen."

Merkels Diktum "Deutschland wird Deutschland bleiben, mit allem was uns lieb und teuer ist" wird damit im Alltag der Menschen und ihrem erschütterten Sicherheitsgefühl widerlegt. Und Sigmar Gabriels Reaktion auf Freiburg (es müsse vor "Hetze" von Rechts und vor "Verschwörungspropaganda" gewarnt werden) klingt eher wie pädagogischer Exorzismus als nach ernsthafter Problembewältigung.

Ausgerechnet in Freiburg

Die Debatte um den Fall Maria trifft die Kanzlerin just in dem Moment, da ihr innenpolitisches Abgleiten in den Umfragen beendet schien. Ihre nochmalige Kandidatur hat Solidaritätsreflexe ausgelöst und die grimmige Migrationsdebatte schien weniger aggressiv, auch weil es seit einigen Wochen keine Terrorattacken von Islamisten mehr gegeben hat. Plötzlich sammelte sie wieder Sympathiepunkte, und es wurde wieder über eine schwarz-grüne Perspektive für 2017 gesprochen. Nun aber zerstört der Fall Maria diese politische Stimmung - ausgerechnet kurz vor Merkels Krönungsparteitag ist die Zuwanderungsdebatte wieder da. **Sie gipfelt in dem Leitartikelzitat der "Welt": "Wären die Grenzen im September 2015 geschlossen geblieben, würde die Medizinstudentin aus Freiburg noch leben."**

Verstärkt wird die Nachwirkung des Falles auch durch die besondere Tragik und die Zufälligkeiten - vom Namen des Opfers bis zur Minderjährigkeit des Täters. Es traf ausgerechnet eine junge Frau, die für Flüchtlinge engagiert und im Studentenverein "Weitblick" aktiv war. In der Traueranzeige baten die Eltern sogar um Spenden für Weitblick Freiburg e. V., jenem Verein, der mit Spendengeldern Bibliotheken für Flüchtlinge einrichtet. Die "Welt" schreibt: "Der Mord von Freiburg stellt nun eine kaum zu ertragende Zuspitzung dar. Der Hilfsbedürftige mordet den Helfer. Eine junge Frau, die das Beste, was diese Gesellschaft zu bieten hat, in sich vereint: Nächstenliebe, Bildung, Gemeinsinn, wurde zum Opfer ihrer Hilfsbereitschaft. Sie wurde getötet von dem, der sein Überleben ihrer Hilfe zu verdanken hat. Sie bezahlte ihre Nächstenliebe mit dem Leben."

Und schließlich findet die Tat ausgerechnet in Freiburg statt, dem schwarz-grünen Vorzeige-Idyll der Nation - einem Laborversuch für das, was Angela Merkel und Katrin Göring-Eckardt sich ab 2017 auch für ganz Deutschland gut vorstellen wollen. Die Verkörperung dieser politischen Linie heißt Dieter Salomon und ist seit mehr als 14 Jahren Freiburger Oberbürgermeister. Salomon ist eine Art Kretschmann in jung. Ein post-ideologischer Vorzeige-Grüner, gebildet, umsichtig, weltläufig - in Australien geboren, in Frankreich unterwegs, ein promovierter Politologe. Salomon war der erste grüne Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt überhaupt. Und er regiert wie Kretschmann mit einer guten Portion bürgerlicher Eigenvernunft. Er legt sich schon mal mit streikenden Gewerkschafterinnen an wie ein CDUler alten Schlags, er setzt auf Alkoholverbote wie ein konservativer Pietist, verteidigt Polizeieinsätze gegen Demonstranten wie ein CSU-Innenminister und kann die Privatisierung von Wohnungsbaugesellschaften fallweise für gut halten wie ein Liberaler.
"Nicht das süddeutsche Bullerbü"
Salomon kommt - ähnlich wie sein Amtskollege aus Tübingen, der grüne Bürgermeister Boris Palmer - aus einer pragmatischen Generation von grünen Politikern, die eher Helmut Schmidts Leitbild (Wer Visionen hat, sollte besser zum Arzt gehen) nach nüchterner Vernunft, Maß und Mitte folgen. Dazu gehört bei Palmer wie bei Salomon auch - nichts verharmlosen, nichts dramatisieren. Und so sagt er zum Fall Maria jetzt im "Spiegel Online"-Interview: "Freiburg hat kein besonderes Problem, wir sind schlicht nicht das süddeutsche Bullerbü, für das wir gerne gehalten werden. Viel Sonnenschein, viele Fahrräder und ein lustiger grüner Bürgermeister, so sehen uns viele im Rest der Republik. Aber Freiburg ist eine mittelgroße deutsche Großstadt mit 230.000 Einwohnern und echten Problemen. Seit 15 Jahren führen wir die Kriminalitätsstatistiken an und haben noch immer viel zu wenig Polizei."
Schon im Januar 2016 erklärte Salomon im Zusammenhang mit den Übergriffen der Silvesternacht gegenüber der FAZ: "Es ist eine harte Linie gefragt. Unsere Rolle muss es sein, die Polizei zu stärken, so dass das Sicherheitsgefühl auf den Straßen zunimmt und die Polizei mehr Präsenz zeigen kann." Er warnt natürlich vor ungerechter Pauschalverurteilung von Migranten, aber er spricht eben auch die Kehrseite der Wahrheit an: "Wir müssen bei der Integration auf unsere Werte pochen." Offen und klar, und ohne jenen volkspädagogischen Reflex der politisch Korrekten. Die Folge - die AfD erreichte in Palmers Tübingen wie in Salomons Freiburg bei den diesjährigen Landtagswahlen nicht einmal halb so viel Zustimmung wie im Rest des Landes. Der grüne Salomon-Palmer-Weg ist das Gegenteil dessen, was die "Tagesschau" gemacht hat.
Quelle: n-tv.de

http://www.pi-news.net/2016/12/berlin-vergewaltigungs-fachkraft-gesucht/

Berlin: Vergewaltigungs-Fachkraft gesucht

Berlin: Mit Bildern (siehe oben) des mutmaßlichen Täters bittet die Polizei um Mithilfe bei der Identifizierung eines Mannes. Der bislang Unbekannte steht im Verdacht, am 31. März 2016 zwischen 11 und 12 Uhr in einem Massagesalon in Steglitz versucht zu haben, eine Angestellte zu vergewaltigen. Der Mann hatte offenbar nur von seiner Tat abgelassen, weil er

durch das Klingeln eines Kunden an der Eingangstür gestört worden war. Er war anschließend mit einem Fahrrad geflüchtet.
Als er sich einige Tage später in Tatortnähe aufhielt, konnte er von einem Zeugen mit dem Handy gefilmt werden. Die Polizei fragt: Wer kennt den Mann, der auf den Bildern zu sehen ist und kann Angeben zu dessen Identität oder Aufenthaltsort machen? Hinweise nimmt das Fachkommissariat beim Landeskriminalamt, LKA 134 in der Keithstraße 30 in 10787 Berlin-Tiergarten unter der Telefonnummer (030) 4664 – 913 402 (E-Mail: lka134@polizei.berlin.de) oder jede andere Polizeidienststelle entgegen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelherbst
Chemnitz: Mit Freispruch endete gestern eine Verhandlung wegen sexueller Nötigung vor dem Amtsgericht. Dabei ging selbst das Gericht davon aus, dass der Angeklagte, ein jetzt 22-jähriger Student aus Mosambik, bei einem Übergriff auf eine damals 18-jährige Chemnitzerin am 31. Januar dieses Jahres an der Brückenstraße „höchstwahrscheinlich" zumindest zugegen war. Nur welche Rolle er dabei spielte, sei nicht mehr zweifelsfrei festzustellen, so die Urteilsbegründung. Der Verdächtige selbst schwieg zu den Vorwürfen. Die 18-Jährige hatte mit Freunden bis zum frühen Sonntagmorgen in einer Diskothek an der Brückenstraße gefeiert. Auf dem Heimweg kehrte sie wegen einer vermissten Mütze noch einmal um und wollte nach erfolgloser Suche auf der Treppe am Marx-Monument eine Zigarette rauchen. Da sei sie von drei dunkelhäutigen Männern zunächst angesprochen, dann von hinten festgehalten und von dem kleinsten der drei unsittlich berührt worden. Als sie das gestern im Zeugenstand schilderte, brach sie in Tränen aus. Sie habe einen der Männer getreten, sich losreißen können und sei, verfolgt von den Afrikanern, in Richtung Zentralhaltestelle gelaufen. Als zwei ihrer Freunde, die sie inzwischen suchten, entgegenkamen, ließen die Männer von ihr ab und bestiegen an der Zentralhaltestelle ein Taxi. Bevor es abfuhr, tauschte ein Freund der 18-Jährigen, der die Verdächtigen verfolgt hatte, noch schnell mit dem Fahrer die Telefonnummern. So erfuhren inzwischen herbeigerufene Polizisten, dass die Männer zu einem Erotik-Club an der Leipziger Straße gebracht worden waren, und konnten sie dort festnehmen. Doch der gegen den kleinsten der Drei, den gestrigen Angeklagten, erlassene Haftbefehl wurde noch am selben Tag wieder ausgesetzt. Ein zweiter mutmaßlicher Beteiligter wurde inzwischen in seine Heimat abgeschoben und der dritte ist laut Gericht untergetaucht, als ihn dasselbe erwartete. Weil sich das Opfer nicht mehr ganz genau an die Rolle des Angeklagten erinnern konnte und an ihrer Kleidung keine Spuren der Täter gefunden wurden, plädierte letztlich auch die Staatsanwältin auf Freispruch – zur Enttäuschung der jetzt 19-Jährigen und ihres Vaters.
Dresden: Am frühen Samstagmorgen hatte sich der junge Mann in einer Straßenbahn der Linie 7 neben eine schlafende 33-Jährige gesetzt und sie unsittlich berührt und geküsst. Als diese seine Handlungen bemerkte, kam es zum Handgemenge. Aufmerksam geworden Fahrgäste hatten schließlich die Polizei verständigt. An der Haltestelle „Infineon" konnten die Beamten den Mann, der die Bahn bereits verlassen hatte, ausfindig machen. Der 23-Jährige wurde in Gewahrsam genommen. Beide Beteiligte sowie die Zeugen standen zum Teil deutlich unter Alkoholeinfluss. Im Zuge der weiteren Ermittlungen gegen den Mann aus Libyen muss der genaue Tatablauf geklärt werden.

Tettnang: Wegen einer exhibitionistischen Handlung hat das Amtsgericht Tettnang einen 34-jährigen Mann zu 90 Tagessätzen zu zehn Euro verurteilt. Der Angeklagte arbeitete als Aushilfe in einem Seniorenheim. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er im November 2015 vor einer Altenpflegerin sein erigiertes Geschlechtsteil zeigte, manipulierte und die Frau aufforderte, es anzufassen. Der Angeklagte stammt aus Syrien, ist verheiratet, hat zwei kleine Kinder und lebt seit 2015 in Deutschland. Im Herbst 2015 arbeitete er bei der Essensausgabe in einem Friedrichshafener Altersheim. Er bestritt die Tat und beschuldigte im Gegenzug die Geschädigte, ihm sexuelle Avancen gemacht zu haben. Sie habe ihn an dem Abend um Hilfe gebeten und auf seine Körpermitte gezeigt. Er habe abgelehnt. Als erste Zeugin berichtete die Geschädigte. Sie habe eine bettlägerige und demente Bewohnerin frisch gemacht, als der Angeklagte in das Zimmer gekommen sei. Er habe seine Hose geöffnet, sein Geschlechtsteil entblößt und gesagt: „touch it" – „Fass es an". „Er hat meine Hand genommen und wollte sie zu seinem Genital führen, da hab ich mit losgerissen und bin zur Tür gelaufen," sagte sie. Sie habe eine Kollegin angerufen. Ob sie Interesse an seiner Person signalisiert habe, fragte Richterin Lauchstädt. „Nein. Ich bin lesbisch, ich steh' nicht auf ihn", antwortete die Zeugin.
Diez: Der Fall sorgte für Aufsehen. Zwei Asylbewerber aus Afghanistan sollen zusammen mit einem weiteren Mitbewohner am 27. April einen 16 Jahre alten Landsmann in einer Hütte nahe der Erstaufnahmeeinrichtung sexuell genötigt, vergewaltigt und körperlich misshandelt haben.
Im Verfahren vor der 2. Strafkammer des Koblenzer Landgerichts legte der 22 Jahre alte Angeklagte ein Teilgeständnis ab, sein mitangeklagter Komplize, angeblich 18 Jahre alt, bestreitet eine aktive Beteiligung.Angeblich hatten sich die Männer, die zum Tatzeitpunkt alle in der Unterkunft in der ehemaligen Kaserne lebten, im Wald getroffen und in einer Schutzhütte erheblich dem Alkohol zugesprochen. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass es im Verlauf der Zechtour mit Wodka und Whisky zu den Übergriffen gekommen ist. Das Opfer hatte angegeben, geschlagen, getreten und bedroht worden zu sein. Der 22-Jährige hatte über seinen Verteidiger kurze sexuelle Handlungen eingeräumt, bestritt aber, dabei in den Jugendlichen eingedrungen zu sein. Der jüngere Tatbeteiligte will sich an dem Missbrauch nicht beteiligt haben. Er sagte aus, dass er beim Versuch, die Mitbewohner von ihrem Tun abzuhalten, selbst mit einer Flasche geschlagen worden sei. Das Opfer hatte dem Gericht von erheblichen Schmerzen nach Schlägen und Tritten berichtet. Nach dieser Aussage hatte der 22-Jährige die Vergewaltigung vollendet, beim jüngeren Angeklagten war sich der Zeuge nicht sicher.
Hamburg-Eimsbüttel: Eine 27-Jährige hat in der Nacht zu Sonntag den Albtraum vieler Frauen durchleben müssen. Ein Mann folgt der Frau bis zu ihrer Wohnung in Eimsbüttel und versucht dort, sich sexuell an ihr zu vergreifen. Um 2.02 Uhr steigt die junge Frau am U-Bahnhof Osterstraße aus der Bahn und geht in Richtung Unnapark. Dort bemerkt sie einen Mann, der ihr offensichtlich folgt. Die 27-Jährige geht weiter zu ihrer Wohnung in der Sillemstraße. Der Mann bleibt ihr auf den Fersen! Vor der Wohnungstür angekommen, stößt der Unbekannte die Frau in deren Wohnung. Es kommt zu einer körperlichen Auseinandersetzung und sexuellen Übergriffen durch den Täter. Die 27-Jährige schreit um Hilfe und schafft es schließlich, den Mann aus der Wohnung zu drängen.So sah der Täter aus: Der Täter wird wie folgt beschrieben: Er ist zwischen 21 und 28 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß und hat eine normale Statur. Er hat ein „südländisches Erscheinungsbild", kurze dunkle Haare und einen Drei-Tage-Bart. Besonders auffällig sind seine großen Augen mit langen Wimpern.
München: Eine 21-jährige ist in München brutal attackiert worden. Als sie das Gelände des Kunstpark Ost verlassen hatte, wurde sie zu Boden gerissen. Dann zog ihr ein Mann die Hose herunter. Die Frau wurde am Sonntag gegen 3.20 Uhr angegriffen. In der Haager Straße riss der Täter die 21-jährige um und würgte die Frau. Der Mann drohte ihr, berichtet die „tz". Falls sie um Hilfe rufe, werde er sie umbringen. Trotz der Drohung schrie die Frau los.

Zwei Passanten hörten die Rufe. Sie kamen mit dem Auto und leuchteten mit dem Scheinwerfer den Platz aus. Daraufhin ließ der Täter von der Frau ab. Er ergriff die Flucht. Sein Opfer war am Hals sowie am Kopf verletzt worden. In einem Krankenhaus wurde die Frau ambulant behandelt.
Die Polizei fahndet nach dem Täter. Der mutmaßliche Sex-Täter ist dunkelhäutig.
Stuttgart: Polizeibeamte haben am Montagnachmittag (31.10.2016) einen 26-Jährigen festgenommen, der innerhalb von drei Stunden zweimal als Exhibitionist aufgefallen war. Im ersten Fall hielt es sich gegen 10.20 Uhr mit einer 26-Jährigen in einem Besucherraum des Sozialamtes auf, als er die Frau mit den Augen fixierte und dabei an seinem entblößten Geschlechtsteil manipulierte. Als die Frau laut um Hilfe rief, flüchtete der Mann zwar, konnte aber wenig später von der Polizei festgenommen werden. Nach Durchführung der polizeilichen Maßnahmen wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen 12.40 Uhr belästigte der Mann in einer Stadtbahn der Linie U2 zwischen den Haltestellen „Wilhelmsplatz“ und „Schloßstraße“ in gleicher Weise eine 31-jährige Frau. Auch hier konnte der Mann im Rahmen der Fahndung wenig später festgenommen werden. Der türkische Tatverdächtige wurde danach einem Arzt vorgestellt, der wegen akuter Fremdgefährdung eine Einweisung in die psychiatrische Abteilung einer Klinik verfügte.
Bietigheim-Bissingen: Schon wieder wurde eine junge Frau in der Region belästigt. Sie fuhr am Freitag in der S5 von Stuttgart-Zuffenhausen nach Bietigheim-Bissingen. Ein Mann setzte sich neben sie und fing an sie zu begrapschen. Der Mann hatte die 18-Jährige zunächst auf Englisch angesprochen. Dann berührte er sie an der Oberschenkelinnenseite und im Intimbereich mehrfach. Zudem kniff er ihr schmerzhaft in die Kniekehle. Als die 18-Jährige sich umsetzte, folgte ihr der Täter. Die mehrfache Aufforderung, die Handlungen zu unterlassen, habe er ignoriert. Beim Ausstieg am Bahnhof Bietigheim-Bissingen versuchte der Mann anschließend, die Frau festzuhalten. Sie riss sich los und floh in Richtung des dortigen Busbahnsteiges. Anschließend erstattete sie im Polizeirevier Bietigheim-Bissingen Strafanzeige. Der Täter wird als „klein“ und dunkelhäutig beschrieben.
Blankenbach: Ein Unbekannter soll in der Nacht zum Dienstag in einem Linienbus eine 16-Jährige unsittlich berührt haben. Die Polizei bittet um Hinweise. Gegen 23.20 Uhr saß die 16-Jährige im Linienbus zwischen Aschaffenburg und Blankenbach, als sie ein Unbekannter sowohl während der Fahrt, als auch beim Aufstehen unsittlich berührt haben soll. Die Alzenauer Polizei hat die Ermittlungen übernommen und bittet um Hinweise von Zeugen. Nach Angaben der 16-Jährigen war der Mann etwa 25 Jahre alt und trug eine grüne Jacke, Bluejeans und braune Schuhe. Außerdem soll es sich um einen afghanischen Staatsangehörigen gehandelt haben.

Print PDF
Kategorie: Rapefugees
Autor: PI, 01. Dez 2016 | Kommentar schreiben

Die Kommentare zu den Beiträgen geben nicht die Meinung des PI-Teams wieder. Wir behalten uns vor, sie zu kürzen oder zu löschen. Das betrifft auch Kommentare, die zu sehr vom Thema des Beitrags abweichen (OT). Kommentatoren, die gegen unsere Policy verstoßen, werden gesperrt oder unter Moderation gestellt. Wir bitten unsere Leser, entsprechende Kommentare dem PI-Team zu melden. Kommentare, die mehr als zwei Links enthalten, gehen automatisch in Moderation. Unterstützen Sie die Arbeit von PI.
Achtung: Der Kommentarbereich wird jeweils 48 Stunden nach Erscheinen eines Artikels geschlossen. Kein OT bei den ersten 10 Kommentaren!

Anzeige:***Wandere aus, solange es noch geht! Finca Bayano...***

Bisher 36 Kommentare:

1. #1 **Reiner07** (01. Dez 2016 07:40)

Zum Jahresende sollte man einmal alle „Einzelfälle“, von Merkels Gästen, auflisten und diese in allen Medien verbreiten. Es gibt immer noch genügend Leute, die es überhaupt nicht mitbekommen, was diese Asylbetrüger anrichten!

2. #2 **Eurabier** (01. Dez 2016 07:50)

Berlin: **Vergewaltigungs-Fachkraft** gesucht
Gehen uns etwa die deutschen Vergewaltiger aus? Die linksgrün-pädophile Lügenpresse empfiehlt Abhilfe:
https://www.welt.de/wirtschaft/article159867382/Nur-die-Zuwanderer-verhindern-den-Fachkraefte-Kollaps.html
Personalnot
Nur die Zuwanderer verhindern den Fachkräfte-Kollaps

3. #3 **RechtsGut** (01. Dez 2016 07:50)

Also, wir können auf keines dieser EXTREMEN Talente verzichten. Daher fischen „wir" jeden Tag auch Nachschub direkt vor Libyens Küste.

4. #4 **Religion_ist_ein_Gendefekt** (01. Dez 2016 07:53)

Es geschieht doch alles zu unserem besten, gegen die Inzucht.

5. #5 **alte Frau** (01. Dez 2016 07:58)

Unsere tägliche Kriminalität gib uns heute AMEN

6. #6 **Wolfenstein** (01. Dez 2016 07:58)

Zur Zeit schwappt ein unglaublicher Asylanten-Kriminalität-Tsunami über Deutschland. Merkel hat gerufen und gekommen sind leider fast nur Asoziale, Kriminelle, Raubnomaden und primitive Scharia-Krieger aus der Dritten Welt. Wegen der politischen Korrektheit der rotgrünen Irren-Ideologie haben die arabischen Vergewaltigung-Fachkräfte und afrikanischen Genital-Untersuchung-Spezialisten faktisch ein Freibrief.
Die rotgrüne Systempropaganda blendet die Verbrechen der meist aus bildungsfernsten Schichten kommenden neuen Einwanderer einfach aus.

7. #7 **jeanette** (01. Dez 2016 08:03)

Die sehen alle so intelligent und sympathisch aus, wie soll man den finden!

8. #8 **Eurabier** (01. Dez 2016 08:06)

Eine Vergewaltiger-Obergrenze wird es mit Merkel nicht geben
https://www.welt.de/politik/deutschland/article159875294/Eine-Fluechtlings-Obergrenze-wird-es-mit-Merkel-nicht-geben.html
Eine Flüchtlings-Obergrenze wird es mit Merkel nicht geben
CDU-Wähler vergewaltigen mit!
Die Bundesregierung wird zu Silvester eine Broschüre mit Schminktipps für vergewaltige ungläubige deutsche Frauen herausgeben.

9. #9 **h2so4** (01. Dez 2016 08:06)

Lügenpresse_
Manipulation mit Überschriften
WELT online:
Nur die Zuwanderer verhindern den Fachkräfte-Kollaps
Weiter runter dann die folgende Statistik:
Welche Fachkräfte sind zugewandert, in fünf Jahren bis 2014?:
Aus Polen 8000
aus Spanien 7800
aus Indien 7500
aus Rumänien 7000
aus Frankreich 5500
aus China 5000
aus Italien 4500
aus Österreich 4000
aus Ungarn 3200
aus Russland 3100
aus Griechenland 2800
aus USA 2400

https://www.welt.de/wirtschaft/article159867382/Nur-die-Zuwanderer-verhindern-den-Fachkraefte-Kollaps.html
Keine Araber,
keine Afrikaner,
keine Moslems.

http://www.pi-news.net/2016/12/den-haag-kein-bargeld-mehr-fuer-asylbetrueger/#more-544275

Den Haag: Kein Bargeld mehr für Asylbetrüger

Abgewiesene Asylbewerber haben in den Niederlanden keinen Anspruch auf eine staatliche Grundversorgung. Der Staat dürfe Sozialleistungen an die Bereitschaft koppeln, die eigene Abschiebung zu unterstützen, entschied das höchste Verwaltungsgericht des Landes in Den Haag. Die konservative Regierung hatte zuvor die Unterbringung von illegalen Migranten stark eingeschränkt. Nach der neuen Regelung „Bett, Bad und Brot" können sie lediglich noch in einigen zentralen Heimen befristet einen Schlafplatz und eine Mahlzeit bekommen – und auch nur, wenn sie an ihrer Ausreise mitarbeiten. Nach Schätzungen von Hilfsorganisationen leben Zehntausende Menschen illegal in den Niederlanden *(Auszug aus einem Artikel von Spiegel-online)*.

Nachfolgend ein „buntes" und „weltoffenes" Nachrichten-Potpourri:

Marokko möchte seine Talente nicht zurückhaben

35 von ihnen leben mittlerweile im Bamberger Osten unweit der Pödeldorfer Straße. Viele von ihnen belasten das Verhältnis aller anderen Flüchtlinge zu ihren deutschen Nachbarn, aber auch der Flüchtlinge untereinander. Es ist ja nicht so, dass nur beklaute Ladenbesitzer und Eigentümer von aufgebrochenen Autos betroffen wären. Auch in der Einrichtung mit derzeit 1100 Bewohnern gehören Polizeieinsätze zur Tagesordnung. Warum sind es in erster Linie Marokkaner, die so massiv auffallen? Ursula Redler, die auch Stadträtin der Bamberger Allianz ist, kennt die Probleme aus nächster Nähe und nimmt kein Blatt vor den Mund: Die Marokkaner hätten wenig bis nichts zu verlieren, sagt sie. Die Verweigerung von Sachmitteln werde achselzuckend akzeptiert. Und: „Marokkaner müssen keine Abschiebung befürchten, weil es zwischen Deutschland und Marokko kein Rückführungsabkommen gibt." *(infranken.de)*

Senegal möchte seine Fachkräfte auch nicht zurückhaben

Brisant ist die Angelegenheit indes auch für die politisch Verantwortlichen in Senegal. Schon deshalb, weil der dortige Staatspräsident Macky Sall pathetisch versichert hat, die Republik Senegal lehne es ab, dass „ihre Söhne ins Land zurückgeschickt werden". Die geplante Sammelanhörung in Bayern fand in zahlreichen senegalesischen Medien ihren Niederschlag. „Mehr als 3000 Senegalesen aufgefordert, am Flughafen München einzutreffen, um das Land zu verlassen", lautete eine der Schlagzeilen. In einer anderen stand in großen Lettern, es gebe zwischen den Regierungen Senegals und der Bundesrepublik Deutschland „ein Abkommen". Und dieses ermögliche letztlich Abschiebungen im großen Stil. Die Regierung Senegals handele damit „gegen ihre eigenen Staatsbürger". Das wurde umgehend dementiert von Sory Kaba, dem vom Staatspräsidenten eingesetzten „Direktor für Auslands-Senegalesen". „Die deutschen Behörden", so polterte dieser, hätten „nicht das Recht", sich über seine Kompetenzen hinwegzusetzen. Sprich: Sie hätten nicht Senegalesen zu einer Sammelanhörung unter Beteiligung der senegalesischen Botschaft einladen dürfen, „ohne die

Botschaft einzubinden“. Kenner der Zustände in Senegal rätseln nun darüber, wie ernst diese Äußerungen einzuschätzen sind. Die Exil-Gemeinde der Senegalesen sei eine politische Kraft, da sie viel Geld in die Heimat schicke. „Kollaboration bei Abschiebungen ist da schlecht angesehen“, hieß es *(Süddeutsche Zeitung)*.

Griechischer Geheimdienst: Türkei wird 3000 „Flüchtlinge“ pro Tag schicken

Greek intelligence has disclosed that the Turkish government plans to allow 3,000 migrants to leave their shores every day to head for Greece. The detailed plans, disclosed to Greek newspaper Proto Thema, come following Turkish President Recep Tayyip Erdo?an’s threat to flood the continent with migrants if the nation’s accession negotiations to the European Union (EU) were halted *(Breitbart.com)*.

Erdogan: Wenn Öffnung zur Erpressung wird

Erstaunlich schnell ist die öffentliche Diskussion über die Drohung hinweggegangen, die der Präsident der Türkei am 25.11.2016 ausgesprochen hat. Erdogan sagte, direkt an die Europäische Union gewandt: „Hören Sie mir zu. Wenn Sie noch weiter gehen, werden die Grenzen geöffnet, merken Sie sich das!“ Das ist nicht irgendeine rhetorische Polterei, sondern eine reale Erpressung. Erdogan droht mit einem Übergriff auf europäisches Territorium. Er droht nicht direkt mit türkischen Truppen und Panzern, sondern mit einer Grenzöffnung – für eine Migrationswelle, die die Türkei als Tor nach Europa benutzt. Für den Machthaber am Bosporus wird die Migrationswelle zum Mittel, um Europa gefügig zu machen. Wenn ein Diktator, der für sein Land eine weltpolitische Hegemonierolle anstrebt, mit einer Politik der offenen Grenze drohen kann, sollte das nachdenklich stimmen. Wurden nicht „offene Grenzen“ als Inbegriff der Humanität und als oberstes Prinzip für eine Weltordnung der Zukunft gepriesen? *(Tichys Einblick)*.

Rassistischer Vorfall von Mohammedaner-Mädchen frei erfunden

Der Vorwurf wiegt schwer: Ein Straßenbahnfahrer soll sich im Köpenicker Ortsteil Friedrichshagen angeblich geweigert haben, eine 14-Jährige zu befördern, weil sie ein Kopftuch trug – ein Fall, der Schlagzeilen machte. Doch der Vorwurf, der geeignet ist, einen Menschen beruflich zu ruinieren, stimmt wohl nicht. Am Mittwoch hatte die Polizei in ihrer Pressemitteilung folgendes gemeldet: Eine 14-Jährige habe angegeben, sie sei am Dienstag an der Bölschestraße in eine Straßenbahn gestiegen. Der Fahrer soll sie per Lautsprecher aufgefordert haben, wieder auszusteigen, da niemand von ihm befördert werde, der ein Kopftuch trägt. Die Jugendliche habe von keinem der anderen Fahrgäste Unterstützung erhalten und sei daraufhin „verunsichert ausgestiegen“. Anschließend teilte sie den Vorfall einer Erwachsenen mit, die bei der Polizei Anzeige erstattete. Der Staatsschutz übernahm die Ermittlungen, dem Straßenbahnfahrer drohten scharfe Konsequenzen – von der Abmahnung bis zum Rauswurf.

Inzwischen meldete sich eine Zeugin auf Facebook: Das Mädchen habe in der Tramlinie 60 mit ihrer Freundin Döner gegessen, schreibt sie. Der Bahnfahrer habe mehrfach gefordert, dass draußen gegessen wird. Daraufhin habe die Freundin ihren Döner weggepackt. „Sie hat allerdings weiter gegessen und sich nicht mal im Ansatz für die Worte des Bahnfahrers interessiert. Nachdem er sich drei Mal wiederholt hatte, meinte er, dass das Mädchen mit dem weißen Kopftuch doch bitte aussteigen solle und ihren Döner dort essen solle. Mehr war nicht.“ Die Zeugin meldete sich mittlerweile auch bei der Polizei. Nach Angaben von BVG-Sprecherin Petra Reetz deckt sich diese Darstellung mit den ausgewerteten Videoaufnahmen aus der Straßenbahn. Diese zeigen, wie die beiden Mädchen mehrmals nach oben in Richtung der Lautsprecher schauen. Laut Reetz sagte der Fahrer: „Das Mädchen mit dem weißen Kopftuch möchte doch bitte seinen Döner draußen essen.“ Der Mann hat lediglich die Beförderungsbestimmungen der BVG durchgesetzt
(Berliner Zeitung).

Mohammedaner-Terrorist wollte Kinder vergiften

Junge Salafisten verübten einen Anschlag auf einen Sikh-Tempel im deutschen Essen bei dem drei Menschen schwer verletzt wurden. Die beiden wurden zu Haftstrafen verurteilt. Doch nun kam in einem Berufungsprozess gegen Ö. heraus, dass dieser weitere schrecklichere Attentate plante, berichtet „bild.de“. Ein Brief, den Ö. zu seinem Anführer Yusuf T. schmuggeln wollte, zeigte den bloßen Horror. Mohammed fragte Yusuf: „Darf man gezielt auch Kinder töten?“ In den weiteren Zeilen beschreibt er seinen Terrorplan. Der Islamist wollte sich als Eismann ausgeben und vergiftetes Eis an Kinder verkaufen. „Dürfte ich nach Scharia das Eis mit Arsen oder Warfarin würzen oder besser Strychnin, um damit Kinder zu töten?“, fragt er. Warfarin ist ein Blutverdünner. Doch damit war sein grausamer Plan noch nicht zu Ende. Er wollte nach dem Verteilen des Gifteises ein Selbstmordattentat in einem Kindergarten machen und sich mit dem Eiswagen in die Luft sprengen. Neben den brutalen Worten zeichnete er zudem ein Bild von einem Wagen, der in ein Gebäude rast. Am Ende erkundigt sich Terrorist auch noch, ob er die Mädchen der Gegner des Propheten Mohammed vergewaltigen darf *(oe24)*.

USA: Islam-Konvertit wollte hunderte Menschen erschiessen

Justin Sullivan plotted to kill hundreds of people in North Carolina and Virginia on behalf of the Islamic State and wanted a silencer for a gun. So he had one built from a flashlight and delivered to the Morganton, N.C., house he shared with his parents. When his parents asked what he planned to do with it, he tried to have them killed. The person he offered to pay to kill his parents and who sent him the silencer was an undercover FBI employee. Sullivan, 20, admitted his plot on Tuesday, pleading guilty in federal court in North Carolina to attempting to commit acts of terrorism *(Washington Post)*.

Mohammedaner lehnt bei Kindsgeburt männlichen Arzt ab

Wien: Wüste Szenen haben sich jüngst im Wiener Wilhelminenspital abgespielt. Auf der Gynäkologie lag eine muslimische Patientin in den Wehen, ihr Mann verwehrte dem behandelnden Arzt aber den Zutritt zum Raum – und das nur, weil er männlich ist. „Kein Mann darf hinein, nur eine Frau“, wetterte er. Übrigens: Der Mediziner selbst ist ebenfalls Muslim. Als der zuständige Assistenzarzt vergangene Woche auf der Geburtenstation nach dem Rechten sehen wollte, wurde ihm von dem werdenden Vater der Weg in den Kreißsaal versperrt. „Kein Mann darf hinein, nur eine Frau“, sagte er nach krone.at-Infos zum Arzt. Daraufhin übernahm eine Hebamme die Geburt, wie sonst auch üblich. Alles verlief gut. Später kehrte der Mediziner zur Nachuntersuchung zurück – als zuständiger Arzt muss er zumindest dabei anwesend sein – und wieder wehrte sich der Mann vehement. Der Vater nahm den Mediziner, der selbst Muslim ist, zur Seite: „Du bist ein schlechter Mensch, so was darf man nicht, in meiner Religion steht geschrieben, dass das verboten ist!“ Dann: „In welche Moschee gehst du? Frag deinen Imam, er wird es dir bestätigen, dass ich recht habe. Würdest du deine Mutter von männlichen Ärzten behandeln lassen?“ Darauf entgegnete der Arzt: „Ja, das ist schon öfter passiert.“ Um die Situation zu entschärfen, fügte er hinzu: „Wir sind alle gute Menschen.“ Dann verließ er das Behandlungszimmer *(krone.at)*.

Mohammedanische „Schutzsuchende“ mobben Christen

Pater Andreas Knapp arbeitet in Leipzig mit Flüchtlingen aller Religionen. Doch immer wieder stößt er auf Probleme, die gerade christliche Flüchtlinge aus dem Nahen Osten hier haben – aufgrund von Mobbing durch muslimische Mitflüchtlinge *(Deutschlandradio Kultur)*.

Eine Hundertschaft für einen Kriminellen

Aachen: Dass eine Einsatzhundertschaft der Polizei hunderte Einsatz(über)stunden investieren muss, um in der Aachener Uniklinik die gewaltsame Befreiung eines Kriminellen zu verhindern, können viele Bürger vermutlich kaum nachvollziehen – und stellen deshalb die Frage nach der Verhältnismäßigkeit. Polizei und Staatsanwaltschaft dürften mit dem Ergebnis des Großeinsatzes am Montag dagegen wohl verhältnismäßig zufrieden sein. Schließlich konnte man mit der massiven Präsenz – vor der Notaufnahme standen Augenzeugen zufolge Polizisten mit Maschinenpistolen – verhindern, dass ein gerade festgenommener 22-jähriger

deutscher Staatsbürger, der Mitglied eines albanischen Familienclans sein soll, von seinen Verwandten in der Klinik wieder befreit wird *(Aachener Zeitung)*.

Urlaubsland-„Flüchtling“ möchte mehr Geld

Leipzig – Ein Asylbewerber aus Marokko hat im Bürgeramt Leipzig-Grünau für einen Einsatz von Polizei und Feuerwehr gesorgt. Es gab sechs Verletzte. Abdellah A. (29) hatte am Dienstagnachmittag einen Termin bei einer für Sozialleistungen zuständigen Sachbearbeiterin (21). Da er glaubte, zu wenig Geld für seinen Lebensunterhalt erhalten zu haben, führte der Nordafrikaner zunächst eine leidenschaftliche Diskussion mit der Stadtbediensteten. Als die Frau auf seine Argumente nicht einging, zog Abdellah A. plötzlich eine Flasche mit Reizgas aus der Jacke und griff damit die Sachbearbeiterin an. Anschließend rannte er aus dem Bürgeramt *(Tag24.de)*.

Wegen Zwangsehen: Immer mehr Frauen in Deutschland wollen vor ihren Familien fliehen

Seit 2013 setzt sich die Münchner Hilfsorganisation „Imma“ mit ihrer Fachstelle „Wüstenrose“ gegen die Zwangsverheiratung von jungen Frauen und Mädchen ein. Seither werden die Betroffenen vor allem in Beratungsgesprächen unterstützt. Ihre Zahl hat sich von 2013 bis 2015 verdoppelt, wie Geschäftsführerin Sabine Wieninger im Gespräch mit FOCUS Online erzählt: „Zwischen 2013 und 2015 ist die Zahl der von uns betreuten Fälle von 95 auf 187 pro Jahr gestiegen. Es handelt sich mehrheitlich um Frauen zwischen 18 und 25 Jahren, die unsere Hilfe suchen. Sie stammen meist aus Afghanistan, der Türkei und dem Irak.“ *(Focus-online)*.

http://michael-klonovsky.de/acta-diurna
Acta diurna
Sämtliche Texte in diesem Diarium geben ausschließlich private Meinungen des Autors wieder bzw. schildern Ereignisse aus dessen ganz privater Sicht. Der Verfasser repräsentiert weder ein Medium noch einen Verlag noch eine Partei, sondern einzig und allein sich selbst.
8. Dezember 2016

Ein Wort an die Kriminalisten, Staatsanwälte, Richter, Strafrechtler, Polizeibeamten, Kriminalitätsstatistiker, Parlamentsmitarbeiter, Notärzte und logisch Denkenden unter den Lesern dieses Diariums. Uns wird seit Längerem beteuert bzw. weisgemacht, dass die "Flüchtlinge" bzw. Einwanderer, allen spektakulären und vor allem sich häufenden Einzelfällen zum Trotz, nicht krimineller seien als "die schon länger hier Lebenden" (immer wieder schön: A. Merkel). Auf offizielle Verlautbarungen kann man sich in dieser Frage augenscheinlich nurmehr noch in Maßen verlassen. **Gestern versicherte Tübingens grüner OB Palmer bei Maischberger, wenn man die Statistik von allen Verzerrungen reinige, also in Rechnung stelle, dass die Ankömmlinge männlicher, jünger und ärmer sind als der deutsche Durchschnitt, junge männliche und arme menschliche Wesen aber eben mehr Straftaten begingen als Oma und Opa im Reihenhaus, dann käme man zu dem beruhigenden Resultat, dass unsere Neumitmieter im Schnitt – immer nur im Schnitt, liebe GrünInnen! – gar nicht besonders kriminell seien*. Also mit anderen Worten: Sie begehen schon mehr Straftaten als die ansässige Vergleichsgruppe, aber die Vergleichsgruppe sei eben keine.** Anders gesagt: Borussia Mönchengladbach hat in Barcelona nicht verloren, weil es elf Spieler auf dem Patz hatte, sondern elf harmlosere als die Katalanen. Praktisch hat Barcelona vier Tote geschossen und Gladbach keines, aber wenn man die Verzerrungen aus der Statistik rechnet, etwa die Spielergehälter und die Begabungsunterschiede, haben beide gleich viele Tore erzielt und waren einander ebenbürtig. So richtig?

Kurzum: Wer etwas zu einer empirischen Tiefenbohrung oder statistischen Auswertung beizutragen weiß, sei hiermit aufgefordert, Kontakt zu mir aufzunehmen. Stellen Sie sich vor, ich wäre zu einer Talk-show zum Thema Einwandererkriminalität eingeladen, und Sie müssten mich "briefen". Ich werde versuchen, aus Ihren Antworten eine Conclusio zusammenzustellen und diese dann hier veröffentlichen. Sie bleiben, wie bei mir üblich, stets anonym. Ich betrachte die Sache durchaus als einen Versuch, die Kenntnisse der Leserschaft dieses

Tagebuchs im Sinne der gesellschaftlichen Aufklärung zu öffentlicher Wirkung zu bringen; so dürften Medien in Zukunft ja ohnehin funktionieren.
*** Demzufolge bestünde die Lösung darin, keine jungen aggressiven Männer aus archaischen Gewaltkulturen mehr ins Land zu lassen? Meine Rede!**

PS und als Amuse-Gueule ein Blick in die hierorts gelegentlich zitierte, gestern für Maischbergers Runde aber offenbar irrelevante Polizeiliche Kriminalstatistik 2015 (die keine Aussagen über "Flüchtlinge" trifft und nur ermittelte Taten nennt, aber immerhin ein deutliches Bild der Lage zeichnet):
Deutsche Tatverdächtige (dazu zählen auch alle Migranten mit deutschem Pass): 1.457.172
Nichtdeutsche Tatverdächtige: 911.864

Gehen wir in medias res.

Straftaten gegen das Leben
Deutsche TV: 2.474
Nichtdeutsche TV: 1.023

Totschlag
Deutsche TV: 1.055
Nichtdeutsche TV: 694

Vergewaltigung
Deutsche TV: 3.944
Nichtdeutsche TV: 1.952

Vergewaltigung überfallartig
Deutsche TV: 455
Nichtdeutsche TV: 237

Vergewaltigung durch Gruppen
Deutsche TV: 194
Nichtdeutsche TV: 166

Raub, räuberische Erpressung
Deutsche TV: 17.644
Nichtdeutsche TV: 11.018

Die ganze PKS hier. Man sieht, wie ich angesichts dieser Zahlen bereits zu konstatieren beliebte, Ausländer sind nicht krimineller als Deutsche. Das Verhältnis beträgt etwa 1,5:1 zu Lasten bzw. zugunsten der (Pass-)Deutschen. Für ein rüstiges Greisenvolk ist das nicht übel.

Pedanten mögen einwenden, dass der Ausländeranteil in Deutschland immer noch unter zehn Millionen, mithin also nur bei etwa 12,5 Prozent liegt. Aber darum hält Merkel doch die Grenzen offen!
Tatsächliche und sogenannte Flüchtlinge bzw. andere uns erst in jüngster Zeit unkontrolliert Zugelaufene sind in dieser Statistik zwar mit enthalten, allerdings verschwinden sie dort auch, denn sie vermischen sich mit Tatverdächtigen aus europäischen Ländern zur großen Schar nichtdeutscher Tatverdächtiger. Immerhin zeigt sich schon jetzt, dass afghanische Kolonisten sich an die Türken heranarbeiten, während Syrer, wie auch anders, einen uneinholbaren Vorsprung erkämpft haben. Vorsprung durch Technik aber nur gewissermaßen.

Bisher 40 Kommentare:

1. #1 **lorbas** (14. Dez 2016 19:39)

Volksrepublik Marburg:
MARBURG – **Belästigung im Bus**
Die Kripo Marburg fahndet zur Zeit noch wegen der Erregung eines öffentlichen Ärgernisses nach einem ca. 25-30 Jahre alten und zwischen 1,60 und 1,65 Meter großen, dünnen, **dunkelhäutigen Mann** mit ganz kurzen schwarzen Haaren. Er trug bei dem Vorfall, der sich am Montag, 12. Dezember, zwischen 13.55 und 14.05 Uhr im Bus der Linie 1 Richtung Wehrda zwischen dem Wilhelmsplatz und der Biegenstraße ereignet hat, dunkelblaue

Joggingschuhe, eine dunkelgraue Jogginghose, ein weißes T-Shirt, einen grauen Pullover und eine dunkelblaue Winterjacke. **Der gebrochen Deutsch sprechende Mann** fiel zudem durch seine kleinen und geröteten Augen und seine schwarze längliche Umhängetasche auf. Er stand etwa in der Mitte des Busses, dort wo die Kinderwagen und Rollstuhlfahrer Platz finden. **Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen steht der Mann unter dem Verdacht, sich zwei Frauen genähert und diese dabei unsittlich berührt zu haben.** Nach der Zeugenaussage hatten die Frauen nicht reagiert, obwohl der Mann absichtlich und nicht begründet durch die Fahrgastzahl handelte. Eine erste so belästigte Frau stieg mit ihrem Kinderwagen am Philippshaus in der Universitätsstraße aus. Der Mann stieg, um ihr und anderen aussteigenden Fahrgästen Platz zu machen, mit aus und dann sofort wieder ein. Unter den Augen des Zeugen wandte er sich dann in gleicher Manier einer weiteren Frau zu. Angesprochen durch den Zeugen stieg der Gesuchte mit ihm am Erwin-Piscator-Haus aus. Nach einem kurzen Zwiegespräch riss sich der Mann los und flüchtete. Die Kripo Marburg bittet zum einen die Frau mit Kinderwagen sowie weitere Zeugen des Verhaltens des Gesuchten in dem Bus sich zu melden. Wer kennt den beschriebenen Mann? Wer kann Hinweise geben, die zu seiner Identifizierung führen könnten? Kriminalpolizei Marburg, Tel. 06421/406-0.
http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43648/3510998

2. #2 **Mork vom Ork** (14. Dez 2016 19:44)

Waaaah, ich will morgen ins Städtchen, Weihnachtsgeschenke kaufen. Ich krieg richtig das Zipperlein.
Vielleicht sollte ich doch nur zu Amazon …
Schlimmer wird's nimmer, passt wohl nicht mehr.

3. #3 **lorbas** (14. Dez 2016 19:47)

Fulda (ots) – Flieden – Zwei junge Frauen haben bei der Polizei angezeigt, dass sie während des Fastnachtsumzugs in Flieden, am Sonntag (7.2.), von bislang unbekannten Männern **unsittlich berührt und belästigt** wurden. Gegen 16.30 Uhr zeigte eine 19-jährige Heranwachsende an, dass sie gegen 16.15 Uhr im dichten Gedränge auf dem Platz gegenüber der Gemeindeverwaltung von hinten an ihrem Oberkörper auf der Bekleidung begrapscht wurde. Täterhinweise liegen nicht vor. Eine 17-Jährige gab zu Protokoll, dass sie bereits um 14.30 Uhr von einem Unbekannten unsittlich berührt wurde. Die Teenagerin hatte sich zu diesem Zeitpunkt etwas abseits des Zuggeschehens in einem nahegelegenen Fußweg aufgehalten. **Sie beschreibt den Täter als dunkelhäutig**, 35-40 Jahre alt und etwa 175-180 Zentimeter groß. Er war von unauffälliger Statur, hatte ein schmales Gesicht und trug die dunklen Haare an den Seiten kurzgeschnitten. Er war nicht kostümiert, sondern mit einem dunkelgrauen Pullover und einer blauen Hose bekleidet. Auffallend war die große Gürtelschnalle an der Hose. Als sich die junge Frau zur Wehr setzte, ließ der Mann von ihr ab und sie konnte flüchten.
Hinweise bitte an das Polizeipräsidium Osthessen unter Telefon 0661 / 105-0, jede andere Polizeidienststelle oder die Onlinewache unter http://www.polizei.hessen.de
http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43558/3246123

4. #4 **Volksherrschaft** (14. Dez 2016 19:48)

PI-Team: Wenn der Merkelsche Adventskalender von Euch ist, bitte bis zur großen Asylantensause Silvester an den Kölner Ringen (die Polizei simuliert Staatsersatz am Dom) verlängern.
Bei 31 Tagen in 4 Reihen zu je 8 Tagen könnt Ihr den 31. doppelt so groß wie die anderen Tage machen und eine Domsilhouette als Hintergrundbild der Kachel.

5. #5 **Dichter** (14. Dez 2016 19:49)

#2 Mork vom Ork
Habe gerade bei Amazon Toner für meinen Drucker bestellt. Nach der Kaufabwicklung wurden mir auch Niqabs und Burkas angeboten. Aber es gibt ja keine Islamisierung.

Aber es es ist ja bald Weihnaschten. Nun grübele ich darüber nach, wem ich ein solches Kleidungsstück eventuell unter den Christbaum legen könnte. 😀

6. #6 **lorbas** (14. Dez 2016 19:50)

Bitte hinsetzen, anschnallen und das rauchen einstellen: ***Sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen und Gewalt unter der Regierung von Merkel & Co.*** *Alarmierende Momentaufnahme aus dem Neuen Deutschland*

7. #7 **Moggy73** (14. Dez 2016 19:54)

zunächst einmal großen Dank für die zusammenstellung!
obwohl mehrere Fälle oben in meinem unmittelbaren wohn/dunstkreis passiert sind, wußte ich nichts davon.
Es hält sich auch die Lokalpresse/medien in solchen Fällen vornehm zurück was das berichten angeht.
Vorschlag:
diese " stündliche Einzelfallliste", die bis dahin wohl leider recht lang sein dürfte am 24.12. als unschönes Weihnachtsgeschenk an alle dafür verantwortlichen Personen mailen/Faxen/schicken.
von den haupträdelsführern in der merkel-regierung, über die Grün-linken mitmacher, über die staatshörigen Sender, Zeitungsredaktionen, Verdi, IGM, Kirchen, Caritas usw. bis hin zu den ganzen „Künstlern" und „wissenschaftlern" die sich lautstark für die ganze SCH**E starkgemacht haben.

8. #8 **jeanette** (14. Dez 2016 19:55)

Advent bei ALDI SÜD:
ALDI SÜD: Kassiererinnen tragen Button an der Bluse, ca. 7 cm Durchmesser, hellblau mit weißer Aufschrift:" FROHE EINFACHT!" – Hää?? Ja, richtig gelesen: FROHE EINFACHT. Nicht Frohe Eintracht oder Frohe Weihnacht nein: FROHE EINFACHT!
An der deutschen Sprache immer interessiert möchte man doch wissen, was das bedeutet! Auf meine Frage kam die Antwort: „Ach, das ist weil bei uns immer alles so einfach ist!" – Aha!??
Eine kleine Nachfrage konnte ich mir aber nicht verkneifen: „Das ist aber nicht etwa eine Weihnachtsverarschung oder?" Die Antwort war ein Lächeln!
Gleich noch eine zweite Frage: „Machen Sie das bei Ramadan (mit EID MUBARAK) dann auch??" Ein hilfloses Lächeln wieder als Antwort.
Man wird ja noch mal fragen dürfen!!

9. #9 **Cendrillon** (14. Dez 2016 19:56)

Genau über diese Problematik gibt es heute abend bei Sandra Maischberger eine hochinteressante Diskussion
heute · Mi, 14. Dez · 23:00-00:15 · Das Erste (ARD)
Maischberger
Wutbürger gegen Gutmenschen: Verliert die Demokratie?
Ach nee. Doch nicht.
Demonstranten pöbeln gegen die Kanzlerin. **Ehrenamtliche Flüchtlingshelfer werden in den sozialen Medien als „naive Gutmenschen" beschimpft.** Spitzenpolitiker von SPD und Grünen warnen vor den „Hetzern und Rassisten" der AfD und weigern sich sogar, vor Wahlen mit deren Vertretern zu diskutieren. **Der AfD-Parteichef will weg von einem angeblich „versifften links-rot-grünen 68er-Deutschland".** Brexit-Befürworter und Donald Trump verbreiten Lügen statt Fakten – und haben Erfolg damit.
Für viele Menschen hat die politische Kultur im Jahre 2016 einen Tiefpunkt erreicht. Reagieren sie zu überempfindlich? Bedroht diese Verrohung den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Steht gar die Demokratie auf dem Spiel?
Hätten Sie es vielleicht eine Nummer kleiner, Frau Maischberger?
Wolf von Lojewski (Fernsehmoderator) Wolfgang Bosbach, CDU (Bundestagsabgeordneter)

Richard David Precht (Philosoph und Autor)
Bettina Gaus („taz“-Journalistin) Claus Strunz (Fernsehjournalist)
Wolf von Lojewski
Der langjährige Leiter der ARD-Studios in Washington und London sieht die Demokratie am Ende dieses Jahres in einer tiefen Krise.
„Die Politiker versuchen, die Schwächen ihrer Pläne gesund zu beten. Jeder, der ihnen das nicht glaubt, wird als unmoralisch hingestellt. So spaltet die Politik das Volk.“ Der frühere Moderator des „heute journal“ (ZDF) fordert die Politiker auf, ehrlicher mit den anstehenden Problemen umzugehen: „Das Volk muss nicht der Regierung gefallen, sondern die Politik muss das Volk überzeugen. Da liegt die Bringschuld.“
Wolfgang Bosbach
Deutschlands beliebtester Parlamentarier sorgte vor kurzem für Aufsehen mit seiner Erklärung, 2017 nicht mehr für den Bundestag zu kandidieren. „Ich möchte nicht mehr ständig gegen die Kanzlerin und die Mehrheit meiner Fraktion argumentieren“, so der Kritiker von Angela Merkels Flüchtlingspolitik. Auch seine Krebserkrankung sei ein Grund für den Rückzug. Nach 23 Jahren als Abgeordneter bemerke er, dass der Ton in zahllosen Schreiben von Wutbürgern immer rauer werde: „Viele Zuschriften, die heute stolz mit Absenderabgabe ankommen, kamen früher bestenfalls anonym“, sagt Wolfgang Bosbach.
Richard David Precht
„Das Deutschland der Rechten ist eine Bierphantasie, ein Land, das sich nicht vorstellen lässt und das es nicht gibt“, sagt der Bestsellerautor. Er ist überzeugt, dass populistische Parteien keine Konzepte für die Zukunft hätten. Das beweise im vergangenen Jahr der Brexit, erklärt Richard David Precht. „Populisten haben nur solange Zulauf, solange sie als Protest funktionieren. Spätestens in dem Moment, in dem sie in eine Regierungsverantwortung kommen, funktioniert das Ganze nicht mehr.“
Bettina Gaus
„Flüchtlinge, EU, Finanzelite – irgendein Thema lässt sich stets finden, das den Nerv von verbitterten Leuten trifft, die fundamental unzufrieden sind.“ So beschreibt die „taz“-Journalistin das Erfolgsrezept von Parteien wie der AfD. Jeder Versuch sei zum Scheitern verurteilt, „Populisten dadurch das Wasser abzugraben, dass man ihre politischen Forderungen für bedenkenswert erklärt“, sagt Bettina Gaus, die einen Rechtsruck bei den etablierten Parteien beobachtet.
Claus Strunz
„Die Zeiten einer Schönwetterdemokratie sind endgültig vorbei“, glaubt der Journalist. Vor allem Donald Trump habe „mit seiner ebenso tabulosen wie genialen Strategie dem Politestablishment weltweit den Spiegel vorgehalten“. Die politische Klasse in der westlichen Welt könne nicht weiter die Sorgen und Ängste der Bürger arrogant ignorieren, sagt der Fernsehkommentator („Sat. 1-Frühstücksfernsehen“). Claus Strunz fordert, dass „die Politiker aller Parteien endlich wieder damit beginnen, das zu tun, wofür sie da sind: Das Leben der Leute besser zu machen, und nicht nur ihr eigenes.“
Postfaktische Weltuntergangskatastrophenstimmung im Staatsfernsehen

10. #10 **Sunny** (14. Dez 2016 19:57)

Auch junge Männer müssen aufpassen:
http://www.pnp.de/nachrichten/bayern/2331401_54-jaehriger-Staatenloser-vergeht-sich-an-15-Jaehrigem-sexuell.html

11. #11 **Mork vom Ork** (14. Dez 2016 19:58)

#5 Dichter (14. Dez 2016 19:49)
#2 Mork vom Ork
Habe gerade bei Amazon Toner für meinen Drucker bestellt. Nach der Kaufabwicklung wurden mir auch Niqabs und Burkas angeboten. Aber es gibt ja keine Islamisierung.
Aber es es ist ja bald Weihnaschten. Nun grübele ich darüber nach, wem ich ein solches

Kleidungsstück eventuell unter den Christbaum legen könnte. ?
——-
Mir mal nicht. Ich hätte da noch ein hübsches Bändchen, was man evtl. nett um den Hals binden kann.

12. #12 **Erbsensuppe mit fettem Schweinefleisch** (14. Dez 2016 19:58)

20:15 Uhr Aktenzeichen XY auf ZDF
gleich ist es wieder soweit!
Wird bestimmt wieder die maximale Bereicherung gezeigt.
Vielleicht bekommt auch unser sozialschmarotzender bulgarischer U-Bahntreter vor. Der sich jetzt ins schlimme Ausland abgesetzt hat.

13. #13 **lorbas** (14. Dez 2016 19:58)

Deutschland ist in fremder Hand:
http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/die-polizei-wuerde-den-kampf-mit-uns-nicht-gewinnen-arabische-familienclans-beherrschen-die-organisierte-kriminalitaet-a1999851.html
http://www.presseportal.de/pm/6561/2457108

14. #14 **Eurabier** (14. Dez 2016 19:59)

Ganz schön viele Einzelfälle durch #Merkelmohammedaner?
Aber sind Kriminelle wirklich grundsätzlich kriminell oder ist die Mehrzahl nicht doch gesetzestreu?
Das könnte Pfeiffe Christian aus Hannover erklären!

15. #15 **Eurabier** (14. Dez 2016 20:02)

#11 Mork vom Ork (14. Dez 2016 19:58)
#5 Dichter (14. Dez 2016 19:49)
#2 Mork vom Ork
Habe gerade bei Amazon Toner für meinen Drucker bestellt. Nach der Kaufabwicklung wurden mir auch Niqabs und Burkas angeboten. Aber es gibt ja keine Islamisierung.
Hierzu Ralf-Stegner, Spezialdemokratische Partei Dhimmistan:
http://www.huffingtonpost.de/2016/12/13/stegner-koelner-silvesternacht_n_13584570.html
„Wer vor der Islamisierung Deutschlands warnt, braucht medizinischen Rat“

16. #16 **Cendrillon** (14. Dez 2016 20:03)

Aktuelle Kamera gerade eben
Macht massiv Stimmung gegen Abschiebung von afghanischen Asylforderern.

17. #17 **Orwellversteher** (14. Dez 2016 20:03)

#9 Cendrillon (14. Dez 2016 19:56)
Ob der Precht eine Fachniete ist, kann man leider auf dem Anspruchslevel seiner Äußerungen nicht beurteilen. Doof ist er nicht, hat aber immer nur auf eine primitive Weise recht. Also so, dass die Leserinnen von Rosamunde Pilcher auch noch mitkommen.
Manchmal aber frage ich mich, ob er eventuell gar für das aufgebaut worden ist, was er heute abend tun wird.
Und damit kann er vielleicht beispielhaft für das stehen, was seit plusminus zwanzig Jahren passiert, in vielen anderen Bereichen auch. Ob es jemals rauskommen wird, wo über all und zu welchem Zweck dankbare Nieten hochgefördert worden sind?

18. #18 **Eurabier** (14. Dez 2016 20:08)

#15 Cendrillon (14. Dez 2016 20:03)
Ohne Afghanen würden kaum noch GEZ-Beiträge entrichtet!

19. #19 **jeanette** (14. Dez 2016 20:11)

Diese „WEIHNACHTSLISTE“ sollte man überall hinschicken (wenn sie fertig ist) an HART aber FAIR, an MAISCHBERGER, LANZ, ILLNER und an den Kirchen und Rathäusern anschlagen!
Es ist als hätte der Herr sein Füllhorn über uns ausgeschüttet aber Inhalt und Tonne verwechselt!

20. #20 **Jens Eits** (14. Dez 2016 20:16)
Widerlicher, linksgrünversiffter schwedischer „Aufklärungsfilm“, in dem ganz offen und unmissverständlich gezeigt wird, wohin die Reise gehen soll, wenn es nach dem Willen von grünbunten Bessermenschen geht, nämlich die allmähliche Vertreibung des verhassten weißen Mannes und die aktive Förderung von interkulturellen Beziehungen.
In den Hauptrollen:
1 mutmaßlicher Refugee/Migrant, der eine Schwedin klarmacht
1 autochtoner blonder Schwede, der natürlich leer ausgeht
1 obligatorische Lesbe
28 Minuten Länge,
interessant wird´s ab Min. 12:00 und 18:55
http://urskola.se/Produkter/161302-Sex-pa-kartan

21. #21 **Roadking** (14. Dez 2016 20:22)
Regt euch doch nicht auf – das sind doch nur
https://cdn.meme.am/instances/63586849.jpg

22. #22 **ridgleylisp** (14. Dez 2016 20:26)
Und ewig grinst die Merkel!

23. #23 **Demonizer** (14. Dez 2016 20:34)
#17 jeanette (14. Dez 2016 20:11)
Diese „WEIHNACHTSLISTE“ sollte man überall hinschicken (wenn sie fertig ist) an HART aber FAIR, an MAISCHBERGER, LANZ, ILLNER und an den Kirchen und Rathäusern anschlagen!
Es ist als hätte der Herr sein Füllhorn über uns ausgeschüttet aber Inhalt und Tonne verwechselt!

HAF, Maische und Co. hatten lange genug Zeit mal über die Einzelfallmap zu reden…aber das sind ja nur FAKE-NEWs.
https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1_rNT3k2ZXB-f9z-2nSFMIBQKXCs&hl=en_US
Brüllendes Schweigen in ÖR/GEZ-Fernsehen.
Weil das mit den sogenannten „Einzelfallen“ ein absolute FAKE-NEWs sind. Bin gespannt auf die Konsequenzen.

24. #24 **Demonizer** (14. Dez 2016 20:38)
12000 „Einzelfälle“
https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1_rNT3k2ZXB-f9z-2nSFMIBQKXCs&hl=en_US
Das kann nur FAKE-NEWs sein, weil die Auflistung unvollständig ist.
https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1_rNT3k2ZXB-f9z-2nSFMIBQKXCs&hl=en_US

25. #25 **georgS** (14. Dez 2016 20:44)
#9 Cendrillon (14. Dez 2016 19:56)
Richard David Precht
„Das Deutschland der Rechten ist eine Bierphantasie, ein Land, das sich nicht vorstellen lässt und das es nicht gibt“, sagt der Bestsellerautor. Er ist überzeugt, dass populistische Parteien keine Konzepte für die Zukunft hätten. Das beweise im vergangenen Jahr der Brexit, erklärt Richard David Precht. „Populisten haben nur solange Zulauf, solange sie als Protest funktionieren. Spätestens in dem Moment, in dem sie in eine Regierungsverantwortung kommen, funktioniert das Ganze nicht mehr.“
Den kulturellen Niedergang Deutschlands erkennt man daran, dass jemand wie Precht sich „Philosoph“ nennen darf.
Die obigen Behauptung schließt ja dann mit ein, dass nun der 3.Versuch von unseren

Einheitsparteien und der EUdSSR einen funktionierenden Sozialismus zu installieren endlich gelingen wird.
Er vertritt ja in der Bildungspolitik auch ein Erfolgsmodell in der Art einer Gesamtschule, wo Geld keine Rolle spielt. Gesamtschulen gelten ja gemeinhin als Bildungseinrichtungen, wo man das Niveau nach unten nivelliert, um bessere Ergebnisse zu produzieren.
Früher verwarf man Theorien, wenn sich ein einziger Gegenbeweis finden ließ. Einer wie Precht lässt sich dagegen auch von der Realität nicht beirren.

26. #26 **Roadking** (14. Dez 2016 20:45)

Man beachte die Kommentare – aba hallo!
http://www.focus.de/politik/deutschland/antrag-stattgegeben-bundesverfassungsgericht-stoppt-fuer-abend-vorgesehene-abschiebung-eines-afghanen_id_6356219.html

27. #27 **Roadking** (14. Dez 2016 20:54)

Unsa „Supa-Horschti“ **droht** mal wieder …
http://www.focus.de/politik/deutschland/seehofer-droht-entweder-fluechtlings-obergrenze-oder-csu-geht-in-die-opposition_id_6356205.html
Ich habe meinem CSU-Abgeordneten bereits mitgeteilt, dass ich den **Hosenanzug der Vernichtung** alias **Die Raute des Grauens** nicht nochmal wählen werde.

28. #28 **Carina** (14. Dez 2016 20:56)

Mehrfacher Vandalismus in evangelischer Kirche
Natürlich wird sofort gesagt, dass die Taten keinen religiösen Hintergrund haben.
http://www.wzonline.de/nachrichten/aktuelles/artikel/vandalismus-in-banter-kirche-kein-religioeses-motiv.html

29. #29 **Durbacher** (14. Dez 2016 21:16)

IM Erika und ihre Helfershelfer in den Ämtern
Einer der 50 Afghanen, die am Abend abgeschoben werden sollten, darf vorerst in Deutschland bleiben. Das Bundesverfassungsgericht hat die Abschiebung gestoppt. Am Frankfurter Flughafen protestierten Hunderte Demonstranten für ein Bleiberecht.
Das Bundesverfassungsgericht hat die für den Abend geplante Abschiebung eines abgelehnten Asylbewerbers nach Afghanistan vorläufig gestoppt.
Dabei sei die Frage, ob angesichts der aktuellen Lage in Afghanistan Abschiebungen derzeit verfassungsrechtlich vertretbar sind, ausdrücklich offen gelassen worden, teilte das Gericht in Karlsruhe mit.
Die Entscheidung beruhe allein auf einer Folgenabwägung. Der 29-Jährige könne ohne weiteres zu einem späteren Termin abgeschoben werden, sein Asylverfahren könne er nach einer Abschiebung dagegen kaum noch fortführen. (Az. 2 BvR 2557/16)

30. #30 **pragmatikerin** (14. Dez 2016 21:41)

Eine Anerkennung für die Fleißarbeit beim Sammeln!
Ich hätte aber lieber eine schönere Bescherung gehabt.

31. #31 **fozibaer** (14. Dez 2016 21:48)

#9 Cendrillon (14. Dez 2016 19:56)
Richard David Precht
„Das Deutschland der Rechten ist eine Bierphantasie, ein Land, das sich nicht vorstellen lässt und das es nicht gibt“, sagt der Bestsellerautor. Er ist überzeugt, dass populistische Parteien keine Konzepte für die Zukunft hätten. Das beweise im vergangenen Jahr der Brexit, erklärt Richard David Precht. „Populisten haben nur solange Zulauf, solange sie als Protest funktionieren. Spätestens in dem Moment, in dem sie in eine Regierungsverantwortung kommen, funktioniert das Ganze nicht mehr.“

Precht ist ein schmatzer und hat keine Ahnung wie die Wählerschaft der AfD strukturiert ist. Ja, bei „Der Linken“ war es so. Die Protest Wähler blieben so lange bei den Linken bis es was besseres gab, quasi die AfD kam. Viele konservative Wähler, wählten früher aus Protest

Gysi&Co. Diese Wähler hatten sich zu keinem Zeitpunkt mit der Linken idendifiziert. Bei der AFD ist es anderst, deren Wähler sind gekommen um zu bleiben und notfalls wenn die Oberen nicht spuren werden sie vom Hof gejagt. Bestes Beispiel Lucke.

32. #32 **Suppenkasper** (14. Dez 2016 22:08)

11.12.16:

Pforzheim: Mit Messer in den Rücken gestochen

„Zuerst sind sie von Kneipe zu Kneipe gezogen, dann wurden sie am frühen Sonntagmorgen aus einer Bar am Schloßberg gewiesen. Vor dem Lokal kam es dann zum Streit der beiden 25- u 34-jährigen **Algerier** mit einer etwa zehnköpfigen Gruppe, bei denen es sich nach ersten Erkenntnissen **möglicherweise um rumänisch sprechende Männer** im Alter von etwa 30 Jahren handeln könnte. Was dann genau geschah ist noch unklar. Fest steht bislang nur, dass der vor dem Streit geflüchtete 34-Jährige gegen 6 Uhr in der Halle des Hauptbahnhofs auf seinen jüngeren Landsmann traf, der Verletzungen von Schlägen und einen Messerstich in den Rücken aufwies. Offenbar im Verlauf der Auseinandersetzung im Bereich des oberen Schloßbergs hat der 25-jährige Algerier diese schwere, glücklicherweise aber nicht lebensbedrohliche Stichverletzung am Rücken erlitten. Während der 34-Jährige vor der Auseinandersetzung mit der Personengruppe flüchtete, schien dies für seinen Zechkumpan keine Handlungsalternative gewesen zu sein. Völlig unklar scheint noch zu sein, warum der Streit eskalierte, wer alles Waffen einsetzte u warum der Algerier den Stich in den Rücken bekam, beziehungsweise ob der Messerstecher überhaupt zu der möglicherweise rumänisch-stämmigen Gruppe gehörte. Bei seinen Ermittlungen zum genauen Tathergang steht das KK Pforzheim noch am Anfang, nicht zuletzt auch weil der Verletzte noch nicht vernommen werden konnte. Die Ermittler suchen daher dringend nach Zeugen, die etwas von dem Vorgang bemerkt haben. Die Polizei war gegen 6 Uhr von der Besatzung eines RTW zum Hbf gerufen worden, nachdem die Sanitäter bei dem 25-Jährigen den Messerstich wie auch weitere offensichtlich von einer Schlägerei herrührende Verletzungen festgestellt hatten. Ein Polizeisprecher schloss aus, dass die etwa zehnköpfige Gruppe etwas mit der Schloßkirchenpark-Klientel zu tun hat, die seit einiger Zeit Passanten und Gastronomen nebst Gästen durch Pöbeleien und Randale belästigt. Die Beamten bitten um Mithilfe aus der Bevölkerung.(…)“ http://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Algerier-am-Schlossberg-verpruegelt-und-mit-Messer-in-den-Ruecken-gestochen-_arid,1138546.html

33. #33 **Dortmunder1** (14. Dez 2016 22:14)

Drei „Buben“ rauben und schlagen einen Mann in Bielefeld nieder.
http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/12522/3510959
POL-BI: Drei Jugendliche nach Raubüberfall flüchtig

34. #34 **Suppenkasper** (14. Dez 2016 22:19)

o4.12.16

Ratingen: Frau in S6 belästigt & bestohlen

„Sonntagnacht gegen 4.15 Uhr war eine 25-jährige Frau mit der S6 auf dem Weg von Essen in Richtung Köln. Dabei wurde sie während der Fahrt **von 3 nordafrikanisch wirkenden Männern wiederholt verbal belästigt**. Als sie dann im Zug ihr Mobiltelefon benutzen wollte, wurde ihr dieses von einem der Männer aus der Hand genommen. Mit der Beute verließen die Männer die S-Bahn dann unmittelbar nach dem Diebstahl als der Zug am S-Bahnhof in Ratingen-Hösel stoppte. Zeugen, die dort durch Hilferufe der Bestohlenen auf die Tat u die zu Fuß flüchtenden Täter aufmerksam wurden, alarmierten über Notruf sofort die örtliche Polizei. Im Zuge schneller u intensiver Fahndungsmaßnahmen konnte die Ratinger Polizei 2 der gesuchten Täter wenige Minuten später u noch in Tatortnähe antreffen u vorläufig festnehmen. Ein 23-jähriger **Algerier, der nach aktuellem Ermittlungsstand keinen festen Wohnsitz in D hat, u ein 33-jähriger Marokkaner, mit gemeldetem Wohnsitz in der Lüneburger Heide**, wurden der Kripo in Ratingen übergeben. Das gestohlene Smartphone der Geschädigten wurde in unmittelbarer Nähe des Festnahmeortes

aufgefunden u sichergestellt. Die Polizei leitete Strafverfahren gegen die 2 festgenommenen Beschuldigten ein. Ermittlungs- u Fahndungsmaßnahmen zum 3. Täter dauern weiter an. Während der 33-jährige Beschuldigte, nach durchgeführter Rücksprache mit der zuständigen Staatsanwaltschaft, am Ende erster Ermittlungen wieder auf freien Fuß kam, wurde sein wohnsitzloser 23-jähriger Komplize an das zuständige Ausländeramt übergeben.“
http://www.schaufenster-mettmann.de/kreis/handy-diebe-wurden-schnell-festgenommen-aid-1.6443182

35. #35 **Paul66** (14. Dez 2016 22:50)

@8
Warum haben sie ihren einkauf nicht stehen lassen und sind demonstrativ gegangen?

Mir ist mal aufgefallen das nirgends mehr weihnachtslieder gespielt werden.da werde ich doch erstmal saemtliche infos aller warenhaeuser aufsu chen und fragen was das soll. 😺

36. #36 **GEZverweigerer** (14. Dez 2016 23:11)

Liebes PI Team,
danke, dass Ihr den Kalender
weiterführt. Am 25.12 werde ich mir den Kalender
ausdrucken und dann wird bei den Wahlkämpfen 2017 der sog. Volksparteien schön laut vorgelesen, was allein in der ach so schönen Adventszeit,
von unseren sog. Flüchtlingen alles so an Straftaten begangen wurden.
Die Lügenpresse kriegt so langsam kalte Füsse,
denken die ernsthaft die Demokratie geht vor die Hunde.
Wir hier bei PI, Pegida usw.sind die wahre Demokratie,
Wir wollen unser Land retten, wenn es nicht schon zu spät ist. Diese Lügentalkshows gehen mir auf den Keks. Wir sind weder Frauenfeindlich, noch haben wir was gegen Ausländer, die sich hier integrieren, egal welche Religion sie haben.
Wir klären auf, mit gutem Hintergrundwissen,
und wenn manche Kommentare manchmal unter der Gürtellinie sind , so sprechen wir das aus was
diesen Gutmenschen nicht passt, nämlich die Wahrheit. Manchmal ist auch Ironie und Satire dabei, aber bei so vielen Missständen in diesem Land darf auch der Humor nicht zu kurz kommen.
Unsere Demokratie geht vor die Hunde wenn diese Politik und diese Arschkriecherei weiter geht, diese sog. Politicall correctness. ist mir scheissegal.
Wie heißt es so schön: nur tote Fische schwimmen mit dem Strom. Jetzt blüht die Demokratie wieder auf, endlich, dazu fällt mir noch folgende Sätze ein:
Aus Gute Nacht-Gedanken großer Dichter und Denker:
Deutschland
Drei Dinge haben Deutschland nicht klug werden lassen:
1. Die Trägheit seiner Fürsten
2. die Unerfahrenheit in Wissenschaften und
3. der Aberglaube des gemeinen Volkes
(Ulrich von Hutten 1488-1523)
Für mich sind Flüchtlinge die hier illegal sind Asylschmarotzer.
Wer politisch verfolgt ist kann hier natürlich Asyl bekommen, aber wer hier als Flüchtling seine Ideologie gerade den Islam und die damit zwangsweise eingefürhte Scharia einführen will hat das Land zu verlassen ohne wenn und aber.

37. #37 **Libero1** (14. Dez 2016 23:36)

Lügenpresse:
„Nazis veranstalten Hetzjagd auf Asylbewerber“ heißt es reisserisch in der deutschen Zeitung Der Westen.
Was allerdings wirklich geschah, verschlägt dem Leser wieder einmal die Sprache.
„Nazis“ waren Retter bedränger Frauen
Asylwerber nutzten Konzert für Sexattacken
https://www.unzensuriert.at/content/0022587-Erste-Zeichen-der-Gegenwehr-Deutsche-verjagten-Asylwerber-nach-Grapschattacken-auf

38. #38 **Akkon** (15. Dez 2016 00:50)

Wer sagt mir das Mrs Miracel nicht längst konvertiert ist …Wozu ? Zum Katholizismus sicher nicht …
Welche Frage …? nachdem Sie schlauerweise es sich mit Putin und Trump durch Ihre Staatspresse (alleine schon) vorsorglich verdorben hat fragt sich der geduldige Demokrat doch wohin soll die Reise denn gehen -Nach Mekker? nach Merka oder Merkle ?Schön wir warten einfach die nächsten Taten unserer Gastarbeitslosen ab …oder?
Und dann entscheiden wir wer da mitgemacht hat oder wer aus reiner Geltungssucht so dumm war?
Geschichte wiederholt sich mal wieder …

39. #39 **Suppenkasper** (15. Dez 2016 08:52)

Augsburg: Afrikaner rastet vor Gericht aus
„Mittwoch, 7. Dezember. Urteilsverkündung im Prozeß gegen einen Afrikaner, der vor einem Jahr seinen Mitbewohner aus der Flüchtlingsunterkunft mehrfach mit Schwertern angriff. Mit den Worten: „I kill you“, zog er beim letzten Angriff die Waffe aus einem Regenschirm, spaltete seinem Opfer die Schädeldecke u verletzte es lebensbedrohlich. Motiv der Schwertangriffe: Der Afrikaner soll gefürchtet haben, daß seine Drogengeschäfte aufzufliegen drohten.
Der angeklagte Afrikaner behauptete vor Gericht, erst 16 zu sein. Eine spätere Altersbestimmung stellte klar, daß er über 21 Jahre alt ist. Er wurde deshalb nach Erwachsenenstrafrecht wegen versuchten Totschlags zu 6,5 Jahren verurteilt.
Zunächst, so berichtet die Augsburger Allgemeine, habe der Asylbewerber das Urteil ruhig aufgenommen. Doch plötzlich soll er randaliert haben. Der Mann sei aufgesprungen, habe nach einem Stuhl gegriffen u diesen Richtung Richterbank geschleudert. Der Stuhl sei haarscharf an den Köpfen des Vorsitzenden und einer Schöffin vorbeigeflogen. Justizvollzugsbeamte setzten schließlich Pfefferspray ein u überwältigten so den Mann. Richter u Schöffin blieben unverletzt. Den Verurteilten erwartet jetzt ein weiteres Verfahren wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung.“
https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2016/afrikaner-rastet-vor-gericht-aus/

40. #40 **Suppenkasper** (15. Dez 2016 09:16)

09.12.16
Straelen: Zwei Männer festgenommen
„Im 2. Fall wurde ein 24-jähriger **Marokkaner** durch die niederländischen Behörden an die Bupo übergeben. Es konnte ermittelt werden, dass gegen die Person ein Haftbefehl der STA Aachen zur Strafvollstreckung vorliegt (145 Euro oder 29 Tage Haft) wegen Diebstahl. Der Mann wurde festgenommen u nach Abschluss aller polizeilichen Maßnahmen in das Gefängnis in Kleve gebracht. Weiterhin wurde ein 30-jähriger **Iraker** als Beifahrer in einem Auto mit niederländischer Zulassung am ehemaligen Grenzübergang Dammerbruch in Straelen kontrolliert. Bei der Überprüfung wurde festgestellt, dass gegen den Mann eine Zurückschiebungsverfügung besteht. Der Reisende wurde in Gewahrsam genommen u zur weiteren Sachbearbeitung zum Bundespolizeirevier Kempen gebracht. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass es sich bei der Person um einen abgelehnten Asylbewerber aus den Niederlanden handelt. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde er in die

Niederlande zurückgeschoben. Der Fahrer des Autos wurde wegen der Beihilfe zum Verstoß gegen das Aufenthaltsgesetz gesondert angezeigt.“
http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/70116/3507552

"Spürnasen" gesucht!

http://www.pi-news.net/2016/12/merkel-advent-bescherung-7/

Merkel #Advent #Bescherung

1.12. Wuppertal: Ausländischer Messermann verletzt Frau im Parkhaus schwer	2.12. Hamburg: Südländischer Sextäter greift 47-jährige Spaziergängerin an	3.12. Essen: Syrischer Flüchtling schlägt Landsmann den Schädel ein	4.12. Lüneburg: Südländische Kopftreter attackieren 33-Jährigen
5.12. Ludwigshafen: Iraker (12) will Bombe auf dem Weihnachtsmarkt zünden	6.12. Bad Schwalbach: Schwarzafrikaner greift 40-Jährige sexuell an	7.12. Kronshagen: Afrikaner mit unbegrenztem Aufenthaltstitel verbrennt Frau auf der Straße	8.12. Düsseldorf: Polizeibekannter Nordafrikaner greift 82-Jährigen an
9.12. Mettmann: Ausländische Räuber greifen 38-Jährigen auf Autobahnraststätte an	10.12. Freiburg: Massen-Schlägereien und Messer-Stecherei in Asykunterkunft	11.12. Rheine: Iraker schlägt Passanten mit Gürtel und bewirft sie mit Steinen	12.12. Meiningen: Afghanischer Asylbewerber vergewaltigt 14-Jährige
13.12. Münster: Südländische Straßenräuber greifen 42-Jährige von hinten an	14.12. Offenburg: Südländische Straßenräuber schlagen älteren Herrn	15.12. Güstrow: Afghanischer Asylbewerber will Unterkunft abfackeln	16.12. Gießen: Polizeibekannter algerischer Asylbewerber greift 31-Jährige an
17.12. Meppen: Syrischer Straßenräuber tritt 20-Jährigen gegen den Kopf	18.12.Osterode: Syrischer Sextäter schlägt Studentin in der Sauna in die Flucht	19.12. Berlin: Tunesischer Terrorist tötet 12 Menschen mit LKW	20.12. Augsburg: Moslem (45) bekommt Bewährung für Vergewaltigung seiner Cousine /Ehefrau (13)
21.12. Karlshagen: Syrische Jugendliche gehen mit abgebrochener Flasche, Messer und Stöcken auf deutsche Jugendliche los	22	23	24

Hinter jedem Link verbergen sich weitere Einzelfälle™ mit beraubten, geschlagenen, gemesserten, getretenen, terrorisierten Bürgern, die für alle Zeiten genug haben von Merkels linksgrüner No-Borders-Politik. Zum Beispiel in…

- » München: Eritreer bedrängt Frau, wirft Bahnmitarbeiterin aus dem Bus und greift Polizisten an
- » Kassel: Türke und Afrikanerin vermöbeln Passagiere eines Linienbusses
- » Hilden: Südländer schubst 11-Jährige auf die Straße
- » Marburg: Südländer stoßen 17-Jährige aus dem Bus
- » Marburg: Hochgradig verhaltensauffälliger Syrer belästigt Frau, uriniert, pöbelt, springt vor PKW

15 Tote im Dezember, Adventskalender zum Ausdrucken.

http://www.pi-news.net/2016/12/merkel-advent-bescherung-8/#more-547741

Merkel #Advent #Bescherung

1.12. Wuppertal: Ausländischer Messermann verletzt Frau im Parkhaus schwer	*2.12. Hamburg: Südländischer Sextäter greift 47-jährige Spaziergängerin an*	*3.12. Essen: Syrischer Flüchtling schlägt Landsmann den Schädel ein*	*4.12. Lüneburg: Südländische Kopftreter attackieren 33-Jährigen*
5.12. Ludwigshafen: Iraker (12) will Bombe auf dem Weihnachtsmarkt zünden	*6.12. Bad Schwalbach: Schwarzafrikaner greift 40-Jährige sexuell an*	*7.12. Kronshagen: Afrikaner mit unbegrenztem Aufenthaltstitel verbrennt Frau auf der Straße*	*8.12. Düsseldorf: Polizeibekannter Nordafrikaner greift 82-Jährigen an*
9.12. Mettmann: Ausländische Räuber greifen 38-Jährigen auf Autobahnraststätte an	*10.12. Freiburg: Massen-Schlägereien und Messer-Stecherei in Asykunterkunft*	*11.12. Rheine: Iraker schlägt Passanten mit Gürtel und bewirft sie mit Steinen*	*12.12. Meiningen: Afghanischer Asylbewerber vergewaltigt 14-Jährige*
13.12. Münster: Südländische Straßenräuber greifen 42-Jährige von hinten an	*14.12. Offenburg: Südländische Straßenräuber schlagen älteren Herrn*	*15.12. Güstrow: Afghanischer Asylbewerber will Unterkunft abfackeln*	*16.12. Gießen: Polizeibekannter algerischer Asylbewerber greift 31-Jährige an*
17.12. Meppen: Syrischer Straßenräuber tritt 20-Jährigen gegen den Kopf	*18.12.Osterode: Syrischer Sextäter schlägt Studentin in der Sauna in die Flucht*	*19.12. Berlin: Tunesischer abgelehnter Asylbewerber tötet 12 Menschen mit LKW*	*20.12. Augsburg: Moslem (45) bekommt Bewährung für Vergewaltigung seiner Cousine /Ehefrau (13)*
21.12. Karlshagen: Syrische Jugendliche gehen mit abgebrochener Flasche, Messer und Stöcken auf deutsche Jugendliche los	*22.12. Ochtrup: Straßenräuber mit dunklem Teint wirft 12-Jährigen vom Rad und raubt es*	*23.12. Düren: Syrer und Libanesen liefern sich Massen-schlägerei mit Stangen und Knüppeln auf offener Straße*	*24.12. Mettmann: Räuber mit dunklem Teint überfällt Rentner (86) vor Wohnungstür und raubt 1000 €*

Adventskalender zum Ausdrucken als Bild als pdf
Hinter jedem Link verbergen sich weitere Einzelfälle™ mit beraubten, geschlagenen, gemesserten, getretenen, terrorisierten Bürgern, die für alle Zeiten genug haben von Merkels linksgrüner No-Borders-Politik.

Bilanz zwischen dem 1. und 24. Dezember

16 Tote
65 Sexualdelikte
165 Körperverletzungen*, dabei wurden in **55** Fällen ein oder mehrere Opfer so schwer verletzt, dass sie ins Krankenhaus mussten. Die tatsächliche Zahl der im Krankenhaus behandelten Personen ist daher mehr als doppelt so hoch.
7 Massenschlägereien
138 Raubdelikte

*(*Überschneidungen zwischen Körperverletzung und anderen Delikten möglich)*
Dazu wurden einige Psychos aufgegriffen, die unsere Kliniken bereichern oder frei herumlaufen. Städte mit 5 bis 10 der o.g. Delikte in der betreffenden Zeit: Hamburg, Freiburg, Gießen, Hannover, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Düsseldorf, Karlsruhe, Stuttgart, Wiesbaden, Wuppertal.

Eine vollständige Kriminalstatistik aufzustellen, ist unmöglich

Die Bilanz ist unvollständig. Berlin gibt beispielsweise keine Täterbeschreibungen heraus, wenn gefahndet wird. Stellvertretend für diese Vorgehensweise sei der Polizeileak bezüglich des U-Bahn-Treters genannt. Außer der Bundespolizei gibt kaum eine Polizeidienststelle die Nationalität gefasster Täter an. Und außer der Bildzeitung nennt kaum ein überregionales Blatt die Täterherkunft bei Gerichtsprozessen. Außerdem ist anzumerken, dass die Polizeiberichterstattung teilweise stark hinterherhinkt. Es werden wohl einige Dinge noch nach den Feiertagen nachberichtet. Nicht mit aufgenommen wurden Delikte wie Einbrüche, Taschendiebstahl, EC-Karten-Diebstahl, Betrugsmaschen, Unfallfluchten, Schleuserkriminalität, illegaler Aufenthalt.

Die Opfer

Zu den Opfern ist zu sagen, dass die Altersgruppe zwischen 22 und 30 Jahren am stärksten gefährdet ist. Danach die Gruppe der 13 bis 21-Jährigen.
Es gab mehr männliche als weibliche Opfer. Männer, die alleine unterwegs waren, wurden z.T. erheblich verletzt. Es fängt an mit der Frage nach einer Zigarette und endet mit Kopftreten und Bewußtlosigkeit.
Frauen sind meist Opfer von Sexual- und Raubdelikten. 6 Mädchen und Frauen im Alter von 14 bis 73 Jahren wurden im Advent vergewaltigt, eine sogar doppelt. Die Täter waren: Afghane, Marokkaner, Türke, Algerier und zwei Bulgaren.
In 22 Fällen wurden Polizisten, Bahnmitarbeiter, Sanitäter oder Verwaltungsleute angegriffen.
In 36 Fällen wurde ein Migrationshintergrund bei den Opfern genannt. Das betrifft vor allem Gewaltdelikte in der Asylszene, wo man sich aus geringsten Anlässen messert oder das Mobiliar um die Ohren haut. Oft sind dabei Täter und Opfer kaum auseinanderzuhalten.

Wer sind die Täter?

Sie sind männlich. Nur in **3** Fällen waren ausländische Frauen an den Taten beteiligt. In einigen Fällen wurde die Nationalität genannt, vor allem wenn es um Randale in Asylwohnheimen ging. Die übrigen Herkünfte stammen aus Täterbeschreibungen, davon die häufigste „südländisch".
1 staatenlos
5 südeuropäisch
10 asiatisch (Afghanistan > Pakistan> Indien, Aserbaidschan)
26 nordafrikanisch (Marokko > Algerien > Tunesien)
27 schwarzafrikanisch (Eritrea, Gambia, Somalia > Guinea, Kamerun)
27 südosteuropäisch (Rumänien > Bulgarien > Kosovo > Serbien > Albanien, Kroatien)
28 osteuropäisch
46 orientalisch (Syrien > Türkei > Arabien > Iran > Libanon)
Sonstige Beschreibungen:
50 dunkler Teint / dunkelhäutig
51 ausdrücklich Begriff Asylbewerber / Flüchtling erwähnt
55 fremde Sprache, gebrochenes Deutsch, fremdländischer Akzent
69 „südländisch"

Gefährdungslage

Wie gefährlich diese Ausländer sind, wird an den nächsten Zahlen deutlich. Oft sind die Täter bewaffnet oder gehen in Überzahl vor, um die Opfer einzuschüchtern.
139 Fälle in den 24 Tagen wurden von mehreren Tätern verübt.
In **103** Fällen wurden Waffen benutzt (Schusswaffen, Messer, Reizgas, Eisenstangen, Schlagstöcke, Fahrradkette…). Sehr beliebt als Waffen sind Flaschen/abgebrochene Flaschenhälse (17 Fälle!).
In **206** Fällen laufen noch Fahndungen nach den Adventstätern.
In **106** Fällen gab es Festnahmen. In **12** Fällen waren die Täter bereits polizeibekannt und wurden z.T. als Intensivtäter geführt. Das heißt im Klartext: jeden zweiten Tag schlägt ein polizeibekannter, nicht inhaftierter bzw. nicht abgeschobener krimineller Ausländer zu. Es wurde nur **25** mal U-Haft angeordnet. Unter den wieder **freigelassenen** Tätern befinden sich auch solche, die Menschen verletzt hatten. Vor allem Asylbewerber wurden nach Körperverletzungen wieder laufen gelassen.
Insgesamt wurden **320 Einzelfälle™** für den Zeitraum 1. bis 24. Dezember dokumentiert.
Herzlichen Dank an Frau Merkel, denn man hat ja sonst nichts zu tun.

Allein die Fällevom 24.12.16 sind folgende

:
https://crimekalender.wordpress.com/2016/12/24/

TAG: 24. DEZEMBER 2016

16 POSTS

BEGRAPSCHEN / UNSITTLICH BERÜHRT / KÜSSEN, LECKEN, BEGRAPSCHT, FLÜCHTLING / ASYLBEWERBER, MÄNNLICHER TÄTER, OPFER 13 BIS 21 JAHRE, OPFER WEIBLICH, STRAUBING, SYRISCH, U-HAFT
Straubing: Syrischer Sextäter greift 20-Jährige an
24. Dezember 2016 — 0 Comments

DORTMUND, FAHNDUNG, GEMESSERT, KÖRPERVERLETZUNG, KRANKENHAUSREIF, MÄNNLICHER TÄTER, OPFER 13 BIS 21 JAHRE, OPFER MÄNNLICH, OPFER MIT MIGRATONSHINTERGRUND, TÄTER BEWAFFNET, TÜRKISCH
Dortmund: Bärtiger Türke sticht auf dem Kirchplatz auf Polen ein
24. Dezember 2016 — 0 Comments

ALGERISCH, BESPUCKT, GEBISSEN, GESCHLAGEN, KÖRPERVERLETZUNG, MÄNNLICHER TÄTER, OPFER 13 BIS 21 JAHRE, OPFER WEIBLICH, POLIZEI / SANITÄTER / FEUERWEHR / VERWALTUNG, ULM, VERLETZT, VORLÄUFIG FESTGENOMMEN
Ulm: Unter Drogen stehender algerischer LKW-Fahrer greift 17-Jährige und Polizisten an
24. Dezember 2016 — 0 Comments

BERAUBT, FAHNDUNG, HAMBURG, KÖRPERVERLETZUNG, MÄNNLICHER TÄTER, OPFER 76 BIS 100 JAHRE, OPFER WEIBLICH, RAUB, SCHWARZAFRIKANISCH, VERLETZT, ZU BODEN GEWORFEN
Hamburg: Schwarzafrikanischer Straßenräuber verletzt 80-Jährige
24. Dezember 2016 — 0 Comments

ARABISCH, BERAUBT, FAHNDUNG, FELLBACH, KÖRPERVERLETZUNG, MÄNNLICHER TÄTER, MEHRERE TÄTER, OPFER HAT ZIVILCOURAGE GEZEIGT, OPFER MÄNNLICH, RAUB, VERLETZT
Fellbach: Tankstellenmitarbeiter durch arabische Räuber verletzt
24. Dezember 2016 — 0 Comments

BELÄSTIGT, DORTMUND, GESCHLAGEN, KAMERUNISCH, KÖRPERVERLETZUNG, MÄNNLICHER TÄTER, MIT GEGENSTÄNDEN GESCHLAGEN / BEWORFEN, OPFER 34 BIS 50 JAHRE, OPFER MÄNNLICH, OPFER WEIBLICH, VERLETZT, WIEDER LAUFEN GELASSEN
Dortmund: Kameruner beleidigt Parfümerie-Mitarbeiter als Rassisten, greift an und zerstört Ladeneinrichtung
24. Dezember 2016 — 0 Comments

AUSLÄNDISCHE HERKUNFT, BERAUBT, DUNKLER TEINT / DUNKELHÄUTIG, FAHNDUNG, KÖRPERVERLETZUNG, MÄNNLICHER TÄTER, METTMANN, OPFER 76 BIS 100 JAHRE, OPFER MÄNNLICH, OPFER WEIBLICH, RAUB, VERLETZT, ZU BODEN GEWORFEN
Mettmann: Räuber mit dunklem Teint überfällt Rentner (86) vor Wohnungstür und raubt 1000 €
24. Dezember 2016 — 0 Comments

BELÄSTIGT, FAHRZEUG-ATTACKE, MÄNNLICHER TÄTER, MEHRERE TÄTER, TÜRKISCH, WEIBLICHE TÄTERIN, WERNAU, WIEDER LAUFEN GELASSEN
Wernau: Türken blockieren Bundesstraße mit Hochzeit
24. Dezember 2016 — 1 Kommentar

BERAUBT, FAHNDUNG, FRANKFURT, KÖRPERVERLETZUNG, KRANKENHAUSREIF, MÄNNLICHER TÄTER, OPFER 76 BIS 100 JAHRE, OPFER WEIBLICH, OSTEUROPÄISCH, RAUB, ZU BODEN GEWORFEN
Frankfurt: Straßenräuber verletzt 80-Jährige schwer
24. Dezember 2016 — 0 Comments

BERAUBT, ESSEN, FAHNDUNG, FESTGEHALTEN, KÖRPERVERLETZUNG, MÄNNLICHER TÄTER, OPFER 76 BIS 100 JAHRE, OPFER MÄNNLICH, RAUB, SÜDOSTEUROPÄISCH
Essen: Brutaler südosteuropäischer Räuber überfällt 92-Jährigen im Haus
24. Dezember 2016 — 0 Comments

FAHNDUNG, FRANKFURT, GEMESSERT, INTENSIVSTATION, KÖRPERVERLETZUNG, MÄNNLICHER TÄTER, OPFER 22 BIS 33 JAHRE, OPFER MÄNNLICH, SÜDLÄNDISCH, TÄTER BEWAFFNET

Frankfurt: Brutaler Südländer verletzt 25-Jährigen im abgeschlagener Flasche – Intensivstation

24. Dezember 2016 — 0 Comments

AUSLÄNDISCHE HERKUNFT, DUNKLER TEINT / DUNKELHÄUTIG, FAHNDUNG, GESCHLAGEN, KÖRPERVERLETZUNG, KRANKENHAUSREIF, MÄNNLICHER TÄTER, MEHRERE TÄTER, OPFER 22 BIS 33 JAHRE, OPFER MÄNNLICH, ULM, ZU BODEN GEWORFEN

Ulm: Fünf Männer schlagen einen 31-Jährigen nieder

24. Dezember 2016 — 0 Comments

GEMESSERT, ILLEGALER, KÖRPERVERLETZUNG, KRANKENHAUSREIF, MÄNNLICHER TÄTER, MÖNCHENGLADBACH, NORDAFRIKANISCH, OPFER 22 BIS 33 JAHRE, OPFER MÄNNLICH, OPFER MIT MIGRATONSHINTERGRUND, TÄTER BEWAFFNET, U-HAFT, WEITERE DELIKTE

Mönchengladbach: Nordafrikaner verletzt 23-Jährigen in Diskothek mit Messer und schlägt Scheiben ein

24. Dezember 2016 — 0 Comments

BERAUBT, FAHNDUNG, FESTGEHALTEN, HERDECKE, MÄNNLICHER TÄTER, MEHRERE TÄTER, OPFER MÄNNLICH, RAUB, SÜDLÄNDISCH

Herdecke: Südländische Fahrgäste rauben Taxifahrer aus

24. Dezember 2016 — 0 Comments

FLÜCHTLING / ASYLBEWERBER, GEMESSERT, GIESSE, KÖRPERVERLETZUNG, KRANKENHAUSREIF, MÄNNLICHER TÄTER, OPFER 13 BIS 21 JAHRE, OPFER MÄNNLICH, OPFER MIT MIGRATONSHINTERGRUND, SOMALISCH, TÄTER BEWAFFNET, WIEDER LAUFEN GELASSEN

Gießen: Somalier sticht auf 19-jährigen Landsmann ein

24. Dezember 2016 — 0 Comments

AFGHANISCH, BAYERN, FLÜCHTLING / ASYLBEWERBER, GESCHLAGEN, KÖRPERVERLETZUNG, MÄNNLICHER TÄTER, MEHRERE TÄTER, SCHWARZAFRIKANISCH, VERLETZT, WIEDER LAUFEN GELASSEN

Bayern: Schlägerei in Asylunterkunft

24. Dezember 2016 — 0 Comments

AUSLÄNDISCHE HERKUNFT, BERAUBT, FAHNDUNG, GESCHLAGEN, KÖRPERVERLETZUNG, KRANKENHAUSREIF, MÄNNLICHER TÄTER, MEHRERE TÄTER, OPFER 22 BIS 33 JAHRE, OPFER MÄNNLICH, RAUB, UELZEN, ZU BODEN GEWORFEN

Uelzen: Ausländische Straßenräuber schlagen 26-Jährigen bewußtlos

24. Dezember 2016 — 0 Comments

http://www.tichyseinblick.de/meinungen/das-grosse-geheimnis-kriminalitaetsstatistik/

Di, 13. Dez 2016

Gewollte Unwissenheit

Das große Geheimnis: Kriminalitätsstatistik

Von **Anabel Schunke**

So, 11. Dezember 2016

Ist die Gefahr, Opfer eines Verbrechens, gar Gewaltverbrechens zu werden, mit den Einwanderern gewachsen? Nachdem die Hoffnung auf sie als Fachkräfte und Retter der Rentenversicherung platzten, ist dies eine der letzten Bastionen, um die gerungen wird.

Mit der Selbstverantwortung und Mithaftung von Personen ist das in der deutschen Presse, unter Politikern und vermeintlichen Islamexperten so eine Sache. Die wird nämlich stets nur nach Bedarf ein- und ausgepackt. SPD-Fraktionsvize Ralf Stegner sagte, PEGIDA hätte beim Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker „mitgestochen". Ein hartes Wort, doch wenig Reaktion. Anderes erfährt, wer Merkel eine Mitschuld daran gibt, wenn hierzulande Menschen durch Flüchtlinge zu Schaden kommen. Dann ist der Aufschrei groß. Klar – Rassismus.
Nun ist ja klar, dass mehr Leute mehr Gewalt bedeuten; es kommen nicht nur Engel, sondern Personen, die unsere Gastfreundschaft mit Füßen treten. Das ändert jedoch nichts an der Frage, ob es eine gruppenbezogene Kriminalität gibt. Das in der Tat wäre nicht für Talkshows von Interesse, sondern ebenso für die polizeiliche Bekämpfung von Kriminalität. Aber gerade hier liegt der Hase im Pfeffer: Unsere Kriminalitätsstatistik wird nicht nur falsch gelesen, sondern auch bewusst bis zur Aussagelosigkeit verändert. Das Thema ist in der Tat ein heißes Eisen. Vor allem, weil eine genaue Auswertung und Diskussion von Kriminalität nach Herkunft der Täter oder Migrationshintergrund gesellschaftliche Sprengkraft in sich birgt.
Im Jahr 2015 verübten Migranten in Deutschland 208.344 Verbrechen. Die Zahl geht aus einem vertraulichen Bericht des Bundeskriminalamtes (BKA) hervor, der der *Bildzeitung* vorliegt. Ein satter Anstieg um 80% gegenüber dem Vorjahr, der umso erschreckender wirkt, wenn man sich den Zeitraum anschaut, in dem die Taten begangen wurden. Migranten haben zwischen Januar und Dezember 2015 demnach pro Tag 570 Straftaten begangen oder 23 pro Stunde. Wohlgemerkt 2015 – als die Flüchtlingskrise erst gegen Ende des Jahres so richtig Fahrt aufnahm: vor Köln und einer beispiellosen Abfolge von Sexual-, Gewalt- und Diebstahlsdelikten 2016.
Wobei man sich ohnehin grundsätzlich keine Gedanken um die Verbrechensziffern aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland mit den meisten Migranten machen muss. Die Zahlen aus Nordrhein-Westfalen tauchen in dem Bericht nämlich gar nicht erst auf. Warum das so ist? Eines der großen Geheimnisse. Befragte Polizisten verweisen darauf, dass die Herkunft der Täter konsequent nicht mehr erfasst werden darf. Das hat der Untersuchungsausschuss zur Kölner Silvester-Nacht bestätigt. Die Statistik ist nicht falsch – nur nichtssagend. Sich auf sie berufen, kommt einer bewussten Fälschung von Tatsachen gleich. Denn eine Statistik, die nur Hülsenfrüchte zählt, kann man nicht anführen, wenn es um die Zahl von Erbsen geht.

Klar ist gar nichts
Familiennachzug – zahlenmäßig die große Unbekannte!
Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) berichtet monatlich ausführlich in...
Wir erleben die Geburtsstunde des ganz großen Schwindels um die Statistik: Was den Zielen der Regierung widerspricht, wird nicht gezählt. Das funktioniert genauso beim neuesten Phänomen – dem Nachzug von Familienangehörigen. Sie gelten nicht als Asylbewerber, weil sie keines beantragen. Sie sind Angehörige. Also werden sie nicht gezählt. Das ist die einfachste Lösung: Bedrohlich erscheinende Phänomene gar nicht erst wahrzunehmen. Mit der Kriminalstatistik ist es schwieriger. Die gibt es schon lange. Da muss mehr gebogen werden. Der Grund, weshalb es in der öffentlichen Diskussion trotz eines nachweislichen Anstiegs der Migrantenkriminalität um 80% gegenüber dem Vorjahr immer wieder heißt, Migranten seien nicht krimineller als Deutsche und Deutschland sei durch sie nicht unsicherer geworden, ist schlicht die Tatsache, dass der Anteil der straffällig gewordenen Migranten mit der Gesamtbevölkerungsanzahl von rund 80 Millionen verrechnet wird. Wenn auf 80 Millionen Menschen ca. eine Million Flüchtlinge kommen, von denen ein Teil straffällig wird, dann führe dies bei insgesamt 81 Millionen nicht zu einem signifikanten Anstieg der Migrantenkriminalität. Die Logik ist so einfach wie irreführend: Das Problem wird wegdefiniert, in dem man es in Beziehung zu einer sehr großen Zahl setzt. Es wird verdünnt wie die Träne im Ozean.

Ein weiterer Faktor ist die Tatsache, dass viele Straftaten in Deutschland überhaupt erst gar nicht zur Anzeige kommen. Lediglich eine von zehn Vergewaltigungen hierzulande wird laut Bundesjustizminister Heiko Maas überhaupt zur Anzeige gebracht und nur acht Prozent der Vergewaltigungsprozesse enden mit einer Verurteilung. Migrantenkriminalität im Speziellen wird darüber hinaus immer öfter absichtlich ignoriert. Politische Amtsträger in ganz Deutschland hätten demnach die Polizei dazu angehalten, bei Straftaten, die von Migranten verübt werden, ein Auge zuzudrücken – so lautet der Vorwurf. Es soll vermieden werden, dass sich die Stimmung gegen Flüchtlinge und unkontrollierte Einwanderung verstärkt. Es ist ein schwerwiegender Vorwurf, denn dann wäre die Kriminalitätsstatistik das Papier nicht mehr wert, auf dem sie steht.

Hinweise gibt es. So offenbart André Schulz, Vorsitzender des Bunds Deutscher Kriminalbeamter (BDK), dass bis zu 90 Prozent der in Deutschland begangenen Sexualverbrechen überhaupt nicht in der offiziellen Statistik auftauchen. Und ein anderer hochrangiger Polizeibeamter berichtet:

"Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. (…). Es ist außergewöhnlich, dass bei bestimmten Tätern bewusst NICHT berichtet wird und die Informationen als 'nicht pressefrei' eingestuft werden."

Darüber hinaus berichtet ein glaubwürdiger Polizist aus NRW, dass zuerst die „Zigeuner" aus dem Berichtswesen verschwunden seien; neuerdings auch Sinti und Roma. Die Rede ist behördenintern von „Rotations-Europäern" – das sind dann auch Bulgaren und Rumänen, viele Polen und Ukrainer. Ein neuer Begriff – und auch dieses Problem ist verschwunden.

Darüber hinaus werden Kriminalitätsstatistiken noch immer weitestgehend anonymisiert. Vordergründig, um die Richter nicht zu beeinflussen. Nach Gesprächen mit Strafrichtern und Rechtsanwälten ist jedoch eher davon auszugehen, dass der Migrationshintergrund nicht erwähnt wird, um die Bevölkerung nicht gegen Migranten aufzubringen, also deren Integration nicht zu erschweren. De facto führt eine Verschleierung des Migrationshintergrundes in den Statistiken jedoch zu einer Erschwerung der Polizei- und Aufklärungsarbeit.

Tatasächlich wird durch diese Verschleierung, durch bewusst nicht aufgenommene Straftaten von Migranten durch die Polizei, durch eine reguläre Dunkelziffer und in der deutschen Justiz übliche milde Strafen, zudem auch die derzeit existierende Statistik verzerrt und damit unbrauchbar gemacht. Hinzu kommt, dass in der Erfassung von Kriminalität nicht nur bundesweit in der Diskussion keine Einigkeit herrscht, sondern auch unter den verschiedenen Bundesländern. Die einen nehmen es genauer, die anderen weniger genau. Allesamt nehmen sie es jedoch nicht genau genug und vor allem nicht so genau, wie man könnte und es notwendig wäre. Man ahnt schon die nächste Volte der Argumentation: Die unterschiedlichen Statistiken seien nicht vergleichbar. Es ist ein Argument, das immer zieht. Es zieht den Vorhang statistischer Feinsinnigkeit vor das grobe Geschehen.

Denn was hier bis jetzt in der Diskussion noch gar keine Rolle spielte und auch anhand der Kriminalitätsstatistik des BKA nicht geklärt werden kann, ist der Anteil der Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund an begangenen Delikten. Nahezu jeder Richter, Anwalt, Polizist und Justizvollzugsbeamte aus den unterschiedlichsten Regionen Deutschlands spricht von einem erheblichen Anteil von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund an Kriminalitätsdelikten. Was für die Debatte, jedoch fehlt, sind tatsächlich erfasste Zahlen, die diese Eindrücke bestätigen.

Bestimmte Daten nicht zu erfassen, hat Methode

Auch die Polizistin Tania Kambouri hatte hierauf in ihrem Buch „Deutschland im Blaulicht" hingewiesen und dabei festgestellt, dass darüber hinaus auch eine Zuordnung nach Art des Deliktes möglich sei. So würden Migranten und Deutsche mit Migrationshintergrund aus dem türkischen oder arabischen Raum überdurchschnittlich

oft durch Gewaltdelikte auffallen, während Eigentumsdelikte eher auf Migranten aus dem osteuropäischen Raum zuträfen. Aber auch Kambouri stützt sich hierbei größtenteils lediglich auf ihre eigenen Erfahrungen im Polizeidienst, denen in der öffentlichen Debatte mangels bewiesener Zahlen bis dato leicht der Raum entzogen werden kann. Ja, es hat Methode, dass genau diese Daten nicht erfasst werden.
Seit Jahrzehnten streitet man in Deutschland darüber, ob der Migrationshintergrund in Statistiken zur Kriminalität erfasst werden soll. Zuletzt erfuhr die Debatte erneuten Aufwind, nachdem aus Berlin bekannt wurde, dass 81% der dortigen jungen Intensivtäter einen (fast ausnahmslos türkischen oder arabischen) Migrationshintergrund besitzen. Schnell forderten Vertreter von CDU und Polizeiverbände, die Zuwanderergeschichte auch in NRW zu erfassen, was jedoch von Rot-Grün abgelehnt wurde. Einmal mehr offenbart sich hier die Uneinigkeit der Länder, die eine lückenlose Erfassung und Auswertung unmöglich macht.
Dabei wäre es so wichtig, dass nicht nur Straftaten von Ausländern und Einheimischen lückenlos und vor allem getrennt voneinander erfasst und Statistiken hierzu korrekt ausgewertet werden, sondern auch der Migrationshintergrund von deutschen Tätern eine Rolle bei der Auswertung von Straftaten (vgl. hierzu auch die Diskussion um islam- und deutschenfeindliche Straftaten) spielt. Fakt ist, wie die WELT feststellt: „Über gruppenfeindliche Kriminalität und potenziell gewaltaffine Milieus wissen wir weniger als möglich."
Es mag nicht verwundern, dass vor allem Rote, Grüne und Linke die lückenlose Erfassung und Auswertung aus Gründen der political correctness blockieren. Die noble Begründung: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte könne daraus allzu pauschal ein Strick gedreht werden. Dass man angesichts einer derart hohen Zahl von Tätern ausländischer Herkunft mittlerweile Deutschen ohne Migrationshintergrund einen pauschalen Strick dreht? Geschenkt.
Denn ja, die Zahl der ausländischen Straftäter und derer mit Migrationshintergrund ist hoch. So hoch, dass eine pauschale Unterscheidung zwischen deutschen (also auch Deutsche mit Migrationshintergrund) und ausländischen Straftätern mittlerweile einer Diskriminierung und Pauschalverurteilung von Deutschen ohne Migrationshintergrund gleichkommt. Also eben genau das, was man durch eine differenzierte Analyse nach Herkunft für Menschen (vor allem mit türkischen oder arabischen) Migrationshintergrund, befürchtet. Die Wahrheit ist eben schockierend und nicht politisch korrekt. Sie lautet, dass wir wohl ein verdammt friedliches Land wären, wäre da nicht die aggressive Gewalt von vornehmlich türkischen und arabischen Migranten und die Eigentumsdelikte von mehrheitlich aus Osteuropa stammenden Banden.
Dabei entzöge erst eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem Thema dem Postfaktischen den Raum. Denn wie so oft sind diejenigen, die mit diesem Begriff neuerdings um sich schmeißen, selbst am meisten von ihm betroffen. Überall dort wo keine verlässlichen Zahlen existieren oder öffentlich gemacht werden, bleibt letztlich eben nur die Spekulation und die Beobachtung der eigenen Lebenswirklichkeit. Dieser Punkt ist es, an dem die Diskrepanz zwischen wahrgenommener Realität und öffentlich diskutierten Fakten ins Unermessliche steigt. Er ist es, der in diesem, wie in so vielen anderen Fällen, für ein zunehmendes Misstrauen zwischen Bevölkerung, Medien und Politik sorgt.
Wahrscheinlich ist jedoch, dass es sich hierbei um eine Kosten-Nutzen-Abwägung handelt. Ja, vermutlich ist dieses Misstrauen letztlich tatsächlich eher zu verkraften als die Wahrheit. Denn das lässt wenigstens Raum für Zweifel. Worüber jedoch kein Zweifel besteht, ist, dass man offensichtlich etwas zu verbergen hat. So könnte eine genauere Erfassung des Migrationshintergrundes schließlich auch Diskriminierung vorbeugen, wenn es denn tatsächlich stimmt, dass Migranten oder Deutsche mit Migrationshintergrund nicht krimineller sind als Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Dass man sich dem verweigert, sagt eigentlich schon alles und wird auch nicht dadurch besser, dass Rangar Yogeshwar bei Maischberger erklärt, dass Migranten, sofern sie denn tatsächlich krimineller sind, dieses nur aufgrund von Armut seien. Warum arme Deutsche hingegen offenbar deutlich weniger oft straffällig werden und die libanesischen Clans in Berlin und Co. trotz angeblicher Armut (weil krimineller Migrant = arm) mit der S-Klasse durch die Bezirke fahren, bleibt hierbei nämlich unbeantwortet. Und dennoch ließe sich auch über solche etwaigen Gründe für Kriminalität besser diskutieren, wenn eine detailliertere und in den verschiedenen Bundesländern einheitliche Auswertung auf Basis von Herkunft und anderen relevanten Faktoren zur Verfügung stünde. Ansonsten bewegt sich die Diskussion auch weiterhin im luftleeren Raum, mit dem Ergebnis, dass das, was die Leute beobachten, in immer stärkerem Maße in Wiederspruch zu dem steht, was öffentlich diskutiert wird.
Aber natürlich können wir auch so weiter machen wie bisher oder sogar noch einen Schritt weiter gehen. In Schweden ist man uns diesbezüglich jedenfalls weit voraus. Dort darf die Polizei gleich gar keine Kriminalfälle mehr nennen, an denen Flüchtlinge beteiligt sind. Problem gelöst.

- #3 **Bernhard von Clairveaux** (13. Dez 2016 09:52)

Man beachte, daß die Tötungsrate in Afghanistan und Irak (in Friedenszeiten) bis zu 10 mal höher lag, als in Deutschland.
https://de.wikipedia.org/wiki/Tötungsrate_nach_Ländern
Sobald diese Leute allerdings über die Grenze kommen, sinkt sie laut Angaben der Lügenbarone und ihrer Hofberichterstatter um über 90%, also von 8 Tötungen/100.000Einwohner auf unter das deutsche Niveau von 0,8 Tötungen/100.000 Einwohner.
Und das obwohl in einem gesteigerten Maße 15-40jährige Männer nach Deutschland kommen und keine 50-100 jährigen Frauen, auf die sich die Statistik natürlich auch bezieht
Ich glaube dreckiger kann man kaum lügen,

- #4 **Keltenkrieger** (13. Dez 2016 09:54)

Und was wird alles noch kommen?!
Furchtbares!Schreckliches!
Ein Angriff des Islam-Faschismus auf Europa!
Siehe hierzu dieses Buch (Taschenbuch- oder E-Buch-Version verfügbar):
https://www.amazon.de/dp/1519052421
https://www.amazon.de/dp/B01N03MS1X

- #5 **Anja Reschke** (13. Dez 2016 09:58)

Dem deutschen Wähler reicht es anscheinend noch nicht.

- #6 **Lady Bess** (13. Dez 2016 10:01)

FLÜCHTLINGE ÜBERFALLEN TOURBUS NAHE CALAIS
Riesen-Schock für Tony Christie
Am Wochenende war Tony Christie (73, „Amarillo“) nach einer Konzertreise auf dem Rückweg nach London. Nahe Calais überfiel eine Gruppe Geflüchteter seinen Tourbus.
Der Weltstar zu BILD: „Sie wollten sich in unseren Anhänger schmuggeln, um so nach England zu gelangen.“
Die Männer seien mit Eisenstangen auf Fahrer und Crew losgegangen, Gitarrist Donal Rodgers (54) habe sich dabei die Hand gebrochen.
BILD ÜBERSETZT MIT ABSICHT FALSCH:
Der Sänger nachsichtig: „Wenn Menschen verzweifelt sind, dann werden sie gefährlich. Mir tun die Flüchtlinge leid.“

http://www.bild.de/unterhaltung/leute/saenger/tony-christie-ueberfallen-49286002.bild.html
Wenn er in Wahrheit sagt, die Flüchtlinge tun ihm zwar leid, aber dass auch wir keine Angst haben sollteh sicher zu reisen. In Zukunft wird er nur noch fliegen.
‚I feel really sorry for these people, I know they're desperate but we shouldn't be scared to travel. I think I will fly from now on, I don't think I'll go on the road again.'
http://www.dailymail.co.uk/news/article-4022968/Amarillo-singer-Tony-Christie-wife-s-terror-hooded-migrants-armed-crowbars-ambush-tour-bus-Dunkirk-petrol-station.html

- #7 **Traudl** (13. Dez 2016 10:04)

Vielleicht meinen die Grapscher-Profis, sie könnten sich auf die Vergewaltiger-Tour eine deutsche Ehefrau ergattern!
Nach diesem Vorbild hier:
http://www.spiegel.de/panorama/justiz/vergewaltigung-in-iran-hochzeit-statt-hinrichtung-a-1125338.html
„Iran
Vergewaltigungsopfer soll Täter heiraten
Ein junger Iraner vergewaltigte die 16-jährige Tochter seiner Nachbarn. Eigentlich sollte er für seine Tat hingerichtet werden. Doch dann machte die Mutter des Opfers einen erstaunlichen Vorschlag."

- #8 **Das_Sanfte_Lamm** (13. Dez 2016 10:06)

Dass nach der ersten Schockstarre der politisch-mediale Komplex alles an Propaganda und Lügen aufbietet, war eigentlich zu erwarten.
#10 **lorbas** (13. Dez 2016 10:08)
Zum Thema ein Artikel von Zukunftskinder der leider online nicht mehr verfügbar ist:
Die hohe Migrantenkriminalität wird totgeschwiegen
von Higgs
Quelle: "The Forum" Islam = Frieden?
Deutschlands mutigster Staatsanwalt: Roman Reusch
Von Michael Mannheimer
Selten hat ein Vortrag eines deutschen Staatsanwalts so ein großes Medienecho hervorgerufen wie der von Roman Reusch . Der Chef der Intensivtäterabteilung bei der Berliner Staatsanwaltschaft sagte Anfang Dezember 2007 vor der Hanns-Seidel-Stiftung im bayrischen Kloster Banz über die Kriminalität in der Hauptstadt Berlin:
„Nicht etwa die Türken als größte Migrantengruppe in Berlin, stellen die relativ meisten Täter, sondern die Araber, die an der Berliner Bevölkerung nur einen verschwindend geringen Anteil haben. Diese wiederum setzen sich überwiegend aus Palästinensern sowie Angehörigen hochkrimineller Großfamilien mit türkisch-kurdisch-libanesischen Wurzeln zusammen, die arabische Muttersprachler sind und in Berlin weite Bereiche des organisierten Verbrechens beherrschen.
Ausgerechnet bei der kriminell aktivsten Gruppe der Migranten, nämlich den Arabern, ist auch der Einbürgerungsanteil mit knapp 44% am höchsten. Zum Vergleich liegt er bei den Türken bei knapp 35%.
Insgesamt haben knapp 80 % aller eingetragenen Intensivtäter einen Migrationshintergrund. Der Anteil der ethnischen Deutschen liegt nach Abzug der Russland-Deutschen bei rund 17%, bei Zuzählung derselben bei rund 20%.
Der Annahme, dass es ohne die Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte kein nennenswertes Intensivtäterproblem gäbe, könnte somit schwerlich widersprochen werden."
Was Reusch über Berlin berichtet, gilt längst für die meisten Metropolen in allen europäischen Ländern, in denen eine nennenswerte Zahl muslimischer Migranten leben. Denn während sich nicht-muslimische Einwanderer in aller Regel problemlos in die europäischen Gesellschaften integrieren, sieht das bei Migranten muslimischen Glaubens

vollkommen anders aus. Hier sind die Fakten gegen den politisch-korrekten Mainstream.
>>> weiter
Quelle: Exorbitant hohe Migrantenkriminalität in Europa
Roman Reusch war Oberstaatsanwalt in Berlin und leitete fünf Jahren lang die Abteilung für jugendliche Intensivtäter. Er wurde von der Berliner Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) seines Amtes enthoben, weil er im Dezember 2008 härtere Maßnahmen gegen ausländische Intensivstraftäter, wie etwa die Abschiebung, gefordert hatte. (siehe: Oberstaatsanwalt Reusch wird versetzt http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/berliner-justiz-oberstaatsanwalt-reusch-wird-versetzt/1143700.html)
http://www.bild.de/news/vermischtes/ausweisung-3399890.bild.html

NTV 13.12.16
13:53 Uhr

Bericht: Mutmaßlicher Maria-Mörder vorbestraft

Der **Mord an einer Freiburger Studentin** hat für einen Aufschrei in Deutschland gesorgt, wie kaum ein anderes Tötungsdelikt in den vergangenen Jahren. Denn unter dringendem Tatverdacht steht ein Flüchtling aus Afghanistan. Wie der "Stern" nun berichtet, soll es sich bei Hussein K. um einen **vorbestraften Gewalttäter** handeln. Demnach soll er im Mai 2013 auf der griechischen Insel Korfu **eine junge Frau eine Klippe hinabgestoßen** haben. Die 20-Jährige überlebte schwer verletzt. Im Februar 2014 sei er in Griechenland zu zehn Jahren Haft verurteilt worden - wieso er freikam und nach Deutschland gehen konnte, sei unklar, heißt es in dem Bericht. Das Blatt beruft sich auf **zwei andere Flüchtlinge**, die unabhängig voneinander Kontakt zu K. gehabt hätten.

14. Dezember 2016, 21:07 Uhr

Kriminalfälle in Freiburg und auf Korfu

Fingerabdrücke sind identisch

Von Giorgos Christides und Jan Friedmann, Athen und Stuttgart

Der Verdächtige im Freiburger Mordfall beging zuvor ein Gewaltverbrechen an einer jungen Frau in Griechenland. Fingerabdrücke in beiden Fällen stimmen überein, wie ein Ermittler SPIEGEL ONLINE bestätigte.

Fingerabdrücke legen nahe, dass der Verdächtige im Freiburger Mordfall ein Gewaltverbrechen an einer jungen Frau in Griechenland begangen hat. Das bestätigte ein leitender Ermittler der griechischen Behörden SPIEGEL ONLINE.

Vor mehr als zwei Jahren wurde in Griechenland ein junger Mann mit dem Namen Hussein K. angeklagt und verurteilt. Er hatte demnach 2013 auf Korfu eine Griechin beraubt und eine Steilküste hinabgestoßen. Die Frau überlebte schwerverletzt.

Nach seiner Verurteilung zu zehn Jahren Haft kam Hussein K. in ein Jugendgefängnis in die Stadt Volos in Zentralgriechenland. Aus diesem Gefängnis wurde er nach Angaben griechischer Behörden schon im Oktober 2015 wieder entlassen.
Schon kurz nach seiner Freilassung muss sich Hussein K. auf den Weg nach Deutschland gemacht haben. Der Auflage, sich einmal pro Monat an einem Polizeiposten in der Nähe seines Wohnorts zu melden, kam er nur einmal nach - für den Monat November, in Athen. Im Dezember dann nicht mehr, sodass seine Entlassung von der griechischen Justiz widerrufen wurde.
Doch da war Hussein K. schon längst in Deutschland: Bereits am 12. November 2015 beantragte er auf einer Freiburger Dienststelle Asyl und wurde dabei von der Bundespolizei erkennungsdienstlich behandelt. Er gab an, über Österreich nach Deutschland gekommen zu sein. Demnach hätte er die Balkanroute innerhalb weniger Tage durchlaufen, zu einem Zeitpunkt, als dort der Andrang groß war.
Papiere führte Hussein K. laut Bundesinnenministerium keine mit sich, als er Asyl beantragte. Ein Abgleich mit internationalen Datenbanken erbrachte keine Ergebnisse. Die deutschen Behörden leiteten ein Ermittlungsverfahren ein, aber nur routinemäßig wegen unerlaubter Einreise.
Hussein K. wird nun beschuldigt, im Oktober in Freiburg eine 19-Jährige vergewaltigt und ermordet zu haben. (Lesen Sie hier weitere Hintergründe.) Er wurde inzwischen in das Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg bei Ludwigsburg verlegt.
URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/freiburg-verdaechtiger-schon-in-griechenland-straffaellig-a-1125959.html

15. Dezember 2016, 15:39 Uhr

Mutmaßlicher Mörder von Freiburg

Was wir über Hussein K. wissen

Hussein K. soll in Freiburg eine Studentin getötet haben. Nun werden immer mehr Details zu seinem Leben bekannt, unter anderem wurde er in Griechenland wegen versuchten Totschlags verurteilt. Die Fakten.
Je mehr Details zum Leben von Hussein K. bekannt werden, desto mehr Fragen kommen auf. Bereits 2013 beging K. ein Gewaltverbrechen in Griechenland, für das er verurteilt und inhaftiert wurde. Im Rahmen eines Amnestie-Gesetzes kam K. frei und setzte sich trotz Auflagen nach Deutschland ab.
Der Tatablauf im Freiburger Fall und das tatsächliche Alter des Verdächtigen sind weiterhin unklar. Nun mehren sich in Deutschland Stimmen, die griechischen Behörden ein Versagen vorwerfen. Hier sind die Fakten in dem verworrenen Fall.
Was ist über Hussein K. bekannt?
Polizei und Staatsanwaltschaft legen dem jungen Mann Vergewaltigung und Mord zur Last. Am Tatort in Freiburg waren DNA-Spuren von ihm gefunden worden, sieben Wochen nach dem Tod der Studentin wurde er festgenommen. 2015 kam er laut Staatsanwaltschaft als unbegleiteter Flüchtling nach Deutschland, lebte in Freiburg bei einer Pflegefamilie und stand unter der Vormundschaft des Jugendamtes Breisgau-Hochschwarzwald.
Wie alt ist er?

Bei seiner Einreise nach Deutschland hatte sich K. als 16-jähriger Afghane vorgestellt. Die Staatsanwaltschaft ging bislang davon aus, dass das nun mit 17 angegebene Alter korrekt ist. Laut seinem in Griechenland vorgelegten Pass wurde er allerdings im Jahr 1996 geboren. Demnach wäre er schon 20 Jahre alt. Die Ermittler haben bei der Rechtsmedizin der Freiburger Universität ein Gutachten in Auftrag gegeben. Die Experten dort sollen das Alter des Verdächtigen bestimmen. Welche Methoden sie hierfür verwenden, ist den Angaben zufolge noch nicht entschieden.

Warum spielt sein Alter eine Rolle?

Ist ein Täter zur Tatzeit jünger als 18 Jahre, gilt automatisch Jugendstrafrecht. Vor Gericht verhandelt wird dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Es drohen maximal zehn Jahre Haft. Ist der Täter älter, können Juristen anders vorgehen und auch härter bestrafen.

Für welche Tat wird K. in Griechenland verantwortlich gemacht?

Hussein K. wurde vor mehr als zwei Jahren für ein Gewaltverbrechen an einer jungen Frau in Griechenland angeklagt und verurteilt. Er hatte die Frau demnach offenbar 2013 auf der Insel Korfu überfallen und eine Steilküste hinunter geworfen. Sie überlebte schwer verletzt. Nach seiner Verurteilung zu zehn Jahren Haft kam Hussein K. in ein Jugendgefängnis in die Stadt Volos im Westen Griechenlands.

Weshalb und unter welchen Auflagen kam er vorzeitig frei?

Aus dem Gefängnis wurde er nach Angaben griechischer Behörden schon im Oktober 2015 wieder entlassen. Im April 2015 hatte die griechische Regierung das Gesetz Nummer 4322 erlassen. Es erlaubt die vorzeitige Entlassung jugendlicher Straftäter bei guter Führung. Voraussetzung ist, dass das Strafmaß - wie im Fall von K. - zehn Jahre nicht übersteigt und mindestens ein halbes Jahr der Strafe verbüßt wurde. Laut seiner Anwältin war dieses Gesetz Grund für die Freilassung K.s. Allerdings galt die Amnestie nur unter Auflagen. K. hätte sich einmal pro Monat melden müssen, tat das aber offenbar nur im November 2015.

Warum war deutschen Behörden die Vorgeschichte von Hussein K. nicht bekannt?

Im Dezember wurde seine Entlassung von der griechischen Justiz widerrufen, da er sich nicht an die Auflagen gehalten hatte. Zu diesem Zeitpunkt war K. den jüngsten Erkenntnissen zufolge jedoch in Deutschland schon erfasst worden. Am 12. November beantragte er auf einer Freiburger Dienststelle Asyl und wurde von der Bundespolizei erkennungsdienstlich behandelt. Laut dem Innenministerium führte Hussein K. keine Papiere bei sich, als er Asyl beantragte. Ein Abgleich mit internationalen Datenbanken erbrachte keine Ergebnisse. Im Schengener Informationssystem (SIS) stehen beispielsweise mehr als 60 Millionen Daten wie Bilder und Fingerabrücke für die nationalen Polizeidienste von 28 Staaten Europas zur Verfügung.

Wie läuft die Koordination zwischen den deutschen und griechischen Behörden in diesem Fall?

Das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden koordiniert das Übersenden der Freiburger Fragen nach Griechenland. Das Verfahren ist laut einer Sprecherin kompliziert und zeitaufwendig. Ein europaweiter DNA-Vergleich mit den Daten des Verdächtigen hatte keinen Treffer erzielt. Zudem gab es laut BKA keinen internationalen Haftbefehl oder eine Fahndung.

Könnte Hussein K. noch in weiteren Fällen eine Rolle spielen?

In Endingen bei Freiburg wurde drei Wochen nach der Gewalttat vom Oktober eine weitere junge Frau vergewaltigt und ermordet. Die Polizei hat nach eigener Aussage keine Hinweise auf einen Zusammenhang, ausschließen kann sie ihn aber auch nicht. In Endingen haben die Ermittler keine verwertbaren DNA-Spuren vom Täter gefunden. Eine konkrete Spur in diesem Fall gibt es nicht.

cnn/dpa

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/mord-in-freiburg-was-wir-ueber-den-verdaechtigen-hussein-k-wissen-a-1126025.html

http://www.pi-news.net/2016/12/meiningen-afghane-vergewaltigt-14-jaehrige/#more-545892

Meiningen: Afghane vergewaltigt 14-Jährige

Der tägliche Einzelfall lässt grüßen: Im thüringischen Meiningen wurde in der Nacht zum Sonntag ein 14-jähriges Mädchen vergewaltigt. Wie die Polizei am Montag mitteilte, soll die Tat von einem 22-jährigen afghanischen „Flüchtling" begangen worden sein. Besonders brisant ist, dass eine Polizeistreife die beiden noch kurz vor der Tat gegen 23 Uhr routinemäßig kontrolliert hatte. Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) verschweigt seinen Lesern politkorrekt, dass es ein Afghane war und beschreibt ihn lediglich als „Mann". Bei „Thüringen24" ist es ein „junger Mann". Damit im Merkelschen Sinne bloß keine negative Stimmung gegenüber „Flüchtlingen" im Land entsteht…
(Von Michael Stürzenberger)
„Südthüringen.de" hingegen übernimmt den Polizeibericht journalistisch korrekt und will seinen Lesern nicht in volkspädagogischer Dressur wichtige Informationen vorenthalten:
Wie sich herausstellte, hatten Polizisten gut eine Stunde zuvor zufällig die 14-Jährige und ihren männlichen Begleiter in der Leipziger Straße kontrolliert und deren Personalien festgehalten. Schnell sei klar gewesen, dass genau dieser Mann der mutmaßliche Vergewaltiger sein könnte. Er sei am Sonntag gegen 1 Uhr im Stadtgebiet vorläufig festgenommen worden.
Bei dem aus Afghanistan stammenden 22 Jahren alten Asylbewerber seien ebenfalls Beweismittel sichergestellt worden. In Anwesenheit eines Dolmetschers sei er am Sonntagmorgen als Beschuldigter vernommen worden. Im Ergebnis der Vernehmung wurde Haftbefehl beantragt, den am Vormittag ein Haftrichter verkündete.
Focus Online kann man in diesem Fall ebenso nicht als Lückenpresse bezeichnen:
Der 22-jährige Afghane wurde kurz nach der Tat vorläufig festgenommen und im Beisein eines Dolmetschers vernommen. Die Staatsanwaltschaft Meinigen hat einen Haftbefehl gegen den Asylbewerber erlassen. Derzeit befindet sich der Mann in der JVA-Suhl-Goldlauter.
Auch die Thüringer Allgemeine berichtet wahrheitsgemäß. Es wäre auch völlig unverantwortlich, nach dem Vergewaltigungsmord von Freiburg durch einen Afghanen weiter zu verschweigen, dass es sich hier keinesfalls um „Einzelfälle", sondern ein strukturelles Problem des Islams handelt.
Wenn in einem Land wie Afghanistan 99% der Menschen das grausame islamische Scharia-Recht als offizielles Gesetz befürworten, braucht man sich nicht zu wundern, dass Moslems von dort jetzt häufig bei uns als Vergewaltiger in Erscheinung treten. Von den fast 90.000 unbegleiteten minderjährigen Migranten, die 2015 in Europa einfielen, waren laut Statistischem Bundesamt 51 Prozent Afghanen. Viele von denen sind potentielle Zeitbomben, die jetzt vor sich hinticken.
Diese fundamental eingestellten Mohammedaner sehen unbekopftuchte und leicht bekleidete Frauen als Freiwild an, was ihnen von islamischen Rechtsgelehrten und Imamen auch bestätigt wird. Sie vergleichen solche Frauen mit rohem Fleisch, das man einer Katze hinwerfe. Wenn die Katze dann das Fleisch fresse, sei es auch nicht die Schuld der Katze.

Zudem rangieren in den Augen dieser Mohammedaner Frauen, die vor der Ehe Geschlechtsverkehr mit Männern haben, auf der gleichen Stufe wie Prostituierte, wie es auch der Islamexperte Bassam Tibi am 7. Dezember in der Bild erklärte. Wundert sich da noch irgendein klar denkender Mensch über die fast täglich auf uns hereinprasselnden Meldungen von sexuellen Übergriffen? Ganz abgesehen von den Fällen, die es nicht auf den öffentlichen Radar schaffen, da sie von den Behören unter den Teppich gekehrt werden. Jedes Mal vergewaltigt der Islam mit.

Es ist schrecklich – und es wird noch viel schrecklicher werden.

Siehe hierzu dieses Buch (Taschenbuch- oder E-Buch-Version verfügbar):

https://www.amazon.de/dp/1519052421

https://www.amazon.de/dp/B01N03MS1X

http://www.n-tv.de/politik/Straftaeter-wegen-Panne-nicht-abgeschoben-article19339836.html

Donnerstag, 15. Dezember 2016

Junge Frau in Hamburg vergewaltigt?Straftäter wegen Panne nicht abgeschoben

Ein Asylbewerber aus Marokkaner begeht in Deutschland mehrfach Straftaten und soll abgeschoben werden - doch dazu kommt es nie. Nun soll der Mann eine Frau vergewaltigt haben. Die zuständige Behörde räumt eine schwere Panne ein.

Nach der Festnahme eines illegal in Deutschland lebenden Marokkaners wegen Vergewaltigungsvorwürfen hat die zuständige Ausländerbehörde eine Panne eingeräumt. Der Mann hätte Deutschland eigentlich längst verlassen sollen, sagte eine Sprecherin des niedersächsischen Landkreises Holzminden. Er sei aber auch nach einer im Sommer in Hamburg verhängten Bewährungsstrafe wegen Diebstahldelikten nicht in Abschiebehaft genommen worden. Als Grund gab die Sprecherin Personalmangel in der Ausländerbehörde an.

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (l.) will den Vorfall untersuchen lassen.

Dem 34-jährigen Marokkaner wird ein schweres Sexualdelikt vorgeworfen. In der Nacht zu Sonntag soll er in Hamburg eine 24-jährige Frau zunächst in einem Club auf der Reeperbahn "angetanzt" und dann auf einer Toilette bedrängt und gegen ihren Willen sexuelle Handlungen vorgenommen haben. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Hamburg sagte, dem 34-Jährigen werde eine Vergewaltigung zur Last gelegt.

Abschiebehaft abgelehnt

Der Asylantrag des 2015 eingereisten Mannes sei im April dieses Jahres abgelehnt worden, sagte Holzmindens Kreissprecherin Marie-Luise Niegel. Statt wie vereinbart freiwillig auszureisen, sei der Mann abgetaucht. Die Stadt Hamburg habe nach der Verurteilung des Mannes im Sommer per E-Mail angefragt, ob der Landkreis als zuständige Ausländerbehörde Abschiebehaft beantragen könne, sagte Niegel: "Das haben wir aber abgelehnt, weil wir das personell nicht geschafft hätten." Die Folge: Der Marokkaner blieb auf freiem Fuß.

Das niedersächsische Innenministerium habe erst am Mittwoch von dem Fall erfahren, sagte ein Sprecher. Innenminister Boris Pistorius erklärte im niedersächsischen Landtag, es stehe im Ermessen der Ausländerbehörde, die Polizei bei der Fahndung nach Menschen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, hinzuzuziehen. Es sei aber nicht die Pflicht der Behörde, eine Fahndung einzuleiten. "Warum nicht zur Fahndung ausgeschrieben wurde, warum nicht reagiert wurde auf die Anfrage aus Hamburg, das wird zu klären sein", sagte Pistorius.

"Riesenfrustration"

Der Niedersächsischen Landkreistag wollte zu dem Fall keine konkrete Stellung nehmen. Die Ausländerbehörden stünden allerdings wegen der Vielzahl der Verfahren "weiter stark unter Druck", sagte Hauptgeschäftsführer Hubert Meyer. Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen scheiterten jedoch in der Regel nicht am Personalmangel in den Ausländerbehörden. Ausschlaggebend seien vor allem rechtliche Hürden.

So dauere es teilweise Monate oder sogar Jahre, um bei den Botschaften der Aufnahmeländer entsprechende Papiere zu beschaffen. "Man kann aber niemanden abschieben, der keine Papiere hat", sagte Meyer.

Nach Angaben des Landkreistags leben alleine in Niedersachsen mehrere Tausend ausreisepflichtige Personen, die von den Staaten, in die sie ausreisen sollen, nicht aufgenommen werden. Es habe "niemand ein größeres Interesse daran, dass die Abschiebepraxis effektiver wird, als die Ausländerbehörden", sagte Meyer. Derzeit herrsche unter den Mitarbeitern vielerorts eine "Riesenfrustration".

Der Landkreis Holzminden habe inzwischen Konsequenzen aus dem Fall gezogen, sagte Sprecherin Niegel. In der Ausländerbehörde, die insgesamt rund 4000 Personen betreue, gebe es jetzt 4,5 statt vorher 2,5 volle Stellen.

Quelle: n-tv.de , jgu/dpa

http://www.pi-news.net/2016/12/2016-wurden-281-nordafrikaner-abgeschoben/#more-546113

2016 wurden 281 Nordafrikaner abgeschoben

Abschiebungen nach Nordafrika gelingen nach wie vor nur selten – entgegen allen Beteuerungen aus der Politik, das ändern zu wollen. Nur 281 Marokkaner, Tunesier und Algerier wurden in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres zurückgeführt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei hervor, die auch der „Welt“ vorliegt. Deutliche Fortschritte bei der Zahl der Abschiebungen sind kaum festzustellen; im ersten Quartal waren es 57, im zweiten 109 und im dritten 115. Zum

Vergleich: Allein im vergangenen Jahr kamen mehr als 13.000 Nordafrikaner nach Deutschland. Im dritten Quartal 2016 waren es laut dem Registriersystem Easy 1180 neu eingereiste Asylsuchende aus diesen drei Ländern.

Die Gesamtschutzquote – also Asyl, Flüchtlings-, Subsidiär- und Abschiebeschutz – der Nordafrikaner ist im dritten Quartal auf niedrigem Niveau gestiegen. Für Marokkaner liegt sie nun bei 6,1 Prozent, für Algerier bei 5,7 und für Tunesier bei 1,9. In der Vergangenheit erwiesen sich meist nur etwa zwei von 100 Schutzsuchenden aus Nordafrika als schutzbedürftig. Trotz der niedrigen Schutzquoten wurden die drei Staaten bisher nicht als sichere Herkunftsländer kategorisiert. Vor allem, weil sich die Grünen im Bundesrat dagegen aussprachen.

Besonders viele Nordafrikaner – meist junge Männer – leben in Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Sie werden überproportional häufig kriminell. So hat etwa statistisch jeder dritte der 1600 in Sachsen lebenden Marokkaner im ersten Halbjahr 2016 mindestens eine Straftat begangen – meistens Diebstahl, oft auch Rauschgiftdelikte. Trotz solcher Zahlen bleiben auch die Kriminellen meist in Deutschland. Mal gelingt es nicht, Passersatzpapiere für die meist ohne Ausweise eingereisten Nordafrikaner aufzutreiben. Mal weigern sich die Herkunftsstaaten, ihre Bürger zurückzunehmen. Oder Ausreisepflichtige werden krank oder gründen Familien mit Deutschen *(Auszug aus einem Artikel von welt-online).*

Das ist irgendwie schon schade, dass Abschiebungen in die Urlaubsländer Nordafrikas nicht gelingen. Warum wollen den diese tollen Länder Ihre Talente und Fachkräfte nicht zurückhaben?

Gibt es einen einzigen nachvollziehbaren Grund, warum wir diesen Verbrecher-Staaten, auch noch Millionen von Euro pro Jahr an Entwicklungshilfe zahlen?

Marokko erhält: 842 Millionen Euro, davon 803,5 Millionen Euro als Darlehen (2016)
Tunesien erhält: 215 Millionen Euro, davon 186 Millionen Euro als Darlehen (2015)
für Algerien werden keine konkreten Zahlen genannt.

Warum wird diese Tatsache nicht so thematisiert, dass auch der letzte Deutsche es mitbekommt und sich dreimal überlegt, ob er dort Urlaub machen möchte?

Unsere niederländischen Nachbarn haben übrigens auch keine Lust mehr sich von den Urlaubsland-Fiki-Fiki-„Flüchtlingen" aus Nordafrika „bereichern" zu lassen. Dort gibt es keinerlei Bargeld mehr für Asylbetrüger. Nach der neuen Regelung „Bett, Bad und Brot" können sie lediglich noch in einigen zentralen Heimen befristet einen Schlafplatz und eine Mahlzeit bekommen – und auch nur, wenn sie an ihrer Ausreise mitarbeiten (PI berichtete).

Deutschland wiederum will „verlässlicher Partner" für die Asylbetrüger bleiben, wie bei welt-online nachzulesen ist:

Angesichts von Problemen bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber will die Bundesregierung jetzt neue Wege gehen. Mit einem dreistelligen Millionen-Euro-Betrag soll ein groß angelegtes Programm Menschen Anreize anbieten, freiwillig aus Deutschland in ihre Heimat zurückzukehren, wie Entwicklungsminister Gerd Müller in der „Augsburger Allgemeinen" ankündigte.

„Wir stellen für die kommenden drei Jahre jeweils 50 Millionen Euro für das Rückkehrprogramm bereit", erklärte der CSU-Politiker. Das 150-Millionen-Euro-Programm mit dem Titel „Perspektive Heimat" richte sich insbesondere an Asylbewerber, die in Deutschland keine Chance auf Anerkennung hätten, aber auch an Flüchtlinge, die trotz Aufenthaltsrecht, zurück wollten.

Tatsächlich gebe es vor allem bei Menschen aus dem Irak, Afghanistan und vom Balkan eine hohe Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr, heißt es in dem Ministeriumskonzept, das der Zeitung vorliegt. Den Betroffenen solle die Sicherheit gegeben werden, „dass Deutschland auch nach der Rückkehr ihr verlässlicher Partner bleibt und ihnen den Neustart erleichtert".

Müller betonte, es gehe um Hunderttausende Flüchtlinge, die in Deutschland keine Chance auf Anerkennung und Arbeit hätten. Eines der größten Hindernisse für die freiwillige Rückkehr sei bislang, dass die Betroffenen Angst hätten in ihrer Heimat vor dem Nichts zu stehen und dort nach der gescheiterten Flucht zudem als Versager zu gelten. „Wir können Bildung, Ausbildung, Jobs und Existenzförderung anbieten", sagte Müller. „Die Flüchtlinge kehren nicht als Verlierer zurück."
Dass damit schon wieder völlig verfehlte Anreize für die Reise um die halbe Welt nach Deutschland gegeben werden, kommt unseren BRD-Politikern natürlich nicht in den Sinn. Deutschland ist nicht für die selbstverschuldete Bevölkerungsexplosion in Afrika, im Orient und sonstigen Dritt-Welt-Ländern verantwortlich.

http://www.pi-news.net/2016/12/2016-wurden-281-nordafrikaner-abgeschoben/#more-546113

2016 wurden 281 Nordafrikaner abgeschoben

Abschiebungen nach Nordafrika gelingen nach wie vor nur selten – entgegen allen Beteuerungen aus der Politik, das ändern zu wollen. Nur 281 Marokkaner, Tunesier und Algerier wurden in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres zurückgeführt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei hervor, die auch der „Welt" vorliegt. Deutliche Fortschritte bei der Zahl der Abschiebungen sind kaum festzustellen; im ersten Quartal waren es 57, im zweiten 109 und im dritten 115. Zum Vergleich: Allein im vergangenen Jahr kamen mehr als 13.000 Nordafrikaner nach Deutschland. Im dritten Quartal 2016 waren es laut dem Registriersystem Easy 1180 neu eingereiste Asylsuchende aus diesen drei Ländern.
Die Gesamtschutzquote – also Asyl, Flüchtlings-, Subsidiär- und Abschiebeschutz – der Nordafrikaner ist im dritten Quartal auf niedrigem Niveau gestiegen. Für Marokkaner liegt sie nun bei 6,1 Prozent, für Algerier bei 5,7 und für Tunesier bei 1,9. In der Vergangenheit erwiesen sich meist nur etwa zwei von 100 Schutzsuchenden aus Nordafrika als schutzbedürftig. Trotz der niedrigen Schutzquoten wurden die drei Staaten bisher nicht als sichere Herkunftsländer kategorisiert. Vor allem, weil sich die Grünen im Bundesrat dagegen aussprachen.
Besonders viele Nordafrikaner – meist junge Männer – leben in Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Sie werden überproportional häufig kriminell. So hat etwa statistisch jeder dritte der 1600 in Sachsen lebenden Marokkaner im ersten Halbjahr 2016 mindestens eine Straftat begangen – meistens Diebstahl, oft auch Rauschgiftdelikte. Trotz solcher Zahlen bleiben auch die Kriminellen meist in Deutschland. Mal gelingt es nicht, Passersatzpapiere für die meist ohne Ausweise eingereisten Nordafrikaner aufzutreiben. Mal weigern sich die Herkunftsstaaten, ihre Bürger zurückzunehmen. Oder Ausreisepflichtige werden krank oder gründen Familien mit Deutschen *(Auszug aus einem Artikel von welt-online).*
Das ist irgendwie schon schade, dass Abschiebungen in die Urlaubsländer Nordafrikas nicht gelingen. Warum wollen den diese tollen Länder Ihre Talente und Fachkräfte nicht zurückhaben?

Gibt es einen einzigen nachvollziehbaren Grund, warum wir diesen Verbrecher-Staaten, auch noch Millionen von Euro pro Jahr an Entwicklungshilfe zahlen?
Marokko erhält: 842 Millionen Euro, davon 803,5 Millionen Euro als Darlehen (2016)
Tunesien erhält: 215 Millionen Euro, davon 186 Millionen Euro als Darlehen (2015)
für Algerien werden keine konkreten Zahlen genannt.
Warum wird diese Tatsache nicht so thematisiert, dass auch der letzte Deutsche es mitbekommt und sich dreimal überlegt, ob er dort Urlaub machen möchte?
Unsere niederländischen Nachbarn haben übrigens auch keine Lust mehr sich von den Urlaubsland-Fiki-Fiki-„Flüchtlingen" aus Nordafrika „bereichern" zu lassen. Dort gibt es keinerlei Bargeld mehr für Asylbetrüger. Nach der neuen Regelung „Bett, Bad und Brot" können sie lediglich noch in einigen zentralen Heimen befristet einen Schlafplatz und eine Mahlzeit bekommen – und auch nur, wenn sie an ihrer Ausreise mitarbeiten (PI berichtete).
Deutschland wiederum will „verlässlicher Partner" für die Asylbetrüger bleiben, wie bei welt-online nachzulesen ist:
Angesichts von Problemen bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber will die Bundesregierung jetzt neue Wege gehen. Mit einem dreistelligen Millionen-Euro-Betrag soll ein groß angelegtes Programm Menschen Anreize anbieten, freiwillig aus Deutschland in ihre Heimat zurückzukehren, wie Entwicklungsminister Gerd Müller in der „Augsburger Allgemeinen" ankündigte.
„Wir stellen für die kommenden drei Jahre jeweils 50 Millionen Euro für das Rückkehrprogramm bereit", erklärte der CSU-Politiker. Das 150-Millionen-Euro-Programm mit dem Titel „Perspektive Heimat" richte sich insbesondere an Asylbewerber, die in Deutschland keine Chance auf Anerkennung hätten, aber auch an Flüchtlinge, die trotz Aufenthaltsrecht, zurück wollten.
Tatsächlich gebe es vor allem bei Menschen aus dem Irak, Afghanistan und vom Balkan eine hohe Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr, heißt es in dem Ministeriumskonzept, das der Zeitung vorliegt. Den Betroffenen solle die Sicherheit gegeben werden, „dass Deutschland auch nach der Rückkehr ihr verlässlicher Partner bleibt und ihnen den Neustart erleichtert".
Müller betonte, es gehe um Hunderttausende Flüchtlinge, die in Deutschland keine Chance auf Anerkennung und Arbeit hätten. Eines der größten Hindernisse für die freiwillige Rückkehr sei bislang, dass die Betroffenen Angst hätten in ihrer Heimat vor dem Nichts zu stehen und dort nach der gescheiterten Flucht zudem als Versager zu gelten. „Wir können Bildung, Ausbildung, Jobs und Existenzförderung anbieten", sagte Müller. „Die Flüchtlinge kehren nicht als Verlierer zurück."
Dass damit schon wieder völlig verfehlte Anreize für die Reise um die halbe Welt nach Deutschland gegeben werden, kommt unseren BRD-Politikern natürlich nicht in den Sinn. Deutschland ist nicht für die selbstverschuldete Bevölkerungsexplosion in Afrika, im Orient und sonstigen Dritt-Welt-Ländern verantwortlich.

URL: http://www.Institut-fuer-Asylrecht.de/26892.pdf
W W W . S C H N E I D E R - I N S T I T U T E . D E
INSTITUT-FUER-ASYLRECHT.DE
Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster
An
Staatsanwaltschaft Freiburg
Kaiser-Joseph-Str. 259
79098 Freiburg

Telefax (07 61) 2 05 - 26 66
Freiberuflicher Rechtswissenschaftler
RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER
Telefax (02 51) 3 99 71 62
Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 bis 21 Uhr
Daten gespeichert. §§ 28, 33 BDSG
USt-IdNr.: DE198574773
12. Dezember 2016 – No. 26892
In dem Ermittlungsverfahren
gegen Herrn Hussein K h a v a r i ,
afghanischer Staatsangehöriger,
zur Zeit in U-Haft
wegen des Verdachtes auf Vergewaltigung und Mord zum Nachteil der Geschädigten
Frau stud. med. Maria Ladenburger (* 6. Dezember 1996, + 16. Oktober 2016)
e r s t a t t e i c h h i e r m i t
A n z e i g e
g e g e n
die Bundeskanzlerin Dr. Angela Dorothea Merkel, (* 17. Juli 1954 in Hamburg als Angela Dorothea Kasner), Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin,
– B e s c h u l d i g t e –
w e g e n
des Verdachts auf Beihilfe gemäß § 27 StGB.
Z u r S a c h - u n d R e c h t s l a g e :
A. Sachverhalt.
Die Beschuldigte ist Kraft Amtes verantwortlich für die sogenannte „Flüchtlingspolitik“ der Bundesregierung, insbesondere ist die Beschuldigte dafür verantwortlich, daß schon mehr als zwei Millionen selbsternannte „Flüchtlinge“ ohne Visa und größtenteils völlig unkontrolliert und illegal in das Bundesgebiet einreisen konnten. Das ist allgemein bekannt.

Allgemein bekannt sind auch die folgenden Berichte:
»Am Abend des 15. Oktober 2016 besuchte die 19-jährige Medizinstudentin Maria L. bis circa 2:40 Uhr die Studentenfeier „Big Medi Night“ in der Mensa II im Institutsviertel und trat danach mit dem Fahrrad den Heimweg zum Studentenwohnheim Thomas-Morus-Burse im Stadtteil Littenweiler an. Auf dem Weg wurde sie gegen 3 Uhr am frühen Morgen des 16. Oktober in unmittelbarer Nähe des Schwarzwald-Stadions Opfer eines Verbrechens. Nach Angaben der Ermittlungsbehörden wurde sie vergewaltigt. Ihre Leiche wurde am selben Tag um 8:41 Uhr in der Dreisam von einer Joggerin gefunden. Rechtsmediziner stellten fest, dass der Tod durch Ertrinken eingetreten war. Wie genau es zum Ertrinken im Fluss kam, ist unklar. [...] Bei dem Tatverdächtigen handelt es sich um Hussein K. aus dem afghanischen Ghazni vom Volksstamm der Hazara. Laut einem von ihm vorgelegten Dokument wurde er am 12. November 1999 geboren. Somit war er zum Tatzeitpunkt 16 Jahre alt. Er kam im November 2015 als unbegleiteter Flüchtling nach Deutschland und wohnte bis zu seiner Festnahme bei einer Pflegefamilie, wie das Opfer im Stadtteil Littenweiler. Da ein DNSAbgleich ein positives Ergebnis zeigte, gilt er als dringend tatverdächtig. Im Rahmen der weiteren Ermittlungen soll geklärt werden, ob er wirklich aus Afghanistan einreiste und ob seine Altersangaben korrekt sind.«
Quelle/URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Kriminalfall_Maria_L.
B. Objektiver Tatbestand.
Die gesetzlichen Merkmale der Vergewaltigung (§ 177 StGB) und des Mordes (§ 211 StGB) liegen der Inhaftierung des Hauptverdächtigen zu Grunde.
BGH, 3 StR 49/16 – Beschluß vom 20. September 2016 (Rdnr. 17, Bl. 9 d. A.),
URL: http://juris.bundesgerichtshof.de/

Die zur Inhaftierung führenden Tatbestände konnte der mutmaßlich illegal nach Deutschland eingereiste Hauptverdächtige nur verwirklichen, weil die Beschuldigte Merkel spätestens im September 2015 ein „Regime der Rechtlosigkeit“ aufbaute und millionenfach illegale Einwanderer als ihre „Gäste“ nach Deutschland lockte.
Hätte nicht dieses „Regime der Rechtlosigkeit“ die deutsche Staatsgrenze auch für den mutmaßlich illegal eingereisten Hauptverdächtigen geöffnet, wäre die Geschädigte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht vergewaltigt und ermordet worden.
Selbsternannte „Flüchtlinge“ werden im Volksmund als „Merkels Gäste“ bezeichnet, weil sie sich selbst teilweise so bezeichnen, und weil die Beschuldigte Merkel mehr als alle anderen Mitglieder ihrer Regierung für die illegale Masseneinwanderung aus den Armutsländern in Afrika und Asien – und aus sicheren Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sowie aus anderen sicheren Herkunftsländern – persönlich verantwortlich ist.
Die Beschuldigte Merkel hat gemäß Artikel 20 Abs. 3 GG die hauptberufliche Aufgabe und die oberste Pflicht, nach „Gesetz und Recht“ die verfassungsmäßige Ordnung des deutschen Rechtsstaates gegen die illegale Masseneinwanderung zu verteidigen.
Da der Staat nach der „Drei-Elemente-Lehre“ durch Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt definiert ist, ist auch die „Staatsgrenze“ ein ganz wesentlicher Bestandteil des Staatsgebietes:
Wer die Staatsgrenze nicht gegen die illegale [Kriegs-] Waffe der Masseneinwanderung
— Kelly M. Greenhill, “Strategic Engineered Migration as a Weapon of War”, Civil Wars 10, No. 1 [March 2008] pages 6-21;
Kelly M. Greenhill, “Weapons of Mass Migration. Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy.” Cornell University Press, Ithaca/London 2010.
„Die neue Superwaffe“, Buchbesprechung von Gregor Schöllgen, in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) vom 22. März 2011, URL: http://www.faz.net/aktuell/politik/politischebuecher/migration-erpressung-die-neue-superwaffe-1609116.html;
“Using Refugees as Weapons”, von Kelly M. Greenhill, “New York Times” (NYT), vom 20. April 2011, URL: http://www.nytimes.com/2011/04/21/opinion/21iht-edgreenhill21.html?_r=0;
Wayne Madsen, “Migrant Invasion of Europe from Same U.S. Policy Cauldron as ‘Color Revolutions’.”, vom 6. November 2015, URL: http://www.strategicculture.org/pview/2015/11/06/migrant-invasion-europe-from-same-us-policy-cauldron-colorrevolutions.html;
Anzeige vom 24. Oktober 2015, URL: http://www.institut-fuer-asylrecht.de/26561.pdf;
Leonid Savin, „Strategisch manipulierte Migration als Kriegswaffe“, Voltaire Netzwerk, Moskau, 5. November 2015, URL: http://www.voltairenet.org/article189183.html —
schützt, sondern die Staatsgrenze der Gesetzlosigkeit, Rechtlosigkeit und Schutzlosigkeit preisgibt, der opfert auch Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt und die verfassungsmäßige Ordnung des Rechtsstaates auf dem Altar der politischen und verbrecherischen Willkür.
C. Subjektiver Tatbestand.
Für den subjektiven Tatbestand genügt bedingter Vorsatz, und dieser läßt sich mit dem Ausspruch der Beschuldigten Merkel nachweisen: „Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin. Nun sind sie halt da.“

Bedingter Vorsatz kommt in Betracht, wenn der Täter die Tatbestandsverwirklichung weder anstrebt noch für sicher, sondern nur für möglich hält (Fischer, § 15 StGB, Rdnr. 9, m.w.N.). Das ist nicht der Fall, wenn der Täter nur „bewußt fahrlässig“ handelt.
Nach der Rechtsprechung des BGH ist der bewußt fahrlässig Handelnde mit der als möglich erkannten Folge nicht einverstanden und vertraut deshalb auf ihren Nichteintritt, während der bedingt vorsätzlich Handelnde mit dem Eintreten des Erfolges in dem Sinne einverstanden ist, daß er ihn billigend in Kauf nimmt (wie vor).
Das „billigende in Kauf nehmen“ setzt voraus, daß der Täter den Erfolgseintritt „als möglich und nicht ganz fernliegend erkennt“ (aaO, Rd. 10a m.w.N.). Dabei hat der Begriff des Billigens einen über die allgemeine Sprachbedeutung hinausgehenden Anwendungsbereich:
Der Täter billigt auch einen an sich unerwünschten, aber notwendigen Erfolg, wenn er sich mit ihm um eines erstrebten Zieles willen abfindet, wenn er die mögliche Folge hinzunehmen bereit ist oder aus „Bedenkenlosigkeit und Gleichgültigkeit“ die Folge in Kauf nimmt, ausreichend ist jedenfalls, wenn dem Täter der als möglich erkannte Erfolg gleichgültig ist (wie vor). Bei besonders schweren Gewaltdelikten bzw. bei besonders gefährlichen vorsätzlichen Gewalthandlungen kann das kognitive Element so weit im Vordergrund stehen, daß ein voluntatives „Vertrauen auf einen glücklichen Ausgang“ der Annahme bedingten Vorsatzes nicht entgegensteht (aaO, Rdnr. 10b, m.w.N.).

Nach alledem ergibt eine Gesamtschau und Abwägung aller Aspekte, daß der Beschuldigten Merkel ihre verfassungsfeindliche „Flüchtlingspolitik“ so wichtig ist, daß sie darüber alle Gefahren, welche mit der unkrontrollierten Einwanderung verbrecherischer Elemente in unbekannter Zahl verbunden sind, gegen jede Vernunft vollständig ausgeblendet hat.
Hochachtungsvoll!
(Schneider)
Anzeigeerstatter
P S.: Um eine unverzügliche Eingangsnachricht mit dem Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft wird höflichst gebeten.
(Schneider)
RENÉ SCHNEIDER · BREUL 16 · 48143 MÜNSTER · SCHNEIDER-INSTITUTE.DE
Telefax +49 (02 51) 3 99 71 62 · Telefon +49 (02 51) 3 99 71 61 · von 11 bis 21 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Schröter-Kunhardt!
Vielen Dank für Ihre E-Mail.
Ich weiß nicht, ob Sie den vollständigen Wortlaut der sehr umfangreich begründeten Verfassungsbeschwerde von Herrn Dr. Schachtschneider kennen, aber sein Fehler war ein absolut unvertretbarer - weil verfassungswidriger - Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung.
Damals hatte ich zeitgleich eine Verfassungsbeschwerde erhoben, URL: http://www.institut-fuer-asylrecht.de/26703.pdf und erhielt einen gerichtlichen Hinweis, daß diese unzulässig sein könnte (AR-Register), während die Verfassungsbeschwerde von Herrn Schachtschneider als zulässig angesehen wurde (BvR-Register).
Postwendend erhob ich eine zweite Verfassungsbeschwerde und habe die Zulässigkeitsvoraussetzungen wörtlich bei Schachtschneider abgeschrieben, URL: http://www.institut-fuer-asylrecht.de/26715.pdf - In der Sache ("materiellrechtliche" Begründetheit) hatte ich immer eine andere Begründung als die von Schachtschneider abgeliefert! Jedenfalls wurde meine Eingabe in das BvR-Register umgetragen.
Später formulierte ich auch einen eigenen Anordnungsantrag, URL: http://www.institut-fuer-asylrecht.de/26727.pdf und kritisierte in der Begründung (Seite 2) die leicht erkennbare Verfassungswidrigkeit des Schachtschneider-Antrages.
Das Ergebnis ist bekannt: Das Gericht hat in beiden Fällen die Anordnungen ohne Begründung abgelehnt und erklärt, deshalb sei auch eine Entscheidung über die Verfassungsbeschwerden nicht erforderlich.
Mit freundlichen Grüßen!
René Schneider Seminare
Breul 16
48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61
Telefax (02 51) 3 99 71 62
URL: http://www.muenster-seminare.de/
E-Mail: Schneider@muenster.de
USt-IdNr.: DE198574773
Mit freundlichen Grüßen!
René Schneider Institute
Breul 16

Frage: Warum hat Schachtschneider dann seinen Antrag nicht ohne Anordnungsantrag wiederholt? Un wie kann ihm als Verfassungsrechtler solch ein Fehler passieren?
Antwort: Diese Frage ist berechtigt, aber ich bin dafür der falsche Adressat, bitte fragen Sie Herrn Professor Schachtschneider persönlich!

Gez. Schneider
Sehr geehrter Herr Dr. Schröter-Kunhardt!
Für Ihre E-Mail und für Ihr juristisches Interesse danke ich Ihnen, ich kann aber schlecht für Herrn Schachtschneider antworten. Falls ich Ihre Frage umformulieren und auf mich beziehen darf, bitte ich, die zeitliche Reihenfolge und Entwicklung zu betrachten.
1.) Verfassungsbeschwerde vom 24.01.2015, URL: http://www.institut-fuer-asylrecht.de/26703.pdf
2.) Verfassungsbeschwerde vom 07.02.2015, URL: http://www.institut-fuer-asylrecht.de/26715.pdf
3.) Anordnungs-Antrag vom 24.02.015, URL: http://www.institut-fuer-asylrecht.de/26727.pdf
Zwischen dem 07.02.2015 und dem 24.02.2015 war mir "sonnenklar", daß der Anordnungs-Antrag von Herrn Schachtschneider erfolglos bleiben mußte, weil es im Grundgesetz und auch außerhalb des Verfassungsrechts keine tragfähige Rechtsgrundlage für die von Herrn Schachtschneider gewollte und beantragte "Sequestration und Suspendierung" gibt. Gleichwohl habe ich es mir nicht leicht gemacht, und wollte eigentlich noch immer (!) keinen Anordnungs-Antrag stellen, weil es erfreulich gewesen wäre, wenn meine Verfassungsbeschwerden - (1) und (2) ohne Anordnungs-Anträge - zur Entscheidung angenommen worden wären. Gleichwohl dachte ich natürlich darüber nach, wie ein verfassungsgemäßer oder verfassungskonformer Anordnungs-Antrag lauten könnte, den ich auch schließlich formulierte, und danach noch lange nicht stellte, sondern weiter zuwartete. Schließlich sah ich aber auch die Gefahr, daß das Bundesverfassungsgericht meine Verfassungsbeschwerden sowieso eher abweisen als verhandeln würde, und stellte meinen Antrag, "um wenigstens einen Fuß im Türspalt zu haben".
Vorwürfe mache ich mir wegen meines "Strategiewechsels" nicht, weil ich das Bundesverfassungsgericht schon lange nur noch als verlängerten Arm der Politik wahrnehme, und viele seiner Entscheidungen nur dann verständlich sind, wenn man sich die Vita jedes einzelnen Richters sehr genau ansieht (die Richterin des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Dr. h.c. Susanne Baer ist zum Beispiel nicht mit einem Mann verheiratet, sondern mit einer Frau "verpartnert"),
URL: http://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Richter/Erster-Senat/BVRin-Prof-Dr-Baer/bvrin-prof-dr-baer_node.html
Vor dem Hintergrund der "Justizwillkür", die von Herrn Schachtschneider und von mir sehr gut und sehr ausführlich begründeten Verfassungsbeschwerden abzuweisen, ohne uns auch nur ansatzweise einen nachvollziehbaren Grund für diese richterlichen Entscheidungen mitzuteilen, obwohl mindestens einige hunderttausend gleichgesinnte Bürger mit Herrn Schachtschneider und mit mir auf eine juristische Entscheidung über die existenziellen Fragen unseres Rechtsstaates warteten, hatte ich vorübergehend resigniert und mich wieder auf meinen Hauptberuf konzentriert. Damit ist meine eigene Position dargestellt, für Herrn Schachtschneider kann ich natürlich nicht sprechen, weil ich noch nie einen persönlichen Kontakt zu ihm hatte, und auch über seine Gedanken nach den abweisenden Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichtes nie etwas gehört oder gelesen habe.
Mit freundlichen Grüßen!
René Schneider Seminare
Breul 16
48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61
Telefax (02 51) 3 99 71 62
URL: http://www.muenster-seminare.de/
E-Mail: Schneider@muenster.de
USt-IdNr.: DE198574773
Mit freundlichen Grüßen!
René Schneider Institute
Breul 16
48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61
Telefax (02 51) 3 99 71 62
URL: http://www.schneider-institute.de/
E-Mail: Schneider@muenster.de
USt-IdNr.: DE198574773

+ + + Der Mordfall Maria Ladenburger (Freiburg), Anzeige gegen Merkel + + +

+ + + TERROR IN BERLIN,
ANZEIGE GEGEN MERKEL + + +

+ + + Mordversuch in der Berliner U-Bahn, NEUE ANZEIGE GEGEN MERKEL + + +

Gestern, heute und morgen:
Der Kampf geht weiter, bis in Deutschland „Gesetz und Recht“ wieder herrschen!

Statistik: Meine Anzeige vom 12.12.2016 – 26892.pdf (StA Freiburg, 200 Js 39157/16) wurde von 34.405 Lesern „angeklickt“, und meine Anzeige vom 25.12.2016 – 26905.pdf (GBA, Az. unbekannt) wurde in nur 3 Tagen schon von 3.740 Lesern „angeklickt“,
URL: http://www.Institut-fuer-Asylrecht.de/26892.pdf
URL: http://www.Institut-fuer-Asylrecht.de/26905.pdf
Gestern wurden 6 Syrer und ein Libyer – allesamt „Flüchtlinge“, „Schutzsuchende“ und natürlich „Merkels Gäste“ – in Berlin verhaftet, sie stehen in dem dringenden Verdacht, am 24.12.2016 einen schlafenden Obdachlosen in der Berliner U-Bahn angezündet (!) zu haben, der Tatvorwurf lautet: „gemeinschaftlich begangener Mordversuch“!
Heute wird die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel wegen des Verdachts auf Beihilfe gemäß § 27 StGB auch wegen dieser Tat ihrer „Gäste“ bei der Staatsanwaltschaft Berlin angezeigt. Die juristische Begründung ist immer dieselbe (vgl. BGH, 3 StR 49/16 – Beschluß vom 20.09.2016 (Rdnr. 17, Bl. 9 d. A.), URL: http://juris.bundesgerichtshof.de/
Und morgen und übermorgen und am Tag danach wird Anzeige auf Anzeige folgen, bis jede Staatsanwaltschaft in Deutschland sich mit der „Beihilfe-Frage“ beschäftigen muß!

URL: http://www.Institut-fuer-Asylrecht.de/26907.pdf (Statistik: > 500.000 "Hits")
URL: http://www.Institut-fuer-Asylrecht.de/26908.pdf
Mit freundlichen Grüßen!
René Schneider Seminare
Breul 16
48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61
Telefax (02 51) 3 99 71 62
URL: http://www.muenster-seminare.de/
E-Mail: Schneider@muenster.de
USt-IdNr.: DE198574773
Mit freundlichen Grüßen!
René Schneider Institute
Breul 16
48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61
Telefax (02 51) 3 99 71 62
URL: http://www.schneider-institute.de/
E-Mail: Schneider@muenster.de
USt-IdNr.: DE198574773

2.1.16
Sehr geehrter Herr Schröter-Kunhardt,
hiermit bedanke ich mich für Ihre jüngste E-Mail mit dem wiederholten Hinweis auf die §§ 11 und 13 StGB (Amtsträgereigenschaft und Begehen durch Unterlassen).
Sie zitieren: "Tröndle/Fischer § 13 StGB, RandNr. 95".
Der von Otto Schwarz begründete Kommentar "Strafgesetzbuch und Nebengesetze" wurde in der 38. bis 49. Auflage von Herbert Tröndle bearbeitet und seitdem von Thomas Fischer fortgeführt. Aktuell ist die 64. Auflage 2017 im Handel, allerdings gibt es in keiner mir bekannten Auflage eine Randnummer 95 zu § 13 StGB. Ich hatte deshalb gestern Nachmittag versucht, Sie telefonisch zu erreichen.
Das Strafgesetzbuch unterscheidet zwischen "echten" und "unechten" Unterlassungsdelikten. Ein "echtes" Unterlassungsdelikt ist zum Beispiel § 323c StGB, Unterlassene Hilfeleistung: "Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten,

insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft."
§ 13 StGB beschränkt sich darauf, die Problematik des "unechten Unterlassungsdelikts" zu regeln (Tröndle/Fischer, § 13 StGB, Rd. 3). Die Vorschrift hat folgenden Wortlaut:
"§ 13 Begehen durch Unterlassen
(1) Wer es unterläßt, einen Erfolg abzuwenden, der zum Tatbestand eines Strafgesetzes gehört, ist nach diesem Gesetz nur dann strafbar, wenn er rechtlich dafür einzustehen hat, daß der Erfolg nicht eintritt, und wenn das Unterlassen der Verwirklichung des gesetzlichen Tatbestandes durch ein Tun entspricht.
(2) Die Strafe kann nach § 49 Abs. 1 gemildert werden."
Die Antsträgereigenschaft der Bundeskanzlerin, ihrer Kabinettskollegen und der nachrangigen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst ist unproblematisch. Problematisch ist vielmehr die Abgrenzung zwischen dem Tun (aktives Handeln) und dem Unterlassen der Bundeskanzlerin pp.: Welchen "Erfolg", "der zum Tatbestand eines Strafgesetzes gehört", hätte die Bundeskanzlerin nach "Gesetz und Recht" (Artikel 20 Abs. 3 GG) abwenden müssen?
Wenn wir schon mit der Anwendung griffiger Paragraphen für aktives Tun (§ 81 StGB, §§ 211, 27 StGB) in der Praxis auf groben Unverstand stoßen, glaube ich nicht, daß wir über eine Garantenstellung der Bundeskanzlerin und ihr "Unterlassen" weiterkommen!
Die Frage lautet also: Welcher "Erfolg" hat die Bundeskanzlerin durch ein "Unterlassen" herbeigeführt, wobei "das Unterlassen der Verwirklichung des gesetzlichen Tatbestandes durch ein Tun entspricht"?
Wenn Sie mir auf diese Frage eine leicht verständliche und überzeugende Antwort geben können, will ich mir gerne die Mühe machen, meinen Teil der Überzeugungsarbeit in Form einer neuen Strafanzeige gegen die Bundeskanzlerin beizusteuern.

Mit freundlichen Grüßen!
René Schneider Seminare
Breul 16
48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61
Telefax (02 51) 3 99 71 62
URL: http://www.muenster-seminare.de/

Dutzende Heiligenfiguren im Münsterland geschändet
Beschädigte Marienstatue mit Kind Foto: Polizei Coesfeld
JF, COESFELD, 13.12.2016 – Eine Schändungs-Serie von Heiligenfiguren im nordrhein-westfälischen Kreis Coesfeld nimmt kein Ende. Seit dem 24. Oktober dieses Jahres registrierte die Polizei 48 Fälle, in denen Unbekannte Heiligenfiguren, Sakralskulpturen und Wegekreuze zerstört haben.
„Vor allem werden Gesichter unkenntlich gemacht, indem Nasen abgeschlagen oder Augen zerkratzt werden“, sagt der Pressesprecher im Polizeipräsidium Münster, Mirko Stein, der JUNGEN FREIHEIT. Der Staatsschutz ermittle, „da ein religiöser Hintergrund nicht ausgeschlossen werden kann“.
Bereits in den vergangenen zwei Jahren hatte eine Zerstörungsserie von Heiligenfigu-ren und Bildstöcken im benachbarten Kreis Steinfurt für Aufregung gesorgt. Dort wa-ren über 40 Figuren auf ähnliche Weise zerstört worden. Die Polizei ermittelte damals gegen sechs Islamisten.
Verdächtige reisten nach Syrien
Laut Bild-Zeitung wurden die Ermittlungen jedoch eingestellt, weil drei der Verdäch-tigen nach Syrien ausgereist waren, einer verstorben und ein weiterer verzogen war. Zu den Taten in Steinfurt gibt es nach Angaben von Stein bislang keine Verbindung.
Das Bistum Münster teilte auf JF-Nachfrage mit, die Taten würden nicht zentral er-fasst, weshalb der Schaden nicht beziffert werden könne. Laut Polizei beträgt dieser bereits jetzt mehrere zehntausend Euro.

http://www.efk-riedlingen.de/wordpress/?p=1755#more-1755
Veröffentlicht am 20. Dezember 2016 von Jakob Tscharntke

Frau Merkels Weihnachtsgeschenk 2016

Danke, Frau Merkel, Sie schaffen das! Dank Ihrer vermutlich vielfach rechtswidrigen Invasions- und Schleuserpolitik haben Sie die Sicherheitslage in Deutschland dramatisch verschlechtert. Menschen können sich ohne mulmiges Gefühl in der Magengegend kaum mehr auf öffentliche Veranstaltungen wagen. Zumindest diejenigen nicht, die sich durch zurechtgebogene Statistiken und offenkundig wahrheitswidrige Behauptungen nicht das eigene Denken und Wahrnehmen der Wirklichkeit abnehmen lassen.

Wie die Sicherheitslage in Deutschland dank Ihnen heute aussieht, mussten viele Berliner gestern Abend (19.12.2016) auf höchst dramatische Weise erleben. Leider muss man sogar sagen: mindestens 12 haben es nicht mehr erlebt. Sie sind tot! Wie viele von den rund 50 Verletzten, von denen laut Pressemeldungen „viele“ lebensgefährlich verletzt wurden, ihnen in den Tod noch folgen werden, werden die kommenden Tage und Wochen zeigen.

Wieder einmal haben Sie, Frau Merkel, hundertfaches Leid über Menschen des Volkes gebracht, zu dessen Wohl zu dienen Sie in Ihrem Amtseid gelobt haben. Ich persönlich zähle Sie, Frau Merkel, heute schon zu den größten Verbrechern der Menschheitsgeschichte. Ich weiß nicht, ob es je in der Menschheitsgeschichte eine Person gab, die in Regierungsverantwortung stehend, so unmittelbar und direkt zum Schaden des eigenen Volkes und Landes gehandelt hat, wie Sie dies seit mindestens 1 ½ Jahren tun.

Und ich befürchte, daß wir erst am Anfang Ihrer Schandtaten stehen, die Sie zur Verwüstung unseres Volkes und Vaterlandes noch beabsichtigen, über uns zu bringen. Ich denke zum Beispiel an die beabsichtigte Verankerung der sogenannten „interkulturellen Offenheit“ im Grundgesetz. Daß die rechtswidrige Invasions- und Schleuserpolitik 2016 nicht in noch weit höherem Maße geschehen ist, haben wir nicht Ihnen zu verdanken. Ganz im Gegenteil haben Sie diejenigen massiv angegriffen, die diesen rechtswidrigen Vorgängen Einhalt geboten oder dies zumindest versucht haben. Wäre es nach Ihnen gegangen, dann hätte 2016 wohl ein Vielfaches an potentiellen Terroristen wie dem, der gestern Abend auf dem Berliner Weihnachtsmarkt wohl zugeschlagen hat, illegal und unkontrolliert nach Deutschland einreisen können. Wie viele es tatsächlich sind, weiß offenbar niemand.

Sie haben dafür gesorgt, daß die staatlichen Organe, die vom deutschen Volk bevollmächtigt wurden, zu seinem Wohl und Schutz zu handeln, die Kontrolle über die deutschen Staatsgrenzen und das deutsche Staatsgebiet in erschreckendem Maße verloren haben. Ja, viel mehr noch: Sie haben sogar wohl in rechtswidriger Weise Anordnungen erlassen, diese Kontrolle bewußt aufzugeben und unsere Grenzen und unser Staatsgebiet bewußt dem Treiben illegal und unkontrolliert ins Land gereister Invasoren zu überlassen, von denen man in nicht geringem Maße mit der Möglichkeit rechnen muß, daß sie als bewaffnete Terroristen ins Land gekommen sind.

Es ist wohl nicht falsch, zu sagen: Sie saßen indirekt mit am Steuer dieses Lastwagens, der gestern Abend auf dem Berliner Weihnachtsmarkt diese Spur der Verwüstung hinterlassen hat. Für diesen Anschlag mit all seinen Folgen tragen meines Erachtens Sie ganz persönliche Verantwortung. Aber auch all diejenigen, die Sie in Ihrem Treiben unterstützt oder zumindest in rechtswidriger Weise haben gewähren lassen. Ich denke hier an das Urteil der Landgerichts Köln, das vom OLG Köln (Beschl. v. 07.04.2016, Az.

15 W 14/16) bestätigt wurde. Da Claudia Roth Ihre Invasionspolitik wohl bejubelt hat, darf man diesem Gerichtsurteil zufolge die Meinung vertreten, daß Claudia Roth mittelbar an den Verbrechen der Invasoren Verantwortung trage. Da Sie, Frau Merkel, aber wohl weit mehr als Frau Roth, unmittelbare und persönliche Verantwortung für entsprechende Anordnungen haben, dürfte Ihr Verantwortungsanteil an diesen Verbrechen weit höher und unmittelbarer sein als im Falle von Frau Roth. In meinen Augen sind Sie, Frau Merkel, die Hauptschuldige des gestrigen Abends. Sie persönlich müssten nach meinem persönlichen Gerechtigkeitsempfinden für diesen Anschlag vor Gericht gestellt werden.

Es ist allerhöchste Zeit, daß ein Umdenken stattfindet bei denen, die hier Mitverantwortung tragen. Daß deutsche Politiker und Beamte endlich tun, wozu sie von Rechts wegen verpflichtet sind: nämlich nach Recht und Ordnung zu handeln; für Sicherheit und Ordnung in unserem Land zu sorgen, und rechtswidrigem Treiben in aller Konsequenz Einhalt zu gebieten und rechtswidrige Anordnungen entsprechend zu mißachten.

Ich bete darum, daß Sie, Frau Merkel, und alle, die Schaden über unser Volk und Vaterland gebracht haben, möglichst bald der irdischen Gerechtigkeit zugeführt und zur Verantwortung für Ihr Tun gezogen werden. Sollten Sie der irdischen Gerechtigkeit entgehen, so ist mein großer und täglicher Trost: der göttlichen Gerechtigkeit werden Sie mit Gewißheit nicht entgehen.

Den Opfern und Angehörigen des gestrigen Anschlags wollen wir in unseren Gebeten zur Seite stehen. Ein „frohes“ Weihnachten können wir ihnen dieses Jahr leider nicht wünschen. Aber den Segen, den Beistand und Trost unseres lebendigen Gottes wollen wir ihnen von Herzen wünschen.

efk@efk-riedlingen.de

http://www.pi-news.net/2016/12/identitaere-bewegung-botschaft-an-die-frauen/

Identitäre Bewegung: Botschaft an die Frauen

Das Video stammt von Kontrakultur Halle, einem Projekt der Identitären Bewegung Deutschland. Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“

Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter

Wels: Sex-Attacke in Taxi: Im oberösterreichischen Wels ist es zu einem Übergriff auf eine 21-Jährige gekommen. Der Taxilenker türkischer Abstammung soll sich an der jungen Frau vergangen haben. Das betrunkene Opfer versuchte noch sich zu wehren, konnte aber die Vergewaltigung nicht verhindern. Der mutmaßliche Täter sitzt in U-Haft. Wie erst jetzt

bekannt wurde, soll es bereits in den frühen Morgenstunden des 8. Dezember zu dem Vorfall gekommen sein. Die 21-Jährige war am Marienfeiertag in der Welser Innenstadt zugestiegen und wollte sich heimbringen lassen, berichtete die Polizei am Samstag. Auf einem Parkplatz, ganz in der Nähe ihres Wohnhauses, hielt der Taxilenker an. Dort soll er dann zudringlich geworden sein und den Zustand der Frau schamlos ausgenützt haben. Erst nachdem der Taxilenker von der Frau abgelassen hatte, konnte sie zu Fuß entkommen. Nach umfangreichen Ermittlungen der Welser Polizei wurde der Beschuldigte ausgeforscht und festgenommen. Bei einer Gegenüberstellung identifizierte das Opfer den mutmaßlichen Täter. Der Taxler gab bei der Einvernahme den sexuellen Kontakt zu, allerdings betreitet er die Vergewaltigung. Die 21-Jährige sei mit dem Sex einverstanden gewesen, so der Verdächtige. Der Mann wurde in die Justizanstalt Wels eingeliefert.

Hamburg: Einige Tage nach der Vergewaltigung einer jungen Frau in einem Klub in Hamburg, hat sich nun die für den vorbestraften mutmaßlichen Vergewaltiger zuständige Ausländerbehörde zu dem Vorwurf der verschleppten Abschiebung geäußert. Demnach sei der Asylantrag des 34 Jahre alten Marokkaners im April abgelehnt worden, ohne daß dies Konsequenzen bezüglich des Aufenthalts nach sich zog. Die verantwortliche Stelle im niedersächsischen Kreis Holzminden verließ sich auf die Ankündigung des Mannes freiwillig auszureisen – was nicht geschah. Stattdessen saß Adil B. im Herbst wegen Diebstahls in Hamburg in Untersuchungshaft, wurde aber Ende Oktober mit einer Bewährungsstrafe auf freien Fuß gesetzt und tauchte in die Illegalität ab. Eine Überführung aus Hamburg nach Niedersachsen in Abschiebehaft geschah nicht. Zwar hätte es eine Aufforderung per E-Mail der Hamburger Ausländerbehörde an die Holzmindener Kollegen gegeben, einen Antrag auf Abschiebehaft zu stellen, dies hätte jedoch „von hier nicht betrieben werden“ können, da es sehr aufwendig und „nicht erfolgsversprechend“ gewesen sei, sagte die Sprecherin des Kreises Holzminden, Marie-Luise Niegel, der Welt. „Angesichts einer Fallzahl von mehr als 4.000“ und „2,5 Vollzeitäquivalenten“ sei es zum „Zeitpunkt des Eingangs der Mail nicht möglich gewesen, daß eine Abholung und Überführung eines Abschiebehäftlings aus einer Haftanstalt in Hamburg in eine dafür geeignete Einrichtung nach Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen erfolgen konnte“. Eine Antwort nach Hamburg blieb aus. Auch als Adil B. im November noch einmal in seiner alten Unterkunft in Eschershausen im Kreis Holzminden auftauchte, erfolgte keine Festsetzung. Die Betreuer vor Ort forderten ihn laut Niegel lediglich auf „erneut zur Beratung in der Ausländerbehörde zwecks freiwilliger Ausreise vorzusprechen“. Weitere Maßnahmen hätten nicht getroffen werden können, „es wurde vielmehr von seiner freiwilligen Ausreise ausgegangen“ – dies geschah wieder nicht. Stattdessen soll Adil B. vergangenes Wochenende auf der Toilette eines Klubs auf der Hamburger Großen Freiheit eine 24jährige vergewaltigt haben. Die Frau konnte sich befreien und rief die Polizei, die B. noch in der Toilettenkabine festnahm. Niegel betonte gegenüber dem Blatt, der Landkreis bemühe sich, die Abschiebung nun nach einer möglichen Verurteilung „schnellstmöglich zu betreiben“. Dafür müßten die notwendigen Ersatzpapiere bei der marokkanischen Botschaft beschafft werden. Jedoch „solange Herr B. nicht rechtskräftig verurteilt ist, ist die erleichterte Abschiebung für Sexualstraftäter nicht durchführbar“.

Osterorde: Am Sonntag gegen 13.40 Uhr kam es in der Sammeldusche im Saunabereich des Osteroder Schwimmbades zu einer sexuellen Belästigung. Nach derzeitigem Ermittlungsstand hielt sich ein 29 Jahre alter Flüchtling syrischer Herkunft in der Sammeldusche auf. Nachdem weitere Gäste den Raum verlassen hatten, näherte er sich einer allein zurückgebliebenen 22-Jährigen Frau von hinten. Beim Griff nach der Shampoo Flasche der jungen Frau kam es zu einer kurzen, augenscheinlich beabsichtigten Berührung im Intimbereich. Die Studentin schrie auf und lief aus der Dusche. Der Beschuldigte wird kurz darauf von zwei herbeigerufenen Polizeibeamtinnen im Saunabereich gestellt. Nach einer Identifizierung durch das Opfer wird

der Mann hinausgeleitet. Der Schwimmmeister sprach ein Hausverbot aus. Ein Ermittlungsverfahren wegen sexueller Belästigung wurde eingeleitet.
Stadtlohn: Am Sonntag, gegen 16:45 Uhr, wurde eine 17-jährige Südlohnerin am Busbahnhof sexuell belästigt. Ein etwa 160 – 170 Zentimeter großer Mann hatte die junge Frau angesprochen, umarmt und auf die Wange geküsst. Der bislang Unbekannte hatte ein südländisches Erscheinungsbild, kurze schwarze Haare und einen Fünftagebart. Bekleidet war er mit einer Jeans, einer schwarzen Jacke und hatte ein Samsung-Handy dabei.
Ascheberg/Münster: Ein 29-Jähriger muss sich laut Anklage wegen des „schweren sexuellen Missbrauchs eines Kindes" vor Gericht verantworten. Die Tat an einer Neunjährigen hat sich im Mai in einer Asylbewerberunterkunft in Ascheberg ereignet. Regungslos und mit gesenktem Blick sitzt der jugendlich aussehende Mann auf der Anklagebank des Landgerichts. Er hebt nicht einmal seinen Kopf während der Staatsanwalt das erschreckende Geschehen in Worte fasst: In einer Asylbewerberunterkunft in Ascheberg soll der 29-jährige Angeklagte mit einem neun Jahre alten Mädchen, das mit seinen Eltern ebenfalls dort wohnte, sexuelle Handlungen vorgenommen haben.
Rabenau: Zu einer Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen kam es am frühen Sonntagmorgen im Rahmen einer Faschingsveranstaltung, die in einem Bürgerhaus in Londorf stattfand. Gegen 01.00 Uhr hatte ein Zeuge angerufen und der Polizei mitgeteilt, dass ein Streit mit mehreren Asylanten dort eskaliert sei. Nach den bisherigen Ermittlungen hatte eine Gruppe von mehreren Asylbewerbern die Faschingsveranstaltung zunächst besucht. Offenbar hatten einige dieser Besucher Frauen auf der Tanzfläche unsittlich berührt. Nachdem diese Personen ein Hausverbot erteilt bekamen, wollten sich wenig später zwei Personen mit Gewalt wieder Zugang zur Faschingsveranstaltung verschaffen. Die offenbar mit Latten und Gürteln bewaffneten beiden Personen verletzten dabei einen 27 und einen 28 – Jährigen und entwendeten eine Brille und ein Handy. Offenbar beschädigten sie auch einen in der Nähe geparkten PKW. Im Zuge der Recherchen konnten die beiden Verdächtigen, die nach der Auseinandersetzung geflüchtet waren, ermittelt werden. Demnach handelt es sich dabei um einen 26 – jähriger Algerier und einen 28 – jährigen Somalier.
Rheine: Bei der Polizei ist ein Sachverhalt angezeigt worden, der sich am Freitag (11.11.2016), zwischen 17.00 Uhr und 18.20 Uhr, im Hallenbad ereignet hat. Den Schilderungen zufolge waren dort zwei Mädchen von Jugendlichen sexuell belästigt worden. Wiederholt waren die Beiden von Personen einer Gruppe angefasst worden. Die Polizei stellte die Personalien von vier Jugendlichen aus Syrien fest.
Eschwege: Am 06.11.16, um 01:20 Uhr, teilen mehrere Zeugen mit, dass vor einer Gaststätte in der Forstgasse in Eschwege ein Ausländer Stress macht und versucht Frauen „anzugrabschen". Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung, wobei der Tatverdächtige einer 22-jährigen aus Eschwege mit der flachen Hand ins Gesicht schlug. Der Tatverdächtige wird wie folgt beschrieben: Dunkelhäutig, ca. 30 Jahre alt, schwarzes Haar. Er sprach gebrochenes Englisch.
Kevelaer-Weeze: Am Freitag (4. November 2016) gegen 14.00 Uhr war eine 18-jährige Frau mit der Bahn von Geldern in Richtung Kleve unterwegs. Zwischen den Haltestellen Kevelaer und Weeze schaute ihr ein unbekannter Mann ins Gesicht und entblößte sich dabei. Er zeigte sich der 18-Jährigen in schamverletzender Weise. Der Mann war in Geldern in den Zug gestiegen und verließ die Bahn in Goch. Der Mann hatte ein südländisches Aussehen, war 30 bis 40 Jahre alt und etwa 1,80m groß. Er hatte dunkle Haare und einen Dreitagebart.
Görlitz: Eine Streife des örtlichen Polizeireviers hat am Freitagmittag in Görlitz einen 25-Jährigen vorläufig festgenommen. Laut Zeugenaussagen wollte der Syrer offenbar den neunjährigen Sohn einer anderen Asylbewerberin ohne Berechtigung mit sich nehmen. Beide Personen sind sich persönlich bekannt. Im weiteren Verlauf kam es zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen einem Familienangehörigen der Kindsmutter und dem

Tatverdächtigen. Offenbar täuschte der 25-Jährige in der Folge ein medizinisches Problem vor. Ein Notarzt gab Entwarnung.

http://www.pi-news.net/2016/12/vergewaltigungsversuch-an-zehnjaehriger/#more-548475
Vergewaltigungsversuch an Zehnjähriger
Grimma: Erhöhte Muttermale auf den Wangen, schwarz lackierte Fingernägel, dunkler Teint: Wenn Sie einen Mann in Grimma kennen, auf den diese Beschreibung zutrifft, rufen Sie bitte sofort die Polizei. Denn der Mann wollte ein Mädchen (10) vergewaltigen! Tatort Schulklo: Wie die Polizei erst jetzt mitteilte, schlug das Phantom bereits am 30. August, gegen 15 Uhr, an der Schule am Wallhgraben in Grimma zu. Nach einer Tanzstunde wollten sich zwei Freundinnen (beide 10 Jahre alt) in der Mädchentoilette umziehen. Während eines der Mädchen noch mal kurz auf der Toilette verschwand, wartete die andere davor an den Waschbecken auf sie. Was beide Kinder nicht ahnten. Ein Mann hatte sich in einer anderen Box versteckt.
Plötzlich riss er die Tür auf, stürzte auf die wartende Schülerin zu. Er packte das Mädchen am Oberarm, zerrte es mit derbem Griff zurück in die Toilettenbox. Der Mann stieß sein wehrloses Opfer gegen die Wand. Doch zum Glück begann das Kind laut nach seiner Freundin zu schreien. Polizeisprecherin Katharina Geyer: „Als der Täter realisierte, dass er nicht allein mit der 10-Jährigen war, ergriff er augenblicklich die Flucht.“ Die Mädchen beschrieben den Peiniger wie folgt:
-ca. 25 – 30 Jahre alt, dunkle Haut mit dunklen Pigmentflecken auf den Wangen (vermutlich erhöhte Muttermale), ca. 1,90 m groß, schlanker Körperbau mit muskulösen Oberarmen
?dunkle, kurze, gegelte Haare, raue Stimme mit Akzent, Auffällig: besaß lange, schwarzlackierte Fingernägel. Die Kripo versuchte zunächst ohne Hilfe der Öffentlichkeit nach dem Sexgangster zu fahnden. Erfolglos! Erst knapp vier Monate später erging ein richterlicher Bescheid, die Fahndung öffentlich zu machen. Der Vorwurf lautet versuchte sexuelle Nötigung in Tateinheit mit Körperverletzung.
Anmerkung: Auf Wunsch der Polizei soll das Phantombild (Foto oben) „aus Gründen der Verhältnismäßigkeit“ ausschließlich in regionalen Printmedien gezeigt werden. BILD hat sich auf Grund der Schwere der Vorwürfe entschieden, die Fahndung auch im Internet zu veröffentlichen. Hinweise zum Täter an die Kripo unter folgender Telefonnummer: 0341/96646666.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter
Klagenfurt: Ein 19-jähriger Somalier hat Samstagfrüh in Klagenfurt versucht, eine 23 Jahre alte Frau in einem Lokal zu vergewaltigen. Der mutmaßliche Täter konnte zunächst flüchten. Nachdem er wenig später einer 22-Jährigen die Geldbörse entwendet und die Besitzerin attackiert hatte, klickten im Zug einer eingeleiteten Fahndung die Handschellen. Der Asylwerber aus Somalia hatte laut Polizei gegen 5 Uhr in einem Lokal in der Klagenfurter Innenstadt die Türe zu einer Damentoilette gewaltsam geöffnet und die Frau aus dem Bezirk Klagenfurt-Land sexuell bedrängt. Erst als eine weitere Frau das WC betrat, ließ er vom Opfer ab und flüchtete. Unmittelbar nach diesem Vorfall verwickelte er vor einem anderen Lokal eine 22-jährige Frau aus dem Bezirk Klagenfurt-Land in ein Gespräch und stahl ihr zunächst unbemerkt die Brieftasche. Als der Frau der Diebstahl auffiel, wollte

sie dem Somalier die Börse wieder entreißen. Daraufhin packte er die Kärntnerin an der Kehle, drückte sie an die Wand und flüchtete mit der Beute. Die Brieftasche wurde anschließend vom Opfer gefunden, jedoch fehlte das Bargeld. Die Frau alarmierte die Polizei. Im Zuge der Fahndung wurde der 19-Jährige im Schillerpark gestellt und festgenommen. Aus „medizinischen Gründen“ musste der 19-jährige jedoch in das Klinikum Klagenfurt eingeliefert werden, teilte die Polizei mit.
Herborn: Nach der Belästigung einer Jugendlichen auf dem Bahnhofsgelände in Herborn, ermittelt die Herborner Polizei gegen einen 17-Jährigen. Der im Lahn-Dill-Kreis lebende Jugendliche kam einem Mädchen unangenehm nahe und griff anschließend eine Helferin an. Die Jugendliche saß am Freitagmorgen (23.12.2016), gegen 11.40 Uhr auf einer Bank auf Gleis 1 des Herborner Bahnhofs. Sie wartete auf den Zug in Richtung Wetzlar. Zunächst fiel ihr ein Jugendlicher auf, der in unmittelbarer Nähe stand und sie ungeniert anstarrte. Letztlich setzte sich der Unbekannte neben sie auf die Bank. Er sprach sie auf Englisch an, sie reagierte jedoch nicht darauf. Er rückte an sie heran, beugte sich vor und betrachtet provokant aus unangenehm direkter Nähe ihren Körper. Sie forderte den Jugendlichen mehrfach unmissverständlich auf, dies zu unterlassen und setzte sich, als er trotzdem nicht damit aufhörte, von ihm fort. Einer 22-Jährigen fielen das aufdringliche Verhalten des Jugendlichen und die ablehnende Haltung des Mädchens auf. Sie forderte ihn ebenfalls unmissverständlich auf, die Belästigungen einzustellen. Daraufhin erhob sich der Täter, ging direkt zur Zeugin und fragte sehr aggressiv, was sie denn von ihm wolle. Sie forderte ihn auf Abstand zu halten, worauf der junge Mann sie als „kleine Schlampe“ beleidigte. Er schlug nach ihr, griff ihr an den Hals und würgte sie, worauf die 22-Jährige stürzte. Einige Umstehende griffen ein und hinderten den Jugendlichen daran, die am Boden liegende Frau zu treten. Er wurde weggedrängt, schaffte es aber doch die Zeugin zu schlagen, zu treten und in ihre Richtung zu spucken. Gleichzeitig fuhr der Zug in Richtung Wetzlar in den Bahnhof ein. Der junge Mann rannte in den Zug und fuhr mit diesem davon. Sein Opfer trug Prellungen an Brust, den Knien und am Kopf davon. Zudem klagte sie über Übelkeit und Kopfschmerzen. Aufgrund der detaillierten Personenbeschreibung gelang es einer Wetzlarer Streife den Täter am Bahnhof in Wetzlar festzunehmen. Der Jugendliche stammt aus Algerien und ist in einer Unterkunft für unbegleitete minderjährige Asylsuchende untergebracht. Nach seiner Vernehmung und der erkennungsdienstlichen Behandlung wurde er in Absprache mit dem Jugendamt wieder entlassen.
Hamburg: Nach jetzigem Sachstand der Hamburger Bundespolizei wurde eine junge Frau (w.19) von einem Heranwachsenden (m.18) in einer abfahrbereiten S-Bahn der Linie S 3 im Haltepunkt Reeperbahn auf sexueller Basis belästigt. Nach vorliegenden Zeugenaussagen betrat die Geschädigte aus Hamburg gemeinsam mit einer Freundin die S-Bahn. Umgehend wurden die Frauen von drei jungen Männern angesprochen. Da die beiden Frauen keinen Kontakt zu dem Trio wollten, entschieden diese sich die S-Bahn wieder zu verlassen. Dabei griff einer der drei jungen Männer (m.18) der 19-Jährigen mit seiner Hand von hinten sehr fest an den Intimbereich. Danach ging der Beschuldigte in sehr aggressiver Weise auf die Geschädigte zu. DB-Mitarbeiter beobachteten die Handlungen und verbrachten den Tatverdächtigen auf den Bahnsteig. Eine alarmierte Streife der Bundespolizei nahm vor Ort diverse Zeugenaussagen auf und überprüfte die Personalien des Beschuldigten. Der afghanische Asylbewerber äußerte sich zum Tatvorwurf nicht und wurde nach Abschluss der bundespolizeilichen Maßnahmen wieder entlassen
Stuttgart-Süd: Ein bislang Unbekannter hat sich am Freitagabend (18.11.2016) gegen 18.50 Uhr in der Eierstraße vor einer 56-jährigen Passantin entblößt. Als die Frau an dem Mann vorbeiging, drehte er sich zu ihr, ließ die Hose herunter und nahm sexuelle Handlungen an sich vor. Der Sittenstrolch ist 35-40 Jahre alt und zirka 170 cm groß, hat volle dunkle Haare, einen leicht dunklen Teint und ist leicht untersetzt.
Coppenbrügge: Am 11.11.2016 hat ein unbekannter Mann gegen 12:00 Uhr auf dem Parkplatz des EDEKA-Marktes in der Bahnhofstraße in Coppenbrügge eine Frau durch exhibitionistische Handlungen belästigt. Die 33-jährige Frau aus Coppenbrügge wollte nach dem Einkauf zu ihrem Fahrzeug gehen. Dabei kam sie an einem schwarzen Peugeot mit hamelner Kennzeichen vorbei. Die Fahrertür war weit geöffnet. Auf dem Fahrersitz saß ein Mann mit heruntergelassener Hose. Die Person führte exhibitionistische Handlungen an sich durch. Die Frau verständigte umgehend die Polizei, was der Mann offenbar bemerkte. Er versuchte den Parkplatz mit seinem Fahrzeug zu verlassen. Das konnte die 33-Jährige verhindern, indem sie sich mit ihrem Pkw in die Ausfahrt stellte. Daraufhin fuhr der Mann mit seinem Peugeot hinter den Markt. Kurze Zeit später kam er ohne Kennzeichen am

Fahrzeug wieder über den Parkplatz gefahren. Er fuhr an dem Pkw der Zeugin vorbei in Richtung Coppenbrügge. Die Zeugin konnte den Peugeot noch bis in den Ort verfolgen, verlor ihn dann aber aus den Augen. Der Mann fuhr letztlich auf der B 442 in Richtung Hachmühlen davon. Beschrieben wird der Mann wie folgt: Mitte 30 Jahre alt, ca. 185 cm groß, normale bis kräftige Statur, schwarze kurze Haare (oben dünnes Haar und hohe Stirn), 3-Tage-Bart. Bei dem Mann soll es sich augenscheinlich um einen Südländer gehandelt haben.
Hannover: In der Nacht zu Samstag, 19.11.2016, gegen 03:45 Uhr, ist eine 32 Jahre alte Frau an der Vahrenwalder Straße (Vahrenwald) von einem unbekannten Mann sexuell belästigt worden. Dem Tatverdächtigen ist es gelungen, noch vor dem Eintreffen der Polizei zu flüchten. Die Frau hatte an der Stadtbahnhaltestelle Windausstraße alleine auf eine Bahn in Richtung Langenhagen gewartet, als der geschätzt 25- bis 27-jährige Mann erschien und sie unvermittelt auf Mund sowie Wange küsste. Nachdem sich der Unbekannte kurz abgewandt hatte, drehte er sich erneut zu ihr hin und zeigte der 32-Jährigen sein Geschlechtsteil.Nunmehr bemerkend, dass die Frau während der gesamten Zeit telefonierte und ihren Mann über die Geschehnisse informierte, lief der Tatverdächtige zunächst entlang der Vahrenwalder Straße in Richtung Süden davon. Eine sofort eingeleitete Fahndung durch von dem Ehemann alarmierte Polizeibeamte verlief ohne Erfolg. Der Gesuchte ist zirka 1,70 bis 1,75 Meter groß, wirkte südländisch, hatte auffällig kurze, dunkle Haare und trug einen Dreitagebart. Bekleidet war er mit einer schwarzen Jacke und einer Jeans.
Bad Segeberg: Am Dienstagnachmittag ist es im Broocksdamm in Wedel zu einer exhibitionistischen Handlung seitens einer männlichen Person gegenüber einer 24-Jährigen gekommen. Die Polizei bittet um Hinweise aus der Bevölkerung. Gegen 13.25 Uhr entblößte sich der bisher unbekannte Mann auf dem Fußgängerweg, ungefähr 200 Meter entfernt vom Theaterschiff „Batavia“ in Richtung Steinweg, vor der jungen Frau. Als sie laut ankündigte die Polizei zu rufen, verließ er fluchtartig mit einem hellblauen Fahrrad die Örtlichkeit. Der zwischen 1,75 Meter und 1,8 Meter große Mann mit Vollbart im geschätzten Alter von 35 bis 45 Jahren hatte eine schlanke Statur und ein südländisches, ungepflegtes Erscheinungsbild.
Uelzen: Am 14.11.16, gegen 15.35 Uhr, erhielt die Polizei einen Anruf, dass in der Nordallee ein Mann gegen einen Pkw treten würde. Wie sich heraus stellte, hatten ein 29-Jähriger und ein 40 Jahre alter Mann eine 38-jährige Passantin belästigt, indem der Ältere sich ihr mit geöffneter Hose präsentierte. Die 38-Jährige hatte ihren Weg fortgesetzt, allerdings waren ihr die beiden aus Georgien stammenden Männer hinterher gegangen. Ein couragierter Autofahrer hielt an, um der 38-Jährigen zu helfen. Der 40-Jährige trat daraufhin an den Daimler heran, drohte dem 35-jährigen Autofahrer mit Fäusten und trat schließlich gegen den Pkw. Es entstanden Sachschäden in Höhe von ca. 1000 Euro an dem Daimler. Von den hinzugerufenen Polizeibeamten wurde der alkoholisierte Georgier in Gewahrsam genommen, gegen welche sich er sich zur Wehr setzte.
Jena: Eine 57 Jahre alte Frau wurde am Sonntag um 7.30 Uhr in der Straßenbahn zwischen Holzmarkt und der Haltestelle Altenburger Straße Zeugin eines Exhibitionisten. Der Mann war gleichzeitig mit ihr in die Bahn eingestiegen, nachdem er ihr bereits an der Haltestelle nachgepfiffen hatte. Er setzte sich ihr gegenüber und starrte die Frau an. Danach öffnete er seine Hose und fasste an sein Geschlechtsteil. An der Haltestelle Altenburger Straße verließ er die Bahn, nachdem sich die Frau hilfesuchend an den Fahrer gewendet hatte. Eine Nahbereichsfahndung der Polizei unmittelbar nach dem Anruf des Opfers führte nicht zum Täter. Die Videoaufnahmen aus der Bahn wurden allerdingsgesichert. So wird der Täter beschrieben:
etwa 35 Jahre alt, ca. 1,65 m groß, sehr schlank, gepflegte Erscheinung, schwarze kurze Haare, bekleidet mit dunkler Jacke und Hose, schwarz-weißem Basecap, Ausländer, sprach gebrochen Deutsch

http://www.pi-news.net/2016/12/deutsche-polizei-liess-terror-amri-drei-mal-laufen/#more-547195

Deutsche Polizei ließ Terror-Amri drei Mal laufen

Seit heute 17.35 Uhr fahndet der Generalbundesanwalt nach dem terrorverdächtigen Tunesier Anis Amri (siehe auch Fahndungsaufruf des BKA). Auf dem internationalen Fahndungsplakat stehen die Namen, unter denen Amri in Deutschland unterwegs war.

Update

Die englische Presse hat herausgefunden, dass Amri in diesem Jahr bereits drei mal verhaftet wurde und man ihn jedes Mal wieder laufen ließ. Das Thema kursiert nun als „Germany's police joke" in der Presse:

Hier einige Details aus einem Artikel der Daily Mail in einer Übersetzung mit Hilfe von google:

Ein tunesischer Asylsuchender, der verdächtigt wurde, das Berliner Massaker zu verüben, wurde dieses Jahr dreimal verhaftet, als er einen Terrorplan hatte – aber sie ließen ihn gehen.

Obwohl es ein ISIS-Unterstützer war, der bekanntermaßen Waffenschulungen erhalten hatte, erlaubten deutsche Behörden Anis Amri, immer wieder durch ihre Klauen zu schlüpfen.

Der 23-Jährige versuchte sogar, einen Komplizen für einen Terror-Plot zu rekrutieren – und wieder wußten die Behörden davon -, aber trotzdem blieb er frei, er ist abgetaucht.

Am heutigen Nachmittag stellte sich heraus, dass er bereits untersucht worden war, weil er einen „schweren Gewaltakt gegen den Staat" plante und Terrorismus-Beamte zuletzt im November Informationen über ihn ausgetauscht haben.

Amri wurde kurz nach der Ankunft auf eine Gefahrenliste gestellt – ein Schritt, den Behörden für extrem anstößig hielten. Doch unter wie viel Überwachung er war, bleibt unklar.

Im Juli dieses Jahres kam er in einen Messer-Kampf um Drogen und GBH (grivious bodily harm, schwere Körperverletzung). Aber er tauchte ab, bevor er vor Gericht kam.

Dennoch tauchte er im August in Ludwigsburg wieder auf, als er wegen eines gefälschten italienischen Dokuments verhaftet wurde. Wiederum, ist unklar, warum er durch die Finger der Sicherheitsdienste schlüpfen durfte, angesichts seiner bekannten Zugehörigkeit zu Hass-Predigern.

Vor seiner Verschwindenshandlung hatte er Kontakt zu salafistischen Predigern, die den Dschihad unter deutschen jungen Männern förderten, die sich zum Islam bekehrten.

Es wurde von deutschen Beamten aufgezeichnet, dass er im Jahr 2012 nach Italien und im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen war. Er lebte eine Zeit lang in Emmerich am Rhein und reiste von dort aus mit einem Bus nach Berlin im Juli, als er wegen eines unbekannten Vergehens verhaftet wurde. Wieder ging er frei aus.

Nach deutschen Nachrichtenberichten lebte er eine Zeit lang mit Hassprediger Boban S. in Dortmund zusammen, der für die Beteiligung an ISIS verhaftet wurde.

Ein Anti-Terror-Ermittler sagte der BILD-Zeitung: „Unseres Wissens war er Anfang des Jahres bereit, einen Komplizen für einen Angriff zu finden und war daran interessiert, eine Waffe zu erwerben."

Ein Staatskriminalamt-Informant in Nordrhein-Westfalen berichtete dies, aber wieder wurde Amri nicht verhaftet.

Er hat bekanntermaßen an Hasspredigten von Abu Walaa in Hildesheimn teilgenommen, einem Werber für ISIS, der seit vergangenen Monat im Gefängnis sitzt, nachdem er verhaftet wurde, um junge Männer für die Terrorgruppe zu radikalisieren.

Anscheinend wollte Walaa ihn nach Syrien schicken. Aber er wollte nicht, hatte stattdessen Pläne für einen Angriff in Deutschland formuliert.

Ein anderer Forscher sagte: „Angenommen, die Beweise waren nicht stark genug, um ihn zu verhaften."

Es wird angenommen, dass er eine Vorstrafe in Tunesien hatte, nachdem er gewalttätige Autodiebstähle durchgeführt hatte. Die tunesische Polizei soll nun mit seiner Familie sprechen.
Er hat ein Facebook-Profil im Zusammenhang mit der tunesischen Terrorgruppe Ansar al-Sharia, einer tunesischen Extremisten-Gruppe, die im März 2015 im Tunis-Bardo-Museum einen Anschlag verübte und dann 39 Touristen in einem Badeort in Sousse tötete.
Er war in Kontakt mit islamistischen Militanten in Nordrhein-Westfalen (NRW) und wurde den deutschen Sicherheitsbehörden bekannt, so Innenminister Ralf Jaeger.
Trotz einer entfalteten internationalen Fahndung haben die ersten Bilder, die man in Deutschland veröffentlicht hat, seine Augen absichtlich abgedeckt, aufgrund der strengen Privatsphäre-Gesetze. MailOnline hat ungepixelte Bilder beschafft und veröffentlicht.
Der europäische Haftbefehl aus Deutschland weist darauf hin, dass er bisweilen sechs verschiedene Aliase und drei verschiedene Nationalitäten verwendet hat.
Die Fahndung nennt Anis Amri als mit tunesischen Staatsbürgerschaft, geboren in der Stadt Ghaza. Es sind mehrere Aliase aufgelistet, viele von ihnen Varianten auf seinen Namen und mit ägyptischer und libanesischer Staatsbürgerschaft.
Die Grausamkeit könnte für Frau Merkel eine politische Katastrophe sein, die im nächsten Jahr eine historische vierte Amtszeit als Kanzlerin anstrebt. Sie hat viel von ihrer politischen Kapital abgesessen, um Deutschlands Türen für Flüchtlinge zu öffnen.
Als ihr Land mit einem ihrer schlimmsten Terrorangriffe zu kämpfen hatte, legte Merkel, schwarz gekleidet, an der Stelle, an der sich der Schrecken entfaltete, eine weiße Rose ab.
Europol, die Polizeiverwaltungsbehörde der Europäischen Union, warnte Anfang dieses Monats, dass einsame Angreifer oder kleine Zellen Chaos mit Fahrzeugen als Waffen planen.
Europol wies ferner darauf hin, dass deutsche Behörden Hunderte von Versuchen von Dschihadisten kennen, Flüchtlinge zu rekrutieren.
Im November warnten die USA ihre Bürgerinnen und Bürger, dass sie „glaubwürdige Informationen" hätten, dass die Weihnachtsmärkte ein Ziel seien. Im Vereinigten Königreich revidierte das Auswärtige Amt seine Reiseberatung Anfang des Monats und machte eine „große Bedrohung durch Terrorismus" in Deutschland bekannt.
Islamische Staatskämpfer hatten sogar ein Terrorhandbuch im vergangenen Monat veröffentlicht, das Anweisungen zur Verwendung eines Lastwagens enthielt, um ein maximales Blutbad zuzufügen.
Der Wahnsinn in Deutschland hat längst Methode. Salafisten und „Schutzsuchende" treiben ihr Unwesen und der Merkel-Staat guckt zu. Wir finanzieren dieses Treiben mit unseren Steuern. Den einfachen Polizisten trifft keine Schuld. Der Fisch stinkt vom Kopf her. Der Kopf ist bereits verfault, verschimmelt und von Maden durchzogen. Doch wie im Märchen mit des Kaisers neuen Kleidern, wird die Kanzlerin von ihrem feigen und dummen Hofstaat protegiert.
Update bei Daily Mail:
Der tunesische Terrorverdächtige, der am Montag in Berlin den Lkw-Anschlag verübt haben soll, bei dem er 12 Menschen ums Leben brachte, verbrachte vier Jahre in einem italienischen Gefängnis wegen des Abbrennens einer Schule.
Anis Amri, 23, aus Tataouine, verließ nach Angaben seines Vaters sein Elternhaus in Tunesien vor sieben Jahren und reiste nach Europa als illegaler Einwanderer.
Amri, auf dessen Kopf eine Belohnung von 100.000 € ausgesetzt ist, verbrachte vier Jahre in einem italienischen Gefängnis und zog nach Angaben seines Vaters zog im letzten Jahr nach Deutschland.
Wie viele Vorbestrafte und Kriminelle will Merkel noch importieren? Sie holt uns den Abschaum ins Land!
Die Lückenpresse bei der Welt unterschlägt das Abbrennen der Schule:

Anis Amri soll nach Informationen der italienischen Nachrichtenagentur Ansa im Februar 2011 mit mehreren tausend Landsleuten in Folge des arabischen Frühlings in Tunesien nach Sizilien gekommen sein. Er lebte demnach in einem Aufnahmezentrum für Minderjährige. Nach Vollendung der Volljährigkeit beging er mehrere Verbrechen und wurde dafür zu vier Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Entlassung 2015 sollte er in Italien nach Tunesien abgeschoben werden. Nach Informationen der „Welt" soll Tunesien seine Identität nicht offiziell im dafür vom italienischen Gesetz vorgesehenen Zeitraum bestätigt haben, und Amri musste aus dem Abschiebezentrum (CIE) in Trapani entlassen werden. Er konnte deswegen lediglich des Landes verwiesen werden und soll daraufhin nach Deutschland ausgereist sein.

http://www.pi-news.net/2016/12/nrw-amri-hielt-hass-predigten-in-moscheen/#more-548452

NRW: Amri hielt Hass-Predigten in Moscheen

Der Islamterrorist Anis Amri hatte offensichtlich beste Kontakte zu Moscheevereinen im **Ruhrgebiet. Die Frankfurter Allgemeine meldet, dass der Rechtgläubige in verschiedenen Moscheen Hasspredigten hielt. Welt / n24 liefert die Information, dass Amri einen Schlüssel zu einer Dortmunder Moschee besaß und dort auch öfters übernachtete. Dass dies alles völlig unbehelligt geschehen durfte, obwohl Amri als Gefährder bekannt war, bedeutet für Oppositionsführer Laschet (CDU) den „absoluten Tiefpunkt von sechs Jahren rot-grüner Innenpolitik in NRW". Hört, hört, auf einmal kann der bislang nur als Islam-Bettvorleger bekannte Laschet auch andere Töne spucken. Offensichtlich treibt ihn die nackte Angst vor der AfD-Konkurrenz bei den kommenden Landtagswahlen im Mai an.**

(Von Michael Stürzenberger)

Die Frankfurter Allgemeine berichtet:

„Wenn die Enthüllungen stimmen, dass ein ausreisepflichtiger terroristischer Gefährder, der den Behörden bekannt ist, sich völlig frei bewegen und in radikalen Moscheen im Ruhrgebiet ungestört Hass predigen kann, dann ist dies der absolute Tiefpunkt von sechs Jahren rot-grüner Innenpolitik in NRW, der jetzt schonungslos aufgeklärt werden muss", sagte der nordrhein-westfälische CDU-Chef Armin Laschet. Nach WDR-Recherchen soll Amri im Ruhrgebiet deutlich besser vernetzt gewesen sein als bislang angenommen.

Amri soll seine moslemischen Freunde noch kurz vor seiner Terror-Attacke, mit der er 12 Menschen tötete und 55 verletzte, von denen noch 11 auf der Intensivstation liegen, aus dem LKW mit Nachrichten versorgt haben:

Amri soll nur wenige Minuten vor der Tat im Führerhaus des Lastwagens gechattet haben. Amri schrieb dem Bericht zufolge: „Mein Bruder, alles in Ordnung, so Gott will. Ich bin jetzt im Auto, bete für mich, mein Bruder, bete für mich." Dann habe er noch ein Selfie von sich aus dem Lkw verschickt. Auch „Spiegel Online" berichtete, Amri habe wenige Minuten vor dem Anschlag noch Sprachnachrichten und Fotos verschickt. Unter den Empfängern soll laut „Focus" der 40-jährige Tunesier gewesen sein, der am Mittwoch in Berlin festgenommen wurde.

Nach heutigen Medienmeldungen soll dieser Tunesier aber nicht in die Anschlagspläne involviert gewesen sein, weswegen er wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Hoffentlich rächt sich das nicht. Welt / n24 informiert, dass Amri offensichtlich viele Fans unter seinen moslemischen Glaubensbrüdern im Ruhrgebiet hat:

Auch im Ruhrgebiet war Amri nach WDR-Recherchen deutlich besser vernetzt als bislang angenommen. Der Tunesier besuchte dort während seiner Zeit in Nordrhein-Westfalen ein Dutzend Moscheen. Amri soll zudem sehr gute Kontakte nach Dortmund gehabt und einen Schlüssel zu einer Moschee besessen haben, in der er übernachtete. Seit Ende 2015 sei er regelmäßig zwischen Berlin und dem Ruhrgebiet gependelt.

Es ist anzunehmen, dass es viel mehr Unterstützer des islamischen Terrors unter den bei uns lebenden Mohammedanern gibt als bisher angenommen. In den Kopf kann man Moslems sowieso nicht schauen, um festzustellen, wie intensiv der Koranchip darin tickt. Wir werden es erst dann merken, wenn die Schläfer erwachen und zur Dschihad-Tat schreiten.

http://www.pi-news.net/2016/12/nrw-frau-von-sechs-nigerianern-begrapscht/
NRW: Frau von sechs Nigerianern begrapscht
Düsseldorf: Am Weihnachtsmorgen, dem 25. Dezember, wurde mitten in Düsseldorf eine junge Frau (23) von sechs Männern nigerianischer Herkunft belästigt und bedrängt. Die Düsseldorferin befand sich mit einem Freund auf dem Weg von der Altstadt zum Hauptbahnhof, als sie gegen 5.45 Uhr von einer sechsköpfigen Gruppe Schwarzafrikaner zunächst verbal belästigt und später dann angegrapscht wurde. Der Bekannte (24) der jungen Frau verteidigte sie und es kam zu einer Schlägerei.
Ein Zeuge fuhr mit seinem Fahrzeug an dem Geschehen vorbei und gab sich gegenüber der Personengruppe als Polizeibeamter zu erkennen. Er forderte die Gruppe auf, von den zwei Personen abzulassen. Daraufhin bedrohten ihn die aggressiven Männer und ignorierten seine Aufforderung. Der Beamte, der sich noch in der Ausbildung befindet, zog die Bundespolizei zur Unterstützung hinzu. Der Bekannte der Geschädigten hielt drei der Nigerianer im Alter von 18, 21 und 24 Jahren bis zum Bahnhofsvorplatz des Düsseldorfer Hauptbahnhofs unter Kontrolle. Sie wurden daraufhin von der Bundespolizei vorläufig festgenommen. Einer der Täter begab sich im Anschluss in ärztliche Behandlung. Die anderen drei konnten fliehen. Nun müssen sie sich wegen der gemeinschaftlich begangenen gefährlichen Körperverletzung verantworten.
Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter
Reutlingen: Am Montag gegen 03.15 Uhr wurde eine Frau auf dem Gehweg in der Aulberstraße von einem unbekannten Mann gegen eine Hauswand gedrückt, nachdem er ihr zuvor gefolgt war. Der Unbekannte berührte die Frau hierbei in sexueller Absicht. Aufgrund der lautstarken Gegenwehr ließ der Mann von ihr ab. Der Mann wird wie folgt beschrieben: dunkler Teint, ca. 1,65 groß, kurze schwarze Haare und schlanke Figur.
Wien: Ein 35-jähriger Mann soll zwei Frauen vergewaltigt haben. Der Verdächtige ist in Haft. Er könnte laut Polizei auch noch für zwei weitere Vergewaltigungen verantwortlich sein. Die Polizei sucht Opfer des Mannes. Ermittler des Landeskriminalamts (LKA) Wien gelang es, den mutmaßlichen Sexualstraftäter auszuforschen und festzunehmen. Er soll im April und im Juni 2013 in Znaim in Tschechien unter massiver Gewalteinwirkung, zwei Vergewaltigungen begangen haben, sagte Polizeisprecher Thomas Keiblinger. Im ersten Fall wurde das 19 Jahre alte Opfer auf einem Rasen im öffentlichen Raum missbraucht. Das zweite Opfer, das vom Verdächtigen gewürgt und geschlagen wurde, war zum Tatzeitpunkt 18 Jahre alt. Zwei Jahre darauf soll der türkische Staatsbürger, der vor einigen Tagen in Tschechien verhaftet wurde und in Wien in Untersuchungshaft sitzt, in Ottakring, wo er gemeldete ist, tätig geworden sein. 2015 wurde demnach eine 21-Jährige von dem Verdächtigen bis in ihr Wohnhaus verfolgt. Das Opfer wurde körperlich attackiert, konnte aber durch Schreie Nachbarn auf seine Situation aufmerksam machen. Der Täter flüchtete. Hier wird dem Verdächtigen eine Körperverletzung zur Last gelegt. Das zweite Delikt, das der 35-Jährige in Wien begangen haben soll, ist eine versuchte Vergewaltigung im vergangenen August. Wiederum war der Tatort in Ottakring. Dem Verdächtigen wird vorgeworfen, diesmal eine 26-Jährige in ein Gebüsch gezerrt zu haben. Er als Passanten auf die Tat aufmerksam wurden, ließ er demnach von seinem Opfer ab und ergriff abermals die Flucht.
Kaufbeuren: Am späten Sonntagnachmittag wurde ein 15-jähriges Mädchen, welches alleine mit einem Hund spazieren ging, gegen 17.20 Uhr auf dem westlichen Fußweg neben dem Wertach Ufer auf Höhe des Weiherwegs durch einen entgegenkommenden Radfahrer, welcher stoppte, im Schritt unsittlich berührt. Anschließend entfernte er sich mit einem

alten weiß/grauen Fahrrad in Richtung Schelmenhofstraße. Der Unbekannte wird mit ca. 25 Jahren, 170 Zentimeter groß, schlank, dunkelhäutig, unrasiert, trug roten großen Kopfhörer, beschrieben. Zur Tatzeit war ein junges Pärchen zu Fuß unterwegs.
Köthen: Der Angeklagte widerspricht nur in einem Detail. Er habe seine Hose nicht heruntergezogen. Ansonsten seien die Vorwürfe gegen ihn zutreffend, lässt der 27-Jährige seinen Verteidiger berichten. Dem jungen Mann, gebürtig aus dem Jemen, wird vorgeworfen, im April 2014 ein damals 13-jähriges, geistig behindertes Mädchen in Köthen sexuell missbraucht zu haben. Am Dienstag fand die Hauptverhandlung am Amtsgericht Köthen statt. Wie der Anklage zu entnehmen ist, begegneten sich Täter und Opfer an einem Nachmittag vor dem Köthener Bahnhof. Das Mädchen klagte über Durst, weshalb der junge Mann ihm ein Getränk und ein Eis kaufte. Danach gingen die beiden gemeinsam in die Nähe des Holländer Wegs. Der Mann, ist der Anklage weiter zu entnehmen, verlangte Sex von der 13-Jährigen. Danach berührte er das Mädchen unsittlich und rieb sich an der Minderjährigen. Auch von Zungenküssen und einem Biss ist die Rede. Das Mädchen lief schließlich weg.
Karlsruhe: Bereits am Samstag, den 8. Oktober, wurde eine 28-jährige Frau in einer Regionalbahn, auf der Fahrt von Mühlacker nach Bietigheim-Bissingen, von einem bisher unbekannten Täter belästigt. Die Frau befand sich auf dem Nachhauseweg und stieg um 21 Uhr in Mühlacker in die Regionalbahn. Nach circa fünf Minuten Fahrt wurde sie von einem unbekannten, dunkelhäutigen Mann im Gesicht berührt. Die Geschädigte war durch die Berührung geschockt und begann zu schreien. Daraufhin drehte sich der Tatverdächtige um und lächelte die Frau provozierend an. Die 28-Jährige war derart eingeschüchtert und begann zu weinen. Nach circa drei Minuten kam der Tatverdächtige, der mittlerweile in Begleitung eines weiteren dunkelhäutigen Mannes war, zurück und sprach die Frau an. Danach verließen beide Männer das Abteil. Die Bundespolizei hat ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet. Beschreibung des Tatverdächtigen: circa 170 cm groß, dunkle Hautfarbe, schwarze Haare, kurze Locken, schmales Gesicht, blaue Jacke.
Graz: Der Fall wurde erst Monate nach der Tat bekannt, als sich das Opfer einer Betreuerin in ihrer neuen Schule anvertraute. Gegen insgesamt 20 Beteiligte wurde ermittelt, sechs Burschen im Alter von 15 und 16 Jahren mussten sich vor Gericht verantworten. Das damals 15-jährige Opfer sei bereits vor der Tat bei mehreren Vorfällen in den Räumlichkeiten einer Grazer Neuen Mittelschule wiederholt an Brust und im Genitalbereich begrapscht worden, wie sie bei einer Gefragung vor dem Prozess zu Protokoll gab. Im Arztzimmer der Schule kam es dann auch zur Vergewaltigung. Der Fall wurde erst Monate nach der Tat bekannt, als sich das Opfer einer Betreuerin in ihrer neuen Schule anvertraute. Gegen insgesamt 20 Beteiligte wurde ermittelt, sechs Burschen im Alter von 15 und 16 Jahren mussten sich vor Gericht verantworten. Das damals 15-jährige Opfer sei bereits vor der Tat bei mehreren Vorfällen in den Räumlichkeiten einer Grazer Neuen Mittelschule wiederholt an Brust und im Genitalbereich begrapscht worden, wie sie bei einer Gefragung vor dem Prozess zu Protokoll gab. Im Arztzimmer der Schule kam es dann auch zur Vergewaltigung. Alle Angeklagten seien in irgendeiner Form beteiligt gewesen: Manche waren aktiv am sexuellen Übergriff beteiligt, andere hätten verhindert, dass das Opfer flieht, indem sie die Tür versperrten. Zumindest könne man allen „ein Nichtstun zur Last“ legen, da sie nicht eingriffen, so die Staatsanwältin. Die Angeklagten hätten nur zugegeben, dass „schon etwas passiert“ sei, jeder gab aber an, nichts damit zu tun gehabt zu haben. So belasteten sich die Burschen – die meisten von ihnen österreichische Staatsbürger mit Migrationshintergrund – gegenseitig. „Von Reue und Mitleid aber keine Spur“, stellte die Staatsanwältin fest und forderte eine dementsprechend harte Bestrafung.
München: Eine 28-jährige Münchnerin wurde am Freitag gegen 13.20 Uhr, am Giesinger Bahnhofsplatz und in einem Linienbus, der Linie 220, mehrfach von einem ihr unbekannten Mann am Oberschenkel und am Gesäß angefasst. Das Anfassen stellt eine Beleidigung auf sexueller Grundlage dar. Das Kommissariat 15 (Sexualdelikte) hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet um sachdienliche Hinweise. Täterbeschreibung: Männlich, 35 Jahre alt, 180 cm groß, schlank, deutsch mit ausländischem Akzent; blaue Stoffmütze, blaue Jeans, dunkelbraune Jacke.
Schlüchtern: Zu einer handfesten Auseinandersetzung zwischen Besuchern des „Kalten Marktes“ kam es am letzten Freitagabend. Kurz nach 22 Uhr geriet eine Gruppe von Männern mit Migrationshintergrund mit zwei jungen Festbesuchern aus Bad Soden-Salmünster und Schlüchtern recht heftig aneinander. Zuvor sollen die vier augenscheinlich Heranwachsenden eine 16 Jahre alte Begleiterin der beiden angerempelt und ans Gesäß

gefasst haben. Bei der sich anschließenden Auseinandersetzung mit der Gruppe zog sich der 19-jährige Freund der jungen Frau Verletzungen zu; auch sein ein Jahr älterer Begleiter wurde bei dem Gerangel angegangen. Nach ersten Ermittlungen liegen der Polizei zwischenzeitlich die Personalien von mehreren Personen vor, die an der Auseinandersetzung beteiligt gewesen sein sollen. Gegen einen 18-Jährigen wird zudem wegen des Verdachts der Beleidigung auf sexueller Basis ermittelt.
München: Dreiste Aktion vor Gericht! Maschinist Hakki-Hakan E. (31) soll eine Frau (22) vergewaltigt und als Geisel genommen haben. Beim Prozess zeigt er keinen Funken Respekt: Erst setzt er sich eine Papiertüte auf, dann legt er sich schlafen! Offenbar will der Angeklagte betonen, dass er sich für unschuldig hält. Auf der Tüte steht geschrieben: „Habe das nicht getan!!! Scheiß Presse!“ Dazu eine Fratze und die Worte „Not guilty“ – „Nicht schuldig“. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Dachauer vor, die junge Frau nach Salzburg entführt und mit dem Tod bedroht zu haben. Zuvor soll er die Facebook-Bekanntschaft schon einmal vergewaltigt haben. Auch in Salzburg hatten sie Sex – nach Angaben der Frau wollte sie ihn so besänftigen.

http://www.pi-news.net/2016/12/hanau-ehepaar-wegen-deutschseins-verpruegelt/#more-547294
Hanau: Ehepaar wegen Deutschseins verprügelt
Hanau: Ein Ehepaar wurde am frühen Sonntag, dem 1. Weihnachtsfeiertag, in der Philippsruher Allee von einem etwa 25 Jahre alten und 1,90 Meter großen Mann geschlagen und getreten; der 63-jährige Ehemann musste anschließend in einem Krankenhaus behandelt werden. Gegen 0.50 Uhr kam das Paar aus dem Jazz-Keller und ging in Richtung Schloss zum Auto. Kurz vor der Kinzigbrücke kam von hinten der Angreifer, der in einer ausländischen Sprache vor sich hin redete oder sang. Auf gleicher Höhe fragte der Täter in gebrochenem Deutsch die Frau, ob sie Deutsche sei. Als die 65-Jährige dies bejahte, schlug ihr der Mann unvermittelt ins Gesicht. Als der Ehegatte dazwischen ging, wurde er mehrfach auf den Kopf geschlagen und am Boden liegend getreten. Der Täter hatte schwarze lockige Haare, dunkle Augen und trug einen Dreitagebart. Er war schlank und mit einer schwarzen Jacke, hellgrauer Jogginghose sowie weißen Turnschuhen bekleidet.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter / Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Kirchhain: Diverse Prellungen erlitt eine Frau bei einer Attacke von vier Männern am Sonntag, 18. Dezember in der Fußgängerzone. Das unter Schock stehende Opfer konnte bisher noch keine exakte Beschreibung abgeben. Die 38-Jährige war gegen 1.10 Uhr mit ihrem Hund in der Fußgängerzone in Kirchhain unterwegs. Wie berichtet wurde, näherten sich die Männer von hinten und griffen die Frau plötzlich und ohne Vorwarnung an. Nach Schlägen und/oder Tritten ging die 38-Jährige zu Boden. Die Frau erlitt bei dem Angriff diverse Prellungen sowie einen Schock. Ein Rettungswagen brachte die Verletzte zur weiteren Behandlung in die Uni-Klinik. Der Polizei liegt derzeit nur eine vage Beschreibung der mutmaßlichen Täter vor. Bei dem Quartett soll es sich um Ausländer mit dunklem Teint handeln. Drei Männer sind etwa 180 Zentimeter und einer etwa 170 Zentimeter groß.
Marburg: Nach einem Vorfall am Dienstag, 20. Dezember, 13.30 Uhr in der Deutschhausstraße ermittelt die Polizei wegen Körperverletzung. Eine 17-Jährige befand sich in einem Linienbus, vermutlich Linie 7, und wollte eigenen Angaben zufolge an der Haltestelle „Volkshochschule“ in Nähe der Elisabethkirche aussteigen. Dabei musste sich die junge Frau in dem voll besetzten Gelenkbus an mehreren, südländisch aussehenden Männern „vorbeiquetschen“. Unmittelbar danach erhielt sie beim Aussteigen einen Stoß von hinten, knickte um und zog sich eine Prellung am Knöchel zu. Die beschriebenen Männer mit schwarzen, kurzen Haaren sind relativ schmal, alle Anfang 20 Jahre alt und zwischen 170 bis 175 Zentimeter groß.

Darmstadt: Vor dem Gelände eines Einkaufsmarktes in der Dieburger Straße wurde am Samstagabend (17.12.) gegen 17.20 Uhr ein 27 Jahre alter Mann aus Darmstadt von drei Unbekannten attackiert. Der Mann wurde von dem Trio geschlagen und zog sich bei der Auseinandersetzung leichte Verletzungen zu. Die Angreifer sollen dunkelhäutig sein. Einer der Männer hat eine auffällige Frisur. Seine Haare trägt er als sogenannte Dreadlocks.
Korbach: In den sozialen Netzwerken kursieren zwei Meldungen, die Bezug auf den schrecklichen Berliner Vorfall nehmen, bei dem, ein mittlerweile festgenommener, Mann eine junge Frau brutal in den Rücken getreten hat, so dass diese eine Treppe hinunterstürzte und sich dabei schwer verletzte. Ähnliches soll sich am vergangenen Donnerstagabend um 17.20 Uhr in der Korbacher Innenstadt am Berndorfer Torplatz ereignet haben. Allerdings hatte sich bis zum heutigen Montag noch keine Geschädigte bei der Polizei gemeldet. Lediglich Meldungen in den sozialen Netzwerken waren der Polizei bekannt. Im Laufe des heutigen Tages gelang es der Polizei, die 45-jährige Geschädigte aus Korbach ausfindig zu machen und zu befragen. Aus eigenem Antrieb wäre sie wohl nicht zur Anzeigenerstattung erschienen. Sie gibt an, am Donnerstagnachmittag gegen 17.20 Uhr, an der Apotheke Am Berndorfer Tor vorbeigegangen zu sein. Hinter ihr waren drei junge Männer unterwegs. In Höhe der Treppenanlage habe sie dann einen Stoß gespürt und sei 8 bis 10 Stufen hinuntergestürzt. Dabei zog sie sich Prellungen und Schürfwunden zu. Als sie sich aufgerappelt hatte, waren die drei jungen Männer verschwunden. Sie können nur wage beschrieben werden. Alle drei sollen unter 20 Jahre alt sein, kurze dunkle Haare haben und etwa 165 – 175 cm groß sein. Sie trugen Jeans und sportliche kurze dunkle Winterjacken. Zwei der Männer waren mit hellen Turnschuhen und einer mit hellen halbhohen Lederschuhen bekleidet. Die jungen Männer hatten einen südländischen Teint.
Mannheim-Käfertal: Ein 14-Jähriger wurde am Samstagabend im Stadtteil Käfertal von einem unbekannten Täter grundlos zusammengeschlagen. Der 14-Jährige war gegen 19.30 Uhr in der Wormser Straße mit dem Unbekannten in Streit geraten und in dessen Verlauf zu Boden gestoßen worden. Am Boden liegend bekam er noch Tritte gegen den Kopf. Anschließend flüchtete der Täter. Der Geschädigte konnte den männlichen Täter folgendermaßen beschreiben: – ca. 18 Jahre alt – ca. 175 bis 180 cm groß – südländisches Erscheinungsbild.
Schwerin: In den frühen Morgenstunden des vergangenen Sonntags kam auf dem Marienplatz gegen 01.45 Uhr zu einer gefährlichen Körperverletzung. Der Geschädigte erlitt hierbei erhebliche Verletzungen im Gesicht und wird immer noch stationär behandelt. Der Mann konnte erst am heutigen Tag durch die Polizei angehört werden. Er gab der Polizei gegenüber an, aus einer größeren Gruppe von Migranten angegriffen worden zu sein. Unmittelbar nach Absetzens des Notruf kamen sieben Streifenwagen unverzüglich zum Einsatz, die allerdings keine tatrelevanten Personen feststellen konnten. Vor Ort wurde eine Strafanzeige gegen Unbekannt aufgenommen.
Salzburg: Am Giselakai wurde gegen 3.30 Uhr eine Gruppe junger Erwachsener von vier bis sechs unbekannten Tätern attackiert. Laut Aussagen der Opfer handelte es sich um südländische Personen, weitere sachdienliche Hinweise konnten nicht gemacht werden. Zwei der jungen Erwachsenen wurden im Anschluss der Ersterhebung ins Unfallkrankenhaus gebracht.
Chemnitz: Am Samstag gegen 18:50 Uhr wurde ein 26 jähriger Eritreer kontrolliert, welcher am Hauptbahnhof eine weibliche Person beleidigt und geschubst hat. Auf Grund des aggressiven Verhaltens wurde der Eritreer zum Revier verbracht, um eine Personalien Feststellung durchzuführen. Auch im Revier konnte der Eritreer nicht beruhigt werden. Nachdem er von den Beamten einen Platzverweis bis 24:00 Uhr ausgesprochen bekam, ging dieser auf einen der Beamten zu und würgte diesen am Hals. Der Angriff auf den Polizeibeamten konnte durch zwei weitere Beamte abgewehrt werden. Gegen den Eritreer wird nun wegen Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ermittelt.
Hamburg: Anke H. hatte am vergangenen Dienstag gegen 10.40 Uhr gerade die Haspa an der Möllner Landstraße verlassen, als ihr jemand unvermittelt in den Rücken trat. Sie sei völlig arglos gewesen. „Ich muss mich in der Luft noch gedreht haben, jedenfalls bin ich dann an einem Marktstand auf den Hinterkopf geknallt“, sagt die zierliche blonde Frau. Die 57-Jährige kam danach ins Unfallkrankenhaus Boberg, dort diagnostizierten die Ärzte einen Bruch des rechten Handgelenks. „Wäre ich zehn Jahre älter gewesen, hätte es für mich noch deutlich schlimmer ausgehen können“, sagt Anke H. Die Polizei bestätigte den Vorfall auf Abendblatt-Anfrage. Nach den bisherigen Ermittlungen habe der Verdächtige zuvor drei ältere Damen in Tatortnähe um Geld angebettelt, sagt Polizeisprecher Rene Schönhardt.

Weil er kein Geld erhielt, zog er wieder ab. Kurz danach kam es – möglicherweise aus Frust über die Zurückweisung – zu dem verhängnisvollen Tritt. Passanten stellten Harun A. und hielten ihn bis zum Eintreffen der Polizei fest, die ihn in Handschellen abführte. Der 39 Jahre alte Mann sei erkennungsdienstlich behandelt und danach entlassen worden, so Schönhardt. Gründe für einen Haftbefehl lägen nicht vor.
Ichenhausen: In den frühen Morgenstunden des 17.12.2016 wurde in einer Diskothek in Ichenhausen ein 23-Jähriger ohne Vorwarnung und Grund durch einen Faustschlag eines Unbekannten am linken Auge verletzt. Bislang ist nur bekannt, dass es sich beim Täter um einen etwa 25 bis 30 Jahre alten Mann türkischer Herkunft handeln soll.
Limburg: Am Samstag, 17.12.2016, kam es um 02.00 Uhr im Toilettenbereich einer Diskothek in Limburg zu einem Angriff zum Nachteil einer 23- jährigen, männlichen Person. Diese erlitt hierbei Verletzungen im Gesicht/Hals. Tatverdächtig ist eine unbekannte, ca. 25 Jahre alte, männliche Person, 190 cm groß, vermutlich Südländer, welche aus der Diskothek flüchten konnte.

23. Dezember 2016, 17:20 Uhr

Das kriminelle Leben von Anis Amri

Endstation Mailand

Von Hans-Jürgen Schlamp, Rom

Anis Amri wurde in Mailand erschossen. Er hinterlässt Spuren eines tristen kriminellen Lebens und viele offene Fragen - auch an italienische Behörden.

Drei Uhr nachts, auf dem Platz des 1. Mai in Sesto San Giovanni, einer öden Vorstadt im Norden der Dreieinhalb-Millionen-Metropole Mailand. Eine Polizeistreife auf Kontrolle sieht einen Mann mit Rucksack auf dem ansonsten menschenleeren Platz. Offenbar war der gerade vom Bahnhof gekommen. Die zwei Beamten im Auto fahren zu ihm, stoppen, bitten um die Ausweispapiere. Routine. Wie es scheint.

Der Mann stellt den Rucksack auf den Boden, kramt darin und während die Polizisten darauf warten, dass er seinen Ausweis präsentiert, zückt der eine Pistole und feuert. Einen erwischt er an der Schulter. Dann trifft es ihn, tödlich. Der uniformierte Schütze heißt Luca Scatà. 29 Jahre alt, Beamter auf Probe. Der Angreifer heißt Anis Amri, der Islamist, der in Berlin zwölf Menschen getötet und fast 50 verletzt hat.

"Allahu Akbar" habe er gerufen, während er schoss, berichten italienische Medien. Andere wollen wissen, er habe "Scheißbullen" gebrüllt. Klar indes scheint die Identität des Opfers zu sein. An der bestehe "nicht der geringste Zweifel", sagt später Italiens Innenminister Marco Minniti. Italien könne "stolz sein", sagt er noch dazu, man habe gezeigt, dass die "Kontrolle des Territoriums" funktioniere, dass ein gesuchter Flüchtiger umgehend "identifiziert und neutralisiert" werde. (Alle Entwicklungen hier im Newsblog)

Im Video: Tödliche Schüsse in Mailand

"Ich schneide dir den Kopf ab"

Nur, wenn man die Geschichte etwas genauer betrachtet, wäre vielleicht ein wenig mehr italienische Selbstkritik angebracht. Denn Amri war fast fünf Jahre in Italien,

überwiegend in Gefängnissen. Und als er 2015 das Land - Richtung Deutschland - verließ, wussten die Behörden über seine Gefährlichkeit Bescheid. Die Gefängnispolizei hatte dem Anti-Terror-Zentrum einen umfangreichen Bericht über Amris "Radikalisierung und Bereitschaft zu islamistischem Terror" geschickt. Danach habe er einem christlichen Mithäftling etwa angedroht: "Ich schneide dir den Kopf ab."

Ob Anis Amri schon in seiner tunesischen Heimat als Jugendlicher ohne Perspektiven zum islamistischen Fanatiker wurde, ist nicht klar. Klar ist, er kam nicht, wie viele seiner Landsleute, als "Kind des arabischen Frühlings" übers Mittelmeer nach Europa. Er kam als Verbrecher auf der Flucht.

Ein Jahr soll er in seiner Heimat schon eingesessen haben, weil er einen Lkw geklaut hatte. Und als er Tunesien hinter sich ließ, drohten ihm dort wegen eines bewaffneten Raubüberfalls weitere fünf Jahre Knast, erzählte sein Vater jetzt dem tunesischen Radiosender Mosaique.

Auf Gefängnistour in Sizilien

Von Nordafrika nach Europa gab es damals, Anfang 2011, eigentlich nur den Weg über die Insel Lampedusa. Aber auch der war monatelang versperrt, weil Italien sich überfordert sah, die schnell wachsende Zahl der Migranten aufzunehmen.

Die Infrastruktur des kleinen Eilands weit vor der italienischen Küste brach zusammen. Italiens damaliger Regierungschef Silvio Berlusconi eilte herbei und "löste das Problem" auf die ihm eigene Art: Die 13.000 sich auf Lampedusa drängenden Flüchtlinge dürften nach Italien, versprach er, mit Ausnahme jener, die in Tunesien aus dem Knast oder vor der Polizei geflohen waren. Die tunesischen Behörden würden das zügig klären. Und sie würden alle weiteren Flüchtlingstrecks übers Mittelmeer unterbinden.

Überblick: Der Weg des Anis Amri durch Europa

Nichts von beidem wurde wahr - und so gelangte auch der Jungkriminelle Amri problemlos nach Italien. Und das, obwohl er offenbar sogar auf Lampedusa Spuren hinterlassen hatte: Gemeinsam mit Freunden soll er in der Flüchtlingsunterkunft Feuer gelegt haben. Aus Protest, dass man sie nicht schneller aufs Festland brachte.

Er kam nach Sizilien und auch dort ging sein Leben mit Lug und Trug weiter: Er sei 17 Jahre alt, sagte er. Tatsächlich war er längst 18 - also nicht minder-, sondern volljährig. Bei seiner "Karriere" ist der kleine Unterschied allerdings wichtig: Als Amri, nur ein paar Monate später, am 24. Oktober 2011 verhaftet wurde - wegen Brandstiftung, Körperverletzung, Bedrohung und Diebstahl - wurde er in einer Jugendstrafanstalt festgesetzt und nicht in dem harten Knast für Erwachsene.

Vier Jahre saß er in verschiedenen sizilianischen Haftanstalten ein. Und spätestens dort profilierte er sich als "Führer der jungen Islamisten", wie ein Bericht der Sicherheitsbehörden seinerzeit vermerkte.

Amris Abgang in Italien: Freigelassen und vergessen

Als er 2015 entlassen wurde, legte ihm die Polizei gleich einen Ausweisungsbescheid vor. Aber die tunesischen Behörden, die die Herkunft des Abzuschiebenden hätten bestätigen müssen, damit es zum Vollzug der Ausweisung kommen kann, hatten offenbar wenig Interesse, ihren hochkriminellen Staatsbürger zurückzunehmen. Sie verschleppten das Verfahren so lange - so

jedenfalls stellen es die italienischen Behörden dar - bis die vom italienischen Recht vorgeschriebene Frist für ein solches Verfahren überschritten war. Die Ausweisung war damit gescheitert. Nun wollten auch die Italiener den gefährlichen jungen Mann offenkundig nicht unbedingt im Land behalten.

Amri wurde freigelassen und reiste, vermutlich im September 2015, ungehindert nach Deutschland. Italien habe freilich, so sagen die dortigen Behörden, alle Informationen über den gefährlichen, kriminellen und islamistisch radikalisierten Tunesier in die Europäische Polizeidatenbank und in das Schengen-Informationssystem eingespeist. Die deutschen Behörden hätten also alles über dessen Untaten in Italien erfahren können.

Italiens Behörden interessierten sich offenbar erst im Juni 2016 wieder für Amri. Das legt ein Bericht der Polizei von Catania nahe, den die römische Zeitung "La Repubblica" zitiert. Demnach wollte das römische Innenministerium damals genaueres über Amris Jahre in den sizilianischen Gefängnissen wissen. Aber da war der längst unerreichbar für die Italiener. In deren Hoheitsbereich kehrte er erst jetzt, nach seiner grauenhaften Tat in Berlin zurück. Mit der Eisenbahn reiste er über Chambéry in Frankreich nach Turin, dann nach Mailand. Dort kam er gegen ein Uhr an und fuhr zwei Stunden später weiter nach Sesto San Giovanni. Seiner Endstation.

Viele offene Fragen

Doch der Fall ist damit längst nicht zu Ende. Vieles ist ungeklärt. Auch in Italien. Warum zog es Amri nach Mailand? Nach Italien? Wo die Behörden mehr über ihn wissen, als irgendwo sonst? Warum riskierte er das? Zu wem hatte er Kontakt aufgenommen und wie? Ein Handy fand man nicht bei ihm (inzwischen haben Ermittler in Berlin sein Mobiltelefon sichergestellt). Auch keine Adresse.

Aber niemand fährt zufällig nächtens nach Sesto San Giovanni. Früher war das eine Arbeiterstadt. Heute ist es eine krisengeplagte Problemzone. Mit vielen Drogen und Islamisten. Dort, wie im gesamten Mailänder Raum, gebe es radikalislamische Netzwerker zu Hauf, heisst es.

Video: Terror in Berlin - Chronik der Ereignisse

Stimmen Sie hier ab

URL:

- http://www.spiegel.de/politik/ausland/anis-amri-und-der-anschlag-in-berlin-endstation-mailand-a-1127411.html

http://www.idea.de/nc/drucken/detail/islamkritiker-abdel-samad-fordert-antworten-von-bundeskanzlerin-merkel-99417.html

Islamkritiker

Abdel-Samad fordert Antworten von Bundeskanzlerin Merkel

Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad. Foto: picture-alliance/dpa

Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad. Foto: picture-alliance/dpa

Berlin (idea) – Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad (Berlin) hat Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (beide CDU) in einem Offenen Brief aufgefordert, Maßnahmen zum Schutz der deutschen Bürger zu ergreifen. Die Schonzeit sei vorbei: „Kalenderweisheiten und das ständige Warnen vor der AfD reichen nicht mehr aus, um den inneren Frieden im Lande zu bewahren." Hintergrund des Briefs ist der Terroranschlag am 19. Dezember in Berlin, als ein Lkw bei der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in die Menge auf dem Weihnachtsmarkt gerast war. Zwölf Menschen starben, 53 wurden zum Teil schwer verletzt. Der Attentäter, der 24-jährige Tunesier Anis Amri, wurde am 23. Dezember in Mailand bei einem Schusswechsel getötet. Er hatte zuvor in einem Video die Ermordung von Christen angekündigt. Abdel-Samad zählt nach Angaben seines Verlags „Droemer Knaur" (München) zu den profiliertesten islamischen Intellektuellen im deutschsprachigen Raum. In seinem Schreiben formuliert der deutsch-ägyptische Politologe und Publizist acht Fragen, etwa wie ein vorbestrafter Islamist sich in Deutschland so lange frei bewegen und seine Tat vorbereiten konnte, „ohne dass die Behörden einen blassen Schimmer von seinen Plänen hatten".

Vorwurf: Merkel gestaltet nicht, sondern managt von ihr teilweise selbst geschaffene Probleme

Weiter interessiert Abdel-Samad, wie viele Millionen Euro in Deutschland für die Überwachung von Islamisten verwendet werden, was mit den zwölf Moscheen geschehe, die Amri besucht habe und in denen er teilweise als Imam aufgetreten sei, wie viele Islamisten im Zuge der Grenzöffnung im September 2015 nach Deutschland eingereist seien, wie viele Straftaten von Menschen begangen worden seien, die als „Schutzsuchende" in den vergangenen 15 Monaten nach Deutschland kamen, wie viele der friedlichen Flüchtlinge bereits Deutsch lernen, eine Arbeitsstelle haben und wie viele von ihnen frustriert seien und „kurz vor der Radikalisierung" stünden. Er bezweifle nicht, so Abdel-Samad weiter, dass Merkel „gute Absichten" gehabt habe, als sie die Grenzen im vergangenen Jahr geöffnet habe: „Aber gute Absichten schützen nicht vor der Verantwortung für das Versagen. Wann übernehmen Sie endlich die Verantwortung? Warum glauben Sie und warum glauben so viele in diesem Land, dass Sie alternativlos sind?" Merkel gestalte nicht, sondern manage nur die von ihr teilweise selbst geschaffenen Probleme. Abschließend fragt Abdel-Samad, ob die Bundeskanzlerin weiterhin glaube, dass der Islam ein Teil von Deutschland sei.

Gauland: Muslime müssen sich anpassen

Währenddessen hat der stellvertretende AfD-Vorsitzende, Alexander Gauland, Muslime dazu aufgerufen, sich in Deutschland anzupassen: „Es mehren sich die Anzeichen, dass unsere Lebensweise in Deutschland schleichend ausgehöhlt wird." Durch falsche Rücksicht auf die islamische Minderheit werde immer mehr auf christlich-abendländische Gewohnheiten verzichtet. Gauland: „Das führt in Kombination mit der noch immer unkontrollierten Einwanderung von Muslimen nach Deutschland in eine islamisch geprägte Gesellschaft." Sankt Martin werde „Lichterfest" genannt, auf öffentlichen Plätzen auf Weihnachtsbäume sowie in manchen Schulen auf Schweinefleisch verzichtet und muslimische Mädchen würden vom Schwimmunterricht freigestellt. Es sei „völlig absurd, Teile unserer Kultur aus Gründen, die nichts mit uns zu tun haben, einfach so aufzugeben".

http://www.pi-news.net/2016/12/60-jaehrige-von-mehreren-maennern-begrapscht/#more-548813

60-Jährige von mehreren Männern begrapscht

Gießen: Am vergangenen Mittwoch, dem 28.12.2016, wurde eine Frau (60) aus dem mittelhessischen Staufenberg am Hauptbahnhof in Gießen von mehreren – bisher unbekannten – Männern beleidigt, bedroht und begrapscht. Die Frau kam von Frankfurt am Main mit einem Regionalexpress in Gießen an. Nach Ankunft am Gleis 2, gegen 17 Uhr, verließ sie den Zug. Unmittelbar nach dem Aussteigen, so gab die Frau gegenüber der Polizei an, sollen sie zunächst zwei, später vier junge Männer intensivst bedrängt haben. Die Männer sollen sie begrapscht, mit den übelsten Schimpfwörtern beleidigt und bedroht haben. Völlig verängstigt konnte sie in das Fahrzeug ihres Abholers vor dem Bahnhof einsteigen und sich der Situation entziehen. Die Frau hat dunkle Hautfarbe und trug schwarze Kleidung. Die Täter wurden wie folgt beschrieben: Sie hatten auch dunkle Hautfarbe, die Kleidung kann nicht beschrieben werden. Laut Aussage der Frau könnte es sich um Nordafrikaner gehandelt haben.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter

Aichach: Am 19.12.2016, gegen 13:00 Uhr, trat der bereits mehrfach in Aichach in Erscheinung getretene Exhibitionist auf einem Feldweg, welcher westlich der Paar und parallel zur Franz-Beck-Straße verläuft, gegenüber einer 46-jährigen Aichacherin auf. Aufgrund der zeitnahen Verständigung und einer guten Personenbeschreibung, konnte der mutmaßliche Täter eine halbe Stunde später von einer Funkstreife der Polizei Aichach im Stadtgebiet festgenommen werden. In seiner Vernehmung gestand dieser die bislang neun ungeklärten Taten ein. Der 27-jährige Täter, ein Asylbewerber aus Eritrea, wird am 20.12.2016 in Augsburg dem Richter zur Prüfung der Haftfrage vorgeführt.

Kempten: Eine äußerst unangenehme Bekanntschaft mit einem Ausländer machte eine 29-jähriger Oberallgäuerin am späten Nachmittag des 25.12. auf dem Weg zum Bahnhof, in der Wiesstr.. Zuerst wurde sie von dem unbekannten Mann um Feuer gefragt, als dieser sie dann an der Hand nehmen wollte. Nachdem die Frau den Körperkontakt verweigert hatte, fasste der Mann ihr unvermittelt in den Schritt. Der Täter, etwa 22 Jahre alt, arabisch sprechend und dementsprechendes Aussehen, ca. 180 cm groß, mit Vollbart, weißem Pullover und signalroter Weste, entkam unerkannt.

Könnern: Ein 28-jähriger Asylbewerber aus einem schwarzafrikanischen Land hat am Montagnachmittag für einen Polizeieinsatz am Bahnhof in Könnern gesorgt. Der Mann bat ein 13-jähriges Mädchen um eine Zigarette, die er auch erhielt. Doch dann wurde der Afrikaner aufdringlich und suchte körperlichen Kontakt, den das Mädchen abwehrte. Das Opfer flüchtete daraufhin, die Polizei wurde durch Zeugen informiert. Die Identität des Mannes konnte vor Ort von den Beamten zweifelsfrei festgestellt werden.

Unna: 14 Monate auf Bewährung wegen sexuellen Missbrauchs und Körperverletzung an einem Kind. Diesen Richterspruch der Unnaer Amtsrichterin Vielhaber-Karthaus vom 16. Juni will der Verurteilte nicht akzeptieren. Der syrische Asylbewerber hat das Urteil über

seinen Anwalt angefochten. Begründung: Verfahrensfehler der Klägeranwältin vor dem Prozess im Frühsommer. Nun passiert vermutlich das, was die Eltern ihrem heute 12jährigen Mädchen um jeden Preis ersparen wollten: Es muss selbst aussagen, was ihm am 13. April mittags im dm am Ostring widerfuhr. Heute trafen sich die Parteien vor dem Landgericht wieder. Dort wurde klar, dass der Richter auf einer Zeugenaussage des damals 11jährigen Mädchens besteht. Die Tat des damals 34jährigen Mannes an der Fünftklässlerin wurde auf Videokameras im Markt dezidiert aufgenommen. „Dennoch will der Richter Kim selbst hören“, berichete uns heute die Mutter des Mädchens. Sie versteht das: „Er schien auf unserer Seite. Er möchte das Urteil hieb- und stichfest haben, damit der Mann nicht noch die nächst höhere Instanz einschalten kann.“ Die kleine Kim, Schülerin der Peter-Weiss-Gesamtschule, war also heute als Zeugin geladen, doch ihr Vater blieb mit ihr zu Hause. Die Mutter, gleichfalls als Zeugin benannt, erlebte in Saal 24 des Landgerichts ein Lehrstück kalter, nüchterner Juristerei, das sie sprachlos zurückließ. Der Richter besteht darauf, dass die kleine Kim aussagt. Was die Eltern ihr ersparen wollten, mit Rücksicht auf ihr Alter sowie ihre Krankheit: Die Kleine leidet an Epilespie. Die Krampfanfälle, vor jenem Mittag im dm faktisch verschwunden, kehrten unmittelbar nach diesem Missbrauchserlebnis umso heftiger zurück. Jetzt muss die 12Jährige schwere Medikamente nehmen, die sie depressiv machen, schildert die Mutter. Dennoch: Kim soll aussagen. Dabei sind die Bilder, die die Videokamera der Drogerie am Tatmittag aufnahm, so überdeutlich, dass die Schöffen heute beim Abspielen des Videos im Gerichtssaal knallrot anliefen, berichtet Kims Mutter, rot vor Erschütterung und Fassungslosigkeit.

Plessur: Vor dem Bezirksgericht Plessur mussten sich am Freitag drei Eritreer verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, in der Nacht vom 17. auf den 18. Februar 2016 eine Frau in der Bahnhofshalle in Chur missbraucht zu haben. Wie die «Südostschweiz» schreibt, fand die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Lediglich eine anonymisierte Anklageschrift wurde ausgehändigt. Einer der Täter ist noch flüchtig, ein anderer wird sich vor dem Jugendgericht verantworten müssen. Das Urteil steht noch aus. Laut Anklage waren die fünf jungen Eritreer in besagter Nacht etwa zwischen 22 und 23.43 Uhr in der Churer Bahnhofshalle und tranken Alkohol. Auch das spätere Opfer war dort, auch sie war nicht mehr nüchtern. Wie die «Südostschweiz» schreibt, kannte sie einen der Männer flüchtig. Plötzlich soll einer der Männer sie umarmt und auf den Mund geküsst haben. Dabei blieb es nicht. In der Folge haben laut Anklage auch zwei weitere sie geküsst, umarmt, an Brüste und zwischen die Beine gefasst. Dies, während sich das Opfer zu wehren versuchte. Danach verschob sich die Gruppe in Richtung Alexanderplatz. «Den Beschuldigten war bewusst, dass die Frau nicht mehr imstande war, sich gegen ungewollte sexuelle Kontakte zu wehren», so die Anklage. «Trotzdem beabsichtigten sie, ihr Opfer zum Beischlaf zu missbrauchen.» In einem Vorgarten eines Mehrfamilienhauses zogen die Männer ihrem mutmasslichen Opfer schliesslich die Hose aus und zerrissen ihren Slip. Laut Anklage streiften sich zwei Männer Kondome über. Einer vollzog an ihr den Beischlaf, danach wollte ein zweiter sie missbrauchen, während ein anderer sie am Kopf festhielt. Dazu kam es allerdings nicht, da genau dann zwei Hausbewohner auftauchten. Die Asylbewerber ergriffen die Flucht. Im Kantonspital Graubünden wurde später bei der Frau ein Blutalkoholgehalt zwischen 1,67 und 2,62 Promille gemessen. Auch Medikamente wurden nachgewiesen, so die «Südostschweiz». Die Anklage spricht von einer herabgesetzten Zurechnungsfähigkeit. Zudem hat das Opfer Prellungen an beiden Knien, an Ober- und Unterschenkel, an Arm und Fuss. Hinzu kommen Hautabschürfungen an Beinen, Lippe und Hinterkopf. Zudem wies sie Kratzspuren an der Oberlippe, oberhalb der Brust und am Handrücken auf.

Wels: Ein 15-jähriger Afghane ist jetzt wegen sexueller Belästigung angeklagt worden, nachdem es im September am Welser Volksfest gleich zu mehreren Übergriffen gekommen war . Dem Burschen wird vorgeworfen, einem Opfer zwischen die Beine in den Intimbereich und einem weiteren ans Gesäß gefasst zu haben.in Termin für die Verhandlung stand noch

nicht fest. Dem 15-Jährigen droht eine Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten, teilte die Staatsanwaltschaft Wels am Freitag mit. Ein weiterer Fall wurde bereits mittels Diversion erledigt, dieser Beschuldigte soll ebenfalls einer Frau an den Po gegriffen haben. Insgesamt waren nach dem Volksfest noch weitere 15 Anzeigen ähnlichen Inhalts eingegangen. Die Ermittlungen, insbesondere gegen zwei weitere Verdächtige, mussten aber eingestellt werden, weil die Opfer die mutmaßlichen Täter nicht ausreichend identifizieren konnten, hieß es. Drei Frauen hatten sofort Anzeige erstattet, nachdem sie in der Nacht auf den 3. September in einer Halle, in der sich mehrere Lokale befanden, im dichten Gedränge von Männern begrapscht worden waren. Die Opfer berichteten, die Täter hätten sie festgehalten und ihnen zwischen die Beine gegriffen. Die Polizei ging bereits zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass es mehr Betroffene gibt. Fünf weitere hatten sich noch am Wochenende gemeldet, die restlichen Opfer erstatteten in den darauffolgenden Tagen Anzeige.
Würzburg: Auf der Toilette einer Diskothek ist eine junge Frau in der Nacht von Freitag auf Samstag von einem zunächst Unbekannten angegriffen worden. Der Lebensgefährte der Geschädigten eilte ihr schließlich zu Hilfe. Die Würzburger Polizei nahm wenig später einen 27-Jährigen fest, der mittlerweile nach Entscheidung des Ermittlungsrichters wegen versuchter sexueller Nötigung im besonders schweren Fall in Untersuchungshaft sitzt. Die Geschädigte hatte sich gegen 01.10 Uhr mit ihrem Lebensgefährten in einer Diskothek in der Sanderstraße aufgehalten. Während sie die Damentoilette aufsuchte, wartete der 28-Jährige vor der Türe auf sie. Als die 27 Jahre alte Frau die Kabine aufschloss und diese verlassen wollte, drängte ein Unbekannter mit in die Kabine. Der aus dem Iran stammende Mann hatte zuvor noch versucht zu flüchten. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Würzburg wurde der Beschuldigte am Samstagvormittag dann dem Ermittlungsrichter vorgeführt.
Bad Nauheim: Die Polizei in Friedberg, Tel. 06031-601-0, sucht Zeugen nach einem Vorfall in der Nacht zum Mittwoch am Bahnhof in Bad Nauheim. Zwischen 00.15 und 00.30 Uhr entwickelte sich ein zunächst harmloses Gespräch einer 21-jährigen Friedbergerin mit einem ihr unbekannten Mann gänzlich entgegen ihrer Vorstellung. Der Fremde berührte sie gegen ihren Willen und bedrängte sie, während sie auf einer Bank am Bahngleis saß und auf den Zug wartete. Der Mann wird als 23 bis 28 Jahre alt, 1.70 bis 1.75m groß, schlank und mit dunkler Hautfarbe und afrikanischer Herkunft beschrieben.
Aalen: Bei der Kriminalpolizei wurde nachträglich Anzeige wegen Verdacht eines Sexualdeliktes erstattet. Eine 21 Jahre alte Frau hielt sich nach ihren Angaben am Halloween-Abend vom 31.10. auf 1.11.16 in einer Diskothek in der Eduard-Pfeiffer-Straße auf. Wie der Abend weiter verlief ist unklar – nach derzeitigem Ermittlungsstand kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass in der Folge ein noch unbekannter Täter in seinem Fahrzeug die junge Frau gegen ihren Willen sexuell belästigte. Die Polizei sucht aus diesem Grund nach dem Fahrer eines hellblauen, fast schon „babyblauen“ Audi neueren Modells. Der Fahrer wird als schlank, ca. 1,80 m groß mit dunklem Teint sowie dunklen Haaren beschrieben. Er soll etwa 25 Jahre alt gewesen sein.

http://www.pi-news.net/2017/01/massenhafter-sozialbetrug-durch-asylbewerber/#more-549268

Massenhafter Sozialbetrug durch Asylbewerber

BRAUNSCHWEIG. Der niedersächsische Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Ulf Küch, hat den Bund für die mangelhafte Registrierung von

Asylsuchenden kritisiert. „Wenn der Bund früher dafür gesorgt hätte, daß von allen Flüchtlingen jeweils wenigstens ein Fingerabdruck genommen wird, hätten sie keine Chancen gehabt, sich Zahlungen zu erschleichen“, sagte Küch der Braunschweiger Zeitung.
Die Bundesregierung hätte die Landesaufnahmebehörden sofort mit Fingerabdruck-Scannern und entsprechenden Lesegeräten ausstatten müssen. Es sei ärgerlich und fahrlässig, daß dies nicht geschehen sei.
Am Neujahrstag hatte der NDR das Erschleichens von Geldleistungen durch etwa 300 Asylbewerber berichtet. Die Einwanderer stehen im Verdacht, sich während der Asylkrise im Sommer 2015 mehrere Scheinidentitäten zugelegt zu haben.
Durch die Überlastung der Landesaufnahmebehörden wurde den Betroffenen mehrfach Geld ausgezahlt. Bis zu 350 Euro pro Identität und Monat konnten sich die Asylbewerber so erschleichen. Ein Mitarbeiter bemerkte schließlich die Ähnlichkeit vieler Männer auf Fotos. Dadurch sei ein Schaden von mehreren Millionen Euro entstanden.
„Wir hatten schon im Oktober 2015 auf diese Möglichkeit hingewiesen“, betonte Küch, der auch Chef der Kriminalpolizei in Braunschweig ist. Der Mißbrauch sei absehbar gewesen, wenn die eindeutige Feststellung der Identität durch eine Überprüfung von Fingerabdrücken nicht erfolge.
Die Polizei ermittelt derzeit in rund 90 Fällen. Küch schätzt die Gesamtzahl der Betrugsfälle in seinem Bundesland aber um ein Vielfaches höher ein. Ein Nordafrikaner habe in neun Monaten auf diese Weise mehr als 40.000 Euro erschlichen. „Jetzt suchen wir ihn“, klagte der Beamte.
Von der Justiz wünsche er sich bundesweit, daß sie Haftbefehle gegen Sozialbetrüger erließe und diese nicht nur zur Aufenthaltsermittlung ausschreibe. „Alles andere ist organisierter Schwachsinn“, kommentierte Küch. Diese Klientel sei kaum greifbar, da sie sehr mobil sei.
Während des Asylverfahrens sollen Asylbewerber kein Geld, sondern mit notwendigen Naturalien ausgezahlt werden. „Es hat sich herumgesprochen, daß man in Deutschland überall Geld bekommt. Die Auszahlung in Naturalien wäre ein probates Mittel, um diese Betrüger gar nicht erst anzulocken.“
(Artikel übernommen von der JUNGEN FREIHEIT)

Dass „multiple Persönlichkeiten“ unter den „Flüchtlingen“ bereits lange vor der „Asylkrise“ des Jahres 2015 hier Steuergelder unberechtigt abkassierten, wurde letzte Woche bei Bild-online veröffentlicht. Ein „Schutzsuchender“ kassiert bereits seit 2014 mit sieben verschiedenen Identitäten:
Es dauerte fast ein Jahr, bis er den Behörden auffiel: Ein Flüchtling aus dem Sudan meldete sich mit sieben unterschiedlichen Namen in verschiedenen Kommunen an, kassierte mit falschen Identitäten insgesamt 21.000 Euro „Stütze“! Al Haj O. (24, so sein angeblich richtiger Name) kam 2014 als Asylbewerber nach Deutschland, bezog Leistungen in Salzgitter, wo er gemeldet war.
Dann zog der Sudanese durch Niedersachsen, meldete sich unter sechs Alias-Namen bei Ausländerbehörden u.a. in Sarstedt, Hannover, Wolfsburg, Cuxhaven und Rotenburg an, strich ebenfalls Geld ein. Im September fiel der Schwindel auf – Festnahme, U-Haft. Jetzt klagte ihn die Staatsanwaltschaft Hannover an, demnächst Prozess am Amtsgericht.
Im September wurden im oberbayrischen Fürstenfeldbruck ebenfalls Fälle von Sozial-Betrug durch Mehrfach-Identitäten seitens Asylanten bekannt (PI berichtete hier).

http://www.pi-news.net/2017/01/hamburg-krankenschwester-mit-hilferufen-gelockt-von-afrikanern-gruppenvergewaltigt/#more-550003

Hamburg: Krankenschwester mit Hilferufen gelockt – von Afrikanern gruppenvergewaltigt

St. Georg – Es ist ein widerliches Verbrechen! Abends wird eine Frau durch Hilferufe in den Lohmühlenpark gelockt, dort fallen mehrere Männer über sie her. Sie schlagen ihr Opfer bewusstlos – und vergehen sich offenbar auch sexuell an ihm! Es ist gegen 21.45 Uhr, als die 28-Jährige Feierabend macht, zu ihrem Wagen geht. Nach BILD-Informationen ist sie Krankenschwester in der Asklepios-Klinik St. Georg, hatte ihr Fahrzeug auf dem dortigen Parkplatz abgestellt. Als sie dann die Schreie aus der Grünanlage hört, eilt sie sofort in diese Richtung.

Im Park wird sie von fünf Schwarzafrikanern (20 bis 30) angegriffen, zu Boden gedrückt. Ein riesiger Mann (über 180 cm) soll ein grünes Gewand mit glitzernden Nähten getragen haben. Er hatte helle Punkte auf beiden Wangen. Dann verliert sie das Bewusstsein. Als sie völlig unterkühlt wieder zu sich kommt, wählt sie den Notruf 112. Feuerwehrleute finden sie, Teile ihrer Kleidung sind vom Körper gerissen. Angeblich kann sie schon kurz darauf vage Angaben zur Tat machen, erinnert sich nach BILD-Informationen daran, dass ihre Peiniger nicht deutsch miteinander sprachen. Auch das Geld der jungen Frau hatten die Täter geraubt.

Der Polizeibericht enthält noch keine Täterbeschreibung:

Hamburg: Tatzeit: 07.01.2017, 21:45 Uhr Tatort: Hamburg-St. Georg, Bülaustraße/Lohmühlenpark. Eine 28-Jährige ist gestern Abend in einem Park von mehreren Männern angegriffen und beraubt worden. Die weiteren Ermittlungen hat das Landeskriminalamt 42 übernommen. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen hörte die spätere Geschädigte Hilferufe aus dem Lohmühlenpark. Als sie sich in den Park begab, um diesen nachzugehen, wurde sie von mehreren Männern angegriffen, ging zu Boden und verlor zwischenzeitlich das Bewusstsein. Nachdem die Geschädigte das Bewusstsein wieder erlangt hatte, gelang es ihr Rettungskräfte zu alarmieren. Beamte des Polizeikommissariats 11 fanden die Geschädigte verletzt im Park auf. Offenbar wurde die Geschädigte beraubt. Da auch Hinweise auf ein Sexualdelikt vorlagen, übernahm das LKA 42 die weiteren Ermittlungen. Zeugen, die den Übergriff beobachtet haben oder Hinweise auf die Täter geben können, werden gebeten, sich unter der Telefonnummer 040/ 4286- 56789 zu melden. Die Vernehmung der Geschädigten steht noch aus. Die Ermittlungen dauern an. Weitere Auskünfte können derzeit nicht erteilt werden.

Seit Jahresanfang kam es zu Dutzenden von Sexualdelikten, davon drei Vergewaltigungen, darunter die o.g. Gruppenvergewaltigung. Weitere Sexualstraftaten seit 1.1.2017 chronologisch sortiert:

1.1.2017 Frankfurt: Zu dieser sexuellen Belästigung bei einer 25-jährigen Frau kam es kurz nach Mitternacht im Bereich des Eisernen Steges. Ein 30-jähriger Afghane hatte der Frau an den Po gefasst. Das Opfer wandte sich direkt an die Polizei und zeigte die Belästigung an. Der Täter wurde noch am Tatort – zusammen mit vier weiteren Afghanen – festgenommen und in die polizeilichen Haftzellen verbracht. Gegen alle Beteiligten wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

1.1.2017 Flensburg: Die Kriminalpolizei Flensburg geht derzeit zwei angezeigten Übergriffen in der Silvesternacht in Flensburg und Glücksburg nach und sucht in diesem Zusammenhang nach Zeugen. Nach Angaben einer 17 Jahre alten Jugendlichen sei sie an der Flensburger Hafenspitze von einer männlichen Person gegen 00.30 Uhr oberhalb ihrer Kleidung unsittlich berührt worden. Zusätzlich habe der Mann versucht, das Mädchen zu küssen. Der Täter wurde durch die Geschädigte wie folgt beschrieben: – ca. 17 Jahre alt – schlanke Statur – kurze schwarze Haare – abstehende Ohren – sprach gebrochen deutsch – nordafrikanisches Erscheinungsbild – dunkle Hose und Jacke – trug weiße „Nike“-Schuhe.

1.1.2017 Traunstein: In der Nacht zum Sonntag wurde eine 19-Jährige von einem syrischen Asylbewerber sexuell belästigt. Der 21-Jährige umklammerte die junge Frau und schmuste sie heftig ab. Am Sonntag, gegen 1 Uhr, ging eine 19-Jährige aus Tittmoning zusammen mit ihren Freundinnen vom Traunsteiner Bahnhof in Richtung der Diskothek Underground. Auf Höhe des Einkaufszentrums bemerkten die Frauen drei männliche Personen. Einer der Männer lief auf die 19-Jährige zu, umklammerte sie und schmuste sie heftig ab. Dabei packte er das Gesicht so stark, dass die junge

Frau Schmerzen verspürte. Der Täter, ein 21-jähriger syrischer Asylbewerber, ließ nach kurzer Zeit von der Tittmoningerin ab und entfernte sich vom Tatort. Eine weitere männliche Person kam hinzu und entschuldigte sich für das Verhalten seines Freundes. Durch die verständigte Security der Diskothek wurde der beschuldigte Syrer aus dem Lokal geholt und der Polizei übergeben. Er wird wegen sexueller Belästigung angezeigt.

1.1.2017 Hamburg St. Pauli/City: Die Polizei hatte extra ein Großaufgebot von mehr als 500 Beamten zusammengezogen – dennoch ist es wieder passiert. Einige Täter schlugen sogar direkt vor den Augen der Polizisten zu! Mindestens 14 Frauen (18-26) wurden in der Silvesternacht Opfer von Sex-Übergriffen. Die Tatorte: der Jungfernstieg, die St. Pauli Landungsbrücken, zwei Mal der Hans-Albers-Platz und zehn Mal Beatles-Platz/Große Freiheit. Ein Beamter: „Frauen wurde auf den Po, in den Schritt und sogar unter das Kleid gefasst." Immerhin, bei neun Sex-Übergriffen wurden zehn Männer (17-42) geschnappt – drei Syrer, drei Iraker, zwei Afghanen, ein Eritreer und ein Deutsch-Russe. Sie kamen nach erkennungsdienstlichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß. Die flüchtigen Täter werden beschrieben als Südländer, Araber oder Nordafrikaner. Polizeisprecher Timo Zill: „Wir waren gut aufgestellt, aber das war auch nötig." Sonst wäre es möglicherweise noch schlimmer geworden – wie vor einem Jahr, als 410 Frauen überwiegend auf dem Kiez Opfer eines Sex-Mobs wurden. Auf dem Jungfernstieg versammelten sich dieses Jahr nur noch 4000 Menschen (-8000 zum Vorjahr), laut Polizei fast nur Migranten. „Die Stimmung war aggressiv", so Polizeisprecher Zill. Die Polizei zog vorsorglich weitere Kräfte zusammen. Nach etlichen Platzverweisen beruhigte sich dort gegen 1.30 Uhr die Lage.

1.1.2017 Berlin: Nachdem der Polizei am Neujahrstag noch sechs Fälle sexueller Belästigungen bekannt gewesen waren, hat sich diese Zahl bis Freitag auf 22 Anzeigen erhöht. Alle Taten haben sich im Bereich der Feiermeile zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule ereignet. Diese Information lag der Polizei seit Donnerstag vor, wurde aber erst auf Nachfrage des Tagesspiegels am Freitag mitgeteilt. „Den Opfern wurde in den meisten Fällen ans Gesäß und zwischen die Beine gefasst", sagte eine Sprecherin. In mindestens zehn Fällen näherten sich Einzeltäter den Opfern aus Gruppen heraus.

1.1.2017 Freiburg: Am Neujahrstag (1.1.2017), gegen 17.00 Uhr, wurde der Polizei von einer 24-jährigen Frau mitgeteilt, dass sie in der Silvesternacht zwischen 02.30 Uhr und 03.00 Uhr in der Kaiser-Joseph-Straße von einem unbekannten Mann sexuell belästigt worden sei. Nach den Schilderungen der jungen Frau habe der Unbekannte sie zunächst angesprochen und an den Armen festgehalten. Als der Mann versuchte, sie zu küssen und sie mehrfach über der Bekleidung unsittlich berührte, gelang es ihr, sich loszureißen und wegzulaufen. Vor dem Vorfall war die Frau in Begleitung ihres Freundes gewesen – wegen eines Streits war man dann jedoch getrennt weiter gegangen. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: Männlich, nordafrikanisch-arabisches Aussehen, etwa 25 Jahre alt, ca. 165 cm groß, schlank, dunkle Haare. Er sprach gebrochenes, eher unverständliches deutsch und war bekleidet mit einer roten Jacke und einer dunklen Jeanshose. Der Mann war offenbar alleine unterwegs.

1.1.2017 Wiesbaden: Frau durch Taxifahrer sexuell bedrängt, Wiesbaden, Schinkelstraße, 01.01.2017, 03:00 Uhr. Am Neujahrsmorgen belästigte ein Taxifahrer in der Schinkelstraße in Wiesbaden einen weiblichen Fahrgast und berührte die 34-jährige Frau hierbei unsittlich. Angezeigt wurde die Tat zu Mittagszeit. Die Wiesbadenerin hatte sich nach dem Besuch einer Gaststätte in der Schwalbacher Straße gegen 03:00 Uhr ein Taxi bestellt. Auf dem Weg nach Hause in die Welschstraße verhielt sich der Fahrer nach Angaben der Geschädigten verbal aufdringlich. In der Schinkelstraße habe der Fahrer dann gestoppt, sich über die auf dem Beifahrersitz sitzende Frau gebeugt, diese unsittlich berührt und versucht zu küssen. Die Wiesbadenerin gab dem Fahrer deutlich zu verstehen, dass er dies unterlassen soll und stieg aus. Der Taxifahrer stieg ebenfalls aus, die 34-Jährige konnte zwischenzeitlich jedoch ihren Hauseingang erreichen. Das Taxi fuhr nun davon. Der Mann sei 30-35 Jahre alt, von schlanker Statur und augenscheinlich nicht sehr groß. Er habe braune Augen, schwarze, kurze, leicht lockige Haare und ein gepflegtes Äußeres gehabt. Nach Angaben der Geschädigten habe er ein ausländisches Erscheinungsbild gehabt und akzentfrei Deutsch gesprochen.

1.1.2017 Coesfeld: Am 01.01.17, um 03.30 Uhr, wurde eine 49-jährige Coesfelderin von einem unbekannten Mann belästigt und bedrängt. Offensichtlich nutzte er hierbei einen günstigen

Augenblick und entwendete ihre Geldbörse mit Ausweispapieren und Bargeld aus der Handtasche. Der Täter wird wie folgt beschrieben: männlich, ca. 30 Jahre alt, ca. 180cm groß, dunkelblondes sehr kurzes Haar (Bürstenschnitt), wulstige Lippen, kräftige Statur, osteuropäischer Akzent.
1.1.2017 Glücksburg: Es soll ebenfalls ein Mann mit Migrationshintergrund gegen 03.50 Uhr eine 30-jährige Frau im Bereich des Schinderdamms bedrängt haben. Die Frau konnte sich selbst in Sicherheit bringen, der Mann mit südländischem Erscheinungsbild (näheres nicht bekannt) begab sich in eine kommunale Unterkunft. Vor Ort konnte niemand angetroffen werden. Glücksburg: Nach einem vermutlich sexuell motivierten Übergriff am Sonntag (01.01.2017) in Glücksburg erkannte die 30-jährige Geschädigte gestern einen 23-jährigen Mann als Tatverdächtigen wieder. Die Beamten der Polizeistation Glücksburg konnten daraufhin den irakischen Staatsangehörigen vorläufig festnehmen und der Kriminalpolizei übergeben. Nach erkennungsdienstlicher Behandlung und einer ersten Befragung, in der der Tatvorwurf bestritten wurde, entließen die Beamten den Mann wieder. Eine weitere Vernehmung unter Zuhilfenahme eines Dolmetschers wird sich anschließen. Der geschilderte Sachverhalt fand entgegen ersten Meldungen bereits gegen 02.10 Uhr im Bereich des Schinderdammes in Glücksburg statt.
1.1.2017 Augsburg: In einer Diskothek in der Ludwigstraße wurden zwei 18-jährige Frauen von drei afghanischen Staatsangehörigen im Alter von 19, 21 und 37 Jahren mehrfach unsittlich am Gesäß begrapscht. Die drei Täter zeigten sich den Polizeibeamten gegenüber höchst unkooperativ und mussten daher anschließend in Gewahrsam genommen werden. Sie stritten die Tat vehement ab. Ebenfalls in der Ludwigstraße wurde gegen 04:10 Uhr ein 31-jähriger Iraker von einem Zeugen dabei beobachtet, wie er seine Hose samt Unterhose herunterzog und gegenüber mehrerer Frauen und dem Zeugen sein Glied vorzeigte.
1.1.2017 Hannover: In den frühen Morgenstunden am Neujahrstag, gegen 04:15 Uhr, hat ein Unbekannter eine 42 Jahre alte Frau an der Straße Am Wehrbusch in Laatzen sexuell genötigt. Bisherigen Ermittlungen zufolge war die Frau auf dem Heimweg von einer Silvesterfeier gewesen. Als sie die Tür des Mehrfamilienhauses aufschloss, griff der Unbekannte sie völlig unvermittelt an, fasste ihr in den Schritt, hielt ihr den Mund zu und stieß sie in den Hausflur. Dabei stürzte die 42-Jährige und verletzte sich leicht. Anschließend hielt der Täter ihr wieder den Mund zu und berührte sie erneut im Intimbereich. Durch einen Biss in einen Finger des Mannes konnte sich das Opfer befreien. Daraufhin flüchtete der Angreifer in unbekannte Richtung. Er ist etwa 25 bis 30 Jahre alt, zirka 1,70 bis 1,75 Meter groß, schlank und hat kurzes, dunkles Haar, weiterhin hatte er einen leichten, dunklen Bart. Sein Erscheinungsbild ist südeuropäisch. Bekleidet war der Gesuchte mit einer blauen Jeans und einer grauen Daunenjacke mit Kapuze.
1.1.2017 Regensburg: Ein 24-jähriger Asylbewerber hat am Neujahrsmorgen in Kumpfmühl eine Frau (46) sexuell missbraucht. Jetzt hat ein Richter Haftbefehl gegen den Mann aus Pakistan erlassen.Wie bereits berichtet, wurde am 1. Januar 2017 gegen 5.40 Uhr eine 46-jährige Regensburgerin in der Kumpfmühler Straße von einem Mann in einem Hauseingang sexuell missbraucht. Die Frau war auf dem Weg zur Arbeit. Aufgrund der sofortigen Mitteilung einer Anwohnerin konnten ihn Einsatzkräfte kurze Zeit später in Tatortnähe festnehmen. Bei dem Beschuldigten handelt es sich um einen 24-jährigen, pakistanischen Asylbewerber, der in einem Asylbewerberheim in München gemeldet ist. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Regensburg wurde am Montag, 2. Januar, dem Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Regensburg vorgeführt. Dieser erließ Haftbefehl gegen den Mann. Er wurde in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert.
1.1.2017 Ulm: In der Glöcklerstraße wurde es gegen 6 Uhr einer 25-Jährigen zu bunt. Ein 19-Jähriger war ihr auf dem Heimweg gefolgt und hatte sie mit Worten umworben. Als der junge Mann die Ulmerin umarmte, rief sie die Polizei. Die ermittelt jetzt gegen den jungen Gambier.
1.1.2017 Ulm: In der Böblinger Straße traf die Frau auf den Unbekannten. Er stand nahe der Inneren Wallstraße und sprach die Passantin an. Plötzlich zeigte er sich der 29-Jährigen in Scham verletzender Weise. Die Frau reagierte richtig: Scheinbar unbeeindruckt ging sie weiter. Gleich darauf verständigte die 29-Jährige die Polizei. Wie die Frau schilderte, ist der Täter etwa 1,80 m groß. Der mutmaßliche Nordafrikaner hat auffallend dicke Lippen und eine breite Nase. Der kräftige Mann trug eine graue Jacke und eine gemusterte Wollmütze. Ihn suchte die Polizei sofort, bislang jedoch ohne Erfolg.

1.1.2017 Trier: Eine weitere sexuelle Nötigung am Neujahrsmorgen wurde der Polizei am gestrigen Dienstagabend zur Anzeige gebracht. Das spätere Opfer, eine 19-Jähreige aus Trier, hatte in der Silvesternacht gearbeitet und war gegen 6 Uhr auf dem Nachhauseweg, der sie durch den Palastgarten führte. Hier traf sie auf einen jungen Mann, der sie in ein Gespräch verwickelte. Unvermittelt versuchte der Unbekannte mehrfach, die Frau auf den Mund zu küssen. Diese konnte sich lösen und in Richtung der Unterführung an der Osthalle flüchten. Hier holte der Tatverdächtige die Frau ein, fasste sie am Nacken und versuchte, sie nach unten zu drücken. Erneut gelang es der 19-Jährigen, sich durch Gegenwehr zu befreien und endgültig nach Hause zu flüchten. Am Dienstagabend entschloss sich die Geschädigte, eine Strafanzeige zu erstatten. Einen Tatzusammenhang zu einer weiteren sexuellen Nötigung am Neujahrsmorgen „Auf der Steinrausch" scheint zurzeit nicht zu bestehen. Zusammenhänge mit weiteren Taten werden noch geprüft. Täterbeschreibung: ca. 25 – 30 Jahre alt, ca. 175 cm groß, kurze, lockige dunkle Haare, schlanke Statur, schmales Gesicht, längere Nase, Dreitagebart, dunkle Hautfarbe, bekleidet mit Blue-Jeans und dunkler Jacke. Er sprach Englisch mit starkem Akzent.
1.1.2017 Neumarkt in der Oberpfalz: Zwei Heranwachsende sind dringend verdächtig, am Neujahrstag eine widerstandsunfähige junge Frau sexuell missbraucht zu haben. Aufgrund der bislang durchgeführten Ermittlungen der Kriminalpolizeiinspektion Regensburg, hielt sich eine 22-jährige, in Neumarkt wohnhafte Frau, in den frühen Morgenstunden des 01.01.2017 auf der Suche nach ihrem Freund in einer Jugendwohngruppe für Flüchtlinge in der Kastengasse auf. In der Wohngruppe fand sie ihren Freund nicht, traf jedoch auf zwei junge Männer, mit denen sie mehrere Stunden verbrachte. Am Neujahrstag, gegen 07.30 Uhr, verließ sie die Unterkunft wieder. Am nächsten Tag ging sie zur Polizeiinspektion Neumarkt und schilderte den Beamten, dass sie sich tags zuvor in der o.g. Örtlichkeit aufgehalten habe. Was genau in der Unterkunft passiert sei, könne sie jedoch nicht angeben, da sie einen „Filmriss" habe. Ihre Vermutung sei jedoch, dass es zu sexuellen Handlungen gegen ihren Willen gekommen sei. Noch am 02.01.2017 übernahm die Kripo Regensburg die weitere Sachbearbeitung, die nun zwei junge Männer als dringend Tatverdächtige ermittelt hat. Bei ihnen handelt es sich um afghanische Asylbewerber im Alter von 18 und 19 Jahren. Die beiden jungen Männer wurden mittlerweile festgenommen und heute auf Antrag der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth dem Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Nürnberg vorgeführt. Dieser erließ Haftbefehl gegen die beiden jungen Männer. Sie wurden in Justizvollzugsanstalten eingeliefert.
2.1.2017 Taunusstein: Am Montagnachmittag wurde eine 29-jährige Frau auf dem Parkplatz eines Einkaufsmarktes in der Kleiststraße von drei Männern belästigt. Die Geschädigte wollte gegen 15.20 Uhr den Einkaufsmarkt besuchen, als sie dort von einem fremden Mann angesprochen wurde, der ihr dann in den Markt folgte. Nachdem die 29-Jährige später den Markt wieder verließ, folgte ihr der Mann erneut und es traten darüber hinaus noch zwei weitere männliche Personen an sie heran, welche die Frau dann am Arm und am Nacken festhielten. Als währenddessen ein unbeteiligter Mann hinzukam, ließen die drei Männer die Frau los und gingen davon. Laut der Geschädigten sollen die drei Männer ein südländisches Erscheinungsbild gehabt haben. Einer von ihnen habe einen Vollbart und ein anderer einen Kinnbart getragen.
2.1.2017 Gosheim: Am Montagabend haben in der Gosheimer Asylbewerberunterkunft im Schönblickweg zwei Schwarzafrikaner randaliert und mussten in Gewahrsam genommen werden. Gegen 21.30 Uhr wurde der Polizei gemeldet, dass in der Unterkunft zwei Personen randalieren und Frauen belästigen würden. Vor Ort traf die Polizei auf die beiden sichtlich betrunkenen, 20 und 21 Jahre alten Männer. Sie waren sehr aggressiv, ließen sich nicht beruhigen und wurden deshalb, um weitere Störungen zu vermeiden, in Gewahrsam genommen. Bei der vom zuständigen Bereitschaftsricher angeordneten Ingewahrsamnahme leisteten sie heftigen Widerstand. Der Ältere der Beiden beleidigte die eingesetzten Polizeibeamten mehrfach in nicht druckreifer Form. Ein Polizist wurde bei dem Einsatz leicht verletzt. Ermittlungsverfahren wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung sind eingeleitet.
3.1.2017 Wesel: Am Dienstag gegen 20.25 Uhr fuhr ein 14-jähriges Mädchen mit einem Zug von Oberhausen nach Rees-Empel. An der Haltestelle Wesel-Feldmark stieg ein Unbekannter zu, der zunächst gegenüber der Kleverin Platz nahm. Im weiteren Verlauf berührte er sie unsittlich, woraufhin sich die Jugendliche zur Wehr setzte. Der Unbekannte verließ anschließend an der

nächsten Haltestelle den Zug am Bahnhof Meerhoog. Beschreibung des Unbekannten: 30 – 35 Jahre alt, 170 cm – 175 cm groß, südosteuropäisches Aussehen, kurze, schwarze Haare, trug einen Stoppelschnitt, einen Dreitagebart, hatte ein rundliches, kleines Gesicht mit ausgeprägten spitz zulaufenden Kinn. Bekleidet war er mit einer schwarzen, kurzen „Bomberjacke“, einer olivfarbenen Hose mit aufgesetzten Taschen, ähnliche einer Tarnhose und schwarzen Sneakern.
4.1.2017 Stuttgart-Bad Cannstatt: Ein bislang unbekannter Mann hat sich am Mittwoch (04.01.2017) an einer Bushaltestelle an der Straße Altenburger Steige gegenüber zwei Frauen entblößt. Der Unbekannte hielt gegen 21.10 Uhr mit seinem silbernen Kleinwagen an der Bushaltestelle Altenburg an, stieg aus und onanierte vor den beiden 22 und 34 Jahre alten Frauen, die unter dem Vordach der Bushaltestelle warteten. Als sie ihn auf sein Handeln ansprachen, stieg er wieder in sein Auto und fuhr weg. Der Exhibitionist soll etwa 175 Zentimeter groß sein, hat schwarze glatte Haare und ein asiatisches Aussehen. Er trug eine rote Daunenjacke und eine dunkle Hose.
Kriminalstatistik Sexualstraftaten
Hier die Zahl der aufgeklärten (!) Sexualstraftaten sogenannter „Zuwanderer“ (Personen mit Aufenthaltsstatus Asylberechtigter, Asylbewerber, Duldung, Kontingentflüchtling/Bürgerkriegsflüchtling und unerlaubt) der Jahre 2013 bis 2015:

2016, 1. bis 3. Quartal: 2.700 Sexualstraftaten, an denen mindestens 1 „Zuwanderer“ beteiligt war (1,3 Prozent von 214.600 Straftaten). Macht hochgerechnet für 2016 insgesamt 3600 Sexualstraftaten. Das ist eine Versechsfachung gegenüber 2013. Ob die Massen an Sexualstraftaten aus der Silvesternacht 2015 darin enthalten sind, ist fraglich, da ja kaum Täter ermittelt wurden.
2015 gab es 6.592 ausländische Tatverdächtige (ohne eingebürgerte Einwanderer) bei den Sexualstraftaten, davon 1.683 die o.g. „Zuwanderer“. Die meisten ausländischen Sextäter (über 1000) kamen aus der Türkei. Weitere Nationalitäten hier.

https://www.compact-online.de/nach-somalier-attacke-auf-hochschwangere-polizeichef-wegen-strafvereitelung-angezeigt/
Nach Somalier-Attacke auf Hochschwangere: Polizeichef wegen Strafvereitelung angezeigt 37
VON MAX Z. KOWALSKY AM 14. DEZEMBER 2016 AKTUELL, INNENPOLITIK
mut-zur-wahrheit-abo
Landau: Drei Somalier hatten Ende November eine hochschwangere Frau verprügelt. Die Tat soll ohne Konsequenzen bleiben. Ein mutiger Bürger zeigt den Polizeidirektor daraufhin wegen Strafvereitelung im Amt an…
Schock im pfälzischen Landau: Am 25. November melden zahlreiche Anrufer der Polizei, dass am Bahnhofsvorplatz eine schwangere Frau von drei Männern geschlagen werde. Der Pfalz-Express berichtete: „Bei Eintreffen der beiden Streifenwagen waren die Männer verschwunden. Auf dem Boden lag, umringt von vielen Menschen, eine schwangere Frau, daneben ein Kinderwagen, in dem ein Kleinkind saß.“ (1)
Weiter hieß es: „Die dunkelhäutige Frau war nicht ansprechbar und kurzzeitig bewusstlos. Polizeibeamte leisteten bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes Erste Hilfe. Die Sanitäter stellten fest, dass die Frau Platzwunden im Gesicht und Prellungen im Rücken hatte.“
Wie sich herausstellte, handelte es sich bei Tätern und Opfer um Somalier. Die drei Peiniger waren zwischen 18 und 21 Jahre alt. Die Frau war im achten Schwangerschaftsmonat.
Sieben Tage später meldete dasselbe Regionalblatt: „Im Fall der schwangeren Somalierin, die vor einer Woche am Landauer Bahnhof von drei Landsleuten zusammengeschlagen wurde, gibt es wohl keine weiteren Konsequenzen. Das Opfer will keine Strafanzeige erstatten.“ (2)
Einem Anwohner platzte daraufhin der Kragen. Er erstattete Anzeige gegen den Polizeichef von Landau, Thomas Sommerrock, wegen Strafvereitelung im Amt. In der Begründung, die der COMPACT-Redaktion vorliegt, heißt es:
„Die Ermittlungen darf die Polizei hier nur dann einstellen, wenn es sich um eine einfache Körperverletzung handelt, wovon zunächst offenbar nicht ausgegangen wurde. Das, unabhängig von einer Anzeige durch das Opfer, immer zu verfolgende Offizialdelikt der gefährlichen Körperverletzung kann durchaus bereits beim Schlagen und Treten einer Schwangeren im Hinblick auf das Wohl des Kindes vorliegen. Dies gilt auch dann, wenn sich nach der Tat herausstellt, dass dem Kinde nichts passiert ist.

Wer auf eine bewusstlos am Boden liegende Schwangere eintritt, der nimmt eine Gefährdung des Kindeswohls billigend in Kauf.“

Ferner spräche das gemeinschaftliche Vorgehen für den Tatbestand der gefährlichen Körperverletzung. „Gemeinschaftlich wird bereits gehandelt“, so die Argumentation, „wenn nur einer das Opfer angreift und die anderen dies passiv z.B. durch Versperren eines Fluchtwegs unterstützen“.
Den Tatbestand der Strafvereitelung im Amt begründet der Anzeigesteller mit den Äußerungen des Polizeidirektors während einer Veranstaltung im Dorfgemeinschaftshaus am 28. November. Vor circa 50 anwesenden Bürgern habe Sommerrock sich zur Tat wie folgt geäußert: Es habe einen Streit gegeben, „die Frau isch dazwischeganga, wovor wir immer warnen, ond hat eene abgriegt“. Außerdem, „gäbe es das überall bis rauf zu Professoren“. Die Nachfrage des Anzeigestellers, ob das Schlagen von Schwangeren tatsächlich überall vorkomme, habe der Polizeichef jedoch verneint.
Diese „offenkundige Verharmlosung“ der Tat stehe im Bezug zur Einstellung der Ermittlungen. Der Anzeigeerstatter kritisiert, dass der Fall ungeklärt zu den Akten gelegt worden sei. Im Pfalz-Express hieß es dazu: „Warum der Streit ausgebrochen war, habe man bisher nicht in Erfahrung bringen können, so die Polizei. Die Männer hätten gegenüber den Beamten keine weiteren Angaben gemacht.“
SPD-Mann Sommerrock hat seine Mannschaft anscheinend fest im Griff. Erst am 5. September hatte der Pfalz-Express gemeldet: „Vorwurf eines Opfers: Polizei spielte Messerattacke herunter.“ (3) Damals wurde ein 35-jähriger Deutscher vor der Landauer Disco von Unbekannten nach einer Messerattacke lebensgefährlich verletzt. Der Täter blieb auf freiem Fuß. „Die Polizei habe den Fall heruntergespielt.“
COMPACT wird Sie informieren, ob die Staatsanwaltschaft die Anzeige verfolgen wird.

(1) http://www.pfalz-express.de/gefaehrliche-koerperverletzung-in-landau-schwangere-frau-aus-somalia-bewusstlos-geschlagen/

http://www.focus.de/panorama/welt/kriminalitaet-frau-in-st-georg-bewusstlos-geschlagen-und-ausgeraubt_id_6463143.html
Gewalttat in HamburgMänner schlagen Krankenschwester bewusstlos und missbrauchen sie
Montag, 09.01.2017, 13:27
Eine 28-Jährige ist in Hamburg-St. Georg von mehreren Männern verletzt und ausgeraubt worden. Bei der Tat am Samstag gibt es zudem Hinweise auf ein Sexualdelikt.
Nach ersten Erkenntnissen sei die Frau in einen Park geeilt, nachdem sie von dort Hilferufe gehört hatte. Kurz darauf hätten sie mehrere Männer bewusstlos geschlagen und ausgeraubt. Die Männer sollen sich auch sexuell an der Frau vergangen haben.
Retter finden die Frau stark unterkühlt vor
Wieder bei Bewusstsein habe die 28-Jährige selbst die Rettungskräfte gerufen. Sie fanden die stark unterkühlte Frau im Park. Laut "Bild"-Bericht waren Teile ihrer Kleidung vom Körper gerissen und ihr Geld gestohlen worden.
Die Frau beschrieb vier der Männer gegenüber der Polizei wie folgt:
Männlich, afrikanisches Erscheinungsbild, 20-30 Jahre alt, ca. 180 cm groß, dunkel gekleidet
An den fünften Mann erinnert sich die Frau so:
männlich, afrikanisches Erscheinungsbild, Ende 30/ Anfang 40, über 180 cm groß, helle Punkte auf beiden Wangen, dickliche Figur, grünes bzw. türkisfarbenes Gewand mit mehreren glitzernden Nähten, Streifen im Brustbereich, dunkle Jacke
Die Polizei bittet Zeugen, sich unter der Telefonnummer 040/4286- 56789 zu melden.

http://www.pi-news.net/2017/01/neumarkt-oberpfalz-22-jaehrige-vergewaltigt/Neumarkt (Oberpfalz): 22-Jährige vergewaltigt
Neumarkt in der Oberpfalz: Zwei junge Asylbewerber stehen im Verdacht, am Neujahrstag eine widerstandsunfähige junge Frau (22) sexuell missbraucht zu haben. Die beiden 18 und 19-jährigen Asylbewerber wurden bereits festgenommen und am Donnerstag dem Ermittlungsrichter beim

Amtsgericht Nürnberg vorgeführt. Die Vorwürfe gegen die Asylbewerber wiegen schwer. Wie das Polizeipräsidium Niederbayern am Donnerstag mitteilte, hielt sich die 22-Jährige in den Morgenstunden an Neujahr in einer Jugendwohngruppe für Flüchtlinge in der Kastengasse in Neumarkt i.d. Oberpfalz auf. In der Wohngruppe fand sie ihren Freund nicht, traf jedoch auf zwei junge Männer, mit denen sie mehrere Stunden verbrachte. Gegen 7.30 Uhr verließ sie die Unterkunft wieder. Am nächsten Tag ging die 22-Jährige zur Polizeiinspektion Neumarkt und erzählte den Beamten von ihrer Vermutung, dass es zu sexuellen Handlungen gegen ihren Willen gekommen sei. Die Frau konnte sich allerdings an nichts erinnern, sie hatte einen Filmriss. Was genau in der Unterkunft passiert sei, konnte sie nicht angeben. Sofort übernahm die Kripo Regensburg und konnte die beiden jungen Männer als dringend Tatverdächtige ermitteln. Wie das Regensburger Radio „Charvari“ berichtet, soll einer der beiden Asylbewerber den Missbrauch bereits gestanden haben. Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter

Berlin: Die Zahl sexueller Übergriffe auf der Silvesterfeier vor dem Brandenburger Tor hat sich offenbar fast vervierfacht. Nachdem der Polizei am Neujahrstag noch sechs Fälle sexueller Belästigungen bekannt gewesen waren, hat sich diese Zahl bis Freitag auf 22 Anzeigen erhöht. Alle Taten haben sich im Bereich der Feiermeile zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule ereignet. Diese Information lag der Polizei seit Donnerstag vor, wurde aber erst auf Nachfrage des Tagesspiegels am Freitag mitgeteilt. „Den Opfern wurde in den meisten Fällen ans Gesäß und zwischen die Beine gefasst“, sagte eine Sprecherin. In mindestens zehn Fällen näherten sich Einzeltäter den Opfern aus Gruppen heraus. Ob es sich bei den Opfern ausschließlich um Frauen handelt, wollte die Polizei aus Opferschutzgründen nicht sagen, in vier Fällen waren die Opfer aber minderjährig. Vier Tatverdächtige konnten ermittelt werden. Auch zu ihnen machte die Polizei keine genaueren Angaben.

Schriesheim: Drei junge Frauen waren am Mittwochnachmittag, gegen 16 Uhr, mit der OEG von Weinheim in Richtung Heidelberg unterwegs. Auf der Fahrt wurden sie von einem Mann zunächst mit Gesten belästigt, die einen eindeutigen sexuellen Bezug hatten. Als die Frauen den Sitzplatz wechseln wollten, folgte ihnen der Verdächtige durch die Bahn und fasste zwei von ihnen, beide 19 Jahre alt, an deren Busen. Ein Zeuge, der die Szenerie beobachte, hatte mittlerweile die Polizei verständigt, die den Mann, der mit über 1,7 Promille erheblich alkoholisiert war, am OEG-Bahnhof in Schriesheim festnahmen. Nachdem er die Nacht über zur Ausnüchterung im Polizeigewahrsam verbracht hatte, wurde der 26-jährige Iraker am Donnerstagmorgen wieder auf freien Fuß gesetzt. Wegen des Verdachts eines Sexualdelikts sind die Ermittlungen eingeleitet.

Taunusstein: Am Montagnachmittag wurde eine 29-jährige Frau auf dem Parkplatz eines Einkaufsmarktes in der Kleiststraße von drei Männern belästigt. Die Geschädigte wollte gegen 15.20 Uhr den Einkaufsmarkt besuchen, als sie dort von einem fremden Mann angesprochen wurde, der ihr dann in den Markt folgte. Nachdem die 29-Jährige später den Markt wieder verließ, folgte ihr der Mann erneut und es traten darüber hinaus noch zwei weitere männliche Personen an sie heran, welche die Frau dann am Arm und am Nacken festhielten. Als währenddessen ein unbeteiligter Mann hinzukam, ließen die drei Männer die Frau los und gingen davon. Laut der Geschädigten sollen die drei Männer ein südländisches Erscheinungsbild gehabt haben.

Trier: Ein unbekannter Mann hat am Samstagabend, 24. Dezember, gegen 20.55 Uhr eine 33-jährige Frau in der Trierer Saarbrücker Straße bedrängt. Die Polizei sucht Zeugen. Der unbekannte Mann kam in der Saarbrücker Straße zielgerichtet auf die 33-Jährige zu und sprach sie in gebrochenem Deutsch an. Auch als sie deutlich zeigte, dass sie kein Interesse an jedweder Form der Kontaktaufnahme hatte, bedrängte er sie verbal weiter und stellte sich ihr zunächst in den Weg. Die 33-Jährige nutzte

den Augenblick, als ihr Taxi kam und fuhr weg. Der Unbekannte entfernte sich nach Angaben der Frau in Richtung Saarstraße. Die Polizei sucht Zeugen. Wer hat im Bereich Saarbrücker Straße / Saarstraße am 24. Dezember gegen 21 Uhr einen etwa 20 bis 30 Jahre alten Mann gesehen, der ungefähr 1,70 Meter groß war und eine schmale Statur hatte? Der Unbekannte soll einen dunkleren Hautteint und schwarze Haare in etwa zwei bis drei Zentimeter langen Ringellocken haben und ein auffallend dürres Gesicht.
Straubing: Der Schüler wurde am Donnerstag (22.12.2016) durch die Kriminalpolizei Straubing festgenommen, nachdem er als Täter für ein bereits im Oktober begangenes Sexualdelikt identifiziert werden konnte. Der als unbegleitet minderjähriger Flüchtling erfasste Syrer soll damals eine 20-Jährige aus dem Landkreis Landshut gewaltsam zu sexuellen Handlungen aufgefordert haben, wobei die Auszubildende jedoch nicht verletzt wurde. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Regensburg, Zweigstelle Straubing, wurde der 16-Jährige einem Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Regensburg vorgeführt, welcher Haftbefehl erließ. Der Mann wurde in eine bayerische Justizvollzugsanstalt eingeliefert.
Wien: Ein 27-jähriger Nigerianer ist am Mittwoch im Landesgericht für Strafsachen zu fünf Jahren Haft verurteilt worden, weil er am 18. September in einem Lokal am Wiener Naschmarkt eine 24 Jahre alte Frau vergewaltigt hat. „Es gibt keinen Zweifel, dass Sie das gemacht haben“, beschied Richter Christoph Bauer dem Angeklagten, der sich als Opfer einer Verwechslung bezeichnet hatte. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Nach einer durchgefeierten Nacht hatte die 24-Jährige mit ihrem Freund den als „Absackerlokal“ bekannten Betrieb an der Linken Wienzeile für ein letztes Getränk aufgesucht. Als sie sich auf der Damen-Toilette die Hände waschen wollte, bekam sie von hinten von einem Unbekannten einen Stoß und wurde in die Kabine geschubst, wobei ihr der Mann folgte, die Tür verriegelte und sie zu sexuellen Handlungen zwang. Danach ergriff er die Flucht. … Der Angeklagte reagierte auf seine Verurteilung aufgebracht: „Glauben Sie wirklich, dass das angebracht ist? Fünf Jahre für nichts!“ Nach Rücksprache mit seiner Verteidigerin erbat er Bedenkzeit.
München: Eine 31-jährige und eine 51-jährige Münchnerin gingen am Samstag, 26.11.2016, gegen 13.10 Uhr, zur Bushaltestelle am Pasinger Bahnhof. Auf dem Weg dorthin fiel ihnen ein Mann auf, der Passanten anpöbelte. Die beiden Frauen stiegen in einen Linienbus. Der Mann folgte ihnen, stellte sich in die Tür, zog seine Hose herunter und manipulierte an seinem Geschlechtsteil. Die verständigten Polizeibeamten nahmen den 41-jährigen türkischen Staatsangehörigen fest und brachten ihn zur zuständigen Polizeiinspektion 45.
Jülich: Am Rurufer kam es am Samstag zu einem Übergriff auf eine Spaziergängerin. Drei Männer konnten unerkannt flüchten – die Polizei bittet um Mithilfe. Am Nachmittag des vergangenen Samstags ging zwischen 16:30 Uhr und 16:45 Uhr eine 34 Jahre alte Frau aus Jülich mit ihren zwei kleinen Hunden entlang der Herzogin-Jakobe-Straße spazieren. Sie kam aus Richtung der Großen Rurstraße und bewegte sich nach Süden in Richtung Kirchberg. Ihr kamen drei Männer entgegen, die zunächst an ihr vorbei gingen. Plötzlich spürte die Jülicherin einen Schlag in den Rücken, wodurch sie ins Straucheln geriet. Dann wurde sie von einem der Unbekannten festgehalten, während ein anderer ihr die Hundeleinen entriss. Zwei der Angreifer berührten ihr Opfer unsittlich, bis sich die 34-Jährige körperlich zur Wehr setzen konnte. Mit einem gezielten Tritt gegen die Genitalien eines der Täter konnte sie diesen zu Boden bringen. Seine beiden Mittäter halfen ihm auf und alle drei entfernten sich eilig in Richtung der Großen Rurstraße. Die Hunde nahmen sie zunächst mit, ließen diese kurz darauf jedoch wieder los, so dass sie zu ihrer Besitzerin zurückkehren konnten. Eine Beschreibung der Täter liegt derzeit nicht vor. Lediglich die Tatsache, dass sie von südländischem Erscheinungsbild sein sollen, konnte bislang ermittelt werden.
Ulm: In der Böblinger Straße traf die Frau auf den Unbekannten. Er stand nahe der Inneren Wallstraße und sprach die Passantin an. Plötzlich zeigte er sich der 29-Jährigen in Scham verletzender Weise. Die Frau reagierte richtig: Scheinbar unbeeindruckt ging sie weiter. Gleich darauf verständigte die 29-Jährige die Polizei. Wie die Frau schilderte, ist der Täter etwa 1,80 m groß. Der mutmaßliche Nordafrikaner hat auffallend dicke Lippen und eine breite Nase.

http://www.bild.de/regional/duesseldorf/sexuelle-belaestigung/kind-im-schwimmbad-sexuell-belaestigt-49665276.bild.html
DÜSSELDORFER POLIZEI LIESS IHN LAUFEN
Flüchtling (27) onaniert vor Mädchen im Schwimmbad
Im Schwimmbad „Düsselstrand“ soll ein Mann ein Kind sexuell belästigt haben
Von: JÖRG LÖBKER
09.01.2017 - 13:17 Uhr
Düsseldorf – Ver-gan-ge-nen Som-mer sorg-ten Fälle von se-xu-el-len Über-grif-fen durch Flücht-lin-ge in Frei-bä-dern für bun-des-wei-tes Auf-se-hen. Jetzt gibt es einen neuen Fall in Düs-sel-dorf. Und wie-der fragt man sich: Warum ließ die Po-li-zei den Täter gehen?
Der Fall: Am ver-gan-ge-nen Sams-tag gegen 16 Uhr taucht ein Mäd-chen (laut Po-li-zei „jün-ger als 14“) durch das Ru-he-be-cken des Spaß-ba-des „Düs-sel-strand“ im Stadt-teil Flin-gern.
Das Kind sieht, wie sich ein Mann (27) die Ba-de-ho-se run-ter zieht. Als sie auf-taucht, fragt der Per-ver-se: „Willst du noch mehr sehen?“
Das Mäd-chen rennt zu ihrem Vater, die Po-li-zei rückt an.
Ge-gen-über den Be-am-ten gibt der Flücht-ling aus Af-gha-nis-tan zu: Er habe im Be-cken ona-niert.
Die Be-am-ten neh-men seine Daten auf – und er kann gehen.
WARUM?
„Der Mann hat einen fes-ten Wohn-sitz in Düs-sel-dorf. Also be-steht keine Flucht-ge-fahr“, so eine Po-li-zei-spre-che-rin auf BILD-An-fra-ge. Und wei-ter: „Hätte er kei-nen Wohn-sitz ge-habt, wäre der Mann mit an Si-cher-heit gren-zen-der Wahr-schein-lich-keit fest-ge-nom-men wor-den, um ihm einen Haft-rich-ter vor-zu-füh-ren.“
Tat-säch-lich ist die zu er-war-ten-de Stra-fe bei einem sol-chen Ver-ge-hen nicht so hoch, als dass man (trotz fes-tem Wohn-sitz) Un-ter-su-chungs-haft an-ord-nen würde.
Gegen den Mann wurde ein Er-mitt-lungs-ver-fah-ren wegen se-xu-el-len Miss-brauchs an Kin-dern ein-ge-lei-tet.
In dem Schwimm-bad er-hielt der Flücht-ling Haus-ver-bot.

URL: http://www.bundesjustizportal.de/hamburg.html (!)
URL: http://de.metapedia.org/wiki/Kategorie:Kriminalit%C3%A4t
URL: http://de.metapedia.org/wiki/Kategorie:Ausl%C3%A4nderkriminalit%C3%A4t
URL: http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/hamburg-afrikaner-lockten-krankenschwester-mit-hilferufen-in-drogen-park-28-jaehrige-niedergeschlagen-vergewaltigt-und-ausgeraubt-a2019312.html
URL: http://www.shz.de/regionales/hamburg/14-jaehrige-in-hamburg-vergewaltigt-21-jaehriger-in-u-haft-id15738216.html

http://www.pi-news.net/2017/01/no-go-area-karte-fuer-westeuropa/

No-Go-Area-Karte für Westeuropa

Auf Einwanderungskritik.de fasst eine neue Google Maps-Karte No-Go-Areas in Europa zusammen. Wenn Sie auf eines der Feuersymbole in der Karte klicken, gelangen Sie zur No-Go-Area. Reinzoomen lohnt sich, denn in der Regel werden die verschiedenen, betroffenen Stadtteile angegeben, Quellen sowie illustrierende Videos genannt.
Schwimmbäder, Parks, Bahnhöfe, Einkaufsläden, Spielplätze, Unterführungen: Dies können alles Orte sein, an die sich die Polizei nicht mehr ohne Kampfmontur wagt. Das lässt Angsträume entstehen. Niemand wird bestreiten, dass eine No-Go-Zone besteht, wenn sich niemand mehr hineinwagt, unabhängig von Beteuerungen der Politik. Frauen sind vor allem davon betroffen.

Jede größere Stadt in Westeuropa hat inzwischen Probleme mit Überfremdung, Kriminalität besonders im Bereich der sexuellen Gewalt, Drogenhandel und Hehlerei auf offener Straße. Zudem kommt es zu regelmäßigen Angriffen auf die Polizei und Presse von Gruppen außereuropäischer junger Männer. Trotzdem will niemand von No-Go-Areas sprechen. Dementis überschlagen sich und nur vereinzelt vernimmt man Hilferufe aus Städten, die noch an der Grenze zur Überfremdung stehen, denn die „gekippten“ Städte mit teils 70 Prozent Migrantenanteil haben sich bereits wieder beruhigt und die Neubürger regeln ihre Angelegenheiten nun auf ihre Weise. Die religiösen Hardliner setzen sich selbst gestützt von einer schweigenden Mehrheit als Sittenwächter ein, patrouillieren durch ihr Territorium und sorgen für Sicherheit, indem sie diejenigen ohne Kenntnis der neuen Regeln auf ihr „nonkonformes“ Verhalten hinweisen.
Die No-Go-Area-Karte benennt nun die westeuropäischen Stadtteile, wo diese Zustände besonders schlimm sind und worüber Quellen Auskunft geben. In manchen Fällen illustrieren auch eindringliche Videos die Gefahrenlage. Um sich die Videos in der Karte anzusehen, müssen Sie auf das Bild über dem Namen des Stadtteils klicken.
Wer weitere Quellen zu No-Go-Areas in Westeuropa hat, möge sie bitte an info@einwanderungskritik.de einreichen! Die Karte wird dann laufend ergänzt.
» Hier geht es zu der Karte.

http://www.pi-news.net/2017/01/moenchengladbach-schwarzafrikanischer-sextaeter-greift-helfer-mit-flasche-an/#more-550322

Mönchengladbach: Schwarzafrikanischer Sextäter greift Helfer mit Flasche an

Am Montag, 09.01.2017, gegen 17.25 Uhr, ist ein alkoholisierter 35-jähriger Mönchengladbacher auf dem Bismarckplatz mit einer abgebrochenen Bierflasche schwer im Kopf- und Halsbereich verletzt worden. Tatverdächtig ist ein ebenfalls in Mönchengladbach wohnhafter 57-jähriger Mann. Er war auch alkoholisiert. Der Auseinandersetzung vorausgehend soll der schwarzhäutige 57-Jährige Frauen belästigt haben. Deshalb sei er von dem späteren Opfer angesprochen worden. Darauf habe er sehr aggressiv reagiert. Er habe eine Bierflasche zerschlagen und sei damit auf den anderen Mann losgegangen. Mit der abgebrochenen Flasche habe er mehrfach auf den Kopf- und Halsbereich eingeschlagen. Die Polizei nahm den 57-Jährigen vorläufig fest. Der 35-Jährige kam zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus.
Zur Aufklärung des Sachverhaltes sucht die Polizei Mönchengladbach weitere Zeugen des Vorfalles. Sie sucht Frauen, die belästigt wurden und zwei ältere Frauen, die laut einer Zeugenaussage couragiert eingeschritten sind, um die Auseinandersetzung zu beenden. Der engere Tatort am Bismarckplatz ist der Bereich zwischen Bushaltestelle (Rathenaustraße) und Brunnen. Hinweise bitte an Polizei Mönchengladbach: 02161-29-0.

Weitere Einzelfälle™ mit Flaschen als Waffen:
1.1.2017 Uelzen: Einen 24 Jahre alten Marokkaner nahm die Polizei in den frühen Morgen des Neujahrstag, 01.01.17, im Umfeld einer Kneipe in der Gudestraße Ingewahrsam. Der junge Mann hatte nach derzeitigen Ermittlungen gegen 06:15 Uhr **mit einem abgebrochenen Flaschenhals wahllos um sich „geschlagen“** und verletzte dabei einen 23 Jahre alten türkischen Staatsbürger leicht an der Hand. Bei der Ingewahrsamnahme des 24-Jährigen stellten die Beamten darüber hinaus eine geringe Menge Betäubungsmittel fest. Ihn erwarten entsprechende Strafverfahren. Parallel gab der 24-Jährige an, dass er zuvor selbst grundlos von mehreren ausländischen Personen geschlagen worden wäre. Er erlitt Verletzungen. Die Ermittlungen dauern an.
1.1.2017 Sigmaringen: Zu einer Schlägerei vor einer Diskothek in der Bahnhofstraße wurde die Polizei am Neujahrsmorgen, gegen 06.30 Uhr, gerufen. Beim Eintreffen einer Streifenwagenbesatzung wurde diese auf mehrere Personen im gegenüber liegenden Prinzenpark aufmerksam, die sich offensichtlich einen handfesten Streit lieferten. Wie die weiteren Abklärungen ergaben, handelte es sich um zwei Männer im Alter von 24 und 50 Jahren, die nach ihren Angaben von drei marokkanischen Asylbewerbern **angegriffen, geschlagen und mit einer abgeschlagenen Flasche bedroht** worden sind. Während zwei der Angreifer flüchten konnten, gelang es den beiden Geschädigten, einen 20-Jährigen festzuhalten. Seine beiden Komplizen wurden wenig später bei der Rückkehr in die Asylbewerberunterkunft vom dortigen Sicherheitspersonal bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Den 20-Jährigen, der deutlich unter Alkoholeinwirkung stand, nahmen die Beamten auf richterliche Anordnung in Ausnüchterungsgewahrsam.
1.1.2017 München: Um 08:15 Uhr bedrohte ein 29-Jähriger aus Mali einen 42-jährigen Iraker am Haupteingang des Hauptbahnhofes. Bei dem Streit solle es – nach ersten Ermittlungen – um eine Frau gegangen sein. Als Wörter nicht mehr reichten, **ging der Malier mit einer abgebrochenen Glasflasche auf den Iraker los**. Couragierte Passanten, die den Vorfall mitbekamen, griffen ein und trennten die beiden, ohne dass es zu Verletzungen gekommen war. Die Bundespolizei hat Ermittlungen wegen Bedrohung und Gefährlicher Körperverletzung eingeleitet.
28.12.2016 Bad Fallingbostel: In der Nacht zu Mittwoch, gegen 02.35 Uhr kam es in der Erstaufnahmeeinrichtung im Ortsteil Oerbke zu einem Streit zwischen zwei Brüdern aus Marokko. Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes versuchten den Streit zu schlichten. Einer der Brüder **griff zu einer Flasche und versuchte, einem der Bediensteten damit auf den Kopf zu schlagen**. Durch eine Abwehrhandlung verfehlte der Schlag den Kopf, traf aber einen weiteren, daneben stehenden Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes leicht am Ohr. Eine ärztliche Behandlung war nicht erforderlich. Bei Eintreffen der Polizei zeigte sich der 20-jährige Täter äußerst aggressiv und uneinsichtig, sodass er zur Verhinderung weiterer Übergriffe dem Polizeigewahrsam in Soltau zugeführt wurde.
24.12.2016 Frankfurt: Aus bislang noch ungeklärten Gründen kam es am Samstag, den 24. Dezember 2016, gegen 05.50 Uhr, zu einer Auseinandersetzung in der Straße Am Salzhaus. Dabei fügte ein bislang unbekannter Täter **mit einer abgeschlagenen Glasflasche** dem 25-Jährigen aus Bad Homburg **erhebliche Verletzungen** zu. Der 25-Jährige musste sofort in ein Krankenhaus verbracht werden, wo er **intensivmedizinisch** versorgt wurde. Der Täter flüchtete. Er wird beschrieben als 25-30 Jahre alt und 180-185 cm groß. Kräftige Statur, südländische Erscheinung mit Boxerhaarschnitt und kurzen, dunkelbraunen Haaren.
23.12.2016 Gießen: Am frühen Freitagmorgen kam es vor einer Diskothek im Schiffenberger Weg zu einer Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen. Dabei wurde ein 25 – Jähriger von einem Unbekannten **mit einer „Jack-Daniels“- Flasche ins Gesicht geschlagen**. Der Täter soll unmittelbar danach in ein Minicar gestiegen und mit drei weiteren Personen davon gefahren sein. Er soll neben einer sogenannten Undercut-Frisur einen

dunklen Teint haben, 20 bis 25 Jahre alt sein und neben Markenschuhen ein blaues Shirt und ein weißes Hemd getragen haben.
21.12.2016 Karlshagen: Am 21.12.2016 kam es in Karlshagen am dortigen Haltepunkt der Deutschen Bahn AG zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen mehreren deutschen und syrischen Jugendlichen. Am genannten Ort hielten sich ca. 20 deutsche Jugendliche auf, als gegen 20 Uhr acht Jugendliche mit syrischer Nationalität den Haltepunkt mit einem Zug erreichten. Zwischen beiden Gruppen kam es in der Vergangenheit bereits zu Differenzen, die bisher nicht in einer körperlichen Auseinandersetzung endeten. Um diese Streitigkeiten zu klären, gingen die syrischen Jugendlichen auf die Gruppe um die deutschen Staatsangehörigen zu. Als sich ein deutscher Jugendlicher zu der Gruppe der Syrer begab, nahm ein syrischer Staatsangehöriger **eine Flasche, zerschlug sie und hielt sie in Richtung des Deutschen**, welcher sich daraufhin zurück zu seiner Gruppe begab. Dabei näherte sich ihm ein syrischer Staatsangehöriger von hinten und **schlug ihm auf den Kopf**. Im weiteren Verlauf kam es zu einem Gerangel zwischen mehreren deutschen und syrischen Staatsangehörigen bei der **Pfefferspray** freigesetzt wurde, was zur **Verletzung einiger deutscher Staatsangehöriger** führte. Außerdem wurde durch einen syrischen Jugendlichen ein **Messer** gezogen und in **Richtung des Bauches eines deutschen Jugendlichen gestochen**. Durch eine Meidbewegung konnte eine Verletzung verhindert werden. Die syrischen Staatsangehörigen flüchteten daraufhin in den nahegelegenen Wald. Einige kamen mit dort gefundenen **Stöckern** zurück und **schlugen auf die deutschen Jugendlichen ein**, wodurch aber niemand verletzt wurde. Im weiteren Verlauf flüchteten sechs syrische Staatsangehörige vom Tatort. Zwei Syrer, die sich nicht an der Auseinandersetzung beteiligten, verblieben am Haltepunkt der Deutschen Bahn AG und machten bereitwillig Aussagen zum Tathergang und zu Identitäten der beteiligten syrischen Staatsangehörigen. Die Kriminalpolizei hat in diesem Fall die Ermittlungen aufgenommen.

http://www.pi-news.net/2017/01/rapefugee-zu-62-jaehriger-ich-dich-f/

Rapefugee zu 62-Jähriger: „Ich dich f…!“

Innsbruck: Eine 62 Jahre alte Frau ist am Samstagnachmittag in einem Innsbrucker Einkaufszentrum sexuell belästigt worden. Drei Männer umzingelten die 62-Jährige laut Angaben der Polizei, während ein 20 Jahre alter marokkanischer Asylwerber sie mit den Worten „ich dich bumsen“ und „ich dich ficken“, sowie mit Beschimpfungen wie „Schlampe“ und „Hure“ einschüchterte. Zuvor hatte der 20-Jährige die Frau erst an ihrem Mantel gezogen und sie dann im Einkaufszentrum in der Museumsstraße verfolgt. Wenig später gab er zwei weiteren Männern, vermutlich auch Marokkaner, ein Handzeichen, woraufhin das Opfer von allen drei umzingelt wurde.
Dann sagte der Asylwerber zur Frau „ich dich bumsen“ und „ich dich ficken“ und schüchterte sie mit Beleidigungen wie „Schlampe“ und „du Hure“ ein. Die Frau befürchtete einen sexuellen Übergriff und flüchtete in die Tiefgarage. Dort sperrte sie sich in ihr Fahrzeug ein und verständigte sofort telefonisch die Polizei. Aufgrund einer sehr guten Täterbeschreibung und dem Hinweis des Opfers, dass es sich bei diesem Mann und einen Afghanen oder Marokkaner handeln könnte, wurde der 20-Jährige bei der Fahndung durch drei Polizeistreifen angehalten. Die 62-Jährige konnte den 20 Jahre alten marokkanischen Asylwerber eindeutig als Beschuldigten identifizieren. Er selbst bestreitet jedoch die Tat. Ein möglicher Zusammenhang mit den sexuellen Belästigungen und Übergriffen in der Silvesternacht in Innsbruck werden durch das Kriminalreferat der Stadtpolizei Innsbruck überprüft. Ebenso laufen die Ermittlungen zur Ausforschung der beiden anderen Männer. 18

Frauen waren am Silvesterabend im dichten Gedränge vor der Bühne am Marktplatz und am Herzog-Otto-Ufer angetanzt und unsittlich berührt worden.
Andererseits kann man den „Flüchtling“ aus dem Urlaubsland Marokko zumindest aufgrund seiner Ausfälle in deutscher Sprache eine gewisse Integrationsbereitschaft nicht absprechen. Hingegen seine vom diesjährigen Silvester teilweise verhinderten Fiki-Fiki-Fachkraft-Kollegen:
Die Kommunikation habe sich außerdem als schwierig erwiesen, so der Beamte weiter. „Wenn wir die Leute auf Deutsch angesprochen haben, forderte man uns auf, Arabisch zu lernen. Sie hätten keinen Bock auf einen Deutschkursus.“
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“
Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter
Niederwiesa: Eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen ist am Samstagabend von zwei Männern angegriffen und unsittlich berührt worden. Zu sexuellen Übergriffen von zwei Männern (21, 39) auf zwei Kinder (jeweils 13) und eine Jugendliche (14) ist es Samstagabend in der Dresdner Straße gekommen. Die beiden Männer aus Libyen waren gegen 18.30 Uhr am Bahnhof auf eine Gruppe Kinder und Jugendliche getroffen. Zunächst berührte der 21-Jährige nach derzeitigen Erkenntnissen ein 13-jähriges Mädchen und eine 14-Jährige unsittlich. Später hielt er die andere 13-Jährige fest, sodass der 39-Jährige sie wiederum unsittlich berühren konnte. Das Mädchen riss sich los und flüchtete mit der Gruppe, die anschließend die Polizei alarmierte. Nahe dem Bahnhof stellten eingesetzte Beamte den 39-jährigen Tatverdächtigen. Im Rahmen der Fahndung konnte wenig später auch der 21-Jährige gestellt werden. Die Ermittlungen gegen beide Tatverdächtigen dauern an.
Schwerin: Lankow – Ein 13-jähriger syrischer Schüler hat am Freitag zwei Mädchen in einer Schweriner Schule auf dem Schulhof belästigt, indem er ihnen an das Gesäß griff. Dabei war er in Begleitung von zwei weiteren syrischen Mitschülern. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Sachverhaltes, nahm die Polizei mit der betroffenen Schule Kontakt auf. Vor Ort wurden Gespräche mit allen Beteiligten geführt. Das Jugendamt der Stadt wurde durch die Präventionsbeamten der Schweriner Polizei über den Vorfall in Kenntnis gesetzt. Mittlerweile sind alle drei beteiligten Mitschüler für vier Wochen vom Schulbetrieb suspendiert worden. Die Polizei wird am Donnerstag zusammen mit der betroffenen Schule ein zweistündiges Seminar zum richtigen Verhalten in solch erlebten Situationen durchführen. Die Kripo hat die Ermittlungen wegen sexueller Belästigung und Beleidigung aufgenommen.
Leipzig: Eine 19-jährige junge Frau stieg am Hauptbahnhof in die Straßenbahnlinie 11 in Richtung Schkeuditz ein. Am S-Bahnhof Leipzig-Möckern stieg sie aus. Sie lief in die Seelenbinderstraße und wurde plötzlich von einer unbekannten männlichen Person, der eine schwarze Sturmhaube aufhatte, am Körper umfasst. Die 19-Jährige ließ sich instinktiv fallen und hatte ihr Pfefferspray schnell griffbereit. Sie sprühte in Richtung der unbekannten Person und rief gleichzeitig laut um Hilfe. Der unbekannte Täter ließ von der Frau ab, rannte in Richtung Kirchbergstraße und verschwand in einem Hauseingang. Die 19-Jährige begab sich in ihren Hauseingang und rief umgehend die Polizei. Beamte der Polizeidirektion Leipzig und der Bereitschaftspolizei trafen nach einigen Minuten ein. Die 19-Jährige zeigte den Beamten, wohin der unbekannte Täter gerannt ist. Im Hof dieses Grundstück waren frische Schuheindruckspuren gut zu erkennen. Die Beamten liefen daher noch einmal die Strecke

vom S-Bahnhof Möckern bis zur Seelenbinderstraße ab und fanden auch hier dieses seltene Muster im Schnee, das bis zum Hof führte. Die Beamten klingelten an einer Wohnung, wo noch Licht brannte. In dieser befanden sich drei Personen, die einer Identitätsfeststellung unterzogen wurden. Die Staatsanwaltschaft Leipzig wurde in den Sachverhalt integriert um die erforderlichen strafprozessualen Maßnahmen durchführen zu können. In der Wohnung wurden rote Turnschuhe gefunden, auf denen das Profil passte. An der Oberbekleidung des 20-Jährigen afghanischen Wohnungsmieters wurde der Geruch von Pfefferspray wahrgenommen. Außerdem hatte er stark gerötete Augen. Schuhe und Oberbekleidung wurden beschlagnahmt. In diesem Zusammenhang erinnerten sich die Beamten der Bereitschaftspolizei daran, dass gegen 21:35 Uhr eine 19-jährige Frau vor dem Hauptbahnhof an der Straßenbahnhaltestelle, während sie gerade einsteigen wollte, ein junger Mann zwischen ihre Beine in den Schritt griff. Bei der anschließenden Anzeigenaufnahme beschrieb die 19-Jährige den Unbekannten sehr gut. Auffallend waren auch hier rote Turnschuhe. Die Beschreibung trifft auch auf den 20-Jährigen zu.

Weiterstadt: Eine junge Frau ist am Montagabend (09.01.2016) an der Bushaltestelle „Riedbahn/Lagerstraße“ an der Landesstraße 3113 von vier jungen Männern belästigt worden. Nach ersten Ermittlungen kamen die vier Männer von der Gräfenhäuser Straße aus Darmstadt kommend zur Bushaltestelle. Dort sprachen sie die 25-Jährige, die an der Haltestelle wartete, in unsittlicher Weise an. Zudem griff ihr einer der Unbekannten an die Brust. Als sich ein Auto näherte, flüchteten die Vier in Richtung Lagerstraße. Eine sofortige Fahndung nach den Tätern verlief bislang ohne Erfolg. Die vier Männer dürften um die 20 Jahre alt sein. Sie waren alle rund 1,80 Meter groß und dunkel gekleidet, einer trug einen Bart. Zwei von ihnen hatten eine Kapuze über den Kopf gezogen. Die vier Männer werden von der Frau als arabisch aussehend beschrieben.

Nürnberg: Zwei Asylbewerber (20 Jahre) füllten eine 17-Jährige mit Wodka ab und fielen über sie her – vor dem Jugendschöffengericht wurden beide wegen gemeinschaftlicher Vergewaltigung und gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Gegen einen dritten Mann wird ermittelt. Am Abend des 21. März 2015, davon ist das Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Nürnberg überzeugt, wurde die junge Frau zum Geschlechtsverkehr gezwungen. Wegen gemeinschaftlicher Vergewaltigung und gefährlicher Körperverletzung stellt das Gericht die „besondere Schwere der Schuld“ fest und verhängt vier Jahre Jugendstrafe gegen den Haupttäter, zwei Jahre und neun Monate gegen den Komplizen – denn dem zweiten Mann ist nur nachzuweisen, dass er die Frau festhielt, nicht, dass er sie auch vergewaltigt hat. An jenem Abend saßen die junge Frau und die drei Männer in der Wohnung eines der Angeklagten im Nürnberger Stadtteil Wöhrd, der Alkohol floss. Ab hier gehen die Versionen auseinander: Die Angeklagten schilderten eine einvernehmliche Liebesnacht, die Frau habe nacheinander mit allen drei Männern geschlafen, das Mädchen sei aber weder festgehalten noch gezwungen worden, sie habe all dies ausdrücklich gewollt. Die 17-Jährige, die bis dahin weder Erfahrungen mit Alkohol noch mit Sexualität hatte, sprach dagegen von einer Vergewaltigung.

Eichstätt: Eine 16-jährige Auszubildende eines Discounters in der Eichstätter Sollnau war am Dienstagnachmittag gegen 13:00 Uhr gerade dabei, mehrere Leerpaletten übereinander zu stapeln. „Während sie sich bückte, fasste ihr eine männliche Person von hinten mit beiden Händen ans Gesäß“, so ein Sprecher der Eichstätter Polizei. Und er fügte hinzu: „Als sich die 16-Jährige erschrocken umdrehte, sagte der bislang unbekannte Täter ‚Entschuldigung‘ und verließ mit einer weiteren männlichen Person den Supermarkt.“ Eine Kassen-Mitarbeiterin des Discounters gab gegenüber den Polizeibeamten an, dass die beiden Männer möglicherweise mit einem größeren schwarzen Pkw, einem Kombi oder Van, weggefahren seien. Nähere Angaben, wie beispielsweise zum Kennzeichen, konnte die Kassiererin nicht machen. Der Po-Grabscher wurde von der Geschädigten folgendermaßen beschrieben: Er ist

zirka 40 Jahre alt, 180 Zentimeter groß und er hatte eine kräftige Figur. Dem Aussehen nach dürfte es sich um einen Südländer, eventuell einen Nordafrikaner, gehandelt haben.
Freyung: Am gestrigen Montag kam es gegen 14.30 Uhr in einer Spielothek in der Bahnhofstraße zu einer sexuellen Nötigung. Ein 27-jähriger afghanischer Staatsangehöriger verhielt sich einer 38-jährigen Spielhallenaufsicht derart körperlich aufdringlich, dass schließlich die Polizei gerufen wurde. Die Polizeistreife konnte den Mann nur unter Anwendung unmittelbaren Zwanges bändigen. Bei der vorläufigen Festnahme leistete der 27-Jährige Widerstand. Die Kriminalpolizei Passau hat die Ermittlungen eingeleitet. Der Tatverdächtige wurde mittlerweile im Bezirkskrankenhaus Mainkofen untergebracht.
Ottensen: Wie die Polizei mitteilte, war die 47-Jährige am Freitag gegen 20 Uhr mit ihrem Hund in dem Parkgelände beim Stuhlmannbrunnen an der Museumsstraße in Ottensen unterwegs. Plötzlich fasste ein Unbekannter sie von hinten an. Der Täter forderte sexuelle Handlungen von ihr, so die Polizei. Dann kam es zu einer Rangelei. Die Frau wehrte sich, der Sex-Täter flüchtete. Bei dem Übergriff wurde das Opfer leicht verletzt. Kurz darauf vertraute sie sich einem Bekannten an und ließ sich von diesem schließlich in ein Krankenhaus begleiten. Das Landeskriminalamt ist nun auf der Suche nach dem Täter. Nach MOPO-Informationen suchte die Polizei am Montagabend mit Spürhunden nach dem Mann und war dabei auch auf dem Weihnachtsmarkt in Ottensen unterwegs. Der Täter ist aber bislang noch nicht gefasst. Er soll zwischen 30 und 40 Jahre alt und zwischen 1,70 und 1,75 Meter groß sein, mit athletischer Figur. Der Mann war mit einem grauem Kapuzenpulli, einer schwarzen Hose und dunkelbraunen Schuhen gekleidet. Er soll ein „ südländisches Erscheinungsbild" haben und nur gebrochen Deutsch gesprochen haben.
Bad Segeberg: In Kaltenkirchen wurde an den beiden letzten Montagabenden jeweils ein Kind „merkwürdig" angesprochen. Am Montag, den 28.11.16, wurde ein 11-jähriges Mädchen gegen 18.00 Uhr im Steenkamp von einem Mann angesprochen. Der Mann stand unter einem Baum und gab vor, ihr etwas zeigen zu wollen. Am Montag, den 05.12.16, wurde ein 11-jähriger Junge ebenfalls gegen 18.00 Uhr im Carl-Hamdorf-Weg angesprochen. Hier stand der Mann in der Dunkelheit zwischen Büschen und forderte den Jungen auf, zu ihm zu kommen. Die beiden Kinder verhielten sich in beiden Fällen genau richtig. Sie reagierten nicht auf den Mann, verließen zügig den Bereich und erzählten ihren Eltern sogleich von dem Vorfall. In einem Fall konnte zu dem Mann nur gesagt werden, dass er gebrochenes Deutsch gesprochen habe. Im anderen Fall wurde der Mann wie folgt beschrieben: 1,70m bis 1,80 m groß, dunkelhäutig, sprach gebrochenes Deutsch.

http://www.pi-news.net/2017/01/berlin-syrer-sticht-im-bus-fahrgast-ins-gesicht/#more-550365

Berlin: Syrer sticht im Bus Fahrgast ins Gesicht

Nachdem sich ein syrischer „Flüchtling" im Fernbus ein islamisches Tötungsvideo angesehen hatte, schlug er unter „Allahu Akbar"-Rufen mit seinen Fäusten auf zwei Fahrgäste ein und zerschnitt einem dritten mit einem Cuttermesser das Gesicht. Das Opfer, ein 54-jähriger Italiener, erlitt eine 15 Zentimeter lange und sieben Zentimeter

tiefe, quer über die linke Wange verlaufende Schnittwunde. So steht es in der Anklage. Vor Gericht tischte der Mohammedaner aber ein hanebüchenes Märchen aus 1001er Nacht auf. Taqiyya vom Feinsten für die „Ungläubigen“.

(Von Michael Stürzenberger)

Bild beschreibt die offensichtliche Lügenstory des syrischen „Flüchtlings“:

Die angebliche salafistische Hinrichtungsszene auf seinem Handy sei ein Hip-Hop-Video gewesen und die Allah-Schreie ein Hilferuf.

Ein Hilferuf! Ein Hip-Hop-Video! In Wirklichkeit soll sich der Moslem eines der üblichen islamischen Hinrichtungsvideos angesehen haben. Danach dürfte er zur Bestätigung das „Allahu-Akbar“-Triumphgeheule der IS-Schlächter nachgeahmt haben. Aber es ist schon klar: Deutsche Multi-Kulti-Trottel sehen in Gewalt auch immer einen „Hilferuf“, und da wird ihm sein Anwalt wohl geraten haben, es mit dieser Schmierenkomödie zu versuchen, um sich aus der Sache rauszuwinden.

Der Bus war noch nicht lange unterwegs, als er unvermittelt ohne Grund auf den schlafenden Herrn vor ihm mit der Faust eingedroschen habe, sagt die Staatsanwältin.

Doch der Angeklagte widerspricht: „Der Herr hat nicht geschlafen. Er hat laut telefoniert. Das störte mich. Ich rüttelte an seiner Rückenlehne.“ Und dann sei das Ganze eskaliert. „Es kam zu Handgreiflichkeiten.“ Sein Sitznachbar habe sich eingemischt und er sich mit einem weiteren Schlag verteidigt. Ein weiterer Fahrgast habe sich eingemischt.

„Ich verstand nichts, habe Panik bekommen und gerufen: ‚Allah, sie bringen mich um.‘ Und dann mein Cuttermesser aus dem Rucksack geholt. Wo ich den Mann damit getroffen hatte, erkannte ich erst später.“

Der Italiener (54) erlitt eine 15 Zentimeter lange, sieben Zentimeter tiefe, quer über die linke Wange verlaufende Schnittwunde, die in der Klinik behandelt werden musste. Die vom Busfahrer alarmierte Polizei konnte den Angeklagten auf dem Rastplatz festnehmen.

Dieses abstruse Lügengebäude wird auch nur ein total linksgestörter Richter glauben. In der Berliner Morgenpost erfahren wir von den ach so schlimmen Zuständen in Deutschland, das den „Flüchtling“ nicht richtig willkommen geheißen habe:

2014 kam Omar A., geboren in Syrien, nach Berlin. Hier habe er, zumindest aus seiner Sicht, eine vergleichsweise schlechte Betreuung erfahren. So sei ihm erst sehr spät und auch nur durch Hilfe einer Sozialarbeiterin ein Deutschkurs angeboten worden. Auch habe er sich mit der Wohnung in der Moabiter Beusselstraße, die ihm zugewiesen wurde, überfordert gefühlt. Von Problemen bei Zahlen der Fixkosten ist die Rede, und dass es einschüchterne Mahnschreiben von Anwälten gegeben habe.

Genau. Und daher schaut man sich dann Killervideos des IS an:

Im Anklagesatz steht, Omar A. habe während der Auseinandersetzung mehrfach „Allah“ gerufen. Vor Ausbruch des Streites soll der Angeklagte Rum getrunken und sich auf seinem Handy „ein Video mit eingespielten Tötungs- und Hinrichtungsszenen mit islamischen Hintergrund angeschaut“ haben.

„Islamischer“ Hintergrund klingt gut, die Mainstreampresse kommt der Wahrheit so langsam näher. Obwohl in der Wohnung des Syrers auch noch eine Patrone gefunden wurde und er seitdem in Untersuchungshaft sitzt, wird der Fall nicht vor der Staatsschutzkammer des Landgerichtes verhandelt, wie es bei IS-Terror angebracht wäre, sondern vor der Jugendkammer:

Daran änderte auch nichts, als im August 2016 bei einer Durchsuchung seiner Wohnung eine scharfe Patrone gefunden wurde. Das soll ein Zufallsfund gewesen sein, nachdem Omar A. zuvor wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz aufgefallen und darum auch die Wohnung durchsucht worden war. Seitdem sitzt er jedenfalls in Untersuchungshaft.

Völlig klar, „Zufallsfund“. Morgen geht es vor Gericht weiter. Wir müssen leider davon ausgehen, dass ihn die linksideologisch verseuchte Kuscheljustiz wie so oft in solchen Fällen mit Samthandschuhen anfasst und ihm eine zur „pädagogischen Resozialisierung“ geeignete

Bewährungsstrafe gewährt. Bis zum nächsten Dschihad-Messer-Angriff. Oder hat er einen LKW-Führerschein?
Im Übrigen bin ich dafür, dass alle syrischen „Flüchtlinge“ unverzüglich nach Hause geschickt werden, um unter dem moderaten Regierungschef Assad ihr Land wieder aufzubauen.

http://www.pi-news.net/2017/01/die-taeglichen-zehn-rapefugee-einzelfaelle/

Die täglichen zehn Rapefugee-„Einzelfälle“

Brunn (Österreich): Neuer, schlimmer Sex-Verdacht gegen afghanische Asylwerber: Laut Anzeige einer 24-Jährigen aus Niederösterreich sollen zwei Flüchtlinge über sie hergefallen sein, während ein dritter zusah. Die jungen Männer bestreiten die Missbrauchsvorwürfe energisch und sprechen von „freiwilligem Sex“. Ermittlungen laufen. Nach der Silvester-Schande von Innsbruck gibt es nun erneut brisante Ermittlungen gegen afghanische Asylwerber – diesmal in der niederösterreichischen Gemeinde Brunn am Gebirge an der Wiener Stadtgrenze.
Die Fahnder des niederösterreichischen Landeskriminalamtes haben den heiklen Fall übernommen. Laut Anzeige der 24-Jährigen, die die Polizei alarmierte, sei es in der Wohnung eines Bekannten zu einem Sex-Martyrium gekommen. Nach ihren Aussagen hätten zwei afghanische Asylwerber im Alter von 24 und 19 Jahren das besachwalterte Opfer mehrfach missbraucht, während ein dritter Flüchtling dabei zusah. Die Ermittlungen der zuständigen Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt laufen auf Hochtouren, die beiden Hauprtverdächtigen wurden vorläufig festgenommen. Die jungen Männer streiten die schwerwiegenden Vorwürfe bislang jedoch ab, das Trio sprach von einvernehmlichem Sex. Jetzt steht Aussage gegen Aussage.
Angesichts der überbordenden sexuellen Übergriffe durch „Männer“ forderte der ÖVP-Innenminister Sobotka die Bevölkerung zu mehr Zivilcourage auf. Das klingt wie ein schlechter Witz. Was die Regierung durch unkontrollierte Masseneinwanderung und das Kaputtsparen von Polizei und Bundesheer verursacht und die Justiz durch ihre Mildtätigkeit unterstützt hat, dagegen sollen sich nun die Bürger selbst organisieren. Die Frage, für was wir noch Steuern zahlen, wenn der Staat nicht mehr für unsere Sicherheit sorgen will, erscheint diesbezüglich berechtigt. Wenn Sobotka jemanden ins Gebet nehmen sollte, sind das nicht die Bürger, sondern sein Parteikollege und Außenminister Sebastian Kurz. Anstatt den schwarzen Wählern nach dem Maul zu reden, sollte sich dieser nämlich endlich um Rücknahmeabkommen mit diversen Ländern in Afrika und Asien stark machen – damit die Abschiebung krimineller Ausländer endlich beginnen kann. *(Auszug aus dem Artikel „Wiederholte Milde gegen ausländische Straftäter“, der komplett bei info-direkt.eu gelesen werden kann)*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels

Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter

Bern: In der Nacht auf Sonntag wurde eine Jugendliche in Bern Opfer eines Sexualdelikts. Sie war um zirka 00.30 Uhr vom Kurzzeitparking her im Bereich der Grossen Schanze alleine unterwegs, als sie auf Höhe des Spielplatzes neben dem Physikalischen Institut von einem unbekannten Mann festgehalten und in eine Nische auf Höhe Ecke Sidlerstrasse/Alpeneggstrasse gedrängt wurde. In der Folge missbrauchte der mutmassliche Täter die minderjährige Frau sexuell. Der Mann flüchtete anschliessend in unbekannte Richtung. Dem Opfer gelang es danach, sich selbständig von der Örtlichkeit zu entfernen. Die junge Frau befindet sich in ärztlicher Behandlung. Ob es eine vollzogene Vergewaltigung war, dazu macht die Kantonspolizei aus Rücksicht auf das Opfer keine Angaben. Das Opfer war zuvor mit dem Bus Nr. 10 von Ostermundigen her zum Bahnhof Bern gefahren. Dort ist sie gegen 00.20 Uhr angekommen. Die Kantonspolizei Bern geht davon aus, dass der Täter der Frau bereits vorher gefolgt war – allenfalls bereits im Bus. Exakt dieselbe Location wurde schon einmal zum Ort des Grauens: Bereits im Februar 2016 wurde eine junge Frau dort von drei Männern sexuell missbraucht. Auch sie wurde mutmasslich zuvor verfolgt. Sie kam damals von der Reitschule her und war ebenfalls zu Fuss unterwegs. Der Täter im jüngsten Fall wird wie folgt beschrieben: Er ist zwischen 30 und 40 Jahre alt, zirka 180 Zentimeter gross, von dunkler Hautfarbe und von muskulöser Statur. Er hat eine Glatze und trug zum Zeitpunkt des Vorfalls dunkle Kleidung. Die Kantonspolizei Bern sucht Zeugen. Da die Täterschaft im ersten Delikt vom Februar 2016 noch nicht gefunden wurde, kann ein Zusammenhang weder bestätigt noch dementiert werden. «Wir ermitteln in alle Richtungen», sagt Ramona Mock, Mediensprecherin der Kantonspolizei Bern.

Düsseldorf: Vergangenen Sommer sorgten Fälle von sexuellen Übergriffen durch Flüchtlinge in Freibädern für bundesweites Aufsehen. Jetzt gibt es einen neuen Fall in Düsseldorf. Und wieder fragt man sich: Warum ließ die Polizei den Täter gehen? Der Fall: Am vergangenen Samstag gegen 16 Uhr taucht ein Mädchen (laut Polizei „jünger als 14“) durch das Ruhebecken des Spaßbades „Düsselstrand“ im Stadtteil Flingern. Das Kind sieht, wie sich ein Mann (27) die Badehose runter zieht. Als sie auftaucht, fragt der Perverse: „Willst du noch mehr sehen?“ Das Mädchen rennt zu ihrem Vater, die Polizei rückt an. Gegenüber den Beamten gibt der Flüchtling aus Afghanistan zu: Er habe im Becken onaniert. Die Beamten nehmen seine Daten auf – und er kann gehen.

Bad Schwalbach: Laut Polizeibericht wurde die 40-jährige Bewohnerin eines Mehrfamilienhauses in der Straße „Am Schänzchen“ vor dem Wohnhaus angegriffen und sexuell belästigt. Die 40-Jährige hatte gegen 18 Uhr den Müll rausgebracht, als sie auf dem Rückweg plötzlich von zwei jungen Männern im Außenbereich des Hauses abgefangen und von einem der beiden angegriffen wurde. Der Täter drückte die Geschädigte gegen eine Wand, bedrohte sie mit einem Messer und berührte sie dann unsittlich an verschiedenen Körperstellen, wie die Polizei weiter berichtet. Erst als ein Auto vorbeigefahren sei, habe der Täter von der Frau abgelassen und sei mit dem zweiten Mann in Richtung Mühlweg davongerannt. Bei dem Übergriff wurde die Frau leicht verletzt und erlitt einen Schock. Die beiden Männer sollen laut Polizeibeschreibung etwa 20 bis 25 Jahre alt gewesen sein und kurze, schwarze, gelockte Haare sowie eine schwarze Hautfarbe gehabt haben.

Rottenburg: Am Montagnachmittag, in der Zeit zwischen 15.45 Uhr und 17 Uhr, wurden im Bereich der Straße Hinter der Mauer, am Eugen-Bolz-Platz und Schänzle drei junge Mädchen im Alter von zehn bis zwölf Jahren durch einen unbekannten jungen Mann angesprochen. In zwei Fällen wurde den Mädchen Schokolade, in einem Fall Geld durch den Fremden angeboten. Nachdem die Mädchen den jungen Mann laut anschrien, davon rannten oder andere Passanten um Hilfe baten, ergriff der Fremde die Flucht. Die Mädchen beschrieben den jungen Mann als etwa 20 bis 25 Jahre alt, etwa 160-165cm groß, mit “ arabischem“

Aussehen, Bart und kurzen dunklen Haaren. Der Verdächtige trug eine grüne Jacke und sprach gebrochen deutsch.
Seckach: Bereits in der S-Bahn von Mosbach nach Seckach um 17:52 Uhr wurde ein 14-Jähriger am vergangenen Montag von einem südländischen Mann beobachtet. Der Jugendliche stieg im Bahnhof Seckach am Gleis eins um 18:15 Uhr aus und ging Richtung Bahnhofstraße. In der Nähe einer Tankstelle, im Bereich einer Bahnunterführung, holte der Unbekannte den 14-Jährigen, fasste ihn am Arm und beleidigte ihn sexuell. Der junge Mann flüchtete zur Tankstelle, der Täter flüchtete. Der Mann spricht gebrochenes Deutsch, hat einen braunen Hautteint und auffallende Muttermale im Gesicht.
Bruck: „Ich hoffe, dass ich ihm nie wieder begegnen muss“, sagt jene 29-jährige Obersteirerin, die in der Vorwoche in einem Zug Opfer einer Sex-Attacke geworden war. Er, das ist ein junger Asylwerber aus Afghanistan, der weiter in U-Haft sitzt. Sein Opfer kämpft unterdessen mit den psychischen Folgen der Tat. „Die letzten Tage waren surreal für mich. Ich habe das noch gar nicht alles verarbeiten können.“ Dass der ihr unbekannte Mann, der im Triebwagen über sie hergefallen war, erst 15 Jahre alt sein soll, hat die Mürztalerin erst über die Zeitung erfahren. „Mir hat er erzählt, er ist 23, und ich persönlich hätte ihn optisch auch so eingeschätzt“, erzählt sie. In Begleitung eines Landsmannes hatte der Afghane die Frau zunächst verbal bedrängt. „Die Situation war von Anfang an unangenehm und ich habe gleich gesagt, dass ich kein Interesse habe“, stellt sie klar. Doch der junge Mann wurde immer zudringlicher, auch körperlich. Er hielt sein Opfer fest, fasste ihm an die Brust und ans Gesäß. „Ich habe gerufen, er soll mich in Ruhe lassen und wollte weg. Als ich dann um Hilfe rief, ist die Situation eskaliert.“ Die Frau wurde zu Boden gestoßen, ihr Angreifer lag plötzlich auf ihr. „Es gelang ihm nicht, mich zu küssen, aber ich spürte seinen Speichel auf meinem Gesicht“, erinnert sie sich. Außerdem soll er versucht haben, ihr ein Getränk einzuflößen. Auf die verzweifelten Hilferufe der 29-Jährigen reagierten mehrere Fahrgäste. Auch Edith Krupitscheff (47) aus Trofaiach, die mit drei Kolleginnen den Adventmarkt in Graz besucht hatte, eilte zu Hilfe. „Sie lag am Boden, er saß bretteleben auf ihr drauf. Eine Passagierin hat den Typen an den Haaren weggezogen“, schildert sie die Szenen. Sie habe der Frau aufgeholfen, ihre Sachen aufgehoben, sie gefragt, wie sie ihr helfen kann. „Währenddessen hat ihr der andere noch auf den Hintern gegriffen“, ist sie entsetzt. Der Angreifer habe die Helferinnen angeschnauzt, das sei ja seine Freundin, die gehöre ihm. Krupitscheffs resolute Antwort: „Eine Watschen kannst haben, das ist alles.“
Klagenfurt: Ein 19-jähriger Somalier hat Samstagfrüh in Klagenfurt versucht, eine 23 Jahre alte Frau in einem Lokal zu vergewaltigen. Der mutmaßliche Täter konnte zunächst flüchten. Nachdem er wenig später einer 22-Jährigen die Geldbörse entwendet und die Besitzerin attackiert hatte, klickten im Zug einer eingeleiteten Fahndung die Handschellen. Der Asylwerber aus Somalia hatte laut Polizei gegen 5 Uhr in einem Lokal in der Klagenfurter Innenstadt die Türe zu einer Damentoilette gewaltsam geöffnet und die Frau aus dem Bezirk Klagenfurt-Land sexuell bedrängt. Erst als eine weitere Frau das WC betrat, ließ er vom Opfer ab und flüchtete. Unmittelbar nach diesem Vorfall verwickelte er vor einem anderen Lokal eine 22-jährige Frau aus dem Bezirk Klagenfurt-Land in ein Gespräch und stahl ihr zunächst unbemerkt die Brieftasche. Als der Frau der Diebstahl auffiel, wollte sie dem Somalier die Börse wieder entreißen. Daraufhin packte er die Kärntnerin an der Kehle, drückte sie an die Wand und flüchtete mit der Beute. Die Brieftasche wurde anschließend vom Opfer gefunden, jedoch fehlte das Bargeld. Die Frau alarmierte die Polizei. Im Zuge der Fahndung wurde der 19-Jährige im Schillerpark gestellt und festgenommen. Aus „medizinischen Gründen“ musste der 19-jährige jedoch in das Klinikum Klagenfurt eingeliefert werden, teilte die Polizei mit.
Wien: Fast vier Monate nach Bekanntwerden einer schockierenden Massenvergewaltigung einer 28-jährigen Deutschen durch neun Iraker in der Silvesternacht in Wien liegt jetzt die Anklageschrift vor. Darin wurden neue, grausame Details festgehalten: So scheuten die

Männer nicht davor zurück, mit ihrem Opfer unmittelbar nach der Tat auch noch mehrere Selfies zu schießen. Diese Tat schockierte ganz Österreich: Wie erst Mitte August bekannt geworden war, hatte die 28-Jährige in der Silvesternacht die neun Iraker am Schwedenplatz kennengelernt. Die Frau war betrunken und verlor kurz nach Mitternacht ihre Freundin aus den Augen. Die nun angeklagten Männer wurden auf die junge Frau aufmerksam, verwickelten sie in ein Gespräch und brachten sie schließlich in eine Wohnung in der Rustenschacher Allee in der Leopoldstadt. Dort kam es dann zur Gruppenvergewaltigung. Wie der „Kurier“ berichtet, liegt nun die Anklageschrift zu dem grausamen Fall vor. Und diese offenbart abscheuliche Details: So hatte sich ein Mann nach dem anderen an der Frau vergangen. Während einer der Täter die 28-Jährige vergewaltigte, warteten die anderen in einem Nebenraum „auf ihren Einsatz“. Obwohl die Frau mehrfach „Nein, ich will das nicht“ rief, ließen ihre Peiniger nicht von ihr ab. Später behaupteten die nicht geständigen Männer gar, die Frau habe freiwillig mitgemacht. Nach der Vergewaltigung machten die Iraker sogar noch einige Selfies mit ihrem Opfer, so der „Kurier“. Anschließend brachten die Peiniger die 28-Jährige zu einer Straßenbahnstation. Die Frau fuhr zur Polizei und erstattete Anzeige. Die 28-Jährige befindet sich seit der grauenvollen Tat in stationärer Behandlung in einer psychiatrischen Klinik in Deutschland. Ohne Medikamente könne sie nicht schlafen. Wann nun ihren neun Peinigern, die durch DNA-Spuren belastet werden, der Prozess gemacht wird, steht noch nicht fest. Alle Verdächtigen sitzen seit August in U-Haft.

Bochum: Nach der Verhaftung eines mutmaßlichen Vergewaltigers in Bochum spricht die Polizei von einer „erdrückenden Beweislast“. „DNA-Spuren sind das Nonplusultra in der Beweislage“, sagte ein Polizeisprecher. Ein 31 Jahre alter Mann soll für zwei Sexualdelikte im August und November im Bochumer Universitätsviertel verantwortlich sein. Beide Opfer sind Studentinnen aus China. Polizei und Staatsanwaltschaft sind sich aufgrund der Beweislage so sicher, dass sie den tatsächlichen Vergewaltiger verhaftet haben, dass sie bereits vom Täter und nicht mehr vom mutmaßlichen Täter sprechen. Oberstaatsanwalt Andreas Bachmann erklärte: „Ich halte diesen Tatnachweis für sehr überzeugend, einen besseren Beweis sehe ich im Moment nicht und deshalb sprechen wir auch schon von dem Täter“. Überführt werden konnte der Mann, nachdem ihn der Lebensgefährte des zweiten Opfers zwei Wochen nach der Vergewaltigung am Tatort in einem Gebüsch fotografiert hatte. „Alles deutet darauf hin, dass er dort eine weitere Tat vorbereitete“, sagte der Polizeisprecher. Weitere Opfer hätten sich bislang nicht gemeldet. Durch die Fotos kamen die Ermittler dem Mann auf die Spur. Seine DNA stimmte mit den Proben überein, die nach beiden Taten gesichert werden konnten. Der 31-Jährige sitzt in Untersuchungshaft. Laut Oberstaatsanwalt Andreas Bachmann handelt es sich bei dem Tatverdächtigen um einen 31 Jahre alten Asylbewerber aus dem Irak. Er lebte mit seiner Frau und zwei Kindern in einer Flüchtlingsunterkunft in der Nähe der Tatorte.

http://www.pi-news.net/2017/01/gewalt-unschoenes-bild-in-schwenningen/#more-550455

Gewalt: „Unschönes Bild“ in Schwenningen

VS-Schwenningen: Am Montagabend, gegen 18.00 Uhr, hat sich in der Schwenninger Innenstadt beim City Rondell ein sogenanntes *„unschönes Bild“* abgespielt. Eine Gruppe aus fünf bis sechs Jugendlichen zerrte offenbar grundlos einen 16-jährigen Jungen aus einer Buchhandlung vor den Eingang eines naheliegenden Spielcasinos und schlug dort auf diesen ein. Dabei trug der 16-Jährige Gesichtsverletzungen von sich, die einer der Unbekannten ihm mit einem scharfen Gegenstand zugefügt haben muss. Die Polizei sucht nun Zeugen der

Auseinandersetzung, die Angaben zu den ebenfalls jugendlichen und „arabisch“ aussehenden Schlägern machen können.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter / Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Heilbronn: Am Samstag 07.01.2017, gegen 17:45 Uhr, bewegte sich eine Gruppe Jugendlicher oder junger Erwachsener in provozierender Art und Weise durch die Heilbronner Fußgängerzone. Laut bisherigen Ermittlungen wurden einzelne Personen angepöbelt und angerempelt. Eine dieser Personen, ein 17-Jähriger, stellte sich daraufhin der Gruppe im Bereich eines Juweliergeschäftes in der Fleiner Straße und soll im Anschluss zunächst mit Fäusten geschlagen und später auch mit den Füßen getreten worden sein. Er wurde hierbei leicht verletzt. Nach ersten Zeugenschilderungen soll die Gruppe aus vier bis fünf Personen bestanden haben. Die jungen Männer sollen Migrationshintergrund gehabt haben und äußerst brutal und aggressiv vorgegangen sein. Sie entfernten sich noch vor dem Eintreffen der Polizei in Richtung Kaiserstraße. Es wird davon ausgegangen, dass sie sich ihr Opfer willkürlich herausgesucht haben.
Freiburg: In den frühen Morgenstunden des Sonntags wurde vor einer Diskothek in Steinen ein junger Mann zusammengeschlagen. Das 19-jährige Opfer erlitt nicht unerhebliche Verletzungen und musste vom Rettungsdienst behandelt und anschließend ins Krankenhaus gebracht werden. Nach den bisherigen Erkenntnissen der Polizei soll sich der stark alkoholisierte junge Mann mit einer Gruppe Türken angelegt und diese angeblich beleidigt haben. Daraufhin wurde er zusammengeschlagen. Die Gruppe war beim Eintreffen der Polizei verschwunden. Die genauen Umstände des Falles, der sich gegen 5 Uhr abspielte, sind noch unklar.
Trier: Laut Polizei soll eine Gruppe Jugendlicher am Samstag gegen 18 Uhr auf dem Bahnsteig des Hauptbahnhofs Konz einen 47-Jährigen angegriffen und verletzt haben. Der Mann war mit dem Zug aus Mönchengladbach angereist. Ob die Jugendlichen zuvor im gleichen Zug saßen oder sich bereits am Bahnhof aufhielten, ist nicht bekannt. Auch die Ursache für den Streit steht nicht fest. Zeugen haben der Polizei berichtet, dass die „ südländischen Jugendlichen“ sich außer auf Deutsch auch in einer Fremdsprache unterhalten hätten und 16 bis 17 Jahre alt gewesen seien.
Bergkamen: Am Neujahrmorgen ging eine 24 jährige Bergkamenerin alleine an der Bambergstraße entlang. Dort kam ihr gegen 8.45 Uhr ein dunkelhäutiger Mann entgegen, der ihr wortlos ins Gesicht geschlagen habe und anschließend davon gelaufen sei. Die Bergkamenerin stürzte und verletzte sich leicht. Der Täter wird wie folgt beschrieben: dunkelhäutig, etwa 35 bis 40 Jahre alt, ungefähr 165 cm groß.
Mainz: Gegen 21.30 Uhr kam es auf der Domplatte zu einer gefährlichen Körperverletzung zum Nachteil eines 34-jährigen Hessen. Dieser war zuvor aus einer Gruppe von drei jungen Männern heraus beleidigt worden. Als er diese auf ihr Fehlverhalten ansprechen wollte, wurde der Geschädigte unvermittelt zu Boden geschlagen und, dort liegend, noch getreten. Die ausländisch aussehenden Täter, konnten vor dem Eintreffen der Polizei fliehen. Der Geschädigte erlitt Prellungen und Rötungen im Gesicht.
Berlin: Mindestens fünf Verletzte sind das Resultat einer Auseinandersetzung Sonnabend früh in Tiergarten. Nach den bisherigen Ermittlungen wurden fünf junge Männer, nachdem sie den Club „Adagio“ verlassen hatten, gegen 5.20 Uhr auf dem Marlene-Dietrich-Platz von einem Mann angesprochen und nach ihrem Glauben gefragt. Nach Polizeiangaben sprach der Unbekannte die Gruppe so an: “ Ich bin Moslem! Was seid Ihr?“ Daraus entwickelte sich zunächst eine verbale Auseinandersetzung. Plötzlich sollen weitere Personen hinzugekommen sein und gemeinsam mit dem Unbekannten auf die vier im Alter von 20, 24 und 25 Jahre alten Männer eingeschlagen haben. Ein 19-jähriger Passant, der schlichten wollte, erlitt dabei eine Verletzung im Gesicht. Kurz vor Eintreffen der Polizisten flüchteten die Angreifer. Die

verletzten jungen Männer lehnten eine medizinische Versorgung ab und wollen sich gegebenenfalls selbst in ärztliche Behandlung begeben. Sie stammen nach Polizeiangaben aus Serbien und Montenegro und sind orthodoxe Christen.
Leipzig: Ein Unbekannter soll in einer S-Bahn nach Leipzig vier Frauen mit einem Springmesser bedroht haben. Wie die Bundespolizei Magdeburg erklärte, ereignete sich die Tat am Samstag kurz nach Mitternacht in einem Zug von Dessau nach Leipzig. „Die Befragung der sofort eingesetzten Bundespolizisten von mehreren Reisenden ergab, dass der Mann den Zug vermutlich in Jeßnitz verlassen hatte. Zuvor bedrohte er drei Frauen mit einem Springmesser, indem er es öffnete und es vor ihren Köpfen hin und her bewegte. Bei einer weiteren Frau drohte der bisher unbekannte Täter ebenfalls mit dem geöffneten Messer und stach damit in eine Lehne neben ihren Sitz“, heißt es im Bericht der Beamten. Es blieb bei der Drohung, verletzt wurde niemand. Die ermittelnde Bundespolizei wertet Videoaufnahmen aus und bittet parallel um Hinweise zum möglichen Aufenthaltsort des Täters. Die vier Frauen sowie ein weiterer Zeuge beschrieben den Unbekannten den Angaben zufolge als 25 Jahre alt und 1,60 bis 1,70 Meter groß. Der Mann habe eine dunkle Hautfarbe und sei zum Tatzeitpunkt mit einer schwarzen Mütze sowie weißer Jacke mit schwarzem Emblem bekleidet gewesen.
Marburg: Diverse Verletzungen im Gesicht erlitt ein 18-Jähriger am Sonntag, 1. Januar vor einer Bar in der Reitgasse. Der junge Mann musste sich ambulant in der Uni-Klinik behandeln lassen. Wie berichtet wurde, stürmten zwischen 1 und 1.30 Uhr vier ausländisch aussehende Männer aus der Bar und schlugen auf das Opfer ein. Wahrscheinlich steht das Geschehen mit einer Schubserei in Verbindung, die sich zuvor auf der Tanzfläche der Gaststätte zugetragen hat. Von den mutmaßlichen Tätern liegt derzeit keine nähere Beschreibung vor.
Dortmund: Eine Feuerwerksrakete verletzte Samstagnachmittag (31. Dezember) am Dortmunder Hauptbahnhof einen 32-jährigen Mann. Die Rakete war zuvor aus einer Personengruppe gezündet worden. Gegen 17:30 Uhr hielt sich der 32-Jährige mit weiteren Personen unter einer Überdachung am Dortmunder Hauptbahnhof auf. Aus einer anderen Personengruppe, die sich vor dem Haupteingang aufhielt, zündete ein Unbekannter eine Feuerwerksrakete, die in Richtung des 32-Jährigen flog und ihn am Hinterkopf traf. Nach ersten Angaben des Rettungsdienstes erlitt der Dortmunder hierdurch Verbrennungen 1. Grades am Hinterkopf und an der Hand. Er musste daraufhin in eine Dortmunder Klinik eingeliefert. Die Bundespolizei leitete ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung ein. Die Ermittlungen dauern an. Nach Zeugenaussagen soll es sich bei der Person, welche die Rakete zündete um einen Mann mittleren Alters handeln, der wie folgt beschrieben wird: circa 170-180 cm, Südländer, dunkle, kurz geschnittene Haare, dunkler Bart, dunkle Kapuzenstrickjacke
Sigmaringen: Zu einer Schlägerei vor einer Diskothek in der Bahnhofstraße wurde die Polizei am Neujahrsmorgen, gegen 06.30 Uhr, gerufen. Beim Eintreffen einer Streifenwagenbesatzung wurde diese auf mehrere Personen im gegenüber liegenden Prinzenpark aufmerksam, die sich offensichtlich einen handfesten Streit lieferten. Wie die weiteren Abklärungen ergaben, handelte es sich um zwei Männer im Alter von 24 und 50 Jahren, die nach ihren Angaben von drei marokkanischen Asylbewerbern angegriffen, geschlagen und mit einer abgeschlagenen Flasche bedroht worden sind. Während zwei der Angreifer flüchten konnten, gelang es den beiden Geschädigten, einen 20-Jährigen festzuhalten. Seine beiden Komplizen wurden wenig später bei der Rückkehr in die Asylbewerberunterkunft vom dortigen Sicherheitspersonal bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Den 20-Jährigen, der deutlich unter Alkoholeinwirkung stand, nahmen die Beamten auf richterliche Anordnung in Ausnüchterungsgewahrsam.
Freiburg: Am Donnerstagabend hat gegen 22.25 Uhr ein Gast eines Bistros in der Hauptstraße mitgeteilt, dass türkisch aussehende Jugendliche Böller auf der Straße und auch in das Gebäude werfen würden. Beim Eintreffen der Polizei waren die Jugendlichen jedoch

verschwunden. Gegen Mitternacht meldete sich der Anrufer erneut und teilte mit, dass die etwa 20 Jugendlichen zurückgekehrt seien, nachdem die Polizei wieder abgezogen war. Von der Gruppe sei er beschimpft, bedroht und geschlagen worden, hierbei hab er auch eine Kopfnuss erhalten. Bei dem Vorfall wurde erlitt der 25 Jahre alte Mann eine Beule und Kopfschmerzen, er meldete die Tat, nachdem er zu Hause angekommen war.
Stade: Am Freitag, den 30.12. kam es gegen 15:30 h in Bargstedt in der Hollenbecker Straße auf dem Wanderweg an der Bahn Richtung Harsefeld zu einem Zwischenfall für den die Polizei Zeugen sucht. Ein 78-jähriger Bargstedter schob zu der Zeit sein E-Bike auf dem Wanderweg als ihm ein bisher unbekannter Radfahrer begegnete. Nachdem sich beide Männer begegnet waren, hatte der Unbekannte unvermittelt angehalten und versucht auf dem 78-Jährigen einzuschlagen. Dieser konnte die Schläge teilweise abwehren, wurde aber gegen den Oberkörper getreten und dabei leicht verletzt. Der Bargstedter ergriff die Flucht und schrie dabei um Hilfe. Der Täter ließ von ihm ab und flüchtete mit seinem Rad in Richtung Harsefeld. Später wurde das E-Bike des 78-Jährigen beschädigt an einem Graben in der Nähe aufgefunden. Der Täter konnte wie folgt beschrieben werden: Männlich, Ca. 180 cm groß und kräftig, Ca. 25 Jahre alt, Sprach mit ausländischem Akzent, War dunkel gekleidet, Hatte ein silbernes Damenrad dabei
Stuttgart-Mitte: Ein 25 Jahre alter Mann ist am frühen Dienstagmorgen (27.12.2016) in der Eberhardstraße bei einer Auseinandersetzung durch Fußtritte schwer verletzt worden. Der 25-Jährige hatte zusammen mit mehreren Bekannten gegen 05.30 Uhr eine Gaststätte an der Eberhardstraße verlassen. Vor dem Eingang gerieten sie aus bislang unbekannten Gründen mit einer ungefähr achtköpfigen Gruppe in Streit. Um dem Streit auszuweichen, gingen die fünf Richtung Dornstraße weg, wurden jedoch von der anderen Gruppe eingeholt. Der 25-Jährige wurde offenbar von mehreren Personen angegangen und mit Faustschlägen traktiert. Als er zu Boden ging, traten ihm mindestens zwei Personen gegen den Kopf. Ein ebenfalls 25-Jähriger, der seinem Bekannten zu Hilfe eilte, erlitt einen Schlag gegen die Kopfseite. Offenbar wurde bei der Auseinandersetzung auch mit einer Gaspistole geschossen. Die Gruppe der Angreifer flüchtete unerkannt. Rettungskräfte versorgten die Verletzten und brachten den 25-Jährigen in ein Krankenhaus. Einer der Angreifer soll etwa 25 bis 30 Jahre alt und zirka 175 Zentimeter groß gewesen sein. Er war dunkelhäutig und trug eine Jacke mit Flecktarnmuster.

http://www.pi-news.net/2017/01/vier-vergewaltiger-vor-gericht/#more-550757

Vier Vergewaltiger vor Gericht

Fall 1 – Berlin: Pakistanischer „Flüchtling“ Asif M. (26) nachts auf Beutesuche. Asif M. drang 2005 über Griechenland nach Europa ein, trieb sich in Österreich herum und tischte 2014 den deutschen Behörden auf, er werde von den Taliban verfolgt. Der angeblich gelernte Schweißer jobbte in Berlin als Kellner und scheint ein notorischer Sextäter zu sein. Nachts lauerte er mit einer Flasche Bier in der Hand Frauen auf, bequasselte sie, ob sie etwas mit ihm trinken wollten. Er sei erst in Deutschland straffällig geworden, erzählt er der Richterin, weil es schwierig sei, hier eine Freundin zu bekommen: „In Deutschland ist das irgendwie aus mir herausgebrochen. Ich wollte Sex haben.“
Vor Gericht spielt er das Opfer: als Flüchtling habe er Frauen nicht viel zu bieten. Außerdem habe ihn der Alkohol enthemmt, den er in der Bar heimlich und mit den Kollegen trank. Er habe dann versucht, die Frauen auf der Straße freundlich anzusprechen. Die erste Frau habe nur zum Biertrinken „nein“ gesagt, deswegen sei er davon ausgegangen, dass sie den Sex wollte. Ihm sei erst hinterher klar geworden, dass sie nicht wollte. Dem Pakistaner werden

eine Vergewaltigung und fünf weitere Übergriffe auf Frauen im Alter von 19 bis 25 Jahre vorgeworfen. Die Tatserie begann am 29. April 2016. Er hielt die erste Frau fest, brachte sie gewaltsam zu Boden, befummelte sie und vollzog gegen ihren Willen den ungeschützten vaginalen Geschlechtsverkehr, heißt es in der Anklageschrift. Er überfiel vier weitere Frauen mit Ficki-Ficki-Gefasel und Grapschen, die sich jedoch so heftig wehrten und schrieen, dass der Sexgierige es beim Befummeln beließ und sich aus dem Staub machte. Der letzte Überfall war am 25. Juli 2016 in einem Park in Wilmersdorf, wo ihn ein Zeuge sah und die Polizei rief. Am 2. Januar begann vor Gericht die Befragung der Opfer, weil sich der Pakistaner nach wie vor herausreden will. Auf der Bank im Gerichtssaal macht er sich klein, schaut permanent zu Boden, versteckt sich unter einer überdimensionalen Kapuze und flüstert nur.

Fall 2 – Duisburg: Asylbewerber Ralph Q. (24) aus Ghana vergewaltigt 15-Jährige. Am 19. August 2016 befand sich eine 15-Jährige mit einer Freundin und einem Freund gegen 19.15 Uhr auf dem Gelände der ehemaligen Adolph-Kolping-Schule an der Gartenstraße in Duisburg-Neumühl. In dem Gebäude stießen die Mädchen auf einen Rapefugee, der auf Einladung unserer Kanzlerin in der nahegelegenen Landesaufnahmestelle im Barbara-Krankenhaus logierte. Sofort begann der Schwarzafrikaner, sich an die beiden Mädchen heranzumachen. Er wolle „Spaß haben“ mit ihnen. Einem der Mädchen gelang es, aus einem Fenster zu klettern, doch das zweite Mädchen zog der Asylbewerber zurück in den Raum. Er riss ihr die Klamotten herunter und vergewaltigte sie. Wegen der Hilfeschreie aus dem Inneren des Gebäudes ging dann der Jugendliche hinein und verhinderte damit möglicherweise weitere Taten. Der Neger bestreitet die Vergewaltigung und behauptet, es habe einvernehmlichen Sex gegeben. Die 1. Große Strafkammer des Landgerichts Duisburg begann am vergangenen Donnerstag mit dem Verfahren.

Fall 3 – Düsseldorf: Marokkaner Souhayl N. (19) vergewaltigt 90-jährige Kirchenbesucherin. Am 2. Oktober 2016 ging eine 90-jährige Seniorin um 11 Uhr in der Düsseldorfer Altstadt von der Lambertuskirche nach Hause. Dabei lief sie einem 19-jährigen Nafri über den Weg, der von ihr Geld haben wollte. Da sie keins dabei hatte, zerrte der Rapefugee die 90-Jährige in einen Hinterhof, drückte sie zu Boden, riss ihr die Strumpfhose herunter und vergewaltigte sie, während er sie würgte und an ihren Haaren zerrte. Dann durchwühlte der perverse Straßenräuber noch die Handtasche seines Opfers, schrieb die Adresse vom Ausweis ab und krallte sich den Hausschlüssel. Dort tauchte Souhayl N. – wohnsitzloser Marokkaner mit spanischem Pass – aber nicht auf. Die Polizei fasste ihn zwei Wochen später, weil sie ihn kannte und bereits seine DNA hatte. Souhayl N. war schon durch einen Raubüberfall aufgefallen. Die Polizei konnte sich bei der Fahndung aber nicht entscheiden, ob sie einen osteuropäischen oder südländischen Täter suchen wollte. Auch über das wahre Alter des Opfers wurde zunächst der Mantel des Schweigens gelegt. Von einer „über 80-Jährigen“ war die Rede. Der Fall wird am Landgericht Düsseldorf verhandelt. Es geht nicht nur um Vergewaltigung, Körperverletzung und den Raubüberfall auf die 90-Jährige, sondern auch um einen Antanz-Diebstahl in einer Diskothek.

Fall 4 – Ulm: Mazedonischer Familienvater spielt Taxifahrer und vergewaltigt zwei Frauen an einem Tag. In Ulm hat ein mazedonischer Familienvater (37) am 9. Oktober 2016 gleich zwei Frauen vergewaltigt, was er allerdings trotz entsprechender DNA-Spuren bislang abstreitet. Der ausländische Arbeitnehmer lebt seit drei Jahren angeblich legal in Deutschland und hat mehrere Kinder. Zunächst lockte er am frühen Morgen eine ausländische Studentin in seinen Wagen, die in der Innenstadt auf ein Taxi wartete. Er fuhr mit der jungen Frau aus der Stadt heraus, schüchterte sie durch Schläge ein und vergewaltigte sie auf der Rückbank des Wagens. Dann brachte er das Opfer zurück nach Ulm. Am Abend bot er einer 37-jährigen Deutschen an, sie zu fahren, die er in der Weststadt angesprochen hatte. Wieder fuhr er an einen abgelegenen Ort und vergewaltigte die Frau. Anschließend brachte er auch das zweite Opfer in die Stadt zurück. Eine der Frauen hatte sich das Kennzeichen des Wagens gemerkt, so dass der Vergewaltiger abends zu Hause verhaftet wurde und seitdem in

Untersuchungshaft sitzt. Die Große Strafkammer des Landgerichts Ulm verhandelt in wenigen Wochen.

http://www.pi-news.net/2017/01/12-und-13-jaehrige-im-schwimmbad-begrapscht/#more-551122

12- und 13-Jährige im Schwimmbad begrapscht

Krefeld: Am Sonntag, den 15. Januar 2017, soll eine Gruppe von Jungen zwei Mädchen im Schwimmbad Bockum sexuell belästigt haben. Am Nachmittag gegen 15:30 Uhr hielten sich die beiden Mädchen (12 und 13 Jahre) im Nichtschwimmerbecken auf. Eine Gruppe von fünf Jungen im Alter zwischen 11 und 14 Jahren gesellte sich zu ihnen. Nach derzeitigem Ermittlungsstand verrohte das anfängliche Spiel von beiden Seiten ausgehend, weswegen ein Schwimmmeister, der die Situation von Beginn an beobachtet hatte, sowohl die Mädchen, als auch die Jungen aus dem Bad verwies. Im Bereich der Umkleidekabinen berichteten die Mädchen einer Besucherin von unsittlichen Berührungen. Während die Mädchen gemeinsam mit der Frau sich dem Badpersonal anvertrauten, verließen die Jungen das Schwimmbad. Die vom Badpersonal hinzugerufene Polizei konnte sie im Rahmen der Fahndung außerhalb des Bades antreffen und ihre Personalien feststellen. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um Kinder und Jugendliche aus Syrien, die allesamt in Krefeld leben.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter
Nürtingen: Wegen des Verdachts der versuchten Vergewaltigung, Bedrohung und versuchter gefährlicher Körperverletzung ermitteln die Staatsanwaltschaft Stuttgart und die Kriminalpolizeidirektion Esslingen gegen einen 27-jährigen Iraner. Der Verdächtige hatte am Sonntag, kurz nach 23 Uhr, ein Nürtinger Bordell betreten und Sex verlangt. Über den Umfang der Leistungen kam es allerdings zwischen einer 43-jährigen Beschäftigten und dem Kunden zu Unstimmigkeiten. In der Folge soll der alkoholisierte Beschuldigte versucht haben, gewaltsam den Geschlechtsverkehr zu erzwingen. Durch heftige Gegenwehr konnte sich das leicht verletzte Opfer befreien und Hilfe holen. Der Betreiber des Bordells verwies den 27-Jährigen des Hauses. Etwa eine Stunde später kehrte dieser aber wieder in das Etablissement zurück. Im Streitgespräch mit dem Betreiber soll der 27-Jährige versucht haben, den 56-Jährigen mit einem mitgeführten Messer anzugreifen, was aber misslang, worauf der Beschuldigte flüchtete. Danach wurde die Polizei alarmiert. Der in einer Nürtinger Flüchtlingsunterkunft wohnhafte 27-Jährige konnte im Zuge der eingeleiteten Fahndung dort vorläufig festgenommen werden.

Speyer: Sexuelle Belästigungen, psychisch auffällige Person 002/14 Nachdem am Samstagabend, ca. 21.45 Uhr, eine sexuelle Belästigung durch einen unbekannten und flüchtigen Mann in der Schustergasse gemeldet wurde, ging am frühen Samstagmorgen, 02.15 Uhr eine ähnliche Meldung aus der Roßmarktstraße ein. Die Polizeibeamten konnten den bereits polizeilich bekannten Zuwanderer aus Marokko antreffen und in Gewahrsam nehmen. Da er stark alkoholisiert und aggressiv war und eine psyschiche Erkrankung vorzuliegen scheint, wurde er in eine Psychiatrische Klinik eingeliefert.
Metelen: Am frühen Sonntagmorgen (15.01.), gegen 03.50 Uhr, ist eine junge Frau aus Nordwalde auf einem Parkplatz hinter der Bürgerhalle von einem Mann unsittlich berührt worden. Die Frau wurde dabei nicht verletzt. In der Bürgerhalle fand zu dieser Zeit das „Knappenfest“ statt. Der Täter war cirka 20-25 Jahre alt und etwa 180 cm groß. Er sprach mit einem ausländischen, unbekannten Dialekt.
Dresden: Am Dienstag entblößte sich ein Unbekannter vor zwei Mädchen (11, 12) auf dem Saubergweg. Wenig später lief er ohne ein Wort zu sagen in Richtung Lucas-Carnach-Straße davon. Der Mann war zwischen 40 und 50 Jahre alt, ca. 170 bis 180 cm, groß und von normaler Statur. Er hatte kurze dunkle Haare und einen dunklen Teint.
Celle: Die Polizei Celle sucht Zeugen zu einem Vorfall, der sich vor einer Woche im Bereich des Fohlenweges Ecke Landstallmeisterring zugetragen hatte. Das Mädchen war am Montag, den 05.12.2016, gegen 18:45 Uhr, auf dem Weg nach Hause. An der Metallbarriere zum Fohlenweg wurde sie von einem unbekannten Mann gestoppt. Der Unbekannte sprach sie in einer ausländischen Sprache an, was er aber wollte blieb aufgrund der sprachlichen Barriere unklar. Während das Mädchen noch versuchte, eine Verständigung in englischer Sprache herbeizuführen, fasste der Mann ihr unvermittelt an die Brust. Diese reagierte umgehend und trat ihm gegen das Schienbein. Als der Mann dann erneut auf das Mädchen zukam, schlug sie ihm mit der Hand ins Gesicht. Diesen Moment der Verwirrung nutzte die 15-Jährige, um sich mit dem Rad nach Hause in Sicherheit zu bringen. Der Mann hatte seine Mütze weit ins Gesicht gezogen und trug einen Schal bis über die Nase. Dennoch konnte er wie folgt beschrieben werden: – ca. 1,75m groß, – breite Schultern, schlanke Statur, – leicht gebräunt, – kein Deutscher.
Magdeburg: Wie die Polizei berichtet, soll es am Freitagnachmittag in Magdeburg im Neustädter Bahnhof zu einem sexuellen Übergriff auf eine 21-jährige Frau aus Schönebeck gekommen sein. Wie sie später im Schönebecker Revierkommissariat anzeigte, war sie gegen 15.10 Uhr in dem Bahnhofsgebäude unterwegs. Hier fiel ihr ein dunkelhäutiger Mann, vermutlich afrikanischer Herkunft, auf, der einen Döner aß. Bereits in der Bahnhofshalle sei sie von ihm angesprochen worden, habe aber den Wortlaut nicht verstehen können. Die junge Frau hatte ein Fahrrad dabei, weshalb sie den Aufzug zu den Bahnsteigen nutzen wollte. Noch vor dem Fahrstuhl soll der Mann der Geschädigten ins Gesicht gegriffen haben, worauf sie schnell versuchte, in den Fahrstuhl zu gelangen. Der Täter folgte ihr und soll sie im Fahrstuhl unsittlich berührt haben. Die Frau flüchtet in Richtung der Gleise und fuhr mit dem Zug nach Schönebeck, wo sie Anzeige im Revierkommissariat erstattete. Der Täter wird auf 160 bis 170 Zentimeter Körpergröße geschätzt. Er ist von normaler Statur, hat eine dunkle Hautfarbe, trug blaue Jeans und eine Schirmmütze im Hip-Hop-Style. Er sprach englisch.
Senden: Am Freitagnachmittag wurde gegen 16 Uhr eine 49-jährige Frau von einem jungen Mann auf Höhe der Eislaufanlage angesprochen und nach Feuer gebeten. Hierbei bemerkte sie sein entblößtes Geschlechtsteil. Durch das besonnene und resolute Ansprechen seitens der Frau verschwand der Täter umgehend. Bei dem unbekannten Täter handelt es sich um einen ca. 25-jährigen Mann, etwa 1,65 m groß, deutsch mit ausländischem Akzent, bekleidet mit dunkler Jeans, dunkelblauer gesteppter Winterjacke , schwarz/ weiße Turnschuhe. Hinweise werden unter Tel. 07307/91000-0 erbeten.
Calw: Ein 14-jähriges Mädchen ist am Freitag, dem 2. Dezember gegen 11 Uhr am Zentralen Omnibusbahnhof in Calw von mehreren heranwachsenden Personen zunächst angesprochen

und nach ihrer Telefonnummer gefragt worden. Das Mädchen lehnte den Kontakt ab und ging weiter zur Unterführung. Hier wurde sie nochmals von einem der jungen Männer gestoppt, nach der Telefonnummer gefragt und festgehalten. Dabei berührte er den Teenager an der Hüfte und am Gesäß. Die 14-Jährige stieß den Jungen weg und ging davon. Eine Gemeindevollzugsbedienstete hatte den Vorfall am ZOB beobachtet. Um den Tatverdächtigen zu ermitteln, ging diese dann am vergangenen Freitag mit zwei Beamten des Polizeireviers Calw auf Streife. Tatsächlich erkannte die Zeugin den Jugendlichen wieder, der das Mädchen eine Woche zuvor belästigt hatte. Das Kriminalkommissariat Calw übernahm die weiteren Ermittlungen. Dem 17-jährigen Flüchtling droht nun eine Strafanzeige nach § 184i Strafgesetzbuch.
Hamburg: Tatzeit: 02.12.2016, 20:10 Uhr Tatort: Hamburg-Ottensen, Museumstraße. Die Polizei Hamburg sucht nun mit einem Phantombild Zeugen, die Hinweise auf ein Sexualdelikt in Hamburg-Ottensen geben können. Die 47-jährige Geschädigte ging mit ihrem Hund durch das Parkgelände an der Museumstraße, als sie von hinten von dem unbekannten Täter angegriffen wurde. Der Mann forderte sexuelle Handlungen von der Frau. Die Ermittlungen wurden vom Landeskriminalamt 42 übernommen. Der Täter wird wie folgt beschrieben: 30 – 40 Jahre alt, 170 – 175 cm groß und athletische Figur, südländisches Erscheinungsbild, sprach gebrochen Deutsch. Nach Angaben der Geschädigten ist es wahrscheinlich, dass sich der Täter bei der Rangelei eine Gesichtsverletzung zugezogen hat. Das Phantombild ist der Meldung beigefügt.

http://www.focus.de/politik/deutschland/skandal-beim-koelner-auslaenderamt-21-jahre-lang-begeht-verbrecher-dutzende-straftaten-jetzt-erst-erfolgte-abschiebung_id_6513907.html
Intensivtäter trickste jahrelang geschickt die Behörden aus21 Jahre lang begeht Verbrecher Dutzende Straftaten - jetzt erst erfolgte Abschiebung
Mittwoch, 18.01.2017, 16:38 · von FOCUS-Redakteur Axel Spilcker
Er dealte, attackierte Passanten und Polizisten mit dem Messer, schlug Konkurrenten zusammen, saß jahrelang im Gefängnis und dennoch durfte Mustafa Ö. weiterhin in der Rheinmetropole bleiben, obwohl er längst hätte ausreisen müssen.

Die Gefahrenanalyse für die Zielperson zeigte eine hohe Risikostufe: Der Mann schien hochgradig aggressiv zu sein. Die Kriminalakte über Mustafa Ö., 42, türkischer Staatsbürger, wies Dutzende Einträge wegen Drogenhandels bis hin zum versuchten Totschlag auf. Nach FOCUS-Informationen machte der Dealer seit 21 Jahren durch seine Rauschgift- und Gewaltexzesse von sich reden. In der vergangenen Nacht stürmte dann ein Spezialeinsatzkommando der Kölner Polizei seine Wohnung im Stadtteil Neuehrenfeld und nahm ihn fest. Kurz nach acht Uhr am Morgen wurde der Berufskriminelle in einen Flieger gesetzt und in seine türkische Heimat abgeschoben.

Die Causa des Mustafa Ö. dokumentiert nach FOCUS-Recherchen einmal mehr den hilflosen Umgang der hiesigen Behörden mit ausländischen Serientätern. Wie im Fall des Berliner Attentäters Anis Amri mussten die staatlichen Stellen auch bei dem 42-jährigen Türken offenbar jahrelang tatenlos zusehen, wie er seine kriminelle Karriere vorantrieb, ohne ihn abzuschieben zu können.
Kriminelle Laufbahn

Seine Akte bei den Ausländerämtern ist beinahe genauso dick wie sein Vorstrafenregister. Zehn Jahre lang überzog der Schwerverbrecher die Behörden in Köln und seinem zeitweiligen Wohnort in Aachen erfolgreich mit Klagen gegen seine angeordnete Ausreise. Allzu häufig halfen ihm Verwaltungsgerichte, seine kriminelle Laufbahn fortzusetzen.

Immer wieder landete Mustafa Ö. im Gefängnis. Kaum war er draußen, beging er neue Straftaten. Der Mann tickte wie eine lebende Zeitbombe: 1995 fiel Mustafa Ö. zum ersten Mal wegen eines Drogendelikts auf. Allein in Köln waren 14 Strafverfahren anhängig, darunter auch schwere Gewalttaten.

Schlug Opfer bewusstlos

2005 hatte der damals 31-Jährige innerhalb von vier Wochen in der Drogenszene zwei Frauen kennen gelernt, die er wie Leibeigene behandelte und die ihm zu Willen sein mussten. Mustafa Ö. musste sich wegen gefährlicher Körperverletzung und Vergewaltigung vor Gericht verantworten.

Die Anklage enthielt eine lange Liste grausiger Folter. Danach schlug und trat der Angeklagte seine Opfer bewusstlos, sperrte sie ein und ging mit dem Messer auf sie los. Er schnitt den Frauen die Haare ab, rasierte ihnen Kopf, Schamhaar sowie Augenbrauen und zog ihnen die Wimpern aus. Einmal versuchte einem seiner Opfer einen Finger abzuschneiden. Beiden Gefangenen gelang in einem unbemerkten Augenblick die Flucht. Das Gericht verhängte drei Jahre gegen ihren Peiniger.

Viereinhalb Jahre wegen versuchten Totschlags

Vergeblich setzte die Stadt Köln daraufhin das Abschiebungsverfahren in Gang. Mustafa Ö. klagte erfolgreich gegen die Ausreiseverfügung. Das Verwaltungsgericht kassierte die Anordnung wieder ein. Der Vergewaltiger durfte bleiben und machte munter weiter.

Vollgepumpt mit Drogen ging Ö. 2007 mit einem Messer auf eine Polizistin los und wurde niedergeschossen. Dafür kassierte er viereinhalb Jahre wegen versuchten Totschlags. Erneut versuchten die rheinischen Behörden ihn abschieben zu lassen. Erneut kamen dem cleveren Intensivtäter ausländerrechtliche Winkelzüge zur Hilfe. Geschickt nutzte er mit Hilfe seiner Anwälte die Lücken im Paragrafendickicht für seine Zwecke aus.

Fiel seit 2011 zwanzig Mal polizeilich auf

Mal hatte er seinen Pass verloren, mal verlegte er seinen Wohnsitz nach Aachen, wo die gesamte Prozedur von Neuem begann. Stets schöpfte er alle gerichtlichen Instanzen aus, um den Kampf gegen seine Abschiebung zu verhindern. Am Ende beantragte er gar, aus humanitären Gründen bleiben zu dürfen.

Währenddessen sammelte der Drogenhändler munter weitere Einträge in seiner Strafakte. So kassierte der Türke erneut zwei Jahre wegen schwerer Körperverletzung. Seit 2011 soll er gleich 20 Mal polizeilich aufgefallen sein. Noch Ende November geriet der Türke in die lokalen Schlagzeilen, als er einem Konkurrenten im Streit in den Finger stach. Dank cleveren Juristen und mildtätigen Zivilrichtern durfte er dennoch bleiben.

Kurzzeitig in Nervenklinik

Erst im März 2016 schöpfte das Kölner Ausländeramt neue Hoffnung. Erneut ordnete die Verwaltung an, dass der Delinquent ausreisen müsse. Doch der Drogendealer dachte gar nicht daran, freiwillig das Land zu verlassen. Und die Stadt Köln tat sich schwer, ihn abzuschieben. Immer wieder verlängerte das Ausländeramt notgedrungen einen 14 Tage währenden

Ausreisestopp. Zumal Ö. auch ärztliche Atteste beibrachte, die ihn wegen seiner Drogenprobleme zum psychisch kranken Mann abstempelten. Kurzzeitig ließ er sich sogar in eine Nervenklinik einweisen. Ein neues Abschiebehindernis. Überdies klagte Ö. erneut gegen die Ausreiseverfügung.

Das Finale in dem absurden Abschiebedrama begann zwei Tage nach dem Berliner Anschlag. Nach Zehn Jahren hatte Mustafa Ö. offenkundig alle Rechtsmittel ausgeschöpft. Das Ausländeramt setzte gerichtlich den Abschiebemodus in Gang und bat die Polizei um Amtshilfe. Die Beamten setzten ihre Zielperson prompt in einen Flieger in die Türkei.
"Im Normalzustand war er alles andere als gefährlich“

Bei den Ordnungshütern schüttelt man nur noch den Kopf: „Es ist nicht zu verstehen, warum man 21 Jahre braucht, um einen notorischen Verbrecher abzuschieben“, heißt es in Polizeikreisen.

Sein Anwalt Mario Geuenich hält die Festnahmeaktion hingegen „für überzogen.“ Sein Mandant habe zwar ein massives Drogen- und Alkoholproblem gehabt, auch sei sein Strafregister lang gewesen, „aber im Normalzustand war er alles andere als gefährlich.“

Bei der Stadt Köln zeigte man sich indes erfreut, „dass es nach so langen Rechtsstreitigkeiten gelungen ist, die Abschiebung endlich zu vollziehen.“

http://www.focus.de/panorama/welt/im-schlaf-erdrosselt-unglaeubige-ermordet-27-jaehriger-in-heilbronn-vor-gericht_id_6511506.html
Im Schlaf erdrosselt"Ungläubige" ermordet? - 27-Jähriger in Heilbronn vor Gericht
Mittwoch, 18.01.2017, 09:46
Um eine "Ungläubige" zu töten, soll ein 27-Jähriger eine Rentnerin umgebracht haben - von Freitag an steht er deshalb in Heilbronn wegen Mordes vor Gericht.
Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mann vor, er sei in der Nacht zum 19. Mai vergangenen Jahres in das Wohnhaus der Rentnerin in Bad Friedrichshall-Untergriesheim eingedrungen, "um einen aus seiner Sicht ungläubigen Menschen umzubringen sowie Bargeld und Wertgegenstände zu entwenden". Er selbst bestreitet die Tat.
Laut Landgericht ist der 27-Jährige aus Öhringen (Hohenlohekreis) Asylbewerber aus Pakistan. Den Angaben zufolge gibt es aber unterschiedliche Ausweispapiere und widersprüchliche Informationen über seine Herkunft.
Zehn Verhandlungstage eingeplant
Er soll die im Bett schlafende Frau stranguliert und anschließend an unterschiedlichen Stellen im Wohnhaus der getöteten Frau arabische Schriftzeichen angebracht haben, unter anderem auch an eine Schrankwand im Schlafzimmer.
Wie die Staatsanwaltschaft und Polizei nach der Tat mitgeteilt hatten, enthalten sie überwiegend religiöse Inhalte. Zur Bedeutung der Schriftzeichen wurde ein Islamwissenschaftler mit der Begutachtung beauftragt, wie die Staatsanwaltschaft bestätigte.
Nach der Tat soll der Angeklagte außerdem ein Mobiltelefon, Schmuck und Bargeld gestohlen haben.
Bis Ende Februar hat das Landgericht Heilbronn zehn Verhandlungstage eingeplant. 34 Zeugen und vier Sachverständige sollen gehört werden.

https://www.pi-news.net/2017/02/heilbronner-mordprozess-gegen-fluechtling-vierter-verhandlungstag-beweislage-eindeutig/#more-554965

Heilbronner Mordprozess gegen “Flüchtling”: Vierter Verhandlungstag – Beweislage eindeutig

pi-news.net/2017/02/heilbronner-mordprozess-gegen-fluechtling-vierter-verhandlungstag-beweislage-eindeutig/

PI

Die Indizienlange im Mordprozess gegen einen so genannten „Schutzsuchenden“ ist erdrückend. Der wahrscheinliche Pakistani muslimischen Glaubens, dem die Staatsanwaltschaft Heilbronn einen Raubmord mit einem religiösen Motive an einer 70-jährigen Rentnerin vorwirft, bestreitet aber immer noch massiv die Vorwürfe. Er wollte, so die Anklageschrift, einen Ungläubigen töten. PI berichtete vom Prozess bereits hier und hier.

(Von PI-Pforzheim)

Der mutmaßliche Täter ist nachts in das Haus des Opfers eingedrungen und hat die Frau bestialisch stranguliert, danach gefesselt und die Leiche mit einem christlichen Kreuz „geschmückt“. Weiter hat er die Wohnung mit arabischen Schriftzeichen verziert und unter anderem den Text „It is Payback-time“ hinterlassen.

Die Beweise gegen Abuabaker C. sind niederschmetternd. So wurden vom Täter Fasern seiner Kleidung am Opfer und eine Hautschuppe mit seiner DNA gefunden. Bei seiner Verhaftung wurden Gegenstände aus dem Haus des Opfers sichergestellt. Auch haben seine Turnschuhe einen deutlichen Abdruck im Haus der Ermordeten verursacht. Drei Zeugen haben einen „südländischen“ aussehenden Mann mit Kapuzenpullover am Tatabend vor dem Haus des Opfers gesehen. Ein von einer Zeugin angefertigtes Phantombild zeigt ganz deutlich den Asylantragsteller Abuabaker C.

Am nunmehr vierten Verhandlungstag erklärte ein Kriminalbeamter anhand der GPS-Daten, dass sich das Handy des Angeklagten in der Tatnacht am Tatort in Untergriesheim eingeloggt hatte. Auch gab es am Ende der Verhandlung noch einen Zwischenfall. Als der Angeklagte aus dem Gerichtssaal geführt wurde, haben „südländisch“ aussehende Zuhörer diesen verbal attackiert. Der Vorsitzende Richter Kleinschroth ließ die Störer noch im Gerichtssaal festnehmen. Abuabaker C. meinte wörtlich dazu, dass er diese Typen kennen würde. Sie seinen keine richtige Moslems, sondern Araber. Er kenne viele Araber, die in Deutschland Bombenanschläge vorbereiten würden.

Solche Worte des Angeklagten zwingen die Zuhörer im Gerichtssaal immer wieder zum Nachdenken. Der Tatverdächtigte will nicht über die Sache, sondern andauernd über den Islam reden und seine Geschichten aus dem Orient erzählen. Und zwar so penetrant, dass der Vorsitzende Richter Kleinschroth den Angeklagten mehrmals lautstark unterbrechen muss. Was dem Richter einen Befangenheitsantrag der Verteidiger von Abuabaker C. einbrachte. Der Angeklagte meint, dass alle Mitgefangenen im Gefängnis den Vorsitzenden Richter auch nicht leiden könnten. Dagegen vertritt der Rechtsanwalt der Nebenklage, die Meinung, dass das Verhalten des Angeklagten unerträglich sei. Der Befangenheitsantrag wurde abgelehnt und die Verhandlung ging weiter. Erstaunlicherweise hat der mittellose Asylantragssteller zwei Verteidiger zur Seite. Der Vorsitzende Richter Kleinschroth erklärt dies mit der Verfahrenssicherheit des Prozesses.

Richtig interessant wurde es am fünften Verhandlungstag auch, weil zwei Sachverständige zu den arabischen Schriftzeichen in der Wohnung des Opfers aussagten. Der moslemische Verdächtigte hat bei seinem Raubzug das wahrscheinlich schlafende Opfer mit einem Telefonkabel im Bett stranguliert. Fünf Mal hat er dabei das Kabel um den Hals der Frau gewickelt und so fest und stramm zugezogen, dass die ermittelnden Kriminalbeamten das Kabel nicht mehr lösen konnten. Das Telefonkabel musste mit einem Skalpell aufgeschnitten werden. Bei der Befragung des „Islamwissenschaftlers“ Rüdiger Seesemann und des Kriminalbeamten des LKAs Petersen zur Bedeutung der religiösen Texte zeigte sich dann ganz offen und erschreckend die religiöse Steinzeit, die jetzt massiv in Deutschland eindringt.

Die zwei Gutachter und auch der hervorragende Dolmetscher Dr. Yusuf Shoaib haben dann eine halbe Stunde lang über die Feinheiten des Textes diskutiert. Der Text habe mehrere

Bedeutungen. Je nachdem ob man ihn auf Arabisch, Persisch oder Punjabi liest. Auffallend seien die vielen Rechtschreibfehler, Buchstabendreher und mancher arabische Text wurde mit lateinischen Buchstaben geschrieben. Es wurden hauptsächlich Allah und sein Schwiegersohn Ali gepriesen und verehrt. Der in der Wohnung des Opfers aufgefundene Text lautet demnach ungefähr: “Ehrenwerter Ali, möge Allah ihm Wohlgefallen sein, Allah sei mit ihm, Großer Ali, Allah ist groß, Gott ist ewig, ich bin Gott.”
Dabei wurde Allah in arabischer Schönschrift geschrieben. Weiter ging es mit „Allah is back, Großer Hussein hilf mir, Oh, Hussein Sohn des Ali´s“ (gemeint ist der Enkel von Mohammed), usw. Die Gutachter waren sich nicht einig, ob der Schreiber uns Angeklagte Sunnit oder Schiit sei. Einig waren sie sich, dass in der moslemischen Welt Sunniten meist die Täter und Schiiten oft die Opfer religiöser Gewalt seien.
Die Islamexperten vor Gericht sahen den Text rein wissenschaftlich und völlig losgelöst vom Kontext der Asylflutung der Kanzlerin mit Millionen dieser „Fachkräfte“ aus der islamischen Dritten Welt. Dabei meinen selbsternannte „Islamexperten“ oft der Islam sei eine Religion wie jede andere auch. Moslemische Attentäter, die im Namen Allahs Ungläubige töten, würden nach Auffassung dieser Experten nur den Islam missbrauchen. Das hätte alles nichts mit dem Islam zu tun. Wenn dies so zutreffen würde, dann stellt sich aber die Frage, wieso es denn keine Buddhisten gibt, die die Lehren Buddhas missbrauchen und Menschen im Namen Buddhas umbringen? Oder wieso gibt es keine hinduistische Attentäter, die weltweit im Namen ihrer Religion McDonalds-Filialen in die Luft sprengen? Die Hindus hätten allen Grund, da dort ihre heiligen Kühe verspeist werden. Mit den Millionen von moslemischen Asylantragsstellern ist eine extreme Gewaltkultur nach Deutschland und Europa gekommen. Man sollte sich nur einmal die Mühe machen den Koran und die Hadithen zu lesen. Diese sind durchsetzt mit Gewaltaufrufe, Hass und Schmähungen gegen Andersgläubige.
Diese Religion ist nach Meinung vieler anderer Fachleute ganz sachlich gesehen eine Kriegs- und Eroberungs-Ideologie eines selbsternannten Warlords, der Menschen dazu bewegen konnte für ihn mit Begeisterung in den Tod zu gehen. Viele Menschen in Deutschland verstehen in ihrer postfaktischen Toleranz-Blase einfach nicht, dass Gewalt gegen sogenannte Ungläubige und die radikale Ausbreitung dieser Ideologie Bestandteile des Islams sind. Bei anderen Welt-Religionen gibt es so etwas heutzutage nicht. Das ist auch der Grund wieso es faktisch keine buddhistische oder hinduistische Selbstmordattentäter gibt, die sich im Namen ihrer Religion in Menschenmengen in die Luft sprengen. Selbstverständlich gibt es auch sehr viele friedliche Moslems und nicht jeder Moslem ist ein Terrorist. Aber erstaunlicherweise sind fast alle Terroristen Moslems. Wieso das so ist, darüber sollten unsere Toleranz besoffenen Politiker einmal nachdenken. Letztendlich ist es auch egal ob 70, 80 oder gar 99 Prozent der Moslems friedlich sind und nicht den Gewaltaufrufen des Korans folgen. Die nicht-friedlichen und gewalttätigen Anhänger des Islams und erst recht die große Anzahl der dazu schweigenden Moslems prägen das Bild dieser „Religion“ weltweit. Das Abstoßendste am Islam ist seine Verachtung von Menschenleben. Tägliche Ritualmorde an Andersgläubigen im Namen Allahs zeigen dies ganz deutlich. Es gibt weltweit gesehen keinen Tag ohne moslemischen Terror.
Abuabaker C. ist leider kein Einzelfall. Das Internet ist voll mit extrem gewalttätigen und blutigsten Straftaten von „Schutzsuchenden“. Bei brutalsten Verbrechen gegen Menschen sind auffallend viele moslemische Asylanten die Täter. Da muss man schon vor diesen Tatsachen fest beide Augen verschließen, um die Masseneinwanderung schönreden zu können. Wie PI kürzlich berichtete hat das BKA nur zwischen Januar und September 2016 unglaubliche 39.400 versuchte und ausgeführte Straftaten in Flüchtlingsheimen registriert. Welt online schreibt dazu:
Laut dem der Presse zugespielten 32-seitigen geheimen Lagebild zählte das BKA nur in diesen kurzen Zeitraum von nur neun Monaten 17.200 Fälle von Körperverletzungen, 6.500 Diebstahldelikte, 2.400 Rauschgiftdelikte, 510 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (einschließlich Versuche) und – besonders dramatisch – 139 Tötungsdelikte (einschließlich Versuche) in Flüchtlingsheimen.
Und dabei ist der Mord in Untergriesheim und die vielen andere Morde und Straftaten von Asylanten außerhalb der Asylantenheime nicht einmal in diese Statistik eingeflossen. Mit der Asylflutung Deutschlands sind Millionen von und mit der Scharia sozialisierte und vom Koran aufgehetzte Menschen zu uns gekommen.
Der Koran bezeichnet uns ganz offen als Kufar, als „unwertes Leben“. Wir sind nach dem Koran minderwertig und unrein. Millionen Menschen mit diesem faschistoiden Weltbild hat Frau Merkel unkontrolliert nach Deutschland gelassen. Sie treffen hier auf eine extrem friedliche und zivilisierte, aber leider auch wehrlose Gesellschaft. Jedem klar denkenden Menschen sollte

bewusst sein, dass die wenigen bestens integrierten Vorzeige-Asylanten nur Ausnahmen und nicht die Regel sind. Da bildet sich momentan in Deutschland eine extreme islamische Parallelgesellschaft, die alle unsere liberale und weltoffenen Werte und Ideale fanatisch ablehnt. Die einheimische Bevölkerung bezahlt einen unglaublichen Blutzoll. Das Opfer, Frau M. aus Untergriesheim, könnte noch leben hätte man nur wirklich Verfolgte oder reale Kriegsflüchtlinge nach Deutschland gelassen und kriminelle und islamistische Asylanten sofort abgeschoben. Abuabaker C. wurde nach Auskunft des Landratsamtes bis heute nicht einmal zu einer Anhörung zu seinem Asylantrag vorgeladen. Und das obwohl er sich nach der Antragstellung bis heute ca. über drei Jahre in Deutschland aufgehalten hat. Der mutmaßliche Scheinasylant musste bisher nicht einmal seinen Antrag auf Asyl begründen. Das ist der eigentliche Skandal! Das ist totales und auch politisch gewolltes Behördenversagen in Merkel-Deutschland. Seine mögliche grausame Tat an der 70-jährigen Rentnerin hat im Land der irren Gutmenschen absolut keine Auswirkungen auf sein Asylverfahren.
Selbst Donald Trump weiß wieso er keine Moslems mehr nach Amerika einreisen lassen will. Eine Mehrheit in europäischen Ländern denkt nach neuesten Umfragen genau so.
Jetzt schon machen negative Meldungen, die mit dem Islam zu tun haben, einen großen Teil unserer täglichen Nachrichtensendungen aus. Weihnachtsmärkte, Silvesterfeiern und bald auch noch Karnevalsumzüge werden wegen den Anhängern einer einzigen ganz bestimmten Religion zu Hochsicherheitsveranstaltungen. Es gibt auch leider keinen friedlichen oder einen unfriedlichen Islam. Es gibt nur einen Islam. Viele Moslems verstehen es geschickt ihre wahren Gedanken vor Andersgläubigen zu verbergen.
Abuabaker C. ist da ehrlicher. Bei der Durchsuchung seiner Schlafstelle wurde ein Notizbuch beschlagnahmt. Dieses ist voll mit Allah-Verehrungen und Frauen verachtenden selbstverfassten Gedichten des Beschuldigten. Und es taucht auch der Text „It is Payback-time“ dort auf. Wieder ein Indiz mehr dass der „Schutzsuchende“ auch der Täter sein kann. Abuabaker C. macht einen Blackout für die Tatzeit geltend. Er habe Marihuana geraucht und könne sich an nichts mehr erinnern. Die Spurenlage aber am Tatort spricht eine andere Sprache. Die zeigt ein geplantes und nüchternes Vorgehen. So hat der Täter bewusst die Telefonanlage sabotiert, die durchsuchten Schubladen nicht verwüstet, kein Chaos hinterlassen, die Wohnung sauber und aufgeräumt verlassen und sich lange Zeit in der Tatwohnung aufgehalten. Ein Mord im Drogenrausch sieht anders aus.
Es ist zu hoffen, dass nach dieser überwältigten Beweislage Abuabaker C. verurteilt werden kann. Leider sagt der Volksmund auch, die Justiz sei eine Hure. Wegen der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten werden bei den nächsten Verhandlungstagen noch Gutachter gehört. Jetzt schon scheint für das Gericht festzustehen, dass diese Tat ganz politisch korrekt nichts mit dem Islam zu tun haben darf. Dieses Jahr stehen noch wichtige Wahlen an und es ist zu befürchten, dass das Thema Islam, Asylkantenkriminalität und die Auswirkungen der Masseneinwanderung ohne Obergrenzen und ohne Kontrollen keine großen Wellen in der Berichterstattung schlagen dürfen. Das Urteil soll am 28. Februar gesprochen werden. PI bleibt dran.
» Bericht auf Youtube

17. Februar 2017, 14:53 Uhr
Update: 17. Februar 2017, 14:53 Uhr

Mordprozess Untergriesheim: Angeklagter voll schuldfähig

Region Im Prozess um den Mord an einer Rentnerin in Untergriesheim stehen die Zeichen für den Angeklagten auf lebenslange Haftstrafe.
Von Carsten Friese

Der psychiatrische Gutachter hat dem 27-jährigen Asylbewerber am Freitag vor dem Heilbronner Landgericht eine volle Schuldfähigkeit attestiert.
Der Mann, der aus Pakistan in einer rund zweijährigen Odyssee bis nach Deutschland geflohen war, zeigt nach Angaben des Sachverständigen zwar Symptome einer Anpassungsstörung und einer Störung des Sozialverhaltens im Umgang mit anderen Menschen. Dies sei typisch für anhaltende körperliche und seelische Belastungen. Seine Steuerungsfähigkeit sei jedoch mit Blick auf die Mordtat deshalb nicht beeinträchtigt gewesen.
Eine Psychologin hatte mit dem Angeklagten zudem eine Reihe psychologischer Test gemacht. Ihr Ergebnis: Der Mann liegt beim Intelligenz-Quotienten im Normbereich, es gibt zudem keine Hinweise auf hirnorganische Störungen.
Angeklagter bestreitet die Tat
Nach wie vor bestreitet der Angeklagte, irgendetwas mit der Mordtat in Untergriesheim zu tun zu haben. Der Täter war im Mai 2016 nachts in das Haus eingedrungen, hatte auf die 70-jährige, die in ihrem Bett lag, eingeschlagen und sie stranguliert. Ein Telefonkabel, einen Schal und eine Bordüre soll er dazu benutzt haben. Schmuck, Geld und ein Handy nahm der Täter mit.

Die Frau starb nach Angaben der Rechtsmedizinerin durch Ersticken. An Armen und Händen gab es zudem Abwehrverletzungen. Nach Überzeugung der Gutachterin muss der Todeskampf, den sie nach der Spurenlage bewusst erlebte, mindestens vier Minuten gedauert haben.

Angeblicher Rauschzustand

Eine abenteuerliche Version, die der Angeklagte von Erlebnissen zum Tatzeitraum dem Gericht präsentiert hatte, stufte der Gutachter als nicht glaubwürdig ein. Von einer angebotenen Zigarette eines Arabers am Heilbronner Bahnhof und angebotenem Essen von Arabern, das er am Abend vor der Tat zu sich nahm, hatte der 27-Jährige berichtet. Danach will er in eine Art Rauschzustand gefallen sein, der etwa zwölf Stunden angehalten habe. In dieser Zeit will er sich an nichts mehr erinnern. Er sprach von Spuren, die ihm feindlich gesinnte Muslime am Tatort ausgelegt haben könnten.

Im Schlafzimmer und an anderen Stellen im Haus der Rentnerin waren Gen- und Schuhspuren des Angeklagten gefunden worden – unter anderem an Mordwerkzeugen wie dem Telefonkabel. Der Gutachter verwarf diese Rauschhypothese mit gleichzeitigem lang andauernden Gedächtnisverlust. Bei einer Vergiftung zum Beispiel durch Drogen setzten die Erscheinungen langsam, nicht schlagartig, ein und steigerten sich erst, führte der Experte aus. Bei einer akuten schizophrenen Episode gebe es keinen Gedächtnisverlust. Und in einem epileptischen Dämmerzustand müsse eine Epilepsie vorliegen – was der Angeklagte in allen Untersuchungen mit keinem Wort geschildert habe.

Nach dem Plan des Gerichts sollen kommende Woche die Plädoyers gehalten werden. Ein Urteil ist bisher für 28. Februar geplant.

http://www.pi-news.net/2017/01/dortmund-rapefugee-vergewaltigt-31-jaehrige/

Dortmund: Am 18. Januar 2017 ist ein 30-jähriger Tatverdächtiger unter dem Verdacht des sexuellen Missbrauchs festgenommen und einem Haftrichter vorgeführt worden. Er befindet sich mittlerweile in Untersuchungshaft. Nach derzeitigem Ermittlungsstand soll der Asylbewerber eine 31-jährige Dortmunderin in seiner Wohnung vergewaltigt haben.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter

Bonn/Bornheim: Schlimmes Erwachen nach einer Party. Claudia (15, Namen geändert) war mit Kumpels bei einem älteren Bekannten (34) zu Gast gewesen, als ihr plötzlich übel wurde, sie Kopfschmerzen bekam. Das Mädchen legte sich ins Bett des Gastgebers – und wurde offenbar von dem Mann vergewaltigt! Als alle anderen gegangen waren, hatte Ali M. (Syrer mit Aufenthaltserlaubnis) laut Anklage Sex mit der 15-Jährigen – obwohl Claudia ihn mehrfach aufforderte, sie in Ruhe zu lassen. Als sie sich sträubte, verpasste ihr der 34-Jährige eine Ohrfeige, fügte ihr Hämatome und Kratzer zu.

Lüneburg: Wegen Beleidigung auf sexueller Grundlage ermittelt die Polizei gegen einen unbekannten dunkelhäutigen Mann (ca. 160 – 165 cm groß, 30 Jahre alt, schwarze Brille). Der Mann hatte in den frühen Abendstunden des 11.01.17 gegen 18:45 Uhr in der Salzstraße eine 22-Jährige auf englisch angequatscht und diese verbal auf sexueller Grundlage beleidigt. Ein Zeuge kam zur Situation dazu , so dass der Täter verschwand. Der Zeuge gab an, den Täter schon häufiger gesehen zu haben.

Freiburg: Ein 27-Jähriger gab sich als Kriminalbeamter aus und durchsuchte eine junge Frau in der Toilettenkabine eines Freiburger Clubs. Dabei hat er sich sexuell an ihr vergangen. Das Amtsgericht verurteilte den Mann nun zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten auf Bewährung – wegen Amtsanmaßung und sexueller Nötigung in einem besonders schweren Fall. Während die Staatsanwaltschaft ihm Vergewaltigung vorgeworfen hatte, sah die Kammer unter Richter Andreas Leipold das nicht als erwiesen an. Der Vorfall liegt bereits zwei Jahre zurück. In der Verhandlung am Montag hat der Kosovare, der in Freiburg aufgewachsen ist und als Berufskraftfahrer arbeitet, ein Teilgeständnis abgelegt.

Leipzig: OT Eutritzsch, Delitzscher Straße/Wölkauer Weg. Zeit: 11.12.2016, 07:10 Uhr wurde eine 39-jährige Frau, die auf dem Heimweg von der Nachtschicht war. Sie stieg am frühen Morgen am Bayrischen Bahnhof in die Straßenbahnlinie 16 ein und an der Haltestelle St. Georg aus. Mit ihr stieg eine unbekannte männliche Person aus. Dieser sprach die 39-Jährige sofort an. Diese lief einfach weiter in den Wölkauer Weg. Die männliche Person verfolge die Frau. Plötzlich packte er die Frau und drückte sie gegen einen geparkten Pkw. Dabei fasste der unbekannte Täter die Frau unter die Jacke und unter dem T-Shirt an, schob

die Textilien hoch und begrapschte sie. Dabei versuchte er auch, die Frau zu küssen. Die 39-Jährige wehrte sich und konnte sich zunächst befreien. Anschließend warf der unbekannte Täter die Frau auf den Boden. Sie rappelte sich wieder auf und flüchtete weiter. Er holte sie ein und bedrängte sie wiederum. Eine Nachbarin, die aus dem Fenster sah, wurde auf die Auseinandersetzung aufmerksam und sprach den unbekannten Täter an. Gleichzeitig weckte sie ihren Mann und beide liefen auf die Straße. Es kam noch zu einem kurzen Wortwechsel und der unbekannte Täter flüchtete in Richtung Delitzscher Straße davon. Anschließend wurde umgehend die Polizei gerufen. Diese führte umfangreiche Ermittlungshandlungen und Befragungen durch. Gleichzeitig wurde ein Fährten- Personenspürhund eingesetzt, der den Ermittlern auch erste Anhaltspunkte lieferte. Die 39-jährige Frau wurde verletzt und wird auch einen Arzt aufsuchen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei laufen weiterhin auf Hochtouren. Zur Personenbeschreibung wurde folgendes bekannt: männliche Person, ca. 30 – 35 Jahre, ca. 170 175 cm groß, schmale körperliche Gestalt, ovales Gesicht, dunkelblaue Bundjacke, wattiert/abgesteppt mit Kapuze, braune Hautfarbe, sprach gebrochen Deutsch.
Wetzlar: Unabhängig von einander meldeten sich gestern (13.12.2016) zwei Frauen bei der Wetzlarer Polizei, die von einem Mann bedrängt wurden. Im Zuge der Fahndung konnte ein Tatverdächtiger festgenommen werden. Gegen 08.50 Uhr meldete sich eine Frau per Mobiltelefon aus ihrem Wagen und schilderte einen Vorfall, der sich kurz zuvor auf dem Parkplatz eines Baumarktes gegenüber dem Bahnhof ereignet hatte. Ein Unbekannter kam auf sie zu, gab ihr die Hand und zog sie anschließend an sich, um sie offensichtlich auf den Mund zu küssen. Sie befreite sich von seinem Griff und stieß ihn fort. Der Mann erklärte ihr in gebrochenem Deutsch, dass dies ein arabischer Brauch sei, um ihr zu zeigen, dass er sie möge. Die Frau machte ihm deutlich, dass sie dies nicht wolle. Daraufhin lief der Unbekannte in Richtung Bahnhof davon. Wenig später meldete sich eine zweite Frau, die ein ähnliches Erlebnis auf dem Parkplatz der Volksbank in der Moritz-Hensold-Straße hatte. Hier half ihr ein Mann zunächst durch Handzeichen beim Einparken, öffnete unvermittelt die Fahrertür und leckte der Frau über das Gesicht. Sie schrie und der Mann rannte davon. Der Mann war zwischen 40 und 50 Jahre alt, ca. 185 cm groß und schlank. Er stammte offensichtlich aus dem Nahen Osten und sprach gebrochen Deutsch.
Freiburg: Am Nachmittag des 11.12.2016 wurde der Polizei gegen 15:00 Uhr folgender Sachverhalt mitgeteilt: Eine 29jährige Frau befand sich unmittelbar zuvor zum Joggen im Bereich der Hochfirstschanze in Neustadt. Kurz vor dem Parkplatz Schanzenauslauf wurde sie an der Einmündung zum Schmiedsbachweg plötzlich von hinten von einem Unbekannten in sexueller Ansicht umgestoßen und angegriffen. Nach Hilferufen und Gegenwehr des Opfers flüchtete der Täter. Der Täter wurde von ihr folgendermaßen beschrieben: Alter möglicherweise um die 30, er trug einen dunklen /schwarzen Schal über Nase und Mund gezogen, sowie eine dunkle, schwarze oder blaue Wintermütze; Haarfarbe unbekannt; kräftige (jedoch nicht dicke) Figur; dunkelhäutig und war bekleidet mit einem grauem Winter-Kapuzenpulli, einer schwarzen/dunkelblauen Hose (evtl. Jeans).
Memmingen: Aufgrund mehrerer exhibitionistischer Handlungen wurde gegen einen 30-jährigen Asylbewerber aus Guinea ein Haftbefehl erlassen. Anfang November 2016 zeigte der Mann in einem Bekleidungsgeschäft in Memmingen bei der Anprobe eines Mantels sein Glied gegenüber einer 67-jährigen Verkäuferin vor. In diesem Zusammenhang wurden zwei weitere Taten, welche sich bereits im September bzw. Oktober im selben Geschäft ereigneten, angezeigt. Hier berührte der Tatverdächte zwei 70-jährige Verkäuferinnen über der Kleidung am Gesäß und im Bereich der Brüste. Die Ermittlungen der Polizeiinspektion Memmingen führten zum Tatverdächtigen und weiteren Taten, die dem Mann nun zugeordnet werden können. Gegenüber einer 26-jährigen Angestellten einer Beratungsstelle und einer 56-jährigen Spaziergängerin, die im Bereich der Stadtweiherstraße unterwegs war, manipulierte er an seinem Glied. Zwei weitere, ähnlich gelagerte Fälle, ereigneten sich Mitte und Ende

November 2016. In einem Bekleidungsgeschäft trat er einer 47-jährigen Beschäftigten gegenüber sowie einer 64-Jährigen, die vor ihrem Anwesen Laub zusammen rechte.
Oberhausen: Am Samstag, den 10.12.2016 gegen 18.10h, wurde eine 16-jährige Jugendliche von einem Mann im Bereich der Kreuzung Goethestraße/Liebknechtstraße sexuell belästigt. Die sofort eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen blieben zunächst erfolglos. Der Täter kann wie folgt beschrieben werden: Ca. 40 Jahre alt, ca. 175cm groß, schlank, dunkle Haare, Vollbart, dunkle Kleidung, sprach gebrochen deutsch. Der Täter führte ein Fahrrad mit einem weißen Rahmen mit sich.
Kleve: Am Dienstag (13. Dezember 2016) gegen 16.15 Uhr lief eine 25-jährige Frau aus Kleve auf dem Gehweg der Nassauerallee von der Lindenallee in Richtung Prinzenhof. Zwischen der Kreisverwaltung und dem Prinzenhof kam ihr auf dem Gehweg ein Mann entgegen. Als dieser in Höhe der Frau war, schob er seine Umhängetasche zur Seite, um sein aus der Hose hängendes Geschlechtsteil zu zeigen. Die Frau setzte ihren Weg fort und der Mann lief in Richtung Lindenallee davon. Der Mann war ca. 30 – 35 Jahre alt, ca. 180 cm groß, von südländischem Aussehen und hatte kurze schwarze Haare.

http://www.pi-news.net/2017/01/schweden-suedlaender-streamen-vergewaltigung-junger-frau-live-ins-netz/#more-551986
Schweden: „Südländer“ streamen Vergewaltigung junger Frau live ins Netz
Am Wochenende verhaftete die Polizei in Uppsala drei „südländische“ Bereicherungen, die eine junge Schwedin mehrere Stunden lang vergewaltigt und die Tat via Livestream ins Internet gestellt hatten. Viele, die den Stream live mitverfolgen konnten gaben an, sie hätten es erst für einen geschmacklosen Scherz gehalten. Geschockte Facebooknutzer, die die Lage richtig einschätzten verständigten dann aber die Polizei.
Die 30-jährige stand entweder unter Alkohol- oder Drogeneinfluss während die drei vermutlich aus dem Nahen Osten stammenden Bestien im Alter von 18, 20 und 24 Jahren sie mit einer Waffe bedrohten und sich immer wieder an ihr vergingen. Erst die eintreffende Polizei unterbrach den Livestream. Alle drei Täter sind bereits wegen Delikten wie Diebstahl, Raub, Körperverletzung und Drogenhandel polizeibekannt. Die Polizei bittet eindringlich, auch im Sinne des Opfers, vorhandenes Filmmaterial nicht zu verbreiten, sondern den Ermittlern zur Verfügung zu stellen. (lsg)

http://www.badische-zeitung.de/nachrichten/deutschland/wie-libanesische-familienclans-im-ruhrgebiet-ganze-strassenzuege-beherrschen-ein-polizist-packt-aus--132709356.html
Polizist packt aus

Libanesische Familienclans beherrschen im Ruhrgebiet ganze Straßenzüge

Parallelwelten? "No-Go-Areas"? Wie die Sicherheitslage im Gelsenkirchener Süden aussieht, schildert ein Polizist vor einem U-Ausschuss im Landtag. Von mafiösen Strukturen ist die Rede.

Die explosive Zone beginnt hinter dem Hauptbahnhof und erstreckt sich im Süden auf die Stadtteile Rotthausen, Ückendorf und Bismarck. Wie von Geisterhand dirigiert rotten sich dort mitunter 50 bis 60 Libanesen zusammen, um Führerschein- und Personenkontrollen zu boykottieren.

"Da wird auf den Streifenwagen gespuckt. Die ganze Frontscheibe ist berotzt. Die sind aggressiv bis zum Gehtnichtmehr", berichtet Ralf Feldmann, Leiter der Polizeiwache im Gelsenkirchener Süden. Häufig bekämen seine Leute zu hören: "Haut hier ab! Die Straße gehört uns, ihr habt hier nichts zu melden." Oder: "Ich fick Dich auf dem Rücken Deiner Mutter."

Extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit

Schrottimmobilien, Leerstand, Tristesse – viele Deutsche haben längst die Flucht ergriffen. Immer mehr Internet-Cafés, Wettbüros und Shisha-Bars siedeln sich hier an. Die Jugendarbeitslosigkeit ist exorbitant hoch. 90 Prozent der libanesischen Jugendlichen sind laut Polizei ohne Schulabschluss und Ausbildung.

Aggression und Respektlosigkeit gehören für Feldmann zum Polizeialltag. Mitunter würden die Beamten mit illegalen Böllern beworfen. Der 56-jährige Wachleiter hat sich im Laufe der Jahre ein dickes Fell zugelegt. Das Wort "Bulle" hat er oft genug gehört, beleidigend findet er das nicht mehr.

Traut sich die Polizei nicht mehr hin?

Wollte er alle Beleidigungen strafrechtlich verfolgen, müsste er täglich manchmal 200 Anzeigen schreiben, berichtet Feldmann dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Düsseldorfer Landtag.

Der U-Ausschuss soll aufklären, ob es in Ruhrgebietsstädten wie Duisburg, Essen oder Gelsenkirchen kriminelle Brennpunkte gibt, in die sich die Polizei nicht mehr hinein traut. Für den nordrhein-westfälischen Innenminister Ralf Jäger (SPD) ist das Wahlkampf-Klamauk der Opposition, im Mai sind Landtagswahlen. "Es gibt in Nordrhein-Westfalen keine rechtsfreien Räume", versichert er. Auch Beamte vor Ort wie Feldmann bestreiten die Existenz von "No-Go-Areas". Im Amtsdeutsch wird sein Revier "Angstraum" oder "Hotspot" genannt. Dort teilen sich oftmals libanesische Großfamilien Straßenzüge untereinander auf, um ohne Bandenrivalität ihren kriminellen Geschäften nachzugehen: Raubzüge, Rauschgifthandel, Schutzgelder.

"Familien-Union" im Visier

Teile dieser Clans seien "im Bereich des gesamten Strafgesetzbuchs unterwegs", berichtet Essens Polizeipräsident Frank Richter. Auch Feldmann spricht von mafiösen Strukturen – vor allem die undurchsichtige . Der Verein gibt vor, "den sozialen Frieden zwischen Deutschen und Libanesen" zu pflegen. Die Polizei indes hält die Organisation für einen Hort des Unfriedens.

Der Vorsitzende, ein über 70-Jähriger, wohnt in Feldmanns Revier. "Dessen Arme reichen wirklich bis nach Berlin und nach Bremen", mutmaßt der Wachleiter. "Wenn der hustet, dann haben alle zu kuschen." Es gebe "kriminalpolizeiliche Erkenntnisse wegen mehrfachen Totschlags".

"Die gehen für andere ins Gefängnis" *Ralf Feldmann*

Immer wieder geht es bei den Clans um die Familienehre. Diese Ehre werde nicht durch Entschuldigungen, sondern durch Zahlungen wiederhergestellt, schildert Feldmann. Wenn die Polizei im Milieu der Libanesen hartnäckig wegen einer Straftat fahnde, passiere es durchaus, dass ihnen von den Clans bereitwillig ein Täter auf die Wache gebracht werde. "Das sind aber nicht die, die die Tat ausgeführt haben, sondern es werden die Jüngsten aus der Familie genommen", sagt der Hauptkommissar.

Die libanesischen Verwandtschaften sind weit verzweigt. Eine einzige dieser Großfamilien zählt in Essen laut Ordnungsbehörde fast 1400 Mitglieder. Der Einfluss der "Familien-Union" auf ihre Klientel ist offenbar gewaltig. "Wenn von denen einer aufs Parkett tritt, ist Ruhe", sagt Feldmann. Auch bei tumultartigen Zusammenrottungen.

"Gehen Sie vorbei, Herr Polizei!"

Ein Vertreter der "Familien-Union" müsse denen nur zwei, drei Sätze auf Arabisch sagen, dann entspanne sich die Situation. Diejenigen, die eben noch aggressiv beleidigt hätten, würden den Ordnungshütern plötzlich bereitwillig den Weg bahnen: "Gehen Sie vorbei, Herr Polizei!"

Die Abgeordneten im U-Ausschuss fragen Feldmann: "Ist das Parallel-Justiz?". Dieser sagt: "Ich glaube, ja." Doch die Beweislage sei dünn, immerhin gebe es zahlreiche Indizien. Feldmann wirkt keineswegs resigniert, sondern entschlossen. "Wir müssen die Strukturen aufbrechen und denen das Leben schwer machen bis zum Gehtnichtmehr." Warum dies bisher nicht gelungen sei, will der FDP-Innenexperte Marc Lürbke wissen. Der uniformierte Hauptkommissar zuckt mit seinen Fünf-Sterne-Schulterklappen: "Ich bin nur Leiter einer Polizeiwache."

Aktennotiz über Bedrohung

Über die Brisanz im Gelsenkirchener Süden hat Feldmann frühzeitig Alarm geschlagen. Drei führende Vertreter der "Familien-Union" hätten ihm auf der Wache eröffnet, die Polizei werde "einen Krieg mit den Libanesen nicht gewinnen, weil wir zu viele sind". Dies hielt Feldmann bereits am 28. Juli 2015 in einer Aktennotiz für seine Vorgesetzten fest. Der Wachleiter hat das seinerzeit nicht als Prahlerei, sondern als "ernstgemeinten Warnhinweis" aufgefasst.

Darauf hin hat das Innenministerium Bereitschaftspolizisten zur Unterstützung geschickt, die regelmäßig durch Feldmanns Revier patrouillieren. Als dann die Medien über die heikle Aktennotiz berichteten, "habe ich mich ganz schnell vom Acker gemacht", erzählt Feldmann im U-Ausschuss. "Ich bin verreist, weil ich Angst um mein Leben hatte." Später fuhr er immer andere Strecken zur Arbeit.

Die Clanchefs agieren im Hintergrund. "Die lungern nicht auf der Straße rum", sagt Feldmann. Die seien "cleverer und intellektueller" als ihr Fußvolk. "Die halten sich auch an Verkehrsregeln." Einer der führenden Köpfe sei im Security-Gewerbe tätig. Er falle lediglich durch die riesigen Reifen an seinem Sportboliden und seinen imposanten Körperbau auf. "Ein Riesenkreuz", sagt der Hauptkommissar beeindruckt. "Wenn der Luft holt, dann atmet er uns ein, wenn wir alleine sind."

http://www.pi-news.net/2017/01/syrer-angeklagt-geistigbehinderte-vergewaltigt/

Syrer angeklagt: Geistigbehinderte vergewaltigt

Soest: Eine 44-jährige Zeugin, die bei ihrer Aussage eine große gelbe Plüschente als Beistand im Schlepptau hatte und ein Richter, der genau diese Zeugin darum bat, den Akt des „Rammelns“ doch bitte mit eben jenem Kuscheltier vorzuführen – nein, es war kein ganz gewöhnlicher Verhandlungstag am Dienstag vor der Großen Strafkammer des Arnsberger Landgerichts. Dabei ging es in dem Verfahren gegen einen 47-jährigen Mann aus Welver

keineswegs um Klamauk, dafür waren die Vorwürfe gegen den Angeklagten viel zu ernst: Er soll nicht nur eine junge Frau in Soest bei einem gemeinsamen Trinkgelage im vergangenen Sommer massiv bedrängt und sie dabei auch mehrfach an die Brust gefasst haben, – wenige Tage später soll er, ebenfalls in Soest, auch eine geistig behinderte 44-Jährige auf das ehemalige Strabaggelände gezerrt haben, um sich dort an ihr zu vergehen.
Jugendliche hörten damals die Schreie der Frau, holten Hilfe – und der Mann konnte festgenommen werden. Seitdem sitzt er in Untersuchungshaft. Mit großer Behutsamkeit bemühte sich das Gericht darum, von der Zeugin zu erfahren, was damals genau passiert sei.
Der Angeklagte, der aus Syrien stammt, bereits seit 13 Jahren in einer Flüchtlingsunterkunft in Welver lebt und bei beiden Taten stark alkoholisiert gewesen war, hatte zuvor bestritten, die Frau gegen ihren Willen zu sexuellen Handlungen gedrängt zu haben. Genau das aber wirft ihm die Staatsanwaltschaft vor, sie sieht den Tatbestand der sexuellen Nötigung als erfüllt an.
Große Angst habe sie vor dem Mann gehabt, der im vergangenen Juni in ihrer Wohngruppe im Soester Norden auftauchte, dort flüchtig bekannt war, und sie begleitet habe, als sie in einem nahen Supermarkt Einkäufe erledigen wollte, erfuhr das Gericht von der Frau.
Wegen ihrer Behinderung habe sie sich zunächst verbal nicht wehren können, als der Angeklagte sie schließlich in einer Art Schuppen auf der verlassenen Industriebrache aggressiv sexuell bedrängt habe. Als sie schließlich in ihrer Verzweiflung laut schrie, habe der Mann ihr den Mund zugehalten – zwei Jugendliche in der Nähe wurden trotzdem aufmerksam und holten Hilfe auf dem nahen Sportplatz an der Werkstraße.
Der Angeklagte räumte zwar ein, sowohl bei dem Trinkgelage als auch später auf dem Strabag-Gelände „gute Gespräche“ mit den Frauen gehabt zu haben und im ersten Fall möglicherweise „aus Versehen“ die Brust der jungen Frau berührt zu haben, er stritt allerdings vehement ab, im zweiten Fall der Zeugin den Mund zugehalten zu haben.
Für unsere neueren Leser möchten wir darauf hinweisen, dass selbsternannte „Flüchtlinge“ gezielt in Deutschland vor Behinderteneinrichtungen rumlungern, um behinderte Frauen zu einer Heirat zu bewegen, um somit einen Aufenthaltstitel zu erlangen (Pi berichtete hier).

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter
Uelzen: In den frühen Morgenstunden des Samstags wollte ein unbekannter Mann mit Migrationshintergrund die Abfuhr nicht akzeptieren, welche ihm eine 18jährige Frau gab. Der Mann sprach die junge Frau in Höhe der Volksbank Gudesstraße an und versuchte, mit ihr ins Gespräch zu kommen. Als die Frau deutlich machte, dass sie keine Kontaktaufnahme wünsche und in die Schmiedestraße einbog, kam es im Einmündungsbereich Gudesstraße/Schmiedestraße zu einer Körperverletzung, indem der unbekannte Mann die Frau ohrfeigte.
Karlsruhe: Eine junge Frau war am Samstagabend kurz nach 21:00 Uhr mit der Straßenbahn Linie 2 vom Gottesauer Platz in Richtung Südstadt unterwegs. Der 23-Jährigen fiel ein Mann auf, der sie in der Straßenbahn ständig anschaute. Dieser verließ die Straßenbahn an der Haltestelle „Rüppurrer Tor“. Die junge Frau verblieb noch in der Straßenbahn und verließ diese an der nächsten Haltestelle, „Werderstraße“. Als sie zu Fuß in der Morgenstraße –

zwischen Rankestraße und Luisenstraße – angelangt war, packte sie der Mann, der sie zuvor in der Straßenbahn ständig beobachtet hatte, von hinten am Arm und drückte sie mit dem Rücken gegen eine Hauswand. Die junge Frau wehrte sich, konnte jedoch nicht verhindern, daß der Täter seine Lippen auf ihren Mund preßte. Erst als eine Passantin mit Hund auf der gegenüberliegenden Straßenseite vorbeiging, konnte sich die junge Frau losreißen. Der Täter flüchtete daraufhin zu Fuß in unbekannte Richtung. Die Geschädigte konnte den Täter wie folgt beschreiben: 20 – 23 Jahre alt, 170 – 175 cm groß, schlank, dunkles Haar, dunkler Teint, südländisches Aussehen, er trug eine rote Sportjacke und eine graue Strickmütze und führte einen dunklen Rucksack mit sich.
Alzey: Am Freitag, 13.01.2017, wurden zwei junge Frauen aus Alzey und Erbes-Büdesheim Opfer eines Exhibitionisten. Die beiden 17- und 18- Jährigen befanden sich gegen 22.15 Uhr in der Wilhelmstraße in Alzey auf dem Weg zu ihrem geparkten Auto, als ihnen ein Mann auffiel, der ihnen zu folgen schien.Die Frauen stiegen in ihr Auto ein. In dieser Zeit stellte sich der Mann an ein Schild und schien gegen dieses urinieren zu wollen. Als die Frauen losfuhren und der Scheinwerferkegel des Autos den Mann erreichte, drehte sich dieser zu den Frauen um und zeigte in eindeutiger Weise sein Genital. Der Vorfall wurde erst mehrere Tage später zur Anzeige gebracht. Der unbekannte Täter wird als männlich, ca. 40 Jahre alt und schlank beschrieben. Die schwarzen Haare hatte der Mann an den Seiten rasiert und das Haupthaar war mit Gel nach hinten gelegt. Sein Aussehen wurde als südländisch beschrieben.
Vilsbiburg: Ein 54-jähriger staatenloser Asylbewerber hat am Montag (12.12.2016) in Vilsbiburg auf einem Feldweg an der Vils sexuelle Handlungen an einem 15-Jährigen vorgenommen. Die Kripo Landshut hat die Ermittlungen übernommen. Ein 15-jähriger Schüler hat sich am Montag (12.12.2016) gegenüber seinen Eltern offenbart, dass ihn der Mann auf sexuelle Weise bedrängte, indem er den Jungen zunächst umklammerte und schließlich im Genitalbereich berührte. Die Eltern des Jungen erstatteten daraufhin Strafanzeige bei der Polizeiinspektion Vilsbiburg. Der Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Landshut erließ auf Antrag der Staatsanwaltschaft Landshut Haftbefehl gegen den 54-Jährigen.
Mansfeld-Südharz: Am Freitag gegen 22.00 Uhr wurde eine Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen an einer Gaststätte im Seegebiet Mansfelder Land, Ortsteil Röblingen am See gemeldet. Nach bisherigem Ermittlungsstand ereignete sich folgendes: Eine 16Jährige aus dem Ort wurde von einem Mann ausländischer Herkunft in der Lokalität unsittlich berührt, was von Gästen bemerkt wurde. In der weiteren Folge kam es zu einer Rangelei zwischen mehreren Personen, die sich vor die Gaststätte verlagerte. Drei Personen wurden bei der tätlichen Auseinandersetzung durch Schläge und Tritte verletzt. Weiterhin wurde ein 21Jähriger mit einem Messer am Oberkörper oberflächlich verletzt. Diese vier Personen sind deutscher Herkunft. Auch der 24Jährige Beschuldigte, der die 16Jährige belästigte, war beteiligt. Der Asylsuchende soll das Messer eingesetzt haben und wurde bei der Auseinandersetzung leichtverletzt. Unter anderem wurden Anzeigen wegen sexueller Belästigung und Körperverletzungen und aufgenommen.
Geisenhausen: Eine 33-Jährige wurde am Dienstag in einer Bar in Geisenhausen von einem Asylbewerber sexuell belästigt, wie die Polizei Vilsbiburg mitteilte. Es war 1 Uhr, als die Frau, bekleidet, in der Bar in der Hauptstraße auf der Toilette vor dem Waschbecken stand. Plötzlich griff ihr ein 21-jähriger Asylbewerber von hinten in den Schritt. Zu dem Zeitpunkt waren beide betrunken. Gegen den Mann wird nun Anzeige wegen sexueller Belästigung erstattet.
Kirchheim: Zunächst hat der Mann drei junge Frauen in der S-Bahn von Kirchheim nach Wendlingen angesprochen. Obwohl die drei jungen Frauen im Alter von 17 und 18 Jahren die Kontaktversuche des Mannes ablehnten, zeigte sich der 25-Jährige unbeeindruckt und wurde schließlich gegenüber den Frauen lautstark und zunehmend aggressiv. Zwei Mitfahrer zeigten Zivilcourage, zogen den Mann von den Frauen weg und alarmierten die Polizei. Der

Tatverdächtige wurde von den Beamten des Polizeireviers Nürtingen zur Dienststelle gebracht. Gegenüber den Polizisten sagte der Mann, dass er im Laufe des Abends beabsichtige, Frauen kennenzulernen. Der Tatverdächtige musste wenig später, nachdem die Bereitschaftsrichterin eine Unterbringung im Polizeigewahrsam abgelehnt hatte, wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Gegen 22.30 Uhr kam es dann in der S-Bahn von Wendlingen in Richtung Kirchheim erneut zu einem Zwischenfall mit dem 25-jährigen Kameruner. In diesem Fall setzte sich der Mann in eine Sitzgruppe gegenüber von drei Mädchen im Alter von 15 bis 18 Jahren und versuchte sehr aggressiv, diese in ein Gespräch zu verwickeln. Obwohl die jungen Mädchen die Kontaktversuche vehement ablehnten, belästigte der Mann die Frauen weiter und begrapschte im Verlauf der Gesprächsversuche eines der Mädchen am Knie. In Kirchheim verließen die Mädchen die S-Bahn und liefen in Richtung Busbahnhof. Der 25-Jährige verfolgte die Gruppe weiter, packte eines der Mädchen am Arm und beleidigte sie. Am Busbahnhof wurden die drei vom Vater eines der Mädchen erwartet, der umgehend mit den jungen Frauen die Polizei aufsuchte, um Anzeige zu erstatten. Im Rahmen der sofort eingeleiteten Fahndung konnte der 25-Jährige kurze Zeit später festgenommen werden, musste später aber erneut freigelassen werden, da die zuständige Staatsanwaltschaft keinen Haftbefehl beantragte

Heilbronn: Am Samstag (17.12.2016) wurde eine 16-Jährige in einer Stadtbahn Opfer eines Exhibitionisten. Die junge Frau stieg um 18:05 Uhr in Weinsberg in die vollbesetzte S4, um mit dieser nach Heilbronn zu fahren. An der Haltestelle Heilbronn-Trappensee setzte sie sich dann auf einen frei gewordenen Zweiersitz. Kurz darauf setzte sich ein unbekannter Mann neben sie, entblöste sein Geschlechtsteil und begann zu onanieren. Die 16-Jährige sprang daraufhin auf und machte andere Reisende lautstark auf das Verhalten des Mannes aufmerksam. An der Haltestelle Pfühlpark flüchtete der Mann unerkannt aus der Stadtbahn. Trotz sofort eingeleiteter Fahndungsmaßnahmen konnte der Tatverdächtige bislang nicht ermittelt werden. Der Mann wird wie folgt beschrieben: ca. 1,80m bis 1,85m groß, schmale Statur, dunkler Teint, braune Augen.

Krefeld: Am Montagnachmittag (12. Dezember 2016) hat sich ein Mann einer Gruppe von Schülern an der Johannes-Blum-Straße in schamverletzender Weise gezeigt. Gegen 13:25 Uhr lief eine 12-jährige Schülerin in Richtung eines Supermarktes und kürzte ihren Weg über eine Grünfläche ab. In einem dortigen Gebüsch sah sie einen Mann. Als dieser das Mädchen bemerkte, wandte er sich ihr zu, zog seine Hose runter und nahm sexuelle Handlungen an sich vor. Selbst als andere Schüler auf ihrem Weg auf den Mann trafen, ließ dieser nicht von sich ab. Die 12-Jährige ging zurück zur Schule und meldete den Vorfall ihrem Schuldirektor. Die Polizei wurde informiert, konnte den Täter aber nicht mehr antreffen. Der Mann soll 30-40 Jahre alt sein, dunkles Haar und einen dunklen Teint haben.

http://www.pi-news.net/2017/01/oesterreich-tuerke-14-vergewaltigt-13-jaehrigen/#more-552145

Österreich: Türke (14) vergewaltigt 13-Jährigen

Herzogenburg: Grauenhafte Vorfälle hat eine Sprecherin der Landespolizeidirektion NÖ auf NÖN-Anfrage bestätigt. Ein 14-jähriger Türke steht in dringendem Tatverdacht, zunächst eine 13-jährige Schülerin sexuell bedrängt und genötigt zu haben: „Als sie sich heftig wehrte, hat

er in letzter Sekunde von ihr abgelassen“, heißt es seitens der Polizei. Am nächsten Tag war der Stadtpark in unmittelbarer Nähe der Bahnhofs-Haltestelle Herzogenburg-Stadt Schauplatz des nächsten Übergriffs: Der 14-jährige bedrohte einen 13-Jährigen mit einer Schere und vergewaltigte ihn brutal. Der mutmaßliche Täter und das Opfer besuchen die gleiche Schule. Nach der Anzeige-Erstattung hat die Exekutive den 14-Jährigen zunächst vorläufig festgenommen. Bei seiner Einvernahme zeigte er sich zwar geständig, jedoch keinerlei Anflug von Reue. Er wurde in der Folge verhaftet und in die Justizanstalt St. Pölten eingeliefert: „Ein erschütternder Fall“, bringt es ein Polizist auf den Punkt.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter
Schweinfurt: Zwei Frauen sind am frühen Sonntagmorgen in der Damentoilette einer Schweinfurter Bar von einer Gruppe Männer belästigt und zum Teil auch unsittlich berührt worden. Zwei Algerier im Alter von 22 und 24 Jahren wurden in diesem Zusammenhang vorläufig festgenommen. Ein weiterer im Alter von 24 Jahren leistete im Zuge der polizeilichen Maßnahmen Widerstand gegen die eingesetzten Beamten. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen sollen zwei aus Schweinfurt stammende Frauen im Alter von 22 und 23 Jahren von Männern beim Toilettengang beobachtet worden sein. Dabei sollen die Täter laut Polizeiangaben über die Trennwände der jeweiligen Toilettenkabinen geblickt haben. In der Folge wurde die 23-Jährige noch im Bereich der Waschbecken und beim Verlassen der Damentoilette von zwei weiteren bislang unbekannten Männern unsittlich an der Brust berührt und gegen ihren Willen auf die Wange geküsst. Als die ersten Streifenbesatzungen der Schweinfurter Polizei bei dem Lokal am „Markt“ eintrafen, konnten zwei Algerier im Alter von 22 und 24 Jahren, die in einer Asylbewerberunterkunft in Schweinfurt untergebracht sind, als Tatverdächtige identifiziert werden. Es soll sich dabei um diejenigen handeln, die die Frauen zuvor beim Toilettengang beobachtet hatten.
Bochum: Offenbar weil seine Anmache nicht zog, hat ein Mann am Sonntagmorgen eine Frau (20) an den Haaren zu Boden gerissen. Die Frau war gegen 4:30 Uhr im KFC-Restaurant am Bochumer Hauptbahnhof, als der Mann hereinkam. Laut Polizei „umwarb“ er die Frau. Die interessierte sich dafür aber nicht – und zeigte ihm die kalte Schulter. Daraufhin packte der Mann sie an den Haaren und schleuderte sie auf den Boden. Die Frau verletzte sich beim Aufprall übel im Gesicht. Der Mann flüchtete nach dem Angriff in Richtung Innenstadt. Die Polizei sucht jetzt wegen Körperverletzung nach dem Mann. Laut Zeugen war er dunkelhäutig und trug eine rote Bomberjacke.
Chemnitz: Beim ersten Vorfall im Juni 2016 soll der Angeklagte eine Zeitungszustellerin nachts gegen 3:45 Uhr angegriffen haben. In diesem Fall wird ihm neben schwerem Raub auch sexuelle Nötigung und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Laut Staatsanwaltschaft hat der aus Pakistan stammende Mann die 52-Jährige ins Gebüsch gezerrt und versucht, ihr die Hose auszuziehen, um sich sexuell an ihr zu vergehen. Damit sie nicht schreit, habe er ihr einen spitzen Gegenstand an den Hals gedrückt und im weiteren Verlauf mehrere Schnittverletzungen zugeführt. Zudem soll er ihr das Handy aus der Hosentasche geklaut haben. Als ein Auto vorbeifuhr, ließ er von seinem Opfer ab und floh. Eine Polizeistreife wurde kurz danach auf die Frau aufmerksam. Die 52-Jährige befindet sich noch immer in psychologischer Behandlung: „Ich gehe anders durch die Welt. Ich fühle micht nicht

mehr so frei wie früher, denn die Angst geht immer mit.“ Rund einen Monat später hat es eine damals 21-jährige Studentin getroffen. Sie ging in Joggingkleidung gegen 22 Uhr durch den Stadtpark Chemnitz an dem dunkelhäutigen Mann vorbei. Vor Gericht berichtete sie am Montag, völlig aufgelöst unter Tränen, wie er sie von hinten gepackt und ins Gebüsch geworfen habe. Mit einem Klappmesser habe er dann acht oder neun Mal auf sie eingestochen. Laut Anklageschrift waren auch lebenswichtige Organe betroffen. Sie sei mehrere Stunden notoperiert und anschließend in ein künstliches Koma versetzt worden. Noch immer würden sie ihre Verletzungen körperlich beeinträchtigen, sagte die Studentin. Sie tritt in dem Prozess, wie das andere Opfer auch, als Nebenklägerin auf. Auch sie habe seitdem Angst, alleine auf die Straße zu gehen, berichtete sie dem Gericht.

Osnabrück: Am frühen Samstagmorgen wurde eine junge Frau am Ickerweg von zwei unbekannten Männern sexuell belästigt. Die 18-Jährige ging gegen 3.30 Uhr über den Garagenhof an der Ecke zur Pommerschen Straße, als sich ihr die Täter unbemerkt von hinten näherten und sie dann festhielten. Das Opfer wurde daraufhin von dem Duo gegen eine Garage gedrückt und unsittlich angefasst. Die Frau konnte aber noch ihr Pfefferspray aus der Jackentasche ziehen und dieses gegen die beiden Angreifer einsetzen. Als die Männer daraufhin kurz von der Osnabrückerin abließen, nutze diese die Gelegenheit und rannte schnell weg. Die Täter waren über 180cm groß und hätten sich in einer fremden Sprache unterhalten.

Billstedt: Lena (11, Name geändert) war Dienstag in Billstedt auf dem Weg zur Schule, als der Täter über sie herfiel. Der etwa 35 Jahre alte Mann umklammerte das Mädchen und griff ihr in den Schritt. Jetzt läuft eine Großfahndung. Tatort war die Möllner Landstraße, Ecke Letternkamp. Um 7.15 Uhr ging die Schülerin Richtung U-Bahnhof Merkenstraße. Plötzlich kam ihr der kaum 1,70 Meter große, dickliche Mann entgegen. Er umklammerte ihren Oberkörper. Doch Lena wehrte sich und schrie um Hilfe. Daraufhin ließ der Täter von ihr ab und flüchtete in Richtung der Straße Oberschleems. Eine Autofahrerin wurde auf die Situation aufmerksam und kümmerte sich um das Mädchen. Eine Sofortfahndung brachte kein Ergebnis. Jetzt bittet die Polizei um Hinweise. Polizeisprecherin Tanja von der Ahé: „Der Mann hat ein „südländisches Erscheinungsbild“ , trug eine olivfarbene Jacke und eine schwarze Mütze mit orangefarbenen Streifen.“ Auch in Pinneberg wurde eine Schülerin Opfer einer Sexualstraftat. Am Montag entblößte sich ein etwa 18 Jahre alter Mann am Stadtwald „Fahlt“ vor dem 15-jährigen Opfer. Auch er hat laut Polizei ein südländisches Aussehen, trug eine graue Jogginghose und eine schwarze Jacke.

Röblingen am See: Weil ein 24-jähriger Asylsuchender eine junge Frau sexuell belästigt haben soll, ist in einer Gaststätte im Seegebiet Mansfelder Land (Landkreis Mansfeld-Südharz) eine Schlägerei ausgebrochen. Mehrere Gäste sahen, wie ein 24-Jähriger am Freitagabend eine 16-Jährige unsittlich berührte, wie die Polizei am Samstag mitteilte. Daraufhin stellten die Männer den 24-Jährigen zur Rede. Es kam zu Tritten und Schlägen. Der Streit eskalierte. Ein 21-Jähriger wurde dabei mit einem Messer leicht verletzt – vermutlich von dem 24-Jährigen. Insgesamt waren bei dem Streit im Ortsteil Röblingen am See fünf Männer beteiligt. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen.

Vilsbiburg: Ein Jugendlicher hat im Landkreis Landshut zwei Mädchen belästigt. Der Vorfall ereignete sich gestern Mittag in einem Regionalzug zwischen Landshut und Vilsbiburg. Vor zwei 13 und 15-jährigen Mädchen öffnete der Jugendliche seine Hose. Kurz danach versuchte er die 13-Jährige zu streicheln und zu küssen. Erst als das Mädchen ihm die Hand wegschlug hörte er auf. Der arabisch oder türkisch aussehende Täter war etwa 17 Jahre alt und zirka einen Meter 80 groß. Er trug eine grüne Bomberjacke und eine Jogginghose. Die Mädchen stiegen in Vilsbiburg aus dem Zug aus, der Täter fuhr weiter.

Bruck an der Leitha: Großer Schock für eine junge Frau aus dem niederösterreichischen Bezirk Bruck an der Leitha: Als sie abends mit dem Zug von der Arbeit nach Hause fuhr, fielen zwei Männer im fast leeren Waggon über die 18-Jährige her. Das Opfer konnte sich

losreißen, jetzt sucht die Polizei nach Zeugen.Der Vorfall ereignete sich bereits am 15. Dezember gegen 18.15 Uhr in der S60: Als die Frau kurz vor Götzendorf aufstand, packte sie ein Unbekannter plötzlich von hinten, ein zweiter Täter griff ihr brutal an die Brust. „Der einzige andere Passagier hat trotz meiner Hilfeschreie nur weggeschaut“, schildert das Opfer. Als der Zug hielt, konnte sich die 18-Jährige losreißen und fliehen. „Die beiden Männer sprachen Arabisch. Sie sollen vor der Tat durch lautes Lachen und Rauchen im Großraumabteil aufgefallen sein“, so die Polizei.

Dresden: Die Polizei sucht Zeugen zu einem Vorfall am Brühlschen Garten, bei dem eine junge Frau (21) sexuell bedrängt und belästigt wurde. Die 21-Jährige wurde von dem späteren Täter auf ihrem Heimweg an der St. Petersburger Straße im Bereich der Haltestelle Walpurgisstraße angesprochen. Anschließend begleitet er sie trotz mehrfacher Ablehnung auf ihrem Weg in Richtung Carolabrücke. In der Folge drängte er sie zunächst in Richtung Brühlscher Garten und drückte sie dort auf eine Bank. Er entblößte sich vor ihr, forderte sexuelle Handlungen und griff ihr unter die Kleidung. Letztlich ließ er von ihr ab und die 21-Jährige konnte flüchten. Dabei traf sie zwei Passanten, mit denen sie gemeinsam über die Brücke in Richtung Dresden-Neustadt lief. Letztlich lief sie mit einem weiteren Passanten bis zu ihrer Wohnung. Die Frau hatte ihm den Vorfall erzählt, woraufhin er sie aufforderte, Anzeige zu erstatten. Dies tat sie am Sonntagvormittag. Der Täter ist etwa 25 Jahr alt, etwa 175 bis 180 cm groß und von normaler Statur. Er wurde als arabisch aussehend, mit dunklerem Teint sowie kurzen schwarzen Haaren beschrieben. Er sprach deutsch mit Akzent oder englisch.

http://www.pi-news.net/2017/01/rapefugee-belaestigt-mehrere-frauen-in-giessen/

Rapefugee belästigt mehrere Frauen in Gießen

Gießen: Nachdem ein 26-Jähriger mehrere Frauen auf dem Marktplatz belästigte und sich gegenüber einer Mitarbeiterin des Katholischen Krankenhauses entblößte, ordnete ein Gießener Richter am 24.01.2017 ein mehrtägiges Polizeigewahrsam an. Der in Reiskirchen lebende und aus Somalia stammende Mann hielt sich in den Mittagsstunden auf dem Gießener Marktplatz auf. Einer Zivilstreife der Gießener Polizei fiel der 26-Jährige auf, als er von einer jungen Frau weggestoßen wurde und sie ihm nachrief: „das gibt’s doch nicht!“. Die Polizisten sprachen die Frau auf ihr Verhalten an, worauf sie schilderte, soeben von dem Mann begrapscht worden zu sein.

Zudem hatte er versucht ihrer Begleiterin eine Getränkedose aus der Handtasche zu stibitzen. Die beiden Polizisten holten den Täter ein und nahmen ihn fest. Passanten bestätigten, dass der 26-Jährige gestern und auch Tage zuvor Frauen auf dem Marktplatz angesprochen und diese zum Teil verbal sexuell belästigt hatte. Zudem meldete sich eine Mitarbeiterin des Katholischen Krankenhauses bei den Ordnungshütern und schilderte einen weiteren Fall des Täters. In den frühen Morgenstunden, gegen 06.15 Uhr entsorgte die 60-Jährige Müll vor dem Schwesterwohnheim in der Wilhelmstraße. Plötzlich stand ein Mann mit entblößtem Penis vor ihr und forderte sie auf diesen anzufassen. Das resolute Opfer drohte mit der Polizei und der Mann machte sich aus dem Staub. Zweifelsfrei handelte es sich denselben Täter. Der 26-Jährige wurde am Nachmittag einem Richter des Amtsgerichts Gießen vorgeführt. Dieser ordnete zur Verhinderung der Begehung weiterer Straftaten Polizeigewahrsam bis zum 27.01.2017 an. Anschließend transportierte ihn die Polizei nach Frankfurt, wo er im Gewahrsam des Polizeipräsidiums eingesetzt wurde. Ihn erwarten Strafen wegen sexueller Belästigung, Beleidigung auf sexueller Basis sowie exhibitionistischer Handlungen.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im

Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter

Wetzlar: Im Dezember hat ein Mann in Wetzlar mehrere Frauen sexuell belästigt. Nun ist ein 44-jähriger Tatverdächtiger in Untersuchungshaft genommen worden. Die Wetzlarer Polizei hatte sich mit einem Zeugenaufruf an die Bevölkerung gewandt, nachdem ein Mann mehrfach versucht hatte, Frauen zu küssen oder ihnen durch das Gesicht zu lecken. Nach einem seiner Übergriffe nahmen die Beamten einen 44-Jährigen fest. Gegen ihn hat ein Haftrichter nun wegen Wiederholungsgefahr Untersuchungshaft erlassen. Seitdem sitzt er in einer hessischen Justizvollzugsanstalt ein. Bei der Kriminalpolizei hatten sich nach dem Zeugenaufruf weitere Opfer gemeldet. Die Ermittler werfen dem in Wetzlar wohnenden und aus Syrien stammenden Mann mehr als 20 Taten vor. Meist sprach er seine Opfer an, ergriff deren Hände, zog sie an sich und küsste oder umarmte die Frauen ohne Vorwarnung. In einigen Fällen leckte er den völlig verdutzten Frauen über das Gesicht. Sein Verhalten stellte er als einen Brauch aus seiner arabischen Heimat dar, um Frauen seine Zuneigung zu zeigen. Die Kriminalpolizei sieht darin einen Vorwand, um sich den Frauen zu nähern. Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei ermitteln wegen sexueller Belästigung gegen den 44-Jährigen. Der Mann war der Polizei bekannt und sei bereits wegen ähnlicher Taten in Erscheinung getreten.

Minden: Ein Unbekannter hat am Montagabend auf dem Hessenring eine 25-jährige Frau attackiert und sexuell belästigt. Bereits einen Tag zuvor hatte offensichtlich der gleiche Mann bereits eine 21-Jährige auf ähnliche Weise angegriffen. Gegen 20 Uhr war die 25-Jährige zu Fuß auf dem Heimweg von der Arbeit unterwegs, als sie auf der Stiftsallee plötzlich Schritte und dann einen fremden Mann hinter sich wahrnahm. Sofort erhöhte sie ihr Schritttempo, doch der Verfolger nahm auch an Geschwindigkeit zu. Schließlich tauchte der Fremde neben ihr auf und belästigte sie auf Englisch. Unmissverständlich gab die junge Frau dem Mann zu verstehen, dass sie in Ruhe gelassen werden wolle und versuchte davonzulaufen. Dabei wechselte sie mehrfach die Straßenseite. Der Mann jedoch ließ sich nicht abschütteln und folgte ihr weiterhin, bis er sie schließlich an der Schulter und den Haaren festhielt. Der 25-Jährigen gelang es jedoch sich aus dem Griff des Mannes zu befreien und ein Auto zu stoppen. Der Fahrer des Wagens brachte die verängstigte und unter Schock stehende Frau nach Hause. Auch andere Autofahrer waren offenbar auf die Situation aufmerksam geworden und hatten gehupt. Das Opfer beschrieb den Unbekannten als einen etwa 30 Jahre alten und zirka 1,70 Meter bis 1,80 Meter großen, schlanken und dunkelhäutigen Mann, der ausschließlich Englisch sprach. Eine ähnliche Beschreibung gab am Sonntagabend auch die 21-Jährige der Polizei zu Protokoll. Auch sie war zu Fuß auf dem Heimweg, als der Unbekannte sie gegen 22 Uhr auf dem Klausenwall, zwischen ZOB und Schwichowwall, plötzlich von hinten an die Schulter faste und festhielt. Auch hier redete der Mann ausschließlich Englisch auf die Frau ein, die klar entgegnete, dass sie nicht belästigt werden wolle. Obwohl der Angreifer sie nun fester packte, gelang es der 21-Jährige sich zu befreien und davon zu laufen.

Stuttgart-Heumaden: Ein bislang unbekannter Mann hat am Montag (23.01.2017) in der Dreizlerstraße ein 13-jähriges Mädchen in exhibitionistischer Weise belästigt. Das Mädchen ging gegen 14.00 Uhr die Dreizlerstraße entlang. Kurz vor dem Treppenabgang zur Straße Am Sonnenweg stieg ein Mann aus einem gelben Kleinwagen und ging ihr mit geöffnetem Hosenladen und heraushängendem Glied entgegen. Nachdem sich die Wege gekreuzt hatten, drehte der Mann sich um und lief der 13-Jährigen hinterher. Erst als diese im Abstand von einigen Metern eine Freundin erblickte und laut nach ihr rief, wandte der Mann sich ab und kehrte um. Das Mädchen beschreibt den mutmaßlichen Exhibitionist als 55 bis 60 Jahre alt und etwa 170 Zentimeter groß mit kräftiger Statur. Er soll einen dunkleren Teint und schwarze, kurze, zerzauste Haare sowie einen Dreitagebart gehabt haben.

Wien: Ein 16-jähriger Bursch ist am Dienstag im Wiener Landesgericht für Strafsachen wegen versuchter Vergewaltigung zu eineinhalb Jahren unbedingter Haft verurteilt worden. Er war am 17. September 2016 in der Bundeshauptstadt in einem Stiegenhaus über eine 32 Jahre alte Frau hergefallen, nachdem diese im Innenhof ihres Wohnhauses ihr Fahrrad abgestellt hatte. Die Frau war von einer Theater-Premiere heimgekommen, als sie im Hof von einem ihr fremden Jugendlichen angesprochen wurde. Er fragte sie, ob sie Hilfe beim Absperren des Fahrrads benötige. Die 32-Jährige verneinte dies und wollte sich in ihre Wohnung begeben, worauf ihr der Bursch den Weg versperrte und sie zu umarmen versuchte. Es gelang ihr zunächst, ihn abzuschütteln, doch er verfolgte sie, drückte sie im Stiegenhaus zu Boden und machte sich an ihr zu schaffen. „Er hat im Ermittlungsverfahren erzählt, er habe sie zu Sex überreden wollen“, legte Staatsanwältin Sabine Rudas-Tschinkel dar. Die überfallene Frau wehrte sich heftig, schrie lautstark um Hilfe und trat nach dem Angreifer, der schließlich von ihr abließ und die Flucht ergriff. Er hinterließ an der Bekleidung des Opfers allerdings DNA-Spuren, und nachdem der Jugendliche ein paar Wochen später nach einem Ladendiebstahl festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt wurde, konnte ihm mittels eines Treffers in der DNA-Datenbank das Sexualdelikt zugeordnet werden.Vor einem Schöffensenat (Vorsitz: Norbert Gerstberger) bekannte sich der junge algerische Asylwerber nun schuldig. „Ich war erregt“, gab er zu Protokoll. Er verwies auf vor dem inkriminierten Geschehen konsumierte Drogen: „Diese Drogen haben mich dazu gebracht, diese Tat zu vollziehen. Sonst hätte ich das nicht gemacht.“ Erst durch die Schläge der Frau habe er „begriffen, dass das laut Islam nicht richtig ist.“

Bad Segeberg: Gestern Morgen hat ein bisher unbekannter Mann im Bereich der Friedrich-Ebert-Straße eine 76-Jährige zunächst belästigt und anschließend unter Anwendung von körperlicher Gewalt verletzt. Die Polizei erbittet Hinweise aus der Bevölkerung. Der Vorfall ereignete sich kurz nach 7 Uhr an der Bushaltestelle „Bismarckstraße“. Den Angaben der Pensionärin aus Pinneberg zufolge kam ein schlanker Mann im geschätzten Alter von 17 Jahren humpelnd auf die Frau zu und bat zunächst um Hilfe. Er soll über Schmerzen im Knie geklagt und weiter nach einem Taschentuch gefragt haben. Als sich der Mann „bedanken“ wollte und der Frau die Hand reichte, habe er unvermittelt anrüchige Bemerkungen gemacht, die 76-Jährige an sich heran gezogen und nach einem Abschiedskuss gefragt. Schließlich bekam die Pensionärin ein ungutes Gefühl und stieß den Mann von sich weg. Dieser habe sie daraufhin getreten und geschubst, so dass die Frau stürzte und zu Boden fiel. Selbst bei dem Versuch aufzustehen, soll der Mann sie erneut zu Boden gestoßen haben, wodurch die Frau leicht verletzt wurde und später in einem Krankenhaus behandelt werden musste. Der junge Mann habe erst beim Eintreffen des Linienbusses von der 76-Jährigen abgelassen und sich fußläufig entfernt. Der Busfahrer kümmerte sich umgehend um die verletzte Frau und die herbeigerufene Polizei leitete eine Nahbereichsfahndung mit mehreren Streifenwagen ein, welche jedoch ohne Erfolg verlief. Zum Zeitpunkt der Attacke soll der junge Mann mit kurzem dunklem Haar eine dunkle Jacke und eine dunkelblaue Jeanshose getragen haben. Weiter habe er deutsch mit einem Akzent gesprochen.
Hanau: Eine junge Fußgängerin wurde am Samstagabend „Am Markt“ von vier Männern angegrabscht. Gegen 19.15 Uhr stand die Hanauerin in Höhe des Eingangs zur Tiefgarage gegenüber einem Geldinstitut und telefonierte mit ihrem Handy, als die etwa 25 Jahre alten und 1,70 Meter großen Täter vorbeikamen. Einer fasste der Frau unvermittelt an das Gesäß und ein anderer an die Brust. Resolut setzte sich das Opfer zur Wehr und schrie zudem um Hilfe. Daraufhin rannten die Unbekannten davon. Die Männer hatten alle einen dunklen Teint und lange dunkle Haare, die zu Zöpfen geflochten (Dreadlocks) waren.
Ravensburg: Am Montagmorgen, gegen 07.50 Uhr, ist ein unbekannter Mann gegenüber drei jungen Frauen als Exhibitionist in der Hegaustraße aufgetreten. Der Mann war den Frauen, die gerade aus einem Pkw ausgestiegen waren, entgegengekommen und hatte sexuelle Handlungen an sich vorgenommen. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: Etwa 25 Jahre alt, 170cm – 175 cm groß und schlank, südländisches Aussehen. Er trug schwarze Turnschuhe und hat ein auffällig vernarbtes Gesicht. Personen, denen der Mann aufgefallen ist oder die Angaben zu seiner Identität machen können, werden gebeten, sich mit dem Polizeirevier Ravensburg, Tel. 0751/803-3333, in Verbindung zu setzen.
Karlsruhe: Am vergangenen Freitagabend beleidigte ein 37-jähriger Deutsch-Tunesier mehrere Frauen in einem Intercityexpress, auf der Fahrt von Mannheim nach Karlsruhe, und verhielt sich äußerst aggressiv. Eine im Zug befindliche Bundespolizisten, die sich auf dem Heimweg befand, forderte Unterstützung an. Nach Ankunft des Zuges im Hauptbahnhof Karlsruhe wurde der Mann durch Beamte der Bundespolizeiinspektion Karlsruhe kontrolliert und die Geschädigten befragt. Der aggressive Mann wurde aufgrund seines Verhaltens bereits von den Zugbegleitern von der Weiterfahrt ausgeschlossen. Er weigerte sich jedoch den Zug zu verlassen und wurde mehrfach durch die Bundespolizisten aufgefordert, auszusteigen. Da er der Aufforderung nicht nachkam, musste er aus dem Zug verbracht werden. Hierbei wehrte sich der 37-Jährige massiv und konnte nur unter erheblichen Kraftaufwand zu Boden gebracht und gefesselt werden. Der Mann wurde vorläufig festgenommen und zur Dienststelle verbracht. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von über 3 Promille. Da sich der Mann weiterhin äußerst aggressiv verhielt, wurde er in Unterbindungsgewahrsam genommen. Ein angeforderter Polizeiarzt bestätigte die Gewahrsamsfähigkeit.
Winnenden: Eine 51-Jährige Frau befand sich am Sonntagabend gegen 18 Uhr in ihrem Fahrzeug auf dem Parkplatz vor der Asylunterkunft in Winnenden, als sich ein Mann vor ihr entblößte. Der unbekannte Täter zog unerwartet seine Hose samt der Unterbekleidung aus und rannte dann in Richtung Albertviller Straße davon. Er wird als 170 cm groß mit normaler Statur und dunkler Hautfarbe beschrieben. Bei der Tat trug er eine helle Oberbekleidung mit Kapuze.

http://www.pi-news.net/2017/01/weitere-rapefugee-einzelfaelle-merkelwinter/#more-552333
Weitere Rapefugee-Einzelfälle™ #Merkelwinter
Karlsruhe: Nach inzwischen fünf sexuellen Attacken gegen Frauen sucht die Polizei in Karlsruhe weiter nach dem Angreifer. Die Ermittler gehen davon aus, dass alle Opfer von demselben Mann belästigt und bedroht wurden. Die fünfte Tat wurde nach Angaben der Polizei vom Dienstag nachträglich angezeigt, ereignete sich aber bereits Anfang Dezember vergangenen Jahres. Das Opfer, eine 33-Jährige, hatte sich den Angaben zufolge losreißen können, als sie den Mann in die Hand biss. Auch in den anderen vier Fällen, die sich im Januar ereigneten, konnten die Frauen weglaufen und

beschrieben den Mann ähnlich. Er wird auf zwischen 20 und 25 Jahre geschätzt, soll 1,70 bis 1,75 Meter groß sein und südländisch aussehen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter
Magdeburg: Dienstagnachmittag, 17.01.2017, gegen 15 Uhr, wurde eine 11-jährige aus Magdeburg in einer Straßenbahn auf Höhe Leipziger Straße/Am Fuchsberg von einem Unbekannten unsittlich berührt. Das Mädchen hatte sich mit mehreren Freunden im vorderen Bereich der Bahn aufgehalten. Plötzlich wurde ihr von hinten in den Becken-/Intimbereich gegriffen. Die Geschädigte soll sich daraufhin ruckartig umgedreht haben und beschreibt den möglichen Täter wie folgt: 30 – 35 Jahre alt, schwarzes, gekräuseltes Haar, dunkle, fast schwarze Hautfarbe, ca. 170 – 175 cm groß, normale Statur.
Leipzig: Wer kennt diese Frau? Die Polizei sucht nach ihr, da ihre Tochter (8) Anfang Januar offensichtlich von ihrem erwachsenen Begleiter im Kino unsittlich berührt wurde. Eine Zeugin (42), die mit ihren Kindern im Saal 4 des Cinestars neben den beiden saß, hatte das am 2. Januar während des Films „Vaiana“ beobachtet und später die Polizei informiert. Die fahndet nun mit Bildern aus einer Überwachungskamera nach einer Frau, bei der es sich um die Mutter des Mädchens handeln soll. Sie brachte ihr Kind gemeinsam dem Mann arabischer Herkunft zum Kino, verabschiedete sich dann aber vor der Vorstellung von den beiden. Die Polizei sucht nun dringend nach Zeugen, die sich bitte unter 0341-96646666 melden sollen.
Neusäss: Erst hört sie Schritte. Plötzlich wird sie von einem Mann überholt, der sich ihr dann in den Weg stellt. Für die 18-jährige Studentin beginnen am Abend des 6. August in der Nähe des Neusässer Bahnhofs schreckliche Minuten: Der fremde Mann hält sie fest und berührt sie unsittlich. Die Frau fordert den 36-Jährigen lautstark auf, sie gehen zu lassen. Dann schreit sie um Hilfe, was Passanten hören. Der Mann aus Nigeria bekommt es mit der Angst und flüchtet. Tage später wird er festgenommen. Jetzt muss sich der Asylbewerber wegen Vergewaltigung vor Gericht verantworten. Bei der Verhandlung am Dienstag (9 Uhr, Amtsgericht Augsburg) kommt der gesamte Tatablauf zur Sprache. Nach den Ermittlungen der Polizei lief die junge Studentin gegen 21.50 Uhr vom Bahnhof in Neusäß die Hauptstraße in Richtung Norden entlang. Kurz vor der Ortliebstraße saß an der Bushaltestelle auf der gegenüberliegenden Straßenseite der 36-jährige Mann. Er rief ihr offenbar etwas zu und folgte ihr dann. Die junge Frau ignorierte ihn und bog vor der Ortliebstraße nach rechts auf den unbeleuchteten Fußweg ein. Dort kam es dann zu dem Übergriff.
Mainz: Eine junge Frau ist am Donnerstagmorgen am Münsterplatz sexuell belästigt worden. Das meldet die Polizei Mainz. Am Münsterplatz näherte sich der 25-Jährigen ein Mann, sagte wirre Sachen und fasste sie am Oberkörper an. Die 25-jährige Frau stieg daraufhin um 7:56 Uhr in eine Straßenbahn der Linie 52 in Richtung Hechtsheim ein. Der Mann stieg ebenfalls in die Bahn, setzte sich neben sie und beleidigte sie auf sexueller Grundlage. Als die junge Frau ausstieg, umarmte der Mann sie erneut und griff ihr an die Brust. Auf Bitte der 25-Jährigen schritt der Straßenbahnfahrer ein und hielt den Mann zurück. Der Unbekannte habe sich dann jedoch losgerissen und sei der Frau gefolgt. Sie konnte sich verstecken und informierte die Polizei. Der Täter soll einen dunklen Teint gehabt haben. Update: Wie die Polizei am Freitagvormittag berichtet, haben sich noch zwei weitere Frauen gemeldet, die am Donnerstag sexuell belästigt wurden. So saß eine 55-Jährige um 06:52 Uhr auf dem vordersten Sitz in einem Bus der Linie 6, als sich kurz vor der Haltestelle Neubrunnenplatz ein Mann neben sie stellte und den Knopf zum Anhalten drückte. Als die Tür aufging, griff er ihr massiv an die Brust und sprang mit lauten Bemerkungen aus dem Bus. Die 55-jährige Mainzerin war zunächst so geschockt, dass sie erst etwas später Anzeige erstattete. Der Mann soll etwa 20 bis 30 Jahre alt und circa 1,70 Meter groß sein. Er habe eine sehr schlanke Figur, einen sehr dunklen Teint

und eine Undercut-Frisur. Zur Tatzeit trug er eine auffallende gelb-grüne Jacke die im Schulterbereich rot war. Am Freitag habe sich inzwischen noch eine dritte Geschädigte telefonisch bei der Polizei gemeldet. Auch sie ist einem mit dunklen Teint am Donnerstag begegnet und wurde begrapscht. Die Einzelheiten der Tat sind noch nicht bekannt, da die Anzeige erst noch aufgenommen wird, so die Polizei.

Berlin: Der 26-jährige Mann hat sich so tief hinter die Brüstung der Anklagebank gebeugt, dass nur noch sein ausrasierter Nacken zu erkennen ist. Am ersten Tag seines Prozesses vor dem Berliner Landgericht hat er seinen Verteidiger gebeten, eine Erklärung vorzulesen. „Ich heiße Asif M. und bin am 12. März 1990 in Pakistan geboren." So beginnt die kurze Geschichte, in der er die Vergewaltigung zu erklären versucht. … Die Anklage wirft ihm vor, eine junge Frau vergewaltigt und fünf weitere sexuelle Übergriffe begangen zu haben. M. bestätigt die Taten zum größten Teil. Zwischen dem 29. April und 25. Juli ging er demnach immer wieder nach gleichem Muster vor: Spät in der Nacht sprach er auf der Straße Frauen an, die allein unterwegs waren. Er verwickelte sie in ein Gespräch, erzählte, dass er Geburtstag habe. Als die Frauen ihn abwiesen, hielt er sie fest. … „Es ist schwer, eine Freundin zu bekommen, wenn man Flüchtling ist und nichts zu bieten hat", sagt Asif M. Er habe genau gewusst, dass es nicht richtig ist, was er tat, aber irgendetwas in ihm habe ihn dazu gedrängt. „Ich wollte Sex haben." Seine Enthemmung versucht M., mit übermäßigem Alkoholkonsum zu erklären. In den Stunden vor der Vergewaltigung habe er heimlich hinter der Bar getrunken. Auch nach Feierabend sei es üblich gewesen, dass die Kollegen zusammen tranken. Wein, Bier, Wodka, Whisky. Dann, auf dem Heimweg, habe er noch einen Joint geraucht.

Königswinter-Niederdollendorf: Die Kripo fahndet nach einem 20 bis 25 Jahre alten Mann, der am vergangenen Freitag in Niederdollendorf eine 17-Jährige sexuell bedrängt haben soll. Die Polizei hofft vor allem, dass sich Passanten melden, die den Vorfall beobachtet haben könnten. Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, führte die 17-Jährige ihren Hund aus, als sie gegen 14.45 Uhr auf dem Gehweg zwischen Sportplatz und Bahnlinie in Niederdollendorf von einem jungen Mann, der auf einem schwarzen Herrenrad unterwegs war, in ein Gespräch verwickelt wurde. Im Laufe der Unterhaltung bedrängte der Unbekannte die 17-Jährige und versuchte sie zu küssen. Das Geschehen könnte von zwei Passanten, einem vorbeifahrenden Radfahrer und einer entgegenkommenden Fußgängerin beobachtet worden sein, so die Polizei. Der Unbekannte ließ von der Jugendlichen ab und fuhr auf seinem Fahrrad davon. Noch am Nachmittag nahm die Polizei nach eigenen Angaben die Ermittlungen auf, Mittwoch veröffentlichte sie den Fahndungsaufruf. Der Verdächtige soll 1,75 bis 1,80 Meter groß sein, er hatte einen Dreitage-Bart und sprach Deutsch mit ausländischem Akzent.

Münster/Ibbenbüren: Regungslos nahm gestern ein 40-jähriger Mann das Urteil des Landgerichts in Münster auf: Weil er eine 79-jährige Frau auf dem Zentralfriedhof Ibbenbüren vergewaltigte, geht er für vier Jahre ins Gefängnis. Der Mann hatte nach eigenen Angaben die Nacht vom 23. auf den 24. Juli zum Tag gemacht, als er in der Innenstadt Ibbenbürens die Frau beobachtete. Diese war an diesem frühen Morgen schon gegen 6 Uhr auf dem Weg zum Grab ihrer Mutter. Der Angeklagte verfolgte die Frau auf dem rund 800 Meter langen Weg zum Friedhof. Dort, auf einer Wiese, schubste er die Frau und vergewaltigte sie. Ein Zeuge, der die 79-Jährige rufen hörte, rief die Polizei , die den Täter in flagranti erwischte. Das Gericht schenkte dem Angeklagten, der erklärte, viel Alkohol getrunken zu haben, keinen Glauben. Seine Steuerungsfähigkeit sei nicht eingeschränkt gewesen. Der Mann stammt ursprünglich aus Eritrea und wohnte in einer Flüchtlingsunterkunft in Hörstel. Seine Herkunft habe aber nichts mit der Tat zu tun, betonte der Vorsitzende Richter. Er sei ein Einzelfall, die Tat „kaum erklärbar und nicht entschuldbar".

Gießen: Es war ein vergnüglicher Abend, den die Clique – drei junge Männer und eine junge Frau – in einer Diskothek in der Innenstadt verbrachte. Gegen 3.15 Uhr am vergangenen Samstag verließen die jungen Leute das Tanzlokal, um sich im sogenannten Dönerdreieck noch etwas zu Essen zu besorgen. Der erste Teil des Fußmarsches verlief ohne sonderliche Probleme. Von der Schanzenstraße bog die Gruppe in die Johannette-Lein-Gasse ab und überquerte, wie einer der Beteiligten schildert, die Straße „Neustadt". An der Kreuzung „Pfarrgarten/Georg-Schlosser-Straße/Am Stockhaus" befinden sich in der Straße „Am Stockhaus" einige Bänke, die zum Verweilen einladen sollen. Diese Fußgängerbänke seien allerdings nicht von typischen Fußgängern besetzt gewesen. Stattdessen hätten sich dort „drei bis vier männliche Personen südländischen Aussehens aufgehalten, die, wie

sich herausstellte, die deutsche Sprache beherrschten“. Ob die Personen zum Zeitpunkt alkoholisiert gewesen seien, habe sich nicht feststellen lassen. Die Männer hätten versucht, die junge Frau mit vulgären Sprüchen zu belästigen. Schnell hätten sich die Personen um die Gruppe versammelt und versucht, diese in die Enge zu drängen. Es schien, als hätten sie einen „Machtkampf um das Mädchen beginnen wollen“. Nach Minuten des Meinungsaustausches und bewusst gewählten Maßnahmen der Deeskalation sei es den vier jungen Leuten schließlich gelungen, den Fußmarsch in Richtung Walltorstraße fortzusetzen. Um 3.29 Uhr hätten sie den Notruf der Polizei gewählt, um den Beamten den Vorfall zu schildern. Der Bitte, einen Streifenwagen zu schicken, damit diese Menschen nicht noch andere Personen belästigen, habe der Beamte entgegnet, dass man „aufgrund von Vermutungen, da ja nichts passiert sei, keinen Streifenwagen losschicken könne“. Nun fragen sich die jungen Leute nach eigenen Angaben: „Was genau bringt im Ernstfall eine Polizei, die davon ausgeht, dass sie erst dann eingreifen muss, wenn tatsächlich etwas passiert ist?“ Natürlich sei keinem der Gruppe ein körperlicher Schaden entstanden, „allerdings stufe ich die Menschen der ‚gegnerischen‘ Gruppe durchaus als ‚gewaltbereit‘ ein“, schreibt der Beteiligte weiter. Der Sprecher des Polizeipräsidiums Mittelhessen, Jörg Reinemer, bescheinigt den jungen Leuten, alles richtig gemacht zu haben. Jedoch habe die Polizei zur genannten Zeit einen größeren Einsatz im Schiffenberger Weg – Messerstecherei in Diskothek – und einen Einbruchalarm in einer Gießener Schule gehabt. Für diese Einsätze seien mehrere Streifenwagen im Einsatz gewesen. „Diese Einsatzlagen hatten zu diesem Zeitpunkt natürlich Priorität. Von daher konnten wir nicht sofort zu diesem anderen Ort, bei dem sich offenbar keine Person mehr in einer Gefahrensituation befand, fahren“, so Reinemer. Inzwischen habe man dem Anrufer das Vorgehen erklärt. Bei diesem Telefonat sei einvernehmlich das weitere Verhalten besprochen worden.
München: Ein alkoholisierter 21-Jähriger, der am Dienstagabend (20. Dezember) am Münchner Ostbahnhof zunächst eine Frau bedrängte, dann eine couragiert einschreitende DB-Mitarbeiterin beleidigte und schubste, konnte von Beamten der Bundespolizei trotz Flucht festgenommen werden. Bei den polizeilichen Maßnahmen beleidigte der Mann die Beamten wüst und leistete zum Teil erheblichen Widerstand. Gegen 21:30 Uhr bedrängte, wie Ermittlungen ergaben, ein 21-jähriger, alkoholisierter Eritreer in Begleitung zweier weiterer Männer eine unbekannte weibliche Person am Bahnsteig A des Münchner Ostbahnhofes. Eine DB-Mitarbeiterin des zivilen Prüfdienstes beobachtete dies und schritt ein. Als sie den Mann auf sein Fehlverhalten hinwies, beleidigte dieser die 44-Jährige DB-Mitarbeiterin. Diese verständigte telefonisch die Bundespolizei am Ostbahnhof über den Sachverhalt, woraufhin der 21-Jährige flüchtete. Die Frau verfolgte den 21-Jährigen bis zum Busbahnhof, wo sie ihm auch in einen städtischen Bus folgte. Kurz darauf kam eine Streife der Bundespolizei und nahm sich des Mannes an. Als dieser im Omnibus die Frau wiedererkannte, schubste er sie aus dem Bus. Bei der Verbringung zur Wache schlug und trat der 21-Jährige gegen drei Beamte und versuchte sich loszureißen und zu flüchten. Er beleidigte die Bundespolizisten wüst und drohte ihnen. Im Anschluss an die strafprozessualen Maßnahmen zwecks Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung wurde der mit 2,16 Promille alkoholisierte Eritreer bis zum frühen Morgen ausgenüchtert und dann auf freien Fuß gesetzt.

SAMI ALDEEB: Offener Brief an Präsident TRUMP zu Terrorismus und Migration1
Sehr geehrter Herr Präsident,
ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden als Christ palästinensischer Herkunft, in der Schweiz
lebend, als Fachmann des arabischen und muslimischen Rechts, eines Gebiets, das ich an

verschiedenen Universitäten in Italien, Frankreich und der Schweiz gelehrt habe und über das
ich an die vierzig Bücher geschrieben habe, einschließlich einer arabischen Ausgabe des Korans in chronologischer Reihenfolge sowie ihrer englischen und französischen Übersetzung.
Es gehört zur Pflicht eines jeden von uns, die Bemühungen unserer Führungskräfte um eine bessere
Gesellschaft zu unterstützen und ihnen viel Erfolg bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu wünschen.
Die Gesellschaft steht, wie eine Statue, auf zwei Beinen: der Macht und dem Wissenschaftler, der im
Besitz des Wissens ist, auf der Macht auszuführen und dem Gelehrten, die Macht aufzuklären. Wenn eine Epidemie auftritt, ist es notwendig, dass die Wissenschaftler sie identifizieren ... Aber es ist auch notwendig, dass diese ausgebildet sind und frei, sich zu erklären. Sodann ist es notwendig, dass die Wissenschaftler die Macht in Kenntnis setzen, um die Maßnahmen zu ergreifen, die geboten sind, dieser Epidemie zu begegnen.
Ihr Land, wie auch Europa, wie die Region, wo ich herkomme, und wie der Rest der Welt, begegnet einem Anstieg der Gewalt, insbesondere von Seiten verschiedener islamischer Terrorgruppen. Diese Gewalt ist eine der Ursachen der Einwanderungswellen, die Europa, die USA und andere Ländern überfluten. In Ihren Erklärungen haben Sie auf diese beiden Fragen besonderen Nachdruck gelegt.
Sie haben auch den „radikalen islamischen Terrorismus" beschrieben als „ein Übel", beispiellos in der Geschichte, und hinzugefügt, dass er „von der Oberfläche der Erde entfernt" werden muss: „Wir werden ihm ein Ende machen. Dies ist die Zeit, jetzt ist die Zeit, ihm ein Ende zu machen." Aber Sie haben nicht ausgeführt, welche Mittel Sie einsetzen werden, dies zu erreichen. Sie prangerten darüber hinaus an, was Sie den katastrophalen Fehler der deutschen Kanzlerin ANGELA MERKELnannten: dass Berlin, anstatt Flüchtlinge aufzunehmen, besser getan hätte, sich noch mehr einzusetzen für die Schaffung von Flugverbotszonen in Syrien, um die örtliche Bevölkerung vor dem Bombenkrieg zu schützen. „Die Golfstaaten hätten dafür zahlen müssen, nach allem was sie mehr an Geld haben als alle anderen."
Erlauben Sie mir, Ihnen meine Meinung zu diesen beiden Fragen mitzuteilen.
Was den radikalen islamischen Terrorismus angeht, ist es sicher notwendig, ihm mit Waffen zu
begegnen, aber Waffen allein werden nicht ausreichen. Es ist auch und vor allem wichtig, die
Ideologie zu beseitigen, auf denen er beruht, nämlich die islamische Ideologie. Denn man muss die Dinge bei ihrem Namen nennen, um eine angemessene Antwort bereit zu haben.
Der radikal-islamischen Terrorismus fußt auf dem Koran, der Sunna2 MOHAMMEDs und den Lehren des Islams. Radikale islamische Terrorgruppen setzen nur in die Praxis um, was Universitäten, islamische Zentren, Schulen und Moscheen seit vierzehn Jahrhunderten in allen muslimischen Ländern lehren – und sogar in den westlichen Ländern, darunter dem Ihren. Ägyptische Journalisten und Intellektuelle hören nicht auf, diese Lehre zu verurteilen, die die Quelle des Terrorismus ist, der Ägypten destabilisiert. Sie wird verbreitet vor allem von den Moscheen und den Schul- und Hochschuleinrichtungen der Al-Azhar3 , der wichtigsten religiösen Institution in der sunnitischen Welt.
Ohne eine radikale Veränderung dieser Lehre ist es unmöglich, dem radikal-islamischen Terrorismus
ein Ende zu machen. Aber wie vorgehen?

Die sudanesische Denker MAHMUD MUHAMMAD TAHA, geschätzt als „afrikanischer GHANDI“, hatte seinen Glaubensgenossen vorgeschlagen, dem – mehr oder weniger friedlichen – mekkanischen

1 Französisches Original auf https://goo.gl/HHUoxI, Übersetzung und Fußnoten von CH.H.
2 „Sunna“ (سنة , sunnah) „Brauch“, „gewohnte Handlungsweise“, „überlieferte Norm“.
3Die Azhar
(زهر

Kairo) ist vom ägyptischen Staat unterhaltene wissenschaftliche Institution, die die Azhar-Universität (جامعة
زهر

ا / ğāmiʿat al-azhar), die als höchst geschätzte Autorität in der sunnitisch-islamischen Welt gilt.
2
Sami_Aldeeb_Offener_Brief_an_Präsident_Donald_Trump 2/3
Koran4 und dem mekkanischen Islam5 zu folgen und den Koran und den Islam von Medina zu verlassen:
• der die Diskriminierung von Frauen und Nicht-Muslimen predigt;
• der den Krieg gegen die Ungläubigen gebietet bis zur Bekehrung der ganzen Menschheit zum
Islam, dabei dem Volk des Buches6 die Wahl zugesteht zwischen Bekehrung zum Islam mit Entrichtung einer Kopfsteuer7 oder Tötung und Versklavung seiner Kinder und Frauen.
Diejenigen, die nicht zum Volk des Buches gehören, haben nur die Wahl zwischen Islam und
Tötung und der Versklavung ihrer Kinder und Frauen;
• der grausame Strafen vorsieht, gegen die Menschenrechte (Amputation der Hand eines Diebes, Steinigung wegen Ehebruchs, Todesstrafe für die, die den Islam verlassen, etc.). Diese Strafen sind auch in ein einheitliches arabisches Strafgesetzbuch aufgenommen, unterzeichnet von allen arabischen Justizministern und aufgeführt auf Internetseite der Arabischen Liga, das ich ins Französische übersetzt habe.
Der IS8 und andere radikal-islamische Terrorgruppen tun nichts anderes, als dass sie diese Lehren des Islams getreu anwenden. Die westlichen Politiker, die vorgeben, dass die Praktiken dieser terroristischen Gruppen nichts mit dem Islam zu tun haben, täuschen sich und täuschen ihre Bürger. Und das ist der Grund, warum sie es nicht schaffen, den radikal-islamischen Terrorismus zu vernichten. Ein Arzt, der eine Krankheit schlecht diagnostiziert, setzt seinen Patienten einer tödlichen Gefahr aus.
Hätten die Muslime die Auffassung von MAHMUD MOHAMMED TAHA9 akzeptiert, wäre der derzeitige radikal-islamische Terrorismus nicht erschienen. Aber ach, MAHMUD MUHAMMAD TAHA wurde 1985 auf Veranlassung der Al-Azhar und anderen islamischen Organisationen wie die Liga der muslimischen Welt10 mit Sitz in Saudi-Arabien erhängt. Um dem radikal-islamischen Terrorismus ein Ende zu machen, müssen wir die notwendigen Schritte unternehmen, um ihre ideologischen Grundlagen ändern.
Wir müssen daher die muslimische Welt ermuntern, die Verbreitung des heutigen Korans zu
beschränken, der die mehr oder weniger friedlichen mekkanischen Suren und die gewalttätigen und diskriminierenden medinensischen Suren vermengt, und neue Ausgaben des Korans durchzusetzen, die mit chronologischer Reihenfolge die beiden Teile trennen, so dass Muslime und der Rest der Menschheit unterscheiden können

zwischen den beiden Teilen des Korans. Das ist es, was ich getan habe mit meiner Bearbeitung und Übersetzungen des Korans: https://goo.gl/72ya61 .
Man sollte darüber hinaus von den muslimischen Ländern radikale Veränderung ihrer Lehren in Schulen, Universitäten und Moscheen verlangen und Ihnen die Achtung der Religionsfreiheit auferlegen, wie sie festgelegt ist in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu verändern wie auch die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat, in Lehre, Ausübung, Kult und Vollzug von Riten zu bekennen."

4

Die islamische Überlieferung unterscheidet im Koran „in Mekka geoffenbarte" und „in Medina geoffenbarte" Suren (Kapitel).

5

Nach der islamischen Überlieferung verkündete MOHAMMED in Mekka den Islam als ein Verfolgung ausgesetzter, beinahe erfolgloser Prediger, dagegen in Medina als politisches Oberhaupt und Herr über Leben und Tod.

6 „Volk des Buches" (أهل الكتاب / ahl al-kitāb) sind Juden, Christen und Zoroastrier.

7 Es handelt sich um die sog. Dschizya (جزية ,ğizya).

8 IS „Islamischer Staat", (الدولة الإسلامية في العراق والشام / ad-daulah al-islāmiyah fī 'l-ʿIrāq wa-š-šām „Islamischer Staat im Irak und Syrien", Akronym „Daesch" داعش / dāʿiš) seit 2003 aktive terroristische sunnitische Miliz mit Zehntausenden Mitgliedern, die derzeit größere Gebiete im Irak und in Syrien beherrscht, wo sie seit Juni 2014 ein als „Kalifat" deklariertes dschihadistisches Staatsgebilde aufrecht erhält.

9 MAHMUD MUHAMMAD Taha (محمود محمد طه / Maḥmūd Muḥammad Ṭaha), *1909 oder 1911 in Rufaʿa, Sudan; † 18. Januar 1985 in Khartum, war ein sudanesischer Gelehrter, Politiker und Sufi-Theologe, der wegen des Vorwurfes des Abfalls vom Islam zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

10 Die Islamische Weltliga (رابطة العالم الإسلامي ,rābiṭat al-ʿālam al-islāmī) ist eine 1962 gegründete internationale islamische Nichtregierungsorganisation, die vom Königreich Saudi-Arabien finanziert wird.

Es ist auch unabdingbar, dass die arabischen Länder ihren Entwurf eines einheitlichen arabischen Strafgesetzbuchs zurückzuziehen, das grausame islamische Strafen vorsieht – ein Kodex, der auf der Internetseite der Arabischen Liga erscheint und den ich übersetzt habe.***

Schließlich ist es notwendig, dass die Universitäten und Forschungszentren in den westlichen Ländern, einschließlich dem Ihren, auf eine solche Veränderung hin arbeiten.

Was die Einwanderung betrifft, ist es äußerst wahrscheinlich, dass, wenn die westlichen Länder ihre Türen öffnen, einige hundert Millionen Muslime ihr Heimatland verlassen werden, um der Hölle derarabischen und muslimischen Ländern zu entkommen. Tausende Muslime versuchen derzeit, die Grenzen zu überwinden, auf das Risiko hin, ihr Leben zu riskieren und sich in unmenschlichen Situationen wiederzufinden. Nun schleppen diese Muslime die Ideologie mit, die ihre eigenen Länder zerstört, eine Ideologie, die zuletzt auch die westlichen Länder zerstören wird. Andererseits sitzen viele Muslime in westlichen Gefängnissen, wo sie sich mehr und mehr radikalisieren. Es wird geschätzt, dass ungefähr 70 % der Häftlinge in Frankreich Muslime sind. Wenn die Häftlinge ihre Gefängnisse verlassen nach Verbüßung ihrer Strafe, werden sie die westlichen Länder zerstören. Terroristen, die Anschläge in Europa und in Ihrem Land verübten, haben diese Gefängnisse durchlaufen, echte Pflanzstätten von Terroristen.

Angesichts dieser Tatsache, die niemand leugnen kann, – wäre es nicht klüger, einen neuen Staat auf
der Hälfte des Territoriums von Saudi-Arabien zu schaffen, unter internationalem Schutz, Platz
bietend hundert Millionen Muslimen, die danach verlangen, ihr Herkunftsland zu verlassen, wie auch
den muslimischen Häftlingen in den westlichen Gefängnissen? Dieses „neue Land“ müsste unter
internationalem Schutz stehen, verwaltet nach den internationalen Standards der Menschenrechte
und finanziert mit der Hälfte der Öleinnahmen von Saudi-Arabien, dem wichtigsten Geldbeschaffer für die Terrorgruppen und dem hauptsächlichen Land, das die radikal-islamische Ideologie verbreitet, auf die islamische Terrorgruppen sich berufen. Damit würde man auch den Muslimen eine Aussicht
bieten, ihren guten Ruf wieder herzustellen und ein neues, würdiges und humanes Leben zu finden.
Kurz gesagt, Herr Präsident, es reicht nicht, Flugzeuge zu schicken, um islamische Terrorgruppen zu
bomben in Syrien, im Irak und anderswo. Man muss auch und vor allem die Ideologie zerschlagen, die die Grundlage liefert für diese islamischen Terrorgruppen, die auch in Europa und in Ihrem Land aktiv sind. Um Epidemien zu beseitigen, ist es nicht genug, die Auswirkungen zu behandeln, es ist
unbedingt notwendig, ihre Ursachen und ihre Quellen anzupacken.
Nehmen Sie, Herr Präsident, meine besten Wünsche entgegen für den Erfolg Ihrer Arbeit zum Wohle
Ihres Landes und der ganzen Menschheit.
Dr. Sami Aldeeb, Universitätsprofessor
Direktor des Centre de droit arabe et musulman
Übersetzer des Korans in Französisch und Englisch , und Autor zahlreicher Bücher

http://www.pi-news.net/2017/02/forchheim-versuchter-totschlag-an-15-jaehrigem/
Forchheim: Versuchter Totschlag an 15-Jährigem
Forchheim: Wegen eines versuchten Tötungsdelikts ermitteln Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft Bamberg gegen zwei Männer aus dem Iran. Die beiden prügelten am Dienstagabend (24. Januar) in Forchheim einen 15-jährigen Jugendlichen, seine Begleiterin (15) und einen couragierten Helfer krankenhausreif. Gegen die mutmaßlichen Täter erging ein Haftbefehl.
Gegen 20 Uhr alarmierten Zeugen die Polizei über eine Schlägerei auf dem Parkplatz eines Discountmarktes in der Bayreuther Straße in Forchheim. Wie die späteren Ermittlungen ergaben, kam es dort zwischen den beiden tatverdächtigen Männern und dem Jugendlichen zunächst zu einem Wortgefecht, welches bereits kurz darauf eskalierte und in Handgreiflichkeiten mündete. Infolgedessen ging der 15-Jährige zu Boden und wurde dort von den beiden Beschuldigten weiter massiv mit Füßen gegen den Oberkörper und den Kopf getreten. Auch die 15-jährige Begleiterin des Opfers und ein einschreitender Passant wurden von den Schlägern angegriffen und verletzt. Streifenbeamte der Forchheimer Polizei nahmen das aggressive Duo noch vor Ort fest. Alle drei Verletzten mussten zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht werden.Die Kriminalpolizei Bamberg hat die Ermittlungen gegen die 26 und 32 Jahre alten Männer, die aus dem Iran stammen, wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung aufgenommen. Am Mittwoch (25. Januar) erging gegen die Männer der Haftbefehl. Sie sitzen nun in unterschiedlichen Justizvollzugsanstalten ein.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter / Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Recklinghausen: Ein 49-jähriger Bottroper saß am Freitag zwischen 18.00 Uhr und 18.45 Uhr auf einer Bank im Park an der Hauptstraße, als drei Männer ihn von hinten angriffen. Einer der Männer verletzte den Bottroper mit einem Messer am Bein. Als dieser sich gegen den Angriff wehrte, ließ das Trio von ihm ab und flüchtete. Der Verletzte ging aus dem Park und rief die Polizei. Die drei Männer sollen dunkelhäutig gewesen sein. Eine weitere Beschreibung liegt nicht vor. Der Bottroper wurde im Krankenhaus behandelt.
Gera: Am Montag gegen halb acht kam es in der Bieblacher Schule in der Erich-Mühsam-Straße zu einer Prügelei zwischen Jugendlichen. Wie es von der Polizei heißt, wurden zwei 13- und 14-jährigen deutsche Schüler vor Schulbeginn von einer Gruppe ausländischer Jugendlicher angegriffen. Die Angreifer flüchteten dann. Drei von ihnen konnten namentlich ausfindig gemacht werden. Es handelt sich hierbei um drei Jungen im Alter von 12, 13 und 14 Jahren. Zur Prügelei selbst, so Polizeisprecherin Marleen Wedel auf Nachfrage, wurden die Beamten nicht gerufen. Aufgrund einer Anzeige wegen Körperverletzung sind die Ermittlungen dann aber in Gang gekommen.
Düsseldorf: Die Bundespolizei nahm am Samstagmorgen (28. Januar), um 6.00 Uhr, einen 24-jährigen Kongolesen aus Wuppertal am Düsseldorfer Hauptbahnhof in Gewahrsam, weil dieser bei der Personalienfeststellung um sich schlug. Zuvor hatte er Streit mit anderen Reisenden gesucht. Einer Streife der Bundespolizei fiel im Düsseldorfer Hauptbahnhof der Wuppertaler auf, weil er andere Reisende anpöbelte und Streit provozierte. Als die Bundespolizisten ihn ansprachen und kontrollieren wollten, trat er den Beamten sehr aggressiv gegenüber und versuchte sich der Kontrolle zu entziehen. Die Streife hielt den Mann am Arm fest, woraufhin er wild um sich schlug. Die Bundespolizisten legten dem 24-Jährigen die Handschellen an und brachten ihn auf die Dienststelle. Dort war er weiterhin unkooperativ, machte keine Angaben zu seiner Person und versuchte die Beamten zu schlagen.
Luckenwalde: Eine blutige Nase trug ein Jugendlicher bei einer Auseinandersetzung mit einem älteren Jugendlichen in Luckenwalde davon. Der Hintergrund des Streits liegt noch im Dunkeln. Der 14-Jährige war am Mittwoch gegen 16?Uhr im Weberweg unterwegs, als ihn nach seiner Darstellung ein etwa 16 oder 17 Jahre alter Jugendlicher ansprach. Unvermittelt habe ihn dieser dann mit der Faust ins Gesicht geschlagen, bevor er in Richtung Bahnhof weglief. Der 14-Jährige erlitt Nasenbluten und eine geschwollene Nase. Er erstattete eine Anzeige bei der Polizei. Der flüchtige, tatverdächtige Jugendliche soll etwa 1,80 Meter groß sein und ein südländisches Aussehen mit schwarzen Haaren haben.
Wiesbaden: Am Donnerstagvormittag hat ein 18-jähriger junger Mann beim 5. Polizeirevier angegeben, am vergangenen Freitagabend in Biebrich von einem bislang unbekannten Täter geschlagen worden zu sein. Er gab zu Protokoll, dass der Angreifer ihn gegen 20.00 Uhr im Schlosspark mehrfach so fest ins Gesicht geschlagen habe, dass er schwere Gesichtsverletzungen erlitt und mehrere Tage stationär in einem Krankenhaus aufgenommen werden musste. Der Täter soll etwa 30 Jahre alt, ca. 1,90 Meter groß gewesen sein und vermutlich ein südländisches Erscheinungsbild gehabt haben. Er sprach akzentfreies Deutsch, war mit einer Kapuzenjacke bekleidet und führte einen etwa 40 Zentimeter großen Hund mit einem hellen Fell mit sich.
Würzburg: Am frühen Donnerstagmorgen kam es vor einer Diskothek in der Gattingerstraße zuerst zu einer verbalen Streitigkeit zwischen zwei jungen Männer und einer etwa zwei bis dreiköpfigen Personengruppe, welche dann in einer körperlichen Auseinandersetzung endete. Nach Zeugenaussagen wurde dabei einer der beiden Männer von einem Unbekannten gegen 04.00 Uhr zu Boden geschlagen. Als sein 25-jähriger Begleiter, dem am Boden Liegenden helfen wollte, wurde dieser unvermittelt ebenfalls von einem unbekannten Täter ins Gesicht geschlagen. Dieser ging ebenfalls zu Boden und verlor daraufhin kurzzeitig das Bewusstsein. Anschließend entfernten sich die Angreifer in unbekannte Richtung. Die beiden Männer wurden leicht verletzt und kamen nach der Erstversorgung durch den Rettungsdienst in ein Würzburger Krankenhaus. Nun sucht die Polizei Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben und Hinweise zu den Tätern geben können. Einer der Unbekannten war ca. 1,75 m groß, etwa 25 Jahre alt und hatte eine kräftige Figur. Er soll deutsch mit ausländischem Akzent gesprochen haben
Itzehoe: Nach einer Körperverletzung, die sich am Dienstagabend im Itzehoer Holstein-Center zugetragen hat, sucht die Polizei nun nach Zeugen. Nach Angaben des Geschädigten hielt sich dieser in Begleitung seiner Freundin gegen 18.10 Uhr im Holstein-Center im Bereich des Ausgangs zur Brunnenstraße auf. Nach einer Beleidigung durch zwei ihm fremde Personen entwickelte sich ein verbaler Streit, in dessen Verlauf einer der Beteiligten ihn mit einem Schlagring schlug und sich anschließend entfernte. Der Unbekannte kehrte allerdings wenig später mit zwei weiteren Unterstützern zurück und attackierte den Geschädigten, der schließlich zu Boden ging, erneut. Anschließend liefen die Täter in Richtung McDonalds davon. Der 23-jährige Geschädigte blieb mit einer Platzwunde zurück und begab sich zur Anzeigenerstattung auf das Itzehoer Revier. Die Angreifer sollen 20 bis 25 Jahre alt gewesen sein und arabisch gesprochen haben.
Wien: Ein Besuch der „Eisdisco“ in der Albert-Schultz-Halle (Donaustadt) mit ihrer zehnjährigen Tochter wurde am Samstag für Sabine K. (41) zum Albtraum: „Gegen 18 Uhr betrat eine fünf- bis sechsköpfige Bande den Kassa-Bereich und versuchte, auf einen Burschen einzuschlagen“, so die Floridsdorferin.Sabine K. ging dazwischen und wurde selbst verletzt: „Einer der Jugendlichen versetzte mir einen heftigen Stoß mit dem Fuß

gegen den Brustkorb.“ Die Polizei wurde verständigt, die Bande flüchtete. Laut K. soll es sich bei einem der Teenager um jenen Tschetschenen handeln, der Anfang November 2016 Prügel-Opfer Patricia (15) einen doppelten Kieferbruch zufügte. „Alle fürchten sich vor dieser Gang. Die Jugendlichen vor Ort haben mir erzählt, dass die Bande nach dem Schließen der ‚Eisdisco‘ Besuchern auflauert. Erschütternd für mich als Mutter, so etwas zu hören!“

Sigmaringen: Zu einer Schlägerei vor der Diskothek Alfons X in der Bahnhofstraße ist am Neujahrsmorgen gegen 6.30 Uhr die Polizei gerufen. Beim Eintreffen einer Streifenwagenbesatzung wurde diese auf mehrere Personen im gegenüber liegenden Prinzenpark aufmerksam, die sich offensichtlich einen handfesten Streit lieferten. Wie die weiteren Abklärungen ergaben, handelte es sich um zwei Männer im Alter von 24 und 50 Jahren, die nach ihren Angaben von drei Asylbewerbern angegriffen, geschlagen und mit einer abgeschlagenen Flasche bedroht worden sind. Während zwei der Angreifer flüchten konnten, gelang es den beiden Geschädigten, einen 20-Jährigen festzuhalten. Seine beiden Komplizen wurden wenig später bei der Rückkehr in die Asylbewerberunterkunft vom dortigen Sicherheitspersonal bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Den 20-Jährigen, der deutlich unter Alkoholeinwirkung stand, nahmen die Beamten auf richterliche Anordnung in Ausnüchterungsgewahrsam

http://www.pi-news.net/2017/02/rotherham-sex-gang-nach-16-jahren-verurteilt/

Rotherham: Sex-Gang nach 16 Jahren verurteilt

Dieses Sex-Verbrechen sorgt nicht nur in Großbritannien für Aufregung. Ein Mädchen wurde von insgesamt sechs Männern über einen längeren Zeitraum missbraucht und vergewaltigt. Als sie 12 war, wurde sie schließlich schwanger. Obwohl sich die Tat bereits 2001 ereignete, mussten sich die erst jetzt vor Gericht verantworten. Neue DNA-Spuren hatten die Täter schließlich überführt. Nach einem höchst emotionalen Prozess wurden die sechs Männer schließlich für insgesamt 81 Jahren Haft verurteilt. Die Sex-Täter kannten keine Reue: Wie die englische Zeitung Metro berichtet, sollen zwei Männer vor Gericht „Allahu akbar“ gerufen haben.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter

Tübingen: Es ist schon wieder passiert: eine Frau ist in Tübingen von einem Unbekannten begrabscht worden. Einer von mehreren Fällen in den vergangenen Wochen. Die Polizei geht von insgesamt zehn Fällen sexueller Nötigung aus, allein in diesem Jahr. Bei dem letzten Übergriff am Mittwochabend wurde eine 19-jährige Frau auf dem Nachhauseweg zwischen Parkhaus und Kliniken auf dem Tübinger Schnarrenberg sexuell genötigt. Ein Mann habe sie von hinten angegangen und an die Brust gefasst, so die Polizei auf SWR Anfrage. Die Frau wehrte sich heftig, der Täter flüchtete. Bei dem Täter handelt es sich den Angaben zufolge um einen dunkelhäutigen, etwa 180 Zentimeter großen Mann Mitte 20. Er war mit einer hellblauen, weiten Jeans und einer schwarzen, längeren Jacke bekleidet. Auf dem Kopf trug er eine schwarze Kappe mit Chicago-Bulls-Logo, um die Mundpartie hatte er ein schwarzes dreieckiges Tuch. Vor dem Übergriff auf die 19-Jährige gab es im Januar bereits neun Fälle von sexueller Nötigung an verschiedenen Plätzen in Tübingen: in der Innenstadt, der Südstadt und im Univiertel. Die Übergriffe laufen laut Polizei immer ähnlich ab. Die Ermittler gehen dennoch von mehreren Tätern aus, weil die Frauen die Männer unterschiedlich beschrieben hätten. Die Polizei will die Stellen, an denen Frauen überfallen wurden, verstärkt kontrollieren.

Wolgast: Zwei Mädchen aus Wolgast, Landkreis Vorpommern-Greifswald, haben angegeben, am Montag gegen 12.25 Uhr auf der Hufelandstraße im Stadtteil Nord von einem 22-jährigen Mann aus Afghanistan sexuell belästigt worden zu sein. Er soll laut Angaben einer Polizeisprecherin an sich exhibitionistische Handlungen vorgenommen und die Mädchen, 13 und 14 Jahre alt, angefasst haben.Die beiden Mädch en hatten sich in einer Bushaltestelle an der Hufelandstraße aufgehalten, als eine Gruppe von fünf Männern auf der gegenüberliegenden Straßenseite ging. Einer von ihnen ist laut Polizei stehen geblieben und hat den Mädchen die Zunge heraus gestreckt. Anschließend sei er auf die Mädchen zugegangen und habe sie auch berührt sowie verbal sexuell belästigt.

Chemnitz: Das widerliche Sexverbrechen schockierte vor zehn Monaten die Stadt. Am Donnerstag traf Opfer Michelle N. (20) vor dem Amtsgericht ihren Peiniger: Er hatte sie mitten in Chemnitz vergewaltigt! Die Anklage gegen Gurjeet S. (22): Der indische Asylbewerber soll der Abiturientin von der Disko Atomino (Moritzstraße) bis zur Straße Am Wall gefolgt sein. Dort drängte er sie auf eine Bank, führte einen Finger in ihre Scheide ein – juristisch ist das eine Vergewaltigung. Version des Angeklagten: „Als sie die Disko verließ, wurde sie von einem Araber bedrängt. Ich sah, dass sie angetrunken war, begleitete sie. Ich musste sie festhalten, dabei habe ich sie geküsst.“ Dann sei sie auf eine Bank gesunken. Als er sie küsste, habe sie seine Hand in ihre Hose geführt. Doch als die Polizeistreife vorbeikam, sprach das Verhalten der jungen Frau deutlich gegen einvernehmlichen Sex: Sie entwandt sich dem Inder, der den Beamten auf Befragung immer nur „Sorry, sorry, sorry“ sagte. Vor Gericht trat die angehende Studentin (Film oder Philosophie) ruhig und kontrolliert auf. „Ja, ich hatte getrunken, kann mich an vieles nicht mehr erinnern.“ Auch nicht, wie Hämatome an ihre Brust gekommen sind. Die DNA-Analyse wies dort und am Hals Speichelspuren des Angeklagten nach. Richterin Gudrun Trautmann (54) verhängte zweieinhalb Jahre Haft. „Sie haben die Hilflosigkeit des Opfers ausgenutzt.“

Michendorf: In Michendorf ist in der Nacht zu Freitag eine 19-jährige Frau von einem 16-jährigen Jugendlichen attackiert worden. Der 16-Jährige hat der Frau in der Nähe vom Bahnhof Wilhelmshorst zunächst von hinten gegen den Kopf geschlagen, dann ging er an der jungen Frau vorbei und versuchte, sie von vorne zu schlagen. Diesen Angriff konnte die Frau jedoch abwehren, in dem sie dem Jugendlichen Pfefferspray ins Gesicht sprühte. Der 19-Jährigen gelang danach die Flucht. Polizisten haben den 16-jährigen Tatverdächtigen wenig später ganz in der Nähe festgenommen. Er konnte identifiziert werden, da die Frau eine detaillierte Personenbeschreibung abgegeben hatte. Außerdem war der 16-Jährige durch das Pfefferspray an den Augen verletzt. Ein Sanitäter kümmerte sich um den verletzten Angreifer. Bei der Überprüfung der Personalien des Mannes stellte die Polizei fest, dass es sich bei dem 16-Jährigen um einen Asylbewerber handelt, der wegen Verstößen gegen das Asylverfahrensgesetzes zur Fahndung ausgeschrieben war. Gegen ihn wird nun auch wegen Körperverletzung ermittelt.

Schriesheim/Rhein-Neckar-Kreis: Drei junge Frauen waren am Mittwochnachmittag, gegen 16 Uhr, mit der OEG von Weinheim in Richtung Heidelberg unterwegs. Auf der Fahrt wurden sie von einem Mann zunächst mit Gesten belästigt, die einen eindeutigen sexuellen Bezug hatten. Als die Frauen den Sitzplatz wechseln wollten, folgte ihnen der Verdächtige durch die Bahn und fasste zwei von ihnen, beide 19 Jahre alt, an deren Busen. Ein Zeuge, der die Szenerie beobachte, hatte mittlerweile die Polizei verständigt, die den Mann, der mit über 1,7 Promille erheblich alkoholisiert war, am OEG-Bahnhof in Schriesheim festnahmen. Nachdem er die Nacht über zur Ausnüchterung im Polizeigewahrsam verbracht hatte, wurde der 26-jährige Iraker am Donnerstagmorgen wieder auf freien Fuß gesetzt. Wegen des Verdachts eines Sexualdelikts sind die Ermittlungen eingeleitet.

Neubrandenburg: Am gestrigen Abend (28.12.16) gegen 19:30 Uhr, wartete eine 14-Jährige in Neubrandenburg auf dem Bahnhof auf die Abfahrt ihres Linienbusses. Sie saß im Wartehäuschen, als ein bisher unbekannter Mann sie auf der Busspur mit seinem Fahrrad umkreiste und vor der Jugendlichen hielt. Er sprach das Mädchen in gebrochenem Deutsch an und rauchte eine Zigarette. In der weiteren Folge habe er die Geschädigte sexuell belästigt (indem er sie z.B. streichelte) und habe auch bei der Aufforderung dies zu unterlassen nicht abgelassen. Erst als die Jugendliche ihr Handy nahm, sei er mit seinem Fahrrad in Richtung Innenstadt davon gefahren. Das Mädchen konnte den bisher unbekannten Tatverdächtigen wie folgt beschreiben: -Etwa 180 – 185 cm groß -Normale Statur – Südländisches Aussehen -Dunkle kurze Haare, braune Augen – Kein Bart -Etwa 30 Jahre alt -Raucher -Bekleidet mit dunkelgrüner Winterjacke und blauer Jeanshose.

Auw an der Kyll-Bitburg: Eine 17-jährige Schülerin aus Speicher wurde am Montag den 19. Dezember Opfer eines sexuellen Übergriffs. Die junge Frau befand sich in einem Reisezug von Trier nach Speicher, als sie während der Fahrt ein28-jähriger afghanischer Staatsangehöriger ansprach. Der Mann stellte sich vor ihren Sitz und machte ihr unmissverständliche Avancen, die die Schülerin energisch zurückwies. Von den Zurückweisungen unbeeindruckt, setzte der Täter seine Annährungsversuche fort und begann sein Opfer am Oberschenkel zu berühren. Im weiteren Verlauf fasste er ihr schließlich an die Brust. Die Schü lerin wehrte sich unnachlässig gegen die Übergriffe des Mannes und stieß ihn mehrmals von sich weg. Schließlich ließ er von ihr ab und verließ in Auw an der Kyll den Reisezug. Die junge Frau informierte unverzüglich die Polizei. Aufgrund ihrer detaillierten Personenbeschreibung, gelang es der Bundespolizei sehr schnell den Täter zu ermitteln. Dieser wurde durch die Einsatzkräfte der Bundespolizei am Freitagmittag in seiner Wohnung in Bitburg festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt. Gegen den Täter wurde Untersuchungshaft angeordnet. Im Anschluss wurde er in die Justizvollzugsanstalt Trier gebracht.

Bochum: Opfer eines Schamverletzers wurde eine 32-jährige Bochumerin am Mittwoch, 28. Dezember: Gegen 8.45 Uhr stieg sie am Bochumer Hauptbahnhof in die S-Bahn (S1) Richtung Dortmund, als schräg gegenüber ein unbekannter Mann Platz nahm. Er starrte sie fortwährend an und nahm schließlich sexuelle Handlungen an sich vor. Als sie demonstrativ ihr Handy ans Ohr hielt, setzte sich der Mann in ein anderes Abteil. Der Täter wird wie folgt beschrieben: ca. 25 Jahre alt; ca. 175 cm groß; sehr schlank; Dreitagebart; schwarze, kurze Haare; dunkle Augen; arabisches Aussehen; bekleidet mit einer hellgrauen Jogginghose und einer braun-roten Steppjacke.

http://www.pi-news.net/2017/02/zschopau-sachsen-15-jaehrige-begrapscht/

Zschopau (Sachsen): 15-Jährige begrapscht

Am Freitagabend wurde ein Mädchen (15) in Zschopau Opfer eines versuchten sexuellen Übergriffs. Die 15-Jährige war gegen 20.30 Uhr zu Fuß auf dem Heimweg, als ein Unbekannter sie in der Gartenstraße (in Höhe Einmündung Borngraben) von hinten anfasste. Der Mann ergriff das Mädchen und zerrte an ihrer Kleidung. „Das Opfer konnte dem Täter mit ihrem Knie einen Stoß versetzen, so dass sie sich aus der Lage befreien und die Flucht ergreifen konnte“, so die Polizei. Die 15-Jährige wurde bei der Attacke leicht verletzt. Der Täter wird wie folgt beschrieben: etwa 1,75 bis 1,80 Meter groß, schlanke Gestalt und dunkle Hautfarbe, schwarze, kurze und gekräuselte Haare, er trug eine schwarze Hose und eine schwarze Jacke.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter

Deggendorf: Am Freitag, 3. Februar, gegen 16.15 Uhr ging eine 35-Jährige aus Bernried die Stadtfeldstraße in Deggendorf entlang. Sie schob hierbei einen Kinderwagen mit ihrem Kleinkind. Auf Höhe des ehemaligen „Olympia-Center“ wurde sie von einem unbekannten Mann, der in einem der Hauseingänge saß, in ausländischer Sprache angesprochen. Danach nahm der Mann ihre Hände und leckte diese mit seiner Zunge ab. Da der Mann sich der Frau weiter näherte, riss sich die Bernriederin los und ging schnell weiter. Der Mann ging ihr noch kurz hinterher und fasste ihr ans Gesäß. Wohin der Mann im Anschluss verschwand, konnte nicht mehr geklärt werden. Eine Fahndung nach ihm verlief bislang ohne Ergebnis. Der Täter kann wie folgt beschrieben werden. Ausländisch, arabisch/orientalisch, kleinwüchsig, etwa 150 Zentimeter groß, rund 40 Jahre alt, hinkt beim Gehen, sehr ungepflegte Erscheinung und extrem auffällig stinkender Körpergeruch.

Lindenberg: Am Mittwochnachmittag gegen 15.50 Uhr ging eine 39-jährige Frau in Lindenberg von der Hauptstraße Richtung Einkaufszentrum, als ihr unversehens ein fremder Mann den Arm auf die Schulter legte. Als sich die Frau umkehrte, fragte sie der Mann in gebrochenem Deutsch, ob er sie küssen dürfe. Der Mann flüchtete Richtung Einkaufszentrum, nachdem sich die Frau energisch wehrte. Der Mann wird wie folgt beschrieben: 20 bis 25 Jahre alt, schlank, schwarze glatte kurze Haare, hellbraune Lederjacke und schwarze Hose

Buchloe: Eine 43-jährige Frau ging am Donnerstag gegen 14.50 Uhr auf dem linken Gehweg der Alexander-Moksel-Straße in nordwestlicher Richtung. Höhe eines Bauernhofes, ca. 100 Meter vor der Einmündung Am Weiher, fuhr ein Pkw zu ihr an den Gehweg. Der Fahrer fragte die Fußgängerin durch das geöffnete Fenster nach dem Weg nach Türkheim. Während ihrer Wegerklärung sah die Frau nochmals in das Fahrzeug. Der Mann hatte seine Jeanshose geöffnet und manipulierte an seinem erigierten Glied. Als die geschockte Frau mit der Polizei drohte, fuhr der Exhibitionist langsam Richtung Wertstoffhof weiter. Laut Geschädigter handelte es sich um ein älteres grau/blaues Fahrzeug mit kurzem Heck. Das Teilkennzeichen lautete MN-ZI ????, vermutlich mit vier Zahlen. Der Fahrer war ca. 25 Jahre alt, 170 cm groß, hatte schwarze kurze Haare mit schmalen kurzen Koteletten. Der Mann sprach gebrochen deutsch.

Chemnitz: Auf diese Begegnung hätte eine 15-Jährige auf dem Sonnenberg sicher gern verzichtet. Das Mädchen war am Sonnabend kurz nach 21 Uhr auf der Uhlandstraße unterwegs, als sich ihr ein Unbekannter näherte. Als der Mann auf gleicher Höhe mit ihr war, ergriff er ihre Hand. Die 15-Jährige bemerkte, dass die Hose des Mannes offen stand und er sexuelle Handlungen an sich vornahm. „Sie zog reflexartig ihre Hand zurück und lief schnell weg“, so die Polizei am Sonntag. Bei einer sofort eingeleiteten Fahndung konnte dank der Täterbeschreibung des Mädchens kurze Zeit später ein tunesischer Asylbewerber (37) in Tatortnähe festgestellt werden.
Genf: Ein Fernsehteam des RTS hält mit versteckter Kamera fest, wie eine Frau in Genf einen regelrechten Spiessrutenlauf absolvieren muss. Sie wird wiederholt von Männern angemacht. Nicht nur in der Westschweiz sind Belästigungen für Frauen an der Tagesordnung. Die Grenze zwischen Flirt und Belästigung ist schmal. (zu den Flirtversuchen von „Männern“ geht es hier lang).
Nagold: Ein 22-jähriger kosovarischer Asylbewerber steht in dringendem Tatverdacht, er habe in der Nacht zu Heiligabend versucht, eine ebenfalls 22-Jährige auf dem Nachhauseweg zu vergewaltigen. Die junge Frau war gegen 2.30 Uhr zu Fuß auf der Lange Straße unterwegs, und bemerkte, dass der Mann zunächst an ihr vorbeiging. Als sie den Weg nach links über die Brücke zur Rohrdorfer Steige einschlug, fiel ihr auf, dass der Unbekannte sie verfolgte. Da ihr die Situation nicht geheuer war, verständigte sie vorsichtshalber über Handy ihren Bruder. Plötzlich griff der Tatverdächtige die Frau an und bedrängte sie. Obwohl sie sich zur Wehr setzte, ließ der Mann nicht von ihr ab, schlug ihr ins Gesicht und griff sie weiterhin massiv an. Schließlich fiel das Opfer auf den Boden, wobei sich der Tatverdächtige auf sie setzte und versuchte ihr die Hose herunterzureißen. Als der Angreifer bereits seine Hose geöffnet hatte, eilten der 25-jährige Bruder der jungen Frau und dessen Freunde zu Hilfe. Es kam zur Rangelei zwischen den Männern in deren Folge der Tatverdächtige den Bruder in den Unterarm biss und dessen Freund ins Gesicht trat. Beamte des Polizeireviers Nagold, die zuvor verständigt wurden, konnten den Tatverdächtigen festnehmen Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Tübingen wurde der 22-Jährige einem Richter vorgeführt, der Haftbefehl erließ.
Geilenkirchen: Am Dienstag (27. Dezember) ging gegen 11Uhr eine 41-jährige Frau aus Geilenkirchen entlang der Konrad-Adenauer-Straße, vom Markt kommend in Richtung Amtsgericht. Dabei schob sie ihr Fahrrad. Auf einer Strecke von etwa 500 Metern folgte ihr ein junger Mann, der auch einmal die Straßenseite wechselte. Kurz vor dem Amtsgericht lief der etwa 18 bis 19 Jährige über die Straße an ihr vorbei und verschwand in einer Häusernische. Als die Geilenkirchenerin an dieser Stelle vorbeikam, stand der junge Mann dort mit heruntergelassener Hose und zeigte sich ihr in schamverletzender Weise. Die Frau ging weiter und informierte die Polizei. Dies hatte der Exhibitionist offenbar bemerkt, zog sich wieder an und ging zügig in Richtung Markt davon. Im Rahmen der Fahndung konnte der Täter nicht mehr ausfindig gemacht werden. Nach Angaben des Opfers war der Mann etwa 165cm groß und hatte schwarze Harre sowie einen dunklen Teint.
Wetzlar: Nachdem ein Unbekannter am Abend 23.12.2016 (Freitag) in der Colchesteranlage eine 25-Jährige belästigte, sucht die Wetzlarer Kriminalpolizei nach einem Pärchen, das ihr zu Hilfe kam. Die Wetzlarerin war gegen 18.50 Uhr zu Fuß von der Bahnhofstraße, über die Brückenstraße und Hausertorstraße in die Colchesteranlage unterwegs. Bereits auf diesem Weg hatte die junge Frau das Gefühl von jemand verfolgt beziehungsweise beobachtet zu werden. In der Colchesteranlage, auf dem Weg, der direkt an der Lahn entlang führt, etwa in Höhe einer Holzstatur, stand plötzlich ein junger Mann vor ihr. Zunächst glaubte sie, er würde nach Feuer oder einer Zigarette fragen. Plötzlich ergriff der Unbekannte jedoch beide Arme, drehte sie um und rieb sich an ihr. Sie schrie um Hilfe und drohte die Polizei zu rufen. Der Angreifer ließ sofort los, sagte in gebrochenem Deutsch „ich habe nichts gemacht!“ und

rannte in Richtung Hausertorstraße davon. Ein junges Pärchen wurde durch die Hilferufe auf den Vorfall aufmerksam und kam der Wetzlarerin zu Hilfe.
Bad Arolsen: Gestern, 29.12.2016, konnte die Bundespolizeiinspektion Kassel in Bad Arolsen einen 34-Jährigen verhaften, der im Verdacht steht, eine 16-Jährige massiv sexuell belästigt zu haben. Die Tat liegt schon einige Wochen zurück. Bereits im Oktober soll der Mann die 16-Jährige in einem Zug von Kassel in Richtung Bad Arolsen mehrfach unsittlich berührt und dabei verletzt haben. Damals konnte der Täter unerkannt entkommen. Die Bundespolizei veröffentlichte einen Zeugenaufruf. Nach zahlreichen Zeugenhinweisen und intensiver Polizeiarbeit konnten die Ermittler der Bundespolizei den Täter identifizieren und der Strafverfolgung zuführen.
Bei dem Mann handelt es sich um einen 34-jährigen syrischen Staatsangehörigen, der zur Zeit in der Nähe von Bad Arolsen lebt. Der Mann ist in der Bundesrepublik Deutschland als Asylbewerber registriert.

http://www.pi-news.net/2017/02/oesterreich-randale-durch-schutzsuchende/

Österreich: Randale durch „Schutzsuchende“

Guntramsdorf (Niederösterreich): Polizei-Großeinsatz am Sonntagabend in Guntramsdorf: Einige junge Halbstarke zogen durch die Anningerstraße, traten auf Autos hin, rissen Spiegel ab. Eine Zeugin rief per Handy die Polizei, wurde dafür gleich attackiert. Die Afghanen gingen auch auf die einschreitenden Polizisten los – Anzeigen. Laut und aggressiv zogen mehrere Jugendliche am Sonntagabend durch Guntramsdorf. Eine Frau zückte ein Mobiltelefon, rief die Exekutive, wurde dafür gleich von den Flüchtlingen umgerempelt. Binnen Minuten waren mehrere Streifen- und Rettungswagen vor Ort.
Die Asylwerber zeigten sich gegenüber den Beamten äußerst unkooperativ, konnten aber mit Mühe gebändigt werden. Die Frau wurde von Sanitätern versorgt. „Drei Afghanen wurden angezeigt“, bestätigt ein Sprecher von der Landespolizeidirektion Niederösterreich gegenüber „Heute“. Ein Augenzeuge machte Fotos, berichtet: „Einer der Burschen war sehr gewaltbereit. Drei Beamte mussten ihn beruhigen.“Für den Guntramsdorfer Nationalrat Christian Höbart (FP) ist jetzt Schluss mit lustig: „Ich fordere alle politischen Kräfte Guntramsdorfs auf, gemeinsam dafür zu sorgen, dass alle Asylanten aus Guntramsdorf weg sollen. Guntramsdorf wird leider immer unsicherer.“ *(Artikel übernommen von Heute.at)*
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter / Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Bautzen: Am Freitagnachmittag soll es in Bautzen vor dem Röhrscheidtbad zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen einem 23-jährigen Bautzener und vier unbekannten männlichen Jugendlichen gekommen sein. Nach Angaben des Geschädigten sollen die Täter, welche vermutlich Migrationshintergrund haben, auf ihn eingeschlagen und ihn zu Boden gestoßen haben. Im weiteren Verlaufe der Auseinandersetzung wurde er nach seinen Angaben mit einem Messer am Oberschenkel leicht verletzt. Der Geschädigte, der die Polizei vom Sachverhalt nicht informierte, begab sich anschließend zum Kaufland. Nach mehreren Stunden informierte er seine Mutter über den Vorfall und die Verletzungen. Diese leitete die medizinische Versorgung ein und verständigte um 20:09 Uhr die Polizei.

Salzburg: Gegen drei Uhr am 5. Februar 2017 versetzte ein 31-jähriger Türke einem 27-jährigen Deutschen einen Kopfstoß. Die Ursache für die Körperverletzung durch den im Pongau lebenden Türken ist bislang unbekannt. Der Deutsche aus Anger verletzte sich unbestimmten Grades im Gesicht. Die Rettung brachte den Verletzten in das Unfallkrankenhaus Salzburg. Die Ermittlungen laufen, der Türke wird angezeigt.
Nandlstadt: Eine unschöne Begegnung in den frühen Morgenstunden hatte ein Nandlstädter am Donnerstag: Gegen 5.20 Uhr klopfte ein bislang unbekannter Mann an der Terrassentür seiner Wohnung im Mehrfamilienhaus an der Hollerstraße. „Als der 32-jährige alkoholisierte Wohnungsinhaber die Tür öffnete, schlug der Mann ihm mit der rechten Faust ins Gesicht“, teilte die Polizei Moosburg mit. Im Hintergrund nahm der Geschädigte zwei weitere männliche Personen wahr, die sich aber nicht aktiv an der Tat beteiligten. Dem 32-Jährigen gelang es, die drei Männer in die Flucht zu schlagen. Die Täter beschreibt das Opfer wie folgt: männlich, zirka 185 bis 190 Zentimeter groß, schlank, schwarze Haare (Bob-Frisur), schwarz gekleidet, südländische Erscheinung. Die beiden anderen Personen wurden laut Polizei lediglich als „südländisch“ beschrieben.
Darmstadt: Bei einem Streit in einem Bus wurde am Sonnabend (29.01.2017) ein 17-jähriger Mann verletzt. Nach ersten Ermittlungen fuhren der 17-Jährige und sein Begleiter mit der Linie K55 von Roßdorf nach Darmstadt. Die beiden Jugendlichen saßen in der vorletzten Reihe. In der letzten Reihe befanden zwei weitere junge Männer. In Höhe der Haltestelle „Oberfeld“ soll es gegen 20.10 Uhr zwischen den vier Männern zu einer verbalen Auseinandersetzung gekommen sein, in deren weiteren Verlauf die Männer in der letzten Reihe auf die davor Sitzenden einschlugen. Hierbei soll auch ein Schraubendreher im Spiel gewesen sein. Der 17-Jährige wurde bei der Auseinandersetzung nicht unerheblich verletzt. Den Tätern gelang die Flucht. Sie werden als arabisch aussehend und circa 20 Jahre alt mit etwas längeren schwarzen Haaren beschrieben.
Eberbach/Rhein-Neckar-Kreis: Auf ihrem Nachhauseweg wurden zwei Eberbacher Jugendliche am Sonntagabend gegen 19 Uhr von einem Trio verfolgt, mehrfach beleidigt und schließlich auf den Kopf bzw. in das Gesicht geschlagen. Nur durch Gegenwehr und anschließender Flucht konnte möglicherweise Schlimmeres verhindert werden. Die 18- und 20-Jährigen begaben sich zunächst nach Hause, meldeten dann jedoch den Vorfall bei der Polizei und beschrieben die drei unbekannten Männer wie folgt: 1. Person: 16 – 23 Jahre alt, 175 – 185 cm groß, dünne Statur, Sternen-Tattoo an der linken Halsseite, schwarze Kapuzenjacke, schwarze Jogginghose, dunkle Schuhe. 2. Gleiches Alter, 180 – 190 cm groß, kräftige Statur, schwarze Kapuzenjacke, schwarze Jogginghose, dunkle Schuhe, rot-weiß-gestreifter Schal. 3. Gleiches Alter, 170 – 185 cm groß. Weiteres nicht bekannt. Alle drei Männer sprachen gebrochen Deutsch.
Linz I: Um 1.25 Uhr in der Früh waren der 17-Jährige aus Kössen (Tirol) und sein Kumpel (19) aus Kitzbühel (Tirol) in der Linzer Badgasse in Richtung Hofgasse unterwegs, als eine Glasflasche an ihren Köpfen vorbeiflog und unmittelbar vor ihnen aufschlug und zerbrach. Sofort war den beiden klar, dass es sich beim Flaschen-Werfer um jemanden aus einer nahestehenden Gruppe handeln musste. Die Burschen gingen auf die rund sechs Nachtschwärmer zu, wollten sie zur Rede stellen. Doch: Statt Antworten gab es Schläge. Zwei Gruppen-Mitglieder gingen auf den 19-Jährigen los, verpassten ihm Faustschläge gegen den Kopf und schlugen zu Boden. Dabei verletzte sich der Tiroler an der rechten Handinnenfläche. Zudem klagte er später über ein Surren im linken Ohr. Während die zwei Freunde die Polizei riefen, flüchtete die Gruppe. Laut den zwei Tirolern solle s sich bei den Schlägern um ausländische Burschen gehandelt haben.
Linz II: Nach der brutalen Attacke auf einen 26-Jährigen kam es erneut zu einer Attacke in einer Linzer Straßenbahn. Zwei Brüder, ein 12- und ein 13-jähriger wurden bei der Straßenbahnhaltestelle Dauphinestraße/Rädlerweg von fünf Afghanen überfallen und verprügelt. Die beiden Buben wurden ins Spital eingeliefert und versorgt.

Neusiedl am See: Ein 19-Jähriger hat am Mittwochabend in Neusiedl am See im stark alkoholisierten Zustand Polizisten beschimpft und um sich geschlagen, das berichtet die Landespolizeidirektion Burgenland am Donnerstag. Nachdem er von den Beamten in die Polizeiinspektion gebracht wurde, soll er in der Zelle randaliert und sich dabei selbst verletzt haben. Er wurde angezeigt. Die Polizei war am Mittwoch gegen 21.10 Uhr von einem Passanten auf den 19-Jährigen aufmerksam gemacht worden, da dieser am Gehsteig liegend um sich geschlagen und lautstark geschrien habe. Als die Beamten eintrafen, soll der Mann diese sowie die Republik Österreich beschimpft haben. Weiters urinierte der Betrunkene laut Polizeiangaben auf öffentlichem Grund. Als er weiter um sich schlug und gegen die Beamten trat, sei er fixiert und in die Polizeiinspektion gebracht worden. Während der Fahrt soll er versucht haben die Uniformierten zu bespucken. Im Arrestantenraum der Polizeistation riss der 19-Jährige eine Bodenleiste aus der Verankerung, beschädigte den Spülkasten der Toilette, schlug mit dem Kopf gegen die Gitterstäbe und verletzte sich dabei selbst, hieß es von der Landespolizeidirektion. Nach mehreren Stunden habe sich der aus Afghanistan stammende Mann beruhigt. Er sei nach Aufhebung der Festnahme von einer Sozialarbeiterin in die Asylunterkunft nach Eisenstadt zurückgebracht worden, hieß es von der Polizei.
Oberursel: Am Donnerstagmorgen wurde in Oberursel-Bommersheim ein Busfahrer von einer unbekannten männlichen Person angegriffen und schwer verletzt. Der Täter befand sich zunächst als Fahrgast in der Buslinie „X 27“. Gegen 06:50 Uhr begab sich der Mann zur vorderen Tür des Busses. Als er hier von dem Busfahrer angesprochen und nach dem Fahrschein gefragt wurde, schlug der Täter dem Geschädigten mehrmals mit der Faust ins Gesicht. An der Haltestelle „Adenauerallee“ flüchtete der Schläger schließlich aus dem Bus in Richtung Adenauerpark. Der Busfahrer wurde durch die Schläge schwer verletzt und musste mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus transportiert werden. Der Täter war ca. 18 bis 25 Jahre alt, ca. 175 – 180 cm groß und kräftig. Er hatte einen Vollbart. Bekleidet war der Mann mit einer schwarzen Mütze, einer schwarzen Jacke und einer schwarzen Umhängetasche. Er soll nach Angaben von Zeugen “ südländischer Herkunft“ gewesen sein.

http://www.pi-news.net/2017/02/muenchen-eritreer-belaestigt-18-frauen-in-s-bahn/#more-554000

München: Eritreer belästigt 18 Frauen in S-Bahn

Die Bundespolizeiinspektion München führt Ermittlungen wegen des Verdachts sexueller Belästigungen in der S-Bahn. Tatverdächtig ist ein 23-jähriger Eritreer, der am 29. Januar 2017 in einer S-Bahn zwischen 18 und 20 Uhr mehrere Reisende sexuell belästigt hat. Zwei Geschädigte haben Anzeige erstattet. Nach Auswertung der Videoaufzeichnungen, die eindeutig belegen, dass der Mann knapp zwei Stunden zahlreiche weitere Frauen belästigte, sucht die Bundespolizei nun nach weiteren Geschädigten und bittet diese, sich zu melden. Eine 18-Jährige und eine 20-Jährige, beide aus Herrsching, hatten bei der Polizeiinspektion Herrsching am 29. Januar 2017 einen Unbekannten angezeigt, der sie zuvor in der S-Bahn sexuell belästigt hatte.
Auf Höhe Germering streichelte ein der 18-Jährigen unbekannter junger Mann diese im Gesicht und fasste ihr an die Innenseite des Oberschenkels, wo er mit seiner Hand in Richtung Intimbereich wanderte. Die junge Frau wechselte mehrfach den Platz, wurde von dem Unbekannten aber verfolgt und dabei auch teilweise am Weggehen gehindert. Bei Weßling belästigte der Unbekannte die 20-Jährige, indem er sie mit seinen Beinen an den Unterschenkeln berührte. Auch ihr folgte der Mann, als sie sich umsetzte.
Die Auswertung des umfangreichen Videomaterials ergab, dass der Mann über einen Zeitraum von fast zwei Stunden durch Berühren, teilweise auch Festhalten, insgesamt 18 allein reisende Frauen belästigte. Dabei war der Unbekannte über den gesamten Zeitraum der S-Bahnfahrt in Begleitung eines weiteren Mannes, der sich allerdings nicht an den sexuellen Belästigungen beteiligte, diese aber auch nicht unterband.
Den Ermittlern der Bundespolizei gelang es anhand der vorhandenen Videoauswertungen den 23-jährigen Eritreer zu identifizieren. Gegen ihn wurde ein Durchsuchungs- und Festnahmebeschluss über die Staatsanwaltschaft erwirkt. Am Freitag, den 3. Februar, wurde der Mann in einer Asylunterkunft im Landkreis Starnberg vorläufig festgenommen. Bei der Durchsuchung wurde die Tatkleidung aufgefunden. Nach einer Haftrichtervorführung wurde der Eritreer in Untersuchungshaft genommen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter
Hannover: Die Polizei sucht nach einem 25 bis 30 Jahre alten Afrikaner. Der Mann steht im Verdacht, am Freitagabend am Faust-Gelände eine 38-jährige Frau vergewaltigt zu haben. Das Opfer war gegen 21 Uhr zu Fuß am Ufer der Ihme in Richtung Küchengarten unterwegs. Plötzlich tauchte der Mann vor ihr auf und bot ihr Drogen zum Kauf an. Die 38-Jährige lehnte ab und setzte ihren Weg fort. Der Drogenhändler ging neben ihr her. In Höhe des „Gretchen“-Biergartens zog er sein Opfer in den Eingangsbereich und verging sich dort an ihr. Anschließend flüchtete er in Richtung Wilhelm-Bluhm-Straße. Die 38-Jährige offenbarte sich nach der Tat einer Bekannten, die die Polizei einschaltete. Der Gesuchte ist etwa 1,70 Meter groß und spricht nur gebrochen deutsch. Er trug dunkle Kleidung und eine ebensolche Wollmütze. Hinweise auf den Täter an den Kriminaldauerdienst unter (05?11) 1?09?55?55. Der florierende Drogenhandel rund um das Faust-Gelände und am Café Glocksee, der maßgeblich von Afrikanern bestimmt wird, beschäftigt die Polizei und die Politik seit geraumer Zeit. Bei einer großangelegten Kontrolle im Oktober überprüften rund 70 Beamte Dealer und Kunden in diesem Bereich. Die Ermittler leiteten insgesamt 16 Strafverfahren ein. Vor etwa einem Jahr war ein sexueller Übergriff eines Sudanesen auf eine 25-Jährige auf der Damentoilette des Café Glocksee bekannt geworden. Übergriffe auf der Straße hatte es in Linden auch im Jahr 2014 gegeben. Damals suchte die Polizei erfolglos nach einem Mann, der für mehrere Taten verantwortlich sein sollte, etwa in der Comenius- und der Mathildenstraße sowie der Gartenallee. Der Täter wurde als etwa 1,85 Meter großer Südländer beschrieben.
Dortmund: Nach Angaben der Bundespolizei informierten Passanten Polizisten am Dortmunder Hauptbahnhof in der Nacht zu Sonntag gegen 3 Uhr über eine mutmaßliche Schlägerei mit mehreren Beteiligten an der Katharinentreppe. Als die Beamten dort ankamen, entdecken sie einen bewusstlos am Boden liegenden 21-Jährigen aus Kalkar. Neben ihm stand eine 17-jährige Dortmunderin, die stark aus der Nase blutete. Der Polizei sagte die Dortmunderin, ein junger Mann habe sie zuerst bedrängt und ihr ins Gesicht geschlagen, als sie nicht auf die Annäherungsversuche eingegangen sei. Zeugen bestätigten das. Der Mann soll der Frau ins Gesicht geschlagen haben, als sie ihn aufforderte, sich ihr nicht weiter zu nähern. Die junge Frau erlitt laut Polizei eine Nasenbeinfraktur. Der junge Mann aus Kalkar hatte noch versucht, der Frau zur Hilfe zu kommen. Dabei bekam er einen so festen Faustschlag ins Gesicht, dass er bewusstlos zu Boden ging. Laut Polizei war der 21-Jährige wenige Stunden zuvor Opfer eines Taschendiebes geworden. Bei dem mutmaßlichen Schläger handelt es sich nach Angaben der Polizei um einen 21-jährigen Asylbewerber aus dem Kongo, der wegen Fahrens ohne Fahrschein bereits polizeibekannt war. Gegen ihn wird wegen

Körperverletzung ermittelt. Laut Atemalkoholtest hatte der Mann unmittelbar nach der Tat 1,8 Promille Alkohol im Blut. Der mutmaßliche Täter war wenige Minuten, nachdem er den Mann aus Kalkar bewusstlos geschlagen hatte, zum Tatort zurückgekehrt. Ein 22-jähriger Mann aus Hagen hatte versucht, ihn festzuhalten und ihm dabei den Brustbeutel entrissen. Der mutmaßliche Schläger war zurückgekommen, um seinen Geldbeutel zurückzufordern.
Bietigheim-Bissingen: Zwei Männer haben in Bietigheim-Bissingen im Umfeld des Mittelaltermarktes beim Buchzentrum zwei junge Mädchen sexuell belästigt. Der Vorfall ereignete sich bereits am 28. Januar – die Polizei sucht jedoch noch dringend nach Zeugen. Ein 12-jähriges Mädchen war gegen 15:30 Uhr zusammen mit einer Freundin und deren Mutter von einem Parkplatz unterwegs zu der Veranstaltung. Aus einer Gruppe dunkelhäutiger Männer wurden die Mädchen von zwei Tätern unsittlich angesprochen. Als die Mutter die Unbekannten aufforderte, die Mädchen in Ruhe zu lassen, wurde sie von einem der Täter am Arm gepackt. Nachdem weitere Passanten die Situation erkannt hatten und eingriffen, entfernten sie die Unbekannten. Einer der beiden Täter war auffallend groß und hatte längere Rastalocken. Beide waren etwa 20 bis 25 Jahre alt.
Düsseldorf: „Am Bein reiben, an den Po packen – macht man das etwa so in Marokko?“ Auf diese rhetorische Frage der Richterin hatte der Nordafrikaner Youness H. (40) am Donnerstag keine Antwort. Betretenes Schweigen auf der Anklagebank.Der Mann ist ein gutes Beispiel für den Anspruch der Bevölkerung und die juristische Realität: Binnen vier Wochen befummelte der Flüchtling zwei Frauen. Strafe: 720 Euro. Fall 1: Die Silvesternacht 2016/2017. Youness H. belästigt eine Frau in der Altstadt. Anzeige! Bevor es zu einem Prozess kommen könnte, wird die Akte geschlossen. Denn da gibt es schon seine nächste Tat. Fall 2: Der nächste Übergriff passiert vor knapp einer Woche in der S-Bahn-Linie 8, Höhe Düsseldorfer Hauptbahnhof. Da setzt sich Youness H. neben eine Frau. Erst reibt er immer wieder wie zufällig seinen Oberschenkel an ihr. Dann geht plötzlich die Hand an ihren Po.
Bad Oldesloe: Am 04.02.2017, zwischen 19.00 und 20.00 Uhr, kam es im Schwimmbad in Bad Oldesloe zu sexuellen Belästigungen zum Nachteil von fünf Mädchen (12-14 Jahre). Nach bisherigem Informationsstand wurden die Mädchen von zwei südländisch aussehenden Männern unter Wasser angefasst. Die Mädchen meldeten dies der Hallenaufsicht. Der Bademeister verwies die beiden Männer daraufhin des Hallenbades und verständigte die Polizei. Es handelte sich um zwei in Bad Oldesloe lebende Asylbewerber (23 u. 34 Jahre alt). Ein Ermittlungsverfahren wegen sexueller Belästigung gem. § 184 StGB wurde eingeleitet.
Neubrandenburg: Nach der sexuellen Belästigung eines 14-jährigen Mädchens in Neubrandenburg ermittelt die Polizei gegen einen unbekannten Täter mit südländischem Aussehen. Den Angaben zufolge wartete die 14-Jährige am Mittwochabend auf dem Busbahnhof der Viertorestadt gegen 19.30 Uhr auf den Bus und saß im Wartehäuschen. Ein etwa 30 Jahre alter Mann habe sie zunächst mit dem Fahrrad umkreist, dann bei ihr gehalten und sie in gebrochenem Deutsch angesprochen, hieß es weiter. Der Unbekannte habe das Mädchen dann sexuell belästigt, unter anderem gestreichelt, und trotz der Aufforderung, dies zu lassen, weitergemacht. Erst als die 14-Jährige ihr Handy herausholte, sei der Mann mit dem Rad in Richtung Innenstadt davongefahren. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: etwa 30 Jahre alt, 1,80 bis 1,85 Meter groß, kurze, dunkle Haare, braune Augen, bekleidet mit dunkelgrüner Winterjacke und blauer Jeans, Raucher.
Kamp-Lintfort: Gestern Abend gegen 22.40 Uhr rief der Filialleiter eines Cafés an der Moerser Straße die Polizei um Hilfe. Ein betrunkener 30-jähriger Mann aus dem Irak hatte zuvor mehrere unbekannte Frauen beleidigt und diese unsittlich berührt. Die Polizisten nahmen den 30-Jährigen, der die Örtlichkeit nicht verlassen wollte, in Gewahrsam. Den Mann erwartet jetzt ein Strafverfahren.
Landau: Am frühen Morgen des 31.12.2016 befanden sich zwei junge Frauen auf der Tanzfläche einer Landauer Diskothek als sie unvermittelt von einem jungen Mann angetanzt wurden. Ihre unmissverständlichen Gesten, sie in Ruhe zu lassen, ignorierte er und fasste eine der Frauen unsittlich an. Ein Gast, der dies beobachtet hatte und sich zum Schutz der Frauen dazwischen stellte, wurde von einem Freund des Tänzers in eine verbale Auseinandersetzung verwickelt. Schließlich mischte sich noch ein weiterer Freund der Beiden ein und die nunmehr drei Männer umfassende Gruppe wurde vom Sicherheitsdienst der Disko verwiesen. Im Außenbereich drohte einer der drei Störenfriede schließlich noch dem Sicherheitsdienst und flüchtete anschließend mit seinen zwei Begleitern in unbekannte Richtung. Ersten Ermittlungen zufolge dürfte es sich bei dem Haupttäter um einen 19-jährigen Marokkaner gehandelt haben. Die beiden weiteren Männer sind bislang unbekannt. Sie wurden von Zeugen als „südländisch aussehend“ beschrieben. Zudem sei markant, dass beide auffällig wenig Zähne gehabt hätten.
Schweden: Five Afghan teenagers are convicted of gang-raping a boy at knife-point in Sweden – but NONE will be deported because their homeland is ‚too dangerous‘. The brutal gang-rape happened in woodland in Uppsala, south eastern Sweden. Boy was beaten and then dragged to a forest at knife-point, prosecutors say Victim, aged under 15, was ‘subjected to an ordeal lasting more than an hour‘. Five attackers have been convicted but none will not be expelled from Sweden.

http://www.pi-news.net/2017/02/franken-mohammedaner-stoert-trauerfeier/

Schnaittach: Mit den Worten „Ich komme im Namen des Propheten, um den Ungläubigen die Botschaft Allahs zu verkünden“ hat ein 33 Jahre alter Muslim im fränkischen Schnaittach eine Trauerfeier gestört. Der Mann habe plötzlich die Kirche betreten und versucht, sich während der Traueransprache Gehör zu verschaffen, berichtete der Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Schnaittach, Wilfried Römischer, am Freitag. Später habe er während der Ansprache laut arabischsprachige Verse verlesen.
Über den Vorfall vom Mittwoch hatte zuerst die „Nürnberger Zeitung“ berichtet. Gegen den später Festgenommenen werde inzwischen wegen Störung der Religionsausübung und einer Trauerfeier ermittelt, teilte der stellvertretende Leiter der Polizeiinspektion Lauf, Benno Eichinger, mit. *(Artikel übernommen von Welt-online)*

SONSTIGES AUS DER RUBRIK „BUNT UND WELTOFFEN“:

Berlin: Die Grüne Canan Bayram schlug nach der Rede des Berliner AfD-Abgeordneten Andreas Wild [Video der Rede hier] „Integrationskurse für integrationsunwillige Deutsche vor, die unser Grundgesetz nicht verstanden haben“. Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linke) sagte, eine solche „Hetze der AfD, die Menschen gegeneinander auszuspielen versucht“ ändere nichts am Bemühen des rot-rot-grünen Senats, die Flüchtlinge in Berlin zu integrieren. *(Auszug aus einem Artikel der Berliner-Zeitung)*

Wir empfehlen Frau Bayram eine Teilnahme an einem Deutsch-Grundkurs, damit Sie in Zukunft eine absolut sachliche und richtige Rede nicht als „Hetze“ missversteht. Berechtigtes Asyl bedeutet gemäß Grundgesetz „Hilfe auf Zeit solange ein Krieg andauert“, danach haben die Asylanten wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Asylbetrug sollte eine umgehende Abschiebung zur Folge haben.

„Flüchtling“ ist vermutlicher Terrorist

21 ausländische Touristen waren bei dem Anschlag auf das berühmte Nationalmuseum von Bardo im März 2015 gestorben. Jetzt ist klar: Offenbar gibt es einen Zusammenhang zu der jüngsten Großrazzia in Hessen. Der festgenommene Tunesier wird von den Behörden seines Heimatlandes wegen Beteiligung an dem Attentat in der tunesischen Hauptstadt Tunis gesucht. Gegen den 36-Jährigen werde in Tunesien „wegen der mutmaßlichen Beteiligung an der Planung und Umsetzung“ des Angriffs ermittelt, erklärte die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main *(weiter bei Spiegel-online)*.

Linksextreme dürfen an Uni Blockaden üben

Knapp ein halbes Jahr vor dem G-20-Treffen haben Linksextreme zu einer weiteren Aktionskonferenz gegen den Gipfel geladen – diesmal an der Universität. Unter dem Motto „G 20 entern – Kapitalismus versenken!“ werden am Sonnabend, 11. Februar, linke Autoren aber auch Vertreter des „Revolutionären Aufbau Schweiz“ und Anarchisten aus Griechenland am Von-Melle-Park erwartet. Neben Workshops und Vorträgen steht ein „Blockadetraining“ auf dem Programm. *(Weiter bei welt-online)*

Bis zu 9.400 Euro Kosten pro „Flüchtling“ pro Monat

Die Stadt Essen hat laut eines Vertrags zwischen 1900 und 9400 Euro pro Monat und pro Flüchtling an den Asylheimbetreiber European Homecare (EHC) gezahlt. Der Vertrag liegt der „Bild“-Zeitung vor, die für die Einsicht in die Unterlagen vor Gericht ziehen musste. Die Stadt Essen wehrte sich, die genauen Kosten öffentlich zu machen. *(Weiter bei welt-online)*

Karnevalsumzug wegen Terrorgefahr abgesagt

In Velbert-Langenberg endet eine Tradition: Die Alt-Langenberger Karnevalsgesellschaft hat den Rosenmontagszug abgesagt. Hintergrund ist der Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt.
Die Langenberger Karnevalsgesellschaft sagt, dass sie die Verantwortung nicht übernehmen kann und will. Die Auflagen seien zu hoch, das Haftungsrisiko zu groß. *(Weiter bei wdr.de)*

Millionen Euro wg. Wachschutz für „Flüchtlings“-Hausbesetzer

Im Dezember 2012 hatten hunderte Menschen die ehemalige Hauptschule besetzt. 2014 sollte sie geräumt werden, es gab einen mehrtägigen Polizeieinsatz mit bis zu 1700 Polizisten. Dennoch weigerten sich 40 der 200 Bewohner auszuziehen, unterstützt wurden sie von der linken und linksextremistischen Szene. Das Bezirksamt akzeptierte dies zunächst, wollte die Bewohner dann aber doch loswerden. Die Bewohner setzten sich 2015 vor Gericht durch. Im

August 2016 reichte der Bezirk eine Räumungsklage gegen die verbliebenen Bewohner ein. Herrmann erwartet ein Urteil am 8. März. Der Bezirk hatte in den letzten Jahren Millionen Euro für den Wachschutz ausgegeben und sich einen Dauerstreit mit dem ehemaligen Innensenator Frank Henkel (CDU) geliefert. *(Auszug aus dem Tagesspiegel)*

Schweiz: „Flüchtlinge" „flüchten" aus der Schweiz

8943 Asylbewerber sind 2016 untergetaucht. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 67 Prozent. Die grosse Mehrheit – fast 7000 – kommen aus Afrika, wobei die meisten Flüchtlinge aus Eritrea, Gambia und Nigeria stammen. In den letzten Jahren war die Zahl der unkontrollierten Abreisen deutlich tiefer. 2008 etwa sind nur 3400 Fälle verzeichnet. Wo sich diese Menschen aufhalten, weiss das SEM nicht. Allerdings geht man beim Bund davon aus, dass «die meisten Personen, die irregulär aus dem Asylprozess in der Schweiz austreten, das Land verlassen». … Für den Bund sind die vielen untergetauchten Asylbewerber also auch Ausdruck der strengen und konsequenten Schweizer Asylpolitik. *(Auszug aus einem Artikel von tagblatt.ch)*

Mohammedaner brechen in Kirchen ein, um Geld für den Dschihad zu erbeuten

Über Jahre hinweg soll eine Gruppe von Salafisten in Kirchen und Schulen eingebrochen sein, um Geld für den Dschihad zu sammeln. Nach einem 90-tägigen Mammutverfahren wurden die acht mutmaßlichen Islamisten nun in Köln verurteilt. Im Oktober 2015 begann in Köln das Verfahren gegen acht Männer aus der Salafisten-Szene unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen. Den Angeklagten im Alter zwischen 22 und 36 Jahren wurde schwerer Bandendiebstahl vorgeworfen. Drei Jahre lang haben sie kostbare Gegenstände aus Kirchen gestohlen, um laut der Anklage damit Kämpfer in Syrien zu unterstützen. *(Weiter bei Focus-online)*

Kehl: 40 Unerlaubte Einreisen am vergangenen Wochenende – 22 Syrer in einem Fernreisebus

Alleine 24 Personen kamen gestern Abend mit einem Fernreisebus aus Spanien über Frankreich in Kehl an. Hierbei handelte es sich um 22 syrische, einen kamerunischen und einen libyschen Staatsangehörigen. Unter ihnen befanden sich auch neun Kinder. Alle Personen stellten Asylanträge und wurden nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen an die Landeserstaufnahmestelle nach Karlsruhe weitergeleitet. Ebenfalls gestern wurden im Rahmen der Kontrolle eines Fernreisebusses aus Mailand zwei ghanaische Staatsangehörige festgestellt, die den Beamten falsche italienische Ausländerausweise vorzeigten. Recherchen ergaben, dass sich eine Person bereits in Deutschland im Asylverfahren befindet. Die zweite Person stellte einen Asylantrag und wurde an die Landeserstaufnahmestelle nach Karlsruhe weitergeleitet. Die falschen Dokumente wurden sichergestellt. Bereits am Samstag wurde ein nigerianischer Staatsangehöriger mit falschen italienischen Ausweispapieren in einem Fernreisebus aus Mailand angetroffen. Auch er stellte einen Asylantrag und wurde nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen an die Landeserstaufnahmestelle nach Karlsruhe weitergeleitet. Seit Jahresbeginn 2017 reisten im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizeiinspektion Offenburg über 245 Personen unerlaubt ins Bundesgebiet ein. Im gesamten Jahr 2016 waren es 2355 unerlaubte Einreisen.

Junge Migranten sorgen für Panik in Wiener U-Bahn

Zwischenfall am Montagnachmittag in der Wiener U-Bahn: Eine Gruppe von jungen Migranten begann nahe der U3-Station Schweglerstraße laut Zeugen „Allahu Akbar" zu schreien – und mit Pistolen zu hantieren. Unter einigen Fahrgästen brach Panik aus – ein couragierter Zeuge schritt allerdings ein. *(Weiter bei Krone.at)*

Ludwigshafen ist „bunt" und „weltoffen"

Am Samstag, 28.01.2017, gegen 19:20 Uhr, kam es im Bereich des Seiteneingangs zur Rheinseite der Rheingalerie in Ludwigshafen zu einer Massenschlägerei zwischen zwei Jugendbanden, an der bis zu vierzig Personen beteiligt waren. Hierbei wurde mindestens ein Unbeteiligter verletzt. Noch vor dem Eintreffen der Polizei flüchteten die Täter vom Tatort, sodass die Hintergründe der Tat bislang unbekannt sind. Auch großangelegte Fahndungsmaßnahmen und Personenkontrollen brachten bislang noch keine Klarheit in die Sachlage. Die Ermittlungen hierzu dauern an. Im Einsatz waren ca. 70 Polizeibeamten mit Hundestaffel. Zeugen werden gebeten mit der Polizeiinspektion Ludwigshafen 1 Kontakt aufzunehmen, Tel. 0621 963-2122 oder per E-Mail piludwigshafen1@polizei.rlp.de. Schon seit längerer Zeit kommt es immer wieder zu größeren Schlägereien zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bereich der Rheingalerie.

„Osmanen" schon wieder mit Drogen erwischt

Vorlarberg: Die Ermittlungen der Polizei begannen bereits im Oktober 2016: Damals planten drei türkischstämmige Männer im Alter zwischen 33 und 38 Jahren, in ein Haus in Feldkirch einzubrechen. Eine 23-jährige Österreicherin war ihnen dabei behilflich und kundschaftete das Gebäude über einen längeren Zeitraum aus. In der Nacht zum 21. Oktober schlugen sie zu: Bewaffnet mit Brecheisen und einer illegal mitgeführten, geladenen Pistole vom Kaliber 9 mm stiegen sie in das Haus ein. Dort wurden sie jedoch vom Hausbewohner überrascht. Dieser rief lauthals um Hilfe, woraufhin die Täter Reißaus nahmen. Auf der Flucht wurden die Männer von einem 40-Jährigen angesprochen. Einer der Täter (36) eröffnete das Feuer auf ihn. Der 40-Jährige hatte Glück, er wurde von den Projektilen nicht getroffen. Den Männern gelang es zu verschwinden. Vorerst. Denn am 19. Jänner dieses Jahres klickten die Handschellen: Sechs Personen – allesamt mit Verbindung zu den Osmanen Germania – wurden in einer Großaktion festgenommen. Ihnen werden Mordversuch, versuchter Raub, illegaler Waffenbesitz sowie der Verkauf von einem Kilogramm Kokain vorgeworfen. 60 Beamte waren an der groß angelegten Polizeiaktion beteiligt. Im Dezember wurde der Vize-Chef der türkischen Imperialisten wegen Drogenhandels festgenommen (PI berichtete hier).

http://www.pi-news.net/2017/01/heilbronn-asylant-ermordet-rentnerin-aus-religioesen-gruenden-it-is-payback-time/#more-551813

Heilbronn: Asylant ermordet Rentnerin aus religiösen Gründen – „It is payback time"

Im beschaulichen baden-württembergischen Untergriesheim in der Nähe von Heilbronn hat ein Asylant eine 70-jährige Rentnerin getötet. PI berichtete bereits ausführlich hier und hier. Der eigentliche Skandal dabei ist nicht etwa der Mord, die unglaubliche Brutalität oder gar die Tatsache, dass der Asylant trotz mehrmaliger Festnahmen als Serientäter in der Vergangenheit nicht abgeschoben wurde. Das Beschämende an diesem Vorgang ist die bisherige faktische Nicht-Berichterstattung in unseren Medien nach der Tat.

(Von PI-Pforzheim)
Am Freitag, den 20. Januar, begann nun die Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht Heilbronn gegen einen dringend tatverdächtigen Täter. Um es vorwegzunehmen: Die Beweislage gegen den moslemischen Asylanten ist nicht nur erdrückend. Sie ist vernichtend. Bei seinen vielen Raubzügen im Land der Ungläubigen ist der Asylantragsteller auch nach Untergriesheim bei Bad Friedrichshall gekommen und hat dort eine 70-jährige Rentnerin brutal ermordet und ausgeraubt. Dabei hat er aber auch seine DNA und Faserspuren von seiner Jacke am Opfer hinterlassen. Weiter wurde er in den Turnschuhen verhaftet, die Fußspuren am Haus des Opfers verursacht haben. Auch wurde beim Asylant Schmuck und andere Gegenstände vom Opfer gefunden. Selbst die GPS-Daten seines Handys beweisen, dass er in Untergriesheim zur Tatzeit war. Die Beweise sind extrem belastend und lassen der Verteidigung nur wenig Spiel. Die Staatsanwaltschaft Heilbronn wirft dem moslemischen Täter aber nicht nur einen Raubmord, sondern bei dem Tatmotiv erstaunlicherweise ganz politisch inkorrekt einen religiösen Hintergrund vor. Er wollte Ungläubige töten.

Verhaftet wurde der moslemische Asylant wenige Tage nach der Tat. Seine DNA war nach vielen Festnahmen wegen z.B. Körperverletzung und Diebstählen längst im Polizeicomputer. Dabei stellte sich auch heraus, dass der Täter sich unter vielen Namen ungestört durch deutsche Behörden als Asylant angemeldet hatte. Trotz vieler krimineller Taten, trotz fehlendem Asylgrund und trotz seinen vielen Mehrfachidentitäten und Mehrfachanmeldungen sahen die deutschen Behörden keinen Grund einzuschreiten oder gar den Scheinasylanten abzuschieben. Das Opfer könnte heute noch leben, gäbe es politische Vorgaben, die einheimische Bevölkerung vor solchen Menschen zu schützen. Aber genau das Gegenteil ist zur Zeit der Fall.
Die Gerichtsverhandlung hat schon am ersten Verhandlungstag einen Abgrund an Behördenversagen, tödlicher politischer Korrektheit und der unglaublichen menschenverachtenden Gedankenwelt vormittelalterlicher Moslems aus der Dritten Welt aufgetan. Schon die Feststellung des Namens des Angeklagten und seiner Staatsangehörigkeit war äußerst belustigend. Der Angeklagte meinte frech, er sei unter vielen Namen bekannt. Geboren sei er angeblich in Saudi-Arabien. Auch hatte er mehrere Geburtstage in verschiedenen Jahren auf Lager. Dass da endlich einer der lang herbeigesehnten Fachkräfte gekommen sei, machte er deutlich, als er behauptete, er hätte 15 bis 16 Berufe. Nach längerem Hin und Her mit dem Vorsitzenden Richter Kleinschroth wegen seinen vielen Alias-Namen und seinen vielen Nationalitäten einigte man sich schließlich auf Abuabaker C. Der Angeklagte machte von Anfang an sehr deutlich, wie man Behörden in Deutschland auf der Nase herumtanzen kann. Die naive rotgrüne Asylpolitik in Deutschland macht dies möglich.
Der Tatverdächtige hat am ersten Verhandlungstag mit seinem extremen Verhalten und seinen Äußerungen sämtliche Vorurteile gegen islamische Asylanten aus der Dritten Welt mehr als bestätigt. Abuabaker C. Ist von schmächtiger Statur, ca. 1,65 m klein, hat tiefschwarze Haare und einen Bart wie ein Islamist. Er hat einen stechenden typischen islamistischen Blick, total irre silbrige Augen und ist eine extrem unsympathische Erscheinung. Auch hat er das typische Herrenmenschengehabe eines rechtgläubigen Moslem. Nach Aussagen seines Dolmetscher Dr. Yusuf Shgaib kommt Abuabaker C. aus Pakistan. Abuabaker C. störte die Verhandlung mit unglaublichen und zeitweise lächerlichen Forderungen und sogar mehrfach mit extremen Todesdrohungen. Fünf sehr kräftige Vollzugbeamte mussten für einen einigermaßen reibungsfreien Verhandlungstag sorgen.
Der mutmaßliche Mörder tischte von Anfang an Geschichten aus 1000 und einer Nacht auf. Die Vorwürfe gegen ihn seien eine Lüge und das ganze eine große Verschwörung der Ungläubigen, sagte Abuabaker C. Er verlangte die Anwesenheit der saudi-arabischen und der pakistanischen Presse. Weiter meinte er, er komme aus einer großen und reichen Familie. In seiner Familie seien alle Juristen. Sein Vater habe sieben Firmen und sein Job war es dort, Geld zu zählen. Er habe auf Geld geschlafen und hätte Geld bis unter die Decke. Als der Richter ihn darauf hin fragte, wieso er nach Deutschland gekommen sei, antwortete er, um hier in Deutschland Geld zu verdienen. Nach Aktenlage ist er 2013 in Deutschland eingereist und hat sich nach eigenen Angaben hier ein schönes Leben gemacht. Er habe bei deutscher Vollversorgung Marihuana geraucht und viel geschlafen. Gelebt hätte er in Deutschland, so wörtlich „überall“.
Die Anklage wirft Abuabaker C. Mord aus niedrigen Beweggründen und aus Habgier vor. Insbesondere die religiösen Beweggründe spielen eine wichtige Rolle. Nach den bisherigen Ermittlungen soll der Täter in der Nacht vom 18. auf den 19. Mai 2016 in ein Wohnhaus in Untergriesheim eingedrungen sein. Dort soll Abuabaker C. in der Wohnung der Familie M. Bargeld, Schmuck und ein Smartphone gestohlen haben. In der Wohnung ging er in das Schlafzimmer, wo Maria M. in ihrem Bett schlief. Laut Staatsanwaltschaft erdrosselte er die Frau mit dem Kabel eines Festnetz-Telefons und fesselte ihr die Hände. Der Ehemann des Opfers schlief zur Tatzeit in einem anderen Raum. Er schnarchte laut und so hatte das Ehepaar getrennte Schlafzimmer. Abuabaker C. soll dann der getöteten Frau ein christliches Kreuz aus der Küche des Opfers zwischen die gefesselten Hände gelegt haben und in der ganzen Wohnung religiöse arabische Schriftzeichen und Symbole angebracht haben. Unter anderem fand die Kriminalpolizei den englischen Text „It is payback time“ an der Wand geschrieben. Bei seinem Tagebuch fand die Kriminalpolizei erstaunlicherweise mehrfach die gleichen Worte aufgeschrieben.

Richter Kleinschroth hatte die Verhandlung meist gut im Griff und sprach ganz deutlich die religiösen Gründe des Mordes an. So fragte er den Angeklagten, ob es nach dem Koran erlaubt sei, Ungläubige zu töten. Abuabaker C. holte zu einem typischen islamistischen Monolog aus. Natürlich darf man Christen nicht einfach

töten. Außer sie beleidigen den heiligen Koran, schauen moslemische Frauen an, stören das Gebet zu Allah und so weiter und so fort. Dann darf man sie natürlich töten. Abuabaker C. machte sehr deutlich, dass mit der Asylflutung die islamische Steinzeit nach Deutschland gekommen ist. Er erzählte von seinen Kämpfen in Pakistan und dass er dort 50 Gewehre hätte. Wenn jemand in Pakistan unsere Frauen anschaut, dann wird er selbstverständlich erschossen, meinte er. Auch zeigte er eine erschreckende Verachtung vor Menschenleben. Vorgeladene Zeugen würde er umbringen. Er meinte wörtlich, der Richter könne diese Leute zwar in Deutschland schützen, aber in Pakistan würden diese oder ihre Angehörige getötet.
In seiner Familie könne die Hälfte den Koran auswendig aufsagen. Der Koran sei heilig. Wenn Personen den Frieden stören oder nach dem Koran verbotene Sachen machen, dann darf man selbstverständlich töten. Die wirren Aussagen des Beschuldigten zeigen deutlich, was für eine Gefahr und tödliche Bedrohung diese Art von Zuwanderer für Deutschland sind. Auch sagte Abuabaker C., er würde sogar mit Christen an einem Tisch essen, obwohl das nicht viele Moslems in Pakistan machen würden. Der liberale Asyl-Artikel des Grundgesetzes macht es möglich, dass Hunderttausende von Menschen mit so einem archaischen und primitiven Weltbild nach Deutschland gekommen sind. Jetzt schon sind solche Taten keine Einzelfälle mehr. PI berichtet fast täglich von ähnlichen Fällen. Die einheimische Bevölkerung bezahlt die Merkel-Politik mit einem unglaublichen Blutzoll.
Bei der Gerichtsverhandlung waren diesmal erstaunlicherweise sogar Vertreter der Mainstream-Medien wie Spiegel, Stern, Focus, usw. anwesend. Man darf gespannt sein auf die relativierende und beschwichtigende Berichterstattung in diesen Medien zu diesem Fall.
Der Ehemann des Opfers berichtete unter Tränen dem Gericht, wie er seine geliebte Frau am nächsten Tag aufgefunden hat. Er sei mit seiner Frau sehr glücklich gewesen. Sie seien ein Herz und eine Seele gewesen. Am Morgen des Tattages merkte er, dass verschiedene Sachen fehlten und schaute nach seiner Frau. Diese fand er gefesselt im Bett. Das Gesicht sei grausam zugerichtet gewesen. Die Hände waren gefesselt und dazwischen war ein Kreuz positioniert. Die ganze Familie sei zerstört. Seine Frau war der ruhende Pol. Es fehle nicht nur seine Frau, sondern der Mittelpunkt der Familie, meinte Herr M.
Abuabaker C. hat eine ganze Familie zerstört. Dabei war Frau M. nur ein Zufallsopfer. Es hätte jeden treffen können. Und die Asylflutung wird zukünftig noch viele Opfer fordern. Wir haben jetzt schon dutzende von solchen Opfern. Das Internet ist voll mit ähnlichen Fällen. Der LKW-Anschlag in Berlin zu Weihnachten war nur die Spitze des Eisbergs. Unser Mitgefühl ist bei der Familie M. aus Untergriesheim und bei den Angehörigen der vielen Opfer in Deutschland.

Mit der Asylflutung Deutschlands in den letzten Jahren mit Millionen nach der Scharia sozialisierten Moslems aus dem arabischen Morgenland, aus dem fernen Osten und aus Nordafrika hat Merkel die Pforten zur Hölle geöffnet. Im Gegensatz zu den Verlautbarungen unserer gesteuerten „Wahrheitsmedien“ ist die Kriminalität in Deutschland extrem gestiegen. Es sind zum allergrößten Teil nicht, wie das Staatsfernsehen behauptete, studierte Ärzte und Ingenieure gekommen. Ganz im Gegenteil. Da haben erschreckend viele moslemische Asoziale, Analphabeten, Kriminelle und Schariakrieger die einmalige Chance ergriffen, ein Land der verhassten Ungläubigen zu plündern und nach den Vorgaben des Korans minderwertige und unreine Andersgläubige faktisch ungestört zu töten. Einmalig in der Geschichte der Menschheit vollversorgt ein zivilisiertes Land eine ganze feindliche Armee von Millionen von moslemischen Invasoren freiwillig. Zum Dank dafür wird Deutschland durch die Millionen von moslemischen Eindringlinge nun mit einer noch nie dagewesenen Zahl an Raubüberfällen, Morden und Vergewaltigungen überzogen. Die rotgrüne/schwarze Willkommenskultur hat Hunderttausende von Menschen nach Deutschland gelockt, die uns jederzeit in Namen ihrer Religion töten dürfen.
Die Verhandlung gegen Abuabaker C. hat gerade erst begonnen. Es sind insgesamt zehn Verhandlungstage vorgesehen. Bei der nächsten Verhandlung am 24.1. sind die pakistanischen Zeugen geladen, gegen die Abuabaker C. mehrmals extreme Morddrohungen ausgesprochen hat. Auch sind in den nächsten Verhandlungstagen Sachverständige zu den islamischen Schriftzeichen vorgeladen. Das ganze wird noch sehr interessant werden. Die Anklage gegen Abuabaker C. steht felsenfest und die Beweise sind unerschütterlich. Allerdings ist zu befürchten, dass der Angeklagte im Bundestagswahljahr wegen der politischen Korrektheit und der Zwei-Klassen-Justiz für Asylanten am Ende doch nicht schuldig gesprochen wird. Auf den Gängen des Landgerichts wird jetzt schon eine Einstellung des Verfahrens wegen Schuldunfähigkeit gemunkelt. Ein „psychologisches Gutachten“ sei im Auftrag.
Man stelle sich mal den gleichen Sachverhalt vor, nur dass diesmal ein blonder Einheimischer eine moslemische Frau ermordet und dabei Hakenkreuze an die Wand gemalt hätte. Die Medien würden sich bei der Berichterstattung überschlagen. Dutzende von deutschen Politikern würden tonnenweise rote Rosen niederlegen und eine wochenlange Behandlung in Talkshows der öffentlich-rechtlichen Staatssender wäre sicher. Ganze Straßenzüge wären nach den Namen des moslemischen Opfers umgenannt worden. Wir brauchen wieder ein Deutschland, wo jedes Opfer gleich behandelt wird und es keine Zwei-Klassen-Opfer gibt. Wo Opfer ohne Migrationshintergrund von Politik und Medien auch Beachtung finden.

https://www.pi-news.net/2017/03/heilbronn-lebenslang-fuer-moerder-aus-pakistan/#more-556905

Heilbronn: Lebenslang für Mörder aus Pakistan

Der pakistanische Asylantragsteller Abubaker C. (Foto) wurde am 28. Februar vom Landgericht Heilbronn wegen des bestialischen Mordes an einer 70-jährigen Rentnerin aus Neckarsulm-Untergriesheim zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Er hatte bei einem Raubzug die alte Dame, während sie schlief, in ihrem Bett brutal stranguliert, gefesselt, ihr ein christliches Kreuz zwischen die Hände gelegt und die Wohnung mit islamischen Suren und Lobsprüche auf Allah „verschönert". Besonders die an die Wand geschriebenen Worte: „It is Payback-Time" zeigen deutlich die wirklichen Hintergründe der Tat. Die Staatsanwaltschaft warf Abubaker C. daher heimtückischen Mord aus religiösen Gründen vor.

(Von PI-Pforzheim)

Der Angeklagte habe nach Meinung der Staatsanwaltschaft Ungläubige töten wollen. PI berichtete vom Auftakt des Mordprozesses und von den weiteren insgesamt neun Prozesstagen in allen Einzelheiten (hier, hier und hier).

Dabei kamen teilweise alptraumartige Details über den moslemischen Mörder und die irrsinnige Asylpolitik Angela Merkels ans Tageslicht.

Noch vor der Urteilsbegründung kritisierte der Vorsitzende Richter Kleinschroth die Berichterstattung in den Internetforen. Forderungen z.B. von Kommentatoren nach der Todesstrafe für den Täter seien unmenschlich. Wer so etwas fordere, der sei so barbarisch wie der Angeklagte. Wer sich für das christliche Abendland einsetze, der sollte auch christliches Verhalten zeigen, so Richter Kleinschroth. Dabei ist die Berichterstattung in Internetforen mehr als wichtig. So hat z.B. der staatlich kontrollierte Radiosender SWR zwar auch über das Urteil berichtet, sprach aber aktuell nur von einem „Mann" als Täter. Die Staatspropaganda ließ so "Kleinigkeiten" wie z.B., dass der Täter ein moslemischer "Asylsuchender" war, einfach weg. Die öffentliche Berichterstattung gleicht heute mehr und mehr jener zu Zeiten der DDR-Diktatur. Die Bevölkerung wird nach Strich und Faden verdummt.

Die besondere Schwere der Tat wurde festgestellt. Der kriminelle Gast Merkels wird wohl nicht vor Ablauf von 15 Jahren wieder auf die Gesellschaft losgelassen werden. Dabei hat das

Gericht verzweifelt versucht, ihm Brücken zu einem milderen Urteil zu bauen. Doch die Beweislage war extrem belastend. Das Gericht konnte letztendlich kein anderes Urteil fällen. Mehrmals wurde Abubaker C. während des Prozesses gefragt, ob er den Mord im Auftrag Allahs ausgeführt oder ob er Stimmen Gottes gehört habe. Selbst das Angebot, durch ein Geständnis ein milderes Urteil zu erhalten, schlug der rechtgläubige Frauenmörder aus dem fernen Osten aus. Seine große Chance, wie üblich in Merkel-Deutschland bei "religiös" bedingten Morden durch Moslems und Asylforderern wegen "Unzurechnungsfähigkeit" ohne Strafe davon zu kommen, hat er damit auch nicht wahr genommen. Der Gutachter bescheinigte Abubaker C. ebenfalls volle Zurechnungsfähigkeit. Seine „überdurchschnittliche Intelligenz" einer typisch orientalischen und lang herbeigesehnten Fachkraft zeigte der Asylbetrüger, als er am Ende des Prozesses sogar in seiner Dummheit den Gutachter lobte. Der Gutachter sei der Einzige, der ihn hier vor Gericht verstünde, meinte Abubaker C. Leider schloss das Gericht eine unbefristete Sicherungsverwahrung aus und verneinte politisch korrekt den religiösen Hintergrund der Tat. Obwohl selbige ganz klar etwas mit dem Islam und seiner Verachtung gegenüber Andersgläubigen zu tun hatte. Letztendlich ist es nämlich egal, welche Unterart des Islams die Tat zu verantworten hat.
Mehrmals verhöhnte der pakistanische Angeklagte während des Prozesses das Opfer, sprach extreme Morddrohungen gegen Zeugen aus und zeigte deutlich, dass er ein Meister der moslemischen Taqiyya (Recht auf Belügen von Ungläubigen) ist. So meinte er zum Beispiel doch tatsächlich bei einer Vernehmung durch die Polizei wörtlich: "Ich bin unschuldig, habe nie etwas Verbotenes getan. Falls ich lüge, soll ich auf der Stelle tot umfallen. Dafür würde Allah schon sorgen."
Seine DNA am Tatort und sehr viele andere schwer belastende Beweise ließen letztendlich aber keinen Zweifel an seiner Schuld.
Auffällig und bezeichnend war, dass Abubaker C. auch während des Prozesses ständig über Allah sprechen wollte und nur durch das beherzte Eingreifen von Richter Kleinschroth davon abgehalten werden konnte, in längere Monologen über den Islam oder eine seiner fantastischen moslemischen Taqiyya-Geschichten aus Tausend und einer Nacht zu verfallen.
Beim Prozess als Zeugen vorgeladene naive, leichtgläubige und extrem einfältige Gutmenschen und eine treuherzige Asylhelferin zeigten, dass sie offenbar förmlich danach bettelten, von den sogenannten "Schutzsuchenden" getäuscht, für dumm verkauft und extrem veralbert zu werden. Der normale, durchschnittliche Gutmensch ist übrigens, objektiv gesehen, gar nicht gut. Ganz im Gegenteil – seine übersteigerte Moral, mit der er versucht, sich über andere zu erheben und mit der er meist damit das Böse und Intolerante unterstützt, wird ausschließlich auf Kosten anderer ausgelebt.
Noch vor ein paar Jahren, vor der großen Asylflutung durch die Kanzlerin, war Heilbronn eine normale beschauliche und friedliche Großstadt. Es gab ab und zu einmal ein paar Einbrüche und ganz selten einmal einen Mord. Aber seit die Hundertausenden von überwiegend männlichen Scharia-Anhänger nach Deutschland strömen, wird beim Landgericht Heilbronn bei blutigen Kapitalverbrechen fast nur noch gegen Täter mit südländisch klingenden Namen verhandelt. Einheimische Namen bei Angeklagten findet man beim Landgericht eigentlich nur noch bei Bagatellfällen. Die Einbruchsrate in Heilbronn ist förmlich explodiert. Blutigste Verbrechen werden fast ausschließlich von so genannten „Südländern" begangen.
Am Dienstag begann beim Landgericht Heilbronn ein ähnlicher Prozess gegen einen anderen südländischen Asylerschleicher, dem vorgeworfen wird, im nahen Künzelsau eine ehrenamtliche, vertrauensselige und zutrauliche Betreuerin brutalst vergewaltigt zu haben. Der orientalische Bereicherer soll die naive Asylhelferin aufgesucht haben, um mit ihr einen Film anzuschauen. Nach Ende des Films soll der Angeklagte sie umklammert und ihr einen Kuss in den Nacken gegeben haben, worauf diese ablehnend „nein" gesagt habe. Im weiteren Verlauf soll es zu einem heftigen, sich über ca. eine Stunde erstreckenden Handgemenge

gekommen sein. Dabei soll der Angeklagte die Geschädigte am Boden fixiert und im weiteren Verlauf gegen deren Willen den Geschlechtsverkehr mit ihr durchgeführt haben. Die Geschädigte soll dabei auch oberflächliche Verletzungen erlitten haben.
Noch schlimmer als die arglosen und vertrauensseligen Gutmenschen waren aber die selbsternannten "Islamexperten", die als Gutachter im Prozess aussagten. Dabei musste man sich mehrfach fremdschämen. Angeblich gebildete Menschen, die so viel über den Islam und auch den Koran gelesen haben, aber nicht fähig sind, den wahren Inhalt dieser faschistoiden und mörderischen Eroberungideologie zu erkennen. "Experten", die einfach die vielen Schmäh-Suren und die extreme Hetze gegen Andersgläubige im Koran überlesen und vor den vielen Mordbefehlen gegen Ungläubige im Koran und in den Hadithen die Augen bewußt und vorsetzlich zu verschließen scheinen. Der Koran erklärt "rechtgläubige" Moslems zu herrschenden Herrenmenschen und Andersgläubige zu minderwertigen "Kuffar". Also wörtlich übersetzt zu "unwertem Leben", das man als Moslem jederzeit töten darf. Der Islam hat somit mehr Ähnlichkeit mit dem Nationalsozialismus oder dem Stalinismus, als mit einer Religion. Das erklärt auch die vielen blutigen Terroranschläge im Namen Allahs.
Unsere Kanzlerin hat kurzerhand den Artikel 16a des Grundgesetzes, viele Bundes- und Landesgesetze und mehrere internationale Vereinbarungen diktatorisch und undemokratisch außer Kraft gesetzt und Deutschland mit Millionen von größtenteils jungen männlichen Asozialen und islamischen Analphabeten aus aller Welt geflutet. Deshalb konnten hunderttausende extrem gefährliche und durch den Islam verblendete und aufgehetzte junge Männer ungehindert nach Deutschland kommen. Gemäß ihrer "religiösen" Lebenseinstellung dürfen sie uns, die wir nach dem Koran minderwertige und unreine Ungläubige sind, jederzeit töten. Es muss nur der Islam in irgendeiner unbedeutenden Weise „beleidigt" worden sein.
Eine geheim gehaltene und den Medien zugespielte Statistik des Bundeskriminalamtes zeigt das ganze Ausmaß der moslemischen Menschenverachtung. So wurden nur in den ersten neun Monaten 2016 und nur in Asylantenheimen in Deutschland sage und schreibe 139 Tötungsdelikte (einschließlich Versuche) registriert. Verbrechen der Asylforderer außerhalb der Unterkünfte werden bewusst von der Merkel-Regierung nicht erfasst. Die Zahlen würden die einheimische Bevölkerung verunsichern und alternativen Parteien einen extremen Zulauf bescheren.
Auch zeigten unsere faktisch gleichgeschalteten „Qualitätsmedien" bei der Berichterstattung über diesen Fall ein erschreckendes Bild. So wurde über den Mord in Untergriesheim fast ausschließlich lokal berichtet. Als bekannt wurde, dass der Mörder ein moslemischer Asylant sein könnte, der die Wohnung des Opfers mit Suren aus dem Koran beschriftet hatte, wurde die Berichterstattung sofort fast gänzlich eingestellt. So eine Nachrichtensperre kennt man eigentlich nur noch aus Diktaturen wie Nordkorea oder ähnlichen Ländern.
Die ganze Perversion und Absurdität der Nicht-Berichterstattung und des Verschweigens in unseren Medien wird einem erst richtig bewusst, wenn man einfach einmal den umgekehrten Fall annimmt. Man stelle sich vor, ein Einheimischer wäre in das Haus einer Muslima eingedrungen. Dieser hätte dann eine gläubige Kopftuchträgerin grausamst stranguliert und die Wohnung mit Hakenkreuzen und Lobpreisungen auf Adolf Hitler verziert. Die Journalisten hätten sich bei der bundesweiten groß aufgemachten Berichterstattung überschlagen. In den Staatsmedien wäre die Tat in den Hauptnachrichten wochenlang behandelt worden. Dutzende von rot-grünen/schwarzen Politikerinnen hätten live vor laufender Kamera Empörungsanfälle bekommen und würden in den vielen dann folgenden Talkshows wie üblich massiv gegen Islamkritiker geifern und hetzen.
Ganze Rudel von Politikern der Kartellparteien würden am Tatort Rosen niederlegen und dabei feierlich erklären, der Islam gehöre zu Deutschland. Wahrscheinlich würden wie bei den Döner-Morden der NSU Straßenzüge und Plätze nach dem moslemischen Opfer benannt werden. Wiedergutmachungs-Zahlungen würden, wie bei den mutmaßlichen NSU-Opfern, ohne das Vorliegen eines Urteils unverzüglich ausbezahlt werden. Der einheimische Täter

hätte einen langen Schauprozess vor sich. Man stelle sich weiter vor, der Angeklagte würde im Prozess ausschließlich von Adolf Hitler schwärmen und selbsternannte Gutachter würden dazu noch total lebensfremd erklären, dass diese Tat absolut nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun hätte. Wären unsere „Qualitätsmedien“ dann genau so milde und nachsichtig wie bei der erschreckend politisch korrekten Berichterstattung im Falle des moslemischen Raubmörders Abubaker C.?

Der pakistanische Asylbetrüger Abubaker C. ist nach eigenen Aussagen über ein sicheres Drittland eingereist, um in Deutschland Geld zu verdienen. Es lagen absolut keine Asylgründe vor. Er hatte sich hier unter mehreren Identitäten angemeldet, Sozialleistungen erschlichen und wurde dutzendfach auffällig. Sämtliche Verfahren gegen ihn, wegen z.B. Vergewaltigung, Morddrohungen, Freiheitsberaubung, Diebstahl, Drogenbesitz, usw. wurden erstaunlicherweise mangels öffentlichem Interesses oder aufgrund fehlender Beweise eingestellt. Auch wurde der moslemische Raubmörder, selbst nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland, von den Behörden nicht einmal aufgefordert, seinen Asylantrag zu begründen. Eine Mitarbeiterin des Landratsamtes, die nicht genannt werden will, meinte, dies sei vollkommen normal und auch so gewollt in Merkel-Deutschland.

An den Händen der Kanzlerin und auch denen der naiven Asylhelfer und Behördenmitarbeiter klebt das Blut des Opfers aus Untergriesheim. Die rotgrünen Asylflutungs-Befürworter um Merkel haben faktisch mit gemordet. Das Opfer war Ehefrau, Mutter und Großmutter einer bodenständigen Familie und könnte heute noch leben – wäre der kriminelle und strenggläubige Scheinasylant sofort ausgewiesen oder erst gar nicht nach Deutschland herein gelassen worden.

Abubaker C. freut sich übrigens nach eignen Aussagen auf den Gefängnisaufenthalt. Wörtlich sagte er zum Schluss: “Ich möchte ins Gefängnis gehen, dort lernen und arbeiten, mehr brauche ich zum Leben nicht.” Es hat sich unter den Asylanten herumgesprochen: Deutscher Luxus-Knast ist weltweit unter Kriminellen und radikalen Moslems beliebt. Das ist Erholung bei Rundum-Vollversorgung „all inclusive“ pur. Und der moslemische Allahkrieger hat jetzt alle Zeit der Welt, den Koran noch akkribischer zu studieren und sich neue blutige Pläne gemäß der Scharia gegen Andersgläubige für die Zeit nach seiner Entlassung auszudenken. Alles bezahlt von unseren Steuergeldern. Kriminelle Straftaten von Asylanten haben ja außerdem auch im Land der rotgrünen Irren keinerlei Einfluss auf das Asylverfahren.

Ein Blick in die Fußgängerzone von Heilbronn zeigt, wohin die Reise geht. Fast nur noch Schwadronen von Bekopftuchten mit Kinderwagen, begleitet von großen Kinderscharen, und natürlich Horden von herum gammelnden südländisch aussehenden jungen Männern aus dem Orient und Nordafrikanern sind dort anzutreffen. Man meint, in Ost-Aleppo zu sein.

Ein künftiger moslemischer Bundespräsident ist aus heutiger Sicht nicht mehr auszuschließen, da die Kartellparteien und die Kanzlerin ihre Asylflutungs- und Islamisierungspolitik weiter fortführen und die Menschen in Deutschland ihr Wahlverhalten leider kaum ändern werden. Für die Zukunft unseres Landes sieht es sehr düster aus. Nach der Bundestagswahl im September diesen Jahres werden die Blockparteien-Politiker mit oder ohne Merkel die Asylflutungs-Tore wieder weit öffnen. Dazu kommt noch millionenfacher Familiennachzug. Dies alles gilt es zu verhindern. Immer mehr Menschen erwachen aus ihrem von der faktisch gleichgeschalteten Medienlandschaft und der rotgrünen Dauerpropaganda verursachten komatösem Schlaf, aber leider werden das wahrscheinlich im September zu wenige Wähler sein, um den Untergang unseres liberalen und weltoffenen Landes und die kommende Umwandlung Deutschlands in einen moslemischen Scharia-Staat zu stoppen. Die letzten Worte des moslemischen Mörders lauteten: „Ich möchte die Todesstrafe“. Möge Allah ihm seinen Wunsch erfüllen.

M.Schröter-Kunhardt
Facharzt für Psychiatrie
Suchtmedizinische Grundversorgung
21224 Rosengarten
Mühlenweg 30
Tel 04105/869330
handy 0172/6249248
www.nahtodforschung.com

4.3.17
helmut.buchholz@stimme.de
Geehrter Herr Buchholz,

angesichts Ihres Kommentars zu dem oHeilbronner Mordfall durch einen pakistaischen Asylanten lasse ich als ehemaliger Weinsberger Psychiater Ihnen im Anhang "Migrationskriminalität" weitere Berichte über hunderte ähnliche Übergriffe zukommen, die wir Frau Merkel und ihren Ja-Sagern verdanken, die seit Jahren einen hochgradig gefährlichen religiösen Faschismus unterstützen, der bisher ca. viermal soviel Menschen wie Hitler in Angriffskriegen ermordet hat und diese Menschheitsgefährdung bis heute fortsetzt (u.a. z.B. erkennbar an Erdogans Massensozialmord an Gülen-Anhängern).
DIe deutschen Politiker unterstützen somit mehrheitlich eine POLITISCHE Religion, deren Gründer Mohammed nach meinem Publikationsentwurf zur Geisteskrankheit Mohammeds im Anhang der erste (psychisch kranke) IS-Terrorist war ... ..
Wer also ohne ausreichendes Wissen über (wie viele Bundesgauckler) den Islam (politisch korrekt) unterstützt, wird das eines Tages angesichts der Millionen Opfer dieses religiösen Wahns verantworten müssen:

Der Islam gehört nicht in die christlich-abendländische Kultur, da er ihr diametral widerspricht und seit seiner Gründung eine menschheitsgef

http://www.pi-news.net/2017/02/anzahl-von-nafris-in-gefaengnissen-verdoppelt/#more-554677

Anzahl von Nafris in Gefängnissen verdoppelt

Die Zahl der nordafrikanischen Häftlinge hat sich in Baden-Württemberg in den vergangenen zwei Jahren nahezu verdoppelt. Sie sind gewalttätiger als andere Gefangene, sie zeigen keinen Respekt gegenüber Justizbeamten, insbesondere gegenüber den weiblichen Kräften. Sie zeichnen sich zudem durch „forderndes Auftreten“, Drohungen und Gewalt gegen sich und andere aus.
Das Problem betreffe mehr oder minder alle Bundesländer, sagte der Vorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschland, René Müller. „Besonders sind aber die Metropolen betroffen.“ Auch in Nordrhein-Westfalens Gefängnissen hat sich die Zahl der nordafrikanischen Gefangenen von 2014 bis 2016 mehr als verdoppelt und liegt

nun bei 812. Sachsen will befristet Dolmetscher sowie weitere Psychologen einstellen und die Bediensteten besser schulen, verlautbaren die Ministerien.
Sprachkurse für Justizbeamte
Im grünen Südwesten sollen die Gefängnismitarbeiter wie auch in Schleswig-Holstein, jetzt die Sprache ihrer Peiniger in speziellen Kursen erlernen. Außerdem sollen in Baden-Württemberg und Bayern zusätzlich Videodolmetscher eingesetzt werden. Gefängnis-„Vorzeige"-Imam Mustafa Cimsit, der in diesem Zusammenhang von den Medien hofiert und zitiert wird, fordert eine bessere interkulturelle Schulung der Bediensteten und einen flächendeckenden Einsatz von Gefängnis-Imamen. Aufhorchen sollte man, wenn eine Person wie Cimsit mehr Imame fordert. Nach ein wenig Recherche stellt man fest: Für ihn selbst sind sogenannte „Islamisten" einfach nur normale Muslime, die er in den Schutz der Ummah (Gemeinschaft der Muslime) gestellt sehen will. Auch spricht er sich für geschlechtergetrennten Sportunterricht aus, begründet dies mit „religiöser Identität" und definiert den Begriff „Dschihad" positiv.
Gewerkschaften fordern 2000 Beamte zusätzlich
Bundesweit fehlen nach Gewerkschaftsangeben etwa 2000 Beamte im Strafvollzugsdienst. Personalforderungen, die angesichts der kriminellen „Neubürger" sicherlich notwendig sind, für dessen Umsetzung dem Steuerzahler aber wieder einmal mehr tief in die Tasche gegriffen wird. Alles Probleme, die ohne die massenhafte Invasion von Muslimen nicht existent sein würden – und der massenhafte „Familiennachzug" läuft bekanntlich demnächst erst an.

http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/24843/3558520

Kreispolizeibehörde Borken

POL-BOR: Nach Tötungsdelikt in Ahaus - Ermittler fahnden nach Tatverdächtigem

12.02.2017 – 15:26

Münster / Ahaus (ots) - Gemeinsame Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Münster, der Polizei Borken und des Polizeipräsidiums Münster - Nachtrag zur ots Meldung vom 11. 2. 2017, 10:06 Uhr "Junge Frau in Ahaus getötet - Mordkommission ermittelt"

Die Ermittler haben Hinweise gefunden, die einen ersten Tatverdacht auslösen. "Ein 27 jähriger Asylbewerber aus Nigeria hat in den letzten Wochen den Kontakt zur 22 jährigen Frau gesucht"; sagte Oberstaatsanwalt Martin Botzenhardt heute in Münster. "Nach dem aktuellen Stand der Ermittlungen ist der Mann dringend tatverdächtig, die Frau getötet zu haben. Deshalb hat die Staatsanwaltschaft Münster beim Amtsgericht Münster einen Haftbefehl wegen Totschlags beantragt." Der Nigerianer ist seit der Tat flüchtig, nach ihm wird gefahndet.

Die Verstorbene ist gestern im Institut für Rechtsmedizin der Universitätsklinik Münster obduziert worden. "Im Oberkörper und Hals wurden eine Vielzahl von Stichverletzungen festgestellt", erläuterte der Oberstaatsanwalt. "Der erhebliche Blutverlust führte unweigerlich zum Tod der jungen Frau."

Medienanfragen beantwortet für die Staatsanwaltschaft Münster Oberstaatsanwalt Martin Botzenhardt, Telefon 0172 2913810.

Kontakt für Medienvertreter: Polizei Münster Roland Vorholt Telefon: 0251-275-1010 E-Mail: pressestelle.muenster@polizei.nrw.de http://www.polizei.nrw.de/muenster Original-Content von: Polizei Münster, übermittelt durch news aktuell
Rückfragen bitte an:

Kreispolizeibehörde Borken

Pressestelle

Frank Rentmeister

Telefon: 02861-900-2200

http://www.polizei.nrw.de/borken/
Original-Content von: Kreispolizeibehörde Borken, übermittelt durch news aktuell

http://www.pi-news.net/2017/02/ahaus-nigerianer-schlachtet-22-jaehrige-ab/

http://www.focus.de/panorama/welt/drama-in-ahaus-22-jaehrige-getoetet-verdaechtiger-wird-in-der-schweiz-gefasst_id_6643162.html

https://www.pi-news.net/2017/02/berlin-pakistanischer-kinderschaender-bleibt-frei/#more-554796

Berlin: Pakistanischer Kinderschänder bleibt frei

Im September vergangenen Jahres verging sich Tayyab M., ein 27-jähriger pakistanischer Gast der Kanzlerin an einem kleinen Mädchen (PI berichtete). Dabei war er von zwei Mitbewohnern seiner Unterkunft überrascht worden, die ihn überwältigten und ihn eigentlich der Lynchjustiz im Lager ausliefern wollten. Die Security und die herbeigerufene Polizei verhinderte das aber gerade noch. Dennoch kam es zu einer Tragödie: Gerade als die Beamten den Rapefugee abführen wollten, stürzte der aus dem Irak stammende Vater der Sechsjährigen

mit einem Messer auf den Vergewaltiger seines Kindes los. Weil der aufgebrachte Mann anders nicht zu bändigen war, schossen die Beamten auf den Tobenden. Der Iraker erlag kurz darauf im Krankenhaus seinen Verletzungen. Am Dienstag stand nun der Kinderschänder in Berlin vor Gericht.
An der Schuld des Pakistaners gab es keine Zweifel. Die Zeugen, die Aussagen des Missbrauchsopfers und die ärztlichen Atteste über die Verletzungen des Kindes bestätigten die Schuld und Tayyab M. legte auch ein Geständnis ab. Der Täter hatte sich vor der Tat schon über einen längeren Zeitraum das Vertrauen des Kindes erschlichen. Am Tattag war es ihm so ein Leichtes das unbedarfte Mädchen an einen abgelegenen Ort (Foto) zu locken, wo er sich an ihm verging.
Angeblich war die Vergewaltigungsfachkraft wegen "einiger politischer und finanzieller Probleme" aus Pakistan geflohen. Seine Reise aus seinen „finanziellen Problemen" führte den Mann über den Iran, die Türkei, Griechenland, Serbien und Österreich nach Germoney. Während der Verhandlung nannte er seine „Flucht" „Gruppenreise". Seine Frau ließ er aus Kostengründen in Pakistan zurück. Da er nun keinen Zugriff auf seine persönliche sexuelle Befriedigungsflatrate hatte, musste eben eine Sechsjährige herhalten. Ihm sei egal gewesen, ob er sich an einem Mädchen oder einer Frau vergehe, hatte er dem Gericht gesagt.
Das erschreckende Urteil: Ein Jahr und acht Monate auf Bewährung. Die Begründung: Der sexuelle Übergriff sei nur kurz gewesen. Tayyab M. gilt noch für zwei Monate als geduldet. Mit einer Abschiebung danach ist aber wohl auch in diesem Fall nicht zu rechnen. Er selbst will jedenfalls in Deutschland bleiben. Er will Papiere und einen Arbeitsplatz.
Das Unrechtsbewusstsein dürfte wohl nicht recht groß sein und dieses Skandalurteil wird auch nicht dafür sorgen, dass der Kinderschänder eines entwickelt. Er weiß nun, wenn er sich beeilt und er ein Kind „nur kurz" missbraucht hat das in Deutschland de facto keine Konsequenzen. Ein echter Pädophiler dürfte er seiner Aussage nach nicht sein, also wird er sich beim nächsten Mal vielleicht ein etwas älteres lebendiges Sexspielzeug aussuchen, da gibt es vielleicht dann auch nicht so viel Stress mit wütenden Elternteilen. *(lsg)*

https://de.gatestoneinstitute.org/9936/deutschland-muslime-demographie

Deutschlands demografische Zukunft ist muslimisch

von Soeren Kern
12. Februar 2017
Englischer Originaltext: Germany's Muslim Demographic Future
Übersetzung: Stefan Frank

- Kritiker von Deutschlands Einwanderungspolitik der offenen Tür warnen davor, dass der jüngste Anstieg der muslimischen Bevölkerung in Deutschland – deren Zahl 2016 erstmals auf über sechs Millionen kletterte – das Gesicht des Landes bereits für immer verändert hat.
- Der Preis für die Umkehr von Deutschlands demografischem Niedergang scheint die weitere Islamisierung Deutschlands unter dem Mantel des Multikulturalismus zu sein.

- Angesichts einer Rate von 1,6 Geburten pro Frau – weit unter der Reproduktionsrate von 2,1 – wird Deutschland laut dem Bericht bis 2060 einen permanenten Zustrom von 300.000 Migranten pro Jahr benötigen, um den derzeitigen Bevölkerungsstand stabil zu halten.
- **"Wir importieren islamistischen Extremismus, arabischen Antisemitismus, nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis. Die deutschen Sicherheitsbehörden sind und werden nicht in der Lage sein, diese importierten Sicherheitsprobleme und die hierdurch entstehenden Reaktionen aufseiten der deutschen Bevölkerung zu lösen", heißt es in einem durchgesickerten Geheimdienstbericht.**
- **Vor über einem Jahrzehnt warnte der Historiker Bernard Lewis: Sollte sich der derzeitige Migrationstrend fortsetzen, werde Europa Ende des 21. Jahrhunderts islamisch sein. Deutschlands politische Eliten bilden die Vorhut dabei, diese Vorhersage Wirklichkeit werden zu lassen.**

Um seinen Bevölkerungsschwund zu stoppen, müsse Deutschland in den kommenden 40 Jahren jährlich 300.000 Migranten aufnehmen, heißt es in einem nach außen gesickerten Regierungsbericht.

Das Dokument, das die *Rheinische Post* am 1. Februar in Auszügen veröffentlichte, enthüllt, dass die Bundesregierung auf permanente Massenmigration setzt – wahrscheinlich aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten –, um den derzeitigen Bevölkerungsstand (82,8 Millionen) über 2060 hinaus stabil zu halten.

Der Bericht impliziert, dass die Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, 2015 und 2016 rund 1,5 Millionen vor allem muslimische Migranten ins Land zu lassen, nicht in erster Linie eine humanitäre Geste war, sondern ein kalkulierter Versuch, Deutschlands demografischen Niedergang aufzuhalten und die Funktionsfähigkeit des deutschen Sozialstaats auch in Zukunft zu wahren.

Wenn die meisten der neuen Migranten, die in den nächsten vier Jahrzehnten nach Deutschland kommen, aus der islamischen Welt stammen, dann könnte die muslimische Bevölkerung in Deutschland deutlich über 20 Millionen steigen und 2060 mehr als 25 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Kritiker von Deutschlands Einwanderungspolitik der offenen Tür warnen davor, dass der jüngste Anstieg der muslimischen Bevölkerung in Deutschland – deren Zahl 2016 erstmals auf über sechs Millionen kletterte – das Gesicht des Landes bereits für immer verändert hat. Die Massenmigration beschleunigt den Aufstieg des Islam in Deutschland, was man an der immer größeren Zahl von No-go-Areas, Schariagerichten, Vielehen, Kinderheiraten und Ehrenmorden ablesen kann. Sie ist auch für gesellschaftliches Chaos verantwortlich: dschihadistische Anschläge, eine Migranten-Vergewaltigungsepidemie, eine Krise des Gesundheitssystems, wachsende Kriminalität und der dringende Wunsch vieler deutscher Bürger, Waffen zur Selbstverteidigung zu kaufen – oder gar das Leben in Deutschland ganz aufzugeben.

Die Bundesregierung hat nicht gesagt, wie sie plant, möglicherweise Millionen weiterer Muslime in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Der Preis für die Umkehr von Deutschlands demografischem Niedergang scheint die weitere Islamisierung Deutschlands unter dem Mantel des Multikulturalismus zu sein.

Laut dem vom Statistischen Bundesamt erstellten Bericht hatte die Regierung bislang angenommen, dass Deutschlands Bevölkerung von einem Hoch von 82 Millionen auf 73 Millionen im Jahr 2060 schrumpfen werde – im schlimmsten Fall sogar auf 67,6 Millionen. Diese Schätzung wird nun jedoch auf der Basis neu berechneter Vorhersagen bezüglich der Einwanderung, der Geburtenraten und der Lebenserwartung revidiert.

Aufgrund der positiven Nettomigration (d.h. dass mehr Personen ins Land kommen, als es verlassen) stieg Deutschlands Einwohnerzahl 2015 um 1,14 Millionen und 2016 noch einmal

um 750.000. Nach den vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes erreichte sie somit ein Allzeithoch von 82,8 Millionen.
Angesichts einer Rate von 1,6 Geburten pro Frau – weit unter der Reproduktionsrate von 2,1 – wird Deutschland laut dem Bericht bis 2060 einen permanenten Zustrom von 300.000 Migranten pro Jahr benötigen, um den derzeitigen Bevölkerungsstand stabil zu halten.
Der Bericht betont die Notwendigkeit, die Migranten in die berufstätige Bevölkerung zu integrieren, damit sie anfangen, in die Sozialsysteme einzuzahlen. "Nach den vorliegenden Erfahrungen wird dies nicht einfach sein und länger dauern als zunächst vielfach erhofft", räumt der Bericht ein. "Erfolge werden hier erst mittel- bis langfristig sichtbar sein."
Wie eine neue Umfrage der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ergeben hat, haben die 30 größten deutschen Unternehmen lediglich 54 Flüchtlinge eingestellt; 50 davon sind Zusteller beim Logistikkonzern Deutsche Post. Das größte Problem, sagen Unternehmenssprecher, sei der Mangel an Berufsqualifikationen und an Kenntnissen der deutschen Sprache bei den Migranten.
Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist das Ausbildungsniveau bei neu ankommenden Migranten in Deutschland wesentlich schlechter als erwartet: Nur ein Viertel habe überhaupt irgendeine Berufsausbildung. Mehr als ein Drittel habe keinen oder nur einen Hauptschulabschluss. Lediglich vier Prozent der in Deutschland ankommenden Migranten seien sehr gut qualifiziert.
Die übergroße Mehrheit der Migranten, die 2015 und 2016 in Deutschland eintrafen, lebt von Sozialleistungen. Die deutschen Steuerzahler haben 2016 gut 21,7 Milliarden Euro an Hilfen für Flüchtlinge und Asylbewerber gezahlt und werden 2017 eine ähnliche Summe aufbringen.
Wie ein Dokument aus dem Bundesfinanzministerium enthüllt, könnte die Migrantenkrise die deutschen Steuerzahler bis 2020 93,6 Milliarden Euro kosten. Etwa 25,7 Milliarden Euro sind demnach für Sozialausgaben wie Sozialhilfe und Wohnungszuschüsse zu veranschlagen; 5,7 Milliarden für Sprachkurse und 4,6 Milliarden, um die Flüchtlinge in die Arbeitswelt zu integrieren.
Die Massenmigration führt auch zu einer wachsenden Nachfrage nach Wohnraum; deutsche Durchschnittsverdiener müssen in der Folge mehr Geld für die Miete aufwenden. Um den Bedarf zu decken, müssten jährlich rund 350.000 neue Wohnungen gebaut werden – 2014 waren es aber nur 245.000, 2015 248.000, schreibt die *Rheinische Post.*
Unterdessen haben Migranten im Jahr 2015 laut einem Bericht des Bundeskriminalamts (BKA) 208.344 Straftaten verübt. Das ist ein Anstieg von 80 Prozent gegenüber 2014 und bedeutet, dass Migranten zwischen Januar und Dezember 2015 jeden Tag 570 Straftaten begangen haben, oder 23 pro Stunde.
Ein nach außen gedrungener Geheimdienstbericht warnt davor, dass die Masseneinwanderung aus der muslimischen Welt zu wachsender politischer Instabilität führen werde. Eine "Integration Hunderttausender illegaler Einwanderer in Deutschland ist angesichts der Zahl und der bereits bestehenden Parallelgesellschaften gar nicht möglich." Weiter heißt es:
"Wir importieren islamistischen Extremismus, arabischen Antisemitismus, nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis. Die deutschen Sicherheitsbehörden sind und werden nicht in der Lage sein, diese importierten Sicherheitsprobleme und die hierdurch entstehenden Reaktionen aufseiten der deutschen Bevölkerung zu lösen."
In einem Interview mit der Tageszeitung *Die Welt* sagt ein nicht namentlich genannter, mit Sicherheitsfragen vertrauter Spitzenbeamter:
"Wir produzieren durch diese Zuwanderung Extremisten, die bürgerliche Mitte radikalisiert sich, weil sie diese Zuwanderung mehrheitlich nicht will und ihr dies von

der politischen Elite aufgezwungen wird. Wir werden eine Abkehr vieler Menschen von diesem Verfassungsstaat erleben."

Eine YouGov-Umfrage ergab, dass 68 Prozent der Deutschen glauben, die Sicherheitslage in ihrem Land habe sich in den letzten Jahren verschlechtert. Fast 70 Prozent der Teilnehmer gaben an, sie fürchteten an Eisenbahn- und U-Bahn-Stationen um Leben und Besitz, 63 Prozent fühlen sich bei großen öffentlichen Veranstaltungen unsicher.

Laut einer INSA-Erhebung finden 60 Prozent der Deutschen, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört. Fast die Hälfte (46%) der Befragten sagen, die "Islamisierung" Deutschlands bereite ihnen Sorge.

Fänden heute Bundestagswahlen statt, würde Angela Merkel trotzdem mit Leichtigkeit eine weitere vierjährige Amtszeit als Kanzlerin gewinnen. Eine am 2. Februar von INSA durchgeführte Umfrage im Auftrag von *Bild* ergab, dass Merkels regierende CDU 33 Prozent der Stimmen bekommen würde, gegenüber 27 Prozent für die SPD und 9 Prozent für die Antieinwanderungspartei Alternative für Deutschland (AfD).

Berechnung der muslimischen Bevölkerung Deutschlands

Deutschland konkurriert nun mit Frankreich darum, welches Land die größte muslimische Bevölkerung Westeuropas hat. Für das Wachstum der muslimischen Bevölkerung in Deutschland ist vor allem die Massenmigration verantwortlich. Schätzungsweise 300.000 Migranten kamen 2016 nach Deutschland, zusätzlich zu den mehr als einer Million Migranten von 2015. Mindestens 80 Prozent (also 800.000 im Jahr 2015 und 240.000 im Jahr 2016) der Migranten sind nach Angaben des Zentralrats der Muslime in Deutschland Muslime.

Zu den Neuankömmlingen kommt das natürliche Wachstum der bereits in Deutschland lebenden muslimischen Gemeinde hinzu, das Zahlen zufolge, welches sich aus einer aktuellen Studie – die das Pew Research Center über das Wachstum der muslimischen Bevölkerung in Europa vorgelegt hat – errechnen lassen, bei etwa 1,6 Prozent pro Jahr (77.000) liegt.

Laut der Kalkulation von Pew – die noch aus der Zeit *vor* der derzeitigen Migrationskrise stammt – hätte die muslimische Bevölkerung in Deutschland Ende 2015 bei 5,145 Millionen gelegen.

Rechnet man die 800.000 muslimischen Migranten hinzu, die 2015 nach Deutschland kamen und die 240.000, die 2016 eintrafen, dazu das natürliche Wachstum von 77.000, dann hat die muslimische Bevölkerung einen Sprung von 1,117 Millionen gemacht und lag Ende 2016 bei schätzungsweise 6,262 Millionen. Das sind etwa 7,6 Prozent von Deutschlands Gesamtbevölkerung von 82,8 Millionen.

Nach Angaben des Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages, Uwe Brandl, könnte die muslimische Bevölkerung in Deutschland schon im Jahr 2020 auf 20 Millionen ansteigen. Seine Prognose basiert auf der sogenannten Familienzusammenführung: Personen, deren Asylantrag stattgegeben wird, werden in der Folge zwischen vier und acht weitere Familienmitglieder nach Deutschland holen.

Vor über einem Jahrzehnt warnte der Historiker Bernard Lewis: Sollte sich der derzeitige Migrationstrend fortsetzen, werde Europa Ende des 21. Jahrhunderts islamisch sein. Deutschlands politische Eliten bilden die Vorhut dabei, diese Vorhersage Wirklichkeit werden zu lassen.

Soeren Kern ist ein Senior Fellow des New Yorker Gatestone Institute. Besuchen Sie ihn auf Facebook und folgen ihm auf Twitter.

https://www.pi-news.net/2017/02/vier-frauen-von-25-bis-60-jahren-vergewaltigt/#more-555047

Vier Frauen von 25 bis 60 Jahren vergewaltigt

pi-news.net/2017/02/vier-frauen-von-25-bis-60-jahren-vergewaltigt/

PI

Berlin: Mit der Veröffentlichung einer Videosequenz sowie eines Fotos sucht das Fachkommissariat des Landeskriminalamtes nach dem 33-jährigen libyschen Staatsangehörigen Fatah Chinan (l.). Dieser wird dringend verdächtigt, am Donnerstag, den 9. Februar 2017, in Neukölln eine Frau unter massiver Gewaltanwendung vergewaltigt zu haben. Die 48-Jährige wurde bei der Tat schwer verletzt und musste zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter

Jena: Umfangreiche Ermittlungen der Kriminalpolizei Jena und Hinweise aus der Bevölkerung hatten laut der Mitteilung der Polizei zu einem 20-jährigen syrischen Flüchtling aus Jena geführt. Auf dem Weg zur Arbeit wurde vergangenen Freitag gegen 6 Uhr eine 60-jährige Frau in Jena Opfer eines sexuellen Übergriffs. In der Straße des 17. Juni griff ein Mann die Frau an, zog sie im Bereich zwischen Am Steiger und Philosophenweg in eine Einfahrt, missbrauchte sie dort sexuell und flüchtete. Gegen den 20-Jährigen erließ auf Antrag der Staatsanwaltschaft Gera das Amtsgericht Gera wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung einen Haftbefehl und einen Durchsuchungsbeschluss. Am Mittwoch nahmen ihn Beamte der Kriminalpolizei Jena in seiner Unterkunft fest. Der Mann wurde am Donnerstag vernommen. Bei der Festnahme fanden die Beamten durch Zufall 1,2 g Haschisch.

Wien: In ihrem Hotelzimmer in Wien-Leopoldstadt soll Montagfrüh eine 25-Jährige verwaltigt worden sein, berichtete die Wiener Polizei. Nach ersten Erkenntnissen habe ein 35-jähriger Hotelangestellter ein Duplikat der Schlüsselkarte angefertigt und sich kurz nach sechs Uhr Früh Zutritt zum Hotelzimmer verschafft. Die Frau dürfte schon öfters im Hotel zu Gast gewesen sein. Sie kannte auch den Verdächtigen, der im Hotel als Barmann arbeitete. Sonntagabend blieb die Frau bis 3.30 Uhr Früh an der Bar, sie soll sich lange mit dem Angestellten unterhalten haben. Ein eindeutiges Angebot des Mannes, einem Tunesier, schlug sie aber aus. Sie ging alleine aufs Zimmer. Nach Ende seiner Schicht gegen 6 Uhr Früh soll der Mann allerdings mit einer Schlüsselkarte ins Zimmer eingedrungen sein. Laut Polizei vergewaltigte er die Frau – sie dürfte wegen ihrer Alkoholisierung davon nichts mitbekommen haben. Erst als sie Stunden später munter wurde, bemerkte sie Schmerzen und ging zum Arzt. Frau erstattete Anzeige bei der Polizei. Der Verdächtige sitzt inzwischen in Haft.

Geilenkirchen-Niederheid/Wassenberg-Rosenthal: Am Sonntag (12. Februar) erschien gegen 04:30 Uhr eine junge Frau auf der Polizeiwache in Hückelhoven und zeigte an, dass sie Opfer eines Sexualdeliktes geworden war. Zuvor war die Heinsbergerin in einer Diskothek in Geilenkirchen-Niederheid. Diese verließ sie am Sonntagmorgen gegen 01:30 Uhr. Anschließend stieg sie im Bereich der Disco in ein beiges Großraumfahrzeug. Der Fahrer sollte sie nach Heinsberg-Straeten bringen. Von ihr aber unbemerkt, ging die Fahrt nicht in den Heinsberger Ortsteil, sondern nach Wassenberg. Auf einem Feldweg hielt der Fahrer schließlich an. Er begab sich in den hinteren Bereich des Wagens und verging sich an der jungen Frau. Diese konnte schließlich aus dem Fahrzeug flüchten und bemerkte erst dann, dass sie sich in der Nähe der Ortschaft Wassenberg-Rosenthal befand. Es gelang ihr einen zufällig vorbeikommenden Pkw Fahrer anzuhalten, der sie zur Polizeiwache brachte. Nach ihren Angaben war der Täter etwa 25 bis 30 Jahre alt, ungefähr 180 bis 190cm groß und hatte dunkle Haare, braune Augen sowie einen “Drei Tage Bart”. Er war von kräftigerer Gestalt und südländischer Erscheinung.

Wangen: Wie erst jetzt bei der Polizei angezeigt wurde, ist ein unbekannter Täter am vergangenen Freitagnachmittag, gegen 13.30 Uhr, gegenüber einer 77-jährigen Spaziergängerin

auf dem Fußweg an der “Oberen Argen”, unterhalb der Realschule als Exhibitionist aufgetreten. Die Frau war mit ihrem Hund auf dem Fußweg vom Scherrichmühlweg kommend in Richtung Erbagelände gegangen, als sie plötzlich einen Mann im Böschungsbereich der Argen stehen sah, der sich vor ihr entblößte hatte. Der Mann soll etwa 50 Jahre alt und ca. 170 cm groß sein. Er hat kurze schwarze Haare und möglicherweise einen südländischen Migrationshintergrund. Personen, denen der Täter aufgefallen ist oder die Hinweise zu seiner Identität geben können, werden gebeten, sich mit dem Polizeirevier Wangen, Tel. 07522 984 – 0, in Verbindung zu setzen.

Dortmund: Eine 19-jährige Lünerin ist in der Nacht zu Samstag (28. Januar) auf der Konrad-Adenauer-Straße überfallen worden. Dabei wurde ihr die Handtasche geraubt. Die junge Frau war gegen 4 Uhr auf der Gartenstraße unterwegs, als sie ersten eigenen Angaben zufolge aus einer Gruppe von drei Männern angesprochen wurde. Dies ignorierte sie jedoch und setzte ihren Weg fort. Trotzdem folgte ihr einer der Unbekannten und berührte sie demnach unter anderem am Po. Die Lünerin wehrte sich heftig, auf der Konrad-Adenauer-Straße riss sie jedoch einer der Männer zu Boden. Dort wurde sie zudem geschlagen und einer der Täter entriss ihr die Handtasche. Anschließend flüchteten die Täter ihrer Aussage zufolge in Richtung Von-Wieck-Straße. Die 19-Jährige wurde bei dem Überfall leicht verletzt. Die Polizei sucht nun Zeugen, die Hinweis zu den Tätern geben können. Sie werden wie folgt beschrieben:
Haupttäter: dunkelhäutig, ca. 20 Jahre alt, Zahnlücke zwischen den Schneidezähnen, weiße Kappe. Zweiter Täter: dunkelhäutig, ca. 20 Jahre alt, kleiner als der Haupttäter, schwarze Jacke. Dritter Täter: dunkelhäutig

Siegen: Das Siegener Kriminalkommissariat 1 ermittelt aktuell gegen einen noch unbekannten Tatverdächtigen wegen eines versuchten Sexualdeliktes. Die Tat ereignete sich am frühen Sonntagmorgen um 05.40 Uhr im Hausflur eines Siegener Studentenwohnheims in der Glückaufstraße. Eine 24-jährige Studentin hatte sich gegen 05.15 Uhr von einer “Auf den Hütten” gelegenen Diskothek aus auf ihren Nachhauseweg zu dem Studentenheim in der Glückaufstraße begeben. Auf dem Weg dorthin wurde sie von dem späteren Täter verfolgt und auch angesprochen. Am Wohnhaus der jungen Frau angekommen, verschaffte sich der Unbekannte geschickt Zutritt zu dem Studentenwohnheim, danach kam es noch im Hausflur zu dem versuchten Sexualdelikt zum Nachteil der 24-Jährigen. Die junge Frau konnte sich jedoch lautstark und sehr vehement zur Wehr setzen und so – unverletzt – in ihre Wohnung flüchten. Der Mann gab gegenüber der 24-Jährigen selbst an, dass der Türke und in Deutschland geboren sei, in Netphen wohne und (phonetisch) “Ene” oder “Eme” heiße.

Chemnitz- Altendorf: Am Freitag, dem 27. Januar 2017, war eine 17-Jährige gegen 17.10 Uhr im Bereich der Paul-Jäkel-Straße/Altendorfer Straße unterwegs, als sie von einem Unbekannten angesprochen und festgehalten wurde. Der Mann versuchte, die Jugendliche zu küssen. Eine Frau, die aus Richtung einer Garagenanlage angelaufen kam, ging dazwischen und forderte den Unbekannten auf, das Mädchen loszulassen. Anschließend begleitete sie die 17-Jährige nach Hause. Beschrieben wurde der Täter als ca. 1,70 Meter groß und schlank. Er soll etwa 35 Jahre alt und südländischen Typs sein. Der Mann hatte schwarzes, gewelltes Haar und trug eine dunkle Winterjacke mit Kapuze und Pelz.

Bonn: Am Samstagnachmittag (28.01.2017) erstattete eine 24-Jährige auf einer Polizeiwache in Bonn Anzeige gegen einen bislang Unbekannten wegen sexueller Belästigung. Der Unbekannte soll der Passantin am Freitagabend (27.01.2017) gegen 19:30 Uhr auf der Welschnonnenstraße auf Höhe des Finanzamtes entgegen gekommen sein. Zunächst soll er sie im Brustbereich berührt und dabei etwas in einer ausländischen Sprache gesagt haben. Als die Fußgängerin weiter in Richtung Römerstraße gegangen sei, habe er ihr von hinten unter den Mantel gegriffen, sie erneut berührt und sich danach entfernt. Der Unbekannte wird von der 24-Jährigen wie folgt beschrieben: Ca. 35 Jahre alt; ca. 1,85 m; kräftige Statur; dunkle kurze Haare; Bartansatz; zum Tatzeitpunkt bekleidet mit einer dunklen Jacke und Jeans.

Tübingen: Ein Exhibitionist hat am frühen Sonntagmorgen in der Steinlachallee zwei junge Frauen belästigt. Die Frauen, die eine 22, die andere 23 Jahre alt, waren gegen 3.10 Uhr zu Fuß von der Europastraße kommend in Richtung Steinlachallee unterwegs und bemerkten kurz nach der Fußgängerunterführung, dass ihnen ein Mann folgte. Als sie sich umdrehten, sahen sie, dass der Mann seine Hose geöffnet hatte und seinen Penis in der Hand hielt. Die Frauen liefen weg. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Er soll etwa 30 Jahre alt und 1,80 Meter groß sein, kurze, schwarze Haare tragen und auffallend dunkle Augen haben. In der Nacht trug er eine hellbraune Hose und eine dunkelbraune gesteppte Daunenjacke. Nach Angaben der Frauen sprach der Mann gebrochen Deutsch.

https://www.pi-news.net/2017/02/mit-baseballschlaegern-bauernhof-bereichert/#more-555195

Mit Baseballschlägern Bauernhof "bereichert"

pi-news.net/2017/02/mit-baseballschlaegern-bauernhof-bereichert/

PI

Verden (Niedersachsen): Sie hatten gehofft, die Sache sei erledigt. Doch die ungebetenen Partygäste kehrten zurück und es klirrten die Scheiben. Mehr als zwei Wochen liegt das inzwischen zurück. Aber diese Nacht der Gewalt hat bei einer Verdener Familie Spuren hinterlassen, die nur langsam verblassen. Die ländliche Idylle scheint perfekt. Ein schmucker Bauernhof im Außenbereich. Gemütlich kommt der Hofhund angetrottet, um den Besucher zu begrüßen. Doch die Welt ist hier nicht mehr so in Ordnung, wie sie es vor jener Nacht vom 28. auf den 29. Januar war. Dass die Gewalt sie auch hier unvorbereitet treffen kann, musste die Familie leidvoll erfahren, die auf diesem Hof lebt. Ihren Namen und ihre Adresse möchten sie lieber nicht in der Zeitung lesen.

Nichts hatte am Vorabend auf das hingedeutet, was sich wenige Stunden später auf dem Hof abspielen sollte. "Unser Sohn hatte mit zwei Freunden eine Party organisiert", berichtet der Vater. Ein Fest unter Jugendlichen, die sich kennen. Eine unbekümmerte Feier für rund 50 Teilnehmer, die sich in einer Partyhütte auf dem Hof eingefunden hatten.

Sie wollten nicht gehen

Doch nach ein paar Stunden standen ungebetene Gäste vor der Tür. "Das waren etwa zehn junge Männer, die mit drei Limousinen, zwei Mercedes und ein BMW, vorgefahren kamen", berichtet der Hausherr. Sie hatten Wind davon bekommen, dass in der ländlichen Abgeschiedenheit junge Leute eine Party feiern. Willkommen waren sie aber nicht: Es waren keine Bekannten der Jugendlichen. "Die Männer waren etwa zwischen 18 und 25 Jahre alt, hatten dunkle Haare und einen dunklen Teint, sprachen Deutsch mit Akzent", beschreibt der Hausherr sie: "Wir haben sie gebeten, zu gehen. Die weigerten sich aber, den Hof zu verlassen", berichtet der Landwirt.

Schnell standen sich die Partygäste und die Besucher gegenüber, flogen böse Worte hin und her, es kam zu Schubsereien, zu ersten Schlägen. Schließlich sei es aber gelungen, die Männer soweit abzudrängen, dass sie wieder in ihre Autos stiegen. "Wir wollen Euch hier nie wieder sehen", hatte der Landwirt ihnen noch gesagt.

Dass die fremden Besucher ihre Ankündigung "Wir kommen heute Nacht wieder" wahr machen würden, hatte er in diesem Moment nur für eine leere Drohung gehalten: "Wir dachten, die Sache sei erledigt." Weshalb er auch darauf verzichtet hatte, die Polizei zu verständigen. Im Nachhinein würde er es anders machen.

Die erschrockenen Jugendlichen feierten zwar noch ein wenig weiter. Doch die Luft war spürbar raus, die Party endete etwas später. Das Klirren von Scheiben riss die Hausbewohner um 3.30 Uhr aus dem Schlaf, in den sie gerade erst gefunden hatten. "Ich konnte es nicht glauben", sagt der Landwirt. Als er unten nachsah, waren die Täter schon verschwunden. Sie hatten die Haustür demoliert und Scheiben am Wirtschaftsgebäude eingeschlagen. Er setzte sich ins Auto, fuhr suchend los. Unweit seines Hofes traf er auf einen Taxifahrer. Er war zu dem Hof gefahren, auf dem die Party stattgefunden hatte: Einige Jugendliche hatten sich dorthin fahren lassen. Doch statt der Feier waren sie auf etwa 30 vermummte Gestalten gestoßen, die Baseballschläger bei sich trugen. "Sie umzingelten das Taxi, kippten es hin und her und schlugen darauf ein." Die Insassen seien geschockt vor Angst gewesen.

Letztlich ist der betroffene Landwirt froh, dass die Feier schon vorbei war, als die Männer offensichtlich mit einiger Verstärkung wiedergekommen war: "Wenn die mit ihren Baseballschlägern zugeschlagen hätten, hätte es bestimmt Verletzte gegeben."

Die Familie brauchte Zeit, um sich von diesem Schrecken zu erholen. An eine neue Party auf dem Hof denkt niemand mehr. Auch bei den Nachbarn mit Jugendlichen in der Familie gebe es Bedenken. Der Polizei stellt der Hausherr ein gutes Zeugnis aus: "Die hat gut reagiert und kam mit fünf Fahrzeugen." Doch da waren die Täter längst über alle Berge.

Die Polizei ermittelt weiter

Jetzt hofft er, dass das Geschehen doch noch aufgeklärt werden kann. Und appelliert an andere, gar nicht erst zu zögern, wenn ihnen etwas ähnliches passiert: "Ruft sofort die Polizei!" Das kann Dieter Hofmann von der Pressestelle der Polizei nur bestätigen. Und er macht den Betroffenen Hoffnung, dass die Täter noch gefunden werden: "Wir ermitteln weiter."

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen" der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Ludwigslust: Nach einer Körperverletzung in Ludwigslust, bei der am Donnerstagvormittag eine 16-jährige Jugendliche leicht verletzt wurde, bittet die Polizei um Zeugenhinweise. Nach Angaben des Opfers wurde es gegen 7:35 Uhr in der Grabower Allee in der Nähe der Bushaltestelle grundlos von drei männlichen Personen angegriffen und geschlagen. Anschließend sollen die Angreifer ihren Weg zu Fuß in Richtung Stadt fortgesetzt haben. Die 16-Jährige erstattete wenig später Anzeige bei der Polizei. Eine sofort eingeleitete Fahndung führte zunächst zu keinem Ergebnis. Die Polizei in Ludwigslust (Tel. 03874/ 4110), die nun wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt, bittet deshalb um Hinweise zu diesem Vorfall und zu der gesuchten Personengruppe, die durch das Opfer wie folgt beschrieben wurde: – drei männliche Personen – mit südländischem Aussehen, dunkel gekleidet, zwischen 16 und 20 Jahre alt und zwischen 160 cm und 180 cm groß.

Mettmann: In unseren Pressemitteilungen vom 30.10.2016/ ots 1610146 bzw. vom 31.10.2016 / ots 1610154 berichteten wir über eine gefährliche Körperverletzung zum Nachteil eines 24-jährigen Hildeners: Der junge Mann wurde von zwei bislang unbekannten Männern im Einmündungsbereich der Ellerstraße/ Benrather Straße / Fritz-Gressard-Platz in Hilden körperlich angegriffen und dabei lebensgefährlich verletzt. Die beiden Unbekannten verließen nach der Tat fluchtartig die Örtlichkeit und ließen ihr schwer verletztes Opfer am Boden liegend zurück. Die Polizei Mettmann leitete daraufhin umgehend ihre umfangreichen Ermittlungen ein, die nun zu einem entscheidenden Erfolg führten. Wie uns die Ermittlerin des zuständigen Kriminalkommissariats in Absprache mit der Staatsanwaltschaft Düsseldorf heute mitteilte, wurde gegen einen 22-jährigen Hildener mit Migrationshintergrund Haftbefehl beantragt. Der Mann ist heute in Untersuchungshaft genommen worden. Die weiteren – intensiven – Ermittlungen zu dem zweiten Täter dauern derzeit noch an. Das 24-jährige Opfer befindet sich auf dem Weg der Besserung, wird aber Zeit seines Lebens unter gesundheitlichen Folgeschäden zu leiden haben.

Chemnitz/Flöha/Oederan: Am Dienstagnachmittag ist in der Regiobahn von Zwickau in Richtung Dresden, auf Höhe Falkenau Süd ein 17-Jähriger brutal attackiert worden. Wie die Bundespolizei mitteilt, ging der Notruf gegen 15.00 Uhr ein. Die Fahrt wurde am Bahnhof Oederan gestoppt, bis die Bundespolizei eintraf. Das Opfer, ein 17 jähriger Deutscher, wurde durch drei syrische Staatsangehörige (2×18 Jahre und 16 Jahre) mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der alarmierte Rettungsdienst lieferte den unter Schock stehenden und im Gesicht verletzten 17-Jährigen in ein Krankenhaus ein. In Begleitung der drei Syrer war eine 16-jährige Deutsche. Bei der Überprüfung wurde festgestellt, dass die 16-jährige Deutsche als vermisst gemeldet ist. Sie verschwand aus der Kinderarche in Lichtenberg. Die Jugendliche ist bereits als "Dauerausreißerin" bekannt. Die drei Tatverdächtigen wurden vorläufig festgenommen, die 16-jährige Deutsche in Gewahrsam genommen und zur Dienststelle nach Chemnitz gebracht. Der 18-jährige Syrer hatte 1,4 Promille und der 16-jährige Syrer 1,8 Promille intus. Die beiden 18 Jährigen wurden wieder freigelassen. Die beiden 16-Jährigen wurden an ihre Betreuungseinrichtung übergeben. Aus welchem Grund auf den Deutschen eingeschlagen wurde, ist nicht bekannt.

Schwerin: Am 06.02.2017 gegen 21:30 Uhr kam es in Schwerin zu einer gefährlichen körperverletzung. Die beiden alkoholisierten männlichen Geschädigten im Alter von 40 und 54 Jahren waren im Bereich der Ziolkowskistraße unterwegs, als sie auf die beiden bislang unbekannten Tatverdächtigen trafen, die jeweils einen Hund an der Leine mit sich führten. Nach Angaben der Geschädigten wurden diese plötzlich und ohne erkennbaren Grund von den Tatverdächtigen als "Nazis" beschimpft. In der weiteren Folge hetzte einer der Tatverdächtigen seinen Hund auf den 40-jährigen Geschädigten, der daraufhin in den Arm gebissen wurde. Er erlitt eine leichte Bisswunde. Der 54-jährige Geschädigte wurde von einem der Tatverdächtigen mit der Faust gegen die Brust geschlagen, erlitt jedoch keine Verletzungen. Die Tatverdächtigen ließen schließlich von den Geschädigten ab und entfernten sich vom Tatort. Die unverzüglich eingeleiteten polizeilichen Fahndungsmaßnahmen führten bislang nicht zum Ergreifen der beiden Tatverdächtigen. Die Tatverdächtigen konnten wie folgt beschrieben werden: Tatverdächtiger 1: männlich, ca. 28 Jahre alt, südländisches Erscheinungsbild, schmächtiger Körperbau, kurze dunkle Haare. Tatverdächtiger 2: männlich, ca. 28 Jahre alt, südländisches Erscheinungsbild, stämmiger Körperbau, Oberlippenbart, Bekleidung: dunkle Jogginghose mit weißer Aufschrift und dunkle Kapuzenjacke. Die mitgeführten Hunde hatten eine dunkelbraune Fellfarbe und sind vermutlich der Hunderasse American Staffordshire Terrier zuzuordnen.

Taufkirchen: Ein 49-Jähriger wollte die in der Nacht durch die Straßen ziehenden Eritreer lediglich um etwas mehr Ruhe bitten. Diese reagierten mit roher Gewalt und schlugen den Taufkirchner zusammen: In der Nacht von Samstag auf Sonntag wollte ein 49-jähriger Taufkirchener drei durch Taufkirchen ziehende, gröhlende eritreische Staatsangehörige bitten, doch auf die Nachtruhe der Anwohner zu achten. Auf diese Bitte hin reagierten die Drei jedoch sehr ungehalten und fingen an, den Geschädigten zu schubsen und im weiteren Verlauf zu schlagen. Als er zu Boden ging, und um Hilfe rief, traten sie mit Füßen auf ihn ein. Die Herbeigerufenen konnten die Parteien trennen und die Eritreer setzten ihren Heimweg fort. Der Geschädigte musste allerdings mit dem Rettungswagen ins Klinikum Erding, das er jedoch zum Glück nach einem kurzen Aufenthalt und lediglich leichter Verletzung in der selben Nacht wieder verlassen konnte. Gegen die drei eritreischen Staatsangehörigen wird Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung vorgelegt, die Ermittlungen der Dorfener Polizei diesbezüglich laufen.

Fürstenwalde: Am 05.02.2017 waren eine 26-jährige Frau und ihr gleichaltriger Begleiter in der Juri-Gagarin-Straße unterwegs gewesen, als ihnen gegen 01:00 Uhr drei junge Männer entgegenkamen. Auf gleicher Höhe angelangt, wurde die Frau unvermittelt von einem aus der Dreiergruppe angerempelt. Sie stellte den Betreffenden daraufhin zur Rede und erhielt von dem Trio sofort Schläge ins Gesicht. Als ihr Begleiter hinzutrat, wurde auch auf ihn eingeschlagen. Anschließend entfernten sich die Täter vom Ort des Geschehens, konnten jedoch in unmittelbarer Nähe von hinzugerufenen Polizisten gestellt werden. Die Beamten sahen sich dabei beleidigenden Äußerungen ausgesetzt und einer der Männer versuchte, gegen die Maßnahmen der Uniformierten körperlich anzugehen. Wie herauskam, hatte man es mit Asylsuchenden im Alter von 18, 20 und 22 Jahren zu tun. Sie wiesen Atemalkoholwerte von 0,53 bis 0,80 Promille auf und landeten zur Verhinderung weiterer Straftaten im polizeilichen Gewahrsam.

Passau: Am Dienstag, 7. Februar, kam es am Abend, gegen 22.10 Uhr, zu einem Angriff auf einen 20-jährigen Mann. Dieser begegnete in der Salksdorferstraße auf Höhe der Kinderkrippe zwei ihm unbekannte Männer. Von einem dieser Männer wurde er unvermittelt angegriffen und zu Boden gerissen. Nach wenigen Augenblicken ließ der Angreifer aber wieder von dem Mann ab und beide Personen entfernten sich. Glücklicherweise wurde der Mann durch den Angriff nicht verletzt und es wurde auch nichts gestohlen. Warum der junge Mann angegriffen wurde,ist bisher nicht bekannt. Bei den Personen soll es sich um Südländer handeln.

Heidelberg-Rohrbach: Das Polizeirevier Heidelberg-Süd ermittelt derzeit gegen eine Gruppe, die einen Mann in einem Bus zusammengeschlagen haben soll! Die mehrköpfige Gruppe steht im Verdacht, am Mittwochnachmittag an der Haltestelle „Rohrbach-Süd" in einem Bus der Linie 33 einen 35-Jährigen zusammengeschlagen und getreten zu haben. Der Mann ist mit seiner Partnerin von Kirchheim nach Heidelberg unterwegs und will um kurz nach 16 Uhr an der Haltestelle aus dem Bus aussteigen. Als seine Begleiterin, die einen Kinderwagen dabei hat, gerade aussteigen will, drängt sich eine Personengruppe an ihr vorbei in den Bus. Ihre Beschwerde darüber wird von der Gruppe sinngemäß mit einem „Du brauchst wohl aufs Maul" quittiert. Als sich daraufhin ihr Partner einschaltet, schlägt einer aus der Gruppe ihm unvermittelt mehrmals ins Gesicht. Er stürzt zu Boden und wird von der gesamten Gruppe mehrfach getreten. Anschließend flüchten die Schläger in unbekannte Richtung. Möglicherweise steigen sie in einen anderen Linienbus ein. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief ohne Ergebnisse. Der 35-Jährige begibt sich selbständig zu Untersuchung in eine Klinik. Der Haupttäter ist Anfang 20, zwischen 1,90 und 1,95 Meter groß und schlank. Er hat dunkle, kurze und seitlich rasierte Haare und trug eine dunkle Jeans. Alle Verdächtigen werden mit „ südländischem Aussehen" beschrieben.

Wismar: Ein 20-Jähriger hat in der Innenstadt von Wismar mehrere Menschen angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Der Deutsche türkischer Abstammung attackierte am Donnerstagabend zunächst einen 35 Jahre alten Mann und dessen 61-jährigen Vater, wie die Polizei mitteilte. Der Sohn wurde heftig getreten und fiel zu Boden. Dort verlor er nach weiteren Schlägen und Tritten das Bewusstsein. Als der Vater sich schützend über seinen schwer verletzten Sohn warf, bekam er auch Tritte ab. Ein Passant ging dazwischen und wurde mit einem Küchenmesser bedroht. Er schlug dem Angreifer das Messer aus der Hand, wurde aber mit einem Faustschlag am Auge verletzt. Am Ende konnte er den Angreifer bis zum Eintreffen der Polizei festhalten. Der 20-Jährige ließ sich zunächst ohne Widerstand festnehmen. Im Streifenwagen biss er den Angaben zufolge einen Beamten in die Hand und beleidigte die Einsatzkräfte massiv. Das Motiv ist laut Staatsanwaltschaft noch unklar. Hinweise darauf, dass Opfer und Täter sich kennen, wollten weder Polizei noch Staatsanwaltschaft bestätigen. Nach Informationen der OSTSEE-ZEITUNG ist das Opfer der Polizei wegen politisch-motivierter Gewaltstraftaten bekannt. Auch der mutmaßliche Täter hat bereits gegen Gesetze verstoßen. Laut Staatsanwaltschaft war der 20-Jährige nur unter Bewährungsauflagen auf freiem Fuß. Demnach war er im vergangenen Jahr wegen schwerer räuberischer Erpressung und gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt worden. Die Bewährung wurde auf Grund der Ereignisse vom Donnerstag ausgesetzt, so die Staatsanwaltschaft Schwerin.

https://www.heidelberg24.de/heidelberg/heidelberg-rohrbach-gruppe-schlaegt-tritt-linienbus-mann-zeugen-gesucht-7379432.html
Polizei sucht Zeugen

Gruppe schlägt Mann (35) in Bus zusammen
09.02.17 11:19

+
Ein 35-Jähriger wird in einem Linienbus brutal zusammengeschlagen (Symbolfoto)© MANNHEIM24/Peter Kiefer/dpa
Heidelberg-Rohrbach - Das Polizeirevier Heidelberg-Süd ermittelt derzeit gegen eine Gruppe, die einen Mann in einem Bus zusammengeschlagen haben soll!

Die mehrköpfige Gruppe steht im Verdacht, am Mittwochnachmittag an der Haltestelle „Rohrbach-Süd“ in einem Bus der Linie 33 einen 35-Jährigen zusammengeschlagen und getreten zu haben.

Der Mann ist mit seiner Partnerin von Kirchheim nach Heidelberg unterwegs und will um kurz nach 16 Uhr an der Haltestelle aus dem Bus aussteigen. Als seine Begleiterin, die einen Kinderwagen dabei hat, gerade aussteigen will, drängt sich eine Personengruppe an ihr vorbei in den Bus. Ihre Beschwerde darüber wird von der Gruppe sinngemäß mit einem „Du brauchst wohl aufs Maul“ quittiert.

Als sich daraufhin ihr Partner einschaltet, schlägt einer aus der Gruppe ihm unvermittelt mehrmals ins Gesicht. Er stürzt zu Boden und wird von der gesamten Gruppe mehrfach getreten. Anschließend flüchten die Schläger in unbekannte Richtung. Möglicherweise steigen sie in einen anderen Linienbus ein.

Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief ohne Ergebnisse. Der 35-Jährige begibt sich selbständig zu Untersuchung in eine Klinik.

Zeugen gesucht!

Der Haupttäter ist Anfang 20, zwischen 1,90 und 1,95 Meter groß und schlank. Er hat dunkle, kurze und seitlich rasierte Haare und trug eine dunkle Jeans. Alle Verdächtigen werden mit „südländischem Aussehen“ beschrieben.

Zeugen, insbesondere Businsassen, die den Vorfall beobachtet haben und Hinweise auf die Tätergruppe geben können, werden gebeten, sich mit dem Polizeirevier HD-Süd, unter 06221/3418-0 in Verbindung zu setzen.

pol/kab

https://www.pi-news.net/2017/02/giessen-gruppenvergewaltigung-an-34-jaehriger/

Gießen: Gruppenvergewaltigung an 34-Jähriger

Gießen: An der Bahnunterführung in Richtung Güterbahnhof wurde eine 34–Jährige am frühen Sonntagmorgen Opfer eines sexuellen Übergriffs. Die Frau hatte gegen 00.45 Uhr ein Lokal in der Frankfurter Straße verlassen. Sie bog danach von der Bahnhofstraße in Richtung Güterbahnhof ab und lief dann weiter entlang der Wieseck. Im Bereich der Unterführung seien dann plötzlich drei Männer aufgetaucht. Ob sie die Frau bereits zuvor verfolgt haben, ist unklar. Die Unbekannten sprachen sie dann in einer ihr unbekannten Sprache an und schubsten sie. Im Anschluss wurde sie den Tätern unter Gewaltanwendung sexuell missbraucht. Die Täter sollen alle dunklen Haare haben. Einer der Männer soll 160 Zentimeter klein sein und einen dunklen Teint haben. Er soll einen auffälligen weißen Pulli mit grauen Längsstreifen getragen haben. Die beiden anderen Täter sollen im Vergleich dazu auffällig groß sein.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter
Oldenburg: Der Polizei wurde am vergangenen Samstag um 18 Uhr der Verdacht einer sexuellen Nötigung gemeldet, die sich im Olantis zugetragen haben soll. Eine 14-jährige Schülerin hatte sich gemeinsam mit einer Freundin im Schwimmmbecken des Olantis aufgehalten. Der Polizei gegenüber schilderte die Jugendliche später, dass sie von einer unbekannten Person erst an Rücken und Gesäß berührt worden sei. Danach habe diese Person versucht, der Schülerin die Bikinihose herunterzuziehen. Den Vorfall meldete die 14-Jährige umgehend dem Bademeister, der wiederum die Polizei benachrichtigte. Bei den weiteren Befragungen geriet eine Gruppe junger Männer in den Verdacht, die Schülerin belästigt zu haben. Es handelte sich um 5 afghanische Staatsangehörige im Alter von 17 bis 29 Jahren. Die Männer stritten eine Beteiligung an der Belästigung ab. Das Olantis sprach gegen alle fünf ein Hausverboit aus.
Stralsund: Am 19.02.17, gegen 17:45 Uhr, befand sich eine 54-jährige Frau an der Bushaltestelle des Hauptbahnhofes in Stralsund und wartete auf ihren Bus. Während der Wartezeit wurde die Frau von einer männlichen Person in gebrochenem Deutsch angesprochen. Im weiteren Verlauf sei es durch diesen Mann zu einer sexuellen Belästigung bzw. Nötigung gekommen. Zu den konkreten Handlungen werden aufgrund der laufenden Ermittlungen keine Auskünfte gegeben. Der unbekannte Tatverdächtige sei ihr in den Bus der Linie 6 gefolgt und habe diesen an der Haltestelle Vogelsang verlassen. Im Bus sei es jedoch zu keinen weiteren Handlungen gekommen. Die Geschädigte beschrieb den Mann wie folgt: Südländisches Aussehen, Etwa 170 cm groß, Ca. 35 Jahre alt, Augenscheinlich erkrankte Zähne im Oberkiefer.
Iserlohn: Exhibitionist unterwegs Auf dem Heimweg von einer Diskothek wird eine 20 jährige Geschädigte am 19.02.2017, gegen 04:45 Uhr an der Karl-Arnold-Straße von einem Mann angesprochen. Dieser beleidigt sie auf sexueller Basis, um sich ihr dann in schamverletzender Weise zu zeigen. Täterbeschreibung: ca. Mitte 30 bis Anfang 40, schlank,

sprach mit Akzent, vermutlich kurze Haare, schwarze Schuhe, schwarze Hose, grauer Strickpulli mit Reißverschluss, Schirmmütze mit Abzeichen (evtl. New York Yankees) Die junge Frau musste vor Ort medizinisch betreut werden, nachdem der Täter unbekannt flüchtete.

Nürnberg: Polizeibeamte nahmen am Freitagabend (17.02.2017) in der Nürnberger Innenstadt einen mutmaßlichen Exhibitionisten fest. Die Kriminalpolizei sucht Geschädigte sowie weitere Zeugen. Nach bisherigen Erkenntnissen zeigte sich der 18-Jährige um 20:00 Uhr am Hallplatz gegenüber einer Gruppe von etwa drei Frauen in schamverletzender Weise. Die bislang unbekannten weiblichen Zeugen entfernten sich direkt im Anschluss vom Tatort. Auf Hinweis eines weiteren Zeugen konnte eine Streife der Polizeiinspektion Nürnberg-Mitte den deutlich alkoholisierten Tatverdächtigen kurz darauf festnehmen. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ordnete bei ihm eine Blutentnahme an. Bei der Überprüfung seiner Personalien stellten die Beamten fest, dass gegen den wohnsitzlosen Ostafrikaner ein Haftbefehl vorlag. Der junge Mann kam in eine Justizvollzugsanstalt.

Ahaus: In der Nacht zum Samstag besuchten vier Frauen im Alter von 18 bis 23 Jahren aus Ahaus und Heek zusammen mit einem 22-jährigen aus Ahaus eine Musikveranstaltung in einem Club an der Bahnhofstraße. Im Laufe des Abends wurde eine der Frauen durch zwei noch unbekannte Männer mehrfach durch Annäherungsversuche belästigt, obwohl die Geschädigte die beiden Männer jeweils deutlich aufforderte, dies zu unterlassen. Gegen 03.00 Uhr verließ die Gruppe den Club und traf auf dem Vorplatz der Post auf die beiden Männer. Diese setzten ihre penetranten Annäherungsversuche fort. Als diese deutlich abgewiesen wurden, beleidigten die Täter die Geschädigte. Deren Lebensgefährte, der 22-jährige Ahauser, forderte die Männer auf, weiterzugehen. Daraufhin griffen die beiden Männer den 22-Jährigen an und schlugen diesem mehrfach mit einer Bierflasche gegen den Kopf. Auch drei seiner Begleiterinnen, die ihm zu Hilfe kamen, wurden durch die Täter geschlagen und getreten. Alle drei erlitten leichte Verletzungen. Der 22-Jährige musste im Krankenhaus ambulant behandelt werden. Die Täter waren in Richtung Bahnhof geflüchtet. Sie werden wie folgt beschrieben: ca. 25 Jahre alt, ca. 170 – 185 cm groß, kurze schwarze hoch gegelte Haare. Einer trug eine Jeansjacke, der andere eine Lederjacke. Beide sprachen nur gebrochen deutsch und sind vermutlich südländischer Herkunft.

Ostalbkreis: Eine 23 Jahre alte Frau wurde am Montagnachmittag sexuell angegangen; die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen und erbittet Hinweise auf die Tatverdächtigen und sucht speziell ein Ehepaar, das der jungen Frau zu Hilfe kam. Die Tat fand im Regionalexpress Ellwangen – Aalen statt, der Ellwangen fahrplanmäßig um 17.12 Uhr verlässt. Die Frau wurde auf der Fahrt von vier jungen Männern angegangen, bedrängt und begrapscht. Die Männer störten sich dabei offenbar auch nicht an dem Umstand, dass im selben Wagenabteil noch ein Ehepaar saß, das Zeuge des Geschehens wurde. Dieses Ehepaar stellte sich dann auch schützend vor die junge Frau und erreichte so, dass die Vier sich entfernten. Dieses Ehepaar wird gebeten, sich unter Telefon 07361/5800 bei der Kriminalpolizei in Aalen zu melden. Noch ist nicht klar, wo die vier Männer zugestiegen sind, so dass die Polizei auch Zeugen sucht, die vier Männer an einem Bahnhof an der Strecke oder beim Einstieg in den Zug beobachtet haben. Derzeit kann auch noch nicht sicher gesagt werden, wo die Männer den Zug verlassen haben; auch hierfür werden Zeugen gesucht. Von den vier Männern liegt derzeit keine Personenbeschreibung vor. Bekannt ist lediglich, dass sie “jung” waren und sich in einer unbekannten Sprache unterhielten. Auffällig war zudem eine offenkundige Ungepflegtheit, die sich vor Allem durch einen penetrant schlechten Geruch äußerte.

Bad Segeberg: Am 8.1.17 ist es in einer Diskothek in Bad Segeberg zu einer sexuellen Nötigung gekommen. Eine 24- jährige Frau aus Wahlstedt besuchte mit Freundinnen eine Diskothek in der Rosenstraße in Bad Segeberg. Im Laufe des Abends tanzte sie mit einem ihr unbekannten jungen Mann. Während des Tanzens versuchte er mehrmals die junge Frau zu

küssen. Da sie seine körperliche Nähe nicht wollte, drehte sie sich weg. Als sie gegen 1.30 Uhr die Toilette aufsuchte, folgte ihr der 22- jährige Iraker, drängte sie in eine Toilettenkabine und verschloss die Tür. Die Frau versuchte vergeblich die Tür wieder aufzuschließen, während der Beschuldigte sie zur Seite drückte und ihr mehrfach an die Brust fasste. Da sich ihre Freundinnen Sorgen machten, folgten sie ihr auf die Toilette. Dort hörten sie wie die Freundin in der Toilettenkabine den Mann mehrfach deutlich abwies. Die Freundinnen versuchten vergebens die Toilettentür von außen zu öffnen. Letztlich schaffte es die Frau, aus der Kabine zu flüchten und die Security zu informieren. Die Sicherheitskräfte hielten den Mann bis zum Eintreffen der alarmierten Polizeibeamten in der Diskothek fest. Die Polizisten nahmen den deutlich alkoholisierten Beschuldigten mit zur Wache. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde der Mann aus Bad Segeberg wieder entlassen.
München: Auf dem Nachhauseweg ist bereits im November eine 18-Jährige an der Donnersberger Brücke von einem Mann begrapscht worden. Jetzt hat die Polizei den mutmaßlichen Täter ermittelt. Am Sonntag, 20. November war die 18-jährige Auszubildende mit ihren Freundinnen mit der S8 auf dem Heimweg vom Hauptbahnhof in Richtung Innenstadt. Im Zug setzte sich ein Nigerianer (34) zu den Frauen und versuchte, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Der Mann streichelte und berührte zwei der Frauen am Knie sowie am Oberschenkel. Als die Auszubildende an der Haltestelle Donnersberger Brücke ausstieg, folgte ihr der 34-Jährige. Dann griff er ihr an die Brust und in den Schritt. Die 18-Jährige wehrte sich und verständigte ihren Freund, der ihr entgegen lief. Als der Täter den Freund bemerkte, flüchtete er. Die erste Fahndung verlief ergebnislos. Nach der Auswertung von Videomaterial konnte der 34-Jährige dann aber von einem Polizeibeamten wiedererkannt werden. Die Staatsanwaltschaft erließ eine Durchsuchung der Wohnung des 34-Jährigen. Dabei wurde der polizeibekannte Mann durch Beamte aus Rosenheim festgenommen.
Aalen: Am vergangenen Freitag stieg eine 25-jährige Anhalterin um 14.30 Uhr an der Gschwender Bushaltestelle Im Bühlfeld in einen silberfarbenen /grauen Audi A3 mit Schwäbisch Haller Kennzeichen (SHA) ein. Ausgangs der Ortschaft Wildgarten wurde sie von dem Fahrer, der auf Mitte 30 geschätzt wird, sexuell belästigt. Nachdem sich die Frau wehrte und den Fahrer lautstark aufforderte, dass sie aussteigen möchte, führte dieser im Bereich einer Bushaltestelle vor Reippersberg eine Vollbremsung durch und stieß die Geschädigte aus dem Fahrzeug. Der Audi-Fahrer wurde als Südländer, mit kräftiger, stämmiger Figur, ovalem Gesicht, dunklen, in der Mitte nach oben gegelte Haare („Igelfrisur“) und Dreitagebart beschrieben. Er war mit einer dunklen Jacke mit Fellrand und Kapuze sowie einem Schal bekleidet.

http://www.pi-news.net/2017/01/regensburg-46-jaehrige-vergewaltigt/#more-549310
Regensburg: 46-Jährige vergewaltigt
Regensburg: Ein junger Mann hat am frühen Morgen des Neujahrstags eine 46-jährige Regensburgerin in einen Hauseingang in der Kumpfmühler Straße gezogen und dort sexuell missbraucht. Kurze Zeit später haben Beamte der Polizeiinspektion Regensburg Süd einen dringend Tatverdächtigen festgenommen. Die Frau war am 1. Januar um 5.40 Uhr morgens unterwegs zu ihrer Arbeitsstätte in Kumpfmühl, als sich ihr wortlos ein Mann in den Weg stellte. Da dieser den Aufforderungen der Frau, den Weg freizumachen, nicht nachkam, ging sie an ihm vorbei. Der Mann jedoch folgte ihr, zog sie mit Gewalt in den Hauseingang und verging sich an ihr. Eine Anwohnerin, die die Hilfeschreie der Frau hörte und so auf den Vorfall aufmerksam wurde, verständigte sofort die Polizei. Dies trug maßgeblich dazu bei, dass eine Streife den mittlerweile zu Fuß geflüchteten Mann noch in Tatortnähe erwischte. Den Ausweispapieren zufolge, die der mutmaßliche Täter bei sich trug, hat der 24-Jährige aus München die pakistanische Staatsangehörigkeit.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2016 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland. #Merkelwinter

Innsbruck: Die Zahl der Anzeigen wegen sexueller Belästigung in der Silvesternacht in Innsbruck steigt weiter an: Mittlerweile weiß die Polizei von insgesamt 18 Opfern, die Ermittler gehen von einer Tätergruppe von fünf bis sechs Männern aus. Die Übergriffe hätten „System“ gehabt, heißt es weiter, und wurden alle – bis auf einen – im Bereich des Innsbrucker Marktplatzes verübt. Eine Mutter habe sich gemeldet und angegeben, dass ihre 17-jährige Tochter und vier weitere Freundinnen ungefähr selben Alters – allesamt aus Tirol – bedrängt und sexuell belästigt worden seien, erklärte Kranebitter am Dienstagnachmittag gegenüber krone.at. Damit kennt die Polizei bislang 18 Opfer von sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht in Innsbruck. Die Taten wurden zu einem Großteil zwischen 23 Uhr und 1.30 Uhr im Bereich des Marktplatzes verübt, da waren das Gedränge und der Tumult am größten. Eine weitere Frau wurde gegen 2.30 Uhr in einem Innenstadtlokal von einem Unbekannten begrapscht. Der Mann berührte in einem Waschraum die Brüste und das Gesäß der 28-Jährigen. Erst als ein anderer Mann den Raum betrat, ergriff der Täter die Flucht. Die Frau beschrieb den Angreifer als etwa 30 bis 40 Jahre alt und etwa 175 Zentimeter groß, er trug einen braunen Schnauzbart und sehr kurze Haare. Bei dem Täter dürfte es sich um einen Ausländer handeln. Ob ein Zusammenhang zwischen dem Angriff in dem Lokal und den übrigen 17 Fällen besteht, ist laut Kranebitter nicht auszuschließen. Bei dem Übergriff in dem Innenstadtlokal handelte es sich zwar um einen Einzeltäter, dieser könnte sich aber von der ursprünglichen Gruppe zu einem späteren Zeitpunkt entfernt haben. „Wir suchen nach fünf bis sechs Männern, die von allen Opfern ähnlich beschrieben wurden.“ Demnach soll es sich um Personen südländischen Typs im Alter von unter 30 Jahren gehandelt haben.

Hamburg: Die Polizei hatte extra ein Großaufgebot von mehr als 500 Beamten zusammengezogen – dennoch ist es wieder passiert. Einige Täter schlugen sogar direkt vor den Augen der Polizisten zu! Mindestens 14 Frauen (18-26) wurden in der Silvesternacht Opfer von Sex-Übergriffen. Die Tatorte: der Jungfernstieg, die St. Pauli Landungsbrücken, zwei Mal der Hans-Albers-Platz und zehn Mal Beatles-Platz/Große Freiheit. Ein Beamter: „Frauen wurde auf den Po, in den Schritt und sogar unter das Kleid gefasst.“ Immerhin, bei neun Sex-Übergriffen wurden zehn Männer (17-42) geschnappt – drei Syrer, drei Iraker, zwei Afghanen, ein Eritreer und ein Deutsch-Russe. Sie kamen nach erkennungsdienstlichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß. Die flüchtigen Täter werden beschrieben als Südländer, Araber oder Nordafrikaner.

Graz: Auch in Graz wurde am Montag ein weiterer Fall von sexueller Belästigung bekannt. Eine 26-Jährige war nach den Silvesterfeierlichkeiten auf dem Nachhauseweg, als sie gegen 1.30 Uhr auf zwei Männer – laut ihren Angaben vermutlich ausländischer Herkunft – traf. Einer der beiden griff der jungen Grazerin auf den Po, während der andere ihr in den Intimbereich fasste. Das Opfer konnte sich jedoch losreißen und in Richtung Opernring davonlaufen. Beide Täter seien zwischen 25 und 35 Jahre alt und etwa 1,80 Meter groß gewesen, so die 26-Jährige gegenüber der Polizei. Beide hatten dunkle Haare, einer einen Vollbart, der andere einen Dreitagebart. Wie ebenfalls erst am Montag publik wurde, kam es in der Silvesternacht am Salzburger Residenzplatz im Gedränge zu einem weiteren sexuellen Übergriff. Eine 31-jährige Deutsche wurde von einem 18-jährigen Asylwerber aus Afghanistan im Getümmel im Intimbereich betatscht. Der Bursche versuchte auch, die Frau immer wieder zu küssen. Freunde der 31-Jährigen konnten den aufdringlichen Verdächtigen laut Polizei aber von weiteren Handlungen abhalten. Beamte hielten den stark alkoholisierten Burschen schließlich an. Bei der Vernehmung zeigte er laut Exekutive jedoch „desorientiertes Verhalten“, sodass er zunächst mit der Rettung in die Klinik gebracht wurde. Nach stationärer Betreuung wurde er in die Justizanstalt eingeliefert. Die Ermittlungen sind im Gange. Neben den am Montag bekannt gewordenen Fällen verzeichneten die Einsatzkräfte in Wien in der Silvesternacht bislang drei Anzeigen wegen sexueller Belästigung. In Salzburg wurden drei Fälle zur Anzeige gebracht

Flensburg: Die Kriminalpolizei Flensburg geht derzeit zwei angezeigten Übergriffen in der Silvesternacht in Flensburg und Glücksburg nach und sucht in diesem Zusammenhang nach Zeugen. Nach Angaben einer 17 Jahre alten Jugendlichen sei sie an der Flensburger Hafenspitze von einer männlichen Person gegen 00.30 Uhr oberhalb ihrer Kleidung unsittlich berührt worden. Zusätzlich habe der Mann versucht, das Mädchen zu küssen. Der Täter wurde durch die Geschädigte wie folgt beschrieben: ca. 17 Jahre alt, schlanke Statur, kurze schwarze Haare, abstehende Ohren, sprach gebrochen deutsch, nordafrikanisches Erscheinungsbild.

Glücksburg: Nach einem vermutlich sexuell motivierten Übergriff am Sonntag (01.01.2017) in Glücksburg erkannte die 30-jährige Geschädigte gestern einen 23-jährigen Mann als Tatverdächtigen wieder. Die Beamten der Polizeistation Glücksburg konnten daraufhin den irakischen Staatsangehörigen vorläufig festnehmen und der Kriminalpolizei übergeben. Nach erkennungsdienstlicher Behandlung und einer ersten Befragung, in der der

Tatvorwurf bestritten wurde, entließen die Beamten den Mann wieder. Eine weitere Vernehmung unter Zuhilfenahme eines Dolmetschers wird sich anschließen.
Traunstein: In der Nacht zum Sonntag wurde eine 19-Jährige von einem syrischen Asylbewerber sexuell belästigt. Der 21-Jährige umklammerte die junge Frau und schmuste sie heftig ab. Am Sonntag, gegen 1 Uhr, ging eine 19-Jährige aus Tittmoning zusammen mit ihren Freundinnen vom Traunsteiner Bahnhof in Richtung der Diskothek Underground. Auf Höhe des Einkaufszentrums bemerkten die Frauen drei männliche Personen. Einer der Männer lief auf die 19-Jährige zu, umklammerte sie und schmuste sie heftig ab. Dabei packte er das Gesicht so stark, dass die junge Frau Schmerzen verspürte. Der Täter, ein 21-jähriger syrischer Asylbewerber, ließ nach kurzer Zeit von der Tittmoningerin ab und entfernte sich vom Tatort.
Zürich: Gegen 2.20 Uhr meldeten Passanten am Bürkliplatz einen Mann, der eine Frau belästige. Beim Eintreffen der Polizei lag ein 20-jähriger Afghane auf einer 45-jährigen Spanierin. Der Mann wurde verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugeführt.
Hohen Neuendorf: Die 29-jährige Geschädigte begab sich am 31.12. nach einer Feierlichkeit in der Goethestraße auf dem nach Hause weg.Gegen 23.10 Uhr bemerkte sie in der Friedrich-Engels-Straße zwei dunkel gekleidete Männer, welche in einer Bushaltestelle saßen. Daraufhin wechselte die Geschädigte die Straßenseite, bemerkte dann, dass beide Personen ihr folgten. Einer der beiden umklammerte sie dann plötzlich, zog ihr an den Haaren und sprach diese dann in gebrochenem Deutsch mit „schöne Frau“ an. Dann bemerkte die Geschädigte, dass an ihrer Kleidung gezogen wird. Daraufhin schrie die Geschädigte lautstark und schlug um sich, konnte sich letztendlich aus der Umklammerung befreien und Richtung Heimatanschrift flüchten. Die unbekannten Männer liefen der Geschädigten kurzzeitig hinterher, sprachen in einer nicht deutschen Sprache miteinander und begaben sich dann grobe Richtung Bahnhof von der Örtlichkeit weg. Durch diesen Übergriff wurde die Geschädigte im Gesicht in Form eines Kratzers leicht verletzt. Auf Befragen gab sie an, dass die beiden ausländisch aussehenden Personen zwischen 25 – 35 Jahre alt waren, ca. 170 cm groß oder vielleicht etwas größer und schlank. Einer hatte dunkle Haare, der andere trug eine schwarze Wollmütze und sie waren dunkel gekleidet, nähere Angaben sind dazu nicht möglich. Sie glaubt, dass die beiden Männer arabisch sprachen (sie sahen auch so aus) und dass sie auch betrunken waren, denn sie unterhielten sich sehr laut in ihrer Sprache, sagten nur einmal auf Deutsch „schöne Frau“ und zogen auch alles ins Lächerliche.
Frankfurt: Zu dieser sexuellen Belästigung bei einer 25-jährigen Frau kam es kurz nach Mitternacht im Bereich des Eisernen Steges. Ein 30-jähriger Afghane hatte der Frau an den Po gefasst. Das Opfer wandte sich direkt an die Polizei und zeigte die Belästigung an. Der Täter wurde noch am Tatort – zusammen mit vier weiteren Afghanen – festgenommen und in die polizeilichen Haftzellen verbracht. Gegen alle Beteiligten wurde ein Strafverfahren eingeleitet.
Dessau: Nach einem sexuellen Übergriff am Dessauer Hauptbahnhof hat die Polizei am Freitagabend einen 29-Jährigen vorläufig festgenommen. Der Mann aus dem Niger wurde am Silvestertag einem Haftrichter vorgeführt, der gegen den Beschuldigten Haftbefehl erließ. Silvester verbrachte der Mann im Gefängnis. Nach bisherigen Erkenntnissen hatte der Mann am Freitag gegen 19.50 Uhr am Westausgang des Hauptbahnhofs eine 19-jährige Frau angesprochen, die dort am Fahrscheinautomaten stand. In der Folge griff der 29-Jährige der Frau zwei Mal an die Brust.
Wiesbaden: Am Neujahrsmorgen belästigte ein Taxifahrer in der Schinkelstraße in Wiesbaden einen weiblichen Fahrgast und berührte die 34-jährige Frau hierbei unsittlich. Angezeigt wurde die Tat zu Mittagszeit. Die Wiesbadenerin hatte sich nach dem Besuch einer Gaststätte in der Schwalbacher Straße gegen 03:00 Uhr ein Taxi bestellt. Auf dem Weg nach Hause in die Welschstraße verhielt sich der Fahrer nach Angaben der Geschädigten verbal aufdringlich. In der Schinkelstraße habe der Fahrer dann gestoppt, sich über die auf dem Beifahrersitz sitzende Frau gebeugt, diese unsittlich berührt und versucht zu küssen. Die Wiesbadenerin gab dem Fahrer deutlich zu verstehen, dass er dies unterlassen soll und stieg aus. Der Taxifahrer stieg ebenfalls aus, die 34-Jährige konnte zwischenzeitlich jedoch ihren Hauseingang erreichen. Das Taxi fuhr nun davon. Der Mann sei 30-35 Jahre alt, von schlanker Statur und augenscheinlich nicht sehr groß. Er habe braune Augen, schwarze, kurze, leicht lockige Haare und ein gepflegtes Äußeres gehabt. Nach Angaben der Geschädigten habe er ein ausländisches Erscheinungsbild gehabt und akzentfrei Deutsch gesprochen.
Augsburg: In einer Diskothek in der Ludwigstraße wurden zwei 18-jährige Frauen von drei afghanischen Staatsangehörigen im Alter von 19, 21 und 37 Jahren mehrfach unsittlich am Gesäß begrapscht. Die drei Täter zeigten sich den Polizeibeamten gegenüber höchst unkooperativ und mussten daher anschließend in Gewahrsam genommen werden. Sie stritten die Tat vehement ab. Ebenfalls in der Ludwigstraße wurde gegen 04:10 Uhr ein 31-jähriger Iraker von einem Zeugen dabei beobachtet, wie er seine Hose samt Unterhose herunterzog und gegenüber mehrerer Frauen und dem Zeugen sein Glied vorzeigte.
Trier: Eine weitere sexuelle Nötigung am Neujahrsmorgen wurde der Polizei am gestrigen Dienstagabend zur Anzeige gebracht. Das spätere Opfer, eine 19-Jähreige aus Trier, hatte in der Silvesternacht gearbeitet und war gegen 6 Uhr auf dem Nachhauseweg, der sie durch den Palastgarten führte. Hier traf sie auf einen jungen Mann, der sie in ein Gespräch verwickelte. Unvermittelt versuchte der Unbekannte mehrfach, die Frau auf den Mund zu küssen. Diese konnte sich lösen und in Richtung der Unterführung an der Osthalle flüchten. Hier holte der Tatverdächtige die Frau ein, fasste sie am Nacken und versuchte, sie nach unten zu drücken. Erneut gelang es der 19-Jährigen, sich durch Gegenwehr zu befreien und endgültig nach Hause zu flüchten. Am Dienstagabend

entschloss sich die Geschädigte, eine Strafanzeige zu erstatten. Einen Tatzusammenhang zu einer weiteren sexuellen Nötigung am Neujahrsmorgen „Auf der Steinrausch“ scheint zurzeit nicht zu bestehen. Zusammenhänge mit weiteren Taten werden noch geprüft. Täterbeschreibung: ca. 25 – 30 Jahre alt, ca. 175 cm groß, kurze, lockige dunkle Haare, schlanke Statur, schmales Gesicht, längere Nase, Dreitagebart, dunkle Hautfarbe, bekleidet mit Blue-Jeans und dunkler Jacke. Er sprach Englisch mit starkem Akzent.
Ulm: In der Glöcklerstraße wurde es gegen 6 Uhr einer 25-Jährigen zu bunt. Ein 19-Jähriger war ihr auf dem Heimweg gefolgt und hatte sie mit Worten umworben. Als der junge Mann die Ulmerin umarmte, rief sie die Polizei. Die ermittelt jetzt gegen den jungen Gambier.

https://www.pi-news.net/2017/02/innerislamische-konflikte-auf-deutschem-boden/

Innerislamische Konflikte auf deutschem Boden

Wer meint, Menschen, Kulturen und Religionen aus der ganzen Welt in grenzenloser Naivität Raum in ganz Deutschland geben zu müssen, der muss auch damit rechnen, dass Konflikte aus aller Welt in seiner direkten Nachbarschaft ausgetragen werden. Jeder kennt inzwischen die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden, die teils in Straßenschlachten ausarten, in der Pflastersteine niederprasseln, wo Polizisten im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kopf für eine fehlgeleitete Politik hinhalten müssen.
Aktuelle Meldung von heute: 21-Jähriger wegen seines Glaubens attackiert. Was die meisten noch nach einem Übergriff gegen Christen vermuten lässt, täuscht. Mittlerweile werden auch immer häufiger innerislamische Konflikte in der deutschen Öffentlichkeit gewalttätig ausgetragen. So griff am Dienstag Abend an einem Berliner U-Bahnhof eine Gruppe Sunniten (zählen sich die meisten Türken dazu) eine Gruppe Schiiten an (zu dieser Gruppe gehören mehrheitlich Iraner, aber auch Libanesen etc.). Dabei kamen Messer zum Einsatz, Geld wurde gestohlen. Ein Mann wurde zu Boden gedrückt und getreten, woraufhin er sich mit Pfefferspray wehrte. Entzündet hatten sich die Auseinandersetzungen anhand der Symbolik einer Halskette. An der Kette befand sich ein Zulfiqar, ein Schwert mit zwei Klingen. Es ist ein wichtiges Symbol nicht nur bei Schiiten, sondern auch bei Aleviten und Alawiten.
Import von Kultur- und Glaubenskriegen bis hinein in die Sicherheitsorgane Anfang des Jahres wurde eine Berliner Polizeihundertschaft zu einer Schlägerei zwischen Arabern und Türken gerufen. Diese Auseinandersetzung fand aber nicht in einem der berüchtigten Ghettos von Neukölln oder Kreuzberg, sondern in der Berliner Polizeiakademie statt. Dort gingen arabisch- und türkischstämmige Polizeischüler deshalb aufeinander los, weil sie offensichtlich Differenzen auf die für ihre Kultur/Religion typische Art, austragen wollten.
Bemerkenswert ist auch, dass der Konflikt offensichtlich solche Ausmaße angenommen hatte, dass man vor Ort nicht mehr imstande war, Herr über die Lage zu werden und in der Folge eine ganze Einsatzhundertschaft anrücken musste. Anschließend wollte man die Sache, bei der es sogar mehrere Verletzte gegeben hatte, auch nicht nach außen dringen lassen, sondern ausschließlich “behördenintern” lösen.
Der Leidensdruck muss aber inzwischen so groß sein, dass die Geschichte dennoch aus Polizeikreisen durchsickerte. Damit aber nicht genug. In diesem Zuge kam außerdem heraus, dass es sich hierbei nicht um einen Einzelfall in der Auseinandersetzung zwischen arabisch- und türkischstämmigen Polizisten handelte, sondern “es immer wieder zu Konflikten zwischen den beiden Volksgruppen kommt”.
Kommentar:

Nicht genug damit, dass junge muslimische Männer den öffentlichen Raum jeden Tag unsicherer machen. In der irrigen Annahme, Menschen würden sich dann viel besser integrieren, wenn man ihnen wichtige Schlüsselpositionen in einer Gesellschaft anvertraut, werden immer mehr junge muslimische Männer in den Polizeidienst gelockt. Dies ist ein linkssozialistischer Irrglaube und führt statt dessen zu mehr Unsicherheit und zusätzlich zu mehr Gewalt sogar innerhalb der Sicherheitsorgane, die ja eigentlich der Garant für Sicherheit sein sollen.
Was die angeführten Konflikte auch beweisen: Der Krieg geht weiter, selbst im "Haus des Friedens" (Dar al-islam), in der nach Lesart des Islam in einer Gesellschaft dann Frieden herrschen sollte, wenn nur noch Muslime miteinander leben. Warum ist Frieden im Islam und wie gesehen, unter Muslimen meist nicht möglich? Weil unter Muslimen jeder der bessere Moslem sein will und die "Problemlösungsstrategie", welche Gewalt gegen Andersdenkende ausdrücklich erlaubt, sich ja nicht geändert hat. Was beweist: Mit dem Islam ist kein Frieden möglich. Weder nach außen noch nach innen, gleich ob der Islam in der Minderheit oder in der Mehrheit daher kommt.

https://www.pi-news.net/2017/02/frau-mit-heissem-oel-uebergossen-mildes-urteil/#more-556218
Frau mit heissem Öl übergossen – Mildes Urteil?
Mohammed (50) lebt seit mehr als 20 Jahren in Deutschland, kann aber immer noch kaum Deutsch. Sein nach islamischem Recht weibliches Eigentum hütet er eifersüchtig. Als die Mutter seiner vier Kinder, die mit ihrer Arbeit die Familie ernährt, im Herbst 2015 plötzlich beginnt selbstständig zu denken, ihrer Körperfülle den Kampf ansagt, dreht der wegen angeblicher Krankheit nicht arbeitsfähige Afghane durch. Er erhitzte drei Liter Öl und übergießt die in der Dusche stehende 46-jährige Holma. Die Frau erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Der Moslem wird im April 2016 vom Landgericht Hamburg wegen versuchten Mordes zu zehn Jahren Haft verurteilt. Unsere besonders bei Moslems sehr täteraffine Justiz hob dieses Urteil nun auf. Der Bundesgerichtshof entschied auf „Formfehler".
44 Prozent der Haut der Frau waren verbrannt, das Opfer kämpfte tagelang um sein Leben und wird nun für immer entstellt sein. Nach der Tat erklärte der Moslem der Polizei: „Frau totgemacht."
Die Frau sagte aus, ihr Mann habe an diesem Morgen eigentlich mit ihr schlafen wollen. Das sei ihre Pflicht als Ehefrau. Doch er leide an Potenzproblemen und daran gab er ihr die Schuld, weil er krank vor Eifersucht war, seit sie sich westlich kleidete.
Die MOPO berichtet:
Begründung der höchsten Richter: Die Hamburger Kollegen haben einen Formfehler begangen, als sie die Öffentlichkeit für die Plädoyers zuließen. Tatsächlich muss die Öffentlichkeit bei Plädoyers zwingend ausgeschlossen werden, wenn Teile der Hauptverhandlung nicht-öffentlich waren. So schreibt es das Gerichtsverfassungsgesetz vor.

Das Landgericht nahm damals zwei Mordmerkmale an: Heimtücke und niedere Beweggründe. Der BGH monierte nun, dass der Angeklagte ohne Öffentlichkeit sein Tun möglicherweise so plausibel erklärt hätte, dass das Mordmerkmal „niedere Beweggründe" weggefallen wäre – und er eine mildere Strafe bekommen hätte.

Nun wird neuerlich verhandelt und mit ein bisschen Glück findet Mohammed einen verständnisvolleren Richter, als beim letzten Mal und darf sich weiter im Recht fühlen, mit seinem Eigentum verfahren zu dürfen, wie es der Islam ihm gestattet. Deutsches Recht ist ja schließlich ohnehin für Moslems nicht bindend.

https://www.pi-news.net/2017/02/vier-syrische-schueler-verpruegeln-14-jaehrigen/#more-556330

Vier syrische Schüler verprügeln 14-Jährigen

Sonneberg/Saalfeld: Bei einer Schlägerei auf einem Schulhof in Sonneberg hat nach ersten Erkenntnissen ein Schüler Schwellungen und Blutergüsse im Gesicht erlitten. Zudem könnte sein Nasenbein gebrochen sein, wie die Polizei in Saalfeld am Dienstag mitteilte. Der Junge wurde von einem Arzt ambulant behandelt. Nach Aussagen von Zeugen sollen vier Syrer im Alter zwischen 12 und 14 Jahren am Montag einen 14-jährigen Deutschen geschlagen, geschubst und ihm einen Kopfstoß versetzt haben, der Hofaufsicht hatte. Er soll zuvor versucht haben, einen Streit zu schlichten. Nach ersten Erkenntnissen der Polizei erlitt der 14-Jährige Schwellungen und Blutergüsse im Gesicht. Außerdem bestehe der Verdacht eines Nasenbeinbruches, heißt es von der Polizei. Der genaue Hergang und die Hintergründe der Tat waren zunächst nicht bekannt. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen" der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Lingen: Ein 60 jähriger Mann wurde in der Nacht zu Sonntag in der Zeit von 23:30 Uhr bis Mitternacht auf dem Willy-Brand-Ring von drei bislang unbekannten Männern angegriffen. Er fuhr mit seinem Fahrrad auf dem Radweg des Willi-Brand-Ringes in Richtung Nordbrücke. Zwischen dem Theater und dem Kino wurde er durch drei Männern von seinem Fahrrad gestoßen und fiel hin. Die drei Männer waren dunkelhäutig, hatten schwarze Haare und trugen schwarze Kleidung. Nachdem ein weiterer, bislang unbekannter Radfahrer aus Richtung Meppener Straße kam, verschwanden die drei Täter. Der 60 Jährige erlitt eine gebrochene Nase und Platzwunden im Gesicht.

Naumburg: In Naumburg waren am Samstagabend kurz vor 20.00 Uhr zwei junge Frauen (17 und 19 Jahre, deutsche Nationalität) in der Jakobsstraße zu Fuß unterwegs. Sie bemerkten, dass ihnen ein junger Mann afrikanischer Herkunft folgte. Sie begaben sich zunächst zu einer Personengruppe und der junge Mann blieb ebenfalls in der Nähe. Die Personengruppe löste sich dann auf und der Afrikaner stand kurz darauf vor dem beiden Frauen. Er hatte ein Taschenmesser in der Hand und bewegte dies in Richtung der Geschädigten. Die Frauen liefen weg und alarmierten die Polizei. Der 15jährige Afrikaner konnte in Tatortnähe gestellt werden. Das Messer wurde sichergestellt und gegen ihn Anzeige wegen Bedrohung erstattet.

Hohenems: Ein 62-jähriger Mann ist am vergangenen Samstag in Hohenems von drei jungen Männern offenbar grundlos zu Boden gestoßen und anschließend mit der Faust gegen den Kopf geschlagen worden. Der Mann erlitt einen Bruch des Handgelenks sowie Prellungen, teilte die Polizei mit. Nach der Attacke machte sich das Trio aus dem Staub. Der 62-Jährige spazierte mit seinem Hund am späten Samstagabend gegen 23.20 Uhr in der Markus-Sittikus-Straße. Als er auf Höhe der Hermann-Prey-Straße die drei jungen Männer passieren wollte, rempelten sie an, stießen ihn nieder und schlugen ihn. Laut Polizei sind die tatverdächtigen Männer etwa 20 bis 22 Jahre alt sowie zwischen 1,70 und 1,80 Meter groß. Sie sind südländischen Typs und hatten alle kurze dunkle Haare.

Wiesbaden: Scheinbar grundlos griff am frühen Samstagmorgen ein unbekannter Täter einen 42-jährigen Wiesbadener an und verletzte diesen durch Schläge in das Gesicht. Der Angegriffene musste sich in einem Krankenhaus behandeln lassen. Die beiden Männer trafen am Samstagmorgen gegen 04:50 Uhr in der Luisenstraße an der dortigen Haltestelle "Wilhelmstraße" aufeinander. Hier habe der Täter unvermittelt begonnen das spätere Opfer zu beleidigen und im weiteren Verlauf auf dieses eingeschlagen. Nach der Auseinandersetzung stiegen beide in den Bus in Richtung Bierstadt. Bevor der Schläger hier ausstieg, spuckte er nochmals nach seinem Opfer. Der Täter sei circa 20 Jahre alt, circa 1,75 Meter groß, von schlanker Statur, habe dunkle Haare und eine helle Jacke getragen und sei nach Angaben des 42-Jährigen von " südländischer" Erscheinung gewesen.

Wien: "Der Wahnsinn muss endlich ein Ende haben!", fordert Natalia K. Ihr Sohn William (11) wurde von einer Jugendbande rund um den erst elfjährigen Tschetschenen "Kjanosch" in der Wiener Seestadt brutal verprügelt. "Die Behörden machen nichts", klagt die besorgte Mutter. "Die Täter sind nicht strafmündig", heißt es von der Polizei. "Wenn du jemandem was erzählst, stechen wir dich ab!" Mit diesen Worten lässt der elfjährige Tschetschene William am Boden liegen. Zuvor hatte er mit einem 18-jährigen Landsmann und einem Afghanen (13) den Buben vom Rad gestoßen, mit Schlägen ins Gesicht und Bauchtritten krankenhausreif geprügelt. William

musste das Wochenende im Spital verbringen. Die Polizei forschte den Elfjährigen und den 13-Jährigen rasch aus, aber: “Da die Täter nicht strafmündig sind, ist der Fall für uns erledigt”, erklärt Polizeisprecher Paul Eidenberger. “Das Jugendamt erhielt eine Meldung.”
Mainz: Am 19.02.2017, 02:00 Uhr, wurde die Polizei zu einer Schlägerei zwischen drei Personen in die Mittlere Bleiche gerufen. Als die Streifenwagen vor Ort eintrafen, liefen alle Beteiligten in verschiedene Richtungen weg. Insgesamt vier Personen konnten eingeholt und kontrolliert werden. Weitere Personen, vier Geschädigte (19 bis 23 Jahre), konnten in der Hinteren Bleiche, Ecke Neubrunnenstraße, angetroffen werden. Diese gaben an, nach dem Verlassen einer Kneipe von mehrere Jugendlichen geschlagen und getreten worden zu sein. Ein Geschädigter hatte eine Gesichtsplatzwunde und wurde in die Univ ersitätsklinik verbracht. Die anderen Geschädigten erlitten Schwellungen, Kratzer und Rötungen. Ein Täter soll wie folgt ausgesehen haben: männlich, 17 bis 20 Jahre, südländisch , dunkle Haar.
Rüsselsheim: Offenbar völlig grundlos wurde am Samstagnachmittag gegen 15.45 Uhr ein 53-jähriger Mann, der im Stadtpark Pfandflaschen sammelte, von einem bislang unbekannten Täter angesprochen, bedroht und anschließend zu Boden gestoßen. Wie die Polizei weiter berichtet, schlug der Unbekannte den Mann zudem mit einem Stock und verletzte ihn damit leicht. Als sich Passanten näherten, habe der Mann das Weite gesucht und sei in Richtung Innenstadt geflüchtet. Der Täter ist laut Polizei etwa 40 Jahre alt, trägt Vollbart sowie kurze, schwarze Haare und hat ein südländisches Erscheinungsbild.
Ebersbach: Ein ausländischer Schüler der DaZ-Klasse an der Ebersbacher Oberschule ist erneut mit einem deutschen Schüler aneinandergeraten. Eine Lehrerin musste die Polizei rufen. Die ermittelt nun wegen Körperverletzung. Wie die Polizei mitteilt, handelt es sich bei den beiden Verletzten um zwei 14-Jährige. Der ausländische Schüler ist Iraker, so die Polizei. Der deutsche Schüler war schon bei einem ähnlichen Vorkommnis im August vorigen Jahres betroffen, bei dem ebenfalls die Polizei gerufen wurde. Damals wurde der Neuntklässler gewürgt (SZ berichtete), gegen den Iraker aus Radeburg wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet. Bei der jetzigen Schlägerei war laut Bildungsagentur ein anderer Iraker beteiligt. Die Gemeindeverwaltung wollte damals beim Regionalschulamt vorsprechen, was auch passierte. Geklärt werden sollte, ob Flüchtlingskinder, die außerhalb der Gemeinde wohnen, in der Ebersbacher Daz-Klasse beschult werden müssen. Nun wurde die Situation erneut im Gemeinderat diskutiert. Schüler hätten schon Angst, in die Schule zu gehen, heißt es. „Wir müssen verhindern, dass unsere Schule einen schlechten Leumund bekommt“, so Gemeinderat Falk Hentschel.
Rostock: Gestern Abend gegen 19.30 Uhr meldeten mehrere Anrufer eine Massenschlägerei zwischen Einheimischen und Zuwanderern. Demnach hatten sich bis zu 30 Personen am Doberaner Platz versammelt und aufeinander eingeschlagen. Die sofort eingesetzten Beamten der Rostocker Polizeidienststellen konnten vor Ort zwei Personengruppen, eine aus syrischen Jugendlichen und Heranwachsenden sowie eine weitere aus gleichaltrigen, überwiegend deutschen Personen, feststellen und voneinander trennen.“ (Polizeibericht) Laut Zeugenaussagen kamen neben Schlägen und Fußtritten auch Gürtel, abgebrochene Flaschen und Scherben zum Einsatz. Dabei wurden zwei Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren leicht verletzt. Der 17-Jährige erlitt leichte Schnittverletzungen an Nase und Oberlippe, der 16-Jährige wurde mit Schürfwunden an den Knien ambulant behandelt. Die Personalien der vor Ort angetroffenen Personen wurden festgestellt. Drei tatverdächtige syrische Asylbewerber (17, 18, 20) wurden zur Vernehmung zum Polizeihauptrevier Rostock gebracht und anschließend laufen gelassen. Die Hintergründe der Schlägerei sind bisher nicht aufgeklärt.

https://www.pi-news.net/2017/02/kirchenasyl-fluechtling-missbraucht-sechsjaehrige/

Kirchenasyl-“Flüchtling” mißbraucht Sechsjährige

pi-news.net/2017/02/kirchenasyl-fluechtling-missbraucht-sechsjaehrige/
PI

Stendal: Es klingt ungeheuerlich, was die Staatsanwaltschaft in der beim Prozessauftakt vor dem Landgericht Stendal verlesenen Anklage einem 34-jährigen Iraner vorwirft. Der offenbar von Abschiebung bedrohte Flüchtling im Duldungsstatus soll sich im Kirchenasyl in Schönhausen befunden haben. Laut Anklage hat er in dem von ihm bewohnten Zimmer im Obergeschoss des Pfarrhauses am 17. September vorigen Jahres ein ihm gut bekanntes Mädchen sexuell missbraucht. Die Sechsjährige war im Pfarrhaus zu Besuch.
[…] Für den Fall eines etwaigen Geständnisses stellte Richter Galler dem Angeklagten vor Beginn der Befragung ein milderes Urteil in Aussicht. „Nein, das ist nicht richtig“, sagte dieser auf die Frage, ob es so gewesen sei, wie es in der Anklage steht. Er hätte die Familie des Mädchens schon etwa sechs Monate gekannt und oft mit dem Mädchen und dessen Geschwistern gespielt. Wie „Onkel und Nichte“ sei das Verhältnis gewesen. „Wenn überhaupt“, sei er mit der Sechsjährigen am Tattag „maximal eine Minute alleine gewesen“. Das vom Gericht verlesene Gutachten des Landeskriminalamtes liefert indes ein gegenteiliges Indiz. Demnach sicherte die noch am Tattag von der Mutter der Sechsjährigen alarmierte Tatortgruppe der Polizei DNA-Material. Eine sogenannte Mischspur schließt mit sehr großer Wahrscheinlichkeit die Täterschaft zumindest nicht aus. Die zweite DNA-Probe, die entscheidende Y-Chromosom-Spur, lässt nur den Angeklagten oder seinen Vater als Täter infrage kommen. Der befindet sich aber wohl nicht in Deutschland. Auf die Frage des Richters, wie er sich das erkläre, antwortete der Angeklagte, dass er „viel mit den Kindern gespielt und sie umarmt“ hätte. Damit komme die DNA aber nicht in den Slip, so Richter Galler. Er sei mit den Kindern auch „schwimmen gegangen“, gab er zur Antwort.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter
Pforzheim: Wie ein Lauffeuer verbreitete sich am Mittwochnachmittag unter Eltern im Mäuerach die Nachricht von einem Vorfall, der inzwischen auch die Polizei beschäftigt. An der Bushaltestelle bei der Kirche hatte ein bislang unbekannter Mann zwei Mädchen in Angst und Schrecken versetzt. Polizeisprecher Ralf Minet bestätigt auf PZ-Nachfrage entsprechende Ermittlungen. Aus einem Auto heraus soll ein Mann ein sieben und ein zehn Jahre altes Mädchen angesprochen und ihnen Süßigkeiten angeboten haben. Er habe die wegrennenden Mädchen bis zum Gartentor des Elternhauses verfolgt. Nach Angaben der Kinder soll es sich um einen etwa 30-jährigen Mann mit dunklem Teint, schwarzen Haaren und langem Bart gehandelt haben. Sein Auto sei alt und von dunkler Farbe gewesen. Laut Minet wurde der Vorfall, der sich gegen 12.15 Uhr ereignete, der Polizei um 15.45 Uhr gemeldet. Bislang sei unklar, wer die Kinder so verängstigte und was der Mann im Schilde führte.
Schwaz: Eine 14 Jahre alte Tirolerin ist am Donnerstagabend von einem 18-jährigen Iraner bei einer Faschingsfeier in Schwaz sexuell belästigt worden. Der junge Mann hatte zunächst versucht, die Freundin der 14-Jährigen zu küssen. Als die Schülerin dazwischenging, berührte sie der Iraner im Intimbereich. Das Mädchen lief daraufhin sofort zu einem Security-Mitarbeiter und erzählte ihm von dem Vorfall. Das Sicherheitspersonal machte sich auf die Suche nach dem Verdächtigen und alarmierte die Polizei. Als die Beamten den 18-Jährigen zur Rede stellten, zeigte sich der offensichtlich betrunkene Mann äußert aggressive und schrie laut um sich. Die Polizisten nahmen den Iraner vorübergehend fest. Später wurde er wegen sexueller Belästigung auf freiem Fuß angezeigt.
Mindelheim: Im Nachgang des Faschingsumzugs in Mindelheim griff am gestrigen Donnerstagabend ein unbekannter Mann eine 29-jährige Frau an. Das 29-jährige Opfer lief alleine gegen 22.20 Uhr die Kaufbeurer Straße stadtauswärts in südlicher Richtung entlang, als sie von dem unbekannten Täter etwa auf Höhe einer Pizzeria und eines Nagelstudios angesprochen wurde. Plötzlich attackierte er die junge Frau, die sich dabei leichte Verletzungen zuzog. Der Angriff erfolgte offenbar aus einer sexuellen Motivlage heraus. Als kurz darauf ein Pkw zur nahegelegenen Pizzeria gefahren kam, ließ der Mann vom Opfer ab und rannte die

Kaufbeurer Straße in südlicher Richtung davon. Die Kriminalpolizei Memmingen ermittelt nun wegen versuchter Vergewaltigung. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: Ca. 30 Jahre alt, ca. 170 cm groß, schlank, südländischer Typ, kurze hellbraune Haare. Bekleidet war der Mann mit einer Jeans und einer dunklen Jacke.
Ungarn: Hungarian police have arrested and will hand over to German authorities an Iraqi migrant suspected of raping a 13-year-old girl at a Hamburg train station in November 2016, Hungarian prosecutors said in a statement on Tuesday. The 37-year-old man, whose identity has yet to be firmly established, was detained in Hungary based on a European Arrest Warrant issued by German authorities. Hungarian prosecutors said the man, registered in Hungarian and German databases under different names and birth dates, was identified based on his fingerprints at a migrant holding camp in southern Hungary.
Mittelmeer: Passagiere auf einem Schiff der italienischen Reederei “Tirrenia” durchlebten eine Horror-Nacht auf dem Weg von Cagliari nach Neapel. An Bord der “Janas” befanden sich auch rund 50 Flüchtlinge, die bereits ihre Ausweisungspapiere bekommen hatten und Italien binnen 7 Tagen verlassen müssen. Sie verwüsteten das Schiff, attackierten Passagiere, raubten Schlafkabinen aus. Während der nächtlichen Schiffsreise nach Neapel, von wo aus sie in ihre Heimatländer gebracht werden sollten, versuchten sie, mit Gewalt Kabinen aufzubrechen und die schlafenden Passagiere auszurauben. Aus nicht versperrten Kabinen stahlen sie alles, “was nicht niet und nagelfest war”, berichten italienische Medien. Auch Frauen wurden von ihnen belästigt, heißt es. Zudem verwüsteten sie das Schiff. “Eine echte Barbarei”, so ein Augenzeuge. Die Reisenden erlebten eine Horror-Nacht, Panik brach an Bord aus. Die Fähre war am Montagabend in Cagliari gestartet und sollte über Nacht die Passagiere sicher nach Neapel bringen. Als die riesige Fähre am Dienstag in der Früh um 08:30 Uhr im Hafen von Neapel anlegte, wartete die Polizei bereits an der Mole. Der Kapitän hatte Alarm geschlagen, nachdem sich immer mehr Passagiere bei ihm über die Flüchtlingsgruppe beschwerte. 29 Flüchtlinge konnten bislang identifiziert werden. Die Beamten durchsuchen derzeit noch das Schiff, ob sich noch weitere Migranten verstecken, um ihrer Ausweisung zu entgehen.
Donaueschingen: Eine 62-jährige Frau ist am Montag, gegen 15:40 Uhr, im Stadtpark durch einen Exhibitionisten belästigt worden. Die Frau ging in dem Park mit ihrem Hund Gassi, als sie einen Mann an einem Gebüsch am Wegesrand sah. Sie ging davon aus, dass der Mann lediglich urinieren würde. Der Mann drehte sich jedoch zu der Frau um und zeigte ihr sein erigiertes Geschlechtsteil, welches er in der Hand hielt. Die Frau erschrak und drohte mit der Polizei, woraufhin der Mann sein “bestes Stück” wieder verstaute und davon ging. Die Frau konnte den Mann als 25 bis 30 Jahre alt beschreiben, Schwarzafrikaner, circa 170 cm groß, schwarze Haare die zu vielen kleinen Zöpfen geflochten waren und unterhalb der Ohren endeten.
Berlin: Die Berliner Polizei hat wenige Stunden nach der Veröffentlichung von Bildern eines mutmaßlichen Sexualstraftäters konnten Polizisten einen Tatverdächtigen festnehmen. Ein Zeuge hatte sich bei der Polizei gemeldet und einen Hinweis auf den Gesuchten gegeben. Beamte nahmen den 27-jährigen Mann am Montagabend gegen 18.35 Uhr in der Soorstraße in Westend fest. In der Soorstraße in Westend befindet sich einegroße Flüchtlingsunterkunft. Wie die Polizei auf Nachfrage mitteilte, war der Mann in dieser Flüchtlingsunterkunft auch mit seinem aktuellen Wohnsitz gemeldet. Derzeit wird der Mann zu den Tatvorwürfen vernommen. Am Montag hatte die Polizei Bildern von einem Tatverdächtigen aus einer Überwachungskamera der BVG veröffentlicht. Der bis dahin Unbekannte stand im dringendem Verdacht, im September 2016 versucht zu haben, eine 15-Jährige zu vergewaltigen. Der Mann soll das Mädchen am Dienstag, den 6. September 2016, gegen 20.30 Uhr im Hausflur eines Wohnhauses in Spandau von hinten angegriffen und versucht haben, sie zu vergewaltigen. Von zufällig vorbeikommenden Hausbewohnern wurde der Täter gestört, woraufhin er die Flucht ergriff. Videoaufnahmen der BVG belegten schließlich, dass der Mann das Mädchen bereits in der U-Bahn und im Bus verfolgt hatte. Die 15-Jährige hatte das jedoch nicht bemerkt.
Linden: Am Freitag, gegen 22.45 Uhr, wurde eine 16 – Jährige in der Waldstraße in Leihgestern durch zwei Unbekannte offenbar zunächst verfolgt und sexuell belästigt. Die Jugendliche war zunächst mit der Buslinie 379 unterwegs und stieg dann an dem Haltepunkt Waldstraße aus. Die beiden Männer befanden sich ebenfalls in dem Bus und liefen der 16 – Jährigen nach dem Halt zunächst nach. Obwohl sie schneller lief, verfolgten sie die beiden Männer und holten sie ein. Dabei berührte sie einer der Männer unsittlich. Die Jugendliche lief dann zu einem angrenzenden Wohnhaus und machte durch Klopfen auf sich aufmerksam. Als auch noch die Hunde des Hauses bellten, rannten die beiden Täter über den Steinweg in unbekannte Richtung davon. Sie sollen etwa 30 Jahre alt und 185 bzw. 175 Zentimeter groß sein. Der Größere soll eine leichte

Glatze und buschige Augenbrauen haben. Er soll südländisch aussehen und eine tiefe Stimme haben. Beide Personen sollen kein deutsch gesprochen haben.
Salzburg: Ein 42-jähriger Syrer wurde am Dienstag am Landesgericht Salzburg zu zehn Monaten teilbedingter Haft verurteilt. Er soll im Flachgau das Kind einer befreundeten Familie unsittlich berührt haben. Am Dienstag wurde der 42-Jährige am Landesgericht Salzburg verurteilt. Zehn Monate teilbedingte Haft lautete das Urteil, eines davon muss der Syrer tatsächlich hinter Gitter. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Der 42-jährige Syrer hatte sich mit der Flachgauer Familie angefreundet. Im Herbst 2015 übernachtete er immer wieder bei der Familie und sprang öfters als Babysitter ein. Im Haus der Familie soll es dann zu sexuellen Übergriffen gekommen sein. Der 42-Jährige hat nach Anklage das fünfjährige Mädchen wiederholt intensiv im Genitalbereich betastet, berichteten die Salzburger Nachrichten. Die Vorfälle sollen sich im Haus der Familie zugetragen haben.

https://www.pi-news.net/2017/02/helferin-von-nachwuchs-rapefugee-verpruegelt/

Helferin von Nachwuchs-Rapefugee verprügelt

Dortmund: Am Samstagabend beobachtete eine 34-jährige Frau, wie ein Mädchen auf dem Schulhof der Grundschule Aplerbecker Mark von drei Jungen belästigt wurde. Die Dortmunderin wollte dem circa 13-jährigen Mädchen helfen und sprach die Gruppe an. Ohne zu zögern schlug einer der Jugendlichen ihr mit voller Wucht ins Gesicht. Die Frau stürzte zu Boden und verletzte sich dabei. Doch der Täter hatte noch nicht genug: Er trat dem Opfer mehrfach in den Bauch, bevor er mit seinen Freunden abhaute. Der Täter wird als rund 14 Jahre alt und 150 cm groß beschrieben. Er hatte braune Augen, dunkle Haare und ein südländisches Aussehen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter
Mainz: Am 21.02.2017, gegen 22:32 Uhr, wurde eine Schlägerei in der Neuen Mitte gemeldet. Vor Ort trafen die Polizeibeamten eine vierköpfige Gruppe mit deutscher Staatsangehörigkeit (ein 24-jährigen Mann und drei 17-jährige Mädchen) und zwei eritreischer Zuwanderer (22 und 40 Jahre alt) an. Auf Nachfrage gaben die Mädchen an, sexuell von den beiden Zuwanderern belästigt worden zu sein, u. a. wurde eine an der Brust angefasst. Da die beiden sich nicht abweisen ließen, ging der Bekannte dazwischen und es kam zu einer körperlichen Auseinandersetzung. Da sich die alkoholisierten Zuwanderer auch den Polizeibeamten gegenüber aggressiv zeigten und einen Platzverweis missachteten, wurden sie in Gewahrsam genommen.
Friedrichshafen: Wegen Körperverletzung ermittelt die Polizei gegen einen unbekannten Täter, der am Donnerstagabend, gegen 19.00 Uhr, im Bereich des Hafenbahnhofs eine junge Frau am Arm packte und in arabischer Sprache nach ihrer Telefonnummer fragte. Nachdem die Frau sich losgerissen und dem Unbekannte deutlich gemacht hatte, dass sie dies nicht wolle, entfernte sich der Mann in unbekannte Richtung. Die Frau wurde bei der Situation am Handgelenk leicht verletzt. Zu dem Unbekannten liegt der Polizei folgende Beschreibung vor: Zirka 20 Jahre alt, zwischen 165 und 170 Zentimeter groß, möglicherweise syrischer Abstammung, kurze Haare, Drei-Tage-Bart, dunkle Augen.
Gera: Vor dem Landgericht Gera hat am Donnerstag ein Verfahren wegen versuchter Vergewaltigung begonnen. Einem 33-jährigen Flüchtling wird vorgeworfen, nach dem Bierfest in

Saalfeld am 4. September 2016 eine Frau überfallen zu haben. Er soll versucht haben, sie zu vergewaltigen. Als er ihr einen Finger in den Mund schob, biss das 18-jährige Opfer den Mann und nutzte die Chance zur Flucht. Vor Gericht räumte der Angeklagte die Tat ein und berief sich auf übermäßigen Alkoholkonsum. Seine Angaben waren jedoch wenig glaubwürdig: Er will 13 kleine Flaschen Bier, zudem ein Liter Fassbier und mehrere Schnaps getrunken haben.
Sigmaringen: Bei der Feststellung der Personalien durch den Vorsitzenden Richter Hannes Breucker, Vizepräsident des Landgerichts, erklärte der Angeklagte, dass das angegebene Geburtsdatum nicht stimme, er sei nicht wie angegeben 1992, sondern 1988 geboren. In italienischen Ausweispapieren, die er besaß, war das Datum korrekt angegeben. Er sei geschieden und habe keinen Beruf, gab er vor dem Schöffengericht an. Seit 30. August vergangenen Jahres ist der Mann in Haft. Er gab an, ursprünglich nach Holland gewollt zu haben, um dort eine Bekannte zu treffen. Er war dann aber in der Erstaufnahmestelle in Sigmaringen gelandet. Richter Breucker erläuterte dem Angeklagten, der einen Dolmetscher für seine Muttersprache Wolof hatte, das deutsche Rechtswesen. Er wies ihn darauf hin, dass er nichts zu den Vorwürfen sagen müsse, dass er seinen Verteidiger oder dem Dolmetscher Aussagen übertragen könne. Er erklärte dem Angeklagten, dass er jegliche Form von Verständnisproblemen sofort ansprechen solle. Der Mann war im Juli vergangenen Jahres einer Frau, mit der er vorher gesellig beisammen war, zu ihrem Haus gefolgt. Er und sein Freund wollten dann bei ihr übernachten, was sie nicht wollte. Als sie die Haustür öffnete, folgte er ihr auch in den Flur und erklärte, mit ihr schlafen zu wollen, was sie zurückwies. Da beide alkoholisiert waren, kamen sie im Flur zu Fall, die Frau lag dann unten und der Angeklagte auf ihr. Der Mann berührte sie und versuchte dann, ihr die Hosen auszuziehen, ließ aber von seinem Opfer ab, als Mitbewohner in den Flur kamen. Er ergriff dann die Flucht, die Frau erlitt etliche Verletzungen. Acht Tage später, zwischen zwei und drei Uhr nachts, drang er über die Terrassentür in die Wohnung einer anderen Frau ein. Die Frau, die den Angeklagten erkannt hatte, forderte ihn auf zu gehen, sie rufe sonst die Polizei, was sie dann auch tat. Der Angeklagte versuchte dann, sie auf das Bett zu werfen und zog ihr die Schlafhose runter und schob das Nachthemd nach oben. Da der zweite Fall weitergehend war als der erste, wurde hier Vergewaltigung angeklagt. Er ließ dann auch, ohne letztlich Erfolg zu haben, von seinem zweiten Opfer ab, das ebenfalls erhebliche Verletzungen davontrug. Als der zunächst geflohene Mann wieder zurückkehrte, wurde er von der Polizei festgenommen.
Berlin: 2014 soll Peter W. (36) eine damals 15-jährige Schülerin aus Österreich erst zum Kiffen überredet, später dann vergewaltigt haben. Vor Gericht bestritt er am Freitag die Vorwürfe. Kriminalitätsschwerpunkt RAW-Gelände an der Warschauer Straße (Friedrichshain): Weil er ein Mädchen (15) mit einem Joint gefügig gemacht und vergewaltigt haben soll, steht Musiker Peter W. (36) vor dem Berliner Landgericht. Geboren in Nairobi (Kenia). Beruf Künstler, Musiker, Tänzer. Seine Street-Art-Band spielt auch in den angesagten RAW-Szeneclubs „Badehaus“ und „Cassiopeia“. Die Anklage wirft ihm sexuelle Nötigung und Vergewaltigung vor. Am 10. Februar 2014 gegen 15 Uhr soll er die junge Touristin aus Österreich angesprochen („smoke weed everyday“) und überredet haben, zwei- bis dreimal an seinem Joint zu ziehen. Betäubt sei sie ihm in ein Haus gefolgt, wo er sie vergewaltig haben soll, heißt es. Anderthalb Jahre später wird der Musiker im September 2016 festgenommen: Sein genetischer Fingerabdruck ist in einem Fleck auf der Bluse des Mädchens, eine weitere DNA-Spur auf ihrer Jeans gefunden worden.
Unna: Volltrunken umklammerte er in einem Park ein 15jähriges Mädchen, begrapschte sie an den Brüsten. Dafür hat das Amtsgericht Menden einen 26jährigen Mann zu einer Bewährungsstrafe plus Sozialstunden. Die Richter fällten das Urteil noch nach dem bisherigen Sexualstrafrecht. Nach dem neuen – „Nein heißt Nein“– hätte die Bestrafung erheblich härter ausfallen können. Aber auch das alte Recht erlaubt für solche Fälle von „sexueller Nötigung“ einen Strafrahmen bis zu 5 Jahren Haft. Nach einem Bericht der Mendener „Westfalenpost“ hatte der 26jährige Mann – ein Asylbewerber aus Afghanistan, dessen Antrag abgelehnt wurde – die 15Jährige Mitte Juni abends in einem Park im Stadtteil Lendringsen getroffen. Er habe sich, so gab er zu, zu dem Mädchen auf die Bank gesetzt, ihr an die Brust gefasst, sie trotz Widerstandes abgeküsst, und als sich die Schülerin aus der Umklammerung des 11 Jahre älteren Mannes befreien konnte, kippte er – weil sturzbetrunken – auf den Boden. Das Mädchen rannte weg, direkt ihrem Freund in die Arme. Der Angeklagte beteuerte, keine bösen Absichten gehabt zu haben: Er habe erst zum zweiten Mal in seinem Leben Alkohol getrunken, sei Alkohol nicht gewöhnt. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 10 Monaten Haft auf Bewährung und 250 Sozialstunden. Der alleinstehende 26Jährige wohnt seit 15 Monaten in Deutschland. Gegen die Ablehnung seines Asylantrags will er klagen.

Duisburg: Der Mann aus Ghana hatte im Sommer in Neumühl eine 15-Jährige vergewaltigt. Im Prozess am Landgericht gestand der Asylbewerber die Tat. Der Fall hatte die öffentliche Diskussion in Duisburg über Flüchtlingspolitik und innere Sicherheit noch einmal angeheizt: Am 19. August 2016 hatte ein 24-jähriger Bewohner des – zur Landesunterkunft für Flüchtlinge umfunktionierten – ehemaligen Barbara-Krankenhauses in Neumühl eine 15-Jährige vergewaltigt. Die Antwort des Rechtsstaates gab am Mittwoch das Landgericht Duisburg, das den Mann zu drei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilte. Am zweiten Verhandlungstag ließ der Mann aus Ghana durch seinen Verteidiger ein Geständnis vortragen. Während der Angeklagte die Tat im Vorfeld stets bestritt und behauptete, es sei einvernehmlich zum Sex gekommen, räumte er die Vorwürfe nun rückhaltlos ein. Danach war er der – von einer Freundin begleiteten – Jugendlichen zufällig in einem leer stehenden Schulgebäude an der Gartenstraße begegnet. Er belästigte die Mädchen. Während eine Jugendliche aus einem Fenster flüchtete, hielt er die 15-Jährige fest, entkleidete sie mit Gewalt und verging sich an ihr. Sein Mandant habe einen ausgeprägten Geschlechtstrieb und die Kontrolle über sich verloren, so der Anwalt. Anders als früher behauptet, seien keinerlei aufmunternde Signale von der Hauptbelastungszeugin ausgegangen. Der Angeklagte bedaure die Tat. Leugnen hätte wenig Sinn gehabt: Ein Zeuge hatte den Angeklagten von der um Hilfe rufenden 15-Jährigen heruntergezogen. Die Aussage des Mädchens war von einer psychiatrischen Sachverständigen im Vorfeld als glaubhaft eingestuft worden. Die Strafkammer wertete das Geständnis, das der Jugendlichen eine Vernehmung vor Gericht ersparte, als deutlich strafmildernd. Zudem sei der Angeklagte bislang nicht vorbestraft und sei zur Tatzeit möglicherweise durch Alkohol enthemmt gewesen, hieß es in der Urteilsbegründung. Als besonders verwerflich sah es das Gericht an, dass der Angeklagte ein junges Mädchen vergewaltigte, das sexuell noch völlig unerfahren gewesen sei.

Duisburg: „Sie sollten sich reiflich überlegen ein Geständnis ablegen, um dem Mädchen eine Aussage vor Gericht zu ersparen." Deutliche Worte am Donnerstag von Richter Michael Kuhn in Richtung des Angeklagten. Grund: Flüchtling Ralph Q. (24) soll im August in einer leerstehenden Schule in Duisburg ein Mädchen (15) vergewaltigt haben. Laut Anklage soll sich das Opfer mit einer Freundin und einem Bekannten auf dem Schulgelände aufgehalten haben. Die beiden Mädchen gingen ins Gebäude. Dann der Schock. Der Staatsanwalt zum Prozessauftakt vor dem Landgericht Duisburg mit den Einzelheiten. „Plötzlich und unerwartet erschien der Angeklagte, bedrängte beide Mädchen. Eines konnte durch das Fenster den Raum verlassen." Das andere Mädchen soll dann von dem Ghanaer festgehalten worden sein. Der Staatsanwalt weiter: „Der Angeklagte forderte das Mädchen dann auf, ein bisschen Spaß zu haben, trug sie in einen Nachbarraum. Als das Mädchen das verneinte, griff er sie und verging sich an ihr." Das Opfer soll sich noch mit einem Faustschlag gewehrt und um Hilfe geschrien haben. Der draußen wartende Bekannte eilte daraufhin herbei und bewahrte sie wahrscheinlich vor Schlimmerem. Ralph Q., der in einer Flüchtlingsunterkunft in Nähe der Schule lebt, schwieg zu Prozessbeginn. In Vernehmungen soll er von einvernehmlichen Sex gesprochen haben. Der Prozess wird fortgesetzt.

Kellinghusen: Ein Jugendlicher soll am Mittwoch, dem 28. Dezember, eine 69-Jährige in Kellinghusen sexuell belästigt haben. Nach Polizeiangaben konnte die Frau den jungen Mann wegschieben und nach Hause flüchten. Die Polizei sucht nun nach Zeugen. Die 69-Jährige ging gegen 19 Uhr in der Schützenstraße spazieren, als ihr zwei offensichtlich jugendliche Radfahrer auffielen. Als die Frau in den Feldrain abbog, folgte ihr der kleinere der beiden zunächst mit dem Fahrrad, holte sie ein und versuchte sie zu küssen. Auf dem Stichweg zum Spielplatz legte der junge Mann dann sein Fahrrad ab, umfasste die Frau um den Hals und bedrängte sie sexuell. Die Frau konnte den Jugendlichen wegschieben und nach Hause flüchten. Eine Fahndung der Polizei verlief zunächst ergebnislos. Die Frau beschreibt den Täter als zirka 12-13 Jahre alt und etwa 1,60 Meter groß. Zur Tatzeit war er dunkel bekleidet. Er führte ein Kinderrad mit Steckbeleuchtung mit. Der Junge habe kein Wort gesagt, sei aber allem Anschein nach "südländischer Herkunft".

Köln: 77-Jährige in eigener Wohnung verprügelt

Die Polizei Köln sucht mit einem Phantombild (siehe oben) nach dem Mann, der am Samstagmittag (18. Februar) eine ältere Dame (77) in ihrer Wohnung auf der Dieselstraße in Köln-Kalk überfallen hat. Der Abgebildete steht im Verdacht, die 77-Jährige angegriffen und verprügelt zu haben. Vermutlich aufgrund der starken Gegenwehr des Opfers flüchtete er wenig später in unbekannte Richtung. Die Kriminalisten gehen derzeit davon aus, dass der Überfall ausschließlich einen sexuellen Hintergrund hatte. Nach Angaben weiterer Hausbewohner, schellte der Gesuchte vor der Tat an diversen Wohnungstüren des Mehrfamilienhauses und versuchte andere Frauen in ein Gespräch zu verwickeln.

Krefeld: Schlimmer Zwischenfall am Krefelder Hauptbahnhof. Eine Gruppe von zehn Männern soll eine Schülerin (18) bedrängt haben. Demnach umringten die Männer das Mädchen am Freitag und bedrängten sie sexuell. Zu einem Übergriff kam es laut Polizei aber nicht. Die Männer umstellten das Mädchen aber so eng, dass sie nicht fliehen konnte. Erst als eine Freundin den Bahnsteig betrat und ein Zug einfuhr, konnte sie ausbrechen. Doch die Männer folgten den beiden Mädchen in den RE10 und setzten sich im Abteil hinter sie. Als die Schülerinnen in Kempten ausstiegen, verfolgten die Gruppe sie jedoch nicht mehr. Die Polizei sucht jetzt nach der Gruppe von Männern. Sie waren etwa 25 Jahre alt, trugen Baseballkappen und hatten ihre Kapuzen tief ins Gesicht gezogen. Die Sprache in der sie sich unterhielten, konnten die Mädchen nicht verstehen.

München: Am Donnerstag, 23.02.2017, gegen 11.00 Uhr, beobachtete eine 54-Jährige aus Ismaning, wie ein 56-jähriger Afghane, der in einer Unterkunft in Unterföhring untergebracht ist, an einem Tisch der Grünanlage am Feringasee lehnte und an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Dabei blickte er in die Richtung, aus der die 54-Jährige kam. Die 54-Jährige alarmierte den Polizeinotruf 110. Streifen der Münchner Polizei fuhren zu dem Einsatzort und konnten den Exhibitionisten vor Ort festnehmen. Er wurde wegen einer exhibitionistischen Handlung und wegen der Erregung des öffentlichen Ärgernisses angezeigt.

Geilenkirchen-Niederheid / Wassenberg-Rosenthal: In der Sonntagnacht (12. Februar) wurde zwischen 01:30 Uhr und 04:30 Uhr eine junge Frau Opfer eines Sexualdeliktes. Wir informierten darüber mit Nachtrag zum Polizeibericht Nr. 045 vom 14. Februar 2017. Mit Hilfe von Spezialisten des Landeskriminalamtes konnte das nachfolgende Phantombild des gesuchten Mannes angefertigt werden. Nach Angaben des Opfers war der Täter etwa 25 bis 30 Jahre alt, ungefähr 180 bis 190cm groß und hatte dunkle Haare, braune Augen sowie einen “Drei Tage Bart”. Er war von kräftigerer Gestalt und südländischer Erscheinung. Zur Tatzeit trug er dunkle Kleidung. Bei dem Fahrzeug könnte es sich um ein Taxi oder Mietwagen gehandelt haben. Wer den Mann auf dem Phantombild erkennt oder Beobachtungen machte, die eventuell mit dem Geschehen in Verbindung stehen könnten, der wende sich bitte an das Kriminalkommissariat 1 der Polizei in Heinsberg, Telefon 02452 920 0.

Zwickau: Wer soll solche Entscheidungen noch verstehen? Zwei Männer, die zwei Zwickauer Mädchen sexuell attackierten, einen Zeugen verletzten und auf dem Polizeirevier randalierten, durften einfach so nach Hause spazieren! Die Tat abends um 18.30 Uhr: Zwei

minderjährige Mädchen sind im Linienbus unterwegs durch Zwickau. Zwei angetrunkene Männer setzen sich zu ihnen. Polizeisprecherin Anett Münster (39): „An der Haltestelle Dr.-Friedrich-Ring wurden die Mädchen massiv sexuell bedrängt." Details des Sex-Angriffs möchte sie nicht nennen.
Aber es ist so aggressiv, dass mehrere Fahrgäste den Notruf wählen. Ein 16-jähriger Fahrgast geht dazwischen, er wird von den Tätern durch Schläge verletzt. Die Polizei rast mit mehreren Streifenwagen heran, der Bus wird gestoppt. Die Beamten fassen die Sex-Täter: laut Polizei ein Asylbewerber (23) aus Eritrea (gemeldet in Zwickau) und ein Asylbewerber (31) aus Libyen (gemeldet in Leipzig).
Oldenburg: Welche absurden Blüten die Politische Korrektheit im Internet treibt, kann man am Beispiel der Oldenburger Onlinezeitung im Netz nachlesen. Sie knickte vor ein paar Facebook-Kommentatoren ein. Dabei hatte der Journalist doch nur einen Polizeibericht veröffentlicht. Samstag, kurz vor 18 Uhr. Eine Schülerin (14) meldete sich beim Bademeister des Schwimmbades „Olantis". Sie sei im Pool „von einer unbekannten Person erst an Rücken und Gesäß berührt worden. Danach habe diese Person versucht, der Schülerin die Bikinihose herunterzuziehen", heißt es in einer Meldung der Polizei Oldenburg. Der Bademeister benachrichtigte daraufhin die Beamten. „Bei den weiteren Befragungen geriet eine Gruppe junger Männer in den Verdacht, die Schülerin belästigt zu haben. Es handelte sich um 5 afghanische Staatsangehörige im Alter von 17 bis 29 Jahren. Die Männer stritten eine Beteiligung an der Belästigung ab. Das Olantis sprach gegen alle fünf ein Hausverbot aus. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen." (weiter bei der JUNGEN FREIHEIT).
Berlin: Die Berliner Polizei sucht mit Fotos einen Mann, der im September 2016 versucht haben soll, ein 15-jähriges Mädchen in Spandau zu vergewaltigen. Er soll ihr zuvor schon in der U-Bahn gefolgt sein. Dieser 20 bis 25 Jahre alter Mann soll am 6. September 2016 versucht haben, ein junges Mädchen (15) in Berlin-Spandau zu missbrauchen. Nur dank zufällig vorbeikommender Hausbewohner wurde die Vergewaltigung verhindert! Die Tat ereignete sich laut Polizei gegen 20.30 Uhr im Hausflur eines Spandauer Wohnhauses. Dort soll er die 15-Jährige von hinten angegriffen und versucht haben, sie zu vergewaltigen. Von dem sexuellen Übergriff wurde der Mann nur durch Personen abgehalten, die zufällig vorbei kamen, wie die Polizei am Montag mitteilte. Daraufhin flüchtete der Mann. Das Aussehen des Täters wird mit nordafrikanisch bzw. arabisch beschrieben. Videoaufnahmen der BVG belegten, dass der Gesuchte das Mädchen bereits in der U-Bahn und im Bus verfolgt hatte, was die 15-Jährige nicht bemerkt hatte.
OBERSTDORF: Erst jetzt zeigte eine 18-jährige Geschädigte bei der Polizei Oberstdorf an, dass es im September 2016 zu einem Vorfall in der Damentoilette am Bahnhof in Oberstdorf kam. Ein Mann im Alter zwischen 20 und 30 Jahre, vermutlich Nordafrikaner, folgte der jungen Frau in den Waschraum der Toilette, bedrängte diese und wollte sie festhalten. Die Frau konnte sich jedoch des Mannes erwehren und die Toilette verlassen. Erst nach langem Überlegen entschied sich die Frau jetzt zur Erstattung einer Anzeige bei der Polizei.
Kleve: Ein 57-Jähriger hat am frühen Sonntagmorgen seine Tochter vor einem Vergewaltiger bewahrt. Er überwältigte den Peiniger auf einer Klever Straße. Weil er sich sofort auf die Suche machte, hat ein 57-jähriger Mann in Kleve seine 23-jährige Tochter vor einer mutmaßlichen Vergewaltigung bewahrt. Am frühen Sonntagmorgen gegen 5.30 Uhr war die junge Frau zu Fuß auf dem Heimweg von einer Diskothek unterwegs – weil sie kein Taxi bekommen hatte. Auf der Emmericher Straße stadtauswärts hatte sie plötzlich einen unangenehmen Begleiter hinter sich. Als sie im Dunkeln auf dem Gehweg lief, fiel ihr ein Mann auf. Plötzlich wechselte der die Straßenseite und ging ihr hinterher. Die junge Frau rief per Handy ihren Vater an. "Plötzlich ergriff der Mann die 23-Jährige, schlug sie ins Gesicht, zog sie vom Gehweg weg und legte sich auf sie", berichtete am Montag die Polizei. Währenddessen fuhr der Vater mit einem Motorroller seiner Tochter entgegen und entdeckte den Peiniger. Der 57-Jährige überwältigte den Mann und hielt ihn fest – bis die Polizei kam.

Die junge Frau wurde zur ambulanten Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. Der Peiniger, ein 23-Jähriger, der aus Syrien stammt, war “offensichtlich alkoholisiert”, sagte ein Polizeisprecher auf Nachfrage. Außer den Schlägen sei es “zu keinen weiteren Handlungen gekommen”. Der mutmaßliche Täter sollte noch am Montag einem Haftrichter vorgeführt werden. Laut ersten Informationen der Polizei gebe es bis dato keine Hinweise darauf, dass der 23-Jährige die junge Frau bereits von der Disco aus verfolgt habe.
Chemnitz/Freiberg: Im Herbst 2015 kam Ayoub L. (24) nach Deutschland. Gestern stand der Libyer vor dem Amtsgericht. Die Anklage: Vergewaltigung! Spät an einem Juli-Abend war Veronika E. (62) zur Tankstelle gegangen, um Zigaretten zu holen. Ihr Rückweg führte die Freibergerin durch den Park hinter der Stockmühle. „Plötzlich packte mich ein Mann am Hals, hielt mir den Mund zu und zerrte mich in ein Gebüsch“, berichtet die EU-Rentnerin. „Dann riss er mir und sich die Hose runter, drückte mich mit seinem Gewicht zu Boden.“ Ayoub L. stellt die Sache anders dar: „Ich saß auf einer Bank, wartete auf einen Freund. Da setzte sich die Frau neben mich, legte ihre Hand auf meinen Schenkel und machte mir klar, dass sie Sex wollte.“ Staatsanwältin Daniela Nündel (40) ungläubig: „Ist Ihnen so was schon häufiger passiert?“ Ayoub L.: „In Libyen ja.“ Auch Richterin Gudrun Trautmann (55) glaubte dem Angeklagten nicht: „Sowohl seine DNA-Spuren als auch ein abgerissener Kopfhörer seines Handys am Tatort deuten auf Gewaltanwendung hin.“ Urteil: drei Jahre Knast!

https://www.pi-news.net/2017/02/tuerke-vergewaltigt-30-jaehrige-hiv-positive/#more-556703

Türke vergewaltigt 30-jährige HIV-Positive

Aalen-Crailsheim: Eine 30-jährige Frau wurde in der Nacht zum Sonntag bei Crailsheim das Opfer einer Vergewaltigung. Sie hatte ihren Peiniger zuvor in einer Kneipe in Crailsheim kennengelernt. Nachdem das Opfer HIV positiv ist und auch an Hepatitis C erkrankt ist, hat sich der Täter nun möglicherweise infiziert. Die 30-Jährige hatte den unbekannten Täter in der Gaststätte “City Pub” in der Schönebürgstraße in Crailsheim kennen gelernt. Dort hatte er sich mit anderen Männern vermutlich in türkischer Sprache unterhalten. Im weiteren Verlauf des Abends hatte er ihr angeboten sie nach Hause zu fahren. Mit seinem Pkw fuhr er sie dann jedoch nicht an ihre Wohnanschrift, sondern auf den Parkplatz Schönebürg, welcher an der Landesstraße in Richtung Feuchtwangen liegt.
Dort kam es gegen 03:45 Uhr zum sexuellen Übergriff. Anschließend ließ er sein Opfer am Berliner Platz aus dem Auto und fuhr davon. Der Täter war etwa 40-50 Jahre alt, sprach gebrochen Deutsch und war vermutlich Türke. Er war circa 165 cm klein und hatte leicht graues Haar und einen Dreitagebart.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels

Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter

Sundern: Am Sonntag um 23.20 Uhr schlug ein Mann eine Frau in der Schützenhalle in Sundern. Nach Angaben von Zeugen hatte er zuvor zwei Frauen unsittlich berührt. Die geschlagene 20-jährige Frau sowie ihre 21-jährige Freundin gaben an, von dem 24-jährigen Iraner unsittlich berührt worden zu sein. Als die Frau ihn daraufhin ansprach, schlug er ihr ins Gesicht. Die Frau wurde leichtverletzt. Nach Feststellung der Personalien erhielt der Mann einen Platzverweis.

Hückelhoven-Doveren: Auch am Rande des Karnevalszuges in Hückelhoven-Doveren kam es am Samstagabend gegen 18 Uhr zu einer sexuellen Nötigung. Eine 16-jährige Jugendliche wurde in der Grünanlage an der Kirche an der Dionysiusstraße von einem Mann unsittlich berührt. Die junge Frau konnte flüchten und wandte sich an die im Karnevalszug eingesetzten Polizeibeamten. Diese konnten trotz einer sofort eingeleiteten Suche den beschriebenen Mann nicht mehr ausfindig machen. Der Täter war etwa 1,75 bis 1,80 Meter groß, ungefähr 18 bis 25 Jahre alt und schlank. Er hatte braune Haare, braun/grüne Augen und ein südländisches Aussehen.

Osann-Monzel: Nachdem der Polizei in der Nacht zum Samstag, 25. Februar, mögliche sexuelle Belästigungen bei einer Karnevalsfeier in Osann-Monzel gemeldet wurden, ermittelt die Polizei und fragt, ob es weitere Betroffene gibt. Gegen 21.45 Uhr am Freitagabend meldeten Zeugen sexuelle Belästigungen bei der Polizei. Nach ersten Ermittlungen vor Ort steht ein 38-jähriger Syrer im Verdacht, drei weibliche Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren bei der Karnevalsfeier in Osann-Monzel unsittlich berührt zu haben. Die Ermittlungen dauern an.

Rottenburg: In den Morgenstunden des Sonntags hat ein bislang unbekannter Täter gegen 05.15 Uhr eine 24-Jährige belästigt. Die junge Frau befand sich am Rottenburger Bahnhof und wartete am Gleis zwei auf den Zug. Währenddessen näherte sich ihr ein Mann, hielt diese an den Oberarmen fest und küsste sie anschließend auf den Mund. Daraufhin setzte die Dame sich zur Wehr und teilte dem Mann lauthals mit, zu gehen. Die Frau begab sich anschließend in den Zug und informierte die Polizei. Der Unbekannte ist etwa 170 cm groß und zirka 30 – 40 Jahre alt. Er hat ein rundliches Gesicht mit hervorstehenden Wangen sowie dunklem Teint und wenig bis gar keine Haare.

Lüneburg: Zu einer Belästigung auf möglicherweise sexueller Basis kam es in den späten Abendstunden des 26.02.17 in der Marcus-Heinemann-Straße. Eine 26 Jahre alte Frau war gegen 23:15 Uhr alleine unterwegs, als sich unbemerkt ein Unbekannter näherte. Da die junge Frau laut Musik über Kopfhörer gehört hatte, nahm sie den Unbekannten erst spät wahr. Der Mann zog in der Folge an dem Schal der Lüneburgerin und hielt sie damit fest. Die 26-Jährige setzte sich zur Wehr, indem sie mit einem Bleistift, den sie bei sich hatte auf den Unbekannten einstach, so dass sie flüchten konnte und der Unbekannte sich entfernte. Er wird wie folgt beschrieben: männlich, südländisches Aussehen, alkoholisiert, ca. 30 Jahre alt, ca. 180 cm groß.

Augsburg: In einer Diskothek in der Ludwigstraße wurden zwei 18-jährige Frauen von drei afghanischen Staatsangehörigen im Alter von 19, 21 und 37 Jahren mehrfach unsittlich am Gesäß begrapscht. Die drei Täter zeigten sich den Polizeibeamten gegenüber höchst unkooperativ und mussten daher anschließend in Gewahrsam genommen werden. Sie stritten die Tat vehement ab. Ebenfalls in der Ludwigstraße wurde gegen 04:10 Uhr ein 31-jähriger Iraker von einem Zeugen dabei beobachtet, wie er seine Hose samt Unterhose herunterzog und gegenüber mehrerer Frauen und dem Zeugen sein Glied vorzeigte.

Stuttgart-Mitte: Ein unbekannter Mann hat am Sonntagabend (08.01.2017) in den Mittleren Schloßgartenanlagen eine 22 Jahre alte Frau belästigt. Der Unbekannte sprach die 22-Jährige gegen 20.50 Uhr an und wurde während des Gesprächs immer aufdringlicher. Er versuchte

mehrfach, der Frau an die Brüste sowie an den Po zu fassen und sie zu küssen. Der 22-Jährigen gelang es, den Mann abzuwehren und flüchtete. Der Tatverdächtige hatte ein nordafrikanisches Aussehen, war ungepflegt und trug zur Tatzeit eine dunkle Hose, eine beige Jacke und eine schwarze Mütze.
Mainz-Kastel: Am vergangenen Wochenende hat sich am Bahnhof Kastel ein noch unbekannter Mann vor einer 18-jährigen Frau entblößt. Der Exhibitionist fiel gegen 00:30 Uhr auf, als er mit offener Hose in Richtung zur Unterführung des Bahnhofes Kastel ging. Von dort aus könnte er möglicherweise in die S-Bahn in Richtung Frankfurt am Main gestiegen sein. Der Flüchtige war ca. 35 bis 40 Jahre alt, ca. 185 cm groß und kräftig. Er hatte einen kurzgeschnittenen Vollbart und dunkle Haare. Bekleidet war er mit einer dunklen blau-grauen Wollmütze und dunkelblauer Jacke, auf der rückseitig ein "schlafender Teddybär" abgebildet war. Nach Angaben der Zeugin soll der Mann entweder von "türkischer oder nordafrikanischer" Herkunft gewesen sein.
Schneeberg: Die Polizei in Aue ermittelt nach exhibitionistischen Handlungen eines noch unbekannten Mannes in der Öffentlichkeit und sucht Zeugen. Eine 21-jährige Frau hatte am Samstag (7. Januar 2017), gegen 19 Uhr, in der Karlsbader Straße mit ihrem Pkw gehalten, um eine Pizzeria aufzusuchen. Als sie Augenblicke später zu ihrem Auto zurückkehrte, stand an diesem ein Unbekannter mit runtergelassener Hose. Augenscheinlich habe der Mann an seinem Glied manipuliert, woraufhin die 21-Jährige in ihr Auto stieg, davonfuhr und die 110 wählte. Den Mann beschrieb sie als zirka 1,70 Meter bis 1,75 Meter groß und von normaler Statur. Die Hautfarbe sei dunkel gewesen. Bekleidet war er mit einer beigen Jacke, deren Kapuze ins Gesicht gezogen war, und einer schwarzen Hose.

02. März 2017, 16:53 Uhr

Gruppenvergewaltigung an Deutscher

Wiener Landgericht verurteilt acht Männer zu langen Haftstrafen

Eine 28-jährige Deutsche ist an Silvester in Wien von mehreren Männern vergewaltigt worden. Nun hat ein Gericht acht Angeklagte zu Gefängnisstrafen verurteilt. Ein neunter wurde freigesprochen.
Wegen der Gruppenvergewaltigung einer deutschen Touristin hat das Wiener Landgericht acht Männer zu Haftstrafen zwischen 9 und 13 Jahren verurteilt. Ein neunter Angeklagter wurde einer Sprecherin zufolge aus Mangel an Beweisen freigesprochen.
Wie die österreichische Presseagentur APA berichtet, blieb das Gericht nur knapp unter der Höchststrafe für die acht angeklagten Iraker.
Laut APA war die junge Frau nach Wien gekommen, um Silvester zu feiern. Vor einem Lokal sei sie betrunken von vier Männern aufgelesen und in eine Wohnung gebracht worden, wo sich weitere fünf Männer aufgehalten hätten.
Die Männer im Alter von 22 bis 48 Jahren, von denen acht verwandt oder verschwägert sind, hätten dann die Frau abwechselnd vergewaltigt. Mit einer Ausnahme hätten alle Angeklagten die Tat geleugnet. Andere Männer behaupteten, gar nicht dabei gewesen zu sein oder einvernehmlichen Verkehr mit der damals 28-Jährigen gehabt zu haben.

Die Männer, darunter ein verheirateter Vater und sein Sohn, hatten auch Selfies mit dem Opfer gemacht. Ihre starke Alkoholisierung trübte laut einem Gutachter die Zurechnungsfähigkeit der Männer jedenfalls nicht.

"Ich habe an nichts mehr Freude"

Wie der "Kurier" berichtet, hatte eine DNA-Expertin am Opfer und seiner Kleidung Sperma- und Speichelspuren von sechs der neun Angeklagten gefunden. Die Männer waren zwischen Mai und Dezember 2015 nach Österreich gekommen. Fünf von ihnen hatten Flüchtlingsstatus erhalten.

Anklägerin Karina Fehringer zeigte sich APA zufolge in ihrem Plädoyer erschüttert. Nur einer der Angeklagten habe Reue gezeigt. Das Opfer leide an einer posttraumatischen Belastungsstörung, dir ihr ganzes Leben beeinträchtige. "Ich habe an nichts mehr Freude", zitierte Fehringer die Frau. Die 28-Jährige soll laut Gericht Schadensersatz in Höhe von 25.000 Euro erhalten.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig, sowohl die Vertreterin der Staatsanwaltschaft Wien als auch die Verteidiger der Angeklagten meldeten umgehend Verfahrensmängel und Berufung an.

cnn/AP/dpa

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/wien-gruppenvergewaltigung-an-deutscher-urteile-gegen-acht-taeter-a-1137083.html

https://www.pi-news.net/2017/03/50-tuerken-und-afghanen-zetteln-schlaegerei-an/

50 Türken und Afghanen zetteln Schlägerei an

Limburg: Am Freitag, 24.02.2017, um 19:21 Uhr wird eine größere Schlägerei in Limburg, an der Bushaltestelle gegenüber der evangelischen Kirche mit ca. 50 Personen türkischer bzw. afghanischer Abstammung und einer kleineren Gruppe aus drei Italienern und einem Deutschen gemeldet. Hierbei wurde auch Pfefferspray durch mehrere Personen aus der größeren Gruppe eingesetzt. Drei Personen aus der kleinen Gruppe wurden dabei leicht verletzt. Sofort wurden mehrere Streifenwagen der Polizeistation Limburg und der umliegenden Polizeistationen aus Weilburg und Diez zum Bahnhof entsandt. Die Personen der größeren Gruppe flüchteten in verschiedene Richtungen bevor die Polizei die Personalien feststellen konnte.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Graz: Der eine Sohn mit Schädelbasisbruch auf der Intensivstation, der andere mit Gehirnerschütterung im Krankenstand: Fürchterliche Nachrichten ereilten eine Grazer Mutter am Wochenende. Ihre Söhne, 29 und 27 Jahre alt, wurden am Samstag um 22.45 Uhr im Park gegenüber dem Operncafé brutal zusammengeschlagen. Die Täter dürften ausländischer

Herkunft sein. Blitzschnell und aus heiterem Himmel soll es gekommen sein. “Wir wollten noch in die Mausefalle und sind durch den Park gegenüber gegangen”, erinnert sich der ältere Bruder, ein 29-jähriger Grazer. “Dann habe ich eine auf den Kopf gekriegt.” Blitzschnell und aus heiterem Himmel soll es gekommen sein. “Wir wollten noch in die Mausefalle und sind durch den Park gegenüber gegangen”, erinnert sich der ältere Bruder, ein 29-jähriger Grazer. “Dann habe ich eine auf den Kopf gekriegt.” Mehr weiß er selbst nicht mehr. Auch nicht, warum es zu dem Angriff kam. “Ich habe einen Freund, der auch attackiert worden ist, nachher gefragt, ob ich denn gestänkert habe.” Doch angeblich kam der brutale Überfall ohne Provokation. Jetzt, vier Tage danach, dröhnt der Schädel von einer Gehirnerschütterung, der Kiefer ist geprellt. Viel schlimmer erwischte es den jüngeren Bruder, der zu Hilfe eilen wollte – und dafür fast mit dem Leben bezahlte: Er trug bei dem Angriff einen Schädelbasisbruch davon. “Dabei hat der Verletzte noch gemeint, es geht schon”, erinnert sich einer der Polizeibeamten, die zum Tatort gerufen wurden. “Er hat extra einen Revers unterschrieben, dass er alleine zurechtkommt und nicht mit der Rettung mitfährt.” Doch in der Nacht wurde es schlimmer, und die Angehörigen ließen den jungen Mann ins LKH einliefern. Keine Sekunde zu früh: Es gab eine Gehirnblutung, er war zeitweilig im Tiefschlaf und musste zweimal notoperiert werden. Erst am Mittwoch durfte er die Intensivstation am LKH verlassen. Er ist zwar benommen, konnte der Polizei noch keine Auskunft geben. Aber es schaut nicht so schlecht aus: “Gott sei Dank. Er hat uns gleich erkannt und auch gewusst, dass sieben mal sieben 49 ist”, fiel der Mutter ein großer Stein vom Herzen. Jetzt will sie die Täter finden. Aufgrund des Akzents wird vermutet, dass die Angreifer – mindestens zehn an der Zahl – keine gebürtigen Österreicher sind. Aber fest steht noch nichts. Erste Zeugenbefragungen brachten ebenso wenig Erhellendes wie die Auswertung eines Überwachungsvideos.

Neunkirchen-Seelscheid: Im Anschluss an den Seelscheider Karnevalszug begaben sich 2 Brüder sowie die Freundin des Älteren gegen 19:30 Uhr in Richtung der Grundschule in der Breite Straße, um der dortigen Karnevalsveranstaltung beizuwohnen. In Höhe der Sparkasse begegneten sie einer ca. 20-köpfigen Gruppe männlicher Jugendlicher. Aus dieser Personengruppe heraus wurden die 3 ahnungslosen Heranwachsenden wahllos und unvermittelt körperlich attackiert. Die 19-jährige Geschädigte aus Ruppichteroth wurde unvermittelt ins Gesicht geschlagen und stürzte zu Boden. Der 20-jährige Freund der Angegriffenen habe dieser zur Hilfe eilen wollen und sei durch einen der Täter mit einem Teleskopschlagstock und von einem anderen mit einem Gürtel niedergeschlagen worden. Am Boden liegend wurde das Opfer weiter mit Schlägen und Tritten attackiert. Sein 2 Jahre jüngerer Bruder wurde ebenfalls durch mehrere Personen aus der Gruppe heraus zu Boden geschlagen und dort liegend durch Schläge und Tritte nicht unerheblich verletzt. Nach den Angriffen entfernten sich die Täter in unbekannte Richtung. Die Opfer der Prügelattacke hielten ein herannahendes Fahrzeug an, suchten dort Schutz und alarmierten die Polizei. Die Fahndung nach den Tätern verlief negativ. Hinweise nimmt die Polizei des Rhein-Sieg-Kreises unter Tel. 02241-541-0 entgegen.

Kommentar Pi: Leider war es anscheinend den Verprügelten nicht möglich eine nähere Täterbeschreibung abzugeben, Pi geht nicht davon aus, dass die Polizei die Täter nicht finden möchte, und absichtlich eine nähere Personenbeschreibung verschweigt. Allerdings kam es in der Vergangenheit schon vor, dass deutsche Jugendliche grundlos von Türken zusammengeschlagen wurden, und die Polizei den Übergriff verschweigen wollte, um “negative Schlagzeilen zu verhinden)”. Eventuell hat die Neunkirchner Polizei auch nur das gleiche Pech wie die Münchner Polizei, die Täter, welche Deutsche ins Koma prügeln genauestens hinsichtlich Ihrer Bekleidung beschreiben, aber leider keinen Hinweis auf die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit mitteilen kann und somit im Fahndungsaufruf nur nach “Männern” suchen kann.

Friedrichshafen: Wegen Körperverletzung ermittelt die Polizei gegen vier unbekannte Männer, die in der Nacht zum Sonntag, gegen 02.45 Uhr, eine 22-jährige Frau und deren 24-jährigen Begleiter in der Schanzstraße geschlagen haben. Nach der Schilderung der Geschädigten hatten diese die Männer, bei denen es sich um türkisch stämmige Personen handeln soll, nur nach einer Zugverbindung gefragt, als diese sofort handgreiflich wurden. Die Unbekannten stießen die junge Frau und den 24-Jährigen zu Boden und versetzten beiden Schläge ins Gesicht. Der Geschädigte erhielt zudem einen Kniestoß gegen den Kopf. Anschließend flüchteten die Täter in Richtung Bodensee. Einer der Männer soll etwa 175 cm groß sein und einen schwarzen Jogginganzug mit rotem Drachen-Aufdruck getragen haben.
Landau: Am Sonntagabend gegen 19.25 Uhr kam es auf dem Faschingsmarkt in Landau zu einer Auseinandersetzung zwischen einer dreiköpfigen Gruppe junger Asylbewerber und einem 24-jährigen Landauer, wobei die drei jungen Männer nach Polizeiangaben auf den Landauer einschlugen und anschließend wegliefen. Da ein Freund des Landauers einen der mutmaßlichen Täter erkannt hatte und glaubte, dieser wohne in einer Unterkunft in der Dr.Godron-Straße, begab er sich zusammen mit zwei Freunden dorthin, um den Schläger zu stellen. In der Unterkunft randalierten die drei jungen Männer, konnten den Gesuchten dort jedoch nicht antreffen und wurden von Bewohnern schließlich aus dem Gebäude vertrieben. Dabei soll angeblich ein Messer im Spiel gewesen sein, das jedoch nicht zum Einsatz kam.
Lützelbach: Ein kostümierter Fastnachtsbesucher ist am Sonntag (26.2.2017) nach dem Umzug in der Hauptstraße, Kurvenverlauf zur Einmündung “Alter Neustädter Weg” von mindestens drei Männern angerempelt und geschlagen worden. Der 20 Jahre alte Besucher wurde von einem aus der Gruppe angerempelt. Ein Wort ergab das andere, in dessen Folge der junge Mann aus dem Bereich Miltenberg von der Gruppe geschlagen wurde. Erst nachdem ein Zeuge zu Hilfe kam, ließen die Täter ab und entfernten sich in Richtung Ortsmitte. Die gesuchte Gruppe war unverkleidet. Der Haupttäter ist etwa 1,80 Meter groß und übergewichtig. Der Mann hat kurze dunkle Haare und einen Bartansatz. Zur Tatzeit, gegen 17 Uhr, war er mit einer dunkelblauen Sportjacke mit weiß/roten Streifen bekleidet. In Brusthöhe ist ein “Krokodil” ähnlich der Marke Lacoste angebracht. Der Täter soll deutsch mit türkischem Akzent gesprochen haben.
Bad Kreuznach: Der 27-jährige alkoholisierte Geschädigte war zu Fuß in der Mannheimer Straße unterwegs, als er von drei Männern angesprochen wurde. Einer der Männer sei plötzlich grundlos ausgerastet und habe ihn mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Als er schließlich zu Boden gegangen sei habe ein weiterer Mann auf ihn eingetreten. Der dritte Mann habe versucht beruhigend auf die beiden Schläger einzuwirken. Die drei Männer hätten sich schließlich nach kurzer Zeit dann Richtung Bahnhof entfernt. Durch den Vorfall erlitt der Geschädigte Verletzungen am Kopf und am linken Knie. Die drei Männer konnten wie folgt beschrieben werden: zwischen 25 und 30 Jahre alt, dunkel bekleidet, sprachen gebrochen deutsch, dunkelhäutig/vermutlich Afrikaner.
Cottbus: Der Einsatz der Polizei zum „Zug der fröhlichen Leute“ am Sonntag verlief ohne besondere Vorkommnisse. Entlang der Aufzugsstrecke standen der Bevölkerung drei mobile Polizeiwachen zur Aufnahme von Anzeigen und Hinweisen sowie als Vermisstenanlaufstelle zur Verfügung. Polizeihubschrauber kontrollierten die Strecke aus der Luft. Erstmals konnten Nutzer sozialer Medien dem Polizeieinsatz unter „#CB2602“ auf Twitter folgen.Am Rande des Umzuges kam es im Bereich der Friedenstraße zu einer Auseinandersetzung zwischen fünf syrischen und vier deutschen jungen Erwachsenen. Nach ersten Erkenntnissen setzten die Syrer die Ursache des Konfliktes. Ein Cottbuser wurde im Gesicht verletzt. Um weitere Störungen zu verhindern, wurden die Urheber des Konfliktes ins Gewahrsam genommen. Die Ermittlungen zur Aufhellung des Sachverhaltes dauern an.
Chemnitz: Wieder Ärger an der Zentralhaltestelle: Am Montagabend attackierte ein 19-Jähriger eine Gruppe Mädchen. Wie die Polizei mitteilte, ereignete sich der Vorfall gegen 20.30 Uhr. Der Libyer belästigte die vier Teenager (15, 16, 16, 17) und soll außerdem

versucht haben sie mit einer Flasche zu schlagen. Aufgrund der Beschreibung der Mädchen konnte der mutmaßliche Täter schnell gestellt werden. Er war betrunken und wurde in Gewahrsam genommen.
Garmisch-Partenkirchen: Diese kurze Fahrt mit dem Radl werden ein Schüler (12) und sein Spezl nicht so schnell vergessen. Denn kurz vor dem Bahnhof wurden sie am Freitagvormittag beleidigt und sogar mit einem Messer bedroht. Der Bub radelte gegen 11.10 Uhr mit einem Freund vom Eisstadion kommend durch die alte Fußgängerunterführung am Bahnhof Richtung Bahnhofsplatz. Als er einen Mann mittleren Alters, der auch mit einem Mountainbike unterwegs war, überholen wollte, beleidigte er den Jugendlichen. Und nicht nur das: Plötzlich griff der bislang Unbekannte in seine Jackentasche, holte ein Messer hervor und öffnete dieses vor den Augen des Schülers. Verängstigt ergriffen der Bub und sein Freund die Flucht. Nachdem die Polizei verständigt worden war, fahndete sie nach dem Täter – ohne Erfolg. Nun bittet sie die Bevölkerung um Hilfe. Der Mann ist laut Beschreibung etwa 40 Jahre alt und 1,80 Meter groß. Er hat eine dunkle Gesichtsfarbe, kurze Bartstoppel und trug eine schwarze Kapuzenjacke.
Nürnberg: Am Dienstagmittag ist der Streit zwischen zwei Männern in der Nähe des Taxistands vor dem Nürnberger Hauptbahnhofs derart eskaliert, dass einer der beiden mit einem Messer auf seinen 36-jährigen Kontrahenten einstach. Dabei zückte der Täter ein Messer und stach auf den 36-Jährigen ein. Das Opfer wurde mit schweren Verletzungen am Oberkörper in ein Krankenhaus gebracht. Der Angreifer konnte laut ersten Ermittlungen der Polizei in Richtung Post fliehen. Eine genaue Beschreibung des Täters liegt bisher nicht vor. Die einzige Information ist bislang, dass der Mann eine dunkle Hautfarbe haben soll.
Hier ist das Motiv bekannt: Beschwerden über Lärmbelästigung
Rott am Inn: Nach bisherigen Erkenntnissen beschwerten sich am Abend Nachbarn über Lärm in der Wohnung der 20-jährigen Festgenommenen. Zu diesem Zeitpunkt soll sich noch ein 25-jähriger Mann in der Wohnung der 20-Jährigen aufgehalten haben. Im Verlauf der Beschwerde zeigte sich der Tatverdächtige hochaggressiv und fügte den beiden Opfern unvermittelt tödliche Verletzungen zu. Bei den Opfern handelt es sich um einen 73-jährigen Mann und eine 66-jährige Frau. Beide standen bis auf die Nachbarschaft in keiner Beziehung zueinander und wohnten in separaten Wohnungen. In wie weit die 20-jährige Frau mit dem Tatverdächtigen in einer Beziehung stand, ist derzeit noch Gegenstand der Ermittlungen. Der 25-jährige Tatverdächtige mit türkischer Staatsangehörigkeit flüchtete unmittelbar nach der Tat und konnte gegen 1.30 Uhr im Rahmen der Schwerpunktfahndung festgenommen werden.

https://www.pi-news.net/2017/03/nrw-gruppenvergewaltigung-an-31-jaehriger/

NRW: Gruppenvergewaltigung an 31-Jähriger

Leverkusen: Nach einem Sexualdelikt im Leverkusener Stadtteil Lützenkirchen bittet die Polizei Köln dringend um Zeugenhinweise. Dabei war in der Nacht von Samstag auf Sonntag (25./26. Februar) eine Frau (31) von mehreren Unbekannten angegangen und vergewaltigt worden. Die 31-Jährigen war gegen 0.20 Uhr nahe der Einmündung Von-Knoeringen-

Straße/Zehntenweg weinend am Straßenrand sitzend von Passanten angetroffen worden. Gegenüber alarmierten Polizeibeamten gab die als Hippie Kostümierte an, unmittelbar zuvor von drei jungen Männern attackiert und auf einer Grünfläche in der Nähe der Haltestelle "Leverkusen-Lützenkirchen Hütte" von einem der Männer vergewaltigt worden zu sein. Anschließend flüchteten die Täter in unbekannte Richtung. Nach Angaben des Opfers handelt es sich bei den Tatverdächtigen um drei 20 bis 30 Jahre alte Männer mit südländischem Aussehen und dunkler Bekleidung.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter
Gießen: Zwei Personen haben in der Nacht zum Mittwoch in der Gießener Innenstadt offenbar Frauen sexuell belästigt. Zum ersten Vorfall kam es gegen 23.00 Uhr in einer Gaststätte am Lindenplatz. Hier hatte eine Person Frauen beim Tanzen belästigt. Dabei soll er einer Frau an die Brust gefasst haben. Eine Streife konnte den Verdächtigen, einen 26 – jährigen Asylbewerber aus Algerien, wenig später festnehmen. Er wurde nach den polizeilichen Maßnahmen wieder entlassen. Gegen 01.45 Uhr kam es dann vor einer Gaststätte in der Liebigstraße zum nächsten mutmaßlichen sexuellen Übergriff. Hier hatte ein Mann einer Frau unter den Rock gefasst. Anschließend soll er sich vor mehreren Frauen entblößt haben. Eine Streife konnte den Verdächtigen unmittelbar danach in der Grünberger Straße festnehmen. Auch in diesem Fall handelt es sich bei dem Festgenommenen um einen Asylbewerber aus Algerien.
Trier: Die Kripo sucht Zeugen und mögliche weitere Geschädigte, die auf der Abschlussfete des Rosenmontagsumzuges unsittlich berührt wurden. Gegen 19.30 Uhr meldete eine 15-Jährige, dass sie während der Abschlussveranstaltung des Rosenmontagszuges in der Arena von einem unbekannten Mann unsittlich berührt worden sei. Nach ihren Angaben habe es sich dabei um einen afrikanisch aussehenden Mann gehandelt. Gegen 20.20 Uhr beobachtete ein Security-Mitarbeiter einen 26-jährigen Mann, der eine junge Frau ebenfalls unsittlich berührte. Der Zeuge hielt den aus Ostafrika stammenden Tatverdächtigen fest und informierte die Polizei. Die Geschädigte dieses Sachverhaltes lehnte jedoch eine Anzeigenerstattung ab und hatte sich beim Eintreffen der Polizei bereits entfernt. Nach den sofort durchgeführten ersten Ermittlungen geht die Kripo davon aus, dass die beiden Taten von verschiedenen Tätern begangen worden waren. Ob der 26-Jährige für weitere gleichgelagerte Taten verantwortlich ist oder ob es weitere Geschädigte gibt, müssen die weiteren Ermittlungen ergeben.
Duisburg: Am Sonntag (26. Februar) ist es vor dem Festzeltgelände (gegenüber Breitenkamp) am späten Nachmittag zu einer sexuellen Belästigung einer 17-Jährigen gekommen (siehe Pressebericht vom 26. Februar). Nach derzeitigen Ermittlungen hat der Täter die junge Frau am Gesäß angefasst und beleidigt. Er konnte entkommen. Den Täter beschreibt die 17-Jährige wie folgt: Er ist zwischen 18 und 20 Jahre alt und zwischen 1,70 und 1,80 Meter groß, dunkelhäutig und trägt kurze, schwarz-gelockte Haare sowie einen leichten Bart.
Straubing: Schlimme Szenen in einer Straubinger Diskothek: Am Samstag bedrängte ein Discobesucher eine Frau auf der Damentoilette… Kurz darauf klickten die Handschellen. Am

Samstag kam es gegen 4 Uhr in einer Straubinger Diskothek zu einem sexuellen Übergriff auf eine 27-jährige Besucherin. Der ebenfalls 27-jährige Tatverdächtige suchte die junge Frau auf der Damentoilette der Diskothek auf, fasste ihr dann mehrmals an die Brust und küsste sie gegen ihren Willen. Anschließend drängte er die Frau in eine Ecke der Toilette und warf sie schließlich zu Boden. Als die Frau bereits auf dem Boden lag, schlug der Iraker der jungen Frau noch mehrmals mit einer Bierflasche auf den Kopf. Die junge Frau wurde durch die Schläge glücklicherweise nur leicht verletzt.
Stadtlohn: Am Sonntag wurde die Polizei gegen 22.15 Uhr durch den Sicherheitsdienst im Festzelt am Markt um Hilfe gebeten, da ein Mann einem Hausverbot nicht nachkommen wollte. Die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes teilten den Beamten mit, dass der Beschuldigte, ein 31-jähriger in Stadtlohn wohnhafter Ägypter, mehrere weibliche Festgäste angetanzt und auch sexuell belästigt habe. Einem Hausverbot des Sicherheitsdienstes wollte der 31-Jährige, der seine Unschuld beteuerte, nicht nachkommen. Auch den Platzverweis der Polizeibeamten kam er nicht nach – er verhielt sich zunehmend aggressiv und lehnte den Platzverweis schreiend und wild gestikulierend ab. Die Beamten nahmen den 31-Jährigen, der deutlich unter Alkoholeinfluss stand, daraufhin in Gewahrsam. Dabei mussten die Beamten auch körperliche Gewalt anwenden, da sich der 31-Jährige weigerte, freiwillig mitzukommen.
Duisburg: Am Sonntag (26. Februar) ist es vor dem Festzeltgelände (gegenüber Breitenkamp) am späten Nachmittag zu einer sexuellen Belästigung einer 17-Jährigen gekommen (siehe Pressebericht vom 26. Februar). Nach derzeitigen Ermittlungen hat der Täter die junge Frau am Gesäß angefasst und beleidigt. Er konnte entkommen. Den Täter beschreibt die 17-Jährige wie folgt: Er ist zwischen 18 und 20 Jahre alt und zwischen 1,70 und 1,80 Meter groß, dunkelhäutig und trägt kurze, schwarz-gelockte Haare sowie einen leichten Bart.
Heidelberg: Nach dem Streit mit ihrer Freundin sitzt eine junge Frau nach dem Faschingsumzug auf einer Treppe. Ein Mann nähert sich ihr. Erst gibt er vor, sie trösten zu wollen… Nach dem Ende des Faschingsumzuges am Dienstag steht die junge Frau erst gemeinsam mit einer Freundin am Marktplatz. Doch ein Streit bricht vom Zaun und die 19-Jährige zieht sich alleine auf einen Treppenabsatz in der Krämergasse zurück. Dort spricht sie kurz vor 18 Uhr ein Mann an, der sie zunächst versucht zu trösten, aber sie anschließend zum Oralverkehr auffordert! Dazu entblößt er sein Glied und versucht es in Richtung ihres Gesichts zu führen. Die junge Frau rennt zurück zum Marktplatz und vertraut sich einem Polizeibeamten an, der wegen des Faschingstreibens im Einsatz ist. Eine sofort eingeleitete Fahndung verläuft jedoch ohne Ergebnis. Der Verdächtige wird wie folgt beschrieben: Sehr dunkle Haut, etwa 1,80 Meter und dünn. Er hatte eine Zahnlücke zwischen den Schneidezähnen und trug schulterlange Dreadlocks mit einer pinken Perle im Haar. Bekleidet war der Verdächtige mit einer beigen Hose und einem schwarzen Kapuzenshirt.
Oberhausen: Samstag, 07.01.2017 gegen 20:00Uhr ist ein 16jähriges Mädchen im Grillo-Park, Oberhausen Altstadt-Mitte sexuell belästigt worden. Der Täter fasste das Mädchen unter anderem unsittlich an. Bei dem Täter soll es sich um einen jungen Mann handeln, circa 18 Jahre alt, 1,75cm groß, schlank. Er soll eine Wintermütze schwarz/grau getragen haben. Ein junger Mann, der dem Mädchen zu Hilfe kommen wollte, wurde von mehreren Personen geschlagen. Die Gruppe von circa 15-20 jungen Erwachsenen, circa 16-21 Jahre alt, dunklerer Teint ist dem Täter vermutlich zuzurechnen.
Wolfsburg: 07.01.2017 18.55 Uhr, Die Polizei Wolfsburg sucht Zeugen zu einem Vorfall zwischen einer 13 Jahre alten Schülerin und einem von einem 34 Jahre alten Algerier. Das aus der Samtgemeinde Meinersen stammende Mädchen beschuldigt den in Wolfsburg lebenden 34-Jährigen, sie am frühen Samstagabend um 18.55 Uhr vor dem Wolfsburger im Bahnhof belästigt zu haben. Daher hoffen die Ermittler, dass Passanten oder Reisende den Zwischenfall beobachtet haben. Die 13-Jährige gab an, zunächst mit dem besonders großen Beschuldigten im Bahnhof ins Gespräch gekommen zu sein. Im weiteren Verlauf habe er

außerhalb des Bahnhofs versucht, sie zu bedrängen. Am Sonntagnachmittag wurde der 34-Jährige von Polizeibeamten am Hauptbahnhof im Beisein der Schülerin identifiziert und festgenommen. Nach seiner Vernehmung wurde der Beschuldigte am Montag in Absprache mit der Staatsanwaltschaft Braunschweig entlassen.

https://www.pi-news.net/2017/03/prozess-nach-vergewaltigung-an-sechsjaehriger/#more-557181

Prozess nach Vergewaltigung an Sechsjähriger

Stendal/Schönhausen: Weil er im vergangenen Jahr Sex mit einem Mädchen gehabt haben soll, das erst 2010 das Licht der Welt erblickte, steht […] ein 34-jähriger Iraner vor dem Stendaler Landgericht. Der Prozess läuft aufgrund des benötigten Übersetzers sehr schleppend. Doch auch der Angeklagte trug nur mäßig zur Aufklärung des Sachverhaltes bei. Denn ursprünglich wollte Said N. nicht aussagen. Doch durch das Einwirken seiner Verteidigerin Katja Sonne-Albrecht war er bereit, Fragen zu beantworten.
Der Vorfall ereignete sich laut Anklageschrift an einem September-Nachmittag in Schönhausen. Er sei bei einer Familie zu Gast gewesen, zu der auch das damals sechsjährige Mädchen gehörte. Er habe sie auf ein Zimmer geführt, sie und sich selbst ausgezogen und dann den Geschlechtsverkehr vollzogen. „Ich kannte die Familie zu diesem Zeitpunkt sechs Monate, nachdem ich in Deutschland angekommen war“, ließ der Angeklagte durch einen Übersetzer vortragen. Er sei in einer kinderreichen Familie groß geworden und habe den Kontakt zu allen Familienmitgliedern genossen. „Ich habe sie nie besonders behandelt“, lässt er über sein Verhältnis zu dem Kleinkind vermitteln. Wie denn dann seine DNA-Spuren in den Slip des Mädchens gelangen konnten, wollte Vorsitzender Richter Ulrich Galler wissen. Der Angeklagte hatte keine Erklärung. Der Prozess wird fortgesetzt.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter
Hamburg: Die Hamburger Polizei sucht nach Zeugen, die am späten Sonntagabend einen Vorfall am Alsterufer unweit der Lombardsbrücke beobachtet haben. Eine 46 Jahre alte Frau hatte gegenüber den Beamten angegeben, gegen 23 Uhr von zwei Männern überfallen worden zu sein. Sie sei von den beiden geschlagen und sexuell genötigt worden. Bei den Tätern soll es nach Aussagen der Frau um Südländer handeln. Mehr Details wurden nicht bekannt.
Gießen: Am Montagnachmittag kam im Bereich eines Hinterausgangs der „Galerie Neustädter Tor“ zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes und einer bislang unbekannten Personengruppe. Die Gruppe hatte dort geraucht und auch vorbeilaufende Passanten belästigt. Nachdem der 29 – Jährige Bedienstete die Gruppe aufforderte, den Bereich zu verlassen, kam es offenbar zu einer handfesten Auseinandersetzung. Dabei soll einer aus der Gruppe den 29 – Jährigen getreten haben. In der Folge setzte der Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes dann einen Schlagstock ein und schlug nach den Angreifern. Die mehrköpfige Gruppe konnte nicht mehr angetroffen werden. Bei den Personen soll es sich, so der Zeuge, um Asylbewerber aus dem Iran, Irak oder Syrien handeln.
Kleve-Goch: Am Montag (27. Februar 2017) gegen 23.45 Uhr verließ eine 23-jährige Frau aus Goch mit ihrem Freund das Gocher Karnevalsfestzelt. Sie verlor ihren Freund aus den Augen. Auf der Brückenstraße in Höhe der Apotheke an der Niersbrücke fragte sie zwei unbekannte Männer, ob diese ihren Freund gesehen hätten. Einer der Männer drückte die 23-Jährige gegen

eine Wand und griff ihr in den Schritt. Die Gocherin stieß den Täter zurück und rannte in den Park. Sie sah noch, wie die beiden Männer in Richtung Bahnhof weitergingen. Die beiden Männer hatten vor der Tat im Gespräch gesagt, dass sie Albaner wären. Der Täter war etwa 20 bis 30 Jahre alt, ca. 1,80m groß, schlank und hatte dunkle Augen.
Hergatz: Zu einem sexuellen Übergriff auf eine 24-jährige Frau ist es am vergangenen Montagvormittag gegen 11.15 Uhr in der Gleisunterführung des Bahnhofes Hergatz (Kreis Lindau) gekommen. Die Frau sagte der Polizei, dass ein unbekannter Mann sie zuerst bis in eine Unterführung verfolgt habe. Nach Angaben der Polizei forderte er dort ihre Telefonnummer, drückte sie gegen die Wand und berührte sie mehrfach unsittlich am Oberkörper. Die Frau nahm ihr Smartphone und begann zu telefonieren – dadurch konnte sie den Mann auf Abstand halten und in einen einfahrenden Zug in Richtung Lindau einsteigen. Die Frau beschrieb den Unkannten bei der Polizeiinspektion Lindenberg als etwa 1,80 Meter groß und dunkelhäutig.
Minden: Ein unbekannter Mann hat am Wochenende in der Mindener Innenstadt eine 34-jährige Frau attackiert und sexuell bedrängt. Der Polizei zufolge gelang es der Frau, den Täter wegzudrücken. Er nahm das am Boden liegende Handy der 34-Jährigen an sich und flüchtete daraufhin. Die Polizei prüft derzeit, ob es sich möglicherweise um denselben Täter handelt, der bereits am 22. und 23. Januar zwei Frauen bedrängte. Die Frau sagte bei der Polizei aus, dass sie in der Nacht zu Sonntag in der Innenstadt zu Fuß unterwegs gewesen sei. In Höhe des Obermarktzentrums habe sie ein Unbekannter auf Englisch angesprochen, den sie aber ignoriert habe. Auf dem Markt habe sie sich auf den unteren Treppenabsatz der Martinitreppe gesetzt, um zu telefonieren. Kurz darauf sei plötzlich derselbe Mann auf sie zugekommmen, habe sie nach hinten gedrückt und versucht, sie zu küssen. Außerdem habe er sie im Brustbereich berührt. Dabei habe er auf Deutsch und Englisch gesprochen. Die 34-Jährige konnte sich der Polizei zufolge schließlich befreien und sprach einen vorbeigehenden jungen Mann an. Dieser machte sich auf die Suche nach dem Täter. Dabei verloren sich das Opfer und der junge Mann allerdings aus den Augen. Die 34-Jährige alarmierte die Polizei. Sie beschreibt den Unbekannten als als dunkelhäutigen, etwa 1,80 Meter großen Mann mit schlanker Figur. Der auf rund 30 bis 35 Jahre geschätzte Täter sei dunkel bekleidet gewesen und habe eine dunkle Strickmütze getragen. Aufgrund der Beschreibung prüfen die Ermittler Zusammenhängen zu gleich gelagerten Taten. So hatte am 22. Januar ein Unbekannter gegen 22 Uhr im Bereich des Klausenwalls eine 25-Jährige bedrängt. Am Folgetag hatte ein Mann am Hessenring eine 21-jährige Frau festgehalten. In beiden Fällen konnten sich die Frauen losreißen.
München: Am Sonntag, 01.01.2017, gegen 02.30 Uhr, war eine 28-jährige Studentin zusammen mit zwei Freundinnen zu Fuß auf der Schmellerstraße/Tumblingerstraße im Münchner Westend unterwegs. Die Drei wurden von einem bislang unbekannten Mann eine Zeitlang verfolgt. Während des Gehens wurde die 28-Jährige plötzlich von dem Unbekannten von hinten mit der bloßen Hand einmal über der Hose zwischen den Beinen berührt. Die Studentin fing laut an zu schreien, sodass eine Gruppe von Passanten darauf aufmerksam wurde. Die 28-Jährige erzählte von dem Vorfall und verließ im Anschluss zusammen mit ihren Freundinnen die Tatörtlichkeit. Einer der Passanten verständigte die Polizei, die jedoch im Rahmen der Fahndung weder die Studentin noch den unbekannten Mann feststellen konnte. Der zweite Fall ereignete sich ebenfalls am Sonntag, 01.01.2017, gegen 03.00 Uhr, in der Zenettistraße/Thalkirchner Straße. Eine 20-jährige Münchnerin befand sich auf dem Heimweg von einer Veranstaltung im Schlachthof. Sie ging die Zenettistraße in Richtung Thalkirchner Straße. Kurz vor der Kreuzung zur Thalkirchner Straße wurde sie durch einen unbekannten Mann eingeholt und angesprochen. Als sie ihm zu verstehen gab, dass sie kein Interesse an ihm hat, ließ er jedoch nicht von ihr ab und bedrängte sie verbal. Plötzlich griff der Unbekannte von hinten auf die Schenkel in den Schritt der 20-Jährigen, packte sie und versuchte sie auf den Mund zu küssen. Durch Gegenwehr und Hilferufe der Münchnerin konnten weitere Handlungen verhindert werden. Als Passanten auf die Hilferufe reagierten und der 20-Jährigen zur Hilfe kamen, ließ der Täter von ihr ab und entfernte sich. Die 20-Jährige ging daraufhin nach Hause. In beiden Fällen verständigten die Geschädigten erst nachträglich und zeitversetzt die Polizei. Aufgrund der abgegebenen Täterbeschreibung besteht der Verdacht, dass es sich um ein und denselben Täter handelt. Täterbeschreibung: Männlich, 180 cm groß, nordafrikanischer Typ, sprach gebrochen Deutsch, schlanke sportliche Figur, buschige Augenbrauen, eher gepflegtes Aussehen, dunkle Augen. Bekleidet mit schwarzer Daunenjacke mit Kapuze und hellem Fellkragen.
Kleve: Am Montag (9. Januar 2017) gegen 13.30 Uhr war eine 48-jährige Frau mit ihren beiden Hunden im Prinz-Moritz-Park an der Nassauerstraße spazieren. Ein unbekannter Mann entblößte sich und zeigte sich der 48-Jährigen in schamverletzender Weise. Als die 48-Jährige ihren Weg

fortsetzte, ging der Mann die dortige Treppe in Richtung Schwanenburg hoch. Der Mann hatte ein südländisches Aussehen, war etwa 20 Jahre alt und ca. 1,75m groß. Er hatte eine schlanke Figur und schwarze Haare, die oben kurz und leicht gewellt sowie an den Seiten abrasiert waren. Der Mann trug eine dunkelblaue Daunenjacke, eine schwarze Jeanshose und dunkle Turnschuhe. Er hatte eine dunkelblaue Umhängetasche mit Reißverschluss.
Kelheim: Selbstbefriedigung im Klenzepark. Eine 23-jährige Ingolstädterin ging am Freitagabend, 6. Januar, gegen 18.30 Uhr im Klenzepark spazieren. Auf Höhe des Siebenbürger Platzes bemerkte die Spaziergängerin einen Radfahrer, der ihr folgte. Als sich die junge Frau zu dem Radfahrer hindrehte, bemerkte sie, dass sich dieser gerade selbst befriedigte, während er die Dame beobachtete. Die Frau ging daraufhin erschrocken in Richtung Regimentstraße weg, der Radfahrer entfernte sich in Richtung der Brücke zur Schlosslände. Der Täter konnte von der Frau wie folgt beschrieben werden: südländisches Aussehen, circa 30 bis 35 Jahre alt, bekleidet mit einer dunklen Lederjacke, einer blauen Jeanshose sowie einer Mütze.

URL: http://www.staatsanwaltschaften.niedersachsen.de/startseite/staatsanwaltschaften/osnabrueck/presseinformationen/staatsanwaltschaft-osnabrueck-erhebt-anklage-wegen-mordes-im-altenheim-in-neuenhaus-151690.html

Staatsanwaltschaft Osnabrück erhebt Anklage wegen Mordes im Altenheim in Neuenhaus

Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Osnabrück vom 03.03.2017

Die Staatsanwaltschaft Osnabrück hat Anklage wegen Mordes gegen einen 18 Jahre alten Asylbewerber aus Somalia erhoben. Ihm wird vorgeworfen, am 22. Oktober 2016 gegen 3:00 Uhr nachts in Neuenhaus in der Grafschaft Bentheim eine 87 Jahre alte Bewohnerin getötet zu haben. Nach dem Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen soll der Beschuldigte zuvor durch eine nicht verschlossene Hintertür in die Seniorenresidenz „Haus am Bürgerpark" eingedrungen sein, um an den Bewohnern sexuelle Handlungen vorzunehmen. Er soll sich demnach zunächst in das Zimmer eines 59 Jahre alten Mannes begeben haben, welcher seit einem Schlaganfall halbseitig gelähmt ist. Dort soll der Beschuldigte diesen Mann unsittlich berührt haben. Anschließend soll sich der Beschuldigte in ein Nachbarzimmer begeben haben, wo er an dem in einem Bett liegenden, 87 Jahre alten, schwer demenzkranken Ehemann des späteren Opfers ebenfalls sexuelle Handlungen vorgenommen haben soll. Hierbei soll er durch das im selben Zimmer wohnhafte spätere Tatopfer überrascht worden sein. Um die Aufdeckung der vorhergehenden Sexualstraftat zu verhindern, soll der Beschuldigte dann mit großer Gewalt auf die Frau eingetreten haben, so dass diese wenig später ihren Verletzungen erlag.

Der Beschuldigte ist zurzeit in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht. Die Hauptverhandlung soll vor dem Landgericht Osnabrück (Große Jugendkammer als Schwurgericht) stattfinden.

"Wir bekommen Menschen geschenkt, die wertvoller sind als Gold."
(St. Martin Schulz)

Mit freundlichen Grüßen!
René Schneider Seminare
Breul 16
48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61
Telefax (02 51) 3 99 71 62
URL: http://www.muenster-seminare.de/
E-Mail: Schneider@muenster.de
USt-IdNr.: DE198574773
Mit freundlichen Grüßen!
René Schneider Institute
Breul 16
48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61
Telefax (02 51) 3 99 71 62
URL: http://www.schneider-institute.de/

E-Mail: Schneider@muenster.de
USt-IdNr.: DE198574773

https://www.pi-news.net/2017/03/haldern-afromob-verletzt-polizisten-schwer/#more-557721

Haldern: Afromob verletzt Polizisten schwer

Erst am Freitag kamen sie im ehemaligen Bundeswehrdepot Haldern an – 18 afrikanische Gäste der Kanzlerin. Schon bei der Ankunft ließen sie keine Zweifel daran, dass ihnen die Unterkunft nicht genehm war – nur Landschaft, keine urbanen Belustigungsstätten, schlechter Handyempfang. Die Hälfte der „Schutzsuchenden“ weigerte sich erst einmal gleich den Bus überhaupt zu verlassen. Gegen 21 Uhr sorgte dann die zu Hilfe gerufene Polizei dafür, dass die mit Deutschland Unzufriedenen doch in die Unterkunft gingen. Am Samstag besorgten sich acht Männer aus Togo und Ghana nicht nur Alkohol im Supermarkt, sondern am Rückweg auch gleich Eisenstangen und Latten. Dann ließen sie ihrem Unmut und ihrer Gewalttätigkeit freien Lauf.

Es wurden insgesamt mehr als 30 Scheiben eingeschlagen, das Sicherheitspersonal verbarrikadierte sich, von den Gewalttätern bedroht, im Wachraum. Dass sie die Wachmänner nicht vermöbeln konnte steigerte die Wut der Negerhorde noch. Die Männer zertrümmerten die neue, vom deutschen Steuerzahler finanzierte Einrichtung. Als die alarmierte Polizei mit etwa einem Dutzend Streifenwagen eintraf wurden auch die Beamten attackiert.

Im Polizeibericht steht:

Den alarmierten Polizeikräften gelang es trotz Widerstandes durch die Randalierer, alle acht Männer zu überwältigen. Ein Beamter der Bundespolizeiinspektion Kleve verletzte sich dabei schwer. Alle Personen wurden schließlich dem Polizeigewahrsam zugeführt. Ein Strafverfahren wegen Schweren Landfriedenbruchs, Widerstandes, Bedrohung, Körperverletzung und Sachbeschädigung wurde eingeleitet. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen dauern derzeit noch an.

Die “dankbaren sich nach Frieden Sehnenden” dürfen aber weiterhin auf ein positives Ausgehen ihrer Asylanträge hoffen. Denn selbst wenn sie den Polizisten getötet hätten, hätte diese Tat nach derzeitiger Gesetzeslage keine Auswirkung auf einlaufendes Asylverfahren.

(lsg)

https://www.pi-news.net/2017/03/islamterror-schweden-gibt-reisewarnung-aus/#more-557243

Islamterror: Schweden gibt Reisewarnung aus

Erst vor wenigen Tagen wurde seitens des weltweit agierenden medialen Lügenkartells Donald Trump in Grund und Boden geschrieben, weil er Schweden aufgrund der Massenflutung mit Moslems als gefährliches Land bezeichnete. Auch die deutsche Vertuscherjournaille stand den englischsprachigen Medien um nichts nach und schrieb die eskalierende Gewalt in Schweden tagelang klein. Die Realität aber holt die Lügenpresse einmal mehr ein. Denn es gibt ob der Terrorgefahr in Schweden eine offizielle Sicherheits- und Reisewarnung des Auswärtigen Amtes.

Auch PI berichtet seit Jahren über die sich stetig zuspitzende Situation in der Multikulti-Hölle Schweden. Und auch wir wurden erst jüngst von z.B. der FAZ dafür attackiert und als falsch berichtende „rechte Medien“ denunziert. Wir haben das am 21. Februar in einem ausführlichen Beitrag in Wort und Bild widerlegt.

Wörtlich heißt es auf der Seite des Auswärtigen Amtes:
(Unverändert gültig seit: 01.03.2017)
Seit Anfang März 2016 gilt für Schweden eine erhöhte Terrorwarnstufe.
Reisende in Stockholm werden gebeten, sich in der Stadt sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln umsichtig zu bewegen, größere Menschenansammlungen zu meiden und in jedem Fall Weisungen der schwedischen Sicherheitskräfte zu befolgen. Besonders während religiöser Feiertage und auf Großveranstaltungen wie Konzerten oder Festivals sind besondere Aufmerksamkeit und Wachsamkeit geboten.
Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation hat Schweden vorübergehend wieder Grenzkontrollen eingeführt. Vor Betreten von Fähren nach Schweden sowie Bussen, Zügen und Fähren von Dänemark nach Schweden ist ein gültiges Reisedokument vorzuweisen (siehe auch Abschnitt „Einreisebestimmungen"). Reisende sollten mit kurzfristig auftretenden Behinderungen im Reiseverkehr und damit verbundenen Wartezeiten rechnen.
Donald Trump hatte also mehr als recht und die Medien weltweit wurden wieder einmal entlarvt, als das was sie sind: Sich dem System prostituierende „Very fake News", wie Donald Trump speziell die CNN-Berichterstattung nannte. *(lsg)*
Hier noch einmal ein Ausschnitt der "nicht existenten Gewalteskalation" in Schweden:
Einige themenrelevante PI-Beiträge der letzten Jahre zu Schweden:
» Dschihad in Stockholm
» Asylanten-Krawalle in Stockholm gehen weiter
» Jyllands-Posten traut sich: Die schwedische Lüge
» Schweden: Knöllchen für abgefackelte Autos
» Moslemische Randale und linkes Wegschauen
» Und wieder ein „verdammter Schwede" tot!
» Video: Moslemmob attackiert jungen Schweden
» Schweden – Europas Vergewaltigungsmetropole
» Schweden: Ende der Aufnahmefähigkeit erreicht
» Der importierte Islam ver-Gewalt-igt Europa
» Schweden: politisch korrekt ins Asyl-Chaos
» Schweden: Die Multikulti-Hölle
» PI vor Ort: Partei der Schwedendemokraten
» Schweden, Trump, Lügenpresse und die Fakten

https://www.pi-news.net/2017/03/vergewaltigungsversuch-durch-14-jaehrigen/#more-558028

Vergewaltigungsversuch durch 14-Jährigen

Innsbruck: Ein 14-jähriger Afghane soll am Samstagabend versucht haben, eine 25-jährige Prostituierte auf einem Parkplatz in Innsbruck zu vergewaltigen. Wie die Polizei berichtete, griffen Passanten ein und leisteten der Frau Erste Hilfe. Der Jugendliche wurde von Polizisten vorläufig festgenommen. Zu dem Übergriff war es gegen 22.30 Uhr im Stadtgebiet der Tiroler Landeshauptstadt gekommen. Der 14-Jährige verfügt laut Polizei über den Status eines subsidiär Schutzberechtigten. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen waren vorerst nicht abgeschlossen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter
Wien: Die Wiener Polizei hat einen Sex-Täter geschnappt, der in Favoriten zumindest elf Frauen überfallen und bedrängt haben soll. Wie die Landespolizei am Sonntag bekannt gab, wurde der 25-Jährige bereits am 20. Februar festgenommen. Über die bisher bekannt gewordenen Fälle hinaus, zu denen der Verdächtige laut Polizei teilweise geständig ist, wird nun nach weiteren möglichen Opfern gesucht. Der gebürtige Afghane soll seit vergangenem November am Reumannplatz und im Antonspark seinen späteren Opfern aufgelauert haben. Er folgte ihnen in den Abend- und Nachtstunden, umklammerte sie von hinten, hob die Frauen in die Höhe und deutete mit Stoßbewegungen sexuelle Handlungen an, ehe er ihnen auf die Brüste bzw. in den Intimbereich griff. Eine Frau setzte sich heftig zur Wehr und kam dabei zu Sturz, worauf sich der 25-Jährige auf sie legte und ihr ins Gesicht biss. Das Landeskriminalamt Wien konnte mit Fotos aus Überwachungskameras schließlich erste Lichtbilder des gesuchten Serientäters

sicherstellen. In Zusammenarbeit mit der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS) wurden an den bekannten Tatorten Observationsmaßnahmen durchgeführt. Am Ende konnte der 25-Jährige ausgeforscht und in einem Wohnhaus am Reumannplatz dingfest gemacht werden. Der Afghane sitzt nunmehr wegen sexueller Belästigung und geschlechtlicher Nötigung in U-Haft. Die Polizei ersucht um Hinweise auf weitere mögliche Opfer (Landeskriminalamt Wien, Gruppe Hösch bzw. Journaldienst unter der Wiener

Magdeburg: Zwei bislang unbekannte Männer haben am 17. Februar in der Förderstedter Straße in Magdeburg versucht, eine 23-jährige Frau zu vergewaltigen. Die zwei Tatverdächtigen überfielen die junge Frau gegen 21.20 Uhr. Einer der Täter zog sie auf den Boden und schlug ihr mit der Faust ins Gesicht. Auf dem Boden liegend, versuchten die Unbekannten die junge Frau zu vergewaltigen. Als diese schrie, wurde eine Passantin auf die Situation aufmerksam. Die Männer flüchteten daraufhin in Richtung Leipziger Straße. Das berichtet die Polizei. Die Geschädigte musste in einem Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei sucht jetzt mit Phantombildern nach den Tatverdächtigen sowie nach der Passantin, die sich dringend bei der Polizei melden soll. Die beiden Tatverdächtigen sind etwa 25 Jahre alt und haben südländisches Aussehen.

Bochum: Auch am Sonntag, 26. Februar, wurde eine junge Frau (18) in Bochum-Riemke sexuell belästigt. Sie wurde an der Zillertalstraße um 6.25 Uhr von einem unbekannten Mann “begrapscht”. Der Mann ist etwa 1,70 Meter groß, hat eine normale Statur, kurze, dunkle Haare und sieht südländisch aus. Sein Alter wird auf Mitte 20 bis Anfang 30 geschätzt. Zur Tatzeit war er mit einer Jeans und einem grauen Kapuzenpullover bekleidet.

Bonn: Ein 34-Jähriger steht im Verdacht, in sieben Fällen junge Frauen bedrängt oder unsittlich berührt zu haben. Einer Ermittlungsgruppe der Bonner Polizei gelang es nun, die Identität des Mannes festzustellen. Er wurde zwischenzeitlich zu den Taten vernommen – die Ermittlungen gegen ihn dauern an. Da nicht auszuschließen ist, dass der ausschließlich in Bonn-Castell agierende Mann möglicherweise weitere Frauen bedrängt hat, bittet die Ermittlungsgruppe um weitere Zeugenhinweise. Die bisher dem 34-Jährigen zuzuordnenden Taten ereigneten sich zwischen dem 15. Januar und 15. Februar meist in den Abendstunden auf der Römerstraße, im Rosental und der Wachsbleiche. Dabei näherte sich der Tatverdächtige den Frauen mit Mobiltelefon am Ohr oder fragte in gebrochenem Deutsch nach der Uhrzeit und berührte sie unsittlich. Der Mann wurde zu den Fällen wie folgt beschrieben: ca. 180 cm groß kräftiger Statur südländischer Typ kurze schwarze Haare bekleidet u.a. mit einer dunklen Jacke

Vaihingen an der Enz: Das Polizeirevier Vaihingen an der Enz, Tel. 07042/941-0, sucht Zeugen, die am Montag, gegen 14:00 Uhr in Vaihingen an der Enz einen Mann beobachten konnten, der gegenüber zwei Jugendlichen im Alter von 14 und 15 Jahren in obszöner Weise aufgetreten war. Die beiden Mädchen hielten sich entlang der Kreisstraße 1698 im Bereich der dortigen Bahnunterführung auf und fotografierten sich gegenseitig mit ihren Mobiltelefonen. Hierbei wurden sie von einem bislang unbekannten Mann beobachtet, der sie in der Folge obszön ansprach. Nach diesem Vorfall verließen die beiden Jugendlichen die Unterführung und liefen in Richtung Bahnhof davon. Der Unbekannte, der den Mädchen noch kurzzeitig gefolgt war, blieb anschließend in Bahnhofsnähe zurück. Er wurde als etwa 30-jähriger Mann mit normaler Statur und dunklem Teint beschrieben. Er ist etwa 180 cm groß, hat schwarze, kurze lockige Haare und trug einen Drei-Tages-Bart. Er war mit einem roten Shirt, einer schwarzen Lederjacke und einer dunkelblauen Jeans bekleidet und sprach nur gebrochen deutsch.

Warendorf: Auf einem Verbindungsweg zwischen der Paula-Schichtenhövel-Straße und der Straße Am Landhagen in Oelde zeigte sich am Sonntag, 26.02.2017, gegen 17.15 Uhr, ein Fahrradfahrer in schamverletzender Weise. Dieser war etwa 30 Jahre alt, 170 Zentimeter groß und hatte eine dunkle Hautfarbe. Bekleidet war der Fahrradfahrer mit einer dunklen Jacke und einer Mütze.

Neuhof/Fulda: Opfer einer sexuellen Belästigung wurde gestern Mittag, gegen 13 Uhr, eine 30-Jährige aus Linsengericht (Main-Kinzig-Kreis). Ein bislang Unbekannter begrabschte die Frau während der Zugfahrt von Gelnhausen nach Fulda. Später hätte sich der Mann der 30-Jährigen gegenüber gesetzt und onaniert. Der Unbekannte mit kurzen Haaren soll ungefähr 170 cm groß und zirka 20 Jahre alt gewesen sein. Bekleidet war der Mann mit einer blauen Jeans, einer dunklen Jacke und dunklen Schuhen. Auffällig waren bei dem mutmaßlichen Täter eine sichtbare Zahnlücke sowie schielende Augen. In Neuhof sei der augenscheinlich aus Nordafrika stammende Mann ausgestiegen. Der Zugbegleiter informierte Beamte des Bundespolizeireviers, die als Zugstreife ab dem Bahnhof Flieden mit im Zug waren. Eine erste Fahndung blieb erfolglos.

Eisleben: Eine Frau ist am Montagabend im Eisleber Stadtpark von drei Männern überfallen und ausgeraubt worden. Die Täter erbeuteten dabei eine Halskette, einen Schal sowie Kopfhörer. Außerdem sollen die Unbekannten die 44-Jährige an mehreren Stellen unsittlich angefasst haben. Nach bisherigen Erkenntnissen hat das Opfer gegen 19 Uhr in Höhe des Parkhotels den Stadtpark betreten. Als die Frau gerade eine Holzbrücke überquerte, stürmten die Männer auf sie zu, stießen sie zu Boden und nahmen ihr die Gegenstände weg. So ihre Schilderung gegenüber der Polizei. Die Täter sollen anschließend in Richtung Untere Parkstraße/Hallesche Straße geflüchtet sein. Die Frau ging zunächst nach Hause. Gegen 20.10 Uhr zeigte sie dann den Überfall im Polizeirevier in Eisleben an. Da sie bei dem Angriff leichte Verletzungen erlitten hat, wurde sie zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. Die sofort eingeleitete Suche nach den Tatverdächtigen brachte bisher nicht den gewünschten Erfolg. Die Ermittlungen liefen auf Hochtouren, so gestern ein Polizeisprecher. Dabei hofft man auch auf Zeugen, die möglicherweise Hinweise zu dem Überfall am Montagabend im Eisleber Stadtpark geben können. Die drei Täter sollen südländisches Aussehen haben.

Somali-Rapefugee vergewaltigt 43-Jährige

Strullendorf: Nach den bisherigen Ermittlungen von Kripo und Staatsanwaltschaft Bamberg drohte dort ein 17-Jähriger einer 43 Jahre alten Frau aus dem Landkreis Bamberg, sie umzubringen, schlug ihr mit der Faust ins Gesicht und zwang sie anschließend gegen ihren Willen zum Geschlechtsverkehr. Den Tatverdächtigen nahmen Bamberger Polizisten noch in der Nacht fest. Er befindet sich inzwischen auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Untersuchungshaft.
Kurz nach 23 Uhr hielt sich die Frau in einer Asylbewerberunterkunft auf, um dort Bekannte zu besuchen. Bereits dort bedrängte der 17-jährige Bewohner die 43-Jährige massiv in sexueller Hinsicht. Als die Strullendorferin kurz darauf das Anwesen verließ, verfolgte der somalische Asylbewerber sie bis zu einer Unterführung in der Bahnhofstraße. Nach den bisherigen Erkenntnissen von Polizei und Staatsanwaltschaft drohte er der Frau in dem Fußgängertunnel, sie umzubringen, schlug ihr mit der Faust ins Gesicht, riss sie im weiteren Verlauf zu Boden und zwang sie gegen ihren Willen zum Geschlechtsverkehr. Als der Jugendliche von seinem Opfer abließ, flüchtete die 43-Jährige wieder zurück in das Asylbewerberheim und bat Bekannte um Hilfe. Die sofort verständigte Polizei Bamberg-Land konnte den Mann kurz darauf in seinem Zimmer in der Unterkunft vorläufig festnehmen. Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft Bamberg nahmen noch in der Nacht die Ermittlungen gegen den Somalier auf. Zwischenzeitlich erging auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl wegen Vergewaltigung gegen den 17-Jährigen. Beamte brachten ihn am Montag in eine Justizvollzugsanstalt.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in

Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter

Chemnitz: An der Chemnitzer Zentralhaltestelle sind am Donnerstagabend zwei Frauen sexuell belästigt worden. In beiden Fällen konnten die Tatverdächtigen gestellt werden. Gegen 21.30 Uhr sprach ein Mann eine 45-jährige Frau an und hielt sie fest, meldete die Polizei am Freitag. Die Frau riss sich los und machte Passanten auf die Situation aufmerksam, woraufhin sich der Tatverdächtige vorerst entfernte. Allerdings kehrte er wenig später zurück und küsste die Frau gegen ihren Willen. Die 45-Jährige wehrte sich dagegen, sah dann ein Polizeifahrzeug und ging zu den Beamten, um den Vorfall anzuzeigen. Kurz darauf konnte ein 31-jähriger tatverdächtiger Tunesier ermittelt werden. Wenige Minuten später, gegen 21.45 Uhr, wurde eine 23-Jährige ebenfalls an der Zentralhaltestelle von einem Mann unsittlich berührt und geküsst. Polizisten konnten kurz darauf einen 18-jährigen tatverdächtigen Afghanen stellen.

Frankfurt/Main: Am 09.03.17 verhaftete die Bundespolizei bei der grenzpolizeilichen Einreisekontrolle eines Fluges aus Sofia am Frankfurter Flughafen einen 46-jährigen Türken, der 2015 wegen schweren sexuellen Missbrauchs eines Kindes in mehreren Fällen zu einer Freiheitstrafe von 4 Jahren verurteilt worden war und nach dem seither mit internationalem Haftbefehl gefahndet wird. Nach der Festnahme lieferten die Bundespolizisten den Mann in das Gefängnis ein.

Dortmund: Gestern Abend (08. März) schritten zwei beherzte Fußballfans in einer Regionalbahn ein, als ein Mann aus Marl mehrere Frauen sexuell belästigte. Gegen 20:00 Uhr auf dem Weg zum Champions League Spiel des BVB bemerkten zwei junge Männer einer Regionalbahn (Dortmund Hbf – Dortmund – SIP) zum Stadion, wie ein Mann aus Algerien mehrere Frauen belästigte. Als die beiden Zeugen, die aus der Türkei und dem Iran stammten, den "Grapscher" zur Rede stellten, erwiderte dieser nur: "Was wollt ihr? Ich bin Algerier!" Anschließend schlug er mehrmals mit der Faust auf die beiden Freunde ein. Beim Erreichen des Haltepunktes Signal Iduna Park flüchtete der Täter sofort. Zwei dort eingesetzte Bundespolizisten wurden von den mutigen Fans über den Vorfall informiert. Daraufhin nahmen diese sofort die Verfolgung auf und konnten den 33-jährigen Mann nach wenigen Metern stoppen. Bei der Festnahme wehrte sich dieser mit Tritten und Schlägen gegen die die Köpfe der Bundespolizisten. Diese überwältigten den Tatverdächtigen und fesselten ihn. Gegen den mit 1,6 Promille alkoholisierten Mann wurde anschließend ein Strafverfahren wegen sexueller Belästigung, Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet. Der in Marl wohnhafte Mann musste den Rest des Tages in der Ausnüchterungszelle verbringen. (Kommentar PI: Interessant, dass hier auf einmal sogar die Nationalität der Helfer genannt wird).

Nürnberg: Am vergangenen Wochenende (11.03.2017 bis 12.03.2017) wurden drei Frauen im Stadtgebiet von Unbekannten belästigt. Die Kriminalpolizei sucht Zeugen. Der erste Fall ereignete sich am frühen Samstagmorgen (11.03.2017) im Stadtteil St. Johannis. Die Geschädigte lief gegen 01.25 Uhr in der Bielefelder Straße durch die Unterführung zur Poppenreuther Straße, als sie ein schlanker, etwa 20-jähriger, dunkel gekleideter Mann plötzlich von hinten umarmte. Nachdem ihn die Frau anschrie, ließ er zunächst von ihr ab, hielt sich aber weiter in ihrer Nähe auf. Erst als die Geschädigte ihn abermals lautstark anherrschte, flüchtete der Unbekannte in Richtung Lobsinger Straße. Die Frau blieb körperlich unverletzt. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach dem Mann verlief ergebnislos. Ein weiterer unbekannter Täter belästigte eine Frau Samstagfrüh (11.03.2017) in der Innenstadt. Nach derzeitigem Informationsstand betatschte er die Geschädigte am Sebalder Platz gegen 04:15 Uhr unsittlich. Danach konnte er unbekannt entkommen. Obwohl die Frau bei der Attacke stürzte, erlitt sie keine sichtbaren Verletzungen. Der Unbekannte soll etwa

180 cm groß und schlank sein. Er trug eine graue Steppjacke mit orangefarbenem Reißverschluss und Kapuze. In St. Peter kam es am Sonntagabend (12.03.2017) zu einer Belästigung durch einen Radfahrer. Nach derzeitigem Kenntnisstand näherte sich dieser gegen 19:30 Uhr in der Luisenstraße einer Fußgängerin und griff ihr im Vorbeifahren an das Gesäß. Anschließend fuhr er davon. Der Unbekannte wird als etwa 180 cm groß und schlank beschrieben. Der etwa 35-Jährige soll eine dunkle Jacke, eine dunkle Jeanshose sowie eine schwarze Wollmütze getragen haben. (Kommentar PI: Die Polizei möchte anscheinend die Täter nicht finden oder warum lässt sie bei der Personenbeschreibung trotz anderer vorliegender Details die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit/Ethnie weg?)
Kulmbach: Zu einem Übergriff auf eine 54-Jährige soll es am Freitagnachmittag in einer Unterführung im Bereich der Schauerkreuzung gekommen sein. Zwei bislang Unbekannte bedrängten die Frau, bedrohten sie mit einem Messer und verletzten sie leicht. Die Kriminalpolizei Bayreuth bittet jetzt um Hinweise aus der Bevölkerung. Gegen 16.30 Uhr betrat die Kulmbacherin die Unterführung der B85 im Bereich der dortigen Bank. Hierbei traf sie auf die beiden bislang unbekannten Männer. Einer der Beiden hielt der Frau ein Messer vor. Im weiteren Verlauf rissen sie ihr die Jacke und das T-Shirt auf. Hierbei erlitt die 54-Jährige eine leichte Verletzung am Oberkörper. Geistesgegenwärtig schüttete die Frau den beiden Männern ihren Kaffee ins Gesicht und flüchtete daraufhin über die Straße zu ihrer Wohnung. Dort erzählte sie den Vorfall einer Vertrauensperson, die wiederum die Polizei verständigte. Erste Fahndungsmaßnahmen blieben ohne Ergebnis. Die beiden Männer waren um die 25 Jahre alt, 175 bis 180 Zentimeter groß, trugen dunkle Jeansjacken, helle Jeanshosen und helle Turnschuhe. Die Kriminalpolizei Bayreuth hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet um Mithilfe: Wer hat am Freitagnachmittag im Bereich der Unterführung Beobachtungen gemacht, die mit dem Übergriff in Zusammenhang stehen könnten? Wem sind in diesem Bereich Personen aufgefallen, die im Gesicht und am Oberkörper verschmutzt waren? (Kommentar PI: Auch hier lässt die Polizei bei der Personenbeschreibung trotz anderer vorliegender Details die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit/Ethnie weg)
Hannover: Ein Amtsrichter brummte einem Frauen-Grapscher 600 Euro Geldstrafe wegen tätlicher Beleidigung auf. Vor der „Ibiza Lounge" am Westufer steuerte Omar K. (25) auf eine Frau (31) zu, packte ihr fest in den Schritt. Das Opfer zum Richter: „Er guckte mir in die Augen, schnappte zu. Es war sehr unangenehm." Sie hielt ihn fest, rief die Security um Hilfe – Festnahme. Auf der Wache pustete der Iraker knapp zwei Promille. Im Prozess bestritt er die Fummel-Attacke: Er habe nur nach der Hand eines Freundes greifen wollen. Glaubte der Richter nicht. Das Opfer zu BILD: „Vor dem Maschseefest wurde ich bereits in einer Disco begrapscht, meldete es nicht. Mir reicht's!"
Wolfsburg: Es war der Horror, was Schülerin Lisa (13, Name geändert) am Hauptbahnhof in Wolfsburg (Niedersachsen) erlebte. Als sie draußen auf zwei Freundinnen wartete, kam plötzlich ein zwei Meter großer Mann, packte ihre Hand, zog sie in eine dunkle Ecke. „Er hat mir den Mund zugehalten, auf Englisch gesagt, dass ich leise sein soll", erzählt Lisa. In einer Ecke soll er versucht haben, sie zu küssen und zu begrapschen. Lisa tritt zu, kann sich befreien. Doch der Mann läuft ihr nach. Um ihren Peiniger loszuwerden, verspricht ihm die Schülerin: „Ich bin morgen um 15 Uhr wieder hier." So lockt das tapfere Mädchen den Sex-Grapscher in die Falle! Zu Hause erzählte die Schülerin alles ihren Eltern, die rufen die Polizei. Mit mehreren Beamten geht die Schülerin am nächsten Tag zum Bahnhof – und tatsächlich taucht der Mann wieder auf. Festnahme! Laut Polizei handelt es sich um einen Algerier (34). Video-Beweismaterial für den Übergriff gibt es nicht. „Die Kameras werden laut Bundespolizei nur bei Fußballspielen angeschaltet", sagt Lisas Vater (49) zu BILD.
Limburg: Am Samstagnachmittag wurde eine 68-jährige Frau auf einem Radweg zwischen Lindenholzhausen und Runkel-Ennerich, von einem Mann belästigt. Die Frau war zu Fuß auf dem Radweg unterwegs, als ihr der Mann entgegenkam. Als er an ihr vorbeigegangen war, drehte er um und folgte der 68-Jährigen. Die Frau wechselte daraufhin mehrmals ihre

Laufrichtung, woraufhin ihr der Mann jedes Mal folgte. Schließlich konnte sie sehen, dass der Mann bei offenstehender Hose in eindeutiger Weise hantierte. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Zeugin in etwa 10 Meter Entfernung zu dem Mann. Der Täter soll 170 bis 177 cm groß, ca. 25 Jahre alt und schlank gewesen sein. Er hätte eine zierliche Statur, helle Haut und schwarze Haare gehabt. Der Mann hatte nach Angaben der Frau ein orientalisches Erscheinungsbild, einen Vollbart und dunkle Augen.

Bielefeld: Im Bielefelder Bahnhofsviertel sollen am frühen Sonntagmorgen zwei Frauen sexuell belästigt worden sein. Nach WESTFALEN-BLATT-Informationen wandten sich mehrere Besucherinnen der Disco »Stereo« gegen 4.45 Uhr mit entsprechenden Vorwürfen an die Türsteher. Die versuchten daraufhin einen mutmaßlichen Afrikaner, der als Haupttäter galt, aus der Disco zu weisen. Sie sollen daraufhin von anderen Männern angegriffen worden sein. Der Polizei zufolge soll der Mann, ein 23-jähriger Bielefelder, die zwei Frauen aus dem Kreis Herford beleidigt haben. Er fragte eine Frau, was sie »drunter« trage und forderte die zweite Frau auf, sich auszuziehen. Die Polizei sei mit mehr als zehn Beamten vor Ort gewesen, sagte ein Augenzeuge. Auch die Polizisten sollen angegriffen worden sein.Drei Personen sollen die Arbeit behindert haben und wurden schließlich zur Personalienfeststellung mitgenommen. Bei ihnen soll es sich um französisch sprechende Männer handeln, die schon länger in Deutschland leben. Ein Zeuge sagte dem WESTFALEN-BLATT, Polizisten seien beim Wegbringen der drei Männer von deren Freunden als »Rassisten« bezeichnet worden. Einer der Männer, die die Polizei mitgenommen habe, habe wie ein Schwarzafrikaner ausgesehen. Laut Bielefelder Polizei handelte es sich bei ihnen um einen 22-jährigen Paderborner, einen 28-jährigen Gütersloher und einen 22-jährigen Bielefelder. Zu den Nationalitäten der Beteiligten machte die Polizei keine Angaben.

https://www.pi-news.net/2017/03/bayern-60-mehr-migrantenkriminalitaet/

Bayern: 60% mehr Migrantenkriminalität

Die am Montag veröffentlichte Kriminalstatistik für Bayern offenbart: 2016 wurden 57,8 Prozent mehr Verbrechen als im Jahr davor Zuwanderern zugeschrieben. Mit 16,1 Prozent führen die syrischen VIP-Gäste der Kanzlerin die Täternationalitäten an, dicht gefolgt von Afghanen mit 14,3 Prozent, Irakern mit 8,8 Prozent und Nigerianern mit 6,8 Prozent. Noch bunter ist es in Baden-Württemberg. Von den insgesamt rund 251.000 Tatverdächtigen im Vorjahr waren 107.417 Nichtdeutsche, bei 25.379 (exkl. ausländerrechtlicher Verstöße) handelt es sich um „schutzsuchende" Asylforderer. Auch hier wurde diese Gruppe von den besonders „Schutzbedürftigen" aus Syrien angeführt, gefolgt von Gambier und Afghanen.

(Von L.S.Gabriel)

Besonders Gewaltdelikte durch „Flüchtlinge" stechen hervor, diese stiegen in Baden-Württemberg um 95,5 Prozent auf 7.670 Fälle. Auch bei Diebstahl- und Drogendelikten sind die Eindringlinge auffällig stark vertreten, heißt es.

Das ist aber offenbar alles halb so schlimm. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) zeigte sich zwar besorgt über den Anstieg der Kriminalitätsrate erklärte aber gleichzeitig: „In Bayern leben, heißt sicherer leben."

Für Baden-Württemberg betonte Landeskriminalamts-Präsident Ralf Michelfelder: „Asylbewerber sind nicht nur Täter, sondern auch überdurchschnittlich oft Opfer von Straftaten." Das ist allerdings wenig verwunderlich, denn die meisten Gewaltdelikte, nämlich rund 60 Prozent, finden in den

Unterkünften beim lebendigen Ausleben der Kulturen statt, wo mit Eisenstangen, Latten und allem was sich als Waffe eignet nicht nur auf das Personal losgegangen wird, sondern die sich nach Frieden Sehnenden in der Hauptsache sich gegenseitig bekriegen. Michelfelder zeigt sich aber auch da verständnisvoll und führt den Anstieg der Verbrechensrate darauf zurück, dass die Täter eben aus Kriegsgebieten kämen und möglicherweise ein „anderes Verhältnis zu Gewalt“ hätten.
In manchen Ländern versteht man eben unter klären einer Sachlage, dem anderen einfach den Kopf abzuschneiden. Das ist in der Tat ein etwas „anderes Verhältnis zu Gewalt“. Politisch korrekt heißt das aber hier, “uns bereichernde Kultur”.
In diesem Zusammenhang sei auch noch darauf hingewiesen, was wir erst am Montag im Zuge der polizeilichen Einlassung zur Tat eines „psychisch kranken“ 16-Jährigen, der einem Mädchen die Kehle durchgeschnitten hat, gelernt haben: Wenn jemandem die Kehle durchgeschnitten wird, heißt das nun „schneidende Gewalt gegen den Hals“. Das hat wohl den Sinn, dass die Tat beim gemeinen deutschen Bürger nicht aufgrund der mittlerweile uns vielfach dargebotenen Bilder sofort Assoziationen mit der „Religion des Friedens“ hervorrufen soll.

https://www.pi-news.net/2017/03/doebeln-14-jaehrige-vergewaltigt/#more-559311

Döbeln: 14-Jährige vergewaltigt

Döbeln: Am Dienstagabend ist ein 14-jähriges Mädchen in Döbeln Opfer einer Sex-Attacke geworden. Die 14-Jährige war gegen 19.15 Uhr auf einem Wanderweg an der Wappenhenschstraße unterwegs, als sie auf Höhe eines Spielplatzes plötzlich von einem unbekannten Mann angesprochen wurde. Als das Mädchen nicht reagierte und an dem Unbekannten vorbeilief, packte er sie am Arm und zog sie in ein Gebüsch. “Dort nahm der Täter sexuelle Handlungen an der Teenagerin vor”, so die Polizei. Als die 14-Jährige um Hilfe schrie, wurde ein älteres Paar auf die Tat aufmerksam und sprach den Täter an. Dieser ließ darauf hin von dem Mädchen ab und flüchtete in Richtung Stadtzentrum. Auch das Paar verließ den Tatort. Der Täter wird wie folgt beschrieben: zwischen 25 und 30 Jahre alt, etwa 1,80 Meter groß und schlank, südländischer Typ.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter

Hamburg: Schon wieder haben Sex-Täter die Hilfsbereitschaft einer Frau ausgenutzt. Bereits am 13. Januar sollen zwei bisher unbekannte Männer eine 54 Jahre alte Frau am Lottbeker Weg/ Ecke Ellerbrookswisch angegriffen und vergewaltigt haben. Das schwerst traumatisierte Opfer habe sich erst jetzt entschieden, die Tat anzuzeigen, sagte Polizeisprecher Ulf Wundrack. Nach ihren Angaben war sie gegen 21.30 Uhr mit ihrem Pkw auf dem Heimweg, als ihr am Straßenrand ein winkender Mann auffiel. Sie hielt ihren Wagen an und öffnete das Beifahrerfenster, woraufhin sich der Mann nach dem Weg zur U-Bahnstation erkundigte. Als die Frau ausstieg, um ihm zu helfen, näherte sich ein zweiter Mann, der sie umklammerte, in ein

nahegelegenes Waldstück zog und vergewaltigte. Nach Angaben der Zeugin sollen die Täter etwa 1,80 Meter groß, zwischen 25 und 30 Jahre alt sein und ein “südosteuropäisches oder arabisches Erscheinungsbild” haben. Sie waren dunkel gekleidet und trugen dunkle Wollmützen.

Landeck: Offenbar ist man heutzutage gar nirgends mehr vor Sexstrolchen sicher! Die 19-Jährige aus dem Bezirk Imst war Montag in einem Regionalzug von Innsbruck nach Landeck unterwegs, als sich gegenüber von ihr ein Mann hinsetzte. Kurz nachdem der Zug losgefahren war, nahm der zunächst unbekannte Fahrgast die junge Frau ins Visier. Er belästigte sie und begrapschte sie mehrmals an den Beinen. Die Oberländerin ließ sich das nicht bieten, sie stand sofort auf und verließ in Telfs den Zug. Dort erstattete die 19-Jährige dann gleich Anzeige bei der Polizei. Die Beamten informierten daraufhin sofort ihre Kollegen von der Polizeiinspektion Silz. Wenig später konnte eine Streife den mutmaßlichen Sexstrolch, einen 44-jährigen Iraker, ausforschen. Der Mann wurde nach der Einvernahme auf freiem Fuß angezeigt.

Baiersbronn-Schönmünzach: Die Kriminalpolizei Freudenstadt sucht nach einen Zeugen zu einem sexuellen Übergriff, der sich an der Zughaltestelle in Schönmünzach zugetragen hat. Der Vorfall ereignete sich bereits am Sonntag, 5. März, wie die Polizei erst jetzt mitteilte. Bei dem Zeugen handelt es sich um einen 40 bis 50 Jahre alten, schlanken Mann mit graumelierten kurzen Haaren. Ihm habe sich das Opfer des Übergriffs offenbart. Laut Polizei steht ein Iraner im verdacht, den Jugendlichen angegangen zu haben.

Am dem ersten März-Sonntag stieg der 17-Jährige um 18.30 Uhr in die S81, um von Freudenstadt in Richtung Baden-Baden zu fahren. In seinem Abteil saß nur noch eine weitere Person von offenbar arabischer Herkunft. Im Laufe der Zugfahrt wurde der Mann zudringlich und belästigte den Jungen sexuell, so die Polizei. Der 17-Jährige wehrte sich und stieg letztendlich an der Haltestelle Schönmünzach aus, um dem Fremden zu entkommen. Der Tatverdächtige, wie zwischenzeitlich festgestellt iranischer Staatsangehöriger, verließ den Zug jedoch ebenfalls und setzte seine sexuellen Belästigungen auf dem Bahnsteig fort. Gegen 19 Uhr kam der gesuchte Zeuge hinzu, dem sich der bedrängte 17-Jährige anvertraute.

Mainz: Dienstag, 07.03.2017, 02:30 Uhr Am frühen Dienstagmorgen gingen zwei junge Männer einer 22-Jährige im Bereich der Philippschanze hinterher und versuchten sie in ein Gespräch zu verwickeln. Hierauf sei die Frau nicht eingegangen. Daraufhin habe einer der Männer die Frau wiederholt geschubst, sodass sie rückwärts hinfiel. Die Frau erlitt Schmerzen am Hinterkopf und klagte über Übelkeit. Die Frau meldete sich zunächst bei einem Freund, welcher dann die Polizei mit zeitlichem Verzug verständigte. Die beiden Personen konnten wie folgt beschrieben werden: Person 1: südländischer Typ, dunkle Haare, dunkler Bart, schlank, 20-25 Jahre, 175 cm groß, bekleidet mit einer Adidas Trainingsjacke Person 2: südländischer Typ.

Greven: Nach einer sexuellen Belästigung, die sich am Dienstagmorgen (07.03.2017) ereignet hat, ermittelt nun die Polizei. Etwa zwischen 07.30 Uhr und 07.45 Uhr war eine Jugendliche auf der Straße Im Deipen Brock zu Fuß auf dem Weg zur Schule. Dort sprach sie eine unbekannte männliche Person an und fragte, ob sie Zeit für ihn habe, zur Schule könne sie auch später gehen. Als sie weiterging, griff der 20 bis 30 Jahre alte Mann ihr ans Gesäß und entfernte sich dann mit seinem Fahrrad. Der Mann war schlank und wird als “ leicht südländischer Typ” beschrieben, der mit einer grau-olivgrünen Hose bekleidet war.

Essen: Heute sollte Zoheir B. (38) in Essen der Prozess gemacht werden. Die Anklage: Er soll im November 2015 einer Frau nach einem Discobesuch angeboten haben, sie zum Hauptbahnhof zu fahren. Doch stattdessen soll er zu einem abgelegenen Parkplatz gefahren sein und die Türen des Wagens verriegelt haben. Dort soll er die junge Frau sexuell missbraucht haben. Zoheir B. erschien am Montag allerdings nicht zu seinem Gerichtstermin. Nun wurde Haftbefehl beantragt. Sein Verteidiger quitterte das nur mit den Worten: „Selber schuld.“

Köln: Ein syrischer Asylbewerber ist vor dem Amtsgericht wegen Beleidigung zu 320 Euro (40 Tagessätze a 8 Euro) verurteilt worden. Der 24-Jährige hatte zugegeben, eine Frau in der Straßenbahn sexuell bedrängt zu haben. „Ich habe mich sehr bedroht gefühlt“, sagte die 45-

jährige Arzthelferin im Zeugenstand. Seit dem Vorfall in der Bahn meide sie öffentliche Verkehrsmittel, zur Arbeit lasse sie sich von ihrem Ehemann fahren und von Kollegen zurückbringen. Täter und Opfer kannten sich vom Sehen, das Asylantenheim liegt in unmittelbarer Nachbarschaft der Wohnung der Arzthelferin. Deshalb habe sie zunächst auch nichts Böses gedacht, als sich der junge Mann in der Bahn neben sie setzte. „Er war höflich, nett und freundlich“, erinnerte sie sich. Er habe sich ihr sogar vorgestellt und sie nannte daraufhin ihren Namen, dachte, er wollte ein Gespräch über Einkaufsmöglichkeiten im Viertel anfangen. Doch dann kam er ihr zu nahe, legte den Arm um sie und versuchte, sie zu küssen. Ihre lautstarke Gegenwehr veranlasste ihn zum fluchtartigen Verlassen der Bahn. Tage später sei er ihr auf dem Rad hinterher gefahren und habe ihr sexuelle Beleidigungen hinterhergerufen.

Innsbruck: Mit 19 Jahren wurde im Oktober ein couragierter Tiroler zum Helden. Der junge Mann war abends mit Arbeitskollegen auf einer Lokaltour bei den Innsbrucker Bögen. Dabei war vor einem Lokal eine Arbeitskollegin zuerst von einem 25-Jährigen bedrängt worden. Als sich die junge Frau gegen den Marokkaner gewehrt und diesen weggeschubst hatte, riss dieser sie zu Boden und zog ein Messer. Gerade als der Abgewiesene das Messer direkt in Richtung der Frau führte, ging der 19-Jährige selbstlos dazwischen, rang es dem Angreifer aus der Hand und brachte diesen per Armhebel zu Boden. Der Alltagsheld erlitt dabei eine blutende Wunde an der Hand und musste genäht werden.

Linz-Land: Ein Asylwerber aus Afghanistan wird verdächtigt, mehrere minderjährige Buben sexuell belästigt zu haben. Der 36-jährige Asylwerber aus Leonding steht im Verdacht am Nachmittag des 26. Februar 2017 in einem Einkaufszentrum einen 12-Jährigen aus Traun belästigt zu haben. In der Absicht sexuellen Kontakt mit ihm zu haben, stellte er ihm bis zur Straßenbahnhaltestelle nach. Er wollte den Unmündigen mit Geld dazu verleiten mit ihm nach Hause zu kommen oder gemeinsam zum Hauptbahnhof zu fahren, um dort eine öffentliche Toilette aufzusuchen. Der Beschuldigte ließ nicht von dem Unmündigen ab, bis dieser sich Hilfe bei fremden Personen suchte. Zudem bedrohte der Asylwerber das Opfer mit dem Umbringen, wenn dieser versucht die Polizei zu verständigen. Der Beschuldigte steht außerdem im Verdacht am selben Nachmittag einem 12-Jährigen aus Linz in einer Straßenbahn auf den Intimbereich gegriffen zu haben. Der 12-Jährige musste den 36-Jährigen mehrere Male fest wegstoßen, bis er endlich von ihm abließ. Der Afghane soll ihm und einem weiteren 12-Jährigen aus Linz zudem seit Dezember 2016 nachstellen. Er forderte von den Burschen unter Anwendung von Körperkraft Küsse, wollte sie berühren, umarmen und ausziehen. Der 36-Jährige wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Linz am 28. Februar 2017 in die Justizanstalt Linz gebracht.

https://www.pi-news.net/2017/03/polizeiliche-kriminalstatistik-drei-monate-2016/

Polizeiliche Kriminalstatistik: Drei Monate 2016

Die bundesweite polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) erscheint voraussichtlich erst im Mai, aber die Zahlen der ersten drei Quartale des Jahres 2016 zeigen bereits eine deutliche Tendenz: Im gesamten Jahr 2015 waren die „Flüchtlinge“ an 208.000 erfassten Straftaten beteiligt, im Monat durchschnittlich also an 17.330 Taten. In den ersten neun Monaten des Jahres 2016 waren es aber schon 214.600 Straftaten, im Monat also durchschnittlich 28.845. Das bedeutet eine durchschnittliche Steigerung von 38%… *(Dies sind nur die gemeldeten Straftaten. Hier ein Artikel mit vielen Links, was bisher für 2016 bekannt ist, speziell Bayern, B-W und NRW.)*

https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/gewalt-und-kriminalitaet/

Der Gewöhnungsprozess läuft

Gewalt und Kriminalität

Von **Gastautor**
Mo, 20. März 2017

Die bundesweite polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) erscheint voraussichtlich erst im Mai, aber die Zahlen der ersten drei Quartale des Jahres 2016 zeigen bereits eine deutliche Tendenz.

Vielleicht erinnert sich noch der ein oder andere an die äußerst beruhigende Schlagzeile der *Süddeutschen*, die im Dezember titelte: „Flüchtlinge begehen weniger Straftaten“. Die Straftaten von Flüchtlingen gingen zurück und die meisten Taten seien *Bagatelldelikte wie Schwarzfahren*. Ein recht plumper Versuch der Schreiber Pinkert und Strozyk, mit #Fakenews die Fakten der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung ins Gegenteil zu verkehren.

Nun erscheint die bundesweite polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) voraussichtlich erst im Mai, aber die Zahlen der ersten drei Quartale des Jahres 2016 zeigen bereits eine deutliche Tendenz:

Im gesamten Jahr 2015 waren die „Flüchtlinge“ an 208.000 erfassten Straftaten beteiligt, im Monat durchschnittlich also an 17.330 Taten***. In den ersten neun Monaten des Jahres 2016 waren es aber schon 214.600 Straftaten, im Monat also durchschnittlich 28.845.

Das bedeutet eine durchschnittliche Steigerung von 38%.

Die Zahl der „Flüchtlinge“ stieg im gleichen Zeitraum um knapp 25%. Das bedeutet einen Anstieg der allgemeinen „Flüchtlings“-Kriminalität von 13% gegenüber 2015.

Anstieg der sexualisierten Gewalttaten um 100%

Im Jahr 2015 wurden 1.688 Sexualdelikte aufgeklärt, die von „Flüchtlingen“ begangen wurden. Das waren durchschnittlich über 140 im Monat.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2016 entfielen 1,3% der 214.600 „Flüchtlings“-Straftaten auf sexualisierte Gewaltdelikte (Missbrauch, Nötigung, Vergewaltigung etc).

Das sind 2.789 Taten, also knapp 310 im Monat, und somit eine Steigerung um rund 100% gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres – bei einer Zunahme der „Asylbegehrenden“ um lediglich 25%.

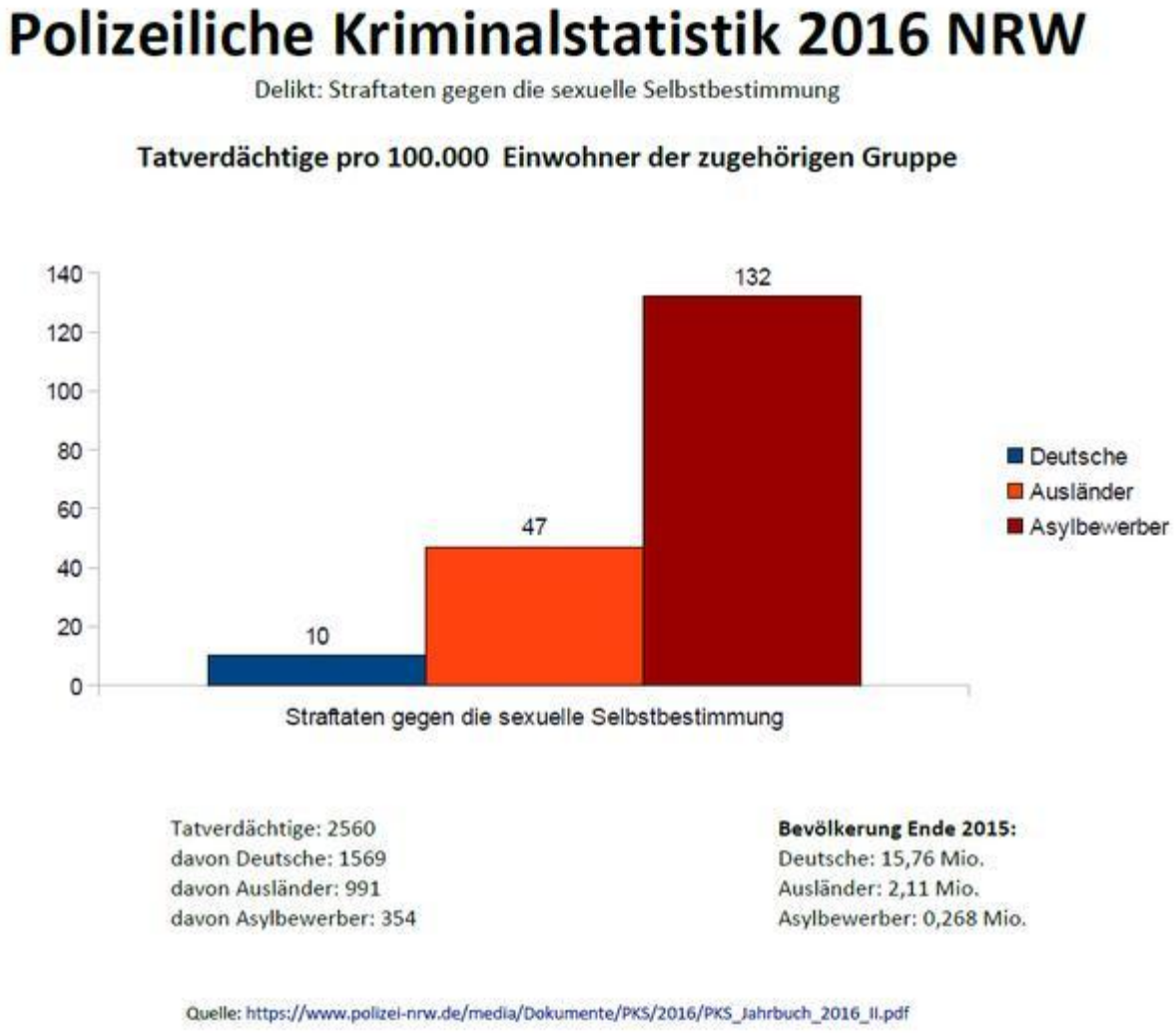
2.789 erfasste Taten (und damit Opfer) der sexualisierten „Flüchtlings“-Gewalt in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 bedeuten mehr als 10 erfasste Opfer am Tag.

In meiner Abhandlung zur extremen Flüchtlingskriminalität erläutere ich im Kapitel D.), wie es anhand des Wissens um die Aufklärungsquoten und das kriminologische Dunkelfeld möglich ist, die tatsächliche Opferzahl zu berechnen.

Auf dieser Berechnungsgrundlage haben die „Flüchtlinge“ in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 etwa 11.620 tatsächliche Opfer sexualisierter Gewalt zu verantworten – das sind rund 43 am Tag.

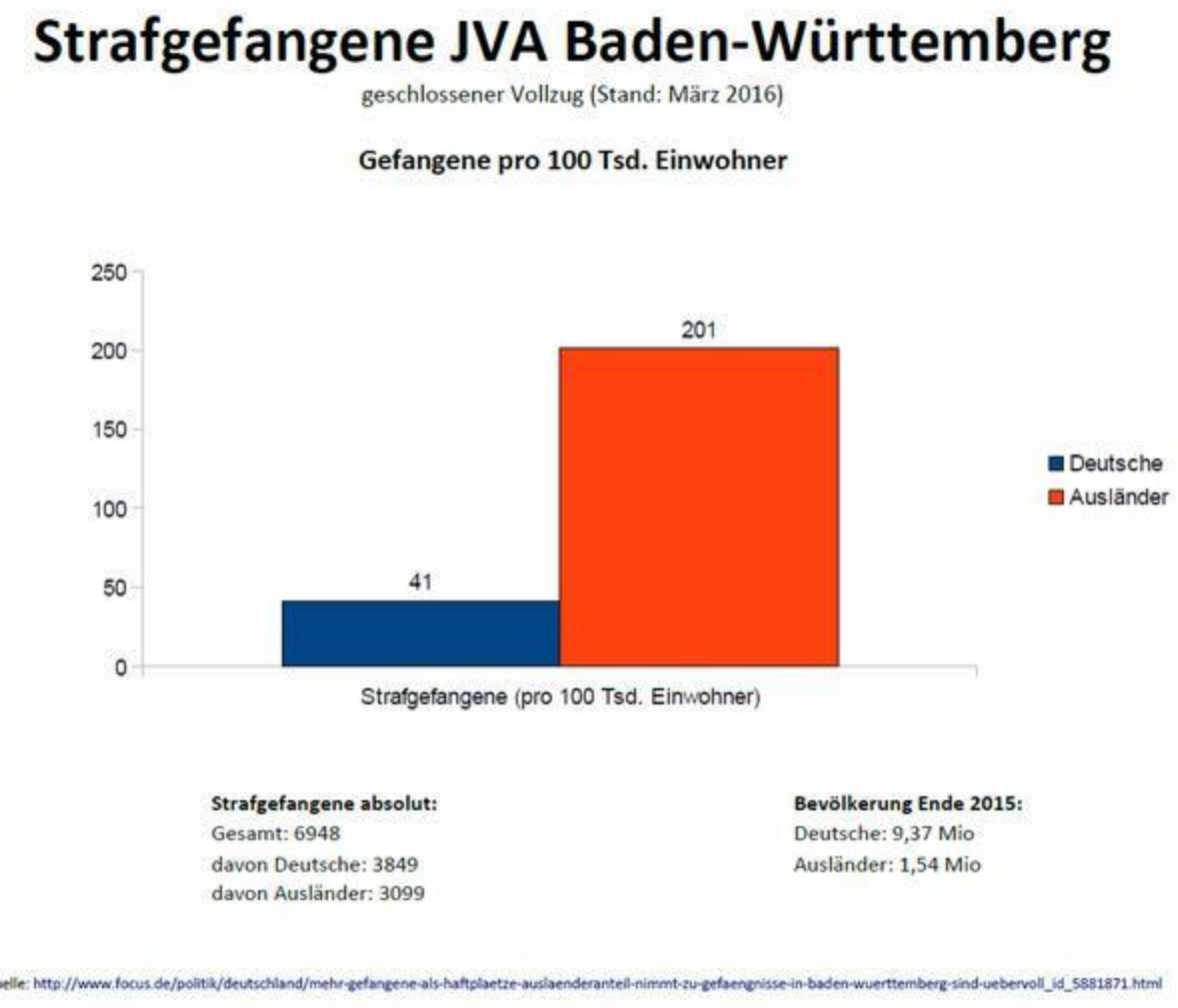
[inner_post All diese Opfer waren und sind vermeidbar – denn sie wurden nur möglich durch die unter Beugung und Missachtung von geltendem Recht von Kanzlerin Merkel und der Bundesregierung geförderten Massenmigration einer kriminellen, gewalttätigen, nicht integrierbaren Gruppe von Menschen. Für einen akribisch recherchierten Blick hinter die

Kulissen der politischen Entscheidungen hinter diesem Staatsversagen empfehle ich das aktuelle Werk des WELT-Journalisten Robin Alexander, „Die Getriebenen“.
Nach und nach gelangen die Kriminalstatistiken der einzelnen Bundesländer für das Jahr 2016 an die Öffentlichkeit und sind – zumindest den Lokalmedien – die eine oder andere Meldung wert – und sei es nur zum Zweck der Beschwichtigung.
So titelte der *Kölner Stadtanzeiger* hinsichtlich der aktuellen Zahlen aus NRW: „Drastisch mehr Vergewaltigungen – Meiste Tatverdächtige sind Deutsche“ und suggeriert damit, die gestiegene Zahl der sexualisierten Gewalttaten sei deutschen Tätern geschuldet.
Tatsächlich nahm die Zahl der Vergewaltigungen und schweren sexuellen Nötigungen um fast 25% Prozent auf 2.320 Fälle zu, sonstige sexuelle Nötigungen stiegen sogar um 35%.
Dieser Anstieg geht fast ausschließlich auf das Konto von Asylbewerbern und nichtdeutschen Tätern.
Kein Wunder, wenn die Zahl der „Flüchtlinge“ – und somit einer Menschengruppe, die die Bevölkerung mit einer 1220% höheren Kriminalitätsrate im Bereich der sexualisierten Gewalt belastet – ebenfalls enorm gestiegen ist:



Die Zahl der deutschen Tatverdächtigen ist seit 2012 kontinuierlich um 14% gesunken.
Von den über 500 gemeldeten Fällen sexualisierter Gewaltübergriffe in der Kölner Silvesternacht 2015/2016, die ausschließlich von nichtdeutschen Tätern verübt wurden, werden in der Kriminalstatistik lediglich 162 berücksichtigt. Der Großteil der Täter geht ohnehin straffrei aus.

Auch andere schwere Gewaltvebrechen wie gefährliche Körperverletzungen, Mord und Totschlag stiegen 2016 „dank“ der Flüchtlinge massiv an.
All das scheint die Wählerschaft in NRW jedoch nicht wirklich zu bekümmern, denn schließlich wollen nach der letzten Umfrage bei der anstehenden Landtagswahl 40% der Wähler bei der SPD – mithin der für diese Zustände verantwortlichen Regierungspartei sowie Kraft, Jäger & Co. – ihr Kreuzchen setzen.
Die Menschen in NRW haben sich an die wachsende Unsicherheit, Kriminalität und Gewalt offenbar gewöhnt – so wie ein Frosch, der im Wasser sitzt, während es erhitzt wird.
In Baden-Württemberg waren „Flüchtlinge“ im letzten Jahr zehn Mal krimineller als Deutsche.
Die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber ist in Baden-Württemberg im letzten Jahr um knapp 40% gestiegen, während knapp 60% weniger Asylbewerber als 2015 in das Bundesland kamen. Nur 1,5% der deutschen Baden-Württemberger (einschließlich krimineller Doppelpässler und Deutscher mit Migrationshintergrund) waren einer Straftat verdächtig, aber über 15% der Asylbewerber. Asylbewerber weisen demnach eine 10 Mal höhere Kriminalitätsrate auf als Deutsche.
Die Zahl der Körperverletzungsdelikte, an denen mindestens ein Flüchtling beteiligt war, stieg um 95,5 (!) Prozent auf 7.670 Fälle. Davon wurde fast die Hälfte in der Öffentlichkeit begangen. Die Gefängnisse sind übervoll mit kriminellen Ausländern, die mittlerweile fast die Hälfte der Verurteilten ausmachen – bei einem Bevölkerungsanteil von gerade einmal 10%.
Auf je 100.000 Einwohner der jeweiligen Gruppe kommen 41 deutsche veurteilte Täter und 201 ausländische Täter und damit fast fünf Mal so viele:



In Bayern sind Ausländer und „Flüchtlinge“ für die höchste Opferzahl seit 10 Jahren verantwortlich.

Auch in Bayern ist die Kriminalität der Zuwanderer (=Flüchtlinge) explodiert. So wurden im Jahr 2016 fast 55% mehr Straftaten durch „Flüchtlinge“ begangen als 2015, wo bereits eine Steigerung von 76% gegenüber dem Jahr 2014 festgestellt werden musste:

5.2 Kriminalitätsentwicklung insgesamt

* Auf Grund einer abweichenden Aufschlüsselung bei den Aufenthaltsgründen nichtdeutscher Tatverdächtiger in der PKS können durch Zuwanderer begangene Straftaten, die vor dem Jahr 2009 in der PKS erfasst wurden, nur bedingt verglichen werden.

Bereits seit dem Jahr 2010 ist in Bayern ein kontinuierlicher Anstieg der durch Zuwanderer begangenen Straftaten (ohne ausländerrechtliche Verstöße) zu verzeichnen, der sich ab dem Jahr 2013 noch einmal deutlich verstärkt hat.

Besonders **massiv fällt der Anstieg in den Jahren 2015 und 2016** aus. Im Jahr 2015 war im Vergleich zum Vorjahr 2014 eine Steigerung um **+10.068 Fälle** bzw. **+76,3%** auszumachen. Im Vergleich zum Jahr 2015 stiegen die Fallzahlen in 2016 noch einmal deutlich an, um **+12.756 Fälle** bzw. **+54,8%**.

Allein in den Bereichen der Gewaltkriminalität und der sexualisierten Gewalt stieg die Zahl der tatbeteiligten „Flüchtlinge“ jeweils um 100%, während der Anteil deutscher Tatbeteiligter sank.

Tatverdächtige - Gewaltkriminalität

Tatverdächtiger ist...

Deutscher:	54,2%
Nichtdeutscher:	45,8%
Zuwanderer: (Anteil Zuwanderer an Gesamtzahl TV)	20,0%

	TV 2007	Anteil 2007	TV 2015	Anteil 2015	TV 2016	Anteil 2016
TV insgesamt	23.872	100,0%	19.742	100,0%	22.294	100,0%
TV deutsch	17.140	71,8%	12.080	61,2%	12.087	54,2%
TV nichtdeutsch	6.732	28,2%	7.662	38,8%	10.207	45,8%
TV Zuwanderer	389	1,6%	2.123	10,8%	4.458	20,0%*

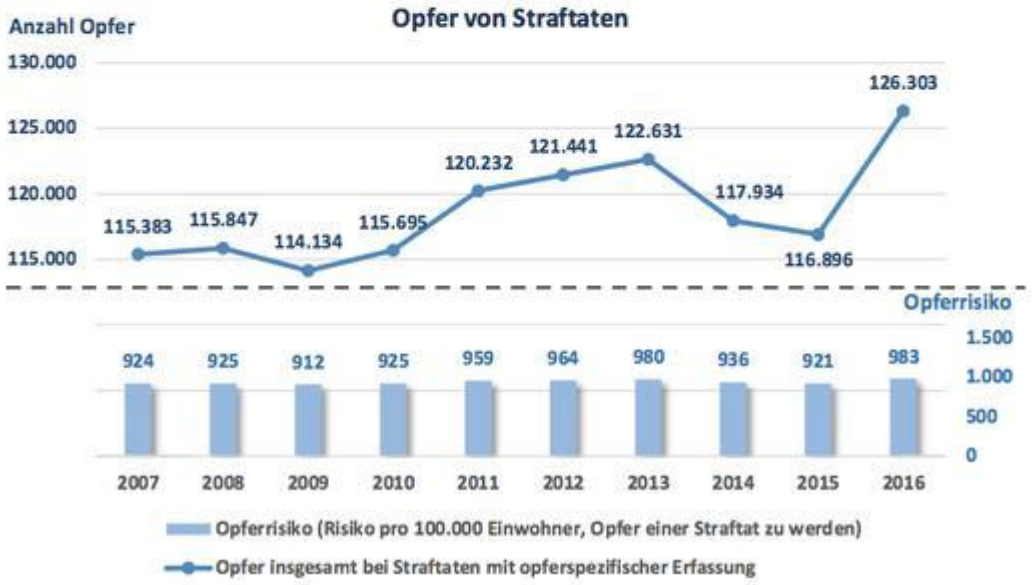
* Anteil TV Zuwanderer an Gesamtzahl der Tatverdächtigen; die Anzahl der TV Zuwanderer im Jahr 2007 lässt sich nur bedingt mit den aktuellen Daten vergleichen (genaue Erläuterung siehe Punkt 5.2)

Im Bereich der Gewaltkriminalität ist 2016 ein Anstieg um **+1.881** Delikte bzw. **+9,8%** auf **21.101 Fälle** festzustellen, nachdem sich die Fallzahlen in den letzten **10 Jahren** nahezu durchweg rückläufig zeigten. Mit einem Anteil von **81,9%** dominieren nach wie vor die **gefährlichen** und **schweren Körperverletzungen**. Hier wurden **17.283 Delikte** registriert und damit **+11,8%** bzw. **+1.830** Straftaten mehr als im Vorjahr.

Die Zahl der Opfer erreichte 2016 den höchsten Wert seit zehn Jahren:

3 Opfer

Opfer im Sinne der PKS sind natürliche Personen, gegen die sich die mit Strafe bedrohte Handlung unmittelbar richtete. Eine Opfererfassung in der PKS erfolgt grundsätzlich nur bei strafbaren Handlungen gegen höchstpersönliche Rechtsgüter wie Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit, Ehre und der sexuellen Selbstbestimmung.



Da mutet es schon wie Hohn an, wenn die aktuelle bayrische PKS mit dem Untertitel *„In Bayern leben, heißt sicherer leben“* veröffentlicht wird …
Ich weiß offen gestanden nicht, was mich mehr ängstigt. Diese besorgniserregenden Entwicklungen an sich oder das politische, mediale und allgemeine Desinteresse – ja geradezu Lethargie – mit dem diese zur Kenntnis genommen werden.
**** Alle Taten jeweils ohne ausländerrechtliche Verstöße*
Der Beitrag von Ines Laufer erschien zuerst hier.
https://www.fischundfleisch.com/ineslaufer/die-gewalt-und-kriminalitaet-der-fluechtlinge-explodiert-doch-wen-interessierts-32869

https://www.pi-news.net/2017/03/london-attentaeter-soldat-des-is/#more-560094

London: Attentäter war “Soldat des IS”

Nach dem Terrorangriff von Mittwochnachtmittag in London, wo inklusive des Angreifers, nach aktuell korrigierten Meldungen der britischen Polizei, vier Menschen getötet und rund 30 zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden, steht nun fest, der Täter (kl. Foto) war nicht nur vom “internationalen Terrorismus inspiriert”, wie sich gestern ein Sprecher von Scotland

Yard (NSY) ausdrückte, sondern er war schlicht ein weiterer islamischer Schlächter und gleichzeitig ein neuerlicher Beweis dafür, dass die Korantreuen sich niemals in unsere Gesellschaft integrieren werden, denn der Attentäter war nicht etwa erst kürzlich in der Zivilisation angekommen, er war in Großbritannien geboren, wie die britische Premierministerin Theresa May bekannt gab. Außerdem teilte sie mit, dass er schon vor einigen Jahren ins Blickfeld des Inlandsgeheimdienstes MI5 (Military Intelligence, Section 5) gerückt war, letztendlich aber nur als Randperson qualifiziert wurde.
(Von L.S.Gabriel)
Der Täter ist also identifiziert aber noch immer geben die britischen Behörden keinen Namen preis. Dafür allerdings hat der IS sich zu dem Anschlag bekannt. Der Täter sei ein "Soldat des IS", heisst es. Die Tat an sich soll aber die eines Einzeltäters gewesen sein. Dennoch wurden inzwischen bei Razzien in der islamischen Szene weitere acht Personen festgenommen, die zumindest im Hintergrund an der Tat beteiligt gewesen sein könnten.

Zu den Opfer wurde bislang nur bekannt, dass sich darunter 12 Briten, mindestens vier Südkoreaner, drei französische Kinder, zwei Rumänen und Bürger aus mehreren anderen Ländern befinden. Es soll auch ein deutsches Opfer geben. Neben dem 48-jährigen Polizisten Keith Palmer, der vom Attentäter erstochen wurde, wird eine Tote namentlich als Aysha Frade (Foto, li.) angegeben. Die 43-jährige Lehrerin und Mutter zweier Kinder war vom Täter mit dem Auto erfasst, unter einen Doppeldeckerbus geschleudert und von diesem überrollt worden.

Ihre beiden Kinder werden nun ohne Mutter aufwachsen.
Auch bekannt ist mittlerweile der Name eines 29-jährigen rumänischen Opfers: Andreea Cristea (Foto, unten) wurde vom PKW des Mörders in die Themse gestoßen. Die Einsatzkräfte zogen sie schwer verletzt aus dem Wasser.

Wieder einmal hat der Islam seine grausame Fratze gezeigt. Diese Ideologie hat nichts in der zivilisierten Welt verloren und es wird nicht reichen ein paar Seiten aus dem ewig gültigen Blutbuch, dem Koran zu streichen. Diese Pseudoreligion, die unter dem Schutz der westlichen Religionsfreiheit unsere Straßen mit dem Blut unserer Völker tränkt gehört insgesamt verbannt, zurück in die Steinzeit. Dieser Terrorakt bewies einmal mehr, dass niemand sicher ist, solange weiter so getan wird, als sei der Islam je zu reformieren.
Aber auch das ZDF, im Besonderen sein London-Korrespondent Andreas Stamm, hat sich vergangene Nacht wieder selbst übertroffen. Als sogar die Mainstreammedien weltweit von Terror sprachen und zum Teil sogar schon den Islam benannten verhalf Stamm der Volksverblödungsstrategie seines Senders zu einem neuen Höhenflug. Beim Versuch Terror und vor allem islambedingten auszuschließen schwurbelte er, wenn die Behörden die Tat als Terrorakt benennen hieße das nichts anderes als:
dass es der Polizei ermöglicht einfache Straßenpolizisten zu bewaffnen, mobil zu machen, eben in einen anderen Status zu kommen. Aber es ist mitnichten ein Hinweis darauf, wer oder was diese Taten heraufbeschworen haben.
Die Behörden stufen also Ereignisse nur als terroristischen Akt ein, um sich in Stimmung zu bringen, in einen “anderen Status” zu kommen, wie Stamm das ausdrückt. Es habe zwar Chaos gegeben, mittlerweile seien alle aber schon wieder relativ entspannt, so der ZDF-Märchenonkel.
Hier das Video zur “Reportage”:
.@ZDF -Korrespondent Stamm berichtet im @heutejournal, dass es keine gesicherten Infos über den Täter von #London gibt: pic.twitter.com/BYAd4HO3ks
— ZDF heute (@ZDFheute) 22. März 2017

https://www.pi-news.net/2017/03/dresdner-s-bahn-schubser-nun-doch-verhaftet/#more-559902

Dresdner S-Bahn-Schubser nun doch verhaftet

Im Fall der S-Bahn-Schubser von Dresden sind die beiden mutmaßlichen Täter am Dienstag wegen versuchten Totschlags festgenommen worden. Die Haftbefehle wurden wegen versuchten Totschlags, gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr erlassen, teilte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden, Lorenz Haase,

mit. Die zwei aus Marokko und Libyen stammenden Verdächtigen wurden dem Haftrichter vorgeführt. Dieser entschied, daß beide in Untersuchungshaft verbleiben müssen.
Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, Martin Motschiedler zeigte sich erfreut üer die neueste Entwicklung: „Es ist gut, dass jetzt ein Haftbefehl erlassen wurde“, sagte der CDU-Politiker. Unverständlich sei aber, daß erst die Generalstaatsanwaltschaft habe eingreifen müssen. „Ich erwarte jetzt saubere Ermittlungsarbeit, ein zügiges Gerichtsverfahren und wenn es zu einer Verurteilung kommt auch eine konsequente Abschiebung der Asylbewerber.“
Der Fall hatte zuvor für Schlagzeilen gesorgt, da die Staatsanwaltschaft Dresden zuerst darauf verzichtet hatte, Haftbefehl gegen die beiden Asylsuchenden zu beantragen. Es habe kein Tötungsvorsatz bestanden und die zu erwartende Strafe sei als zu gering für eine Untersuchungshaft erachtet worden, hieß es zuerst zur Begründung. Die geführten Ermittlungen hätten nun aber ergeben, „daß ein dringender Tatverdachts hinsichtlich des versuchten Totschlags vorliegt“.
Der 23 Jahre alte Marokkaner und sein 27 Jahre alter Kompagnon aus Libyen hatten am frühen Freitag morgen am S-Bahnhof Dresden-Zschachwitz einen 40jährigen Dresdner nach Feuer für ihre Zigaretten gefragt. Als er mit dem Verweis, er müsse zur Arbeit, verneinte, griffen die beiden Männer ihn an.

Lokführer konnte im letzten Moment bremsen

„Letztendlich warf ein Täter das Fahrrad des Geschädigten gegen diesen, woraufhin der Mann mitsamt Fahrrad in die zirka einen Meter tiefer liegenden Gleise stürzte. Im Anschluß versuchte der 40jährige wieder mit seinem Fahrrad auf den Bahnsteig zu gelangen, dabei wurde er von einem der Angreifer permanent mit Fußtritten daran gehindert“, schildert die Bundespolizei den Vorfall.
Während der Attacke fuhr eine S-Bahn auf dem Gleis ein. Der Lokführer bemerkte die Auseinandersetzung gerade noch rechtzeitig und konnte im letzten Moment bremsen. Der Zug kam nur wenige Meter vor dem Opfer zum Stehen. Die beiden Angreifer flüchteten daraufhin. Bundespolizisten konnten sie jedoch kurz darauf in einer späteren S-Bahn stellen. Beide waren alkoholisiert und bereits polizeibekannt. Bei dem Libyer wurden zudem vier jeweils fünf Zentimeter große Haschischstücke sichergestellt. Über einen gültigen Fahrschein verfügten die beiden Angreifer nicht. *(Artikel übernommen von der JUNGEN FREIHEIT)*

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Mannheim: Eine Kopfverletzung sowie eine Hüftprellung erlitt ein 17-Jähriger aus Mannheim am 17.03.2017, um 13.00 Uhr, nachdem ihn zwei unbekannte Männer attackiert hatten. Der junge Mann lief auf der oberen Etage des Wasserturms, als er an zwei dort sitzenden Männern vorbeikam. Diese beleidigten ihn zunächst, dann ging einer der Männer unvermittelt auf ihn zu und schlug ihm eine Glasflasche auf den Hinterkopf. Der Geschädigte konnte sich zunächst noch wehren, ging dann aber zu Boden. Als er am Boden lag, kam der zweite Mann hinzu und trat ihm gegen die Hüfte. Danach rückte noch ein dritter Mann heran, der den jungen Mann aber nicht attackierte. Der Geschädigte rief seine Brüder an, die ihn zunächst nach Hause brachten. Als es ihm daheim schlechter ging, wurde er durch das DRK in ein Mannheimer Krankenhaus gebracht. Nach ambulanter Behandlung konnte er wieder entlassen werden. Täterbeschreibung: 1. Täter: südländisches Aussehen, ca. 170 -175 cm groß, ca. 20 – 25 Jahre alt mit langen Haaren, die zu einem Zopf gebunden waren, 3-Tages-Bart. Er trug eine rote Weste. 2. Täter: ebenfalls südländisches Aussehen, auch ca. 20 – 25 Jahre alt und 170 – 175 cm groß.
Ludwigsburg: Das Polizeirevier Kornwestheim, Tel. 07154/1313-0, sucht Zeugen, die am Donnerstag zwischen 19.50 Uhr und 20.10 Uhr eine Auseinandersetzung zwischen zwei

Männern am Bahnhofsplatz in Kornwestheim beobachten konnten. Ein bislang Unbekannter tadelte einen 32-Jährigen, der im Bereich einer Bankfiliale öffentlich uriniert hatte. Es entbrannte ein Streit, während dessen der Unbekannte seinem Kontrahenten wohl mehrfach schlug, bis dieser leicht verletzt zu Boden ging. Anschließend sei der Täter zu seinem in der Nähe geparkten Mercedes gegangen, habe eine Schreckschusswaffe herausgeholt und dem 32-Jährigen gedroht. Zwei Passanten sprachen hierauf mit dem Unbekannten, der sich anschließend in seinen PKW setzte und davon fuhr. Der Täter ist etwa 30 Jahre alt, ein südländischer Typ, kräftig gebaut und trug einen kurzen Vollbart. Insbesondere bittet die Polizei, die beiden Fußgänger sich zu melden.
Schwerin: Am späten Nachmittag gegen 17:30 Uhr wurde eine körperliche Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen in der Marienplatzgalerie gemeldet. Nach einer Rempelei zwischen zwei deutschen Männern und zwei Personen mit Migrationshintergrund entbrannte offensichtlich ein verbaler Schlagabtausch, welcher schließlich in einer körperlichen Auseinandersetzung der vier streitenden Männer mündete. Die zwei deutschen Männer sind mit Prellungen und Schwellungen sowie einer Schnittwunde am Arm ins Krankenhaus eingeliefert worden.
Schriesheim/Rhein-Neckar-Kreis: Am späten Freitagabend befand sich ein 17-Jähriger in der OEG nach Heidelberg. Zwischen den Haltestellen Zentgrafenstraße und OEG-Bahnhof wurde er kurz nach 22.30 Uhr, plötzlich von einem Unbekannten ins Gesicht geschlagen, der offenbar mit sechs weiteren Personen anschließend am OEG-Bahnhof ausstieg und flüchtete. Der Täter wird wie folgt beschrieben: ca. 17 Jahre, dunkelhäutig. Er trug eine rote Jacke, eine rote Baseballkappe und eine goldene Brille und sprach perfektes Deutsch.
Zwickau, OT Marienthal: Zu einer Körperverletzung am Mittwoch, gegen 5:30 Uhr in Höhe der Antonstraße 16 sucht die Polizei Zeugen. Zwei bislang unbekannte ausländische Männer haben einen 29-Jährigen beschimpft und fortfolgend trat einer der Tatverdächtigen den Geschädigten und verletzte ihn am Bein. Die beiden Tatverdächtigen hatten vorher an der Straßenbahnhaltestelle Haus Marienthal gestanden und waren dem Geschädigten gefolgt. Der 29-Jährige konnte letztlich vor den Unbekannten flüchten und musste sich in ärztliche Behandlung begeben.
Heilbronn: Wie die Polizei mitteilt, gab es in der Nacht auf Sonntag in Heilbronn zwei Vorfälle, bei denen Schlägergruppen grundlos zuschlugen. Am frühen Sonntagmorgen gegen 2.40 Uhr wurden in der Bismarckstraße vor dem Robert-Mayer-Gymnasium eine Frau und zwei Männer, die auf ein Taxi warteten, von drei unbekannten Tätern niedergeschlagen und getreten. Zuvor wurden die Geschädigten von den Schlägern gefragt, circa 20 Jahre alte Südländer beschrieben.
Dortmund: Bereits am 26. Februar (Sonntagmorgen) hat es im Dortmunder Brückstraßenviertel eine Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen gegeben. Zwei Männer aus Kamen erlitten dabei schwere Verletzungen. Nun sucht die Polizei Zeugen. Ersten Ermittlungen zufolge hielten sich die beiden Kamener (38 und 40 Jahre) im Bereich Alter Burgwall / Platz vom Apfelbrunnen auf. Gegen 4.55 Uhr näherten sich drei unbekannte Männer dem Duo. Ohne Vorwarnung schlugen sie unvermittelt auf die beiden Männer ein. Anschließend entfernte sich das Trio unerkannt. Ein Rettungswagen musste die Kamener zur weiteren Behandlung in ein Krankenhaus fahren. Hier stellte sich heraus, dass der 38-Jährige mehrere Frakturen, sowohl im Gesichtsbereich als auch am Sprunggelenk, erlitten hat. Einer der drei Tatverdächtigen war mit einem weißen Oberteil und einer dunklen Hose bekleidet. Er hatte eine schwarze Kurzhaarfrisur. *(Kommentar PI: Komisch, dass die Dortmunder Polizei trotz detaillierter Personenbeschreibung nicht die wahrscheinliche Ethnie oder Volkszugehörigkeit mitteilen kann)*
Chemnitz: Bei einer Schlägerei zwischen zwei Gruppen an der Leipziger Straße sind am Sonntagfrüh ein 18-Jähriger und eine 27-Jährige leicht und ein 23-Jähriger schwer verletzt worden. Ein Zeuge hatte gegen 3 Uhr den Notruf gewählt und eine Schlägerei zwischen bis zu

50 Personen gemeldet. Nach bisherigen Erkenntnissen war eine Gruppe der Diskothek verwiesen worden, draußen folgten Flaschenwürfe gegen den Sicherheitsdienst. Danach gingen Beteiligten mit Ästen und Flaschen auf ihre Widersacher los. Als die Polizei eintraf, waren die Angreifer verschwunden. Die Polizei bestätigte, dass es sich bei den der Einrichtung verwiesenen Besuchern um Club-Gäste aus dem Ausland gehandelt haben soll.
Hörde: Acht Jugendliche hatten am 28. August 2015 auf der Nortkirchenstraße in Hörde mehrere Schüler angegriffen. Sie benutzten Messer, Eisenstangen, Metallketten und Stöcke. Einen Schüler verletzten die Angreifer schwer. Zufällig am Tatort vorbei fahrende Polizisten verhinderten Schlimmeres. Sie berichteten später von einer enormen Brutalität der Täter. In den folgenden Tagen beschützten Polizisten die Konrad-von-der-Mark-Schule und das Goethe-Gymnasium, um weitere Taten zu verhindern. In den folgenden Monaten ermittelte die Polizei intensiv. Mehrere aus dem Kosovo und Albanien stammende Tatverdächtige tauchten unter. Die Verfahren gegen sie wurden deshalb eingestellt. Allerdings laufen Fahndungen. Übrig blieben vier Angeklagte. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurden drei von ihnen bereits im Januar 2017 vor dem Jugendgericht von dem Vorwurf freigesprochen, weil keiner der Zeugen die Angeklagten wiedererkannt hatte. Der Vierte sitzt aktuell in Untersuchungshaft. Ihn erkannten die Zeugen eindeutig wieder. Gegen ihn ermittelt die Polizei nach Wohnungseinbrüchen. Das wegen dieser Taten noch ausstehende Gerichtsverfahren fasst die Justiz mit der Anklage wegen der Gewalttat in Hörde zusammen, um beide Fälle in einem Prozess zu verhandeln. Der Termin dafür steht noch nicht fest.

https://www.pi-news.net/2017/03/zehnjaehriger-afghane-bedraengt-75-jaehrige/#more-559883

Zehnjähriger Afghane bedrängt 75-Jährige

Schwaz/Tirol: Schwerer Verdacht gegen einen jungen afghanischen Asylwerber in Tirol: Der Unmündige war mehreren Frauen in Schwaz in deren Wohnhäuser gefolgt, fiel dort über sie her und bedrängte seine Opfer sexuell. Bisher konnten dem jungen Verdächtigen – er will nach eigenen Angaben erst zehn Jahre alt sein, die Polizei konnte das bislang allerdings nicht bestätigen – fünf Delikte nachgewiesen werden. Der Afghane war am Donnerstag einer 75-jährigen Tirolerin gefolgt und hatte sie in ihre Wohnung gedrängt. Dort berührte er sie laut Polizei unsittlich und verletzte sie dabei.
Zudem raubte er fünf Euro aus der Handtasche seines Opfers und flüchtete. Eine couragierte 14-jährige Nachbarin hörte die Hilferufe der 75-Jährigen und verfolgte daraufhin den Bub. Sie konnte der Polizei eine "äußerst genaue" Täterbeschreibung geben, woraufhin der Verdächtige kurze Zeit später in Schwaz ausgeforscht werden konnte. Kurz zuvor war der Afghane bereits einer 68-jährigen Tirolerin in ein Wohnhaus gefolgt. Als er deren Ehemann bemerkte, ergriff er die Flucht. Bei der Befragung stellte sich laut Polizei schließlich heraus, dass der Asylwerber mindestens fünf Delikte dieser Art begangen hat. Er will erst zehn Jahre alt sein, das allerdings könne die Polizei bislang nicht zu 100 Prozent bestätigen, hieß es. Nach Abschluss der Einvernahme wurde der Verdächtige der zuständigen Kinderbetreuungseinrichtung übergeben.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden."

Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

Nandlstadt: Weil er in einem Bus in Nandlstadt eine Frau belästigt hatte, wurde ein Münchner Asylbewerber von der Polizei gestellt. Dann wurden der Mann und seine Begleiter handgreiflich. Zu einem gewalttätigen Zwischenfall ist es laut Polizei vor rund einer Woche, am Montagabend des 13.3., in Nandlstadt gekommen. Gegen 18.20 Uhr war bei den Einsatzkräften der Notruf eines Busfahrers eingegangen, wonach er gerade von einem Fahrgast geschlagen worden sei. Daraufhin rückte eine Streifenbesatzung der Moosburger Polizei aus. Vor Ort stellte sich heraus, dass ein 32-jähriger Asylbewerber aus München beim Einsteigen in den Bus eine 34-Jährige aus Nandlstadt bedrängt und ihr an den Po gefasst hatte. Die Geschädigte hatte sich das lautstark verbeten – und wurde daraufhin weiter angepöbelt. Andere Fahrgäste und der Busfahrer kamen der Frau zu Hilfe. Als die Streife aus Moosburg eintraf, hatten sich der Täter und seine zwei Begleiter bereits entfernt. Doch der 32-Jährige und ein 28-jähriger Asylbewerber aus Unterhaching konnten laut Bericht in der Nähe des Tatorts festgestellt werden. Bei der Befragung der Beteiligten beleidigte der 32-Jährige die Polizisten sowie zwei Beamte der PI Moosburg, die auf der Heimfahrt vom Dienst die Streife unterstützen. Bei der vorläufigen Festnahme widersetzte sich der Mann heftig und trat und spuckte gegen die Beamten. Nun mischte sich auch der jüngere Mann ein und wollte einem Platzverweis nicht nachkommen. Er schlug mit der Faust eine Schaufensterscheibe ein und verletzte sich dabei an der Hand. Unter erheblicher Gegenwehr und mit weiteren Unterstützungsstreifen der Polizeiinspektion Freising konnten die Situation unter Kontrolle gebracht und die Täter festgesetzt werden. Auch der 33-jährige Bruder des Haupttäters musste in Gewahrsam genommen werden, nachdem er zum Ort des Geschehens gekommen war und sich einmischen wollte. Er führte laut Polizei hierbei ein Küchenmesser mit einer Klingenlänge von 25 Zentimetern im Hosenbund mit sich, welches jedoch nicht eingesetzt wurde.

Bützow: Zwei unbekannte Täter ergriffen die 25-jährige Geschädigte am Samstag gegen 21:45 Uhr, während sie über den Bützower Kirchplatz ging. Ein dritter Tatverdächtiger machte sich an der Bekleidung der jungen Frau zu schaffen. Als plötzlich zwei unbeteiligte Männer um die Ecke kamen, konnte sich das Opfer losreißen und flüchten. Nach Angaben der Geschädigten sind die Täter etwa 180cm groß. Sie trugen dunkle Bekleidung und kommunizierten miteinander in einer ihr unbekannten Sprache.

Salzburg: Eine 21-Jährige ist am Sonntagmorgen in der Stadt Salzburg Opfer einer Vergewaltigung geworden. Die junge Flachgauerin wurde vom Täter zunächst verfolgt, dann am Ellenbogen gepackt und zu Boden gerissen. Schließlich verging sich der Mann an seinem Opfer. Die Fahndung läuft. Der Täter attackierte die Flachgauerin in den frühen Morgenstunden gegen 5.30 Uhr am Ende der Linzergasse zur Schallmooser Hauptstraße. Nachdem er sein Opfer am Arm gepackt hatte, versuchte er es zu küssen und griff der 21-Jährigen unter den Rock. Er drückte sie zu Boden und verging sich an ihr, bevor er flüchtete. Täterbeschreibung: Ihren Peiniger beschrieb die junge Frau gegenüber der Polizei als etwa 1,80 Meter groß. Er hat schwarze kurze Haare, einen ungepflegten Bart, ein ovales markantes Gesicht sowie eine schmale Nase. Bekleidet war der Täter mit einer olivbraunen Kapuzenjacke und einer dunklen Jeans. Die Polizei bittet etwaige Zeugen des Übergriffs sich zu melden. (Kommentar PI: Erstaunlich, dass die Polizei trotz einer ansonsten sehr detaillierten Beschreibung nicht die wahrscheinliche Ethnie/Volkszugehörigkeit mitteilen kann oder will).

Gera: Vor dem Landgericht Gera hat am Donnerstag ein Verfahren wegen versuchter Vergewaltigung begonnen. Einem 33-jährigen Flüchtling wird vorgeworfen, nach dem Bierfest in Saalfeld am 4. September 2016 eine Frau überfallen zu haben. Er soll versucht haben, sie zu vergewaltigen. Als er ihr einen Finger in den Mund schob, biss das 18-jährige Opfer den Mann und nutzte die Chance zur Flucht. Vor Gericht räumte der Angeklagte die Tat ein und berief sich auf übermäßigen Alkoholkonsum. Seine Angaben waren jedoch wenig glaubwürdig: Er will 13 kleine Flaschen Bier, zudem ein Liter Fassbier und mehrere Schnaps getrunken haben.
Wien: Weil er versucht hatte, eine 20 Jahre alte Studentin in einem Stiegenhaus in Wien zu vergewaltigen, ist ein Afghane am Mittwoch zu einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt worden. Während der Beschuldigte die Tat bis zuletzt leugnete – das Opfer soll den Mann bezüglich Sex auf ein nächstes Treffen vertröstet haben, woraufhin der Angeklagte nach Hause gegangen sein will -, glaubte der Schöffensenat dem vorgeblich 23-Jährigen nicht. Er wurde noch im Saal festgenommen, das Urteil ist nicht rechtskräftig.
Bad Hall: Die Fürsorge, die ihm eine Sozialarbeiterin von Berufs wegen zukommen ließ, hat ein junger Afghane offenbar falsch verstanden. Er drang nächtens in ihr Zimmer in einer Flüchtlingsunterkunft im oberösterreichischen Bad Hall ein und belästigte die Frau. Gefährliche Drohung und geschlechtliche Nötigung waren nun beim Prozess in Steyr angeklagt.
Groß-Gerau: Vor einer 25 Jahre alten Frau entblößte sich in der Nacht zum Mittwoch (15.02.) gegen 1.00 Uhr ein Unbekannter in Höhe der Kreissporthalle in der Darmstädter Straße und zeigte sich ihr gegenüber in schamverletzender Weise. Die 25-jährige alarmierte die Polizei. Eine sofortige Fahndung nach dem Mann führte anschließend nicht zum Erfolg. Der Unbekannte ist 20-30 Jahre alt, zirka 1,70 Meter groß und schlank. Der Flüchtige hat einen dunklen Hautteint und trug eine rote Basecap und ein rot-weißes Sweatshirt. Er führte zudem ein dunkles Fahrrad mit sich.
Hamburg: Die blanke Horrorvorstellung für jede Frau: Ein Mann setzt einem ein Messer an den Rücken und droht zuzustechen. Dann bedrängt er einen sexuell. Eine junge Frau musste genau das durchleben, als sie von dem Tunesier Anter B. (24) an einer Bushaltestelle bedrängt wurde. Als sie sich wehrte, drückte er ihr die Waffe an den Körper und zwang sie auf das Gelände einer Tankstelle. Seine Erklärung: Deutsche Frauen wollen das doch. Am Dienstag war die erste Anhörung zu dem Fall vor Gericht. Die Anklage gegen den Täter lautet auf Beleidigung und Nötigung. Die junge Frau wurde vorsorglich sogar um die Ecke gesetzt, damit sie ihrem Peiniger nicht über den Weg läuft. Doch Anter B. tauchte gar nicht erst auf. Nach 15 Minuten Wartezeit sprach die Richterin einen Haftbefehl gegen ihn aus. Doch warum war er nicht von Anfang an in Untersuchungshaft? Immerhin hatte er jemanden sexuell belästigt. Nana Frombach, Pressesprecherin der Staatsanwaltschaften: „Im Fall von Anter B. gab es zu dem Zeitpunkt keinen Anlass ihn festzunehmen. Er hat einen festen Wohnsitz und ist zu seinen bisherigen Vernehmungen erschienen.“ Dienstag jedoch nicht.
Meschede: Am Freitag und am Samstag beschäftige ein 18-jähriger Zuwanderer aus Marokko die Polizei. Der Mann beging gleich mehrere Straftaten. Am Freitagabend gegen 17.40 Uhr konnte der junge Zuwanderer nach einem Ladendiebstahl in einem Schuhgeschäft in der Ruhrstraße flüchten. Bei der Verfolgung durch Mitarbeiter verlor er die Beute. Gegen 18.20 Uhr legte sich der Mann dann mit mehreren Jugendlichen im Bereich der Unterführung am Bahnhof an. Bei den Streitigkeiten kam es jedoch zu keinen Straftaten. Trotzdem konnte die Polizei den Mann antreffen und einen Bezug zu dem zuvor begangenen Ladendiebstahl herstellen. Am Samstag gegen 16 Uhr wurde die Polizei dann erneut zu einem Ladendiebstahl gerufen. Diesmal flüchtete der Mann nach einem Diebstahl in einem Bekleidungsgeschäft am Winziger Platz. Eine direkt eingeleitete Fahndung nach dem Mann verlief zunächst ergebnislos. Aufgrund der Täterbeschreibung wurde die Wohnanschrift des Mannes aufgesucht. Hier wurde der Mann mit umfangreichen Diebesgut angetroffen und vorläufig

festgenommen. Noch während der Fahndung erhielt die Polizei Hinweise auf eine Schlägerei zwischen drei jungen Männern und einer Frau auf der Le-Puy-Straße. Nach ersten Ermittlungen hatte der Zuwanderer bereits am Freitagnachmittag eine 29-jährige Frau in der Innenstadt belästigt. Hierbei fasste er die Frau mehrmals unsittlich an, hackte sich bei ihr ein und versuchte ein Gespräch zu beginnen. Die Frau konnte in ein anliegendes Friseurgeschäft flüchten. Am Samstag gegen 16.30 Uhr traf der Mann auf der Le-Puy-Straße erneut auf Frau. Auch hier sprach er die Frau wieder an. Als zwei männliche Begleiter der Frau hinzukamen, flüchtet der Täter. Die beiden Männer nahmen verfolgten den Mann. Unter der Antoniusbrücke kam es anschließend zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen den Männern. Auch hier konnte der Mann aus Marokko flüchten. Nach der Festnahme des Mannes an seiner Wohnanschrift wurde der Mann vorläufig festgenommen und in das Polizeigewahrsam in Meschede gebracht. Nach Überprüfung der Personalien und Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde der Mann entlassen.

https://www.pi-news.net/2017/03/bereicherungen-in-augsburg-i-kill-you-rassisten-nazibullen-drecksdeutschland/#more-559813

Bereicherungen in Augsburg: “I kill you, Rassisten, Nazibullen, Drecksdeutschland”

„Ich ficke die deutsche Polizei“, „Nazis“, „Rassisten“, „Drecksdeutschland“ und wohl noch einiges mehr mussten sich Beamte der Bundespolizei in den letzten Tagen in Augsburg von „schutzsuchenden“ Merkelgästen anhören. Bereits am Dienstag vergangener Woche verhinderte die Polizei eine Massenschlägerei zwischen verfeindeten Versorgungssuchenden unterschiedlicher Herkunft. Sie rotten sich zusammen und beginnen dann eine Art Territorialkampf, das ist etwas, das in Ländern, die sich schon länger umfangreicher Bereicherung erfreuen, wie etwa Frankreich schon an der Tagesordnung ist. Ein Polizeisprecher sagte dazu: „Etwas in diesem Ausmaß haben wir bisher nicht gehabt.“
Nachdem man sich nicht gegenseitig messern durfte, wurde „Drecks-Deutschland“ oder „Nazi-Bullen“ skandiert. In der Nacht auf Sonntag machten die Beamten dann Bekanntschaft mit einem Kameruner, der sie auch gleich wissen ließ, was er von ihnen hält.
Nach einer Fahrscheinkontrolle bei einem afrikanischen Schwarzfahrer musste dieser, sowie die Kontrolleure sich auf der Wache einfinden, um Daten und Sachverhalt zu klären. Dass der Kameruner sich an deutsche Gesetze zu halten habe gefiel dem aber gar nicht und so bedrohte er die Kontrolleure mit den eindeutigen Worten “I kill You”. Die Beamten nahmen daraufhin eine Strafanzeige auf und entließen alle Beteiligten wieder. Das wiederum gefiel dem afrikanischen Gewaltgewöhnten und er wollte noch vor dem Polizeigebäude wahr machen, was er drinnen angedroht hatte und griff die Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe an.
Die Polizei musste erneut einschreiten wofür der afrikanische Krieger sie als „Nazis” und „Rassisten” bezeichnete und auch auf die Beamten losging. Das brachte ihm ein weiteres Strafverfahren ein.
Ernsthafte Konsequenzen wird all das für keinen der Aggressoren haben im, bunten Smartiesland. Da hierzulande ja sogar Ausländer, die „deutsche Köter“ vor Züge treten,

aufgrund nicht ausreichender Haftgründe wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Es muss wohl erst Tote geben, bis die deutsche Justiz ernsthaft gegen das Merkelsche VIP-Gesindel vorgeht.

https://www.pi-news.net/2017/03/islam-attentaeter-in-paris-ich-bin-hier-um-fuer-allah-zu-sterben-es-wird-tote-geben/#more-559609

Islam-Attentäter in Paris: "Ich bin hier, um für Allah zu sterben. Es wird Tote geben"

Am Flughafen Paris Orly hat die Polizei am Samstagmorgen einen tunesischstämmigen Franzosen erschossen, der versucht hatte, die Waffe einer Soldatin an sich zu reissen. Dabei rief der Mohammedaner, dass er für Allah sterben wolle und es Tote geben werde. Bei sich hatte er seine Betriebsanleitung, einen Koran, und einen Benzinkanister. Etwa anderthalb Stunden zuvor war der Ziyed Ben Belgacem in der Nähe von Paris von der Polizei kontrolliert worden. Dabei hatte der Moslem mit einer Schrotpistole das Feuer eröffnet und einen Beamten leicht am Kopf verletzt. Ein weiterer Islam-Anschlag im Dschihad gegen Europa.
(Von Michael Stürzenberger)
Der Tagesanzeiger berichtet aus Paris:
Soldaten erschossen am Samstag den 39-jährigen Franzosen Ziyed Ben Belgacem, nachdem dieser versucht hatte, einer Soldatin die Waffe zu entreissen. Dabei rief er Molins zufolge: «Ich bin hier, um für Allah zu sterben.» Zudem habe er angekündigt, dass es Tote geben werde.
Der Attentäter mit tunesischen Wurzeln habe der Soldatin, die zu einer Sicherheitspatrouille gehörte, eine Pistole an den Kopf gehalten und versucht, sie als Schutzschild zu benutzen, sagte Staatsanwalt Molins. Daraufhin sei er von ihren Kameraden erschossen worden.
Auf Bildern der Überwachungskameras sei zu erkennen, dass der Mann entschlossen gewesen sei, auf Menschen zu schiessen. An der Leiche des Attentäters seien ein Koran und 750 Euro in bar gefunden worden. Zudem habe der Mann einen Benzinkanister bei sich gehabt.
Der Vater des Mohammedaners versucht trotz dieses eindeutigen Sachverhaltes das "religiöse" Motiv seines Sohnes zu vertuschen:
Der Vater des Täters hat allerdings eine andere Erklärung: Nicht religiösen Eifer, sondern Alkohol und Drogen hätten ihn zu der Tat getrieben, schreibt die «Welt» schreibt. «Mein Sohn war nie ein Terrorist», sagte er in einem Interview mit dem französischen Radiosender Europe 1. «Er hat nie gebetet, er hat getrunken. Jetzt sieht man, was passiert, wenn jemand unter dem Einfluss von Alkohol und Cannabis steht.»
Der Moslem stand eher unter dem Einfluss von Koran und Mohammed. Islam-Terror-Anschlag Nr. 30.477 seit 9/11.

“Volksverhetzungs”-Prozess Duisburg vertagt

Am Mittwoch wollten im Amtsgericht Duisburg gut 50 Personen an dem Prozess teilnehmen, in dem mir von der Staatsanwaltschaft angebliche “Volksverhetzung” und “Beleidigung” vorgeworfen wird. Der relativ kleine Verhandlungsraum bot aber nur Platz für etwa 15 Zuschauer. Zudem herrschte im Gebäude eine nervöse Atmosphäre, da tags zuvor wohl eine Drohung per email gegen den Staatsanwalt eingegangen war. Ein halbes Dutzend Polizisten standen vor dem Sitzungszimmer und wiesen die Bürger an, am Ende des Ganges hinter einer Glastür auf eine weitere Sicherheitsüberprüfung zu warten. Währenddessen fand ein Vorgespräch zwischen Richter, Staatsanwalt, zwei Referendaren, meinem Anwalt und mir statt.

(Von Michael Stürzenberger)

Dabei schlug der Richter vor, die Verhandlung zu vertagen, um wegen des großen Publikumsinteresses einen großen Saal reservieren zu können. Außerdem müsse auch noch eine Beweisaufnahme für den in meiner Rede beschriebenen Vergewaltigungsfall in Essen erfolgen. Die Staatsanwaltschaft hatte mir hierbei “Volksverhetzung” unterstellt. Aus der Anklageschrift:

Am Tattag gegen 19.30 Uhr trat der Angeschuldigte als Redner bei einer Versammlung der “Pegida” auf dem Vorplatz des Duisburger Hauptbahnhofes öffentlich auf. Er tätigte dabei u.a. folgende Äußerungen, um bei den anwesenden Zuhörern gegen nach Deutschland gekommene Asylbewerber eine feindselige Haltung hervorzurufen:

“Heute sind Vertreter einer Bürgerinitiative aus Essen hier. Sie haben mir erzählt, dass letzte Woche im Stadtteil Frintrop abends um 20 Uhr ein 14-jähriges Mädchen vergewaltigt wurde. Und nachdem wir ja täglich von solchen Meldungen schockiert werden, kann man sich fast vorstellen, wer der Täter war. Vor wenigen Tagen wurde jetzt einer aus einem Asylantenheim verhaftet, einer aus dem Balkan, und das ist das, was wir täglich in Deutschland erleben. Wir erleben es, dass hier massenhaft Menschen rein gelassen werden, die uns täglich bedrohen: unsere Kinder, unsere Frauen, uns selber. Wollt lhr das?

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung berichtete eine knappe Woche nach der Pegida Duisburg-Kundgebung in ihrem Artikel „Stadtteil in Angstspirale“ über diesen Fall. Die Staatsanwaltschaft habe bestätigt, dass in Frintrop ein Sexualdelikt angezeigt worden sei. Wenig später habe die Polizei einen 18-Jährigen verhaftet, wie Oberstaatsanwältin Anette Milk erklärte. Der Haftbefehl sei nach Paragraf 177 erfolgt, unter den Vergewaltigung, aber auch sämtliche Fälle von sexueller Nötigung fielen. Als Haftgrund habe die Oberstaatsanwältin Fluchtgefahr angegeben. Sie wies darauf hin, dass der Ausgang des Verfahrens keinesfalls feststehe. Nach Informationen der WAZ stünde Aussage gegen Aussage. Unstrittig sei aber, dass es zu sexuellen Handlungen gekommen sei. In dem Artikel wird die CDU-Ratsfrau Regina Hallmann zitiert:

“Viele Menschen in Frintrop haben große Angst, und das ist durch diesen Fall noch größer geworden. (..) Ich halte zu den Bürgerinitiativen engen Kontakt und verstehe den Unmut. Es gibt wirklich viele Missstände, das ist ja das Traurige.“

Auch der langjährige SPD- und heutige FDP-Ratsherr Peter Lotz spreche von “erheblicher Verunsicherung”:

„Sie können hinkommen, wo sie wollen, überall werden Sie angesprochen“

Ein Sprecher der Bürgerinitiative Essen-Frintrop, der auch bei Pegida in Duisburg am 3.8.2015 anwesend war, wird in dem WAZ-Artikel ebenfalls erwähnt. Am 14.8., also elf Tage nach der Pegida-Veranstaltung, meldete “Der Westen”, dass der Flüchtling aus der U-Haft entlassen worden sei.

Am 8.12.2015 erschien dann in der gleichen Zeitung der Bericht, dass das Verfahren eingestellt worden sei. Oberstaatsanwältin Anette Milk habe mitgeteilt, dass sich kein hinreichender Tatverdacht gegen den Beschuldigten ergeben habe. Im Kern sei für diese Einschätzung ein psychologisches Gutachten über das 14-jährige Mädchen entscheidend gewesen. Den Vorfall habe man allerdings nicht restlos aufklären können. Es sei jedenfalls zu einem Kontakt zwischen dem jungen Mann und der Minderjährigen gekommen. Da es aber keine unmittelbaren Zeugen des Aufeinandertreffens gegeben habe und Opfer und Beschuldigter keine übereinstimmenden Angaben gemacht hätten, habe die Einstellung des Verfahrens am Ende der juristischen Maxime gehorcht: „im Zweifel für den Beschuldigten“.

Damit ist der Sachverhalt eigentlich hinreichend geklärt. Niemand kann der Bürgerinitiative den Vorwurf machen, zum Zeitpunkt der Pegida-Kundgebung in Duisburg am 3.8.2015 von einer Vergewaltigung ausgegangen zu sein, und natürlich auch mir nicht, der dann darüber berichtete. **Wie die jetzt veröffentlichte Kriminalstatistik ergeben hat, wurden im Jahr 2015 1.688 Sexualdelikte aufgeklärt, die von „Flüchtlingen" begangen wurden. Das waren durchschnittlich über 140 im Monat oder fünf am Tag. Daher sind meine Aussagen in dieser Redepassage, dass Vergewaltigungen durch "Flüchtlinge" täglich passieren, faktisch begründet und keinesfalls "volksverhetzend", so wie meiner festen Überzeugung nach auch alle anderen Formulierungen in meiner Rede bei Pegida Duisburg.**

Nun müssen mein Anwalt Sascha Giller (BKR Rechtsanwälte) und ich aber im Juli noch zu zwei langen Verhandlungstagen nach Duisburg fahren. Diese finden am 3. oder 4. Juli sowie am 17. oder 18. Juli statt. Schon für den jetzigen Termin war ich mit An- und Abreise drei Tage unterwegs und musste 1300 Kilometer mit meinem Auto fahren. Auf diese Weise wird versucht, einen Islam- und Asylkritiker zu zermürben.

https://www.pi-news.net/2017/03/terroristen-auslieferung-wegen-asyl-gestoppt/#more-560330

Terroristen-Auslieferung wegen Asyl gestoppt

Endlich will Tunesien einen seiner Terroristen zurückhaben. Und was passiert? IS-Terrorist Haikel S. (36) haucht das Zauberwort "Asyl" und wird im letzten Moment aus dem Flieger geholt. Wo passiert? Natürlich in Germoney!

Weil Haikel S. drei Jahre lang mit einer Deutschen verheiratet war (Bezness?), erhielt er ab 2003 eine Aufenthaltserlaubnis für zehn Jahre. Andere Quellen berichten, er sei mit einem Studentenvisum gekommen und habe eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten. Fest steht: Haikel S. studierte nichts anderes als den Koran und wurde ab 2006 regelmäßig zum Freitagsgebet in der marokkanischen Bilal-Moschee in Frankfurt-Griesheim gesichtet.

2013 kehrte Haikel S. offenbar nach Tunesien zurück, wo er als einer der Drahtzieher des Terroranschlags auf das Bardo Museum im März 2015 gilt. 24 Menschen wurden damals getötet.

2015 wanderte der IS-Terrorist dann wieder nach Deutschland ein – diesmal als "Flüchtling" unter falschem Namen. Ein Komplize, der ebenfalls nach dem Attentat mit einem Invasionsboot nach Europa übersetzte, wurde bei Mailand aufgegriffen (PI berichtete), während Haikal S. freudig im Merkel-Land der Küsschen und Teddybären begrüßt wurde.

2016 wurden dem tunesischen Wiedereindringling endlich Fingerabdrücke abgenommen, wobei sich herausstellte, dass seit 2008 wegen Verbüßung einer noch offenen Gefängnisstrafe nach ihm gefahndet wurde (Körperverletzung).

Nach 40 Tagen Gefängnisaufenthalt spazierte Haikel S. ab dem 4. November 2016 wieder frei in Deutschland herum. Dabei wurde er auf Kosten der deutschen Steuerzahler rund um die Uhr bewacht. Denn in der Zwischenzeit beantragte Tunesien seine Auslieferung wegen zweier Terroranschläge. Den anspruchsvollen deutschen Behörden reichten die vorgelegten Papiere jedoch nicht.

Offenbar ging das tunesische Goldstück seinen Rund-um-die-Uhr-Bewachern zwischenzeitlich verloren und musste Anfang Februar 2017 bei einer Groß-Razzia wieder aufgespürt werden. Mehr als 1000 Polizisten durchkämmten Moscheen und weitere Salafistennester. Seit der Razzia wird Haikel S. beschuldigt, auch einen Terroranschlag in Deutschland geplant zu haben.

Vermutlich um die deutsche Öffentlichkeit im Wahljahr nicht weiter zu beunruhigen, verzichtete man auf eine Anklage in Deutschland, verfügte am 14. März die Ausweisung und setzte den Tunesier gestern auf ausdrücklichen Wunsch des Bundesinennministers in einen Flieger.

Kurz vor dem Start wurde Gefährder Haykel S. dann wieder von der Bundespolizei aus dem Flugzeug geholt, weil er einen Asylantrag stellte. In Tunesien drohe ihm die Todesstrafe. Die Menschenrechtslage sei nicht sicher.
Sicher ist nur, dass der deutsche Steuerzahler den gefährlichen Merkel-Gast weiter an der Backe kleben hat. Auch dank der Grünen, die mit dem IS-Terroristen einer Meinung sind, dass Tunesien kein sicheres Herkunftsland sei. Im Gaga-Land Germoney dürfen sich Gefährder auch weiterhin sicher und geborgen fühlen.

https://www.pi-news.net/2017/03/focus-verschweigt-fluechtlingshintergrund/#more-560344

Focus verschweigt Flüchtlingshintergrund

München: Zwei Frauen sind am Freitagmorgen in der S3 am Ostbahnhof von einem Mann belästigt worden. Sie wehrten sich. Ein 23-Jähriger kam den beiden Frauen zu Hilfe. Die beiden jungen Frauen befanden sich gegen 1.20 Uhr in einer am Ostbahnhof stehenden, Richtung Holzkirchen fahrenden S3, als ein 21-jähriger Mann zustieg. Der Zugestiegene hatte bereits einer der Frauen am Bahnsteig des Ostbahnhofes mit der Zunge über die Backe geleckt. Als er einstieg, versuchte er, sich neben die 23-Jährige zu setzen.
Daraufhin soll sich der Mann in den Mittelgang gekniet, die Wade der 23-jährigen Frau umfasst haben und mit seiner Hand am Bein der jungen Frau entlang nach oben gewandert sein. Als sich die 23-Jährige wehrte und den Mann wegstieß, griff ihr dieser ins Gesicht und an den Hals.
Ein 23-Jähriger aus Taufkirchen ergriff die Initiative. Er ging auf den Täter zu und zog ihn von den Frauen weg Richtung Türe. Dabei kam ihm ein weiterer Reisender, ein 44-jähriger aus dem hessischen Niersbach, zu Hilfe. Gemeinsam brachten sie den Mann aus der S-Bahn und hielten ihn am Bahnsteig bis zum Eintreffen einer alarmierten Bundespolizeistreife fest. Als er die ankommenden Beamten erkannte, stürzte er zu Boden und täuschte eine Erkrankung vor. Nachdem die Beamten dem Mann aufgeholfen hatten, verhielt er sich gegenüber den Polizisten nicht kooperativ. Bei seiner Mitnahme zur Dienststelle bezeichnete der 21-Jährige die Beamten unter anderem als rassistisch und spuckte auch mehrfach ins Dienstfahrzeug, so dass ihm ein Spuckschutz übergezogen wurde.
Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen, zu der auch eine von der Staatsanwaltschaft angeordnete Blutentnahme gehörte, [wurde der] Mann wieder auf freien Fuß gesetzt.
(Soweit der Focus-Online-Bericht über den "Mann")
In der Originalmeldung der Bundespolizei wird der 21-Jährige – sogar im Titel – eindeutig als afghanischer Asylant benannt. Anscheinend hat auch Focus-Online dies ursprünglich getan, wie an nachfolgendem jetzt geänderten Verweis zu sehen ist, in dem das Wort "Afghane" enthalten ist:
http://www.focus.de/regional/muenchen/polizei-muenchen-bundespolizeidirektion-muenchen-23-jaehriger-taufkirchner-kam-jungen-frauen-in-der-s-bahn-zu-hilfe-afghane-bedraengte-und-belaestigte-zwei-junge-frauen-in-der-s-bahn_id_6829571.html
Warum Focus-Online diese wichtige Information nachträglich wieder herausgenommen hat, ist für uns nicht nachvollziehbar. Vielleicht können unsere Leser plausible Gründe dafür hinterfragen:
Kontakt:
FOCUS Online
Chefredakteur: Daniel Steil
St.-Martin-Straße 66

81541 München
Tel.: 089/9250-0
E-mail: redaktion@focus.de

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

München: Am Sonntag, 19.03.2017, gegen 22.00 Uhr, war eine 31-jährige Münchnerin zu Fuß auf dem Gehweg unterwegs. An der Kreuzung Rankestraße/Herzogstraße wurde sie von einem unbekannten Mann mit „Hey Lady“ angesprochen und am Oberkörper berührt. Dabei rieb er sich mit seiner rechten Hand an seinem erigierten Glied. Als die 31-Jährige dies bemerkte, setzte sie schnell ihren Weg fort und hörte, wie der Unbekannte ihr „Sex, Sex“ hinterher rief. Von Zuhause aus verständigte die Frau die Polizei. Eine eingeleitete Fahndung verlief ergebnislos. Täterbeschreibung: Männlich, 175 cm groß, 35 Jahre alt, schlanke Figur, freizügig gekleidet, dunkle Jeans. (Kommentar Pi: Sehr schade, das die Münchner Polizei trotz etlicher Details leider nicht die wahrscheinliche Ethnie oder Volkszugehörigkeit mitteilen kann. Dies passiert der Münchner Polizei öfters. So wurde im Juli 2016 ein 37-Jähriger Deutscher von mehreren Männern ins Komma geprügelt. Trotz genauestes Beschreibung der Täter-Kleidung sucht die Polizei im Fahndungsaufruf nur nach “Männern”).

Deggendorf: Am Montag, 6. März, ging ein vorerst unbekannter Mann am Maria-Ward-Platz auf eine 14-jährige Schülerin zu, streichelte sie und wollte sie offensichtlich küssen. Das Mädchen wehrte sich, drückte den Mann weg und lief in das Schulgebäude. Die Polizei wurde von dem Vorfall verständigt. Jetzt konnte er Täter ermittelt werden. Es handelt sich dabei um einen 33-jährigen Mann. Er ist anerkannter Asylbewerber und wohnt in Deggendorf. Im Rahmen der Ermittlungen stellte sich heraus, dass offensichtlich der gleiche Mann bereits im Sommer 2016 ein 14-jähriges Mädchen in der Lateinschulgasse auf die gleiche Art und Weise belästigt hat. Das Mädchen geht mit dem jetzigen Opfer in die selbe Klasse.Es wird wegen sexueller Belästigung ermittelt.

Schlotheim: In Schlotheim haben sich am Donnerstagnachmittag in einem Discountmarkt an der Bahnhofstraße tumultartige Szenen abgespielt. Laut Polizei hatten zwei Frauen an der Kasse ihre Ware auf dem Band gelegt, als zwei Männer ihren Einkauf einfach dazulegten, um ihn mitbezahlen zu lassen. Dagegen protestierten die Frauen energisch. Daraufhin beleidigten die Männer die Frauen und begannen sie unsittlich zu begrabschen. Die Opfer machten auf sich aufmerksam und riefen um Hilfe, woraufhin zwei Kunden einschritten. Dabei entwickelte sich ein handfestes Handgemenge. Dennoch gelang es den Kunden die Angreifer von den Frauen zu trennen. Einer von ihnen wurde zu Boden gebracht und festgehalten, während der zweite Täter in eine Ecke des Marktes gedrängt wurde. Beide wurden mit Unterstützung weiterer Kunden so festgehalten, bis die Polizei eintraf und den 33-jährigen Algerier und seinen Begleiter, einen 27-jährigen Marokkaner, fesselte und in den Einsatz-fahrzeugen unterbrachte. Beide Täter waren erheblich alkoholisiert und mussten die nächsten Stunden im Polizeigewahrsam verbringen. Gegen sie wird nun wegen Körperverletzung und Beleidigung auf sexueller Grundlage ermittelt.

Heilbronn/ Künzelsau: Sie waren eigentlich auf einem guten Weg“, sagte der Richter am Donnerstag im Heilbronner Landgericht in seiner Urteilsbegründung. Der 23 Jahre alte Flüchtling aus Syrien hatte in Künzelsau eine Wohnung, einen Job und Anschluss gefunden. Doch im Juli vergangenen Jahres vergewaltigte er die Frau, die ihm geholfen hatte hier Fuß zu fassen, in ihrem Apartment in einem Künzelsauer Studentenwohnheim. Am Donnerstag ist er deshalb vom Landgericht Heilbronn zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Wie berichtet hatte der junge Mann zum Prozessauftakt ein umfassendes Geständnis abgelegt. Der 23-Jährige war im Februar 2016 über die Balkanroute nach Deutschland und einen Monat später nach Künzelsau gekommen. Er und die heute 33 Jahre alte Studentin lernten sich im Mai kennen. Die Frau war im Arbeitskreis Asyl aktiv. Durch dieses Engagement knüpfte sie Kontakt zu dem jungen Syrer. Die beiden verband bald ein besonders enges Verhältnis. Sie trafen sich öfter, der junge Mann besuchte sie auch in ihrer Studentenbude zum gemeinsamen Filmeschauen. Bei einer dieser Gelegenheiten attackierte der 23-Jährige die Frau plötzlich. Sie wehrte sich zwar, doch der Mann ließ erst nach etwa einer halben Stunde von ihr ab.
Jena: Übergriff auf zwei Mädchen (13 und 11 Jahre alt) im Jenaer Freizeitbad GalaxSea. Die Polizei ermittelt gegen zwei Iraker wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern. Zwei Mädchen verständigten am Samstagnachmittag Angestellte des Freizeitbades GalaxSea, da sie von zwei Männern (35, 19, beide aus dem Irak) mehrfach beim Baden unsittlich berührt wurden.Die Vorfälle sollen sich u.a. im Whirlpool und beim Rutschen ereignet haben. Auch hatten die Männer versucht, die Mädchen festzuhalten. Polizeibeamte nahmen beide Männer vorläufig fest. Sie wurden noch am Samstag vernommen. Auch die beiden Mädchen wurden im Beisein ihrer Eltern angehört.
Tutzing: Eine 12-jährige Schülerin wurde am Montagabend, 06.03.2017, gegen 18:45 Uhr Opfer eines Übergriffs. Sie befand sich auf dem gemeinsamen Fuß- und Radweg an der Staatsstraße 2066 von Kampberg in Richtung Tutzling. In diesem Moment trat eine unbekannte Person von hinten an sie heran, packte sie am Arm und hielt ihr den Mund zu. Er versuchte, sie vom Fußweg in die angrenzende Grünfläche zu drängen. Der Unbekannte sprach sie in englischer Sprache an. Das Opfer wehrte sich, trat mehrfach mit den Beinen nach hinten und konnte sich losreißen. Hierbei erkannte sie, dass es sich um einen männlichen Täter handelte. Sie rannte dann Richtung Tutzing davon. Die Geschädigte blieb bis auf einen kleinen Kratzer an der Hand unverletzt.Der Angreifer wird wie folgt beschrieben: Ca. 180 cm groß, männlich, hellbraune bis braune Hautfarbe, trug eine blaue Jacke.
Magdeburg: Zwei bislang unbekannte Männer haben am 17. Februar in der Förderstedter Straße in Magdeburg versucht, eine 23-jährige Frau zu vergewaltigen. Die zwei Tatverdächtigen überfielen die junge Frau gegen 21.20 Uhr. Einer der Täter zog sie auf den Boden und schlug ihr mit der Faust ins Gesicht. Auf dem Boden liegend, versuchten die Unbekannten die junge Frau zu vergewaltigen. Als diese schrie, wurde eine Passantin auf die Situation aufmerksam. Die Männer flüchteten daraufhin in Richtung Leipziger Straße. Das berichtet die Polizei. Die Geschädigte musste in einem Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei sucht jetzt mit Phantombildern nach den Tatverdächtigen sowie nach der Passantin, die sich dringend bei der Polizei melden soll. Die beiden Tatverdächtigen sind etwa 25 Jahre alt und haben südländisches Aussehen.
Bochum: In den vergangenen Tagen wurden in Bochum zwei Fälle von sexueller Belästigung gemeldet. Einer am Freitag in Hofstede, der andere am Sonntag in Riemke. Die Polizei sucht nach Hinweisen. Der erste Fall ereignete sich zwischen 14.15 und 14.30 Uhr im Bereich der U-Bahnhaltestelle Zeche Constantin. Eine Schülerin (14) wurde nach eigenen Angaben von einem unbekannten Mann begrapscht. Als sie daraufhin laut zu schreien anfing, flüchtete der Täter in unbekannte Richtung. Der zweite Fall fand am frühen Sonntagmorgen gegen 6.25 Uhr an der Zillertalstraße in Riemke statt. Dort wurde eine junge Frau (18) von einem ebenfalls unbekannten Mann belästigt und angefasst. Der zweite Täter ist etwa 1,70 Meter

groß, hat eine normale Statur, kurze, dunkle Haare, sieht südländisch aus und wird auf Mitte 20 bis Anfang 30 geschätzt. Zur Tatzeit trug er eine Jeans und einen grauen Kapuzenpullover.
Plattling: Am Mittwoch, 1. März, randalierte ein junger Mann in einem Mehrfamilienhaus im Nibelungenweg in Plattling. Da er nicht in die Wohnung eingelassen wurde, trat er mit den Füßen die Wohnungstür ein. In der Wohnung schlug der 19-jährige Afghane ein Mädchen mehrfach mit der Faust ins Gesicht. Dann flüchtete er aus der Wohnung, konnte aber in einer Seitenstraße festgenommen werden. Da der Täter erheblich unter Alkoholeinfluss stand und weitere Straftaten zu befürchten waren, wurde er in Gewahrsam genommen und bei der Polizei ausgenüchtert. Hier beleidigte er noch die anwesenden Beamten.

https://www.pi-news.net/2017/03/araberafrikaner-ziehen-pruegelnd-umher/#more-560612

Araber/Afrikaner ziehen prügelnd umher

Bad Sobernheim: In der Nacht zum Samstag gegen Mitternacht wurden drei Personen von einer Gruppe junger Männer im Bereich der Marumstraße tätlich angegriffen, wobei eine Person leicht verletzt wurde. Nach Angaben der Geschädigten seien die Täter der fünf- bis siebenköpfigen Gruppe mit diversen Schlagwerkzeugen bewaffnet gewesen. Die als Schlagmittel genutzten Gegenstände könnten sich die Angreifer eventuell von einer vor Ort befindlichen Baustelle beschafft haben. Die angegriffenen konnten sich letztlich in eine Gaststätte flüchten, die Täter entfernten sich unerkannt in unbekannte Richtung. Nach Angaben der Geschädigten und unbeteiligter Zeugen habe es sich bei den Angreifern um Personen afrikanischer oder arabischer Herkunft gehandelt. Die Angreifer hätten zudem ein Verkehrsschild aus der Verankerung gerissen.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Forchheim: Auf einmal fliegen Fäuste und Flaschen. Zwei Gruppen von jungen Menschen sind am späten Freitagabend in der Egloffsteinstraße so heftig ineinander geraten, dass die Massenschlägerei nur durch die Besatzung von rund 20 Streifenwagen geklärt werden konnte. Die Bigband der Ritter-von-Traitteur-Schule hat einen Auftritt, die Stimmung ist ausgelassen, als die jungen Leute nach und nach das Schulhaus verlassen, erzählt Schulleiter Ulrich Barth. Der Abend steht unter dem Motto “Come together”. Viele lassen den Abend ausklingen, stehen vor der Schule, quatschen. Bis alles aus dem Ruder läuft. Mit Faustschlägen und Tritten traktiert ein Teil der Beteiligten ihre Opfer, unter anderem auch mit Flaschen. Fünf Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren erleiden “eher leichte Verletzungen”, resümiert Stadter. Die alarmierte Forchheimer Polizei rückt sofort mit allen verfügbaren Streifenwagen an, dazu kommt Unterstützung von benachbarten Dienststellen und aus Erlangen. Als die Streifen ankommen, ergreift ein Teil der Schläger die Flucht, darunter auch die Gruppe, die sich unter die Jugendlichen gemischt hatte. Bei der Fahndung erwischt die Polizei einen der Flüchtigen, einen alkoholisierten 17-Jährigen, und nimmt ihn als einen der Tatverdächtigen vorläufig fest. Der Vorfall gibt nicht nur der Polizei Rätsel auf. Schon am Morgen nach dem Vorfall wird in den sozialen Medien diskutiert. Es solle sich um eine ganze Gruppe älterer Asylbewerber gehandelt haben, wird gemutmaßt. Auf Nachfrage erzählt Pressesprecher Jürgen Stadter, dass es sich bei dem festgenommenen Tatverdächtigen um einen Asylbewerber handelt, der in Forchheim wohnt. “Der Rest der Gruppe ist noch nicht identifiziert, wir können also nicht zweifelsfrei ihre Herkunft benennen.” Weswegen die Gruppen sich stritten, sei bislang ebenfalls unklar, so Stadter. Die Ermittlungen laufen auf Hochtouren.
Die Polizei verschweigt übrigens in ihrer Pressemitteilung den “Flüchtlings”-Hintergrund des 17-jährigen Festgenommenen.

Mannheim-Innenstadt: Diese Prügelattacke hätte noch wesentlich dramatischere Folgen haben können – so brutal hat ein Schläger bei einem 21-Jährigen zugetreten! Der schlimme Fall: Eine vierköpfige Gruppe am Sonntagfrüh unterwegs auf dem Gehweg am Kaiserring…Gegen 3:25 Uhr wird die Clique im Quadrat L14 auf Höhe der Hausnummer 12 von zwei Unbekannten angesprochen. Gegenüber einer jungen Frau wird einer der beiden zudringlich, macht ihr gegenüber anzügliche Bemerkungen. Dann wendet er sich einem 21-Jährigen Begleiter zu, fragt, was er „so blöd" schaue. Und schon prügelt er den Mann mit einem Faustschlag zu Boden. Doch damit nicht genug: Er tritt dem auf dem Gehweg kauernden Opfer mehrfach brutal mit seinen Schuhen ins Gesicht, bricht ihm den Kiefer! Der blutende Schwerverletzte wird mit einer Gehirnerschütterung, eine Platzwunde am Kopf und zahlreichen Prellungen mit dem Rettungswagen in eine Klinik gebracht. Da hatte sich das feige Duo schon längst über den Kaiserring in die Bismarckstraße aus dem Staub gemacht. Täterbeschreibung des Angreifers: etwa 1,85 Meter, zum Zopf gebundene dunkle Haare, Dreitagebart. Bekleidet mit heller Kleidung. Sein Begleiter soll ihn laut Zeugen „Hakan" genannt haben. Sein wesentlich kleinerer Begleiter ist rund 1,60 Meter groß und von stämmiger Statur. Er trägt seine dunklen Haare ebenfalls als Zopf, hat einen auffällig markanten Bart mit rasierten Kanten. Bekleidet mit dunkler Lederjacke. (Kommentar PI: Trotz einer detaillierten Täterbeschreibung will oder kann die Polizei die für eine Fahndung wichtige wahrscheinliche Ethnie oder Volkszugehörigkeit nicht mitteilen?)
Bozen: Eine Gruppe von rund 30 Ausländern hat auf den Bozner Talferwiesen offenbar grundlos auf Jugendliche eingeprügelt. Drei Opfer mussten ins Krankenhaus gebracht werden, berichten die Dolomiten, ein 20 Jahre alter Bursche habe sogar operiert werden müssen. Der Vorfall ereignete sich am Unsinnigen Donnerstag. Fünf Jugendliche ausländischer Herkunft näherten sich einer Gruppe Jugendlicher, die aus zehn Mädchen und fünf Burschen bestand. „Sie fragten uns nach Zigaretten und fingen an, uns zu provozieren. Wir wollten einfach unsere Ruhe und versuchten die Situation im Guten zu lösen", zitiert das Tagblatt Dolomiten eines der Opfer. Dann hätten die fünf ausländischen Jugendlichen Verstärkung geholt. Eine Gruppe von 20 bis 30 Ausländern habe auf die Jugendlichen eingeprügelt. Dem Bericht zufolge zog sich ein Mädchen eine Gehirnerschütterung zu, ein Bursche einen Nasenbeinbruch und eine schwere Verletzung in der Nähe des Auges. Einem weiteren jungen Mann wurde die Nase gebrochen. Alle anderen seien mit leichteren Verletzungen davon gekommen.
Hamburg: Ein 31-jähriger Afghane, der im Verdacht steht, heute Morgen einen 59-jährigen Fahrradfahrer mit einem Hammer angegriffen zu haben, wird von Beamten des zuständigen LKA 171 dem Haftrichter zugeführt. Der 59-Jährige befuhr mit seinem Fahrrad den Radweg des Curslacker Neuer Deich in Richtung Bergedorf. Plötzlich trat ein Mann an den Fahrradfahrer heran, sprach ihn kurz an und schlug ihm unvermittelt mit einem Hammer gegen den Kopf. Dem Geschädigten gelang es, mit seinem Fahrrad zu flüchten und die Polizei zu alarmieren. Der Geschädigte wurde in ein Krankenhaus transportiert, konnte dieses nach ambulanter Behandlung aber zwischenzeitlich wieder verlassen. Der mutmaßliche Täter, ein 31-jähriger Afghane konnte in seiner Wohnung, in der eine Scheibe zerschlagen war und zu der Blutspuren führten, angetroffen und vorläufig festgenommen werden. Ein Hammer wurde unter einem Küchenschrank in der Wohnung aufgefunden und sichergestellt. An der Kleidung des Tatverdächtigen befanden sich Blutanhaftungen und seine Optik entsprach der abgegebenen Täterbeschreibung. Möglicherweise liegt bei dem Tatverdächtigen eine psychische Erkrankung vor.
Wolmirstedt: Am Sonntagabend hat die Polizei in Wolmirstedt nach einem Angriff auf Spieler eines Hallenfußballturniers am Samstag mehrere Tatverdächtige ermittelt. Das bestätigte ein Polizeisprecher gegenüber der MZ. Unbekannte hatten am Samstag das Turnier in der „Halle der Freundschaft" gestürmt und auf Spieler einer Mannschaft eingeschlagen. Nach Angaben der Polizei, kam es zuvor bei dem Turnier von Freizeit- und

Jugendclubmannschaften aus dem Landkreis Börde zu Streitigkeiten zwischen zwei Teams. Inzwischen sucht die Polizei nach Zeugen für den Vorfall. Es wurden Ermittlungen wegen Landfriedensbruch eingeleitet und erste Zeugen zur Sache vernommen. Die Ermittler bitten nun aber weitere Zeugen um sachdienliche Hinweise, um weitere Ermittlungsansätze zu den Angreifern zu bekommen. Hinweise nimmt die Polizei in Haldensleben entgegen. Wie der leitende Einsatzbeamte der MZ mitteilte, ist der Grund der Auseinandersetzung noch unbekannt. „Der Streit entfachte zwischen einem Team mit deutschen Spielern und einem, welches sich zum Teil aus Fußballern mit Migrationshintergrund zusammensetzte“, so Mathias Engel. Laut Ermittlungsstand rief ein Spieler nach dem Streit offensichtlich mehrere Personen an. Am Nachmittag drangen etwa zehn bis zwölf männliche Personen in die Sporthalle ein, gingen zielgerichtet zu Spielern der deutschen Mannschaft und schlugen unvermittelt auf sie ein. Dabei wurden drei Personen verletzt. einige der Angreifer trugen Handschuhe und Mundschutz. Nach rund fünf Minuten verließen sie in drei Autos den Tatort in unbekannte Richtung. Die Polizei fahndet nach den flüchtigen Autos, bislang jedoch ohne Erfolg. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen aufgenommen. Es konnten Foto- und Videoaufnahmen von Zeugen gesichert werden. Der Spieler, der die Gruppe in die Sporthalle gerufen haben soll, ist bereits identifiziert. „Dieser Mann gilt als tatverdächtig.“

Garmisch-Partenkirchen: Es war bereits am frühen Sonntagmorgen, als sich der Vorfall ereignete. Die Polizei teilt ihn jedoch erst in ihrem aktuellen Pressebericht vom Donnerstag mit.Demnach befand sich die 24-Jährige gegen 4 Uhr auf dem Nachhauseweg von einer Discothek. Zwei bislang unbekannte Täter näherten sich ihr an der Hindenburgstraße von hinten, mindestens einer von ihnen attackierte die 24-Jährige und brachte sie zu Fall. Dabei wurde sie leicht verletzt. Wie die Polizei berichtet, konnte die 24-Jährige mit ihrem Handy Hilfe herbeirufen und so die Täter vertreiben. Diese flüchteten in Richtung Hauptstraße. Gemäß den Angaben der jungen Frau müssten ihr die Täter am Rathausplatz bis zur Hindenburgstraße gefolgt sein. Die Motivation des Angriffs ist derzeit noch nicht geklärt. Die Frau selbst war bekleidet mit einer schwarzen Jeanshose, die an den Knien mit Löchern durchsetzt ist, einer schwarzen Lederjacke und einer braunen Strickjacke. Die Täter werden wie folgt beschrieben: Täter 1: Etwa 180 cm groß, schwarzafrikanisches Aussehen, schwarze kurze Haare, normale Statur, bekleidet mit ausgewaschener Jeans und schwarzer Jacke ohne Kapuze und dunklen Sportschuhen. Täter 2: Schwarzafrikanisches Aussehen, kurze dunkle Haare, Oberbekleidung ähnlich einem Jeanshemd.

Kassel: Eine junge Frau aus Kassel und ein junger Mann aus dem Hochsauerlandkreis sind in der Nacht zum Sonntag vor der Diskothek York von einer Männergruppe angegriffen und dabei verletzt worden. Nun ermitteln Beamte des Polizeireviers Mitte gegen sechs bis sieben unbekannte Männer wegen gefährlicher Körperverletzung. Die Polizei sucht Zeugen, die Hinweise zu der Attacke geben können, so Polizeisprecher Torsten Werner. „Von besonderem Interesse ist dabei ein Fahrer eines schwarzen Minicars mit silberner Aufschrift, der vor der Discothek am Straßenrand hielt.“ Nach Angaben der Ermittler wurden die Frau und ihr Bekannter gegen 4 Uhr von den Männern unweit der Rathauskreuzung angegriffen. Zu dieser Zeit hielten sich die beiden 24-Jährigen auf dem Gehweg der Oberen Königsstraße zwischen Disco-Eingang und Friedrichsstraße auf. Ein junger Mann habe mit dem 24-Jährigen Streit gesucht. Daraufhin seien weitere junge Männer hinzugekommen, die sofort auf den 24-Jährigen einschlagen haben sollen. Aus der Gruppe heraus habe dann ein bislang Unbekannter die 24-jährige Begleiterin zur Seite geschubst. Die junge Frau stürzte daraufhin und erlitt einen Bänderriss am Sprunggelenk. Ein Rettungswagen brachte sie in ein Krankenhaus. Ihr Begleiter, der ins Gesicht geschlagen wurde, verzichtete auf eine Behandlung. Bislang konnte lediglich der schubsende Unbekannte beschrieben werden. Bei ihm soll es sich um einen jungen Mann mit südländischem Äußeren handeln. Er sei etwa 1,75 bis 1,80 Meter groß, schlank und schwarzhaarig. Er sprach Deutsch und trug in der Nacht zum Sonntag ein rot-weiß gestreiftes T-Shirt.

Ludwigsburg: Leichte Verletzungen erlitt ein 63-Jähriger, der am Donnerstag gegen 20.00 Uhr von zwei bislang unbekannten Tätern vor einer Bankfiliale in der Arsenalstraße angegriffen wurde. Die beiden Unbekannten schlugen den obdachlosen Mann. Darüber hinaus wurde auch seine Gitarre beschädigt. Die Täter, die als Südländer beschrieben wurden, flüchteten anschließend in Richtung Bahnhof. Sachdienliche Hinweise nimmt das Polizeirevier Ludwigsburg, Tel. 07141/18-5353, entgegen.
Bielefeld: Ein Streit zwischen zwei jungen Männern endeten am Donnerstag, 16. März 2017, für einen 19-jährigen Bielefelder mit Verletzungen im Gesichtsbereich. Der junge Bielefelder war mit seiner etwa gleichaltrigen Begleiterin gegen 21:53 Uhr vom Jahnplatz aus in Richtung Friedrich-Verleger-Straße unterwegs. An einer Ampel am Jahnplatz fiel ihnen bereits ein Gleichaltriger auf. Nach einer verbalen Auseinandersetzung an der Friedrich-Verleger-Straße schlug der Unbekannte mit seinen Fäusten auf den 19-Jährigen ein. Am Boden habe der Angreifer noch auf sein liegendes Opfer eingetreten. Der Täter verschwand und die Begleiterin informierte die Polizei. Rettungssanitäter fuhren den jungen Mann in ein Bielefelder Krankenhaus. Die Beschreibung des Tatverdächtigen: Männlich, circa 20 Jahre alt, 180 cm groß, mit normaler Statur. Er soll nordafrikanischer Herkunft sein.

https://www.pi-news.net/2017/03/regensburg-syrer-sticht-deutschem-messer-in-den-ruecken-az-verschweigt-identitaet/

Regensburg: Syrer sticht Deutschem Messer in den Rücken – AZ verschweigt Identität

Am Mittwoch rammte in der Regensburger Innenstadt ein 23-jähriger syrischer "Flüchtling" zur Mittagszeit einem 28-jährigen Deutschen unvermittelt ein etwa zehn Zentimeter langes Messer in den Rücken. Das Opfer brach schwerverletzt zusammen. Der Syrer ließ sein Messer fallen und rannte davon. Während sich ein Teil der Passanten um das am Boden liegende Opfer kümmerte, liefen dem Syrer andere mutige Bürger hinterher und konnten ihn stellen. Das Motiv ist derzeit völlig unklar, offensichtlich haben sich die beiden nicht gekannt. Während die meisten Medien die Identität des Täters korrekt nennen, verschweigt sie die Münchner Abendzeitung.
(Von Michael Stürzenberger)
In der Mittelbayerischen Zeitung erfährt der besorgte Leser:
„Haltet den Mann", gellen die Schreie einiger Menschen am Mittwoch um 11.15 Uhr über den St.-Kassians-Platz in der Innenstadt. Die Passanten in der Viereimergasse packen beherzt zu und beenden die Flucht eines Tatverdächtigen, der kurz zuvor einem 28-Jährigen ein etwa zehn Zentimeter langes Messer in den Rücken gerammt haben soll.
Es ging alles blitzschnell. Das Opfer brach nach dem Angriff mit schweren Verletzungen zusammen, der mutmaßliche Täter – ein Syrer, der seit 2013 als Asylbewerber in Deutschland lebt – warf sein Messer weg und lief davon. Vor dem Trendsport-Geschäft „Adrenalin Corner" bekamen ihn Couragierte zu fassen. Sie hielten den Mann fest, bis die Polizei nach kurzer Zeit eintraf.
Andere Passanten kümmerten sich um das Opfer, leisteten erste Hilfe und verständigten die Polizei. Der 28-Jährige war so schwer verletzt, dass er zunächst in Lebensgefahr schwebte. Am frühen Nachmittag aber war sein Zustand stabil, die Ärzte hatten sein Leben gerettet.

Bisher ist es schleierhaft, warum der Syrer am hellichten Tag von hinten auf den Deutschen einstach, der mit seiner Freundin unterwegs war. Man geht davon aus, dass der seit 2013 in Deutschland hausende Eindringling sein Opfer nicht kannte:
Bis jetzt ist unklar, wieso das Opfer niedergestochen wurde. Die Polizei geht nach ersten Vernehmungen davon aus, dass sich die beiden Männer nicht kannten. Hinweise auf eine politisch motivierte Tat gibt es nicht, allerdings darauf, dass der Tatverdächtige unter einer psychischen Erkrankung leidet. Er kam in eine forensische Einrichtung. Die Staatsanwaltschaft beantragte einen Unterbringungsbefehl wegen des Verdachts auf versuchten Mordes. Eine Entscheidung des Richters steht aus.
Natürlich muss wieder einmal die unter Mohammedanern auffällig oft vorkommende "psychische Erkrankung" als mögliches Motiv herhalten. Vermutlich hat der Syrer aber eine Überdosis Koran abbekommen und die Messer-Dschihad-Anweisung des Islamischen Staates konsequent umgesetzt. Die Mittelbayerische Zeitung zeigt wie auch das Regensburger Wochenblatt, der BR, die Bild, der Merkur und sogar die Süddeutsche, dass eine umfassende objektive Berichterstattung in einem solchen Fall unbedingt die Identität des Täters zu liefern hat, denn in Deutschland waren vor der großen moslemischen Invasionswelle solche plötzlichen Messer-Attacken in der Öffentlichkeit nicht üblich. Die Mittelbayerische Zeitung liefert auch ein Video-Interview mit dem Sprecher des Polizeipräsidiums Oberpfalz, der über alle vorliegenden und notwendigen Informationen aufklärt.
Ganz anders hingegen die bis in die Federspitzen politkorrekte Münchner Abendzeitung, die ihren Lesern die wichtigsten Informationen nach bewährter linksgestörter volkspädagogischer Dressurmethode vorenthält: In ihrem Bericht ist durchgängig nur von einem "Mann" die Rede:
Ein 23-Jähriger hat mitten in Regensburg einen jungen Mann mit einem Messer attackiert und verletzt. Wie die Polizei mitteilte, hatte der Mann den 28-Jährigen am Mittwoch wie aus dem Nichts heraus attackiert und ihm mit einer zehn Zentimeter langen Messerklinge in den Rücken gestochen.
Zudem schloss die AZ vorsichtshalber ihren Kommentarbereich, da dort wohl zuviel wahrheitsgemäße Informationen geliefert wurden. Das Verhalten der AZ erinnert fatalerweise an die gleichgeschaltete Presse in der DDR, die auch folgsam die Vorgaben des Politbüros umsetzte.
Kontakt:
Abendzeitung Verlags-GmbH
Garmischer Straße 35
81373 München
Telefon: 089-2377-3100
Telefax: 089-2377-3099
E-Mail: redaktion@az-muenchen.de
Facebook: AZ-Facebook

https://www.pi-news.net/2017/03/dessau-14-jaehrige-begrapscht/

Dessau: 14-Jährige begrapscht

Im Dessauer Stadtpark hat es am Freitagabend einen sexuellen Übergriff auf ein 14-jähriges Mädchen gegeben. Eine entsprechende Anzeige hat die Polizei am Montag bestätigt. „Die

Täter konnten noch nicht ermittelt werden“, sagte Polizeisprecher Ralf Moritz. Die Schülerin hatte sich am Freitag gegen 19.30 Uhr auf dem Weg nach Hause befunden, als sie nach eigener Aussage in der Nähe der alten Stadtmauer von zwei unbekannten männlichen Personen unsittlich berührt wurde. Die 14-Jährige gab an, zuvor zwei unbekannte Männer am Springbrunnen bemerkt zu haben. Diese seien ihr offensichtlich gefolgt. Zu den beiden Männern liegen bisher folgende Angaben vor: Die Unbekannten waren zwischen 18 und 30 Jahre alt, etwa 1,80 bis 1,85 Meter groß und von schlanker Gestalt. Sie trugen kurze dunkle Haare. Einer der Männer hatte an den Seiten sehr kurz rasierte und nach oben frisierte Haare. Nach Angaben des 14-jährigen Mädchens sprachen beide mit einem mit ausländischen Akzent.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

---

Wien: Für Riesenaufregung sorgte am Dienstagnachmittag ein psychisch auffälliger Jugendlicher in einem Kindergarten in Wien-Favoriten. Der 19-jährige Migrant schlich sich offenbar hinter Eltern in das Gebäude und spazierte schnurstracks in einen Gruppenraum. Dort soll er randaliert und auch ein Kind gestreichelt haben. Die private Einrichtung am Franz-Mika-Weg ist an sich gut gesichert, nur Personen mit einer Chipkarte haben Zutritt. Doch gegen 15 Uhr schlich sich der junge Mann – er soll bis vor Kurzem im Kaiser-Franz-Josef-Spital in psychiatrischer Behandlung gewesen sein – in eine Kindergartengruppe. Die Pädagoginnen reagierten geistesgegenwärtig und komplementierten den Eindringling unsanft vor die Tür. Die alarmierte Polizei unterzog den obdachlosen Jugendlichen einer Personenkontrolle, ließ ihn dann aber ziehen. In einem Schreiben weist die Kindergartenleitung die Eltern an, die Sicherheitssysteme einzuhalten, die besorgten Eltern fordern im Gegenzug eine Erhöhung des Gartenzauns und einen Wachdienst.
Mallersdorf-Pfaffenberg: Weil die Polizei ihm sein Handy mit Pornos wegnahm, flippte ein 14-jähriger Afghane in Mallersdorf-Pfaffenberg völlig aus. Dicke Luft am Freitagnachmittag in Mallersdorf-Pfaffenberg: Ein 14-jähriger Afghane, der dort in einem Wohnheim als unbegleiteter Flüchtling untergebracht ist, hat seinem Betreuer gedroht, ihn umzubringen. Hintergrund: Zuvor wurde dem 14-Jährigen sein Handy mit pornografischem Inhalt abgenommen. Der 14-Jährige vermutete offenbar, dass der Betreuer ihn bei der Polizei angeschwärzt hatte. Es ist nicht das erste Mal, dass der Jugendliche unangenehm auffällt, teilt die Polizei mit. Die Beamten konnten den Afghanen in einer “Gefährderansprache” wieder beruhigen.Trotzdem erwartet den jungen Hitzkopf nun eine Strafanzeige wegen Bedrohung. Zudem wurden Staatsanwaltschaft und die zuständigen Behörden über den Vorfall informiert.
Leipzig: Am Morgen des 11. Dezember 2016 saß eine 39-jährige Frau in der Straßenbahn der Linie 16 im Leipziger Stadtteil Eutritzsch. Sie war an jenem Sonntagmorgen auf dem Heimweg, kam von der Nachtschicht. An der Haltestelle „St. Georg“ stieg sie aus. Ein Mann folgte ihr. Dann sprach sie der Fremde in gebrochenem Deutsch an. Als die Frau weiter lief, packte sie der Mann, ein 29-jähriger Tunesier, drückte sie gegen ein Auto. Dabei begrapschte er die 39-Jährige und nahm laut Polizei „sexuelle Handlungen“ an ihr vor, wie die „Bild“ berichtet. Die Frau wehrte sich, konnte flüchten, wurde wieder eingeholt. Am Wölkauer Weg

stieß sie der Sex-Täter gegen die Mülltonnen, worauf die 39-Jährige stürzte. Sogleich stürzte sich der Mann auf sie, versuchte sie zu vergewaltigen. Aufgrund heftiger Gegenwehr konnte die Frau erneut flüchten. Eine Zeugin, die die lauten Hilferufe vernahm, eilte ihr zur Hilfe. Daraufhin ließ der Unbekannte von der Frau ab und flüchtete.“ (Polizeisprecherin Maria Braunsdorf). Als die Frau Anzeige gegen den Mann erstattete, zeigte ihr die Polizei einige Bilder der Überwachungskamera aus der Straßenbahn.
Sie erkannte den Angreifer wieder, das Foto ging am Freitag in die Öffentlichkeitsfahndung, unter anderem ins Fahrgastfernsehen der LVB. Er saß in der Straßenbahn und hatte die Öffentlichkeitsfahndung im LVB-Fernsehen gesehen.“
Neumünster: Die Kripo Neumünster ermittelt derzeit wegen zwei sexueller Übergriffe. Bereits am späten Donnerstagabend (16.03.17) zeigte eine 16-jährige Jugendliche eine Vergewaltigung an, die sich ihren Angaben zufolge in den frühen Abendstunden in der Fußgängerunterführung zwischen der Fabrikstraße und der Linienstraße ereignet haben soll. Der Unbekannte Täter soll anschließend in die Linienstraße geflüchtet sein. Ebenfalls am Donnerstagabend (16.03.17, gegen 20.40 Uhr) soll es zu einer weiteren sexuellen Belästigung in der Friedrichstraße gekommen sein. Nach ersten Ermittlungen soll ein Unbekannter eine 18-Jährige angehalten und sie unsittlich am Gesäß berührt haben. Als sich die junge Frau gewehrt habe, sei der Unbekannte zu Fuß über den Postparkplatz geflüchtet. Die Kripo Neumünster nahm noch am Donnerstag die Ermittlungen auf. In einem Fall konnte folgende Täterbeschreibung abgegeben werden: Etwa 25 Jahre ekannte dunkle, gelockte Haare mit auffalalt, 175 cm groß und von normaler bis kräftiger Statur. Zur Tatzeit trug der Unblend viel Gel. Oben rechts fiel eine Zahnlücke auf. Das eckige Gesicht hatte ein spitzes Kinn. Der Unbekannte sprach gebrochen Deutsch.
Tübingen: Ein Unbekannter ist am Donnerstagmorgen, gegen 10.15 Uhr, in der Universitätsbibliothek im Brechtbau in der Wilhelmstraße als Exhibitionist aufgetreten. Der Täter hielt sich im 1. Obergeschoss im Bereich der Schließfächer auf und masturbierte. Als eine Studentin ihn ansprach, flüchtete der Mann aus dem Gebäude. Er war etwa 30 bis 35 Jahre alt, cirka 180 cm groß, dunkelhäutig und hatte kurze, schwarze, krause Haare. Bekleidet war er mit einer dunkelblauen Stoffhose und einem dunklen, blau-grauen Blouson mit silbrig-mattem Reißverschluss.
Bremen: In der Nacht von Freitag auf Samstag wurden zwei junge Frauen in einer Straßenbahn sexuell belästigt und eine der beiden beraubt. Die beiden 17- und 18-jährigen späteren Opfer stiegen an der Haltestelle Bennigsenstraße in die Straßenbahn der Linie N10 in Richtung Sebaldsbrück. In der Bahn versperrte ihnen eine 10-köpfige Gruppe junger Ausländer den Zugang, so dass sie sich einen Weg bahnen mussten. Die 17-Jährige wurde dabei festgehalten, im Intimbereich begrapscht und wie sie später feststellte, beraubt. Als sie und ihre Begleiterin zu den Tätern zurückgingen, um ein gestohlenes Handy und ein Portemonnaie zurückzufordern, sprangen die jungen Männer um sie herum und fassten sie abermals im Intimbereich an. Auf Grund erster polizeilicher Maßnahmen konnten zwei Tatverdächtige in einer Flüchtlingsunterkunft ermittelt werden.
Aalen: Eine 15-Jährige wurde am Sonntagmittag beim Aalener ZOB von drei Männern belästigt, meldet die Polizei. Als Passanten auf die Situation aufmerksam wurden, entfernten sich die Männer. Als der Teenager später Anzeige bei der Polizei erstattete, wurde eine Fahndung eingeleitet, die bislang erfolglos blieb; die Polizei sucht deshalb Zeugen des Vorgangs. Das Mädchen stand laut Polizeiangaben am Bussteig 7, in der Wilhelm-Zapf-Straße, als sie gegen 12.45 Uhr vom Fahrer eines roten VW-Busses angesprochen wurde. Der Mann stieg aus und küsste sie auf die Wange, seine zwei Beifahrer machten dabei Handybilder. Später wurde der Teenager von den Beifahrern bedrängt und angefasst. Als ein junges Paar dazu kam, gingen die zwei Beifahrer in Richtung Bahnhofsvorplatz weg. Der VW-Bus entfernte sich ebenfalls. Die Männer wurden auf ein Alter zwischen 20 und 30 Jahren und eine Größe zwischen 1,75 und 1,80 Meter geschätzt. Der größere Mann war der

Fahrer des VW-Busses, er trug ein schwarzes Lederblouson und dunkle Jeans. Er hatte seitlich spärlichen Haarwuchs und ansonsten eine Glatze. Die beiden anderen hatten einen dunklen Teint, der eine einen Drei-Tage-Bart und schwarzes, leicht gelocktes Haar.
Nürnberg: Ein 26-Jähriger belästigte am Samstagnachmittag (18.03.2017) in einem Schwimmbad der Nürnberger Südstadt ein Kind. Polizeibeamte nahmen den Mann vor Ort fest. Nach derzeitigem Ermittlungsstand der Polizei, befand sich das Mädchen gegen 14:45 Uhr im Bereich der Rutschen, als es vom Beschuldigten unsittlich berührt wurde. „Eine Streife der Polizeiinspektion Nürnberg-Süd nahm den aus dem Mittleren Osten stammenden Mann fest und verbrachte ihn zur Dienststelle“, teilte ein Sprecher mit. Die Beamten leiteten ein Strafverfahren wegen des Verdachts der sexuellen Belästigung ein. Die weitere Sachbearbeitung übernahm der Kriminaldauerdienst.
Erfurt: Gegen 5.00 Uhr wurden Bundespolizisten auf eine Auseinandersetzung am Westausgang des Hauptbahnhofes Erfurt aufmerksam. Dabei soll ein 29-jähriger Eritreer eine 18-jährige Deutsche mit der Faust in die Rippen geschlagen haben. Die junge Frag gab zudem an, von dem Mann belästigt worden zu sein. Ein beim Beschuldigten durchgeführter Atemalkoholtest ergab einen Wert von 1,42 Promille. Gegen den 29-Jährigen ermittelt die Bundespolizei nunmehr wegen Körperverletzung.

https://www.pi-news.net/2017/03/nrw-suedlaender-randalieren-im-friedhof/

NRW: “Südländer” randalieren im Friedhof

Mettmann: Am Montagabend des 27.03.2017, gegen 19:05 Uhr, beobachteten Zeugen mehrere männliche Personen, die auf dem Evangelischen Friedhof am Hauser Ring in Ratingen laut “grölend” über die Gräber rannten und gegen die Grablichter traten. Diverse Grablichter wurden dabei zerstört. Noch vor Eintreffen der Polizei entfernten sich die Randalierer über die Werdener Straße in unbekannte Richtung. Bei den Männern soll es sich um eine Gruppe von ca. fünf-sieben Personen gehandelt haben. Sie konnten folgendermaßen beschrieben werden: – alle trugen dunkle Winterjacken, südländisches Aussehen, einer der Täter hatte eine Glatze.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Regensburg: Am heutigen Mittwoch, 29.03.2017, gegen 11:15 Uhr attackierte ein 23-jähriger syrischer Mann einen 28-jährigen deutschen Mann am St.-Kassians-Platz mit einem Messer und verletzte ihn dabei schwer. Gegen den Tatverdächtigen wurde Unterbringungsbefehl wegen des Verdachts des versuchten Mordes beantragt. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen befand sich der 28-Jährige in Begleitung seiner Ehefrau am St.-Kassians-Platz und ging in Richtung des Neupfarrplatzes. Der 23-jährige Syrer griff den Geschädigten unvermittelt an und stach ihn mit einem ca. 10 Zentimeter langen Messer in den Rücken. Anschließend entfernte sich der 23-jährige unter Zurücklassen des Messers in Richtung der Viereimergasse. Passanten, die auf das Geschehen aufmerksam geworden waren, leisteten dem Geschädigten erste Hilfe und hielten den Tatverdächtigen bis zum unmittelbar darauf folgenden Eintreffen einer Polizeistreife fest. Er konnte somit keine weiteren Menschen

verletzen.Der 28-Jährige wurde durch den Angriff schwer verletzt und befand sich zunächst in Lebensgefahr. Nach einer ärztlichen Versorgung in einem Regensburger Krankenhaus besteht die Lebensgefahr derzeit nicht mehr und sein Zustand ist stabil. Seine Begleiterin blieb unverletzt. Das Kommissariat 1 der Kriminalpolizeiinspektion Regensburg hat die Ermittlungen übernommen. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen war der Tatverdächtige alleine in der Stadt unterwegs. Er lebt seit 2013 als Asylbewerber in Deutschland. Nach derzeitigen Erkenntnissen bestand zwischen dem Tatverdächtigen und dem Geschädigten keine Vorbeziehung.Bislang ergaben sich keine Hinweise auf eine politisch motivierte Tat, vielmehr deuten erste Ermittlungen auf eine psychische Erkrankung des 23-Jährigen hin, heißt es.

Neubrandenburg: Am 25.03.2017 gegen 18:15 Uhr kam es auf dem Neubrandenburg Marktplatz zunächst zu einer Auseinandersetzung zwischen fünf männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden. Ein 16-jähriger Afghane ging mit einer ca. 45 cm langen Metallkleiderstange auf eine vierköpfige Gruppe zu und bedrohte anschließend einen aus der Gruppe verbal unter Vorhalt dieser Metallstange. Um sich dieser Bedrohung zu erwehren, drückte der Bedrohte den Jugendlichen zunächst zu Boden und hielt ihn dort kurz fest. Als daraufhin vier weitere Jugendliche mit Migrationshintergrund aus Richtung des Marktplatzcenters dazukamen und höflich baten, den Jugendlichen loszulassen, ließ der Bedrohte von dem Jugendlichen ab. Anschließend gingen die vier Migranten mit dem Afghanen zusammen ins Markplatzcenter. Dort beobachteten wenig später mehrere Zeugen, wie der afghanische Jugendliche im Bereich eines dortigen Eisladens zwei bis dreimal mit der Metallstange auf eine derzeit noch unbekannte männliche Person einschlug, so dass diese zumindest einen Kratzer am Hals davon getragen hat. Anschließend ergriff der Jugendliche die Flucht und wurde daraufhin von zwei hinzueilenden Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes des Marktplatzcenters verfolgt. Im Bereich der Darrenstraße konnte der Jugendliche durch zwei eingesetzte Beamte des Polizeihauptreviers Neubrandenburg zusammen mit den beiden Sicherheitsdienstmitarbeitern gestellt und festgenommen werden. Da aufgrund des weiteren Verhaltens und der starken Alkoholisierung (2,44 Promille Atemalkohol) des Jugendlichen eine Fremd- sowie Eigengefährdung nicht ausgeschlossen werden konnten, wurde dieser miteinem Rettungswagen unter Polizeibegleitung zum Klinikum Neubrandenburg verbracht und dort in die psychiatrische Abteilung
eingewiesen.

Nürtingen: Auf dem Schillerplatz ist es am Mittwochnachmittag, gegen 16 Uhr, zu einem Polizeieinsatz gekommen. Ein 33 Jahre alter Mann pöbelte andere Passanten an und verhielt sich äußerst aggressiv. Teilweise versuchte er andere Fußgänger zu bespucken. Um dies zu unterbinden, sollte der aus Nigeria stammende Mann durch die Polizei festgenommen werden. Da dieser zuvor schon häufiger mit Gewaltattacken aufgetreten war, forderte die vor Ort befindliche Polizeistreife Unterstützung an. Der 33-Jährige konnte überwältigt und zum Polizeirevier verbracht werden. Durch die Gegenwehr des Festgenommenen wurde ein 27 Jahre alter Polizeibeamter leicht verletzt. Auf richterliche Anordnung wurde der renitente Mann bis zum Donnerstagmorgen in Gewahrsam genommen. Er sieht einer Anzeige wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte entgegen.

Remchingen: Eine 64 Jahre alte Radfahrerin wurde am Mittwoch gegen 17.00 Uhr in Remchingen-Singen von mehreren Jugendlichen bedrängt und schließlich zu Fall gebracht. Die Frau war auf der Dajastraße in Richtung Wilferdingen unterwegs gewesen, als ihr in der Unterführung zum Parkplatz des Altersheims fünf Jugendliche gleichfalls mit Fahrrädern entgegenkamen. Als sie das Quintett bereits passiert hatte, machten drei von ihnen kehrt und fuhren ihr nach. In der Folge traktierten sie die Frau mehrfach mit Ellbogenstößen und brachten sie schließlich aus dem Gleichgewicht. Beim Sturz erlitt die 64-Jährige leichte Verletzungen am Knie, zudem wurde ihr Rad erheblich beschädigt. Nach Schätzung der Radlerin sind die Jugendlichen etwa 15 Jahre alt. Sie waren allesamt dunkel gekleidet; zudem

hatten zwei der Täter dunkle lockige Haare. (Kommentar PI: Will die Polizei die Täter nicht finden, oder warum verschweigt sie trotz anderer personenbezogenen Details die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszughörigkeit?).
Hanau: Wieder eine Massenschlägerei im Main-Kinzig-Kreis: In Hanau prügelten sich rund 30 junge Männer. Ein Passant erlitt schwere Verletzungen. In der Hanauer Innenstadt ist es am Freitagabend zu einer Massenschlägerei gekommen. Eine größere Gruppe Jugendlicher habe sich in der Gegend um den Freiheitsplatz eine Prügelei geliefert, teilte das Polizeipräsidium Südosthessen am Samstag mit. "Laut Zeugenaussagen soll es sich bei der ca. 30 Mann umfassenden Gruppe um Ausländer gehandelt haben", heißt es in der Mitteilung. Unklar blieb zunächst, ob dies wirklich so war. Ein 38 Jahre alter Passant aus Bruchköbel (Main-Kinzig)war ersten Ermittlungen zufolge als Unbeteiligter in die Prügelei geraten. Der Mann sei durch Schläge schwer am Auge verletzt und in eine Fachklinik gebracht worden. "Durch die hinzugezogenen Streifen aus Stadt und Land" seien weitere Auseinandersetzungen verhindert worden, erklärte die Polizei.
Es kam jetzt zum wiederholen Male zu Massenschlägerein in Hanau. Bei den früheren Schlägereien prügelten sich Jugendliche türkischer Herkunft durch die Gegend.
Schneeberg wünscht Chemnitz viel Spaß mit Einbruchsfachkräften:
Schneeberg: Eine Gruppe von mehreren Asylbewerbern ist aus der Erstaufnahme-Einrichtung in der alten Kaserne in Schneeberg geworfen worden. Anlass ist offenbar eine Serie von Straftaten, die sie in den vergangenen Wochen in der Stadt verübt hat. Das berichten die für die Betreuung zuständigen Malteser Werke. Die betreffenden Flüchtlinge seien deshalb in eine andere Einrichtung nach Chemnitz verlegt worden, heißt es.
Tassilo Graf Wolff Metternich ist Leiter des Migrationsbüros Sachsen der Malteser Werke und sprach jetzt auf der jüngsten Sitzung des Schneeberger Stadtrates über die Vorfälle: "Die Personen sind mit Einbrüchen in Autos und in einen Supermarkt in die Öffentlichkeit getreten", erklärte er. 14 Flüchtlinge seien nun verlegt worden, zwei weitere bereits vor einigen Tagen. Die Landesdirektion Sachsen als Träger der Einrichtung bestätigt zwar die Verlegung, ist bei den Zahlen aber anderer Meinung. Nicht 16 sondern 15Personen seien auf andere Standorte im Freistaat verteilt worden.
Dem Rauswurf waren mehrere Delikte im gesamten Stadtgebiet vorausgegangen. So hatte ein Libyer (28) laut Polizeimitteilung am 17. Februar in Schneeberg ein Auto doppelt gestohlen. Er schnappte sich einen Pkw, der mit Schlüssel auf der Priesterstraße stand, fuhr damit zu einem nahegelegenen Garagenkomplex und verließ den Tatort. Der Besitzer fand das Auto zwischendurch wieder – doch nur kurze Zeit später kehrte der Libyer zurück und setzte sich erneut hinters Steuer. Beamte stellten ihn auf frischer Tat; er war stark alkoholisiert.
In der Nacht zum 12. März war der Polizei zudem ein diebisches Trio in die Fänge gegangen, das in einen Einkaufsmarkt an der Kobaltstraße und in ein leer stehendes Wohnhaus an der Filzteichstraße eingestiegen sein soll. Zwei der Tatverdächtigen (19, 25) stammten aus Marokko, der Dritte (30) aus Algerien. Vermutet wird, dass die Drei in der Nacht auf Sonntag auch mehrere Fahrzeuge im Ortsteil Neustädtel aufgebrochen haben, darunter waren 13 Autos, zwei Lastwagen sowie ein Kleintransporter.
Nach diesen Vorfällen hatte der Bürgermeisters von Schneeberg die Landesdirektion Sachsen gebeten, die Tatverdächtigen zu verlegen. "Ich habe es angeregt", sagt Ingo Seifert. Mehrere Bürger seien verunsichert gewesen und auf ihn zugekommen; darauf habe er reagiert. Bereits in der Vergangenheit seien immer wieder mal einzelne Personen auf andere Heime verteilt worden, etwa bei hausinternen Streitigkeiten, erklärt Seifert. "Dass es jetzt gleich so viele sind, habe ich nicht gewusst."
Wolff Metternich sagt: "Wir versuchen, präventiv mit Schulungen und Deeskalationskursen zu arbeiten, aber solche Probleme wird es immer wieder geben." Er spricht von "schwarzen Schafen". Eine Sprecherin der Landesdirektion erklärt, mit der Verlegung gleich einer größeren Gruppe versuche man, die angespannte Situation in Schneeberg zu beruhigen. Die

Frage, inwiefern die auffällig gewordenen Asylbewerber in anderen Städten wie Chemnitz besser aufgehoben sind, blieb gestern offen.
Massenschlägereien von “Familienclans” und “Schutzsuchenden”:
Herford: Zwei verfeindete Familienclans, die in den Drogenhandel verwickelt sein sollen, sind am Dienstagnachmittag in der Cafeteria eines Supermarktes in Herford aneinandergeraten. Laut Polizei sollen rund zehn Personen in die körperliche Auseinandersetzung verwickelt gewesen sein. Die Polizei rückte mit einem Großaufgebot an, um die Streithähne zu trennen. Zwei der Beteiligten wurden durch Messerstiche schwer verletzt und mussten in getrennte Krankenhäuser gebracht werden. Nachdem an den Krankenhäusern immer mehr Familienmitglieder eintrafen, musste auch dort die Polizei Präsenz zeigen und die Krankenhäuser bewachen. Die Kriminalpolizei gründete eine Mordkommission und nahm die Ermittlungsarbeiten am Tatort auf.
Villach: Aus bisher unbekannter Ursache kam es am Montag gegen 21.30 Uhr zu einem Raufhandel vor einem Lokal in Villach. Laut einer Angestellten waren zehn Asylwerber beteiligt. Beim Eintreffen der Exekutive waren diese bereits flüchtig. Im Zuge der Fahndung traf die Polizei, sie war mit drei Streifen im Einsatz, auf dem Villacher Hauptplatz und in der Bahnhofstraße drei der Kontrahenten an. Bei den aufgegriffenen Männern handelt es sich laut Stadtpolizeikommandant Erich Londer um Araber und Tschetschenen. Einer der Personen musste mit stark blutenden Wunden ins LKH Villach gebracht und ambulant behandelt werden. Videomaterial der Schlägerei soll weitere Details bringen.
München: Bereits am Montag, 13.03.2017, kam es gegen 15.30 Uhr, im Durchgang zum sogenannten südlichen Verladehof am Münchner Hauptbahnhof zu einer Auseinandersetzung zwischen mehreren afghanischen Asylbewerbern. Nach derzeitigem Ermittlungsstand der Mordkommission ist davon auszugehen, dass drei afghanische Asylbewerber im Alter von 16 bis 18 Jahren, einen 19-jährigen Landsmann mit Schlägen, Tritten sowie mehreren Stichen mit Teilen einer Schere im Kopf- und Rückenbereich verletzten. Grund der Auseinandersetzung dürfte die Beziehung des Geschädigten zur 14-jährigen Schwester eines der Tatverdächtigen sein, da diese Beziehung von Seiten ihrer Familie nicht akzeptiert wird. Gleichzeitig versuchte auch noch ein anderer Tatverdächtiger ebenfalls die Gunst der 14-Jährigen zu gewinnen. Nachdem es offenbar im Vorfeld der jetzt gegenständlichen Tat, etwa 2-3 Wochen vorher bereits zu einer tätlichen Auseinandersetzung gekommen war, wollte man die Sache zum Tatzeitpunkt klären und verabredete sich vorab hierzu am Hauptbahnhof. Beim Aufeinandertreffen der Kontrahenten befanden sich auf beiden Seiten weitere Personen, insgesamt dürfte es sich um eine Gruppe von ca. 10-12 Personen gehandelt haben. Darunter befand sich auch die 14-jährige Freundin des Geschädigten. Es kam sofort zu verbalen Streitigkeiten und gegenseitigen Tätlichkeiten, wobei aus der Gruppe der Tatverdächtigen auch das Smartphone des Geschädigten zerstört wurde. Letztlich kam der 19-Jährige zu Boden und die Tatverdächtigen schlugen und traten auf ihn ein. Auch stachen sie mit getrennten Klingen einer Schere auf den Mann ein. Erst als eine Passantin auf den Vorfall aufmerksam wurde und damit drohte, die Polizei zu verständigen, flüchteten die Täter. Die polizeiliche Aufnahme und die ersten Ermittlungsmaßnahmen erfolgten durch die Bundespolizei, da sich der Tatort im Bereich der Bahnanlage befindet. Der Verletzte kam zur stationären Behandlung in eine Klinik, wo insgesamt zwei, ca. 5-6 cm tiefe Rückenstiche nahe der Wirbelsäule, eine Schnittverletzung im Nackenbereich und eine in der linken Gesichtshälfte, die von der Stirn bis zum Ohr reichte, versorgt wurden.
Neubrandenburg: Nach einer Schlägerei zwischen jungen Flüchtlingen am Montagnachmittag auf dem Neubrandenburger Marktplatz sucht die Polizei im Zuge der Ermittlungen Zeugen der Tat. Gegen 15.15 Uhr sei es auf dem Platz zu einer körperlichen Auseinandersetzung zweier Personengruppen mit Migrationshintergrund gekommen, teilt die Polizei am Dienstag mit. Zunächst soll es zwischen beiden Gruppen einen Streit gegeben haben, der später in eine Schlägerei übergegangen sei. Auch ein Schlagring sei dabei

eingesetzt worden. Die Polizei habe auf dem Platz eine fünfköpfige Gruppe mit gebürtigen Syrern zwischen neun und 29 Jahren antreffen können. Die zweite Gruppe habe sich aber zum Zeitpunkt des Einsatzes bereits entfernt. Nähere Hintergründe zum Streit konnten bisher nicht geklärt werden, deshalb hofft die Polizei nun auf Hinweise von Passanten.
Krefeld: Zu einer Schlägerei zwischen zwei Familien ist es am Montagabend auf der Gladbacher Straße / Ecke Ritterstraße gekommen. Die Polizei konnte die Auseinandersetzung, an der insgesamt sieben Personen beteiligt waren, auflösen. Die Beamten suchen nun Zeugen, die etwas zum Ablauf sagen können. Wie die Behörde am Dienstag mitteilte, kam es gegen 20.40 Uhr zwischen einer 16-Jährigen und einem 22-Jährigen zu einem verbalen Streit, zu dem wenig später auch die Familien der beiden hinzukamen. Zeugen berichten, dass die Familie des 22-Jährigen auf die des Mädchens losgegangen sei. Die Situation endete in einer unübersichtlichen Schlägerei, bei der sowohl der Vater als auch die Mutter des 22-Jährigen mit Holzlatten auf die Eltern des Mädchens einschlugen. Insgesamt wurden bei der Schlägerei fünf Personen verletzt und mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht, das sie allerdings noch in der Nacht wieder verlassen konnten.

https://www.pi-news.net/2017/03/hamburg-allahu-akbar-gaeste-als-nachbarn/#more-561118

Hamburg: Allahu Akbar-Gäste als Nachbarn

Wir berichten viel über die bei uns angeblich Schutz und Frieden suchenden VIP-Gäste der Kanzlerin: Sie litten enorm unter dem Lärm in Massenunterkünften, heisst es seitens der Teddybärenwerfer und sie bräuchten mehr Privatsphäre, usw. Wenn sie aber nicht in Massenunterkünften leben und man ihnen sogar einen Garten bietet, dann geht's erst richtig los. Unter dem Lärm leiden dann allerdings die Nachbarn, die sich auch sonst anzupassen haben. Die Eindringlinge fordern, neben dem ihnen zur Verfügung stehenden Garten, dann schon mal auch noch den des Nachbarn, schließlich seien sie ja mehr. Wenn der deutsche Kuffar nicht spurt, wird ihm unter Allahu Akbar-Kampfgeplärr gezeigt wo der Hammer hängt. Wie so ein Leben neben den neuen Herren im Land für die Einheimischen ist, hat ein Hamburger im obigen Video festgehalten und schrieb dazu, mittlerweile ziemlich genervt:
Hallo Leute. Ich bin krank. Ich habe Mulucken! Zwischen 1.1. und 1.2.2017 sind bei uns im Hinterhaus 18 (in Worten achtzehn) Flüchtlinge eingezogen (Zweifamilienhaus in 2. Reihe auf Gemeinschaftsgrundstück).Wir standen der Geschichte zwar skeptisch aber freundlich gegenüber. Schenkten ihnen Fernsehgeräte, Möbel, DVD-Player uvm. Nun, nach nur zwei Monaten sieht es schon etwas anders aus.
Abgesehen von dem ständigen Lärm, fangen sie an Forderungen zu stellen.
Der Hammer:
„Ihr habt zu grossen Garten, gebt was davon ab."
„Ihr seid wenige und wir viele, wir brauchen den Garten."
Man muss dazu sagen, dass das Hinterhaus seinen eigenen Garten hat. Heute, 27.03.2017 eskalierte die Nummer. Herr Flüchtling gröhlte rum, bedrohte mich und meinen Nachbarn und riss unter "Allahu Akbar" meinen Zaun raus. Nur mit Mühe konnten mein Nachbar und ich uns beherrschen, dass wir nicht straffällig geworden

sind. Da der Zaun nun fehlte, hat mein Nazi-Hund doch gleich mal bei denen auf den Rasen geschissen, ich fand's toll.
Dass die Flüchtlinge die Zuwegung zum Hinterhaus als Spielplatz nutzen, kann man ja nichts machen, aber ein ruhiger Nachmittag auf der Terrasse ist ausgeschlossen. Wir haben auch versucht, dass sie normal mit den Hunden umgehen, aber ihnen macht es mehr Spass, diese ständig zu ärgern, obwohl sie Angst haben.

Das heisst, ich muss die Hunde im Haus einsperren, damit kein Unfall passiert.
Ich bin krank, ich habe Mulucken… und den Sommer werden wir wohl im Haus verbringen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, dass irgendetwas passiert.
Leider ist man ja gleich ein Nazi, wenn man z.B. mit einem Deutsch sprechenden Nachbarn diese Missstände bespricht. Geht nicht!
So ein aggressiver Typ, so cholerisch, ich befürchte, wenn der seinen Willen nicht durchsetzen kann, knallt es. Wir haben den Fall zwar der Polizei übergeben – Ausgang offen.
Wir wissen jetzt, was gemeint war, als sogenannte rechte Webseiten schrieben: „Die verdrängen uns, die sollen uns ersetzen", aber das darf man ja nicht mal denken, dann ist man ein „Nazi", doch wir erleben es gerade. Also bin ich jetzt einer!
Dank an Bernd Uwe Herbst für dieses Dokument der Situation vieler Deutscher, die es sich auch nicht aussuchen konnten und auch jener, die ebenfalls den "rechten Webseiten" nicht geglaubt haben.
(Bericht und Foto der Hunde übernommen von Bernd Uwe Herbsts Facebookseite)
Print PDF
Kategorie: Asyl-Irrsinn, Video

https://www.pi-news.net/2017/04/bonn-23-jaehrige-vor-ihrem-freund-vergewaltigt/

Bonn: 23-Jährige vor ihrem Freund vergewaltigt

In den Nachtstunden zum 2.4.2017 ereignete sich im Bereich der Siegaue in Höhe Bonn-Geislar ein Sexualdelikt: Zur Tatzeit zeltete eine 23-jährige Frau zusammen mit ihrem 26-jährigen Freund auf einer Wiese unterhalb der Landstraße 269 in der Nähe der Siegfähre. Gegen 00:30 Uhr näherte sich eine noch unbekannte männliche Person dem Zeltplatz und attackierte die beiden im Zelt befindlichen Personen. Er bedrohte die beiden Camper massiv unter Vorhalt eines größeren Messers forderte er die 23-Jährige auf, das Zelt zu verlassen. Vor dem Zelt kam es schließlich zu einem Sexualdelikt – der Täter flüchtete in Richtung Rhein.
Die 26-Jährige, der von dem bewaffneten Täter ebenfalls massiv bedroht worden war, alarmierte über Handy die Notruf Polizei- und Rettungskräfte. Die 23-Jährige wurde in eine Krankenhausambulanz eingeliefert. Die intensiven polizeilichen Fahndungsmaßnahmen, in die neben einem Polizeihubschrauber auch ein Maintrailer mit eingebunden war, führten bislang nicht zur Festnahme des brutalen Sexualtäters, zu dem auf der Grundlage von Zeugenangaben folgende Beschreibungsmerkmale vorliegen: 20 – 30 Jahre alt ca. 180 cm groß dunkelhäutig schmale Statur, sprach "gebrochenes Englisch", trug u.a. helle Jeans und kurze Sommerjacke.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

Borna: In Borna kam es am Mittwochabend zu einem sexuellen Übergriff zweier Männer auf Kinder und Jugendliche. Die letztgenannte 10-köpfige Gruppe von 12- bis 15-Jährigen hatte sich am Breiten Teich getroffen. Dabei berichteten zwei 14-jährige Mädchen der Gruppe, dass ihnen seit einigen Minuten zwei Unbekannte hinterher liefen. Das beängstigte sie. Während sie das den anderen mitteilten, kamen auch schon die zwei Männer angelaufen. Sie gaben sich freundlich und wollten den Jugendlichen die Hand schütteln. Die verweigerten den Gruß und stellten sich vor die Mädchen, die die Männer offensichtlich anvisiert hatten. Einen der Beschützer griffen sie unvermittelt in den Schritt. Der 13–Jährige hatte danach Schmerzen. Da sich die Unbekannten auf Aufforderung der Jugendlichen nicht entfernten, ging die Gruppe geschlossen einige Meter weiter. Die Männer indes verhöhnten sie, zogen ihre Hosen herunter und entblößten ihre Geschlechtsteile. Die Jugendlichen riefen die Polizei. Die ergriff die beiden. Beide waren stark alkoholisiert. Es handelte sich um einen 26-jährigen Marokkaner und einen 26–jährigen Libyer. Der Marokkaner, der den 13-Jährigen angegriffen hatte, war der Polizei bereits wegen verschiedener Körperverletzungsdelikte und auch Widerstand bekannt. Er saß bereits in Haft, war erst wenige Tage zuvor entlassen worden. Er wurde vorläufig festgenommen. Er wird im Verlaufe des Tages dem Haftrichter vorgeführt.

Celle: Seit dem vergangenen Freitag ermittelt die Polizei Celle in einem Sexualdelikt. Eine 15-Jährige aus dem Landkreis Celle hatte sich am Freitagabend bei der Polizei gemeldet und angegeben, von einem gleichaltrigen Jugendlichen in seiner Wohnung missbraucht worden zu sein. Nach Angaben des Opfers hätten beide gemeinsam den Freitagabend in der Celler Innenstadt verbracht. Anschließend sei es in der Wohnung des Jugendlichen zum Austausch von Zärtlichkeiten gekommen, in dessen Folge der Tatverdächtige Grenzen überschritten habe, so dass es unter Anwendung von Gewalt zum Geschlechtsverkehr gegen den Willen des Opfers gekommen sei.Im Verlaufe der unmittelbar darauf eingeleiteten polizeilichen Ermittlungen bestritt der junge Mann die Gewaltanwendung. Bei dem 15-Jährigen handelt es sich um einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling aus Afghanistan, der nach Entscheidung der Staatsanwaltschaft Celle in die Obhut und Betreuung des Jugendamtes gegeben wurde.

Stockach: Wegen des Verdachts der Beleidigung und der sexuellen Belästigung ermittelt die Polizei gegen einen etwa 40-jährigen unbekannten Mann, der am Montagnachmittag, gegen 16.45 Uhr, im Bereich Aachenstraße/Hägerweg eine 16-Jährige an der Jacke zupfte und sie zum Anhalten aufforderte. Anschließend gab er ihr einen Hand- und einen Luftkuss und zeigte ihr auf seinem Handy ein Video mit sexuellem Hintergrund. Anschließend lief der Mann dem Mädchen nach und überhäufte sie mit Hand- und Luftküssen. Nachdem die 16-Jährige von Angehörigen abgeholt wurde, verschwand der Mann in Richtung Stadtgarten. Der Unbekannte ist etwa 160 cm groß, hat schwarze, kurze Haare und einen dunklen Teint und ist korpulent. Er trug eine dunkelgrüne Jacke, ein schwarzes T-Shirt und eine schwarze Hose und wird mit “ausländischer Herkunft” beschrieben.

Kassel: Im Vergewaltigungs-Prozess gegen einen 22-Jährigen ist der Angeklagte von vier Zeuginnen belastet worden. Auch der Türsteher des "Clubs 22" erinnert sich an den Mann.Die Zeuginnen sagten vor der Großen Jugendkammer des Kasseler Landgerichts aus, dass sie im Jahr 2015 in Gießen, Fuldatal und Kassel von dem Flüchtling aus Nigeria begrapscht beziehungsweise beleidigt word en sind. „Diese Nacht war schlimm", erinnerte sich am Mittwoch ein 37-jähriger Türsteher vor der 10. Großen Jugendkammer des Kasseler Landgerichts. Der Mann hatte auch in der Nacht zum Samstag, 23.?Juli 2016, Dienst – an der Tür des „Club 22". Das war jene Nacht, in der ein 22-jähriger Flüchtling aus Nigeria laut Staatsanwaltschaft eine damals 28-jährige Frau auf der Friedrich-Ebert-Straße vergewaltigt haben soll. Zudem soll er bereits 2015 mehrere junge Mädchen bei verschiedenen Anlässen begrapscht haben. Der Mann bestreitet alles. Der Türsteher berichtete, dass er in jener Nacht den Angeklagten vor dem Club 22 dabei beobachtet habe, wie er mit Freunden wahllos jede Frau angemacht habe. „So etwas habe ich zuvor noch nicht gesehen. Der war unheimlich frech", schilderte der 37-Jährige. Er habe zum Beispiel gesehen, wie der Angeklagte einer jungen Frau, die mit ihm nichts zu tun haben wollte, einfach die Schuhe ausgezogen habe. Ein Freund habe die Frau dabei festgehalten. (weiter geht es bei der HNA.de)
Hanau: Am Montagmorgen, gegen 6.30 Uhr, ist eine junge Frau von einem etwa 1,80 Meter großen schlanken Mann verfolgt und belästigt worden. In Höhe der Lautenschlägerstraße/ Französische Allee hielt der Fremde, der einen Bart hatte und eine weiße Kopfbedeckung trug, die Passantin fest und berührte sie unsittlich. Erst als ein Autofahrer kurz stoppte, ließ der nach Angaben des Opfers arabisch sprechende Täter los und flüchtete.
Nürnberg: In der vergangenen Nacht (23.03.2017) zeigte sich im Stadtteil Wöhrd ein Exhibitionist. Die Kriminalpolizei Nürnberg bittet um Hinweise zum Tatverdächtigen. Gegen 01:30 Uhr fuhr eine Frau mit ihrem Fahrrad entlang des Prinzregentenufers in Richtung Wöhrder See. Im Bereich der Unterführung am Wöhrder Talübergang trat der Radfahrerin ein unbekannter Mann in schamverletzender Weise entgegen. Anschließend entfernte sich der Täter in Richtung Kressengartenstraße. Täterbeschreibung: Ca. 185 cm groß, athletische Figur, südländisches Erscheinungsbild, dunkel gekleidet mit Wollmütze.
Mannheim: Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat gegen einen 20-Jährigen Anklage wegen des Verdachts der besonders schweren Vergewaltigung, der gefährlichen Körperverletzung und der Unterschlagung hoben. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, wir dem aus Algerien stammenden Mann vorgeworfen, am Morgen des 22. Juli 2016 eine Frau in der Mannheimer Neckarstadt angesprochen und bis vor ihr Wohnanwesen…
Wien: Die Frau war am 23. Jänner alleine auf dem Nachhauseweg. Schon in der U-Bahn fiel ihr auf, dass der Mann immer wieder in ihre Richtung blickte. Als sie gegen 2.00 Uhr in der U-Bahn-Station Margaretengürtel ausstieg, folgte ihr der Mann. Am Gaudenzdorfer Gürtel auf Höhe der Hofbauergasse packte der Täter die 21-Jährige und drückte sie gegen eine Hausmauer. Er zog ihr den Rock nach oben und fasst der Frau zwischen die Beine. Die 21-Jährige setzte sich heftig zur Wehr, konnte sich losreißen und davonlaufen. Eine Fahndung nach dem Verdächtigen verlief vorerst ergebnislos. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurden daher am Montag Fotos des mutmaßlichen Täters aus den Überwachungskameras der Wiener Linien veröffentlicht.
Nagold: Eine 19-Jährige ist am Mittwoch um die Mittagszeit in der Max-Eyth-Straße in Nagold von einem Unbekannten bedrängt worden.Die Frau war gegen 12.25 Uhr vom Lidl-Parkplatz aus die Treppe zur Max-Eyth-Straße hochgegangen, als sie bemerkte, dass sie von einem Mann verfolgt wird. Plötzlich kniff ihr der Unbekannte in den Po. Hierauf entschuldigte sich der Mann zunächst in gebrochenem Deutsch. Danach ging die junge Frau weiter auf dem Gehweg in Richtung Berufsschulzentrum. Hierbei bemerkte sie, dass der Unbekannte sie weiter verfolgte. In Höhe der Bushaltestelle schloss er zu ihr auf, packte die 19-Jährige und drehte sie gewaltsam zu sich herum. Er griff der jungen Frau durch den Hosenbund ans Gesäß. Die Geschädigte setzte zur Wehr und schlug dem Täter mit der Faust

ins Gesicht, sodass dieser die Flucht in Richtung des Wohngebiets Schleifmühle ergriff. Der Täter wird folgendermaßen beschrieben: Etwa 25 Jahre alt, 1,60 bis 1,70 Meter groß, schwarzes oder dunkelbraunes Haar mit "Undercut"- Frisur, rundes Gesicht mit hervortretenden Augen, Dreitagebart und südländischer Teint. Er spricht gebrochen Deutsch und war mit einem Pulli sowie hellen Jeans bekleidet. Er trug keine Jacke. Durch den Faustschlag dürfte er Verletzungsspuren im Gesicht aufweisen, möglicherweise trägt er auch ein Pflaster. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass der Täter im Raum Nagold wohnhaft ist.

https://www.pi-news.net/2017/04/erfurt-anderssprachige-quaelen-elfjaehrige/

Erfurt: "Anderssprachige" quälen Elfjährige

Eine Elfjährige wurde am Donnerstag gegen 18 Uhr in Erfurt von einer Gruppe ähnlich alter Jungen drangsaliert. Das Mädchen spielte hinter einem Wohnblock in der Herrmann-Brill-Straße, als ihr ein Junge einen Schlüsselbund entriss. Ein weiterer Junge kam laut Polizei hinzu und trat die Elfjährige gegen das Schienbein. Der dritte Halbstarke boxte und schubste das Mädchen, sodass sie stürzte und mit dem Kopf auf dem Boden aufschlug.
Sie schrie um Hilfe und ein Mann eilte zu dem Kind. Der Unbekannte wurde dann von einem Teenager aus der Gruppe ebenfalls angegriffen und ging daraufhin weg. Die Kinder und Jugendlichen beleidigten danach das Mädchen und schrien sie an. Einer der Jungen heizte die Stimmung weiter auf und feuerte die Kinder an. Danach flüchtete die Gruppe. Die Polizei sucht nun Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben und den Mann, der einschritt, um dem Mädchen zu helfen. Bei den Jungen handelt es sich um Kinder zwischen neun und 13 Jahren. Mit dem Mädchen sprachen sie deutsch, untereinander in einer anderen Sprache. Alle Jungen hatten eine "dunkle Hautfarbe, so die Beamten. Hinweise nimmt die Polizei unter folgender Telefonnummer entgegen: (0361) 744 30.
Focus-online lässt die dunkle Hautfarbe in seinem Artikel weg, bringt aber die "" andere Sprache". Die "Thüringer Allgemeine" berichtet von den Tätern nur als einer "" Gruppe Jugendlicher".

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen" der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Lünen: Schlimmer Zwischenfall in der „Esco-Bar" in Lünen: In der Nacht zu Sonntag eskalierte in der Bar eine Schlägerei – ein Mann (30) wurde dabei schwerstverletzt. Nun ermittelt eine Mordkommission. Gegen 1 Uhr herrschte zunächst normale Partystimmung in der Bar. Dann soll ein Mann (30) auf der Tanzfläche den Oberkörper entblößt haben. „Er soll sein Oberteil ausgezogen haben", sagt Henner Kruse, Pressesprecher der Dortmunder Staatsanwaltschaft. Plötzlich ging eine "Gruppe Nordafrikaner unvermittelt auf den Mann und andere Feiernde los. Dabei wurde der 30-Jährige durch einen Stich mit einer Glasscherbe oder einer abgebrochenen Flasche so tief in den Rücken gestochen, dass seine Lunge verletzt wurde. Andere Männer in der Bar, darunter der Wirt, griffen ein. Fünf bis sechs weitere Menschen wurden verletzt. Die alarmierte Polizei konnte wenig später zwei Verdächtige in der Nähe der Bar festnehmen. Der 30-Jährige kam ins Krankenhaus. Er ist mittlerweile außer Lebensgefahr. Gegen die beiden Festgenommen wurde nun Haftbefehl wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung erlassen. Es handelt sich um zwei

algerische Staatsangehörige (27, 22), die in Deutschland Asyl beantragt haben. Mindestens ein weiterer Verdächtiger ist noch auf der Flucht.
Duisburg: Vier Männer griffen am Mittwoch (29. März) gegen 12:20 Uhr einen Paketboten (28) unvermittelt an. Der 28-Jährige wollte ein Päckchen auf der Heerstraße ausliefern, als ihn die Unbekannten im Hausflur mit einem Schlagstock schlugen und mit einem Messer bedrohten. Nach einem Schlag ins Gesicht des einen Angreifers, flüchtete sich der Bote mit dem Paket in sein Auto und alarmierte die Polizei. Die Einsatzkräfte konnten die Schläger vor Ort nicht mehr ausfindig machen. Gesucht werden " vier dunkelhäutige Männer im Alter von 20 – 30 Jahren. Ein Täter war 1,95 m groß, dunkel bekleidet und trug ein rotes Käppi. Etwas kleiner, ebenfalls dunkel gekleidet war der Zweite. Er hatte eine Mütze auf dem Kopf. Die anderen Beiden können nicht beschrieben werden.
Dresden: Einen Dresdner (39) pöbelte der Tunesier an, fragte ob er ein „"Scheiß-Deutscher" sei. Danach versuchte Moutiaa R. ihm eine Bierflasche auf den Kopf zu schlagen. Das Innenministerium hätte den Intensivtäter längst ausgewiesen. Doch: „Die Staatsanwaltschaft hat nicht zugestimmt, das Verfahren gegen den Tunesier einzustellen. Darum können wir ihn nicht abschieben", bestätigt Behördensprecher Jan Meinel (43).
Und hier wieder ein paar Massenschlägereien von "Jugendlichen", "Männern", usw.
Halle: Auf dem Marktplatz sind am Mittwochnachmittag zwei Gruppen Jugendlicher aneinander geraten. Wie die Polizei mitteilte, ging ein " Syrer auf eine Gruppe von 15- bis 19-jährigen Deutschen zu und fragte nach einer Zigarette. Daraufhin kam es zum Streit. Demnach griff der 17-Jährige mehrere Mädchen an, schubste, warf mit einem Fahrrad und attackierte sie mit einem Elektroschocker. Begleiter des Angreifers versuchten ihn zurückzuhalten, was jedoch misslang. Anschließend stieß der 17-Jährige ein Mädchen gegen den Brustkorb, trat auf drei Jungen ein und schlug Einen mit der Faust ins Gesicht. Anschließend entfernte sich der Täter mit dem Rest seiner Gruppe vom Tatort.
Berlin: Rund " 50 Jugendliche und junge Männer gingen in Berlin-Spandau in einem Park aufeinander los. Als die Polizei kam, flüchteten die Kontrahenten. Noch unklar ist der Grund der Massenprügelei im Münsinger Park. Nach Polizeiangaben alarmierten Passanten gegen 19.15 Uhr die Beamten, nachdem „Jugendliche, Heranwachsende und junge Männer" aufeinander losgingen. Die Beteiligten sollen dabei mit Pfefferspray, Ledergürteln und Messern bewaffnet gewesen sein. Als die Polizisten eintrafen, türmten die Verdächtigen Richtung Rathaus Spandau. Im Lindenufer stellten die Beamten dann sechs Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren und zwölf Männer im Alter von 17 bis 23 Jahren. Ein 23-Jähriger hatte eine Hautabschürfung an der Hand, ein anderer 23-Jähriger klagte über Kopf-, Nacken- und Rückenschmerzen. Sie hatten auch gerötete Augen. Einer wurde vor Ort behandelt, der andere kam zur ambulanten Behandlung in eine Klinik. Waffen fanden die Beamten bei den 18 Überprüften nicht.
Chemnitz: Nach einer Auseinandersetzung am Mittwochabend sucht die Polizei nach dem Opfer.Nach ersten Erkenntnissen soll es gegen 20.30 Uhr im Bereich der Fahrstühle zum Kaufhof-Parkhaus zu einem Streit zwischen fünf Männern und dem späteren Opfer gekommen sein. Der Streit eskalierte und die mutmaßlichen Täter gingen unter anderem mit einem Schlagring und einem Messer auf ihr Opfer los. Dieses wurde dabei verletzt. Bei der anschließenden Fahndung konnte die Polizei fünf Verdächtige (" Libyer und Marokkaner) im Alter zwischen 18 und 24 Jahren in der Straße der Nationen stellen. Der 18-Jährige befindet sich noch im Polizeigewahrsam. Trotz intensiver und noch andauernder Suche konnte das Opfer nicht gefunden werden.
Erkner: Bei einer Schlägerei von etwa " 30 bis 40 Männern im Bahnhof Erkner (Oder-Spree) hat es mehrere Verletzte gegeben. Zumeist sei es bei Hautabschürfungen und Hämatomen geblieben, teilte die Bundespolizei in Berlin am Freitag mit. Ein Beteiligter mit Schlüsselbeinbruch und ein weiterer mit einem Schädel-Hirn-Trauma mussten jedoch ins Krankenhaus gebracht werden.

Wiesbaden: Gestern Abend kam es Zeugenangaben zufolge auf der Dotzheimer Straße im Bereich der Bushaltestelle Loreleiring zu einer Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen. Hierbei wurde mindestens ein beteiligter 15-Jähriger verletzt. Die Polizei wurde gegen 21:50 Uhr darüber informiert, dass sich an der genannten Örtlichkeit bis zu 20 Personen schlagen würden. Größtenteils wurden die Täter als jung, zwischen 16 und 18 Jahren, beschrieben. Laut Zeugenaussagen solle eine " Vielzahl der Beteiligten "südländisch" ausgesehen haben. Die eingesetzten Polizeistreifen konnten vor Ort keine Auseinandersetzung mehr feststellen. Der 15-Jährige wurde zur Untersuchung in ein Krankenhaus eingeliefert. Gegenüber der Polizei machte er nur vage Angaben zum SachverAhalt. Das Wiesbadener Haus des Jugendrechts hat die Ermittlungen übernommen und bittet Zeugen oder Hinweisgeber, sich unter der Rufnummer (0611) 345-0 zu melden.
Stendal: Ein Junge (16) zettelt eine Auseinandersetzung an – und plötzlich gehen " etwa 50 Personen aufeinander los! Auf dem Parkplatz in Stendal (Sachsen-Anhalt) ist es am Dienstagabend zu einer Massenschlägerei gekommen, an der zeitweilig bis zu 50 Menschen beteiligt waren. Ein 16-jähriger Teenager soll laut Polizei vor dem Netto-Markt in der Stadtseeallee gegen 20.30 Uhr einen Streit begonnen haben. „Dann wurde zunächst ein 20-Jähriger durch einen einzelnen Täter geschlagen", erklärt ein Polizeisprecher. Als der Mann sich wehrte, tauchte eine größere Gruppe auf. Er rannte davon, stürzte und wurde aus der Menschenmenge heraus getreten. Die Täter haben schließlich von ihm abgelassen und flüchteten. Das Opfer wurde ambulant ärztlich versorgt. Polizisten stellten später die Personalien von 19 mutmaßlichen Beteiligten fest. Die ganze Auseinandersetzung soll laut den Beamten von dem Jungen ausgegangen sein. „Das genaue Geschehen und dessen Hintergründe müssen wir aber noch ermitteln", heißt es.
Plauen: Wieder eine brutale Schlägerei auf dem Postplatz: Am Donnerstagabend sind auf dem zentralen Platz in Plauen " mehrere Ausländer aufeinander losgegangen. Wie die Polizei mitteilt, wurde dabei ein Iraker (23) mit Faustschlägen im Gesicht verletzt. "Auch ein 21-Jähriger Deutscher, der den Streit schlichten wollte, holte sich eine blutige Nase", so ein Polizeisprecher. Auch ein Linienbus wurde bei der Schlägerei in Mitleidenschaft gezogen: Er wurde durch einen Steinwurf beschädigt. Die Polizei konnte noch vor Ort einen Tunesier (25) als Haupttäter feststellen. Gegen ihn wird nun wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung ermittelt. Kurz nach Mitternacht musste die Polizei erneut zu Streitigkeiten in dem Asylbewohnerheim Kasernenstraße ausrücken. Der bereits auf dem Postplatz in Erscheinung getretene Tunesier randalierte in der Unterkunft. Dabei wurde ein Bewohner leicht verletzt. "Der 25-Jährige wurde deshalb in Gewahrsam genommen und verbrachte den Rest der Nacht in der Zelle", so die Polizei.
Stuttgart: Fünf Menschen wurden verletzt, zwei von ihnen schwer. Einer der Schwerverletzten habe laut Polizei eine Stichverletzung am Kopf erlitten und schwebe nach einer Not-OP noch in Lebensgefahr. Der zweite Schwerverletzte müsse am Montag operiert werden. Die drei weiteren Verletzten konnten das Krankenhaus demnach bereits wieder verlassen. Ein 22 Jahre alter " Flüchtling aus Syrien wurde als Tatverdächtiger festgenommen. Zu dem Streit zwischen den Männern im Alter von 18 bis 26 Jahren war es nach ersten Ermittlungen bereits in der Unterkunft im Stuttgarter Europaviertel gekommen. An der nahegelegenen Stadtbahn-Haltestelle bei der Stadtbibliothek eskalierte die Auseinandersetzung schließlich. Vermutlich sich die Kontrahenten dort getroffen, um den Streit zu klären. Dabei soll der Verdächtige ein Messer gezogen und seine Gegner angegriffen haben. Am Anfang seien zwischen 20 und 30 Männer an der Streiterei beteiligt gewesen, hieß es. Die Polizei rückte mit zeitweise bis zu 15 Streifenwagen an, um die Situation zu klären.
Mannheim-Oststadt: Eine Gruppe von sechs bis acht Jugendlichen beschädigten am Donnerstagabend im Stadtteil Oststadt mehrere geparkte Autos. Ein Zeuge beobachtete gegen 21 Uhr wie die Jugendlichen am Hans-Reschke-Ufer an der Haltestelle Fernmeldeturm aus einer Straßenbahn ausstiegen und sofort damit begannen, gegen die Scheiben der Haltestelle

zu schlagen. Anschließend nahmen sie Steine aus dem Gleisbett und warfen sie der davonfahrenden Straßenbahn hinterher. Danach warfen sie Steine auf die Terrasse eines Restaurants auf der gegenüberliegenden Straßenseite, ohne jedoch Personen zu verletzen. Zuguterletzt beschädigten sie zwei geparkte Autos, indem sie diese mit Steinen bewarfen, auf diese einschlugen und bespuckten. Aufgrund einer Personenbeschreibung von Zeugen, konnten wenig später drei Jugendliche im Alter von 13 bis 15 Jahren an der Kurpfalzbrücke festgenommen werden. Diese gaben zunächst falsche Personalien an und beschimpften die Beamten unter anderem als Nazis und beleidigten sie mit Ausdrücken der Gossensprache. Nachdem die polizeilichen Maßnahmen gegen die " drei Jugendlichen aus Nordafrika abgeschlossen waren, wurden sie in die Obhut einer Kinderwohneinrichtung in MA-Seckenheim übergeben.

Heiligenfiguren zerstört

Münster/Lüdinghausen: Unbekannte haben im Münsterland in den vergangenen sechs Monaten "zahlreiche Heiligenfiguren zerstört. Nach Angriffen auf Kunstwerke in einer Kirche und auf einer Brücke in Lüdinghausen ist die Zahl der beschädigten Figuren nun auf 62 angestiegen, wie die Polizei Münster am Montag mitteilte. Nach Angaben eines Sprechers waren bislang eher Figuren auf dem Land im Kreis Coesfeld betroffen. Erstmals wüteten die Täter jetzt in einer Kirche. Dabei schlugen die Unbekannten mit einem spitzen Gegenstand die Nase des Heiligen Christopherus ab. Auf einer Brücke traf es den Heiligen Nepomuk. In anderen Fällen schlugen die Täter die Hände ab. In Lüdinghausen wurden innerhalb von sieben Tagen sechs Heiligenfiguren beschädigt. Die Polizei vermutet, dass es sich um dieselben Täter handelt.

Drogenfachkraft bleibt uns erhalten

Das Landshuter Landgericht schickt einen 30 Jahre alten Asylbewerber aus Sierra Leone für sieben Jahre hinter Gitter. Er hatte in einer Landshuter Unterkunft Drogen an Schüler verkauft. Der 30-Jährige machte die Asylanten-Unterkunft in der Niedermayerstraße zur „ersten Adresse" für Marihuana-Deals. Vor allem Schüler und Jugendliche versorgte er mit Gras. Dafür handelte er sich, inzwischen mit einem Bleiberecht ausgestattet, vor der 6. Strafkammer des Landgerichts eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren ein.

In dem seit Ende Oktober letzten Jahres laufenden Prozess hielt Staatsanwältin Nina Wittig nach einer umfangreichen Beweisannahme die ursprüngliche Anklage für bestätigt. So habe der Angeklagte einem anderen Asylbewerber aus der Unterkunft in der Niedermayerstraße, der damals erst 17 Jahre alt gewesen sei, von April 2015 bis Februar 2016 bei zahlreichen Gelegenheiten jeweils zwischen einem und 25 Gramm Marihuana übergeben und ihn mit dem Verkauf – hauptsächlich an Schüler und Jugendliche – beauftragt. Die Einnahmen – zehn bis 20 Euro pro Gramm – habe der 17-Jährige an ihn abliefern müssen. In einer Reihe von weiteren Fällen habe der Sierra Leoner dann selbst an zwei erst 15 Jahre alte Schüler Mengen zwischen 0,5 und 25 Gramm Gras vertickt. Ab März 2016 hatten die Drogenfahnder der Landshuter Kripo den Dealer im Visier: Eine so genannte Vertrauensperson (VP) erstand bei mehreren Besuchen in der Unterkunft Mengen zwischen 0,5 und 70 Gramm Gras persönlich bei dem Angeklagten. Die Übergaben fanden dann meistens im Zimmer seines 37-jährigen Landsmanns statt, der für den 30-Jährigen auch als „Laufbursche" in Sachen Drogen und als Dolmetscher tätig gewesen sein soll und wegen Beihilfe mit auf der Anklagebank saß.

Auch den großen Coup, der am 21. März 2016 steigen sollte, hielt die Anklagevertreterin für erwiesen. Diesmal sollte ein Deal mit insgesamt 200 Gramm Kokain bester Qualität, den sich der 30-Jährige laut Anklage vermutlich bei einem Münchner Dealer beschafft und hinter einem Kühlschrank in seinem Zimmer versteckt hatte, über die Bühne gehen. Allerdings platzte dieses Geschäft, da die Vertrauensperson der Kripo die ihr überlassene Kaufsumme offenbar anderweitig „angelegt" hatte.

Der Angeklagte, " inzwischen mit einer Deutschen verheiratet und Vater eines Kleinkindes, hatte die Vorwürfe bereits zum Prozessauftakt vehement bestritten. An den Deals über den

minderjährigen Asylbewerber und mit den Schülern und Jugendlichen hatte aber die Kammer keine Zweifel. Die Aussagen der Schüler seien eindeutig, so Vorsitzender Richter Ralph Reiter. Es habe in der Unterkunft nicht nur ein schwunghafter Drogenhandel stattgefunden, man könne vielmehr schon von einem „Drogensumpf" reden.

https://www.pi-news.net/2017/04/berlin-fachkraft-zertruemmert-frau-den-kiefer/

Berlin: "Fachkraft" zertrümmert Frau den Kiefer

Mit obigem Video sucht die Berliner Polizei nach einer südländischen „Fachkraft", die am 19. März gegen 21.35 Uhr im Mauerpark in Berlin-Prenzlauer Berg eine 40-jährige Joggerin überfallen haben soll. Laut Polizeibericht hat der Mann der Frau von hinten einen Ziegelstein an den Kopf geschlagen. Als sie stürzte, trat er sie gegen Schulter und Kopf und schlug mehrmals mit dem Stein weiter auf sie ein. Er entriss ihr die Jacke mit einem darin befindlichen Smartphone. Das Opfer erlitt bei der brutalen Attacke schwere Kopfverletzungen und musste stationär behandelt werden. Vielleicht sollte die Schwerverletzte, sobald sie dazu in der Lage ist, Martin Schulz mal schreiben, wie es sich anfühlt, mit Menschen, die für ihn „wertvoller sind als Gold", Bekanntschaft zu machen. Die Polizei erbittet Hinweise unter der Tel. Nr. (030) 4664 – 173 114 oder an jede andere Polizeidienststelle.
Update: Der Täter wurde offenbar mittlerweile festgenommen, es soll sich um einen 17-jährigen Türken handeln.

https://www.pi-news.net/2017/04/offenburg-belaestiger-verpruegeln-helfer/

Offenburg: Belästiger verprügeln Helfer

Offenburg: Wie es letztlich zu den Verletzungen eines jungen Mannes am Montagabend kurz vor 20 Uhr kam, ist noch unklar. Fest steht, dass er kurze Zeit danach auf dem Polizeirevier in Lahr erschien und Anzeige erstattete. Nach eigenen Angaben hätte der 22-Jährige zuvor am Bahnhof beobachtet, wie zwei dem äußeren Erscheinungsbild nach jugendliche Mädchen von einem arabisch aussehenden Mann mehrfach angesprochen worden seien. Obwohl die jungen Frauen den Eindruck erweckt hätten, sich von dem Unbekannten bedrängt zu fühlen und das auch entsprechend artikulierten, hätte der vermeintliche Südländer nicht locker gelassen und die Frauen weiter bedrängt.
Der Beobachter sei seiner Äußerungen nach dazwischen gegangen und hätte versucht, dem Unbekannten erneut zu erklären, von den Mädchen abzulassen. Ein weiterer mutmaßlich arabisch aussehender Mann sei hinzugestoßen, wonach die beiden Tatverdächtigen den jungen Intervenienten mit Faustschlägen bis zum Bewusstseinsverlust niedergestreckt hätten. Nachdem er wieder zu sich gekommen war, seien sowohl die Mädchen als auch die beiden Angreifer nicht mehr vor Ort gewesen. Der junge Mann beschreibt den Haupttäter als etwa 40 bis 50 Jahre alt, zirka 180 cm groß und mit grauem Vollbart. Er hätte einen bunt-karierten Pullover und eine braune Jeans sowie Sportschuhe und eine Armbanduhr am linken Handgelenk getragen. Der zweite Angreifer soll zwischen 25 und 30 Jahre alt gewesen sein. Im Gegensatz zu seinem Begleiter trug er keinen Bart. Die Beamten des Polizeireviers Lahr haben die Ermittlungen aufgenommen und erhoffen sich nun Hinweise von Zeugen. Eine besondere Bedeutung käme hierbei den jungen Frauen zu, welche in den Vorfall verwickelt gewesen seien sollen. Informationen werden unter der Telefonnummer: 07821-277200 entgegengenommen.
Die Polizei Mannheim berichtet diese Woche von zehn "Männern", die ebenfalls einen Helfer sogar töten wollten:
Mannheim: Gemeinsame Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Mannheim und des Polizeipräsidiums Mannheim
Am Samstagabend, 11.03.2017, wurde ein 28-Jähriger in einer Bahn der OEG von mehreren jungen Männern zu Boden getreten und geschlagen, als er einer belästigten jungen Frau zu Hilfe kommen wollte. Der Geschädigte erlitt durch die Tat mehrere Frakturen. Das Polizeipräsidium Mannheim berichtete am 12.03.2017. Nach jetzigem Kenntnisstand der Ermittler sollen zwei der Täter auch mehrfach von einer Sitzbank auf den Kopf des Geschädigten gesprungen sein, aus diesem Grund geht die Staatsanwaltschaft Mannheim bei diesen von einem versuchten Tötungsdelikt aus. Im Verlauf der Ermittlungen konnte ein Tatverdacht gegen insgesamt zehn Tatverdächtige erlangt werden. Da sich nach der Veröffentlichung eines Zeugenaufrufs die geschädigte junge Frau, eine 24-Jährige, bei der Polizei meldete, konnten insgesamt drei junge Männer im Alter von 18 Jahren als Haupttatverdächtige identifiziert werden. Die Staatsanwaltschaft Mannheim erwirkte beim Amtsgericht Mannheim Durchsuchungsbeschlüsse für alle zehn Beschuldigte und Untersuchungshaftbefehle für die drei Hauptverdächtigen. Die Durchsuchungen wurden zeitgleich am 29. März durchgeführt, hierbei wurden zahlreiche Beweismittel aufgefunden und beschlagnahmt. Zwei der Hauptverdächtigen wurden angetroffen und verhaftet, ein dritter wurde nicht angetroffen und ist zur Zeit noch flüchtig. Nach ihm wird derzeit intensiv gefahndet. Die sieben weiteren Verdächtigen wurden nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wieder entlassen, sie erwartet eine Anzeige. Die beiden Verhafteten wurden am 29.03.2017 dem Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Mannheim vorgeführt. Dieser setzte auf Antrag der Staatsanwaltschaft Mannheim den gegen den einen Beschuldigten bestehenden Haftbefehl wegen Verdachts des versuchten Totschlags und der gefährlichen Körperverletzung und den gegen den anderen Beschuldigten bestehenden Haftbefehl wegen Verdachts der gefährlichen Körperverletzung in Vollzug. Anschließend wurden beide in Justizvollzugsanstalten eingeliefert.

Die Ermittlungen werden von der Staatsanwaltschaft Mannheim und dem Dezernat für Kapitaldelikte des Kriminalkommissariats Mannheim geführt.
Rückfragen bitte an:
Polizeipräsidium Mannheim
Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit
Thomas Habermehl
Telefon: 0621 174-1109
E-Mail: mannheim.pp.stab.oe@polizei.bwl.de
http://www.polizei-bw.de/
Bei dem in der Pressemitteilung erwähnten Zeugenaufruf vom 12.03.17 ist auch nur von “Jugendlichen” die Rede, ohne eine weitere Beschreibung.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling
Esslingen: Nach einem etwa 30 Jahre alten Mann fahndet die Polizei Esslingen, nachdem dieser am Donnerstagmorgen, gegen 7.40 Uhr, eine Frau angesprochen und unsittlich berührt hat. Die 43-jährige Frau war zu Fuß auf der Krämerstraße in Richtung Vogelsangstraße unterwegs, als ihr zwischen dem Drogeriemarkt und einem Restaurant der Mann entgegenkam. Dieser sprach die Frau an, die nicht auf ihn reagierte und weiterging. Plötzlich begrabschte der Mann sie von hinten an Brust und Po und flüchtete. Nach der Alarmierung eingeleitete polizeiliche Fahndungsmaßnahmen nach dem Mann blieben bislang erfolglos. Der Unbekannte wird als schlank, etwa 165 cm groß und von dunklem Teint beschrieben.
Stuttgart: Wegen Vergewaltigung steht ein Mann aus Magstadt vor Gericht. Das Opfer, eine Bekannte von ihm, soll aufgewacht sein, als sich der 22-Jährige an ihr verging. Sie soll ihn angeschrien und weggeschubst haben – vergeblich. Er bestreitet die Tat. Zu jener Zeit habe er stets zwei Unterhosen übereinander getragen. Gewechselt habe er sie selten. Seine Dusche habe er alle paar Tage benützt. Männer müssten Frauen respektieren. So gebiete es ihm seine Erziehung und seine Religion. Er sei nie Mädchen hinterhergelaufen, sie kämen zu ihm. Kondome benutze er nicht. Über Verhütung spreche er nicht. Solche Sätze sind im Protokoll eines Vergewaltigungsprozesses vor dem Stuttgarter Landgericht vermerkt. Mit derlei Aussagen, das ist unüberhörbar, gewinnt der Angeklagte bei der Richterin Manuela Haußmann keine Sympathie. Der 22-Jährige hatte ihr erklärt, dass „es normal ist, zwei oder drei Mädchen zu haben“. November des vergangenen Jahres soll der Mann in seiner Wohnung in Magstadt eine 20 Jahre alte Frau vergewaltigt haben. Die Staatsanwaltschaft hat den Abend wie folgt nachvollzogen: Sechs Frauen und Männer saßen in der Wohnung des Mannes, sie plauderten, hörten Musik, Joints kreisten. Dann gingen die Besucher, am Ende war nur noch die 20-Jährige da. Sie war müde, von den Drogen benommen und legte sich auf eine Matratze. Er legte sich zu ihr, fasste sie an. Sie schickte ihn fort und schlief ein. Sie erwachte, als sich der 22-Jährige an ihr verging. Sie schrie ihn an: „What the fuck are you doing?“ und stieß ihn fort – vergeblich, der Mann hielt sie fest und hörte nicht auf. „Sie will mein Leben zerstören, ich weiß nicht, warum“, sagt der Angeklagte. Er habe nichts getan, außer sich zu unterhalten, über Musik und seinen abgelehnten Asylantrag. Gegen vier Uhr in der Nacht habe er die Frau zum S-Bahnhof gebracht. Dreimal will er mit der 20-Jährigen Sex gehabt haben, zuletzt zwei Tage vor jener Nacht, auf dem Böblinger Flugfeld. „Dort haben viele Sex“, sagt er. Die Richterin Manuela Haußmann erbost, dass in den bisherigen Vernehmungen von Sex nie die Rede war. „Erst jetzt, nachdem das Untersuchungsergebnis da ist“, sagt sie. Die Verhandlung erschwert, dass der Mann aus Gambia stammt. Eine Dolmetscherin übersetzt in Englisch, die Amtssprache Gambias. Wie viel der 22-Jährige versteht von dem, was in Juristensprache gesprochen wird, ist völlig ungewiss. Denn er hat nie eine Schule besucht, hat nie gelernt zu lesen und zu schreiben. Die Familie war arm, der Vater ist früh gestorben. Sein Beruf sei Treckerfahrer, sagt der 22-Jährige und erzählt, dass er zum ersten Mal mit 15?Jahren ausgereist sei, nach Mauretanien, um Geld für die Schwester und die Mutter zu verdienen. Er arbeitete auf einer Farm in Libyen, verkaufte Wasser im Niger. Ein Freund verhalf ihm zu einer Schiffsreise nach Italien. Dort fand er keine Arbeit, reiste weiter nach Deutschland, beantragte Asyl und bekam den Status der Duldung zugesprochen. Er fand Arbeit als Küchenhilfe, allerdings nicht lang, denn einen Monat später wurde er bereits verhaftet. Es war bereits seine zweite Verhaftung: Das Böblinger Amtsgericht hatte den 22-Jährigen schon zu zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Grund: Er hatte eine Wodkaflasche zerschlagen und mit dem scharfkantigen Hals einen Bekannten angegriffen und verletzt. Nach einem Jahr und zwei Monaten kam er frei, auf Bewährung. Noch im Gefängnis bekam er den Bescheid zugestellt, dass sein Asylantrag abgelehnt worden sei. Die Flasche sei umgefallen und zerbrochen, sagt der 22-Jährige, und er habe nichts getan. Jetzt sei es genau wie damals. „Erst habe ich Freunde, dann machen sie mir Probleme“, sagt der Angeklagte. „Ich verstehe das nicht.“
Garmisch-Partenkirchen: Eine junge Frau machte sich nach einem Discobesuch in Garmisch-Partenkirchen auf den Heimweg, als sie plötzlich von hinten angegriffen wurde. Ihr Handy rettete sie wohl vor Schlimmerem. Es war bereits am frühen Sonntagmorgen, als sich der Vorfall ereignete. Die Polizei teilt ihn jedoch erst in ihrem aktuellen Pressebericht vom Donnerstag mit.Demnach befand sich die 24-Jährige gegen 4 Uhr auf dem Nachhauseweg von einer Discothek. Zwei bislang unbekannte Täter näherten sich ihr an der Hindenburgstraße von hinten, mindestens einer von ihnen attackierte die 24-Jährige und brachte sie zu Fall. Dabei wurde sie leicht verletzt. Wie die Polizei berichtet, konnte die 24-Jährige mit ihrem Handy Hilfe herbeirufen und so die Täter vertreiben. Diese flüchteten in Richtung Hauptstraße. Gemäß den Angaben der jungen Frau müssten ihr die Täter am Rathausplatz bis zur Hindenburgstraße gefolgt sein. Die Motivation des Angriffs ist derzeit noch nicht geklärt. Die Frau selbst war bekleidet mit einer schwarzen Jeanshose, die an den Knien mit Löchern durchsetzt ist, einer schwarzen Lederjacke und einer braunen Strickjacke. Die Täter werden wie folgt beschrieben: Täter 1: Etwa 180 cm groß, schwarzafrikanisches Aussehen, schwarze kurze Haare, normale Statur, bekleidet mit ausgewaschener Jeans und schwarzer Jacke ohne Kapuze und dunklen Sportschuhen. Täter 2: Schwarzafrikanisches Aussehen, kurze dunkle Haare, Oberbekleidung ähnlich einem Jeanshemd.
Stuttgart: Ein Unbekannter hat am Donnerstagvormittag in einem Geschäft an der König-Karl-Passage (S-Bad Cannstatt) einer 31-jährigen Frau seinen Penis gezeigt und ist anschließend geflüchtet. Wie die Polizei berichtet, bemerkte die 31-jährige Kundin gegen 10 Uhr, dass ihr der Unbekannte im Laden hinterherging. Als sie sich nochmals zu ihm umdrehte, stand er vor einem Regal und onanierte. Die 31-Jährige wandte sich an eine Verkäuferin, woraufhin der Unbekannte den Laden verließ und zu Fuß in Richtung Bahnhof Bad Cannstatt flüchtete. Der Mann war zirka 30 Jahre alt und 1,80 Meter groß. Er trug eine hellblaue Jeans, einen hellgrauen Pullover, einen schwarzen Rucksack und eine Sonnenbrille. Er hatte kurze, schwarze Haare und einen südländischen Teint.
Bad Homburg: Eine 15-jährige Schülerin wurde am Mittwochmorgen in einem Linienbus von einer männlichen Person belästigt. Das Mädchen befand sich gegen 07:00 Uhr auf dem Weg von Glashütten-Schloßborn nach Königstein, als sich ein Mann neben sie setzte, sich anzüglich verhielt und sie beim Verlassen des Busses in ehrverletzender Art und Weise anfasste. Der Täter konnte im Rahmen einer Fahndung in Königstein festgenommen werden. Es handelt sich um einen 36-jährigen Mann algerischer Herkunft. Dieser wurde nach einer ärztlichen Begutachtung in eine psychiatrische Klinik eingewiesen.
Kant-Lintfort: Unbekannter begrabschte Mädchen (15) an der Moerser Straße. Der Mann soll am Samstagabend drei Mädchen im Alter von 15 und 16 Jahren an der Moerser Straße Ecke Friedrichstraße angesprochen habe. Ein Mädchen (15) berührte er dabei auch unsittlich.Als das Mädchen sich dagegen wehrte, floh der Mann auf einem Mountainbike in Richtung Montplanetstraße. Nun sucht die Polizei nach dem Unbekannten. Er soll zwischen 40 und 50 Jahre alt sein, etwa 165 bis 170 Zentimeter groß sein sowie eine korpulente Figur haben. Laut Polizei sieht er südländisch aus, hat braune Augen und trägt einen Oberlippen- und Kinnbart.
Graz: Sonntagfrüh wurde eine 24-jährige Grazerin von einem Unbekannten sexuell belästigt. Die junge Frau blieb unverletzt und kam lediglich mit dem Schrecken davon.Die 24-Jährige war gegen 05.00 Uhr früh gerade von einem Lokalsbesuch auf dem Weg nach Hause, als sich ihr ein Mann mit dunkler Hautfarbe in den Weg stellte.Noch bevor die Frau das Wohnhaus betreten konnte, schnitt der Mann ihr den Weg am und führte sexuelle Handlungen an sich selbst durch. Danach ergriff der Unbekannte die Flucht.
Alzey: Am Donnerstag, gegen 17.45 Uhr, befand sich eine 14-Jährige aus Alzey in Alzey in der Spießgasse und lief von dort aus in die Ebertstraße. Obwohl sie hierbei Musik hörte fiel ihr auf, dass ihr im Abstand von mehreren Metern ein Mann folgte. In Höhe des „Gänsebrückelche“ (Freiherr-vom-Stein-Straße) umfasste sie der Mann plötzlich von hinten und berührte sie unsittlich. Die Alzeyerin konnte sich aus der Umfassung herauswinden und stieß den Angreifer von sich weg. Dieser floh dann durch das Gänsebrückelche in Richtung Ernst-Ludwig-Straße. Der Angreifer wird als ca. 190 cm großer Südländer mit halblangen, schwarzen Haaren beschrieben.

https://www.pi-news.net/2017/04/paris-moslem-schmeisst-juedin-vom-balkon/

Paris: Moslem schmeißt Jüdin vom Balkon

Am frühen Dienstagmorgen drang ein mittlerweile von der Polizei als „psychisch gestört“ eingestufter Moslem in die Wohnung der 67-jährigen Sarah Lucy Halimi (kl. Foto) im 11. Pariser Arrondissement ein. Zuvor soll er schon angekündigt haben seine Nachbarin töten zu wollen. Sie hatte einen Verwandten des Täters wegen Belästigung und Bedrohung angezeigt. Der 27-Jährige überraschte die alte Dame im Schlaf, stach mehrfach auf sie ein und warf sie dann unter Allahu Akbar-Geplärr vom Balkon im dritten Stock des Hauses. Die Polizei war zwar vor Ort, wartete aber während des Mordes auf Verstärkung.

(Von L.S.Gabriel)

Nach vollbrachter Tat konnte der Tobende überwältigt werden. Bei der Polizei gab er dann an, er müsse „Ungläubige“ töten, das fordere der Koran. In unseren Medien fand dieser Fall keine Beachtung, vermutlich damit „die Rechtspopulisten” das eindeutige Hassverbrechen nicht „missbrauchen”. Und außerdem ist es ja nur ein weiterer Kollateralschaden der bunten Weltoffenheit.

In ganz Europa wird das Pflaster, dank der islamischen Invasion, immer heißer für Juden. Am Freitag wurde eine Frau aus Sachsen-Anhalt, die von einer Israelreise heimkehrte, am Berliner Flughafen Schönefeld von Arabern bedrängt und mit antisemitischen Parolen bedacht.

Der Berliner Kurier schreibt:

Als die Frau als erste in die Ankunftshalle trat, rief die Gruppe der jungen Männern „Free, free Palestine“. Die Männer bildeten ein schmales Spalier, durch das die Frau hindurchlaufen musste. Sie meldete die bedrohliche Situation dem Sicherheitsdienst. Später stellte sie fest, dass jemand eine brennende Zigarette in ihren Rucksack geworfen hatte.

Fast täglich werden bei uns derzeit Tote aus Gebüschen oder Gewässern gezogen, Frauen betatscht, bedroht, vergewaltigt und auch Männer zusammengeschlagen, erstochen oder sonst wie drangsaliert. Wer sich als Christ oder Jude offen zu erkennen gibt hat schon in der Schule um sein Leben zu fürchten. Niemanden schert das, den Systemmedien sind die Opfer islamischer Täter meist nur eine Randnotiz wert. Auch der Terrorangriff in Stockholm verblasst schon wieder. Denn Gott sei Dank gab es ja einen Giftgasangriff in Syrien. Darunter kann man wunderbar die heimischen Opfer der Moslem-Invasoren medial verschwinden lassen.

https://www.pi-news.net/2017/04/illegale-einwanderung-erhoeht-terrorgefahr/#more-562611

Illegale Einwanderung erhöht Terrorgefahr

Der usbekische Terrorist Rohkmat A. (39) ist offenbar in der Zeit vor dem LKW-Anschlag in Stockholm untergetaucht. Er hatte sich für Behördenpost eine Scheinadresse zugelegt, an der er nicht wohnte. An Geld kam er durch Schwarzarbeit beim Gebäudeabbruch, wo er gut bezahlte Asbest-Entsorgungsjobs annahm. Er bewarb sich mit dem Hinweis, über Erfahrungen mit Sprengstoff zu verfügen. Sein 2014 gestellter Antrag auf Arbeitserlaubnis bzw. Bleiberecht oder gar schwedische Staatsbürgerschaft wurde im Juni 2016 abgelehnt. Er

wurde polizeilich gesucht zwecks Abschiebung. Die schwedische Polizei geht von mindestens 3000 weiteren abgetauchten Illegalen alleine in Stockholm aus. Offensichtlich ist den europäischen Gutmenschenregierungen nicht bewußt, welche Risiken sie mit illegaler Einwanderung produzieren.
Ein illegaler Einwanderer, der in Schweden nichts verloren und nichts mehr zu verlieren hat, kann innerhalb kurzer Zeit zur tickenden Zeitbombe werden. Dies trifft insbesondere auf islamische Asylsucher zu, die mit dem IS sympathisieren. Auch dieser Risikofaktor lag bei Rohkmat A. vor, wobei er es verstand, seine extremistischen Ansichten durch einen westlichen Lebensstil sogar vor Landsleuten zu verbergen.
Nicht nur Schweden, auch Deutschland ist randvoll mit illegalen Ausländern, die ratzfatz zu Gefährdern werden können. In einem Europa ohne Grenzen ist der Terror hausgemacht.
Die Todesopfer vom 2. April 2017 sind ein schwedisches Mädchen (11), das auf dem Schulweg war, ein weiterer schwedischer Staatsbürger, eine belgische Touristin (31) und ein Brite. Von den 15 Verletzten befinden sich zehn noch im Krankenhaus. Darunter eine 83-jährige aus der rumänischen Bettelmafia.
Der schwedische Ministerpräsident Stefan Lofven (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) taucht mit roten Rosen und Bodyguards am Tatort auf:
Update: Laut FAZ soll Lofven "frustriert" sein, weil es mit der Abschiebung des Usbeken nicht geklappt hat:
„Das frustriert mich", sagte der Sozialdemokrat Löfven am Sonntag bei einem Kongress seiner Partei in Göteborg. Ein Nein müsse eine Abschiebung zur Folge haben. „Wir müssen die Möglichkeiten verbessern, das durchzusetzen."

https://www.pi-news.net/2017/04/peinlich-fuer-medien-talkshows-und-politiker-bloggerin-entlarvt-kriminalstatistik/

Peinlich für Medien, Talkshows und Politiker: Bloggerin entlarvt Kriminalstatistik

Jeweils im April beschäftigen sich Bund und Länder mit der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des Vorjahres. Die Ergebnisse werden regelmäßig im Mai veröffentlicht (2013, 2014, 2015). Die bundesweite PKS 2016 steht also kurz bevor. Die Hamburger Journalistin und Bloggerin Ines Laufer hat sich die PKS 2015 genauer angesehen und mit den entsprechenden Medienmeldungen und Talkshowbeiträgen verglichen. Ergebnis: Es werden am laufenden Band Fake News zur Kriminalstatistik produziert. Sie schreibt: *Wer aber behauptet, Flüchtlinge seien nicht krimineller als Deutsche, der muss das belegen können. Darum bin ich gemeinsam mit einem Freund in die Tiefen der entsprechenden Statistiken abgetaucht, um jene Belege zu suchen. Doch was wir fanden, sind schlüssige Beweise des Gegenteils. Wir fanden Fakten, die meine persönlichen, schlimmsten Befürchtungen um ein Vielfaches übertreffen.*
Was kann man aus Ines Laufers Analysen lernen?
Dunkelfeld
Die Polizeiliche Kriminalstatistik gibt nicht die wahren Verhältnisse wieder, da das Dunkelfeld ausgeklammert wird.
Aufklärungsquote

Von den angezeigten Straftaten wird wiederum nur ein Bruchteil aufgeklärt. Gerade die unaufgeklärten Fälle sind es aber, in denen es die Opfer mit unbekannten, fremden Tätern und überfallartigen Angriffen zu tun hatten. Bei den Sexualstraftaten kennen beispielsweise über 30% der Opfer den Täter nicht. Gerade in den stark bereicherten Ballungszentren sind die Aufklärungsquoten mager. Häufig wird bei solchen Fahndungen nach Gewalttätern mit "südländischem Erscheinungsbild" oder "dunklem Teint" gesucht.

Bevölkerungszusammensetzung

Ermittelt die Polizei Tatverdächtige, so wird nach Deutschen und Ausländern unterschieden. Neuerdings wird in der Gruppe der Ausländer auch noch nach Zuwanderern unterschieden. Darunter versteht man Asylanten, Asylbewerber, Flüchtlinge, Illegale und Geduldete. Der vom Staat gestattete Familiennachzug wiederum wird zu den Ausländern zählt.

Eine wichtige Fehlerquelle: Unter den deutschen Tatverdächtigen befinden sich in der PKS sämtliche Eingebürgerte mit Migrationshintergrund bzw. Personen mit Doppelpass. Zunehmend werden die Nachkommen eingewanderter Eltern aufgrund des geänderten Staatsbürgerrechts automatisch zu Deutschen umdeklariert. Derzeit leben in Deutschland 17,1 Mio. Personen mit Migrationshintergrund, davon 9,1 Mio. Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. 8 Mio. Migranten werden also durch deutsche Pässe getarnt (davon 4,3 Mio. mit Doppelpass). Die Kriminellen dieser getarnten Migrantengruppe fließen in unlauterer Weise in die Kriminalstatistik der Deutschen mit ein.

Vergleich der Straffälligkeit Deutsche / Ausländer

Ein direkter Vergleich von Deutschen und Migranten ist wegen der oben beschriebenen Mogelei nicht möglich. Trotz dieses Mankos sind die von Ines Laufer angestellten Vergleiche sehr aufschlussreich:

- **Straffälligkeit der deutschen Bevölkerung: 2%**
- **Straffälligkeit der ausländischen Bevölkerung: 5,55%**
- **Straffälligkeit der Zuwanderer: 10%**

Anders ausgedrückt:

- **20 Tatverdächtige unter 1000 Deutschen**
- **55 Tatverdächtige unter 1000 Ausländern**
- **100 Tatverdächtige unter 1000 Zuwanderern**

Überfallartige Vergewaltigungen durch Einzeltäter PKS 2015

- **455 tatverdächtige Deutsche = 6,2 TV pro 1 Mio. Einwohner**
- **85 tatverdächtige Zuwanderer = 85 TV pro 1 Mio. Einwohner**

Zuwanderer sind 14 mal häufiger tatverdächtig bei überfallartigen Vergewaltigungen als Deutsche. Auf 100 tatverdächtige Deutsche kommen 1370 tatverdächtige Zuwanderer.

Gruppenvergewaltigungen PKS 2015

- **241 tatverdächtige Deutsche = 3,3 TV pro 1 Mio. Einwohner**
- **61 tatverdächtige Zuwanderer = 62,9 TV pro 1 Mio. Einwohner**

Unter einer Million Asylbewerber befinden sich 19 Mal mehr Gruppenvergewaltiger als bei einer Million Deutscher. Auf 100 deutsche Tatverdächtige kommen 1900 tatverdächtige Zuwanderer als Gruppenvergewaltiger.

Überfallartige Vergewaltigungen einzeln und in Gruppen PKS 2015

- **502 tatverdächtige Deutsche = 7 TV pro 1 Mio. Einwohner**
- **270 tatverdächtige Ausländer = 31 TV pro 1 Mio. Einwohner**
- **91 tatverdächtige Zuwanderer = 94 TV pro 1 Mio. Einwohner**

Vergewaltigung und sexuelle Nötigung PKS 2015

- **3944 TV Deutsche = 54 TV pro 1 Mio. Einwohner**
- **1952 TV Ausländer = 223 TV pro 1 Mio. Einwohner**

- **456 TV Zuwanderer = 470 TV pro 1 Mio. Einwohner**

Gewaltkriminalität PKS 2015

- **111.125 TV Deutsche = 1.510 TV pro 1 Mio. Einwohner**
- **13.630 TV Zuwanderer = 13.620 TV pro 1 Mio. Einwohner**

Gefährliche und schwere Körperverletzung PKS 2015

- **91.161 TV Deutsche = 1.240 TV pro 1 Mio. Einwohner**
- **43.355 TV Ausländer = 4.983 TV pro 1 Mio. Einwohner**
- **10.311 TV Zuwanderer = 10.630 TV pro 1 Mio. Einwohner**

Die gesamte Analyse von Ines Laufer mit noch vielen weiteren Aspekten gibt es hier:

- » Analyse PKS 2015 (Bund)
- » Analyse PKS 2016 für NRW, Baden-Württemberg und Bayern

12. April 2017, 14:11 Uhr

Dortmund

Anschlag auf BVB-Bus - Ermittler nehmen Verdächtigen fest

Die Bundesanwaltschaft hat neue Details zum Anschlag in Dortmund bekannt gegeben. Ermittler haben zwei Wohnungen durchsucht, die Spuren führen in die islamistische Szene.

Die Polizei hat im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den BVB-Mannschaftsbus einen Verdächtigen festgenommen. Insgesamt gebe es zwei Verdächtige, sagte die Sprecherin der Bundesanwaltschaft, Frauke Köhler, in Karlsruhe. Sie sprach von einem terroristischen Hintergrund der Tat und möglichen islamistischen Bezügen. Die Wohnungen der Verdächtigen seien durchsucht worden.

Am Dienstagabend gegen 19.15 Uhr waren drei Sprengsätze neben dem Mannschaftsbus von Borussia Dortmund explodiert. Die Mannschaft war darin auf dem Weg ins Stadion zum Champions-League-Spiel gegen den AS Monaco.

Die Sprengsätze waren laut Bundesanwaltschaft mit Metallstiften versehen; einer der Metallstifte bohrte sich in eine Kopfstütze. Nach SPIEGEL-Informationen minderte der Umstand, dass die Sprengsätze unter einer Hecke platziert waren, ihre zerstörerische Kraft. Dennoch lag die Sprengwirkung bei mehr als hundert Metern.

Im Video: Statement der Bundesanwaltschaft

Die Detonationen verletzten BVB-Innenverteidiger Marc Bartra und einen Polizisten. Bartra brach sich eine Speiche im rechten Handgelenk und wurde inzwischen operiert, laut BVB-Präsident Reinhard Rauball verlief die Operation gut. Der Polizist fuhr auf einem Motorrad vor dem Bus. Der Beamte erlitt ein Knalltrauma, einen Schock und ist derzeit nicht dienstfähig.

Am Tatort wurden drei textgleiche Bekennerschreiben gefunden. Darin wird der Abzug von Bundeswehr-Tornados aus Syrien gefordert. Die Flugzeuge sind in der Türkei stationiert und

kommen im Kampf gegen die Terrormiliz "Islamischer Staat" zum Einsatz. Zudem wird gefordert, die US-Basis Ramstein in Rheinland-Pfalz zu schließen.
Es wird weiterhin behauptet, dass die deutschen Kampfflugzeuge daran beteiligt seien, Muslime im Kalifat des "Islamischen Staates" (IS) zu ermorden. Weiter heißt es, ab sofort stünden Sportler und andere Prominente "in Deutschland und anderen Kreuzfahrer-Nationen" auf einer "Todesliste".
Das Dokument trägt keine Unterschrift und keine Symbole der Terrormiliz IS. Ungewöhnlich für Islamisten wäre nicht nur die Tatsache, dass ein Bekennerschreiben am Tatort hinterlassen wurde. Ungewöhnlich wäre auch, dass darin konkrete Forderungen gestellt werden.

Bundeskriminalamt ermittelt

An der Echtheit eines anderen Bekennerschreibens, das auf der Seite Indymedia veröffentlicht worden war, haben die Ermittler erhebliche Zweifel. Diese Einschätzung deckt sich mit einer Mitteilung der Indymedia-Betreiber. Diese halten das Schreiben für einen Nazifake. "Weder Inhalt noch Sprache deuten auf einen linken Hintergrund hin, deshalb haben wir es bereits sehr kurz nach der Veröffentlichung gelöscht."
Der Eintrag hatte einen linksextremistischen Hintergrund der Tat behauptet: Der Bus sei als "Symbol für die Politik des BVB" attackiert worden, der sich nicht genügend gegen Rassisten, Nazis und Rechtspopulisten engagiere.
Die Bekennerschreiben werden überprüft; daran sind unter anderem Islamwissenschaftler beteiligt. Es ist denkbar, dass die tatsächlichen Täter bewusst eine falsche Spur legen und den Verdacht auf Islamisten lenken wollen.
Die Bundesanwaltschaft hat den Fall an sich gezogen. Sie hat das Bundeskriminalamt (BKA) gebeten, die Ermittlungen zu übernehmen. Das BKA ist laut Köhler schon seit der Nacht in Dortmund vor Ort.

Kraft und de Maizière fahren zum Spiel

Das Spiel wurde auf den heutigen Mittwoch verlegt (18.45 Uhr, High-Liveticker SPIEGEL ONLINE; TV: Sky). Die Sicherheitsvorkehrungen für die Partie wurden verschärft.
Bundeskanzlerin Angela Merkel ist nach den Worten von Regierungssprecher Steffen Seibert "entsetzt" über den Sprengstoffanschlag. "Das ist eine widerwärtige Tat", sagte Seibert. In einem Telefonat mit dem BVB-Geschäftsführer Hans-Joachim Watzke sprach Merkel dem Verein ihre Solidarität aus.
Merkel wird nicht nach Dortmund zum Spiel fahren. Dafür werde Bundesinnenminister Thomas de Maizière aus Solidarität anreisen, sagte ein Sprecher des Ministeriums. Laut Regierungssprecher Steffen Seibert repräsentiert de Maizière die gesamte Bundesregierung.
Auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft plant, sich das Spiel im Stadion anzusehen.
Die Urheber des Attentats wollten nach Einschätzung von Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) mit ihrer Tat "eine größtmögliche Öffentlichkeit" erzielen. Man müsse davon ausgehen, dass die Täter weitere Anschläge ankündigen werden, sagte Jäger.
ulz/jdl/dpa/AFP

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/borussia-dortmund-ein-verdaechtiger-nach-anschlag-festgenommen-a-1143065.html

https://www.fischundfleisch.com/ineslaufer/die-gewalt-und-kriminalitaet-der-fluechtlinge-explodiert-doch-wen-interessierts-32869

InesLaufer

Die Gewalt und Kriminalität der "Flüchtlinge" explodiert - doch wen interessierts?

Vielleicht erinnert sich noch der ein oder andere an die äußerst beruhigende Schlagzeile der Süddeutschen, die im Dezember titelte: "Flüchtlinge begehen weniger Straftaten". Die Straftaten von Flüchtlingen gingen zurück und die meisten Taten seien *Bagatelldelikte wie Schwarzfahren*. Ein recht plumper Versuch der Schreiber Pinkert und Strozyk, mit #Fakenews die Fakten der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung ins Gegenteil zu verkehren.

Nun erscheint die bundesweite polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) voraussichtlich erst im Mai, aber die Zahlen der ersten drei Quartale des Jahres 2016 zeigen bereits eine deutliche Tendenz:

Im gesamten Jahr 2015 waren die "Flüchtlinge" an 208.000 erfassten Straftaten beteiligt, im Monat durchschnittlich also an 17.330 Taten*.**

In den ersten neun Monaten des Jahres 2016 waren es aber schon 214.600 Straftaten, im Monat also durchschnittlich 23.845.

Das bedeutet eine durchschnittliche Steigerung von knapp 38%.

Die Zahl der "Flüchtlinge" stieg im gleichen Zeitraum um knapp 25%.

Das bedeutet einen Anstieg der allgemeinen "Flüchtlings"-Kriminalität von 13% gegenüber 2015.

Anstieg der sexualisierten Gewalttaten um 100%

Im Jahr 2015 wurden 1.688 Sexualdelikte aufgeklärt, die von "Flüchtlingen" begangen wurden. Das waren durchschnittlich über 140 im Monat.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2016 entfielen 1,3% der 214.600 "Flüchtlings"-Straftaten auf sexualisierte Gewaltdelikte (Missbrauch, Nötigung, Vergewaltigung etc).

Das sind 2.789 Taten, also knapp 310 im Monat, und somit eine Steigerung um rund 100% gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres - bei einer Zunahme der "Asylbegehrenden" um lediglich 25%.

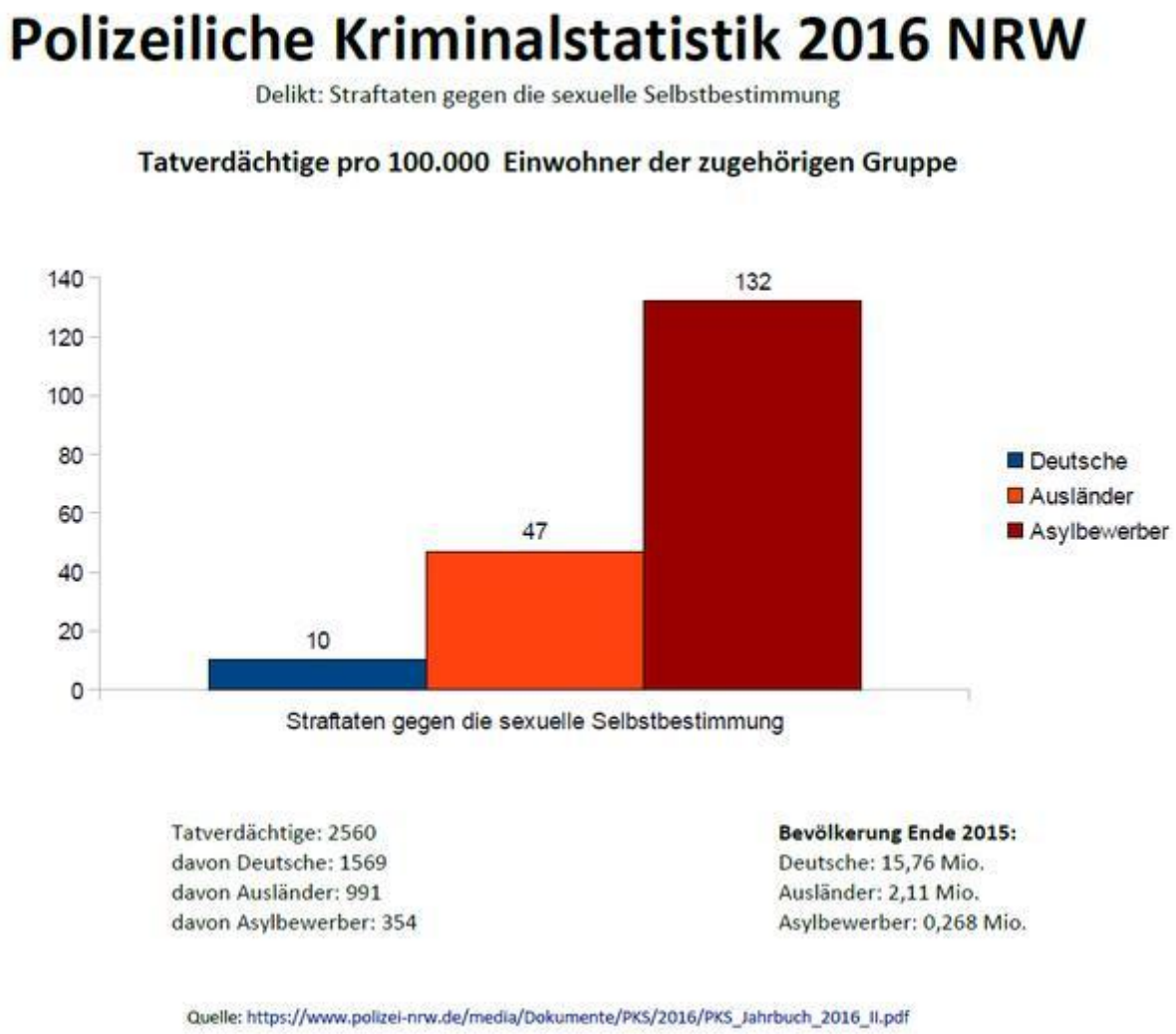
2.789 erfasste Taten (und damit Opfer) der sexualisierten "Flüchtlings"-Gewalt in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 bedeuten mehr als 10 erfasste Opfer am Tag.

In meiner Abhandlung zur extremen Flüchtlingskriminalität erläutere ich im Kapitel D.), wie es anhand des Wissens um die Aufklärungsquoten und das kriminologische Dunkelfeld möglich ist, die tatsächliche Opferzahl zu berechnen.

Auf dieser Berechnungsgrundlage haben die "Flüchtlinge" in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 etwa 11.620 tatsächliche Opfer sexualisierter Gewalt zu verantworten - das sind rund 43 am Tag.
All diese Opfer waren und sind vermeidbar - denn sie wurden nur möglich durch die unter Beugung und Missachtung von geltendem Recht von Kanzlerin Merkel und der Bundesregierung geförderten Massenmigration einer kriminellen, gewalttätigen, nicht integrierbaren Gruppe von Menschen. Für einen akribisch recherchierten Blick hinter die Kulissen der politischen Entscheidungen hinter diesem Staatsversagen empfehle ich das aktuelle Werk des WELT-Journalisten Robin Alexander, "Die Getriebenen".

Nordrhein-Westfalen: "Flüchtlinge" bei sexualisierter Gewalt über eintausendzweihundert Prozent krimineller als Deutsche.

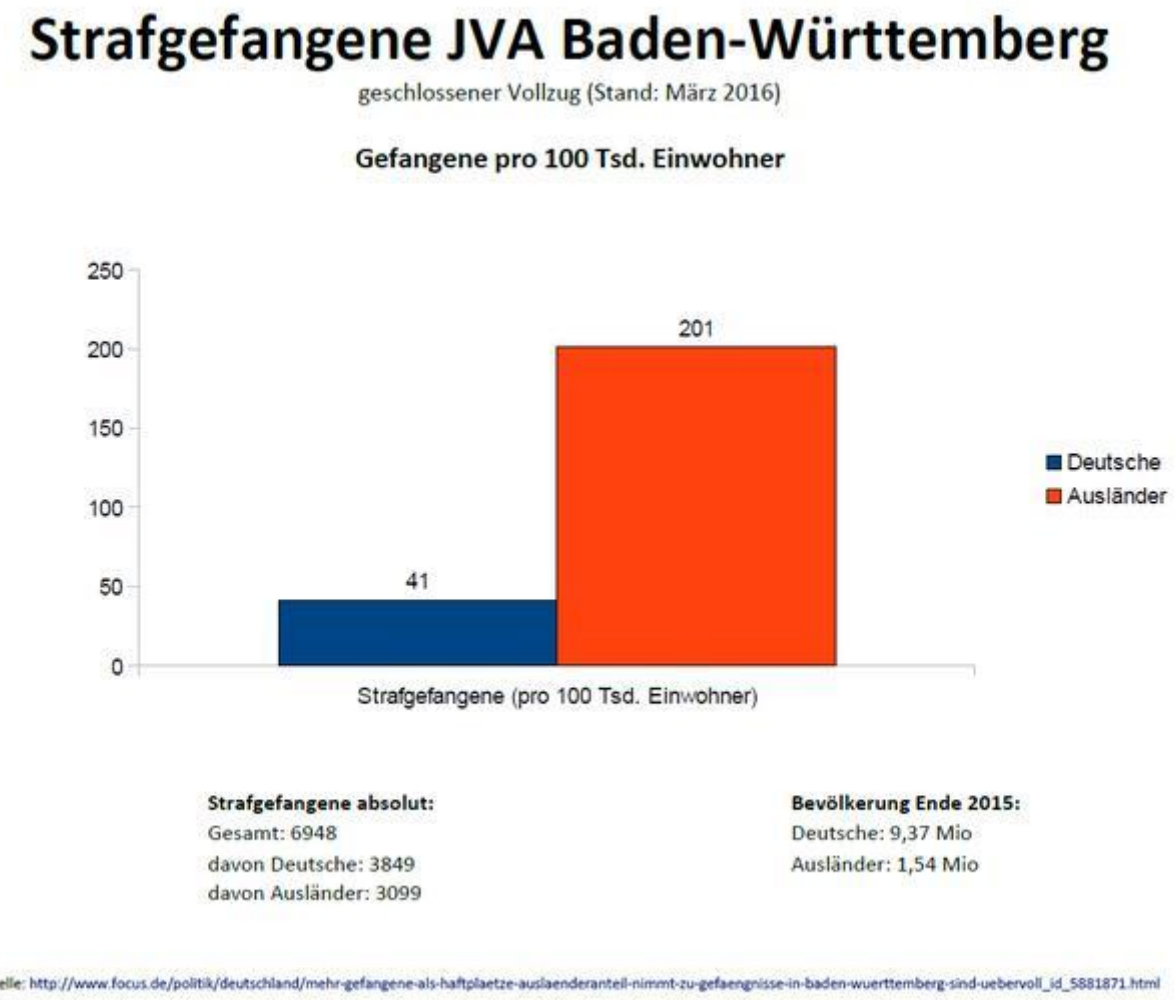
Nach und nach gelangen die Kriminalstatistiken der einzelnen Bundesländer für das Jahr 2016 an die Öffentlichkeit und sind - zumindest den Lokalmedien - die eine oder andere Meldung wert - und sei es nur zum Zweck der Beschwichtigung.
So titelte der Kölner Stadtanzeiger hinsichtlich der aktuellen Zahlen aus NRW: "Drastisch mehr Vergewaltigungen – Meiste Tatverdächtige sind Deutsche" und suggeriert damit, die gestiegene Zahl der sexualisierten Gewalttaten sei deutschen Tätern geschuldet.
Tatsächlich nahm die Zahl der Vergewaltigungen und schweren sexuellen Nötigungen um fast 25% Prozent auf 2320 Fälle zu, sonstige sexuelle Nötigungen stiegen sogar um 35%.
Dieser Anstieg geht fast ausschließlich auf das Konto von Asylbewerbern und nichtdeutschen Tätern.
Kein Wunder, wenn die Zahl der "Flüchtlinge" - und somit einer Menschengruppe, die die Bevölkerung mit einer 1220% höheren Kriminalitätsrate im Bereich der sexualisierten Gewalt belastet - ebenfalls enorm gestiegen ist:



Die Zahl der deutschen Tatverdächtigen ist seit 2012 kontinuierlich um 14% gesunken.
Von den über 500 gemeldeten Fällen sexualisierter Gewaltübergriffe in der Kölner Silvesternacht 2015/2016, die ausschließlich von nichtdeutschen Tätern verübt wurden, werden in der Kriminalstatistik lediglich 162 berücksichtigt. Der Großteil der Täter geht ohnehin straffrei aus.
Auch andere schwere Gewaltvebrechen wie gefährliche Körperverletzungen, Mord und Totschlag stiegen 2016 "dank" der Flüchtlinge massiv an.
All das scheint die Wählerschaft in NRW jedoch nicht wirklich zu bekümmern, denn schließlich wollen nach der letzten Umfrage bei der anstehenden Landtagswahl 40% der Wähler bei der SPD - mithin der für diese Zustände verantwortlichen Regierungspartei sowie Kraft, Jäger & Co. - ihr Kreuzchen setzen.
Die Menschen in NRW haben sich an die wachsende Unsicherheit, Kriminalität und Gewalt offenbar gewöhnt - so wie ein Frosch, der im Wasser sitzt, während es erhitzt wird.

In Baden-Württemberg waren "Flüchtlinge" im letzten Jahr zehn Mal krimineller als Deutsche.

Die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber ist in Baden-Württemberg im letzten Jahr um knapp 40% gestiegen, während knapp 60% weniger Asylbewerber als 2015 in das Bundesland kamen.
Nur 1,5% der deutschen Baden-Württemberger (einschließlich krimineller Doppelpässler und Deutscher mit Migrationshintergrund) waren einer Straftat verdächtig, aber über 15% der Asylbewerber. Asylbewerber weisen demnach eine 10 Mal höhere Kriminalitätsrate auf als Deutsche.
Die Zahl der Körperverletzungsdelikte, an denen mindestens ein Flüchtling beteiligt war, stieg um 95,5 (!) Prozent auf 7.670 Fälle. Davon wurde fast die Hälfte in der Öffentlichkeit begangen.
Die Gefängnisse sind übervoll mit kriminellen Ausländern, die mittlerweile fast die Hälfte der Verurteilten ausmachen - bei einem Bevölkerungsanteil von gerade einmal 10%.
Auf je 100.000 Einwohner der jeweiligen Gruppe kommen 41 deutsche veurteilte Täter und 201 ausländische Täter und damit fast fünf Mal so viele:



Quelle: http://www.focus.de/politik/deutschland/mehr-gefangene-als-haftplaetze-auslaenderanteil-nimmt-zu-gefaengnisse-in-baden-wuerttemberg-sind-uebervoll_id_5881871.html

In Bayern sind Ausländer und "Flüchtlinge" für die höchste Opferzahl seit 10 Jahren verantwortlich.

Auch in Bayern ist die Kriminalität der Zuwanderer (=Flüchtlinge) explodiert. So wurden im Jahr 2016 fast 55% mehr Straftaten durch "Flüchtlinge" begangen als 2015, wo bereits eine Steigerung von 76% gegenüber dem Jahr 2014 festgestellt werden musste:

5.2 Kriminalitätsentwicklung insgesamt

* Auf Grund einer abweichenden Aufschlüsselung bei den Aufenthaltsgründen nichtdeutscher Tatverdächtiger in der PKS können durch Zuwanderer begangene Straftaten, die vor dem Jahr 2009 in der PKS erfasst wurden, nur bedingt verglichen werden.

Bereits seit dem Jahr 2010 ist in Bayern ein kontinuierlicher Anstieg der durch Zuwanderer begangenen Straftaten (ohne ausländerrechtliche Verstöße) zu verzeichnen, der sich ab dem Jahr 2013 noch einmal deutlich verstärkt hat.

Besonders **massiv fällt der Anstieg in den Jahren 2015 und 2016** aus. Im Jahr 2015 war im Vergleich zum Vorjahr 2014 eine Steigerung um **+10.068 Fälle** bzw. **+76,3%** auszumachen. Im Vergleich zum Jahr 2015 stiegen die Fallzahlen in 2016 noch einmal deutlich an, um **+12.756 Fälle** bzw. **+54,8%.**

Allein in den Bereichen der Gewaltkriminalität und der sexualisierten Gewalt stieg die Zahl der tatbeteiligten "Flüchtlinge" jeweils um 100%, während der Anteil deutscher Tatbeteiligter sank.

Tatverdächtige - Gewaltkriminalität

Tatverdächtiger ist...

Deutscher:	54,2%
Nichtdeutscher:	45,8%
Zuwanderer: (Anteil Zuwanderer an Gesamtzahl TV)	20,0%

	TV 2007	Anteil 2007	TV 2015	Anteil 2015	TV 2016	Anteil 2016
TV insgesamt	23.872	100,0%	19.742	100,0%	22.294	100,0%
TV deutsch	17.140	71,8%	12.080	61,2%	12.087	54,2%
TV nichtdeutsch	6.732	28,2%	7.662	38,8%	10.207	45,8%
TV Zuwanderer	389	1,6%	2.123	10,8%	4.458	20,0%*

* Anteil TV Zuwanderer an Gesamtzahl der Tatverdächtigen; die Anzahl der TV Zuwanderer im Jahr 2007 lässt sich nur bedingt mit den aktuellen Daten vergleichen (genaue Erläuterung siehe Punkt 5.2)

Im Bereich der Gewaltkriminalität ist 2016 ein Anstieg um **+1.881** Delikte bzw. **+9,8%** auf **21.101 Fälle** festzustellen, nachdem sich die Fallzahlen in den letzten **10 Jahren** nahezu durchweg rückläufig zeigten. Mit einem Anteil von **81,9%** dominieren nach wie vor die **gefährlichen** und **schweren Körperverletzungen**. Hier wurden **17.283 Delikte** registriert und damit **+11,8%** bzw. **+1.830** Straftaten mehr als im Vorjahr.

Die Zahl der Opfer erreichte 2016 den höchsten Wert seit zehn Jahren:

3 Opfer

Opfer im Sinne der PKS sind natürliche Personen, gegen die sich die mit Strafe bedrohte Handlung unmittelbar richtete. Eine Opfererfassung in der PKS erfolgt grundsätzlich nur bei strafbaren Handlungen gegen höchstpersönliche Rechtsgüter wie Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit, Ehre und der sexuellen Selbstbestimmung.

Da mutet es schon wie Hohn an, wenn die aktuelle bayrische PKS mit dem Untertitel *"In Bayern leben, heißt sicherer leben"* veröffentlicht wird...
Ich weiß offen gestanden nicht, was mich mehr ängstigt. Diese besorgniserregenden Entwicklungen an sich oder das politische, mediale und allgemeine Desinteresse - ja geradezu Lethargie - mit dem dies zur Kenntnis genommen werden.
*** Alle Taten jeweils ohne ausländerrechtliche Verstöße
Foto: (c) Pixabay.com - Creative Commons CCo.; Schaubilder: PKS Bayern, privat

https://www.pi-news.net/2017/04/wie-merkels-gaeste-den-sonntag-verbringen/#more-562803

Wie Merkels Gäste den Sonntag verbringen

00:30 Sonntagnachts in Kirchheim-Teck. Am Sonntag, gegen 00.30 Uhr, folgte ein 27-jähriger pakistanischer Flüchtling der Geschädigten in der Schlierbacher Straße und fragt diese zunächst nach dem Weg. Als die 17-Jährige angab, dass sie selbst ortsunkundig wäre, fasste der Flüchtling die Arme der Geschädigten und drückte diese gegen einen Zaun. Im Anschluss öffnete der Pakistani einige Zentimeter den Reisverschluss vom Dirndl der 17-

Jährigen. Die Geschädigte konnte sich jedoch befreien und entfernte sich vom Täter. Der 27-jährige Beschuldigte konnte im Rahmen der Fahndung durch die hinzugerufenen Polizeibeamten vorläufig festgenommen werden.

01:30 Sonntagnachts am Moritzplatz in Augsburg

Am 09.04.2017 gegen 01.30 Uhr wurde die Gruppe im Bereich Moritzplatz von vier unbekannten Männern angesprochen und provoziert. Nach einem kurzen Wortwechsel schlug einer der Unbekannten einem 25-jährigen unvermittelt mit der Faust ins Gesicht, so dass dieser zu Boden ging. Auch als der Mann schon am Boden lag schlug der Unbekannte weiter auf den 25-Jährigen ein und versetzte ihm laut Angaben von Zeugen auch Fußtritte gegen den Kopf. Als ein Freund dem 25-Jährigen zu Hilfe kommen wollte, wurde er aus der Gruppe der Täter mehrfach mit einer Metallkette geschlagen und leicht am Rücken verletzt. Der 27-jährige Bräutigam versuchte noch die Täter mit seinem mitgeführten Smartphone zu fotografieren, wurde aber daraufhin ebenfalls von einem der Täter mit einer Eisenkette ins Gesicht geschlagen. Danach nahmen die Täter dem Geschädigten das Smartphone gewaltsam ab und flüchteten zu Fuß in unbekannte Richtung. Der 27-Jährige erlitt durch die Schläge deutliche Verletzungen im Gesicht. Die Geschädigten flüchteten schließlich in einen Linienbus, der in diesem Moment am Moritzplatz einfuhr und zeigten den Angriff erst im Laufe der späteren Stunden bei ihrer Heimatdienststelle in Mittelfranken an. Die Männer schilderten übereinstimmend, dass mindestens zwei der Täter mit Eisenketten bewaffnet waren. Alle Angreifer wurden von den Geschädigten als südländisch bzw. arabisch aussehend beschrieben.

02:45 Sonntagnachts am Bahnhof von Kirchheim-Teck

Am Sonntagmorgen gegen 02.45 Uhr befanden sich 2 Streifenbesatzungen aus einem anderweitigen polizeilichen Anlass beim Bahnhof in Kirchheim/T. und kontrollierten einen 32-Jährigen tunesischen Flüchtling. Eine 37-Jährige kam zur Kontrolle dazu und gab an, dass diese Person kurz zuvor neben ihr stand und sein Glied, welches er in der Hand hielt, zeigte. Daraufhin schrie die 37-jährige Frau den Flüchtling an, dass er verschwinden soll. Der Flüchtling wurde deshalb zur Durchführung der weiteren Maßnahmen zur Dienststelle des Polizeireviers Kirchheim/T. verbracht. Nachdem die polizeilichen Maßnahmen abgeschlossen waren, weigerte sich der Flüchtling das Polizeirevier zu verlassen, riss seine Kleider vom Leib und warf sich auf den Boden. Nachdem sich die Person nicht beruhigen ließ, ordnete die zuständige Bereitschaftsrichterin die Ingewahrsamsnahme an.

03:00 Sonntagnachts am S-Bahnhof von Leinfelden-Echterdingen

Am Sonntag, gegen 03.00 Uhr, ist es zu einer Nötigung einer jungen Frau in der Nähe des S-Bahnhofes in Leinfelden gekommen. Die Frau wurde auf dem Weg vom Bahnhof nach Hause von einer unbekannten männlichen Person verfolgt und konnte diese auch durch schnelleres Gehen nicht abschütteln. Nachdem sie von der Person eingeholt worden war, wurde sie aufgefordert mit dieser nach Hause zu gehen und bekam Geld- und Massageangebote unterbreitet. Nachdem die junge Frau dies unmissverständlich ablehnte, wurde sie von hinten umklammert und in die Luft gehoben. Erst als die Genötigte laut um Hilfe schrie, ließ der Mann von ihr ab und rannte davon. Der Unbekannte ist ca. 25-35 Jahre alt, sprach mit einem ausländischen Akzent und hat dunkle Haare.

03:15 Sonntagnachts vor einem Lokal in Marburg

Marburg: Am Sonntag gegen 3.15 Uhr soll ein südländisch aussehender Mann, der phonetisch “Madi” gerufen wurde, mehrere Personen vor einem Lokal in der Reitgasse in Marburg attackiert haben. Wie berichtet wurde, schlug der mit einem weißen Hemd bekleidete Verdächtige zunächst grundlos auf zwei 25 Jahre alte Männer ein. Eine 24-jährige Freundin der beiden Opfer versuchte den mutmaßlichen Schläger bis zum Eintreffen der Polizei aufzuhalten. Dies quittierte er ebenfalls mit einem Faustschlag ins Gesicht. Der Verdächtige mit dunklem Teint ist etwa 20 Jahre alt, etwa 165 cm groß und hat braune Haare. Er flüchtete mit mehreren Personen in grobe Richtung Hirschberg.

03:30 Sonntagnachts am Ludwigsburger Bahnhof
Ein 25-Jähriger hielt sich neben dem Servicecenter im Bahnhofsgebäude auf, als ein bislang unbekannter Mann auf ihn zu kam und ihn fragte, ob er mit seinem mitgeführten Handy telefonieren dürfe. Als der 25-Jährige die Frage verneinte, ging der Unbekannte zunächst weg. Kurz darauf kam er zurück, gab dem 25-Jährigen von hinten einen Stoß und entriss ihm das Handy aus der Hand. Anschließend machte sich der Räuber mit dem Handy der Marke Samsung aus dem Staub und rannte in Richtung Myliusstraße davon. Bei dem Täter handelt es sich um einen Mann der zwischen 20 und 25 Jahre alt, etwa 180 cm groß und schlank ist. Der Mann mit dunklerem Teint hatte zur Tatzeit eine schwarze Wintermütze aufgesetzt. Um den Hals trug er eine dicke goldene Panzerkette.
03:35 Sonntagsnachts in der Innenstadt von Hannover
Unter Vorhalt eines Messers hat in der Nacht zu Sonntag gegen 03:35 Uhr ein bislang unbekannter Täter an der Andreaestraße versucht, einen 29 Jahre alten Mann zu berauben. Nachdem das Opfer in einen nahe gelegenen Schnellimbiss gelaufen ist, ist der Tatverdächtige ohne Beute geflüchtet. Der 29-Jährige war in der vergangenen Nacht zu Fuß in der City unterwegs gewesen. Bereits im Bereich der Kanalstraße bemerkte er, dass ihm offenbar ein unbekannter Mann folgte. An der Andreaestraße sprach dieser das Opfer plötzlich an und forderte die Herausgabe seines Handys und der Geldbörse. Darüber hinaus bedrohte er den 29-Jährigen mit einem Messer. Der südosteuropäisch aussehende Räuber ist 25 bis 30 Jahre alt, spricht deutsch mit Akzent und hat eine Narbe an der rechten Seite des Hinterkopfes.
03:40 Sonntagnachts in Karlsruhe
Am frühen Sonntagmorgen wurde eine 32-jährige Frau in Karlsruhe von einem unbekannten Mann angegangen und unsittlich berührt. Die Dame befand sich gegen 03:40 Uhr auf dem Nachhauseweg und hörte dabei Musik über Kopfhörer. In einer schmalen Gasse im Bereich des Durlacher Tors wurde sie plötzlich von hinten mehrfach angefasst und unsittlich berührt. Der 32-Jährigen gelang es sich umzudrehen und den Täter anzuschreien. Hierdurch ließ er von ihr ab und flüchtete mit seinem Fahrrad in Richtung Haid-und-Neu-Straße. Der Merkel-Gast hat ein westasiatisches Erscheinungsbild und 20 bis 30 Jahre alt.
03:40 Sonntagnachts am Bornemannplatz in Rheine
In der Nacht zum Sonntag ist der Polizei ein Raub am Borneplatz gemeldet worden. Die Beamten trafen dort auf einen 40-jährigen Rheinenser an, der ihnen schilderte, gegen 03.40 Uhr, auf dem Borneplatz gewesen zu sein. Dort seien zwei oder drei Personen zunächst an ihm vorbeigegangen. Einer der 20 bis 30 Jahre alten Unbekannten drehte sich dann unvermittelt um und schlug ihm ins Gesicht. Danach wurde ihm das Portmonee aus der Hosentasche entwendet. Die Polizei leitete eine Fahndung nach den drei Unbekannten ein, die einen dunklen Teint gehabt haben sollen. Die Suche blieb ohne Erfolg. Der leicht verletzte 40-Jährige wurde mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht.
04:00 Sonntagnachts in Bielefeld
Der 21-Jährige befand sich gegen 04:00 Uhr zu Fuß auf dem Weg nach Hause, als er in Höhe der Straßenbahnhaltestelle Sudbrackstraße in Bielefeld von drei Männern angesprochen wurde. Sie umzingelten den Fußgänger und forderten seine Wertgegenstände. Als er erwiderte, nichts Wertvolles bei sich zu haben, zog einer der Männer einen Revolver. Der Täter zwang den 21-Jährigen, zu einer Sparkassenfilalie in der Deciusstraße zu gehen. Die zwei Mittäter warteten vor der Tür, während der Bielefelder mit dem Räuber an einen Automaten gehen musste. Das Opfer hob mit seiner Debitkarte Bargeld ab und gab es dem Täter. Anschließend entfernte sich das Trio in unbekannte Richtung. Bei dem Räuber mit der Schusswaffe soll es sich um einen circa 20 bis 25 Jahre alten, etwa 170 cm großen Südosteuropäer gehandelt haben, der gebrochenes Deutsch sprach. Der Zweite soll etwa 16 Jahre alt, mit kurzen, schwarzen Haaren, untersetzter Figur und rundem Gesicht gewesen sein.

Der Dritte soll 170 cm groß, mit dunklem Teint, schwarzen, längeren Haaren, kurzem Bart und Bodybuilder ähnlicher Figur gewesen sein.

06.00 Sonntagmorgens in Hamburg-Altona

6 Uhr in Hamburg-Altona. Eine junge Frau (24) geht vom Klub „Waagenbau“ nach Hause. An der Sternbrücke wird sie von einem Braunhäutigen angequascht. Als sie weitergeht, wirft er sich grapschend von hinten an sie heran. Die geschockte Frau rennt los, wird aber vom Täter eingeholt, der sie zu Boden stößt und sich an ihr vergeht. Als ein Zeuge auftaucht, ergreift der Sextäter (ca. 20, gebrochenes Englisch) die Flucht.

06:45 Sonntagmorgens in Gummersbach

Am Sonntagmorgen kam es gegen 06.45 Uhr zu einer Auseinandersetzung im Bereich des Einkaufzentrums auf der Kaiserstraße. Eine 32-Jährige zeigte bei der Polizei an, dass ihr und einem 28-jährigen Begleiter zwei Männer aus Richtung Busbahnhof entgegenkamen. Ohne erkennbaren Grund habe einer der Männer plötzlich auf sie und ihren Begleiter eingeschlagen und sei anschließend geflüchtet. Den Schläger beschrieb sie als einen etwa 180 – 190 cm großen Mann mit sportlicher Figur. Er hatte dunkle Haare, einen “Drei-Tage-Bart” und trug eine Brille. Weiterhin hatte er einen dunkleren Hautteint und sprach gebrochenes Deutsch.

08:00 Sonntagmorgens in Tübingen

Dank der sofortigen Verständigung hat die Polizei einen Exhibitionisten am Sonntagmorgen in Tübingen festnehmen können. Eine 22-Jährige war kurz nach acht Uhr auf dem Weg zur Bushaltestelle Aischbachstraße. Der Mann sprach die junge Frau unflätig an und masturbierte währenddessen an seinem Glied. Sie ignorierte den Sittenstrolch und ging schnellen Schrittes zur Bushaltestelle, wo ihre Freundin auf sie wartete. Nachdem nicht nur die beiden Frauen in den nächsten Bus der Linie 8 einstiegen, sondern auch der Mann, verständigten sie über Notruf die Polizei. Die Beamten konnten den 36-jährigen Pakistani kurze Zeit später am Busbahnhof vorläufig festnehmen. Der Mann stand unter erheblicher alkoholischer Beeinflussung. Ein Test ergab einen Wert von deutlich über einem Promille. Er war bislang nicht einschlägig aber wegen anderer Delikte bei der Polizei bekannt.

12:15 Sonntagmittags auf einem Wanderweg in Elslohe

Bei einem Sonntagsspaziergang mittags um 12.15 Uhr auf dem Wanderweg E5 in Eslohe erwischte es oberhalb einer Sportanlage eine 45-jährige Waldspaziergängerin. Ein Wilder mit braunem Teint fiel die Frau von hinten an, riss sie zu Boden, setzte sich auf sie, würgte sie und versuchte, ihr die Kleider vom Leib zu reißen. Die Frau bekam in ihrer Not einen Stein zu packen und hieb damit auf den 20 bis 30-jährigen Sextäter ein, der daraufhin die Flucht ergriff.

14:50 Sonntagnachmittags in Oelde im Park

Am Sonntag gegen 14:50 Uhr, ist im Oelder Vierjahreszeitenpark ein Exhibitionist in Erscheinung getreten. Drei Mädchen bemerkten den Mann im Bereich der Themengärten an der Straße Zur dicken Linde in den Büschen. Er zeigte sich den Mädchen gegenüber in exhibitionistischer Weise. Die Mädchen ergriffen umgehend die Flucht liefen in Richtung Innenstadt davon. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Etwa 40 Jahre alt, osteuropäisches Aussehen.

15:30 Sonntagnachmittags im Schwimmbad in Cloppenburg

Am 09. April 2017 sollen gegen 15.30 Uhr in einem Schwimmbad in Cloppenburg zwei 17-jährige Flüchtlinge zwei Mädchen im Alter von 13 und 15 Jahren angefasst haben. Einer der Jugendlichen soll einem Mädchen an den Oberschenkel und der andere Jugendliche dem anderen Mädchen einmal an die Brust gefasst haben. Anschließend informierten die Mädchen den Schwimmmeister, der die Tatverdächtigen bis zum Eintreffen der Polizei festhielt. Gegen die Jugendlichen wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der sexuellen Belästigung eingeleitet.

16:00 Sonntagnachmittagsspaziergang in Moers

Am Sonntag gegen 16.00 Uhr hielten sich zwei 15- und 16-jährige Schülerinnen im Bereich der Annabergstraße, Kirschenallee und Römerstraße in Moers auf. Hier verfolgte sie ein unbekannter Jugendlicher auf einem Fahrrad, der diese unsittlich berührte. Der Sextäter hatte ein südländisches Aussehen und war ca. 15 Jahre alt.

16:30 Sonntagnachmittags im Hallenbad in Werl

Am Sonntag kam es gegen 16:30 Uhr im Freizeitbad an der Höppe zu sexuell motivierten Übergriffen. Auf der Rutsche der Badeanstalt wurden insgesamt vier Mädchen aus Hamm, im Alter von 11 bis 14 Jahren von drei jungen Männern im Alter von 16 bis 19 Jahren unsittlich berührt. Die jungen Männer suchten während des Rutschens Körperkontakt und umklammerten die jungen Mädchen. Diese wandten sich umgehend an die Aufsicht. Die Polizei wurde hinzugerufen. Gegen die Tatverdächtigen, einen 17-jährigen Jugendlichen aus Mali, sowie zwei syrische Staatsangehörige im Alter von 16 und 19 Jahren, die allesamt in Werl wohnhaft sind, wurden entsprechende Strafanzeigen gefertigt.

19:15 Sonntagabends in der Nürnberger U-Bahn

Ein noch unbekannter Mann belästigte eine junge Frau in sexueller Weise. Die Frau stand gegen 19:15 Uhr im U-Bahnhof "Hauptbahnhof" an Gleis 3. Als die U 2 aus Fahrtrichtung "Röthenbach" eingefahren war, stieg ein unbekannter Mann aus und fasste die Frau unsittlich am Oberkörper an. Außerdem hielt er ihr den linken Arm fest. Danach flüchtete er in Richtung Königstorpassage. Beschreibung des Täters: Ca. 18-19 Jahre alt, ca. 160 cm groß, kurze schwarze Haare, Baseballcap.

19:20 Sonntagabends in der Straßenbahn in Leipzig

In Leipzig-Paunsdorf flogen am Sonntagabend um 19.20 Uhr Steine gegen eine Straßenbahn. Verfeindete syrische Gruppen hatten in einer Grünanlage das Gefecht aufgenommen. Die 25 bis 30 Bürgerkrieger, darunter Kinder, erklommen die Straßenbahn, wo Steine verängstigten Fahrgästen um die Ohren flogen. Bilanz: Polizeigroßeinsatz, ein Schwerverletzter mit Bauchstich zur Not-OP zusammen mit zwei weiteren Verletzten in eine Klinik eingeliefert. Die Beteiligten – soweit sie vorübergehend in Gewahrsam waren – befinden sich wieder auf freiem Fuß.

24.00 Sonntagnachts in Mannheim

In der Nacht von Sonntag auf Montag, gegen 00:00 Uhr, waren eine 22-Jährige und ihr 51-jähriger Begleiter zu Fuß in der Tullastraße in der Mannheimer Oststadt unterwegs, als sie eine unliebsame Begegnung hatten. Zwei bislang Unbekannte näherten sich von hinten, dann bedrohte einer der beiden die Geschädigten mit einem Messer und erhielt nach einer entsprechenden Forderung eine geringe Menge Bargeld. Person 1: 18 – 20 Jahre alt, zierliche Gestalt, dunkle, kurze Haare, türkisch / arabisches Aussehen, sprach Deutsch mit ausländischem Einschlag. Person 2: Circa 1, 60 m groß, zierliche Gestalt, ebenfalls türkisch / arabisches Aussehen.

https://www.pi-news.net/2017/04/pforzheim-migrant-schlaegt-passanten-mit-guertel/#more-562667

Pforzheim: Migrant schlägt Passanten mit Gürtel

Im Internet kursiert ein Video, auf dem ein Invasoren-Exemplar in Aktion zu sehen ist. Der Moslem und sein Komplize tragen ihre Gürtel als Waffen und er schlägt damit auch zu. Er droht deutschen Passanten damit, sie "zu ficken", sollten sie sich in der "Nordstadt", einem extrem bereicherten Stadtteil von Pforzheim, aufhalten.

Hier einige Screenshots, auf denen folgendes zu sehen ist:
• Die aggressiven Invasoren haben Gürtel in der Hand.
• Ein Deutscher zieht eine junge blonde Frau von ihnen weg, die sehr aufgebracht ist. Was vorher stattgefunden hat, ist dem Video leider nicht zu entnehmen.
• Der hochgewachsene Deutsche stellt sich zwischen die Invasoren und die junge Frau.
• Einer der Invasoren bedroht die deutschen Passanten, die sich zurückgezogen haben.
• Der Haupttäter droht den Passanten an, sie zu "ficken", sollten sie sich in der Nordstadt blicken lassen.
• Der Täter drischt mit dem Gürtel auf den Handyfilmer ein. Danach bricht das Video ab.
(Spürnase: deruyter)

https://www.pi-news.net/2017/04/ellwangen-kein-wlan-wegen-fluechtlingen/#more-562541

Ellwangen: Kein WLAN wegen "Flüchtlingen"

Wer als westdeutscher Großstadtbewohner meint, er könne der "bunten" und "weltoffenen" Bereicherung der Fußgängerzonen und mancher Stadtteile durch einen Ausflug aufs Land für ein paar Tage entkommen, sollte sich vorher genau über sein Reiseziel informieren. Denn auch dort glänzen mittlerweile die "Ich-reise-um-die-halbe-Welt-durch-zig-sichere-Länder-zielgerichtet-in-das-Land-mit-dem-besten-Sozialsystem"-Flüchtlinge pardon "Goldstücke" durch Ihre Vitalität und Lebensfreude. Sie schaffen es im Handumdrehen, die vormals öden und spießigen öffentlichen Plätze der kleineren Städte in eine kosmopolitische Wohlfühlzone umzuwandeln, wie wir zum Beispiel aus dem schwäbischen Ellwangen berichten dürfen:
Der öffentliche, kostenlose Internetzugang in der Innenstadt ist vorübergehend, zunächst für zwei Wochen, abgeschaltet worden. Das hat der Ellwanger Oberbürgermeister Karl Hilsenbek angeordnet, nachdem sich immer mehr Passanten über das Verhalten einiger Flüchtlinge auf dem Marktplatz beschwerten.
Die Asylbewerber halten sich dort auf, um ihre Smartphones nutzen zu können. Dabei bleibe es aber nicht, erklärte Hilsenbek dem SWR. Ein großes Problem sei der Alkohol, eine Gruppe von etwa 50 bis 60 der derzeitigen Flüchtlinge würden zu viel trinken und seien deshalb aggressiv. Sie würden außerdem extrem laut mit ihren Handys telefonieren und überlaut Musik hören. Neben der Abschaltung des WLAN sollen Polizisten und Beschäftigte des Ordnungsamtes öfter Streife laufen.
Im schwäbischen Sigmaringen weiß man die Kontaktfreudigkeit der "Geflüchteten" ebenfalls nicht so recht zu würdigen:
… Petra Schlageter vermietet an der Fürst-Wilhelm-Straße eine Ferienwohnung. Ein Gast hat zu ihr gesagt: „Wie soll ich in Sigmaringen Urlaub machen? Ich trau mich abends nicht mehr raus." Im selben Gebäude ist das Zoller-Journal untergebracht. Die Wirtin berichte ihr, dass es häufig Polizeieinsätze in Zusammenhang mit Flüchtlingen gebe. Gäste würden beklaut, Flüchtlinge seien heftig alkoholisiert. „Wo darf ich einen Antrag stellen für Security für mein Lokal?"
Erwin Schultheiß, Inhaber des Fotogeschäfts in der Antonstraße, berichtet, dass die Kundenfrequenz in den vergangenen Monaten abgenommen habe. „Die Kunden haben kein Vertrauen mehr." Renate Russo von der Mohnblume erzählt, dass ihre Floristinnen abends von ihren Männern abgeholt würden, seit Flüchtlinge das Geschäft aufsuchten: „Sie machten

die Tür auf und riefen: kiss me, das ist nicht akzeptabel.“ Friseur Andreas Schmauder berichtet, dass dunkelhäutige Männer seinem Sohn Drogen verkaufen wollten. Ein Mann, der im Bereich Ziegelesch wohnt, möchte wegen der Lärmbelästigung so schnell wie möglich aus seinem Haus ausziehen. „Doch das Problem sind die Verkaufspreise.“

Der Vertreter des Innenministeriums reagiert auf die Schilderungen: „Wir sind aufgefordert Lösungen zu finden. Es muss möglich sein, in Sigmaringen abends auf die Straße zu gehen, ohne Angst zu haben.“ Die zügige Verlegung der Asylbewerber in die Landkreise sei ein Instrument. Kleinschmidt kündigt außerdem an, dass die Flüchtlinge ein festes Tagesprogramm bekommen sollen.

Eine Ausgangssperre ab 19 Uhr für auffällige Flüchtlinge zu verhängen, wie von einem Bürger gefordert, „ist nach unserem Grundgesetz nicht erlaubt“, sagte er. „Was geschieht jetzt mit unseren Aussagen?“, möchte Norbert Stärk wissen. „Wir werden in Stuttgart berichten, was wir gehört haben“, sagt Kleinschmidt.

Zum Abschluß noch etwas positives aus dem ebenfalls schwäbischen Pforzheim. Dort stellte man aufgrund der Amok-Fahrkünste mohammedanischer Lastwagendiebe für den verkaufsoffenen Sonntag Sperren in Form von LKWs an den Zufahrtswegen zur Fußgängerzone auf. Da macht dann das Bummeln doch gleich doppelt soviel Spaß.

Das Problem mit den ständig betrunkenen Asylanten könnte man, wenn gewollt, durch eine Rückkehr zu Sachleistungen anstatt Bargeldzahlungen locker in den Griff bekommen. Schließlich sind die armen Hascherln ja nicht um die halbe Welt gereist, um hier Party zu machen, sondern weil in ihren Heimatländern ja angeblich Krieg herrscht (der komischerweise größtenteils nur für junge Männer gefährlich zu sein scheint). Aber auch in Mittel- und Ostdeutschland sorgen “Flüchtlinge” für gute Stimmung wie nachfolgendes Video vom Wochenende aus Leipzig zeigt:

https://www.pi-news.net/2017/04/bad-godesberg-dreckige-deutsche-uns-gehoert-hier-doch-bald-sowieso-alles/#more-563000

Bad Godesberg: “Dreckige Deutsche, uns gehört hier doch bald sowieso alles”

Bonn: Verstärkte Polizeipräsenz, regelmäßige Kontrollaktion, Rückgang der Straßenkriminalität: Doch Ruhe ist in Bad Godesberg immer noch nicht eingekehrt! Erst Anfang April fühlten sich Mütter mit kleinen Kindern im Panoramapark von etwa 20 Jugendlichen bedroht, die sich am frühen Nachmittag auf den Spielgeräten breitgemacht hatten. „Wir sind dann vor denen regelrecht geflüchtet“, erzählt eine der Frauen. Plötzlich seien drei Streifenwagen gekommen, berichtet eine andere Mutter. „Die haben sich bestimmt eine Stunde lang mit denen beschäftigt“, erklärt sie. Die Beamten nahmen die Personalien der 20 Jugendlichen auf und ermahnten sie.

Irene P. (74, Name geändert) bekam den Vorfall mit. „Wir beobachten sehr oft, dass der Park regelrecht belagert ist“, erzählt sie. „Abends geht meine Tochter nicht mehr ohne Pfefferspray mit dem Hund raus.“ Die 74-Jährige berichtet von einem schockierenden Fall, der sich vor dem Bad Godesberger Kinopolis abspielte. „Eine 80-jährige Freundin wollte ins Kino und bat eine Gruppe Jugendlicher sie vorbeizulassen – sie haben ihr dann vor die Füße gespuckt und

sie beschimpft: »**Dreckige Deutsche, uns gehört hier doch bald sowieso alles**«.“ (Auszug aus einem Artikel des “Kölner Express)

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Nürnberg: An der Wöhrder Wiese ist ein 32-Jähriger am Sonntagabend von zehn bis 15 Personen geschlagen und gegen den Kopf getreten worden. Die Polizei sucht nun nach Zeugen. Der 32-Jährige befand sich gegen 18.30 Uhr an der Wöhrder Wiese und wurde dort von zehn bis 15 Männern zunächst verbal angegangen. Im Verlauf der Streitigkeit wurde der 32-Jährige von mehreren Personen aus der Gruppe geschlagen, einige traten ihm gegen den Kopf. Unbeteiligte Zeugen kamen dem Mann zu Hilfe, woraufhin die Angreifer flüchteten. Nachdem die Angreifer von dem Mann abgelassen hatten, stellte er fest, dass auch sein Mobiltelefon entwendet wurde. Der 32-Jährige wurde mit leichten Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht und dort ambulant medizinisch versorgt. Bei den zehn bis 15 unbekannten Personen soll es sich um Männer “ arabischen Aussehens gehandelt haben.
Kassel: Am Samstagmorgen verletzten vier Männer einen 31-Jährigen auf der Friedrich-Ebert-Straße. Sie sollen ihn plötzlich und ohne Vorwarnung angegriffen und ihm mehrere Stich- und Schnittverletzungen beigefügt haben. Den Ermittlern des Polizeireviers Mitte liegen derzeit nur wenige Hinweise zu den Tätern, der genauen Tatzeit und der genauen Tatörtlichkeit vor. Sie erhoffen sich daher mit der Veröffentlichung des Falls, Hinweise aus der Bevölkerung zu bekommen. Der Angriff ereignete sich zwischen 3.30 Uhr und 4 Uhr. Das Opfer und auch sein 22 Jahre alter Begleiter konnten die Tatzeit nicht genauer angeben. Zu dieser Zeit seien sie zu Fuß von der Bürgermeister-Brunner-Straße auf die Friedrich-Ebert-Straße in Richtung stadtauswärts eingebogen. Ohne sich an den genauen Tatort zu erinnern, sei der 31-Jährige kurz darauf von den bislang unbekannten Männern angegriffen worden. Sie hätten dabei sofort ein Messer und ein Gürtel eingesetzt. Wie die beiden berichten, sei alles sehr schnell gegangen. Als der 22-Jährige helfen wollte, wären die Angreifer auch schon in Richtung Ständeplatz geflüchtet. Den Stichverletzungen nicht bewusst, orderten die beiden zunächst ein Taxi, um in ihre Kasseler Wohnungen zu fahren. Als der Fahrer auf die Verletzungen beim 31-Jährigen aufmerksam wurde, appellierte er an sie, ein Krankenhaus aufzusuchen. Dort wurden schließlich mehrere Verletzungen am Bauch, den Armen, im Nacken und im Gesicht behandelt. Erst gegen kurz vor 6 Uhr erfuhr die Kasseler Polizei von dem Fall. Beamte des Polizeireviers Nord nahmen die Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung entgegen. Das alkoholisierte Opfer konnte nur die beiden mit Messer und Gürtel bewaffneten Angreifer vage beschreiben, die anderen beiden hätten von hinten zugeschlagen: Die Angreifer sollen etwa 25 Jahre alt gewesen sein. Während der Täter mit dem Gürtel etwa 1,70 Meter groß war, soll der mit dem Messer ca. 1,85 Meter groß gewesen sein. Der kleinere trug auffällig rote und grüne Kleidung, der größere war komplett dunkel gekleidet. Alle vier sollen sich in “ arabischer Sprache unterhalten haben.
Jena: Ein geistig behinderter Mann soll in der Jenaer Straßenbahn am Sonntagnachmittag von zwei jungen Männern brutal misshandelt worden sein. Die Polizei fahndet nach den Tätern. Ein 32-jähriger Mann, nach eigenen Angaben geistig behindert, ist Sonntagnachmittag zwischen 14.45 und 15.15 Uhr in der Straßenbahn der Linie 2 brutal drangsaliert worden. Die Tat erstreckte sich auf den Abschnitt der Geschwister-Scholl-Straße bis zum Steinweg. Ein Täter hatte sich in der Bahn hinter ihn gesetzt, der andere stellte sich neben das Opfer. Dann wurde der Betroffene in den Bauch getreten. Während er bereits am Boden lag, traten die Männer weiter auf ihn ein. Als die Bahn am Steinweg hielt und der Fahrer nach hinten schaute, konnte sich der 32-Jährige losreißen und die Bahn verlassen. Beide Täter folgten ihm, ließen aber dann von ihm ab und entfernten sich. Von der Wohnung seiner Freundin aus informierte das Opfer die Polizei. … Beide Täter werden als südländisch beschrieben.

Schorndorf: Ein 19-Jähriger wurde am Donnerstagabend von zwei unbekannten Männern niedergeschlagen. Der stark angetrunkene Geschädigte kam gegen 20:30 Uhr vom Schlosspark, wo ein Abi-Trinken stattfand. In der Straße Hinter der Burg, im Bereich des dortigen Durchgangs zum Alten Friedhof, wurde er aus unbekannten Gründen von den zwei Schlägern angegangen und mit Faustschlägen und Fußtritten verletzt. Ein Zeuge verfolgte noch die Männer in Richtung Feuersee, ließ dann aber davon ab, als er selbst bedroht wurde. Die Schläger werden auf etwa 18-25 Jahre alt geschätzt und werden von dem Zeugen als " Südländer beschrieben. Der Verletzte wurde vom Rettungsdienst versorgt.
Gummersbach: Am Sonntagmorgen (9. April) kam es gegen 06.45 Uhr zu einer Auseinandersetzung im Bereich des Einkaufzentrums auf der Kaiserstraße. Eine 32-Jährige zeigte bei der Polizei an, dass ihr und einem 28-jährigen Begleiter zwei Männer aus Richtung Busbahnhof entgegenkamen. Ohne erkennbaren Grund habe einer der Männer plötzlich auf sie und ihren Begleiter eingeschlagen und sei anschließend geflüchtet. Den Schläger beschrieb sie als einen etwa 180 – 190 cm großen Mann mit sportlicher Figur. Er hatte dunkle Haare, einen "Drei-Tage-Bart" und trug eine Brille. Weiterhin hatte er einen " dunkleren Hautteint und sprach gebrochenes Deutsch. Der zweite Mann, der nicht in das Geschehen eingriff, war in etwa gleich groß, hatte eine normale Statur und kurze blonde Haare.
Recke: Schwere Verletzungen hat ein 27-jähriger Mann erlitten, der am frühen Sonntagmorgen (02.04.2017) von zwei unbekannten, männlichen Personen attackiert worden ist. Der Geschädigte war auf dem Nachhauseweg, als er an einem Spielplatz an der Bodelschwinghstraße eine Pause einlegte. Dort setzte er sich den Schilderungen zufolge auf eine Schaukel und rauchte eine Zigarette. Unvermittelt griffen ihn dann zwei Männer an. Der 27-Jährige erhielt mehrere Schläge und Tritte, woraufhin er zu Boden ging und nach eigenen Angaben bewusstlos wurde. Er begab sich schließlich noch nach Hause, musste im Weiteren aber ein Krankenhaus aufsuchen, von wo er aufgrund der erlitten Verletzungen in ein Münsteraner Krankenhaus gebracht werden musste. Das Opfer konnte angeben, das sich die Beiden in einer ausländischen, offenbar " arabischen Sprache, unterhalten hatte.
Pirmasens: Am Abend des 01.04.2017 kam es im Freizeitpark Strecktal zu Auseinandersetzungen zwischen Heranwachsenden und " Asylbewerber, wobei ein 20 – jähriger Asylbewerber einem ebenso alten Mann mit der flachen Hand ins Gesicht schlug. Dieser wurde nach eigenen Angaben nicht verletzt. Da sowohl die Asylbewerber als auch die Jugendlichen trotz Verbotes im Park reichlich Alkohol konsumiert hatten, wurde ihnen ein Platzverweis erteilt. Kurze Zeit später wurde ein erneuter Zwischenfall mit Strecktal gemeldet. Beide Lager waren wieder aufeinander gestoßen, wobei der Asylbewerber seinen Kontrahenten so heftig stieß, dass dieser stürzte und sich Verletzungen im Gesicht zuzog. Der amtsbekannte Asylbewerber wurde wegen versuchter Körperverletzung und Körperverletzung beanzeigt.
"Buntes" und "weltoffenes" Deutschland
Ausgangspunkt für die Ansammlung von mehr als 100 gewaltbereiter junger Männer am Dienstagabend in Leverkusen war ein Streit zweier Mädchen auf Facebook, der durch die Einmischung zweier junger Männer eskalierte. Eines der 15 und 16 Jahre alten Mädchen hatte ein Video über den Instant-Messaging-Dienst Snapchat gepostet. Das andere Mädchen war darüber erbost und forderte die Löschung des Videos. In den Streit der beiden auf Facebook mischten sich auch zwei junge Männer ein, berichtet der Sprecher der Kölner Polizei, Christoph Gilles. Die beiden 19-Jährigen, einer aus Köln, einer aus Leverkusen, beschimpften und beleidigten sich nun ebenfalls auf Facebook ausfallend. Dies endete in einer Prügelei am Sonntag. Anschließend verabredeten sich die Konfliktparteien offensichtlich mit ihren Freunden über Facebook und WhatsApp für den Dienstagabend in Leverkusen. Ein Großaufgebot der Polizei rückte an. Die Beamten konnten die drohende Auseinandersetzung verhindern, weil sie von Passanten über die verdächtigen Ansammlungen informiert wurden. In mehreren Stadtteilen hatten sich die Gruppen von gewaltbereiten Jugendlichen und jungen

Männern versammelt. Die größte Ansammlung hatte es mit 80 Personen am Bahnhof Mitte gegeben. Die Männer seien alle im Alter von 16 bis 25 Jahren gewesen, berichtet der Sprecher. Fast alle seien polizeibekannt. Insgesamt wurden 111 Jugendliche und junge Männer überprüft. Unter den Kontrollierten waren viele mit " unterschiedlichem Migrationshintergrund. Die Männer seien vorwiegend in Köln und Leverkusen, aber auch im Umland gemeldet. Die Eltern der Jugendlichen wurden informiert. Acht Männer wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen, sie waren am Mittwoch aber wieder auf freiem Fuß. „Das war alles im Rahmen der Gefahrenabwehr", sagte ein Sprecher. Bei den Kontrollierten wurden mehrere Teleskopschlagstöcke, ein Messer, eine Schreckschusspistole und Handschuhe, gefüllt mit Quarzsand, sichergestellt.

Türkische Folklore in Stuttgart

Gürcan T. (48) hatte ein Plakat gegen den türkischen Regierungschef Erdogan (63) in sein Auto geklebt. Deshalb wurde er verprügelt. Der Bosch-Arbeiter war abends in Stuttgart (Baden-Württemberg) mit seinem Ford Fiesta unterwegs, als neben ihm ein Wagen hielt. Gürcan: „Vier Männer beschimpften mich auf " Türkisch als ‚Hurensohn'." Dann prügelten die Männer auf Gürcan ein. Er erlitt Prellungen und ein Schleudertrauma. Die Schläger (22–26) flüchteten, wurden wenig später festgenommen.

https://www.pi-news.net/2017/04/vergewaltiger-seit-16-jahren-nicht-abgeschoben/#more-562622

Vergewaltiger seit 16 Jahren nicht abgeschoben

Zwickau: Sachsen ist empört über Serien-Verbrecher Qaisar S. (38, Foto), der immer wieder schwere Straftaten beging und nie in sein Heimatland Pakistan abgeschoben wurde. Noch empörender sind die Gründe für seine Nicht-Abschiebung. Wie das Landratsamt Zwickau jetzt gegenüber BILD einräumte, gibt es kein Reisedokument für den Vergewaltiger und Pistolenschützen! Obwohl sein Asylantrag schon vor 16 Jahren (!) abgelehnt wurde! Ines Bettge vom Landratsamt: „Derzeit ist die Landesdirektion Sachsen mit der Beschaffung eines Passersatzes beschäftigt." Zuvor sei der Serien-Verbrecher geduldet worden, weil er mit einer Deutschen Kinder gezeugt hatte – das soll jetzt aber kein Grund mehr sein, ihn länger hier leben zu lassen.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

Lahr: Eine Joggerin musste in den heutigen Morgenstunden im Bereich der Unterführung der Freiburger Straße entlang der Schutter eine unliebsame Begegnung machen. Kurz nach 8.30 Uhr zeigte sich der Sportlerin ein dunkelhäutiger Mann unweit des Hirschplatzes mit geöffneter Hose. Kurz nachdem sich die Dame hilfesuchend an die Polizei gewandt hatte, suchte der Unbekannte auf einem Fahrrad das Weite.
Karlsruhe: Ein 27-jähriger Asylbewerber steht im dringenden Verdacht, am Mittwochmorgen gegen 4 Uhr eine 42-jährige Frau in der Damentoilettenanlage des Heidelberger Hauptbahnhofs bedrängt und eine 76-jährige Frau mit mehreren Faustschlägen verletzt zu haben. Der Beschuldigte klopfte an die Tür einer Toilettenkabine, in der sich eine 42-jährige Frau befand. Als diese die Tür öffnete, griff der Beschuldigte nach ihr, um sie zu bedrängen. Der Frau gelang es jedoch, die Tür wieder zu verschließen. Im Anschluss griff der Mann eine weitere Frau, die sich ebenfalls in der Toilettenanlage befand, an und schlug dieser mehrfach mit der Faust gegen den Körper und ins Gesicht. Anschließend flüchtete er. Im Rahmen der sofort eingeleiteten Fahndung konnte der Beschuldigte durch eine Streife der Landespolizei in Bahnhofsnähe gestellt und vorläufig festgenommen werden. Die 76-jährige Geschädigte erlitt durch den Faustschlag eine Verletzung im Gesicht und musste zur Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Heidelberg wurde der Beschuldigte am Mittwoch der Haftrichterin beim Amtsgericht Heidelberg vorgeführt, die auf Grund bestehender Fluchtgefahr Haftbefehl wegen Körperverletzung erließ. Der Mann wurde in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert.
Dortmund, Arnsberg: Fast fünf Stunden hielt sich am 3. April ein 30-jähriger Mann aus Nigeria im Schnellrestaurant am Dortmunder Hauptbahnhof auf. Als Beleidigungen und Aggressionen die Belastungsgrenzen überschritten, beendeten Einsatzkräfte der Bundespolizei die unrühmliche Situation. Um halb vier in der Frühe bat ein Mitarbeiter des Schnellrestaurants am Hauptbahnhof die Bundespolizei um Hilfe. Nach seinen Angaben hielt sich seit fast fünf Stunden im Ladenlokal eine Person auf, die dort immer wieder einschlafen würde. Es soll bereits kränkende und sexuell beleidigende Worte gegenüber dem weiblichen Personal gefallen sein. Auch als eine Streife der Bundespolizei den Mann ansprach, zeigte der uneinsichtige Gast zunächst keine Reaktion sich am Gespräch zu beteiligen. Als er im Verlauf des Gesprächs die Polizisten als Bastarde betitelte sollten die Personalien und eine Anzeigenerstellung auf der Wache erfolgen. Auf dem Weg zur Dienststelle und im Polizeigewahrsam kam es zu Widerstandshandlungen gegen die Bundespolizisten in deren Verlauf ein Beamter in den Unterarm gebissen wurde. Gegen den in Arnsberg wohnenden 30-Jährigen wurde ein Strafverfahren wegen Widerstand, Körperverletzung und Beleidigung eingeleitet. Gegen 05:30 Uhr konnte der Mann die Bundespolizeiwache verlassen.
Freiberg: In Freiberg wird gegen einen mutmaßlicher Sexual-Straftäter ermittelt. Dem 29-jährigen Iraker wird vorgeworfen mehrere Frauen genötigt und bedrängt zu haben. So soll er am Mittwoch eine 16-Jährige sexuell belästigt und eine weitere Frau unsittlich berührt haben. Durch Zeugenhinweise kam die Polizei dem Mann auf die Spur. Der Mann ist zunächst wieder frei gelassen worden. Am Donnerstag kam es dann gleich zum nächsten Vorfall. Gegen 14.15 Uhr wurde die Polizei von Zeugen zur Ecke Hornstraße/Wasserturmstraße gerufen. Der Mann hatte sich einer Schülergruppe von hinten genähert und eine 14-Jährige unsittlich berührt. Anschließend flüchtete er. Mehrere Streifenwagenbesatzungen rückten daraufhin zur Fahndung aus und konnten den Tatverdächtigen wenig später in der Petersstraße stellen. Es handelt sich um den 29-jährigen Mann, der im Verdacht steht, bereits am Mittwoch mehrere sexuelle Belästigungen im Freiberger Stadtgebiet begangen zu haben. Der 29-Jährige wurde vorläufig festgenommen. Allerdings hat die Chemnitzer Staatsanwaltschaft keinen Haftbefehl beantragt. “Es bestehen keine Haftgründe”, teilte Ingrid Burghart von der Staatsanwaltschaft auf Anfrage unseres Senders mit. Es bestehe auch keine Fluchtgefahr, teilte die Sprecherin der Chemnitzer Staatsanwaltschaft mit. Die Fälle werden als sexuelle Beleidigung verfolgt. Es handle sich dabei um den neuen Paragraphen 185.

Dieser sind einen Strafrahmen von bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe vor. Ein Haftbefehl ist in so einem Fall nicht möglich, erläutert Burghart. Wenn es gravierendere Fälle gibt oder Opfer, die unter 14 Jahre sind, müsste man neu entscheiden, hieß es. Am Freitagnachmittag teilte die Chemnitzer Polizei dann mit, dass der Mann in eine psychatrische Klinik gebracht wurde. Ungeachtet dessen dauern die Ermittlungen gegen ihn weiter an, teilte die Polizei mit.
München: Ein 27-jähriger Somali griff sich am Samstag in der Straßenbahn 17 vor den Augen einer Mutter (40) und ihrer beiden Töchter (8 und 12) mit der Hand in den Schritt, ließ seine Hu?ften kreisen und deutete obszo?ne Bewegungen an. Erst als ihm die 40-Jährige deutlich die Meinung geigte, hörte er damit auf. Dafür umklammerte er anschließend eine 27-Jährige, als diese in die Tram einstieg, und zog sie zu sich heran. Die junge Frau konnte sich losreissen und aus der Straßenbahn flüchten. An der nächsten Haltestelle wartete dann schon die Polizei auf den 27-Jährigen und nahm ihn vorläufig fest.
Lotte: Am Samstagmorgen (25.03.), gegen 06.20 Uhr, ist eine 58-jährige Joggerin auf der Schulstraße von einem Unbekannten belästigt worden. Der Mann hatte sich ihr von hinten genähert und versuchte sie zu umarmen. Die Frau machte sich lautstark bemerkbar und konnte den Unbekannten vertreiben. Als eine Zeugin mit einem PKW erschien, ergriff der Unbekannte die Flucht. Der Mann war der Joggerin bereits auf der Schlesischen Straße aufgefallen und ihr dann offensichtlich gefolgt. Der Unbekannte, etwa 20 bis 25 Jahre alte Mann, war etwa 175 cm groß, von schlanker Statur, hatte kurzes lockiges schwarzes Haar und einen dunklen Teint. Bekleidet war er mit einer dunklen Hose und einer schwarzen Joggingjacke mit Kapuze. Er hatte einen orangefarbenen Rucksack dabei. Nach dem Vorfall lief der Mann in Richtung Drosselweg davon. Zwischen dem alten und dem neuen Kindergarten, in Richtung Strotheweg, verlor man ihn aus den Augen.
Nagold: Eine 17 Jahre alte Jugendliche ist am Mittwochmittag in der Max-Eyth-Straße in Nagold von einem Unbekannten bedrängt worden. Die Geschädigte war gegen 12.25 Uhr vom Lidl-Parkplatz aus die Treppe zur Max-Eyth-Straße hochgegangen, als sie bemerkte, dass sie von einem Mann verfolgt wurde. Nachdem der Täter auf dem Gehweg in Richtung Berufsschulzentrum zu ihr aufgeschlossen und die 17-Jährige sich zu ihm umgedreht hatte, entschuldigte er sich zunächst in gebrochenem Deutsch. Kurz darauf wurde er aber zudringlich und griff dem Mädchen durch den Hosenbund ans Gesäß. Die Geschädigte schlug dem Täter derart mit der Faust ins Gesicht, dass dieser die Flucht in Richtung des Wohngebiets Schleifmühle ergriff.
Salzburg: Für gleich drei Polizeieinsätze innerhalb von knapp 24 Stunden hat ein 17 Jahre alter Afghane am Wochenende in Salzburg gesorgt. Erst geriet der Jugendliche aufgrund eines handfesten Streits mit einem Somalier ins Visier der Exekutive, um nur wenige Stunden später in einem Hotel für Aufregung zu sorgen. Auch dort ließ der Bursche die Fäuste sprechen. Zuletzt verfolgte er auch noch eine 18 Jahre alte Schülerin bis nach Hause, onanierte vor der Haustür der Familie und teilte beim Eintreffen der Polizei ein weiteres Mal Schläge aus.
Linz: Gestern Nacht kurz vor 24:00 kam es in der Linzer Herrenstraße zu unschönen Szenen. Eine Gruppe afghanischer Asylwerber belästigte verbal mehrere Passantinnen, worauf einige davon die Polizei alarmierten. Beim Eintreffen der Beamten kam es daraufhin zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung. Bei der Identitätsfeststellung der Gruppe rastete ein 19-Jähriger Afghane völlig aus. Er warf sein Feuerzeug vor den Augen der Beamten mit derartiger Wucht auf den Boden, dass es explodierte. Trotz wiederholter Abmahnung seitens der Polizei stellte er sein agressives Verhalten nicht ein. Er wurde daraufhin festgenommen und ins ins Polizeianhaltezentrum Linz gebracht.

https://www.pi-news.net/2017/04/wuerzburg-13-jaehrige-in-der-schule-begrapscht/#more-561378

Würzburg: 13-Jährige in der Schule begrapscht

Würzburg: Am Mittwochabend zwischen 20:00 Uhr und 22:00 Uhr fand im Veranstaltungszentrum Shalom Europa in der Valentin-Becker-Straße ein Schulkonzert statt. Dabei wurde eine 13-jährige Schülerin von einem unbekannten Mann mehrfach unsittlich berührt und unter den Rock gefasst. Der Tatverdächtige wird wie folgt beschrieben: Circa 40-50 Jahre alt, circa 1,70 m groß, orientalisches Aussehen; der Mann hatte nach hinten gekämmte, gegelte grau-braune Haare und trug um den Hals einen rötlichen Schal.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

---

Salzburg: Neun Tage nach der Vergewaltigung einer 21-Jährigen in der Linzergasse in Salzburgs Altstadt ist der mutmaßliche Täter gefasst worden. Es handelt sich um einen Asylwerber aus Marokko (32). Die Handschellen klickten in Innsbruck, seit Mittwochnachmittag sitzt er in Puch-Urstein in Haft. … Passiert war die Sexattacke am 19. März um 5.30 Uhr früh in der Linzergasse nahe der Schallmooser Hauptstraße. Der mutmaßliche Vergewaltiger soll eine Flachgauerin (21) gepackt, ihr unter den Rock gegriffen, sie dann zu Sturz gebracht und sich an ihr vergangen haben.

Stuttgart-Weilimdorf: Ein bislang unbekannter Mann hat am Freitag (31.03.2017) an der Giebelstraße eine 54-jährige Frau sexuell bedrängt und dabei unsittlich angefasst. Die offenbar unter Alkoholeinfluss stehende Frau war gegen 00.45 Uhr an der Haltestelle Salamanderweg aus einer Stadtbahnlinie U6 ausgestiegen und alleine unterwegs, als ihr der Mann, der mit ihr ausgestiegen war, auf einem Trampelpfad folgte und sie zunächst um eine Zigarette bat. Anschließend umarmte und berührte er die Frau im Brustbereich, brachte sie zu Boden und versuchte sie zu entkleiden. Der Frau gelang es, den Mann von sich herunterzustoßen, worauf dieser flüchtete. Der Unbekannte soll laut Schilderung der Frau zirka 25 bis 30 Jahre alt und etwa 170 Zentimeter groß sein. Er hatte kurze dunkle Haare und war dunkel gekleidet. Sie beschrieb den Mann als “arabisch aussehend.

Erding: Es ist eines der brutalsten Sexualverbrechen, das in Erding in jüngerer Zeit begangen wurde. Der 24 Jahre alte Murat A. steht im Verdacht, am 22. September 2016 am Fehlbach eine 40 Jahre alte Erdingerin brutalst vergewaltigt zu haben. Der Türke soll sich an seinem Opfer, das er flüchtig kannte, nicht nur vergangen haben, sondern ihm auch schwerste Verletzungen zugefügt haben. Die Frau musste um ihr Leben bangen. Mitten in der Nacht flüchtete sie vor ihrem Peiniger durch den Fehlbach. Murat A. wurde kurz darauf festgenommen. Seither sitzt er in U-Haft. Nun steht die juristische Aufarbeitung bevor. Die Anklageschrift wurde im Februar beim Landgericht Landshut eingereicht, teilt Thomas Steinkraus-Koch von der Staatsanwaltschaft Landshut auf Anfrage unserer Zeitung mit. Die Ermittler hängen den Fall hoch und wollen durchgreifen: Murat A. wird sich wegen versuchten Mordes verantworten müssen. Damit droht dem jungen Mann eine lebenslange Freiheitsstrafe. „Es war anfangs strittig, ob von einem versuchten Tötungsdelikt auszugehen ist“, erklärt Koch. Doch die Ermittlungen der Kripo Erding ließen wohl keine andere Möglichkeit zu. Murat A. hat sein Opfer schwerst verletzt. Unter anderem schlug er mit einer Bierflasche auf sie ein, trat und schlug gegen ihren gesamten Körper. Danach schleifte er sein Opfer am Ufer des Fehlbachs entlang. Die 40-Jährige soll sich tot gestellt haben, damit die Qualen endlich aufhören. Danach nutzte sie die Möglichkeit zur Flucht durchs Wasser. … Der Fall macht nicht nur wegen seiner Brutalität betroffen. Hinzu kommt, dass Murat A. als Intensivtäter gilt, der immer wieder vor Gericht stand. Im Dezember recherchierte unsere Zeitung, dass der junge Mann in sein Heimatland abgeschoben werden sollte. Doch zum Vollzug durch das Landratsamt Erding kam es nie. Die Gründe sind unklar.

Innsbruck: Auch in Innsbruck wurde am Sonntag ein Fall sexueller Belästigung in einem Schwimmbad bekannt. Wie die Polizei am Abend berichtet, berührte ein 16-jähriger Staatenloser ein 13-jähriges Mädchen während des Schwimmens mehrfach unsittlich. Während sich der Bursche gegenüber der Mutter für sein Verhalten entschuldigte, leugnete er die Tat später vor den verständigten Polizeibeamten. Er wird angezeigt.

Hanau: Am Montagmorgen, gegen 6.30 Uhr, ist eine junge Frau von einem etwa 1,80 Meter großen schlanken Mann verfolgt und belästigt worden. In Höhe der Lautenschlägerstraße/ Französische Allee hielt der Fremde, der einen Bart hatte und eine weiße Kopfbedeckung trug, die Passantin fest und

berührte sie unsittlich. Erst als ein Autofahrer kurz stoppte, ließ der nach Angaben des Opfers arabisch sprechende Täter los und flüchtete.
Wiesbaden: Am Sonntagvormittag wurde eine Wiesbadenerin in der Wilhelmstraße im Bereich der dortigen Grünanlage von einem Unbekannten unsittlich berührt. Die 40-Jährige war gegen 10:20 Uhr in dem Park unterwegs, als sie der Täter plötzlich und unerwartet im Bereich des Oberkörpers unsittlich berührte. Den Mann beschreibt die Dame als nordafrikanischen Phänotyp, circa 1,80 Meter groß, mit schwarzen Augen und einem Kinnbärtchen. Er habe blaue Jeans und schwarze Schuhe getragen.
Stuttgart/Leonberg: Zu einer exhibitionistischen Handlung ist es offenbar am Sonntagabend (19.03.2017) gegen 20:18 Uhr bis 20:43 Uhr in der S-Bahn der Linie S6 in Richtung Weil der Stadt gekommen. Ein bislang noch unbekannter Tatverdächtiger soll laut Angaben einer Zeugin bei Abfahrt der S-Bahn im Hauptbahnhof Stuttgart mit Handzeichen auf sich aufmerksam gemacht haben, um sich anschließend an seinem entblößten Geschlechtsteil zu manipulieren. Der männliche Tatverdächtige, welcher ebenfalls in Leonberg ausstieg, soll kurze schwarze Haare getragen haben und etwa 1,70m groß sowie leicht korpulent sein. Laut Zeugenangaben soll der Mann mit indischen oder pakistanischen Phänotyp zum Tatzeitpunkt mit einer dunkelblauen Jeans, einer schwarzen Lederjacke und einem grauen Kapuzenshirt mit Reißverschluss bekleidet gewesen sein.
Landshut: „Unsere Frauen sind kein Freiwild, auch wenn sie nicht verschleiert sind, egal was sie anhaben und ob sie allein unterwegs sind." Jugendrichter Stefan Kolb sprach im Prozess gegen einen 20-jährigen syrischen Asylbewerber, der eine inzwischen 21-jährige Krankenschwester sexuell genötigt hatte, Klartext und schickte ihn für 16 Monate hinter Gitter. Der Asylbewerber und ein Landsmann waren am 1. November letzten Jahres gegen 3.30 Uhr in der Niedermayerstraße der Krankenschwester, die sich auf dem Heimweg befand, begegnet. Alle drei suchten zunächst eine Tankstelle auf, um Zigaretten zu kaufen, danach setzte man die Heimwege fort, wobei der Syrer die 21-Jährige mehrfach ansprach und sie nach dem Namen fragte. Die Krankenschwester gab ihm zu verstehen, dass sie kein Interesse an eine Gespräch habe. Als sich dann sein Begleiter von ihm trennte, folgte ihr der Syrer weiter in eine Seitenstraße, legte ihr vor ihrem Wohnanwesen den Arm um die Hüfte, zog sie an sich und kündigte an, dass sie in dieser Nacht nicht alleine schlafen werde, er werde bei ihr schlafen. Als die 21-Jährige versuchte, sich loszureißen, packte sie der Asylbewerber am Genick und beim anschließenden Handgemenge begrapschte er sie. Die sich heftig wehrende 21-Jährige fiel schließlich zu Boden und reagierte dann trotz der panischen Angst, in der sie sich befand, besonnen: Sie deutete dem 20-Jährigen an, dass sie ihn doch mit in ihre Wohnung nehmen werde, klingelte dann bei einem Mitbewohner „Sturm", dessen Erscheinen dann den Syrer zur Flucht veranlasste. Zwei Tage später wurde er allerdings dann festgenommen und landete jetzt wegen sexueller Nötigung vor dem Jugendschöffengericht beim Amtsgericht auf der Anklagebank. Hatte der Syrer im Ermittlungsverfahren jegliche Täterschaft noch bestritten, lieferte er nach eingehender Rücksprache mit seinem Pflichtverteidiger Thomas Fauth über den Anwalt ein umfassendes Geständnis ab. Er sei, so ließ er erklären, in jener Nacht zunächst in der Stadt gewesen und habe dort – erstmals in seiner Zeit in Deutschland – „einiges an Whisky" getrunken. Nur so könne er sich die Übergriffe erklären, für die er sich entschuldige. Er wisse, dass er die Grenzen des Anstands überschritten habe. Jugendrichter Kolb, der zuvor schon die Reaktion der Krankenschwester als vorbildlich gelobt hatte („Hut ab"), machte dem 20-Jährigen klar, dass er Gast sei in diesem Land, in dem er bleiben wolle: „Was passiert in Syrien mit einem Gast, der sich nicht an die Regeln hält? Er geht ins Gefängnis und wird dann rausgeschmissen." Das Jugendschöffengericht verhängte dann auch eine Jugendstrafe von 16 Monaten, die nicht zu Bewährung ausgesetzt wurde, und entsprach damit dem Antrag von Staatsanwältin Barbara Keimel. Verteidiger Fauth hatte eine Bewährungsstrafe beantragt und damit argumentiert, dass sein Mandant der Krankenschwester durch sein umfassendes Geständnis eine neuerlich belastende Aussage erspart habe: „Da ist er über seinen eigenen Schatten gesprungen." Außerdem sei der 20-Jährige zur Tatzeit erheblich alkoholisch enthemmt gewesen. Last not least habe die inzwischen dreimonatige Untersuchungshaft bei ihm einen massiven Eindruck hinterlassen. Jugendrichter Kolb stellte in der Urteilsbegründung fest, dass sich der 20-Jährige seit zwei Jahren in Deutschland aufhalte und offenbar immer noch nicht kapiert habe, dass er sich an die Sitten hierzulande zu halten habe: „Er muss verstehen, dass es einen Punkt gibt, der nicht überschritten werden darf, wo wir Frauen schützen und keinen Spaß verstehen."
Öhringen: Wie der Bundespolizei heute bekannt wurde, hat am 26.01.2017 gegen 18:30 Uhr ein unbekannter Mann offenbar eine 17-jährige Frau in einer Regionalbahn zwischen Öhringen und Neuenstein sexuell belästigt. Der Mann sprach die Reisende nach jetzigem Kenntnisstand bereits am Bahnhof Öhringen an und setzte sich anschließend im Zug neben sie. Hier soll der Tatverdächtige engen Körperkontakt zu der 17-Jährigen gesucht und sie mehrfach zu sexuellen Handlungen aufgefordert haben. Die junge Frau flüchtete daraufhin in das nächste Abteil und verließ an der Haltestelle Neuenstein den Zug. Der unbekannte Mann trug zur Tatzeit eine dunkle Jacke, eine dunkle

Hose sowie grau/schwarz/rote Sportschuhe, die sehr auffallend waren. Er wird als 25-30 Jahre alt, 1,85-1,90m groß, südländischen Aussehens mit kurzen schwarzen Haaren und Vollbart beschrieben.

https://www.pi-news.net/2017/04/tuerkischer-asylant-ist-doppelvergewaltiger/#more-563052

Türkischer Asylant ist Doppelvergewaltiger

München: Die Polizei hat einen Tatverdächtigen gefasst, der eine Joggerin in Rosenheim und ein Jahr später [eine Frau] im Englischen Garten in München vergewaltigt haben soll. Bei ihm handelt es sich nach Ermittlerangaben um einen 27-jährigen Türken, der seit 2015 als Asylbewerber in München lebt. Im Zuge der Ermittlungen sei der Mann zunächst als Zeuge in Betracht gekommen. Die Polizei habe den Verdächtigen am 31. März in München festgenommen. Auf seine Spur kamen die Ermittler, nachdem der Mann eine freiwillige Speichelprobe für seinen Asylantrag abgegeben hatte.
Ein DNA-Abgleich ergab eine Übereinstimmung mit Erbgut, das die Ermittler in den zwei Vergewaltigungsfällen in Rosenheim und München sichergestellt hatten sowie bei einem Eigentumsdelikt in Feldmoching. Wie die Münchner Polizei FOCUS Online mitteilte, schweige der Mann zur Sache und leugnet die Tat. Die Beweislast gegen ihn sei jedoch erdrückend. Es sei davon auszugehen, dass schon bald ein Verfahren gegen ihn eröffnet wird. Die brutalen Übergriffe auf die Frauen sorgten nach Bekanntwerden für Unsicherheit: Demnach soll der Festgenommene im November 2016 im Englischen Garten eine 45 Jahre alte Joggerin überwältigt und vergewaltigt haben. Das Opfer wurde bei der Attacke so schwer verletzt, dass eine stationäre Behandlung im Krankenhaus nötig war. Zudem soll er für die Vergewaltigung einer 29 Jahre alten Spaziergängerin am Rosenheimer Inndamm im November 2015 verantwortlich sein.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

Eslohe: Eine Frau ist am Sonntagmittag gegen 12.15 Uhr in einem Waldgebiet in Eslohe im Sauerland angegriffen worden. Sie lief auf einem Wanderweg, als sich der männliche Täter von hinten näherte. Der Mann schlug sie zu Boden. Er setzte sich auf die Frau und würgte sie. Weiterhin riss er an ihrer Oberbekleidung. Die Frau wehrte sich, konnte einen Stein greifen und nach dem Mann schlagen. Dieser ließ daraufhin von ihr ab und lief weg. Während des gesamten Tatablaufs sprach der Mann nicht ein Wort. Er ist vermutlich zwischen 20 bis 30 Jahre alt und etwa 1,85 Meter groß. Er hatte braune Augen und eine bräunliche Haut. Der Täter trug eine schwarze Jogginghose von Nike, schwarze Turnschuhe, einen schwarzen Kapuzenpullover sowie eine schwarze Bauchtasche mit einem weißen Emblem. Sein Gesicht war mit einem schwarzen Schal bedeckt. Zudem hatte er die Kapuze des Pullovers über den Kopf gezogen.

Hamburg: Die Polizei Hamburg sucht Zeugen, die Hinweise nach einem Sexualdelikt zum Nachteil einer 24-Jährigen geben können. Das Landeskriminalamt (LKA 42) hat die Ermittlungen übernommen. Nach bisherigen Erkenntnissen verließ die junge Frau ein Lokal (Waagenbau) in der Max-Brauer-Allee und ging in Richtung Stresemannstraße. Im Bereich der Sternenbrücke sprach der Täter die Geschädigte an. Als sie ihren Weg fortsetzen wollte, trat der Täter überraschend von hinten an die 24-Jährige heran und berührte sie unsittlich. Die junge Frau konnte sich losreißen und flüchtete in Richtung Stresemannstraße stadteinwärts. In Höhe der Hausnummer 108 konnte der Täter die Geschädigte einholen und nahm an der mittlerweile am Boden liegenden Frau sexuelle Handlungen vor. Erst als ein bisher unbekannter Zeuge aufmerksam wurde, ließ der Täter von dem Opfer ab und flüchtete in Richtung Max-Brauer-Allee. Der Täter kann wie folgt beschrieben werden:
männlich, hellbrauner Teint, ca. 190 cm groß, ca. 25 bis 30 Jahre, schlanke Gestalt/ schlankes Gesicht, sprach gebrochen Englisch.

Graz: Vor 17 Jahren soll eine damals 15 Jahre alte Steirerin in einem Asylheim in Graz von einem Nigerianer vergewaltigt worden sein. Der Verdächtige wurde aber erst 2015 in Nordirland gefasst und danach ausgeliefert. Jetzt wurde der 40-Jährige, der in Irland und Spanien auch wegen Sexualdelikten gesucht wird, zu zehn Jahren Haft verurteilt. … Dem heute 40-Jährigen wird vorgeworfen, in einem Asylheim in der Grazer Keplerstraße die Schülerin, die er Anfang 2000 auf der Straße um Hilfe gebeten hatte, mit ihrem Schal gewürgt, ihr ein Messer an den Hals gehalten und sie vergewaltigt zu haben. “Ich hab geschrien, aber niemand ist gekommen, obwohl das ganze Haus voll war”, erzählt die junge Frau Richter Martin Wolf. “Ich hatte panische Angst. Er hat gedroht, mich umzubringen.” Naiv sei sie gewesen, dass sie überhaupt mitgegangen ist, weiß sie heute.
Leipzig: Die Leipziger Polizei fahndet nach dem auf dem Phantombild abgebildeten Mann. Es besteht der dringende Tatverdacht, dass der Unbekannte am Abend des 1. März gegen 21.45 Uhr eine 59-jährige Frau überfallen und schwer verletzt hat. Nach einem Restaurantbesuch war die Frau von der Berliner Straße in Richtung Bernburger Straße gelaufen. Bevor sie einen Containerplatz erreichte, überholte sie der Unbekannte, der sie wenig später überraschenderweise auf Höhe der Abfallcontainer erwartete. Er stellte sich der Frau in den Weg und schlug sie so heftig, dass sie stürzte und sich schwer verletzte. Deshalb musste die Frau später zur ärztlichen Behandlung in einem Krankenhaus stationär aufgenommen werden. Der Unbekannte versuchte die Frau, die gestürzt war, noch zu entkleiden, um anschließend sexuelle Handlungen an ihr vorzunehmen. Doch die 59-Jährige wehrte sich heftig, schrie um Hilfe, so dass eine 25-Jährige auf das Geschehen aufmerksam wurde. Sie eilte zur Hilfe. Daraufhin ließ der im Bild Gezeigte von seinem weiteren Vorhaben ab und flüchtete. Die Leipziger Kripo ermittelt nun in diesem Fall wegen sexueller Nötigung und schwerer Körperverletzung und fahndet nach dem Unbekannten.Der mutmaßliche Täter wird folgendermaßen beschrieben: ca. 1,70 Meter groß, ca. 30 Jahre alt, schlanke Gestalt, südländischen Typs, dunkles, kurzes, leicht gewelltes Haare mit Mittelscheitel, dunkle Augen, leicht gebräunte Haut.
Zwickau: Dieser Drogendealer kannte wirklich keine Grenzen: Wenn seine minderjährigen Kundinnen nicht bezahlen konnten, forderte Asaad Mahdi I. (49) Sex. Dafür muss er jetzt hinter Gitter. Der Iraker war angeklagt, in 52 Fällen an Jugendliche – zum Teil auch unter 15 Jahren – Haschisch verkauft zu haben.Eine 14-Jährige ließ sich befummeln, weil sie nicht bezahlen konnte. Zehn Jugendliche waren als Zeugen geladen. Der Angeklagte weinte vor Gericht: „Ich war das nicht.“ Doch selbst der eigene Sohn hatte den Mann bei der Polizei beschuldigt. Tatort war Plauen. Dort soll er die 14-jährige Andrea (Name geändert) aufgefordert haben, mit ins Schlafzimmer zu kommen. Er fasste sie dort an die Brust – als Belohnung gab’s eine Portion Marihuana. Weitere Versuche bei anderen Mädchen scheiterten. Ende 2016 klickten die Handschellen. Das Amtsgericht Zwickau schickte den Mann für drei Jahre hinter Gitter.
Kassel: Mann bedrängt Frau auf der Bahnhofstoilette Opfer von sexueller Gewalt wurde am Montag, dem 27.03.2017, gegen 10.30 Uhr, offensichtlich eine 26-Jährige aus Kassel. Der Vorfall ereignete sich in der Toilettenanlage des Kasseler Hauptbahnhofes. Als die 26-Jährige die sanitären Anlagen verlassen wollte, stellte sich ihr ein bislang Unbekannter in den Weg und versuchte sie unsittlich zu berühren. Der Frau gelang es sich dem Mann zu entziehen und in den gegenüberliegenden Laden zu flüchten. Die Inhaberin des Geschäftes kümmerte sich um das Opfer und rief die Bundespolizei. Eine sofortige Nahbereichsfahndung der Beamten blieb ohne Erfolg. Personenbeschreibung: Nach Angaben der 26-Jährigen, ist der Mann Mitte 50 Jahre alt. Er hatte dunkle Hautfarbe und könnte Afrikaner gewesen sein. Die Größe wird mit ca. 170 cm angegeben. Er hatte kurze schwarze Haare (teilweise ergraut) mit einer Halbglatze. Auffällig waren dunkle Hautveränderungen im Gesicht und auf der Kopfhaut. Der Mann war unrasiert, das Erscheinungsbild im allgemein war ungepflegt. Bekleidet war er mit einem braunen Mantel, schwarzer Hose und dunklen Schuhen. Er führte mehrere Tüten mit sich.
Tübingen: In der Nacht zum Sonntag ist in einem Lokal eine junge Frau unsittlich angegangen und bedrängt worden. Die Polizei erfuhr von dem Zwischenfall erst mit Verspätung er Vorfall ereignete sich gegen 3.45 Uhr in einer gut besuchten Musikkneipe in der Pfleghofstraße. Eine 26 Jahre alte Besucherin verließ den Raucherraum des Lokals und wurde von drei unbekannten Männern umringt. Die Unbekannten bedrängten die Frau und fassten ihr über der Kleidung an die Brüste und in den Schritt. Erst als die junge Frau sich auch körperlich zur Wehr setzte, ließen die Unbekannten von ihr ab. Einer der Tatverdächtigen war Anfang bis Mitte 20 Jahre alt, etwa 185 cm groß und von schlanker Gestalt. Er hat braune Augen, braune Kurzhaarfrisur und ein arabisches Erscheinungsbild.
Nesselwang: Bereits am Dienstagnachmittag gegen 16 Uhr soll ein Unbekannter ein siebenjähriges Mädchen auf ihrem Nachhauseweg im Steinach Höhe der Kirche angesprochen und an der Tasche festgehalten haben. Der unbekannte Mann war geschätzt 40 bis 50 Jahre alt, hatte dunkle kurze Haare, einen Dreitagebart, trug eine dunkle Jacke und schwarze Schuhe. Er sprach Deutsch mit einem ausländischen Akzent. Weiter hatte er im Gesicht auf der Wange ein auffallendes Piercing oder Muttermal. Der Mann lief dann weiter ins Steinach hinein. Das Mädchen konnte sich nach Angaben

der Polizei aber losreißen und davon laufen. Zuhause erzählte sie ihren Eltern sofort von dem Vorfall, der erst am Donnerstagabend bei der Polizei Pfronten angezeigt wurde.
Deggendorf: Am Freitag, 03.02.2017, gegen 16.15 Uhr wurde eine 35-jährige Frau von einem zunächst unbekannten Mann in Deggendorf auf Höhe des ehemaligen „Olympia-Centers“ in sexueller Weise belästigt. Aufgrund der Ermittlungen der Kriminalpolizei Deggendorf konnte nun ein 30-jähriger irakischer Asylbewerber aus Deggendorf als Tatverdächtiger ermittelt werden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizeistation Deggendorf in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Deggendorf gegen 30-jährigen Iraker dauern an.

https://www.pi-news.net/2017/04/stockholm-terror-schwede-zeigt-regierung-an/#more-563665

Stockholm-Terror: Schwede zeigt Regierung an

Pierre Leander (Foto), ein echter Schwede hat die Regierung der humanitären Großmacht Schweden wegen Beihilfe zu Totschlag, Körperverletzung und wegen Fehlverhaltens angezeigt. Dies nur in der Hoffnung, gesetzlich eine Änderung der Abschiebepraxis illegaler Einwanderer zu erreichen. Bekanntlich hielt der abgewiesene islamische Verbrecher Rakhmat Akilov, der am 7. April bei einer Todesfahrt für Allah mit einem LKW vier Menschen ermordete, sich nicht nur illegal in Schweden auf, vor dem Anschlag hatte das Außenministerium Usbekistans die schwedische Regierung vor dem Terroristen gewarnt. In seinem Facebookeintrag stellt Leander fest, dass es im Kapitel 3, Paragraph 7 des Strafgesetzbuches heißt: „Derjenige, der fahrlässig den Tod eines anderen verursacht, wird wegen Totschlags zu einer Haftstrafe von zwei Jahren oder bei kleinem Verbrechen zu Bußgeld verurteilt.“

(Von Alster)

Leander schreibt weiters:

Meine Hoffnung dabei ist, eine Änderung des Gesetzes zur Behandlung von abgelehnten Personen, die sich illegal im Land aufhalten, zu erreichen. Eine große Entschädigung für die Geschädigten, sowie eine Entschuldigung der Regierung, die unfähig war den Terroristen auszuweisen, wäre auch angemessen. Wenn Viele Anzeige erstatten, erhöht es die Chance, ernst genommen zu werden. Wenn ein Verbrechen geschehen ist, müssen auch die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Ich will eine Veränderung der Sicherheitslage, damit meine zwei Töchter, neun und zwölf Jahre alt, sicher in diesem Land aufwachsen können.

Nach dem Terroranschlag durften die Schweden eine „Kärleksmanifestationen“ Liebesmanifestation erleben und es scheint, dass die “Humanisierung” islamischer Terroristen nach dem islamischen Terroranschlag in Stockholm wichtiger denn je ist. Göteborgs Stadttheater zeigt gerade jetzt das Stück „Der Jihadist“, in dem der islamische Terrorist menschlicher dargestellt werden soll.

Der schwedische Bildungsminister Gustav Fridolin äußert stolz darüber, dass seine Landsleute dem Terror „mit Fremdenliebe begegnen.

Der einzige Lichtblick ist, dass die Partei der Schwedendemokraten aus der letzten Umfrage mit 27 Prozent als stärkste Partei hervorging.

https://www.pi-news.net/2017/04/fluechtlinge-pruegeln-mann-ins-krankenhaus/#more-564165

“Flüchtlinge” prügeln Mann ins Krankenhaus

Aarau: Ein 44-jähriger Mann ist in der Nacht auf Dienstag in Aarau von drei jungen Männern mit einem Kickboard geschlagen worden. Der Mann erlitt Kopfverletzungen und musste ins Spital. Als Tatverdächtige wurden drei “ Asylbewerber aus Eritrea festgenommen. Die drei Personen im Alter von 17 und 18 Jahren wurden bei der Fahndung in Birr festgenommen, wie die Aargauer Kantonspolizei am Dienstag mitteilte. Sie seien unter Alkoholeinfluss gestanden. Das Trio steht im Verdacht, beim Bahnhof Aarau um 23.30 Uhr den 44-jährigen Deutschen angegangen zu haben. Beim Vorbeigehen wurde der Mann mit einem Kickboard geschlagen. Als die Polizei eintraf, waren die Täter verschwunden.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Cottbus: Gegen 23:00 Uhr am Dienstag lief eine bis dahin unbekannte männliche Person in der Berliner Straße, im Bereich der Stadthalle, an einem 28-jährigen Cottbuser vorbei, schrie ihm „Scheiß Deutsche“ entgegen und bewarf ihn mit einer Flasche. Diese traf den Mann, verletzte ihn aber nicht. Der Unbekannte flüchtete in Richtung Puschkinpark. Kurz nach Mitternacht wurde die Polizei nach Sandow gerufen. Dort hatte sich ein Mann mit einer Flasche am Arm verletzt. Bei dieser Person handelt es sich zweifelsfrei um den Tatverdächtigen des Flaschenwurfes und damit der gefährlichen Körperverletzung. Der “ 17-Jährige aus Afghanistan, der mit 1,78 Promille erheblich alkoholisiert war, wurde zur Behandlung ins CTK gebracht.
Rupperswill: Ein 39-jähriger Mann wartete am Mittwoch um 22.30 Uhr in Rupperswil AG vor seinem Wohnhaus mit seinem Auto auf seine Tochter. Plötzlich näherte sich eine Gruppe Asylbewerber, wie die Kantonspolizei Aargau am Donnerstag mitteilte. Beim Vorbeigehen trat einer der Männer gegen das stehende Auto. Der 39-Jährige stieg folglich aus und wollte den Unbekannten zur Rede stellen. Bei der folgenden Konfrontation versetzte einer der Männer dem Autofahrer einen Faustschlag. Zudem zog ein weiterer ein Messer und bedrohte das Opfer damit. Als Anwohner an die Szenerie herantraten, ergriff die Gruppe die Flucht. Während der umgehend eingeleiteten Fahndung durch die Polizei konnte die Gruppe am Bahnhof in Rupperswil angehalten werden. Die sechs, teils noch minderjährigen, “ Asylbewerber aus Eritrea und Afghanistan wurden vorläufig festgenommen. Im Zuge erster Abklärungen konnte zudem noch festgestellt werden, dass ein involvierter Eritreer nur Stunden zuvor einen Ladendiebstahl in Rupperswil begangen hatte. Die Kantonspolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.
Vöringen: Gestern Abend gegen 22.20 Uhr fand ein 25-jähriger Jogger neben dem Radweg an der Kreisstraße NU14 eine offensichtlich leblose männliche Person auf dem Boden liegen. Der Jogger hielt an und berührte und rüttelte den Mann. Der Leblose bewegt sich urplötzlich und attackierte den Jogger grundlos mit einem Messer. Der völlig überraschte und wehrlose Sportler erlitt hierbei Stichverletzungen am Oberkörper. Nach dem Angriff konnte der Mann unerkannt entkommen. Der verletzte Jogger hielt sofort einen Pkw an der Kreisstraße an und ließ sich ins Krankenhaus fahren. Trotz intensiver Suche, an der auch ein Polizeihubschrauber beteiligt war, konnte der Täter nicht aufgefunden werden. Es soll sich um einen etwa 190 cm großen, schlanken Mann handeln. Er ist “ dunkelhäutig und war mit einer grauen Hose und einem grauen Kapuzenpulli bekleidet.
Hamm-Heessen: Leicht verletzt wurde ein 45-jähriger Hammer am Samstag, 15. April 2017, gegen 21 Uhr, auf der Maybachstraße. Nach zunächst verbalen Streitigkeiten vor einer Gaststätte auf der Ahlener Straße wurde er von drei Unbekannten bis zur Maybachstraße

verfolgt und dort geschlagen. Die Tatverdächtigen mit “ südländischem Erscheinungsbild sind zwischen 20 und 25 Jahre alt. Einer ist 1, 70 Meter groß, hat schwarze, kurze Haare und trug eine schwarze Jacke und eine blaue Jeans. Der zweite Tatverdächtige ist zirka 1,65 Meter groß, hat kurze, braunrote Haare und trug ein dunkles Sweatshirt und eine helle Jeans. Der dritte Flüchtige ist zirka 1,75 Meter groß, hat einen Drei-Tage-Bart, kurze, schwarze Haare, eine dünne Statur und trug ein grünes Oberteil mit schwarzen Streifen.
Marburg-Biedenkopf: Am Sonntag, 9. April gegen 3.15 Uhr soll ein südländisch aussehender Mann, der phonetisch “Madi” gerufen wurde, mehrere Personen vor einem Lokal in der Reitgasse attackiert haben. Wie berichtet wurde, schlug der mit einem weißen Hemd bekleidete Verdächtige zunächst grundlos auf zwei 25 Jahre alte Männer ein. Eine 24-jährige Freundin der beiden Opfer versuchte den mutmaßlichen Schläger bis zum Eintreffen der Polizei aufzuhalten. Dies quittierte er ebenfalls mit einem Faustschlag ins Gesicht. Der Verdächtige mit “ dunklem Teint ist etwa 20 Jahre alt, etwa 165 cm groß und hat braune Haare.
Hofheim: Gefährliche Körperverletzung Tatort: 65719 Hofheim, Rudolf-Mohr-Str., Schulhof Tatzeit: Sonntag, den 16.04.2017, 00:10 Uhr. Zwei bisher unbekannte Täter attackieren die beiden 22- und 24-jährigen männliche Geschädigten mittels einer Flasche. Die Täter werden wie folgt beschrieben: 2 männliche “ ausländische Personen, 20 – 30 Jahre alt, ein Täter kurze, der zweite lange Haare. Einer der Täter war mit einem hellen Oberteil bekleidet.
Gelsenkirchen: Am Donnerstag um 14 Uhr verfolgten drei Männer auf der Cranger Straße (Höhe Marktstraße) den jungen Mann. Einer der Brutalos hatte einen Kampfhund dabei. Sie forderten den 17-Jährigen auf, stehen zu bleiben. Doch der Gelsenkirchener ging weiter. Da traten die drei Täter ihn, so dass er hinfiel. Anschließend zerrten sie ihn in einen Hauseingang. Sie nahmen ihm seinen Schlüssel gewaltsam ab, dann traten und schlugen die Täter auf ihr Opfer ein. Als eine mutige Passantin dazukam und drohte, die Polizei zu rufen, ließen die Täter von ihrem Opfer ab. Sie flüchteten – glücklicherweise ohne den Schlüssel. Der 17-Jährige musste anschließend ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die Verdächtigen werden wie folgt beschrieben: Drei männliche Täter, alle 18 bis 20 Jahre alt, ca. 1,60 bis 1,65 Meter groß, “ südländisches Aussehen. Ein Täter war korpulent, die anderen eher schmächtig. Alle Täter trugen Käppis, einer war mit einem graublauen Pullover bekleidet. Einer führte einen Kampfhund an einer Leine mit.
Walldorf/Rhein-Neckar-Kreis: Am Freitagabend wurde ein junger Autofahrer auf dem Parkplatz eines Supermarktes in der Nußlocher Straße von drei bislang unbekannten Jugendlichen attackiert.Der 20-Jährige saß mit zwei weiteren Personen in seinem Fahrzeug, als die drei Jugendlichen das geparkte Auto umkreisten und sich in einer ihm nicht verständlichen Sprache etwas zuriefen. Zwei der Unbekannten trugen Inline-Skater, der dritte war auf einem BMX-Fahrrad unterwegs. Als der 20-Jährige ausstieg und die Jungen auf ihr Verhalten ansprach, wurde er von einem angegriffen und geschlagen. Nachdem er sich von diesem lösen konnte, schlug ein anderer Angreifer nach ihm, verfehlte ihn jedoch. Als Zeugen und die Freunde im Auto zu Hilfe kamen, flüchteten die Jugendlichen über die Nußlocher Straße in Richtung Ortsausgang. Der 20-jährige wurde bei dem Angriff leicht verletzt. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief ergebnislos. Die männlichen Täter wurden wie folgt beschrieben: 1. Angreifer: Ca. 165 cm – 170 cm groß, ca. 15 – 16 Jahre alt, “ dunkler Teint, kurze schwarze Haare. Er war bekleidet mit einem weißen T-Shirt sowie einer Jeanshose und trug Inline-Skater. 2. Angreifer: Ca. 160 cm – 165 cm groß, ca. 14 – 15 Jahre alt, kurzes schwarzes Haar 3. Unbekannter: Ca. 140 cm – 150 cm groß, ca. 13 – 14 Jahre alt.
Stuttgart-Mitte: Bei Streitigkeiten unter zwei 21-jährigen Männern hat am Donnerstagabend (12.04.2017) am Stuttgarter Hauptbahnhof einer der Kontrahenten durch einen Messerstich schwere Verletzungen erlitten. Rettungskräfte kümmerten sich um den Verletzten und brachten ihn in ein Krankenhaus. Auch ein Notarzt war im Einsatz. Derzeit besteht keine Lebensgefahr mehr. Zwischen den beiden Männern kam es gegen 21.40 Uhr am Gleis 13 zu

einer Auseinandersetzung. In deren Verlauf zückte der Tatverdächtige ein Messer und stach unvermittelt auf den Gleichaltrigen ein. Dieser fiel zu Boden, worauf der Verdächtige nochmals auf den Verletzten einstechen wollte, dies konnte ein beherzter 44-jähriger Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes verhindern. Er hielt den Verdächtigen bis zum Eintreffen der alarmierten Bundespolizeibeamten fest. Die Hintergründe der Auseinandersetzung sind derzeit noch unklar, die Ermittlungen diesbezüglich dauern an. Der “ 21-jährige Eritreer wird im Laufe des Donnerstags (13.04.2017) mit Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart auf Erlass eines Haftbefehls einem Haftrichter vorgeführt.

https://www.pi-news.net/2017/04/vergewaltigungsversuch-auf-kino-toilette/

Vergewaltigungsversuch auf Kino-Toilette

Bayreuth: Ein bislang Unbekannter bedrängte am Dienstagabend (18. April) eine junge Frau auf einer Gaststättentoilette im Kino-Komplex in der Hindenburgstraße, wie die Polizei mitteilt. Die Kriminalpolizei Bayreuth hat die Ermittlungen wegen sexueller Nötigung aufgenommen und bittet die Bevölkerung um Mithilfe bei der Suche nach dem Täter. Zwischen 21.15 Uhr und 22.15 Uhr suchte die 22 Jahre alte Frau die Toilette im Untergeschoss des Kinokomplexes in der Hindenburgstraße auf. Als sie die Kabine verlassen wollte, schob der Täter die junge Frau wieder hinein und bedrängte sie dort sexuell.
Die Frau wehrte sich aber und rief um Hilfe, so dass der Unbekannte kurz darauf von ihr abließ und über die Gaststätte in Richtung Kino flüchtete. Der Mann trug keine Jacke, hatte sich zuvor also möglichweise selbst als Gast in der Bar oder als Besucher im Kinobereich aufgehalten. Die Kriminalpolizei Bayreuth bittet um Hinweise aus der Bevölkerung. Die Beamten bitten insbesondere eine etwa 30 Jahre alte Zeugin, die ihre braunen Haare zu einem Pferdeschwanz zusammengebunden trug, sich bei der Polizei zu melden. Die Frau hatte die Toilette kurz vor der 22-Jährigen verlassen und könnte den Täter möglicherweise gesehen haben. Von dem Unbekannten liegt folgende Beschreibung vor: etwa 30 Jahre alt, etwa 180 bis 190 Zentimeter groß, kräftige Statur, südländischer Typ, sprach deutsch mit ausländischem Akzent, dunkle Haare, seitlich kürzer geschnitten als oben.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Nachfolgend dennoch wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asyl-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

---

Köln: Nach einem Sexualdelikt im Kölner Stadtteil Höhenhaus fahndet die Polizei nach zwei Männern. Am frühen Sonntagmorgen hatten die Unbekannten eine junge Frau im Bahnhof Köln-Holweide angegriffen und sexuell genötigt. Gegen 3 Uhr war die 19-Jährige aus der S11 gestiegen und in die Bahnsteig-Unterführung gegangen. Dort sprach das Duo sie an und es entwickelte sich zunächst ein lockeres Gespräch. Als sich die Kölnerin verabschieden wollte, hielten sie die Angreifer plötzlich fest und versuchten sie zu entkleiden. Als sich Passanten der Situation näherten, rannten die Verdächtigen in Richtung Buschfeldstraße. Laut Angaben der 19-Jährigen sind die Flüchtigen 20 bis 30 Jahre alt, etwa 1,80 Meter groß und von südländischem Erscheinungsbild.

Gera: Am Karfreitag gegen 2.00 Uhr bedrängte ein 23-jähriger Staatenloser Asylbewerber zwei Frauen auf dem Bahnhofsvorplatz in Gera. Der aus Damaskus stammende Mann berührte die beiden 26 und 32 Jahre alten Frauen und versuchte sie zu küssen. Diese riefen daraufhin mit ihrem Mobiltelefon die Notrufnummer der Polizei, die gemeinsam mit der Bundespolizei vor Ort kam. Dabei wurde der 23-Jährige sowie sein Begleiter von den Frauen getrennt und ein Platzverweis ausgesprochen. Zudem hat die Bundespolizei ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Nötigung gegen den Mann eingeleitet.
Gelsenkirchen: Freitag, 31.03.2017, 17:40 Uhr 45892 Gelsenkirchen, Resse, Waldstück an der Münsterstraße. Bei einem Hundespaziergang im oben genannten Waldstück trafen zwei Frauen (22 und 23 Jahre alt) auf den in einem Gebüsch stehenden Tatverdächtigen (34-jähriger Asylbewerber). Dieser wandte sich mit herabgelassener Hose den Geschädigten zu und manipulierte an seinem Geschlechtsteil. Die Geschädigten verließen daraufhin fluchtartig die Örtlichkeit. Die herbeigerufenen Beamten konnten den Täter im Nahbereich antreffen. Neben einem eingeleiteten Strafverfahren wurde er zur Verhinderung weiterer Straftaten in Gewahrsam genommen.
Chemnitz: Ein Hund hat am Dienstagabend auf dem Kaßberg einen mutmaßlichen Sex-Täter in die Flucht geschlagen. Eine 32-Jährige war gegen 21.30 Uhr auf der Kanzlerstraße mit ihrem Hund unterwegs. Kurz nach der Kreuzung Walter-Oertel-Straße kam ihr ein Mann entgegen gelaufen. “Dieser sprach die 32-Jährige an und berührte sie unsittlich”, teilte die Polizei am Mittwoch mit. Die Frau forderte den Unbekannten auf das zu lassen und wich zurück. Als sich ihr Hund dann dem Angreifer näherte, flüchtete er in Richtung Weststraße. Der mutmaßliche Täter wird folgendermaßen beschrieben: zwischen 1,70 und 1,75 Meter groß, schlank, sprach gebrochen Deutsch, etwa 45 Jahre alt.
Bamberg: Laut Polizeiangaben kam es gegen 10.30 Uhr im Bamberger Hain zum ersten Vorfall. Ein Unbekannter attackierte eine 75-jährige Bambergerin und brachte sie zu Boden. Die Frau wehrte sich lautstark und konnte so den Angreifer in die Flucht schlagen – wohl auch, weil eine Joggerin nahte. Die kümmerte sich auch umgehend um die schockierte Seniorin, während der Täter in Richtung Buger Spitze davonlief. Nur rund eine Stunde später nicht weit entfernt der nächste Übergriff: Auf der anderen Seite der Regnitz lief eine 57-Jährige auf dem Uferweg Oberer Leintritt in Richtung Wasserschloss Concordia, als auch sie von hinten angegriffen wurde. Ein Mann “bedrängte sie sexuell”, wie es in der Mitteilung der Polizei heißt. Als gleich darauf ein Fahrradfahrer nahte, ließ der Unbekannte von der Frau ab und ergriff die Flucht. Eine umfangreiche Fahndung nach dem Tatverdächtigen verlief bislang ergebnislos. Nun erhoffen sich die Ermittler unter der Nummer 0951/9129-491 vor allem von dem Fahrradfahrer und der Joggerin Hinweise, die zur Aufklärung der Straftaten beitragen könnten. Der Angreifer wird wie folgt beschrieben: zirka 20 bis 30 Jahre alt, kräftige, athletische Figur, südländisches Aussehen.
Linz: Gestern Nacht kurz vor 24:00 kam es in der Linzer Herrenstraße zu unschönen Szenen. Eine Gruppe afghanischer Asylwerber belästigte verbal mehrere Passantinnen, worauf einige davon die Polizei alarmierten. Beim Eintreffen der Beamten kam es daraufhin zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung. Bei der Identitätsfeststellung der Gruppe rastete ein 19-Jähriger Afghane völlig aus. Er warf sein Feuerzeug vor den Augen der Beamten mit derartiger Wucht auf den Boden, dass es explodierte. Trotz wiederholter Abmahnung seitens der Polizei stellte er sein agressives Verhalten nicht ein. Er wurde daraufhin festgenommen und ins ins Polizeianhaltezentrum Linz gebracht.
Wien: Keinerlei Skrupel hat ein 17- jähriger Sextäter auf der Wiener Donauinsel gezeigt: Der junge Mann aus Afghanistan fiel am helllichten Tag von hinten über eine 31- Jährige her – und das, obwohl die Frau sogar mit ihren beiden Kindern unterwegs war. Die Mutter wehrte sich heftig gegen ihren Angreifer, sie biss ihm sogar in die Nase. Der junge Mann ergriff daraufhin die Flucht, konnte aber wenig später festgenommen werden. Jetzt werden weitere Opfer gesucht.
Ennepe-Ruhr-Kreis: Die Polizei im Ennepe-Ruhr-Kreis sucht nach zwei Männern. Sie werden verdächtigt, am 30.3.2016 um 4.40 Uhr in der Höhe eines Taxistandes am Reschop Carré in Hattingen eine Frau belästigt und sie danach bestohlen zu haben. Die Männer fassten ihr an die Brust und nutzten die Ablenkung, um die Geldtasche aus ihrer Handtasche zu klauen. Bereits zuvor sollen die Männer die Frau in der S-Bahn bedrängt und gegen ihren Willen umarmt haben. Die Männer sind etwa 1,80 Meter groß, 25 Jahre alt und schlank. Sie haben einen dunklen Teint, einen Drei-Tage-Bart und trugen zur Tatzeit dunkle Jeans. Einer der beiden Täter trug ein lilafarbenes T-Shirt. Sie sprachen englisch.
Mannheim: Sind Frauen nicht mal mehr morgens in einer Straßenbahn mitten in der City sicher vor solchen ‚Sittenstrolch‘? Was eine 21-Jährige jetzt erleben musste: Und das am helllichten

Tag… Eine junge Frau am Freitagmorgen (10. Februar) gegen 10:15 Uhr unterwegs mit einer Straßenbahn der Linie 3 in Richtung Sandhofen. An der Haltestelle Marktplatz steigt ein bislang unbekannter Mann ein, setzt sich direkt neben die 21-Jährige. Während der Fahrt entblößt sich der etwa 25-jährige Täter, fummelt vor ihren Augen an sich herum. Couragiert stößt die Belästigte den ‚Sittenstrolch' von sich, so dass dieser unterherum blank und mit für jedermann sichtbarem Penis im Mittelgang der Straßenbahn steht. An der nächsten Haltestelle macht sich der Mann schließlich aus dem Staub. Täterbeschreibung:1,75 Meter, schlank, dunkler Teint mit sehr dichtem Dreitagebart. Zur Tatzeit dunkel gekleidet mit brauner Aktentasche und dickem schwarzen Kopfhörer.

22. April 2017, 08:14 Uhr

Terrorermittlungen

Tausende afghanische Flüchtlinge bezichtigen sich selbst als Taliban

Von Jörg Diehl, Matthias Gebauer und Fidelius Schmid

Die Sicherheitsbehörden sind mit einem neuen Phänomen konfrontiert: Nach SPIEGEL-Informationen erklären immer mehr afghanische Flüchtlinge, sie seien Kämpfer der Taliban gewesen. In 70 Fällen wird bereits ermittelt.

Im Zuge der Flüchtlingskrise sind seit dem Jahr 2015 womöglich mehrere Tausend Taliban-Kämpfer aus Afghanistan nach Deutschland gekommen. Nach SPIEGEL-Informationen meldete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) den deutschen Sicherheitsbehörden, dass bis heute eine mittlere vierstellige Zahl von Personen bei ihren Interviews angab, dass sie Kontakte zu der radikal-islamistischen Gruppe in Afghanistan hatten oder sogar für sie kämpften.

Auf die Sicherheitsbehörden kommt wegen der Selbstbezichtigungen viel Arbeit zu. Nach SPIEGEL-Informationen ermittelt der Generalbundesanwalt bereits in mehr als 70 Fällen. Sechs Männer sitzen in Untersuchungshaft. Nächste Woche beginnen in Berlin und Koblenz die ersten Verfahren gegen beschuldigte Afghanen. (Lesen Sie hier die ganze Geschichte im neuen SPIEGEL.)

Ob es sich bei den Flüchtlingen tatsächlich um ehemalige Taliban-Kämpfer handelt, ist bisher unklar. Die Behörden rätseln noch über die Motive der Beschuldigten: Manche hoffen womöglich auf bessere Bleibeperspektiven, wenn sie sich als ehemalige Taliban ausgeben. Dabei könnten sie darauf spekulieren, dass sie nicht nach Afghanistan abgeschoben werden, weil eine Mitgliedschaft bei den Taliban dort mit der Todesstrafe geahndet wird.

"Grenzen der Leistungsfähigkeit" erreicht

Deutsche Ermittler rechnen nun mit zahlreichen Terrorprozessen gegen mutmaßliche Taliban-Kämpfer - zusätzlich zu den laufenden Verfahren gegen angebliche Mitglieder des "Islamischen Staats". Generalbundesanwalt Peter Frank hatte die Landesjustizminister erst im Januar in einem Brandbrief gewarnt, die "Grenzen der Leistungsfähigkeit" seiner Leute seien erreicht.

Die Taliban sind ein Zusammenschluss verschiedener islamistischer Gruppen, die in Afghanistan Ende der Neunzigerjahre kurzzeitig die Macht in dem vom Bürgerkrieg geschüttelten Land übernommen hatten. Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 wurden sie von der durch die USA geführten Militärintervention aus den großen Städten vertrieben.

Bis heute aber ist die Gruppe aktiv. So kämpften die Taliban mit Anschlägen und Attacken bis 2014 erbittert gegen die in Afghanistan stationierten, internationalen Streitkräfte, auch die Bundeswehr im Norden des Landes geriet immer wieder ins Visier der Islamisten.

Seit dem teilweisen Abzug der Nato-Truppen richten sich die Taliban bis heute gegen die aus ihrer Sicht illegitime zivile Regierung in Kabul, greifen die Armee an und töten bei Bombenanschlägen immer wieder viele Zivilisten. Laut Einschätzungen der Uno kontrolliert die Gruppe fast die Hälfte des afghanischen Staatsgebietes.

URL:

- http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-tausende-afghanische-fluechtlinge-bezichtigen-sich-selbst-als-taliban-a-1144254.html

http://www.focus.de/politik/deutschland/kriminalitaet-eine-ehrenwerte-familie_id_6956747.html

FOCUS Magazin | Nr. 16 (2017)

Gangster-Report

Ehrenwerte Familien: Libanesische Clans in Deutschland

- FOCUS-Autor **Christoph Wöhrle**

Montag, 24.04.2017, 06:40

Im Café, hinter den dichten Schwaden, ist Ahmed fast unsichtbar. Der Libanese zieht an der Wasserpfeife, bläst durch die Nase Rauch aus, der seinen Kopf umhüllt wie Watte. Jeder Satz ist ein Bekenntnis. „Wir sind schlimmer als die Familie Corleone im Kino, glaub mir das bitte."

Kommt nicht oft vor, dass einer wie er „bitte" sagt. Normalerweise gebraucht er den Imperativ, erhebt gern die Stimme, wenn er etwas gefragt wird und zur Antwort ansetzt.

Libanesische Großfamilien begehen in deutschen Ballungsräumen schamlos Straftaten, ohne dass das viel beachtet würde. Es ist wie bei der Wasserpfeife: Die Sicht wird vernebelt. Allein in Berlin leben zwölf bis 17 solcher Clans, mit mehreren Tausend Angehörigen, schätzen Ermittler. Mitglieder aus acht bis zehn dieser Clans sollen kriminell in Erscheinung treten. Sie heißen Al-Zein, Remmo, Omeirat, Miri oder Abou-Chaker, Letztere sind Palästinenser.

Eine selbst erschaffene Welt

Die Gangster leben in einer selbst erschaffenen Welt, zu der Polizei, Behörden und die Politik keine Verbindung mehr haben. FOCUS hat bei den Clans recherchiert. Die Erkenntnis: Manche Großstadt ist längst von diesen Menschen und ihrem Tun unterwandert.

Ahmed, Anfang 40, heißt eigentlich anders - aber er will seinen richtigen Namen nicht gedruckt lesen. Er ist ein Teil dieser Welt, gehört zum Al-Zein-Clan, dem berüchtigtesten von allen. Seine Geschichte kreist vor allem um eine Frage: Wie viel Wohlstand braucht der Mensch? Er erzählt aus seinem Leben - weil er nicht will, dass immer nur die Klischees über

die Clans verbreitet würden, sagt er. Was man nicht vergessen dürfe: Nicht alle seien Straftäter. Das Ruhrgebiet, wo Ahmed wohnt, ist aber eine Heimat der kriminellen Familien, neben Bremen und - natürlich - Berlin.

Ein einträgliches Geschäft

„Wir sind in vielen Bereichen aktiv: Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Geldeintreiben, illegaler Handel mit Tabak und Medikamenten gehörten dazu",sagt Ahmed und lächelt dabei so gleichmütig wie eine Buddhastatue in der Auslage einer Apotheke. Manche Clans vermieten schäbige Unterkünfte an Flüchtlinge oder kontrollieren das Rotlichtmilieu. Andere lehnen Letzteres aus religiösen und moralischen Gründen ab. Sie haben normalerweise nichts gegen schmutziges Geld. Aber dieses ist ihnen dann offenbar doch zu schmutzig.

Ahmed hat eine bullige Statur, trägt Bart. Sein Händedruck duldet keinen Widerspruch, seine Augen huschen umher, blitzen misstrauisch. Niemand, mit dem man Ärger haben möchte. In seiner Familie ist Ahmed angesehen, mischt bei den „großen Sachen" mit und kennt sich aus mit Raub oder Schutzgelderpressung.

Das schmutzige Geld der Clans, viele Millionen Euro im Jahr - konkreter wird Ahmed nicht -, wird im Gebrauchtwagenhandel gewaschen, mit Immobiliengeschäften im Libanon. Und in der deutschen Gastronomie: in Shisha-Bars, Restaurants, Sportwetten-Klitschen, Spielcasinos.

Nicht alle Clan-Mitglieder agieren im Untergrund. Arafat Abou-Chaker beispielsweise ist berühmt - als große Nummer in seiner Sippe und Geschäftspartner des Rappers Bushido. Der Musiker sucht seit Langem die Nähe des Clans und ist selbst wegen versuchten Betrugs zu einer Bewährungsstrafe von elf Monaten verurteilt worden. Er hatte einen Einbruch angezeigt, wollte seine Versicherung um 360.000 Euro prellen. Bushido hatte behauptet, im November 2014 sei jemand in seinen Aquaristik-Laden eingebrochen, dabei seien Fische, Korallen und Ausstattung sowie Bargeld gestohlen worden. Das Dumme nur: Den Einbruch hat es offenbar nie gegeben.

Bei Streit vermittelt ein "Friedensrichter"

Die meisten Clans teilen das Geschäft in ihren Städten straßenweise untereinander auf, filetieren den Stadtplan. Die Al-Zeins regieren etwa in den Arbeitervierteln des Ruhrgebiets oder Teilen von Berlin-Neukölln.

Gibt es Streit, und das passiert oft, zwischen einzelnen Mitgliedern der Familie oder zwischen rivalisierenden Clans, vermittelt ein sogenannter Friedensrichter. Das ist ein älterer, hoch respektierter Mann, der im Namen der Clans Urteile fällt. Für Körperverletzung bei einer Messerstecherei etwa heißt die Strafe: 100.000 Euro „Schmerzensgeld" an den Geschädigten. Um einen Mord zu sühnen, müssen Täter schon mal bis zu eine Million Euro Strafe zahlen, natürlich alles am Staat vorbei. Ahmed: „So wird Blutrache verhindert." Er bläst den Shisha-Rauch aus.

Die Al-Zeins stehen für spektakuläre Fälle wie den KaDeWe-Raub

Die Al-Zeins stehen für spektakuläre Kriminalfälle, etwa den Überfall kurz vor **Weihnachten** 2014 auf das KaDeWe in Berlin, bei dem sie Luxusuhren und Schmuck im Wert von 817 260 Euro erbeuteten.
Auch der „Poker-Raub" ist ein Lehrstück der Kriminalistik. Am 6. März 2010 überfielen Mitglieder des Abou-Chaker-Clans ein Pokerturnier in Berlin, stahlen 242.000 Euro. Manche Täter wurden geschnappt, das Geld ist aber verschwunden.
Einer der mächtigsten Paten in Ahmeds Clan ist Mahmoud Al-Zein. Er lässt sich „Präsident" nennen, wurde bereits 2005 in Berlin verhaftet und später wegen Drogenhandels zu vier Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Heute lebt er im Ruhrgebiet.

Auch die Ermittler haben keine Chance

„Wir sind seit Jahren mit dieser Personengruppe beschäftigt", berichtet einer, der gegen die Familien ermittelt hat. Laut dem Kripo-Beamten gehen die Clans brutal vor: Er erzählt von einem Fall, bei dem eine Familie einen Rivalen im Keller eines Shisha-Cafés folterte. Die Täter schlugen ihrem Opfer mit Maurerhammer und Beil immer wieder auf die Gelenke, zertrümmerten ihm die Schleimbeutel. Er jammerte und schrie: „Erschießt mich! Ich halt die Schmerzen nicht mehr aus." Allerdings zog der Zeuge seine Aussage später zurück. „Wohl gegen ein beträchtliches Schweigegeld", so der Ermittler.
Beweise gegen die Kriminellen zu finden ist sehr mühsam. Denn trotz ihrer Größe bilden die Clans geschlossene Zirkel. „Wir bekommen in diese Familienstrukturen einfach keine V-Leute rein", sagt der Beamte und zuckt mit den Schultern. Rechtsstaat und Politik geben auf.

Was helfen könnte, wäre ein neues Gesetz: die Umkehr der Beweislast. Finden die Beamten bei Clan-Mitgliedern, die meist Hartz IV beziehen, große Mengen Bargeld, zum Beispiel wie die 35.000 Euro in einem Herren-Halbschuh in Berlin, müssen sie nachweisen, dass das Geld aus illegalen Quellen stammt. „Dabei sollte es umgekehrt sein", sagt der Berliner Oberstaatsanwalt Sjors Kamstra. „Man müsste denen leichter nehmen können, worauf sie am meisten aus sind: das Geld."

Die Familienehre geht über alles

Man kann die Lebensart der Clans getrost archaisch nennen. Eine Gesellschaft, in der Frauen den Männern gehören und ein falsches Wort den Tod bedeuten kann. Vor allem weil eines so wichtig ist, wichtiger als alles: die Ehre der Familie.
Vielleicht kann man Ahmed nur verstehen, wenn man im Fond seines Nobelautos sitzt, Farbe: natürlich Gangster-Schwarz, sich von ihm kutschieren und die Familiengeschichte erzählen lässt. Die meisten der hier beschriebenen Clans waren ursprünglich Kurden aus dem türkischen Südostanatolien. Sie zogen in den Libanon, wo sie vor allem im Obst- und Gemüsehandel malochten. Ein Zuhause fanden sie auch dort nicht - der Krieg trieb sie wieder aus dem Land, vor allem Anfang der 1980er-Jahre. Viele davon nach Deutschland. So war es auch bei Ahmed. 1984 wanderten er und seine Familie als Asylbewerber ein.

Ahmed hält an einer Ampel, zeigt auf ein Teehaus: „Das ist ein Laden, wo sich viele von meinem Clan abends treffen, vor allem die Älteren." Ein paar Häuserzeilen weiter nickt er mit dem Kopf in Richtung einer kreuzenden Hauptstraße: „Die gehört uns." Er lächelt.

"Ich wusste: muss ich haben"

„Ich habe diese Dinge in den Schaufenstern gesehen. Die schicke Mode. Die Nobelautos. Ich wusste: muss ich haben." Ahmed ballt die Fäuste und lässt sie aufs Lenkrad sausen. Schnittige Anzüge beim **Herrenausstatter** - auch das kann kriminell machen. Es fing mit Ladendiebstählen an. Dann begann der Sippennachwuchs, Mitschüler „abzuziehen", also ihnen zu drohen und Geld, Klamotten oder den Walkman abzunehmen. Die Haltung: Wer zu schwach ist, ist Beute. Wer mich nicht schlagen kann, den schlage ich. Am Ende standen schwere Körperverletzung, Schulabbruch und das erste Mal Knast.

Für Ahmed war das wie eine Reifeprüfung. Er und seine Cousins waren nun endlich Männer, so sahen sie es zumindest selbst und klopften einander auf die Schultern.

Einige Familienangehörige wollen allerdings nichts mit der Kriminalität zu tun haben. So wie Ahmad Omeirat. Der 33-Jährige trägt Anzug, redet geschliffene Sätze, bedient sich raumgreifender Gesten. Er sitzt für **die Grünen** im Essener Stadtrat, kandidiert für den Landtag in NRW und findet: Den Clans wird Unrecht getan, sie würden vorverurteilt.

Er ist bereit, FOCUS ein langes Interview zu geben, und lädt in sein Büro ein. Doch dann will er nicht mehr zitiert werden. Begründung: Journalisten schrieben sowieso negativ über die bekannten Familien.

Sie können sich exzellente Anwälte leisten

Uli Grötsch, Innenpolitiker für die SPD im Bundestag, sieht das anders: „Die Clans sind ein Teil der organisierten Kriminalität, mehr nicht. Da ist die Polizei gefragt. Die Politik kann flankieren und damit Parallelgesellschaften verhindern." Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fordert deutlich mehr Härte: „Viele Angehörige haben keinen gesicherten Aufenthaltsstatus. Warum schieben wir sie nicht ganz einfach ab?"

Aber wie abschieben, wenn den Gangstern nichts nachzuweisen ist? Eine Verurteilung fällt deshalb oft flach oder zumindest milde aus, weil sich die Paten exzellente Anwälte leisten können.

Der Strafverteidiger Burkhard Benecken aus dem nordrhein-westfälischen Marl vertritt Mitglieder der Al-Zeins wegen unterschiedlichster Straftaten. Ob sie eine gute Sozialprognose haben? „Einmal kriminell heißt nicht für immer kriminell - auch nicht bei den Clans." Benecken betont sogar, dass sich viele seiner Mandanten läutern. Egal, was sie vorher verbrochen hätten.

Auch Ahmed probierte es zwischendurch mit ehrbarer Arbeit - zynischerweise als Ladendetektiv. Doch den Job hat er wieder aufgegeben.

Beim letzten Treffen mit FOCUS will er noch einmal zeigen, dass er es nach oben geschafft hat. Fast ganz nach oben. Er liebt schöne Autos, fährt

mit einem roten Sportwagen vor. Die Nobelkarossen der Clans sind auf Strohmänner zugelassen, oft deutsche Nachbarn, die Geld brauchen. Ahmed hängt den Unterarm lässig über die Fahrertür, **die Rolex** blitzt im Licht der Straßenlaterne auf. Dann macht er die Scheinwerfer an. Auf einmal ist die Sicht ganz klar.

https://www.pi-news.net/2017/04/hh-afghane-schaendet-teenie-kein-haftgrund/

HH: Afghane schändet Teenie – kein Haftgrund

Wie jetzt bekannt wurde, hat am vergangenen Samstag ein 29-jähriger afghanischer Gast der Kanzlerin eine 15-jährige Patientin in ihrem Spitalsbett im Hamburger Krankenhaus St. Georg missbraucht. Der „Schutzsuchende“ war wegen Alkoholmissbrauchs in die Notaufnahme gebracht worden. Unbemerkt begab er sich zu einer Station, wo er zunächst in das Krankenzimmer einer 57-Jährigen eindrang, die ihn dazu brachte wieder zu gehen. Daraufhin betrat er das Zimmer des schlafenden Mädchens und nahm laut Polizeibericht “sexuelle Handlungen” an ihm vor. Die 15-Jährige erwachte und rief laut um Hilfe. Der Afghane ergriff die Flucht, konnte kurz darauf festgenommen werden, wurde aber nach erfolgter erkennungsdienstlicher Behandlung „mangels Haftgründen“ wieder entlassen, heißt es. Er darf sich nun also ein neues Opfer suchen, das dann vielleicht eines jener wird, die derzeit fast täglich tot in Gebüschen und Gewässern gefunden werden.

https://www.pi-news.net/2017/05/amberg-oberpfalz-17-jaehrige-vergewaltigt/#more-565476

Amberg (Oberpfalz): 17-Jährige vergewaltigt

In unmittelbarem Umfeld der Ammersrichter Kirchweih soll es in Nacht auf Sonntag zu einem sexuellen Übergriff auf eine 17-jährige Schülerin gekommen sein. Die Schülerin trug dabei keine Verletzungen davon. Den Tatverdächtigen, einen 18-jährigen Mann, nahm die Polizeiinspektion Amberg kurze Zeit später vorläufig fest. Eine 17-jährige Schülerin zeigte einen 18-jähriger Mann, afghanischer Staatsangehörigkeit, an, den sie auf der Kirchweih im Ortsteil Ammersricht kennengelernt hat.
Beide wollen sich am Sonntag, gegen 1.15 Uhr, aus dem Bierzelt begeben haben, um zusammen eine Zigarette zu rauchen. Dabei soll der 18-Jährige die Schülerin mit einfacher körperlicher Gewalt auf einer nahegelegenen Wiese zu Boden gedrückt haben. Der Tatverdächtige soll nach den bisherigen Ermittlungen die Bekleidung des Mädchens teilweise heruntergezogen haben, während sie versuchte, dies zu verhindern. Trotz der Gegenwehr der 17-Jährigen soll es dem Mann schließlich gelungen sein, sexuelle Handlungen an der Geschädigten auszuführen. Letztlich schaffte es die Geschädigte, sich von dem Angreifer zu befreien und ergriff die Flucht. Beamte der PI Amberg, die unmittelbar danach über den Vorfall informiert wurden, nahmen noch auf der Veranstaltung den 18-jährigen Afghanen gegen 1.45 Uhr vorläufig fest. Die Kripo Amberg begann daraufhin mit ihren Ermittlungen vor Ort. Sie führte die erforderliche Tatortarbeit und die Sicherung von Spuren, einschließlich der Dokumentation von Spuren an der Kleidung des Tatverdächtigen und an der Geschädigten durch.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling
Hockenheim/Rhein-Neckar-Kreis: Am Freitagvormittag zog ein bislang unbekannter Täter auf dem Fußweg zur Überführungsstraße eine junge Frau in die Büsche und fasste sie unsittlich an. Die 17-Jährige war auf dem Weg in den Stadtteil Hockenheim-Talhaus, als sie gegen 11.30 Uhr von hinten angegriffen und in die Büsche gezerrt wurde. Dort grapschte der Unbekannte sein Opfer an, das sich zur Wehr setzte und laut um Hilfe rief.Nach einigen Minuten ließ der Täter von der Geschädigten ab und ging schnell in Richtung Innenstadt davon. Die 17-Jährige suchte Hilfe und verständigte die Polizei.
Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief ergebnislos. Das kriminalkommissariat Mannheim hat die Ermittlungen aufgenommen. Der männliche Täter wurde wie folgt beschrieben: Ca. 22 – 23 Jahre alt, etwa 190 cm – 195 cm groß, normale Statur, sehr dunkle Hautfarbe, schwarze Haare, schwarzer Oberlippenbart. Er war mit einer sehr dunkelblauen Jeans, einem dunkelblauen Cardigan (Stoffweste) mit ovalen hölzernen Verschlüssen und einem weit ausgeschnittenem schwarzem Träger-Shirt bekleidet.
Coburg: Zu einem Übergriff auf eine junge Frau kam es in der Nacht zum Samstag im Coburger Stadtzentrum. Nachdem zwei bislang Unbekannte die 21-Jährige vor einer Gaststätte bedrängt hatten, traf sie ein Bekannter später verletzt und ohne ihre Wertsachen unweit des Kinos an. Die Coburger Kripo hat die Ermittlungen aufgenommen und sucht Zeugen. Wie die Coburgerin der Polizei mitteilte, hatte sie gegen 3 Uhr die Gaststätte im Hahnweg verlassen und war stadtauswärts gegangen. Dort hielten sie offenbar zwei bislang unbekannte Männer an. Einer der beiden habe der jungen Frau kurzerhand die Sweatjacke

ausgezogen und sie in eindeutig sexueller Motivation bedrängt. Etwa um 5 Uhr traf der Bekannte nahe des Kinos auf die 21-Jährige. Sie hatte mehrere Schürfwunden und ihre Jacke sowie ihre Schuhe waren verschwunden. In der Jacke befanden sich verschiedene Wertsachen wie Bargeld und ein Mobiltelefon. Weitere Einzelheiten konnte die Frau der ermittelnden Kriminalpolizei Coburg nicht mitteilen. Die Beamten bitten deshalb auch die Bevölkerung um Mithilfe.Von den beiden Männern liegt folgende Beschreibung vor: beide zirka 20 bis 30 Jahre alt, schwarze Haare, dunkler Teint, beide sprachen gebrochen Deutsch.
Leck: Die Kriminalpolizei Niebüll konnte nach dem Sexualdelikt von vergangenem Sonntag zügig einen Tatverdächtigen ermitteln. Es handelt sich um einen 27 Jahre alten Flüchtling aus Eritrea, der zurzeit im Raum Leck untergebracht ist. Dem Mann wird vorgeworfen, eine 17-jährige Jugendliche, die sich auf dem Rückweg von einer Discothek befand, in der Nordbergstraße zu Boden gerissen und sie dort unsittlich berührt zu haben. Er wurde am Dienstag vorläufig festgenommen. Ermittlungen im Umfeld der Discothek führten auf die Spur des Tatverdächtigen und seines Begleiters. Dieser wurde nach den polizeilichen Vernehmungen wieder entlassen. Er war bei der Tat nicht dabei, beide Männer hatten sich vorher bereits getrennt. Gegen den Beschuldigten wird wegen versuchter Vergewaltigung ermittelt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Flensburg wurde er am Mittwoch dem Ermittlungsrichter beim Amtsgericht vorgeführt. Dieser ordnete die Untersuchungshaft an.
Mannheim: Vor ihrem Haus soll eine junge Frau das Opfer einer besonders brutalen Vergewaltigung geworden sein. Die 26-Jährige wird schwer verletzt und ist traumatisiert. Seit Mittwoch muss sich der mutmaßliche Täter vor dem Mannheimer Landgericht verantworten. Der Asylbewerber kommt aus Algerien und ist nach eigenen Angaben 27 Jahre alt. Vor Prozessbeginn wurde davon ausgegangen, dass der Mann zur Tatzeit erst 20 Jahre alt war. Daher wird der Fall vor der Großen Jugendkammer verhandelt. Die Staatsanwaltschaft geht von folgendem Sachverhalt aus: Am frühen Morgen des 22. Juli 2016 spricht der Angeklagte die Frau auf der Mannheimer Kurpfalzbrücke an. Er begleitet die 26-Jährige bis zu ihrem Haus, will bei ihr übernachten und mit ihr schlafen. Die Frau verweigert ihm jedoch den Zutritt. Doch der Mann lässt sich nicht abweisen. Vergeblich versucht sie gegen 5 Uhr, mit dem Mobiltelefon zwei Freunde anzurufen. Als sie die Hoftür aufschließt, greift der Mann sie von hinten an. Er würgt sie so fest am Hals, dass sie keine Luft mehr bekommt. Dann wirft er die Frau zu Boden und tritt mit voller Wucht auf Kopf und Oberkörper ein. Der Angeklagte habe dabei tödliche Verletzungen billigend in Kauf genommen, sagt Erste Staatsanwältin Jeanette Zipperer. Dann zwingt er die blutüberströmte Frau, die Todesangst hat, zu sexuellen Handlungen. Als sie aufgrund der “brutalen Misshandlungen” das Bewusstsein verliert, habe der Angeklagte das Opfer vergewaltigt, sagt die Staatsanwältin. Dann schleppt er die wehrlose Frau zu einer Bank am nahen Neckarufer, wo er sie umarmt und küsst. Zweieinhalb Stunden dauert das Martyrium laut Anklage. Gegen sieben Uhr läuft ein Jogger vorbei. Als er die Verletzte sieht, greift er ein und informiert die Rettungsleitstelle. Der mutmaßliche Täter flieht mit der Goldkette des Opfers, die er noch am gleichen Tag für 15 Euro versetzt. Eine Woche später wird er in Hamburg verhaftet. Die 26-Jährige kommt mit schwersten Verletzungen in eine Klinik. Sie erleidet unter anderem einen Bruch des Augenhöhlenbodens und des Schlüsselbeins sowie Rippenfrakturen, Würgemale am Hals, Schürfwunden und Verletzungen am Unterleib. Die Frau sei in einem “mitleidserregenden Zustand” gewesen, erinnert sich ein Zeuge. “Sie sah furchtbar aus”, berichtete eine weitere Zeugin. Bis zum 3. August wird das Opfer stationär behandelt. Gravierend sind auch die psychischen Folgen. Sie leidet an einer Posttraumatischen Belastungsstörung und wird deshalb psychotherapeutisch behandelt. Dem mutmaßlichen Peiniger will sie vor Gericht nicht begegnen. Ihre Aussage am ersten Prozesstag wird deshalb per Video von einem anderen Raum zeitgleich in den Sitzungssaal übertragen. Die Öffentlichkeit ist dabei ausgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt den Angeklagten der besonders schweren Vergewaltigung, der gefährlichen Körperverletzung sowie der Unterschlagung. Ihr Mandant werde weder zur Person noch zur

Sache Angaben machen, kündigt Verteidigerin Andrea Combé an. Nur soviel sagt der junge Mann auf die Fragen der Vorsitzenden Richterin: Er sei in Blida (Algerien) geboren, ledig und habe keinen Beruf erlernt. Zuletzt habe er bei einem Freund in Mannheim gewohnt. Er ist in Deutschland unter verschiedenen Namen registriert – mit unterschiedlichen Angaben zu seinem Geburtsdatum. Einmal gibt er an, erst 18 zu sein. Am ersten Prozesstag sagt er, sein richtiges Alter sei 27. Das hält ein gestern gehörter Gutachter für plausibel. Gleichwohl wird der Prozess vor der Jugendkammer fortgesetzt. Fünf weitere Verhandlungstage sind anberaumt. Das Urteil soll am 17. Mai verkündet werden.

Dresden: In der Johannstadt ist am Donnerstagabend eine 14-Jährige von einem Unbekannten in gebrochenem Deutsch mit sexuell anzüglichen Bemerkungen angesprochen worden. Sie war gegen 22.15 Uhr an der Sachsenallee aus der Straßenbahn gestiegen. Anschließend hielt der als südländischer Typ beschriebene Tatverdächtige das Mädchen fest und umarmte es. Dabei berührte er die Jugendliche unsittlich. Als ein Radfahrer darauf aufmerksam wurde, konnte sich das Mädchen losreißen und flüchten.

Lauterbach: Eine Neunzehnjährige war am Sonntag, gegen 00:20 Uhr auf dem Nachhauseweg und befand sich in der Richard-Wagner-Straße, als sie von einem Unbekannten gegen einen Zaun gedrückt und im Intimbereich berührt wurde. Nach dem sie laut schrie, ließ der Täter von ihr ab und entfernte sich in Richtung Graf-Karl-Straße. Die sofort eingeleiteten polizeilichen Fahndungsmaßnahmen verliefen erfolglos. Der Täter wird wie folgt beschrieben: circa 17 bis 19 Jahre alt, etwa 167 cm groß, nordafrikanisches Aussehen, dunkler Hauttyp.

Deggendorf: Am Freitag, 03.02.2017, gegen 16.15 Uhr wurde eine 35-jährige Frau von einem zunächst unbekannten Mann in Deggendorf auf Höhe des ehemaligen „Olympia-Centers“ in sexueller Weise belästigt. Aufgrund der Ermittlungen der Kriminalpolizei Deggendorf konnte nun ein 30-jähriger irakischer Asylbewerber aus Deggendorf als Tatverdächtiger ermittelt werden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizeistation Deggendorf in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Deggendorf gegen 30-jährigen Iraker dauern an.

Nagold: Eine 17 Jahre alte Jugendliche ist am Mittwochmittag in der Max-Eyth-Straße in Nagold von einem Unbekannten bedrängt worden. Die Geschädigte war gegen 12.25 Uhr vom Lidl-Parkplatz aus die Treppe zur Max-Eyth-Straße hochgegangen, als sie bemerkte, dass sie von einem Mann verfolgt wurde. Nachdem der Täter auf dem Gehweg in Richtung Berufsschulzentrum zu ihr aufgeschlossen und die 17-Jährige sich zu ihm umgedreht hatte, entschuldigte er sich zunächst in gebrochenem Deutsch. Kurz darauf wurde er aber zudringlich und griff dem Mädchen durch den Hosenbund ans Gesäß. Die Geschädigte schlug dem Täter derart mit der Faust ins Gesicht, dass dieser die Flucht in Richtung des Wohngebiets Schleifmühle ergriff.

Salzburg: Für gleich drei Polizeieinsätze innerhalb von knapp 24 Stunden hat ein 17 Jahre alter Afghane am Wochenende in Salzburg gesorgt. Erst geriet der Jugendliche aufgrund eines handfesten Streits mit einem Somalier ins Visier der Exekutive, um nur wenige Stunden später in einem Hotel für Aufregung zu sorgen. Auch dort ließ der Bursche die Fäuste sprechen. Zuletzt verfolgte er auch noch eine 18 Jahre alte Schülerin bis nach Hause, onanierte vor der Haustür der Familie und teilte beim Eintreffen der Polizei ein weiteres Mal Schläge aus.

München: Araber vergewaltigen 26-Jährige nach Volksfest – Nafris bedrängen Frau am Stachus

Eine 26-Jährige ist in der Nacht auf Samstag in der Nähe des Münchner Flughafens vergewaltigt worden. Die junge Frau befand sich auf dem Heimweg von einem Volksfest. Erst mehrere Stunden nach der Tat wurde sie gefunden. Die Polizei fahndet nun nach dem Täter. Die aus Spanien stammende Frau wurde erst am frühen Morgen von einem Jogger in der Nähe des Besucherhügels am Münchner Flughafen gefunden. Sie war stark unterkühlt und hatte um Hilfe gerufen. Der Jogger alarmierte die Rettungskräfte, die die Frau anschließend in ein Krankenhaus brachten.
Die Frau hatte sich offenbar auf dem Volksfest mit zwei Männern unterhalten, die zunehmend aufdringlich geworden sein sollen. Freunde der Spanierin wiesen die beiden Männer zurecht, woraufhin diese sich entschuldigten und entfernten, berichtet die Polizei.
Als die 26-Jährige zwischen Mitternacht und 2.00 Uhr auf dem Heimweg in ihr Hotel war, wurde sie von einem Unbekannten plötzlich von hinten angegriffen und vergewaltigt. Die Polizei fahndet nun nach den beiden Männern vom Volksfest. Ob sie tatsächlich mit der Tat in Verbindung stehen ist jedoch noch unklar.
Die Männer werden wie folgt beschrieben: Der eine war etwa 1,70 Meter groß, eher mollig und zwischen 20 und 30 Jahre alt. Er hatte kurze, lockige, schwarze Haare und trug ein weißes Oberteil mit rotem Aufdruck. Er sprach nur gebrochen Deutsch und Englisch, seine Muttersprache soll arabisch geklungen haben.
Der zweite Mann war schlank und hatte kurze, dunkle Haare und einen Oberlippenbart sowie einen Dreitagebart. Er sprach weder Deutsch noch Englisch und auch seine Muttersprache könnte Arabisch sein.
Die Polizei bittet Zeugen, die Angaben zu den gesuchten Personen machen können oder in der Nacht auf Samstag Beobachtungen im Bereich der Kochstraße in Hallbergmoos bis zum Besucherhügel des Flughafens gemacht haben, sich zu melden. Hinweise werden unter der Nummer 08122/9680 entgegengenommen.

Soweit ein Bericht bei Focus Online. Aber auch am Stachus ging es am Wochenende “bunt” her, wie die WELT schreibt:

Männer bedrängen Frau am Stachus – Hilferufe ignoriert

Eine Gruppe von etwa zehn Männern hat eine Frau in einer S-Bahnstation in der Münchner Innenstadt bedrängt. Die 40-Jährige hatte am späten Samstagabend in dem unterirdischen Bahnhof am Stachus gewartet, während ihr Mann und ein gemeinsamer Freund oben auf dem Platz noch eine Zigarette rauchten.

Zunächst näherten sich der Frau zwei Männer und sprachen sie an. Binnen kurzer Zeit wuchs die Gruppe auf etwa zehn Männer an, vermutlich afrikanischer Herkunft, wie die Bundespolizei am Sonntag mitteilte. Sie berührten die Frau am Arm, bedrängten sie und sprachen sie unter anderem mit „schöne Frau“ an.

Der Mitteilung der Bundespolizei zufolge soll die Frau um Hilfe gerufen haben. Andere Reisende sollen darauf jedoch nicht reagiert haben. Die 40-Jährige alarmierte per Handy ihren Mann. Als dieser gemeinsam mit dem Freund auf den Bahnsteig eilte, begann laut Polizei ein Gerangel, wobei der Freund vermutlich durch Schläge ins Gesicht leicht verletzt wurde.

Anschließend flüchteten die Täter unerkannt. Nach Aussage des Opfers handelte es sich vermutlich um nordafrikanische Staatsangehörige, die teilweise relativ gut Deutsch sprachen.

Die Bundespolizei wertet nun die Bilder der Überwachungskameras aus und ermittelt wegen Nötigung, Beleidigung auf sexueller Basis und gefährlicher Körperverletzung.

“Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind uns willkommen, sie sind eine Bereicherung für uns alle.”

von Michael Paulwitz

Nur die verbohrtesten Schönredner und „Grenzen auf“-Ideologen wagen es immer noch, das Märchen weiterzuverbreiten, „Flüchtlinge“ seien nicht krimineller als Einheimische. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Bundes für 2016 räumt nun auch die absurde Illusion ab, millionenfache unkontrollierte Masseneinwanderung werde die Kriminalität in Deutschland nicht erhöhen.

Die Deutschen haben es jetzt schwarz auf weiß, daß der längst wahrgenommene rapide Verfall der Sicherheit im öffentlichen Raum weder ein Hirngespinst noch das Produkt „rechter Hetze“ ist. Die ganze Dimension des staatlichen Kontrollverlusts, für den rechtstreue Bürger mit dem alltäglichen Verlust von Freiheit und Lebensart bezahlen müssen, wird von der Polizeistatistik nur unvollständig abgebildet.

Anteil tatverdächtiger „Zuwanderer“ steigt um 52,7 Prozent

Die Zahlen sind gleichwohl alarmierend genug. Während die Zahl der Tatverdächtigen mit deutschem Paß im Vorjahr gegenüber 2015 um 3,4 Prozent zurückgegangen ist, stieg die Zahl der „nichtdeutschen Tatverdächtigen“ um 10,9 Prozent auf etwa 30 Prozent, die der tatverdächtigen „Zuwanderer“ – unter diesem Terminus faßt die PKS Asylbewerber, Geduldete, Kontingent- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie unerlaubt in Deutschland sich Aufhaltende zusammen – sogar um 52,7 Prozent.

Das ist ein Mehrfaches der Rate, um die diese Bevölkerungsgruppe im selben Zeitraum angewachsen ist. Die schnoddrige Abwiegelungsfloskel, wenn mehr „Flüchtlinge“ kämen, begingen diese auch mehr Straftaten, seien aber deswegen noch lange nicht krimineller als Deutsche, fällt damit zusammen wie ein Soufflé, aus dem die heiße Luft zu schnell entwichen ist: „Zuwanderer“ stellen 28,3 Prozent der „nichtdeutschen Tatverdächtigen“ und 8,6 Prozent aller Tatverdächtigen, machen aber maximal zwei Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Beschwichtigungsversuche des SPD-Hofkriminologen

Die üblichen Standard-Beschönigungen, mit denen man die Bürger seit Jahr und Tag traktiert, kippen wie Dominosteine. Beschwichtiger wie der sozialdemokratische Hofkriminologe Christian Pfeiffer behaupten dennoch unverdrossen, Ausländer würden im Falle einer Straftat „häufiger“ angezeigt als Deutsche, gerade so, als gäbe es keine „Rassismus“-Tabus, die eingeschüchterte Bürger nicht selten von der Strafanzeige abhalten und zu politischen Weisungen an die Strafverfolgungsbehörden führen, Straftaten in Asylunterkünften oder „Bagatelldelikte“ von Asyl-Immigranten gar nicht erst zu erfassen.

Der auch vom Bundesinnenminister bediente linke Abwehrreflex, Ausländerkriminalität sei allein eine Folge der „sozialen Verhältnisse“, ist ebenfalls eine Luftnummer. Zum einen, weil bei Einheimischen in vergleichbarer sozialer Lage die Kriminalitätsbelastung nicht in derselben Dimension steigt, zum anderen, weil auch die Unterbringungsverhältnisse in Asyl-Massenunterkünften eine direkte Folge der politischen Fehlentscheidung sind, besinnungslos die Grenzen zu öffnen.

„Zuwanderer“ sorgen für Anstieg der Gewaltkriminalität

Von kaum zu überbietender Perfidie ist schließlich die Behauptung, die Asyl-Immigranten seien überwiegend junge Männer, und die seien nun mal durch die Bank krimineller als andere Bevölkerungsgruppen. Fakt ist: **Der signifikante Anstieg der Gewaltkriminalität und der Sexualdelikte im vergangenen Jahr ist praktisch allein auf die Straftaten von tatverdächtigen „Zuwanderern“ zurückzuführen – das bestätigen laut der Zeit auch fast alle Bundesländer.**

Bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung sowie bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung beträgt der Anteil von Asyl-Immigranten jeweils rund 15 Prozent. 31 Prozent aller erfaßten „Zuwanderer“ sind mehrfach tatverdächtig. Dramatischer wird das Bild, betrachtet man Straftaten, die vor der Asyl-Masseneinwanderung in Deutschland praktisch unbekannt waren: Bei „überfallartiger Vergewaltigung durch Gruppen“ waren 52 Prozent der Tatverdächtigen „Zuwanderer“ und 68 Prozent „Nichtdeutsche“.

Versagen des Staates beim Schutz seiner Bürger

Aus der Kriminalstatistik für Nordrhein-Westfalen geht hervor, daß im größten deutschen Bundesland die Zahl der Vergewaltigungen und schweren sexuellen Nötigungen 2016 um fast 25 Prozent und der sonstigen sexuellen Nötigungen sogar um 35 Prozent zugenommen hat. Setzt man

die Tatverdächtigenzahlen bei Sexualstraftaten in Relation zu den absoluten Bevölkerungszahlen der jeweiligen Gruppen, sind in NRW Nichtdeutsche fast fünfmal und Asylbewerber sogar mehr als zwölfmal stärker kriminalitätsbelastet als Deutsche.

Gerade die hohe Zahl von Sexual-, Gewalt- und Eigentumsdelikten unterminiert das Sicherheitsgefühl der Bürger im öffentlichen Raum. Der größte Teil der tatsächlich verübten Straftaten in diesen Deliktbereichen wird zudem gar nicht erst angezeigt. Eine Dunkelfeldanalyse zur Vervollständigung der Polizeilichen Kriminalstatistik ist daher seit langem überfällig. Doch bereits der Ausschnitt, den die PKS jetzt schon abbildet, macht das sich abzeichnende Versagen des Staates beim Schutz der Bürger unübersehbar.

Mitschuldig an der Zerstörung des Landes

Die nonchalant herausgerechneten „ausländerspezifischen" Straftaten dokumentieren ein chronisches Rechtsstaatsversagen. Polizei und Justiz sind permanent überfordert: Grassierende Gewalt in Asyl-unterkünften bindet die ohnehin zu geringen Kräfte, es fehlt an Haftplätzen für straffällig gewordene Asylbewerber, die sich deshalb nicht selten der Abschiebung entziehen und untertauchen können; konsequente Rückführungen von Straftätern scheitern an fehlenden Ressourcen.

Wer in dieser Situation noch immer die importierte Kriminalität schönreden will, statt energisch einen Paradigmenwechsel in der Einwanderungs- und Sicherheitspolitik herbeizuführen, macht sich mitschuldig an der Zerstörung der rechtsstaatlichen Ordnung in unserem Land.

JF 18/17

https://de.gatestoneinstitute.org/10315/migranten-kriminalitaet-deutschland

Deutschland: Migrantenkriminalität erreichte 2016 neuen Höchststand

von Soeren Kern

7. Mai 2017

Englischer Originaltext: Germany: Migrant Crime Spiked in 2016

Übersetzung: Stefan Frank

Obwohl Nichtdeutsche etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, machten sie 2016 30,5 Prozent aller Strafverdächtigen aus.

Fast 250.000 Migranten reisten 2016 illegal nach Deutschland ein, das waren 61,4 Prozent mehr als die 154.188, die 2015 registriert wurden. Bei über 225.000 in Deutschland lebenden Migranten wurde 2016 ein unerlaubter Aufenthalt entdeckt.

Der Berliner Senat hat eine Untersuchung darüber in Auftrag gegeben, was die Gründe dafür sind, dass Migranten in dem Stadtstaat gegenüber Deutschen unverhältnismäßig oft als Kriminelle auffallen.

Ein offizieller Bericht über Straftaten in Deutschland zeigt eine sich schnell verschlechternde Sicherheitslage, die von einem dramatischen Anstieg von Gewaltkriminalität geprägt ist, darunter Morde, Vergewaltigungen und andere sexuelle Überfälle.

Der Bericht zeigt zudem einen direkten Zusammenhang zwischen der in Deutschland herrschenden Gesetzlosigkeit und der Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, mehr als eine Million zumeist männlicher Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten ins Land zu lassen.

Der Bericht – die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) – wurde vom Bundeskriminalamt (BKA) erstellt und am 24. April von Bundesinnenminister Thomas de Maizière in Berlin vorgestellt.

Die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen, die sich legal in Deutschland aufhalten, ist laut dem Bericht sprunghaft gestiegen, von 555.820 im Jahr 2015 auf 616.230 im Jahr 2016 – ein Anstieg von 11 Prozent. Obwohl Nichtdeutsche zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, machten sie 2016 30,5 Prozent aller Strafverdächtigen aus, gegenüber 27,6 Prozent im Jahr zuvor.

In seinem diesjährigen Bericht hat das BKA die neue Unterkategorie "Zuwanderer" geschaffen, in der Flüchtlinge, Asylbewerber mit laufenden Verfahren, abgelehnte Asylbewerber und illegale Einwanderer zusammengefasst werden.

Laut dem BKA ist die Zahl der tatverdächtigen Zuwanderer 2016 auf 174.438 in die Höhe geschnellt; 2015 waren es 114.238 gewesen – ein Anstieg von 52,7 Prozent. Obwohl "Zuwanderer" 2016 weniger als zwei Prozent der Bevölkerung ausmachten, stellten sie 8,6 Prozent aller Tatverdächtigen, gegenüber 5,7 Prozent 2015.

Was die nichtdeutschen Tatverdächtigen betrifft, die sich legal in Deutschland aufhalten, so waren Türken 2016 mit 69.918 Verdächtigen die größte Gruppe, gefolgt von Rumänen, Polen, Syrern, Serben, Italienern, Afghanen, Bulgaren, Irakern, Albanern, Kosovaren, Marokkanern, Italienern und Algeriern.

Unter den Migranten wurden Syrer am häufigsten straffällig, gefolgt von Afghanen, Irakern, Albanern, Algeriern, Marokkanern, Serben, Iranern, Kosovaren und Somaliern.

Einige andere Erkenntnisse des Berichts:

2016 gab es in Deutschland wesentlich mehr Gewaltverbrechen. Darunter ist ein 14,3-prozentiger Anstieg bei Mord und Totschlag, ein Anstieg von 12,7 Prozent bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung und ein Zuwachs von 9,9 Prozent bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung. Außerdem verzeichnete das BKA ein Wachstum von 14,8 Prozent bei Verstößen gegen das Waffenrecht und von 7,1 Prozent bei Drogendelikten.

Nichtdeutsche Verdächtige verübten 2016 in Deutschland 2.512 Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen – im Durchschnitt sieben pro Tag. Syrer waren die Haupttäter, gefolgt von Afghanen, Irakern, Pakistanern, Iranern, Algeriern, Marokkanern, Eritreern, Nigerianern und Albanern. Den deutschen Behörden wurde in der Vergangenheit immer wieder vorgeworfen, aus politischen Gründen das wahre Ausmaß der von Migranten verübten Vergewaltigungen nicht vollständig abzubilden. So tauchten z.B. laut André Schulz, dem Bundesvorsitzenden des Bunds Deutscher Kriminalbeamter (BDK), 90 Prozent der 2014 in Deutschland verübten Sexualstraftaten in der offiziellen Statistik gar nicht auf.

Nichtdeutsche Verdächtige verübten 2016 in Deutschland 11.525 Raubüberfälle – im Durchschnitt 32 pro Tag. Marokkaner waren die häufigsten Täter, gefolgt von Algeriern, Syrern, Georgiern, Tunesiern, Albanern, Serben, Irakern und Iranern.

Nichtdeutsche Verdächtige verübten 2016 in Deutschland 56.252 schwere und gefährliche Körperverletzungen – im Durchschnitt 154 pro Tag. Syrer waren die häufigsten Täter, gefolgt von Afghanen, Irakern, Iranern, Marokkanern, Algeriern, Somaliern, Albanern, Eritreern und Pakistanern.

Bayern war das Bundesland, das am stärksten von nichtdeutscher Kriminalität betroffen war, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland, Bremen und Thüringen.

Berlin war die Stadt, die am stärksten von nichtdeutscher Kriminalität betroffen war, gefolgt von München, Hamburg, Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Hannover, Stuttgart, Dortmund, Bremen, Leipzig, Nürnberg, Essen, Duisburg, Mannheim, Karlsruhe, Dresden, Freiburg im Breisgau, Chemnitz, Aachen, Bielefeld, Wuppertal, Augsburg, Bonn, Bochum, Gelsenkirchen, Wiesbaden, Münster, Kiel, Halle, Krefeld, Braunschweig, Mainz, Lübeck, Mönchengladbach, Erfurt, Oberhausen, Magdeburg und Rostock.

Das BKA verzeichnete 487.711 ausländerrechtliche Verstöße, 21,1 Prozent mehr als die 402.741 Fälle, die 2015 erfasst wurden. **Fast 250.000 Migranten reisten 2016 illegal nach Deutschland ein, das waren 61,4 Prozent mehr als die 154.188, die 2015 registriert wurden. Bei über 225.000 in Deutschland lebenden Migranten wurde 2016 ein unerlaubter Aufenthalt entdeckt.**

Die neuen Zahlen widersprechen Behauptungen, die das BKA im Dezember 2016 – nur vier Monate vor dem jüngsten Bericht – gemacht hatte: dass die Migrantenkriminalität rückläufig sei.

Während der Pressekonferenz in Berlin am 24. April gab Bundesinnenminister Thomas de Maizière zu:

"Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen und daher vor allem Zuwanderer ist höher als der Schnitt der Bevölkerung. Dies kann man nicht beschönigen. Es gibt insgesamt einen Anstieg von Respektlosigkeit, Gewalt und Hass. Jene, die ernste Straftaten verüben, verwirken ihr Recht, hier zu bleiben."

Unabhängig davon haben die Behörden in Bayern Daten veröffentlicht, wonach die Zahl der von Asylbewerbern und Flüchtlingen verübten Verbrechen 2016 um 58 Prozent gestiegen ist. Diese machten 9,6 Prozent der in dem Bundesland begangenen Straftaten aus, gegenüber 3,2 Prozent 2015 und 1,8 Prozent im Jahr 2012. Syrer waren die häufigsten Straftäter, gefolgt von Afghanen, Irakern und Nigerianern.

"Der Anstieg der Kriminalität in Bayern im Jahr 2016 ist im Ergebnis ganz überwiegend ausländischen Tatverdächtigen, darunter insbesondere Zuwanderern, zuzuschreiben", so Bayerns Innenminister Joachim Herrmann.

Zur selben Zeit berichteten die Behörden in Baden-Württemberg, dass es 2016 einen 95,5-Prozent-Anstieg bei Körperverletzungen gab, an denen mindestens ein Migrant beteiligt war.

Unterdessen hat der Berliner Senat eine Untersuchung darüber in Auftrag gegeben, was die Gründe dafür sind, dass Migranten in dem Stadtstaat gegenüber Deutschen unverhältnismäßig oft als Kriminelle auffallen. 2016 waren 40 Prozent aller Tatverdächtigen in der deutschen Hauptstadt Nichtdeutsche.

Nichts von alldem scheint einen Einfluss auf die Bundestagswahlen zu haben, die am 24. September 2017 stattfinden werden. Umfragen zeigen, dass, fänden heute Wahlen statt, Angela Merkel, die einen großen Teil der Verantwortung für die Migrationskrise trägt, mit 37 Prozent der Stimmen wiedergewählt würde. Der Sozialdemokrat Martin Schulz, der versprochen hat, die Zuwanderung nach Deutschland sogar noch stärker zu erhöhen, würde auf 29 Prozent der

Stimmen kommen, die Anti-Einwanderungs-Partei AfD auf 8 Prozent. Derzeit scheinen die deutschen Wähler zu denken, dass alle Alternativen zu Merkel schlechter sind.
Soeren Kern ist ein Senior Fellow des New Yorker Gatestone Institute. Besuchen Sie ihn auf Facebook und folgen ihm auf Twitter.
by Taboola Sponsored Links .

https://www.pi-news.net/2017/05/syrer-verpruegeln-scheiss-deutschen-mitschueler/#more-564173

Syrer verprügeln "Scheiß Deutschen"-Mitschüler

Cottbus: Ein 13-jähriger Schüler wurde am Mittwochnachmittag auf dem Nachhauseweg in der Thierbacher Straße von zwei syrischen Mitschülern verfolgt. Auf diesem Weg wurde er unter anderem mit „Scheiß Deutsche" beschimpft und anschließend von hinten angefallen, gewürgt und mit Füßen getreten. Die Kriminalpolizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen" der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Leipzig: Nach bestätigten Angaben sollen sich ca. 30 Personen (Nordafrikaner) im g. Parkgelände hinter dem Kant-Gymnasium aufgehalten haben. Diese erschienen als große Gruppe und teilten sich innerhalb des Geländes in Kleingruppen auf. Durch diese Kleingruppen wurden mehrere Jugendliche angegriffen, geschlagen und in einem Fall ausgeraubt. Nach Hinweisen sollen weitere Personen am Ort durch diese Gruppen angegriffen worden sein.

München: Am Samstag, 06.05.2017, gegen 03.05 Uhr, befand sich eine 22-jährige Münchnerin auf der Eschenrieder Straße in Lochhausen. Plötzlich trat ein ihr unbekannter Mann von hinten an sie heran und stieß sie zu Boden. Dort würgte er sie mit beiden Händen für ein paar Sekunden. Die 22-Jährige wehrte sich und konnte sich so befreien. Nach der Tat entfernte sich der Täter vom Tatort. Die Münchnerin wählte sofort den Polizeinotruf 110. Sie konnte den Täter gut beschreiben und im Rahmen einer Sofortfahndung wurde ein 19-jähriger Nigerianer von Beamten der Polizeiinspektion 45 (Pasing) in der Nähe angetroffen und festgenommen. Er wurde wegen einer gefährlichen Körperverletzung angezeigt. Der Ermittlungsrichter im Polizeipräsidium München erließ Haftbefehl.

Witten: Auf dem Heimweg vom Osterfeuer ist ein Wittener von fünf jungen Männern überfallen worden. Unter ihren Schlägen und Tritten brach sein Arm. Für einen 41-jährigen Wittener endete der Osterfeuer-Besuch dramatisch. Auf dem Heimweg vom WTV-Platz am Sonnenschein wurde er auf der Sandstraße von einer Gruppe junger Männer niedergeschlagen und brach sich dabei den Arm. Seine Freundin war schon mit dem Taxi vorausgefahren, er selbst machte sich in der Nacht zu Sonntag (15./16.4.) allein auf den Rückweg. „Wir wohnen am Crengeldanz, das ist fast um die Ecke", erzählt er. Drei etwa 17- bis 20-Jährige seien ihm dann entgegen gekommen. Im Vorbeigehen hätten sie kurz „Ey" gerufen, er habe ebenso kurz geantwortet. Dann habe er aus dem Augenwinkel zwei weitere Personen auf sich zukommen

sehen. „Ich habe nur noch das Klacken eines Schlagstocks gehört. Kurz darauf lag ich am Boden. Sie schlugen und traten auf mich ein“, erzählt der Mann. Er habe sich die Arme über den Kopf gehalten, um ihn zu schützen. „Mein Glück war, dass plötzlich zwei junge Frauen auftauchten, die sich einmischten. Eine brach sich dabei den Finger“, erinnert sich der Lagerarbeiter. Die Angreifer hätten südländisch ausgesehen, aber fließend Deutsch gesprochen. Er habe sich nach der Attacke im Marien-Hospital behandeln lassen und von da die Polizei informiert. Von deren Seite heißt es auf Anfrage dieser Zeitung, die Ermittlungen seien noch am Anfang.

Wien: Wie erst jetzt bekannt wurde, spazierte eine Wienerin (23) am 5. April gegen 14 Uhr durch den Josef-Strauß-Park, als sie auf eine Tschetschenin (16) traf. Provokant soll die Muslima gefragt haben: “Was schaust du so?” Die 23-Jährige soll flapsig “Ich kann schauen, wie ich will” geantwortet und “Scheiß-Muslima” gezischt haben. Das dürfte für den verschleierten Teenager ausgereicht haben, um auf die Frau loszugehen. Bewaffnet mit einem kleinen Küchenmesser fügte sie ihrem Opfer drei Stiche in den Oberkörper zu. Einer ging in die Lunge und verletzte die 23-Jährige lebensgefährlich. Im Schock lief die Verletzte aus dem Park und auf eine Passantin zu, die den Notruf wählte. Beim Eintreffen der Rettung war die Wienerin ansprechbar. Sie kam umgehend ins Spital. Mehr ist über den Gesundheitszustand nicht bekannt. Nach der Attacke lief die Messerstecherin – für sie gilt die Unschuldsvermutung – in ihre Schule, wo sie nach einem Anruf der Direktorin bei der Polizei verhaftete wurde.

Limburg: An einer Haltestelle gegenüber dem Bahnhofsbrunnen in Limburg kam es am Donnerstagnachmittag zu einer Auseinandersetzung zwischen vier Personen. Ein 22-jähriger Mann wartete gegen 14.30 Uhr an der Haltestelle auf einen Bus, als eine Gruppe von drei ihm unbekannten Personen zu der Haltestelle kam. Zwischen dem 22-Jährigen und einer der drei anderen Personen kam es dann zu einem Streit, in dessen Verlauf der Mann getreten und geschlagen wurde. An der Auseinandersetzung beteiligten sich auch die anderen beiden Männer. Im Anschluss flüchteten sie zu dritt in Richtung Busbahnhof. Laut Zeugenaussagen sollen alle drei Männer etwa 18 Jahre alt gewesen sein und sich auf Persisch unterhalten haben. Sie hätten eine normale Statur und schwarze, kurze Haare gehabt. Einer der Täter sei 165 – 170 cm groß gewesen und habe eine blaue, am Knie zerrissen Jeans und ein blaues Oberteil getragen. Die zweite Person sei ca. 175 cm groß gewesen und hätte ein helles Oberteil, eine Jeans und eine silberne Halskette getragen. Der dritte Täter soll 175 cm groß gewesen sein und habe eine etwas dunklere Hautfarbe als die beiden anderen gehabt

Neuss-Innenstadt: Am Sonntagabend (16.04.), 20:25 Uhr, erhielt die Polizei Kenntnis von einem möglichen Überfall in der Innenstadt. Das Opfer, ein 32-jähriger Neusser, schilderte den Beamten, dass ihn einige Minuten zuvor, vier Jugendliche auf dem “Markt” angegriffen hätten. Die unbekannten Täter hätten ihn aggressiv bedrängt und dabei augenscheinlich leicht verletzt. Der 32-Jährige hatte sich daraufhin mit einer PET-Flasche zur Wehr gesetzt, gleichzeitig rief er lautstark “um Hilfe”. Daraufhin habe das Quartett von seinem weiteren Vorhaben abgelassen und sei in unbekannte Richtung geflüchtet. Ein Rettungswagen transportierte den Leichtverletzten zwecks medizinischer Versorgung in ein Krankenhaus. Eine Fahndung nach den Vieren verlief ohne Erfolg. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen und sucht nach den etwa 20 bis 24 Jahre alten Tatverdächtigen. Alle waren sie zirka 170 Zentimeter groß und hatten – nach Angaben des Opfers – ein “ südländisches Erscheinungsbild.

Italien: Nordafrikaner terrorisieren Zugpassagiere über Stunden

Eine große Gruppe Nordafrikaner hat 300 Passagiere eines Regionalzugs im italienischen Ligurien bedrängt und bedroht. 50 bis 60 Jugendliche größtenteils nordafrikanischen Aussehens stiegen am Ostersonntag nachmittag in den Zug von Ventimiglia nach Turin ein und belästigten die anderen Passagiere, berichtet die italienische Tageszeitung Corriere della Sera am Dienstag. Mehrere Augenzeugen schilderten dem Blatt, die Jugendlichen hätten zwei

Mädchen belästigt, woraufhin sie die Polizei und den Zugführer alarmierten. Andere Nordafrikaner hätten alkoholisiert Passagiere angebrüllt und beleidigt, berichtet die Tageszeitung La Stampa. „Sie liefen zwischen den Abteilen hin und her. Schlossen sich in den Toiletten ein, um vom Schaffner nicht entdeckt zu werden“, zitiert das Blatt einen Zeugen. Der Zugführer sah sich schließlich in Cengio in der Provinz Savona gezwungen zu halten. Dort, berichteten Zeugen, „gab es viele Schwierigkeiten: zwei Schlägereien, weinende Babys und ein älterer Mann, der eine Insulininjektion nötig hatte, aber nicht konnte“. Die Carabinieri hätten die Nordafrikaner allerdings wieder einsteigen lassen, obwohl keiner von ihnen eine Fahrkarte besessen habe, schreibt die Zeitung Il Giornale. Die Polizisten hätten dies damit begründet, daß sie wegen der Belästigung der Mädchen gerufen worden seien und nicht wegen der Fahrkarten, dies liege nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich.
Deshalb fuhr der Zug nach einer eineinhalbstündigen Verspätung weiter. „Am Ende haben sie ihnen nicht einmal eine Strafe ausgestellt“, beklagt eine Studentin. Die Randalierer spornte dies offenbar an weiterzumachen. Mit Messern zerstörten sie die Sitze, und die Toiletten machten sie unbenutzbar, bestätigte die Italienische Bahn der Stampa. Als der Zug in Turin ankam, flohen die Nordafrikaner über die Gleise in verschiedene Richtungen. Der Bahnverkehr mußte für zwanzig Minuten komplett gestoppt werden. Der Polizei gelang es, einige der Verdächtigen festzuhalten, ließ sie aber nach Aufnahme der Personalien wieder laufen. Die Bahnpolizei kündigte an, den Fall untersuchen zu wollen (Artikel übernommen von der JUNGEN FREIHEIT).

Afrikaner machen Stimmung in München

Mehrere Männer aus Afrika gerieten bereits im Optimolwerk verbal aneinander. Polizeieinsatz – die beiden Gruppen (20 bis 30 Männer) wurden getrennt. Die Beamten sprachen zirka 50 Platzverweise aus, die zum Teil mittels körperlicher Gewalt durchgesetzt wurden. Die Männer waren überwiegend stark alkoholisiert und hochgradig aggressiv. Nach dem Polizeieinsatz teilten sich die Afrikaner in mehrere kleinere Gruppen auf, die sich dann im Anschluss über verschiedene Richtungen zum Ostbahnhof begaben. Im weiteren Verlauf kam es im Bereich der östlichen Unterführung und am Haupteingang des Ostbahnhofes zu weiteren Beleidigungen der Afrikaner untereinander. Wieder massiver Polizeieinsatz.

“Flüchtlings”-Praktikanten erscheinen nicht mehr

Freising: … Reiter stellte außerdem fest, „dass wir durch Asylbewerber, die eine Ausbildung bei uns machen wollen, den Fachkräfte- und Lehrlingsmangel nicht beheben können“. Denn die Situation, dass Flüchtlinge Auszubildende im Handwerk seien, gestalte sich „sehr schwierig“. Probleme gebe es nicht nur wegen der teilweise schlechten Deutschkenntnisse, sondern auch wegen der „Einstellung“, so Reiter. Schwierigkeiten machten zudem mangelnde Pünktlichkeit und Genauigkeit. Besonders ärgerlich für die Handwerksbetriebe: Da müsse man erst zahlreiche Behördengänge absolvieren, um dann vielleicht nach einem Monat festzustellen, dass der Auszubildende einfach nicht mehr kommt. Von Kollegen habe er „sehr viele böse Briefe“ erhalten, weil sie alles mögliche unternommen hätten, dann aber der Praktikant nach einigen Tagen nicht mehr erscheint.“

Wanzen und Läuse im Asylantenheim

Die hygienischen Zustände der Gemeinschaftsunterkünfte in Rastatt sind nach Einschätzung mehrerer ehrenamtlicher Helfer inzwischen untragbar. In der Lyzeumstraße und in der Alten Bahnhofstraße gebe es Wanzen, auch Läuse seien schon aufgetaucht. „Ich werde die Unterkunft nicht mehr betreten, das ist mir zu gefährlich“, sagt eine der engagierten Ehrenamtlichen. Das Welcome-Café sei in der Lyzeumstraße bereits aufgegeben worden, der hygienische Zustand sei hier nicht mehr zumutbar – die Decke hänge herunter und Schimmel breite sich aus. Das Problem sei eben auch, dass die Bewohner für die Hygiene weitgehend selbst verantwortlich seien. Im Landratsamt ist das Problem mit den Wanzen durchaus bekannt. „Die werden eingeschleppt, das lässt sich nicht verhindern“, erklärt Pressesprecherin Gisela Merklinger auf Anfrage der Badischen Neuesten Nachrichten. Man werde mit einer

thermischen Desinfektion versuchen, dem Befall Herr zu werden. Allerdings: Die Behörde kann lediglich die allgemeinen Bereiche reinigen, für die Zimmer sind die Flüchtlinge zuständig. Aber genau hier haben sich die Wanzen ausgebreitet – von ehrenamtlicher Seite wird eingeräumt, dass die hygienischen Vorstellungen der Bewohner oft nicht mit den in Deutschland üblichen übereinstimmen. Wenn Beauftragte des Landratsamts in den Zimmern desinfizieren wollen, brauchen sie das Einverständnis und die Mithilfe der Flüchtlinge. Und daran hapere es zuweilen, wie Pressesprecherin Merklinger andeutet. Konkret würden sich einzelne Bewohner schlicht weigern, ihre Schränke zu öffnen oder gar auszuräumen. Und somit ließen sich die darin befindlichen Wanzen eben nicht bekämpfen. Der Zustand der Häuser hänge oftmals vom Verhalten der Bewohner ab, erklärt Merklinger. Es gebe „sehr viele Sachbeschädigungen“. Über die Herkunft der Wanzen haben die Ehrenamtlichen übrigens noch eine andere Theorie: Sie könnten ebenso über die gebrauchten Schränke eingeschleppt worden sein. Verschärft hat sich die Wohnsituation nach Darstellung der Ehrenamtlichen, seitdem die Unterkunft im Hochhaus in der Plittersdorfer Straße aufgelöst wurde und von dort mehrere Flüchtlinge in die Lyzeumstraße eingezogen sind. Als nächstes wird die Unterkunft in der Woogseestraße geschlossen.

https://www.pi-news.net/2017/05/uedem-nrw-20-jaehrige-vergewaltigt/#more-565477

Uedem (NRW): 20-Jährige vergewaltigt

Am Sonntag (7. Mai 2017) gegen 1.15 Uhr lief eine 20-jährige Frau nach einer Feier auf dem Radweg der Straße Boxteler Bahn (Landstraße 77) von Uedem nach Goch. Etwa 500 Meter hinter einer Firma, die sich am Ortsrand von Uedem befindet, näherten sich ihr plötzlich zwei Männer und zogen die 20-Jährige auf den Grünstreifen. Anschließend wurde sie von einem der beiden Männer zum Geschlechtsverkehr gezwungen. Nach der Tat liefen die beiden Männer in Richtung Uedem weg. Die 20-Jährige hielt ein vorbeifahrendes Auto an, in dem ein etwa 40 Jahre altes Pärchen saß. Das Pärchen brachte die 20-Jährige nach Hause.
Später begab sich das Opfer zur Untersuchung ins Krankenhaus und alarmierte von dort die Polizei. Ein Täter war etwa 30 Jahre alt, etwa 1,75m groß und hatte ein südländisches Aussehen. Er hatte kurze dunkle Haare und eine schlanke Figur. Der Mann trug eine schwarze Kapuzenjacke. Der zweite Täter war etwa 50 Jahre alt, etwa 1,70m groß und hatte eine kräftige Figur. Er hatte dunkle, längere, nach hinten gegelte Haare und einen Dreitagebart. Beide unterhielten sich in einer für das Opfer unbekannten Sprache.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels

Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

Heidenheim: Eine unliebsame Begegnung hatte am Samstagmorgen eine 14jährige Schülerin in der Heidenheimer Innenstadt. Sie war gegen 08.40 Uhr im Bereich der Theodor-Heuss-Straße unterwegs, als ihr ein junger Mann entgegenkam. Im Vorbeigehen fasste ihr der Unbekannte völlig unvermittelt an die Brust. Die Jugendliche beschreibt den Grapscher als 20 – 30jähringen dunkelhaarigen Mann, ca. 170cm groß mit normaler Figur und südländischem Teint. Der Mann war mit einer schwarzen Jacke und einer dunkelblauen Jeans bekleidet. Die Polizei Heidenheim ermittelt nun wegen des Sexualdeliktes.

Konstanz: Die Polizei ermittelt wegen sexueller Nötigung gegen einen unbekannten Mann, der am Sonntagmorgen gegen 4.30 Uhr eine 21-jährige Frau an der Treppe zum Bahnhaltepunkt Konstanz-Fürstenberg belästigt hat.Der Vorfall geschah laut einer Mitteilung der Polizei in der Oberlohnstraße auf der Brücke beim Treppenabgang zum Bahnhaltepunkt Fürstenberg. Der Täter näherte sich der Frau laut ihren Schilderungen von hinten, fasste ihr an den Po, Oberschenkel und in den Schritt. Sie stieß ihn fort und schrie ihn an, doch er wollte sie wieder anfassen und sie wehrte sich erneut. Die 21-Jährige setzte schließlich ein Tierabwehrspray ein und der Angreifer flüchtete, so die Polizei. Der Mann wird folgendermaßen beschrieben: Etwa 20 Jahre alt, dunkle Hautfarbe, 1,70 bis 1,75 Meter groß, schlank, krauses lockiges zirka fünf Zentimeter langes Haar, breitere Nase, kleine dunkle Augen. Er trug eine Sweatshirt-Jacke in blau oder lila und ein helle Jeans.

Schelklingen: Ein männlicher Unbekannter hat am Montagabend, 24. April, im Interregio-Express Richtung Schelklingen offenbar eine 23-jährige Reisende sexuell belästigt. Die junge Frau stieg laut eigenen Angaben gegen 18.15 Uhr am Ulmer Hauptbahnhof in den Zug und setzte sich im vordersten Wagen neben den unbekannten Mann auf einen freien Sitzplatz. Auf Höhe Blaubeuren soll der Mann ihr an den Oberschenkel gegriffen und zugekniffen haben. Die 23-Jährige vermutete zudem, dass sich der Unbekannte während dessen selbst befriedigte. Nach dem Vorfall verließ sie unmittelbar ihren Platz und stieg am Bahnhof Schelklingen aus dem Zug aus. Der unbekannte Tatverdächtige soll etwa 50 Jahre alt gewesen sein. Er wird mit kurzen dunklen Haaren, leicht grauen Koteletten, dunklen Augen, dunklem Teint, kräftiger Statur, kräftigen Händen und insgesamt einem ungepflegtem Erscheinungsbild beschrieben. Zur Tatzeit soll er eine weinrote Jeans getragen und einen schwarzen Rucksack mit leuchtend pinkfarbenen Abnähern mit sich geführt haben.

Baienfurt: Der Polizei wurde am Mittwochabend, gegen 19.45 Uhr, in der Baindter Straße in einer Asylbewerberunterkunft ein randalierender Mann mitgeteilt, in dessen Zimmer ein Mädchen um Hilfe rufe. Vor Ort stellten die Polizisten den entsprechenden Sachverhalt fest, worauf sie, nachdem der Mann die Tür nicht freiwillig aufmachte, die Zimmertür gewaltsam öffneten und den erheblich alkoholisierten 33-jährigen syrischen Staatsangehörigen umgehend in Gewahrsam nahmen. Neben dem Tatverdächtigen stießen die Polizeibeamten in dem Zimmer auf eine aufgelöste und leicht verletzte 17-jährige Jugendliche sowie eine demolierte Zimmereinrichtung. Nach bisherigen Erkenntnissen hatten beide Personen, die sich kennen, nach einem gemeinsamen Mittagessen das Zimmer des 33-Jährigen aufgesucht. Als die 17-Jährige am Nachmittag dieses verlassen wollte, hatte sie der aggressive Mann jedoch nicht gehen lassen, an den Haaren gezogen und gewürgt. Ein 66-jähriger Hausbetreuer war am Abend schließlich auf die Schreie aufmerksam geworden und hatte daraufhin den Notruf gewählt. Die Polizei hat Ermittlungen wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Sachbeschädigung aufgenommen.

Freiburg: In der Nacht auf Ostermontag, 16.04.2017, fuhr eine 54jährige Frau mit der Straßenbahnlinie 3 von der Haltestelle “Stadttheater” bis zur Endhaltestelle “Munzinger Straße”. Ein bislang unbekannter Mann, der der Rollstuhlfahrerin bereits beim Einstieg behilflich war, setzte sich in der Bahn neben sie und machte ihr Komplimente. Beim

gemeinsamen Ausstieg an der “Munzinger Straße” küsste er die Frau mehrfach gegen ihren Willen auf die Wange. Kurz darauf stellte sie fest, dass ihr Handy, dass sich in ihrer Jackentasche befunden hatte, entwendet worden war. Der Täter konnte folgendermaßen beschrieben werden: Etwa 20-25 Jahre alt, ca. 160 – 170 cm groß, schlank, dunkle kurze Haare, dunkelhäutig (möglicherweise Pakistani), er trug ein graues Sweat-Shirt mit schwarzen Streifen, Bluejeans und sprach gebrochen Deutsch.
Gerolzhofen: Ein Unbekannter hat am Samstagabend eine Seniorin sexuell belästigt. Die Frau konnte den Mann in die Flucht schlagen. Sie blieb unverletzt. Die Kripo ermittelt und bittet um Hinweise. Gegen 23.40 Uhr war die Rentnerin zu Fuß unterwegs, als sie ein Mann zunächst nach dem Weg fragte und danach mit ihr weiter ging. Im Bereich der Hermann-Löhs-Straße/Julius-Echter-Straße belästigte der Unbekannte die Seniorin. Diese setzte sich zur Wehr und schlug den Mann in die Flucht. Die Frau blieb unverletzt. Von dem Täter liegt der Polizei folgende Beschreibung vor: circa 30 Jahre alt, etwa 160 Zentimeter groß und schlanke Figur, kurze dunkle wellige Haare, dunkler Teint, dunkle Bekleidung.
Mannheim: Sind Frauen nicht mal mehr morgens in einer Straßenbahn mitten in der City sicher vor solchen ‚Sittenstrolch‘? Was eine 21-Jährige jetzt erleben musste: Und das am helllichten Tag… Eine junge Frau am Freitagmorgen (10. Februar) gegen 10:15 Uhr unterwegs mit einer Straßenbahn der Linie 3 in Richtung Sandhofen. An der Haltestelle Marktplatz steigt ein bislang unbekannter Mann ein, setzt sich direkt neben die 21-Jährige. Während der Fahrt entblößt sich der etwa 25-jährige Täter, fummelt vor ihren Augen an sich herum. Couragiert stößt die Belästigte den ‚Sittenstrolch‘ von sich, so dass dieser unterherum blank und mit für jedermann sichtbarem Penis im Mittelgang der Straßenbahn steht. An der nächsten Haltestelle macht sich der Mann schließlich aus dem Staub. Täterbeschreibung:1,75 Meter, schlank, dunkler Teint mit sehr dichtem Dreitagebart. Zur Tatzeit dunkel gekleidet mit brauner Aktentasche und dickem schwarzen Kopfhörer.
Tübingen: In der Nacht zum Sonntag ist in einem Lokal eine junge Frau unsittlich angegangen und bedrängt worden. Die Polizei erfuhr von dem Zwischenfall erst mit Verspätung er Vorfall ereignete sich gegen 3.45 Uhr in einer gut besuchten Musikkneipe in der Pfleghofstraße. Eine 26 Jahre alte Besucherin verließ den Raucherraum des Lokals und wurde von drei unbekannten Männern umringt. Die Unbekannten bedrängten die Frau und fassten ihr über der Kleidung an die Brüste und in den Schritt. Erst als die junge Frau sich auch körperlich zur Wehr setzte, ließen die Unbekannten von ihr ab. Einer der Tatverdächtigen war Anfang bis Mitte 20 Jahre alt, etwa 185 cm groß und von schlanker Gestalt. Er hat braune Augen, braune Kurzhaarfrisur und ein arabisches Erscheinungsbild.
Nesselwang: Bereits am Dienstagnachmittag gegen 16 Uhr soll ein Unbekannter ein siebenjähriges Mädchen auf ihrem Nachhauseweg im Steinach Höhe der Kirche angesprochen und an der Tasche festgehalten haben. Der unbekannte Mann war geschätzt 40 bis 50 Jahre alt, hatte dunkle kurze Haare, einen Dreitagebart, trug eine dunkle Jacke und schwarze Schuhe. Er sprach Deutsch mit einem ausländischen Akzent. Weiter hatte er im Gesicht auf der Wange ein auffallendes Piercing oder Muttermal. Der Mann lief dann weiter ins Steinach hinein. Das Mädchen konnte sich nach Angaben der Polizei aber losreißen und davon laufen. Zuhause erzählte sie ihren Eltern sofort von dem Vorfall, der erst am Donnerstagabend bei der Polizei Pfronten angezeigt wurde.

https://www.pi-news.net/2017/05/massenbegrabschung-an-17-jaehriger/

Massenbegrabschung an 17-Jähriger

Kaltenkirchen: Das Vorgehen der Täter erinnert an die Vorfälle in der Silvesternacht 2015/16 in Köln und Hamburg: Mehrere südländisch aussehende Männer umringen eine junge Frau und versuchen, sie sexuell zu missbrauchen. Die Segeberger Kriminalpolizei ermittelt nach einem ähnlichen Vorfall in Kaltenkirchen. Tatort war der Parkplatz einer Partyhalle am Kisdorfer Weg, die für private Feiern gemietet werden kann. Am Sonnabend gegen 3.10 Uhr umringte dort eine Gruppe von etwa fünf bis sechs Personen eine 17-Jährige. Die Täter hielten die Jugendliche fest, versuchten, sie zu entkleiden und fassten sie an, teilte die Polizei am Montag mit.

"Durch Gegenwehr und zufällig hinzukommende Gäste konnte noch Schlimmeres verhindert werden", sagte Polizeisprecherin Silke Westphal. Nachdem die junge Frau sich gewehrt und um Hilfe geschrien hatte, waren Zeugen auf sie aufmerksam geworden. Sie kamen ihr zu Hilfe und alarmierten die Polizei. Daraufhin flüchteten die Täter. "Eine Fahndung nach ihnen verblieb erfolglos", sagte die Polizeisprecherin. In der Partyhalle hatte eine private Feier mit rund 100 Gästen stattgefunden. Die Jugendliche war ebenfalls Gast dieser Veranstaltung und hatte die Feier zusammen mit einem Mann, der ihr flüchtig bekannt war, kurz verlassen, um frische Luft zu schnappen. Diesem Mann sollen sich die anderen Tatverdächtigen angeschlossen haben, bevor es zu dem Übergriff kam. Der Haupttäter ist etwa 1,90 Meter groß, schlank und hat kurze, dunkle Haare. Er war bekleidet mit einem weißen Hemd, hellblauer Hose und weißen Schuhen. Er sprach Deutsch mit leichtem Akzent und hatte ein südländisches Erscheinungsbild.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

Traunstein: Eine 14-Jährige erstattete Anzeige bei der Polizei und gab dabei an, am Mittwoch, 3. Mai 2017, gegen ihren Willen von einem Unbekannten geküsst und betatscht worden zu sein. Schnell gelang es, einen Tatverdächtigen zu ermitteln. Um das mögliche Sexualdelikt aufzuklären, sucht die Polizeiinspektion Traunstein jetzt nach Zeugen, die sachdienliche Angaben machen können. Die 14-Jährige war, eigenen Angaben zufolge, am Mittwochnachmittag, 3. Mai 2017, gegen 15.30 Uhr im Traunsteiner Stadtteil Haslach von einem Mann auf offener Straße angesprochen worden. Der Unbekannte sei immer zudringlicher geworden und habe sie gegen ihren Willen geküsst und – eindeutig sexuell motiviert – betatscht. Passiert sei der Übergriff am Traundamm nahe der Seiboldsdorfer Mühle. Das Mädchen habe dann einen Moment der Unaufmerksamkeit des Mannes nutzen können, sei geflohen und habe sich in der Nähe bis etwa 16.00 Uhr versteckt, bis der Täter die Örtlichkeit verlassen habe. Bereits am Donnerstag gelang es Beamten der Polizeiinspektion

Traunstein, einen Mann zu ermitteln, bei dem es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um den Gesuchten handelt. Jedoch weichen die Aussagen der beiden Beteiligten ganz erheblich voneinander ab, so dass die Polizei jetzt nach Zeugen sucht, welche in dieser Sache Hinweise geben können: Wer konnte am Mittwochnachmittag in der Zeit zwischen 15.30 und 16.00 Uhr am Traundamm (Nähe Seiboldsdorfer Mühle) ein junges Mädchen und einen Mann mit dunkler Hautfarbe beobachten und wie verhielten sich die beiden Personen?
München: Am Sonntag, 07.05.2017, gegen 01.00 Uhr, befand sich eine 27-jährige Münchnerin auf ihrem Nachhauseweg. Am U-Bahnhhof Arabellapark stieg sie in einen Linienbus. Dort kam es zu einem Blickkontakt mit einem unbekannten Mann. Dieser Mann stieg zusammen mit der 27-Jährigen an ihrem Zielort aus und verfolgte sie bis zu ihrem Wohnhaus. Hier zeigte er ihr sein erigiertes Geschlechtsteil und manipulierte daran. Die 27-Jährige floh sofort in ihre Wohnung und erstattete erst im Laufe des Tages eine Anzeige bei der Polizei. Täterbeschreibung: Männlich, ca. 30 Jahre alt, ca. 175 cm groß, hagere Figur, schwarze glatte Haare, sprach deutsch mit Akzent.
Mainz: Erst große Klappe, dann rote Augen. Ein 16-jähriges Mädchen war am Donnerstagabend in einer Gruppe von vier Jugendlichen gerade auf dem Heimweg von der Frühlingsmesse am Rheinufer, als sie auf Höhe des Brückenplatzes von drei ihnen unbekannten Jugendlichen abgepasst und beschimpft wurden. Dabei fielen auch anzügliche Bemerkungen in Richtung der 16-Jährigen. Einer der Jugendlichen griff sodann den Freund der jungen Frau an und versuchte, ihm in den Bauch und gegen den Brustkorb zu treten. Währenddessen legte ein anderer Angreifer seinen Arm um die 16-Jährige und versuchte, sie wegzuziehen. Doch die junge Frau wusste sich zu wehren. Sie griff zu ihrem Pfefferspray und sprühte es in Richtung des Angreifers. Die darauffolgende Unruhe nutzte die Gruppe, wodurch sie vor den Angreifern fliehen konnten. Trotz umgehender Alarmierung und dem Ausrücken der Polizei konnten die drei Verdächtigen nicht mehr gestellt werden. Personenbeschreibung: drei männliche Jugendliche im Alter von 16 oder 17 Jahren, südländisches Aussehen, dunkler Teint, dunkle Haare.
Innsbruck: Sex-Übergriff auf zwei Mädchen (11, 12) in Innsbruck: Die Tiroler Polizei fahndet nach einem unbekannten Mann, der am Samstagabend in der Tiroler Landeshauptstadt die beiden Minderjährigen unsittlich berührt haben soll. Die jungen Opfer erlitten einen Schock und auch Kratzverletzungen. Ein couragierter 14-jähriger Bursche, der mutig einschritt, wurde von dem Täter geschlagen. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach dem Verdächtigen – er hat dunkle Haut, ist von schlanker Statur und trägt kurz geschorene Haare – blieb vorerst ohne Erfolg. Die Polizei hofft nun auf Hinweise aus der Bevölkerung.
Lüneburg: Am 24.04.17, gegen 13.30 Uhr, wurde eine Polizeistreife zum Platz Am Sande entsandt, da sich dort zwei Männer schlagen würden. Am Sande wurden ein 19-Jähriger und ein 27 Jahre alter Mann angetroffen. Nach ersten Ermittlungen soll der <a href="http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/59488/3620321″ target=”_blank”> 27-jährige, aus Syrien stammende Mann, die 16 Jahre alte Freundin des 19-Jährigen zunächst belästigt und den 19-Jährigen getreten und angespuckt haben. In Folge hat der 19-Jährige den älteren Mann mit Fäusten geschlagen. Die Polizei leitete ein Strafverfahren wegen der gegenseitigen Körperverletzung ein.
Köln: Nach einem Sex-Überfall auf eine junge Kölnerin (19) in Holweide sucht die Polizei mögliche Zeugen. Die 19-Jährige war am frühen Sonntagmorgen um drei Uhr am Bahnhof Holweide aus der S11 gestiegen und in die Bahnsteig-Unterführung gegangen. Dort sprach ein Duo sie an, es entwickelte sich zunächst ein lockeres Gespräch. Als sich die Kölnerin verabschieden wollte, hielten sie die Angreifer plötzlich fest und versuchten sie auszuziehen. Als sich Passanten näherten, rannten die Männer in Richtung Buschfeldstraße. Laut Angaben der 19-Jährigen sind die Flüchtigen 20 bis 30 Jahre alt, etwa 1,80 Meter groß und von südländischem Erscheinungsbild. Beide waren mit schwarzen Jeanshosen bekleidet und von sportlich schlanker Statur.

Düsseldorf: Manuela L. (48) feierte mit zwei Freundinnen in der Altstadt-Disko „Kulisse“ bis in den frühen Morgen. Als sie zur Toilette ging, passierte es. Von hinten wurde ihr der Mund zugehalten, mit Gewalt bugsierte ein Mann sie in eine Kabine des Herren-Klos. Dort öffnete er seine Hose, begann mit sexuellen Handlungen. ls das Handy des Täters klingelte, war er einen Moment abgelenkt – das Opfer floh. Am Dienstag stand Iraker Azad R. (29) wegen sexueller Nötigung vor einem Schöffengericht. „Mein Verhalten war nicht in Ordnung“, gab er an. Aber an Einzelheiten könne er sich wegen seines Alkohol-Pegels nicht erinnern. Sein Opfer leidet bis heute. Nach der Tat war sie so geschockt, dass sie mit einem Asthma-Anfall in die Klinik kam. Die Krankenpflegerin: „Bis heute werde ich nachts wach. Ich gehe überhaupt nicht mehr aus.“ Wegen Freiheitsberaubung und sexueller Nötigung verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einem Jahr auf Bewährung.
Linz: Ein 35-jähriger Algerier wurde am Landesgericht Linz wegen Vergewaltigung zu 13 Jahren Haft verurteilt. Wegen weiterer Tatbegehungsgefahr wurde er in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher eingewiesen.
Kassel: Wegen mehrerer Sexualdelikte muss sich ab Montag, 13. März, ein 22-jähriger Mann, der aus Nigeria stammt, vor der Großen Jugendkammer des Landgerichts Kassel verantworten. Der Mann soll im vergangenen Sommer eine 28-jährige Frau nach einer Partynacht auf der Friedrich-Ebert-Straße vergewaltigt sowie weitere Frauen begrapscht und beleidigt haben.
Chemnitz: Zwei Frauen wurden am Donnerstagabend innerhalb weniger Minuten Opfer von sexuellen Belästigungen. Die Polizei konnte die mutmaßlichen Täter zum Glück schnell fassen. Das erste Opfer war gegen 21.30 Uhr eine 45 Jahre alte Frau. Nach ihren Angaben hatte sie ein Mann angesprochen und festgehalten. Die Frau konnte sich losreißen und Passanten auf die gefährliche Lage aufmerksam machen. Der Täter lief schnell weg. Aber nach kurzer Zeit kehrte er zurück und küsste die Frau gegen ihren Willen. Die 45-Jährige wehrte sich gegen den Übergriff, riss sich erneut los und lief zu einem nahen Polizeifahrzeug. Die Beamten verfolgten den mutmaßlichen Täter und nahmen ihn fest. Es ist ein 31 Jahre alter Tunesier.
Bamberg: Er vergewaltigte eine Schülerin (16) am Bahnhof von Mering St. Afra, zerrte zwei Mädchen (17 und 20) bei Forchheim und Schwabach in den Graben – doch im Prozess jammert der Tunesier Rami Ben F. (27) über seine schwere Situation als Asylbewerber: „Die Umstände! So weit weg von der Familie …?”

http://www.focus.de/politik/deutschland/dortmunder-nordstadt-oberbuergermeister-reagiert-ungehalten-als-reporter-ihn-auf-problemviertel-ansprechen_id_7120754.html
Dortmunder NordstadtOberbürgermeister reagiert ungehalten, als Reporter ihn auf Problemviertel ansprechen
Donnerstag, 11.05.2017, 13:00
Die Dortmunder Nordstadt ist kein einfaches Pflaster. „Massenschlägerei mit Glasflaschen“ oder „Menschenmenge kreist Polizeibeamte ein“ lauteten die Schlagzeilen, die man zuletzt über das Viertel las.
Die Nordstadt gehört zu den 25 „gefährlichen bzw. verrufenen Orten“ in NRW, die das Landesinnenministerium kürzlich auf Anfrage eines CDU-Politikers benannte. 60.000 Menschen leben hier, 41.500 davon sind Migranten. Die Arbeitslosenquote (24 Prozent) ist

hier fast genauso hoch wie die Wahlbeteiligung bei der vergangenen Kommunalwahl (25 Prozent).

Dortmunder OB soll im Gespräch „jede Freundlichkeit“ verloren haben

Immer wieder wird das Dortmunder Viertel als „No-Go-Area“ bezeichnet. Reporter der Wochenzeitung „Zeit“ haben sich in der Nordstadt umgeschaut und sie in einem langen, ausführlichen Artikel beschrieben. Es geht um die Drogenszene, sozial abgehängte Rechte, um Ausländerkriminalität und die Tausenden Roma-Großfamilien, die in den vergangenen zehn Jahren dorthin kamen.

Auch den Oberbürgermeister Ullrich Sierau haben die „Zeit“-Reporter interviewt – doch der soll dabei „jede Freundlichkeit“ verloren haben. „**Kaum erwähnt man die Probleme des Viertels, fängt er an zu beben“, heißt es in dem Artikel. Der SPD-Politiker – seit 2014 zum dritten Mal Oberbürgermeister der Stadt – soll die Bundesregierung in dem Gespräch angegriffen haben. Diese hätte Beschlüsse gefasst und „einen Scheiß darauf gegeben, ob das funktioniert oder nicht“. Seine Stadt sei durch die EU-Osterweiterung zum „Opfer einer völlig verfehlten Eingliederungspolitik“ gemacht worden, zitiert die „Zeit“ Sierau.**

Sierau soll Merkel und de Maizière angegriffen, die Reporter angeschrien haben

Nicht er trage die Schuld an Straßendealern, Libanesen-Clans und dem Nordstädter Drogen-Problem – Bundeskanzlerin Angela Merkel, Innenminister Thomas de Maizière und die EU seien verantwortlich für die Armutszuwanderung und die Verrohung des Viertels, soll der 61-Jährige gesagt haben. „Die haben von Tuten und Blasen keine Ahnung.“

Geschrien haben soll der Dortmunder Oberbürgermeister in dem Interview – und den „Zeit“-Reportern vorgeschlagen haben, die Jobs zu tauschen. „Damit Sie mir zeigen können, wie es richtig geht.“

Kein Kommentar vom Oberbürgermeister

Im Dortmunder Rathaus soll der Artikel für mächtig Wirbel gesorgt haben. Wieso rastete Sierau derart aus, als die Zeitung ihn auf die größtenteils bekannten Probleme der Nordstadt ansprach? Warum sieht er die Bundeskanzlerin in der Verantwortung für die Missstände in der Nordstadt?

Auf eine Anfrage von FOCUS Online wollte sich der Dortmunder Oberbürgermeister dazu nicht äußern. Auch die Darstellung der Ereignisse in dem Bericht generell möchte Sierau nicht kommentieren, wie die Pressestelle mitteilte.

11.5.17
stadtamt01@dortmund.de

Sehr geehrter Herr Sierau,

in den drei Anhängen finden Sie die Geschichten von hunderten von psychisch geschädigten Opfern von Migrationskriminalität und erschreckende Daten zu derseleben. Eine persönliche Haftung von Merkel und ihren viel zu gut verdiesenden Unterstützern für diese Opfer ihrer Politik ist längst überfällig.

MfG

M.Schröter-Kunhardt

https://www.pi-news.net/2017/05/berlin-polizei-sucht-zwei-kopftritt-fachkraefte/#more-566525
Berlin: Polizei sucht zwei Kopftritt-Fachkräfte
Mit obigen Fahndungsbildern aus einer Überwachungskamera sucht die Berliner Polizei aktuell zwei Bereicherer, die am Morgen des 4. März 2017 mit einem Paar am U-Bahnhof Mehringdamm in Kreuzberg aus „nichtigen Gründen“ einen Streit angezettelt haben. Laut Polizeibericht schlug einer der Täter dem 33-jährigen Opfer zuerst ins Gesicht, der zweite Mann kam sofort zur Unterstützung der Attacke angetrabt und schlug so heftig zu, dass der Mann zu Boden ging. Danach folgte das bei dieser Klientel übliche Ritual.
Die Gewalttäter traten dem Verletzen mehrfach gegen den Kopf. Fahrgäste eines haltenden U-Bahn-Zuges kamen dem Pärchen zu Hilfe und zogen beide in die Bahn. Die insgesamt drei Täter stiegen in einen anderen Waggon. Am U-Bahnhof Südstern wechselten die Täter in den Waggon, in dem sich das Paar befand und versuchten das schon schwer verletzte Opfer aus der Bahn zu ziehen. Gleichzeitig wollten sie der Frau die Handtasche entreißen. Aufgrund heftiger Gegenwehr scheiterte der erneute Angriff. Daraufhin warf einer der Schläger noch eine Bierflasche in Richtung des Opfers, bevor alle drei die Flucht ergriffen. Die Frau war mit leichten Blessuren davon gekommen. Der Mann war bei der brutalen Tat so schwer verletzt worden, dass er zur stationären Behandlung in eine Klink gebracht werden musste.
Die Tatverdächtigen werden wie folgt beschrieben: südosteuropäisches Aussehen, 17 bis 20 Jahre alt. Die Kriminalpolizei will nun wissen: Wer hat die Tat gesehen und kann Angaben machen? Hinweise bitte an die Kriminalpolizei der Direktion 5, Jüterboger Straße 4, in 10965 Berlin-Kreuzberg, Tel: (030) 4664-573100 (innerhalb der Bürodienstzeit) oder (030) 4664-571100 (außerhalb der Bürodienstzeit) oder jede andere Polizeidienststelle.
Bei solchen Fällen stellt sich uns allerdings immer wieder die Frage: Warum erst jetzt – mehr als zwei Monate nach der Tat?

https://newpi.wordpress.com/2017/05/23/cottbus-bollerwagen-gruppe-von-syrern-bereichert/#more-4679
Cottbus: Bollerwagen-Gruppe von Syrern bereichert
In der Universitätsstadt Cottbus im südöstlichen Brandenburg ist es zu einer Kulturellen Bereicherung™ durch eine syrische Männergruppe gekommen. Insgesamt 12 Cottbuser waren im Zuge von Feierlichkeiten eines Junggesellenabschieds mit einem Bollerwagen in der Innenstadt unterwegs.
(Von Stresemann)
Nach dem Aufeinandertreffen mit der syrischen Gruppe kam es zur Pöbelei, die zu einem handfesten Konflikt ausartete. Im Ergebnis blieben fünf deutsche Männer im Alter von 28 bis 33 Jahren mit Schnitt- und Stichverletzungen im Gesicht und am Oberkörper zurück. Als die Polizei eintraf, waren die Syrer bereits verschwunden.
„Ich bin erschüttert über eine derart aggressive und brutale Auseinandersetzung mit fünf Verletzten“, sagte Cottbus‘ Oberbürgermeister Holger Kelch von der CDU. Die Polizei ermittelt und fahndet mit Hochdruck nach den Tätern.

Handelt es sich bei den Tätern vielleicht gar nicht um Ausländer, schon gar nicht syrische? Wir alle wissen doch, dass diese Menschen gebrochen und verzweifelt vor Brutalität in ihrer Heimat geflohen sind und ihrerseits keiner Fliege jemals etwas zuleide tun würden. Vermutlich hatten sie alle obendrein eine schwere Kindheit und fühlten sich von den beängstigenden deutschen Krawallmachern bedroht und bedrängt, sodass sie einfach zuschlagen und zustechen mussten.
Unser Bundesjustizminister hatte sich interessanterweise erst jüngst mit „No Border"- bzw. „No Nation"-Demonstranten solidarisiert, die ausländische Messerstecher in aller Regelmäßigkeit toleranzbesoffen beklatschen. Ob da wohl ein ungleiches Zuständigkeitsgefühl in Sachen politischer und ethnischer Täterherkunft besteht?
Herr Maas, übernehmen Sie!

4 Antworten

democracy, on 23. Mai 2017 at 15:59 said:

8 0

Ich glaube das nicht – weil die Syrer in Cottbus fünf aus der deutschen Bollerwagengruppe ins Krankenhaus gemessert haben, gibt es jetzt in der Stadt – tata! – ein Alkoholverbot.
Nach zum Teil blutigen Auseinandersetzungen zwischen jungen Deutschen und Flüchtlingen will die Stadt die Lage in der City mit einem Alkoholverbot befrieden.
„Wir nehmen nicht hin, dass einzelne Gruppen unter Alkoholeinfluss die Stadt verunsichern."
Die ersten warmen Tage des Jahres haben – wie von der Polizei befürchtet – zu einer Eskalation von Spannungen zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen in der Innenstadt geführt. Bisheriger Höhepunkt: Eine Messerstecherei, bei der fünf Teilnehmer eines Junggesellenumzuges verletzt wurden – nach den syrischen Tätern wird mit Hochdruck gefahndet.
Genau. Nicht etwa ein Syrerverbot, was dem Frieden ungemein zuträglich wäre, nein, ein Alkverbot. Wer ist doch hier gleich nochmal in islamischer Messermanier durchgedreht? Scharia für alle?
http://www.lr-online.de/regionen/cottbus/Trockene-Zone-in-der-Cottbuser-Innenstadt;art1049,6002546

Deutscher, ohne südländische Vorfahren, on 23. Mai 2017 at 16:02 said:

5 0

Das waren alles Deutsche die rein zufällig ihr Taschenmesser aus der Kindheit dabei hatten.
Noch Fragen…?

democracy, on 23. Mai 2017 at 16:04 said:

6 0

Aus dem oben verlinkten Alkverbot-Artikel:
Vor allem in den Sozialen Medien sorgten die Messerstecherei wie auch die Polizeieinsätze für heftige Diskussionen. OB Holger Kelch reagierte auf Facebook ausführlich auf Kritik. „Wir haben immer gesagt, dass die Integration deutlich schwerer werden wird als Unterbringung und Versorgung." Die Stadt könne von sich aus keinen Zuzugsstopp für Flüchtlinge aussprechen, habe diesen aber beim Land beantragt.
„Nun sind die halt da." Und die deutsche Bevölkerung im Krankenhaus.

http://www.pi-news.net/niedersachsen-suedlaender-verpruegeln-behinderten/

MIGRANTENGEWALT

Niedersachsen: „Südländer" verprügeln Behinderten

1. Juni 2017

Ganderkesee (Niedersachsen): Die Zivilcourage mehrerer Passanten hat vermutlich Schlimmeres verhindert: Ein wehrloser Mann mit einer geistigen Beeinträchtigung ist am Montagmittag am Ganderkeseer Bahnhof von zwei jungen Männern verprügelt worden und hat dabei glücklicherweise nur leichte Verletzungen davongetragen. Die Bundespolizei sucht nun nach Zeugen des Vorfalls. Der geistig beeinträchtigte 33-Jährige hatte um 13.35 Uhr zusammen mit den beiden Tatverdächtigen in Delmenhorst die Nordwest-Bahn bestiegen. Während der zehnminütigen Fahrt kam es nach ersten Ermittlungen der Beamten bereits zu einem Kontakt zwischen den beiden Männern und ihrem späteren Opfer. Nachdem der 33-Jährige um 13.45 Uhr den Zug in Ganderkesee verlassen hatte, schlugen die Angreifer auf dem Bahnsteig mit Fäusten auf den Kopf ihres Opfers ein und verfolgten es bis zum Festplatz. Erst das beherzte Einschreiten von Passanten beendete die körperlichen Übergriffe auf den Ganderkeseer. Die beiden Angreifer flüchteten unerkannt. Die Bundespolizei und die Polizeistation Ganderkesee sind derzeit damit beschäftigt, Videomaterial auszuwerten, das zu diesem Vorfall gesichert werden konnte. Die Ermittler der Bundespolizei beschreiben die beiden männlichen Tatverdächtigen werden wie folgt: Anfang 20 Jahre alt, etwa 1,70 bis 1,75 Meter groß, schmale Gesichter, normale körperliche Statur, südländisches Erscheinungsbild und dunkle, langärmlige Bekleidung.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Wuppertal: Am 29.05.2017, gegen 20 Uhr, suchten in Wuppertal zwei Heranwachsende Streit mit einem Kind und verletzten es mit einem Messer. Der 13-Jährige war mit seinem 15-jährigen Freund von der Straße Distelbeck zum Hauptbahnhof unterwegs. Auf der Überführung zum Gleis 1 wurden die Beiden von zwei männlichen Personen provoziert („Was guckst Du“) und dabei von einem mit einem Messer bedroht. Im weiteren Verlauf verletzte der Täter den 13-Jährigen mit dem Messer am Bein. Anschließend flüchteten beide Personen in Richtung Adersstraße. Der Junge erlitt eine leichte Schnittverletzung und konnte das Krankenhaus nach ambulanter Behandlung wieder verlassen. Beschreibung: 1. Person: männlich, ca. 19 Jahre alt, 185 cm groß, südländisches Erscheinungsbild, Baseballkappe, schwarzes Oberteil, Shorts, trug eine Sporttasche. 2. Person: männlich, ca. 19 Jahre alt, 170 cm groß, südländisches Erscheinungsbild, sonnengebräunte Haut, trug ein Oberteil mit der Aufschrift -Marco Polo-. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet Zeugen, sich unter der Telefonnummer 0202 2840 zu melden.
Cottbus: Während eines Junggesellenabschieds lief am Samstagabend, dem 20. Mai 2017, eine Gruppe von zirka einem Dutzend junger Männer mit einem Bollerwagen durch die Cottbuser Innenstadt. Auf der Karl-Liebknecht-Straße trafen sie nach dem bisherigen Ermittlungsstand auf mehrere junge syrische Männer. Zwischen beiden Gruppen kam es zu verbalen Pöbeleien, die in der Folge zu einer handfesten Auseinandersetzung eskalierte. Dabei erlitten fünf deutsche Männer im Alter von 28 – 33 Jahren Schnitt- und Stichverletzungen im Bereich von Gesicht und Oberkörper. Sie wurden ins Krankenhaus zur Behandlung eingeliefert. Die erlittenen Verletzungen sind nicht lebensbedrohlich. Ein Mann aus der Gruppe der deutschen Männer rief über Notruf die Polizei zur Hilfe, die kurze Zeit später eintraf. Die Syrer hatten sich bereits entfernt. Eine Ermittlungsgruppe der Kriminalpolizei zur Klärung der sich zugetragenen Geschehnisse und dessen Ursachen wurde gebildet. Oberbürgermeister Holger Kelch reagierte mit Bestürzung auf den Vorfall in der Nacht zum Sonntag in der Innenstadt: „Ich bin erschüttert über eine derart aggressive und brutale Auseinandersetzung mit fünf Verletzten. Wir werden jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“ Den Verletzten wünschte er schnelle Genesung. „Die Ergebnisse der Ermittlungen werden wir abwarten. Öffentliche Spekulationen über etwaige Hintergründe bringen niemandem etwas. Lasst Polizei und Staatsanwaltschaft ihre Arbeit machen, dann besteht die beste Aussicht, dass Täter ermittelt und bestraft werden können.“ Wer etwas gesehen habe, solle sich an die Polizei wenden und nicht Spekulationen in sozialen Netzwerken befeuern. Cottbus wird durch syrische „Flüchtlinge“ öfters bereichert. Vor kurzem sollten „scheiß deutsche Mädchen“ abgestochen werden.
Pforzheim: Durch mehrere Tritte gegen den Kopf ist ein 57 Jahre alter Mann in der Nacht zum Freitag an der Pforzheimer Leopoldstraße schwer verletzt worden. Der Täter konnte flüchten. Um 1.35 Uhr sahen Zeugen, wie ein Unbekannter das auf dem Boden liegende Opfer wiederholt gegen den Kopf trat. Nachdem der junge Mann durch einen Begleiter an weiteren Brutalitäten gehindert wurde, ergriffen die beiden schließlich die Flucht. Der 57-Jährige war derart schwer verletzt, dass er mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht und dort stationär aufgenommen werden musste. Der Schwere seiner Verletzungen wegen konnte die Polizei das Opfer zunächst nicht befragen. So ist noch unklar, wie es zu dieser Auseinandersetzung kam, ob sich Täter und Opfer kannten, wer wen vielleicht provoziert oder einen Streit angefangen hat. Die von der alarmierten Polizei ausgelöste Fahndung nach den Unbekannten führte nicht zum Erfolg. Von den beiden ist lediglich bekannt, dass sie etwa 17 bis 19 Jahre alt und möglicherweise südländischer Herkunft sind. Offenbar trugen beide Trainingsanzüge.
Magdeburg: Donnerstagmorgen gegen 08:00 Uhr, wurde eine 27-jährige Frau in der Zielitzer Straße von zwei unbekannten Männern angepöbelt. Als die junge Frau auf die verbalen Äußerungen nicht einging kamen die Männer der Frau näher, schlugen ihr an den Hinterkopf, auf den Rücken sowie ins Gesicht. Im Anschluss wurde das Opfer von den Angreifern noch geschubst. Drei Zeugen, die in der Nähe standen bemerkten diese Situation und eilten der Frau zu Hilfe. Daraufhin flüchteten die Männer. Sie werden wie folgt beschrieben: ca. 170 bis 180 cm groß, kurze schwarze Haare, Bart um Mundpartie, südländisches Erscheinungsbild und ausländischer Akzent, schwarze Lederjacke, schwarze Jeans, Sonnenbrille. 2: ca. 160 bis 170cm groß, kräftige Gestalt, kurze schwarze Haare, südländisches Erscheinungsbild und ausländischer Akzent schwarze Lederjacke, blaue Jeans.
Berlin: Fünf Strafanzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung, sexueller Nötigung sowie einfacher Körperverletzung sind der Grund für die Fahndung nach vier Männern, die die Taten in den Abend- und Nachtstunden des 28. September 2016 in der Tiergartener Kluckstraße begangen haben sollen. Gegen 21.30 Uhr sollen die vier Abgebildeten aus einer mehrköpfigen Gruppe heraus vier Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren geschlagen haben. Zuvor hätten sie versucht, einen Streit zu provozieren. Glücklicherweise erlitten die Opfer nur leichte Verletzungen. Ferner sollen sich die Gesuchten gegen 22.30 Uhr an der Kreuzung Kluckstraße/Schöneberger Ufer/Bendlerbrücke zwei damals 15-jährigen Mädchen beim Überqueren der Fahrbahn in den Weg gestellt haben. Die Mädchen zwängten sich durch eine schmale Lücke, woraufhin sie von den Abgebildeten sexuell genötigt wurden. Beide konnten sich losreißen und zu einem nahegelegenen Hostel laufen. Die Tatverdächtigen entkamen. Auf Grund der örtlichen und zeitlichen Zusammenhänge sowie der

Begehungsweisen und der Täterbeschreibungen ist davon auszugehen, dass die jetzt Gesuchten die Taten begangen haben. (Laut Fahndungsbildern handelt es sich um „wertvoller als Gold"-Fachkräfte. Glückwunsch an die Berliner Polizei, schon nach knapp 8 Monaten nach den Verbrechen mit Fahndungsbildern an die Öffentlichkeit zu gehen).

Augsburg: Innenstadt – Am 29.04.2017 gegen 03.30 Uhr wurde eine Polizeistreife in der Maximilianstraße vor einem Dönerladen von zwei 39-jährigen Männern angesprochen. Diese hatten sich Verletzungen im Gesicht in Form von Kratzern und Schürfwunden zugezogen. Einer der beiden trug zudem eine zerrissene Jacke. Nach Angaben der beiden 39-Jährigen wurden sie unvermittelt und scheinbar grundlos von zwei Männern von hinten attackiert und geschlagen. Die beiden unbekannten Täter konnten flüchten, noch bevor die Streife alarmiert worden war. Beide Täter waren nach Angaben der Verletzten von südländischer Herkunft. Der erste Unbekannte war etwa 180 cm groß, kräftig und hatte einen schwarzen Schnauzer und schwarze Haare. Sein Alter wurde auf ca. 30 Jahre geschätzt. Der zweite Täter war ca. 170 cm groß, hatte ebenfalls schwarze Haare und einen leichten Schnauzer und war bekleidet mit einer schwarzen Lederjacke. Er dürfte ebenfalls etwa 30 Jahre alt sein.

Wien: Es ist bereits in der Silvesternacht geschehen, doch erst am Mittwoch wurde der brutale Angriff auf einen 32 Jahre alten Wiener bekannt: Der Mann war in der U-Bahn-Station Stephansplatz von sieben Personen – vier Männer und drei Frauen – attackiert, niedergeschlagen und ausgeraubt worden. Danach überließen die Täter ihr Opfer seinem Schicksal und suchten das Weite. Nach einer Fahndung per Fotos stellten sich fünf Verdächtige am Nachmittag bei der Polizei (laut den verpixelten Fahndungsfotos dürfte es sich um sogenannte „Südländer" handeln).

Freiburg: Stühlinger, Stühlinger Straße – Am Mittwoch, 10.05.2017, gg. 02:30 Uhr, wurde ein 23-jähriger Mann in der Stühlinger Straße (Innenhof Praxisklinik im Stühlinger) nach derzeitigem Kenntnisstand von vier Männern nach Zigaretten befragt. Nachdem er dies verneinte soll er von hinten so gestoßen worden sein, dass er zu Boden ging. Danach soll er getreten worden sein. Als er ankündigte, die Polizei zu rufen, sollen die Männer von ihm abgelassen haben und geflüchtet sein. Während der Situation verlor der Angegriffene seine Geldbörse mit einem geringen Bargeldbetrag. Nach eigenen Angaben habe keine Raubhandlung stattgefunden. Die Täter werden wie folgt beschrieben: Vier junge Männer, ca. 25 bis 30 Jahre alt, dunkles Haar, dunkle Hautfarbe, afrikanisches Aussehen, Körpergröße 180 bis 185 cm, eine der Personen trug komplett schwarze Nike Air Max.

12-Jähriger „Flüchtling" versprüht Pfefferspray

Chemnitz: Die Reizgas-Attacke in einem Bus der Linie 21 am 23. April (TAG24 berichtete) konnte nun aufgeklärt werden. Die Tat, bei der zehn Menschen verletzt worden waren, ist laut Ermittlern einem 12-ja?hrigen Jungen zuzuschreiben. Anhand der Bilder der Überwachungskamera aus dem Bus konnte ein Kind identifiziert werden. Daraufhin wurde die elterliche Wohnung durchsucht. Bei der Durchsuchung fand man das KO-Pfefferspray und auch die zur Tatzeit getragene Kleidung des Jungen. Der 12-jährige Syrer gestand die Tat bei der Anhörung. Er habe sich geschämt, dass ihn Businsassen vor anderen aufgefordert hätten, die Beine vom Sitz zu nehmen. Die Akte wurde nun der Staatsanwaltschaft übergeben.

Asylant flippt aus, weil keiner seine Drogen kaufen will

Ein 38-Jähriger hat am Mittwoch vor der Wiener U6-Station Josefstädter Straße erfolglos versucht, Cannabis zu verkaufen. Nachdem niemand Interesse zeigte, bedrohte der Marokkaner einige der dort Anwesenden. Zeugen zufolge verwendete er dabei auch ein Messer. Ebenso versuchte der Mann erfolglos, ein Handy zu stehlen, ehe er die Flucht ergriff. Ein Polizeischüler stellte den Verdächtigen. Wegen der Auseinandersetzung wurde die Polizei um Hilfe gerufen, berichtete Sprecher Paul Eidenberger. Bei deren Eintreffen gegen 10.30 Uhr rannte der 38-Jährige bereits stadtauswärts Richtung Ottakring. Die Exekutive nahm unter anderem mit einem Pkw die Verfolgung auf. Schließlich konnte ein Polizeischüler, der zu Fuß unterwegs war, den Verdächtigen fassen. Bei diesem wurden rund 500 Euro Bargeld und eine auf eine andere Person ausgestellte Asylkarte gefunden, eine Waage und das Cannabis wurden ebenfalls sichergestellt. Ein Messer hatte der festgenommene Marokkaner nicht bei sich. Drei weitere Festnahmen führten am Mittwoch Beamte der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität durch. Die mutmaßlichen Dealer aus Marokko, Nigeria und Afghanistan wurden am Praterstern bzw. am Lerchenfelder Gürtel angehalten, nachdem sie ebenfalls versucht hatten, Cannabis zu verkaufen. Die Beschuldigten im Alter von 18, 28, und 37 Jahren befinden sich in Haft.

Somalischer „Flüchtling" möchte in seine Heimat

Ein 26-jähriger Somalier hat am Samstagabend in den Salzburger Stadtteilen Aigen und Parsch rund 20 dort abgestellte Autos beschädigt. Er riss die Außenspiegel von den Fahrzeugen und verursachte laut Angaben der Polizei dabei einen Schaden von mindestens 30.000 Euro. Der Asylwerber wurde von Anrainern beobachtet und dann auf frischer Tat festgenommen. Er wolle in seine Heimat zurückgebracht werden, sonst werde er weitere Autos beschädigen, sagte der Mann. Er war schon mehrfach wegen verschiedener Delikte aufgefallen. Der Mann wurde in die Justizanstalt Salzburg-Puch gebracht.

https://de.gatestoneinstitute.org/10503/messerverbrechen-deutschland

Deutschland: Immer mehr Messerverbrechen

von Soeren Kern
9. Juni 2017
Englischer Originaltext: Germany: Surge in Stabbings and Knife Crimes
Übersetzung: Stefan Frank

Weiterempfehlen**81**

- Nicht nur nimmt die Messergewalt zu, auch sind Täter und Opfer solcher Verbrechen immer jünger, und immer häufiger sind auch Frauen darunter.
- Deutschlands Problem mit der Messerkriminalität wird noch verschärft durch seine milde Justiz, die selbst bei schweren Verbrechen die Täter nur zu relativ milden Strafen verurteilt. In vielen Fällen werden Personen, die wegen mit Messern verübter Straftaten verhaftet werden, gleich nach der Befragung durch die Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt. Diese Praxis erlaubt es Strafverdächtigen, weiterhin so gut wie ungeschoren Verbrechen zu verüben.
- Mehr als 1.600 mit Messern verübte Straftaten wurden allein in den ersten fünf Monaten von 2017 angezeigt – ein Durchschnitt von 300 solcher Verbrechen in jedem Monat oder zehn pro Tag.

Im niedersächsischen Oldenburg hat ein syrischer Migrant einen anderen Syrer erstochen, offenbar weil dieser während des Ramadan Eiscreme gegessen hatte. Der Täter, ein 22-jähriger Asylbewerber, war der Polizei bereits wegen eines "guten Dutzends" zum Teil schwerer Straftaten bekannt.

Dieser Mord – der sich am helllichten Tag in einem sehr belebten Teil der Fußgängerzone ereignete und in der Oldenburger Bevölkerung für großes Entsetzen gesorgt hat – ist nicht nur das jüngste Beispiel dafür, wie das Schariarecht auf deutschen Straßen durchgesetzt wird; das Verbrechen wirft auch ein Licht auf die anschwellende Epidemie von mit Messern verübter Gewalttaten in Deutschland.

Messer, Äxte und Macheten sind zur bevorzugten Waffe für Kriminelle in Deutschland geworden, das zu den Ländern mit den strengsten Schusswaffengesetzen in Europa zählt. Messer werden nicht nur dazu benutzt, dschihadistische Anschläge durchzuführen, sondern mehr und mehr auch für andere Morde, Raubüberfälle, Einbrüche, sexuelle Überfälle, Ehrenmorde und viele weitere Arten von Gewaltkriminalität.

t in Deutschland existieren nicht. Eine Suche in Polizeiberichten zeigt jedoch, dass die Zahl von Straftaten, bei denen Messer zum Einsatz kamen, im Lauf der letzten zehn Jahre um 1.200 Prozent zugenommen hat. Etwa 4.000 solcher Verbrechen wurden der Polizei 2016 angezeigt, gegenüber nur 300 im Jahr 2007.

Es ist auch unmöglich, festzustellen, an wie vielen dieser Messerverbrechen Migranten beteiligt waren. Eine verstärkte Zensur durch die Polizei und die Medien, die darauf zielt, die Stimmung gegen Einwanderung einzudämmen, hindert die Öffentlichkeit daran, die Namen und Staatsangehörigkeiten von Tätern und Opfern zu erfahren.

Das Anschwellen der Stichwaffengewalt in Deutschland fällt aber zusammen mit der Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, rund zwei Millionen Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten ins Land zu lassen. Die Zahl der angezeigten Messerstraftaten ist in Deutschland in den letzten vier Jahren um 600 Prozent in die Höhe geschnellt – von rund 550 im Jahr 2013 auf fast 4.000 im Jahr 2016.

Polizeiberichte zeigen, dass für die wachsende Messerkriminalität in Deutschland sowohl Migranten als auch Nichtmigranten verantwortlich sind. Merkels Politik der offenen Tür scheint einen Teufelskreis der Gewalt in Gang gesetzt zu haben: Immer mehr Menschen tragen in der Öffentlichkeit Messer mit sich – darunter sind auch einige, die dies zur Selbstverteidigung tun. Merkels Politik scheint zu mehr und mehr Messerstechereien zu führen, vor allem dann, wenn Alkohol im Spiel ist.

Nicht nur nimmt die Messergewalt zu, auch sind die Täter und Opfer solcher Verbrechen immer jünger, und immer häufiger sind auch Frauen darunter.

- In **Bochum** sticht eine 19-jährige Frau auf zwei Jungen im Alter von 12 und 13 Jahren ein. Die Polizei sagt, die drei hätten sich gestritten, als die Frau ein Messer zog. Die Jungen rannten weg und versuchten, sich in einer Tiefgarage zu verstecken, doch die Frau verfolgte und attackierte sie.
- In **Soest** sticht ein 16-jähriger Junge einem 17-jährigen Klassenkameraden siebenmal in die Brust, im Streit um ein Mädchen. Das Opfer kommt mit lebensbedrohlichen Verletzungen am Herzen ins Krankenhaus. Der Angreifer wird auf freien Fuß gesetzt, nachdem ein Psychologe die Staatsanwaltschaft davon überzeugt hat, dass er für seine Tat nicht zur Verantwortung gezogen werden könne, da er "im Affekt" gehandelt habe.
- In **Essen** ziehen zwei Jungen im Alter von 11 und 13 ein Messer gegenüber einer 20-jährigen Frau, mit dem Ziel, ihr Mobiltelefon zu rauben. Sie leistet Widerstand und ruft die Polizei, die die Angreifer in Gewahrsam nimmt.
- In **Wuppertal** sticht ein Mann mit "südländischem Erscheinungsbild" auf einen 13-Jährigen ein, nachdem dieser ihn offenbar "falsch angeguckt" hatte ("Was guckst du?")
- In **Kirchdorf** zieht ein Mann mit "südländischer Erscheinung" ein Messer gegenüber einem 12-jährigen Mädchen.
- In **Nachrodt-Wiblingwerde**, zieht eine Gruppe Teenager ein Messer gegenüber einem 17-jährigen Mädchen, nachdem dieses sie "provoziert" hatte.
- In **Berlin-Neukölln** sticht ein 32-Jähriger in einem Streit auf einen 16-jährigen Jungen ein.
- In **Neumünster** sticht ein 15-Jähriger auf einen 19-Jährigen ein, nachdem zwei Gruppen von Teenagern in Streit geraten waren.
- In **Gevelsberg** sticht ein "dunkelhäutiger" Mann in der Nähe des Bahnhofs auf ein 14-jähriges Mädchen ein, das sich auf dem Nachhauseweg befindet.

Einige Messerattacken scheinen einen politischen oder religiösen Hintergrund zu haben:

- In **Hannover** sticht ein 16-jähriges deutsch-marokkanisches Mädchen einem Polizisten mit einem Küchenmesser in den Hals. Die Polizei sagt, der Vorfall, der sich am Hauptbahnhof ereignet hat, sei der erste dschihadistische Anschlag in Deutschland, der vom Islamischen Staat inspiriert wurde. "Die Täterin zeigte keine Gefühlsregung", sagt ein Sprecher der Polizei. "Ihre einzige Sorge galt ihrem Kopftuch. Es war ihr wichtig, dass das Kopftuch nach der Festnahme wieder säuberlich aufgesetzt wird. Ob der Polizist überlebt, war ihr egal."
- In **Prien am Chiemsee** ersticht ein Afghane eine afghanische Frau, die zum Christentum konvertiert war. Der Täter lauert der Frau auf und tötet sie, als sie mit zweien ihrer Kinder einen Supermarkt verlässt.
- In **München** schreit ein Mann an einem Bahnhof "Allahu Akbar" sowie "Ungläubige müssen sterben" und ersticht dabei eine Person und verletzt drei weitere.
- In **Würzburg** schreit ein afghanischer Asylbewerber in einem Zug "Allahu Akbar" und attackiert fünf Menschen mit einer Axt.
- In **Oberhausen** schreit ein Mann "Allahu Akhbar" und sticht auf eine 66-jährige und eine 57-jährige Frau ein, die ein Picknick machen.

Messerattacken sind auch bei Schlägereien zwischen rivalisierenden ethnischen Gruppen an der Tagesordnung:

- In **Gelsenkirchen** liefern sich Banden syrischer und libanesischer Jugendlicher einen Massenmesserkampf in der Innenstadt. Die Polizei sagt, das Maß an Gewalt sei "brutal" gewesen.
- In **Mülheim** beginnen etwa 80 Mitglieder zweier rivalisierender libanesischer Clans einen Messerkampf in der Innenstadt. Hunderte mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten, Polizeihunde und Hubschrauber sind nötig, um nach mehr als drei Stunden die Ordnung wiederherzustellen.
- In **Hannover** liefern sich Mitglieder rivalisierender kurdischer Clans einen Messerkampf vor dem Hauptbahnhof.
- In **Mainz-Gonsenheim** erleiden zahlreiche Menschen Stichwunden während einer Massenschlägerei zwischen Syrern und Iranern.
- In **Dortmund** gibt es eine große Schlägerei, nachdem ein Mitglied "einer Volksgruppe" gegenüber dem Mitglied "einer anderen Volksgruppe" (so der Polizeibericht) ein Messer gezogen hatte.

- In **Neumünster** sticht ein 15-Jähriger auf einen 19-Jährigen ein, nachdem zwei Teenagergruppen verfeindeter ethnischer Gruppen in Streit geraten waren.
- In **Gütersloh** erleiden zwei Männer bei einem Kampf zwischen zwei rivalisierenden Gruppen schwere Stichwunden.
- In **Leipzig** erleidet ein Iraker schwere Stichverletzungen bei einer großen Schlägerei vor einem Dönerimbiss. Als die Polizei versucht, einzugreifen, attackiert der Mob sie mit Flaschen und Schuhen.
- In **Hamm-Herringen** erleiden zwei Männer schwere Stichverletzungen bei einem Kampf zwischen rivalisierenden ethnischen Gruppen.

Andere Messerangriffe scheinen völlig zufälliger Natur zu sein:

- In **Hamburg** spazieren ein 16-jähriger Junge und seine 15-jährige Freundin an der Alster, als ein Fremder sie aus dem Hinterhalt überfällt und dem Jungen ein Messer in den Rücken stößt. Der Angreifer wirft das Mädchen dann ins Wasser und rennt weg. Das Mädchen überlebt, doch der Junge stirbt. Der Verdächtige, ein Mann mit "südländischer Erscheinung" Anfang zwanzig, bleibt flüchtig. Nach Polizeiangaben seien die Opfer nicht beraubt worden und es gebe kein ersichtliches Motiv für das Verbrechen: Der Täter habe den Jungen offenbar wahllos erstochen, weil ihm gerade danach war.
- In **Bremen** wird ein 29-Jähriger wahllos mit einem Messer schwer verletzt. Die Tat ereignet sich am Einkaufszentrum Waterfront. Die gesamte Einrichtung wird nach der Tat geschlossen.
- In **Dessau-Roßlau** stechen zwei syrische Asylbewerber wahllos auf zwei deutsche Passantinnen ein, am helllichten Tag in der Fußgängerzone.
- In **Düsseldorf-Kalkum** schwingt ein Mann eine Machete und verletzt wahllos einen 80-Jährigen.
- In **Wrohm** sticht ein Eritreer wahllos auf eine 51 Jahre alte Frau ein.

Messervorfälle werden auch an Bahnhöfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln immer häufiger:

- In **Hamburg-Billstedt** erleiden zwei Brüder Messerstiche während eines Raubüberfalls in der U-Bahn-Station Legienstraße.
- In **Frankfurt** schwingen zwei Männer, "mutmaßlich Osteuropäer", Messer, und attackieren damit Pendler in der U-Bahn-Station Bonames Mitte.
- In **Dortmund-Bochum** geraten zwei rivalisierende ethnische Gruppen in einen Messerkampf in der Linie S-1.
- In **Dresden** wird ein Mann mit einem 20 cm langen Messer am Hauptbahnhof verhaftet.
- Am Flughafen **Berlin-Schönefeld** zieht ein Mann wahllos ein Messer gegenüber einem Reisenden. Es bleibt unklar, wie der Mann das Messer durch die Sicherheitskontrollen schmuggeln konnte.
- In **Baden-Baden** schwingt ein Mann ein Messer und bedroht damit Zugpassagiere.

Messer sind offenbar die bevorzugte Waffe bei sogenannten Ehrenmorden:

- In **Kiel** ersticht ein Deutsch-Türke seine von ihm getrennt lebende Frau vor einer Kindertagesstätte.
- In **Bocholt** ersticht ein Marokkaner seine marokkanische Frau, die Mutter seiner drei Kinder, weil er glaubt, dass sie sich von ihm scheiden lassen will.
- In **Scheeßel** ersticht ein 42-jähriger Iraker seine 52 Jahre alte Frau, die ebenfalls aus dem Irak stammt. Die Polizei nennt die Tat einen Ehrenmord.
- In **Ahaus** ersticht ein 27-jähriger nigerianischer Asylbewerber eine Hindu-Frau, nachdem diese offenbar seine Ehre verletzt hatte, indem sie seine romantischen Avancen zurückgewiesen hatte. Die Frau war in der Asylunterkunft angestellt, in der der Angreifer wohnte.
- In **Hannover-Mühlenberg** sticht ein 21-jähriger Serbe mit einem Messer auf seine Exfreundin ein, nachdem sie die Beziehung beendet und einen anderen Mann kennengelernt hatte.
- In **Berlin** ersticht ein 32-jähriger Bosnier seine Exfreundin, nachdem sie die gewalttätige Beziehung zu ihm beendet hatte.
- In **Hanau** ersticht ein syrischer Flüchtling seine 30 Jahre alter Schwester, die in der 23. Woche schwanger und bezichtigt worden war, Schande über ihre Familie gebracht zu haben. Ihr ungeborenes Kind stirbt ebenfalls.
- In **Freiburg** ersticht ein 33-jähriger syrischer Asylbewerber seine 24 Jahre alte Frau, eine kurdische Christin, die aus der Wohnung des Paares ausgezogen, doch zurückgekommen war, um ihre Habseligkeiten abzuholen.

- In **Köln-Buchheim** ermordet ein 44-jähriger Iraker seine 19 Jahre alte Tochter, weil er deren Freund nicht billigt. Der Mann wird vielleicht nie der Gerechtigkeit zugeführt werden; man nimmt an, dass er in den Irak geflohen ist.
- In **Bonn** schwingt ein Palästinenser ein "Rambomesser", ruft "Allahu Akbar" und versucht, einen Arzt zu enthaupten. Der 19-jährige Sohn des Angreifers hatte sich darüber beschwert, wie der Arzt sein gebrochenes Bein behandelt hatte. Während der Mann den Kopf des Arztes zu Boden drückt, sagt er: "Entschuldige dich bei meinem Sohn, geh auf die Knie und küsse seine Hand!"

Deutschlands Problem mit der Messerkriminalität wird noch verschärft durch seine milde Justiz, die selbst bei schweren Verbrechen die Täter nur zu relativ milden Strafen verurteilt. In vielen Fällen werden Personen, die wegen mit Messern verübter Straftaten verhaftet werden, gleich nach der Befragung durch die Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt. Diese Praxis erlaubt es Strafverdächtigen, weiterhin so gut wie ungeschoren Verbrechen zu verüben.

In **Berlin** etwa wurde ein Migrant, der einen anderen Migranten mit einem Messer schwer verletzt hatte, weil dieser sich geweigert hatte, ihm Alkohol und Drogen zu geben, wieder freigelassen und erhielt sogar eine finanzielle Entschädigung, weil keine Zeugen für die Tat gefunden werden konnten.

Ebenfalls in der Bundeshauptstadt fanden Ermittler heraus, dass Anis Amri, der 24-jährige Verdächtige des Berliner Terroranschlags vom Dezember 2016, bei dem 12 Menschen getötet wurden, im Juli 2016 in einen Messerkampf in Berlin-Neukölln involviert war, die Polizei ihn aber nicht verhaftet hatte. Wäre Amri abgeschoben worden, wie er hätte sollen, wäre der Anschlag in Berlin womöglich verhindert worden.

Laut Arnold Plickert, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), kann ein großer Teil der mit Messern verübten Gewalt in Deutschland auf bestimmte Teile der Gesellschaft zurückgeführt werden, die nach ihren eigenen Regeln leben, nicht nach denen des deutschen Staates. In einem Interview mit knife-blog.com, einem deutschen Forum für Messer-Enthusiasten, sagte er:

"Wir beobachten eine gewisse Zielgruppe, in der vor allem junge Männer zu finden sind, die sich im Alltag bewaffnen und sich grundsätzlich bewaffnet in Konfrontationen begeben. Das sehen wir insbesondere bei arabischen Großfamilien, libanesischen Großfamilien, da scheinen Messer mittlerweile zur Standardausrüstung zu gehören. Auch bei Jugendgangs und jugendlichen Intensivtätern gehören Messer und Schlagwerkzeuge zur Ausstattung."

Plickert weist auch auf die Veränderungen in der deutschen Gesellschaft hin, wie etwa eine wachsende Respektlosigkeit gegenüber der Polizei und Rettungskräften: "Aus meiner Sicht kann ich sagen, die Hemmschwelle, Gewalt anzuwenden, ist deutlich gesunken."

Unterdessen wurden in Deutschland allein in den ersten fünf Monaten von 2017 mehr als 1.600 mit Messern verübte Straftaten angezeigt – ein Durchschnitt von 300 solcher Verbrechen in jedem Monat oder zehn pro Tag. Unter den Vorfällen mit Einsatz von Messern im Monat Mai ragen u.a. die folgenden heraus:

In **Freiburg** sticht ein Türke auf einen anderen Türken ein, der auf dem Beifahrersitz eines Autos sitzt, das an einer roten Ampel steht. In **Karlsruhe** sticht ein somalischer Asylbewerber auf einen anderen somalischen Asylbewerber ein. Die Polizei sagt, es handle sich um einen Racheakt: Das Opfer des Messerstechers habe diesen kürzlich selbst mit einem Messer verletzt.

In **Aachen** zieht ein Nordafrikaner ein Messer gegenüber dem Wachmann eines Supermarkts, nachdem dieser ihn beim Ladendiebstahl erwischt hat.

In **Schwerin** zieht ein Syrer ein Messer gegenüber einem anderen Syrer im Streit um ein 15-jähriges Mädchen, das nicht aus Syrien stammt. In **Gelsenkirchen** zieht ein 20-Jähriger ein Messer gegenüber einem 46-Jährigen; Anlass ist ein Vorfall im Straßenverkehr. In **Bad Oldesloe** bedrohen vier Teenager einen 61-Jährigen und rauben ihn aus. In **Wiesbaden** zieht ein "südländisch aussehender" Mann auf einem Sportplatz ein Messer und versucht, einen Mann zu berauben. In **Hofheim** zieht ein Mann mit "osteuropäischem Akzent" ein Messer und versucht, einen Laden auszurauben.

In **Peine** sticht ein Asylbewerber aus dem Sudan auf einen Asylbewerber von der Elfenbeinküste ein und verletzt ihn schwer. In **Kassel** sticht ein syrischer Migrant in einem Streit um Geld auf einen Türken ein. In **Bad Reichenhall** sticht ein Mann während eines Kneipenstreits einen anderen Mann in den Hals. In **Bühl** verletzt ein Mann in einem Schwimmbad mehrere Menschen

mit einem Messer. In **Wiesbaden** wird ein Mann bei einem Streit im Stadtpark mit einem Messer schwer verletzt.
In **Augsburg** werden bei einem Grillfest zwei Männer wahllos mit einem Messer verletzt.
In **Hamburg** sticht ein unbekannter Angreifer auf einen Migranten aus Guinea-Bissau ein.
In **Rheine** bedrohen zwei Männer, die Deutsch mit französischem Akzent sprechen, eine Frau mit einem Messer und rauben sie aus.
In **Berlin** sticht ein Mann bei einem Streit in einem Restaurant in Waidmannslust auf seine Exfreundin und deren neuen Partner ein und verletzt beide schwer.
In **Duisburg** bedroht ein Mann eine Supermarktkassiererin mit einem Messer.
In **Salzgitter**sticht ein Mann in einem Restaurant auf einen Gast ein. In **Freiburg** sticht ein Mann, der als "osteuropäisch" beschrieben wird, während eines Streits in einem Restaurant auf einen 15-jährigen Jungen ein.
In **Danndorf** erleiden bei einem Streit über Drogen drei Männer Stichverletzungen.
In **Mölln**sticht ein Mann einem Arbeitskollegen in den Rücken. In **Michelstadt** sticht ein Mann während eines Streits auf einen anderen ein. In **Essen** bedroht ein Mann am Hauptbahnhof seine Freu mit einem Messer. In **Karlsruhe** wird ein Mann von dem früheren Freund seiner Freundin mit einem Messer verletzt. In **Köln-Ostheim** bedroht ein 16-jähriger Schüler seinen Lehrer und seine Mitschüler mit einem Messer.
In **Neuenburg** werden zwei Männer bei einem Streit in einem Restaurant mit dem Messer verletzt. In **Kassel** wird einem Mann bei einem Streit in einem Café ein Messer in den Hals gestochen. In **Dortmund** wird ein Mann am zentralen Busbahnhof mit vorgehaltenem Messer ausgeraubt.
In **Cottbus** stechen Mitglieder einer syrischen Bande auf fünf Deutsche ein. In **Lich** erleidet ein Mann Stichwunden während eines Streits. In **Kassel** sticht ein Mann mit "südländischem Aussehen" auf einen anderen ein und verletzt ihn lebensgefährlich. In **Preetz** bedroht ein Mann mit einem Messer Kunden in einem Supermarkt. In **Dortmund** erleiden zwei Männer bei einer Messerstecherei während eines Streits in der Innenstadt schwere Verletzungen.
In **Frankfurt-Schwanheim** raubt ein Mann mit einem Messer das örtliche Postamt aus.
In **Pforzheim** ersticht ein 53-jähriger Tadschike seine 50 Jahre alte Ehefrau an deren Arbeitsplatz, einer christlichen Kindertagesstätte. Ob die Frau zum Christentum konvertiert war, ist unbekannt. In **Wardenburg** ersticht ein 37-jähriger Iraker seine 37 Jahre alte Frau und Mutter seiner fünf Kinder im Schlaf.
In **Tübingen** fügt ein mit einem Messer bewaffneter Mann bei einem Streit am Hauptbahnhof einem anderen schwere Verletzungen zu. In **Hamburg-St. Georg** werden zwei Männer in der Nähe des Hauptbahnhofs mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt. In **Berlin-Wedding** werden zwei Brüder in einem Dönerimbiss bei einem Streit mit einem anderen Mann mit dem Messer schwer verletzt. In **Kreuztal** erleidet ein 53-Jähriger bei einem Streit in seiner Wohnung schwere Messerverletzungen.
In **Lübeck** wird ein 21 Jahre alter Mann in der Nähe des zentralen Busbahnhofs bei einem Streit zwischen zwei Gruppen mit dem Messer schwer verletzt. In **Diez** sticht eine Frau einem Mann ein Messer in den Rücken. In **Ründeroth** wird ein 17-Jähriger auf einem Dorffest mit einem Messer schwer verletzt. In **Neuendettelsau** sticht ein äthiopischer Asylbewerber seiner Freundin ein Messer in den Bauch, nachdem sie ihn angeblich "provoziert" hatte. Die Frau war im sechsten Monat schwanger, das Baby stirbt bei dem Angriff.
Soeren Kern ist ein Senior Fellow des New Yorker Gatestone Institute. Besuchen Sie ihn auf Facebook und folgen ihm auf Twitter.

http://www.pi-news.net/arnschwang-skandal-um-salims-5-moerder-weitet-sich-aus/
AUCH BRUDER VON MOSTAFA J. STRAFFÄLLIG
Arnschwang-Skandal um Salims (5) Mörder weitet sich aus
7. Juni 2017

Von JD | Auch der Bruder des „mutmaßlichen“ Arnschwanger Kindermörders Mostafa J., Zafar J., hatte mit der Bayerischen Justiz zu tun: Der Schutzbefohlene von Innenminister Joachim Herrmann, CSU, wurde im April 2010 zu lebenslanger Haft verurteilt. Grund: Ehrenmord an seiner Cousine und Zwangsehefrau Nesima, um „die Familienehre wieder herzustellen“.
Der Mord geschah in München im Juli 2009 mittels 24 Messerstichen vor den Augen der Tochter Sahar, damals drei Jahre alt. Nesima R. lebte zu diesem Zeitpunkt mit einem anderen Cousin zusammen. Zafar J. befindet sich seit diesem „Zwischenfall“ auf Kosten des Deutschen Steuerzahlers in der JVA Straubing für 164.250 € pro Jahr.
Bereits im Dezember 2008 zündete Mostafa J., Salims Mörder, nach einem Familienstreit „seine“ Wohnung in einem Münchner Wohnblock mit 64 Parteien an und versuchte, die Tat dem Nebenbuhler von Zafar in die fußfesselfreien Schuhe zu schieben. In der Wohnung befand sich zu diesem Zeitpunkt auch seine schwangere Frau, mittlerweile Ex-Frau.

Mostafa J. – „Keine Anhaltspunkte für eine Eskalation“

Nach dem Tötungsdelikt von Arnschwang (Landkreis Cham) wehren sich die Behörden JETZT gegen den Vorwurf, die Gefährlichkeit des Täters unterschätzt zu haben. Es habe „keinerlei Anhaltspunkte“ gegeben, „dass es zu einer solchen Eskalation“ – gemeint ist der Mord an dem russisch-stämmigen Jungen SALIM vor den Augen seiner Mutter und seines Bruders – kommen könne, teilte die Regierung der Oberpfalz gestern in einer Presseerklärung mit.
Seit seiner Haftentlassung 2015 musste Mostafa J. eine Fußfessel tragen. Laut Staatsanwaltschaft durfte sich der bayerische Anis Amri (Internet) jedoch seiner Exfrau nicht mehr nähern, weil „die Gefahr der Begehung einer weiteren ähnlich schweren Tat“ bestanden habe. „Man hat die Gewaltgefahr wohl nur gegen SEINE Frau gesehen. Eine Gefahr für andere wurde offensichtlich nicht in hinreichendem Maß gesehen“, verlautbarte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) in diesem Zusammenhang.

Staatsanwaltschaft: „Keine Hinweise“

Man habe „keinerlei Hinweise“, dass der Mann vor der Bluttat gewalttätig wurde, sagt nun auch die Staatsanwaltschaft. Nach neuesten SZ-Informationen wurde der Afghane in letzter Zeit nur einmal mindestens psychisch auffällig: Im Jahr 2015 soll er einen „Suizidversuch“ – genau so wie sein Bruder 2009 in der JVA Stadelheim – unternommen haben und im Anschluss in einem Bezirksklinikum stationär behandelt worden sein. Danach durfte er ins beschauliche Arnschwang zurückkehren. Diese Unterbringung begründet die Bezirksregierung damit, „dass es in der Oberpfalz keine Asylunterkunft gebe, in der ausschließlich Einzelpersonen oder kinderlose Ehepaare untergebracht werden“.

Weil Mostafa J. während seiner Haft in der JVA Landsberg, Bayerns sog. „Promi-Knast“, (hier konnte auch Adolf Hitler „Mein Kampf“ mit wohlwollender Billigung der staatlichen Behörden verfassen …- Stichwort Behördenversagen) am 15. April 2012 zum Christentum konvertierte, getauft und gefirmt wurde, sei zudem nur die Unterbringung in der „nicht überwiegend muslimisch geprägten Unterkunft in Arnschwang“ in Frage“ gekommen, in der vor allem Familien aus dem osteuropäischen Raum untergebracht sind.

Im Fall des Täters von Arnschwang hielt das Verwaltungsgericht München dessen Übertritt zum Christentum für „durchaus glaubwürdig“. Das Gericht hatte den neu getauften Firmling unter anderem „zu Bibelinhalten befragt“, bevor es das verhängnisvolle Abschiebeverbot verhängte! Drei haupt- und zwei ehrenamtliche Richter bescheinigten dem Mann, dass von ihm zwar eine „konkrete Gefahr für die Allgemeinheit“ ausgehe – er habe einerseits das Potenzial zum Wiederholungstäter, trotzdem dürfe er nicht abgeschoben werden.

BDK: Christentum-Konversion Trick, um im Land bleiben zu können

Der Vizepräsident des Bund Deutscher Kriminalbeamter BDK, Ulf Küch, kritisiert das Vorgehen der bayerischen Behörden: „Wir halten die Fußfessel in solchen Fällen und bei echten Gefährdern für ein reines Scheininstrument, das Sicherheit vielfach nur vorgaukelt“, erklärte er am Mittwoch. „Als erfahrener Kriminalbeamter muss ich sagen: Ich kann nicht nachvollziehen, dass dieser Fußfesselträger in einer Flüchtlingsunterkunft mit Frauen und Kindern leben durfte.“ Küch: „Muslime dürfen den Glauben nicht wechseln. Da muss schon viel passieren, dass Muslime ihre Religion aufgeben. Wenn die Abschiebung des Täters daran gescheitert ist, dass er seinen Glauben gewechselt hat, dann muss man nur eins und eins zusammenzählen.“ Der BDK-Vize sieht darin keinen Einzelfall: „Dass muslimische Flüchtlinge in Deutschland zum Christentum konvertieren, halte ich für einen Trick, um im Land bleiben zu können“, erläuterte Küch.

Der Pfarrer von Arnschwang, Joseph Kata, kannte den mutmaßlichen Täter. Er sei beispielsweise an Weihnachten einmal in der Kirche gewesen, bestätigt Kata. Der Mann habe bei ihm auch öfter um Geld gebettelt und sei dabei auch aggressiv aufgetreten. DIESE Tat hätte Kata dem Mann aber nicht zugetraut. Pfarrer Kata will schon bald eine Andacht für das getötete Kind abhalten. Außerdem zieht Kata nach Informationen des Bayerischen Rundfunks auch eine Andacht für den afghanischen Asylbewerber in Erwägung.
Der beliebte Seelsorger Joseph Kata wurde 1958 in Hyderabad /Andhra Pradesh geboren und nimmt das Gebot der christlichen Nächstenliebe („auch die andere Backe hinhalten“ …) vielleicht etwas zu ernst.
Zahlen, wie oft ein Übertritt zum Christentum die Abschiebung eines Straftäters verhindert, gibt es derzeit offenbar nicht.

Stimmen aus der Politik:
– Staatsminister Joachim Herrmann, CSU: „Wir werden nun nochmal überprüfen, wie viele solche Fälle in Bayern anliegen, wo jemand wegen eines solchen Vorbringens trotz einer Gewalttat nicht abgeschoben werden kann.“
– Dr. Bärbel Kofler (SPD Bayern), Beauftragte für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe der Bundesregierung sprach sich letzte Woche dafür aus, insbesondere verurteilte Straftäter und Gefährder derzeit „NICHT nach Afghanistan abzuschieben“.
– Christine Kamm, Sprecherin für Asylpolitik und Integration (Die Grünen Bayern): “Man hätte eine andere Form der Unterbringung suchen müssen“.
– Petr Bystron, Landesvorsitzender und Bundestagskandidat der AfD-Bayern fordert hingegen eine rückhaltlose Aufklärung der schier unglaublichen Vorfälle rund um „Arnschwang“, die sich seit über acht Jahren im Freistaat evident angebahnt haben: „Was die Menschen in Bayern und Deutschland wirklich schützt, ist die sofortige und ausnahmslose Abschiebung abgelehnter und straffälliger Asylbewerber“, fordert der AfD-Landesvorsitzende. „Mit ein paar kostspieligen Symbol-Flügen nach Afghanistan zur Beruhigung der Bürger ist es nicht getan. Die Alibi- und Ankündigungspolitik der Staatsregierung verlängert nicht nur das Asyl-Chaos ins Unendliche, sie gefährdet auch Menschenleben bis aufs Äußerste“.
– Martin Schulz, Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 2017, SPD: „Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold.“ (Heidelberger Manifest)

http://www.pi-news.net/wurzen-schutzsuchende-verpruegeln-anwohner-mit-stuehlen/
www.pi-news.net/wurzen-schutzsuchende-verpruegeln-anwohner-mit-stuehlen/
Wurzen: Montagnacht beschallte eine Gruppe junger Leute ausländischer Abstammung mit einer Musikbox die Wenceslaigasse in Wurzen. Die Anwohner fühlten sich in ihrer Nachtruhe gestört und forderten die Verursacher kurz nach Mitternacht auf, die Musik leiser beziehungsweise ganz abzustellen. Das Quintett ignorierte die Aufforderungen. Zudem äußerten die Afrikaner, es wäre ihre Straße und sie könnten tun und lassen, was sie wollten, teilte die Polizeidirektion Leipzig mit. Zwei Anwohner (33 und 35 Jahre) baten sachlich um Ruhe und Ordnung. Die Ruhestörer reagierten aggressiv und griffen die beiden Männer mit Holzklappstühlen an, schlugen und traten die Anwohner. Dabei wurden die beiden Männer an Kopf, Oberkörper und Beinen verletzt und mussten ärztlich versorgt werden. Polizeibeamte nahmen die Fünf „(18, 18, 22, 27 – aus Eritrea) und einen 21-jährigen Mosambikaner vorläufig fest. Sie haben sich strafrechtlich zu verantworten.
Während über diesen unglaublichen Vorgang vom Pfingstmontag lediglich in den lokalen Medien berichtet wurde, wird jetzt aufgrund einer Gegendemo und eines angeblichen Stürmungsversuches der Kolonistenwohnungen am Freitag vom „MDR“ ausführlich berichtet, und die Frage gestellt, wie „ausländerfeindlich Wurzen ist.“
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Leipzig: Ohne Grund gingen sie zu viert gegen einen! Mittwochmittag schlugen vier Kinder bzw. Jugendliche im Alter von 13 bis 16 Jahren auf einen 13-jährigen Schüler ein. Der verletzte Schüler musste blutend ins Krankenhaus gebracht werden. In der Nähe der 94. Oberschule in Grünau rasteten sie aus: Gegen 12:45 Uhr liefen vier Kinder aus Syrien, Irak und Palästina auf den 13-Jährigen zu. Ohne Vorwarnung und Grund ging die Brutalo-Gruppe auf den Jungen los. Sie boxten ihn in den Unterleib, schlugen mit Fäusten ins Gesicht, traten gegen seinen Kopf. Mit einem abgebrochenen Flaschenhals schnitten sie dem 13-Jährigen in den Unterschenkel. Wie die Polizei berichtet, konnte der verletzte Schüler nach dem rohen Gewaltangriff zu einem Lehrer in die Sporthalle flüchten. Dort rief er seinen Vater an, der sofort die Polizei verständigte. Da der Schüler seine Peiniger genau beschreiben konnte, wurden die vier noch in der Nähe der Schule gestellt. Zusätzlich hatten zwei Zeugen (m.: 13, 14) die Brutalo-Attacke beobachtet, gaben der Polizei Auskunft. Die Schlägertruppe stritt zunächst alles ab, behauptete, nichts gemacht zu haben. Wenig später knickten sie dann doch ein.
St. Pölten: Am Freitag war Anna K. mit Freunden an der Traisen baden, ging kurz ins Gebüsch auf die kleine Seite, musste dabei an mehreren Männern vorbei und wurde attackiert: „Sie wollten mir den

Mund zuhalten. Aber ich konnte laut schreien, da hat mir einer den Arm gebrochen und mich in die Traisen geschmissen. Ich bin ziemlich sicher, es waren sieben“, so Anna K. Als ein Bekannter (ein Türsteher) zu Hilfe eilen wollte, waren die Schläger schon weg. Im Spital dann die üble Diagnose: komplizierter Bruch der Speiche, fünf Wochen Gips. „Ich habe im Schock gar nix gesagt, wollte auch aus Angst erst gar keine Anzeige erstatten“, meint die zierliche Frau. Aber: „Die Täter sprachen nur abgehackt Deutsch, einige würde ich vielleicht sogar wiederkennen“, sagt die St. Pöltnerin und wird doch noch zur Polizei gehen.

Innsbruck: Bereits am Sonntag, den 28. Mai ist es im Innsbrucker Rapoldipark zu einem gewalttätigen Überfall auf einen 19-jährigen Tiroler gekommen. Laut Polizeiangaben wurde dem jungen Mann von einem Nordafrikaner sein Kreuzanhänger vom Hals gerissen. Zuvor soll der Nafri seinem Opfer ein Schlag in die Magengegend verpasst haben. Der Vorfall soll sich am Sonntag, den 28. Mai 2017 gegen 18.15 Uhr zugetragen haben. Das Tatmotiv des Nordafrikaners ist im Moment noch unklar. Die Polizei hat nun ein Bild des Tatverdächtigen veröffentlicht. Damit hofft sie, den mutmaßlichen Übeltäter zu finden. Zum Tatzeitpunkt soll er mit einer schwarzen Bomberjacke mit der Aufschrift „Alpha“ und einer schwarzen Hose bekleidet gewesen sein. Der Gesuchte ist etwa 175 cm groß. Hinweise über die Identität und den aktuellen Aufenthaltsort des Mannes können an jeder Polizeidienststelle in Österreich abgegeben werden.

Berlin: Traumatische Fahrt in der S9: Zwischen zwei Haltestellen in Treptow wurde einem 24-Jährigen Bier übergeschüttet und die Flasche über den Kopf gezogen. Ein unbekannt gebliebener, als südländisch beschriebener, Mann hatte einem in der S9 sitzenden 24-jährigen Berliner die Bierflasche aus der Hand gerissen, über dessen Kopf ausgekippt und den Mann beschimpft. Anschließend schlug er ihm die Glasflasche auf den Kopf und verletzte das Opfer. Beim Halt im S-Bahnhof Plänterwald flüchtete der Täter. Zu der Auseinandersetzung kam es am Sonnabend gegen 13 Uhr zwischen den Haltestellen Treptower Park und Plänterwald, teilte die Polizei am Montag mit. Das 24-Jährige Opfer musste mit einer stark blutenden Kopfverletzung im Krankenhaus behandelt werden. Alarmierte Bundespolizisten fahndeten erfolglos im Nahbereich nach dem Mann und leiteten ein Strafverfahren ein. Der Täter entkam unerkannt. Die Gründe für die Attacke waren zunächst unklar.

Brünen: Es ist eine neue Dimension von Gewalt für ein Dorf wie Brünen: Mehrere junge Männer haben dort beim Schützenfest auf ein am Boden liegendes Opfer eingetreten, ihn dabei nach Schilderung der Mutter mehrfach im Gesicht getroffen. Zeugen hätten ihr geschildert, dass diese Tat unvermittelt geschehen sei, dass ihr Sohn sich vorher nicht aggressiv gezeigt habe. Der 16-jährige Enrico Keusgen aus Dinslaken liegt jetzt im Krankenhaus, die linke Gesichtshälfte geschwollen, den Mund kann er nur schwerlich bewegen. Seine Mutter Anggie sagt: „Wie können Menschen so etwas tun? Diese Gewalt ist unglaublich. Ich hatte solche Angst um mein Kind.“ … Die Polizei beschreibt die Täter folgendermaßen: Erster mutmaßlicher Täter: Vorname vermutlich Rafael/Raphael, ca. 18 Jahre alt, schlanke Figur, dunkler Teint, ca. 1, 70 Meter groß, trug auffällige, lockige Haare, eine Brille, ein weißes T- Shirt und ein schwarzes Baseballcape. Zweiter mutmaßlicher Täter: Ca. 1,70 – 180 Meter groß, dünne Figur, trug eine Brille sowie eine schwarze Kappe.

Traunstein: Am späten Freitagabend, 02.06.17, kam es zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen zwei Asylbewerbern am Bahnhof in Traunreut. Mehrere Polizeistreifen waren im Einsatz, um die Lage zu beruhigen. Gegen die Tatbeteiligten wird wegen Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ermittelt. Mehrere Mitteilungen waren am Freitagabend, gegen 22.50 Uhr, bei der Polizei eingegangen. Laut Zeugenaussagen soll eine Gruppe von Asylbewerbern zunächst mehrere unbeteiligte Personen im Bahnhofsbereich angepöbelt haben. Anschließend kam es zu einer handfesten Schlägerei zwischen zwei Asylbewerbern innerhalb der Gruppe. Ein 31-Jähriger schlug mehrfach mit der Faust in das Gesicht eines 27-Jährigen. Mehrere Polizeistreifen waren im Einsatz, um die Lage zu beruhigen. Bei der vorläufigen Festnahme der beiden Kontrahenten leisteten diese körperlichen Widerstand und versuchten immer noch aufeinander los zu gehen. Der 31-jährige Hauptaggressor gab einem der Beamten einen Kopfstoß um die Festnahme zu verhindern. Der Beamte der Polizeiinspektion Trostberg erlitt hierdurch glücklicherweise nur leichte Verletzungen und konnte seinen Dienst weiter verrichten. Die zwei Asylbewerber verletzten sich bei der Schlägerei leicht, mussten allerdings nicht ärztlich behandelt werden. Nachdem sich die Lage beruhigt hatte und die beiden Tatbeteiligten zur weiteren Abklärung abtransportiert wurden, heizte ein 17-jähriger Asylbewerber die Situation am Bahnhof erneut an. Es wurde daraufhin zunächst ein Platzverweis für den Bahnhofsbereich ausgesprochen und die Personen aufgefordert, das Areal zu verlassen. Der 17-Jährige kehrte allerdings mehrfach zum Bahnhof zurück und versuchte hierbei immer wieder die Stimmung anzustacheln. Schließlich musste er in Polizeigewahrsam genommen werden.

Ramadanbedingte „Bereicherungen“ des ehemaligen Deutschlands

Essen: Ein Mann aus Ghana hat in einem Essener Bus einen anderen tätlich angegriffen. Zeugen berichten, der Angreifer habe einen Nothammer benutzt. Ein 37-jähriger Ghanaer hat am Sonntagabend am Essenener Hauptbahnhof einen Mann tätlich angegriffen, weil dieser ihn angestarrt

haben soll. Seinen Ausraster begründete er gegenüber der Bundespolizei damit, dass er auf Grund des Fastenmonats Ramadan, den Muslime einmal im Jahr feiern, lange nichts mehr gegessen hatte. Zudem soll der in Essen lebende Ghanaer mit einem Nothammer zugeschlagen haben, berichten Zeugen. Bei dem Übergriff in einem Bus der Linie 146 wurden beide beteiligten Personen verletzt, auch der 27-jährige Kontrahent des Angreifers hatte zugeschlagen. Sie trugen Platzwunden beziehungsweise eine blutende Nase davon. Der Angreifer selbst bestreitet, einen Nothammer als Waffe benutzt zu haben. Dadurch, dass er seit geraumer Zeit nichts gegessen habe, sei er „psychisch beeinträchtigt" gewesen und habe die Beherrschung verloren. Wie genau sich die Auseinandersetzung ereignet hat, müssen nun weitere Ermittlungen ergeben. Die Bundespolizei hat eine Sicherung der Videoaufzeichnungen aus dem Bus angeordnet.

Dresden: Am späten Sonntagabend ist es zu heftigen Auseinandersetzungen in einer Dresdner Asylunterkunft gekommen. Als das Sicherheitspersonal die Bewohner auf ein Kochverbot hinwies, drehten sie durch. Zuvor war gegen 21.05 Uhr der Brandmelder im 4. Stock der Gemeinschaftsunterkunft losgegangen. Die Security stellte fest, dass die Bewohner trotz Verbots Kochgeräte in ihrem Zimmer benutzten. Als die Sicherheitsmitarbeiter die Bewohner daraufhin wiesen, wurden sie laut einer Mitteilung der Polizei wegen „Verletzung des Ramadan" massiv angegriffen und mit Glasbehältern sowie Feuerlöschern beworfen. Die Security des Gebäudes zog sich zunächst zurück und verständigte die Polizei. Die löste Großeinsatz aus und raste mit 14 Streifenwagen und insgesamt 28 Beamten zur Strehlener Straße. Nachdem sich das Sicherheitspersonal zurückgezogen hatte, drehten die Asylbewerber komplett durch, verwüsteten das Zimmer bis zur Unbewohnbarkeit. Sie rissen Fenster samt Rahmen heraus, zerstörten Türen und Steckdosen und warfen Scheiben ein. Der Sachschaden beträgt rund 3000 Euro. Insgesamt waren sieben Marokkaner und zwei Tunesier an der Auseinandersetzung beteiligt, der 43 Jahre alte Haupttäter wurde in Gewahrsam genommen. Die anderen Bewohner wurden auf andere Asylheime in der Stadt aufgeteilt. Sechs Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes wurden leicht verletzt. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen Körperverletzung, gefährlicher Körperverletzung und gemeinschädlicher Sachbeschädigung aufgenommen.

Asylant verletzt Polizisten schwer

Schwabach: Der Beamte sollte am Donnerstag einen Asylbewerber aus einer Unterkunft in Schwabach holen, weil dem 25-Jährigen eine Wohnung in Ansbach zugewiesen worden war, berichtete die Polizei. Dabei gab es erst einen Streit zwischen dem Mann, den Polizisten und einer Mitarbeiterin des Sozialamtes. Dann zog der 25-Jährige laut Polizei plötzlich ein Küchenmesser mit einer rund 20 Zentimeter langen Klinge unterm Tisch hervor und warf es in Richtung des Polizisten. Dabei gab es erst einen Streit zwischen dem Mann, den Polizisten und einer Mitarbeiterin des Sozialamtes. Dann zog der 25-Jährige laut Polizei plötzlich ein Küchenmesser mit einer rund 20 Zentimeter langen Klinge unterm Tisch hervor und warf es in Richtung des Polizisten. Das Messer verfehlte sein Ziel, doch der Angreifer zerschlug laut Polizei die Balkontür und versuchte, mit einer Scherbe auf den Beamten einzustechen. Zwar konnte der Angriff abgewehrt werden, doch der Beamte verletzte sich schwer an der Hand. Der Asylbewerber konnte letztlich überwältigt und gefesselt werden, wie die Polizei weiter mitteilte. Der 25-Jährige erlitt – wohl wegen der herumliegenden Glassplitter – leichte Verletzungen. Der Beamte muss operiert werden und wird den Angaben zufolge mehrere Monate dienstunfähig sein. Gegen den Verdächtigen wird nun wegen versuchten Totschlags ermittelt. Er wird dem Haftrichter vorgeführt.

http://www.pi-news.net/wien-19-jaehriger-noetigt-opfer-zum-oralverkehr/

#MERKELSOMMER 2017

Wien: 19-Jähriger nötigt Opfer zum Oralverkehr

20. Juni 2017

Er soll im April einen 19-Jährigen in einem Stiegenhaus in Wien zum Oralverkehr genötigt haben. Wie das Opfer berichtet, hat er seinen Vergewaltiger in einem Wiener Szene Lokal kennengelernt. Am selben Abend des 9. April kam es in einem Stiegenhaus in der Eggerthgasse in Wien-Mariahilf zur sexuellen Nötigung. Der Mann soll sein 19-jähriges Opfer zum Oralsex gezwungen haben. Anschließend verschwand er wieder. Jetzt konnten

die Ermittler ein Foto des mutmaßlichen Täters (Bild oben) veröffentlichen und sie bitten um Informationen. Der Mann ist zwischen 20 und 30 Jahre alt. Er hat eine schlanke Statur und ist zwischen 1,80 m und 1,85 m groß. Er trägt kurze schwarze Haare und einen braunen Teint.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelfrühling

Hennef: Nach einer Vergewaltigung einer Minderjährigen am Allner See in Hennef hat die Polizei den mutmaßlichen Täter gefasst. Es handelt sich um einen 26-jährigen Mann aus Eritrea. Beamten konnten den Verdächtigen kurz nach der Alarmierung am Hennefer Bahnhof festnehmen. Ermittlungen der Polizei zufolge soll es am Mittwochabend gegen 23.30 Uhr zu dem sexuellen Übergriff auf ein minderjähriges Mädchen gekommen sein. Das Opfer hatte sich nach der Tat einer Freundin anvertraut, welche die Polizei verständigte.

Ennepetal: Am 05.06.2017, gegen 05.00 Uhr, befand sich eine junge Ennepetalerin zu Fuß auf der Milsper Straße in Richtung Voerde. In Höhe der Haltestelle Quabeck sprachen sie zwei männliche Personen an, kurz danach kam es zu einem gemeinschaftlichen sexuellen Übergriff der Beiden auf die Frau. Nachdem die beiden Täter von ihr abließen und sich zu Fuß in Richtung Milspe entfernt hatten, begab sich die Geschädigte zu einer Freundin, die sie sofort in ein Krankenhaus brachte und die Polizei verständigte. Täterbeschreibung: Die erste Person ist etwa 185 – 190 cm groß, ca. 20 – 25 Jahre alt und muskulös gebaut. Er hat kurzes, schwarzes Haar, sowie einen schwarzen Vollbart. Die Augenbrauen sind stark ausgeprägt. Er ist bekleidet mit einer schwarzen Kapuzenjacke und einer dunkelgrauen Hose, vermutlich eine Jeans. Die zweite Person ist etwa 175 cm groß, ebenfalls 20 – 25 Jahre alt und hat kurzes, dunkles Haar. Dieser Mann ist schlanker als der erste. Er ist bekleidet mit einem grauen Pullover, schwarzen Hosen und roten Schuhen.(Kommentar Pi: Möchte die Polizei die Täter nicht finden, oder warum lässt Sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibung die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Rasse weg?)

Hamburg: Zwei Männer haben zwei Radfahrerinnen schwer verletzt, als sie sie vom Rad stießen und versuchten, sie zu vergewaltigen! Die Frauen im Alter von 26 und 30 Jahren waren am Montagmorgen auf Fahrrädern im Stadtteil Wilhelmsburg unterwegs, als die Männer ihnen zu Fuß entgegenkamen. Die Männer wichen den Radfahrerinnen erst aus – und griffen die Frauen dann plötzlich an! Beide stürzten. Am Boden liegend schlugen die Täter laut Polizei auf die Frauen ein, zerrten sie ins Gebüsch und versuchten, sie zu vergewaltigen! Erst als ein Zeuge die Hilfeschreie der Frauen hörte und zu Hilfe kam, ließen die Täter von ihnen ab. Sie wurden mit schweren Gesichtsverletzungen in eine Klinik gebracht. Die Täter rannten weg. Eine Sofortfahndung mit einem Polizeihubschrauber und fünf Einsatzwagen blieb erfolglos. Die Polizei sucht jetzt Zeugen. ?Die beiden Frauen beschrieben die Täter so: 1,70 m bis 1,75 m groß, „südländisches“ Erscheinungsbild.

Magdeburg: Eine 24-jährige Magdeburgerin ist am Sonnabendabend gegen 19.20 Uhr auf dem Ulrichplatz sexuellen belästigt worden. Die Frau saß in ihrem Auto, als sich sechs Personen näherten. Ein Beschuldigter setzte sich unerlaubt auf den Beifahrersitz und berührte die junge Frau unsittlich an den Beinen, während die anderen Personen vor dem Fahrzeug „Wache standen“. Ein Passant kam der Frau zu Hilfe, worauf sich die Beschuldigten entfernten. Eine sofort eingeleitete Suche der Polizei in der Umgebung unter Beteiligung mehrerer Streifenwagen verlief erfolglos. Die Geschädigte berichtet, dass die Beschuldigten türkisch oder arabisch aussähen.

Gießen: Am Dienstag gegen 20.25 Uhr stieg ein 12-jähriges Mädchen am Marktplatz in die Bus-Linie 5 (Fahrrichtung Wieseck). Als sie einstieg, fasste ihr ein Unbekannter an den Hintern. Nachdem das Kind sich einen Sitzplatz gesucht hatte, stellte sich der Täter in den Gang, wo er unbemerkt seinen Penis entblößte und das Kind damit am Oberschenkel berührte. Als das Kind auf sich aufmerksam machte, entfernte sich der Mann und stieg offenbar an der Haltestelle „Landgericht“ aus. Der Mann soll eine dunkle Hautfarbe haben und etwa 20 Jahre sein. Er soll dünn sein und schwarze, an den Seiten kurze Haare haben.

Spremberg: Eine Mutter mit Kinderwagen ist am Donnerstag in Spremberg von Jugendlichen belästigt und ausgeraubt worden. Die Täter sind entkommen. Wie Polizeisprecher Torsten Wendt am Freitagmorgen berichtete, ereignete sich der Vorfall am Donnerstagnachmittag an der Spree. Eine 29-Jährige, die mit Kinderwagen unterwegs war, wurde von drei Jugendlichen angesprochen, einer „berührte sie unsittlich“, ein anderer raubte ihr Uhr und Bargeld. Anschließend flüchteten die drei Täter in den angrenzenden Park. Laut Polizei beschrieb die Frau die Täter als „arabisch aussehend“. Sie sollen schätzungsweise zwischen 15 und 17 Jahre alt und auffällig klein gewesen sein. Die Polizei ermittelt.

Prien/Traunreut: Weil er eine 42-jährige Prienerin sexuell nötigte, wurde ein Asylbewerber nun zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Zu dem sexuellen Übergriff im Auto des Opfers kam es im November 2016, wie

heimatzeitung.de berichtet. Die Prienerin hatte den 39-jährigen Asylbewerber aus Pakistan zuvor über das Dating-Portal „lovoo“ kennengelernt. Nach mehreren Chats, traf man sich zu einem Essen. Danach bat der Asylbewerber darum, dass die 42-Jährige ihn nach Hause fahren solle. Er lotste sie stattdessen in die Nähe eines Traunreuter Gewerbegebiets, letztlich sollte sie auf einem Feldweg am Waldrand den Motor abstellen, um ihn aussteigen zu lassen. Da zog er jedoch plötzlich den Zündschlüssel heraus und forderte von ihr: „Wir müssen Sex machen. Heute muss es sein!“ Wie heimatzeitung.de berichtet, wurde der Mann wegen vollendeter sexueller Nötigung und weiterer Delikte zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten mit dreijähriger Bewährungsszeit verurteilt. Er war bereits wegen Nachstellung und Hausfriedensbruch vorbestraft.

Gauting: Zwei afghanische Asylbewerber, einer 18 Jahre aus Starnberg, der andere 31 Jahre aus Gauting, stellten seit zwei Wochen zwei Mädchen aus Gauting, 16 und 15 Jahre, nach und trafen jetzt wieder am Samstag, 03.06.2017, 20.35 Uhr, auf die Mädchen und ihre Begleiter auf dem Fußweg hinter dem Fristo-Getränkemarkt in Gauting. Die beiden Asylbewerber standen dabei auf einer Parkbank und der jüngere Mann entblößte sein Geschlechtsteil und manipulierte daran. Er wurde während seiner Handlung von dem älteren Afghanen lautstark angefeuert. Während der exhibitionistischen Handlung telefonierte das ältere Mädchen zufällig mit ihrem 44-jährigen Vater aus Gauting und teilte ihm den Vorfall mit. Der Gautinger setzte sich in seinen Pkw und fuhr unverzüglich zum Tatort. In der Zwischenzeit kam es zu Beleidigungen und wechselseitigen Körperverletzungen zwischen dem 18-jährigen Afghanen und dem 20-jährigen Freund des Mädchens aus Gauting. Beim Eintreffen des Vaters fragte dieser seine Tochter was passiert ist und anschließend gab er den beiden Afghanen jeweils eine Watsche. Während der Anzeigenaufnahme durch die Polizei bedrohte der 18-jährige Asylbewerber noch den Freund des Mädchens. Die zwei Asylbewerber, den Vater und den Freund des Mädchens erwarten nun nach dem Abschluss der Ermittlungen Strafverfahren. Die Polizei sprach gegenüber den Asylbewerbern ein Kontaktverbot zu den Mädchen aus.

Tübingen: Die Polizei nahm am Samstag vier Männer fest, die beim Festival im Tübinger Anlagenpark junge Frauen bedrängt haben. Laut Polizeibericht umringte eine fünfköpfige Gruppe afghanischer und irakischer Staatsangehöriger im Alter von 18 bis 21 Jahren gegen 23.20 Uhr auf der Tanzfläche drei junge Frauen und bedrängten diese. Eine der Frauen sei in unsittlicher Weise berührt worden. Nachdem die Frauen sich zur Wehr setzten, kam es laut Polizeibericht zum Streit, in dessen Verlauf die drei Frauen geschubst, angepöbelt und bespuckt wurden. Mit Hilfe hinzugerufener Sicherheitskräfte wurden die fünf Männer von den Frauen getrennt. Noch ehe die Polizei eintraf, gelang es einem der fünf Männer zu flüchten. Die anderen vier wurden von der Polizei vorläufig festgenommen. Das Kriminalkommissariat Tübingen hat die Ermittlungen aufgenommen.

http://www.pi-news.net/merkelgast-soll-wohnung-der-stadt-raeumen-und-droht-sie-anzuzuenden/
ESKALIERENDER ASYLIRRSINN IN FRIEDRICHSHAFEN
Merkelgast soll städtische Wohnung räumen und droht sie anzuzünden
23. Juni 2017109
Schon seit einigen Monaten forderte die Stadt Friedrichshafen von einer Eindringlingsfamilie eine sich im Gemeindebesitz befindliche Wohnung in der Heinrich-Heine-Straße zu räumen und in eine kleinere zu übersiedeln. Die Familie weigerte sich. Am Donnerstagmorgen sollte zwangsgeräumt werden, da eskalierte die Situation. Auch auf Aufforderung der Polizei, die um 9.45 Uhr anrückte, wollte das 39-jährige Goldstück mit seiner Familie die Wohnung nicht verlassen, sondern drohte stattdessen, sie anzuzünden. Die Feuerwehr rückte also mit 25 Mann und einem Löschzug ebenfalls an. Auch Hans-Jörg Schraitle, Leiter des Amtes für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt (BSU) war zugegen.
Vorsitzender des „Kulturvereins“ mischt sich ein
Um den Deeskalationszirkus, der besonders mit VIP-Gästen der Kanzlerin betrieben wird, auf die Spitze zu treiben, marschierte auch Alay Moryasi, der Vorsitzende eines „Kulturvereins“, auf. Der trug aber eher zur weiteren Verschlechterung der Stimmung bei, indem er zusätzlich herumschrie, auf die Stadt schimpfte und dieser Willkür vorwarf, berichtet die Schwäbische.
Die Familie wolle sich selber um eine Wohnung kümmern, bis dahin aber hier bleiben. Das hört die Stadt seit Monaten, Beweise für das „selber Kümmern“ blieben die dankbaren Schutzfordernden aber schuldig.
Die Polizei evakuierte derweil das Gebäude – wer nicht hilfreich war, musste es verlassen. Irgendwann verließ die völlig hysterische Frau mit ihren beiden Kindern auf Druck der Polizei die Wohnung. Der Mann wollte sie offenbar zurückhalten, die Beamten trennten die beiden. Schließlich gelingt es den Ordnungskräften auch den angeblich traumatisierten Tobenden unter Kontrolle zu bringen.
Stadt soll Rücksicht auf Islamtraditionen nehmen
Moryasi vom „Kulturverein“ zeigt dann noch, was alles für diese Leute wichtiger ist, als deutsches Recht. Er findet es empörend, dass unsere Gesetze und deren Durchsetzung keine Rücksicht darauf nehmen, dass Ramadan ist. Und außerdem werde die Familie nun vermutlich das Eid al-Fitr oder Zuckerfest, das neben den täglichen Abend- und Nachtgelagen während des „Fastens“ am Ende des Gewalt- und Blutmonats Ramadan gefeiert wird, nicht genießen können, echauffierte sich der Moslemvorsitzende.
Am frühen Abend wurde der von Deutschland so rücksichtslos behandelte Eindringling einem Arzt überantwortet – vermutlich gibt es „psychische“ Probleme, weil man ihm eine 16 Quadratmeter kleinere Wohnung auf Steuerzahlerkosten zumutet.
Am Rande sei bemerkt, dass die Stadt die zu räumende Wohnung nicht etwa für Deutsche benötigt, sondern für eine andere, größere Invasorenfamilie. (lsg)

HTTP://WWW.PI-NEWS.NET/SCHWEDISCHER-POLIZEICHEF-HELFEN-SIE-UNS-HELFEN-SIE-UNS/
61 „NO-GO"-AREAS IM KÖNIGREICH
Schwedischer Polizeichef: „Helfen Sie uns! Helfen Sie uns!“
24. Juni 2017
Schweden versinkt bis zu den Knien in Gewalt und Kriminalität. Durch eine jahrzehntelange unkontrollierte Zuwanderung eskaliert die Krise. Der schwedische Reichspolizeichef Dan Eliasson (Foto) präsentierte am Mittwoch seinen Bericht über „gefährdete Gebiete“ in Schweden. **In bis zu**

61 „No-go"-Areas hat der Staat inzwischen jegliche Kontrolle verloren. Es gibt zu viele Kriminelle und Parallelgesellschaften mit ihren eigenen Gesetzen, einem eigenen Bankensystem und einer eigenen Gerichtsbarkeit.
„Die Lage ist akut", meinte ein sichtlich angeschlagener Polizeichef. Die Lage ist so übel, dass der Polizeichef um Hilfe bittet. Dan Eliasson wendet sich flehend an die übrige Gesellschaft: „Andere Akteure in der Gesellschaft, helfen Sie uns, helfen Sie uns!" („Andra samhällsaktörer, hjälp oss, hjälp oss").
Es geht inzwischen um von den Schweden erobertes Territorium, das in Machtkämpfen zwischen Arabern und Afrikanern (hier meist Somaliern) aufgeteilt wird. Die Polizei muss Warnschüsse abgeben, um sich vor Jugendbanden zu schützen. Die Polizei in Schweden hat in diesem Jahr bisher fast 400 Mitarbeiter verloren. Die Löhne sind niedrig und die Arbeitsverhältnisse außerordentlich schwer.
Bekanntlich soll Schwedens Polizei seit Oktober 2015 systematisch Informationen über Verbrechen und Kriminalfälle unterdrückt haben, an denen „Flüchtlinge" beteiligt waren. Taten mit Migrantenbezug fielen so seit Herbst 2015 unter Code 291 – „nichts soll nach außen dringen" – laut einer internen Polizeianweisung. Aber abgeschafft wurde Code 291 bis heute nicht.
Schweden hat bekanntlich die zweithöchste Vergewaltigungsrate der Welt! In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stieg die Rate mit 2224 Anzeigen um 16 Prozent. Aber gleichzeitig werden viel mehr Anzeigen nicht mehr verfolgt. Pro Tag werden 13 Vergewaltigungsfälle gar nicht bearbeitet oder untersucht – und nur acht von 100 angemeldeten Vergewaltigungsfällen kommen zur Anzeige.
Was macht die verantwortliche schwedische Politik? Der schwedische 1Regierungschef Stefan Löfven fährt nach Polen, um dort mit Konsequenzen zu drohen, falls die Polen nicht endlich die EU-Auflage erfüllen und Merkels Gäste aufnehmen würden.

26. Juni 2017, 10:39 Uhr
Einsatz in Duisburg
250 Schaulustige stören Polizeieinsatz
In Duisburg ermahnte eine Polizeistreife einen Falschparker. Innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich aus dem Routinevorfall ein Großeinsatz.
Im Duisburger Stadtteil Bruckhausen haben 250 Menschen einen Einsatz der Polizei massiv gestört. Wie die Behörde mitteilte, setzten die Beamten Pfefferspray ein. Erst ein Großaufgebot von etwa 50 Polizisten habe die Situation klären können, wie eine Polizeisprecherin dem SPIEGEL sagte. Ein Störer sei verletzt worden.
Den Angaben zufolge wollte eine Streife am Sonntagabend einen 49-jährigen Falschparker aufschreiben. Ein 37-Jähriger habe mit seinem Handy die Szene gefilmt. Als die Beamten seine Personalien aufnahmen, leistete er Widerstand. Die Streife nahm den Mann fest.
Eine rasch wachsende Gruppe Schaulustiger habe daraufhin versucht, den Mann zu befreien. Nach Angriffen aus der Menge orderten die Beamten Verstärkung. Gegen den 37-Jährigen und gegen den 49-Jährigen, der ebenfalls festgenommen wurde, wird unter anderem wegen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ermittelt.
In den vergangenen Wochen gab es mehrere Vorfälle mit rasch wachsenden Menschenmengen, aus denen heraus Polizei- und Rettungseinsätze gestört wurden.
sms/AFP
URL:
- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/duisburg-250-stoerer-gehen-auf-polizisten-los-a-1154421.html

www.pi-news.net/duisburg-meute-von-250-personen-greift-polizei-an/
„A Day in the Life“ in Buntland
Alles begann wie immer harmlos – ein Mann (49) hatte seinen schwarzen Passat außerhalb der Markierungen geparkt. Zwei Beamte baten ihn, dort wegzufahren, der Fahrer ignorierte überraschenderweise die Weisung. Als er sich zudem „ausweisen“ sollte, schrie er den Beamten an. Bei „Ausweisen“ kennen viele Mitbürger in Deutschland bekanntlich keinen Spaß. Schließlich wurde es den Beamten zu „BUNT“ – sie nahmen den Störer in Gewahrsam. Ein junger „Filmschaffender“ kam dazu und behinderte nach Polizeiangaben den Einsatz mehrfach, filmte mit seinem Handy. Den beiden „Duisburgern“ kamen immer mehr „Männer“ aus nahen Wohnungen und Geschäften „zu Hilfe“ – mehrere versuchten, den Handyfilmer zu befreien!
Help me if you can …
Schließlich mussten 50 (!) Beamte die angehende Massenschlägerei mit den Staatsdienern von „in der Spitze 250 **Mitwirkenden**“ wirkungsvoll biologisch-chemisch schlichten, und das am Ende des Ramadan.
Die Polizei Duisburg: „Auf die Beteiligten kommen Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruches, Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, versuchter Gefangenenbefreiung und anderer Delikte zu.“ Wie diese „Prozesse“ ausgehen, bzw. wegen Geringfügigkeit eingestellt werden, weiß man mittlerweile auch außerhalb Nordrhein-Westfalens. Wie die „Rheinische Post“ schreibt, handelte es sich bei den beiden Festgenommenen um „Duisburger“.
Wir beobachten solche Szenarien bei Gruppen mit hohem Migrationsanteil immer wieder, dass sie unser Rechtssystem nicht akzeptieren, auch wenn es um Bagatellen wie ein Knöllchen geht, dass Maßnahmen der Polizei nicht angenommen werden und dass solche Gruppen die Auseinandersetzung mit Beamten regelrecht suchen.“
(Arnold Plickert, stellv. Vorsitzender GdP)
Yesterday.
Mit einem Ausländeranteil von über 55 Prozent war Bruckhausen einer der ersten Stadtteile, in dem Deutsche zur Minderheit wurden. Daher dient der Stadtteil laut wikipedia „als Modell für Wissenschaftler, die die Entwicklung ethnisch-kultureller Konflikte untersuchen“. Bruckhausen war in den Goldenen 80ern übrigens der pittoreske Schauplatz der Horst-Schimanski-Tatorte („Zahn um Zahn“).
Im liebevoll „Bruchhausen“ genannten Bezirk wurden in den letzten Jahren **mit öffentlichen Mitteln** viele Häuser saniert und die Fassaden renoviert. Es stand privaten Eigentümern bis zu **70 Prozent Förderung aus öffentlichen Mitteln** zur Sanierung ihrer Gebäude zur Verfügung. Auch in die öffentliche Infrastruktur wurde investiert: Die religiöse Entwicklung Bruckhausens korrespondiert mit der sich verändernden Bevölkerung (wikipedia).
2. Duisburg-Hochheide: Eine Stunde später eilten die Ordnungshüter erneut zu Großeinsatz – in Hochheide war eine Massenschlägerei ausgebrochen, an der sich etwa 30 „Männer“ beteiligten.
Come together.
3. Koblenz (Rheinland-Pfalz): Zwei jeweils rund 30 Personen starke Gruppen lieferten sich in Koblenz eine Massenschlägerei, an deren Ende ein Mann schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden musste. Bei der Massenschlägerei im Stadtteil Asterstein wurden auch Messer gezogen. Ein Mann musste schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden und wurde dort stationär aufgenommen.
4. High-Noon in Koblenz: Einen Tag später wollten die „Streihähne“ weitermachen – die beiden Gruppen verabredeten sich für Sonntagmittag vor dem Schloss in der Innenstadt erneut, die Behörden griffen beherzt ein. Mangelndes Geschichtsbewusstsein kann man dabei den Neuen Bundesbürgern diesmal nicht zum Vorwurf machen: bereits 1791 bot das Kurfürstliche Schloss „Emigranten und den flüchtigen Mitgliedern des französischen Hofes“ eine Zufluchtsstätte.
Ob es sich bei den verfeindeten „Männer-Gruppen“ um höfische Mitglieder oder nur handelsübliche „Goldstücke“ handelte, sei dahingestellt:
Die „Lutzi“ in the Sky. With Diamonds.
Die Polizei beschreibt die eine Gruppe als Nichtdeutsche verschiedener Nationalitäten aus Koblenz und Umgebung. Die andere „rohdiamantene“ Gruppe soll ein Familienclan aus Koblenz sein. Die Altersspanne der Streitenden sei groß, vom Jugendlichen bis zu

Männern Mitte 40. Das Motiv der Auseinandersetzungen sei möglicherweise „im privaten Bereich“ zu suchen.
Alle verfügbaren Kräfte aus Koblenz waren im Einsatz, dazu gehörten auch Polizeihubschrauber, mit Einsatzkosten von 200 Euro Steuergeld … pro Minute!
Die Polizei richtet eine „Ermittlungsgruppe“ ein, das Ergebnis dürfte dem traditionellen baden-württembergischen „Hornberger Schießen“ entsprechen, nicht nur die Justiz dort ist seit längerem dunkelgrün geprägt.
Als die Beamten vor Ort erschienen, flüchtete ein Großteil der „polizeibekannten“ Geflüchteten.
Der Polizei bekannt? Da hat mal wieder der deutsche Täter-Datenschutz versagt!
Zur Nationalität der Beteiligten machten die Ermittler jedoch keine Angaben.
Catch as Clans can!
Ein Wochenende im bunten Land: „A Day in the Life“ in Germoney’s NO-GO-ZONEs!
Politik und weitgehend auch die Medien schweigen zu den „vereinzelten Gruppen-Übergriffen“. Ermittelt wird aber intensivst gegen Mitglieder der einzigen Alternativen Partei in diesem Land und gegen die geheimnisvolle „Neo-Druden-Szene“.
Hello Goodbye!
Lediglich EINE Partei um den Bundestagskandidaten Petr Bystron, AfD Bayern, fordert die bedingungslose und sofortige Abschiebung von kriminellen Immigranten aus Deutschland: „Deutschland muss wieder zu einer einzigen YES-GO-ZONE! werden – ohne Ausnahme“.
Auf dem „Sergeant Pepper’s Lonely Hearts Club Band“-Cover, dem neben „Dark Side of the Ruhr (gebiet)“ zukunftsweisendsten Plattencover ist neben einer Wasserpfeife, Karl Marx, Karlheinz Stockhausen, Marilyn Monroe, Marion Brando, Dick und Doof (in der limitierten PI-News-Jubiläums-Version übrigens: Sigmar und Heiko als Olli und Stan …), u.a. auch Aldous Huxley („Schöne Neue Welt“ !!!) und George Bernard Shaw abgebildet. Von ihm stammt die Feststellung: **„Alle die Demokratie als Sprungbrett zur Macht benutzen, finden sie lästig, sobald sie zur Macht gelangt sind“.**

http://www.pi-news.net/koeln-suedlaender-vergewaltigt-passantin-im-park/

…UND WAS SICH SONST NOCH IN DEUTSCHLANDS GRÜNANLAGEN EREIGNET

Köln: Südländer vergewaltigt Passantin im Park

1. Juli 2017

In der Nacht auf Dienstag (27. Juni) befand sich ein „Südländer“ (Raucher, 30-40 Jahre, 1,85 Meter groß, schlank, breitschultrig, Kapuzenpullover) in einer Grünanlage in der Nähe der Kölner Severinsbrücke. Als eine Passantin den Park durchquerte, sprach er sie mit ausländischem Akzent an. Das weitere Geschehen handelt der Polizeibericht in einem Satz ab: *Nach einem kurzen Gespräch brachte er die Frau zu Boden, zog sie in ein Gebüsch und verging sich an ihr.* Im Klartext: er vergewaltigte die Kölnerin! Die Polizei ist auf der Suche nach einem etwa 50 Jahre alten Zeugen mit weißer Jacke, der sich die ihm im Park darbietende Situation offensichtlich falsch interpretierte. Jedenfalls schritt er nicht ein.
Kleine Auswahl, was sich sonst noch in Deutschlands Grünanlagen ereignet:

- Aachen, Ferber- Park: Südländischer Räubertrupp überfällt zwei behinderte Jungs
- Düren, Holzbendenpark: Ausländer schlägt 20-Jährigen krankenhausreif
- Fellbach, Tennisplatz: Onanierender, nackter Südländer schockt Sportlerin
- Frankfurt, Günthersburgpark: Fünf brutale Räuber überfallen 16-Jährigen
- Frankfurt, Ostpark: Verfeindete Ausländer-Clans halten Kampf-Picknick ab
- Fröndenberg, Ruhrwanderweg: Nackter Libanese baggert Spaziergängerin an
- Groß-Gerau, Parkanlage: Afghane ersticht beim Familienspaziergang seine Frau
- Hessisch Oldendorf, Friedhof: Südländer masturbiert auf Parkbank
- Köln, Friedenspark: Fünf brutale Räuber treten auf 17-Jährigen ein
- Metzingen, städtische Obstanlagen: Dunkelhäutige Handyräuber auf Fahrrädern unterwegs
- Neumünster, Rencks Park: 18-Jähriger wird von Räubern am Boden liegend getreten

- Nürnberg, Grünanlage am Wiesengrund: Onanierender Südländer begrapscht Spaziergängerin
- Oberhausen, Parks am Hauptbahnhof: Nafris verkaufen Drogen an Minderjährige
- Paderborn, An der Wasserkunst: Syrer messert Kumpel auf einer Parkbank krankenhausreif
- Wernau: Sportanlage am Baggersee: Gambier hantiert mit Messer und greift Polizei an

GUINNESS-BUCH-VERDÄCHTIG
http://www.pi-news.net/klauen-in-plauen-sieben-einbrueche-in-70-minuten/
Klauen in Plauen: Sieben Einbrüche in 70 Minuten!
1. Juli 201767
Von TENSCHMAN | Zwei absolut rekord-"verdächtig" tatkräftige junge Männer stehen derzeit in Sachsen vor Gericht. Die Merkel-Fachspezialisten für spontane Eigentumsübertragung sollen in 70 Minuten sieben Einbrüche begangen haben!

Der Tunesier Karim F. (25) und der Libyer Alaeddin E. (21) hatten zunächst die Haustür eines Mehrfamilienhauses in Plauen aufgebrochen und danach versucht, eine Wohnungstür zu öffnen. Hierbei wurden die Täter aber überrascht, so dass die Geflüchteten schnell flüchten mussten. Kurze Zeit später kam es zu vier ähnlichen „Sachverhalten". Vorerst „erfolgreich" (laut Polizeibericht) verlief ein Einbruch in der Strassberger Straßer. Dort drangen die Täter in eine Physiotherapie-Praxis ein. Als sie vom Betreiber und weiteren Personen überrascht wurden, griffen sie mit einer abgebrochenen Flasche an und verletzten dabei eine Person. Auch hier gelang den Flüchtigen die Flucht, wobei sie aber zeitnah durch die Tatortbereichsfahndung gestellt werden konnten.

banner
Es ist sicher kein Zufall, dass die „Mitwirkenden des Großen Experiments" ausgerechnet in der Silvesternacht 2017, dem ersten Jahrestag der „friedlichen Feier auf der Domplatte" zuschlugen und -stachen. Der „ungebrochene" – bis auf die Flasche und einige Haustüren – Tatendrang ist sicher auch drauf zurück zu führen, dass von den damals 1.300 Nafri-Tätern bislang nur sechs Sex-Täter einsitzen mussten. Das sind 0,4 Prozent.

MUTTI-Tasking-Derwische – liebevoll „MITAs" genannt

Polizeiintern werden die neuen Multitasking-Leistungsträger „MITA" genannt – „Mehrfach Intensivtäter Asylbewerber". Junge Zuwanderer, die immer wieder straffällig werden – und das entgegen aller von Regierungsseite kommunizierten Statistiken, in denen ausländische junge Kriminelle auch nicht krimineller seien als inländische junge Kriminelle – so in etwa der Thomas-Miseren-Tenor zur Kriminalstatistik des BMI vor wenigen Wochen.

Analog der „schwarzen" Komödie ‚Im Kittchen ist kein Zimmer frei' könnte aber der Fall eintreten, dass den beiden Rekord-Tat-Verdächtigen der Anspruch auf eine „Junior-Suite" in einer deutschen Full-Service-Luxus-Herberge dennoch verwehrt bleibt, denn Sachsens Gefängnisse sind derzeit „proppenvoll". Das sagen Zahlen des Justizministeriums und Justizminister Sebastian Gemkow (37, CDU) verweist auf 160 neu entstandene und geplante „MITA-Plätze".

Zehn Gefängnisse gibt es in Sachsen – einige davon waren bereits 2016 zu 120 Prozent (Zusatzbetten in Einzelzellen) belegt. Nur Leipzig, Regis-Breitingen und Torgau blieben unter der 90-Prozent-Marke, und zwar inklusive offenem Vollzug und Sicherungsverwahrung. Beim offenen Vollzug sind die Sachsen allerdings großzügig. In ABSOLUTER REGELMÄßIGKEIT gelingt dort Flüchtigen die Flucht, der Fluch der guten (?) Tat. Es bestehe „dringender Handlungsbedarf".

Auf „Hohem Niveau“ – Problem zunehmend ausländische Insassen

Minister Gemkow dazu: „Die Gefangenenzahlen in Sachsen sind seit mehreren Jahren auf hohem Niveau stabil.“ Aber es gebe derzeit einen Bedarf von 3800 Haftplätzen. Gemkow will beim Personal bei Bedarf nachsteuern. Wichtig seien Sicherheitsinteressen der Bevölkerung, aber auch der „Resozialisierungsauftrag“. Dabei tue das Personal, was es kann. Sogar der Ramadan finde gerade Beachtung.

Um die Lage in den Gefängnissen zu entspannen, will der sächsische Justizminister jetzt verstärkt darauf setzen, ausländische Gefangene in die Haftanstalten ihrer Heimatländer zu überstellen (Glück auf!). Landesweit würden zurzeit immerhin mehr als 50 solcher Überstellungsverfahren laufen. Aber mehr noch als um Osteuropäer gehe es der sächsischen Justiz nun um Straftäter aus den Maghreb-Staaten. Inzwischen komme fast jeder zweite JVA-Gast aus einem arabischen Land. Weitere zwölf Prozent stammten aus Tschechien und Polen, sechs Prozent aus Georgien und fünf Prozent aus Rumänien. Einstellungen und Verhaltensweisen ausländischer Gefangener seien eine enorme Herausforderung. Die Entwicklung habe auch Auswirkungen auf Verpflegung, „soziale Angebote!“, Arbeit und Religionsausübung hinter Gittern. Und das Aufeinandertreffen verschiedener politischer, kultureller und religiöser Überzeugungen berge „einiges Konfliktpotenzial“. „Die Aggressivität hat in unseren Anstalten zugenommen“, so der sächsische Justizminister.

Auch die Staatsanwaltschaften haben es mit immer mehr Ausländern zu tun. 2016 lag die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Straftäter ohne deutschen Pass mit 43.734 um fast 2.300 über der Gesamtzahl des Vorjahres. Die Liste der Herkunftsländer führen wie in den Vorjahren Polen und Tunesien an. Bei Syrern und Afghanen gab es mit je einem Drittel deutliche Zunahmen gegenüber 2015. Bei Irakern betrug die Steigerung rund 43 Prozent.

Drücken wir gemeinsam die Daumen, dass sich die beiden umtriebigen MITAs, so wie sie im Guinness-Buche stehen, in einer neu entstandenen Sachsen-KITA (Kriminelle-Intensiv-Täter-Anlagen zur Erholung und Rekreation) für Waldorf-Astoria-verdächtige 200 € pro Tag von ihrer stressgeplagten Tour de Force erholen dürfen, bis es wieder heißt: Auf zu neuen Rekorden!

Nur noch eine Partei in der wirren Refugee-Welcome-Republik setzt sich dafür ein, die Bevölkerung effektiv zu schützen. Petr Bystron, AfD-Bayern-Landesvorsitzender und Bundestagskandidat:

„Wir fordern die sofortige und bedingungslose Abschiebung krimineller Ausländer zur wirkungsvollen Prävention weiterer Straftaten gegen Eigentum, Leib und Leben in Deutschland“.

http://www.pi-news.net/brandenburg-syrischer-friseur-entpuppt-sich-als-kopfabschneider/

WILLKOMMENSGESELLSCHAFT TRIFFT AUF REALITÄT

Brandenburg: Syrischer „Friseur“ entpuppt sich als Kopfabschneider

30. Juni 2017

Kevin Freiwald vom Jobcenter hat den Haarschnitt von Mohammad Hussain Rashwani im August 2016 noch unblutig überlebt - im Gegensatz zu Friseurladen-Chefin Ilona Fugmann (schwarzes Oberteil).

Vergangenen August freute sich die Teddybären-Community im brandenburgischen Herzberg über Mohammad Hussain Rashwani (Foto, l.), einen 38-jährigen Gast der Kanzlerin, der als Musterbeispiel der gelungenen Integration über das Jobcenter Elbe-Elster eine Praktikumsstelle im Friseurladen von Ilona Fugmann erhielt. Frau Fugmann, die händeringend nach gutem Personal suchte, wollte dem syrischen „Friseurmeister“ gerne eine Chance geben. **Die Lausnitzer Rundschau berichtete damals, die Friseurin hätte sofort erkannt, dass Mohammad sein Handwerk ausgezeichnet**

verstünde. Auch mit seinen beiden Kolleginnen käme er gut zurecht. „Es passt auch menschlich. Mohammad ist zwar ein stolzer Mensch, aber sehr zuvorkommend und umsichtig. Er hilft sogar beim Aufräumen", so die Saloninhaberin damals.

Realitätsverweigerung und Vorschusslorbeeren

Angeblich hatte der Syrer in Damaskus über 15 Jahre mit seiner Familie zwei Friseursalons betrieben. Was damals, und wie in der naiven Willkommensgesellschaft üblich, keinem seltsam vorkam, er hatte wohl auch berichtet, dass er dort nur Männern sein Talent angedeihen hatte lassen. Die weibliche Kundschaft war den Frauen der Familie überlassen. So musste er bei Damenfrisuren auch noch etwas üben. Er würde sich schon damit arrangieren, dass er hier auch dem minderwertigen Teil der Gesellschaft zu Diensten zu sein habe, hatte man wohl gehofft.

Es gab Deutsch- und Willkommenskurse und jede Menge blind(blödes) Vertrauen.

Gestern war es zu Ende mit den Jubelmeldungen der Lausnitzer Rundschau. Die Realität der moslemischen Kopfabschneidertradition hat die Regie übernommen. Am Mittwoch war es mit der Beherrschung und Anpassung an die Zivilisation bei Mohammad offenbar vorbei, der Islamchip im Hirn machte klick. Gegen 18.30 Uhr setzte die syrische Friseurfachkraft das Messer bei seiner 64-jährigen Chefin etwas zu tief an und zwar dort wo der Islam das am liebsten macht, direkt am Hals. Aus bisher noch nicht bekannt gegebenen offiziellen Gründen griff er Ilona Fugmann an und verletzte sie dabei schwer. Die Salonbesitzerin überlebte die Attacke und wurde ins Krankenhaus gebracht. Mohammed, der Herzeigeflüchtling sitzt nun erst einmal in Untersuchungshaft, es wurde Haftbefehl wegen versuchten Mordes beantragt.

Gesundes Misstrauen und noch gesünderer Abstand gegenüber den „traumatisierten" Moslems hätte Ilona Fugmann diese Erfahrung erspart. Und nein, das hätte sie nicht zur Rassistin gemacht. Leider sind die meisten Menschen aber lieber tot, als sich von dieser kranken Gesellschaft den ungerechtfertigten Stempel „Rassist" verpassen zu lassen.

Kevin Freiwald vom Jobcenter hat den Haarschnitt von Mohammad Hussain Rashwani im August 2016 noch unblutig überlebt - im Gegensatz zu Friseurladen-Chefin Ilona Fugmann (schwarzes Oberteil).

http://www.pi-news.net/linz-mohammedaner-sticht-pensionaere-ab-fpoe-und-gesellschaft-sind-schuld/
SAAT VON LINKEN UND LÜGENPRESSE GEHT AUF
Linz: Mohammedaner sticht Pensionäre ab – FPÖ und Gesellschaft sind schuld
2. Juli 2017154
„Die Gesellschaft" und „die FPÖ" zusammen sind schuld, dass in Österreich ein älteres Ehepaar sterben musste. Und das geht so: Weil ein Mohammedaner sich von der österreichischen Gesellschaft schlecht behandelt fühlte und weil die FPÖ böse sei, wollte er „ein Exempel statuieren". Das sah so aus, dass der seit 1989 im Lande lebende Tunesier zwei ältere Herrschaften (85 und 87 Jahre alt) ganz diversitär mit Messer, Gurt und Holzknüppel aus dem Leben beförderte. Dass die Rentner mit der Gesellschaft, die ihn angeblich so schlecht behandelte, nur mittelbar und mit der FPÖ überhaupt nichts zu tun hatten, störte bei dieser Mohammedanerlogik nur am Rande.
Die Presse berichtet:

Er habe die Partei und die Gesellschaft für viele negative Erfahrungen verantwortlich gemacht – etwa, wenn er seiner Ansicht nach beim AMS [vergleichbar der deutschen Arbeitsagentur, Anm. PI] nicht gut behandelt wurde oder ihm die Mindestsicherung gekürzt wurde. […]
Wenige Tage vor der Bluttat in Linz soll er den Entschluss gefasst haben, an der Gesellschaft ein Exempel zu statuieren. Als Opfer erkor er den 87-Jährigen und seine 85-jährige Frau aus, bei denen er einen Bezug zur FPÖ zu sehen glaubte, der aber wohl gar nicht bestanden haben dürfte. Die beiden hatten den Tunesier auch nicht schlecht behandelt, sondern ihn sogar finanziell unterstützt.
Laut Pilsl gab der Mann an, dass er wisse, dass die Tat nicht richtig gewesen sei und die beiden Opfer eigentlich nichts für seine Situation konnten. Dennoch habe er beschlossen, sich an der Gesellschaft zu rächen.
Der 54-Jährige arbeitete zuletzt im Geschäft seiner Lebensgefährtin, einer österreichischen Konvertitin, als Lebensmittellieferant mit. Zweimal wöchentlich brachte er Waren zu dem betagten Ehepaar. Am Freitag hatte er unter seiner Schürze einen Gurt, einen Holzstock, ein Messer und einen Benzinkanister versteckt. Zuerst erdrosselte er die arglose Frau, anschließend tötete er den Mann mit dem Messer und dem Stock. Dann legte er Feuer.
Auch das Tierreich hatte sich wohl schon schuldig gemacht ihm gegenüber, sodass er auch da Exempel statuieren musste und bereits aktenkundig geworden war, noch einmal die Presse:
Der Tunesier hatte seit Langem das Gefühl, als Muslim und als Ausländer nicht willkommen zu sein. Hinzu kam, dass er 2011 wegen Tierquälerei angezeigt und auch verurteilt wurde.
Das wahrlich Böse als Perspektive
Der Fall zeigt zweierlei, aus zwei unterschiedlichen Perspektiven. Die Perspektive des Mohammedaners besagt: Nie ist er persönlich für seine Taten verantwortlich, egal was passiert. Schuld sind immer die anderen, so abstrus das auch sein mag. Persönliche Verantwortung, kritische Selbstreflexion, ob man persönlich alles richtig gemacht hat im Leben, fehlen hier völlig (nicht umsonst dürfte ihm die Mindestsicherung gekürzt worden sein).
Die Perspektive „der Gesellschaft": Es liegt an ihr, wenn es bei den illegalen Neubürgern zu Abartigkeiten kommt, so die verbreitete eindimensionale linke Sicht auf die Welt. Wobei eine weiter gehende Differenzierung bestenfalls dahin stattfindet, dass unsere Pseudointellektuellen dann die Gesellschaft noch aufspalten in die Guten (das sind sie selbst) und die Bösen (FPÖ, AfD, Pegida und Pack). Es fällt auf, dass dieses primitive Erklärungsmuster, das besonders Linke im Westen vertreten, sehr kompatibel für Mohammedaner ist, beide lehnen eine persönliche Verantwortung für ihr Leben ab und suchen sich Schuldige, an denen sie dann ihren ganzen persönlichen Selbsthass ausleben können, den sie an Stelle der Selbstachtung entwickelt haben.

Insofern wird auch im linksversifften Deutschland damit zu rechnen sein, dass diese von Linken und Mohammedanern so verstandenen Denkmuster nicht nur „zur Anwendung kommen", sondern auch genauso gerechtfertigt werden wie im Fall von Linz. Das heißt konkret auf Deutschland bezogen: Noch stärker als jetzt schon wird man den Merkelkritischen Teil der Gesellschaft und konkreter die AfD für alles Schlechte auf dieser Welt verantwortlich machen, so wie früher Hexen oder Juden. Man muss insofern eine entsprechende Steigerung der Propaganda von Politik und willigen Medienhuren erwarten, je näher die Wahl rückt. Auch das zeigt uns der Fall von Linz. Und wie man sieht, geht diese Saat auf.

http://www.pi-news.net/martin-sellner-fluechtlinge-sind-krimineller/

29. Juni 2017, 18:28 Uhr

Urteil in Hessen

Lange Freiheitsstrafe für Gesichtsverstümmelung

Brutal zerschnitt er einem Nachbarn nach einem verlorenen Spiel das Gesicht: Das Hanauer Landgericht hat einen Mann aus Eritrea zu neuneinhalb Jahren Haft verurteilt. Das Motiv für die Tat ist ungeklärt.

Weil er einem jungen Mann das Gesicht verstümmelt hat, muss ein Mann aus Eritrea neuneinhalb Jahre ins Gefängnis. Das Hanauer Landgericht sprach den nach eigenen Angaben 20-Jährigen wegen versuchten Totschlags sowie schwerer und gefährlicher Körperverletzung schuldig. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass der Asylbewerber einen 18-jährigen Flüchtling aus Somalia bei einem Besuch in dessen Wohnung im Oktober 2016 in Schlüchtern schwer misshandelt hat.

Er habe ihm mit zwei Messern in den Hals gestochen und anschließend die Augenlider und Teile der Ohren abgetrennt. Das Opfer ist seither nahezu blind. Richterin Susanne Wetzel sprach von einer "brutalen und bizarren Tat". Eine Verurteilung wegen versuchten Mordes hielt das Gericht aber nicht für möglich.

Das Motiv ist auch mit dem Urteil noch immer offen. Die Staatsanwaltschaft hatte einen Streit um Schulden von lediglich 50 Euro angenommen. Auch über Kannibalismus als Motiv war diskutiert worden. Das Opfer hatte sich nach mehreren Krankenhausaufenthalten in die Schweiz abgesetzt, blieb dem Prozess fern und wollte nichts zur Klärung beitragen.

Der Angeklagte hatte sich am Vormittag erstmals über seinen Anwalt zu der Anklage geäußert. An die Tat könne er sich aber nicht erinnern. Er wisse, dass er mit dem späteren Opfer in dessen Wohnung Playstation gespielt habe. Der andere Mann habe gewonnen, ihn ausgelacht und beschimpft. Der Dolmetscher übersetzte die Schmähung mit "Depp".

Kriminologen rätseln über den Fall. "Das sind schon archaische Methoden", sagt der Wiesbadener Kriminalpsychologe Rudolf Egg. Die Tat wirke animalisch. Der Direktor der Kriminologischen Zentralstelle, Martin Rettenberger, sagte: "Ein rationales Nachvollziehen dieses Gewaltexzesses ist nicht möglich." Eine Geldforderung könne dieses extreme Ausmaß an Brutalität nicht erklären.

Ein psychiatrisches Gutachten, das am Donnerstag vorgestellt wurde, ergab, dass der Angeklagte womöglich unter einer tief greifenden Bewusstseinsstörung leide.

Laut einem ebenfalls vorgelegten Altersgutachten ist der Angeklagte 26 Jahre alt oder älter. Ein Zeuge hatte im Prozess ausgesagt, dass der Angeklagte auf der Flucht bei Behörden ein jüngeres Alter angegeben habe, um sich im Asylverfahren Vorteile zu verschaffen.

apr/dpa

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hanau-gesicht-verstuemmelt-eritreer-zu-neuneinhalb-jahren-haft-verurteilt-a-1155138.html

http://www.pi-news.net/suedlaendischer-sextaeter-dringt-in-wohnung-von-63-jaehriger-ein/

#MERKELSOMMER 2017

„Südländischer" Sextäter dringt in Wohnung von 63-Jähriger ein

6. Juli 2017

Plauen: In der Nacht zu Mittwoch ist in Plauen eine Frau (63) in ihrer eigenen Wohnung sexuell belästigt worden. Der bislang Unbekannte drang durch eine geöffnete Balkontür gegen 0:45 Uhr in die Wohnung der Geschädigten an der Jößnitzer Straße. Der Mann bedrängte die Mieterin sexuell, ließ dann aber wieder von ihr ab und flüchtete, so dass die Frau unverletzt blieb. Ein Fährtenhund lief vom Tatort aus über die August-Bebel-Straße bis zur Kreuzung Chamissostraße, dann verlor sich die Spur. Der Unbekannte wird so beschrieben: ca. 180 Zentimeter groß, ca. 30-40 Jahre alt, südländisches Aussehen.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

#Merkelsommer

Hüfingen: Am Dienstagmorgen haben drei bislang unbekannte Männer eine Fahrradfahrerin begrapscht. Die Die 52-jährige Zweiradfahrerin war gegen 4.30 Uhr auf dem Weg zur Arbeit und wurde in der Hochstraße auf Höhe des Sägewerkes von dem Trio vom Fahrrad gestoßen. Anschließend fassten die Täter dem Opfer an die Brüste. Ein vorbeifahrender Lastwagenfahrer beobachtete den Vorfall und hupte. Die Unbekannten ließen daraufhin von der Frau ab und flüchteten in unbekannte Richtung. Die drei Täter werden auf etwa 20 Jahre alt geschätzt. Diedunkelhäutigen Männer trugen dunkle Kleidung und Jeanshosen und waren mit zwei Fahrrädern unterwegs.

Nürnberg: In der Nacht vom Freitag (30.06.2017) belästigte ein Exhibitionist eine Frau in Gostenhof. Zeugen werden gebeten, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen. Kurz vor Mitternacht bemerkte die Frau, dass ihr ein Mann bis vor die Tür ihres Wohnanwesens in der Gartenstraße folgte und hierbei unsittliche Handlungen an sich vornahm. Der Unbekannte folgte ihr hierbei sogar kurzzeitig bis in das Treppenhaus. Als die Frau schrie, flüchtete er in Richtung Leonhardstraße. Täterbeschreibung: Ca. 25 Jahre alt, ca. 175 cm groß, kräftige, athletische Figur, schwarze Haare, arabisches Erscheinungsbild, bekleidet mit einem blau-karierten Kurzarmhemd und kurzen Bluejeans

Mönchengladbach: Am Samstag, 01.07.2017, hat die Polizei Mönchengladbach gegen 16.00 Uhr zwei Männer (22, 24) wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern und Körperverletzung festgenommen. Den beiden Männern wird vorgeworfen, im Schwimmbad Mönchengladbach-Wickrath zwei 13-jährige Mädchen massiv belästigt, unsittlich angefasst und auch geschlagen zu haben. Der 22-Jährige und der 24-Jährige gaben an, als Touristen in Deutschland zu sein. Beide haben hier keinen festen Wohnsitz. Sie wurden gestern einem Haftrichter vorgeführt, der Untersuchungshaft anordnete.

Warendorf: Ein Unbekannter zeigte sich am Samstag, 1.7.2017, gegen 16.50 Uhr, einer jungen Frau in schamverletzender Weise auf der Rhedaer Straße in Oelde. Die Schülerin ging zu Fuß, als sich ihr von hinten der Unbekannte näherte. Er rief ihr zu, sie solle warten. Als sich die Oelderin umdrehte, manipulierte der Tatverdächtige an seinem Glied. Kurz darauf ging der Mann in Richtung Axthausener Weg weiter. Der Gesuchte ist zwischen 20 und 25 Jahre alt, etwa 1,78 Meter groß, hat eine schlanke Figur, dunkle Haare und einendunklen Teint.

Chemnitz: Zwei Männer sollen sich am Freitagnachmittag im Freibad Gablenz an einer Zwölfjährigen vergriffen haben. Es geschah im Wasser: Die beiden südländisch aussehenden Männer vergriffen sich, vermutlich sexuell motiviert, am Mädchen, die mit ihrer Freundin badete. Diese wehrten sich verbal und verständigten einen Bademeister. Danach wurden sie in Ruhe gelassen. Die Mutter eines der Mädchen (12) erstattete Anzeige. Nach dem beiden Männern wird nun gefahndet: Beide haben hellbraune Haut und dunkle Haare.

St. Johann (Tirol): In der Nacht auf Mittwoch lernte die 16-Jährige bei der Zugfahrt nach St. Johann in Tirol (Bezirk Kitzbühel) laut eigenen Angaben einen jungen Mann südländischer Herkunft kennen. Als sie am Bahnhof ausstieg und von dort mit ihrem Moped nach Hause fahren wollte, fragte der Mann nach einer Mitfahrgelegenheit. Die 16-Jährige willigte ein. Auf der Fahrt in ihren Heimatort zwang der Mann die junge Frau im Industriegebiet von St. Johann, das Moped anzuhalten. Er zog den Moped-Schlüssel ab, packte das Mädchen, drückte es zu Boden und bedrohte die 16-Jährige mit dem Umbringen. Dann setzte er sich auf das wehrlose Opfer und nahm auf ihr unzüchtige Handlungen an sich selbst vor. Er drohte der jungen Frau im Anschluss erneut, sie zu töten – und verschwand in unbekannte Richtung. Nach intensiven Ermittlungen und Fahndungsmaßnahmen konnte nur wenig später ein 25-jähriger pakistanischer Staatsbürger als Täter ausgeforscht und festgenommen werden. Er wurde in die Justizanstalt Innsbruck eingeliefert.

Wiesbaden: Am frühen Samstagmorgen wurde eine 20-Jährige von einem bis dato unbekannten Täter in einer Shisha Bar in der Mauritiusstraße bedrängt. Der Täter versuchte die junge Frau eigenen Angaben zufolge zu küssen und habe sie unsittlich berührt. Der Verantwortliche der Lokalität verließ gegen 05:15 Uhr für wenige Minuten die zu diesem Zeitpunkt leere Bar. Als er die Räumlichkeiten wieder betrat, sah er einen Mann und eine Frau, der Mann flüchtete jedoch sofort aus der Lokalität. Da die Frau emotional aufgewühlt schien und die Situation nicht erklären konnte, wurde die Polizei verständigt. Der Streife gegenüber berichtete die 20-Jährige nun, dass sie auf der Mauritiusstraße unterwegs gewesen sei, als sie plötzlich auf den ihr fremden Mann getroffen sei. Dieser habe sie in die Shisha Bar gedrängt, versucht sie zu küssen und sie unsittlich berührt. Als der Besitzer dann wieder die Gasträume betrat, flüchtete der Unbekannte in die Fußgängerzone. Der Täter konnte nur vage beschrieben werden. Er sei 1,65 – 1,70 Meter groß, dick und entspreche einem „ nordafrikanischen Phänotyp„.

Wiesbaden: In der Nacht von Freitag auf Samstag kam es im Bereich von Wiesbaden-Delkenheim zu einem sexuellen Übergriff zum Nachteil einer 23-jährigen Frau. Augenscheinlich nutzte der Täter die Alkoholisierung des Opfers aus. Die Frau verbrachte den Abend in einer Diskothek in Mainz-Kastel und verließ diese um circa 01:30 Uhr. Sie ging nun zu, auf der Straße in einer Reihe, geparkten Taxen und sprach dort mit mehreren Taxifahrern. In ein Taxi stieg sie dann auf dem Beifahrersitz ein. Mit ihr seien zwei weitere, ihr unbekannte Fahrgäste eingestiegen. Gemeinsam sei man losgefahren, die zwei Mitfahrer hätten das Taxi jedoch unterwegs verlassen. Nach ersten Anzüglichkeiten während der Fahrt und körperlichen Kontaktaufnahmen durch den Taxifahrer, sei dieser nun im Bereich von Erbenheim in einen unbeleuchteten Bereich gefahren und habe sein Taxi gestoppt. Hier habe er nun das Taxi verlassen und sei an die Beifahrertür herangetreten. Im weiteren Verlauf sei es dann zu dem Übergriff gekommen. Anschließend habe er die 23-Jährige nach Hause gefahren. Es ist nicht bekannt, wo der Übergriff stattfand. Die Örtlichkeit kann nicht näher beschrieben werden. Der Täter sei ca. 40 Jahre alt und wird als dick beschrieben. Er habe einen deutlich sichtbaren Bauch. Er trage dunkle kurze Haare sowie einen Vollbart, kurz rasiert. Der Täter habe nach Angaben der Geschädigten eine „etwas dunklere" Hautfarbe. Nach ihren Angaben könne er eventuell aus dem „ mittleren Osten" stammen.

Pforzheim: Eine weinende Frau teilte am Freitagmorgen kurz nach 06.00 Uhr über Notruf mit, dass sie von drei Männern sexuell bedrängt worden war und ihr Mobiltelefon fehlen würde. Die eintreffende Streife konnte die aufgelöste und weinende 21-Jährige auf einem Treppenaufgang sitzend an der Kreuzung Östliche Karl-Friedrich-Straße / Schlossberg feststellen. Nach ihren ersten Angaben hätte sie am Abend eine Veranstaltung in einer Diskothek besucht und diese nach 05.00 Uhr verlassen. In der Nähe der Diskothek habe sie dann auf ein Taxi gewartet, als drei junge Männer auf sie zukamen. Einer der Männer sei zudringlich geworden, hätte sie sexuell belästigt

und trotz ihrer Gegenwehr im Schambereich berührt. Als sich dann eine Personengruppe genähert habe seien die Männer geflüchtet. Anschließend habe sie bemerkt, dass ihr Mobiltelefon fehlen würde. Die junge Frau wurde in ein Krankenhaus verbracht. Die drei Männer wurden als ca. 25 Jahre alt mitsüdländischem bzw. arabischem Aussehen beschrieben.

http://www.pi-news.net/koeln-abgelehnter-asylant-moechte-ficki-ficki/

...und weitere „Bereicherungen“ der letzten Tage Köln: Abgelehnter Asylant aus dem Irak möchte „Ficki Ficki“

pi-news.net/koeln-abgelehnter-asylant-moechte-ficki-ficki/

8.7.2017

Köln: Locker lässig lehnt ein Mann (43) am Rudolfplatz an einem Verteilerkasten, grinst, lacht und macht Späßchen. Keine Spur von Scham oder Angst. Denn er hat kurz zuvor einer Frau (30) den Rock hochgehoben und sie angefasst. Das Opfer machte das Foto, während es auf die Polizei wartete.
Die junge Frau aus Düsseldorf ist traumatisiert von dem, was sie vor zwei Tagen in der City erlebte. „Es war helllichter Tag, Dutzende Menschen liefen am Rudolfplatz entlang. Da fühlt man sich als Frau eigentlich sicher. Doch dann wurde ich auf bittere Weise eines Besseren belehrt“, erzählt sie entsetzt.

Ein Asylbewerber aus dem Irak (45) war der 30-Jährigen gefolgt und hatte dann plötzlich ihren Rock angehoben und sie am Po begrapscht. „Ich habe mich sofort umgedreht. Der Typ grinste nur frech und wollte weitermachen. Ich schrie und es schauten ein paar Leute. Auch Bauarbeiter. Doch eingegriffen hat dann nur ein Passant. Der Rest guckte einfach nur zu. Niemand, der den Mann festhielt und die Polizei rief. Ich fühlte mich in diesem Moment sehr hilflos.“
Sie selbst alarmierte die Polizei. Während die Beamten auf der Anfahrt waren, stand der 45-Jährige in der Sonne und grinste vor sich hin. „Er zeigte absolut kein Unrechtsbewusstsein. Im Prinzip verhielt er sich so, als dürfe er das sogar tun.“
Das bestätigte sich auch so, als die Polizei eintraf und den Mann zunächst durchsuchte und dann seine Personalien aufnahm. Polizeisprecher Christoph Gilles: „Während die Kollegen dort ermittelten, schaute der Tatverdächtige anderen Frauen hinterher und sprach sie mit den Worten »Ficki Ficki« an. Dabei soll er sich auch in den Schritt gefasst haben, berichteten die Kollegen.“
Die Beamten nahmen den 45-Jährigen wegen sexueller Belästigung vorläufig fest. Bei der Überprüfung kam heraus: Er ist ein abgelehnter Asylbewerber, sein Abschiebeverfahren wurde inzwischen eingeleitet.
Warum der Sex-Grapscher dann aber wieder auf freien Fuß kam, bleibt ein Rätsel. Zwar verfügt der Tatverdächtige über einen festen Wohnsitz, doch eine Wiederholungsgefahr dürfte bei ihm wohl kein Richter ausschließen können.
Doch so spazierte der Grinser später wieder durch die Stadt. Ob er jemals vor Gericht landet, ist unklar. Er könnte vorher straffrei abgeschoben werden.
(Über die Fiki-Fiki-Fachkraft berichtet express.de)

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer
Tübingen: Wegen des dringenden Verdachts der Vergewaltigung und der versuchten Vergewaltigung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung ermitteln die Staatsanwaltschaft Tübingen und das Kriminalkommissariat Tübingen gegen einen in Tübingen wohnhaften, 21-jährigen Asylbewerber aus Gambia. Ihm wird vorgeworfen, im Zeitraum zwischen Mai 2015 und Februar 2017 in Tübingen zwei vollendete und zwei versuchte Vergewaltigungen begangen zu haben, weshalb er nun seit Mittwoch in Untersuchungshaft sitzt.
Eine 35-jährige Frau hatte Anfang März 2017 bei der Polizei Anzeige erstattet, dass sie in den Abendstunden des 24.02.2017 in einer Tübinger Asylunterkunft von einem dunkelhäutigen Mann vergewaltigt worden sei. Nachdem sie sich zunächst freiwillig in dessen Wohnung begeben hatte, soll er schließlich gegen ihren Willen den Geschlechtsverkehr durchgeführt haben. Im Zuge der daraufhin eingeleiteten Ermittlungen ergab sich ein Tatverdacht gegen den 21-jährigen gambischen Staatsangehörigen. Mit Beschluss des Amtsgerichts Tübingen wurde am 13.03.2017 dessen Wohnung nach Spuren durchsucht. Außerdem wurde eine Speichelprobe erhoben. Der 21-Jährige selbst bestritt den Tatvorwurf der Vergewaltigung und gab an, es sei zu einem einvernehmlichen Geschlechtsverkehr gekommen. Am 04.07.2017 kam vom Kriminaltechnischen Institut des Landeskriminalamts Stuttgart die Mitteilung, dass ein DNA-Abgleich der Speichelprobe des 21-Jährigen mit Spuren einer vollendeten und einer versuchten Vergewaltigung im Jahre 2015 übereinstimmt und somit der Tatverdächtige auch als Spurenleger für diese Taten in Betracht kommt. Auch die von den damaligen Opfern abgegebene Täterbeschreibung passte auf den 21-Jährigen. Er wurde noch am selben Tag vorläufig festgenommen und am 05.07.2017 beim Amtsgericht Tübingen der Haftrichterin vorgeführt. Diese erließ den von der Staatsanwaltschaft Tübingen beantragten Haftbefehl und nahm den 21-Jährigen in Untersuchungshaft.
Wie bereits mit Pressemitteilungen im Jahr 2015 berichtet, soll der Beschuldigte in den frühen Morgenstunden des 01.05.2015 im Bereich des Lustnauer Tores eine 33-jährige Frau angesprochen und nach Hause begleitet haben. In der Wohnung der Geschädigten soll er als Gegenleistung den Geschlechtsverkehr verlangt haben, was die Frau ablehnte, woraufhin er sie bedrängt haben soll. Nach heftiger Gegenwehr habe er schließlich von ihr abgelassen und die Wohnung verlassen.
Am Morgen des 24.05.2015 hatte sich eine 33-Jährige auf dem Heimweg von der Tübinger Innenstadt in Richtung Lustnau befunden. Auf Höhe der Taxizentrale in der Wilhelmstraße soll ihr der Beschuldigte aufgelauert, sie in ein Gebüsch gezerrt und dort vergewaltigt haben.

In den frühen Morgenstunden des 11.10.2015 befand sich eine 22-Jährige auf dem Nachhauseweg in der Tübinger Innenstadt. Auf dem Weg durch den Botanischen Garten soll der Tatverdächtige plötzlich aus einem Gebüsch gekommen sein, sie am Hals gepackt und sie in ein Gebüsch gezerrt haben. Weil zwei Zeugen auf die Tat aufmerksam wurden, ließ der Beschuldigte von ihr ab und ergriff die Flucht.
Flensburg: Die Kriminalpolizei Flensburg hat die beiden sexuellen Übergriffe geklärt, die in den vergangenen zwei Wochen in Flensburg stattgefunden haben.
Am Sonntagmorgen (02.07.2017) wurde eine 23-jährige Frau gegen 03:20 Uhr in der Friedrich-Ebert-Straße bedrängt, in ein Gebüsch gezerrt und sexuell belästigt.
Bereits am Dienstag, den 20.06.2017 wurde eine 26-jährige Frau gegen 01:30 Uhr in der Süderfischerstraße überfallen und ebenfalls massiv sexuell bedrängt. Beide Frauen konnten die Angriffe durch erhebliche Gegenwehr beenden, der Tatverdächtige flüchtete unerkannt. Die Auswertung der Spurenlage an den beiden Tatorten und die intensive Ermittlungsarbeit führte die Beamten des Kommissariats 1 der BKI Flensburg zu einem 26-jährigen Mann, der am Dienstag festgenommen wurde. Es handelt sich um einen syrischen Asylbewerber, der seit März 2016 in Flensburg lebt. Ein DNA-Abgleich mit den vor Ort gesicherten Spuren erhärtete den Tatverdacht. Er wurde am Mittwochnachmittag auf Antrag der Staatsanwaltschaft Flensburg dem Ermittlungsrichter vorgeführt.
Dresden: Zwei Frauen wurden am Montagabend in Dresden von einem Unbekannten belästigt. Die Polizei bittet jetzt die Bevölkerung um Mithilfe. Gegen 17.45 Uhr war eine 30-Jährige auf der Krenkelstraße/Huttenstraße unterwegs. Ein Mann lief schon einige Zeit hinter ihr, als er sie plötzlich von hinten umfasste und ihr in die Brust kniff. Er flüchtete Richtung Dürerstraße. Wenige Minuten später, gegen 18.10 Uhr, schlug er erneut zu. Auf der Augsburger Straße kniff er einer 29-Jährigen in den Po. Als sie sich umdrehte, rannte der Mann davon. Die Frauen beschrieben den Unbekannten als sehr jung, zwischen 15 bis 20 Jahren, etwa 170 bis 180 Zentimeter groß und dünn. Er hatte dunklere Haut sowie dunkle Haare.
Paschin: Ein kleiner, dicker dunkelhäutiger Mann hat gestern an der Haltestelle Thurnharting eine 14-järige Schülerin sexuell belästigt. Die 14-Jährige aus Pasching fuhr am 30. Juni 2017, 11:40 Uhr, mit der Linzer Lokalbahn von Linz nach Pasching, wo sie bei der Haltestelle Thurnharting ausstieg. Beim Wartehaus der Sex-Täter und fragte das Mädchen anfänglich nur nach dem nächsten Zug.Doch dann begann der Sex-Täter die 14-Jährige zu umarmen und griff ihr dabei auf Gesäß und Brust. Das Mädchen konnte sich losreißen bevor schlimmeres passierte und flüchtete mit ihrem Fahrrad nach Pasching. Dort vertraute sie den Vorfall einer Bekannten an, ehe sie die Anzeige bei der Polizei erstattete. Die sofort eingeleitete Fahndung nach dem unbekannten Täter blieb bisher ohne Erfolg. Täterbeschreibung: Täter männlich, ca. 160 – 170 cm, ca. 35 – 40 Jahre alt, dicke Statur, unrasiert, dunkle Stimme mit ausländischem Akzent, lockige Haare, braune Augen, rundliches Gesicht. Trug T-Shirt mit mehreren, verschiedenen Blautönen.
Dresden: Er kam vor zwei Jahren nach Dresden. Ob der Syrer Mahmoud A. (22) bleiben darf, ist fraglich. Gleich reihenweise soll der Automechaniker in Dresden Frauen angefallen haben. Jetzt wird ihm der Prozess gemacht. Es begann laut Anklage im August 2016. Da soll Mahmoud A. einer Frau vor einer Neustadt-Kneipe unvermittelt an den Po gegriffen, ihr kurz darauf die Faust ins Gesicht geschlagen haben. Einen Monat später sei er nach einem Discobesuch an der Fritz-Reuter-Straße über eine Frau hergefallen, um sie zu vergewaltigen. Laut Anklage befreite sich das Opfer, als der Täter seine Hose auszog. Mahmoud behauptet dagegen über seinen Anwalt: „Sie hat mich zu Boden gerissen, saß auf mir, küsste mich, riss mir die Brusthaare raus." Anzeigen wolle er die Frau aber nicht. „Das sieht mein Mandant sportlich", so der Anwalt.
Eine Woche nach dem Vorfall kam der Syrer in U-Haft, wurde im Dezember entlassen und einen Tag später beim Klauen erwischt. Im Januar betatschte er in der Innenstadt eine Landsfrau, die ihn auf Arabisch davonjagte. „Er meinte das nicht entwürdigend", so sein Anwalt.
Drei Tage danach griff Mahmoud A. an der Königsbrücker Straße eine Frau morgens auf dem Heimweg an. Im Hausgang schlug er sie nieder, um sie zu vergewaltigen. Weil sie um Hilfe rief, rannte er davon. „Sie bezeichnete meinen Mandant als Dieb. Das wollte er aufklären", so der Anwalt.
Einen Tag später erkannte ihn die von ihm begrapschte Landsfrau im Supermarkt wieder und rief die Polizei. Seither sitzt Mahmoud A. wieder in U-Haft. Bei einem Urteil über zwei Jahren droht ihm die Abschiebung. Der Prozess wird fortgesetzt.
Augsburg: Die Kriminalpolizei hat die Sex-Attacke auf eine 22-jährige Joggerin am Lech aufgeklärt. Am Dienstagabend in der vorigen Woche hatte ein Mann die Studentin plötzlich von hinten angegriffen und versucht, sie zu vergewaltigen. Nun, am Freitagmorgen, erschienen Polizisten bei einer Firma in Zusmarshausen. Sie nahmen einen Logistikarbeiter fest, der dort über eine Leiharbeitsfirma beschäftigt war. Er hat die Tat inzwischen gestanden.
Bei dem Mann handelt es sich den Angaben zufolge um ein 23-Jährigen, der aus Afghanistan stammt. Er ist vor fünf Jahren nach Deutschland gekommen. Er reiste im Rahmen des Familiennachzugs ein. Das ist möglich, wenn ein naher Angehöriger bereits einen Aufenthaltstitel als Flüchtling besitzt.
Wiesbaden: Im Fall des unter Vergewaltigungsverdacht stehenden 51 Jahre alten Wiesbadener Taxifahrers ermittelt die Staatsanwaltschaft nach Informationen dieser Zeitung auch gegen dessen Sohn wegen des Verdachts von Sexualstraftaten. Der 28-Jährige arbeitet ebenfalls als Taxifahrer, und die ihm vorgeworfenen drei Fälle stehen alle im Zusammenhang mit Taxifahrten. Es geht um einen Fall von Ende Oktober 2016 in Erbenheim, betroffen war eine 18-Jährige. Ein zweiter Fall soll in der Nacht zum 1. Januar 2017 passiert sein, betroffen war eine 34-Jährige. Nach dem Besuch einer Gaststätte hatte die Frau gegen 3 Uhr ein Taxi bestellt. Auf dem Weg zum Fahrtziel Welschstraße soll der Taxifahrer verbal aufdringlich geworden sein. In der Schinkelstraße soll er dann das Auto gestoppt, sich über die auf dem Beifahrersitz sitzende Frau gebeugt, sie unsittlich berührt und versucht haben, sie zu küssen. Sie habe deutlich zu verstehen gegeben, dass er das sofort unterlassen solle. Der Frau gelang es, den nahen Hauseingang ihrer Wohnung zu erreichen. Der dritte Fall soll Ende März 2017 in Nordenstadt passiert sein, betroffen war eine 17-Jährige. … Der 51-jährige Vater sitzt seit dem 19. Mai in Untersuchungshaft, er war am Tag zuvor festgenommen worden. Die Fahrerlaubnisbehörde arbeitet aktuell daran, ihm den P-Schein zu entziehen. Festgenommen wurde er, weil er in der Nacht zum 6. Mai bei Erbenheim eine US-Soldatin auf der Fahrt in die Lucius D. Clay Kaserne vergewaltigt haben soll. Er soll dabei die Alkoholisierung der Frau ausgenutzt haben. Die Frau hatte die Diskothek „Europalace" besucht und sich eine der dort auf Kundschaft wartenden Taxen genommen. Nach Schilderung der Frau habe der Fahrer seine Zudringlichkeiten immer mehr gesteigert, dann das Auto in einer dunklen Ecke gestoppt. Der P-Schein war dem Mann erstmals 2006 erteilt worden und dann zwei Mal für je fünf Jahre verlängert worden. Der Mann, ein Deutscher mit marokkanischen Wurzeln, war im November 2015 vom Landgericht Wiesbaden rechtskräftig zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten verurteilt worden. Er war im Oktober 2013 nachts in der Fritz-Kalle-Straße als Taxifahrer sexuell übergriffig geworden.
Stuttgart-Bad Cannstatt: Ein bislang unbekannter Exhibitionist hat am Mittwoch (31.05.2017) in der Andreästraße eine 27 Jahre alte Frau belästigt. Die 27-jährige Fußgängerin war gegen 07.00 Uhr auf dem Weg zur Arbeit, als sie auf der gegenüberliegenden Straßenseite einen Mann mit heruntergelassener Hose sah, der offenbar onanierte. Zudem hatte er eine Puppe dabei. Der Mann soll zirka 25 Jahre alt und 170 Zentimeter groß sein. Er hat eine dunkle Hautfarbe, ein schmales Gesicht, sehr kurz geschorene dunkle Haare und trug ein weißes T-Shirt sowie eine rote Hose.

Gruppe lauerte Opfer auf Frankfurt: 27-Jähriger durch Messerstich lebensgefährlich verletzt

pi-news.net/frankfurt-27-jaehriger-durch-messerstich-lebensgefaehrlich-verletzt/
11.7.2017

In der Nacht von Sonntag auf Montag (10. Juli 2017) attackierte eine größere Personengruppe einen jungen Mann am Gravensteiner Platz in Fraankfurt und verletzte ihn mit einem Messer. Gegen 01.20 Uhr fuhr der Geschädigte mit der Straßenbahnlinie der Linie 18 aus der Innenstadt zur Endhaltestelle Gravensteiner Platz. Als er ausstieg, lauerten scheinbar fünf bis acht Männer ihm auf. Sogleich ging die Gruppe auf ihn los. Der tätliche Angriff eskalierte, als einer der Peiniger ein Messer zückte und auf das 27-jährige Opfer einstach. Dieser erlitt Stichverletzungen am Oberarm, an der Brust sowie am Rücken und wurde dadurch

lebensgefährlich verletzt. Er musste noch in der Nacht intensivmedizinisch betreut und notoperiert werden.
Die Täter konnten unerkannt flüchten. Bislang sind die Hintergründe der Tat noch völlig unklar. Die Polizei fahndet in diesem Zusammenhang nach den Tätern und dem Messerstecher: Männlich, ca. 20 – 25 Jahre alt, ca. 1,70 m groß, südländisches Erscheinungsbild kurze, dunkle Haare, Vollbart, bekleidet mit einem grauen T-Shirt, einer Umhängetasche mit Trageriemen, der quer über die Brust lief und führte ein kurzes Messer mit einer Klingenlänge von rund 12-14 cm mit sich.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen" der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Wiesbaden: Heute Morgen kam es in der Schwalbacher Straße zu einer Auseinandersetzung zwischen einer 18-jährigen Wiesbadenerin und einem unbekannten, jungen Mann. Hierbei soll die 18-Jährige, eigenen Angaben zufolge, mit dem Kopf gegen eine Hauswand geschlagen worden sein. Nach dem Übergriff, welcher um 05:45 Uhr stattfand, flüchteten der Täter und mehrere Begleiter in Richtung Rheinstraße. Der Angreifer soll circa 22 Jahre alt, circa 1,75 Meter groß und von hagerer Gestalt sein. Er habe schwarze Haare, einen schwarzen Kinnbart und ein schmales Gesicht. Er habe dunkle Kleidung getragen. Nach Angaben der 18-Jährigen habe der Täter ein „südländisches" Erscheinungsbild gehabt.
Wels-Land: Ein 15-jähriger, wegen früherer Gewaltdelikte bereits amtsbekannter und einschlägig vorbestrafter Asylberechtigter aus dem Bezirk Wels-Land wird beschuldigt, im Zeitraum von 11. Juni 2017 bis 2. Juli 2017 im Raum Stadl-Paura und Lambach drei Körperverletzungen zum Nachteil von einem 20-Jährigen, einem 26-Jährigen und einem 16-Jährigen begangen zu haben, wobei diesen von dem Verdächtigen immer gezielt und unter erheblicher Gewalt- bzw. Kraftanwendung mit der Faust ins Gesicht bzw. auf den Kopf geschlagen wurde. Bei keiner der drei Taten konnte ein verständliches oder sonst ernst zu nehmendes Motiv bzw. kein nachvollziehbarer Beweggrund erkannt werden. Durch die Faustschläge erlitten die Opfer Rissquetschwunden und Prellungen und mussten teils medizinisch/ärztlich behandelt werden. Aufgrund der Vorfälle wurde am 6. Juli 2017 von der Staatsanwaltschaft Wels aufgrund gerichtlicher Bewilligung die Festnahme des Burschen angeordnet. Der Beschuldigte konnte von Polizisten in seiner Unterkunft widerstandslos festgenommen und in die Justizanstalt Wels eingeliefert werden. Er verweigerte die Aussage.
Bietigheim-Bissingen: Eine unangenehme Begegnung musste eine 21 Jahre alte Frau am Dienstag gegen 19.20 Uhr im Bereich des Krankenhauses Bietigheim-Bissingen machen. Als sie sich zu Fuß auf dem Weg vom Parkhaus in Richtung des Eingangs befand, stoppte auf Höhe der Zufahrt zur Notfallpraxis ein bislang unbekannter Radfahrer neben ihr. Der Mann hielt sie am Oberarm fest, machte eine abfällige Bemerkung hinsichtlich ihrer Kleidung und beleidigte die Frau. Die 21-Jährige flüchtete sich hierauf in das Krankenhaus, von wo aus die Polizei alarmiert wurde. Der bislang unbekannte Täter, der mit einem silbernen Herrenfahrrad unterwegs war, soll zwischen 30 und 40 Jahren alt und 180 bis 185 cm groß sein. Er hat schwarze Haare, einen dunkleren Teint und eine normale Figur.
Gießen: Offenbar aus nichtigem Anlass hat ein etwa 40 Jahre alter Mann ein 11 – jähriges Kind mehrmals mit der Faust und der flachen Hand ins Gesicht geschlagen. Der Mann hatte sich am Freitag, gegen 07.00 Uhr, im Bereich der Bushalttestelle Berliner Platz aufgehalten und dabei plötzlich grundlos zugeschlagen. Der Mann soll kräftig und etwa 175 Zentimeter groß sein. Er soll eine dunklere Hautfarbe und eine auffällig große Nase haben. Gegenüber Zeugen machte die Person offenbar einen verwirrten Eindruck.
Zwickau: Höllische Schlägerei im Muldeparadies. Rund 20 syrische Jugendliche gingen am frühen Abend mit Flaschen und Zaunlatten aufeinander los. Am Ende kamen zwei Verletzte ins Krankenhaus. Anlass für den Zoff war angeblich eine Beleidigung bei Facebook. Sarah Pape (17) war Augenzeugin der Schlägerei. Aus ihrer Sicht war alles noch schlimmer, als von

der Polizei geschildert: „Das waren am Ende 50 junge Ausländer am Rondell. Erst waren sie ganz entspannt, bis jemand eine Beleidigung gegen eine Familie ausstieß. Dann gab es Stress.“
Die ganze Gruppe sei auf einen Jugendlichen losgegangen. „Einer schlug mit einer Kette zu, zwei hauten ihm Flaschen auf den Kopf. Dann mischten sich viele weitere Syrer ein. Es war eine richtige Massenschlägerei. Als die Polizei kam, waren aber alle schnell weg.“ Kevin Bundt (18) kann die Schilderung bestätigen: „Die verprügelten sich sogar mit Zaunlatten. Das war heftig.“ Minuten später kamen fünf Syrer (16 bis 21) zur Polizei, wollten über die Schlägerei berichten. Zwei von ihnen waren so heftig am Oberkörper verletzt, dass die Beamten Krankenwagen für einen Transport in die Klinik riefen.
Bochum: Bei einer Messerstecherei in Bochum sind drei Männer schwer verletzt worden. Der Streit eskalierte am Sonntag abend vor einem Fitneßstudio. Die zunächst verbale Auseinandersetzung zwischen etwa zwanzig Personen eskalierte, als rund zehn von ihnen plötzlich Messer zückten und aufeinander losgingen. Vier Männer, unter ihnen ein Minderjähriger, wurden verletzt, drei davon schwer, teilte die Polizei mit. Lebensgefahr bestehe jedoch nicht. Laut JF-Informationen handelt es sich bei den Kontrahenten um zumeist türkischstämmige Männer, von denen einige die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die Polizei nahm drei Personen fest und stellte zwei Messer sicher. Eine Mordkommission hat die Ermittlungen übernommen.
Frankenthal: Am 05.07.2017 kam es in den frühen Morgenstunden in der Asylunterkunft auf dem Festplatz zu lautstarken Unmutsbekundungen über die Unterbringungssituation vor Ort durch eine knapp 20-köpfige Personengruppe. Hierzu schleiften die Personen Matratzen aus den Betten und legten sie vor der Zufahrt ab. Außerdem wurden die Feuermelder betätigt. Der Sicherheitsdienst, der rund um die Uhr vor Ort ist, verständigte daraufhin die Polizei und die Feuerwehr. Da die Stimmung der Bewohner sehr gereizt war und auch ein aggressiverer Verlauf nicht ausgeschlossen werden konnte, wurden bis zu dreißig Polizeikräfte herangeführt. Schließlich konnten die Bewohner im Dialog davon überzeugt werden, ihren Forderungen ausschließlich mit friedlichen Mitteln Nachdruck zu verleihen, so dass die Örtlichkeit gegen halb drei wieder verlassen werden konnte.
VS-Villingen: Am Mittwoch, gegen 21.25 Uhr, ist es in der Asylbewerberunterkunft in der Kirnacher Straße zu einem Streit zwischen Flüchtlingen und dem eingesetzten Sicherheitspersonal gekommen. Das Sicherheitspersonal kontrollierte zwei Bewohner beim Betreten des Areals wobei es zu einem Streitgespräch kam. In der Folge solidarisierten sich etwa 20 weitere afrikanische Landsleute und attackierten das Wachpersonal. Bei dem Gerangel wurden mehrere Personen leicht verletzt. Der Rädelsführer wurde von der Polizei in Gewahrsam genommen.
Pirna: Auf dem Pirnaer Sonnenstein gab es am späten Dienstagabend eine Auseinandersetzung zwischen mehreren Asylbewerbern. Anwohner alarmierten die Polizei gegen 22.25 Uhr und meldeten eine Schlägerei zwischen etwa 20 Personen an der Remscheider Straße. Die herbeigeeilten Ordnungshüter konnten jedoch im Umfeld des Spielplatzes nur vier Personen aus Afghanistan feststellen, darunter einen 17-Jährigen mit Stichverletzungen am Bein und einen 22-Jährigen, der ein mögliches Tatwerkzeug bei sich führte. Da diese beiden Männer deutlich alkoholisiert waren – die gemessenen Atemalkoholwerte betrugen 1,5 bzw. 1,72 Promille – seien Blutentnahmen veranlasst worden, so die Polizei. Diese ermittelt nun wegen gefährlicher Körperverletzung. Im Zuge des Einsatzes wurden die Beamten zudem auf einen beschädigten Pkw aufmerksam gemacht, der am Straßenrand parkte. Deshalb werde zudem wegen Sachbeschädigung ermittelt.
Koblenz: Ein gewaltsamer Streit zwischen zwei großen Gruppen hält die Polizei in Koblenz seit dem Wochenende in Atem. Am Samstagabend waren 60 Menschen auf einem Sportplatz aufeinander losgegangen, wie Polizeisprecher Uli Hoppen berichtete. Bei der Massenschlägerei im Stadtteil Asterstein wurden auch Messer gezogen. Ein Mann musste

schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden und wurde dort stationär aufgenommen. Die Polizei löste das Treffen auf und verhinderte weitere Auseinandersetzungen in der Nacht. Die beiden jeweils rund 30 Mitglieder starken Gruppen verabredeten sich jedoch für Sonntagmittag vor dem Schloss in der Innenstadt erneut. Ein Großeinsatz der Polizei verhinderte das Aufeinandertreffen. Sie erteilte rund 50 Platzverweise und brachte mehrere Menschen in ihre Stadtteile zurück. Auf der Rheinbrücke kam es wegen eines Kontrollpostens der Polizei zu Verkehrsbehinderungen. „Alle verfügbaren Kräfte waren im Einsatz“, sagte Hoppen. Dazu gehörten auch Polizeihubschrauber. Die Polizei beschreibt die eine Gruppe als Nichtdeutsche verschiedener Nationalitäten aus Koblenz und Umgebung. Die andere Gruppe soll ein Familienclan aus Koblenz sein, zu der auch der am Samstagabend Verletzte gehört. Die Altersspanne der Streitenden sei groß, vom Jugendlichen bis zu Männern Mitte 40. Das Motiv der Auseinandersetzungen sei möglicherweise im privaten Bereich zu suchen. Sicher sei dies aber noch nicht.

Wolfen: Zu einer Schlägerei mit etwa zehn beteiligten Personen ist es am Montagabend in der Dessauer Allee in Wolfen gekommen. Gegen 17.30 Uhr ist die Polizei zu dem dort befindlichen Einkaufsmarkt gerufen worden. Die Beamten rückten mit mehreren Einsatzfahrzeugen an. Vor Ort schlugen die Beteiligten mit Stöcken, Latten und einem Fahrradschloss aufeinander ein. Eine Person wurde bei der Schlägerei schwer verletzt und musste ins Gesundheitszentrum verbracht werden, fünf weitere Personen wurden leicht verletzt. Laut Polizei seien die Personen vorrangig syrischer Herkunft gewesen. Gegen alle Beteiligten wurde ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Was Auslöser des Streits war, ist bislang noch unklar.

Weiden: Ein 23-jähriger Iraner verletzte sich am Mittwochabend selbst, als er in seinem Zimmer mit der Faust gegen einen Spiegel schlug. Hierbei zog er sich eine stark blutenden Wunde zu. Ein Rettungswagen begab sich zur Erstversorgung des Verletzten in die Weidner Asylunterkunft. Mit der Versorgung seiner Verletzung war der 23-jährige Mann jedoch nicht einverstanden. Gegenüber den Rettungssanitätern verhielt er sich aggressiv und griff sie an. Gegen 18:50 Uhr begaben sich dann verständigte Beamte der Polizeiinspektion Weiden zur Unterkunft. In einem Waschraum trafen die Beamten auf den 23-Jährigen. Er blutete immer noch stark aus seiner Wunde. Als er den Waschraum verließ, griff er die Rettungssanitäter an. Dies unterbanden die Polizeibeamten und brachten den 23-Jährigen im Flur zu Boden. Während sie den sich massiv wehrenden Iraner fixierten, versammelten sich etwa zehn weitere Bewohner der Unterkunft um sie herum. Rasch wuchs diese Gruppe auf ca. 20 Personen an. Die Gemütsstimmung innerhalb der Gruppe war schwankend und teils aggressiv. Erst nachdem eine weitere Polizeistreife eintraf, gelang es den Polizeibeamten den 23-Jährigen zu fesseln. Im gefesselten Zustand trat er nach einem Beamten, traf ihn glücklicherweise jedoch nicht. Ein Angehöriger der Personengruppe, ein 25-jähriger Iraner, griff unvermittelt einen Rettungssanitäter an und schlug nach ihm. Durch Schläge mit der Hand verletzte er den Sanitäter am Arm und im Brustbereich. Ein Fußtritt traf den Sanitäter am Oberschenkel. Polizeibeamte der Zivilen Einsatzgruppe Weiden brachten schließlich auch den 25-Jährigen zu Boden und fesselten ihn.

VS-Villingen: Am Mittwoch ist es in der Färberstraße zu einer Auseinandersetzung von zwei Personengruppen gekommen. Nach bisherigen Ermittlungen trafen gegen 18.45 Uhr mehrere Männer kosovarischer Abstammung, im Alter zwischen 25 und 30 Jahren, auf eine Dreier-Gruppe türkischstämmiger Personen. Die Männer, von denen fünf namentlich bekannt sind, schlugen sofort mit Baseballschlägern auf die Dreier-Gruppe ein. Bei der Auseinandersetzung erlitt ein 27-jähriger Kosovare mehrere Schnittverletzungen und einen Messerstich in den Bauch. Das Opfer musste mit schweren, aber nicht lebensgefährlichen, Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Tat steht in Zusammenhang mit einer Körperverletzung am Mittwoch, gegen 00.45 Uhr, in der Mozartstraße in Schwenningen. Dort soll die Dreier-Gruppe mit einem Baseballschläger auf einen 23-jährigen Mann eingeschlagen haben, der

anschließend mit Prellungen und Knochenbrüchen ins Krankenhaus gebracht werden musste. Die Kriminalpolizei Villingen hat ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Die Ermittlungen zur Tat und den genauen Hintergründen dauern derzeit an.

Vergewaltigungsversuch am helllichten Tag Rapefugee reisst Frau von Fahrrad

pi-news.net/rapefugee-reisst-frau-von-fahrrad/
11.7.2017

Braunschweig: Nur das beherzte Eingreifen einer Arbeitskollegin und zweier Männer verhinderte am Samstagvormittag eine Vergewaltigung. Wie die Polizei berichtet, fuhren eine 37-jährige Frau und ihre Kollegin (49) mit dem Fahrrad auf dem Steinriedendamm in Richtung Boeselagerstraße zur Arbeit. Ein 28-jähriger Mann, der ihnen zu Fuß entgegenkam, riss die jüngere Frau plötzlich vom Fahrrad. Er brachte sie gewaltsam zu Boden, zog seine Hose runter und legte sich mit entblößtem Glied auf sie.

„Beide Frauen riefen laut um Hilfe, und die 49-Jährige versuchte, den Mann zur Seite zu ziehen“, berichtet Polizeisprecher Stefan Weinmeister. Glücklicherweise waren in diesem Moment drei Männer mit dem Auto auf dem Steinriedendamm unterwegs. Sie hielten an, und zwei von ihnen eilten den Frauen sofort zu Hilfe. Die Männer im Alter von 56 bis 60 Jahren hielten den Tatverdächtigen bis zum Eintreffen der Polizei fest.

Laut der Polizei erlitt das 37-jährige Opfer bei dem Überfall eine schwere Fußverletzung sowie eine Schädelprellung. Die Frau wurde mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht, wo sie stationär verblieb.

Der 28-jährige Beschuldigte gestand die Tat bei der Polizei. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig beantragte umgehend den Erlass eines Untersuchungshaftbefehles, den eine Richterin am Amtsgericht Braunschweig am Sonntagvormittag erließ. Auf Nachfrage der Braunschweiger Zeitung sagte Pressesprecher Weinmeister, dass es sich um einen Asylbewerber aus der Landesaufnahmebehörde an der Boeselagerstraße handelt.

(In der Pressemitteilung der Polizei wird der Fiki-Fiki-Hintergrund des Täters übrigens nicht erwähnt)

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

Wels: Drei unbekannte Täter sind verdächtig, am 7. Juli 2017 um 12:16 Uhr eine 30-Jährige aus Wels in Wels in der Ringstraße in der dortigen Fußgängerzone sexuell genötigt zu haben, indem die Täter die Frau von hinten festhielten und sie mehrmals unsittlich angegriffen

haben. Die Täter sprachen während der Tat in einer fremden Sprache miteinander. Ein Passant, der offensichtlich dies beobachtete, nahm verbal Kontakt auf, sodass die drei Männer vom Opfer abließen und in westlicher Richtung der Ringstraße flüchteten. Eine Sofortfahndung nach den Tätern verlief negativ. Täterbeschreibung: Täter 1: ca. Ende 20, ca. 190 cm groß, schlank, Vollbart, braune Haare, dunkler Teint, Baseballkappe umgedreht getragen
Täter 2: ca. 21-24 Jahre alt, ca. 175 cm groß, schlank, kurzer Stoppelbart, braune kurze Haare, dunkler Teint. Täter 3: ca. 21- 24 Jahre alt, ca. 175 cm groß, schlank, dichte Bartstoppeln, braune kurze Haare, dunkler Teint.
Karlsruhe: Eine 15-Jährige und ihr 17-jähriger Begleiter waren Mittwochnacht mit der Straßenbahn von Ettlingen nach Marxzell unterwegs. In der Bahn wurde die 15-Jährige von dem 35-jährigen Somalier mehrfach zum Sex mit ihm aufgefordert, was diese vehement verneinte. Die Jugendlichen stiegen gegen 23.45 Uhr an der Haltestelle Marxzell aus und der 35-Jährige folgte den beiden. Zunächst zerschlug er eine Glasflasche am Boden und verletzte sich damit selbst am Kopf. Anschließend ging er mit der abgebrochenen Glasflasche auf die Jugendlichen zu und verletzte beide. Durch hinzueilende Zeugen konnte der Angreifer bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten werden. Dem erheblich alkoholisierten Aggressor mussten Handschließen angelegt werden. Die Jugendlichen wurden nach ambulanter Behandlung nach Hause gebracht. Der Somalier musste ebenfalls in einem Krankenhaus behandelt werden.
Delitzsch: Am Sonntagabend wurde ein Mädchen (15) Opfer sexueller Belästigung: Ein Mann versuchte zunächst, sie zu küssen und griff ihr dann von hinten in den Schritt! Die 15-Jährige war gegen 22 Uhr mit einer Freundin (ebenfalls 15) auf dem Fahrrad durch die Unterführung in der Dübener Straße unterwegs. Dabei bemerkten die Teenies, dass sie von drei männlichen Personen verfolgt wurden. Einer der Männer verwickelte das Mädchen in ein Gespräch und wollte ihr am Ende der Unterführung zum Abschied die Hand geben. Als die Jugendliche zögerte, ergriff der Unbekannte ihre Hand und zog sie zu sich heran. Dabei versuchte er auch noch, sie zu küssen. Die 15-Jährige wehrte sich, riss sich los und lief ein paar Schritte davon. Der Mann aber näherte sich ihr nochmals, diesmal fasste er den Mädchen von hinten in den Schritt. Danach ließ er von dem Teenie ab und haute mit seinen Begleitern ab. Die Freundinnen begaben sich nach dem Vorfall zu einem naheliegenden Grundstück und vertrauten sich dem Eigentümer an. Dieser alarmierte umgehend die Polizei. Die Mädchen beschrieben den Mann wie folgt: ca. 20 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, pakistanischer Abstammung.
Neckartailfingen: Nach Zeugen und Hinweisen zu einem Fall von sexueller Belästigung, der sich am Dienstag am Aileswasensee (Kreis Esslingen) ereignet hat, aber erst am Donnerstag angezeigt wurde, sucht das Polizeirevier Nürtingen. Wie die Beamten berichten, hielt sich eine 47-jährige Frau zwischen 18.30 Uhr und 20.40 Uhr im FKK-Bereich des Aileswasensees auf. Während dieser Zeit wies sie mehrfach einen Unbekannten ab, der sie zu sexuellen Handlungen aufforderte und ständig belästigte. Als die Frau zu ihrem Wagen ging, folgte ihr der Mann, zog seine Hose herunter, setzte sich auf den Beifahrersitz und onanierte. Danach stieg er aus und entfernte sich. Wie sich herausstellte, war der Mann bereits zuvor im Bereich der Männertoilette aufgefallen. Hier wusch er seine Badetasche aus, wobei er offensichtlich Kontakt zu anderen Badegästen suchte. Der Unbekannte wird als etwa 50 Jahre alt, 1,80 bis 1,85 Meter groß und mit extrem gebräunter Haut beschrieben.
Bonn: In den Nachtstunden zum 06.07.2017 wurde ein 13-Jähriger in Bonn-Friesdorf von einem noch unbekannten Mann attackiert: Der Jugendliche war gegen 00:00 Uhr auf der Bonner Straße zu Fuß unterwegs, als er in Höhe eines Supermarktes von einem ihm unbekannten Mann angesprochen wurde. Der Unbekannte bot ihm an, ihn auf seinem Fahrrad mitzunehmen. Der 13-Jährige willigte ein und fuhr dann auf dem Rad des Unbekannten mit in Richtung Friesdorf. Nach den bisherigen Ermittlungen attackierte der Unbekannte den Jungen

schließlich gegen 00:30 Uhr im Bereich der Straße „Im Bachele“, nachdem er zuvor angehalten hatte. Der Mann schlug den 13-Jährigen und attackierte ihn nach dem derzeitigen Ermittlungsstand auch sexuell. Der Junge rief zunächst um Hilfe und konnte dann vom Ort des Geschehens weglaufen – er lief nach Hause und alarmierte zusammen mit seinen Eltern die Polizei. Eine Funkstreifenwagenbesatzung traf schon kurze Zeit später ein, da auch mehrere Zeugen aufgrund der Hilferufe des Jungen die Polizei über Notruf alarmiert hatten. Im Zuge der sofort eingeleiteten Fahndungs- und Ermittlungsmaßnahmen konnte der in Richtung Dottendorf davongefahrene Täter noch nicht festgenommen werden – zu ihm liegen derzeit folgende Beschreibungsmerkmale vor: ca. 40 Jahre alt 170-180 cm groß pummelige Statur kurze, dunkle Haare südländischer Typ.

Esslingen: Die Polizei sucht Zeugen und Hinweise zu einersexueller Belästigung, die sich bereits am Sonntagmorgen in der Inselstraße am Neckarufer in Esslingen ereignet hat, aber erst jetzt angezeigt wurde: Wie die Beamten berichten, saß eine 22-jährige Frau am Sonntag gegen 8.30 Uhr am Neckarufer, als sich ein unbekannter junger Mann unweit von ihr auf die Treppen bei den Eishallen setzte. Kurz darauf stand der Unbekannte auf, lief zu einem Gebüsch und winkte die Frau zu sich her. Die 22-Jährige packte daraufhin ihre Sachen und wollte zu ihrem Fahrrad gehen. Laut Polizei stellte sich ihr der Mann daraufhin mit heruntergelassener Hose und erigiertem Glied in den Weg und sprach sie an. Die Frau wollte mit ihrem Fahrrad flüchten. Daraufhin hielt der Exhibitionist den Korb ihres Fahrrads fest und griff die Frau an. Erst als die 22-Jährige lautstark um Hilfe rief, ließ er von ihr ab, so dass sie flüchten konnte. Der Unbekannte ist schätzungsweise etwa 17 Jahre alt. Er wird als dunkelhäutig und von jugendlichem Aussehen beschrieben. Der junge Mann ist etwa 1,75 Meter groß und schlank. Er spricht gut Deutsch und war mit einer blauen, kurzen Trikothose und einem hellen T-Shirt bekleidet

Ebersberg: Nach intensiven Ermittlungen konnten aufmerksame Beamte der Polizeiinspektion Ebersberg einen Nigerianer am Bahnhof in Ebersberg festnehmen. Er steht im Verdacht, vier Frauen überfallen zu haben. Der 20-jährige abgelehnte Asylbewerber aus Ebersberg steht im dringenden Verdacht, insgesamt vier junge Frauen im Alter zwischen 20 und 33 Jahren auf ihrem Nachhauseweg von der S-Bahn überfallen zu haben. Die Taten ereigneten sich im Zeitraum von 11. Juni bis 1. Juli 2017 jeweils nach Mitternacht. Die Tatorte lagen zwei Mal in Poing und je ein Mal in Kirchseeon und Altenerding. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass der Mann für einen weiteren Raub in Feldkirchen verantwortlich sein könnte. Mit einem Messer bewaffnet raubte der 20-Jährige bei allen Taten die teilweise hochwertigen Mobiltelefone der Frauen, in einem Fall auch einen kleineren Bargeldbetrag. In zwei Fällen kam es während der Raubhandlung zudem zu versuchten sexuellen Übergriffen. Der Beschuldigte wurde am Dienstag dem Haftrichter vorgeführt, der gegen den Tatverdächtigen die Untersuchungshaft anordnete. Er wurde daraufhin in eine bayerische Haftanstalt überstellt. Die weiteren Ermittlungen der Kripo dauern an.

Ludwigsburg: Die Polizei ermittelt seit Donnerstagmorgen gegen einen Unbekannten, der sich kurz nach 6.00 Uhr auf einem Fußweg in Verlängerung der Straße „Schweizermühle“ Richtung Bahnhof entblößte. Der Täter sprach eine 55-Jährige an, die vor ihm her ging. Als sich die Frau umdrehte, hatte der Täter seine Hose herunter gelassen. Bei dem Unbekannten handelt es sich um einen etwa 175 cm großen, schlanken Mann mit dunklen Haaren. Er ist etwa 25 Jahre alt und ein südländischer Typ.

Gütersloh: Am Dienstagabend (04.07., 18.00 Uhr) ist eine Joggerin am Spiekergarten an der Lutter entlang gelaufen. Ein ihr entgegenkommender Mann sprach sie an. Die Joggerin lief weiter. Anschließend konnte sie sehen, dass der Mann sich am Weg auf eine Bank gesetzt hat und sich ihr in schamverletzender Weise zeigte.Der Mann konnte durch die Frau wie folgt beschrieben werden: Ca. 18-25 Jahre alt, 180 cm groß, schwarze und leicht lockige Haare, wenig Deutschkenntnisse und südländisches Aussehen. Zudem trug er einen schwarzen Sportanzug mit weißer Schrift.

Gesammelte "Facharbeiten" Hersfeld: Vergewaltigungsversuch an 76-Jähriger

pi-news.net/hersfeld-vergewaltigungsversuch-an-76-jaehriger/

15.7.2017

Bad Hersfeld: Eine 76-jährige Seniorin hat bei der Polizei angezeigt, dass sie am Mittwoch (12.7.), gegen 16.45 Uhr, in der Unterführung Peterstor von einem unbekannten Mann überfallen wurde. Nach ihren Angaben näherte sich der Täter von hinten an und stieß sie zu Boden. Danach fasste er ihr in die Hose und versuchte sie im Intimbereich zu berühren. Als sie sich wehrte und ihn mit ihrem Schirm bedrohte, ließ er von ihr ab und flüchtete durch die Unterführung in Richtung Reichsstraße. Die Geschädigte erlitt Abschürfungen und Prellungen. Der Täter war etwa 25 Jahre alt, 170-175 Zentmeter groß und von normaler Statur. Er wird als südländischer Typ beschrieben, hatte schwarze, mittellange, wellige Haare und war dunkel gekleidet.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

Hamburg: Tatzeit: 10.07.2017, 03:45 Uhr Tatort: Hamburg-Altstadt, Jakobikirchhof. Die Polizei fahndet nach einem bislang unbekannten Mann, der am frühen Montagmorgen eine 22-Jährige überfallen und sexuelle Handlungen an dieser vorgenommen haben soll. In diesem Zusammenhang wird auch ein Zeuge gesucht, der sich „Junus“ nannte und die Geschädigte nach Hause gefahren haben soll. Das LKA 42 hat die weiteren Ermittlungen übernommen. Die Geschädigte befand sich nach einer Feier am Hühnerposten zu Fuß auf dem Weg nach Hause. Sie bemerkte nun einen Mann, der sie offensichtlich verfolgte. Im Jakobikirchhof kam es dann zu einem sexuellen Übergriff durch diesen Mann. Der Täter stieß die 22-Jährige zu Boden und nahm sexuelle Handlungen an der Geschädigten vor. Die Geschädigte wehrte sich, woraufhin der Mann schließlich von ihr abließ und in Richtung Hauptbahnhof flüchtete. Nach der Tat hielt ein Fahrzeug neben der jungen Frau. Der Fahrer des Fahrzeuges stellte sich als „Junus“ vor und bot der Geschädigten an, sie nach Hause zu fahren. Die 22-Jährige berichtete „Junus“ von dem Übergriff und wurde anschließend von diesem nach Hause gefahren. Der Täter kann wie folgt beschrieben werden: männlich, südländisches Erscheinungsbild, 170-175 cm groß, 20-30 Jahre alt.
Mönchengladbach: Wie jetzt erst bekannt wurde, kam es bereits am 01.07.2017 auf der Donker Straße in Höhe der Grunewaldstraße zu einer versuchten Vergewaltigung zum Nachteil einer 30jährigen Mönchengladbacherin. Die Tat geschah nach der Veranstaltung „Mönchengladbach Ole“, die auch von dem späteren Opfer besucht wurde. Gemeinsam mit einer Freundin nahm die Geschädigte nach der Veranstaltung ein Taxi. Während die Freundin bereits früher ausstieg, ließ sich die Geschädigte bis zum Wendehammer der Donker Straße fahren und stieg dort aus, um den restlichen Heimweg zu Fuß zu gehen. Es war etwa 23:00 Uhr, als die Frau bemerkte, dass sie offensichtlich von einem Mann verfolgt wurde. Aus Angst ging sie daraufhin schneller, stolperte aber und fiel zu Boden. Der die Frau verfolgende Unbekannte griff sein Opfer daraufhin sofort an, sprang der am Boden Liegenden in den Rücken und riss ihr an den Haaren. Die Frau setzte sich daraufhin unter anderem mit Bissen zur Wehr, schrie laut und kratzte den Unbekannten im Gesicht, sodass dieser durch diese Abwehrhandlungen möglicherweise sichtbare Verletzungen davontrug. Als dann noch Hunde auf einem nahen Grundstück anschlugen und anscheinend näher kamen, ließ der Unbekannte von seinem Opfer ab und lief über die Donker Straße davon. Die durch die körperliche Attacke leicht verletzte 30-Jährige selbst flüchtete in Richtung Grunewaldstraße vom Ort. Der Unbekannte ist etwa 180-185 cm groß und 30 bis 40 Jahre alt. Er trug vermutlich ein dunkles Kapuzenshirt, hat kurze dunkle Haare und sprach nur gebrochenes Deutsch.
Hannover: Im Gerichtssaal hält er sich eine Mappe vor sein Gesicht, will nicht erkannt werden. Aus gutem Grund: Naji N. (27) soll eine Frau (22) fast zwei Stunden misshandelt und vergewaltigt haben. Sie war im siebten Monat mit Zwillingen schwanger! Jetzt begann der Prozess gegen den mutmaßlichen Vergewaltiger vor dem Landgericht Hannover. Laut Anklage hatte derpolizeibekannte Asylbewerber aus Marokko (u.a. Körperverletzungen, besitzt mehrere Alias-Identitäten) im Sommer 2015 die werdende Mutter gegen 3.20 Uhr am Ihmezentrum abgefangen. Kathrin P. (Name geändert) war auf dem Weg zur ihrer Wohnung im Ihmezentrum, als ihr von hinten auf den Kopf geschlagen wurde. Naji N. soll sie dann zum Fahrstuhl geschleift haben, wo er weiter auf sie einprügelte. Dann machte er sich in einer Ecke neben dem Fahrstuhl über sein Opfer her. Zwischendurch veranstaltete er angeblich Machtspielchen mit der Schwangeren, streichelte ihr zynisch über den Baby-Bauch. Dann drehte er sie um, um sie erneut zu vergewaltigen. Mit letzter Kraft wehrte sich die Frau gegen ihren Peiniger, befreite sich mit Tritten.
Olsberg: In den vergangenen Wochen kam es in Olsberg zu mehreren Übergriffen auf Frauen (wir berichteten). Der Polizei sind bislang insgesamt fünf Taten gemeldet worden. Zu den Übergriffen kam es am 1. Montag, 03.04.2017 22:56-23:10 Uhr, an der Stadionstraße in Bigge, 2. Sonntag, 25.06.2017, 23:50 Uhr, an der Sachsenecke in Olsberg, 3. Montag, 26.06.2017, 23:30 Uhr, an der Sachsenecke in Olsberg, 4. Samstag, 01.07.2017, 00:15-00:20 Uhr, Bahnhofstraße/Sachsenecke in Olsberg, 5.Dienstag, 11.07.2017 22:30 Uhr, Hauptstraße 90, Bigge. In allen Fällen wird der Täter wie folgt beschrieben: Dunkle Haare, nach hinten gegelt, circa 1,70-1,75 Meter groß, Zwischen 20 und 30 Jahre alt, Dunkler Teint/Südländer, Schlanke Statur, Sprach Deutsch mit leichtem Akzent, in einigen Fällen 3-Tage-Bart sowie Schnäuzer. Im Zuge der laufenden Ermittlungen hat die Polizei ein Phantombild erstellen lassen und hofft damit, nähere Hinweise auf die Identität des Mannes zu erlangen. Wer kennt diesen Mann? Wer kann Angaben zu seiner Identität oder seinem Aufenthaltsort geben? Hinweise werden an die Polizei Brilon unter 0291-90200 oder jede andere Polizeidienststelle erbeten.
Homberg: Am Dienstagnachmittag wurde eine 41-jährige Frau aus Morschen-Eubach Opfer einer sexuellen Belästigung, nachdem ihr ein unbekannter Täter Dachsanierungsarbeiten an der Haustür angeboten hatte. Kurz zuvor hatte der Täter in Spangenberg-Pfieffe seine Arbeiten einer 28-jährigen Frau angeboten und wollte diese ebenfalls sexuell bedrängen. Gegen 14:00 Uhr klingelte ein unbekannter Mann an der Haustür einer 41-jährigen Frau aus Eubach und bot ihr eine Dachrinnenreinigung an. Nachdem sie dies ablehnte, berührte der Mann die 41-Jährige unsittlich. Als der Täter sie losließ, schloss sie schnell ihre Haustüre. Anschließend stieg der unbekannte Täter in einen weißen VW-Bus Multivan mit Gießener Kennzeichen und fuhr davon. Eine halbe Stunde vorher bot er einer 28-jährigen Frau aus Pfieffe auf die gleiche aufdringliche Weise Dachrinnenreinigungsarbeiten an und wollte sie begabschen. Die 28-jährige konnte aber rechtzeitig ihre Haustüre schließen. Der Täter war ca. 40 Jahre alt, ca. 1,70 m groß, hatte eine korpulente Figur, schwarze kurze Haare und ein südländisches Aussehen.
Freiburg: Heute morgen, kurz nach 5 Uhr, erhielt die Polizei über Notruf 110 die Mitteilung, dass es zu einer Körperverletzung im Bereich des ZOB Bismarckallee gekommen sei. Vor Ort stellten die Beamten fest, dass zuvor eine 22-jährige Frau aus Hugstetten von einem Mann unsittlich berührt worden sei. Als Zeugen der Frau zur Hilfe kamen, hätte der Mann sie mit einer Flasche angegriffen. Mindestens ein Helfer sei dabei verletzt worden. Im Zuge der Fahndung konnte ein Tatverdächtiger vorläufig festgenommen werden. Gegen den 24-jährigen Mann aus Gambia wird nun wegen gefährlicher Körperverletzung und sexueller Belästigung ermittelt.
Osnabrück: Auf dem Haseuferweg zwischen Schlagvorder Straße und Raiffeisenplatz kam es am Montagabend zu einer sexuellen Belästigung durch einen unbekannten Radfahrer. Der Mann griff gegen 18.45 Uhr einer 47jährigen Fußgängerin im Vorbeifahrern an die Brust und beleidigte das Opfer zudem noch durch einen dummen Spruch. Der Täter, der sich danach mit seinem silberfarbenen Herrenrad in Richtung Heinrich-Heine-Straße entfernte, war etwa 40 Jahre alt, hatte kurze dunkle Haare und einen dunklen Teint.
Maintal: Am Dienstagabend war eine junge Frau gerade in der Feldgemarkung von Bischofsheim, als ein Mann sich vor ihr entblößte. Als sie anfing zu schreien, flüchtete er. Gegen 19.15 Uhr befand sich die Zeugin auf dem Verbindungsweg zwischen der verlängerten Dörnigheimer Straße und dem Maintalbad. Plötzlich erblickte sie einen Mann, der sich vor ihr entblößte. Als sie anfing zu schreien, ergriff der Mann auf seinem mitgebrachten Fahrrad die Flucht. Die Polizei sucht nun den Täter, der etwa170cm groß und 25 bis 30 Jahre alt ist und schwarze kurze Haare hatte. Er trug eine blaue Jogginghose und war auf einem blauen Herrenfahrrad unterwegs. *(Kommentar PI-NEWS: Möchte die Polizei den Täter nicht finden, oder warum verschweigt sie trotz einer recht detaillierten Täterbeschreibung die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit?).*
Deggendorf: Das Amtsgericht hat diese Woche einen 34 Jahre alten Syrer zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Der Mann hatte als Assistenzarzt am Klinikum vier Patientinnen sexuell missbraucht. Der Mann wurde zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt, die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt, die Bewährungszeit beträgt drei Jahre. Außerdem darf der Mann vier Jahre lang keine weiblichen Patienten behandeln. Die Zulassung als Arzt wurde aberkannt.

1.000 Invasoren proben Übernahme auf Stadtfest Taharrush-Mob und Krawalle in Schorndorf

pi-news.net/taharrush-mob-und-krawalle-in-schorndorf/
17.7.2017
Was in der Millionenstadt Köln Silvester vor über eineinhalb Jahren aufgrund islamischer Massenmigration möglich war, ist jetzt auch in den gleichen Dimensionen in deutlich kleineren Städten Deutschlands Realität. Im baden-württembergischen Schorndorf schossen, randalierten, begrapschten, zerstörten und leisteten über 1.000 Invasoren Widerstand gegen die Staatsgewalt.
Auf dem derzeit stattfindenden Stadtfest Schorndorfer Woche (SchoWo) vom 14. bis 18. Juli, tobten sich „Neubürger" bisher ungehemmt an einheimischen Frauen aus. Mehrere sexuelle Übergriffe vom ersten Tag an. Von Samstag auf Sonntag wurde eine 17-Jährige von drei Afghanen (alles Asylbewerber) festgehalten und am Po begrapscht. In einem weiteren Fall ging die sexuelle Belästigung von einem Iraker aus. Außerdem wurden mehrere Fälle von Körperverletzung angezeigt. In der Nacht zum Sonntag, zwischen 20 Uhr und 3 Uhr früh, versammelten sich nach Polizeiangaben dann ungefähr 1.000 Jugendliche und junge Erwachsene – mehrheitlich mit Migrationshintergrund.
Wenige Meter davon entfernt, ein sich amüsierender und die Welt um sich vergessender Oberbürgermeister. OB Matthias Klopfer (SPD), der in der Vergangenheit auf Werbeveranstaltungen für „Flüchtlinge" mit Begeisterung für die Unterbringung seiner „Goldstücke" (O-Ton SPD-Schulz) geworben hat. Ende 2015 hieß es im Lokalblatt Schorndorfer Nachrichten noch: „Klopfer sicher: Integration von 1.000 Flüchtlingen kann gelingen"

Die Krawalle beginnen

Plötzlich kam es aus dem Heer der rund 1.000 Invasoren unvermittelt zu zahlreichen Flaschenwürfen gegen feiernde Festteilnehmer, polizeiliche Einsatzkräfte und die Fassade des Schorndorfer Schlosses.
Im Einsatzbericht der Polizei heißt es außerdem:
Als ein Tatverdächtiger einer gefährlichen Körperverletzung festgenommen wurde, widersetzte sich dieser der Festnahme. In der Folge solidarisierten sich zahlreiche Personen mit dem Festgenommenen. Eine Vielzahl von Polizeibeamten mussten in Schutzausstattung die Festnahme abschirmen, um einen Angriff zu verhindern. Als sich die Einsatzkräfte zurückzogen, wurden sie erneut mit Flaschen beworfen.
Weiter zogen im Verlaufe der Nacht mehrere Gruppierungen mit circa 30-50 Personen durch die Innenstadt. Laut Zeugenaussagen seien einzelne Personen hierbei mit Messern bewaffnet gewesen.
Die Polizei berichtet außerdem, dass aus einer Gruppe heraus ein Schuss abgegeben wurde. Obwohl kein Tatverdächtiger festgenommen werden konnte, geht die Polizei nur von einer Schreckschusswaffe aus. Weiter heißt es im Polizeibericht:
Im Verlaufe der Nacht mussten zahlreiche Einsatzkräfte aus umliegenden Landkreisen angefordert werden, um dem massiven Aggressionspotential begegnen zu können.
Dann konnte die Polizei ein bis dahin für „Neubürger" eher ungewöhnliches Verhalten beobachten. Sicher ist auch nicht ob die folgenden Taten tatsächlich auf das Konto der „Fachkräfte" gehen oder ob nicht vielleicht linksradikale Trittbrettfahrer dafür verantwortlich sind. Die Polizei schreibt:
Im Verlaufe der Nacht wurden zwei Einsatzfahrzeuge der Polizei mit Graffiti besprüht, ein Einsatzfahrzeug durch ein Flaschenwurf beschädigt und an sechs Fahrzeugen die Kennzeichen abmontiert und gestohlen.

Polizei von den Vorfällen schockiert

Die Stuttgarter Zeitung berichtet außerdem aus einem Gespräch mit dem Polizeisprecher:
„Uns haben die Vorfälle selbst schockiert", sagt ein Polizeisprecher. Man sei zwar bei solchen Stadtfesten mit einer größeren Zahl von Beamten vor Ort, in diesem Fall habe man aber auch

noch umfangreiche Verstärkungen aus den benachbarten Landkreisen hinzuziehen müssen. Erst gegen drei Uhr am frühen Morgen sei die Lage normal gewesen, sagt ein Polizeisprecher. Weil man wahrscheinlich schon ahnte, dass die „Fachkräfte“ doch über andere als die erhofften „Kompetenzen“ verfügen, wurden für die diesjährigen Feierlichkeiten durch den Gemeinderat im Vorfeld schon 15.000 Euro aus Steuermitteln in einen Sicherheitsdienst investiert. Angesichts der bisher nie dagewesenen Dimension an Gewalt durch Asylbewerber verpuffte diese Maßnahme offensichtlich.
Jetzt sollen für die letzten Tage des Festes mehr Polizeikräfte vor Ort sein, um für die verloren gegangene Sicherheit zu sorgen. Nicht einfach angesichts der sich an allen Orten ausbreitenden Gewalt durch die Gäste der Kanzlerin. Die Sicherheit wird schon bald nicht mehr herzustellen sein, von einer weit über ihre Grenzen hinaus belasteten Polizei. So gab es im gleichen Zeitraum auch in anderen Städten der Region ebenfalls Messerattacken und sexuelle Belästigungen wie auf einem Fest in Tübingen durch Männer mit dunklem Teint und dunklen Haaren.
Video:

17. Juli 2017, 11:11 Uhr

Schorndorfer Woche

Krawalle und sexuelle Übergriffe bei Volksfest in Baden-Württemberg

Die Polizei beklagt "erschreckende Gewalt": Bei der Schorndorfer Woche in Baden-Württemberg haben zahlreiche Jugendliche randaliert. Die Beamten mussten Schutzmontur anlegen.
Bei einem Volksfest in Baden-Württemberg hat es am Wochenende schwere Ausschreitungen gegeben. Wie die Polizei mitteilte, randalierten zahlreiche Jugendliche bei der Schorndorfer Woche. Schorndorf liegt knapp 30 Kilometer von Stuttgart entfernt. Die Beamten mussten Verstärkung anfordern und ihre Schutzmontur anlegen. Außerdem gab es vier Fälle von sexueller Belästigung.
Laut Polizei versammelten sich in der Nacht zum Sonntag etwa Tausend Jugendliche und junge Erwachsene im Schlosspark. Knapp die Hälfte davon habe einen Migrationshintergrund gehabt. Wie ein Sprecher sagte, seien aus der Gruppe heraus Flaschen gegen andere Festteilnehmer und gegen die Fassade des Schlosses geworfen worden.
Wie groß die Gruppe der Gewalttäter war, konnte der Sprecher nicht sagen. Als die Beamten eintrafen und einen Randalierer festnehmen wollten, sei die Gewalt eskaliert. Die Polizei orderte Verstärkung. "Die Gewalt gegenüber den Beamten war erschreckend", sagte der Sprecher. Es sei üblich, dass sich während des Volksfests viele Jugendliche träfen. Die Aggression aber sei neu gewesen.
Im Laufe der Nacht sollen Gruppen aus 30 bis 50 Personen durch die Innenstadt gezogen sein. Laut Zeugenaussagen waren einige von ihnen mit Messern bewaffnet. Außerdem sei mit einer Schreckschusswaffe geschossen worden.
Wegen der Randale hat die Polizei einen Deutschen als Tatverdächtigen ermittelt. Vier Flüchtlingen wird sexueller Missbrauch vorgeworfen. Stadtverwaltung und Polizei haben für den Vormittag eine Pressekonferenz anberaumt.

sms/dpa
URL:
- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/schorndorf-krawalle-und-sexuelle-uebergriffe-bei-volksfest-in-baden-wuerttemberg-a-1158282.html

Islamfolklore Schweden: Moslemrudel verprügelt 31-Jährigen und fordert Dschizya

pi-news.net/schweden-moslemrudel-verpruegelt-31-jaehrigen-und-fordert-dschizya/
20.7.2017
Gabriel Chabo wurde in Schweden von einer Gruppe Moslems zusammengeschlagen
Von CHEVROLET | Was die schwedische Tageszeitung „Expressen" aktuell berichtet, dürfte den „Flüchtlings"-, Homosexuellen- und Islam-begeisterten Schweden (und auch Deutschen) weh tun. In Södertälje, südlich von Stockholm wurde der 31 Jahre alte Gabriel Chabo (Foto), der aus Syrien stammt, von einer Gruppe „Männer" angegriffen und schwer verletzt, weil sie ihm vorwarfen homosexuell zu sein. Pikant daran: die Angreifer waren syrische „Flüchtlinge".
Nach Angaben Chabos sei die Gruppe von Syrern auf ihn losgegangen und habe ihn beleidigt, weil sie ihn für homosexuell hielten. Sie hätten ihn mit Waffen attackiert, getreten und schließlich seinen Kopf mehrfach gegen eine Autotür geschlagen.
Die Moslems fordern Dschizya
Mehr noch: „Wenn du in Södertälje bleibst, wirst du uns Geld zahlen weil du homosexuell bist", erklärten sie ihm. Er bestritt entschieden homosexuell zu sein, und forderte die Gruppe auf ihn in Ruhe zu lassen. Sie wollten mich töten", sagte Chabo später. Die „Schutzgelderpressung" ist neben dem Hass auf alle Nichtmoslems, Schwule und die freie westliche Welt im Islam begründet. Die sogenannte Dschizya ist eine Steuer für alle Nichtmoslems, die unter islamischer Herrschaft stehen.
Als Ursache des Angriffs vermutet Chabo, dass er sich offen für die Rechte von Homosexuellen einsetze. Dass er ein christliches Kreuz am linken Unterarm tätowiert hat, dürfte die Situation sicher auch befeuert haben.
Auch sein Schönheitssalon sei schon mehrfach Vandalen zum Opfer gefallen. Dass es sich bei den Tätern um „Schutzsuchende" aus Syrien handele, sei für ihn klar, sie hätten Arabisch mit syrischem Akzent gesprochen, aber auch etwas Schwedisch. Ein lokaler Polizeisprecher erklärte zu dem Vorfall, dass bisher keine Täter identifiziert werden konnten.

Wahre Flüchtlinge ihren Peinigern ausgeliefert Griechenland: Christenverfolgung kein Asylgrund

pi-news.net/griechenland-christenverfolgung-kein-asylgrund/
19.7.2017

Auf der stark bereicherten griechischen Insel Lesbos kommt es bekanntermaßen fast täglich zu gewalttätigen Ausschreitungen (PI-NEWS berichtete mehrfach). Besonders schlimm ist es im Lager Moria, wo erst am Dienstagmittag eine Auseinandersetzung zwischen Afghanen und Afrikanern zu umfangreichen Sachschäden und zur kurzfristigen Kapitulation der Mitarbeiter führte.

Worüber kaum gesprochen wird, sind die zahlreichen Christen, die sich unter den mehrheitlich islamischen „Schutzsuchenden" befinden und in Lagern wie Moria derselben Verfolgung ausgesetzt sind, wie in den islamisch dominierten Ländern, aus denen sie geflohen sind. Sie werden regelmäßig bedroht, geschlagen und ihre Unterkünfte zerstört.

Ein Entkommen für Christen oft unmöglich

Viele von ihnen flüchten aus dem Lager auf das griechische Festland, werden aber von der dortigen Polizei rasch wieder nach Moria zurückgebracht. In einer E-Mail an den Griechischen Botschafter Dimitris Caramitsos-Tziras beschreibt Wilson Chowdhry, Präsident der British Pakistani Christian Association die Situation:

"Die Mehrheit der christlichen Flüchtlinge entkommt zwar, Asylanträge werden jedoch von den griechischen Behörden abgelehnt. Es werden nur Gesundheitsschäden als mildernde Faktoren angesehen, nicht aber Christenverfolgung. [..]
Wir bitten um Ihre Hilfe, um eine Änderung der gegenwärtigen griechischen Regelungen zu erreichen, sodass erwiesene Verfolgung von Christen als mildernder Umstand zur Asylgewährung für Geflüchtete des Moria Camps Berücksichtigung findet."

Wirkliche Flüchtlinge, die in Europa auf Schutz vor der islamischen Herrenmenschenmentalität und ihrer tödlichen Verfolgung aller Nichtmoslems hoffen, werden sichtlich oftmals nicht nur enttäuscht, sondern auch am Versuch ihren Peinigern hier zu entkommen gehindert und den Gewalttätern wieder ausgeliefert. Gleichzeitig wird allseits Toleranz für Moslems und ihren Hasskult gefordert. *(tf)*

Seniorin in eigener Wohnung überfallen Velbert: 68-Jährige vergewaltigt und schwer verletzt

pi-news.net/velbert-68-jaehrige-vergewaltigt-und-schwer-verletzt/
26.7.2017

Mettmann: Bereits am Mittwochabend des 19.07.2017 kam es zu einem Überfall auf eine 68-jährige Frau in Velbert, bei dem die Seniorin in ihrer eigenen Wohnung, in einem Mehrfamilienhaus im Ortsteil Birth, zum Opfer eines brutalen Straftäters wurde. Gegen 21.30 Uhr hatte es an der Wohnungstür der Velberterin geklingelt, welche dem unbekannten Mann vollkommen arglos öffnete. Dieser drängte die Seniorin sofort gewaltsam in ihre eigenen Wohnräume zurück, wo die 68-Jährige von dem noch unbekannten Mann körperlich misshandelt und vergewaltigt wurde. Erst danach ließ der Straftäter von der schwer verletzten Frau ab und verließ die Tatwohnung in bislang unbekannte Richtung. Nach bekannt werden der Tat wurde die Geschädigte zur stationären ärztlichen Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert. Erste polizeiliche Fahndungsmaßnahmen nach dem flüchtigen Straftäter verliefen bisher leider ohne einen schnellen Erfolg. Ein Strafverfahren wurde eingeleitet, Maßnahmen zur Spurensicherung sowie auch weiterhin intensiv andauernde Fahndungs- und Ermittlungsmaßnahmen wurden eingeleitet. Dabei wurde nach Angaben des Opfers ein Phantombild des flüchtigen Gewalttäters gefertigt, welches nun mit aktuellem Gerichtsbeschluss für eine Öffentlichkeitsfahndung eingesetzt werden kann. Der Täter, der nach ersten Ermittlungsergebnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem Bereich Velbert stammt und dort zuvor im Bereich Birth auch gesehen wurde, wird wie folgt beschrieben: 20- bis 25-jähriger Mann, nordafrikanisch wirkendes Aussehen, sprach aber akzentfreies Deutsch, ca. 170 – 175 cm groß, schlanke Figur, kurze, dunkle, leicht wellige Haare, nach hinten gekämmt und an den Seiten kürzer (Phantombild oben).

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

Papenburg: Wie bereits gemeldet kam es am Samstagabend ab 21.45 Uhr auf dem Bierfest am Hauptkanal rechts (Mühlenplatz) zu einem Widerstand und zu Sachbeschädigungen durch vier Asylbewerber aus dem Sudan. Die Polizeibeamten trafen auf vier sehr aggressive und stark alkoholisierte Männer. Aus der Gruppe der vier Männer sollen zuvor auf dem Bierfest Frauen sexuell belästigt worden sein. Diese Opfer haben sich bislang nicht bei der Polizei gemeldet. Einem ausgesprochenen Platzverweis für die Örtlichkeit wollten alle nicht nachkommen. Drei der Männer leisteten bei ihrer Ingewahrsamnahme Widerstand und beschädigten dabei durch Fußtritte einen Streifenwagen. Der Widerstand musste durch Zwangsanwendung gebrochen werden, ein Polizeibeamter wurde dabei durch einen Faustschlag leicht verletzt. Ein weiterer Polizeibeamter wurde durch einen der aggressiven Männer angespuckt. Im weiteren Verlauf gelang es die Randalierer der Polizeiwache in Papenburg zuzuführen. Dort wurden ihnen Blutproben entnommen, bevor sie der Gewahrsamszelle zugeführt wurden. Insgesamt rückte die Polizei mit insgesamt sechs Streifenwagen an, um die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Geislingen: Im Zusammenhang mit den „Hock“-Nächten und dem Tag der Jugend registrierte die Polizei über das gesamte Wochenende lediglich acht Straftaten: zwei Körperverletzungen, zwei Sachbeschädigungen, ein Diebstahl, aber auch drei sexuelle Belästigungen. Ein 27-jähriger Afghane hatte eine 18-Jährige unsittlich berührt, ein **32-jähriger Pakistaner** eine 19-

Jährige und eine 16-Jährige. In beiden Fällen schritten Zeugen ein und hielten die Verdächtigen fest, bis die Polizei kam.
München: Am Sonntag, 23.07.2017, um 21.35 Uhr, befand sich eine 18-jährige Auszubildende auf dem Nachhauseweg. In der Lincolnstraße wurde sie von einem bislang Unbekannten auf Englisch angesprochen. Er fragte sie nach einem Bus und fing dann an, sie am Oberarm festzuhalten. Dabei sagte er ihr, wie schön sie wäre. Die 18-Jährige wollte sich entfernen. Der Unbekannte drückte sie aber mit seinem Unterkörper an die Außenwand eines Bushäuschens. Die Frau war zunächst nicht in der Lage sich zu wehren und wurde am Hals und im Mundbereich geküsst. Zeitgleich fuhr er mit der Hand an ihrem Oberschenkel entlang. Er fasste sie dann im Schrittbereich über der Kleidung an und versuchte die Knöpfe der Jeans zu öffnen. Den ersten Schock überwunden, gelang es ihr, den Mann mit dem Knie in die Genitalien zu treten. Er lockerte seine Umklammerung. Der Auszubildenden gelang die Flucht. Zuhause angekommen offenbarte sie sich ihrer Mutter. Anschließend verständigten sie die Polizei. Die junge Frau blieb bei dem Angriff körperlich unverletzt. Täterbeschreibung: Männlich, ca. 180 cm groß, ca. 25 Jahre alt, schlanke Figur, südländische Erscheinung, braune Haare, beidseitiger Undercut, Deckhaar glatt, Drei-Tage-Bart, sprach englisch.
Owen: Hinweise zu einem Vorfall, der sich am frühen Sonntagmorgen, gegen 0.45 Uhr, auf dem Radweg bei den Sport- und Tennisplätzen zugetragen haben soll, sucht das Polizeirevier Kirchheim. Ein 16-Jähriger war mit seinem Rennrad auf dem Heimweg von einem Wiesenfest auf dem Radweg unterwegs. Auf Höhe der Sportplätze bemerkte er, wie vier dunkelhäutige Männer offenbar ein Mädchen belästigten. Als er die Männer ansprach, hätten diese sofort massiv auf ihn eingeschlagen und wären dann in Richtung Owen geflüchtet. Auch das Mädchen wäre weggerannt. Als die Männer dann weg waren, stellte er fest, dass die Unbekannten das Vorderrad seines Rennrades entwendet hatten. Anschließend trug er sein Rad nach Hause, von wo aus er sich ins Krankenhaus begab um seine erheblichen Gesichtsverletzungen behandeln zu lassen.
Wiesbaden: Gestern Morgen wurden in Wiesbaden in der Adelheidstraße und der Rüdesheimer Straße zwei Frauen bedrängt und in einem Fall auch unsittlich berührt. Die Wiesbadener Kriminalpolizei sucht dringend nach einem Autofahrer, welcher in der Adelheidstraße dem Opfer zur Hilfe kam, dessen Personalien jedoch nicht bekannt sind. In diesem Fall war eine 46-jährige Wiesbadenerin gegen 05:40 Uhr auf dem Weg zur Arbeit, als sie in der Adelheidstraße, auf Höhe der Hausnummer 62, plötzlich von einem Mann angegangen worden sei. Dieser habe sie in eine Hofeinfahrt gedrängt und dort festgehalten. Die Frau konnte sich losreißen, lief auf die Straße und stoppte hier einen ihr fremden Autofahrer. Dieser sprach dann den Täter an und bot der Frau an, sie auf die Arbeit zu fahren. Die Geschädigte lehnte das Angebot ab und lief weiter in Richtung Moritzstraße. Der Täter entfernte sich nach der Ansprache durch den Autofahrer von der Örtlichkeit. Der PKW-Fahrer und andere Zeugen werden gebeten, sich unter der Rufnummer (0611) 345-0 bei der Kriminalpolizei Wiesbaden zu melden. Unter gleicher Nummer melden sich bitte Zeugen, welche Angaben zu dem Vorfall in der Rüdesheimer Straße machen können. Hier war, gegen 07:20 Uhr, eine 30-Jährige unterwegs, als sie von einem Unbekannten angesprochen wurde. Aus dem Nichts berührte der Mann die Frau nun unsittlich, woraufhin die Wiesbadenerin davonrannte. Der Täter wird in beiden Fällen identisch als 30-40 Jahre alt, 1,70 – 1,75 Meter groß und mit schlanker, athletischer Figur beschrieben. Er habe kurze schwarze, zur Seite gekämmte Haare getragen und nach Angaben der Geschädigten „südländisch“ ausgesehen. Er sei in beiden Fällen mit einem auffällig roten Kleidungsstück bekleidet gewesen. In der Adelheidstraße wurde durch das Opfer Alkoholgeruch festgestellt.
Oldenburg: Ein bislang unbekannter Exihitionist zeigte sich am Sonntagnachmittag gegen 15.20 Uhr im Schlossgarten einem 11-jährigen Mädchen. Die Schülerin war vom Marschweg kommend über den Fuß- und Radweg in Richtung Schlossgarten gelaufen. Dort stellte sich ihr der Unbekannte mit heruntergelassener Hose in den Weg. Das Mädchen lief weg und bat eine

Gruppe von Erwachsenen um Hilfe, die schließlich den Vater der 11-Jährigen anriefen. Gemeinsam mit seiner Tochter erstattete der Vater bei der Polizei Anzeige gegen den Unbekannten. Der Mann soll etwa 40 bis 50 Jahre alt und 160 cm groß gewesen sein. Er trug grau-weiße lange Haare, die er am Kopf hochgesteckt hatte. Bekleidet war der Unbekannte mit dunkelgrauer Hose und grauem Pullover. *(Kommentar PI-NEWS: Die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit wird trotz offensichtlicher Täterbeschreibung zurückgehalten).*
Kriftel: Exhibitionist Am 21.07.2017, um 17:40 Uhr wurde der Polizei in Hofheim mitgeteilt, dass im Parkbad in Kriftel ein Exhibitionist aufgetreten sei. Durch eine Streife wurde vor Ort der 25-jährige pakistanische Beschuldigte aus Hofheim angetroffen und vorläufig festgenommen. Nach Zeugenaussagen hatte sich dieser im Freibad zunächst in einem Busch, dann auf der Wiese entblößt und auch sexuelle Handlungen an sich vorgenommen. Nach den polizeilichen Maßnahmen wurde der Beschuldigte wieder entlassen.
Mainz: Boppstraße, 21.07.2017, 00:39 Uhr: Eine 24-jährige Frau ging alleine vom Innenstadtbereich in Richtung Boppstraße. In Höhe der Boppstraße 1 wurde sie von einem Mann von hinten angesprochen, worauf ein kurzer Wortwechsel stattfand. Als sich die junge Frau wegdrehte und weitergehen wollte, griff ihr der Mann an den Hintern. Danach wartete der unbekannte Täter wohl ihre Reaktion ab. Die 24-Jährige verständigte unverzüglich die Polizei über Notruf, daraufhin entfernte sich der Mann über die Kaiserstraße in unbekannte Richtung. Täterbeschreibung: circa 1,55 bis 1,63 Meter groß, circa 60 Kilogramm schwer, zwischen 35 und 42 Jahre alt, schlank, schleimig zurückgegelte Haare, drei tiefe Falten in der Stirn, fettig glänzende Stirn, solariumbraune Haut, südländischer Typ.
Rems-Murr-Kreis: Am Mittwochnachmittag war eine Frau mit Reinigungsarbeiten in einem Nebengebäude des Kindergartens am Fischbachweg beschäftigt. Der erwachsenen Frau trat gegen 16 Uhr ein junger Mann gegenüber. Als sie auf ihn zuging, erkannte sie, dass mit entblößtem Glied und leicht herabgelassener Hose dastand. Sofort beim Blickkontakt verschwand der Mann in Richtung Stadtmitte. Er wurde als etwa 18-jährig bei einer Größe von etwa 1,70 Meter beschrieben. Er hatte schwarze, glatte Haare, die an den Seiten etwa 5 mm lang waren. Er war von sehr schlanker, schmächtiger Gestalt, hatte ein schmales Gesicht, dunkle Augen und eine auffällig große Nase. Bekleidet war er mit einer hellblauen Jeans. Hinweise auf eine solche Person nimmt der Polizeiposten Sulzbach unter der Rufnummer 07193 / 352 entgegen. *(Kommentar PI-NEWS: Die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit wird, trotz Täterbeschreibung, offensichtlich unterschlagen).*

Neue Fälle für Rosenheim-Cops Jagdszenen aus Bayern

pi-news.net/bayerische-jagdszenen/
25.7.2017
Von J.D. | Die Initiatoren des „Großen Übergangs“ reiben sich die Hände, denn es läuft für sie. Merkels Fachkräfte erledigen ihre Aufgaben in Perfektion und die Bevölkerung harrt der Dinge mittlerweile in Agonie und Duldungsstarre. Geliefert wie bestellt. Der CSU-Wahlkampfslogan „Sicherheit durch Stärke“ wird so zu einem zynischen Widerhall und offenbart die Wurzeln des Wahnsinns einer an multiplen Geisteskrankheiten leidenden schwarz-rot-grüner Politikerklasse.

„Joker“ Horst Seehofer und die feist gewordene Catwoman aus dem Kanzlerpalast zerstören aus scheinbar purer Lust am Leid mit einem frenetischen Lachen auf den Lippen und um das vormals schöne Land ins Chaos zu stürzen. Dem Primat der Macht geschuldet werden Primitivst-Primaten importiert, um die Exekutive über eine fragile Bevölkerung zu festigen. Ein gefährliches Va Banque-Spiel einer verantwortungslosen deutschen “Obrigkeit“ im Jahr 2017:

Nur drei Einzelfälle der letzten fünf Tage aus den Polizeiberichten der realen „Rosenheim-Cops“. Natürlich nur mit „Regionaler Relevanz“ – sie ergeben langsam aber unsicher aus weiterer Distanz ein riesengroßes Puzzle-Zerrbild aus Zehntausenden von „unwesentlichen“ Miniteilen.

Rosenheim / Gotham City 1: Vollendete Vergewaltigung

Eine junge Frau ist am Sonntag in der Rosenheimer City vergewaltigt worden. Die 21-jährige befand sich am frühen Sonntagmorgen auf dem Heimweg von der Innenstadt und benutzte dabei die Unterführung am Bahnhof. Sie schob sie ihr Fahrrad auf dem Damm am Mangfallkanal stadtauswärts, als sie, laut Polizeibericht, „ein unbekannter Mann unvermittelt“ von hinten angriff. Er zerrte sie in ein angrenzen-des Waldstück, wo sie der Geflüchtete brutal vergewaltigte und flüchtete. Wie der Pressesprecher des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd mitteilte, ist die rechtsmedizinische Untersuchung des Opfers inzwischen abgeschlossen, man “werde sich demnächst zusammensetzen und die bisherigen Ergebnisse zusammentragen“.

Die Bereichererbeschreibung laut BILD/Regional: Alter Mitte dreißig, zirka 170 bis 175 cm dunkle kurze Haare, südländische Erscheinung, „dunklerer Taint“, sprach gebrochen deutsch. Anzumerken ist, dass sich die Bild-Zeitung spontan mit dem Täter solidarisiert und in „mittelgutem Deutsch“ schreibt – oder haben sich die Kollegen einen abgebrühten Joker-Spaß gegönnt? „Taint“ bedeutet schließlich auf Englisch: „Schandfleck“, „Makel“ oder medizinisch: „Verborgene Seuche“! Die Kriminalpolizei bittet unter 08031/2000 um Hinweise!

Rosenheim / Gotham City 2: Messerattacke durch Nigerianer

Letzten Mittwoch traf eine Gruppe junger Partybesucher in der Rosenheimer City auf einen 31-jährigen Nigerianischen Antänzer. Nachdem man sich zunächst zwanglos unterhalten hatte, wollten die jungen Männer weitergehen. Der Nigerianer folgte und forderte fortwährend Bargeld. Nach Zeugenangaben bedrohte der er den Österreicher plötzlich mit einem Messer. Mitglieder der Gruppe kamen ihrem Freund daraufhin zu Hilfe und versuchten den Angreifer zu entwaffnen. Dieser konnte zunächst flüchten, wurde aber kurz darauf durch Beamte des Einsatzzuges Rosenheim (OED) und der Polizeiinspektion Rosenheim festgenommen. Merkels Schengenraum-Scherge hält sich als Asylbewerber seit 2014 im Rahmen einer sogenannten „Duldung“ rechtmäßig (!!!) im Bundesgebiet auf. Die Kanzlerin betonte unlängst, dass sich „Nigeria derzeit in einer schwierigen Lage“ befände. Rosenheim City aber auch.

Rosenheim / Gotham City 3: Sexuelle Nötigung 13-jähriger

Letzte Woche rückte ein Großaufgebot der Polizei beim Rosenheimer Freibad an. Ein 13-jähriges Mädchen und ihre Freundin waren offenbar von einem Mann sexuell genötigt worden. Infolge beobachteten die Mädchen das weitere Verhalten des Mannes. Ihren Angaben zufolge versuchte der „21-jährige Nigerianer“ sich weiteren jungen Mädchen „zu nähern“. Die Ermittlungen müssten nun zeigen, ob sich der Verdacht des sexuellen Missbrauchs von Kindern und eines strafbaren Verhaltens bestätigt. Sie werden durch die Polizeiinspektion Rosenheim geführt. PI-Leser ahnen, dass der kontaktfreudige Badegast aus Dunkelafrika ganz sicher die volle Härte der deutschen Justiz zu spüren bekommen wird …

„Sein Anwalt“ wird bestätigen, dass es ein insgeheimer Schrei nach Liebe oder ähnliches war – ebenso wie in den anderen hunderttausenden Einzelfällen – Merkel: „nun sind sie mal da“ und Nigeria befände „sich immer noch in einer schwierigen Lage“. Out of Rosenheim!

„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“

Für alle puzzle-artigen „Zwischenfälle des Großen Austausches“ gibt es drei Täterkollektive:
1. Die importierten „Männer“, die diese Taten mit großer Inbrunst und Professionalität begehen.
2. Die schwarz-rot-grünen Politiker, die für ihre krude Experimental-Ideologie all diese Taten be-feuern oder mit einem Lächeln permanent billigend in Kauf nehmen.
3. Die willfährige deutsche Wurmfortsatz-Justiz – rotrotgrün-durchnetzt, traditionell gern zu Diensten zur Durchsetzung der judikativen Gewalt von „maas-los“ verirrten Gesellschaftsentwürfen zum Schaden der Menschen. Der Fisch stinkt vom Kopf: Feine Sahne Fischfilet!
„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“, ist sinnbildlich das Hohelied der Altparteien im Bundestag – niemand kann es wahnsinns-getrieben-genialer testieren als Katrin Göring-Eckardt, ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD.
In diesen Wortfetzen zeigt sich der trotzkistische Borniertheit, mit der Staat und Mainstream-Medien den kleinsten Bedenken gegen millionenfache illegale Asylgewährung und der Flutung von kulturell inkompatiblen „Schutzbedürftigen“ begegnen. Die immerwährende moralische Schuld Europas und Deutschlands wird mit quasi-religiösem Opferstolz angebetet. EKD-KGE’s „Losung“ dient der Verharmlosung von multikriminellen Migrationsmassen und soll jeden vernünftig Denkenden per se als rechtsextremen Brandstifter diffamieren. Eine fatale Umkehrung von Ursache und Wirkung – die Brandstifter waren und sind andere (siehe oben), die „Schutzbedürftigen“ mittlerweile gänzlich die hier geborene Bevölkerung als gegängelte Gesinnungs-Geiseln im Steuer-Sklaven-Staat.

Rosenheim / Gotham City 4: SPD-Erdogan glaubt nicht an Storch

Anlässlich des Rosenheimer Vortrags der Europaabgeordneten Beatrix von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg, betrachtete der Rosenheimer SPD-Politiker Abuzar Erdogan unlängst die „Entwicklungen im Landkreis“ mit großer Sorge. Die AfD hier werde immer „rächtsradikaler“, Storchs Einstellungen zu Immigration und Staatsbürgerschaft seien „ein Schlag ins Gesicht von über 17 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“, erklärte der 23-jährige SPD-Bundestagskandidat mit dem evolutionsnegierenden klangvollen (Künstler-?) Namen.

„Neue Opfer für König Ludwig!“

Die Medien werden auch diese „regionalen Begebenheiten“ schönschreiben und schnell vergessen und verdrängen, Hauptsache im Fernsehen gibt’s flaches Entertainment und neuste Krimis. Die „Menschen im großen Übergang“ sind anGEZählt.
Apropos GEZ – Wie wär’s mit entspannender Bayerischer Idylle aus Rosenheim City?
Aus dem aktuellen Programm des ZDF:
Montag: Die Rosenheim-Cops – Titel: „Schwarze Ikonen“
Mittwoch: Die Rosenheim-Cops – Titel: „Opfer für König Ludwig“
Donnerstag: Die Rosenheim-Cops – Titel: „Die letzte Weißwurst“
„Namen est Amen“

Importierte Gewalttäter sorgen für Einschränkungen der Deutschen Bad Kreuznach: Nächtliche Sperrzonen und Aufenthaltsverbote

pi-news.net/bad-kreuznach-naechtliche-sperrzonen-und-aufenthaltsverbote/
23.7.2017
Schlosspark in Bad Kreuznach
In der beschaulichen Kurstadt Bad Kreuznach in Rheinland-Pfalz wüten seit einiger Zeit Merkels Gäste in einer Art und Weise, wie wir es aus Großstädten kennen. Es geht um „kulturelle“ Kleinkriege zwischen Türken und Afghanen, aber auch um Territoriumsansprüche für Drogenhandel und andere kriminelle Facharbeiten. Auch Bad Kreuznach erfreut sich, wie Schorndorf, eines immer wiederkehrenden Stadtfestes, so auch in diesem Jahr. Nur jetzt ist alles anders, denn Deutschland wurde von der eigenen Regierung zum Abschuss freigegeben und einer gewalttätigen multikriminellen Flut ausgeliefert.
So kam es beim diesjährigen Stadtfest zu einem „robusten Polizeieinsatz“. Vor den WC-Anlagen waren Frauen und Mädchen belästigt worden, es wurde offenbar auch geklaut und betrunkene halbnackte Afghanen randalierten, bis die Polizei kam, die sie vorerst einmal des Platzes verwies, was für das Gesamtproblem natürlich nur Camouflage ist.

Eingekreist, wie von einem Rudel Wölfe

Die Situation war nicht neu, war es doch eine ähnliche wie schon im April beim Frühlingsfest. Sogar der vom Veranstalter abgestellte Sicherheitsmann, der nachts auf die Wagen der Schausteller achten sollte, hatte um Verstärkung gebeten, da er sich teils „wie von einem Rudel Wölfe“ eingekreist gefühlt habe.

Viele der Personen sind bereits polizeibekannt. Die Beamten werden aber weder respektiert noch hinterlassen die Maßnahmen der Exekutive nachhaltig Eindruck bei den an Gesetzlosigkeit gewöhnten Merkelgästen. Die Polizisten würden bespuckt und beleidigt. Die Situation ist offenbar derart drastisch, dass sogar von Berufs wegen an sich verständnisvoll auf die Krimigranten reagierende Personen sarkastisch werden. Annette Bauer vom Migrationsbeirat kommentiert dass, die Männer zumindest schon sprachlich so weit gebildete seien, um „Ich ficke dich, Polizei“ sagen zu können.

Staatsanwalt kündigt an, keine „No go-Areas“ zu dulden

Das Problem besteht aber nicht nur in der Zeit von Festveranstaltungen, sondern ist eben ein alltägliches in der Stadt. Vor allem betroffen von den Zusammenrottungen, Übergriffen, Auseinandersetzungen und kriminellen Geschäften sind die Gebiete in der Neustadt und auf der Kirschsteinanlage. Erst vor kurzem tönte der Leitende Oberstaatsanwalt Michael Brandt, man werde in der Stadt keine „No go-Areas“ dulden. Man mag ihm glauben, dass er das tatsächlich so meinte, und dennoch ist die Stadt unter der SPD-Oberbürgermeisterin Dr. Heike Kaster-Meur offenbar nicht in der Lage oder wohl eher nicht wirklich willens gegen die Verbrecher und Ruhestörer vorzugehen. **Deshalb werden nun, zur eigenen Sicherheit, die Bürger von Bad Kreuznach aus Teilen ihrer Stadt ausgesperrt – man reagiert mit nächtlichen Aufenthaltsverboten für die Gefahrenorte.**

Auf der Internetseite der Stadt ist zu lesen:

Aufgrund der aktuellen Ereignisse hat das Ordnungsdezernat der Stadt Bad Kreuznach heute eine Allgemeinverfügung erlassen, die ein Aufenthaltsverbot in der Kirschsteinanlage, dem Fischerplatz und dem Schlosspark in der Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr beinhaltet.

Ordnungsdezernent Udo Bausch: „Die Verfügung gibt uns die Möglichkeit, die in den Grünanlagen festgestellten Ruhestörungen und Aggressivität einzelner Personen und Personengruppen in der Nachtzeit umgehend zu unterbinden.
Der Vollzugsdienstes des Amtes für Recht und Ordnung wird zusammen mit der Polizeiinspektion Bad Kreuznach die Einhaltung des Aufenthaltsverbotes in den genannten Grünanlagen kontrollieren.“
Bis zu 5.000 Euro Strafe
Das Verbot ist vorerst gültig bis Oktober 2017. Bei Zuwiderhandlung drohen Platzverweise und Bußgelder bis zu 5.000 Euro. Die monetäre Strafandrohung gilt logischerweise in letzter Konsequenz nur für „die schon länger hier Lebenden“, denn die importierten, vom Steuerzahler alimentierten, Verursacher dieser Repressalien sind sowieso, zumindest offiziell, mittellos.
Anstatt die Gewaltbanden wegzusperren und danach abzuschieben wird also nun der „Vollzugsdienstes des Amtes“ im Sinne von „Recht und Ordnung“ darüber wachen, dass die Bad Kreuznacher sich nicht mehr in Sommernächten nach 22 Uhr im Schlosspark oder an diversen anderen Plätzen herumtreiben. Die deutschen Köter sollen sich in ihre Körbchen trollen. *(lsg)*
Kontakt:
Stadtverwaltung Bad Kreuznach
Oberbürgermeisterin Dr. Heike Kaster-Meur
Hochstraße 48, 55545 Bad Kreuznach
Tel: 0671 800 200
Fax: 0671 800 345
E-Mail: oberbuergermeisterin@bad-kreuznach.de

Opfer wurde mit Reizgas besprüht und am Boden getreten Münster: „Südländer“rudel prügelt 15-Jährigen ins Krankenhaus

pi-news.net/muenster-suedlaenderrudel-pruegelt-15-jaehrigen-ins-krankenhaus/
27.7.2017
Münster: Am 16.07.2017 gegen 03:00 Uhr wurde ein 15 jähriger Jugendlicher vor einem Schnellrestaurant im Hauptbahnhof Münster von mehreren Tätern attackiert. Er wurde von einer Gruppe (sieben bis acht Personen) niedergeschlagen, mit Reizgas besprüht und am Boden liegend getreten. Die Täter konnten vor Eintreffen der Polizei unerkannt flüchten. Der Jugendliche hatte Rötungen und Schwellungen im Gesicht sowie Prellungen am Körper davongetragen. Er wurde mit einem Rettungstransportwagen einem Krankenhaus zugeführt. Laut Aussage von Zeugen hatten die Täter ein südländisches Aussehen, dunkle Haare, dunkle Kleidung, Kappenträger bzw. Kapuzenträger, Alter ca. 17 – 20 Jahre.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Mengerskirchen: Mehrere bisher nicht bekannte Täter sprühten im Rahmen einer Auseinandersetzung auf dem Kirmesplatz mit Pfefferspray in Richtung eines 16 Jahre alten Geschädigten. Aus der Gruppe heraus wird eine Flasche mit abgeschlagenem Flaschenhals nach dem Geschädigte geworfen. Dieser wurde durch die Flasche getroffen und erlitt eine Schnittverletzung am Hals, welche ärztlich versorgt werden musste. Die Täter flüchteten. Es soll sich bei den Tätern um drei bis fünf Personen, südländischen bzw. nordafrikanischen Aussehens gehandelt haben. Sie seien alle schlank gewesen. Eine Person soll ein weißes T-Shirt mit aufgedruckten Sternen und eine schwarze Basecap getragen haben.
Bad Pyrmont: In den frühen Morgenstunden am 02.07.2017 ereignete sich in Bad Pyrmont, Lortzingstraße, vor einer dortigen Discothek im öffentlichen Verkehrsraum ein versuchtes Tötungsdelikt. Das männliche 53-jährige Opfer gab in seiner Vernehmung an, von zwei ihm unbekannten, männlichen Personen geschlagen und getreten worden zu sein. Weiterhin soll er mit einer Bierflasche auf den Kopf geschlagen worden sein, wodurch dieser sich eine erhebliche Schnittverletzung zuzog.
Zunächst ging die Polizei von einer gefährlichen Körperverletzung aus. Im Rahmen der Ermittlungen konnte eine Videoaufzeichnung des genauen Tatablaufes gesichert werden. Hier wurde erkennbar, dass der Haupttäter das bereits auf der Fahrbahn liegende Opfer gezielt mit zwei Tritten auf den Kopf verletzte. Das Opfer blieb regungslos auf der Fahrbahn liegen und der Täter entfernte sich unbeeindruckt von diesem. Vor Ort befindliche Zeugen alarmierten Rettungskräfte und versuchten, das Opfer von der Fahrbahn zu ziehen. Bei der Sichtung des Videomaterials wurde durch einen erfahrenen Ermittler der Täter eindeutig wiedererkannt, da ihm dieser aus einem anderen Verfahren bereits persönlich bekannt gewesen ist. Auch eine Zeugin erkannte diesen bei einer Wahllichtbildvorlage wieder.
Bei dem Beschuldigten handelt es sich um einen 37 jährigen Mann, der vor zwei Jahren in die Bundesrepublik Deutschland eingereist ist. Dieser räumte bei seiner polizeilichen Vernehmung die Tat ein. Nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Hannover wurde das Delikt hochgestuft auf ein versuchtes Tötungsdelikt und ein Antrag auf Erlass eines Haftbefehls beim Amtsgericht in Hameln gestellt. Nach Erlass eines Untersuchungshaftbefehls wurde der Beschuldigte festgenommen und am gestrigen Tag dem Amtsgericht Hameln vorgeführt. Nach Verkündung wurde der Beschuldigte in eine nächstgelegene Haftanstalt verbracht.
Köln: In der Nacht von Sonntag auf Montag ging ein Reisender über den Bahnsteig in der Trimbornstrasse, um mit einer S Bahn in Richtung Köln Hauptbahnhof zu fahren. Plötzlich traf er auf eine Gruppe mit fünf jungen Männern, die den 51-Jährigen beschimpften und den Weg versperrten. Ein Täter schlug dem Mann mehrfach mit geballter Faust ins Gesicht. Gegen 02:30 Uhr erschien ein Reisender in der Dienststelle der Bundespolizei im Kölner Hauptbahnhof und gab an, vor ca. 45 Minuten durch eine Gruppe von jungen Männern angegriffen worden zu sein. Der Mann aus Viersen wollte seine Reise nach Österreich fortsetzen, als er am Bahnsteig (Haltepunkt Köln Trimbornstrasse) auf seinen Zug wartete. Plötzlich kam eine Gruppe mit fünf Männern auf ihn zu und versperrten ihn den Weg. Dabei wurde er beleidigt und einer der Männer schlug grundlos mit der geballten Faust auf ihn ein. Bevor schlimmeres passieren würde, hielten die anderen den Schläger fest und verließen den Bahnsteig. Der Tatverdächtige wird wie folgt beschrieben: Er ist ca. 25 Jahre alt und 1,70 m groß. Zum Tatzeitpunkt trug er eine olivfarbene Tarnfleckenhose und ein weißes T-Shirt. Er war unrasiert und wird mit einem „orientalischen“ Aussehen beschrieben.
Kamen: Zur o.g. Zeit verließen eine 26-jähriger Kamener mit seinem 25-jährigen Freund eine Gaststätte in der Kamener Innenstadt und gingen in Richtung Derner Straße. In Höhe des Sparkassenplatzes kamen ihnen sechs bis sieben Jugendliche entgegen und fingen an, auf den 26-Jährigen einzuschlagen und einzutreten. Der Begleiter des Geschädigten versuchte noch dies zu verhindern und wehrte sich, konnte die Tätergruppe aber nicht davon abhalten. Die Jugendlichen schlugen und traten weiter auf den mittlerweile am Boden liegenden

Geschädigten ein. Anschließend rannten die Täter weg. Die beiden Kamener wurden von Passanten angetroffen, welche die Polizei verständigten. Der Geschädigte erlitt eine Platzwunde am Kopf und wurde mittels eines Rettungswagen in ein Krankenhaus eingeliefert. Fahndungsmaßnahmen nach den Tätern, alle männlich, vermutlich Ausländer, verliefen negativ.
Esslingen: Ein 34-jähriger Mann ist seinen Angaben zufolge am Dienstagabend, gegen 20 Uhr, am Bahnhof von drei Unbekannten attackiert worden. Die Körperverletzung, die das Opfer erst am Mittwochmorgen, gegen 3.50 Uhr, anzeigte, soll sich an der Haltestelle der Buslinie 113 ereignet haben. Zunächst sei er verbal attackiert, anschließend niedergeschlagen und eventuell auch getreten worden. Zum genauen Hergang und zu den Hintergründen der Auseinandersetzung konnte der zum Zeitpunkt der Anzeigenerstattung alkoholisierte 34-Jährige bislang allerdings keine näheren Angaben machen. Da der Mann Hämatome und Prellungen aufwies und über Schmerzen im Bauchraum klagte, verständigten die Polizeibeamten den Rettungsdienst, der den 34-Jährigen in ein Krankenhaus brachte. Die unbekannten Tatverdächtigen waren zwischen 20 und 25 Jahre alt, 180 – 190 cm groß und hatten kurze, schwarze Haare. Sie flüchteten offenbar in Richtung Zollamt. *(Kommentar PI-NEWS: Möchte die Polizei die Schläger nicht finden, oder warum verschweigt sie, trotz einer recht detaillierten Täterbeschreibung, die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit).*
Plauen: Am späten Samstagabend eskalierte auf dem Dittrichplatz in Plauen ein Streit zwischen Migranten und einem 17-Jährigen. Der Jugendliche aus Plauen und die Ausländer waren gegen 23 Uhr aneinander geraten. „Die Auseinandersetzung war bereits vorbei, als der Ausländer ein Messer zog und zustach“, teilte die Polizei am Sonntag mit. Der 17-Jährige wurde nicht lebensbedrohlich verletzt, musste aber zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht werden. Der Messerstecher konnte fliehen.
Soltau: Am Bahnhof schlug am Dienstag, um 19:40 Uhr ein 45-jähriger Algerier aus Schwarmstedt einen 16-jährigen Jugendlichen aus Wilhelmshaven mit der Faust auf die Nase. Zuvor wurde gemeldet, dass der Angreifer Personen belästigt haben soll und stark alkoholisiert sei. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 3,00 Promille. Der Schäger wurde daraufhin dem Polizeigewahrsam zugeführt.
Gütersloh: Auf der Kaiserstraße ist es am Dienstagabend (11.07., 20.55 Uhr) zu einer Streiterei unter drei Personen gekommen, bei der ein 29-jähriger Gütersloher mit einem Messer verletzt wurde. Zeugen berichteten von einer zunächst verbalen Streitigkeit unter drei Männern. In deren Verlauf zog einer der Männer ein Messer und verletzte sein Gegenüber damit am Arm. Anschließend liefen zwei der Männer in Richtung Bahnhof davon. Beide konnten zwischen 20 und 25 Jahre alt beschrieben werden. Sie waren 180cm bis 185cm groß, dunkel gekleidet und vermutlich südländischer Herkunft.

#Merkelsommer 2017 „Englisch sprechender Mann“ möchte Sex mit 11-Jähriger
pi-news.net/englisch-sprechender-mann-moechte-sex-mit-11-jaehriger/
30.7.2017
Stuttgart-Stadtgebiet: Ein 39 Jahre alter Mann hat am Dienstagnachmittag (25.07.2017) in der Stadtbahn offenbar ein elf Jahre altes Mädchen sexuell belästigt. Der Elfjährigen fiel der Mann bereits im Hauptbahnhof auf, als er dort eine unbekannte Frau in sexueller Absicht angesprochen hatte. In der Stadtbahnlinie U2 saß der 39-Jährige dann dem Mädchen gegenüber und sagte ihrauf Englisch, dass er sie küssen und mit ihr Sex haben möchte. Seine Absicht untermauerte er zudem mit Gesten. Das verängstigte Mädchen verständigte an der Haltestelle Obere Ziegelei einen Busfahrer, der die Polizei alarmierte. Polizeibeamte nahmen den Tatverdächtigen im Rahmen der Fahndung vorläufig fest. Nach Abschluss der Maßnahmen setzten die Beamten ihn wieder auf freien Fuß. Der Mann muss nun mit einer Anzeige wegen sexuellen Missbrauchs von Kind rechnen. *(Kommentar PI-NEWS:*

Danke an die Polizei für den Hinweis mit der englischen Sprache. Dürfen wir davon ausgehen, dass es sich bei den Täter um einen Briten oder US-Amerikaner handelt?

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

Anzeige

Lippe: Am Mittwochnachmittag, gegen 16:30 Uhr, kam es zu einem sexuellen Übergriff auf eine junge Frau in Lemgo. Das 21-jährige Opfer ging zu Fuß auf dem Hornschen Weg in Richtung Braker Weg, als sich ihr von hinten ein Radfahrer näherte. Dieser griff der Frau zunächst an die Schulter und dann an ihre Brust. Anschließend fuhr der Mann weiter und bog in die Senefelder Straße ein, die im weiteren Verlauf auf die Straßen Stiller Winkel / Steinstoß führt. Der Mann trug zur Tatzeit eine graue Jogginghose, ein helles T-Shirt und ein schwarzes Cappy. Er soll ein schwarzes Fahrrad, genutzt haben. Ob ein Tatzusammenhang mit den bereits am 21. Juli 2017 gemeldeten Fällen besteht, steht noch nicht fest. Sachdienliche Hinweise zu der Straftat oder auf den Rad fahrenden Täter richten Sie bitte an die Kripo in Detmold unter der Rufnummer 05231 / 6090. *(Kommentar PI-NEWS: Vielen Dank an die Polizei für die Beschreibung des Fahrrads und der Kleidung. Die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit wird offensichtlich unterschlagen).*

Tübingen: Am Tübinger Hauptbahnhof ist eine 17 Jahre alte Jugendliche in der Nacht zum Mittwoch, etwa gegen drei Uhr, Opfer einer sexuellen Belästigung geworden. Die junge Frau wollte gegen ein Uhr an einem Automaten am Haagtor Zigaretten holen. Als ihre EC-Karte nicht funktionierte, sprach sie einen vorbeikommenden Mann an, der sofort hilfsbereit war. Zusammen machten sie einen weiteren Versuch. Nachdem es wiederum nicht funktionierte, gingen sie gemeinsam zu einem Automaten am Hauptbahnhof, wo sie Erfolg hatten. Der englisch sprechende Fremde gab an, dass er mit einem Zug nach Hause fahre und lud das Mädchen noch zu einem Drink ein. Den Alkohol führte er in einer Tasche mit. Die beiden begaben sich zum Gleis Nr. 3 und setzten sich dort in das Wartehäuschen. Als die 17-Jährige schließlich gegen drei Uhr nach Hause gehen wollte, stellte sich der junge Mann ihr in den Weg und begann sie gegen ihren Willen zu küssen. Anschließend bedrängte er sie massiv und belästigte sie sexuell. Nach längerem Zureden ließ der Mann schließlich von ihr ab. Er begleitete sie noch bis zum Treppenabgang in Richtung Bahnhofsunterführung. Dort konnte die 17-Jährige flüchten. Bei dem Tatverdächtigen soll es sich um einen Mann, Anfang 20, mit dunklen Haaren, einem Vollbart, etwa 175-180 cm groß, schlank und muskulös, mit leicht dunklem

Teint, vermutlich indischer Herkunft, gehandelt haben. Er sprach englisch, trug eine Jeans, dunkle Oberbekleidung und führte eine braune oder schwarze Umhängetasche mit.
Wiesloch, Rhein-Neckar-Kreis: Am Freitag, 21.07.2017 um 10:30 Uhr, war eine 15-Jährige mit drei Freundinnen im Dämmelwald in der Nähe der Parkstraße spazieren. Hier hörten die Mädchen einen Pfiff und wurden dadurch auf einen Unbekannten aufmerksam. Dieser stand an einem Baum zwischen dem Wald und dem dortigen Fußballplatz, hatte die Hose heruntergezogen und onanierte vor den erschrockenen Geschädigten. Diese liefen davon und informierten am Abend die Beamten des Polizeireviers Wiesloch. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: Circa 40 bis 50 Jahre alt, oberkörperfrei, kräftig gebaut, schwarze Haare, bekleidet mit einer roten Sporthose. *(Kommentar PI-NEWS: Die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit wird offensichtlich zurückgehalten.)*
Stuttgart-Untertürkheim: Ein bislang unbekannter Mann hat am Dienstagabend (25.07.2017) in der Silvrettastraße eine 30 Jahre alte Frau sexuell bedrängt und anschließend vor ihr onaniert. Der Unbekannte trat gegen 20.10 Uhr an die Frau heran, legte den Arm um sie und küsste sie auf die Wange. Nachdem die 30-Jährige den Mann von sich wegschob und weglief, folgte er ihr und manipulierte an seinem Glied. Als die Frau die Polizei alarmierte, flüchtete der Täter in die Augsburger Straße Richtung Bahnhof. Das Opfer beschrieb den Mann als etwa 20 bis 30 Jahre alt, zirka 180 bis 185 Zentimeter groß und schlank. Er soll südländisch aussehen und zirka einen Zentimeter lange dunkle Haare haben.
Düren: Zwei Fälle von Belästigung hat es am Dienstag gegeben. Ob es sich um einen oder zwei Täter handelt, konnte bislang nicht geklärt werden. Gegen 08:50 Uhr hielt sich eine 65-Jährige aus Düren auf dem Parkplatz eines Fußballvereins nahe des Schlosses Burgau auf. Sie bemerkte eine männliche Person, die ihr Handy in der Hand hielt, dieses bediente und sich währenddessen auch in den Schritt fasste. Kurz darauf erkannte die Dürenerin, dass der Unbekannte sein Geschlechtsteil aus der Hose geholt hatte und hieran manipulierte. Der Exhibitionist war etwa 18 bis 22 Jahre alt, ungefähr 170 cm groß, von schlanker Statur und mit einem schmalen Gesicht. Er trug eine Brille mit schmalem, schwarzem Rand und war komplett dunkel gekleidet, unter anderem mit einer Jacke, deren Kapuze er über den Kopf gezogen hatte.
Am Nachmittag gegen 16:15 Uhr erlebte eine 23 Jahre alte Frau aus Düren einen ähnlichen Vorfall: Die junge Frau ging entlang der Gartenstraße in Düren, als sie einen Mann hinter sich bemerkte. Dieser überholte sie, drehte sich um, holte sein Glied aus der Hose und zeigte ihr dieses. Als die 23-Jährige den Täter anschrie, lief er in Richtung Oststraße davon. Der Unbekannte konnte wie folgt beschrieben werden: etwa 25 Jahre alt und 165 cm groß, mit dunklen Haaren und Dreitagebart. Er war komplett schwarz gekleidet. *(Kommentar PI-NEWS: Zur Ethnie oder wahrscheinlichen Volkszugehörigkeit des Täters wurde bislang micjts bekannt gegeben)*
Landkreis Schwäbisch Hall-Fichtenau: Am Dienstag zeigte eine 20-jährige Frau bei der Polizei an, dass sie am vergangenen Sonntag gegen 17:30 Uhr beim Joggen auf einem Feldweg im Gewann Aschenfeld, zwischen Wildenstein und Unterdeufstetten, von einem bislang unbekannten Mann zunächst angesprochen und im weiteren Verlauf sexuell belästig wurde. Der Mann berührte sie offensichtlich absichtlich am Gesäß. Der Mann wird als etwa Mitte bis Ende 30 Jahre geschätzt, war circa 170 cm groß, leichter Bauchansatz und kurze dunkle Haare. Bekleidet war er mit einem weißen T-Shirt mit Aufdruck und einer grünen, knielangen Hose. Wer kann Hinweise zu dem Vorfall geben? Wem ist der Mann noch aufgefallen oder begegnet? Zeugenhinweise nimmt der Polizeiposten Fichtenau unter der Rufnummer 07962 / 379 entgegen. *(Kommentar PI-NEWS: Warum unterschlägt die Polizei trotz einer ansonsten detaillierten Täterbeschreibung die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit?*
Freiburg: Am frühen Sonntagmorgen, gegen 3:20 Uhr, verließ eine 24-jährige Frau ein Lokal in Titisee (Seestraße) und begab sich zu Fuß auf den Heimweg in Richtung Ortsausgang. Kurze Zeit später wurde sie überraschend von einem Mann festgehalten und unsittlich berührt. Es gelang ihr, den Unbekannten wegzustoßen und zurück zum Lokal zu rennen. Sie wurde bei dem Vorfall nicht verletzt. Die Geschädigte schätzt den Mann auf ein Alter von 35-40 Jahren. Weitere Beschreibungsmerkmale liegen derzeit nicht vor. Hinweise zur Tat nimmt die Kriminalpolizei Freiburg entgegen (Tel. 0761 882-5777) *(Kommentar PI-NEWS: „Weitere Beschreibungsmerkmale liegen derzeit nicht vor." Die Polizei möchte uns also mitteilen, dass die Geschädigte zwar das Alter des Täters schätzen kann, aber keine Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit?)*
Neu-Ulm: Eine 29-jährige Frau fuhr gestern Abend in einem Linienbus von Ulm nach Burlafingen. Als sie sich von ihrem Sitzplatz erhoben hatte und zum hinteren Teil des Busses ging, fasste ihr ein Mann, welcher auf dem Boden des Busses saß, unvermittelt mit der Hand an das Gesäß. Die Geschädigte wählte umgehend den Notruf und verständigte die Polizei. Während des Telefonats konnte der Täter jedoch bereits den Bus verlassen. Die Polizeiinspektion Neu-Ulm hat die Ermittlungen in diesem Fall aufgenommen. Zurück im vollbesetzten Bus blieben **zwei Bekannte** des Tatverdächtigen, welche an der Tathandlung nicht beteiligt waren. Im Rahmen der polizeilichen Anzeigenaufnahme des vorherigen Falles gab einer der beiden Personen an, dass er im Bundesgebiet um Asyl nachsuche,

bislang allerdings nicht registriert worden sei. Gegen den 19-jährigen Syrer wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Er wurde an die nächstgelegene Erstaufnahmeeinrichtung verwiesen.

#Merkelsommer 2017 Niebüll: 23-Jährige von zwei Männern vergewaltigt

pi-news.net/niebuell-23-jaehrige-von-zwei-maennern-vergewaltigt/
1.8.2017

Niebüll: In der Nacht von Freitag auf Samstag (29.07.17) ist es zwischen 01:00 – und 02:00 Uhr in Niebüll im Bereich des Malmesbury Park zu einem sexuellen Übergriff gekommen. In unmittelbarer Nähe zur Tennisanlage wurde eine 23-jährige Frau von zwei Männern überfallen und vergewaltigt. Die beiden Männer haben sich in einer fremden Sprache unterhalten, die die Geschädigte nicht verstanden hat. Von einem der Täter liegt eine recht markante Beschreibung vor: – 25 – 35 Jahre alt, ca. 175 cm groß – braune Hautfarbe (nicht dunkelhäutig), sprach gebrochen Deutsch – herausstehende Wangenknochen – Narbe auf der linken Gesichtshälfte, die vom Mund aus quer
Richtung Ohr verläuft – dunkle Haare, auf dem Kopf länger als an den Seiten

---

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

Zeitz: Was geschah am Montagabend in Zeitz? Die Polizei hat drei Syrer im Alter von 17 und 18 Jahren festgenommen. Sie sollen versucht haben, eine 35-jährige Frau zu vergewaltigen. Der Vorfall soll sich gegen 22.30 Uhr am Roßmarkt abgespielt haben. Nach ersten Erkenntnissen der Polizei war die 35-Jährige dort zu Fuß unterwegs, als sie von den drei Syrern festgehalten und sexuell bedrängt wurde. Die Frau wehrte sich, konnte sich losreißen. Als ihr Handy klingelte, ließen die drei Männer von ihr ab und verschwanden in unbekannte Richtung. Im Zuge der Ermittlungen stieß die Polizei im Stadtgebiet von Zeitz auf die drei 17 und 18 Jahre alten Männer. Sie stehen im Verdacht, die Tat begangen zu haben. Die Polizei nahm die Männer vorläufig fest, die Staatsanwaltschaft Naumburg stellte Haftantrag. Am Dienstag erließ das Amtsgericht Zeitz Haftbefehl gegen die drei. Sie wurden in eine Justizvollzugsanstalt gebracht.

Nürnberg: Am frühen Sonntagmorgen (30.07.2017) belästigten vier noch unbekannte Täter eine junge Frau in der Nürnberger Innenstadt in sexueller Weise. Die Kripo Nürnberg bittet um Zeugenhinweise. Das spätere Opfer war gegen 00:30 Uhr in der Königstorpassage unterwegs, als es plötzlich von vier unbekannten Männern angesprochen und belästigt wurde. Zwei davon hielten die Frau fest, drückten sie gegen eine Mauer und berührten sie massiv am

ganzen Körper in unsittlicher Weise. Die beiden anderen Täter standen Schmiere. Kurz darauf flüchtete das Quartett in unbekannte Richtung. Der Tatort ist der Zugang zur Königstorpassage von der Königstraße aus, einige Meter im Bereich des U-Bahnverteilers, auf Höhe eines Lottogeschäftes. Zu dieser Zeit sind erfahrungsgemäß noch Passanten unterwegs, so dass die Kripo Nürnberg auf entsprechende Beobachtungen durch Zeugen hofft. Die junge Frau blieb zwar körperlich unverletzt, steht aber erheblich unter Schock. Ihren Angaben nach stand sie noch einige Zeit an der Örtlichkeit, da sie nicht in der Lage war, sich zu bewegen. Erst nach ca. einer Stunde wurde eine Passantin auf sie aufmerksam, die sie in den Bahnhof begleitete und ihr beim Kauf eines Zugtickets half. … Beschreibung der beiden Haupttäter: 1. ca. 23 Jahre alt, ca. 175 cm groß, dunkle, längere Haare, die über die Ohren reichten, bekleidet mit kariertem, langärmeligen Hemd und einer Jeans. 2. ca. 23 Jahre alt, ca. 175 cm groß, dunkle, halblange Haare, bekleidet mit einem kurzen weißen T-Shirt mit grauer Aufschrift sowie einer zerrissenen Jeans. Beide Männer sollen einen dunklen Teint gehabt haben und möglicherweise aus dem südosteuropäischen Raum stammen.

Neuruppin: Eine 13-Jährige erschien am 28.07. abends mit ihrer Mutter in der Polizeiinspektion OPR und zeigte eine sexuelle Belästigung an. Sie war –nach ihren Angaben- am Vorabend (27.07., ca. 17.30 Uhr) in Neuruppin, Saarlandstraße, allein auf dem Gehweg zwischen dem Bauspielplatz an der Fontaneschule und der Heinrich-Mann-Straße, unterwegs. Sie hörte hinter sich die Äußerung „Ficken“ und wurde plötzlich von hinten kräftig ins Gesäß gegriffen. Zwei Männer mit südländischem Aussehen drückten sie anschließend für ca. 15 Sekunden gegen einen Baum, wo ein Mann dann ihre Brüste anfasste. Als die Geschädigte um Hilfe rief, rannten die Tatverdächtigen in Richtung Saarlandstraße davon. Das Mädchen wurde nicht verletzt.

Oberottmarshausen: Es war ein schöner friedlicher Abend beim Sommernachtsball in Oberottmarshausen. Bis gegen 02.30 Uhr eine 26-jährige Studentin aus Augsburg außerhalb des Festgeländes von einem 22-jährigen Kenianer aus Königsbrunn angeflirtet wurde. Aufgrund dessen Aufdringlichkeit ging der Freund der Dame dazwischen, um die Flirtversuche zu unterbinden. Daraufhin zog der 22-Jährige eine Handfeuerwaffe, lud diese durch und drohte dem Pärchen, es zu erschießen. Schließlich entfernte er sich jedoch, konnte aber kurz darauf von einer Streifenbesatzung festgenommen werden. Bei der körperlichen Durchsuchung des Mannes wurde die Schusswaffe aufgefunden. Es handelte sich um eine täuschend echt aussehende Spielzeugpistole. Während der stark alkoholisierte Kenianer in Gewahrsam genommen wurde, beleidigte dieser die eingesetzten Beamten und drohte auch ihnen damit, sie umzubringen. Ihn erwarten nun Anzeigen wegen Bedrohung, Beleidigung und des Verstoßes gegen das Waffengesetz.

Weißenhorn: Der Polizei gelang nach jüngsten Übergriffen in Weißenhorn (Kreis Neu-Ulm) die Ermittlung eines dringend Tatverdächtigen, der sich nun in Untersuchungshaft befindet. Seit Ende Juni wurden der örtlichen Inspektion insgesamt acht Vorfälle gemeldet, bei denen vorwiegende ältere Frauen Opfer von sexueller Belästigung wurden. Beispielsweise fasste der zunächst Unbekannte den Frauen während eines Spazierganges ans Gesäß oder die Brust. In einem dieser Fälle wiegt die Tathandlung deutlich schwerer, da er eine Frau ansprach und ihr Geld für sexuelle Handlungen angeboten hatte. Nachdem sie sich dagegen verbal vehement wehrte, riss er sie zu Boden, versuchte sie zu entkleiden und berührte sie im Schambereich. Da die Frau lautstark schrie, ließ der Unbekannte von ihr ab. Während man intensiv nach dem Mann fahndete und dadurch vermutlich auch weitere Taten verhinderte, gelang durch die Spurensicherung der die Identifizierung eines Tatverdächtigen, der im Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg wohnhaft ist. Gegen den 20-Jährigen wird nun wegen des Verdachts von sieben Fällen sexueller Belästigung und einem Fall von sexueller Nötigung ermittelt. Unverzüglich nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses der Spurensicherung erließ die Ermittlungsrichterin auf Antrag der Staatsanwaltschaft einen Untersuchungshaftbefehl gegen den dringend tatverdächtigen Iraker. Er wurde am Samstagfrüh, einen Tag nach dem Erlass

des Haftbefehls, von Beamten des Polizeireviers Wiesloch in der dortigen Asylbewerber-Unterkunft festgenommen; in dieser war er wohnhaft. Inzwischen befindet er sich in einer Justizvollzugsanstalt.
Waiblingen: Einer 19-jährigen Frau wurde am Sonntagmorgen gegen 7 Uhr beim Bahnhof die Geldbörse entwendet. Sie wurde zunächst bei einer Unterführung von einem ca. 20-jährigen Mann angesprochen. Später, als die junge Frau bei Gleis 7 auf einer Bank saß, kam der etwa 165cm große Mann erneut zu ihr. Er setzte sich und näherte sich der jungen Frau im Verlaufe eines kurzen Gesprächs. Er legte seinen Arm um ihre Schulter und versuchte die Frau zu küssen. Die 19-Jährige wehrte sich und drückte den Mann von sich. Nach dem Vorfall bzw nachdem der Mann weggegangen war, stellte die junge Frau das Fehlen ihrer Geldbörse fest. *(Kommentar PI-NEWS: Warum unterschlägt die Polizei trotz Mitteilung des Alters und der Größe die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit?)*
Stuttgart-Mitte: Polizeibeamte haben am Sonntag (30.07.2017) gegen 11.00 Uhr einen 26 Jahre alten Mann in der Arnulf-Klett-Passage festgenommen. Der junge Mann bedrängte im Hauptbahnhof zunächst eine 46 Jahre alte Frau, umarmte diese und berührte sie unsittlich. Nachdem die Frau laut schrie ließ der Verdächtige von ihr ab und flüchtete. Auf seiner Flucht ging er auf einen 41-jährigen Mann zu und wollte diesem die Geldbörse aus der Hose stehlen. Alarmierte Polizeibeamte stellten den 26-Jährigen in der Arnulf-Klett-Passage fest. Bei der Festnahme leiste der junge Mann erheblichen Widerstand. Der schon mehrfach polizeilich in Erscheinung getretene Mann aus Eritrea wird am Montag (31.07.2017) mit Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart dem Haftrichter vorgeführt.
Zwickau, OT Schedewitz: Ein „Entblößer“ war am Freitag, gegen 17:50 Uhr in Höhe der Oskar-Arnold-Straße, an der Mulde, zugange. Der Mann zeigte sich, von der gegenüberliegenden Flußseite aus, zwei Mädchen und verschwand wieder.
Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: ca. 40-50 Jahre alt, bekleidet mit Jeans und einem roten T-Shirt, lichtes Haar – fast Glatze. *(Kommentar PI-NEWS: Die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit wird offensichtlich zurückgehalten.)*
Essen: In der Nacht von Freitag auf Samstag (29. Juli, gegen 4 Uhr) soll es auf der Viehofer Straße/ Brunnenstraße zu einem möglichen Sexualdelikt gekommen sein. Eine Frau soll dabei zunächst von einem Mann in der Fußgängerzone angesprochen und kurz darauf Opfer eines Sexualdeliktes geworden sein. Vielleicht haben Passanten oder Gäste einer nahegelegenen Diskothek Beobachtungen gemacht oder sogar den Mann und die Frau auf ihr Verhalten angesprochen. Die Hinweise könnten der ermittelnden Kriminalbeamtin bei der Klärung helfen! Der noch unbekannte Mann soll Anfang 20 Jahre alt und eine dunklere Hautfarbe haben. Er sprach deutsch mit starkem französischem Akzent. Er ist etwa 180 cm groß und trug einen Bart, ein T-Shirt und eine schwarze Baggy-Hose.

#Merkelsommer 2017 Zehn- bis zwölfjährige Mädchen und Jungen sexuell belästigt

pi-news.net/zehn-bis-zwoelfjaehrige-maedchen-und-jungen-sexuell-belaestigt/
3.8.2017

Papenburg: Ein 26-jähriger sudanesischer Flüchtling aus Papenburg hat am Montag gegen 20.30 Uhr im Kaufland am Deverweg einem 10-jährigen Mädchen in die Brust gekniffen. Der Mann war an dem Mädchen in der Spielwarenabteilung vorbeigegangen und hatte diese dann sexuell belästigt. Der 26-Jährige flüchtete zunächst, kam dann jedoch noch einmal zurück. Kurz darauf wurde er von Angestellten des Geschäftes dabei beobachtet, wie er zusammen mit einem zweiten Sudanesen Waren in seinem Bekleidung versteckte. Bei der anschließenden Überprüfung durch die Polizei leisteten die beiden Täter erheblichen Widerstand durch Treten und Schlagen. Weiterhin wurden die Polizisten angespuckt. Die beiden Männer konnten überwältigt werden und wurden in Gewahrsam genommen. Die Ermittlungen der Polizei dauern an. Der 26-Jährige ist der Polizei kein Unbekannter. Er hat bereits mehrfach Widerstand gegenüber der Polizei geleistet und Beamte verletzt, angespuckt und beleidigt.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

Geldern: Am Samstag (29. Juli 2017) zwischen 17.00 und 18.00 Uhr angelten zwei Jungen (11 und 12 Jahre alt) an der Niers in Höhe der Straße Issumer Tor. Ein unbekannter Mann sprach die beiden Jungen an und streichelte ihnen durch das Haar. Dann nahm er die Hand eines Jungen und legte sie auf sein Geschlechtsteil. Der Junge konnte sich losreißen. Der unbekannte Mann flüchtete mit einem silber-schwarzen Fahrrad in Richtung Innenstadt. Am Fahrrad hing eine Einkaufstüte. Der Mann war 28 bis 34 Jahre alt, etwa 1,80m groß und hatte ein südländisches Aussehen. Er hatte schwarze, kurze, lockige Haare, braune Augen, schiefe Zähne und sprach gebrochenes Deutsch.

Rheinsberg: Am Sonntag, den 30.07., wurden zwei weibliche Jugendliche zunächst von einem jungen Ausländer Anfang 20 in der Schloßstraße angesprochen. Der junge Mann rief die Mädchen zu sich auf die andere Straßenseite. Die Mädchen ignorierten den Mann jedoch und begaben sich zum Schloss. Als die Mädchen sich dann dort auf eine Treppe setzten, kam der Ausländer auf die Mädchen zu. Plötzlich trat er einer 13-Jährigen ans Schienbein und schlug ihr mit seinem Smartphone aufs Kinn und auf die Wange. Die Geschädigte erlitt zwar keine Verletzungen, aber hatte danach leichte Schmerzen. Die Mädchen suchten daraufhin Schutz bei einem anderen Mann, der sich am Schloss aufhielt, worauf der junge Ausländer sich entfernte. Da die 13-Jährige den Vornamen des Ausländers kannte und dieser in der Asylunterkunft im Schlosshotel wohnt, konnte er schnell als ein 19-jähriger afghanischer Asylbewerber identifiziert werden. Hintergrund seines Verhaltens war offenbar eine etwas zurückliegende Anzeige der 13-Jährigen wegen Belästigung gegen ihn. Neben der eingeleiteten kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung wurde der 19-jährige Afghane heute auch noch einmal durch die Polizei belehrt.

Krefeld: Am gestrigen Dienstag (1. August 2017) hat sich ein Mann in einem Auto auf der Bahnstraße einem Kind in schamverletzender Weise gezeigt. Um 19:45 Uhr wartete eine 10-Jährige vor einem Imbiss auf der Bahnstraße, als ein schwarzes Auto neben ihr hielt und der Fahrer sie ansprach. Weil das Mädchen den Mann nicht verstehen konnte, trat sie näher an das Fahrzeug heran. Der Fahrer zeigte sich in schamverletzender Weise, worauf die 10-Jährige

flüchtete und ihre Mutter anrief. Diese informierte die Polizei. Der Mann ist etwa 30 bis 35 Jahre alt und hat „kurze orange Locken“ sowie einen kurzen orangefarbenen Bart an der Unterlippe. Er trug ein weißes T-Shirt und eine kurze Jeanshose. *(Kommentar PI-NEWS: Warum unterschlägt die Polizei trotz Täterbeschreibung die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit?)*

Konstanz: Wegen eines versuchten Sexualdelikts sucht die Kriminalpolizei einen 30 bis 37 Jahre alten dunkelhäutigen Mann, der am Samstag, gegen 01.00 Uhr, eine Fußgängerin im Herose-Park angefallen hat. Die von der Fahrradbrücke kommende Frau begegnete dem aus Richtung der Spanierstraße kommenden Unbekannten auf dem Fußweg. Völlig unvermittelt nahm der Mann die Geschädigte nach ihren Schilderungen in den Arm, küsste sie, drängte sie in ein angrenzendes Gebüsch und brachte sie zu Boden. Dabei konnte die Frau den erigierten Penis des Mannes sehen. Nachdem sie ihn in verschiedenen Sprachen angesprochen hatte, ließ der Mann kurzzeitig von seinem Opfer ab, wodurch sich die Frau befreien und flüchten konnte. Täterbeschreibung: Schwarzafrikaner; etwa 185 cm groß; kurze Haare; 30 bis 37 Jahre alt; athletische, schlanke Figur; trug T-Shirt und Hose.

Miesbach: Das Polizeipräsidium Oberbayern-Süd berichtet: Die Kripo Miesbach ermittelt derzeit gegen einen 36-jährigen Mann wegen der Vergewaltigung einer 22-Jährigen in einer Bar in Miesbach. Die Tat ereignete sich am Donnerstag, 27. Juli. Gegen den Tatverdächtigen erließ der Ermittlungsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft München II einen Untersuchungshaftbefehl. Das Opfer war nach bisherigen Erkenntnissen in der Nacht zum Donnerstag als Gast in einer Bar und dort in den frühen Morgenstunden eingeschlafen. Wie die junge Frau beschreibt, wachte sie teilentkleidet auf, als der Tatverdächtige sexuelle Handlungen an ihr vornahm. Die 22-Jährige flüchtete daraufhin aus der Bar und verständigte die Polizei. Die Kripo Miesbach übernahm die Ermittlungen zur Klärung des Sexualdelikts. Noch am Tattag wurde der 36-jährige Tatverdächtige von den Beamten festgenommen. Der Mann ist in Deutschland geboren und wohnt auch im Großraum Miesbach. Mehr will die Polizei weder zu dem Verdächtigen noch zum Tatort selbst herausgeben. *(Kommentar PI-NEWS: Was möchte die Polizei mit der Bekanntgabe des Geburts- und Wohnortes und gleichzeitigem Schweigen hinsichtlich des Tatverdächtigen erreichen?)*

Tübingen: Nach zwei unbekannten Männern, die am Dienstagmorgen am Bahnhof Tübingen eine 21-jährige Frau belästigt haben, sucht das Polizeirevier Tübingen. Die junge Frau war mit der Bahn von Nehren herkommend gegen 11.30 Uhr am Hauptbahnhof angekommen. Bereits während der Fahrt war sie von den beiden Männern angestarrt worden, die offenbar auf Englisch anzügliche Bemerkungen austauschten. Nach dem Aussteigen verfolgten sie beide. Einer von ihnen begrabschte sie von hinten unsittlich. Als sich zufällig eine Polizeistreife zu Fuß näherte, entfernten sich die Unbekannten in Richtung Innenstadt. Ohne die Polizeibeamten anzusprechen verließ die 21-Jährige den Bahnhof. Erst ihrem Abholer erzählte sie auf dem Heimweg von dem Vorfall, der daraufhin zurückfuhr und den Polizeibeamten den Sachverhalt schilderte. Die anschließend eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen verliefen bislang erfolglos. Die Unbekannten werden als etwa 30 bis 35 Jahre alt beschrieben. Beide hatten einen dunklen Teint und sprachen gebrochen Englisch.

Bad Segeberg: Am gestrigen Abend ist eine 24-jährige Frau am Elbstrand bei Wedel von einem bisher unbekannten Mann angesprochen und im weiteren Verlauf sexuell genötigt worden. Nach den bisherigen Erkenntnissen hielt sich die junge Frau gegen 21:30 Uhr allein am dortigen Hundestrand unterhalb des Elbwanderweges auf. Am Strand wurde sie von einer ihr fremden männlichen Person zunächst beobachtet und anschließend angesprochen. Als die zu diesem Zeitpunkt bereits beunruhigte Frau vom Strand zu ihrem Auto ging, folgte ihr der Mann und berührte sie auf der Treppe, die hinauf zum Elbwanderweg in Richtung J.-D.-Möller-Straße führt, unsittlich. Nach der Aufforderung dies zu unterlassen, ging der Mann voraus, ließ die Hose herab und manipulierte an sich. Bei dem Versuch, an dem Mann vorbei zu gelangen, wurde die junge Frau von diesem festgehalten. Die Geschädigte konnte sich

jedoch losreißen und flüchten. In welche Richtung sich der Täter in der Folge entfernte, ist nicht bekannt. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Ca. 18 – 20 Jahre alt, 170 -175 cm groß, sehr schlank, dunkle, kurze Haare. Der Täter war mit einem auffälligen T-Shirt (Grundfarbe dunkelblau, Brustaufdruck mit Symbolen oder Buchstaben in oranger oder gelber Farbe). Es handelte sich um einen Südländer. Der Mann sprach gebrochen deutsch.
Ingolstadt: Als sehr aufdringlich erwies sich ein Unbekannter, der am Montag, gegen 16 Uhr einer jungen Frau folgte, die zu Fuß in der Schultheißstraße unterwegs war. Der Mann sprach die 27-Jährige an und fasste ihr über der Kleidung an die Brust. Als der Unbekannte Anstalten machte, die Frau zu küssen, begann diese zu schreien. Der Täter ließ daraufhin von ihr ab. Während des Vorfalles hatte der Mann Angaben zu seinen persönlichen Verhältnissen gemacht. Demnach stammt er aus Pakistan und hält sich zwei Jahre lang wegen eines Studiums in Ingolstadt auf. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: Zirka 20 Jahre alt, 1,85 bis 1,90 Meter groß, schwarzes lockiges mittellanges Haar, dunkler Teint, kein Bart.
Ludwigsburg: Im Bereich des Bahnhofs Ditzingen ist ein 39-jähriger, dunkelhäutiger Mann am Dienstagnachmittag gegenüber mehreren Frauen als Exhibitionist aufgetreten. Nach einem ersten Hinweis nahmen Polizeibeamte den Tatverdächtigen gegen 14:20 Uhr am Busbahnhof vorläufig fest. Nach seiner Vernehmung bei der Kriminalpolizei Ludwigsburg und der Durchführung der polizeilichen Maßnahmen wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Marokkaner möchte in die Moschee gefahren werden 17-Jähriger bewirft 76-Jährigen mit faustgroßem Stein

pi-news.net/17-jaehriger-bewirft-76-jaehrigen-mit-faustgrossem-stein/
4.8.2017
Freiburg: Am Samstagmittag, 29. Juli, gegen 13.30 Uhr wurde in der Bremgartener Straße in Feldkirch ein 76-jähriger Mann von einem jungen Mann attackiert. Der 17-Jährige, welcher offenbar geistig verwirrt zu sein schien, wollte in eine Moschee nach Freiburg gebracht werden. Er öffnete die Beifahrertüre des Pkw, ging auf den älteren Pkw-Lenker mit Tritten und Schlägen los und bewarf diesen mit einem Faustgroßen Stein. Selbst als der 76-Jährige aus dem Wagen gefallen war, ließ der aggressive Angreifer nicht von ihm ab. Der ältere Herr musste mit leichten Verletzungen medizinisch in einem Krankenhaus versorgt werden. Der 17-jährige, marokkanischer Herkunft, welcher in einer Unterkunft für Flüchtlinge im Gewerbepark wohnhaft war, wurde in eine Psychiatrische Anstalt eingewiesen.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Siegen: Das Siegener Kriminalkommissariat 4 ermittelt aktuell gegen drei noch unbekannte Männer, die dringend verdächtig sind, in der Nacht zu Samstag gegen 03.00 Uhr im Rahmen eines Streitgeschehens in einem Siegener Imbiss drei dort anwesende Frauen zunächst obszön beleidigt und dann mit brutalter Gewalt attackiert zu haben. Dabei setzten die drei Männer sogar ihre Ellbogen ein, um den Frauen damit Stöße ins Gesicht und in den Rippenbereich zu versetzen. Ein 31-jähriger Begleiter der drei Frauen, der sich schützend vor die Angegriffenen stellen wollte, wurde von dem Trio im weiteren Verlauf draußen vor dem Lokal auf der

Hindenburgstraße ebenfalls brutal mit Schlägen und Tritten attackiert. Das Trio wird wie folgt beschrieben: alle 30 – 35 Jahre alt, alle südländisches Erscheinungsbild, einer der Täter war circa 1.65 Meter groß, hatte kurze schwarze Haare , trug einen Bart, eine Brille und ein beiges T-Shirt. Ein zweiter war korpulenter und trug ein weißes T-Shirt. Das Trio ergriff schließlich die Flucht in Richtung „Reichwalds Ecke“. Hinweise zu den Flüchtigen nimmt die Polizei in Siegen unter 0271-7099-0 entgegen.

Mönchengladbach, Düsseldorf: Nach einer körperlichen Auseinandersetzung am Dienstagmorgen (01. August) um 5.25 Uhr, überwältigten Beamte auf dem Bundespolizeirevier in Mönchengladbach, unter Anwendung von Pfefferspray, einen 25-jährigen Algerier. Dieser hielt angriffsbereit ein Messer in der Hand und ließ es trotz mehrmaliger Aufforderung nicht fallen. Zuvor schlug und trat der 25-Jährige im Mönchengladbacher Stadtgebiet auf eine 18-jährige Frau ein. Zwei Männer (23, 30) eilten ihr zur Hilfe, die dann selbst durch den aggressiven Mann angegriffen wurden. Die beiden Zeugen wehrten sich, wodurch der Algerier eine blutende Platzwunde oberhalb der Augenbraue davontrug.

Die Zeugen und die Geschädigte suchten das Bundespolizeirevier in Mönchengladbach auf. Dort berichteten die Beteiligten von der Körperverletzung und gaben an, von dem Tatverdächtigen verfolgt worden zu sein. Nach geraumer Zeit tauchte ein weiterer Mann auf der Dienststelle auf. Die Zeugen und die Geschädigte gaben an, dass es sich bei dem Mann um den Täter handelt. Der Tatverdächtige wurde von den anderen Personen getrennt. Als er sich ausweisen sollte, fiel den Beamten auf, dass der Algerier ein aufgeklapptes Messer versteckt in der Hand hielt. Trotz mehrfacher Aufforderung legte er das Messer nicht ab. Die Bundespolizisten setzten das Pfefferspray ein und konnten ihm daraufhin das Messer abnehmen. Er beleidigte die Beamten als „Arschlöcher“ und sagte, „dass er ihre Töchter ficken würde“. Ferner bespuckte er die Beamten. Der aggressive Algerier hielt sich im Vorraum der Wache auf. Dort verschmierte er mit seiner Spucke und seiner blutenden Wunde die Wände.

Zwickau: Am Samstag gegen 1 Uhr wurde die Polizei zu einer Gaststätte in der Innenstadt gerufen. Dort war ein 49-jähriger Zwickauer durch einen Messerangriff leicht verletzt worden. Als Tatverdächtige nannte ein Zeuge drei Männer, welche die Polizei kurze Zeit später feststellten konnte. Gegen die 20 bis 23 jährigen Asylbewerber aus Libyen wird wegen gefährlicher Körperverletzung und zusätzlich wegen Diebstahl ermittelt. Bei ihnen fanden die Polizeibeamten eine gestohlene Jacke. Dadurch konnte eine Diebstahlhandlung in einer anderen Gaststätte vom Vortag aufgeklärt werden.

Lörrach: Am Dienstagvormittag kam es in einer Bäckerei in der Innenstadt zu einer Gewalttat mit anschließendem Polizeieinsatz. Ein Schwarzafrikaner drängte sich an der wartenden Schlange vorbei und bediente sich, was Unmut unter den Wartenden auslöste. Ein 42-jähriger Mann sprach den Drängler an und wurde daraufhin von diesem beschimpft und geschlagen. Daraufhin wurde die Polizei alarmiert, worauf der Täter flüchtete. Er konnte kurze Zeit später aufgrund der guten Beschreibung in der Innenstadt gesichtet und kontrolliert werden. Der 19-Jährige zeigte sich widersetzlich und verweigerte die Herausgabe seiner Identitätspapiere. Daraufhin wurde ihm die vorläufige Festnahme erklärt, worauf sich hinzukommende Landsleute mit dem 19-Jährigen solidarisierten. Da die Lage zu eskalieren drohte, griffen die Beamten durch. Dem 19-Jährigen wurden Handschellen angelegt, danach erfolgte der Abtransport zum Polizeirevier. Gegen den Beschuldigten wird nun wegen verschiedener Delikte ermittelt.

Ludwigshafen: Ein 16-Jähriger musste am Montag (31.7.2017) in einem Krankenhaus behandelt werden, nachdem er von einer Personengruppe attackiert wurde. Der Jugendliche war zwischen 16 und 16.45 Uhr auf Höhe der Rheingalerie (Im Zollhof) unterwegs, als eine unbekannte Person aus einer 15-köpfigen Gruppe ihn mit einem Baseballschläger angreifen wollte. Der 16-Jährige konnte ausweichen. Eine andere unbekannte Person schlug ihm

schließlich mit einer Flasche auf den Kopf. Die Personengruppe entfernte sich anschließend in unbekannter Richtung. Der 16-Jährige wurde von Passanten in ein Krankenhaus gebracht, wo er medizinisch behandelt werden mussten. Die Polizei ermittelt nun wegen gefährlicher Körperverletzung. Die Polizei bittet um Zeugenhinweise: Polizeiinspektion Ludwigshafen 1, Telefonnummer 0621 963-2122 oder E-Mail piludwigshafen1@polizei.rlp.de (Kommentar Pi: Eventuell würden sich mehr Zeugen finden, wenn die Polizei nähere Angaben zu der Personengruppe machen würde).

Arnsberg: In der Nacht von Freitag auf Samstag spazierten drei 18jährige Männer aus Arnsberg am Hüstener Markt im Bereich der Kirche, als ihnen gegen 00:15 Uhr eine bislang unbekannte männliche Person fußläufig entgegen kam und ihnen unvermittelt mit Pfefferspray ins Gesicht sprühte. Anschließend entfernte sich die unbekannte Person in Richtung Kirche. Bereits im Vorfeld war die Person den jungen Männern im Bereich Aral-Tankstelle Hüsten und in der „Möthe“ aufgefallen, wobei er zeitweise auch auf einem Fahrrad fuhr. Zu einem Kontakt war es jedoch nicht gekommen. Die Person kann wie folgt beschrieben werden: ca. 25 Jahre, ca. 185 bis 190cm, dunkelhäutig, gelocktes Haar, zum Tatzeitpunkt bekleidet mit einem weißen T-Shirt und schwarzer Jeans. Ein Geschädigter wurde aufgrund seiner beeinträchtigten Augen ins Krankenhaus nach Arnsberg verbracht, von dort aus wurde er weiter ins Krankenhaus nach Dortmund überführt.

Limburg: Am Donnerstagnachmittag kam es in der Bahnhofstraße in Limburg zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei Personen, bei der eine Frau verletzt wurde. Die 21-Jährige war gegen 17.00 Uhr mit einem etwa 20 Jahre alten Mann in Streit geraten, in dessen Verlauf der südländisch aussehende Mann sie dann mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen haben soll. Zeugen gaben an, dass die Frau durch die Wucht des Schlages zu Boden gefallen sei und kurze Zeit bewegungslos dort liegen geblieben wäre. Die etwa 175 cm große Person flüchtete daraufhin in unbekannte Richtung. Der Mann soll eine normale Statur und dunkle, kurze Haare gehabt haben. Bekleidet sei die Person mit einem schwarzen T-Shirt mit buntem Aufdruck gewesen.

Ulm: Gegen 19.30 Uhr wartete das Duo auf dem Bahnsteig in Riedlingen. Neben dem 17- und der 19-Jährigen standen vier Männer. Die beleidigten die Frau. Der junge Mann appellierte an die Gruppe aufzuhören. Das hatte zur Folge, dass nun auch er beschimpft wurde. Einer der vier schlug den 17-Jährigen. Der ging leicht verletzt zu Boden. Das Aussehen des Täters hatte er sich gemerkt. Er beschrieb ihn der Polizei mit einem Alter von 20-25 Jahren, dunklem Teint und dunklem Vollbart. Bekleidet war der Mann mit einer blauen Adidas-Trainingsjacke. Das Markenzeichen war deutlich auf der Brust sichtbar. Außerdem trug er eine auffällige Goldkette mit einem Anhänger aus Holz. Auf dem Kopf hatte er ein Basecap der „Chicago Bulls“. Von den Begleitern wusste er, dass sie ebenfalls einen dunklen Teint hatten. Eine Zeuge hatte beobachtet, dass die Männer nach der Tat in einen schwarzen Mercedes mit dem Teilkennzeichen SIG stiegen und davon fuhren. Die Polizei in Riedlingen (07371/9380) sucht nun die Täter.

Dresden ist jetzt „bunt“ und „weltoffen“

Bis zu 70 Ausländer sind am Samstagabend in Dresden teils bewaffnet aufeinander losgegangen. Laut Polizei stammten die Beteiligten „augenscheinlich mehrheitlich aus dem nordafrikanischen/arabischen Raum“. Mindestens zwei junge Männer aus Syrien und dem Irak wurden durch Schnittwunden verletzt. Viele Anwohner hätten die Polizei verständigt und den Beamten Videoaufnahmen der Prügelei in der Dresdner Neustadt zur Verfügung gestellt. Auch ein Messer und mindestens eine abgeschlagene Bierflasche seien als Waffen eingesetzt worden, teilte die Polizei am Sonntag mit. Warum es zu der Schlägerei kam, war zunächst nicht klar. Noch vor Eintreffen der Beamten flohen die meisten Beteiligten in angrenzende Straßen und Innenhöfe des linken Szeneviertels. Die Polizei stellte die Identitäten von mehreren Personen fest. Bei ihnen wurde Rauschgift und ein Schlagring sichergestellt. Gegen sie wird wegen des Verdachts auf Landfriedensbruch ermittelt.

01. August 2017, 08:38 Uhr

Messerattentat in Hamburg

Linken-Politiker für mehr Psychologen

Hätte der Messeranschlag von Hamburg verhindert werden können? Ein Linken-Politiker fordert mehr behördliche Psychologen, um echte Gefährder zu erkennen. Hamburg will die Männer ehren, die den Attentäter stellten.

Der politische Streit um Ursachen und Folgen der tödlichen Messerattacke in einem Hamburger Supermarkt geht weiter: Diskutiert wird vor allem, ob und wie ein Anschlag eines mutmaßlich psychisch kranken, abgelehnten Asylbewerbers, wie es Ahmad A. war, hätte verhindert werden können.

Frank Tempel, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, mahnte an, bei der Bewertung von möglichen islamistischen Gefährdern seien besser ausgestattete psychologische Dienste erforderlich. Solche Ressourcen seien bei den Behörden nicht ausreichend, sagte der Linken-Politiker und ehemalige Polizist Tempel dem Deutschlandfunk. Es gebe zu wenig Strukturen, die Gefährder bewerten und gegebenenfalls dazu beitragen, sie wieder zu entradikalisieren.

Der Palästinenser A. war zwar vor der Tat als Islamist, aber nicht als Gefährder eingeschätzt worden. Die Ermittlungen im dem Fall übernahm am Dienstag die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe. A. hatte in einer Vernehmung erklärt, er habe "als Märtyrer sterben" wollen. Darum liege ein islamistischer Hintergrund der Tat nahe.

A. hatte am Freitagnachmittag in einem Supermarkt in Hamburg-Barmbek mit einem Messer auf mehrere Menschen eingestochen, einen Mann getötet und sieben weitere Personen teils schwer verletzt. Passanten verfolgten ihn, bewarfen ihn mit Stühlen und schlugen ihn schließlich nieder. Die Männer sollen am Donnerstag von der Hamburger Innenbehörde für ihren Mut geehrt werden.

Ein Asylantrag A.s war von den Behörden abgelehnt worden, er hätte als abgelehnter Bewerber abgeschoben werden sollen. Doch wie schon beim tunesischen Berliner Weihnachtsmarktattentäter Anis Amri scheiterte das Abschiebeverfahren auch beim Palästinenser A. an fehlenden Papieren aus dessen Heimatland.

Innenministerium fordert Verdoppelung der Abschiebehaftplätze

Politiker von CDU und CSU attackieren seit dem Anschlag die Sicherheitsbörden des SPD-geführten Stadtstaats Hamburg scharf. CDU-Vizechefin Julia Klöckner warf der SPD im Bund eine Blockade strengerer Abschieberegelungen vor. Die SPD habe "regelrecht zum Handeln gezwungen werden" müssen, so die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende.

Klöckner bezog sich damit auf ein am Samstag in Kraft getretenes Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht. Mit dem Gesetz können ausreisepflichtige Gefährder einfacher in Abschiebehaft genommen oder überwacht werden. Zudem darf ihnen eine elektronische Fußfessel zur Überwachung seines Aufenthaltsorts angelegt werden.

Das Bundesinnenministerium sieht laut einem "Welt"-Bericht die Bundesländer in der Pflicht, die Zahl der Abschiebehaftplätze drastisch zu erhöhen. Unter Verweis auf mehr als 200.000 Ausreisepflichtige in Deutschland sagte eine Sprecherin des BMI, ein Bedarf an Abschiebehaftplätzen "in vierstelliger Höhe ist aus Sicht des Ministeriums nicht

unrealistisch". Bislang gibt es davon rund 400. Aus den zuständigen Ländern erreichten das Ministerium wiederholt Berichte, dass Anträge auf Abschiebungshaft wegen fehlender Haftplätze gar nicht erst gestellt werden.
cht/dpa
URL:
- http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ahmad-a-und-die-messerattacke-von-hamburg-linke-fordert-mehr-psychologen-a-1160814.html

#Merkelsommer 2017 Erfurt: 56-Jährige vergewaltigt

pi-news.net/erfurt-56-jaehrige-brutal-vergewaltigt/
10.8.2017
Erfurt: Bisher konnte die Polizei trotz Einsatz eines Großaufgebots den Täter nicht finden. Einzelheiten, was die Einsatzkräfte weiter unternehmen, um dem Unbekannten auf die Spur zu kommen, wollte die Staatsanwaltschaft Erfurt gegenüber Thüringen24 nicht nennen. Ein Sprecher verwies auf die laufenden Ermittlungen. Die 56-Jährige, die zwischen der Wartburgstraße und dem Erfurter Messegelände Opfer des brutalen Übergriffs wurde, liegt den Angaben zufolge derzeit im Krankenhaus.
Am Dienstagmittag veröffentlichte die Polizei nähere Angaben zu dem gesuchten Täter. Der Mann soll zwischen 30 und 40 Jahren alt, sehr schlank und 1,75 bis 1,80 Meter groß sein. Er hat glatte, dunkle und kurze Haare, dunkelbraune Augen sowie einen dunklen Teint. Laut den Beamten ist der Gesuchte ausländischer Herkunft, er spricht Deutsch mit einem Akzent.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

Starnberg: Ein bislang unbekannter Täter hat in der vergangenen Nacht eine junge Frau nahe des Starnberger Bahnhofs Nord in offenbar sexueller Motivation körperlich angegriffen. Die junge Frau war am Dienstag, 08.08.2017 kurz vor 23 Uhr mit der S-Bahn am Bahnhof Nord angekommen und wollte zu ihrem Fahrrad, das im Bereich der Fahrradständer abgestellt war. Dort wurde sie plötzlich von dem Unbekannten angegriffen, der auf sein Opfer massiv einwirkte und versuchte die Frau zu entkleiden. Die Angegriffene leistete heftige Gegenwehr, wodurch es ihr schließlich gelang zu entkommen. Jedoch erlitt das Opfer diverse Prellungen und Schürfwunden. Nach Verständigung der Polizei wurden intensive polizeiliche Fahndungsmaßnahmen durchgeführt, jedoch konnte der Täter dabei nicht ergriffen werden. Er

kann wie folgt beschrieben werden: Männlich, ca. 20-30 Jahre alt, 170-180 cm groß, lockige dunkle Haare, trug Blaue Jeans; Auffällig großer Ring mit kleinen Steinen an einem der Finger;
Zeugenaufruf
Die Kriminalpolizei Fürstenfeldbruck hat die Ermittlungen zu diesem Fall übernommen und bittet die Bevölkerung um Mithilfe. Möglicherweise haben weitere Zeugen Wahrnehmungen zu der Tat gemacht und können den Ermittlern wertvolle Anhaltspunkte liefern. Insbesondere folgende Fragestellungen sind von Bedeutung:
– Wer hat im Umfeld des Tatorts, auch vor oder nach der Tat, verdächtige Wahrnehmungen gemacht?
– Wer hat im Umfeld des Bahnhofs eine verdächtige Person bemerkt, die sich dort ohne sichtbare Reiseabsicht aufhielt?
– Hat jemand Hilferufe des Opfers oder den flüchtenden Täter wahrgenommen?
Wer kann Hinweise zur Identität des Täters geben. Dieser könnte durch die Gegenwehr des Opfers Verletzungen an der Hand und im Gesicht aufweisen.
(Kommentar PI-NEWS: Was bezweckt die Polizei mit der Mitteilung von Details wie der Beschreibung eines Ringes, aber eines der Haupterkennungsmerkmale für Zeugen, die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie, wird verschwiegen?)
Korbach: Insgesamt kam es im Zusammenhang mit dem Viehmarkt zu 18 Strafanzeigen wegen Körperverletzungen. … Leider kam es auch in diesem Jahr wieder zu sexuellen Übergriffen gegenüber jungen Frauen im Bereich der Reithalle. Um 01:40 Uhr am frühen Samstagmorgen, wurde 17-jährige Frau von einem Unbekannten in anstößiger und beleidigender Art und Weise angesprochen. Als die junge Frau dem Mann ihre Ablehnung zeigte, bekam sie von dem Unbekannten eine Ohrfeige bevor er in der Menge verschwand. Diese Person wird als 25-30 jähriger, dunkelhäutiger und dunkelgekleideter Mann beschrieben. Kurz darauf wurde eine 24-jährige aus dem Schwalm-Eder-Kreis gegen 02:00 Uhr von drei Männern bedrängt. Das ließ sich die couragierte Frau nicht gefallen und setzte sich deutlich zur Wehr. Ein Täter wird beschrieben als 1,75 m groß, schlanke Statur, dunkle Hautfarbe und kurze schwarze Haare.
Konstanz: Am vergangenen Freitag, 4. August 2017 kam es in einem Zug („Seehas“, SBB87674) zwischen Singen und Mühlhausen-Ehingen im Zeitraum von 11:00 Uhr bis 11:05 Uhr zu einem Zwischenfall, bei dem eine junge Frau belästigt worden ist. Einer der beiden Täter setzte sich dabei zu der Frau und bedrängte sie. In der Folge verlagerte sich das Geschehen in den Bereich der Zug-Toilette, wo es zu einer weiteren Konfrontation gekommen sein soll. Einer der Täter hat südländisches Aussehen, schwarze Haare und Vollbart. Der Mann ist ca. 22 Jahre alt und ca. 170 cm groß. Er war bekleidet mit einer Jeans, einem schwarzen T-Shirt sowie einer schwarzen Baseballmütze und Sonnenbrille. Darüber hinaus führte er einen schwarzen Turnbeutel mit auffällig roten Trage-Riemen mit sich. Die zweite Person hat eine dunkle Hautfarbe, ist ca. 25 Jahre alt und ca. 175 cm groß. Beide Männer verständigten sich untereinander in englischer Sprache.
Reutlingen: Gegen einen 27-jährigen, algerischen Asylbewerber, der am Montagabend am Reutlinger Bahnhof drei Mädchen im Alter von 15 bis 17 Jahren belästigt haben soll, ermittelt das Kriminalkommissariat Reutlingen. Gegen 23.30 Uhr wurden die drei Mädchen von dem 27-Jährigen am Bahnhof angesprochen. Im Verlauf der längeren, einvernehmlichen Unterhaltung soll der 27-Jährige dann zudringlich geworden sein und die Mädchen begrabscht haben. Als die Mädchen in den Zug nach Tübingen stiegen, stieg auch der Verdächtige mit ein. Während der Fahrt soll er die Mädchen beleidigt und mit Schlägen bedroht haben, woraufhin die Polizei verständigt wurde. Diese nahm den 27-Jährigen am Tübinger Bahnhof vorläufig fest. Nach der Durchführung der erforderlichen polizeilichen Maßnahmen auf der Dienststelle wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Heidelberg: Wegen des Verdachts, ein Sexualdelikt begangen zu haben, ermittelt das Dezernat Sexualdelikte der Kriminalpolizeidirektion Heidelberg gegen einen 21-jährigen Tunesier. Der Mann soll am Freitagabend (4. August) mehrere Frauen -die Anzahl ist beislang noch nicht bekannt- in unmittelbarer Nähe eines Kultur- und Konzerthauses am zollhofgarten, im Vorbeigehen unsittlich berührt, bzw. auf den Hintern geschlagen haben. Ein Zeuge hatte gegen 22.30 Uhr das Treiben des Mannes, der anschließend in Richtung Hauptbahnhof flüchtete, beobachtet und die Polizei verständigt. Im Rahmen der sofort eingeleiteten Fahndung wurde der Verdächtige, auf den die Beschreibung eindeutig zutraf, am Hauptbahnhof festgenommen. Bei Eintreffen einer Streife am Zollhofgarten hatten sich jedoch sämtliche belästigte Frauen bereits entfernt und sich auch bislang noch nicht bei einer Polizeidienststelle gemeldet.
Leichlingen: Ein junger Mann beobachtet eine Spaziergängerin. Dann macht er auf sich aufmerksam und onaniert vor der Leichlingerin. Die 48-Jährige ging gestern (07.08.) gegen 16.30 Uhr einen Waldweg an der Straße Ziegwebersberg mit ihren Hunden entlang. Der Weg wird auf der einen Seite von einer Böschung, auf der anderen Seite von einem hohen Maisfeld gesäumt. Am Ende stand ein Mann, der die Leichlingerin beobachtete. Da die Frau ihn nicht bemerkte, machte er mit Geräuschen auf sich aufmerksam. Als sie ihn sah, manipulierte er an seinem Geschlechtsteil. Sofort wurde die Polizei verständigt, doch der Tatverdächtige war bereits geflohen. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Er soll etwa 167 cm groß und circa 23 Jahre alt sein. Er hatte ein eckiges Gesicht, schwarze Haare (in der Mitte hochgekämmt) und war von sehr dünner Statur. Zur Tatzeit trug der Täter ein grünes T-Shirt und grüne Turnschuhe. Hinweise nimmt die Polizei RheinBerg unter der Telefonnummer 02202 2050 entgegen. *(Kommentar Pi: Trotz einer detaillierten Personenbeschreibung wird die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie verschwiegen)*
Ingolstadt: Ein Exhibitionist hat sich am Dienstagmorgen im Glacis an der Nördlichen Ringstraße einer Frau gezeigt. Die Frau ging am Dienstag, 08.08.2017 mit ihrem Hund in der Parkanlage im Bereich zwischen der Gaimersheimer Straße und der Harderstraße spazieren. Ein auf einer Parkbank sitzender Mann manipulierte an seinem Geschlechtsteil, als sich die Spaziergängerin in seiner Nähe aufhielt. Danach flüchtete der Unbekannte in Richtung Harderstraße. Die unmittelbar nach Verständigung der Polizei ausgelöste Fahndung im Tatortbereich führte nicht zur Festnahme des Täters. Der Flüchtige kann wie folgt beschrieben werden: Männlich, ca. 30-35 Jahre alt, ca. 170-180 cm groß, schlanker Körperbau, südländische Erscheinung; kurze, schwarze Haare. Bekleidet mit: blau-grauer, dünner Übergangsjacke, blauer Jeans.
Geislingen/Steige: Ein 32-jähriger Mann hat gestern Morgen (06.08.2017) gegen 05:30 Uhr im InterCity zwischen Göppingen und Geislingen/Steige eine Reisende offenbar sexuell belästigt. Nach bisherigem Stand der Ermittlungen küsste der Mann die 30-jährige Frau unvermittelt im Vorbeigehen und ohne deren Willen auf die Wange. Ein im Zug anwesender Polizist nahm den 32-jährigen eritreischen Staatsangehörigen, der offenbar alkoholisiert war, vorläufig fest. Anschließend übergab er ihn im Ulmer Hauptbahnhof einer Streife der Bundespolizei. Der Tatverdächtige muss nun mit einer Anzeige wegen sexueller Belästigung rechnen.
Ulm: Ein zirka 30 bis 40 Jahre alter Mann zeigte sich am Samstagnachmittag gegen 16.30 Uhr im Nichtschwimmerbecken des Freibades drei Kinder im Alter von 11 bis 14 Jahren mit heruntergelassener Badehose. Zuvor hatte er ein 13-jähriges Mädchen aus der Gruppe mehrfach berührt, umarmt und ihr einen Kuss auf die Wange gegeben. Die Kriminalpolizei in Göppingen hat die Ermittlungen aufgenommen und hofft auf Hinweise auf dem Mann mit asiatischem Aussehen.
+++ Wandere aus, solange es noch geht! +++

Vorher hatte er mehrere Frauen belästigt Augsburg: Eritreer verletzt Frau grundlos mit Küchenmesser

pi-news.net/ausgsburg-eritreer-verletzt-frau-grundlos-mit-kuechenmesser/

11.8.2017

Ein 28-Jähriger ist am Freitag offenbar ausgerastet und innerhalb von wenigen Stunden zum Gewalttäter geworden. Zuerst habe der Asylbewerber aus Eritrea mehrere Frauen in Augsburg belästigt, später griff er laut Polizei in Bobingen zum Messer und verletzte eine Passantin auf der Straße. Der 28-Jährige sitzt wegen gefährlicher Körperverletzung in Haft.

Nach Angaben des Polizeipräsidiums Schwaben Nord wurde der Asylbewerber am vergangen Freitag gegen 10 Uhr zunächst in einem Schnellrestaurant im Augsburger Zentrum am Eingang zur Fuggerstraße auffällig. Er belästigte mehrere Frauen und versuchte sie anzufassen. Die Leiterin des Schnellrestaurants rief die Polizei. Der Asylbewerber wurde von den Beamten mitgenommen, überprüft und danach wieder auf freien Fuß gesetzt. Nur wenige Stunden nach seiner Freilassung wurde der 28-Jährige in Bobingen gewalttätig. Gegen 13.20 Uhr griff er nach Polizeiangaben eine Passantin in der Turmstraße mit einem Küchenmesser an. Die 41-jährige wurde am Oberkörper verletzt. Sie konnte flüchten und die Polizei verständigen. Unterdessen lief der Asylbewerber zum „Cafe International“ im Zentrum von Bobingen in der Pestalozzistraße. Die Einrichtung in der alten Mädchenschule wird von der Helfergruppe Asyl betrieben. Dort versuchte der Eritreer einen 27-jährigen Mann mit dem Messer anzugreifen, so die Polizei. Der Mann konnte die Attacke jedoch erfolgreich abwehren. Er nahm dem Afrikaner das Messer ab, ohne verletzt zu werden, und brachte es zur Polizei. Zwei 15-jährige Asylbewerber aus Syrien konnten den Eritreer unterdessen beruhigen. Der Täter wurde von einer Streife festgenommen. Am Samstag wurde er der Ermittlungsrichterin vorgeführt. Sie erließ Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung. Bislang ist nicht bekannt, welches Motiv der Asylbewerber für seinen Gewaltausbruch hatte. Nach dem derzeitgen Stand er Ermittlungen verhielt sich der Eritreer, der allein unterwegs war, auffällig. Möglicherweise habe er psychische Probleme, hieß es.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Bielefeld, Herford, Espelkamp: Bereits am frühen 22.04.2017 (Samstag) gegen 05:25 Uhr kam es im Fußgängertunnel des Bahnhofs Herford zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen einer 4-köpfigen Personengruppe und einem 19-jährigen Geschädigten aus Espelkamp. Die vier Täter schlugen und traten gemeinschaftlich auf den Geschädigten ein. Einer der Täter benutzte zudem einen Gürtel als Schlagwerkzeug und schlug mehrfach mit voller Wucht mit der Schnalle auf den Geschädigten ein. Die Täter setzten ihr Handeln fort, obwohl sich die Freundin und mehrere Passantinnen in die Sache einschalteten. Im Anschluss flüchteten sie mit dem Zug in Richtung Bielefeld. Der 19-Jährige wurde an der Schläfe verletzt und erlitt eine blutende Wunde. Er wurde durch die Besatzung eines Rettungswagens erstversorgt. Die Tathandlung wurde durch die Überwachungskameras im Bahnhof Herford aufgezeichnet.D as Amtsgericht Bielefeld hat nun einen Beschluss zur Öffentlichkeitsfahndung nach den bislang unbekannten Tätern erlassen.

Personenbeschreibungen der Tatverdächtigen: Männlich, ca. 20-25 Jahre alt, schlank, ca. 170-178 cm groß.

Wer kennt die abgebildeten Personen und kann Angaben zu deren Aufenthaltsort machen?

Karlsruhe: Mit einem Küchenmesser verletzte am Samstag gegen 18.50 Uhr ein 27-Jähriger im ICE-Zug zwischen Offenburg und Karlsruhe einen 38-jährigen Fahrgast, der den aggressiv gestimmten Mann beruhigen wollte. Der 27 Jahre alte Mann war zunächst in Offenburg zugestiegen und konnte keinen Fahrausweis vorweisen. Er war daher gebeten worden, den Zug in Baden-Baden wieder zu verlassen. Nach dessen Weigerung verständigte ein Zugbegleiter die Bundespolizei, worauf der Betroffene zunächst laut wurde, Mitreisende beleidigte und diese mit Fäusten bedrohte. In der Folge steigerte sich seine Aggressivität derart, dass er plötzlich aus seinem Rucksack ein Küchenmesser und eine Glasflasche zog, die er sogleich zerbrach. Als ihn der 38-jährige Fahrgast beruhigen wollte, ging der 27-Jährige stattdessen – in einer Hand den abgebrochenen Flaschenhals und in der anderen das Messer – auf den Fahrgast los. Der wiederum erlitt bei der Messerabwehr diverse Verletzungen an Schulter, Händen und Oberschenkel. Letztlich war der 27-Jährige mit Unterstützung des Zugbegleiters wieder soweit in Raison zu bringen, dass er beim nächsten Halt am Karlsruher Hauptbahnhof von Beamten der Bundespolizei widerstandslos festgenommen werden konnte. … Der aus Gambia stammende Asylbewerber kam nach einem Antrag der Staatsanwaltschaft Karlsruhe am Sonntag in Untersuchungshaft.
Homberg: Ein 20-Jähriger wurde am Samstag nach einer Auseinandersetzung auf dem Homberger Weinfest schwerverletzt ins Krankenhaus nach Schwalmstadt gebracht. Wie die Polizei mitteilt, kam es gegen Mitternacht zu einem Streit zwischen dem Homberger und zwei bislang unbekannten Männern im Stadtpark. Einer der beiden soll dem jungen Mann eine Glasflasche auf den Kopf geschlagen und mit der zerbrochenen Flasche mehrfach auf Oberkörper und Hals eingestochen haben. Der 20-jährige Homberger erlitt tiefe Schnittwunden und wurde mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht. Bei den Männern soll es sich laut Polizei um zwei etwa 20-jährige Afrikaner gehandelt haben.
Basel: Drei junge Männer haben am späten Samstagabend in Basel einen 45-Jährigen angegriffen und verletzt. Das Opfer musste sich in die Notfallstation begeben. Die drei alkoholisierten Täter konnten angehalten werden. Dabei wurde eine Polizistin verletzt. Zu dem Angriff kam es kurz nach 23 Uhr an der Webergasse, nahe dem Klingental, wie aus einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt vom Sonntag hervorgeht. Die bisherigen Ermittlungen hätten ergeben, dass der 45-Jährige durch die drei Unbekannten angesprochen und unvermittelt von einem von ihnen angegriffen und mehrmals gegen den Kopf geschlagen wurde. Anschliessend seien die drei Täter geflüchtet. Die drei alkoholisierten Männer im Alter von 20 bis 22 Jahren aus Somalia hätten kurze Zeit später angehalten werden können. Dabei sei eine Polizeibeamtin durch einen der Männer verletzt worden. Dieser Mann sei festgenommen worden. Der Tathergang und der Grund des Angriffs seien noch nicht bekannt und Gegenstand der Ermittlungen, heisst es weiter. Die Polizei sucht allfällige Zeugen.
Großenhain: Zivilcourage ist eine schwierige Sache. Das musste jetzt ein Pärchen erfahren, das am Festplatz des Landesgartenschaugeländes in eine Rangelei geriet. Beim abendlichen Spaziergang mit Kinderwagen und Hund bekam das Paar mit, wie ein junges Mädchen im Vorbeigehen von einem Flüchtling aus einer Gruppe von etwa 15 Personen heraus bepöbelt wurde. Das Paar wollte die Situation beruhigen und wurde daraufhin nach eigener Aussage ebenfalls angepöbelt und bespuckt, schließlich setzte es mehrere Faustschläge. Nach Aussage der Frau sei auch der Hund mehrfach getreten worden und einer der Jugendlichen habe versucht, den Kinderwagen umzureißen und wie wild um sich geschrien, dass sich das Paar von „ihrem“ Platz verpissen solle. Sie hätten Flaschen auf dem Gehweg zerschlagen und nebenbei noch genüsslich ihr Gras geraucht. Soweit die Schilderung der Situation durch das Pärchen. Das Ganze ereignete sich bereits am vergangenen Dienstag.
Schon Montagnacht war die Polizei wegen Ruhestörung durch die gleiche Personengruppe angerückt. Die Polizei mahnte da nicht nur zur Ruhe, sie ließ die Flüchtlinge auch zerbrochene Flaschen wegräumen, die dort von ihnen zerschlagen wurden. Nachdem es nun aber zu Handgreiflichkeiten gekommen ist, wird der Fall insgesamt untersucht. Für die

Attacke auf den Kinderwagen gibt es bislang nur die eine Aussage. Ebenso für die Tritte nach dem Hund. Deutlich geworden ist aber auch, dass es wohl eine Beziehung zwischen dem angepöbelten Mädchen und dem Flüchtling gegeben hatte. Das könnte der Auslöser für die verbale Attacke gewesen sein. Die Handgreiflichkeit gegenüber dem Pärchen wird noch immer untersucht. Bis letzten Freitag gab es dazu Vernehmungen und Befragungen. Das Paar hatte den Vorfall angezeigt.
In den sozialen Netzwerken sorgte die Schilderung durch das Pärchen für viele Kommentare und dafür, dass plötzlich eine Laufgruppe am Röderneugraben patrouillierte. Ein Aufeinandertreffen von Gruppen wiederum wollte die Polizei unbedingt verhindern. Daher wurde und wird das frühere Landesgartenschau-Areal am Röderneugraben ganz gezielt bestreift, um jedes Aufkommen von Gruppenszenarien von Anfang an zu unterbinden.
Willstätt: Die Hintergründe eines körperlichen Angriffs gegen einen 20-Jährigen am Montagabend liegen noch im Dunkeln. Nach Aussage des Heranwachsenden wurde er gegen 21.30 Uhr von einem Unbekannten aus dem Schulhof der Moscherosch-Schule zu einem vor der Lernanstalt stehenden Wagen gezerrt. Dort habe ihm der Fremde mit einem Schlagstock in Richtung seines Kopfes geschlagen. Den Schlag konnte der 20-Jährige mit einer Hand abwehren, sich anschließend aus den Fängen des Unbekannten befreien und flüchten. Hierbei zog sich der Heranwachsende eine Verletzung an der Mittelhand zu, die im Klinikum Kehl ärztlich versorgt werden musste. Bislang konnte eine 18-Jährige als Tatbeteiligte ermittelt werden. Bei dem mutmaßlichen Schläger soll es sich um einen muskulösen bis dicklichen, zirka 195 Zentimeter großen Mann mit Boxerhaarschnitt und südländischem Aussehen gehandelt haben. Er war mit einem T-Shirt und langer Jeanshose bekleidet. In dem nicht näher zu beschreibenden Wagen sei eine dunkelhäutige Person gesessen.
Plauen: Die drei lybischen Tatverdächtigen (20 bis 22 Jahre) warfen am Samstag, kurz nach 22 Uhr Steine und Flaschen auf das Veranstaltungsgelände an der Hans-Sachs-Straße. Dabei wurde ein 47-jähriger Besucher (Libyer) des dortigen Festivals getroffen und leicht an der Hand verletzt. Eine Anzeige wurde aufgenommen.
Stuttgart: Ein 29-jähriger Mann hat in der Nacht von Montag auf Dienstag (08.08.2017) gegen 01:30 Uhr im Stuttgarter Hauptbahnhof einen Imbiss-Mitarbeiter aus bislang unbekannten Gründen offenbar körperlich angegangen und beleidigt. Nach bisherigem Kenntnisstand entfernte sich der mutmaßliche Täter anschließend in Richtung Arnulf-Klett-Passage, wo er von zwei Mitarbeitern der Deutschen Bahn bis zum Eintreffen einer Streife des Bundespolizeireviers Stuttgart festgehalten wurde. Der nigerianische Staatsangehörige hatte zudem ein gültiges Hausverbot für den Hauptbahnhof Stuttgart.
Ulm: Zu einem Streit vor einem Club wurde am Sonntagmorgen gegen 02.20 Uhr die Polizei gerufen. Zwei zirka 20 bis 30 Jahre südländisch aussehende Männer sollen unvermittelt auf drei Personen eingeschlagen haben, von denen zwei anschließend medizinisch versorgt werden mussten. Zeugen des Vorfalls vor dem Club in der Olgastraße sollten sich bitte mit der Polizei in Heidenheim in Verbindung setzen. Telefon 07321/322-0
Reutlingen: Wegen einer Nichtigkeit ist es am Montagabend zu einer größeren Auseinandersetzung mehrerer ausländischer Jugendlicher und Männer am ZOB gekommen. Gegen 20.45 Uhr pfiff zunächst ein 18-Jähriger seinen Kumpels auf der anderen Seite des Willy-Brandt-Platzes zu. Dies störte einen 23-Jährigen, der daraufhin den Jüngeren beleidigte. Anschließend heizte sich die Stimmung unter den beiden Kontrahenten und ihren Freunden so auf, dass mehrere Beteiligte mit Fäusten aufeinander losgingen. Acht Polizeistreifen, darunter auch eine Streife der Hundeführer waren nötig, um die Streithähne zu trennen. Da sich drei Jugendliche nicht beruhigen ließen, mussten sie kurzzeitig in Gewahrsam genommen werden. Mehrere Schläger erlitten leichte Verletzungen, die jedoch keiner Versorgung durch den Rettungsdienst bedurften.

#Merkelsommer 2017 Niederösterreich: 40-Jährige in Wald gelockt und vergewaltigt

pi-news.net/niederoesterreich-40-jaehrige-in-wald-gelockt-und-vergewaltigt/

12.8.2017

Niederösterreich: Nach einer Vergewaltigung im Bezirk Gänserndorf hat die niederösterreichische Polizei am Dienstag ein Phantombild des Täters veröffentlicht. Der Mann soll eine 40-Jährige in Strasshof an der Nordbahn unter dem Vorwand, dass eine Frau Hilfe brauche, in ein Waldstück gelockt, betäubt und missbraucht haben. Eine Fahndung verlief negativ, teilte die Polizei mit. Die Tat wurde bereits am 23. Juni verübt, das Opfer aus dem Bezirk Gänserndorf hatte gegen 15.45 Uhr einen Angehörigen verständigt und in der Folge Anzeige erstattet. Der Unbekannte wurde als 1,75 bis 1,80 Meter großer, „südländischer Typ" beschrieben. Er soll Deutsch mit Akzent gesprochen haben. Bekleidet war er u.a. mit Jeans und T-Shirt.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen"systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

München: Am Donnerstag, 10.08.2017, gegen 06.20 Uhr, war eine 20-jährige Studentin in der U 3 Richtung Moosach unterwegs. Sie schlief ein und wurde wieder wach, als sie an der Haltestelle „St.- Martins-Platz" eine Umarmung und Berührungen im Brustbereich verspürte. Ein bislang unbekannter Täter hatte sie mehrmals an beiden Brüsten begrapscht. Die 20-Jährige setzte sich daraufhin von dem Täter weg und stieg eine Station weiter in „Moosach" aus. Erst am Nachmittag meldete die 20-Jährige den Vorfall bei der Polizeiinspektion 48 (Oberschleißheim). Täterbeschreibung:Männlich, 35 Jahre alt, schlank, schwarze, glatte zurückgekämmte nach rechts gescheitelte Haare, buschige Augenbrauen, braune Augen, unrasiert (Drei-Tage-Bart). *(Kommentar PI-NEWS: Warum wird trotz einer detaillierten Personenbeschreibung die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie verschwiegen?)*

Görlitz: Vier arabischaussehende Männer sollen am Dienstagvormittag in der Görlitzer Straßburgpassage an der Berliner Straße zwei Mädchen mit sexuell anstößigen Bemerkungen belästigt haben. Ein 40-jähriger Mann habe das bemerkt und die vier Männer aufgefordert, dass zu unterlassen, teilte eine Sprecherin der Polizeidirektion Görlitz am Mittwoch auf Nachfrage mit. Daraufhin habe einer der Angesprochenen einen messerähnlichen Gegenstand in Richtung des 40-Jährigen gehalten, ihn bedroht und aufgefordert, zu verschwinden, was dieser auch tat. Der Mann rief die Polizei, die gegen 11.30 Uhr vor Ort eintraf. Bis auf den Geschädigten waren zu diesem Zeitpunkt alle Beteiligten verschwunden.

Hohen Neuendorf: Ein unbekannter Mann saß am Montag, den 20.02. gegen 14.30 Uhr in der S-Bahn von Bergfelde nach Birkenwerder und befriedigte sich selbst. Er saß so, dass ihn ein 13-jähriges Mädchen sehen konnte. Inzwischen konnte ein Phantombild angefertigt werden. Der Mann war etwa 1,70 Meter groß und dünn. Seine Augen waren dunkel, die Haut wirkte gebräunt und dunkel. Er hatte dunkelbraunes bis schwarzes Haar und trug einen dunklen Bart. Der Mann wird zwischen 30 und 40 Jahre alt geschätzt. Er war eher altmodisch mit einer beige-ockerfarbenen Hose bekleidet. Sein Gang wurde als angeberisch beschrieben. Wer kennt diesen Mann oder kann Hinweise zu seinem Aufenthaltsort geben? Wer hat ebenso in der S-Bahn gesessen und die Tat beobachtet? Hinweise bitte an die Polizei in Oranienburg, Telefonnummer 03301/8510. *(Kommentar PI-NEWS: Herzlichen Glückwunsch an die Polizei, dass „inzwischen" – sechs Monate später! – dann doch noch ein Phantombild angefertigt werden konnte)*

Vöhringen: Die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft Memmingen und Kripo Neu-Ulm im Nachgang eines versuchten Sexualdelikts führten nun zu einem dringend Tatverdächtigen. Dieser befindet sich in Untersuchungshaft.nAm Abend des vergangenen Sonntag wurde eine Fahrradfahrerin von einem zunächst unbekannten Radfahrer in der Lindenstraße nahe dem Thaler Weg angesprochen, als sie dort auf zwei Bekannte wartete. Zuvor war der unbekannte Mann Radfahrerin schon auf einem Fußweg entlang der Bahnlinie von Bellenberg nach Vöhringen aufgefallen. In Vöhringen ging er die junge Frau an und versuchte sie sexuell zu nötigen, wobei sie leicht verletzt wurde. Aufgrund der starken Gegenwehr ließ der Mann von Ihr ab und flüchtete. Gestern gelang der Neu-Ulmer Kripo die Ermittlung eines Tatverdächtigen. Er wurde festgenommen und auf Antrag der Staatsanwaltschaft Memmingen heute der Ermittlungsrichterin beim Amtsgericht Memmingen vorgeführt. Diese bestätigte den dringenden Tatverdacht gegen den 25-jährigen Mann aus Mali und erließ einen Untersuchungshaftbefehl.

Gronau/Gronau-Epe: Gegen 08.30 Uhr kaufte ein 13-jähriger Junge aus Gronau Brötchen beim K-Markt an der Oststraße. Dabei wurde er auf einem Mann aufmerksam, der außerhalb des Marktes neben einer Hütte stand und offenbar onanierte. Der Junge setzte seinen Weg fort, wobei ihm der Täter folgte. Auf dem Gehweg von der Georgschule (Alfertring) sprach er den Jungen auf sexueller Basis an, entblößte sich und onanierte vor dem Jungen. Diese fuhr davon und sprach auf einer Baustelle die Arbeiter an, da der Täter ihm auf einem Fahrrad weiter gefolgt war. Als der Täter sah, dass der Junge die Arbeiter ansprach, fuhr er davon. Einer der Zeugen verfolgte den Täter noch, verlor ihn aber aus den Augen. Der Junge beschreibt den Täter wie folgt: Ca. 165 bis 170 cm groß, weder schlank noch dick. Bekleidet mit einer dunklen Jacke und einer dunkelblauen Cap. Der Täter sprach Deutsch. Gegen 12.55 Uhr erhielt die Polizei einen weiteren Hinweis auf ein Sexualdelikt. In diesem Fall machte ein 10-jähriger Junge Angaben über einen Exhibitionisten im Eper Stadtpark. Die Fahndungsmaßnahmen nach dem Täter (auch dieser soll eine Cap getragen haben) dauern derzeit noch an. *(Kommentar PI-NEWS: Dürfen wir aufgrund der Angabe, dass der Täter deutsch sprach, davon ausgehen, dass es sich um einen ethnischen Deutschen handelt? Was möchte die Polizei mit der Bekanntgabe der Sprache und der Bekleidung, aber des Verschweigens der wahrscheinlichen Volkszugehörigkeit oder der Ethnie erreichen?*

Landkreis Schwäbisch Hall: Am vergangenen Freitag feierten etwa 30 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 19 Jahren eine Geburtstagsparty am Starkholzbacher See. Am späten Abend wurde die Geburtstagsparty durch eine Gruppe mit 5-6 Personen gestört. Die unbekannten Männer im Alter von etwa 20 – 25 Jahren pöbelten die Geburtstagsgäste an. Unter anderem wurden zwei Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren sexuell belästigt. Die Geburtstagsgäste forderten die ungebetenen Gäste auf dies zu unterlassen und die Party zu verlassen. Aus dieser verbalen Auseinandersetzung entwickelte sich eine Schlägerei, in deren Verlauf eine Person aus der Gruppe der Geburtstagsgäste mit einem Messer am Bein verletzt wurde. Unmittelbar nach dem Vorfall entfernten sich die Störenfriede vom Tatort und versteckten sich vermeintlich im Bereich des Sees. Zur Suche nach den Personen wurde durch die Polizei auch ein Hubschrauber eingesetzt. Die polizeilichen Ermittlungen dauern an. *(Kommentar PI-NEWS: Warum gibt die Polizei das Alter der Tatverdächtigen bekannt, verschweigt aber jede sonstige Beschreibung, die die Täter identifizieren könnte?*

Bonn: In den Morgenstunden des heutigen Tages wurden nach derzeitigem Kenntnisstand drei Frauen von einem bislang unbekannten Mann in der Bonner Innenstadt belästigt und unsittlich berührt. Die Taten ereigneten sich um 06:25 Uhr, 08:00 Uhr und 08:10 Uhr an der Sandkaule, in der Friedrichstraße sowie am Friedensplatz. In zwei Fällen fragte der Mann die Geschädigten nach dem Weg, wobei er englisch mit Akzent sprach. Der Unbekannte wird auf der Grundlage von Zeugenangaben folgendermaßen beschrieben: Etwa 20-35 Jahre alt – ca. 1,70-1,85 m groß – grobporige Gesichtshaut –dunkler Hautteint – kurze, dunkle Haare – bekleidet mit schwarzer Jacke – trug einen Regenschirm bei sich.

Freiburg im Breisgau: Am Mittwochmittag gegen 15:00 Uhr wurde die Bundespolizei zum Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) gerufen. Dort hatte sich ein Mann einer 23-jährigen Frau unsittlich genähert und ihr von hintern an den Po gegriffen. Anschließend hat der Mann noch ein Kind und eine weitere Frau belästigt. Vor Ort trafen die Beamten auf einen amtsbekannten 53-jährigen somalischen Staatsangehörigen. Dieser stand sichtlich unter Alkoholeinfluss. Ihm wurde eröffnet, dass er wegen sexueller Beleidigung zur Anzeige gelangt. Anschließend wurde ihm ein Platzverweis erteilt.

Eschwege: Um 23:00 Uhr wird gestern am späten Abend eine sexuelle Nötigung auf dem Open-Flair-Gelände angezeigt. Nach Auskunft einer 20-jährigen aus Kassel war diese vom Camping-Ground in Richtung Seebühne unterwegs. Dort passierte sie das Sonnenblumenfeld entlang des geteerten Weges. Etwa auf der Mitte des Weges begab sie sich nach rechts auf den dortigen Rasen, um einer Personengruppe auszuweichen. Nach ihren Angaben wurde sie plötzlich von einer unbekannten männlichen Person in das Sonnenblumenfeld hineingezogen. Der Täter umklammerte sie von hinten und hielt ihren Mund zu. Als er mit beiden Händen ihre Brüste umgriff, gelang es der 20-jährigen laut zu schreien, wodurch andere Besucher aufmerksam wurden. Der Täter ließ dadurch von ihr ab und flüchtete vom Tatort. Eine Beschreibung ist nur vage möglich. Demnach soll es sich um einen ca. 40 – 45 Jahre alten Mann handeln. Dieser soll zwischen 170 und 175 cm groß sein. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich mit der Eschweger Polizei unter 05651/9250 in Verbindung zu setzen. *(Kommentar PI-NEWS: Eine Schätzung des Alters und der Größe des Täters ist möglich, aber keine Beschreibung der wahrscheinlichen Volkszugehörigkeit oder Ethnie?)*

http://www.focus.de/politik/deutschland/aussergewoehnliche-haeuf-stadt-bautzen-erlaesst-aufenthaltsverbot-fuer-libyschen-intensivtaeter-king-abode_id_7463177.html

Nachrichten Politik Deutschland Stadt Bautzen spricht Aufenthaltsverbot für libyschen Intensivtäter aus

Wegen zahlreicher strafbarer HandlungenStadt Bautzen verhängt Aufenthaltsverbot für libyschen Intensivtäter „King Abode"

Freitag, 11.08.2017, 15:52
Gemeinsam mit der Polizei habe sich die Stadt Bautzen entschieden, mit sofortiger Wirkung ein dreimonatiges Aufenthaltsverbot gegen den Asylsuchenden zu verhängen, teilte die Stadt am Freitagnachmittag in einer Erklärung mit. Als Grund für die Entscheidung wurde die „außergewöhnliche Häufung von strafbaren Handlungen in einem kurzen Zeitraum“ genannt. Die Stadt bezog dabei vor allem auf die Geschehnisse am Kornmarkt, die bundesweit für Aufsehen gesorgt hatte. Wiederholt war es dort zu Auseinandersetzungen zwischen Rechtsgerichteten und Flüchtlingen gekommen. „King Abode“, wie sich der 21-jährige Libyer selbst nennt, stand dabei wiederholt im Mittelpunkt. Zwar nannte die Stadtverwaltung in der Erklärung nicht den Namen des Libyers. Doch eine zuverlässige Quelle bestätigte gegenüber FOCUS Online, dass es sich dabei um Mohamed Youssef T. handelt.
Gegen den Libyer laufen unter anderem Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Diebstahl und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. „Unsere Aufgabe ist es, uns entschieden gegen jeden zur Wehr zu setzen, der mit seinem Handeln das friedliche Miteinander in unserer Stadt gefährdet“, sagte Bautzens Oberbürgermeister Alexander Ahrens.
Stadt Bautzen: Weitere Aufenthaltsverbote könnten folgen
Das Stadtoberhaupt bezeichnete die Reaktion als „unausweichlich“, schränkte jedoch ein, dass der Flüchtling „offensichtlich unter massivem psychischen Druck stand“ und wiederholt Provokationen ausgesetzt war. Auch weitere Aufenthaltsverbote wolle die Stadt nicht ausschließen. Solche Maßnahmen würden ungeachtet der Herkunft oder der politischen Gesinnung erfolgen, ergänzte Ahrens.
Politikern und Bürgern und Bürger hatten im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen wiederholt auch Rechtsradikale kritisiert, die erheblich zur Eskalation der Lage beigetragen hätten.
Für besonderes Aufsehen hatte ein Streit zwischen Rechten und Flüchtlingen auf dem Kornmarkt im September 2016 gesorgt, an dessen Ende einige Flüchtlinge von einer Gruppe Deutscher durch die Innenstadt gejagt worden waren. Ende Juli war es wieder zu Auseinandersetzungen am Kornmarkt gekommen.
Der Fall des „King Abode“ rückte erneut in den Fokus, als der junge Mann am 4. August auf das Dach seines alten Flüchtlingsheims stieg und drohte, sich mit einem Messer selbst zu verletzen. Spezialisten des Landeskriminalamtes konnten den 21-Jährigen überzeugen, vom Dach zu steigen, mussten jedoch anschließend einen Taser einsetzen, da sich der Libyer geweigert hatte, sein Messer abzugeben.
Der junge Libyer gilt als traumatisiert, unter anderem sollen sein Vater und seine beiden Brüder ermordet worden sein. Sozialpädagogen vom Kulturverein „Steinhaus“ bezeichneten „King Abode“ zwar als komplizierten Charakter mit „ausgeprägtem Gerechtigkeitsgefühl“. Anderseits sei er „künstlerisch begabt“ und habe bei Projekten „gemeinschaftsstiftend“ agiert.

https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/236671/mutter-drangt-sohn-zum-missbrauch-einer-elfjahrigen-landgericht-osnabruck-verurteilt-26-jahrigen-und-eltern?amp
ANSTIFTUNG ZUR VERGEWALTIGUNG
Mutter drängt Sohn zum Missbrauch einer Elfjährigen - Landgericht Osnabrück verurteilt 26-Jährigen und Eltern
Von Franz-Josef Raders, 24.05.2011, 14:02 Uhr

ra Osnabrück. Für das elfjährige Opfer waren es wohl die bislang schlimmsten Tage des Lebens. Im Oktober 2006 ist das Mädchen aus Lübeck von der Familie eines entfernten Verwandten aus dem Osnabrücker Land entführt worden. Das Kind sollte als Ehefrau an einen damals 21-Jährigen verkuppelt werden, der es schließlich vergewaltigte.

Dafür hat das Landgericht Osnabrück den Mann am Dienstag zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt, die für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt worden ist. Auch die Eltern des jungen Mannes, die der Anstiftung beziehungsweise Beihilfe der Vergewaltigung und des schweren sexuellen Missbrauchs eines Kindes angeklagt waren, sind zu Bewährungsstrafen verurteilt worden.
Die Familie lebt erst seit 1995 in Deutschland und stammt aus einem muslimischen Kulturkreis. Dort zählt der Geschlechtsverkehr auch mit pubertierenden Minderjährigen zum Zwecke einer Familiengründung angeblich zu lange gelebten Traditionen. Wenn es zwischen zwei für eine solche Verbindung ausgewählten Menschen tatsächlich zum Beischlaf kommt, steht einer anschließenden Ehe nichts mehr im Wege - auch wenn die Eltern eines der beiden Hochzeitskandidaten zuvor dagegen waren.
Diese fragwürdige Tradition ist der Elfjährigen aus Lübeck vor knapp fünf Jahren zum Verhängnis geworden. Einer ihrer Großonkel hat sich damals mit den Eltern des damals 21-jährigen Angeklagten auf eine sogenannte einvernehmliche Entführung geeinigt. Die Mutter des Mädchens ahnte allerdings nichts von den schrecklichen Hintergründen, als das Kind in den Landkreis Osnabrück verschleppt wurde.

In der Wohnung der Familie angekommen, lief dann aber „alles aus dem Ruder“ - wie es am Dienstag vor Gericht immer wieder hieß. Die Elfjährige empfand keinerlei Zuneigung zu dem zehn Jahre älteren Bräutigam wider Willen, einem arbeitslosen Analphabeten. Wie seine Eltern spricht der junge Mann bis heute nicht die Sprache seiner Wahlheimat und ist auch sonst nicht integriert. Doch alle Vorbereitungen waren im Oktober 2006 den kulturellen Traditionen entsprechend getroffen. Eine ganze Nacht lang verbrachten der Hauptangeklagte und die Elfjährige gemeinsam im Bett, ohne dass es jedoch zu Geschlechtsverkehr gekommen ist. Der damals 21-Jährige hatte zunächst darauf verzichtet, weil das von seinen Eltern auserwählte Mädchen sexuelle Kontakte mit ihm strikt ablehnte.
Doch die Eltern des Mannes ließen nicht locker. Insbesondere die Mutter des heute 26-Jährigen reagierte wütend, machte ihrem Sohn schwere Vorwürfe und forderte ihn zum Geschlechtsverkehr mit der vermeintlichen Schwiegertochter in spe auf. Wieder hielten sich beide nicht daran und wurden am nächsten Morgen erneut in die psychologische Mangel genommen. Die Mutter drohte den beiden damit, sich persönlich so lange neben das Bett zu setzen, bis der Beischlaf vollzogen ist. Danach wendete der Hauptangeklagte Gewalt an und zwang die Elfjährige zum Geschlechtsverkehr. Als das weinende Kind sich mit seinem Schicksal auch nach Tagen nicht abfinden konnte, wurde es schließlich zurückgebracht nach Lübeck.
Erst zwei Jahre später wurden Betreuer des dortigen Jugendamtes auf das Kind wegen seines auffälligen Verhaltens aufmerksam. Ermittlungen kamen ins Rollen, die erst jetzt zum gerichtlichen Abschluss führten.

Sowohl der heute 26-jährige Haupttäter als auch seine Eltern legten vor dem Landgericht umfassende Geständnisse ab, so dass dem Opfer eine Aussage über die schlimmen Tage im Oktober 2006 erspart blieben. Ihnen war offenbar auch bekannt, dass Geschlechtsverkehr mit unter 14-Jährigen unabhängig von jeder kulturellen Tradition eine Straftat ist, die auch in ihrem Herkunftsland strafrechtlich verfolgt wird. Nach einer Vermisstenmeldung hatten die Entführer aus dem Osnabrücker Land im Oktober 2006 nämlich mit ihrem elfjährigen Opfer die Wohnung gewechselt, um einer möglichen polizeilichen Verfolgung zu entgehen. Außerdem war dem Kind das Handy abgenommen worden, damit es keine Hilfe herbeirufen konnte.
Eine Tat, die auch nach Feststellungen der Verteidiger der drei Angeklagten durch nichts zu entschuldigen ist. Das betonte auch der Vorsitzende Richter in seiner Urteilsbegründung. Die große Strafkammer verhängte mit zwei Jahren Haft für den 26-Jährigen die auch von der Staatsanwaltschaft geforderte Mindeststrafe. Die 51 jährige Mutter wurde als Anstifterin zur gleichen Strafe verurteilt, der 52 Jahre alte Vater zu einem Jahr und sechs Monaten. Alle drei bekommen eine Strafaussetzung zur Bewährung auf drei Jahre.
Eine von der Anklagevertreterin zusätzlich geforderte Verurteilung zu einer Geldstrafe von jeweils 500 Euro lehnte das Gericht ab. Alle drei sollten jeweils das Geld in monatlichen Raten von 25 Euro zu Gunsten einer sozialen Einrichtung abstottern. Das mache nicht viel Sinn, meinte der Vorsitzende Richter, weil die Hartz-IV-Empfänger dafür keinen finanziellen Spielraum haben. Auch zu sozialen Diensten sind sie nicht verpflichtet worden, weil die Drei dann für mögliche Jobangebote nicht zur Verfügung stehen.

Rassistische Motive wie in Rotherham Moslem-Kinderschänderringe schockieren Großbritannien

pi-news.net/moslem-kinderschaenderringe-schockieren-grossbritannien/
16.8.2017

Die am Mittwoch verurteilten Sexualstraftäter von Newcastle auf Fahndungsfotos der Polizei.
Die skandalösen Vorgänge, die Großbritannien derzeit beschäftigen, haben sich über Jahre hingezogen. Dasselbe gilt für ihre Aufklärung: Am Mittwoch befand ein Gericht in Newcastle 17 Männer und eine Frau für schuldig. Die Bande hatte zwischen 2011 und 2014 Mädchen und junge Frauen im Alter von 14 bis 25 Jahren durch Verabreichung von Alkohol und Drogen gefügig gemacht und anschliessend sexuell missbraucht oder vergewaltigt.
Bei den Tätern handelt es sich laut Polizei grossteils um Briten pakistanischer und bangalischer Herkunft, aber auch um Iraker, Afghanen, Türken und «Angehörige anderer Nationalitäten», bei den Opfern um Weisse. Insgesamt wurden in Newcastle in den vergangenen dreieinhalb Jahren 461 Personen festgenommen, 93 wurden bisher verurteilt; die Zahl der Opfer wird von der Polizei auf 278 beziffert.

Keineswegs der gravierendste Fall

Das sind schockierend hohe Zahlen, doch ist der Fall Newcastle in einer Reihe ähnlich gelagerter Vorkommnisse keineswegs der Gravierendste: In Rotherham missbrauchte eine Bande zwischen 1997 und 2013 mindestens 1400 Kinder und Jugendliche. In Oxford wurden 2013 sieben Männer verurteilt, die sich zwischen 2004 und 2012 an Minderjährigen im Alter von 11 bis 15 Jahren vergriffen hatten. Zwei Jahre später wurde bekannt, dass dort über 16 Jahre hinweg 373 Kinder missbraucht worden waren.
Das krasse Versagen der Behörden, das all diese Fälle kennzeichnet, wurde im Oxforder Fall besonders deutlich: Die meisten Opfer lebten in staatlichen Heimen; ihre tagelange Abwesenheit wurde dort zwar bemerkt, doch offenbar tatenlos hingenommen. Es habe diesbezüglich eine «professionelle Toleranz» geherrscht, heisst es in einem Untersuchungsbericht von 2015, worunter wohl eine höfliche Umschreibung für Vernachlässigung zu verstehen ist.
Der Bericht legt nahe, dass dabei auch britische Klassenvorurteile eine Rolle gespielt haben könnten: Dass frühreife und schwererziehbare Mädchen aus der Unterschicht nun einmal mit älteren Männern anbandelten, hielten die Aufsichtspersonen offenbar für normal. Organisierte Kriminalität wollte niemand erkennen.

«Asiatische Männer»

Klar erscheint, dass all dies nicht geschehen wäre, wenn die ethnische Herkunft der Täter nicht gewesen wäre. «Politische Korrektheit» habe das Problem verschärft, sagt Sarah Champion, die Labour-Abgeordnete für den Wahlkreis Rotherham, dem Guardian. Es handle sich um «einen organisierten Angriff auf weisse Kinder von Männern aus einer bestimmten ethnischen Gruppe». Beamte hätten jahrelang tatenlos zugeschaut, weil sie «mehr Angst davor hatten, als Rassisten bezeichnet zu werden, als davor, Kindesmissbrauch zu übersehen».
(Der komplette Artikel kann bei der BASLER ZEITUNG nachgelesen werden)

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“

Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

Meißen: In Meißen hat ein 37-jähriger Pakistaner eine 13-Jährige zwei Monate lang sexuell mißbraucht. Die Staatsanwaltschaft ließ ihn dennoch laufen. Über Instagram hatte der Mann Kontakt zu seinem Opfer angebahnt und sich freizügige Bilder schicken lassen, mit dem er das Mädchen später erpreßte und zum ungeschützten Geschlechtsverkehr zwang, berichtet Tag24. Laut Staatsanwaltschaft gibt es derzeit mehrere Fälle dieser Art. Dennoch ließ man den Tatverdächtigen nach „Rücksprache" laufen. Warum, will die Polizei aus „Opferschutzgründen" nicht mitteilen, heißt es in der Sächsischen Zeitung. Ob die 13-Jährige durch die Taten schwanger geworden ist und ob es sich bei dem Pakistaner um einen Mehrfachtäter handelt, ist derzeit noch unklar. Maximal könnte er für sein Verbrechen zehn Jahre im Gefängnis landen. Eine sofortige Abschiebung wäre freilich noch besser. (Über den Sex-Facharbeiter berichtet Einwanderungskritik).

Mülheim-Kärlich: Im Freizeitbad „Tauris" in Mülheim-Kärlich kam es am Donnerstag, 29. Juni 2017, zu einem Vorfall, bei dem mehrere Mädchen von bislang unbekannten Tätern unsittlich angefasst wurden. Zwischen 20.00 Uhr und 21.50 Uhr rutschten die Mädchen im Alter von 12 und 13 Jahren auf einer Rutsche im Innenbereich des Bades in das dortige Schwimmbecken. Sowohl im Bereich der Rutsche, als auch im Schwimmbecken wurden die Kinder von drei unbekannten Männern an Brust und Gesäß, teilweise auch unter der Badebekleidung, angefasst. Die Männer wurden von den Opfern wie folgt beschrieben: alle drei hatten einen dunklen Teint und einen 3-Tage Bart, alle sind athletisch gebaut, zwei der Täter trugen Goldketten. (Foto der Tatverdächtigen nachfolgend)

Gröditz: Kurz nach 23.00 Uhr verwies der Sicherheitsdienst drei Asylbewerber aus dem Festzelt am Markt, nachdem es Hinweise gab, dass diese Frauen belästigt haben sollen. Eine viertel Stunde später wurden durch den Sicherheitsdienst aus dem gleichen Grund **zwei weitere Asylbewerber** des Festzelts verwiesen. Vor dem Zelt kam es dann zwischen diesen fünf Asylbewerbern und ca. 15 anderen Personen, augenscheinlich Anhänger von Dynamo Dresden, zu einer Auseinandersetzung. Diese konnte von den Polizeikräften nur durch den Einsatz von Pfefferspray und des Einsatz-Mehrzweckstock und im Zusammenwirken mit dem Sicherheitsdienst getrennt werden. Einer der drei Männer, ein 33-jähriger Libyer, wurde aufgrund seiner Alkoholisierung von 2,1 Promille vorübergehend in Gewahrsam genommen.

Rülzheim: Am späten Sonntagnachmittag sprachen zwei 19 und 21 Jahre alte Heranwachsende drei Mädchen am Festplatz in der Gartenstraße in englischer Sprache an und belästigten anschließend ein 13-jähriges Mädchen auf sexueller Basis. Das Kind flüchtete in eine naheliegende Eisdiele, von wo aus die Polizeiinspektion in Germersheim verständigt wurde. Die beiden erheblich alkoholisierten Tatverdächtigen konnten sofort festgenommen und zur Dienststelle verbracht werden. *(Kommentar PI-NEWS: Möchte uns die Polizei mitteilen, dass hier Briten das Mädchen belästigt haben, oder warum wird die Verwendung der englischen Sprache erwähnt, aber die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie unterschlagen?)*

Böblingen/Stuttgart: Ein bislang unbekannter Mann hat in der Nacht von Samstag auf Sonntag (13.08.2017) in den S-Bahnen S1 und S4 offenbar eine junge Reisende sexuell belästigt. Nach jetzigem Kenntnisstand stieg die 20-jährige Frau gegen 00:00 Uhr in Böblingen in die S1 und fuhr in Richtung Stuttgart. Der Unbekannte soll sich während der Fahrt neben sie gesetzt und ohne ihren Willen mehrmals ihren Oberschenkel gestreichelt haben. Als die Reisende im S-Bahnbereich des Stuttgarter Hauptbahnhofs in die S4 in

Richtung Kornwestheim umstieg, folgte ihr der Mann und belästigte sie offenbar erneut, weshalb sie schließlich die Hotline der Bundespolizei wählte. Eine alarmierte Streife des Bundespolizeireviers Stuttgart fuhr daraufhin den Bahnhof Stuttgart-Nordbahnhof an, wo sowohl die Frau als auch der Unbekannte aus der S-Bahn ausstiegen. Beim Eintreffen der Beamten befand sich lediglich die 20-jährige deutsche Staatsangehörige vor Ort. Der unbekannte Tatverdächtige, der als dunkelhäutig und zwischen 1,60m und 1,65m groß beschrieben wird, konnte unerkannt flüchten.

Gelsenkirchen: Bereits am Freitag, den 19.05.2017, gegen 15:36 Uhr, war eine 22-jährige Frau aus Gelsenkirchen mit dem Bus der Linie 380 vom Hauptbahnhof Gelsenkirchen in Richtung Norden unterwegs. Während der Fahrt auf der Kurt-Schumacher-Straße setzte sich ein männlicher Fahrgast neben sie, der zuvor im hinteren Teil des Busses gesessen hatte. Als er sich mit seinem Oberkörper gegen sie lehnte, stand sie auf und setzte sich auf einen anderen Sitzplatz. Der Unbekannte folgte ihr, setzte sich erneut neben sie und fasste ihr ans Knie. Anschließend verließ er an der Haltestelle „Schalker Meile“ den Bus. Die Überwachungskamera des Linienbusses filmte den jungen Mann. Das Amtsgericht Essen hat das Bild des Mannes zur Veröffentlichung freigegeben. (Siehe nachfolgend)

Wendlingen: Eine 19-jährige Frau ist am Sonntagabend auf der Fahrt von Kirchheim in Richtung Böblingen in der S-Bahn von einem 48-jährigen Syrer unsittlich berührt worden. Der in Wernau wohnhafte Mann setzte sich gegen 18.30 Uhr neben die Frau und sagte zu ihr, dass er sie liebe. Anschließend fasste er ihr an die Brüste und in den Schritt. Seinen Versuch, sie zu küssen, konnte die 19-Jährige abwehren, während sie um Hilfe rief. Eine Zeugin informierte daraufhin das Bahnpersonal, das die Polizei verständigte. Der Zug wurde am Bahnhof in Wendlingen gestoppt und der Tatverdächtige vorläufig festgenommen. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Warum wird bei den nachfolgenden drei Fällen trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibung die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie nicht genannt?

Leichlingen: Ein junger Mann beobachtet eine Spaziergängerin. Dann macht er auf sich aufmerksam und onaniert vor der Leichlingerin. Die 48-Jährige ging gestern (07.08.) gegen 16.30 Uhr einen Waldweg an der Straße Ziegwebersberg mit ihren Hunden entlang. Der Weg wird auf der einen Seite von einer Böschung, auf der anderen Seite von einem hohen Maisfeld gesäumt. Am Ende stand ein Mann, der die Leichlingerin beobachtete. Da die Frau ihn nicht bemerkte, machte er mit Geräuschen auf sich aufmerksam. Als sie ihn sah, manipulierte er an seinem Geschlechtsteil. Sofort wurde die Polizei verständigt, doch der Tatverdächtige war bereits geflohen. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Er soll etwa 167 cm groß und circa 23 Jahre alt sein. Er hatte ein eckiges Gesicht, schwarze Haare (in der Mitte hochgekämmt) und war von sehr dünner Statur. Zur Tatzeit trug der Täter ein grünes T-Shirt und grüne Turnschuhe. Hinweise nimmt die Polizei RheinBerg unter der Telefonnummer 02202 2050 entgegen.

Schermbeck: Am Montag gegen 20.45 Uhr zeigte sich ein Unbekannter einer 44-jährigen Frau und einem 13-jährigen Mädchen in schamverletzender Weise. Die beiden Zeuginnen waren mit Inlineskates auf der Weseler Straße (B 58) in Schembeck-Bricht unterwegs, als sie den Unbekannten bemerkten. Als das Duo Hilfe holte, flüchtete der Täter in einem schwarzen SUV, den er in unmittelbarer Nähe des dortigen Starenkastens geparkt hatte, in unbekannte Richtung. Beschreibung des Unbekannten: 50 – 55 Jahre alt, stabile Figur, rundes Gesicht, 175 cm – 180 cm groß, trug eine Halbglatze und ein graues oder blaues T-Shirt.

Mainz: Zwei junge Anwohner einer Erdgeschosswohnung in einem Mehrfamilienhaus in der Hegelstraße befanden sich im Schlafzimmer und hatten den Rollladen bis auf ein paar Schlitze bei geöffneter Terrassentür geschlossen. Als sie verdächtige Geräusche vom Balkon aus hörten, begab sich der Anwohner zum Küchenfenster und sah einen Mann auf der Terrasse stehen, der an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Auf Ansprache rannte er davon. Etwa zwei Stunden später hörte die Anwohnerin ein leises Klopfen am Rollladen. Der Mann

ging erneut zum Küchenfenster und sah den gleichen Mann dort stehen. Er rief die Polizei. Bis zu deren Eintreffen lief der Spanner jedoch wieder davon. Der Mann auf der Terrasse war etwa 1,80 Meter groß, 80 Kilogramm schwer, trug ein schwarzes T-Shirt, eine Jeans und hellblaue Turnschuhe. Dazu hatte er kurze schwarze Haare und einen gestutzten Bart.

Das europaweite islamische Schlachten ist vollem Gang Spanien: Und wieder ein europäischer „Ungläubiger“ tot!

pi-news.net/spanien-wieder-ein-europaeischer-unglaeubiger-tot/
16.8.2017

Von L.S.GABRIEL | Die europaweite verantwortungslose Asylpolitik hat ein weiteres Opfer gefordert. Der junge Italiener Niccolò Ciatti (Foto) aus Scandicci, einer Gemeinde nahe von Florenz wollte während eines Urlaubes einen unbeschwerten Abend mit Freunden in einer Diskothek in Lloret de Mar, einer Stadt in Katalonien im Nordosten Spaniens verbringen. Der 22-Jährige hat den Abend nicht überlebt. Am Freitag gegen 3 Uhr morgens löschte der Islam sein Leben aus.

Niccolò wurde von drei Tschetschenen angegriffen und totgetreten. Einer der Tritte, der von einer Überwachungskamera festgehalten wurde, war mit solcher Wucht gegen seinen Kopf erfolgt, dass der junge Italiener am nächsten Tag im Krankenhaus einer Gehirnblutung erlag. Besonders erschrecken an dem brutalen Angriff, während die Täter ihr Opfer regelrecht wie ein Rudel Wölfe umkreisten, standen viele andere Besucher daneben und schauten zu, ohne einzugreifen. Auch von den insgesamt neun Türstehern des Tanzlokals griff offensichtlich keiner ein.

Wie das italienische Blatt „Corriere della Sera“ berichtet, tauchten die Security-Mitarbeiter erst wieder auf, als es für Niccolò schon zu spät war und die Täter geflüchtet waren.

Dank vieler (sonst untätiger) Augenzeugen und deren Täterbeschreibungen konnten die brutalen Angreifer aber kurz darauf von der spanischen Polizei an der Strandpromenade von Lloret de Mar festgenommen werden.

Mörder vermutlich Mitglieder einer IS-nahen Terrormiliz

Wie spanische Medien berichten, gaben die Behörden bekannt, dass die islamischen Tottreter im Alter von 20, 24 und 26 Jahren aus Frankreich gekommen waren, wo sie Asyl beantragt haben. Alle drei haben die russische Staatsbürgerschaft, kommen aus der Republik Tschetschenien. Giovanni Giacalone, ein Terrorismus-Experte der Universität Sacro Cuore in Mailand hat den Fall recherchiert und erklärte gegenüber der Zeitung „elPeriodico“, dass diese hier gezeigte Art zu kämpfen typisch für Kämpfer der paramilitärischen Miliz „Kaukasisches Emirat“ sei. Diese islamische Miliz, die mit dem IS sympathisiert, ist in Russland für an die 1.000 Anschläge verantwortlich und soll Behördenschätzungen zufolge rund 15.000 Mitglieder umfassen. Aslan Bjutukajew, ihr Anführer, legte den Treueeid auf den IS ab. In einem 2015 kolportierten Video sagte er: „Wir müssen uns vereinigen, um die Köpfe der Ungläubigen abzuschneiden.“

Auch von Behördenseite wird der Zusammenhang zwischen den Tätern und dem „Kaukasisches Emirat“ hergestellt.

„Sie sind nicht menschlich es sind Tiere“

Niccolò Ciatti Vater, der es nicht über sich brachte sich das brutale Video aus der Überwachungskamera anzusehen, sagte gegenüber italienischen Medien, die Täter hätten nichts Menschliches, es seien Bestien. „Sie traten auf meinen Sohn ein, wie auf einen Sack Kartoffeln. Nicht einmal ein Hund hat so einen Tod verdient.“ Die Familie Ciatti ist eine gut bürgerliche, Niccolò arbeitet als Obstverkäufer auf einem Markt in Florenz. Er war ein netter und hilfsbereiter junger Mann, heisst es aus seiner Heimatgemeinde, wo dieses grausame Tat eine Art kollektiven Schock auslöste:

Am Montag wurde gegen einen der Täter, der den vermutlich tödlichen Tritt abgab, Untersuchungshaft ohne Kautionsmöglichkeit angeordnet. Die anderen beiden islamischen Bestien sind wieder auf freiem Fuß.
Vermutlich werden sie schon bald ein neues Opfer finden, dem dann möglicherweise geschieht, was Aslan Bjutukajew angeordnet hat: – Scheidet ihnen die Köpfe ab. Das Schlachten hat nicht begonnen, es ist längst Alltag in Europa.
Einer der wieder freigelassenen Angreifer:

http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-kriminologe-bestaetigt-zahl-ethnisch-bedingter-massenschlaegereien-steigt_id_7475393.html
Nach Vorfall in Göttingen„Neue Gruppen, alte Feindbilder“: Zahl ethnisch bedingter Massenschlägereien steigt
Zur Person
Thomas Bliesener ist Direktor des renommierten "Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen" in Hannover.
FOCUS-Online-Redakteur Ulf Lüdeke
Mittwoch, 16.08.2017, 09:21
Immer öfter kommt es in Deutschland zu Massenschlägereien unterschiedlicher ethnischer Gruppen. FOCUS Online sprach mit dem Kriminologen Thomas Bliesener über die Gründe und die Dynamik solcher Vorfälle.
FOCUS Online: Herr Bliesener, immer öfter lesen wir von Massenschlägereien. Nach dem vergangenen Wochenende gab es Berichte über Vorfälle in Dresden und Göttingen. In Göttingen standen sich laut Polizei rund 200 Syrer und Libyer in aufgeheizter Stimmung gegenüber, eine Eskalation konnte die Polizei jedoch verhindern. Stimmt der Eindruck, dass die Zahl der Massenschlägereien in Deutschland zugenommen hat?
Thomas Bliesener: Nein, das kann ich nicht bestätigen. Auch wenn es keine Erhebungen oder Statistiken zu diesem Phänomen gibt, dürfte die Zahl im Großen und Ganzen gleichgeblieben sein. **Das, was zugenommen hat, sind Massenschlägereien zwischen ethnisch unterschiedlichen Gruppen, von denen es seit der Flüchtlingskrise viele neue bei uns gibt. Diese Menschen bringen zum Teil ihre Konflikte mit.**
FOCUS Online: Sie meinen, diese Menschen sind gewaltbereiter als Einheimische?
Bliesener: Nein. Massenschlägereien hat es schon immer gegeben, ganz gleich ob auf Schützenfesten, bei der Kirmes, bei politischen Demonstrationen oder bei Fußballspielen. Früher war es die Dorfgrenze, die eine Gruppe überschritten hat und die zur Keilerei zwischen größeren Gruppen führte. Heute sind es die alten Feindschaften oder Feindbilder, die schon seit langem zwischen verschiedenen Ethnien bestehen. Zwischen Türken und Kurden zum Beispiel, zwischen Libanesen und Irakern.

FOCUS Online: Welche Faktoren tragen denn aus Ihrer Sicht dazu bei, dass ethnisch unterschiedliche Gruppen immer öfter aneinandergeraten als einheimische Gruppen?

Bliesener: Begünstigt werden Eskalationen von Massenschlägereien sicher durch die Tatsache, dass viele von ihnen in Flüchtlingsheimen ohnehin in größeren Gruppen zusammenleben. Oft sind sie dann auch draußen in größeren Gruppen unterwegs. Da steigt die Wahrscheinlichkeit natürlich, dass es zwischen ihnen mal kracht.
FOCUS Online: Liegt die Reizschwelle bei diesen Gruppen allgemein tiefer?
Bliesener: Grundsätzlich sehe ich da keine großen Unterschiede. Wenn es größere Streitigkeiten zwischen religiösen Strömungen in den Herkunftsländern der Migranten gibt, könnte sich das natürlich auch hier nachteilig auswirken – und eine Eskalation begünstigen. Auch die Tatsache, dass viele dieser Menschen nicht freiwillig hier sind, gelitten haben und weit weg von zu Hause sind, könnte die Reizschwelle gelegentlich herabsetzen.
Was uns Mut macht
Die Zahl der Straftaten von Migranten ist zu Jahresbeginn leicht zurückgegangen. Das Bundeskriminalamt (BKA) registrierte im ersten Quartal 2017 rund 64.700 Fälle mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer, in den letzten drei Monaten des Vorjahres waren es noch 66.000 Fälle. Das geht aus einer aktuellen BKA-Statistik hervor. Über entsprechende Zahlen hatte zuvor bereits die "Passauer Neue Presse" berichtet und sich auf eine Unterrichtung des Innenministeriums im Bundestag bezogen.
Die BKA-Daten zeigen auch, dass bestimmte Nationalitäten bezogen auf die Gesamtzahl der Zuwanderer überdurchschnittlich häufig durch Straftaten auffallen: Das betrifft etwa Menschen aus den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien, aus den afrikanischen Ländern Gambia, Nigeria und Somalia sowie aus der Balkan-Region und aus Georgien. Der Anteil von Syrern, Afghanen und Irakern an den Tatverdächtigen ist hingegen vergleichsweise niedrig.
Zu den Zuwanderern zählen in der Statistik Asylbewerber, Flüchtlinge, Geduldete und Illegale. Dass dieser Personenkreis überdurchschnittlich häufig durch Straftaten auffällt, ist lange bekannt. Das liegt unter anderem daran, dass sich unter den Flüchtlingen besonders viele Männer im Alter von 18 bis 21 Jahren finden. Auch Deutsche aus dieser Gruppe sind überdurchschnittlich oft in Straftaten verwickelt. (dpa)
FOCUS Online: Gibt es besondere Methoden, wie gezielt deeskaliert werden kann?
Bliesener: Grundsätzlich gelten da die gleichen Regeln wie bei allen Massenschlägereien. Natürlich hilft es, wenn die Polizei die Anführer dieser Gruppen kennt, um sie im Vorhinein ansprechen und überzeugen zu können, ihre Gruppen nicht weiter aufzupeitschen. Und manchmal kann vielleicht auch nur einfach ein bisschen Humor helfen, um zu verhindern, dass aus einem banalen Streit mit Worten plötzlich eine blutige Massenschlägerei wird.

#Merkelsommer 2017 Iserlohn: Orientale missbraucht 18-Jährige

pi-news.net/iserlohn-orientale-missbraucht-18-jaehrige/
19.8.2017

Am vergangenen Samstag soll es in Iserlohn gegen 3 Uhr zu einer Vergewaltigung zum Nachteil einer 18-jährigen Frau gekommen sein. Beim mutmaßlichen Tatort handelt es sich um die Parkanlage zwischen der Goethe- und Görrestraße. Das Phantombild zeigt den von der Geschädigten beschriebenen Tatverdächtigen. Wer kennt die abgebildete Person und kann Angaben zu ihrer Identität machen? Wer hat die Tat beobachtet? Wer hat in der Tatnacht verdächtige Beobachtungen am oder um den Tatort gemacht? Sachdienliche Hinweise nimmt die Polizei Iserlohn unter 02371/9199-5117 oder 9199-0 entgegen.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

Dessau: In der Dessauer Innenstadt soll in der Nacht zu Mittwoch eine 56-jährige Frau vergewaltigt worden sein. Das Opfer liegt verletzt im Krankenhaus. Polizei und Staatsanwaltschaft gehen derzeit von vier Tätern aus. Die Männer sollen laut Aussage der Frau eine dunkle Hautfarbe haben. Zur Tat soll es zwischen 23 und 0 Uhr auf dem Schloßplatz gekommen sein. „Die Frau hielt sich im Bereich der ehemaligen Schule auf und sammelte dort Leergut“, sagt Doreen Wendland, Sprecherin der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost. Aus einer Gruppe von vier Männer habe sie dann einer der Täter angesprochen. Man wolle ihr zeigen, wo sie noch mehr leere Flaschen finden könne. Die vier Tatverdächtigen sollen die Frau so auf das ehemalige Schulgelände gelockt haben. Dort sei die 56-Jährige vergewaltigt und misshandelt worden.

Nürnberg: Ein afghanischer Asylbewerber, der sich derzeit wegen Vergewaltigung vor Gericht verantworten muß, ist froh, in Deutschland verurteilt zu werden. In seinem Heimatland wäre es ihm viel schlimmer ergangen, sagte der mutmaßliche Täter am Dienstag vor dem Amtsgericht Nürnberg laut einem Bericht des Bayerischen Rundfunks. Der 17jährige ist zusammen mit einem gleichaltrigen Landsmann angeklagt, eine 22jährige in einer Neumarkter Unterkunft für minderjährige Asylbewerber erst mit Alkohol und Drogen willenlos gemacht und sie anschließend vergewaltigt zu haben. Vor dem Amtsgericht Nürnberg legten beide Angeklagten heute ein umfassendes Geständnis ab und entschuldigten sich. Ihnen drohen nach einer Absprache zwischen Staatsanwalt, Verteidigung und Nebenklage bis zu drei Jahre und zehn Monate Jugendhaft.

Stuttgart-Mitte: Beamte der Bundespolizei haben in der Nacht zum Montag (14.08.2017) einen 36 Jahre alten Mann festgenommen, der zuvor am Hauptbahnhof eine 26-jährige Frau belästigt haben soll. Die 26-Jährige hielt sich gegen 23.00 Uhr am Hauptbahnhof auf und wurde hierbei plötzlich von dem unbekannten Mann umklammert, hochgehoben und einige Meter mitgetragen. Vermutlich aufgrund der Gegenwehr ließ der alkoholisierte Mann schließlich von seinem Opfer ab und ging zunächst flüchtig. Polizeibeamte nahmen ihn im Rahmen der Fahndung fest. Der 36-jährige polizeibekannte marokkanische Staatsbürger, der sich mit mehr als ein Dutzend Alias-Personalien im Bundesgebiet aufhält, wurde am Montag mit Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart dem Haftrichter vorgeführt, der Haftbefehl erließ. Wie Ermittlungen der Kriminalpolizei nun ergeben haben, soll der 36-Jährige im Bahnhof weitere Frauen, möglicherweise auch Männer, belästigt haben. Zeugen, insbesondere weitere Geschädigte, werden gebeten, sich beim Dezernat für Sexualdelikte unter der Rufnummer +4971189905778 zu melden.

Ulm: Die 20-Jährige war gegen 21 Uhr alleine zu Fuß vom Bahnhof in Richtung Südstadt unterwegs. Unmittelbar nach der Unterführung sprach ein Unbekannter die junge Frau in englischer Sprache an. Die 20-Jährige ging darauf weiter in Richtung Ulmer Straße. Der Mann verfolgte die junge Frau auf seinem Fahrrad und fasste sie mehrfach unsittlich an. Die 20-Jährige setzte sich zur Wehr, worauf der Täter flüchtete. Der Unbekannte ist etwa 18 Jahre alt und dunkelhäutig. Er trug eine Basecap, ein gelbes T-Shirt mit langen Ärmeln, eine blaue Jeans und weißes Sportschuhe. Unterwegs war er mit einem Herrenfahrrad. Er sprach englisch.

Memmingen: Derzeit ermittelt die Kripo Memmingen gegen einen 34-jährigen Mann, dem eine sexuelle Nötigung zur Last gelegt wird. Da er kurz nach der Tat von Beamten der

Polizeiinspektion festgenommen wurde, konnte am Sonntag auf Antrag der Staatsanwaltschaft dem Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Memmingen vorgeführt werden. Dieser erließ einen Untersuchungshaftbefehl wegen des dringenden Tatverdachts. Demnach hat der Verdächtige am Samstag gegen 20.30 Uhr ein 17-Jährigen in der Innenstadt angesprochen und um Hilfe gebeten. Unter diesem Vorwand führte er den jungen Mann in das Untergeschoß eines naheliegenden Parkhauses, wo er ihn zu sexuellen Handlungen zwang. Der Jugendliche konnte sich schließlich losreißen und bat einen Passanten um Hilfe, der in diesem Moment zufällig das in die Nähe gelaufen kam. Während die beiden mit einer weiteren Passantin die Polizei verständigten, entfernte sich der Täter. Der tatverdächtige Algerier konnte im Rahmen der anschließenden Fahndung anhand der vorliegenden Personenbeschreibung bereits 20 Minuten nach der Tat durch eine Streifenbesatzung der Polizeiinspektion Memmingen vorläufig festgenommen werden.

Muttenz: Unweit des Bahnhof Muttenz kam es in der Nacht auf Sonntag zwischen 1 und 2 Uhr beinahe zu einer Vergewaltigung. Ein Unbekannter belästigte eine 35-jährige Frau mehrfach am Bahnhof und verfolgte sie dort über längere Zeit, wie die Polizei Baselland am Montag mitteilte. Bei der Verzweigung Bahnhofstrasse/Junkermattstrasse zog der Mann sie dann in ein Gebüsch. Die Frau setzte sich aber zur Wehr und konnte flüchten.Na ch Angaben des Opfers handelt es sich beim Täter um einen etwa 1,65 Meter grossen, schlanken Mann mittleren Alters mit kurzen schwarzen Haaren. Er sprach Deutsch mit einem türkischen Akzent. Zur Tatzeit war er schwarz gekleidet und trug weisse Turnschuhe.

Landshut: Am Samstag um 17.45 Uhr war eine 38-Jährige mit ihrem Hund auf dem Fußweg entlang der Isar unterhalb der Podewilsstraße unterwegs. Hier wurde sie von drei Männern, die ein südländisches Aussehen hatten, angesprochen. Sie begrapschten die Frau, indem sie ihr an die Brust und den Po griffen. Einer der drei Täter wurde dabei von ihrem Hund in die Wade gebissen, anschließend flüchtete das Trio.

München: Am Samstag, 12.08.2017, gegen 06.00 Uhr, ging eine 26-jährige Frau vom Pasinger Bahnhof aus nach Hause. Hinter ihr befanden sich zwei Männer, die ihr bis zur Wohnadresse nachgingen. Auch sie betraten das Anwesen und folgten der Frau bis zu ihrer Wohnungstür. Die 26-Jährige betrat die Wohnung und war gerade dabei die Tür zu schließen, als sie bemerkte, dass einer der Männer gegen die Tür drückte. Der Mann forderte Geld, was die 26-Jährige allerdings verweigerte. Er versuchte nun die Frau zu küssen. Die 26-Jährige schrie daraufhin laut um Hilfe, was beide Männer dazu veranlasste zu flüchten. Zuvor aber entrissen sie der Frau noch ihre Handtasche. Die Anzeigenerstattung erfolgte erst am Folgetag, weshalb keine Fahndungsmaßnahmen durch die Polizei ergriffen werden konnten. Täterbeschreibung: Männlich, ca. 190 cm groß, keine Altersangabe, orientalische Erscheinung, schwarze nackenlange Haare, sprach gebrochen Deutsch; dunkle Kleidung.-Männlich, über 190 cm groß, keine Altersangabe, orientalische Erscheinung, schwarze kinnlange Haare .

Straubing: Unter dem Vorwand einer 22-Jährigen, die sich nicht wohl fühlte, helfen zu wollen, berührte ein bis dato Unbekannter die junge Frau an der Parkanlage Frauenbrünnl / Westtangente unsittlich über ihrer Kleidung. Nachdem die 22-Jährige zu schreien anfing, flüchtete der etwa 25-Jährige. *(Kommentar PI-NEWS: Das Opfer kann also nur das Alter des Täters schätzen, aber nicht die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie? Oder möchte die Polizei wie so oft diese nicht bekannt geben, obwohl der Täter noch nicht gefasst ist)*

München: Am Montag, 14.08.2017, gegen 17.30 Uhr, kam ein bislang unbekannter Täter in das Zimmer einer 90-Jährigen Patientin in einem Krankenhaus in der Renatastraße. Er fasste die Frau unterhalb der Bekleidung im Genitalbereich an und manipulierte dabei an seinem Geschlechtsteil. Danach schob er sie ins Bad und zog ihr die Hose herunter. Daraufhin wurde die Patientin stutzig und sah, wie der Täter selbst seine Hose wieder heraufzog. Es kam hier zu keiner Berührung. Sie fing daraufhin an zu schreien, was den Täter dazu veranlasste, sie wieder zurück in ihr Bett zu bringen. Danach schenkte er ihr etwas zu trinken ein und verließ das Zimmer. Im Anschluss ging der Täter zu einer weiteren 82-jährigen Patientin ins Zimmer, die dort im Bett lag. Er fasste der Frau an die Brüste und versuchte diese zum Sitzen zu Bewegen. Nachdem dies nicht gelang, verließ er das Zimmer wieder. Er wurde auf der Station von mehreren Personen gesehen. Diese konnten eine Täterbeschreibung abgeben. Täterschreibung: Männlich, 35 Jahre alt, 176 cm groß, kräftig; dunkelblaues Oberteil, evtl. mit Punkten, kurze blau-weiß karierte Hose. *(Kommentar PI-NEWS: Warum wird trotz einer detaillierten Personenbeschreibung die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie verschwiegen?)*

Lübbecke: Nachdem eine junge Frau während des Stadtfestes von einem Mann bedrängt wurde, beschäftigt nun ein ähnlich gelagerter Fall die Polizei. Der Vater einer fast 15-Jährigen

berichtete den Beamten, dass seine Tochter am Montagabend auf dem Heimweg im Tunnel unter der Bahnlinie zwischen der Pestalozzischule und der Stadtschule von drei Unbekannten festgehalten worden sei. Die Männer hätten versucht sie unsittlich zu begrabschen.Die Schülerin gab an, dass ihr die drei etwa 20 Jahre alten Männer bereits an der Stadthalle aufgefallen seien. Deren Aussehen nach handelte es sich es sich umSüdländer. Das Trio sei ihr gefolgt und hätte ihr „nachgepfiffen“ sowie in fremder Sprache zugerufen. Als sie gegen 20.45 Uhr den Tunnel passieren wollte, habe man sie festgehalten. Der Versuch sie zu begrabschen, sei jedoch an ihrer Gegenwehr gescheitert. Da zudem in diesem Moment ihr Handy durch einen Anruf des Vaters klingelte, entfernten sich die Männer in Richtung Rahdener Straße.
Friedrichshafen: Wie erst jetzt bekannt wurde, hat ein unbekannter Täter am vergangenen Samstagmorgen, gegen 07.15 Uhr, eine 63-jährige Frau in der Ailinger Straße, Höhe Tinol-Tankstelle, angesprochen und sich dabei in den Schritt gefasst. Während er sich mit der Hand im Genitalbereich rieb, forderte er die Angesprochene auf, mit ihm zu kommen. Als die Frau ihn daraufhin anschrie, entfernte sich der Unbekannte über die Keplerstraße vermutlich in Richtung Allmandstraße. Der Mann soll 28 bis 30 Jahre alt, ca. 170 cm groß und schlank sein. Er hat schwarze, glatte, zurückgegelte Haare, einen dunklen Teint und trug eine schwarze Jacke, Bluejeans und schwarze Schuhe.
Leimen/Rhein-Neckar-Kreis: Am Montagabend wurde eine 14-Jährige in der Tinqueux-Allee von einem bislang unbekannten Täter unsittlich angefasst. Das Mädchen war mit einer 17-jährigen Freundin an der Haltestelle „Friedhof“ aus der Straßenbahn Nr. 23 ausgestiegen und befand sich auf dem Heimweg. Zwei Männer, die ebenfalls aus der Straßenbahn ausgestiegen waren, liefen den Mädchen hinterher. Einer der beiden versuchte die 14-Jährige in ein Gespräch zu verwickeln und deren Hand zu halten. Da sich das Mädchen nicht darauf einließ und die Hand immer wieder wegzog, grapschte ihr der Mann an die Brust. Anschließend rannten beide Männer in Richtung Stadion davon. Die männlichen Täter sollen zwischen 175 und 180 cm groß gewesen sein und hatten dunkle Haare. Im Gespräch mit den Mädchen hatte der Täter angegeben, dass er Kurde sei und in der Nähe wohnen würde.
Freiburg: Am Dienstag, 15.08.2017 kam es im Landkreis Emmendingen zu insgesamt drei Sichtungen eines mutmaßlichen Exhibitionisten. Gegen 19:30 Uhr wurde über Notruf 110 gemeldet, dass sich am „Kollmarsreuter Baggersee“ ein Mann gegenüber einer Frau entblößt und unsittliche Handlungen an sich ausgeführt hätte. Circa 20 Minuten später meldete sich eine zweite Geschädigte, die ebenfalls einen nackten Mann im Bereich des Elzdamms, in der Nähe der „Six-Fours-Brücke“ gesehen hätte. Dort sei er unbekleidet mit einem Fahrrad gefahren. Aus den Angaben der beiden Geschädigten ergibt sich folgende Beschreibung: 25-35 Jahre alter Mann, sehr schlank, circa 180 cm groß, kurze dunkle Haare, dunkle Hautfarbe (er wurde alsarabisch oder südosteuropäisch aussehend beschrieben). Er führte ein buntes Handtuch mit sich. Die Kleidung trug er zusammengeknüllt unter dem Arm. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde der Kriminalpolizei über Umwege bekannt, dass ebenfalls am 15.08.2017, gegen 18 Uhr, ein ähnlicher Vorfall in Waldkirch (Bereich Auwiese) beobachtet worden sei. Dort hätte eine Person, die in etwa derselben Beschreibung entsprochen haben soll, eine Frau nach Bedemöglichkeiten in der Nähe gefragt. Dabei hätte er sich entblößt und ebenfalls unsittliche Handlungen ausgeführt. Die Zeugin/Geschädigte konnte bislang noch nicht dazu gehört werden.

#Merkelsommer 2017 Stuttgart: Iraker vergewaltigen 40-Jährige

pi-news.net/stuttgart-iraker-vergewaltigen-40-jaehrige/

23.8.2017
Polizeibeamte haben am Donnerstag (17.08.2017) in der Stuttgarter Innenstadt zwei 24 und 25 Jahre alte Männer festgenommen, denen vorgeworfen wird, am Sonntag (30.07.2017) eine 40 Jahre alte Frau vergewaltigt zu haben (siehe hierzu unsere Pressemitteilung vom 31.07.2017). Umfangreiche Ermittlungen führten die Beamten der Stuttgarter Kriminalpolizei auf die Spur der beiden Tatverdächtigen, die am Donnerstag in der Innenstadt festgenommen wurden. Die beiden irakischen Staatsangehörigen sind am Freitag (18.08.2017) auf Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart dem zuständigen Richter vorgeführt worden, der die beiden bereits erlassenen Haftbefehle in Vollzug setzte. Die Ermittlungen, insbesondere ob die Männer ihrem Opfer zuvor KO-Tropfen verabreicht hatten, dauern an.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017

Wilnsdorf: Eine 17-jährige Kirmesbesucherin wurde am Samstagabend von einer noch unbekannten Gruppe junger Männer in Wilnsdorf sexuell belästigt bzw. genötigt. Die Tat ereignete sich gegen 22 Uhr im Bereich des Gehweges der Hagener Straße in Richtung Ortsmitte Wilnsdorf in etwa in Höhe eines dortigen Optikergeschäftes. Die junge Frau wurde dort plötzlich von etwa zehn Männern, die sich zuvor im Bereich einer dortigen Bushaltestelle aufgehalten hatten, umkreist, festgehalten, begrapscht und sexuell beleidigt. Nachdem die 17-Jährige dann laut um Hilfe rief und dabei zudem um sich trat, ließen die Männer von ihr ab, flohen in Richtung Volksbank und sind dort vermutlich in einen Bus in Richtung Siegen eingestiegen. Die Tatverdächtigen werden von der Geschädigten als Nordafrikaner im Alter von circa 18 – 20 Jahren beschrieben. Alle sollen dunkle Kleidung getragen haben.

Sondershausen: Eine 26 Jahre alte Frau ist in Sondershausen (Kyffhäuserkreis) am Sonntagmorgen Opfer einer Sexualstraftat geworden. Das teilte die Polizei in Nordhausen mit. Weitere Angaben machten die Ermittler nicht. Am Sonntagnachmittag sei ein 45 Jahre alter Mann in seiner Wohnung vorläufig festgenommen worden, hieß es. Er sollte an diesem Montag einem Haftrichter vorgeführt werden. Laut Polizei handelt es sich bei dem Mann um einen Asylbewerber aus Syrien.

Stuttgart-Mitte: Polizeibeamte haben in den frühen Sonntagmorgenstunden (20.08.2017) am Schlossplatz einen 21 Jahre alten Mann vorläufig festgenommen, nachdem er zuvor eine 23-Jährige sexuell belästigt haben soll. Die 23-Jährige befand sich gegen 05.30 Uhr in der Unterführung der Stadtbahnhaltestelle Schlossplatz und wurde dort von mehreren Männern beleidigt und begrabscht. Zwischen den unbekannte Männern sowie den Begleitern der 23-Jährigen kam es anschließend zu einem Handgemenge. Polizisten nahmen den 21-Jährigen noch am Tatort vorläufig fest, seine Komplizen entkamen. *(Kommentar PI-NEWS: Dass Männergruppen Frauen auf offener Straße gemeinschaftlich (im „günstigsten“ Falle nur) begrapschen, war bisher nur aus mohammedanischen Ländern unter dem Begriff „Taharrush“ bekannt, das dank der uns zugelaufenen Merkel-„Fachkräfte“ jetzt genauso wie der Islam „zu Deutschland gehört“)*

Heilbronn: Ein Asylbewerber, der Jugendliche am Obersulmer Skaterpark zu einem Diebstahl aufforderte, wurde der Polizei am Donnerstagnachmittag gemeldet. Die

Polizeibeamten trafen sowohl die Anrufer als auch den Tatverdächtigen noch am Tatort an. Zeugen gaben an, dass ein 34 Jahre alter irakischer Asylbewerber mehrere junge Leute aufgefordert habe, für ihn etwas zu stehlen. Er habe diesen Wunsch mit der Tatsache begründet, dass er überall Hausverbot habe. Eine 13-Jährige beschuldigte den Tatverdächtigen, ihn unsittlich berührt zu haben. Da ein Atemalkoholtest einen Wert von rund drei Promille ergab, musste der 34-Jährige mit zu einer Blutentnahme.
Offenburg: Gestern Abend um kurz nach 23:00 Uhr begrapschte und beleidigte ein 18-jähriger somalischer Staatsangehöriger auf dem Bahnsteig im Bahnhof Offenburg eine 31-jährige Reisende, in deren Begleitung sich ihr Vater befand. Im weiteren Verlauf kam es zwischen dem Vater der 31-Jährigen und dem 18-Jährigen zu einem Wortgefecht, wobei der 18-Jährige auch handgreiflich geworden sein soll. Nach weiteren wüsten Beschimpfungen verließ der 18-Jährige den Bahnsteig, rannte die Treppe zur Unterführung hinunter und kam zu Fall. Hierbei verletzte er sich und wurde mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht. Zum Tatzeitpunkt hatte der 18-Jährige 1,5 Promille.
Neuötting: Am Samstagnachmittag erstattete eine 19-Jährige aus der Region bei der Polizeiinspektion Altötting Anzeige. Sie gab an, gegen 12.00 Uhr in einer Parkanlage an der Herzog-Ludwig-Passage in Neuötting von einem unbekannten Mann angesprochen und dann festgehalten worden zu sein. Gleichzeitig betatschte er die junge Frau unsittlich und versuchte sie zu küssen. Aufgrund der Gegenwehr ließ der Täter schließlich von seinem Opfer ab und flüchtete in unbekannte Richtung. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: Etwa 175 cm groß, zwischen 25 und 30 Jahre alt. Der Täter hatte eine athletische, kräftige Figur mit einem Gewicht bis zu 100 kg. Dunkle, zur Seite gekämmte Haare, an den Seiten sehr kurz. Orientalisches bzw. südländisches Aussehen. Er sprach gebrochen deutsch.
Karlsruhe: In schamverletzender Weise zeigte sich ein unbekannter Mann gegenüber zwei Reiterinnen am Donnerstag an einem Baggersee bei Linkenheim-Hochstetten. Nach den bisherigen Erkenntnissen der Kriminalpolizei befanden sich die beiden 24- und 44- jährigen Reiterinnen gegen 13:30 Uhr zu Pferde am Ufer des Baggersees Linkenheim. Dort begegneten sie einem Mann, der sich vor ihnen völlig entblößte und sich an sein Geschlechtsteil fasste. Nachdem die Frauen von dem Mann weggeritten waren, wurden sie wenige Minuten später von derselben Person, jedoch bekleidet, auf einem Fahrrad überholt. Als die Reiterinnen die nächste Kreuzung erreichten, trat ihnen der Exhibitionist erneut völlig nackt entgegen und fasste sich abermals an seinen Genitalbereich. Auch hier setzten die Frauen ihren Weg weiter fort und konnten sich schließlich von dem Unbekannten entfernten. Zu einer nochmaligen Begegnung kam es nicht. Der unbekannte Mann wurde als etwa 25-30 Jahre alt, circa 170-180 cm groß und auffällig schlank mit südländischem Erscheinungsbild beschrieben.
Rostock: In der Nacht zum Samstag wurde eine 30-jährige Frau in Warnemünde von einem bislang unbekannten Täter sexuell bedrängt. Die einheimische Geschädigte war zuvor gegen 00:30 Uhr in der Anastasiastraße unterwegs, als sich plötzlich ein Mann näherte und sie ergriff. Nachdem sie um Hilfe rief und sich zur Wehr setzte, ließ der Mann von ihr ab und flüchtete in Richtung des Kirchplatzes. Trotz umfangreicher Fahndungsmaßnahmen, u. a. unter Hinzuziehung eines Fährtenhundes und des Polizeihubschraubers ist der Tatverdächtige bislang weiterhin flüchtig. Die Polizei bittet daher um Mithilfe aus der Bevölkerung. Der unbekannte Mann wird wie folgt beschrieben: – ausländischer Phänotyp -schlanke Gestalt – circa 1,70 m groß -30 bis 40 Jahre alt – bekleidet mit einer hellblauen Jeanshose, dunkler Jacke und Basecap.
Goch: Am Montag (21. August 2017) gegen 17.45 Uhr ging ein 11-jähriger Junge zusammen mit seiner Mutter und einem Hund auf dem Nierswanderweg spazieren. In der Nähe einer Holzbrücke an den Mühlenteichen setzte sich der Junge auf eine Parkbank. Er wollte dort warten, bis seine Mutter zurückkehrt. Ein unbekannter Mann hielt mit einem weißen Fahrrad an und setzte sich zu dem 11-Jährigen auf die Bank. Er küsste den Jungen und forderte ihn

auf, mit ihm in ein nahes Gebüsch zu gehen. Dort zog er Hose und Unterhose des Jungen herunter. Ohne den 11-Jährigen weiter zu berühren, masturbierte der Mann. Der Junge rannte nach wenigen Minuten weg zu seiner Mutter. Der Täter flüchtete mit seinem Fahrrad über die Holzbrücke in Richtung der Straße Am Gocher Berg. Der Mann war 20 bis 30 Jahre alt, 1,70 bis 1,75m groß und hatte ein südländisches Aussehen. Er hatte kurze schwarze Haare mit einem Mittel- oder Seitenscheitel, war unrasiert und hatte eine schlanke Figur. Der Täter sprach gebrochenes Deutsch und trug ein dunkles, langärmeliges Oberteil.
Arnsberg: Am Montag gegen 17.00 Uhr berührte ein 17-jähriger Afghane ein 14-Mädchen unsittlich in der Neheimer Innenstadt. Das Mädchen suchte sofort Hilfe bei den Bezirksdienstbeamten in Neheim. Mithilfe der beiden Beamten konnte der Täter anschließend gefunden werden. Der Täter erhielt einen Platzverweis für den gesamten Bereich des Festgeländes. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet.
Waiblingen: Eine 29-jährige Frau wurde am Montag von einem unbekannten Mann belästigt, als sie in der Straße Immenhäldle spazieren war. Die Frau lief in Richtung eines angrenzenden Feldwegs, wo auch ein älterer Mann stand und sie beobachtete. Als sie an ihm vorbei gehen wollte, wurde sie von ihm angesprochen. Er fragte, ob sie eine Türkin sei. Später wollte er sie am Oberarm fassen. Dies wehrte die 29-Jährge ab, woraufhin der Mann der Frau zwei Mal ans Gesäß fasste. Der Mann entfernte sich dann in Richtung Bahnhof. Von ihm liegt folgende Personenbeschreibung vor: Ca. 70 Jahre, 165 bis 170cm groß, dunkler Teint, kurze graue Haare. Der Mann sprach mit Akzent und war mit einer grauen Hose und einem roten Hemd bekleidet.
Dresden: … Am Freitagabend gegen 23.00 Uhr setzte der Sicherheitsdienst einen Mann fest, der auf dem Theaterplatz Frauen begrapscht haben soll. Konkrete Opfer sind der Polizei bislang nicht bekannt. Da der 48-jährige Afghane stark alkoholisiert war, wurde er zur Ausnüchterung in Gewahrsam genommen.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in Ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Freiburg: Am gestrigen Nachmittag, den 21.08.2017, wurde folgender Fall nachträglich angezeigt: Eine 24jährige Frau war bereits am Sonntag, den 20.08.2017 gegen 18:00 Uhr im Bereich Sölden zum Joggen, als sie von einer unbekannten männlichen Person angegangen wurde. Der bislang unbekannte Täter habe versucht, sie in ein angrenzendes Maisfeld zu zerren, woraufhin sich die Geschädigte zur Wehr setzte, der Täter daraufhin von ihr abließ und flüchtete. Der Mann konnte folgendermaßen beschrieben werden: Etwa 40 Jahre alt, groß, schlank, dunkles Haar, bekleidet mit Jeans und dunklem T-Shirt. Konkrete Tatörtlichkeit ist die Verlängerung der Straße „Im Gaisbühl“ in südliche Richtung (gen Bollschweil), die die Verlängerung der Straße „Heidenweg“ kreuzt. Nach Angaben der Geschädigten hatten sich zum Tatzeitpunkt Spaziergänger im Bereich befunden, die das Tatgeschehen ggf. beobachten konnten.
Bad Hersfeld: Die Kriminalpolizei sucht einen ca. 20 Jahre alten Mann mit kurzen schwarzen Haaren. Dieser steht im Verdacht am Montagabend (21.08.), gegen 20.10 Uhr, an dem Fußgängerüberweg Benno-Schilde-Straße, über die Dippelstraße, zum Benno-Schilde-Platz, unmittelbar in Höhe der Lichtzeichenanlage (Fußgängerampel), eine 50-jährige Frau aus Bad Hersfeld sexuell belästigt zu haben. Dabei soll er sich auf einem Fahrrad aus Richtung Benno-Schilde-Straße genähert haben. Als er neben der Frau anhielt, stieg er vom Fahrrad ab und fragte die Frau nach einer Zigarette. Plötzlich griff der junge Bursche mit seiner rechten Hand der Frau an den Po und im Anschluss in Richtung der Brüste. Letzteres konnte die Frau aber mit der Hand abwehren und schrie dabei laut. Daraufhin stieg der Mann wieder auf sein Fahrrad und fuhr in Richtung Schildepark davon. Bei dem Fahrrad soll es sich um ein schwarzes Mountainbike ohne Beleuchtung, mit einem schwarzen Schutzblech über

dem Hinterrad, gehandelt haben. Der junge Mann soll ca. 1,65 bis 1,70m groß sein, von normaler Statur, sprach deutsch mit ausländischem Akzent, trug eine schwarze lange Hose und ein schwarzes Langarmshirt.
Vaihingen an der Enz – Kleinglattbach: In der Nacht zum Sonntag wurde eine 28 Jahre alte Frau von einem bislang unbekannten Täter im Bereich des Bahnhofs Vaihingen an der Enz sexuell belästigt. Die Frau kam gegen 01.10 Uhr mit dem Zug aus Richtung Stuttgart am Bahnhof an und begab sich in die Unterführung, um den weiteren Heimweg nach Kleinglattbach zu Fuß anzutreten. Bereits auf dem Treppenabgang bemerkte sie, dass sich jemand hinter ihr befand. Ein unbekannter Mann fragte sie, wo sie hin wolle. Die Frau antwortete kurz und bog in die Unterführung ein. Plötzlich berührte der Mann ihren Po, worauf die 28-Jährige auswich. Er folgte ihr weiterhin und sprach auf sie ein, so dass die Frau ihn schließlich anschrie. Am Ende der Unterführung wollte das Opfer dann nach rechts abbiegen, doch der Unbekannte drängte sie nun in den Bereich der Fahrradgaragen und betatschte ihren Oberkörper. Die 28-Jährige schrie nun laut um Hilfe, stieß den Täter weg und rannte davon in Richtung Emil-Keßler-Weg. Als sie diesen erreicht hatte, machte der Unbekannte, der ihr zunächst gefolgt war, kehrt und ging in Richtung Bahnhof zurück. Zwei noch unbekannte Passanten, die sich in der Nähe befanden, nahmen trotz der Hilfeschreie wohl keine Notiz von dem Vorfall. Bei dem Täter handelt es sich um einen 25 bis 30 Jahre alten Mann, der etwa 180 cm groß und schlank ist. Er hat dunkle, kurze Haare und einen Bart im Wangenbereich. Der Täter war bekleidet mit einer Jeans und einem weißen T-Shirt mit Aufschrift.
Osnabrück: Am Freitagmorgen zeigte sich gegen 11 Uhr ein unbekannter Mann einer 50-jährigen Frau in schamverletzender Weise. Der Exhibitionist trat auf dem Voxtruper Wanderweg (Verbindung zwischen Gut Sandfort und Hotel Rahenkamp) auf und flüchtete in Richtung des Hotels. Der Mann ist zwischen 25 und 30 Jahre alt, ca. 1,80m groß und kräftig. Er hat ein pummeliges Gesicht und auffällig große braune Augen und kurze schwarze Haare. Der Unbekannte war mit schwarzem T-Shirt, schwarzer ¾ Hose und Turnschuhen bekleidet.
Tübingen: Nach einem Unbekannten, der am frühen Montagmorgen in der Käsenbachstraße gegenüber einer 21-jährigen Frau unsittlich aufgetreten ist, fahndet die Kriminalpolizei Tübingen. Die Frau war gegen 2.15 Uhr von der Gmelinstraße zu Fuß in Richtung Käsenbachstraße unterwegs. Ungefähr ab Höhe der Pathologie wurde sie von einem Mann verfolgt. Als sie ihr Fahrrad abstellte, hörte sie wie der Mann stöhnte, drehte sich um und sah, wie der Mann onanierte und langsam auf sie zukam. Als sie laut um Hilfe rief, flüchtete der Unbekannte in Richtung Gmelinstraße. Zu einem direkten Kontakt kam es nicht, auch hat der Mann sie nicht angesprochen. Der Unbekannte wird als etwa 30 Jahre alt und etwa 174 cm groß beschrieben. Bekleidet war er mit einem dunklen Kapuzenpullover und einer dunklen Hose, möglicherweise einer Jeans.
Ludwigsburg: Am Freitag kurz nach 00:30 Uhr kam es auf dem Parkplatz des Staatsarchivs in der Mathildenstraße in Ludwigsburg zu einem Zwischenfall. Zwei 52 und 48 Jahre alte Frauen waren in ihren Wagen eingestiegen, um anschließend davon zu fahren. Plötzlich trat ein bislang Unbekannter vor das Fahrzeug, der seine Hose geöffnet hatte und wohl masturbierte. Da der Parkplatz zu dieser Zeit stark besucht war, verließ der Täter das Sichtfeld der beiden Frauen sobald ein Mann auf dem Parkplatz erschienen, nutzte aber immer wieder die Gelegenheit, vor das Auto zu treten und fortzufahren. Schließlich gelang es den Opfern, sich mit dem PKW zu entfernen, worauf sie anschließend die Polizei alarmierten. Die Polizei nahm sofort die Fahndung im Stadtbereich auf. Ein Tatverdächtiger konnte jedoch nicht festgestellt werden. Der Unbekannte soll etwa 20 Jahre alt und 175 bis 180 cm groß sein. Er hat kurze, schwarze und glatte Haare. Darüber hinaus trug der Täter ein graues Baumwollshirt und eine dunkle lange Jeans.
+++ Wandere aus, solange es noch geht! +++

„Deutschlands Hauptstadt der Messer-Attacken“ 13 Messer-Tote in Bremen – Stichhaltige Argumente gegen „Zuwanderung“

pi-news.net/13-messer-tote-in-bremen-stichhaltige-argumente-gegen-zuwanderung/
24.8.2017

Von JOHANNES DANIELS | Deutschlands ungekrönte Hauptstadt der Messer-Attacken ist – neben Köln – Bremen. Allein im letzten Jahr wurden in Bremen 469 Menschen mit einem Messer attackiert, in Bremerhaven 165 Menschen. In Bremen stieg die Zahl der Opfer seit 2015 um 25%, in Bremerhaven sogar um 75%. Rein statistisch gab es vergangenes Jahr in Bremen jeden Tag mindestens einen Messerangriff, in Bremerhaven zumindest jeden zweiten Tag. Mittels Messer ermordet wurden in den vergangenen drei Jahren insgesamt 13 Personen.

Eine erschreckende Entwicklung – denn neben psychisch verwirrten PKWs, LKWs und sonstigen Diesel-verseuchten Nutzfahrzeugen sorgen nun auch akut desorientierte Küchenutensilien aus Solingen für weitere Verunsicherung im Zuge der „Politik der offenen Arme“ – und Grenzen.

Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (66, SPD) verweist nun angesichts der bestechend drastischen Gefährdungslage auf gesellschaftliche Entwicklungen: „Dieses ‚Deliktfeld‘ wirft ein Schlaglicht auf den Zustand in der Gesellschaft. Auch Polizisten im Einsatz müssen sich darauf einstellen.“ Gründe seien oft „Alkohol“ und die Zustände in „beengten Notunterkünften“.

Aber das rot-grüne Bremen redet nicht nur – es handelt mit einschneidenden Maßnahmen: Als dringlichste Maßnahme sollen – wie PI-NEWS bereits berichtete – die Anhänger der „Identitären Bewegung“ in Bremen entwaffnet werden: Anhänger der IB seien „per se charakterlich nicht geeignet, eine Waffe zu besitzen“, heißt es in einer Erklärung des Bremer Innensenats.

Nach den Ausführungen des seit 2008 für die Sicherheit zuständigen Innensenators seien nun auch stichproben-artige Küchendurchsuchungen bei identitären Befürwortern durchaus im Rahmen des Gebotenen, um die Sicherheit für die Bremische Bürgerschaft wieder herzustellen. Ob dabei auch Grundrechte beschnitten werden, sei dahin gestellt.

Erste norddeutsche Edeka-Filialen haben mittlerweile den Verkauf der – oftmals von der „Gesellschaft“ zweckentfremdeten – Küchengeräte eingeschränkt. Zumindest an Freitagen, erwiesenermaßen einem „Stichtag für gravierende Messerdelikte“.

Die alarmierenden Zahlen gehen aus einem heute präsentierten Senatspapier des Bundeslands Bremen hervor. Der Abgeordnete Jan Timke, BIW, sieht jedoch die möglichen Ursachen auch in der „steil gestiegenen Zahl der Zuwanderer“.

Ein Abstecher im Rhododendronpark

Viele der Messerangriffe in der Freien Hansestadt sind durchaus spektakulär und treffen auch zunehmend Unbeteiligte: Im Oktober erfolgte ein „Amoklauf“ im idyllischen Rhododendronpark mit sieben Verletzten, als ein scheinbar verwirrter Mann willkürlich auf Passanten losging, auf sie einprügelte und einstach. Als die Polizei mit einem Großaufgebot anrückte, war die Bilanz erschreckend. Eine Frau schwebte nach der Attacke in Lebensgefahr, eine weitere Spaziergängerin wird mit großer Wahrscheinlichkeit für den Rest ihres Lebens entstellt sein. Auch Mütter mit Kindern habe er „völlig unvorhersehbar“ mit dem einen Tag zuvor gestohlenen „Garniermesser“ angegriffen. Der Angeklagte mit dem „schüchternen Blick“ sei allerdings schuldunfähig.

Ein syrischer Flüchtling (26) erstach im selben Monat in Bremerhaven-Lehe seine Frau († 22).

An der Bremer Waterfront sticht man eben nicht nur in See …

Eine Massenpanik löste im Mai eine „Meinungsverschiedenheit“ zweier Männer im Bremer Einkaufszentrum Waterfront aus. Nachdem die beiden „Streithähne“ (übliche euphemische Medienverklausulierung) mittels stichhaltiger Argumente im Bauchbereich aufeinander losgingen, wurden über 1.000 Menschen aus dem Center evakuiert und dieses geschlossen. Dem

Vernehmen nach ging es bei den bekannten Messerfachkräften um eine „Schnittchenjagd“ bei Primark.

Mehmet-The-Killer-Knife

Mackie-Messer war gestern, Merkel-Messer ist heute! 2017 heißen die „Ingenieure für angewandte Mess-Technik“ meist Mustafa-Muhammad-Murat-Mehmet … oder Miri: Nicht nur in Bremens No-Go-Areas regiert mittlerweile der berüchtigte „Miri-Clan“ die Unterwelt: Erpressung, Waffen, Drogen. Ihr lukrativstes Geschäft ist der Kokain- und Marihuana-Handel. Nach Polizeiangaben setzen sie rund 50 Millionen Euro pro Jahr um. Trotzdem kassieren viele Clanmitglieder eine stattliche staatliche Hilfe. Gegen 1.200 Mitglieder (!) der libanesisch-kurdischen Großfamilie wurde bereits ermittelt. Doch die Hansestadt ist mit seinen Relocation-Gästen im großen Rot-Grünen-Gesellschaftsexperiment vollkommen überfordert. Auf das Konto des Clans gehen in den vergangenen vier Jahren jährlich über 1.000 gravierende Straftaten und eine Vielzahl der 469 Messerattacken, leider trotz „engmaschiger Beobachtung der Polizei und der Sozialbehörden“ – wie die zuständigen Stellen mitteilten.

Die sogenannten Mhallamiye-Kurden-Clans bestehen aus rund 3.000 Familienmitgliedern, über die Hälfte ist einschlägig vorbestraft und „polizeibekannt“. Besondere Probleme bereiteten ca. 20 Schwerkriminelle, die vor allem mit Gewaltdelikten und Drogenhandel beschäftigt sind sowie 27 Intensivtäter. **Die „Miris“ kamen vor 20 Jahren als Asylbewerber aus der Südtürkei nach Bremen. Seit der Zeit haben sie ungestört von Politik und Justiz ihre Verbrecher-Organisation aufgebaut und leben völlig abgeschottet in einer Parallelgesellschaft. Gerade sei ein mit beträchtlichen Steuermitteln gefördertes Projekt von Politik und Sozialbehörden in der Mhallamiye-Hochburg „Grohner Düne“ gescheitert.**

„Isch mach Disch Messer“ – ein Kampf auf Messers Schneide in Bremen

Bereits vor neun Jahren (!) gab der suboptimal-erfolgreiche Bremer Innensenator Ulrich Mäurer die messerscharf formulierte Parole aus: Null Toleranz gegen kriminelle Clans! Doch die Erfolge zum Schutz der Bevölkerung im sicherheitsverbrämten Bremen lassen äußerst zu wünschen übrig. Alle zarten Integrationsbemühungen zur Eingliederung des Bremer-Terror-Klientels sind angesichts der 13 Messer-Toten in den letzten Jahren sprichwörtlich „über die Klinge gesprungen“.

Gesetze existieren für die levantischen Merkel-Messer-Migranten evidentermaßen nicht – Ehre, Stolz und Familiensolidarität steht über allem. Und einfach abgeschoben werden können die Zuwanderer „eher nicht“. Laut Behördenangaben haben viele Migranten vor der Einreise nach Deutschland ihre Papiere vernichtet und falsche Identitäten angegeben. Auch viele steuerfinanzierten Fachanwälte, die einfühlsame Umvolkungsjustiz und sogar der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (! – PI-News berichtete) garantieren wohl auch in Zukunft sozialparadiesische Zustände für die schneidigen Hoffnungsträger der Gesellschaft. Falls sie nicht irgendwann jemand stoppt, z.B. der Wähler.

Update:

Aktuell erhielten wir einen Hinweis auf eine Massenschlägerei gestern in Bremerhaven mit Eisenstangen, Messern und Schüssen auf offener Straße. Oben eingebettet das Video des orientalisch-kunterbunten „Familienstreits“.

Gleich zwei Messer-Attacken gestern in Leipzig – verwirrte Schnittwerkzeuge… Und auch in Wuppertal ging ein Messeropfer über die Wupper. Zwei Messer-Attentate in 24 Stunden!

Lesenswert darin:

Gegen die 14 und 16 Jahre alten Tatverdächtigen wurde Haftbefehl erlassen, wie die Polizei mitteilte. Die Ermittler gehen nach ersten Erkenntnissen davon aus, dass Streitigkeiten unter Geschäftsleuten bei der Tat eine Rolle gespielt hatten.

Immerhin ein Hoffnungsschimmer, dass die beiden 14- und 16-jährigen bestechenden „Jungunternehmer“ später dafür sorgen, dass unsere Rente auch zukünftig sicher ist. Und zwar hieb- und stichfest!

Danach noch Peruaner_In vergewaltigt Rimini: Vier Männer vergewaltigen Strandspaziergängerin

pi-news.net/rimini-vier-maenner-vergewaltigen-strandspaziergaengerin/

28.8.2017Rimini steht unter Schock: Poliizeibeamte patroullieren am Strand des beliebten italienischen Ferienortes.

Von JOHANNES DANIELS | Europa verändert sich: Für ein polnisches Pärchen endete der Urlaub an der Adria in einem Alptraum: Während der Mann bewusstlos geprügelt wurde, vergewaltigten die vier Täter die Frau mehrfach. Die italienische Polizei bezeichnete die Attacke als „brutal und bestialisch". Der „Taharrush Dschamai" ging auf der Staatsstraße von Rimini weiter, wo sie einen Transsexuellen vergewaltigten und verletzt auf der Straße zurückließen. Außer der „Welt" in ihrer Rubrik „Vermischtes" berichtete bislang „wohlweislich" noch keine einzige deutsche Zeitung über die Gewalttat an einem der beliebtesten Strände der deutschen Urlauber.

Wie die italienische Tageszeitung „Corriere di Bologna" auf ihrer Homepage schreibt, fand der Überfall am Samstag morgens in der Nähe des „Bagno 130" am Strand von Rimini statt. Die beiden 26-jährigen Opfer waren mit einer Gruppe von Freunden im Urlaub an der Adriaküste gewesen und wollten diesen mit einem nächtlichen Spaziergang beschließen. Die beiden hatten sich in eine ruhigere und wenig beleuchtete Zone des Strandes zurückgezogen, als sie von den vier Tätern angegriffen wurden.

Vor den Augen des Partners

Die junge Frau wurde mehrfach von den vier Angreifern vergewaltigt, während sie ihren Verlobten verprügelten. Er wurde mehrere Male am Kopf getroffen, bis er das Bewusstsein verlor. Passanten alarmierten die Polizei, als sie die beiden blutüberströmt und unter Schock auf der Promenade vorfanden. Beide Opfer befinden sich noch im Krankenhaus.

Die Polizei schließt laut einem Interview mit der Presseagentur Ansa nicht aus, dass die brutalen Täter nach einer „durchzechten Nacht" unter dem Einfluss von Alkohol und Drogen standen. Polizeichef Maurizio Improta spricht von einem „unmenschlichen Gewaltakt" gegen die beiden Opfer.

Nach Medienberichten wurden die Täter mittlerweile gefasst, die DNA Spuren ausgewertet. Wie im Fall der drei „deutschen" Vergewaltiger vor einer Woche im spanischen Lloret de Mar, werden die Täter dem maghrebinischen Kulturkreis zugeordnet. Wo in der Qualitätspresse ansonsten die Täterherkunft „oftmals vergessen wird", wurde im brutalen „Lloret-Taharrush" in der Deutschen Presse die Nationalität „Deutsch" verwendet für die übergriffigen Marokkaner.

Im „Nachgang" haben die vier Täter nach Angaben der italienischen Presseagentur Ansa noch eine weitere Person überfallen und vergewaltigt, nämlich einen peruanischen Transsexuellen. Dieser Übergriff fand auf der Staatsstraße von Rimini statt, das Opfer wurde schwer verletzt auf der Straße zurückgelassen.

Katrin Göring-Eckardt: „Und ich freu mich drauf".

http://www.focus.de/panorama/videos/taeter-noch-auf-der-flucht-am-strand-von-rimini-vier-maenner-vergewaltigen-frau-vor-den-augen-ihres-freundes_id_7521289.html

https://philosophia-perennis.com/2017/08/28/merkelwaehler/
2017 - JAHR DER ENTSCHEIDUNG
Wer Merkel wählt, wählt den endgültigen Selbstmord Deutschlands
Datum: August 28, 2017
Autor: davidbergerweb
Offener Brief an alle Angela Merkel-Wähler von Frank Haubold
Sie, lieber wahlberechtigter Mitbürger, haben also vor, am 24. September 2017 Ihr Kreuzchen bei der CDU/CSU zu machen und damit zu einer weiteren Amtszeit von Frau Angela Merkel als Bundeskanzlerin beizutragen.
Zweifellos haben Sie dafür gute Gründe, wovon der verständlichste das untaugliche Alternativangebot in Person des SPD-Kandidaten Martin Schulz sein dürfte. Auch traditionelle Parteienbindung und der Wunsch nach Kontinuität können plausible Motive sein, Frau Merkel zu favorisieren. Der bisherigen Opposition aus Grünen und Linken trauen Sie vermutlich zu Recht nicht zu, dieses Land verantwortungsbewusst zu regieren und die AfD ist Ihnen zu weit rechts, und rechts gilt in diesem Land bekanntlich als böse. Deshalb habe ich auch nicht vor, gegen Ihre Haltung zu polemisieren, sondern beschränke mich auf die Darstellung nachprüfbarer Fakten, die Ihnen möglicherweise nicht oder nur teilweise bekannt sind – natürlich in der kühnen Hoffnung, dass Sie ihre Entscheidung noch einmal überdenken.
Wussten Sie, dass Deutschland auch 2016 mit 722.000 weitaus mehr Asylbewerber aus vorwiegend aufklärungsfernen Ländern aufgenommen hat als alle anderen EU-Staaten zusammen
…und dass führende Staatsrechtler und ehemalige Verfassungsrichter der Bundeskanzlerin wegen ihrer mutmaßlich rechtswidrigen und ohne Parlamentsbeteiligung veranlassten Grenzöffnungspolitik Kompetenzüberschreitung, möglichen Verfassungsbruch und einen Akt der „Selbstermächtigung“ vorwerfen?
Wussten Sie, dass Zuwanderer (das sind jene Herrschaften, die auf Anweisung von Frau Merkel zu Hunderttausenden unkontrolliert ins Land gelassen wurden) allein im Jahr 2016 insgesamt 293.467 und damit 9,2% aller aufgeklärten Straftaten (ohne ausländerrechtliche Verstöße) in Deutschland verübten?
Darunter waren 3.404 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, also fast zehn an jedem einzelnen Tag, und 69.035 „Rohheitsdelikte“, darunter 54.042 Körperverletzungen (das sind ca. 150 am Tag) und 3.535 Raubdelikte. Wussten Sie auch, dass im gleichen Jahr 174.438 der insgesamt etwa ca. 1,4 Millionen Zuwanderer als Tatverdächtige aktenkundig wurden, also deutlich über 10 Prozent?
Wussten Sie, dass sich nach einer repräsentativen Emnid-Unfrage 58 Prozent der Frauen heute im öffentlichen Raum weniger sicher fühlen als früher?
Dass 48 Prozent bestimmte Gebiete nach Einbruch der Dunkelheit meiden und 16 Prozent nach Sonnenuntergang sogar Pfefferspray mit sich führen? Warum wohl? Und wer ist politisch dafür verantwortlich, dass Verbrechen wie Straßenraub, Messerangriffe und sexuelle Übergriffe bis hin zu Vergewaltigungen im öffentlichen Raum seit 2015 nicht mehr die seltene Ausnahme sind, sondern inzwischen tagtäglich die Polizeimeldungen bestimmen?
Wussten Sie, dass die Bundesrepublik Deutschland aus den oben genannten Gründen (Kriminalität und Terrorgefahr) seit 2015 in der Rangliste der sicheren Reiseländern um 31 Plätze auf Platz 51 abgerutscht ist, noch hinter Ruanda, Rumänien oder Albanien?
Wussten Sie auch, dass die federführend von der Merkel-Regierung initiierten EU-Sanktionen gegen Russland nicht nur die Errungenschaften von 40 Jahren Entspannungspolitik gefährden und damit die äußere Sicherheit der Bundesrepublik, sondern auch der deutschen Exportindustrie nachhaltigen Schaden in Milliardenhöhe zufügen bis hin zu Firmeninsolvenzen und dem Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen?
Wussten Sie, dass die Merkel-Regierung sich zwar offiziell den „Kampf gegen rechts“ auf die Fahnen geschrieben hat, aber in der Ukraine ein nationalistisches Putschisten-Regime

unterstützt, das den Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera offiziell als Nationalhelden feiern lässt und rechtsradikale Milizen mit SS-Symbolik duldet und sogar finanziert?
Wussten Sie, dass die Merkel-Regierung zwar vorgibt, den islamistischen Terror zu bekämpfen, aber die Finanziers des Terrors in den Golfstaaten hofiert und das klerikalfaschistische Feudalregime in Riad sogar mit Waffen beliefert? Dass sie in Syrien die Rebellen/Terroristen nicht nur propagandistisch unterstützt, sondern indirekt sogar militärisch, indem sie nach Erkenntnissen des Nahost-Experten Prof. Meyer Tornado-Aufklärungsdaten einem Lagezentrum zur Verfügung stellt, in dem die Terrorunterstützer Saudi-Arabien und Türkei vertreten sind?
Wussten Sie zudem, dass im angeblich so wohlhabenden Deutschland, in dem die Menschen laut Frau Merkels Wahlpropaganda „gut und gerne" leben, das durchschnittliche Haushaltvermögen geringer ist als in jedem anderen Euro-Land? Dazu schreibt die „FAZ": „Das Medianvermögen beträgt hierzulande 51.400 Euro – in Zypern 266.900 Euro. Das ist eines der Ergebnisse einer mit Spannung erwarteten Umfrage der Euro-Notenbanken zu Armut und Reichtum in ihren Ländern. Das Median-Vermögen – eine Hälfte der Haushalte hat mehr, die andere weniger – beträgt im Euroraum rund 109.000 Euro, wobei die Daten für Irland und Estland noch nicht vorliegen. Hierzulande hat die Masse der Haushalte jedoch nicht einmal halb so viel. Das Median-Vermögen beträgt in Deutschland 51.400 Euro." Selbst im krisengeschüttelten Griechenland ist das Haushaltvermögen doppelt so hoch!
Wussten Sie, dass sich die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse in Deutschland, auch Zeit- oder Leiharbeit genannt, von 2005 bis 2015 auf 912.000 verdoppelt hat, während das durchschnittliche Rentenniveau im gleichen Zeitraum von 52,6% des Nettolohns auf 47,9% absank und damit zu den niedrigsten in Europa zählt?
Dazu schreibt der Bayerische Rundfunk: „Während in der EU männliche Niedrigverdiener im Schnitt 80,7 Prozent ihres Netto-Durchschnittsverdienstes als Netto-Rente erwarten dürfen, waren es in Deutschland nur 53,4 Prozent."
Normalverdienern geht allerdings kaum besser, denn hier beträgt der EU-Durchschnitt 70,9% gegenüber den erwähnten 47,9% in Deutschland.
Wussten Sie, dass der Preis für eine Kilowattstunde Elektroenergie während der Kanzlerschaft Frau Merkels von 18,66 Cent auf 29,16 Cent gestiegen ist, also um 56 Prozent,
…was in erster Linie die Folge des sachlich unmotivierten und überstürzten Atomausstiegs ist, der die EEG-Umlage von 0,69 Cent auf 6,88 Cent verzehnfacht hat? Ein durchschnittlicher Dreipersonen-Haushalt zahlt somit knapp 300 Euro im Jahr allein für diesen vernunftwidrigen Alleingang der Bundesrepublik, der zudem die Stabilität der Energieversorgung des Landes nachhaltig gefährdet.
Wussten Sie, dass die Abgabenlast für den steuerpflichtigen Bürger in Merkel-Deutschland zu den höchsten weltweit gehört?
Bereits 2013 betrug der Abgabenanteil (Einkommenssteuer plus Sozialabgaben) auf das Bruttoeinkommen in Deutschland 39,6% (ohne Arbeitgeberanteil). In den USA beträgt dieser Anteil 24,6% und in der Schweiz gar nur 17,1%. Selbst der Wohlfahrtsstaat Schweden bittet seine Arbeitnehmer nur mit 25% zur Kasse. Dass Bildungswesen, öffentliche Sicherheit und Infrastruktur in der Schweiz deswegen Schaden genommen hätten, ist bislang nicht bekannt geworden, während die Politik hierzulande gerade diese Standortfaktoren ruiniert.
Um die Situation noch einmal zusammenzufassen:
Die Bundesrepublik Deutschland ist heute der Staa**t mit dem geringsten privaten Haushaltvermögen aller Euro-Länder, mit der höchsten Abgabenquote weltweit, einem der geringsten Rentenansprüche EU-weit, dafür aber der größte Nettozahler in der EU und derzeit Schauplatz einer gezielt herbeigeführten Masseneinwanderung in die Sozialsysteme und explodierender Ausländerkriminalität.**
Diesen desaströsen Zustand unseres Landes, der zusammen mit der demographischen Entwicklung über kurz oder lang zum Ende von Aufklärung und Christentum in Deutschland führen wird, hat zu einem nicht geringen Teil die seit drei Legislaturperioden amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel zu verantworten, die in

ihrem Amtseid geschworen hat, ihre Kraft dem Wohle des deutschen (!) Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren und zu verteidigen, ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben.
Falls Sie, lieber wahlberechtigter Mitbürger, der Auffassung sind, dass Frau Merkel ihren Amtseid getreulich erfüllt hat und deshalb weitere vier Jahre dieses Land regieren soll, dann ist es natürlich Ihr gutes Recht, sie erneut zu wählen. So wie es auch Ihr gutes Recht ist, einen Ausflug zur nächstgelegenen Felsklippe zu unternehmen und hinunterzuspringen, was mittelfristig in etwa auf dasselbe hinausläuft.
Niemand kann und wird Sie daran hindern. Allerdings darf ich Sie abschließend an ein Wort von Jean-Paul Sartre erinnern:
„Wenn ihr eure Augen nicht gebraucht, um zu sehen, werdet ihr sie brauchen, um zu weinen."

Afrika flutet Europa mit Straftätern … Gruppenvergewaltigung Rimini: Alle afrikanischen Täter in Haft!

pi-news.net/gruppenvergewaltigung-rimini-alle-afrikanischen-taeter-in-haft/
4.9.2017
Von JOHANNES DANIELS | Nach der Gruppenvergewaltigung und dem Mordversuch an einem polnischen Paar (26) am beliebten Miramare-Strand in Rimini ist nun auch der vierte Täter in Haft. Als der 20-Jährige „geflüchtete" Kongolese Guerlin Butungu flüchten wollte, wurde er auf dem Bahnhof von Rimini verhaftet (Foto oben).
Laut der italienischen Zeitung il Resto del Carlino gilt er als der Kopf der Bande. Butungu war im Jahr 2015 als „Asylsuchender" nach Italien gekommen und hatte bis 2018 eine Aufenthaltsgenehmigung „aus humanitären Gründen".
Bei der Festnahme soll er mit einem Messer bewaffnet gewesen sein, berichtet das Blatt.
Die Verhaftung sei laut Polizeichef Maurizio Improta eine doppelte Befriedigung gewesen, weil Butungu die Handschellen von zwei Frauen angelegt wurden.
Es sollte eine symbolische Geste gegenüber den Opfern sein, so der Beamte.
Auf Facebook protzte Butungu mit Luxusgegenständen und im Designeranzug. Einmal posiert er vor einem Audi R8.
Die Bande soll auch am 12. August ein lombardisches Paar nachts am Strand angegriffen und brutal geschlagen haben, ehe sie dem Mann die Geldbörse, Uhr und das Smartphone abnahm.
Bereits am Samstag hatten sich zwei Brüder aus Marokko im Alter von 15 und 17 Jahren der italienischen Polizei „gestellt". Aufgrund ihrer Aussagen wurde kurz darauf auch ein 17-Jähriger aus Nigeria festgenommen.
Die beiden Marokkaner wurden mit Hilfe von Videoaufnahmen identifiziert. Ein weiteres Vergewaltigungsopfer soll die beiden Jugendlichen als Täter erkannt haben, dies teilte die Polizei in Montecchio di Pesaro in der Adria-Region Marken am Sonntag mit. **Die beiden Marokkaner gehörten einer Bande aus vier polizeibekannten Drogendealern an, die am vergangenen Wochenende eine polnische Touristin und einen Transsexuellen vergewaltigt hatten.**
PI-NEWS brachte Fakten – Prantl-Prawda schweigt dahingehend immer noch
PI-NEWS brachte am Montag schon Einzelheiten und Hintergründe. In den deutschen Kartellmedien wurde der dreifache Mordversuch afrikanischer illegaler Zuwanderer kurz vor der Bundestagswahl weitestgehend „ausgeblendet" (Ausnahme u.a. „Die Welt", bild.de, stern.de), um der AfD keinen weiteren Auftrieb zu geben. Auf sueddeutsche.de werden in einem Artikel nun die „Übertreibungen der italienischen Politik und Presse über die Migrationspolitik" verurteilt. Mit einer

kurzen Nebenerwähnung von „Rimini“ und keinem „Sterbenswörtchen“ über den dreifachen Mordversuch am beliebtesten Strand der süddeutschen Touristen. Grobe Fahrlässigkeit oder Dolus Directus der SZ?

Nach der Tat versuchten die vier Männer, das Vergewaltigungsopfer in „Freiburger Manier“ im Meer zu ertränken, die Polin überlebte wie durch das Wunder von Tschenstochau. Danach erfolgte ein weiterer Mordangriff mit Taharrush-Vergewaltigung auf eine Peruanerin. Die Tat in Rimini sorgt zur Stunde auch für hohen Wellengang in der polnischen Medienlandschaft und Politik.

Der stellvertretende polnische Justizminister Patryk Jaki hatte daraufhin gefordert, die Angreifer sollten eigentlich zum Tode verurteilt werden.

In der polnischen Zeitung „Rzeczpospolita“ forderte der Politiker, dass die vier Kriminellen in Polen bestraft werden sollen: „Das überlassen wir nicht den Italienern. Das ist die Sache des polnischen Staates. Wir werden sie ins Gefängnis nach Polen zu bringen.“

Das hinsichtlich der momentanen Einwanderungssituation im Resteuropa sichtlich ahnungslose polnische Paar aus Lodz habe die nun dramatische Sicherheitslage überall in Italien schlichtweg unterschätzt. An polnischen Ostseebadeorten habe es auch noch nie eine Massenvergewaltigung gegeben. Unter #Rimini fordern nun bereits tausende Polen, dass man die „Täter ihrer Tatwerkzeuge berauben solle“.

Merkels Badegäste – direkt aus afrikanischen Gefängnissen ins Goldland!

Waren Merkels Badegäste und Chulzens Goldstücke bei ihrer Tat noch traumatisiert von der „lebensgefährlichen“ Überfahrt auf steuerfinanzierten Schlepperbooten in die libysche Drei-Meilen-Zone?

Nein. Dahin steckt System. Das des deutschen Umvolkungs-Systems und der europäischen Asylindustrie. **Der Journalist Gerhard Wisnewski deckt auf: „Afrika und andere Staaten entsorgen ihr Prekariat und ihre Kriminellen in Deutschland und Europa. Ein Gefängnisinsasse ist teuer und in Afrika platzen die Zuchthäuser aus allen Nähten. Deshalb bietet die Flüchtlingswelle gen Europa die perfekte Chance für Regierungen, ihre Verbrecher loszuwerden“. Diese Darlegung wird durch ein Schreiben des kongolesischen Diplomaten Serge Boret Bokwango, Mitglied bei den Vereinten Nationen in Genf (UNOG), untermauert:**

„Die Afrikaner, die ich in Italien sehe, sind der Abschaum und Müll Afrikas. Ich frage mich, weswegen Italien und andere europäische Staaten es tolerieren, dass sich solche Personen auf ihrem nationalen Territorium aufhalten … Ich empfinde ein starkes Gefühl von Wut und Scham gegenüber diesen afrikanischen Immigranten, die sich wie Ratten aufführen, welche die europäischen Städte befallen. Ich empfinde aber auch Scham und Wut gegenüber den afrikanischen Regierungen, die den Massenexodus ihres Abfalls nach Europa auch noch unterstützen.“

Das erklärt vieles. Einer der „mutmaßlichen“ Vergewaltiger und Totschläger der Polin und Peruanerin ist Kongolese, einer Nigerianer, zwei „Tatverdächtige“ stammen aus Marokko. Nicht nur die Justizminister in Marokko, Algerien und Tunesien entleeren ihre kostenintensiven Gefängnisse und Psychoanstalten direkt nach Italien, Österreich, Schweden und Deutschland:

„Ich hole jetzt 150 Flüchtlinge aus dem Gefängnis – 20 Flüchtlinge am Tag, das fällt nicht so auf,“ zitiert der Zürcher Tagesanzeiger einen libyschen Schlepper. Der 34-jährige kaufe Gefangene frei, „um diese später in Richtung Europa verschiffen zu können.“ Die Schlepper kassieren bei dem modernen Sklavenhandel doppelt. Einmal von den Flüchtlingen für den Freikauf und einmal für die Überfahrt.

Eventuell noch ein drittes Mal von den Zahlungen der deutschen Gut-Menschen-Fischer an die diversen Schlepperorganisationen, gesponsert durch Kirchensteuern. Es gebe zudem recht deutliche Aussagen des bis April amtierenden marokkanischen Justizministers Mustapha Rapid, die diese Vermutungen nahelegen.

Polens Vize-Justizminister: Todesstrafe für diese Bastarde!

Die polnische Regierung drängt nun vehement auf Auslieferung der polizeibekannten afrikanischen Täter mit allen Konsequenzen – lebenslange Haft und intensive Behandlung mittels „Chemischer Keule“. „Lebenslang“ in Polen bedeutet in den meisten Fällen lebenslang. Das polnische Außenministerium sowie das Justizministerium stellten nun entsprechende Rechtshilfegesuche und Anträge an Italien.

Es stellt sich die Frage, wie würde der deutsche Außenminister Gabriel und Justizminister Maas in einem solchen nicht unwahrscheinlichen Fall reagieren?

Dick und Doof beim Strafvollzug
Die „Väter der Geflüchteten-Klamotte“ Gabriel und Maas würden sicherlich besonnener und reflektierender handeln als ihre verhassten polnischen Kollegen: Die SPD-Biotonne würde eine diplomatische Note absondern und Heiko in vorauseilendem Gehorsam mut-maaslich einen kuscheligen Migranten-Rabatt für die Rabatz-Jungs aus Rabat aushandeln.
Für die Unterbringung in der Maas-Wörner-Altbauwohnung im angesagten Charlottenburg wäre vorerst auch gesorgt, denn laut den Aussagen des rührigen Noch-Justizministers hätte die Rimini-Rapefugee-Crew nur minimale Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt. Wohnungsbewerber mit ausländisch klingenden Namen hätten deutlich schlechtere Chancen als solche mit klassischen deutschen Namen. Schutz- und Wohnungssuchende mit afrikanischem oder arabischem Namen werden demnach besonders stark diskriminiert. „Wenn bei der Vermietung einer Wohnung allein die vermutete Herkunft dazu führt, dass Interessenten von vornherein ausgeschlossen werden, ist das eine rechtswidrige Diskriminierung“, so der großherzige Minister.
Chemische Keule oder Charlottenburg?
Nach den anstrengenden Sozialstunden könnte die kriminelle Combo dann Ruhe und Erholung in ansprechendem Ambientefinden: Mit Samt-Polsterstühlen „Manhattan“, Westwing-Pendelleuchte und -Wandspiegel. „Die Wände sind in leichtem Türkis gestrichen, wunderschöner Parkettfußboden zieht sich durch die großzügige Fünf-Zimmer-Wohnung in Berlin Charlottenburg“, so einschlägige Medienberichte über das fiktive Refugee-Refugium des hochqualifizierten Quäl-Quartetts.
Erlebnisorientierter offener Maasregelvollzug – Schöner Wohnen als im Karpaten-Keulen-Knast! Wir schaffen das auch noch?

Zweierlei "Rechtsprechung" Migrantenbonus: Bewährung vs. zehn Jahre Haft

pi-news.net/migrantenbonus-bewaehrung-vs-zehn-jahre-haft/
2.9.2017
Von INXI | Immer öfter wundert sich nicht nur der juristische Laie, wenn deutsche Gerichte „im Namen des Volkes“ Recht sprechen. Nicht nur, aber vor allem im Strafrecht, scheinen der gesunde Menschenverstand und das Empfinden für Gerechtigkeit außer Kraft zu sein. Unter Gerechtigkeit versteht der Autor, dass die verhängte Strafe der Tat angemessen ist – ohne Ansehen der Person. Das dem nicht (mehr) so ist, verdeutlichen zwei Fälle aus Dunkeldeutschland, also Sachsen.
Fall 1: Anfang Januar 2016 waren vier Jugendliche in Chemnitz um Mitternacht auf dem Weg in eine Diskothek. Während der Fahrt wurde einem 19-Jährigen unwohl, also hielt man (mitten in einem Wohngebiet) an und der junge Mann stieg aus, um frische Luft zu schnappen. Aus einem Gebüsch fielen zwei Tunesier über ihn her und schlugen und traten brutal zu. Die anderen Insassen des Autos kamen zu Hilfe und wurden laut Polizei von drei weiteren Personen aus dem „arabischen Raum bzw. Nordafrika“ attackiert. Das 19-jährige Opfer wurde schwer im Gesicht verletzt, ein weiteres Opfer erlitt durch Steinwürfe einen angebrochenen Knöchel. Die Gesichtsverletzungen des 19-Jährigen zogen mehrere zahn – und kieferchirurgische Operationen nach sich, auf deren Kosten das Opfer sitzen blieb. Der Sachschaden durch die Invasoren an zwei Autos betrug rund 3.000 Euro, außerdem wurde ein Smartphon geraubt. In der Lügenpresse wurden die Schläger als „Rowdys“ bezeichnet; also alles halb so wild, da haben halt ein paar Jungens über die Stränge geschlagen. So soll uns das wohl suggeriert werden.
Das Urteil:
Der gesunde Menschenverstand sagt uns: Raubüberfall mit schwerer Körperverletzung: Knast,

rund vier Jahre sollten es schon sein! Oder? Weit gefehlt: Das Amtsgericht Chemnitz entschied auf viermal Bewährung und einen Freispruch!*
Fall 2: Bei der Sonnenwendfeier im Juni 2016 in Polenz kam es zu einer Schlägerei zwischen Biodeutschen und Bulgaren. Dabei griff ein deutscher Schläger auf den Abend zwei Bulgaren und einen Rumänen und verletzte eines seiner Opfer schwer. Der Bulgare erlitt einen Schädelbruch, weil der angeklagte Haupttäter mit einem Bierglas zuschlug. Schwere Körperverletzung, etwa vier Jahre? Nein.
Das Urteil vom Freitag: Neun Jahre und zehn Monate Haft! Der Vorsitzende Richter am LG Dresden bezeichnete die Tat als menschenverachtend.
Das mag ja richtig sein, scheint aber für die Täter aus Chemnitz in Fall 1 nicht zu gelten; da war das Opfer ein Deutscher.
***Zu Fall 1 legte die Staatsanwaltschaft Chemnitz Berufung ein. Ergebnis: Verfahren eingestellt!**
Gute Nacht, Rechtsstaat!

https://philosophia-perennis.com/2017/09/06/pp-faktencheck/
MEDIEN
Philosophia Perennis Faktencheck: In Wirklichkeit bekriegt das ZDF Alice Weidel mit Fakenews
Datum: September 6, 2017
Autor: Ifis
(Ifis) „Die AFD fühlt sich vom Staatssender ZDF ungerecht behandelt“, titelt die Basler Zeitung heute und berichtet aktuell über die Wahlkampfsendung „Wie geht’s Deutschland“. Wie fair behandelte die Moderatorin Marietta Slomka die Spitzenkandidatin der AfD, Alice Weidel denn wirklich?
Philosophia Perennis macht den Faktencheck, den wir in der Mainstreampresse heute vermissen. Eine Szene, die sich kurz vor dem Eklat ereignete ist dazu sehr gut geeignet, denn es wurde über Tatsachen gesprochen, die sich klar beweisen lassen.
Bei Minute 57’35“ weist Alice Weidel beim Thema „Verrohung“ auf die Kriminalität der Refugees hin.
Sie macht vier konkrete Aussagen und wird darauf von Frau Slomka abgebürstet:
„Wenn wir über Zahlen reden, dann sollten wir auch über die richtigen Zahlen reden“, so Marietta Slomka zu Alice Weidel
Alice Weidel hat vier Aussagen gemacht, das ZDF durch Marietta Slomka sagt, diese Zahlen seien nicht richtig.
Wer lügt? Alice Weidel oder das ZDF?
Alle vier Aussagen beziehen sich auf einen Anstieg an Tatverdächtigen Asybewerbern 2016 zu 2015.
Aussage 1: Anstieg in Kategorie Mord „auf das Doppelte“
2015: 78
2016: 156
Aussage 1 ist wahr
Aussage 2: Anstieg in Kategorie Gewaltdelikte „fast eine Verdoppelung“
2015: 13.210
2016: 25.447
Aussage 2 ist wahr

Aussage 3: Kategorie Verstöße gegen die sexuelle Selbstbestimmung „Anstieg um 120%“
2015: 1.420
2016: 3.136
Aussage 3 ist wahr, es sind 120,84507%.
Aussage 4: Kategorie Gruppenvergewaltigung „Anstieg um 130%“
2015: 62
2016: 141
Aussage 4 ist wahr, es sind 127,419%.
Das Gefecht ZDF gegen Alice Weidel ging also 0:4 aus. Und zwar für Alice Weidel. Alice Weidel hat also 4 mal, aus dem Kopf die richtigen Zahlen zitiert und ihre Aussagen sind alle nachweisbar wahr. Außer das ZDF bezeichnet die Zahlen des Bundeskriminalamts als Lügen.
Die „richtigen Zahlen“ des ZDF
Marietta Slomka lässt auch sofort die „richtigen Zahlen“ einspielen.
Gut vorbereitet, denkt man sich, zumindest wenn das ZDF Partei ergreifen will, wie wir gleich sehen.
„Nur“ 8,6% der Tatverdächtigen 2016 seien Zuwanderer, behauptet das ZDF in einer hübschen Grafik. Asylbewerber, geduldete Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge/ Bürgerkriegsflüchtlinge und Illegale rechnet man darunter.
Das ZDF verbreitet Fakenews
Doch die Zahlen des Bundeskriminalamts überführen auch diesmal das ZDF der Falschaussage:
Tatverdächtige insgesamt: 2.360.806,
davon Zuwanderer (lt. Definition ZDF): 506.641
Anteil: 21,5 % und eben nicht 8,6 % wie vom ZDF eingespielt.
BKA: Kriminalstatistik 2015
BKA Kriminalstatistik 2016
Endstand somit: ZDF gegen Alice Weidel 0 zu 5. Und wieder einmal ein Beispiel dafür, dass die Diebe meistens am lautesten „Haltet den Dieb!“ schreien.
Anmerkung David Berger:
„Der Ausruf „Wenn man Zahlen nennt, dann muss man die richtigen Zahlen nennen“ erinnert an die Dumpfbacken in den sozialen Netzwerken, die bei Nachrichten, die ihnen nicht in ihre kleinbürgerliche linksgrüne Märchenwelt passen, immer sofort mit dem Grunzton „Fakenews“ reagieren.
Diese Immunisierungsversuche gegen die Wirklichkeit erinnern auf auffällige Weise an schwule US-Pornodarsteller, die jedesmal bei ihrer Arbeit vor der Kamera, wenn ihnen nichts mehr einfällt, „Fuck“ stöhnen.

Mord für ein Handy Regensburg: Ausreisepflichtiger „Malier“ verübt „Gemetzel“

pi-news.net/regensburg-ausreisepflichtiger-malier-veruebt-gemetzel/
6.9.2017Regensburg
Von MAX THOMA | Bei dem mutmaßlichen Mörder einer Regensburgerin handelt es sich nach ersten Pressemeldungen um einen „Mann“.
Exakter gesagt, um einen 26-jährigen ausreisepflichtigen Asylbewerber aus Mali! Es soll sich dabei um einen „klassischen Raubmord“ handeln. Der Asylbewerber hat nach Aussagen des

Bayerischen Rundfunks ein Geständnis abgelegt, wie die Regensburger Staatsanwaltschaft soeben bestätigte.
Bei dem Opfer handelt es sich um eine 33-jährige Frau mit rumänischer Staatsangehörigkeit. Ein Anwohner hat letzte Woche die eingetretene Wohnungstür bemerkt: „Das sah da drin aus wie ein Schlachtfeld“.

Raubmord für ein Handy – Der Herr des Gemetzels

Es wurden ausnahmsweise keinerlei sexuellen Handlungen an der Frau ausgeführt, sondern lediglich das Handy enteignet. Bei der Toten handelt es sich um eine Frau, die als Prostituierte arbeitete. Zuletzt hatte es in Nürnberg zwei Morde an Prostituierten gegeben, ein 19-Jähriger wurde daraufhin in einer Obdachlosenunterkunft festgenommen.

Übliches Behördenversagen – Abschiebebescheid nicht vollstreckt

Ähnlich wie in den Fällen Anis Amri, dem Edeka-Mörder Ahmad Alhaw oder Mustafa K., dem Mörder von Arnschwang bei Regensburg, hielt sich der Mann noch in Deutschland auf, weil er von den Behörden nicht rechtmäßig abgeschoben wurde. Die Behörden „seien aber schon damit beschäftigt gewesen“, ihm geeignete Ersatzpapiere zu beschaffen. Der 21-Jährige reiste im März dieses Jahres als Asylbewerber ein. Er soll sich nach der Bluttat in eine Asylunterkunft in Neualbenreuth bei Tirschenreuth begeben haben. In der Unterkunft soll der Malier das Mobiltelefon für 117 Minuten wieder aktiviert haben, dadurch konnte die Polizei den Täter orten.

One way to Mali: 82.000 €! Abschiebungen „gepoolt“.

Die Abschiebung nach Mali stellt juristisch und staatsrechtlich kein Problem dar, gegenseitige Rechtshilfeabkommen sind unterzeichnet. 145 Millionen € Steuergeld fließen jährlich in das westafrikanische Land, Deutsche Soldaten sind vor Ort und unterstützen den Infrastruktur-Aufbau. Zahlreiche Beamte aus Mali helfen den deutschen Behörden in Deutschland (!), „verlorengegangene Pässe“ wieder zu ersetzen. Die Wirtschaftshilfe Deutschlands soll in den nächsten Monaten erheblich erweitert werden. Insgesamt erhält das Land viele Milliarden Unterstützung durch UNO, IWF und EU: Der „Abschiebe-Sonderetat“ der EU-Grenzschutzagentur Frontex beträgt allein 66 Millionen Euro pro Jahr. Damit sollen Abschiebungen effizienter „gepoolt“ werden. Diese Effizienz der Behörden lässt derzeit noch zu wünschen übrig.

Im Januar versuchte die Bundespolizei, mit einem eigens gecharterten Flugzeug, zwei (!!!) Männer von Sachsen-Anhalt nach Mali abzuschieben. Der Flug von Düsseldorf nach Bamako kostete 82.000 Euro. Die geringe Passagieranzahl erklärt sich damit, dass andere Bundesländer, wie z.B. Bayern „keinen Bedarf für Rückführungen nach Mali“ sahen.

Die beiden Passagiere saßen nicht zum ersten Mal im Flugzeug. Der erste Abschiebeversuch mittels einer Linienmaschine mit großem Begleittross scheiterte: Die Männer hätten die Rückführung „durch passiven und aktiven Widerstand sabotiert“ und Bundespolizisten durch Bisse und Tritte verletzt. Das habe eine weitere Abschiebung per Linienflug ausgeschlossen.

Derzeit warten über drei Millionen Traumatisierte in Afrika auf die Einreise nach Europa, sprich Deutschland.

Mord für ein Handy – die Hemmschwellen der Schutzsuchenden werden immer geringer. Ebenso die Erfolge der deutschen Behörden hinsichtlich der Remigration.
Resignation? Keineswegs – CSU-Generalsekretär Doktor Scheuer forderte gestern im ZDF gegenüber Dr. Alice Weidel eine weitere Legalisierung von integrierten Illegalen.
Durch das totale Behördenversagen seiner Dienststellen scheint der CSU-Spitzenkandidat Innenminister Joachim Herrmann, nun ein weiteres Problem kurz vor den Bundestagswahlen zu haben.
Spitzenkandidat oder Spitzenversager? Das Schlachten hat schon lange be

#Merkelsommer 2017 Köln: Randalierer greifen in Bahn mit Schlägen und Tritten an

pi-news.net/koeln-randalierer-greifen-in-bahn-mit-schlaegen-und-tritten-an/

2.9.2017Als ein Mitfahrer diese beiden Randalierer, im Wagon randaliert und um sich getreten. in der Bahn Höhe Köln-Merheim ansprach, wurde er von ihnen brutal zusammengeschlagen.
Mit Bildern einer Überwachungskamera der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) Linie 1 vom 23. August sucht die Polizei nach zwei Schlägern. Die jungen Männer stehen im Verdacht, am Mittwochabend (23. August) gegen 22 Uhr einen 34-Jährigen in der Bahn mit Schlägen und Tritten massiv angegriffen und verletzt zu haben. Die Beiden hatten zuvor im Wagon randaliert und um sich getreten. Als der 34-jährige Mitfahrer die Randalierer ansprach, richteten sich in Höhe der Haltestelle Merheim plötzlich die Aggressionen gegen ihn selbst. Nach Zeugenaussagen handelte es sich bei den Tatverdächtigen um einen kleineren, etwa 14 Jahre alten Jugendlichen und einen etwa 1,80 m großen, 20-25 jährigen Mann. Beide hätten nur gebrochenes Deutschgesprochen und seien dunkelhaarig sowie dunkel gekleidet gewesen.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Bielefeld: Die Kriminalpolizei sucht die Täter und einen Zeugen, zu einer Körperverletzung am Sonntag, 27.08.2017, in Wellensiek, bei der eine 18-Jährige verletzt wurde. Die junge Bielefelderin war an der Stadtbahnhaltestelle Wellensiek, am Zehlendorfer Damm, ausgestiegen. Gegen 22:25 Uhr benutzte sie einen Fußweg, der an der linken Seite entlang von Garagen führt und auf die Straße Wellensiek mündet. Am Ende des Fußwegs tauchten plötzlich zwei oder drei junge Männer auf, die die 18-Jährige festhielten. Dabei richtete einer seinen Angriff gegen ihren Kopf. In diesem Moment tauchte ein Passant mit einem schwarzen Hund auf. Durch sein Erscheinen und seine Ansprache vertrieb er die Angreifer. Sie entkamen in unbekannte Richtung. Die 18-Jährige und der Zeuge entfernten sich ebenfalls von dem Fußweg. Markant war bei den Angreifern: Eine Bauchtasche, ein Kinnbart und eine auffällige Kurzhaarfrisur, bei der das Deckhaar etwas länger war. Die jungen Männer sollen sich in türkischer Sprache unterhalten haben.
Mannheim: Am späten Mittwochabend, gegen 22:00 Uhr war der Geschädigte, ein 24-jähriger Mannheimer zu Fuß in der Oppauer Straße, in unmittelbarer Nähe eines Dönerimbisses unterwegs, als er plötzlich und scheinbar grundlos von drei Unbekannten angegangen wurde. Einer der Täter sprang hoch und trat dem jungen Mann ins Gesicht. Dieser ging daraufhin zu Boden. Im Anschluss sollen alle Drei auf den am Boden Liegenden eingeschlagen und auch eingetreten haben. Erst als ein ebenfalls bislang unbekannter Zeuge ins Geschehen eingriff, flüchtete das Trio. Der Angegriffene erlitt Prellungen und Schürfwunden. Des Weiteren bestand der Verdacht auf eine Gehirnerschütterung. Er kam in ein Mannheimer Krankenhaus. Die Polizei sucht sowohl nach dem Zeugen, hierbei soll es sich um einen Englisch sprechenden Asiaten gehandelt haben, als auch nach den Angreifern. Diese wurden wie folgt beschrieben: Vermutlich türkischer Herkunft, etwa 20 bis 30 Jahre alt.
Wehrdohl: Eine hochaggressive Gruppe Jugendlicher hat Sonntagfrüh eine Privatparty im Märkischen Kreis gewalttätig aufgemischt und 2 Polizeibeamte verletzt. Die zuständige Polizeibehörde des Märkischen Kreises schildert diesen massiven Gewaltausbruch wie folgt:Geg en 00.30 Uhr versuchte eine Gruppe Jugendlicher ohne Einladung auf eine Privatparty in Werdohl zu gelangen. Dies wurde ihnen vom Veranstalter verwehrt. Die Gruppe reagierte aggressiv. Die Polizei kam. Auch den Polizisten gegenüber zeigte sich die Gruppe hochaggressiv. Neben Pöbeleien störten die Jugendlichen die Maßnahmen der Beamten massiv durch Zwischenrufe und Diskussionen. Die Beamten sprachen allen Anwesenden Platzverweise aus. Die wurden ignoriert. Statt dessen schlug die Gruppe gegen Türen, gingen weiter aggressiv auf die Beamten zu und pöbelten auch andere Partygäste an. Als ein 18-jähriger Werdohler nun auch die Beamten beleidigte, fesselten sie ihn. Worauf sich der Rest mit ihm solidarisierte und gemeinsam gegen die Beamten vorging. Ein Polizist wurde zu Boden gerissen. Sofort traten mehrere Gewalttäter auf den am Boden liegenden Beamten ein. Eine Beamtin bekam Faustschläge ins Gesicht. Der zuvor gefesselte Mann nutzte die Gelegenheit zur Flucht. Kurz darauf entfernten sich auch die übrigen Beteiligten vom Einsatzort. Mit Unterstützungskräften aus Altena, Lüdenscheid und Plettenberg wurde nach den Beteiligten gefahndet. "Insgesamt 6 Personen konnten schließlich an der Lennebrücke angetroffen werden", schließt die Polizei MK

diese erschreckende Schilderung. Unter den Erwischten war auch der bereits zuvor Gefesselte. Selbst in Handfesseln sperrte er sich massiv gegen die erneute Ingewahrsamnahme und trat in Richtung der Polizisten. “Alle Beteiligten zeigten sich von den polizeilichen Maßnahmen völlig unbeeindruckt und stießen im gesamten Einsatzverlauf Beleidigungen aus”, schließt der Polizeibericht. Zu den jungen Männern teilt die MK-Polizei Wohnort und Alter mit: 2x 18 Werdohl, 21, 22, 26 und 29 aus Neuenrade. Alle kamen ins Polizeigewahrsam. Zwei Polizeibeamte wurden leicht verletzt. Die Polizei ermittelt nun wegen gefährlicher Körperverletzung, Gefangenenbefreiung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Beleidigung.
Update: Wie uns Polizeisprecher Marcel Dilling auf Anfrage per Mail mitteilte, haben alle sechs Männer einen türkischen Migrationshintergrund.
Kassel: Ein 61 Jahre alter Anwohner der Fünffensterstraße ist am Samstagnachmittag mit schweren Kopfverletzungen in ein Kasseler Krankenhaus eingeliefert worden. Ein bislang Unbekannter, er wird mit 20 bis 25 Jahren, 1,90 m Größe und schwarzen kurzen Haaren beschrieben, soll ihn während eines Streits wegen unberechtigten Parkens bewusstlos geschlagen haben. Nun sucht die Kasseler Polizei nach dem Mann, den Zeugen mit einem türkischen Äußeren und mit einem blauen Hemd und dunkler Mütze beschrieben. Der Streit entfachte gegen 16:30 Uhr. Zu dieser Zeit habe der Anwohner im Innenhof eines dortigen Mehrfamilienhauses, nahe der Rathauskreuzung, einen Autofahrer zur Rede gestellt, der seinen Wagen offenbar unberechtigt im Innenhof abgestellt hatte. Während der lautstarken Auseinandersetzung seien mehrere Personen hinzugekommen. Ein bislang unbekannter Mann aus dieser Gruppe habe daraufhin massiv auf den Anwohner eingeschlagen. Schließlich sei dieser zurück auf die Fünffensterstraße und von dort in unbekannte Richtung geflüchtet. Ein Notarzt und der Rettungsdienst versorgten den bewusstlosen Anwohner und brachten ihn mit mehreren Kopfverletzungen ins Krankenhaus. Trotz der Schwere der Verletzungen, soll keine Lebensgefahr bestehen.
Gießen: Offenbar aus einer Gruppe von drei Personen wurde ein 26 – Jähriger am Sonntag, gegen 00.30 Uhr, in der Westanlage angegriffen. Nach den ersten Schlägen nahm einer der Angreifer offenbar noch ein Bierflasche und versuchte den 26 – Jährigen damit zu verletzen. Als Verdächtige konnte ein drei Asylbewerber aus Marokko im Alter von 19, 24 und 26 Jahren ausgemacht werden. Der 19 – Jährige musste die Nacht in einer Ausnüchterungszelle verbringen
Mannheim: Schwer verletzt wurde ein 24-jähriger Mann bei einer tätlichen Auseinandersetzung am Sonntagmorgen gegen 2.30 Uhr an der Haltestelle in der Otto-Selz-Straße. Nach einem verbalen Streit mit einer sechsköpfigen Personengruppe wollte der 24-Jährige die Situation zunächst beruhigen. Anschließend wollte er sich entfernen, als nach wenigen Metern durch einen Tritt zu Boden ging und ihm anschließend ins Gesicht getreten wurde. Der alkoholisierte Geschädigte wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, eine Fahndung nach der Gruppe mit mehreren Streifenfahrzeugen verlief erfolglos. Der Täter wird wie folgt beschrieben: ca. 23 Jahre, ca. 180 cm groß, dunkelhäutig.
Greven: Die Polizei hat nach einigen Körperverletzungsdelikten, die sich am vergangenen Kirmeswochenende im Stadtgebiet ereignet haben, die Ermittlungen aufgenommen. Wiederholt war eine unmittelbare Klärung der Vorfälle, auch aufgrund des alkoholbedingten Zustandes der Beteiligten, nicht möglich. In der Nacht zum Samstag (26.08.2017) kam es gegen 02.00 Uhr Am Hallenbad zu einem Streit zwischen zwei unbekannte Männern und einem 19-Jährigen. Den Schilderungen zufolge wurde der junge Mann zunächst geschlagen und dann am Boden liegend getreten. Die beiden Unbekannten hatten einen dunklen Teint. Einer war etwa 20, der an der cirka 40 Jahre alt. … Gegen 23.00 Uhr besuchten zwei 25-jährige Männer die Kirmes. An der Straße Hinter der Lake wurden sie im Gedränge angerempelt. Ein Unbekannter schlug dann abwechselt auf die Beiden ein. Schließlich verschwand der Mann, dunkler Teint, Mitte 20 Jahre alt, hellblauer Pullover und einer Jeanshose im Gedränge.
Warendorf: Am Sonntag, 27.8.2017, griffen vier unbekannte Männer gegen 5.00 Uhr einen Warendorfer vor einer Diskothek an der Wallpromenade in Warendorf an. Die Tatverdächtigen folgten dem 33-Jährigen, als dieser das Lokal verließ. Sie schlugen ihm ins Gesicht, rangen ihn zu Boden und traten auf ihn ein. Ein 36-jähriger Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes kam dem Warendorfer zu Hilfe und erhielt ebenfalls einen Schlag. Die Unbekannten verletzten den 33-Jährigen leicht. Einer der Beteiligten stieg in einen weißen Golf, die drei Mittäter flüchteten zu Fuß in Richtung Innenstadt. Die Tatverdächtigen hatten kurze Haare und ein südländisches Aussehen.
Mannheim-Innenstadt: Am Montag gegen 19 Uhr gebärdete sich ein 20-Jähriger in den S-Quadraten aggressiv. Nachdem er zuerst Passanten angepöbelt und beleidigt hatte, schlug der

Mann auch noch auf die Scheiben vorbeifahrender Autos ein. Als ein 42-Jähriger daraufhin ausstieg und den Wüterich zur Rede stellte, stach dieser mit einem spitzen Gegenstand nach dem Geschädigten, welcher eine Schnittwunde erlitt. Er wurde vor Ort von einer Rettungswagenbesatzung versorgt. Im Rahmen einer Fahndung konnten sofort vor Ort eilende Beamte des Polizeireviers Mannheim-Innenstadt den Verdächtigen im Bereich der T-Quadrate feststellen. Die Tatwaffe wurde bei dem Mann aus Gambia nicht aufgefunden. Er wurde vorläufig festgenommen und musste die Beamten in Handschellen auf das Revier begleiten. Eine Überprüfung ergab, dass er mit knapp 2,5 Promille deutlich alkoholisiert war. Ihn erwartet nun ein Ermittlungsverfahren und eine Anzeige.

Sylvi Listhaug: "Müssen unseren Einwohnern Sicherheit zurückgeben" Norwegens Integrationsministerin: Schwedische Zustände verhindern

pi-news.net/norwegens-integrationsministerin-will-schwedische-zustaende-verhindern/
2.9.2017

Von ALSTER | Sylvi Listhaug, FRP (Fortschrittspartei) ist Norwegens Einwanderungs- und Integrationsministerin der bürgerlichen Regierung, und ganz anders als die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Aydan Özoguz möchte sie die Sorgen ihrer norwegischen Landsleute entsorgen und die Kultur Norwegens bewahren. Sylvi Listhaug ficht es nicht an, dass sie, wo immer möglich, von den Medien kritisiert und gemobbt wird; sie hat den inzwischen überbordenden Hass der Medien ihr gegenüber benutzt und diese zu ihren nützlichen Idioten werden lassen. So profitiert die bürgerliche Seite, und insbesondere die FRP wächst eindeutig durch die hysterische mediale Empörung.

Begleitet von vielen norwegischen und schwedischen Journalisten besuchte Sylvi Listhaug am Dienstag den No-Go Stadtteil Rinkeby in Stockholm und sorgte für weitere mediale Hysterie. Sie wolle aus den Fehlern, die dort gemacht worden sind, lernen, um sie in Norwegen zu vermeiden. Der Zeitung Aftenposten sagte sie:

„Schon bevor ich nach Schweden flog, war die Kritik immens, aber inmitten all der Schwierigkeiten hatte ich eine sehr nützliche Reise, die mir einen Einblick in die Herausforderungen gab, die Schweden in gefährdeten Gebieten hat. Der schwedische Polizeipräsident gab mir einen sehr guten Rat. Er sagte, es ist wichtig, frühzeitig Anstrengungen zu unternehmen, wenn die Probleme auftreten. Das ist die Lektion, die ich mit mir nach Norwegen nehmen möchte. Denn obwohl Norwegen weit davon entfernt ist, solche Bedingungen wie in den gefährdeten Gebieten in Schweden zu haben, hat unsere Polizei berichtet, dass es eine unglückliche Entwicklung in Teilen von Oslo mit Banden und zunehmenden Verbrechen gibt. Es ist wichtig, das frühzeitig zu bekämpfen und mehr Aufwand zu betreiben… Wir müssen den Einwohnern von Oslo Sicherheit zurückgeben. Gute Integration und Kriminalitätsbekämpfung sind wichtige Schlüssel zur Verhinderung schwedischer Zustände in Norwegen. Versuche, die Debatte zu verhindern, ist keine Lösung.“

Auf die Frage, warum sie die Reise jetzt im Wahlkampf gemacht habe, antwortete sie: „Dass ich das noch nicht getan habe, war allein meiner Schwangerschaft und Geburt geschuldet.“

Der Trump-Vergleich

Sylvi Listhaug bekam vor kurzem ihr drittes Kind. Die linke Opposition, die Medien in Norwegen und noch mehr Politiker und Medien in Schweden rasten. „Schwedische Zustände“ – die Verwendung dieses Begriffs machte aus Listhaug den Trump.

Die schwedische Migrationsministerin Hélene Fritzon weigerte sich, ihre norwegische Kollegin planmäßig zu treffen. Sie verlautbarte, dass Listhaug „Unsinn“ und ein irreführendes Bild von Schweden verbreiten würde. Die Stockholmer Stadtratsvorsitzende Karin Wanngård verlangte gar eine Entschuldigung gegenüber den Stockholmer Bürgern. Schwedens ehemaliger Staatsminister von 1991 bis 1994 und Außenminister von 2006 bis 2014 meinte: „Schweden ist eine gut funktionierende Gesellschaft und wir haben Fortschritte mit unserer Einwanderungspolitik gemacht.“
Nun sieht es so aus, als ob Sylvi Listhaugs Besuch in Schweden dazu beigetragen hat, eine Debatte darüber zu beginnen, wie die Realität in Schweden wirklich aussieht. Die Zeitung Göteborg Posten findet, dass Listhaug das gleiche beschrieben habe, was die Polizei sagt und greift die schwedische Migrationsministerin an: „Migrationsminister Hélene Fritzon reagierte falsch, als sie ihre norwegische Kollegin Sylvi Listhaug nicht empfing. Fritzon sollte sich nicht nur bei der norwegischen Integrationsministerin entschuldigen, sondern auch bei den Menschen, deren Wirklichkeit sie nicht sehen will.
Im August 2017 arrangierte Sylvi Listhaug (Foto Mitte) eine Meinungsfreiheits-Konferenz mit der dänischen Migrationsministerin Inger Støjberg und der Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali.
Norwegen wählt am 11. September. Wer die natürliche, freundliche aber bestimmte Sylvi Listhaug umringt von Medien, die ihr durchaus kritische Fragen stellen, sehen und hören will: hier ein Eindruck.

Deutsches Frau als Fast Food Mehmet McRape® – McDonald’s-Vergewaltigungsopfer abserviert
pi-news.net/mehmet-mcrape-mcdonalds-vergewaltigungsopfer-abserviert/
9.9.2017.
McWrap®- oder McRib®-Menü? McDonald’s-Mitarbeiter Mehmet D. (28) entschied sich für den Doppel-McRape. Gleich zweimal wurde Aushilfskraft Melanie, 17, in einer Düsseldorfer McDonald’s-Filiale vergewaltigt – in der Umkleidekabine und im Mitarbeiter-Pausenraum. Für die umtriebige Systemgastronomie-Fachkraft Mehmet D. waren Frauen eher „Fastfood“.
Drive-Out: Doch nicht „Golden Nugget“ Mehmet verlor nach dem Vorfall seinen Job, sondern kulturkonform das Opfa! Die Burger-Filiale beschäftigte den Vorgesetzten der Aushilfskraft weiterhin.
Der kleine Hunger zwischendurch – Where is the Beef?
Mehmet D. arbeitete seit Jahren in der Düsseldorfer „Fastfuck-Filiale“. Er ist verheiratet und Vater, trotzdem machte er sich an Melanie ran. Das erste Mal belästigte sie sexuell in der Umkleide, indem er ihr in den Schritt fasste, das Eindringen in den Körper gilt juristisch mittlerweile als Vergewaltigung. Das zweite Mal wollte er dann im Mc Donald’s-Pausenraum die Apfeltasche in die Fritteuse stecken. Mehmets Anwalt dazu: **„‚Männer‘ (ohne Angabe der Nationalität) denken nun mal manchmal nicht mit dem Kopf – Mehmet D. ging zu weit.“**
Nach der Anzeige des Mädchens legte man Melanie nahe, die Filiale zu wechseln. In der neuen Filiale wurde ihr Vertrag jedoch nicht verlängert. Ihr Vater führt dies auf das laufende Verfahren gegen den McDonald’s-Franchise-Nehmers zurück.
Die psychisch angeschlagene Melanie begann sich die Arme aufzuritzen und versuchte, sich das Leben zu nehmen. Mehmet D. entschuldigte sich im Prozess für sein Verhalten: „Ich habe einen großen Fehler gemacht. Es tut mir leid.“
Die ganze Härte des Gesetzes – Zwei Jahre auf Bewährung
Der Richter gab Big Mehmet noch eine Chance, verurteilte ihn zu zwei Jahren mit Bewährung. Aber er meinte auch: „Das Opfer wird mit den Folgen dieser Tat weiter leben. Sie müssen sich der moralischen Verantwortung stellen.“ Daraufhin wurde Mehmet D. mit einem „Golden Milk-Shake“ gekündigt und hat nun viel „Quality-Time“ für seine Bewährungsauflage: Mehmet darf jetzt eine

„Signature-BBQ-Sexualtherapie“ anstreben. Und er muss 12.000 Euro an sein Opfer zahlen. „Ganz schrecklich“, findet der Richter „dass das Opfer seine Arbeit verloren hat.“
Der Düsseldorfer Staatsanwalt Christoph Kumpa: „Ich fände es gut, wenn McDonald’s mal Kontakt aufnehmen und sich beim Opfer entschuldigen würde.“ Vielleicht mit einem „Extra Value Meal“ oder einem Gratis-Happy-Meal® mit McRapeFlurry®…

#Merkelsommer 2017 Halle: Mindestens zehn Übergriffe von „Südländern“ bei Laternenfest

pi-news.net/halle-mindestens-zehn-uebergriffe-bei-laternenfest/
31.8.2017Bisher haben zehn Frauen bei der Polizei Anzeige erstattet, die beim Laternenfest von "Südländern" sexuell belästigt worden sein sollen.
Beim 82. Laternenfest in Halle ist es am Samstag zwischen 21:45 Uhr und 00:00 Uhr auf der Peißnitzinsel, im Bereich einer Freilichtbühne, zu sexuellen Belästigungen gekommen. Die Täter sind bis dato unbekannt und werden als südländisch beschrieben. Es haben sich bisher zehn weibliche Geschädigte bei der Polizei gemeldet. Es wird nicht ausgeschlossen, dass es weitere Geschädigte gibt. Diese werden gebeten sich umgehend bei der Polizei zu melden.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017
München: Bereits am Donnerstag, 24.08.2017, lernte eine 16-jährige Münchnerin an der Donnersbergerbrücke einen 18-jährigen Afghanen aus dem Landkreis Ebersberg kennen. Am Freitag, 25.08.2017, gegen 04.00 Uhr, trafen sich beide wieder an der Donnersbergerbrücke und konsumierten Alkohol. Nachdem sich beide dabei näher kamen, berührte der Afghane die 16-Jährige unsittlich. Zudem forderte er von dem Mädchen den Oralverkehr. Aufgrund ihrer Gegenwehr würgte sie der 18-Jährige am Hals. Nunmehr forderte er den Geschlechtsverkehr mit der Schülerin und streifte sich ein Kondom über. Aus noch ungeklärter Ursache ließ der Vergewaltiger von dem Mädchen ab und flüchtete. Die Münchnerin alarmierte die Polizei. Im Rahmen einer Fahndung konnte der Täter auf der Donnersbergerbrücke festgenommen werden.
Esslingen-Berkheim: Zu einem Vorfall kam es am Samstagnachmittag gegen 17:00 Uhr im Freibad in der Köngener Straße. Ein bislang unbekannter Mann wurde beobachtet, wie er beim Nichtschwimmerbecken mit andern Kindern spielte und sie mit Wasser nass spritzte.

Während ein Kind nach einem Tauchring tauchte, fasste der Täter ihrer 9-jährigen Schwester an den Hintern. Der Mann wird wie folgt beschrieben: -ca. 20 Jahre alt -ca. 175 cm groß – dunkelhäutig – schlanke, leicht muskulöse Figur -kurze krause schwarze Haare – keinen Bart – bekleidet mit türkisfarbener Badehose und gleichfarbiges T-Shirt, schwarze Badeschuhe
Stuttgart-Untertürkheim: Polizeibeamte haben am Freitagabend (25.08.2017) in einem Freibad in Untertürkheim einen 24 Jahre alten Mann festgenommen, der im Verdacht steht, ein zwölf Jahre altes Mädchen unsittlich berührt zu haben. Die Zwölfjährige wollte gegen 18.00 Uhr gerade das Schwimmbecken verlassen, als der Tatverdächtige zu ihr kam und sie aufforderte, doch im Wasser zu bleiben. Er umarmte sie von hinten und griff ihr dabei an die Brüste und in den Intimbereich. Nachdem das Mädchen ihre Freundin hinzurief, forderte der Tatverdächtige beide auf, im Wasser zu bleiben und hielt die elfjährige Freundin kurz am Arm fest. Die beiden Mädchen verständigten Beschäftigte des Freibades, die die Polizei riefen. Der zuständige Richter erließ am Samstag (26.08.2017) auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen den irakischen Tatverdächtigen.
Enzkreis: Zwei 14 und 15 Jahre alte Mädchen stiegen gegen 21.00 Uhr in Mühlacker in den Bus der Linie 702 um nach Hause zu fahren. Im Bus wurden sie durch eine Gruppe männlicher Jugendlicher zunächst beleidigt. Im weiteren Verlauf fasste einer der Jugendlichen der 14-Jährigen an die Brüste. Als ihre Freundin ihr zu Hilfe kam und sie sich auf einen andren Platz setzen wollten, fasste der Jugendliche beiden Mädchen an den Hintern. Die Gruppe stieg dann an der Haltestelle Zaisersweiher aus. Nach den ersten Ermittlungen geriet ein 15-jähriger syrischer Asylbewerber ins Visier der Beamten. Er wurde vorläufig festgenommen.
München: Am Freitag, 25.08.2017, gegen 18.00 Uhr, saß eine 25-Jährige aus Berlin mit einer Freundin auf einer Decke im Englischen Garten in der Nähe des Eisbaches. Plötzlich setzte sich ein 21-jähriger Senegalese aus Bamberg zu ihnen auf die Decke. Er forderte Bier und Zigaretten. Dabei wirkte er aggressiv und betrunken. Die beiden Frauen verließen die Örtlichkeit. Der 21-Jährige folgte ihnen und schlug dabei der 25-Jährigen mit seiner Hand auf den Po. Mehrere Zeugen forderten den 21-Jährigen auf, sich zu entfernen. Die Begleiterin der 25-Jährigen verständigte den Polizeinotruf 110. Er entfernte sich und sprach danach noch weitere Frauen an. Im Rahmen einer Fahndung wurde der Senegalese von einer Streife der Münchner Polizei festgenommen. Der Täter wurde dem Ermittlungsrichter im Polizeipräsidium München vorgeführt, der einen Haftbefehl erließ.
Kassel: Für Aufsehen am Gleis 11 des Kulturbahnhofs sorgte am gestrigen Sonntagnachmittag ein 37 Jahre alter Mann aus Eritrea, der zur Tatzeit erheblich alkoholisiert war. Der Mann steht ihm dringenden Tatverdacht, zunächst zwei 12 und 15 Jahre alte Mädchen unsittlich berührt und anschließend in einem Zug Bahngäste angeschrien und belästigt zu haben. Beamte des benachbarten Polizeireviers Mitte nahmen den 37-Jährigen schließlich fest und brachten ihn zur Ausnüchterung in eine Gewahrsamszelle des Polizeipräsidiums. Nach Angaben der die Anzeige entgegennehmenden Beamten des Kriminaldauerdienstes ereignete sich der Vorfall gegen 17:20 Uhr. Die beiden betroffenen Mädchen waren kurz darauf in Begleitung zwei 14 Jahre alter Jungen auf der Wache des Polizeireviers Mitte erschienen und erzählten den Beamten, von einem unbekannten Mann am Gleis 11 begrabscht worden zu sein. Die Polizisten eilten in den benachbarten Bahnhof zum besagten Gleis. An einer dortigen Sitzbankbank, wo die Mädchen ihren Angaben zufolge unsittlich angefasst wurden, hielt sich niemand mehr auf. Andere am Bahnsteig wartende Reisende wiesen die Beamten darauf hin, dass der offenbar gesuchte Mann bereits im Zug sei und dort die Fahrgäste belästige. Die Schutzleute des Innenstadtreviers nahmen den im Zug krakeelenden Mann fest und brachten ihn zur Dienststelle und schließlich ins Polizeigewahrsam. Zur vorgeworfenen Tat machte der 37-Jährige, der in einer Unterkunft im Werra-Meißner-Kreis wohnt, keine Angaben. Er muss sich nun wegen des Verdachts des sexuellen Missbrauchs von Kindern verantworten.

Freiburg im Breisgau: Am frühen Freitagmorgen gegen 05:20 Uhr kam es im Bereich des Bahnhofsvorplatzes zu einer Auseinandersetzung zwischen einem 36-jährigen Tunesier und einem 25-jährigen Deutschen. Der Tunesier soll nach einem Discobesuch die 23-jährige Freundin des Deutschen plump angemacht haben, woraufhin sich der Mann dies verbat. Der Tunesier näherte sich dann dem Pärchen und schlug dem Mann mit der Faust voll ins Gesicht. Daraufhin kam es zu wechselseitigen Körperverletzungen. In deren Verlauf schlug der Angreifer auch noch die junge Frau. Beamte der Bundespolizei und des Revier Nord klärten dann vor Ort. Der angriffswütige Tunesier musste dabei mit Handfesseln geschlossen werden.
Lörrach-Haagen: Am Sonntagnachmittag kam es auf dem Radweg an der „Wiese“ zu einem Sexualdelikt. Um 17.30 Uhr befuhr ein Fahrradfahrer den Radweg und begrapschte im Vorbeifahren eine junge Frau, die sich in Höhe des „Bauhaus“ aufhielt. Der „Grapscher“ fuhr nach der Tat weiter und entkam. Die Fahndung nach ihm verlief ergebnislos. Der Mann wurde wie folgt beschrieben: südländische Erscheinung, mittelgroß, Dreitagebart, dunkle, kurze Haare, weißes T-Shirt mit Aufdruck auf dem Rücken, kurze, knielange Jeans, fuhr ein beige-silbernes, älteres Damenfahrrad.
Neuss-Furth: Am Samstag (26.8.), in den frühen Morgenstunden, erhielt die Polizei einen Einsatz zur südlichen Furth. Gegen 03:00 Uhr hatten Hinweisgeber einen Streit zwischen einer Frau und einem Mann beobachtet und die Polizei informiert. Die eingesetzten Polizeibeamten konnten an der Wolkerstraße eine junge Erwachsene antreffen und befragen. Die Frau gab an, zunächst in der Neusser Innenstadt Kontakt zu zwei unbekannten Männern gehabt zu haben, mit denen sie sich in englischer Sprache unterhalten habe. Sie sei dann zu Fuß in Richtung Karl-Arnold-Straße gegangen, wobei die Männer hinter ihr hergegangen seien. In der Nähe des Jobcenters sei einer der beiden zudringlich geworden und habe sie sexuell bedrängt. Zu den Unbekannten liegt der Polizei bisher nur eine vage Beschreibung vor. Nach Zeugenaussagen soll ein Täter „indisch“ ausgesehen habe. Er habe auffallend weiße Zähne und sei etwa 165 bis 170 Zentimeter groß. Von seinem Begleiter sei er „Aman“ genannt worden. Der zweite Mann habe nach Zeugenangaben „albanisch“ ausgehen und sei circa 175 Zentimeter groß.
Schwerin: Einem Schweriner (17) wurde gestern Abend von einer Gruppe junger Männer das Handy geraubt. Als seine Freundin (17) die Unbekannten aufforderte, das I-Phone zurück zu geben, wurde sie von einem der Täter zu Boden gestoßen. Dann versuchte der Mann sie zu küssen. Als die 17-Jährige sich dagegen wehrte, wurde sie von dem gleichen Täter geohrfeigt. Der Vorfall ereignete sich gegen 22:20 Uhr auf den Schwimmenden Wiesen. Dort setzten sich die vier Männer zunächst auf eine Bank in unmittelbarer Nähe des jungen Pärchens. Als der 17-Jährige sein Handy herausholte, kam die Gruppe zu ihm herüber, einer entriss ihm das Handy. Ein zweiter griff danach die Freundin des jungen Mannes an. Dann flohen die Täter, wobei zwei von ihnen in Richtung Schloss und die anderen beiden in Richtung Jägerweg liefen. Zur Beschreibung der flüchtigen Täter ist derzeit Folgendes bekannt: südländisches Aussehen, alle vier schlank und dunkle Haare.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Amberg: Eine 19jährge Frau erstattete Strafanzeige, da sie nach einem „Filmriß“ in den Nachtstunden von Freitag, 25.08.2017 auf Samstag vermutet, dass sie von einem Unbekannten im Bereich Paulanergasse missbraucht wurde. Die Ermittler der Kriminalpolizeiinspektion Amberg haben die Ermittlungen aufgenommen und hoffen auf sachdienliche Hinweise von Nachtschwärmern oder Anwohnern. Die 19-Jährige hielt sich in der Nacht von Freitag auf Samstag in einem Lokal in der Unteren Nabburger Straße auf, wo sie nicht unerheblich Mengen an alkoholischen Getränken zu sich nahm. Dies führte zu Erinnerungslücken insbesondere im Zeitraum zwischen 03:00 Uhr und 05:00 Uhr am frühen

Samstagmorgen. Die Frau vermutet nun, in diesem Zeitraum von einem Mann im Alter zwischen 40 und 50 Jahren, zu dem es keine genauere Beschreibung gibt, sexuell missbraucht worden zu sein. Der Tatort liegt demnach im Bereich Paulanergasse an der Einmündung zur Unteren Nabburger Straße. Die Polizei bittet nun Nachtschwärmer oder Anwohner, die im angegebenen Zeitraum im Bereich Paulanergasse sachdienliche Beobachtungen gemacht haben, sich mit der Polizei unter der Rufnummer 09621/890-0 in Verbindung zu setzen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang alle Wahrnehmungen, auch solche, die vom Beobachter bereits als nicht relevant eingestuft wurden. Wer konnte eine junge Frau und einen Mann im Alter zwischen 40 und 50 Jahren beobachten, die sich in der Gasse aufgehalten haben oder zwischen denen es zu sexuellen Handlungen kam? *Die Polizei möchte uns also mitteilen, dass die Zeugin ein ungefähres Alter des Täters schätzen kann, aber sich nicht an seine wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie erinnert?*

Freiberg: Während sich eine 13- und eine 19-Jährige am Samstag, gegen 23.45 Uhr, auf einer Grünfläche am Tierpark in der Chemnitzer Straße aufhielten, kamen zwei unbekannte Männer auf sie zu. Einer von ihnen habe die Teenagerin und die junge Frau plötzlich unsittlich berührt. Zwei weitere junge Leute (m/18, w/19) kamen zu Hilfe, woraufhin die Unbekannten auf die Helfer einschlugen und sich anschließend in unbekannte Richtung entfernten. Die 19-jährige Helferin wurde verletzt und kam in ein Krankenhaus. Die flüchtigen Täter konnten im Rahmen einer Tatortbereichsfahndung nicht festgestellt werden.

Germersheim: Ein 15-jähriges Mädchen wurde am gestrigen Abend um 18:00 Uhr auf einem Fußweg von Richtung Hauptbahnhof kommend in Richtung Geschwister-Scholl-Straße in Germersheim von zwei unbekannten Männern belästigt. Die Männer pfiffen und zwinkerten dem Mädchen zu. Weiterhin machten sie obszöne Andeutungen. Das Mädchen wurde von einem der Täter zu Boden gestoßen. Sie wurde bei dem Sturz nicht verletzt und konnte sich schnell erheben um davon zu rennen. Hierbei versuchte einer der Täter sie an ihrem Gesäß zu berühren. Beide unbekannten Männer stiegen dann auf ein mitgeführtes dunkelrotes Herrenfahrrad auf und fuhren in Richtung Penny-Markt davon. Die Ermittlungen dauern an. Das Mädchen beschrieb einen der Täter als jungen, ca. 23 Jahre alten Mann, ca. 165 cm groß mit dunkelbraunem Haar und braunen Augen, sowie einem 3-Tage-Bart. Seine Jeans trug er bis zu den Knien hochgekrempelt. Der zweite Täter war ca. 30 Jahre alt und ungefähr 175 cm groß. Er hatte kurzes dunkles Haar und trug eine lange graue Arbeitshose.

Schwäbisch Hall: Ein bislang unbekannter Täter hat sich am Donnerstagabend mit entblößtem Geschlechtsteil zwei 12 Jahre alten Mädchen gezeigt. Der Mann hatte am Bahnhof Schwäbisch Hall – Hessental gegen 19:40 Uhr den Mädchen sein Glied gezeigt, woraufhin diese davon rannten. Der Täter flüchtete daraufhin in Richtung Kreisverkehr. Die Mädchen hatten sich einer Mutter offenbart, welche daraufhin die Polizei verständigte. Der unbekannte Täter war circa 45 Jahre alt, 170 – 175 cm groß und hatte kurzes schütteres Haar. Er trug eine Brille und war mit einer gelben Jacke bekleidet.

Lindau: Am Montag gegen 18.35 Uhr, trat ein etwa 50 Jahre alter Mann einer jungen Frau im Bereich des Wäsens an der Eichwaldstraße mit heruntergelassener Hose gegenüber. Nachdem die junge Frau bemerkt hatte, dass der Mann an seinem Geschlechtsteil manipulierte, flüchtete dieser in Richtung des nahegelegenen Campingplatzes und verschwand. Der Täter war etwa 180cm groß, kräftige Figur und hatte eine blaue Umhängetasche dabei.

Steinheim an der Murr: Der Polizeiposten Steinheim an der Murr, Tel. 07144/82306-0, sucht Zeugen, die Hinweise zu einem Rennradfahrer geben können, der am Montag gegen 15.40 Uhr auf dem Radweg parallel zur Höpfgheimer Straße unterwegs war. Eine 55 Jahre alte Fußgängerin ging zwischen dem Parkplatz des „Wellarium“ und einem angrenzenden Spielplatz entlang, als sich der Unbekannte von hinten auf dem Fahrrad näherte. Im Vorbeifahren griff der Täter der Frau zwischen die Beine und radelte dann davon. Bei dem Radfahrer soll es sich um einen etwa 180 cm großen Mann, schlank und athletisch, zwischen 40 und 50 Jahre alt handeln. Er trug einen hellen Fahrradhelm und eine knielange, schwarze

Radlerhose, mit orangefarbenen dünnen Streifen entlang der Hosenbeine sowie ein schwarzes Trikot.
Nürnberg: Am Freitag (25.08.17) wurde ein elfjähriger Junge von einem unbekannten Mann angegangen, geschlagen und gewürgt. Die Polizei fahndet nach dem Flüchtigen und sucht Zeugen. Gegen 14:00 Uhr verfolgte der Unbekannte dem 11-Jährigen aus der U-Bahn im Stadtteil Röthenbach. Er holte den Jungen ein und küsste ihn auf die Wange. Als er den Buben mit beiden Händen am Hals würgte, wurde eine vorbeifahrende Autofahrerin auf die Situation aufmerksam und hielt an. Daraufhin ließ der Mann von dem 11-Jährigen ab, schlug ihm auf den Kopf und flüchtete. Nahbereichsfahndungen verliefen bislang negativ. Der unbekannte Täter wird wie folgt beschrieben. Etwa 165 cm groß, ca.55 Jahre, sprach deutsch, trug kurze Hose, dunkles Basecap und ein dunkles T-Shirt.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Potsdam: 66-Jährige nach Schwächeanfall vergewaltigt

pi-news.net/potsdam-66-jaehrige-nach-schwaecheanfall-vergewaltigt/
13.9.2017
Das Phantobild des Täters von Potsdam.
In der Nacht zu Mittwoch hatte eine 66-Jährige Potsdamerin mit Kreislaufproblemen zu kämpfen. Als ihr schwindelig wurde und sie umfiel, kam ihr ein scheinbar netter Mann zur Hilfe, von dem sich die Frau aber besser fern gehalten hätte. Gegen 2 Uhr morgens begleitete der Mann sie nach dem Schwächeanfall noch nach Hause und brachte sie bis zur Tür. An der Wohnung zeigte ihr vermeintlicher Retter dann sein wahres Gesicht. Zuerst soll er die 66-Jährige in ihrer eigenen Wohnung bedrängt haben. Dann fiel er über die alte Dame her und vergewaltigte sei. Nach der Tat verließ er sofort die Wohnung. Nun sucht die Polizei nach dem Täter mit einem Phantombild des Mannes und hofft auf Hinweise zu seiner Identität und seines Aufenthaltsortes. Beschreibung des Täters: ca. 165-170 cm groß, ca. 38-42 Jahre alt, kräftige, sportliche Figur, schwarze Haare, blaue Jeanshose, graues Shirt, ausländisches Aussehen, sprach Deutsch mit Akzent.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelsommer2017
Winsen: Heute (7.9.2017), gegen 06 Uhr, ist eine 39-jährige Frau auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstelle von einem Mann angegriffen und vergewaltigt worden. Die Frau war vom Schützengehölz kommend an der Stadthalle vorbei die Zufahrt zur Luhdorfer Straße entlang gegangen. Kurz vor Erreichen der Luhdorfer Straße überrumpelte der Täter die Frau, zerrte sie hinter ein Gebüsch und brachte sie dort zu Boden. Bei der Tat erlitt die 39-Jährige mehrere Prellungen und Abschürfungen. Der Täter flüchtete zu Fuß in Richtung Innenstadt. Sofort nach Eingang der Meldung leitete die Polizei eine Fahndung ein. Die 39-Jährige kam mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus und wurde dort ambulant behandelt. Aufgrund der Personenbeschreibung geriet ein 27-Jähriger Marokkaner unter Tatverdacht. Der Mann ist der Polizei bereits wegen verschiedener Eigentumsdelikte bekannt. Er wurde von Fahndern vor seiner Flüchtlingsunterkunft angetroffen und vorläufig festgenommen. Die Ermittlungen dauern an.

München: Am Sonntag, 10.09.2017, gegen 02.00 Uhr, befand sich eine 28-jährige Münchnerin auf dem Weg in eine Diskothek in der Garmischer Straße. Auf dem Weg dorthin wurde sie plötzlich von hinten gepackt und in eine Wiese bzw. ein Gebüsch gezerrt. Der Täter brachte die Frau in Bauchlage, zog ihre Hose herunter und führte den Geschlechtsverkehr durch. Danach flüchtete er in unbekannte Richtung. Die Ermittlungen durch das Kriminalkommissariat 15 laufen. Täterbeschreibung: Männlich, ca. 40 Jahre alt, ca. 175 cm groß, dunkler Teint; schwarzer Pullover mit Querstreifen.
München: Am Montag, 11.09.2017, zwischen 06.30 Uhr und 07.00 Uhr, ist ein 14-jähriges Mädchen im Bereich des Riemer Sees spazieren gegangen. Ein zunächst unbekannter Mann sprach das Mädchen an und wollte, dass sie ihm die deutsche Sprache beibringt. Im weiteren Verlauf umarmte der Mann das Mädchen und küsste sie auf die Stirn. Die 14-Jährige wehrte sich nur leicht, indem sie den Mann mit den Unterarmen versuchte von sich wegzudrücken. Damit hatte sie jedoch keinen Erfolg. Der Mann griff ihr an die Brust und küsste sie auf den Mund. Dabei gab er ihr einen Zungenkuss gegen ihren Willen. Anschließend ließ der Mann von ihr ab und gab ihr einen Zettel, auf dem sein Vorname und seine Telefonnummer stand. Er vereinbarte mit dem Mädchen ein weiteres Treffen. Dieses Treffen wurde von der Polizei überwacht, der Mann konnte festgenommen und der Haftanstalt überstellt werden. Bei dem Mann handelt es sich um einen 29-jährigen sierraleonischen Staatsangehörigen. Er ist derzeit in einer Flüchtlingsunterkunft untergebracht.
Ingolstadt: In der Nacht auf Donnerstag (07.09.2017) griff ein bislang unbekannter Täter eine 30-jährige Frau in der Innenstadt mit offensichtlich sexueller Motivation an. Die Geschädigte wurde leicht verletzt. Die 30-Jährige war am Donnerstag, gegen 01.40 Uhr, nach dem Besuch einer Sportbar von der Gerbergasse in Richtung Brunnhausgasse unterwegs. Dort wurde die Frau plötzlich vor einem Anwesen von hinten von einem Unbekannten gepackt und herumgerissen. Im Anschluss zerriss der Angreifer das T-Shirt seines Opfers und versuchte gewaltsam die Hose der Frau zu öffnen. Nachdem sich die Überfallene mit Fußtritten zur Wehr setzte, ließ der Täter von ihr ab und flüchtete zu Fuß. Das Opfer verständigte sofort die Polizei. Eine eingeleitete Fahndung nach dem Flüchtigen blieb ohne Erfolg. Nach Angaben des Opfers wird der unbekannte Täter wie folgt beschrieben: Etwa 30 Jahre alt, ca. 180 cm groß, schlank, athletische Figur, dunkelhäutig, afrikanischer Typ, bekleidet mit schwarzer Jeansjacke und schwarzer Hose.
Rems-Murr-Kreis – Schorndorf: Eine junge Frau wurde am Sonntagmorgen von mehreren Männern sexuell belästigt. Die 19-jährige Frau befand sich kurz nach 5 Uhr beim Bahnhof Schorndorf vor einer Bar sitzend, als sich ihr vier Männer annäherten. Zwei der Männer stellten sich vor sie, zwei der Männer setzten sich neben sie, wobei einer der Männer die junge Frau in der Folge unsittlich berührte. Beim Weggehen der jungen Frau wurde ihr durch einen der vier Männer an den Po gefasst. Die Kripo Waiblingen hat nun die Ermittlungen zum Vorfall übernommen und bittet in diesem Zusammenhang um Zeugenhinweise. Hierzu ist insbesondere von Interesse, ob das Geschehen von möglichen Passanten beobachtet wurde. Zudem wäre es auch möglich, dass die vier unbekannten Männer am Bahnhof gesehen wurden. Die Männer wurden als dunkelhäutig, circa 180 cm groß mit schmächtiger Figur und dunkler Kleidung beschrieben.
Osnabrück: Eine Passantin wurde am Samstagabend in der Johannisstraße Opfer einer sexuellen Belästigung. Die Frau war gegen 19.45 Uhr auf dem Weg zur Bushaltestelle, als an der Einmündung zur Seminarstraße plötzlich ein unbekannter Mann hinter der Hausecke hervorsprang und der 53-Jährigen in den Schritt fasste. Geistesgegenwärtig schubste die Frau den Täter von sich weg und vertraute sich an der Bushaltestelle einer dort stehenden Frau an. Zur Beschreibung des Täters konnte das Opfer sagen, dass dieser dunkelhäutig und etwa 175cm groß war, eine untersetzte Figur hatte und einen schwarzen, knielangen Mantel trug.
München: Am Samstag, 09.09.2017, gegen 21.10 Uhr, stiegen eine 24-jährige Münchnerin und eine 31-jährige Münchnerin nach einem Restaurantbesuch in ihren geparkten Pkw. Plötzlich trat ein 50-jähriger Afghane vor dem Pkw und begann zu onanieren. Dabei grinste er die beiden Frauen an und hielt Blickkontakt zu diesen. Durch eine hinzugerufene Polizeistreife konnte im Rahmen einer Sofortfahndung der 50-Jährige in Tatortnähe vorläufig festgenommen werden.
Mosbach/Bad Friedrichshall: Ein bislang unbekannter Täter hat am Samstagmorgen (09.09.2017) gegen 08:50 Uhr in der Stadtbahn zwischen Mosbach-Neckarelz und Bad Friedrichshall offenbar eine noch unbekannte Frau bedrängt. Ein Reisender beobachtete den Vorfall und erstattete am heutigen Tag Anzeige beim Bundespolizeirevier Heilbronn. Laut Angaben des Mannes stieg der mutmaßliche Täter gemeinsam mit zwei Begleitern im Alter von

etwa 20 bis 23 Jahren in Mosbach-Neckarelz in die Stadtbahn und setzte sich in unmittelbarer Nähe zu der jungen Frau. Nach jetzigem Stand der Ermittlungen belästigte er die etwa 17 bis 24 Jahre alte Frau direkt nach dem Einstieg in körperlicher Weise, woraufhin der Zeuge einschritt und ihn aufforderte die Handlungen zu unterlassen. In der Folge ließ er von der Frau ab und es entwickelte sich zwischen ihm und dem Reisenden eine verbale Auseinandersetzung. Anschließend liefen die drei Männer, welche laut Zeugenaussagen südländischen Phänotyps waren, in das hintere Wagenabteil. Die Frau stieg in Bad Friedrichshall aus. Nach jetzigen Erkenntnissen verließen die drei Männer in Neckarsulm die Stadtbahn und beleidigten hierbei zudem den Zeugen.

Hirschaid: Zu Übergriffen und einer Schlägerei zwischen zwei Gruppen jüngerer Leute kam es am späten Samstagabend auf dem Kirchweihgelände in Hirschaid. Die Polizei Bamberg-Land hat noch in den Abendstunden die Ermittlungen aufgenommen und sucht Zeugen. Am späten Abend meldeten sich drei Mädchen bei den Einsatzkräften die angaben, gegen 21.15 Uhr sexuell belästigt worden zu sein. Nach ihren Angaben hielten sie sich beim Kirchweihgelände im Bereich des Damms auf, als sie eine Gruppe mehrerer junger Männer unter eine Brücke drängte. Dort seien sie festgehalten und unsittlich berührt worden. Die Mädchen konnten kurz darauf flüchten. Im Rahmen der Fahndung nach den Tatverdächtigen nahmen die Polizisten drei junge Asylbewerber vorläufig fest. Die Ermittlungen zu den jungen Männern, weiteren Beteiligten sowie dem genauen Tathergang dauern an. Nach bisherigen Erkenntnissen kam es zudem auf dem Festgelände bei der Luitpoldstraße gegen 23 Uhr zunächst zu einem Streit zwischen zwei größeren Gruppen Einheimischer und Asylbewerbern. Bei der sich anschließenden Schlägerei sollen auch Bierkrüge geworfen worden sein. Die Beamten der Inspektion Bamberg-Land konnten mehrere Personen vorläufig festnehmen. Nach bisherigem Stand wurde ein junger Mann leicht am Arm verletzt. Insbesondere die beteiligten Personen sowie der genaue Ablauf der Auseinandersetzung sind zurzeit Gegenstand der umfangreichen Ermittlungen der Polizei Bamberg-Land.

Halle: Am 08.09.2017 zeigte eine junge Frau an, dass sie, als sie gegen 10:40 Uhr nach der Post schauen wollte, im Hausflur des Mehrfamilienhauses in der Muldestraße von einem Unbekannten angegriffen, unsittlich angefasst und an der Kleidung gezerrt worden sei. Die Frau gab an, laut geschrien zu haben und als im Hausflur ein lautes Türgeräusch zu hören war, sei der Angreifer geflüchtet. Der dunkel gekleidete Mann wurde beschrieben als ca. 180 cm groß, von dunkler Hautfarbe und schlanker, muskulöser Statur. Er soll sich in Begleitung eines weiteren dunkelhäutigen und dunkel gekleideten Mannes vom Ort entfernt haben. Beide hätten Handschuhe getragen.

Bonn: Am Donnerstag, 07.09.2017, wurde eine Spaziergängerin von einem bislang unbekannten Mann auf der Rheinaustraße belästigt und unsittlich berührt. Die Frau befand sich gegen 15:30 Uhr mit ihrem Hund auf Höhe der Rhenusallee und blieb kurz stehen, als der Unbekannte sie von hinten anfasste und ansprach. Als die Geschädigte ankündigte, die Polizei zu rufen, lief er in Richtung Südbrücke davon. Eine sofort eingeleitete Nahbereichsfahndung führte nicht zur Feststellung des Mannes. Dieser wird auf der Grundlage von Zeugenangaben folgendermaßen beschrieben: Etwa 25 Jahre alt – ca. 1,80 m groß – normale Statur – Glatze – schwarzer Vollbart mit gekräuseltem Barthaar – dunklerer Hautteint – bekleidet mit einer rot-schwarzen College-Jacke – gepflegtes Erscheinungsbild – sprach akzentfreies Deutsch.

Nienburg: Am Freitag, 08. September 2017, gegen 03.00 Uhr morgens wurde eine 61-jährige Zeitungsausträgerin in Nienburg am Berliner Ring in Höhe eines dortigen Autohauses überfallen. Die Frau war mit ihrem Fahrrad in der Innenstadt unterwegs, um die Tageszeitung auszutragen. Auf dem Gelände des Autohauses am Berliner Ring verstaute sie Zeitungen in die Taschen, als sie plötzlich von einem unbekannten Mann angesprochen wurde. Er forderte sie zu sexuellen Handlungen auf. Sie versuchte sofort, sich mit ihrem Rad zu entfernen. Der Mann folgte ihr und griff sie von hinten an. Als der Täter versuchte, sein Opfer auf den Boden zu drücken, gelang es ihr, ein Reizgasspray aus ihrer Tasche zu nehmen und dem Täter damit ins Gesicht zu sprühen. Glücklicherweise setzte die Wirkung sofort ein und die Überfallene konnte fliehen. Umgehend benachrichtigte sie die Polizei. Die umgehend eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen führten leider nicht zur Festnahme des Täters. Der Täter, nach dem die Nienburger Polizei nun fahndet ist ca. 190 – 195 cm groß und schlank. Seine Augen waren sehr dunkel und nach der Hautfarbe handelt es sich um einen dunkelhäutigen Südländer.

Pfungstadt: Nachdem ein Autofahrer am Mittwoch (05.09.2017) eine junge Frau belästigt hatte, sucht die Polizei Zeugen, die Hinweise zu dem noch unbekannten Mann geben können. Nach ersten Ermittlungen war die 15-Jährige gegen 18.25 Uhr auf dem Fußweg zwischen

Eschollbrücken und Eich unterwegs, als der Fahrer eines roten Autos neben ihr hielt und nach dem Weg fragte. Der Fahrer fuhr daraufhin weiter, wendete aber nach kurzer Zeit und fuhr zurück. Er hielt erneut neben der Jugendlichen und sprach diese wiederum an. Hierbei bemerkte die Jugendliche, dass sich der Mann in unsittlicher Weise berührte. Der Unbekannte wird zwischen 20 und 30 Jahre alt beschrieben. Hatte dunkle kurze Haare und einen Bart. Er hatte einsüdländisches Erscheinungsbild. Bei dem Auto handelte es sich um einen roten Kleinwagen.
Gießen: Einen schnellen Fahndungserfolg konnte die Polizei am Samstag, gegen 04.00 Uhr, in der Gießener Innenstadt verzeichnen. Sehr wahrscheinlich hatte ein 24 – Jähriger Asylbewerber aus Afghanistan eine 21 – Jährigen unsittlich angefasst. Die Frau hatte zu diesem Zeitpunkt schon telefonisch Kontakt zu einem Beamten der Gießener Polizei. Durch die gute Zeugenbeschreibung gelang es einer Streife der Wachpolizei den Verdächtigen in der Nähe festzunehmen. Es stellte sich heraus, dass der Verdächtige unter erheblichem Alkoholeinfluss stand. Ein Test ergab einen Wert von 1,22 Promille.
Esslingen: Noch Zeugen sucht die Kriminalpolizei Esslingen zu einem Vorfall am Freitagnachmittag in der Waldhäuser Straße. Ein sechsjähriges Mädchen war dort gegen 14.30 Uhr auf dem Nachhauseweg und wurde zwischen der Friedrich- und Uhlandstraße von zwei Männern angesprochen. Die Männer wollten, dass sie mitkomme und haben ihr auch Süßigkeiten angeboten. Während einer sie an der Hand festhielt, habe sie der andere im Bereich des Bauches angefasst. Das Mädchen ging einfach weiter und erzählte den Vorfall ihrer Mutter. Bei den Tatverdächtigen soll es sich um dunkelhäutige Männergehandelt haben, die sehr schlecht deutsch sprachen.
Frankfurt am Main: Am Frankfurter Hauptbahnhof konnten Beamte der Bundespolizei am Samstag, gegen 16.30 Uhr, einen 36-jährigen marokkanischen Staatsangehörigen festnehmen, der eine 48-jährige Reisende sexuell belästigte. Mit offener Hose verfolgte der Mann die Reisende und ließ erst davon ab, als sie die Bundespolizei verständigte. Eine Streife konnte ihn wenig später in der Bahnhofsmission festnehmen und zur Wache bringen. Nachdem dort seine Personalien festgestellt werden konnten und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet war, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.
Hildesheim: Gestern Nachmittag, Montag, 11.09.2017, gegen 16:00 Uhr , ist eine 54-Jährige Frau am Hohnsensee spazieren gegangen. Als sie auf der westlichen Gehwegseite des Sees, der rund um das Wasser führt, in Höhe des dortigen DLRG Hauses war, bemerkte sie am Wegesrand einen in einem Gebüsch stehenden Mann, der laut gestöhnt habe. Der Mann sei unten herrum unbekleidet gewesen, seine Jogginghose heruntergelassen. Da sich der Mann in Richtung Fußweg gedreht hatte, konnte sie ihn von vorne sehen. Der Mann habe ein erigiertes Glied gehabt. Weitere Handlungen habe er nicht vorgenommen. Die 54-Jährige sei weiter gegangen und habe dann später die Polizei alarmiert. Folgende Personenbeschreibung ist bekannt: männlich arabisches Aussehen (so die Geschädigte !) ca. 25 Jahre schlank, athetisch ca. 175 -180 cm bekleidet vermutlich mit einer dunklen Jogginghose, schwarz – weißes T-Shirt, Basecup. Er soll ein schwarzes Mountainbike mitgeführt haben.
Eppstein: Wie ein Zeuge der Polizei mitteilte, hat ein ca. 40 Jahre alter Mann Exhibitionistische Handlungen auf einer Bank im Wald von vollzogen. Der Zeuge traf den Mann bei einem Waldspaziergang nahe der Friedrich-Ebert-Straße. Als der Zeuge den bislang Unbekannten auf seine Handlungen ansprach, ergriff dieser die Flucht. Der Unbekannte sei ca. 170 cm groß, von schlanker Statur und habe einen dunklen Teint.
Ravensburg: Ein unbekannter Fahrer in einem weißen Sportwagen hat am Montagnachmittag, gegen 17.00 Uhr, an der Bushaltestelle in der Schmalegger Straße neben einer wartenden Frau angehalten und diese nach dem Weg zum Fußballstadion gefragt. Während sie dem Autofahrer die Strecke beschrieb, soll der Unbekannte seine Hose geöffnet und sein entblößtes Glied in die Hand genommen haben. Daraufhin wandte sich die Frau ab und entfernte sich von dem Auto. Der Unbekannte war anschließend in unbekannte Richtung weitergefahren. Zu dem Täter liegt der Polizei folgende Personenbeschreibung vor: 24 bis 28 Jahre alt, südländischer Typ, schlank, dunkle Haare, Dreitagebart, bekleidet mit einer schwarzen Daunensteppjacke.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Wendlingen/Stuttgart: Durch bislang unbekannte Täter ist es in der Nacht von Freitag auf Samstag (09.09.2017) in den S-Bahnen der Linien S1 und S3 offenbar zu zwei exhibitionistischen Handlungen gekommen. Auf Höhe Wendlingen begab sich zunächst ein unbekannter Mann

gegen 03:30 Uhr in das 1. Klasse Abteil der S1 in Richtung Stuttgart und setzte sich neben eine 57-jährige Reisende. Als er die Frau nach der Uhrzeit fragte, bemerkte diese sein entblößtes und erigiertes Geschlechtsteil. Im Anschluss entfernte sich der Mann unerkannt. Etwa eine Stunde später setzte sich ein ebenfalls bislang unbekannter Täter mit seinem entblößten und erigierten Geschlechtsteil neben eine 20-jährige Reisende, die mit ihrer Freundin in der S3 zwischen Stuttgart-Stadtmitte und Winnenden unterwegs war. Auch er entferne sich unerkannt. Die 20-Jährige beschreibt den Mann als sehr schlank, zwischen 18 und 24 Jahre alt, etwa 1,75m groß mit schwarzen Haaren sowie dunklen Augen. Zur Tatzeit soll er eine dunkle Jeans sowie In-Ear-Kopfhörer getragen haben. Inwieweit die beiden Vorfälle im Zusammenhang stehen, wird derzeit noch ermittelt.

Nürnberg: Am Montagmorgen (11.09.2017) belästigte ein bislang Unbekannter in einem Waschsalon an der Bucher Straße eine Frau in sexueller Weise. Die Kriminalpolizei bittet um Hinweise aus der Bevölkerung. Nach bisherigen Erkenntnissen sprach der Tatverdächtige die Geschädigte gegen 08:30 Uhr an und verwickelte sie in ein Gespräch. Diesen Umstand nutzte er, um die Frau mehrfach unsittlich zu berühren. Im weiteren Verlauf zeigte er sich ihr in schamverletzender Weise und forderte sie auf, sexuelle Handlungen an ihm vorzunehmen. Die Geschädigte verließ daraufhin den Salon und erstattete Anzeige bei der Polizei. Beschreibung des Unbekannten: ca. 30 Jahre, etwa 160 cm groß, schlank, kurze rotblonde Haare. Bekleidet mit einer hellblauen Jeanshose, grauem T-Shirt und hellblauen Stoffschuhen.

Nürnberg: In Nürnberg-Gebersdorf trat am Donnerstagnachmittag (07.09.2017) auf Höhe der Tauberbrücke ein Exhibitionist auf. Die Kripo hat die Ermittlungen übernommen und bittet um Zeugenhinweise. Es war ca. 14:25 Uhr, als sich der Täter in schamverletzender Weise gegenüber einer Frau zeigte. Er stand am Ende der Brücke und suchte Blickkontakt zu der Geschädigten, die sich in Richtung Süd-West-Park auf dem Weg zur Arbeit befand. Die alarmierte Polizei ließ unter Einsatz eines Hubschraubers nach dem Mann fahnden, konnte den Unbekannten aber nicht mehr antreffen. Beschreibung des Gesuchten: Circa 170 cm groß, dick und zur Tatzeit mit einer langen Hosen und Pullover bekleidet. Näheres ist nicht bekannt.

Osterholz-Scharmbeck: Am Montagmittag hat ein Exhibitionist sein Unwesen auf der Berliner Straße getrieben. Bisherigen Ermittlungen zufolge trug der Unbekannte einen weißen Rock oder eine weiße Jogginghose, als er sich kurz nach 13 Uhr vor den Augen eines Kindes entblößt hat. Anschließend lief der Täter unerkannt davon. Bei ihm soll es sich um einen etwa 35 Jahre alten und 170 bis 175 cm großen und schlanken Mann handeln. Neben dem weißen Rock oder der weißen Jogginghose, möglicherweise mit Druckknöpfen an der Seite, trug der Mann ein dunkles T-Shirt und eine dunkle Schirmmütze. Nachdem sich das Kind seinem Vater anvertraut hatte, suchte dieser in der Nachbarschaft nach dem Verdächtigen.

Hilflose Erklärung von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) Bayern: Vergewaltigungen + 48%!

pi-news.net/bayern-vergewaltigungen-48/

13.9.2017

Die Zahl der Vergewaltigungen in Bayern hat durch die "Flüchtlingskrise" exorbitant zugenommen. Das kann auch Bayerns CSU-Innenminister Joachim Herrmann nicht mehr länger verschweigen.

Die Zahl der Vergewaltigungen ist im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Bayern um 47,9 Prozent angestiegen, so ein Bericht aus der Kabinettssitzung der Bayerischen Staatsregierung vom 12. September. Man jubelt zwar, dass die Kriminalität insgesamt gesunken sei, hat aber sicherheitshalber „Ausländerrechtliche Verstöße“ heraus gerechnet.

Im Bericht der Staatsregierung offenbart sich, ganz weit unten stehend, aber noch weiteres. So ist nicht nur die bloße Zahl der Vergewaltigungen exorbitant angestiegen, auch eine bestimmte Tätergruppe sticht hier heraus. Gerade die Zahl der durch Zuwanderer begangenen Vergewaltigungsdelikte ist mit +90,9 Prozent ein Offenbarungseid gescheiterter Grenzsicherung.

Die absolut hilflose Erklärung des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann dazu: „Unsere Polizeiexperten arbeiten derzeit an einer detaillierten Analyse der Statistikdaten“.
Natürlich wurde in der Kriminalitätsstatistik alles heraus gerechnet, was unter dem Oberbegriff „Ausländerrechtliche Verstöße“ zu verbuchen ist. So geschönt stellt sich die Statistik natürlich besser da. „Das ist nicht mit anderen Straftaten zu vergleichen“, heißt es immer wieder von Medien und Staat und vermittelt damit den Eindruck, diese Art von Verbrechen gehören nicht genauer betrachtet, sind vielleicht gar nicht so schlimm. Aber greifen nicht gerade „Ausländerrechtliche Verstöße“ in den letzten Jahren besonders massiv die Grundfesten unserer Gesellschaft an? So wurden vor allem die illegalen Grenzübertritte aus der Präsentation der bayerischen Kriminalstatistik verbannt.
Klartext: Ohne die massenhaften illegalen Grenzübertritte hätte es auch nicht den explosionsartigen Anstieg an Vergewaltigungen gegeben und das nicht nur in Bayern. Fernab jeder statistischer Daten ist eine Vergewaltigung für jede betroffene Frau zu 100 Prozent eine nicht wieder gut zu machende Katastrophe. Diese Erkenntnis ignorieren die etablierten politischen Kräfte in Deutschland offensichtlich absichtlich. Es ist höchste Zeit, wieder ans eigene Volk – insbesondere die Frauen – zu denken und entsprechend zu handeln!

Radfahrend „Erlebende" Tübingen: Geduldeter Syrer wollte Zehnjährige vergewaltigen

pi-news.net/tuebingen-geduldeter-syrer-wollte-zehnjaehrige-vergewaltigen/
21.9.2017
Von JOHANNES DANIELS | Wer schützt die tatsächlich Schutzbedürftigen vor den „Schutzbedürftigen“? Die täglichen „nur regional relevanten“ Umvolkungsdelikte und Kollateralschäden an der Bevölkerung nehmen in erschreckendem Maße zu. Sie bedrohen nicht nur Joggerinnen und Rentnerinnen, die zum „falschen Zeitpunkt am falschen Ort waren“ sondern in erschreckendem Ausmaß auch unsere Kinder. Die Staatsanwaltschaft Tübingen hat Anklage bei der „Große Jugendkammer“ gegen einen fast noch jugendlichen 37-jährigen syrischen Asylbewerber aus Rottenburg wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern erhoben.
28 Zentimeter langes „Ausbeinmesser“ gegen Zehnjährige
Der Gast der Bundesregierung fuhr laut Staatsanwaltschaft ein Mädchen mit dem Fahrrad an, packte es und zerrte es dann in einem Heuhaufen (PI-NEWS berichtete). Nur durch die Schreie des Mädchens ließ der 37-Jährige von ihr ab. Nach bisherigen Erkenntnissen begegnete der Syrer, der sich seit Februar 2014 in Deutschland befindet, am Nachmittag des 22. Juni auf dem Radweg bei Hirschau dem Mädchen.
Er soll ihr hinterhergefahren sein, ihr zunächst über den Rücken gestreichelt haben und dann gezielt mit seinem Fahrrad in ihres gefahren sein. Das dadurch gestürzte Mädchen soll er sofort gepackt, bei einem Gebüsch in einen Heuhaufen gedrückt und festgehalten haben. Der 37-jährige Schutzbedürftige, der laut Staatsanwaltschaft ein rund 28 Zentimeter langes Ausbeinmesser mit sich führte, soll sich auf die 10-Jährige gelegt und sie im Genitalbereich berührt haben.

Durch die lauten Rufe des Mädchens kamen couragierte Passanten dem Mädchen zu Hilfe, darunter ein zufällig vor Ort befindlicher Polizeibeamter. Sie überwältigten den geduldeten Asylbewerber trotz des „Ausbeinmessers“, der daraufhin die Kulturanreicherung unterbrechen musste.

Eine vielseitig begabte Merkel-Fachkraft

Die Haftrichterin am Amtsgericht Tübingen stellte bei dem Geflüchteten erhöhte Fluchtgefahr fest: Der Mann aus Syrien hält sich als „geduldeter“ Asylbewerber in Deutschland auf und hat im Kreis Tübingen keine festen sozialen Bindungen und – entgegen allen offiziellen Statistiken – keine Arbeitsstelle! Er war erst vor etwa einem Jahr aus dem Gefängnis entlassen worden, dort hatte er eine Haftstrafe wegen Raubes abgesessen. Auch wegen Ladendiebstählen und sexueller Nötigungen wurde bereits gegen ihn ermittelt.

In rechtlicher Hinsicht wertet die Staatsanwaltschaft Tübingen die Tat als sexuellen Missbrauch von Kindern (§ 176 StGB) in Tateinheit mit sexuellem Übergriff (§ 177 StGB). Die Staatsanwaltschaft hält hierbei die Qualifikation des § 177 Absatz 5 StGB (sexuelle Nötigung) und des § 177 Absatz 7 StGB aufgrund des „Bei-Sich-Führens eines Ausbeinmessers“ beinhart für gegeben. Insgesamt drohe dem Angeklagten eine Freiheitsstrafe von 3 bis zu 15 Jahren.

Dass er tatsächlich wieder in den – meist offen vollzogenen – „Maasregelvollzug“ einrücken muss, ist wohl angesichts der deutschen Rechtsprechung gegenüber „Schutzbedürftigen“ so wahrscheinlich wie die sprichwörtliche Nadel im Heuhaufen.

Kanzlerin kommt nach No-Go-Gießen Gießen: Kultureller Austausch an 28-Jähriger vor Merkel-Auftritt

pi-news.net/giessen-kultureller-austausch-an-28-jaehriger-vor-merkel-auftritt/

20.9.2017

Von WINSTON KIRCHBERG | Merkel kommt! Am Donnerstag, dem 21. September, wird die Bundeskanzlerin des „Großen Austausches“ im Wahlkampf auch in Gießen sprechen. Ähnlich wie in Rosenheim und vielen anderen Städten ihrer großen „Tor-Tour“ wird sie sich – nur verbal – dabei mit der neuen Vergewaltigungswelle im „Merkelsommer 2017“ konfrontiert sehen.

Täter und ideologische Mittäter – Hinweise an die Kripo

In der Nacht auf Montag wurde in der Gießener Innenstadt eine 28-Jährige vergewaltigt. Die Frau war zu Fuß unterwegs, als die männliche Person sie von hinten plötzlich packte und auf die andere Straßenseite zog.

Vor einer Garage forderte Merkels Ficki-Ficki-Fachkraft von der Frau, sexuelle Handlungen an ihm vorzunehmen. Noch bevor es dazu kam, gelang es der 28-Jährigen, sich loszureißen. Der Täter konnte die Frau aber wieder einholen, schlug sie und zerrte sie an den Haaren in eine Einfahrt. Dort kam es dann zu einem sexuellen Übergriff.

Die Frau konnte sich wenig später erneut losreißen und auf die Straße rennen. Als ein vorbeifahrender Autofahrer stehen blieb, flüchtete der Täter.

Die Kriminalpolizei Gießen fahndet nach einem Mann, der etwa 25 Jahre alt und 180 Zentimeter groß sein soll. Der Täter soll dunkle kurze Haare, eine normale Statur, einen dunklen Teint sowie einen Bartansatz haben. Er soll eine blaue Jeans und ein sogenanntes „Longsleeve“ getragen haben. Laut Zeugenangaben soll er „Deutsch mit leichtem Akzent“ gesprochen haben.

Wirkungsvolle Maas-Nahmen: Bessere Beleuchtung gegen Rapefugees!

Im Februar wurde eine Frau in der Frankfurter Straße in Gießen von drei Unbekannten überfallen und vergewaltigt.

Kurz vor der Unterführung unter der Lahnstraße sei sie von drei Männern in einer ihr nicht verständlichen Sprache angesprochen, zunächst „rumgeschubst“ und schließlich vergewaltigt worden. Ob die Frau mehrfach und von allen drei Tätern missbraucht wurde, dazu wollte die Polizei aus ermittlungstaktischen Gründen nichts sagen. [..]

Ob die mutmaßlichen Täter der – laut Polizei – alkoholisierten Frau gefolgt waren, ihr auflauerten oder zufällig auf sie trafen, ist völlig unklar. Nach der Beschreibung der Frau sollen die Männer alle dunkle Haare haben. Einer der Männer, er wird von ihr als Haupttäter beschrieben, sei etwa 1,60 Meter groß, habe einen dunklen Teint und einen hellen Pulli mit einem weißen Querstreifen getragen. [..]

Gießens Frauenbeauftragte Friederike Stibane spricht sich unterdessen dafür aus, vor allem die Verbindungswege am Rande der Stadt so zu beleuchten, dass ein weitgehend gefahrenloses Passieren möglich ist. Wobei es eine absolute Sicherheit ohnehin niemals gebe. „Wenn jemand beabsichtigt, eine Frau zu überfallen, werden wir das nicht verhindern können.“ Zumal selbst auf öffentlichen Plätzen Frauen sexuell belästigt würden. Auch plädiert Stibane für den Einsatz von Videokameras – „vorausgesetzt, sie werden eingesetzt, wenn es darum geht, eine Straftat aufzuklären“.

Immer mehr sexuelle Inkulturationen mit Pfefferspray

Im Mai wurden an einem Sonntag zwei „Übergriffe durch Männer“ angezeigt: In beiden Fällen konnten Polizeibeamte wenig später den mutmaßlichen Verdächtigen aufgrund der Zeugenhinweise dingfest machen. In einem Fall hatte offenbar ein 28-Jähriger aus Somalia in Gießen eine Spaziergängerin angesprochen und sich danach entblößt. Als der Mann die Frau mit Gewalt bedrängen wollte, setzte sie ein Pfefferspray ein. Der geflüchtete Somalier flüchtete daraufhin „dorthin wo der Pfeffer wächst“. Wenig später klickten die Handschellen. Der polizeilich bekannte Wohnsitzlose wird am Montag auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim zuständigen Gericht vorgeführt.

„Mutti“ kommt – auf den Schandplatz!

Der Gießener Anzeiger berichtet:

Im Bundestagswahlkampf macht Kanzlerin Dr. Angela Merkel am Donnerstag deshalb in Gießen Station – nämlich auf dem Brandplatz, mittlerweile „Schandplatz“ im Volksmund. Zuletzt war die Christdemokratin, die mit ihrem Besuch den heimischen Kandidaten Prof. Helge Braun unterstützt, 2013 in der Stadt. Auch damals stand die Schicksalswahl zum Bundestag bevor. Neben ihr wird nun auch der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier als Redner auf der Bühne erwartet. [..] Die CDU rechnet mit regem Interesse an dem Auftritt und empfiehlt deshalb, rechtzeitig da zu sein. Denn die Plätze sind begrenzt. Zum letzten Gastspiel der Unionspolitikerin 2013 in Gießen kamen 3.000 Menschen auf den Schiffenberg. Angesichts der interkulturellen Übergriffe der letzten vier Jahren dürfte es diesmal aber ungemütlicher für „Mutti“ werden.

Naherholungsgebiet Hamburg Schänder-Studies: Gruppenvergewaltigung von 23-jähriger am Bramfelder See

pi-news.net/schaender-studies-gruppenvergewaltigung-von-23-jaehriger-am-bramfelder-see/
22.9.2017

Von WINSTON KIRCHBERG | Der Norden Hamburgs wird immer prekärer im Zeichen der unkontrollierten Zuwanderung, vor allem für unbegleitete Frauen. Wie die Hamburger Polizei jetzt mitteilte, wurde eine junge Hamburgerin (23) im Steilshooper „Naherholungsgebiet" Bramfelder See Anfang September von fünf bislang unbekannten Männern sexuell genötigt und vergewaltigt.

Die junge Frau habe auf einer Parkbank gesessen, als sie die Stimmen mehrerer Männer hörte. Als sie sich daraufhin entfernen wollte, sei sie von den Männern umringt und trotz Gegenwehr zu Boden gebracht worden. Anschließend sei es zu der Gruppenvergewaltigung gekommen.

Auffällig abstehende Ohren

Die Polizei sucht nun nach den Tätern, die wie folgt beschrieben werden: Die Männer sollen zwischen 25 und 30 Jahre alt und etwa 1,70 bis 1,80 Meter groß sein. Sie sollen alle kurze Haare getragen haben. Einer der Männer soll außerdem einen Bart haben, ein weiterer habe auffällig abstehende Ohren gehabt. Die Täter sprachen möglicherweise in bulgarischer, rumänischer oder russischer Sprache.

Zeugen, die Hinweise auf die Täter geben können oder Beobachtungen gemacht haben, die mit der Tat im Zusammenhang stehen könnten, werden gebeten, sich unter der Hinweisnummer 040/4286-56789 zu melden. Das Fachkommissariat für Sexualdelikte hat die weiteren Ermittlungen übernommen.

Das Naherholungsgebiet im Hamburger Norden liegt im Einzugsbereich von Barmbek-Nord und Steilshoop mit überdurchschnittlichen hohem Zuwanderer- und Ausländeranteil. Auch der Anteil von Hartz-IV-„Leistungsempfängern" liegt mit 24% (!) erheblich über dem Schnitt der Hansestadt.

Speziell die in den letzten zwei Jahren gestiegenen Vergewaltigungszahlen im rot-grünen Hamburger Norden geben Anlass zu Bedenken. Besonders beliebt im Vorfeld der sexuellen Übergriffe auf Krankenschwestern und Joggerinnen ist der sogenannte „Hilferuf-Trick" der neuen deutschen Staatsgäste.

21. September 2017, 16:47 Uhr

Polizeizahlen zu Flüchtlingen

Was die Statistik über Sexualdelikte verrät - und was nicht

Fast 50 Prozent mehr angezeigte Vergewaltigungen, tatverdächtig sind oft Zuwanderer: Diese Zahlen gab Bayerns Innenminister Hermann bekannt - und korrigiert sich nun.

Worum geht es?

Der jüngste Fall, der bundesweit Schlagzeilen machte, ereignete sich am vergangenen Wochenende: In der Nähe von München vergewaltigten laut Polizei zwei junge Afghanen eine 16-Jährige, das Mädchen hatte sich mit den Männern demnach zuvor an einer Flüchtlingsunterkunft getroffen. Die mutmaßlichen Täter und das Opfer kannten sich also offenbar.

Es sind Taten wie diese, die Entsetzen und Empörung auslösen - vor allem, wenn die Verdächtigen als Asylbewerber in Deutschland leben. Entsprechend groß war das Interesse, als der bayerische Innenminister Joachim Hermann in der vergangenen Woche statistische Zahlen zu Sexualdelikten in Bayern bekanntgab.

Unter anderem, so sagte es der CSU-Politiker, seien bis Ende Juni fast 50 Prozent mehr Vergewaltigungen angezeigt worden als im ersten Halbjahr 2016. Bei den Tatverdächtigen fällt der überproportional große Anteil einer kleinen Bevölkerungsgruppe auf: Zuwanderer. Nun diskutieren Bayern und der Rest der Republik erneut über sexuelle Übergriffe von Flüchtlingen.

Worum geht es in der Statistik?

In einer Sitzung des bayerischen Ministerrats hatte Hermann in der vergangenen Woche vorläufige Zahlen der Polizeipräsidien des Freistaats bekanntgegeben. Insgesamt sei die Sicherheitslage gut, doch mit Blick auf Sexualdelikte verkündete der Innenminister eine besorgniserregende Entwicklung: Die Zahl der Vergewaltigungen sei im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 222 auf 685 gestiegen, ein Zuwachs von 47,9 Prozent.

Die Anzahl der Taten, die Zuwanderern zugerechnet werden, sei um fast 91 Prozent auf 126 gewachsen. Deren Anteil an allen Vergewaltigungen betrage 18 Prozent - und wäre damit deutlich überproportional, wie unter anderem die "Süddeutsche Zeitung" berichtete. Als Zuwanderer rechnen die Statistiker demnach vor allem Asylbewerber, Geduldete und Bürgerkriegsflüchtlinge.

Was genau geht aus den Zahlen hervor?

Die tatsächlichen Daten der Polizei decken sich in einigen Punkten allerdings offenbar nicht mit diesen Aussagen. Am Mittwoch verkündete Hermann ein "7-Punkte-Programm zur Bekämpfung von Sexualstraftaten" - und korrigierte nebenbei einige seiner Angaben aus der vergangenen Woche.

Die 685 genannten Sexualdelikte umfassen nicht nur Vergewaltigungen, sondern auch sexuelle Nötigungen, wie es nun in einer Mitteilung des bayerischen Innenministeriums heißt. Die Zahl der "überfallartigen Vergewaltigungen" sei nicht um fast 50 Prozent gestiegen - sondern um nicht einmal fünf Prozent, von 68 auf 71 Taten. Dabei waren 17-mal Zuwanderer tatverdächtig, im ersten Halbjahr 2016 waren es neun.

Insgesamt stieg die Zahl von Sexualdelikten in Bayern demnach von 2.942 im ersten Halbjahr 2016 auf 3.485 von Januar bis Juni 2017. Eine detaillierte Aufschlüsselung soll laut Hermann erst noch folgen.

Welche Rolle spielen Änderungen im Sexualstrafrecht?

Der Bundestag verschärfte das Sexualstrafrecht im Juli 2016, seit November sind die Änderungen in Kraft. Paragraf 177 des Strafgesetzbuches wurde reformiert, um sexuelle Gewalt leichter ahnden zu können. Nun macht sich nicht nur strafbar, wer Sex mit Gewalt oder Gewaltandrohung erzwingt. Es genügt, wenn sich Täter über den "erkennbaren Willen" des Opfers hinwegsetzen.

Neu hinzu kam der Straftatbestand sexueller Angriffe aus einer Gruppe heraus. In solchen Fällen können alle Teilnehmer der Gruppe belangt werden. Die Reform des Sexualstrafrechts

hat auch Folgen für das Aufenthaltsrecht. Demnach kann eine Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe schneller zu einer Ausweisung führen.
Nach der Reform sind mehr Übergriffe strafbar als zuvor. "Es ist also eine logische Folge, dass die Gesetzesänderung zu mehr Strafanzeigen führt", sagt der Regensburger Strafrechtler Henning Ernst Müller dem SPIEGEL.

Warum werden die Zahlen gerade jetzt öffentlich?

Die Veröffentlichung der Zahlen wurde als wahltaktisches Manöver kritisiert, der CSU politisches Kalkül vorgeworfen.
Fakt ist: Bei den vom bayerischen Innenministerium veröffentlichten Zahlen handelt es sich nicht um einen Teil der regulären Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). "Normalerweise werden die Zahlen nur in Jahresabständen veröffentlicht", sagt Strafrechtler Müller. "Es ist ungewöhnlich, Zahlen für das erste Halbjahr zu veröffentlichen." Tatsächlich einigten sich die Innenminister der Länder 2012 darauf, keine Zahlen für das jeweils laufende Jahr zu veröffentlichen. Aus den bisherigen Mitteilungen des Innenministers geht laut Müller auch nicht klar hervor, ob die Zahlen für 2017 sich auf genau dieselben Deliktsformen beziehen wie die für 2016.

Unklar ist zudem, welche Rückschlüsse sich aus den jetzt veröffentlichten Zahlen für ganz Deutschland ziehen lassen. Dass der Zuzug Hunderttausender Menschen sich auf die Kriminalstatistik auswirkt, ist jedenfalls keine Überraschung: Bundesinnenminister Thomas de Maizière sagte bereits im April, dass die Zahl deutscher Tatverdächtiger bei Gewaltdelikten um ein Prozent gestiegen sei, die der tatverdächtigen Flüchtlinge und Asylbewerber um knapp 90 Prozent.

Demzufolge hatte es 2016 insgesamt 12,8 Prozent mehr Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen gegeben als im Vorjahr - auch als Folge der Flüchtlingskrise. "Da gibt es nichts zu beschönigen", sagte de Maizière.

Welche Tücken hat die Polizeiliche Kriminalstatistik?

Die PKS lässt laut Müller bei den meisten Delikten keine Schlüsse zu, wie sicher die Bürger sind. "Die PKS gibt keine Auskunft darüber, wie viele Straftaten tatsächlich begangen werden", sagt er. "Entscheidend ist hier die Anzeigebereitschaft." Diese steigt laut Müller bei Körperverletzungs- und Sexualdelikten seit Jahren. Auch die Berichterstattung in den Medien und die gesellschaftliche Debatte um die Verschärfung des Sexualstrafrechts dürften demnach dazu beigetragen haben, dass mehr Übergriffe angezeigt werden. "Und wir wissen, dass die Anzeigebereitschaft bei Unbekannten höher ist, insbesondere bei anders aussehenden Menschen", sagt Müller.
Die PKS spiegelt daher laut Müller nur bei wenigen Delikten die tatsächlichen Verhältnisse wieder. Das sei etwa bei Wohnungseinbruchs- oder Autodiebstahl der Fall, mitnichten aber bei Körperverletzungs- und Sexualdelikten (weshalb der Umgang mit Kriminalstatistiken verzwickt ist, lesen Sie hier).
"Die Kriminalstatistik eignet sich deshalb gut dafür, politische Botschaften zu transportieren, die die Wirklichkeit in der Sache so nicht hergibt", sagt Müller.
asa/mxw

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/fluechtlinge-und-vergewaltigungen-in-bayern-das-statistik-problem-a-1169088.html

21. September 2017, 16:38 Uhr

Frauenangst vor Flüchtlingen

Wie konnte das passieren?

Von Annett Meiritz und Anna Reimann

Müssen Frauen Angst haben, weil mehr Flüchtlinge im Land sind? Eine nüchterne Debatte darüber haben alle demokratischen Parteien verweigert. Ein Plädoyer für politisches Umdenken.

Zunächst die Fakten. Vergangenen Freitag wurde eine 16-Jährige in Oberbayern von mehreren Männern vergewaltigt, die Verdächtigen stammen aus Afghanistan. Vor zwei Wochen wurde eine Frau aus Rosenheim vergewaltigt, als sie durch den Park joggte, unter Verdacht steht ein abgelehnter Asylbewerber aus Nigeria. In Bonn steht ein Mann aus Ghana vor Gericht, weil er ein zeltendes Paar mit einer Säge bedroht und die Frau vor den Augen ihres Freundes vergewaltigt haben soll.

In Dessau sitzen vier Männer aus Eritrea in U-Haft. Ihnen wird vorgeworfen, eine 56-Jährige vergewaltigt zu haben, als diese Flaschen sammelte. Ein syrischer Flüchtling soll seine 20-jährige Ex-Freundin schwer misshandelt, mit Zigaretten verbrannt und mit Messern gestochen haben. Im September begann der Prozess gegen einen Afghanen, der in Freiburg eine nach Hause radelnde Studentin gewürgt, vergewaltigt und in einen Fluss gelegt haben soll. Die Frau ertrank.

Bleiben wir bei den Fakten. Sexuelle Gewalt gibt es überall, sie ist ein Teil von Deutschland, sie war es schon immer. "Biodeutsche" Väter, Brüder, Söhne, Nachbarn, Ehemänner, Lebenspartner, Bekannte, Unbekannte verüben Vergewaltigungen, man kann die Zahl jedes Jahr in der Kriminalitätsstatistik nachlesen. Vergewaltigt wird in der eigenen Wohnung, in der katholischen Kirche, in der Ehe, auf dem Oktoberfest, auf der Uni-Toilette, in der Nachbarschaft, auf dem Festival, nach der Disko. Die Täter kommen aus allen Bevölkerungsgruppen.

Der eine Teil - diese konstante Realität sexueller Gewalt - ist eine uralte Tatsache. Der andere Teil - die von Zuwanderern begangenen Taten der jüngeren Zeit - ist aktueller. In den vergangenen zwei Jahren kamen Hunderttausende Flüchtlinge ins Land. Unter ihnen viele junge Männer, die größte Risikogruppe für Kriminalität.

Wächst die Gefahr sexueller Übergriffe damit automatisch? Und wie konnte es passieren, dass sexuelle Übergriffe durch Rechtspopulisten instrumentalisiert - und von demokratischen Parteien vernachlässigt wurden? Antworten darauf sind heikel, weil es selten Raum gibt, die Lage nüchtern zu betrachten. Versuchen wir es.

1. Die Debatte über Flüchtlinge und Frauengewalt ist vergiftet.

In der letzten bundesweiten Kriminalitätsstatistik Ende April lagen Zuwanderer, wie schon in den Vorjahren, in einigen Feldern deutlich über dem Schnitt - unter anderem bei Vergewaltigungen. Die Zahl dieser Taten ist angestiegen, Ausländer sind überproportional vertreten, und die meisten Täter sind weiterhin Deutsche.

Doch die Zahlen mischen sich mit einem abstrakten Gefühl des Unwohlseins. Wer nach Vergewaltigungsfällen sucht, wird häufig auf Verdächtige stoßen, die nicht in Deutschland geboren sind. Auch, weil jedes Kleinstadtverbrechen binnen Minuten zehn-, zwanzig-, hunderttausend Smartphones im ganzen Land erreicht. Seit den Vorfällen der Kölner Silvesternächte gibt es zudem eine höhere Wachsamkeit, dass aggressive Männergruppen - im Fall von Köln überwiegend mit Migrationshintergrund - eine reale Bedrohung für Frauen sein können.

Es gibt in dieser Gemengelage nicht wenige Frauen - die Autorinnen dieses Textes zählen sich dazu - die das Asylrecht verteidigen und Rassismus ablehnen. Die aber durch die Häufung und die Brutalität der einzelnen Fälle verunsichert sind und genauer

überlegen, ob der Radweg durch den Park strategisch günstig liegt. Die sich manchmal für diesen Gedanken schämen. Diese Frauen finden keine Partei, die die Situation breit und konstruktiv thematisieren würde.

2. Schuld daran sind auch die demokratischen Parteien.

Dabei ist der Schutz von Frauen ein urlinkes Thema. Selbst Linke, Grüne und SPD besetzen es im Zusammenhang mit Flüchtlingen aber nicht offensiv. Das haben sie in den vergangenen zwei Jahren höchstens halbherzig und verdruckst getan. Denn wenn sich die Rechte von Frauen mit dem Thema Flüchtlinge vermischen, tun sich diese Parteien schwer mit klaren Ansagen. Zu groß ist die Furcht vor dem Rassismusvorwurf, wenn man die Herkunft der Täter und Probleme, die vielleicht mit dieser zu tun haben, thematisiert.

Besonders eindrücklich zeigte sich dieses Hadern nach den sexuellen Übergriffen am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht 2015. Die Grünen vermieden es in den ersten Tagen, die mutmaßliche Herkunft der Tätergruppen konkret zu thematisieren. Die Linke Katja Kipping sprach zwar von einem "üblen, männerbündischen Exzess" - und lenkte gleich wieder vom eigentlichen Thema ab: Sexismus sei keine Importware, sondern fest verankert in Europa. "Es muss auch eine Integration für deutsche, gewalttätige Männer geben", sagte sie. Auch die damalige Frauenministerin Manuela Schwesig (SPD) blieb in dieser Frage blass.

Während das linke Lager ein Vakuum hat entstehen lassen, nutzte es das rechte und konservative Lager populistisch aus. Allen voran die AfD, aber nicht nur sie: Zahlen zu sexuellen Übergriffen in Bayern stellte die CSU-Regierung verzerrt dar und korrigierte sie erst, nachdem sie massenhaft verbreitet waren.

Schon die allgemeine Debatte ums Frauenbild im Islam verläuft schräg: Konservative fordern besonders laut ein Burkaverbot und spielen sich als Hüter der Frauenrechte auf, obwohl sie das sonst eher nicht tun. Viele linke Feministinnen hingegen erklärten die islamistische Vollverschleierung zur harmlosen Folklore.

Während die eine Seite weitgehend schweigt, missbraucht die andere Frauenrechte und Frauengewalt aus politischem Kalkül. Das ist eine gefährliche Mischung. Sie spaltet und verhindert Lösungen.

3. Wir brauchen eine neue, ehrliche Debatte ohne Hass.

Angela Merkel hat im Wahlkampf auf einen Vergewaltigungsfall in Rosenheim reagiert. Aber erst, als sie darauf angesprochen wurde. Martin Schulz ließ Kritik an der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen plakatieren, aber sprach ebenfalls nur über sexuelle Übergriffe speziell durch Flüchtlinge, wenn er in Wahlarenen danach gefragt wurde.

Was wir aber brauchen, ist eine souveräne, vernunftgetriebene Debatte. Parteien und Spitzenpolitiker sollten über Fakten sachlich die Größe des Problems benennen. Sie sollten offensiv fragen, ob etwa Präventionsarbeit anders aussehen muss als bei "biodeutschen" Tätern, ob es bestimmte Brennpunkte gibt, die Handeln erfordern.

Sie sollten es dabei unterlassen, einen Gegensatz aufzumachen zwischen "den Flüchtlingen" und "den deutschen Frauen" - wie es etwa der Grünen-Politiker Boris Palmer fahrlässig tat, als er über "blonde Professorentöchter" sprach.

Sie sollten stattdessen zwischen den "Anständigen" - also der großen Mehrheit der Männer und Frauen, Zuwanderer und Nicht-Zuwanderer - auf der einen Seite und den "Verbrechern" auf der anderen unterscheiden.

Sie sollten sich gleichzeitig politisch intensiv um jene Flüchtlinge kümmern, die verunsichert sind von neuen Rollenbildern - in Schulen, in Integrationskursen, in Ausbildungsbetrieben. Sie sollten diese Verunsicherten nicht zu potenziellen Tätern machen, wie es die AfD tut. Und sie sollten die Ängste von Frauen ernst nehmen, nicht schüren.

URL:

- http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2017-wie-die-parteien-furcht-von-frauen-vor-fluechtlingen-unterschaetzen-a-1169093.html

26-Jähriger lebensgefährlich verletzt Mannheim: Türken prügeln Deutschen mit Eisenstange ins Krankenhaus

pi-news.net/mannheim-tuerken-pruegeln-deutschen-mit-eisenstange-ins-krankenhaus/
26.9.2017
Türkische Einkaufsstraße im Mannheimer Stadtteil Jungbusch.
Am frühen Sonntagmorgen, 17.09.2017, kam es im Mannheimer Stadtteil Jungbusch zu einer Auseinandersetzung zwischen einer etwa 10-köpfigen Tätergruppierung und drei bis fünf jungen Männern. Dabei wurde ein 26-jähriger Mann lebensgefährlich verletzt.
Nachdem die Männer kurz nach drei Uhr eine Gaststätte in der Jungbuschstraße verlassen hatten, trafen sie in der Beilstraße auf rund 10 Männer, nach ersten Erkenntnissen türkischer Herkunft, die sofort damit begannen, einen Streit zu provozieren. Sie gingen, mit Messern und einer Eisenstange bewaffnet, auf die drei bis fünf jungen Männer los. Hierbei stachen, traten und schlugen sie auf ihre wehrlosen Opfer ein. Ein 26-jähriger Deutscher erlitt dabei Stichverletzungen und eine offene Kopfverletzung, vermutlich durch Tritte oder Schläge mit der Eisenstange. Der Mann wurde nach notärztlicher Erstbehandlung am Tatort mit lebensbedrohlichen Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert, wo er zur Stunde notoperiert wird. Zwei weitere Personen wurden mit leichteren Verletzungen in eine Klinik gebracht, die sie nach ambulanter Behandlung wieder verlassen konnten.
(Pressemitteilung des „ Polizeipräsdiums Mannheim)
Eingangs ein Dank an die Mannheimer Polizei, die den Übergriff der Türkengruppe nicht „wegen der Befürchtung von negativen Schlagzeilen“ wie andere Polizei-Dienststellen verschweigt. Die Qualitätspresse „Rhein-Neckar-Zeitung“ berichtet, dass inzwischen „fünf „Männer“ als Tatverdächtige festgenommen worden sind.
Und noch ein Fall grundloser Gewalt durch vermutlich einen Türken fand diese Tage in Mannheim statt:
Mannheim-Sandhofen – Grundlos wird ein 16-Jähriger in einer Straßenbahn von einem Jugendlichen angegangen und verprügelt. Erst als mutige Zeugen einschreiten, lässt der Angreifer von seinem Opfer ab. Der Vorfall hat sich bereits am Donnerstagnachmittag (21. September) ereignet, wurde aber erst Ende der Woche zur Anzeige gebracht. Ein 16-Jähriger ist gegen 15:20 Uhr in einer Straßenbahn der Linie 3 unterwegs, als er plötzlich aus dem Nichts in Höhe der Haltestelle „Hanfstraße“ von einem Unbekannten attackiert wird. Der Angreifer – ungefähr im gleichen Alter wie sein Opfer – schlägt dem 16-Jährigen mehrmals mit der Faust ins Gesicht, nimmt ihn anschließend in den Schwitzkasten. Erst als zwei mutige Passanten einschreiten und dem Jugendlichen zur Hilfe eilen, lässt der Täter von seinem Opfer ab. An der Haltestelle „Bürstadter Straße“ schmeißt ihn der Straßenbahnfahrer aus der Bahn. Beschreibung des Tatverdächtigen: Circa 16 Jahre alt, kleiner als der Geschädigte

(dieser misst 1,90 Meter), möglicherweise Türke, dunkle Augenbrauen, rundliches Gesicht, kräftiger Körperbau, trug ein weißes Basecap, Jogginganzug und Umhängetasche.
Auch in Bremen durfte man sich diese Woche über türkische „Bereicherung“ freuen: Gestern Nachmittag riefen diverse zum Teil erschrockene und verärgerte Bürger im Lagezentrum der Polizei Bremen an. Sie berichteten und beschwerten sich über die Teilnehmer einer türkischen Hochzeitsgesellschaft, die mit ihren zum Teil beflaggten Fahrzeugen auf den Domshof gefahren waren. Es wurden Böller gezündet und mit Handfeuerwaffen in die Luft geschossen.
Beim Eintreffen der ersten Einsatzkräfte bewegte sich der aus 33 Fahrzeugen bestehende Konvoi mit lautem Hupen über die Violenstraße in Richtung Am Wall. Einzelne Teilnehmer lehnten sich aus dem fahrenden Auto und schossen mit Schreckschusswaffen. Über den Domshof konnten Rauchschwaden und der Geruch von Schwarzpulver wahrgenommen werden. Der Konvoi wurde Am Wall/Herdentorsteinweg gestoppt. Fahrzeuge die gewendet hatten wurden an der Bischofsnadel gestoppt. Es wurden von allen Fahrzeugführern die Personalien festgehalten. Ihnen wurde deutlich gemacht, dass das gezeigte Verhalten nicht toleriert wird und sämtliche Verstöße konsequent verfolgt werden. Die meisten Teilnehmer zeigten sich während der polizeilichen Maßnahmen weitestgehend kooperativ und einsichtig. Es wurden diverse Strafanzeigen sowie Verkehrsordnungswidrigkeits-Anzeigen gefertigt. Zwei Gaswaffen, diverse Magazine mit Munition, zwei Teleskopschlagstöcke und ein Ein-Handmesser wurden beschlagnahmt.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Bernburg: Ausländische Schüler verprügeln einen 13-jährigen deutschen Mitschüler, weil er ein Kätzchen vor ihren Tritten schützen wollte. Sein Vater macht sich in den sozialen Netzwerken Luft, weil die Schule den Fall wohl aufgrund der Täterherkunft unter den Tisch kehren wollte.
„Der Junge ist von einer Gruppe von sieben Schülern angegriffen worden.“ Drei davon haben auf ihn eingeschlagen, erzählt ein Mädchen aus Johns Klasse. Einer habe ihn geschubst, die anderen, die teils 17 Jahre alt waren, standen drum herum und hielten andere ab, John zu helfen, sagt das Mädchen. Immerhin über 20 Schüler verfolgten die Szene und versuchten, mit einzugreifen. Brisanz bekommt das Ganze, weil es sich bei den Jungs, die John geschlagen haben, um ausländische Mitschüler handelt. … Erst nach Minuten gelang es, die Schläger von John wegzudrängen und den am Boden liegenden Jungen in den Flur des Schulgebäudes zu ziehen.
Der komplette Vorfall kann bei der Mitteildeutschen Zeitung nachgelesen werden. Die zwischenzeitlich suspendierten Schläger dürfen wieder am Unterricht teilnehmen.
München: Am Mittwoch, 20.09.2017, gegen 01.00 Uhr, gerieten zwei somalische Schüler im Alter von 19, 20 und 21 Jahren zunächst mit einem älteren Mann in der Tegernseer Landstraße in einen verbalen Streit. Nachdem dieser Streit von Passanten geschlichtet werden konnte, zogen die drei Schüler einen zufällig an dieser Örtlichkeit vorbeikommenden 57-jährigen Münchner von seinem Fahrrad und gingen diesen gleichzeitig mit mehreren Schlägen und Fußtritten körperlich an. Anschließend entrissen sie diesem das Fahrrad und flüchteten damit. Ein ebenfalls zufällig die Örtlichkeit passierender Sicherheitsmitarbeiter verständigte die Polizei, welche die Flüchtigen mitsamt dem entwendeten Fahrrad in Tatortnähe festnehmen konnte. Der 57-Jährige erlitt durch den körperlichen Angriff nicht unerhebliche Verletzungen im Gesicht und wurde ambulant in einem Krankenhaus behandelt. Die drei Schüler werden dem Ermittlungsrichter im Polizeipräsidium München zur Klärung der Haftfrage vorgeführt.
Peine: Am Sonntagabend ging ein 23-jähriger Mann mit seinem Hund auf dem Gehweg des Friedrich-Ebert-Platzes in Höhe E-Center Gassi. Als ihm vier junge Männer entgegenkamen,

schnüffelte sein Hund an einem der Männer. Die Hündin wurde dann von einem der Vier getreten und jaulte auf. Als der 23-Jährige die vier ansprach, bekam er einen Faustschlag ins Gesicht. Es folgten dann noch mehrere Schläge, so dass er zu Boden ging. Einer der Männer trat ihm dann aufs Handgelenk. Die südländisch aussehenden jungen Männer unterhielten sich nicht auf Deutsch. Sie waren zwischen 18 und 23 Jahre alt.

Traunstein: Gegen 3.15 Uhr wurden zwei 19-jährige Slowaken und ein Pole von einer Gruppe von mindestens vier jungen Männern mit arabischen Aussehen überfallartig angegriffen. Einer aus der Gruppe hatte den Polen schon zuvor in einem Lokal in der Herzog-Wilhelm-Straße ohne Vorwarnung zwischen die Beine getreten. Jetzt trat ein Mann erneut mit dem Fuß zu. Es entstand eine heftige Rangelei. Einer aus der Personengruppe führte eine grobgliedrige Kette mit sich und schlug mit dieser um sich. Am Ende der Auseinandersetzung schlug noch einer der jungen Männer aus der Gruppe dem 24-jährigen Polen eine Flasche in den Nacken. Die Personengruppe konnte noch vor Eintreffen der Polizei flüchten.

„Männer“ schlagen Schwulen zusammen

Berlin: Gestern Mittag wurde in Kreuzberg ein Fahrradfahrer zunächst homophob beleidigt und anschließend geschlagen. Nach derzeitigem Ermittlungsstand war ein 42-Jähriger gegen 13.10 Uhr mit seinem Rad auf dem Legiendamm unterwegs. Gemäß seinen Angaben musste er auf Höhe des Oranienplatzes einem ungünstig abgestellten Mercedes ausweichen, um nicht mit diesem zusammenzustoßen. Daraufhin habe er seinen Unmut geäußert, woraufhin zwei Insassen aus dem Wagen ausgestiegen sein und ihn homophob beleidigt haben sollen. Als er daraufhin bestätigte homosexuell zu sein, soll ihn das Duo angegriffen haben. Die Männer sollen ihn geschlagen und am Boden liegend gegen den Kopf getreten haben. Ein dritter Mann sei dann noch hinzugekommen und habe ebenfalls auf ihn eingeschlagen und –getreten. Als das Trio dann von ihm abließ, soll einer der Angreifer zu Fuß und die beiden anderen in dem Mercedes geflüchtet sein. Ein alarmierter Rettungswagen brachte den 42-Jährigen mit Verletzungen am Kopf und an einem Arm zur Behandlung in ein Krankenhaus. Der Polizeiliche Staatsschutz beim Landeskriminalamt hat die weiteren Ermittlungen übernommen. (Kommentar Pi: Warum veröffentlicht der Staatsschutz den keinen Fahndungsaufruf mit einer Täterbeschreibung? Der Radfahrer konnte die Schläger doch während des Gesprächs mit Sicherheit gut erkennen)

„Südländer“ haben Drogenhandel übernommen

Leipzig: Die Leipziger Polizei hat sich in ungewöhnlich deutlicher Form zur Kriminalität von Zuwanderern geäußert. Ein Polizeisprecher erklärte am Donnerstag, die Polizei sei „berufsbedingt fast ausschließlich und nicht zu knapp mit negativen Aspekten des Flüchtlingszustroms befasst“. Er räumte ein, dass dies eine „einseitige Wahrnehmung“ sei, damit sei aber keine Pauschalisierung oder „Ausbildung/Bestärkung von Stereotypen“ verbunden. Die Erklärung ist Bestandteil des von der Polizeidirektion Leipzig herausgegebenen täglichen Presseberichts. Sie steht als Nachsatz unter einer Meldung über eine Polizei-Großkontrolle am Donnerstag, bei der mehr als 50 Beamte der Landes- und der Bundespolizei in innerstädtischen Parkanlagen gestohlene Bekleidung und Drogen sicherstellten. Bei den Tatverdächtigen, deren genaue Zahl nicht genannt wurde, handelt es sich nach Polizeiangaben fast ausschließlich um Migranten, die Rede ist von „Personen mit südländischem Äußeren“. Eine Polizeisprecherin sagte der MZ am Abend auf Nachfrage, bei der Straßenkriminalität mit Drogen habe man es in der Regel mit ausländischen Tatverdächtigen zu tun. „Die deutschen Dealer sind verdrängt worden.“

http://www.n-tv.de/panorama/Mann-erschiesst-Kirchgaengerin-in-Tennessee-article20050715.html
Montag, 25. September 2017
Attentat oder Amoklauf?Mann erschießt Kirchgängerin in Tennessee
Ein junger Mann ermordet vor einer Kirche eine Frau, die gerade auf dem Weg zu ihrem Auto ist. Dann sucht sich der Täter im Inneren der Kirche weitere Opfer - und wird schließlich durch eine Kugel aus seiner eigenen Waffe gestoppt.
Ein 25-Jähriger im US-Bundesstaat Tennessee hat am Sonntag das Feuer auf Kirchgänger eröffnet und eine Frau getötet. Sieben weitere Gläubige wurden verletzt. Dazu zählt ein junger Mann, der den Schützen konfrontiert hatte und von ihm mit der Schusswaffe schwer geschlagen worden war. Über das Tatmotiv herrscht noch Unklarheit. Die Polizei sprach zunächst lediglich von "mehreren Möglichkeiten".
Angehörige der Opfer stehen nach der blutigen Tat unter Schock.
Auch der Schütze selbst wurde verletzt in ein Krankenhaus gebracht, nachdem ihn eine eigene Kugel getroffen hatte. Der Polizei zufolge konnte zunächst nicht zweifelsfrei geklärt werden, ob sich der Schuss während eines Handgemenges gelöst hatte oder der Täter die Waffe gegen sich selbst richtete. **Dem "Tennessean" zufolge lebt der Schütze legal in den USA, ist aber kein US-Bürger. Er soll aus dem Sudan stammen.**
Der Vorfall ereignete sich kurz nach Ende einer Andacht in der Burnette Chapel Church of Christ in Antioch **nahe Nashville. Der Polizei zufolge schoss der Mann zunächst auf dem Parkplatz der Kirche auf eine Frau, die zu ihrem Auto ging. Ein Augenzeuge sagte dem Sender CNN, der Täter habe der Kirchgängerin zunächst in den Rücken geschossen, dann die am Boden liegende Frau umgedreht und direkt in ihr Gesicht gefeuert.**
Dann ging er nach Schilderungen eines Polizeisprechers in die Kirche und schoss anscheinend wahllos auf weitere Gläubige. Die verletzten Schussopfer seien zwischen 60 und 84 Jahre alt.
Quelle: n-tv.de , jve/dpa

Niedersächsische Justizministerin unter Verdacht Goslar: Sollte Vergewaltigung durch Syrer vertuscht werden?

pi-news.net/goslar-sollte-vergewaltigung-durch-syrer-vertuscht-werden/
27.9.2017Wollte die Vergewaltigung zweier syrischer "Flüchtlinge" an einer Deutschen vertuschen - die niedersächsische Justizminsterin Antje Niewisch-Lennartz (Grünen).
Goslar. Niedersachsens Behörden haben offenbar versucht, eine Vergewaltigung durch zwei Syrer vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen. Erst durch eine parlamentarische Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Rudolf Götz kam heraus, daß die Staatsanwaltschaft gegen die beiden Flüchtlinge ermittelt. Er finde die Nichtinformation der Bevölkerung „im Grundsatz nicht richtig“, sagte Götz der Braunschweiger Zeitung. Allerdings kenne er die näheren Umstände nicht und wolle den Fall daher nicht bewerten. Götz hatte aus Polizeikreisen über den Fall erfahren. Die beiden Araber werden beschuldigt, die Frauen unter Drogen gesetzt und anschließend mißbraucht zu haben. Sie sind nicht geständig.
Auf die Frage des Abgeordneten, warum Polizei und Staatsanwaltschaft die Medien nicht über den Vorfall informiert hätten, gab die Landesregierung in ihrer Antwort zu Protokoll: Mit Blick auf die Persönlichkeitsrechte der Geschädigten, Zeugen und Beschuldigten sowie

zum Schutz laufender Ermittlungen sei „eine proaktive Pressearbeit“ regelmäßig nicht geboten.

(Artikel übernommen von der JUNGEN FREIHEIT)

In Hannover wird zumindest zugegeben, dass ein Drogendealer, nachdem er einer Frau vergeblich „Drogen für Sex“ angeboten hat, das Opfer in einer öffentlichen Toilette vergewaltigt. Leider erfahren wir nicht, ob es sich um eine Merkel-Fachkraft handelt, der Vergewaltiger wird nur als „30-jähriger Dealer“ beschrieben. Nähere Hinweise sind für Leser anscheinend *nicht hilfreich.*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Tübingen: Am frühen Samstagmorgen gegen 01:35 Uhr ist es nach Angaben der geschädigten jungen Frau zu einer Vergewaltigung durch einen Schwarzafrikaner gekommen. Das Opfer sei allein durch den Alter Botanischer Garten gelaufen, als sie von dem unbekannten Täter auf eine Zigarette angesprochen wurde. Nachdem sie abgelehnte, habe sie der Täter zum Oralsex aufgefordert und sie anschließend in einem dortigen Gebüsch vergewaltigt. Als die Geschädigte nach der Tat weitere Personen im Alter Botanischer Garten bemerkte, machte sie auf sich aufmerksam, worauf der Täter in unbekannte Richtung flüchtetet. Der Täter wird beschrieben als ca. 1,80 Meter groß, schwarze Hautfarbe, helles T-Shirt, sprach gebrochen Deutsch. Eine intensive Fahndung in Tatortnähe verlief ohne Ergebnis.

In Tübingen wurde erst Mitte September eine 42-Jährige durch einen Mann mit dunklem Teint beraubt und vergewaltigt (PI-NEWS berichtete hier).

Halle (Saale)/Nebra: Mit einem Revisionsantrag stemmte sich ein 40-jähriger Syrer Ende vergangenen Jahres gegen ein Urteil des Landgerichts Halle. Vergebens. Der Bundesgerichtshof hat diesen Antrag verworfen. Damit steht endgültig fest, dass der aus Aleppo stammende Mann dreieinhalb Jahre hinter Gittern verbringen muss, weil er im März vergangenen Jahres in Nebra eine widerstandsunfähige 23-Jährige schwer sexuell missbraucht hat. … Die 23-Jährige verließ im März des vergangenen Jahres ihren Wohnblock. Sie war nicht weit gekommen, als sie umkippte. Dass sie durch einen Schlag ins Genick zu Fall gekommen sei, wie es in der Anklage hieß, konnte nicht nachgewiesen werden. Der Syrer habe sich über die außer Gefecht gesetzte Frau hergemacht, wovon nicht nur Kratzer an ihrem Körper zeugten, sondern auch Verletzungen im Intimbereich. Als sie wieder zu sich kam, lag sie mit entblößtem Unterleib auf der Wiese. Weil sie sich schlecht fühlte, ging sie zurück in die Wohnung, duschte und legte sich schlafen. Die Mutter ihres Freundes war es, die nach ihr schaute und wegen des Verdachts einer Vergewaltigung die Polizei rief. Ein Fährtenhund führte die Beamten ins Asylbewerberheim zu dem Syrer.

Schleusegrund: Am 13.09.2017 wurde bekannt, dass es bereits in der Nacht zum 28.08.2017 zu einem schweren sexuellen Übergriff auf ein 13-jähriges Mädchen kam. Die Geschädigte befand sich zum Tatzeitpunkt zu Besuch bei einer Freundin in der Gemeinde Schleusegrund. Der 36-jährige Vater der Freundin verging sich in der Nacht an der 13-Jährigen, die erst jetzt den Mut fasste, sich ihren Angehörigen zu offenbaren. Noch am 13.09.2017 liefen die

umfangreichen Ermittlungen der Suhler Kriminalpolizei an. Am 14.09.2017 stellte die zuständige Staatsanwaltschaft Meiningen den Haftbefehlsantrag. Der zuständige Richter erließ noch am selben Tag den Haftbefehl. In den Nachmittagsstunden des gestrigen Tages wurde der 36-jährige dringend tatverdächtige Mann vorläufig festgenommen und wurde am 15.09.2017 dem Haftrichter vorgeführt. Dieser verkündete den Haftbefehl und ordnete den sofortigen Vollzug an. Der 36-Jährige mit Migrationshintergrund wurde in eine thüringer Justizvollzugsanstalt gebracht.

Sulzbach-Rosenberg: Ein 13 Jähriges Mädchen hat angegeben, dass sie am Morgen des Donnerstag, 21.09.2017, auf dem Schulweg von zwei Männern festgehalten wurde. Für den Vorfall gibt es bislang keine Zeugen, die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen und bittet um sachdienliche Hinweise. Gegen 07:30 Uhr ging die Schülerin auf ihrem Schulweg zu einer Fußgängerunterführung der B14 bei Sulzbach-Rosenberg, nahe der Hans-Göth-/Edelsfelder Straße. Nach ihren Angaben ist sie hier von zwei Männern an- und letztlich festgehalten worden. Die beiden etwa 35 Jahre alten Männer sollen das Mädchen dann intim berührt haben, so das Mädchen.

Sie beschreibt dass einer der Männer eine schwarze Hose, eine schwarze Jacke und eine Mütze trug, der andere war mit einem blauen Pullover und einer blauen Hose bekleidet, beide Männer sollen etwa 180 cm groß sein und haben nicht deutsch gesprochen. Die Mutter des Mädchens wandte sich am Donnerstagmorgen sofort an die Polizei, nachdem die 13 Jährige wieder nach Hause gelaufen ist. Beamte der Polizeiinspektion Sulzbach-Rosenberg begaben sich umgehend zu der Geschädigten und leiteten eine sofortige Fahndung nach den beiden Männern ein.

Ulm: Der Unbekannte stieg gegen 21.40 Uhr in Beimerstetten in den Zug nach Geislingen. Er setzte sich neben eine 26-Jährige. Dann sah sich der Unbekannte Sexbilder an. Das Handy hielt er so, dass die Frau das mitbekommen musste. Schließlich öffnete der Mann seine Kleidung und zeigte sich in Scham verletzender Weise. In Geislingen stieg der Unbekannte aus dem Zug. Dort blieb er zunächst offenbar noch am Bahnsteig stehen. Die 26-Jährige verständigte erst später die Polizei. Eine Suche der Polizei nach dem Unbekannten ergab bislang keinen Erfolg. Wie die Frau der Polizei schilderte, ist der Unbekannte ein etwa 24 Jahre alter Orientale. Er ist auffallend schlank und trägt einen Dreitagebart. Bekleidet war er mit einer dunklen Jacke und einer hellen Hose.

München: Ein Videobeobachter der Wiesn-Wache konnte am Mittwoch, 20.09.2017, gegen 22.30 Uhr, einen Mann am Westhügel dabei beobachten, wie er eine Frau küsste und mehrfach ihren Körper begrapschte. Dabei wehrte sich die Frau offensichtlich. Daraufhin wurde sofort eine polizeiliche Einsatzgruppe zur Örtlichkeit entsandt. Die 20-jährige Studentin war froh über die eintreffende Polizei und gab an, dass sie den 25-Jährigen nicht kennt. Der 25-jährige Inder gab an, dass er sich lediglich um die 20-Jährige kümmern wollte. Gegen ihn wurde eine Anzeige wegen sexueller Nötigung erstellt. Da er in Deutschland ohne festen Wohnsitz ist, wird er heute dem Ermittlungsrichter zur Prüfung der Haftfrage vorgeführt.

München: Am Donnerstag, 14.09.2017, gegen 11.15 Uhr, befand sich eine 32-jährige Münchnerin zum Joggen am Flaucher. Auf Höhe der „Schinderbrücke“ konnte sie einen ihr unbekannten Mann wahrnehmen, der mit heruntergelassener Hose an seinem erigierten Geschlechtsteil manipulierte. Die 32-Jährige verständigte daraufhin die Polizei. Eine erfolgte Fahndung blieb jedoch ergebnislos. Täterbeschreibung: Männlich, 25 Jahre alt, 170-180 cm groß, dunkelhäutig, sehr schlank; helle Kleidung (beige oder grau), er hatte ein türkises Handtuch auf dem Kopf.

München: Ein 34-jähriger Pakistaner lief zwei 24-jährigen Oktoberfest-Besucherinnen hinterher und begrapschte sie an der Brust und dem Gesäß. Die Frauen waren zuvor in einem Bierzelt, wo sie bereits auf den Mann getroffen waren. Seitdem folgte er ihnen. Das Begrapschen des 34-Jährigen konnte von Polizeibeamten beobachtet werden und sie konnten

den Täter auf frischer Tat festnehmen. Der 34-Jährige wird wegen sexueller Belästigung angezeigt und gegen ihn wird ein Betretungsverbot für die Wiesn angeregt.
München: Mann belästigt Frauen und wird vorbeugend in Sicherheitsgewahrsam genommen. Ein 30-jähriger Inder belästigte in einem Bierzelt mehrere Frauen. Daraufhin wurde er von einem Ordner des Zeltes aus dem Zelt verwiesen. Im Anschluss daran wurde er der Wiesn-Wache übergeben. Obwohl es zu keinen Straftaten gekommen war, ist es jedoch sehr wahrscheinlich, dass der 30-Jährige weiterhin Frauen belästigt hätte. Um dies zu verhindern, wurde er für den Rest der Nacht in Gewahrsam genommen und wurde heute wieder entlassen.
München: Auf dem Heimweg von der Wiesn kommend wurde eine 27-Jährige am Mittwoch, 20.09.2017, gegen 21.30 Uhr, im Bereich vor der Hackerbrücke von einem Mann in englischer Sprache angesprochen. Als noch drei weitere Männer hinzukamen, bedrängten sie die 27-Jährige. Dabei griffen ihr ein Mann an die Brust und ein weiterer unter das Dirndl. Die 27-Jährige wehrte sich vehement, schlug um sich und flüchtete in ein nahegelegenes Hotel. Aufgrund ihres aufgebrachten Zustandes verständigte eine Hotelmitarbeiterin den Rettungsdienst. Der Rettungsdienst alarmierte die Polizei. Sofort wurde eine Fahndung nach den vier unbekannten Tätern eingeleitet. Diese verlief ohne Erfolg. Bei dem sexuellen Übergriff wurde die 27-Jährige nicht verletzt. Täterbeschreibung: Vier unbekannte männliche Täter, sprachen gebrochenes Englisch. Näheres ist nicht bekannt
Mannheim-Neckarstadt: Eine 21-Jährige wurde am Sonntag gegen 20.10 Uhr auf offener Straße sexuell belästigt. Laut Polizei wurde die junge Frau an der Ecke Untermühlaustraße/Walhofstraße von einem Mann in eine dunkle Ecke gezogen. Anschließend soll sich der Mann an ihr vergangen haben. Als die Frau sich wehrte, ließ der Mann von ihr ab. Sie konnte flüchten. Der unbekannte Täter wird wie folgt beschrieben: Er ist etwa 27-33 Jahre alt, 1, 75 m groß und schlank. Er hat kurze, dunkle Haare, ein nordafrikanisches/südländisches Erscheinungsbild.
Aue: Eine 24-Jährige löste am Donnerstag, gegen 18.40 Uhr, auf dem Bahnsteig in Aue ein Bahnticket. Dabei wurde sie von einem Unbekannten angesprochen und unsittlich berührt. Sie stieg dann in den Zug ein, der Unbekannte folgte ihr und setzte sich neben sie. Dort bedrängte er sie erneut. Die 24-Jährige forderte ihn daraufhin auf, dies zu unterlassen und setzte sich im Zug um. Danach ließ der Unbekannte von ihr ab. Der Mann soll südländischen Typs sein und gebrochen Deutsch gesprochen haben.
Zweibrücken: Im Bereich der Straße Im Königswinkel fiel am 21.09.2017 gegen 17.15 Uhr einer jungen Frau, die am Hornbach entlang joggte, auf der gegenüberliegenden Uferseite ein Mann auf, der auf einem Fahrrad saß und an seinem Geschlechtsteil hantierte. Die Frau schrie den Mann an, der sich daraufhin mit seinem Fahrrad in Richtung Schlachthofstraße entfernte. Er wird wie folgt beschrieben: ca. 30 Jahre alt, dunkler Teint, dunkle Haare, eventuell Dreitage-Bart.
Leer: Exhibitionist Am Dienstag, gegen 22.45 Uhr, sprach ein unbekannter Mann in der Bremer Straße eine 19jährige Passantin an und fragte nach dem Weg. Beim Gespräch ließ er die Hose runter und zeigte sein Geschlechtsteil. Die Frau entfernte sich daraufhin vom Ort. Bei dem Mann soll es sich um einen ca. 30jährigen schlanken Mann handeln . Er war ca. 180 cm groß und hatte kurze schwarze Haare. Der Mann sprach gebrochen Deutsch, vermutlich Südländer. Der Beschuldigte führte ein Fahrrad mit.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Groß-Umstadt: Im Linienbus K 69 auf der Strecke von Groß-Umstadt nach Dieburg wurde ein 13-jähriges Mädchen am Dienstagmittag (19.09.17) gegen 13.00 Uhr von einem Mann unsittlich berührt. Das Mädchen saß hinten links im Bus als der Mann, der an der Bushaltestelle “ Medicenter“ zustieg, sich neben sie setzte. Während der Fahrt berührte der

Mann das Mädchen mehrmals unsittlich. Erst nachdem sie sich vehement dagegen wehrte und ihn aufforderte, aufzuhören, ließ er von ihr ab und setzte sich weg. Der bisher unbekannte Mann stieg in Dieburg am Bahnhof aus und ging in Richtung der Gleise davon. Aufgrund der Beschreibung soll es sich um einen jungen Mann zwischen 25-35 Jahre handeln. Er ist circa 1,80-1,85 Meter groß und von stämmiger Figur. Auffällig waren sein rundes, unreines Gesicht, der Dreitagebart und die kurzen, dunklen Haare. Bekleidet war der Mann mit einer hellen Jeans, einem dunklen Pullover, einer dunkle Sweatshirt Jacke und einer Strickmütze. Er führte einen schwarzen, kleinen Rucksack bei sich und roch auffallend, stark nach Zigaretten. Er sprach akzentfrei Deutsch.

Kirchheim: In der Nacht zum Samstag ist es in der S-Bahnlinie S1 von Stuttgart nach Kirchheim zu einer sexuellen Belästigung gekommen. Ein etwa 25-jähriger Mann mit schwarzen, nach hinten gestylten Haaren saß der Geschädigten in der S-Bahn gegenüber und entblößte ihr gegenüber sein Geschlechtsteil. Als beide Personen in Kirchheim ausstiegen, ließ der Täter erneut seine Hose runter und belästigte die 21 Jahre junge Frau nochmals auf sexueller Grundlage. Eine unmittelbar ausgelöste Fahndung nach dem Sittenstrolch verlief bislang ergebnislos. Die Ermittlungen zum Fall wurden durch die Beamten des Polizeirevier Kirchheim aufgenommen und dauern noch an. Der Mann sei etwa 1,70 Meter groß, schlank, kein Bart und keine Brille, bekleidet mit schwarzer Jeanshose, schwarzem Pullover und schwarzen Schuhen.

Landau: Eine 16-jährige Jugendliche wurde am Donnerstag, dem 21.09.2017, um 13:00 Uhr im Toilettenbereich eines Restaurants von einem unbekannten Mann belästigt. Zunächst wurde die Tür zur Damentoilette durch den unbekannten Täter so von außen aufgestoßen, dass das Mädchen dabei leicht am Kopf verletzt wurde. Beim Verlassen des Toilettenbereichs, fasste ihr der unbekannte Mann an das Gesäß. Der unbekannte Mann soll ca. 35 Jahre alt sein und ca. 176 cm groß. Er trug dunkle Kleidung und soll eine athletischer Figur, sowie kurze schwarze Haare haben.

Stuttgart-Sillenbuch: Am Freitag (22.09.2017) gegen 15.20 Uhr ist ein Exhibitionist gegenüber fünf Kindern im Alter von fünf bis neun Jahren aufgetreten. Die Kinder befanden sich beim Spielen im Spitalwald in Stuttgart-Sillenbuch, als ihnen ein Mann auffiel, der sexuelle Handlungen an sich vornahm und die Kinder dabei ansah. Nach dem Spielen vertrauten sich die Kinder einer Mutter, die die Polizei verständigte, an. Den Mann können sie wie folgt beschreiben: ca. 45 Jahre, 175 cm groß, bekleidet mit schwarzer Jogginghose, schwarzer Jacke, weißem T-Shirt mit schwarzer Aufschrift und schwarzer Kopfbedeckung. Der Mann war eventuell mit einem Mountainbike unterwegs.

Chemnitz: Am Mittwoch (20. September 2017), gegen 8.10 Uhr, stiegen zwei Mädchen (14, 16) in der Reichenhainer Straße an der Haltstelle bei der Gartenanlage Kirschbaum aus dem Bus der Linie 51 aus. Dort wurde die 14-Jährige von einem Unbekannten unsittlich berührt. Als sie ihn daraufhin ansprach, schlug er sie. Die Mädchen liefen in Richtung Sportforum davon. Der Mann blieb zurück. Die 14-Jährige wurde leicht verletzt. Den Unbekannten beschrieben die Mädchen wie folgt: Er soll ca. 1,70 Meter groß und Mitte zwanzig sein. Er trug einen Dreitagebart, bekleidet war er mit einer schwarzen Hose der Marke „Adidas“, einer schwarzen Jacke mit Kapuze und einem Basecap. Die Polizei in Chemnitz sucht Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben und Angaben zu dem Unbekannten machen können.

Hanau: Ein etwa 1,80 Meter großer und sehr dünner Mann begrabschte am Donnerstagmorgen auf dem Freiheitsplatz eine Fußgängerin. Gegen 6.50 Uhr war die junge Frau in Richtung einer Bäckerei unterwegs, als ihr plötzlich der Täter an das Gesäß griff. Der Unbekannte, der blaue Arbeitskleidung sowie ein Basecap trug und einen roten Rucksack dabei hatte, flüchtete in Richtung Langstraße. Die Kriminalpolizei bittet um weitere Hinweise unter der Rufnummer 06181 100-123.

Papierlose aus dem Senegal sollte in ein anderes Schweizer Heim verlegt werden Afrikanische „Asyl“-Bewerberin massakriert Betreuerin mit Machete

pi-news.net/afrikanische-asyl-bewerberin-massakriert-betreuerin-mit-machete/
29.9.2017

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Eine Afrikanerin aus der Elfenbeinküste stand Mitte September vor dem Bezirksgericht Bülach in der Schweiz. Sie hatte im November 2015 eine Asylbetreuerin in Embrach bei Winterthur mit einer 43 cm langen Machete, die eine 31 cm lange gebogene Klinge hat, massakriert. Über zwanzig Mal hackte sie damit auf den Kopf und den Oberkörper der Betreuerin. Als deren Kräfte nachließen, stellte sie sich blutüberströmt am Boden tot, was ihr das Leben rettete. Die wildgewordene 34-jährige Messerfachkraft überschüttete die Schweizerin daraufhin mit Brennsprit. Zum Anzünden kam sie aber nicht mehr, da vor der Tür andere Betreuer an der verschlossenen Tür rüttelten. Die Buschfrau flüchtete daraufhin aus dem Fenster.

Der Grund für die Attacke: Die abgelehnte Asylbewerberin hätte in eine Unterkunft für Familien und alleinstehende Frauen umziehen sollen. Frau Elfenbeinküste wehrte sich aber mit Handen, Füßen und Machete dagegen. Ihr Opfer erlitt schwere Verletzungen an Kopf und Oberkörper. Auf dem linken Auge ist die heute 28-jährige Betreuerin vollständig blind, ihr Gesicht ist durch die Narben entstellt und sie verlor drei Zähne. Die Verletzungen laut Tagesanzeiger im Einzelnen:

Zu den gravierendsten Verletzungen gehören ein Schlag mit der scharfen Klinge, die zu einem Schädeldurchstich führte, die Zerstörung der linken Augapfels, der zu einer bleibenden Blindheit auf jenem Auge führte sowie die Durchtrennung der rechte Wange mit Eröffnung der Mündhöhle. Die Schläge mit der Gertel waren teilweise so heftig, dass Haut und Weichteile bis zu fast 15 Zentimetern Tiefe reichten.

Nur zur Hintergrundinformation: Der Moslem-Anteil in der Elfenbeinküste beträgt 38,6 %, der Norden ist moslemisch geprägt, der Süden christlich. Für die Massakriererin gilt in diesem „Einzelfall“: Man bekommt einen Afrikaner aus dem Busch, aber den Busch nicht aus dem Afrikaner. Achtung Differenzierung: Gilt selbstverständlich nicht für alle..

Die Staatsanwältin fordert 18 Jahre Gefängnis und die Richterin folgte dem vollumfänglich in ihrem Urteil. Außerdem wurde dem Opfer 110.000 Franken Entschädigung zugesprochen.

Offensichtlich gibt es in der Schweiz keine solchen traumtänzerischen Gutmensch-RichterInnen wie bei uns, die auf „psychische Störung“, „günstige Sozialprognose“ und Bewährungsunfug setzen:

Staatsanwalt Kaegi sprach von einer «Tat, die ein Schaudern auslöst». Die Afrikanerin habe ihr Opfer «in einen Hintgerhalt gelockt, um sie hinter verschlossenen Türen zu massakrieren. Die Qualen und Schmerzen, die das Opfer erlitt, sind kaum vorstellbar und nicht in Worte zu fassen.» Auch der Rechtsvertreter des Opfers sagte, die Täterin habe «alles unternommen, um ihr Opfer abzuschlachten». Es sei kaum vorstellbar, was in einem schwer verletzten Opfer vor sich geht, das noch bei Bewusstsein ist und realisiert, dass der Horror noch nicht vorbei ist und es mit Brennsprit übergossen wird.

In der Verhandlung soll die Frau aus Afrika den Staatsanwalt lauthals angeschrieen und trotz mehrfacher Warnungen weiterhin massiv gestört haben, so dass sie von der Verhandlung ausgeschlossen wurde. Zu diesem Szenario passt der Klassiker der früheren Beauftragten der Bundesregierung für Integration, Maria Böhmer von der CDU:

„Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind eine Bereicherung für uns alle.“

Wenn es nach den etablierten Parteien geht, vor allen Dingen den Grünen, kommen davon noch mehr nach Europa..

Angreifer wollte auf der Flucht noch weitere Menschen verletzen Kanada: Moslem rast in Polizeiauto und sticht auf Beamten ein

pi-news.net/kanada-moslem-rast-in-polizeifahrzeug-und-sticht-auf-beamten-ein/
1.10.2017

LETZTES UPDATE 4.30 UHR | In der Nähe des Commonwealth-Stadions im kanadischen Edmonton spielten sich am Samstag gegen 20.15 Uhr furchtbare Szenen ab, die mehrere Verletzte forderten. Kanadischen Medien zufolge raste ein 30-jähriger Moslem nahe des Stadions, in dem gerade ein Footballspiel mit rund 30.000 Besuchern stattfand, in einen Polizeiwagen. Danach sprang der Täter aus dem Wagen und stach mehrmals auf einen Polizeibeamten ein und floh vorerst zu Fuß.

Etwa zwei Stunden nach dem Anschlag geriet der Angreifer mit einem anderen Fahrzeug in eine Polizeikontrolle. Bei der Verfolgungsjagd wurden mindestens vier Passanten verletzt. Das Fahrzeug konnte gestoppt und der Terrorist festgenommen werden. Aus dem Tatfahrzeug wurde eine IS-Flagge sichergestellt.

Anzeige

Bei einer Pressekonferenz erklärte die Polizei, beide Taten würden als Terrorakte eingestuft. Man ginge derzeit zwar von einem „Einzeltäter“ aus, könne aber die Beteiligung weiterer Personen zurzeit noch nicht ausschließen. Polizeichef Rod Knecht bestätigte auch, dass der Täter bei seiner Flucht bewusst versucht habe, weitere Menschen anzufahren.

Update 4.30 Uhr: Nach Aussagen der kanadischen Bundespolizei handelt es sich bei dem Attentäter um Abdulahi Hasan Sharif, einen Asylbewerber aus Somalia. Der Moslem war bereits 2015 bei Ermittlungen zur Anschlagsgefahr der Islamszene in den Fokus der Behörden geraten. Damals habe man aber „nicht genug Beweise“ gehabt, um den Dschihadisten anzuklagen, heisst es.

Der Islam war an diesem Wochenende in Hochform und man kann davon ausgehen, dass sich dieser importierte und viel zu lange geförderte Irrsinn noch steigern wird.

Video der Tat:

Weitere Brutale Übergriffe durch Ausländermobs in Schwerin und Wismar Wittenberg: 30-Jähriger nach Prügelei mit Syrer verstorben

pi-news.net/wittenberg-30-jaehriger-nach-pruegelei-mit-syrer-verstorben/
2.10.2017

Schreckliches Ende einer Prügelei auf offener Straße. Ein 30-jähriger Mann ist nach einer Schlägerei in Wittenberg (Sachsen-Anhalt) an seinen Verletzungen gestorben. Das Opfer war am Freitagnachmittag mit einer Begleiterin (24) auf dem Arsenalplatz in Wittenberg unterwegs, als beide aus einer Gruppe heraus bepöbelt wurden. Dann kam es zu einer Schlägerei zwischen dem 30-Jährigen und einem anderen Mann. Der Mann aus Wittenberg bekam mehrere Schläge ins Gesicht, ging zu Boden und stürzte auf den Hinterkopf. Er erlitt schwerste Kopfverletzungen und starb in der Nacht zum Samstag im Krankenhaus.
Die anderen Männer seien nach der Tat zunächst geflüchtet. „In der Nähe konnte dann ein 17-jähriger syrischer Asylbewerber als Beschuldigter und auch weitere Zeugen namentlich bekannt gemacht werden", sagte ein Polizeisprecher. Die Polizei hat die Ermittlungen zum genauen Ablauf des Geschehens und wegen Körperverletzung mit Todesfolge aufgenommen. Das spätere Opfer habe aber als erster körperlich auf den Tatverdächtigen eingewirkt, hieß es.

(Artikel übernommen von BILD-ONLINE)
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Schwerin: In den Morgenstunden des 30.09.2017 gegen 03:00 Uhr kam es vor dem Kino „Capitol" zu einer Schlägerei. Eine Gruppe von fünf deutschen Männern im Alter von 20-29 Jahren befand sich auf den Nachhauseweg nach einem Clubbesuch. Vier der fünf Männer standen in einem Döner-Imbiss an, als ihr Begleiter davor von drei syrischen Männern im Alter von 19 bis 23 Jahren mit Faustschlägen und Tritten angegriffen wurde. Als die vier Deutschen ihrem Freund zur Hilfe kamen, schlugen und traten die Tatverdächtigen auch auf diese ein, warfen mit einer Sitzbank sowie einem Blumenkübel. Durch tatunbeteiligte Zeugen wird ihr Vorgehen als äußerst aggressiv bezeichnet, was sich auch darin äußerte, dass sie versuchten Verkehrsschilder aus der Verankerung zu reißen. Die bereits sieben Minuten nach Notrufeingang eintreffenden Funkstreifenwagen konnten die Situation beruhigen und die
Tatverdächtigen noch am Tatort feststellen. Insgesamt waren 8 Streifenwagen der Landes- und Bundespolizei im Einsatz. Die auf den Angriff zurückzuführenden Hämatome und Platzwunden der Geschädigten mussten vor Ort medizinisch versorgt werden.
Wismar: Am 29.09.2017 kurz nach 23:00 Uhr kam es in Wismar auf dem Parkplatz am Burgwallcenter in Höhe eines Schnellrestaurants zu einer tätlichen Auseinandersetzung. Nach zunächst verbaler Auseinandersetzung wurde nach Verlassen des Schnellrestaurants ein 27-jähgriger Wismarer durch eine ca. 15 bis 20 Personen starke Gruppierung mit Migrationshintergrund angegriffen. Dabei setzten die Täter Holzlatten und Schlagketten ein. Der Geschädigte erlitt durch den Angriff leichte Verletzungen. Ein weiterer Gast des Schnellrestaurants wurde durch die Gruppierung ebenfalls bedroht und beleidigt, jedoch nicht tätlich angegriffen. Noch vor dem Eintreffen mehrerer Funkwagen aus Wismar, von der Autobahnpolizei Metelsdorf und dem PR Grevesmühlen entfernte sich die Tätergruppierung vom Ereignisort. Trotz sofortiger Fahndung mit mehreren Funkwagen konnten die Täter nicht mehr festgestellt werden. Die weiteren Ermittlungen übernimmt die Kriminalpolizei Wismar.
Gera: Weil mehrere Männer einer Personengruppe am Montag, 18.09.2017, gegen 17:25 Uhr in der Parkanlage der Talstraße urinierte, mit Flaschen schmissen und mehrfach ihre Geschlechtsteile vor anwesenden Passanten entblößten, wurde die Polizei Gera informiert. Im Rahmen einer eingeleiteten Fahndung konnten zwei Täter (20, afghanisch; 30, indisch) festgestellt und in Gewahrsam genommen werden. Diese müssen nun mit der Einleitung eines entsprechenden Ermittlungsverfahrens rechnen.
Essen: Ohne ein erkennbares Motiv schlug gestern Nachmittag (27. Oktober) ein 23-jähriger Mann einer Frau in das Gesicht. Mit Gesichtsverletzungen musste sie in eine Essener Klinik eingeliefert werden. Gegen 17:00 Uhr hielt sich die junge Frau aus Dortmund im Bereich des Busbahnhofs an der Südseite des Essener Hauptbahnhofs auf. Der 23-jährige Mann aus Wülfrath, der zufällig ihren Weg kreuzte, soll ihr ansatzlos die Faust ins Gesicht geschlagen haben. Zeugen des Vorfalls zeigten Zivilcourage und brachten den Mann zur Bundespolizeiwache. Erste Ermittlungen ergaben, dass der Mann und sein Opfer in keine Beziehung zueinander standen und es sich um eine rein zufällige Begegnung handelte. Zum Motiv seines Gewaltausbruches schwieg der
http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/70116/3747226″ target="_blank" rel="noopener noreferrer"> ägyptische Staatsangehörige. Auf Grund der erlittenen Gesichtsverletzung musste die 23-Jährige in eine Essener Klinik eingeliefert.Gegen den Ägypter, der bereits wegen zahlreicher Gewalttaten polizeibekannt ist, wurde ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet.
Main-Kinzig: Die Kriminalpolizei sucht Zeugen eines Vorfalls, der sich am Mittwochmittag Am Freiheitsplatz in dem Bus der Linie 10 ereignet hat; insbesondere zwei Fahrgäste, einen etwa 35-jährigen Mann und eine Frau. Die Frau saß vorne im Bus. Kurz vor 12 Uhr stand die Linie 10 zum längeren Halt, als zwei etwa 14 Jahre alte, 1,55 Meter große und schlanke Jungs einstiegen. Anschließend fassten die Täter drei jungen Mädchen (14 bis 16 Jahre) unvermittelt an die Brust und in den Schritt. Außerdem spuckte einer von ihnen und schlug einer

Jugendlichen die Brille herunter. Die Unbekannten hatten eine dunkle Hautfarbe mit auffälligen Frisuren. Einer hat blond/orangefarbene Strähnchen, der Mittäter ebenfalls gesträhnte Haare.
Konstanz: Angeblich ohne Vorwarnung und vorhergehenden Streit haben zwei unbekannte Männer in der Nacht zum Sonntag, gegen 01.50 Uhr, auf einen 26-jährigen Mann in der Schottenstraße eingeschlagen. Während der Auseinandersetzung kam ein Radfahrer vorbei, der von einem der Streitenden gestreift wurde und deshalb stürzte. Als zwei Zeuginnen des Vorfalls dem Geschädigten zu Hilfe kamen, flüchteten die beiden Männer in Richtung Fahrradbrücke. Nach den Angaben des Angegriffenen soll es sich bei den mutmaßlichen Tätern um zwei Syrer handeln, die beide etwa 25 Jahre alt und ca. 175 cm groß sein sollen.
Leipzig: …So erzählte der 25-Jährige: Ihm sei sein Telefon von zwei Männern gestohlen worden, die anschließend in Richtung Lene-Voigt-Park geflüchtet sind. Er war auf dem Heimweg gewesen, so der 25-Jährige weiter, als ihn plötzlich Ecke Borsdorfer Straße/Stünzer Straße ein Radfahrer anrauzte, was er wolle. Der aggressive Unbekannte warf sein Fahrrad gegen ihn und ein heftiges Wortgefecht entspann sich. Außerdem kamen plötzlich zwei weitere Männer hinzu, die ihn gemeinsam mit dem dritten zusammenschlugen. Dabei versuchten die Männer, ihm das Smartphone zu entwenden, was aber vorerst nicht gelang. Seine Gesäßtaschen wurden ebenfalls abgeklopft, so der 25-Jährige weiter. …Sie rissen ihm das Telefon aus der Hand, schlugen und traten dabei auf ihn ein und fügten ihm an der rechten Hand Schnittverletzungen zu. … Es sollen Männer im Alter zwischen 20 bis 25 Jahren und der äußeren Erscheinung nach nordafrikanischen Typs, mit kurzen dunklen Haaren gewesen sein.
„Sonstiges aus dem „bunten“ und „weltoffenen“ ehemaligen Deutschland:
Somalischer Asylhopper ist flüchtiger Schwerverbrecher
Fahndungserfolg der Exekutive in Wien: Wie die „Krone“ erfuhr, gelang es Cobra-Beamten am Dienstagnachmittag, einen international gesuchten 39 Jahre alten Somalier, der im Vorjahr seine Ehefrau in Schweden mit einer Axt angegriffen hatte – das Opfer überlebte den Mordversuch nur knapp -, im Bezirk Favoriten festzunehmen. Der dringend Tatverdächtige hatte Anfang des Jahres in Österreich seinen positiven Asylbescheid erhalten und lebte seither unbehelligt in Wien. (Der komplette Artikel kann bei Krone.at nachgelesen werden).
Amtsbekannter Türke stört Sanitäter bei Erstversorgung
Bei einem Verkehrsunfall in Hamburg-Neuallermöhe ist gestern Abend eine 18-jährige Fahrradfahrerin schwer verletzt worden. Die weiteren Ermittlungen hat der Verkehrsunfalldienst Süd übernommen. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen befuhr die 64-jährige Fahrerin mit ihrem Seat Leon den Rahel-Varnhagen-Weg in Richtung Nettelnburger Landweg. In Höhe Edith-Stein-Platz befindet sich eine Fußgängerfurt. Diese überquerte die 18-jährige Fahrradfahrerin zum Unfallzeitpunkt bei für sie anzeigendem Rotlicht. Bei der Kollision schlug die junge Fahrradfahrerin mit dem Kopf auf die Windschutzscheibe des Pkw und verletzte sich dabei schwer. Nach notärztlicher Erstversorgung am Unfallort wurde die 18-Jährige mit einem Schädel-Hirntrauma und einer Schädelfraktur in ein Krankenhaus eingeliefert und stationär aufgenommen. Lebensgefahr besteht nicht. Die 64-jährige Seat-Fahrerin erlitt einen Schock und wurde vor Ort durch die eingesetzten Rettungssanitäter behandelt. Während der Unfallaufnahme störte eine Gruppe von ca. 10 – 15 Personen die polizeilichen Maßnahmen durch verbal aggressives Verhalten und Bedrängen der Einsatzkräfte. Die Maßnahmen konnten erst durch Unterstützung weiterer Polizeikräfte störungsfrei beendet werden. Aus dem genannten Personenkreis wurde ein 21-jähriger amtsbekannter Türke für die Dauer des Polizeieinsatzes wegen des Störens von Amtshandlungen in Gewahrsam genommen.

„Schutzsuchender“ aus Eritrea fühlt sich durch Arbeit gestört
Wolfschlugen: Ein Bewohner der Asylantenunterkunft in der Straße Winkelwiesen hat am Donnerstagnachmittag einen Mann mit einem Messer bedroht. Nachdem er von starken Polizeikräften festgenommen werden konnte, musste der unter einem psychischen Ausnahmezustand stehende Mann aus Eritrea in einer Fach-Klinik untergebracht werden. Der 20-Jährige fühlte sich kurz nach 16 Uhr von einem 57-Jährigen, der beim benachbarten Wertstoffhof Grünschnitt ablud, gestört. Er drohte dem Älteren zunächst verbal und beleidigte ihn. Als der 57-Jährige zum Bauhof ging, verfolgte ihn der Heranwachsende und bedrohte ihn mit einem Messer. Bis zum Eintreffen der Polizei auf dem Gelände, hatte sich der Eriträer inzwischen in seinen Wohncontainer zurückgezogen und die Tür verschlossen. Der Aufforderung, diese zu öffnen, folgte er nicht. Sie wurde daraufhin von einem Beamten gewaltsam geöffnet und der junge Mann mit Unterstützung eines Polizeihundes festgenommen. Da er sich erheblich wehrte und sich selber verletzen wollte, musste er in die Klinik gebracht werden.
US-Tourist durch Nordafrikaner „bereichert“
Ein 61-jähriger US-Amerikaner ist im Bahnhofsviertel am Samstag bestohlen und von einer Personengruppe zusammengeschlagen worden. Wie die Polizei mitteilt, musste der Mann mit schweren Verletzungen stationär in einem Krankenhaus aufgenommen werden. Seinen Weiterflug nach China konnte er nicht antreten. Gegen 4:25 Uhr war der Geschädigte auf dem Weg zu seinem Hotel und lief durch die Moselstraße. Dort traf er auf einen unbekannten Täter, der ihm das Portemonnaie aus der Hosentasche zog und damit flüchtete. Der 61-Jährige bemerkte dies und verfolgte den Täter. Als er ihn eingeholt hatte, übergab der ihm sein leeres Portemonnaie, woraufhin es zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiden kam. Nun kamen weitere sechs oder sieben Personen hinzu und schlugen und traten auf den Bestohlenen ein. Nachdem sie ihm noch sein iPhone gestohlen hatten, flüchteten sie. In der Geldbörse befanden sich rund 400 Euro und 300 US-Dollar.vDie Täter haben laut Beschreibung schwarze Haare und ein nordafrikanisches Aussehen. Zudem waren sie dunkel gekleidet, teils in Jeans.

Hintergründe der Tat „noch unklar“ Messerdschihad: Unbehagen in Hagen

pi-news.net/messerdschihad-unbehagen-in-hagen/
1.10.2017

Von JOHANNES DANIELS | Zum internationalen „Tag des Messerdschihads“ muss man sich nicht extra zum Bahnhof Saint-Charles nach Marseille begeben. Die bunte NRW-Stadt Hagen bietet mit seinen über 30% „Migranten“ ebenfalls beste Chancen, „in die Fresse“ zu kriegen.

So kam es am Samstag zu einem brutalen Angriff am Hauptbahnhof Hagen. Zwei „Männer“ gerieten dort lautstark in nordafrikanischem Slang aneinander. Augenzeugen berichteten, dass einer von beiden plötzlich aus einer Plastiktüte ein Messer mit einer langen Klinge ähnlich einer Machete herausgeholt und den anderen 29-jährigen Algerier damit angegriffen habe. Schwerverletzt schleppte sich das Opfer dann vor eine Gaststätte am Berliner Platz. Die Kunden der Gaststätte reagierten schnell und leisteten Erste Hilfe. Der Angreifer ergriff sofort die Flucht. Seine Waffe soll er Augenzeugen zufolge wieder ordnungsgemäß in der Tüte verpackt haben.

Hintergründe der Tat „noch unklar“ – Algerier schwer verletzt

„Die Zeugenaussagen widersprechen sich bislang, es könne sein, dass sich Täter und Opfer kannten“, so ein Sprecher der Polizei. Die Hintergründe der Tat liegen weiterhin im Dunkeln. Die Identität des Täters ist noch unklar, die Polizei fahndete mit sieben Streifenwagen nach dem Angreifer im näheren Bahnhofsumfeld. „Bis auf eine Personenbeschreibung haben wir derzeit keine weiteren Anhaltspunkte“, so die Polizei. Die dezidierte Personenbeschreibung ist allerdings nirgends zu finden. Hagen entwickelt sich zu einem Zentrum des Messersports.

Allein im letzten Jahr gab es unzählige Messerattacken in Hagen, einige davon auch mit tödlichem Ausgang. Oft geraten Nafris und osteuropäische Gewalttäter aneinander, aber auch an Deutsche. So wurde vor gut einem Jahr ein unbeteiligter deutscher Versicherungsmakler von einem „verwirrten“ osteuropäischen Zuwanderer lebensgefährlich verletzt.

Hagen in NRW – Ein Vorbild für die Umvolkung der nächsten Jahre

Den höchsten Anteil an Personen ohne europäische Staatsangehörigkeit hatten in Hagen Ende letzten Jahres Menschen mit marokkanischem Pass (über 500).

Der Hagener Sozialdezernent Dr. Christian Schmidt sieht durchaus weiteren Handlungsbedarf für die Stadt und denkt dabei vorzugsweise an einen intensiveren Erziehungs- und Religionsdialog. Aber auch an eine Forcierung der Integrationsanstrengungen in den Stadtteilen, einen Arbeitsschwerpunkt auf dem weiten Feld Arbeit und Ausbildung sowie die Ausweitung des Ausländerwahlrechts auf kommunaler Ebene.

Dann klappt’s auch mit der Stichwahl!

Blutiger Aufsteiger im Ranking des Gemetzels Zum Tag des offenen Messers – Messe(r)stadt Leipzig!

pi-news.net/zum-tag-des-offenen-messers-messerstadt-leipzig/
2.10.2017

Leipzig

Von JOHANNES DANIELS | „Willst Du Bremen oben seh’n, musst Du die Tabelle dreh’n“, heißt eine alte Münchner Weisheit. Nicht nötig – man muss nur die Sportart wechseln, denn auf dem neuen deutschen Trendsportsektor „Messering“ spielen Bremen, Hamburg und Köln ganz oben in einer eigenen Liga. Allerdings haben die Messer-Messis vom SV Mörder Bremen, dem Hamburger Stech-Verein und den „geschächteten Geißböcken“ derzeit mit einem kometenhaften Aufsteiger zu kämpfen: dem Red Blood Leipzig.

Harte Bandagen in der Red-Blood-Arena Leipzig!

Im polizeilichen Auskunftssystem wurden in Leipzig bis Ende September 103 gefährliche Körperverletzungen mit dem Kurzsachverhalt „Messer“ aufgeführt. Zum Vergleich: 2014 registrierte die Polizei lediglich 62 Messer-Angriffe, 2011 gar nur 33. „So schlimm wie in diesem Sommer war es noch nie“, bestätigt die Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Cathleen Martin messerscharf. „Die Aggressivität nimmt zu, Konflikte werden nicht mehr verbal oder mit Fäusten geregelt, es wird gleich das Messer gezückt.“ Ohne Stichschutzweste verlasse inzwischen kein Polizist mehr das Revier.

Astoria-Hotel: Puttin’ on the „Ritz“! Täter wieder frei.

In der Nacht zu Samstag wurden bei einer blutigen Auseinandersetzung am ehemaligen Astoria-Hotel im Leipziger Zentrum zwei Menschen mit einem Messer verletzt. „Ein Tatverdächtiger konnte in Tatortnähe ausfindig gemacht werden.“ Die Beamten nahmen die Personalien des Mannes auf – und ließen den mutmaßlichen Messerstecher wieder laufen, da es „keine Haftgründe“ gebe.

Kein Vergnügen – Deutscher Familienvater diskutiert mit „Jugendlichen“ im Vergnügungspark

Ende Juli geriet ein deutscher Familienvater mit einer Gruppe afghanischer Jugendlicher im Leipziger „Vergnügungspark Belantis“ in Streit. Dabei soll es zunächst zu einer „Rangelei“ gekommen sein. Kurze Zeit später trafen die Kontrahenten an einem Imbissstand erneut aufeinander. Einer der Jugendlichen soll im Laufe der „Auseinandersetzung“ ein Messer gezogen und mehrfach auf den Familienvater eingestochen haben. Der Mann erlitt schwere Verletzungen am Oberarm und im Bauchbereich und wurde dann in eine Leipziger Klinik gebracht. Die Staatsanwaltschaft hat das Geschehen vorerst als Verdacht des versuchten Totschlags eingestuft.

Das Fenster zum Hof – Familiendrama mit Salto Mortale

Vor den Augen seiner Kinder erstach der afghanische „Flüchtling“ Guhlam R. am 11. August seinen hochschwangeren 34-jährigen Besitz, Ehefrau Mahin (PI-NEWS berichtete). Das Ehepaar geriet in der Flüchtlingsunterkunft an der Uhlandstraße offenbar in einen heftigen Streit – der dann ein

blutiges Ende nahm. Danach soll der Afghane mehrfach mit einem Messer auf seine Frau eingestochen haben und dann aus einem Fenster zum Hof im vierten Stock gesprungen sein. Er überlebte wie durch ein Wunder (Insh'allah!) schwer verletzt. Sein ungeborenes Baby verstarb an den Messerstichen im Mutterleib.

Volle Döner-Dröhung

Im Mai kam es vor einem Döner-Imbiss zu einer Messerstecherei. Ein Iraker (36) erlitt schwerste Stichverletzungen. Der Mann – der Bruder des Imbiss-Besitzers – hatte sich offenbar mit Dealern angelegt, die immer vor dem Laden Drogen verkauft hatten. Als die Polizei kurze Zeit später eintraf, wurden auch die Beamten mit Ausbeinmessern attackiert. Daraufhin rückte Verstärkung an und die Eisenbahnstraße wurde kurzzeitig voll gesperrt. Laut Polizei konnte ein 26-jähriger Tunesier im Zuge der Ermittlungen eindeutig von Zeugen identifiziert werden.

Sieben auf einen Streich

Im Leipziger Messermord-Prozess um den tödlichen Bandenkrieg von Grünau wurde im September der Kosovare Argjent K. (20) verurteilt, der im Oktober den Tunesier Hamza G. (24) an der Stuttgarter Allee mit sieben Messerstichen getötet hat. Das „Ich-mach-Disch-Messer-Motiv" des Kosovaren: verletzte Familienehre, das Opfer soll einen Bruder des Killers wenige Tage zuvor geschlagen haben.

Leichen im Linienbus

Für „Aufsehen" sorgte auch Doppelmörder Faouzi A. (37) als er die tunesischen Eheleute Hadia B. (32) und Ali T. (37) in deren Wohnung in der Zollikoferstraße in Volkmarsdorf getötet und zerstückelt hatte. Auslöser der Bluttat sei ein Streit um Lohn für seine „Arbeit" gewesen.

Bevor er vor vier Jahren über das Meer zum italienischen Lampedusa und von da über Frankreich nach Deutschland gelangte, saß er in seinem Heimatland in Haft. Er wurde dann wegen Drogendelikten und mehrfacher Körperverletzung verurteilt. „In der JVA Dresden habe ich von einer arabischen Straße in Leipzig gehört, und dass es da Arbeit gibt", so Faouzi A. Nach Streitigkeiten um den „Mindestlohn" habe er mit einem Hammer, den er zufällig im Flur gefunden habe, auf die Opfer eingeschlagen. Noch mehrfach habe er beide mit dem Hammer traktiert, dann das Messer genommen und auf beide eingestochen. „Ich war in einem mystischen Zustand", berichtete der Mordverdächtige.

„Ich trennte Beine und Kopf vom Rumpf ab, zuerst bei Ali T." Die zerstückelte Leiche des Mannes habe er mit einem Koffer des Paares per Linienbus ans Naturbad Bagger transportiert. Weil der Koffer voller Blut gewesen sei, habe er ihn unter einem Baum versteckt und die Überreste der Frau bei den nächsten Touren in einer gelben Reisetasche mit Rädern zum Badesee gebracht und an der gleichen Stelle versenkt. Dem Geständnis zufolge fuhr Faouzi A. vier Mal mit Leichenteilen vom Tatort zum See. „Ich habe gehofft, dass man sie nicht findet." Kurzzeitig habe er erwogen, sich ins Ausland abzusetzen, doch die Fluchtpläne nicht weiter verfolgt.

Warum auch. Die deutsche Justiz habe erhebliche Zweifel an der „Schuldfähigkeit" von Merkels Messer-Techniker: Er habe „Anfälle und höre Stimmen". Laut Anklageschrift leidet der mutmaßliche Doppelmörder zudem an einer Persönlichkeitsstörung, einer posttraumatischen Belastungsstörung und einer Drogenpsychose.

87 Prozent der Menschen in Deutschland wundern sich immer noch, warum die AfD in Sachsen zur stärksten politischen Kraft geworden ist. „Wir wollen die Wähler der AfD mit guter Politik zurückholen" sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) anlässlich einer Pressekonferenz zum Wahldesaster von CDU-CSU-SPD. Man wolle nun die Probleme der Menschen lösen. Das seien zum Beispiel Fragen der Integration, der illegalen Migration, aber genauso Fragen der ärztlichen Versorgung (z.B. nach Messerverletzungen). Verschmitzt fügte sie hinzu: „Ich sehe nicht, was wir anders machen sollten".

Am 3. Oktober ist übrigens auch der „Tag der offenen Moschee" – Ahlan wa sahlan in der MesseRstadt Leipzig!

Schariawächter gehen gegen unverhülltes Baden vor Wien: Moslemrudel droht Pärchen mit Vergewaltigung

pi-news.net/wien-moslemrudel-droht-paerchen-mit-vergewaltigung/

5.10.2017.

Ein junger Mann und seine Begleitung aus Wien nutzten einen sonnigen Tag zu einem Badeausflug an einen Waldsee nahe der österreichischen Hauptstadt. Dort durften die beiden erleben, was der Islam und seine „gut integrierten" Neubürger von unserer Gesellschaft halten und was sie mit ihr vorhaben. Sechs Vollbärtige machten sich an das Paar heran und begafften erst einmal die junge Frau, die oben ohne in der Sonne lag.

Das sofortige Vergewaltigen der unverhüllten „Kuffar-Schlampe" im Beisein ihres Freundes wäre wohl nicht ganz ohne großes Aufsehen vonstatten gegangen. So wurde dem Pärchen klar gemacht, dass Österreich nun Islamreich sei und hier andere Bräuche herrschen sollten.

Die Schariawächter forderten, die Frau solle sich bekleiden – nicht von ihr, sondern von ihrem Freud.

Erst nahm Thomas Busek, ein vor 20 Jahren mit seinen Eltern aus Prag nach Österreich immigrierter Fotograf, die Sache noch nicht so recht ernst und versuchte freundlich zu diskutieren. Doch das schien den Anführer des Rudels noch mehr anzustacheln.

Anziehen oder Vergewaltigung!

„Ich fick dich! Bist du schwul?", wurde der 32-Jährige angeblafft. Infolge fielen die obligatorischen Beschimpfungen: „Scheiß Österreicher" und die Begleiterin bekam den Titel

„Hure“ verliehen. Und es wurde gedroht: „Wir könnten die Kontrolle verlieren und sie vergewaltigen.“ Die Situation wurde zusehends gefährlich. Aber auch als die junge Frau sich fügte und ein Oberteil anzog und die beiden sich von den islamischen Aggressoren entfernen wollten, hatten die noch nicht genug. Sie folgten dem Paar und einer der Herrenmenschen versuchte Thomas Busek die Felswand hinunterzutreten. Der Fotograf erzählt:

Da wollte mich grundlos einer aus dem Rudel der sechs Vollbärtigen Helden die Felsenwand hinuntertreten. Ich bin Gott sei Dank ausgewichen…willkommen in der lebenswertesten Stadt der Welt…

Nach dem Erlebnis wollten die beiden, denen im Übrigen keiner der anderen anwesenden Personen geholfen hat, das Erlebte vergessen. Busek fuhr zu diversen Foto Roadtrips ins Ausland, wie er angibt. Aber die Wut blieb und so entschloss er sich nun, den Vorfall doch öffentlich zu machen.

Kein Vertrauen mehr in die Behörden

Von den Behörden erwartete er keine tatsächliche Unterstützung im Vorgehen gegen die Bande. Resignierend stellt er auf Fragen diesbezüglich fest:

Polizei zu rufen hätte wenig Sinn da man ca. eine halbe Stunde raufgeht. Anzeigen? Und was passiert mit denen wenn man sie findet? Bekommen eine Verwarnung? Null Konsequenzen, das ist eines der Hautprobleme…habe ich schon alles hinter mir. Es sind „milieu übliche Äußerungen“ somit sagt man, dass er das nicht ernst gemeint hat, weil alle in seiner Umgebung so reden und er bekommt höchstens eine Verwarnung. Leider muss immer erst was passieren, damit die Polizei durchgreift…

Mittlerweile hat die Polizei aber offenbar doch zu ermitteln begonnen. Thomas Busek schreibt:

Uj, gerade hat die Polizei bei mir angerufen. Sie haben jetzt eine Anweisung von ganz oben bekommen sich mit dem Fall zu beschäftigen. Morgen Termin bei der Polizeiinspektion. Vielleicht wird es diesmal mehr als eine Verwarnung für die Angezeigten.

Das ist zu hoffen, doch was nützt es? Zigtausende gewalttätige Allah-Krieger und selbsternannte schariakonforme Sittenwächter sind nicht nur in den letzten zwei Jahren eingereist. Man lässt sie seit vielen Jahren mit dem Hinweis auf „Religionsfreiheit“ bei uns nach belieben wüten. Und auch wenn „was passiert“, wie das Opfer meint, passiert in Wahrheit danach nichts, zumindest nichts, das auch nur annähernd dazu führen würde, nicht schon morgen wieder Menschen so einer Gefahr auszusetzen. Solange diese Scharia-Ideologie und der Koran, ihr Handbuch für Gewalt und Tod, nicht verboten werden und Täter sich einer islamaffinen und/oder –ängstlichen Justiz gegenübersehen, wird die Situation sich noch verschlimmern – wie das dann aussieht, kann man in allen islamischen Ländern verfolgen.

(lsg)

Hier Videos der Szenen:

Thomas Busek selbst schreibt dazu auf Facebook:

Es ist ein paar Tage her, als ich und eine Freundin an einem sonnigen Tag spontan beschlossen haben zu einem Waldsee nähe Wien schwimmen zu gehen.

Wir lagen dort zu zweit in der Sonne bis 6 vollbärtige Männer kamen, denen es offensichtlich nicht recht war, dass meine Begleitung nur im Höschen und oben ohne da lag. Als sie dann ihren BH angezogen hat, war es denen scheinbar auch noch zu viel Haut und sie bestanden drauf, dass sie ein T-Shirt anziehen soll, sonst wäre die Gefahr zu groß, dass sie sich nicht unter Kontrolle hätten und sie vergewaltigen (!) könnten.

Zum Schluss fielen dann noch die Wörter „Ehrenlos“ „Hure“ „Scheiß Österreicher“ und ein paar die ich gar nicht schreiben möchte.

Da es 6 waren und die vorbeigehenden Spaziergänger keinen Anstand gemacht haben uns helfen zu wollen, gingen wir schließlich lieber und der schöne Tag endete damit für uns.

Es sei noch anzumerken, dass die selbsternannten Sittenwächter zu keinem Zeitpunkt meine Begleitung, sondern nur mich angesprochen haben (als wäre ich ihr Besitzer). Zum Schluss ist

noch einer davon auf mich losgegangen und wollte mich die Felsenwand hinuntertreten, bin aber ausgewichen. Ebenfalls auf Video dokumentiert -> siehe goo.gl/Cvr664 …
Als meine Eltern vor fast 20 Jahren geheiratet haben und ich aus Prag nach Wien gezogen bin, war ich traurig, weil ich alle meine Freunde und meine Heimat verlassen habe. Dennoch war ich damals auch froh, weil ich mich auf eine zivilisiertere und fortschrittlichere Welt gefreut habe.
Man hat mich in Wien gut empfangen und obwohl ich die ersten Monate kaum Deutsch gesprochen habe, gab es nie Probleme und die Österreicher haben mir immer und in jeder Hinsicht geholfen. Ich habe dieses Land lieben und schätzen gelernt. Als Fotograf bin ich viel, sehr viel um die Welt gereist und habe alle möglichen Orte gesehen. Ebenso vertrat ich bis vor paar Jahren immer die Meinung, dass Wien die lebenswerteste Stadt der Welt ist, wo man sein ganzes Leben verbringen könnte. Jetzt bin ich mir leider nicht mehr so sicher, ob ich in den nächsten 10 oder 20 Jahren noch immer da sein möchte. Und für alle die mich nicht kennen: Nein, ich bin kein Rechter, kein Hetzer und selbstverständlich kein Ausländerhasser. Ich bin nur ein Wiener Fotograf aus Prag der sich große Sorgen um die Zukunft seiner neuen Heimat macht.
Es kann ruhig geteilt werden, damit man auch ganz oben im 19ten Bezirk mitbekommt, was in den letzten Jahren in Österreich abgeht….

http://www.n-tv.de/politik/Lkw-Attentaeter-stammt-aus-Somalia-article20067127.html
Donnerstag, 05. Oktober 2017
Anschlag von EdmontonLkw-Attentäter stammt aus Somalia
Die Einwanderungspolitik Kanadas gilt als Gegenentwurf zur reinen Abschottung. Doch die Fahrzeug-Attacke in Edmonton droht die tolerante Haltung vieler Kanadier zu erschüttern. Ein aus Somalia geflohener junger Mann entpuppt sich als brutaler Attentäter.
Vier Tage nach dem Fahrzeug-Anschlag in der kanadischen Stadt Edmonton kommen weitere Einzelheiten zu dem Attentäter ans Licht. Wie die kanadische Regierung mitteilte, handelt es sich bei dem Attentäter um den 30-jährigen Abdulahi Hasan S. aus Somalia. In dem Vielvölkerstaat mit seinen zahlreichen Einwanderergruppen aus aller Welt schlägt der Anschlag weiter hohe Wellen.
Nach seiner Flucht aus der Heimat lebte der Mann nach Angaben der Behörden zunächst in den USA. Nach einer Abschiebungsanordnung der US-Behörden beantragte er schließlich Asyl in Kanada. Er habe 2012 seinen Asylantrag gestellt, erklärte der kanadische Einwanderungsminister Ahmed Hussen. Noch im selben Jahr sei ihm der Flüchtlingsstatus zuerkannt worden. Die Fragen, wie, wann und warum sich S. zum gewaltbereiten Attentäter entwickelte, stehen im Zentrum intensiver Ermittlungen.
Angriffe auf Polizei und Passanten
Der Täter hatte am Samstagabend (Ortszeit) in der 800.000-Einwohner-Stadt Edmonton während einer Sportveranstaltung einen Polizisten vor einem Stadion angefahren und dann mit einem Messer auf den Beamten eingestochen. Der Polizist überlebte die Attacke, obwohl er durch die Wucht des Rammstoßes mehrere Meter durch die Luft geschleudert wurde und anschließend noch Schnitt- und Stichwunden erlitt.
Kurz darauf verletzte der Attentäter mit einem Miet-Lastwagen vier weitere Menschen im Stadtzentrum. Bei der anschließenden Flucht geriet er mit seinem schweren Wagen ins Schleudern. Der Kleinlaster kippte um. S. konnte unmittelbar darauf leicht verletzt

festgenommen werden. In seinem Fahrzeug wurde eine Fahne der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) gefunden.
Fehleinschätzung im Asylverfahren?
Nach Angaben der US-Einwanderungsbehörde saß S. im Jahr 2011 vier Monate in Kalifornien in Haft. Ein Richter ordnete daraufhin seine Abschiebung an. S. habe die Entscheidung nicht angefochten, heißt es. Er sei im November 2011 freigelassen worden, weil die Abschiebung in "absehbarer Zeit" nicht durchführbar erschienen sei. Im Januar 2012 habe er sich dann seiner Abschiebung widersetzt und sei für die US-Behörden nicht mehr auffindbar gewesen. Offenbar hatte er sich nach Kanada abgesetzt.
Premierminister Justin Trudeau kündigte eine "genaue" Überprüfung von S.s Asylverfahren in Kanada an. Wie in Europa gibt es auch zwischen den USA und Kanada eine sogenannte Drittstaatenregelung, wonach Flüchtlinge ihren Asylantrag in dem Land stellen müssen, in das sie als erstes eingereist sind. Die kanadischen Behörden hätten S. also in die USA zurückschicken müssen.
Quelle: n-tv.de , mmo/AFP

Der SPIEGEL.TV - Danger-Zone-Weekend-Tipp Krankfurt: Straßen-Schlachten am helllichten Tag

pi-news.net/krankfurt-strassen-schlachten-am-helllichten-tag/
4.10.2017
Von MAX THOMA | Afghanen, Eritreer, Libanesen, Libyer, Nigerier und Nigerianer, echte und falsche „Syrer“, Iraker, Ivorer, Maghrebiner, Gambier, Ghanaer, Guineer, Palästiner, Pakistaner, Somalier – Sodom und Gonorrhöe. Doch wo sind die Hessen? „Die müssen arbeiten!“ …
Das Frankfurter Bahnhofsviertel ist nur etwas über einen Quadratkilometer groß und doch ist es ein Symbol für den bereits geglückten großen Austausch der Kulturen mitten im Herzen der deutschen Städte. Krankfurt als Menetekel am Main für eine bittere deutsche Dystopie in gar nicht allzu weiter Ferne. Nicht umsonst heißt das Frankfurter Areal gutmenschlich „Bahnhof-Gutleutviertel“.
Sollte man früher die Gegend nach Einbruch der Dunkelheit meiden, so ist es heute ratsam, sich auch beim helllichten Tag vorzusehen. Dealerbanden, offene Drogenszene, Klein- und Großkriminelle, Antänzer, Taschendiebe, Schmuddel-Bordelle und vermehrte Straßenschlachten gehören hier zum Stadtbild der gesteuerten Menschenmassen-Invasion aus Taka-Tukestan zwischen „Münchener“ Straße und Taunusanlage.
Hessischer „Handkäs mit Musik“ – Marokko – Albanien 0:1
Wer die Musik bestellt, muss sie zahlen, also der deutsche Steuertributssklave – und 87 Prozent der Deutschen haben für ein buntfröhliches „Weiter so!“ gestimmt. Auch am Wochenende wurden die internationalen „Steuerzahler-Tribute von Panem“ fleißig fortgesetzt. Diesmal in der K.o.-Runde: Marokko vs. Albanien.

Wieder mal kam es auf der Taunusstraße zum Bandenkrieg. Auf der linken Straßenseite ein Trupp Marokkaner, gegenüber eine Horde aggressiver Albaner. Zwei Männer gingen mitten auf der Straße aufeinander los, Autos stoppten, Passanten schrien, immer mehr „Männer“ mischten sich ein. Einer der Schläger bekam eine Bierflasche über den Kopf, einige kriegten „in die Fresse“ als plötzlich ein Albaner (24) ein Messer zückte und es einem Marokkaner (27) in den Rücken stieß. Seine Kampfgenossen bemerkten das blutdurchtränkte T-Shirt und winkten einen Streifenwagen herbei.

A-Nahle Phrasen-Phase: In Hesse in die Fresse …

Die Polizei griff mit einem Großaufgebot ein: Dutzende Streifenbeamte, Kripo und Greifer vom Überfallkommando riegelten den Tatort ab. Auf dem Herren-WC einer Spielhalle konnten die Ermittler den mutmaßlichen Haupttäter, einen 24-jährigen Albaner, festnehmen. Drei Verletzte (20/27/28), sowie vier einstweilige Festnahmen. Sicherheitsberater Peter Postleb war Augenzeuge: „Unglaublich, am helllichten Tag. Im Viertel brodelt es. Ich befürchte, dass die Gewalt weiter eskaliert!“

Unser SPIEGEL-Video-Tipp: Gutmenschen ab ins Gutleutviertel!

Immer mehr Marihuana, Heroin, Kokain, Crack und Crystal Meth. Die schwarz-grünen hessischen Sicherheitsbehörden sehen jedenfalls kaum einen Anlass zum Handeln, schließlich ist diese Fixer-Folklore Teil eines großen Ganzen – dem Neuen Deutschland. „Die Dealer stören sich doch gar nicht mehr an den Behörden. Sie haben immer nur kleine Mengen dabei, die für Haftstrafen nicht reichen“, sagt ein Frankfurter Polizeisprecher.

2015 beschrieb „Spiegel.tv“ das kranke Frankfurter Bahnhofsviertel als neuen Hotspot für flotte Hipster, gelangweilte Alt-68er und linke Multikulti-Fans:

Rotlichtviertel oder Hotspot für Nachtschwärmer? Das Frankfurter Bahnhofsviertel wandelt sich gerade. Partygänger finden die Nähe zum verruchten Milieu cool. [..] Mittlerweile haben sich hippe Bars und edle Gastronomen im ehemaligen sozialen Brennpunkt angesiedelt. Auch Immobilienkäufer wittern gute Geschäfte und investieren in den „aufstrebenden“ Bezirk. Doch das alte Bahnhofsviertel ist noch da. Auch wenn die Umgebung hübscher wird, das Leben der Prostituierten und Junkies der Gegend bleibt hart. Eine SPIEGEL TV-Reportage von Dino Argentiero.

Selbst die „New York Times“ (Fake -News-selig wie immer) hat das bunte Frankfurter Bahnhofsviertel als „place to be“ entdeckt … a place to be … messered!

29. Januar 2015, 14:28 Uhr
Islamist in Norwegen
Der Mullah will nicht aufs Dorf
Von Anna Reimann

Wohin mit dem Islamisten? Seit in Norwegen Mullah Krekar aus dem Gefängnis entlassen wurde, ringt das Land um einen Umgang mit dem Radikalen. Jetzt soll er umgesiedelt werden - aber er will nicht.

Berlin - Als Mullah Krekar, mit bürgerlichem Namen Najmuddin Faraj Ahmad, am vergangenen Wochenende aus dem Gefängnis im norwegischen Kongsvinger frei kam, betete der 58-jährige erst einmal auf der vereisten Straße. Dann trat er vor die Kameras. Er dankte den Angestellten des Gefängnisses. Das System Norwegens aber verglich er gleich darauf mit Nordkorea.

Krekar beschäftigt die norwegische Polizei und Justiz seit vielen Jahren. Mehr als 50 Mal war er schon vor Gericht, **zweimal saß er im Gefängnis**. Seit seiner **Freilassung** aus

der Haft herrscht Aufregung in dem fünf Millionen-Einwohner-Staat. Was soll man machen mit Mullah Krekar? Wo soll er hin? Das Land ringt um einen Umgang mit dem Radikalen.
Jetzt hat Norwegens Regierung sich eine neue Lösung ausgedacht, um Krekar zu entschärfen. Das Justizministerium hat angeordnet, Krekar solle in einen 2500-Ort namens **Kyrksæterøra**, 380 Kilometer entfernt von Oslo, 100 Kilometer westlich von Trondheim, umgesiedelt werden. Dort soll er in einem **Asylbewerberheim** wohnen, darf sich nicht aus der Kommune bewegen und soll dreimal wöchentlich bei der Polizei vorstellig werden. In dem Ort sorgt die Nachricht, dass der berüchtigte Islamist neuer Mitbürger werden soll, für Unruhe. Die Menschen ängstigen sich.

Krekar steht auf der Terrorliste der Vereinten Nationen

Krekar möchte aber ohnehin nicht in das Dorf. Er will in Oslo bleiben, wo auch seine Frau und seine vier Kinder leben. Der Extremist legte Widerspruch gegen den Umzug ein. Die Verhandlungen haben begonnen, am Freitag soll das Gericht eine Entscheidung fällen.
Für die norwegischen Behörden ist die Situation kompliziert. Krekar ist nicht irgendein Islamist: Er war **Anführer der irakischen Terrorgruppe Ansar al-Islam**, seit 2006 steht er auf der Terrorliste der Vereinten Nationen. Auch in deutschen Verfassungsschutzberichten taucht sein Name auf. Bereits im Jahr 2003 erließen die norwegischen Behörden einen Abschiebebefehl gegen Krekar, der 1991 als Flüchtling in das Land kam. Aber die Abschiebung wurde nie vollzogen - die Norweger fürchten, dass Krekar im Irak die Todesstrafe droht. In den Achtzigerjahren hat Krekar nach eigenen Angaben den damaligen Qaida-Chef Osama Bin Laden im pakistanischen Peschawar getroffen.
Im Jahr 2012 wurde Krekar zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er **Todesdrohungen** gegen die damalige Oppositionsführerin Erna Solberg, heute Premierministerin, und drei Kurden aussprach.
Am diesem Dienstag trat Krekar in Norwegen vor Gericht auf, schwarz-grau gestreifter Turban, braunes Gewand. Er gab sich sanftmütig. Es sei ja nicht so, dass er auf die Straße gehe und jemanden töten wolle. Das sei nicht sein Verständnis vom Islam. Er habe nichts gegen Norwegen, die Norweger, Medien, Regierungschefin Solberg oder andere.
Norwegische Ermittler sehen das anders und halten Krekar immer noch für eine **Gefahr für die Sicherheit** des Landes. Sie gehen davon aus, dass die Bewunderung für Krekar in der islamistischen Szene Norwegens ungebrochen ist. Er werde dort als Märtyrer gesehen, der im Gefängnis gesessen habe, weil er den Islam verteidigt habe. Außerdem habe man bereits im Jahr 2013 heikle Dokumente in Krekars Gefängniszelle gefunden.
Aber nicht alle finden den Umgang mit Krekar richtig - der **rechtspopulistischen Fortschrittspartei**, die mitregiert, ist die Zwangsumsiedlung eigentlich zu weich, sie möchte Krekar nur noch aus dem Land schaffen. Menschenrechtler kritisieren bereits die Bewegungseinschränkungen, die Krekar auferlegt werden sollen.
Der norwegische Islamismusexperte Lars Akerhaug hält die Idee vom Umzug Krekars ohnehin für wirkungslos - und daher für ein politisches Schauspiel. Solange Krekar einen Computer, ein Telefon und eine Internetverbindung habe, könne er sein politisches Wirken fortsetzen - ob er nun in Oslo oder eben Kyrksæterøra lebe, so Akerhaug in der Onlineausgabe der Zeitung "VG".
Aber für die Regierung in Oslo geht es auch darum, wie sie dem Volk vermitteln kann, dass sie auch jemanden schützt, der das Land und seine Werte ablehnt und verhöhnt. In einem Kommentar der "Aftenposten" heißt es, für Norwegen sei das "wunderliche Tauziehen" zwischen dem Mullah und dem norwegischen System ein Test für alle. Es sei so leicht, in schwierigen Situationen Prinzipien über Bord zu werfen.
Die Herausforderung könnte anhalten. Mullah Krekar verkündete, er wolle noch lange in Norwegen bleiben.

URL:
http://www.spiegel.de/politik/ausland/norwegen-mullah-krekar-soll-zwangsumgesiedelt-werden-a-1015404-druck.html

Über 400.000 Euro Kosten für rund acht Jahre Haft Nigerianer erstach Flüchtlingshelferin – Steuerzahler müssen bluten

pi-news.net/nigerianer-erstach-fluechtlingshelferin-steuerzahler-muessen-bluten/
12.10.2017

Von JOHANNES DANIELS | Tatort Münster: Mit 22 Messerstichen brachte Anthony I. seine Eifersucht im Februar 2017 zum Ausdruck. Der „Asylbewerber" ermordete Soopika Paramanathan (22), die er als Caritas-Helferin in einem Flüchtlingsheim in Ahaus bei Münster kennenlernte, eiskalt nach den Sitten und Gebräuchen des dunklen Kontinents. Das Schwurgericht Münster verurteilte den Nigerianer am Mittwoch lediglich wegen Totschlags zu 13 Jahren Haft.

Der Wegfall des qualifizierten Tatmerkmales „Mord aus niederen Beweggründen" ist zumindest dem Justiz-Bonus für Menschen, die noch nicht so lange hier leben geschuldet. Laut Gericht bliebe auch offen, ob der 28-jährige Angeklagte schon vor dem Zusammentreffen beschlossen hatte, die Frau zu töten, oder ob der Entschluss spontan fiel. Goldstück Anthony hatte sich zumindest für die Tat ein Messer besorgt und nahm einen großen Rollkoffer (Marke „TGS") mit, in dem er das Opfer beseitigen wollte. Er lauerte der 22-Jährigen vor einem Haus auf, als Soopika Freunde besuchen wollte. Laut Anklage soll er dann 22 Mal zugestochen haben. Zwei Stiche in den Rücken, 20 Stiche in das hübsche Gesicht und den Hals. In ihrer Verzweiflung soll Soopika den Angreifer noch mit Pfefferspray besprüht haben. Laut Aussagen des Täters gegenüber der Staatsanwaltschaft hatten sie eine „kurze Liebesbeziehung".

Als die ehrenamtliche Caritas-Mitarbeiterin blutüberströmt am Boden lag, wollte ihr Mörder die zierliche Frau (46 Kilo, 153 cm) in den mitgebrachten Koffer stopfen. Als Passanten dazu kamen, ließ er von dem Ansinnen dieser Tatverschleierung ab.

„Flüchtling" Anthony ist sodann vom Tatort geflüchtet. Soopika Paramanathan kam ins Krankenhaus, in dem sie noch in der Tatnacht starb. Der „Asylbewerber" wurde zwei Tage später im Bahnhof in Basel (!) festgenommen. Im Prozess schwieg der Nigerianer eisern. In seinem Asylantrag hatte er angeben, er habe seine Heimat verlassen müssen, weil er homosexuell sei und gegen die islamistische Terrororganisation „Boko Haram" gekämpft habe. Nigeria ist allerdings als sicheres Herkunftsland anerkannt, der Mörder hätte somit niemals einreisen dürfen.

Daran dass der Nigerianer der Täter war, hatte das Gericht bei der Urteilsverkündung keine Zweifel – unter anderem wurden in seinem Zimmer Blutspuren des Opfers an seinem Rollkoffer der Marke TGS gefunden. Zudem habe sich der Angeklagte im Internet intensiv mit der „Beseitigung von Leichen" beschäftigt, was nicht sonderlich intelligent war.

Der „Engel von Ahaus"

„Viele kannten Soopika, sie war ein richtig nettes Mädchen. Weil ihre eigene Familie aus Sri Lanka stammt und sie sehr gut Englisch konnte, hat sie sich hier in der Flüchtlingshilfe engagiert", sagte ein Bekannter. Soopika wuchs in Arnsberg auf, besuchte das Gymnasium und wollte Lehrerin werden – in Enschede studierte sie dann Deutsch, Englisch und Pädagogik. Sie gab Nachhilfeunterricht, spielte Klavier und Violine und hatte viele Freunde. An ihrem Geburtstag beschenkte sie Obdachlose in Sri Lanka, von wo ihre Eltern vor 30 Jahren nach Deutschland kamen. Die Familie der Toten trat in dem Prozess als Nebenklägerin auf. Ihr Anwalt Hans Peter Maas: „Man hatte von Seiten der Familie erwartet, dass der Täter sich zumindest bei der Familie entschuldigt. Aber da ist nichts gekommen."

„Gewalt hat keine Hautfarbe"

Der für den Beisetzungsgottesdienst betraute Kaplan Thaddeus Eze erklärte: „Gewalt hat keine Herkunft und keine Hautfarbe". Es sei falsch, sich jetzt zurückzuziehen, nur weil der vermutete Täter zufällig auch Nigerianer sei. Gleichzeitig habe man in Gesprächen mit Flüchtlingen erfahren, dass diese große Angst hätten, nun unter Generalverdacht gestellt zu werden. „Bei vielen kommen jetzt die eigenen schrecklichen Erlebnisse wieder hoch".

Auch der Steuerzahler blutet: 400.000 Euro für 8 Jahre – dann 165.000 Euro pro Jahr

3.600 Euro kostet ein Resozialisierungsplatz in einer deutschen JVA – pro Monat! Darin sind noch keine Therapien, Arztkosten, Medikamente, Psychiater, Resozialisierungshelfer, „Streetworker" und Anwaltskanzleien eingerechnet. Nach doppelter Anrechnung der U-Haft und vorzeitiger Entlassung nach realistisch acht Jahren kostet der nigerianische „Blutdiamant" den deutschen Steuerpflichtigen immerhin über 400.000 Euro! Für eine mit an Sicherheit grenzende Sicherheitsverwahrung nach dem nächsten „Übergriff" bezahlt der Steuerzahler dann 165.000 Euro – pro Jahr – für Anthonys Resozialisierung.

Interessant ist, dass so gut wie keine deutschen Leitmedien – im Gegensatz zur zwar verspäteten Berichterstattung über den Freiburger Fall Maria Ladenburger – schreiben. Detaillierte Informationen erhält man aus der englischen „Daily Mail" und der „Sri Lanka Times".

Ohne die irrwitzige und illegale Grenzöffnung würde die fröhliche und engagierte Soopika Paramanathan heute noch leben. Angela Merkel und das Regime haben mitgemordet.

Polizei: Täter „ausschließlich mit Migrationshintergrund" Ausschreitungen beim Heimatfest in Fellbach

pi-news.net/fellbach-ausschreitungen-beim-heimatfest/
13.10.2017

Wie erst nach Ende des 70. Fellbacher Herbstes bekannt wurde, gab es in der Stuttgarter Vorstadt noch nie dagewesene Ausschreitungen während des jährlich über mehrere Tage stattfindenden traditionellen Wein- Heimat- und Erntedankfestes, das Anfang der Woche zu Ende ging. Allein über zwei Tage war es mehr als 60 jugendlichen Tätern möglich ihre Revierkämpfe offen auszutragen. Die verabredete Randale wurde laut Polizei ausschließlich von jungen Männern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund begangen.

Es handelte sich Zitat:„ausschließlich um deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund und sonstige Migranten". Wie es weiter heißt, waren die „Polizeibeamten massiv gefordert". Das zeitweise auch eine Überforderung der Einsatzkräfte vorlag und Kräfte nachgeordert werden mussten, ist folgenden Schilderungen aus den Stuttgarter Nachrichten zu entnehmen:

Die Teenager wichen der Polizei immer wieder aus und bildeten kleinere Gruppen, sodass sich die Einsatzkräfte vor Ort verteilen mussten. Außerdem war es unvermeidlich, dass weitere Kräfte der Bereitschaftspolizei angefordert werden mussten.

Erste Schlägereien vor dem Asylheim

Ihren Ausgang nahm die mehrtägige Randale am Samstag gegen 21.15 Uhr und zwar:

.. als die ersten (offensichtlich bewusst herbeigeführten) Auseinandersetzungen begannen. Auf dem Parkplatz am Max-Graser-Stadion westlich der Esslinger Straße flogen die Fäuste. Diese Schlägereien führten zu leichten Körperverletzungen und „hatten keinen rassistischen Hintergrund, sondern waren bewusst zwischen den beiden Gruppen provoziert und organisiert", erläutert Klaus Auer, Leiter des Fellbacher Polizeireviers.

Was im Artikel der Stuttgarter Nachrichten nicht erwähnt wird, ist die Tatsache, dass es sich beim Ausgangspunkt der Randalen nicht bloß um einen Parkplatz handelt. Es ist der Vorplatz zu einem der Massen-Asylunterkünfte der Stadt. Während des Fellbacher Herbstes direkt am Festgelände gelegen.

Der Fluchtweg führt direkt auf den Parkplatz vor das Asylheim zu den „sonstigen Migranten"!

In direkter Nachbarschaft das Fellbacher Jungendhaus – längst ein Rekrutierungsort für Linksradikale.

Wie sehr die Gruppen von der Polizeipräsenz beeindruckt waren, zeigte sich, als keine 24 Stunden später, dieselben Personengruppen erneut aufeinander einschlugen und sich gegenseitig verletzten.

Übergriffen auf Polizeibeamte – Schwerverletzte – sexuelle Belästigung

In Folge der Ausschreitungen bei der, wie es heißt: „auch gefährliche Gegenstände zum Einsatz kamen“, musste ein Mensch mit einer schweren Verletzung ins Krankenhaus eingewiesen werden. Allein Samstagabend kam es vier Mal zu Übergriffen auf Polizeibeamte. Die Täter wichen der Polizei auch immer wieder aus und bildeten kleinere Gruppen, sodass sich die Einsatzkräfte vor Ort verteilen mussten. Schon zu Anfang der Festtage berichten die Ermittler über sexuelle Belästigung auf dem gesicherten Gelände.

Ländergrenzen offen – dafür Grenzanlagen in den Städten

Während die deutsche Grenze nach wie vor nur noch auf dem Papier existiert, werden angesichts der nicht mehr zu leugnenden Bedrohungslage immer neue Grenzen durch unsere Städte gezogen. Ein mulmiges Gefühl muss die Besucher beschlichen haben. Angesichts des Gangs durch nicht enden wollende „Grenzanlagen“ in Fellbach.

Die Kirche im Hintergrund, der Park, der Friedhof. Wer steht hier drinnen und wer draußen?

Ob die Zäune im Ernstfall die Anwohner schützen?

Folgende Zäunchen sind eher eine Verlegenheitslösung. Geeignet um eine Kindergartengruppe umzuleiten.
Überall der Hinweis darauf, keine Taschen und Rucksäcke mitzunehmen. Vor Ort wurde wenn überhaupt, nur sporadisch kontrolliert. Fake-Sicherheit.

Völlig irre: Verantwortliche von Sicherheitskonzept begeistert
In einer Stellungnahme heißt es:
Das Fazit der Verantwortlichen fällt dennoch und angesichts der Vorfälle an zwei Abenden fast überraschend eher moderat aus: „Das Sicherheitskonzept hat sich bewährt", so die Verantwortlichen von Polizei, Ordnungsamt und Schwabenlandhalle..
Und warum waren die vielen Sicherheitsmaßnahmen, Zäune, Kameras und Flutlichtanlagen noch einmal notwendig und haben trotzdem nicht abgeschreckt?!
Fazit: Schon länger hier Lebende benehmen sich immer besser, werden immer seltener straffällig – Neubürger eskalieren dagegen immer häufiger und massiver. Ob die Verantwortlichen zu dieser differenzierten Betrachtung fähig sind?
Egal, Hauptsache der Bürger ist es und wählt in der Folge entsprechend!

Kein Aufschrei und keine Lichterketten Hamburg: 23-Jähriger wegen Blickkontakts mit Messer angestochen

pi-news.net/23-jaehriger-wegen-blickkontakt-mit-messer-angestochen/
17.10.2017

Tatzeit: 14.10.2017, 00:50 Uhr Tatort: Hamburg-Ottensen, Scheel-Plessen-Straße. Die Polizei Hamburg fahndet nach einem bislang unbekannten Mann, der am frühen Samstagmorgen einen 23-Jährigen im Verlauf eines Streits mit einem Messer verletzt haben soll. Die weiteren Ermittlungen führt das zuständige Landeskriminalamt 123. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen hielt sich der spätere Geschädigte mit einem Freund vor einem Schnellrestaurant auf, als es wegen eines zufälligen Augenkontakts zu einem verbalen Streit mit dem späteren Täter kam. Auch der Täter befand sich in Begleitung eines Bekannten. Der 23-Jährige und der spätere Täter begaben sich in Richtung der Scheel-Plessen-Straße, während die beiden Begleiter ihnen in einigem Abstand folgten und nicht in den Streit eingriffen.
In der Scheel-Plessen-Straße soll der Täter den Geschädigten mit einem Messer angegriffen und am Kopf sowie im Bauchbereich verletzt haben. Der Täter und dessen Begleiter flüchteten. Der Geschädigte und sein Begleiter begaben sich zurück zum Schnellrestaurant und informierten Polizei und Rettungskräfte. Der Geschädigte wurde in ein Krankenhaus transportiert und dort operiert. Er erlitt nach jetzigem Kenntnisstand eine Schnittverletzung im Gesicht und eine Stichverletzung im Bauchbereich. Lebensgefahr bestand zu keinem Zeitpunkt. In Tatortnähe konnte die mutmaßliche Tatwaffe, ein Messer mit Blutanhaftungen, aufgefunden und sichergestellt werden. Im Rahmen der eingeleiteten Sofortfahndung mit zehn Funkstreifenwagen konnte der Täter nicht mehr angetroffen werden. Er wird wie folgt beschrieben: arabisches Erscheinungsbild, 20-25 Jahre alt, 170-175 cm groß, normale Figur, kurze schwarze Haare, sprach fließend deutsch, weiße Trainingsjacke, dunkle Hose.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Stade: Am frühen Sonntagmorgen kam es gegen 06:30 h in der Stader Innenstadt am Pferdemarkt zu einer Messerstecherei, bei der ein 38-jähriger Mann aus Hamburg schwer verletzt wurde. Nach Zeugenangaben hatte ein bisher unbekannter Mann unvermittelt im Vorbeigehen einmal mit einem Messer auf das Opfer eingestochen und diesen dabei im Bauchraum getroffen. Passanten und die sofort eingesetzten Beamten leisteten Erste Hilfe und der Hamburger konnte anschließen nach der Erstversorgung durch den Rettungsdienst ins Stader Elbeklinikum eingeliefert werden. Der Täter, der sich nach der Tat in Richtung Steile Straße entfernte, wurde als klein und schmächtig mit schwarzem vollen Haar und südländischem Aussehen beschrieben. Er trug zur Tatzeit einen dunkelblauen Anorak und einen grauen Kapuzenpullover darunter.
Düsseldorf: Noch unklar sind die Hintergründe zu zwei Körperverletzungsdelikten gestern in Eller, bei denen drei Männer zum Teil schwer verletzt wurden. Die Opfer waren kurz vor Mittnacht jeweils von einer Personengruppe an zwei unterschiedlichen Örtlichkeiten, im Abstand von etwa einer viertel Stunde unvermittelt angegriffen worden. Zwei der Geschädigten befinden sich in stationärer Behandlung, wobei einer der Männer lebensbedrohliche Verletzungen aufweist. Die Spezialisten des Kriminalkommissariats 11 haben eine Mordkommission eingerichtet und prüfen die möglichen Zusammenhänge der Taten. Die Polizei bittet um Zeugenhinweise
2. Oktober, 23.35 Uhr, Bahnhof Eller-Süd
Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei Düsseldorf gingen zwei Männer (26 und 36 Jahre alt) und eine 31-Jährige gegen 23.35 Uhr entlang der Unterführung des Bahnhof Eller-Süd in Richtung Haigerweg. Zu diesem Zeitpunkt hielt sich dort eine Gruppe von fünf bis sechs Personen auf, die unvermittelt auf die beiden Männer losging und sie mit Schlägen attackierte. Als der 36-Jährige am Boden lag, trat einer der Täter gegen den Kopf des Opfers. Im Anschluss flüchtete die Gruppe in Richtung Bahnhof Eller-Mitte. Die beiden Opfer mussten mit Rettungswagen in eine Klinik gebracht werden. Der 36-Jährige befindet sich noch in stationärer Behandlung.
Personenbeschreibung: männlich, etwa 18 bis 20 Jahre alt, schlanke, sportliche Staturen, kurze dunkle Haare, südländisches Erscheinungsbild, bekleidet mit Pullovern, einer mit hellgrauer Kapuze
2. Oktober, 23.45 Uhr, Bahnhof Eller-Mitte
Ein Zeuge beobachtete, wie gegen 23.45 Uhr ein Mann von einer Gruppe (acht bis zehn Männer, etwa 20 Jahre alt, überwiegend südländisches Aussehen) auf dem Bahnsteig der S-Bahn Haltestelle „Eller-Mitte" mit Faustschlägen attackiert wurde. Als das Opfer zu Boden stürzte, trat einer der unbekannten Täter gegen den Kopf des Mannes. Ein weiterer aus der Gruppe schlug nach Angaben des Zeugen mit einem Schlagstock auf den Hinterkopf des Opfers. Im Anschluss trennte sich die Gruppe, wobei ein Teil in Richtung Festenbergstraße und der andere Teil in Richtung Gumbertstraße flüchtete. Der 31-jährige Geschädigte wurde in ein Krankenhaus gebracht. Er weist schwere Verletzungen auf. Lebensgefahr besteht nicht. Die Staatsanwaltschaft und die Polizei werten die Tat als versuchtes Tötungsdelikt. Ob die beiden Sachverhalte in Verbindung stehen, ist Bestandteil der Ermittlungen der „MK Gumbert".
Celle: Am frühen Mittwochmorgen, gegen 03:30 Uhr, meldete sich ein Anwohner eines Hochhauses in der Dörnbergstraße bei der Polizei und gab den Hinweis auf einen Mann, der offenbar verletzt vor seiner Wohnungstür liegen würde. Der verletzte 60-Jährige gab an, Zeitungen ausgetragen zu haben. Auf dem Rückweg zu seiner Wohnung in dem Hochhaus, bemerkte er eine Personengruppe hinter sich. Im Eingangsbereich des Hauses begannen dann zwei Männer aus dieser Gruppe auf den Mann einzutreten. Die Tritte trafen den 60-Jährigen am Oberkörper und Kopf. Anschließend flüchteten die Schläger in Richtung Wittinger Straße. Weggenommen wurde dem Mann nichts. Er schleppte sich zu einer Wohnung im Erdgeschoss und bat dort um Hilfe. Von den Tätern fehlt bislang jede Spur. Es konnte lediglich gesagt werden, dass die Gruppe aus fünf augenscheinlichausländisch aussehenden Personen bestand.
Rostock: Am Freitagnachmittag gab es kurz vor 16:00 Uhr im Bereich des KTC eine Auseinandersetzung zwischen zwei Personengruppen. Laut Zeugen kam es zwischen einer dreiköpfigen Personengruppe und einer Gruppe von ca. acht Personen zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung. Aus dieser heraus griff die Gruppe das Trio dann mit Schlägen und Tritten sowie mit Reizgas an. Die drei Geschädigten aus Rostock und Bützow im Alter von 31 bis 47 Jahren trugen dabei leichte Verletzungen davon, die ambulant behandelt werden mussten. Im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen wurden zwei syrische Tatverdächtige durch die Einsatzkräfte der Polizei gestellt. Der 16- und 18-Jährige stehen im dringenden Verdacht, an dieser gefährlichen Körperverletzung beteiligt gewesen zu sein. Alle Beteiligten wurden nach Abschluss der ersten Ermittlungen in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft Rostock wieder entlassen.
Konstanz: Von einer aus sechs bis sieben Personen bestehenden Gruppe ist am Dienstag, gegen 05.00 Uhr, ein 27-jähriger, aus Richtung Elberfeldbrücke kommender Radfahrer vor einer Gaststätte in der Oberlohnstraße nach seinen Schilderungen unvermittelt angegriffen worden. Dabei wurde der Mann vom Fahrrad getreten und anschließend auf dem Boden liegend mit Schlägen und Tritten traktiert. Nachdem zeugen auf den Vorfall aufmerksam wurden, flüchteten die Unbekannten in Richtung Cherisy-Areal. Die als „südländisch aussehend" beschriebenen Täter konnten bei einer sofort eingeleiteten Fahndung nicht mehr angetroffen werden. Der 27-Jährige musste mit Verletzungen im Gesicht und am Ohr in ein Krankenhaus eingeliefert werden.
Mönchengladbach, Düsseldorf: Ein Algerier (18) hielt einem Deutschen (65) im Rollstuhl am Freitagabend (14. Oktober) um 23.55 Uhr ein Messer an den Hals. Bundespolizisten fahndeten nach dem Mann und konnten ihn festnehmen. Auf dem Bundespolizeirevier in Mönchengladbach am Hauptbahnhof meldete ein Rollstuhlfahrer, dass er wortlos und unvermittelt von einem jungen Mann mit einem Tafelmesser bedroht wurde. Die Beamten fahndeten mit der angegebenen Personenbeschreibung nach dem Algerier, trafen ihn im Hauptbahnhof an und nahmen ihn vorläufig fest. Das mitgeführte Messer wurde sofort sichergestellt. Zu der Tat wollte er sich nicht äußern. Der Rollstuhlfahrer wurde nicht verletzt. Bei weiteren Ermittlungen stellte sich heraus, dass der junge Mann keinen Aufenthaltstitel für das Bundesgebiet hatte und sich unerlaubt in Deutschland aufhielt. Gegen den Mann wurde ein Strafverfahren wegen der Bedrohung und des unerlaubten Aufenthaltes eingeleitet.
Lüneburg: Gefährliche Körperverletzung Samstag, 07.10.2017, 00:52 Uhr Ort: 21335 Lüneburg, Am Stintmarkt Kurzsachverhalt: Zwei Lüneburger (49 und 35 Jahre) wurden von einer Gruppe südländisch aussehender Männer angegriffen. Dem 35-jährigen Opfer wurde eine Flasche auf den Hinterkopf geschlagen, so dass es bewusstlos zu Boden fiel. Im Anschluss wurde die Person mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht. Die Täter flüchteten unerkannt.
Singen: Wegen Bedrohung und Körperverletzung sucht die Polizei zwei etwa 14-Jährige, die am Montagnachmittag, gegen 17.15 Uhr, in der Steißlinger Straße, beim ESV-Sportplatz auf eine Gruppe von vier Kindern trafen. Nach deren Schilderungen wurden sie von den Unbekannten

zunächst nach Geld gefragt. Nachdem ihnen signalisiert wurde, dass kein Geld mitgeführt werde, machte sich einer der beiden Jugendlichen an einem Fahrrad der Kinder zu schaffen. Das Kind, dem das Fahrrad gehörte, verbat sich dies, worauf nach den Schilderungen der Kinder einer der beiden Jugendlichen ein Springmesser geöffnet und damit gedroht habe. Ein Kind wurde vom zweiten Jugendlichen ebenfalls mit einem Messer bedroht und mehrfach in das Gesicht geschlagen. Nachdem ein Zeuge auf den Sachverhalt aufmerksam wurde, flüchteten die beiden Jugendlichen in Richtung Freiburger Straße. Einer der beiden Jugendlichen ist etwa 155 cm groß, schlank, hat kurze, schwarze Haare und sollt türkisch gesprochen haben. Er trug ein schwarzes Basecap, eine schwarze Adidas-Jogginghose und eine schwarze Bomberjacke. Sein Begleiter ist 155 bis 160 cm groß, kräftig, hat schwarzes, krauses Haar, sprach ebenfalls türkisch und war mit einem roten Pulli und einer blauen, glänzenden Bomberjacke und schwarzen Jeans bekleidet.

Pforzheim: Ein Pärchen im Alter von 30 und 38 Jahren ist am Samstagnachmittag in der Pforzheimer Innenstadt vor einem Cafe´ der Westliche Karl-Friedrich-Straße von einer Gruppe Jugendlicher mittels Knallerbsen belästigt worden. Bei der folgenden Auseinandersetzung wurden der 30 Jahre alte Mann und ein 14-Jähriger leicht verletzt. Zunächst war beim Polizeirevier Pforzheim-Nord kurz nach 16.35 Uhr eine Meldung eingegangen, wonach von einem Mann ein Kind oder ein Jugendlicher geschlagen werde. Bereits auf der beschleunigten Anfahrt konnte eine Streife zwei flüchtende Jugendliche sichten, die sich auf einer öffentlichen Toilette an der Bushaltestelle der Schlössle-Galerie verstecken wollten. Beide wurden vorläufig festgenommen. Einer der beiden 14-Jährigen hatte im Bereich der Augenbraue eine größere Platzwunde.
Wie die weiteren Ermittlungen der Beamten ergeben haben, hatten die Festgenommenen in Begleitung von drei noch zu ermittelnden Tatgenossen zuvor Knallerbsen in Richtung der Füße der 38-jährigen Frau geworfen. Die Aufforderung seitens des 30-Jährigen, dies zu unterlassen, ignorierte einer der 14-Jährigen offenbar. Daraufhin habe ihn der Mann festgehalten, um ihn zur Rede zu stellen. In der Folge habe eine Personengruppe von geschätzten elf arabisch aussehenden Jugendlichen den 30-Jährigen umringt und auf ihn eingeschlagen. Als dieser sich zur Wehr gesetzt habe, kam es zur Verletzung des 14-Jährigen an der Augenbraue, während der Erwachsene eine Lippenschwellung davongetragen hat. Die beiden Jugendlichen wurden im Anschluss in die Obhut ihrer Eltern übergeben. Weitere Ermittlungen des Polizeireviers Pforzheim-Nord dauern noch an.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Gruppenbegrapschungen durch Merkel-Fachkräfte

pi-news.net/gruppenbegrapschungen-durch-merkel-fachkraefte/

18.10.2017

Essen: Samstag Abend kurz vor Mitternacht (14. Oktober, 23:52 Uhr) erhielt die Polizei Kenntnis, dass mehrere männliche Personen, im Eingangsbereich vor einer Diskothek auf der Gildehofstraße, Frauen sexuell belästigen. Den Ermittlungen zufolge stellten sich die Männer mit syrischer Herkunft (im Alter von 17-32 Jahren) zwei wartenden Frauen (24,27) in den Weg, als diese den Eingangsbereich passieren wollten. Sie separierten und umzingelten eine der beiden Essenerinnen und belästigten sie sexuell, indem sie ihr u.a. an das Gesäß fassten. Die Frauen flüchteten und suchten an der Lokalität einen Türsteher auf, der die Polizei informierte. Alle sechs Tatverdächtige nahm die Polizei vor Ort fest. Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelherbst 2017 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“

Ellwangen: Die Polizei Ellwangen bittet um Zeugenhinweise nach einer sexuellen Belästigung von zwei Mädchen, die sich bereits am Donnerstagabend (12. Oktober) in Ellwangen ereignet hat. Demnach haben drei bislang unbekannte Täter gegen 20.30 Uhr am Stelzenbach zwei Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren festgehalten. Danach versuchten sie, die Mädchen am Po und an den Brüsten anzufassen. Die Mädchen wehrten sich heftig, woraufhin die Täter nach den beiden Mädchen mit den Füßen traten und diese leicht verletzten. Schließlich konnten die Mädchen davon rennen. Eine Zeugin beobachtete anschließend wie zwei der Täter am Bahnhof in den Zug in Richtung Aalen einstiegen. Alle drei Männer waren dunkelhäutig, circa 20 Jahre alt und 1,80 bis 1,85 Meter groß. Ein Täter war kräftig, hatte schwarze, kurze Lockenhaare und trug einen roten Pulli und rote Schuhe. Die übrige Kleidung war dunkel.

Darmstadt: Zwei bislang unbekannte Männer sprachen in der Nacht zum Dienstag (17.10.) gegen 0.45 Uhr in der Kaplaneigasse zunächst eine 21 Jahre alte Frau an und hielten sie anschließend fest. Einer der Männer berührte die 21-Jährige anschließend unsittlich. Die junge Frau konnte sich losreißen und wegrennen. Die Unbekannten haben laut Angaben des Opfers ein ausländisches Aussehen und sind beide zirka 1,80 Meter groß. Die Männer waren dunkel gekleidet und trugen Kapuzenpullis.

Kassel: Die Ermittler des Kommissariats 35 der Kasseler Kripo sind nach einem Raub auf eine 43 Jahre alte Frau aus Kassel im Stadtteil Wesertor am Freitagnachmittag auf der Suche nach Zeugen, die Hinweise auf die beiden bislang unbekannten Täter geben können. Die beiden Männer sollen der Fußgängerin in einer Hausdurchfahrt am Franzgraben unter Vorhalt eines Messers Bargeld und Schmuck geraubt und das Opfer dabei auch mit dem Messer verletzt haben. Nach derzeitigem Ermittlungsstand hatte sich die Tat am Freitagnachmittag, gegen 15:40 Uhr, in der tunnelartigen Durchfahrt zwischen den Häusern Franzgraben 45-47 ereignet. Die 43-Jährige war eigenen Angaben zufolge zu Fuß von der Straßenbahnhaltestelle „Weserspitze“ in Richtung des „real“-Marktes gegangen, wobei ihr die beiden späteren Täter offenbar bereits von der Haltestelle gefolgt waren. In der Durchfahrt bedrängte beide Männer das Opfer schließlich und raubten ihr unter Vorhalt des Messers die Wertgegenstände. Dabei sollen sie die Frau auch unsittlich berührt und beleidigt haben. Da einer der Unbekannten sie mit dem Messer am Bein verletzt hatte, musste die 43-Jährige unmittelbar nach der Tat mit einem Rettungswagen zur ambulanten Behandlung in ein Kasseler Krankenhaus gebracht werden. Zu den beiden Tätern, die sowohl Deutsch als auch Arabisch gesprochen haben sollen, gab das Opfer folgende Personenbeschreibungen ab: 1.) etwa 1,55 bis 1,65 Meter groß, Anfang bis Mitte 20, arabisches Äußeres, braune Haut, kurze lockige schwarze Haare; trug kurze blaue Jeanshose, Sweatshirt, dunkle Steppweste 2.) etwa 1,70 bis 1,75 Meter groß, ca. 30 Jahre alt, arabisches Äußeres, schwarze kurze Haare, dicke Lippen; trug dunkle und weite Kleidung wie ein „Rapper“.

Stuttgart-Mitte: Ein Unbekannter hat am Samstag (14.10.2017) eine 19 Jahre alte Frau in der Olgastraße überfallen und versucht sie in eine Hofeinfahrt zu zerren. Der Mann griff sein Opfer gegen 04.30 Uhr auf der Straße an, zerrte die Frau in eine Hofeinfahrt und wollte sich offenbar an ihr vergehen. Dank der heftigen Gegenwehr gelang es der jungen Frau in eine nahegelegene Bar flüchten. Die 19-Jährige beschrieb den Mann wie folgt: Etwa 45 Jahre alt, zirka 160 Zentimeter groß, schlanke Figur, dunkles Haar und dunkler Teint.

München: Die Münchner Rauschgiftfahnder beobachteten am Freitag, 29.09.2017, gegen 18.55 Uhr, am Hügel hinter der Anlieferstraße West einen 28-jährigen Pakistani, welcher sich an ein am Boden liegendes Mädchen annäherte. Er setzte sich in ca. ein Meter Entfernung auf den Boden, legte sich dann hin und rutschte nach einer Minute fast auf Körperkontakt an das Mädchen ran. Eine weitere Annäherung wurde durch die Polizeibeamten unterbunden. Der 28-Jährige hatte bereits die linke Hand am Rock des Mädchens. Sein Verhalten wurde über die Videoüberwachung erfasst. Er erhielt daraufhin einen Platzverweis für das Festgelände. Als er über einen anderen Eingang das Wiesn-Gelände wieder betrat, wurde er in Gewahrsam genommen und verbrachte den restlichen Abend in der Haftanstalt des Polizeipräsidiums München. Ein Betretungsverbot wird beantragt.
Am Samstag, 30.09.2017, gegen 16.10 Uhr, konnte der Pakistani über die Videoüberwachung erneut aufgenommen werden, als er sich in gleicher Weise an eine schlafende Frau heranmachte. Als er deren Rock berührte wurde die Dame von selbst wach und konnte ihn abwehren. Kurz darauf kamen Freundinnen von ihr dazu und verscheuchten den Mann. Mitarbeiter des in diesem Bereich eingesetzten Ordnungsdienstes wurden auf den Mann aufmerksam und stellten diesen, bevor er sich ein neues Opfer suchen konnte. Der 28-jährige Pakistani wurde erneut in

Gewahrsam genommen.
Beim zuständigen Richter wurde zwischenzeitlich ein Gewahrsam für die restliche Dauer des Oktoberfestes beantragt. Der 28-Jährige bleibt nun bis Mittwoch, 04.10.2017 in Gewahrsam.
München: Am Donnerstag, 28.09.2017, gegen 18.20 Uhr, konnten Taschendiebfahnder einen 37-jährigen Iraker dabei beobachten, wie er in einem Festzelt einer 28-jährigen Amerikanerin unter den Rock ihres Dirndls fasste. Der 37-Jährige wurde von den Polizeibeamten festgenommen und zur Wiesn-Wache gebracht. Gegen ihn wird wegen eines sexuellen Übergriffs und einer sexuellen Nötigung ermittelt.
Warendorf: Ein unbekannter Mann zeigte sich am Sonntag, 1.10.2017, gegen 18.35 Uhr, einer 32-jährigen Oelderin auf dem Friedhofsweg in Oelde schamverletzend. Der Tatverdächtige hat einen dunklen Teint, ist zwischen 30 und 50 Jahre alt, etwa 1,80 Meter groß und trug einen Drei-Tage-Bart. Bekleidet war der Mann mit einer dunklen, mehrfarbigen Trainingsjacke, einer dunklen Jogginghose und einem Basecap. Der Unbekannte flüchtete mit einem dunklen Damenfahrrad vermutlich in Richtung Gymnasium.
Anspach: Auf dem Skaterplatz in der Siemensstraße in Anspach ist gestern Nachmittag ein Exhibitionist aufgetreten. Eine 35-jährige Frau wurde auf den Mann aufmerksam, der sich ihr gegenüber in Scham verletzender Art und Weise zeigte. Als die Frau den Mann daraufhin aufforderte, sein Tun zu unterlassen, lief dieser davon. Er wurde als ca. 1,75 Meter groß, schlank, mit schwarzen, kurzen Haaren, etwa 25 Jahre alt, dunklerer Hautfarbe, bekleidet mit blauen Jeans und einem mintgrünem Sweatshirt beschrieben.
Bad Bentheim: In der Nacht zu Sonntag, 17. September, ist es in Bad Bentheim zu einer sexuellen Belästigung gekommen. Eine 36-jährige Frau hatte sich kurz nach Mitternacht auf den Nachhauseweg vom dortigen Weinfest begeben. Sie wurde dabei von einem bislang unbekannten Mann verfolgt und hinter der Bahnunterführung an der Straße Am Bahndamm zu Boden gedrückt. Weil die Frau sich heftig zur Wehr setzte, ließ der Mann von ihr ab und flüchtete in Richtung Bahnhofstraße. Er war etwa 30 Jahre alt, 1,60 bis 1,65 Meter groß und von schlanker bis zierlicher Statur. Der Täter sah südländischaus und trug weder Bart noch Brille.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Stuttgart-Wangen: Ein unbekannter Mann hat am Donnerstag (28.09.2017) eine 18-jährige Frau im Bereich der Wasenstraße angesprochen und sich ihr anschließend in sexuell aufdringlicher Weise genähert. Der Mann fragte die 18-Jährige gegen 23.15 Uhr nach einer Zigarette, was diese verneinte. Der Mann ließ daraufhin nicht von ihr ab, stattdessen wurde er zudringlich. Er lief ihr nach, drückte sie an einen Zaun, küsste sie gegen ihren Willen und berührte sie unsittlich. Erst als eine Passantin auf die beiden zulief, ließ der Mann von der 18-Jährigen ab und flüchtete. Die Zeugen beschrieben den Mann wie folgt: Zirka 22 Jahre alt, 170 bis 175 Zentimeter groß, breites, längliches Gesicht, kurze dunkle Haare, kräftige Statur, leichter Bauchansatz. Er trug einen grauen Wollpullover und eine schwarze Jeans mit Seitentaschen.
Riedstadt Ortsteil Crumstadt: Am gestrigen Freitag (29.09.2017) meldeten sich besorgte Eltern zweier siebenjähriger Mädchen bei der Polizei. Die beiden Mädchen waren kurz zuvor von der Grundschule im Riedstädter Ortsteil Crumstadt nach Hause zurückgekehrt und erzählten den Eltern, dass sie gegen 17:15 Uhr von einem unbekannten Mann belästigt wurden. Nach Angaben der Mädchen sei ihnen im Bereich der Grundschule ein dunkelroter Kleinwagen gefolgt. Der allein im Kleinwagen sitzende Fahrer habe mehrfach neben ihnen angehalten und die Kinder sahen, dass der Mann die Hose heruntergezogen hatte und unten herum nackt war. Gesprochen hatte der Mann dabei nicht. Die Mädchen seien dann schnell nach Hause gelaufen. Der Mann soll ca. 40 Jahre alt gewesen sein, hatte braun-graue Haare, trug ein rotes T-Shirt und eine grau Shorts mit Palmenmotiv. Eine sofortige Fahndung der Polizei blieb erfolglos.
Krefeld: Am 02.10.2017, 16:30 Uhr, zeigte sich ein Mann auf der Zwingenbergstraße in schamverletzender Weise vor zwei 14-jährigen Mädchen. Er entfernte sich nach seiner Tat mit einem schwarzen Fahrrad in Richtung Europaring; Beschreibung: Ca. 55. Jahre, 175-180 cm, lichtes, graues Haar, fast Glatze, korpulent, rundliches Gesicht, schwarze Jacke, dunkle Hose, trug zeitweise eine schwarze Mütze.
Freiburg: Zwei Jugendliche wurden von einem unbekannten Mann am Donnerstagabend gegen 19:00 Uhr am Bahnsteig 2 des Bahnhofs Haagen-Messe belästigt. Dieser saß zuerst auf einer Bank, lief dann in Richtung der Mädchen und entblößte sich. Dabei hielt er sein Glied in der Hand. Geschockt verließen die Mädchen den Bahnhof am Bahnübergang, der Mann entfernte sich in entgegengesetzte Richtung. Möglicherweise ist jemandem der Mann in der Nähe aufgefallen, oder es können Angaben zu dessen Identität gemacht werden. Er wird wie folgt beschrieben: 50 – 60 Jahre alt, ca. 175 cm groß, normale Statur, Wangenbart, Brille, trug graue Schildmütze mit roten Streifen, graue Jeans, graues T-Shirt und graue Kapuzenjacke ebenfalls mit roten Streifen. Er hatte ein schwarzes Herrenfahrrad dabei.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Friedland: 20-Jährige von Syrer bedroht und vergewaltigt

pi-news.net/friedland-20-jaehrige-von-syrer-bedroht-und-vergewaltigt/

21.10.2017

Friedland: Eine junge Frau ist am Montag in Friedland sexuell missbraucht worden. Zwei Tage später hat das Amtsgericht Neubrandenburg einen Haftbefehl erlassen. Das Amtsgericht Neubrandenburg hat gegen einen jungen Mann wegen Vergewaltigung im besonders schweren Fall Haftbefehl erlassen. Wie ein Sprecher der Staatsanwaltschaft am Mittwoch sagte, soll der aus Syrien stammende Mann am Montag in Friedland bei Neubrandenburg eine Bekannte in deren Wohnung bedroht und sexuell missbraucht haben.
Das Opfer – Anfang 20 – habe die Polizei alarmiert, die den Verdächtigen später festgenommen habe. Die Verletzungen der Frau seien medizinisch und ihre Angaben polizeilich überprüft worden. Daraus habe sich ein dringender Tatverdacht gegen den etwas älteren Verdächtigen ergeben. Das Opfer sei bei dem Vorfall mit einer Waffe bedroht worden, weshalb zunächst wegen versuchten Totschlags ermittelt wurde, erklärte der Sprecher. Nun werde dem Verdächtigen neben Vergewaltigung auch gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Weitere Angaben seien mit Rücksicht auf das laufende Ermittlungsverfahren derzeit nicht möglich.

Anzeige

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionenabgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelherbst 2017 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“

Wiesbaden: In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch bedrängte ein unbekannter Mann in der Rheinstraße eine 22 jährige Wiesbadenerin und küsste sie gegen ihren Willen auf den Mund. Die junge Frau lief um 00:30 Uhr vom Sedanplatz, über den Bismarck-Ring, in Richtung Dotzheimer Straße, als sich der Fremde plötzlich näherte. Dieser sprach sie an, die Frau reagierte jedoch nicht und gab ihm freundlich zu verstehen, dass sie die Kontaktaufnahme nicht wünsche. Der Mann habe jedoch trotzdem den Arm um sie gelegt und sei weiter mit ihr die Straße entlang gelaufen. In der Rheinstraße klingelte die Frau an einem Haus, woraufhin der Unbekannte versuchte sie zu küssen. Obwohl die Frau dies verhindern wollte, sei es dann, gegen ihren Willen, zu einem Kuss gekommen. Als der Frau nun die Tür geöffnet wurde, entfernte sich der Täter in unbekannte Richtung. Dieser sei circa 30 Jahre alt, circa 1,70 Mter groß, trage kurze Haare sowie einen Dreitagebart und sei mit einer kurzen, roten Daunenjacke, einer Jens und Sneakers bekleidet gewesen. Nach Angaben der Geschädigten, habe es sich nach ihrer eigenen Wahrnehmung um einen „syrischen oder afghanischen Staatsangehörigen“ gehandelt.

Chemnitz: Wegen des Verdachts zweier sexueller Übergriffe am Mittwochabend (18. Oktober 2017) ermittelt die Chemnitzer Kriminalpolizei und prüft mögliche Zusammenhänge zwischen den Taten. In der Zeit zwischen 19.20 Uhr und 19.30 Uhr ereignete sich Folgendes: Eine 14-Jährige lief in der Nähe der Reichsstraße von der Zwickauer Straße über einen Parkplatz und weiter über eine Brücke (Höhe Deubners Weg). Dabei bemerkte sie, dass sie von einem Unbekannten verfolgt wurde. Nach Aussage der 14-Jährigen hielt sie der Unbekannte dann fest und berührte sie unsittlich. Das Mädchen wehrte sich dagegen und plötzlich kam ein weiterer Mann hinzu.

Gemeinsam sollen diese die 14-Jährige zu Boden gebracht haben. In der Folge berührten die Männer das Mädchen unsittlich und nahmen sexuelle Handlungen vor. Als die 14-Jährige um Hilfe rief, schlug einer der Täter das Mädchen. Schließlich flüchteten die Unbekannten in Richtung eines McDonald´s Restaurants, als eine Fahrradfahrerin zum Ort des Geschehens kam. Bei der Tat ist das Opfer leicht verletzt worden. Beschrieben wurden die Täter als ca. 17 bis 18 Jahre alt, etwa 1,70 Meter bis 1,75 Meter groß und mit schlanker Gestalt. Beide sollen dunklen Teint und dunkles Haar, an den Seiten kurz geschnitten und oben etwas länger, haben. Einer der Männer trug eine Lederjacke und war dunkel gekleidet.

Zwischen 19.30 Uhr und 19.40 Uhr war eine 17-Jährige vom Falkeplatz/Zwickauer Straße durch einen Park an der Chemnitz entlang in Richtung Hohe Straße unterwegs. Dabei lief sie an einem unbekannten Mann vorbei, der ihr schließlich bis zu den Treppen in der Nähe des Gerichts folgte. Auf der Treppe war der Unbekannte plötzlich neben der Jugendlichen und berührte sie dabei unsittlich. Lautstark forderte die 17-Jährige den Täter auf, das zu unterlassen und schrie dann um Hilfe. In der Folge flüchtete der Mann in den Park. Die Jugendliche begab sich nach Hause, von wo aus die Polizei informiert wurde. Der Täter in diesem Fall wird auf höchstens 20 Jahre alt und etwa 1,70 Meter groß geschätzt. Er war südländischen Typs und hatte dunkle, glatte, seitlich kurz geschnittene Haare, die oben etwas länger und nach hinten frisiert waren. Der Mann wurde als dünn und schlaksig beschrieben. Er trug langärmelige, schwarze Oberbekleidung und eine schwarze Jogginghose sowie Turnschuhe mit rötlich-weißen

Freiburg: Wie durch nachträgliche Anzeigenerstattung bekannt wurde, ereignete sich in der Nacht auf den heutigen Dienstag, 17.10.2017 folgender Sachverhalt: Eine 21jährige Frau befand sich gegen 01:15 Uhr nachts zu Fuß auf dem Heimweg von der Freiburger Innenstadt. Noch vor der Haltestelle „Runzmattenweg“ wurde sie unvermittelt von einem bislang unbekannten Täter angegangen. Der Mann stieß sie zu Boden und begann sie zu würgen. Der jungen Frau gelang es, dem Täter ein mitgeführtes Desinfektionsmittel in die Augen zu sprühen, so dass er von ihr abließ und sie flüchten konnte. Der Mann kann folgendermaßen beschrieben werden: Etwa 185 cm groß, schlaksige/ dünne Statur, etwa 30 Jahre alt, Schwarzwafrikaner.

Magdeburg: Montagmorgen, gegen 02:40 Uhr, wurde eine 22-jährige junge Frau in der Schilfbreite von einem unbekannten Mann sexuell belästigt. Zuvor fuhren zwei Männer in demselben Nachtbus der Linie 3, wie das spätere Opfer, bis zur Haltestelle „Freibad Süd“. Der Täter hielt die junge Frau fest, zog sie an sich, umarmte sie und berührte sie mehrfach an bestimmten Körperregionen. Der zweite anwesende Mann, griff nicht aktiv in die Belästigung ein, half aber auch nicht dem Opfer. Nachdem sich die Geschädigte aus dem Griff des Täters befreien konnte flüchteten die beiden Männer. Sie werden beschrieben als: 20 – 25-jährig, afrikanischer Phänotyp, dunkelhäutig.

München: Am Dienstag, 03.10.2017, gegen 21.00 Uhr, verließ eine 23-jährige amerikanische Wiesn-Touristin ein Festzelt in Richtung Service-Zentrum. Ein 28-jähriger Pakistani versuchte die 23-Jährige an sich zu reißen. Dabei griff er ihr mehrmals an die Brust und küsste sie auf den Mund. Die 23-Jährige machte mehr als deutlich, dass sie dieses Verhalten nicht will. Sie riss sich los und verständigte unverzüglich die Wiesnwache. Durch einen zufällig in der Nähe stehenden Polizeibeamten wurde der 28-Jährige festgenommen und der Wiesnwache überstellt.

Chemnitz: Ein sexueller Übergriff auf eine 25-jährige Frau ist der Kriminalpolizei am Samstag (30. September 2017), kurz nach 9 Uhr, angezeigt worden. In der Morgendämmerung hatte sich die Frau auf dem Nachhauseweg befunden. Dabei war sie in den Park der Opfer des Faschismus gelaufen und hatte sich dort auf eine Bank gesetzt. Nach ihren Angaben kamen dann zwei Männer auf sie zu, sprachen sie an und wurden zudringlich. Erst habe sie der größere der beiden Männer, dann der kleinere unsittlich berührt. Ersterer verließ schließlich den Park in Richtung Zschopauer Straße. Der andere habe die Frau dann festgehalten und mit sich bis in ein leer stehendes Haus gezogen. Dort wurde die 25-Jährige zu Boden gestoßen, wobei sie leicht verletzt wurde. In der Folge bedrohte sie der Unbekannte, versuchte sie zu entkleiden und wurde erneut sexuell zudringlich. Die Frau wehrte sich dagegen, flüchtete schließlich aus dem Gebäude und informierte dann die Polizei. Wohin der Täter ging, ist unbekannt. Bei der Tatortbereichsfahndung konnte niemand festgestellt werden, auf den die Personenbeschreibung passte. Der Mann soll ca.

1,65 Meter groß, schlank und 25 bis 30 Jahre alt sein. Er hatte dunkles, kurzes, zurückgekämmtes Haar. Bekleidet war der Unbekannte mit einem blau-weiß-karierten Hemd, brauner Jacke mit Pelzkragen und blauen Jeans. Sein Begleiter war etwa 1,75 Meter groß, schlank und ebenfalls 25 bis 30 Jahre alt. Er hatte kurze, dunkle, hochgegelte Haare. Beide Männer sprachen in gebrochenem Deutsch und waren nach Zeugenaussage „dunklen Hauttyps“ beziehungsweise südländischen Typs.

Freiburg: Am vergangenen Donnerstag, 28.09.2017, meldete sich eine 47-jährige Frau aus Müllheim bei der Polizei, um ein Sexualdelikt anzuzeigen. Sie gab an, gegen 17 Uhr auf dem Nachhauseweg in Müllheim in der Nähe des Finanzamts von einem Mann angesprochen worden zu sein. Beide seien ein Stück zusammen gegangen. Dann hätte er sie in ein Haus im Senfbodenweg gedrängt. Dort hätte er versucht, sie zu vergewaltigen. Diesen Übergriff hätte sie abwehren können. Anschließend sei ihr die Flucht gelungen. Die Polizei leitete sofort, unter Hinzuziehung einer professionellen Opferbetreuung, die erforderlichen Ermittlungen ein. Der Tatverdächtige, gegen den die Staatsanwaltschaft den Erlass eines Haftbefehls beantragt hat, wurde festgenommen und dem Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Freiburg vorgeführt. Der 31-jährige Mann mitgambischer Staatsbürgerschaft befindet sich derzeit in Untersuchungshaft.

Löhne: Auf dem Gelände des Oktoberfestes in Löhne kam es am späten Montagabend zu sexuellen Belästigungen durch zwei männliche Personen. Der Vorfall ereignete sich gegen 22:45 Uhr. Die beiden Täter berührten in einem Fahrgeschäft mehrfach unaufgefordert vier Mädchen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren. Auch bei Verlassen des Fahrgeschäftes begrapschten sie sie nochmals. Die Mädchen wandten sich an eine Präsenzstreife der Polizei, die die beiden http://www.westfalen-blatt.de/OWL/Lokales/Kreis-Herford/Loehne/3007905-Polizei-nimmt-in-Loehne-zwei-Maenner-fest-Strafverfahren-eingeleitet-Maedchen-auf-Oktoberfest-begrapscht 18 und 19 Jahre alten Männer festnahmen und zur Wache brachten. Beide waren alkoholisiert und sind in Löhne wohnhaft. *(Anm. v. PI-NEWS: Bei den beiden Männern handelt es sich um „Zuwanderern mit iranischem Hintergrund“)*

Krefeld: Am Samstagmorgen, kurz nach 00 Uhr belästigte ein Mann aus St.Tönis eine 18jährige Krefelderin. Zunächst sprach er sie gezielt an der Bahnhaltestelle Sprödentalplatz an. Nachdem er abgewiesen wurde, entfernte er sich wieder. Als die Geschädigte anschließend wieder auf das Kirmesgelände wollte, trat er ihr erneut entgegen und griff ihr unvermittelt an die Brust. Danach entfernte er sich in Richtung Kirmesgelände. Als herbeigerufene Bekannte der Geschädigten und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes den Täter suchten, erkannte die Frau den Mann als er gerade eine andere junge Frau an Oberarm und Hand anfasste. Die Helfer konnten den Tatverdächtigen dann ergreifen und bis zum Eintreffen der Polizei festhalten. Dieser wurde zunächst festgenommen, eine Blutprobe entnommen und eine Strafanzeige gefertigt. Bei dem Mann handelt es sich um einen Zuwanderer aus dem Nahen Osten.

Braunschweig: Dank eines aufmerksamen 24-jährigen Zeugen konnte am Mittwoch Nachmittag ein Mann werden, der kurz zuvor eine Frau bedrängt hatte. Eine 16-jährige Jugendliche musste bei einem gemeinsamen Cafebesuch mit ihrer Mutter auf die Toilette im ersten Stock der Lokalität. Als sie diese verließ, näherte sich von hinten ein Mann, packte sie und hielt ihr den Mund zu. Sie konnte sich jedoch befreien und lautstark um Hilfe rufen. Der Zeuge begab sich aufgrund der Hilferufe auf den Hinterhof des Cafes. Er hatte dort einen Mann gesehen, der sich dort versteckt hielt. Die eingetroffene Streifenbesatzung nahm den 23-jährigen Mann vorläufig fest. Er bestritt zunächst die Tat. Aufgrund der weiteren Ermittlungen erhärtete sich der Verdacht, dass es sich bei dem Verdächtigen um denjenigen handelte, der vor einer Woche wie berichtet in der Nacht zu Freitag eine junge Frau in Rautheim überfallen hatte. Der zuständige Staatsanwalt stellte am Donnerstag Vormittag einen Antrag auf Erlass eines Untersuchungshaftbefehles. Im Rahmen der Vorführung räumte der 23-jährige Beschuldigte ein, aus sexueller Motivation heraus gehandelt zu haben. Das Amtsgericht Braunschweig erließ einen Untersuchungshaftbefehl gegen den Beschuldigten. *(Anm. v. PI-NEWS: Der jetzt als „Mann“ betitelte Täter wurde in der Pressemitteilung hinsichtlich seines früheren Übergriffs seitens der Polizei noch als „Südländer“ beschrieben)*

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Offenbach: Die Polizei ist am späten Mittwochabend des 27. Septembers von namentlich bekannten Zeugen alarmiert worden, dass zwischen 21 und 22 Uhr eine Frau von mehreren Unbekannten in der Ludwigstraße 33 in Höhe einer Hofeinfahrt sexuell genötigt und offensichtlich auch vergewaltigt worden sei. Die unmittelbar danach eintreffenden Beamten konnten allerdings weder ein Opfer noch eine tatverdächtige Personen antreffen. Da sich bis heute kein Opfer bezüglich dieser Tat bei der Polizei gemeldet hat, wendet sich das Offenbacher Fachkommissariat 12 an die Bevölkerung. Die Ermittler bitten dringend, dass sich die geschädigte Frau, die zwischen 25 und 30 Jahre alt sein und schwarze lange Haare haben soll, der Polizei anvertraut. Das unbekannte Opfer hätte ein Top und eine schwarze Lederjacke sowie eine Bluejeans mit heller Waschung getragen. Nach ersten Erkenntnissen war einer der Täter wohl 35 Jahre und 1,80 Meter groß. Er hatte eine dicke Statur und eine Glatze; bekleidet war er mit einem weißen Achsel-Shirt. Ein weiterer Straftäter soll 25 Jahre alt, schlank und 1,85 Meter groß gewesen sein. Er hatte schwarze Haare und einen Bart. Er trug eine Jogginghose.

Lippe: Auf der Ostertorwall ist am vergangenen Samstagmorgen (30. September), gegen 06.50 Uhr, eine Joggerin von einem unbekannten Täter körperlich angegangen worden, der ihr eindeutig zu verstehen gab, was er von ihr wollte. Das 59-jährige Opfer konnte sich aus der Umklammerung des Täters befreien und lief in Richtung Regenstorplatz, wo es unterwegs Passanten auf sich aufmerksam machen konnte, die sofort die Polizei verständigten. Zuvor stieß die Frau noch auf einen Radfahrer, der ihr half, aber dessen Personalien leider nicht bekannt sind. Der eigentliche Tatort liegt auf dem Ostertorwall zwischen der Leopoldstraße und dem Bruchweg, in Laufrichtung Bruchweg. Unterwegs wurde sie von dem entgegen kommenden späteren Täter in Höhe des Spielplatzes angesprochen, der eine Frage an sie richtete und sie dadurch zum Stehenbleiben animierte. Dann packte er unverhofft zu. Beschreibung: Etwa 40 Jahre alt, schlank aber von muskulöser Statur, um die 180 bis 185 cm groß, kurze dunkle Haare, dunkle Oberbekleidung und blaue Jeans.

Recklinghausen: Wie erst jetzt bekannt wurde, wurde eine 17-jährige Hertenerin am Dienstag, gegen 20 Uhr, auf der Elisabethstraße sexuell belästigt. Die 17-Jährige war mit dem Linienbus unterwegs und stieg auf der Elisabethstraße aus dem Bus. Hier blieb die Hertenerin kurz stehen und wurde von einem etwa 14 bis 16 Jahre alten Jugendlichen angesprochen. Dabei legte der Jugendliche seinen Arm um die Schulter der 17-Jährigen und berührte dabei ihre Brust. Als sie den Jugendlichen zurückdrängte, zog dieser seine Hose herunter und manipulierte an seinem Geschlechtsteil. Die 17-Jährige ging dann weg. Der Jugendliche blieb ohne weitere Handlungen zurück. Täterbeschreibung: 14 bis 16 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, schlank, dunkle Haare, an den Seiten kurz, Seitenscheitel, trug einen roten Pullover und eine dunkle Hose.

München: Am Dienstag, 10.10.2017, gegen 19.00 Uhr, befand sich eine 25-jährige Münchnerin, zusammen mit ihrem 7-jährigen Sohn, an der Würm, um dort spazieren zu gehen. Ein ihr entgegenkommender, unbekannter Mann suchte zunächst ihren Blickkontakt. Als die Münchnerin diesen jedoch ohne eine weitere Reaktion passierte und sich umdrehte, sah sie, dass der Unbekannte seine Hose herabgelassen hatte und an seinem Genital manipulierte. Die 25-Jährige schrie den Mann daraufhin an und verständigte die Polizei. Täterbeschreibung:
Männlich, ca. 170 cm groß, etwa 40 Jahre alt, schlanke Figur, schwarze, kurze Haare, Vollbart, ungepflegtes Erscheinungsbild, bekleidet mit einer blauen Jeans und dunkler Oberbekleidung

Penig: Auf einem Tankstellengelände an der Chemnitzer Straße soll sich am Mittwoch (4. Oktober 2017), zwischen 16 Uhr und 16.30 Uhr, ein Unbekannter vor mehreren Personen entblößt und sein unbedecktes Geschlechtsteil gezeigt haben. Der Mann soll um die 50 Jahre alt und 1,65 Meter groß sein. Er trug eine kurze, schwarze Jogginghose und eine Turnjacke. Des Weiteren soll er mit einem Fahrrad unterwegs gewesen sein. Mehrere Zeugen hatten sich an das Tankstellenpersonal gewandt, das dann die Polizei verständigte.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Möchtegern-Vergewaltiger: „No problem – Advokat Switzerland“

pi-news.net/moechtegern-vergewaltiger-no-problem-advokat-switzerland/
23.10.2017

Balingen: Nach einer versuchten Vergewaltigung ist gegen einen 26-jährigen Somalier Haftbefehl erlassen worden. Das bestätigt der Leitende Oberstaatsanwalt Jens Gruhl gegenüber dem Schwarzwälder Boten. Freitagabend, Balinger Bahnhof: Ein Mann zerrt ein junges Mädchen ins Gestrüpp, drückt es zu Boden und versucht ihm die Kleider vom Leib zu reißen. Das Mädchen ruft laut um Hilfe. Und Hilfe kommt: Drei Männern gelingt es, den jungen Mann zu überwältigen und bis zum Eintreffen der Polizei festzuhalten. Der junge Mann, Jahrgang 1991, der in Heidelberg als Flüchtling gemeldet ist, spricht nur gebrochen Englisch. „No problem“, sagt er, und „Advokat, Switzerland“.
„Es war Viertel nach neun“, erinnert sich Bahnhofseigentümer Peter Seifert im Gespräch mit dem Schwarzwälder Boten. Plötzlich sei ein Bekannter hereingestürmt und habe gerufen: „Peter, da draußen wird jemand vergewaltigt!“ Sofort seien sie hinausgeeilt. Die junge Frau sei auf dem Boden gelegen, der Mann oben drauf.

„Zu dritt haben wir ihn weggerissen und die Polizei verständigt.“ Die rückte an – von Hechingen, weil die Balinger Streife anderweitig beschäftigt war. Die Balinger Beamten kamen später dazu. „Die Polizisten haben gemeint: ›Den kennen wir, den hatten wir schon dreimal‹“, erzählt Seifert. Die Polizei nimmt den mutmaßlichen Vergewaltiger gleich mit, zudem zwei Zeugen: den Mann, der den Vorfall als Erster beobachtet hatte, und eine Frau, die sich um das verängstigte Opfer gekümmert hat. Auch der Krankenwagen kommt. Die junge Frau, die völlig verstört gewesen ist, wird ins Krankenhaus gebracht. Seifert ist fassungslos: „Wir haben auf dem Bahnsteig kein dunkles Eck“, sagt er, „da sind überall Lampen. An so einer Stelle vergewaltigt zu werden – das ist die Oberhärte!“ *(Der komplette Artikel kann beim Schwarzwälder-Bote nachgelesen werden)*
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelherbst 2017 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“
Heilbronn: Die Kripo sucht einen Mann, der am Donnerstagabend in Heilbronn eine Jugendliche begrapscht hat. Die 17-Jährige fuhr gegen 19.50 Uhr auf dem Gehweg der Allee entlang und hielt in der Nähe des Shopping-Hauses aufgrund eines kleinen technischen Problems am Fahrrad kurz an. Ein Unbekannter fragte sie, ob er helfen könne. Als sie dies verneinte, griff er plötzlich zu und berührte sie mehrfach unsittlich. Die junge Frau stieß den Mann mit den Händen von sich weg und flüchtete auf ihrem Fahrrad. Der Täter wird als

„südländischer Typ“ beschrieben, ist 1,80 bis 1,85 Meter groß und hat dunkle Haare mit Undercut. Außerdem trug er einen Dreitagebart. Auffällig ist ein Einschnitt an der rechten Augenbraue. Er spricht Deutsch mit Akzent. Es waren offensichtlich zwei weitere Männer bei ihm, die sich aber nicht beteiligten.
Kaarst: Am frühen Montagabend (16.10.) erhielt die Polizei Kenntnis darüber, dass ein unbekannter Mann einen Jugendlichen auf dem Grüngelände an den Rathausarkaden „Am Neumarkt“ belästigt und auch unsittlich berührt haben soll. Der bislang unbekannte Täter hatte gegen 17:30 Uhr den 15-Jährigen auf der Wiese angesprochen. Während der Unterhaltung kippte die Stimmung und der Unbekannte berührte den Jungen unsittlich. Dabei entblößte er sich kurz und verschwand dann auf einem „schrottreifen“ Fahrrad. Der 15-Jährige informierte über Telefon die Polizei. Eine Fahndung nach dem Sittentäter verlief ohne Erfolg. Der Unbekannte, der gebrochen deutsch sprach, wird folgendermaßen beschrieben: 18 bis 25 Jahre alt, etwa 173 Zentimeter groß, schlanke Statur, laut Angaben des Opfers hatte er ein südländisches Aussehen und war mit einem grünen Oberteil bekleidet.
Landkreis Potsdam-Mittelmark: Ein 18-jähriger Passagier eines Fernreisebusses hat am Mittwochabend auf der Fahrt von Berlin nach Leipzig, im Bus sein Geschlechtsteil ausgepackt und onaniert. Mehrere Kinder und Jugendliche im Alter von 13-16 Jahren, die ebenfalls mit dem Bus unterwegs waren, beobachteten den Vorgang und alarmierten den Busfahrer. Dieser stoppte den Bus auf dem Parkplatz Borker Heide, zwischen den Anschlussstellen Beelitz und Brück und rief die Polizei. Die Beamten nahmen den 18-jährigen aus Afghanistan stammenden Täter in Gewahrsam und leiteten ein Ermittlungsverfahren wegen exhibitionistischer Handlungen gemäß §183 StGB gegen ihn ein.
Wiesbaden: Am Freitagabend wurde eine 16-jährige Wiesbadenerin eigenen Angaben zufolge in der Grünanlage „Warmer Damm“ in Wiesbaden von einem unbekannten Täter sexuell bedrängt. Nach dem Vorfall stellte sie fest, dass auch noch persönliche Gegenstände wie Bargeld, eine Kette, ihr Handy und der Reisepass verschwunden waren. Die Jugendliche war mit einer Freundin in der Parkanlage unterwegs, als man auf drei jüngere Männer traf. Man unterhielt sich und trank etwas gemeinsam, bis der Unbekannte die Geschädigte aufforderte sich mit ihr etwas von der Gruppe zu entfernen. Abgesetzt von der Gruppe bedrängte der Täter dann die Jugendliche, forderte sie zu sexuellen Handlungen auf und hielt sie auch zeitweise fest. Die 16-Jährige konnte einen Übergriff verhindern. Der Täter sei circa 17 Jahre alt, circa 1,70 Meter groß, von schlanker Figur, trage schwarze Haare und einen Dreitagabart mit rasierten Konturen. Er habe große Augen („Glubschaugen“) und nach Angaben der Geschädigten ein „südländisches Erscheinungsbild“.
Kornwestheim: Die Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Ludwigsburg ermittelt derzeit gegen einen noch unbekannten Mann, der verdächtigt wird am Mittwochnachmittag im Richard-Strauss-Weg in Kornwestheim eine Frau sexuell belästigt zu haben. Gegen 16.20 Uhr wurden zwei Zeuginnen in der Wolfgang-Amadeus-Mozart-Straße von einer sichtlich bestürzten, älteren Dame angesprochen. Die Frau zeigte auf einen Mann, der sie kurz zuvor wohl begrapscht hatte. Der Täter flüchtete im weiteren Verlauf auf einen Fußweg zwischen die angrenzenden Mehrfamilienhäuser. Die Zeuginnen alarmierten die Polizei und verfolgten den Unbekannten noch ein Stück. Der Mann lief schließlich über die Eastleighstraße in Richtung Lindenstraße davon. Währenddessen wollte sich das Opfer zu einer Angehörigen begeben, die ganz in der Nähe wohnt, und ebenfalls die Polizei verständigen. Zunächst durchgeführte polizeiliche Fahndungsmaßnahmen blieben ohne Ergebnis. Der Täter soll zwischen 20 und 25 Jahren alt, circa 170 bis 175 cm groß und schlank sein. Er hat kurze, dunkle Haare und ein südländisches Aussehen.
Chemnitz: In der Dr.-Salvador-Allende-Straße soll sich am Mittwoch, gegen 17 Uhr, ein unbekannter Mann vor zwei Mädchen entblößt haben. Die 11-Jährigen waren im Bereich der Straße Usti nad Labem/Dr.-Salvador-Allende-Straße unterwegs, als ihnen in der Nähe eines Küchenstudios ein Mann auffiel. Der Unbekannte stand nahe eines Gebüsches und hatte sein

Geschlechtsteil entblößt. Die Kinder rannten daraufhin in ein Geschäft. Von dort aus rief man die Polizei. Der Entblößer soll ca. 20 Jahre alt und etwa 1,70 Meter groß sein. Nach Aussage der Kinder hat er dunkle Hautfarbe sowie schwarze, glatte, nach hinten gegelte Haare. Bekleidet war er mit einer schwarzen Weste, heller Hose und weißen Schuhen.
Unterhaching: Am Dienstag, 03.10.2017, gegen 20.20 Uhr, verließ eine 22-jährige Münchnerin die S-Bahn an der Haltestelle Fasanenpark, um sich auf den Nachhausweg zu begeben. In der Bussardstraße näherte sich ein ihr unbekannter Mann von hinten an sie heran, umarmte sie und fasste ihr mit den Händen über der Kleidung an die Brust sowie zwischen die Beine. Außerdem versuchte der Unbekannte, die 22-Jährige in das neben dem Gehweg befindliche Gebüsch zu ziehen.
Die 22-Jährige konnte sich gegen diesen Übergriff durch Tritte und Schläge wehren und nach Hause laufen, von wo aus sie die Polizei verständigte. Täterbeschreibung: Männlich, 20-30 Jahre alt, ca. 175 cm groß, afrikanische Erscheinung, tiefschwarze Hautfarbe, schlank bis normale Statur, geflochtene Haare (10-20 cm).
Mainz-Altstadt: Eine 19-jährige Frau war mit Freunden in einem Club in der Emmerich-Josef-Straße feiern. Als sie sich zu späterer Stunde auf der Tanzfläche befand, wurde sie von einem unbekannten Mann sexuell belästigt. Trotz ihrer Aufforderung, dies zu unterlassen, fasste der Mann sie weiter im Intimbereich an. Als die junge Frau ihre Freunde zu Hilfe holte, verließ der Mann die Tanzfläche und das Lokal. Die junge Frau und ihr Freund informierten die Polizei, die die Ermittlungen aufnahm. Der Täter konnte nicht mehr angetroffen werden. Beschreibung: circa 1,80 bis 1,90 Meter groß, schlank, normale Statur, dunkler Teint, afro-amerikanisches Aussehen, dunkle kurze Haare.
Pforzheim: Auf dem Radweg zwischen Unterreichenbach und Pforzheim-Dillweißenstein ist eine 40-jährige Fahrradfahrerin am Dienstag gegen 12 Uhr einem Exhibitionisten begegnet. Der 20 bis 25-jährige südländisch aussehende Mann, der an Krücken zu Fuß unterwegs war, näherte sich ihr mit entblößtem Geschlechtsteil. Auf der Rückfahrt sah sie den Mann wieder auf der Bogenbrücke, wo er denselben Anblick bot.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Hannover: Am Dienstag, 10.10.2017, gegen 18:00 Uhr, hat sich ein bislang unbekannter Täter an der Heisterbergallee vor zwei Mädchen (15 und 16 Jahre alt) entblößt gezeigt und sexuelle Handlungen an sich vorgenommen. Die beiden Teenager waren gestern Abend zu Fuß auf der Straße Heisterbergallee unterwegs. Auf dem Weg zum ÜSTRA-Endhaltepunkt „Ahlem“ bemerkten sie dann auf dem Trampelpfad, zwischen der Straße An der Gartenbaumschule und dem Durchgang In der Reuterwiese (nördlich der parallel zur Heisterbergallee verlaufenden Bahngleise) den Unbekannten. Der Mann stand dort mit komplett runtergelassener Hose, onanierte und schaute die Mädchen an. Daraufhin liefen die beiden in Richtung Endhaltepunkt „Ahlem“, über die Straße Am Lebersood in die Küstriner Straße, davon. An der Küstriner Straße, gegenüber der Einmündung zum Landsberger Weg, im Eingangsbereich der Heisterbergschule, fiel ihnen der Mann erneut auf – auch dieses Mal nahm er wieder in der gleichen Art und Weise sexuelle Handlungen an sich selbst vor. Die Teenager flüchteten in Richtung Tegtmeyerstraße und alarmierten die Polizei. Eine Fahndung nach dem Täter verlief gestern ohne Erfolg. Der Unbekannte ist zirka 35 bis 40 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß und kräftig. Gestern trug er eine dunkelblaue Bomberjacke sowie ein schwarzes Cap. Bei der Hose handelte es sich um eine Jeans.
Winnenden: Ein Fußgänger war am Dienstagnachmittag gegen 16.45 Uhr auf dem Fußweg entlang des Zipfelbachs unterwegs. Im Bereich einer dortigen Wand beobachtete er einen 20-Jährigen, der sein erigiertes Glied in der Hand hielt. Der junge Mann konnte kurze Zeit später von einer Polizeistreife festgestellt werden, als er sich mit einem Tretroller in Richtung Innenstadt entfernte. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde er einem seiner

Betreuer übergeben. Eventuell fiel der 20-Jährige noch an anderen Örtlichkeiten im Stadtgebiet durch ähnliche Handlungen auf. Das Polizeirevier Winnenden bittet dahingehend unter Telefon 07195/6940 um entsprechende Mitteilungen. Er war mit einer schwarzen Jacke, einem schwarzen Kapuzenpulli, dunklen, Bluejeans und blauen Sneakers bekleidet. Zudem führte er einen auffällig roten Rucksack bei sich.
Ulm: Ein Exhibitionist hat am Samstagnachmittag in Biberach sein Unwesen getrieben. Der Mann trat im Bereich des Wieland-Gymnasiums an einem Spielplatz in Erscheinung und zeigte sich unsittlich gegenüber zwei 15-jährigen Mädchen. Die Jugendlichen handelten richtig und wandten sich sofort an die Polizei. Allerdings konnte der Mann trotz sofort eingeleiteter Fahndung nicht mehr angetroffen werden. Das Polizeirevier Biberach hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen und bittet um Zeugenhinweise. Der gesuchte Mann ist ca. 40 Jahre alt und hat eine hagere Statur und krause bis lockige Haare. Zum Tatzeitpunkt trug der Mann Radfahrkleidung und einen gelb-schwarzen Fahrradhelm.
Fulda: Wegen exhibitionistischer Handlungen fahndet die Fuldaer Polizei nach einem unbekannten Tatverdächtigen, der etwa 40 Jahre alt, zwischen 1,70 und 1,75 Metern groß und sehr korpulent ist. Am Sonntagnachmittag (08.10.), um 15:00 Uhr, hatte der Mann in der Rabanusstraße eine Frau angesprochen. Dabei hatte er seinen Penis deutlich sichtbar aus der Hose hängen gelassen. Die 31-Jährige, die auch ihre beiden Kinder bei sich hatte, fühlte sich dadurch belästigt und verständigte sofort die Polizei. Die eingetroffene Streife konnte den Exhibitionisten im Bereich des Tatortes nicht mehr antreffen. Ergänzend beschreibt die Geschädigte den Tatverdächtigen wie folgt: Er hat ein rundes Gesicht und trug eine auffällige orangefarbene Brille. Die Haare des Mannes waren dunkel und kurz geschnitten. Außerdem hatte er eine auffällige Zahnlücke.

Kein Aufschrei und keine Lichterketten Linz: 20-Jähriger durch türkischen Messerstecher schwer verletzt

pi-news.net/linz-20-jaehriger-durch-tuerkischen-messerstecher-schwer-verletzt/
24.10.2017.
Linz: In der letzten Nacht eskalierte ein Streit in der Linzer Innenstadt. Ein türkischer Staatsbürger und sein Beleiter schlugen und traten zunächst auf einen 20-jährigen Linzer ein. Plötzlich zückte der 19-jährige Türke ein Messer und stach dem Linzer in den Bauch. Nach der Tat – für die bislang kein konkretes Motiv bekannt ist – flohen die beiden Täter zunächst in Richtung Hauptplatz. Nach einiger Zeit kamen sie jedoch zurück zum Lokal. Der Türsteher handelte umgehend und kontaktierte die Polizei. Diese nahm die beiden Gewalttäter fest. Das Opfer wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Köln: In der Nacht auf Samstag (21. Oktober) ist es auf der Platzfläche Ebertplatz in Köln-Neustadt-Nord aus noch ungeklärten Gründen zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen zwei Kleingruppen gekommen. Zwei Männer (35, 48) erlitten Schnittverletzungen und mussten im Rettungswagen in eine Klinik gefahren werden. Die beiden Tatverdächtigen (29, 34) wurden durch Präsenzkräfte am Friesenplatz gestellt.
Nach aktuellem Erkenntnisstand hatte sich eine Kölnerin (42) gegen 1.50 Uhr am Ebertplatz Höhe Neusser Straße zusammen mit den beiden späteren Geschädigten aufgehalten. Zeugenaussagen zufolge hätten sich unvermittelt die beiden als „Nordafrikaner" Beschriebenen

aggressiv schreiend vor der Gruppe aufgebaut. Nach lautstark ausgetragenem Streit schlugen die Angreifer dann mit abgeschlagenen Flaschenhälsen auf die Begleiter der Frau ein. Anschließend flüchteten die Tatverdächtigen in Richtung Hansaring. Im Krankenhaus mussten die Gesichtsverletzungen des 48-Jährigen genäht werden. Er wurde anschließend, ebenso wie sein Begleiter, wieder ent lassen.Das von mehreren Zeugen gut beschriebene Täterduo wurde gegen 3.30 Uhr von fahndenden Polizisten in der U-Bahn-Zwischenebene Friesenplatz erkannt und festgenommen. Beide sind bereits hinreichend mit Drogen-, Gewalt- und Eigentumsdelikten in Erscheinung getreten. Atemalkoholtests ergaben bei dem 29-Jährigen 0,6 Promille, sein älterer Mittäter brachte es auf 1,6 Promille. Feste Wohnsitze können beide nicht vorweisen.
Wuppertal: An der Lüttringhauser Straße in Wuppertal kam es gestern (22.10.2017), gegen 02.50 Uhr, zu einer Schlägerei, bei der zwei Männer verletzt wurden. Die beiden Wuppertaler (25 und 26 Jahre) wurden von zwei anderen Männern, die vom Ronsdorfer Markt kamen, angesprochen. Es entwickelte sich ein Streit, in dessen Verlauf die beiden Unbekannten auf ihre Opfer einschlugen. Der 25-Jährige und sein Begleiter gingen zu Boden, dennoch traten die Angreifer weiter auf sie ein. Anschließend flüchteten die Täter in Richtung Ascheweg. Sie waren Anfang Zwanzig, sollen ein südländisches Äußeres gehabt haben und waren ca. 170 cm groß. Beide hatten dunkle kurze Haare und trugen dunkle Oberbekleidung und Blue Jeans. Die beiden Verletzten wurden zur ärztlichen Behandlung von Rettungsfahrzeugen ins Krankenhaus gebracht
Oberhausen: Donnerstagabend (19.10.), zwischen 21 und 22 Uhr, wurde ein 42-jähriger Mann durch zwei unbekannte Männer mit einem Messer verletzt. Der Geschädigte war zu Fuß auf der Bottroper Straße unterwegs. In Höhe des Rewe-Marktes, gegenüber vom Bahnhof Osterfeld, wurde er von zwei südländisch aussehenden Männern attackiert und mit einem Messer verletzt. Die Täter flüchteten mit einem Pkw vom Tatort. Der Verletzte wurde in einem Krankenhaus ambulant versorgt. Die Polizei Oberhausen ermittelt nun wegen eines versuchten Tötungsdelikts.
„SONSTIGES“ AUS DER BUNTEN REPUBLIK
„Schutzsuchender“ schlägt Putzmann zusammen da er nicht warten möchte
Heilbronn: Wegen Gefährlicher Körperverletzung ermittelt die Polizei gegen einen Bewohner der Asylbewerberunterkunft in Obereisesheim. Um die Toilettenanlagen zu reinigen, befand sich ein 34-jähriger Arbeiter am Sonntag, gegen 11.40 Uhr, in der Sammelunterkunft. Ein 31-jähriger Bewohner wollte die Sanitäranlagen zu dieser Zeit aufsuchen, wurde jedoch von dem 34-Jährigen gebeten, sich etwas zu gedulden. Es entbrannte eine Auseinandersetzung, bei welcher der Jüngere mehrfach mit einer Thermoskanne auf den Arbeiter einschlug. Letzterer erlitt hierbei leichte Verletzungen, die im Krankenhaus behandelt werden mussten. Der Tatverdächtige wurde vorläufig festgenommen und nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß entlassen. Eine Strafanzeige folgt.
Mohammedanisches Gräberfeld muss „christlich ungeweihter Boden“ sein
Uelzen-Westerweyhe: Karl-Heinz Günther nennt es zukunftsweisend für Westerweyhe. Was der Ortsbürgermeister meint, ist das neue Entwicklungskonzept für den kommunalen Friedhof im Ort. Dort soll nach dem Willen der Stadt auch ein Gräberfeld für Menschen muslimischen Glaubens angelegt werden. Das stößt im Dorf nicht unbedingt auf ungeteilte Zustimmung, wie Günther zu berichten weiß. … Dass Westerweyhe für eine Begräbnisstätte für Muslime ausgesucht worden sei, liege auch daran, dass der Friedhof ausreichend Platz habe. Und der muss speziell sein. Es müsse ein christlich ungeweihter Boden sein, so Günther. Den könne man in Westerweyhe anbieten. Die Frage sei auch, ob es für die muslimischen Trauergemeinden einen separaten Eingang geben solle. „Viele im Ort verstehen nicht, dass die Muslime bei der Beerdigung kein christliches Kreuz sehen dürfen“, sagt der Ortsbürgermeister. Es seien viele Fragen, die noch zu klären und zu besprechen seien. (KOMMENTAR PI-NEWS: Es gibt weltweit 57 (teils steinreiche) islamische Staaten, bei denen für Mohammendaner auch schon zu Lebzeiten genügend „christlich ungeweihter Boden“ zur Verfügung steht. Gute Heimreise!)
Syrer stört Uni-Vorlesung wegen „zu vieler Regeln in Deutschland“
Mainz-Oberstadt: Donnerstag, 19.10.2017, 14:30 Uhr: Eine Studentin der Universität Mainz meldete einen verdächtigen Mann in einem Vorlesungssaal im Johann-Joachim-Becher-Weg, der gegen Deutschland wettern würde. Die Örtlichkeit wurde angefahren und mehrere Zeugen befragt. Der Mann war offensichtlich kein Student, hätte sehr schlecht Deutsch gesprochen und auf Deutschland geschimpft (Deutschland wäre schlecht, zu viele Regeln…etc.). Die Dozentin hatte den Mann schließlich des Raumes verwiesen. Der 25-jährige Störer konnte von der Polizei am Ausgang zur Saarstraße angetroffen werden. Derjunge Mann aus Syrien verstand die Beamten gut, beschwerte sich aber über die Regeln und dass er nicht studieren dürfe. Die

übrigen Äußerungen waren zum Teil widersprüchlich. Er erhielt nach Abschluss der Maßnahmen einen Platzverweis, dem er nachkam.

„Schutzsuchender“ sucht ganz oft „Schutz“

Hannover: „Den Tipp gab mir ein Asylbewerber in Braunschweig“, erklärte Salin A. (23) auf der Anklagebank. Der Tipp: Sich mit Schein-Identitäten in verschiedenen Gemeinden anzumelden und Geld zu bekommen.Als „Adam Ali“ kassierte Salin A. (26) in Isernhagen in 16 Monaten 7549 Euro Sozialhilfe, als „Hassan Kader“ schröpfte der Sudanese die Sozialkasse in Eschede in vier Monaten um 1631 Euro. Und das Sozialamt Hannover zahlte in 18 Monaten für den abgewiesenen Asylbewerber „Omar Osman“ 22?059 Euro, davon 16?841 Euro für Unterbringung im Ex-Maritim-Hotel. Dort teilte er sich mit einem Flüchtling ein Zimmer. Bereits im November war Salin A. (unter weiteren vier Aliasnamen) vom Amtsgericht Helmstedt wegen Sozialbetrugs verurteilt worden, brummte vier Monate Knast ab. Die Richterin: „Sie kamen nach Deutschland, um Schutz zu suchen und haben in wenigen Wochen durch zahlreiche Betrügereien unser Sozialsystem ausgenutzt.“ Urteil: ein Jahr Gefängnis.

„Freudenschüsse“ aus türkischer Hochzeitsgesellschaft

Bonn: Am 22.10.2017, gegen 13:00 Uhr, gingen auf der Einsatzleitstelle der Bonner Polizei eine Vielzahl von Notrufen ein, die von Schüssen aus einem fahrenden Autokonvoi berichteten. Die ersten Meldungen gab es vom Bertha-von-Suttner-Platz in der Bonner Innenstadt. Schnell kam die Vermutung auf, dass es sich dabei um eine Hochzeitsgesellschaft handeln könnte. Umgehend wurden mehrere Streifenwagen entsandt, die den Konvoi im Bereich der Bornheimer Straße anhalten konnten. Tatsächlich handelte es sich um eine türkische Hochzeitsgesellschaft. Die Kontrolle führte nicht zum Auffinden von Schusswaffen. Das mutmaßliche Fahrzeug, aus dem die Schüsse fielen, hatte sich vorher in unbekannte Richtung entfernt. Nach dem derzeitigen Ermittlungsstand ist aber von Schüssen aus Schreckschusswaffen auszugehen. Bei allem Verständnis für die Freude über die Eheschließung ist eines ganz klar, solche „Freudenschüsse“ sind in Deutschland nicht erlaubt und werden konsequent verfolgt. So wurde durch die Polizisten der Innenstadtwache ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eingeleitet. Die Ermittlungen zu dem Vorfall dauern an. Ein Zeuge konnte Videoaufnahmen von der Tat machen, die aktuell durch Beamte der Kriminalwache ausgewertet werden. Für einen 23-jährigen Bonner war die Hochzeitsfeier indes beendet. Bei seiner Kontrolle stellte sich heraus, dass der junge Mann mit Haftbefehl gesucht wurde. Wegen Störung des öffentlichen Friedens durch die Androhung von Straftaten wurde er festgenommen und in eine Haftanstalt gebracht. Dort wird er vermutlich die nächsten 6 Monate verbringen müssen.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Wien: Gruppenvergewaltigung an 23-Jähriger?

pi-news.net/wien-gruppenvergewaltigung-an-23-jaehriger/

26.10.2017

Wien: Die Wiener Polizei hat diese Woche drei Männer festgenommen, die im Verdacht stehen, eine 23-jährige Frau vergewaltigt zu haben. Die Tat soll das Trio in der Nacht auf den 14. Oktober in der Wohnung eines Verdächtigen in Brigittenau verübt haben. Die drei Männer bestreiten die Tat, berichtete die Polizei in einer Aussendung am Donnerstag. Die 23-Jährige lernte einen 18-Jährigen am späten Abend des 13. Oktober in einer Bar im Bereich der Kärntner Straße in der Wiener Innenstadt kennen. Als sie gegen 2.00 Uhr mit dem Taxi nach Hause fahren wollte, stieg der Mann aus dem Kongo mit zwei Landsmännern im Alter von 22 und 23 Jahren zu. Gemeinsam fuhren sie in die Wohnung des 18-Jährigen. Laut Angaben der Slowakin sollen sie dort alle drei Männer vergewaltigt haben. Außerdem soll das Trio Bargeld aus ihrer Handtasche gestohlen haben. Am 15. Oktober erstattete die junge Frau Anzeige, berichtete Polizeisprecher Patrick Maierhofer. Der 18-Jährige wurde am 16. Oktober festgenommen. Gegenüber den Ermittlern bestritt er die Tat und sprach vielmehr von einvernehmlichem Geschlechtsverkehr. Seine beiden Komplizen wurden am 18. Oktober gefasst, beide bestritten die Vergewaltigung ebenfalls.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelherbst 2017 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“

Hamburg: Beamte des Kriminaldauerdienstes haben zwei 23-jährige Albaner dem Haftrichter zugeführt, die in der vergangenen Nacht eine 41-Jährige vergewaltigt haben sollen. Das Fachkommissariat für Sexualdelikte (LKA 42) hat die weiteren Ermittlungen übernommen. Eine Zeugin, die sich auf dem Bahnhofvorplatz des S-Bahnhofs Stellingen befand wurde auf Hilferufe aufmerksam. Als sie diesen nachging, sah sie zwei Männer, von denen einer eine Frau festhielt, während der zweite sexuelle Handlungen an der Frau vornahm. Die Zeugin begab sich in Richtung des Geschehens und rief ebenfalls um Hilfe. Die beiden Täter ließen nun von der Frau ab und flüchteten. Die alarmierten Polizeibeamten konnten zwei Männer, auf die die Täterbeschreibung zutraf, wenig später antreffen. Die Männer wurden durch zwei Diensthundeführer und die Diensthunde Aischa und Giny vorläufig festgenommen. Die Geschädigte, eine 41-Jährige, wurde zunächst zum Polizeikommissariat 27 verbracht. Nach umfangreichen Spurensicherungsmaßnahmen wurden die beiden Tatverdächtigen dem Haftrichter zugeführt.

Filderstadt-Bonlanden: Nach dem Fahrer eines silbernen Kleinwagens mit Esslinger Kennzeichen fahndet das Polizeirevier Filderstadt nach einem Vorfall, der sich am Mittwochabend auf der Mahlestraße ereignet hat. Ein 13 Jahre altes Mädchen war gegen 18 Uhr zu Fuß auf der Mahlestraße unterwegs, als neben ihr der silberne Kleinwagen anhielt. Aus dem Wagen heraus wurde sie von dem Fahrer in anzüglicher Weise angesprochen und nach ihrem Alter gefragt. Das Mädchen reagierte richtig, gab dem Fahrer deutlich und unmissverständlich zu verstehen, dass er weiterfahren soll und entfernte sich zügig. Der silberne Kleinwagen fuhr anschließend in unbekannte Richtung weg. Der Fahrer soll wenig Haare, fast eine Glatze und einen dunklen Teint gehabt haben. Er hatte dunkle Augen, keine Wimpern oder Augenbrauen und sprach mit einem ausländischen Akzent

Bernhausen: Eine 16-Jährige ist am Dienstagnachmittag, gegen 15.30 Uhr, in Filderstadt-Bernhausen belästigt worden. Die Jugendliche war in einen Bus der Linie 37 unterwegs und hatte sich alleine auf einen 2-er Sitz gesetzt. Der spätere Tatverdächtige setzte sich zu ihr, obwohl noch genügend andere Plätze im Bus frei waren. Während der Fahrt begann der Unbekannte das Knie der 16-Jährigen zu streicheln und versuchte durch ein Loch in der Jeans auch den Unterschenkel der Jugendlichen zu berühren. Diese reagiere geistesgegenwärtig und wehrte sich lautstark gegen die ungewollte Berührung. Der Unbekannte verließ daraufhin an der Haltestelle „Klinkerfeld“ Ecke Karl- und Mühlenstraße den Bus und entfernte sich in unbekannte Richtung. Er wurde wie folgt beschrieben: Männlich, leicht dunkler Teint, 25 bis 30 Jahre alt, etwa 170cm groß, normale Statur.

Güstrow: Am Nachmittag des 09.10.2017 gegen 17:40 Uhr hielt sich die 11-jährige Geschädigte zusammen mit ihrer Mutter in einem Modegeschäft am Pferdemarkt 29 in Güstrow auf. In einem von ihrer Mutter unbemerkten Moment, nährte sich ein unbekannter Mann dem Mädchen an und begann mit einer Hand in seiner Hose an seinem Geschlechtsteil zu manipulieren. Als die Mutter des Mädchens auf die Situation aufmerksam wurde, nahm der Täter die Hand aus der Hose und tat als würde sich im Geschäft umsehen. Sowohl der Mutter als auch der Geschädigten war der Mann bereits zuvor aufgefallen, weil er scheinbar beiden über mehrere Minuten bei
ihren Einkäufen folgte. Personenbeschreibung: ca. 160-170 cm groß, gebräunte Hautfarbe, untersetzte Statur, scheinbares Alter 40 bis 45 Jahre.

Stuttgart-Mitte: Ein 28 Jahre alter Mann hat am Freitagabend (06.10.2017) in einem Etablissement an der Leonhardstraße eine 19-jährige Frau sexuell genötigt. Der Mann befand sich gegen 20 Uhr bei der Prostituierten, dabei kam es zum Streit, weil der Mann Handlungen vornahm, die vorher nicht vereinbart worden waren und für die er nicht bezahlt hatte. Polizeibeamte nahmen den 28-Jährigen noch am Tatort fest. Der syrische Tatverdächtige wurde am Samstag (07.10.2017) mit Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart dem Haftrichter vorgeführt, der Haftbefehl erließ.

Würzburg: Weil er in einer Würzburger Diskothek zwei Frauen unsittlich berührt haben soll, hat die Polizeiinspektion Würzburg-Stadt am Sonntagmorgen einen 23-Jährigen vorläufig festgenommen. Gegen den afghanischen Staatsangehörigen wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zwei junge Frauen im Alter von 18 und 28 Jahren gaben an, von dem jungen Mann am Gesäß bzw. im Schritt gegen ihren Willen angefasst worden zu sein. Sie erkannten den Tatverdächtigen im Beisein der Polizeibeamten wieder. Der 23-Jährige wurde vor der Diskothek in der Augustinerstraße festgenommen und zur Durchführung der polizeilichen Maßnahmen zur Dienststelle gebracht. Gegen den 23-jährigen Afghanen, bei dem ein Atemalkoholtest einen Wert von über 1 Promille zeigte, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Köln: Sonntagmorgen onanierte ein 20-jähriger Türke im Kölner Hauptbahnhof vor einer Reisenden. Die Bundespolizei nahm den Exhibitionisten fest. Gegen 06:15 Uhr befand sich die 22-jährige Peruanerin am Bahnsteig neun des Kölner Hauptbahnhofes und wartete auf ihren Zug. Plötzlich bemerkte sie einen Mann, der sein Geschlechtsteil aus der Hose zog und onanierte. Angewidert verließ die junge Frau den Bahnsteig. Ein aufmerksamer Zeuge rief zwischenzeitlich die Bundespolizei zur Hilfe. Eine Streife nahm den Mann vorläufig fest. Als ihm der Tatvorwurf eröffnet wurde, bestritt er die Tat und gab an, Frauen noch nie belästigt zu haben. Die Geschädigte erstattete Anzeige bei der Bundespolizei. Anhand der Videoauswertung im Kölner Hauptbahnhof konnte die Bundespolizei die „Tathandlung“ nachvollziehen. Der Exhibitionist aus Pulheim hatte einen Atemalkoholgehalt von knapp einem Promille und blieb festgenommen, da er im vergangen Jahr bereits wegen sexueller Nötigung polizeilich bekannt wurde.

Augsburg: Eine unangenehme Begegnung hatte gestern (05.10.2017) eine 24-jährige Frau, die gegen 07.30 Uhr mit der Linie 3 von der Luitpoldbrücke Richtung Hauptbahnhof unterwegs war. Kurz vor der Endstation bemerkte sie, dass ihr Sitznachbar immer wieder körperlichen Kontakt suchte und sie berührte. Als die Studentin ihn daraufhin ansprach, stellt sie fest, dass er sein Geschlechtsteil in der Hand hielt und dieses wohl an ihr gerieben hatte. Sie forderte ihn lautstark auf, dies sofort zu beenden. Der Unbekannte stieg unmittelbar darauf am Hauptbahnhof aus und verschwand. Bei dem Täter dürfte es sich nach Angaben der Geschädigten mutmaßlich um einen Schwarzafrikaner handeln, ca. 25 – 30 Jahre alt, ca. 175 cm groß, schlanke, athletische Figur, auffällige „Boxernase“ und wulstige Lippen. Er war dunkel bekleidet und sprach in gebrochenem Englisch.

Hattersheim am Main: Bereits am Montagmittag, gegen 12:00 Uhr, kam es im Stadtpark in Hattersheim zu einer exhibitionistischen Handlung, bei der sich ein bisher unbekannter Täter in schamverletzender Weise zeigte. Zeugenaussagen zufolge soll sich der der ca. 26 bis 30 Jahre alte, etwa 1,80 Meter große und schlanke Mann im Bereich des Parks aufgehalten haben und anschließend Richtung Stadtzentrum geflüchtet sein. Er soll südländisch ausgesehen, braun gekräuselte Haare und einen Dreitagebart gehabt haben.

Ludwigsburg: Am Freitagmorgen zwischen 08:45 und 08:55 Uhr wurde eine Spaziergängerin von einem Exhibitionisten im Stadtpark belästigt. Die Dame ging gerade mit ihrem Hund auf Höhe des Ernst-Sigle-Gymnasiums spazieren, als sich ihr ein Mann von hinten näherte ohne sie zu überholen. Als sie sich schließlich umdrehte, sah sie dass der Mann sein Geschlechtsteil aus der geöffneten Hose geholt hatte und an diesem manipulierte. Auch nachdem er auf sein Verhalten angesprochen wurde fuhr der Täter mit seiner Handlung fort. Erst als die schockierte Frau damit drohte die Polizei zu verständigen drehte der Täter ab und lief über die Brücke Richtung Schützenstraße davon. Bei dem Täter handelt es sich um einen 1.63 bis 1,65 m großen, schlanken Mann mit kurzen, glatten schwarzen Haaren und dunklem Teint.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Rostock: Am 07.10.2017 kam es gegen 06:00 Uhr in Rostock zu einem Übergriff mit sexuellem Hintergrund. Eine 34-jährige Frau stieg am Rostocker Steintor aus einer Straßenbahn aus und ging die E.-Barlach-Straße entlang. Im Durchgang des nahegelegenen Kuhtors überfiel sie ein Unbekannter. Dieser umklammerte sie, versuchte sie zu küssen und berührte sie unsittlich. Er ließ von der Frau erst ab und flüchtete, als eine Passantin sich näherte. Der Täter wird wie folgt beschrieben: ca. 180 – 185 cm groß, schlanke, sportliche Gestalt, Bekleidung: helle Jacke mit Kapuze.

Ludwigsburg: Eine unangenehme Begegnung hatte eine 19 Jahre alte Frau, die am Donnerstag gegen 17.00 Uhr zwischen dem Seeschloss Monrepos und dem Favoritepark Joggen ging. In der Seeschlossallee, als sie sich in der Unterführung der Landesstraße 1138 befand, joggte ein bislang unbekannter Mann an ihr vorbei. Als dieser schließlich ins Gehen überwechselte, wollte die junge Frau überholen. Als sie sich auf seiner Höhe befand, nahm er wieder Schritt mit ihr auf und sprach sie an. Plötzlich griff der Täter ihr an den Hintern, worauf ihn die 19-Jährige anschrie und er die Flucht zurück in Richtung des Schlosses Monrepos ergriff. Unverzüglich alarmierte die Joggerin hierauf die Polizei. Sofort eingeleitete Fahndungsmaßnahmen mit mehreren Streifenwagen verliefen jedoch ergebnislos. Der Täter wurde als etwa 165 bis 170 cm groß und zwischen 25 und 30 Jahren alt beschrieben. Er war bekleidet mit einer langen, schwarzen Sporthose und einer blauen Sweatjacke, deren Kapuze er über seinen Kopf gezogen hatte.

Kernen-Rommelshausen: Eine 16-Jährige hielt sich am Montagabend am Bahnsteig der S-Bahnhaltestelle Rommelshausen auf. Zwischen 19 Uhr und 20 Uhr trat ein unbekannter Mann an die Jugendliche heran und bedrängte und begrapschte sie massiv. Er ließ von der 16-Jährigen ab, als ein Zug in den Bahnhof einfuhr. Danach entfernte sich der Mann in unbekannte Richtung. Dieser wird auf etwa 40 Jahre oder älter geschätzt. Er war circa 1,75 Meter groß und hatte einen „Bierbauch“. Er war bekleidet mit einer blauen Kapuzenjacke, deren Kapuze er über dem Kopf trug, sowie schwarzen Stiefeln. Zudem trug er eine beige Einkaufsstofftasche bei sich.

Bad Segeberg: Am Mittwoch, den 18. Oktober 2017, gegen 13:30 Uhr, ist es im Birkenweg zu einer exhibitionistischen Handlung gekommen. Die Kriminalpolizei bittet um Zeugenhinweise. Nach aktuellem Stand der Ermittlungen ging eine 17-Jährige aus Niedersachsen durch den Kurpark. Dort traf sie auf einen schlanken Mann im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, der an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Der Täter soll relativ kurze, http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/50154/3765891″ target=“_blank“ rel=“noopener noreferrer“> schwarze Haare getragen und etwa 1,8 Meter groß gewesen sein. Bekleidet gewesen sein soll der Täter mit einem dunklen Kapuzenpullover und einer dunklen Jogginghose.

Wismar: Am 18.10.2017 gegen 15:05 Uhr kam es zu einer exhibitionistischen Handlung im Bereich Fliemstorfer Huk an der Ostsee bei Wismar. Der unbekannte männliche Tatverdächtige sprang unbekleidet aus der Deckung eines Strauches und manipulierte an seinem Geschlechtsteil in Richtung der 40-jährigen Geschädigten. Der Tatverdächtige entfernte sich anschließend in unbekannte Richtung und konnte trotz sofort eingeleiteter polizeilicher Maßnahmen nicht mehr festgestellt werden. Beschrieben wurde der Täter wie folgt: ca. 30-40 Jahre alt, schlanke bis sportliche Figur, dunkle Haare.

Zehn weitere "Einzelfälle" Winsen: Ägyptischer „Flüchtling“ als Vergewaltiger überführt

pi-news.net/winsen-aegyptischer-fluechtling-als-vergewaltiger-ueberfuehrt/
27.10.2017

Winsen: Nach der Vergewaltigung einer 39-jährigen Frau am 7. September hatten Polizeibeamte noch am selben Tag einen 27-jährigen Marokkaner unter Tatverdacht vorläufig festgenommen (siehe Pressemeldung vom 7.9.2017, 13:55 Uhr). Bei einer Wahllichtbildvorlage wurde der Mann allerdings nicht wiedererkannt. Aufgrund eines ohnehin bestehenden Haftbefehls blieb der 27-jährige jedoch weiter in Haft.
Aus ermittlungstaktischen Gründen hatte die Polizei nicht veröffentlicht, dass bei der Tat auch das Handy der 39-Jährigen in den Besitz des Täters gekommen ist.
Durch technische Überwachungsmaßnahmen konnte das Mobiltelefon nur einen Tag nach der Tat im Raum Elmshorn geortet werden. Im Laufe des späten Abends gelang es, eine konkrete Wohnanschrift in Elmshorn als Standort des Mobiltelefons zu ermitteln. Noch in der Nacht zum 9. September wurde die Wohnanschrift überprüft. Hierbei wurde das Mobiltelefon sichergestellt.
Das Telefon konnte einem 18-jährigen Ägypter zugeordnet werden. Der Heranwachsende ist in einer Flüchtlingsunterkunft in Winsen wohnhaft gemeldet. Verwandtschaftliche Bezüge führten ihn nach Elmshorn. Der Ägypter wurde vorläufig festgenommen, weil er durch den Besitz des Handys unter dringenden Tatverdacht geriet. Weiterhin steht der Mann im Verdacht, Anfang August eine Frau in Pinneberg in ähnlicher Weise überfallen und ihr ein Handy geraubt zu haben.
In seiner Vernehmung bestritt der Mann jegliche Beteiligung an der Vergewaltigung in Winsen oder dem Raub in Pinneberg. Nach der erkennungsdienstlichen Behandlung wurde jedoch sein Foto dem Opfer im Rahmen einer Wahllichtbildvorlage gezeigt. Hierauf erkannte die Frau den 18-Jährigen sofort wieder. Die Staatsanwaltschaft beantragte daraufhin einen Haftbefehl für den 18-Jährigen, welcher auch erlassen wurde. Letzte Gewissheit hinsichtlich der Täterschaft sollte ein DNA-Abgleich mit den bei der Untersuchung der 39-Jährigen sichergestellten Spuren erbringen. Mittlerweile liegt der Polizei das Ergebnis der Untersuchung vor. Demnach steht zweifelsfrei fest, dass die DNA-Spuren von dem 18 Jahre alten Beschuldigten stammen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelherbst 2017 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“
Geislingen und Gingen: Ein etwa 30-jähriger Mann hat am Montagmittag eine Schülerin im Regionalzug zwischen Geislingen und Gingen belästigt. Er berührte ihren Körper an mehreren Stellen. Die Polizei sucht Zeugen. Die 13-Jährige saß gegen 14.10 Uhr in dem Zug, als sich der Mann neben sie setzte. Laut Polizeibericht belästigte er das Mädchen, das kurze Zeit später in Geislingen ausstieg. Der Zug fuhr weiter in Richtung Ulm. Der Tatverdächtige ist etwa 30 Jahre alt, hat einen dunkleren Hauttyp und sprach sehr schlecht Deutsch. Seine Haare waren etwas länger und nach hinten gegelt. Er hatte ein silber-blaues Handy bei sich, auf dessen Display arabische Schriftzeichen waren. Gepäck hatte er keines dabei.
Papenburg: Am späten Montagnachmittag hat ein 26-jähriger Mann zwei Frauen an sexuell belästigt. Gegen 17 Uhr hat der Täter dabei zunächst eine 37-jährige Frau an der Bahnhofstraße mehrfach unvermittelt unsittlich berührt. Unter anderem versuchte er der Frau unter den Rock zu greifen. Als ein Zeuge auf die Tat aufmerksam wurde, flüchtete der Mann in Richtung Bahnhof. Hier kam es dann zu einem vergleichbaren Fall durch den augenscheinlich alkoholisierten Täter. Er näherte sich dort einer 32-jährigen Frau und fasste ihr mehrfach ans Gesäß. Gegen 17.15 Uhr konnte der amtsbekannte Mann dann durch eine Streifenwagenbesatzung der Polizei angetroffen und in Gewahrsam genommen werden. Obwohl er gefesselt und von mehreren Beamten festgehalten wurde, wehrte er sich enorm und versuchte diese zu treten und sie anzuspucken. Nachdem demSudanesen eine Blutprobe entnommen wurde, verbrachte er die Nacht in der Gewahrsamszelle. Er muss sich nun wegen zweifacher sexueller Belästigung und Widerstandes gegen Polizeibeamte in einem Strafverfahren verantworten.
Gütersloh – Rietberg: Am Dienstagnachmittag (17.10., 17.15 Uhr) waren drei 15-jährige Mädchen aus Rietberg mit ihren Fahrrädern auf dem Parkplatz des ZOBs am Torfweg unterwegs, um von hier weiter in Richtung des Fuß- und Radweges An der Bleiche zu fahren. Im Bereich der Hecke zwischen dem Parkplatz und dem Weg zeigte sich ihnen ein Mann in Scham verletzender Weise. Die Mädchen fuhren darauf mit ihren Rädern schnell weiter. Der Täter flüchtete über den Fuß- und Radweg An der Bleiche in Richtung Innenstadt. Er wird wie folgt beschrieben: Etwa 40 bis 50 Jahre alt, ca. 1,70m – 1,80m, schlank,südländischer Typ.
Tübingen: Möglicherweise ein und derselbe Täter ist am Dienstagvormittag innerhalb kurzer Zeit gleich in zwei Fällen als Exhibitionist in Erscheinung getreten. Gegen 10.30 Uhr näherte sich der Unbekannte im Gebäude der Volkshochschule einer 42 Jahre alten Frau von hinten. Als sie den Mann bemerkte und sich umdrehte, musste sie erkennen, dass dieser sein Geschlechtsteil aus der Hose genommen hatte, onanierte und dabei in ihre Richtung

starrte. Das Opfer reagierte richtig und schrie den Täter lauthals an, der daraufhin sofort weglief. Rund 20 Minuten später kam es in der Universitätsbibliothek zu einem weiteren, fast identischen Vorfall. Auch hier hatte sich der Exhibitionist im Rücken einer Frau genähert. Das 23-jährige Opfer wurde auf den Unbekannten aufmerksam und drehte sich nach ihm um. Sie erkannte den neuerlich onanierenden Täter, der, nachdem er entdeckt wurde, sofort die Flucht ergriff und davon rannte. In beiden Fällen leitete das Polizeirevier Tübingen umfangreiche Fahndungsmaßnahmen ein. Der Täter konnte aber nicht mehr gefasst werden. Die Polizei schließt nicht aus, dass es sich bei dem Exhibitionisten um ein und dieselbe Person gehandelt haben könnte. Übereinstimmend wird der Unbekannte von den beiden Opfern als etwa 25-jährig und 180 Zentimeter groß beschrieben. Er hat eine normale Statur und einen dunklen Teint.

Hattersheim: Am Donnerstagmorgen zeigte sich ein Exhibitionist auf dem Parkplatz des Bahnhofsplatzes in Hattersheim einer 30-jährigen Frau in schamverletzender Weise. Die junge Frau befand sich zu Fuß auf dem Weg zum Zug, als sie am Parkplatz vorbeilief und den zum Teil unbekleideten Mann laut stöhnend antraf. Bei dem Täter soll es sich um einen ca. 1,65 Meter großen Mann mit dunklen, kurzen Haaren und südländischem Aussehen gehandelt haben.

Neidenstein/Rhein-Neckar-Kreis: Opfer eines Sexualdelikts wurde am späten Dienstagabend eine 20-Jährige Frau. Gegen 20.30 Uhr war sie am Hauptbahnhof in Heidelberg in die S-Bahn in Richtung Eppingen eingestiegen. Mit ihr stieg auch ein unbekannter Mann ein und setzte sich eine Reihe daneben. Ihr war der Mann bereits im Hauptbahnhof durch sein Anstarren aufgefallen. Am Bahnhof in Meckesheim stieg sie anschließend in die S 51 in Richtung Eschelbronn um. Der Mann folgte ihr auch hier und stieg schließlich gemeinsam mit der jungen Frau kurz nach 21 Uhr in Eschelbronn aus. Der Unbekannte sprach sie schließlich an und ließ auch trotz vehementer Abwehr seiner Komplimente nicht vom Verfolgen der 20-Jährigen ab. Die Bedrängte entschied sich schließlich, in Richtung Neidenstein weiterzugehen, um dort bei einer Freundin unterzukommen. Der penetrante Mann folgte ihr weiter und überhäufte sie mit Komplimenten, die die junge Frau allesamt zurückwies. In Neidenstein schließlich versuchte er sie gegen 21.30 Uhr an der Ecke Eschelbronner Straße/Burgweg festzuhalten und zu küssen. Sie konnte ihn wegstoßen und zu ihrer Freundin flüchten, von wo aus die Polizei informiert wurde. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben. Ca. 20-25 Jahre; ca. 160-165 cm. Er trug eine schwarze Lederjacke und eine dunkle Mütze und soll nach seinen Angaben Albaner aus Eschelbronn sein.

Hadamar: Ein Exhibitionist belästigte gestern um 16.30 Uhr eine Frau in Hadamar. Die 46-jährige Geschädigte war auf dem Radweg zwischen Oberweyer und Obertiefenbach unterwegs, als sie dem Mann begegnete. Dieser zeigte sich ihr in schamverletzender Weise, worauf die Geschädigte ihm androhte, sofort die Polizei zu verständigen. Daraufhin flüchtete der Mann mit seinem Fahrrad in Richtung Obertiefenbach. Er wird beschrieben als: Ca. 20 Jahre alt, schwarze kurze Haare,Südländer, trug schwarze Hosen, weiße Turnschuhe, blau gestreiftes T-Shirt und war mit einem silbernen Fahrrad unterwegs.

Tübingen: Die sexuelle Belästigung einer 18-jährigen Frau, die sich am Abend des 06.10.2017 vor einem Einkaufsmarkt auf dem Europaplatz in Tübingen ereignet hat, ist aufgeklärt. Als Tatverdächtiger konnte nach einem Zeugenhinweis ein 26-jähriger, wohnsitzloser, rumänischer Staatsangehöriger ermittelt werden. Wie bereits berichtet, hatte der Tatverdächtige gegen 22.00 Uhr zwei junge Frauen am Europaplatz mehrfach angesprochen und nach Zigaretten gefragt. Als er keine bekommen hat, ging er auf die 18-Jährige zu, beleidigte sie und fasste ihr in den Schritt. Eine hinzukommende Passantin hatte den Vorfall beobachtet. Sie schrie den Mann an, woraufhin er sich entfernte. Am Nachmittag des 09.10.2017 meldete sich ein weiterer Zeuge bei der Polizei mit dem Hinweis, dass er am Hauptbahnhof den Täter der sexuellen Belästigung wieder erkannt hätte. Eine Streife fuhr daraufhin zur Örtlichkeit und kontrollierte die Person, die keine Ausweispapiere mit sich führte. Er wurde deshalb in Identitätsgewahrsam genommen. Zu der Beschuldigung äußerte er sich nicht. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Auch die Belästigung einer 23-jährigen Frau am Freitagabend, gegen 23 Uhr, vor dem Tübinger Hauptbahnhof dürfte aufgeklärt sein. Tatverdächtig ist hier ein 28-jähriger, in Reutlingen wohnhafter Marokkaner. Dieser hatte sich in aufdringlicher Art und Weise den drei jungen Frauen genähert. Nachdem die 23-Jährige ihn sofort lautstark anschrie, beleidigte er sie aufs Übelste in englischer Sprache. Da von diesem Mann eine sehr gute Personenbeschreibung vorlag, meldete sich noch am Wochenende ein 36-Jähriger, der den Vorfall in der Online-Ausgabe einer Tageszeitung gelesen hatte und den Tatverdächtigen in einer Gaststätte in der Tübinger Innenstadt erkannt haben will. Der 28-Jährige wurde daraufhin einer Kontrolle unterzogen und zur weiteren Abklärung auf die Dienststelle verbracht. Er räumte ein, zu fraglichen Tatzeit in Tübingen gewesen zu sein, wollte sich aber an den Vorfall nicht erinnern. Nach Abschluss der Maßnahmen und Fertigung von Lichtbildern wurde er wieder entlassen.

Täter-Hintergrund erst im zweiten Zeugenaufruf der Polizei genannt Rostock: Grapscher aus dem „Südland“ gesucht

pi-news.net/rostock-grapscher-aus-dem-suedland-gesucht/
31.10.2017

Rostock: Die Rostocker Polizei sucht weiterhin nach einem Sexualstraftäter. Der unbekannte Mann hat am 7. Oktober 2017 gegen 6 Uhr morgens eine 34 Jahre alte Frau im Bereich der Ernst-Barlach-Straße verfolgt und auf Höhe des Kuhtors körperlich angegriffen.
Nachdem ein Zeuge die Hilferufe der Frau vernahm und auf sich aufmerksam machte, ließ der Täter von der Frau ab und flüchtete.
Die Person wird wie folgt beschrieben: scheinbares Alter 30 bis 35 Jahre, ca. 1,70 bis 1,80 m groß, schlank, sportliche Figur, südländisches Erscheinungsbild, sprach kein Deutsch, kurze, schwarze Haare (Fasson), er trug vermutlich eine helle Hose, an den Knöcheln hochgekrempelt, war bekleidet mit einer beige bis hellbraunen Kapuzenjacke, trug schwarze Turnschuhe.
Anhand eines Zeugen konnte ein Phantombild erstellt werden, dass nun veröffentlicht wird. Wer Hinweise zum Täter geben kann, wird gebeten, sich in der Einsatzleitstelle des Polizeipräsidiums Rostock unter der Telefonnummer 038208 / 888 2222, über die Internetwache unter www.polizei.mvnet.de oder bei jeder anderen Polizeidienststelle zu
melden. *(Pressemitteilung des Polizeipräsidiums Rostock vom 27.10.2017)*
Anmerkung von Pi-NEWS: Nachfolgend der erste Zeugenaufruf der Polizei vom 07.10.2017. Hierbei ist auffällig, dass die Polizei trotz ansonsten relativ detaillierter Täterbeschreibung ein Haupterkennungsmerkmal, nämlich die Ethnie verschweigt. Somit verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, und ist mitverantwortlich, falls der Täter nicht gefasst und ein weiteres Mal zuschlagen kann:
Rostock (ots) – Am 07.10.2017 kam es gegen 06:00 Uhr in Rostock zu einem Übergriff mit sexuellem Hintergrund. Eine 34-jährige Frau stieg am Rostocker Steintor aus einer Straßenbahn aus und ging die E.-Barlach-Straße entlang. Im Durchgang des nahegelegenen Kuhtors überfiel sie ein Unbekannter. Dieser umklammerte sie, versuchte sie zu küssen und berührte sie unsittlich. Er ließ von der Frau erst ab und flüchtete, als eine Passantin sich näherte. Der Täter wird wie folgt beschrieben:
– ca. 180 – 185 cm groß
– schlanke, sportliche Gestalt
– Bekleidung: helle Jacke mit Kapuze
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelherbst 2017 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“
Neuss-Norf: Am Montagnachmittag (16.10.), gegen 15:50 Uhr, hatte sich ein unbekannter Mann an der Ruhrstraße in seinem Auto entblößt und sich in schamverletzender Weise gezeigt. Die Polizei erhielt am Dienstag (17.10.) Kenntnis vom Vorfall und fahndet nun nach dem Exhibitionisten, der in einem dunklen Kleinwagen mit Kölner Städtekennung (K) unterwegs war. Der Sittentäter wird von der Zeugin folgendermaßen beschrieben: Etwa 25 bis 30 Jahre alt, dunkle Hautfarbe und dunkle Haare
Chemnitz: Wegen eines unbekannten Entblößers rief man die Polizei am Dienstag (17. Oktober 2017), gegen 18.15 Uhr, in die Straße Usti nad Labem. Im Bereich einer Grundschule hatten sich gegen 17.45 Uhr zwei Mädchen (11) aufgehalten und einen Mann beobachtet, der mit geöffneter Hose vor einem Gebüsch stand. Nachdem die Mutter (39) des einen Mädchens wenig später vom Vorfall gehört hatte, ging sie selbst zum beschriebenen Ort. Auch zu diesem Zeitpunkt stand der Mann mit geöffneter Hose vor dem Gebüsch, lief dann aber in Richtung Flughafen davon. Herbeigerufene Polizisten konnten bei der Tatortbereichsfahndung keine Person, auf die die Täterbeschreibung passte, feststellen. Der Entblößer soll nach Zeugenangaben dunkle Haut haben. Der Mann war mit einer schwarzen Hose und einem T-Shirt bekleidet, trug zudem weiße Schuhe.
Gütersloh-Rietberg: Am Dienstagnachmittag (17.10., 17.15 Uhr) waren drei 15-jährige Mädchen aus Rietberg mit ihren Fahrrädern auf dem Parkplatz des ZOBs am Torfweg unterwegs, um von hier weiter in Richtung des Fuß- und Radweges An der Bleiche zu fahren. Im Bereich der Hecke zwischen dem Parkplatz und dem Weg zeigte sich ihnen ein Mann in Scham verletzender Weise. Die Mädchen fuhren darauf mit ihren Rädern schnell weiter. Der Täter flüchtete über den Fuß- und Radweg An der Bleiche in Richtung Innenstadt. Er wird wie folgt beschrieben: Etwa 40 bis 50 Jahre alt, ca. 1,70m – 1,80m, schlank, südländischer Typ, graue Jogginghose, weinroter Pullover, braune Weste, dunkle Basebalkappe, ungepflegtes Erscheinungsbild.
Tübingen: Möglicherweise ein und derselbe Täter ist am Dienstagvormittag innerhalb kurzer Zeit gleich in zwei Fällen als Exhibitionist in Erscheinung getreten. Gegen 10.30 Uhr näherte sich der Unbekannte im Gebäude der Volkshochschule einer 42 Jahre alten Frau von hinten. Als sie den Mann bemerkte und sich umdrehte, musste sie erkennen, dass dieser sein Geschlechtsteil aus der Hose genommen hatte, onanierte und dabei in ihre Richtung starrte. Das Opfer reagierte richtig und schrie den Täter lauthals an, der daraufhin sofort weglief. Rund 20 Minuten später kam es in der Universitätsbibliothek zu einem weiteren, fast identischen Vorfall. Auch hier hatte sich der Exhibitionist im Rücken einer Frau genähert. Das 23-jährige Opfer wurde auf den Unbekannten

aufmerksam und drehte sich nach ihm um. Sie erkannte den neuerlich onanierenden Täter, der, nachdem er entdeckt wurde, sofort die Flucht ergriff und davon rannte. In beiden Fällen leitete das Polizeirevier Tübingen umfangreiche Fahndungsmaßnahmen ein. Der Täter konnte aber nicht mehr gefasst werden. Die Polizei schließt nicht aus, dass es sich bei dem Exhibitionisten um ein und dieselbe Person gehandelt haben könnte. Übereinstimmend wird der Unbekannte von den beiden Opfern als etwa 25-jährig und 180 Zentimeter groß beschrieben. Er hat eine normale Statur und einen dunklen Teint.

Freiburg: Bereits am Samstag, 14.10.2017 wurde der Polizei gegen 07:45 Uhr durch einen Mitarbeiter der VAG mitgeteilt, dass es soeben zu exhibitionistischen Handlungen gekommen sei. Jetzt befände sich der Täter in der Straßenbahn Linie 5 kurz vor der Haltestelle „Pressehaus". Nach unmittelbarer Anfahrt mehrerer Streifen des Polizeireviers Freiburg-Süd konnte der Tatverdächtige noch mit heruntergelassener Hose in der Straßenbahn Linie 5 festgenommen werden. Er hatte zuvor im Bereich der Haltestelle „Haslacher Bad" vor mindestens drei Geschädigten an seinem Geschlechtsteil manipuliert.Es handelt sich beim Tatverdächtigen um einen 17-Jährigen marokkanischer Staatsangehörigkeit 17-Jährigen marokkanischer Staatsangehörigkeit, der einen Freund in Freiburg besucht hatte. Er wurde aufgrund einer vorliegenden Ausweisungsverfügung in Abschiebehaft genommen.

Weißenburg: Eine Frau meldete sich bei der Polizei und gab an, dass ihr Kinder erzählt hätten, dass sich ihnen am Sonntag ein Mann in schamverletzender Weise gezeigt hätte. Die Polizei sucht weitere Zeugen. Die vier Kinder im Alter von 9 bis 12 Jahren wurden gestern zu dem Vorfall befragt und gaben an, dass ein unbekannter Mann am Sonntag (15.10.17) gegen 16:00 Uhr an ihnen vorbeiging, als sie am Gehweg „An der Schafscheuer" saßen. Dabei holte er sein Geschlechtsteil aus der Hose und manipulierte daran vor den Kindern.Der Unbekannte wird von den Kindern wie folgt beschrieben: schwarze, kurze Haare,vermutlich Ausländer, bekleidet mit dunkler Jogginghose und weißem T-Shirt.

Neuss-Norf: Am Montagnachmittag (16.10.), gegen 15:50 Uhr, hatte sich ein unbekannter Mann an der Ruhrstraße in seinem Auto entblößt und sich in schamverletzender Weise gezeigt. Die Polizei erhielt am Dienstag (17.10.) Kenntnis vom Vorfall und fahndet nun nach dem Exhibitionisten, der in einem dunklen Kleinwagen mit Kölner Städtekennung (K) unterwegs war. Der Sittentäter wird von der Zeugin folgendermaßen beschrieben: Etwa 25 bis 30 Jahre alt, dunkle Hautfarbe und dunkle Haare.

Emmendingen: Am Dienstag (17.10.2017) war eine 19-Jährige gegen 13:40 Uhr zu Fuß im Bereich des Spielplatzes Luisenstraße unterwegs, als ihr eine männliche Person entgegen kam und unvermittelt an die Brust fasste. Nachdem die Dame ihn angeschrien hatte, entfernte sich der bislang Unbekannte in Richtung Markgrafenstraße. Beschreibung der Person:Südländer, ca. 20-25 Jahre alt, etwa 170 cm groß, kinnlanges dunkelbraun gelocktes Haar, ungepflegt, bekleidet mit einer schwarzen Winterjacke mit Kapuze, Baseballmütze und kariertem Rucksack in Rot-und Grüntönen.

Romantikhotel verwüstet - Zwei Millionen Euro für 17 Monate Hello Wien! – Asylanten-Spuk im „Halloween-Hotel"

pi-news.net/hello-wien-asylanten-spuk-im-halloween-hotel/

1.11.2017

Von MAX THOMA | „Was die Flüchtlinge uns bringen, ist wertvoller als Gold". In nur 17 Monaten schafften es „70 bis 90 Personen", die im ehemaligen Wiener Romantik-Hotel „Bianca" vollversorgt untergebracht wurden, das Asyl-Hotel nach Angaben von krone.at „komplett zu verwüsten"! Unter anderem wurden „Betten und ganze Küchenzeilen herausgerissen", die Wände beschmiert und das ehemalige Hotel in eine einzige Mega-Müllhalde verwandelt. Der „Fonds Soziales Wien" finanzierte die Unterbringung der Asylbeweber mit zwei Millionen Euro. Das Asyl-Hotel kostete also 117.647 Euro im Monat oder 4.000 Euro pro Tag. Die Summe ergibt sich, da für erwachsene Flüchtlinge 19,- Euro pro Tag und für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge 77,- Euro pro Tag an einen dubiosen Trägerverein gezahlt wurden – das macht 1.300 Euro pro Kopf pro Monat, ohne Anwalts-, Medizin- , Arzt-, Psychlogen-, Streetworker- und Traumatisierungs-kosten.

Wien-Favoriten – Favorit der Asylbetrüger und neuer Kriminalitäts-Hotspot

Im April 2016 zogen in der Favoritener Unterkunft die ersten Flüchtlinge ein. Der Obmann des „Trägervereins" habe die Miete von 45.000 Euro für 40 Wohneinheiten mit 1.800 Quadratmetern von Anfang an bereits schleppend überwiesen und dann die Zahlungen eingestellt, da er sich „verkalkulierte". Der Besitzer des Gebäudes, der Wiener Architekt Richard S., hat Klage eingereicht,

der Mietvertrag wurde gekündigt, es drohte eine Zwangsräumung und im August 2017 wurde das Spukhotel Bianca endgültig geschlossen. Der Hotelruinen-Eigentümer witterte Sozialbetrug und erhob den Vorwurf mangelnder Kontrolle: „Ich glaube, hier werden Fördergelder missbraucht".
Das Bemerkenswerte: Der „Fonds Soziales Wien" zahlte trotzdem weiterhin Fördergelder an den dubiosen „Asylindustrie-Trägerverein", ohne verifizierbare postalische Anschrift. Immer mehr Zahlungen, insbesondere für Asylsuchende, wurden in dem nach dem „Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz" eingerichteten „Fonds Soziales Wien" ausgelagert und entzogen sich auf diese Weise wienerisch-elegant der öffentlichen Kontrolle durch Magistrat und Stadtparlament. Für FSW-Geschäftsführer Peter Hacker ist der transparente, kostenbewusste und effiziente Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln dennoch eine klare Verpflichtung: „Wir achten auf Nachhaltigkeit, indem wir unseren Geschäftsbericht – ganz im Sinne von ‚Wien neu denken' – erstmals nicht in Print, sondern online veröffentlichen." Sehr vorbildlich, möge man meinen, doch folgende brisante Dokumente fanden sich nicht im nachhaltig veröffentlichten Online-Bericht des Fonds Soziales Wien:

Brisante Dokumente – Saures von „Michael Jackson" – Trick or Treat?!

Im verwüsteten Hotel in der Karmarschgasse in Favoriten hat der „Trägerverein Biana" auch einen Großteil der Buchhaltung bei seinem überstürzten Auszug liegen gelassen. Darin finden sich auch hochinteressante Berichte über die Deutschkurs-Bewertungen der Asylwerber: „Hamid W. unaufmerksam, unwillig" oder „Jafar R. ständiges Telefonieren, Schläfrigkeit" und „Bahman A. keine Ernsthaftigkeit" oder „Michael Jackson – Müdigkeit, Unaufmerksamkeit, Abwesenheit".

Vor dem „Popp-Star" Michael Jackson aus Nigeria hatten die Bianca-Betreuer laut Sozialbericht „Angst aufgrund seiner Verhaltensauffälligkeiten und seines sexualisierten Verhaltens". Dieses psychologische Kurz-Gutachten wurde nun in einem der zahlreichen Ordner gefunden, die der dubiose Asyl-Verein am Boden verstreut in der Romantikhotel-Ruine liegen gelassen hat.

Jacko bereichert Österreich: Diffuses Bedrohungsgefühl vom King of Popp

Der nigerianisch-stämmige Österreich-Bereicherer sei „sehr unberechenbar, sodass in manchen Situationen ein diffuses Bedrohungsgefühl von ihm ausgeht", notierten die Betreuer in ihrem Gutachten. Seit der Schließung des Quartiers in Favoriten ist der 17-jährige verhaltensauffällige und unberechenbare „Michael Jackson" nun irgendwo in Österreich untergetaucht.

Bei einem anderen Bewohner des Asylquartiers wurde laut den entdeckten Strafanzeigen eine Gaspistole gefunden: Er wurde wegen illegalen Waffenbesitzes angezeigt und gegen seinen Zimmernachbarn Fariq H. wurde ein Strafverfahren wegen gewerbsmäßigen Diebstahls eingeleitet. Ein Hotel-Bewohner „Lucky A." musste sich z.B. wegen Körperverletzung verantworten und ebenso ist die Strafverfügung darüber archiviert, wie einer der Heimbewohner am Praterstern die Exekutive beschimpft hat: Er schrie: „Sch … Österreich. Ihr sch… Rassisten." Und er nannte eine eingreifende Beamtin „Polizeischlampe". Gleich mehrere Ordner sind voll mit weiteren Strafakten über Drogenbesitz und Suchtgifthandel, Veruntreuung und Diebstähle. Kein Wunder, dass der südliche SPÖ-geprägte 10. Bezirk Wien-Favoriten mit insgesamt 115.000 Straftaten – von Messerstechereien, Drogenhandel, weiteren brutale Gewalttaten bis hin zum Ehrenmord – DER Favorit der Ausländerkriminalitätsszene in Österreich geworden ist.

Und noch ein interessantes Papier wurde im „Hotel Bianca" gefunden: eine „Checkliste für Spontaneinsätze in Flüchtlingsunterkünften" auf zwei Zetteln. Die Asylbetreuer sollten bei folgenden „Sonderfällen" zu ihrem Eigenschutz korrekt reagieren: bei Drohungen, Körperverletzungen, Bombendrohungen, bei Tumulten mit bedrohlichem Charakter, bei sexueller Gewalt und Suchtgift-Funden. Dazu der Ratschlag bei eventuellen Amokläufen im Asylquartier: „Jede sichere Fluchtmöglichkeit nutzen. Keine Rettungsversuche aus unmittelbar gefährdeten Bereichen, sich einsperren."

Fonds Soziales Wien: Kontrollsystem hat funktioniert

„Unser Kontrollsystem hat funktioniert", bestätigt Peter Hacker, der Chef des Fonds Soziales Wien, da müssen jetzt alle Ausgaben für die Flüchtlinge nachzuweisen sein – gelingt das nicht, sind Rückzahlungen fällig", denn auch die Bankdaten der Asylwerber hatte der private „Betreiber-Verein" im Hotel einfach zurückgelassen: So lagen bei den Papieren auch die Kontodaten der Asylwerber, samt PIN-Codes und TANs für das eBanking.

Peter Hacker betonte, dass man in Wien darauf schaue, „dass keine unversorgten Ghettos entstehen". Deshalb sei es besser, „den Flüchtlingen leichter Geld auszuzahlen, als sie unversorgt durch die Stadt irren zu lassen". Zusammen seien dies derzeit 6000 Personen, die in Wien Mindestsicherung und Grundversorgung bekommen, aber nicht abgeschoben werden können, selbst nach einem Gefängnisaufenthalt. Wie viele der Betroffenen sich allerdings tatsächlich strafbar gemacht haben, ist jedenfalls unklar. Hacker versicherte jedoch, dass „die Kriminalitätszahlen in Wien objektiv zurückgehen. Das ist kein Zufall, sondern die Folge solcher strategischer Entscheidungen."

Wertvoller als Gold – Investment in Asylanten bringt „doppelten Gewinn" – nur für wen?

Nach einer Studie der London School of Economics (LSE), bringt gemäß Meldungen der „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" und der WELT jeder Euro, der für Flüchtlinge ausgegeben wird, 100 Prozent Rendite innerhalb von fünf Jahren: Das Geld, das europäische Staaten für die Unterbringung, Ausbildung und Integration von Flüchtlingen zahlen, bringe ihnen in relativ kurzer Zeit den „doppelten ökonomischen Gewinn" – gemäß der durch EU-Mittel bezahlten Studie. „Flüchtlinge werden oftmals als Bürde gesehen, die man gemeinsam tragen oder meiden möchte. Tatsächlich sind sie eine Chance, die man willkommen heißen sollte", betonte LSE-Chefökonom Philippe Legrain. Die Flüchtlinge müssten dazu aber erfolgreich in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft mit ihrer abendländischen Kultur integriert werden.

Zumindest die „Halloween"-Bräuche sind den Neu-Wienern bereits in Fleisch und Blut übergegangen: Beim traditionellen „Trick or Treat" geht es um das Fordern von Gaben. Eine Halloween-Sonderform ist der „Einkehrbrauch", bei der man sich in der Stube des Gastgebers bewirten lässt. Wird der „Einkehrbrauch" nicht zur gänzlichen Zufriedenheit gewährleistet, so wird dies mit „Streichen, Ruhestörungen und anderen Belästigungen" sanktioniert.

Halloween in Wien 2017: Süßes … oder es gibt Saures von „Michael Jackson" aus Nigeria.

Ein Mordsspaß auf Steuerzahlers Kosten Saustall Flüchtlingswohnung – Ein Menetekel für Deutschland?

PI**pi-news.net**/saustall-fluechtlingswohnung-ein-menetekel-fuer-deutschland/

25.10.2017

Von EUGEN PRINZ | Als der Landshuter Landrat Peter Dreier öffentlichkeitswirksam Flüchtlinge aus seinem Landkreis mit dem Bus nach Berlin bringen ließ, um ein Zeichen gegen Merkels katastrophale Flüchtlingspolitik zu setzen, kannte über Nacht jeder in der Republik seinen Namen.

Das Mitglied der Freien Wähler war einer der ersten Politiker und Mandatsträger, der offen und schonungslos Merkels Flüchtlingspolitik kritisierte.

Obwohl ihn Merkel damals eiskalt abtropfen ließ, gab er sich nicht geschlagen und scheut sich bis heute nicht, die negativen Folgen der unkontrollierten Zuwanderung öffentlich anzuprangern und Missstände aufzuzeigen, auch vor der Presse.

Als Landrat jenes Bundeslandes, das als Einfallstor des chaotischen Ansturms von Kulturfremden herhalten muss, wurde Dreier bereits mit der ganzen Bandbreite von Problemen konfrontiert, die der Flüchtlingstsunami mit sich brachte.

Es geht immer noch etwas unappetitlicher

Als ihm jedoch Mitarbeiter der Kreisbauhöfe Vilsbiburg und Rottenburg berichteten, in welchem Zustand sie eine Asylbewerberwohnung am Sonnenring in Altdorf bei Landshut vorgefunden haben, da musste er erkennen, dass Merkels Gäste immer noch in der Lage sind, einen draufzusetzen, was unangenehme Überraschungen betrifft.

Bei der Asylbewerberwohnung handelt es sich um eine dezentrale Unterkunft, deren Mietvertrag abgelaufen war. Aus diesem Grund mussten die Bewohner auf andere Einrichtungen verteilt werden.

„Das kann man sich nicht vorstellen, wie man innerhalb von drei Jahren eine völlig neue Wohnung so zurichten kann",informierte Dreier letzte Woche die Mitglieder des Bauausschusses seines Landkreises und fuhr fort: „Ihr könnt euch keinen Begriff machen, wie's da drin ausgeschaut hat!"

Die Details waren so unappetitlich, dass es der Landrat vermied, diese den anwesenden Kreisräten zu schildern. Die eingesetzten Mitarbeiter der zuständigen Bauhöfe hatten sich zunächst geweigert, die Wohnung zu räumen und fanden dafür volles Verständnis vom Landrat. Dreier wörtlich: „Das kann man wirklich niemandem zumuten."

Es zeugt von der Loyalität der Bauhofmitarbeiter zu ihrem obersten Chef, dass sie sich dann doch noch dazu bereit erklärten. Wie überall zu hören ist, genießt Dreier bei den Mitarbeitern des Landkreises ein hohes Ansehen. Auch deshalb, weil er die Dinge beim Namen nennt.

Unbewohnbar – alles auf Kosten des Steuerzahlers

Für den Steuerzahler ist ein solches Verhalten der Flüchtlinge eine Zumutung, so der Landrat. Dezentrale Flüchtlingsunterkünfte werden mit Steuergeldern angemietet und eingerichtet. Man könne deshalb nicht zuschauen, wie diese dann regelrecht verwüstet würden und am Ende nicht mehr bewohnbar seien.
„Da werde ich stinksauer", sagte Dreier sichtlich erregt vor dem Bauausschuss. Er habe „null Verständnis" dafür, dass man nach drei Jahren „alles wegschmeißen" müsse, weil nichts mehr davon zu gebrauchen sei.
Er verwies darauf, dass Mieter verpflichtet seien, ihre Wohnung beim Auszug besenrein zu verlassen. Dies sei nicht zu viel verlangt und könne von jedermann erwartet werden, so Dreier.
Die Zustände in der Altdorfer Unterkunft seien zwar ganz offensichtlich besonders schlimm, jedoch beileibe kein Einzelfall.
„Wir haben schon mehrfach die Beobachtung gemacht, dass eine Wohnung hinterher nicht mehr zu gebrauchen ist", berichtete der Landrat. Hier sei der Gesetzgeber gefordert, über Sanktionen bei mutwilligem und rücksichtslosem Verhalten nachzudenken.

Die Mülltonnen vor das Haus zu tragen ist schon zu viel verlangt

In manchen Unterkünften seien die Bewohner nicht einmal willens, die Mülltonne hinauszustellen, wenn die Müllabfuhr kommt. Diese Arbeit müsse dann entweder von Hausmeistern oder Gemeinde- und Landkreis-Bediensteten erledigt werden.
Dreier konnte sich auch gut vorstellen, wie die Bewohner, auf diesbezügliche Aufforderungen reagieren: „Die lachen sie doch nur aus". Der Landrat warnte davor, dieses Thema unter den Teppich zu kehren, denn dann dürfe man sich auch nicht mehr darüber wundern, „wenn die Stimmung gegenüber Asylbewerbern umschlage".
Dreier: „Wir dürfen nicht immer alles nur schönreden, sondern müssen die Dinge ganz offen ansprechen."

Zu viele Details sollten aber nicht an die Öffentlichkeit

Allerdings gibt es für die Offenheit eine Ekelgrenze, denn die unappetitlichen Details wurden zunächst nicht bekannt gegeben. Auch Fotos von den Zuständen, die von zwei Mitarbeitern der Kreisbauhöfe gemacht wurden, wurden erst einmal nicht an die Öffentlichkeit gegeben.
Nach einem Gespräch des Verfassers mit der Pressestelle des Landratsamtes und einem Anruf der Lokalzeitung überdachte jedoch der Landrat seine ursprüngliche Entscheidung und legte alles offen. Später dazu mehr.
Wie PI-NEWS in Erfahrung bringen konnte, handelt es sich bei der Wohnung um eine größere Anlage, in der bei hoher Fluktuation zu Spitzenzeiten bis zu 35 Asylbewerber, allesamt männlich, untergebracht waren. Im selben Gebäude befindet sich übrigens auch das Kreisjugendamt. Eigentümer des Anwesens ist ein Unternehmer aus Aicha vorm Wald.
Auf Anfrage berichtete die Pressestelle des Landratsamtes Landshut, dass Türen eingetreten und Fenster beschädigt worden waren. Ferner waren Fließen aufgequollen und der Parkettboden wies Kerben auf. Zudem seien Elektrogeräte wie Waschmaschinen, Gefrierschränke, Wäschetrockner und Elektroherde funktionsuntüchtig, zum Teil wohl auch durch mutwillige Zerstörung. Das sei nichts außergewöhnliches, das komme öfters vor. Diese Wohnung sei jedoch „heruntergekommen bis Ultimo".
Weitere Details waren von der Pressestelle zunächst nicht zu bekommen. Diese konnten jedoch anderweitig beschafft werden: Abgesehen von „Unrat ohne Ende in der ganzen Wohnung" fanden sich Bratpfannen mit Essensresten unter den Betten, ein Kühlschrank „wo die Haare herauswachsen" (O-Ton des Informanten) und haufenweise dreckige Wäsche über den gesamten Bereich verstreut, übrigens alles Markenklamotten.
Am heutigen Mittwoch veröffentlichte die Verlagsgruppe Landshuter Zeitung/Straubinger Tagblatt ein Interview mit Peter Dreier, in dem dieser weitere Details preisgab. Auch drei der insgesamt sieben Fotos wurden nun den Medien zur Verfügung gestellt.
Hier einige Auszüge aus dem Interview:
Peter Dreier:
„Die Matratzen sind teilweise versifft, die Wäsche liegt stapelweise irgendwo herum, auch die Schuhe: Alles kreuz und quer – es ist, als ob die Wohnung total verwüstet worden wäre. Im Kühlschrank sind Essensreste, unter den Blenden der Küchenkästen ist der Müll einfach reingeschoben worden und so weiter. (…) Die Waschmaschine war nicht mehr da, der Schlauch wurde einfach herausgerissen. Das Klo ist übergegangen, wohl weil alle möglichen Dinge hineingestopft worden sind. Das Bad hat ausgeschaut – ich weiß gar nicht, wie man da drin noch wohnen konnte."
Auf die Frage, ob solche Fälle häufiger vorkommen entgegnete Dreier kryptisch:
„Wir haben derzeit noch zwischen 70 und 75 dezentrale Unterkünfte im Landkreis. Davon sind nicht alle betroffen. Mir wird aber berichtet, dass Altdorf kein Einzelfall ist, sondern dass es in anderen Einrichtungen durchaus auch so ausschaut."
Dreier stellte zudem die rhetorische Frage:
„Machen wir einfach die Augen zu und sagen ‚weiter wie bisher?' Oder sagt man, wir brauchen entsprechende Konsequenzen? Zum Beispiel durch Leistungskürzungen".
Der Landrat äußerte ferner die Befürchtung, dass bei einem „Weiter so" das Vertrauen der Bevölkerung schwindet und der soziale und innere Frieden immer schneller zum Kippen gebracht wird. Dreier will das Problem bei der diese Woche stattfindenden Landrätetagung zur Sprache bringen.
Eines ist jedoch jetzt schon sicher: Der aufrechte Landrat wird nicht nur Beifall dafür bekommen, dass er ein offenbar weit verbreitetes Übel öffentlich gemacht hat. Aus dem Lager der linksgrünen Gutmenschen wird jetzt schneller als der Schall der Vorwurf kommen, dass er verallgemeinert, den Rechten in die Hände spielt, die AfD stärkt und gegen Flüchtlinge hetzt.

Peter Dreier ist das sicherlich klar und es spricht für ihn, dass er das, was jetzt auf ihn zukommen wird, im Interesse dieses Landes und seiner Bürger auf sich nimmt. So etwas nennt man Zivilcourage und es ist ein seltenes Gut unter den Politikern geworden. Er kann sich jedoch der Zustimmung und Sympathie der schweigenden Mehrheit seiner Landkreisbürger sicher sein.
Außerdem kann sein Gang an die Öffentlichkeit helfen, endlich einmal das perfide Spiel linker und gutmenschlicher Kreise zu beenden, das nach folgendem Muster abläuft:

Und täglich grüßt der Asylirrsinn

Die Asylbewerber ziehen in eine frisch renovierte Unterkunft ein, in der alles sauber ist und funktioniert. Innerhalb kürzester Zeit schaffen es dann die Bewohner, die Unterkunft in einem Zustand zu versetzen, wo ein Schweinestall dagegen aussieht wie Aphrodites Rosengarten. Dann kommt ein/e Gutmensch/-in mit der Presse im Schlepptau, es werden Bilder von den katastrophalen hygienischen Bedingungen in der Unterkunft gemacht und der Aufschrei ist groß: „Die armen Leute! Ihr Barbaren! Wie könnt ihr sie nur so hausen lassen!“ Schon am nächsten Tag rückt dann auf Steuerzahlers Kosten eine Armada von Handwerkern an, die alles wieder in Ordnung bringt und tip-top renoviert. Und anschließend geht das Spiel dann wieder von vorne los. Innerhalb von ein paar Wochen sieht es wieder so aus wie vorher, weil keiner der Bewohner putzen, den Herd sauber machen, abspülen, den Müll runter tragen oder eine Klobürste in die Hand nehmen will. Neue Waschmaschinen verschwinden und wer vermutet, dass sie vertickt werden, ist ein Schelm.

Für die Versorgungssuchenden ist alles ein Heidenspaß

Doch zurück zum Sonnenring: Wie bereits erwähnt, erklärten sich die Bauhofmitarbeiter nach anfänglichem Zögern dann doch bereit, die Wohnung zu räumen. Das gesamte Mobiliar wurde in einem Container entsorgt. Bei der Entsorgung hatten die Arbeiter auch ein Publikum: Die Asylbewerber schauten zu, machten Witze und lachten. Dieses Verhalten passt ins Bild. Ein Firmeninhaber, der in dem Anwesen seit eineinhalb Jahren seine Geschäftsräume hat, berichtete von ständigen Pöbeleien und Belästigungen in seinem Laden.
Abschließend noch etwas, über das wir nachdenken sollten: Der Zustand der Wohnung ist zweifellos ein Menetekel für die Zukunft Deutschland. Da ist der wohlhabende, gut funktionierende Staat mit sauberen Straßen und gepflegten Häusern, einer guten Infrastruktur, überwiegend fleißigen und gebildeten Menschen, niedriger Kriminalität und intakter innerer Sicherheit. Und wenn dann in diesem Staat massenhaft Kulturfremde der Marke „Asylbewerberwohnung Sonnenring“ einziehen, wird Deutschland irgendwann so aussehen, wie diese Wohnung.

„Traumatisierte“ traumatisieren einen Träumenden München: Merkel-Gäste zünden Obdachlosen an und machen Selfis

PI**pi-news.net**/muenchen-merkel-gaeste-zuenden-obdachlosen-an-und-machen-selfis/
4.11.2017

In der Nacht auf Donnerstag lebten zwei „Brandlegungs-Fachkräfte“ am Münchner Hauptbahnhof offenbar ihre unsagbare Dankbarkeit gegenüber dem Land, in dem sie gut und sorglos leben aus.
Gegen 0.50 Uhr gefiel es den beiden Nafris einen 51-jährigen Obdachlosen, der sitzend auf einer Bank auf einem der Bahnsteige schlief, anzuzünden.
Erst wurden Selfies mit der unter starkem Alkoholeinfluss stehenden hilflosen Person gemacht, dann wollten die beiden „sich nach Frieden Sehnenden“ offenbar sehen, ob die Menschen in Deutschland auch so gut brennen, wie jene, die Moslems in ihren Heimatländern anzünden.

Nachdrücklicher Versuch – er sollte brennen

Laut Polizeibericht warf erst einer der beiden nordafrikanischen Rohdiamanten eine brennende Zigarette in die Plastiktüte mit den wenigen Habseligkeiten des Schlafenden, die neben ihm stand. Weil das nicht gleich zu einem Großfeuer führte, wurde nach kurzem Warten der Inhalt der Tüte mit einem Feuerzeug in Brand gesteckt. Sein Begleiter stand währenddessen daneben und versuchte die Tatausführung abzudecken. Beide Männer beobachteten aus unmittelbarer Nähe wie sich der Brand in der Tüte entwickelte, heißt es.
Als die Sache gut zu laufen schien und abzusehen war, dass der Mann Feuer fangen würde bestiegen die Täter eine S-Bahn und fuhren Richtung Petershausen davon.
Im Polizeibericht heißt es weiter:
Ein Passant rief über die Notrufsäule am Bahnsteig um Hilfe. Zudem versuchte ein junger Mann, der dem Obdachlosen zur Hilfe geeilt war, die brennende Tüte mit dem Fuß wegzuschieben. Ein weiterer Passant schob sie nochmals ein Stück weiter bis zur Bahnsteigkante, wo sie ohne weiteren Schaden zu verursachen abbrannte. Der Obdachlose blieb bei dieser Tat unverletzt.

Die Flammen erreichten eine Höhe, bei welcher die Kleidung des Mannes in Brand geraten wäre und dieser wohl nicht unerhebliche Brandverletzungen davongetragen hätte.
Die beiden Männer können wie Folgt beschrieben werden:
1. Mann / Haupttäter: Scheinbares Alter ca.18 – 20 Jahre, ca. 170-180 cm groß, arabisch-nordafrikanisches Aussehen, schlanke Figur, extrem kurz rasierte Haare, trug eine schwarze Cap, schwarze Steppjacke, weiß/grauer Kapuzenpulli, blaue Jeans und schwarze Sportschuhe, Raucher.
2. Mann / Mittäter: Scheinbares Alter ca. 18 – 20 Jahre, 170-180 cm groß, arabisch-nordafrikanisches Aussehen, schlanke Figur, nackenlange dunkle gewellte Haare, Kinn-/Backenbart, bekleidet mit blauer Steppjacke und Kapuze, dunkle Hose, dunkle Sportschuhe mit weißer Sohle, Raucher.
Zeugenaufruf: Personen, die sachdienliche Hinweise geben können, werden gebeten, sich mit dem Polizeipräsidium München, Kommissariat 13, Tel. 089/2910-0, oder jeder anderen Polizeidienststelle in Verbindung zu setzen.

Die Gewalt der Eingedrungenen und ein Staat der die Opfer im Stich lässt, bzw. verfolgt

Stehlen, rauben, vergewaltigen, Menschen gegen den Kopf treten, prügeln, messern und anzünden, das sind grob umrissen die Kernkompetenzen der „dringend benötigten Fachkräfte“, der angeblich „Traumatisierten“, der „Schutzbedürftigen“ und uns mit ihrer vielfältigen Kultur „Bereichernden“. Sie sind verroht, eiskalt und voller krimineller Energie. Es ist egal, wem so etwas angetan wird, es gehört immer eine Menge Menschenverachtung, Gefühllosigkeit und Kaltblütigkeit dazu. Sich aber an einem Menschen, der ohnehin schon ganz unten ist, der nur noch träumt, von dem was man gemeinhin Leben nennt und einem Angriff sichtlich absolut hilflos ausgeliefert ist zu vergreifen, zeugt zusätzlich von hochgradiger Entmenschlichung und Feigheit obendrein. Auch wenn man bedenkt, dass dieser Staat für die beiden Monster mehr übrig hat, als für einen vielleicht unverschuldet in Not geratenen Deutschen, dem niemand eine Unterkunft und ein Rundumsorglospaket, wie den Tätern zur Verfügung stellt. Er bekommt bestenfalls Almosen und die auch nur wenn er gerade dazu in der Lage ist, sie sich abzuholen. Keine Psychologen, Betreuer und sonstige staatliche von Steuergeld finanzierten Helferlein.

Wer sich aber diese Zustände nicht gefallen lassen will, wer etwas dagegen sagt, oder auch nur den Ist-Zustand beschreibt, ist ein Rassist, Volksverhetzer oder „Nazi“, wird vom Staat verfolgt, mit Repressalien belegt und soll nach Möglichkeit zum Schweigen gebracht werden. Das hier hat nichts mehr mit Deutschland und auch nicht mit „Jamaika“ zu tun. Wir sind auch nicht auf dem Weg, sondern schon mitten drin, in einem totalitären System, das die Zersetzung der Gesellschaft und die Vernichtung der angestammten Bevölkerung nicht nur billigend in Kauf nimmt, sondern sogar noch, durch steten Nachschub der Vernichter, befördert. *(lsg)*

https://www.publicomag.com/2017/11/modell-berlin-verwahrlosung-toetet/

Modell Berlin: Verwahrlosung tötet

Von Alexander Wendt Posted on 5. November, 2017 In Politik & Gesellschaft 0 19

Es ist leicht, über Berlin zu schreiben. Der Autor geht ein paar Schritte, und ohne, dass er die Situation überstrapazieren müsste, stößt er auf ein Sinnbild. In der Stadt mag das eine oder andere fehlen, verglichen mit anderen Städten. Aber an exemplarischen Stellen existiert ein Reichtum, der notfalls für 100 Jahre Bloggen reicht. Auf dem Bahnsteig der Station Yorckstraße funktioniert der so genannte Fahrkartenentwerter nicht, ein Maschinchen, von dem Nahverkehrskunden in London oder Singapur nur träumen können. Der Service erkennt das Problem, am nächsten Tag klebt ein Achtung Defekt-Aufkleber an dem Stempelautomaten. Wieder zwei Tage später hängt über dem Entwerter ein betriebsseitig angebrachter kondomartiger gelber Müllsack, der anzeigt: hier tut sich so schnell nichts. Sollte der zweite Ticketentwerter auch noch kaputtgehen, wird die S-Bahnstation wahrscheinlich Engelbert Lütke Daldrup unterstellt, dem Chef der Berliner Flughafen GmbH und Verantwortlichen für die unmittelbar bevorstehende Terminankündigung der BER-Eröffnung. Zum Verständnis des S-Bahnhofs Yorckstraße muss noch prototypisch für viele andere Verkehrsorte in Berlin hinzugefügt werden, dass sich Treppen und Durchgänge sehr oft im vollgepissten und vollgeschissenen Zustand befinden, allerdings bei weitem nicht so sehr wie die des U-Bahnhofs Yorckstraße, der sich wegen seiner dunklen dreckigen Wege exzellent zum Kreuztreten eignet.

Mit dieser Art von Flaneurbeobachtungen konnte ein Teilzeitberliner mit Münchenhintergrund bis vor kurzem noch problemlos Seiten füllen. Seit einiger Zeit geht das nicht mehr, das heißt, es geht nicht mehr im Stil des Flaneurs. **Die Verwahrlosung Berlins ist tödlich geworden.**

Vor einigen Wochen erwürgte Ilyas A., ein abgelehnter tschetschenischer Asylbewerber mit langer krimineller Karriere, die Kunsthistorikerin Susanne Fontaine, 60. Seine Beute: 50 Euro und ein Mobiltelefon.
Zum Tatzeitpunkt war Ilyas A. volljährig, ihn schützte also auch der Status eines Minderjährigen nicht vor Abschiebung. Asylberechtigt war er sowieso nie. Die Berliner Behörden gaben Erklärungen ab, wie üblich in solchen Fällen. Bevor er 18 geworden sei, hätten sie ihn nicht außer Landes bringen können (doch, hätten sie, es wäre nur etwas Nachdruck nötig gewesen). Danach hätten sie ihn nicht finden können, um ihm die Ausweisungsverfügung zustellen zu können. Dass abzuschiebende Personen – auch Minderjährige –nach Paragraf 62 des Aufenthaltsgesetzes in Sicherheitshaft genommen werden können, auch gleich nach einer bis 2016 abgesessenen Strafhaft, dafür interessierte sich offenbar keiner in der Verwaltung eines Stadtstaates, dessen rotrotgrüne Regierung sich sowieso generell gegen Abschiebungen ausspricht.
Der Witwer von Susanne Fontaine erzählte kürzlich dem Tagesspiegel, er habe es aus den Medien und nicht von der Polizei erfahren, dass die Leiche seiner Frau nach drei Tagen gefunden wurde (übrigens nicht von der Polizei selbst, die versichert hatte, alles abgesucht zu haben, sondern von einem Spaziergänger, der sich im Gebüsch erleichtern wollte). Der Raubmord geschah im Tiergarten, nur 300 Meter entfernt vom Bahnhof Zoo, also dem Zentrum des alten Westens. Der Tiergartenabschnitt in der Nähe des Hardenbergplatzes gleicht einer Müllhalde, im verwilderten Gestrüpp liegen Drogenspritzen, Unrat, in dem ehemaligen Park kampieren Obdachlose, Leute wie Ilyas A. gehen hier auf Jagd. Nach dem Mord an Susanne Fontaine meldete sich der Wirt des Schleusenkrug, der Gaststätte, in der die Kunsthistorikerin kurz vor ihrer Ermordung mit Freudinnen zusammengesessen hatte, er wies darauf hin, dass er das zuständige Grünflächenamt schon viele Male dringend gebeten hatte, das vermüllte, düstere Gelände wieder in Ordnung zu bringen, weil sich seine Gäste auf dem Weg unwohl und unsicher fühlten. Das Amt antwortete nach dem Mord, dem Wirt stehe es „natürlich frei, seine Meinung öffentlich zu äußern“. Aber die Behörde täte doch schon alles, was sie könnte.
Neben dem großen gibt es noch den so genannten Kleinen Tiergarten in Moabit. Nach Einbruch der Dunkelheit befindet sich die Gegend fest in Hand von Dealern und revierkämpfenden Jungmännergruppen, etliche von ihnen gehören zur Kundschaft des Asylbewerberheims Turmstraße. Zurzeit liegt der Schnitt im Kleinen Tiergarten laut Polizeistatistik bei fünf Körperverletzungen pro Woche und drei Raubüberfällen im Monat. Auf Buchungsplattformen wie Expedia und hotels.com sammeln sich die Hinweise an Berlin-Reisende, dort nachts auf keinen Fall noch einmal rauszugehen. Auch der Alexanderplatz erlebt eine Dauerbesetzung durch Männerrudel, die ihre Territorialkämpfe ausfechten. Gelegentlich gibt es dann größere Meldungen in den Lokalblättern, letztens beispielsweise, als etwa 30 Syrer und Afghanen (aka, Berliner Zeitung: „größere Gruppen“) dort ihren gar nicht mehr so molekularen Bürgerkrieg mit Messern und abgebrochenen Flaschen führten, und ihnen ein 13jähriger Junge, wie die Polizei mitteilte, „zufällig zwischen die Fronten geriet“. In der Nacht vom 1. zum 2. November 2017 sammelten sich an der Potsdamer/Ecke Pallasstraße rund 100 „Jugendliche und Erwachsene“ (BILD Berlin), um Passanten und Autos mit Böllern zu bewerfen. Die Polizei brauchte mehrere Stunden, um zumindest zwei von ihnen – vorübergehend, wie es hieß – festzunehmen. In der deutschen Hauptstadt sind solche Machtdemonstrationen und Clanauftritte inzwischen üblich. So, wie es üblich ist, dass Zuhälter minderjährige Mädchen aus Osteuropa auf dem Babystrich in der Kurfürstenstraße abstellen. Oder so, wie Bewohner vieler Viertel dazu übergegangen sind, ihren Sperrmüll und zuweilen auch Hausmüll auf dem Gehweg zu lagern. Wo Regeln nicht mehr durchgesetzt werden, bilden sich eben neue Regeln heraus.
Unter diesen Umständen ist es schon fast verwunderlich, wie der Berliner Oberstaatsanwalt Ralph Knispel mit der Mitteilung überhaupt größere Wellen erzeugen konnte, dass in Berlin „ein funktionierendes Rechtssystem nicht mehr vorhanden ist“. Und zwar unter anderem deshalb. Das wirklich selbst in Berlin einigermaßen heftig debattierte Thema betrifft nämlich nicht die Justiz, sondern die Polizei, genauer, die Tatsache, dass an der Polizeiakademie der Stadt etliche Polizeischüler mit arabischem und türkischen Hintergrund lernen, von denen einige aus dem Umfeld krimineller Großfamilien stammen sollen. Bekannt wurde das ganze, weil ein Ausbilder

sich beklagte, die angehenden Beamten würden sich im Klassenraum wie Straßengangster aufführen. Um das zu belegen, fertigte er heimlich einen Tonmitschnitt an. Polizeipräsident Klaus Kandt erklärte daraufhin, es sei die Aufgabe der Akademie, „die Auszubildenden so zu sozialisieren, dass sie diszipliniert, höflich und wertschätzend miteinander umgehen." Um Zuge der Berichterstattung erfuhren die Bürger außerdem, dass es für Polizeischüler auch einen Nachhilfeunterricht in Deutsch gebe, außerdem eine verpflichtende Deutschprüfung am Ende der Ausbildung.
Eine Polizeiakademie als Sozialisierungsanstalt für junge Männer, die Nachprüfung ganz zum Schluss, ob sie überhaupt so weit Deutsch beherrschen, um vorher der Waffenkunde- und Rechtsausbildung gefolgt sein zu können – das überraschte selbst den einen oder anderen Berliner, der den BVB-Song „Ist mir egal" längst verinnerlicht hat.
Bei dem Liedchen handelt es sich übrigens um eine Art inoffizielle Berlin-Hymne.
Es gibt die Stadt, und es gibt den politischen Apparat. **Nirgendwo anders in Deutschland funktioniert die Trennung der beiden Sphären so perfekt. Berlins Justizminister Dirk Behrendt, Grüne, zeigte Mitte Oktober, dass ihn ein paar Mord- und Straßenkampfnachrichten nicht aus der Spur können, und gab auf seiner Webseite einen Terminhinweis auf die Veranstaltung „Auf nach Casablanca – Lebensrealitäten transgeschlechtlicher Menschen zwischen 1945 und 1980". Monika Herrmann, ebenfalls Grüne und Bezirksbürgermeisterin von Kreuzberg-Friedrichshain, überraschte mit der Vorstellung einer App, die es möglich macht, als sexistisch empfundene Werbung im öffentlichen Raum an ein Art Flensburg-Amt für Hautsünder zu melden. Sawsan Chebli, Berliner Staatssekretärin für Internationales, teilte kürzlich Jan Böhmermann im Fernsehen mit, sie halte den Regierenden Bürgermeister Michael Müller für einen „coolen Typen". Im übrigen sind sich die Koalitionspartner der Stadtregierung einig, dass es auf keinen Fall ständige Videoüberwachung im Tiergarten und anderswo geben soll. Schließlich geht es dort nicht um sexistische Plakate. Außerdem pocht der Senat zur Vermeidung von Koalitionsstreitigkeiten nicht auf Abschiebungen krimineller Asylbewerber, sondern „setzt auf freiwillige Rückkehr". „Auf nach Casablanca" gilt eben nur auf freiwilliger Basis, und, siehe oben, ohnehin nur für Lebensrealitäten bis 1980. Über alldem schwebt die Ermahnung der Lokalpolitiker an irgendwie alle (also auch Ilyas A.), bunt und weltoffen zu bleiben.**
Für derartige Fälle – dass nämlich eine Landesregierung nicht in der Lage und vor allem nicht willens ist, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, wurden eigentlich die Notstandsgesetze erfunden, zumindest ihre Abschnitte Innerer Notstand und Naturkatastrophen, die perfekt passen, da es sich im Fall Berlins um eine Mischung aus beidem handelt. Die Bundesregierung könnte zumindest die in der Regel anderswo sozialisierte Bundespolizei in den Kleinen Tiergarten schicken, der Bundesinnenminister könnte die Abschiebung abgelehnte Asylbewerber nach Paragraf 58a Aufenthaltsgesetz an sich ziehen, wenn sich Landesbehörden nicht aufraffen. Auch das passiert selbstredend nicht.
Es ist faszinierend zu sehen, wie Angela Merkel und ihre Bediensteten über einen Marshallplan für Afrika nachdenken – unter anderem – während die zuständigen staatlichen Stellen nicht einmal kleinste Areale sicherheitstechnisch in den Griff bekommen, die selbst unter Umständen des Berliner Baustellenumfahrungsverkehrs nur 30 Autominuten vom Kanzlerinnenschreibtisch entfernt liegen.
In der heimeligen Hauptstadt kleben in diesem Herbst viele Plakate, finanziert vom Bundesfamilienministerium, entworfen von Scholz & Friends, die Bürger im Kumpelton auffordern, bei der Demokratie mitzumachen und überhaupt gemeinwesenstabilisierend tätig zu werden.
An Litfaßsäulen heißt es etwa: „Dies ist keine Säule der Gesellschaft. Aber du kannst eine sein". Da Justizsenator, Polizeipräsident und Grünflächenamt in Berlin keine sein wollen, musst du sogar.
Sollte ich als Neuberliner irgendwann zu diesem Säulendienst eingezogen werden, gebe ich einen leicht veränderten Satz von Karl Kraus zu Protokoll: „Von einer zivilisierten Stadt erwarte ich öffentliche Sicherheit, saubere Bahnhöfe, gute Straßen und kompetente Beamte. Bunt und weltoffen bin ich selbst."

09. November 2017, 16:22 Uhr

Zuwanderung und Kriminalität

Pass verlegt, Aufenthalt garantiert

Eine Kolumne von Jan Fleischhauer

Zu den Rätseln Deutschlands gehört es, dass man leichter ohne Pass im Land drin ist als ohne Pass wieder draußen. Nicht einmal das Leben als Krimineller hat ernsthafte Konsequenzen.

Ein Fundstück aus der Zeitungslektüre vom Wochenende. Der Oberbürgermeister von Essen sorgt sich um die Sicherheit in seiner Stadt. Wie er in der "WAZ" berichtete, sagen immer mehr Bürger, dass sie sich nicht mehr an den Bahnhof trauen.

Vor einigen Tagen teilte die Bundespolizei mit, dass die Alltagskriminalität im Bahnhof dramatisch gestiegen sei und es bei Festnahmen immer öfter zu gewaltsamem Widerstand käme. Die Polizei machte auch Angaben zur Herkunft der Täter: Neun von zehn Festgenommenen stammten aus dem Maghreb.

In der Nacht zu Allerheiligen eskalierte die Situation. Rund 200 junge Männer hatten sich auf dem Bahnhofsvorplatz versammelt. Sie gingen Passanten an, es flogen Feuerwerkskörper. Der Polizei blieb am Ende nur, den Bahnhof zu sperren. Platzverweise zeigten keine Wirkung. Die Einsatzleitung hielt anschließend fest, wie respektlos und beleidigend die Randalierer gegenüber den Beamten vorgegangen seien.

Es mag Zufall sein, aber parallel zu der Schilderung aus Essen fand sich in der "FAZ" am Wochenende ein Bericht über die Lage am Frankfurter Hauptbahnhof. Bis vor Kurzem sah es so aus, als wären die Zeiten des Drogenhandels vorbei. Dann kamen die neuen Dealer: junge Männer aus Nordafrika, die mit Crack zu handeln begannen wie andere Leute mit Kaugummi. Über 50.000-mal war die Polizei seit November 2016 im Einsatz. Aber für jeden Drogenhändler, den sie aus dem Verkehr zieht, wachsen zwei neue nach.

Die Wiederbelebung der Drogenszene durch unkontrollierte Einwanderung

Die ganz Schlauen werden jetzt sagen, dass die Herkunft der Täter nichts zur Sache tue, weshalb ein Hinweis dazu am besten unterbleiben sollte. Drogen- und Gewaltkriminalität florierten unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit. Aber das stimmt so nicht, wie einem jeder sagen kann, der sich auskennt. Die Frankfurter Polizei führt die Wiederbelebung der Drogenszene ausdrücklich auf die unkontrollierte Einwanderung 2015 zurück. Ein Großteil der Dealer kommt aus Marokko und Algerien.

Wie man lesen kann, ist die Ausländer- und Flüchtlingspolitik ein großes Thema bei den Sondierungsgesprächen in Berlin. Die Grünen wollen unbedingt den Familiennachzug erleichtern. Wer als sogenannter subsidiärer Schutzbedürftiger gilt, soll enge Familienangehörige zu sich nach Deutschland holen dürfen. Die CSU ist dagegen, weil sie die Zuwanderung bei 200.000 Menschen im Jahr begrenzen will.

Ich bin in der Frage des Nachzugs eher bei den Grünen als bei der CSU. Die meisten Kriegsflüchtlinge werden vermutlich ohnehin länger in Deutschland bleiben, da kann man auch dafür sorgen, dass sie in einem vernünftigen Umfeld leben.

Ich glaube allerdings, dass die nächste Regierung gut beraten ist, nicht nur über Einreiseerleichterungen nachzudenken, sondern mindestens ebenso entschieden über die Erleichterung der Ausreise. Wenn die beiden Dinge nicht zusammen gesehen werden, gibt es bald einen Volksaufstand. Der geduldigste Flüchtlingshelfer wird irgendwann zum AfD-Wähler, wenn er das Gefühl bekommt, dass auch kriminelles Handeln für den Aufenthalt in Deutschland kaum nachteilige Folgen hat.

"Ausreisepflichtige Personen besitzen in der Regel keine Reisedokumente"

Derzeit halten sich 220.000 Menschen in der Bundesrepublik auf, die das Land eigentlich verlassen müssten, weil sie keine Aufenthaltsberechtigung haben. 160.000 von ihnen besitzen eine sogenannte Duldung. Es gibt mehrere Gründe, warum die Ausländerbehörden beschließen, vom der Aufforderung zur sofortigen Ausreise abzusehen. Jemand ist krank geworden oder darf seine Ausbildung beenden. Zu den häufigsten Gründen zählen fehlende Papiere.

"Ausreisepflichtige Personen besitzen in der Regel keine Reisedokumente", heißt es in einem "FAZ"-Bericht vom Juli über den Stand der Abschiebung lapidar, "Sie müssen zunächst identifiziert werden, damit Passersatzpapiere ausgestellt werden können." Das kann dauern, wie man weiß, zumal sich viele Botschaften bei der Beschaffung von Ersatzausweisen alles andere als kooperativ zeigen. In der Praxis bedeutet das, dass man als Ausländer nur seine Papiere wegwerfen muss, und schon ist man in Deutschland sicher. Viele Leute können sich nicht einmal mehr an ihren Namen oder Geburtsort erinnern, wenn sie von der Polizei aufgegriffen wurden.

Ich bin kein Jurist, daher mag man mir meine Forschheit verzeihen. Aber wenn ich einen Vorschlag zu machen hätte, dann würde ich die Leute in Gewahrsam nehmen lassen, die ohne Papiere aufgegriffen werden. Auch dem verstocktesten Tunichtgut fällt schnell wieder ein, wo er seine Papiere verlegt hat, wenn das Einzige, worauf er sieht, eine weiße Zellenwand ist.

Höfliches Auftreten der Polizei wird schnell mit Schwäche verwechselt

Es würde sicher auch helfen, Marokko und Algerien in den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten aufzunehmen. Damit würden sich die Verfahren deutlich beschleunigen. Man kann nicht ausschließen, dass sich unter den Asylbewerbern von dort ein paar Leute befinden, die wirklich wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden. Das Problem ist, dass man niemanden abschieben dürfte, wenn man jeden Irrtum vermeiden will. Auch Ämter machen Fehler, die Anhörungsverfahren sind so kurz, dass Fehlurteile gar nicht ausbleiben können.

Wir sind darauf trainiert zu glauben, dass ein rücksichtsvolles Auftreten der Staatsmacht zur Befriedigung beiträgt. Der Gedanke, dass Duldsamkeit das Gegenteil bewirken könnte, ist uns fremd.

Ich bin regelmäßig in Marokko. Ich war auch schon zu Besuch in Algerien. Wer in diesen Ländern Bekanntschaft mit der Polizei macht, sollte sich besser vorsehen. Das soll kein Plädoyer für Polizeiwillkür sein. Ich will damit nur auf das Problem

hinweisen, dass höfliches Auftreten schnell mit Schwäche verwechselt wird, wenn man anderes gewohnt ist. Ein ziviler Umgang setzt Einübung in Zivilität auf beiden Seiten voraus, bei der Staatsmacht, aber auch beim Bürger.

URL:

- http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuwanderung-und-kriminalitaet-pass-verlegt-aufenthalt-garantiert-a-1177180.html

Behörden machen sich lächerlich „King Abode“ darf Bautzen wieder bereichern

pi-news.net/king-abode-darf-bautzen-wieder-bereichern/
13.11.2017
Mohamed Youssef T. („King Abode“).
Mohamed Youssef T. alias „King Abode“, angeblich 21 Jahre, multikriminelles Goldstück der Kanzlerin darf Deutschland weiter auf der Nase herumtanzen. Der Libyer terrorisierte monatelang die Stadt Bautzen. Anfang August erteilte ihm die Stadtverwaltung dann aufgrund anhaltender Bürgerbeschwerden und fortlaufender Tätlichkeiten des „sich nach Frieden Sehnenden“ ein dreimonatiges Aufenthaltsverbot für die Stadt. Er wurde in eine Unterkunft in Radeberg verlegt. Das passte dem „königlichen“ Herrenmenschen aber nicht. Und so kam er zurück in „sein Reich“ Bautzen und inszenierte er sich mit einem Messer stehend auf dem Dach des Asylheimes an der Flinzstraße (PI-NEWS berichtete) als Opfer deutscher Behörden und drohte zu springen. Das SEK musste ihn nach langem Zureden und gutmenschlichen Stuhlkreisinterventionen gewaltsam herunterholen. Danach erholte sich der angeblich Suizidgefährdete in einem Krankenhaus.
Seither soll er Bautzen ferngeblieben und laut Polizei soll es auch zu keinen „größeren“ Zwischenfällen mehr gekommen sein. Die Teddybärenfraktion stilisiert ihn zum Opfer böser deutscher „Nazis“, die den armen „Schutzsuchenden“ stets zu seinen Taten provoziert hätten. Nur so sollen also rund zwei Dutzend Anzeigen gegen den Illegalen zustande gekommen sein. Sein Asylantrag wurde schon lange abgelehnt und eine Klage vor dem Dresdner Verwaltungsgericht dagegen wurde auch abgelehnt. Die 12. Kammer hatte keine „hinreichenden Anhaltspunkte für eine Gefährdung“ des „Flüchtlings“ gesehen.
Trotzdem ist er noch immer da und ab sofort darf auch wieder Bautzen bereichern. Die Unterkunft in Radeberg wird geschlossen, die Bewohner neu verteilt und das dreimonatige Aufenthaltsverbot ist abgelaufen. „Es wird derzeit kein erneutes Aufenthaltsverbot für die betroffene Person für notwendig gehalten“, erklärt Matthias Almert vom Bautzener Rathaus. Dieser Fall ist exemplarisch dafür, warum diese Klientel keinen Respekt vor unserer Justiz oder unseren Gesetzen hat. Warum auch: Deutschland macht sich lächerlich. *(lsg)*

http://www.focus.de/politik/deutschland/heftige-vorwuerfe-gegen-politik-drogendelikte-koerperverletzung-straftaten-am-berliner-alex-ausser-kontrolle_id_7846959.html
Drogendelikte und Körperverletzungen stark gestiegen
Straftaten am Berliner Alex außer Kontrolle: „Politik hätte Chaos verhindern können“
FOCUS-Online-Redakteur Ulf Lüdeke
Dienstag, 14.11.2017, 17:46
Die Straftaten am Berliner Alexanderplatz sind in den ersten zehn Monaten des Jahres drastisch gestiegen. Seit Ende Oktober versuchen Sozialarbeiter, mit Präventivarbeit einen weiteren Anstieg zu bremsen. Doch das Projekt reicht bei weitem nicht aus, sagt Projektleiter Tino Kretschmann: „Die Politik Staat lässt uns bei dieser wichtigen Arbeit im Stich.“
FOCUS Online: Herr Kretschmann, die Zahl der Straftaten am Alex ist 2017 drastisch gestiegen. Seit zweieinhalb Wochen ist dort nun für das Jugendamt das Projekt „Jugend-Aktionsraum Alexanderplatz“ (JARA) präsent, das Präventionsarbeit leisten soll. Kommt das nicht etwas spät?
Tino Kretschmann: Diese Frage haben wir uns beim „Platzmanagement Alexanderplatz für junge Menschen“, der ein eingetragener Verein ist, auch gestellt – und zwar schon im letzten Jahr. Wir hatten 2016 schon Drittmittel beim Bundesfamilienministerium beantragt – und zwar für ein Projekt, das sich wie JARA um Prävention am Alex kümmern sollte. Doch nach vier Monaten wurde der Antrag abgelehnt.
Wenn es um präventive Projekte geht, versagt die staatliche Finanzierung leider immer wieder. Sie wird eher als ‚Feuerwehrarbeit‘ betrachtet. Reagiert wird oft erst, wenn die Lage total außer Kontrolle geraten ist. So wie seit Anfang des Jahres jetzt am Alex. Wenn wir – woher auch immer – früher Mittel für präventive Jugendarbeit im öffentlichen Raum bekommen, dann hätte die Entwicklung am Alex ganz sicher eine ganz andere Dynamik genommen. Die Politik lässt die Sozialarbeiter im Stich und hätte dieses Chaos verhindern können. Aber sie erkennt häufig präventive Ansätze zu spät, da die Effizienz leider schlecht nachzuweisen ist.
FOCUS Online: Warum sind die Straftaten denn aus Ihrer Sicht ausgerechnet dort so drastisch gestiegen?
Kretschmann: Der Alex ist ein großer Platz – sieben Hektar, mittendrin viele Häuser und Deutschlands größter innerstädtischer Bahnhof. Da kommen die verschiedensten Menschen zusammen, um sich zu treffen: Einheimische, Touristen, Migranten. Anfang der 90er-Jahre waren es Punks und Nazis, die sich hier bekriegten, heute sind es vor allem die Drogendealer. Drogen wurden hier schon immer konsumiert, aber der Handel ist neu. Und die Dealer bekriegen sich untereinander. Das sorgt, soweit wir das von der Polizei wissen, für einen sprunghaften Anstieg bei Drogendelikten und Körperverletzungen.
FOCUS Online: Wissen Sie, wer und wie viele Personen dort mit Drogen dealen?
Kretschmann: Angesichts der zahllosen Menschen, die täglich den Alex aufsuchen, ist die Gruppe sehr klein. Soweit wir wissen, sind es rund 30 junge Männer, die meisten zwischen 18 und 30 Jahre alt. Viele von ihnen sind Flüchtlinge. Junge Männer, von denen vermutlich viele von Kriminellen am Alex oder in den Flüchtlingsheimen angeworben wurden. Genau das will die Präventionsarbeit verhindern.
FOCUS Online: Und wie?
Kretschmann: Genau mit der Arbeit, die wir jetzt am Alex machen. Wir wollen ein Anlaufpunkt für die Menschen sein, die gefährdet sind und sich hier am Alex treffen. Ihnen Freizeitangebote vorschlagen, mit ihnen kommunizieren, ihnen einen Raum bieten, in dem sie sich gefahrlos unterhalten und austauschen können. Das ist gerade für Flüchtlinge wichtig, vor allem für die, die geduldet sind und nicht die gleichen Chancen haben wie andere, die Asyl erhalten haben. Zwar ist die Polizei massiv präsent am Alex, um Straftaten zu verhindern. Aber durch die vielen Kontrollen werden viele Flüchtlinge und andere junge Menschen abgeschreckt und verlassen den Platz. Das wollen wir verhindern, denn der Alex ist schon immer ein zentraler Treffpunkt gewesen, und daran soll sich nichts ändern.
[Berlin]
FOCUS Online: Berlins Polizeipräsident Klaus Kandt hat darauf hingewiesen, dass die Bewältigung des Problems am Alex nur mit einem „ganzheitlichen Ansatz“ bewältigt werden könne, besonders im Hinblick auf Flüchtlinge. Wie sehr wird JARA helfen?
Kretschmann: Wir können nachvollziehen, dass der Alex jetzt auch eine eigene Polizeiwache mit vielen Beamten bekommt. Die Polizei hat geholfen, zusammen Druck gegenüber der Politik aufzubauen, um uns wenigstens vom Senat Projektmittel bewilligen zu lassen. Das hat aber leider sehr lange gedauert. JARA ist aber bislang nichts weiter als ein ‚Mini-Projekt‘: Es besteht aus nur einem Doppelcontainer mit rund 30 Quadratmetern Größe. Für die Besetzung sind zwei Sozialarbeiterstellen à 25 Stunden vorgesehen, auch Werksvertragsmittel für Sport-, Kunst- und Kreativangebote sind inbegriffen.
Ich denke, im Verhältnis zu den Investitionen für die Polizei macht mehr als deutlich, wie wenig Wert der Präventivarbeit beigemessen wird. Die Finanzierung ist für das JARA-Projekt ist bis Ende 2018 gesichert, soll aber voraussichtlich verlängert und bei Bedarf erweitert werden. JARA kann in dieser Form erstmal nichts weiter als ein Anfang sein.

Willkommener Anlass für die Gewaltinvasion ihrer Kultur freien Lauf zu lassen Brüssel: Marokkaner „feiern“ WM-Ticket und verwüsten Innenstadt

pi-news.net/bruessel-marokkaner-feiern-wm-ticket-und-verwuesten-innenstadt/
12.11.2017

Am Samstagabend entschied ein 2:0 gegen die Elfenbeinküste die Qualifikation Marokkos für die WM in Russland 2018. Das nahmen die Nafris in Brüssel zum willkommenen Anlass einmal mehr eine europäische Hauptstadt in ein Kriegsgebiet zu verwandeln.

Etwa 300 marokkanische Gewaltfans versammelten sich in der Brüsseler Innenstadt, zündeten Autos an, zertrümmerten Auslagenscheiben und Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel, verwüsteten einen Weihnachtsmarkt und plünderten Geschäfte. Die Polizei musste Wasserwerfer einsetzen.

Bei Straßenschlachten, die mit Feuerwerkskörpern, Pflasterteinen und allem was sich auf die Schnelle zum Werfen eignete, geführt wurden, erlitten 22 Beamte, trotz Schutzausrüstung zum Teil schwere Verletzungen. Auch ein Passant soll verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert worden sein. Erst nach Mitternacht konnte die Polizei wieder Ordnung herstellen.

Behörden von der Eskalation und Gewaltbereitschaft überrascht

Es heißt, die Polizei habe viel zu spät auf die Zusammenrottung der Gewaltnafris reagiert, sodass die Situation eskalierte. Olivier Slosse, Sprecher der Polizei Brüssel erklärte, die Exekutive sei bereits um 20 Uhr im Gebiet einsatzbereit gewesen. Man habe auch als die Lage kritisch wurde Verstärkung, u.a. von der Polizei Antwerpen angefordert. Man sei aber vom Ausmaß der Gewalt überrascht gewesen.

Dass bei den seit Jahren in ganz Europa zu beobachtenden Kriseninzenierungen afrikanischer und anderer Gewalteinwanderer Behörden vom Ausmaß des Zerstörungswillens immer noch überrascht sind zeigt nicht mehr nur schlichte Blauäugigkeit, sondern ist blankes Versagen auf der ganzen Linie. Offenbar ist man nirgendwo in Europa auch nur ansatzweise auf das vorbereitet was uns noch erwartet, besonders wenn den Invasoren so vor Augen geführt wird, dass man ihnen kaum was entgegenzusetzen hat.

Die 140-Zeichen-Sicherheitspolitik

Der belgische Innenminister Jan Jambon twitterte:

„Inakzeptable Aggressionen im Zentrum von Brüssel. Das Zusammenleben setzt Respekt voraus, auch für die Polizisten, die sich Tag und Nacht für unsere Sicherheit einsetzen.“

Respekt? Das ist eine Einbahnstraße im Zusammenhang mit dieser Klientel, die selbigen von uns fordert, für ihre „Kultur“ mit der sie uns besetzen. Offenbar macht auch der belgische Innenminister seine Arbeit nur noch via Twitter und Co.

Zerstörung, Plünderungen, Körperverletzungen – festgenommen wurde laut belgischen Medien niemand! ***(lsg)***

Videos „gelungener Integration“:

Renversement d’une camionnette lors des incident suite à la qualification du Maroc au #Mondial2018 #Bruxelles #police pic.twitter.com/niDzvqe8as
— Aude Vanden Broeck (@AudeVb) 11. November 2017
La police repousse les supporters marocains sur le boulevard Lemonnier en ce moment. #MONDIAL_2018 #Bruxelles #police @lalibrebe @lesoir pic.twitter.com/CxhITpH8xu
— Aude Vanden Broeck (@AudeVb) 11. November 2017
#Maroc : comme à #Bruxelles, sortons le Karcher ! ??? pic.twitter.com/LQfiL6E5Gb
— Damien Rieu (@DamienRieu) 11. November 2017

#Merkelherbst 2017 | #"Schutz suchen" vor "Schutzsuchenden" NRW: 15-Jährige von Asylanten vergewaltigt

pi-news.net/nrw-15-jaehrige-von-asylanten-vergewaltigt/
17.11.2017
Auf einer Parkbank wurde die 15-Jährige missbraucht (Symbolbild).
Ahlen/Münsterland: Im Ahlener Stadtteil Dolberg soll ein 25-jähriger Mann eine 15-Jährige vergewaltigt haben. Nach Auskunft von Polizeipressesprecher Peter Spahn hat sich der Übergriff offenbar am Mittwochabend gegen 22.30 Uhr auf einer Parkbank ereignet. Das Mädchen und der Asylbewerber kannten sich laut Polizeipressesprecher. Noch am Mittwochabend habe die Minderjährige die Tat der Polizei gemeldet und angezeigt, berichtet Spahn. Der 25-jährige Mann sei festgenommen worden und befinde sich in Untersuchungshaft. Ob der Tatverdächtige in dem Übergangswohnheim für Asylbewerber am Hermesweg in Dolberg lebt, konnte der Polizeipressesprecher nicht sagen.
Stadtpressesprecher Frank Merschhaus sagte auf Anfrage, dass der Mann dort wohne. Die Jugendliche werde durch den Opferschutz der Polizei betreut, sagte Spahn. Oberstaatsanwalt Martin Botzenhardt von der zuständigen Staatsanwaltschaft Münster hatte auf Anfrage gesagt, dass die Kreispolizeibehörde in Warendorf Auskunft erteile. Diese hatte zu dem Fall bis Dienstag keine Mitteilung herausgegeben, weil es sich bei dem Opfer um ein minderjähriges Mädchen handelt. Spahn betonte, dass da der Opferschutz besonders groß geschrieben werde. In dem rund 3500 Einwohner zählenden Dorf Dolberg ist der Übergriff derzeit das Gesprächsthema.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelherbst 2017 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“

Stuttgart-Untertürkeim: Polizeibeamte haben am Donnerstag (09.11.2017) einen 33 Jahre alten Mann in Stuttgart-Untertürkheim festgenommen, der verdächtigt wird, am Sonntag (05.11.2017) eine 31-Jahre alte Frau in Weilimdorf vergewaltigt zu haben. Die 31-Jährige kannte den Mann offenbar flüchtig und ließ sich von ihm am Sonntag (05.11.2017) gegen 08.00 Uhr nach einem Diskothekenbesuch offenbar zunächst nach Hause begleiten und nahm ihn dann mit in ihre Wohnung. Dort wurde der Tatverdächtige nach derzeitigem Kenntnisstand sexuell zudringlich. Obwohl die 31-Jährige die Zudringlichkeiten eindeutig abgelehnt und sich dagegen gewehrt haben soll, lies der 33-Jährige offenbar nicht von seinem Vorhaben ab und soll sich an der Frau vergangen haben. Schließlich gelang es der 31-Jährigen aus ihrer Wohnung zu entkommen und bei Nachbarn Hilfe zu suchen. Dem Tatverdächtigen gelang vor Eintreffen der alarmierten Polizei die Flucht. Kriminalpolizeiliche Ermittlungen führten auf seine Spur. Die Festnahme erfolgte am Donnerstag (09.11.2017) gegen 07.30 Uhr in Untertürkheim. Auf Grund des zwischenzeitlich seitens der Staatsanwaltschaft Stuttgart erwirkten Haftbefehls gegen den 33 Jahre alten Gambier erfolgte am Donnerstag (09.11.2017) die Vorführung beim zuständigen Richter, der Haftbefehl erließ.
Köln: Am Montagabend (23. Oktober) ist ein bislang Unbekannter einer Kölnerin in der Seidenstraße im Ortsteil Mülheim in einen Hauseingang gefolgt. Innerhalb des Gebäudes versuchte der Mann, sexuelle Handlungen an der jungen Frau vorzunehmen. Als die Kölnerin gegen 19 Uhr das Mehrfamilienhaus betrat, folgte der als Südländer Beschriebene ihr bis zu ihrer Wohnung. Dort entblößte er sein Geschlechtsteil und näherte sich der Kölnerin in sexueller Absicht. Mit Schreien und Tritten setzte sich die junge Frau gegen den Angreifer zur Wehr, der daraufhin aus dem Haus in unbekannte Richtung flüchtete. Gegenüber den später alarmierten Polizisten beschrieb die Kölnerin den Flüchtigen als 28 bis 30-jährigen, 1,70 – 1,80 Meter großen Mann mit südländischem Aussehen, dunklen Augen und dunklem Dreitagebart.
Marburg: Am Montag, 23. Oktober, wurden zwei junge Frauen von vermutlich zwei verschiedenen Männern belästigt. Der eine Vorfall war gegen 14.30 Uhr am Hauptbahnhof, der andere zwischen 19.45 und 20.10 Uhr auf der Bahnhofstraße Ecke Rosenstraße. Im letzten Fall nahm die Polizei einen Tatverdächtigen vorläufig fest. Der 27-Jährige bestritt allerdings die Tat. Opfer der Belästigung am Bahnhof war eine 14-jährige Schülerin. Ein ihr unbekannter junger Mann sprach sie in gebrochenem Deutsch an, belästigte sie verbal und fasst sie auch an. Erst nach dem Erhalt einer Ohrfeige und dem Rückzug des Mädchens in ein Café ging der Mann, der sich als „Ali“ vorgestellt hatte, seines Weges. „Ali“, nach Zeugenaussage vermutlich Nordafrikaner, ca. 20 Jahre alt, zwischen 1,65 und 1,70 Meter groß, Drei-Tage-Bart, schwarze kurze Haare, dunkle Augen und schlank, trug eine blaue Adidas Trainingsjacke, eine Jeans und schwarze Nike-Turnschuh. Wer hat diesen Vorfall noch beobachtet? Wer ist möglicherweise ebenfalls opfer dieses Mannes und hat bislang keine Anzeige erstattet? Wer kann sachdienliche Hinweise geben, die zu seiner Identifizierung führen könnten? Nach dem zweiten Vorfall am Abend nahm die Polizei einen Tatverdächtigen fest, auf den die Beschreibung zutraf. Der 27-Jährige bestreitet jedoch, die 21 Jahre alte Frau, die mit einem Hund unterwegs war belästigt zu haben. Die Frau traf in der Bahnhofstraße in Höhe der Rosenstraße zunächst auf drei Männer. Einer von ihnen setzte sich ab, folgte ihr und griff ihr ans Gesäß. Er flüchtete dann kurz, kam aber zurück und beleidigte sein Opfer mit obszönen Worten. Erst als diese einen Bekannten traf, entfernte sich der Mann. Die 21-Jährige beschrieb ihn als etwa mitte 20 Jahre alten, zwischen 1,70 und 1,75 Meter großen, hageren Mann mit dunklem Teint. Er hatte sehr kurze dunkle Haare, einen kurzen Bart, dunkelbraune Augen und sprach gebrochen Deutsch.
Tuttlingen: Im September 2017 kam es in einem Zug zwischen Immendingen und Tuttlingen (HzL 88040) zur Belästigung eines 17-Jährigen durch einen noch unbekannten Täter. Die Bundespolizeiinspektion Konstanz bittet in diesem Zusammenhang um Beachtung des nachstehenden Zeugenaufrufs. Gegen 8 Uhr am Samstagmorgen, 23. September 2017

belästigte der unbekannte männliche Täter den 17-Jährigen, indem er ihm während der Zugfahrt über den Oberschenkel streichelte und ihn schließlich auf den Mund küsste. Der Täter hatte südländisches Aussehen, ist zwischen 35 und 40 Jahre alt, hat dunkle, vermutlich schwarze Haare und einen 3-Tage-Bart. Weiterhin trug er eine graue Schiebemütze, eine schwarze Lederjacke sowie eine hellblaue Jeans. Er sprach nur gebrochen Deutsch – mit vermutlich arabischem Akzent.

Papenburg: Am späten Montagnachmittag hat ein 26-jähriger Mann zwei Frauen an sexuell belästigt. Gegen 17 Uhr hat der Täter dabei zunächst eine 37-jährige Frau an der Bahnhofstraße mehrfach unvermittelt unsittlich berührt. Unter anderem versuchte er der Frau unter den Rock zu greifen. Als ein Zeuge auf die Tat aufmerksam wurde, flüchtete der Mann in Richtung Bahnhof. Hier kam es dann zu einem vergleichbaren Fall durch den augenscheinlich alkoholisierten Täter. Er näherte sich dort einer 32-jährigen Frau und fasste ihr mehrfach ans Gesäß. Gegen 17.15 Uhr konnte der amtsbekannte Mann dann durch eine Streifenwagenbesatzung der Polizei angetroffen und in Gewahrsam genommen werden. Obwohl er gefesselt und von mehreren Beamten festgehalten wurde, wehrte er sich enorm und versuchte diese zu treten und sie anzuspucken. Nachdem dem Sudanesen eine Blutprobe entnommen wurde, verbrachte er die Nacht in der Gewahrsamszelle.

Lippe: Am Sonntagabend wurde eine 16-jährige Jugendliche in Lage massiv sexuell belästigt. Sie trug leichte körperliche Verletzungen davon, die im Krankenhaus behandelt werden mussten. Gegen 21 Uhr ging die junge Frau auf dem Gehweg der „Lange Straße“ in Richtung der Bielefelder Straße. Auf Höhe des „Mc Donalds“ sprach sie ein Mann aus einem Auto heraus an. Kurz darauf kam ihr der Mann zu Fuß auf dem Gehweg der Bielefelder Straße entgegen. Dabei begrabschte er die Jugendliche und Küsste ihr auf den Mund. Das Mädchen konnte sich losreißen und lief in die Hasselstraße. Der Unbekannte verfolgte die Jugendliche bis zu einem Haus, in das die junge Frau eingelassen wurde. Eine Beschreibung zu dem vom Täter genutzten Fahrzeug liegt nicht vor. Von dem Mann ist nur bekannt, dass er zirka 20 Jahre alt ist. Zeugen, die am Sonntag zwischen 21 Uhr und 21:30 Uhr, etwas von der Tat mitbekommen haben, mögen sich bitte unter der Rufnummer 05232 / 95950 beim Kriminalkommissariat in Lage melden. (Kommentar Pi: Die Polizei möchte uns also mitteilen, dass das Opfer das Alter des Täters schätzen kann, aber nicht seine Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit?)

Chemnitz: Am 22.10.2017 gegen 14:15 Uhr wurden Beamte der Bundespolizeiinspektion Chemnitz im Rahmen ihrer Streifentätigkeit am Südbahnhof Chemnitz von einer Frau, welche vor dem gegenüberliegenden Spielcasino stand, um Hilfe gebeten. Sie teilte den Beamten mit, dass eine männliche Person sich im Spielcasino entblößte und sexuelle Handlungen an sich vornahm. Bei Antreffen der Einsatzkräfte war der Beschuldigte (ein 21 jähriger Libyer) bereits wieder angezogen und beleidigte die eingesetzten Polizeivollzugsbeamtinnen verbal mit sexuellem Hintergrund. Der Tatverdächtige wurde vorläufig festgenommen. Die weitere Bearbeitung übernahm zuständigkeitshalber die Landespolizei. Nach Abschluss aller polizeilichen Maßnahmen wurde der Libyer auf freien Fuß belassen.

Dresden: Dresdner Polizeibeamte konnten Sonntagmorgen einen Mann (47) stellen, welcher sich vor einer Frau (45) entblößt hatte. Die 45-Jährige war zu Fuß auf der Leipziger Straße unterwegs. Der 47-Jährige befand sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite und machte die Frau zunächst auf sich aufmerksam. Als sie schließlich zu ihm sah, entblößte er sich vor ihr und nahm sexuelle Handlungen an sich vor. Die Dresdnerin informierte die Polizei und konnte noch beobachten, wie der Mann in eine Straßenbahn stieg. Beamte machten ihn kurz darauf in der Bahn ausfindig. Der 47-jährige Marokkaner war deutlich alkoholisiert. Er wurde zur Ausnüchterung in Gewahrsam genommen

Freiburg: Durch die Mitarbeiterin einer Tankstelle in der Hauptstraße in Umkirch wurde am Sonntagmorgen, 22.10.2017, gegen 10:30 Uhr mitgeteilt, dass eine Kundin soeben von einem Unbekannten an der Kasse begrapscht worden sei. Der Mann habe sie zunächst an der Kasse

vorgelassen, packte sie dann an der Hüfte und zog sie gegen seinen Unterleib. Im Zuge der unmittelbar eingeleiteten Fahndung konnte der polizeibekannte 24jährige Mann nigerianischer Staatsangehörigkeit im Nahbereich der Tankstelle durch eine Streife der Hundestaffel festgenommen werden.

Wiesbaden: In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch bedrängte ein unbekannter Mann in der Rheinstraße eine 22 jährige Wiesbadenerin und küsste sie gegen ihren Willen auf den Mund. Die junge Frau lief um 00:30 Uhr vom Sedanplatz, über den Bismarck-Ring, in Richtung Dotzheimer Straße, als sich der Fremde plötzlich näherte. Dieser sprach sie an, die Frau reagierte jedoch nicht und gab ihm freundlich zu verstehen, dass sie die Kontaktaufnahme nicht wünsche. Der Mann habe jedoch trotzdem den Arm um sie gelegt und sei weiter mit ihr die Straße entlang gelaufen. In der Rheinstraße klingelte die Frau an einem Haus, woraufhin der Unbekannte versuchte sie zu küssen. Obwohl die Frau dies verhindern wollte, sei es dann, gegen ihren Willen, zu einem Kuss gekommen. Als der Frau nun die Tür geöffnet wurde, entfernte sich der Täter in unbekannte Richtung. Dieser sei circa 30 Jahre alt, circa 1,70 Mter groß, trage kurze Haare sowie einen Dreitagebart und sei mit einer kurzen, roten Daunenjacke, einer Jens und Sneakers bekleidet gewesen. Nach Angaben der Geschädigten, habe es sich nach ihrer eigenen Wahrnehmung um einen „syrischen oder afghanischen Staatsangehörigen“ gehandelt.

Heilbronn: Die Kripo sucht einen Mann, der am Donnerstagabend in Heilbronn eine Jugendliche begrapscht hat. Die 17-Jährige fuhr gegen 19.50 Uhr auf dem Gehweg der Allee entlang und hielt in der Nähe des Shopping-Hauses aufgrund eines kleinen technischen Problems am Fahrrad kurz an. Ein Unbekannter fragte sie, ob er helfen könne. Als sie dies verneinte, griff er plötzlich zu und berührte sie mehrfach unsittlich. Die junge Frau stieß den Mann mit den Händen von sich weg und flüchtete auf ihrem Fahrrad. Der Täter wird als „südländischer Typ“ beschrieben, ist 1,80 bis 1,85 Meter groß und hat dunkle Haare mit Undercut.

Hattersheim am Main: Am Donnerstagmorgen zeigte sich ein Exhibitionist auf dem Parkplatz des Bahnhofsplatzes in Hattersheim einer 30-jährigen Frau in schamverletzender Weise. Die junge Frau befand sich zu Fuß auf dem Weg zum Zug, als sie am Parkplatz vorbeilief und den zum Teil unbekleideten Mann laut stöhnend antraf. Bei dem Täter soll es sich um einen ca. 1,65 Meter großen Mann mit dunklen, kurzen Haaren und südländischem Aussehen gehandelt haben.

Hadamar: Ein Exhibitionist belästigte gestern um 16.30 Uhr eine Frau in Hadamar. Die 46-jährige Geschädigte war auf dem Radweg zwischen Oberweyer und Obertiefenbach unterwegs, als sie dem Mann begegnete. Dieser zeigte sich ihr in schamverletzender Weise, worauf die Geschädigte ihm androhte, sofort die Polizei zu verständigen. Daraufhin flüchtete der Mann mit seinem Fahrrad in Richtung Obertiefenbach. Er wird beschrieben als: Ca. 20 Jahre alt, schwarze kurze Haare, Südländer, trug schwarze Hosen, weiße Turnschuhe, blau gestreiftes T-Shirt und war mit einem silbernen Fahrrad unterwegs.

Hildesheim: Gestern Nachmittag, Montag, 23.10.2017, gegen 17:15 Uhr, ist im Ernst-Ehrlicher Park Höhe dortiges Kutscherhaus, ein Exhibitionist aufgetreten. Der Mann zeigte sich gegenüber einer 54-Jährigen Joggerin, die aus dem Park heraus am Kutscherhaus vorbei in Richtung der Straße Weinberg lief. Dabei hatte der Mann seine Hände in den Hosentaschen, sein Geschlechtsteil hing aus dem Hosenstall. Weiteres hat der Unbekannte nicht getan. Folgende Personenbeschreibung liegt der Polizei vor : Männliche Person, Ende 20 Anfang 30 Jahre alt, ca. 185 cm groß, dunkles welliges Haar. Er trug eine dunkelblaue Wollmütze, kurze dunkelblaue Steppjacke blousonförmig, Jeanshose. Die Geschädigte beschreibt den Mann als südländischer Typ ohne weitere Auffälligkeiten.

Kein Aufschrei und keine Lichterketten der üblichen "Rassismus-Riecher" Düsseldorf: Araber-Gang attackiert Passanten mit Messerstichen

pi-news.net/duesseldorf-araber-gang-attackiert-passanten-mit-messerstichen/
20.11.2017

Polizeieinsatz in der Nacht (Symbolbild).

In Düsseldorf haben in der Nacht von Freitag auf Samstag etwa 15 Männer eine achtköpfige Gruppe attackiert und mit einem Messer und einem Elektroschocker verletzt. Die Gruppe aus vier Frauen und vier Männern war gegen 0.30 Uhr im Hofgarten unterwegs, als sie auf die mutmaßlichen Täter traf. Dort beschimpften die Männer sie zunächst, insbesondere die Frauen. Als ihre Begleiter sich deshalb schützend vor sie stellten, wurden sie von der Gruppe angegriffen. Ein 17-Jähriger erlitt dabei einen Messerstich. Ein weiterer Jugendlicher (17) wurde mit einem Elektroschocker angegriffen und auf dem Boden liegend gegen den Kopf getreten. Die Fahndung nach den flüchtigen Tatverdächtigen verlief bislang ohne Erfolg. Die Opfer konnten die Angreifer folgendermaßen beschreiben: 18-20 Jahre alt, arabisches/südländisches Aussehen. Die Verletzung durch den Messerstich konnte ambulant in einem Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei bittet mögliche Zeugen unter der Nummer 0211/8700 um Hinweise.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Frankfurt: Am frühen Sonntagmorgen wurde ein 22-Jähriger nach einer Auseinandersetzung in der Elisabethenstraße schwer verletzt. Die Tatverdächtigen sind flüchtig. Der 22-Jährige war mit seinen Bekannten im Vergnügungsviertel „Alt-Sachsenhausen" unterwegs. Gegen 03.20 Uhr wurde die Gruppe um den 22-Jährigen von einer achtköpfigen Personengruppe, aus bislang unbekannten Gründen, verbal angegangen. Aus diesen Streitigkeiten entwickelten sich Handgreiflichkeiten. Einer der Männer schlug dem 22-Jährigen so ins Gesicht, dass dieser sehr schwere Kopfverletzungen erlitt. Er wurde sofort in ein Krankenhaus eingeliefert, sein Zustand ist allerdings kritisch. Die Personengruppe, rund um den Schläger, flüchtete anschließend in verschiedene Richtungen. Die acht Männer können folgendermaßen beschrieben werden: 16 bis 20 Jahre alt,nordafrikanisches Erscheinungsbild, alle dunkel bekleidet. Der mutmaßliche Schläger kann folgendermaßen beschrieben werden: männlich, 180 cm bis 185 cm groß, 16 bis 20 Jahre alt, kurze, schwarze Haare (nicht gelockt), schmale Statur, schmales Gesicht, trug eine schwarze Jacke und eine dunkle Hose. Ein weiterer Mann aus der Gruppe kann folgendermaßen beschrieben werden: 180 bis 190 cm groß, kräftige Statur (100 bis 120 kg schwer), kurze, schwarze Haare (nicht gelockt), weiches Gesicht (sogenanntes „Babyface"), trug dunkle Oberbekleidung. Die Polizei bittet Zeugen, die Hinweise zu dem Vorfall und den Tätern machen können, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen. Hinweise nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 069/755-53111 entgegen.

Nidda (Hessen): In der Schillerstraße in Nidda ging am Donnerstagabend eine Gruppe von vier Männern auf einen Jugendlichen los und schlug ihn zusammen. Die Polizei in Nidda, Tel. 06043-984-707, sucht Zeugen der Tat. In der Passage neben einem Sportgeschäft in der Schillerstraße überraschte eine Gruppe von vier Männern einen 16-jährigen Jugendlichen am Donnerstagabend, gegen 20.45 Uhr. Der Jugendliche lief die Schillerstraße entlang, als aus der Passage plötzlich die vier Männer auf ihn zukamen. Einer von ihnen schrie ihn in einer nicht verständlichen Sprache an und schlug sofort auf ihn ein, zwei weitere beteiligten sich. Der vierte Mann filmte die Tat mit einem Handy. Die Gruppe unterhielt sich dabei in einer unbekannten Sprache. Als die Täter kurz von dem 16-Jährigen abließen konnte er wegrennen und brachte einen vorbeifahrenden Autofahrer zum Anhalten. Dieser nahm ihn ein Stück mit und ließ den Jugendlichen schließlich im Bereich der Sparkasse aussteigen, von wo aus der Rettungsdienst verständigt wurde. Der Jugendliche wurde aufgrund von Prellungen mit einem Krankenwagen zur

weiteren Untersuchung in Krankenhaus gebracht. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und bittet um Hinweise auf die vier Männer. Sie sollen zwischen 16 und 18 Jahren alt und südländischer Herkunft gewesen sein, ihre Hautfarbe wird mit „leicht dunkel“ beschrieben.
Berlin: Mit der Veröffentlichung von Bildern sucht die Polizei Berlin nach drei Männern, die in Verdacht stehen, im Oktober letzten Jahres zwei Menschen in Neukölln verletzt zu haben. Einer der Abgebildeten soll am 29.10.2016 gegen 22.25 Uhr in einem U-Bahn-Waggon der Linie U8 in Höhe des Bahnhofs Hermannplatz ohne ersichtlichen Grund einem bislang unbekannten Opfer Reizgas ins Gesicht gesprüht haben. Anschließend habe er dem Mann gegen den Kopf getreten. Eine 33-jährige Zeugin, die sich ebenfalls in dem Waggon befand, sei auf das Geschehen aufmerksam geworden und habe angekündigt, die Polizei zu rufen. Auch ihr sprühte einer der Gesuchten Reizgas ins Gesicht, was zu leichten Verletzungen führte. Die Tatverdächtigen stiegen am U-Bahnhof Leinestraße aus und flüchteten. Das unbekannte Opfer blieb in dem Waggon sitzen. *Kommentar PI-NEWS: Glückwunsch an die Berliner Polizei, die sich dann doch nach über einem Jahr mit Fahndungsfotos der „Fachkräfte“ an die Öffentlichkeit wagt:*

Mannheim: Am Montagvormittag wurde ein junger Mann am Willy-Brandt-Platz von drei bislang unbekannten Tätern grundlos zusammengeschlagen. Der 18-Jährige verließ gegen 7 Uhr gemeinsam mit den Unbekannten die Straßenbahn der Linie 4, als diese plötzlich grundlos auf ihn einschlugen. Erst als sich ein nicht bekannter Zeuge in das Geschehen einschaltete ließen die Schläger von ihrem Opfer ab und verschwanden. Der 18-Jährige erlitt Presslungen, die ärztlich behandelt wurden. Die männlichen Täter beschrieb er wie folgt: Ca. 20 Jahre alt, ca. 180 cm groß, orientalisches Aussehen, normale Statur. Sie sprachen gebrochen deutsch.
Hannover: Heute Nachmittag (13.11.2017), gegen 14:00 Uhr, hat ein bislang unbekannter Mann am Steigerwaldweg (Sahlkamp) mehrere Schüsse auf zwei 24 und 27 Jahre alte Männer abgegeben und den älteren der beiden dadurch schwer verletzt. Der Täter ist anschließend geflüchtet. Die Polizei bittet um Zeugenhinweise. Bisherigen Ermittlungen zufolge waren die beiden Männer auf einem Fußweg unterwegs gewesen, als der Unbekannte aus einem gegenüberliegenden Park kam und unvermittelt mit einer Pistole mehrere Schüsse auf das Duo abgab. Der 27-Jährige wurde von zwei Geschossen getroffen und erlitt schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen. Er wird derzeit in einem Krankenhaus behandelt. Der Tatverdächtige flüchtete anschließend zu Fuß in unbekannte Richtung. Im Zuge der ersten Ermittlungen fanden die Beamten in unmittelbarer Nähe des Tatortes eine scharfe Pistole und stellten sie sicher. Die Kriminalpolizei geht aktuell davon aus, dass es sich dabei um die Tatwaffe handelt. Die Hintergründe der Tat sind momentan noch nicht geklärt, hierzu dauern die Ermittlungen an. Gegen den unbekannten, flüchtigen Verdächtigen wurde ein Verfahren wegen eines versuchten Tötungsdeliktes eingeleitet. Der Mann hat einen dunklen Teint, ist 23 bis 30 Jahre alt, zirka 1,75 Meter groß und schlank. Er war mit einer dunklen Kapuzenjacke mit aufgesetzter Kapuze bekleidet.
Heinsberg-Oberbruch: Am Samstag, 4. November, wurde ein 20-jähriger Mann aus Heinsberg von vier unbekannten Männern geschlagen und verletzt. Der Heinsberger war gegen 6 Uhr zu Fuß auf der Straße Alte Schmiede unterwegs. An der Kreuzung Alte Schmiede/Deichstraße kamen ihm vier dunkelhaarige, vollbärtige Männer entgegen. Einer der Männer sprach ihn in einerunbekannten Sprache an. Dann schlug einer den 20-Jährigen und die anderen schubsten ihn, bis er auf dem Boden lag. Anschließend traten und schlugen sie auf ihn ein. Der Heinsberger konnte sich befreien und einige Meter flüchten, bevor er wieder eingeholt und erneut geschubst wurde. Kurz darauf gelang ihm zu Fuß die Flucht in Richtung Oberbruch. Aufgrund seiner Verletzungen musste sich der Heinsberger ambulant im Krankenhaus behandeln lassen. Drei der Täter waren etwa 20 Jahre alt, einer zirka 40 Jahre. Alle waren etwa 178 Zentimeter groß, hatten eine schlanke Statur und trugen Jeans. Einer der jüngeren Männer trug einen roten Pullover. Der Ältere war mit einer beigen Sweatshirt Jacke bekleidet. Zur Klärung der Tat sucht die Polizei die Täter sowie Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben. Hinweise nimmt das Kriminalkommissariat der Polizei in Geilenkirchen entgegen, Telefon 02452 920 0. *Kommentar PI-NEWS: Warum verschweigt die Polizei trotz einer ansonsten detaillierten Personenbeschreibung die Ethnie oder wahrscheinliche Volkszugehörigkeit der Täter?*
Berlin: Mit der Veröffentlichung von Bildern aus einer Überwachungskamera bittet die Polizei Berlin um Mithilfe bei der Suche nach fünf Tatverdächtigen, die in den frühen Morgenstunden des 30. April dieses Jahres zwei Männer in Mitte verletzt haben sollen. Gegen 4.20 Uhr sollen die Abgebildeten (siehe unten) ein bislang unbekanntes Opfer bereits auf dem Boden liegend unter

anderem ins Gesicht geschlagen und getreten haben. Anschließend soll sich der Angegriffene mit der U-Bahn vom Tatort entfernt haben. Zeugen berichteten von einer vorangegangenen verbalen Auseinandersetzung auf dem U-Bahnhof Alexanderplatz zwischen den Abgebildeten und einer weiteren Gruppe, die dann in einer Schlägerei mündete. In deren Verlauf sollen sich zunächst das Opfer und einer der Tatverdächtigen einen Schlagabtausch geliefert haben. Einem zu Hilfe eilenden 26 Jahre alten Mann wurde ebenfalls ins Gesicht geschlagen, er erlitt leichte Verletzungen.
Paderborn: Bereits gegen 04.15 Uhr war es im Schlosspark am Bürgerhaus zu Tätlichkeiten gekommen. Auf der Tribüne waren laut Zeugenangaben plötzlich zwei junge Südländer, 15 bis 20 Jahre alt, mit dunklen Jacken, davon einer mit Kappe, aufgetaucht. Sie hatten auf einen 20-Jährigen eingeschlagen und waren anschließend in Richtung Sennelager geflüchtet. Das Opfer hatte leichte Verletzungen erlitten und musste mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht werden.
Nordenham: Am Samstag, 04.11.2017, gegen 23:00 Uhr, kam es in Höhe des Kreisverkehr des E-Center in der Atenser Allee, Nordenham, zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen zwei männlichen Personen. Bei dieser Auseinandersetzung hatte eine männliche südländische Person in Begleitung einer weiteren männlichen Person einem 36-jährigen männlichen Opfer mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Das Opfer mußte ärztlich versorgt werden und der unbekannte Täter flüchtete vom Tatort.
Ludwigsburg: Montagmorgen zwischen 06:55 Uhr und 07:05 Uhr attackierten zwei Jugendliche einen 18-Jährigen im Parkhaus am Bahnhof in Bondorf. Das Opfer saß auf der Treppe in der dritten Parkebene und wartete auf seinen Zug, als ihm unvermittelt von den beiden Angreifern in den Rücken getreten wurde. Im darauffolgenden Streitgespräch kam es zu einem Schlagabtausch zwischen dem Größeren der beiden Angreifer und dem Opfer. Der zweite Streitsüchtige trat dem Opfer währenddessen gegen sein Bein, flüchtete jedoch danach vorerst. Dem Angegriffenen gelang es daraufhin in den einfahrenden Zug zu flüchten. Bei der Zugabfahrt sah er noch, dass der kleinere der beiden Angreifer offensichtlich Verstärkung geholt hatte. Außer den zwei Schlägern standen nun noch vier bis fünf weitere Personen bei den Beiden. Bei dem größeren Täter handelte es sich um einen etwa 1,85 m großen, schlanken Jungen mit kurzen, schwarzen Haaren und dunklem Teint. Er war zwischen 16 und 19 Jahre alt und trug einen Vollbartansatz ohne Oberlippenbart. Bekleidet war er mit einer schwarzen, langen Pelzjacke sowie einer dunkelblauen Hose und sandfarbenen Winterstiefeln. Außerdem hatte er sich bei der Schlägerei eine blutige Nase zugezogen. Der kleinere Täter war etwa 1,75m groß, ungefähr 14 bis 16 Jahre alt. Er trug eine Wollmütze sowie einen Adidas-Sportanzug.
Frankfurt am Main: Im Frankfurter Hauptbahnhof haben Beamte der Bundespolizei am Sonntagmorgen, gegen 1 Uhr, einen 28-jährigen wohnsitzlosen stark alkoholisierten algerischen Staatsangehörigen festgenommen, der zwei Reisende bespuckt und mit einer Bierflasche angegriffen hatte. Nachdem der 28-Jährige zuerst eine Gruppe von Frauen beleidigt hatte, und im Anschluss auch die Reisenden bespuckte und versuchte mit einer Bierflasche nach ihnen zu schlagen, wurde er von einer Streife festgenommen und zur Wache gebracht. Dort wurde bei ihm eine Atemalkoholkonzentration von 1,9 Promille festgestellt. Da er keine Ausweispapiere vorweisen konnte und feststand, dass er sich unerlaubt im Bundesgebiet aufhält, wurde er nach Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen versuchter gefährlichen Körperverletzung, Beleidigung und dem unerlaubten Aufenthalt in die Haftzellen eingeliefert.
„SONSTIGES“ AUS DEM EHEMALIGEN DEUTSCHLAND
Schüsse aus türkischer Hochzeitsgesellschaft
Hameln: Eine Hochzeitsgesellschaft sorgte am Sonntag, 05.11.2017, im Hamelner Stadtgebiet für einen Polizeieinsatz. Zunächst meldeten gegen 12.30 Uhr Anwohner aus dem Hastenbecker Weg, dass auf der Straße Schüsse gefallen sind. Die Schüsse sollen aus einem bestimmten Fahrzeug heraus abgegeben worden sein. Aufgrund dieses Hinweises wurde mehrere Fahrzeuge, die sich als Konvoi durch Hameln bewegten und zu einer türkischen Hochzeitsgesellschaft gehörten, angehalten und kontrolliert. Das betroffene Fahrzeug, ein Mercedes-Benz eines 27-jährigen Mannes aus Salzgitter, wurde durchsucht. Es konnten keine Schusswaffen aufgefunden werden. Gegen 13.00 Uhr kam es durch Angehörige dieser Hochzeitsgesellschaft zu einem weiteren Vorfall. Ein 20-jähriger Fahrer eines BMW aus Salzgitter ließ auf der Süntelstraße an seinem Fahrzeug wiederholt die Reifen durchdrehen, so dass durch die Hitzeentwicklung der Asphalt schmolz und an mehreren Stellen die Fahrbahnoberfläche abgetragen wurde. Durch dieses gedankenlose Verhalten wurde nicht nur die Fahrbahn beschädigt (eine Schadensmitteilung ist an die Stadt Hameln ergangen); auch die Reifen haben

deutlich an Profiltiefe verloren und der geschmolzene Teer lagerte sich in den Radkästen ab, so dass der 50-jährige Fahrzeughalter (vermutlich der Vater des Fahrers) nicht erfreut über diese Aktion sein dürfte. Gegen den jungen Fahrer wurde ein Strafverfahren wegen eines Sachbeschädigungsdelikts eingeleitet. Die Schadenshöhe lässt sich derzeit nicht beziffern. Nachdem die Braut aus Hameln abgeholt wurde, bewegte sich der Konvoi in Richtung Salzgitter.

Afghanische Randalierer verletzten Polizeibeamten schwer

Paderborn: Am frühen Montagmorgen haben sich zwei Randalierer Polizeibeamten gegenüber höchst aggressiv verhalten. Ein Beamter wurde dabei so schwer an der Hand verletzt, dass er in den nächsten Wochen dienstunfähig sein wird. Ein Zeuge hatte gegen 02.50 Uhr die Polizeileitstelle über zwei junge Männer informiert, die auf der Straße Grüner Weg Mülltonnen auf die Straße warfen. Als sich eine Streifenwagenbesatzung kurze Zeit später dem Einsatzort näherte, konnte sie mehrere auf der Straße liegende Biotonnen feststellen, deren Inhalt sich zum Teil auf der Fahrbahn verteilt hatte. Als die Polizisten die beiden Verdächtigen sahen, sollten diese kontrolliert und deren Identität festgestellt werden. Die beiden 26 und 18 Jahre alten Männer verhielten sich sofort verbal aggressiv. Der Aufforderung die Mülltonnen wieder von der Fahrbahn zu entfernen, kamen sie nur widerwillig nach. Als sie dabei waren die erste Mülltonne wieder aufzustellen, begannen einer der Beiden die Beamten massiv zu beleidigen. Auch als ein zweiter hinzugezogener Streifenwagen am Einsatzort eintraf, führte dies nicht zur Beruhigung. Nun wurden beide Männer den Beamten gegenüber beleidigend. Plötzlich ging der ältere der beiden Randalierer mit erhobenen Arm auf einen Beamten los, so dass dieser von den Beamten zu Boden gebracht und gefesselt werden sollte. Dabei schlug und trat der 26-Jährige, der der Polizei bereits bekannt war, nach den Ordnungshütern, denen es nur mühsam gelang den Afghanen am Boden liegend zu fixieren. Einer der eingesetzten Beamten (38) erlitt hierbei eine Fraktur an der rechten Hand, die, wie sich später im Krankenhaus herausstellte, operiert werden muss. Auch der zweite Verdächtige, der versuchte seinen Begleiter bei den Widerstandshandlungen zu unterstützen, wurde gefesselt. Beide wurden zur Wache an die Riemekestraße gebracht, wo ihnen Blutproben entnommen wurden. Anschließend wurden die beiden Männer ins Gewahrsam eingeliefert. Hier war es jetzt der 18-Jährige, der sich massiv gegen die Maßnahmen der Polizisten wehrte und nur unter erheblichem Krafteinsatz der Beamten in seine Zelle gebracht werden konnte. Gegen beide Beschuldigte wurden Verfahren wegen des Verdachts des Widerstandes gegen Polizeivollzugsbeamte eingeleitet. Sie wurden am Montagmorgen aus dem Gewahrsam der Polizei wieder entlassen.

Afghanen und Armenier mit Kanthölzer unterwegs

Sondershausen: Mehrere Personen, bewaffnet mit Kanthölzern, wurden der Polizei am 11.11.2017 gegen 19:45 Uhr im Bereich Wippertor gemeldet. Vor Ort wurde eine Auseinandersetzung zwischen armenischen und afghanischen Personen festgestellt. Eine Person musste im Krankenhaus behandelt werden, da durch jemanden aus der Gruppe Pfefferspray eingesetzt wurde.

„Südländer“ bereichern sich gegenseitig

Wilhelmshaven: Am Samstagmorgen, gegen 03.30 Uhr, wurde der Polizei mitgeteilt, dass es in der Grenzstraße zu Streitigkeiten mit Körperverletzungen zwischen mehreren Südländern gekommen sei. Mindestens eine 23-jährige männliche Person sei dabei, möglicherweise mit einem Messer, leicht verletzt worden. Ein genauerer Geschehensablauf konnte bislang noch nicht ermittelt werden, da die beteiligten Personen der deutschen Sprache kaum mächtig bzw. beim Erscheinen der Polizei auch nicht mehr vor Ort waren. Zeugen werden gebeten, sich mit der Polizei unter der Rufnummer 04421/942-0 in Verbindung zu setzen.

Eritreer ist „multiple Persönlichkeit“

Rostock Seehafen: Gestern Abend den 11.11.2017 gegen 19:00 Uhr konnten die Beamten der Bundespolizei einen 28-jährigem eritreischen Mann im Seehafen Ristock, der kurz zuvor mit einer Fähre aus Dänemark eingereist war, ermitteln. Bei der Kontrolle legte er den Beamten lediglich einen deutschen Aufenthaltstitel vor. Auf Nachfrage gab er an, über keine weiteren Dokumente zu verfügen. Zur Identitäts- und Aufenthaltsstatusprüfung wurde der Mann mit zur Dienstelle genommen. Hier konnten die Bundespolizisten bei der Durchsuchung der mitgeführten Sachen mehrer Identitätspapiere verschiedener europäischer Staaten auffinden. Diese Papiere wiesen lediglich geringfügige Abweichungen bei den Personalien auf. Es ist davon auszugehen, dass der Mann diese Dokumente genutzt hat, um damit quer durch Europa zu reisen. Um einen weiteren Missbrauch zu unterbinden wurden die Dokumente sichergestellt und den zuständigen Behörden zur Prüfung übersandt. Gegen den Mann wurde eine Ermittlungsverfahren nach dem

Aufenthaltsgesetz wegen des Verdachts zur Erlangung eines Aufenthaltstitels falsche Angaben gemacht zu haben.

„Schutzsuchende“ suchen „Schutz“ in Deutschland und Italien

Pfronten: Am 11.11.2017 kontrollierten Beamte der Schleierfahndung Pfronten die Insassen eines Reisebusses, der von Stuttgart nach Rom unterwegs war. Bei einem 26-jährigen Afrikaner stellte sich heraus, dass er unter verschiedenen Identitäten sowohl in Italien als auch in Deutschland Antrag auf Asyl gestellt hatte. Nachdem er erklärte, auf das Asyl in Deutschland zur verzichten, stellten ihm die Beamten eine Ausreiseaufforderung aus; außerdem ermitteln sie wegen Verdacht des Soziallleistungsbetrugs.

Memmingen: Wegen Verdachts des Sozialleistungsbetrugs ermitteln die Beamten gegen einen 23-jährigen Afghanen und einen 57-jährigen Somali. Bei den in Italien wohnenden Männern stellte sich heraus, dass sie unter anderen Personalien in Deutschland Asyl beantragt hatten. Die italienischen Ausweispapiere des Somalis waren zudem nicht mehr gültig. (PIF Lindau, PStF Pfronten)

Social Media-„Star“ löst Randale aus Brüssel: Erneut Migrantenkrawalle – Polizeistation angegriffen

pi-news.net/bruessel-erneut-migrantenkrawalle-polizeistation-angegriffen/

16.11.2017

Fotocollage der Ausschreitungen am 15.11.2017 in Brüssel.

Nachdem erst am vergangenen Samstag nach der WM-Qualifikation für Marokko Teile der Brüsseler Innenstadt durch randalierende Marokkaner verwüstet und rund 22 Polizisten verletzt worden waren (PI-NEWS berichtete), tobten am Mittwochnachmittag erneut Hunderte gewalttätige Einwanderer und Linke in den Straßen der Stadt. Rund um den Place de la Monnaie wurden Autos beschädigt, eines komplett entglast, Geschäftssauslagen wurden eingeschlagen und die Läden verwüstet. Das Kulturzentrum Muntpunt, in dem die Bibliothek der Stadt untergebracht ist, wurde beschädigt und eine Polizeistation angegriffen.

Auslöser soll ein Flashmob-Aufruf des Social Media „Stars“ Vargasss92 gewesen sein. Daraufhin zogen mehrere hundert Jugendliche, teils mit Messern und Prügeln bewaffnet, durch die Straßen. Die Polizei versuchte unmittelbar nachdem der Mob sich unangemeldet versammelt hatte einzugreifen, wurde aber sofort attackiert und musste sich dann erst einmal zurückziehen als die Lage zu eskalieren drohte, weil sich die Beamten mit dem Idol der Gewalttäter unterhalten wollten. Die Polizisten wurden mit Steinen und anderen Gegenständen attackiert. Gleichzeitig wurden schon Geschäftslokale entglast, Läden gestürmt, die Einrichtung teilweise zerstört und Ware geplündert.

Gegen Abend traf Polizeiverstärkung ein und Wasserwerfer wurden aufgefahren, die den Mob auseinandertreiben konnten. Die Brüsseler Verkehrsbetriebe STIB (Société des Transports Intercommunaux de Bruxelles) mussten vorübergehend einige U-Bahn-Stationen im Stadtzentrum sperren. Am Ende wurden 31 Personen festgenommen, auch für Vargasss92, dem Auslöser der Krawalle klickten die Handschellen.

Wie jetzt bekannt wurde, sollen auch die Ausschreitungen am Wochenende durch Aufruf eines Szene-„Stars“, dem Rapper „Benlabel“ ausgelöst worden sein.

Der flämische Kulturminister Sven Gatz kündigte an, Klage gegen Vargasss92 einzureichen. In der realen Welt gebe es Gesetze, so der Minister und der „Star“ hätte nach den Krawallen am

vergangenen Samstag wissen müssen, was er auslösen würde. Ihm sei egal, wer die Fenster des Muntpunt zerstört habe, verantwortlich sei Vargasss92 als Organisator.
Der Brüsseler Bürgermeister Philippe Close erklärte, man werde derartige Zusammenrottungen nicht mehr dulden. Wie er gedenkt das zu verhindern, sagte er nicht.
Diese Vorfälle zeigen, dass ein Funke reicht, um die Multikultibombe zu zünden. Wenn man bedenkt, dass Leute wie Vargasss92 oder der Rapper „Benlabel“ oft hunderttausende Fans haben scheint es ein Leichtes zu sein, in kürzester Zeit jede beliebige europäische Stadt in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln. Vorbereitet sind die Behörden darauf aber ganz offensichtlich nicht.
Hier Videos der Zerstörungswut:

"Schutz suchen" vor "Schutzsuchenden" Lohr am Main: 13-Jährige durch Afghanen missbraucht

pi-news.net/lohr-am-main-13-jaehrige-durch-afghanen-missbraucht/
21.11.2017

Im unterfränkischen Städtchen Lohr am Main wurde ein 13-jähriges Mädchen von einem Merkel-Gast vergewaltigt.

Lohr am Main: Ein 20-jähriger afghanischer Staatsangehöriger steht im dringenden Verdacht, eine Minderjährige am Dienstag sexuell missbraucht zu haben. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Würzburg wurde gegen den Beschuldigten Haftbefehl erlassen. Beamte der Kriminalpolizei nahmen den Tatverdächtigen am Freitagvormittag in Lohr am Main fest. Nach jetzigem Ermittlungsstand haben sich der 20-Jährige aus Neustadt am Main und das 13-jährige Mädchen aus dem Landkreis Main-Spessart in Lohr in einer Parkanlage aufgehalten. In den Nachmittagsstunden hat der Beschuldigte dann sexuelle Handlungen an dem Mädchen vorgenommen. Nach momentanen Erkenntnissen hatte der 20-Jährige zuvor noch Alkohol eingekauft und offenbar auch mit der Minderjährigen zusammen konsumiert. Das Mädchen bat dann Verwandte via Mobiltelefon um Hilfe, die die 13-Jährige schließlich abholten und zur Polizei brachten.
Die Staatsanwaltschaft Würzburg beantragte Haftbefehl wegen des dringenden Verdachts des schweren sexuellen Missbrauchs eines Kindes gegen den 20-Jährigen. Er wurde am Freitagvormittag von Beamten der Würzburger Kripo in Lohr am Main festgenommen. Auf Antrag der Staatsanwalt wurde der junge Mann noch am selben Tag dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Dieser erhielt den bereits vorliegenden Haftbefehl aufrecht. Der Tatverdächtige wurde in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert. Die weiteren Ermittlungen führt die Kripo Würzburg in enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft Würzburg.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz desabsichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelherbst 2017 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“
Cuxhaven: In der Nacht zu Sonntag (12.11.2017), zwischen 03.00 Uhr und 04.00 Uhr, wurde eine junge Frau am Schleusenpriel, bei den dortigen Treppen, sexuell belästigt, indem 2 männliche Täter versuchten ihr mit Gewalt die Bekleidung auszuziehen. Durch die Rufe des Opfers wurde offensichtlich ein Passant auf den Vorfall aufmerksam und kam dem Opfer zu Hilfe. Die Täter brachen dann von ihrem Vorhaben ab und flüchteten in unbekannte Richtung. Bei den Tätern soll es sich um Männer mit südländischer Herkunft handeln. Einer der Täter hatte eine auffällige Tätowierung an der Innenseite des rechten Unterarms in Form eines dicken Streifens und einem darunter befindlichen Kompass.
Kempten: Unsittlich angefasst wurde am vergangenen Samstagnachmittag ein siebenjähriges Mädchen in einem Freizeitbad in Kempten. Das Kind offenbarte sich im Anschluss ihrem Vater, welcher den Mann zur Rede stellte und dem Schwimmbadpersonal übergab. Da der Mann das Kind im Schwimmbecken unsittlich angefasst haben soll, wurde der Tatverdächtige vor Ort vorläufig festgenommen und am gestrigen Sonntag auf Antrag der Staatsanwaltschaft Kempten dem Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Kempten vorgeführt. Dieser erließ Haftbefehl wegen des dringenden Tatverdachts des sexuellen Missbrauchs von Kindern gegen den 24-jährigen Afghanen.

Dortmund – Herne: Zu einem Sexualdelikt kam es bereits am Freitagmorgen (27. Oktober) im Dortmunder Hauptbahnhof. Dort soll ein 49-jähriger Mitarbeiter der Toilettenanlage eine 23-jährige Frau unsittlich berührt haben. Gegen 04:30 Uhr kam es laut Angaben der 23-jährigen Frau aus Herne zu dem Sexualdelikt. Auf der Toilettenanlage im Dortmunder Hauptbahnhof soll der 49-jährige Mitarbeiter die Toilettenkabine, in der sich zu diesem Zeitpunkt die Frau aus Herne befand, aufgeschlossen haben. Anschließend soll er die 23-Jährige erst im unbekleideten Schritt und dann an der Brust berührt haben. Bundespolizisten nahmen den Sachverhalt auf und überprüften den Dortmunder. Gegen den ghanaischen Staatsangehörigen der wegen Diebstahls und Hehlerei bereits polizeibekannt ist, wurde ein Ermittlungsverfahren wegen sexueller Nötigung eingeleitet.
Ulm: In der Nacht zum Samstag setzte sich im Regionalzug von Stuttgart nach Ulm ein 25-jähriger Afrikaner nahe einer 24-jährigen Frau, holte sein Gemächt aus der Hose und masturbierte ungeniert. Erst als die junge Frau andere Mitfahrer um Hilfe bat, hörte dieser auf und entfernte sich. Am Uhinger Bahnhof stieg der Mann aus und konnte wenig später durch die Polizei festgestellt werden. Ihn erwartet nun eine Strafanzeige.
Bad Wörishofen: Am Freitagabend kurz vor 19:00 Uhr kam es in der Bad Wörishofer Innenstadt, Nähe Bahnhof, zu einer sexuellen Belästigung einer 22 jährigen jungen Frau. Diese war auf dem Weg zum Bahnhof, als sie von einer dunkelhäutigen Person mit starkem ausländischem Akzent angesprochen wurde. Auf ein Gespräch ließ sich die junge Frau nicht ein und lief weiter, doch der Täter lief neben ihr her und fasste plötzlich mit einer Hand an ihr Gesäß und versuchte ebenfalls, ihr an die Brust und in den Schritt zu greifen, was sie jedoch abwehren konnte. Zu guter Letzt versuchte er noch ihre Handtasche zu entreißen, was sie ebenfalls durch Gegenwehr verhindern konnte. Den Täter beschrieb sie als sehr dünn, 1,70 groß mit kürzeren krausen schwarzen Haaren.
Gelsenkirchen: Freitag, den 27.10.2017, gegen 02:00 Uhr, war eine 20-jährige Gelsenkirchenerin zu Fuß auf ihrem Heimweg im Ortsteil Hassel unterwegs. Auf der Polsumer Straße, in Höhe der Hausnummer 79, kam ihr ein unbekannter Mann entgegen, der augenscheinlich alkoholisiert war. Ein Stück weit folgte der Mann ihr, bevor er sie schließlich ansprach und zu sexuellen Handlungen aufforderte. Sie lehnte dies sofort vehement ab, worauf der Mann sich teilweise entblößte und sie gleichzeitig anfasste. Als die 20-Jährige sich dagegen wehrte schlug und trat sie der Unbekannte. Die Gelsenkirchenerin rief laut um Hilfe, was den Täter dazu veranlasste sich fluchtartig in Richtung Buer-Mitte zu entfernen. Der Angreifer war ca. 20 Jahre alt, ca. 165 cm groß, hatte eine kräftige, muskulöse Statur und ein südländisches Erscheinungsbild.
Esslingen-Zell: Zur sexuellen Belästigung einer Passantin ist es am Donnerstagvormittag gekommen. Gegen 8.50 Uhr begegnete die 27 Jahre alte Frau einem unbekannten Mann, der sich ihr im Bereich der Steinbeisstraße, beziehungsweise des Liebigwegs in den Weg stellte. Sie wurde von ihm in einer unbekannten Sprache angesprochen, woraufhin die junge Frau versuchte, an ihm vorbeizulaufen. Der Mann verhinderte das und begann die 27-jährige unsittlich zu betatschen. Als er ihr an die Brust und in den Schritt griff, schlug sie seine Hand weg und drohte ihm mit der Polizei, woraufhin sich der Täter in Richtung des Bahnhofs Esslingen-Zell entfernte. Der Unbekannte ist etwa 40 Jahre alt, zwischen 180 und 190 Zentimeter groß und von muskulöser Statur. Er war dunkelhäutig und dunkle, krause Haare.
Hildesheim: Der Polizei Hildesheim liegt seit gestern, 26.10., eine weitere Anzeige gegen einen bislang noch unbekannten Schamverletzer vor, der bereits am Dienstag, 24.10.2017, gegen 15:30 Uhr, im Liebesgrund in Hildesheim gegenüber einer 46-Jährigen Frau in Erscheinung getreten ist. Das Opfer hat erst gestern das Geschehen zur Anzeige gebracht, nachdem es durch andere Bekannte von den davorliegenden zwei Taten erfahren hat, die sich ebenfalls in Hildesheimer Grünanlagen ereignet haben. Die Polizei prüft nun, ob Zusammenhänge bestehen. Nach Aussagen der Geschädigten sei sie zur Tatzeit im Liebesgrund im Bereich des dortigen Seniorengrabens spazieren gegangen, als plötzlich ein Mann am Wegesrand gestanden habe. Dieser habe sein Geschlechtsteil in der Hand gehalten und habe daran manipuliert. Sie sei dann mit abgewandtem Blick an dem Mann vorbeigegangen, wobei dieser sie nunmehr unflätig angesprochen haben soll. Zu direkten Übergriffen sei es nicht gekommen. Folgende Täterbeschreibung liegt der Polizei vor : männlich ca. 170-180 cm groß ca. 25 Jahre alt schlank dunkler Teint schwarze, leicht gewellte Haare sprach Deutsch mit Akzent
Vaihingen an der Enz-Enzweihingen: Die Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Ludwigsburg ermittelt derzeit gegen zwei bislang unbekannte Täter, die vergangenen Freitag in Enzweihingen eine 14-Jährige sexuell belästigt haben. Die Jugendliche war morgens zwischen 06.40 Uhr und 07.00 Uhr auf dem Fußweg Im Gäßle in Richtung Bushaltestelle unterwegs. Plötzlich griff einer der Täter ihren Arm und hielt sie fest. Gleichzeitig deckte er mit seiner anderen Hand ihren Mund zu. Der zweite Täter begrapschte das Mädchen währenddessen. Eine bislang unbekannte Zeugin konnte die Tat wohl beobachten und kam der 14-Jährigen zur Hilfe, indem sie angab die Polizei zu rufen. Hierauf flüchteten die beiden Männer. Das Opfer konnte lediglich denjenigen beschreiben, der sie berührt hat. Es handelt sich um einen etwa 30 Jahre alten Mann mit dunklerem Teint und braunen, kurzen Haaren.
Neu-Anspach: Eine 17-jährige Jugendliche wurde am Mittwochvormittag im Mehlschwalbenweg in Neu-Anspach von einer männlichen Person belästigt. Die Geschädigte befand sich gegen 10:30 Uhr auf dem Fußweg, als sich der Täter von hinten näherte und sie in ehrverletzender Art und Weise anfasste. Nachdem sich Passanten näherten, flüchtete der Mann in Richtung Wiesenau. Der Täter soll 25 bis 30 Jahre alt, 160 bis 170 cm groß und schlank gewesen sein. Er habe nach Angaben der Geschädigten ein narbiges, schmales, eingefallenes Gesicht, dunkle Hautfarbe und schwarze, kurze, zerzauste Haare.
Hildesheim: Aufgrund der gestrigen Pressemeldung der Polizeiinspektion Hildesheim, Exhibitionist im Ernst Ehrlicher Park" meldete sich noch am späten Nachmittag eine 45-Jährige Hildesheimerin. Auch sie war am Montag, 23.10.2017 von einem Schamverletzer belästigt worden. Nach Schilderungen der Frau war sie gegen 19:00 Uhr mit ihrem Hund auf dem Marienfriedhof unterwegs. Hier sei ein junger Mann auf sie zugekommen, der sie wegen ihres Hundes angesprochen habe. Der Mann soll sie dann ohne ihre Erlaubnis begleitet haben. Hierbei habe er sie plötzlich gefragt, ob sie nicht etwas Spaß haben wolle. Dann habe er seinen Hosenschlitz geöffnet und sein Geschlechtsteil hervorgeholt. Die 45-Jährige habe den Mann aufgefordert, sie in Ruhe zu lassen und zu verschwinden. Dieser Aufforderung sei der Mann aber nicht nachgekommen und habe sie noch bis zum

Arbeitsamt begleitet. Zu konkreten sexuellen Übergriffen ist es nach Aussage der Frau jedoch nicht gekommen. Folgende Täterbeschreibung liegt der Polizei vor: Männliche Person, etwa 180 cm groß, Mitte 20 Jahre, schlanke Gestalt, Dreitagebart, dunkle wellige Haare. Er soll eine Wollmütze getragen haben, dazu eine dunkle Jacke und eine Jeanshose. Er soll einen bräunlichen Teint und gebrochenes Deutsch gesprochen haben. Das Opfer spricht von einer südländisch aussehenden Person

Heilbronn: Die Heilbronner Kripo sucht einen Mann, der am Montagabend in der Stadtbahn eine 16-Jährige belästigt und begrapscht hat. Die Jugendliche saß kurz vor 21 Uhr in der S 41 in Fahrtrichtung Neckarsulm, als sich der Unbekannte kurz nach der Haltestelle Technisches Schulzentrum neben sie setzte, sie ansprach und anschließend auch unsittlich berührte. Die junge Frau verbot ihm das energisch und setzte sich weg, woraufhin ihr der Mann folgte und ihre Handynummer verlangte. Aus Angst gab sie ihm eine nicht mehr existente Nummer. In Bad Friedrichshall stieg sie dann aus und rannte weg. Der Unbekannte wurde beschrieben als 30 bis 40 Jahre alter Mann mit arabisch-asiatischem Aussehen. Er ist korpulent, hat eine dunkle Hautfarbe und kurze schwarze Haare. Der Täter sprach zuerst Deutsch, dann wechselte er ins Englische.

Neu-Ulm: Heute Morgen (24.10.2017) wurden gegen 09.45 Uhr in Neu-Ulm, Ortsteil Pfuhl, am dortigen Donauufer eine Joggerin durch einen Unbekannten angegangen. Die 26-Jährige war auf dem Waldweg etwa Höhe des dortigen Kraftwerkes unterwegs als sie zunächst von einem Radfahrer überholt wurde. Im weiteren Verlauf versuchte der Unbekannte, die Frau zu packen und im Schambereich zu berühren. Aufgrund der Gegenwehr der Geschädigten ließ der Mann von ihr ab, stieg auf sein Fahrrad und fuhr davon. Die Frau wurde bei dem Übergriff nicht verletzt.

Sofort eingeleitete, umfangreiche Fahndungsmaßnahmen, auch unter Einbeziehung eines Polizeihubschraubers, verliefen ergebnislos. Die Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittlungen wegen des Verdachts der versuchten Vergewaltigung übernommen und sucht in diesem Zusammenhang einen Mann, der etwa Mitte 20 sein soll und wie folgt beschrieben wird: Ca. 165 cm groß, dunkler Haut Ton (südländisch/nordafrikanisch), rundes Gesicht (rasiert), sehr kurze schwarze glatte Haare, dunkle Augen. Der Unbekannte trug ein hellgraues Kapuzen-Sweatshirt. Eine nähere Beschreibung zum benutzten Fahrrad liegt nicht vor.

Köln: Am Montagabend (23. Oktober) ist ein bislang Unbekannter einer Kölnerin in der Seidenstraße im Ortsteil Mülheim in einen Hauseingang gefolgt. Innerhalb des Gebäudes versuchte der Mann, sexuelle Handlungen an der jungen Frau vorzunehmen. Als die Kölnerin gegen 19 Uhr das Mehrfamilienhaus betrat, folgte der als Südländer Beschriebene ihr bis zu ihrer Wohnung. Dort entblößte er sein Geschlechtsteil und näherte sich der Kölnerin in sexueller Absicht. Mit Schreien und Tritten setzte sich die junge Frau gegen den Angreifer zur Wehr, der daraufhin aus dem Haus in unbekannte Richtung flüchtete. Gegenüber den später alarmierten Polizisten beschrieb die Kölnerin den Flüchtigen als 28 bis 30-jährigen, 1,70 – 1,80 Meter großen Mann mit südländischem Aussehen, dunklen Augen und dunklem Dreitagebart. Er war bekleidet mit einer grauen Strickjacke sowie einer grauen Wollmütze.

www.pi-news.net/sport-ist-mord-gewalteskalation-bei-integrationsturnier/

Symbolbild.

Von MAX THOMA | Nicht ganz sportlich: Es sollte ein „Gaudi-Turnier“ zur harmonischen Integration von Geflüchteten werden – es wurde fast zur „Mords-Gaudi“ für die gastgebenden Sportsfreunde.

Zu „tumultartigen Auseinandersetzungen“ kam es während eines Fußballturniers in der Aller-Weser-Halle im niedersächsischen Verden, nachdem eine zwanzigköpfige Personengruppe die interkulturelle Begegnungsstätte mit Schlag- und Stichwaffen stürmte – ein klarer Regelverstoß nach den derzeitigen FIFA-Fairplay-Richtlinien.

Städtisches Turnier zur Integration von Flüchtlingen

In der Verdener Sporthalle fand am Freitagabend das „Städtische Freizeitfußballturnier zur Integration von Flüchtlingen“ statt. **Aufgrund von unsportlichen und aggressiven Verhaltens musste der Veranstalter einige Spieler mit Migrationshintergrund, die bereits länger in Verden wohnen, vom Turnier ausschließen. Das schreibt die Polizei Verden in einer Pressemitteilung.**

Stürmer stürmen Fußballhalle – Staatsanwaltschaft: Freistoß oder Strafstoß?

Es kam daraufhin zu lautstarken verbalen Auseinandersetzungen und aggressiven Drohgebärden. Die Roten Karten der Referees für die Refugees führten nicht nicht nur zu Unbehagen und Protest, sondern auch zu einem veritablen „schweren Landfriedensbruch“ seitens der schutzsuchenden Kickenden – die sodann richtig „Rot“ sahen:

Anstatt nach den Platzverweisen unter die „Dusche zu gehen“, verständigten die leicht unsportlichen Fußballer „diverse Familienangehörige“. Etwa 20 Personen stürmten in Folge mit Schlag- und Stichwaffen die Sporthalle, in der es zu lautstarken verbalen Ausschreitungen sowie aggressiven Drohgebärden kam. Nach aktuellem Ermittlungsstand der Polizei wurde eine Person körperlich attackiert und verletzt. Einige Täter konnten gestellt werden, den meisten Geflüchteten gelang jedoch die Flucht. In der Nacht zu Samstag sorgte das erhöhte Polizeiaufgebot für Ruhe.
In den beiden zurückliegenden Jahren sind dem Landkreis Verden insgesamt 2.300 so genannte Asylbewerber zugewiesen worden. Auch wenn die Zuwanderungswelle abgeebbt sei, kommen seit Jahresbeginn durchschnittlich monatlich 20 bis 30 Personen neu hinzu. Aktuell leben 1.200 Menschen im Landkreis Verden, die ihren Lebensunterhalt nach dem „Asylbewerber-Leistungsgesetz“ beziehen.
Kirchenasyl verhindert Abschiebungen in Verden
In der Vergangenheit konnten sich ausreisepflichtige Schutzsuchende immer wieder ihrer Abschiebung aus Verden entziehen. Fünf Abschiebungen somalischer „Flüchtlinge“ wurden zunächst wegen ärztlicher Atteste ausgesetzt, ein weiterer somalischer „Flüchtling“ namens Aydaruus Aweys erhielt – Dank-sei-dem-Herrn – „Kirchenasyl“. Die fünf anderen von der Abschiebung bedrohten Flüchtlinge konnten sich nach Auskunft des Helferkreises Verden ärztlich behandeln lassen – so wie nun die deutsche Gastgebermannschaft in Verden.

www.pi-news.net/iraker-schlaegt-rathausangestellte-und-kehrt-mit-messer-zurueck/
Das idyllische Fellbacher Rathaus - Messerfachkraft verbreitet Angst und Schrecken.
Von JOHANNES DANIELS | Ein „irakischstämmiger“ polizeibekannter brandschatzender Schutzsuchender, 39, ging am Dienstag auf eine Mitarbeiterin des Rathauses Fellbach los. Nach seiner Festnahme kehrte er wieder zurück und bedrohte die Mitarbeiter mit dem Tode.
Der Mann suchte zunächst die Räumlichkeiten der Ausländerbehörde im grün-schwarz-baden-württembergischen Fellbach auf, um seine „benötigten Duldungspapiere“ einzuholen. Nachdem sein Antrag angenommen war, wurde er gebeten, wieder das Amtsgebäude zu verlassen. Bei einem Aufeinandertreffen im Foyer des Amts mit einer für die Unterbringung zuständigen Sachbearbeiterin kam es zu einem „Zwischenfall“. Hier habe der Iraker der Angestellten ins Gesicht geschlagen und „mit dem Tod gedroht“. Mit Unterstützung eines zufällig im Rathaus anwesenden Polizeibeamten konnte der 39-Jährige zunächst zum ideal gelegenen Polizeigebäude gegenüber gebracht werden.
Nach Aufnahme der Personalien kehrte der Iraker allerdings wieder schnurstracks in das Fellbacher Rathaus zurück – diesmal mit einem Messer bewaffnet. Er drohte danach, die Mitarbeiterin umzubringen.
Weil er schon mehrfach Mitarbeiter der Stadt Fellbach bedroht haben soll, hatte der Mann bereits Hausverbot im Rathaus, was er aus unbekannten Gründen jedoch ignorierte.
Der 39-Jährige stand zudem „im dringen Verdacht“, einen Brand in seinem Zimmer in der Unterkunft in Fellbach verursacht zu haben, weshalb er von der Stadt Fellbach „notuntergebracht“ werden musste. Weil der Mann wohl mit der Folgeunterbringung in einem Obdachlosenheim nicht einverstanden war, tauchte er nach den polizeilichen Maßnahmen zur Reklamation über dieses unwürdige Ambiente wieder im Rathaus auf. Nach dem ersten tätlichen Angriff konnte er mit einem Messer bewaffnet zurück kehren und drohte, die Angestellte „nun umzubringen“.
Wegen des dringenden Verdachts der fahrlässigen schweren Brandstiftung, der Körperverletzung, der Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten und Hausfriedensbruch sowie Bedrohung beantragte die Staatsanwaltschaft Stuttgart daraufhin die Vorführung bei einem Haftrichter. Dieser setzte den erlassenen Haftbefehl umgehend in Vollzug.
Die Oberbürgermeisterin Gabriele Zull fordert nun sogar die inhumanitäre Abschiebung des vielfach talentierten Merkelgastes.

Fellbach – Asylbelästigungen mit Tradition: Sozialarbeiterin weigert sich, Einkäufe zu tätigen

Die Asylbetreuer*Innen in Fellbach benötigen wahrlich ein dickes Fell: Ende 2015 wurde eine Sozialarbeiterin von einem Schützling sexuell genötigt. Sie fand die Vorfälle aber als zu unerheblich, um Anzeige zu erstatten. Sie veranlasste daraufhin jedoch die Verlegung des Delinquenten. Zuvor soll der 31-jährige Kameruner vor der Sozialarbeiterin seine Hose heruntergelassen und sein Geschlechtsteil gezeigt haben. „Es handelte sich nach bisherigen Erkenntnissen aber eher um eine Frustrationshandlung", sagt Polizeisprecher Holger Bienert. „Er hatte der Sozialarbeiterin eine Einkaufsliste vorgelegt. Sie erläuterte ihm, dass er schon selbst einkaufen gehen müsse."

Kameruner war mit Gesamtsituation nicht zufrieden

Der Mann soll darüber hinaus auch „frustriert gewesen" sein, weil sein Asylantrag vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in seinen Augen „zu langsam bearbeitet worden" sei und die Sozialarbeiterin sagte, sie könne ihm auch diesbezüglich nicht helfen. So habe er sprichwörtlich „die Hosen vor ihr heruntergelassen, um seine Missbilligung kundzutun – eine sexuelle Motivation muss nicht unbedingt dahinter gesteckt haben." Es könnte sich auch um westafrikanisches Stammesritual gehandelt haben, wie bei vielen interkulturellen Begegnungen mit hier „Länger-Lebenden".

Derselbe Mann versuchte einige Wochen später, die Sozialarbeiterin zu küssen. Die Sozialarbeiterin wollte aber keinen Strafantrag stellen. Die Vorfälle mit dem Kameruner seien aber der Anlass für das Landratsamt gewesen, eine Rund-um-die-Uhr-Bewachung der Unterkünfte durch einen privaten Sicherheitsdienst auf Kosten des Steuerzahlers zu initiieren. Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung bietet der „Freundeskreis für Flüchtlinge Fellbach" (kurz FFFF – wie Feurige-Fick-Ficki-Fachkräfte) nun für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe und Flüchtlingsbetreuer einen vierwöchigen E-Learning-Kurs an: Interkulturelle Kompetenzen erwerben!

Immer wieder werden Behörden-Mitarbeiter in letzter Zeit Opfer von Geflüchteten im Zuge des Großen Experiments. So wie im November in Pfaffenhofen, als ein Vor-der-Gewalt-in-seinem-Heimatland-Geflohender nach einem Messerattentat auf eine Mitarbeiterin des Landratsamts eine ganze oberbayerische Kleinstadt für einen Tag lahm legte.

www.pi-news.net/freiburg-irakische-fluechtlinge-belaestigen-junge-frauen/

Hier im Freiburger Hauptbahnhof belästigten drei Iraker zwei junge Frauen und leisteten Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Freiburg im Breisgau: Bereits am letzten Freitag gegen 21:20 Uhr ereignete sich ein Vorfall, bei dem drei 21, 24 und 27 Jahre alte Iraker zwei junge Frauen im Hauptbahnhof belästigten, in dem sie sie am Weitergehen hinderten. Dabei legte der 24-jährige Mann einer 16-jährigen Jugendlichen den Arm um die Schultern und versuchte, sich ihr weiter körperlich zu nähern. Als die junge Frau den Mann von sich stieß und ihm deutlich erklärte, dass er das unterlassen soll, versuchte er ihr ins Gesicht zu schlagen, traf sie dabei aber an der rechten Kopfseite. Die Jugendliche wehrte sich daraufhin mit ihrem Schirm.

Als zwei Mitarbeiter der DB-Security auf den Vorfall aufmerksam wurden, versuchten sie, die drei Männer bis zum Eintreffen der Bundespolizei aufzuhalten. Dabei kam es zu einem Gerangel. Der Haupttäter stand beim Eintreffen mehrerer Streifen bereits in der Türe eines abfahrtbereiten Zuges. Da er nicht freiwillig aus dem Zug kommen wollte, musste er durch die Beamten unter Zwang heraus geholt werden. Hierbei leistete er Widerstand und musste mittels Handfesseln

geschlossen werden. Die beiden anderen Männer versuchten, die Maßnahmen gegenüber ihrem Landsmann zu stören.
Beim Verbringen zum Dienstfahrzeug beleidigte er die eingesetzte Beamtin verbal, indem er ihr erklärte, dass diese für ihn keine Polizistin sei und er nur mit Männern reden würde. Außerdem bespuckte er die eingesetzten Beamten. Da er sich im Streifenwagen wie wild gebärdete und mehrfach mit dem Kopf gegen die Scheiben schlug, und später hyperventilierte, wurde ein RTW angefordert. Als er mit diesem zur Untersuchung seiner Gewahrsamsfähigkeit zur Uniklinik transportiert werden sollte, leistete er wiederholt Widerstand und musste fixiert werden. Nach der Sachbearbeitung wurde der Mann wieder auf freien Fuß gesetzt. Ihn erwartet nun ein Strafverfahren wegen sexueller Beleidigung, Körperverletzung, Beleidigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelherbst 2017 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“.
Wetzlar: Nach einer sexuellen Belästigung am Samstagabend (25.11.2017) bittet die Wetzlarer Kripo um Mithilfe. Die 15-jährige Schülerin war gegen 19.00 Uhr in der Gabelsberger Straße unterwegs. Etwa in Höhe der Hausnummer 38 zog ihr ein Unbekannter die Jogginghose bis zu den Knien hinunter. Sie kann den Täter wie folgt beschreiben: Etwa 35 Jahre alt, nach ihrer Einschätzung türkischer Abstammung, ca. 185 cm groß und von normaler Statur. Er hatte schwarze kurze, leicht gelockte Haare, dunkle Augen und trug einen Vollbart. Zur Tatzeit war er mit einem orangefarbenen Arbeitsanzug bekleidet.
Augsburg: Wie bereits mehrfach berichtet (zuletzt mit Pressemeldung Nr. 2458 am 22.11.2017) tritt ein ca. 30 Jahre alter Schwarzafrikaner mit einem weißen Tablet-PC bewaffnet, seit Anfang November jungen Frauen gegenüber in unsittlicher Weise auf. So auch wieder am 28.11.2017 gegen 18.20 Uhr während der kurzen Zugfahrt vom Augsburger Hauptbahnhof zum Oberhauser Bahnhof. Eine 22-Jährige befand sich im hinteren Bereich des Zuges, als der Mann am Hauptbahnhof zustieg und sich in ihre Nähe setzte. Während der Fahrt fiel der Frau dann auf, dass der Fahrgast sein Tablet wie ein Buch aufgeklappt hatte und nebenbei deutlich sichtbar onanierte. Sie machte daraufhin einen anderen weiter wegsitzenden Fahrgast auf das Verhalten des Schwarzafrikaners aufmerksam und meldete den Vorfall gleichzeitig über den Polizeinotruf. Der Täter stieg dann allerdings am Oberhauser Bahnhof aus. Er wurde noch von dem angesprochenen Zeugen spurtender Weise verfolgt, dieser verlor den Flüchtenden dann allerdings in der Manlichstraße aus den Augen. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach dem Sexualtäter in diesem Bereich verlief anschließend erfolglos. Die Zeugin, die vorbildlich gehandelt hatte (Verbündeten gesucht, Notruf abgesetzt) konnte außerdem noch eine gute Beschreibung des Täters abgeben: Ca. 25 – 40 Jahre alt, ca. 180 cm groß, schlank mit etwas kräftigerer Figur, dunkelhäutig, ohne Bart, keine Brille; er war bekleidet mit einer dunklen Hose und einer dunklen Winterjacke, die bis über das Gesäß reichte. Auffällig waren die Socken des Mannes: Diese waren dunkel mit weißen Ringen, um die weißen Ringe herum waren dünne schwarze Linien. Außerdem hatte er noch sein weißes Tablet mit schwarzer Hülle dabei sowie weiße Kopfhörer und trug noch eine schwarze Aktentasche mit Henkeln mit sich herum.
Buxtehude: Ein bisher unbekannter Täter hat am Samstagabend gegen kurz nach 18:00 h in Buxtehude im Hosaeusweg eine 48-jährige Buxtehuderin körperlich belästigt. Der Unbekannte näherte sich der dort zu dem Zeitpunkt auf der Fußgängerbrücke zur Straße „Hinter dem Zwinger“ gehenden Frau und griff ihr unvermittelt von hinten an das Gesäß. Als die Buxtehuderin sich daraufhin umdrehte und den Mann anschrie, lief dieser in Richtung der Kleingärten davon.Der Täter konnte wie folgt beschrieben werden: Männlich, Ca. 160 bis 170 cm groß, Südländische Erscheinung, Kurzes dunkles Haar.
Wesel: Eine 15-jährige Weselerin lief am Montag gegen 07.30 Uhr den Fußweg entlang, der die Trappstraße und die Caspar-Baur-Straße verbindet und durch das Wäldchen am Alten Friedhof führt. Auf halber Strecke kam ein Unbekannter von hinten und hielt das Mädchen fest. Sein

Komplize berührte das Mädchen unsittlich. Die Schülerin konnte sich losreißen und davonlaufen. Die Ermittler bitten nun Zeugen, die Verdächtiges bemerkt haben, sich bei der Polizei in Wesel, Tel.: 0281 / 1070, zu melden. Beschreibung: 1. Etwa 25 Jahre alt, ca. 180 cm groß, schlanke Figur, schwarze Haare, möglicherweise kurzgestutzter Bart,dunkler Teint, bekleidet mit einer schwarzen Jogginghose, einem schwarzen Kapuzenpullover und schwarzen Sportschuhen. 2. Etwa 18 Jahre alt, ca. 180 cm groß, schlanke Figur, dunkler Teint, schwarze Haare, Brillenträger, ebenfalls bekleidet mit einer schwarzen Jogginghose, einem schwarzen Kapuzenpullover und schwarzen Sportschuhen.

Landshut: Am Montag, 06.11.2017, gegen 06.00 Uhr, kam es in Landshut zu einem sexuellen Übergriff auf eine junge Frau. Die Kriminalpolizei Landshut sucht nach Zeugen. Ein bisher unbekannter Täter umklammerte das 17-jährige Mädchen in der Professor-Buchner-Straße von hinten. Durch heftige Gegenwehr konnte sich die 17-Jährige aus der Umklammerung befreien und flüchten. Die 17-Jährige wurde bei dem Angriff leicht verletzt, ihre Jacke wurde beschädigt. Nach bisherigem Stand der Ermittlungen geht die Kriminalpolizei von einem Angriff mit sexuellem Hintergrund aus. Der Täter wird folgendermaßen beschrieben: Männlich, ca. 25 bis 30 Jahre alt, ca. 180 bis 185 cm groß, korpulente Gestalt, sprach deutsch mit ausländischem Akzent.

Miltenberg: Am Samstagmorgen wurde eine Spaziergängerin von zwei bislang unbekannten Männern angesprochen und gegen ihren Willen an Brust und Gesäß angefasst. Die Polizei sucht nun Zeugen des Vorfalls. Gegen 05:15 Uhr war eine 60-jährige Spaziergängerin mit ihrem Hund am Mainufer im Bereich der Wilhelmstraße in Klingenberg unterwegs, als sie plötzlich von zwei bislang unbekannten, wohl alkoholisierten Männern angesprochen wurde. Im Laufe des Gesprächs fassten die beiden Männer mit südländischem Erscheinungsbild der Dame mehrfach gegen ihren Willen an die Brust und das Gesäß. Die Frau konnte mit ihrem Hund im Anschluss zu Fuß zu ihrem Wohnanwesen flüchten. Die beiden Männer, die laut der Geschädigten etwa dreißig Jahre alt und schlank gewesen sein sollen, entfernten sich hieraufhin in unbekannte Richtung. Einer der beiden soll eine sog. BaseCap getragen haben.

Kirchlengern: Am Nachmittag des 5.11. ereignete sich ein Sachverhalt gegen die sexuelle Selbstbestimmung im Hallenbad in Kirchlengern. Ein 23-jähriger Zuwanderer irakischer Herkunft belästigte dabei ein minderjähriges Mädchen im Schwimmbecken. Die Jugendliche handelte richtig, indem sie sich bei dem Bademeister meldete, nachdem sie zuvor laut und deutlich auf die Situation aufmerksam gemacht hatte. Dieser verständigte sofort die Polizei und hielt den anwesenden dringend der Tatverdächtigen, sowie zwei weitere Zuwanderer, im Bad fest. Ein Hausverbot gegen alle drei Personen sprach er vor Ort aus. Der Beschuldigte ist bereits in der Vergangenheit mit Eigentums- und Körperverletzungsdelikten polizeilich in Erscheinung getreten. Das junge Mädchen war durch die Tat augenscheinlich schockiert. Die Minderjährige ist ihren Eltern übergeben worden.

Dortmund: Am Samstag (4.11.) kam es im Nachgang des Bundesligaspiels BVB-Bayern zu einem Angriff auf eine Frau. Die 25-jährige Dortmunderin verließ nach eigenen Angaben das Stadion im Bereich Nord-West. Von dort ging sie in Richtung Strobelallee und passierte das ADFC-Gelände (Fahrradwache) an der östlichen Seite. Als sie die Fahrbahn in nördlicher Richtung überquert hatte, schlug ihr plötzlich ein unbekannter Mann mit einem Gegenstand, vermutlich einer Flasche, auf den Kopf. Der Täter drückte die Dortmunderin zu Boden. Beide stürzten in den angrenzenden Grünstreifen. Der Täter lag dabei kurzeitig auf dem Opfer. Die 25-Jährige wehrte sich vehement, worauf der Unbekannte von ihr abließ und flüchtete. Die Motivlage ist aktuell unklar. Ein versuchtes Sexualdelikt kann derzeit nicht ausgeschlossen werden. Die Polizei fahndet jetzt nach einem circa 180 cm großen Mann mit dunklem Teint. Er soll zwischen 35-40 Jahre alt gewesen sein und dunkle Haare gehabt haben. Zur Tatzeit war er dunkel gekleidet. Er trug keine Fanbekleidung.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Nidderau/Heldenbergen: Die Polizei sucht Zeugen, nachdem am Mittwochnachmittag ein Sittenstrolch am Bahnhof eine 17-Jährige betatschte, die dort auf einer Bank saß. Gegen 14.15 Uhr setzte sich der etwa 30 bis 35 Jahre alte und etwa 1,75 Meter große Mann mit kurzen schwarzen Haaren und braunen Augen, der mit einer blauen Arbeitsweste, einem schwarzen Pullover und dunkler Jeans bekleidet war, neben die Jugendliche und begann eine Unterhaltung mit ihr. Kurz darauf berührte er die 17-Jährige jedoch unsittlich und nahm ihre Hand, und legte sie in seinen Intimbereich. Anschließend stieg er in die einfahrende Regionalbahn in Richtung Friedberg.

Reutlingen: Am Samstagnachmittag ist beim Polizeirevier Reutlingen nachträglich ein Raubdelikt angezeigt worden, welches sich laut dem Geschädigten in den frühen Morgenstunden des Samstages ereignet hat. Der 26-Jährige befand sich im Zeitraum zwischen 04.30 und 05.30 Uhr an einem Zigarettenautomat auf dem Willy-Brandt-Platz, als es zwischen ihm und den zwei unbekannten männlichen Tätern zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung kam. Der 26-Jährige rannte im weiteren Verlauf davon, wurde aber von den Tätern verfolgt und kam in der Stadtbachstraße zu Fall. Dort wurde er von einem der Täter mit einem Teleskopschlagstock geschlagen und zur Herausgabe seines Geldes aufgefordert. Der Geschädigte händigte den Angreifern hierauf 25 Euro aus. Da dies den Tätern offenbar zu wenig war, zwangen sie den 26-Jährigen am Geldautomat einer nahegelegenen Bank mehr Geld abzuheben. Nach mehreren fehlgeschlagenen Abhebeversuchen ließen die Unbekannten vom Geschädigten ab und flüchteten in Richtung Busbahnhof. Beide Täter sollen zwischen 20 und 25 Jahren alt sein, einer war ca. 1,70 – 1,75 m groß und hatte dunkle, nach hinten gekämmte Haare. Eine nähere Beschreibung des zweiten Täters konnte der Geschädigte nicht abgeben.

München: Am Mittwoch, 22.11.2017, gegen 22.15 Uhr, verließ eine 23-jährige Münchnerin den U-Bahnhof Scheidplatz. Sie bemerkte, dass ihr ein unbekannter Mann auf dem Gehweg der Belgradstraße folgte. An einem nahen Mehrfamilienhaus öffnete sie die Eingangstür und ging in das Haus und zum dortigen Aufzug. Der unbekannte Mann folgte ihr. Er stellte sich dort auf einen Treppenabsatz und manipulierte deutlich sichtbar an seinem Geschlechtsteil. Die 23-Jährige schrie ihn an und forderte ihn auf das Haus zu verlassen. Der unbekannte Täter verließ das Haus und die Münchnerin alarmierte sofort den Polizeinotruf 110. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief erfolglos. Täterbeschreibung: Männlich, 25 Jahre alt; er trug eine dunkle Lederjacke, einen schwarzen Kapuzenpullover und ein helles T-Shirt.

Moers: Am Morgen des 7.11. gegen 06.45 Uhr zeigte sich ein Unbekannter einer Moerserin in schamverletzender Weise. Die Frau lief von der Essenberger Straße nach links auf die Xantener Straße und benutzte hierbei den linken Gehweg. In Höhe des letzten Hauses vor der Xeniastraße bemerkte sie den Mann und lief weg. Hierbei hörte sie kurze Zeit später einen Schrei einer Unbekannten, die dem Tatverdächtigen vermutlich ebenfalls begegnet war. Beschreibung des Unbekannten: Ca. 40 Jahre alt, ca. 175 cm groß, leicht pummelige Figur, sehr kurzer Haarkranz oder Glatze. Die Polizei in Moers bittet diese unbekannte Zeugin sowie weitere Zeugen, sich unter der Telefonnummer 02841 / 171-0 zu melden.

Rosenheim: Am Montag, den 06.11.2017, verständigte eine 17-jährige Landkreisbürgerin die Polizei und teilte mit, Opfer eines Sexualdelikts in Rosenheim nahe der Loretowiese geworden zu sein. Die Kriminalpolizei sucht Zeugen. Laut Aussage der jungen Frau, sei sie gegen 17.55 Ur auf dem Gehweg an der Grünanlage der Loretowiese plötzlich von einem Mann von hinten und in ein Gebüsch gezogen worden sein. In diesem Gebüsch habe der Unbekannte sie sexuell belästigt. Nur durch erhebliche Gegenwehr konnte die Angegriffene flüchten. Der bislang unbekannte Mann soll dann in Richtung Ebersberger Straße stadtauswärts weggegangen sein. Den auffälligen Angreifer konnte die 17-Jährige wie folgt beschreiben: Etwa 50 Jahre alt. Ca. 180 cm groß. Er hatte eine stämmig/mollige Figur. Einen dunkelbraunen Vollbart und ein eingefallenes Gesicht. Glatte bis zum Ohr reichende Haare (eine Art Topfschnitt ohne Scheitel). Markant waren eine waagrechte Narbe unterhalb dem rechten Auge und eine auffällige Tätowierung rechtsseitig am Hals. Das Tattoo wird ähnlich einer Kette beschrieben; mit offenen Gliedern. Die Glieder wiederholen sich vom Unterkiefer bis zum Ende des Halses und waren dick bzw. schwarz ausgemalt. Weiter auffällig war sein teilamputierter Ringfinger an der linken Hand. Der Mann war komplett schwarz gekleidet. Mit einem schwarzen Stoffgürtel oberhalb der Jacke und einer roten Bauchtasche.

Da bleibt kein Auge trocken Reutlingen: Gepfefferte Antwort auf sexuelle Nötigung!

pi-news.net/reutlingen-gepfefferte-antwort-auf-sexuelle-noetigung/
10.12.2017

Von JOHANNES DANIELS | Warum haben immer mehr Merkelgäste rote Augen beim Sex? – Wegen Pfefferspray! Dieser gespielte Witz wurde in Reutlingen Realität. Ein 27-jähriger Mann hat in der Nacht auf Samstag ein Mädchen (16), in der Donaustraße in Altenburg sexuell belästigt. Der Mann versuchte immer wieder, das Mädchen zu „umarmen und unsittlich" zu berühren. Das Mädchen warnte ihn des Öfteren.

Reutlingen – Sexuelle Attacke kann ins Auge gehen

Anzeige

Die mutige Schwäbin zeigte sich aber nicht geizig mit einer Pfefferspray-Dosis und verpasste dem Mann eine Ladung „auf die zwölf", was den 27-Jährigen außer Gefecht setzte. Der Täter musste anschließend zur ärztlichen Versorgung ins Krankenhaus und danach zur Ausnüchterung in Polizeigewahrsam. Gegen ihn wird jetzt wegen sexueller Belästigung ermittelt.

Reutlingen: Pfefferspray etc. ratsam

Im Juli 2016 lief ein 21-jähriger Syrer namens Mohamad in der Reutlinger Innenstadt Amok (PI-NEWS berichtete). Er tötete mit einem Dönermesser sein vermeintliches „Eigentum" Jolanta K., 45. Danach war der Täter messerschwingend durch die Stadt gerannt und hatte noch fünf weitere Menschen verletzt. Danach wurde der Mörder durch ein Auto gestoppt. Beim Eintreffen des ersten Streifenwagens schrie der Syrer laut Zeugenaussagen „Fuck you Polizei" und hieb mit der Döner-Machete auf den Streifenwagen ein. Bei den beiden weiteren Verletzten handelte es sich um Zufallsopfer. Einer zufällig in einem roten Auto vorbeikommenden Frau schlug der Mann mit der Machete mehrere Scheiben ein und verletzte die Frau schwer.

Reutlinger Gambier – geschäftstüchtig statt gammeln

Bereits zuvor waren Drogenfahnder in einem Asylheim in Reutlingen tätig geworden. Immer wieder häuften sich dort Hinweise darauf, dass örtliche Drogenkonsumenten in einer Reutlinger Unterkunft für Asylbewerber Marihuana kaufen. Durch die weiteren Ermittlungen konnten unter anderen fünf Männern aus Gambia identifiziert werden. Laut Polizei finanzierten die Männer durch den Verkauf des Rauschgifts im Raum Reutlingen zum großen Teil ihren Lebensunterhalt. Bei dem mutmaßlichen Drahtzieher der illegalen Geschäfte handelte es sich demnach um einen 36-jährigen Asylbewerber aus Gambia, dessen Freundin ihn tatkräftig unterstützte. Seine Komplizen halfen beim Verkauf der Drogen.

Wer denkt, all diese Merkelgäste werden wieder dorthin geschickt, wo der Pfeffer wächst, bei dem ist Hopfen und Malz verloren, denn in Reutlingen liegt der Hase im Pfeffer …

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Freiburg: Gambier vergewaltigt Jugendliche im Asylanten-Heim

pi-news.net/freiburg-gambier-vergewaltigt-jugendliche-im-asylanten-heim/
11.12.2017

Freiburg: Am vergangenen Dienstagabend besuchte eine Jugendliche mit Freundinnen einen Bekannten in einer Asylbewerberunterkunft im östlichen Kreisgebiet. Dort hielt sich auch ein ihr bis dahin unbekannter junger Mann auf. Als sich die Jugendliche auf die Suche nach einer weiteren Freundin begab, bot der Mann Hilfe an. Dem bisherigen Ermittlungsstand zufolge soll der 19-jährige Beschuldigte mit gambischer Staatsangehörigkeit das Mädchen sodann in ein Zimmer gelockt haben, das er verschlossen habe. Als die Jugendliche anschließend seine Versuche, sie zum Austausch von Zärtlichkeiten zu bewegen, zurückgewiesen habe, habe er sie mit Gewalt zum Geschlechtsverkehr gezwungen. Der Polizei gelang es in den folgenden Tagen, den Tatverdächtigen zu identifizieren. Er ist flüchtig, die Fahndung läuft.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".
Jüterbog (Teltow-Fläming): Einen ausgefallenen Angriff erlebten Bundespolizisten am Donnerstag am Bahnhof in Jüterbog. Dort hatten zwei Personen einen Regionalexpress nach Jüterbog ohne erforderlichen Fahrausweis genutzt. Bei der anschließenden Kontrolle durch die Bundespolizei entblößte sich eine 30-jährige Frau vollständig und bespritze die Beamten mit Muttermilch. Gegen 11:30 Uhr wurden Bundespolizisten zum Bahnhof Jüterbog gerufen, um zwei Personen zu kontrollieren, die einen Regionalexpress vom Bahnhof Wannsee nach Jüterbog ohne gültige Fahrausweise nutzten. Als die Beamten vor Ort die Identität des Duos aus Kamerun feststellen wollten, weigerten sich der 20-Jährige und seine 30-jährige Begleiterin, sich gegenüber den Beamten auszuweisen. Auf dem Weg zum

Dienstfahrzeug ließ sich der junge Mann auf den Boden fallen, widersetzte sich den polizeilichen Maßnahmen und schlug in Richtung der Beamten. Seine 30-jährige Begleiterin schrie daraufhin lauthals los und entblößte sich vollständig in der Öffentlichkeit. Während die Beamten dem 20-Jährigen Handfesseln anlegten, bespritzte seine Begleiterin die Einsatzkräfte mit Muttermilch aus ihren Brüsten. Nachdem die Streife die Situation beruhigen konnte und unter Kontrolle gebracht hatte, konnte sie die Identität der beiden Personen klären. Die Beamten leiteten Ermittlungsverfahren wegen des Erschleichens von Leistungen ein. Der 20-Jährige muss sich zudem wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte verantworten. Gegen seine 30-jährige Begleiterin wird wegen Körperverletzung ermittelt. Nach Abschluss aller polizeilichen Maßnahmen konnte das Duo seinen Weg wieder fortsetzen.

Reutlingen/Tübingen: Ein bislang unbekannter Täter hat nach bisherigen Erkenntnissen über mehrere Monate einer 17-jährigen Reisenden auf Zugfahrten zwischen Reutlingen und Tübingen nachgestellt. Ersten Ermittlungen zufolge suchte der Unbekannte, der von der 17-Jährigen als dunkelhäutig und mit Rastazöpfenbeschrieben wird, immer wieder die körperliche Nähe zu ihr und soll sie dabei an Schultern und Armen berührt haben. Hierbei sprach er sie offenbar aufdringlich an und folgte ihr auch nach Ausstieg am Hauptbahnhof Tübingen. Laut Aussage der jungen Frau ereigneten sich die Vorfälle seit Sommer diesen Jahres drei Mal, sodass sie nun Anzeige beim Bundespolizeirevier Tübingen erstattete.

Nürnberg: Eine junge Frau wurde bereits am Freitag (01.12.2017) Opfer eines versuchten Raubüberfalls im Stadtteil Röthenbach. Die Nürnberger Kriminalpolizei ermittelt. Zwei bislang unbekannte Männer betraten gegen 14:15 Uhr ein Fitnesscenter in der Ansbacher Straße. Einer der beiden Männer ging zu der allein anwesenden Angestellten und griff sie an. Während der dadurch entstehenden Rangelei berührte der Unbekannte die junge Frau unsittlich. Der zweite Mann blieb im Eingangsbereich stehen. Durch die Gegenwehr der Geschädigten ließ der Täter von ihr ab und versuchte im Anschluss, den Rucksack der Frau zu rauben. Auch hier scheiterte der Unbekannte an der Gegenwehr des Opfers. Ohne Beute verließen beide Männer das Fitnesscenter. Täterbeschreibung: 1. Täter: Ca. 180 cm, 35 Jahre, schlank, nordafrikanisches oder arabisches Aussehen, bekleidet mit einer roten Steppjacke mit Kapuze mit grauem Fellbesatz 2. Täter: Ca. 180 cm, ca. 27 Jahre, schlank, nordafrikanisches oder arabisches Aussehen, bekleidet mit blauer Jacke mit Kapuze mit schwarzem Pelzbesatz.

Olsberg: Am Dienstagabend belästigte ein 29-jähriger Mann vier Jugendliche vor einem Supermarkt an der „Fruges Straße“. Der Täter berührte einen 16-Jährigen unsittlich und zeigte der Gruppe sein entblößtes Geschlechtsteil. Der alkoholisierte Mann wurde durch die Polizei ins Gewahrsam gebracht. Um 19:10 Uhr wurde die vierköpfige Gruppe von dem Zuwanderer vor dem Supermarkt angesprochen. Der Mann bot den 14- bis 16-jährigen Jugendlichen aus Olsberg Drogen an. Während des Gespräches nährte sich der Mann einem der Jugendlichen und berührte diesen mehrmals unsittlich. Als die Gruppe die Polizei rufen wollte, versuchte der Täter das zu verhindern, griff nach einem Handy und schubste einen Jugendlichen. Hierbei

beleidigte er die jungen Männer. Der Mann aus Syrien entfernte sich anschließend und urinierte in der Öffentlichkeit. Anschließend kam er mit dem entblößten Geschlechtsteil zurück zu der Gruppe. Die Polizei konnte den Mann noch auf dem Parkplatz antreffen. Drogen hatte er nicht dabei. Zur Ausnüchterung wurde er in das Gewahrsam der Polizeiwache Brilon gebracht. Dieses konnte er am nächsten Morgen verlassen. Ein Strafverfahren gegen den Mann wurde eingeleitet.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Osnabrück: Die Polizei ermittelt in einem Fall eines sexuellen Übergriffes, der sich am Sonntagmorgen im Bereich der Diskothek an der Baumstraße ereignet hat. Eine 25jährige Frau wartete in Nähe des Einganges auf ihre Freundin, als sie plötzlich ein Unbekannter von hinten umklammerte und mit einem Messer bedrohte. Die Bohmterin stürzte zu Boden und wurde vom Täter unsittlich angefasst. Gleichzeitg forderte er sie auf ruhig sein und mit ihm zu kommen. Als sich ein unbekannter Passant näherte, ließ der Angreifer von der Frau ab und lief in Richtung Bremer Straße davon. Die Frau erlitt bei der Tat Verletzungen und wurde mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht. Zum Täter ist bekannt, dass er schwarze Haare und eine lange Nase hatte. Die Polizei Osnabrück bittet um Hinweise in der Sache und bittet insbesondere den unbekannten Passanten, sich zu melden. Telefon: 0541-3273103.
Iserlohn: Dreister Schamverletzter Am Samstag, 02.12.2017, gegen 19:30 Uhr, wurde eine junge Frau nach dem Verlassen des Weihnachtsmarktes an der Ecke Unnaer Straße/Wasser Straße von einem Mann angesprochen. Als sie nicht reagierte versuchte er es erneut in englischer und französischer Sprache. Als sie auch hier nicht reagierte, folgte er ihr bis zum Parkhaus. Als sich die 20 jährige Geschädigte zu dem Mann umgedrehte, zeigte er sich ihr in schamverletzender Weise. Sie verließ das Parkdeck mit ihrem Fahrzeug und der Mann entfernte sich in unbekannte Richtung. Personenbeschreibung: männlich, ca. 30 Jahre alt, ca. 1,85 m groß, schwarze Lederjacke, blaue Jeans, Sneakers, athletische Figur schwarze Haare (auffällige Frisur, da die Haare relativ lang und mittig gerade nach oben gegelt waren) Der Unbekannte sprach akzentfrei.
Geldern: Am Freitag (1. Dezember 2017) gegen 17.30 Uhr ging eine 58-jährige Frau mit ihrem Hund auf der Theodor-Heuss-Straße spazieren. Ein unbekannter Mann überholte die 58-Jährige zu Fuß. In Höhe des Regenauffangbeckens drehte der Unbekannte sich plötzlich um und entblößte sich vor der Frau. Als die 58-Jährige dem Täter sagte, dass sie die Polizei rufe, flüchtete er. Der Täter war 20 bis 40 Jahre alt, etwa 1,70m groß und schlank. Er war dunkel gekleidet und trug eine Brille. Täterhinweise bitte an die Kripo Geldern unter Telefon 02831-1250.
Hameln: Bereits am Freitag, 24.11.2017, gegen 17.30 Uhr, kam es im Bereich der Friedrich-List-Straße (Fußweg in Richtung Lubahnstraße) zu einer exhibitionistischen Handlung. Ein bislang unbekannter Mann entblößte sich vor einer 41-jährigen Passantin, zeigte sein männliches Geschlechtsteil und onanierte im Blickfeld des Opfers. Das Opfer konnte weglaufen und erstattete eine Woche später Strafanzeige

bei der Polizei.
Die 41-jährige Hamelnerin beschrieb den Mann wie folgt: schmale Statur, ca. 25 bis 30 Jahre alt, dunkle Haare, jugendliche Stimme. Der Gesuchte trug eine schwarze Winterjacke und eine dunkle Hose, die zur Tatzeit heruntergelassen war.
Augsburg: Ein weiterer Fall ereignete sich dann am Sonntag (03.12.2017) zwischen 13.00 und 13.20 Uhr in der Hermanstraße im dortigen Friedhof. Eine 67-jährige Grabbesucherin bemerkte einen Mann, der zunächst in einiger Entfernung immer wieder um sie herum ging. Er blieb dann an der Gebäudeecke der Friedhofskapelle stehen, suchte den Blickkontakt zu der Frau und begann sich selbst zu befriedigen. Die 67-Jährige ging dann in Richtung Hauptweg davon um Hilfe zu holen, verständigte aber erst mit entsprechender Zeitverzögerung die Polizei, so dass eine anschließende Fahndung nach dem Sexualtäter erfolglos verlief. Dieser Täter wurde von der Geschädigten wie folgt beschrieben: Ca. 30 Jahre alt, ca. 170 cm groß, dick, trug eine giftgrüne Jacke und eine graue Strickmütze. Sachdienliche Hinweise zu den geschilderten Sexualtaten nimmt die Kripo Augsburg unter 0821/323 3810 entgegen.

PI-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Traumgegend wird Albtraumgegend Kurschatten im Kurpark – Ammersee-Afrikaner nötigen Frau

pi-news.net/kurschatten-im-kurpark-ammersee-afrikaner-noetigen-spaziergaengerin/
12.12.2017
Von MAX THOMA | Eine 20-jährige Frau wollte am Sonntag gegen 22.45 Uhr noch kurz im Kurpark Herrsching am Ammersee / Bayern die Beine bewegen. Sie kam mit dem Schrecken davon. Nachdem sie ihre Wohnung in
Richtung Seepromenade verließ, wurde sie von zwei unbekannten Männern angesprochen, was sie zunächst ignorierte. Einer der Männer hielt sie am Arm fest und warf die junge Frau zu Boden. Auf dem Rücken liegend beugte sich einer der dunkelhäutigen Täter über das Opfer und versuchte ihren Hosengürtel zu öffnen. Die

Geschädigte wehrte sich durch Treten und Schlagen und konnte sich so befreien. Ein Bekannter, der vom Opfer telefonisch informiert wurde, verständigte sofort die Polizei. Eine sofort veranlasste Fahndung im Nahbereich blieb wie so oft ohne Erfolg. Die Geschädigte beschrieb die beiden Angreifer als dunkelhäutige, afrikanisch aussehende schlanke Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren. Der Haupttäter trug Handschuhe, eine schwarze Mütze und dunkle Kleidung. Der Komplize sprach ebenfalls ausländischen Akzent und war mit einer dunklen Wintermütze und blauen Jeans bekleidet.
Die Kriminalpolizei Fürstenfeldbruck bittet um sachdienliche Hinweise unter Tel. 08141 / 612-0.

Starnberger Vergewaltiger mit Zopf versucht nun „alles zu vergessen"

Die traumhafte Wohngegend rund um den bayerischen Ammersee und dem mondänen Starnberger See wird allerdings insbesondere für junge Frauen immer mehr zum Albtraum des Großen Austausches. Nach einer „Karibischen Nacht" in Starnberg begegnete letztes Jahr eine 22-jährige einem 23 Jahre altem schutzsuchenden „Iraker aus Feldafing" mit fatalen Folgen. Die Frau wurde von Bader T. in ein Gebüsch gezerrt und zu Boden gedrückt. Laut Polizeibericht vollzog der Bereicherer „anschließend an seinem Opfer sexuelle Handlungen". Die Frau wehrte sich massiv und konnte vor dem Geflüchteten flüchten, der daraufhin ebenfalls flüchtete.
Bereits am Tag darauf fiel zwei Beamtinnen der Polizeiinspektion Starnberg am Bahnhof See ein Mann auf, auf den die relativ markante Täterbeschreibung passte: 1,63 Meter groß, korpulent, Vollbart und eine so genannte Undercut-Frisur samt Zopf. Gegenüber der Polizei spielte der Mann jedoch den Ahnungslosen, auch das 22-jährige Opfer konnte ihn nicht mit hundertprozentiger Gewissheit identifizieren. Deswegen mussten ihn die Ermittler sodann laufen lassen. Doch Bader T. hinterließ während der Tatausführung eine „Individualspur" – damit gelang es der Polizei, die DNA des Vergewaltigers zu sichern. Im Oktober nahmen Polizeibeamten den 23-Jährigen in „seiner" Wohnung in Feldafing mit Seeblick zum Starnberger See fest. In der Untersuchungshaft bekomme er nun täglich Medikamente und versuche „alles zu vergessen". Ob die vergewaltigte Starnbergerin auch „alles vergessen" kann, bleibt offen.

Guinness-Rekord – Eritreer nötigt 18 Frauen in der S-Bahn Herrsching

Ein 23-jähriger Eritreer belästigte im Januar in einer S-Bahn weibliche Reisende „in Kompaniestärke" sexuell. Auf Höhe Germering streichelte der junge Mann eine 18-Jährigen im Gesicht und fasste ihr an die Innenseite ihrer Oberschenkel, wo er mit seiner Hand in Richtung Intimbereich wanderte. Die junge Frau wechselte mehrfach den Platz, wurde von dem Unbekannten aber verfolgt und dabei auch am Weggehen gehindert. Bei Weßling belästigte der Unbekannte eine weitere 20-Jährige, indem er sie mit seinen Beinen an den Unterschenkeln berührte. Auch ihr folgte der Mann, als sie sich umsetzte. Die Auswertung des umfangreichen Videomaterials ergab, dass der Mann über einen Zeitraum von fast zwei Stunden durch Berühren, teilweise auch Festhalten, insgesamt 18 (!) allein reisenden Frauen belästigte. Dabei war der Unbekannte über den gesamten Zeitraum der S-Bahnfahrt in Begleitung eines

weiteren Mannes, der sich allerdings nicht an den sexuellen Belästigungen beteiligte, diese aber auch nicht unterband. Den Ermittlern der Bundespolizei gelang es anhand der vorhandenen Videoauswertungen den 23-jährigen Eritreer zu identifizieren. Gegen ihn wurde ein Durchsuchungs- und Festnahmebeschlusses über die Staatsanwaltschaft erwirkt. Der Mann wurde dann in „seiner" Asylunterkunft im Landkreis Starnberg vorläufig festgenommen.
Die Ermittlungen ergaben, dass der 23-jährige Tatverdächtige bereits zuvor im Stadtbereich München in Erscheinung getreten war, als er einer Frau unvermittelt zwischen die Beine griff.
Eritrea gilt übrigens als sicheres Herkunftsland – im Gegensatz zum heutigen bayerischen Fünf-See-Land.

Herrsching – Afghane belästigt 14-Jährige in S-Bahn – „Will fucken"

Im Juni nötigte ein 19-jähriger Afghane eine 14-jährige, die in Herrsching aus der S-Bahn ausstieg. Er wollte die Minderjährige „küssen" und verfolgte sie bis zu einer Freundin. Das Mädchen verständigte per Handy die Polizei. Diese nahm den Asylbewerber aus Ismaning fest. Er äußerte gegenüber den Beamten, dass er eine Freundin in Deutschland suche, was ihm bei Reiseantritt in das gelobte Schlaf-Affen-Land Deutschland ja auch zugesagt wurde.

Migranten und die heilige Familienehre Frischer Wind in Deutschlands Gerichtssälen

pi-news.net/frischer-wind-in-deutschlands-gerichtsaelen/
14.12.2017

Sicherheitsschleuse des Gerichtsgebäudes in Landshut.

Von EUGEN PRINZ | Dass jene Zeiten allmählich zu Ende gehen, wo die Angeklagten noch demütig und schuldbewusst vor dem Richter standen und ihr Urteil erwarteten, weiß nun auch der Landshuter Richter Stefan Kolb. Seit der Verhandlung gegen Hajzer M. wird ihm klar geworden sein, dass wir Migranten ins Land gelassen haben, in deren archaischen Denkstrukturen für das deutsche Recht keinen Platz ist.

Der Angeklagte, ein eingebürgerter Serbe, hatte für seine Tochter feste Zukunftspläne: Der künftige Schwiegersohn muss Moslem sein und aus dem Kosovo stammen. Das lässt den Schluss zu, dass auch Hajzer M. diesem Glauben angehört, sonst würde er nicht auf solche Ideen kommen. Dummerweise verliebte sich die Verkörperung der Familienehre in einen Asylbewerber aus Afghanistan.

e

Die Folgen der verbotenen Liebschaft

Als die fürchterliche Tat ruchbar wurde, begab sich der 46jährige Hajzer M. am Abend des 10. Januar zur Asylbewerberunterkunft in Eggenfelden, wo der Lover seiner Tochter untergebracht war. Zur Begrüßung schlug er seinem Schwiegersohn in spe gleich mal mit der Faust in das Gesicht. Der Ordnung halber bekam auch ein Mitbewohner eine Ohrfeige. Nach dieser Ouvertüre hagelte es weitere kräftige Schläge für beide, bevorzugte Stelle beim Mitbewohner: Der Hinterkopf. Natürlich durften auch Fußtritte nicht fehlen und die obligatorische Drohung, sie umzubringen. Ein weiterer Mitbewohner, der schlichten wollte, erhielt – Sie ahnen es schon – auch noch seinen Anteil. Und weil es so schön war, zog Haizer M. dasselbe Programm nochmal am 14. Februar an gleicher Stelle und am 27. April vor dem Bahnhof in Pfarrkirchen ab. Beide Male hatten die jeweiligen Begleiter des jungen Afghanen ebenfalls das Vergnügen, .verdroschen, zu Boden gestoßen und mit dem Tod bedroht zu werden

Daraufhin erwirkte das widerspenstige Töchterlein ein Kontaktverbot und fand Zuflucht in einer Betreuungsstelle für Jugendliche. Das hinderte Hajzer M. nicht daran, am 5. Mai erneut vorstellig zu werden und auf sein Faustrecht als Vater zu pochen. Dieses Mal nahm er auch noch Verstärkung in Gestalt seiner Ehefrau mit, die den Afghanen festhielt, während er im Wohnheim auf ihn einprügelte. Um seiner Habhaft zu werden, hatte der Deutsch-Serbe vorher noch eine Türe eingetreten. Einer Betreuerin, die noch versucht hatte, „den Angeklagten irgendwie zur Besinnung zu bringen", während er den Liebhaber seiner Tochter an der Gurgel hatte, spuckte Haijzer M. ins Gesicht. Mit dieser Aktion hatte auch die Engelsgeduld der deutschen Gerichtsbarkeit ein Ende und .das missverstandene Familienoberhaupt kam in Haft

Abweichendes Rechtsverständnis beim Angeklagten

Das war natürlich zu viel für das Gerechtigkeitsempfinden des ehrbaren Bürgers aus Ex-Jugoslawien. Bei der Gerichtsverhandlung, an der er in Handschellen teilnahm, legte er großen Wert darauf, dies auch den versammelten Vertretern der Justiz begreiflich zu machen. „Wo ist Gerechtigkeit?", schrie er immer wieder und behauptete, dass alle Zeugen lügen würden. Außerdem seien die Aussagen abgesprochen. Seinem ."Verteidiger Rudolf Wenzl warf er vor: „Du bist auch gegen mich

Nachdem er immer wieder versuchte, die minderjährigen Zeugen einzuschüchtern, ließ Richter Kolb den Angeklagten zunächst für die Dauer der Zeugenaussagen aus dem .Sitzungssaal entfernen

Wieviel Beamte braucht man, um einen Neubürger aus dem Gerichtssaal zu ?zerren

Es waren fünf Beamte nötig, Hajzer M. aus dem Saal zu zerren und ihn anschließend wieder hinein zu bringen. Dem Richter blieb nichts anderes übrig, als den Beschluss zu erlassen, die weitere Verhandlung bis zum Abschluss der Beweisaufnahme ohne den Angeklagten durchzuführen. In der Zwischenzeit wurde das Justizopfer in einer der Arrestzellen im Keller des Gerichtsgebäudes untergebracht. Von diesem Zeitpunkt an begleitete lautes Poltern und Scheppern aus dem Kellergeschoß den weiteren Verlauf der Verhandlung. Schuld daran war die Zellentüre, die als Empfänger der Fußtritte des Angeklagten herhalten musste, weil die tatsächlich Verantwortlichen für dessen .mißliche Lage für ihn leider nicht greifbar waren

Zu den Plädoyers wurde Hajzer M. wieder vorgeführt. Das war nicht die beste Idee, die deer Richter an diesem Tag hatte. Nachdem der Staatsanwalt eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten beantragt hatte, versuchte das Justizopfer in blinder Raserei, über den Tisch hinweg zum Anklagevertreter zu gelangen. Ob er mit ihm eine Diskussion über das Strafmaß führen wollte, oder andere Gründe für sein impulsives Vorgehen vorlagen, ist nicht überliefert. Für den Richter war dies jedoch Grund genug, .den Angeklagten endgültig von der Verhandlung auszuschließen

Angeklagter nicht psychisch gestört, sondern fundamentalistisch

Wie wir ja alle wissen, laborieren unsere zugewanderten Goldstücke nicht selten an psychischen Störungen. Deshalb wurde in diesem Fall der Landgerichtsarzt Dr. Näger gutachterlich hinzugezogen. Sein Fazit: Der Angeklagte hat keinen an der Klatsche, der ist so. Der Gutachter bezeichnete den Angeklagten als „fundamentalistisch, radikal eingestellt". Das sei psychiatrisch aber leider nicht behandelbar. Die Gefahr einer .„Ehrentat" sei durchaus gegeben", warnte er noch

Das Urteil wurde nach zwei Verhandlungstagen aufgrund der „massiv auffälligen und jede vernünftige Zusammenarbeit verweigernde Haltung, die eine Verhandlung mit dem Angeklagten nicht mehr möglich gemacht hatte", in Abwesenheit von Hajzer M. verkündet: Wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung, vorsätzlicher Körperverletzung in zwei Fällen in Tateinheit mit Bedrohung und vorsätzlicher Körperverletzung in sechs Fällen, davon in drei Fällen in Tateinheit mit Bedrohung und Sachbeschädigung, erhielt er gemäß dem Antrag der Staatsanwaltschaft eine .Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten

Bange vor der Entlassung

Mir ist gar nicht wohl, wenn der Angeklagte mal aus der Haft rauskommt", so Richter „ Stefan Kolb in der Urteilsbegründung. Nachdem Hajzer M. schon seit Mai in Untersuchungshaft sitzt, diese auf das Strafmaß angerechnet wird und eine vorzeitige Entlassung bei unserer Kuscheljustiz die Regel ist, dürfte das relativ bald der Fall sein. Für den Richter ist der Deutsch-Serbe „derzeit nicht resozialisierbar". Sein Fazit: „Das ".war mit Abstand die schlimmste Verhandlung, die ich je geführt habe

Da kann man nur sagen: „Herr Vorsitzender, gewöhnen Sie sich dran. Das werden Sie in Zukunft noch öfter erlebene

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen

Weilheim: Dunkelhäutige begrapschen 14-Jährige

pi-news.net/weilheim-dunkelhaeutige-begrapschen-14-jaehrige/
17.12.2017

Weilheim/Teck: Zeugen und Hinweise zu einer sexuellen Belästigung, die sich am Montagnachmittag an der Holzmadener Straße in der Unterführung beim Kreisverkehr zugetragen haben soll, sucht der Polizeiposten Weilheim. Eine 14-jährige Jugendliche wollte gegen 16.50 Uhr die Straße unterqueren und lief durch die Unterführung. Am Ende der Unterführung wurde sie von zwei jüngeren, dunkelhäutigen Männern auf Englisch angesprochen, ihren Angaben zufolge festgehalten und am Po berührt. Ohne dass sie um Hilfe rief oder sich wehrte ließen die Männer von ihr ab. Das Mädchen setzte seinen Heimweg ohne Eile fort. Die beiden Männer sollen der Jugendlichen in einem Abstand von etwa 20 bis 30 Metern bis nach Holzmaden hinterher gegangen sein, wobei sie sich auf Englisch unterhielten. In der Ortsmitte Holzmaden verlor sie die Männer dann aus den Augen. Erst am Dienstagmittag wurde die Polizei von dem Vorfall informiert und konnte entsprechende Ermittlungen einleiten. Beide Männer werden als schlank und dunkel gekleidet beschrieben. Einer soll etwa 170 cm groß gewesen sein und einen Kinnbart gehabt haben. Er trug eine rot-grüne, quergestreifte Mütze mit weißen, dünnen Streifen. Der Zweite soll etwa 175 cm groß und mit einer schwarzen Mütze bekleidet gewesen sein. Da die Unterführung zur genannten Zeit stark von Fußgängern frequentiert ist, hofft der Polizeiposten Weilheim, dass der geschilderte Vorfall von Zeugen beobachten wurde. Polizeiposten Weilheim, Telefon 07023/900520

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".

Nürnberg: Am Dienstagabend (12.12.2017) kam es im Nürnberger Stadtteil Gärten bei Wöhrd zu einem sexuellen Übergriff auf eine junge Frau. Die Kriminalpolizei sucht Zeugen. Gegen 18:15 Uhr war die spätere Geschädigte zu Fuß in der Nunnenbeckstraße in Richtung Flötnerstraße unterwegs. Zwei junge Männer kamen ihr entgegen. Als sie an ihr vorbei waren, drehte sich einer um und berührte die junge Frau unsittlich. Das Opfer schrie. Daraufhin flüchteten die Täter in Richtung Rathenauplatz. Die Frau blieb unverletzt. Die Geschädigte konnte die Täter wie folgt

beschreiben: Beide sollen ca. 16 – 17 Jahre alt und ca. 165 cm groß sein. Sie haben schwarze kurze Haare und sehen südländisch aus.
Jena: Ein Exhibitionist belästigte am Sonntagmorgen gegen 8.30 Uhr eine Frau in einem Waldgebiet zwischen dem Jenaer Mühltal und dem Stern. Die Dame war mit ihren beiden Hunden zum Gassigehen unterwegs. Dort wurde sie von einem Mann aufgelauert. Als der Mann sie sah, begann er an seinem entblößten Geschlechtsteil zu manipulieren. Er hat eine schlanke, sportlicher Figur, ist etwa 1,80m große und kurze dunkelgraue Haare. Er ist orientalischen Typs. Bekleidet war er mit einer dunkelgrauen Jogginghose, dunklen Laufschuhen und einer sehr dunklen grünen Oberteil.
Tübingen: Zu einer Bedrohung kam es am frühen Sonntagmorgen gegen 02:20 Uhr in der Wilhelmstraße. Ein 36-jähriger hielt sich in einer Gaststätte in der Nauklerstraße auf. Hier beobachtete er, wie eine männliche Person sich an einem Rucksack eines weiteren Gastes zu schaffen machte. Als er der 35-jährigen Geschädigten dies mitteilte, verließ der bislang unbekannte die Gaststätte. Da die Geschädigte äußerte, dass ihr Geldbeutel fehlen würde, nahm der 36-jährige die Verfolgung auf. Zunächst konnte der Täter in der Nauklerstraße aufgehalten werden. Hier kam es zu einem Handgemenge und der Täter ergriff erneut die Flucht. Der Täter konnte auf dem Vorplatz der Neuen Aula erneut gestellt werden. Hier zerschlug dieser eine mitgeführte Bierflasche und bedrohte den 36-jährigen damit, worauf dieser die Verfolgung abbrach. Der Täter wird wie folgt beschrieben: – ca. 25 Jahre alt, ca. 175 cm groß – schlanke aber muskulöse Figur – dunkler Teint, kurze schwarze krause Haare – bekleidet mit hellblauer Jeans und auffallend hellblauer Jeansjacke – Bei einer genaueren Nachschau der 35-jährigen in ihrem Rucksack wurde festgestellt, dass nichts entwendet wurde.
Grünberg: Unsittlich berührt wurde eine 23 – Jährige am Mittwoch, gegen 11.40 Uhr, auf einem Parkplatz eines Discounters in der Gießener Straße. Bei dem Täter soll es sich um einen etwa 40 bis 45 Jahre alten und 170 bis 175 Zentimeter großen schlanken Mann handeln. Er soll einen dunklen Teint und schwarze mittellange Haare haben. Bekleidet sei er mit einer dunklen Jacke und einer blauen Arbeitshose gewesen.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Überlingen: Am Dienstag gegen 23.00 Uhr trat im Carl-Benz-Weg ein Exhibitionist auf. Der Unbekannte hatte die Hose bis zu den Knien hinuntergezogen und manipulierte an seinem Geschlechtsteil. Eine 29-Jährige erkannte die Situation und rief die Polizei. Der Mann, der unerkannt flüchten konnte, war zwischen 30 und 35 Jahre alt, etwa 180 Zentimeter groß und hatte eine normale Statur. Zeugen, die sachdienliche Hinweise zu dem Unbekannten geben können, werden gebeten, sich beim Polizeirevier Überlingen, Tel. 07551/804-0, zu melden.
Augsburg: Gestern (05.12.2017) wurde gegen 17.30 Uhr eine 22-Jährige bei ihrem Einkauf in einem Supermarkt Bei der Jakobskirche von einem Mann angesprochen.

Obwohl die Frau nicht auf das Gespräch eingehen wollte, verfolgte sie der etwa 25-Jährige bis in das Dritte Quergäßchen. Dort fasste der bislang unbekannte Täter der Frau ans Gesäß und lief anschließend davon. Der Mann wurde als ca. 175cm groß und dick beschrieben. Er war mit einer schwarzen Jacke, grünem Pullover und Jeans bekleidet.

Hamburg: Tatzeit: 01.12.2017, 07:00 Uhr Tatort: Hamburg-Wandsbek, Dernauer Straße. Die Polizei Hamburg fahndet nach einem bislang unbekannten Täter, der am vergangenen Freitag eine 29-Jährige angegriffen und unsittlich berührt hat. Die Fachdienststelle für Sexualdelikte (LKA 42) führt die weiteren Ermittlungen. Die Geschädigte befand sich zu Fuß auf dem Weg zu ihrer Wohnanschrift. Auf einem kleinen Gehweg, der zu rückwärtig gelegenen Hauseingängen führt, bemerkte sie hinter sich den Täter. Dieser griff sie sogleich an und berührte sie unsittlich. Anschließend schubste er sie zu Boden. Die 29-Jährige schrie, woraufhin der Täter von ihr abließ und in die Guderuper Straße flüchtete. Die weitere Fluchtrichtung ist unbekannt. Der Täter kann wie folgt beschrieben werden: männlich -1,70 bis 1,80 m - schlanke bzw. dünne Statur -trug eine dunkle, zweifarbige (vermutlich dunkelbraun und dunkelgrün) Jacke mit Kapuze sowie eine dunkle Hose.

Lippe: Am Donnerstagmorgen sprach ein bislang Unbekannter Mann ein 12-jähriges Mädchen an, das sich auf dem Schulweg befand. Gegen 8:20 Uhr fragte der Unbekannte auf dem Slavertor-Wall, in Höhe des Ententeiches, nach der Uhrzeit. Anschließend begleitete der Mann das Mädchen einige Meter in Richtung Puckewese. Auf der dortigen Holzbrücke fasste der Täter dem Mädchen unvermittelt an die Brust. Das Mädchen reagierte richtig, machte durch Schreien auf sich aufmerksam und rannte dann in Richtung des Marianne-Weber-Gymnasiums davon. Der Täter machte sich in Richtung des Walls aus dem Staub. Der Mann ist 30-40 Jahre alt, etwa 1,60 – 1,70 Meter groß, hat braune Haare, ist von fülliger Statur, hat auffällige „X-Beine" und den Ansatz eines Buckels. Zur Tatzeit trug er einen Dreitagebart. Auffällig ist eine kleine Warze auf der Nase des Täters, der akzentfreies Deutsch spricht.

Alzenau: Am Donnerstagnachmittag ist einer Spaziergängerin im Ortsteil Michelbach ein Exhibitionist gegenüber getreten. Die Polizei ermittelt und bittet um Hinweise zur Identität des Mannes. Kurz vor 16.00 Uhr war die Frau zu Fuß von der Ortsmitte Albstadt über die Zieglerstraße in Richtung Maisenhausen gelaufen. Ungefähr auf Höhe einer Scheune kam ihr ein Mann entgegen, der plötzlich seine Jogginghose herunterzog und in der Folge an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Die Frau drehte sich um und lief in die entgegengesetzte Richtung davon. Nachdem sie kein Handy dabei hatte, erfolgte die Verständigung der Polizei erst von zu Hause aus. Die dennoch eingeleitete Fahndung der Alzenauer Polizei verlief ergebnislos. Von dem Unbekannten liegt der Polizei folgende Beschreibung vor: circa 20 Jahre alt, 170 Zentimeter groß, hagere Figur, bekleidet mit schwarzem Trainingsanzug.

PI-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Killer-Kameruner - Medien berichten politisch korrekt Nürnberg: „Passant“ in Unterhose verletzt Rentnerin lebensgefährlich

pi-news.net/nuernberg-passant-in-unterhose-verletzt-rentnerin-lebensgefaehrlich/
15.12.2017

Von MAX THOMA | Für Nürnbergs „Lokal-Politiker“ gibt es seit Tagen nur ein hochbrisantes Thema: Die heiß geführte Diskussion über die Aufhebung des Bratwurst-Verbotes am Hauptmarkt – denn neben Falafel und phosphatfreiem Döner könnte auch das Nürnberger Nationalgericht die fränkische Metropole etwas bereichern. Währenddessen bereichern Merkels importierte Killer-Orks die ehemals idyllische Frankenmetropole und tyrannisieren die Bevölkerung. So, wie es exakt geplant war: Bei einem Mordangriff auf eine 73-jährige Rentnerin durch einen „Passanten“ wurde die Dame am Mittwoch so schwer verletzt, dass sie derzeit in Lebensgefahr schwebt.

Die Seniorin war in „Schlachthof-Nähe“ in der Michael-Ende-Straße unterwegs nach Hause, als sie unvermittelt von einem – nur in Unterhosen bekleideten – „Mann“ brutal zusammengeschlagen wurde. Als sie am Boden lag, trat der „Passant“ immer wieder gegen ihren Kopf, was schwerste Blutungen und Trümmer-Frakturen bei der Seniorin hervorrief. Mehrere umherstehende Zeugen griffen couragiert ein und hielten den „verwirrten Mann“ bis zum Eintreffen eines Großaufgebots der Polizei fest. Warum er die Frau angriff, ist „derzeit fraglich“. Polizei-Sprecher Bert Rauenbusch: „Er äusserst sich weiterhin nicht zu seinem Tatmotiv.“ Die Mordkommission ermittelt wegen versuchten Totschlags.

Der 23-jährige „Nürnberger“ wurde vorerst in einer psychiatrischen Klinik untergebracht – was bereits jetzt schon darauf hindeutet, dass eine adäquate Strafverfolgung des Merkel-Monsters eher unwahrscheinlich wird.

Killer-Kameruner – kein ethnischer Hinweis in den Willkommensmedien

Absolut erstaunlich ist dabei der Mut der Mainstream-Medien, trotz immer neuer Polizeimitteilungen und über 20 Nürnberger Tatzeugen, die Herkunft des Täters komplett zu verschweigen. Bis auf „reporter 24“ und BILD Nürnberg verschweigen alle etablierten Medien wie FOCUS, SZ, Merkur, Nürnberger Nachrichten oder Frankenpost auch in ihren Aktualisierungen bislang die Herkunft des Ehrengastes des deutschen Steuerzahlers: Der „psychisch verwirrte Einzeltäter“ ist 24 Jahre und ein „Student“ aus Kamerun, liebe Lügenpresse.

Nürnberg: Dunkelhäutiger schlägt Rentnerin bewusstlos bei Raub an der Haustüre

Wie geplant, werden vor allem wehrlose deutsche Frauen zunehmend zu Opfern des „Experiments“: Im August wurde eine 79-jährige Rentnerin in Nürnberg-Gostenhof von zwei Männern beraubt und bewusstlos geschlagen. Als die Männer bei der 79-jährigen in der Adam-Klein-Straße klingelten, dachte die Rentnerin, es wären Bauarbeiter, die derzeit das Anwesen renovieren. Daher öffnete sie ahnungslos die Tür. Daraufhin traten zwei fremde Männer in ihre Wohnung und forderten „Geld“. Als sie sich umdrehte bekam sie einen Schlag auf den Kopf und fiel zu Boden. Nachdem die Diebe zunächst 200 Euro stahlen und mit diesen flüchteten, haben sie der Dame noch gewalttätig ins Gesicht geschlagen, so dass sie bewusstlos wurde. Einer der Täter war „dunkelhäutig, trug ein Käppi“, der andere „hellhäutig“.

Nürnberg: Sexuelle Nötigung durch Südländer

Diesen Dienstagabend kam es im Nürnberger Stadtteil Gärten bei Wöhrd zu einem sexuellen Übergriff auf eine junge Frau. Gegen 18:15 Uhr war die „spätere Geschädigte“ zu Fuß in der Nunnenbeckstraße unterwegs. Zwei „junge Männer“ kamen ihr entgegen. Als sie an ihr vorbei waren, drehte sich einer um und nötigte die junge Frau unsittlich. Das Opfer schrie. Daraufhin flüchteten die Täter. Beide Täter sollen ca. 16 – 17 Jahre alt und ca. 165 cm klein sein. Sie haben schwarze kurze Haare und sehen südländisch aus.

Das Fachkommissariat der Kriminalpolizei Nürnberg nahm die Ermittlungen auf und bittet Zeugen, die den Vorfall bemerkt haben und Angaben zu den Tätern machen können, sich mit ihr unter der Telefonnummer 0911 2112-3333 in Verbindung zu setzen.

Nürnberg-Südstadt: Freundlichem Helfer auf den Kopf geschlagen

Am Freitagnachmittag kam es in der berüchtigten Nürnberger Südstadt zu einem Überfall auf einen Fahrradfahrer. Das „spätere Opfer“ fuhr mit dem Fahrrad den Karl-Bröger-Tunnel. Zu dieser Zeit stand ein unbekannter Mann im Tunnel, täuschte eine Fahrradpanne vor und bat den „späteren Geschädigten“ um Hilfe. Dieser hielt freundlicherweise an, woraufhin er von einem weiteren Mann unfreundlicherweise auf den Kopf geschlagen wurde. Ein Täter durchsuchte die Jackentaschen des Opfers, fand aber weder Bargeld noch andere Wertsachen. Das Geflüchteten-Duo flüchtete im Anschluss mit seinen Fahrrädern in Richtung Südstadt. Der erste Täter wird wie folgt beschrieben: Männlich, ca. 175 – 180 cm groß, südländisches Aussehen, bekleidet mit einer schwarzen Jacke

mit Kapuze. Bezüglich des zweiten Täters ist lediglich bekannt, dass er mit einer schwarzen Jacke bekleidet war. Beide Männer waren mit „ihren" Mountainbikes unterwegs.

Nürnberg-Südstadt: Schüsse, Macheten und „Allahu Akbar"-Schreie

Anfang November suchte ein Großaufgebot der Polizei mit Hubschrauber und Spürhunden in der Nürnberger Südstadt nach zwei „psychisch labilen" Südländern. Zuvor hatten zahlreiche besorgte Bürger am Donnerstagabend gegen 23 Uhr „Südländisch aussehende" Personen gemeldet, die sich in „Gibitzenhof" (70 Prozent Migrantenanteil) mittels Waffen bekriegt haben. Ein 35-jähriger Anwohner habe „herumgeschrien und Menschen beleidigt". Dies hatte einen anderen 36-jährigen Bewohner gestört. Aus seiner Wohnung holte er dafür eigens eine Machete und einen Pfefferspray. Anschließend rief er seinem Kontrahenten die Worte „Allahu akbar" zu und hieb auf ihn mittels Machete ein.

Der 35-Jährige wiederum zog eine Schreckschusspistole, die er zufällig bei sich trug, und gab mehrere Schüsse auf seinen Kontrahenten ab, wie die Polizei mitteilte. Die Polizei leitete daraufhin eine umfangreiche Fahndung ein, bei der auch Suchhunde und ein Polizeihubschrauber (Kosten ca. 2.000 € / Std. für den Steuerzahler) eingesetzt wurden. Beide Männer wurden in der Nähe des Tatorts festgenommen. Der 35-jährige Streitbeteiligte wurde zur Aufnahme seiner Personalien bei der Polizeiinspektion Nürnberg-Süd untergebracht. Der 36-Jährige, der mit der Machete um sich geschlagen hatte und „Allahu akbar" gerufen hatte, wurde in eine Fachklinik eingewiesen. Bei ihm sollen nach Angaben der Polizei deutliche Hinweise auf eine „psychische Belastung" vorliegen.

Nürnberg – Hauptstadt von „Mordbayern"

Zufall oder Absicht? Die SPD-regierte nordbayerische Metropole Nürnberg ist ein absolut leuchtendes Beispiel für eine komplett mißlungene Integration in Deutschland. Im Zeichen des „Großen Experiments" haben mittlerweile 50 Prozent der „Nürnberger Bevölkerung" Migrationshintergrund. Über 100.000 Neu-Bürger haben (noch) keinen deutschen Pass, knapp 20 Prozent. Die meisten der seit 2014 „Hinzugezogenen" stammen ursprünglich aus Rumänien, Bulgarien, vom „Westbalkan", Syrien, Irak und Afghanistan. Die Nürnberger Bezirke „Gibitzenhof" und „Schweinau" haben einen Migrationsanteil von derzeit 70 Prozent.

Das Ranking der unsichersten Großstädte Bayerns wird daher seit 2016 von Nürnberg gekrönt. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet die fränkische Metropole einen deutlichen Anstieg bei Verfahren wegen Körperverletzung und Tötungsdelikten: Mord, Totschlag und versuchte Tötungsdelikte nahmen um immerhin 50 Prozent zu!

Nürnberg Hauptbahnhof, Königstor und Südstadt: Hotspots der Bereicherung

Über 45 Prozent der Nürnberger Straftatverdächtigen, rund 8.900, hatten dabei einen ausländischen Pass (Bevölkerungsanteil 20,4 Prozent). 2.194 Flüchtlinge standen unter Tatverdacht. Auffällig ist die große Zahl der Körperverletzungen: 11,3 Prozent dieser Taten in Nürnberg werden Flüchtlingen zugerechnet. Bei Raub sind es 9,4 Prozent, bei Drogendelikten 15,8 Prozent. An der Gewaltkriminalität insgesamt haben Zuwanderer einen Anteil von 14,0 Prozent. Bei den Flüchtlingen gerieten vor allem schutzsuchende Syrer, Afghanen, Iraker und Nigerianer „unter Verdacht", die auch die großen Flüchtlingsgruppen bilden.

Bürgermeister Dr. Maly: Neues „Reinigungskonzept"!

Die Königstorpassage in der sei ein Beispiel dafür, dass sich manche Probleme nicht so schnell lösen ließen, „wie wir uns das wünschen würden", so OB Dr. Ulrich Maly, SPD. Jede fünfte Körperverletzung in Nürnberg passiert im Bereich des Königstors." Für die Sicherheit ist aber nicht nur die Polizei zuständig, sondern auch die Stadt. Diese will zum Beispiel ein neues „Reinigungskonzept" für die Passage erstellen, so Maly. Das Versagen Nürnbergs ist auch das Versagen des erfolglosen CSU-Spitzenkandidaten Joachim Herrmann, interessanterweise immer noch Innenminister Bayerns.

Erfolgreiche Staaten wie Singapur – mit der niedrigsten Kriminalitätsrate der Welt – zeigen auf, dass Sicherheit für die Bevölkerung möglich ist, wenn der politische Wille umgesetzt wird.

Während von Nürnbergs Politikern nun um die Wurst am Hauptplatz gestritten wird, fordert die AfD-Fraktion im Bundestag den dringlich erwarteten „Untersuchungsausschuss Merkel".

Vielleicht kommt dann endlich „Nürnberg 2.0" für die Volksbetrüger.

24. November 2017, 14:18 Uhr

Interview mit Kripo-Chef Heinke

Zu viele Islamisten - Bremen ruft BKA

Ein Interview von Jörg Diehl und Ansgar Siemens

Bremen ist ein Hotspot der islamistischen Szene. Hier spricht der Chef des Landeskriminalamts über ständige Antiterroreinheiten mit dem BKA, zunehmende Gewalt - und kriminelle Familienclans.

Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hatten Staatsschützer, Staatsanwälte und Nachrichtendienstler so viel Arbeit wie heute. Alleine die Bundesanwaltschaft leitete in diesem Jahr bereits mehr als 900 neue Terrorermittlungen ein, zum Vergleich: Im Vorjahr waren es noch 250, vor vier Jahren sogar nur knapp 70 neue Verfahren.

Für die Sicherheitskräfte von Bund und Ländern, die nun in kurzer Zeit massiv personell aufgerüstet werden, bedeutet diese Belastung auch, nach neuen Formen der Zusammenarbeit zu suchen. Der Fall des Terroristen Anis Amri hat gezeigt, wie leicht der Föderalismus auszuhebeln ist, wenn hochmobile Gefährder durch das Land ziehen und sich um Zuständigkeitsgrenzen der Behörden nicht scheren.

Im Interview mit SPIEGEL ONLINE spricht der Chef des Bremer Landeskriminalamts, Daniel Heinke, nun erstmals über die Möglichkeit, dauerhafte Antiterrorteams mit dem Bundeskriminalamt einzurichten. Es sei für Bund und Länder an der Zeit, so Heinke, zu "intelligenten Lösungen" für aktuelle Probleme zu kommen.

SPIEGEL ONLINE: Sie haben sich mit den deutschen Dschihadisten beschäftigt, die nach Syrien und in den Irak gereist sind. Was bringt diese Frauen und Männer dazu, sich dem Terror zu verschreiben?

Heinke: Die Gruppe der Dschihadisten ist sehr heterogen. Zu einen scheint sie aber, dass die meisten von ihnen Sinnsuchende sind. Der radikale Islamismus hat in ihren Leben eine Lücke geschlossen, die sie vorher stark beschäftigt hat.

SPIEGEL ONLINE: Der Mitmach-Terrorismus des IS spricht gerade labile oder sehr junge Menschen an, die sich in Lebenskrisen befinden und innerhalb kürzester Zeit radikalisieren. Manchmal dauert es nur Wochen, und aus einem jungen Mann ist mit Hilfe virtueller Indoktrination ein entschlossener Attentäter geworden. Wie lässt sich dem begegnen?

Heinke: In vielen Fällen gelingt es den Sicherheitsbehörden, Radikalisierungsverläufe zu erkennen und frühzeitig zu intervenieren. Gleichzeitig kann nie ausgeschlossen werden, dass einzelne eben doch nicht wahrgenommen werden und unter unserem Radar durchtauchen.

SPIEGEL ONLINE: Wie erkennen Sie die Gefahr, wenn deutsche Sicherheitsbehörden die kryptierte Kommunikation, mit deren Hilfe der IS seine Attentäter vielfach radikalisiert, kaum überwachen können?

Heinke: Es wird seit Jahren im politischen Raum sehr intensiv darüber gesprochen, ob die Befugnisse der deutschen Sicherheitsbehörden in dieser Hinsicht ausreichend sind.

SPIEGEL ONLINE: Konkret. Wollen Sie Messenger überwachen können?

Heinke: Als Vertreter einer Polizeibehörde kann ich nur sagen: Ja, natürlich. Aber dieser Wunsch muss im politischen Diskurs gegen die Freiheitsrechte der Betroffenen abgewogen werden. Das ist nicht Aufgabe der Polizei.

SPIEGEL ONLINE: Die Zahl der Islamisten in Deutschland steigt seit Jahren. Bremen ist in besonderem Maße betroffen. Woran liegt das?
Heinke: Bremen ist ein Hotspot der islamistischen Szene in Deutschland. Wir gehen derzeit von 490 Salafisten aus. Die genauen Ursachen für diese Ballung kennen wir nicht. Eine Theorie lautet, dass eine Keimzelle eine hohe Anziehungskraft auf andere Extremisten ausübt. Und mit einem inzwischen verbotenen salafistischen Kulturzentrum hatten wir leider eine solche Keimzelle.
SPIEGEL ONLINE: Die militärische Niederlage des IS ist nur noch eine Frage der Zeit. Was bedeutet das Ende des sogenannten Kalifats für die Sicherheitslage in Deutschland?
Heinke: Bislang stellen wir nicht fest, dass ausländische IS-Kämpfer in größerer Zahl nach Europa zurückkehren. Die Frage ist, wie sich das entwickelt, wenn die militärische Niederlage des IS feststeht. Sicher ist jedenfalls, dass wir alle Islamisten im Visier haben müssen: Diejenigen, die nicht ausgereist sind. Diejenigen, die aus Deutschland ausgereist sind. Und diejenigen, die aus anderen Ländern stammen und nach Deutschland einreisen. Gerade letztere Gruppe stellt eine erhebliche Gefahr dar, weil sie überhaupt kein soziales Netz bei uns hat.
SPIEGEL ONLINE: Wird es Ihnen gelingen, all diese Personen im Blick zu behalten?
Heinke: Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern gehen bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Wir tun unser Bestes. Allerdings muss man sich im Klaren darüber sein, dass die Zahl der Terrorverfahren inzwischen eine Dimension erreicht hat, wie wir sie in Deutschland nie zuvor erlebt haben.
SPIEGEL ONLINE: Etwa 200 Frauen aus der islamistischen Szene sind nach Syrien und in den Irak ausgereist, doch ihre Strafverfolgung fällt den deutschen Behörden noch schwer. Warum?
Heinke: Offensichtlich ist, dass Frauen in dschihadistischen Organisationen eine ganz entscheidende Rolle spielen. Ihre Bedeutung wird aber mitunter unterschätzt - auch von Strafverfolgern. Die bloße Betrachtung, dass eine Frau lediglich als Ehefrau und Mutter auf dem Gebiet des IS gelebt hat, greift meiner Ansicht nach zu kurz. Die Frauen bieten den Kämpfern einen familiären Rückhalt und unterstützen auf diese Weise die Terrormaschinerie. Häufig nehmen sie auch eigene Aufgaben innerhalb der Organisation wahr. Es wird daher eine sehr sorgfältige Abwägung der Justiz geben müssen, ob diese Handlungen nicht doch den Straftatbestand der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung erfüllen.
SPIEGEL ONLINE: Sie haben dem Bundeskriminalamt (BKA) vor einiger Zeit vorgeschlagen, in Bremen eine ständige "Gemeinsame Ermittlungsgruppe Staatsschutz" von BKA und LKA einzurichten. Ist das ein Hilfeschrei?
Heinke: Es ist der Versuch, zu intelligenten, zeitgemäßen Lösungen für aktuelle Probleme zu kommen. Polizei ist richtigerweise grundsätzlich Sache der Länder, weil Kriminalität noch immer sehr häufig lokal und regional entsteht und bekämpft werden muss. Wenn es um Terrorismus geht, möchte der Bund jedoch künftig eine stärkere Rolle wahrnehmen. Unser Bremer Vorschlag vereint diese Positionen - und die jeweiligen Kompetenzen der beiden staatlichen Ebenen.
SPIEGEL ONLINE: Wie soll das funktionieren?

Heinke: In den USA sind "Joint Terrorism Task Forces" sehr erfolgreich. Wir wollen auch hier auf Dauer angelegte Einheiten von Bundes- und Landesbeamten schaffen, die vor Ort noch leichter und intensiver als bislang miteinander arbeiten können. Im Bereich der Drogenfahndung gibt es das übrigens bereits seit vielen Jahren. Die in den Ländern angesiedelten "Gemeinsamen Ermittlungsgruppen Rauschgift" von Polizei und Zoll funktionieren nach demselben Prinzip.
SPIEGEL ONLINE: Stichwort Kooperation: Auf der einen Seite beklagen Sicherheitsbehörden erhebliche Ressourcenprobleme. Auf der anderen Seite fällt länderübergreifende, effiziente Zusammenarbeit noch immer schwer. Jede Warnweste, jede Bodycam, jeden Streifenwagen, jede Dienstpistole prüft jedes Bundesland für sich. Das ist doch absurd.
Heinke: Sie sprechen ein Problem an, das in allen Ländern als solches erkannt worden ist. Es ist ein Ausfluss des Föderalismus, dass derjenige in Verantwortung dieser Verantwortung auch in bestmöglicher Form gerecht werden und sich nicht vollständig auf andere verlassen möchte. Diese Vielfacharbeit sollte aber in der Tat vermieden werden - und heute bestehen bereits häufig Kooperationen zwischen einzelnen Ländern. Wir werden aber Möglichkeiten einer noch besseren Abstimmung finden.
SPIEGEL ONLINE: Wie groß ist die Gefahr, dass sich Flüchtlinge in Deutschland radikalisieren - und hier Anschläge begehen?
Heinke: In Bremen haben wir gemerkt, dass Salafisten vor Flüchtlingsheimen Menschen zu ködern versuchen. Eine Massenradikalisierung aber gibt es nicht. Es handelt sich um Einzelfälle. Die Behörden haben darauf reagiert. Wir nahmen zum Beispiel Sammelunterkünfte verstärkt in den Blick.
SPIEGEL ONLINE: Hat sich die Kriminalitätsbelastung mit dem Flüchtlingszuzug verändert?
Heinke: Wenn eine große Gruppe junger Männer ins Land kommt, ist es nicht verwunderlich, dass die Zahl der Rohheitsdelikte überdurchschnittlich stark steigt - zum Beispiel Fälle von Raub und Körperverletzung. Das Problem liegt nicht in der Herkunft. Junge Männer begehen generell mehr Straftaten, unabhängig von der Nationalität. Was uns grundsätzlich viel mehr Sorge bereitet, ist die steigende Brutalität bei Gewalttaten. Der Tod eines Menschen scheint viel zu oft inzwischen billigend in Kauf genommen zu werden.
SPIEGEL ONLINE: In Bremen gibt es einen Mhallamiye-Clan, dessen Angehörige mit der organisierten Kriminalität in Verbindung gebracht werden. Wie groß ist die Bedrohung für die öffentliche Sicherheit?
Heinke: Angehörige des Clans versuchen immer wieder, Konflikte ohne den Staat zu regeln, eine parallele Justiz zu etablieren. Zeugen etwa von Gewalttaten innerhalb des Clans neigen dazu, sich bei der Polizei nicht zu erinnern. Wir halten massiv dagegen - mit Erfolg. Eine feste Parallelgesellschaft gibt es nicht.
SPIEGEL ONLINE: Ihr Chef, Innensenator Ulrich Mäurer, hat bereits 2014 mehr Prävention gegen gewaltbereiten Extremismus gefordert und einen nationalen Präventionsrat vorgeschlagen. Tut Deutschland inzwischen genug?
Heinke: Trotz der erheblichen finanziellen Mittel, die der Bund bereitstellt, sind wir leider noch nicht so weit, wie wir sein müssten. Es ist noch nicht gelungen, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln - weder zwischen Bund, Ländern und

Kommunen, noch zwischen einzelnen Behörden. Die Bundesregierung hat zwar ein nationales Präventionsprogramm ausgerufen - aber sie verschleiert damit, dass die Länder gar nicht eingebunden sind.

SPIEGEL ONLINE: Wo ist das Problem?

Heinke: Wir brauchen eine zentrale Koordination bei der Prävention, aber keine hierarchische Organisation. Und wir brauchen eine Gesamtstrategie. Wenn eine Stadt eine Idee hat, wie sie Jugendliche vor dem Salafismus bewahren will, erfährt man woanders möglicherweise gar nichts davon. Ich würde mir auch wünschen, dass es endlich Universitätslehrstühle gibt, die sich mit dem Thema Terrorismus beschäftigen. Da hängt Deutschland den anderen großen westeuropäischen Ländern hinterher. Unsere Kriminologen konzentrieren sich ausschließlich auf die klassischen Kriminalitätsfelder - warum?

URL:

- http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bremen-will-gemeinsame-anti-terror-teams-mit-bka-einrichten-a-1179891.html

Multikriminelles Subjekt aus Somalia Mühldorf: Merkel-Ork zweimal in zwei Stunden festgenommen

---

pi-news.net/2017/12/muehldorf-merkel-ork-zweimal-in-zwei-stunden-festgenommen/

18.12.2017

Merkel-Orks machen Mühldorf zum Mülldorf - wie der Mühldorfer Vergewaltiger Assane N.

Von MAX THOMA | „Sorge bereitet uns auch die Gewalt in Bahnhöfen und Zügen, wo Menschen angegriffen werden, nur weil sie eine helle Hautfarbe haben“: Ein im oberbayerischen Mühldorf lebender Somalier genießt derzeit sein Luxusleben „Erster Klasse“ und „in vollen Zügen“. Am Mittwoch demonstrierte er eine Kotzprobe seiner vielfältigen Heimatkultur und bedankte sich beim Gastgeberland auf seine Art.

Innerhalb von zwei Stunden wurde der „junge Mann“ gleich zweimal straffällig – er wurde zweimal festgenommen und wieder freigelassen, denn doppelt hält besser. Zunächst randalierte der „18-Jährige“ in einer Mühldorfer Regionalbahn und beleidigte Reisende und Zugbegleiter. Seinen Unmut über eine, in seinen Augen unberechtigte, Fahrkartenkontrolle brachte der Ehrengast der Bundesregierung durch Beleidigungen gegenüber der Kontrolleurin und anderen Reisenden zum Ausdruck. Dann warf er im fahrenden Mühldorfer Regionalexpress mit Müll um sich und beschädigte eine Abteiltüre durch einen harten Fußtritt. Die Bundespolizei nahm den umtriebigen Asylbewerber vorläufig fest. Auf der Dienststelle randalierte der leicht alkoholisierte Mann in der Zelle fröhlich weiter.

Das Übliche: Sachbeschädigung, Körperverletzung und Exhibitionismus

Weil der asylbewerbende Somalier mit „seiner Unterkunft“ einen festen Wohnsitz in Deutschland nachweisen konnte, wurde er unverzüglich aus dem Gewahrsam entlassen. Eine halbe Stunde später stieg der 18-Jährige erneut ohne Fahrschein in eine andere Regionalbahn. Bei der Kontrolle auf Höhe Dorfen beleidigte und bespuckte er eine Zugbegleiterin, griff sie tätlich an und stieß sie gegen eine Zugtüre. Am Bahnsteig bewarf er in Folge die Kontrolleurin mit Schottersteinen und entblößte sich vor ihr. Die Bahnmitarbeiterin wurde dabei leicht verletzt. Die Bundespolizisten mussten den widerlichen Gliedvorzeiger erneut festnehmen. Da der Asylbewerber einen festen Wohnsitz in Deutschland nachweisen konnte … und stündlich grüßt das somalische Murmeltier …

Mord und Vergewaltigung – Merkel macht Mühldorf zum menschlichen Mülldorf

Seit einem Jahr kommt es im Umkreis des idyllisch-barocken oberbayerischen Mühldorf am Inn immer wieder zu erheblichen Straftaten: Im vergangenen Jahr erstach ein weiterer friedens- und schutzsuchender Somalier, Mohamed Hassan S., 38, seinen Zimmergenossen nach einer verbalen Auseinandersetzung. Nfally B. und Mohamed Hassan S. waren wieder einmal im Streit in der Dorfener Unterkunft geraten. Kurz nachdem eine

Poizeistreife vor Ort war und schlichten wollte, zückte der Somalier ein Klappmesser und stach immer wieder auf seinen senegalesischen Mitbewohner ein. Tödlich waren die Stiche ins Herz und in die Lunge. Der Leichnam von Nfally B. wurde auf Steuerzahlerkosten in seine Heimat geflogen.

Mühldorferin viermal vergewaltigt und als „rassistisch beschimpft"

„Regionales Aufsehen" erregte letztes Jahr auch der Prozess gegen einen Senegalesen, der erst vier Wochen vor der Tat in Deutschland um „Schutz" ansuchte. Er zerrte eine 19-jährige Mühldorferin nach einem Discobesuch in ein Gebüsch und vergewaltigte sie brutalst. Aufgrund der DNA-Spuren konnte er überführt werden. Der „vor der Gewalt in seiner Heimat geflohene" Assane N. ist Asylbewerber und stammt aus dem Senegal. Die 19-Jährige wollte noch per Handy um Hilfe rufen, doch der Senegalese entriss ihr das Smartphone und steckte es ein. Er forderte die junge Frau auf, ihn zu küssen und als diese ablehnte, beschimpfte er sie als rassistisch. Er packte die Mühldorferin am Arm, zerrte sie in ein Gebüsch nahe dem Innufer und vergewaltigte sie dort vier Mal. Durch den gewaltsamen mehrfachen Geschlechtsverkehr erlitt die 19-Jährige schwerste Verletzungen.

Aufgrund der Täterbeschreibung und mithilfe von Spürhunden konnte der Senegalese sehr schnell ermittelt werden. Das Opfer konnte ihn trotz der Dunkelheit am Tatort aus 31 vorgelegten Lichtbildern von afrikanischen Asylbewerbern als ihren Vergewaltiger identifizieren. Bei einer Durchsuchung seines Zimmers fand die Polizei auch das von der 19-Jährigen beschriebene auffällige T-Shirt mit Totenkopfaufdruck. Bei seinen Habseligkeiten wurde bei seiner Festnahme auch das Smartphone der vergewaltigten 19-Jährigen gefunden, das er – wie er selbst erklärte – nur versehentlich bei der Vergewaltigung mitgenommen habe. Nach einem Presseaufruf erhielt die Polizei Hinweise aus der Bevölkerung, denen zufolge der Senegalese schon zuvor mehrere Frauen in Mühldorf sexuell genötigt und zum Geschlechtsverkehr aufgefordert hatte.

In Italien habe er „nur 75 Euro Unterstützung" im Monat bekommen und außerdem habe es Probleme mit einem italienischen Mädchen gegeben, dessen Handtasche er rauben wollte. Nachdem Italien den Asylantrag des 25-Jährigen abgelehnt hatte, sei er zunächst in die Schweiz gereist, wo es ihm aber nicht gefallen habe und schließlich nach Deutschland gegangen. In Deutschland wurde der westafrikanische Blutdiamant mit offenen Armen aufgenommen und sofort in das Sozial- und Resozialisierungssystem eingegliedert.

Kreis Mühldorf – auch Afghane in der Silvesternacht aktiv

In der berüchtigten Silvesternacht 2015/16 wurde ebenfalls im Landkreis Mühldorf ein 27-jähriges Mädchen von einem afghanischen Asylbewerber in ihrem Hauseingang vergewaltigt, wie sogar die Süddeutsche Zeitung – damals noch mit Täterherkunftsangaben – vermeldete. Kölner Verhältnisse mittlerweile im bayerischen Barock-Juwel.

Nasenbeinbrüche und Prellungen wegen Putzstreit

Sauber – am Wochenende sind mehrere Asylbewerber in einer Unterkunft in Obertaufkirchen bei Mühldorf in Streit über „die Sauberkeit der Wohnung" geraten. Bei der Auseinandersetzung zogen sich alle Beteiligten Prellungen, Nasenbeinbrüche und Abschürfungen zu. Anschließend verständigten die putzigen Artgenossen die Polizei und zeigten sich gegenseitig an.

CSU-Behörden handeln unverzüglich – Chauffeur des Landrats suspendiert

Doch die CSU zeigt „Sicherheit durch Stärke" im Landkreis Mühldorf – auf ihre unnachahmliche Art: Nachdem die AfD-Mitgliedschaft des langjährigen Chauffeurs von Landrat Georg Huber, CSU, (PI berichtete) bekannt wurde, wurde Martin Wieser zunächst sofort vom Dienst suspendiert und nach erster juristischer Prüfung sodann „in den Straßenbau" versetzt – also „Steineklopfen" auf gut bayerisch. Wieser arbeitete seit 25 Jahren im Landratsamt und hat sich nie etwas zuschulden kommen lassen. Der dreifache Familienvater chauffierte den Landrat jahrelang quer durch Europa und war für den gesamten Fuhrpark des Landkreises Mühldorf zuständig.

Drei Wochen nach der Entlassung seines zuverlässigen Fahrers hatte Landrat*te Georg Huber, CSU, jedoch eigenhändig einen blöden Unfall gebaut – Instant Karma, AfD wirkt!

Vielleicht hätte er besser mit dem Mühldorfer Regionalexpress, Erster Klasse, fahren sollen.

PI-Gastautor Max Thoma ist studierter Wirtschafts- und Medienjurist sowie Diplom-Kommunikationswirt. Er ist als internationaler Manager tätig. Sein Großonkel Ludwig Thoma schrieb den berühmten Klassiker der bayerischen Literatur „Erster Klasse" – einen Bauernschwank, der in einem Zugabteil zwischen Mühldorf und München spielt: in der „Guten Zeit" randalierten noch die Zuwanderer aus Preußen im Bayerischen Regionalexpress. Der Oberbayer Max Thoma ist gebürtiger Mühldorfer – nicht unweit von ihm erblickte außerdem Papst Benedikt der XVI. das Licht der Welt.

Kein Aufschrei der üblichen Rassismus-Riecher Saarbrücken: Syrer stechen Weihnachtsmarktbesucher ab

pi-news.net/2017/12/saarbruecken-syrer-stechen-weihnachtsmarktbesucher-ab/

19.12.2017

Hier geschah die Tat: Der Weihnachtsmarkt in Saarbrücken am Johanner Markt.

Saarbrücken: Am Samstag, 16.12.2017, 22:30 Uhr, wurde der Polizei in Saarbrücken eine Schlägerei zwischen mehreren Personen unter Verwendung von Waffen gemeldet. Eine Person liege mit Stichverletzungen in der Bahnhofstraße, die Tätergruppe sei geflüchtet. Nach ersten Ermittlungen war der Geschädigte mit mehreren Bekannten (weiblich und männlich) im Zug unterwegs von Homburg nach Saarbrücken. Im Zug sei es zu einem verbalen Streit mit einer Personengruppe arabischen Phänotyps, wie später festgestellt syrische Zuwanderer, gekommen. Es sei jedoch bis Saarbrücken bei einer verbalen Auseinandersetzung geblieben. In Saarbrücken begab sich die Gruppe um den Geschädigten dann durch die Bahnhofstraße in Richtung St. Johanner Markt. Hier habe ihnen die syrische Gruppe zwischen den Weihnachtsmarktbuden aufgelauert, verbal bedroht und beleidigt sowie mit gezogenen Waffen zumindest den verletzten Geschädigten angegriffen. Laut Angaben von Zeugen hätten die Täter Schlagstock, ein Karambit (Sichelmesser), ein Wurfmesser und eine Kettenpeitsche in den Händen gehalten. Erst durch das Hinzukommen weiterer Personen und die offensichtliche Verständigung der Polizei, hätten die Täter vom Geschädigten abgelassen und seien in verschiedene Richtungen geflüchtet. Nach zunächst erfolglosen Fahndungsmaßnahmen konnten die Tatverdächtigen 3 Stunden später im Zug nach Homburg in St. Ingbert vorläufig festgenommen werden.

Es handelte sich um drei syrische Zuwanderer im Alter von 17, 19 und 20 Jahren. Alle standen unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln. Durch die Tat wurde das Opfer leicht verletzt (Stichverletzung im Schulterbereich, Schnittverletzung an der Schläfe) und konnte später wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Die Polizei sucht Zeugen, die Angaben zu der Tat oder zu der vorangegangenen Auseinandersetzung im Zug von Homburg nach Saarbrücken machen können. Hinweise bitte an die Polizeiinspektion Saarbrücken-St. Johann, Karcherstraße 5, 66111 Saarbrücken, Telefon: 0681/9321230.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Köln: Nach Bitte um Ruhe, trat und schlug der Täter mehrfach zu. Mit einem Bild aus einer Überwachungskamera fahndet die Polizei Köln nach einem etwa 16 Jahre alten Jugendlichen. Dem Gesuchten wird vorgeworfen, am Montagnachmittag (2. Oktober) einen Kölner (52) in einem Linienbus im Stadtteil Marienburg geschlagen und getreten zu haben. Der 52-Jährige erlitt durch einen Tritt ins Gesicht eine Platzwunde und eine Zahnverletzung. Die Kripo Köln bittet um Zeugenhinweise. Gegen 15.40 Uhr stiegen mehrere Jugendliche auf der Bonner Straße in einen Linienbus in Richtung Meschenich ein (Linie 132). „Die haben sich in die letzte Reihe gesetzt, waren sehr laut und haben sich einfach ungebührlich verhalten", erklärte eine Zeugin (67) bei der Anzeigenaufnahme. Auf die Bitte der 67-Jährigen, etwas leiser zu sein, reagierte die Gruppe nicht. Als der Kölner die Jugendlichen ebenfalls um Ruhe bat, hagelte es sofort wilde Beleidigungen. Der auf dem Fahndungsbildern Gezeigte (siehe nachfolgendes Foto) stand kurz vor der Haltestelle „Arnoldshöhe" auf, ging auf den Geschädigten zu und trat ihm unvermittelt gegen die Brust und ins Gesicht. Als der Busfahrer an der nächsten Haltestelle die Fahrt stoppte und die Türen öffnete, schlug der Täter dem durch die Tritte bereits Verletzten noch einmal ins Gesicht. Danach rannte er mit seinen Begleitern in Richtung einer Grünfläche weg. Die Kripo Köln fragt: Wer kennt den auf den Bildern gezeigten Jugendlichen? Wer kann Angaben zu seiner Identität oder seinem Aufenthaltsort machen? Hinweise bitte an das Kriminalkommissariat 46, Telefonnummer 0221 229-0 oder per E-Mail an poststelle.koeln@polizei.nrw.de.

Ingolstadt: Zwei Männer und eine Frau im Alter von 24 und 25 Jahren wurden am Sonntag gegen 4.30 Uhr von noch unbekannten Tätern zusammengeschlagen. Die 3-köpfige Gruppe aus dem Landkreis Eichstätt war auf dem Nachhauseweg, als ihnen in der Harderstraße drei junge Männer entgegentraten. Diese fingen offenbar ohne erkennbaren Grund an, die Gruppe anzupöbeln. Nach einem kurzen Streit wurden die drei Täter handgreiflich und schlugen mit Fäusten und Füßen auf ihre Opfer ein. Die beiden Männer im Alter von 24 und 25 Jahren sowie die 24-jährige Frau erlitten Verletzungen am Kopf und im Gesicht und mussten mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht werden. Bei den flüchtigen Tätern handelt es sich um drei junge Männer, vermutlich türkischer Abstammung. Einer hatte auffallend „wuschelige" Haare, ein Täter trug ein schwarzes Oberteil mit einem roten Zeichen, der dritte Täter soll einen Schuh verloren haben. Zeugenhinweise nimmt die Polizeiinspektion Ingolstadt unter Tel. 0841/9343-2222

Hamm-Mitte: Ein 17-jähriger wurde am Dienstag, 12. Dezember, gegen 21.10 Uhr, auf dem Ostenwall von einem Unbekannten geschlagen und leicht verletzt. Zuvor wurde der Hammer zusammen mit zwei weiteren Jugendlichen von einer Gruppe von fünf Personen angepöbelt. Es kam zu einer verbalen Auseinandersetzung und schließlich zu

der Körperverletzung. Einer der Unbekannten bedrohte die drei Jugendlichen außerdem mit einer Schere. Anschließend flohen die Täter. Ein Gesuchter ist etwa 16-18 Jahre alt, zirka 1,70 Meter groß, hatte schwarze Haare, war dunkel gekleidet und sprach gebrochen Deutsch. Seine Begleiter waren etwa im selben Alter und ebenfalls dunkel gekleidet.

Salzburg: Der junge Verdächtige rastete am Sonntagabend in einem Obus der Linie 1 aus. Er randalierte gemeinsam mit Freunden im Bus, pöbelte andere Fahrgäste an. Der Chauffeur rief den mobilen Unterstützungsdienst für Obuslenker an und erklärte dem dort Diensthabenden, er werde um 20.12 Uhr von Klessheim kommend den Hanuschplatz erreichen. Der Kollege (53) dieser mobilen Stelle fuhr sofort zum Hanuschplatz und wartete dort auf den Bus. Als Afghane ausstieg, stellte ihn der 53-Jährige zur Rede. Da drehte der Asylwerber durch und schlug mit den Fäusten und einem Gürtel auf den Mann ein. Der Buslenker hatte in der Zwischenzeit die Polizei gerufen. Diese nahm den Afghanen fest.

Osnabrück: Am frühen Samstagmorgen ist ein 33jähriger Mann vor der Diskothek „Kleine Freiheit" an der Hamburger Straße von mehreren Unbekannten attackiert und schwer verletzt worden. Der Osnabrücker verließ gegen 02.30 Uhr die Lokalität, um eine Zigarette zu rauchen und wurde auf dem dortigen Vorplatz unvermittelt niedergeschlagen. Das Opfer ging dabei zu Boden und wurde von etwa sieben Personen weiter getreten und geschlagen. Danach ließen die Täter von ihrem Opfer ab und entfernten sich in unbekannte Richtung. Mit einem Beinbruch und einem abgebrochenen Zahn musste der Mann ins Krankenhaus gebracht werden. Einer der Täter war etwa 20 Jahre alt, circa 170cm groß und hatte einen dunklen Teint. Der Mann hatte kurze schwarze, nach links gekämmte Haare, die an den Seiten und am Hinterkopf rasiert waren. Zur Tatzeit war die Person mit einem schwarzen Hemd und Jeanshose bekleidet. Zeugen der Tat werden gebeten, sich bei der Polizei in Osnabrück zu melden.

München: Ein 49-Jähriger Togolese geriet gegen 13:10 Uhr aus unbekannter Ursache am Hauptbahnhof mit einem 81-jährigen Deutschen aneinander. Während der verbalen Auseinandersetzung versuchte der Westafrikaner dem Mann aus Grassau im Landkreis Traunstein den Gehstock wegzunehmen. Dabei verdrehte sich der 81-Jährige im Gerangel das Handgelenk und klagte anschließend über Schmerzen. Zusätzlich beleidigte der Togolese, bei dem ein Atemalkohol von 3,34 Promille gemessen wurde, den Grassauer verbal. Ein Datenabgleich ergab, dass der Westafrikaner bereits 1992 in die Bundesrepublik eingereist war und eine gültige Aufenthaltserlaubnis besitzt.

Wiesbaden: Am Samstagabend kam es in einem Schnellrestaurant in der Kirchgasse zu einer gefährlichen Körperverletzung, bei der ein 19-jähriger Wiesbadener durch einen unbekannten Täter durch Schläge und Tritte verletzt wurde. Nach Angaben des Opfers sei es gegen 23:50 Uhr plötzlich und grundlos zu dem Übergriff gekommen. Der Täter sei circa 16 Jahre alt, circa 1,60 Meter groß, von schlanker Statur und habe kurze, schwarze, an den Seiten abrasierte Haare getragen. Der Angegriffene beschrieb den Täter als „südländisch aussehend". Das Wiesbadener Haus des Jugendrechts hat die Ermittlungen übernommen und bittet Zeugen oder Hinweisgeber, sich unter der Rufnummer (0611) 345-0 zu melden.

Ravensburg: Wie jetzt erst angezeigt wurde, haben zwei unbekannte Täter in der Nacht zum vergangenen Samstag, gegen 03.00 Uhr, einen 26-Jährigen in einer Diskothek in der Schubertstraße geschlagen und getreten. Der Angegriffene erlitt hierbei nicht unerhebliche Kopfverletzungen, die später im Krankenhaus behandelt werden mussten. Die beiden Täter, vermutlich türkischer Abstammung, sollen 20 bis 24 Jahre alt sein und schwarze Haare haben. Einer soll 180 bis 185 cm, der andere etwa 175 cm groß sein. Personen, die den Vorfall beobachtet haben oder Hinweise zu den beiden Männern geben können, werden gebeten, sich beim Polizeirevier Ravensburg, Tel. 0751-803-3333, zu melden.

Bielefeld: Die Polizei sucht derzeit Augenzeugen einer brutalen Tat in der Nacht auf Sonntag. Ein Fahrgast (40) hatte in der Stadtbahn der Linie 2 einen auffallend aggressiven Mann bemerkt. Als er andere Fahrgäste vor dem Unbekannten beschützen will, setzte es für ihn Schläge und Tritte. Nach Angaben der Polizei erlitt der 40-Jährige dabei Prellungen und einen Jochbeinbruch. Was war passiert? Gegen Mitternacht war der 40-Jährige am Jahnplatz in die Stadtbahnlinie 2 in Richtung Altenhagen eingestiegen. Dort fiel ihm ein Mann auf, der sich sehr aggressiv verhielt und dem Bielefelder mit Gesten drohte. Als der auffällige Mann in Höhe der Haltestelle Stadtheider Straße plötzlich einem bisher unbeteiligten Fahrgast die Brille von der Nase schlug, forderte der mutige 40-Jährige den Mann auf, damit aufzuhören. Dieser holte sofort aus und versuchte den Bielefelder zu schlagen. Es entstand ein Gerangel, in dessen Verlauf der 40-Jährige zu Boden ging. Der Täter trat ihn daraufhin mehrfach ins Gesicht und flüchtete an der Haltestelle Ziegelstraße mit einer Frau aus der Bahn. Nach ambulanter Behandlung im Krankenhaus erstattete der Verletzte bei der Polizei Anzeige. Der Täter hat ein arabisches Tattoo-Schriftzeichen am Hals. Der Schläger (1,78 Meter, 17 bis 25 Jahre, kurze, schwarze Haare, Drei-Tage Bart, arabisches Aussehen) hat auf der linken Seite seines Halses ein Tattoo, bei dem es sich um arabische Schriftzeichen handeln soll.

WELT unter der Rubrik „Vermischtes“: Kassel: „Junger Mann vergewaltigt 23-Jährige und sticht mit Messer zu“

pi-news.net/2017/12/kassel-junger-mann-vergewaltigt-23-jaehrige-und-sticht-mit-messer-zu/
19.12.2017

Von DAVID DEIMER | Die Schlagzahl der systemischen Kriegsverbrechen des Merkelregimes gegen die eigene Bevölkerung erhöht sich täglich: Ein „junger Mann“ hat am Samstag Abend in Kassel eine 23-Jährige vergewaltigt und anschließend mit einem Messer auf sie eingestochen. Als die Frau nach der Tat fliehen wollte, ist sie von den Stichen am Oberkörper erheblich verletzt worden, sagte ein Sprecher der Polizei. Der Täter soll ein „Teenager“ sein.

Merkel-Zombie mit „wulstigen Lippen“: Brutale Vergewaltigung und Mordversuch

Zuvor war die 23-Jährige bereits in Höhe der Max-Eyth-Schule auf den Täter getroffen. Der „junge Mann“ hatte die Frau zehn Minuten verfolgt und ist dann auf einer Wiese an der Fulda in Höhe der Drahtbrücke über sie brutal hergefallen. Gegen 1.30 Uhr wurde eine Autofahrerin am Auedamm im Vorbeifahren auf die verletzte Frau aufmerksam und verständigte Polizei und Rettungskräfte, was ihr möglicherweise das Leben gerettet hat.

„Die Ermittlungen der Kasseler Kripo laufen derzeit auf Hochtouren“ – teilte die Polizei mit. Die Tat ereignete sich in der Nacht zum Samstag, wurde aber bereits am Dienstag veröffentlicht. Die Polizei leitete „umfangreiche Fahndungsmaßnahmen“ ein. Doch die Suche blieb bislang erfolglos. Sachdienliche Hinweise auf den Täter oder mutmaßliche Hintermänner sind unter der Telefonnummer 0561 – 9100 beim Polizeipräsidium Nordhessen zu melden.

Die Polizei hofft nun auf Zeugen und veröffentlichte diese Täterbeschreibung:

- 16 bis 20 Jahre alt (Jugendstrafrecht)
- etwa 1,65 bis 1,70 Meter klein
- dunkelhäutig
- wulstige Lippen
- sprach gebrochenes Deutsch.

Vergewaltigung wird systematisch von Kriegsparteien als Kriegswaffe eingesetzt. Zum Beispiel 1945, als Millionen deutscher Frauen auf höchsten Befehl von den Kommunistischen Horden vergewaltigt wurden; in den Balkankriegen auf europäischem Boden oder in jüngster Vergangenheit in Ruanda, Kongo, Sierra Leone, Südsudan, Simbabwe oder in Südafrika immer noch gegen weiße „kolonialistische“ Farmer. Massenvergewaltigungen sind angewandte Kampfmittel von Umvolkungen und ethnischen Säuberungen gegen die Bevölkerung des Feindes. In Deutschland wird der „Asyl-asymmetrische Krieg“ nun täglich gegen Mädchen und Frauen jeden Alters geführt und mit Steuermitteln in Milliardenhöhe befeuert. Ähnlich wie gegen die Menschenschlächter Radoval Karazic, Slobodan Milosevic, Jadranko Prlic, Ratko Mladic oder Charles Taylor wird es nun allerhöchste Zeit, die Schuldigen an den Verbrechen gegen Deutschland beim UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag wegen ihrer zehntausendfachen Verbrechen zur Strecke zu bringen. Allen voran die Unterstützer und Befürworter des Merkel-Regimes aus Systemparteien und Systemmedien („Prantlpresse“), die Asylindustrie sowie die Köpfe der Kardinal-Marxistischen bedford-strohmlinienförmigen Asylsekten – die alle als Hauptprofiteure dieser nach Deutschland importierten Gräueltaten gelten und entsprechend zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

PI-Leser wissen: Das ist kein Einzelfall! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Afrikanerin drückt bei „Spritztour“ auf die Drüse Volle Sahne: Muttermilch-Attacke auf Bundespolizisten

pi-news.net/2017/12/volle-sahne-muttermilch-attacke-auf-bundespolizisten/
19.12.2017

Von JOHANNES DANIELS | „Deutsche Milchquote“ völlig falsch verstanden. Ein geflüchtetes Paar aus Kamerun wollte in dem Land, in dem Milch, Honig und reichlich Steuergelder fließen, eine kleine „Spritztour“ mittels Eisenbahn unternehmen. Dummerweise vergaß der vollversorgende Steuerzahler, den Passagieren eine Fahrkarte zu kaufen, was die beiden Schwarzen folglich zu Schwarzfahrern machte. Als es zur Kontrolle auf der Strecke zwischen Wannsee und Jüterbog / Brandenburg kam und die beiden kamerun-stämmigen Neubürger kein Ticket vorzeigen konnten, wurden Bundespolizisten eingeschaltet. Diese wollten zunächst nur die Personalien der Schwarzfahrenden aufnehmen.

Was dann folgte, ist an traditioneller afrikanischer Lebensfreude kaum zu überbieten. Das agile Kamerun-Gespann holte zum tierischen Rundumschlag aus: Auf dem Weg zum Dienstfahrzeug sträubte sich der Mann und schlug in Richtung der Beamten. Während die Polizisten den edlen Wilden, 20, zu bändigen versuchten und ihm Handfesseln verpassen wollten, fing die 30-jährige afrikanische Agrarwirtschaftsbereicherin daraufhin lauthals an zu schreien, entblößte sich vollständig in der Öffentlichkeit und bespritzte die Einsatzkräfte aus Leibeskräften mit Muttermilch aus schwarzbuntem Euter.

Die Milch macht’s!

Die beiden so genannten Schwarzfahrer konnten letztendlich (mit einem „Milky Way“?) beruhigt werden. Ihre Personalien wurden notiert. Die Bundespolizei kommentierte den Laktose-Angriff lakonisch auf Twitter: “Mit den Waffen einer Frau“! Nach Abschluss aller polizeilichen Maßnahmen kamen die beiden Molkegäste – wie es sich gehört – „wieder auf freien Fuß“.

Der älteste Energy-Drink der Welt …

Gegen den aggressiven Kamerun-Cowboy wurde ein Verfahren wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet – gegen die Frau wird wegen einer „saftigen“ Körperverletzung ermittelt. Denn neben „Laktoseintoleranz“ können gerade afrikanische Körperflüssigkeiten in hohem Maße Hepatitis-B-Virenträger sein oder auch HIV übertragen. Die Zahl der Hepatitis-B-und-C-Träger wird derzeit auf über 180 Millionen allein in Afrika beziffert. Mit Hepatitiden ist nicht zu spaßen – schon gar nicht mit Hepatittiden!

Nichtschwimmer-Afghane versucht Deutsche zu ertränken Dramatische Rettung in Berlin: Mörder nach Mordversuch reanimiert

pi-news.net/2017/12/dramatische-rettung-in-berlin-moerder-nach-mordversuch-reanimiert/
20.12.2017

Von JOHANNES DANIELS | Glück im Unglück hatte ein 19-jähriger Afghane (Nichtschwimmer), nachdem er versuchte, ein 17-jähriges Mädchen (Schwimmerin) in Berlin-Spandau zu ertränken.

Zunächst stieß der Geflüchtete am Dienstagvormittag eine flüchtige „Bekannte" in die eiskalte Havel – bei zwei Grad Celsius Wassertemperatur. Nach Zeugenaussagen sprang der schutzsuchende „Schubser" sodann ebenfalls in den Fluss, um das Mädchen mehrfach unter Wasser zu drücken und zu ermorden. Ein untauglicher Versuch, denn der 17-Jährigen gelang es, die lebensgefährliche Attacke mit Leibeskräften abzuwenden und sich ans Ufer zu retten. Der „heranwachsende Angreifer" (Tagesspiegel) musste hingegen von Beamten der Wasserschutzpolizei aus dem Wasser gezogen und reanimiert werden. Im Eifer des Gefechts vergaß er, dass er nicht schwimmen konnte. Er musste folglich von einem Notarzt der Feuerwehr reanimiert werden und wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die 17-jährige Erlebende des Mordversuchs musste wegen starker Unterkühlung und eines Schocks behandelt werden.

Im Wechselbad der Gefühle

Nach Medieninformationen soll der Angriff eine „Beziehungstat" gewesen sein: Bei dem Mann soll es sich um einen Flüchtling aus Afghanistan handeln, das Mädchen ist Deutsche. Der 19-Jährige sei am Dienstagnachmittag bedauerlicherweise noch nicht vernehmungsfähig gewesen – er ist jedoch „auf dem Weg der Besserung". Dem Vernehmen nach lebt der Berliner Neubürger in einer „Flüchtlingsunterkunft" nahe des Tatortes. Die Mordkommission Berlin hat die Ermittlungen übernommen.

Auch im Fall der Medizinstudentin Maria Ladenburger zerrte der „17-jährige Heranwachsende" Hussein Khavari sein Opfer in die Dreisam, um das schwerst verletzte Mädchen zu ertränken – ein alter archaisch-animalischer afghanischer Brauch. Auch Krokodile zerren ihre Opfer gerne unter Wasser. Das Mädchen aus Berlin-Spandau habe nach Einschätzung der Polizei bei der interkulturellen Begegnung hingegen „viel Glück" gehabt.

Ehrenamtliche schaffen Abhilfe – Flüchtlinge fit für den Badespaß!

Immer wieder sterben Asylsuchende bei selbstverschuldeten Badeunfällen – allein im Jahr 2015 kam es zu 27 tödlichen Tragödien. „Sie rutschen unter Wasser, kriegen Panik, holen einmal tief Luft und ertrinken einfach" erklärt Peter Astashenko, Geschäftsführer der Wasserwacht Bayern. „Oft könnten sie die Gefahr gerade an

Badeteichen und Flüssen nicht einschätzen – die Rettungsschwimmer und Schwimmmeister in den Bädern waren noch nie so oft im Wasser wie in den vergangenen Monaten, um den Gästen zu helfen". Da Schwimmkurse keine Leistung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind, versucht nun eine groß angelegte Initiative von engagierten Ehrenamtlichen, hier rasche Abhilfe zu schaffen. Auch sollten „Flüchtlinge" an den bestehenden Schwimmkursen teilnehmen, steuerfinanziert über „Bildungsgutscheine". Gerade Geflüchtete aus dem „landlocked" Binnensaat Afghanistan haben große Schwierigkeiten in offenen Gewässern oder dem Nichtschwimmerbereich von kommunalen „Spaßbädern". Damit es mit den deutschen Neubürgern „nicht den Bach runter geht", setzt man nun auch auf Aufklärung und Sicherheit beim fröhlichen Plantschen – unter anderem auf Arabisch, Persisch, Urdu, Albanisch, Russisch und Paschtunisch. Dann klappt's auch sicher beim nächsten „Erlebnisbad"!

Polit-korrekte Früherziehung auch in Bayern Pfaffenhofen: Integration bis in die Puppen

pi-news.net/2017/12/pfaffenhofen-integration-bis-in-die-puppen/
22.12.2017

Von MAX THOMA | Pfaffenhofen – die bislang offiziell „Lebenswerteste Kleinstadt der Welt" im Herzen Bayerns und des ebenfalls größten Hopfenanbaugebiets der Welt – ist in letzter Zeit einiges „Kasperltheater" im Zeichen des Großen Austausches gewöhnt: Vor noch nicht einmal vier Wochen eskalierte bei der Auszahlung des „Taschengeldes" eine bereits seit Wochen schwelende Gewaltsituation in einer Unterkunft des Landkreises – Behördenmitarbeiter und Security-Personal mussten sich in Todesangst vor den tumultartigen Ausschreitungen von über 100 wild gewordenen Plünderern aus Afrika verschanzen – einige Mitarbeiter des „Sicherheits-Dienstes" wurden dabei verletzt.

Nigerianische Migranten-Horden benutzten dabei herausgehobene Sperrgitter und Eisenstangen, um damit die schleunigst verschlossenen Türen zu den „Auszahlenden" des Pfaffenhofener Landratsamtes einzurammen. **Ein Großaufgebot der Polizei Ingolstadt musste anrücken** und die schwarzbunten Merkel-Orks besänftigen. In der oberbayerischen 2.000-Einwohnergemeinde Oberstimm fanden gleich nach der Bundestagswahl 700 neu hinzugekommene nigerianische Schutzsuchende Schutz, Steuergeld, Obdach und … Opfa.

Anfang November legte ein Merkel-Gast die komplette Stadt Pfaffenhofen großräumig lahm, als er aus Frust eine Mitarbeiterin des Landratsamtes als Geisel nahm und diese mit einem Fleischermesser in den Hals stach. **Ein Großaufgebot der Polizei Ingolstadt und des SEK München musste anrücken.**
Als unlängst ein straffälliger 19-jähriger Nigerianer abgeführt werden sollte, eskalierte eine zunächst harmlose Situation in Manching, das teils zum Landkreis Pfaffenhofen gehört. Aus einer „aufgestachelten Gruppe" von etwa 50 Flüchtlingen, die sich „zunehmend aggressiv" verhielt, wurden die Beamten angegriffen und ihr Auto beschädigt. Die Polizisten setzten Pfefferspray ein, es gab mehrere Verletzte. **Ein Großaufgebot der Polizei Ingolstadt musste anrücken.**

Kinder sind oft Leidtragende

Leidtragende dieser strukturellen Gewalt gegen Schutzsuchende sind oft Kinder. So wurde ein afrikanisches Kind bei dem Polizeieinsatz so verletzt, dass es ins Krankenhaus eingeliefert werden musste: Als die Mutter ein Einsatzfahrzeug der Polizei mit ihren Fäusten attackierte, fiel ihr das Kind „im Eifer des Gefechts" zu Boden. Die Schwerkraft ist ein Nazi.

Doch im Gegensatz zu Ludwig Thomas „Münchner im Himmel" hat nun die Bayerische Staatsregierung dank ihrem fanalen CSU-Motto „Sicherheit durch Stärke" die göttliche Eingebung ereilt. Das Bayerische Ministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) lässt zusammen mit dem Landkreis Pfaffenhofen die Puppen tanzen, um die Gewalt bereits an der Wurzel zu ersticken und finanzierte ein de-eskalierendes Integrations-Spielprojekt mit lustigem Holzspielzeug schon für die Kleinsten. „Julian, Adeze, Miguel, Sherifa und Elif" sollen ab jetzt die interkulturelle Früherziehung in Kitas im Landkreis Pfaffenhofen unterstützen.

„Unterschiedliche Lebenswelten" prallen auf Pfaffenhofen

Zehn Kindertageseinrichtungen aus dem Landkreis Pfaffenhofen haben vom Sachgebiet „Familie, Jugend, Bildung" am Landratsamt zur Unterstützung für KITAS mit geflüchteten Familien ein Set aus fünf „kikula"-Handpuppen erhalten. Die fair-trade-gefertigten Exemplare verkörpern Kinder mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund. Ulrike Gaidosch-Nwankwo, die Erfinderin der interkulturellen Handpuppen und „Trainerin für interkulturelle Kompetenz", gestaltete zur Einführung der Kinder in die „Neuen Lebenswelten" jetzt einen Workshop im Landratsamt für insgesamt 20 Fachkräfte aus Kindertagesstätten. „Mit Übungen zur eigenen Bewusstseinsbildung für unterschiedliche Lebenswelten und kultureller Vielfalt sowie einigen Spielvorschlägen und Beispielen zum sprachlichen Dialog mit den Kindern führte sie die Teilnehmerinnen in das kultursensible Handpuppenspiel ein", berichtet Waltraud Karl vom Landratsamt, die den Workshop organisiert hatte.

Kultursensibles Handpuppenspiel – dann klappt's auch mit den Puppen

Tipps zur Verknüpfung zu interkulturellen Kinderbüchern rundeten den Workshop-Tag ab. „Die Teilnehmerinnen freuen sich jetzt auf das Spiel mit den Handpuppen in ihren eigenen Einrichtungen", so Waltraud Karl. „Die Bandbreite der Ideen reicht hier von der bildlichen Identifikations-Präsenz der Puppen für die Zweijährigen, dem Bilderbuch begleitenden Spiel, dem spontanen Dialog, dem monatlichen

Puppentheater für alle Kinder bis hin zum Einsatz im Rahmen des Vorkurses Deutsch 240 in Vorbereitung auf den Übergang in die Grundschule".
Im Rahmen der kultursensiblen Lehrvorbereitung wurde dem Vernehmen nach auch peinlichst darauf geachtet, dass die politkorrekten Puppen kein reaktionär-zwangsheteronormatives „Pink" farblich befleckt und der „Südseekönig" das schlafende Dornröschen nur mit notariell im Vorfeld konkludent vereinbarter Zustimmung strukturell belästigt.
500% mehr #metoo – Schutzbedürftige gehen „ran an die Puppen"
Aufklärung tut Not – denn so manche geflüchteten „Zuckerpüppchen" ent-puppen sich nun als veritable „Monsterbacken". Wie ein Polizeisprecher erklärte, stiegen die Straftaten durch Zuwanderer allein auf dem Ingolstädter Stadtgebiet von 150 Delikten im Jahr 2014 über 600 in 2015 auf 950 im vergangenen Jahr. Dabei handelt es sich vorwiegend um Diebstähle und Körperverletzungen – eine Steigerung um 500% in zwei Jahren. Aber auch der Drogenhandel durch die dunkelpigmentierten „Hush-Puppies" floriert in den Landkreisen. Zuletzt lag die Zahl registrierter Straftaten bei „weit über 1.000" allein bis Oktober 2017. Seit 15 Monaten kam es zu einer beispiellosen Vergewaltigungsserie „vor Horst Seehofers Haustüre" rund um die Aufnahmezentren im Großraum Ingolstadt und Eichstätt – PI-NEWS berichtete in einer eigenen extrem verstörenden Serie.
Doch auch hier wird in Bayern gehandelt, anstatt „rumgekasperlt". „Die Integrationsbeauftragte der Stadt Ingolstadt Ingrid Gumplinger und die Gleichstellungsbeauftragte Barbara Deimel haben das heiße Eisen aufgegriffen und in Form eines Plakats umgesetzt". Erlebenden und Erlebnisbereicherern ohne deutsche Sprach- oder Schriftkenntnisse zugleich wird mittels Piktogrammen und 17 unterschiedlichen Zuwanderungs-Sprachen ebenfalls spielerisch aufgezeigt, wann der Kuffnucken-Kasperle in der Hose bleiben muss, damit es kein Abschiebe-Theater gibt. Respect!
Der Pfaffenhofener Landrat Martin Wolf, CSU, auf „Pfaffenhofen Today" : „Wer sich auf das Helfen oder die direkte Begegnung mit Flüchtlingen einlässt, wird feststellen, dass sich auch das eigene Denken und Verhalten verändert. Erkenntnisse aus der Medienberichterstattung können das nicht leisten. Selbst erlebt ist selbst erlebt."
So wird Integration zum Kinderspiel – Huurrrrahhhhh – es sind noch lang nicht alle da!

PI-Gastautor Max Thoma studierte Rechtswissenschaften, Kommunikationswissenschaften und BWL in München und St. Gallen und ist als internationaler Manager tätig. Er lebt mit seinen Kindern im Landkreis Pfaffenhofen und ist dort steuerpflichtig. Trotz aller Unkenrufen sind die KITAS und Kindergärten dort absolut exzellent geführt und suchen ihresgleichen in ganz Bayern.

Kein Aufschrei der üblichen Rassismus-Rufer Bielefeld: „Südländer“-Mob verprügelt 30-Jährigen

pi-news.net/2017/12/bielefeld-suedlaender-mob-verpruegelt-30-jaehrigen/
25.12.2017
Bielefeld: Mehrere Männer haben am Samstag (16.12.) einen 30-Jährigen in Bielefeld geschlagen und in die Lutter gestoßen. Die Polizei sucht Zeugen sowie die flüchtigen Täter, die das Opfer verletzt zurückließen. Der Vorfall ereignete sich in der Nacht zu Samstag an der Straße Papenmarkt in der City gegen 0.25 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt hielt sich dort der 30-Jährige in Begleitung mehrerer Freunde auf dem Vorplatz des Stadtpalais auf. Eine Gruppe Männer geriet mit ihnen in Streit, so die Polizei. Im Laufe der Auseinandersetzung vor der Disco schlugen fünf bis sechs Männer gemeinsam auf den 30-Jährigen ein und schubsten ihn schließlich in den nahegelegenen Bachlauf. Bei den Tätern soll es sich um Südländer im Alter von 20 bis 25 Jahre handeln, heißt es von der Polizei. Einer der Täter habe schwarze Hautfarbe.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Lüneburg: Am 20.12.17, gegen 01.00 Uhr, wurde eine 57-Jährige von zwei bislang unbekannten Tätern in der Straße Am Schützenplatz überfallen und verletzt. Die 57-Jährige war aus Richtung der Bleckeder Landstraße gekommen, als die unbekannten Täter sie vermutlich mit einem Messer am Rücken verletzten, ihr einen Arm verdrehten und sie mit einem harten Gegenstand auf den Kopf schlugen. Nachdem die Frau zu Boden gestürzt war, liefen die Täter in Richtung der Bleckeder Landstraße davon. Die Verletzte wurde mit einem Rettungswagen in das Klinikum gebracht und dort medizinisch versorgt. Hintergrund der Tat könnten persönlicher Natur sein. Die Täter waren nach ersten Angaben beide ca. 25 Jahre alt, südländischer Herkunft, sprachen arabisch und trugen jeweils eine Schirmmütze. Weiterhin war einer der Täter, ca. 170 cm groß und mit einer beigefarbenen Jacke bekleidet, der andere Täter war etwas kleiner und trug einen dunklen Kapuzenpulli.
Hamburg: Nach jetzigem Sachstand der Bundespolizei attackierte ein alkoholisierter Mann (m.47) am 20.12.2017 gegen 14.40 Uhr grundlos einen Passanten (m.24) am Bahnsteig und in einer abfahrbereiten S-Bahn (S3) im S-Bahnhaltepunkt Neuwiedenthal. Der Beschuldigte versetzte dem Geschädigten Faustschläge in das Gesicht und hielt dabei ein Messer in der Hand. Couragierte Fahrgäste überwältigten den Beschuldigten und sicherten dass Messer. Alarmierte Bundespolizisten nahmen den 47-Jährigen Mann vorläufig fest. Der Geschädigte (m.24) erlitt Gesichtsverletzungen und wurde mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus verbracht. Hier musste eine Wunde im Gesicht genäht werden; im Anschluss wurde der Geschädigte aus dem Krankenhaus entlassen. Nach Auswertung der Zeugenaussagen und den entsprechenden Aufnahmen aus Überwachungskameras schrie der Beschuldigte zuvor am Bahnsteig herum und behauptete, dass sein Fahrrad gestohlen worden sei. Unvermittelt bedrängte der Beschuldigte daraufhin den Geschädigten. Dieser flüchtete in eine Richtung Hauptbahnhof abfahrbereiten S-Bahn. Dort wurde der 24-Jährige von dem Tatverdächtigen mit Faustschlägen in das Gesicht attackiert und unter Vorhalt eines Messers (siehe Foto) auf einen Sitz gedrückt. Couragierte Passanten entwaffneten den Mann, zogen die Notbremse der S-Bahn und alarmierten die Bundespolizei. Eingesetzte Kräfte der Bundespolizei nahmen den polizeibekannten Mann vorläufig fest. Ein im Bundespolizeirevier durchgeführter Atemalkoholtest ergab einen Wert von 0,71 Promille. Der Beschuldigte klagte über Schmerzen und wurde kurzzeitig in einem Krankenhaus behandelt und anschließend entlassen. Gegen den türkischen Staatsangehörigen aus Neugraben-Fischbek wurden entsprechende Strafverfahren eingeleitet; dass Messer wurde sichergestellt.
Dieburg: Ein bislang noch unbekannter Mann hat am Mittwochmorgen eine junge Radfahrerin attackiert. Nach Zeugenaussage war das 14 Jahre alte Mädchen gegen 7.20 Uhr mit ihrem Fahrrad von Dieburg aus in Richtung Groß-Zimmern unterwegs. Bei Überquerung der Fußgängerbrücke über die Bundesstraße 26 drehte sich ein vor ihr laufender Mann um, rannte auf sie zu und holte mit dem Arm aus. Die 14-Jährige konnte ausweichen und fuhr weiter. Der Unbekannte rannte in Richtung Dieburg davon. Er war 30 bis 40 Jahre alt, über 1,80 Meter groß und hatte einen dunkleren Hautteint.
Oberursel: Während des Wartens auf eine U-Bahn an einer Haltestelle der U-Bahn-Linie 3 in der Hohemarkstraße in Oberursel wurde ein Jugendlicher am Mittwochnachmittag von einem Unbekannten bedroht. Mutmaßlich nur, weil er die ihm unbekannte Person anschaute, wurde ein 14-jähriger Schüler aus Oberursel von diesem damit bedroht „abgestochen“ zu werden. Nach Aussprechen der Bedrohung stieg der ebenfalls als Jugendlicher eingeordnete Unbekannte in einen in Richtung Oberursel-Bahnhof fahrenden Zug ein. Der unbekannte Jugendliche wird als circa 180 cm groß, dunkelhäutig und mit schlanker Figur beschrieben.
Münster: Unbekannte näherten sich am Mittwoch (20.12., 23:58 Uhr) am Berliner Platz einem 17-Jährigen und schlugen unvermittelt auf ihn ein. Einer der Männer zückte eine Glasflasche und zog sie dem Jugendlichen über den Kopf. Anschließend ließ das Quartett von dem 17-Jährigen ab und flüchtete in Richtung Herwarthstraße. Der Mann verletzte sich glücklicherweise nur leicht. Ein Zeuge begleitete ihn in ein Krankenhaus. Die Täter waren laut Zeugenaussagen südländischer Herkunft und dunkel gekleidet. Einer der Männer trug vermutlich eine rote Jacke.
Wiesbaden: Zu einer gefährlichen Körperverletzung kam es am gestrigen Dienstag in Dotzheim. Aus nicht näher bekannten Gründen wurde in den Abendstunden ein 30-jähriger Wiesbadener von einem ihm unbekannten Mann körperlich attackiert. So schlug der bislang unbekannte Täter mehrmals dem 30-Jährigen mit der Faust gegen den Kopf und als dieser zu Boden ging, folgten Tritte gegen dessen Oberkörper. Der Wiesbadener erlitt erhebliche Verletzungen im Gesichtsbereich. Der Täter wird

alsAusländer im Alter von etwa 25 Jahren, 175 cm groß, kräftige bis dickliche Figur, mit schwarzen kurzen Haaren und braunen Augen beschrieben.
Siegen: Das Siegener Kriminalkommissariat 4 ermittelt aktuell in einem Fall gefährlicher Körperverletzung. Am Montagabend um kurz vor 23 Uhr wurde ein 40-jähriger Mann in Siegen-Geisweid im Bereich der Röntgenstraße von zwei noch unbekannten Tatverdächtigen von hinten mit einem (metallischen?) Gegenstand zu Boden geschlagen. Anschließend flüchteten die beidensüdländisch aussehenden, etwa 30 Jahre alten und dunkel gekleideten Täter in Richtung Sparkasse. Das Kommissariat bittet um sachdienliche Hinweise zu dem flüchtigen Duo unter 0271-7099-0.
Kempten: Am Sonntag, gegen 05 Uhr morgens, wurde ein 21-jähriger Kemptener in der Fischerstraße von drei unbekanntendunkelhäutigen männlichen Personen bedroht. Einer der Täter hielt dabei ein Klappmesser in die Richtung des 21-jährigen. Zuvor waren die drei unbekannten Täter lärmend durch die Straße gezogen, weswegen sie von dem Kemptner angesprochen wurden. Im Anschluss kam es zur Bedrohung. Einer der Täter trug eine grüne, ein zweiter eine schwarze Jacke. Alle drei seien nach der Tat in Richtung Kronenstraße geflohen. Zeugen melden sich bitte bei der Polizei Kempten unter der 0831/99092140. (PI Kempten)
„SONSTIGES" AUS DEM EHEMALIGEN DEUTSCHLAND
Nicht abgeschobener Türke tötet 21-Jährigen
Berlin: Späti-Verkäufer Than N. (21) wurde Anfang November in Berlin-Wilmersdorf erstochen. Der Haupttäter Mahmut A. (20) – ein türkischer Asylbewerber – ist nach der Bluttat auf der Flucht, hat sich vermutlich in sein Heimatland abgesetzt. Jetzt stellt sich die Frage: Könnte Than N. noch leben, wenn die Berliner Ausländerbehörde Mahmut A. vorher abgeschoben hätte? Fakt ist: Zur Tatzeit, am 5. November, um 22.45 Uhr, hätte Mahmut A. längst nicht mehr in Berlin sein dürfen. Sein Asylantrag war schon vor Jahren abgelehnt worden. Er hatte nur eine befristete Duldung, die längst erloschen war. Denn A. war wegen eines Raubüberfalls auf eine Weddinger Kneipe am 15. Juni 2013 wenige Monate danach zu vier Jahren Haft verurteilt worden. (Der komplette Artikel kann bei BILD-Online nachgelesen werden).
Von Nafri-Dealern niedergestochen, weil Sie Ihre Drogen nicht wollten
Auf offener Straße ist am späten Mittwochabend in Kalk ein Mann (21) niedergestochen und verletzt worden. Der Täter flüchtete, die Polizei sucht Zeugen. Das spätere Opfer hielt sich gegen 23.15 Uhr gemeinsam mit einem Freund (25) vor einer Bar in der Kalk-Mülheimer Straße nahe der Kreuzung Kalk-Mülheimer Straße/Kalker Hauptstraße auf. Plötzlich kamen drei ihnen unbekannte Personen auf sie zu und fragten, ob die beiden Marihuana kaufen wollten. Als der 21-Jährige verneinte, kam es zunächst zu einem verbalen Streit. Anschließend schlug einer der Unbekannten dem Geschädigten mit der Faust ins Gesicht und stach ihm mit einem Messer in den Oberkörper. Das Trio flüchtete in Richtung Kalker Hauptstraße. Die Flüchtigen sind 25 bis 30 Jahre alt, haben kurze schwarze Haare und ein nordafrikanisches Aussehen.
Syrer und Afghanen stürmen Bäckerei
Jena: Am Samstagabend gegen 21 Uhr kam es in einem Backshop am Löbdergraben zu einem Überfall. Etwa zehn junge Männer stürmten in den Ladenbereich. Sie beschimpften und beleidigten die Verkäuferin und rannten auf einen 18-jährigen Syrer zu. Die afghanischen und syrischen Männer schlugen gemeinschaftlich auf den Jugendlichen ein. Dabei warfen sie auch mit Tassen und Flaschen um sich und richteten einen Schaden von etwa 100 Euro an. Der junge Mann trug leichte Kopf- und Gesichtsverletzungen davon. Kurz darauf flüchteten die Männer wieder aus dem Café und zerstreuten sich im Stadtgebiet. Die hinzugerufenen Polizeibeamten stellten anschließend vier der Angreifer. Sie sind zwischen 16 und 20 Jahren alt. Die Jenaer Polizei ermittelt wegen Landfriedensbruchs und Beleidigung.

Frankfurt: Multikriminelle Somalier - „jetzt sind sie so-mal-ia da" Koks-Somalier mit 180 km/h in Linienbus – 4 Verletzte – Bewährung!

pi-news.net/2017/12/koks-somalier-mit-180-km-h-in-linienbus-4-verletzte-bewaehrung/
24.12.2017
Von JOHANNES DANIELS | Weihnachten ist das Fest der Nächstenliebe, vor allem wenn es um „Geflüchtete" aus ganz Afrika geht. Ein ganz besonders freudiges „Christkindl" hatte diese Woche eine kultursensible Frankfurter Richterin für einen stark traumatisierten Somalier in weihnachtlicher Vorfreude parat. Der schätzungsweise nicht ganz so weise Schwarze aus dem Morgenland erhielt sagenhafte 12 Monate auf Bewährung (!) dafür, dass er vollkommen bekifft und zugleich alkoholisiert auf der A 661 in „seinem Peugeot" einen Linienbus mit 180 km/h rammte. Insgesamt wurden 4 Menschen teils schwer verletzt, der Sachschaden betrug 100.000 Euro.
Der Somalier Liban A. (23), hatte bereits 23 Einträge in seinem deutschen Führungszeugnis, als er unter Alkohol und Drogen einen schweren Verkehrsunfall auf der Frankfurter Autobahn baute – für jedes Lebensjahr einen Eintrag, sozusagen. Konsequenzen für den multikriminellen Gast des Steuerzahlers gab es allerdings noch nie. Bereits vor wenigen Wochen erhielt er wegen eines Angriffs gegen Polizeibeamte ebenfalls nur eine Bewährungsstrafe vom Frankfurter Landgericht. „Zur Belohnung" durfte Koks-Ork Liban nun auch seine Mutter und Schwester aus Somalia per Charterflug nachholen.
Advent, Advent – ein Lichtlein brennt. Und wenn das fünfte Lichtlein brennt, hast Du Deinen Strafprozess verpennt – Somalier verschläft seine Verhandlung.

Die Gerichtsverhandlung ist ein Stück deutscher zeitgeschichtlicher Realsatire im Willkommensjahr 2017, wie die sonst immer links-tendenziöse Frankfurter Rundschau berichtet:

Am Montagmorgen um 9.10 Uhr erwischt der Rechtsstaat Liban A. mit voller Wucht. Er erwischt den 23-Jährigen in Form eines Anrufs seines Verteidigers. Wo er denn bleibe, will der Anwalt wissen, alles warte schon seit einer Viertelstunde auf ihn – die Richterin, der Staatsanwalt, die Dolmetscherin, eine Schulklasse im Zuschauerraum – aber ohne Angeklagten sei das alles doch bloß der halbe Spaß. Es täte ihm schrecklich leid, sagt Liban A., sein Wecker sei wohl defekt, er liege noch zu Bett, ob er denn trotzdem noch erscheinen müsse. Och nö, sagt sein Verteidiger, doch nicht bei dem Wetter, ein Angeklagter sei für einen Prozess zwar schön, aber nicht zwingend vonnöten.

Eigentlich hätte Liban A. sich heute wegen Straßenverkehrsgefährdung verantworten müssen. Und das ist noch behutsam angeklagt: Am 29. Dezember 2016, so die Anklage, rast A. mit seinem Peugeot durch Frankfurt – im Auto drei Kumpels, in der Hand eine Bierflasche, im Blut Alkohol, Kokain und Schmerztabletten [Anm.: wegen der multiplen Traumata].

Gegen 4.40 Uhr heizt er schließlich über die Autobahn, auf der A661 in Höhe Heddernheim fährt er mit 180 Sachen in einen fahrenden Linienbus. Libans Peugeot schleudert in die Mittelplanke und fängt Feuer, ein fremder Autofahrer zieht die vier leblosen Insassen unter Lebensgefahr aus dem brennenden Wrack, alle kommen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davon. Der Sachschaden beträgt 100 000 Euro.

Die A661 in Richtung Egelsbach musste für anderthalb Stunden gesperrt werden.

Somalier schwer traumatisiert

In Ermangelung seines Mandanten trägt sein Verteidiger sodann Liban A.s „traurige Vita" vor. Dieser leide als Flüchtling aus Somalia unter „schwersten Traumatisierungen", was auch die zweistellige Fallzahl in seinem Führungszeugnis erkläre, denn wenn A. Sorgen habe, dann saufe er, und wenn er saufe, werde er aggressiv.
Der Traumata seien viele. Zum einen die aus seiner Zeit als „Kindersoldat in Somalia". Dann die interkulturellen: Kaum habe er, der Anwalt, Liban A.s Mutter und Schwestern hierhergeholt und ihnen ein Bleiberecht verschafft, habe A. feststellen müssen, dass auch die eigene Familie mitunter traumatisieren könne.

„Bewundernswerte Integration": Schiefe Bahn so kaputt wie Libans Wecker – und der Linienbus …

Und zu schlechter Letzt sei, als A. gerade mitten in einer Alkoholtherapie steckte, auch noch sein Integrationsbeauftragter gestorben, den er als „Mentor und Vaterfigur" geehrt habe. Dies alles habe dazu geführt, dass der junge Mann, der anfangs eine „bewundernswerte Integrationsentwicklung" hingelegt habe, auf die schiefe Bahn geraten sei. Aber diese Bahn sei jetzt wieder so gerade wie sein Wecker kaputt.

Selbst das Landgericht, sagt der Anwalt, habe dies eingesehen, als es sich vor wenigen Wochen vorerst letztmals mit A. befasst habe. Dieser hatte Einspruch gegen eine Freiheitsstrafe wegen eines Angriffs auf deutsche Polizeibeamte eingelegt, die daraufhin zur Bewährungsstrafe gemildert wurde: Das gutmenschliche Landgericht hielt A. aufgrund seiner „besonderen Alkoholproblematik" verminderte Schuldfähigkeit zugute, es sei zudem sein erstes Strafverfahren als Erwachsener gewesen, der junge Mann wirke „überaus therapiebereit und verdient eine allerletzte Chance".
Die Besonderheit der Alkoholproblematik seines Mandanten diagnostiziert der Anwalt folgendermaßen: „Es ist ein innerer Zwang zu saufen, wenn er kein Land mehr sieht. Aber im Moment sieht er wieder Land."

Und dieses Schlaraffenland heisst Deutschland!

„Im Namen des Volkes!"

Da mochte dann auch das Amtsgericht nicht im Wege stehen und verurteilt den Angeklagten in Abwesenheit zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr. Auch der Staatsanwalt plädierte auf „ein Jahr auf Bewährung, letztmalig und so weiter". Und alle sind sich einig, dass das jetzt aber wirklich Liban A.s allerallerletzte Chance sei. Er müsse sich nun wirklich „zusammenreißen", droht die Richterin. Und auch mal den Wecker reparieren … für den nächsten Strafprozess.

Weihnachten 2017: Friede den Tätern – Krieg den Opfern.

Der staunenden Schulklasse im Zuschauerraum aber erklärt der linksstaatliche Staatsanwalt anschließend, was hier soeben geschehen ist, vor allem aber warum: „Die Hoffnung stirbt zuletzt!", doziert er. Es wird immer offensichtlicher, daß sich gerade im Bereich der Justiz viele bunte Realitätsverweigerer zum Schaden des Volkes austoben dürfen.

Immobilienboom in Somalia nach Frieden 2012 – finanziert aus deutschen Steuergeldern

Die gute Nachricht für Liban A.: Seit dem Rückzug der al-Qaida nahestehenden Miliz Al-Shabab aus Mogadischu 2012 ist in der somalischen Hauptstadt weitgehend Frieden eingekehrt. Als Folge davon sind die Immobilienpreise dramatisch gestiegen. In einer guten Woche verdient Immobilienmakler Mohamed Nor jetzt schon mal 10 000 US-Dollar an Provision – soviel wie früher in einem ganzen Jahr. Nor erzählt, wie er kürzlich zwei Männern Häuser zeigte: Sie entschieden sich schließlich für ein Steingebäude, das in der Nähe vom Wohnsitz des Präsidenten liegt. Preis: 900 000 Dollar. Manche Häuser wechselten derzeit gar für drei Millionen US-Dollar den Besitzer,

diese Summe wäre vor einigen Jahren „noch undenkbar gewesen“. Seit in der Stadt am Indischen Ozean relative Ruhe eingekehrt ist, kommen auch viele Somalier aus dem Ausland zurück, die Geld mitbringen. Vor allem stattlich ausgestattete staatliche und kirchliche Hilfsorganisationen aus Deutschland sowie die so genannten „Vereinten Nationen“ sind derzeit die Hauptkunden der somalischen Immobilien-Business-Experten. Bei seinem Besuch im Mai kündigte der ebenfalls traumatisierte deutsche Außenminister Sigmar Gabriel an, dass auch der deutsche Steuerpflichtige seine Nothilfe von 70 Millionen Euro jährlich für Somalia noch einmal verdoppeln möchte. Somalia 2017: Friede den Palästen – Abzocke den Helfern, denen nicht mehr zu helfen ist. Süßer die Steuergelder nie klingeln – in Somalia zumindest.
Wer nun dem Frankfurter Crash- und Crack-Somalier zum Fest der Liban-Liebe noch eine kleine Freude bereiten will, kann ihm ein neues Auto oder einen funktionierenden Wecker – oder besser, ein neues Smartphone spenden. Kontakt zu Liban über:
Pro Asyl Frankfurt „Der Einzelfall zählt – Wir geben kleine Ruhe“ – eine Aktion von ProAsyl und den Toten Hosen“. Bitte nur iPhone X.

Das aktuelle deutsche Opfer, heute in Kandel Und wieder ein deutsches Kind tot! Afghane schlachtet 15-Jährige ab

pi-news.net/2017/12/und-wieder-ein-deutsches-kind-tot-afghane-schlachtet-15-jaehrige-ab/

27.12.2017

27. Dezember 2017

Am Mittwochnachmittag, gegen 15.20 Uhr wurde in einem Drogeriemarkt im rheinland-pfälzischen Kandel ein 15-jähriges Mädchen zum aktuellen Opfer ausländischer Gewaltmigration. Dem Polizeibericht zufolge wurde die junge Deutsche von einem gleichaltrigen Afghanen im Streit erstochen. Das Opfer sei noch ins Krankenhaus eingeliefert worden, dort aber seinen schweren Verletzungen erlegen. Passanten konnten den afghanischen Hoffnungsträger im Kampf gegen die inzuchtgefährdete deutsche Gesellschaft festhalten bis die Polizei eintraf. Nach derzeitigem Erkenntnisstand sollen Täter und Opfer das Geschäft nicht gemeinsam betreten haben, auch der Auslöser des Streits ist noch nicht bekannt. Der Afghane wurde festgenommen und wird voraussichtlich am Donnerstag dem Haftrichter vorgeführt.
Die deutsche „Qualitätspresse“ titelt nun zum Beispiel: „15-Jähriger ersticht Gleichaltrige in Rheinland-Pfalz“. Die Headline des Spiegel lautet: „15-Jähriger ersticht Mädchen in Drogeriemarkt“. Das Blatt nennt den Mörder dann auch noch liebevoll „der Junge“. Also wieder so ein afghanischer „Bub“, wie Hussein Khavari, der Maria Ladenburger ermordet hat.
Besonders hervorheben möchten wir aber das Regionalblatt „mannheim24„, das überschrieb nicht nur die Bluttat eines Ausländers an einem deutschen Kind mit: „Jugendliche (†15) in Drogeriemarkt erstochen!“, sondern bewies in einem Nachsatz auch noch echte Demut gegenüber der linken Meinungsdiktatur:

Hinweis: Unsere Redaktion verzichtet, unter Berufung auf den Pressekodex (Ziffer 12), auf die Veröffentlichung von Nationalitäten, wenn diese Informationen keinen begründeten Sachbezug zu einer Straftat darstellen.

Der „Pressekodex“ ist ein selbstauferlegter Maulkorb für Journalisten, die dieser Berufsbezeichnung nicht würdig sind, sondern täglich an ihrem Ruf als Lügen- oder Lückenpresse arbeiten. *(lsg)*

Kuscheljustiz in Sachsen Dresden: Mildes Urteil für S-Bahn „Schubser“ Chakir A. & Radouan K.

pi-news.net/dresden-mildes-urteil-fuer-s-bahn-schubser/

8.12.2017

Stießen ihr Opfer René J. zuerst ins Gleisbett und hinderten ihn dann auch noch daran, wieder auf den Bahnsteig zu gelangen: Chakir A. (24, li.) aus Marokko und Radouan K. (27) aus Libyen.

Von INXI | Schon der Begriff „Schubser“, den die Mainstream-Journallie im ganzen Land gerne benutzt, soll uns suggerieren, dass alles halb so wild war. Ein eher harmloser Schubser eben. Das Opfer, Renè J., freilich spricht zurecht von einem Mordversuch. Was ist geschehen?

Der Familienvater René J. (41) befand sich auf dem Weg zur Arbeit, als ihn auf dem S-Bahnsteig Dresden-Zschachwitz zwei betrunkene Merkelgäste belästigten und Feuer verlangten. Als Renè J. verneinte, wurde er ins Gleisbett gestoßen, sein Fahrrad warfen die Goldstücke hinterher. Damit war das Martyrium des Opfers jedoch nicht beendet, sondern begann erst.

Anzeige

Renè J. versuchte immer wieder aus dem Gleisbett auf den Bahnsteig zu gelangen. Trotz der herannahenden S-Bahn wurde das durch die beiden Verbrecher verhindert. Dass der Familienvater überhaupt diesen heimtückischen Mordversuch überlebte, ist einzig der Geistesgegenwärtigkeit des Zugführers zu verdanken. Dieser erkannte rechtzeitig das Rücklicht des Fahrrads im Gleisbett und leitete eine Notbremsung ein.

Justizposse nimmt seinen Lauf

Die beiden Täter, Asylforderer aus Marokko und Libyen, wurden erstaunlicherweise noch am selben Tag gefasst und in Gewahrsam genommen. Nun, zumindest für ein paar Stunden. Es fand sich, wie so oft, ein willfähriger Staatsanwalt und dieser sah keine Haftgründe. Also konnten die beiden „Schutzsuchenden“ ausgenüchtert und gestärkt den Gewahrsam verlassen.

Dieser Vorfall sorgte selbst bei der Lückenpresse bundesweit für Empörung und Unverständnis. Es ist zu mutmaßen, dass das mediale Interesse die Vorgesetzten dieses „Staatsanwalts“ unruhig werden ließ. Plötzlich hieß es, es könne auch versuchter Totschlag in Frage kommen und es wurde doch Haftbefehl erlassen. Seitdem sitzen die beiden traumatisierten, von Krieg und Folter verfolgten „Geflüchteten“, in U-Haft.

Das Urteil

Am Donnerstag nun fiel das Urteil der Dresdner Schwurgerichtskammer: Drei Jahre und zwei Monate sowie zwei Jahre und neun Monate wegen Körperverletzung und Nötigung. Oberstaatsanwalt Avenarius hatte sechs und fünf Jahre wegen versuchten Totschlags beantragt.

Dieses Schandurteil ist ein weiterer Skandal, den sich die deutsche Justiz ans Revers heften kann, wenn es um die angemessene Verfolgung von Straftaten durch die Invasoren geht. Immerhin, Avenarius geht am heutigen Freitag in Revision. Für jeden normalen Menschen mit einem gesunden Rechtsempfinden kann hier nur versuchter Mord in Frage kommen und dann muss eine deutlich längere, zweistellige Haftstrafe her, die im Heimatland abzusitzen ist (entsprechende Abkommen existieren bereits).

In diesem Kontext sei nochmals an den Angriff auf die Kölner Oberbürgermeisterin, „Armeslänge“ Reker, erinnert. Bei einem Angriff eines deutschen (!) Täters wurde sie leicht am Hals verletzt und konnte nur wenige Wochen später ihre Amtsgeschäfte aufnehmen. Der Täter wurde in einem Schnellverfahren wegen versuchten Mordes zu 14 Jahren Haft verurteilt. Das andere Opfer, Renè J., leidet bis heute und befindet sich in Behandlung. Sollte das Urteil Bestand haben, werden die beiden Asylforderer in ein paar Monaten wieder unsere Heimat bereichern dürfen.

https://philosophia-perennis.com/2017/12/27/schweden-rape/
24/7-TERROR
„Mit bestialischer Brutalität“: Jugendliche in Schweden immer öfter Opfer von Gruppenvergewaltigungen
Die Gruppenvergewaltigung einer jungen Frau in Schweden schockierte die ganze Welt. Die Täter hatten ihr Verbrechen auf Facebook ins Internet übertragen (c) Youtube
Date: Dezember 27, 2017
Author: davidbergerweb
42 Kommentare
(David Berger) Minderjährige Jungs und Mädchen werden in Schweden immer öfter Opfer von Vergewaltigergruppen. Diese gehen mit einer unerhörten Brutalität gegen ihre Opfer vor: Sie vergewaltigen diese nicht nur, sondern beißen sie, drücken Zigaretten auf ihrem Körper aus, zünden sie an.
Seit Jahren erlebt Schweden, das weltweit als d a s Multikulti-Einwanderungsland schlechthin gilt, Zustände wie wir sie in Deutschland erst seit der Kölner Silvesternacht 16/17 nach und nach kennen lernen.
Die diesbezügliche Lage in Schweden scheint sich nun seit einigen Monaten erneut zuzuspitzen:
Alleine in den letzten Wochen ist es dort zu mehreren äußerst brutalen Gruppenvergewaltigungen von minderjährigen Mädchen gekommen, die selbst altgedienten Polizisten extrem nahe gingen. Diese sprechen davon, dass sie das, was da passierte, in den letzten Jahrzehnten in dieser bestialischen Brutalität und Grausamkeit so noch nie erlebt hätten.
Offizielle Stellen und die Medien hielten sich mit Details – wie in Schweden bei einer bestimmten Tätergruppe üblich – sehr zurück, manche bagatellisierten sogar das Vorgefallene. Allerdings dringen – laut heute.at – nun immer mehr Details durch.
Die Rede ist von „folterähnlichem Missbrauch“ und „sehr harter Gewalt“ gegen Minderjährige. Das dänische „Aftonbladet“ etwa berichtet von einem 17-jährigen Mädchen, dass bei der Gruppenvergewaltigung auf einem Spielplatz in Malmö „auf bestialische Weise“ gequält wurde: „Die Täter sollen das Mädchen nicht nur vergewaltigt haben, sondern ihr außerdem noch brennbare Flüssigkeit in den Schoß gegossen haben. Danach zündeten sie die 17-Jährige an. Gegenüber den Medien wurde behauptet, das Mädchen sei nur leicht verletzt. Ihre Verletzungen dürften dann aber doch etwas schlimmer sein.“ (Übersetzung: heute.at)
Spermanalysen haben ergeben, dass es sich bei den verschiedenen Gruppenvergewaltigungen jeweils um verschiedene Tätergruppen handelt. Das spricht dafür, dass die Vergewaltigerszene in Schweden viel größer ist als bisher angenommen. Die Täter befinden sich noch auf freiem Fuß.
Die Polizei in Malmö riet Frauen, nachts nicht mehr auf die Straße zu gehen, oder sich nicht alleine zu bewegen. In der Bevölkerung wuchs daraufhin der Unmut, zumal die Gerichte häufig sehr milde Strafen für die Täter aussprechen, nicht selten kommt es sogar zu Freisprüchen. Nachdem die Demonstranten auch die Polizei aufgefordert hatten, endlich ihren Job zu machen, ruderte man dort zurück: Das mit dem Zuhause-Bleiben sei nur ein wohlmeinender Rat, kein Befehl gewesen…
Zu den „kulturellen“ Hintergründen der Tätergruppen schweigen die Medien auch in Schweden weiterhin weitgehend. Daily Mail weist nur indirekt auf die Tätergruppe hin, wenn eine Betroffene zitiert wird, die sagt:
„In Indien werden die Täter verurteilt. In Schweden laufen sie frei herum („In India the perpetrators were convicted. In Sweden they walk free“).
Der Blog fisch&fleisch stellt allerdings fest, dass
„die Täter größtenteils Migranten aus islamischen Ländern sind und die Opfer überwiegend junge Schwedinnen.“

Bereits im Juli 2013 zitierte ich hier einen Artikel von JouWatch: „Vergewaltigungen sind in Schweden seitdem des Land unter einer feministischen Regierung begonnen hat, eine große Anzahl moslemischer Migranten und Flüchtlinge zu importieren, völlig aus dem Ruder gelaufen. Laut einer Statistik werden 92 Prozent aller schweren Vergewaltigungen von Migranten und Flüchtlingen begangen. 100 Prozent aller Angriffsvergewaltigungen (wo Opfer und Angreifer keinen vorherigen Kontakt hatten) werden von derselben Gruppe begangen."
Schon vor einigen Monaten wiesen schwedische Medien zum ersten mal über die Gruppenvergewaltigungen von minderjährigen Jungs durch afghanische Migranten. PP schrieb damals: „Es werden immer öfter Vergewaltigungen minderjähriger Jungen durch aus Afghanistan stammende Migranten bekannt. So etwa der Fall eines 15-jährigen Buben aus Uppsala, der von fünf mit Messern bewaffneten Afghanen in einen Wald verschleppt und dort über eine Stunde lang von diesen vergewaltigt wurde. Der Junge hatte zahllose blaue Flecken, Kratzspuren und Wunden durch Bisse auf seinem Rücken."
Auch hier stellte die Journalistin, die dem Phänomen seit geraumer Zeit nachgeht erschrocken fest: „Ich habe viel über Kriminalität in meiner 30-jährigen Tätigkeit als Journalistin geschrieben habe, aber das war etwas, was ich niemals zuvor gehört hatte".
Ist es dieses schlichte Überfordertsein durch die Fakten, ist es eine heimliche, durch einen radikalen Darwinismus erklärbare Sympathie für die animalische Gewalt der Täter, die sich aus Schaudern und diabolischer Faszination zusammensetzt, oder schlicht die Angst politisch unkorrekt zu werden, die weiterhin nicht bereit ist Täter und ihre Motive (Sex-Dschihad?) klar zu benennen? Um dann effektiv gegen diese Verbrechen vorzugehen…

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen 23-Jähriger von Dunkelhäutigen ins Krankenhaus geprügelt

---

pi-news.net/2018/01/ulm-23-jaehriger-von-dunkelhaeutigen-ins-krankenhaus-gepruegelt/
January 1, 2018
Ulm: Am 29.12. gegen 2.30 Uhr hörte der Mann in der Fabrikstraße die Hilferufe einer Frau. Er sah, dass die von vier Männern umzingelt war, die sie umherstießen. Der 23-Jährige eilte zu der Personengruppe. Weil er der Frau helfen wollte schob er einen der dunkelhäutigen Männer zur Seite. Dann bekam der Zeuge einen Schlag und stürzte zu Boden. Danach verliert sich seine Erinnerung. Eine Frau fand ihn später und rief die Rettungskräfte und die Polizei. Ein Krankenwagen brachte den Mann in ein Krankenhaus. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Um den genauen Tathergang aufzuklären, suchen die Beamten vom Polizeirevier Geislingen nun nach Zeugen. Da auch die Geschädigte bisher keine Anzeige erstattet hat, suchen sie auch nach ihr. Sie wurde mit einem Alter von etwa 30 Jahren beschrieben. Ihre blonden langen Haare trug sie zu einem Zopf zusammengebunden. Die Dame trug dunkle Kleidung und hatte eine dunkle Handtasche dabei. Von den Männern, die die Frau umhergeschoben haben, wissen die Beamten, dass sie dunkelhäutig sind. Vom Alter werden sie auf 23-30 Jahre geschätzt. Die Polizei bittet darum, sachdienliche Angaben dem Polizeirevier Geislingen (07331/93270) mitzuteilen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-

Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".

Anzeige

Stuttgart-Mönchfeld: Ein Unbekannter hat am Samstagmorgen (30.12.2017) an einer 19-jährigen Frau in der Stadtbahnlinie U7 sexuelle Handlungen vorgenommen. Die Geschädigte war gegen 06.45 Uhr am Hauptbahnhof in die U7 Richtung Stuttgart-Mönchfeld eingestiegen und gleich danach eingeschlafen. Als sie kurz vor 07.00 Uhr an der Endhaltestelle Mönchfeld aufwachte, saß ein unbekannter Mann neben ihr und streichelte sie mit einer Hand im Brustbereich unter der Bluse. Hierauf forderte die junge Frau den Täter auf, sofort zu verschwinden. Dieser verließ in der Folge an der Endhaltestelle die Stadtbahn und entfernte sich in unbekannte Richtung. Das Opfer beschrieb den Mann wie folgt: 18 – 22 Jahre alt, vermutlich Nordafrikaner, schlank und kurze Haare.

Würzburg: Auch der guten Reaktion eines Mitarbeiters der Diskothek ist es zu verdanken, dass ein 20-Jähriger, der eine Frau sexuell belästigt hatte, noch vor Ort festgenommen werden konnte. Der Tatverdächtige musste über Nacht in Gewahrsam bleiben und muss sich nun wegen sexuellen Missbrauchs verantworten. In einer Diskothek in der Veitshöchheimer Straße hatte ein 20 Jahre alter Afghane eine Studentin gegen 02.00 Uhr gezielt unsittlich berührt. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes reagierte schnell und hielt den Beschuldigten bis zum Eintreffen der verständigten Streife am Eingang fest. Die Würzburger Polizei nahm alle Beteiligten zur Klärung des Sachverhaltes mit zur Inspektion. Der 20-Jährige stand erheblich unter dem Einfluss von Alkohol. Ein Alko-Test ergab über 2,2 Promille. Der Mann musste daher in Gewahrsam bleiben und verbrachte die Nacht in einer Arrestzelle. Die Würzburger Polizei führt nun Ermittlungen wegen sexueller Belästigung gegen den Beschuldigten.

Emsdetten: Eine Auseinandersetzung an der Bachstraße meldeten Zeugen am Donnerstagabend (28.12.2017), gegen 19.00 Uhr, der Polizei. Den Schilderungen zufolge war ein junger Mann attackiert worden, der dann auf die Straße stürzte. Als sich die Zeugen näherten, stand die Person unmittelbar auf und entfernte sich. Die Polizei hat die Ermittlungen zu dem Hergang aufgenommen. Nach jetzigem Stand hatte der Unbekannte an der Bachstraße eine junge Frau angesprochen und belästigt, dabei fielen Äußerungen mit sexuellem Inhalt. Die Geschädigte rief telefonisch Verwandte um Hilfe, die dann auch zu zweit vor Ort erschienen. Diese machten den Mann ausfindig und es kam zu der von den Zeugen geschilderten Auseinandersetzung. Zu dem Unbekannten liegen derzeit keine konkreten Erkenntnisse vor. Die Ermittlungen diesbezüglich laufen. Er war cirka 180 cm groß, hatte dunkle Haare, sprach mit einem Akzent und trug eine Jacke mit Lederanteilen. Hinweise bitte unter Telefon 02572/9306-4415.

Freiburg im Breisgau: Am Dienstagabend gegen 22:10 Uhr verständigten Reisende im Freiburger Hauptbahnhof über den Polizeinotruf die Bundespolizei über eine männliche Person, die zwei weibliche Jugendliche im Alter von 17 Jahren belästigt bzw. begrabscht habe. Ferner habe er auf den Bahnsteig uriniert. Vor Ort traf die Streife der Bundespolizei auf einen 32-jährigen algerischen Asylbewerber, der stark alkoholisiert war. Bei der näheren Überprüfung stellte sich heraus, das er durch die Freiburger Justizbehörden mit fünf Ausschreibungen gesucht wird. Wegen Trunkenheit im Verkehr und Diebstahl war eine Geldstrafe in Höhe von 2.410,- EUR zzgl. 635,80 EUR Gerichtskosten zu vollstrecken. Ersatzweise drohten 241 Tage Haft. Da der Mann die geforderte Geldstrafe nicht begleichen konnte, wurde er nach einer Haftfähigkeitsprüfung in der Uniklinik Freiburg in die JVA eingeliefert.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Oberhausen: Am 25.12.2017 gegen 10:35 Uhr teilte ein 20-jähriger Zeuge über Handy der Polizei mit, dass sich soeben ein unbekannter Mann in einer Straßenbahn der Linie 4 entblößt und einer Mitfahrerin sein Geschlechtsteil gezeigt habe. Der Vorfall ereignete sich im Bereich der Haltestelle „Wertachbrücke". Als die Frau den Unbekannten aufforderte, dies zu unterlassen, stieg der Mann aus der Straßenbahn aus und entfernte sich zu Fuß in Richtung Wertachstraße. Trotz einer sofort eingeleiteten Fahndung konnte der Unbekannte nicht mehr festgestellt werden. Der Unbekannte wird

wie folgt beschrieben: Etwa 170 cm groß,
https://www.polizei.bayern.de/schwaben/news/presse/aktuell/index.html/272627" target="_blank" rel="noopener noreferrer"> dunkelhäutig (afrikanischer Phänotypus), schwarze Jacke, schwarze Mütze, führte Tablet mit sich
Ulm: Am Sonntagmittag, gegen 15.45 Uhr, wurden zwei Kinder in der Leipzigstraße von einem Radfahrer eingeholt. Er wechselte vor ihnen die Straßenseite und entblößte sich mit Blick zu den Kindern. Während er an sich manipulierte versteckten sich die Kinder und riefen die Polizei. Die Fahndung mit mehreren Streifen erbrachte bisher kein Ergebnis. Der Radfahrer wird als 40-50 Jahre alt, bekleidet mit schwarzer Radkleidung und Radhelm beschrieben. Er fuhr ein neongrünes Fahrrad, vermutlich Rennrad.
Tübingen: Am frühen Sonntagmorgen gegen 06:30 Uhr betrat ein bislang noch unbekannter Sittenstrolch in einem Studentenwohnheim in der Charlottenstraße das unverschlossene Zimmer einer 22-jährigen Frau und begab sich an deren Bett. Vor der noch schlafenden Frau onanierte der Täter und verließ anschließend das Zimmer wie auch das Studentenwohnheim. Der Täter wird wie folgt beschreiben: Ca. 20-35 Jahre alt, 175 cm groß, kräftige Figur mit schulterlangen Haaren.
Tübingen: Am Sonntagmorgen um 04.55 Uhr ist eine 22-jährige Frau von einem bislang unbekannten Mann sexuell belästigt worden. Die junge Frau lief in der Wilhelmstraße zwischen der Kreuzung zur Alberstraße und der Adlerkreuzung (Bebenhäuser Straße), als sich von hinten ein Mann näherte und ihr unvermittelt in den Schritt fasste. Anschließend rannte der Unbekannte davon, versteckte sich kurz in einer Hofeinfahrt und rannte dann in Richtung Innenstadt. Der unbekannte Mann war zwischen170 und 175 cm groß, jüngeren Alters und trug einen hellblauen Kapuzenreißverschlusspullover, wobei die Kapuze über das Gesicht gezogen war. Eine sofort eingeleitete Fahndung mit mehreren Streifenwagen verlief ohne Erfolg. Die Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittlungen übernommen.
Lennestadt: Am Freitagabend gegen 22:50 Uhr fuhr eine 23-jährige Finnentroperin mit dem Zug von Grevenbrück nach Hause. Als der Zug anfuhr, befand sich eine ca. 6-köpfige Gruppe Jugendlicher auf dem Bahnsteig. Einer dieser Jugendlichen entblößte sich und zeigte sein Geschlechtsteil in Richtung der jungen Frau. Der junge Mann wird als 16-18 Jahre alt, von schmaler Statur, mit kurzen braunen Haaren und dunkler Oberbekleidung beschrieben. Die Tatausführung wurde von den anderen Jugendlichen mittels Smartphone gefilmt.
Rödental: Ein unbekannter Exhibitionist verschreckte am späten Donnerstagnachmittag eine 22-Jährige auf dem Parkplatz des Admira-Centers. Die Ermittlungen hat die Polizeiinspektion Neustadt bei Coburg übernommen und bittet um Hinweise. Gegen 17.30 Uhr lief die Frau vom Einkauf zurück zu ihrem Auto. Dabei bemerkte sie, dass ihr ein Mann folgte. Als sie letztlich in ihr Fahrzeug einstieg, stellt sie fest, dass der Unbekannte weiter auf sie zuging und dabei onanierte. Daraufhin fuhr die 22-Jährige mit ihrem Wagen davon. Der Täter wird wie folgt beschrieben: etwa 35 Jahre alt, zirka 180 Zentimeter groß, hatte einen „Drei-Tage-Bart", trug eine Wollmütze und dunkle Kleidung.
PI-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Frankreich fest im Griff importierter Gewalt Paris: Migrantenmob tritt auf Polizistin ein

January 2, 2018
Auch in Frankreich waren die Silvesterfeierlichkeiten geprägt vom Kriegswillen der Migrantenhorden. Laut offiziellen Angaben brannten in der Silvesternacht 1031 Autos, über 500 Personen wurden festgenommen, landesweit mussten 140.000 Polizeibeamte, Soldaten, Feuerwehr- und Rettungskräfte mobilisiert werden.
Ein mit Video dokumentierter Fall lässt aber zurzeit alle anderen Gewalttaten etwas in den Hintergrund treten. Im Pariser Vorort Champigny-sur-Marne war die Polizei von Anwohnern zu einer privaten Silvesterfeier der Gewaltklientel gerufen worden, um gegen die Störer vorzugehen. Eine Polizistin und ihr diensthabender Vorgesetzter seien eingeschritten und hätten mehrere Personen des Hauses verwiesen. Daraufhin eskalierte die Situation. Die eingewanderten Herrenmenschen respektieren schließlich die Gesetzgebung nicht und noch weniger die Polizei, schon gar nicht wenn sie weiblich ist. Die Beamtin wurde auf der Straße von einem Mob umringt und regelrecht zusammengetreten. Auch ein Kollege bekam einen Faustschlag ab und erlitt einen Nasenbeinbruch.
Migranten- und Islamversteher Präsident Emmanuel Macron sprach von „feiger Lynchjustiz". Innenminister Gérard Collomb sagte, es würde alles getan werden, um sicherzustellen, dass die feigen Täter dieser unsäglichen Taten aufgegriffen und verurteilt würden. Wer die französischen Sicherheitskräfte angreife, „der greift unsere Republik an", so Collomb.
Die in Frankreich zum Großteil mit französischer Staatsbürgerschaft ausgestatteten Gewalthorden irgendwie in den Griff zu bekommen, um die „Republik zu schützen" scheint aus jetziger Sicht nur mehr in Bürgerkriegsszenarien vorstellbar.

Der nächste Silvesterknaller! Berlin: Islamischer Hintergrund bei Messer-Attentat vermutet

pi-news.net/2018/01/berlin-islamischer-hintergrund-bei-messer-attentat-vermutet/
January 2, 2018
Messer Attentat in Berlin - Silvestergrüße auf Arabisch.
Von JOHANNES DANIELS | Ein Mitglied der barbarisch-muslimischen Merkel-Gäste hat an Silvester mitten in Berlin-Schöneberg mehrere Menschen mit einem Messer attackiert und sie zuvor als „Ungläubige" tituliert, wie nun kleinlaut verlautet wurde.

Bislang wurde allgemein vermeldet, dass es sich bei dem „psychisch verwirrten Mann" eher um einen Rechtspopulisten handeln könne mit dem Tatmotiv „Fremdenfeindlichkeit".
Der Staatsschutz wurde zunächst unverzüglich wegen „Gewalt von rechts" eingeschaltet, muss nun jedoch wegen eines möglichen „islamistischen Hintergrundes" ermitteln, da die Messerangriffe auf Passanten so auch an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Das hat man nun davon.

Ahmad Al-H. – Silvestergrüße aus Syrien – Mutter mit Kind attackiert

Der aus Syrien stammende Merkel-Gast Ahmad Al-H. hatte im U-Bahnhof Bayerischer Platz mehrere Menschen mit einem Messer angegriffen. Zuvor hatte der Messerstecher einen 50-jährigen Mann gefragt, ob er Türke sei. Das Opfer verneinte und gab sich als Deutscher zu erkennen, worauf dieser angegriffen wurde. Der 50-Jährige erlitt bei der Attacke eine Verletzung mit der Messerklinge. Nach Schilderungen von Zeugen ging der 23-jährige „Schutzsuchende mit Fluchterfahrung" völlig unvermittelt auf Fußgänger in der Zwischenebene des U-Bahnhofs los. Der Syrer griff auch wahllos weitere Personen an, darunter eine Mutter mit einem kleinen Kind. Die Personen, alle sind Deutsche ohne Migrationshintergrund, blieben aber unverletzt. Die Berliner Polizei nahm den Täter sogar fest. Beamte brachten den Mann, der auf sie einen „verwirrten Eindruck" machte, sofort in die nächste Klinik, wo er von einem Psychiater untersucht wurde. Inzwischen gebe es einen „richterlichen Unterbringungsbeschluss".
Polizeisprecher Winfrid Wenzel teilte nun am Dienstag mit, ein „islamistischer" Hintergrund sei nicht auszuschließen. Nach bisherigen Erkenntnissen werde der Messerangriff jedoch eher als „Tat eines psychisch auffälligen Mannes bewertet". Der barbarische Merkel-Ork Ahmad Al-H. war nach Informationen des Tagesspiegels der Polizei schon seit längerem bekannt. Der Syrer fiel mehrmals mit „Schlägereien", auch mittels Messer, auf. Es ist nicht sehr erstaunlich, dass er nach wie vor in Berlin sein bestialisches Unwesen treiben kann. Vermutlich steckt eine zynische Absicht des schwarz-rot-grünen Merkel-Regimes dahinter, so die tributpflichtige Bevölkerung weiter zu knechten – wie in DDR-Zeiten bereits bestens bewährt.

NetzDG – Tag 2

Dazu die derzeit durch den Facebook-Dienstleiter Bertelsmann-Arvato gesperrte und öffentlich in eigens anberaumten Sondersendungen von ntv (Bertlesmann-Arvato-RTL-Gruppe, Gütersloh) denunzierte AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch: „Die politische Korrektheit hat dazu geführt, dass viele, ernste Probleme nicht mehr beim Namen genannt werden" schrieb von Storch auf ihrem zum Teil nun gesperrten Twitter-Kanal. Es sei Zeit, „dass wir in der öffentlichen Debatte die Probleme wieder beim Namen nennen, ohne Anzeige und ohne Zensur." Auch die närrische unfähige „Kölner Polizei" hatte willfährig eine Strafanzeige gegen die Bundestagsabgeordnete (!) von Storch erstattet.
Mittlerweile eine Ehrenauszeichnung – auf die die geborene Herzogin von Oldenburg aber auch gerne verzichten kann – Tag 2 des maßlosen Netzwerkdurchsetzungsgesetzes in Deutschland!

Barbarischer Gast sorgt für weiteren vereinzelten Zwischenfall … Silvester in Speyer: Sudanese vergewaltigt Frau im Domgarten

pi-news.net/2018/01/silvester-in-speyer-sudanese-vergewaltigt-frau-im-domgarten/
January 2, 2018
2. Januar 2018

Von DAVID DEIMER | Ein Mitglied der barbarisch-muslimisch-vergewaltigenden Merkel-Gäste hat mitten im Domgarten in Speyer eine 27 Jahre alte Spaziergängerin vergewaltigt. Die „Erlebende" hatte bei der Vergewaltigung in der Nacht von Silvester zum Neujahrsmorgen lautstark um Hilfe gerufen. Wie die Polizei erst heute am Dienstag informiert, ist ein 23-jähriger „asylsuchender Sudanese" als mutmaßlicher Täter festgenommen worden, der derzeit in der „Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende" in Speyer wohnt. Aufgrund der von der Geschädigten abgegebenen präzisen Personenbeschreibung konnte der Merkel-Gast aus dem Sudan sodann festgenommen werden. Der Beschuldigte wurde am Dienstagmittag dem Haftrichter vorgeführt. Dieser erließ gemäß Antrag der Staatsanwaltschaft Frankenthal zunächst Untersuchungshaftbefehl gegen den Geflüchteten wegen des Vergewaltigungsdelikts bei vorliegender Fluchtgefahr und „Verdunkelungsgefahr".

Eine hinzukommende Zeugin hatte den sudanesischen Vergewaltiger in die Flucht geschlagen, bevor es zu Schlimmerem kommen konnte – „Fucken und Töten" ist das bekannte Neujahrsmotto der nach Deutschland importierten Männerhorden. Das Bistum Speyer ist mit Unterstützung der „Caritas" ganz uneigennützig stark in der so genannten Flüchtlingshilfe engagiert und veranstaltet auch gerne steuerfinanzierte Themenabende gegen Rechts und geltendes Recht, wie z.B.: „Mit Fakten gegen rechtspopulistische Parolen vorgehen!" Die Fakten schaffen derzeit aber eher die schutzbedürftigen Fucklinge des Bischofs.

Kein "Aufschrei" der üblichen "Rassismus-Riecher" Dresden: Araber-Mob fällt über Jugendliche her

pi-news.net/2018/01/dresden-araber-mob-faellt-ueber-jugendliche-her/
January 3, 2018

Dresden: Gegen 17.30 Uhr waren sechs Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren am Samstag zu Fuß Richtung der Tram-Haltestelle Hauptbahnhof-Nord unterwegs. Auf einmal wurden sie von einer Gruppe von etwa 15 Personen, die arabisch aussahen, angesprochen und grundlos provoziert, so die Polizei. Plötzlich fiel die Gruppe über die Minderjährigen her und prügelte auf sie ein. Ein 17-Jähriger und ein zwei Jahre Jüngerer wurden sogar mit Stichwaffen angegriffen. Der Ältere erlitt einen Lungenstich und musste schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Die Angreifer flüchteten Richtung Hauptbahnhof und entkamen unerkannt.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten. Einen lesenswerten Artikel warum sich die orientalischen/afrikanischen Kolonisten/Besatzer pardon „Flüchtlinge" entsprechend aufführen, gibt es von Thor Kunkel bei Sezession.de zu lesen

Arnstadt: Vor einer Shisha-Bar gerieten Deutsche und eine Gruppe Ausländer aneinander. Die Gruppe der ausländischen Personen soll nach ersten Erkenntnissen auf die Deutschen losgegangen sein, einer der Angreifer benutzte zum Angriff eine zerbrochene Glasflasche. Damit verletzte er aber nicht nur seinen Opfern Schnittverletzungen und Prellungen zu, sondern verletzte sich selber so schwer, dass er Notoperiert werden musste. Dank Zeugen und dem schnellen Eingreifen der Polizei, konnten die Täter festgestellt werden, sie erhalten eine Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung. Ein politisch motiviertes Tatmotiv kann derzeit ausgeschlossen werden.

Tübingen: Leicht verletzt wurde ein 47-jähriger am Lustnauer Tor am Samstagmorgen gegen 05:15 Uhr. Ein bislang unbekannter Täter schlug den 47-jährigen ohne erkennbaren Anlass mit der Faust auf den Hinterkopf, so dass dieser eine Platzwunde erlitt. Der Täter, der in einer Gruppe unterwegs war, flüchtete dann in die Österbergstraße. Die Behandlung durch einen hinzugezogenen Rettungswagen verweigerte der 47-jährige. Der unbekannte männliche Täter wird wie folgt beschrieben: ca. 20-30 Jahre alt, ca. 170 cm groß, schlank, südländisches Aussehen, trug helle Kleidung im „Rapper-Stil", weiß/blaue Baseballmütze und eine Oberbekleidung mit dem Aufdruck vorne „V54".

Weinsberg: 18-Jähriger niedergeschlagen Von drei Männern niedergeschlagen wurde ein 18-Jähriger am Freitag gegen 22.50 Uhr in Weinsberg, Pfaffstraße im Bereich des dortigen Durchlasses. Der 18-Jährige war zu Fuß in Richtung Weidachstraße unterwegs, als ihm drei Unbekannte entgegenkamen. Einer der Gruppe rempelte den 18-Jährigen zunächst an, anschließend provozierten,

beleidigten und schlugen die drei mit Fäusten auf den Geschädigten ein. Nachdem die Täter von dem 18-Jährigen abgelassen hatten, konnte dieser die Polizei verständigen. Täterbeschreibung: höchstens 20 Jahre alt, alle drei trugen einen schwarzen Vollbart und hat-ten eine leicht dunkle Hautfarbe (ähnlich indischer oder arabischer Herkunft). Hinweise oder verdächtige Wahrnehmungen nimmt das Polizeirevier Weinsberg unter Telefon 07134 9920 entgegen.

Stuttgart: Zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei Personen ist es in der Nacht von Mittwoch (27.12.2017) auf Donnerstag (28.12.2017) gegen 00:30 Uhr an der S-Bahnhaltestelle Stuttgart-Stadtmitte gekommen. Ersten Erkenntnissen zu Folge entwickelte sich zwischen einem 18-jährigen türkischen Staatsangehörigen sowie einem 16-jährigen deutschen Staatsangehörigen zunächst eine verbale Auseinandersetzung. In der Folge soll der 18-Jährige dem jüngeren ins Gesicht geschlagen haben und anschließend mit der S-Bahn der Linie S2 in Richtung Filderstadt geflüchtet sein. Er war in Begleitung von etwa acht bis neun weiteren Personen. Alarmierte Beamte der Bundes- und Landespolizei nahmen den Sachverhalt vor Ort auf. Ebenfalls im Einsatz befindliche Rettungskräfte untersuchten den mit etwa 1,6 Promille alkoholisierten 16-Jährigen, welcher durch den Schlag Rötungen und Prellungen im Gesicht erlitt. Offenbar kannten die beiden Jugendlichen sich. Bundespolizisten am Flughafen Stuttgart trafen zwei der Personen aus der Gruppe nach Ankunft an der S-Bahnhaltestelle Stuttgart Flughafen/Messe an. Der Grund der Auseinandersetzung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unbekannt. Videokameras filmten die Tathandlung vor Ort. Der 16-jährige aus dem Landkreis Esslingen verhielt sich während der polizeilichen Maßnahmen sehr unkooperativ und wurde gegen 02:10 Uhr durch eine Familienangehörige auf dem Bundespolizeirevier Stuttgart abgeholt. Der 18-jährige Tatverdächtige muss nun mit einem Strafverfahren wegen Körperverletzung rechnen.

Jena: Mehrere Streifenwagenbesatzungen reagierten am Donnerstag gegen 17.00 Uhr auf einen Anruf, wonach sich zwei jugendliche Gruppierungen auf dem Ernst-Abbe-Platz befinden und aus der Gruppe von syrischen und afghanischen Flüchtlingen heraus Chinaböller gegen die Gruppe deutscher Jugendlicher fliegen. Eine 15-Jährige wurde durch einen solchen Böller am Knöchel getroffen und leicht verletzt. Die sieben syrischen und afghanischen Jugendlichen erhielten einen Platzverweis, den sie befolgten. Gegen den 18-jährigen, der als Werfer identifiziert wurde, läuft eine Anzeige wegen Körperverletzung.

Waiblingen: Zwei bislang unbekannte Männer hatten offenbar am Donnerstagabend (28.12.2017), gegen 20:20 Uhr im Bahnhof Waiblingen aus noch unbekannten Gründen einen 19-Jährigen mit den Fäusten ins Gesicht geschlagen. Ersten Erkenntnissen zufolge soll zuvor eine verbale Auseinandersetzung stattgefunden haben. Einer der Unbekannten soll den 19-Jährigen zudem mit einem Butterly-Messer bedroht haben. Durch den Vorfall erlitt der 19-Jährige Verletzungen im Gesicht, weshalb er durch die Besatzung eines Rettungswagens versorgt wurden musste. Die mutmaßlichen Täter werden etwa 20 – 30 Jahre alt undsüdländischem Phänotyp beschrieben.

Straubing: Am frühen Sonntagmorgen gegen 5 Uhr ist ein 17-jähriger afghanischer Asylbewerber vor einer Diskothek in der Hebbelstraße in Straubing mit einem Schraubenzieher auf einen bis dato unbekannten Geschädigten losgegangen. Dies meldet die Straubinger Polizei in einer Pressemitteilung. Weshalb es zu dieser Auseinandersetzung kam sowie der Hergang konnten von der Straubinger Polizei bislang nicht geklärt werden. Das unbekannte Opfer und Zeugen des Vorfalles werden gebeten sich bei der Polizei zu melden. Der 17-Jährige ging nach der Auseinandersetzung mit einem unbekannten Begleiter in die Landshuter Straße. Auf Höhe der Landshuter Straße 3 trafen sie gegen 5.15 Uhr auf drei 18- bis 21-Jährige und griffen die jungen Leute an. Die Geschädigten erlitten bei dem Angriff unter anderem eine Nasenbeinfraktur und eine Gehirnerschütterung und wurden stationär im Klinikum Straubing behandelt. Der Beschuldigte erlitt ebenfalls Verletzungen, die im Klinikum behandelt wurden. Selbst vor den eintreffenden Polizeibeamten machte der 17-Jährige nicht halt. Er schlug in Richtung der Polizeibeamten und beleidigte sie. Der Jugendliche konnte schließlich von den Beamten überwältigt werden. Der genaue Sachverhalt bedarf weiterer Ermittlungen. Auch die Identität des zweiten Täters ist noch nicht geklärt. Die Straubinger Polizei bittet Personen, die Beobachtungen gemacht haben und Hinweise geben können, sich unter Tel.: 09421/868-0 oder persönlich bei der Polizeiinspektion Straubing zu melden.

„Südländer" verwechselt „Fussball" mit „Kopf"

Eisleben: Bei dem Fußballturnier um den Pokal der Lutherstadt Eisleben in der Eisleber Glück-Auf-Halle hat es am Freitag einen gewaltsamen Zwischenfall gegeben. In einem Spiel, bei dem die SpVgg Osterhausen beteiligt war, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen mehreren Spielern, bestätigte Steffen Hildebrandt, Vizepräsident des Turnierausrichters MSV Eisleben, der MZ. Demnach trat ein Spieler aus Osterhausen einen nach einer Rangelei am Boden liegenden Fußballer an den Kopf. Daraufhin, so Hildebrandt, seien Zuschauer aufs Spielfeld gelaufen, um die Beteiligten zurückzuhalten. Die Situation beruhigte sich anschließend, das Turnier wurde fortgesetzt. Die Polizei wurde nicht verständigt. Allerdings wurde die Mannschaft aus Osterhausen von dem Wettkampf ausgeschlossen. Der getretene Spieler konnte laut Hildebrandt weiterspielen. Dem Spieler aus Osterhausen, der offenbar südländischer Herkunft ist, aber bereits länger in Eisleben lebt, droht eine Sperre. Der Vorfall werde sportgerichtlich behandelt, sagte Hildebrandt. „So etwas kann man ja nicht durchgehen lassen."

https://www.focus.de/politik/deutschland/zusammenhang-festgestellt-mehr-gewaltkriminalitaet-durch-mehr-fluechtlinge-kriminologe-erklaert-brisante-studie_id_8204788.html

Zusammenhang festgestellt

Mehr Gewaltkriminalität durch mehr Flüchtlinge: Kriminologe erklärt brisante Studie

Mittwoch, 03.01.2018, 13:00

Eine neue Studie des Kriminalwissenschaftlers Christian Pfeiffer ist zu dem Ergebnis gekommen, dass es durch Flüchtlinge zu einem Anstieg der Gewalttaten gekommen ist. Die Studie im Auftrag

des Bundesfamilienministeriums untersuchte die Gewaltstraftaten, die bei der Polizei in Niedersachsen zwischen 2014 und 2016 registriert wurden.
Das Ergebnis: Die Zahl der Gewaltstraftaten stieg um 10,4 Prozent. Der Großteil (92,1 Prozent) dieser Zunahme sei Flüchtlingen zuzurechnen.
Flüchtlinge fielen der Studie zufolge öfter als Verdächtige einer Gewaltstraftat auf, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Die Studienautoren weisen aber den Verdacht zurück, dass Flüchtlinge pauschal mehr zu Gewalt neigen als andere Menschen. FOCUS Online sprach mit Studienautor Christian Pfeiffer darüber, wie er sich die Ergebnisse erklärt.
Der Kriminalwissenschaftler sieht mehrere Faktoren als Ursache:
Die Altersstruktur der Flüchtlinge:
Unter den Flüchtlingen sind überproportional viele junge Männer. Diese Gruppe begehe – unabhängig von der Nationalität – auch überproportional viele Straftaten, so Pfeiffer.
Nicht-Deutsche werden öfter angezeigt:
Die Auswertung der Studienautoren habe gezeigt, dass Opfer die Taten eher anzeigten, wenn der Täter ausländisch sei. Das gelte auch dann, wenn Täter und Opfer beide nicht-deutsch seien.
Die Kultur in den Herkunftsländern:
„Ein entscheidender Faktor ist das Herkunftsland", sagt Pfeiffer. Sein Team stieß auf enorme Unterschiede: „Von 100 Straftaten entfielen nur 16 auf Kriegsflüchtlinge aus Ländern wie Syrien, obwohl sie die Mehrheit der Flüchtlinge stellen. Das Gros der Gewaltstraftaten entfällt auf Flüchtlinge aus nordafrikanischen Ländern, obwohl sie nur 0,9 Prozent der Flüchtlinge stellen." Pfeiffer erklärt das mit der „Machokultur" in diesen Ländern, in denen es zum Männlichkeitsbild gehöre, auf Beleidigungen mit Gewalt zu reagieren. „Das ist genau das, was wir in der Silvesternacht 2015 in Köln gesehen haben", sagt er.
Was ihm Hoffnung macht: „Die Entwicklung bei Aussiedlern, Jugoslawen und Türken in Deutschland zeigt, dass man gegensteuern kann." Auch diese Gruppen seien aus Ländern mit „Machokulturen" gekommen, hätten sich aber mittlerweile weitgehend an die Verhältnisse in Deutschland angepasst. Daraus könne man auch für die neuen Flüchtlinge lernen.
Die Abwesenheit von Frauen
„Frauen wirken zivilisierend", hat Pfeiffer beobachtet. „Sind Ehefrauen und Schwestern in der Nähe, entschärft das auch bei jungen Männern das Problem mit der Gewaltkriminalität." Deswegen plädiert der Kriminalwissenschaftler für Familiennachzug, wo er möglich ist.
Perspektivlosigkeit
„Wir haben mehr als 300.000 Verlierer produziert, die keine Chance auf Asyl in Deutschland haben", behauptet Pfeiffer. Diese meist jungen Männer hätten derzeit weder hierzulande noch in ihren Herkunftsländern eine Perspektive. Pfeiffer glaubt, dass man beides ändern müsste, um die Kriminalität zu senken: Zum einem mit einem Einwanderungsgesetz wie in Kanada, das Anreize setzt, sich möglichst schnell zu integrieren und einen Job zu finden. Zum anderen mit entwicklungspolitischer Hilfe in den Herkunftsländern, damit auch die freiwillige Rückkehr zu einer wirklichen Option wird. „Das alles ist Aufgabe der neuen Bundesregierung."

Täter beleidigen Opfer als "Hitlermutti" Hessen: 75-Jährige von Arabern begrapscht

pi-news.net/2018/01/hessen-75-jaehrige-von-arabern-begrapscht/
January 5, 2018
Symbolbild.
Stadtallendorf (Hessen): Nach einem Vorfall am Dienstag, 2. Januar vor dem Einkaufszentrum in der Herrenwaldstraße hat die Polizei Ermittlungen aufgenommen und sucht nach zwei jungen Männern. Wie das 75-jährige Opfer berichtete, bemerkte sie gegen 7.10 Uhr hinter sich die beiden arabisch aussehenden Personen. Einer der beiden griff ihr dann urplötzlich von hinten an die Brust. Als die Seniorin das Duo zur Rede stellte, wurde sie mit dem Wort „Hitlermutti" beleidigt. Die Fahndung der Polizei nach den etwa 18 bis 20 Jahre alten Männern mit kurzen schwarzen Haaren verlief ohne Erfolg.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017/2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".
Potsdam: Am Mittwochmorgen wurde eine 17-Jährige Potsdamerin auf dem Weg zu ihrer Schule sexuell belästigt. Auf der Fahrt in einem vollen Linienbus, wurde sie von einem älteren Mann mehrfach gegen ihren Willen am Gesäß berührt. Der Mann, der in Begleitung von zwei anderen Männern den Bus nutzte, war zwischen 20 und 30 Jahre alt, ca. 180 cm groß, von gepflegter Erscheinung, sprach fließend Deutsch und sah aus Sicht der Schülerin türkischstämmig aus. Dem Opfer war die Situation derart unangenehm, dass sie sich erst in der Schule offenbarte, von wo aus die Polizei alarmiert wurde. Die Beamten unternahmen sofort eine Nahbereichsfahndung, konnte aber weder den Täter noch seine Begleiter im Umfeld feststellen.
Bremen: In der Innenstadt wurden zwei junge Frauen aus Niedersachsen von mehreren jungen Männern bedrängt und im Intimbereich berührt. Im Rahmen der Fahndung konnte ein 20 Jahre alter Syrer von den Einsatzkräften gestellt werden. Die Ermittlungen hierzu dauern an.
Schwabach: Am Neujahrsmorgen wurde eine Frau in der Schwabacher Innenstadt Opfer eines sexuellen Übergriffs. Die Kriminalpolizei bittet um Zeugenhinweise. Bereits gestern Morgen (01.01.2017), gegen 05:00 Uhr sprach ein bislang Unbekannter sein späteres Opfer in der Friedrichstraße an. Als die Frau nicht reagierte, packte er sie, drückte sie gegen eine Wand und berührte sie unsittlich. Die Geschädigte konnte sich glücklicherweise wehren, woraufhin der Täter flüchtete. Täterbeschreibung: Männlich, ca. 180 – 185 cm groß, bekleidet mit einer schwarzen

Jacke sowie einer schwarzen Wintermütze. Der Täter trug einen Bart bzw. Dreitagebart. Er sprach deutsch mit unbekanntem ausländischem Akzent.
Karben: Noch unklar ist, was genau sich am frühen Neujahrsmorgen am Bahnhof in Karben-Kloppenheim zugetragen hat. Es muss zu einer Auseinandersetzung gekommen sein, bei der ein 38-jähriger Bad Vilbeler eine Verletzung im Gesicht erlitt und dadurch möglicherweise dauerhaft in seiner Sehfähigkeit eingeschränkt bleibt. Der Vilbeler gibt an gegen 04.20 Uhr am Montagmorgen am Gleis 3 in die S-Bahn nach Frankfurt eingestiegen zu sein. Dabei beobachtete er im Eingangsbereich oder noch am Bahnsteig zwei Männer, die eine Frau bedrängten. Er ging dazwischen und erhielt von einem der Männer einen Faustschlag ins Gesicht. Mit Anfang 20, südländischem Erscheinungsbild, dunkler Hautfarbe, dünner Figur und etwa 1.70m groß beschreibt der Vilbeler den Schläger. Er trug ein gestreiftes Oberteil und hatte kurze dunkle Haare.
Bochum: Noch ist diese sexuelle Belästigung nicht geklärt, die sich in den Morgenstunden des 1. Januar während einer Taxifahrt zwischen Bochum und Wanne-Eickel ereignet hat. Eine Hernerin (30), die in der am Konrad-Adenauer-Platz 3 im Bochumer „Bermuda3eck" gelegenen Eventlocation Silvester gefeiert hat, nahm sich am Neujahrsmorgen, gegen 7 Uhr, ein Taxi, das dort auf Fahrgäste wartete. Während der Fahrt fasste der Taxifahrer der Frau plötzlich und unerwartet mehrfach an den Oberschenkel. Trotz deutlich artikulierter Ablehnung der 30-Jährigen wiederholte der Fahrer diese Handlungen. Als er dann seine Hose öffnete und der schockierten Frau sein Geschlechtsteil zeigte, versuchte sie an einer Kreuzung in Bochum-Riemke das Fahrzeug zu verlassen, was ihr aber aufgrund verriegelter Fahrzeugtüren nicht gelang. In Höhe des Eickeler Markts konnte die 30-Jährige das Taxi dann verlassen. Am gestrigen 2. Januar zeigte die Hernerin den bislang noch unbekannten Taxifahrer bei der Polizei an. Der Mann, augenscheinlich ein Südländer, ist ca. 28 Jahre alt, hat ca. fünf Zentimeter lange glatte, dunkle Haare sowie einen kurzgeschnittenen Vollbart. Besonders auffällig ist die Zahnreihe des Oberkiefers, die breite Lücken aufweist.
Erlangen: Gleich zweimal hat sich am frühen Dienstagabend (02.01.2018) in Erlangen ein Exhibitionist im Schlossgarten gezeigt. Die Kriminalpolizei bittet um Zeugenhinweise. Der noch unbekannte Täter ist zwischen 17:30 Uhr und 17:40 Uhr innerhalb nur weniger Minuten gegenüber zwei Frau aufgetreten. Der erste Fall ereignete sich auf Höhe der Orangerie. Der ca. 30-jährige Mann mit kurzen schwarzen Haaren war dort auf einem Fahrrad unterwegs, als er eine der Geschädigten in einer für sieunbekannten Sprache ansprach und dabei an seinem Glied manipulierte. Nur ca. 10 Minuten später zeigte sich derselbe Exhibitionist erneut in schamverletzender Weise. Dieses Mal trat er in dem Moment hinter einem Baum hervor, als eine Joggerin vorbeikam. Die Frau alarmierte sofort die Polizei, konnte den Mann aber leider nicht näher beschreiben. Sie und auch die erste Geschädigte hatten beim Anblick des Täters sofort die Flucht ergriffen.
Memmingen: Auf der Damentoilette einer Memminger Gaststätte in der Kuttelgasse kam es von Mittwoch- auf Donnerstagnacht (27./28.12.2017), gegen Mitternacht, zu einem Übergriff auf eine 21-Jährige. Ein 24-Jähriger versuchte die Geschädigte zu küssen, als diese die Toilettenkabine verließ. Zudem fasste der Tatverdächtige die 21-

Jährige mehrmals über der Kleidung an die Brust und strich ihr mit der Hand über den Bauch. Das Opfer wehrte sich und zog sich bei dem Vorfall leichte Verletzungen zu. Von den Schreien der Geschädigten aufmerksam geworden, betrat ein anderer Gast die Damentoilette. Daraufhin ließ der Tatverdächtige von der Geschädigten ab und verließ die Lokalität. Zwei Besucher verfolgten diesen, wo er im weiteren Verlauf von der Polizei aufgegriffen und vorläufig festgenommen werden konnte. Der Mann wurde am Donnerstag (28.12.2017) auf Antrag der Staatsanwaltschaft dem Haftrichter vorgeführt, welcher Haftbefehl gegen den 24-jährigen Afghanenerließ und die Untersuchungshaft anordnete. Als die Geschädigte die Toilette betrat, war neben dem Tatverdächtigen eine weitere Person anwesend. Hierbei handelte es sich um eine ca. 18 bis 20 Jahre alte, ca. 170 cm große, schlanke Frau mit dunklen, langen Haaren. Als diese ebenfalls vom Tatverdächtigen bedrängt wurde, stieß sie diesen mit den Worten „Lass mich in Ruhe!“ von sich weg.

Rüthen: Nach einer Silvesterfeier machte sich eine 23-jährige Frau aus Rüthen am Montagmorgen gegen 03:00 Uhr von einem Sportheim auf den Weg nach Hause. Bis zur Schneringer Straße wurde sie von Bekannten begleitet. Als sie in die Straße Im Krummen Hagen einbog, bemerkte sie nach einigen Metern vier junge Männer. Diese bedrängten die junge Frau und strichen im Brustbereich mit den Händen über ihre Kleidung. Schließlich rannte sie in Richtung Ratskeller davon. Dort traf sie auf Bekannte, die sie nach Hause begleiteten und die Polizei informierten. Nach Angaben der Geschädigten handelte es sich um vier junge Männer, vermutlich um Zuwanderer, die sie wie folgt beschrieb: 20 bis 25 Jahre alt, etwa 175 Zentimeter groß, zwei der Männer waren mit Hoodies bekleidet. Auf Grund der geringen Straßenbeleuchtung im Bereich des Tatortes war eine detaillierte Beschreibung der Täter nur bedingt möglich.

Stuttgart: Nördlich des Hauptbahnhofes, im Bereich der Steinstraße, beobachteten zivile Beamte der Polizei gegen 01.30 Uhr, wie zwei Männer eine 32-jährige Frau aus Dortmund sexuell belästigten. Die Beamten eilten der Geschädigten direkt zu Hilfe und konnten einen der Tatverdächtigen, einen 18-jährigen guinesischen Staatsangehörigen, festnehmen. Der zweite Verdächtige ist flüchtig, die Ermittlungen dauern an.

PI-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

https://www.n-tv.de/panorama/Fast-jeder-Sanitaeter-wurde-schon-angegriffen-article20215124.html

Freitag, 05. Januar 2018

Gewalt im Rettungseinsatz in NRWFast jeder Sanitäter wurde schon angegriffen

Sie retten Leben und geraten dabei selbst in Gefahr: Mehr als 90 Prozent der in Nordrhein-Westfalen befragten Notfallsanitäter und Rettungsassistenten sind im Einsatz schon angegriffen worden. Das zeigt eine aktuelle Studie - die auch Gründe nennt.

Fast jeder Notfallsanitäter und Rettungsassistent in Nordrhein-Westfalen wurde schon einmal im Einsatz angegriffen. Laut einer Studie der Ruhr-Universität Bochum gaben 91 Prozent der Befragten aus diesen Berufen an, innerhalb der vergangenen zwölf Monate Opfer von verbaler oder körperlicher Gewalt geworden zu sein, berichtet der "Spiegel". Auch 88 Prozent der Feuerwehrleute im Rettungsdienst wurden bereits attackiert, ebenso 80 Prozent der Notärzte.
Der Leiter der Studie, Thomas Feltes, sagte dem "Spiegel", die Angriffe gegen Einsatzkräfte seien in den vergangenen Jahren roher und brutaler geworden. Der Respekt nehme ab. Der Kriminologieprofessor macht fehlende Empathiefähigkeit dafür verantwortlich, die wiederum aus der Perspektivlosigkeit der Täter herrühre. In den meisten Fällen seien die Täter betrunken, **40 Prozent seien nach Schilderung der Opfer Einwanderer.** Die Wissenschaftler werteten insgesamt mehr als 800 Onlinefragebögen von Einsatzkräften aus Nordrhein-Westfalen aus. Die Studie wird dem nordrhein-westfälischen Innenministerium demnach Ende Januar übergeben.
Zuletzt beklagten Feuerwehr und Rettungsdienste zu Silvester zahlreiche Angriffe auf Einsatzkräfte. Das Bundeskriminalamt registrierte Medienberichten zufolge im Jahr 2016 rund 1830 Straftaten gegen Rettungsdienste und Feuerwehren. Dabei sei es vor allem um Körperverletzungen oder Nötigungen gegangen.
Quelle: n-tv.de

Stuttgarter Nachrichten: Merkels Flüchtlingspolitik ist gescheitert JF-TV: Merkels Erbe – Ein verunsichertes Land

pi-news.net/2018/01/jf-tv-merkels-erbe-ein-verunsichertes-land/
January 5, 2018

5. Januar 2018
Seit Wochen ist Mannheim deutschlandweit in den Schlagzeilen. Die Stadt ist gebeutelt von der Massenzuwanderung der vergangenen Jahre. Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) beklagte sich in einem Brandbrief über junge Flüchtlinge, die durch eine „bislang nicht gekannte hohe kriminelle Energie" und fehlende Mitwirkungs- und Integrationsbereitschaft auffielen. Bürger und vor allem Bürgerinnen befinden sich auf dem Rückzug aus dem öffentlichen Raum. JF-TV sah sich zusammen mit dem Journalisten und Islamkritiker Imad Karim zu Silvester im Herzen Mannheims um. *(Sehr lesenswert in diesem Zusammenhang ein Kommentar von Rainer Wehaus in den Stuttgarter Nachrichten vom 4. Januar 2018 mit dem Titel „Moralischer Übermut – Merkels Flüchtlingspolitik ist gescheitert". Wachen die merkelhörigen Altmedien allmählich auf?)*

Weihnachtliche Dankbarkeit in Ingolstadt 15-Jähriger von Dunkelhäutigen niedergeschlagen und ausgeraubt

pi-news.net/2017/12/15-jaehriger-von-dunkelhaeutigen-niedergeschlagen-und-ausgeraubt/
December 29, 2017
Symbolbild.
Von DAVID DEIMER | Zwei Merkel-Orks vom Dunklen Kontinent erwiesen ihre weihnachtliche Dankbarkeit gegenüber dem Gastgeberland auf ihre eigene unnachahmliche Art: Ein 15-jähriger Junge war am ersten Weihnachts-Feiertag auf der viel befahrenen Goethestraße in der Ingolstädter City, nahe seines Elternhauses, zu Fuß unterwegs. Auf Höhe der Shell-Tankstelle und des NH-Hotels fielen ihm zwei dunkle Gestalten auf, die dem Jugendlichen dann folgten.

Schwerer Raub an 15-Jährigem – mit Schlägen und Tritten auf Bargeldsuche

Anzeige

Die Schilderung der Polizei zu dem Überfall liest sich durchaus beklemmend aber symptomatisch: Auf der Kurt-Huber-Straße wurde der 15-Jährige unvermittelt von hinten angegriffen, mit einem Faustschlag zu Boden gestreckt und durch weitere Schläge verletzt. Danach wurde der Jugendliche von den beiden Afrikanern am Boden fixiert und nach Wertgegenständen durchsucht. Die importierten „Raub-Tiere" erbeuteten nach Angaben der Polizei einen geringen Bargeld-Betrag und ergriffen letztlich zu Fuß die Flucht. Im Rahmen einer sofort eingeleiteten Fahndung wurden zunächst zwei Männer vorübergehend festgenommen, jedoch selbstverständlich im Anschluss wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Kriminalpolizei Ingolstadt hat in dem Fall die Ermittlungen übernommen. Hinweise werden unter der Telefonnummer (08 41) 93 43 0 erbeten. Zu den Tätern veröffentlichte die Polizei folgende detaillierte Beschreibung.

Täterprofil: „Fast schwarz, breite Nasen, volle Lippen, Dreadlocks, orange Spitzen"

Täter 1:

- männlich
- Anfang 20
- etwa 175 Zentimeter groß
- dunkelhäutig, fast schwarz
- eher zentralafrikanischer Herkunft
- Statur: breit gebaut, ohne Bauch
- schwarze, kurze, gekräuselte Haare
- flache, breite Nase
- dicke, volle Lippen
- trug eine Art Bomberjacke (weiß), blaue Jeans, ein rotes T-Shirt und dunkle Schuhe

Täter 2:

- männlich
- Anfang 20
- zirka 175 Zentimeter groß
- eventuell zentralafrikanischer Abstammung, sehr dunkle Haut
- offen getragene Dreadlocks, etwa zehn Zentimeter lang mit orange gefärbten Spitzen
- breite, plattgedrückte Nase
- abstehende Ohren mit Ohrring auf der rechten Seite
- Drei-Tage-Bart
- trug eine Art Bomberjacke (blau), armee-grüne Hose, weißes T-Shirt und rote Schuhe

Knapp 1.000 neue Nigerianer in Ingolstadt – „Schanzer" verschanzen sich vor Schwarzen

Die AUDI-Stadt kommt 2017 nicht zur Ruhe. Vor noch nicht einmal vier Wochen eskalierte bei der Auszahlung des „Taschengeldes" eine bereits seit Wochen schwelende Gewaltsituation in einer Asylunterkunft. Behördenmitarbeiter und Security-Personal mussten sich in Todesangst vor den tumultartigen Ausschreitungen von über 100 wild gewordenen Plünderern aus Afrika verschanzen – einige Mitarbeiter des „Sicherheits-Dienstes" wurden dabei verletzt. Die Einwohner der alten königlichen Festungsschanze Ingolstadt heißen im bayerischen Volksmund übrigens „Schanzer" …

Nigerianische Migranten-Horden benutzten dabei herausgehobene Sperrgitter und Eisenstangen, um damit die schleunigst verschlossenen Türen zu den „Auszahlenden" einzurammen**.** Ein Großaufgebot der Polizei Ingolstadt musste anrücken und die schwarzbunten Merkel-Orks besänftigen. In der oberbayerischen 2.000-Einwohnergemeinde Oberstimm in Ingolstadt-Süd fanden gleich nach der Bundestagswahl 700 neu hinzugekommene nigerianische „Schutzsuchende" Schutz, Steuergeld, Obdach und … neue Opfer. Unlängst eskalierte eine zunächst harmlose Situation in Manching/Ingolstadt-Süd: Aus einer „aufgestachelten Gruppe" von etwa 50 afrikanischen „Flüchtlingen", die sich „zunehmend aggressiv" verhielt, wurden die Beamten angegriffen und ihr Auto beschädigt. Die Polizisten setzten Pfefferspray ein, es gab mehrere Verletzte. Und wieder musste ein Großaufgebot der Polizei Ingolstadt anrücken.

Raub- und Vergewaltigungsverbrechen steigen seit zwei Jahren drastisch an
Wie ein Polizeisprecher erklärte, stiegen die Straftaten durch Zuwanderer allein im Ingolstädter Stadtgebiet von 150 Delikten im Jahr 2014 auf über 600 in 2015, auf 950 im vergangenen Jahr. Dabei handelt es sich vorwiegend um Raub, Diebstähle und Körperverletzungen – eine Steigerung um 500 Prozent, in zwei Jahren. Zuletzt lag die Zahl registrierter Straftaten bei „weit über 1.000" allein bis Oktober 2017. Seit 15 Monaten kommt es zu einer beispiellosen Vergewaltigungsserie „vor Horst Seehofers Haustüre" rund um die Aufnahmezentren im Großraum Ingolstadt und Eichstätt – PI-NEWS berichtete in einer eigenen extrem verstörenden Serie.
AfD erzielt höchstes bayerisches Großstadt-Ergebnis in … Seehofers Heimat Ingolstadt
Im Vergleich zu anderen bayerischen Großstädten hat der aktive AfD-Kreisverband in Ingolstadt im September mit 15,3 Prozent das höchste BTW-Ergebnis erzielt. Warum wohl? Während die treudoofen Schlafseppls in München (8,4 Prozent), Augsburg (13,8), Regensburg (10,8), Nürnberg (12), Fürth (11,9), Erlangen (8), Würzburg (8), Bamberg (11,4) und Bayreuth (9,6) noch den Vertuschungen und leeren Wahlkampfparolen der CSU („Sicherheit durch Stärke") glauben, sind die Umvolkungs-geschundenen Ingolstädter schon etwas weiter: Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 musste die CSU Verluste von 13,7 Prozentpunkten verkraften.
Dazu betonte der „gelernte Wirtschaftspädagoge" und derzeit geschäftsführende Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU), vor dem Bundestag: „Glauben Sie nicht, dass wir auf die Dauer unseren Wohlstand auf dem Rücken Afrikas und der Entwicklungsländer leben können, ohne dass die Menschen zu uns kommen und sich dann holen, was ihnen gehört."
Gerd Müller, der „Neue Bomber der Nation" macht seinem Namen wirklich alle Ehre und wurde auch von Claudia (F.) Roth (GRÜNE), ausdrücklich gelobt.

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/87360/Fast-jeder-Notfallsanitaeter-schon-im-Einsatz-angegriffen
Ärzteschaft
Fast jeder Notfallsanitäter schon im Einsatz angegriffen
Freitag, 5. Januar 2018
Hamburg – Fast jeder Notfallsanitäter und Rettungsassistent wurde schon einmal im Einsatz angegriffen. Nach einer Untersuchung der Ruhr-Universität Bochum gaben 91 Prozent der Befragten aus diesen Berufen an, innerhalb der vergangenen zwölf Monate Opfer von verbaler oder körperlicher Gewalt geworden zu sein, wie der Spiegel berichtete. Auch 88 Prozent der Feuerwehrleute im Rettungsdienst wurden bereits attackiert, ebenso 81 Prozent der Rettungssanitäter und 80 Prozent der Notärzte.
Der Leiter der Studie, Thomas Feltes, sagte dem Magazin, die Angriffe gegen Einsatzkräfte seien in den vergangenen Jahren roher und brutaler geworden. Der Respekt nehme ab. Der Kriminologieprofessor macht fehlende Empathiefähigkeit dafür verantwortlich, die wiederum aus der Perspektivlosigkeit der Täter herrühre. In den meisten Fällen seien die Täter betrunken, 40 Prozent seien nach Schilderung der Opfer Einwanderer.
Die Wissenschaftler werteten mehr als 800 Onlinefragebögen von Einsatzkräften aus Nordrhein-Westfalen aus. Die Studie wird dem nordrhein-westfälischen Innen-minis-terium demnach Ende Januar übergeben.
Zuletzt beklagten Feuerwehr und Rettungsdienste zu Silvester zahlreiche Angriffe auf Einsatzkräfte. Das Bundeskriminalamt registrierte Medienberichten zufolge im Jahr 2016 rund 1.830 Straftaten gegen Rettungsdienste und Feuerwehren. Dabei sei es vor allem um Körperverletzungen oder Nötigungen gegangen.
Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hartmut Ziebs, sagte der Bild, er wünsche sich „einen Aufschrei in der Bevölkerung gegen Gewaltattacken auf die Feuerwehr. Solche Täter müssen wissen, dass sie von der ganzen Gesellschaft geächtet werden". © kna/aerzteblatt.de

Kein Aufschrei der üblichen Rassismus-Riecher Rheine: „Südländer" prügeln 42-Jährigen grundlos ins Krankenhaus

pi-news.net/2018/01/rheine-suedlaender-pruegeln-42-jaehrigen-grundlos-ins-krankenhaus/
January 9, 2018
Rheine (Kreis Steinfurt): Zu einer brutalen Körperverletzung kam es am frühen Sonntagmorgen in Rheine vor dem Haupteingang des Hauptbahnhofes. Scheinbar grundlos

schlugen gegen 04:00 Uhr vier Personen einen 42jährigen Mann aus Mesum durch mehrere Schläge und Tritte gemeinschaftlich zu Boden. Auf dem Boden liegend wurde er weiterhin durch Tritte gegen Kopf und Brust malträtiert. Als sich der Mann gerade wieder aufrecht hingesetzt hatte, wurde er mit voller Wucht von dem Haupttäter ins Gesicht getreten. Eine 59jährige Zeugin kam dem nun auf dem Boden liegenden Mann sofort zur Hilfe und informierte die Rettungskräfte. Der 42jährige Mann erlitt neben diversen Prellungen am ganzen Körper mehrere Frakturen im Gesicht. Er musste stationär aufgenommen und erstversorgt werden. Anschließend wurde er in eine Spezialklinik verlegt. Die Täter entfernten sich nach der Tat zunächst in Richtung McDonalds. Möglicherweise waren sie kurz darauf auch vor einem Pub auf der Münsterstraße. Die Zeugin beschreibt die Täter wie folgt: vier südländisch aussehenden Männer im Alter von 18 – 19 Jahren. Den Haupttäter beschreibt sie als korpulent mit kurzen dunklen Haaren an den Kopfseiten und längeren dunklen Haaren oben auf dem Kopf. Er war bekleidet mit einer dunklen Jacke und einer hellen Jogginghose. Ein weiterer Beschuldigter habe längere, dunkle und leicht wellige Haare gehabt. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet nun weitere Zeugen, die sachdienliche Hinweise machen können, sich bei der Polizeiwache in Rheine unter der Telefonnummer 05971-9380 zu melden.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Bernburg: Wegen des Angriffs auf zwei Männer ermittelt die Polizei in Bernburg. Es besteht der Verdacht der gefährlichen Körperverletzung. Zwei Männer im Alter von 24 und 26 Jahren befanden sich anlässlich des Jahreswechsel auf dem Saalplatz in Bernburg. Gegen 1.30 Uhr kam eine Gruppe von ca. 15 bis 20 Personen, augenscheinlich mit Migrationshintergrund, an den beiden Männern vorbei. Aus dieser Gruppe heraus wurden die beiden Männer nach Angaben der Polizei plötzlich angegriffen und leicht verletzt. Durch Zeugen wurde die Polizei informiert, woraufhin die Gruppe den Saalplatz in unbekannte Richtung verließ. Zeugen, welche sich zum Zeitpunkt der Tat ebenfalls auf dem Saalplatz befanden, werden gebeten, sich an die Polizeidienststelle in Bernburg zu wenden.

Gelsenkirchen: Ebenfalls im Gelsenkirchener Hauptbahnhof soll am 1. Januar gegen 02:00 Uhr ein 29-jähriger Iraner aus Kevelaer eine bislang unbekannte Person ins Gesicht geschlagen haben. Das Opfer soll dabei ein Kleinkind auf dem Arm getragen haben. Anschließend hätte der 29-Jährige den Mann noch eine Treppe heruntergestoßen. Der Tatverdächtige konnte durch Mitarbeiter der Bahnsicherheit festgehalten und der Bundespolizei übergeben werden. Zwischenzeitlich soll sich der Geschädigte entfernt haben, so dass die Bundespolizei diesen nun bittet, sich unter der kostenfreien Servicenummer 0800 6 888 000 zu melden. Gegen den Iraner wurde ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet.

Oberursel: In der Silvesternacht wurde in der Brüder-Winter-Straße in Oberursel ein 26-Jähriger bei einer Auseinandersetzung leicht verletzt. Mehrere Jugendliche sollen den Geschädigten gegen 02.00 Uhr mit Feuerwerkskörpern beworfen haben, woraufhin es zum Streit zwischen der Gruppe und dem 26-Jährigen kam. Bei der daraus entstehenden handgreiflichen Auseinandersetzung erlitt der Geschädigte leichte Verletzungen und musste in einem Krankenhaus behandelt werden. Die vier Angreifer flüchteten nach der Tat unerkannt. Einer der Jugendlichen soll etwa 175 cm groß und schlank gewesen sein. Dersüdländisch aussehende Mann soll eine graue Jogginghose, eine schwarze Jacke und eine graue Basecap getragen haben.

Taunusstein-Bleidenstadt: In der vergangenen Nacht wurde ein 20-Jähriger aus Taunusstein von einem unbekannten Täter in der Aarstraße angegriffen und durch einen Faustschlag verletzt. Der Geschädigte wurde zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. Der 20-Jährige war gegen 01:00 Uhr vom Aarmühlweg in Richtung Dresdener Straße unterwegs, als der spätere Täter beim Überqueren der Aarstraße einen Böller in Richtung des Taunussteiners warf. Dieser beschwerte sich diesbezüglich und sprach den „Werfer" an. Der kam daraufhin auf den Geschädigten zu und versetzte ihm sofort einen Faustschlag in das Gesicht. Daraufhin entfernte sich der Schläger in Begleitung einer jungen Frau in Richtung Taunusstein Hahn. Der Täter wird beschrieben als circa 1,70 Meter groß, trage schwarze Haare und einen schwarzen, kurzen Vollbart. Er sei mit einer Camouflage Jacke, einer Jeans und einer Basecap bekleidet gewesen. Der Unbekannte habe gebrochenes Deutsch gesprochen und nach Auskunft des 20-Jährigen „südländisch" ausgesehen.
München: Zwei Zivilpolizisten waren am Dienstag gegen 23.15 Uhr im Rahmen der verstärkten Überwachung am Hauptbahnhof zu Fuß unterwegs. Plötzlich kam eine Gruppe junger Männer ihnen entgegen. Zwei Männer im Alter von 21 und 19 Jahren, beide aus Afghanistan, rempelten die beiden Polizisten an. Unmittelbar danach kamen sechs Männer aus der Gruppe auf die beiden Polizisten zugerannt. Sie hatten die Hände drohend erhoben und schrien dabei laut. Die zivilen Beamten setzten Pfefferspray ein. Die beiden Rempler mussten schließlich aufgrund ihres aggressiven Auftretens überwältigt werden und kamen in Gewahrsam.
Wien: Der Sohn von Edi Finger Jr. [österreichischer Sportjournalist und Radiomoderator] ist in der Nacht auf Sonntag in der Wiener U-Bahnstation Karlsplatz niedergeschlagen worden. Laut Angaben des 28-Jährigen soll er von zwei Schwarzafrikanern„getreten und mit Fäusten geschlagen" worden sein. Mit „stark blutender Nase" ging er nach dem Übergriff zu einer Polizeiinspektion und erstattete Anzeige. Er erlitt laut „Krone"-Infos eine Gehirnerschütterung, einen Nasenbeinbruch sowie eine Schädelprellung. Die Tat soll kurz nach Mitternacht auf einer Rolltreppe verübt worden sein. Zwei Angreifer hätten „ohne jede Vorwarnung oder vorherigen Augenkontakt auf meinen Sohn und dessen Freund eingeschlagen", so Edi Finger Jr. (68) gegenüber der „Krone". Der 28-Jährige erstattete bei einer Polizeiinspektion Anzeige, anschließend wurde er ins Spital gebracht. Die Täter flüchteten nach der Attacke, die von Überwachungskameras mitgefilmt wurde. Die Bilder sind jedoch sehr unscharf, Fahndungsbilder konnten daher noch nicht veröffentlicht werden. „Derzeit liegt mein Sohn im AKH. Er hat Schmerzen, klar. Aber wichtig ist, dass ihm keine Zähne fehlen, er keinen Kieferbruch erlitten hat und sein rechter Schlagarm fürs Golfen (Anmerkung: Der 28-Jährige ist von Beruf Golftrainer) heil geblieben ist", so Finger im „Krone"-Gespräch. Nachsatz: „Es ist zum Narrischwerden, dass man nun auch schon in der U-Bahn nicht mehr sicher ist und überfallen wird."

Lul€sz Urban
Sebaslian Beiln
Klaus Jacob
tlodl Krebs
Angellka l{öslers
Dalia Elyddm
Fabrizla Oi Lorenzo

Dr. Chrßtoph H€dich
Nadä Cizmär
Peler VölkBr
Anna Bagfatuni
Gm€ly Bag€tuni

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
Berlin, 1. Dezember 2OL7
Offener Brief der Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags vom 19. Dezember 2015 auf dem Breitscheidplatz in Berlin
Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
am L9. Dezember 2016 erschoss ein islamistischer Terrorist in Berlin einen polnischen LKW-Fahrer, raubte das Fahrzeug und steuerte es in den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz. Er ermordete dabei weitere 11 Menschen aus lsrael, ltalien, Tschechien, der Ukraine und Deutschland. Mehr als 70 Personen wurden - teilweise sehr schwer - verletzt.
Wir, die Verfasser dieses Briefes, sind Familienangehörige aller 12 Todesopfer. Einige von uns gehören auch selbst zu den Verletzten und Nothelfern am Breitscheidplatz. Wir haben uns nach dern Anschlag in einer Gruppe zusammengeschlossen und stehen miteinander in Kontakt. Wir teilert unsere Trauer, versuchen uns gegenseitig so gut es geht zu unterstützen und informieren uns über Entwicklungen in der Politik und den Medien.
Wir nehmen in den Monaten seit dem Anschlag vielfältige Missstände wahr und haben uns nun entschieden, uns mit diesem Brief direkt an Sie, Frau Bundeskanzlerin, zu wenden. Die Missstände betreffen sowohl die mangelhafte Anti-Terror-Arbeit in Deutschland als auch den Umgang mit uns als Opfer und Hinterbliebene.
Während sicherlich kein Land der Welt absolute Sicherheit vor terroristischen Anschlägen gewährleisten kann, mangelt es in Deutschland an grundlegender Professionalität im Umgang mit dern Terrorismus. Durch die Arbeit von investigativen Journalisten sowie des Untersuchungsausschusses
in NRW und des Sonderbeauftragten des Senats von Berlin, Bruno Jost sind mittlerweile Fehlleistungen der Anti-Terror-Arbeit in Deutschland ans Licht gekommen, die als alarmierend einzustufen sind.
**Dazu kommentierte Claus Kleber im ZDF "heute journal" am L2.10.2017: "Das Erschreckende ist, dass es zu spät ist, man kann die Fehler nicht mehr korrigieren. Aber 12 Menschen könnten noch leben, 70 Verletzte unversehrt sein, wenn Behörden, allen voran die Landeskriminalbehörden von NRW und Berlin, ihren Hintern hoch bekommen hätten, wenn dort nicht katastrophale Zustände geherrscht hätten. Das ist auch in dieser drastischen Formulierung das Ergebnis des Sonderermittlers
Jost."**

Der Terrorist, der den Anschlag am Breitscheidplatz verübt hat, ist unter vielen Migranten zu Beginn der Flüchtlingskrise nach Deutschland gekommen, hat vielfach Asyl beantragt, war als einer der Top-Gefährder bekannt und ist auch vor dem Anschlag bereits mehrfach straffällig geworden. Seine Fingerabdrücke zur elel<tronischen ldentifizierung wurden - wie die der meisten Flüchtlinge, mehrfach gar nicht oder erst mit großer Vezögerung ausgewertet. Als Top Gefährder in der Bundeshauptstadt wurde er nur gelegentlich und nur an Werktagen und nie nachts observiert, obwohl bekannt war, dass er gewerbsmäßigen Drogenhandel betrieb. Möglichkeiten zur Abschiebung wurden verpasst. Es herrschte ein Kompetenzchaos zwischen LKAs verschiedener Bundes!änder, dem BKA und weiteren ca. 50 Behörden, deren Benaue Aufgaben kaum abgegrenzt werden können und die ihn betreffende lnformationen nur äußerst mangelhaft austauschten.

Frau Bundeskanzlerin, der Anschlag am Breitscheidplatz ist auch eine tragische Folge der politischen Untätigkeit lhrer Bundesregierung. ln einer Zeit, in der die Bedrohung durch islamistische
Gefährder deutlich zugenommen hat haben Sie es versäumt, rechtzeitig den Ressourcenausbau und die Reformierung der wirren behördlichen Strukturen für die Bekämpfung dieser Gefahren vora nzutreiben.
Wir fordern Sie dringend auf, die vorhandenen Defizite so schnell wie möglich zu beseitigen. Sie sind in der Verantwortung, die für die Bekämpfung des Terrors er{orderlichen Ressourcen im Bund mit Priorität bereitzustellen. Aber auch die Länder müssen ihre Strukturen ausbauen und mit lhnen gemeinsam an einer Entwirrung der behördlichen Strukturen arbeiten. Es darf künftig nicht mehr zu so gravierenden Problemen in der Koordination kommen. Gerade im Falle des Attentäters vom Breitscheidplatz sind diesbezüglich eklatante Missstände offenbar geworden, die so nicht weiter toleriert werden können.
ln Bezug auf den Umgang mit uns Hinterbliebenen müssen wir zur Kenntnis nehmen, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie uns auch fast ein Jahr nach dem Anschlag weder persönlich noch schriftlich kondoliert haben. Wir sind der Auffassung, dass 5ie damit lhrem Amt nicht gerecht werden. Der Anschlag galt nicht den unmittelbar betroffenen Opfern direkt, sondern der Bundesrepublik Deutschland. Es ist eine Frage des Respekts, des Anstands und eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass Sie als Regierungschefin im Namen der Bundesregierung unseren Familien gegenüber den Verlust eines Familienangehörigen durch einen terroristischen Akt anerkennen.
Auch lhre bisherigen Aktivitäten zur Unterstützung unserer Familien sind nicht ausreichend. So haben Sie schon am Tag unmittelbar nach dem Anschlag in der Gedächtniskirche einen Trauergottesdienst
mit anderen Vertretern hoher politischer Amter begangen. Zu diesem Zeitpunkt wussten wir Betroffenen noch gar nichts von unserem Schicksal. Das dem Bundesministerium des lnnern nachgeordnete BKA hatte eine lnformationssperre zum Verbleib der Opfer verhängt und sich 72 Stunden Zeit für die ldentifikation der Opfer gelassen. Während also der Trauergottesdienst stattfand, haben wir Hinterbliebenen verzweifelt nach unseren Angehörigen gesucht und dabei sämtliche Krankenhäuser in Berlin persönlich aufgesucht oder telefonisch kontaktiert.
Überhaupt stand uns nach dem Anschlag anfangs nur die allgemeine Meldestelle für Vermisste der Berliner Polizei zur Verfügung. Hier wurden keinerlei Auskünfte erteilt und Rückrufe versprochen, die aber nicht erfolgten. Erst nach massiven Beschwerden über die fehlende Kommunikation und über 35 Stunden nach dem Anschlag wurden den Familien Beamte vom LKA Berlin als persönliche Ansprechpartner zugeordnet. Die LKA Beamten konnten aber aufgrund der lnformationssperre des BKA über weitere 35 Stunden keinerleiAuskünfte über unsere Angehörigen geben. Während einige Beamte sich nach Kräften um uns bemühten und zum Beispiel Notfallseelsorger vermittelten, ließen es andere an Empathie deutlich fehlen. Es kam sogar zu Zurechtweisungen.

ln der Folge hat sich in den ersten Tagen und Wochen tatsächlich niemand von offizieller Seite um uns gekümmert. Das erste offizielle Schreiben deutscher Behörden kam 22 Tage nach dem Anschlag von Bundesjustizminister Heiko Maas an einen Teil der Familienangehörigen. Er unternahm
dabei keine Anstrengungen, zumindest alle Familienangehörigen ersten Grades direkt zu . erreichen, sondern beließ es dabei, mit unvollständigen Listen zu arbeiten. Er kondolierte den Hinterbliebenen, die er so erreicht hatte persönlich, allerdings nicht im Namen der Bundesregierung,
und erläuterte den Prozess der Antragstellung für Härteleistungen aus Mitteln des Deutschen Bu ndestages.
Es hat 60 Tage gedauert, bis uns der damalige Bundespräsident Joachim Gauck zu einem Zusammentreffen im Schloss Bellevue einlud und kondolierte. Dank der großen Menschlichkeit und
Offenheit von Herrn Gauck fand dort eine würdevolle Zusammenkunft statt, an der auf Einladung

des Bundespräsidenten auch Bundesinnenminister Thomas de Maiziöre teilnahm.
Auch wenn der Bedarf schon wenige Tage nach dem Anschlag hätte erkannt werden müssen, dauerte es fast drei Monate bis die Bundesregierung Herrn Ministerpräsident a.D. Kurt Beck zum Beauftragten für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz am 19. Dezember 20LG ernannte. Seit seiner Benennung setzten sich Kurt Beck und ein,Team von Mitarbeitern sowohlfür uns Hinterbliebene als auch für die Verletzten des Anschlags ein.
Wir sind Herrn Beck für seinen Einsatz sehr dankbar. Leider ist er jedoch nicht mit Ressourcen ausgestattet, effektiv helfen zu können. So bleibt ihm als eingesetztem Vertreter der Bundesregierung
teilweise auch nichts anderes übrig, als Spendenorganisationen um Hilfen für Betroffene zu bitten. Das ist zwar eine im Einzelfall kreative Herangehensweise, ein Vertreter der Bundesregierung
sollte diesen Schritt jedoch nicht unternehmen müssen, um die notwendige Versorgung von Opfern eines terroristischen Akts sichezustellen.
Wir empfehlen irn Übrigen dringend, das Amt von Herrn Beck nach seinem angekündigten Abschlussbericht fortzuführen. Die Aufgabe dieses Amtes besteht nicht nur in der weiterführenden Betreuung der Hinterbliebenen und Verletzten vom Breitscheidplatz. Es bedarf dieses Amtes zur dauerhaften Koordination von Aktivitäten im Bereich der Prävention, Vorbereitung und Kommunikation im Bereich des Opferschutzes auf Bundes- und Landesebene.
Der Verlust eines geliebten Menschen lässt sich nicht durch materielle Kompensationen entschädigen.
Die Lücke in unserem Leben wird bestehen bleiben und uns bis an das Ende unseres Lebens begleiten. Wir müssen lernen, damit umzugehen.
Der Verlust eines engsten Angehörigen verursacht aber auch finanzielle Schäden. Unsere Enrvartung. ist, dass der Staat für die Familien der Hinterbliebenen "in die Schuhe der Opfer steigt" und zumindest die finanziellen Lücken schließt, die der Anschlag reißt. Es ist unsere konkrete' Erwartung an Sie, Frau Bundeskanzlerin, dass die Bundesrepublik unseren Familien unbürokratisch und umfassend hift und für die heutigen und künftigen finanziellen Schäden aufkommt.
Gegenüber dieser En /artung bleibt der Umfang der aktuellen staatlichen Unterstützung weit zurück. Es gibt nach alctuellem Rechtsstand für uns drei in Summe unzulängliche Entschädigungsquellen:
(1-) Zunächst gab es für Hinterbliebene einer terroristischen Straftat die bereits erwähnte, einmalige sogenannte Härteleistung des Deutschen Bundestages, allerdings in niedriger Höhe.
(2) Darüber hinaus gibt es Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG). lm Rahmen des OEG werden Bestattungskosten übernommen, die nicht mehr als die Kosten der billigst möglichen Bestattung decken. Etwaige Rentenansprüche nach OEG werden

darüber hinaus mit erarbeiteten Rentenansprüchen verrechnet. Die Sätze sind so gering, dass auch auf sehr niedrigem Rentenniveau kein Anspruch verbleibt.
(3) Zuletzt stehen Mittel der Verkehrsopferhilfe (VOH) zur Verfügung. Nach dem Verkehrsopfer-Hilfegesetz leistet die VOH nur Entschädigungen nach einem begrenzten Katalog für unmittelbare Schäden. Durch den Anschlag verursachte Verdienstausfälle von Selbständigen und andere indirekte Folgekosten des Anschlags werden nicht berücksichtigt und damit auch nicht erstattet.
Die Anspruchsgrundlagen der drei Entschädigungsquellen sind sehr komplex und für uns oftmals kaum zu durchschauen. Für jede mögliche Unterstützung ist es erforderlich, umfassende Anträge auszufü!len, zum Teil mit identischen Fragestellungen in den Formularen. Erst dann wird beschieden, ob ein Anspruch besteht. Ansprüche bestehen dann jedoch oftmals nicht oder nur in sehr geringem Umfang. Das ist sehr frustrierend und führt zu extrem belastenden Situationen.
So stehen viele von uns seit dem Anschlag vor ungelösten finanziellen Herausforderungen. Wer kommt für den Beitrag des Verstorbenen für die Finanzierung einer Hypothek auf? Wie gelangt jemand, der seine Wohnung wegen des Anschlags aus finanziellen Gründen aufgeben musste ohne

externe Hilfe an eine neue Unterkunft, wenn als regelmäßiges Einkommen nur kaum nennenswerte
und unter Vorbehalt gezahlte Renten dem Vermieter nachgewiesen werden können? Was sollen Eltern tun, die psychisch nicht stabil genug für ihre bisherigen Vollzeitstellen sind, die aber aus finanziellen Gründen voll arbeiten müssten? Wie sollen Alleinerziehende den Alltag mit ihren Kindern gestalten, wenn sie zu mehr als 100% arbeiten müssen, um den Verdienstausfall des verstorbenen Elternteils zu kompensieren? Wer kommt für dauerhafte psychische Schäden auf, die bis hin zur Berufsunfähigkeit führen?
Frau Bundeskanzlerin, es besteht der dringende Bedarf für eine finanziell umfassendere Unterstützung: Zum einen müssen - wie von Herrn Beck auch bereits öffentlich gefordert - die Härteleistungen signifikant aufgestockt werden. Zum anderen müssen Rentenansprüche ausgeweitet, aufgestockt und losgelöst von finanzieller Bedürftigkeit geleistet werden. Diese Leistungen sollten mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand für die Betroffenen erbracht werden - im Übrigen nicht nur für Opfer und Hinterbliebene in Deutschland, sondern explizit auch für die vom Terror betroffenen ausländischen Gäste.
Die lnanspruchnahme der Verkehrsopferhilfe erscheint uns darüber hinaus als eine inadäquate Mittelverwendung und nicht nachhaltige Lösung. Vor kurzem hat lhr lnnenminister vermeldet, dass in Deutschland ein Bombenanschlag verhindert wurde. Opfern dieses geplanten Anschlages hätten die Mittel aus der Verkehrsopferhilfe nicht zur Verfügung gestanden und die Versorgungslücke für die Betroffenen wäre noch größer gewesen als sie für uns ohnehin schon ist. Auch stellt sich die Frage, warum die Automobilversicherer und somit indirekt deren Versicherte für die Schäden eines Terroraktes aufkommen, nur weil der Terrorist anstelle einer Bombe einen LKW benutzt hat?
Zum Glück sind wir in den schwierigen Monaten nicht ganz allein gelassen worden. Während im Bund und im Übrigen auch im Land Berlin sich kaum jemand um die Verletzten und Hinterbliebenen kümmerte, sprang beispielsweise der ehrenamtliche Opferbeauftragte des Landes Berlin, Rechtsanwalt Roland Weber, in die Lücke. Er versuchte vor allem in den entscheidenden ersten Wochen nach dem Anschlag, die Familien so gut es ging zu unterstützen und benötigte lnformationen
zusammenzustellen. Neben Familien und Freunden haben sich auch zahlreiche Notfallseelsorger und Hilfsorganisationen wie das ROTE KREUZ und vor allem der WEISSE RING,
umfangreich für uns eingesetzt. Sie haben uns mit viel Energie und Aufopferungsbereitschaft unterstützt. lhnen und den vielen großzügigen Spendern gilt unser großer Dank.
Frau Bundeskanzlerin, leider ist zu befürchten, dass der Anschlag vom Breitscheidplatz nicht der letzte terroristische Anschlag in Deutschland gewesen sein wird. Auch deshalb wenden wir uns mit
5
diesem Offenen Brief an Sie. Es sollte alles dafür getan werden, künftige Anschläge zu verhindern und zumindest einen angemessenen Umgang mit Opfern und Hinterbliebenen, ungeachtet der Nationalität, zu gewährleisten. Der Bund im Zusammenwirken mit allen 16 Bundesländern muss den Umgang mit dem Terrorismus so schnell wie möglich lernen. Die einfache Fortschreibung des aktuellen Versagens der Bundesrepu blik ist u nverantwortlich.
Auch wenn die von uns benannten Probleme nicht alleine auf Bundesebene gelöst werden können, erfordert deren Lösung die maßgebliche Federführung der Bundesregierung. Wir fordern Sie daher dringend auf, gemeinsam mit den Bundesländern die Probleme umgehend anzugehen und Lösungen herbeizuführen.
Gez. Mitglieder aller L2 Familien der Todesopfer vom Breitscheidplatz

nsHAARlah in Herzberg! - Der barbarische Barbier von Brandenburg
Haarsträubend: Friseurmeisterin liebte ihren syrischen Kopfabschneider

pi-news.net/2018/01/haarstraeubend-friseurmeisterin-liebte-ihren-syrischen-kopfabschneider/
January 6, 2018

Von MAX THOMA | UnHAARmonisches Ende eines ambitionierten Integrationsversuchs: Blutverschmierte Böden, eingetretene Glasscheiben, zerstörtes Mobiliar, ein Mordversuch, eine bleibende zwölf Zentimeter große Narbe nach brutalen Schnittverletzungen an Hals, Brust und Bauch – posttraumatische Belastungsstörungen, ständige Panikattacken sowie ein „angekratztes" Vertrauensverhältnis in die Willkommenskultur.

Der Herzberger Herzeigeflüchtling Mohammad Hussain Rashwani zeigte sich relativ herzlos gegenüber seinem Herzstück, der Friseurmeisterin Ilona Fugmann, 64 (PI-NEWS berichtete hier und hier).

Eine symptomatische Tragikomödie zu einem weiteren gescheiterten Integrationsversuch – da stehen einem die Haare zu Berge.

„HAIRZBERG" – ein deutsches „Flüchtlings"-Drama!

Erster Akt – Haarmonie

Wir erinnern uns, ein brandenburgisches Friseurehepaar suchte über die Flüchtlingshilfe nach einem arabischen Friseur, um den Kunden in der Region „etwas Besonderes" zu bieten. Das ist ihnen durchaus geglückt. Die Mitarbeiter der Arbeitsvermittlung für Flüchtlinge im Jobcenter Elbe-Elster stießen bei Ilona Fugmann, die 2016 in Herzberg einen neuen Beauty-Salon eröffnet hatte, auf offene Ohren und Herzen. Als sie dann Mohammad Hussain Rashwani kennen lernen durfte, war sie sofort von den Fähigkeiten der 38-jährigen „Fachkraft für klassische Messerschnitte" überzeugt. Ohne langes DrumHAIRrum wurde auch extra ein „klassischer Barbierstuhl" eigens für die Messerfachkraft angeschafft.

Ilona Fugmann hatte sofort erkannt, dass Mohammad das Schneide-Handwerk ausgezeichnet versteht. Und auch mit den beiden Kolleginnen im Salon in der Mönchstraße kam er anfangs gut zurecht. „Es passt auch menschlich. Mohammad ist zwar ein stolzer Mensch, aber sehr zuvorkommend und umsichtig. Er hilft sogar beim Aufräumen", schwärmte Ilona Fugmann damals.

Obwohl der Syrer erst seit einigen Wochen im Praktikum war, fand er sehr schnell eine Stammkundschaft – die Kunden waren von seinen Fähigkeiten genauso überzeugt wie seine Chefin. Selbstverständlich wurde auch die Willkommens-Presse auf das geflüchtete Integrationswunder aufmerksam. Sein Vermittler, Kevin Freiwald vom Jobcenter Elbe-Elster, ließ den vielseitig begabten Geflüchteten dann auch vor versammelten Medien an die eigene Gurgel.

Diese berichteten mehr als enthusiastisch über den aufstrebenden levantinischen HAIR-Gott:

Mohammad Hussain Rashwani ist ein Beispiel dafür, wie Integration gut funktionieren kann. Rashwani ist nach Deutschland gekommen, weil sein Salon in Damaskus vom Krieg zerstört wurde. In Herzberg will er sich eine neue Existenz aufbauen. Jetzt, wo er Arbeit hat, soll auch die Familie nachkommen. Der 38-Jährige hat eine Frau und zwei Kinder. Sie fehlen ihm sehr. Das einzige, was ihm noch Probleme bereitet, ist die deutsche Sprache. Er gibt sich viel Mühe und besucht einen Sprachkurs an der Kreisvolkshochschule. Noch aber verständigt er sich mit den Kollegen mit Hilfe eines Übersetzungsprogramms im Handy.

Die Vermittlung in einen Traumjob wie bei Mohammad Hussain Rashwani sei für Flüchtlinge in Elbe-Elster noch nicht alltäglich. „Bei ihm ist es auch eine gute Konstellation und alle Beteiligten ziehen mit", so Jobcenter-Geschäftsführerin Eike Belle. „411 Flüchtlinge sind im Jobcenter des Landkreises Elbe-Elster derzeit arbeitslos gemeldet. Nur bei etwa fünf bis zehn Prozent von ihnen sind die Deutschkenntnisse soweit fortgeschritten, dass sie beruflich verwertbar sind". Deshalb versuche man nun auch, einige Deutschkurse mit beruflichen Maßnahmen zu verbinden und verschiedene Willkommenskurse anzubieten – um dem ver-Lockenden Beispiel Barbier Mohammads zu folgen. Eike Belle holte dafür ein Förderprogramm für 5,5 Millionen Euro in den Landkreis!

Zweiter Akt – HAIRberge und HAARem für traumatisierten Mohammad

Zunächst war die AtmospHAIRe in Herzberg überaus herzlich. Ilona Fugmann konnte dem neuen Star-Figaro gegen kleine Gefälligkeiten eine eigene Wohnung vermieten, das Jobcenter übernahm großzügig die Nettomiete. Bei den Damenfrisuren musste Mohammad „noch etwas üben" – er wollte mit seiner Arbeitskraft nur dem männlichen Teil der Gesellschaft zu Diensten sein – das sei so eine „Religionssache". Der neue Mitarbeiter arrangierte sich auch liebevoll mit seinen Kolleginnen: Auf Nachfrage des Richters bestätigen beide Angestellten, dass es anfängliche Annäherungsversuche ihnen gegenüber gegeben habe. Sie hätten ihn aber abgewiesen, was sich im Nachhinein als durchaus couragiert erwies. Sie hätten Mohammad Hussain Rashwani auch immer öfters sehr aggressiv erlebt. „Aber wir konnten ihn immer schnell beruhigen". Allerdings sei es dem syrischen HAIRrenmenschen gelegentlich schwergefallen, sich unterzuordnen.

Auch seien die etablierten Mitarbeiterinnen Katharina Müller und Diana Maftei erstaunt gewesen, als sie erfuhren, dass Mohammad „drei Euro Stundenlohn mehr als die anderen Mitarbeiter" erhielt, auch um seine kriegstraumatisierte Familie zu unterstützen – man kann als Friseurmeister schließlich nicht „Fönix" arbeiten. Zum Dank dafür nahm sich der zweifache Familienvater die 64-jährige Chefin zur Geliebten.

„Wenn es Gehalt gegeben habe, dann seien die Syrer mit dem Zug nach Berlin gefahren", spielte Ehemann Michael auf die Beschaffung von Drogen oder Frauen an. Im Unterschied zu anderen in seinen Herzberger Wohnungen untergebrachten syrischen Flüchtlingen zeigte Mohammad sodann kein Interesse am Erlernen der deutschen Sprache mehr.

Auch die Arbeitsmoral litt unter den vielfältigen Belastungen des stürmischen LiebHAARbers seiner Ehefrau – „von 100 Arbeitstagen hat Mohammad zuletzt noch an vier Tagen gut gearbeitet. Er hatte einen Level von vierter bis fünfter Klasse Förderschule", folgerte der Gehörnte haarscharf. Sein IQ reichte allerdings, um immer öfters – Haarbrakadabra – Geld aus der Kasse verschwinden zu lassen. „Er hatte alle Narrenfreiheiten", berichten die Mitarbeiterinnen über die haarsträubenden Zustände im Herzberger Beautyparadies.

Dritter Akt – auf HAIRoin!

Nach den Ausführungen des Ehemanns von Ilona habe Mohammad zunehmend „echte Integrationsprobleme gezeigt". Michael Fugmann betreut ehrenamtlich Drogen- und Alkoholsüchtige und brauche ihnen nur in die Augen zu schauen. Er habe auch mit seiner Frau darüber gesprochen. Doch sie habe „in ihrer unendlichen Güte und Großherzigkeit" an Mohammad festgehalten, erklärte der Ehemann. „Ich bin immer noch der Überzeugung, dass es zu 100 Prozent richtig ist, anderen Menschen zu helfen. Mohammad habe aus seinem Drogenkonsum nie ein Hehl gemacht. Er habe schon morgens unter Alkohol oder Drogen im Salon und schweißgebadet am Kunden gestanden. Vor der Kundschaft hätte er damit geprahlt, „Haschisch zu rauchen und Pillen zu nehmen", auch Ecstasy und Marihuana. Die Friseurin habe darüber zwar mit der Chefin gesprochen. „Aber die hat ihn immer wieder in Schutz genommen", erklärte die Mitarbeiterin. Später kam auch der regelmäßige Konsum von härteren Drogen dazu.

Vierter Akt – HAAR-Core

Doch die Chic-Saal-hafte Liaison der Lausitzer „Pony and Clydes" nahm ihren haarnarchischen Lauf: Nachdem die sexuelle Beziehung zwischen dem syrischen Praktikanten und seiner Chefin schon einige Monate im Gange war, verbrachte Ilona mit ihrem orientalischen Bereicherer einen haarmonischen Spanienurlaub. Sie wollte sich von Mohammad einmal richtig ondulieren und bürsten lassen. Waschen, fönen, legen. Diese Überstundenbelastung wurde Mohammad Hussain Rashwani nach eigenen Angaben zu viel – er wollte die haarige Angelegenheit über „kurz oder lang" messerscharf coupieren. Am 28. Juni 2017 besuchte der Figaro mit Fluchthintergrund seine devote HAIRrin im diskreten Oberstübchen des Salons – obwohl er an diesem Tag eigentlich „frei" hatte. So wie eigentlich immer.

Fünfter Akt – HAIR – Das Grusical zum Haarakiri

Dort sollte der cHAARismatische Merkelgast, so schildert der Täter selbst, bei seiner Chefin „eine Massage" durchführen. Zur Stärkung der Manneskraft soll er zuvor Haschisch geraucht haben. Den Drogenkonsum bestätigte auch der ebenfalls anwesende Syrer Y.,22, der als Tatzeuge vernommen wurde. Unvermittelt habe Mohammad dann die 64-jährige Friseurmeisterin und „Geliebte" mit seinem Rasiermesser angegriffen und schwer verletzt. Er setzte das Messer etwas zu tief an – und zwar dort wo es die Friedensreligion am liebsten macht, an der Halsschlagader. Und um Haaresbreite wäre für den betagten Syrer-Schatz Schicht-im-Schacht bei der Schächtung gewesen.

Als Schreie zu hören gewesen waren, sei der Syrer Y. nach oben gerannt. Dort sei „der Boden voller Blut gewesen, Mohammad H. hätte das Opfer an den Haaren gehalten und zu Boden gedrückt. Y. habe ihn weggezogen" und vor die Türe begleitet. Dabei habe der Tatverdächtige ihn gebissen und gerufen, er solle ihn ins Haus zurück lassen.

Zeugin Marlies L., die damals letzte Kundin von Ilona Fugmann, bestätigt die lauten Schreie aus der oberen Etage und den Hilferuf: „Helfen Sie mir". „Er wollte mich umbringen", habe Ilona Fugmann der Zeugin zufolge gerufen. Y. habe sie gerettet. Marlies L. habe die Tür nach draußen verschlossen, habe Hilfe geleistet, bis Sanitäter und Polizei eingetroffen waren. Mohammad versuchte jedoch immer wieder ins Innere zu gelangen, indem er versuchte, die Türe einzurammen. „Kamm In and Kill !". Ilona Fugmann wurde bei der „Orientalischen Massage" in Hals, Brust und Bauch schwer verletzt. Diesmal wollte Praktikant Mohammad ausnahmsweise nicht „beim Aufräumen helfen"…

Sechster Akt – Kamm-2-Cut – InsHAARlah!

Wie viele „Syrische Schutzsuchende" zuvor, ist Bestie Mohammad gekommen, um zu töten. Als die Polizei den Geflüchteten fluchtunfähig machte, schrie das Herzberger Integrationswunder herzzerreissend: „Warum hat du mich davon abgehalten." Immer wieder soll er den Satz in arabischer Sprache wiederholt haben, als er gefesselt neben seinem ebenfalls gefesselten syrischer Freund Y. lag. Den mantraartig wiederkehrenden Satz gab auch eine junge Polizistin des beherzten Herzberger Sondereinsatzkommandos „Hairforce One" zu Protokoll. Diese hatte sich die widerwärtigen Schrei-„Suren" von einem „ausländischen Mitbürger" geistesgegenwärtig übersetzen lassen. Ein Finsterwalder Kripo-Beamter ergänzte, dass Mohammad hinsichtlich der Tatausführung betonte, „dass er mit ihr sterben und zu Allah gehen wolle". Vor Gericht ließ der Angeklagte am Mittwoch über „seinen Anwalt" jedoch mitteilen, dass er sich an nichts mehr erinnere – die doofen Drogen. Er versucht nun, den mit Vorsatz ausgeführten Mordanschlag etwas zu „frisieren" …

Siebter Akt – VorHAIR – NachHAIR – gescheitelte Integration …

Was im Herzberger Sadosalon mit großem „Medien-Bohai" – sorry, Bo-HAIR – als „gelungenes Beispiel von gelebter Integration" dargestellt wurde, entpuppt sich wieder einmal als „bestechende" Fehleinschätzung – als Stich ins Kontor der trotteligen Schlafaffen im Deutschen Schlaraffia !

Der eigentliche Leidtragende der syrischen Tragödie in 7 Akten ist neben dem deutschen Steuerzahler sicher der gehörnte Ehemann, Michael Fugmann. Denn neben Friseursalon, Fucken-und-Töten-Wohnung im ersten Stock, sowie Ehefrau Ilona mit ihrer 12-cm-Willkommenskultur-Narbe ist nun auch sein Vertrauen in die Hilfsbedürftigen der Welt lädiert: Die an Mietnomade Mohammad vermietete Wohnung habe nach einem Jahr „ausgesehen, als wäre die Wohnung schon zwölf Jahre bewohnt gewesen". Den Nebenkostenanteil, der nicht vom Job-Center gezahlt wurde, habe er bis heute nicht gesehen. „Wir müssen uns eingestehen, dass unsere Integrationsversuche in diesem Fall gescheitert sind", so der Cuckold-Ehemann. „Wenn es nicht zu dem Angriff auf meine Frau gekommen wäre, hätte ich Mohammad die Wohnung gekündigt", erklärte Michael Fugmann trotzig, aber durchaus schuldbewusst. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Das Herzberger Haarakiri-Herzstück ist nun vor der Strafkammer Cottbus wegen versuchten Mordes und schwerer Körperverletzung angeklagt. Der Prozess wird am 18. Januar fortgesetzt.

„Warum er mich attackiert hat, verstehe ich bis heute nicht", beteuerte die Friseurin zum haarsträubenden Zwischenfall mit dem barbarischen Barbier von Brandenburg.

---

https://www.focus.de/panorama/welt/cottbus-jugendliche-attackieren-ehepaar-mit-messer_id_8297239.html

Cottbus

Jugendliche attackieren Ehepaar mit Messer

Sonntag, 14.01.2018, 21:11

Drei Jugendliche haben vor einem Cottbuser Einkaufszentrum ein Ehepaar mit einem Messer bedroht.
Ein 51-Jähriger habe am Freitag mit seiner 43 Jahre alten Ehefrau das Einkaufszentrum betreten wollen, als die Jugendlichen auftauchten und den Vortritt verlangten, berichtete Polizeisprecherin Ines Filohn.
Zudem hätten sie verlangt, die Frau solle ihnen Respekt bezeugen. Als die Frau dies ablehnte, hätten die 14, 15 und 17 Jahre alten Jugendlichen den Ehemann angegriffen. Einer der Täter habe ein Messer gezogen. Daraufhin habe ein Passant beherzt eingegriffen und dem 51-Jährigen geholfen. Alarmierte Wachmänner hätten dann die aus Syrien stammenden Jugendlichen bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten, so die Polizei.
„Es ist abscheulich“
Der 14-Jährige ist der Polizei bereits als gewalttätig bekannt. Die Jugendlichen wurden den Erziehungsberechtigten übergeben. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen.
„Es ist abscheulich und für uns als Stadt als auch für den Rechtsstaat nicht hinnehmbar, was sich in den ersten Januartagen in Cottbus abspielt“, wird der Cottbusser Oberbürgermeister Holger Kelch (CDU) in der „Lausitzer Rundschau“ zitiert. Der Rechtsstaat müsse nun „schnell Zähne zeigen“.
Erst zu Beginn der Woche geriet Cottbus wegen eines anderen Falls in die Schlagzeilen: Eine Gruppe Deutscher soll am 1. Januar in eine Flüchtlingsunterkunft eingedrungen sein und Bewohner verletzt haben. Der Staatsschutz ermittelt wegen eines möglichen fremdenfeindlichen Hintergrunds der Tat.

Kein "Aufschrei" der üblichen "Rassismus-Riecher" Syrische Jugendliche greifen Paar mit Messer an und fordern ‚Respekt‘

pi-news.net/2018/01/syrische-jugendliche-greifen-ehepaar-mit-messer-an-und-fordern-respekt/
January 18, 2018
Cottbus: Wie die Polizei mitteilt, wollte am Freitag kurz nach 16 Uhr ein 51-Jähriger aus Cottbus mit seiner 43-jährigen Ehefrau das Blechen-Carré auf der Karl-Liebknecht-Straße betreten, als sie von drei syrischen Jugendlichen im Alter von 14, 15 und 17 Jahren angegriffen wurden. Sie verlangten den Vortritt, berichtet

Polizeisprecherin Ines Filohn. Zudem hätten sie verlangt, die Frau solle ihnen Respekt bezeugen. Als die Frau dies ablehnte, hätten die Jugendlichen den Ehemann angegriffen. Zwei von ihnen griffen den Mann tätlich an und versuchten ihn, zu Fall zu bringen. Ein weiterer aus der Gruppe zog ein Messer. Zu diesem Zeitpunkt griff ein beherzter Passant ein und kam dem Mann zur Hilfe. Verständigte Mitarbeiter des Wachschutzes ergriffen die drei Tatverdächtigen und hielten sie bis zum Eintreffen der Polizei fest. Inzwischen wurden Zeugen ermittelt, Videoaufzeichnungen und das Messer sichergestellt. Der 14-Jährige ist der Polizei bereits als gewalttätig bekannt. Die Jugendlichen wurden den Erziehungsberechtigten übergeben. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen. Die Polizei bittet den beherzt eingreifenden Passanten, sich als Zeuge unter der Telefonnummer 0355 4937 1227 bei der Polizeiinspektion Cottbus oder jeder anderen Polizeidienststelle zu melden. (Artikel übernommen von der Lausitzer Rundschau).
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Friedberg – Bad Nauheim: Nachdem ein Gast am frühen Samstagmorgen in einer Bar am Markplatz bei einer handgreiflichen Auseinandersetzung verletzt wurde, versorgte ihn die Besatzung eines Rettungswagens. Die beiden Einsatzkräfte gingen dazwischen, als die Angreifer nicht von dem Patienten ablassen wollten und standen so selbst zwischen den Fronten. Die Polizei sucht Zeugen des Vorfalls und bittet um Hinweise auf die Täter.
In einer Bar am Marktplatz feierte ein 20-Jähriger aus Schotten in der Nacht zum Samstag mit einigen Freunden. Als ein Freund mit anderen Gästen in eine Auseinandersetzung geriet und schließlich auch geschlagen wurde, ging der 20-Jährige nach eigenen Angaben dazwischen, indem er selbst nach dem Angreifer schlug. Dieser rächte sich wiederum sofort und schlug dem 20-Jährigen ins Gesicht, woraufhin er auf den Hinterkopf fiel und sich schwer verletzte.
Die Besatzung eines Rettungswagens kam gegen 01.20 Uhr in die Bar an und behandelte den verletzten Schottener vor der Lokalität. Dabei kamen drei Männer auf sie zu, bei denen es sich vermutlich um die Angreifer der vorherigen Auseinandersetzung handelte. Da einer der Männer ein Messer zückte, offenbar um erneut auf den Patienten loszugehen, stellte sich die Rettungssanitäter schützend dazwischen und brachten sich damit selbst in Gefahr.
Es gelang der 27-jährigen Sanitäterin und dem 19-jährigen Sanitäter den Verletzen ohne weitere Angriffe und ohne selbst verletzt zu werden in den Rettungswagen zu bringen. In diesem schlossen sie sich ein, um sich vor weiteren Angriffen zu schützen und den Patienten weiter zu behandeln.
Die Polizei in Friedberg, Tel. 06031-601-0, ermittelt nun nicht nur wegen der Körperverletzung des 20-Jährigen, sondern auch wegen des Angriffs auf die Rettungssanitäter. Dazu werden dringend Zeugen gesucht, die weitere Angaben zu den Vorfällen in und vor der Bar machen können. Insbesondere um Hinweise auf die drei Angreifer bittet die Polizei.

Sie werden als etwa 1.80m groß, mit türkischem Erscheinungsbild, nach hinten gegeelten Irokesenzöpfen und schwarzen Augenbrauen beschrieben. Sie trugen Silberhalskettchen. Einer von ihnen hatte ein weißes T-Shirt an, ein zweiter war mit Jacke und Hose komplett dunkel gekleidet und der dritte soll eine dunkelblaue Jacke getragen haben. Einer von ihnen soll ein Messer mit einer blauen Klinge in der Hand gehabt haben.

Aalen: Gegen 7.45 Uhr am Mittwochmorgen wurde ein 20-Jähriger auf dem Hauberweg entlang der Rems, von einem unbekannten Mann angegriffen und offenbar grundlos geschlagen. Der 20-Jährige war zunächst an dem Unbekannten vorbeigegangen. Plötzlich wurde dem jungen Mann von hinten ein Schlag gegen den Hinterkopf verpasst, woraufhin weitere Schläge folgten. Der 20-Jährige ging zu Boden und wurde weiter attackiert. Anschließend ließ der Angreifer von seinem Opfer ab und flüchtete in Richtung Hotel Fortuna. Der Unbekannte war vermutlich dunkelhäutig, ca. 180 cm groß und zwischen 70 und 80 kg schwer. Sein Alter wird auf 20 bis 40 Jahre geschätzt. Bekleidet war er mit einer dunkelblauen Regenjacke, einer dunklen Basecap und einer dunklen Jeans.

Kirchhain (Kreis Marburg-Biedenkopf): Opfer einer Gewaltattacke wurde gestern, gegen 18.30 Uhr, ein 19-Jähriger aus Homberg/Ohm. Der Mann war mit seiner jüngeren Freundin im Zug Richtung Gießen unterwegs, beide waren in Kirchhain in den Zug gestiegen. Ein bislang Unbekannter, der mit weiteren Begleitern ebenfalls im Zug war, soll nach Zeugenaussagen mehrfach auf den 19-Jährigen eingeschlagen haben. Vorausgegangen sei eine Frage des mutmaßlichen Schlägers, ob er im Zug rauchen dürfte. Anschließend hätte der Unbekannte den 19-Jährigen mit mehren Schlägen attackiert. Das Opfer erlitt dabei Prellungen im Gesicht und im Rippenbereich. Zudem soll der Gewalttätige den Homberger auch noch extrem verbal beleidigt haben. Mittels weiteren Reisenden wurde der Schläger in Marburg aus dem Zug gedrängt und am Wiedereinstieg gehindert. Der Unbekannte wurde wie folgt beschrieben: Geschätztes Alter: 17-18 Jahre alt, südländischer Typ, etwa 180 cm groß, bekleidet mit einer dunklen Jacke und einem dunklen Oberteil (Pullover oder T-Shirt).

Winterberg: Am Samstagmorgen gegen 00:45 Uhr warfen vier junge Männer mit Flaschen auf eine siebenköpfige Gruppe aus dem Rheinland. Nach eigenen Angaben gingen die Rheinländer über die Straße „Am Waltenberg“ als die vier jungen Männer zwei Frauen aus der Gruppe direkt ansprachen. Die Frauen und Männer wehrten sich gegen die plumpe Anmache, so dass es zu einer verbalen Auseinandersetzung kam. Hierbei warfen die vier unbekannten Männer mit Flaschen auf die siebenköpfige Gruppe. Ein 25-jähriger Mann aus Troisdorf wurde hierbei leicht verletzt. Die Rheinländer flüchteten in eine Gaststätte und riefen die Polizei. Trotz direkt eingeleiteter Fahndung konnten die Flaschenwerfer entkommen. Bei den Täter handelt es sich um vier Männer im Alter zwischen geschätzten 20 bis 25 Jahren. Sie haben ein südländisches Aussehen und sind bei normaler Statur etwa 1,60 bis 1,70 groß.

Krefeld: Heute Nachmittag (15. Januar 2018) wurden bei einem Angriff in einem Geschäft am Preußenring, Ecke St.-Anton-Straße, zwei Männer verletzt. Gegen 15 Uhr betraten zwei Männer und eine Frau das Ladenlokal. Aus dem Verkaufsgespräch

zwischen dem Trio und den beiden Mitarbeitern entwickelte sich eine körperliche Auseinandersetzung. In dessen Folge zogen die Drei plötzlich einen Morgenstern und zwei Macheten und griffen die beiden Mitarbeiter damit an. Beide Männer wurden bei dem Angriff verletzt, einer von ihnen musste mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht werden. Die drei Angreifer flüchteten mit einem Citroen Berlingo in unbekannte Richtung. Anschließend informierten die beiden Opfer die Polizei. Sie bezeichneten die drei Angreifer als „Südländer", alle seien etwa um die 30 Jahre alt. Einer von ihnen soll keine Zähne gehabt haben. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen, die aktuell noch andauern. Bislang sind die Hintergründe zu der Tat noch unklar.

WEITERE „BEREICHERUNGEN" AUS DEM EHEMALIGEN DEUTSCHLAND

Zwei Deutsche durch Messerstiche schwer verletzt

Wurzen: Nach bisherigen Erkenntnissen kam es in der letzten Nacht im Bereich der Parkanlage am Bahnhof zu einer wohl noch rein verbal geführten Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen junger Deutscher und Ausländer, wobei sich letztere in ihre Unterkunft an der Dresdner Straße zurückzogen. In der Folge begaben sich zwei Deutsche zu diesem Wohnhaus, schlugen gegen die Haustür und beschädigten eine Scheibe. Daraufhin verließ eine kleinere Gruppe von Ausländern das Gebäude und verfolgte die beiden Deutschen, weshalb es zum neuerlichen Aufeinandertreffen mit der deutlich größeren Gruppe Deutscher (etwa 30 Personen) kam. Aufgrund deren Auftretens begaben sich die Ausländer – unter Verfolgung – zurück zur Unterkunft, welche aber kurz darauf durch wohl zwölf Anwesende/Bewohner wieder verlassen wurde, die mit Messern und Knüppeln bewaffnet waren. Dieser Personenkreis verfolgte nun seinerseits die deutsche Gruppierung und verletzte zwei Männer durch Messerstiche am Oberschenkel schwer. Zudem kam gegenüber einem Dritten offenbar auch ein Elektroschocker zum Einsatz. Im Anschluss daran stürmten dann wohl wiederum mehrere Deutsche in das Wohnhaus der Ausländer, in dessen Inneren weitere körperliche Attacken stattfanden. Die Geschehnisse ereigneten sich innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne und wurden unter schnellstmöglicher Zuführung weiterer Polizeikräfte unterbunden.
Die Polizeidirektion Leipzig kann gegenwärtig noch nicht sagen, welcher konkrete Anlass die Gewaltkette begründete und ob sich jene – die Abläufe und die Anzahl der Beteiligten bedingen eine gewisse Unübersichtlichkeit – tatsächlich wie oben dargestellt abspielte. Deshalb muss zur Vereinfachung leider auch auf die wenig differenzierenden Begriffe „Deutsche" und „Ausländer" zurückgegriffen werden. Ferner kann zum jetzigen Zeitpunkt auch noch keine Aussage getroffen werden, ob die Gewalt durch eine rassistische bzw. extremistische Motivation begleitet wurde. Gleichwohl wurde bereits veranlasst, die Ermittlungen, welche wegen § 125 a StGB (Besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs) geführt werden, dem Dezernat Staatsschutz zu übertragen. Es sei aber angemerkt, die Einschätzung bezüglich einer politischen Tatmotivation immer erst im Zuge der Ermittlungen treffen zu können – sie ist nie eine (spekulative) Eingangsbedingung.

Schweiz: „Schutzsuchende" randalieren wegen Kürzung der Sozialhilfe

Luzern: Die Luzerner Polizei musste wegen Ausschreitungen im Durchgangszentrum für junge Asylbewerber mit einem grösseren Aufgebot zum Grosshof ausrücken. Zu den Randalen war es gemäss einer Mitteilung von heute Samstag am Freitag um 19 Uhr gekommen. Bereits am Donnerstag hatte es im Durchgangszentrum Unruhe gegeben. Anlass war, dass den Asylbewerbern die Sozialhilfe gekürzt worden war, weil sie neu das Essen abgegeben erhalten. Dies erklärt die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen. Die Leitung des Zentrums entschloss sich wegen des Krawalls, die Rädelsführer an andere Aufenthaltsorte zu verlegen. Dies führte nun erneut zu Ausschreitungen. Die Polizisten seien vor Ort mit Steinen beworfen worden. Es sei zu Sachbeschädigungen an Gebäude und Mobiliar gekommen. Die Polizei habe Pfefferspray eingesetzt, wie es in der Mitteilung heisst. Nach Angaben der Luzerner Polizei beruhigte sich die Situation um 21 Uhr wieder. Von den jungen Asylsuchenden seien drei vorübergehend festgenommen und in Polizeigewahrsam genommen worden. Zwei junge Asylsuchende hätten noch am Abend an andere Orte transferiert werden können (Artikel übernommen von Blick.ch).

Münchner Polizist greift mit Linksextremen eigene Kollegen an

München: Es ist der Vorabend vor dem G-20-Gipfel in Hamburg. Wenige Minuten zuvor hat die Polizei die „Welcome to Hell"-Demo nahe der Hafenstraße aufgelöst. Es sind Bilder wie aus einem Bürgerkrieg. Mit auffällig bayerischem Akzent erklärt der Mann: „Also es war wirklich friedlich. Man hat in der Ferne ein, zwei Knalle gehört. Und dann kommt aus jeder Ecke Polizei." Was der Videoausschnitt und die kritischen Äußerungen des Mannes nicht verraten – der 35-Jährige ist selbst Polizist, aus München. Nicht nur das. Nach der Demo soll er seine eigenen Kollegen angegriffen haben. Gegen den Polizisten und seine 29 Jahre alte Hamburger Freundin wird seit Donnerstag wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung und tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte ermittelt. Am Abend des 6. Juli 2017 sollen sie kurz nach 20 Uhr gefüllte Bierdosen von einer Überführung an der Breite Straße auf jene Beamte geworfen haben, die den Fischmarkt räumen wollten. Die Dosen prallten neben den Beamten auf der Erde auf. Verletzt wurde niemand. (Auszug aus einem Artikel von Welt-online).

Späti-Mörder nicht abgeschoben. Justizsenator verweigert Auskunft!

Berlin: Am 5. November 2017 wurde auf offener Straße in der Bundesallee der vietnamesische Student Than N. (21) erstochen. Ein Raubmord. Than N. wurde regelrecht hingerichtet. Mit Messerstichen in der Brust und durchschnittener Kehle blieb er auf dem Gehweg liegen. Als Mörder identifizierte der Staatsanwalt den türkischen Asylbewerber Mahmut A. (20). Er ist seitdem auf der Flucht. Mahmut A. hatte bis März 2017 eine vierjährige Gefängnisstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung abgesessen. Warum wurde er danach nicht abgeschoben? Diese Frage stellte der CDU-Abgeordnete Burkard Dregger dem Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne). Der verweigerte die Antwort. Über seine Staatssekretärin Martina Gerlach ließ er ausrichten, eine Auskunft würde „den strafprozessualen Untersuchungszweck gefährden".

Das heißt auf Deutsch so viel wie dass die Ermittlungen gegen Mahmut A. weniger Erfolg hätten, wenn Herr Dregger eine Antwort bekäme. Das aber ist schlichtweg

nicht wahr, denn die Frage, die Dregger stellte, betrifft ja gar nicht das Ermittlungsverfahren wegen Mordes, sondern die Vorgeschichte. (Der komplette Artikel kann bei der Berliner Zeitungnachgelesen werden).

„Schutzsuchende" Kinder haben Vollbärte

Er hatte Bartwuchs, trug Anzüge und Parfum. Er war zwar nicht sehr groß, aber doch ein ausgewachsener Mann. In der Schule war allen klar, dass er nicht zwölf Jahre alt ist. Aber seine Familie hatte es im Asylverfahren so angegeben. Geburtsdatum 1. 12. 2004. Wahrscheinlicher war, dass er schon volljährig war. Am Nikolaustag im Jahr 2016 kam er zum ersten Mal zum Unterricht. Die Oberschule im Süden Berlins war seine sechste Station. Warum er so oft die Schule gewechselt habe, wurde er gefragt. Er sei oft umgezogen.

Schon am ersten Tag stürmte er mitten im Unterricht aus dem Klassenzimmer. Er war aggressiv, aber auch sehr manipulativ. Er berichtete von seinem „Schultrauma": Bomben hätten seine Schule im irakischen Mossul getroffen. Er kam nur unregelmäßig zum Unterricht und nutzte die Schule, um Drogen zu verkaufen. Immer warteten Leute auf ihn, immer tauschte er etwas aus und ließ sich von den Lehrern nicht erwischen. Er war oft zugekokst, hatte Mädchen und drei Rechtsanwälte. (Auszug aus einem Frankfurter Allgemeinen Zeitung).

„Fachkräfte" sind nicht für Ausbildung oder Helferjobs geeignet

Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erreichen mehr als 80 Prozent der Flüchtlinge in Sprachkursen nicht das Sprachniveau B1, das Jobcenter und Arbeitsagenturen als Mindestanforderung für einen Helfer-Job oder eine Ausbildung bezeichnen. Das berichtet die Zeitung „Bild am Sonntag" und beruft sich dabei auf Informationen des BAMF. Besonders schlecht schnitten demnach Teilnehmer aus Eritrea und dem Irak ab.

Jobcenter und Arbeitsagenturen seien besorgt über eine wachsende Zahl von Analphabeten unter den Flüchtlingen. Zwar hätten im ersten Halbjahr 2017 rund 43.000 Menschen an einem speziellen Integrationskurs für Analphabeten des BAMF teilgenommen, was einem Plus von rund zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspreche. Allerdings hätten trotz extra kleiner Lerngruppen und bis zu 1300 Unterrichtsstunden danach immer noch vier von fünf Flüchtlingen so schlecht Deutsch gesprochen, dass sie keine Aussicht auf einen Helfer-Job oder eine Ausbildung hätten. (Artikel übernommen von derFrankfurter Allgemeinen Zeitung).

Sigmaringen ist jetzt „bunt" und „weltoffen"

Sigmaringen: Ralf Fessler übte mit deutlicher Schärfe Kritik an den Zuständen. Die Nachtruhe bei seinem Haus in der Riedlinger Straße werde ständig von betrunkenen, schreienden Flüchtlingen gestört, seine Frau und Tochter seinen belästigt worden und hätten besonders abends Angst. Er wolle deshalb sein Haus verkaufen. Die Kundschaft käme zwar noch in sein Fliesengeschäft in Laiz, betone aber, dass sie nicht mehr in der Stadt einkaufen wollten. „Die Leute verlassen die Stadt, der Ruf der Stadt ist am Boden", sagte Fessler. Betroffen ist auch Neff Beser, der im Bahnhof ein Lokal betreibt. Er schilderte Übergriffe, Beschimpfungen, Bedrohungen und Diebstahl in seinem Lokal, beklagte den zugemüllten Bahnhof und forderte ein schärferes Vorgehen gegen die Unruhestifter. Er habe ein um 50 Prozent schlechteres

Sommergeschäft verzeichnet und schäme sich vor Fremden, die im Bahnhof ankommen. „Wir warnen auch weibliche Gäste, abends allein nach Hause zu gehen", sagt Beser (Auszug aus einem Artikel von Schwaebische.de).

„Schutzsuchender" ist eine multiple Persönlichkeit

Oldenburg: Aber wer ist dieser Angeklagte eigentlich? Freitag reduzierten sich verschiedene Identitäten auf zwei mögliche: Entweder ist der Mann 24 Jahre alt und stammt aus Algerien oder er ist 31 Jahre alt und kommt aus Marokko. Der Vorsitzende Richter Sebastian Bührmann sprach den Mann nur als „der Angeklagte" an. Einen wirklichen Namen kannte Bührmann nicht.

„Der hat uns in letzter Zeit nur angelogen", erklärte Oberstaatsanwalt Thomas Sander. Der Anklagevertreter wusste von fünfzehn verschiedenen Aliasnamen des Angeklagten. Er habe so viele Namen, weil er in Deutschland Asyl habe beantragen wollen, erklärte der Angeklagte. Sein Asylantrag sei aber abgelehnt worden. Und so langweilte sich der Mann Tag für Tag.

Prügelnder „Schutzsuchender" hat zehn Identitäten

Woltmershausen: Es war eine Szene, wie sie jeden Tag vorkommt: Man hält mit seinem Wagen kurz an und blockiert den Radweg. Nicht schön, klar. Aber deshalb prügelt man als Radler nicht auf den Autofahrer ein. Genau das soll John J. aber getan haben und musste sich dafür Freitag vor Gericht verantworten. Zum Prozess kam es dann aber doch nicht. Der 44-Jährige erklärte der Richterin, dass er krank und nicht verhandlungsfähig sei. Wegen eines Rückenleidens könne sein Mandant nur stehen – und das sei ihm nicht zuzumuten, so der Pflichtverteidiger. Richter, Schöffen, Staatsanwalt, Protokollführerin und Zeugen waren vergebens im Gericht erschienen. Außer Spesen (auf Staatskosten) nichts gewesen. Der Prozess soll nun beginnen, wenn der Angeklagte von seinem Rückenleiden genesen ist…Übrigens: Die Prügelei ist nicht das einzige Delikt des Mannes. Nach BILD-Informationen hat John J. knapp 40 Verfahren beim Amtsgericht laufen. U. a. Körperverletzungen, Drogendelikte, Diebstähle, Beleidigungen, Widerstand. Plus jede Menge Sozial-Betrügereien: Behörden deckten bereits zehn Identitäten von John J. auf. Mit Alias-Namen soll er sich mehrfach als Asylbewerber Stütze erschlichen haben. (Artikel übernommen von Bild-online).

„Schutzsuchende" sind erfolgreiche Drogenverkaufsfachkräfte

Konstanz: Rund 80 Beamtinnen und Beamte des Polizeipräsidiums Konstanz und des Polizeipräsidiums Einsatz haben heute Morgen, gegen 06.00 Uhr, mehrere Zimmer und Gemeinschaftsräume in der Unterkunft für Asylbewerber in der Stromeyersdorfstraße durchsucht. Bereits seit Sommer 2017 lagen den Beamten der Ermittlungsgruppe Rauschgift des Polizeireviers und der Kriminalpolizei Erkenntnisse vor, dass Bewohner der Unterkunft einen schwunghaften Handel mit Cannabisprodukten betreiben. Nachdem dieser Verdacht durch umfangreiche und mehrere Monate andauernde Ermittlungen bekräftigt werden konnte, beantragte die Staatsanwaltschaft beim zuständigen Amtsgericht Durchsuchungsbeschlüsse, die am heutigen Tag vollzogen wurden. Dabei wurden rund 950 Gramm, teilweise bereits verkaufsfertig verpacktes Marihuana, 3800 Euro mutmaßliches Bargeld aus Rauschgiftgeschäften und zahlreiche Mobiltelefone aufgefunden und beschlagnahmt.

11 überwiegend aus Gambia sowie aus Somalia und vermutlich aus dem Senegal stammende Tatverdächtige wurden vorläufig festgenommen. Gegen die beiden Hauptverdächtigen im Alter von 20 und 31 Jahren beantragte die Staatsanwaltschaft beim zuständigen Amtsgericht Haftbefehle. Die übrigen Beteiligten wurden nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Ermittlungen wegen Handels mit Betäubungsmitteln dauern an.
„Schutzsuchender" möchte nochmals seinen „Lohn" vom Sozialamt
Kevelaer: Weil die Mitarbeiter des Sozialamtes ihm kein Geld geben wollten, hat ein Geflüchteter aus Nigeria am Montag in der Behörde am Hoogeweg in Kevelaer randaliert. Er schlug laut Polizei einer Mitarbeiterin ins Gesicht. Wie die Polizei berichtet, hatte der Mann eine Geldauszahlung verlangt, obwohl er sein Geld für Januar bereits bekommen hatte. Als es nichts gab, wurde er laut und schlug schließlich einer Mitarbeiterin mit der Faust ins Gesicht. Sie wurde dabei leicht verletzt. Jetzt läuft ein Strafverfahren.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen München: Versuchte Vergewaltigung im Ostbahnhof-Zwischengeschoss

pi-news.net/2018/01/muenchen-versuchte-vergewaltigung-im-ostbahnhof-zwischengeschoss/
January 17, 2018
Polizeistreife am Münchner Ostbahnhof.
Am Dienstag, 16.01.2018, gegen 3 Uhr, lernten sich eine 59-jährige Russin mit Wohnsitz in München und ein 24-jähriger Nigerianer aus dem Landkreis Pfaffenhofen in einem Linienbus kennen. Danach stiegen sie am Ostbahnhof aus und gingen zusammen in das Zwischengeschoss. Laut Angaben der 59-Jährigen, brachte der 24-Jährige sie dort zu Boden und zog ihr die Strumpfhose und ihren Slip herunter. Anschließend versuchte er den Geschlechtsverkehr auszuüben. Ein zufällig vorbeikommender Zeuge (ein 61-jähriger Türke aus München) bemerkte den Vorfall und informierte die Polizei. Kurz darauf kam eine Streife der Bundespolizei hinzu und trennte die Beteiligten. Der 24-Jährige wurde festgenommen und der Haftanstalt des Polizeipräsidiums München überstellt. Die 59-Jährige wurde zum Kriminaldauerdienst gebracht und dort vernommen. Das Kommissariat 15 für Sexualdelikte hat die Ermittlungen aufgenommen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu

berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017/2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".

Ratzeburg: Bereits am 24.12.2017, gegen 06.50 Uhr, wurde in Ahrensburg, in der Stormarnstraße, eine 24-jährige Frau von zwei männlichen Personen sexuell belästigt. Die junge Frau war zu Fuß unterwegs vom Ahrensburger Bahnhof und wollte in die Hamburger Straße. In der Stormarnstraße, kurz hinter dem Restaurant " Rockefeller" wurde sie plötzlich von zwei unbekannten Männern attackiert und festgehalten. Die Täter ließen erst von ihr ab, als sich eine fremde Personengruppe näherte und die 24-jährige laut um Hilfe schrie. Die Männer können wie folgt beschrieben werden: 1. Person – ca. 20 – 24 Jahre alt – ca. 170 cm – 175 cm – kurze dunkelbraune – schwarze Haare – dicke markante Augenbrauen – Ungepflegte Erscheinung – südländischer Typ 2. Person – ca. 20 – 24 Jahre alt – ca. 180 cm – 190 cm – kurze dunkle Haare – südländischer Typ.

Görlitz: Zivil eingesetzte Beamte der Bundespolizeiinspektion Ludwigsdorf haben am Abend des 8.1. im Görlitzer Bahnhof einen berauschten Mann vorläufig festgenommen. Während der Kontrolle entblößte sich der Marokkaner plötzlich. Sein Verhalten deutete auf die Einnahme von Drogen hin. Später sind in seiner Jacke etwas über 200 Gramm Cannabis gefunden worden. Er erklärte dazu, er habe den Stoff selbst gekauft um ihn später mit Gewinn weiter zu verkaufen. Der im Landkreis Bautzen wohnende 30-Jährige wurde wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz angezeigt. Die dazu eingeleiteten Ermittlungen hat inzwischen das Rauschgiftkommissariat der Görlitzer Polizeidirektion übernommen.

Waiblingen: Bereits in der Nacht zum Sonntag ist in Waiblingen zu einer sexuellen Belästigung gekommen. Eine 22 Jahre alte Frau war gegen 04:30 Uhr von der Bahnunterführung in Richtung Innerer Weidach unterwegs, als sie von einem Unbekannten in der Nähe des Fitnessstudios angesprochen wurde. Im weiteren Verlauf riss der Mann die Jacke nach oben und fasste der Frau in den Schritt und an das Gesäß. Nachdem sich die 22-Jährige wehrte und den Täter anschrie, rannte er davon. Die Belästigung wurde der Polizei erst am Montagabend gemeldet. Der Täter war circa 30 Jahre alte, sprach gutes Deutsch mit ausländischem Akzent, hatte einen Dreitagesbart und schwarze Haare.

Papenburg: In der Nacht zum Sonntag ist es an der Straße Am Stadtpark zu einem Angriff auf zwei Frauen gekommen. Ein vierzigjähriger Mann aus dem Sudan hat dort im Bereich des OBI-Marktes gegen 1.30 Uhr zunächst zwei 23-jährige Frauen angesprochen. Unvermittelt hielt er eine der Beiden fest. Das junge Opfer konnte sich befreien und gemeinsam mit ihrer Begleiterin flüchten. Der Angreifer verfolgte die Frauen, holte sie ein und riss eine von ihnen zu Boden. Das Opfer schlug mit dem

Hinterkopf auf die Straße. Der Vierzigjährige setzte sich auf sie, schlug ihr ins Gesicht, gab ihr mehrere sogenannte Kopfnüsse und versuchte ihr das Smartphone zu entreißen. Darüber hinaus demütigte er das Opfer auf sexueller Basis. Die Begleiterin versuchte ihrer Freundin zu helfen und wurde dabei ebenfalls von dem Täter verletzt. Erst, als eine Gruppe weiterer Zeugen auf die Tat aufmerksam wurde, konnte der Angreifer in die Flucht geschlagen werden. Im Rahmen einer anschließenden Fahndung mit mehreren Streifenwagen, konnte der Täter festgenommen werden. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 1,47 Promille. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Osnabrück, wurde der Sudanese am Montag einem Haftrichter vorgeführt. Dieser erließ Haftbefehl. Der Mann wurde in die JVA Oldenburg eingeliefert.

Gera: Am Sonntag, 07.01.2017, gegen 17:30 Uhr, wurde eine Jugendliche im Bereich der Ostrowskistraße Höhe Pasternakstraße in Gera-Bieblach von zwei südländisch aussehenden Männern sexuell belästigt. Nach der Tat entfernten sich die beiden Männer in Richtung Bieblach-Ost. Im Bereich der Osterburgstraße verlor sich jedoch ihre Spur. Die beiden Männer können wie folgt beschrieben werden: Person 1: ca. 20 Jahre alt,ca. 175 cm groß,schlanke Gestalt, dunkle Haare, bekleidet mit dunkler Jacke, dunkler Jogginghose, dunklen Turnschuhe sowie einem Basecap mit dem Schild in den Nacken und der Aufschrift „Chicago"; Person 2: ca. 21 Jahre alt, ca 175 cm groß, schlanke Gestalt, dunkle Haare(hochgestylt), leichter Oberlippenbart, bekleidet mit dunkler Jacke, dunkler Hose und dunklen Schuhen.

Seckach: Zu einer exhibitionistischen Handlung ist es offenbar am Samstagmittag (06.01.2018) in der Zeit zwischen 12:29 Uhr und 13:13 Uhr in der Stadtbahn von Eicholzheim nach Seckach gekommen. Ein bislang unbekannter Tatverdächtiger soll sich in der Bahn gegenüber einer 17-jährigen Jugendlichen gesetzt und Sie zunächst in ein Gespräch verwickelt haben. Anschließend manipulierte der Mann an seinem Geschlechtsteil. Seinen mitgeführten Rucksack hielt er hierbei offenbar auf seinem Schoß. Nach jetzigen Erkenntnissen stieg der Unbekannte beim Halt in Seckach aus der Bahn, während die 17-Jährige weiter in Richtung Osterburken fuhr. Sie erstattete anschließend Anzeige auf dem Polizeirevier Buchen. Der mutmaßliche Täter wird als etwa 38 bis 48 Jahre alt, 1,70m groß, schlank, mit dunklen Haaren, buschigen Augenbrauen, und dunklem Teint beschrieben.

Dresden: Am Sonntagmorgen ist eine Frau (30) von einem Unbekannten an der Erlenstraße bedrängt worden. Die 30-Jährige war auf der Erlenstraße unterwegs, als sie von einem Mann zunächst angesprochen wurde. In der Folge bedrängte er die Frau und berührte sie unsittlich. Anschließend flüchtete er. Der Täter wird als nordafrikanisch aussehend mit kurzen dunklen lockigen Haaren beschrieben.

Gera: Im Rahmen der Streifentätigkeit wurden Polizeibeamte auf drei Personen, die sich im Bereich einer Straßenbahnhaltestelle in der Berliner aufhielten und scheinbar in einer Rangelei verwickelt waren, aufmerksam. Es handelte sich hierbei um ein 14-jähriges Mädchen (russisch), einem ihr bekannten 25-jährigen Mann (afghanisch) und einen weiteren Jugendlichen (17 Jahre, afghanisch). Im Rahmen der Klärung des Sachverhaltes erhielten die Beamten Hinweise auf eine mögliche, zum Nachteil der 14 Jährigen verübte, sexuelle Nötigung. Hierzu wurden die Ermittlungen aufgenommen.

Hamburg: Tatzeiten: 23.12.2017, 05:50 Uhr und 01.01.2018, 04:55 Uhr Tatorte: Hamburg-Marienthal, Rodigallee und Tratzigerstraße Ein 22-jähriger Marokkaner, der im Verdacht steht, zwei Frauen beraubt zu haben, ist am Freitagabend verhaftet worden. Die Ermittlungen führt das Raubdezernat für die Region Wandsbek (LKA 154).
Nach derzeitigem Ermittlungsstand sprach der 22-Jährige bereits am 23.12.2017, um 05:50 Uhr, eine 22-Jährige an und fragte sie nach einer Zigarette. Nachdem die Geschädigte den Besitz von Zigaretten verneint hatte und sich von dem Mann wegdrehte, griff dieser sie von hinten an und schubste sie zur Seite. Anschließend raubte der Tatverdächtige der Frau, die unverletzt blieb, eine Tüte mit Bekleidung sowie ihre Handtasche.
Der Mann flüchtete in Richtung Schimmelmannstraße und konnte im Rahmen der eingeleiteten Sofortfahndung von Beamten des Polizeikommissariats 37 angetroffen und vorläufig festgenommen werden. Der 22-Jährige führte Teile des Raubgutes bei sich, die sichergestellt und später an die Geschädigte ausgehändigt wurden.
Ermittler des LKA 154 übernahmen die weitere Sachbearbeitung. Der Mann wurde erkennungsdienstlich behandelt und nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Hamburg nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wieder entlassen, da keine Haftgründe vorlagen.
Am 01.01.2018, um 04:55 Uhr, wurde eine 34-Jährige auf dem Gelände eines Krankenhauses plötzlich von einem Mann umklammert. Der Mann fasste der Geschädigten an die Brust, würgte sie und raubte ihr ein Handy sowie eine Umhängetasche. Der Täter flüchtete mit dem Raubgut. Auch dieser Sachverhalt wurde von den Ermittlern des LKA 154 übernommen. Aufgrund einer ähnlichen Täterbeschreibung, der Tatzeit, der räumlichen Nähe beider Tatorte sowie Zeugenvernehmungen wurde ein Tatverdacht gegen den 22-Jährigen begründet.
Die Staatsanwaltschaft Hamburg erwirkte hierauf beim Amtsgericht Hamburg einen Durchsuchungsbeschluss für die Wohnung des Tatverdächtigen und einen Haftbefehl. Der 22-Jährige konnte am 05.01.2018 in den Abendstunden durch Zivilfahnder verhaftet werden. Das geraubte Handy der 34-Jährigen konnte bei ihm sichergestellt werden. Der Mann wurde dem Amtsgericht Hamburg überstellt. Die Ermittler des LKA 154 prüfen derzeit, ob der Tatverdächtige für weitere Raubstraftaten als Täter in Betracht kommt.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Marburg-Biedenkopf: Eine Jugendliche wurde eigenen Angaben zufolge am Dienstagabend, 2. Januar an den Lahnterrassen von einem jungen Mann sexuell belästigt. Wie berichtet wurde, soll der Verdächtige das Mädchen gegen 19.30 Uhr festgehalten, geküsst und unsittlich berührt haben. Der mutmaßliche Täter ist sehr schlank, etwa 17 bis 21 Jahre alt und zirka 175 cm groß. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei zu der beschriebenen Person dauern an. Zeugen, die zu dem

angezeigten Vorfall nähere Angaben machen können, setzen sich bitte mit der Kriminalpolizei in Marburg, Tel. 06421- 4060, in Verbindung.
Heidelberg-Bergheim: Als sich eine 27-jährige Frau am Samstag, 30.12.2017, gegen 5.30 Uhr auf dem Nachhauseweg in Heidelberg-Bergheim im Czernyring auf Höhe eines Supermarkts befand, bemerkte sie, dass ihr ein Unbekannter folgte. Als sich die Frau umdrehte, stand der Mann neben ihr, hatte sein entblößtes Glied in der Hand und masturbierte. Dann rannte der Mann weg. Die Täterbeschreibung lautet wie folgt: ca. 165-170 cm groß, normale Statur, schwarze Haare und Bart, Bekleidung: Jacke mit weißen Applikationen, weinroter Kapuzenpullover, dunkle Hose
Nürnberg: Am Samstagnachmittag (23.12.17) zeigte sich ein unbekannter Mann in der U-Bahn Fahrgästen in schamverletzender Weise. Die Polizei bittet um Zeugenhinweise. Kurz nach 15:00 Uhr stieg der Unbekannte an der Haltestelle „Wöhrder Wiese" in die U 2 ein. Dort holte er sein Geschlechtsteil aus der Hose und manipulierte daran, wobei er andauernd weibliche Fahrgäste anstarrte. An der Endhaltestelle „Röthenbach" verließ der Mann die U-Bahn und konnte auch nach einer eingeleiteten Fahndung nicht mehr angetroffen werden. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Ca. 175 cm groß, etwa 30 Jahre alt, schlank, trug abgetragene und ungepflegte Kleidung, eine schwarze Mütze, grüne Jacke, blaue Jeans und blaue Nike-Turnschuhe
Stuttgart-Mitte: Ein unbekannter Mann hat sich am Mittwochnachmittag (27.12.2017) in einem Geschäft an der Königstraße vor einer 14-Jährigen entblößt. Die Jugendliche hatte sich gegen 14.25 Uhr in dem Bekleidungsgeschäft aufgehalten. Dort hatte sie der Unbekannte bereits längere Zeit angestarrt. Als sie mit der Rolltreppe nach unten fuhr, stellte sich der Mann hinter sie, holte sein Geschlechtsteil aus der Hose und manipulierte daran herum. Am Ende der Rolltreppe lief die 14-Jährige weg, der Mann verfolgte sie einige Meter, flüchtete dann jedoch nach draußen. Der Unbekannte war etwa 50 bis 60 Jahre alt und zirka 190 Zentimeter groß. Er hatte eine schlanke Statur und graue Haare, er wirkte ungepflegt. Bekleidet war der Mann mit einer dunkelbraunen Cordhose und einer hellroten Winterjacke mit breitem weißem Streifen auf der Brust.
Gera: Eine 22-jährige Frau war am Donnerstag (28.12.2017, gegen 19:30 Uhr) zu Fuß in der Christian-Schmidt-Straße unterwegs, als sie von einem unbekannten Mann angesprochen und nach Feuer gefragt wurde. Die junge Frau ging nach einer kurzen Konversation weiter. Als der Mann in der Folge wieder neben ihr auftauchte und mit seiner Hand sexuelle Andeutungen in Höhe seines bekleideten Geschlechtsteiles machte, stieß die Frau den Unbekannten weg und begab sich in einen Hauseingang. Der Mann soll Mitte 20, 180 cm und dünn gewesen sein. Er hatte ein schmales Gesicht mit Hautunreinheiten, sowie abstehenden Ohren. Bekleidet war er unter anderem mit einer schwarzen Jacke mit Fellansatz. Die Polizei sucht nun Zeugen zur Tat und Personen, welche Hinweise zur Identifizierung des Täters geben können. Diese setzen sich bitte mit dem Inspektionsdienst Gera, Tel.: 0365-8290 in Verbindung.

PI-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Altersbestimmung mit 95prozentiger Sicherheit Hildesheim: MUFL mit neuartigem DNA-Test überführt

pi-news.net/2018/01/hildesheim-mufl-mit-neuartigem-dna-test-ueberfuehrt/
January 10, 2018

Von DAISY | Was hat es in den vergangenen Tagen doch für ein Bohei um die Altersfeststellung von mutmaßlich minderjährigen „Flüchtlingen" (MUFL) gegeben. Dabei hat der Landkreis Hildesheim längst Nägel mit Köpfen gemacht: er ließ das Alter eines mutmaßlichen Flüchtlings per neuartigem DNA-Test untersuchen und siehe da: der junge Migrant, der behauptete, minderjährig zu sein, ist mit 95prozentiger Sicherheit zwischen 26 und 29 Jahren alt, meldet der Stern heute in einer Vorabmeldung.

Der Landkreis Hildesheim nutzte dabei schon im Mai 2017 einen neuen DNA-Test aus Amerika zur Altersbestimmung. Für die Methode ist lediglich eine Probe aus Speichel oder Blut notwendig. Piekst nicht und hat keine körperlichen Nebenwirkungen. Damit sollte sich das Lamento um die angeblich gesundheitsschädigende Röntgen-Methode zur Altersfeststellung erledigt haben. Zwar bekommt man auf jedem längeren Atlantik-Flug mehr Strahlenbelastung als beim Röntgen ab, aber Gegner der Altersfeststellung bei jungen Migranten, darunter auch etliche GutmenschInnen aus dem ärztlichen Lager, hatten u.a. die Röntgenmethode als diskriminierend und vor allem gesundheitsgefährdend gebrandmarkt. In einer konzertierten Aktion war es ihnen sogar gelungen, sogar den Ärzte-Präsidenten Montgomery auf ihre Seite zu ziehen.

Dr. Steve Horvarth entwickelte die „Epigenetische Uhr" bzw. „Horvaths Uhr".Der neuartige DNA-Test, in einem kalifornischen Labor von Bio-Mathematiker Dr. Steve Horvarth entwickelt, tut nicht weh und gefährdet nicht die Gesundheit. Es gibt keine Strahlenbelastung. Dafür schaffte er im Hildesheimer Fall Klarheit: mit nahezu 100prozentiger Wahrscheinlichkeit ist der untersuchte Aspirant älter, als er sagt, berichtet der Stern.

Der vom Landkreis Hildesheim veranlasste DNA-Test dürfte mit den Vorgaben des Sozialgesetzbuches, das „ärztliche Untersuchungen" erlaubt, also kompatibel sein. Zu

erwarten ist, dass es dennoch ein Aufschrei in der gutmenschlichen Asyl-Gemeinde gegen das forsche Hildesheimer Vorgehen geben wird. Die Hildesheimer dürften aber auch deshalb die Argumente auf ihrer Seite haben, weil die Gegner der Abschiebung bereits vor Jahren selbst einen DNA-Test in einem Abschiebeverfahren forderten und befürwortet haben. Damals ging es darum, per Gen-Test festzustellen, dass ein Asylbewerber kein Türke sei. Der Mann hatte behauptet, aus dem Libanon zu stammen. Der Landkreis hatte argumentiert, er habe sich als angeblicher Libanese das Asylrecht mit falschen Angaben erschlichen (weil er in Wirklichkeit Türke sei) und seinen Asylantrag abgelehnt.

Auch zuviel ist niemals genug Ein Mohammed kommt selten alleine

pi-news.net/2018/01/ein-mohammed-kommt-selten-alleine/
January 18, 2018

Von CANTALOOP | Stellen wir uns einmal vor: die jährliche Einwanderung eines vollkommen kulturfremden, zumeist muslimisch geprägten Präkariats in der Größenordnung einer veritablen Großstadt – inklusive erforderlicher Infrastruktur. Nahezu komplett bewohnt von Sozialhilfeempfängern, Kleinkriminellen und religiösen Eiferern. In den Dimensionen annähernd vergleichbar mit dem Breisgauer Grünenparadies Freiburg. Darüber hinaus: in dessen Chroniken der häufigste Vorname bei Neugeborenen ganz sicher „Mohammed" in all seinen Schreibweisen sein wird und innerhalb dieses Mikrokosmos das Tragen einer Kippa nur suizidal Veranlagten empfohlen wird.

So in etwa könnte man sich die neu anberaumte theoretische Zuwanderungs-„Höchstgrenze" unserer politischen „Funktionselite" bildlich und vor allem betriebswirtschaftlich vorstellen. Alleine darin sehen die derzeitigen Groko-Sondierer und leider auch viele ihrer Parteigänger indes keinerlei Probleme. Ganz im Gegenteil. Ginge es nach SPD/Grünen/Linke und Teilen der CDU/FDP würde es nämlich auch offiziell weiterhin keinerlei Grenze oder gar Restriktionen nach „oben" geben.

Das Ende aller Vernunft

Je mehr, desto besser – oder „jetzt erst recht" lautet bekanntlich die urlinke und selbstredend auch von Kanzlerin und ihrer Entourage nach Kräften unterstützten Maxime. Gleichsam gilt: hinsichtlich der tatsächlichen Quantitäten von „Reisewilligen" hält man die Bürger mit eigens dafür erstellten „Statistiken" im Ungewissen. Wo wenig hilft, kann viel nicht schaden – Stefan Schubert bringt hier etwas Licht ins Dunkel.

Auch wider der Natur, gegen alle Vernunft, gegen alle Gesetze, die ohnehin bis hin zur Groteske „verbogen" werden, nur um noch mehr vollkommen kulturreziproke Menschen ins Land zu schaufeln. Gleichwohl werden alle Vorbehalte und berechtigten Sorgen der indigenen Bewohner, wie gewohnt, von den politischen Verantwortungsträgern in arrogant-despektierlicher Weise über Bord geworfen, ohne dabei die Tragweite ihres eigenen Handelns zu begreifen. Wer berechtigte Angst um seine Familie oder sich selbst hat, wird im günstigsten Fall als Ewiggestriger, gesellschaftlich Abgehängter, oder gleich als Nazi bezeichnet – und ob seiner „kruden Phobien" verspottet.

Wie man derzeit aus den Brüsseler Elfenbeintürmen läuten hören kann, sollen die bestehenden Dubliner Verträge bereits dahingehend verändert und ratifiziert worden sein, einen,

euphemisierend „Familiennachzug“ genannten Bevölkerungstransfer im wirklich großen Stile von Muslimen aus aller Herren Länder vorzubereiten, bzw. den bereits stattfindenden intensiv zu forcieren. Unter breiter Zustimmung aller am Entscheidungsprozess beteiligten EU-Parteien, versteht sich – federführend auch hier; SPD und CDU. Diese „Zuzugserleichterung“ solle fortan möglich sein, sofern einer der ihren, als sogenannte „Ankerperson“ bereits hier im Lande lebt.
Im Klartext: die „Flüchtenden“ können sich zukünftig aussuchen, in welches europäische Land sie zu reisen gedenken. Wie diese „Ankerpersonen“ als Adressaten jedoch zuvor dort angekommen sind, von woher – ob diese über Papiere verfügen, oder eben nicht, ist in dieser Causa vollkommen irrelevant – und ohnehin nur rechte „Kleingeisterei“. In den Augen der gesinnungsethisch „Makellosen“, denen tagtäglich in den einschlägig bekannten Medien eine breite Plattform geboten wird. Ganz im Gegensatz zu Politikern oder Sympathisanten der AfD, die es in der öffentlichen Wahrnehmung gar nicht mehr zu geben scheint.

Unkritische Verbrechensanalyse

Derweil die Verbrechensqualität dieser als „Neubürger“ Apostrophierten eine neue Stufe der Grausamkeit erreicht hat, wie man sie sonst eigentlich nur aus Kriegszeiten kennt – so wie auch aktuell wieder im badischen Rastatt ersichtlich. Dort haben zwei aus Algerien stammende „junge Männer“ einen Dritten brutal zusammengeschlagen – und diesen im Anschluss lebendig (!) in einem Acker vergraben, woraufhin dieser elendig zu Tode kam. Dennoch fühlt sich aufgrund dessen niemand des linksgeprägten Establisments besonders berührt. Weitestgehend unkritisch erkennen auch Politik und deren Leitmedien in diesen wahrhaft besorgniserregenden neuerlichen Vorgängen keine besondere Brisanz – nur im „Erstarken“ der Rechten sehen sie die Bürger nach wie vor gefährdet.

Solch ein Gebaren als schizophren zu bezeichnen, wäre wohl noch eine gelinde Untertreibung. Hier hat der Wahnsinn Methode – und viele der dafür verantwortlichen Politik-Darsteller darf man guten Gewissens als moralisch verkommen, bösartig, oder zumindest unter einer Psychose leidend, bezeichnen.

L’état c’est moi

Eine fast schon als absolutistisch zu bezeichnende Kanzlerin, die nicht nur ihre eigene Parteiführung perfekt im Griff hat – und darüber hinaus auch für so manch einen rutenklemmenden Parteiapparatschick durchaus ehrfurchtseinflößender zu sein scheint, als Caligula selbst, dient zweifelsfrei als maßgeblicher Katalysator solcher Umstände.
Das hätte sich zu Amtsantritt dieser zwischenzeitlich zur gefürchteten Matrone gereiften Frau wohl keiner ihrer damaligen Kritiker, nicht einmal in den kühnsten Träumen, vorstellen – und auch kein Satiriker besser darstellen können. Die größtmögliche Überzeichnung aller bislang gekannten negativen Zustände in der jüngeren Vergangenheit ist jetzt die Normalität für uns geworden!
Alles scheint in dieser vollkommen verdrehten Republik nun denkbar zu sein. Selbst Notstandsgesetze, weitere „hate-speech-Interventionen“ oder sogar Gefängnisstrafen für Islam-/Flüchtlingskritiker würden mittlerweile niemanden mehr verwundern. Man kann sicher sein, dass die Paladine der Kanzlerin schon weitere „Überraschungen“ für die immer aufsässiger werdenden Bürger in der Schublade liegen haben.
Diese schier unbegrenzte Autorität einer einzigen Person, die quasi im Alleingang das Land für immer entscheidend zum Nachteil verändert hat, muss dringend einreguliert werden – mit allen gebotenen und demokratischen Mitteln. Auch das angrenzende Ausland beobachtet bereits mit Sorge und Unverständnis unsere weitere Entwicklung.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Nagold: 51-Jähriger im Asylantenheim vergewaltigt

pi-news.net/2018/01/nagold-51-jaehriger-im-asylantenheim-vergewaltigt/
January 19, 2018

Symbolbild.

Nagold-Gündringen: Der letzte Zug von Pforzheim in Richtung Horb um 22.38 Uhr ist für einen 51-Jährigen in der Nacht vom 1. auf den 2. Januar der Anfang einer Geschichte, mit der er jetzt selbst an die Öffentlichkeit geht: Der Mann aus dem Kreis Freudenstadt war auf dem Heimweg und total übermüdet, wie er unserer Zeitung erklärte. Kurz vor seiner anvisierten Umsteigestation habe er sich von einem ebenfalls im Abteil sitzenden Mann aus Afghanistan überreden lassen, mit ihm zu kommen und bei ihm zu Hause zu übernachten, erzählt der 51-Jährige. Folglich sei er eine Station eher ausgestiegen als geplant. Doch das „Zuhause" stellte sich nach einem Fußmarsch durch den Wald als Flüchtlingsheim Nagold-Gündringen heraus.

Dort angekommen stieß wohl der zweite Tatverdächtige hinzu. „Die wollten dann Geld von mir für die Übernachtung. Da habe ich natürlich nein gesagt und wollte gehen", sagt der Mann unserer Zeitung. Doch daraus wurde nichts, die beiden Afghanen, die laut Polizei 20 und 27 Jahre alt sind, sollen den Mann in ein Zimmer gesperrt und sexuell missbraucht haben. „Die sind einfach auf mich losgegangen", berichtet das mutmaßliche Opfer.

Das konnte auch Ralf Minet von der Pressestelle des zuständigen Polizeipräsidiums Karlsruhe bestätigen: „Die zwei Männer im Zimmer haben wohl Übergriffe auf das Opfer gestartet." Was Minet ebenfalls bestätigt, ist, dass der 51-Jährige bis zum Flüchtlingsheim freiwillig mitgegangen sein soll. Doch was danach passierte, geschah „gegen meinen Willen", sagt wiederum der Mann. (Auszug aus einem Artikel des SCHWARZWÄLDER BOTEN).

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017/2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".

Mannheim: Wegen des Verdachts, Sexualdelikte begangen zu haben, ermittelt das Dezernat Sexualdelikte des Kriminalkommissariats Mannheim gegen einen 28-jährigen Afghanen. Der Mann soll am Dienstag, dem 9. Januar, gegen 16.30 Uhr in der Straßenbahn der Linie 3 an der Haltestelle am Hauptbahnhof einer 23-jährigen Frau zunächst an den Po gefasst und anschließend noch versucht haben, ihr zwischen die Beine zu fassen. Nachdem sich die junge Frau gewehrt und die Polizei verständigt hatte, floh der unbekannte Mann aus der Bahn. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief zunächst ohne Ergebnis. Etwas mehr als eine Stunde später, gegen 17.45 Uhr, ereignete sich ein ähnlicher Fall in der Straßenbahn der Linie 4a am Paradeplatz. Ein Verdächtiger, der 28-jährige

Afghane, auf den auch die Täterbeschreibung zur Tat am Hauptbahnhof exakt zutraf, wurde dort von einer Streife unmittelbar nach der Tatausführung festgenommen. Die junge Frau, die er in der Linie 4a unsittlich begrapscht haben, fuhr weiter. Bei dem 28-Jährigen, der mit etwas über 1,4 Promille alkoholisiert war, wurde einer Blutprobe entnommen. Nach seiner erkennungsdienstlichen Behandlung wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Ofterdingen: Wegen eines Vorfalls, der sich bereits am Freitag, 5. Januar 2018, gegen 23 Uhr, in der Mössinger Straße ereignet hat, aber erst nachträglich angezeigt worden ist, sucht das Kriminalkommissariat Tübingen dringend Zeugen. Eine 41-jährige Frau war an besagtem Tag zu Fuß von Mössingen nach Ofterdingen unterwegs. In Ofterdingen ging sie an einem Schnellrestaurant vorbei und von dort aus weiter in Richtung Kriegsstraße/Ortsmitte Ofterdingen. Kurz nach Passieren der Zufahrt zum Sportgelände wurde sie ihren Angaben zufolge unvermittelt von einem Unbekannten von hinten angegriffen und über die Straße auf einen Schotterparkplatz gezerrt. Hinter den dortigen Glascontainern soll er sie zu Boden gebracht und vergewaltigt haben. Als in der Nähe jugendliche Stimmen zu hören waren, ließ der Verdächtige offenbar von der Frau ab. Bevor er flüchtete, soll er noch Geld aus der Geldbörse des Opfers an sich genommen haben. Der Verdächtige soll etwa 180 cm groß und leicht korpulent gewesen sein. Er war komplett dunkel gekleidet und trug einen schwarzen Mantel. Außerdem hatte er eine Kapuze über den Kopf gezogen. Er sprach deutsch mit unbekanntem, ausländischem Akzent.

Bad Krozingen: Die Polizei bittet um Zeugenhinweise zu vier bislang unbekannten Männern, die am Dienstag, den 09.01.2017, gegen 20:20 Uhr in der Bad Krozinger Innenstadt eine 29-jährige Frau belästigt haben sollen. Sie teilte dem Polizeiposten Neuenburg heute Vormittag mit, dass ihr am Vorabend auf dem Weg vom Bahnhof in Richtung Hebelstraße vier Männer entgegen gekommen seien. Als sie dann die Straßenseite gewechselt hätte, sei sie von einem der Männer verfolgt worden. Die anderen hätten währenddessen anzügliche Bemerkungen geäußert. Die Frau sei dann sofort weggelaufen. Zur Personenbeschreibung: Alle Männer seien dunkelhäutig gewesen, circa 180 cm groß, 20-30 Jahre alt, bekleidet jeweils mit Kapuzenpullovern. Einer der Männer hätte eine grüne Jacke mit Fellbesatz getragen.

München: Am Dienstag, 09.01.2018, gegen 20.10 Uhr, befand sich eine 14-jährige Münchnerin an einer Treppe des S-Bahnhofs Harras, die zur Margaretenstraße führte. Dort wurde sie von einem bislang unbekannten Täter angesprochen und an ihren Armen festgehalten. Die 14-Jährige wehrte sich sofort heftig dagegen und fing an zu schreien. Der Unbekannte fasste sie über der Kleidung an den Intimbereich und flüchtete danach in eine S-Bahn. Das Kommissariat 15 (Sexualdelikte) hat die Ermittlungen aufgenommen. Täterbeschreibung: Männlich, ca. 20 bis 25 Jahre alt, ca. 180 cm groß, breite Schultern,indische/afghanische Erscheinung, dunkle Hautfarbe, Bart, schwarze gegelte 8 cm lange Haare unter einer Kapuze, bekleidet mit einem schwarzen Hoodie, schwarzer Winterjacke mit Fellbesatz, schwarze Sneaker mit weißer Sohle, trug einen schwarzen Adidas/Nike Rucksack mit sich, sprach Deutsch mit Akzent.

Fellbach: Am Mittwoch gegen 09:30 Uhr trat ein bislang unbekannter Mann mit heruntergelassener Hose aus einer öffentlichen Toilette am Rathausinnenhof auf dem Marktplatz. Der Mann stellte sich einer 35-jährigen Frau breitbeinig gegenüber und hielt eindringlichen Blickkontakt zu ihr. Der Genitalbereich des Mannes wurde durch ein längeres T-Shirt verdeckt, wodurch die 35-jährige Frau nicht erkennen konnte was der Mann an seinem Genitalbereich machte. Die Frau drehte sich sofort um und verließ die Örtlichkeit. Gesucht wird ein circa 60 Jahre alter, 160cm großer Mann mit ungepflegtem Aussehen, dunklem Teint, einem Dreitagebart und buschigen Augenbrauen. Die Statur des Mannes ist rundlich/dicklich mit Bierbauch.

Leck: Eine 23-Jährige befand sich mit Freunden in der Nacht von Samstag auf Sonntag (06./07.01.18) in der Diskothek Töff in Leck. Da sie als Fahrerin für ihre Freunde fungierte, blieb sie nüchtern. Gegen 03.00 Uhr ging die junge Frau allein zu ihrem Fahrzeug, welches sie gegenüber der Diskothek auf dem Parkplatz in der Straße „Markt" abgestellt hatte. An ihrem Auto wurde sie von einer ihr fremden männlichen Person angesprochen und unsittlich angefasst. Die 23-Jährige wehrte sich und schrie, woraufhin ihr ein junger Mann zur Hilfe eilte. Dieser schubste den Täter weg und forderte ihn auf zu verschwinden. Der Unbekannte hat sich daraufhin in Richtung Süderstraße entfernt. Der Täter soll ca.

1,70 m groß und schlank und zwischen 20-25 Jahre alt gewesen sein. Er trug eine Jeans und eine Jacke und sprach mit Akzent.

Magdeburg: Am 27. Juni 2017 zwischen 04:08 und 04:25 Uhr belästigte der Gesuchte eine Frau im Hauptbahnhof Magdeburg in sexueller Weise. Die Frau machte durch laute Schreie auf sich aufmerksam. Ihr zur Hilfe kam ein junger Mann, der den nun Flüchtenden verfolgte. Da der Verdächtige mit Schottersteinen auf den Helfenden warf, brach er die Verfolgung ab und kümmerte sich um die Frau, bis zum Eintreffen der Bundespolizei. Da es sich bei dieser Handlung um eine Straftat von erheblicher Bedeutung handelt, wurden vom Amtsgericht Magdeburg Fotos der Überwachungskameras zur Veröffentlichung freigegeben, um die Identität des Mannes festzustellen. Der Mann ist circa 1,70 Meter groß, schlank und hat ein scheinbares Alter von 24 Jahren. Er hat eine dunkle Hautfarbe und zum Tatzeitpunkt eine auffällige Frisur. Am Tattag trug er eine schwarze Hose, ein schwarzes T-Shirt und eine dicke Goldkette sowie schwarz-weiße Turnschuhe.

Freiburg / Müllheim: Ein 31-jähriger Asylbewerber aus dem Tschad hat am frühen Mittwochmorgen zwei junge Frauen in einem Regionalexpress zwischen Müllheim und Freiburg sexuell belästigt. Der Mann aus Zentralafrika setzte sich nach dem Zustieg am Bahnhof Müllheim neben seine beiden Opfer und beleidigte sie mehrfach auf sexueller Weise. Kurz darauf begann der 31-Jährige die 19 und 16 Jahre jungen Frauen an den Oberschenkeln zu begrapschen. Als diese ihren Sitzplatz verließen und sich in einen anderen Bereich des Zuges begaben, folgte ihnen der renitente Mann. Eine der beiden Frauen setzte daraufhin aus dem Zug heraus einen Notruf ab. Da der Zentralafrikaner trotzdem nicht von den beiden Frauen abließ, flüchteten sie auf die Zugtoilette und schlossen sich ein. Als der Zug in Freiburg eintraf, wartete die Bundespolizei bereits auf den Tatverdächtigen. Aufgrund der guten Personenbeschreibung konnte dieser noch auf dem Bahnsteig festgenommen werden. Wie die Bundespolizei feststellte, ist der 31-Jährige kein unbeschriebenes Blatt. Bereits am Dienstag wurde er in einem ICE ohne Fahrschein und Ausweisdokumente erwischt und ist durch das Bahnpersonal an die Bundespolizei übergeben worden. Schnell konnten die Personalien des Tschaders ermittelt werden. Wie sich dabei herausstellte, muss sich der Mann wegen mehrere Körperverletzungsdelikte sowie anderweitiger Straftaten noch vor Gericht verantworten. Die Bundespolizeiinspektion Weil am Rhein hat die Ermittlungen bezüglich der sexuellen Belästigungen aufgenommen. Gesucht werden Zeugen, die am Mittwochmorgen mit der Regionalbahn 17038 von Basel nach Freiburg, Abfahrt um 06.49 Uhr in Müllheim, Ankunft um 07.18 Uhr in Freiburg, gefahren sind und die Straftat beobachtet haben. Unter 07628-8059 0 erbittet die Bundespolizei sachdienliche Hinweise.

Tübingen: Am Dienstagvormittag, gegen 10.40 Uhr, ist ein noch unbekannter Exhibitionist im Institut für Geowissenschaften in der Hölderlinstraße in Erscheinung getreten. Der Mann stand dabei vor der Glastür zu einem Lern- beziehungsweise Computerraum und onanierte, während er eine in dem Raum befindliche 23-jährige Frau fixierte. Als die Studentin den Unbekannten bemerkte, ergriff er die Flucht. Erst nach einigen Minuten meldete die junge Frau den Vorfall der Polizei, die sofort eine Großfahndung nach dem Täter einleitete. Die Fahndung verlief jedoch ohne Erfolg. Wie bereits bei zurückliegenden, ähnlich gelagerten Fällen wird der Täter als dunkelhäutig und von normaler Statur beschrieben.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Nürnberg: Am Samstagabend (06.01.2017) belästigte ein noch unbekannter Mann eine Jugendliche in der Nürnberger U-Bahn in sexueller Weise. Die Polizei bittet um Hinweise von Zeugen. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen stand das Mädchen gegen 18:30 Uhr am U-Bahnsteig Plärrer, U 1 Fahrtrichtung Fürth, als sie der Mann zunächst unflätig ansprach und sie im Anschluss unsittlich berührte. Als die Geschädigte die Polizei verständigte, flüchtete der Täter. Das Opfer blieb unverletzt. Beschreibung des Täters: Ca. 45 Jahre alt, schlank bis kräftig, bekleidet mit einer roten Jacke.

Salzgitter: Zeit: 06.01.2018, 19.05 Uhr Ort: 38259 Salzgitter-Ringelheim, Poststraße 4, Volksbank (Vorraum) Hergang: Ein bislang unbekannter Mann (ca. 50 Jahre alt, kurze dunkle Haare, bekleidet mit Strickjacke und Jeans) entblößte im Vorraum der Volksbank vor einer 17 jährigen Frau

sein Geschlechtsteil. Danach flüchtete der Täter. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief bislang ergebnislos.
Ravensburg: Von einem Exhibitionisten belästigt wurde am Donnerstag gegen 12.45 Uhr eine 16-Jährige am Busbahnhof beim Busplatz 4. Die Jugendliche wartete dort auf ihren Bus als sich ihr ein unbekannter Mann näherte und seine Hose öffnete. Der Täter nahm anschließend sexuelle Handlungen an sich vor. Als die Jugendliche in den Bus stieg, entfernte sich der Mann. Dieser ist zirka 60 Jahre alt, etwa 1,70 m groß, hat eine normale Statur und graue, sehr kurze Haare, einen rasierter Bart mit kurzen Stoppeln. Er trug eine Hose mit vielen Taschen (Arbeitshose) mit einer langen Naht am Gesäß. Hinweise sind an die Polizei Ravensburg, Tel. 0751 803-0, erbeten.
Marsberg: Am Donnerstagabend bemerkte eine Gruppe Kinder (im Alter von sieben bis zwölf) einen Mann, welcher an einem Fenster eines Schwimmbades in der Jahnstraße stand. Der 40 – 50 Jahre alte Mann stand mit heruntergelassener Hose am Fenster, machte auf sich aufmerksam und leuchtete mit seiner Handylampe auf seinen Penis. Die Kinder erzählten die Geschichte einer der erwachsenen Begleitpersonen, welche sofort die Polizei verständigte. Der Mann war circa 1,75 Meter groß, trug eine dunkle Basecap, eine silberfarbene Steppjacke und schwarze Schuhe. Die Polizei konnte im Nahbereich keine Person mehr antreffen.
München: Am Montag, 01.01.2018, gegen 06.05 Uhr, befand sich eine 39-jährige Münchnerin auf ihrem Nachhauseweg unter der Donnersbergerbrücke. Kurz vor dem Pendlerparkplatz trat plötzlich ein ihr unbekannter Mann von hinten an sie heran, hielt ihr den Mund zu und würgte sie. Der Täter griff der 39-Jährigen an die Brust und unterhalb der Kleidung in den Genitalbereich. Die 39-Jährige wehrte sich, biss den Unbekannten in den Finger und fing laut an zu schreien. Der Täter ließ daraufhin von der Frau ab und entfernte sich unbekannte Richtung. Da die 39-Jährige erst verspätet zur Anzeigenerstattung auf einer Polizeiinspektion erschien, waren Fahndungsmaßnahmen nicht mehr möglich. Die Münchnerin wurde durch den Vorfall leicht verletzt. Täterbeschreibung: Männlich, 185 cm groß, wulstige Finger; bronzefarbene Winterjacke mit Fellkragen, helle Turnschuhe.

PI-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Kein Aufschrei der üblichen "Rassismus-Riecher" Köln: 41-Jähriger durch sechs Dunkelhäutige schwer verletzt

pi-news.net/2018/01/koeln-41-jaehriger-durch-sechs-dunkelhaeutige-schwer-verletzt/
January 20, 2018
Straßenbahn in Köln (Symbolbild).
Am Donnerstagabend (18. Januar) haben mehrere unbekannte Männer in Köln-Niehl einen 41-Jährigen angegriffen. Der Mann stürzte auf der Flucht vor seinen Angreifern und erlitt schwere Verletzungen. Die Polizei Köln sucht Zeugen. Gegen 20.25 Uhr hielt sich der 41-Jährige an der Stadtbahnhaltestelle „Kinderkrankenhaus" auf der Amsterdamer Straße auf. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen griff eine Gruppe mehrerer Männer den Wartenden an. Die Tatverdächtigen schlugen und traten auf den 41-Jährigen ein und ließen erst von ihm ab, als sie ihn in das Gleisbett geschubst

hatten. Durch den Sturz zog sich der 41-Jährige schwere Verletzungen zu. Der Schwerverletzte gab an, dass die Angehörigen der sechsköpfigen Gruppe eine dunkle Hautfarbe haben.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Nürnberg: Ein 23-jähriger Mann ist am Mittwochabend (17.01.2018) von drei noch unbekannten Tätern massiv angegangen worden. Das Trio attackierte den Geschädigten vor einem Döner-Imbiss in der Gibitzenhofstraße und ging danach flüchtig. Nach bisherigen Erkenntnissen der Polizei war es gegen 20:20 Uhr zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung unter den Beteiligten gekommen. Was den Streit eskalieren ließ, ist noch unklar. Der 23-Jährige erlitt diverse Prellungen und Risswunden und gab gegenüber den aufnehmenden Beamten an, dass er festgehalten, mit Fäusten geschlagen und bereits am Boden liegend, auch noch getreten wurde. Beschreibung der Täter: Zwischen 20 und 30 Jahre alt, ca. 180 bis 185 cm groß, mutmaßlich türkisch stämmig und zur Tatzeit teilweise mit Bomberjacken bekleidet.
Kamen: Am Mittwoch (17.01.2018) befanden sich nach eigenen Aussagen gegen 19.30 Uhr ein 19 jähriger Kamener und ein 17 jähriger Ennepetaler in Höhe der Bücherei am Markt und tranken Bier. Es sei dann eine Gruppe von fünf jungen Männern, beschrieben als Flüchtlinge, vorbeigekommen. Einer von denen habe eine am Boden stehende Bierflasche genommen und dem Kamener damit auf den Hinterkopf geschlagen. Die anderen hätten den 17 Jährigen zu Boden gebracht und ihn geschlagen und getreten. Gründe, warum die Gruppe auf die Geschädigten, die leicht verletzt wurden, losging, wurden bisher nicht bekannt. Der Täter, der mit der Flasche zugeschlagen habe, wird wie folgt beschrieben: Etwa 17 bis 18 Jahre alt, ungefähr 185 cm groß und mit Basecap Marke Nike bekleidet. Ein weiterer Täter soll ebenfalls etwa 17 bis 18 Jahre alt gewesen sein. Er wird auf etwa 175 cm geschätzt und soll einen Bart um den Mund getragen haben. Beschreibungen zu den übrigen Personen liegen nicht vor. Hinweise zum Sachverhalt oder den möglichen Tätern bitte an die Polizei in Kamen unter der Rufnummer 02307 921 3220 oder 921 0.
Meschede: Am Dienstagabend wurden zwei junge Männer vor einem Schnellrestaurant an der Le-Puy-Straße von einer größeren Gruppe angegriffen. Gegen 19 Uhr wurde die Polizei zu einer Schlägerei am Bahnhof gerufen. Beim Eintreffen der ersten Kräfte war die Schlägerei bereits beendet und keine Personen mehr vor Ort. Die Geschädigten konnten an einem naheliegenden Supermarkt angetroffen werden. Die drei jungen Männer gaben an, vor dem Schnellrestaurant gestanden zu haben. Daraufhin wäre eine zwölfköpfige Gruppe auf sie zugekommen. Die Gruppe ging direkt gegen zwei der drei Männer vor. Ein 17- und ein 19-Jähriger wurden umgestoßen. Am Boden liegend wurde weiter auf die beiden Mescheder eingeschlagen und getreten. Hierbei soll auch ein Schlagring eingesetzt worden sein. Anschließend flüchteten die Angreifer in Richtung der Gleise. Die beiden Männer wurden leicht verletzt. Bei den Tätern soll es sich um eine südländisch aussehende Gruppe im Alter von etwa 20 Jahren handeln. Eine Fahndung nach den Tätern verlief ohne Erfolg. Hintergrund der Auseinandersetzung liegen möglicherweise in vorherliegende Streitigkeiten.
Berlin: Ilker C. attackierte im Dezember 2016 in Neukölln einen Notfallsanitäter. „Ihr Scheißchristen!", schrie er. Jetzt steht er vor dem Amtsgericht. Sie wollen helfen – und werden angespuckt, bepöbelt, geschlagen. Gerade erst wurde wieder über ein härteres Vorgehen bei Attacken gegen Rettungskräfte diskutiert. Das Amtsgericht verhandelt jetzt so einen Fall. Es war am 27. Dezember 2016, früher Nachmittag, als Notfallsanitäter David R. (34) und zwei Kollegen in ein Neuköllner Hochhaus gerufen wurden. Häusliche Gewalt. Im elften Stock empfing sie Ilker C. (31). Spuckend, drohend. „Ich habe mich absolut danebenbenommen", so der Fußbodenleger am Donnerstag im Prozess. Seine Ex habe die 112 angerufen. Es gab Streit. „Aber keine häusliche Gewalt."Sein Vater sei vor Aufregung mit einem epileptischen Anfall zusammengebrochen: „Ich war sehr aufgeregt, Herr Richter." Um die Lage zu klären und drinnen ihre Arbeit in Ruhe machen zu können, baten die Sanitäter Ilker C. vor die Tür. Der Angeklagte: „Sie standen auf der Schwelle, taten nichts, solange ich da war. Was mich noch mehr aufregte." Eine Hasstirade folgte: „Ihr Scheißdeutschen. Ihr Ungläubigen! Verpisst euch!" (Auszug aus einem Artikel von BZ-Berlin.de)

Berlin: In einem U-Bahnhof in Berlin-Schöneberg sind drei Obdachlose angegriffen worden. Laut einer Zeugin soll ein Mann am Montagabend im U-Bahnhof Yorckstraße zunächst ohne ersichtlichen Grund einem 50-jährigen Obdachlosen ins Gesicht getreten haben, teilte die Polizei am Dienstag mit. Dann habe er mehrmals mit der Faust in das Gesicht eines 36-jährigen Obdachlosen geschlagen und schließlich mit einem Gegenstand einem weiteren Mann ins Bein gestochen. Der Täter flüchtete mit einem Begleiter. Laut Polizei hatten die drei Männer auf einer Bank in der Nähe einer Bäckerei gesessen, wo sich öfter Obdachlose aufhalten. Geschlafen hätten sie dort nicht, sagte der Sprecher. Der 50-Jährige und der 36-Jährige lehnten eine ärztliche Behandlung ab. Das dritte Opfer entfernte sich vor Eintreffen der Polizei. Die Berliner Polizei fahndet nach diesem Täter: Der arabisch aussehende Täter wird laut Polizei auf ein Alter von 20 bis 25 Jahren geschätzt und ist etwa 1,7 Meter bis 1,75 Meter groß. Der Täter hat außerdem einen gepflegten Vollbart und kurze schwarze Haare. Er trug eine dunkelblaue Kapuzenjacke und eine dunkelblaue Jeans. Sein arabisch aussehender Begleiter ist ebenfalls etwa 20 bis 25 Jahre alt und 1,7 Meter bis 1,75 groß. Er trug eine dunkelgrüne Jacke.

WEITERE „BEREICHERUNGEN" AUS DEM EHEMALIGEN DEUTSCHLAND

Täuschung der Bevölkerung: 337.000 statt 186.000 bei Zuwanderung »Asyl«

In de Maizières Milchmädchenrechnung fehlen als erstes 36.039 Alt- und Folgeanträge die Asylbewerber 2017 gestellt haben. Diese Berücksichtigung reicht allein aus, um die angebliche CSU-Obergrenze zu übersteigen. So wurden im Jahre 2017 demnach nicht 186.644 Asylanträge gestellt, sondern 222.683. Die meisten Antragsteller kamen auch dieses Jahr aus Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea, Iran, Türkei, Nigeria und Somalia. Die wirklichen Dimensionen der erfolgten Einwanderung werden deutlich, wenn man sich die Zahlen über Entscheidungen von Asylanträgen anschaut. So wurden im Jahr 2017 603.000 Asyl-Entscheidungen getroffen. Davon wurden 342.000 negativ beschieden, die Antragsteller erhielten keinen Schutztitel (Asyl, Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention, Subsidiär- und Abschiebschutz). Sie müssten demnach Deutschland umgehend verlassen, statt Milliarden Kosten in den Sozialsystemen zu verursachen. Aber das Staatsversagen der letzten Jahre setzt sich weiterhin fort. Behördlich festgestellte, illegal eingereiste Ausländer aus Nahost oder Afrika, bleiben einfach im Land, obwohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und meist zusätzlich Gerichte, ihnen jeglichen Status als Flüchtlinge oder Schutzberechtigten abgesprochen haben. Ein Skandal der in den Medien kaum noch benannt wird (Der komplette Artikel kann bei www.journalistenwatch.com nachgelesen werden).

Zwölf statt 40 Asylbewerber: Aschiebung scheitert trotz Polizei-Großaufgebot

Die Sammelaktion war nach Tagblatt-Information in gewisser Weise ein Pilotversuch: Es sollten Asylbewerber aus mehreren großen Unterkünften Oberbayerns zusammen ausgeflogen werden, statt sie einzeln abzuschieben. Beteiligt waren daher Polizisten – sie müssen die Abschiebungen durchsetzen – aus Rosenheim, Ingolstadt, Waldkraiburg und auch aus Fürstenfeldbruck. Dem Vernehmen nach hatte die Regierung von Oberbayern 40 „handsame" Flüchtlinge benannt, die im Rahmen dieses Pilotversuch in ihren Unterkünften abgeholt werden sollten. Angesichts der Erkenntnis, dass viele Abschiebungen teils in letzter Sekunde scheitern, hoffte man, de facto 25 Flüchtlinge wirklich in die Maschine zu bekommen. Am Ende waren es nur die vom Ministerium genannten zwölf, während es am Flugplatz in München in jener Nacht vor Polizisten aus ganz Oberbayern nur so gewimmelt haben muss (Der komplette Artikel kann bei www.merkur.de nachgelesen werden).

Nach Regeln der Scharia: Erste Bank in Deutschland bietet Konto extra für Muslime an

Der Islam erlaubt bei Geldgeschäften keine Zinsen. Investitionen in Tabak-, Alkohol- oder Rüstungsbranche sind tabu. Auch für Muslime in Deutschland gibt es nun schariakonformes Banking. Die Bankgeschäfte sind glänzend angelaufen am Fuße der neuen Ditib-Zentralmoschee in Köln. Streng nach den Regeln des Islam, kontrolliert von einem Scharia-Ethikrat. Wenige Wochen nach dem Start der KT Bank AG in der Domstadt haben dort schon mehr als tausend überwiegend muslimische Kunden ihr Geld angelegt. (Der komplette Artikel über eine in Deutschland nicht stattfindende Islamisierung kann bei FOCUS.de nachgelesen werden).

Erfolgreiche Zusammenarbeit von Türken mit „Schutzsuchenden"

Drei türkischstämmige Österreicher (21 bis 32 Jahre) holten Crystal Meth vor allem aus Tschechien nach Linz und gaben es an zehn 15- bis 32-jährige Asylwerber – Afghanen und Syrer – weiter. Die versorgten im Bereich Volksgarten und Goethestraße 70 Abnehmer – darunter ein 13-jähriges Mädchen und mehrere Minderjährige. 400.000 € setzte die Bande mit vier Kilo Crystal Meth und eineinhalb Kilo Cannabis um, ehe nun die Handschellen klickten. Im Kampf gegen Konkurrenten stachen vor allem die Afghanen zu – neun Angriffe mit Messern konnten geklärt werden. Auch jene beiden Asylwerber, die in der Dinghoferstraße – wie berichtet – eine Frau vergewaltigt hatten, waren Teil der Bande (Artikel übernommen von www.krone.at).

Schweiz: Basler Imam warnt vor Begegnungen mit Schwimmerinnen in Bikinis

Nach der ersten Gay-Pride-Parade in Pristina habe er in einer Videopredigt Homosexualität als «Krebsgeschwür gegen die Moral» und als «Krankheit» bezeichnet, Schwule als Verbrecher. Elezi habe sich darauf gegen den Vorwurf gewehrt, er würde zu Selbstjustiz aufrufen. Ausserdem sei Verbrecher als Synonym für Sünder zu verstehen. Im Sommer rät er Muslimen, zu Hause zu bleiben. Denn wenn es die Bewohner in Bars am Basler Rheinufer ziehe, könnte man zu leicht halb nackten Frauen begegnen, was eine teuflische Versuchung sei. Ausserhalb der heilen Welt der Moschee sei im Allgemeinen «unmoralischer Sumpf». Doch auch mit anderen Ansichten dürfte der 27-Jährige anecken. Gemäss dem «Tages-Anzeiger» fordert Elezi, dass Christen keine frohe Weihnacht gewünscht werden sollte. «Das ist grosse Blasphemie, denn Gott hatte keinen Sohn, Gott wurde nicht gezeugt und hat nicht gezeugt.» Auf Telegram, einem bei Salafisten beliebten sozialen Netzwerk, erwähnt er, dass Allah die Juden als hartherzig beschrieben habe. Wenn sich Regelungen der Demokratie nicht mit dem Islam vertragen, dann müsse diese Lücke von einem muslimischen Gelehrtenrat gefüllt werden (Auszug aus einem Artikel der Basler Zeitung).

„Schutzsuchende" sind als „Rauschgifthandel-Fachkräfte" erfolgreich

Waiblingen/Schwaikheim: Das Amtsgericht Stuttgart erließ gegen Rauschgiftdealer Haftbefehle und Beschlüsse zur Durchsuchung von Wohnungen in Asylbewerberwohnheime. Betroffen von diesen Maßnahmen war ein Wohnheim in Neustadt sowie eine Gemeinschaftsunterkunft in der Max-Eyth-Straße in Schwaikheim. Die Ermittlungsbehörden hatten in den zurückliegenden Monaten konkrete Erkenntnisse über gambische Asylbewerbern erlangt, die in Rauschgiftgeschäfte verwickelt waren. Insbesondere bestand auch der Verdacht, dass die Drogen hierzu in den Gemeinschaftsunterkünften gebunkert sind.

Bei der Vollstreckung der Beschlüsse am 9. Januar 2018 wurde die Kripo Waiblingen von Einsatzkräften der Schutzpolizei, insbesondere auch von Beamten des Polizeipräsidiums Einsatz unterstützt. Bei dem Polizeieinsatz wurden drei gambische Asylbewerber im Alter von 24, 26 und 28 Jahren sowie ein syrischer Asylbewerber im Alter von 26 Jahren festgenommen. Insgesamt beschlagnahmten die Beamten bei ihnen über 800 Gramm Haschisch, mehrere Kleinmengen Marihuana, ungefähr 500 Euro Dealergeld und weitere 8 Gramm einer drogenähnlichen Substanz, deren chemische Bestimmung noch andauert. Die vier Festgenommen wurden tags darauf einem Haftrichter vorgeführt, der gegen die Männer Haftbefehle wegen illegalem Handel mit Betäubungsmittel in nicht geringer Menge erließ bzw. in Vollzug setzte. Die Männer befinden sich zwischenzeitlich in verschiedenen Justizvollzugsanstalten. Die Ermittlungen zu den Vorfällen dauern an.

„bunte" und „weltoffene" Massenschlägerei in Siegen

Siegen: Am Mittwochmittag gegen 14 Uhr kam es in der Siegener Innenstadt im Bereich des Siegener Bahnhofvorplatzes / Busbereitstellungsplatzes / „An der Unterführung" zu einer Massenschlägerei mit etwa 20 – 30 beteiligten Personen (= Jugendliche und junge Erwachsene) mit Migrationshintergrund. Bei dem Geschehen wurde ein an dem Geschehen beteiligter 18-jähriger Mann leicht verletzt und anschließend mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus transportiert. Die Polizei war mit insgesamt 10 Streifenwagen vor Ort im Einsatz. Drei tatverdächtige Personen wurden von der Polizei in Gewahrsam genommen und der Wache zugeführt. Im Hinblick auf das Geschehen leitete die Polizei strafrechtliche Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes gegen Polizeibeamte ein. Die Hintergründe der Auseinandersetzung sind derzeit noch unklar. Diesbezüglich hat das Siegener Kriminalkommissariat 4 bereits intensive Ermittlungen aufgenommen.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Uckermark: 14-Jährige über Wochen täglich begrapscht

pi-news.net/2018/01/uckermark-14-jaehrige-ueber-wochen-taeglich-begrapscht/
January 22, 2018

Ein Polizeiwagen vor der Grabowschule in Prenzlau (Landkreis Uckermark).

Prenzlau (Uckermark): Ein großes Polizeiaufgebot hat am Dienstag für Aufregung in Prenzlau gesorgt. Gegen 12.30 Uhr rasten vier Einsatzfahrzeuge die Berliner Straße runter. Die Beamten hielten zunächst an der Grabowschule und stürmten ins Gebäude. Später positionierten sie sich vor dem benachbarten Asylbewerberheim.

Die Pressestelle der Polizeidirektion Ost Frankfurt/Oder informierte auf Nachfrage, dass in der Schule drei aus Syrien stammende Männer im Alter von 18, 20 und 39 Jahren erschienen seien, um sich Fragen rund um den Schulbesuch eines Familienmitglieds beantworten zu lassen.

„Im Laufe des Gespräches mit der Schulleitung wurde der Jüngste der Männer verbal ausfällig und trat drohend auf. Die hinzugezogenen Polizisten konnten das Trio im angrenzenden Asylbewerberheim stellen. Den 18-Jährigen erwartet jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen Bedrohung", bestätigte Sprecher Stefan Möhwald.

Wenig später meldete sich in der Redaktion die Mutter einer 14-Jährigen, die die Grabowschule besucht. Die Frau vermutet, dass das Geschehen mit ihrem Fall zu tun hat. Die Familie des Mädchens hat am Montagabend einen Mitschüler wegen sexueller Nötigung angezeigt. Das Dokument liegt der Redaktion vor.

Der gleichaltrige Syrer soll die Minderjährige seit Wochen belästigt haben. Dafür wurden bei der Polizei Zeugen benannt. „Bei jeder Gelegenheit hat er sie betatscht, Po und Brüste berührt", gab die Mutter zu Protokoll. Am Dienstagmorgen gab es ein Gespräch in der Schule. Weil die Unterredung nach Ansicht der Mutter nichts gebracht hat, wird sie ihre Tochter ab sofort zu Hause behalten.

Ob beide Vorfälle im Zusammenhang stehen, wollte die Polizei mit Verweis auf Persönlichkeitsrechte nicht kommentieren. Auch die Schule äußerte sich auf Nachfrage des Uckermark Kurier zunächst nicht. *(Artikel übernommen vom nordkurier.de)*

Aktualisierung: Inzwischen hat sich die Schulleitung geäußert. Dies war nicht der erste Konflikt an der Schule.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017/2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".

Limburg: Am frühen Freitagabend wurde eine 22-jährige Frau in einem Schnellrestaurant am Bahnhofsplatz in Limburg von einem bisher unbekannten Mann geschlagen. Die 22-Jährige saß zusammen mit einer Bekannten an einem Tisch des Restaurants, als der Mann von einem nahen Tisch aus Blickkontakt zu ihr aufnahm. Da sie versuchte, den Mann zu ignorieren, soll dieser schließlich vor das Restaurant gegangen sein und dort in Höhe der beiden Frauen an der Scheibe des Restaurants geklopft und sich im Intimbereich berührt haben. Nachdem die 22-Jährige ihm durch eine beleidigende Geste zu verstehen gab, dass er sie in Ruhe lassen soll, sei der Mann erneut in das Restaurant gekommen und habe die Frau ins Gesicht geschlagen. Laut den Angaben der Geschädigten soll der Angreifer ein südländisches Aussehen gehabt haben. Zudem sei der komplett dunkel gekleidete Mann dünn und groß gewesen und habe einen Bart sowie dunkle Haare gehabt.

Wittenberge/Neuruppin/Berlin: Nachdem sich ein 29-Jähriger am Samstag in einem Zug vor einer 19-Jährigen selbst befriedigte, erging heute durch die zuständige Richterin ein Hauptverhandlungshaftbefehl.Der 29-jährige Libanese hatte sich am Samstag in einem Zug der Linie RE 2 (zwischen Ludwigslust und Bad Wilsnack) gegen 12:30 Uhr auf der gegenüberliegenden Sitzbank einer 19-jährigen Deutschen gesetzt. Er fing unverzüglich damit an, zu masturbieren, dem jungen Opfer zuzuzwinkern und obszöne Geräusche von sich zu geben. Die 19-Jährige schrie sofort um Hilfe, machte lautstark auf die Situation aufmerksam und suchte den Zugbegleiter auf. Der Mann verließ den Zug dann in Wittenberge. Die Geschädigte fuhr bis zum Berliner Hauptbahnhof weiter und erstattete dort Anzeige gegen den Mann. Sie war sichtlich überrascht, als der 29-Jährige in Begleitung einer Bundespolizeistreife im Revier auftauchte. Der 29-jährige Libanese hatte einen EC-Zug von Wittenberge nach Berlin genutzt und war dort ohne Ticket aufgefallen. Eine an Board befindliche Streife der Bundespolizei brachte ihn deshalb eigentlich zur Identifizierung und zur Anzeigenaufnahme wegen Erschleichen von Leistungen ins Revier. Das 19-jährige Opfer erkannte ihn sofort wieder, sodass gegen ihn ein Strafverfahren wegen exhibitionistische Handlungen eingeleitet werden konnte. Nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft in Neuruppin wurde Untersuchungshaft beantragt und es erfolgte heute eine Haftvorführung im Amtsgericht Neuruppin. Hier wird ein beschleunigtes Verfahren gegen ihn angestrebt, so dass er bis zur Hauptverhandlung in Haft bleibt.

Der Mann, der sich bis 2017 in Skandinavien und Dänemark aufhielt, ist unerlaubt in Deutschland.

Hamburg: Nach jetzigem Sachstand der Bundespolizeiinspektion Hamburg belästigte ein junger Mann (m.21) am 14.01.2018 gegen 04.15 Uhr eine Heranwachsende (w.19) sexuell. Der syrische Staatsangehörige soll die junge Frau zunächst verbal belästigt und im weiteren Verlauf an ihr Gesäß sowie an ihren Intimbereich gefasst haben. Ein Begleiter (m.19) der Geschädigten schubste den Beschuldigten daraufhin weg, um weitere sexuelle Übergriffe zu verhindern. Der Beschuldigte drohte dem Helfer daraufhin Schläge an. Eine Präsenzstreife der Bundespolizei wurde auf den „Vorfall" aufmerksam. Der Beschuldigte verweigerte vor Ort jegliche Aussage. Gegen den in Hamburg lebenden Asylbewerber wurde ein entsprechendes Strafverfahren eingeleitet; die Ermittlungen dauern an.

Unterjettingen: Im Bereich der Aussiedlerhöfe Öfele trat ein bislang unbekannter Täter am Samstagmittag einem vorbeifahrenden Autofahrer in exhibitionistischer Weise entgegen. Der Mann stand gegen 14:10 Uhr zunächst zwischen einer Hecke und einem vermutlich zu ihm gehörenden blauen Kleinwagen und wandte sich schließlich der Fahrbahn zu, als der Autofahrer an ihm vorbei fuhr. Dabei nahm er an seinem entblößten Geschlechtsteil unsittliche Handlungen vor. Er wurde als etwa 180-185 cm großer dunkelhäutiger Mann mit schwarzen Haaren beschrieben.

Augsburg: Am 10.01.2018 zwischen 11.00 Uhr und 14.00 Uhr befand sich ein bislang Unbekannter in der Bibliothek der Hochschule. Während er auf einer Bank saß und in sein Tablet sah, befriedigte er sich selbst. Eine junge Frau beobachtete das Geschehen. Anschließend flüchtete der Mann. Zu dem dunkelhäutigen Täter ist nichts weiter bekannt, aber auch die junge Frau wird als Zeugin gesucht.

Kassel: Ein alkoholisierter junger Mann versuchte am gestrigen Donnerstagabend unterhalb des Königsplatzes eine 29-Jährige, die mit ihrem Kind und einer Bekannten unterwegs war, unsittlich zu begrapschen. Weil sich das Opfer geistesgegenwärtig wegdrehte, gelang es dem Mann nicht, ihr an die Brust zu greifen. Er flüchtete anschließen. Eine zu dieser Zeit in der Nähe befindliche Fußstreife des Ordnungsamtes nahm sofort die Verfolgung auf, ergriff ihn und übergaben den alkoholisierten Mann einer zwischenzeitlich verständigten Streife des Innenstadtreviers, die den in einer Flüchtlingseinrichtung im Landkreis Kassel wohnenden 20-Jährigen zur Ausnüchterung über Nacht ins Polizeigewahrsam brachten. Wie die eingesetzten Beamten des Polizeireviers Mitte berichten, ereignete sich die sexuell motivierte Tat gegen 19.40 Uhr. Die aus Kassel stammende 29-Jährige war mit ihrem Sohn und ihrer Begleitung vom Königsplatz in Richtung Entenanger unterwegs. In der Straße „An der Garnisonkirche" kam ihr der junge Mann entgegen. Kurz vor ihr griff er ihr in Richtung Brust, woraufhin sich das Opfer mit schnellem Reflex wegdrehte. Der Mann traf die Schulter und trat schnellen Schrittes die Flucht über den Königsplatz an. Zwei 50 und 53 Jahre alte Ordnungspolizeibeamte der Stadt Kassel, die auf den Vorfall aufmerksam wurden, nahmen sofort die Verfolgung auf und stellten den Tatverdächtigen in einem Einkaufszentrum am Königsplatz. Die ebenfalls dorthin eilende Funkstreife des Reviers Mitte übernahm anschließend den aus Afghanistan stammenden 20-Jährigen und brachte ihn zunächst aufs

Innenstadtrevier. Ein Atemalkoholtest schlug mit 2,2 Promille an. Eine Ausnüchterung zur Verhinderung weiterer Straftaten war erforderlich.
Essen: Gegen 20 Uhr war die Studentin am Abend des 11. Januar vom Steeler Bahnhof zur Meistersingerstraße unterwegs. Als sie das dortige Wohnheim über den rückwärtigen Eingang betreten wollte, kam ein Mann auf sie zu, der sich zuvor scheinbar neben der dortigen Treppe versteckt hatte. Die Worte des Unbekannten konnte die Angesprochene nicht verstehen. Als sie nicht weiter auf ihn reagierte, zog dieser seine Hose herunter, zeigte sein Genital und begann zu masturbieren. Die junge Frau lief ins Gebäude. Wenig später verschwand auch der bislang nicht identifizierte Täter. Der zuständige Ermittler des Kriminalkommissariats 12 bittet etwaige Zeugen der Tat, sich unter der Telefonnummer 0201/829-0 zu melden. Der Gesuchte wird als 22-30 Jahre alt und etwa 1,7 Meter groß beschrieben. Er ist vermutlich südländischer Abstammung, hat schwarze Haare, keinen Bart und war dunkel gekleidet.
Lingenfeld: Ein 15-jähriges Mädchen wurde am 11.1. gegen 15:40 Uhr, auf dem Weg zum Bahnhof in Lingenfeld, in Höhe der Fußgängerbrücke Kolpingstraße, von einem ihr unbekannten Mann in englischer Sprache angesprochen. Er fragte, ob sie rauchen würde, was sie verneinte. Das Mädchen ging weiter in Richtung Bahnhof, als ihr der unbekannte Mann etwas hinterher rief. Als sie sich umdrehte sah sie, dass er an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Das Mädchen ging daraufhin in Richtung Bahnhof weiter, ohne dass der Mann ihr folgte. Der Täter kann folgendermaßen beschrieben werden: Ca.30-40 Jahre alt, ungefähr 175-180 cm groß und schlank, vermutlich ausländischer Herkunft. Er hatte dunkle kurze gelockte, vermutlich schwarze Haare.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Düsseldorf: Die Polizei sucht Zeugen eines Geschehens, dass sich in der Nacht von Samstag auf Sonntag ereignet hat. Eine 17-Jährige wurde in der Altstadt zunächst bedrängt und in der Folge auch bestohlen. Nach den vorläufigen Ermittlungen der Polizei war eine 17-Jährige zusammen mit ihrer 14-jährigen Freundin am Sonntag, um 1.19 Uhr, in der Altstadt unterwegs. Nach ersten Angaben der 17-Jährigen habe sie sich zusammen mit ihrer Freundin auf der Bolkerstraße/Neustraße aufgehalten und auf dem Boden gesessen. Hier sei sie dann von einigen Männern (die Anzahl konnte nicht angegeben werden) umringt worden. Als ihr einer an das Gesäß fasste, habe sie sich gewehrt und diesen getreten. Sie sei daraufhin zu Boden geschubst worden. Passanten kamen ihr im weiteren Verlauf zu Hilfe. Bei dem Sturz habe sie ihre Tasche verloren, die einer der Männer stahl und flüchtete. Die Täter haben dunkle Haare und waren zur Tatzeit dunkel gekleidet.
Haunstetten: Ein bislang Unbekannter trieb am 11. Januar auf dem Parkplatz eines Supermarktes in der Haunstetter Straße sein Unwesen. Gegen 16.45 Uhr stellte er sich vor ein Auto, in dem zwei Frauen saßen und zeigte sein Glied vor. Trotz der sofort

eingeleiteten Fahndung konnte der Täter flüchten. Täterbeschreibung: ca. 25-jähriger Mann, 175 cm groß, dunkle Haare, trug schwarz/ weiße Nike Sneaker.
Weingarten: Als Exhibitionist ist ein unbekannter Mann am Mittwochnachmittag gegenüber zwei neunjährigen Mädchen beim Schwanenweiher aufgetreten. Der Unbekannte war den beiden Kindern gegen 15.00 Uhr gefolgt und hatte sich dabei entblößt. Die Mädchen berichteten allerdings erst am nächsten Tag über den Vorfall. Laut deren Beschreibung soll der Mann 50 bis 55 Jahre alt sein und eine dunkle Jacke, Jeans sowie vermutlich eine dunkle Strickmütze getragen haben. Personen, denen der Täter zur fraglichen Zeit beim Schwanenweiher aufgefallen ist oder die Hinweise zu seiner Identität geben können, werden gebeten, sich beim Polizeirevier Weingarten, Tel. 0751-903-6666, zu melden.
Überlingen: Am Mittwoch gegen 21.15 Uhr trat im Burgbergring Höhe Primelweg ein Exhibitionist auf. Eine Jugendliche erkannte die Situation, rannte nach Hause und rief die Polizei. Der Mann, der unerkannt flüchten konnte, ist etwa 170 Zentimeter groß, zwischen 20 und 30 Jahre alt und hat schwarze lange zu einem Zopf gebundene Haare. Er trug dunkle Kleidung und einen Kapuzenpulli. Zeugen, die sachdienliche Hinweise zu dem Unbekannten geben können, werden gebeten, sich beim Polizeirevier Überlingen, Tel. 07551/804-0, zu melden.
Augsburg: Eine 24-jährige Frau teilte am Samstag (06.01.2018) kurz vor 16.00 Uhr über Notruf mit, dass sie beim Spazierengehen am Lechufer (auf Lechhauser Seite) am gegenüberliegenden Ufer (im Bereich der Berliner Allee) einen Mann mit geöffneter Hose gesehen habe. Dieser stand direkt am Lechufer neben einem großen Baum, han(d)tierte an seinem Geschlechtsteil und suchte offenbar Blickkontakt mit den dort vorbeilaufenden Spaziergängern. Eine sofort eingeleitete Fahndung mit mehreren Streifen nach dem Sexualtäter verlief im Anschluss allerdings ergebnislos. Die Geschädigte konnte den Mann wie folgt beschreiben: Ca. 30 Jahre alt, ca. 175 cm groß und schlank, bekleidet im „Military-Look" mit dunkler/brauner Hose, brauner Jacke, dunkler Wollmütze.

Vorbestrafter Syrer kapert Bus und verletzt Autofahrerin Halle: Messer-Syrer entführt Linienbus – Fahrer gefeuert

---

pi-news.net/2018/01/halle-messer-syrer-entfuehrt-linienbus-fahrer-gefeuert/

January 23, 2018
Kaniwar O. bei der Verhandlung am Montag bei -4 Grad. Die Busentführung in Halle vollzog er in adäquatem Outfit.
Von MAX THOMA | Messer-Syrer Kaniwar O. war im Disco-Fever. Im Juli 2017 kam der vorbestrafte Gast des Steuerzahlers spontan auf die Idee, in Halle in einer „Spielothek" tanzen gehen zu wollen. Weil er kein Taxi bezahlen wollte, brauchte er eine andere Beförderungsgelegenheit. Weil allerdings angesichts seines „Outfits" kein Auto anhielt, schleuderte Kaniwar O. zunächst einem Pkw eine Schnapsflasche entgegen – die Beifahrerin wurde dabei erheblich am Kopf verletzt. Diese Woche startete der Prozess gegen ihn.

„Nach Las Vegas!"

Als nächstes stellte sich der Merkel-Zombie einem HAVAG-Linienbus der Linie 22im Blumenauweg in den Weg und brachte ihn armwedelnd zum Halten. Der Busfahrer ging von einer Notsituation aus und ließ ihn zusteigen. Was der Fahrer da noch nicht wusste: er hatte gerade seinem Entführer die Tür geöffnet. Zum Entsetzen der Passagiere stieg Kaniwar O. ein, zückte ein Messer und bedrohte den Busfahrer. Sodann schrie der 34-jährige Bus-Hijacker, dass er „nach Las Vegas wolle". Busfahrer Ralf Sattler teilte dem rabiaten Fahrgast mit, dass der Weg dorthin „zu weit" sei. Kaniwar schrie dann den Fahrer des gekaperten Bus an und drohte, ihn zu schlagen. Wieder und wieder brüllte der Entführer ihm entgegen, er solle losfahren – nach Las Vegas. Der 47-Jährige fuhr ängstlich los, der Entführer stand die ganze Zeit neben ihm. Der Kidnapper meinte nicht die Glücksritter-Metropole im sonnigen Nevada, sondern die gleichnamige Vergnügungsstätte in Halle-Neustadt. Die Spielhölle in Halle steht seit längerem im Verdacht, ein islamisch betriebener Drogenumschlagplatzes zu sein – immer wieder kam es dort in letzter Zeit zu SEK- und sonstigen Polizeieinsätzen.

Höllenfahrt durch Halle

„Er stand die ganze Zeit neben mir, hat auf die Straße geguckt und immer wieder gesagt, ich soll schneller fahren." Bei einer Sicherheitsbelehrung habe Ralf Sattler gelernt, dass man in solchen Situationen nicht den Helden spielen solle. Mit dem Linienbus raste er über rote Ampeln. „Es war pures Glück, dass uns keine Straßenbahn erwischt hat". Der Syrer schlug wütend auf das Armaturenbrett, wenn der Bus bremsen musste. Sattler hatte zu Beginn der Horror-Fahrt den Notknopf gedrückt, doch dieser versagte.

Wegen Raub vorbestraft – dafür seit 10 Jahren in Deutschland!

Der 34-Jährige stieg am Drogenzentrum „Las Vegas" aus. Später wurde bekannt, dass er in der Spielothek einen Gast mit einem Messer bedrohte und eine Scheibe einschlug. Alarmierte Beamte nahmen den Mann im Umfeld der so genannten „Disko" fest. Weil sich der 34-Jährige gegen die Beamten massiv zur Wehr setzte, setzten diese Pfefferspray ein, um ihn unter Kontrolle zu bringen. Der Tanzsyrer wurde schließlich einstweilen in die Psychiatrie gebracht.
Laut einem Polizeisprecher ist der 34-Jährige, der seit mehr als zehn Jahren in Deutschland lebt, wegen schweren Raubes und anderer Delikte bereits polizeibekannt und vorbestraft.

Juristisches Nachspiel – aber für den Busfahrer

Der besonnene 47-jährige Fahrer hatte die Fahrgäste nach dem Zwischenfall und dem mehrere Kilometer umfassenden Umweg über Neustadt noch an ihr Ziel gebracht und ist nach dem irren „Zwischenfall" von einem Kollegen abgelöst worden. Er erlitt ein Trauma.

Busfahrer Ralf Sattler wurde verständlicherweise krankgeschrieben – aber überraschend zwei Wochen nach der Entführung vom Omnibusbetreiber Saalekreis (OBS) entlassen. Der OBS behauptete, dass dies keinen Zusammenhang habe. Doch der couragierte Fahrer denkt, das hängt mit dem ganzen – nun in die Öffentlichkeit gelangten – Fall zusammen. Und, dass er das Thema „Notknopf" öffentlich thematisiert hatte. Diesen hatte er während der Horror-Fahrt gedrückt, in der Hoffnung, die Leitzentrale höre mit und käme ihm zu Hilfe – vergebens.

Busfahrer wurde mit Kidnapper allein gelassen – und dann gefeuert

„In der Firma sagten sie uns, dass sie dann über das Mikrofon im Bus mithören können", so Sattler. Deshalb habe er auch während der Entführung immer wieder die Straßen erwähnt, in die er einbog. Zudem leuchtete eine Meldung auf dem Display auf, weil er seine Route verlassen hatte. Wieder und wieder hat er trotz der überwältigenden Angst versucht, sich bemerkbar zu machen, Hilfe zu bekommen. „Ich habe eigentlich auf der Strecke immer Ausschau gehalten, ob denn endlich die Polizei anrückt", erklärt er nun. Er sei überzeugt gewesen, dass die Kollegen in der Leitstelle mithören konnten und sei allein deshalb nicht in Panik verfallen.

Auf die Frage nach dem defekten Sicherheitsknopf, verweist OBS auf die Havag, die Auftraggeber des OBS ist. Es sei die Aufgabe des städtischen Unternehmens, für Sicherheitstechnik zu sorgen. Schließlich würden die OBS-Busse, die für die Havag eingesetzt werden, auch bei dem städtischen Unternehmen mit den notwendigen technischen Anlagen ausgestattet. „Wir haben in der Leitstelle eine digitale Karte der Stadt auf der wir sehen können, wo der Bus gerade ist." Die Kollegen der Leitstelle informieren sofort die Polizei und rücken mit dem eigenen Blaulichtfahrzeug selbst mit aus. Rein theoretisch zumindest – im Fall des Syrers versagte diese kostspielige Technologie komplett – Insch'Allah. Die Leitstelle der Havag habe die Entführung zwar mitbekommen, teilte ein Sprecher mit, aber sich nichts dabei gedacht.

Im Prozess gegen Kaniwar O. wird der nun arbeitslose Ralf Sattler zumindest als Zeuge aussagen.

Die Anklage der Staatsanwaltschaft Halle lautet „Körperverletzung, gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, Bedrohung, Nötigung, Freiheitsberaubung, Sachbeschädigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte". Kaniwar räumte die Entführung am Montag ein, allerdings behauptete der tanzwütige Merkel-Zombie, sich an sonst nichts erinnern zu können, da er „unter Drogeneinfluss" stand – so zumindest „sein Anwalt". PI-NEWS berichtet weiter.

Die politisch korrekte Version:

Hier die Version komplett ohne Informationen, dafür politisch korrekt – aus dem roten Weser-Kurier: **„Mann gesteht Bus-Entführung für Fahrt zur Disco"**

Nebenkriegsschauplatz Deutschland Hannover: Massenschlägerei Türken gegen Kurden – 200 Beteiligte!

pi-news.net/2018/01/flughafen-hannover-massenschlaegerei-tuerken-gegen-kurden-200-beteiligte/
January 22, 2018

Von JOHANNES DANIELS | Deutsche Flughäfen sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren. Konnte man früher in der Lounge in aller Ruhe einen „Bloody Mary" genießen, so bekommt man heute dafür eine blutige Nase – im Terminal B des internationalen Flughafens Hannover-Langenhagen zumindest.

„Operation Olivenzweig" – Nord

Dort gerieten am Montagnachmittag seit 16:30 Uhr knapp 200 Türken und Kurden mit schlagfertigen Argumenten aneinander. Sowohl Landes- als auch Bundespolizei sind derzeit am Terminal und konnten zunächst eine weitere Eskalation unterbinden. Ein Großaufgebot der Polizei ist im Zeichen des multivariaten Kültüraustausches derzeit am Flughafen im Einsatz.

Ersten Informationen zufolge hatten „niedersächsische Kurden spontan" gegen das militärische Vorgehen der Türkei gegen Kurden demonstriert. Türkischstämmige Fluggäste von Turkish Airlines haben daraufhin die Demonstranten attackiert. Die Polizei musste Pfefferspray einsetzen, um beide Seiten voneinander zu trennen. Die türkischen Gäste skandierten dazu „Erdogan"-Rufe.

Am Klagesmarkt in Hannover findet seit 16 Uhr ebenfalls eine „spontane" Kundgebung gegen den Einmarsch der Türken in kurdische Gebiete statt. Nach Polizeiangaben ist eine größere Gruppe von mehr oder weniger friedlichen Kurden vom Flughafen auf dem Weg zum Klagesmarkt.

„Operation Olivenzweig" – Süd

Nach dem Beginn der türkischen Bodenoffensive in Nordsyrien haben die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) einen Gegenangriff gestartet. Die Kämpfer sind an mehreren Fronten im Nordwesten und Osten der kurdisch kontrollierten Enklave Afrin vorgerückt. Nach heftigen Kämpfen kann die Kurdenmiliz YPG Beobachtern zufolge einige verlorene Posten zurückerobern. Die türkische Armee zerstörte indes zwei gegnerische Raketenstellungen. Gekämpft wird nun an mehreren Fronten – auch in Hannover-Langenhagen!

Südtürkei / Nordsyrien: Deutschland vs. USA

Ein Rüstungsexperte der Bundeswehr bestätigte, dass die Türkei bei der Offensive auch Panzer vom Typ Leopard 2 A 4 aus deutscher Produktion einsetze. Hoffentlich sind diese Leos in besserem Zustand als Flinten-Uschis schlecht gewarteter bunter Schrotthaufen. Entsprechende Fotos wurden unter anderem von der staatlichen türkischen Nachrichtenagentur Anadolu verbreitet. Die kurdische YPG wird dagegen von den USA militärisch unterstützt. Es bahnt sich im Orient eine veritable Material-Schlacht „Deutschland vs. USA – Merkel vs. Trump" – an. Ein Treppenwitz der lausigen deutschen Außenpolitik.

https://www.youtube.com/watch?time_continue=235&v=MOd790CBuRE

Syrisches „Joint"-Venture am Friedensplatz - 15-jährige ins Gebüsch gezerrt Heilbronn: Raub, Vergewaltigung – Täter schon wieder frei

pi-news.net/2018/01/heilbronn-raub-vergewaltigung-taeter-schon-wieder-frei/
January 24, 2018
Von JOHANNES DANIELS | Gemäß der Staatsministerin für Migration und Integration, Aydan Özugus, SPD, müsse das Zusammenleben der Kulturen in diesem Land „täglich neu ausgehandelt werden".
In Heilbronn raubten zwei „jugendliche Täter" ein junges Paar aus, dann versuchte einer von ihnen, das 15-jährige Mädchen zu vergewaltigen. Die Täter wurden festgenommen – doch einer von ihnen ist bereits wieder auf freiem Fuß.
Wie die Polizei und Staatsanwaltschaft Heilbronn gestern, vier Wochen nach der Tat mitteilte, kam es bereits Ende Dezember mitten im Heilbronner Zentrum zwischen der „Harmonie und dem Friedensplatz" zu einem Raubdelikt und einer fast vollendeten Vergewaltigung an der 15-Jährigen.
Nach den bisherigen Ermittlungen bedrohten und schlugen zwei 16 und 18 Jahre alte Syrer einen 13 Jahre alten Jungen, der sich mit seiner 15 Jahre alten Freundin vor dem Treppenhaus des Konzert- und Kongresszentrums „Harmonie" aufhielt. Die „Schutzbedürftigen" hielten den Jungen dann fest, durchsuchten ihn nach

Wertgegenständen und raubten ihm Bargeld, Tabak, sein Mobiltelefon und eine „geringe Menge Marihuana".

Syrisches Joint-Venture am „Friedensplatz"

In submissiver Manier folgte das überfallene deutsche Kinder-Paar dann den „Geflüchteten" sklavisch zum Friedensplatz, wohl in der irrigen Aussicht, dort mit den neuen Bundesbürgern, die sie zuvor ausraubten, einen integrativen Versöhnungs-Joint zu rauchen. Dort angekommen nahmen der 16-jährige Syrer und das Mädchen auf einer Parkbank Platz, während sich die beiden anderen entfernten und der 18-jährige den 13-jährigen Freund des Mädchens clever „vom weiteren Geschehen" ablenkte. Doch statt einer kleinen „Friedenspfeife am Friedensplatz" platzte dem anderen Syrer die Pfeife aus der Hose …

Der 16-jährige soll das Mädchen sodann unvermittelt in ein nahe liegendes Gebüsch gezerrt und ihr die Unterhose heruntergerissen haben. Nur durch die heftige Gegenwehr des Mädchens und laute Hilfeschreie konnte das Opfer des Kulturaustausches verhindern, dass es zum vollendeten Geschlechtsverkehr kam. Beide „Tatverdächten" wurden zwar im Rahmen der Folgeermittlungen festgenommen.

Körperverletzung, Raub – 18-jähriger Syrer auf freiem Fuß!

Nachdem die Merkel-Gäste zunächst in Justizvollzugsanstalten eingeliefert worden waren, wurde der Ältere der beiden syrischen Raubtäter kurz darauf wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Staatsanwaltschaft hatte dagegen Beschwerde eingelegt, über die nun das Landgericht entscheiden muss.

Auch die WeLT berichtet heute über den „Einzelfall". Da jedoch weitere Informationen die ahnungslosen WeLT-Leser beunruhigen könnten, entschied sich die investigative WeLT-Redaktion, die Nationalitäten und Berufsbezeichnungen der Täter (Syrer, nichtsnutzige MUFL) diskret aus dem übernommenen Polizeibericht zu entfernen. In Heilbronn weiß aber jeder länger dort lebende Einwohner mittlerweile, wie der Hase läuft – Vergewaltigungen durch Zuwanderer sind dort mittlerweile an der Tagesordnung – um nur einige zu nennen:

Heilbronn – Syrer vergewaltigt Flüchtlingshelferin

Ein „Von-der-Flucht-Traumatisierter" besuchte eine ehrenamtliche Asylbewerber-Betreuerin zuhause in Künzelsau. Laut Anklage hatte er die Frau in der Tatnacht umklammert – die Gutmensch*In habe ablehnend „nein" gerufen, daraufhin kam es zu einem „Handgemenge", in dessen Verlauf der Angeklagte die Frau auf dem Boden festhielt und vergewaltigte. Möglicherweise ein sprachliches Missverständnis, da der Syrer noch nicht so gut Deutsch konnte.

Mit seinem verhältnismäßig milden Urteil blieb die Heilbronner Strafkammer dann auch unter der Forderung der Staatsanwaltschaft, die fünf Jahre Haft beantragte: Vor allem „sein hartes Leben im Kriegsgebiet Syrien, die Flucht über die Balkanroute und seine großen Bemühungen, sich zu integrieren", wertete das Gericht zu seinen Gunsten. Zudem entschuldigte sich der Syrer durch „seinen" Anwalt und den Dolmetscher für die Tat.

Heilbronn – Vergewaltigung beim Rathaus durch Messer-Iraker

„Das ist ein brutaler Fall“, kommentierte ein erfahrener Kommissar das Verbrechen an einer 55-Jährigen. Die Frau war in der Heilbronner Innenstadt unterwegs, als ihr ein 33-jähriger Iraker den Weg versperrte. Unweit des Rathauses hatte er sie zu Boden gebracht und vergewaltigt, dabei bedrohte er sie ständig mit einem Messer. Das Opfer habe mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden müssen. Der Täter ist dann mit der Handtasche der Frau geflüchtet. Dabei handelte es sich um jenen Mann, der eine Viertelstunde zuvor eine 30-jährige Frau auf dem Weg zum Hauptbahnhof angegriffen hatte. Er hatte ihr ein Messer an den Hals gehalten und die Herausgabe der Handtasche verlangt. Wegen der heftigen Gegenwehr flüchtete der Täter ohne Beute. Die Frau zog sich leichte Verletzungen zu. Bei einer Fahndung entdeckten Polizisten den Iraker in einer Seitenstraße.

Heilbronn – Zuwanderer vergewaltigen Oma im Rollstuhl

Über eine offenstehende Balkontür (wie sehr oft in letzter Zeit) gelangten zwei „schutzsuchende“ Merkel-Gäste im August 2017 in Heilbronn-Lauffen in das Wohnhaus einer gehbehinderten Seniorin in der Goethestraße. Dort vergewaltigten sie die betagte Frau auf brutale Weise und ließen sie schwer verletzt zurück.

Am nächsten Tag wurde die Seniorin von einer Pflegebediensteten aufgefunden und mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus eingeliefert, wo sie intensivmedizinisch versorgt werden musste. Die Frau ist bis heute im Koma-ähnlichen Zustand. Beide Vergewaltiger sprachen „gebrochenes Deutsch“.

Dies nur vier exemplarische Einzelfälle. Zu allen Fällen wurde in der Mainstreampresse so gut wie nichts berichtet, und wenn, dann wie im Beispiel der WeLT mit unterschlagenen Angaben aus den Polizeiberichten, wie heute üblich.

Angela Merkel vergewaltigt mit. Die Bevölkerung im Wahlkreis Heilbronn hatte bei der Bundestagswahl zu 16,4 Prozent AfD gewählt – in manchen Bezirken sogar **über 30 Prozent**!

Auch „Käthchen von Heilbronn“ würde heute AfD wählen.

Die Stadt der täglichen Einzelfälle™ Köln: Wochenende der Gewalt

pi-news.net/2018/01/koeln-wochenende-der-gewalt/

January 24, 2018

Polizeiabsperrbänder „zieren“ immer öfter Kölns Straßen, dort wo die von OB Henriette Reker empfohlene „Armlänge Abstand“ nicht ausreichte.

Von MARKUS WIENER | Köln 2018 im dritten Jahr nach Merkels großer Grenzöffnung: Gleich mehrere brutale Überfälle ereigneten sich allein in den letzten Tagen auf Kölns

Straßen. Egal ob des Nachts oder bereits am frühen Abend, links- oder rechtsrheinisch – die Gewalt nimmt ständig zu und kann inzwischen jeden treffen. Den wartenden Passanten an der Haltestelle des Kinderkrankenhauses in Niehl, der unvermittelt von einer Gruppe Unbekannter mit „dunkler Hautfarbe" zusammengetreten und ins Gleisbett gestoßen wird, genauso wie den Nachtschwärmer in Kalk, der nach Verlassen der U-Bahn von „mutmaßlichen Nordafrikanern" mit Bierflaschen, Fausthieben und Fußtritten beinahe totgeschlagen wird.

Hier das polizeiliche Protokoll des Schreckens von nur drei Tagen:

Samstag, 20. Januar:

Infolge eines brutalen Angriffs auf einen Kölner (40) in der Nacht auf Samstag im Ortsteil Kalk fahndet die Kriminalpolizei Kölnnach mindestens drei unbekannten Schlägern. Den als „Nordafrikanern" Beschriebenen wird zur Last gelegt, an der Kalker Hauptstraße Höhe U-Bahn-Haltestelle „Kalk Kapelle" dem 40-Jährigen schwere Verletzungen zugefügt zu haben. In einer Klinik musste der Geschädigte infolgedessen intensivmedizinisch behandelt werden.

Gegen 2.45 Uhr hatte ein Passant (39) das Überfallopfer benommen und aus mehreren Verletzungen blutend auf einer Sitzbank vor dem Bezirksrathaus angetroffen. Daraufhin hatte der Helfer den Kölner zu einem nahegelegenen Krankenhaus gebracht.

Dort machte der 40-Jährige später gegenüber Kriminalbeamten folgende Angaben: Er habe zuvor die U-Bahn-Haltestelle verlassen, um nach Hause zu gehen: „Bereits auf der Treppe habe ich von oben lautes Geschrei wahrgenommen." Auf dem Gehweg habe ihm dann nach wenigen Metern ein Unbekannter unvermittelt eine Bierflasche gegen den Kopf geschlagen. Er sei zu Boden gegangen und fortgesetzt von mindestens drei Angreifern geschlagen und getreten worden. „Irgendwann haben die von selbst aufgehört und sind in unbekannte Richtung geflüchtet", so der 40-Jährige weiter.

„Der vermutlich nordafrikanische Schläger mit der Flasche ist circa 25-28 Jahre alt. Er trug einen grünen, eventuell alten Bundeswehrparka mit Deutschlandflagge. Außerdem eine schwarze Wollmütze ohne Aufschrift", beschrieb der Verletzte den Angreifer. Bei einem der Komplizen fielen dem Kölner dessen „hochstehende, im unteren Bereich abrasierten Haare" auf. Dieser Mittäter habe ein grün-camouflage-farbenes T-Shirt getragen. Das ermittelnde Kriminalkommissariat 56 bittet Zeugen dringend um Hinweise zu den beschriebenen Tatverdächtigen.

Freitag, 19. Januar:

Im Stadtteil Niehl haben noch unbekannte Täter am Freitagabend einen Kölner (28) niedergeschlagen und beraubt. Mit ihrer Beute flüchteten die Räuber in unbekannte Richtung. Zwischen 18 und 20 Uhr stieg der 28-Jährige an der Stadtbahnendhaltestelle „Niehl" aus und ging in Richtung des Flittarder Weges. Auf einer Polizeiwache gab er später zu Protokoll, dass mehrere Männer ihn von hinten niedergeschlagen hätten. „Ich bin zu Boden gegangen und war kurze Zeit benommen", schilderte der Geschädigte. Aus dem Augenwinkel erkannte er lediglich, dass es sich entweder um zwei oder drei Angreifer handelte. Nachdem er sich wieder

aufgerichtet hatte, bemerkte der Überfallene, dass sein Mobiltelefon entwendet worden war. Die genaue Tatzeit konnte der Anzeigenerstatter gegenüber den Polizisten nicht nennen.
Die Polizei sucht Zeugen, die sich zur Tatzeit im Bereich des Flittarder Weges aufgehalten und verdächtige Feststellungen gemacht haben.
Donnerstag, 18. Januar:
Bereits am Donnerstagabend (18. Januar) haben mehrere unbekannte Männer ebenfalls in Köln-Niehl einen 41-Jährigen angegriffen. Der Mann stürzte auf der Flucht vor seinen Angreifern und erlitt schwere Verletzungen. Gegen 20.25 Uhr hielt sich der 41-Jährige an der Stadtbahnhaltestelle „Kinderkrankenhaus" auf der Amsterdamer Straße auf. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen griff eine Gruppe mehrerer Männer den Wartenden an. Die Tatverdächtigen schlugen und traten auf den 41-Jährigen ein und ließen erst von ihm ab, als sie ihn in das Gleisbett geschubst hatten. Durch den Sturz zog sich der 41-Jährige schwere Verletzungen zu.
Der Schwerverletzte gab an, dass die Angehörigen der sechsköpfigen Gruppe eine dunkle Hautfarbe haben. Auch hier suchen die Ermittler des Kriminalkommissariats 54 Zeugen und fragen:
Wer hat den Vorfall an der KVB-Haltestelle beobachtet und kann Hinweise zu der flüchtigen Personengruppe machen?
Alle Hinweise an die Polizei in den drei beschriebenen Fällen bitte unter Tel-Nr. 0221 229-0 oder per E-Mail auf poststelle.koeln@polizei.nrw.de

---

Markus Wiener.
PI-NEWS-Autor Markus Wiener schreibt bevorzugt zu tagespolitischen und Kölner Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe engagiert sich seit über zehn Jahren für die Bürgerbewegung Pro Köln im Kölner Stadtrat. Darüber und die Kölner Kommunalpolitik im Allgemeinen berichtet der gelernte Journalist auch auf dem Blog koeln-unzensiert.de. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über seine Facebook-Seite erreichbar.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen

Höchst: Dunkelhäutige begrapschen Mutter mit Kinderwagen

pi-news.net/2018/01/gelnhausen-dunkelhaeutige-begrapschen-mutter-mit-kinderwagen/
January 24, 2018
Symbolbild,
Gelnhausen/Höchst: Die Kriminalpolizei sucht Zeugen, die am vergangenen Mittwochmorgen in Höchst auf dem Feldweg in Richtung Haitz unterwegs waren. Gegen 7.40 Uhr wurde eine junge Frau kurz vor der Autobahnunterführung sexuell belästigt; drei Männer kamen von hinten und griffen ihr an die Beine und die Brust. Die 29-Jährige war dort mit einem Kinderwagen unterwegs. Die Angegriffene setzte sich nach eigenen Angaben so heftig zur Wehr, dass zwei Männer zu Boden gingen und sie davon rennen konnte. Die Täter waren 25 bis 30 Jahre alt und zwischen 1,80 und 1,85 Meter groß, schlank und alle schwarz gekleidet. Sie hatten einen dunklen Teint und sprachen in einer ausländischen Sprache. Die Kriminalpolizei bittet um weitere Hinweise unter der Rufnummer 06051 827-0.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017/2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".
Überlingen: Von einem Exhibitionisten belästigt wurde bereits am 10.Januar eine 15-jährige Jugendliche in der Nähe eines Elektronikfachmarktes in der Lippertsreuter Straße. Die Jugendliche begegnete dem Mann gegen 21.30 Uhr auf einem Fußweg zwischen der Lippertsreuter Straße und dem Burgbergring. Der Täter stöhnte laut und hatte sein Geschlechtsteil entblößt. Er verfolgte die 15-Jährige anschließend auf ihrem Nachhauseweg. Beschreibung des Täters: klein bis mittelgroß, schlank, 18 bis 30 Jahre alt, dunklerer Teint.
Wolfenbüttel: Ein bislang unbekannter Mann hatte bereits am Samstag, 06.01.2018, gegen 20:30 Uhr eine 33-jährige Frau, die zu Fuß in Hornburg, Pfarrhofstraße, unterwegs war, in gebrochenem Deutsch angesprochen. Offenbar weil die 33-Jährige nicht reagiert und ihren Weg fortgesetzt hatte, fasste der Unbekannte sie unsittlich von hinten an. Daraufhin hatte die 33-Jährige laut schreiend um Hilfe gerufen, woraufhin der Unbekannte geflüchtet war. Die gute Beschreibung des Unbekannten und intensive Ermittlungen seitens der Polizei ergeben nun konkrete Hinweise auf

einen Mann mittleren Alters, der zur Tatzeit noch in Hornburg aufhältig war und zwischenzeitlich in einen anderen Landkreis verzogen ist. Die Ermittlungen dauern an.
Essen: Montagnachmittag (15. Januar) gegen 15.45 Uhr zeigte ein Mann zwei 13-jährigen Mädchen auf der Straße „Nottebaumskamp" sein Geschlechtsteil. Die Schülerinnen liefen auf dem Nottebaumskamp in Richtung Steele. Der Mann befand sich mit geöffneter Hose zwischen dortigen Glascontainern und onanierte vor den beiden Mädchen. Die 13- Jährigen flüchteten, der Mann verblieb weiterhin an den Containern. Der Unbekannte ist zirka 25 Jahre alt, mit einem südländischen Aussehen und dunklen Haaren. Zur Tatzeit trug er eine dunkle Jacke und eine dunkle Jeans.
Krefeld: Gestern (15. Januar 2018) hat die Polizei Krefeld zwei Fälle von sexuellen Belästigungen in der Innenstadt registriert. In beiden Fällen hat die Kriminalpolizei die Ermittlungen aufgenommen – sie geht indes von zwei verschiedenen Tatverdächtigen aus. Ferner bittet die Polizei um Hinweise von Zeugen.
Im ersten Fall wurde eine 42 Jahre alte Frau um 6:15 Uhr von einem Mann an der Eingangstür zu ihrer Arbeitsstelle am Westwall angegriffen. Der Mann packte die Frau von hinten an den Schultern und versuchte sie, zu Boden zu reißen. Außerdem drohte er der Frau an, sexuelle Handlungen an ihr vorzunehmen. Die Krefelderin wehrte sich heftig, konnte sich von dem Mann losreißen, ins Haus flüchten und sich so in Sicherheit bringen. Dann verständigte sie die Polizei.
Bei dem Tatverdächtigen soll es sich um einen etwa 20 bis 25 Jahre alten Mann von schlanker Statur handeln. Er war etwa 1,70 bis 1,75 Meter groß, hatte einen dunklen Teint sowie dichte schwarze Haare mit Ponysträhnen. Der Mann hatte keinen Bart und sprach akzentfreies Deutsch. Er trug eine schwarze Jacke mit runden Nieten. Möglicherweise ist er der Krefelderin schon auf ihrem Weg zur Arbeit gefolgt. Die 42-Jährige war mit dem Bus bis zur Haltestelle Dreikönigenstraße gefahren und von dort zu Fuß zu ihrer Arbeitsstelle gelaufen.
In einem weiteren Fall hat ein Mann um 9:35 Uhr eine 18-Jährige Krefelderin auf ihrem Nachhauseweg verfolgt und ebenfalls belästigt. Die junge Frau verließ um 9:35 Uhr die Straßenbahn der Linie 44 an der Haltestelle Glindholzstraße, um von hier aus zu Fuß nach Hause zu laufen. Mit ihr stieg ein Mann aus, der die Krefelderin auf ihrem Nachhauseweg ansprach und verbal sexuell belästigte. Plötzlich packte er die Krefelderin am Arm und berührte sie in schamverletzender Weise. Die Frau wehrte sich und konnte sich von dem Angreifer losreißen. Als sie davonlief, rannte ihr der Mann hinterher. Erst als er bemerkte, dass die Frau mit ihrem Handy nach Hilfe rief, ließ er von seiner Verfolgung ab und flüchtete in einen nahegelegenen Park. Die Polizei wertet nun Videoaufnahmen aus der Straßenbahn aus. Außerdem sucht sie nach dem Tatverdächtigen. Dieser ist etwa 1,70 Meter groß, 27 bis 28 Jahre alt und hat schwarze Haare und einen schwarzen Bart. Er trug eine blaue, schmutzige Jacke, eine blaue Jogginghose sowie weiße Turnschuhe. Sein äußeres Erscheinungsbild wird als ungepflegt beschrieben. Die Frau beschrieb den Mann in ihrer Vernehmung als „Südländer", er sprach deutsch mit Akzent.
Düsseldorf, Mönchengladbach: Ein türkischer Mann (46) stellte am Samstagabend (13. Januar) um 22.50 Uhr am Mönchengladbacher Hauptbahnhof einer Frau (23) und

einer Jugendlichen (16) sein Geschlechtsteil zur Schau. Bundespolizisten nahmen den 46-Jährigen vorläufig fest. Als der Mann auf dem Bussteig 4 des Busbahnhofs Europaplatz vor den beiden Passantinnen seine Hose öffnete, um anschließend an seinem Geschlechtsteil zu manipulieren, suchten die Geschädigten die nahegelegene Dienststelle der Bundespolizei auf. Bundespolizisten liefen zum Bussteig, sprachen den beschriebenen Mann an, forderten ihn auf, seine Hose zu verschließen und mit zur Wache zu kommen.
Der Tatverdächtige wurde bezüglich der exhibitionistischen Handlung belehrt. Allerdings war er sich keinem Fehlverhalten bewusst. Des Weiteren wurden zur Speicherung Fotos von ihm gefertigt und seine Fingerabdrücke genommen. Da der Mann mit 1,22 Promille alkoholisiert war und nicht ausgeschlossen werden konnte, dass er diese Handlungen unterlässt, wurde er in Gewahrsam genommen und am Folgetag um 8.50 Uhr entlassen.
Dortmund – Münster – Lippstadt: Zu einer sexuellen Belästigung kam es am Samstagmorgen (13. Januar) in der RB 50 auf dem Weg von Münster nach Dortmund. Zwei Zeugen zeigten Zivilcourage und verhinderten so die weitere Belästigung des Opfers. Gegen 08:15 Uhr nutzte eine 20-jährige Frau aus Münster die RB 50 nach Dortmund. In dem Zug setzte sich ein 25-jähriger Iraker zu der Reisenden und begann mit ihr ein Gespräch. Im Laufe der Konversation soll der 24-Jährige in seiner Gesprächsführung immer fordernder geworden sein. Später habe er der 20-Jährigen an ihr Bein gefasst, so die Angaben von Zeugen. Trotz mehrfacher Aufforderungen der 20-Jährigen ließ er nicht von ihr ab, so dass sich zwei Reisende einschalteten und Zivilcourage zeigten. Die beiden Männer waren auf das Verhalten des Irakers aufmerksam geworden und setzten sich daraufhin ebenfalls in die Sitzgruppe der jungen Frau. Zudem forderten sie den 25-Jährigen auf, von der 20-Jährigen abzulassen. Daraufhin soll der Iraker den 32 und 38-jährigen Zeugen mit der geballten Faust gedroht haben.
Alarmierte Einsatzkräfte der Bundespolizei nahmen den Tatverdächtigen nach Ankunft des Zuges im Dortmunder Hauptbahnhof fest. Der bereits wegen Gewaltdelikten polizeibekannte Mann befindet sich aktuell im Asylverfahren und wohnt in einer Unterkunft in Lippstadt.
Berlin: Ein bislang unbekannter Mann hat auf einem U-Bahnhof in Reinickendorf eine Transfrau beschimpft und ihr mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Am Mittwoch, den 28. Juni 2017, stand die zum Tatzeitpunkt 31-Jährige gegen 15.15 Uhr an einem Fahrkartenautomaten auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofs Franz-Neumann-Platz, um sich ein Ticket zu ziehen. Hinter ihr erschienen kurz darauf zwei Männer, von denen einer sie bedrängte. Als der Mann bemerkte, dass es sich um eine Transfrau handelte, soll er sie homophob beschimpft und ihr mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen haben. Die Frau erlitt bei dem Übergriff eine Gehirnerschütterung und mehrere Hämatome im Gesicht. Der Mann soll 20 bis 25 Jahre alt und circa 175 cm groß sein. (Kommentar Pi-News: Auf dem „schon nach einem halben Jahr“ veröffentlichten Foto dürfte es sich um einen Mann aus dem sagenumwobenen „Südland“ handeln).

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Memmingen: Die Polizei Memmingen sucht weiter nach dem Mann, der am 08.01.2018 zwischen 13:50 Uhr und 13:55 Uhr, Höhe Westertorplatz, eine Frau belästigt hat. Sehr auffällig ist, dass er einen grünen Gips am linken Arm trägt. Zeugen werden gebeten, sich bei der Polizeiinspektion Memmingen unter 08331/1000 zu melden. Bereits am am 12.01.2018 wurde der Mann von einem Zeugen im Bereich Behringerstraße / Eduard-Flach-Strasse gesichtet.

Erlangen: Auf einem Kinderspielplatz in Erlangen hat sich am späten Sonntagnachmittag (14.01.2018), gegen 16:30 Uhr, ein Exhibitionist gezeigt. Die Kriminalpolizei bittet um Hinweise. Der noch unbekannte Mann saß auf einer Sitzbank am Spielplatz in der Goldwitzerstraße und soll an seinem Glied manipuliert haben, während sich drei Kinder in unmittelbarer Nähe befanden. Ein erwachsener Zeuge (33) konnte noch sehen, wie sich der alkoholisierte Täter fluchtartig über die Kunigundenstraße in Richtung Westen entfernte, konnte ihn jedoch nicht mehr festhalten. Auch eine sofort ausgelöste Fahndung der Polizei verlief negativ. Beschreibung des Mannes: Ca. 50 Jahre alt, 170 cm groß, schlank, ungepflegte Erscheinung und zur Tatzeit insgesamt schwarz bekleidet.

Stuttgart-Plieningen: Ein unbekannter Mann hat sich am Freitag (05.01.2018) und am Montag (08.01.2018) in der Straße Am Asemwald vor einer 28 Jahre alten Frau exhibitioniert. Der bislang unbekannte Mann trat offenbar am Freitag gegen 14.00 Uhr vor das Schaufenster einer Bäckerei, zeigte sich vor der 28-Jährigen die sich in der Bäckerei befand und nahm unsittliche Handlungen an sich vor. Am Montag gegen 17.50 Uhr trat er an derselben Stelle erneut auf und belästigte die Dame wieder in ähnlicher Weise. Er onanierte durch die geschlossene Hose hindurch, ohne sich diesmal zu entblößen. Der Mann kann wie folgt beschrieben werden: Zirka 45 Jahre alt, 170 Zentimeter groß und braune Haare. Er war beide Male in sportiver Radkleidung unterwegs. Das Oberteil war blau mit schwarzen Ärmeln. Dazu trug er einen grauen Fahrradhelm. Das von ihm mitgeführte Fahrrad hatte einen gelben Rahmen mit dunklen Applikationen und Schriftzügen. Zeugen werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei unter der Rufnummer +4971189905778 zu melden.

Krefeld: In der Nacht zu Sonntag (14. Januar 2018) zwischen 01.15 und 01.40 Uhr kam es in Krefeld, Forstwaldstraße Ecke Plückertzstraße zu einem Sexualdelikt. Drei, bislang unbekannte, Männer überfielen eine 23jährige Frau, die in einem Waldstück in Forstwald mit ihrem Hund Gassi ging. Ihr wurde ein Gegenstand auf den Kopf geschlagen. Die Männer überwältigten die Frau und stellten sie an einen Baum. Dann begannen sie, sich sexuell an der Frau zu vergehen. Durch die Gegenwehr der Frau und durch lautes Bellen und Knurren des mitgeführten Hundes, ließen die Täter von der Frau ab und flüchteten in unbekannte Richtung. Die Frau wurde durch die Tat leicht verletzt und konnte nach ambulanter Behandlung im Krankenhaus wieder entlassen werden. Aufgrund der Dunkelheit kann die Frau nur einen der Täter beschreiben. Er war ca. 180 – 190 cm groß und hatte eine athletische Figur. Er trug ein

dunkles Sweatshirt, eine dicke, dunkle Daunenweste und ein Basecap. Die Kapuze seines Sweatshirt hatte er über das Basecap gezogen. Auf der Kappe standen die Buchstaben NY.
Duisburg-Neumühl: Am Samstag, den 13.01.2018, gegen 18.20 Uhr, zeigte sich ein bislang noch unbekannter Täter in der Grünanlage Alexstraße/Wichernstraße in sittenwidriger Art und Weise zwei 13 und 14 Jahre alten Mädchen. Der Täter kann durch die Mädchen wie folgt beschrieben werden: männlich, ca. 40 Jahre alt, kräftige Statur, bekleidet mit einer hellen Jacke, führte ein Herrenfahrrad mit sich.

PI-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Hamidullah M. schächtete Christin mit 16 Messerstichen vor ihren Kindern Chiemsee: Prozessbeginn gegen den Lidl-Schlächter von Prien

pi-news.net/2018/01/chiemsee-prozessbeginn-gegen-den-lidl-schlaechter-von-prien/
January 25, 2018
Prozessbeginn gegen den Lidl-Schlächter von Prien, Hamidullah M., vor der Strafkammer Traunstein. Kleines Bild: Das Opfer, Fatima Seadie.
Von MAX THOMA | „Wir bekommen Geisteskranke geschenkt" – und werden von Geisteskranken regiert: Die bekennende Christin Farimah Seadie ist aus Afghanistan geflohen. Aber die, vor denen sie geflohen ist, sind ebenfalls zu Hunderttausenden nach Deutschland „geflüchtet" und hier „mit großem Bahnhof" aufgenommen worden. Das macht nicht sehr viel Sinn und führt zunehmend zu blutrünstigen Brachialverbrechen auf deutschem Boden wie diesem:
16 Messerstiche bei Lidl – Mord aus niederen Beweggründen
Der Afghane Hamidullah, 30, schlachtete am 29. April 2017 die vierfache Mutter Farimah Seadie (†38) mit 16 Messerstichen ab, weil sie vom Islam zum Christentum konvertiert war (PI-NEWS berichtete) – denn „wer den Islam verlässt, muss sterben".
Vor dem Schwurgericht in Traunstein begann am Dienstag der Prozess gegen den „**abgelehnten, aber nicht abgeschobenen afghanischen Asylbewerber**" Hamidullah M.. Er kann sich jedoch an die Tat nicht mehr erinnern. Stattdessen klagte

er beim psychologischen Sachverständigen Dr. Stefan Gerl über „sein schweres Leben in Deutschland". Der Gutachter erzählte von seinen Gesprächen mit der moslemischen Killermaschine. In denen schimpfte Hamidullah: „Und diese Frau hat die Situation noch verschlimmert."

Die evangelische Christin Farimah S. hatte mit zweien ihrer Söhne – fünf und elf Jahre – gerade im Lidl-Markt im oberbayerischen Prien am Chiemsee eingekauft, als der afghanische Landsmann Hamidullah M. ihr mit einem 20 Zentimeter langen Schlachtermesser auflauerte. Staatsanwalt Oliver Mößner: „Er packte sie von hinten an Schulter oder Haarschopf, zog sie nach hinten oder drückte sie nach unten und stach ihr in Tötungsabsicht mehrere Male mit großer Wucht in den Brust- und Bauchbereich." Insgesamt 16 Mal, wie die Obduktion ergab. Ein Tatzeuge:

„Er ist dann von hinten auf die Frau los, hat ihr in den Kopf gestochen und die Kehle durchgeschnitten. Wie in Trance hat er dann weiter auf sein Opfer eingestochen."

Mit Bauzaun und Einkaufswagen gegen Merkel-Ork – zunächst Psychiatrie …

Auch ein von couragierten Oberbayern geworfener Einkaufswagen und ein Bauzaun konnten den „Schutzsuchenden" nicht aufhalten. Erst ein zufällig privat anwesender Polizist versetzte dem Killer-Moslem einen Faustschlag und überwältigte den strenggläubigen Merkel-Gast. Eine anwesende Krankenschwester versuchte noch vergeblich Erste Hilfe zu leisten – die Christin starb aber noch auf dem Weg ins Krankenhaus.

Der „mutmaßliche Tatverdächtige" wurde nach der Tat zunächst für drei Monate in einer psychiatrischen Klinik untergebracht, da er als „psychisch labil" galt. Auf Druck der öffentlichen Berichterstattung entschloss sich das Landgericht Traunstein dann doch, diesen in Untersuchungshaft zu verlegen und sogar Anklage zu erheben. Beerdigung von Farimah im Mai 2017.

Nach Mord „leichter und glücklicher" – niedere Beweggründe oder „psychisch labil"?

Die Staatsanwaltschaft Traunstein wirft Hamidullah M. nun Mord aus niederen Beweggründen vor. Im Gespräch mit dem Sachverständigen hatte er vor dem Prozess den tödlichen Angriff zunächst zugegeben und gesagt, sich danach „leichter" und „glücklicher" gefühlt zu haben. Die afghanische Apostatin habe ihn seit 2013 mehrfach aufgefordert, zum Christentum überzutreten, weil er dann in Deutschland bleiben könne. Sie meinte es gut mit ihm – immer mehr multikriminelle „Schutzsuchende" entziehen sich durch eine „Schnelltaufe" durch Amtskirchen und sonstige christliche Sekten ihrer bevorstehenden Abschiebung – wie exemplarisch im Falle des afghanischen Fußfessel-Kinderschlächters Mostafa aus der Nähe von Regensburg im letzten Juni.

Das christlich-hilfsbereite Konvertierungs-Angebot habe Hamidullah M. jedoch schwer belastet und „seinen Kopf kaputt gemacht", hatte der Angeklagte dem Gutachter mitgeteilt. Er habe deswegen „bei der Arbeit (????!) weinen müssen, Alpträume bekommen und vier Jahre lang die Stimme der Frau im Kopf" gehabt. Er habe sie laut Dolmetscher gebeten, ihn in Ruhe zu lassen, weil er Muslim bleiben wollte. Schon 2013 habe er vorgehabt, die evangelische Christin zu beseitigen.

Auch Selbstmord-Gedanken verwarf der „mutmaßliche Täter", laut Gutachter, weil das mit seinem Glauben nicht vereinbar gewesen wäre – zumindest ohne dabei Ungläubige mit ins Paradies zu befördern.
Im April 2017 sah er Farimah Seadie im Priener Lidl-Markt, holte aus seiner Wohnung ein Schlachtermesser, kehrte unverzüglich zurück und schächtete die 38-Jährige vor den Augen ihrer beiden Söhne. Dem Gutachter sagte er, eine Sünde begangen zu haben und dafür bestraft werden zu müssen. Er wäre auch damit einverstanden, wenn man ihn töten würde. Lieber wären ihm jedoch „zehn oder 20 Jahre Haft".

Erinnerungslücken – Hamidullah kann sich nicht an Tathergang erinnern

Vor dem Vorsitzenden Richter Erich Fuchs und einer der beiden Nebenklage-Anwältinnen gab M. an, sich an die Tat nicht erinnern zu können. „Vielleicht ist es so passiert, aber es ist mir nicht bewusst", ließ er den Dolmetscher übersetzen. Später ergänzte er, würde er jemanden umbringen wollen, dann würde er das sicher nicht in der Öffentlichkeit machen.

„Allah wird entscheiden, ob er mir vergibt" – Gepriesen sei Allah!

Auf die Frage des Richters, weshalb er als praktizierender Muslim Alkohol trinke, sagte der Angeklagte, der keine Schul- und Berufsausbildung hat und Analphabet ist, er sei auch ein Mensch und Menschen könnten verbotene Dinge tun. „Allah wird entscheiden, ob er mir vergibt." Der Name „Hamidullah" bedeutet übrigens „Gepriesen sei Allah"!
Laut Gutachter kam der Angeklagte bereits im September 2013 über die Balkan-Route nach München. Hamidullah M. wuchs als Sohn eines wohlhabenden Viehhirten und Militär-Befehlshabers im Norden Afghanistans auf. Schon mit fünf Jahren sei er in Hubschraubern mitgeflogen, habe miterlebt, „wie Mutter und Schwester getötet wurden". Mit 14 habe er deren Mörder ein Metallrohr über den Kopf geschlagen. Für diese Tat wiederum habe ihm ein verfeindeter Stamm im Dorf eine Kalaschnikow auf den Kopf geschlagen „und meinen Bruder getötet". Die üblichen Taqiyya-Geschichten aus 1001 Nacht, denen deutsche Gerichte grundsätzlich immer „Glauben" schenken – und von denen sich die steuermilliardenschwere Asylindustrie in Deutschland nährt.

Deutschland ist schuld

In Deutschland habe er „sehr darunter gelitten", dass er keinen Schulunterricht bekommen habe. Als er in der Diakonie Prien auf das spätere Opfer getroffen sei, habe er seinen Tatvorsatz getroffen: Farimah S. habe ihm versprochen, wenn er heirate und Christ werde, dann bekomme er einen Pass. „Ich bat sie, kein Wort mehr zu sagen. Meine Eltern sind Muslime, ich bleibe Moslem. Ich sagte, lieber verlasse ich Deutschland." Mit „Jack Daniels und Haschisch" habe er immer wieder versucht, sich zu beruhigen. Nach der „mutmaßlichen Tat" sei der psychische Stress aber verflogen.
Zunächst sind drei weitere Verhandlungstage angesetzt, das Urteil soll am 9. Februar fallen. Über den Gutachter hat Hamidullah M. bereits um die Todesstrafe gebeten. Er wisse, dass er eine Sünde begangen habe und sei mit „Umbringen" durchaus einverstanden. Mit dieser gezielten Taqiyya-Taktik könnte die Verteidigung auf eine psychische Unzurechnungsfähigkeit – und somit verminderte Schuldfähigkeit – des Lidl-Schlächters von Prien abzielen.

An dem Prozess nehmen die beiden älteren der vier Söhne der Frau sowie ihre Schwester und ihr Bruder als Nebenkläger teil. „Manche Leute haben mir gesagt, ich soll nicht mit Ihnen reden, es sei zu gefährlich“, sagte Assini S., die Schwester der ermordeten Farimah Seadie beim Exklusiv-Interview mit „jouwatch“ in Prien. „Aber die Welt muss erfahren, was passiert ist. Ich muss das für meine Schwester machen.“

Chiemsee – 70 Jahre nach dem „Verfassungskonvent von Herrenchiemsee“

1948 – vor genau 70 Jahren fand auf der Herreninsel im Chiemsee – in unmittelbarer Rufweite des Lidl-Marktes in Prien – der Verfassungskonvent zum Deutschen Grundgesetz statt. Der Schutz von freier Religionsausübung sowie der Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit waren darin hohe Rechtsgüter. Doch im Zuge des irrwitzigen Merkelismus ist das Grundgesetz nicht mehr das Papier wert, auf dem es gedruckt wird – wer hätte das damals geahnt?

Die Blut-Raute und die untätigen bayerischen Asyl-Behörden haben aufgrund der grundlos unterlassenen Abschiebung des abgelehnten Asylbewerbers Hamidullah M. selbstverständlich mitgemordet. Wann beginnt endlich der Prozess gegen diese Mittäter?

Wenn Du aus dem Haus gehst, vergiss das Feuerzeug für die Afghanen nicht Münchner quer durchs Viertel geprügelt

pi-news.net/2018/01/muenchner-quer-durchs-viertel-gepruegelt/

January 25, 2018

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist am Montag, dem 15. Januar gegen 23.30 Uhr, ein 31-Jähriger in München von fünf Männern brutal zusammengeschlagen worden.

Der Geschädigte war in der Schillerstraße / Adolf-Kolping-Straße von der Personengruppe angehalten und nach einem Feuerzeug gefragt worden.

„Ich habe keines“, war offensichtlich die falsche Antwort, denn daraufhin hagelte es Faustschläge. Eine Flasche wurde mit solcher Heftigkeit als Schlagwerkzeug benutzt, dass sie zerbrach. Dem 31-Jährigen gelang die Flucht in eine Gaststätte in der Sonnenstraße. Die dortigen Türsteher konnten den Prügeltrupp jedoch nicht aufhalten. Im Lokal schlugen und traten die fünf Personen weiterhin auf den Geschädigten ein. Einer aus der Gruppe stach mit einem Taschenmesser in Richtung des 31-Jährigen, verfehlte ihn jedoch, weshalb glücklicherweise nur die Hose augeschlitzt wurde.

Die Härte des Rechtsstaates

Inzwischen hatten die Türsteher die Polizei verständigt. Als diese eintraf, flüchtete die Gruppe. Es gelang den Beamten, einen 16-jährigen Afghanen mit Wohnsitz in München, sowie ein 27-jährigen Afghanen mit Wohnsitz in Gräfelfing festzunehmen. Die anderen Täter sind bisher nicht bekannt. Es gilt als jedoch wenig wahrscheinlich, dass sie Hans, Karl und Josef heißen.
Den Festgenommenen wurde die volle Härte des deutschen Rechtsstaat zuteil: Nach der Durchführung der polizeilichen Maßnahmen wurde der 27-Jährige entlassen und der 16-Jährige an eine Jugendschutzstelle überstellt.

Studie bestätigt Anstieg der Gewaltkriminalität durch Flüchtlinge

Wie aus einer Studie hervorgeht, hat sich Anzahl von Gewalt- und Rohheitsdelikten nach einem Rückgang in früheren Jahren in 2014 und 2015 um rund zehn Prozent erhöht. Die Analyse zeigt, daß der Anstieg zu 92,1 Prozent Einwanderern zuzurechnen ist.

Wie wir alle wissen, ist es seither noch schlimmer geworden. Und zwar so schlimm, dass man sich als Autor schon überlegt, ob so ein Angriff wie dieser überhaupt noch berichtenswert ist. Schließlich sind solche Vorfälle inzwischen an der Tagesordnung. Wie soll das weitergehen? Viele Frauen fühlen sich bereits wie Freiwild und gehen zu später Stunde nur noch mit einem unguten Gefühl auf die Straße und auch für Männer gilt: Ja keinen Blickkontakt, wenn man das Pech hat, den Weg einer solche Rotte zur falschen Zeit und am falschen Ort zu kreuzen.

Bald ist man nirgendwo mehr sicher

Die Wahrscheinlichkeit für einen solchen Vorfall steigt immer weiter an, weil man solchen gewaltdurstigen Rudeln inzwischen überall begegnen kann und sie immer frecher und aggressiver werden. Sie haben inzwischen kapiert, dass sie hier nicht wie zuhause über den Haufen geschossen werden, wenn sie sich so aufführen. Sie sind auch nie alleine unterwegs, sondern grundsätzlich in Mannschaftsstärke. Das deutsche Prinzip: „Zwei gegen einen ist feige" ist ihnen völlig unbekannt. Hier geht es nach der Maxime von Hyänen: Je mehr auf einen einzelnen einschlagen, umso besser ist es und umso geringer sind dessen Chancen.
Ja, man kann von solchen „Männern" einiges lernen, was Niedertracht, Erbärmlichkeit und jegliches Fehlen von Mitleid betrifft.

Kommen bald die Bürgerwehren?

Es wäre nicht verwunderlich, wenn die kommende GroKo als jene in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen würde, unter deren Ägidie sich massenhaft Bürgerwehren gegründet haben. Jedes Jahr eine Großstadt von Männern im kampffähigsten Alter aus einem Kulturkreis, in dem häufig das Faustrecht herrscht, das wird nicht gut gehen.
Markus Söder weiß das, deshalb hat er darum gebeten, nicht an den Koalitionsverhandlungen teilnehmen zu müssen. So kann er bei der kommenden Landtagswahl in Bayern seine Hände in Unschuld waschen, was die staatszerstörischen Vereinbarungen betrifft, die der kommende Koalitionsvertrag enthalten wird. *(hsg)*

Kein Aufschrei der üblichen "Rassismus-Riecher" 17-jähriger Syrer: „Ihr scheiß Deutschen werdet noch sehen“

pi-news.net/2018/01/17-jaehriger-syrer-ihr-scheiss-deutschen-werdet-noch-sehen/
January 26, 2018

Jena: Der Ladendieb gehört zu einer Gruppe junger Leute nicht deutscher Herkunft, die den Vorfall ebenfalls mitbekommen haben. Da die Bande bereits in der Vergangenheit in der Goethe Galerie, auf dem Ernst-Abbe-Platz und in einem Schellrestaurant mehrfach negativ aufgefallen war, hatte sie eigentlich Hausverbot. Die Beamten wollten die Personalien aufnehmen. Ein 17-jähriger Syrer wehrte sich aggressiv und musste letztlich mit Handfesseln am Boden fixiert werden [siehe Originalvideo oben]. Dabei schlug und trat er um sich, was wiederum andere Mitglieder der Gruppe anlockte. Sie zogen an der Uniform der Polizisten und bedrängten sie. Außerdem versuchten sie, einem Beamten in den Unterleib zu treten, um den befreundeten Ladendieb befreien. Erst als die Polizisten drohten, Pfefferspray zu benutzen, beruhigte sich die Situation. Als der 17-Jährige zum Polizeiauto gebracht werden sollte, beschimpfte er die Polizisten erneut. Dabei rief er: „Ihr scheiß Deutschen werdet noch sehen“, „Du scheiß Deutscher hast mir gar nichts zu sagen“ sowie „Kurdistan über alles“. Er verbrachte gemeinsam mit einem anderen Jugendlichen die Nacht in einer Zelle im Unterbindungsgewahrsam. *(Der komplette Artikel kann bei der OSTTHÜRINGER ZEITUNG nachgelesen werden. Zur Erinnerung: „Deutsche“ sind als Kollektiv nicht beleidigungsfähig, das „Scheiß Deutsche“ wird für die Fachkraft aus dem Morgenland folgenlos bleiben)*

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Plauen: Auf dem Postplatz wurde am Mittwoch, gegen 17:15 Uhr ein 33-jähriger Deutscher von vier Tatverdächtigen – augenscheinlich Asylbewerber – zusammengeschlagen. Hierbei erlitt der Geschädigte erhebliche Verletzungen, die entsprechend medizinisch versorgt wurden. Bei Eintreffen der Polizeibeamten befanden sich die Tatverdächtigen nicht mehr vor Ort. Die sofort eingeleitete Suche nach ihnen blieb jedoch ohne Erfolg. Eine Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung wurde erstattet.

Herford: Von mehreren Jugendlichen umzingelt und angegriffen wurde ein 46-jähriger Geschädigter, der am Samstag (20.01.2018) gegen 19.10h mit seinem E-Bike auf dem Pöppelmannwall unterwegs war. Hier geriet er in Streit mit einer Gruppe von 9 Jugendlichen im Alter zwischen 16-18 Jahren, nachdem diese ihn mit Taschenlampen und Laser-Pointern angeleuchtet hatten. Im Verlauf dieses Streits wurde der Geschädigte durch Tritte und Schläge verletzt; sein E-Bike wurde mutwillig beschädigt. Die Täter waren nach Angaben des Geschädigten dunkel gekleidet, hatten dunkle Haare, einen dunklen Teint und viele trugen Jacken mit Fellkragen. Eine Person trug ein Baseball-Cap. Alle Täter flüchteten schließlich in Richtung Innenstadt.
Kiel: Am Dienstag, den 23. Januar, zwischen 21:00 und 21:10 Uhr wurde ein 14-jähriger Jugendlicher von einem unbekannten Mann bedroht. Der Junge war von seiner Großmutter kommend im Skandinaviendamm an der Göteborgschule entlang zu einem Wanderweg zwischen Göteborgring und Bergenring auf dem Weg nach Hause gegangen. Dort soll ein Mann ihn gepackt und mit einem Messer bedroht haben. Der Jugendliche wehrte sich mit einem Schlag in das Gesicht des Angreifers und rannte davon. Der Tatverdächtige wird folgendermaßen beschrieben: männlich, dunkle Hautfarbe, Ende 20 bis Anfang 30 Jahre alt und ca. 170 cm groß. Er soll eine normale Statur und einen Haarkranz auf dem Kopf sowie eine tiefe Stimme gehabt haben. Es könnte sein, dass der Tatverdächtige nun eine Verletzung im Gesicht aufweist.
Hannover: Der 24-Jährige aus Kiel erhielt am frühen Sonnabendmorgen von einem Unbekannten am Gleis 1 des Hauptbahnhofs unvermittelt einen Faustschlag ins Gesicht. Als das Opfer am Boden lag, trat und prügelte der Unbekannte weiter auf den 24-Jährigen ein, bis er schließlich von ihm abließ und flüchtete. Das Opfer erlitt eine Platzwunde unter dem Auge und diverse Prellungen im Gesicht. Da das Opfer keine Täterbeschreibung geben konnte, werteten die Bundespolizisten Videoaufnahmen aus. Eine Fahndung im Bereich des Hauptbahnhofs brachte aber keinen Erfolg. In der Nacht erkannten jedoch zwei Bundespolizisten am Raschplatz den Gesuchten. Sie nahmen ihn fest: Es handelte sich um einen 40 Jahre alten türkischen Staatsbürger aus Tecklenburg. Der Kickboxer ist bei der Polizei einschlägig bekannt. Gegen ihn wurde ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Einen Grund für seinen Angriff vermuten die Beamten auch: Er war kurz vor der Attacke vom Schaffner aus der S-Bahn geworfen worden, weil er keinen Fahrschein hatte (Artikel übernommen von der Hannoversche Allgemeine).
Essen: Samstagmorgen (22. Januar) beleidigte ein junger Mann im Hbf Essen eine Italienerin und greift diese unvermittelt an. Ihr Begleiter verhinderte schlimmeres. Gegen 07:30 Uhr wollte eine 43-Jährige Frau im Hauptbahnhof Essen in den U-Bahnbereich gelangen, als sie von einem jungen Syrer beleidigt wurde. Als die Kölnerin den Mann aufforderte die Beleidigungen einzustellen, schlug dieser sie nach Angaben von Zeugen unvermittelt mit der Faust und dem Knie. Ihr Begleiter versuchte weitere Angriffe zu unterbinden. Er wurde aber auch aggressiv angegriffen, im Zuge dessen er eine blutende Wunde an der Nase davon trug. Mehreren Passanten gelang es die Kontrahenten zu trennen und die Polizei zu alarmieren. Einsatzkräfte der Bundespolizei konnten den Aggressor vorläufig festnehmen. Dieser

stand mit 2,18 Promille erheblich unter Alkoholeinfluss. Aufgrund seiner erheblichen Gewaltbereitschaft, wurde dieser zunächst dem Polizeigewahrsam in Essen zugeführt. Ihn erwartet nun ein Strafverfahren wegen Beleidigung und Körperverletzung.

„Schutzsuchende" greifen Sicherheitsmitarbeiter an

Sonneberg: Nach einer Auseinandersetzungen in einer Sonneberger Asylbewerberunterkunft ermitteln Staatsanwaltschaft und Polizei aktuell wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und der Sachbeschädigung. Nach ersten Zeugenaussagen soll es in der Nacht zum Dienstag aus noch ungeklärter Ursache zunächst zwischen mehreren Flüchtlingen zu einem Streit gekommen sein. Als Securitymitarbeiter die Beteiligten gegen 23.30 Uhr versuchten zu trennen, sollen mehrere junge Männer die drei Securityangestellten unter anderem mit Besenstielen angegriffen und leicht verletzt haben. Im Verlaufe der Auseinandersetzung soll des Weiteren eine Tür eingetreten sowie ein Mülleimer in Brand gesetzt worden sein. Das Sicherheitspersonal soll sich daraufhin mit Reizgas zur Wehr gesetzt und die Polizei alarmiert haben. Polizisten stellten daraufhin vor Ort die Personalien von vier beteiligten Flüchtlingen im Alter zwischen 17 und 26 Jahren fest. Zwei von ihnen, ein 26-jähriger sowie einen 17-jähriger Iraker, nahmen die Beamten nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Meiningen vorläufig fest. Sie stehen in dringendem Verdacht, den Eimer in Brand gesetzt bzw. die Tür beschädigt zu haben. Beide verbrachten die Nacht in Zellen der Sonneberger Polizei. Derzeit dauern die Ermittlungen der Kriminalpolizei Saalfeld zum Hintergrund und zum Ablauf der Auseinandersetzung an.

„Schutzsuchende" verletzen Polizisten

Plauen: Ein Polizist in Zivil ist am Montagabend bei einer Auseinandersetzung auf dem Postplatz in Plauen verletzt worden. Gegen 18.45 Uhr belästigte ein augenscheinlich betrunkener 18-jähriger Afghane mehrere Fußgänger im Bereich Postplatz/Melanchthonstraße. Das fiel einem zivilen Polizeibeamten (27) auf. Als er Verstärkung anfordern wollte, kam der junge Mann auf den Beamten zu, schubste und bedrängte ihn. Zwei weitere junge Männer kamen hinzu. Der Polizist wurde weiter angegriffen und dabei verletzt. Anschließend flüchteten die drei Männer. Der verletzte Polizist konnte seinen uniformierten Kollegen die Täter beschreiben. Diese konnten die drei Männer in der Nähe stellen. Gegen die zwei 18-jährigen Afghanen und einen Inder im gleichen Alter wurde Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung erlassen. Der Mann, der auf dem Postplatz gepöbelt hatte, hatte 1,8 Promille intus. Er kam in Gewahrsam, um weitere Straftaten zu verhindern (Artikel übernommen von FREIE PRESSE).

„Schutzsuchende" suchen in Deutschland und in Italien „Schutz"

Weil am Rhein: Mit einem Fernreisebus von Mailand nach Straßburg war eine 22-jährige gambische Staatsbürgerin unterwegs, als der Bus am Autobahngrenzübergang durch die Bundespolizei kontrolliert wurde. Die junge Westafrikanerin konnte nur ihren gambischen Reisepass und einen abgelaufenen italienischen Aufenthaltstitel vorlegen. Eine erkennungsdienstliche Behandlung brachte die Erkenntnis, dass die 22-Jährige unter anderem Namen als Asylbewerberin in einer schwäbischen Stadt gemeldet ist. Da ihr italienischer Aufenthaltstitel zeitlich

zum deutschen Asylverfahren passt, liegt der Verdacht der doppelten Asylantragstellung unter verschiedenen Personalien nahe.
Füssen: Gegen einen 31 Jahre alten Marokkaner und einen 22 Jahre alten Afghanen ermittelt die Schleierfahndung Pfronten wegen Sozialleistungsbetrugs. Die Männer saßen in einem Bus, der von Stuttgart nach Italien unterwegs war und am 21.01.2018 in Füssen kontrolliert wurde. Der 31-Jährige hatte im Mai 2015 in Deutschland Asyl beantragt. Seit 2012 besaß er schon einen italienischen Aufenthaltstitel. Der Afghane wies sich mit einem Reisepass und einem italienischen Aufenthaltstitel aus. In Deutschland hatte der 22-Jährige unter anderen Personalien ein Asylverfahren betrieben. Jetzt ermitteln die Beamten, ob den Personen Sozialleistungen ausgezahlt wurden, die ihnen nicht zustanden.
Weil am Rhein: Sieben illegal aufhältige Personen stellte die Bundespolizei am Freitagnachmittag am Bahnhof in Weil am Rhein fest. Bei den illegal Eingereisten handelt es sich um zwei Erwachsene und fünf Jugendliche. Zwei der jungen Männer stammen aus Eritrea, fünf aus Somalia. Keiner konnte Ausweispapiere vorlegen. Eine Recherche der Bundespolizei brachte Licht ins Dunkel, denn alle hatten bereits in anderen europäischen Ländern Asylanträge gestellt. Da alle ein weiteres Asylbegehren vortrugen, wurden die beiden Erwachsenen an die Landesaufnahmestelle für Asylbewerber in Karlsruhe und die fünf Jugendlichen an eine Jugendeinrichtung verwiesen.
Villigen: Am Freitagabend kontrollierten Zollbeamte am Bahnhof Villingen einen jungen Mann ohne Ausweispapiere. Er wurde der Bundespolizei übergeben. Die Bundespolizisten stellten fest, dass es sich bei dem Jugendlichen um einen 16-jährigen Guineer handelt. Bereits in Italien befindet sich der Westafrikaner im Asylverfahren. Weiterhin konnte die Reiseroute des Mannes von der Schweiz nach Villingen rekonstruiert werden. Da der 16-Jährige ein Asylgesuchen stellte, wurde er einer Jugendeinrichtung zugeführt.
„Schutzsuchende" sind Drogen-Verkausfachkräfte
Lippe: Die Rauschgiftfahnder der Polizei Lippe haben am Montag mehrere Tatverdächtige in Lage festgenommen, die aus einer Unterkunft in der Bredestraße offensichtlich einen schwunghaften Handel mit Betäubungsmitteln betrieben haben. In den vergangenen Wochen verdichteten sich Hinweise, wonach die Männer afrikanischer Herkunft mit Drogen, vorwiegend mit Marihuana, gedealt haben. Anfang der Woche zog sich das engmaschige Netz, das die Ermittler rund um die Tatverdächtigen gespannt hatten, zusammen. In den Morgenstunden des vergangenen Montags überraschten sie die Bewohner in ihrer Unterkunft und stellten mehr als ein Kilo hochwertiges Marihuana im fünfstelligen Verkaufswert sicher. Die drei mutmaßlichen Haupttäter im Alter von 20, 21 und 27 Jahren wurden festgenommen. Gegen den 27-Jährigen bestehen zudem noch zwei Haftbefehle vom Ausländeramt und von der Staatsanwaltschaft Dortmund. Das Trio ist im Anschluss an die Vernehmungen dem Haftrichter in Detmold vorgeführt worden, der auf Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechende Haftbefehle erließ und den sofortigen Gang in die Untersuchungshaft anordnete. Über welchen Zeitraum das Drogengeschäft aus der Unterkunft heraus lief, kann noch nicht gesagt werden. Derzeit laufen

entsprechende Anschlussermittlungen, insbesondere auch gegen die potentiellen Abnehmer der Drogen. Das beigefügte Foto zeigt einen Teil der sichergestellten Drogen, die bereits in verkaufsfertige Päckchen portioniert waren.

Gewaltkriminalität

Zahl der Messerattacken in Hessen gestiegen

Veröffentlicht am 26.01.18 um 06:00 Uhr

Kandel, Darmstadt, Lünen - brutale Messerattacken sorgten zuletzt für Schlagzeilen. Nimmt die Zahl der Messerangriffe tatsächlich zu? Zumindest für Hessen scheint das zu stimmen. Das zeigen neue Zahlen, die hr-iNFO vorliegen. *Von Tobias Lübben (hr-iNFO)*

Messerangriffe nehmen zu[Videoseite]

hessenschau| 26.01.18, 19:30 Uhr
Ende des Videobeitrags

Als Medienkonsument konnte man in den vergangenen Wochen den Eindruck bekommen, dass sich schwere Messerangriffe häufen - auch in Hessen: Anfang Dezember erstach ein 18-Jähriger in Frankfurt-Höchst seinen 17 Jahre alten WG-Mitbewohner. Kurz vor Heiligabend verletzte ein 17-Jähriger in Darmstadt eine 16-Jährige mit zehn Messerstichen schwer. Und am vergangenen Wochenende griff ein Mann ebenfalls in Darmstadt die Polizei mit zwei Messern an und wurde daraufhin von den Polizisten erschossen.

Der Eindruck, dass Messerangriffe zunehmen, ist offenbar richtig. Das legen Daten nahe, die das hessische Innenministerium auf Anfrage von hr-iNFO herausgegeben hat. Demnach ist die Zahl der Messerangriffe in Hessen zwischen 2014 und 2016 um rund 20 Prozent gestiegen. Während die Polizei im Jahr 2014 noch 926 Körperverletzungen oder Tötungsdelikte registrierte, die mit dem Messer ausgeführt wurden, waren es 2016 mit 1.116 rund 200 Delikte mehr. Zuvor war die Zahl der Messerattacken leicht rückläufig gewesen.

Dieser Trend entspricht der Entwicklung bei der Gewaltkriminalität insgesamt. Die ist nämlich - wie eine Studie im Auftrag des Bundesfamilienministerium am Beispiel Niedersachsen dargestellt hat - seit 2007 kontinuierlich gesunken, aber in den Jahren 2014 und 2015 um insgesamt zehn Prozent gestiegen. Der Anstieg der Messerangriffe in Hessen fällt im gleichen Zeitraum mit 20 Prozent allerdings noch deutlicher aus.

Messer: leicht verfügbar - und häufig verboten

Den überproportionalen Zuwachs bei Messerangriffen erklären Experten unter anderem damit, dass Messer leicht verfügbar sein - jeder habe sie im Haushalt. Viele würden auch die gesetzlichen Vorschriften nicht kennen, sagt Martin Rettenberger, der Leiter der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden: "Dass das Messer auch eine Waffe ist, die in vielen Fällen nicht mitgeführt werden darf - dieses Bewusstsein ist nicht sehr ausgeprägt." Tatsächlich verbietet es das Waffengesetz zum Beispiel, Messer mit beidseitig geschliffenen Klingen oder mit einem Sprungmechanismus mitzuführen. Sogar gewöhnliche Küchen- oder Taschenmesser dürfen bei Veranstaltungen - etwa im Fußballstadion - nicht mitgeführt werden.

Die schnelle Verfügbarkeit von Messern ist auch für Lars Maruhn, den Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft in Hessen, der zentrale Erklärungsansatz. Allerdings sieht er noch einen anderen Faktor: die Zuwanderung von Flüchtlingen in den vergangenen Jahren: "Was wir vor Jahren mit den Kriegsflüchtlingen aus dem Kosovo hatten - wo auch viele Schusswaffen im Spiel waren -, haben wir jetzt ein Täterbild, das aus Afghanistan oder Syrien kommt und eine andere Verhaltensweise hat." Der Griff zum Messer sei da oft der einfachste Weg, Gewalt auszuüben.

Afghanen deutlich überrepräsentiert

Nach Angaben des hessischen Innenministeriums hatten von den Tatverdächtigen im Jahr 2016 etwa 43 Prozent die deutsche Staatsbürgerschaft. Die übrigen 57 Prozent verteilen sich demnach auf rund 60 verschiedene Nationen, von denen Türken (ca. 10 Prozent), Afghanen (ca. 7 Prozent), Syrer (ca. 4 Prozent) und Somalier (ca. 3 Prozent) die größten Gruppen bilden. Insbesondere Afghanen sind im Verhältnis zu ihrem Anteil an der hessischen Gesamtbevölkerung (0,6 Prozent) unter den Tätern also deutlich überrepräsentiert.

Wie das zu erklären ist, hat das Innenministerium bislang ebenso wenig beantworten können wie die Kriminologische Zentralstelle. Für deren Leiter Martin Rettenberger stellen sich nun Fragen: "Was sind die tatsächlichen Ursachen? Das wäre der entscheidende Punkt, um dann auch Ansatzpunkte für Prävention zu haben."

Polizei investiert in Schutzkleidung

Die Polizei hat jedenfalls längst registriert, dass auch ihre Einsatzkräfte gefährdet sind. Laut Innenministerium gab es im Jahr 2016 elf Messerangriffe auf Polizisten, im Jahr davor 15. Die Polizei will ihre Einsatzkräfte jetzt besser

schützen und hat deshalb 10.000 Schnittschutzschals bestellt, die den Hals vor Stich- und Schnittverletzungen schützen sollen. 1.000 davon seien bis jetzt ausgeliefert. Außerdem sollen noch Schutzwesten beschafft werden, die nicht nur Kugeln, sondern auch Klingen abwehren.
Quelle: hessenschau.de
http://www.hessenschau.de/panorama/zahl-der-messerattacken-in-hessen-gestiegen,messerangriffe-zahlen-100.html

Merkeldeutschland 2018: Schariagemäße Vielweiberei Syrer dürfen ihre Zweitfrauen nachholen!

pi-news.net/2018/01/syrer-duerfen-ihre-zweitfrauen-nachholen/
January 26, 2018
(Symbolbild).

Von ALSTER | Die Islamisierung Deutschlands schreitet voran. Nun müssen Mohammedaner nicht einmal mehr rechtlich ihre auf der Scharia beruhende Polygamie durchsetzen. Inzwischen wenden unsere Behörden vor Ort das islamische Recht auf Vielehe an. Im Kreis Pinneberg bei Hamburg leben mindestens zwei Syrer mit je zwei Ehefrauen.

Auf eine Anfrage des Hamburger Abendblattes bestätigt die Kreisverwaltung den Sachverhalt. Und nicht nur den.

Es gebe verbrieft noch einen weiteren vergleichbaren Fall, so der Sprecher Oliver Carstens. Zusätzlich zu diesen beiden Fällen gehe er „von einer ähnlich hohen Zahl nicht bekannter Fälle" aus.

Das geht so:

Im Jahr 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle, reist ein Syrer nach Deutschland ein, begleitet wird er von seiner Frau und seinen vier Kindern. Er kommt im Kreis Pinneberg mit etwa 310.000 Einwohnern unter. Später wird ihm erlaubt, weitere vier Kinder nachzuholen, die er mit einer anderen Frau in Syrien hat. Anschließend darf dann auch deren Mutter folgen. Seine Zweitfrau…Der Kreistagsabgeordnete Burghard Schalhorn von der Kreiswählergemeinschaft hat davon gehört und die Frage aufgeworfen, ob der Kreis Bigamie dulde oder gar fördere, die ja hierzulande unter Strafe steht. Das weist die Kreisverwaltung von sich. Behördensprecher Carstens: „Es liegt aber außerhalb unserer rechtlichen Möglichkeiten, auf Eherechte anderer Staaten einzuwirken." Die Rechtmäßigkeit einer Eheschließung richte sich nur nach dem Recht des Landes, in dem die Ehe geschlossen wurde. In diesen Fällen also Syrien – dort dürfen Männer bis zu vier Frauen haben.

Das wusste der Imam von Izmir schon 1999:

„Dank eurer demokratischen Gesetze werden wir euch überwältigen, dank eurer religiösen Gesetze werden wir euch beherrschen." Das wusste der Imam von Izmir schon 1999."

Die Dhimmi-Kreisverwaltung Pinneberg hat sich aber nicht nur der Ummah angeschlossen und sich der Scharia unterworfen, sie hat sich noch Herzerwärmendes ausgedacht: „Wir haben nicht die Ehefrauen, sondern die Mütter der Kinder ins Land geholt. Kein Mensch wird bestreiten wollen, dass gerade Kinder in der Fremde ihre Mutter brauchen", betont Kreissprecher Carstens.

Voraussetzung sei in jedem Fall gewesen, dass es für die Kinder eine besondere Härte bedeutet hätte, wenn sie ohne ihre leibliche Mutter in Deutschland hätten aufwachsen müssen.

Frage: Wie erging es denn den vier nachgeholten Kindern, deren Mutter später folgte? Wie lange sie leiden mussten, müssen wir erraten, denn:

Einzelheiten und genaue Daten zu den Fällen im Kreis Pinneberg lägen der Kreisverwaltung nicht vor, weil dies über die örtlichen Sozialämter geregelt werde. Sie seien bei der internen Besprechung im Kreishaus auch nicht protokolliert worden, so Carstens. In welchen Städten die Behörden mehr wissen, will er aus Datenschutzgründen nicht sagen.

Die örtlichen Verwaltungen stellt der Sachverhalt vor einige Probleme. So mussten beispielsweise für zwei Doppelehen-Familien größere Wohnungen organisiert werden. Bei bis zu zehn Familienmitgliedern nicht ganz einfach auf dem angespannten Wohnungsmarkt im Hamburger

Umland, sagt Kreissprecher Carstens. Und wovon diese Großfamilien leben? Carstens: „Die bekommen alle zurzeit öffentlich-rechtliche Leistungen." Beim Abendblatt kann man zur Mehrehe abstimmen.
» Aktuell auch zum Thema Eva Herman: „Familiennachzugs-Gesetz bringt Deutschland zu Fall"

Ich stech dich Krankenhaus! Krankenhaus-reif: Massenschlägerei in Heidelberger Chirurgie

pi-news.net/2018/01/krankenhaus-reif-massenschlaegerei-in-heidelberger-chirurgie/
January 30, 2018
Total krank: Massenschlägerei in Heidelberger Chirurgie.
Von DAVID DEIMER | Immer diese Müllers und Lehmanns. Zwei schrecklich nette „Großfamilien" gerieten idealerweise in der Chirurgischen Abteilung der Heidelberger Klinik aneinander. Der „Vorfall" mit Messern, Teleskopschlagstöcken und mehreren Verletzten geschah am Sonntag gegen 17.00 Uhr im Krankenhaus in Heidelberg-Neuenheim. Alle Beteiligten befinden sich schon wieder in Freiheit.

Brutale „deutsche" Familienbande

Nach Polizeiangaben meldeten mehrere Anrufer eine Schlägerei mit bis zu 30 Beteiligten. Noch während mehrere Streifenwagen zur Klinik eilten, verschwanden die unverletzten Clan-Mitglieder mit ihren Autos. Eine Seite ist für die Auseinandersetzung offenbar aus Offenbach angereist – an der Klinikausfahrt konnte die Polizei noch zwei Fahrzeuge mit Offenbacher Kennzeichen kontrollieren.
Wie ein Polizeisprecher sagte, besuchte eine der beiden Gruppen einen Verwandten in der Klinik. Die andere Familie habe davon erfahren und sei ebenfalls zum Krankenhaus gefahren. Die Großfamilien verzichteten darauf, beim Krankenbesuch Pralinen, selbst gebackenen Streuselkuchen und Blumen mitzubringen. Sie entscheiden sich hingegen spontan für „Holzschlagstöcke, einen Teleskopschlagstock, einen Baseballschläger, ein Küchenmesser und Pfefferspray". Der Familienstreit eskalierte schließlich bezeichnenderweise im Bereich der Notaufnahme.
Die sechs Insassen der Fluchtautos im Alter von 21 bis 47 Jahren wurden vorläufig festgenommen. Auf beiden Seiten gab es Verletzte durch die zugefügten Schlagwunden und erhebliche Augenreizungen durch den eingesetzten Pfefferspray. Alle Befragten zeigen sich im Gespräch mit der Polizei eher wortkarg.

Verfeindete „Hessen gegen Rheinland-Pfälzer"

Fest steht bislang, dass es sich bei den Personen um „Deutsche mit familiären Wurzeln ins ehemalige Jugoslawien" handelt. Ein Clan „stammt" laut Polizei aus dem Bereich Mannheim und Ludwigshafen, der zweite aus Frankfurt und Offenbach. Sogar die WeLT berichtet über den „Disput", allerdings wie üblich ohne die „familiären Hintergründe" zu nennen. Sehr taktvoll und diskret – wie von der investigativen deutschen Presse gewohnt – berichtet das Blatt von verfeindeten „Hessen" und „Rheinland-Pfälzern". Die alte Kluft bricht auf …
Die Kripo ermittelt zu dem Vorfall. Die Polizei bittet nun Zeugen sowie unbeteiligte Verletzte, sich unter der Rufnummer 0621/174-4444 zu melden.
Nach den polizeilichen Maßnahmen kamen alle Beteiligten des „Vorfalls" auf freien Fuß. Für die notdienstliche Versorgung der Beteiligten kommt der Steuerzahler auf. Um mit Peter

Scholl-Latour zu sprechen: „Wer u.a. halb Restjugoslawien aufnimmt, der wird selbst zu Restjugoslawien.“

Verfahren in Berlin wurde eingestellt Behördenversagen: „13-jähriger“ Afghane missbraucht Vierjährige

pi-news.net/2018/01/behoerdenversagen-in-berlin-13-jaehriger-afghane-missbraucht-vierjaehrige/
January 21, 2018

Von JOHANNES DANIELS | Wer schützt die wirklich Schutzbedürftigen vor Merkels Ferkel? Wieder einmal wurde ein Kind Opfer des unkontrollierten Imports menschlichen Schrotts nach Deutschland. Und wieder einmal haben die Berliner Behörden auf ganzer Linie versagt – ist es „nur“ grobe Fahrlässigkeit oder bereits Absicht?

Im März 2016 nahm eine Berliner Familie zwei „geflüchtete“ Minderjährige aus Afghanistan auf. 14 Monate später dann das „Böse Erwachen“ der guten Gastgeber: Es gab erste Hinweise, dass der „13-jährige Gast“ Mahdi A. die 4-jährige Tochter des Ehepaares regelmäßig sexuell missbraucht habe, während der andere Afghane dabei zuschaute. Nach einer Untersuchung des Mädchens in der Berliner Klinik für Kinder- und Jugendmedizin erhärtete sich der schockierende Verdacht zur Gewissheit.

Ein Jugendhilfeverein stellte Strafanzeige gegen Mahdi A. Doch das Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde Wochen später eingestellt. Hauptgrund: Die scheinbare Strafunmündigkeit des Täters.

„13-jähriger mit Oberlippenbartansatz“

Gegenüber der Polizei bestreitet Mahdi zunächst die Vorwürfe, der andere afghanische Minderjährige wurde erst gar nicht vernommen. Die Beamten sichern Spuren, nehmen Speichelproben. Laut LKA–Bericht vom 10. August 2017 äußerste der ermittelnde Beamte W. zu diesem Zeitpunkt große Zweifel an der Altersangabe: „Nach meinem Eindruck ist der Beschuldigte älter einzuschätzen. Man kann ihn durchaus auf 15 Jahre schätzen. Auch ein leichter Oberlippenbartansatz ist sichtbar.“ Auch Mahdis Pflegevater hielt ihn für deutlich älter. Das Landeskriminalamt Berlin bat die Staatsanwaltschaft daher um einen Alterstest.

Ermittlungen eingestellt: „Dit is mir schnurz piepe“

Staatsanwältin Corinna Gögge lehnte diese Untersuchung aber ohne Angabe von Gründen ab und stellte das Verfahren im Dezember ein. Auf Anfrage erklärte sie, der Fall sei sogar „in ihrer Abteilung diskutiert“ worden. Man sei jedoch dazu gekommen, dass „eine Altersuntersuchung zu ungenau ist“. Dass Mahdis Alter nicht ganz stimmen könnte, sei zudem nur eine Vermutung gewesen. Außerdem, behauptet sie, habe es keinen hinreichenden Tatverdacht gegeben, denn „Mahdi habe den Vorwurf vehement abgestritten“. Der Name des jungen Herrenmenschen „Mahdi“ bedeutet auf afghanisch schließlich: „Der Rechtschaffende“. Dann ist ja alles paletti im Shithole Berlin.

Die Sexualstrafrechts-Expertin Corinna Gögge ermittlte auch im Verfahren des widersprüchlichen „Vergewaltigungsprozesses“ gegen Gina-Lisa Lohfink und genießt seit dem gewisse mediale Berühmtheit in der Berliner Staatsanwaltschaft.

Mittlerweile 95% Sicherheit bei der Altersfeststellung

Tatsächlich sind Altersfeststellungen durch das Röntgen der Hand umstritten, Experten sprechen von einer Ungenauigkeit von plus-minus 15 Monaten. Kombiniert man aber verschiedene Röntgen-Untersuchungen und orientiert sich am Mindestalter, bekommt man mittlerweile fast exakte Gewissheit: „Wir liegen zu 95 Prozent richtig“, erklärt der führende Hamburger Rechtsmediziner Prof. Dr. Klaus Püschel, 65. Seiner Erfahrung nach sei mindestens die Hälfte aller untersuchten Flüchtlinge älter, als sie angeben.

Weil der Afghane bei der Flucht „seine Papiere verlor“, wurde bei der Einreise nach Deutschland als Geburtsdatum der 1. Januar 2004 – Geburtsort: Kabul – nach seinen Angaben festgelegt. Für den unbegleiteten Flüchtling wurde ein Caritas-Mitarbeiter aus der Asylindustrie als Vormund bestellt.

Mahdi A. – das afghanische Benjamin-Button-Syndrom bei Geflüchteten

Danach wird Mahdi A. wird immer jünger. Bei einem Termin mit seinem Caritas-Vormund beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gab er Ende September an, er sei nicht am 1. Januar, sondern am 9. Juni 2004 geboren. „Sein Vormund hat sich dabei nichts gedacht, da es ja nur um ein paar Monate ging“, so ein Caritas-Sprecher. Am 5. Dezember 2017 stellte ihm die Berliner Ausländerbehörde neue Papiere aus und änderte den Geburtsort in „Ghom“.

Berliner Staatsanwaltschaft stellt Verfahren ein – zur Belohnung „Erlebnispädagogik“

Noch während des Ermittlungsverfahrens flüchtete Mahdi aus seinem neuen Heim des Berliner Jugendhilfeträgers „ALEP e.V.“ – dort wurde er auf Steuerzahlerkosten im Einzelzimmer untergebracht und intuitiv pädagogisch von ausgebildeten Sozialhelfern und Psychologen betreut – denn ALEP steht für **A**ußerschulisches **L**ernen und **E**rlebnis**p**ädagogik.

Aus Mahdi wird Ahmad

Der KiFiKa-Afghane wohnt nun im schwedische Malmö. Dort hat er sich eine neue Identität zugelegt und nennt sich nun Ahmad M., am 9. Juni 2005 geboren – noch ein Jahr später, als er beim BAMF angab. Auch den dämlichen Schweden ist bei der fundierten „Altersfeststellung“ nicht aufgefallen, dass 12-Jährige Kinder in der Regel noch keine Oberlippenbärte tragen, nicht einmal in Afghanistan. Beruhigend zu wissen, dass die Berliner Behörden mit ihrer „grenzenlosen“ Blödheit nicht ganz allein auf der Welt dastehen.

Der Missbrauchs-Fall erinnert in vielen Punkten an „Hussein Khavari“. In Freiburg bezahlte der Kadavergehorsame Steuerpflichtige für die Unterbringung zweier multikrimineller MERKL-MUFL 8400 Euro monatlich! 4.200 € erhielt der private Jugendhilfeträger aus der Asylindustrie und 4.200 € (30 x 140€) erhielt die Pflegefamilie für Kost und Logis – eine Preisstruktur wie man sie eher von renommierten Grand Hotels kennt. Die Vergütung dürfte sich in der Großstadt Berlin mindestens im gleichen Rahmen bewegen.

Allerdings ein sehr hoher Preis für die sexuelle Schändung des eigenen Kindes durch ein importiertes Merkel-Ferkel. Laut Berliner Senatsverwaltung für Jugend habe man der Familie aufgrund der behördlichen „Missverständnisse“ jetzt therapeutische Unterstützung angeboten.

Der Missbrauchs-Fall erinnert in vielen Punkten an „Hussein Khavari“. Der angeblich minderjährige Afghane hatte nach eigenen Angaben als 14-jähriger bereits ein minderjähriges Mädchen im Iran vergewaltigt, bevor er einen Sexual-Mord sowie einen weiteren Mordversuch beging.

Innenministerium stoppt nach unzähligen Gewaltverbrechen den "Flüchtlings"-Nachschub Brandenburg: Zuzugsstopp – Cottbus macht Schluss!

pi-news.net/2018/01/brandenburg-zuzugsstopp-cottbus-macht-schluss/

January 20, 2018

Von JOHANNES DANIELS | „Herr, die Not ist groß – die Geister die ich rief, werd ich nun nicht mehr los“ – Cottbus zieht die Notbremse in der Flutung mit illegal Gestrandeten aus allen Teilen der Welt, welche die 100.000-Einwohner-Stadt derzeit in einen noch nie da gewesenen Strudel aus Kriminalität, Verwüstung und Entfremdung ziehen. Dahinter steckt ein klarer Kotau Cottbus' vor der mit 26,8 Prozent bei der letzten Bundestagswahl mittlerweile stärksten politischen Kraft: der AfD.

Shutdown the Shithole!

Seit September 2015 entwickelte sich Cottbus zum veritablen Shithole Brandenburgs – und das ist eher eine höfliche Untertreibung. Das Innenministerium des Landes Brandenburg hat aus diesem Grund am Freitag den Zuzug von sogenannten Flüchtlingen nach Cottbus gestoppt – AfD wirkt!

Aus der Zentralen Aufnahmestelle des Landes würden keine „Flüchtlinge“ mehr in die südbrandenburgische Stadt geschickt, teilte Innenminister Karl-Heinz Schröter, SPD, stolz mit. Die Bürger in der Stadt sind „aufgebracht“, wie die WeLT berichtet, die prekäre Stimmung wird von vielen als durchaus aufgeheizt bezeichnet. Wie lange der Zuzugsstopp gelten soll, ist unklar. „Bis auf Weiteres“, hieß es aus dem Ministerium.

Cottbus 2018 – Merkels Messer-MUFL auf „Schnitt und Tritt“

Am Mittwoch hatten zwei 15 und 16 Jahre alte Syrer nach einem „Streit unter Jugendlichen" einen 16-jährigen Deutschen in Tötungsabsicht mit einem Messer brutal verletzt: Zunächst hatte der polizeibekannte „Mohammed" vormittags eine Mitschülerin sexuell belästigt. Er hatte das Mädchen körperlich angegriffen, ihm das Handy weggenommen und der Ungläubigen mit dem Tode gedroht.

Am Nachmittag desselben Tages trafen Freunde der Attackierten an einer Tramhaltestelle vor dem Blechen Carré auf „Mohammed und Faisal". Letzterer stieß den Freund der Schülerin erst gegen eine Straßenbahn und stach dann mit seinem Messer zu. Der deutsche Schüler erlitt Schnittverletzungen an der Hand, am Bein und einen tiefen Schnitt an der Wange. Beinahe hätte das Messer die Halsschlagader verletzt. Blutüberströmt rettete er sich in das Shopping-Center, brach vor einem Laden zusammen und wurde auf die Intensivstation gebracht. Die jungendlichen „Geflüchteten" flüchteten, konnten dann aber gefasst und am Donnerstag sogar in Untersuchungshaft genommen werden – nachdem ein verantwortungsvoller Polizeibeamter die beinahe schon vertuschte Tat ins Internet gestellt hatte (*).

Respekt!

Für Aufsehen sorgte auch ein Angriff ein paar Tage zuvor von syrischen Flüchtlingen auf ein Ehepaar. Die 14, 15 und 17 Jahre alten Syrer verlangten am Eingang eines Einkaufszentrums den Vortritt und forderten von der 43-jährigen Frau, dass sie ihnen „Respekt bezeuge". Dann attackierten sie das Paar, einer der MERKL-MUFL-Orks zog dabei ein Messer. Die Innenstadt ist mittlerweile von sozialsubventionierten afro-arabischen Familien mit Kinderwagen und arabischen Männergruppen geprägt, Morde an deutschen Rentnern durch syrische „Schatz- und Schutzsuchende" kamen an die Öffentlichkeit – sogar der Cottbuser Oberbürgermeister war in allergrößter Sorge. Um den Ruf seiner Stadt natürlich. Und den Ruf seiner Shithole-Schützlinge, die Cottbus gerade im Nu zu einem solchen verwandelten.

Das Land Brandenburg hatte zuerst auf die Vorfälle reagiert, indem es mehr Polizeistreifen in die Stadt schickte. Zehn (!) Beamte mehr werden ab sofort die örtlichen Polizisten unterstützen, sagte ein Sprecher der Polizei Cottbus am Freitag. Zu dem „Maßnahmenpaket" zählen auch zivile Kräfte, der dauerhafte Einsatz von Videotechnik und eine verstärkte Zusammenarbeit der Polizei mit den Schulen.

Linke fordern mehr „Sozialarbeiter" für 3.400 „Geflüchtete"

Der Fraktionschef der Linken in der Stadtverordnetenversammlung, André Kaun, sagte, die zehn Polizisten schadeten nicht, er forderte aber mehr Sozialarbeiter. „In Cottbus leben inzwischen 8.000 Ausländer, darunter 3.400 Flüchtlinge, die übergroße Mehrheit sind Syrer", betont Stadtsprecher Jan Gloßmann. „Wir haben in kürzester Zeit einen überproportional hohen Zuzug verkraften müssen." Der Ausländeranteil stieg somit um stolze 400 Prozent in zwei Jahren.

Rot-Rot sieht rot in der Flüchtlingsfrage: Zuzugsverbot schon zweimal abgelehnt

Im vergangenen Jahr hat die Stadt deshalb zweimal eine Zuzugssperre für „Flüchtlinge" beim Land Brandenburg beantragt. Doch die rot-rote Landesregierung in Brandenburg lehnte ein solches Zuzugsverbot für Cottbus bislang aus „politisch-humanitären" Gründen ab. Sie war der Meinung, dass „die Stadt noch nicht an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt sei".

Cottbus ist mit 240 Millionen Euro verschuldet und hatte argumentiert, dass die Betreuung der Flüchtlinge viel Geld koste – Geld, das die Stadt nicht habe, obwohl die gigantische Steuerzufuhr für die „Schutzbedürftigen" sich immer großzügiger gestaltete. Es ist ein Fass ohne Boden – ein Tropfen im Ozean der bösartigen Gutmenschlichkeit gegen die steuerzahlende Bevölkerung.

Oberbürgermeister Kelch: Wir schaffen das – NICHT!

Innenminister Schröter hatte sich am Freitagvormittag mit dem Oberbürgermeister von Cottbus, Holger Kelch, CDU, getroffen und bei einem gut abgesicherten Rundgang durch die Stadt die Shithole-Gesamtsituation besprochen – die einzige Möglichkeit war der sofortige Ausknopf für die Invasorenflutung der von tausenden – teils multikriminellen – Heimsuchenden heimgesuchten Stadt. Nach den vielfachen Übergriffen und hunderten „Einzelfällen" kommt Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter nun der Forderung von Cottbus' Oberbürgermeister Holger Kelch –

„Wir schaffen das NICHT!“ – endlich nach. Weil die Zahl der Asylbewerber in der Lausitz-Stadt immer weiter wuchs – und mit ihnen die Auseinandersetzungen zwischen den „Flüchtlingen“ und der Bevölkerung, welche der CDU zunehmend den Rücken kehrt.
Kelch hofft nun, dass dieser Kelch an ihm vorüber ginge.

Cottbuser „Heimsuchung“ – Zuzugsstopp als einzige Möglichkeit

Das Problem der zuziehenden Zugezogenen aus den angrenzenden Landkreisen bestehe für die Stadt allerdings weiter, sagte Schröter. Weitere Kommunen in Brandenburg könnten daher bald folgen. „Wir hoffen, dass wir die Lage damit entspannen können”, sagte der Sprecher des dunkelroten Innenministeriums, Ingo Decker. Dem Cottbuser Stadtsprecher Jan Großmann zufolge zogen zuletzt viele „anerkannte Flüchtlinge“ aus anderen Landkreisen in die Stadt, die den örtlichen Behörden gar nicht bekannt seien. Damit habe niemand rechnen können.
Scharfe Kritik kam nicht ganz überraschend vom „Flüchtlingsrat Brandenburg“, der um seinen menschlichen Rohstoff und die Geschäftsgrundlage – die Masseninvasion von immer mehr illegalen Intensivversorgten – zittert: „Der Innenminister fischt hier offensichtlich am rechten Rand”, hieß es in einer Mitteilung der tödlichen Umvolkungsbeihelfer.

Nachtrag:

* Strafanzeige nach Mordversuch an deutschem Jugendlichen – gegen Cottbuser Polizisten!!
Die beinahe tödliche Messerattacke vom Mittwoch durch zwei syrische MUFL wird für alle Fälle ein strafrechtliches Nachspiel haben – und zwar gegen einen mutigen Cottbuser Polizisten, der die Tat ins Internet stellte, und so verhinderte, dass sie medial „tot geschwiegen“ wird – wie so viele ähnliche Messer-Attacken durch Mihigru-Intensivtäter in letzter Zeit. Recht zügig hat die brandenburgische Polizeidirektion einen Beamten aus ihren eigenen Reihen ermittelt, der nach der Messer-Attacke „interne Dienstgeheimnisse“ bei Facebook gepostet hatte.

Erfolgreiche Sonderkommission der Polizei … gegen Polizisten

Für die Aufklärung des „Falls“ (also der medialen Aufdeckung der Tat, nicht der syrischen Messer-Attacke) wurde laut Polizei in der Polizeidirektion Süd eine eigene Ermittlungsgruppe gebildet. Am Freitag nun verkündete die Polizei „ihren Ermittlungserfolg“ und verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass das Ermittlungsverfahren weiterlaufe und unverzügliche Disziplinarmaßnahmen gegenüber dem AfD-nahen „Polizisten-Maulwurf“ eingeleitet werden.
Der Sprecher der Brandenburger Polizei, Torsten Herbst: „Wir treiben das Verfahren gegen den Beamten weiter voran. Die Ermittlungsgruppe bestehe daher weiter“, kündigte Herbst an. Es klingt wie eine unheilvolle Merkel-Maas-Drohung gegen seine aufrechten Kollegen an der Cottbuser Verbrechensfront.

Kampagne "120 Dezibel" gegen importierte Gewalt Video: Frauen wehrt euch!

pi-news.net/2018/01/video-frauen-wehrt-euch/
January 30, 2018

An Frauen und diesmal nur an Frauen: 120 Dezibel ist die Lautstärke eines handelsüblichen Taschenalarms, den heute viele Frauen bei sich tragen. 120 Dezibel ist der Name des Aufschreis gegen importierte Gewalt. Machen Sie mit und erzählen sie unter #120db von

Ihren Erfahrungen mit Überfremdung, Gewalt und Missbrauch. Werden Sie Teil der Aktion und machen Sie Ihre Stimme laut!

Emotionale Rede Frauendemo in Kandel: Eine Mutter bricht das Schweigen

pi-news.net/2018/01/frauendemo-in-kandel-eine-mutter-bricht-das-schweigen/
January 30, 2018

Eine Mutter möchte nicht länger Opfer sein. Sie wehrt sich mit einer bewegenden Rede auf der Frauendemo in Kandel, ausgerichtet vom „Frauenbündnis Kandel“ am Sonntag, den 28. Januar 2018. Wir dokumentieren ihre Rede als Video und nachfolgend als Text:

Hallo an alle Mitmenschen die sich heute hier aus einem sehr wichtigen Grund versammelt haben; nämlich für die Sicherheit von Frauen und Kindern in unserem Land einzustehen. Ich bin heute unter anderem hier, um von einer leider persönlich erlebten Geschichte zu erzählen. Im Juli letzten Jahres wurden meine Tochter und ich von mehreren Personen angegriffen.

Meine Familie und ich feierten den Geburtstag meiner Mutter im kleinen Rahmen in einem Biergarten. Ich beobachtete zunächst, dass meine Kinder auf dem dortigen Spielplatz spielten.

Meine dreijährige Tochter spielte mit Ihrem mitgebrachten Spielzeug im Sandkasten, als eine Frau mit ihrem Kind dazukam. Diese nahm meiner Tochter rücksichtslos ihr Spielzeug aus der Hand, um es ihrem Kind zu geben. Als sich das Vorkommnis wiederholte und meine siebenjährige Tochter zu ihrer mittlerweile schluchzenden kleineren Schwester kam, um sie zu trösten, wurde sie von der Frau mit üblen Beschimpfungen überhäuft.

Ich ging hinüber, um die Situation zu beruhigen. Dort angekommen wurde ich in gebrochener Sprache darauf hingewiesen, dass meine Tochter ihr Spielzeug herauszugeben habe. Ich erwiderte, dass die Kinder gemeinsam mit dem mitgebrachten Spielzeug spielen könnten und sagte, dass ich die vorangegangene Vorgehensweise unmöglich finde. Augenblicklich prallten mir Sätze und Worte wie „Das sagst Du nur, weil ich Ausländer bin.“, „Nazi“ und „Rassist“ entgegen.

Ich stand auf und begann das Spielzeug meiner Tochter einzusammeln, um zu gehen, als ich von hinten einen ersten „Rempler“ an meiner linken Schulter verspürte, der mich fast zu Boden brachte. Daraufhin ging ich auf die Mutter zu und sagte, dass es nun genug ist. Ich bemerkte, dass nun viele der übrigen Biergartenbesucher auf das Geschehen aufmerksam wurden; und auch, dass zwei Männer und eine weitere Frau, offensichtlich Angehörige der mich angreifenden Person, zu uns kamen. In diesem Moment traf mich eine Faust in meinem Gesicht.

Einer der Männer, der mittlerweile das Kind der Frau auf dem Arm hatte, ließ selbiges mit einer ausladenden Bewegung in den Sandkasten fallen, um mich sodann an meinen Haaren im Nacken zu packen. Ich hörte meine Kinder panisch schreien und rief, dass sie zu ihrem Papa laufen sollen.

Der Mann schleuderte mich ohne ein einziges Mal loszulassen; ich weiß nicht wie oft – sehr oft – Richtung Boden und wieder nach oben. Mittlerweile benommen und schwindelig

nahm ich wahr, wie mein Mann und mein Bruder eintrafen. Nach einem lauten Wortgefecht ließ der Angreifer von mir ab. Er spuckte vor uns auf den Boden und fluchte in seiner Sprache.
Noch am Boden rief ich die Polizei an. Meine Kinder bückten sich zu mir, weinten und sagten mir, dass ich im Gesicht blute. Die Angreifer standen nun, zurückgedrängt durch meine Familie, einige Meter entfernt, um ihre Sachen vom Tisch zu holen und zu flüchten. Fast alle übrigen Besucher des Biergartens schienen sich vermeintlich nicht weiter für den Vorfall zu interessieren. Einige tuschelten oder sahen verstohlen weg. Noch immer benommen stand ich auf und schlich gemeinsam mit meinem Bruder, den sich schnell entfernenden Personen hinterher, um einen Hinweis zur Fluchtrichtung an die Polizei geben zu können.
Auf der Straße eskalierte die Situation erneut. Der Mann, der mich vorher verletzt hatte, spuckte in meine Richtung und traf mich und meinen Bruder. Alle Personen fluchten teils auf Deutsch, teils in einer anderen Sprache, die ich nicht verstand*.*
Ich hörte Äußerungen wie „Scheiß Deutsche", „Auf der Straße herrschen andere Gesetze.", „Die Straße gehört uns!", „Bastard" und „Ich spucke auf die Polizei."
Wir zogen uns zurück und die Angreifer flüchteten in ihrem Auto, dessen Kennzeichen noch fotografiert werden konnte.
Resultat des Ganzen:
– ein Schädel-Hirn-Trauma
– ein blaues Auge mit Risswunde am unteren Lid
– zwei Bandscheibenvorfälle an der Halswirbelsäule, welche bis heute Probleme bereiten
– büschelweise verlorene Haare.
Das Schlimmste aber war, dass meine siebenjährige Tochter sowie meine dreijährigen Zwillinge mit ansehen mussten, wie ihre Mutter verprügelt wurde. Nachdem sie den ersten Schock am Tag des Geschehens überwunden hatten, folgten einige Nächte mit teils massiven Alpträumen.
Jetzt sehe ich hier heute Menschen (Gegendemo), die für „Menschlichkeit" und gegen „Hass" demonstrieren. Und ich frage mich: WO ist die Menschlichkeit zu Hause und WO wohnt der Hass?
Ist es nicht so, dass wir diese Menschen herzlich aufgenommen haben und jeden Tag einen großen Teil unseres Verdienstes abgeben?
Mit welchem Recht spricht man uns also dann unsere Menschlichkeit ab und unterstellt uns Hass?
Weil wir hier für die Sicherheit unserer Kinder stehen? Ist es nicht so, dass wir uns alle längst – bewusst oder unbewusst – der Gefahr angepasst haben?
Geht Ihr Frauen nach Einbruch der Dunkelheit nach wie vor vorbehaltlos und ohne bestimmte Vorkehrungen aus dem Haus? Habt Ihr ein gutes Gefühl, wenn eure Kinder nach Einbruch der Dunkelheit nicht zu Hause sind?
Ich kann beobachten, dass zentrale Plätze in kleineren Gemeinden, die Innenstädte und Parks, sobald es dunkel wird, zunehmend wie ausgestorben sind. Addiert mit den Gesprächen mit Bekannten und Freunden, die hinter vorgehaltener Hand das Gleiche denken und erzählen – es aber niemals offen sagen würden – ergibt sich mir ein klares Bild.
Es gibt aber auch noch Mütter da draußen, die nach wie vor auf die Sicherheit ihrer Kinder vertrauen. Auch das höre ich. Ich halte das für einen unter Umständen fatalen Fehler! Nach jeder Körperverletzung, nach jeder Vergewaltigung und nach jedem Mord wird uns mit fadenscheinigen Argumenten weiteres Verständnis abgerungen!

MEINES IST ERSCHÖPFT! Ich möchte keine Umwelt, in der ich als Mutter ständig um meine Kinder bangen muss, sobald sie aus dem Haus sind! Ich möchte eine Umwelt, in der ich mich möglichst gefahrlos – auch nach Einbruch der Dunkelheit – auf der Straße bewegen kann.
Ich möchte eine Umwelt, in der man nicht ständig als Rassist betitelt wird, nur weil man die Wahrheit spricht! Ich möchte eine Umwelt, in der eben nicht der Hass regiert!
Ich fordere deshalb folgende Konsequenzen:
– eine unbedingte Altersfeststellung bei minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlingen
– kein Recht auf Asyl nach Begehen einer Straftat
– eine kompromisslose Strafverfolgung ohne Verfahrenseinstellungen wegen mangelnder Kapazitäten
…denn so ist es Anfang Dezember in meinem Fall passiert!

» Sezession: Frauenbündnis in Kandel – [ein Interview]

https://www.n-tv.de/panorama/Gutachter-schaetzen-Verdaechtigen-aelter-article20296925.html
Tuesday, 20. February 2018

Gewaltsamer Tod von Mia Gutachter schätzen Verdächtigen älter

Die Tötung der 15-Jährigen Mia in Kandel hat vor acht Wochen deutschlandweit Entsetzen und Diskussion ausgelöst. Jetzt sind sich Gutachter sicher: Der Verdächtige war älter als angegeben. Zur Tat schweigt er weiter.
Der mutmaßliche Täter im Aufsehen erregenden Tötungsfall von Kandel ist älter als bisher angenommen, kann aber voraussichtlich nach Jugendstrafrecht verurteilt werden. Ein Sachverständiger stellte bei dem Ex-Freund des getöteten Mädchens Mia ein absolutes Mindestalter von 17 Jahren und sechs Monaten fest. Wahrscheinlich sei der afghanische Flüchtling aber etwa 20 Jahre alt, teilte die Staatsanwaltschaft Landau mit. Der afghanische Flüchtling gilt dem Gutachten zufolge nicht als Erwachsener im strafrechtlichen Sinn. Bei der Untersuchung seien auch Röntgenaufnahmen von Hand, Gebiss und Schlüsselbeinen angefertigt worden.
Mia wurde am 27. Dezember in einem Drogeriemarkt in Kandel erstochen. Der mutmaßliche Täter war offiziellen Angaben zufolge bei der Tat ebenfalls erst 15 Jahre alt - der Vater des Opfers hatte Zweifel daran geäußert.

Verdächtiger schweigt

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft schweigt der Verdächtige weiter zur Tat und sitzt nach wie vor in Untersuchungshaft. Die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen. "Neben der Vernehmung von Zeugen dauert insbesondere die Auswertung der bei dem Beschuldigten sichergestellten Mobiltelefone an", erklärten die Ermittler.
Der junge Mann war als Flüchtling nach Deutschland gekommen, sein Asylantrag wurde nach Angaben der Ermittler im Februar 2017 abgelehnt. Zugleich sei aber

ein Abschiebungsverbot nach dem Aufenthaltsgesetz festgestellt worden. Er war mehrere Monate mit der 15-Jährigen zusammen, bis diese Anfang Dezember Schluss machte und ihn Mitte Dezember anzeigte - wegen Beleidigung, Nötigung, Bedrohung und Verletzung persönlicher Rechte.
Quelle: n-tv.de

"Allah befahl mir die Tat" - Staatsanwaltschaft: "Nicht religiös motiviert" Regensburg: Prozessbeginn für jordanischen Messerstecher-Moslem

pi-news.net/2018/01/regensburg-prozessbeginn-fuer-jordanischen-messerstecher-moslem/
January 31, 2018
Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der jordanische „Schutzsuchende“ Mohammad Y. rammte am 29. März des vergangenen Jahres am Regensburger Kassiansplatz unvermittelt und völlig grundlos sein Messer einem Bürger in den Rücken, der gerade mit seiner Freundin beim Spazierengehen war (PI-NEWS berichtete). Bei dem jetzt beginnenden Prozess gegen den frommen Islam-Krieger wurde festgehalten, dass er bei der polizeilichen Vernehmung damals aussagte, Allah habe ihm die Tat befohlen.
Normalerweise hätten bei den ermittelnden Behörden daraufhin die Dschihad-Alarmglocken schrill läuten müssen. Aber wie der Bayerische Rundfunk und die Süddeutsche Zeitung berichten, haben die polizeilichen Einsatzkräfte aufgrund dieser Aussage einen „möglichen Terrorakt ausgeschlossen“ und die Staatsanwaltschaft in der Tat allen Ernstes „kein religiöses Motiv“ erkannt.
Deutschland befindet sich in Bezug auf den Islam in der staatlich verordneten Zwangsjacke, dass Terror auf keinen Fall etwas mit der angeblichen „Religion des Friedens“ zu tun haben darf. Der BR meldet:
Der Angreifer war ein heute 24-jähriger Jordanier, der jetzt vor Gericht steht. Der Asylbewerber leidet unter Schizophrenie. Bei seiner Festnahme gab er an, dass Gott ihm die Tat befohlen habe. Daher konnten die Einsatzkräfte einen möglichen Terrorakt schnell ausschließen.
Erstens hat ihm den Angriff nicht „Gott“, sondern „Allah“ befohlen. Es ist ein Unding, den islamischen Kriegsfürsten mit dem gleichen Begriff zu besetzen wie den christlichen nächstenliebenden Gott. Zweitens leidet der jordanische Mohammedaner nicht an „Schizophrenie“, sondern an einer Überdosis Koran. Drittens haben wir es mit einem klaren Fall von Islamterror zu tun, wenn dem Moslem nach eigener Aussage das Töten von Allah befohlen wurde. Schließlich ist dies im Koran auch an 27 verschiedenen Stellen als wortwörtlicher zeitlos gültiger Befehl des islamischen „Gottes“ festgehalten. Unfassbar, dass die Einsatzkräfte einen Terrorakt ausschlossen.
Die lächerliche Schmierenkomödie wird durch die Staatsanwaltschaft komplettiert, die es doch tatsächlich schafft, trotz eines göttlichen Befehls der Tat das religiöse Motiv abzusprechen. Die SZ berichtet:

Bei der Polizei soll Mohammad Y. „wirre Aussagen“ gemacht haben. „Dass eine Stimme zu ihm gesprochen“ und dass „Gott ihm das befohlen“ habe, sagen Polizisten, die als Zeugen vor Gericht geladen sind. Ein religiöses Motiv sieht die Staatsanwaltschaft darin offenbar nicht.
Auch hier wird wieder einmal versucht, den zweifellos vorhandenen Islamterror als „Schizophrenie“ wegzuretouschieren. So auch hier. Auf diese Weise kann man sich am einfachsten vor der Beschäftigung mit den wahren Ursachen drücken:
Sie legt Mohammad Y. versuchten Mord zur Last, hält ihn aber für schuldunfähig, wegen Schizophrenie. Nach allem, was bekannt ist, war es die Tat eines psychisch kranken Mannes. Die Krankheit sei auch der Grund, dass Mohammad Y. „nicht in der Lage ist, etwas zu sagen“. Vielleicht später, aber nicht heute, nicht am ersten Prozesstag, sagt sein Anwalt. Während Mohammad Y. stumm dasitzt und sein Blick auf dem Fußboden klebt, spricht das 28-jährige Opfer über den Tag, der sein Leben verändert hat.
Während sich der Asylbewerber in der typisch moslemischen Opferrolle suhlt und sein Anwalt versucht, mit einer Pseudo-Krankheit ein möglichst mildes Urteil herauszuschlagen, leidet das wirkliche Opfer dieser feigen hinterrücksen Attacke noch heute. Der 28-jährige Regensburger sagte im Gerichtssaal aus, dass er mit dem Atmen Probleme habe, wenn er lange rede, denn der Stich hat seine Lunge verletzt. Drei Monate war er nach dem Dschihad-Angriff krankgeschrieben. Die Schmerzen in der Brust habe er noch heute, er könne sich schwer konzentrieren und ist in psychologischer Behandlung.
Der Regensburger Bürger wurde das Ziel eines typisch islamischen Messer-Dschihad-Angriffs, wie er auch vom Islamischen Staat gefordert wird und der jordanische Moslem gehorsam befolgte: „Tötet die Ungläubigen. Nehmt, was Ihr zur Verfügung habt, ein Auto, eine Waffe oder ein Messer“.
Der Jordanier hat die Stimme Allahs gehört, die im Koran zu ihm spricht, was ihn zusammen mit den IS-Anweisungen zu diesem Mordversuch mit dem Messer veranlasste. Genauso wie der mohammedanische Edeka-Messerstecher in Hamburg, der vor Gericht klipp und klar aussagte, dass er so viel Christen wie möglich töten wollte. Jeder Moslem, der einen tiefen Blick in den Koran wirft und die darin befindlichen Tötungsbefehle, die Menschenverachtung gegen Christen, Juden und alle anderen Andersgläubigen sowie die ultimativen Aufforderungen zum Kampf bis zum Endsieg in sich aufnimmt, ist ein potentieller Terrorist. Jeder Moslem aus islam-fundamentalistischen Ländern, der diese Grundlagen in seinem Kopf hat und unsere Grenzen überschreitet, ist ein potentielles Sicherheitsrisiko für die deutsche Bevölkerung.
Es ist geradezu ein Verbrechen gegen das eigene Volk, dass die regierende Politik den Islam quasi als Dogma zu unserem Land zugehörig betrachtet und in einer geradezu stoischen Hartnäckigkeit als „friedliche Religion“ darzustellen versucht. Und so ignorieren es die deutschen Behörden aufgrund der vorgegebenen Denklinie geradezu zwanghaft, dass wir mit einer hochaggressiven politischen Ideologie im Deckmantel einer „Religions“ konfrontiert sind, deren menschenverachtendes faschistisches Wesen zu Gewalt und Mord führt.
Wenn der Islam jetzt nicht endlich tabulos in die kritische öffentliche Diskussion gerät und anschließend die entsprechenden durchgreifenden Maßnahmen ergriffen werden, wird es noch hunderte, wenn nicht tausende weitere deutsche Verletzte und Tote auf den Straßen geben. Wobei wir noch gar nicht von apokalyptischen Terror-Anschlägen in der Größenordnung von 9/11 sprechen, die künftig auch mit radioktiven Bomben oder chemischen Waffen ausgeübt werden könnten. Allahs Befehl zum Sieg des Islams über die Ungläubigen dürfte in zehntausenden Schläfern ticken..

„Linker Pimmeltürke" am „Rechts der Isar“ „Pfleger-Notstand“: Schon wieder Vergewaltigung in Münchner Krankenhaus

pi-news.net/2018/02/pfleger-notstand-schon-wieder-vergewaltigung-in-muenchner-krankenhaus/

February 6, 2018

"Pflege-Kraft" Tacin C., 59, am Montag vor dem Landgericht München.

Von MAX THOMA | Wie krank ist das denn? Vor dem Landgericht München wird seit Montag eine weitere Vergewaltigung an einem Münchener Krankenhaus durch Zuwanderer verhandelt. Gegen Krankenpfleger Tacin C., 59, wurde nach Überprüfung der DNA-Spuren ermittelt, eine 52-jährige Patientin am ehemals renommierten Klinikum „Rechts der Isar“ mit einem Sedativum betäubt, auf eine Toilette gebracht und dort brutal vergewaltigt zu haben. Später brachte er die Frau wieder in ihr Bett auf der neurologischen Station zurück.

Als die Münchner Erlebende am nächsten Morgen aufwachte, klagte sie über erhebliche Schmerzen im Unterleib. Die Tochter wurde misstrauisch und informierte selbst die Polizei, seitens des Krankenhauses war man eher zurückhaltend mit „Mutmaßungen“ – der gute Ruf! Die Gerichtsmedizin fand daraufhin Spermaspuren beim Opfer, die dem türkischstämmigen „Pfleger“ Tacin C. zugeordnet wurden.

Die Klinik kündigte dem Pfleger sofort – der türkischstämmige Zuwanderer arbeitete bereits seit Jahren als einfühlsamer „Krankenpfleger“ im Klinikum. Die Staatsanwaltschaft wirft Tacin C. neben Vergewaltigung auch Missbrauch eines Behandlungsverhältnisses vor. Zum Prozessauftakt schwieg der angeklagte Unterleibsbereicherer vom Bosporus – er wollte sich weder zu der ihm vorgeworfenen Tat noch zu seiner Person äußern, wie sein Verteidiger erklärte.

Tacin C. – der Krankenpfleger Ihres Vertrauens. Wieviele Opfer gibt es noch am „Rechts der Isar“?

Für den Prozess sind vier Verhandlungstage angesetzt. Rechtsanwältin Antje Brandes, die das Opfer vertritt: „Meine Mandantin ist schwer traumatisiert durch den Vorfall. Er hat Auswirkungen auf ihr ganzes Leben, ihren Beruf, ihre Partnerschaft. Sie hat seit der Tat Angst vor dem Einschlafen.“

Nymphenburger Klinik – Zuwanderer vergewaltigt zwei Patientinnen, 82 und 90!

Immer wieder kommt es seit einem Jahr zu noch nie da gewesenen Vergewaltigungsstraftaten an Münchner Krankenhäusern: Im August kam es im High-Class-Krankenhaus Neuwittelsbach in Nymphenburg-Neuhausen zu zwei schweren sexuellen Übergriffen an Seniorinnen (82 und 90) durch einen unkontrollierten Zuwanderer. Der Täter wurde dabei durch Zufall ermittelt: Vier Tage nach den unfassbaren Taten meldete sich ein Münchner bei der Polizei und gab an, dass er den Verdächtigen vermutlich identifiziert habe.

Er hatte seine Schwiegermutter im Krankenhaus Neuwittelsbach besucht und war dabei, als diese von Polizisten befragt wurde. Dabei zeigten sie der Frau Bilder aus einer Überwachungskamera des Krankenhauses, auf denen der Triebtäter zu sehen war. Kurz danach erkannte der Zeuge den Vergewaltiger im übersichtlichen Nobel-Viertel

Nymphenburg eindeutig. Der 51-Jährige verfolgte und fotografierte dabei den Täter. Als der Verdächtige in einem Haus verschwand, alarmierte der Zeuge die Polizei.
Alltag an Münchner Gerichten – in der „Hauptsache“ Zuwandererkriminalität.

Schwabing: Süleyman D. – Englischer Garten: Murad A.

Trotz der vielen durchaus gut integrierten Türken in München sind die festgenommenen Vergewaltiger in letzter Zeit auffallend oft türkisch-stämmig, jedoch noch nicht so lange hier lebend – neben den sonstigen Münchener Vergewaltigungen durch Iraker, Afghanen, Somalier, Eritreer und „Syrer“.
Auf der Toilette der Ludwig-Maximilians-Elite-Universität verging sich „Süleyman D.“ am helllichten Tag an einer 25-jährigen Studentin. Kräftemäßig hatte sie keine Chance. „Er drückte mich auf den Mülleimer, mein Arm lag auf dem Rand. Ich hörte, wie der Knochen brach und schrie laut auf. Doch er machte weiter.“ Er begann sie zu nötigen. „Ich hatte starke Schmerzen. Mein letzter Ausweg war, in seine Hand zu beißen. Aber er reagierte nicht, sondern keuchte nur.“ Brutal drückt der Täter die Studentin auf den Boden und vergewaltigt sie. „Ich konnte mich nicht mehr bewegen und schrie um Hilfe. Da drückte er mir die Hand auf Mund und Nase. Ich bekam keine Luft mehr und dachte, ich muss sterben.“ Gegen Süleyman D. wird zudem wegen einer weiteren Vergewaltigung ermittelt.

2017: Joggen im Englischen Garten nur noch zu zweit mit „Tierabwehrspray“ + 120dB

Im Dezember 2016 wurde in Bogenhausen nahe der Emmeramsmühle eine Münchner Joggern überfallen, brutal vergewaltigt und fast ermordet. Die bewusstlose Frau kam noch einmal zu sich, andernfalls wäre sie in dieser Frostnacht mit Sicherheit erfroren. Ihr Vergewaltiger Murad A. (27) kam im Oktober 2015 als „Schutzsuchender“ mit Familie und Baby mit den großen Flüchtlingsströmen aus Österreich nach Bayern. Bei seiner Einreise gab Familienvater Murad A. (27) an, Syrer zu sein. Der Asylbewerber gab dann an, türkischer Staatsbürger zu sein. Inzwischen bezeichnet er sich als Kurde, der in der Oststürkei politisch verfolgt worden sei.

Polizei: Adresse des Vergewaltigers „aus Rücksicht auf seine Frau“ verschwiegen

Die Familie zog zunächst in eine Asylbeweberunterkunft in Rosenheim. In diese Zeit fiel die erste Vergewaltigung der Rosenheimer Spaziergängerin im November 2015. Nur wenige Tage später wurde der Familie eine Asylbewerberunterkunft im Münchner Osten zugewiesen. Die Adresse gab die Polizei mit Rücksicht auf die Frau und die beiden Kinder nicht bekannt. Der Vergewaltiger war mit drei verschiedenen Sozialsystems-Identitäten unterwegs, was die Arbeit der Polizei erschwerte.
Wie die Münchner Polizei dem 27-jährigen „Pimmeltürken“ auf die Schliche kam, ist ein seltener Zufall: In die Lagerhalle seines türkischen Arbeitgebers stiegen am Morgen des 14. Dezember 2016 zwei Räuber ein und nahmen einem Mitarbeiter im Büro mit Gewalt 1300 Euro ab. Beamte sicherten am Tatort verschiedenste DNA-Spuren – zufällig auch von den Mitarbeitern. Beim Abgleich der DNA-Spuren aus dem Raubüberfall mit anderen ungeklärten Fällen wurde der asylsuchende Familienvater dann überführt.
Früher trugen die hübschen Münchnerinnen „Channel“ in ihren Handtaschen, heute nur noch eine gepfefferte Ladung Tierabwehrspray und 120db-Taschenalarm gegen die importierten Merkel-Orks.
PS: Das Video „Frauen wehrt Euch – #120db“ hat bereits 63.000 Aufrufe auf YouTube und über 800 Kommentare! Es wird langsam gefährlich für das Merkel-Regime. Natürlich wurde es umgehend auf Facebook gesperrt – hier ist es:

Händelsuchend“ in der Händelstadt … Bahnhof Halle: „Ich töte Euch!“ – Merkel-Ork attackiert Reisende

pi-news.net/2018/02/hauptbahnhof-halle-ich-toete-euch-merkel-ork-attackiert-reisende/
February 6, 2018
Ort der Ork-Attacke - Hauptbahnhof Halle.
Von JEFF WINSTON | Orientalische Folklore in der schönen „Händelstadt“ Halle. Ein 25-jähriger „Mann“ ist am Hauptbahnhof Halle ausgerastet und wahllos auf Reisende und Mitarbeiter der Bahn losgegangen. Als man ihn unschädlich machen wollte, drohte er mit Mord.
Am Sonntag belästigte der bislang unbekannte Gast des Steuerzahlers gegen 13 Uhr in der Haupthalle des Bahnhofs Reisende und schrie sie in unverständlicher Sprache an. Wie die Bundespolizei mitteilte, habe er sich den Personen gefährlich genähert und diese physisch attackiert.

„Platzverweis“ entfacht die Gewalt: „Ich töte Euch“

Die Beamten sprachen ihm sodann einen Platzverweis aus, dem der 25-Jährige zwar erst folgte, sich jedoch danach umdrehte und Koran-konform rief: „ICH TÖTE EUCH“. Er machte Stichbewegungen gegen die Körper der Bahnmitarbeiter – aus jüngsten Erfahrungen durchaus ernst zu nehmen.
Der importierte Merkel-Ork wurde vorläufig festgenommen, wehrte sich jedoch weiter mit Faustschlägen. Am Vormittag war er schon ohne Bahnticket von Leipzig nach Halle gefahren. Der junge Mann muss sich wegen des Erschleichens von Leistungen, Beleidigung, Bedrohung und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte verantworten. Nach Aufnahme der Personalien wurde der Morddrohende wieder auf freien Fuß gesetzt, er soll „psychisch verwirrt“ sein, also nicht straffähig. Zur konkreten Nationalität wollte die Polizei noch keine Aussage treffen.

Bahnhof Halle: „Ich knall Euch ab“

Immer wieder kommt es im Bereich des Hauptbahnhofs Halle zu körperlichen Auseinandersetzungen. Jugendliche wurden vor Monaten aus einer anderen Gruppe heraus mit ehrverletzenden Worten beleidigt und mit „ich knall Euch ab“ bedroht. Zudem schubsten die Täter die jungen Männer, schlugen sie mit der Faust ins Gesicht und anschließend gemeinschaftlich auf sie ein. Die Bundespolizei konnte vor Ort zwei der Täter stellen, 15 und 17 Jahre alt. Ihre Personalien wurden aufgenommen.

Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt Halle: Einer von 100!

Vor einem Jahr wurde in Halle mit einem großen Medienecho ein Projekt gestartet, um „Flüchtlinge“ fit für eine Ausbildung im Unternehmen zu machen. Selbst Ministerpräsident Reiner Haseloff, CDU, war zum Startschuss an die Saale gekommen. Doch das Projekt ist gescheitert. Von 100 „Flüchtlingen“ ist gerade mal *einer* übrig geblieben.

Großer Bahnhof mit Ministerpräsident Haseloff (3.v.l.) für 100 syrische Facharbeiter in Halle – Einer blieb übrig …

Ursprünglich wollte die Baufirma Papenburg hundert neue Betonwerker, Baumaschinisten und Bauhelfer ausbilden. Nun hat man noch einen einzigen syrischen „Flüchtling“, der eine Ausbildung zum Industriekaufmann absolviert. Alle anderen

bekamen Kurse bei Bildungsträgern und sind nicht mehr erschienen. Warum auch? In den Kursen sollte die Kompetenz der „Flüchtlinge“ festgestellt werden. Ziel sollte es sein, dass die „Flüchtlinge“ zumindest ein Sprachniveau von B2 erreichen. Doch selbst hier fielen zahlreiche „Flüchtlinge“ durch. Hochqualifizierte „Flüchtlinge“ aus Syrien sind laut Arbeitsagentur selten unter den „Flüchtlingen“. Zumeist kommen diese aus den sogenannten Mahgreb-Staaten in Nordafrika sowie aus Afghanistan. Viele von ihnen hätten nur drei Jahre die Schule besucht, teilweise waren sie sogar nie in der Schule.

Irrer Syrer entführt Linienbus in Halle

Erst letze Woche begann in Halle der Prozess gegen den irren Messer-Syrer Kaniwar O., der einen Linienbus samt Insassen quer durch Halle zu einer „salafistischen Spielothek“ (Las Vegas) entführte. Weil er kein Taxi bezahlen wollte, schleuderte Kaniwar O. zunächst einem Pkw eine Schnapsflasche entgegen und wollte diesen so zum Halten bringen – die Beifahrerin wurde dabei erheblich am Kopf verletzt. Der Busfahrer des entführten Linienbusses erlitt einen Schock und wurde kurz darauf von seinem Arbeitgeber fristlos entlassen. Halle in Zeiten der Umvolkung – um mit Georg Friedrich Händel zu sprechen: „Halle-luja“ bzw. „Dimmi, o mio cor“ (HWV 106)

PI-NEWS-Autor JEFF WINSTON ist Bewunderer von Georg Friedrich Händel – ihm liegt daher dessen schöne Geburtsstadt Halle sehr am Herzen. Händel lebte übrigens mit Guitar-Hero Jimi Hendrix Tür an Tür in einem Haus in der Brook Street 25 in Mayfair. Allerdings leicht zeitversetzt.

+++ Wandere aus, solange es noch geht! +++

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Kitzingen: Afghanen begrapschen Mädchen im Schwimmbad

pi-news.net/2018/02/kitzingen-afghanen-begrapschen-maedchen-im-schwimmbad/

In einer Wildwasserbahn wurden die Mädchen von den Afghanen begrapscht (Symbolbild).

Kitzingen: Am Samstagnachmittag sind zwei Mädchen in einem Schwimmbad von drei Männern unsittlich berührt worden. Der Vorfall hatte sich im Wildwasserkanal des Außenbereiches abgespielt. Die Mädchen wendeten sich an einen Badegast, der den Bademeister verständigte. Nachdem der Bademeister die Tatverdächtigen ausfindig gemacht hatte, verständigte er die Kitzinger Polizei. Die Freundinnen im Alter von 12 und 14 Jahren schwammen gegen 17:25 Uhr durch den Wildwasserkanal im Außenbecken. Dabei berührten die drei Männer im Alter von 20, 18 und 17 Jahren sie mehrfach unsittlich. Die Mädchen vertrauten sich kurz nach der Tat einem Badegast an, welcher die Tat teilweise gesehen hatte.

Nach der Verständigung des Bademeisters und der Kitzinger Polizei nahmen die Beamten die drei Tatverdächtigen afghanischer Herkunft vorläufig fest und brachten sie zur Dienststelle. Die jungen Männer wurden vernommen und nach Abschluss weiterer polizeilicher Maßnahmen wieder entlassen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017/2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".
Frauen und Mädchen, wehrt euch! Unterstützt die patriotische Frauenrechtsbewegung „120 DEZIBEL", mehr dazu auch im nachfolgendem Video:
Am 17. Februar findet in Berlin unter dem Motto „Wir sind kein Freiwild,…Nirgendwo!" ein „ Marsch für Frauen zum Kanzleramt" statt, welcher von der Ex-Muslima und AfD-Politikerin Leyla Bilge.
Gera: Zur unten angeführten sexuellen Belästigung konnte ein Tatverdächtiger ermittelt werden. Es handelt sich um einen 19-jährigen Mann (äthiopisch). Die Ermittlungen im Fall dauern an. Anzeige wegen Sexueller Belästigung Gera – Am Sonntag (21.01.2018) befand sich eine 18-jährige Frau zu Fuß im Bereich Stadtgraben un weiter in Richtung Greizer Straße. Hier soll sie von einem Unbekannten angesprochen und in der Folge unsittlich berührt worden sein. Die junge Frau beschrieb den ausländischen Unbekannten als einen Mann im Alter von circa 20 Jahren mit brauner (nicht schwarzer) Hautfarbe, schlanke Statur und einer Größe von circa 176cm. Der Unbekannte hatte lockige Haare und trug zum Tatzeitpunkt eine dunkelfarbene Kapuzenjacke und eine dunkelfarbene Hose.
Erlangen: Mutmaßlich ein und derselbe Exhibitionist hat am frühen Dienstagabend (23.01.2018) mehrere Frauen in der Wichernstraße belästigt. Die Kriminalpolizei Erlangen bittet um Zeugenhinweise. Gleich dreimal zeigte sich der noch unbekannte Täter in der unmittelbaren Nähe eines Studentenwohnheims. Er trat zwischen 18:30 Uhr und 19:15 Uhr auf und wird wie folgt beschrieben: Scheinbares Alter 20 bis 25 Jahre, 170 bis 175 cm groß, schlanke Statur, ausländisches Aussehen, dunkle kurze Haare, dunkle Augen, keine Brille.
Neu-Ulm: Eine 82-jährige Frau befand sich gestern Vormittag gegen 09:20 Uhr am Ludwigsfelder Naherholungsgebiet und ging dort spazieren. Hierbei wurde sie von einem Unbekannten angesprochen und nach dem Weg gefragt. Nachdem sie ihm Auskunft erteilt hatte setzte sie ihren Spaziergang fort, stellte allerdings nach wenigen Metern fest, dass ihr der Unbekannte folgte, die Hose herunter gelassen hatte und sein Glied vorzeigte. Nachdem die Frau die Polizei verständigte, fahndeten mehrere Streifebesatzungen intensiv nach der Person. Die Ermittlungen aufgrund Exhibitionistischer Handlungen dauern an. Der bislang unbekannte Täter ist ca. 30 Jahre alt, 170 cm groß und hatte ein südländisches Aussehen. Er war mit grüner Arbeitskleidung und einer schwarzen Wollmütze bekleidet.
München: Am Mittwoch, 24.01.2018, gegen 16.00 Uhr, hielt sich ein 8-jähriges Mädchen gemeinsam mit seiner Mutter auf einem Spielplatz in einer Wohnanlage in der Großbeerenstraße auf. Das Kind spielte zeitweise außerhalb des Sichtfelds der Mutter. In dem Moment, als die Mutter ihr Kind nicht im Sichtfeld hatte, kam ein Mann auf das Kind zu, küsste es auf den Mund und umarmte es von hinten. Ein anderes Kind alarmierte die Mutter des 8-jährigen Mädchens. Diese nahm die Verfolgung des Mannes auf und versuchte ihn zu stellen. Der Mann entschuldigte sich bei der Mutter und flüchtete zu Fuß in unbekannte

Richtung. Umfangreiche Fahndungsmaßnahmen der alarmierten Polizei blieben ohne Erfolg.
Täterbeschreibung:
Männlich, ca. 170 cm groß, ca. 45 Jahre alt, kräftige Statur, sprach gebrochen Deutsch, auffälliges Grübchen am Kinn.
Erlangen: Mutmaßlich ein und derselbe Exhibitionist hat am frühen Dienstagabend (23.01.2018) mehrere Frauen in der Wichernstraße belästigt. Die Kriminalpolizei Erlangen bittet um Zeugenhinweise. Gleich dreimal zeigte sich der noch unbekannte Täter in der unmittelbaren Nähe eines Studentenwohnheims. Er trat zwischen 18:30 Uhr und 19:15 Uhr auf und wird wie folgt beschrieben: Scheinbares Alter 20 bis 25 Jahre, 170 bis 175 cm groß, schlanke Statur, ausländisches Aussehen, dunkle kurze Haare, dunkle Augen, keine Brille.
München: Am Mittwoch, 24.01.2018, gegen 16.00 Uhr, hielt sich ein 8-jähriges Mädchen gemeinsam mit seiner Mutter auf einem Spielplatz in einer Wohnanlage in der Großbeerenstraße auf. Das Kind spielte zeitweise außerhalb des Sichtfelds der Mutter. In dem Moment, als die Mutter ihr Kind nicht im Sichtfeld hatte, kam ein Mann auf das Kind zu, küsste es auf den Mund und umarmte es von hinten. Ein anderes Kind alarmierte die Mutter des 8-jährigen Mädchens. Diese nahm die Verfolgung des Mannes auf und versuchte ihn zu stellen. Der Mann entschuldigte sich bei der Mutter und flüchtete zu Fuß in unbekannte Richtung. Umfangreiche Fahndungsmaßnahmen der alarmierten Polizei blieben ohne Erfolg.
Täterbeschreibung:
Männlich, ca. 170 cm groß, ca. 45 Jahre alt, kräftige Statur, sprach gebrochen Deutsch, auffälliges Grübchen am Kinn.
Groß-Gerau: Ein 14 Jahre altes Mädchen wurde am Dienstag (23.01.) gegen 7.40 Uhr in der Frankfurter Straße, in Höhe eines dortigen Hotels, unvermittelt von einem Unbekannten von hinten umfasst und unsittlich berührt. Der Mann ließ anschließend von der 14-Jährigen ab und flüchtete zu Fuß in unbekannte Richtung. Der Tatverdächtige ist zirka 20 Jahre alt, 1,80 Meter groß und kräftig. Er trug eine schwarze Jacke mit Kapuze und eine schwarze Jeans. Der Mann hatte einen dunklen Teint.
Freiburg: Ein unbekannter Fahrradfahrer belästigte eine 16-Jährige Fußgängerin in sexueller Absicht. Die Geschädigte lief am Montag gegen 15.50 Uhr vom Bahnhof Haagen in Richtung Ortmannstraße. Plötzlich fuhr ein Fahrradfahrer an ihr vorbei und begrapschte sie am Gesäß. Der Täter wurde wie folgt beschrieben: ca. 25 Jahre, ca. 1,70 m groß, dunkle, sehr kurze Haare, evtl. türkischer oder nordafrikanischer Herkunft.
Neu-Ulm: Eine 82-jährige Frau befand sich gestern Vormittag gegen 09:20 Uhr am Ludwigsfelder Naherholungsgebiet und ging dort spazieren. Hierbei wurde sie von einem Unbekannten angesprochen und nach dem Weg gefragt. Nachdem sie ihm Auskunft erteilt hatte setzte sie ihren Spaziergang fort, stellte allerdings nach wenigen Metern fest, dass ihr der Unbekannte folgte, die Hose herunter gelassen hatte und sein Glied vorzeigte. Nachdem die Frau die Polizei verständigte, fahndeten mehrere Streifebesatzungen intensiv nach der Person. Die Ermittlungen aufgrund Exhibitionistischer Handlungen dauern an. Der bislang unbekannte Täter ist ca. 30 Jahre alt, 170 cm groß und hatte ein südländisches Aussehen.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Lübeck: Am frühen Dienstagnachmittag (16.01.2018) soll in Bad Schwartau eine 12-jährige Schülerin auf dem Nachhauseweg von der Schule von einem Mann körperlich bedrängt worden sein. Die Kriminalpolizei sucht Zeugen.
Nach ersten Erkenntnissen ging die Schülerin gegen 13:40 Uhr allein die Geibelstraße entlang. Dort soll sich der 12-jährigen ein Mann in den Weg gestellt und sie im Brustbereich umfasst haben. Nachdem sich ein Fahrzeug näherte sei der Unbekannte geflohen. Zur Beschreibung ist bisher lediglich bekannt, dass es sich um einen älteren Mann mit einer Schirmmütze handeln soll. Die Ermittlungen in dieser Sache führt die Kriminalpolizei in Bad

Schwartau. Es werden Zeugen gesucht, die die Situation vor Ort beobachtet haben oder Angaben zu dem unbekannten Mann machen können. Hinweise nehmen die Beamten unter der Telefonnummer 0451/220750 entgegen.
Siegen: Das Siegener Kriminalkommissariat 1 ermittelt aktuell gegen einen noch unbekannten Täter wegen sexueller Belästigung. Der Mann hatte am Mittwochmorgen um 07.40 Uhr in Siegen-Weidenau in der Boschgotthardshütte unterhalb der HTS-Brücke ein 13-jähriges Mädchen von hinten attackiert und dabei sexuell belästigt. Das Mädchen konnte sich erfolgreich losreißen und blieb bei dem Geschehen unverletzt. Der Täter flüchtete unerkannt in Richtung Brückenstraße/Weidenauer Straße. Der Tatverdächtige wird wie folgt beschrieben: dunkel gekleidet, Kapuzenjacke, Kapuze übers Gesicht gezogen. Auffälliges Merkmal: auf einem Ärmel der Jacke, auf Höhe der Handgelenke, befanden sich gelbe, kleine punktförmige Flecken (so, als wäre es Farbe); Größe des Mannes: circa 1.80 bis 1.85 Meter; normale Figur.
Recklinghausen: Ein Jogger hat am Mittwoch zwischen 12.40 h und 12.50 h Frauen an der Gildenstraße belästigt. Zwei Frauen aus Gelsenkirchen und Gladbeck waren an unterschiedlichen Stellen auf der Marathonstrecke unterwegs, als ein Jogger beiden Frauen hinterherlief und an seinem Glied hantierte. Dabei zog er teilweise seine Hose herunter. Bei der Fahndung konnte der Mann nicht mehr gefunden werden. Der Exhibitionist wird wie folgt beschrieben: ca. 30 – 35 Jahre alt, etwa 1,80 m groß, schlank, helle Brille, bekleidet mit einer langen, engen Jogginghose, eine türkisfarbenen Laufjacke mit Kapuze und Turnschuhen mit neongelbem Fersenbereich. Zeugen werden gebeten, sich mit dem Fachkommissariat unter 0800 2361 111 in Verbindung zu setzen.
Mannheim: Eine 18-Jährige wurde am frühen Sonntagmorgen in der Mannheimer Innenstadt nach einem Discobesuch von einem bislang unbekannten Mann überfallen und zunächst begrapscht. Die junge Frau war mit einer Freundin kurz nach 3 Uhr auf dem Nachhauseweg. Als beide in ihr Fahrzeug einsteigen wollten, das auf einem Parkplatz im Quadrat M 4 abgestellt war, wurde die 18-Jährige von dem Täter, der plötzlich wie aus dem Nichts auftauchte, gepackt und unsittlich begrapscht. Schließlich gelang es ihm, der 18-Jährigen die Handtasche mit einem geringen Bargeldbetrag zu entreißen. Der Täter, der laut Freundin, die zwischenzeitlich Hilfe in einer nahegelegenen Gaststätte holte, ca. 175 cm groß war, eine schwarze Kapuzenjacke und blaue Jeans trug, flüchtete in Richtung Paradeplatz. Die sofort eingeleitete Fahndung verlief ohne Ergebnis.
Darmstadt-Innenstadt: Am Dienstag (09.01.2018) in der Zeit zwischen 12 Uhr und 12.30 Uhr wurde eine 19 – jährige Frau von einem bislang unbekannten Mann an der Straßenbahnhaltestelle „Berliner Allee“ sexuell beleidigt. Der Täter setzte sich neben die Frau auf die Bank der Haltestelle und versuchte sie in ein Gespräch zu verwickeln. Danach folgte er der Frau in die Bahn und setzte sich auch dort neben sie. Dabei beleidigte er sie auf sexuell anzügliche Weise. Laut Zeugenaussage handelt es sich bei dem Täter um einen circa 1,85 Meter großen, etwa 25 bis 30 Jahre alten Mann. Zur Tatzeit war er mit einer dunkelblauen Jogginghose und einer Winterjacke mit Kapuze bekleidet. Auffallend bei dem bislang Unbekannten war ein rasiertes Muster am Kopf in den kurz geschnittenen schwarzen Haaren. Außerdem trug er vermutlich einen weißen Weinkarton mit sich. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen suchen die Beamten des 2. Polizeireviers Darmstadt Zeugen, die Hinweise zu der beschriebenen Person geben können.

PI-NEWS-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Pfefferspray verhindert Vergewaltigung Taharrush in Waldshut: „Dunkel-Teintige“ überfallen 19-Jährige

pi-news.net/2018/02/taharrush-in-waldshut-dunkel-teintige-ueberfallen-19-jaehrige/

Von DAVID DEIMER | Mit einer gepfefferten Ladung Pfefferspray verhandelte eine 19-jährige im badischen Waldshut-Tiengen das tägliche Zusammenleben mit drei Merkel-Bestien – 7,90 €, die sich für Frauen von 8 bis 88 in Deutschland zunehmend „re-investieren“.

Die Polizei sucht nun Zeugen im Fall der versuchten Vergewaltigung am vergangenen Montag. Ein 19-jähriges Mädchen lief zwischen 18 Uhr und 18.30 Uhr den Fußweg vom Busbahnhof in Richtung Rheinufer hinunter. An einer Erhöhung wurde sie von drei „Männern“ unversehens attackiert. Diese umkreisten die Frau und drückten sie in sexuellen Absichten auf den Boden, schreibt die Polizei in einer Pressemitteilung. Die Frau bekam schließlich in ihrer Jackentasche ihren – im grün-schwarzen Baden-Württemberg obligatorischen – Pfefferspray zu fassen und sprühte in die Richtung der drei Täter. Hieraufhin konnte die junge Frau flüchten, auch die „Geflüchteten“ konnten schwer traumatisiert flüchten.

Die Täterbeschreibung: rote Schuhe, dunkler Teint, helle Strähnchen, Vollbart, Kapuzenpulli

„Tatverdächtige“ im Alter zwischen Anfang 20 bis Ende 20, mit dunklen Haaren und dunklem Teint. Sie unterhielten sich in einer der Frau nicht bekannten Sprache. Einer der Männer war kleiner (1,65 bis 1,70 Meter) und hatte auffallend rote Schuhe an. Die beiden Anderen waren größer (1,75 bis 1,85 m) und stabiler gebaut. Einer von den Beiden hatte möglicherweise vorne am Pony eine helle Strähne in den Haaren sowie einen Vollbart. Er trug einen dunklen Kapuzenpulli und ein helles T-Shirt. Der Zweite hatte unreine Gesichtshaut und einen Drei-Tage-Bart. Das Kriminalkommissariat Waldshut-Tiengen hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet um Hinweise zu den beschriebenen Tätern. Mögliche Zeugen werden gebeten, sich unter Telefon 07741/83160 zu melden.

Der Busbahnhof in Waldshut ist seit zwei Jahren ein Brennpunkt in der ehemals idyllischen Touristen-Stadt. An fast keinem Ort fühlen sich Passanten so unsicher wie dort – in den letzten sechs Monaten allein gab es über 100 (!) Polizeieinsätze wegen Kriminalität und Drogen. Jüngste Ereignisse wie ein bewaffneter Raubüberfall im November verstärken das Angstgefühl. Auch in social media-Seiten im Internet äußern sich viele deutlich negativ zu diesem Areal. So schreibt eine Mutter: **„Meine Tochter darf nicht nach Waldshut mit ihren Freundinnen. Selbst Mädchen, die 18 sind, getrauen sich nicht mehr in die Nähe vom Bahnhof.“**

Waldshut-Tiengen wird zunehmend von Vergewaltigungen „heimgesucht“, erst im Dezember wurde ein Mädchen in einem Asylbewerber-Heim brutal vergewaltigt: als die Jugendliche den „Mann“ zurückgewiesen habe, hatte er sie mit Gewalt zum Geschlechtsverkehr gezwungen. Die Polizei hat den Tatverdächtigen am folgenden Tag identifizieren können. Er ist noch flüchtig, die Fahndung läuft.

Warum haben Merkel-Gäste immer rote Augen beim Sex? Wegen des Pfeffersprays!

Vor ihren Söhnen Leipzig: „Archipel Ghulam“- Afghane schlachtet schwangere Ehefrau

pi-news.net/2018/02/leipzig-archipel-ghulam-afghane-schlachtet-schwangere-ehefrau/

Von DAVID DEIMER | Familiennachzug ist gelebte Integration … zumindest der afghanischen Mordkultur in Deutschland. Der „schutzsuchende Geflüchtete“ Ghulam R.,38, humpelte am Donnerstag auf Krücken in den Saal 115 des Leipziger Landgerichts. Doch weder mordlüsterne Taliban, „Nazis“ oder die AfD-Sachsen sind schuld an der eingeschränkten Bewegungsfähigkeit des Traumatisierten – nach dem Abschlachten seiner Ehefrau unternahm Ghulam einen missglückten Flugversuch aus dem Fenster des vierten Stocks der Asylbewerberunterkunft in der Leipziger Uhlandstraße – Allah verleiht Flügel!

Mahin († 34) war im 8. Monat schwanger und freute sich auf ihr kleines Mädchen. Doch am 11. August Ehepaar geriet Goldstück Ghulam mit seinem Eigentum Mahin offenbar in einen heftigen Streit, der dann ein blutiges Ende nahm. Gegen 10 Uhr vormittags stach der Angeklagte mehrfach mit dem Messer auf die angetraute Gattin ein. Die beiden Söhne der Familie (9 und 11) mussten anlässlich ihrer schariagerechten Inkulturation das blutige Drama mit ansehen. Als Anwohner den schwerst Verletzten im Hof liegen sahen, wählten sie den Notruf. Die Einsatzkräfte ahnten noch nichts von der Toten, als sie am Tatort eintrafen. Die Frau lag da bereits tot „in einer riesigen Blutlache“, ihr Baby konnte nicht mehr gerettet werden, PI-NEWS berichtete.

Herzlich Willkommen – „Mitten ins Herz“ in Leipzig!

Schon vor dem Mord soll er Mahin beschimpft, bedroht und tätlich angegriffen haben. Die Frau hielt sich deshalb in einer Nachbarwohnung der Gemeinschaftsunterkunft der Caritas in der Uhlandstraße auf, als der Angeklagte an jenem Sommertag auf die in der 32. Woche schwangere 34-Jährige losging. Er soll, so die Anklage, mehrfach mit einem Messer auf die Frau eingestochen haben. Anschließend stach er ihr viermal wuchtig in die Brust. Laut Staatsanwaltschaft trafen während des Schlachtens diese zwei Stiche Mahin „mitten ins Herz“: „Sie hatte keine Überlebenschance. Er handelte mit absoluten Vernichtungswillen.“ Sein Motiv: Wut und Eifersucht! „Weil er ihr zu unrecht eine Affäre unterstellt hatte“, so die Staatsanwaltschaft.

Monatelang soll er die begattete Gattin zuvor in seinem Wahn terrorisiert haben. „Er hat sogar Tonbänder in der Wohnung versteckt, um die vermeintliche Affäre zu beweisen – natürlich ergebnislos“, so Verteidiger Rainer Wittner nach dem Prozessauftakt. Für die Afghanin Mahin war ihr vom deutschen Staat vergoldeter Käfig in Leipzig ein einziger „Archipel Ghulam“. „Es ist eine große Tragödie!“ so der

Anwalt – so wie die gesamte Willkommenskultur der schwarz-rot-grünen Volksschädlinge nach heutigen Erkenntnissen ebenfalls. Schwarz-rot-grün sind übrigens die Nationalfarben Afghanistans …

Ghulam – leider kein Einzel-„Fall" …

Ein eigens auf Steuerzahlerkosten erstelltes DNA-Gutachten habe zweifelsfrei belegt, dass Ghulam der Vater des ungeborenen Mädchens ist. Der Angeklagte schwieg vor Gericht, will sich aber am nächsten Verhandlungstag in zwei Wochen zu den Vorwürfen durch „seinen Anwalt" äußern. Ghulam muss sich wegen Mordes aus niederen Beweggründen in Tateinheit mit Schwangerschaftsabbruch vor dem Landgericht verantworten. Der „Tatverdächtige" Ghulam Abas R., kam im Merkel-Herbst 2015 mit seiner Familie aus Afghanistan nach Deutschland.

Der gelernte, zur Tatzeit erstaunlicherweise arbeitslose afghanische Schneider wurde seit August nach seinem freien Einzel-Fall aus dem vierten Stock intensivmedizinisch in Leipzig versorgt. Ein Tag auf einer deutschen Intensivstation kostet zwischen 1.500 und 4.000 € – ohne Operationskosten, Medikamente, Reha-Maßnahmen und Oberarzt-Betreuung. Den sprichwörtlichen „Fall" von Ghulam dürfte der Steuerzahler somit bislang mit mindestens **260.000 €** finanziert haben – ohne Überführungs- oder Beerdigungskosten und der intensiven Trauma-Begleitung seiner beiden MUFL … und ihm selbst. Die beiden Jungen kamen in staatliche Obhut.

Eine Sicherungsverwahrung in einem deutschen Gefängnis – falls er verurteilt werden sollte – kostet den Steuerzahler weitere 450 € am Tag – mindestens 164.000 € pro Jahr. In den nächsten zehn Jahren dürfte auch Deutschland somit mit über **2.000.000 €** für Goldstück Ghulam bluten.

Die Gründe dieser Tat stellen für Menschen, die nicht an „Islam ist Frieden" glauben, wohl eher kein Novum dar: Archipel Ghulam Deutschland!

KEIN AUFSCHREI DER ÜBLICHEN "RASSISMUS-RIECHER" Mettmann: „Südländer"-Mob prügelt Männer ins Krankenhaus

pi-news.net/2018/02/mettmann-suedlaender-mob-pruegelt-zwei-maenner-ins-krankenhaus/

Mettmann: Bereits in der Pressemitteilung vom 29.01.2018 (OTS 1801149) berichtete die Polizei von einer gefährlichen Körperverletzung, die sich am Sonntagabend des 28.01.2018, gegen 19:00 Uhr, an der Baumberger Straße in Langenfeld ereignete. Dort prügelten und traten mehrere Jugendliche auf zwei Männer ein und fügten ihnen massive Verletzungen zu. Wie jetzt bekannt wurde, erlitt ein 41-jähriger Monheimer dabei so schwere Kopfverletzungen, dass er intensivmedizinisch behandelt werden musste. Der Mann und sein 36-jähriger Bekannter waren mit Trikots bzw. Fanschals eines Fußballvereins bekleidet, als sie in Höhe der Kreuzung Wiener-Neustädter-Straße/ Berghausener Straße von einer Gruppe Jugendlicher zunächst angepöbelt wurden. Plötzlich rannte die Gruppe auf die beiden Männer zu, prügelte mit Fäusten massiv auf sie ein und fügte dem 36-Jährigen durch gezielte Tritte Knochenbrüche zu. Anschließend flüchteten die jugendlichen Angreifer zu Fuß in Richtung Wiener-Neustädter-Straße. Entgegen einer ersten Personenbeschreibung soll es sich bei den Tätern um 16-20-jährige Männer mit südländischem Aussehen handeln. Diese sollen unter anderem mit dunkler Sportbekleidung der Fa. Adidas bekleidet gewesen sein. *Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.*

Wiesbaden: Eine 16-jährige Wiesbadenerin hat gestern Morgen (31.01.2017) bei der Polizei angegeben, in Kostheim Opfer eines tätlichen Angriffs geworden zu sein, an dem zwei Männer beteiligt gewesen sein sollen. Die Geschädigte erschien gegen 08.00 Uhr auf der Wache des 2. Polizeireviers und schilderte, dass sie auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstelle, im Bereich der August-Lutz-Brücke, von den Tätern angegriffen und zu Boden gebracht worden sei. Dabei erlitt sie leichte Verletzungen. Die 16-Jährige setzte sich im Verlauf der Tat erheblich zur Wehr, sodass die Männer schließlich von ihr abließen und sich entfernten. Einer der Täter wurde als ca. 25 bis 30 Jahre alt, ca. 1,76 Meter groß, mit kräftiger, trainierter Figur beschrieben. Seine Haare waren an der Seite kurz rasiert und oben etwas länger und er trug eine weinrote Bomberjacke, eine schwarze Jogginghose sowie ein „Eastpack" bei sich. Der andere Mann sei ebenfalls ca. 25 bis 30 Jahre alt, etwa 1,80 Meter groß und habe eine etwas schmalere Figur als der andere. Er war mit einer hellen, ausgewaschenen Jeans mit Löchern an den Knien, einer hellgrauen Winterjacke mit Fell an der Kapuze und einer Kappe auf dem Kopf bekleidet. Beide hätten sich in einer ausländischen Sprache unterhalten, bei der es sich um türkisch oder marokkanisch gehandelt haben soll.

Ulm: In der Nacht von Samstag auf Sonntag rückten Polizisten des Polizeireviers Ulm-Mitte zu mehreren Schlägereien aus. Gegen 02:15 Uhr wurde ein 40-Jähriger in der Keltergasse von fünf bis sechs Personen zusammengeschlagen. Er erlitt Verletzungen im Gesicht. Die Täter entkamen. Kurz darauf, gegen 02:30 Uhr, wurde ein 37-Jähriger am Taxistand am Hauptbahnhof von zwei Tätern angegriffen, als er dabei war, ein Taxi zu besteigen. Zuvor war es zu einer verbalen Auseinandersetzung gekommen. Der Angegriffene wurde von einem der Unbekannten getreten. Der zweite Unbekannte traktierte ihn mit den Fäusten. Der 37-Jährige schlug mit dem

Kopf gegen einen Stromkasten und ging bewusstlos zu Boden. Die Täter flüchteten. Sie werden beide als 20 bis 22 Jahre alte Südländer beschrieben. Sie hatten kurze schwarze Haare, waren sehr schlank und ca. 1,75 Meter groß. Sie flüchteten in Richtung Friedrich-Ebert-Straße. Um 03:45 Uhr wurde ein 23-Jähriger auf dem Münsterplatz von einem Unbekannten grundlos angegriffen. Dieser schlug dem Mann mit der Faust ins Gesicht. Er erlitt einen Nasenbeinbruch. Der Täter entkam. Er wird als 25 Jahre alter Südländer beschrieben. Er war ca. 1,65 Meter groß, hatte dunkle Haare. Er war bekleidet mit einer grünen Jacke und dunkelblauen Jeans. Das Polizeirevier Ulm-Mitte (Tel. 0731/188-3312) nahm in allen drei Fällen die Ermittlungen auf.

Olsberg: Am Samstag um 17.50 Uhr wurde ein 35-jähriger Mann auf der Ehrenmalstraße von drei unbekannten Männern angegriffen. Der Olsberger ging in Höhe des Friedhofs über den Verbindungsweg zwischen der Pappelallee in Richtung Ehrenmalstraße. Nach seinen Angaben wurde er plötzlich von hinten gestoßen. Drei Männer schlugen und traten anschließend auf den Mann ein. Die Täter flüchteten anschließend in Richtung Hauptstraße. Der Olsberger wurde bei dem Angriff leicht verletzt. Täterbeschreibung: Drei südländisch aussehende Männer mit Vollbart und Bluejeans. Das Trio unterhielt sich in einer unbekannten Sprache.

Karlsruhe: Ein 19-Jähriger gibt an, er sei am Samstag gegen 1.30 Uhr an der Haltestelle „Friedrich-Realschule" von vierafghanischen Männern angegriffen worden. Eine Person habe ihn dann im Bauchbereich mit einem Messer verletzt. Der stark alkoholisierte junge Mann wurde mit einer nicht lebensgefährlichen Stichverletzung in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Ermittlungen dauern an. Zeugenhinweise werden an das Polizeirevier Durlach, Telefon 0721 49070, erbeten.

Salzgitter: Am frühen Samstagmorgen erschien ein 17 Jähriger aus Salzgitter in der Polizeidienststelle und teilte mit, dass er von einem unbekannten Mann mit einem Messer verletzt wurde. Er sei gegen 22:30 Uhr im Stadtpark unterwegs gewesen. In Höhe des Ententeiches habe sich plötzlich ein junger Mann vor ihn gestellt und ihn mit einem Messer am Oberarm verletzt. Anschließend sei der Täter geflohen. Nach Angaben des Opfers habe der Täter nicht mit ihm gesprochen. Die Hintergründe sind derzeit nicht bekannt. Der 17 Jährige begab sich im Anschluss ins Krankenhaus und wurde dort ambulant behandelt. Der Täter soll etwa 25 Jahre alt und 178cm groß gewesen sein. Das Opfer äußerte weiterhin, dass es sich, vom Erscheinungsbild, um einen jungen Mann arabischer Herkunft gehandelt habe.

WEITERE NACHRICHTEN AUS DEM EHEMALIGEN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Türkische Gemeinde: Deutschland neu denken

Die Türkische Gemeinde in Deutschland und weiterer Migrantenorganisationen haben von der künftigen Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft gefordert. „Wir appellieren an die Verantwortlichen der neu zu bildenden Bundesregierung: Setzen Sie die konstruktive Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft als zentrales Thema auf die politische Tagesordnung", heißt es in einem gemeinsamen Aufruf der Türkischen Gemeinde sowie dem Bündnis „neue deutsche Organisationen" (ndo).

Dazu gehörten nach Ansicht der Initiatoren „gerechte Teilhabechancen für alle Menschen in diesem Land, eine nachhaltige Antidiskriminierungspolitik und wirksame Strategien gegen jede Form von Rassismus". Maßnahmen zur Integration dürften nicht mehr nur auf Einwanderer abzielen, sondern müßten sich auch an Deutsche richten. „Wir brauchen eine Integrationspolitik, die Gesellschaftspolitik für alle ist. Eine Integrationspolitik, die sich nur auf Menschen mit Migrationshintergrund fokussiert, ist nicht mehr zeitgemäß."
Dazu gehörten nach Ansicht der Initiatoren „gerechte Teilhabechancen für alle Menschen in diesem Land, eine nachhaltige Antidiskriminierungspolitik und wirksame Strategien gegen jede Form von Rassismus". Maßnahmen zur Integration dürften nicht mehr nur auf Einwanderer abzielen, sondern müßten sich auch an Deutsche richten. „Wir brauchen eine Integrationspolitik, die Gesellschaftspolitik für alle ist. Eine Integrationspolitik, die sich nur auf Menschen mit Migrationshintergrund fokussiert, ist nicht mehr zeitgemäß."
„Diversität längst Normalität"
Derzeit verfüge jeder fünfte Einwohner Deutschlands über einen Migrationshintergrund. Bei Kindern unter sechs Jahren betrage der Anteil in manchen Regionen bereits sogar mehr als 60 Prozent. „Diversität" sei kein Sonderfall, sondern längst Normalität.
„Nutzen Sie die Chance, Deutschland in vielen Bereichen neu zu denken und zum Wohle aller zu modernisieren", fordern die Unterzeichner, zu denen unter anderem die Amadeu Antonio Stiftung, der Zentralrat der Muslime in Deutschland und der Kroatische Weltkongreß in Deutschland gehören. „Die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft ist einer der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands!"
Artikel übernommen von der JUNGEN FREIHEIT.
Es ist nicht das erste Mal, dass Ankaras Kolonistenverbände Ihre imperialistischen Machtansprüche in Deutschland zum Besten geben. Bereits im Sommer 2017 ließ die türkische Gemeinde verlauten, dass diese in Deutschland „ keine Leitkultur brauchen„. Was Erdogans Schergen in Deutschland noch verklausulieren, spricht man in der Türkei ganz offen aus. Dort sprechen höchste Regierungskreise seit Jahrzehnten davon z.B. „Europa mit der türkischen Kultur zu impfen" oder „den Islam siegreich nach Westen zu tragen". Ausführliche Informationen über die türkischen Eroberungspläne für Deutschland und Europa gibt es hier.
Hinsichtlich der geforderten „Teilhabe" der Migranten-Verbände sieht es in der Realität schon jetzt so aus, dass Deutsche in ihrem eigenen Land Bürger zweiter Klasse sind. So wurden aufgrund jahrzehntelanger Hetze von in Deutschland angesiedelten Türk-Funktionären rassistische Ausländerquoten z.B. bei der Einstellung im öffentlichen Dienst eingeführt. Dadurch werden in Baden-Württemberg mittels des sogenannten „Partizipationsgesetzes" Migranten gegenüber Deutschen im öffentlichen Dienst bevorzugt eingestellt.
Bemerkenswert ist auch, dass eine linke Organisation wie die Amadeu Antonio Stiftung hier gemeinsame Sache mit imperialistischen rechten Verbänden macht, um Deutschland und seinem Volk zu schaden. Warum eine Interessenvertretung von in

Deutschland wohl gelittenen Migranten wie der „Kroatische Weltkongress“ auf Seite der Feinde Deutschlands steht, bleibt das Geheimnis desselbigen.
Die Realität eines „neu gedachten Deutschlands“ sind multi-kulturelle Klein-Bürgerkriege:
Vorletzte Woche lieferten sich in Hannover aufgrund Erdogans völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Syrien um die 200 Türken und Kurden eine Massenschlägerei im Flughafengebäude. In der gleichen Woche musste in Stuttgart ebenfalls die Polizei einschreiten und Leute verhaften, da es bei pro-türkischen und pro-kurdischen Kundgebungen wieder zu Prügeleien zwischen den beiden Volksgruppen kam. Nun kam es am Samstag in Wien zu gewalttätigen Übergriffen von Türken auf eine kurdische Demo, wie bei KRONE.AT nachzulesen ist:
Zu mehreren gewaltsamen Zwischenfällen ist es letzten Samstag Wien bei einer Demonstration gegen den türkischen Militäreinsatz in der nordsyrischen Region Afrin gekommen. Passanten attackierten plötzlich Teilnehmer der Kundgebung, diese bildeten daraufhin eine Menschenkette, um sich vor den Angriffen zu schützen. … Obwohl der Protest anfangs friedlich verlief, kam es dann laut Beobachtern zu gleich mehreren gewaltsamen Zwischenfällen. Bei den Angreifern soll es sich um Anhänger des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan gehandelt haben.
Während sich in Deutschland und Österreich Türken und Kurden gegenseitig die Köpfe einschlagen und darüber höchst verständnisvoll berichtet wird, versucht die BRD-Lückenpresse einen Skandal zu inszenieren, in dem Sie Aussagen über ein angebliches „Islamverbot in der Türkei“ von Björn Höcke (AfD) verdreht. Anstatt in Höckes Rede irgendwelche Erorberungspläne hinein zu interpretieren, könnten die „Qualitäts“journalisten endlich über die tatsächlichen türkischen Eroberungspläne für Deutschland und Europa berichten. Die Kriegserklärung Erdogans vom April 2017, „ dass Europa bald türkisch werde„, wurde von den deutschen Medien komplett totgeschwiegen.
Scharia-Schwimmen in Bonn
Auch im neuen Schwimmbad in Dottendorf soll es muslimisches Frauenschwimmen geben. Das bestätigte die Stadtverwaltung jetzt auf eine Einwohnerfrage, die am kommenden Dienstag in der Bezirksvertretung Bonn auf der Tagesordnung steht. Muslimisches Schwimmen gibt es in Bonner Bädern bereits seit einigen Jahren, angeboten wird es bislang in Kooperation mit dem Sportverein Al Hilal samstags nachmittags bis abends im Frankenbad. Der Andrang der Besucherinnen ist hoch.
Im neuen Schwimmbad würden Vorkehrungen getroffen, um die Glaswände zwischen Familienbad und Schul- und Sportbad sowie dessen Glasfassaden temporär mit Vorhängen versehen zu können, heißt es seitens der Stadt. Noch im November hatte eine andere Einwohnerfrage unter Verweis auf die transparente Architektur des neuen Bades die These aufgeworfen, die muslimischen Gruppen würden Alternativen in der Region suchen. Im Franken- und im Kurfürstenbad hatte das männliche Badpersonal während des Frauenschwimmens andere Arbeiten verrichtet. Die Aufsicht übernahmen derweil Vertreter von Al Hilal. So könnte es auch künftig sein.
Weite Teile der Kommunalpolitik unterstützen die Fortführung im Wasserland. Als exemplarisch kann die Aussage von Werner Hümmrich (FDP) angesehen werden: „Wir wollen keine Gruppe von der Schwimmbadnutzung ausschließen und uns damit auch

den gesellschaftlichen Anforderungen stellen." Das Schwimmbad werde extra so gestaltet, dass ein geschlechtergetrenntes Schwimmen angeboten werden kann. Dies, so Hümmrich, sei eine politische Anforderung gewesen. Ähnlich äußert sich Wolfgang Maiwaldt, Chef der CDU-Bezirksfraktion: „Unser neues Schwimmbad soll und wird ein Schwimmbad für alle sein." Für die Sozialdemokraten sagt deren Fraktionssprecher Michael Maser: „Die SPD-Fraktion erwartet, dass die Schwimmangebote im neuen Zentralbad nicht hinter denen von Kurfürstenbad und Frankenbad zurückbleiben. Daher begrüßen wir die Maßnahmen der Verwaltung." Und auch die Grünen zeigen sich aufgeschlossen. Unter Umständen, so gibt Ratsfrau Angelika-Maria Kappel zu bedenken, könnte aber auch eines der alten Bäder genutzt werden.
…
Doch Bonn ist bei Weitem nicht die erste oder einzige Stadt, in der es Schwimmangebote für muslimische Frauen gibt. Und anders als beispielsweise in Hannover oder Freiburg, wo im vergangenen Jahr Konflikte ums Frauenschwimmen für Moslems aus unterschiedlichen Gründen eskalierten, sind solche Auseinandersetzungen in Bonn bislang ausgeblieben. Gleichwohl gibt es auch hier Stimmen, die das Angebot grundsätzlich kritisch sehen.
Ausgangspunkt ist dabei die Frage, inwieweit die Geschlechtertrennung in ein westliches Land des frühen 21. Jahrhunderts passt. Die Abgrenzung der Frauen hinter verschlossenen Vorhängen widerspreche dem Grundsatz der Gleichberechtigung, sei ein indirektes Zeichen der Unterdrückung und ein Zugeständnis gegenüber der konservativen Auslegung des Islam und damit scharia-konformen Strukturen; falsch verstandene Toleranz trage zur Spaltung der Gesellschaft bei, so Argumente der Kritiker.
…
…Gerade muslimische Mädchen und Frauen sollten sich das Recht nehmen, schwimmen zu lernen – denn Schwimmen sei Teil der Freiheit, sagt die Kritikerin des politischen Islam gegenüber dem General-Anzeiger. Spezielle Schwimmzeiten nur für muslimische Frauen einzurichten, lehnt sie jedoch strikt ab: Das, so Kelek, sei „Apartheid und eine Idee der konservativen Islamverbände, die die Herrschaft der Männer über Frauen wahren".
Mit demselben Argument, dass die Reize der Frau nur dem eigenen Mann gehörten, werde das Verhüllen der Frau in der Öffentlichkeit vertreten. Man wolle die Gesellschaft Schritt für Schritt spalten in Gläubige und Ungläubige. Für Necla Kelek ist das nicht hinnehmbar: Das sei der politische Islam, der sich in Frauen im Burkini ebenso manifestiere wie die Ächtung von Schweinefleisch. Eine Aussage, die zeigt, wie tief der Graben zwischen den unterschiedlichen Positionen weiter ist.
Der komplette Artikel kann beim Bonner General-Anzeiger nachgelesen werden.
Sozialhilfe-Nomaden „fliehen" jetzt aus Dänemark nach Deutschland
„Es ist eine klare Tendenz festzustellen", so Hanspeter Schwarz, Pressesprecher bei der Bundespolizeiinspektion Flensburg. Täglich, so Schwarz, werden Personen aufgegriffen, die sich ohne erforderliche Papiere von Dänemark nach Deutschland begeben. Hunderte, meist aus dem Nahen Osten, sind es in den vergangenen Wochen und Monaten gewesen.

„Für die Bundespolizisten bedeutet das viel Arbeit“, so Schwarz. Deutschland habe hier keine Grenzkontrollen eingeführt, und man überprüfe nicht jeden Zug, der von Dänemark kommt. Die Zahl an Personen, die aufgegriffen werden, sei nichtsdestotrotz hoch, stellt der Pressesprecher fest. „Ob die Asylanträge der Personen in nordischen Ländern wie Dänemark, Schweden, Norwegen oder Finnland abgelehnt worden sind, können wir bei der Überprüfung nicht feststellen. Feststellbar ist aber, ob sie als Asylantragsteller registriert worden sind“, erläutert Hanspeter Schwarz.
Als Grund für die Einreise nach Deutschland geben viele an, „dass ihr Asylantrag abgelehnt wurde und sie die Abschiebung fürchten. Andere fühlen sich schlecht behandelt oder durch verschärfte Gesetze nicht willkommen“, so Schwarz.
Gleich wieder zurückschicken oder zurückweisen, wie es für die dänische Seite durch die eingeführten Grenzkontrollen möglich ist, könne man die Menschen nicht, erklärt der Pressesprecher. (Der komplette Artikel kann bei www.shz.de nachgelesen werden).

Mohammeds Sieg: Der beliebteste Babyname und dessen Zusammenhang mit der europäischen Integrationspolitik

Man ging davon aus, dass sich die Neuankömmlinge schon irgendwie integrieren würden, was sich aber bald als Illusion erweisen sollte. Anstatt die säkularen und freiheitlichen Werte ihrer Gastländer dankbar zu übernehmen, hielten viele an ihren Glaubenstraditionen fest. Sie haben eine tiefe Vorstellung vom Sakralen, unverrückbar festgeschrieben in ihren heiligen Schriften, und erachten jede Kritik daran als todeswürdige Beleidigung. Ihr Geschlechterbild blieb auch in der dritten Einwanderergeneration archaisch und robust, die selbstbestimmten europäischen Frauen erinnern sie an Huren, und nie im Leben würden sie ihren Schwestern oder Töchtern solch ehrloses Verhalten erlauben. Immer wieder wurden Studien über die Einstellungen der Muslime gemacht. Die kamen alle zu ähnlichen Ergebnissen wie auch wieder die neueste Untersuchung des Kriminologen Christian Pfeiffer «Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland» (2018). Knapp 70 Prozent der in Niedersachsen befragten muslimischen Jugendlichen stimmten der Aussage zu, der Koran sei das einzig wahre Glaubensbuch; mehr als ein Drittel bejahte die Aussage, der Islam sei «die einzige wahre Religion», alle anderen Religionen seien «weniger wert»; und fast ein Drittel könnte sich vorstellen, für den Islam sein Leben zu riskieren (Auszug aus einem Artikel der BASLER ZEITUNG).

Schweiz: Appartements explizit für Muslime

Die auf Muzbnb gelistete Wohnung in Allschwil BL wird auf den ersten Blick wie auf Airbnb und ähnlichen Portalen angepriesen. Fünf Personen können für 290 Dollar pro Nacht in der lichtdurchfluteten Wohnung unterkommen, neben Wifi stehen unter anderem auch Haarfön und Parkplatz zur Verfügung. Doch die Ausstattung enthält Besonderheiten, die man bei Airbnb so nicht findet. Die Gäste erwartet ein alkohol- und schweinefleischfreies Zuhause, unter anderem bereits mit Gebetsteppichen ausgestattet. Zudem sollte eine Moschee in Gehdistanz liegen (Auszug aus einem Artikel der BASLER ZEITUNG).

Stuttgart: „Flüchtlinge“ kommen schneller auf Sozialwohnungen-Liste

Stuttgart macht bei der Vergabe von Sozialwohnungen einen Unterschied zwischen Flüchtlingen und anderen. Während die einen sofort auf die Warteliste kommen, müssen die anderen drei Jahre in Stuttgart gemeldet sein. Das Ergebnis: Die Zahl der Flüchtlinge auf der Vormerkdatei nimmt zu (Auszug aus einem Artikel der Stuttgarter Nachrichten).

MUFLS: Gekommen, um zu profitieren

Wie soll mit einem Menschen verfahren werden, der als minderjähriger Flüchtling in die Schweiz gekommen ist, um hier Asyl zu beantragen – der seit seiner Ankunft aber keinerlei Integrationswillen an den Tag legt? Und der gegenüber seinen Betreuern ungeniert angibt, dass für ihn das Erlernen eines Berufs «erst mit circa 24 Jahren» infrage komme, er die Schule «nicht so ernst nehme» und er «erst mal ein paar Jahre in der Schweiz profitieren» wolle. So ist es in Gesprächsprotokollen vermerkt, in welche die BaZ Einsicht hatte. … Der Fall dieser jungen Männer sei «leider kein Einzelfall, sondern die Regel», sagt eine Person, die UMAs betreut. Er wolle nicht alle Migranten in einen Topf werfen. «Aber von zehn minderjährigen Flüchtlingen verhalten sich sieben nach diesem destruktiven Muster: Das ist die Realität.» (Auszug aus einem Artikel BASLER ZEITUNG. Kommentar Pi-News: In Deutschland sind die armen MUFLs natürlich ganz anders, ansonsten würde natürlich die BRD-Qualitätspresse ähnliche Artikel veröffentlichen).

München: Feiernde Syrer blockieren die Straße

Mit so einem Zulauf war wirklich nicht zu rechnen: Bei der Eröffnung eines syrischen Restaurants in der Landwehrstraße kamen am Mittwochnachmittag knapp 100 Jugendliche – ausgerüstet mit Trommeln und Lautsprechern. Einige der feierwütigen Gäste blockierten dabei die Straße, und das ausgerechnet im Berufsverkehr. Sie trommelten, sangen syrische Lieder und tanzten mit Fackeln. Zahlreiche Schaulustige blieben stehen und ließen sich von der ausgelassenen Stimmung mitreißen. Da der Verkehr dabei massiv behindert wurde, musste die Polizei anrücken (Auszug aus einem Artikel von Focus-online).

Geburten-Djihad lohnt sich doppelt Hamburg: Migranten-Clan ergaunert 141.000 Euro Kindergeld!

pi-news.net/2018/02/hamburg-migranten-clan-ergaunert-141-000-euro-kindergeld/

Von JOHANNES DANIELS | Seid fruchtbar und mehret Eure Sozialleistungen – im Hamburg des designierten Finanz-Super-Ministers und Vizekanzlers Olaf Scholz „ein Kinderspiel“!

Denn fast nirgendwo in der Republik geht das einfacher als in der integrationstrunkenen Hansestadt Hamburg. Nur durch einen Zufall ist es Sachbearbeitern bei der Familienkasse aufgefallen, dass sie nahezu identische Kindergeld-Unterlagen bearbeiteten. Die professionellen Migranten-Clans fälschten in Massen Dokumente und begingen damit Betrug mit Kindergeld im großen Stil: Mit hoher krimineller Energie und unberechtigt erlangten Zahlungen wurden so bei der Familienkasse in Hamburg weitere Sozialleistungen im sechsstelligen Bereich ergaunert.

In den letzten Tagen gab es Durchsuchungen in 43 Wohnungen und Büros, an denen 90 Beamte der Steuerfahndung und 50 Beamte des Landeskriminalamts teilnahmen. „Wir führen Ermittlungsverfahren gegen 78 Beschuldigte“, erklärte die Sprecherin der Hamburger Staatsanwaltschaft, Nana Frombach. „Die augenfälligen Übereinstimmungen der Belege, aber auch die Art der Antragstellung legen nahe, dass es sich um ein modellhaftes Vorgehen mit Unterstützung bisher unbekannter Dritter handelt“.

„Junge Erwachsene“ hatten rückwirkend für drei bis vier Jahre Kindergeld beantragt. Sie seien die ganze Zeit auf Ausbildungs- und Arbeitssuche gewesen. Als Beleg reichten sie Bewerbungsschreiben und Absagen von Firmen ein – alle natürlich gefälscht. Ein Ermittler: „Mal stimmte die Firmen-Adresse nicht, oder die Telefonnummer war falsch. Einmal gab es sogar ein Schreiben von ‚1.000 Töpfe‘ – die waren schon vor Jahren insolvent.“ Trotzdem ging bei der Familienkasse fast die Hälfte der gefälschten Anträge durch: 141.000 Euro Steuergeld wurden ausgezahlt und sind nun natürlich unwiederbringlich verloren.

GroKo-Betrüger sponsern MiHiGru-Betrüger mit ISIS-Flaggen!

Die Hamburger Sozialbetrüger sind „junge Leute unter 25“, fast ausnahmslos mit Migrationshintergrund. Die Ermittlungen ergaben, dass über WhatsApp-Gruppen und in Shisha-Bars ständig weitere Mittäter gesucht wurden. Insgesamt geht die Staatsanwaltschaft Hamburg von zunächst 78 Verdächtigen aus. Um möglichst viele Anträge stellen zu können, sprachen die Merkel-Gäste auf der Straße Menschen an, die Kinder in bestimmtem Alter haben könnten, um deren Personalien in den gefälschten Dokumenten zu verwenden.

Zwei der „Hintermänner“ sollen bereits über die Hälfte kassiert haben. Bei den Durchsuchungen fanden die Fahnder neben den gefälschten Akten auch Drogen, Waffen und auch die eine oder andere ISIS-Flagge, wie es sich für das G20-selige Hamburg von Olaf Scholz gehört – „Welcome to Hell“.

Laut der Hamburger so genannten „Agentur für Arbeit“ solle es aber „weitere Plünderungen der Familienkasse so nicht mehr geben“ – seit Januar seien rückwirkende Kindergeldanträge nur noch für sechs Monate möglich. Ihr Wort in Allahs Ohr.

Nicht nur ein „Hamburger Phänomen“ – auch Beamte kassieren gerne doppeltes Kindergeld

Der Verdacht liegt nahe, dass es sich bei den massenhaften unberechtigten Anträgen auf Kindergeld nicht nur um ein Hamburger Phänomen handelt – dies möglicherweise sogar nur die Spitze des Eisbergs ist. Dass es diese Art von Betrug gibt, wurde von der Hamburger „Agentur für Arbeit“ auch den anderen Bundesländern mitgeteilt, um dort auf die Betrugsmasche aufmerksam zu machen. „Wir sind gut vernetzt, wir geben das weiter“, sagte Arbeitsagentur-Sprecher Knut Böhrnsen. Im vergangenen Jahr sind allein in Hamburg 811 Millionen Euro Kindergeld für 334.700 Kinder ausgezahlt worden. In Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern waren es zusammen 2,64 Milliarden Euro.

Auch die Veruntreuung von Steuergeldern an „EU-Bürger“ mit angeblich großer Kinderschar im Ausland, die oftmals gar nicht existieren, ist gang und gäbe – es ist ein offenes Geheimnis, dass es immer dort massive Betrügereien gibt, wo Kindergeld ins

EU-Ausland gezahlt wird. Der Schaden geht in die „hunderte Millionen Euro“ Steuergeld. Im Vergleich zu 2010 hat sich die Zahl der Kinder, für die Kindergeld ins EU-Ausland gezahlt wird, mittlerweile versechsfacht! Mehr als 600 Millionen Euro fließen jährlich an die glücklichen „Empfänger“ der warmen deutschen Sozialduschen im Ausland.

Oftmals sind es aber auch Beamte selbst, die im Labyrinth der Verordnungen und Zuständigkeiten sehr einfach mit doppelter Kindergeldzahlung betrügen: Der Trick, der wegen ungenügend geschulter Mitarbeiter, fehlender Daten oder falschem „Datenschutz“ den verbeamteten Betrügern leicht gemacht wird, funktioniert so: Ein Elternteil beantragt sowohl bei der Familienkasse der Bundesanstalt für Arbeit als auch bei einer Familienkasse des Arbeitgebers das Kindergeld. Oder sowohl Vater als auch Mutter beantragen für ein und dasselbe Kind Kindergeld – der eine bei der BA, der andere bei der jeweiligen Familienkasse des öffentlichen Dienstes.

Als „nicht hinnehmbar“ rügte der Bundesrechnungshof bereits 2010 die vor allem bei Hamburger Behörden beliebte Betrugsmasche der „Staatsdiener“. Denn ein Datenabgleich zwischen den Kassen und dem Bundesfinanzministerium „findet nicht oder nur sporadisch statt.“ Der Vorwurf ist gewichtig: Durch die teilweise über Jahre zu viel gezahlten Gelder gehen dem Steuerzahler Millionen verloren.

Die Bundesagentur für Arbeit hat 102, der öffentliche Dienst 12.000 Familienkassen. Sie zahlen knapp 40 Milliarden Euro Kindergeld jährlich aus. Dass es überhaupt so viele Familienkassen gibt, hängt mit der kommunalen Zuständigkeit zusammen, wie ein Sprecher des Deutschen Beamtenbundes erklärte.

Knut packt seine Knute aus

„Wenn der Betrug nicht aufgefallen wäre, wäre der Schaden deutlich höher gewesen“, betont Knut Böhrnsen, Sprecher der Arbeitsagentur Hamburg zum derzeit aktuellen Fall, der sich in eine „Kette von Einzelfällen“ reiht. „Jeder falsch ausgezahlte Euro ist einer zu viel. Das zu Unrecht bewilligte Kindergeld holen wir uns zurück.“

Klar – der Wunsch ist der Vater des Gedankens: Dem wackeren Knut Böhrnsen möge man wünschen, dass er bei der persönlichen Rückholung der von seinem Amt verschwendeten Steuergelder in den Hamburger Shisha-Bars eine gute Krankenversicherung hat: Mach’s gut, Knut – Hals und Beinbruch!

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Dresden: Iraker vergewaltigt 14-Jährige

pi-news.net/2018/02/dresden-iraker-vergewaltigt-14-jaehrige/

Dresden: Staatsanwaltschaft und Polizei ermitteln aktuell gegen einen Iraker (17) wegen Vergewaltigung. Bisherigen Erkenntnissen zufolge soll sich der junge Mann an einer ihm bekannten 14-Jährigen in seiner Wohnung in Dresden-Gorbitz vergangen haben.

Das Mädchen hatte bei ihm übernachtet. Nach der Tat, die in der Nacht zum Mittwoch geschah, flüchtete die 14-jährige Dresdnerin. Im Zuge der Ermittlungen nahmen Polizeibeamte den Tatverdächtigen tags darauf in seiner Wohnung fest. Entsprechende Durchsuchungen und Spurensicherungen wurden gleichzeitig durchgeführt.
Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist der 17-Jährige einem Ermittlungsrichter vorgeführt worden. Dieser erließ gegen ihn einen Haftbefehl wegen Vergewaltigung und setzte diesen in Vollzug. Der junge Mann befindet sich nunmehr in der JVA Dresden.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017/2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".
Passend zum Thema dieses Video der Kampagne „120 DEZIBEL":
Terminhinweis: Am 17. Februar findet in Berlin unter dem Motto „Wir sind kein Freiwild,...Nirgendwo!" ein „ Marsch für Frauen zum Kanzleramt" statt, der von der Ex-Muslima und AfD-Politikerin Leyla Bilge ausgerichtet wird.
Wesel: Ein unbekannter junger Mann zeigte sich gestern Mittag um 11.15 Uhr einer 14-jährigen Schülerin in schamverletzender Weise. Die Schülerin aus Hamminkeln saß auf einer Bank gegenüber des Berufskollegs am Dorotheenweg, als sich der Mann ihr näherte. Der Täter sprach auch noch eine weitere junge Frau an, die aber ohne ihn zu beachten vorüberging. Der Unbekannte flüchtete anschließend zu Fuß in Richtung Dorotheenpark. Beschreibung des Täters: Südländisches Aussehen, ca. 20-25 Jahre alt, ca. 170 bis 180 cm groß, dunkles, kurzes, glattes Haar, bekleidet mit einer kurzen schwarzen Jacke und einer dunklen Jeans mit Löchern und Rissen.
Lübeck: Freitagnachmittag (26. Januar 2018) ereignete sich an einer Bushaltestelle in Bad Schwartau eine sexuelle Nötigung zum Nachteil einer 18-jährigen Frau. Die Geschädigte konnte flüchten, die Kriminalpolizei sucht dringend Zeugen. Gegen 14.55 Uhr hielt sich eine 18-jährige Ostholsteinerin an der Bushaltestelle „Königsberger Straße" in der Kaltenhöfer Straße in Bad Schwartau auf. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist sie dort von einem Mann in einer unbekannter Sprache angesprochen und kurz darauf sexuell belästigt worden. Die junge Frau konnte sich daraufhin losreißen und flüchten. Nach der Tat suchte sie umgehend die Polizeidienststelle in Bad Schwartau auf und erstattete Anzeige. Die Kriminalbeamten ermitteln wegen des Verdachts der sexuellen Nötigung. In diesem Zusammenhang werden Zeugen gesucht, die den Täter am Freitagnachmittag im Bereich der

Kaltenhöfer Straße beobachtet haben und Angaben zu dessen Identität machen können. Der Beschreibung nach soll es sich um einen circa 185 cm großen Mann mit dunklerem Hauttyp im Alter von circa 20 Jahren handeln. Er hatte dunkle Haare und trug dazu einen Drei-Tage-Bart. An der rechten Halsseite trug er ein auffälliges Tattoo in Form eines Vogels oder Adlers. Zur Tatzeit war er mit einer schwarzen Bomberjacke, einer dunkelblauen Hose und auffällig weißen Schuhen bekleidet.
Bonn: Die Bonner Polizei fahndet nach einem Unbekannten, der am Sonntagabend eine 67-jährige Frau in Bonn-Tannenbusch sexuell bedrängt und sich vor ihr entblößt hat. Am Sonntagabend, 29.01.2018, meldete eine Frau der Polizei, dass sie gegen 21.05 Uhr auf der Straße Im Tannenbusch von einem etwa 20 Jahre alten Mann umklammert und sexuell bedrängt worden sei. Außerdem, so der bisherige Ermittlungsstand, entblößte er sich vor ihr. Als die Fußgängerin zu ihrem Mobiltelefon griff, wurde ihr dies von dem Unbekannten aus der Hand gerissen. Mit dem Telefon lief der Unbekannte davon. Die Frau informierte kurze Zeit später die Polizei. Die sofort eingeleitete Fahndung nach dem Tatverdächtigen verlief bislang ergebnislos. Er wurde von der Zeugin wie folgt beschrieben: 1,60- 1,70 cm groß – ca. 20 Jahre alt – Sprach gebrochenes Deutsch – zierlich – dunkelhaarig – bekleidet mit einer Jeans, einer dunklen Jacke und weißen Turnschuhen.
Esslingen: Dank eines Zeugenhinweises ist ein Exhibitionist am Sonntagnachmittag beim Esslinger Entennest festgenommen worden. Ein Angler wurde von dem nackten 59-Jährigen kurz vor 14.30 Uhr angesprochen und belästigt. Der Mann verständigte daraufhin sofort die Polizei. Die Beamten fanden dann zunächst das Fahrrad sowie die Bekleidung des Sittenstrolches. Der polizeibekannte, 59-jährige Syrer konnte am Uferbereich des Neckars in der Nähe angetroffen und festgenommen werden. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde der Mann wieder auf freien Fuß entlassen.
Moers: Eine 22-jährige Frau traf im Raucherpavillon eines Krankenhauses an der Josefstraße auf einen Unbekannten. Nach einem kurzen Gespräch ging man zusammen ein paar Meter spazieren. Auf einem spärlich beleuchteten Fußweg hinter dem Hospital berührte der Mann die Frau aus Geldern unsittlich. Diese wehrte sich und stieß den Täter zu Boden. Anschließend flüchtete sie sich ins Krankenhaus. Sie erlitt durch den Übergriff leichte Verletzungen. Beschreibung: 33 bis 35 Jahre alt, etwa 175 cm groß, schlank, braune Haare, südländisches Aussehen, bekleidet mit einer schwarzen Jogginghose und einer dunkelgrünen Winterjacke. Er führte ein Fahrrad mit sich und nannte sich selber Michael.
Bonn: Die Bonner Polizei fahndet aktuell nach einem Exhibitionisten, der sich am heutigen Freitagmorgen vor einer 19-jährigen Bonnerin entblößt haben soll. Die junge Frau war gegen 07:10 Uhr zu Fuß in der Düne in Richtung der Haltestelle Tannenbusch-Süd unterwegs, als ihr ein Mann entgegen kam. Plötzlich entblößte der Mann sein Geschlechtsteil und ging auf die junge Frau zu, die wiederum sofort die Flucht ergriff. Der Tatverdächtige entfernte sich anschließend in unbekannte Richtung. Der Mann wird wie folgt beschrieben: – Ca-18-19 Jahre alt – etwa 160 cm groß – dunklerer Hautteint – dunkle, kurze Haare – dunkle Augen – leichte Verfärbung im Gesicht – hellgraue Jogginghose – blaue Jacke.

Bad Segeberg: Bereits am frühen Morgen des 17. September 2017 ist es in der S-Bahn, Linie 3, zu einer exhibitionistischen Handlung zum Nachteil von zwei jungen Frau gekommen, infolge dessen die Polizei um Zeugenhinweise hinsichtlich des Tatverdächtigen bittet. Am besagten Sonntagmorgen hatten die beiden Geschädigten (21 und 22) die S 3 um 05:45 Uhr an der Haltestelle Hamburg-Reeperbahn in Richtung Pinneberg bestiegen. Nach bisherigen Erkenntnissen bestieg ein Mann an der Station Hamburg – Eidelstedt ebenfalls die Bahn und setzte sich den zwischenzeitlich eingeschlafenen Fahrgästen gegenüber. Im weiteren Verlauf soll der junge Mann exhibitionistische Handlungen ausgeübt haben. Der Tatverdächtige habe daraufhin den Zug am Kopfbahnhof Pinneberg gegen 06:15 Uhr verlassen, um unmittelbar in einen anderen Waggon wieder zuzusteigen und zurück Richtung Hamburg zu fahren. Bisherige Fahndungsmaßnahmen führten nicht zur Ergreifung des Täters. Entsprechend wendet sich die Kriminalpolizei Pinneberg im Rahmen einer Öffentlichkeitsfahndung mit den Bildern der Überwachungskamera an die Bevölkerung und bittet in diesem Zusammenhang um Hinweise auf die Identität des abgebildeten Mannes. Nachfolgend das Fahndungsfoto, welches eine „Merkel-Fachkraft" zeigt.

Hamburg: Die Polizei fahndet nach einem Sex-Täter: Am Donnerstagabend wurde eine junge Frau in Wilhelmsburg Opfer eines Sexualverbrechens. Die 25-Jährige befand sich auf dem Heimweg, da zerrte sie ein Unbekannter ins Gebüsch – und versuchte sie zu vergewaltigen. Auf dem Nachhauseweg vom Bahnhof hatte sich die 25-Jährige Kopfhörer aufgesetzt, um Musik zu hören. Genau dies wurde ihr offenbar zum Verhängnis. In der Trettaustraße schlich sich gegen 23.15 Uhr der mutmaßliche Täter, der schlank gewesen sein soll, von hinten an sie heran und zerrte sie in ein Gebüsch. Das Opfer wehrte sich mit Händen und Füßen, schrie lautstark nach Hilfe. Der hagere Mann nahm sexuelle Handlungen an ihr vor, versuchte sie offenbar zu vergewaltigen. Aufmerksame Anwohner hatten die Hilfeschreie vernommen und sofort die Polizei informiert. Aufgeschreckt vom Blaulicht der eintreffenden Polizisten flüchtete der Täter, der laut Polizei ein nordafrikanisches Äußeres gehabt haben soll. Eine Fahndung mit 13 Streifenwagen führte nicht zum Erfolg. Jetzt bitten die Fahnder um Hilfe bei der Suche nach dem Täter. Der Sex-Angreifer soll 30 bis 40 Jahre alt sein. Laut Polizei ist er etwa 1,70 bis 1,75 Meter groß und hat ein Gesicht mit auffälligen Wangenknochen. Er soll schwarze, kurze Haare haben. Zur Tatzeit trug er eine dunkle Lederjacke und eine dunkelblaue Jeans.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Neu-Ulm: Erst am Sonntagnachmittag wurde der Polizeiinspektion Neu-Ulm ein Fall einer Exhibitionistischen Handlung auf dem Gelände der ehemaligen Landesgartenschau im Wiley mitgeteilt, welcher sich allerdings bereits am Vormittag, gegen 08:30 Uhr ereignet hatte. Im Bereich der Fußgängerbrücke über die Europastraße manipulierte hierbei ein bislang unbekannter Mann vor einer 49-jährigen Fußgängerin an seinem Glied. Erst als diese nur noch wenige Meter von dem

Mann entfernt war, stieg er auf ein Fahrrad und fuhr fluchtartig davon. Der Mann wird als ca. 55 – 60 Jahre alt und 1,80 Meter groß beschrieben. Er hatte eine stämmige Figur und eine Glatze. Bekleidet war er mit dunkler Hose und dunkler Jacke.
Dortmund: Drei unbekannte, jugendliche Männer belästigten gestern Abend, 25. Januar 2018, 20.00 Uhr, in Dortmund auf dem Winkelriedweg eine 15-jährige Dortmunderin, als sie auf dem Rückweg aus einem Jugendzentrum war. Nach Angaben der Dortmunderin lief das Trio auf dem Heimweg hinter ihr. Plötzlich legten die jungen Männer ihr die Arme um die Schulter und „grapschten" ihr an das Gesäß. Während dieser Zeit versuchte die Gruppe sie hinsichtlich ihrer Schule und ihrem Alter auszufragen. Auf ihre Bitte, sie in Ruhe zu lassen, reagierten die Jugendlichen jedoch nicht. Erst als sie sich in einen Hausflur retten konnte, ließ das Trio von der 15-Jährigen ab. Die Schülerin beschreibt die Männer wie folgt: Der erste Täter war circa 16 Jahre alt, 180 cm groß, hatte dunkle Locken und trug einen weißen Pulli. Der zweite Täter wird auf 15 Jahre geschätzt, war 180 cm groß, hatte kurze schwarze Haare und trug eine Brille. Der dritte im Bunde wird ebenfalls auf 15 Jahre geschätzt, war mit 175 cm etwas kleiner als die beiden anderen Mittäter.
Oldenburg: Ein bislang unbekannter Exhibitionist zeigte sich am gestrigen Mittwoch gegen 13.00 Uhr einem 8-jährigen Mädchen in der Bahnhofsallee. Das Mädchen fuhr aus der Klingenbergstraße in die Bahnhofsallee in Richtung Carl-Friedrich-Gauß-Straße. Der unbekannte Täter stand zunächst rauchend an der Ecke der Carl-Friedrich-Gauß-Straße. Dann lief er dem Mädchen entgegen, wobei er seine Hose herunterließ. Nach Angaben des Mädchens soll es sich bei dem Täter um einen etwa55 bis 60 Jahre alten Mann mit kurzen Haaren und grauem Vollbart handelt. Er soll circa 185 cm groß und schlank gewesen sein.
Ulm: Bereits am Dienstag stand ein Unbekannter an dem Haus in der Söflinger Straße und manipulierte an seinem Geschlechtsteil (siehe http://ots.de/3ad0b2). Am Mittwoch kurz nach 20:30 Uhr wurde der Polizei mitgeteilt, dass erneut ein Mann am Wohnhaus in der Söflinger Straße stehen würde. Der Unbekannte blickte in die Wohnung und beobachte die beiden 17 und 20 Jahre alten Frauen. Dabei onanierte er. Noch während des Telefonats der Frauen mit der Polizei flüchtete der Täter. Die Polizei suchte sofort nach dem Mann, bislang jedoch ohne Erfolg. Die Frauen beschrieben den Mann als etwa 1,80 m groß und etwa 35 Jahre alt. Er habe eine dunkle Hose und eine dunkle Jacke getragen. Auffallend war seine Mütze mit einem grauen Bommel. Der Mann flüchtete mit einem hellem Fahrrad. An der linken Seite ist am Gepäckträger eine Satteltasche angebracht. Die Polizei ermittelt und sucht nach dem Täter. Aufgrund der Beschreibung des Mannes und desselben Tatorts geht sie davon aus, dass der Mann für beiden Taten in Frage kommt.
Krefeld: Am Abend des 23. Januar 2018 hat sich ein Mann in einem Park in Linn vor einer Frau in schamverletzender Weise gezeigt. Als eine 54-jährige Frau gegen 17:10 Uhr in einem Park an der Rheinbabenstraße unterwegs war, zeigte sich ihr ein Mann in schamverletzender Weise. Die Frau informierte die Polizei. Der Mann ist circa 1,90 Meter groß, etwa 35 bis 40 Jahre alt und von normaler Statur. Er trug eine dunkle Jogginghose und dunkle Oberbekleidung.

PI-NEWS-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Verdammte Axt - wenn Rasim richtig rasend wird … Bonn: Kosovare schlachtet Ehefrau mit Beil – keine Haftstrafe!

pi-news.net/2018/02/bonn-kosovare-schlachtet-ehefrau-mit-39-beil-hieben-keine-haftstrafe/

Von JEFF WINSTON | Rasim, der rabiate Rächer, raste wie im Rausch und rastete so richtig aus. Der 36-jährige Kosovare tötete im Oktober sein vermeintliches Eigentum „Medina“ in Bonn-Siegburg. Konkret ausgedrückt schlachtete er sie mit 39 Beil-Hieben regelrecht ab.

In diesem Punkt ist sich die Bonner Staatsanwaltschaft sicher. Sie hat jetzt allerdings den Antrag gestellt, dass Rasim L. aus der Untersuchungshaft in ein psychiatrisches Krankenhaus umverlegt wird, da er aufgrund einer „seelischen Störung“ gemäß §20 Strafgesetzbuch schuldunfähig sei.

Rasims „Handy-Kontrolle“ – mit Beil und Küchenmesser

Im August 2017 konnte Rasim L. seine Ehefrau „Medina“ per Familiennachzug endlich aus dem Kosovo nach Siegburg nachholen, beide waren zunächst überglücklich. Doch einen Monat später war die Frau tot – leider kein Einzelfall.

Am 1. Oktober 2017 gegen 5.30 Uhr kam es in der Wohnung des Paares, das erst ein halbes Jahr zuvor in seiner Heimat geheiratet hatte, zum Streit. Der 36-Jährige wollte wohl das Handy seiner 27-jährigen Frau kontrollieren, aus panischer Angst vor Nebenbuhlern. Der Streit eskalierte.

Keine Anklage gegen Rasim – „Antragsschrift“

Dabei soll Rasim L. die 27-Jährige stark verprügelt haben. Anschließend, so heißt es in der Antragsschrift, soll er ein Schlachtermesser mit 20 Zentimeter langer Klinge sowie ein Beil geholt haben, um seine Ehefrau zu töten. Mit dem Beil schlug er sodann 39 mal auf „Medina“ ein, in erster Linie auf ihren Hinterkopf. Zudem fügte er ihr mehrere Stichwunden zu. Die Geschlachtete verblutete elendig.

Laut Staatsanwaltschaft tötete Rasim L., weil die vorausgegangene Körperverletzung nicht entdeckt werden sollte – dies heißt in klaren Worten eindeutig: Mord gemäß §211 StGB.

Nach der schweren Attacke gegen seine Ehefrau soll es Rasim mit der Angst bekommen haben, wegen Körperverletzung wieder ins Gefängnis zu müssen. Und deshalb soll er beschlossen haben, seine Frau zu töten, was die Staatsanwaltschaft zwar klar als Mord zur Verdeckung einer Straftat wertet.

Im Falle von Goldstück „Rasim“ ist dies aber nicht ganz soo schlimm: Gericht und Staatsanwaltschaft sind sich absolut einig, dass er „schuldunfähig“ ist.

Ein umvolkungsfreundlicher Gutachter betätigte dem seit 20 Jahren (!) als Kriegsflüchtling in Deutschland lebenden Kosovaren gefälligkeitshalber jetzt „Psychische Probleme“. Er war deswegen sogar schon in stationärer Behandlung. Das Bonner Landgericht teilte mit, dass die

Staatsanwaltschaft keine Anklage erheben, sondern beim Schwurgericht einen Antrag auf Unterbringung Rasims in ein psychiatrisches Krankenhaus beantragen wird. Wegen seiner schweren „Erkrankung“ das Hirn betreffend, droht dem Beil-Zombie vor dem Bonner Schwurgericht auch keine Haftstrafe.
Beil-hart – die Bonner Justiz im Zeichen des großen Austausch!

Demos in Berlin, Kandel und Bottrop JF-TV-Reportage: Deutschland 2018 – Frauen in Gefahr

pi-news.net/2018/02/jf-tv-reportage-deutschland-2018-frauen-in-gefahr/
14. Februar 2018
Was ist los in diesem Land? Mütter, die aufschreien. Frauen, die sich bewaffnen. Medien, die wegschauen. Ein Film über Angst in Deutschland und die Wahrheit, die jeder weiß, aber niemand aussprechen darf. Die neue JF-TV Reportage: Deutschland 2018 – Frauen in Gefahr. Zum Thema noch ein Terminhinweis für PI-NEWS-Leser: Die nächsten großen Frauendemos finden statt am 17.2. in Berlin, am 3.3. in Kandel und am 4.3. in Bottrop.

Flüchtlingsbrennpunkt Donauwörth Sicherheitsbehörden hindern Schwarzafrikaner an Ausreise

pi-news.net/2018/02/sicherheitsbehoerden-hindern-schwarzafrikaner-an-ausreise/
150 Gambier wurden am Montag am Bahnhof Donauwörth von der Polizei an ihrer Ausreise nach Italien gehindert. Grund: Keine gültigen Ausweispapiere!
Donauwörth ist ein beschauliches Städtchen im Schwäbischen mit knapp 20.000 Einwohnern. Doch mit der Ruhe dort ist es vorbei, seit die Alfred-Delp-Kaserne eine Erstaufnahmeeinrichtung für knapp 500 Flüchtlinge, vorwiegend Schwarzafrikaner, beherbergt.
Die Asylanten haben seit Beginn der kalten Jahreszeit den Donauwörther Bahnhof zu einer Partymeile mit Gelagen und Rauschgiftgeschäften umfunktioniert. Frauen, die sich notgedrungen dort aufhalten, müssen Anmachsprüche über sich ergehen lassen. Die Donauwörther Polizei hat das Gelände mittlerweile als Problemzone eingestuft.
Die schwarzen „Schutzsuchenden“ sind auch eine Plage für die Fahrer der Stadtbusse. Ungebührliches Verhalten von Passanten und Fahrgästen aus der Erstaufnahmeeinrichtung ist

an der Tagesordnung. Am Montag mussten die Beamten der Polizeiinspektion Donauwörth vier Mal in Richtung Bahnhof ausrücken. Trinkgelage, Pöbeleien, Drogengeschäfte – die Schwierigkeiten seien, so Polizeichef Scheuerer, genau die gleichen, die im Sommer an der Promenade und am Donauhafen aufgetreten waren. Die oftmals Betrunkenen „führen sich auf“ und schlagen mit den Händen an die Scheiben, wenn ein Busfahrer aufgrund des Verhaltens am Zustieg die Mitfahrt verweigert. Einige Fahrgäste verängstige das, berichtet Scheuerer. Es sei ihm auch bekannt, dass die Beförderungszahlen des Stadtbusses mittlerweile zurückgingen: „Die Bürger rufen bei diesen Vorfällen aber eher selten die Polizei – sie ziehen sich von den betreffenden Orten eher still zurück.“
Gerade diese Bemerkung des leitenden Polizeibeamten sollte aufhorchen lassen. Denn sie widerspricht der These des linken Kriminologen und Dauergastes in sämtlichen Talkshows der GEZ-Sender, Christian Pfeiffer, der behauptet, Asylbewerber und Migranten würden eher angezeigt als Einheimische.

Bereitschaftspolizei zur Stabilisierung der Lage nötig

Nachdem es laufend zu Beschwerden über Gelage am Donauhafen, im Netto-Markt am Maximilium, in der Promenade sowie an den Zugängen zur Parkstadt kam, musste die Donauwörther Polizei Verstärkung durch die Bereitsschaftpolizei aus der Kaserne in Königsbrunn anfordern. Gegenwärtig weiß der Leiter der Polizeiinspektion kaum, wo er seine Kräfte zuerst einsetzen soll, da es auch noch andere Einsatzorte in und rund um die Große Kreisstadt gebe. Das Umfeld des Bahnhofs sei aber momentan am kritischsten.
Erst vergangene Woche hatten Schwarzafrikaner gegen einen Bus getreten und den Fahrer bedrängt. Inzwischen sind beim Busunternehmen Überlegungen im Gang, am Abend kein weibliches Personal mehr auf bestimmten Linien einzusetzen. Diese Info erhielt ein Journalist der Augsburger Allgemeinen von einem Busfahrer, dem er aber erst Vertraulichkeit zusichern musste. Ja, der Job kann schnell weg sein, wenn man über „Flüchtlinge“ etwas negatives sagt.

Massenrandale in der Erstaufnahmestelle

Dass immer noch Luft nach oben ist, was Randale betrifft, bewiesen die Schwarzafrikaner am Montag gegen 14 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt kam es in der Aufnahmeeinrichtung in Donauwörth zu Ausschreitungen, in deren Verlauf die Einrichtung der Kantine beschädigt wurde. Das Personal der Erstaufnahmestelle und die hinzugerufenen Einsatzkräfte der Polizei sahen sich einem aggressiven Mob gegenüber. Als Auslöser werden die Abschiebebescheide vermutet, die den vorwiegend gambischen Staatsangehörigen im Laufe der letzten Tage und Wochen zugestellt worden waren.

Asylanten an der Ausreise gehindert

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass wir das dämlichste Volk Europas sind, dann haben ihn die Sicherheitsbehörden am Montag, dem 12.02.2018, gegen 17 Uhr in Donauwörth abgeliefert:
Zu diesem Zeitpunkt entschlossen sich nämlich die Randalierer, das ungastliche Deutschland zu verlassen und nach Italien auszureisen. Also in genau jene Transitländer, aus denen sie zu uns gekommen waren und deren Behörden sie ohne Papiere durchgewunken hatten. Der Hauptgrund für den Ausreisewunsch dürfte sein, dass die abgelehnten „Schutzbedürftigen“ in Zukunft nur noch Sachleistungen erhalten sollen, was Italien zum besseren Aufenthaltsland macht.
150 Gambier begaben sich zum Bahnhof, um mit dem Zug nach Österreich bzw. Italien zu fahren. Es herrschte eine aggressive Stimmung. Auf Grund der unübersichtlichen Situation vor Ort musste der Zugverkehr für etwa 30 Minuten komplett gesperrt werden. Zahlreiche Kräfte des nordschwäbischen Polizeipräsidiums, der Bereitschafts- und Bundespolizei verhinderten die Ausreise, weil die Personen über keine gültigen Ausweispapiere verfügten und eine sofortige Ausreise rechtlich nicht möglich war.
Hat das die Behörden in Österreich schon mal gestört? Die in der Schweiz? In Italien? In Griechenland? Alle winken die Flüchtlinge zu uns durch und sind heilfroh, sie los zu sein.

Und was machen wir Deutsche, wenn endlich einmal welche dorthin zurück wollen, von wo sie zu uns hereinkomplimentiert wurden? Wir halten sie auf!
Die Polizei und die zuständige Behörde konnte schließlich die Rädelsführer davon überzeugen, ihr Vorhaben aufzugeben, heißt es in der Pressemitteilung der Polizei. Na, da sind wir jetzt aber wirklich froh, dass wir die Goldstücke behalten dürfen. Was täten wir nur ohne sie! *(hsg)*

14. Februar 2018, 13:49 Uhr

Brandstiftung in der Zelle

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen verurteilten Vergewaltiger

Von Jörg Diehl und Ansgar Siemens

Eric X. vergewaltigte in Bonn eine Camperin und erhielt eine hohe Haftstrafe. Nun hat der Ghanaer offenbar seine Zelle angezündet - mit drastischen Folgen.

Eric X., verurteilt, weil er eine Camperin auf der Bonner Siegaue vergewaltigt hatte, hat offenbar Feuer in seiner Kölner Gefängniszelle gelegt und sich dabei schwer verletzt. Wie ein Sprecher der Kölner Staatsanwaltschaft bestätigte, ermittle man gegen X. wegen vollendeter Brandstiftung. Der 31-jährige Ghanaer liegt im Krankenhaus und ist bisher nicht vernehmungsfähig.

Der Prozess gegen X. erregte im vorigen Jahr großes Aufsehen, auch weil der Täter ein abgelehnter Asylbewerber ist. Er hatte eine junge Camperin vergewaltigt und wurde zu elfeinhalb Jahren Haft verurteilt - obwohl er die Tat bestritt. X. ging in Revision. Im Prozess zeigte er sich mehrfach aggressiv.

Rauch in der Zelle

Laut Angaben der Kölner Ermittler geschah der Brand in der Nacht zu Mittwoch. JVA-Bedienstete bemerkten demnach um 1.45 Uhr auf einer Überwachungskamera, dass Rauch aus der Zelle von X. quoll. Daraufhin öffneten sie die Tür.

Der stellvertretende Leiter der JVA, Wolfgang Schriever, sagte der Nachrichtenagentur dpa, 30 Prozent der Haut von X. seien verbrannt. Ein JVA-Bediensteter und ein weiterer Insasse erlitten leichte Verletzungen, weil sie den Rauch einatmeten, so der Sprecher der Staatsanwaltschaft.

Die Details des Vorfalls sind bisher unklar. Wie lange etwa Flammen in der Zelle loderten, bis Hilfe kam, könne man nicht sagen, hieß es. Ein Sachverständiger habe den Auftrag erhalten, den Vorfall zu analysieren, so der Sprecher. Man ermittle derzeit ausschließlich gegen X. Die Zelle sei stark zerstört.

Offen bleibt auch ein Motiv für die mutmaßliche Brandstiftung. Der Anwalt von X., der Bonner Strafverteidiger Martin Mörsdorf, sagte dem SPIEGEL: "Ich kann mir nicht vorstellen, dass es ein Suizidversuch war." Von Selbstmordgedanken, so Mörsdorf, wisse er nichts. Zugleich kritisierte der Anwalt, dass X. als Raucher ein Feuerzeug in der Zelle haben durfte.

Streit um Feuerzeug
X. hatte bereits während der Untersuchungshaft im Frühjahr 2017 Feuer in seiner Zelle gelegt. Als ihm JVA-Bedienstete damals das Feuerzeug wegnehmen wollten, griff er sie an. Ein JVA-Bediensteter erlitt eine Jochbeinprellung. Wegen dieses Vorfalls erhob die Kölner Staatsanwaltschaft vor wenigen Wochen Anklage gegen X. Die Vorwürfe: Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung.
Peter Brock vom Bundesverband der Strafvollzugsbediensteten in Nordrhein-Westfalen betonte, Feuerzeuge für Raucher seien grundsätzlich in einer Zelle erlaubt. "Nur wenn Gefangene als selbstmordgefährdet gelten, werden sie in besonders gesicherte Hafträume verlegt, in denen sie keinen Zugriff auf Feuerzeuge mehr haben."
Brände in Haftanstalten gebe es leider immer wieder. "Die Kollegen haben in diesem Fall alles Menschenmögliche getan, um das Leben des Häftlings zu retten", so Brock.
URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/koeln-staatsanwaltschaft-ermittelt-gegen-siegauen-vergewaltiger-wegen-brandstiftung-a-1193485.html

Polizei verringert wieder bei manchen Vorfällen in Deutschland die Aufklärungschancen Sexuelle Übergriffe in Mekka an der Tagesordnung

pi-news.net/2018/02/sexuelle-uebergriffe-in-mekka-an-der-tagesordnung/
Sexuelle Übergriffe von Männern an Frauen sind bei der Hadsch, der islamischen Pilgerfahrt nach Mekka, kein Einzelfall.
Einmal im Leben eine Pilgerreise nach Mekka zu unternehmen, ist für gläubige Muslime eine religiöse Pflicht. Doch für viele Frauen wird dieses Erlebnis zum persönlichen Albtraum: Sie berichten davon, dass sexuelle Übergriffe am zentralen Wallfahrtsort des Islam an der Tagesordnung stehen. Im dichten Gedränge haben die Angreifer leichtes Spiel. […]
„Es ist traurig, dass man nicht einmal an heiligen Orten sicher ist. Ich wurde belästigt, nicht einmal, nicht zweimal, sondern dreimal. Meine Erfahrung in Mekka wird von diesem schrecklichen Vorfall überschattet“, ist die Muslima fassungslos. Nachdem Khan die Übergriffe publik gemacht hatte, meldeten sich zahlreiche weitere Frauen zu Wort, die ebenfalls in Mekka sexuell belästigt worden waren. Viele berichten, dass sie die Vorfälle anfangs gar nicht glauben konnten und wie Khan ein Versehen aufgrund des großen Gedränges vermuteten.
Doch die meisten Vorfälle sind eindeutig: So berichtete eine Betroffene, dass ein Mann vor ihr seinen Penis entblößt hatte, als sie gerade einmal 16 Jahre alt war. Eine weitere enthüllte, dass ihre Mutter – eine Frau in ihren 60ern – bereits mehrere Male belästigt worden sei. Diese

beschrieb die Vorfälle als die schlimmsten Erlebnisse von sexueller Belästigung, die sie jemals durchmachen musste. (Auszug aus einem Artikel von Krone.at).
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017/2018 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“.
Passend zum Thema dieses Video der Kampagne „120 DEZIBEL“:
Terminhinweis: Am 17. Februar findet in Berlin unter dem Motto „Wir sind kein Freiwild,…Nirgendwo!“ ein „ Marsch für Frauen zum Kanzleramt“ statt, der von der Ex-Muslima und AfD-Politikerin Leyla Bilge ausgerichtet wird.
Reutlingen: Nach einem etwa 30 Jahre alten Mann, der am Dienstagabend in der Wörthstraße eine Frau belästigt hat, fahndet das Polizeirevier Reutlingen. Die Reutlingerin war gegen 18 Uhr zu Fuß auf dem Gehweg in der Wörthstraße unterwegs. Vor ihr ging der Unbekannte. Auf Höhe der Hausnummer 116 drehte sich der Mann plötzlich mit geöffneter Hose um, zeigte ihr sein Glied und sprach sie an. Was er sagte, konnte sie nicht verstehen, weil sie gerade mit Kopfhörern telefonierte. Die Frau reagierte richtig und schrie den Mann an, der daraufhin sofort in Richtung Reutlingen flüchtete. Eine sofort nach der Alarmierung eingeleitete Fahndung mit mehreren Streifenwagen verlief bislang ergebnislos. Der Exhibitionist wird als etwa 175 cm groß und von schlanker Statur beschrieben. Er hatte einen leicht bräunlichen Teint, dunkelbraune bis schwarze, kurze, glatte Haare mit Lockenansatz und war mit einer dunklen Hose und einer schwarzen Softshelljacke bekleidet.
Kirchheim: Eine Jugendliche ist von einem bislang unbekannten Mann am Dienstagmorgen sexuell belästigt worden. Die 16-Jährige stieg kurz vor acht Uhr aus einem Linienbus an der Haltestelle Altes Haus aus. Hierbei folgte ihr der Unbekannte, der sie zuvor schon in dem Fahrzeug beobachtet hatte. Auf dem Weg durch die Fußgängerzone in Richtung Rathaus näherte sich der Mann der jungen Frau und fasste ihr an die Hüfte. Trotz Aufforderung dies zu unterlassen, legte er den Arm um die Jugendliche. Daraufhin bis sie dem Täter in die linke Hand und lief davon. Der Mann verfolgte sie weiter, bis die Jugendliche in die Praxisräume eines Arztes ging. Der Unbekannte ist etwa 180 bis 185 cm groß und zirka 17 bis 25 Jahre alt. Der Mann ist dunkelhäutig und hat kurze, zu Dreadlocks gedrehte Haare.
Hofheim: Bereits am Montagmorgen hat sich in Hattersheim ein Exhibitionist herumgetrieben. Gegen 07:45 Uhr hatte eine Zeugin einen Mann bemerkt, der mit heruntergezogener Hose in einem Gebüsch in der Schulstraße stand und sich dabei in schamverletzender Weise gezeigt haben soll. Anschließend benachrichtigte sie die Polizei, die im Rahmen einer Fahndung keine entsprechende Person mehr feststellen konnte. Der Mann sei Ende Dreißig gewesen, habe braune Haut und ein südländisches Aussehen gehabt und wäre mit einem blauen Adidas Jogginganzug mit weißen Streifen bekleidet gewesen. Auffällig sei zudem das silberne, klapprige Fahrrad, mit dem er unterwegs war.
Reutlingen: Nach einem etwa 30 Jahre alten Mann, der am Dienstagabend in der Wörthstraße eine Frau belästigt hat, fahndet das Polizeirevier Reutlingen. Die Reutlingerin war gegen 18 Uhr zu Fuß auf dem Gehweg in der Wörthstraße unterwegs. Vor ihr ging der Unbekannte. Auf Höhe der Hausnummer 116 drehte sich der Mann plötzlich mit geöffneter Hose um, zeigte ihr sein Glied und sprach sie an. Was er sagte, konnte sie nicht verstehen, weil sie gerade mit Kopfhörern telefonierte. Die Frau reagierte richtig und schrie den Mann an, der

daraufhin sofort in Richtung Reutlingen flüchtete. Eine sofort nach der Alarmierung eingeleitete Fahndung mit mehreren Streifenwagen verlief bislang ergebnislos. Der Exhibitionist wird als etwa 175 cm groß und von schlanker Statur beschrieben. Er hatte einen leicht bräunlichen Teint, dunkelbraune bis schwarze, kurze, glatte Haare mit Lockenansatz und war mit einer dunklen Hose und einer schwarzen Softshelljacke bekleidet.
Winnenden: Am Fußweg des Zipfelbachs wurde am Dienstagabend eine Frau belästigt. Die 59-Jährige lief gegen 20.15 Uhr bei der Zipfelbachbrücke, sie unweit entfernt einen Mann, der offenbar an seinem Glied manipulierte. Die Geschädigte lief weiter und verständigte die Polizei. Der Mann war wohl mit einer Strickmütze bekleidet und hatte einen dunklen Teint.
Möckern: Sonntagabend fuhr eine 18jährige Frau mit dem Bus nach Möckern. In Möckern hielt der Bus an einer Haltestelle und sie stieg aus. Mit ihr verließ ein junger Mann ebenfalls den Bus, der sich kurz darauf ihr näherte. Er hielt sie umarmend fest, küsste sie und fasste sie, gegen ihren ausdrücklichen Willen, an. Die junge Frau riss sich los und lief nach Hause. Dann rief sie die Polizei und teilte den Vorfall mit. Im Rahmen von Zeugenbefragungen und weiterführender Ermittlungen konnte ein 18jähriger Afghane als Tatverdächtiger ermittelt werden. Die Kriminalpolizei ermittelt.
Speyer: Am 29.01.2018, gegen 17:15 Uhr, wurde eine 16-Jährige in der Maximilianstraße von einem ihr Unbekannten nach der nächstgelegenen Shisha-Bar gefragt. Auf Nachfrage habe das Mädchen eingewilligt, den Mann auf dem Weg zu begleiten. An der Gaststätte habe der Mann sie in einen Flur gezogen, dort oberhalb ihrer Kleidung an Brust und Gesäß angefasst und gleichzeitig an Hals und Wange geküsst. Die 16-Jährige habe den Angreifer aufgefordert, dies zu unterlassen. Es sei ihr schließlich gelungen ihn wegzustoßen und sich zu entfernen. Dann sei ihr der Mann gefolgt und habe ihr Handgelenk gegriffen. Das Mädchen habe dann ihn verbal überzeugen können, sie zum Postplatz zu begleiten, wo sich zwei ihrer Freunde aufhielten. Nach einer Konfrontation mit ihren Freunden habe der Mann die Örtlichkeit verlassen. Die junge Frau beschreibt den Angreifer als circa 20-25 Jahre alt, circa 1,75m groß, südländisch und braunäugig.
Leer: Exhibitionistische Handlung Leer – Am Donnerstag, den 25.01., kam es auf der Allee zur Evenburg gegen 16:50 Uhr zu einer exhibitionistischen Handlung. Hierbei fiel einer 32-jährigen Joggerin aus Leer ein Mann auf, der sich dort seitlich am Weg aufhielt und onanierte. Die Frau setzte ihren Weg fort und verständigte die Polizei. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Ca. 170-180 cm groß, kurze schwarze Haare, schlank, südländische Erscheinung.
Zierenberg (Landkreis Kassel): Ein Fall von sexueller Belästigung in einer Regiotram, Anfang Januar, konnte u. a. durch die Auswertung von Videoaufzeichnungen rasch geklärt werden. Als Tatverdächtiger ermittelten Bundespolizisten einen 25-jährigen Aserbaidschaner aus Wolfhagen. Opfer waren zwei 14- und 16-jährige Mädchen aus Zierenberg. Beide waren am 9. Januar 2018 mit der Regiotram in Richtung Kassel unterwegs. Der damals Unbekannte soll die Schülerinnen verbal und mit deutlichen sexuell ausgerichteten Gesten belästigt haben. Nach der Ankunft in Kassel sprachen die Teenager sofort eine Streife der Bundespolizei an und erstatteten Strafanzeige. Die beiden Mädchen waren beängstigt. „Wir hatten ein mulmiges Gefühl!“, sagten sie später der Bundespolizei. Vor wenigen Tagen konnten die Beamten den 25-Jährigen anhand des Bildmaterials und durch Zeugenaussagen eindeutig als Tatverdächtigen identifizieren. Die Bundespolizeiinspektion Kassel hat gegen den Mann ein Strafverfahren eingeleitet.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Neu-Ulm: Erst am Sonntagnachmittag wurde der Polizeiinspektion Neu-Ulm ein Fall einer Exhibitionistischen Handlung auf dem Gelände der ehemaligen Landesgartenschau im Wiley mitgeteilt, welcher sich allerdings bereits am Vormittag, gegen 08:30 Uhr ereignet hatte. Im

Bereich der Fußgängerbrücke über die Europastraße manipulierte hierbei ein bislang unbekannter Mann vor einer 49-jährigen Fußgängerin an seinem Glied. Erst als diese nur noch wenige Meter von dem Mann entfernt war, stieg er auf ein Fahrrad und fuhr fluchtartig davon. Der Mann wird als ca. 55 – 60 Jahre alt und 1,80 Meter groß beschrieben. Er hatte eine stämmige Figur und eine Glatze. Bekleidet war er mit dunkler Hose und dunkler Jacke.
Dortmund: Drei unbekannte, jugendliche Männer belästigten gestern Abend, 25. Januar 2018, 20.00 Uhr, in Dortmund auf dem Winkelriedweg eine 15-jährige Dortmunderin, als sie auf dem Rückweg aus einem Jugendzentrum war. Nach Angaben der Dortmunderin lief das Trio auf dem Heimweg hinter ihr. Plötzlich legten die jungen Männer ihr die Arme um die Schulter und „grapschten“ ihr an das Gesäß. Während dieser Zeit versuchte die Gruppe sie hinsichtlich ihrer Schule und ihrem Alter auszufragen. Auf ihre Bitte, sie in Ruhe zu lassen, reagierten die Jugendlichen jedoch nicht. Erst als sie sich in einen Hausflur retten konnte, ließ das Trio von der 15-Jährigen ab. Die Schülerin beschreibt die Männer wie folgt:
Der erste Täter war circa 16 Jahre alt, 180 cm groß, hatte dunkle Locken und trug einen weißen Pulli. Der zweite Täter wird auf 15 Jahre geschätzt, war 180 cm groß, hatte kurze schwarze Haare und trug eine Brille. Der dritte im Bunde wird ebenfalls auf 15 Jahre geschätzt, war mit 175 cm etwas kleiner als die beiden anderen Mittäter.
Oldenburg: Ein bislang unbekannter Exhibitionist zeigte sich am gestrigen Mittwoch gegen 13.00 Uhr einem 8-jährigen Mädchen in der Bahnhofsallee. Das Mädchen fuhr aus der Klingenbergstraße in die Bahnhofsallee in Richtung Carl-Friedrich-Gauß-Straße. Der unbekannte Täter stand zunächst rauchend an der Ecke der Carl-Friedrich-Gauß-Straße. Dann lief er dem Mädchen entgegen, wobei er seine Hose herunterließ. Nach Angaben des Mädchens soll es sich bei dem Täter um einen etwa 55 bis 60 Jahre alten Mann mit kurzen Haaren und grauem Vollbart handelt. Er soll circa 185 cm groß und schlank gewesen sein.
Ulm: Bereits am Dienstag stand ein Unbekannter an dem Haus in der Söflinger Straße und manipulierte an seinem Geschlechtsteil (siehe http://ots.de/3ad0b2). Am Mittwoch kurz nach 20:30 Uhr wurde der Polizei mitgeteilt, dass erneut ein Mann am Wohnhaus in der Söflinger Straße stehen würde. Der Unbekannte blickte in die Wohnung und beobachte die beiden 17 und 20 Jahre alten Frauen. Dabei onanierte er. Noch während des Telefonats der Frauen mit der Polizei flüchtete der Täter. Die Polizei suchte sofort nach dem Mann, bislang jedoch ohne Erfolg. Die Frauen beschrieben den Mann als etwa 1,80 m groß und etwa 35 Jahre alt. Er habe eine dunkle Hose und eine dunkle Jacke getragen. Auffallend war seine Mütze mit einem grauen Bommel. Der Mann flüchtete mit einem hellem Fahrrad. An der linken Seite ist am Gepäckträger eine Satteltasche angebracht. Die Polizei ermittelt und sucht nach dem Täter. Aufgrund der Beschreibung des Mannes und desselben Tatorts geht sie davon aus, dass der Mann für beiden Taten in Frage kommt.
Krefeld: Gestern Abend (23. Januar 2018) hat sich ein Mann in einem Park in Linn vor einer Frau in schamverletzender Weise gezeigt. Als eine 54-jährige Frau gegen 17:10 Uhr in einem Park an der Rheinbabenstraße unterwegs war, zeigte sich ihr ein Mann in schamverletzender Weise. Die Frau informierte die Polizei. Der Mann ist circa 1,90 Meter groß, etwa 35 bis 40 Jahre alt und von normaler Statur. Er trug eine dunkle Jogginghose und dunkle Oberbekleidung.

PI-NEWS-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Neubürger stellen Frau vor Wahl Landshut: Sex oder Handy!

pi-news.net/2018/02/landshut-sex-oder-handy/

Tatort Stadtpark Landshut. Übersichtsaufnahme: Google Earth.

Von EUGEN PRINZ | Am 18.02.18 veröffentlichte die Landshuter Polizei folgende Pressemitteilung:

Zwei männliche Täter fordern Mobiltelefon oder Geschlechtsverkehr

LANDSHUT. Am 17.02.2018 gegen 06:30 Uhr wurde eine weibliche Geschädigte von zwei unbekannten Tätern angefallen, als diese durch den Stadtpark ging. Hierbei packte einer der beide die Geschädigte an der Schulter und forderte von dieser das mitgeführte Mobiltelefon oder Geschlechtsverkehr. Der zweite Täter stand hierbei untätig daneben. Die Geschädigte konnte sich hierbei befreien und flüchtete zu Fuß. Die Geschädigte konnte eine Personenbeschreibung beider Täter abgeben. Weitere Täterhinweise bitte an die Polizeiinspektion Landshut unter der Tel: 0871-9252-0

Der erste Gedanke bei der Lektüre des Polizeiberichts ist natürlich: Es wäre ein Wunder, wenn das nicht wieder unsere Neubürger gewesen wären, denn bei diesem Modus Operandi drängt sich der Verdacht förmlich auf. Und warum sollte sonst keine Personenbeschreibung mitgeliefert werden? Liebe Polizei, ihr wollt Täterhinweise, liefert aber keine Personenbeschreibung. Ist so ein Vorgehen nicht kontraproduktiv für die Aufklärung der Straftat?

Offenbar hat dann die lokale Tageszeitung nachgebohrt, denn in der Berichterstattung über diesen Vorfall war auf idowa.de (Originalartikel hier) folgendes zu lesen:

Von den Tätern liegt leider nur eine spärliche Beschreibung vor: Der eine wird als etwa 1,65 Meter groß und kräftig, der andere als 1,80 Meter groß und schlank beschrieben. Die PI Landshut hofft nun auf Hinweise aus der Bevölkerung. Mögliche Zeugen werden gebeten, sich unter der Telefonnummer 0871/9252-0 zu melden.

Haben wir das richtig verstanden: Das Opfer kann außer der Statur keine Beschreibung abgeben? Nicht mal, ob es Deutsche oder Neubürger waren? Sehr unglaubwürdig! Offenbar kam man auch noch andernorts zu dieser Schlußfolgerung, denn am 18.02.18 gegen 19.40 Uhr folgte dann noch ein update mit folgender Personenbeschreibung:

Täter 1:
männlich
circa 180 Zentimeter groß
schlank
sprach unbekannte ausländische Sprache
rote Kapuze über den Kopf gezogen
dunkle Jacke

Täter 2:
männlich
circa 165 Zentimeter groß
kräftige Statur
sprach unbekannte ausländische Sprache
dunkle Jacke
dunkle Mütze oder Kapuze über dem Kopf

„Na also, geht doch!“ möchte man ausrufen. Es besteht jetzt natürlich die theoretische Möglichkeit, dass das Opfer die Personenbeschreibung scheibchenweise abgegeben hat. Viel wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Polizei für die Veröffentlichung in kleinen Häppchen verantwortlich ist. Ja klar, es ist wirklich unangenehm, wenn der Eindruck entsteht, dass die einheimischen Sexualverbrecher mittlerweile ausgestorben sind. Wenn man bei solchen Straftaten spontan auf einen Neubürger tippt, liegt man in gefühlten vier von fünf Fällen richtig. Die Verhältnisse sind mittlerweise so krass geworden, dass in den Führungsetagen von Politik und Sicherheitsbehörden wohl Dauermigräne beim Nachdenken darüber herrschen dürfte, wie man den Ball bei dieser Masse von Fällen noch flach halten kann.
Kann man aber nicht mehr. Mittlerweile fangen die Frauen an, auf die Straße zu gehen. Und die fangen erst an, da wird noch mehr kommen, wenn es so weitergeht in unserem Land. Und das wird es dank dem Horrorkabinett, das nun voraussichtlich eine weitere Legislaturperiode Zeit haben wird, unserem Land und seiner angestammten Bevölkerung mit der Brechstange den Rest zu geben.
Doch der Widerstand wächst und inzwischen wagen es manche Medien schon nicht mehr, die Herkunft der Täter zu verschleiern. Denn diejenigen, die das immer noch tun, verlieren ihre Rest-Glaubwürdigkeit. Wenn dort der Bürger in entsprechenden Berichten etwas von „Männern“, „Jugendlichen“ oder „Personen“ hört oder liest, tippt er ohnehin schon automatisch auf einen Zugereisten. Insofern ist die von den Erziehungsjournalisten so innig geliebte Volkstäuscher-Richtlinie 12.1 des „Pressekodex“ mittlerweile für die Katz, um ein eigentlich passenderes Wort aus Gründen der guten Erziehung zu vermeiden.

Kein "Aufschrei" der üblichen "Rassismus-Riecher" Oberursel: Busfahrer von „Südländer“ brutal überfallen

pi-news.net/2018/02/oberursel-busfahrer-von-suedlaender-brutal-ueberfallen-mit-video/

Bereits Anfang Februar 2017 kam es in der Nassauer Straße in Oberursel zu einem tätlichen Angriff auf einen damals 70-jährigen Busfahrer, der infolge des Angriffes schwer verletzt wurde und letztlich bleibende gesundheitliche Schäden erlitt.
Am Donnerstag, 02.02.2017, stieg im Bad Homburger Stadtteil Ober-Erlenbach, an der Haltestelle „Spessartstraße“, gegen 06:23 Uhr, ein junger Mann in einen Bus der Linie X 27 ein. Bei dieser Linie handelt es sich um eine Schnellbusverbindung, die zwischen Karben und Königstein verkehrt. Der junge Mann setzte sich nach Einsteigen in den Bus, in dem sich

neben ihm nur drei weitere Fahrgäste befanden, in den vorderen Bereich und verblieb dort bis Erreichen der Haltestelle „Nassauer Straße“ in Oberursel, was gegen 06:52 Uhr der Fall war. Kurz nachdem der Busfahrer die Haltestelle „Nassauer Straße“ verlassen hatte, ging der junge Mann direkt zu dem Busfahrer und schlug diesem grundlos und unvermittelt mit der rechten Faust in dessen Gesicht. Schon dieser erste Schlag traf den Busfahrer im Bereich seines rechten Auges.
Nach dem ersten Angriff ging der junge Mann an die hintere Tür des Busses und versuchte diese mittels eines Notausstiegsknopfes zu entriegeln, was allerdings nicht gelang, da der Bus zu diesem Zeitpunkt noch in Bewegung war. Unmittelbar folgend begab sich der Mann erneut nach vorne zu dem Busfahrer und schlug nun noch zwei weitere Male diesem gezielt in dessen Gesicht, wobei die Schläge erneut das rechte Auge des Busfahrers treffen. Schwer verletzt sackte der Busfahrer zusammen, währenddessen es dem Täter gelang, die vordere Tür des Busses zu öffnen und aus diesem in Richtung der Fußgängerzone von Oberursel zu flüchten. Infolge der durch die Schläge hervorgerufenen sehr schweren Verletzungen wurde der 71-Jährige sofort in die Augenklinik nach Frankfurt gebracht, wo eine erste Operation stattfand und der bis heute noch viele weitere Operationen folgten. Dennoch gelang den Ärzten nicht zu verhindern, dass der geschädigte Busfahrer auf seinem rechten Auge das Sehvermögen komplett verlor und erblindete.
Der nach wie vor unbekannte Täter wird wie folgt beschrieben:
– ca. 23 – 30 Jahre alt
– ca. 168 – 175 cm groß
– südländische Erscheinung
– athletische Figur
– dunkles/schwarzes Haar
– zum Tatzeitpunkt mit Vollbart
– Rechtshänder
– bekleidet mit schwarzer Mütze (diese hatte vermutlich ein „Emporio Armani“-Zeichen), dunkler Jacke, dunkler Hose und schwarzen „Nike“-Soccer-Turnschuhen (diese haben das typische Firmen-Logo im vorderen Fußbereich und nicht seitlich), darüber hinaus hatte der Täter eine schwarze Tasche umhängen.
Insbesondere konnte bislang im Rahmen der Ermittlungen der Kriminalpolizei noch keine mögliche Verbindung des unbekannten Täters in die Bereiche von Ober-Erlenbach und Oberursel nachvollzogen werden. Hinsichtlich des Vorfalles ist es am Sonntag, 18.02.2018, gegen 19:00 Uhr, in der Sendung „Maintower Kriminalreport“, im HR-Fernsehen zur Ausstrahlung eines Filmbeitrages gekommen. Mit zwei Bildern, die über die Überwachungsanlage des Busses aufgezeichnet wurden, geht die Kriminalpolizei Bad Homburg jetzt an die Öffentlichkeit und bittet Zeugen und Hinweisgeber, sich unter der Rufnummer 06172 / 120-0 zu melden.
Rückfragen bitte an:
Polizeipräsidium Westhessen – Wiesbaden
Konrad-Adenauer-Ring 51
65187 Wiesbaden
Pressestelle
Telefon: (0611) 345-1052/1041/1042
E-Mail: pressestelle.ppwh@polizei.hessen.de

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Bremen: Mehrere Männer traten in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag in der Innenstadt gegen den Kopf eines am Boden liegenden 26 Jahre alten Bremers. Das Opfer wurde mit

schweren Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert. Der 26-Jährige verließ gegen 2.40 Uhr zusammen mit seinem 31 Jahre alten Schwager eine Diskothek in der Straße Auf der Brake. Als sie an einer etwa fünfköpfigen Gruppe vorbei gehen wollten, wurde der Schwager von einem Mann angerempelt und anschließend mit einer Kopfnuss bedacht. Der 26-Jährige ging dazwischen und wollte schlichten; daraufhin wurde er niedergeschlagen. Die Angreifer traten anschließend mehrfach gegen den Oberkörper und den Kopf des am Boden liegenden Mannes und flüchteten. Der Haupttäter wurde als etwa 30 Jahre alt, 180 bis 190 Zentimeter groß und athletisch beschrieben. Er hatte einen dunklen Teint, kurze schwarze Haare und einen leichten Vollbart.

Nochmals Bremen: Gegen 1 Uhr gerieten zwei Männer vor dem Eingangsbereich einer Diskothek in der Langemarckstraße zunächst in einen verbalen Streit, der in einer Schlägerei mündete. Einer der Akteure zog dabei ein Messer und stach auf seinen 30 Jahre alten Kontrahenten ein. Anschließend flüchtete der Angreifer zu Fuß. Der 30-jährige Bremer musste mit Stichverletzungen in einem Krankenhaus aufgenommen werden. Die Polizei sucht nach Zeugen. Der Verdächtige wurde als etwa 30 bis 40 Jahre alt und etwa 175 Zentimeter groß geschrieben. Er hatte einen dunklen Teint und schwarze mittellange Haare.

Jena: Zu einer Auseinandersetzung kam es am Montagabend um 18.00 Uhr auf dem Ernst-Abbe-Platz. Ein junger Mann wollte sich in einem Schnellrestaurant etwas zu Essen kaufen. Bereits vor dem Betreten des Lokals wurde der 25-Jährige von einer Gruppe junger Männer angepöbelt und verbal bedrängt. Als er nach dem Einkauf das Restaurant durch den Hintereingang verlassen wollte, wurde er auf dem Campus erneut von der Gruppe bedrängt. Sie umschlossen den jungen Mann. Ein 17-jähriges Gruppenmitglied gab ihm unvermittelt einen Kopfstoß ins Gesicht und brach dem jungen Mann damit die Nase. Anschließend flüchteten die jungen Männer. Zeugen, die die Auseinandersetzung beobachtet haben, informierten umgehend die Polizei. Die Polizeibeamten nahmen die Ermittlungen in der näheren Umgebung auf und machten die Angreifer aufgrund von Personenbeschreibungen kurze Zeit später namentlich bekannt. Bei ihnen handelt es sich um acht Personen im Alter von 17 bis 26 Jahren, die aus Syrien, dem Irak und Afghanistan stammen. Die Gruppe beschäftigte die Polizei bereits mehrfach in jüngster Vergangenheit. Auch an diesem Abend traten die jungen Männer bei der Personenüberprüfung lautstark und aggressiv gegenüber der Polizei auf. Der Vorfall stellt laut Strafgesetzbuch keine einfache sondern eine gefährliche Körperverletzung dar, da sie gemeinschaftlich handelnd durch mehrere Personen begangen wurde.

Schramberg: Am Montag ist es in der Oberndorfer Straße (zwischen Eiscafé und Reisebüro) zu einer Körperverletzung gekommen, bei der ein 22-Jähriger am Knie verletzt worden ist. Nach bisherigen Ermittlungen wurde der junge Mann von zwei bislang unbekannten Tätern angesprochen. In der Folge zerrten die beiden Unbekannten an den Hosenbeinen ihres Opfers. Beim Sturz zog sich der 22-Jährige die Knieverletzung zu. Nach Angaben des Opfers versuchten die die beiden Täter die Hose mit einem Feuerzeug anzuzünden. Die Täter werden als schlank, rund 170 Zentimeter groß und etwa 18 bis 19 Jahre alt beschrieben. Ein Täter trug eine weiße Jacke und blaue Jeans-Hose. Auffällig an diesem jungen Mann waren der Spitzbart und die roten Kontaktlinsen. Der zweite Täter mit dunklem Teint, trug eine schwarze Jacke mit schwarzer Jeans-Hose.

Düsseldorf: Die drei Männer, die in Düsseldorf einen Polizisten schwer verletzt haben, sind wieder auf freiem Fuß. Sie durften die Polizeiwache am Dienstag nach einer entnommenen Blutprobe und der Feststellung ihrer Personalien wieder verlassen, sagte eine Sprecherin der Polizei Düsseldorf auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT. Da alle drei über einen festen Wohnsitz verfügten, habe kein Haftgrund vorgelegen. In der Nacht zu Dienstag hatten Polizisten beobachtet, wie die Männer in der Düsseldorfer Altstadt immer wieder einen Hund auf Passanten hetzten. Die Beamten schritten ein, nahmen den Boxer an sich und banden ihn an einen Poller, um das Trio zu kontrollieren. „Während der Überprüfung griff einer der

Tatverdächtigen nach der Leine, während ein anderer unvermittelt einem der Beamten mehrfach mit beiden Fäusten ins Gesicht schlug und ihn schwer verletzte. Der dritte Verdächtige kam hinzu und griff den Beamten ebenfalls an“, schilderte die Polizei den Vorfall. Auch hätten die Männer versucht, den Hund auf die Polizisten zu hetzen. Zur Verstärkung gerufene Beamte konnten die beiden 20 und 26 Jahre alten Angreifer schließlich überwältigen und festnehmen. Dabei soll der 20jährige die Beamten fortlaufend bespuckt, beleidigt und massiven Widerstand geleistet haben. Der dritte Täter, der inzwischen mit dem Hund geflüchtet war, konnte kurze Zeit später ebenfalls festgenommen werden. Der verletzte Polizist sei zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht und stationär aufgenommen worden. Gegen das Trio, das bereits in der Vergangenheit mehrfach wegen Gewalt- und Eigentumsdelikten polizeiauffällig geworden war, wird nun unter anderem wegen schwerer Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung ermittelt. Alle drei Männer seien in Deutschland geboren, ihre Namen deuteten jedoch auf einen arabisch-türkischen Migrationshintergrund hin, teilte die Polizei weiter mit. *(Artikel übernommen von der JUNGEN FREIHEIT).*

Nordhorn: Nach dem Karnevalsumzug war es am Sonntagabend vor dem Eingang zum Festzelt auf der Blanke zu einem Messerangriff durch einen bislang unbekannten Täter gekommen (wir berichteten). Zeugen haben der Polizei jetzt Bilder des mutmaßlichen Täters zur Verfügung gestellt. Durch Veröffentlichung des Bildmaterials erhoffen sich die Ermittler nun weitere Hinweise, die zur Identifizierung des Mannes beitragen können. Gegen 18:30 Uhr hatte sich innerhalb des Zeltes eine Schlägerei angebahnt. Die dort eingesetzten Security-Mitarbeiter waren schnell schlichtend eingeschritten und hatten den Aggressor gegen seinen Willen aus dem Zelt geführt. Im Außenbereich ließen sie den Mann dann wieder los. Dieser hatte daraufhin ein Messer gezogen und es dem Security-Mitarbeiter unvermittelt in den Bauch gestoßen. Der Täter rannte danach zum Kreisel, stieg dort auf ein Fahrrad und fuhr in Richtung des ehemaligen Marienkrankenhauses davon. Das Opfer wurde schwer aber glücklicherweise nicht lebensgefährlich verletzt. Er befindet sich weiterhin auf dem Wege der Besserung. Der etwa 1,85 Meter große Täter wurde von Zeugen als Mann südländischer Herkunft beschrieben.

Rüdesheim: Am Sonntagabend wurde ein 44-jähriger Mann in der Rheinstraße in Rüdesheim von zwei unbekannten Tätern angegriffen und verletzt. Der Geschädigte war gegen 21.30 Uhr auf dem Gehweg der Rheinstraße von Rüdesheim Mitte kommend in Richtung Bahnhof unterwegs, als er von den beiden Tätern zunächst angebrüllt und anschließend geschlagen wurde. Hierbei soll unter anderem auch eine Glasflasche zum Einsatz gekommen sein, mit welcher der 44-Jährige am Kopf getroffen wurde. Aufgrund der Kopfverletzungen musste der Geschädigte in einem Krankenhaus behandelt werden. Die beiden Angreifer sollen etwa 20-30 Jahre alt, ca. 1,70 Meter groß, dunkelhäutig und gut gekleidet gewesen sein und kurze, dunkle Haare gehabt haben.

Münster: Ein Unbekannter schlug einen 49-jährigen Münsteraner bereits am Montagabend (5.2., 19:35 Uhr) nach einer Karnevalsfeier in Wolbeck zusammen und flüchtete. Der Schwerverletzte blieb am Boden liegend zurück und musste von Rettungskräften versorgt werden. Bisherigen Ermittlungen zufolge ging der 49-Jährige auf dem Rückweg von einer Karnevalsfeier zu Fuß in Richtung Telgter Straße. Ab der Einmündung zur Hofstraße verfolgte ihn der Unbekannte und forderte ihn immer wieder auf, stehen zu bleiben. Auf Höhe der Straße „Im Bilskamp“ holte der Mann den Münsteraner ein und rang ihn zu Boden. Am Boden liegend trat der Täter ihm mehrfach ins Gesicht und flüchtete anschließend in Richtung Hofstraße. Eine aufmerksame Zeugin beobachtete die Tat und rief die Polizei. Während der Mann auf den Münsteraner eintrat, hörte sie eine zweite Stimme, die ihn aufforderte damit aufzuhören.

Der Täter wird als 1,76 bis 1,78 Meter groß, schlank und dunkelhäutig beschrieben. Er hat

gelocktes Haar und war mit einer Jacke im Tarnmuster bekleidet. Sein Begleiter war ebenfalls dunkelhäutig und trug eine schwarze Jacke.
Koblenz: Am Sonntag, 04.02.2018, 06.00 Uhr, wurde der Koblenzer Polizei eine Schlägerei in der Innenstadt, Clemensstraße gemeldet. Dort angekommen stellten die eingesetzten Beamten zwei auf dem Boden liegende Personen fest. Diese, eine 19 Jahre alte Frau und ein 20-jähriger Mann, wurden kurz zuvor, nach der Schließung einer Diskothek, von zwei unbekannten Männern zusammengeschlagen bzw. -getreten. Hierbei trugen beide Kopfverletzungen davon und mussten anschließend in ein Koblenzer Krankenhaus eingeliefert werden. Die beiden Täter gingen mit hoher Brutalität vor, da sie die Geschädigten zuerst zu Boden schlugen und dann noch auf sie eintraten. Diese wurden wie folgt beschrieben: etwa 18-20 Jahre alt, südländisches Erscheinungsbild, circa 180 cm groß, ein Mann trug ein Basecap und eine helle Jeans.
Freiburg: Eine Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen auf Bahnsteig 2 am Hauptbahnhof wurde der Bundespolizei am frühen Sonntagmorgen gemeldet. Ein 21-jähriger afghanischer Staatsangehöriger und ein 21-jähriger Iraker hatten zunächst unbefugt die Gleise überquert und dann offenbar grundlos eine Gruppe Reisender angepöbelt. Im weiteren Verlauf soll der 21-jährige Afghane einem 49-jährigen Deutschen aus der Gruppe mit einer Bierflasche in Richtung Kopf geschlagen haben. Der konnte den Schlag abwehren, wobei die Flasche zu Bruch ging und es zu einem Gerangel zwischen den beteiligten Personen kam. Der Angreifer warf anschließend mit Scherben auf die Gruppe und versuchte den 49-Jährigen erneut zu attackieren. Der Mann und ein weiterer Geschädigter erlitten hierbei leichte Schnittverletzungen im Gesicht. Mitarbeiter der Deutschen Bahn griffen ein und konnten die Beteiligten trennen. Auch bei Eintreffen mehrerer Streifen von Bundes- und Landespolizei setzten die beiden 21-Jährigen ihr aggressives Verhalten fort, indem sie die umherstehenden Bahnreisenden massiv beleidigten und in ihre Richtung spuckten. Der 21-jährige Afghane musste gefesselt werden. Hierbei leistete er erheblichen Widerstand und richtete seine Beleidigungen nun auch gegen die eingesetzten Beamten. Die beiden alkoholisierten 21-Jährigen wurden vorläufig festgenommen und zum Bundespolizeirevier gebracht. Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung wurden eingeleitet.
Dortmund – Willich – Halberstadt: Eine kuriose Schlägerei ereignete sich am Sonntagmorgen (04. Februar) im Dortmunder Hauptbahnhof. Zwei Männer schlugen sich, wobei ein Dritter die Auseinandersetzung mit seinem Smartphone aufzeichnete. Die Bundespolizei stellte das Gerät sicher und ermittelt nun wegen Körperverletzung. Gegen 03:30 Uhr wurden Einsatzkräfte zu einem Bahnsteig im Hauptbahnhof gerufen. Zeugenaussagen zufolge soll ein 19-jähriger Syrer einen 23-jährigen Mann aus Dortmund erst verbal und anschließend mit Schlägen und Tritten angegriffen haben. Dabei wurde das Opfer im Gesicht verletzt. Zeugen erklärten, dass der Begleiter des Angreifers, ein 18-jähriger Marokkaner, die Tat mit seinem Smartphone gefilmt habe. Das Gerät wurde daraufhin sichergestellt. Weitere Ermittlungen ergaben, dass die Schlägerei von Beginn an von dem 18-Jährigen unter fortwährendem Gelächter aufgezeichnet wurde. Die weiteren Ermittlungen konzentrieren sich nun auch darauf, ob die Auseinandersetzung vorsätzlich herbeigeführt wurde. Die Bundespolizei leitete gegen beide Tatverdächtige, die sich aktuell im Asylverfahren befinden, und in Halberstadt (19) sowie in Willich (18) wohnen, ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung ein.
Hamm-Herringen: Mit einer Flasche leicht verletzt wurde ein 25-jähriger Hammer am Sonntag, 4. Februar, um 3.30 Uhr, auf der Kanalstraße. Er war mit einem 22-Jährigen auf der Kanalstraße unterwegs, als ihnen zwei Männer entgegenkamen und sie beleidigten. Unvermittelt schlug dann ein Tatverdächtiger mit einer Flasche nach dem 25-Jährigen und verletzte ihn an der Hand. Die Flüchtigen mit südländischem Erscheinungsbild sind zirka 23

Jahre alt und trugen schwarze Lederjacken und Jogginghosen. Hinweise nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 02381 916-0 entgegen.
Moers: Ein Unbekannter verletzte am Donnerstag gegen 20.00 Uhr in einer Freizeiteinrichtung an der Wilhelm-Schroeder-Straße vier Personen, indem er einen Reizstoff versprühte. Anschließend flüchtete er. Drei Männer und eine Frau erlitten leichte Verletzungen, die in örtlichen Krankenhäusern behandelt werden konnten. Gegen 18.30 Uhr hatte der Unbekannte bereits in dem Freizeitzentrum einen 21-jährigen Moerser angegriffen und einen weiteren Besucher leicht verletzt. Beschreibung: 18 bis 20 Jahre alt, 170 bis 180 cm groß, schwarze Haar, südländisches Aussehen, bekleidet mit einer dunkelblauen Jacke.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen
Hamburg: 18-Jährige vergewaltigt

pi-news.net/2018/02/hamburg-18-jaehrige-vergewaltigt/
Hamburg: Die Polizei Hamburg fahndet nach einem bislang unbekannten Täter, der am frühen Samstagmorgen eine 18-Jährige überfallen und sexuelle Handlungen an ihr vorgenommen hat. Die Fachdienststelle für Sexualdelikte (LKA 42) führt die weiteren Ermittlungen. Die 18-Jährige ging zu Fuß durch den Mimeweg, als sie plötzlich von hinten angegangen wurde. Der Täter sprühte ihr dann unvermittelt Pfefferspray ins Gesicht und zog sie in ein Gebüsch. Hier nahm er sexuelle Handlungen an ihr vor. Nachdem der Täter zwischenzeitlich von ihr abgelassen hatte, gelang der 18-Jährigen die Flucht. Sie vertraute sich zu Hause ihren Eltern an, die schließlich die Polizei verständigten. Im Verlauf der Tat entwendete der Täter der Geschädigten auch noch Bargeld aus ihrer Handtasche. Die mit mehreren Funkstreifenwagen durchgeführten Fahndungsmaßnahmen führten nicht zur Festnahme des Täters. Dieser kann wie folgt beschrieben werden: -männlich -kurze, schwarze Haare – möglicherweise südländisches Erscheinungsbild.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017/2018 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“.#
Freiburg: Wie bei der Polizei nachträglich angezeigt wurde, kam es am Montag, 05.02.2018, zwischen 18:00 Uhr und 18:30 Uhr, zu einem versuchten Sexualdelikt zum Nachteil einer 19 Jahre alten Frau. Sie lief den Fußweg vom Busbahnhof in Richtung Rheinufer hinunter. An einer Erhöhung traf sie auf drei Männer. Diese umkreisten sie und drückten die Frau in eindeutig sexuellen Absichten auf den Boden. Die Frau bekam ein in ihrer Jackentasche mitgeführtes Pfefferspray zu fassen und sprühte in die Richtung der drei Täter. Hieraufhin ließen diese von ihrem Opfer ab und die Frau konnte flüchten. Die Männer folgten nicht. Die Geschädigte entschloss sich am Donnerstag zur Anzeigenerstattung. Die Frau beschreibt die

Männer wie folgt: schätzungsweise alle im Alter zwischen 20 und Ende 20, mit dunklen Haaren und dunklem Teint. Sie unterhielten sich in einer der Frau nicht bekannten Sprache.
Lippe: Am 15. Januar (Montag) ist eine 33-Jährige in der Nordstraße in Horn von einem Täter angegangen worden, der sie zu sexuellen Handlungen nötigen wollte. Das Opfer war beruflich zu Fuß unterwegs und wurde gegen 04.30 Uhr in Höhe der Hausnummer 1 von dem unbekannten Mann angesprochen. Er verwickelte die 33-Jährige in ein Gespräch und ging sie plötzlich körperlich an, wobei er keinen Zweifel daran ließ, dass er sexuelle Absichten hatte. Das Opfer wehrte sich und konnte sich befreien, was den Täter veranlasste, sofort das Weite zu suchen. Zwischenzeitlich konnte mit Unterstützung des Landeskriminalamtes NRW ein Phantombild vom dem Mann angefertigt werden, das per Gerichtsbeschluss zur Öffentlichkeitsfahndung freigegeben ist. (Kommentar Pi: Das Phantombild dürfte eine „Merkel-Fachkraft“ zeigen).
Uedem-Keppeln: Ein 39-jähriger Syrer zeigte sich am Nachmittag des 7. Februar 2018 gegen 15.10 Uhr gegenüber einer 16-jährigen Xantenerin in schamverletzender Weise. Die 16-Jährige hatte sich von einer an der Dorfstraße gelegenen Reithalle zur Straße begeben, da sie dort abgeholt werde sollte. Der 39-Jährige, der zuvor schon in Richtung der jungen Xantenerin gestikuliert und gepfiffen hatte, hielt sich zu diesem Zeitpunkt im Bereich des Weges an einem Lkw auf. Aus Angst lief die 16-Jährige bei Feststellung des Mannes zurück zur Reithalle und konnte beim Umdrehen sehen, dass der 39-jährige Mann hinter ihr onanierte. Eine 34-jährige Gocherin, die sich an der Reithalle aufhielt, wurde auf die 16-Jährige aufmerksam. Sie verständigte die Polizei und beide folgten dem 39-Jährigen im Auto der Gocherin. Noch in Tatortnähe konnte der 39-Jährige durch eine Streifenbesatzung angetroffen werden. Nach Durchführung kriminalpolizeilicher Maßnahmen erfolgte die zwangsweise Einweisung des 39-jährigen in eine psychiatrische Klinik.
Zierenberg (Landkreis Kassel): Erleichtert und dankbar zeigte sich eine 41-jährige Mutter aus Zierenberg, Grund dafür war ein schneller Ermittlungserfolg der Bundespolizeiinspektion Kassel. „Ich habe meine Ansichten geändert, es war auf jeden Fall richtig, sofort zur Polizei zu gehen und Strafanzeige zu erstatten!“, sagte die Mutter. Was war geschehen? Ihre beiden 14 und 16 Jahre alten Töchter waren Anfang Januar dieses Jahres Opfer einer sexuellen Belästigung geworden. Der Vorfall ereignete sich in einer Regiotram, während der Fahrt nach Kassel. Der zunächst Unbekannte soll die Schülerinnen verbal und mit deutlichen sexuell ausgerichteten Gesten belästigt haben. Nach der Ankunft in Kassel erzählten die Teenager den Vorfall sofort einer Streife der Bundespolizei. … Im geschilderten Fall hat die Auswertung des Bildmaterials zur Ermittlung des Tatverdächtigen geführt. Nur drei Stunden, nachdem das Material vorlag, stand der mutmaßliche Täter fest. Bei dem Mann handelt es sich um einen 25-jährigen Aserbaidschaner, ein Asylbewerber aus Wolfhagen.
Überlingen: Noch Zeugen sucht die Polizei zu einem Vorfall, der jetzt erst bei der Polizei angezeigt wurde. Wie ein 15-jähriges Mädchen schilderte, das sich aus Scham erst Tage später seinen Eltern offenbart hatte, war es am vergangenen Freitagnachmittag gegen 13.10 Uhr auf dem Bahnsteig Stadtmitte von einem unbekannten Mann unvermittelt an die Brüste gefasst und gegen das Geländer einer Treppe gedrückt worden. Gleichzeitig versuchte der Unbekannte mit Wucht, sein Knie zwischen die Beine des Opfers zu drücken. Dabei fügte der Mann dem Mädchen schmerzende Hämatome im Schambereich und an einem Bein zu. Der Täter flüchtete anschließend über die Haupttreppe am Bahnhof nach oben. Obwohl sich etwa 10 bis 15 Personen auf dem Bahnsteig aufhielten, reagierte niemand auf den kurzen Vorfall, hat diesen möglicherweise auch nicht mitbekommen. Der unbekannte Mann soll 30 bis 35 Jahre alt und etwa 175 cm groß sein. Er hat eine stämmige Figur, einen dunklen Teint und sehr breite, nahezu einander berührende Augenbrauen.
Baden-Baden: Aufgrund seines unangebrachten Verhaltens ermitteln seit Donnerstagmorgen die Beamten des Polizeipostens Baden-Baden-Mitte gegen einen 30 Jahre alten Mann aus Westafrika. Eine 52-jährige Frau war gegen 9 Uhr zu Fuß auf der Lange Straße unterwegs, als

der 30-Jährige ihr unmissverständliche sexuelle Avancen machte und diese mit entsprechenden Gesten untermalte. Schutzsuchend begab sich die Fußgängerin anschließend in ein nahegelegenes Lebensmittelgeschäft, vor welchem sich der aufdringliche Verehrer postiert hatte und verständigte die Polizei. Zu einer unmittelbar körperlichen Belästigung oder Handgreiflichkeiten kam es nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht.
Goch: Am Mittwoch (31. Januar 2018) gegen 21.40 Uhr sprach ein unbekannter Mann am Gocher Busbahnhof eine 16-jährige Jugendliche an. Der Unbekannte umarmte die 16-Jährige plötzlich und griff ihr ans Gesäß. Als ein zweiter Mann dem Täter etwas in einer für das Opfer fremden Sprache zurief, liefen beide Männer in Richtung Innenstadt weg. Der Täter war etwa 23 Jahre alt, rund 1,70m groß, schlank und hatte eine dunkle Hautfarbe. Er hatte dunkle, kurze, lockige Haare und war dunkel gekleidet.
Bonn: Die Bonner Polizei veröffentlicht ein Phantomfoto des Unbekannten, der am vergangenen Sonntag, 28.01.2018, gegen 21.05 Uhr, in Bonn-Tannenbusch eine 67-jährige Frau sexuell bedrängt, sich vor ihr entblößt und deren Mobiltelefon gestohlen haben soll (siehe unsere Pressemeldung vom 29.01.2018). Im Zuge der Ermittlungen durch Beamte des Kriminalkommissariats 12 hat sich bislang kein konkreter Tatverdacht gegen eine Person ergeben. Deshalb fertigte ein Spezialist des Landeskriminalamtes nach den Angaben der Zeugin ein Phantombild des Tatverdächtigen. Er wurde wie folgt beschrieben: 1,60- 1,70 cm groß, ca. 20 Jahre alt, Sprach gebrochenes Deutsch, zierlich – dunkelhaarig, bekleidet mit einer Jeans, einer dunklen Jacke und weißen Turnschuhen.
Dortmund: Ein Unbekannter hat in der Nacht zu Freitag (26.1.) auf der Leopoldstraße eine Frau mittels Messerstich verletzt. Nun sucht die Polizei Zeugen. Ersten Erkenntnissen zufolge war die 35-Jährige gegen 0.30 Uhr zu Fuß auf der Leopoldstraße unterwegs. Etwa in Höhe der Hausnummer 51 – an einem dortigen Spielplatz – sprach sie ein unbekannter Mann an und belästigte sie. Nachdem die Frau ihn mehrfach zurückgewiesen hatte, zog der Tatverdächtige ein Messer und verletzte die 35-Jährige damit am Bauch. Anschließend suchte die Frau in einem nahegelegenen Restaurant nach Hilfe – wenig später kam sie zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus. Der Mann flüchtete. Der Tatverdächtige war demnach etwa 180 cm groß, „jüngeren Alters“, dunkelhäutig, schlank, hatte kurze Haare und einen kurzen Bart.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Stuttgart-Mitte: Eine 21 Jahre alte Frau ist Samstagmorgen (10.02.2018) gegen 03.30 Uhr am Rotebühlplatz belästigt worden. Die junge Frau fuhr von der S-Bahn Haltestelle Stadtmitte auf der Rolltreppe in Richtung Calwer Passage als ihr drei bislang unbekannte Männer folgten und sie unsittlich ansprachen und beleidigten. Nach Erreichen der Passage packte das Trio die Geschädigte und begrapschte sie im Brust- und Genitalbereich. Aufgrund der Gegenwehr ließen die drei von ihrem Opfer ab und flüchteten in unbekannte Richtung. Die Tatverdächtigen sollen 25 – 30 Jahre alt und 170 – 180 cm groß sein. Sie alle hatten dunkle Haare, einen Dreitagebart, trugen dunkle Winterbekleidung und sprachen akzentfreies Deutsch.
Speyer: Vor dem Haupteingang der Stadthall in der Oberen Langgassen wurde eine 17-jährige Jugendliche von einem Mann belästigt. Dieser habe sich von hinten unbemerkt genähert und ihr unvermittelt und überraschend mit der Hand an den Po gegriffen. Die junge Frau drehte sich um und stieß den Unbekannten mit ihrem Ellbogen von sich weg und flüchtete in Richtung Bahnhofstraße. Den Täter kann sie wie folgt beschreiben: ca. 165 cm groß, kräftige Statur, eher beleibt, nicht trainiert, schwarze Oberbekleidung mit Kapuze.
Griesheim: Ein bislang noch unbekannter Mann hat sich am Sonntagnachmittag (04.02.) in einer Straßenbahn entblößt. Gegen 14 Uhr saß eine 33 Jahre alte Frau in Begleitung in der Straßenbahn Linie 9 von Griesheim in Richtung Darmstadt. Hier bemerkte sie einen älteren

Mann, der sich entblößte und sexuelle Handlungen an sich vornahm. An der Haltestelle „Maria-Göppert-Straße“ stieg er schließlich aus, nachdem er ertappt wurde. Er wird als „über 50 Jahre alt“ mit grau-gelblichem, vollem Haar beschrieben. Laut Zeugenaussage hatte er einen Vollbart, eine auffallend große Nase und war mit einem grau-beigen oder lilafarbenen Anorak bekleidet. Hinweise nehmen die Ermittler der Kripo (K 10) in Darmstadt entgegen (06151/969-0).

Braunschweig: Eine unangenehme Begegnung erlebte eine Braunschweigerin am Donnerstag Abend. Die 21-jährige machte sich nach einem Restaurantbesuch zu Fuß auf den Weg nach Hause. Im Eingang zum Museumspark stand im dämmrigen Licht ein ca. 20-30 Jahre alter Mann, der ungefähr 180 cm groß war. Die junge Frau bemerkte, dass der Mann, der einen Dreitagebart trug, ganz offensichtlich an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Sie ging daraufhin schnell weiter, ohne den Unbekannten, der kurze Haare hatte und dunkel gekleidet war, näher anzuschauen.Sie konnte noch erkennen, dass sich der Verdächtige in den Museumspark hinein entfernt hatte und rief die Polizei. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief jedoch ergebnislos.

Darmstadt: Ein 15 Jahre alter Junge ist am Montagnachmittag (29.01) in der Zeit zwischen 16.30 Uhr und 16.40 Uhr von einem bislang unbekannten Mann in der Mauerstraße aus einem Auto heraus, auf unsittliche Art und Weise, angesprochen worden. Wie der 15-Jährige berichtete, befand sich der Fremde dabei in einem silberfarbenen Kleinwagen und fuhr langsam neben dem Jungen her. Bei dem Auto könnte es sich um einen Volkswagen handeln. Der Ansprecher soll zirka 40 bis 45 Jahre alt sein, von kleiner Statur und mit einem dicken Bauch. Er hat ein rundes Gesicht und kurze schwarze Haare sowie einen schwarzen „Stoppelbart“. Zum Tatzeitpunkt trug er einen blauen Pullover. Die Kriminalpolizei in Darmstadt (Kommissariat 10) ermittelt in diesem Fall und sucht in diesem Zusammenhang dringend Zeugen.

ÄZ 21.2.18

Medizinstudent und Terrorist?

Ein 30-jähriger Medizinstudent soll versucht haben, Kindersoldaten zu akquirieren und eine Synagoge anzugreifen.

MÜNCHEN. Er soll einen Anschlag auf eine Synagoge in Berlin geplant und ein Kind misshandelt haben, um ihn zum Kindersoldaten zu drillen: Ein Würzburger Medizinstudent syrischer Abstammung steht seit Dienstag als mutmaßliches Mitglied der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) vor dem Oberlandesgericht in München.

Nach Überzeugung der Anklage hatte der 30-Jährige dem Sohn seiner Partnerin Videos vorgeführt, "die zeigten, wie andere Kinder für den IS kämpften, auf andere Menschen schossen und selbst erschossen wurden". Ziel sei es gewesen, den Siebenjährigen für das Gedankengut des IS empfänglich zu machen und als Kämpfer zu gewinnen. Dazu soll er dem Kind mit einem Holzstock auf den Bauch geschlagen haben. Er habe "unter völliger Missachtung der ihm überlassenen Fürsorge aus einer rohen und gefühllosen Gesinnung heraus" gehandelt, sagte Staatsanwalt Jürgen Rohrmüller.

"Ungläubige" Opfer als Ziel

Um einen Anschlag auf eine Synagoge in Berlin vorzubereiten, soll sich der Angeklagte die Anleitung zum Bau einer Bombe aus dem Internet heruntergeladen haben. Zudem habe Abdulhadi B. mehrere Bekannte zu Selbstmordanschlägen für den IS aufgefordert – er habe Taten mit "möglichst vielen Opfern unter den aus seiner Sicht Ungläubigen" gewollt, erklärte der Staatsanwalt.

Abdulhadi B. äußerte sich zunächst nicht zu den Vorwürfen, kündigte aber an, er werde sich selbst "aktiv verteidigen". Der Mann muss sich wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen Terrorgruppe, Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, gefährlicher Körperverletzung und Misshandlung von Schutzbefohlenen verantworten. Abdulhadi B. war 2012 mit einem Visum nach Deutschland eingereist. (dpa)

Vergewaltigungsprozess-Woche an Bayerischem Landgericht: Deggendorf: „Pizza Taharrush“ bei pakistanischem Liefer-Service!

pi-news.net/2018/02/deggendorf-pizza-taharrush-bei-pakistanischem-liefer-service/

Deggendorf - „Pizza Taharrush“ bei pakistanischem Liefer-Service!

Von MAX THOMA | Pizza „Arrabbiata“! Eine „Pizza-Connection“ der eher arabisch-rabiaten Art steht seit Freitag im niederbayerischen Deggendorf vor Gericht – allerdings ohne den altgedienten Umvolkungs-„Pizza-Connection-Boy“ Peter Altmaier. Ein 44-jähriger Chef eines Pizza-Lieferdienstes mit pakistanischer Staatsangehörigkeit aus dem Landkreis Deggendorfmuss sich seit heute vor der Strafkammer des Landgerichts Deggendorf unter anderem wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung verantworten – der Prozess könnte länger andauern.

„Jagdszenen in Niederbayern“!

Laut Anklageschrift soll eine frühere Angestellte des Pizzadienstes im Oktober 2016 nach ihrer Lohnbescheinigung nachgefragt haben. Darauf führte der Pizza-Pakistaner die Frau in seine Abstellkammer, wo zwei 28 und ein 38 Jahre alte „Männer“ die Frau auf eine Couch drängten und ihre Arme festhielten, während der Chef sie vergewaltigte. Einige Monate nach diesem Vorfall soll er sie mit einer persönlichen Information erpresst haben, wieder bei ihm zu arbeiten.

Als die Frau darauf einging und einige Monate nachts in der Pizzeria putzte, soll sie der 44-Jährige bei diesen Gelegenheiten immer wieder geschlagen haben und später damit gedroht haben, sie umzubringen, falls sie die Taten öffentlich mache – klassisches Dhimmi-Stockholm-Syndrom in Niederbayern. Auch die mutmaßlichen Taharrush-Mitarbeiter stammen aus Pakistan.

Chef aus Pakistan: „Jetzt pack I’s dann“!

Zwei der Angeklagten streiten die Vorwürfe ab, alle drei Angeklagte pakistanischer Herkunft wollen vor Gericht keine weiteren Angaben machen. Es sind insgesamt fünf Verteidiger auf Steuerzahlerkosten zugange. Mammut-

Prozess: Es sind insgesamt 14 Zeugen geladen und bereits vier Fortsetzungstermine angesetzt worden. Die Verteidigung des mutmaßlichen Opfers hat ein ärztliches Attest vorgelegt, demzufolge die Frau nicht im Beisein der Angeklagten aussagen kann. Die Ärztin soll am 9. März zum Zustand des Opfers befragt werden, bis dahin ist die Verhandlung unterbrochen. Das Strafverfahren soll mindestens bis in den April hinein dauern, PI-NEWS wird über den weiteren Verlauf der Verhandlungen berichten.

Die drei Angeklagten befinden sich seit ihrer Festnahme im Juli 2017 in Untersuchungshaft in verschiedenen bayerischen Justizvollzugsanstalten auf Kosten des deutschen Steuerzahlers – 7.000 € pro Merkelgast und Monat – macht bis zur Urteilsverkündung insgesamt 210.000 € Verwahrungskosten – soviel wie 28.000 Pizzen „mit allem".

Deggendorf: Kooperation von Kirche und Gutmenschen für angewandte Umvolkung

Es ist kein Zufall, dass Katrin Ebner-Steiner, die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bayern, in ihrem Wahlkreis Deggendorf mit knapp 20 Prozent das beste Ergebnis bei der Bundestagswahl in Westdeutschland für die neue Volkspartei erzielte – denn der niederbayerische Landkreis leidet besonders unter dem „historischen multiethnischen Sozialexperiment" des Merkelregimes:

2015 wurden im Landkreis bis zu 10.000 neue „Geflüchtete" pro Tag von der hilfsbereiten Bevölkerung betreut, vor wenigen Wochen erfolgte ein von Gutmenschen, Flüchtlings-Aktivisten, Caritas und evangelischer Kirche aufgestachelter „Protestmarsch" von 200 illegalen Asylforderern aus Sierra Leone! Staatsgelder für die Deggendorfer „Fluthilfe" wurden für die Errichtung von „Fluchthilfe"-Massenunterkünften zweckentfremdet und Kirchen und Caritas profitieren im ehemals hochkatholischen Deggendorf bestens von der gewinnbringenden Migrationsindustrie.

Vergewaltigungsprozess-Festwoche in Deggendorf – Pakistaner und Schweine-Priester

Derzeit geben sich Vergewaltiger und mutmaßliche Vergewaltiger aus diesem Lager beim Landgericht Deggendorf regelrecht die Türklinke in die Hand: Erst am Donnerstag wurde in Deggendorf ein ehemaliger Kirchenmann zu achteinhalb Jahren Haft für versuchte Vergewaltigung, schweren sexuellen Missbrauchs in 45 Fällen und sexuellen Missbrauchs in 63 Fällen verurteilt.

Die ehemalige „Geißel Gottes" missbrauchte seit Mitte der 90er-Jahre fünf Buben bei insgesamt etwa 100 Gelegenheiten schwer. Außerdem versuchte der Ex-Priester, eine 18-Jährige zu vergewaltigen. Verurteilt wurde er zudem wegen vorsätzlicher Körperverletzung, Urkundenfälschung und Besitzes von jugendpornografischen Materials. Die Taten erfolgten im Raum Mainz und im Landkreis Deggendorf. Der umtriebige Gottesmann der tätigen Nächstenliebe hatte von 2003 bis 2009 wegen Sexualstraftaten schon einmal für fünfeinhalb Jahre im Gefängnis gesessen.

Martin Sperrs klassisches Bühnenstück „Jagdszenen in Niederbayern" spielt in Deggendorf. Heute herrscht dort eine „unheilige" Pizza-Connection aus profitierenden Altparteien, Kirchenasyl-Forderern, Migrationsindustrie,

unterleibsgesteuerten Ex-Gottesmännern und schwarzen Schäfchen, denn gleich und gleich gesellt sich gern.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Neuss: Kinder-Grapscher gesucht

pi-news.net/2018/02/neuss-kinderbegrapscher-gesucht/
February 28, 2018

Neuss: Der bislang unbekannte junge Mann, der auf den Bildern einer Überwachungskamera zu sehen ist, steht derzeit im Verdacht, ein Kind unsittlich berührt zu haben. Am Rosenmontag, dem 12.02.2018, gegen kurz vor 14 Uhr, sprach der mutmaßliche Täter vor einem Mehrfamilienhaus an der Görlitzer Straße ein spielendes Mädchen an. Er bat das Kind, ihm Einlass in das Haus zu gewähren und begab sich mit ihm in eine uneinsehbare Ecke. Dort soll der Tatverdächtige das Mädchen unsittlich angefasst haben. Kurz darauf ließ der Mann von dem Kind ab. Das Mädchen berichtete später seiner Mutter von dem Vorfall. Diese verständigte sofort die Polizei. Der beschriebene Tatverdächtige hatte sich jedoch vor Eintreffen der Beamten bereits entfernt.

Die Kripo übernahm die Ermittlungen und stellte fest, dass eine Videoaufzeichnung des Tatverdächtigen existiert, die den Mann unmittelbar vor dem Übergriff zeigt. Im Rahmen der bislang geführten Ermittlungen konnte der etwa 18 bis 20 Jahre alte und circa 180 Zentimeter große, schlanke Mann mit braunen Augen und schwarzen, kurzen Haaren nicht identifiziert werden. Inzwischen liegt der Polizei der Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf zur Öffentlichkeitsfahndung vor. Die Polizei veröffentlicht das Bild des Tatverdächtigen und fragt: Wer kennt den abgebildeten jungen Mann? Hinweise nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 02131 300-0 entgegen. *(Pressemitteilung der Kreispolizeibehörde Rhein-Kreis Neuss)*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle

dauerhaft hierbleiben. Passend zum Thema verweisen wir auf die noch junge patriotische Frauenrechtsbewegung „120 Dezibel“, die sich mit Protestaktionen gegen die importierte Gewalt und Übergriffe zur Wehr setzt. #Merkelwinter 2017/2018 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“.

Krefeld: Am Samstag, 10. Februar 2018 feierten die Krefelder Jecken weitgehend friedlich beim Verberger und beim Oppumer Karnevalszug. In Oppum kam es zu einer sexuellen Belästigung. … Kurz vor 18 Uhr belästigte ein 25jähriger Zuwanderer aus Nordafrika zwei junge Frauen am Oppumer Bahnhof in schamverletzender Weise. Die 15 und 16 Jahre alten Jugendlichen konnten den Mann abwehren. Er wurde vorläufig festgenommen. Die Ermittlungen dauern an.

Kirchheim/Teck: Ein bislang unbekannter Mann ist am Freitagabend gegen 18.10 Uhr in einem Modegeschäft in der Stuttgarter Straße einer 33-jährigen Kundin gegenüber unsittlich aufgetreten. Bis zur Verständigung der Polizei konnte der als ca. 165 cm groß, mit dunklem Teint, beschriebene Mann jedoch das Geschäft unerkannt verlassen. Die Ermittlungen zu dem Tatverdächtigen dauern an.

Tübingen: Eine 23-jährige Frau ist am Samstagmorgen, gegen 04:30 Uhr, im Bereich der Staufenbergstraße von einem bislang Unbekannten belästigt worden. Zunächst folgte der Mann der Geschädigten, als sie am Österberg von der Bushaltestelle Nonnenhaus kommend die Treppen hinter dem Amtsgericht hoch ging. Er forderte sie auf, sie zu küssen. Im Bereich der Stauffenbergstraße hielt der Unbekannte sie fest, drückte sie gegen eine Mauer und begrabschte sie. Als sie anfing zu schreien, ging der Mann in Richtung Innenstadt davon. Die Geschädigte beschrieb den Täter als dunkelhäutig.

Leipzig: In der Leipziger Vorstadt ist eine junge Frau überfallen worden. Als sie am frühen Sonntagmorgen nach Hause kam und ihren Hausflur betrat, wurde die 33 Jährige von einem Unbekannten zu Boden gerissen und begrapscht. Die Frau schrie laut um Hilfe. Darauf flüchtete der Täter. Die junge Frau blieb unverletzt. Der Angreifer wurde von der Geschädigten als „ südländisch aussehend“ beschrieben. Zeugenhinweise nimmt jede Polizeidienststelle entgegen.

Weimar: Am Freitagabend, gegen 18:33 Uhr, kam es in Weimar an der „Eisernen Brücke“ zu einem sexuellen Übergriff an einer knapp 17-jährigen Jugendlichen. Der Täter überholte sie fußläufig, um sich dann wieder einholen zu lassen. Beim Vorbeigehen schlug der Täter der Jugendlichen mit der flachen Hand auf das Gesäß und griff ihr anschließend in den Schritt. Die 17-jährige stieß den Mann weg, woraufhin er Richtung Weststadt davonlief. Er wurde wie folgt beschrieben: Südländisches Aussehen, scheinbares Alter zwischen 17 und 22 Jahren und etwa 165-175cm groß. Bekleidet war er mit einer dunkelgrauen Jeans und einer dunklen Daunen-Jacke mit Kapuze (Rand mit braun/grauem Fell).

Dresden: Sonntagmorgen wurde eine junge Frau (20) am Alexander-Puschkin-Platz von einem Unbekannten belästigt. Die 20-Jährige wartete an der Straßenbahnhaltestelle, als der Mann auf sie zukam. Er sprach sie in englischer Sprache an und machte ihr sexuelle Avancen. In der Folge versuchte der Unbekannte die Jacke der jungen Frau zu öffnen und ihr unter den Rock zu fassen. Sie konnte sich jedoch losreißen und rannte davon. An der Leipziger Straße in Höhe der Esso-Tankstelle traf die 20-Jährige auf eine Passantin, welche ihr half. Im Tagesverlauf erstattete die Geschädigte Anzeige bei der Polizei.Der Mann, der die 20-Jährige belästigte, wurde als etwa 180 cm groß, etwa 25 bis 30 Jahr alt und mit südländischem Aussehen beschrieben.

Nürnberg: Am Samstagabend (03.02.2018) berührte ein bislang Unbekannter eine VAG-Mitarbeiterin unsittlich. Die Kriminalpolizei sucht nach Zeugen. Gegen 20:30 Uhr wartete die Geschädigte am Gleis der U-Bahn-Haltestelle Maximilianstraße (U1 Fahrtrichtung Langwasser). Ein unbekannter Mann kam hinzu, sprach kurz mit der Frau und berührte sie unvermittelt am Oberkörper. Anschließend entfernte sich der unbekannte Täter. Beschreibung des Mannes: Ca. 170 cm, ca. 25 – 35 Jahre, schlank, kurze braune, leicht gewellte Haare,

sprach deutsch mit ausländischem Akzent, bekleidet mit olivgrüner Bomberjacke ohne Kragen oder Kapuze, blauen Jeans mittlerer Waschung, Turnschuhe
Freiburg: Die Kriminalpolizei fahndet nach einem bislang unbekannten Mann, der am vergangenen Samstag (03.02.2018), gegen 18:15 Uhr, zwei Frauen in Bad Krozingen sexuell belästigt und unsittlich berührt haben soll. Die beiden Frauen aus dem Landkreis Ravensburg, im Alter von 27 und 32 Jahren, waren zu Fuß auf dem Weg vom Kurhaus zu ihrem Hotel, in Richtung Thürachstraße. Dabei seien ihnen zunächst zwei Personen gefolgt, ohne dass es ihnen zunächst ungewöhnlich vorgekommen sei. Einer der Männer sei weitergegangen, während der andere sich vor die beiden Frauen gestellt hätte. Er sei aggressiv auf sie zugegangen und hätte beide unsittlich berührt, obwohl sie sich auch körperlich zur Wehr gesetzt hätten. Nachdem ein Passant hinzugekommen sei, hätte sich der aufdringliche Mann plötzlich entfernt. Zur Beschreibung des Tatverdächtigen: Männlich, schwarzafrikanisches Aussehen, 180-190 cm groß, grauer oder beiger Mantel/Parka, graue oder beige Jogginghose. Der andere Mann, der ihn vorher begleitet haben soll, würde ebenfalls schwarzafrikanisch aussehen und sei etwas kleiner als der Tatverdächtige gewesen.
Stuttgart-Degerloch: Ein bislang unbekannter Mann hat am Sonntag (04.02.2018) in der Epplestraße eine 32 Jahre alte Frau sexuell belästigt. Der Unbekannte befuhr gegen 16.50 Uhr mit seinem schwarzen Citroen C4 die Epplestraße und fragte die 32-jährige Fußgängerin nach dem Weg. Als die Frau an das Fahrzeug herantrat, sah sie, dass der Fahrer exhibitionistische Handlungen an sich vornahm. Die Frau verständigte anschließend die Polizei, die nun nach dem Mann fahndet. Er ist zirka 35 bis 40 Jahre alt, hat eine kräftige Statur, kurze, schwarze gekräuselte Haare und ein südländisches Aussehen.
Herford: Am frühen Samstagmorgen (3.2.) gegen 05:45 Uhr sprachen drei unbekannte Männer eine 23-jährige Herforderin nach dem Besuch einer Großdiskothek in der Wittekindstraße an. Einer der Männer fasste die Geschädigte in unsittliche Weise an. Diese wehrte den Körperkontakt ab und entfernte sich, um den Heimweg anzutreten. Die Männer verfolgten die junge Frau und holten sie am Alten Markt ein. Der Haupttäter trat erneut an sein Opfer und wiederholte die zuvor begangene Tathandlung. Daraufhin flüchtete die Geschädigte, versteckte sich und verständigte telefonisch über eine Freundin die Polizei. Die drei Männer waren alle von südländischer Erscheinung. Der Haupttäter war mit circa 185 cm deutlich größer als seine beiden Begleitpersonen. Er sprach deutsch mit einem schwachen Akzent, hatte einen Vollbart und trug eine schwarze Sweatshirtjacke.
München: Am Donnerstag, 01.02.2018, kurz nach 17.00 Uhr, fuhr eine 28-Jährige mit der U-Bahn der Linie U3 oder U6 von der U-Bahnstation Giselastraße zur U-Bahnstation Odeonsplatz. Während der Fahrt stand ein unbekannter Mann sehr nahe neben ihr. Als die 28-Jährige zu diesem blickte, stellte sie dessen aus der Hose heraushängendes Geschlechtsteil fest. Der Unbekannte hatte dieses an der 28-Jährigen gerieben. Nachdem die junge Frau dies feststellte, stieß sie den Unbekannten weg und stieg, wie auch der Unbekannte, an der Haltestelle Odeonsplatz aus. Die 28-Jährige erstattete später Anzeige bei einer Polizeiinspektion. Täterbeschreibung: Männlich, ca. 175 cm groß, ca. 30 Jahre alt, schlanke Figur, orientalisches Aussehen, Vollbart, schwarze, kurze Haare, bekleidet mit einer olivfarbenen Jacke mit Taschen bis zur Hüfte und einer grauen Hose mit Reißverschluss.
Heidelberg: Wegen des dringenden Verdachts, ein Sexualdelikt begangen zu haben, ermittelt das Dezernat Sexualdelikte der Kriminalpolizeidirektion Heidelberg gegen einen 20-jährigen Eriträer. Der junge Mann soll am späten Donnerstagvormittag, kurz nach 11 Uhr, an der Haltestelle „Bauhaus“ in der Kurfürstenanlage eine noch unbekannte junge Frau belästigt und anschließend zwischen die Beine gegriffen zu haben. Die Situation wurde von einem Zeugen beobachtet, der sofort die Polizei informierte. Im Rahmen der Fahndung wurde der 20-Jährige, auf den die Beschreibung exakt zutraf, noch in der Kurfürstenanlage, unweit der Haltestelle festgenommen. Das Opfer war allerdings bereits weitergegangen oder mit einem Bus oder einer Straßenbahn weitergefahren. Der Zeuge beschreibt das Opfer wie folgt: ca.

Mitte 20; ca. 170 cm; schlank/zierlich; dunkle, glatte Haare; südeuropäische Erscheinung. Sie trug eine rote Jacke und eine dunkle Hose. Möglicherweise hat die junge Frau ein Muttermal an einer Wange. Der Verdächtige wurde nach den polizeilichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Schopfheim: Vor mehr als sechs Wochen wurde eine 11-Jährige in einer Regionalbahn zwischen Lörrach-Stetten und Brombach offenbar Opfer einer sexuellen Belästigung (wir berichteten). Am gestrigen Donnerstagmittag erkannte das Mädchen an selbiger Örtlichkeit den Mann wieder, der sie sexuell belästigt haben soll. Sie verständigte über ihr Handy die Bundespolizei, die wenig später am Bahnhof Schopfheim einen 61-jährigen Mann mit indischer Staatsangehörigkeit vorläufig festnahm.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Regensburg: Am Freitagabend wurde eine junge Frau in der Käthe-Kollwitz-Straße von einem unbekannten Mann begrabscht und umarmt. Nachdem sie laut um Hilfe schrie, lief der Täter weg. Am Freitag, 16.0.22018, gegen 18.15 Uhr, ging eine 20jährige Frau aus Regensburg in der Käthe-Kollwitz-Straße in Burgweinting in Richtung Lise-Meitner-Weg. Sie hörte schnelle Schritte hinter sich und wurde dann unvermittelt durch einen unbekannten Täter am Po angefasst und von hinten umarmt. Als sie laut um Hilfe schrie, ließ der Täter von ihr ab und flüchtete zu Fuß in Richtung Langer Weg. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Männlich, ca. 50 Jahre alt, etwa 180 cm groß, schlanke Figur, bekleidet mit einem hellen Winteranorak mit dunklen Querstreifen und einer hellen Strickmütze.

Arnsberg: Am Mittwoch um 08:10 Uhr entblößte sich ein Mann auf der Markstraße in Hüsten. Der Täter stand auf dem Bürgersteig und zeigte sein Geschlechtsteil. Er war mit einer dunklen Winterjacke und einer dunklen Hose bekleidet. Er trug eine schwarze Wollmütze und war etwa 1,85 Meter groß. Eine Fahndung nach dem Mann verlief ohne Erfolg. Zeugen setzen sich bitte mit der Polizei in Arnsberg unter 02932 – 90 200 in Verbindung.

Mönchengladbach: Am Dienstagabend ist es in der Mönchengladbacher Altstadt zu einem Sexualdelikt gekommen. Nach bisherigen Erkenntnissen wurde eine 27-Jährige aus Schwalmtal zwischen 21:30 Uhr und 22:00 Uhr aus einer Gruppe von vier männlichen Personen heraus auf dem Kirchplatz der Citykirche angesprochen. Die zu Karneval als Känguru verkleidete Frau hatte kurz zuvor eine Gaststätte auf dem Alten Markt verlassen. Die Unbekannten drückten die junge Frau zu Boden und bedrängten sie massiv sexuell. Weil sich ein Passant näherte, ließen die Männer von ihr ab und entfernten sich. Zur Personenbeschreibung kann derzeit lediglich gesagt werden, dass alle dunkle Haare hatten. Der Mann, der die Geschädigte angesprochen hat, soll höchstens 35 Jahre alt sein. Er trug eine auffällig große Armbanduhr. Ein anderer Täter soll ein Oberteil, welches im Brustbereich neongelb war, getragen haben. Die Ermittlungen dauern an.

Aalen: Am Donnerstag, den 08.02.2018 gegen 12:10 Uhr kam es auf dem Verbindungsweg zwischen der Straße Meisenberg und dem Wohngebiet Knöckle, auf Höhe der dortigen Kapelle zu einer Belästigung gegenüber einer 9-Jährigen. Das Mädchen befand sich auf dem Heimweg von der Schule und wurde an der oben genannten Örtlichkeit von einem circa Mitte zwanzig Jahre alten Mann angesprochen. Der Mann hatte dabei sein Glied aus der Hose hängen lassen. Das Mädchen rannte daraufhin direkt nach Hause. Gegenüber der Polizei konnte sie angeben, dass der Mann circa 1,70 m bis 1,80 m groß ist und weder Bart noch Brille getragen hat. Das Mädchen gab zudem an, dass das Gesicht und der Hals des Mannes sehr massig waren.

Leinfelden-Echterdingen: Ein bislang unbekannter Mann hat sich am Sonntagnachmittag im Ortsteil Stetten vor einer älteren Frau entblößt. Die 75-Jährige befand sich gegen 16.15 Uhr auf der Fußgängertreppe zwischen dem Unteren Kasparswald und der Kasparswaldstraße, als sie von dem Unbekannten überholt wurde. Der Täter drehte sich dann zu ihr um und fingerte

an seinem erigierten Glied herum. Die Frau ging anschließend nach Hause, von wo aus sie die Polizei verständigte. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief negativ. Der gesuchte Exhibitionist ist etwa 40 bis 50 Jahre alt, hat eine sportliche Figur sowie eine Glatze. Zur Tatzeit trug er einen schwarzen Jogginganzug.

PI-NEWS-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

https://www.n-tv.de/panorama/Messerstecher-erhaelt-lebenslange-Haftstrafe-article20314185.html
PANORAMA
Messerstecher von Hamburg-Barmbek: Gericht verurteilt Ahmad A. zu lebenslanger Haft
Donnerstag, 01. März 2018
Mordprozess in Hamburg
Messerstecher erhält lebenslange Haftstrafe
Erst wirkt er stolz auf seine Tat, später zeigt er Reue. Sieben Monate nach der Messerattacke in einem Hamburger Supermarkt wird der abgelehnte Asylbewerber Ahmad A. zu lebenslanger Haft verurteilt - und die besondere Schwere der Schuld festgestellt.
Sein Glaube nahm immer radikalere Züge an, in einer Edeka-Filiale griff er schließlich spontan zum Küchenmesser und attackierte wahllos Kunden: Der Messerstecher von Hamburg-Barmbek ist zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Der Staatsschutzsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts stellte zusätzlich die besondere Schwere der Schuld des Palästinensers Ahmad A. fest. Damit ist eine vorzeitige Haftentlassung nach 15 Jahren rechtlich zwar möglich, in der Praxis aber so gut wie ausgeschlossen. Der 27-Jährige habe sich des Mordes sowie versuchten Mordes und der gefährlichen Körperverletzung in sechs Fällen schuldig gemacht, sagte der Vorsitzende Richter Norbert Sakuth.

Der abgelehnte Asylbewerber hatte im Prozess gestanden, am 28. Juli 2017 in einer Edeka-Filiale im religiösen Eifer einen 50 Jahre alten Kunden erstochen und einen weiteren Mann schwer verletzt zu haben. Anschließend rannte er mit dem blutigen Messer in der Hand auf eine belebte Einkaufsstraße und verletzte noch fünf Passanten. Mit starrem Gesichtsausdruck verfolgte Ahmad A. die Urteilsbegründung. Sein Verteidiger Christoph Burchard erklärte, er werde mit seinem Mandanten noch besprechen, ob man gegen das Urteil Rechtsmittel einlegen wolle.

Im Juli befand sich der Angeklagte laut Gericht in einer sehr religiösen Phase, war sehr aufgewühlt wegen des eskalierten Konflikts zwischen muslimischen Gläubigen und israelischen Sicherheitskräften um den Tempelberg in Jerusalem. Dafür sollten möglichst viele - aus seiner Sicht - Ungläubige mit heller Hautfarbe sterben. "Allahu Akbar" (Gott ist groß) rief er während der Tat. "Der Angeklagte hat sich durch die Propaganda des IS instrumentalisieren lassen", sagte Sakuth. Dazu beigetragen habe seine labile Persönlichkeit. Der nicht vorbestrafte Mann sei aber ein Einzeltäter gewesen und kein Mitglied einer terroristischen Vereinigung. Die Opfer hätten nicht im Traum daran gedacht, angegriffen zu werden.

Nur eine Phase oder dauerhafte Einsicht?

Der Richter sprach von Heimtücke und niedrigen Beweggründen. Ahmad A. sei voll schuldfähig. In seinen ersten Vernehmungen bei der Polizei hatte er stolz auf seine Taten gewirkt, zeigte keine Reue. Er habe mediale Aufmerksamkeit für seine radikalen Ideen gewollt, sagte Sakuth. In seinem letzten Wort aber habe er sich glaubhaft bei den Opfern und ihren Familien entschuldigt. "Wir hoffen, dass das nicht lediglich wieder eine Phase in Ihrem Leben ist, sondern dauerhaft Ihre Einsicht bleibt", sagte Sakuth zu dem Angeklagten. Ahmad A. war im Prozess als "Mann mit zwei Gesichtern" beschrieben worden.

Nachdem er seit 2008 an verschiedenen Orten in Europa gelebt hatte, war er 2015 nach Deutschland gekommen. Dort wechselten sich westliche Lebensphasen mit streng religiösen ab und machten es für sein Umfeld schwer, ihn einzuschätzen. Er bekam kein Bleiberecht, konnte aber auch nicht ausreisen, weil Papiere fehlten. Er habe keine Perspektive gehabt, wie es im Leben weitergehen solle, sagte Verteidiger Burchard nach dem Urteil. Das könne keine Entschuldigung sein. "Aber es begünstigt natürlich eine Radikalisierung."

01. März 2018, 09:08 Uhr

Mordprozess in Hamburg

Lebenslange Haft für Messerstecher

Mit einem Messer ging Ahmad A. auf mehrere Menschen in einem Hamburger Supermarkt los, ein Mann starb. Nun wurde der Angreifer zu lebenslanger Haft verurteilt - und die besondere Schwere der Schuld festgestellt.

Für das islamistische Messerattentat in Hamburg-Barmbek ist ein 27-Jähriger zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Hanseatische Oberlandesgericht (OLG) sprach den Palästinenser Ahmad A. des Mordes sowie versuchten Mordes und der gefährlichen Körperverletzung in sechs Fällen schuldig.

Die Richter des Staatsschutzsenats stellten zusätzlich die besondere Schwere der Schuld fest. Damit ist eine vorzeitige Haftentlassung nach 15 Jahren rechtlich zwar möglich, in der Praxis aber so gut wie ausgeschlossen.

Der abgelehnte Asylbewerber hatte im Prozess gestanden, am 28. Juli 2017 in einer Edeka-Filiale in religiösem Eifer einen Kunden erstochen und anschließend sechs weitere Menschen verletzt zu haben. Ahmad A. sagte aus, seine Tat habe ein Beitrag zum weltweiten Dschihad sein sollen.

Mit seinem Urteil folgte das OLG den Forderungen der Anklage. Diese hatte im Prozess eine lebenslange Haftstrafe und die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld gefordert. Die Verteidigung regte an, diesen Punkt zu überdenken, nannte ansonsten aber keine konkrete Strafmaßforderung.

Ein psychiatrischer Gutachter hielt Ahmad A. für voll schuldfähig. In seinen ersten Vernehmungen hatte er laut Aussage eines Polizisten stolz auf seine Taten gewirkt. Im Prozess erschien er zunächst teilnahmslos. In seinem letzten Wort aber entschuldigte er sich erstmals bei den Opfern und ihren Familien, die noch heute unter den Folgen der Tat leiden. Sein Verteidiger betonte, Ahmad A. sei inzwischen ein anderer Mensch.

SPIEGEL TV: Messer-Attentäter Ahmad A. im Interview

Das westliche Leben lockte den jungen Mann 2008 nach Europa, 2015 landete er schließlich in Deutschland. Laut Zeugenaussagen wollte er dort sein Studium der Zahnmedizin fortsetzen. Doch er durfte nicht bleiben. Er erklärte sich mit der Ausreise einverstanden - doch sie verzögerte sich wegen fehlender Dokumente. Ahmad A. stammte demnach aus einer Familie, die nicht streng religiös ist. "Erst in Deutschland nahm sein Glaube radikalere Züge an", hatte die Vertreterin der Bundesanwaltschaft, Yasemin Tüz, in ihrem Plädoyer erklärt.

Im Video: Wie Ahmad A. gestoppt wurde

wit/dpa/AFP

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hamburg-lebenslange-haft-fuer-messerstecher-ahmad-a-a-1195953.html

Nächster Freitags-Mord in Baden-Württemberg Todesacker – Mühlacker: Syrer filmt Schlachtung seiner Frau

pi-news.net/2018/03/todesacker-muehlacker-syrer-filmt-schlachtung-seiner-frau/

March 3, 2018

Von JEFF WINSTON | Eine Blutspur zieht sich dieser Tage durch Baden-Württemberg – die so genannten „Verwerfungen des historisch einzigartigen Experiments“ der Blutraute und der Systemparteien – wie in den Tagesthemen vom 20. Februar ausführlich berichtet.

Syrer veröffentlicht Video auf Facebook – nicht gesperrt!

Am Freitagnachmittag hatte ein 41-jähriger Syrer in einer Wohnung in Mühlacker bei Stuttgart seine 37-jährige Ehefrau getötet. Daraufhin ist der „Geflüchtete“ zunächst mit einem der gemeinsamen

Söhne zu Fuß geflüchtet. Anschließend veröffentlichte der Täter das Video (siehe oben) von sich selbst auf Facebook, das ihn direkt nach der Tat zeigt.
Darin sieht man den 41-Jährigen mit blutverschmierten Händen: "Ich habe das Haus verkauft und alles verloren, nur damit wir in Frieden leben. Und sie hat das gemacht. Das ist nicht mein Fehler, sondern ihrer." Immer wieder betont er, er wolle nur mit seinem Sohn alleine leben.
Der übliche Freitags-Mord
Die minderjährige in der Wohnung verbliebene Tochter verständigte die Polizei am Freitag gegen 16.30 Uhr von der Tat. Ein Großaufgebot der Polizei fahndete nach dem flüchtigen Täter und konnte ihn kurze Zeit später am Bahnhof in Mühlacker festnehmen. Augenzeugenberichten zufolge waren auch einige Zivilpolizisten vor Ort.
Die getötete Ehefrau ist laut Polizei ebenfalls von syrischer Staatsangehörigkeit. Die Kinder des Paares befanden sich zur Tatzeit in der Wohnung an der Hermann-Hesse-Straße in Mühlacker. Sie duften die Tat zur religiösen Erbauung auch mitansehen, wie aus dem Video deutlich hervorgeht.
„Die Kinder werden nun vom Jugendamt betreut", erklärte eine Sprecherin der Polizei. Weitere Details wollten Polizei und Staatsanwaltschaft am Abend nicht nennen.
In seiner fast abendfüllenden Videobotschaft auf Facebook äußerste sich der 41- jährige Syrer zu seiner Bluttat: „Gerade bin ich zu meiner Frau gegangen um mit ihr zu sprechen und alle Probleme zu klären, um unsere Beziehung wieder bessern. Aber sie hat mich rausgeschmissen, woraufhin ich sie mit dem Messer erstochen habe."
Die Ermittler gehen von einer „Beziehungstat" aus. Diese erfolgen erfahrungsgemäß gerne freitags – Allahu Akbar!

Vorgeschmack, was manchen deutschen Städten noch droht Berlin: Kriminelle arabische Clans spucken auf die Staatsgewalt

PIpi-news.net/2018/03/kriminelle-arabische-clans-spucken-auf-die-staatsgewalt/
March 6, 2018
In Deutschland mehren sich die Gebiete, in denen nicht mehr die deutschen Gesetze gelten. Arabische Clans und libanesische Großfamilien geben in ganzen Stadtteilen die Regeln vor.
Von R.B. | In Berlin demonstrieren schwer kriminelle arabische Clans Tag und Nacht ihre Macht. Sie spucken auf die Staatsgewalt. Ordnungskräfte haben Angst, die Politik lässt es treiben. Die „Welt am Sonntag" hat jetzt den Finger in die Wunde gelegt und berichtet in breiter Aufmachung über den offenen Skandal der Parallelwelten, den es im kleineren Maßstab vielfach in Deutschland gibt. Doch auch die WamS ist am Ende ratlos. Die Berliner Parallelwelt als Blaupause einer bundesweit lange verfehlten Ausländerpolitik zu brandmarken, dazu fehlt der Chefredaktion der letzte Mut. Denn in Duisburg, Essen, Dortmund und anderen Städten herrschen ähnliche Zustände, noch angeheizt durch eine irre Flüchtlingspolitik.
Auch so hat es der Einblick in das organisierte Verbrechen durch arabische Großfamilien in sich. Zum Beispiel diese Alltags-Szene: Vor einem Club im bürgerlichen Wilmersdorf, in dem Clan-Leute verkehren, parken teuerste Sportwagen mitten auf der Straße. Die Frau vom Ordnungsamt, die Bußgeldbescheide unter die Wischerblätter anderer Autos klemmt, macht einen

Bogen um die Lamborghinis und AMG. Bei denen traut sie sich nicht. Sie hat Angst.
Auch Polizisten haben Angst. „Junge Beamte sehen einen Sportwagen mitten auf der Straße stehen, darin sitzt der Fahrer und telefoniert. Sie trauen sich nicht einzuschreiten. Sie fürchten, der Fahrer telefoniert dann eine Menge Freunde herbei."
Oder in der U-Bahn, erinnert sich Sjors Kamstra, Oberstaatsanwalt und zuständig für Organisierte Kriminalität. Zwei Studentinnen, der Oberstaatsanwalt und zwei aufgepumpte Männer aus dem arabischen Muckibuden-Milieu sitzen im Waggon. Wer wird kontrolliert? Die Araber nicht.
Der Bürger sieht es und versteht: der Staat ist schwach, die Clans sind stark. Der Oberstaatsanwalt: „Die Clans zeigen auf offener Straße, dass ihnen die Staatsgewalt völlig egal ist, dass sie tun können, was sie wollen."
Das hat direkte Auswirkungen auf das Verhalten der Bürger. Zeugen haben Angst auszusagen. Die Ermittler haben nach einer Tat vielleicht 15 bis 20 Minuten, um eine Aussage zu fixieren, schreibt die WamS, danach ist es oft zu spät. Dann wurde der Zeuge schon unter Druck gesetzt und überlegt sich seine Aussage.
Die Polizei spricht von etwa einem Dutzend arabischer Großfamilien mit kriminellen Strukturen und geschätzt 1000 kriminelle Mitglieder. Sie operieren in vielen Feldern des Organisierten Verbrechens vom Rauschgifthandel über Prostitution bis hin zur Geldwäsche und kassieren im großen Stil ab. Sie investieren in Immobilien und Kleingeschäfte, um schwarzes Geld zu waschen. Mit spektakulären kriminellen Aktionen wie den Überfall auf ein Pokerturnier 2010, dem Einbruch ins KaDeWe im Januar 2017, dem Raub einer Riesen-Goldmünze aus dem Bode-Museum wollen sie zeigen: Wir steigen in eure prächtigsten, symbolischsten Paläste ein und holen heraus, was uns gefällt. Wir sind die Herren der Stadt, bilanziert die Welt.
Die Ermittler sind in einer strikt geschlossenen Großfamilien-Struktur quasi chancenlos. Die Mitglieder verraten sich nicht gegenseitig, Fehden werden über Friedensrichter geklärt. „Diese Herrschaften akzeptieren unseren Rechtsstaat nicht, sie lachen ihn aus und kommen damit durch", sagt die Gewerkschaft der Polizei. Effektive Observation scheitert oft an juristischen Hürden oder an Personal und Technik. Um einen beschlagnahmten PC auszuwerten, haben die OK-Bekämpfer manchmal bis zu anderthalb Jahren Wartezeit.
Die Polizei leidet unter einer laschen Justiz. Beispiel: ein Mitglied einer stadtbekannten Großfamilie wurde nach dem Überfall auf das Pokerturnier zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Aber nach nur einem Jahr war er bereits im offenen Vollzug. Von Abschreckung keine Gedanke. „Bei unseren Gerichtsurteilen lachen die sich doch einen Ast über uns", urteilt ein erfahrener Polizeibeamter laut Welt.
Sorge macht der Polizei die Messer-Bewaffnung und deren hemmungsloser Einsatz durch Clanmitglieder. Die Polizei weiß aber: Die Clans hätten keine Schwierigkeit, sich mit Waffen aller Art auszustatten.

Seit Beginn der Flüchtlingswelle versuchen die Clans, junge Männer in den Flüchtlingsunterkünften zu rekrutieren. „Diese Seelenfänger fahren mit großen Karossen vor, um zu suggerieren, dass es sich lohnt, sich mit ihnen einzulassen", weiß die Polizeigewerkschaft. Wie viele schon für die Großfamilien unterwegs seien, sei nicht belegbar.
Ausgebremst werden die Fahnder durch das deutsche Steuergeheimnis. Wenn das Clan-Geld dann die Türkei oder den Libanon erreicht hat, kann es praktisch nicht mehr verfolgt werden. Die Fahnder sehen mit Sorge, dass aus schwarzem Geld weißes Geld gemacht wird. Die Clans investieren zu nehmend in Immobilien, machen Geld mit Flüchtlingsunterkünften. Fahrzeuge seien nicht selten auf Angehörige im Libanon zugelassen. **Wenn Clan-Kriminelle erst einmal soweit sind, legale Geschäfte zu betreiben, heißt es „Game over, der Sieger steht fest", schreibt die Welt.**
Um die Clans finanziell auszutrocknen, müsste die Beweislast umgekehrt werden. Nicht mehr der Staat muss dem Kriminellen beweisen, dass sein Geld aus illegalen Quellen kommt, sondern der Kriminelle muss der Justiz beweisen, dass es sauber ist. Bisher reicht es, dass ein arabischer Hartz-4-Empfänger behauptet, den Lamborghini vor der Tür habe ihm die Tante in Izmir geschenkt.
Eine andere Taktik, gegen die Clans anzugehen, wäre es, die Kinder aus stark auffälligen Familien zu holen. Die Instrumente dafür sind vorhanden, nur anwenden muss man sie nur noch. Ein Insider: „Aber sie glauben doch nicht, dass eine Sozialarbeiterin in so eine Familie geht und ein Kind da rausholt".
Die Welt schreibt: Die Berliner Politik umfährt das Thema gern weiträumig. Das Clan-Thema ist ein „rechtes Thema". Man meidet es und schneidet die wenigen, die es anfassen.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen NRW: „Mitbürger"-Mob grapscht und schlägert auf Dorfkirmes

PI**pi-news.net**/2018/03/nrw-mitbuerger-mob-grapscht-und-schlaegert-auf-dorfkirmes/
March 6, 2018
Lienen: Der Verlauf der Dorfkirmes am Wochenende (3./4.3.2018) ist aus Sicht der Polizei turbulent und arbeitsintensiv verlaufen. Eine etwa zehnköpfige Gruppe Zuwanderer gab den Beamten Anlass zu einem mehrfachen polizeilichen Einschreiten. Am Samstag (3.3.), gegen 18.30 Uhr fuhren zwei weibliche Jugendliche mit dem Autoskooter. Bei einer provozierten Kollision berührte ein 22jähriger Zuwanderer eine der Jugendlichen unsittlich an den Beinen und an dem Oberkörper. Zudem versuchte er ihr das Handy und einen umgelegten Schal zu entwenden. Die Polizei wurde

hinzugezogen und stellte die Personalien aller Beteiligten fest. Der ausländische Zuwanderer war leicht alkoholisiert. Die Beamten erteilten einen Platzverweis.
Wie sich später im Rahmen von durchgeführten Ermittlungen herausstellte, war dieses Verhalten kein Einzelfall. Der junge Mann hatte am frühen Abend in einem weiteren Fall versucht, zwei weibliche Jugendliche, die im Autoskooter fuhren, unsittlich am Körper anzufassen. Etwa eine Stunde später, gegen 19.25 Uhr, war dieser Mann in einer etwa zehnköpfigen Gruppe von Zuwanderern mit einer mehrköpfigen Gruppe deutscher Jugendlichen am Autoskooter in eine Schlägerei geraten. Erst nachdem mehrere Einsatzkräfte am Fahrgeschäft zusammengezogen worden waren, konnte die Auseinandersetzung getrennt werden. Es stellte sich heraus, dass der 22Jährige einer der Haupttäter war. Ein zweiter sehr aggressiv auftretender Komplize wurde von der Polizei ebenfalls festgehalten. Beide alkoholisierten Männer wurden in das Polizeigewahrsam gebracht. Gegen 21.30 Uhr kam es am Autoskooter erneut zu einem polizeilichen Einsatz. Zwei junge Zuwanderer waren mit dem Besitzer des Fahrgeschäftes in Streit geraten, weil dieser den Autoskooter schließen wollte.
Dabei war einer der beiden so aggressiv, dass er mit erhobenen Fäusten dem Besitzer gegenübertrat. Es kam jedoch zu keiner Schlägerei, weil sein Begleiter ihn davon zurückhielt. Als die Polizei erschien, konnten die Beamten noch einen der Täter festhalten. Der zweite hatte sich mittlerweile entfernt, wurde aber im weiteren Verlauf auf der Lengericher Straße angetroffen und zur Wache gebracht. Selbst auf der Polizeiwachen verhielten sich die festgehaltenen Männer den Polizisten gegenüber aggressiv und uneinsichtig. Sie wurden aufgrund ihres Alkoholkonsums in das Polizeigewahrsam gebracht. Gegen die beschuldigten Zuwanderer wurde ein Strafverfahren eröffnet. *(Pressemitteilung der Polizei Steinfurt)*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. Passend zum Thema verweisen wir auf die noch junge patriotische Frauenrechtsbewegung „120 Dezibel", die sich mit Protestaktionen gegen die importierte Gewalt und Übergriffe zur Wehr setzt. #Merkelwinter 2017/2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".
Berlin: Eine 18-jährige britische Schülerin ist am 22. Februar in einer Shisha-Bar im Prenzlauer Berg von zwei Männern vergewaltigt worden, das bestätigte jetzt die Polizei gegenüber jouwatch. Die 18-Jährige hatte zusammen mit mehr als 100

anderen britischen Schülern das Berliner Filmfestival am Potsdamer Platz besucht. An dem Abend hatte sie ihre Freunde verloren und war in einer nahegelegenen Shisha-Bar gelandet. Dort soll sie erst von zwei Männern in die Enge getrieben, geschlagen und in einem hinteren Raum der Bar vergewaltigt worden sein, berichten die britischen Tageszeitungen The Sun und MailOnline. Am vergangenen Freitag soll sie zu ihren völlig entsetzten Eltern zurückgeflogen sein.
Laut der britischen Tageszeitung The Sun hätte die Berliner Polizei den Fall bisher weder kommentiert, den Ort der Vergewaltigung genannt noch eine Beschreibung der Männer veröffentlicht. Es sei auch nicht bekannt, ob es in diesem Zusammenhang Verhaftungen gegeben habe, so die britische Presse.
Jouwatch hat die Berliner Polizei daraufhin um eine Stellungnahme gebeten, die nun beantwortet wurde: „Beim Landeskriminalamt Berlin werden wegen des Verdachts der Vergewaltigung zum Nachteil einer 18-jährigen britischen Staatsangehörigen Ermittlungen geführt. Die Tat ereignete sich am 22. Februar 2018 gegen 4 Uhr in einer Shisha-Bar in Berlin-Prenzlauer Berg. Die Geschädigte befand sich am Tattag zur Untersuchung und zum Zweck der Spurensicherung in einem Krankenhaus. Sie verblieb dort nicht stationär, da keine körperlichen Verletzungen vorlagen. Im Laufe der Ermittlungen konnten noch am gleichen Tag zwei Tatverdächtige im Alter von 29 und 38 Jahren ermittelt und vorläufig festgenommen werden. Haftgründe lagen nicht vor, so dass beide Männer nach Rücksprache mit der Bereitschaftsstaatsanwaltschaft entlassen wurden. Die Ermittlungen dauern an und das Verfahren wird nach Abschluss der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin übersandt“, so der Pressesprecher der Berliner Polizei Winfried Wenzel.
Marburg: Mit einem Angriff auf Bundespolizisten endete gestern Abend ein Fall von sexueller Belästigung im Bahnhof Marburg. Ein Beamter vom Bundespolizeirevier Gießen wurde dabei von einem 20-jährigen Eritreer, aus Lahntal, leicht verletzt. Gegen 19.40 Uhr meldete sich eine bisher noch unbekannte Frau bei der Bundespolizei und informierte die Beamten über eine angebliche sexuelle Belästigung durch einen jüngeren Mann. Anschließend hatte sich die Unbekannte entfernt, um mit ihrem Anschlusszug weiterzufahren.
Münster, Havixbeck, Coesfeld: Bereits am frühen Sonntagmorgen (14.01.2018) gegen 00:10 Uhr kam es in der Regionalbahn von Münster nach Havixbeck zu sexuellen Beleidigungen sowie zu einer Körperverletzung zum Nachteil einer 23-jährigen Geschädigten aus Coesfeld. Jetzt konnte ein 23-jähriger Tatverdächtiger ermittelt werden. In der Nacht reiste die Geschädigte mit dem Zug von Münster nach Coesfeld. Zwischen Münster und Havixbeck wurde sie von einem bislang unbekannten Mann sexuell beleidigt. Außerdem bedrohte der Mann die 23-Jährige mit seinen Fäusten und es kam zu einer leichten Rangelei, in deren Verlauf sie stürzte und sich leicht verletzte. Intensive Ermittlungen seitens der Bundespolizei führten jetzt zum Erfolg. Die Auswertung der Videoaufnahmen des betreffenden Zuges führte letztendlich zu einem 23-jährigen Afghanen, der sich zurzeit in Havixbeck aufhält. Bei der Vernehmung räumte der Mann eine Tatbeteiligung ein.
Weil am Rhein: Wie der Bundespolizei jetzt bekannt wurde, hat ein bislang unbekannter Täter am vergangenen Mittwoch (7. Februar) eine 14-Jährige offenbar

sexuell belästigt. Die Tat ereignete sich gegen 18.30 Uhr am S-Bahn Haltepunkt Gartenstadt. Das Mädchen wartete dort auf den Zug, als der Unbekannte sich neben sie setzte und begann ihren Oberschenkel zu streicheln. Das Mädchen wehrte sich gegen die Belästigung, indem sie dem Täter mit der Hand in das Gesicht schlug. Kurz darauf stieg der Mann in die S-Bahn in Richtung Bahnhof Weil am Rhein. Bei dem Unbekannten soll es sich um einen etwa 20-30 Jahre alten Mann mit dunkler Hautfarbe und Kinnbart gehandelt haben. Bekleidet war er mit einem dunklen Kapuzenpullover. Er sprach gebrochen Deutsch.

Karlsruhe: In der Nacht auf Sonntag ist eine 28-jährige Frau in einer Straßenbahn in Karlsruhe von zwei Männern unsittlich berührt worden. Die Polizei sucht hierzu noch Zeugen, die Hinweise auf die Täter geben können. Die 28-Jährige fuhr kurz vor Mitternacht gemeinsam mit einer Freundin in einer Straßenbahn der Linie 4 vom Bahnhofsvorplatz in Richtung Karlstor. Kurz nachdem sie in die Bahn eingestiegen waren, wurde die junge Frau aus einer Gruppe von vermutlich drei jungen Männern heraus von zwei Tätern angegangen und mehrfach unsittlich berührt. Die Geschädigte setzte sich verbal dagegen zur Wehr und flüchtete in den hinteren Teil der Bahn. Von dort aus verständigte sie umgehend die Polizei. Als die beiden Männer das mitbekamen, wurden sie aggressiv und gingen der Geschädigten hinterher. Ein weiteres Aufeinandertreffen konnte aber von aufmerksam gewordenen Fahrgästen verhindert werden. Kurz darauf flüchteten alle drei Unbekannten an der Haltestelle Mathystraße oder Karlstor aus der Bahn. Die beiden Täter wurden als etwa 25 – 30 Jahre alt, circa 170 cm groß und mitsüdländischem Erscheinungsbild beschrieben. Einer hatte große schwarze Augen und war bekleidet mit einem schwarzen Mantel. Der zweite hatte ein schmales Gesicht, einen leichten Bart, eine rechteckige Brille und einen roten Schal. Der dritte der Gruppe, der sich jedoch nicht an der Tat beteiligte, wurde ebenfalls als etwa 25 – 30 Jahre alt beschrieben, jedoch etwa 180 cm groß und mit kräftiger Statur. Auch er trug einen schwarzen Mantel.

Bilfingen: Nach den Veranstaltungen in Bilfingen und Ersingen kam es zu mehreren Körperverletzungen. So wurde durch eine eingesetzte Gruppe der Bereitschaftspolizei in der Ersinger Lange Straße um 17.30 Uhr eine Schlägerei mit mehreren Beteiligten festgestellt, wobei durch die Einsatzkräfte zwei Personen im Alter von 18 und 21 Jahren vorläufig festgenommen werden konnten. Wenige Minuten später soll es nach bisherigen Erkenntnissen durch Ausländer zu einer sexuellen Belästigung einer jungen Frau in der Straßenbahn der Linie S5 von Bilfingen nach Pforzheim gekommen sein. Daraufhin gerieten mehrere Personen in der Bahn in handfeste Streitigkeiten. Aus der am Pforzheimer Bahnhof ankommenden S-Bahn rannten mehrere schreiende Jugendliche und Heranwachsende. Es wurden kurzfristig starke Kräfte zusammengezogen, so dass durch die starke Polizeipräsenz die Lage beruhigt werden konnte. Um 18.30 Uhr hat eine 17-Jährige eine sexuelle Belästigung zur Anzeige gebracht, wonach ihr ein junger Mann unsittlich an den Po gefasst habe. Der 20 Jahre alte türkische Tatverdächtige konnte identifiziert und zwischenzeitlich vorläufig festgenommen werden.

Freiburg: Die Polizei sucht Zeugen zu einem Vorfall, bei dem in der Nacht zum Rosenmontag (12.2.2018), gegen Mitternacht, ein 16-jähriges Mädchen durch einen

Unbekannten sexuell belästigt wurde. Nach den bisherigen Erkenntnissen der Kripo hatte das Mädchen bei einer Fasnachtsveranstaltung in einem Gasthof in Ortsmitte (Ecke Hauptstraße/Kirchstraße) zunächst mit einem unbekannten Mann im Hinterhof auf einer Außentanzfläche getanzt. Im weiteren Verlauf zog der Unbekannte das Mädchen von der Örtlichkeit weg in einen anderen Hof, wo es gegen den Willen der 16-Jährigen zu sexuellen Handlungen gekommen sei. Nach Angaben des Mädchens kamen in dieser Situation eine Frau und eventuell auch ein Mann hinzu, die von dem Täter mit dem Hinweis, sich nicht einzumischen, jedoch weggeschickt wurden. Diese Personen kommen für die Ermittler als wichtige Zeugen in Frage. Sie werden gebeten, sich mit der Kriminalpolizei Emmendingen unter Telefon 07641/582-200 in Verbindung zu setzen. Das Mädchen wurde körperlich nicht verletzt.
Der unbekannte junge Mann wird wie folgt beschrieben: Etwa 172 cm groß, schätzungsweise 17 bis 19 Jahre alt, schlanke Figur, dunkle, nach hinten hochgestylte, an den Seiten rasierte, glatte Haare. Der Mann hatte einen dunklen Teint und wird vom Aussehen her als eventuell „türkischer Herkunft" beschrieben.
Hamburg: Nach erstem Sachstand der Bundespolizei belästigte ein Heranwachsender(m.18)am 10.02.2018 gegen 23.50 Uhr eine junge Frau (w.19)am S-Bahnhaltepunkt Jungfernstieg. Laut Zeugenaussagen folgte der junge Mann anschließend der 19-Jährigen bis zu einem Treppenabgang am S-Bahnsteig. Dort griff der Beschuldigte unter die Jacke der Geschädigten und versuchte an ihre Brüste zu gelangen; dabei versuchte der Tatverdächtige auch die Hose seines Opfers zu öffnen und küsste die Geschädigte am Hals. Trotz mehrfacher Aufforderungen der jungen Frau, das Handeln zu unterlassen, ließ der Beschuldigte nicht von seinem Opfer ab und äußerte sinngemäß lautstark, dass er Geschlechtsverkehr will (Hinweis: Aufgrund der primitiven und besonders abwertenden Ausdrucksweise des Tatverdächtigen, wird die Äußerung des Beschuldigten hier nicht im Original wiedergegeben). Eine Zeugin (w.17) wurde auf den Vorfall aufmerksam und griff couragiert ein. Die Jugendliche forderte den Beschuldigten aktiv auf die Handlungen sofort zu unterlassen. Dieses quittierte der 18-Jährige zunächst mit einer üblen Beleidigung; flüchtete aber anschließend aus dem S-Bahnhaltepunkt.
Die Helferin und die Geschädigte forderten anschließend über eine Notrufsäule am Bahnsteig Hilfe an. Umgehend erreichten mehrere Funkstreifenwagenbesatzungen der Bundespolizei die S-Bahnstation. Polizeibeamte kümmerten sich um die Geschädigte, die deutlich unter dem Eindruck des Geschehens stand. Eine ärztliche Versorgung vor Ort lehnte die deutsche Staatsangehörige aber ab. Im Rahmen einer Sofortfahndung konnte eine Diensthundeführerstreife der Bundespolizei den Tatverdächtigen (m.18) aufgrund einer guten Täterbeschreibung in der Straße Ballindamm stellen und vorläufig festnehmen. Der Beschuldigte verweigerte nach Tatvorwurf jegliche Aussage. Gegen den afghanischen Staatsangehörigen wurden entsprechende Strafverfahren eingeleitet. Der Asylbewerber aus Harburg musste nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen vor Ort entlassen werden.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die

wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Forchheim: Nach exhibitionistischen Handlungen am Dienstagabend vor einem Sonnenstudio sucht die Polizei Forchheim einen derzeit noch unbekannten Mann. Der Tatverdächtige hielt sich, kurz nach 18.45 Uhr, vor dem Sonnenstudio in der Dreikirchenstraße auf. Mitarbeiterinnen fiel auf, dass der Mann seine Hose geöffnet hatte und eindeutige Bewegungen an seinem Geschlechtsteil vornahm. Kurz darauf suchte der Unbekannte das Weite. Die Angestellten informierten einige Zeit später die Polizei. Der Tatverdächtige ist etwa 40 Jahre alt, zirka 175 Zentimeter bis 180 Zentimeter groß und war schwarz gekleidet. Zudem trug er eine schwarze Wollmütze.

Hanau: Die Beamten des Fachkommissariats 12 der Hanauer Kripo ermitteln derzeit in zwei Fällen von Exhibitionismus, bei denen sich die jeweiligen Täter nahe eines Spielplatzes beziehungsweise einer Schule aufgehalten hatten. Am Samstagnachmittag erwischte ein aufmerksamer Zeuge in der Friedrich-Ebert-Anlage einen 20 bis 30 Jahre alten und etwa 1,85 Meter großen Mann, der sich nahe des Grundstückszauns der Eugen-Kaiser-Schule selbst befriedigte. Der Unbekannte trug einen blauen Sportanzug und hatte eine Kapuze über den Kopf gezogen. Außerdem hatte er weiße Turnschuhe an. Die Kriminalpolizei bittet in beiden Fällen weitere Zeugen, sich unter der Rufnummer 06181 100-123 zu melden.

Bietigheim-Bissingen: Eine 45-Jährige wurde am Dienstagabend in der Schwarzwaldstraße von einem fremden Mann sexuell belästigt. Sie war gegen 20:20 Uhr zu Fuß unterwegs und nahm auf ab dem Parkplatz der Eishalle einen Mann wahr, der sich ihr näherte. Auf Höhe eines Seniorenheims hatte er sie eingeholt und berührte sie plötzlich unsittlich. Sie schrie lauthals, worauf der Täter in Richtung Max-Planck-Straße bzw. Lise-Meitner-Straße davon rannte. Es soll sich um einen jüngeren Mann, vermutlich im Alter von etwa 20 Jahren gehandelt haben, der einen hellgrauen Jogginganzug und graue Schuhe trug. Seine Kapuze hatte er tief ins Gesicht gezogen. Er hat eine kräftige Figur und ist zwischen 1,85 und 1,90 Meter groß.

Stuttgart-Degerloch: Zwei Unbekannte haben sich am Dienstagnachmittag (20.02.2018) an der Degerlocher Straße und am Georgiiweg vor mehreren Kindern entblößt. An der Degerlocher Straße beobachteten zwei sieben und acht Jahre alte Mädchen gegen 16.00 Uhr im Bereich der Haltestelle Peregrinastraße einen Mann, der zunächst offenbar pinkelte, sich dann zu den Mädchen umdrehte und sein Geschlechtsteil zeigte. Die Mädchen liefen nach Hause und erzählten es einer Mutter, welche dann die Polizei alarmierte. Der Tatverdächtige soll etwa 180 Zentimeter groß sein und an den Seiten kurz rasierte Haare haben. Er trug ein blaues Oberteil mit einem schwarzen Streifen auf dem Rücken, eine dunkelblaue Hose und einen Stoppelbart. Am Georgiiweg spielten drei Mädchen im Alter von zehn und elf Jahren gegen 16.30 Uhr auf dem dortigen Spielplatz, als ein Mann aus dem Gebüsch kam, zunächst offenbar urinierte und sich dann umdrehte und den Kindern sein Glied zeigte. Die Mädchen beobachteten den Mann, wie er anschließend zur Stadtbahnhaltestelle Waldau ging und in eine Stadtbahn der Linie U7 einstieg. Er soll etwa 50 bis 60 Jahre alte sein und eine kräftige Statur haben. Er war mit einer schwarzen Jacke, einer schwarzen Hose und einem schwarzen Schal bekleidet.

Außerdem trug er eine rote Strickmütze mit grauem Rand, eine Sonnenbrille und schwarze Joggingschuhe mit roten Sohlen. Zeugen werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei unter der Rufnummer +4971189905778 zu melden.
Jena: Auf dem Lommerweg in Höhe der Rückseite des Klinikums Bachstraße begegnete eine 22-Jährige am Montag kurz nach 14.00 Uhr einem Mann, der ganz offensichtlich mit er Hand in der Hosentasche eindeutige sexuelle Bewegungen an sich ausführte. Die junge Frau fühlte sich davon abgestoßen und angeekelt. Ermittelt wird gegen den noch unbekannten Mann wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses. So wird der Mann beschrieben: ca. 50-60 Jahre alt, 1,75 m groß, schwarz-grau melierte längere Haare, schmächtige Gestalt, ungepflegtes Erscheinungsbild, bekleidet mit dunkler Jacke sowie einer grauen, sehr weiten Jogginghose. Der Mann wurde bereits zum zweiten Mal dort auf diese Weise beobachtet.

PI-NEWS-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Geflüchteter noch flüchtig Toll-wütige „Schwarz-Fahrer" beißen und schlagen Münchner

pi-news.net/2018/02/toll-wuetige-schwarz-fahrer-beissen-und-schlagen-muenchner/
Von MAX THOMA | Primat für Primaten in der Münchner Trambahn – denn „Planet der Affen – Survival !" war das Überlebensmotto für einen 26-jährigen Münchner Fahrgast am Freitag Abend in Höhe der noblen Nymphenburger Straße, einer der teuersten Adressen Deutschlands.
Im Vorbeigehen streifte der Untertan der neuen „Alpha-Herrscher" in der Tram aus Versehen den Fuß eines 20-jährigen Nigerianers „mit festem Wohnsitz in München". Submissiv und höflich entschuldigte sich der 26-Jährige, denn für die weltoffenen Münchner gilt „Leben und leben lassen" – die bekannte Liberalitas Bavariae.
Biss zum Abendgrauen
Nicht so für die neuen Gäste der deutschen Steuerzahler: Der Niggerianer folgte ihm in den hinteren Teil der Straßenbahn und schlug dem Münchner mit der Faust brutal ins Gesicht. Während dessen kam ein weiterer dunkel- und dünnhäutiger „Mann" hinzu und schlug nach einem Wortgefecht dann gemeinsam mit dem 20-Jährigen „Schwarz-Fahrer" den Münchner. Ein 24-jähriger Münchner, der vor dem 26-Jährigen saß, konnte bezeugen, dass noch ein weiterer Mann, ein 19-jähriger Ivorer mit Wohnsitz in München, sich ebenfalls an den Körperverletzungshandlungen beteiligte. Außerdem wurde der 26-Jährige durch einen der Männer in den Oberarm gebissen. Über 10 Prozent der Merkelgäste sind zudem Hepatitis-C-infiziert, diese wird durch animalische Bisse übertragen.

Am Stiglmaierplatz konnten die Körperverletzungen durch Polizeibeamte unterbunden werden. Die 20- und 19-jährigen Schwarzen wurden vor Ort festgenommen. Der dritte Mann, der zuvor ebenfalls zugeschlagen hatte, konnte vom Tatort flüchten. Alle drei erwartet nun eine Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung. Der 20-jährige Nigarianer muss sich zusätzlich wegen der „Körperverletzung zum Nachteil" des 24-Jährigen verantworten. Die beiden toll-wütigen Afrikaner wurden nach der „Sachbearbeitung" vor Ort sofort wieder untertänigst auf freien Fuß gesetzt.
Für alle Freunde der „Politischen Korrektness" – wie immer – die Version von Prantls LÜGDEUTSCHER ZEITUNG – einem noch aktiven Mitglied der volksschädigenden MerkelFa:
Drei junge Männer haben einen 26-jährigen Münchner in einer Trambahn in Neuhausen geschlagen und gebissen; er wurde dabei leicht verletzt. Einer der drei Angreifer schlug außerdem einem 24-Jährigen, der den Streit schlichten wollte, mit der Faust ins Gesicht. Das Ganze geschah am vergangenen Freitag kurz nach 23 Uhr.
Der 26-Jährige habe in der Trambahn im Vorbeigehen versehentlich den Fuß eines 20-Jährigen gestreift, teilte die Polizei am Sonntag mit. Nach eigenen Angaben habe sich der Mann allerdings sofort dafür entschuldigt. Der 20-Jährige sei ihm dann aber in den hinteren Teil der Straßenbahn gefolgt und habe ihm mit der Faust ins Gesicht geschlagen.
Dann sei ein weiterer Mann hinzugekommen und habe ebenfalls auf den 26-Jährigen eingeschlagen, teilte die Polizei mit. Und schließlich habe sich auch noch ein 19-Jähriger an den Angriffen beteiligt. Einer der drei Männer habe dem 26-Jährigen sogar in den Oberarm gebissen. Der 20-Jährige schlug außerdem einem 24-jährigen Mann, der den Streit schlichten wollte, mit der Faust ins Gesicht. Polizisten konnten die Attacken am Stiglmaierplatz beenden. Sie nahmen den 19- und den 20-Jährigen fest, dem dritten Angreifer gelang die Flucht.

27. Februar 2018, 12:37 Uhr

Aufnahmestopp für Ausländer

Streit über Essener Tafel - Dobrindt widerspricht Merkel

Alexander Dobrindt sympathisiert mit dem Weg der Essener Tafel, deutsche Neumitglieder zu bevorzugen. Der CSU-Politiker stellt sich damit gegen Kanzlerin Merkel.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt unterstützt die Entscheidung der Essener Tafel, bis auf Weiteres nur noch Deutsche neu in ihre Kartei bedürftiger Menschen aufzunehmen. "Es ist richtig, dafür zu sorgen, dass es nicht zu einer Verdrängung kommt an der Tafel", sagte er.
Dobrindt habe mit dem Vereinsvorsitzenden Jörg Sartor gesprochen und unterstütze seine Entscheidung. Es dürfe nicht sein, dass "die, die angestammt berechtigt sind",

durch respektloses Verhalten anderer von der Tafel ausgeschlossen würden, sagte der frühere Bundesverkehrsminister.
"Der Handlungsdruck war groß an dieser Stelle", sagte Dobrindt. Die Balance müsse wiederhergestellt werden. Die Diskussion zeige, dass die Integrationsfähigkeit des Landes eine Grenze habe.
Mit diesen Aussagen geht Dobrindt auf Konfrontationskurs zu CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel, die die Entscheidung der Essener Tafel missbilligt. Auch Sozialverbände, Politiker verschiedener Parteien und Tafeln anderer Bundesländer halten das Vorgehen der Essener Tafel für falsch. Sie hatte gesagt: "Da sollte man nicht solche Kategorisierungen vornehmen. Das ist nicht gut."

Wagenknecht: "Scheinheilige Debatte"

Der Verein in Essen, der Lebensmittelspenden kostenlos an registrierte Empfänger von Sozialleistungen verteilt, vergibt seine Berechtigungskarten seit dem 10. Januar vorübergehend nur noch an Bürger mit deutschem Ausweis. Die Tafel wurde dafür heftig kritisiert - unter anderem vom nordrhein-westfälischen FDP-Integrationsminister Joachim Stamp.
Bundesweit entbrannte eine Debatte über die Entscheidung. Der Vorsitzende der Tafeln in Deutschland, Jochen Brühl, sprach von einer unglücklichen Entscheidung - und forderte einen stärkeren Einsatz der Politik gegen Armut.

Die massive Kritik am vorübergehenden Aufnahmestopp der Essener Tafel lässt den Vereinsvorsitzenden Jörg Sartor derweil über einen Rückzug nachdenken.
Unbekannte hatten am Wochenende Türen und Lastwagen der Einrichtung mit Parolen wie "Nazis" beschmiert.
Sartor klagte über heftige und teils pauschale Angriffe zu seiner Entscheidung. "Jetzt haut ein Haufen von Politikern auf uns ein, ohne sich zu informieren", sagte er der "Bild"-Zeitung. "Die sollen sich mal herbewegen und vor Ort mitarbeiten - danach können sie sich gerne äußern."

Nach der heftigen Kritik an der Entscheidung steht nun eine Krisensitzung des Vorstands der Essener Tafel an. Womöglich soll dort auch über Alternativen zum Aufnahmestopp für Ausländer diskutiert werden.
Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht hatte der Politik zuvor eine "scheinheilige Debatte" vorgeworfen. SPD-Sozialministerin Katarina Barley solle "über die eigene Mitverantwortung dafür nachdenken, dass im heutigen Deutschland derart viele Menschen auf die Hilfe von Tafeln angewiesen sind", sagte sie. Dass viele Ältere und Alleinerziehende dort hingehen müssten, sei Folge von Sozialstaatskürzungen und der Einführung von Hartz IV. "Nicht die Essener Tafel, sondern diese fahrlässige und unverantwortliche Politik vergiftet das politische Klima."

Der Verein Essener Tafel hatte den vorübergehenden Annahmestopp von Migranten auf seiner Internetseite mit den Worten begründet: "Da aufgrund der Flüchtlingszunahme in den letzten Jahren der Anteil ausländischer Mitbürger bei unseren Kunden auf 75 Prozent angestiegen ist, sehen wir uns gezwungen um eine vernünftige Integration zu gewährleisten, zurzeit nur Kunden mit deutschem Personalausweis aufzunehmen."
Gerade ältere Nutzerinnen sowie alleinerziehende Mütter hätten sich von den vielen fremdsprachigen jungen Männern in der Warteschlange abgeschreckt

gefühlt, sagte Sartor. Bei ihnen habe er teilweise auch "mangelnden Respekt gegenüber Frauen" beobachtet.
Die Sprecherin der Armutskonferenz, Barbara Eschen, nannte es unerträglich, dass von Armut betroffene Menschen jetzt in Konkurrenz zueinander stünden. "Es kann nicht länger sein, dass staatliche Maßnahmen wie der Regelsatz das Auskommen nicht sichern und Ehrenamtliche einspringen sollen, die das an die Belastungsgrenze bringt." Die Armutskonferenz ist ein Zusammenschluss aus Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und deutschlandweit tätigen Fachverbänden und Betroffeneninitiativen.

Lesen Sie hier:

- Kommentar zur Entscheidung der Essener Tafel: Pegel des Elends
- Kolumne über das Problem: Arme und Ausländer

apr/dpa
URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/essener-tafel-alexander-dobrindt-widerspricht-angela-merkel-a-1195633.html

27. Februar 2018, 10:14 Uhr

Rote SA spuckt Essen ins Essen AntiFa-Anschlag auf Tafel – der Linksstaat schlägt zurück!

pi-news.net/2018/02/antifa-anschlag-auf-tafel-der-linksstaat-schlaegt-zurueck/
"Jeder gibt, was er kann" - auch die MerkelFa engagiert sich jetzt bei der "Tafel Essen e.V."
Von JEFF WINSTON | Der Anschlag auf ehrenamtlich engagierte Bürger in der Nacht zum Sonntag dürfte die wenigsten Leser der FREIEN MEDIEN überraschen – denn der Linksstaat zeigt einmal mehr seine hässliche Fratze – selbstverständlich steuersubventioniert.
„Jeder gibt, was er kann" steht auf den Transportern der Essener Tafel – und auch die AntiFa-Schutztruppen tragen ihren Anteil dazu bei. Auch sie liefern das, was sie können: krakelhafte Nazi-Schmierereien.
Natürlich kann der gewaltige und gewalttätige „Linksstaat im Staat" noch mehr, Morddrohungen, brutale Anschläge auf Andersdenkende und deren Kinder sowie gezielte Körperverletzungen gegen Merkel-Kritiker, doch vorerst sollte es ein erster Warnschuss sein gegen den Verein „Essener Tafel e.V."
„Nazis" und „Fuck Nazis" prangt nun in roter und schwarzer Farbe auf Türen und Fahrzeugen der Essener Tafel – denn das sind die traditionellen Farben der AntiFa sowie ihres Vorgängers, der SA. „Unbekannte" durchaus Bekannte haben „das in der Nacht auf Sonntag getan" und wollten damit „wohl Kritik üben" (Funke Medien-Gruppe !!) an der Entscheidung des privaten Hilfsvereins, vorerst

nur noch deutsche Neumitglieder aufzunehmen – PI-NEWS berichtete als eines der ersten Medien über die Entscheidung.

Der Graffiti-Anschlag auf sechs Fahrzeuge und die Türen der Essener Tafel beschäftigen nun die Polizei Essen. Sie ermittelt gemeinsam mit dem Staatsschutz und bittet Zeugen, die Hinweise auf die Täter geben können, sich zu melden. Blöd nur für den Staatsschutz, wenn er gegen die Hintermänner und großzügigen Finanzierer des Anschlags ermitteln muss – den Deutschen Staat – der mittlerweile in Milliardenhöhe die Phalanx der rot-schwarz-grünen Volksschädlinge fördert, anstiftet und deckt.

Denn alle Parteien sind im Merkeljahr 2018 mit von der Partie, wenn es darum geht, mit sprudelnden Steuermitteln gegen vernünftige Bürger, mahnende Politiker der Alternative für Deutschland und sozial engagierte Ehrenamtliche einzuschlagen – LINKE, GRÜNE, SPD, CDU und selbstverständlich die CSU.

„Was für Idioten es auf der Welt gibt" – speziell in der Meinungsdiktatur Deutschland

Jörg Sartor, Vorsitzender der Essener Tafel e.V., nahm die Schmierereien äußerlich gelassen: „Wir werden das nicht wegmachen. Soll doch jeder sehen, was es für Idioten auf der Welt gibt."

„Das ist sehr amateurhaft, wahrscheinlich waren das Balgen", sagte der Tafel-Chef. Nach weiteren Anschlägen und Morddrohungen in den nächsten Tagen wird er wahrscheinlich „Balgen" etwas relativieren … der gute Mann hat – noch – die Ruhe weg, vorbildlich!

Die Einrichtung hatte sich zu diesem Schritt entschlossen, weil der Anteil der Migranten unter den 6000 Nutzern seit 2015 von rund 35 auf 75 Prozent gestiegen war – 4.500 der 6.000 Hilfsbedürftigen seinen nun schmarodierende Asylbewerber und Migranten, die sich zunehmende Verteilungskämpfe gegen ältere deutsche Bedürftige und Senioren bei der Essener Essensausgabe lieferten. Schlimme Zustände habe es teilweise vor der praktisch kostenlosen Lebensmittelausgabe gegeben – Schubsereien, Aggressionen und Gedrängel waren auf der „Tageskarte" – ältere Menschen wurden regelmäßig „weggeschubst".

Ellbogen in die Rippen – eine Rippe Abstand halten

„Ja, genauso war es auch. Meine Frau und ich wurden auch mal weggeschubst und haben dann noch Ellbogen in die Rippen bekommen. Es ging den ‚Leuten' einfach nicht schnell genug. Die haben einfach keinen Anstand." Und keinen Abstand. Der Rentner muss seine mickrige Rente aufstocken, kommt seit drei Jahren – weil er muss, weil es sonst nicht zum Leben reicht. „Und seit zwei Jahren hat sich die Stimmung hier echt geändert. Alles ist viel aggressiver geworden", sagt der bedürftige deutsche Senior.

Ob die „Bedürftigen mit Migrationshintergrund" vielleicht nicht wissen, dass sie sich anstellen müssen? Da das auch die Tafel-Mitarbeiter mitbekommen haben, wurde diese drastische Maßnahme ergriffen. „Man wolle wieder ein Gleichgewicht herstellen, man wolle die Oma, die seit sieben Jahren kommt und sich nun nicht mehr traut, wieder bei sich wissen", so Sartor. Allerdings laufen

vielen der 1.000 Tafeln in Deutschland die ehrenamtlichen Mitarbeiter scharenweise weg, die Tafel Wattenscheid verlor „aufgrund gewalttätiger Übergriffe“ beispielsweise über 300 Mitarbeiter in einem halben Jahr.
Anders als die Gelsenkirchener Tafel, die jetzt überlegt, ehrenamtliche Helfer zu „Ordnern“ auszubilden, plant Jörg Sartor keine Security bei der Essenausgabe. Er sagt: „Das ist absoluter Quatsch! Wenn es so weit käme, würde ich die Tür eher dauerhaft zusperren.“

Verein Tafel Essen: „Willst Du froh und glücklich leben, so lass kein Ehrenamt dir geben!“

Anlässlich der Entscheidung der Essener Tafel hagelte es in den letzten Tagen Kritik von allen Seiten – sogar die „Tagesschau“ berichtete ausführlich über die „Diskriminierung Schutzsuchender“. Auch kriminelle Schlepperverbände – so genannte Flüchtlingshilfeorganisationen – wie „Pro Asyl“ bezeichneten die Maßnahmen als diskriminierend.

Kritik: Maßnahme widerspräche „Gleichbehandlungsgrundsatz“: Falsch!

Die „Tafel“-Hilfsorganisationen bewahren Lebensmittel vor der Vernichtung und verteilen sie an Bedürftige. Die Empfänger müssen Hartz IV, Grundsicherung oder Wohngeld beziehen und dies der Tafel nachweisen. Die Trennung nach deutschem oder nicht-deutschem Pass sei sehr sehr ungünstig und widerspreche dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, bemängelte Inka Jatta, Mitglied der Geschäftsführung von „Pro Asyl“ Essen. Als privatrechtlicher Verein kann die Tafel Essen e.V. jedoch über ihren modus operandi sowie die Destinatäre rechtlich selbst bestimmen.

Auf Twitter wurden der Tafel Essen deshalb „Nazi-Praktiken“ vorgeworfen, weil sie zwischen Deutschen und Nichtdeutschen unterscheidet – diese Accounts wurden jedoch nicht gesperrt von der deutschen „Maasi“. Der Landesverband der Tafeln Nordrhein-Westfalen bestätigte einen starken Andrang von Migranten in den vergangenen beiden Jahren, davon seien durchweg alle Tafeln betroffen – dank gut organisierter kostenfreier Whats-App-Gruppen der „Bedürftigen“.

Lebensmittel fliegen in den Müll – Rassismusvorwurf

Doch die Konflikte bei den Verteilungen treten langsam überall hervor: Eine Tafel im sprichwörtlichen „Müllheim“ im Schwarzwald hatte für Flüchtlinge und die einheimische Bevölkerung unterschiedliche Öffnungszeiten ausgewiesen – auch in Müllheim flogen frische Lebensmittel auf den Müll! Immer wieder sollen sich Flüchtlinge vorgedrängelt haben, hieß es. Der örtliche „Friedensrat“ hatte den freiwilligen Betreibern danach „unterschwelligen Rassismus“ vorgeworfen. Bei vielen der 1.000 deutschen Tafeln herrschen mittlerweile katastrophale Zustände bei der Lebensmittelausgabe. Die ehrenamtlich arbeitenden Frauen würden zunehmend von den männlichen Asylbewerbern und „Familienvätern“ nicht anerkannt und respektiert, berichtete beispielsweise die Leiterin der thüringischen Ilmenauer Tafel, Christel Satzke. Sie sei auch selbst bereits Opfer eines tätlichen Angriffs durch Asylbewerber geworden.

So wollten sich einzelne muslimische Männer bei kostenlosen Tafeln in Nordrhein-Westfalen bei der Lebensmittelausgabe von Helferinnen nicht

bedienen lassen – weil sie „unreine Frauen“ waren. Der Bundesverband der Tafel dazu: „Generell könnten Notsituationen, Existenzängste, Traumatisierungen und Sprachbarrieren Konflikte unter den verschiedenen Nutzergruppen schüren“. Besonders zur Ausgabe der Nahrungsmittel an Montagen und Freitagen sei die Situation angespannt. Obwohl man den Asylbewerbern die kostenfreien Lebensmittel vorher zeige, die auf ihren Wunsch von den Ehrenamtlichen eingepackt werden und auf höchste „Halalität“ geprüft seien, würden sie anschließend in die Mülltonnen vor der Tür geworfen – respektive auf die angrenzenden Grünstreifen der Straße …
Das „historisch einzigartige Experiment“ von einer mono-kulturellen zu einer „multi-ethnischen Demokratie“ (ARD-Tagesthemen vom 20.02.) ist zumindest bei der Essener Tafel gescheitert.
In den Worten der MerkelFa: „Fuck Nazis !“

https://www.mz-web.de/dessau-rosslau/brutal-und-hemmungslos-ueber-eine-stunde-und-im-wechsel-an-opfer-vergangen-29829854
Brutal und hemmungslos Über eine Stunde und im Wechsel an Opfer vergangen
Von Ralf Böhme 07.03.18, 09:13 Uhr
Dessau-Roßlau -
Einer der vier Angeklagten hat die gemeinschaftliche schwere Vergewaltigung einer 56-jährigen Frau in Dessau im August vergangenen Jahres nun vor Gericht eingeräumt. Seine eigene unmittelbare Beteiligung bestritt der 19-Jährige jedoch vehement. Ein weiterer beschuldigter 22-Jähriger beteuerte wortreich, dass er infolge ungewohnten Alkoholgenusses sich an nichts erinnern könne. Beiden Tatverdächtigen ist eines gemeinsam: Sie verwickelten sich bei ihrer Vernehmung in Widersprüche, die an ihrer Glaubwürdigkeit zweifeln lassen.
Erste Gruppenvergewaltigung seit Jahren in Sachsen-Anhalt
Das war die Zwischenbilanz des Prozessauftaktes am Dienstag am Landgericht Dessau-Roßlau, wo noch bis voraussichtlich Mitte April über die erste Gruppenvergewaltigung seit Jahren in Sachsen-Anhalt das Urteil gesprochen werden soll. Dem Verhandlungsplan zufolge werden in der kommenden Woche zunächst noch die beiden übrigen Mitglieder des Eritrea-Quartetts durch die Vorsitzende Richterin Siegrun Baumgarten befragt. Dabei handelt es sich um einen 21-Jährigen und einen weiteren 19-Jährigen, gleichfalls Asylbewerber aus

dem afrikanischen Land. Wie aus Ermittlerkreisen zu erfahren gewesen ist, gelten sie als „wenig kooperationswillig".

Bereits der erste Verhandlungstag vermittelte eine Vorstellung davon, welche Rolle eine Frau für die Angeklagten einnimmt. Der Eindruck, den die Aussagen nahe legten, wirkte auf die Zuschauer im Saal erschütternd. Die beiden befragten Angeklagten legten mit ihren Aussagen und auch mit Weigerungen, sich zu bestimmten Details zu äußern, nahe: Ihnen ging es um Sex und sonst gar nichts. Die Belange ihres Opfers spielten und spielen dabei keine Rolle.

Drei Seiten der Anklageschrift wurden verlesen. Die polizeilichen Ermittlungsergebnisse belegten eine Vielzahl von Vorwürfen, die ein Abbild hemmungsloser Brutalität ergaben. Der Missbrauch wurde demnach durch Handgreiflichkeiten, grobe Kraftanwendung und Bedrohung, das Opfer zu entstellen, gemeinschaftlich erzwungen. Dabei sei ein „gefährliches Werkzeug" benutzt worden.

Täter sollen sich über eine Stunde und im Wechsel am Opfer vergangen haben

Die Frau, die ihren Lebensunterhalt durch das Sammeln von Pfandflaschen aufzubessern versucht, wurde laut Staatsanwaltschaft erniedrigend entkleidet, über Betonstufen einer Treppe hinter einem ehemaligen Schulhaus im Zentrum der Stadt gezogen und mit einer abgebrochenen Bierflasche verletzt. Die Täter sollen sich dann über eine Stunde und im Wechsel an ihrem Opfer vergangen haben, das durch die Vergewaltigung eine Stichverletzung am Jochbein, Hautabschürfungen und Prellungen sowie einen Schock erlitt und einige Tage lang stationär behandelt werden musste. Die wegen besonders schwerer Vergewaltigung angeklagten Eritreer hinterließen laut Anklage reichlich DNA-Spuren. Kondome benutzten sie bei der Gruppenvergewaltigung in der Nähe des Schlossplatz nicht.

Umso erbärmlicher wirkten auf Prozessbeobachter die Versuche der Angeklagten, ihre Verantwortung klein zu reden. Obwohl ein Video der Tat sicher gestellt werden konnte, beriefen sich die Angeklagten auf Erinnerungslücken. Sultan A. zum Beispiel rechtfertigte sich unter anderem damit: „Ich bin Moslem und vertrage deshalb keinen Alkohol." Deshalb könne er nichts zur Sache sagen.

Welches Martyrium die Frau erleiden musste, wurde auch durch Samiel H. lange Zeit verschwiegen. Aus nächster Nähe dabei gewesen, wollte er nicht bezeugen, dass das Opfer durch jeweils zwei Männer festgehalten und der Frau der Mund zugehalten wurde. Er habe das nicht gesehen, sondern telefoniert. Erst auf hartnäckiges Nachhaken der Opfer-Anwältin beendete er sein ewiges „Ich weiß es nicht". Befragt, wie sich das Opfer verhalten habe, gab er zu: „Sie hat geweint." Der Prozess wird am kommenden Dienstag fortgesetzt. (mz)

– Quelle: https://www.mz-web.de/29829854 ©2018

Kein "Aufschrei" der üblichen "Rassismus-Riecher" Rosenheim: 16-Jährige von Eritreer auf Tanzfläche „gemessert“

pi-news.net/2018/03/rosenheim-16-jaehrige-von-eritreer-auf-tanzflaeche-gemessert
March 11, 2018

Rosenheim: Die Kriminalpolizei Rosenheim ermittelt gegen einen 22-jährigen Mann wegen eines versuchten Tötungsdelikts. Dieser griff in der Nacht auf Samstag, 10.03.18, eine junge Frau in einem Nachtlokal unvermittelt mit einem Messer an und verletzte diese dabei am Oberkörper. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird der Tatverdächtige dem Ermittlungsrichter zur Prüfung der Haftfrage vorgeführt. Das 16-jährige Opfer aus dem Landkreis befand sich gegen 0.45 Uhr mit ihren Freundinnen auf der Tanzfläche in einer Diskothek in Rosenheim, als der Angriff durch den 22-jährigen Mann aus Eritrea erfolgte. Die Geschädigte erlitt Verletzungen am Oberkörper, die sich als nicht lebensbedrohlich herausstellten. Der Angreifer wurde durch den Sicherheitsdienst festgehalten und an die Polizei übergeben. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei bezüglich des Tathergangs und der Motivlage dauern an.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Berlin: Vor acht Jahren sorgte die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) für Schlagzeilen, als sie vor der Diskriminierung von Deutschen im eigenen Land gewarnt hatte. „Es gibt in unseren Schulhöfen und es gibt in unseren U-Bahnen und S-Bahnen ein Problem mit Deutschenfeindlichkeit“, mahnte sie. Deutsche Kinder und Jugendliche würden attackiert, weil sie Deutsche seien. Drei Jahre später nahm der Skandal-Autor Akif Pirincci mehrere Angriffe von Tätern mit ausländischen Wurzeln auf Deutsche zum Anlaß, seinen aufsehenerregenden Artikel „Das Schlachten hat begonnen“ zu schreiben. Fortan war es kein Tabu mehr zu sagen: Es gibt deutsche Opfer und fremde Täter. Seither köchelt das Thema vor sich hin. Von offizieller Seite wird es eher gemieden als klar benannt und angegangen. Bis jetzt. Auch beim Berliner Innensenat erkennt man mittlerweile das strukturelle Problem. „Wenn Streifen oder die Feuerwehr im Einsatz sind, müssen sie immer öfter Beleidigungen wie ‘Drecksdeutscher’ oder ‘Scheiß deutscher Bulle’ anhören“, sagte ein Senatssprecher Focus Online. Vor allem in Bezirken mit einem hohen Ausländeranteil wie Neukölln, Mitte oder Wedding häuften sich solche Vorfälle. Auch die Polizei bestätigte dies. „Wir registrieren ganz besonders bei arabischstämmigen Gruppen eine steigende verbale Aggressivität.“ Die Beamten spürten eine allgemeine wachsende Verachtung ihrer Funktion als Repräsentanten des Staates. (Auszug aus einem Artikel der JUNGEN FREIHEIT).

Gießen: Nach einem Messerangriff, bei dem ein 19 – Jähriger am frühen Samstagmorgen in der Gießener Schanzenstraße schwer verletzt wurde, fahndet die Polizei derzeit nach zwei Personen, darunter eine Person mit auffälligen „Afrolook". Der 19 – Jährige und ein 20 – jähriger Bekannter hatten eine Diskothek in der Schanzenstraße besucht und diese gegen 03.20 Uhr verlassen. Noch im Nahbereich der Diskothek wurden sie von zwei Unbekannten angesprochen und offenbar beschimpft. Unmittelbar danach wurden die beiden Täter, die sich offensichtlich sehr aggressiv verhielten, handgreiflich. Mindestens einer der Täter soll auf den 19 – Jährigen eingeschlagen haben. Als der 19 – Jährige zu Boden ging, sollen beide Angreifer auf ihn eingeschlagen haben. Während dieses Angriffs setzte einer der Täter offenbar ein Messer oder einen ähnlichen Gegenstand ein. Dabei wurden der 19 – Jähriger sehr schwer und sein 20 – jähriger Begleiter leicht verletzt. Als noch ein Zeuge dazu kam, flüchteten die beiden Angreifer in Richtung Oswaldsgarten. Eine eingeleitete Fahndung brachte bislang nichts ein. Bei den beiden Tätern soll es sich um Nordafrikaner bzw. Araber handeln. Einer von ihnen soll sehr auffällige lockige Haare, ähnlich einer „Afrolook-Frisur", haben. Die zweite Person soll 175 bis 180 Zentimeter groß und schlank sein. Er soll kurze dunkle Haare, die an den Seiten sehr kurz sind, haben. Er soll einen grauen Kapuzenpulli und eine schwarze Weste getragen haben.

Bremen: Am Donnerstagabend beschossen in Bremen-Gröpelingen fünf Jugendliche zwei 15 und 16 Jahre alte Mädchen vermutlich mit einer Schreckschusswaffe. Die Polizei sucht Zeugen. Die beiden Mädchen kamen gegen 19.20 Uhr aus einem Einkaufszentrum und gingen in Richtung der Haltestelle „Use Akschen". Die fünf Unbekannten liefen hinter ihnen und provozierten sie mit Beleidigungen. Ohne darauf zu reagieren stiegen die zwei in die Straßenbahn. Bevor die Bahn abfuhr hielt einer der Jungen eine Waffe, vermutlich eine Schreckschusswaffe, durch die Tür und gab mehrere Schüsse ab. Die 15-Jährige wurde dabei leicht verletzt. Die fünf Jugendlichen sollen etwa 15 bis 17 Jahre alt gewesen sein, mit dunklem Teint. Sie trugen dunkle Bekleidung und Jogginghosen. Einer von ihnen trug ein Basecap. Die Polizei fragt wer die Tat beobachtet hat und bittet Zeugen, sich beim Kriminaldauerdienst unter 0421 362-3888 zu melden.

Pforzheim: Ein in der Bahnhofsunterführung von mehreren Männern attackierter 20-jähriger Passant musste am Donnerstagabend verletzt ins Krankenhaus. Nach den bisherigen Feststellungen des Polizeireviers Pforzheim-Nord lief der Geschädigte gegen 21.45 Uhr alleine von der Bahnhofstraße kommend durch die Unterführung in Richtung Güterstraße als ihm eine Personengruppe von fünf Männern entgegen kam. Nachdem der sehbehinderte spätere Geschädigte verneinte Geld mit sich zu führen, sollen die nach Alkohol riechenden Männer bedrohlich nahe gekommen sein und ihn mit dem Rücken an die Wand gedrückt haben. Nachdem der schmächtige Mann den vor ihm stehenden unbekannten Wortführer wegzuschieben versuchte, versetzte dieser ihm einen Faustschlag ins Gesicht, welcher ihn zu Boden streckte. Auf dem Boden liegend erhielt er von der Gruppierung mehrere Fußtritte, die erst von ihrem Opfer abließen, als zwei männliche Passanten zu Rufen begannen. Von den fünf Tätern, die nur gebrochen deutsch sprachen und etwa im Alter des Opfers gewesen

sein sollen, trug der Angreifer eine schwarze Winterjacke mit braunem Fell an der Kapuze. Die Männer flüchteten anschließend in Richtung Innenstadt. Der 20-Jährige ließ sich in der Notaufnahme des Krankenhauses behandeln, bevor die Polizei über den Sachverhalt informiert wurde. Hinweisgeber, insbesondere die beiden männlichen Zeugen, werden gebeten, sich mit dem Polizeirevier Pforzheim-Nord telefonisch unter 07231/186 – 3211 in Verbindung zu setzen.

Duisburg: Zwei Unbekannte haben heute Nacht (9. März) um 1:40 Uhr einen Spaziergänger auf der Kulturstraße Höhe Thorner Straße unvermittelt angegriffen. Nachdem sie ihn schubsten und schlugen, verletzte einer der Angreifer ihn mit einem Messer am Oberkörper. Zwei Passanten vertrieben das Duo in Richtung Düsseldorfer Straße und gingen dann selber in diese Richtung weg. Der 32-Jährige lief zu seiner Schwester und ließ sich von ihr zum Krankenhaus fahren. Nach der ersten Behandlung blieb er über Nacht zur Beobachtung in der Klinik. Der kleinere Angreifer ist 18 bis 20 Jahre alt, 1,60 bis 1,65 Meter groß und schlank. Er hat schwarze Haare, sprach akzentfreies deutsch und trug eine schwarze Jacke sowie schwarze Hose. Der zweite ist 1,80 bis 1,85 Meter groß, ebenfalls schlank, hat eine dunkle Hautfarbe sowie schwarze Haare.

Soest: Am Montagabend gegen 22:00 Uhr randalierten zwei 25 und 33 Jahre alte Zuwanderer aus der Unterkunft vom Möhnesee auf dem Bahnhofsvorplatz. Dabei belästigten sie mehrfach Passanten. Da die beiden alkoholisierten Männer einem Platzverweis nicht nachkamen, wurden sie in Gewahrsam genommen.

Mehr als die Hälfte aller Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern im Südwesten scheitert – auch wegen kurzfristig eingereichter ärztlicher Atteste. Doch wie seriös sind die?

Stuttgart: Weil ein an Abschiebungen beteiligter Mediziner einigen Ärzten und Psychologen vorgeworfen hat, gezielt falsche Atteste auszustellen, hat die AfD im baden-württembergischen Landtag jetzt mehrere Strafanzeigen gestellt. Diese richten sich zum einen gegen den Karlsruher „Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten" wegen des Verdachts auf Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse und zum anderen gegen Unbekannt im Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe wegen des Verdachts auf Strafvereitelung im Amt.

„Wir argwöhnen, dass diese Straftaten vielen Entscheidungsträgern der zentralen Abschiebebehörde über Jahre bekannt waren, ihnen aber aus politischen Gründen nicht nachgegangen wurde oder werden durfte", sagte der AfD-Abgeordnete Daniel Rottmann. Der Mediziner Richard Barabasch, der Abschiebungen ärztlich begleitet, hatte Kollegen vorgeworfen, Scheinatteste auszustellen – aus Mitleid oder politischer Motivation. In vier von fünf Fällen werde betrogen, sagte Barabasch den „Badischen Neuesten Nachrichten". (Auszug aus einem Artikel der Stuttgarter Nachrichten).

„Schutzsuchende" möchten nicht in der Türkei „Schutz suchen"

Griechenland: Im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos ist es nach Angaben der Polizei am Freitag zu Krawallen gekommen. Eine Gruppe von jüngeren Migranten hätten mehrere Büros des Aufnahmezentrums von Moria verwüstet. Sie protestierten damit gegen die Ablehnung ihrer Asylanträge und ihre bevorstehende Rückführung in die Türkei. Die Bereitschaftspolizei griff ein und nahm 15 Randalierer

fest. Mehrheitlich stammten sie aus Pakistan und nordafrikanischen Staaten, hieß es aus Polizeikreisen. Die Rückführungen sieht der im März 2016 vereinbarte EU-Türkei-Flüchtlingspakt vor. Im Lager Moria und anderen Unterkünften der Insel Lesbos halten sich rund 5.000 Menschen seit Monaten auf. In den vergangenen drei Tagen hat nach Angaben des Migrationsministeriums nur ein Migrant aus der Türkei zu den griechischen Inseln im Osten der Ägäis übergesetzt. (Artikel übernommen von oe24.at).

Berlin: Bevölkerungswachstum durch Ausländer

Berlin: Setzt man den Fokus auf Frauen afghanischer, irakischer und syrischer Staatsangehörigkeit, tritt der Unterschied zum generativen Verhalten deutscher Frauen noch deutlicher hervor: Beinahe 20 Prozent der Frauen dieser drei Herkunftsländer gebaren 2016 in Berlin ein Kind. Das sind in absoluten Zahlen 1.262 Kinder, die von syrischen, afghanischen und irakischen Frauen geboren wurden. Das entspricht einer Geburtenziffer von 4,85 Kindern pro Frau.

Im Jahr 2015 lag die Geburtenziffer bei Frauen dieser Staatsangehörigkeiten noch bei durchschnittlich 2,68 Kindern. Mit 5,09 Kindern war sie 2016 bei syrischen Frauen besonders hoch. Die Geburtenziffer deutscher Frauen lag 2016 demgegenüber bei 1,38 Kindern pro Frau, was einem Anstieg von drei Prozent zu 2015 entspricht (1,34). (Auszug aus einem Artikel der JUNGEN FREIHEIT).

Afghane ist mit „Allah, Allah"-Rufen und Eisenstange unterwegs

Mistelbach: Ein Katz-und-Maus-Spiel lieferte sich ein Afghane (28) mit der Polizei im niederösterreichischen Weinviertel: Aus dem Klinikum Mistelbach getürmt, spazierte er auf den S2-Gleisen Richtung Laa – lediglich bekleidet mit einem weißen, blutverschmierten Spitalskittel. In der Hand: eine Eisenstange, was einen Polizeieinsatz auslöste. Auf den Gleisen bei Frättingsdorf torkelt ein Mann mit blutigem Kittel und fuchtelt mit einer Eisenstange herum!" – So in etwa lautete der Notruf, der bei den verdutzten Polizisten der Inspektion Mistelbach einlangte. Was folgte, war ein nicht ungefährliches Katz-und-Maus-Spiel mit dem „Gleiswandler": Ständig wechselte der vierfache Familienvater die Seiten des Bahndamms und schlug bedrohlich mit der langen Eisenstange um sich, begleitet von „Allah, Allah"-Rufen in Richtung der Beamten. Auch nach Eintreffen einer zweiten Streife erwies sich der spärlich bekleidete Mann trotz eisiger Temperaturen als „winterfest": Immer wieder entwischte er, vereinzelte Treffer mit dem Pfefferspray zeigten keine Wirkung. Am Ortsrand von Ernsdorf bei Staatz konnten die Verfolger den „Krankenhaus-Athleten" schließlich umzingeln.

Ortsbewohner hatten inzwischen lange Holzstangen gebracht, damit die Polizisten die Schläge mit der massiven Eisenstange abwehren konnten. Seine aussichtslose Situation erkennend, rastete der Flüchtige aus und ging zum Frontalangriff über: Ein Beamter wurde dabei an der Schulter verletzt. Mit vereinten Kräften fixierte man den jungen Mann, er wurde in die Justizanstalt Korneuburg überstellt. (Artikel übernommen von Krone.at).

„Fachkräfte" „bereichern" Hamburg und Rostock

Hamburg: Nach einer Massenschlägerei am Alsteranleger am Jungfernstieg hat die Polizei gegen elf Jugendliche und junge Erwachsene aus Syrien, dem Irak und

Afghanistan Aufenthaltsverbote verhängt. Sie werden verdächtigt, an der Auseinandersetzung beteiligt gewesen zu sein, in deren Vorfeld ein 18-Jähriger mit einem Messerstich in den Rücken schwer verletzt worden war. Die 16- bis 20-Jährigen müssen den „Bereich Binnenalster" bis Ende Mai meiden, gab die Polizei bekannt. Mit der Maßnahme sollen weitere Straftaten verhindert werden. Zudem will die Polizei unterbinden, dass sich die Gruppen, aus denen die Verdächtigen stammen, weiter an der Binnenalster treffen. (Auszug aus einem Artikel von welt-online). Rostock: Am Dienstag kam es gegen 17:30 Uhr in der Rostocker Stadtmitte vor dem Kröpeliner-Tor-Center zu einer Schlägerei zwischen mehreren jungen Männern. Gut eine Stunde später schlugen sich dann vier junge Männer in den angrenzenden Wallanlagen.
Nach bisherigen Erkenntnissen trafen gegen 17:30 Uhr zwei geschädigte Männer beim Verlassen der Passage auf drei männliche Täter. Ein anfängliches Gespräch unter den beteiligten Personen eskalierte plötzlich aus nicht bekannten Gründen. Ein unbekannter Täter zog ein Messer und griff die Opfer an. Ein weiterer Tatverdächtiger setzte gegen die beiden jungen Geschädigten Pfefferspray ein. Die geschädigten Männer wehrten die Angriffe ab und flüchteten. Der 19-jährige Geschädigte erlitt eine Schnittverletzung an der Hand sowie Reizungen der Augen. Sein 20-jähriger Begleiter erlitt ebenfalls Augenreizungen.
Gegen 18:40 Uhr kam es dann in den angrenzenden Wallanlagen zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen vier jungen Männern (20 bis 26 Jahre). Nach eigenen Angaben kam es zunächst zu einem verbalen Streit zwischen den Männernsyrischer und iranischer Herkunft. Plötzlich eskalierte auch dieser Streit und es kam zu gegenseitigen Körperverletzungen. Hierbei schlug einer der tatverdächtigen Männer mit einem Schlagstock auf die Opfer ein. Einer der geschädigten Männer konnte diesen Schlagstock ergreifen und schlug damit auf die Angreifen ein. Alle vier Beteiligten erlitten Platzwunden, Hämatome und Prellungen.
Syrer möchte nach Syrien zurück
Duisburg: Gegen 11:30 Uhr trafen Beamte der Citywache heute (09. März) in einem Büro des Ausländeramtes auf einen Mann, der sich selbst ein Messer an den Hals hielt. Der 25-Jährige verlangte, dass er nach Syrien zurück kann, sonst würde er sich etwas antun. Den Beamten gelang es mit Hilfe eines Dolmetschers nach etwa einer Stunde den Mann zur Aufgabe zu bringen. Zwischenzeitlich meldete sich eine Mitarbeiterin des Ausländeramtes, die bereits vor dem Eintreffen der Polizei eine Verletzung am Arm erlitten hatte. Sie konnte direkt in einem bereit stehenden Rettungswagen versorgt werden. Alle betroffenen Mitarbeiter des Ausländeramtes werden betreut. Für die Dauer des Einsatzes sperrte die Polizei das Averdunkcenter.
Algerier greift Polizisten an
Neuruppin: Gestern Nachmittag war ein 23-jähriger Algerier während eines Termins in der Ausländerbehörde mit den Entscheidungen nicht einverstanden und begann, die Einrichtung zu zerstören und sich zu schlagen. Der hauseigene Wachschutz konnte den Mann nicht beruhigen und informierte die Polizei. Die eintreffenden Beamten wurden unvermittelt mit einem metallenen Aufsteller durch den Mann angegriffen. Die Polizisten wendeten Pfefferspray an und konnten den 23-Jährigen mit einfacher körperlicher Gewalt überwältigen und ihm Handschellen anlegen.

Hierbei wurde ein 50-jähriger Polizeibeamter durch Ellenbogenschläge des 23-Jährigen im Gesicht und am Oberarm getroffen und erlitt dadurch Schmerzen, Nasenbluten und ein Hämatom am Auge. Der Polizist ist weiterhin dienstfähig.
Der 23-Jährige blieb unverletzt und wurde im Anschluss unter Polizeibegleitung mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus auf die geschlossene psychiatrische Station eingewiesen.

Syrer möchten umsonst im Bus mitfahren

Lüneburg: An der Bushaltestelle in der Straße Bülows Kamp ist es am Nachmittag des 07.03.18 zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Busfahrer und zwei Männern im Alter von 19 und 27 Jahren gekommen. Die beiden aus Syrien stammenden Männer hatten mit dem Bus fahren wollen, obwohl die von ihnen vorgezeigten Fahrkarten ungültig waren. Da die Männer sich weigerten den Bus zu verlassen, rief der Busfahrer schließlich die Polizei. Auch mit den eingesetzten Polizeibeamten stritten sich die Männer, widersetzten sich dem Platzverweis und mussten schließlich mit Körpereinsatz aus dem Bus gedrängt werden. Der Einsatz endete mit Strafanzeigen für beide Täter; unter anderem wegen Beleidigung, versuchter Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Jugendliche messern Schwulen, keine Täterbeschreibung der Polizei

Berlin: Der Polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen eines homophoben Übergriffs, der in der Nacht vom vergangenen Mittwoch zum Donnerstag in Neukölln geschah. Nach derzeitigem Ermittlungsstand war ein 24-Jähriger gegen 23.40 Uhr zusammen mit seinem 27-jährigen Lebensgefährten in der Mainzer Straße unterwegs, wobei sie ihre Arme untergehakt hatten. Sie wurden dann von zwei Jugendlichen angesprochen und nach Zigaretten gefragt, woraufhin sie ohne zu reagieren weitergingen. Die beiden Unbekannten folgten ihnen und der Jüngere bekam plötzlich einen Schlag gegen den Kopf und anschließend einen Messerstich in den Oberschenkel. Der Verletzte rettete sich zusammen mit seinem Partner, der nicht angegriffen wurde, in eine nahegelegene Bar, wo Gäste einen Rettungswagen und die Polizei alarmierten. Die Angreifer flüchteten unerkannt. Der 24-Jährige kam in ein Krankenhaus, wo die Stichwunde versorgt werden musste. Lebensgefahr besteht nicht.

„Schutzsuchende" machen Party

Wangen: Nachdem Beamte des Polizeireviers am Donnerstagabend bereits gegen 20.30 Uhr zu einem Asylbewerberheim im Südring wegen eines jungen Mannes gerufen worden waren, der sich selbst verletzt hatte, mussten Polizisten in der Nacht erneut einschreiten. Vier Bewohner, die unter Alkohol- bzw. Drogeneinfluss standen, stritten derart massiv miteinander und hatten bereits Einrichtungsgegenstände demoliert, dass zunächst drei von ihnen in Gewahrsam genommen werden mussten. Da der vierte der Kontrahenten ständig versuchte, sich selbst zu verletzten, indem er den Kopf gegen die Scheibe des Streifenwagens und die Wand auf dem Polizeirevier schlagen wollte, wurde er in eine psychiatrische Klinik gebracht. Einer der drei zunächst in Gewahrsam genommenen Asylbewerber musste letztlich auch in ein Krankenhaus gebracht werden, um eine Verletzung an der Hand ärztlich behandeln zu lassen. Nach seiner Versorgung wurde er auf richterliche Anordnung wieder in einer Gewahrsamszelle beim Polizeirevier untergebracht.

Bereits abgelehnter „Schutzsuchender“ kommt erneut ins Asylverfahren

Weil am Rhein: Zwei ivorische Staatsangehörige, die zuvor illegal aus der Schweiz eingereist sind, kontrollierte die Bundespolizei am Dienstagmorgen im Weiler Ortsteil Friedlingen. Die beiden Männer im Alter von 29 und 23 Jahren konnten sich nicht ausweisen. Eine erkennungsdienstliche Behandlung brachte die Erkenntnis, dass der 29-Jährige sich schon einmal im deutschen Asylverfahren befunden hat und im Sommer 2016 nach Italien abgeschoben wurde. Da beide Westafrikaner ein Asylbegehren vortrugen, wurden sie nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber weitergeleitet.

Tägliche Jugendmorde - Nachahmungstäter? Flensburg: 17-Jährige mit Messerstichen von „Bekannten“ (18) getötet

pi-news.net/2018/03/flensburg-17-jaehrige-mit-messerstichen-von-bekannten-18-getoetet

March 13, 2018

Kleines Bild: Tatort in Flensburg.

Von JOHANNES DANIELS | Mitte März 2018 – leider kein Tag mehr ohne einen Messermord unter jugendlichen „Bekannten“ – nicht in der Bronx, Pretoria, Sao Paulo oder in Molenbeek, sondern hier und jetzt in Deutschland! In Flensburg erfolgte am Montagabend ein weiterer „Beziehungsmord“ an einem 17-jährigen Mädchen.

Der Einzelfall des Tages

Die 17-jährige Flensburgerin ist am Montagabend brutal ermordet worden. Wie die Polizei am Dienstag mitteilte, war das Mädchen am Vorabend mit mehreren Stichwunden in ihrer Wohnung im Flensburger „Exe-Bezirk“ aufgefunden worden. Wiederbelebungsversuche sind erfolglos geblieben, bestätigte eine Polizeisprecherin. Gegen einen 18-Jährigen habe die Staatsanwaltschaft Haftbefehl wegen Verdachts des „Totschlages“ beantragt, sagte die Leitende Staatsanwältin Ulrike Stahlmann-Liebelt.

Haftbefehl gegen 18-Jährigen beantragt

Noch im Laufe des Dienstags sollte der junge Tatverdächtige dem Haftrichter vorgeführt werden. Ob der Haftbefehl auch erlassen wird oder nicht, werde erst am Mittwoch mitgeteilt. Die Polizei habe die Tatwaffe sichergestellt. Angaben dazu machte Stahlmann-Liebelt aber mit Hinweis auf die laufenden Ermittlungen nicht. In welcher Beziehung Opfer und Täter genau standen, sei der Staatsanwaltschaft noch nicht klar. „Wir gehen davon aus, dass die beiden sich wohl besser gekannt haben“, sagte Stahlmann-Liebelt. „Aber wie die Beziehung genau war, dazu müssen wir erst noch die weiteren Ermittlungen abwarten.“ Über Herkunft und Nationalität gab es bislang noch keine Angaben.

Der Tatort – Neubau nach Brandstiftung

Das Flensburger Tageblatt schreibt:

Das Mehrfamilienhaus, in dem die Tat geschah, wird von 25 Mietern bewohnt. Es ist ein Neubau, der erst im Oktober 2016 bezogen wurde, nachdem ein Haus an gleicher Stelle durch Brandstiftung völlig zerstört worden war. Die getötete Mieterin B. war von Anfang an dabei. Ihre Wohnung befindet sich im 2. Stock. Nachbarn berichten, dass die 17-Jährige sehr oft Besuch von dem Tatverdächtigen gehabt habe.

„Man konnte denken, sie leben zusammen.“ Die beiden seien zunächst unauffällig gewesen, in der Vergangenheit sei es allerdings häufig zu Streit gekommen. „Es hat lautstarke Auseinandersetzungen gegeben, auch körperlich sind die beiden aneinander geraten“, sagt ein Mieter, der nicht genannt werden will. Am Tattag gegen 18 Uhr hatten Nachbarn noch laute Schreie gehört. Helfen konnten sie nicht mehr.

„Eine Tat, die fassungslos macht" …

… wird in der Mainstreampresse gebetsmühlenartig konstatiert, wenn in Deutschland Kinder Kinder mit Messern ermorden, bzw. Jugendliche Jugendliche. Kandel, Lünen, Dortmund, Freiburg, Berlin, Frankenthal, Flensburg. In der Regel werden noch kurz zuvor die Kommentarmöglichkeiten geschlossen. Der Mainstream weiß warum.

Denn die letzten Wochen waren blutgetränkt – und in aller Regel lief es gegen Blutraute und Systemlinge: In Kandel stach ein „15-jähriger" afghanischer Flüchtling bei dm vielfach auf seine 15-jährige Ex-Freundin Mia Valentin ein – ein Ritualmord. Er benutzte ein Küchenmesser. Der Täter gab sein Alter mit 15 Jahre an, soll aber mindestens 17 sein.

In Lünen geht der 15-jährige „Alex", (Deutsch-Kasache) mit einem Messer auf den 14-jährigen Leon los und ermordet ihn brutal. Der jugendliche Täter war mit seiner Mutter zu einem Gesprächstermin mit einer Sozialarbeiterin in der Schule. Er habe sich durch einen „respektlosen" Blick des Opfers in seiner Ehre provoziert gefühlt.

Jetzt der Mord an Keira Gross (14), in Berlin durch „Edgar" (15, die Kurzform von Erdogar?) und der in letzter Sekunde noch vereitelte Mord in Frankenthal /Pfalz (PI-NEWS berichtete): Hier wollte ein 13-jährige Syrer (nennen wir ihn politisch korrekt Björn-Edward) ein 17-jähriges Mädchen, das ihn zuvor kurz abgewiesen hat, bestialisch vor den einfahrenden ICE stoßen und töten. Im Mainstream wie immer: „schubsen".

Nicht zu vergessen hunderte von versuchten und vollendeten Vergewaltigungen, Körperverletzungen und Morddelikte an Jugendlichen seit Jahresbeginn!

Neue kriminelle Energie oder Nachahmungs-Täter?

Häufen sich Tötungsdelikte von Jugendlichen wirklich? Und wie kann das eigentlich sein, dass ein 13/14/15/16/17/18-Jähriger so die Kontrolle verliert, dass am Ende ein anderes Kind mit dutzenden Messerstichen ermordet ist? Ein kultureller Overspill – MeToo des Bösen – Nachahmungstrieb?

Nach – in den letzten Tagen medial stark verbreiteter – „Expertenmeinung" geht die Jugendgewalt in Deutschland aber drastisch zurück, es gebe weniger Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen und Tötungsdelikte. 1995 verzeichnete die Polizeiliche Kriminalstatistik noch 258 jugendliche Tatverdächtige in Fällen von Mord und Totschlag, 2016 waren es nur noch 133. Eine aktuelle Zahl für das Jahr 2017 liegt noch nicht vor – nach Meinung meines Kriminologie-Kollegen Christian Pfeiffer, ehemaliger niedersächsischer spd-Justizminister und Experte für Zuwandererkriminalität, dürfte diese allerdings weit unter Null liegen.

Christian Pfeiffer pfeifft auf korrekte Zahlen!

Der spd-Experte Pfeiffer führt den „explosionsartigen" Rückgang der Jugendgewalt auf drei Faktoren zurück: Zum einen sei die Arbeitslosigkeit der Eltern, aber auch der Jugendlichen stark gesunken, ein sozialer Stabilisierungsfaktor. Zum anderen habe es große Fortschritte bei der sozialen Integration von jungen Menschen und kriminellen Migranten gegeben: „Bei den herkömmlichen Migrantengruppen, also Menschen aus Russland, Jugoslawien oder der Türkei, beobachten wir eine deutliche Verbesserung im Bereich der Bildung – also mehr Jugendliche, die einen Realschulabschluss oder das Abitur anstreben."

„Tragische Einzelschicksale" – optimistisch machende Statistik

Die Opfer von Berlin, Lünen, Kandel, Flensburg, Freiburg, und, und, und sind „offenbar tragische Einzelschicksale in einer optimistisch machenden Statistik". Das macht die Taten nicht besser, die Opfer nicht lebendig: „Jede dieser Ereignisse ist eine Katastrophe", sagt der Kriminalpsychologe Rudolf Egg, „aber es wäre falsch zu glauben, dass „die Jugend den Bach runtergeht". Wie viele Schüler gibt es in Deutschland? Und wie viele davon leben friedlich zusammen?"

Tötungsdelikte bei Jugendlichen sind oft Beziehungstaten, sagen Experten, Täter und Opfer kennen sich also, sind verwandt oder befreundet. „Bei Erwachsenen geht es in Fällen von Mord und Totschlag oft um Geld, vielleicht um Spielschulden", sagt Rudolf Egg. „Bei Jugendlichen spielt das natürlich keine Rolle. Generell sei das Gewaltpotenzial bei Jugendlichen größer als bei Erwachsenen, was mit einer gewissen Unreife zu tun habe, aber auch mit der unterschiedlichen Lebensweise. „Jemand, der zur Schule geht und vom Geld seiner Eltern lebt, hat weniger zu verlieren als ein Erwachsener". [..]
Von einer Häufung könne man nicht sprechen, auch wenn das vielleicht so wahrgenommen werde.

Thomas de Maizière, Horst Södhofer, Christian Pfeiffer und die „offiziellen Zahlen" werden ja wohl nicht lügen. Dann ist ja alles voll in Butter.

„Wir schaffen das".

https://web.de/magazine/panorama/telford-1000-maedchen-40-jahre-lang-missbraucht-prostituiert-32864274

Telford: Fast 1.000 Mädchen über 40 Jahre lang missbraucht und prostituiert

Aktualisiert am 13. März 2018, 10:03 Uhr

Im britischen Telford sollen seit den achtziger Jahren fast 1.000 Mädchen missbraucht und zur Prostitution gezwungen worden sein. Die kriminellen Banden agierten ähnlich wie bei den Fällen in Rotherham.

Kriminelle Banden sollen in der britischen Stadt Telford über vierzig Jahre hinweg fast 1.000 minderjährige Mädchen gefoltert, missbraucht und zur Prostitution gezwungen haben. Das vermeldete die britische Zeitung "The Sunday Mirror" nach fast 18-monatiger Recherche. Durch die Aktivitäten der Kriminellen sollen auch eine Mutter und vier Mädchen zu Tode gekommen sein. Für ihre Recherchen sprachen die Reporter des "Sunday Mirror" mit zwölf Mädchen, die Opfer der Banden gewesen seien. Diese berichteten von Vergewaltigungen, Folter, Drogen, Prostitution und dem Zwang zur Abtreibung. Demnach seien die Mädchen teilweise erst elf Jahre alt gewesen seien, als sie Folter ausgesetzt und unter Drogen gesetzt wurden.

Ein Opfer erzählte, sie sei wenige Stunden nach ihrer zweiten Abtreibung erneut vergewaltigt worden.

Polizei will neuen Informationen nachgehen

Im Interview mit der BBC sagte ein Sprecher der Polizei von West Mercia, dass die Anschuldigungen "sehr ernst" genommen werden und die "Bekämpfung von sexueller Ausbeutung von Kindern Priorität habe". Die Causa Telford habe jedoch aufgrund der neuen Informationen zusätzlich an Bedeutung gewonnen.

"Wir verpflichten uns, unsere Ressourcen und Technologien dazu einzusetzen, um jeden zu verfolgen, der sich des Kindesmissbrauchs strafbar gemacht hat - ob das nun heute, vor einer Woche oder vor Jahren passiert ist", erklärte der Sprecher weiter.

Keine Ermittlungen aus Angst vor Rassismus

Den Recherchen des "Sunday Mirror" zufolge hätte die Polizei bereits in den neunziger Jahren von den Akitivitäten der Banden und dem Missbrauch der Mädchen erfahren, jedoch jahrelang nichts unternommen. Ebenfalls hätten örtliche Sozialarbeiter vor den kriminellen Aktivitäten gewarnt. Wie in den Fällen von Rochedale und Rotherham soll es allerdings jahrelang keine Ermittlungen gegen die Täter gegeben haben, aus Angst vor Rassismus-Vorwürfen. Die Bandenmitglieder sollen wie die Täter aus Rotherham - damals waren pakistanische Kriminelle verantwortlich - aus dem asiatischen Raum stammen.

Erst nach 2007 sei es zu ersten Ermittlungen gekommen, im Zuge derer neun von insgesamt fast 200 Tatverdächtigen verurteilt wurden. Laut den Recherchen des "Sunday Mirror" wurden die betroffenen Kinder auch nicht als Opfer, sondern als Prostituierte in den Akten der Polizei gelistet. (arg)

Kein "Aufschrei" der üblichen "Rassismus-Riecher" Wien: Tötungsversuch von „Allah“-Anhänger an Wachsoldaten

pi-news.net/2018/03/wien-toetungsversuch-von-allah-anhaenger-an-wachsoldaten
March 16, 2018

Wien: Bei der wüsten Messerattacke in der Nacht auf Montag – ein Wachesoldat vor Irans Residenz in Wien musste zur Schusswaffe greifen – dürfte es sich laut „Krone“-Informationen um eine terroristisch motivierte Tat handeln. Aber auch religiöse Motive oder psychische Probleme stehen im Raum. Der getötete Angreifer, Mohamed E., war 26 Jahre alt und besaß die österreichische Staatsbürgerschaft. Er war hier geboren worden und aufgewachsen. Seinen Wohnsitz hatte er in Wien, er lebte bei seiner Mutter. Ursprünglich stammt seine Familie aus Ägypten. Laut Polizeiangaben habe der 23-jährige Korporal berichtet, der Mann habe sich „sehr verdächtig verhalten“. Um 23.30 Uhr zog der Angreifer das Messer und stürmte auf den jungen Wachsoldaten vor dem iranischen Residenzgebäude in Hietzing los. Ein Wachhäuschen oder Ähnliches wie bei manchen anderen derartigen Objekten existiert dort nicht.

Der iranische Botschafter hatte sich zum Tatzeitpunkt mit seiner Frau und zwei Kindern in der Villa aufgehalten. Es kam zum Gerangel, beide Männer kamen zu Sturz. Wie von Sinnen stach der 26-Jährige immer wieder auf den Soldaten ein. Ohne die Schutzweste „wäre er tot gewesen, hundertprozentig“, stellte Polizeisprecher Harald Sörös später fest. Nach vergeblichen Abwehrversuchen, u.a. mit dem Pfefferspray, habe der Wachposten einen Warnschuss bzw. „einen Schuss ins Leere“ abgegeben, erläuterte Michael Bauer, Sprecher des Verteidigungsministeriums. Danach fielen noch zumindest drei weitere Schüsse, seines Wissens sei der Angreifer zwei Mal getroffen worden. Tödlich getroffen sackte Mohamed E. zusammen. Der Soldat wurde mit einer Schnittwunde am Oberarm sowie am Knie und einem schweren Schock ins Spital gebracht. Nach vergeblichen Abwehrversuchen, u.a. mit dem Pfefferspray, habe der Wachposten einen Warnschuss bzw. „einen Schuss ins Leere“ abgegeben, erläuterte Michael Bauer, Sprecher des Verteidigungsministeriums. Danach fielen noch zumindest drei weitere Schüsse, seines Wissens sei der Angreifer zwei Mal getroffen worden. Tödlich getroffen sackte Mohamed E. zusammen. Der Soldat wurde mit einer Schnittwunde am Oberarm sowie am Knie und einem schweren Schock ins Spital gebracht. Derzeit laufen intensive Ermittlungen. Wie die “Krone“ erfuhr, dürfte die Tat extremistisch motiviert gewesen sein. Ob der 26-Jährige allerdings auf eigene Initiative gehandelt hat oder gar einer terroristischen Gruppe zuzuordnen ist, all das muss nun von der Polizei geklärt werden. Ein extremistischer

Hintergrund, religiöse oder politische Motive bis hin zu psychischen Problemen kämen laut Polizei infrage. Das Leben des jungen Austro-Ägypters scheint sich demnach großteils um Religion gedreht zu haben. So stand auch „Allah" auf seinem Facebook-Profil-Foto und er folgte mehreren einschlägigen Hasspredigern.*(Auszug aus einem Artikel von Krone.at)*

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Köln: Völlig grundlos haben zwei Jugendliche (14, ??) am gestrigen Nachmittag (12. März) im Kölner Stadtteil Nippes zwei andere Jugendliche (15, 17) angegriffen und verletzt. Ein 14-Jähriger stach dabei mit einem Messer zu. Nach seinem Mittäter wird gefahndet. Die Polizei bittet um Zeugenhinweise. Gegen 16.30 Uhr waren die späteren Opfer an der KVB-Haltestelle „Neusser Straße/Gürtel" vom Hochgleis der Linie 13 auf dem Weg nach unten, als sie auf der Zwischenebene zwei männlichen und einer weiblichen Jugendlichen begegneten. „Einer von ihnen sagte, ich solle nicht so lachen – dabei habe ich gar nicht gelacht", gab der 17-Jährige später gegenüber der Polizei an. Plötzlich kam einer aus der Gruppe auf die Beiden zu und schlug ihnen mit der flachen Hand ins Gesicht. Währenddessen zückte sein Begleiter ein Messer und stach dem 17-Jährigen in den Oberschenkel. Daraufhin flüchtete das Trio. Ermittlungen ergaben, dass es sich bei dem Messerstecher um einen polizeibekannten Intensivtäter handelt. Sein flüchtiger Mittäter hat ein südländisches Aussehen und ist 1,65 bis 1,70 Meter groß. Er ist etwa 17 Jahre alt und hat eine kräftige Statur. Zum Tatzeitpunkt trug er eine Jeanshose und eine Jeansjacke. Ihre Begleiterin hatte schwarz-braune, etwa schulterlange Haare.

Ludwigshafen: Am frühen Sonntagmorgen zwischen 3:30 und 3:50 Uhr begaben sich ein 20-jähriger Mann und eine 24-jährige Frau aus Ludwigshafen auf den Heimweg aus einer Gaststätte in der Oberstraße. In der Knappenwegstraße trafen beide auf eine Gruppe von 3-4 männlichen, ausländisch sprechenden Personen, von welchen sie in der Folge grundlos angegriffen worden seien. Als sich der 20-jährige in dem Gerangel zur Wehr setzen wollte, schlug er mit der Hand an eine Mauer und verletzte sich hierbei. Anschließend entfernte sich die Personengruppe in Richtung Maudacher Straße. Kurz darauf stellte der junge Mann aus Ludwigshafen fest, dass er eine ca. 4cm lange und 2cm tiefe Schnittverletzung an seinem Oberschenkel hat. Auf Grund dieser Verletzung wurde er in ein Krankenhaus eingeliefert. Bislang gibt es keine konkreten Hinweise auf die Täter. Zeugenhinweise bitte an die Polizeiinspektion Ludwigshafen 1 unter der 0621 963-2122.

Chemnitz: Am Sonntag (11. März 2018) kam es gegen 21.30 Uhr in der Straße Am Rathaus zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe von fünf bis sechs unbekannten jungen Männern und zwei weiteren Personen (m/53, m/33). Infolgedessen wurde die Auseinandersetzung handgreiflich. Die Unbekannten schlugen auf den 53-Jährigen ein, worauf dieser stürzte und sich verletzte. Als sein 33-jähriger Begleiter eingreifen wollte, schlugen sie auch auf ihn ein. Dabei wurde auch er verletzt. Im Anschluss der Auseinandersetzung flüchteten die unbekannten Männer in Richtung Reitbahnstraße. Bei der Gruppierung handelt es sich laut der

Geschädigten um ausländische Personen. Konkrete Personenbeschreibungen liegen noch nicht vor. Die beiden Verletzten wurden in ein Krankenhaus gebracht und dort ärztlich versorgt.

Wels: Eine zehnköpfige Gruppe von Kindern im Alter von acht bis zwölf Jahren soll sechs Jugendliche in einem Welser Freizeitpark attackiert und einen leicht verletzt haben. Laut Ermittlern habe ein Zwölfjähriger sogar ein Messer gezückt und die Schüler mit dem Umbringen bedroht. Die Landespolizeidirektion OÖ informierte am Mittwoch über den Vorfall vom Sonntag. Am Sonntagnachmittag sollen zunächst vier Kinder im Alter von acht bis zehn Jahren im Welser Stadtteil Vogelweide eine Zeitungskasse von einem Laternenmasten gerissen haben. Als sie ein Passant zur Rede stellte, liefen sie in Richtung der Freizeitanlage Wimpassing davon. Wenig später ging bei der Polizei ein Notruf ein, dass in der Anlage eine größere Rauferei zwischen Kindern und Jugendlichen im Gange sei. Als plötzlich drei Streifen auftauchten, liefen die Kinder davon, wurden aber von den Beamten im Park gestellt. Laut Polizei bestand die Angreifergruppe aus neun Buben und einem Mädchen im Alter von acht bis zwölf Jahren – jene Kinder, die die Zeitungskasse heruntergerissen hatten, sowie sechs weitere. Großteils handle es sich um **Tschetschenen**. Der Zwölfjährige, der das Messer mit rund fünf Zentimetern Klingenlänge gezogen haben soll, war bereits vorher amtsbekannt. Die Angegriffenen waren demnach sechs Burschen im Alter von zwölf bis 14 Jahren aus Gunskirchen. Einer von ihnen trug eine leichte Verletzung an der Lippe davon. Die Zeitungskasse wurde sichergestellt, das Messer blieb allerdings verschwunden. Laut Polizei habe der Zwölfjährige aber zugegeben, dass er eines gehabt habe. Er dürfte es auf einer sumpfigen Böschung entsorgt haben, wo es nicht mehr gefunden werden konnte. Die zehn Kinder wurden zwar bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, sie sind aber noch nicht strafmündig. Deshalb erfolgten auch Meldungen an die Jugendwohlfahrt sowie an das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl. (Artikel übernommen von Kurier.at).

Saalfeld: Wegen des Verdachts der Körperverletzung und der Beleidigung ermittelt die Saalfelder Polizei aktuell gegen zwei junge Asylbewerber in Saalfeld. Mehrere Zeugen riefen am Sonntagnachmittag die Polizei zu Hilfe, als sie nach ihren Schilderungen im Saalfelder Ortsteil Crösten durch mehrere ausländische Jugendliche belästigt und beschimpft wurden. Unter anderem soll dabei ein 16-jähriger Afghane im Streit einem 27-jährigen Deutschen ins Gesicht geschlagen und dessen Halskette zerrissen haben. Die Polizei stellte vor Ort die Personalien der Beteiligten fest und fertigte mehrere Strafanzeigen. Gegen den 16-Jährigen wird nun wegen des Verdachts der Körperverletzung und der Sachbeschädigung ermittelt. Den Minderjährigen nahmen die Beamten außerdem in Gewahrsam und übergaben ihn im Anschluss dem zuständigen Betreuungspersonal, da er bereits seit Samstag gesucht wurde. Gegen einen 18-jährigen Afghanen fertigten die Beamten eine Anzeige wegen des Verdachts der Beleidigung. Er beleidigte die Polizisten, indem er ihnen öffentlich seinen Mittelfinger zeigte.

„Schutzsuchende" prügeln Polizisten dienstunfähig

Nürnberg: Mehrere Jugendliche haben in Schwabach-Limbach (Bayern) zwei Polizisten attackiert und so schwer verletzt, dass beide dienstunfähig sind! Wie die

Polizei mitteilte, waren die Beamten am Freitagabend alarmiert worden, weil angeblich vier Jugendliche in einer S-Bahn randalierten. Die Streifenbesatzung konnte das Quartett an der Haltestelle Schwabach-Limbach stellen. Beim Versuch, die Papiere zu kontrollieren, seien die Jugendlichen – drei 18-Jährige und ein 16-Jähriger Asylbewerber aus Afghanistan – aggressiv geworden und hätten die Herausgabe der Ausweise verweigert, hieß es. Der 16-Jährige und ein 18-Jähriger hätten daraufhin einen Beamten angegriffen und mit den Fäusten gegen den Kopf geschlagen. Der 18-Jährige verpasste dem Polizisten demnach auch einen Kopfstoß. Dieser erlitt erhebliche Gesichtsverletzungen. Zusätzlich wurde eine Beamtin bei der Festnahme verletzt, als sie stürzte und auf den Rücken fiel. Auch sie musste ihren Dienst vorzeitig beenden. Erst mit einer weiteren Streifenbesatzung gelang es, die Situation unter Kontrolle zu bringen und die betrunkenen Jugendlichen festzunehmen. Die Angreifer erhielten Strafanzeigen unter anderem wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und gefährlicher Körperverletzung. Der 16-Jährige wurde einem Sozialarbeiter übergeben, die Älteren wurden nach ihrer Ausnüchterung entlassen. (Artikel übernommen von Bild-online).

Kurden werfen Steine auf Polizisten

Hamburg: Am Samstagabend sind mehr als 400 Kurden vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt gezogen. Dabei riefen sie Anti-Erdogan-Parolen und beschmissen das türkische Konsulat sowie Polizisten mit Steinen. Am Steindamm kam es dann zum Aufeinandertreffen mit nationalistischen Türken. Laut Polizeiangaben zogen mehr als 400 kurdische Demonstranten am späten Samstagabend in einer nicht angemeldeten Demonstration vom Hachmannplatz erst in Richtung des russischen, dann zum türkischen Konsulat. Dort beschmissen einige Teilnehmer das Gebäude mit Steinen. … Die Demonstranten äußerten lautstark ihren Unmut gegenüber der türkischen Regierung um Machthaber Recep Tayyip Erdogan. Grund dafür ist unter anderem das Vorgehen des türkischen Militärs gegen Kurden in Afrin im Nordwesten Syriens. Um 23.30 Uhr löste sich der Großteil der Demonstration unter den Augen von Polizisten am Hauptbahnhof auf. Die meisten zogen von dannen – doch mehrere aufgebrachte Demonstranten hatten noch nicht genug: Sie stiegen auf die Gleise, bewaffneten sich mit dort liegenden Steinen, warfen sie auf Polizeibeamte. Als diese eingreifen wollten, flüchteten die Steinewerfer. (Auszug aus einem Artikel der Hamburger Morgenpost).

„Schutzsuchende" sind gegenüber der Polizei „aufgebracht"

Donaueschingen: Am Samstagabend ist es gegen 23.25 Uhr zu einer Schlägerei zwischen Asylbewerben und Sicherheitskräften in der Donaueschinger Asylunterkunft in der Friedhofstraße gekommen. Vier alkoholisierte Schwarzafrikaner gerieten beim Betreten des Geländes mit dem Sicherheitspersonal in Streit. In der weiteren Folge kam es zu Handgreiflichkeiten. Durch das laute Geschrei wurden eine Vielzahl von Bewohnern auf die Auseinandersetzung aufmerksam. Es bildete sich ein Tumult aus Bewohnern der Asylunterkunft und den Sicherheitskräften. In der aufgeheizten Stimmung standen der hinzugerufenen Streifenwagenbesatzung rund 70 aufgebrachte Bewohner der Unterkunft entgegen. Erst als die Polizei kurze Zeit später mit fünf weiteren Streifenbesatzungen und zweier Polizeihundeführer eintraf, konnte die Lage zusammen mit 28 Mitarbeitern des Sicherheitsunternehmens beruhigt

werden. Die Einsatzkräfte wurden aus der Menge heraus verbal beleidigt. Mehrere Personen der Gruppe streckten den Ordnungshütern ihr entblößtes Hinterteil entgegen. Die Ermittlungen der Polizei dauern derzeit an.

Körperliche und verbale Auseinandersetzungen zwischen „Schutzsuchenden"

Esslingen: Im Verlauf von Einsatzmaßnahmen anlässlich einer Auseinandersetzung unter mehreren Flüchtlingen wurde ein Polizeibeamter des Polizeirevier Esslingen am späten Freitagnachmittag, kurz nach 19 Uhr, verletzt. Vorausgegangen waren körperliche und verbale Auseinandersetzungen zwischen mehreren Bewohnern einer Flüchtlingsunterkunft in der Schorndorfer Straße, die eine Anfahrt von mehreren Streifenwagenbesatzungen erforderlich machten. Da sich einer der Aggressoren nicht beruhigen ließ, wurden ihm von den Beamten Handschließen angelegt. Dies missfiel offenbar einem 26-jährigen Iraker, der seinem Mitbewohner zu Hilfe kommen wollte und die Amtshandlung der Beamten massiv störte. Schlussendlich konnte der 26-Jährige mit erheblichem Kraftaufwand auf den Boden gebracht und ebenfalls mit Handschließen geschlossen werden. Hierbei erlitt ein 28-jähriger Polizeibeamter Verletzungen an der Hand, die zur Dienstunfähigkeit führten.

Migrantler-Familie „bereichert" sich gegenseitig und Polizisten / Sanitäter

Vöhrum: Alarm in Vöhrum: Ein heftiger Familienstreit mit 15 Beteiligten hat am Sonntagmittag in der Rilkestraße zu einem Großeinsatz von Polizei und Rettungsdiensten geführt. Beim Streit wurden auch Schlagstöcke und Messer benutzt. Insgesamt wurden acht Menschen verletzt, darunter zwei Polizisten und ein Sanitäter. Gegen 12.35 Uhr kam es nach Angabe von Polizei-Sprecherin Stephanie Schmidt „innerhalb einer Großfamilie mit Migrationshintergrund zunächst zu Streitigkeiten". Diese endeten in einer Schlägerei zwischen einzelnen Familienmitgliedern, bei der Schlagstöcke und Messer zum Einsatz kamen. Laut einer Meldung der Deutschen Presseagentur (dpa) waren 15 Personen beteiligt. Grund für den Streit sei nach bisherigen Erkenntnissen eine ausgeartete familiäre Auseinandersetzung wegen einer Trennung gewesen. Fünf Menschen wurden beim Streit verletzt, davon eine durch Stichverletzungen sogar schwer. Die Polizei war mit mehreren Streifenwagen im Einsatz. Zudem vor Ort war ein Großaufgebot an Rettungswagen und auch ein Rettungshubschrauber. (Auszug aus einem Artikel der Peiner Allgemeine).

Algerier „bereichern" Linienbus

Soest: Am Montagabend gegen 22:00 Uhr randalierten zwei 28 und 33 Jahre alten Algerier auf der Niederbergheimer Straße in einem Linienbus. Da die beiden Störenfriede, die in einer Unterkunft in Echtrop wohnen, den Weisungen des Busfahrers nicht nachkamen, rief dieser die Polizei zu Hilfe. Die Beamten holten die beiden, stark alkoholisierten Mann aus dem Bus. Der 28-Jährige wurde zunächst in das Polizeigewahrsam eingeliefert. Da er sich hier aufgrund der starken Alkoholisierung mehrfach übergab wurde er mit einem Rettungstransportwagen in ein Krankenhaus eingeliefert. Der 33-Jährige setzte nach eindringlicher Ermahnung die Fahrt mit dem Bus fort

Gambier macht „Feuerchen"

Aichtal-Aich: Unter anderem wegen schwerer Brandstiftung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ermitteln die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Polizeirevier

Nürtingen gegen einen 19-jährigen gambischen Staatsangehörigen. Der Mann soll am vergangenen Samstag, gegen 14 Uhr, drei an der Außenwand einer Asylbewerberunterkunft in der Straße Stockwiesen gelagerte Matratzen vorsätzlich in Brand gesetzt haben. Ein Übergreifen des Feuers auf das Gebäude konnte durch die schnelle Reaktion anwesender Sicherheitsdienstkräfte verhindert werden. Mit Feuerlöschern gelang es ihnen, die Flammen zu ersticken. An der Fassade und einem darüber befindlichen Balkon entstand dennoch Sachschaden in Höhe von rund 1.000 Euro. Gegen seine anschließende Festnahme leistete der 19-Jährige, der noch vor Ort durch Polizeibeamte angetroffen werden konnte, Widerstand. Erst unter Anwendung von Gewalt konnten ihm Handschließen angelegt werden. Der polizeibekannte 19-Jährige wurde im Laufe des Sonntags auf Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart einem Richter am Amtsgericht Nürtingen vorgeführt, der einen Haftbefehl erließ und in Vollzug setzte. Anschließend wurde der Verdächtige einer Justizvollzugsanstalt überstellt.

Kein Aufschrei der üblichen "Rassismus-Riecher" Mayen: Dunkelhäutige prügeln Hellhäutigen ins Krankenhaus

pi-news.net/2018/03/mayen-dunkelhaeutige-pruegeln-hellhaeutigen-ins-krankenhaus
March 21, 2018

Mayen (Rheinland-Pfalz): In der Nacht des 18.03.2018, gegen 02:30 Uhr kam es in der Marktstraße in Mayen vor einem örtlichen Lokal zu einer Schlägerei zwischen mehreren bisher unbekannten dunkelhäutigen Männern und einem hellhäutigen Mann aus Kirchwald. Hierbei wurde der Mann aus Kirchwald nicht unerheblich verletzt und musste im Krankenhaus versorgt werden. Dieser Schlägerei ging ein Steit in dem Lokal voraus. Zeugen werden gebeten sich bei der Polizei Mayen zu melden.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Dresden: Auf der Albertbrücke in Dresden ist eine 34-Jährige von einem Jugendlichen belästigt und geschlagen worden. Wie die Polizei am Montagmittag informierte, geschah der Vorfall bereits am frühen Freitagnachmittag (16. März) gegen 14:00 Uhr.Die Frau war auf der Brücke unterwegs, als ihr der junge Mann von hinten unvermittelt gegen die Beine trat. Darauf fasste er die 34-Jährige an und küsste sie auf die Wange. Als sie um Hilfe schrie, schlug ihr der Unbekannte ins Gesicht. Dann flüchtete er in unbekannte Richtung. Jetzt ermittelt die Polizei wegen sexueller Belästigung und Körperverletzung. Es werden Zeugen gesucht: Der Täter war etwa 15 Jahre alt, ca. 160 cm groß und von schlanker Statur. Er hatte schwarze kurze Haare und bräunliche Haut.

Füssen: Am frühen Morgen des 18.03.2018 kam es gegen 02:00 Uhr in einem Hotel in Füssen zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen zwei Personen. Nach dem bisherigen Kenntnisstand, wurde ein 49-Jähriger Pfrontner mehrfach mit der Faust ins Gesicht und gegen den Kopf geschlagen. Durch die Schläge erlitt der Geschädigte mehrere blutenden Wunden im Gesichtsbereich. Zusätzlich wurde der 49-Jährige durch den Täter verbal beleidigt und bedroht. Nach den begangenen Straftaten, entfernte sich der unbekannte Täter, zusammen in einer Gruppe von etwa fünf Personen, vom Tatort. Der Täter kann folgendermaßen beschrieben werden: 20-25 Jahre alt, gepflegtes Äußeres, weißes Hemd, südländisches Erscheinungsbild.
Köln: Ein derzeit noch unbekannter Täter hat am Donnerstagnachmittag (15. März) in Köln-Ehrenfeld einen Rentner (76) den Abgang zu einer U-Bahn-Station heruntergestoßen. Der Senior stürzte und erlitt schwere Verletzungen. Dem Täter gelang unerkannt die Flucht. Die Polizei sucht Zeugen. Gegen 14 Uhr stieg der 76-Jährige mit einer Begleiterin den Treppenabgang der U-Bahn-Station „Venloer Straße/Gürtel“ hinab. Noch am Anfang der Treppe näherte sich dem Senior von hinten ein Unbekannter und stieß ihm ohne Vorwarnung kräftig gegen die Schulter. Der betagte Herr verlor dadurch das Gleichgewicht und fiel mehrere Treppenstufen hinunter. Dabei verletzte er sich schwer. Rettungskräfte brachten ihn zur Behandlung in ein Krankenhaus. Anstatt sich um den Verletzten zu kümmern, rannte der Täter an dem Gestürzten vorbei und verschwand im Trubel der Zwischenebene der Bahnstation. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen. Die Ermittler gehen derzeit davon aus, dass der Rentner absichtlich gestoßen wurde, weil der Treppenabgang nach Zeugenangaben weitestgehend menschenleer war. Der Geschädigte und mehrere Augenzeugen beschrieben den Flüchtigen als etwa 25 Jahre alten Mann mit südländischem Aussehen und dunklen Haaren. Er soll circa 1,85 m groß und von schlanker Statur sein. Zur Tatzeit war er mit einer schwarzen Hose und einer grünen Bomberjacke bekleidet.
Schwäbisch Gmünd: Gegen 18.30 Uhr am Donnerstagabend wurde ein 19-Jähriger in der Gemeindehausstraße von zwei bislang unbekannten Männern geschlagen und getreten. Die beiden Unbekannten ließen von ihrem Opfer ab, als ein 52-Jähriger, der die Gemeindehausstraße befuhr, die Situation erkannte und hupte. Die Täter konnten von dem Zeugen und einer Anwohnerin, welche den Vorfall ebenfalls beobachtet hatte, folgendermaßen beschrieben: 1. Person: ca. 180 cm groß, schlank,südländisches Aussehen, trug knallrote Jacke und dunkle Jeans. 2. Person: ca. 180 cm groß, schlank, südländisches Aussehen, trug schwarze Jacke und dunkle Jeans. Der 19-Jährige wurde durch die Schläge leicht verletzt und wurde zur Untersuchung ins Krankenhaus gebracht. Die Hintergründe der Tat sind bislang noch unklar.
Kassel: Am gestrigen Dienstagabend eskalierte eine Auseinandersetzung zwischen zwei Gästen einer Gaststätte an der Holländischen Straße, nahe des Holländischen Platzes. Das Opfer, ein in Kassel wohnender 27-Jähriger, ist dabei mit einem Messer verletzt und anschließend mit nicht lebensgefährlicher Verletzung in ein Kasseler Krankenhaus gebracht worden. Nun fahndet die Kasseler Polizei nach dem Tatverdächtigen, der nach der Tat flüchtete. Ihn beschreiben das Opfer und die

Zeugen mit einem Alter von etwa 25 Jahren, einer Größe zwischen 1,65 und 1,75 Meter und südländischem Äußeren. Er soll dunkle, gelockte Haare, einen 3-Tage-Bart und eine Tarnfleckjacke getragen haben. Wie die Ermittler des für Kapitaldelikte zuständigen Kommissariats 11 der Kasseler Kripo berichten, ereignete sich die Tat gegen kurz vor 22:30 Uhr. Zu dieser Zeit war zwischen dem späteren Opfer und dem bislang flüchtigen Täter ein lautstarker Streit in der Gaststätte entbrannt. Es entwickelte sich eine körperliche Auseinandersetzung, die vor der Tür fortgesetzt wurde. Im Verlauf des Streits erlitt der 27-Jährige eine Stichverletzung. Der Täter flüchtete nach der Tat in unbekannte Richtung.

Gera/Berga/Greiz: Ein 20-jähriger Marokkaner hat am 3. März im Regionalexpress zwischen Gera und Greiz eine Zugbegleiterin, den Fahrzeugführer sowie einen Fahrgast attackiert und unter Hinweis auf den sogenannten Islamischen Staat bedroht. Dies teilte die Bundespolizei an diesem Montag mit; Zeugen des Geschehens am 3. März gegen 23.50 Uhr werden gebeten, sich zu melden. Laut Polizei schlug der 20-jährige Mann auf einen bisher unbekannten Fahrgast ein. Zudem verschaffte er sich gewaltsam Zugang zum Führerstand des Triebwagens. Er beleidigte und bedrohte die Zugbegleiterin und den Triebfahrzeugführer. Dabei spuckte er in ihre Richtung und drohte ihnen. Der Triebfahrzeugführer hielt daraufhin den Zug in der Nähe von Berga an und verständigte die Polizei. Beamte der Polizeiinspektion Greiz stellten den 20-Jährigen und nahmen seine Personalien auf. Nun ermittelt die Bundespolizei wegen Bedrohung, Beleidigung und gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr.

Meschede: Nachdem er am Sonntag, 01:10 Uhr, mehrere Gäste belästigt hatte, sollte ein 19-jähriger, stark alkoholisierter Algerier durch den Wirt einer Gaststätte am Stiftsplatz der Räumlichkeit verwiesen werden. Vor dem Lokal versuchte der 19-Jährige den 33-jährigen Gastronomen vergeblich, mit einer Nagelschere ins Gesicht zu stechen. Ein 33-jähriger Gast wurde am Arm leicht verletzt. Nach dem Übergriff flüchtete der Täter zunächst, konnte jedoch an der Fußgängerunterführung der Le-Puy-Straße von der Polizei angetroffen und in Gewahrsam genommen werden. Die Schere wurde aufgefunden und sichergestellt.

Soest: Am Freitagabend kam es gegen 20:10 Uhr am Busbahnhof in Warstein-Belecke zu einem Körperverletzungsdelikt zum Nachteil eines Busfahrers. Der 62-jährige Mann aus Soest hatte zwei Personen zunächst die Mitnahme in seinem Linienbus verweigert, da ihn einer der beiden während einer Busfahrt um die Mittagszeit bereits erheblich beleidigt hatte und der Mann aktuell unter Alkoholeinfluss stand. Diese Weigerung nahmen die beiden Personen -ein 37-jähriger Mann marokkanischer Herkunft sowie sein namentlich nicht bekannter Begleiter, die beide in einer kommunalen Unterbringungseinrichtung in Niederbergheim wohnen – zum Anlass, den Soester mit einer gefüllten PET-Getränkeflasche gegen den Kopf zu schlagen. Im Rahmen der sich fortsetzenden Rangelei vor dem Bus stürzte der Busfahrer zu Boden und verletzte sich derart, dass er mit dem Rettungsdienst in ein Krankenhaus gebracht werden musste. Da der 37-jährige Hauptaggressor nach der Anzeigenaufnahme einem von der Polizei ausgesprochenen Platzverweis nicht

nachkam, wurde er in Gewahrsam genommen. Sein Begleiter hatte die Örtlichkeit bereits vor Eintreffen der Polizei verlassen.

Afghanischer Rauschgifthändler-Mob verprügelt Nicht-Kunden

Wien: Als einzige Zeitung brachte ÖSTERREICH die Story von Bernhard (25) und seinem älteren Bruder Erich T., die in der Nacht auf Sonntag vor einer Woche im Bereich des Pratersterns von einer Gruppe Afghanen KEIN Suchtgift kaufen wollten. Es war gegen 23.30 Uhr, als die beiden Wiener von den Dealern richtiggehend verfolgt wurden. Ihr Rechtsbeistand Roland Friis: „Die Szenen spielte sich vor dem Lokal Fluc ab, wo meine Mandanten immer wieder beteuerten, kein Interesse an Drogen zu haben." Als sich dann der AmStaff-Hund der Brüder „einmischte" und bellte, schlugen die Afghanen auf das Tier ein, worauf die Situation völlig außer Kontrolle geriet. Aus der Rempelei wurde eine Schlägerei und aus den anfänglich fünf Afghanen um die 30, die sich über ihre Smartphones zusammengetrommelt hatten. Zwei Securitys des Fluc wollten den Streit schlichten, mussten aber (gegen die Afghanen) Pfefferspray einsetzen und sich im Lokal verbarrikadieren, um nicht unter die Räder zu kommen. Die Brüder indes bekamen die Wut des Praterstern-Mobs erbarmungslos zu spüren –Erich (30) erlitt Prellungen am ganzen Körper, dass er heute noch Schmerzmittel nhemen muss und der Abendschüler Bernhard, der gerade die Matura nachmacht, wurde mit einem Gürtel schwer am Hals verletzt, erlitt ebenfalls Prellungen am ganzen Körper und im Gesicht. Auf einem Foto, das er später seiner Familie schickte, ist zu sehen, wie schlimm es ihn erwischt hat. Als die ersten Einsatzkräfte vor Ort eintrafen, waren die Afghanen einer nach dem anderen wie vom Erdboden wieder verschwunden, und Bernhard T., der vor Schmerzen und Wut nicht mehr zwischen Freund und Feind unterscheiden konnte, verletzte zwei Polizisten – einen biss er, den zweiten verpasste er einen Schlag ins Gesicht. Auch in der Rettung in der Fahrt ins Spital soll der 25-Jährige noch randaliert haben – „das Ganze tut ihm auch furchtbar leid, aber er war in einer Ausnahmesituation, er wollte wirklich niemanden wehtun", sagt sein Verteidiger Friis. Dennoch wurde über den bisher unbescholtenen und selbst schwer verletzten Österreicher die U-Haft verhängt; er sitzt in der Josefstadt und hofft, bei der nächsten Haftprüfung wieder frei zu kommen. Von den Afghanen wurden bisher vier Verdächtige ausgeforscht. Ob sie (wie ihr Prügelopfer) ebenso hinter Gitter kamen oder ob die Justiz gegen sie auf freiem Fuß ermittelt, darüber wird keine Auskunft gegeben. Roland Friis zu ÖSTERREICH: „Merkwürdig ist auch, dass der Bruder Erich bis heute weder als Zeuge oder Opfer einvernommen wurde. Besonders strengt man sich nicht an, die übrigen Schläger auszuforschen". (Artikel übernommen von OE24.at).

Nigerianische „Fachkraft" wird rassistisch verfolgt

Rosenheim: Die Bundespolizei hat am Mittwoch (14. März) einen Nigerianer am Rosenheimer Bahnhof vorläufig festgenommen. Er wird der illegalen Einreise, der Hehlerei und auch der Beleidigung beschuldigt. Der Mann, der mit einem Regionalzug von Österreich aus nach Deutschland gefahren war, verfügte nicht über die erforderlichen Einreisepapiere. Er bezeichnete einen der Beamten als „Fucking Racist". Im Reisegepäck des aggressiv auftretenden 38-Jährigen fanden die Beamten ein Smartphone. Das Mobiltelefon ist als gestohlen gemeldet. Dies ergab die

Überprüfung einer Gerätenummer mithilfe des Polizeicomputers. Erkenntnissen der Bundespolizei zufolge wurde das Handy im Wert von rund 600 Euro von einem bislang unbekannten Täter am Düsseldorfer Bahnhof aus der Jackentasche des Eigentümers heraus genommen und entwendet. Der Festgenommene gab an, das Smartphone in Düsseldorf für 75 Euro erworben zu haben, um es in Afrika wieder verkaufen zu können. Das Mobiltelefon wurde sichergestellt, der nigerianische Staatsangehörige angezeigt. Unabhängig von den laufenden Ermittlungen wird die für ihn zuständige Ausländerbehörde in Nordrhein-Westfalen über seinen weiteren Verbleib in Deutschland entscheiden. An diese wurde er nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen weitergeleitet, da er in der Vergangenheit in der Bundesrepublik einen Asylantrag gestellt hatte.

„Nazi"-Richter verhandelt Messerstecherei von Orientalen gegen „Scheiß-Nigger"

Wuppertal: Bei einem Wuppertaler Gerichtsprozess gegen zwei Männer wegen versuchten Totschlags ist es nach dem Schuldspruch zu einem Eklat gekommen. Die Angeklagten randalierten und beschimpften den Richter mit „Sie sind ein Nazi!", berichtet die WAZ. Der 24 Jahre alte Täter habe sein Urteil mit „Acht Jahre? Für was? Für einen Scheiß-Nigger? Das ist keine Gerechtigkeit!" kommentiert. Im April des vergangenen Jahres soll aus einem einfachen Streit um einen Platz in der Umkleide eines Saunaclubs in Velbert eine Massenschlägerei entstanden sein. Auf dem Parkplatz vor dem Club habe der 28 Jahre alte Angeklagte einen dunkelhäutigen Mann zu Boden gebracht und ihm mit einem Messer in den Rücken gestochen. Sein jüngerer Begleiter habe dem blutenden Opfer weitere 27 Stiche zugefügt. Trotzdem überlebt der Mann die Attacke. … Auch ein rassistisches Motiv war im Verlauf des Verfahrens erkennbar gewesen. „Das waren so Farbige. Also, ich bin selber Ausländer, aber Sie wissen, was ich meine", beschrieb der ältere Täter die Gruppe seines Opfers. Er selbst hatte sich als Palästinenser vorgestellt. Der 24-Jährige hingegen hat türkische Wurzeln; im Gerichtssaal saßen mehrere Freunde und Verwandte mit Tätowierungen radikaler türkischer Gruppierungen. Der Prozess lief unter strengen Sicherheitsvorkehrungen ab, nachdem ein Besucher in den Saal gebrüllt hatte: „Allahu Akbar! Ich hätte den umgebracht!" (Auszug aus einem Artikel von welt-online).

Iraker möchte weiter krank geschrieben werden

Cottbus: In Cottbus hat ein 41-jähriger Mann aus dem Irak für Unruhe in zwei Arztpraxen gesorgt. Dabei drohte er einer Ärztin, sie umzubringen. Der Mann wollte seine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung verlängern lassen. Dies lehnte die behandelnde Ärztin ab. Daraufhin ging der Mann in eine andere Praxis, wo er mit seinem Anliegen ebenfalls abgelehnt wurde. Als er zurück zu der Medizinerin wollte, drohte er sie zu töten. Die Polizei konnte den Mann fassen und führte eine sogenannte Gefährderansprache durch. Dabei wurde ihm mit Nachdruck erklärt, welche Regeln und Gesetze in Deutschland gelten. Die Kripo ermittelt nun wegen der Bedrohung.

„Schutzsuchender" fackelt Asylantenheim ab

Stuttgart: Bei einem Feuer in einer Asylbewerberunterkunft in Urbach (Rems-Murr-Kreis) haben 29 Menschen ihre Wohnung verloren.Ein Bewohner der Unterkunft habe den Brand vorsätzlich gelegt, teilte ein Sprecher der Polizei am Samstag mit. Ein

politischer Hintergrund könne ausgeschlossen werden. Der Brand war am Freitagabend bei der Feuerwehr gemeldet worden. Zunächst brannte nur ein Zimmer, später griff das Feuer auf ein Zweites über. Die Bewohner der Unterkunft konnten das Haus unbeschadet verlassen. Ein Mensch wurde dabei leicht verletzt. Die Feuerwehr löschte den Brand mit 73 Einsatzkräften und 10 Fahrzeugen. Der Schaden betrug nach Polizeiangaben 150.000 Euro.

„Schutzsuchende" suchen in mehreren Ländern „Schutz"

Rheinfelden: Mit einem Fernreisebus reiste ein junger Mann am Freitagmorgen von der Schweiz ins Bundesgebiet ein. Die Bundespolizei unterzog den Bus einer Kontrolle. Als der junge Mann die uniformierten Beamten sah, flüchtete er auf die Bordtoilette und schloss sich ein. Da der Unbekannte dort verharrte, verblieben die Bundespolizisten im Bus, sodass der Busfahrer seine Fahrt nach Lörrach fortsetzen konnte. Es dauerte eine ganze Weile, bis die Tür wieder aufging. Der junge Mann wähnte sich in Sicherheit, zu spät bemerkte er die noch anwesenden Bundespolizisten. Diese konnten den Mann nun kontrollieren. Die vorgelegte italienische Identitätskarte für Ausländer reichte nicht aus, um damit legal ins Bundesgebiet einzureisen. Der junge Mann, bei dem es sich um einen 23-jährigen ghanaischen Staatsbürger handelt, trug ein Asylbegehren vor. Eine Recherche der Bundespolizei ergab, dass der 23-Jährige sich im italienischen Asylverfahren befindet. Er wurde wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz angezeigt und an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber in Karlsruhe verwiesen. Dort wird nun über das Asylverfahren des jungen Mannes entschieden.

Waldshut: Einen Jugendlichen kontrollierte die Bundespolizei am Donnerstagmorgen am Bahnhof Waldshut. Dieser konnte sich nicht ausweisen und gab zu verstehen, dass er aus Italien geflüchtet sei, um in Deutschland Asyl zu bekommen. Eine Recherche ergab, dass es sich bei dem ausweislosen Jugendlichen um einen 15-jährigen Eritreer handelt. Dieser hat bereits in Italien einen Asylantrag gestellt. Er wurde dem Jugendamt übergeben.

Müllheim: In einem Zug am Bahnhof Müllheim kontrollierte eine gemeinsame Streife der Bundespolizei und Schweizer Grenzwache am Donnerstagmittag einen 45-jährigen eritreischen Staatsangehörigen. Dieser war illegal und ausweislos aus der Schweiz ins Bundesgebiet eingereist. Wie die binationale Streife feststellte, ist der 45-Jährige schon am vergangenen Sonntag an der schweizerisch-italienischen Grenze unter anderen Personalien nach Italien zurückgeschoben worden, nachdem er zuvor illegal in die Schweiz einreiste. Nachdem sein erneuter Versuch das Bundesgebiet zu erreichen, geglückt ist, trug der Ostafrikaner ein Asylbegehren vor. Mit einer Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz wurde er an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber weitergeleitet.

Weil am Rhein: Eine nigerianische Familie ist am Donnerstagnachmittag mit der Tram von Basel nach Weil am Rhein eingereist. Bei einer Kontrolle durch die Bundespolizei konnten für die beiden Erwachsenen und die beiden Kinder keinerlei Ausweispapiere vorgezeigt werden. Die Familie trug ein Asylbegehren vor. Die Bundespolizisten fanden bei einer EURODAC- Recherche heraus, dass das 30-jährige Familienoberhaupt schon mehrfach in Italien und der Schweiz registriert worden ist.

Erstmals wurde der Mann im Jahr 2008 in der Schweiz registriert. Die Familie wurde nach Anzeigenaufnahme an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber weitergeleitet. In Karlsruhe wird nun über das Asylverfahren entschieden.
Freiburg: Fünf Personen ohne Fahrkarten stellte ein Zugbegleiter am Donnerstagmittag in einem ICE von Basel nach Freiburg fest. Er informierte die Bundespolizei, die sich den fünf jungen Männern annahm. Da sich keiner von ihnen ausweisen konnte, führte die Bundespolizei eine EURODAC-Recherche durch. Drei Gambier im Alter von 19, 18 und 17 Jahren befinden sich demnach bereits im italienischen und schweizerischen Asylverfahren, zwei 16-jährige Gambier wurden bisher in keinem europäischem Land registriert. Die fünf Personen trugen jeweils ein Asylbegehren vor. Die drei Jugendlichen wurden an Jugendeinrichtungen, die beiden Erwachsenen an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber weitergeleitet. Alle wurden wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz und Erschleichens von Leistungen angezeigt.

Hochburg des Islam Hintergründe zur Bluttat in Mühlacker

pi-news.net/2018/03/hintergruende-zur-bluttat-in-muehlacker
March 22, 2018
Von PI-Pforzheim | Mühlacker war eigentlich einmal eine beschauliche Kleinstadt im Nord-Westen von Baden-Württemberg. Die Kriminalität hielt sich in Grenzen und das Leben in der ca. 25.000 Einwohner zählenden Stadt im Enzkreis war lebenswert. Ursprünglich war Mühlacker nur ein kleiner Weiher am Fluss der Enz, bis hier im Jahre 1853 die Eisenbahn gebaut wurde. Danach entwickelte sich Mühlacker rasant und wurde sogar 1930 zur Stadt erhoben. Wegen der schnellen Industrialisierung gab es in Mühlacker nach dem Zweiten Weltkrieg immer schon einen großen Anteil an Gastarbeitern mit Migrationshintergrund. Vor allen Italiener, Spanier, Griechen und im sehr großen Umfang moslemische Türken ließen sich in Mühlacker nieder.
Der Niedergang der Stadt begann dann im Jahre 2002. Da wurde Mühlacker die erste Stadt Deutschlands mit einem grünen Oberbürgermeister. Das wichtigste in der grünen Ideologie war in Mühlacker der Moscheebau. So genehmigte OB Arno Schütterle (Bündnis 90/Die Grünen) in Mühlacker ca. ein halbes dutzend Moscheen und Hinterhofmoscheen, was sehr viele weitere Moslems anzog. Mühlacker wurde zu einer Hochburg des Islams. Selbst die vom türkischen Herrscher Erdogan persönlich unterstützten rechtsextremistischen „Grauen Wölfe“ haben in Mühlacker einen eigenen großen, von den deutschen Behörden geduldeten Moschee-Stützpunkt mitten im Stadtzentrum. Die komplette Innenstadt von Mühlacker und das Stadtbild ist heute sehr islamisch geprägt mit dutzenden von Döner-Ständen und vielen türkischen Läden und islamischer Infrastruktur.
Mit der großen Asylflutung der Kanzlerin im Jahre 2015 wurde Mühlacker dann erst richtig bunt. Frank Schneider (FDP) wurde 2010 neuer Oberbürgermeister, der sich genau so eifrig bei der Islamisierung der Stadt und mit der Willkommenskultur ins Zeug legte wie sein grüner Vorgänger. Kein Fastenbrechen oder Moscheefest wurde ausgelassen. Zwei große Asylantenheime wurden am Bahnhof eingeweiht und ein dutzend große Asylantenhäuser

wurden für die Gäste von Merkel im Stadtgebiet eingerichtet. Geld spielte keine Rolle mehr! Die rotgrüne und selbsternannte Elite von Mühlacker war im Willkommensrausch. Mühlacker sollte unbedingt noch bunter und vielfältiger werden. Dutzende von jungen, kräftigen, männlichen und extrem unterbeschäftigten Asylerschleicher und Scheinasylanten aus Arabien, Afghanistan und Afrika schlagen sich seither tagsüber bei schönem Wetter an öffentlichen Plätzen in Mühlacker die Zeit tot.
Am Freitag, den 2. März 2017, fuhren dutzende von Polizeiautos, Rettenswägen und Sondereinsatzfahrzeuge des Roten Kreuzes mit Blaulicht und lautem Sondersignal (Tatü-Tata) durch die Stadt. Was war geschehen? War ein Zug am Bahnhof entgleist oder gar ein Flugzeug abgestürzt?
Mit dem Islam und der großen Asylflutung hat Merkel auch die blutige Steinzeit der Scharia nach Mühlacker gelassen. Moslemische Schächtungsrituale an Tieren und Frauen haben Einzug gehalten. So kam nach dem islamischen Freitagsgebet der syrische traumatisierte Schutzsuchende Muhammed G. in die Stadt, um seine getrennt lebende arabische Frau nach Scharia-Recht vor den Augen seiner drei kleinen Kinder zu bestrafen. Die Frau hatte nach dem islamischen Recht ein großes Verbrechen begangen. Sie hatte ihren moslemischen 41jährigen Besitzer verlassen.
Die lange herbeigesehnte asylantische Fachkraft aus dem Morgenland hat dann nicht nur die 37-jährige Frau kulturell bemessert und sie dabei vorsätzlich rituell ermordet, bzw. geschächtet. Der traumatisierte Merkel-Gast hatte auch so viel islamisches Sendungsbewußtsein, um die Tat teilweise mit seinem Handy in einem Facebook-Live-Stream für die versammelte islamische Gemeinschaft (Umma) in Deutschland live zu übertragen. Ein schlechtes Gewissen hatte der arabische Merkel-Gast nach dem Mord nicht. Ganz im Gegenteil zeigte der Allah-Gläubige nach der Abschlachtung seiner Frau einen gewissen Stolz.
Die neue und bunte Tradition des Frauen-Schächtens in Deutschland hatte auch eine erzieherische Wirkung für alle untreue moslemische Frauen. So sprach der Gast von Frau Merkel mit bluttropfenden Händen nach der Schächtung live ins Handy: „Das ist eine Botschaft an alle syrische Frauen. So wird es mit euch enden."
Über eine Viertelstunde redet sich Muhammed G. in Rage, beschimpft seine Frau und brüstet sich mit der Tat. In seinen Augen hat er nichts böses gemacht. Es ist nach der moslemischen Scharia sein gutes Recht, sein Eigentum jederzeit zu töten. Deutsche Gesetze spielen da keine Rolle. Diese kulturell bereichende Taten haben wir jetzt dank Merkel fast jede Woche in Deutschland. Die rotgrünen/schwarzen Asylflutungs-Unterstützer um unsere „Islam-gehört-zu-Deutschland-Kanzlerin" haben das Vor-Neandertal zu Hundertausenden in unsere Innenstädte gebracht.
Auch die anschließende Flucht mit seinem kleinen Sohn durch Mühlacker übertrug die moslemische Fachkraft live bei Facebook. Immer wieder stammelt der gläubige Asylant „Allah hat es so gewollt" oder „Das war der Wille Allahs". Muhammed G. hat seiner Frau nach eigener Aussage vier mal in den Hals und einmal in den Kopf gestochen. Aber das abartigste war, als sein kleiner Sohn sagte: „Meine Mutter war eine Schlampe. Papa, die hast du zu Recht abgestochen." Weiter meinte der kleine angehende Scharia-Pascha: „Ich schwöre, wer so etwas macht [wie seine Mutter], der wird geschlachtet! Alle Mädchen, die so etwas machen, werden getötet."
Wer gute Nerven hat kann das blutige und unverpixelte Video hier bzw. hier anschauen.
Das Tatmesser hat dann Muhammed G. auf seiner Flucht zum Bahnhof in einem Garten entsorgt. Eine Tochter, die den blutigen Mord mit anschauen musste, verständigte zwischenzeitlich die Polizei. Am Bahnhof warteten schon Polizeibeamte in Zivil, die den kulturellen Bereicherer überwältigen und festnehmen konnten. Dank des bei Facebook abgespeicherten Videos wird es die Staatsanwaltschaft bei der Anklageerhebung einfach haben. Da aber Merkel in Deutschland eine Zwei-Klassen-Justiz installiert hat, dürfe die

Anklage nicht auf Mord, sondern wahrscheinlich nur auf Totschlag lauten. Mörderische islamische Asylanten stehen in Deutschland unter besonderem Schutz der rotgrünen/schwarzen Multikulti- und Asylflutungs-Befürworter.
Der neue auch arabische Lebensgefährte, der die sterbende Syrierin noch vor ihrer Wohnung auffand, sagte zur Presse: „Ihre Augen waren offen, ich habe ihre Hand gehalten – sie hat meine Hand gedrückt. Dann hat der Notarzt mich weggezogen". Noch am selben Tag wurden die drei syrischen Kinder, die den Mord an ihrer Mutter mitanschauen mussten, der Obhut des Jugendamtes übergeben. Der Tatort wurde weiträumig abgesperrt und bis in die Nacht von der Spurensicherung untersucht. Der 41-jährige Mörder kam nach seiner Verhaftung in Untersuchungshaft. Nach Angaben der Pforzheimer Zeitung äußerte er sich bisher nicht zur Tat. Nachbarn haben den Sterbeort der Syrerin vor dem Haus mit Blumen und Kerzen geschmückt.
Schlimm war übrigens nicht nur die extrem blutige Schächtung der Frau in Mühlacker oder dass die drei Kinder, die den Mord anschauen mussten, noch die Live-Übertragung oder gar der kleine morddrohende Scharia-Pascha-Sohn des Täters. Schlimm waren auch die vielen Likes und die zustimmenden Kommentare der in Deutschland lebenden Syrer bei Facebook zum Blut-Video. Der Facebook-Account des Täters wurde deshalb nach der Tat gelöscht, damit das archarische Weltbild der arabischen Neubürger nicht einer großen Öffentlichkeit bekannt wird.
Der rotgrüne „Arbeitskreis Asyl Mühlacker" war nach eigenen Aussagen weniger wegen des Mordes an der Syrerin besorgt, sondern nur weil „Rechte" die blutige Schächtung politisch missbrauchen könnten und das Ansehen ihres Asylkreises beschädigt werden könnte.
Die Islamisierung ist in Mühlacker schon fast vollendet. Ältere Einheimische trauen sich in der kalten Jahreszeit nach Einbruch der Dunkelheit kaum noch außer Haus. Jetzt schon herrscht nachts der ausgeruhte und vollversorgte Scharia-Mob auf den Straßen. In vielen Schulklassen in Mühlacker sind einheimische Kinder ohne Migrationshintergrund in der klaren Minderheit. Auf der Geburtsstation der Erzkreisklinik Mühlacker kommen immer mehr Mohammeds und Aischas auf die Welt. Der Familiennachzug von gebärfreudigen Araberfamilien, wo ganze Scharia-Clans auf Kosten des deutschen Steuerzahlers eingeflogen werden, wird Mühlacker und unserem Land den Rest geben.
Zwar gibt es auch in Mühlacker Widerstand gegen die Islamisierung. So haben in Mühlacker bei der Landtagswahl 2016 19,3 Prozent und bei der Bundestagwahl 2017 15,7 Prozent die AfD gewählt. Dies reicht aber keinesfalls, die rasante Fahrt in den kommenden Scharia-Staat auf deutschem Boden aufzuhalten.
PI-NEWS bleibt am Ball und wird vom Prozess gegen die asylantische Fachkraft vor dem Schwurgericht beim Landgericht Karlsruhe berichten, sofern im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg unter dem extrem islamfreundlichen Landesvater Kretschmann überhaupt Anklage gegen das asylantische Goldstück erhoben werden wird.

Kandel ist überall Flensburg: Messermörder ist Afghane

pi-news.net/2018/03/flensburg-messermoerder-ist-afghane
March 14, 2018

Der Afghane (weißer Overall) wird von zwei Kriminalbeamten zum Haftrichter nach Flensburg gebracht.

Der von den Altmedien verharmlosend als „Bekannter" umschriebene Messermörder der 17-jährigen Flensburgerin Mireille (PI-NEWS berichtete) bekommt so langsam ein Gesicht. Er soll Afghane und 18 (?) Jahre alt sein.

Wie schon Mia in Kandel wurde diesen Montag auch Mireille regelrecht abgeschlachtet. Der Afghane muss sich in einem Blutrausch befunden haben, als er Mireille in ihrer eigenen Wohnung umbrachte. Ihr Körper war mit Messerstichen übersät. Der Notarzt war mit seinen Reanimierungsversuchen erfolglos.

Auch wurde jetzt bekannt, dass Mireille, die sich in einem Ausbildungsverhältnis befand, schon seit Monaten Kopftuch trug. Ein Nachbar dazu: „Vor ein paar Monaten ging sie dann nur noch mit Kopftuch vor die Tür und verhielt sich sehr zurückhaltend."

Ein anderer Anwohner berichtet, dass es immer wieder Streit gab und dass der Afghane und Mireille auch „körperlich aneinander geraten" sind. Zur Zeit der Tat (18 Uhr) wurden laute Schreie aus der Wohnung gehört.

Und wie geht eine vollkommen wehrlose Gesellschaft mit der Invasion kulturfremder muslimischer Männer um? Dieser Gesellschaft entgleiten ihre eigenen Töchter sehenden Auges. Manche konvertieren und werden anschließend schariakonform abgeschlachtet, weil sich den neuen Herrenmenschen gegenüber ihre neuen häufig erst minderjährigen Frauen und Freundinnen doch nicht so gefügig verhalten, wie sie es gerne hätten.

Diese Gesellschaft ermittelt durch die Staatsanwaltschaft auf „Totschlag" statt auf Mord. Was könnte eigentlich heimtückischer sein, als ein Mädchen in dessen eigener Wohnung abzuschlachten? Heimtücke ist ein Mordmerkmal!

Gerichte, die „im Namen des Volkes" urteilen, werden auch dieses Mal diesen bestialischen Mädchenmörder nach Jugendstrafrecht verurteilen. Nach wenigen Jahren Haft auf Steuerzahlerkosten mit diversen Sozialprogrammen wird diese Bestie nicht etwa abgeschoben, das wäre ja inhuman, nein, dann wird dieser Mörder wieder auf die deutsche Gesellschaft losgelassen.

Kandel ist überall, das hat der Mord an Mireille in Flensburg einmal mehr gezeigt.

Polizei und Behörden schwiegen aus Angst, als rassistisch zu gelten Missbrauchsskandal: Ist Telford auch bei uns möglich?

pi-news.net/2018/03/missbrauchsskandal-ist-telford-auch-bei-uns-moeglich
March 13, 2018

Die Täter von Telford: Ahdel Ali (25), Mubarek Ali (29), Mohammed Ali Sultan (26), Tanveer Ahmed (40), Mohammed Younis (60), Mohammed Islam Choudhrey (53).

Von NEMO | Telford, eine Reißbrettstadt bei Birmingham im mittleren England mit rund 162.000 Einwohnern, sorgt derzeit weltweit für Schlagzeilen. Kriminelle moslemische Banden asiatischen Ursprungs sollen jahrzehntelang minderjährige Mädchen missbraucht und zur Prostitution gezwungen haben.

Der aktuelle sexuelle Missbrauchs-Skandal reicht an den Rotherham-Skandal von 2013 heran. In beiden Fällen schauten die Behörden weg aus Angst, als rassistisch zu gelten. In Deutschland wagen die Medien das Undenkbare noch nicht zu formulieren: Wäre Telford und Rotherham auch bei uns möglich?

Die Fakten: In Telford wurden nach Recherchen der Zeitung „Sunday Mirror" junge Mädchen über Jahrzehnte hinweg gefoltert, unter Drogen gesetzt, vergewaltigt und zur Prostitution gezwungen.

Insgesamt sollen rund tausend Kinder und Jugendliche betroffen sein – einige von ihnen nicht älter als elf Jahre. Eine Mutter und vier der missbrauchten Mädchen seien gar zu Tode gekommen, schreibt die FAZ.

Rotherham

In Rotherham, der früheren trostlosen Zechenstadt mit 120.00 Einwohnern in Mittel-England, wurden zwischen 1997 und 2013 mehr als 1.400 Mädchen von moslemischen pakistanischen Banden sexuell missbraucht (PI-NEWS berichtete).

Es gibt eine eklatante Gemeinsamkeit bei beiden Skandalen: die politische Korrektheit. Die Behörden schwiegen, weil man nicht als „rassistisch" oder „islamophob" gebrandmarkt werden wollte.

Rotherham galt als die „Stadt des Schweigens": Stadtangestellte, die klare Hinweise missachteten, Polizisten, die Vergewaltigungsopfer einschüchterten statt deren Anzeigen aufzunehmen, und die bei Razzien minderjährige Mädchen festnahmen und nicht deren Zuhälter. Eine Gutachterin berichtete später, die Stadtoberen hätten auf ihre Ergebnisse „mit Widerstand und Feindseligkeit" reagiert. Selbst der Polizeichef habe ihr im Hinblick auf die Untersuchungen bedeutet, „so etwas nie wieder zu tun".

In den darauffolgenden Jahren erhielten die Stadtoberen Rotherhams weitere Berichte – und auch diese wurden als aufgebauscht zurückgewiesen. Zeitungen, die über die Vorgänge in der nordenglischen Labour-Kommune berichteten, hielt man politische Einseitigkeit vor.

Schließlich wurde bekannt, dass die nationale Polizeibehörde „National Crime Agency" gegen einige Rotherhamer Stadträte und Polizisten mit pakistanischen Wurzeln ermittelte. Sie sollen selbst den Kinderschänderringen angehört und womöglich ein strafrechtliches Vorgehen behindert haben.

Ein Sozialarbeiter in Rotherham sah 2015 einen direkten Zusammenhang zwischen den Verbrechen an den Minderjährigen und dem Islam. „Die lesen schon im Koran, dass Mohammed zwölfjährige Mädchen im Bett hatte. Die haben kulturell einfach ein anderes Bild von Frauen", sagt er.

Zwei Einwohnerinnen, von einem Reporter der FAZ 2015 befragt, berichteten ihm: „Man darf es ja nicht sagen, aber natürlich haben wie hier ein Problem mit den Muslimen." Bis vor ein paar Jahren, sagt die jüngere, habe sie gar nicht gewusst, „dass es so viele von denen gibt".

Ist organisiertes Verbrechen solchen Ausmaßes in Deutschland denkbar?

Zur Klarstellung: es gibt derzeit keinerlei Hinweise, die einen Verdacht wie in England rechtfertigen würden. Sehr wohl aber gibt es parallele Strukturen, die bei nüchterner Betrachtung Anlass zum Hinterfragen geben. Und sei es zum Zweck, Vorfälle wie in England zu sensibilisieren und im Ansatz zu verhüten. In England konnten die kriminellen moslemischen Gangs nur deshalb lange Zeit ungehindert ihren brutalen Verbrechen nachgehen, weil ein Nachfragen und Erörtern in der Gesellschaft sakrosankt waren.
Was ist mit englischen Verhältnissen vergleichbar? Hier einige Beispiele:
– Das Fluten deutscher Städte mit zwei Millionen kulturfremder Menschen, hauptsächlich mit arabischem Migrationshintergrund und moslemisch, darunter massenhaft jüngere Männer mit geringem sozialen Status im Rahmen der Flüchtlingspolitik. Jährlich kommt künftig eine Großstadt Migranten von der Größenordnung Mainz hinzu.
– Das Anwachsen krimineller Clanstrukturen über Jahre wie in Berlin. Der Straßenstrich ist in der Hand arabischer Großfamilien, berichtete kürzlich die „Welt" in einer Großreportage. Zigfach in Deutschland ist das Anwachsen von No-Go-Areas mit Abschottung von häufig kriminellen Zuwanderer-Clans zu verzeichnen.
– In Deutschland ist für Kritiker des herrschenden Systems das Handykap allgegenwärtig und wird zur gesellschaftlichen und beruflichen Überlebensfrage, rassistisch sofort unter Verdacht zu geraten und gebrandmarkt zu werden.
– Seit Köln Silvester 2016, als Polizei und Medien tagelang zu den massenhaften sexuellen Angriffen auf Frauen auf dem Domplatz schwiegen und erst durch die sozialen Netzwerke zum Tätigwerden veranlasst wurden, sind Schweigespiralen wie in Telford und Rotherham auch in Deutschland Tatsache. Auch in anderen großen deutschen Städten gab es ähnliche Situationen und Vertuschungsmechanismen. Das heißt: Das kriminelle Potential für sexuelle Unterdrückung islamrelevanter Täterschaft ist vorhanden, die Gefahr behördlichen Wegschauens ebenfalls.
– Von der Berliner Politik wurde auch bis zuletzt vehement bestritten, dass durch Grenzöffnung Terroristen einsickern könnten. Bis zum verheerenden Anschlag auf Berliner Weihnachtsmarkt. Die Neigung zu bestreiten, dass es nicht gibt, was nicht sein darf, ist systemimmanent.
– Das Aufoktroyieren politischer Korrektheit ist seit Köln 2016 nicht verschwunden, sondern äußert sich nur differenzierter. Dazu gehört das Relativieren sexueller Angriffe auf Frauen, das systematische Verschweigen von Herkunft und Identifikationsmerkmalen ausländischer Straftäter. Das bewusste Unterlassen von Herkunftsdaten ist mittlerweile Standard und dient dazu, die Bevölkerung zu verunsichern, ob es sich um deutsche oder ausländische Täter handelt. Das verschleiert die Verbrechen krimineller Ausländer.
– Die Rabatt-Urteile einer laschen Justiz sind nicht geeignet, kriminelle Strukturen im Keim zu ersticken.
Nochmals: Ein Verdacht auf skandalöse Verhältnisse englischen Ausmaßes liegt nicht vor. Aber: Muss nicht alles getan werden, um das zu verhindern? Muss es nicht ein Umdenken geben, die Dinge nüchtern und realitätsnah zu betrachten und nicht durch die ideologische Brille? Müssen wir nicht von einer Anklage-Kultur Abstand gewinnen, die jeden, der berechtigte Kritik übt, einen Rassisten oder Nazi nennt? Müssen nicht die Sicherheitsbehörden, insbesondere die Polizei, ermutig werden, die nachweislich anwachsende Kriminalität durch Ausländer stringent zu bekämpfen, anstatt sie zu entmutigen, dass sie die Augen schließen aus Furcht, als ausländerfeindlich zu gelten?
Hierzu die Worte von Sarah Champion, Abgeordnete der Labour Party des Wahlkreises Rotherham, anlässlich des Skandals. Sie erklärte, politische Korrektheit habe das

Problem verschärft. Der Fall stelle „einen organisierten Angriff auf weiße Kinder von Männern aus einer bestimmten ethnischen Gruppe“ dar. Beamte hätten Jahre lang tatenlos zugesehen, weil sie „mehr Angst davor hatten, als Rassisten bezeichnet zu werden, als davor, Kindesmissbrauch zu übersehen“.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen
Hamburg: Nicht abgeschobener Kosovare vergewaltigt 29-Jährige

PIpi-news.net/2018/03/hamburg-nicht-abgeschobener-kosovare-vergewaltigt-29-jaehrige
March 8, 2018

Hamburg: Polizeibeamte haben am Sonntagmorgen einen 25-jährigen Kosovaren vorläufig festgenommen, der im Verdacht steht, ein Sexualdelikt zum Nachteil einer 29-jährigen begangen zu haben. Der Tatverdächtige kam vor einen Haftrichter. Die 29-jährige Geschädigte hatte in einem Lokal auf der Großen Freiheit gefeiert. Der ihr flüchtig bekannte spätere Tatverdächtige bot ihr an, sie nach Hause zu fahren. Während der Autofahrt wurde die Geschädigte allerdings misstrauisch, woraufhin sie das Fahrzeug im Hutmacherhof unter einem Vorwand verließ. Der Tatverdächtige ging ihr nach, zog sie zurück in sein Auto und flüchtete mit ihr in unbekannte Richtung. Ein Passant, der diese Situation beobachtet hatte, verständigte daraufhin die Polizei. Im Rahmen der daraufhin mit mehreren Funkstreifenwagen durchgeführten Fahndungsmaßnahmen konnte der Pkw in der Hamburger Hochbahnstraße parkend aufgefunden werden. In dem Fahrzeug nahm der Tatverdächtige gerade sexuelle Handlungen an der 29-Jährigen vor. Die Beamten nahmen den Mann daraufhin vorläufig fest. Bei ihm handelt es sich um einen 25-jährigen Kosovaren, der sich illegal in Deutschland aufhält und zum Zwecke der Abschiebung bereits zur Festnahme ausgeschrieben war.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. Passend zum Thema verweisen wir auf die noch junge patriotische Frauenrechtsbewegung „120 Dezibel“, die sich mit Protestaktionen gegen die importierte Gewalt und Übergriffe zur Wehr setzt. #Merkelwinter 2017/2018 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“.

Berlin-Mitte: Beamte des Berliner Hauptbahnhofes nahmen Mittwochvormittag einen mutmaßlichen Vergewaltiger fest.
Gegen 7:50 Uhr kontrollierten die Bundespolizisten einen jungen Mann im Bahnhofsgebäude. Eine Fahndungsabfrage seiner Personaldaten ergab, dass der18-jährige Afghane durch das Landgericht Schweinfurt per Untersuchungshaftbefehl gesucht wird. Demnach soll der in Bayern wohnhafte Asylbewerber im August des vergangenen Jahres eine Frau in seinem Wohnort vergewaltigt haben. Die Beamten nahmen den Gesuchten fest und lieferten ihn in den Polizeigewahrsam der Berliner Polizei ein.
Mörfelden-Walldorf: Am Montagnachmittag (26.02.) und Dienstagnachmittag (27.02.) entblößte sich ein bislang unbekannter Mann im Bereich Ponsstraße/Boninstraße vor 11-jährigen Schuljungen, die sich auf dem Heimweg befanden. Der Unbekannte ist 30-35 Jahre alt, zirka 1,75 Meter groß, von kräftiger Statur und hat braune, gescheitelte Haare. Der Mann hat einen dunklen Teint und trug einen schwarzen Pulli, braune Hose, Turnschuhe sowie eine schwarze Fleecejacke. Hinweise werden erbeten an die Polizeistation Mörfelden-Walldorf unter der Telefonnummer 06105/4006-0.
Hagen: Am Samstag, 17.02.2018, hielt sich gegen 15.30 Uhr eine 68-jährige Hagenerin im Fritz-Steinhoff- Park auf. Auf dem Weg in Richtung Cunostraße traf sie auf einen jungen Mann, der sein Geschlechtsteil entblöst hatte und daran manipulierte. Unbeeindruckt von der Ansprache durch die Zeugin („muss das sein?“) setzte er sein Tun fort und fragte die Hagenerin, was sie von seinem besten Stück halte. Die Antwort fiel schlagfertig aus und die Geschädigte setzte ihren Weg fort. Gegen 15.48 Uhr meldete sich eine weitere Geschädigte und berichtete von einem gleichgelagerten Fall.Der Täter wird wie folgt beschrieben: 18-20 Jahre alt, schlank, 175 cm groß, kurze schwarze Haare, südländisches Aussehen, sprach akzentfrei deutsch, schwarze Trainingshose, schwarze Jacke, hellgrauer Kapuzenpullover.
Bad Soden: In Bad Soden ist es heute Nacht zu einem Übergriff gekommen, bei dem eine 23-jährige Frau von zwei unbekannten Männern sexuell genötigt worden ist. Die junge Frau war in Liederbach gegen 01:15 Uhr von einem unbekannten Pärchen nach dem Weg gefragt und anschließend von demselben Paar nach Bad Soden mitgenommen worden. An der Ecke Königsteiner Straße / Kronberger Straße in Bad Soden sei sie dann aus dem Auto gestiegen und die Königsteiner Straße entlang gegangen, als sie von zwei unbekannten Männern angesprochen und von einem der Täter zu Boden gerissen wurde. Derselbe Mann habe sie unsittlich berührt, bis er aufgrund der Schreie und Gegenwehr seines Opfers von ihr abließ und gemeinsam mit dem zweiten Unbekannten in Richtung der Straße „Zum Quellenpark“ flüchtete. Bei der umfangreichen Fahndung nach den zwei Tätern wurden mehrere Streifenwagen eingesetzt. Die Geschädigte gab an, dass der Haupttäter Anfang zwanzig, etwa 1,70 Meter groß und schlank gewesen sei. Außerdem habe er arabisch ausgesehen und Deutsch mit Akzent gesprochen.
Heilbronn: Eine Schwangere war Ziel der Begierde eines Unbekannten am Mittwochabend. Der arabisch aussehende Mann sprach um 19.15 Uhr eine 26-Jährige an der Bushaltestelle zwischen den beiden Kreiseln in der Neckargartacher Straße an.

Er sagte, er liebe Babys und begann die Frau an der Wange zu streicheln. Danach streichelte er sie auch am Körper. Obwohl die junge Frau immer wieder die Hand des Mannes wegschlug und ihn aufforderte, aufzuhören, griff dieser dann sogar in die Leistengegend der Schwangeren. Diese rannte dann zusammen mit ihrer Freundin zum nahen Polizeirevier Böckingen. Obwohl sofort Streifen zur Fahndung nach dem Täter ausrückten, konnte er nicht mehr angetroffen werden. Der etwa 30 bis 35 Jahre alte Mann wurde vor der Tat in Begleitung einer Frau mit einem Kinderwagen gesehen. Er habe diese in Richtung Hans-Sachs-Straße weggeschickt.

Wesel: Eine 15-jährige Schülerin aus Wesel ist am Rosenmontag gegen 14.45 Uhr von einem unbekannten Mann unsittlich berührt worden. Die junge Frau war mit ihrem Fahrrad auf der Nordstraße in Wesel unterwegs. Als sie kurz absteigen musste, berührte der Unbekannte sie. Die 15-Jährige fuhr sofort mit ihrem Rad weiter. Schon vor vier Wochen hatte der Mann die Schülerin und ihre Freundin in der Innenstadt von Wesel angesprochen, ohne dass etwas passiert war. Die Schülerin meldete sich jetzt erst bei der Polizei, weil sie sich vorher nicht getraut hatte, darüber zu sprechen. Beschreibung des Mannes: ca. 20 Jahre alt, dünne Figur, ca. 185 cm groß, dunkelgrüne Jacke, südländischer, dunkler Hauttyp, sprach etwas deutsch, aber mehr englisch.

Aachen: Montagabend kam es gegen 22.20 Uhr im Bereich der Grünanlage der ehemaligen Landeszentralbank (Kasinostraße/ Hackländerstraße) zu einem versuchten sexuellen Übergriff auf eine Fußgängerin. Ein unbekannter Tatverdächtiger hatte die junge Frau von hinten gepackt und ins nahegelegene Gebüsch gezerrt. Dort versuchte er sie sexuell zu bedrängen. Aufgrund ihrer massiven Gegenwehr ließ der Mann von ihr ab und floh über den Bereich der Normaluhr in Richtung Römerstraße. Die junge Frau erlitt leichte Verletzungen. Der Tatverdächtige kann wie folgt beschrieben werden: Er ist ca. 25 – 35 Jahre alt, ca. 1,70 – 1,75 m groß, hat eine kräftige, korpulente Figur, kurze dunkelbraune Haare (seitlich kürzer als das Deckhaar) und einen buschigen, voluminösen Vollbart. Zur Tatzeit trug er eine schwarze Bomberjacke und eine schwarze Hose. Der Mann sprach nach Angaben des Opfers Deutsch mit einem ausländischen Akzent und hatte ein südländisches Erscheinungsbild.

Erfurt / Mühlhausen: Eine 17-jährige Deutsche wurde gestern in einer Regionalbahn belästigt. Die junge Frau reiste in den frühen Abendstunden von Erfurt nach Leinefelde. Der Zug war 17.08 Uhr in Erfurt losgefahren. Gegen 17.40 Uhr näherte sich ein Mann der Frau und fing an, diese gegen ihren Willen zu umarmen. Im weiteren Verlauf hielt er sie fest und küsste die 17-Jährige. Einsatzkräfte der Landespolizei konnten mehrere in Frage kommende Tatverdächtige bei Ankunft des Zuges im Bahnhof Mühlhausen stellen. Bei diesen handelt es sich um sechs Männer nordafrikanischer Herkunft im Alter von 20 bis 33 Jahren

Brühl: Weil er eine 17-Jährige beim Faschingsumzug in Brühl sexuell belästigt hat, wurde ein 44-jähriger Libyer am Dienstagnachmittag vorübergehend festgenommen. Zeugen verständigten gegen 15.45 Uhr die Polizei nachdem der Mann die Jugendliche zunächst angesprochen und dann zudringlich geworden war. Er soll sie gegen ihren Willen geküsst und am Gesäß gepackt haben. Als die Zeugin hinzukam,

konnte sich die 17-Jährige aus der Situation befreien. Die Kriminalpolizei leitete ein Ermittlungsverfahren gegen den 44-Jährigen ein. Er wurde nach der Durchführung der erforderlichen polizeilichen Maßnahmen auf der Dienststelle im Laufe des Nachmittags wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Nürnberg: Am 24.02.2018 zeigte sich in der Nürnberger U-Bahn ein bisher unbekannter Exhibitionist. Die Kriminalpolizei Nürnberg bittet um Zeugenhinweise. Die Geschädigte war kurz nach 05:00 Uhr in der U 1 zwischen Maffeiplatz und Plärrer unterwegs, als der Mann am Maffeiplatz einstieg. Während der Fahrt trat er in schamverletzender Weise auf und manipulierte an sich. Am Plärrer stieg der Unbekannte zusammen mit der Geschädigten aus und verfolgte sie bis zu einem Brezen-Stand. Dort sprach er eine andere Frau an. Die Polizei erhielt erst jetzt Kenntnis von dem Vorfall und bittet um Zeugenhinweise; insbesondere sucht sie die Frau, die von dem Unbekannten gegen 05:15 Uhr am Brezen-Stand am Plärrer angesprochen worden war. Beschreibung des Täters: ca. 30 Jahre alt, bekleidet mit einem roten Pullover.

Weinheim, Rhein-Neckar-Kreis: Zeugen für einen sexuell motivierten Vorfall in einem Freizeitbad in Weinheim am Sonntagnachmittag suchen die Ermittler des Dezernats für Sexualdelikte des Kriminalkommissariats in Mannheim.

Die Geschädigte, ein 10-jähriges Mädchen, befand sich kurz nach 16:00 Uhr zusammen mit einer etwa gleichaltrigen Freundin im Außenpool des Schwimmbades, als sie von einem bislang Unbekannten angesprochen wurde. Der etwa 50-jährige Mann berührte das Kind im Laufe der Unterhaltung unsittlich im Genitalbereich. Danach verließen die Kinder das Becken, kehrten 20 Minuten später aber wieder dahin zurück. Dort trafen die Mädchen erneut auf den Mann. Noch einmal habe er sich zu den Mädchen begeben und die 10-Jährige hochgehoben. Zudem habe er seine Badehose ein Stück heruntergezogen und sich vor den Mädchen präsentiert. Sowohl die Kinder als auch der Tatverdächtige verließen daraufhin das Wasser. Die Geschädigten offenbarten sich einer Begleitperson, welche wiederum das Aufsichtspersonal verständigte. Trotz intensiver Suche gelang es den Bademeistern nicht mehr, den Unbekannten ausfindig zu machen. Er wurde wie folgt beschrieben: Ca. 50 Jahre alt, dickliche Figur, graues Haar zum Zopf gebunden, kurzer Vollbart, rundes Gesicht, wellenförmiges Tattoo auf dem rechten Oberarm. Die Kriminalpolizei ermittelt wegen des Verdachts einer Sexualstraftat.

Jarmen: Ein bislang unbekannter ca. 50-jähriger Täter griff am Freitagnachmittag einen 15-jährigen Praktikanten eines Drogeriemarktes im Müssentiner Weg unsittlich von hinten in den Schritt. Der Mann, der ca. 170 cm groß war, fiel durch sein ungepflegtes Äußeres mit einem 6-Tage-Bart und einem humpelnden Gang auf. Die Polizei konnte den Mann, der eine grüne Jacke trug und einen Rucksack bei sich hatte, auch bei erneuten Fahndungsmaßnahmen am Samstag im Stadtgebiet nicht

feststellen. Wer Hinweise geben kann, möchte sich bei der Polizei in Anklam melden. Telefon: (03971) 251 224.
Peine: Am Samstag, 24.02.2018, um 10:27 Uhr, wurde der Polizei in Peine gemeldet, dass bereits am Freitag, gegen 18:00 Uhr, ein bislang unbekannter Mann in einem Schuhgeschäft in der Peiner Innenstadt, Gröpern, in der dortigen Damenabteilung, sein entblößtes Glied in der Nähe von zwei Kundinnen gezeigt haben soll. Der Mann wird von einer Mitarbeiterin auf Mitte 30 geschätzt, er sei ca. 1.70 Meter groß und von normaler Statur. Er habe kurze dunkle Haare, trage einen Drei-Tage-Bart und eine Brille mit einem auffällig breitem Gestell. Bekleidet sei der Mann mit einer hellen Jacke, einem weiß-blau-rot gestreiften Pullover (Querstreifen) und einer hellen Hose gewesen.
Warendorf: Am Donnerstag, 22.2.2018, zeigte sich ein Mann gegen 7.40 Uhr, mehreren jugendlichen Schülerinnen auf einem Fußweg zwischen Friedhofsweg und der Gesamtschule an der Bultstraße in Oelde in schamverletzender Weise.
Der Gesuchte ist etwa 1,75 Meter bis 1,80 Meter groß, hat eine schlanke Gestalt und ist zwischen 20 bis 30 Jahre alt. Zu der Bekleidung des Tatverdächtigen kann lediglich mitgeteilt werden, dass er ein rotes T-Shirt und eine blaue Mütze trug.

"Im Schnitt" sieben Messerattacken pro Tag Berlin, du hast es messer!

pi-news.net/2018/03/berlin-du-hast-es-messer
March 14, 2018
Messerhauptstadt Berlin.
Von DAVID DEIMER | Mia – Maria – Mireille – Keira. Während die größte Messer-Fachkraft-Importeurin-aller-Zeiten heute wieder ihren traditionellen Amtsmeineid geleistet hat und die klägliche Notgemeinschaft der Verlierer wieder das Deutsche Volk zu betrügen und plündern beginnt, erschrecken neueste „Mess-Werte“ aus der Messer-Hauptstadt.
In Berlin hat es im vergangenen Jahr pro Tag „im Schnitt“ sieben Messerattacken gegeben. Insgesamt wurden bei 2.737 Straftaten Messer als Tatwaffe benutzt. Das waren 200 Fälle mehr als noch vor einem Jahr.
Jeder 5. Fall: Täter jünger als 21 Jahre
In 560 Fällen waren die Tatverdächtigen jünger als 21 Jahre alt. Das geht aus einer Antwort auf eine kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Peter Trapp hervor. Trapp fordert, dass Angriffe mit Messern als Tötungsversuche eingestuft werden sollten und nicht nur als gefährliche Körperverletzungen. „Ein Stich in den Oberschenkel, wenn er die Arterie trifft, ist lebensgefährlich“.
Bei einem Totschlag – mit mindestens fünf Jahren – würde das Strafmaß höher liegen als bei gefährlicher Körperverletzung mit mindestens sechs Monaten. In 560 Fällen sind die Tatverdächtigen unter 21 Jahre alt, in 80 Fällen sind die mutmaßlichen Täter

Kinder, also unter 14 Jahre alt. „Das sind erschreckende Zahlen, die belegen, dass wir die Präventionsarbeit in den Schulen verstärken müssen“. Eine Möglichkeit sei, dass in den einzelnen Abschnitten die Präventionsarbeit verschärft wird.

„Edgar mit den Messerhänden“

Auch der geständige „deutsche“ Tatverdächtige im Mordfall Keira Gross aus Lichtenberg ist erst 15 Jahre alt. „Edgar H.“ gab zu, das 14 alte Mädchen Keira nach alter deutscher Sitte mit mehreren Messerstichen in der Wohnung ihrer Eltern getötet zu haben.

Zunächst wurde Haftbefehl wegen Totschlags erlassen, was auch dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprach. Der Tatvorwurf könne im Zuge der weiteren Ermittlungen durchaus noch auf Mord ausgeweitet werden – im Jugendstrafrecht allerdings so selten wie ein Afghane ohne Messer.

17-Jähriger auf Spielplatz schwer verletzt

Als traditionelles Messeropfer zur Amtseinführung der Blutraute wurde ein 17-Jähriger bei einem so genannten Streit auf einem Spielplatz in Kreuzberg schwer verletzt. Der Jugendliche geriet am Mittwochabend an der Solmsstraße zunächst in eine „verbale, später auch in eine tätliche Auseinandersetzung“ mit einem anderen Jugendlichen, wie die Polizei mitteilte.

Ein zweiter Unbekannter habe den 17-Jährigen mit einem Messer ins Bein gestochen. Beide Täter seien geflohen. Die Täter sind wie immer in Berlin in Deutschland geborene Deutsche mit deutscher Staatsbürgerschaft. Insgesamt sind es nach Ansicht von Petr Bystron, AfD-MdB, 2.737 Messerattacken-Einzelfälle zuviel. Die Alternative für Deutschland würde mit effektiven Maßnahmen diese in Berlin praktisch geduldeten Übergriffe und Mordversuche erheblich nach unten korrigieren.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Esslingen: Vorbestrafter Afghane vergewaltigt 13-jähriges Mädchen

pi-news.net/2018/02/esslingen-vorbestrafter-afghane-vergewaltigt-13-jaehriges-maedchen/
February 4, 2018

Wegen Verdachts des schweren sexuellen Missbrauchs eines 13-jährigen Mädchens ermitteln die Staatsanwaltschaft Stuttgart und die Kriminalpolizeidirektion Esslingen gegen einen 18-jährigen, afghanischen Asylbewerber. Er soll die 13-Jährige bereits am Montagnachmittag vergewaltigt

haben. Die Tat wurde erst am Mittwoch bei der Polizei angezeigt, nachdem das Mädchen den Verdächtigen in der Esslinger Innenstadt wieder getroffen hatte und er sie ihren Angaben zufolge bedroht haben soll. Er wurde am Donnerstagmorgen von Fahndungskräften der Kriminalpolizei in seiner Esslinger Wohnung festgenommen. Nach derzeitigem Ermittlungsstand hatte die 13-Jährige vor kurzem mit dem Beschuldigten Bekanntschaft geschlossen. Als sie sich am Montagnachmittag zu Besuch in dessen Wohnung aufhielt, soll er ihren Angaben zufolge zudringlich geworden sein und gegen ihren Willen Geschlechtsverkehr mit ihr ausgeübt haben. Der Beschuldigte bestreitet die Tat. Die Ermittlungen dauern noch an. Der wegen eines Sexualdelikts bereits vorbestrafte Tatverdächtige war Ende Dezember 2017 aus der Haft entlassen worden und stand unter Führungsaufsicht des Landgerichts Stuttgart. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart wurde der 18-Jährige noch am Donnerstag beim Amtsgericht Esslingen der zuständigen Haftrichterin vorgeführt, die den Beschuldigten in Untersuchungshaft nahm.

Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa kommt es zu Übergriffen von Leuten, die nicht nach Europa gehören. So vergewaltigte in London ein streng gläubiger Moslem vier Frauen, um sie zu bestrafen, da sie nachts noch auf der Straße waren. In Schweden wurde eine 12-Jährige von einem 18-jährigen Afghanen vergewaltigt. Ihre 45-jährige Mutter ist Asylhelferin und #MeToo-Aktivistin und lebte mit dem Vergewaltiger zusammen. Sie hat die Vergewaltigung der Tochter nicht angezeigt, damit der Afghane nicht abgeschoben wird.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelwinter 2017/2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".

Siehe dazu auch das aktuelle Video der patriotischen Frauenrechtsbewegung #120 Dezibel:

Trier: Bereits in der Nacht zum vergangenen Donnerstag, 18. Januar, gegen 1 Uhr, drängten zwei Männer eine Frau an eine Hauswand in der Paulinstraße. Während einer ihr in den Schritt griff, entwendete der Zweite ihre Geldbörse. Die 51-jährige Frau befand sich auf dem Nachhauseweg, der sie von der Maarstraße kommend in die Paulinstraße Richtung Porta-Nigra führte. Kurz nachdem sie in die Paulinstraße eingebogen war, erkannte sie zwei Männer, die ihr entgegen kamen. Unvermittelt, scheinbar geplant und abgesprochen, ergriffen die Männer die Arme der Frau und drängten sie gegen die Hauswand in einer Hofeinfahrt. Abrupt griff einer der Täter der Frau in den Schritt und berührte sie in unsittlicher Weise oberhalb ihrer Kleidung. Hiernach ließen sie sogleich von ihrem Opfer ab und entfernten sich in unbekannter Richtung. Während der gesamten Tat, die sehr schnell vonstattenging, sprachen die Täter kein Wort. Ihr schockiertes Opfer begab sich in ihre Wohnung und stellte erst am darauffolgenden Morgen das Fehlen ihres Portemonnaies fest. Durch die Tat erlitt die 51-Jährige neben einem Schock mehrere blaue Flecken aufgrund des aggressiven Vorgehens der Männer. Erst später entschied sie sich, die Polizei zu informieren. Bei der gestohlenen Geldbörse handelt es sich um ein kleines rotes Exemplar der Marke „VOI", in dem sich ausschließlich Bargeld befand. Die Geschädigte beschreibt die Täter wie folgt: Beide etwa 1,70 m groß und schlank, dunkler Teint, nordafrikanische Erscheinung, dunkle kurze Haare und bartloses Gesicht. Sie dürften zwischen 25 und 35 Jahre alt sein. Einer trug eine dunkelbraune, der Andere eine schwarze Kapuzenjacke.

Greifswald: Am Wochenende ist es in Greifswald zweimal zu Fällen von sexueller Nötigung gekommen. Am 20.01.18, gegen 05:10 Uhr begab sich eine 33-Jährige durch den Fußgängertunnel in der Osnabrücker Straße in Richtung Hauptbahnhof. Auf dem Bahnhofsvorplatz kamen ihr vier Männer entgegen, welche dem äußeren Anschein nach nordafrikanischer Herkunft waren. Einer der Männer

forderte die Geschädigte in beleidigender Weise lautstark zu sexuellen Handlungen auf und versperrte ihr kurzzeitig den Weg. Die Frau schubste den Tatverdächtigen beiseite und begab sich auf den Bahnsteig. Die vier Männer folgten ihr und obwohl sich auf dem Bahnsteig weitere Passanten befanden, wiederholte der unbekannte Tatverdächtige seine Forderungen, während seine Begleiter der Anzeigenden obszöne Gesten zeigten. Die Frau stieg in den Zug und erstattete am Abend Anzeige im Greifswalder Hauptrevier. Den Tatverdächtigen beschrieb die Geschädigte als etwa 25 Jahre alt, dunkelhäutigund schlank. Er hatte schwarzes, glattes Haar und war mit einer Jeans und einer beigen Jacke bekleidet.

Am 21.01.18, gegen 04:30 Uhr begab sich die 22-jährige Geschädigte in Begleitung einer Freundin in der Langen Straße in Richtung Kuhstraße. Den Frauen kamen zwei Männer entgegen, welche ebenfalls dem Anschein nach aus Nordafrika stammten. Plötzlich kam einer der beiden Männer von hinten an die Geschädigte heran und legte ihr den Arm über die Schulter. Dabei berührte er sie an der Brust. Anschließend drängte der unbekannte Tatverdächtige die junge Frau an eine Hauswand. Ein zufällig vorbei kommender Passant erkannte die Lage und griff in das Handeln ein, indem er den Freund der Geschädigten spielte. Daraufhin ließ der Tatverdächtige von der Geschädigten ab. Die 22-Jährige erschien am Nachmittag im Polizeihauptrevier Greifswald und erstattete Anzeige. Dabei beschrieb sie den unbekannten Tatverdächtigen als etwa 30 Jahre alt, 170 cm groß unddunkelhäutig. Der sehr zierliche Mann sei dunkel gekleidet gewesen und trug ein weißes Basecap. Er sprach mit seinem männlichen Begleiter französisch.

Ueckermünde: Am Freitag, 22:10 Uhr, erschienen auf dem Polizeirevier Ueckermünde vier Mädchen im Alter von 13 bis 14 Jahren, die aufgewühlt über die Verfolgung durch sechs ausländische Jugendliche berichteten. Die Mädchen hatten gegen 21:50 Uhr das Kino verlassen, als sie die dunkelhäutigen Jungen vor dem Kino bemerkten und durch diese mit Schneebällen beworfen wurden. Auf dem Weg nach Hause wurden sie über einen Kilometer Fußweg verfolgt und obszön beleidigt. Erst als sie sich der Polizeidienststelle näherten, entfernten sich die Jungen. Diese konnten durch die Polizei bei der Nahbereichsfahndung nicht mehr festgestellt werden.

Heidelberg-Altstadt: Am Sonntagmorgen, kurz nach fünf Uhr befand sich eine 30-Jährige in der Heidelberger Altstadt auf dem Weg nach Hause. In Höhe des Völkerkundemuseums/ Karlstor, in der Hauptstraße bemerkte sie einen Mann, der ihr offensichtlich folgte. Wie sie feststellen musste, hatte dieser seine Hose geöffnet und manipulierte sich an seinem Geschlechtsteil. Die Frau konnte den Exhibitionisten mit ihrem Regenschirm und durch das Verständigen der Polizei in die Flucht schlagen. Den Täter konnte sie wie folgt beschreiben: 170cm bis 175 cm groß, ca. 25-30 Jahre alt, orientalisches Aussehen, große blau/weiß gestreifte Strickmütze, dunkle Jacke, dunkle Hose.

Hamburg: Am 18.01.2018 gegen 15.00 Uhr mussten Bundespolizisten einen stark alkoholisierten Mann (m.21) im Hauptbahnhof in Gewahrsam nehmen. Laut Zeugenaussagen belästigte und beschimpfte der somalische Staatsangehörige zuvor grundlos Reisende. Im weiteren Verlauf soll der Mann sein Gesäß entblößt und dieses provokativ in der Öffentlichkeit gezeigt haben. Angeforderte Bundespolizisten nahmen den Mann in Gewahrsam. Nach Zuführung zum Bundespolizeirevier ergab ein durchgeführter Atemalkoholtest einen Wert von 2,72 Promille. Ein Arzt stellte anschließend die Gewahrsamsfähigkeit fest. Zurzeit bekommt der Asylbewerber aus dem Landkreis Harburg in einer Gewahrsamszelle der Bundespolizei ausreichend Gelegenheit zur Ausnüchterung. Ein entsprechendes Verfahren wird gegen den polizeilich bekannten Mann eingeleitet.

Chemnitz: Eine 15-Jährige lief am Mittwoch (17. Januar 2018) einen Waldweg aus Richtung Max-Saupe-Straße kommend zur Herwegstraße entlang. An einem Spielplatz in der Herweghstraße traf die Jugendliche gegen 14 Uhr auf einen fremden Mann. Sie sah, wie der Unbekannte, der auf dem Spielplatz stand und an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Die 15-Jährige lief weiter, wobei der Unbekannte ihr noch ein Stück weit folgte. Zuhause angekommen, informierte die Mutter der Jugendlichen schließlich die Polizei. Der Täter konnte im Rahmen der Tatortbereichsfahndung jedoch nicht gestellt werden. Die Geschädigte beschrieb den Entblößer als dunkelhäutig, etwa Anfang 30 Jahre alt, schlank und zirka 1,80 Meter groß. Bekleidet war er zum Tatzeitpunkt mit einer schwarzen Hose und einer dunkelgrauen Jenas. Zudem trug er eine schwarze Mütze sowie einen schwarzen Schal, der Teile seines Gesichts verdeckte.

Karlsruhe: Eine junge Frau wurde gestern Mittag von einem 72-jährigen Mann sexuell belästigt. Die Geschädigte wartete am Hauptbahnhof Stuttgart auf einen Intercityexpress nach Mannheim. Bereits am Bahnsteig sowie beim Einsteigevorgang in den Zug, soll sie der aus der Türkei stammende Mann mehrfach unsittlich berührt haben. Eine Reisende beobachtete die Belästigung und wandte sich, gemeinsam mit der verängstigten Geschädigten, an den Zugbegleiter. Dieser informierte die Beamten des Bundespolizeireviers in Mannheim, da sich der Beschuldigte im gleichen Zug befand. Dem 72-Jährigen wurde die Weiterfahrt durch den Zugbegleiter untersagt. Im Hauptbahnhof Mannheim wurde der Mann zur Identitätsfeststellung auf die Dienststelle der Bundespolizei verbracht. Ein Ermittlungsverfahren wegen sexueller Belästigung wurde eingeleitet.

VS-Schwenningen: Ein derzeit noch unbekannter Jugendlicher hat am Donnerstagabend, gegen 20 Uhr, zwei elfjährige Jungen an einer Bushaltestelle im Bereich des Bahnhofs angesprochen und diese zunächst nach Geld zum Kauf von Zigaretten gefragt. Nachdem er einem der Jungen tatsächlich sechs Euro abnehmen konnte, führte der Jugendliche die beiden Kinder in ein gartenähnliches Grundstück unweit des Bahnhofs. Dort steckte er beiden Elfjährigen je eine Zigarette in den Mund und zündete diese an. Nachdem er einen der beiden Kinder weggeschickt hatte, griff er dem anderen ans Knie und in den Schritt. Dem Elfjährigen gelang es daraufhin zusammen mit dem anderen Jungen davonzulaufen und den Vorfall zusammen mit den Eltern bei der Polizei zu melden. Nun ermittelt die Polizei Schwenningen gegen den derzeit noch unbekannten Jugendlichen. Dieser nannte sich Marc, trug eine dunkle Jogginghose und eine dunkle Jacke. Der Gesuchte hatte einen gestrickten und karierten Schaal um und trug einen roten Rucksack. Nach Angaben der beiden Kinder sprach der Jugendliche mit einem ausländischen Akzent, hatte eine dunkle Hautfarbe und dunkle, kleine Locken.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Aschaffenburg: In der Buslinie 1 ist am Sonntagabend ein Fahrgast auf einen Exhibitionisten aufmerksam geworden. Von dem Mann, der bislang noch unbekannt ist, liegt eine Personenbeschreibung vor. Inzwischen hat die Kripo Aschaffenburg die weiteren Ermittlungen übernommen. Gegen 20.30 Uhr hat sich die Tat laut Angaben der Zeugin ereignet. Die 16-Jährige saß in dem Bus von Aschaffenburg in Richtung Sulzbach, als sie auf den fremden Mann aufmerksam wurde. Der Unbekannte saß eine Sitzreihe hinter der Jugendlichen, hatte sein Geschlechtsteil entblößt und sexuelle Handlungen an sich selbst vorgenommen. Von dem Täter liegt folgende Personenbeschreibung vor: Ca. 55 Jahre alt, etwa 175 cm groß, faltiges Gesicht, normale Statur, er trug einen schwarzen Jogginganzug mit weißen Ärmeln und eine schwarze Wollmütze und führte Schlittschuhe mit sich.

Butzbach: In der Bahnunterführung am Butzbacher Bahnhof begegnete eine 16-jährige Butzbacherin am Freitagabend, gegen 19.30 Uhr, einem Mann, der die Hose offen hatte und an seinem Penis herumspielte. Der Mann ging in Richtung Kaiserstraße. Er wird als 30 bis 40 Jahre alt, 1.70 bis 1.80m groß, mit schwarzer Jacke, Kapuze über dem Kopf, schwarzem Tuch vor dem Mund und Jeans beschrieben. Weitere Hinweise auf ihn erbittet die Polizei in Butzbach, Tel. 06033-7043-0.

Radeberg: Die Kriminalpolizei sucht Zeugen zu einer sexuellen Belästigung, die am Morgen des 5. Januar 2018 in Radeberg geschehen ist. An einer Bushaltestelle an der Badstraße hielt sich ein unbekannter Mann auf. Als sich zwei Mädchen gegen 07:15 Uhr näherten, entblößte er sein Geschlechtsteil und begann zu onanieren. Zu weiteren Handlungen kam es nicht. Die beiden zehn und elf Jahre alten Kinder beschrieben den Unbekannten als etwa 30 – 50 Jahre alt, ca. 165 cm groß und von kräftiger Statur. Er hatte dunkelbraune, glatte, kurze Haare und trug eine dunkle, schmale Brille. Der Mann war den Angaben nach dunkel gekleidet, trug auch eine dunkle Mütze und hatte einen ungepflegt wirkenden Bart.

Überlingen: Am Samstag gegen 22.30 Uhr trat in der St.-Ulrich-Straße ein Exhibitionist auf. Eine Heranwachsende erkannte die Situation, ging nach Hause und verständigte die Polizei. Der Mann, der unerkannt flüchten konnte, ist etwa 170 Zentimeter groß, zwischen 20 und 25 Jahre alt, hat

dunkle kurze Haare und eine schlanke Figur. Zeugen, die sachdienliche Hinweise zu dem Unbekannten geben können, werden gebeten, sich beim Polizeirevier Überlingen, Tel. 07551/804-0, zu melden.
Berlin – Treptow-Köpenick: In der Nacht von Samstag zu Sonntag belästigte ein Unbekannter in der S-Bahn eine Frau sexuell und schlug ihr anschließend mehrfach ins Gesicht. Am Samstagabend befand sich die 35-jährige Deutsche gegen 23:10 Uhr in einer S-Bahn zwischen den Bahnhöfen Ostkreuz und Treptower Park, als sich ihr ein unbekannter Mann näherte. Der Unbekannte küsste sie im Gesicht und berührte sie unsittlich am Gesäß, am Unterschenkel und an der Brust. Als sich die gebürtige Pritzwalkerin gegen die Handlungen des Mannes zur Wehr setzte, schlug ihr der Unbekannte mehrmals mit der Faust ins Gesicht. Nachdem zwei Zeugen auf das Geschehen aufmerksam wurden und einschritten, ergriff der Tatverdächtige am S-Bahnhof Treptower Park die Flucht. Die beiden Zeugen alarmierten die Polizei und warteten am Bahnhof Plänterwald gemeinsam mit der Geschädigten auf die Beamten. Die Frau erlitt durch den Angriff sichtbare Schwellungen und Rötungen im Gesicht. Rettungskräfte versorgten sie noch vor Ort. Umgehend eingeleitete Fahndungsmaßnahmen nach dem Tatverdächtigen verliefen ohne Erfolg. Bundespolizisten leiteten Ermittlungsverfahren wegen sexueller Belästigung und Körperverletzung gegen Unbekannt ein. Rückfragen bitte an: Bundespolizeidirektion Berlin- Pressestelle – Schnellerstraße 139 A/ 140, 12439 Berlin, Telefon: 030 91144 4050, Mobil: 0171 7617149 (Kommentar PI-News: In Berlin spart man sich anscheinend die peinlichen Fahndungsaufrufe und teilt nur noch Übergriffe von „Männern“ mit).

PI-NEWS-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Kein Aufschrei der üblichen Rassismus-Riecher Aschaffenburg: Afghane schlägt „deutsche Schlampe“

pi-news.net/2018/04/aschaffenburg-afghane-schlaegt-maedchen
April 5, 2018
Aschaffenburg: […] Dass Kiana ihren afghanischen Freund eingeladen hatte, war für die jungen Frauen überhaupt kein Problem. „Wir standen Flüchtlingen eigentlich immer sehr offen gegenüber. Klar gibt es unter ihnen schwarze Schafe, aber die gibt es unter Deutschen auch. Jetzt haben wir kein gutes Gefühl mehr dabei, vor die Tür zu gehen. Wir haben Angst.“
Zusammen gingen sie in ein Aschaffenburger Pub und trafen sich vor Ort mit den Männern. … Schon beim Rausgehen wurde klar, dass er die Mädchen nicht in Ruhe

lassen wird. „Er schubste mich und als ich ihn fragte, was das soll, beschimpfte er mich als deutsche Schlampe“, erinnert sich Mias ältere Schwester Sarah. Auf dem Weg zur Bushaltestelle verschärfte sich die Situation weiter. „Er ist auf der anderen Straßenseite mitgelaufen und hat uns dabei weiter beleidigt und ‚Deutschland ist scheiße‘ gebrüllt“.
Um die Situation nicht weiter hochzuschaukeln, setzten sich die Mädchen im Bus von den Männern weg. „Da war er dann wieder ruhig – hat uns einfach die ganze Zeit nur wütend angestarrt.“ Überstanden war das Ganze aber doch nicht. „Er hätte eigentlich an der Flüchtlingsunterkunft Aschaffenburg aussteigen müssen, blieb aber sitzen.“ Kurze Zeit später kam Kianas Freund zu den Mädchen. Auch er blieb im Bus, um sicherzugehen, dass den Mädchen nichts passiert. „Er warnte uns, sagte, dass sein Kumpel uns schlagen will, wenn wir aus dem Bus steigen. Er bot ihm sogar zwanzig Euro, wenn er dafür an der nächsten Haltestelle aus dem Bus aussteigt.“
Die Mädchen baten dann auch den Busfahrer um Hilfe. „Wir sagten ihm, dass wir Angst haben, er konnte uns aber nicht helfen, weil der Mann sich im Bus ruhig verhielt.“ Ausstieg: Haltestelle Hessenthal, Kirche. „Als wir raus wollten, versuchte er, Lena am Zopf zurück in den Bus zu reißen. Da ist dann ein Fahrgast dazwischen und schubste ihn weg“, erzählt Kiana. „Ich bin dazwischen. Er packte mich und versuchte, mich zu schlagen. Um mich zu verteidigen, sprühte ich ihm Pfefferspray in die Augen, das hatten Mia und Sarah mir vorher gegeben.“ Sofort riefen die jungen Frauen die Polizei. „So wie der Beamte uns das erzählte, scheint der Mann bei der Polizei kein unbeschriebenes Blatt zu sein.“ Die vier haben gegen den Afghanen Strafanzeige gestellt. *(Der komplette Artikel kann bei Primavera24.de nachgelesen werden).*
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Innsbruck: Zu einer Auseinandersetzung kam es Montag gegen 0.25 Uhr in der Dr. Stumpf Straße in Innsbruck zwischen vier Afghanen (14, 15, 16 und 18 Jahre alt) und einem Einheimischen (19). Im Zuge des Streits flogen schließlich die Fäuste. Dabei wurde der 19-Jährige erheblich verletzt. Er wurde in die Klinik eingeliefert. Die Afghanen wurden festgenommen. Die Ermittlungen zum genauen Tathergang laufen.
Nordhausen: Am 02.04.2018 befand sich eine Gruppe deutscher Jugendlicher gegen Mitternacht auf dem Heimweg von einem Osterfeuer. In Nordhausen , Am Weinberg wurden sie durch eine Gruppe ausländischer Jugendlicher in deren Sprache angesprochen, was zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen führte. Als die ausländischen Jugendlichen versuchten, die deutschen fest zu halten und sich ihnen in den Weg stellten, zog einer der deutschen ein Pfefferspray und setzte dieses ein, wobei zwei ausländische Jugendliche leicht verletzt wurden. Im weiteren Verlauf schlug ein ausländischer Jugendlicher einem deutschen mittels eines zerbrochenen Schneeschiebers auf den Kopf, was auch eine leichte Verletzung nach sich zog. Es wurden dementsprechend 2 Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen. Die Kriminalpolizeiinspektion Nordhausen hat die Ermittlungen übernommen.

Eberbach/Rhein-Neckar-Kreis: Ein 23-jähriger Mann wurde am frühen Sonntagmorgen in Eberbach von zwei Unbekannten grundlos zusammengeschlagen. Der junge Mann überquerte kurz vor drei Uhr zusammen mit einem Begleiter die Friedrichstraße am Fußgängerüberweg, als ein Auto anhielt und zwei unbekannte Männer ausstiegen. Die Männer gingen auf den 23-Jährigen zu und schlugen grundlos auf diesen ein. Als er zu Boden gegangen war, flüchteten die Unbekannten. Zeugen fanden den 23-Jährigen auf dem Fußweg in Richtung eines nahegelegenen Spielplatzes auf dem Boden liegend vor. Sie verständigten Polizei und Rettungsdienst. Der junge Mann wurde nach notärztlicher Erstversorgung in ein Krankenhaus eingeliefert, wo er zunächst stationär aufgenommen wurde. Ein Alkoholtest ergab einen Wert von rund 1,2 Promille. Bei den beiden Unbekannten soll es sich nach Angaben des Begleiters des Opfers um zwei dunkelhäutige Männer, evtl. Nordafrikaner, gehandelt haben.
Cochem: Besonders schwer mit Schlägen traktiert wurde am frühen Karfreitagmorgen, gegen 06:00 Uhr, ein 29-jähriger Besucher einer Gaststätte in der Cochemer Brückenstraße. Dieser wurde offensichtlich zuvor von einer männlichen Person auf offener Straße niedergeschlagen und erlitt hierdurch Frakturen im Gesichtsbereich sowie ein Schädelhirntrauma. Laut Zeugenaussage, hätte der Schläger unmittelbar nach seiner Tat die Flucht ergriffen. Es soll sich hierbei um einen ca. 20-25 jährigen, dunkelhäutigen Mann mit langen, schwarzen Haaren gehandelt haben.
Bothel: Um 2.05 Uhr wurde in unmittelbarer Nähe des Osterfeuers ein 21-Jähriger zusammengeschlagen. Er gab an, dass die insgesamt vier Täter aus einer größeren Gruppe heraus agiert hätten. Einer der Täter sei etwa 1,70 Meter groß und zwischen 20 und 25 Jahre alt gewesen. Der Verdächtige trug einen Bart und sei vermutlich türkischer Abstammung, heißt es. Die Polizei sucht Zeugen. Um 2.50 Uhr wurde ein 23-Jähriger in der Nähe des Osterfeuers (Hasseler Straße, Höhe Bushaltestelle Am Sägewerk) von drei Männern angegriffen, geschlagen und am Boden liegend getreten. Das stark alkoholisierte Opfer ging zunächst von einem Raub aus, erste polizeiliche Ermittlungen sprachen jedoch gegen diesen Verdacht. Bei den Tätern handelte es sich nach Angaben des Opfers um Südländer. Die Polizei sucht Zeugen.
Goslar: Am frühen Sonntagmorgen kam es gegen 03:30 Uhr in Goslar, Carl-Zeiss-Straße, zu einem Körperverletzungsdelikt zum Nachteil eines 18-jährigen Goslarers. Dieser gab auf Befragen an, dass er mit seiner 20-jährigen Begleitperson nach einem Diskothekenbesuch in einem dortigen Fast Food Restaurant gestanden habe, als plötzlich eine männliche Person gekommen sei und ihm einen Kopfstoß versetzt habe. Durch diesen Kopfstoß habe er stark blutende Verletzungen im Gesicht erlitten. Anschließend habe der Täter, der in Begleitung einer weiteren männlichen Person gewesen ist, das Restaurant verlassen. Das alkoholisierte Opfer, AAK 2,07 Promille, musste zur weiteren Behandlung mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus Goslar verbracht werden. Der Täter konnte durch das Opfer lediglich als männlicher Südländer beschrieben werden.

Münster: Ein unbekannter Täter schlug am Sonntagmorgen (1.4., 3:30 Uhr) auf der Jüdefelder Straße einem 20-Jährigen unvermittelt von hinten ins Gesicht. Der Münsteraner half gerade einer alkoholisierten Person, als der Unbekannte sich näherte und zuschlug. Der 20-Jährige drehte sich überrascht um. Nach einer kurzen Rangelei verschwand der Täter. Der Münsteraner wurde leicht verletzt. Er beschreibt den Unbekannten als 1,70 bis 1,80 Meter großen, circa 26 Jahre alten, Mann. Er hatte einsüdländisches Erscheinungsbild, schwarze, lange Haare, einen Bart und trug ein blaues Haarband. Eventuell können Zeugen Angaben zu dem Täter machen.
Jena: Zeugen sucht die Jenaer Polizei nach einer Schlägerei am Samstagmorgen um 4.00 Uhr in der Jenaer Innenstadt. Eine Gruppe von etwa 10 bis 15 Personen, offensichtlich Syrer, stand vor der Havana-Bar und wirkte auf Zeugen augenscheinlich aggressiv. Die Männer waren laut und waren offensichtlich auf Streit aus. Ein 22-jähriger Mann ging auf die Gruppe zu und versuchte, sie mit Worten zur Ruhe zu bringen. Daraufhin ging ein junger Mann aus der Gruppe auf den „Ruhestifter" los und griff ihn mit einem scharfen Gegenstand, der einem Brieföffner ähnelte, an. Dabei erlitt der 22-Jährige eine leichte Schnittverletzung. Seine beiden Begleiter wurden von dem Streithahn geschlagen und dabei auch leicht verletzt. Zeugen informierten die Polizei. Bevor die Beamten in der Krautgasse eintrafen, war der Schläger mit seinen Freunden bereits in Richtung Ernst-Abbe-Platz geflüchtet. Beschrieben wird der Mann folgendermaßen: südländischer Typ, etwa 20 Jahre, 1,70m groß, schwarze Haare, helle Jacke, Art „Bomberjacke" mit Oberarmtasche.
Herford: Am Montag (26.3.) gegen 17:30 Uhr erhielt die Polizei Kenntnis über eine Schlägerei in der Straße Mausefalle. Ein 16-jähriger Herforder war in Begleitung zweier Freunde, als er mit einer Gruppe von circa 15 Jugendlichen in Streit geriet. Aus dieser Gruppe heraus traten zwei bis drei Beschuldigte hervor, die den Geschädigten mit Faustschlägen angriffen. Einer der unbekannten Täter schlug dann das Opfer mit einem Stock oder einer Rute gegen den Hinterkopf. Dieser Haupttäter war circa 15 Jahre alt, circa 170 cm groß, korpulent, dunkle Haare, bekleidet mit einer schwarzen Jogginghose und einer schwarzen Jacke. Alle Angehörigen der Gruppe, die von südländischer Erscheinung waren, flüchteten nach der Tatbegehung. Der Verletzte wurde durch einen Rettungswagen in ein Krankenhaus zur ambulanten Behandlung gebracht.
Wiesbaden: Am frühen Ostersonntag kam es in dem Dönerimbiss zu Streitigkeiten zwischen mehreren Personen. Während des Streitgespräches wurde dem 50 jährigen Geschädigten durch eine unbekannte männliche Person gegen den Kopf getreten. Als eine 28 jährige Frau dem Geschädigten zur Hilfe eilte, wurde diese gestoßen und fiel zu Boden. Der Geschädigte und die 28 jährige Frau wurden dabei leicht verletzt. Anschließend flüchteten die zwei männlichen Täter zu Fuß in Richtung Schwalbacher Straße. Bei den unbekannten Tätern soll es sich um zwei ca. 35 jährige südländische Männer gehandelt haben. Ein Täter konnte mit kurzen, schwarzen Haaren und einem Bart beschrieben werden.
Hagenow: „Gott ist groß", brüllte er durch die Straßen, stieß übelste Verleumdungen sexistischer Art aus, warf mit Bierflaschen um sich, verletzte einen Passanten und griff schließlich auch noch einen Iraker mit dem Messer an, nachdem er auch die Scheiben

einer Wohnung und eines Friseurgeschäftes zerschlagen hatte. Nach gut zwei Stunden und vielen Anrufen stoppte Hagenows Polizei schließlich die aggressive Randale-Tour eines 18-jährigen Asylbewerbers aus Syrien. Die Streifenbeamten setzten bei der vorläufigen Festnahme aus Sicherheitsgründen Reizgas ein. Der Verdächtige hatte sich nahe eines Verkehrskreisels am Hagenower Wohnviertel Kiez versteckt und trug noch das Messer bei sich, mit dem er zuvor einen 26-jährigen Iraker verletzt haben soll. Auch bei der Festnahme wehrte sich der junge Mann heftig und trat um sich. Passiert ist das Ganze bereits am vergangenen Freitag zwischen 20 und 22 Uhr im Hagenower Stadtgebiet. Der Vorfall war am Wochenende nicht gemeldet worden.

„Schutzsuchende" bewerfen Polizei mit Steinen, Möbeln und Flaschen

Donaueschingen: Bei der Abschiebung eines jungen Mannes aus Guinea ist es in der Nacht zum Dienstag in der Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge zu tumultartigen Szenen gekommen. Während sich der 23-jährige Schwarzafrikaner sehr kooperativ zeigte und in Begleitung der Polizei das Gebäude in der Friedhofstraße verließ, rotteten sich nach und nach immer mehr der im Haus wohnenden Flüchtlinge zusammen. Im Treppenhaus liefen die aufgebrachten Hausbewohner den Einsatzkräften hinterher. Sie konnten von der Polizei mit Diensthunden und dem Sicherheitspersonal ferngehalten werden. Den Polizeikräften gelang es, mit Unterstützung durch den Sicherheitsdienst, den 23-Jährigen nach Draußen zu bringen. Als der Streifenwagen, in dem der junge Mann saß, wegfuhr, wurden Flaschen und andere Gegenstände in Richtung der Einsatzkräfte geworfen. Anschließend rottete sich die Gruppe zusammen und bewegte sich schnell in Richtung Haupteingang. Teilweise hatten sich die Flüchtlinge mit Steinen und Möbelstücken ausgerüstet, mit denen sie die Einsatzkräfte bewarfen. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes wurde von einem Stein getroffen, blieb aber unverletzt. Mit beherztem Eingreifen und klaren Ansagen konnte die aufgebrachte Menge nach und nach beruhigt werden, so dass kurz vor Mitternacht wieder Ruhe einkehrte. Verletzt wurde niemand; Sachschaden entstand nicht. *(Artikel übernommen vom Schwarzwälder Bote)*

Afghanen greifen Polizisten an und zeigen Hitlergrüße

Neuburg: Wie die Polizei berichtet, wurde sie am Karfreitag gegen 19.58 Uhr über eine Streitigkeit an der Schlösslwiese in Neuburg telefonisch in Kenntnis gesetzt. Laut der Mitteilerin, einer 19-jährigen Neuburgerin, wurde die junge Frau aus einer Gruppe von männlichen Jugendlichen heraus mehrfach beleidigt. Außerdem hätten mehrere Personen den Hitlergruß gezeigt. Bei Eintreffen der Beamten sollte die betreffende Gruppe, bestehend aus insgesamt sieben afghanischen Asylbewerbern, einer Kontrolle unterzogen werden. Ein 19-jähriger Afghane wies sich den Einsatzkräften gegenüber zunächst mit falschen Personalien aus. Die sieben männlichen Personen zeigten sich den Einsatzkräften gegenüber extrem aggressiv und provozierend, weswegen in weiterer Folge ein Platzverweis gegen die Anwesenden ausgesprochen wurdem, wie die Polizei mitteilt. In dieser Situation schlug ein 18-jähriger aus der Gruppe mit der rechten Hand gegen einen Polizeibeamten. Der 18-Jährige wurde zu Boden gebracht und gefesselt. Als sich der 18-Jährige wieder beruhigt hatte, wurde er

losgelassen, worauf er erneut gegen den Polizeibeamten schlug. Erneut wurde er zu Boden gebracht und gefesselt. *(Der komplette Artikel kann bei Donaukurier.denachgelesen werden)*

Fünf Verletzte nach Fussballspiel zwischen Türken und Syrern

Kellersberg: Bei der Polizei ging am Dienstagabend der Notruf ein, dass sich auf dem Sportplatz von Kellersberg rund 40 Männer einen Kampf unter Einsatz von Messern liefern würde. Als die Beamten mit sechs Streifenwagen eintrafen, hatte sich die Situation bereits ein wenig beruhigt. Messer waren glücklicherweise nicht zum Einsatz gekommen. Doch was übrig blieb, waren fünf Verletzte – zwei mussten im Krankenhaus behandelt werden – und eine schlaflose Nacht für die Vereinsverantwortlichen auf beiden Seiten, weil sie um den Ruf ihrer Clubs fürchten. Aus Kreisen der Vereine heißt es, dass man sich bereits im Vorfeld des Spiels Gedanken zu der Ansetzung in der Aachener Kreisliga D, Staffel 2 gemacht habe. Denn in der zweiten Mannschaft von Kellersberg spielen überwiegend türkischstämmige Spieler, während das Team von Blau-Weiß fast ausschließlich aus syrischen Flüchtlingen besteht. Da habe es schon Bedenken gegeben, dass der Konflikt zwischen der Türkei und Syrien auf einem Alsdorfer Fußballplatz fortgeführt werde, berichten Augenzeugen. Mit Anpfiff hätten sich diese Befürchtungen bestätigt. Das Spiel sei von beiden Seiten sehr hart geführt worden. „Ich habe von Beginn an nicht daran geglaubt, dass beide Teams mit elf Spielern den Platz verlassen", so ein Augenzeuge. Laut Polizeibericht habe kurz vor der Halbzeit ein Kellersberger Spieler ein Foul begangen. Der Gefoulte habe daraufhin dem Kellersberger ins Gesicht geschlagen, worauf die Situation eskalierte. Hier gibt es allerdings auch andere Aussagen von Augenzeugen, die von einem umgekehrten Hergang berichten. Demnach soll der Faustschlag eines Kellersberger Spielers Ursache für die anschließende Schlägerei gewesen sein. *(Auszug aus einem Artikel derAachener Zeitung)*

„Bereicherer" bedrängen Polizisten

Siegen: Nach einem vorausgegangenen Körperverletzungsdelikt im Bereich einer Lokalität in der Siegener Hindenburgstraße weigerte sich in der Nacht zu Ostermontag ein 25-jähriger Mann gegenüber der alarmierten Polizei seine Personalien anzugeben. Der aggressive und unter nicht unerheblichem Alkoholeinfluss stehende junge Mann musste von den Beamten gefesselt werden, wobei er derart massiven Widerstand leistete, dass sich selbst die metallene Handfessel der Polizei verformte. Aufgrund seiner fortwährenden Aggressivität wurde er schließlich zur Verhinderung weiterer Straftaten in das Polizeigewahrsam eingeliefert. Zur selben Zeit erhielten andere Streifenwagenbesatzungen der Siegener Polizeiwache einen weiteren Polizeieinsatz an derselben Örtlichkeit wegen eines Streits einer größeren Personengruppe. Noch während der eigentlichen Sachverhaltsklärung kam es zu Solidarisierungseffekten von zahlreichen Männern mit Migrationshintergrund gegenüber den eingesetzten Beamten. Dabei störte ein 27-Jähriger die Maßnahmen der Beamten sowohl verbal als auch körperlich. So versuchte er mehrfach, die eingesetzten Beamten zurückzudrängen bzw. an der Ingewahrsamnahme des o.a. 25-Jährigen zu hindern. Einem ihm daraufhin erteilten

Platzverweis kam der 27-Jährige nicht nach, stattdessen störte er weiter die polizeilichen Maßnahmen und beleidigte einen eingesetzten Polizeibeamten. Schließlich musste der 27-Jährige gewaltsam von den Beamten zu einem vor Ort befindlichen Streifenwagen verbracht werden. Dabei wurden die Beamten von mehreren Personen mit dem Ziel bedrängt, die polizeiliche Maßnahme zu stören. Die eingesetzten Beamten forderten die Personengruppe auf, dieses Verhalten zu unterlassen und einen angemessenen Abstand einzuhalten. Dieser Aufforderung kam die Personengruppe nicht nach. Daraufhin wurde der Einsatz von Pfefferspray angedroht. Als sich die Personengruppe jedoch auch hiervon nicht beeindrucken ließ und weiterhin die polizeilichen Maßnahmen sowohl verbal als auch körperlich störte, wurde Pfefferspray gegen die Personengruppe eingesetzt, um diese auf Abstand zu halten. Die Polizei war mit insgesamt acht Streifenwagenbesatzungen vor Ort im Einsatz. Sowohl gegen den 25-Jährigen als auch gegen den 27-Jährigen wurden Strafermittlungsverfahren wegen Widerstandes gegen Polizeibeamte sowie wegen Körperverletzung bzw. Beleidigung eingeleitet.

Lehrer werden als „Huren" „Schlampen" und „ungläubige Hunde" beschimpft

Vor allem Lehrerinnen hätten, so Meidinger, an solchen Schulen einen schweren Stand: „An solchen Brennpunktschulen hören wir immer wieder, dass Lehrerinnen klagen, wie mit ihnen umgegangen wird. Ihre Anweisungen werden nicht befolgt, sie werden teilweise als Huren und Schlampen beschimpft." Ein weiteres Problem seien religiöse Auseinandersetzungen: „Auf der anderen Seite haben wir natürlich auch eine starke Religiosität. Das heißt: Auch Mitschüler, die nicht Muslime sind oder anderen muslimischen Glaubensrichtungen angehören, werden als Ungläubige tituliert, es werden auch Lehrer als ungläubige Hunde bezeichnet. *(kompletter Artikel bei Der Westen)*

„Schutz"suchender Iraker hat zwei Ehefrauen und 13 Kinder

Neumarkt i.d. Oberpfalz: Die irakische Familie sei bereits mit der ersten großen Flüchtlingswelle in den Jahren 2015/16 angekommen und zunächst gemeinsam in einer Asylunterkunft untergebracht worden, berichtet Lothar Kraus, Sachgebietsleiter bei der Ausländerbehörde des Landkreises. Inzwischen seien der Iraker samt seiner zwei Frauen und 13 Kindern als Flüchtlinge anerkannt und wohnten unauffällig in einer Wohnung im Landkreis. Dass die Doppelehe nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch verboten und nach dem Strafgesetzbuch in Deutschland sogar strafbar ist, greife hier nicht, erklärt der Behördenleiter. Wenn die Ehen im muslimischen Ausland, wo Vielehen möglich sind, nach dort gültigem Recht ordnungsgemäß geschlossen wurden, gelten auch in Deutschland beide Frauen als Ehefrauen. Die polygame Ehe kann dann auch hier straffrei fortgesetzt werden. Der Koran duldet Ehen mit bis zu vier Frauen. Vielehen sind daher in vielen muslimisch geprägten Ländern rechtsgültig. Die Frage, ob die deutschen Behörden durch diese Praxis nicht die Polygamie fördern, wird von Kraus verneint. „Wir können da als Deutsche nicht hergehen und sagen, bei uns passt das aber nicht", findet Lothar Kraus und verweist auf internationale Abkommen. Zumal es meist auch im Interesse des Kindeswohls ist, dass die Familien zusammenbleiben. *(Auszug aus einem Artikel von Nordbayern.de)*

Syrer möchte Zigaretten

Köln: Montagnacht wurden auf der Domtreppe vier junge Männer angegriffen; die Bundespolizei stellte einen Tatverdächtigen nach kurzer Flucht. Die Geschädigten (zwischen 17 und 18 Jahren) saßen auf der Domtreppe in Köln, als sie von zwei Männern um eine Zigarette gebeten wurden. Dass sie keine Zigarette hatten, passte dem 18-jährigen Syrer nicht, deshalb schlug er unvermittelt auf sie ein. Schließlich nahm er sogar eine Glasflasche und versuchte mit dieser die Geschädigten zu treffen. Bundespolizisten, die sich zu dem Zeitpunkt in der Wache im Container auf dem Vorplatz befanden, fiel diese Auseinandersetzung auf. Umgehend eilten sie zur Domtreppe. Die zwei Tatverdächtigen flohen sofort, während die vier Jugendlichen um Hilfe riefen. Der Haupttatverdächtige wurde nach Verfolgung durch die Bundespolizisten gestellt; die Fahndung nach dem zweiten Mann verlief bisher erfolglos. Alle Männer wurden zur Klärung des Sachverhalts mit zur Dienststelle genommen. Auf dem Weg beleidigte der Tatverdächtige die Polizisten lautstark mit den Worten „Wichser" und „Hurensohn". Dem aggressiven Tatverdächtigen wurde ein Platzverweis für den Kölner Hauptbahnhof erteilt.

Nigerianerin „besorgt" Platz für Ihr Kind

München: Ein vorangegangener Streit über einen Sitzplatz eskalierte am Ostermontag gegen Mittag (2. April) am S-Bahnhaltepunkt Taufkirchen nach einem Handyfoto derart, dass nun wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung ermittelt wird. Kurz nach 13:30 Uhr warf eine 38-Jährige aus Nigeria die Tasche einer 24-jährigen Deutschen am Bahnhof Giesing von einer Sitzbank auf den Bahnsteig herunter, damit das Kind der Nigerianerin dort Platz nehmen konnte. Was sich davor ereignet hatte, darüber gehen die Meinungen der Betroffenen auseinander. Die Beteiligten fuhren anschließend mit der S3 nach Taufkirchen und stiegen dort aus. Am Bahnsteig fotografierte die 24-Jährige die Afrikanerin mit ihrem Handy, da sie dachte, dass sich ihre Digitalkamera, die sich in der in Giesing heruntergeworfenen Tasche befand, beschädigt sein könnte. Die Nigerianerin schlug der 24-Jährigen daraufhin das Handy aus der Hand und nahm es auch an sich. Dabei soll es zu wechselseitigen Handgreiflichkeiten und u.a. auch zu einer Kopfnuss gegen die 24-Jährige gekommen sein.

Die Nigerianerin gab das Smartphone erst zurück, als eine alarmierte Streife der Bayerischen Landespolizei sich der Sache in der Nähe des Haltepunktes angenommen hatte. Die 38-Jährige klagte anschließend über leichte Schmerzen auf dem Handrücken. Sichtbare Verletzungen waren aber bei beiden nicht erkennbar. Im Nachgang stellte sich heraus, dass die Digitalkamera der 24-Jährigen tatsächlich beschädigt worden war. Die Bundespolizei ermittelt nun wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung.

Gruppenschlägerei unter Kurden

Köln: Am Montagabend ist es in der Nähe des „Haus am See" am Decksteiner Weiher zu einer heftigen Prügelei gekommen. Gegen 18.40 Uhr wurde die Polizei zum Ort des Geschehens gerufen. Den Schützen konnte die Polizei bislang nicht ermitteln, laut Zeugenaussagen soll er „fünfmal in die Luft geschossen" haben, „um die Situation zu beruhigen". Wegen des schönen Wetters waren die Kölner Parks den ganzen Tag über gut besucht. Beamte des Ordnungsdienstes waren im Verlauf des Tages

mehrfach vor Ort um Parksünder und Müllverursacher unter Kontrolle zu bringen. Mehrere Einsatzfahrzeuge von Polizei und Rettungsdienst waren vor Ort, die Sanitäter versorgten fünf Verletzte. Schwer verletzt wurde niemand. Die Polizei ermittelt nun, was der Auslöser der Auseinandersetzung war. Nach ersten Erkenntnissen gerieten zwei kurdischstämmige Familien aneinander. Die privaten Streitigkeiten endeten in der Prügelei. *(Artikel übernommen von Express.de. Video dazu mit den hörbaren Schüssenauf BILD.de)*

07. April 2018, 10:07 Uhr

Islamismus

Hunderte Extremisten beantragten Asyl

Die Zahl der islamistischen Gefährder in Deutschland ist weiter gestiegen. Nach SPIEGEL-Informationen kamen etliche von ihnen als Flüchtlinge ins Land und haben einen Asylantrag gestellt.
Fast ein Viertel der gefährlichsten Extremisten in Deutschland sind Asylbewerber. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Stephan Thomae hervor. (Diese Meldung stammt aus dem SPIEGEL. Den neuen SPIEGEL finden Sie hier.)
Demnach stufen die Kriminalämter rund 1560 Männer und Frauen als "Gefährder" oder "relevante Personen" in der Extremistenszene ein. 362 von ihnen hätten einen Antrag auf Asyl gestellt. Die hohe Zahl sei auch "auf die Migrationsbewegungen im Kontext des Kriegsgeschehens in Syrien und Irak zurückzuführen", schreibt die Regierung.
Bund und Länder versuchen inzwischen, Gefährder schneller abzuschieben. Seit dem Terroranschlag in Berlin im Dezember 2016 haben die Innenminister in 13 Fällen eine sofortige Abschiebungsanordnung erlassen, bislang mussten zehn der Betroffenen das Land verlassen. Eine solche Anordnung darf verhängt werden, um "eine besondere Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland" abzuwehren.
Der FDP-Politiker Thomae findet, die Länder müssten von dem Mittel konsequent Gebrauch machen: "Es darf nicht sein, dass die Zahl der Gefährder in Deutschland weiter zunimmt, während die Zahl der Abschiebungen minimal bleibt."
Laut Bundesregierung sind aktuell 130 "Gefährder" und "relevante Personen" aus der Extremistenszene "ausreisepflichtig", weil ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Sie müssten Deutschland somit verlassen. Knapp 100 der Männer und Frauen wurden dagegen offiziell als Flüchtlinge anerkannt oder haben einen anderen Schutzstatus erhalten.
kno/wow
URL:

- http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-hunderte-extremisten-beantragten-asyl-a-1201565.html

https://de.gatestoneinstitute.org/12123/deutschland-vergewaltigung-krise

Deutschland: Migranten-Vergewaltigungskrise sorgt weiter für Schrecken und Leid

Frauen und Kinder werden auf dem Altar der Political Correctness geopfert

von Soeren Kern

5. April 2018

Englischer Originaltext: Germany: Migrant Rape Crisis Still Sowing Terror and Destruction

Übersetzung: Stefan Frank

▪ Der Direktor des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), André Schulz, schätzt, dass bis zu 90 Prozent der verübten Sexualdelikte in der offiziellen Statistik gar nicht auftauchen.

▪ "Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten", sagte ein hochrangiger Polizeibeamter gegenüber *Bild*. "Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden."

▪ Deutschlands Problem mit Migranten, die Sexualverbrechen verüben, wird verschärft durch die milde deutsche Justiz, die selbst bei schweren Verbrechen die Täter nur zu relativ milden Strafen verurteilt. In vielen Fällen werden Personen, die wegen Sexualverbrechen verhaftet werden, gleich nach der Befragung durch die Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt. Das erlaubt es Verdächtigen, weiter ungeschoren Verbrechen zu verüben.

Deutschlands Migranten-Vergewaltigungskrise geht unvermindert weiter. Vorläufige Statistiken zeigen, dass Migranten im Jahr 2017 pro Tag mehr als ein Dutzend Vergewaltigungen oder sexuelle Nötigungen verübt haben, viermal so viele wie 2014, dem Jahr bevor Bundeskanzlerin Angela Merkel mehr als eine Million zumeist männliche Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten ins Land ließ.

Ein vom Bundeskriminalamt (BKA) vierteljährlich veröffentlichter Bericht – "Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" – zeigt, dass Zuwanderer (definiert als Asylsuchende, Flüchtlinge und illegale Einwanderer) in den ersten neun Monaten des Jahres 2017 3.466 Sexualstraftaten verübt haben, das sind 13 pro Tag. (Die endgültige Kriminalitätsstatistik für 2017 wird für die Öffentlichkeit nicht vor dem zweiten Quartal 2018 verfügbar sein.) Zum Vergleich: Im ganzen Jahr 2016 begingen Migranten 3.404 Sexualstraftaten, das waren etwa neun pro Tag; 2014 waren es 949, also rund drei pro Tag, und 2013 waren es 599 oder gut zwei pro Tag.

Es wird jedoch angenommen, dass die tatsächliche Zahl der im Zusammenhang mit Migranten stehenden Sexualverbrechen in Deutschland viel höher ist, als es die offiziellen Zahlen zeigen. So enthalten etwa die Daten des BKA nur *aufgeklärte*Straftaten. Im Durchschnitt wird laut Polizeistatistiken etwa die Hälfte aller in Deutschland verübten Straftaten aufgeklärt.

Der Direktor des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), André Schulz, schätzt, dass bis zu 90 Prozent der Sexualdelikte in der offiziellen Statistik gar nicht auftauchen.

Die deutsche Polizei unterlässt in ihren Verbrechensmeldungen häufig jeglichen Hinweis auf Migranten und benennt kriminelle Migranten meist mit politisch korrekten Termini wie "Südländer", Männer "mit dunkler Hautfarbe" (auch: "dunkelhäutig", "dunklere Gesichtsfarbe", "dunkler Hauttyp") oder einer Kombination daraus: "südländische Hautfarbe". Diese Praxis, die offensichtlich darauf zielt, die Angreifer vom Islam abzukoppeln, macht es deutschen Bürgern schier unmöglich, der Polizei bei der Identifikation von Verdächtigen zu helfen.
"Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten", sagte ein hochrangiger Polizeibeamter gegenüber *Bild*. "Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden."
Deutschlands Migranten-Vergewaltigungskrise geht im Jahr 2018 unvermindert weiter. Trotz des wachsenden menschlichen Leids werden viele der Verbrechen von den deutschen Behörden und den Medien nicht publik gemacht, verharmlost oder als "Einzelfälle" abgetan, offenbar, um zu vermeiden, dass sie die Stimmung gegen Einwanderung verstärken könnten.
▪ Auch eine kürzlich verübte Vergewaltigung, bei der der Täter ein Deutscher war, verschwieg die Polizei zunächst. Am 18. Februar wurde eine 33 Jahre alte Frau vergewaltigt, während sie in **Bochum** einen Friedhof besuchte. Der Angreifer fiel die Frau von hinten an und schlug sie mit einem Stein auf den Kopf bewusstlos. Dann vergewaltigte er sie mehrfach. Die Bochumer Polizei schwieg über die Vergewaltigung so lange, bis sie von der Lokalzeitung *Rheinische Post* zur Stellungnahme gedrängt wurde. Dann kam heraus, dass der Vergewaltiger ein verurteilter Sexualstraftäter ist, der aus der Haft entlassen worden war, um an einem "Rehabilitations"-Programm teilzunehmen.
Die nordrhein-westfälischen Behörden unterdrückten in diesem Fall offenbar die Informationen über die Vergewaltigung, um zu vermeiden, dass sich die Öffentlichkeit über die Rückfälligkeit verurteilter Sexualverbrecher Sorgen macht. Die Vertuschung durch die Polizei sorgte für Empörung. "Die Öffentlichkeit hat aus meiner Sicht ein Recht darauf, zu erfahren, dass von verurteilten Sexualstraftätern eine reale Gefahr ausgeht, wenn sie wieder draußen sind", sagte ein leitender Kriminalbeamter. "Wenn etwas so Schreckliches wie in Bochum passiert, dann muss das auch beim Namen genannt werden. Ohne Wenn und Aber. Wenn man so eine wichtige Information zurückbehält, denken die Leute doch, dass alles in Ordnung sei und die Kurs-Teilnehmer nicht rückfällig werden", sagte er weiter. Ein Sprecher der Polizei sagte, der Medienblackout habe das Opfer schützen sollen. "Wir wissen von Psychologen, dass dies für die Opfer oft sehr belastend ist." Nach dem öffentlichen Aufschrei gab die Bochumer Polizei zu, einen "Fehler" gemacht zu haben.

▪ Am 22. Februar wurde eine 18-jährige britische Schülerin auf einer Klassenfahrt nach Berlin von zwei Männern vergewaltigt, nachdem sie von ihrer Gruppe getrennt worden war. Sie musste für zwei Tage ins Krankenhaus. Die Polizei verschwieg den Fall, bis das Mädchen nach Großbritannien zurückgekehrt war und seine Eltern britische Medien kontaktierten, die über den Fall berichteten. Auf Anfragen von *Journalisten Watch*, einer Gruppe, die Medienorgane zur Rechenschaft zieht, gab die Berliner Polizei zu, dass sie die beiden Männer in Zusammenhang mit der Vergewaltigung festgenommen, aber wieder auf freien Fuß gesetzt hatte, da "keine Haftgründe" vorgelegen hätten.

▪ Am 26. Januar versuchte ein Mann "orientalischer bis nordafrikanischer Herkunft", eine Studentin an der Goethe-Universität **Frankfurt a.M.** zu vergewaltigen. Bald kam heraus, dass drei weitere Frauen von einem Mann angegriffen worden waren, von dem die Polizei glaubt, dass es derselbe Täter ist. Obwohl sich die Taten am 6. Oktober, am 29. Dezember und am 6. Januar ereignet hatten, warnten Vertreter der Universität die Studentinnen nicht davor, dass sich am Campus ein Sexualverbrecher herumtreibt – die Warnung wurde erst am 2. Februar ausgesprochen, vier Monate nach der ersten Tat.

▪ Am 11. Januar wurden zwei 15-jährige Mädchen in einer U-Bahn in München sexuell genötigt. Einem der Mädchen gelang es, ein Foto des Täters zu machen, doch die Polizei weigerte sich, es zu veröffentlichen. In einem Fahndungsaufruf bittet die Polizei nun um Hilfe bei der Suche nach einem Mann, der so beschrieben wird: "Männlich, ca. 170 cm groß, 20 Jahre alt, schlanke Figur, rote Winterjacke, dunkle Hose, schwarze Schuhe."

▪ Am 10. Januar veröffentlichte die Polizei in Magdeburg das Foto eines Mannes mit "dunkler Hautfarbe", der verdächtig ist, am 27. Juni 2017 eine Frau am Hauptbahnhof vergewaltigt und schwer verletzt zu haben. Warum die Polizei sechs Monate gewartet hatte, ehe sie das Foto veröffentlichte, sagte sie nicht.

▪ Am 4. Januar vergewaltigte ein 24-jähriger Mann eine Frau in einer Schule in **Hannover**. Die Polizei verschwieg die Nationalität des Mannes. *Bild* setztedas fehlende Detail ein: Er stammt aus Albanien. Die *Hannoversche Allgemeine*hatte in ihrem Bericht ursprünglich die albanische Herkunft erwähnt; eine Stunde später jedoch "aktualisierte" sie den Artikel und ersetzte das Wort "Albanien" durch "Balkan".

Viele Vergewaltigungen und andere sexuelle Angriffe ereignen sich in öffentlichen Verkehrsmitteln oder an Bus- und Bahnstationen. Besonders akut ist das Problem in Berlin, wo die Polizei 2017 296 Anzeigen wegen sexueller Übergriffe in Bussen und Zügen aufnahm, fast doppelt so viele wie 2016, lauteinem Bericht von *Bild*.

Am 4. März etwa stellte sich ein 30-jähriger Ägypter, der mindestens vier Frauen in oder in der Nähe von U-Bahn-Stationen in Berlin vergewaltigt hatte, der Polizei, nachdem diese Bilder von ihm veröffentlicht hatte, die eine Überwachungskamera aufgenommen hatte. Der Mann wählte seine Opfer, während er U-

Bahn fuhr. Er nahm Augenkontakt mit ihnen auf, folgte ihnen aus der Station und vergewaltigte sie dann. Die Berliner Polizei verschwieg die Nationalität des Mannes. Die *Berliner Zeitung* ergänzte das fehlende Details: Er wurde in Ägypten geboren.

Am 28. Februar wurden zahlreiche Frauen in einem Zug nach **München** von einem 18-jährigen Syrer sexuell genötigt. Der Mann ging systematisch durch den Zug und betrat die Abteile, in denen eine Frau allein saß. Er wurde verhaftet, nachdem der Zug am Münchener Hauptbahnhof eingefahren war. Nach Angaben der Polizei hat er ein langes Vorstrafenregister.

Am 10. Januar wurden zwei Teenagerinnen in einem Regionalzug nach Müllheimvon einem 31-jährigen Asylbewerber aus dem Tschad sexuell belästigt. Die Polizei sagt, er habe die Mädchen schon am Bahnsteig bedrängt, bevor der Zug losfuhr. Als sie eingestiegen waren, setzte er sich neben sie und fing an, sie zu begrapschen. Als sich die Mädchen in ein anderes Abteil setzten, folgte er ihnen und setzte seine sexuellen Attacken fort. Die Mädchen sperrten sich dann in einer Toilette ein und riefen die Polizei. Der Mann wurde festgenommen, als der Zug in Freiburg ankam. Wie sich dabei herausstellte, muss sich der Mann wegen mehrerer Körperverletzungsdelikte sowie anderer Straftaten noch vor Gericht verantworten. Die Polizei hatte ihn am Vortag wegen eines Angriffs auf eine Frau in einem anderen Zug festgenommen, aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Solche Attacken in öffentlichen Verkehrsmitteln gibt es mittlerweile überall in Deutschland, in großen und kleinen Städten:

- **Frankfurt a.M.**, 28. Februar: Ein 29 Jahre alter Asylbewerber aus Äthiopien verübt in einem Zug einen Sexüberfall auf eine 34-Jährige.
- **Weilburg**, 24. Februar: Ein "Südländer" masturbiert vor einer 18-Jährigen in einem Bus nach Weilmünster. Die Polizei sagt, er habe, während er sich im Intimbereich berührte, zusammen mit der 18-Jährigen im Bereich eines 4-er Sitzes gesessen. Im Anschluss habe der Täter den Bus an einer Haltestelle verlassen.
- **Mühlhausen**, 13. Februar: In einem Regionalzug aus **Erfurt** wird eine 17-jährige von sechs "Männern nordafrikanischer Herkunft" sexuell genötigt.
- **Friedrichshafen**, 15. Februar: Ein Mann mit "orientalischem Aussehen" masturbiert im Zug vor den Augen einer Mitreisenden.
- **Heilbronn**, 14. Februar: Eine 26 Jahre alte schwangere Frau wird an einer Bushaltestelle von einem "arabisch aussehenden Mann" sexuell genötigt.
- **Hamburg**, 12. Februar: An der U-Bahn-Station Jungfernstieg wird eine 19-Jährige von einem 18 Jahre alten afghanischen Asylbewerber sexuell genötigt.
- **Karlsruhe**, 11. Februar: Eine 28-Jährige wird in der Straßenbahn von zwei Männern mit "südländischem Erscheinungsbild" sexuell genötigt.
- **Pforzheim**, 11. Februar: Eine 17-Jährige wird in der Straßenbahn von einem 20 Jahre alten Türken sexuell genötigt.
- **Zierenberg**, 7. Februar: Ein 25-jähriger Asylbewerber aus Aserbaidschan wird verhaftet, weil er in einem Regionalzug zwei Teenagerinnen sexuell belästigt hatte.

- **Weil am Rhein**, 7. Februar: Ein 14-jähriges Mädchen wird an einer U-Bahn-Station von einem Mann mit "dunkler Hautfarbe" sexuell genötigt.
- **Schopfheim**, 1. Februar: Ein 61 Jahre alter Inder wird verhaftet, nachdem er in einem Zug ein elfjähriges Mädchen sexuell genötigt hatte.
- **Heidelberg**, 1. Februar: An einer Straßenbahnhaltestelle wird eine Frau von einem 21-jährigen Eritreer sexuell genötigt.
- **Schwabing**, 1. Februar: Ein Mann mit "orientalischem Aussehen" reibt und entblößt an einer U-Bahn-Haltestelle sein Geschlechtsteil vor einer 28-jährigen Frau.
- **Dresden**, 28. Januar: Eine 20 Jahre alte Frau wird an einer Straßenbahnhaltestelle von einem Mann mit "südländischem Aussehen" sexuell genötigt.
- **Bad Schwartau**, 26. Januar: An einer Bushaltestelle wird eine 18-Jährige von einem Mann mit "dunklerem Hauttyp" sexuell genötigt.
- **Greifswald**, 20. Januar: Eine 33-Jährige wird am Hauptbahnhof von vier Männern "nordafrikanischer Herkunft" sexuell genötigt.
- **Mannheim**, 17. Januar: Im Intercity aus Stuttgart wird eine Frau von einem 72-jährigen Türken sexuell genötigt.
- **Berlin**, 13. Januar: Ein 29-jähriger Libanese masturbiert vor einer 19 Jahre alten Frau im Intercity. Die Polizei sagt, der Mann halte sich illegal in Deutschland auf.
- **Mannheim**, 9. Januar: Eine 23-Jährige wird in der Straßenbahn am Hauptbahnhof von einem 28 Jahre alten Afghanen sexuell genötigt. Eine Stunde später belästigt er Frauen in einer anderen Straßenbahn. Der Mann wird von der Polizei befragt, dann freigelassen.
- **München**, 9. Januar: An der U-Bahn-Station Harras wird ein 14-jähriges Mädchen von einem Mann mit "indischer/afghanischer Erscheinung" sexuell genötigt.

Viele der Opfer sind Kinder, manche von ihnen werden vor den Augen ihrer Eltern attackiert:

- **Mörfelden-Walldorf**, 27. Februar: Ein Mann mit "dunklem Teint" entblößt sich vor zahlreichen Jungen im Alter von elf Jahren, die auf dem Heimweg von der Schule sind.
- **Velen**, 25. Februar: Ein Mann mit "leicht dunklem Hauttyp" entblößt sich auf einem Campingplatz vor mindestens vier Kindern.
- **Eberswald**, 26. Januar: Vier 19 Jahre alte Syrer versuchen, ein 14-jähriges Mädchen sexuell zu attackieren. Als der Vater des Mädchens einschreitet, traktieren ihn die Syrer mit Schlägen und Tritten.
- **Mörfelden-Walldorf**, 26. Januar: Ein Mann mit dunklem Teint entblößt sichvor einem elfjährigen Mädchen.
- **Moosach**, 24. Januar: Ein Mann, der gebrochen Deutsch spricht, nähert sich auf einem Spielplatz einem achtjährigen Mädchen und küsst es im Beisein seiner Mutter auf den Mund.
- **Schwenningen**, 11. Januar: Ein Mann mit "dunkler Hautfarbe" attackiertzwei elfjährige Jungen an einer Haltestelle; einem von beiden greift er in den Schritt.

Sexuelle Überfälle ereignen sich an öffentlichen Orten, in Parks, Schwimmbädern und in Supermärkten:

- **Sulzbach**, 10. März: In einem Elektronikgeschäft wird ein 14-jähriges Mädchen von einem Mann "vermutlich asiatischer Herkunft" sexuell genötigt.
- **Weinheim**, 5. März: In einem Schwimmbad werden zwei 14-jährige Mädchen von einem Mann mit "osteuropäischem Erscheinungsbild" sexuell

genötigt. Innerhalb von 12 Monaten sind in dem Bad sieben Kinder sexuell genötigt worden.

- **Konstanz**, 3. März: In einem Park wird eine Frau von einem "Schwarzafrikaner" sexuell genötigt.
- **Hagen**, 17. Februar: Ein Mann mit "südländischem Aussehen" entblößt sichvor einer 68 Jahre alten Frau in einem Park.
- **Kitzingen**, 3. Februar: Zwei Mädchen werden in einem Schwimmbad von drei Afghanen sexuell genötigt.
- **Fellbach**, 10. Januar: Auf dem Marktplatz greift sich ein Mann vor einer 35-jährigen Frau in die Hose.
- **Hamburg**, 1. Januar: Im Krankenhaus wird eine 34 Jahre alte Frau von einem 22-jährigen Marokkaner sexuell genötigt.

Viele Opfer werden in der Nähe ihrer Wohnung verfolgt und attackiert:

- **Dresden**, 9. März: Als sie ihre Haustür aufschließt, wird eine 27-Jährige von einem "Südländer" sexuell genötigt. Einen Tag später wird in **Dresden** eine 40-Jährige vor ihrer Wohnung von einem Mann gleichen Aussehens sexuell genötigt.
- **Essen**, 2. März: Auf dem Heimweg vom Hauptbahnhof wird eine 30-Jährige von einem Mann, der Deutsch mit Akzent spricht, sexuell genötigt.
- **Werten**, 2. März: Als sie in ihr Auto steigt, wird eine Frau von drei Männern mit "südländischem Erscheinungsbild" sexuell genötigt.
- **Dresden**, 5. Februar: Vor ihrer Wohnung wird eine 33-Jährige von einem "südländisch aussehenden" Mann sexuell genötigt.
- **Krefeld**, 15. Januar: Eine 18-Jährige wird von einem "Südländer" sexuell genötigt. Die beiden fuhren in derselben Straßenbahn und stiegen an derselben Haltestelle aus. Die Frau war auf dem Weg nach Hause, als der Mann sie von hinten attackierte.

Weiterhin gibt es Fälle von *taharush*, einer Praxis, bei der eine Gruppe von Männern Frauen einkreist und dann attackiert:

- **Essen**, 11. März: Drei Teenagerinnen werden von einer Gruppe von sieben Arabisch sprechenden Männern mit "südländischem Aussehen" umringt und sexuell genötigt.
- **Lienen**, 4. März: Auf einer Dorfkirmes werden zahlreiche Frauen von zehn Migranten eingekreist und sexuell genötigt.
- **Greifswald**, 20. Januar: Am Hauptbahnhof wird eine 33-Jährige von vier Männern "nordafrikanischer Herkunft" sexuell genötigt.
- **Düsseldorf-Altstadt**, 13. Januar: Ein 14-jähriges Mädchen wird von einer Gruppe von jungen Männern umringt und sexuell genötigt.
- **Bremen**, 1. Januar: Zwei Frauen werden im Stadtzentrum von jungen Männern umringt und sexuell genötigt. Die Polizei verhaftet einen 20-jährigen Syrer.
- **Rüthen**, 1. Januar: Eine 23-Jährige wird von einer Gruppe junger Männer eingekreist und sexuell genötigt.

Migranten mit exhibitionistischen Neigungen sind allgegenwärtig:

- **Oelde**, 22. Februar: Ein Mann mit "leicht gelblichem Teint" entblößt sich vor zahlreichen Schülerinnen. Dieselbe Person soll sich in Oelde vier Tage zuvor vor zwei anderen Schülerinnen entblößt haben.
- **Kirchheim unter Teck**, 17. Februar: Ein 22 Jahre alter Iraker wird wegen Exhibitionismus verhaftet.
- **Hagen**, 17. Februar: Ein Mann mit "südländischem Aussehen" masturbiertvor einer 68-Jährigen in einem Park.
- **Stuttgart-Degerloch**, 4. Februar: Ein Mann mit "südländischem Aussehen" entblößt sich vor einer 32-Jährigen.

- **Heidelberg-Altstadt**, 21. Januar 21: Ein Mann mit "orientalischem Aussehen" entblößt sich vor einer 30-Jährigen.
- **Hamburg**, 18. Januar: Ein 21 Jahre alter Somalier entblößt sich vor Passanten am Hauptbahnhof.
- **Chemnitz**, 17. Januar: Ein "dunkelhäutiger" Mann entblößt sich auf einem Spielplatz vor einem 15-jährigen Mädchen.
- **Unterjettingen**, 13. Januar: Ein "dunkelhäutiger Mann" entblößt sich vor Passanten.
- **Tübingen**, 9. Januar: An der Universität Tübingen entblößt sich ein "dunkelhäutiger Mann" und onaniert, während er auf eine 23 Jahre alte Frau starrt. Die Polizei geht davon aus, dass es derselbe Mann ist, der sich auf dieselbe Weise schon vor vielen anderen Studentinnen entblößt hat.
- **Seckach**, 6. Januar: Ein Mann mit "dunklem Teint" masturbiert im Zug vor einem 17-jährigen Mädchen.

Deutschlands Problem mit Migranten, die Sexualverbrechen verüben, wird verschärft durch die milde deutsche Justiz, die selbst bei schweren Verbrechen die Täter nur zu relativ milden Strafen verurteilt. In vielen Fällen werden Personen, die wegen Sexualverbrechen verhaftet werden, gleich nach der Befragung durch die Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt. Diese Praxis erlaubt es Strafverdächtigen, weiterhin so gut wie ungeschoren Verbrechen zu verüben.

Am 2. Januar beispielsweise nahm die Staatsanwaltschaft Traunstein auf Druck einer örtlichen Zeitung einen Fall wieder auf, in dem es um einen 22-jährigen afghanischen Exhibitionisten ging. Der Mann hatte sich in einem Schulbus wiederholt vor einem 15-jährigen Mädchen entblößt. Als dies wieder passierte, filmte das Mädchen, wie der Mann sich befriedigte und seinen erigierten Penis entblößte. Die Staatsanwaltschaft hatte die Ermittlungen eingestellt, nachdem der Mann behauptet hatte, "er habe sich wegen Juckreizes am Penis gekratzt". Nachdem das Münchener *Wochenblatt* das von dem Mädchen aufgenommene Video auf YouTube hochgeladen hatte, änderte die Staatsanwaltschaft ihre Sicht und zitierte den Mann vor Gericht.

- **Hamburg**, 4. März: Ein 25 Jahre alter illegaler Einwanderer aus dem Kosovo wird wegen der Entführung und Vergewaltigung einer 29-Jährigen verhaftet. Der Mann war zuvor bereits mit Haftbefehl gesucht worden und stand auf einer Abschiebeliste.
- **Bad Krozingen**, 19. Februar: Ein 22 Jahre alter Mann aus Gambia verübt einen Sexüberfall auf eine 25-Jährige. Der Polizei ist der Mann bekannt, u.a. auch wegen einer sexuellen Belästigung, die er am 3. Februar begangen hatte.
- **Heidelberg**, 16. Februar: Ein 37-jähriger Syrer wird verhaftet, weil er im Stadtzentrum zahlreiche Frauen sexuell genötigt hatte. Er wird befragt, dann freigelassen.
- **Tübingen**, 13. Februar: Wegen der sexuellen Nötigung einer 17-Jährigen wird ein 44 Jahre alter Migrant aus Libyen verhaftet. Er wird befragt, dann auf freien Fuß gesetzt.
- **Esslingen**, 29. Januar: Ein 18-jähriger afghanischer Asylbewerber vergewaltigt ein 13-jähriges Mädchen. Später kommt heraus, dass der Afghane wegen einer Sexualstraftat vorbestraft ist und im Dezember 2017 aus der Haft entlassen wurde.

- **Münster**, 14. Januar: Im Zug wird eine Frau von einem 23-jährigen Afghanen geschlagen und sexuell beleidigt. Der Mann wird befragt, dann freigelassen.
- **Hennigsdorf**, 2. Januar: Ein 35-jähriger Pole versucht, eine 41-jährige Frau zu vergewaltigen. Gegen eine Kaution von 300 Euro wird er freigelassen. Nach Polizeiangaben hatte der Mann schon im November 2017 in Thüringen versucht, eine Frau zu vergewaltigen. Es bleibt unklar, warum die Polizei ihn immer wieder auf freien Fuß setzt.
- **Freiburg**, 26. Dezember: Am Hauptbahnhof werden zwei 17 Jahre alte Mädchen von einem 32-jährigen algerischen Asylbewerber sexuell genötigt. Nach Angaben der Polizei liegen fünf Haftbefehle gegen ihn vor.

Der Polizei gegenüber verhalten sich Migranten oft extrem respektlos:

- **Warstein**, 1. März: Eine 36 Jahre alte Frau wird von einem 37-jährigen Marokkaner sexuell genötigt. Als Polizisten versuchen, den Mann zu verhaften, attackiert und beleidigt er sie.
- **Mainz**, 24. Februar: Eine 22-Jährige wird in einem Restaurant von einem 28 Jahre alten Kenianer sexuell genötigt. Als die Polizeibeamten eintreffen, werden sie von dem Mann angegriffen und bespuckt.
- **Marburg**, 12. Februar: Am Bahnhof wird eine Frau von einem 20 Jahre alten Mann aus Eritrea sexuell genötigt. Als Polizisten versuchen, den Mann zu verhaften, attackiert er sie mit Schlägen und Tritten.
- **Görlitz,** 8. Januar: Ein 30-jähriger Marokkaner entblößt sich vor zwei Beamten der Bundespolizei. Sie waren gerade dabei, ihm Fragen zu stellen, als er plötzlich die Hose runterließ.

Auffällig ist das Schweigen der deutschen Mainstreammedien über die Migranten-Vergewaltigungskrise. Lediglich über die allerkrassesten Verbrechen berichten die überregionalen Medien, und kein Journalist zählt zwei und zwei zusammen und zeigt das Gesamtbild. Dieses Versäumnis könnte der Grund dafür sein, warum es nur wenig öffentliche Empörung über die tolerierte und gebilligte Kriminalität gibt, unter der so viele deutsche Frauen und Kinder zu leiden haben.

Soeren Kern ist ein Senior Fellow des New Yorker Gatestone Institute.

https://www.focus.de/politik/deutschland/ralph-ghadban-islam-experte-ueber-kriminelle-clans-gehen-zum-offenen-angriff-auf-unsere-rechtsordnung-ueber_id_8732177.html

Ralph Ghadban

Islam-Experte über kriminelle Clans: "Gehen zum offenen Angriff auf unsere Rechtsordnung über"

Sie verdienen Millionen mit Raub, Drogenhandel und Prostitution: kriminelle arabische Clans. Der Islam-Experte Ralph Ghadban warnt, dass die Banden sich inzwischen „allmächtig“ fühlten und die deutsche Rechtsordnung angreifen würden. Das sagte Ghadban gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

„Das Signal ist eindeutig: Wir können euch berauben, während ihr tatenlos zuseht“, beschreibt der Islam-Experte das Selbstverständnis der arabischen Clans. Die Banden gingen zum „offenen Angriff auf unsere Rechtsordnung“ über, so Ghadban.

"Völlig falsch verstandenes Toleranz-Verständnis"
Ein „völlig falsch verstandenes Toleranz-Verständnis“ seitens der Justiz hätte diese Entwicklung begründet. Man befürchte, kulturelle Gruppen zu stigmatisieren. „Alle wollen irgendwie multikulti sein, weil sie glauben, dass der Begriff ein Synonym für demokratischen Pluralismus sei“, sagt der Islam-Experte. Multitkulturalismus sei stattdessen jedoch eine „Ideologie, die alle Kulturen und Handlungen per se gleichwertig erklärt, auch wenn sie komplett intolerant sind“. Ghadban fordert deswegen, Multikulturalismus dürfe beim staatlichen Handeln keine Rolle mehr spielen.

Wann ist endlich Schicht im Schächtungs-Schacht? Schächtungs-Holstein: Syrer will schlafende Frau schächten

pi-news.net/2018/04/schaechtungs-holstein-syrer-will-schlafende-frau-schaechten
April 14, 2018
Ein Mehrfamilienhaus im Kampenweg in Rendsburg: Hier ging ein aus Syrien stammender Mann mit einem Messer auf seine Ehefrau los, die beabsichtigte Tötung verlief allerdings suboptimal für ihn.
Von JOHANNES DANIELS | Freitag ist Schächtungs-Tag – rein statistisch betrachtet erfolgen die meisten Messer-Angriffe vor oder nach der Gebetsstunde an diesem besagten Wochentag. Erschwerend wirkte sich für ein junges syrisches Ehepaar aus Rendsburg aus, dass der heutige Freitag auf den 13. fiel – immer ein kritischer Tag in vielen religionsbestimmten Kulturkreisen.
Denn keine 14 Stunden nach dem schockierenden Messerangriff am Hamburger Jungfernstieg durch einen Kirchenasyl-verwöhnten „Nigrer“ hat sich im nicht weit entfernten schleswig-holsteinischen Rendsburg offenbar eine sehr ähnliche Tat ereignet. Ein spontaner Nachahmungstäter ?
Ein schutzsuchender 26-jähriger syrisch-stämmiger Rendsburger versuchte, seiner schlafenden Ehefrau mit einem 20-cm-Küchenmesser die Kehle durchzuschneiden, so wie es in seinem einzigen Buch geschrieben steht. Doch die 22-Jährige konnte den widerwärtigen Angriff geistesgegenwärtig abwehren und sich blutüberströmt auf die Straße retten, wo ihr Passanten zur Hilfe kamen und die Polizei alarmierten. Ihre beiden kleinen Kinder blieben in der Wohnung zurück. Sie befinden sich jetzt in der Obhut des Jugendamtes.
Merkel- und Messergast muss wohl noch etwas üben ...
Die Tat ereignete sich am Freitag kurz nach Mitternacht im Rendsburger Stadtteil Kronwerk. Der syrische Merkel- und Messergast habe seiner Ehefrau erhebliche Stich- und Schnittverletzungen zugefügt, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Kiel, Axel Bieler. Er wollte seine Frau regelrecht schächten, was ihm jedoch nicht gänzlich gelang – Freitag, der 13. eben.
Die 22-Jährige kam in ein Krankenhaus. Der „mutmaßliche“ Schächtungs-Syrer wurde widerstandslos festgenommen. Gegen ihn will die Staatsanwaltschaft zunächst Haftbefehl wegen versuchten Mordes beantragen. Es dürfte im vorliegenden Sachverhalt sogar das für einen Mord typische Merkmal der Heimtücke evident vorliegen. Möglicherweise sieht die Justiz aber in der gescheiterten Nichtvollendung der Tat auch einen „Rücktritt“ des nun doppelt traumatisierten Syrers.
Die gemeinsame Wohnung, in der das Eigentum des Geflüchteten abgeschlachtet werden sollte, befindet sich in einer ruhigen Wohnstraße in Rendsburg-Kornwerk in einem zweigeschossigen Mietshaus am Kampenweg. Das Familiendrama hat sich im ersten Stock ereignet, dort lebte die schutzsuchende syrische Familie seit etwa zwei Jahren, berichtet ein Nachbar, der von den entsetzlichen Schreien der 22-jährigen Mitmieterin wach wurde.
Familiendrama – Berichterstattungs-Drama der GEZ-Schergen:
Die mit 8 Milliarden Euro „Demokratieabgabe“ zwangsfinanzierte ARD berichtet sogar ebenfalls über die Tat mit Messer-, Mekka- und Migrationshintergrund, jedoch leicht anders als PI-NEWS- finde den Unterschied:
„Die Polizei bestätigte ein Familiendrama, bei dem ein „Mann seine Frau“ in der vergangenen Nacht schwer verletzt haben soll. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft in Kiel wollte er der 22-Jährigen im Stadtteil Kronwerk die Kehle

durchschneiden. Die Frau konnte sich schwerverletzt auf die Straße retten. Gegen den „Mann“ hat die Staatsanwaltschaft Haftbefehl beantragt – eine Entscheidung wird noch im Laufe des Freitags erwartet.
Der Kieler Oberstaatsanwalt Axel Bieler sagte NDR 1 Welle Nord: „Er soll ihr Stich- und Schnittwunden zugeführt haben. Die Frau soll während der Tat erwacht sein, konnte sich glücklicherweise retten.“ Bei der Tatwaffe handelte es sich offenbar um ein Küchenmesser. Die Frau flüchtete zu den Nachbarn, die sofort Polizei und Rettungsdienst informierten. Der „Mann“ wurde festgenommen.“
Ebenfalls festnehmen sollte man die für diese Lückenmeldungen verantwortlichen Redakteure und Intendanten (bis zu 399.000 € Jahresgehalt !!!) des zwangsfinanzierten Lügensenders.

Messer-Freitag der 13. Wieder Messerattacke in Hamburg – Zoff am ZOB

pi-news.net/2018/04/wieder-messerattacke-in-hamburg-zoff-am-zob

April 13, 2018

Am Hamburger Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) eskalierte ein Streit über zu laute Musik im Bus. Die täglichen Bilder aus Hamburg sind mittlerweile fast austauschbar.
Von DAVID DEIMER | Wie sich die Bilder gleichen. Auch nach dem gestrigen Messer-Doppelmord durch einen 33-jährigen „Nigrer“ steht Hamburg wieder im Schnittpunkt des Geschehens. Bekanntlich sitzen in Hamburg nicht nur bei „Edeka-Mördern“ immer freitags die Messer besonders locker, denn die schnittigen Freunde der Messereinwanderung sind an diesem Tag – rein statistisch betrachtet – besonders zu Schandtaten aufgelegt.
Nach ersten Informationen erfolgte am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) am Süd-Eingang des Hamburger Hauptbahnhofs gegen 13 Uhr eine weitere Messerattacke in Hamburg. Der Täter wurde noch am Tatort von der Polizei festgenommen. Die Polizei sperrte den Bereich am Hauptbahnhof ab.

Männer kommen sich wegen lauter Musik „in die Wolle“

Durch den Messerangriff eines „Mannes“ sei dabei ein weiterer „Kontrahent“ schwer verletzt worden, nachdem sich beide nach Medienberichten „in die Wolle“ bekamen. Nach ersten Erkenntnissen der Ermittler sei die Tatwaffe ein Messer gewesen. Es habe dabei einen Streit zwischen zwei Männern gegeben, erklärte eine Polizeisprecherin. Ersten Informationen zufolge kam es zu der Messer-Attacke, nachdem die zwei Männer im Bus der Linie 3 in Streit über „zu laute Musik“ gerieten. Auf dem ZOB-Gelände ging der musikalische Disput weiter. Die Auseinandersetzung eskalierte dort weiter, da der Mann seine Musik immer noch nicht leiser stellen wollte, ein Messer zog und unvermittelt auf seinen Kontrahenten einstach. Weitere Hintergründe der Tat seien zunächst aber „noch unklar“. Auch zu Alter und Herkunft der Beteiligten konnte die Polizei zunächst keine Angaben machen.

Vom Jungfernstich zum Hauptbahnhof – das Messer gehört zu Hamburg

Der schwer verletzte „Geschädigte“ wurde durch drei gezielte Messerstiche in den Bauch getroffen und musste mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Ein Rettungshubschrauber kam heute nicht zum Einsatz. Das Landeskriminalamt habe auch hier die Ermittlungen übernommen. Das Hamburger LKA hat derzeit alle Hände voll zu tun.
Nach der bestialischen Messer-Attacke eines „Nigrers“ am Jungfernstieg am gestrigen Donnerstag, bei welcher der „Lampedusa-Flüchtling“ Mourtala M. (33) seine Tochter Mariam und seine Ex-Frau Sandra (34) direkt am belebten Jungfernstieg abschlachtete, wurde Hamburg heute schon wieder zum traurigen Schauplatz einer „eskalierenden Auseinandersetzung“ aus einem nichtigen Grund. Die Einsatzkosten gehen wie immer zu Lasten des deutschen Steuerpflichtigen.

Auch die WeLT vermeldet nur Humbug zu dem erneuten Messerangriff in Hamburg:

„Liebe Leser, bitte verzichten Sie auf grobe Verallgemeinerungen, vage Spekulationen und Herabsetzungen Andersdenkender. Argumentieren Sie bitte sachlich. Vielen Dank.“

Schwarzer „Freitag, der 13.“ für schutzbedürftigen Angreifer Fulda: Afghane verletzt mehrere Menschen und wird erschossen!

pi-news.net/2018/04/fulda-afghane-verletzt-mehrere-menschen-schwer-und-wird-erschossen

April 13, 2018

Der Angriff des schutzbedürftigen Afghanen fand in den den frühen Freitag-Morgenstunden vor dem Gebet statt. Mehrere Menschen wurden schwer verletzt, der Angreifer wurde von der Polizei langfristig unschädlich gemacht. Von MAX THOMA | Kein Tag mehr in Deutschland ohne Angriffe von „mutmaßlich psychisch verwirrten Tätern“ auf die deutsche Bevölkerung ! Ausgerechnet am Freitag, den 13. attackierte in den frühen Morgenstunden ein 19-jähriger Afghane in Fulda mehrere Menschen vor einer Bäckerei in der Flemingstraße und verletzte sie teilweise schwer. Zunächst sei ein Fahrer der Bäckerei mit Steinen beworfen worden, danach wurde das Schaufenster der Bäckerei mit Steinen beworfen und mehrere Mitarbeiter „gesteinigt“ – es ist schließlich Freitag. Einschreitende Polizisten wurden danach selbst angegriffen und verletzt. Sie erschossen den Täter. Die Hintergründe der Tat sind derzeit noch unklar – in den bisherigen Medienberichten wird taktvoll von einem „Randalierer“ berichtet.

Polizei in Fulda – alles richtig gemacht

Die Attacke hatte sich gegen 4.20 Uhr ereignet, teilte eine Polizeisprecherin mit. Bei den Opfern des so genannten „Randalierers“ habe es sich ersten Erkenntnissen zufolge um Angestellte der Bäckerei und einen Lieferfahrer gehandelt. Ob der „Randalierer“ unter Alkohol- oder Drogeneinfluss stand, sei nicht bekannt – es dürfte die Opfer der Attacke auch nicht sonderlich interessieren.

Allerdings sind solche Aussagen immer ein probates Mittel, um das Staatsversagen der Menschenleben-verachtenden Willkommens-Behörden etwas zu relativieren und dem Justizapparat in seiner willfährigen Un-Rechts-Sprechung Vorschub zu leisten.

Als die Polizisten vor Ort eintrafen, habe der „Mann“ auch sie sofort mit Steinen beworfen und mit einem Schlagstock attackiert, hieß es weiter. Daraufhin hätten die Beamten geschossen und den Afghanen tödlich verletzt, Chuck Norris wäre sehr stolz gewesen. Die Bäckerei liegt in einem Wohn- und Gewerbegebiet im Bereich eines ehemaligen Kasernengeländes in Fulda. Bereits im Juli 2017 erstach ein schutzbedürftiger Afghane in Fulda einen weiteren Afghanen bei einer “Meinungsverschiedenheit“ mit einem 20-cm-Küchenmesser !

Das hessische Landeskriminalamt (LKA) wurde zusätzlich als unabhängige Behörde in die Ermittlungen eingeschaltet. Das sei bei tödlichem Schusswaffengebrauch von Polizisten immer der Fall, erklärte ein LKA-Sprecher. Im Jahr 2017 habe die Polizei in Hessen in fünf Fällen auf Menschen geschossen, dabei seien zwei Menschen ums Leben gekommen. Die Polizei macht in solchen Fällen von ihrem Notwehr- oder Putativnotwehrrecht nach §32 StGB Gebrauch.

Hätte eine auch ein Stuhlkreis das Menschengeschenk stoppen können? „Fragen!“

Während Renate Künaxt mutmaßlich wieder um den „mutmaßlichen afghanischen Täter“ – ein Opfer der fremdenfeindlichen deutschen Gesellschaft – trauert und das legale Vorgehen der verletzten Polizisten wieder klammheimlich anprangern wird („Wieso konnte der Angreifer nicht angriffsunfähig geschossen werden???? Fragen! #Würzburg @SZ), ruft die Polizei heute zum „Berufsinformationstag der hessischen Polizei“ auf: Am Samstag stehen Polizeibeamte in Fulda aus den verschiedensten Bereichen Rede und Antwort und informieren über ihren interessanten Beruf:

„Jeder, der überlegt, sich zum Polizisten ausbilden zu lassen, ist herzlich Willkommen – mitbringen muss man nichts“ – außer gute Nerven, ein sehr dickes Fell und eine sehr gute Reaktionsbereitschaft!

Im Beitrag des „Tagesspiegels“ wird bei der Nennung des Täters übrigens auf die „Erklärung 2018“ der tapferen Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld verlinkt. Versehen oder Ironie des Schicksals?

„Die Polizei in Fulda hat einen Randalierer erschossen. Der aus Afghanistan stammende 19 Jahre alte Flüchtling habe zuvor am frühen Freitagmorgen vor einer Bäckerei einen Auslieferungsfahrer mit Steinen und einem Schlagstock angegriffen, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Fulda. Das Motiv des zuletzt in einer nahe dem Tatort gelegenen Flüchtlingsunterkunft lebenden Angreifers sei unklar, für ein politisches Motiv gebe es aber keine erkennbaren Anzeichen“.

Der Killer kommt aus Niger Hamburg: „Vater“ tötet Tochter und Ex-Frau bei Messerattacke!

pi-news.net/2018/04/hamburg-vater-toetet-tochter-und-ex-frau-bei-messerattacke

April 12, 2018

Von JOHANNES DANIELS | Ein „Vater“ (33) hat am späten Donnerstag Vormittag am Hamburger Jungfernstieg auf seine 3-jährige Tochter und seine Ex-Frau eingestochen. Das Kind verstarb sofort aufgrund der erlittenen schwersten Verletzungen. Auch die Frau überlebte nach den ersten Reanimationsversuchen der Einsatzkräfte am Bahnsteig der S3 die tödliche Attacke nicht. Sie erlag auf einer Hamburger Intensivstation ihren schweren Verletzungen.

Polizei: Messer-Rabenvater kam aus dem Niger zu uns

Der „mutmaßliche Täter“ wurde zunächst festgenommen, er soll selbst die Notrufnummer auf seinem Smartphone gewählt haben – was sicherlich in Folge strafmildernd als Fast-Rücktritt von der Tat bewertet werden wird. Ersten Erkenntnissen zufolge handelt es sich bei dem 33-jährigen Merkel-Ork um den Ex-Mann der Frau, der laut Polizeiangaben aus dem Niger stammt.

Polizei und Feuerwehr sind rund um den Bereich Jungfernstieg im Großeinsatz – dieser wurde weiträumig abgesperrt. Ein Rettungshubschrauber landete am Jungfernstieg (Kosten 3.000 € pro Einsatzstunde zuungunsten des Steuerzahlers). Die S-Bahnlinien S1 und S3 werden derzeit über den Dammtor-Bahnhof umgeleitet. Der Bahnhof Jungfernstieg liegt direkt in der Innenstadt, in der Nähe befinden sich Einkaufsstraßen, die bei Touristen beliebte Binnenalster und das Rathaus.

Polizeisprecher Timo Zill vor Ort: „Der Mann stach gezielt und massiv auf das Kind die Frau ein.“ Die Mordkommission und die Staatsanwaltschaft Hamburg haben die weiteren Ermittlungen übernommen. Geschockt verfolgten Passanten das Geschehen am Bahnhof Jungfernstieg. Ein Kriseninterventionsteam wurde hinzugerufen. Zum genauen Alter des Kindes konnte ein Polizeisprecher zunächst keine Angaben machen. Auch zum Motiv der Tat gab es bislang keine Angaben, diese liegen auch mehr oder weniger auf der Hand. Die Polizei geht von einer „Beziehungstat“ aus.

Noch unklar ist zudem, was ein „Geflüchteter“ aus Niger bei uns zu suchen hat. Dort sind übrigens 94% der Bevölkerung Moslems, was ebenfalls wichtig für das Tatmotiv ist. Denn ein Moslem betrachtet seine Ehefrau als seinen Besitz. Wenn sie ihn verlässt oder – noch schlimmer – mit einem anderen Mann eine Beziehung eingeht, schwebt sie in akuter Lebensgefahr, denn ein solches Verhalten duldet der extrem frauenfeindliche und patriarchale Islam nicht.

Masseneinwanderung aus islamischen Ländern ist bekanntlich auch Messereinwanderung.

Zuwanderer: Grundlose Angriffe auf die einheimische Bevölkerung Gewalt gegen Deutsche: Versuch einer Ursachenforschung (Teil 2)

pi-news.net/2018/04/gewalt-gegen-deutsche-versuch-einer-ursachenforschung-teil-2
April 10, 2018
Von EUGEN PRINZ | Es ist mittlerweile zu einem flächendeckenden Phänomen geworden, dass die indigene Bevölkerung des Aufnahmelandes völlig grundlos von Flüchtlingen oder Migranten angegriffen wird und die Täter erst ablassen, wenn sich das Opfer nicht mehr regt oder gar tot ist. Mittel der Wahl sind die Fäuste, Fußtritte oder gar das Messer. Sehr häufig handelt es sich bei den Tätern um Muslime.
Der erste Teil des Beitrags hat sich mit der Gewalt gegen Frauen durch Zuwanderer aufgrund einer vorangegangen oder verweigerten Beziehung beschäftigt.
Der zweite Teil geht der Frage nach, warum es immer häufiger zu wahllosen Akten der Gewalt gegen völlig unbeteiligte Passanten kommt.

2. Wahllose Gewalt gegen Passanten

Das im folgenden geschilderte Gewaltverbrechen, das sich in Österreich zugetragen hat, dokumentiert auf erschreckende Weise die geistige Einstellung der Schutzsuchenden gegenüber jenen, die sie selbstlos in ihrem Land aufgenommen haben und zum Nulltarif versorgen.
Anfang März wurde eine dreiköpfige Familie – Vater 67, Mutter 56 und Tochter 17 Jahre alt – in Wien von einem afghanischen Asylbewerber mit einem Klappmesser niedergestochen (PI-News berichtete). Der 67-jährige Familienvater, ein Zahnarzt, musste am Tatort wiederbelebt werden. Auch die beiden weiblichen Opfer schwebten in Lebensgefahr. Die Auswahl der Opfer bliebt dem Zufall überlassen: Falsche Zeit – falscher Ort…
Der Afghane gab gegenüber der Polizei auf die Frage nach seinem Motiv an, „in schlechter Stimmung“ und auf seine Lebenssituation wütend gewesen zu sein. Frustration also.
Dieser entsetzliche Vorfall hat sich zwar in unserem Nachbarland zugetragen, die Geisteshaltung der Zuwanderer ist jedoch überall gleich, wie die zahllosen Gewalttaten gegen die indigene Bevölkerung auch in Deutschland zeigen.
Die aus Frustration geborene „schlechte Stimmung“ scheint bei vielen muslimischen Migranten im westlichen Kulturkreis ein Dauerzustand zu sein. Dabei spielt es offenbar kaum eine Rolle, ob sie im Aufnahmeland geboren wurden oder Bestandteil des Flüchtlingstsunamis waren. Dennoch lohnt es sich, beide Gruppen getrennt voneinander zu betrachten.

In Deutschland geborene Muslime mit Migrationshintergrund

Der Bildungserfolg der Muslime liegt deutlich unter dem der autochthonen Bevölkerung und von Migranten aus anderen Kulturkreisen. Dies lässt sich damit erklären, dass sie mehrheitlich aus Elternhäusern mit niedrigerem Sozial- und Bildungsstatus stammen und zu Hause häufiger die Herkunftssprache verwendet wird. Auch der im Schnitt niedrigere Intelligenzquotient SÄMTLICHER Völker des islamischen Kulturkreises dürfte eine Rolle spielen. Schulisches Versagen und die daraus resultierenden schlechteren Chancen am Arbeitsmarkt führen dann natürlich zu Frustrationserlebnissen. Einzig in Gewaltbereitschaft und Brutalität sind die jungen Männer aus dem islamischen Kulturkreis ihren Geschlechtsgenossen aus der einheimischen Bevölkerung meist überlegen. Nach der Frustrations-Aggressions-Hypothese kann das Erleben von Frustration zu aggressiven Verhalten führen. Aus der Sicht frustrierter muslimischer Jugendlicher und Männer ist es also nur folgerichtig, das zu tun, was sie besser können, als ihre biodeutschen Geschlechtsgenossen. Auf diese Art wollen die Muslime sich und den Deutschen beweisen, dass nicht sie die Versager sind, sondern die Deutschen. Diese zu verprügeln, steigert zudem das Ansehen in der sozialen Gruppe, da in diesem Kulturkreis Männlichkeit über die Ausübung von Gewalt definiert wird.

Muslimische Flüchtlinge

Diese „jungen Männer“ kommen aus einem fremden Kulturkreis in der Hoffnung, es in Deutschland zu etwas zu bringen. Sie haben das Erfolgserlebnis einer gelungenen „Flucht“ im

Rücken und meinen, auch alles Weitere würde so klappen, wie sie sich das ausgemalt haben. Doch schon nach kurzer Zeit merken die meisten, dass es in Wirklichkeit ganz anders läuft. Deutsch ist eine schwere Sprache und vielen ist es zu mühselig, sie zu erlernen. Zudem können viele Flüchtlinge kaum lesen und schreiben und die deutsche Kultur wird den meisten von ihnen immer fremd bleiben. Allmählich macht sich dann die Erkenntnis breit, dass ihre Kapazitäten nie und nimmer ausreichen werden, um aus der untersten Stufe der sozialen Leiter auch nur eine Sprosse höher zu gelangen. Daraus ergibt sich das Gefühl, benachteiligt zu sein, man fühlt sich hintergangen. In so einer Situation sind Alkohol, Drogen und Aggression nicht weit. Zur Katastrophe wird dieser Zustand, wenn der Asylantrag abgelehnt wird und die Abschiebung droht. Viele Flüchtlinge haben sich bei ihren Angehörigen verschuldet, um die Schleuser bezahlen zu können und stehen nun in der Schuld, ihre Sippe mit dem, was sie in Deutschland auf irgendeine Weise erwirtschaften, zu versorgen.
Ein abgelehnter Asylantrag bedeutet, dass sie in der Gefahr sind, dieser Verpflichtung nicht nachkommen zu können und dann vor der Familie als Versager zu gelten, also das Gesicht zu verlieren.
Dieser Gemütszustand ist der Nährboden für Frustration. Die Frustrationstoleranz ist im muslimischen Kulturkreis ohnehin sehr gering und die so empfundene Benachteiligung führt zu Rachegefühle, vor denen nicht einmal alte Menschen sicher sind:
„Eine Person der Gruppierung saß einer älteren Dame und ihrem anwesenden Ehemann in einem U-Bahnwaggon gegenüber. Ohne ersichtlichen Grund spuckte der Mann aus der Gruppe plötzlich der Münchnerin vor die Füße. Als sich die Frau mit Gehstock und mit ihrem Mann einen anderen Sitzplatz suchen wollte, fasste die Person an ihr Gesäß und versuchte ihr noch ein Bein zu stellen“
Falsche Zeit, falscher Ort… Es kann jeden treffen! Die bei indigenen Deutschen vorhandene Hemmung, Gewalt gegen Alte und Gebrechliche anzuwenden, ist offenbar bei diesen Zuwanderern nicht vorhanden. Sie verhalten sich wie im Tierreich: Die Alten und Schwachen sind das bevorzugte Ziel.

Hamburg: Das Messer gehört zum Merkel-Regime! Unheil-Sohail aus Pakistan schächtete Tochter (2) aus „Verzweiflung“

pi-news.net/2018/04/unheil-sohail-aus-pakistan-schaechtete-tochter-2-aus-verzweiflung
April 14, 2018
Die 2-jährige Ayesha wurde bestialisch von ihrem Vater Sohail A. geschächtet. Ohne die grob fahrlässige Untätigkeit der deutschen Behörden würde sie heute noch leben.
Von JEFF WINSTON | Die billigend in Kauf genommenen Verwerfungen des „Historisch Einzigartigen Experiments“ des Merkel-Regimes treffen fast immer die Unschuldigen und die Schwächsten der Gesellschaft – in diesem Fall die 2-jährige Ayesha. Ihr pakistanischer Vater Sohail A. versuchte am 23. Oktober 2017, das wehrlose Mädchen mit den bezaubernden Kulleraugen brutal zu enthaupten. Derzeit läuft der Prozess in der Messerstadt Hamburg gegen ihn.
Der als abgelehnter Asylbewerber ohne Papiere in Hamburg lebende Sohail A. hatte zum Prozessauftakt zwar eingeräumt, seine Tochter Ayesha (2) getötet zu haben, das haben ihm „seine Anwälte“ auch eingebläut. Der schutzsuchende illegale Merkelgast gab aber vor allem zu Protokoll, „aus Verzweiflung gehandelt zu haben“. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm hingegen niedere Beweggründe vor – er habe das Mädchen aus Hass und Rache ermordet.
Asylbewerber Sohail brachte Unheil über die Familie – viele weitere Straftaten

Sohail A. (34) tötete seine zweijährige Tochter mit einem Messer, enthauptete sie dabei fast, versuchte dann durch ganz Europa zu fliehen (PI-NEWS berichtete), wurde geschnappt und steht nun wegen Mordes und fünf weiterer Straftaten in Hamburg vor Gericht. Am Montag wurde die Mutter des Mädchens als Zeugin vernommen – und berichtet vom furchtbaren Zusammenleben mit dem schutzbedürftigen Angeklagten. Die 33-jährige Lubna A. erzählte während der Vernehmung, dass Drohungen wie „Ich reiße euch die Gedärme raus" und „Ich werde euch zerstückeln" bei ihrem Ex-Mann gegenüber ihr und den Kindern keine Seltenheit gewesen seien.
Auch Farhan, ihr zum Tatzeitpunkt fünf Jahre alter Sohn aus einer früheren Beziehung, sei nach dem Tod seiner Halbschwester sehr traurig gewesen, so die junge Frau. Auch er habe unter seinem Stiefvater Sohail gelitten und war mehrfach schwer misshandelt worden.
Dass Sohail A. nun nicht mehr bei ihnen wohnt, wäre für den kleinen Farhan eine Entlastung – er wurde mehrmals schwer von seinem „Stiefvater" gewürgt. Eine weitere Situation, die Lubna A. beschreibt, offenbart die Zustände unter ihrem pakistanischen Stecher: Einmal habe sie ihm erzählt, dass seine Tochter sich nachts fürchten würde – danach legte der Vater der Zweijährigen ein Messer unter ihr Kopfkissen. Auch weitere schwere Straftaten wirft die Staatsanwaltschaft dem Merkel-Zombie vor: Seine Lebensgefährtin Lubna soll er schwerst verprügelt und fast erwürgt haben. Ayesha soll er schon einmal ein Messer an den Hals gehalten und gedroht haben, sie zu schächten.

Zuvor mehrmals schwerst verprügelt und fast erwürgt

Seine Partnerin zeigte Sohail immer wieder bei der Polizei an. Das bedeutete das Todesurteil für die gemeinsame Tochter Ayesha. Am Tattag, dem 23. Oktober 2017, wollte Sohail A. seine Lebensgefährtin zwingen, die Anzeigen zurückzunehmen. Er drohte, sie und ihren Sohn zu töten! Doch sie ging wieder mutig zur Polizei.
Sohail A. griff sich ein Küchenmesser, schnitt dem Mädchen die Kehle durch. So „brutal und gewalttätig, dass er fast ihren Kopf abtrennte", so wie es der Prophet gelehrt hat. Am selben Abend betraten Polizisten die Wohnung, um den Pakistaner eine sogenannte „Wegweisung aus der Wohnung" zu erteilen! Eine Beamtin der Mordkommission erklärte vor dem Landgericht: „Ayesha lag rücklings auf einem Bett. Daneben das blutverschmierte Messer." Die Staatsanwältin: „Sie haben das aus Wut und Rache getan. Sie wollten Ihre Lebenspartnerin bestrafen." Der Angeklagte ließ gestern über „seine Anwälte" erklären: „Ich war verzweifelt, um mich herum war alles zusammengebrochen."
Nachdem der Asylantrag des 2011 als so genannter „Flüchtling" illegal Eingereisten abgelehnt worden war, dachte Unheil-Sohail, mit einem Kind hätte er dann wenigstens Chancen auf ein Visum für Deutschland und forderte von seiner Frau, die er schon kurz nach der Eheschließung angefangen hatte zu schlagen, ein Kind.

Deutsche Gesetze verhinderten zunächst die Abschiebung des Mörders

Eigentlich hätte Sohail A. bereits 2012 abgeschoben werden müssen. Doch Dank deutscher Dhimmi-Gesetze konnte er mit immer neuen Rechtsmitteln und Finten „seiner Anwälte" bleiben. Aber auch die Geburt der kleinen Ayesha verhalf dem angeblich Geflüchteten nicht zu den ersehnten dauerhaften Rundumversorgungspapieren. Dazu kam, dass sein islamischer „Acker" (Sure 2, Vers 223) Lubna ihn mehrfach wegen häuslicher Gewalt angezeigt hatte und plante ihn zu verlassen.
Die schariakonforme Problemlösung folgte auf den Fuß: Kein Asyl, Frau widerspenstig, Kind wird geschächtet: Als ihm klar wurde, dass er kein Germoney-Visum erhalten würde, drohte er seiner Frau und forderte, dass sie alle Anzeigen gegen ihn zurückziehen solle, weil er offenbar dachte, dass er dann doch bleiben könne. Lubna A. flüchtete zu ihrer Familie und weigerte sich, seiner Forderung nachzukommen. Ihr Mann soll ihr daraufhin telefonisch mitgeteilt haben, dass er nun mit seiner kleinen Tochter wegfahren würde, er sitze bereits im Zug. Die Frau alarmierte umgehend die Polizei – das Kind war zu diesem Zeitpunkt aber schon tot.
Völlig unbehelligt war Sohail A. dann durch Deutschland über Freiburg nach Frankreich gereist, um schließlich in Spanien zu landen. Nach rund 136 Stunden Fahndung fasste die spanische Polizei dann den Brutal-Pakistaner in der Region San Sebastián, kurz hinter der Grenze zu Frankreich im Baskenland. In Spanien suchte der schutzsuchende Sohail A. offenbar weiteren Schutz bei einem Bekannten. Die spanische Polizei bestätigte die Festnahme beider Männer. Den 33-jährigen Sohail A. überwältigten Polizisten aus Madrid demnach auf der Straße.

Nun müss(t)en die deutschen Behörden klären, warum der abgelehnte Asylbewerber nicht bereits vor Jahren abgeschoben worden war, doch dies würde weitere Fragen aufwerfen. Und warum das Hamburger Jugendamt Ayesha nicht vor dem als gewalttätig bekannten Vater geschützt hat. Ohne die submissiven Willkommens-Straftaten der deutschen Behörden würde sie heute noch fröhlich lachen. Die zunehmende Schächtung von Kindern gehört zu Hamburg – und seiner berühmt-berüchtigten multikriminellen Tochter Angela Merkel, der nicht nur für niedliche Kulleraugen-Kids lebensgefährlichen Noch-Kanzlerin der Messerrepublik Deutschland.

Kein "Aufschrei" der üblichen "Rassismus-Riecher" Augsburg: „Südländer"-Mob prügelt und pöbelt

pi-news.net/2018/04/augsburg-suedlaender-mob-pruegelt-und-poebelt

April 14, 2018

Bereits vor drei Tagen dokumentierte PI-NEWS zahlreiche Prügelattacken von Ausländern am vergangenen Wochenende. Ein besonderes Schmankerl dürfen wir noch aus Augsburg nachreichen:

Augsburg: Dreimal innerhalb einer Stunde attackierte gestern eine Gruppe junger Männer grundlos andere Personen und fügte ihnen Verletzungen zu. Anschließend flüchtete die Gruppe, um am nächsten Tatort erneut auf Unbeteiligte loszugehen. Am 07.04.2018 stand ein 53-jähriger Mann gegen 00.05 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle „Barfüßerstraße", als auf dem dortigen Gehweg mehrere junge Männer zu rangeln anfingen. Aus dieser Personengruppe heraus ging ein Unbekannter den 53-Jährige unvermittelt an und stieß diesen zu Boden. Hierbei zog sich der Geschädigte leichte Verletzungen an einem Finger sowie der Hüfte zu. Bei der unbekannten Personengruppe handelte es sich laut Zeugenaussagen um etwa 15 junge Männer (Alter 20 bis 25 Jahre) mit südländischem Aussehen (dunklerer Hautteint). Die Tätergruppe flüchtete nach dem Vorfall unerkannt zu Fuß in Richtung Innenstadt.

Um etwa 01.00 Uhr kam es in der Maximilianstraße, auf Höhe eines Fastfood-Restaurants, zu einem weiteren Vorfall mit mehreren unbekannten Männern. Hier pöbelten die Männer zwei 21-jährige Frauen an und spuckten in ihre Richtung. Die beiden Frauen flüchteten daraufhin zu ihren Freundinnen in Richtung Rathausplatz. Aufgrund der vorliegenden Personenbeschreibungen ist davon auszugehen, dass es sich um die gleiche Tätergruppierung handelte.

Wenige Minuten später trafen die unbekannten Aggressoren in der Steingasse erneut auf die beiden 21-jährigen Frauen, die sich nun in Begleitung von vier Bekannten befanden. Auch hier gingen die Unbekannten grundlos wieder Passanten an. So versuchte einer der Täter bei einem 20-jährigen Geschädigten eine brennende Zigarette im Gesicht auszudrücken, was dieser verhindern konnte. Allerdings warf ein unbekannter Mittäter dem 20-Jährigen eine Glasflasche ins Gesicht, wodurch dieser Verletzungen an der Lippe erlitt. Eine 21-jährige Begleiterin wurde zu Boden gestoßen. Die Frau verletzte sich am Kopf sowie an einer Hand. Da eine Verständigung der Polizei erst mit zeitlichem Verzug erfolgte, gelang es den unbekannten Tätern noch vor Eintreffen mehrerer Einsatzkräfte in unbekannte Richtung zu fliehen (Artikel übernommen von Presse-Augsburg.de).

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Würzburg: Gegen 3 Uhr in der Nacht bemerkten die Sicherheitskräfte, wie eine junge Frau von zwei Männern angepöbelt wurde. Die Belästigte wandte sich hilfesuchend an die Security-Angestellten, wie die Polizei in Unterfranken am Sonntag mitteilte. Die Sicherheitsfachleute griffen ein und es kam zu einem heftigen Streitgespräch mit den beiden jungen Männern. Einer der beiden Streithähne bedrohte einen Security-Mann mit einem Glas, daraufhin setzte der Bedrohte Pfefferspray zur Abwehr ein. Der

zweite Mann zerbrach eine Flasche und bedrohte die Sicherheitskräfte mit den scharfen Kanten. Sein Begleiter verschaffte sich unterdessen eine Eisenstange und prügelte damit wie besessen auf einen Security-Mitarbeiter ein. Auch als das Opfer bereits zu Boden ging, hörte der Angreifer nicht mit den Schlägen auf, wie ein Polizeisprecher erläuterte. Erst als Polizeibeamte vor Ort eintrafen, flohen die beiden aggressiven Männer. Nur wenig später konnten die Beamten aber zwei Tatverdächtige fassen. Es handelt sich laut Polizei um zwei Syrer im Alter von 21 und 29 Jahren, beide waren „leicht alkoholisiert". Der Niedergeschlagene Security-Mann kam in die Uniklinik von Würzburg, glücklicherweise waren seine Verletzungen leichter als zunächst angenommen. Gegen die beiden Tatverdächtigen laufen nun Ermittlungen „in Richtung eines versuchten Tötungsdeliktes", wie die Polizei weiter mitteilte (Artikel übernommen von Tag24.de).

Tuttlingen: Zu der gefährlichen Körperverletzung, bei welcher am vergangenen Freitagabend vier Täter vor dem TuWass Tuttlingen einen 58-jährigen Mann zusammengeschlagen und diesen erheblich verletzt haben (wir berichteten bereits unter https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110978/3910233 und https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110978/3914156) sind auf Grund der zahlreichen Hinweise aus der Bevölkerung alle vier Tatverdächtigen ermittelt worden. Es handelt sich um junge Männer im Alter von 16 bis 24 Jahren. Drei der Tatverdächtigen sind syrische Asylbewerber. Beim vierten Tatverdächtigen handelt es sich um einen deutschen Staatsangehörigen. Nach den entsprechenden polizeilichen Maßnahmen, wurde alle auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Rottweil wieder auf freien Fuß gesetzt. Die intensiven Ermittlungen der Kriminalpolizei Tuttlingen dauern derzeit an.

Rhauderfehn: Am Samstag wird bei der Polizei Rhauderfehn eine Körperverletzung zum Nachteil eines achtjährigen Mädchens angezeigt. Diese stürzte am Freitag, gegen 14:45 Uhr, durch den vorsätzlichen Tritt eines Täters gegen ihr Fahrrad auf die Straße. Der Vorfall ereignete sich konkret in der Mühlenstraße in Westoverledingen. Das Kind benutzte den dortigen linksseitigen Radweg, als ihr zwei ebenfalls auf Fahrrädern sitzende Jugendliche entgegen kamen. Einer der Beiden trat auf gleicher Höhe gegen das Hinterrad des Mädchens, so dass diese auf die Fahrbahn stürzte und sich leicht am rechten Knie verletzte. Das Fahrrad erlitt einen Schaden. Die ca. 15 bis 16 Jahre alten Jugendlichen werden als dunkelhäutig beschrieben. Einer trug kurze Rastalocken, der andere lange schwarze zu einem Zopf gebundene Haare. Beide waren mit einer Lederjacke und Jeans bekleidet, wobei einer auffällig knöchelhohe knallrote Schuhe trug. Die Jugendlichen, die ohne weiteres Bemühen um das Kind ihre Fahrt fortsetzten, unterhielten sich in ausländischer Sprache. Zeugen werden gebeten, sich bei der Polizei zu melden.

Eschwege: Am 07.04.18, um 18:30 Uhr, befuhr ein 32-jähriger aus Bad Sooden-Allendorf in Begleitung seiner Frau mit dem Pkw den Parkplatz des Rewe-Marktes im Städtersweg in Bad Sooden-Allendorf. Vor dem Pkw gingen dann drei junge Männer her, wobei einer in Richtung des Autos spuckte. Die Ehefrau fragte daraufhin „was das solle?", worauf der Mann sich auf die Fahrerseite begab, die Tür aufriss und unvermittelt mit der Faust gegen den Kopf des 32-jährigen schlug. Die anderen beiden Männer zogen daraufhin den Täter zurück und alle drei entfernten sich vom Parkplatz. Beschreibung des Tatverdächtigen: Ca. 25 Jahre alt, südländisches Aussehen. Kurze schwarze Haare, schlanke Figur, bekleidet mit einer weißen Trainingsjacke mit der Aufschrift „Paris St. Germain". Hinweise: 05651/925-0

Unna: Am Sonntag, den 08.04.2018 ist ein 29-jähriger Mann aus Unna von mehreren Personen verprügelt worden. Er saß gegen 17.30 Uhr am Nordring in seinem PKW und wartete auf jemanden. Zu der Zeit fuhr ein schwarzer 3er BMW, besetzt mit 4 männlichen und zwei weiblichen Personen an ihm vorbei und diese machten provozierende Handbewegungen in seine Richtung. Anschließend fuhr der BMW in Richtung Kino weiter. Nach kurzer Zeit kam eine Personengruppe zu Fuß in seine Richtung. Der Geschädigte erkannte die Personen aus dem BMW und stellte sie bzgl. der Gesten zur Rede. Er wurde daraufhin beleidigt und durch zwei der männlichen Personen durch Tritte in die Beine zu Boden gebracht. Eine weitere Person hielt ihn nun von hinten fest, während zwei Männer ihm jeweils einmal mit dem Fuß ins Gesicht traten. Anschließend entfernte sich die Gruppe zu Fuß über die Gerhard-Hauptmann-Straße in Richtung Markt. Der Geschädigte erlitt Verletzungen im Gesicht, am Ellenbogen und am Knie. Er begab sich selbst in ärztliche Behandlung. Zu den Verdächtigen kann nur gesagt werden, dass es vier männliche und zwei weibliche Personen waren, nach Aussage des Geschädigten alle mit ausländischem Aussehen.

Leipzig: Wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung ermitteln jetzt Kripobeamte gegen einen unbekannten Täter. Eine Zeugin (47) war gestern um die Mittagszeit von ihrer Praxis aus auf lautes Schreien aufmerksam geworden. Sie schaute aus dem Fenster und bemerkte eine Frau, die sich duckte und ihre Hände schützend über den Kopf hielt. Ein Mann, bei welchem es sich um einen Schwarzafrikaner handelte, stand ihr gegenüber, schrie sie an und bedrohte sie mit den Worten: „Ich steche dich ab!" Danach lief er weiter zum Eingang eines Mehrfamilienhauses. Die Geschädigte war der Zeugin bekannt, da sie bei ihr bereits Patientin war und sie auch weiß, wo sie wohnt. Die 47-Jährige rief die Polizei und teilte den Beamten alles mit, auch die Personenbeschreibung des Täters – ca.: 1,70 m groß, schlank, kurzes lockiges schwarzes Haar, trug eine graue Jacke. Die Polizisten suchten die Wohnung der Geschädigten (w.: 26; m) auf und fanden dort ihren Lebenspartner (35) vor. Dieser war vom Täter verletzt worden, indem er auf ihn eingeschlagen und am Boden liegend getreten hatte. Er hatte sichtbare Verletzungen und Schmerzen an Kopf und Hals. Die Tat passierte, als Mann und Frau gegen 12:30 Uhr auf der Treppe vor ihrem Haus standen und der unbekannte Nordafrikaner erschien. Dieser drückte auf einen Klingelknopf und der 35-Jährige rief ihm ein freundliches „Hallo" zu. Daraufhin reagierte er äußerst aggressiv, fragte, was er gesagt hätte. Der 35-Jährige ging deshalb zwei Stufen nach unten. Als er sich umdrehte, erhielt er schon einen Schlag gegen seinen Hinterkopf, woraufhin ihm schwarz vor Augen wurde und stürzte. Gleich danach trat der Mann auf sein Opfer ein und bedrohte noch die 26-Jährige. Dann verschwand er im Wohnhaus, in welchem er, so die Geschädigten, nicht wohnhaft sein soll, da sie ihn noch nie gesehen haben.

Rotherham-Opfer packt aus: Wir waren für die Pakistaner „weißer Müll"

In den britischen Städten Rotherham und South Yorkshire kam es zwischen 1997 und 2010 zu Missbrauch, Vergewaltigung und Zwangsprostitution von über 1.400 jungen, weißen Mädchen durch vorwiegend pakistanische Gangs. Besondere Brisanz gewinnt der schockierende Fall durch einen jetzt aufgedeckten, weiteren Missbrauchsfall aus Telford – auch hier waren die Täter Pakistaner. … In politisch korrektem Wahn weigerten sich Politiker, die Dinge beim Namen zu nennen. Es kam zu grotesken Reaktionen. Etwa jener von Naz Shah, Labour-Abgeordnete (Sozialisten) mit pakistanischen Wurzeln: sie likte und teilte den Tweet eines linken Journalisten: „Die missbrauchten Mädchen aus Rotherham sollten besser schweigen. Im Sinne der Vielfalt". Nach einem Shitstorm löschte sie ihre Einträge. Shah wurde übrigens selbst als Mädchen in Pakistan in Zwangsehe verheiratet und spielte eine Schlüsselrolle bei der Vertuschung der Missbrauchsfälle (Auszug aus einem Artikel von Wochenblick.at).

Syrer wird von Nazi-Frau angegriffen

Leipzig: Verletzt und beleidigt wurde gestern eine Frau (47) an der Straßenbahnhaltestelle Goerdelerring. Sie stieg aus einer Bahn der Linie 9 und wollte danach mit einer Straßenbahn der Linie 7 weiterfahren. Am dortigen Gleis wich sie einem Unbekannten aus, der ihr unachtsam in den Weg trat. Offenbar hatte sie ihn dabei touchiert, jedoch nicht geschubst. Als die Frau weiter zum Wartehäuschen ging, folgte ihr der Mann, fasste sie an die Schulter und drehte sie zu sich herum. Er zeigte auf ihre Augen und sagte: „Kannst du nicht sehen?" Daraufhin entgegnete sie ihm, dass er gehen solle, schob ihn ein wenig weg und wollte in die bereits eingefahrene Bahn einsteigen. Nun zerrte er an der Kleidung der Frau, zog sie wieder herum und fragte, was ihr Problem sei. Als die 47-Jährige versuchte, sich loszureißen, spuckte er sie an. Danach nahm er sie in den „Schwitzkasten", zog sie zum Wartehäuschen und machte dabei anzügliche sexuelle Geräusche. Beim Ziehen nach hinten bekam sie Panik, da sie aufgrund des Würgens kaum Luft bekam. Zudem kratzte er die Geschädigte im Gesicht, dabei fiel ihre Brille herunter. Die Frau rief um Hilfe; niemand reagierte. Schließlich kamen drei junge Männer auf sie zu und versuchten, verbal zu deeskalieren. Nun lockerte der Unbekannte seinen Griff und sein Opfer konnte sich losreißen. Danach hob sie ihre beschädigte Brille auf und sie verständigte die Polizei. Danach beschimpfte er sie als „Nazi" und beschwerte sich darüber, dass sie ihn als Frau schlage. Dies wiederholte er mehrmals und beschimpfte sie noch weiter mit anderen Worten. Polizeibeamte nahmen den Mann (22, Syrer) dank der Zeugen vorläufig fest. Er hat sich wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung zu verantworten. f

Gruppe türkischer Jugendlicher verprügelt Obdachlosen

Grevenbroich: Gegen 20 Uhr, am Samstag (7.4.), erhielt die Polizei Kenntnis von einer Schlägerei „Am Markt", an der etwa 20 Personen beteiligt sein sollten. Vor Ort trafen die Streifenwagenbesatzungen

auf einen 31-jährigen Nichtsesshaften. Der alkoholisierte Mann gab an, kurz zuvor von 20 Personen geschlagen, getreten und seiner Geldbörse beraubt worden zu sein. Anschließend seien die Täter zu Fuß in Richtung Stadtpark geflüchtet. Die Angaben wurden durch unbeteiligte Zeugen weitestgehend bestätigt. Es soll sich bei den vermeintlichen Schlägern um Jugendliche oder Heranwachsende, möglicherweise mit türkischem Hintergrund, gehandelt haben.

Linksextreme überfallen Gaststätten

Wurzen: Unbekannte Täter verübten in den frühen Morgenstunden gewaltsame Überfälle auf zwei Gaststätten in der Wurzener Innenstadt. Offenbar mit schweren Hämmern zertrümmerten sie die Scheiben eines Lokals in der Wenceslaigasse und einer Pizzeria im Badergraben. Insgesamt seien sieben Fensterverglasungen beschädigt worden. Im Internet ist am Freitag ein Bekennerschreiben der linksextremen Antifa aufgetaucht: „Letzte Nacht haben wir die Restaurants ‚La Grotta' und ‚St.?Wenzel/First Diner' der Vorstandsmitglieder von ‚Neues Forum für Wurzen', Michael Wolk und Mathias Schkuhr, angegriffen und unbegehbar gemacht.", heißt es darin wörtlich (weiter bei LVZ.de).

„Flüchtling" darf jetzt in Deutschland bleiben

Stuttgart: Dieser Flüchtling hat die Behörden ausgetrickst. Und das schon seit zwei Jahren. Im März 2016 machte Asylbewerber Bakary B. (29) erstmals Schlagzeilen. Eine Woche nach seiner Abschiebung nach Italien saß der Gambier wieder in Nürtingen. Schwäbische Flüchtlingshelfer hatten ihn in Meran abgeholt und zurück über die Grenze geschmuggelt (BILD berichtete). Zwei Jahre später ist Bakary B. immer noch hier. Und daran wird sich auch nichts mehr ändern! Das Regierungspräsidium Karlsruhe teilt mit, dass der Asylantrag des Westafrikaners jetzt in Deutschland bearbeitet wird. Anfang Februar hatte die Behörde noch das Gegenteil behauptet! Man wolle den Flüchtling, wie gesetzlich vorgesehen, nach Italien überstellen, wo er erstmals von den Behörden erfasst wurde, hieß es. Es fehlten aber noch Papiere vom Bundesamt für Migration. Unmittelbar nach seiner illegalen Rückkehr hatte Bakary B. in Baden-Württemberg einen neuen Asylantrag gestellt. Zudem reichte er am Verwaltungsgericht Stuttgart Eil-Klage gegen die Überstellung nach Italien ein. So zog er sein Verfahren bis Oktober 2017 in die Länge. Das reichte offenbar, um die Frist für die Abschiebung zu überschreiten. Das Bundesamt für Migration lehnt eine Stellungnahme zu dem Fall ab. Auch wenn der neue Asylantrag von Bakary B. abgelehnt wird, ist seine Ausweisung unwahrscheinlich. Gambische Behörden stellen nur selten Pässe aus. Er selber hat keinen (Artikel übernommen von Bild-online).

Asylbetrüger ist seit 2001 ausreisepflichtig

Ein Mann aus dem Libanon lebt illegal in Deutschland. Er soll bei der Beschaffung von Papieren mitwirken – auch damit er ausgewiesen werden kann. Wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz hat sich ein 47 Jahre alter Mann vor dem Amtsgericht Marsberg verantworten müssen. „Seit 2001 sind sie ausreisepflichtig", machte ihm Amtsanwalt Balkenhol für die Staatsanwaltschaft klar. „Sie sind verpflichtet, bei der Beschaffung ihrer Ausweispapiere mitzuwirken." Er habe wechselnde Angaben bei der Ausländerbehörde gemacht, Passbilder nicht eingereicht und halte sich ohne gültige Duldung hier auf. Geduldet wird er seit Oktober nur wegen fehlender Ausweispapiere (der komplette Artikel kann bei der Westfalenpostnachgelesen werden).

„Schutzsuchende" suchen in mehreren Ländern „Schutz"

Weil am Rhein: Am Freitagmorgen stellte die Bundespolizei in Friedlingen in einer Tram aus Basel eine ghanaische Familie fest, die illegal ins Bundesgebiet einreiste. Die beiden Erwachsenen legten für sich und die 5 und 2 Jahre alten Kinder italienische Identitätskarten für Ausländer vor. Die Familie lebte schon einige Jahre in Italien, trug den Bundespolizisten jedoch ein Asylbegehren vor. Nach einer Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz wurde die Familie an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber weitergeleitet. Dort wird nun über das weitere Asylverfahren entschieden.

Memmingen: Beamte der Schleierfahndungsdienststellen Lindau und Pfronten und der Polizeiinspektion Memmingen kontrollierten mit Unterstützung eines Diensthundeführers am 05.04.2018 Fernreisebusse am Bahnhof in Memmingen. Ein 24-jähriger, in Italien wohnender, Tunesier hatte auch in Deutschland Asyl beantragt. Daher besteht der Verdacht des Sozialleistungsbetrugs. Weil der 24-Jährige auch eine Kleinmenge Haschisch dabei hatte, verstieß er gegen das Betäubungsmittelgesetz. Nur mit einem belgischen Aufenthaltstitel aber ohne Reisepass reiste eine 22

Jahre alte Somalierin durch Deutschland. Die Beamten erstatten Anzeigen nach Aufenthaltsgesetz und dem Betäubungsmittelgesetz.

Weil am Rhein: Gleich vier illegal eingereiste Personen stellte die Bundespolizei am Dienstagnachmittag in einer Tram aus Basel in Friedlingen fest. Keiner der jungen Männer konnte ein Grenzübertrittsdokument vorweisen. Einer der Männer wollte sich mit einen Ausgangsschein einer schweizerischen Asyleinrichtung ausweisen. Alle vier wurden durch die Bundespolizei einer EURODAC-Recherche unterzogen. Heraus kam, dass es sich bei den ausweislosen Personen um drei gambische Staatsangehörige im Alter von 18 bis 19 Jahren und einen 16-jährigen somalischen Staatsangehörigen handelt. Während einer der illegal eingereisten Männer sich bereist im schweizerischen Asylverfahren befindet, waren die andern drei sowohl in derSchweiz als auch in Italien registriert worden. Da alle Schutzgesuche stellten, wurde der 16-Jährige an eine Jugendeinrichtung im Landkreis Lörrach übergeben, die drei Erwachsenen an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber verwiesen. Dort wird über das weitere Verfahren entschieden.

Weil am Rhein: Zwei ausweislose Männer kontrollierte die Bundespolizei am späten Ostersonntag in einer Tram in Friedlingen. Nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung und EURODAC-Recherche standen die Personalien der Männer fest. Die beiden sind nigerianische Staatsbürger und wurden bereist vor einem Jahr in Italien registriert. Da sie ein Asylbegehren vortrugen, wurden sie, mit einer Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz, an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber weitergeleitet.

Rheinfelden: Eine Buskontrolle führte die Bundespolizei am Ostersonntag auf der Autobahn bei Rheinfelden durch. Dabei stellten die Bundespolizisten eine Insassin fest, die sich nicht ausweisen konnte. Sie war auf dem Weg nach Freiburg. Die Frau wurde erkennungsdienstlich behandelt und einer EURODAC-Recherche zugeführt. Heraus kam, dass es sich bei der ausweislosen Frau um eine 21-jährige Nigerianerin handelt, die sich bereits im italienischen Asylverfahren befindet. Sie trug ein Asylbegehren vor. Nach Anzeigenaufnahme wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz wurde die Westafrikanerin an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber weitergeleitet.

Freiburg: Zwei ausweislose Personen kontrollierte die Bundespolizei am Ostersamstag im Hauptbahnhof. Um die Identität der Personen feststellen zu können, führten die Bundespolizisten eine erkennungsdienstliche Behandlung und eine EURODAC-Recherche durch. Zum Vorschein kamen zwei nigerianische Staatsangehörige, die sich beide seit 18 Monaten im italienischen Asylverfahren befinden. Das Duo trug ein Asylbegehren vor. Mit einer Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz wurden die beiden Westafrikaner an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber nach Karlsruhe weitergeleitet.

Freiburg: Nicht ausweisen konnte sich eine Frau, die durch die Bundespolizei am frühen Montagmorgen im Hauptbahnhof kontrolliert wurde. Eine Recherche in europäischen Systemen ergab, dass es sich um eine 25-jährige nigerianische Staatsbürgerin handelt. Diese lebt seit drei Jahren in Italien. Dort stellte die Frau auch einen Asylantrag. Wie sie selbst zu verstehen gab, reiste sie mit dem Zug von Italien über die Schweiz nach Freiburg, um in Deutschland einen Asylantrag zu stellen. Die Bundespolizei erstattete Anzeige wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz. Die 25-Jährige wurde an die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber verwiesen.

Lindau: Erneut waren die Beamte der PI Fahndung Lindau im Fernreisebus in der Nacht auf Sonntag fündig. Die Kontrolle der nach Italien Reisenden ergab, dass sich unter ihnen zwei Afrikaner befanden, welche sich mit ihren gambischen Pässen und italienischen Dokumenten auswiesen. Bei genauerer Überprüfung stellten die Beamten fest, dass einer der beiden seit Ende 2016 als 17-jähriger Jugendlicher in Deutschland seine Leistungen als Asylbewerber in Anspruch genommen hat. Laut seinem gambischen Reisepass handelte es sich beim dem Flüchtling jedoch um einen 26-jährigen Mann, der bereits zuvor 2015 in Italien wohnhaft war und im Besitz italienischer Dokumente war. Da er nach Feststellung seiner tatsächlichen Identität Deutschland nun endgültig verlassen wollte, wurde von ihm, neben der üblichen Sachbearbeitung, ein Asylverzicht unterschrieben, bevor er in seine Wahlheimat Italien weiterreisen durfte. Bei der anderen Person handelte es sich um einen 18-jährigen Mann, welcher sich den Beamten ebenfalls mit seinem gambischen Pass und italienischen Dokumenten auswies. Wie sich herausstellte, wollte der junge Mann lediglich nach Italien reisen, um seinen abgelaufenen italienischen Aufenthaltstitel verlängern zu lassen. Da auch er in Deutschland als

Asylbewerber registriert ist und auch wieder kommen wollte, um seine Ausbildung zu beenden, wurde er zu seinem deutschen Wohnort zurückgeschickt. Sein Pass wurde einbehalten und dem zuständigen Ausländeramt übersandt, welches keine Kenntnis von dem afrikanischen Dokument und den italienischen Papieren hatte. Auch er stellte Anfang 2016 in Italien einen Antrag auf Asyl, bevor er Mitte 2017 erneut Asyl in Deutschland beantragte. Es folgen nun weitere polizeiliche Ermittlungen, wie hoch der finanzielle Schaden für die deutschen Behörden ist, welcher durch die falschen Angaben der beiden Männer entstanden ist.
Füssen: In einem Fernreisebus kontrollierte die Schleierfahndung Pfronten am 25.3.2018 in Füssen einen 24 Jahre alten Pakistani. Dabei stellte sich heraus, dass er im Dezember 2015 in Italien eingereist war und im Oktober 2016 unter anderen Personalien in Deutschland Asyl beantragt hatte. Die Polizeibeamten ermitteln wegen Erschleichen eines Aufenthaltstitels und Sozialleistungsbetrugs.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Leipzig: 16-Jährige begrapscht und geschlagen

PI pi-news.net/2018/04/leipzig-16-jaehrige-begrapscht-und-geschlagen

April 15, 2018

Das Mädchen war gegen 16 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle auf der Saturnstraße unterwegs, als sie von drei Ausländern belästigt wurde (Symbolbild).
Sexuell belästigt und geschlagen wurde ein 16-jähriges Mädchen in Leipzig. Sie lief allein in Richtung Straßenbahnendhaltestelle in der Saturnstraße. Auf diesem Weg kamen ihr drei ausländische Personen entgegen, und sprachen das Mädchen an. Das Mädchen signalisierte sofort, dass sie in Ruhe gelassen werden wollte. Einer dieser drei hatte dies wohl nicht realisiert. Die 16-Jährige rannte vor diesen Personen weg. Einer folgte und wollte das Mädchen am Po begrabschen. Er griff ihr an den Po und kniff sie dabei. Anschließend bedrängte er sie weiter. Das Mädchen wehrte sich und stieß diese Person weg. Daraufhin wurde sie mit dem Kopf gegen ein Baum gestoßen. Danach rannte sie in Richtung der Häuser Miltitzer Weg davon. Sie wurde nicht verfolgt. Die Polizei wurde gerufen. Die ersten Ermittlungen vor Ort ergaben, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die drei unbekannten männlichen Personen mit der Straßenbahn in Richtung Innenstadt gefahren sind. Das Mädchen erlitt nur leichte Verletzungen. Eine ambulante Behandlung war nicht nötig.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. Passend zum Thema verweisen wir auf die noch junge patriotische Frauenrechtsbewegung „120 Dezibel", die sich mit

Protestaktionen gegen die importierte Gewalt und Übergriffe zur Wehr setzt. #Merkelfrühling 2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".

Pforzheim: Offenbar zu mehreren sexuellen Übergriffen auf drei jungen Mädchen kam es am Sonntagnachmittag im Pforzheimer Emma-Jaeger-Bad. Nach den bisherigen Ermittlungen wurden zunächst gegen 14:00 Uhr zwei Mädchen im Alter von 13 und 15 Jahren von einer vierköpfigen Personengruppe, einem16- und zwei 17-jährigen Irakern sowie einem 24-jährigen Pakistani, beobachtet. Nach Angaben der Geschädigten wurden die vier Verdächtigen im weiteren Verlauf immer aufdringlicher und es kam mehrfach zu unsittlichen Berührungen. Schließlich gelang es den Mädchen, einen Angestellten um Hilfe zu bitten, woraufhin auch die Polizei verständigt wurde. Beamte des Polizeireviers Pforzheim-Nord konnten die vier Tatverdächtigen schließlich stellen und vorläufig festnehmen. Ein 17-jähriger Hauptverdächtiger, der bislang keine Angaben zur Sache macht, wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft Pforzheim am Montagnachmittag dem zuständigen Haftrichter vorgeführt, der Haftbefehl erließ und gegen Meldeauflagen außer Vollzug setzte. Die drei weiteren Verdächtigen kamen nach Beendigung der polizeilichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß.

Stuttgart-Mitte: Ein unbekannter Jugendlicher hat am Sonntagabend (09.04.2018) in der Klett-Passage zwei zwölfjährige Mädchen sexuell belästigt. Der Täter näherte sich gegen 19.10 Uhr den beiden Mädchen, fasste einer von ihnen an den Oberschenkel und versuchte, ihr die Hose herunterzuziehen. Sie stieß den Täter weg, worauf er sich dem anderen Mädchen zuwandte, es gegen eine Wand drückte und seine Hose nach unten zog. Dabei onanierte er möglicherweise. Anschließend flüchtete er unerkannt. Der Täter war etwa 16 bis 17 Jahre alt, zirka 170 bis 175 Zentimeter groß und hatte eine schlanke Statur und schwarze Haare. Er hatte leichten Bartwuchs und trug am linken Handgelenk eine goldfarbene Uhr. Bekleidet war er mit einer schwarzen Jogginghose mit weißen Streifen, schwarzem T-Shirt, gleichfarbiger Trainingsjacke passend zur Hose, darüber trug er eine olivfarbene Bomberjacke. Er soll nach Angaben der Mädchen ein arabisches Aussehen gehabt haben.

Kirchheim am Neckar: Ein bislang unbekannter Täter hat am Donnerstagnachmittag (05.04.2018) gegen 16:30 Uhr in einer Regionalbahn zwischen Heilbronn und Stuttgart eine Reisende sexuell belästigt. Ersten Erkenntnissen zufolge stieg die 29-jährige Frau in Heilbronn in den Zug ein und nahm in einer vierer Sitzgruppe im Zwischengeschoss des Doppelstockwagens Platz. Kurz vor dem Halt im Bahnhof in Kirchheim/Neckar setzte sich der unbekannte Mann ihr gegenüber und suchte anschließend das Gespräch mit der 29-Jährigen. Nachdem sie nicht darauf einging griff er ihr nach jetzigem Kenntnisstand fest an ihr Knie sowie in die Innenseite ihres Oberschenkels. In Kirchheim/Neckar stieg der mutmaßliche Täter, den die junge Frau als 25 bis 35 Jahre alt mit schwarzen Haaren und Stoppelbart beschreibt, schnell aus der Regionalbahn aus. Zur Tatzeit trug der Unbekannte, der deutsch mit leichtem Akzent sprach, einen schwarzen Kapuzenpulli, wobei er die Kapuze über den Kopf gezogen hatte.

Hamburg: Nach erstem Sachstand der Bundespolizei belästigte ein junger Mann am 29.03.2018 gegen 01.00 Uhr zunächst eine 20-Jährige und ihre Freundin in verbaler Form am Hauptbahnhof. Die jungen Frauen ignorierten die Belästigungen und gingen weiter. Daraufhin stellte sich der Beschuldigte der Geschädigten (w.20) in den Weg und küsste sie im Gesicht. Diese schubste den Beschuldigten (m.20) von sich und forderte diesen lautstark auf dieses Fehlverhalten zu unterlassen. Der offensichtlich alkoholisierte Mann quittierte diese Aufforderung mit einem Fußtritt in den Rücken der Geschädigten. Im weiteren Verlauf warf der Beschuldigte eine gefüllte Bierdose in Richtung der Geschädigten. Bundespolizisten nahmen den Beschuldigten vorläufig fest und führten ihn dem Bundespolizeirevier zu. Ein durchgeführter Atemalkoholtest ergab einen Wert von 1,72 Promille. Gegen den afghanischen Staatsangehörigen leiteten Bundespolizisten entsprechende Strafverfahren ein; nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen musste der Beschuldigte entlassen werden. Die Geschädigte aus Bremen klagte über Rückenschmerzen; lehnte aber eine ärztliche Versorgung vor Ort ab. Die 20-Jährige wollte im Nachgang einen Arzt aufsuchen.

Stuttgart-Mitte: Ein unbekannter Mann hat am Freitag (30.03.2018) gegen 00.20 Uhr am Rotebühlplatz vier Frauen in einem geparkten Pkw unsittlich belästigt. Er trat dabei mehrfach an den Pkw heran und zeigte den Opfern im Alter von 20 bis 25 Jahren sein Geschlechtsteil. Der Mann kann wie folgt beschrieben werden: 25 bis 30 Jahre alt, 175 bis 180 Zentimeter groß,dunkle Hautfarbe, schlank, sehr kurze Haare, bekleidet mit khakifarbener Jacke.

Tübingen: Eine Frau ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag im Stadtteil Waldhäuser-Ost sexuell belästigt worden. Die 25-Jährige ging um zwei Uhr morgens zu Fuß von einem Club herkommend zu ihrem Wohnheim im Fichtenweg. Mit ihr zusammen betrat ein bislang unbekannter Mann das Gebäude. Die Frau ignorierte ihn zunächst und ging in ihr Zimmer. Als sie dieses kurz darauf wieder verlassen wollte, stand der Unbekannte vor der Tür und fragte nach einem Glas Wasser. Sie forderte ihn auf zu warten, während sie hilfsbereit in ihr Zimmer zurückging, um welches zu holen. Er folgte ihr aber, öffnete seine Hose und fingerte an seinem Glied herum. Daraufhin forderte sie ihn auf zu gehen, was er auch tat. Als die Geschädigte einige Minuten später zum Club zurückging, fiel ihr der Verdächtige nochmal hinter ein paar Bäumen versteckt auf. Sie verständigte die Polizei aber erst am Dienstagvormittag über den Vorfall. Der Täter ist etwa 25 bis 30 Jahre alt und sehr schlank. Er hat kurze, glatte, dunkle Haare und einen dunklen Teint. Der Mann trägt einen Dreitagebart. Bekleidet war er mit einer dunkelgrauen Jeans und einem bunten Hemd. Er sprach Englisch mit der Frau.
Olsberg: Am Montagnachmittag kam es gegen 16.45 Uhr auf dem Ruhtalradweg zwischen Olsberg und Assinghausen zu einem Übergriff auf eine 14-jährige Joggerin. In der Nähe Tatörtlichkeit befinden sich ein unbeschrankter Bahnübergang der zu einer Fußgängerbrücke über die Ruhr führt und das Zentrum Holz. Die 14-Jährige aus Olsberg wurde von einem Mann von hinten angegangen. Der Mann griff der Joggerin an die Brust und in die Hose. Die 14-Jährige konnte nach kurzer Zeit flüchten. Sie beschreibt den Mann als circa 17 Jahre alt. Etwa 1,70 Meter groß, südländisches Aussehen, kurze schwarze lockige Haare, blaue Softshelljacke, dunkle Jeans und dunkelblaue Sneaker.
Ludwigshafen/Rhein: Nach einer exhibitionistischen Handlung durch einen zunächst unbekannten Mann im Zug bei Ludwigshafen/Rh. gelang es Bundespolizisten den Täter zu ermitteln. Die Tat ereignete sich am 11. Februar, gegen 17.45 Uhr in einer Regionalbahn von Bruchsal nach Ludwigshafen/Rhein. Eine Frau alarmierte die Polizei, woraufhin der 40-Jährige am Bahnhof Ludwigshafen-Mitte aus dem Zug flüchtete. Die Bundespolizei Neustadt ermittelte in dem Fall und fahndete polizeiintern. Ein Beamter der Bereitschaftspolizei Enkenbach erkannte den Mann auf den gesicherten Videoaufzeichnungen aus dem Zug. Wie sich herausstellte war der 40-jährige Pakistani erst gestern nach Italien abgeschoben worden, wo er einen Asylantrag gestellt hat.
Recklinghausen: Vor einem Wohnhaus auf der Heisterkampstraße hat ein unbekannter Mann am Montagabend, gegen 21.10 Uhr, eine Frau belästigt. Die 58-jährige Marlerin wollte Müll nach draußen bringen. Am Kellerabgang bemerkte sie einen Mann und fragte ihn, was er da tun würde. Daraufhin soll er sein Geschlechtsteil herausgeholt und daran herumgespielt haben. Täterbeschreibung: 20 bis 25 Jahre alt, ca. 1,75 bis 1,80m groß, dunkler Teint, schwarze Haare, Schnauzbart, sprach deutsch mit Akzent.
Koblenz: Am 31.03.2018, gegen 09.50 Uhr lief eine Joggerin über die Kurt-Schumacher-Brücke in Richtung Metternich. Plötzlich näherte sich ein unbekannter Fahrradfahrer von hinten und griff der Frau im Vorbeifahren ans Gesäß und in den Schritt. Lachend setzte er seine Fahrt anschließend in Richtung Güls fort. Die Geschädigte konnte den Mann wie folgt beschreiben: ca. 45-50 Jahre alt, südländisches Aussehen, dunkelbraunes bis schwarzes, mittellanges Haar, trug eine schwarze Schirmmütze und eine schwarze Jacke.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Wilhelmshaven: Am Ostermontag, 02.04.2018, soll es in den Nachtstunden gegen 01.45 Uhr in Wilhelmshaven zu einer sexuellen Belästigung gekommen sein. Das 28-jährige Opfer gibt an, dass sie auf dem Fußweg, beim Spielplatz Metzer Weg/Mitscherlichstraße unterwegs war, als sie plötzlich von einem unbekannten Mann festgehalten wurde. Dieser soll sie unsittlich berührt und am Oberarm festgehalten haben. Dem Opfer sei es mit einem Tritt gegen das Schienbein des Täters gelungen, sich loszureißen und davonzulaufen. Die Polizei bittet um Mithilfe aus der Bevölkerung: Der gesuchte Mann soll zwischen 26-30 Jahre alt und etwa 175 cm groß gewesen sein. Er soll außerdem kurze schwarze Haare, einen schwarzen Oberlippenbart und schwarze Augenbrauen gehabt haben und zur Tatzeit mit einer schwarzen Strickjacke bekleidet gewesen sein.

Altenburg: Am Montag, 26.03.2018, in der Zeit von 20:40 Uhr bis 20:45 Uhr wurde eine 24-jährige Frau an der Friedhofsmauer in der Runkwitzstraße von einem unbekannten Mann angesprochen. Gleichzeitig manipulierte dieser an seinem Geschlechtsteil, so dass die 24-Jährige schnellstmöglich die Örtlichkeit verließ und folglich die Polizei informiert wurde. Die Ermittlungen zur exhibitionistischen Handlung wurden seitens der Kriminalpolizeistation Altenburg aufgenommen. In diesem Zusammenhang werden Zeugen gesucht, welche Hinweise zum unbekannten Täter geben können. Diese kann wie folgt beschrieben werden: circa 35 – 40 Jahre, stämmige Figur, circa 170 cm groß, trug längere Haare und einen Dreitagebart, bekleidet mit einer dunklen Jeans und dunklen Jacke.
Tübingen: Zu einer sexuellen Belästigung einer 23-Jährigen kam es am Samstagabend, gegen 22 Uhr, in der Tübinger Innenstadt. Die 23-Jährige lief in Begleitung einer Freundin auf der Karlstraße vom Bahnhof kommend in Richtung Innenstadt als ihnen zwei männliche Personen entgegenkamen. Im Vorbeigehen berührte einer der Beiden die 23-Jährige unvermittelt unsittlich im Schritt und setzte seinen Weg anschließend in Richtung Poststraße fort. Die Begleiterin der Geschädigten nahm dies zum Anlass, dem Unbekannten hinterherzulaufen und ihn zur Rede zu stellen. Dieser stritt allerdings sein Tun ab und entfernte sich mit seinem Begleiter in Richtung Bahnhof. Der Täter wird als etwa 175 cm groß mit normaler Statur und rundem Gesichtbeschrieben, er soll dunkle kurze Haare und einen dunklen Drei-Tage-Bart haben. Zum Tatzeitpunkt trug er eine schwarze Bomberjacke, blaue Jeans und eine schwarze Basecap, sein Alter wurde auf circa 20 Jahre geschätzt. Zeugen zu dem Vorfall werden gebeten, sich unter der Telefonnummer 07071/9728660 beim Polizeirevier Tübingen zu melden.
München: Am Mittwoch, 21.03.2018, gegen 20.35 Uhr, befand sich eine 14-jährige Schülerin am U-Bahnhof Olympiazentrum Nord. Sie ging zu einem Kiosk, um sich dort ein Getränk zu kaufen. Sie bemerkte einen Mann, der sie währenddessen anstarrte. Da ihr der Mann unheimlich war, ging die 14-Jährige in Richtung BMW-Welt weg, wobei ihr der Unbekannte folgte. Die Schülerin lief in den Olympiapark, wo sie der Mann auf Höhe der westlichen Brücke, die über den Georg-Brauchle-Ring führt, schubste, ihr an den Hals griff und an den Schnüren ihres Pullovers zog. Die 14-Jährige schrie daraufhin laut, dass sie der Mann in Ruhe lassen solle. Ein zufällig vorbeikommender, bislang noch unbekannter Passant, forderte den Mann auf, das Mädchen in Ruhe zu lassen. Daraufhin entfernte sich der Mann. Die 14-Jährige ging nach Hause und ihre Eltern informierten die Polizei über den Vorfall. Täterbeschreibung: Männlich, ca. 40 Jahre alt, ca. 180 cm groß, Vollbart, roch nach Alkohol, ungepflegtes Aussehen.
Bahlingen: Die Polizei sucht Zeugen zu einem Vorfall, der sich in der Nacht zum Montag (19. März) in der Ortsmitte von Bahlingen ereignete. Dort war nach eigenen Angaben eine 42-jährige Frau kurz vor 02.30 Uhr zu Fuß auf dem Heimweg von einer Gaststätte „Am Friedensplatz", als sie im Bereich Bühlstraße/Neuer Weg von vier unbekannten Männern belästigt wurde. Die vier Unbekannten versuchten, die Frau einzukreisen und machten anzügliche Bemerkungen. Die Frau wehrte sich mit ihrer Handtasche und flüchtete zu ihrer naheliegenden Wohnung. Sie wurde nicht verletzt. Was genau das Motiv der Belästigung war, ist derzeit offen. Die vier Männer werden wie folgt beschrieben: Einer war relativ klein, etwa 160 cm groß. Ein anderer war recht groß, ca. 185 cm, und von schlanker, schlaksiger Figur. Die beiden anderen sollen ca. 170 bis 175 cm groß mit normaler Figur gewesen sein. Einer von diesen beiden trug einen dunklen Schal. Alle vier waren dunkel gekleidet und trugen Kapuzenpullis bzw. -jacken. Nähere Beschreibungen liegen nicht vor.

PI-NEWS-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

OB-Wahl: Freiburg will Kalkutta retten Stolpert der grüne Amtsinhaber Dieter Salomon über Hussein K.?

pi-news.net/2018/04/stolpert-der-gruene-amtsinhaber-dieter-salomon-ueber-hussein-k
April 18, 2018

Von NEXÖ | Andrea K.* ist pensionierte Lehrerin aus dem Norddeutschen. An die neun Abschlussfahrten mit 10. Klassen nach Freiburg im Breisgau in den 80er und 90ern erinnert sie sich noch gerne. Die Schüler seien begeistert gewesen von dieser liebenswerten Stadt und den Ausflügen ins deutsch-französische Grenzgebiet. Eher durch Zufall erfuhr Andrea K., dass die Freiburger am kommenden Sonntag ihren Oberbürgermeister wählen. „Ich glaube, ich würde heute keine Klassenfahrt an die Dreisam mehr unternehmen wollen", sagt sie wehmütig. „Die Stadt scheint mir zu gefährlich geworden zu sein für harmlose unbedarfte junge Menschen, die abends ihren Spaß haben wollen." (* Name geändert)

Nein, Kalkutta ist Freiburg (noch) nicht. Diesen Zustand herzustellen schafft selbst ein grüner OB nach zwei achtjährigen Amtsperioden an der Macht nicht. Aber die Bewohner der als liberal geltenden Studenten- und Akademikerstadt hatten schon immer ein Faible dafür, für eine offene Welt eintreten zu wollen. **„Wer halb Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern der wird selbst Kalkutta", wusste aber schon Peter Scholl-Latour. Die Freiburger sind nach 16 Jahren Dieter Salomon (57, Grüne) und zweieinhalb Jahren Grenzöffnung auf dem „besten" Wege dorthin.**

Die meisten Freiburger werden über den Vergleich mit der indischen Stadt am Ganges vermutlich empört sein. Aber alles ist eine Frage der Relativierung, eine bei den Toleranz- und Offenheitsaposteln dieser Welt beliebte Differenzierungsweise, die sie aber nur ungern auf sich selbst anwenden. Freiburg hat im Vergleich zu früher stark nachgelassen als Sehnsuchtsstadt vieler Deutscher. Denn auf der Flucht-Achse Basel/Deutschland fühlten sich im Zuge der grenzenlosen Willkommenspolitik auch viele Ausländer wohl in Freiburg. Der Ausländeranteilbeträgt derzeit 17 Prozent. Der Anteil der Syrer sprang in den Jahren 2015/16 auf fast 80 Prozent, der Iraker auf 74 Prozent. Mit dem Zuzug demokratie- und kulturfremder „Flüchtlinge" stieg die Kriminalitätsrate, und das Sicherheitsgefühl der Bürger ging die Dreisam runter. Objektiv gesehen ist Freiburg die Kriminalitätshochburg Baden-Württembergs, selbst München verblasst dahinter. Wie oben gesagt: Sowas kommt dabei heraus, wenn man Kalkutta retten will.

Zu Beginn der Flüchtlingswelle waren viele Freiburger noch auf Welcome gepolt. Die verhätschelten Flüchtlinge suhlten sich geradezu in der dargebotenen Naivität der Gutmenschen, die sich nicht vorstellen konnten, dass asoziale kriminelle Elemente die kostenlose Freigebigkeit schamlos ausnutzen könnten.

Dazu gehörte der moslemische Mörders Hussein K., der kürzlich vom Landgericht Freiburg zur Höchststrafe mit anschließender Prüfung auf Sicherheitsverwahrung

verurteilt wurde. Der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Freiburg eingereiste mutmaßliche Afghane hatte nachts im Oktober 2016 die 19-jährige Studentin Maria L. an der Dreisam vom Rad gestoßen, sie brutal vergewaltigt und anschließend im flachen Flüsschen ertränkt. **Der angeblich 17-Jährige entpuppte sich später als mindestens 21-Jähriger. Und log sich auch sonst durch den Prozess. In Griechenland war er bereits wegen versuchten Mordes an einer Frau zu zehn Jahren Haft verurteilt worden, aber im Zuge eines Amnestieerlasses freigekommen.**

Man darf und muss heute die Frage stellen, ob Maria L. nicht noch leben könnte, wenn nicht Bürger wie Ämter weggeschaut hätten. Das fängt an mit dem Alter von zunächst angeblich 16 Jahren, später zwischen 21 und 26 Jahren. Warum fiel das dem zuständigen Amt nicht auf? Seit wann dürfen Minderjährige nächtens durch die Stadt streifen? Wo blieb die Pflicht der afghanischen Pflegeeltern, einer Arztfamilie, ihren Zögling, den sie sich gut bezahlen ließen, zu kontrollieren? Wieso wirft der Staat mit 60.000 Euro pro Jahr um sich für einen minderjährigen Flüchtling, der die Tage und Nächte mit Alkohol und Drogen vertut, aber sich scheut, eine händische Arbeit anzunehmen oder auch nur Deutsch zu lernen? Was Hussein K. offensichtlich noch fehlte in diesem See des kollektiven Wegschauens und Tolerierens war der Kick bei der nächtlichen Jagd nach jungen Mädchen. Aber auch diese Gier bemerkte keiner der Verantwortlichen.

Der Mord hatte wegen seiner Brutalität bundesweit und insbesondere bei den Freiburgern für Entsetzen gesorgt. Die Kaltblütigkeit der Tatausführung, der sprichwörtliche Undank eines schutzbefohlenen Flüchtlings, der hier in seiner hässlichsten Form zum Ausdruck kam, aber vor allem die Unschuld, die das Sehnsuchtsziel Freiburg i.B. über Nacht verlor, war es, was die Tat so einzigartig abstoßend machte. Es war das Gefühl, dass diese sonnengesegnete Stadt mit ihrem Münster, den lieblichen Gassen, dem südlichen Flair und der heiter-beschwingten Lebensweise vom Paradies zur Hölle mutierte. Und Freiburg wurde zum Gegenbeweis dafür, dass die Aufnahme von Tausenden Geflüchteten wie von selbst in dieser Multikulti-Stadt gelingen könnte. Der Fall Hussein K. demonstrierte symbolhaft für Deutschland die ganze Abgründigkeit, Naivität und dunkle Seite der deutschen Flüchtlingspolitik. **Die afghanischen Pflegeeltern K.`s bezogen 2.800 Euro pro Monat und gaben ihm 400 Euro Taschengeld. Dafür kaufte er sich Drogen und schwänzte den Unterricht.**

Die Stadt der Willkommenskultur ließ sich nach dem Mord an der Studentin ihre heile Welt nicht schlecht reden. Die eingebüßte hohe Lebensqualität ist einem trotzigen „jetzt erst recht" gewichen. „Unsere Weltoffenheit und unseren Lebensstil lassen wir uns von solchen Verbrechen nicht nehmen", sagt ein älterer Mann in der Innenstadt. Nach Ergreifung des Mörders sahen sich 20 spontane AfDler bei einer Kundgebung auf dem Münsterplatz 200 linken Demonstranten gegenüber, die ihnen unterstellten, die Stimmung mit Hass zu vergiften.

Hochschulgruppen der Grünen und Jusos schwiegen ansonsten eisern. Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagte: „Dieses und viele andere

Opfer würde es nicht geben, wäre unser Land auf die Gefahren vorbereitet gewesen, die mit massenhafter Zuwanderung immer verbunden sind. Und während Angehörige trauern und Opfer unsägliches Leid erfahren, schweigen die Vertreter der `Willkommenskultur`. Kein Wort des Mitgefühls, nirgends Selbstzweifel, nur arrogantes Beharren auf der eigenen edlen Gesinnung. Die grausame Seite dieser Politik wird abgewälzt auf die Opfer und auf eine seit Jahren kaputt gesparte Polizei und Justiz. Und so wachsen die Gefahren für unser Land beständig."

Es blieb nicht bei diesem einen Mord. Ein rumänischer Lkw-Fahrer erwürgte eine Joggerin im nahen Endingen. Derzeit steht ein 53-jähriger Migrant vor Gericht, der seine Lebensgefährtin und ihr vierjähriges Kind erstochen hat. Alles Vorfälle, die direkt oder mittelbar im Zusammenhang mit ausländischen Tätern standen und stehen. In Folge schauten die Zeitungen genauer hin, denn Freiburg mit seiner grünen Laissez Fair-Regierung mit Oberbürgermeister Salomon galt ja als das Mekka von Merkels „Wir schaffen das". **Stattdessen mussten die Freiburger immer mehr Abstriche von ihrer gewohnten lockeren Lebensweise einbüßen: Es gab Klagen über sexuelle Belästigung, Gewalt, Diebstahl. Mehrere Discos in Freiburg ließen keine Flüchtlinge mehr rein. Der schöne Seepark in der grünen Randzone in Betzingen wurde nach Anbruch der Dunkelheit gefährlich für Besucher, der Stühlinger Kirchplatz, ein Park in der Stadtmitte, geriet wegen Drogendealern gar zur regelrechten No-Go-Zone. Alles in allem: das Idyll avancierte zur Risikozone in Baden-Württemberg.**

Wie unter dem Brennglas wurden im Zuge der unbewältigten Flüchtlingskrise weitere Schwächen der 230.000-Einwohner-Metropole erkennbar: fehlender Wohnraum, die Mieten in dieser bei Studenten beliebten Stadt gerieten zunehmend ins Unbezahlbare. 750 Euro kalt für 24 Quadratmeter in einer der Randgegenden sind keine Seltenheit. Der Mietspiegel gehört mit zu den höchsten in Deutschland. Wer bezahlt`s? Das gut betuchte Bürgertum kann es sich leisten, die Studenten wohnen in WGs von Bafög oder Eltern finanziert, Kleinverdiener sparen sich die hohen Mieten vom Munde ab, das Amt hilft, Alleinerziehende sind oftmals die Dummen. Verantwortlich seit 2002 ist Oberbürgermeister Salomon (Grüne). Der grüne Amtsinhaber strahle demonstrative Selbstzufriedenheit aus, konstatiert die WELT, fragt aber besorgt im Stile des wohlwollenden medialen Gutmenschlichkeit: „Hat Salomon den Fall Hussein K. unterschätzt?"

Die Frage ist berechtigt, denn schließlich ist Salomon letztlich verantwortlich für das Image „seiner" Stadt. Und das hat schwer gelitten. Ob er es erneut schafft wie 2002, als er überraschend zum ersten grünen Oberbürgermeister einer Großstadt gewählt wurde, hängt wohl vor allem von den politischen Mitbewerbern ab, fünf an der Zahl. Die CDU als zweitstärkste Ratspartei nach den Grünen hat im vorauseilendem Gehorsam (Welt) auf einen eigenen Kandidaten verzichtet. So ist das grün-konservative und gutbetuchte Bürgertum wie schon zuvor hinter Salomon versammelt. Schon die erste Wiederwahl gewann Salomon nicht durch rot-grün, sondern in den CDU-Hochburgen Freiburgs.

Die weiteren Kandidaten sind überwiegend unabhängig und parteilos. Die SPD unterstützt den 33-jährigen Sozialarbeiter Martin Horn, einen eingeflogenen Sindelfinger, dem nachgesagt wird, dass er die Kandidatur nur als Sprungbrett für höhere Weihen benutzt. Horn hat sich für 200 Euro Adressenmaterial von Erstwählern von der Stadt besorgt. Anderswo würde die Nutzung der Adressen die Bürger mit Blick auf Datenschutz schlecht ankommen, im saturierten Freiburger Bürgertum sieht man dies eher gelassen.
Die Stadträtin und Werkrealschullehrerin Monika Stein (48), eine abgespaltene Grüne, wird von der Linken Liste unterstützt.
Der Parteilose Anton Behringer (51) ist studierter Volkswirt und selbständig im Bereich IT berufstätig.
Manfred Kröber (38, Mitglied der Grünen, kandidiert unabhängig) hat auf Lehramt studiert.
Stephan Wermter (57, parteilos) wird dem rechten Spektrum zugeordnet. Er ist Unternehmer und betreibt einen Wohnmobilhandel. Der bodenständige Wermter verspricht selbstbewusst, dass er alle Einkünfte, die einem OB zustehen, der Stadt und der Bevölkerung zur Verfügung stellen will. Mit Salomon besteht er in einer konträren Beziehung, da dieser ihn einen Rechtsradikalen schimpft. Damit wird jeder in Freiburg geächtet, der sich auch nur im Entferntesten in die Nähe von AfD oder ähnlichem stellt. Toleranz hat schließlich seine Grenzen.
Kriminalitätsanstieg in Zusammenhang mit starker Zuwanderung, erodierendes Sicherheitsgefühl, explodierende Mieten, aus der Sozialbindung fallende Wohnungen sind Themenschwerpunkte in Freiburg. Neulich war der SPD-Kandidat mit einem pensionierten Polizisten unterwegs, dem beim Waldspaziergang das Abwehrspray aus der Tasche fiel. Das sagt alles. Eine Helferin bekennt, dass ihr kein Mädchen bekannt sei, dass nachts an der Dreisam entlangfährt. Der amtierende OB will, dass Freiburg eine „weltoffene und liberale Stadt" bleibt. Um Frauen einen sicheren Heimweg zu ermöglichen, habe man das Frauen-Nacht-Taxi eingeführt. Außerdem würden dunkle Ecken besser beleuchtet und die Wartehäuschen offener und transparenter gestaltet. Na toll.
Rot-Grün hat bei Gemeindewahlen in Freiburg seit vielen Jahren eine deutliche Mehrheit. Im Gemeinderat dirigiert Salomon eine grün-schwarze Mehrheit. Die AfD oder andere rechte Gruppen sind kommunal nicht vertreten. In Freiburg wird am Sonntag mit einer geringen Wahlbeteiligung gerechnet. Es gilt schon als sensationell, wenn der Amtsinhaber nicht beim ersten Wahlgang die absolute Mehrheit schaffen würde und in die Stichwahl am 6. Mai müsste. Für Freiburger Verhältnisse wäre das bereits ein starkes Signal, dass die Einwohner aus ihrem bürgerlichen Phlegma aufgewacht sind.

Kein Aufschrei der üblichen Rassismus-Rufer Halle: Dunkelhäutiger schlägt Mann grundlos Bierflasche auf den Kopf

pi-news.net/2018/04/halle-dunkelhaeutiger-schlaegt-mann-grundlos-bierflasche-gegen-den-kopf

April 11, 2018

Halle: Am Sonntagmorgen gegen 4:30 Uhr war ein 24-jähriger Geschädigter mit weiteren Personen fußläufig in der Leipziger Straße in Richtung Marktplatz unterwegs. Währenddessen wurde der Geschädigte von einem unbekannten Täter zunächst angerempelt und im Folgenden mit einer Flasche gegen den Kopf geschlagen. Anschließend flüchtete der Täter mit seinen Begleitern in Richtung Riebeckplatz. Der Geschädigte wurde zur weiteren Behandlung ins Krankenhaus verbracht. Nach Angaben des Opfers und seiner Frau waren die Angreifer dunkelhäutig.

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Bautzen: Unter Geschrei und Gepöbel verfolgt der offensichtliche Ausländer zuerst einen nicht ersichtlichen Passanten durch die Außenanlage eines Einkaufszentrums. In animalischer Art springt er auf die Betonmauer und stößt immer wieder Beschimpfungen aus. Neben Kindern, Müttern mit Kinderwägen und zahlreichen sichtlich schockierten Passanten droht er mit nackten Oberkörper in der Bautzener Innenstadt. Immer wieder fluchend, reißt er schließlich ein Fahrrad an sich und will damit davonfahren. Als laute Schreie einer Frau ertönen, dass das Fahrrad wohl ihres sei und er es in Ruhe lassen solle, hilft ihr ein Mann und der Migrant lässt von dem Rad ab. Allerdings nur um seine Jacke neben einem Kinderwagen zu holen und dann das Fahrrad eines jungen Passanten zu nehmen, der es ihm auch noch breitwillig hinhält um nicht in Gefahr zu geraten oder ihn auch einfach nur auf seine Art und Weise in Deutschland Willkommen zu heißen. Dem Filmer der Szenen droht am Ende des Videos noch eine Stimme mit stark ausländischem Akzent, er müsse das Video löschen (Artikel übernommen von Unzensuriert).

Basel: Die bisherigen Ermittlungen der Kriminalpolizei der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft ergaben, dass der Jugendliche bei der Tramhaltestelle am Kohlenberg unvermittelt durch eine Gruppe von mehreren Unbekannten bedroht und angegriffen wurde. Die Täter schlugen das Opfer zu Boden und versetzten ihm Fusstritte. In der Folge verständigte ein Passant die Polizei. Die angreifenden Personen flüchteten in unbekannte Richtung. Eine sofortige Fahndung verlief bislang erfolglos. Der Jugendliche musste zur Behandlung in die Notfallstation verbracht werden. Gesucht werden: 1. Unbekannter, 20-23 Jahre alt, 175-180 cm gross, schwarze Hautfarbe, trug rote Jacke und schwarze Schuhe. 2. Unbekannter, 20-23 Jahre alt, ca. 180 cm gross, schwarze Hautfarbe, mittellange Frisur, war dunkel gekleidet.

Wien: Gleich zehn junge Männer – laut Opfer mit Migrationshintergrund – haben am Wiener Praterstern einen jungen Soldaten überfallen, ihm einen Zahn ausgeschlagen und die Militärtasche samt Handy geraubt! Der Geschockte wurde im Heeresspital verarztet. Möglicherweise war der Uniformierte für die Schläger ein Feindbild. Am Heimweg vom Militärdienst marschierte der angehende Zeitsoldat am Dienstag gegen 22.30 Uhr beim Praterstern über den Gabor-Steiner-Weg. Plötzlich bedrängten ihn drei Burschen, um ihm

seine Tasche zu entreißen. Der Wiener versuchte sich zu verteidigen. Doch so schnell konnte er gar nicht schauen, da hatte einer der Straßenräuber dem Uniformierten auch schon einen Zahn ausgeschlagen. Als er sich dennoch wehren wollte, kamen noch weitere junge Männer schreiend auf ihn zu. Panisch vor Angst gelang es dem Soldaten, der Übermacht zu entkommen. Aber erst zwei Tag später ließ er sich im Heeresspital verarzten. Dort wurde nicht nur der ausgeschlagene Zahn, sondern auch die Prellung einer Hand diagnostiziert. Nachdem ihn Ärzte behandelt hatten, erstattete der 19-Jährige Anzeige bei der Polizei. „Über die Identität der Bandenmitglieder konnte er keine genauen Angaben machen." Allerdings dürfte es sich um Afghanen oder Tschetschenen handeln, die immer wieder für gewalttätigen Wirbel rund um den Praterstern sorgen.

Magdeburg: Heute Nachmittag, 04.04., gegen 13 Uhr, kam es im Bereich des Allee-Centers nach einer verbalen Auseinandersetzung zweier Personengruppen zu einer gefährlichen Körperverletzung. Ein 26-jähriger Magdeburger wurde dabei schwer verletzt. Zwei weitere Geschädigte erlitten leichte Verletzungen. Nach bisherigen Erkenntnissen hatten drei Jugendliche aus dem Irak und Kroatien (15 bis 17 Jahre alt) vier junge Männer aus Magdeburg im Alter zwischen 17 und 26 Jahren angegriffen. Dabei soll eine schwere Kette zum Einsatz gekommen sein. Nach Zeugenaussagen soll einer der Beschuldigten auch mit einer Pistole gedroht haben. Die Beschuldigten sollen aus einer Gruppe von fünf bis acht Jugendlichen heraus gehandelt haben und konnte von der Polizei noch im Tatortbereich gestellt werden. Bei der Absuche konnte im Nachgang in einem Gebüsch eine Spielzeugpistole gefunden werden. Der 26-jährige wird mit einer Fraktur des Unterschenkels in einem Krankenhaus behandelt. Der genaue Auslöser der Auseinandersetzung ist bisher unbekannt. Hinweise auf Fremdenfeindlichkeit liegen bislang nicht vor.

Gießen: Am Kirchenplatz in Gießen wurde ein 23 – Jähriger am Mittwoch, gegen 02.15 Uhr, durch drei Unbekannte offenbar grundlos angegriffen und verletzt. Die drei Täter sollen mehrfach auf den Gießener eingeschlagen haben. Alle Personen sollen einen dunklen Teint haben und zwischen 18 und 25 Jahre alt sein.

Echterdingen: Am Freitagabend ist es in Echterdingen zu einer körperlichen Auseinandersetzung gekommen, bei der ein 26-Jähriger niedergeschlagen wurde. Eine Passantin meldete um 20.17 Uhr über Notruf der Polizei, dass in der Humboldtstraße bei einem Streit ein Mann niedergeschlagen worden sei. Die Polizeibeamten trafen vor Ort einen 26-jährigen Mann aus Leinfelden-Echterdingen an, der auf dem Boden lag und zeitweise nicht mehr ansprechbar war. Er wurde zur Behandlung in eine Klinik eingeliefert. Nach Angaben der Anruferin war der Täter nach dem Faustschlag über die angrenzenden Felder geflüchtet. Eine eingeleitete Fahndung, an der mehrere Streifenwagenbesatzungen beteiligt waren, verlief ergebnislos. Die Hintergründe für die Auseinandersetzung sind bislang nicht bekannt. Der Flüchtige ist circa 20-30 Jahre alt, 170 cm groß, von schmächtiger Gestalt und hatte einen dunklen Teint.

Münster: Ein unbekannter Täter fuhr am Dienstag (03.04., 19:10 Uhr) zunächst gezielt zwei Münsteraner am Aasee mit seinem Fahrrad an und schlug anschließend mit einem länglichen Gegenstand auf sie ein. Die 18 und 19 Jahre alten Männer waren am Ufer das Aasees an der Bismarckallee unterwegs. Der Unbekannte kam mit der Leeze angeradelt, fuhr absichtlich gegen die Beiden, so dass der 19-Jährige zu Boden fiel. Der Unbekannte schlug die Münsteraner, beleidigte sie als „Hurensohn" und „Hure" und flüchtete anschließend mit seinem schwarzen Fahrrad in Richtung Adenauerallee. Zeugen beschreiben den Täter als 1,75 Meter groß, etwa 45 Jahre alt und südländisch aussehend mit längeren, gelockten Haaren.

Ulm: Ein 17-Jähriger lief gegen 16.45 Uhr durch die Fußgängerzone in Richtung Bahnhof. Kurz nach der Einmündung der Wengengasse in die Bahnhofstraße kamen ihm aus Richtung Bahnhof vier junge Männer entgegen. Diese sprachen in an. Was die Vier von dem Jugendlichen wollten, habe er nicht verstanden. Der 17-Jährige kannte nach eigenen Angaben die Männer nicht. Gegenüber der Polizei schilderte er, dass die Unbekannten grundlos

angefangen hätten ihn zu schlagen. Der 17-Jährige habe sich zu wehren versucht. Einer der Männer habe ihm daraufhin ins Gesicht geschlagen. Zudem sei er getreten worden. Drei Männer hätten ihn geschlagen, ein anderer hätte zugeschaut. Die Männer hätten von dem jungen Mann dann abgelassen und alle vier seien in Richtung Deutschhausgasse davon gerannt. Der 17-Jährige wurde durch die Schläge leicht verletzt. Der Rettungsdienst brachte ihn in ein Krankenhaus. Die Polizei fahndete sofort mit mehreren Streifen nach den jungen Männern, konnte sie jedoch nicht antreffen. Der Polizei liegt eine Beschreibung vor: Die vier Männer dürften um die 20 Jahre alt gewesen sein. Alle hatten schwarze, kurze Haare und sahen südländisch aus.

Weilburg: Auf seinem Nachhauseweg wurde in der Nacht zum Dienstag ein Weilburger von einer Gruppe mehrerer Männer unweit des Weilburger Bahnhofes attackiert und dabei auch leicht verletzt. Gegen 00:50 Uhr verließ der 38-jährige Mann das Bahnhofsgebäude, als ihm eine Gruppe von fünf jungen Männern entgegenkam. Eigenen Angaben zufolge wurde er aus der Gruppe heraus angesprochen und kurz darauf auch schon von den fünf Männern grundlos angegriffen. Letztlich erlitt der Weilburger eine Handverletzung, aufgrund derer er zur Durchführung weiterer Untersuchungen in ein Krankenhaus gebracht wurde. Zur Beschreibung der Angreifer konnte der Geschädigte lediglich bekannt, dass zwei von ihnen dunkle Hautfarbe hatten und alle Personen mutmaßlich Flüchtlinge waren.

Dresden: Zivilcourage ist einem 63-Jährigen am Montagabend am Postplatz zum Verhängnis geworden. Weil eine Gruppe von ca. 15 Georgiern Passanten angepöbelt hatte, war er dazwischen gegangen. Darauf wurde der Mann aus der Gruppe heraus von einem Mann zusammengeschlagen und musste ambulant behandelt werden. Die 20 bis 33 Jahre alten Asylbewerber flüchteten Richtung Zwinger. Die Polizei verfolgte die teilweise betrunkenen Männer mit einem Großaufgebot bis zur Schweriner Straße. Mehrere Mannschaftswagen, Zivilfahrzeuge mit Blaulicht und ein Polizeihund waren im Einsatz.Bei der Fests tellung der Identität kam es zu Handgreiflichkeiten. Sieben Polizisten wurden dabei leicht verletzt.

Karlsruhe: Ein volltrunkener und am Kopf verletzter 39 Jahre alter Mann ist am Mittwoch gegen 20.20 Uhr im Bereich „Alter Friedhof“ in der Ostendstraße aufgefunden worden. Er gab gegenüber den Beamten des Polizeireviers Oststadt an, von einer drei- oder vierköpfigen Flüchtlingsgruppe nordafrikanischer Erscheinung im Bereich des Karlsruher Kronenplatzes geschlagen worden zu sein. Der aus Polen stammende Mann kam per Rettungswagen zur ambulanten Behandlung in ein Krankenhaus.

Hannover: Ein Reisender (28) ist gestern am späten Nachmittag am Hauptbahnhof Hannover mit einem sogenannten Kellnermesser genötigt worden. Bundespolizisten konnten den Tatverdächtigen (40) stellen und vorläufig festnehmen. Der Reisende aus Nordstemmen hielt sich im Bereich vor der Bahnhofstoilette auf. Ohne ersichtlichen Grund kam der 40-Jährige auf ihn zu. Dabei hielt er das aufgeklappte Kellnermesser, mit dem Korkenzieher nach vorn, wie einen Schlagring. Dann bedrängte er den Reisenden zunächst verbal in türkischer Sprache und dann unter Vorhalt des Korkenziehers mit der Aufforderung, zu verschwinden. Der Tatverdächtige folge dem Reisenden jedoch und beschimpfte ihn vermutlich auf türkisch.

Hunderte Gefährder haben Asyl beantragt

Potenzielle Terroristen und islamistische Gefährder, die sich als Flüchtlinge getarnt nach Europa begeben: Diese Warnungen gibt es seit der letzten Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016 laufend. Tatsächlich wurden diese Schreckensszenarien bereits mehrere Male real. So kamen auch die Attentäter von Paris laut Behörden mit gefälschten Pässen über die Flüchtlingsrouten nach Frankreich. Nun geht aus einer Anfragebeantwortung durch die deutsche Bundesregierung hervor, dass fast ein Viertel der gefährlichsten Extremisten in unserem Nachbarland einen Asylantrag gestellt hatten (Der komplette Artikel kann bei Krone.at nachgelesen werden).

Schweiz will Eritreer zurück schicken

Der Bund sei verpflichtet, vorläufige Aufnahmen regelmässig zu überprüfen, sagt das SEM gegenüber der «Rundschau»: «Momentan sind wir daran, rund 3200 vorläufige Aufnahmen von Eritreerinnen und Eritreern zu überprüfen», sagt Sprecher Martin Reichlin. Die Behörde begründet die Auswahl und die Menge der Dossiers mit dem Bundesverwaltungsgerichtsurteil von letztem Sommer. Das Gericht hatte Wegweisungen nach Eritrea als grundsätzlich «zumutbar» bezeichnet. Das SEM betont, dass die betroffenen Personen die Möglichkeit des rechtlichen Gehörs hätten. Jeder Fall werde individuell geprüft (Auszug aus einem Artikel von SRF.ch).

Eritreer betrügen beim Familiennachzug

Letztes Jahr reisten 4208 Personen im Rahmen des Familiennachzugs im Asylbereich in die Schweiz ein – ein Drittel mehr als 2016 und so viele wie nie in den letzten zehn Jahren. Über achtzig Prozent von ihnen waren Kinder, die von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen nachgeholt wurden. Beim Rest handelte es sich vor allem um Ehepartner. Der Nachzug erfolgte im Sinne der «Einheit der Familie», auf den vor allem anerkannte Flüchtlinge Anspruch haben. Mehr als die Hälfte der eingereisten Angehörigen kamen aus Eritrea. Seit einiger Zeit häufen sich aber Hinweise, dass viele der eingereisten Familienmitglieder in Wahrheit gar keine nahen Angehörigen von hier lebenden Flüchtlingen sind. Es werde in diesem Bereich nach Strich und Faden betrogen, hört man (Der komplette Artikel kann bei der Basler Zeitung nachgelesen werden).

Flüchtlingshelfer sollen Straftaten verschweigen

Jüterborg: In Jüterborg sollen Mitarbeiter der Flüchtlingshilfe Straftaten ihrer „Schützlinge“ bewusst verschweigen und nicht zur Anzeige bringen. Das behauptet ein Flüchtlingshelfer, der jetzt die Konsequenzen zog und seinen Rücktritt verkündete.

In einer hitzigen Diskussion hatte Raban von Studnitz seinen Mitstreitern bei der Flüchtlingshilfe vorgeworfen, Straftaten von Flüchtlingen zu verheimlichen. Doch die finden das richtig und beschlossen darüber hinaus mehrheitlich, auch den Inhalt der Diskussion nicht zu veröffentlichen. Er fände das falsch, so von Studnitz und kündigte seinen Rücktritt an. Hoffnung, dass sich etwas ändert habe er nicht, berichtet die Märkische Allgemeine (Auszug aus einem Artikel von Journalistenwatch).

Türkische Hochzeitsgäste feuern Schüsse ab

Hannover: Am Sonnabend alarmierten Anwohner der Limmerstraße gegen 16.15 Uhr die Polizei. Aus einem Autokorso einer türkischen Hochzeitsgesellschaft waren mehrere Schüsse abgefeuert worden. Vor Ort stellten die Beamten zahlreiche Patronenhülsen von Schreckschusswaffen sicher. Sie leiteten ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz ein. Einen Tag später musste die Polizei zu einem Gebäude in der Badenstedter Straße ausrücken. Dort hielten sich gegen 15.30 Uhr rund 100 Gäste einer türkischen Hochzeitsgesellschaft auf. Zeugenaussagen zufolge hatte einer von ihnen mehrere Schüsse aus einer Waffe abgefeuert und war dann geflüchtet (Auszug aus einem Artikel der Hannoverschen Allgemeinen).

Heilbronn: Neuenstadt, A81, Tunnel Hölzern: Illegales Autorennen, Zeugen und Geschädigte gesucht Am Samstag, gegen 19.28 Uhr, wurde der Verkehrspolizei mitgeteilt, dass eine Gruppe von sechs bis acht Fahrzeugen nach dem Tunnel Hölzern mit eingeschalteten Warnblinkanlagen den nachfolgenden Verkehr auf der Autobahn 81 in Fahrtrichtung Weinsberger Kreuz ausbremste, um offenbar ein illegales Autorennen zu veranstalten. Ein Zeuge konnte der Polizei die Kennzeichen von drei am mutmaßlichen Straßenrennen beteiligten Fahrzeugen übermitteln, sodass es der Polizei bei Ludwigsburg gelang, diese zu kontrollieren. Es handelte sich hierbei um einen schwarzen Porsche Cayenne, einen roten Audi A1 und einen Golf 5. Zuvor konnte die Polizei durch eigene Beobachtungen am Weinsberger Kreuz den zuvor geschilderten Sachverhalt bestätigten. Bei den Beteiligten handelte es sich augenscheinlich um eine türkische Hochzeitsgesellschaft, die Fahrzeuge

waren mit türkischen Flaggen bestückt. Bei der Kontrolle wurden wegen des Verdachts eines illegalen Straßenrennens die Führerscheine der Beteiligten beschlagnahmt und die Weiterfahrt untersagt.

Türken blockieren Brücke

Miltenberg: Am Montagnachmittag ließ ein unbekannter Drohnenpilot sein Luftfahrzeug unerlaubterweise im Stadtgebiet Miltenberg „fliegen“, wobei mehrere Personen zu diesem Zweck die Fahrbahn sperrten. Gegen 15.15 Uhr wurde die PI Miltenberg über eine größere Personengruppe informiert, welche die Mainbrücke mit ihren Autos blockierte. Beim Eintreffen der Streife wurde festgestellt, dass zirka 50 Heranwachsende, überwiegend türkischstämmige Personen, mitten auf der Brücke feierten und mittels einer Drohne ein Musikvideo drehten. Die Brücke war mit zwei querstehenden Fahrzeugen unerlaubterweise gesperrt. Beim Erkennen der Polizei löste sich die Gruppe rasch auf, so dass nur von wenigen Personen die Personalien festgestellt werden konnten. Auch der Drohnenpilot mit seinem Fluggerät konnte bis dato nicht ermittelt werden. Gegen die angetroffenen Männer, im Alter zwischen 26 und 28 Jahren, wird nun u.a. wegen eines Verstoßes gegen das Bayerische Straßen- und Wegegesetz ermittelt. Zudem muss sich ein 27-jähriger türkischer Staatsangehöriger wegen falscher Namensangabe verantworten.

Massenschlägerei von Ausländern

St. Pölten: Erschreckende Szenen sollen am Dienstagabend die nächtliche Idylle im Herzen von Niederösterreichs Landeshauptstadt St. Pölten gestört haben: Rund um den Bahnhof waren angeblich mehr als 20 junge Ausländer lauthals aneinandergeraten. „In Panik flüchteten Anrainer – vor allem Frauen“, so eine Augenzeugin (Auszug aus einem Artikel von Krone.at).

Marokkaner mag keine Hunde

Salzburg: Aneinander geraten sind am Dienstagabend im Bahnhofsbereich in Salzburg ein Marokkaner und ein Einheimischer. Beide Männer wurden dabei verletzt. Auslöser des Disputs zwischen dem 33-jährigen Marokkaner und dem 32-jährigen Einheimischen war der Hund des Salzburgers. Der Marokkaner fühlte sich durch das Tier gestört und trat nach dem Vierbeiner. Da wurde der Salzburger „narrisch“ und fing mit dem Afrikaner eine Schlägerei an. Beide Männer wurden verletzt. Sie wollten sich aber nicht ärztlich versorgen lassen.

Luxusleben ergaunert und vom Staat noch 600.000 Euro oben drauf Leverkusen: Von falschen Sultanen und echten Verbrechern

pi-news.net/2018/03/leverkusen-von-falschen-sultanen-und-echten-verbrechern

March 16, 2018

Großrazzia bei einer stadtbekannten „Großfamilie“ in Leverkusen: Nach über einem Jahr Ermittlungszeit haben Staatsanwaltschaft und Polizei diese Woche gegen eine europaweit verzweigte Betrügerbande losgeschlagen und zahlreiche Immobilien, Luxusautos und sonstige Wertgegenstände beschlagnahmt. Teile des ursprünglich aus Südosteuropa stammenden Roma-Clans mit insgesamt rund 1.000 Familienmitgliedern hatten über Jahre nicht nur Sozialämter und Kreditinstitute betrogen, sondern auch hunderte Senioren um ihr Erspartes gebracht.

Sei es mit dem beliebten „Enkeltrick“ oder mit exotischen Varianten wie z.B. der Masche mit einem falschen „Sultan aus Bahrein“ – der Fantasie der lebenslustigen „Großfamilie“ waren offenbar keine Grenzen gesetzt.

Ein Einsatz, der sich unter dem Aspekt der nicht ganz freiwilligen Eigentumsumverteilung gelohnt hat: In den durchsuchten Objekten, darunter eine Luxusvilla in Leverkusen, wurden neben großen Mengen Bargeld und Schmuck auch Luxuswagen der Marke Porsche, Rolls-Royce und Mercedes sichergestellt.

600.000 Euro Sozialleistungen erschlichen

Besonders pikant: Über Jahre hatten diese Rolls-Royce- und Porsche-Besitzer auch noch gleichzeitig Sozialleistungen der Stadt Leverkusen eingestrichen, obwohl das Luxusleben des schillernden Clans in ganz Leverkusen ein offenes Geheimnis war. Von rund 600.000 Euro ist in der Lokalpresse die Rede. Selbst auf Facebook posierten die Clanmitglieder gerne mit ihren Protzkarossen, Rolex-Uhren und bündelweise Geld in der Hand.

Hat man es hier etwa auch mit einem Behördenversagen im Stile des englischen Rotherhams zu tun, nur dass hier nicht bei schweren Sexualdelikten, sondern „nur" bei bandenmäßigen Betrugsstraftaten aus Gründen der „politischen Korrektheit" weggeschaut wurde? Oder warum sonst haben die Behörden in dieser Angelegenheit über viele Jahre versagt?

Auch die Gründe dafür gilt es – neben der strafrechtlichen Aufarbeitung des Skandals – ans Tageslicht zu bringen.

Fünf Festnahmen nach tödlicher Auseinandersetzung Passau: 15-Jähriger stirbt bei Schlägerei mit Tunesiern und Polen

PIpi-news.net/2018/04/passau-15-jaehriger-stirbt-bei-schlaegerei-mit-tunesiern-und-polen

April 17, 2018

Von MAX THOMA | Das Schlachten geht weiter, auch im angeblich todsicheren Bayern. Am helllichten Tag – mitten in der ehemals romantischen Passauer Innenstadt – wurde bei einem „Tumult" ein 15-jähriger Deutscher aus Obernzell am gestrigen Montag zu Tode geschlagen. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um „männliche Jugendliche" deutscher, tunesischer und polnischer Herkunft im Alter von 14 bis 25 Jahren. Der 15-jährige Getötete stammt aus dem Landkreis Passau.

Die Herkunft des Täterkreises wird in den meisten Medien allerdings nicht offen kommuniziert. Auch bei BILD findet man derzeit noch keine diesbezüglichen Hintergründe (Update 18 Uhr: mittlerweile haben sie auch die „tunesisch-polnische"-Herkunft von zwei Tätern / Mittätern genannt), obwohl die mutmaßlichen Täterinformationen seit geraumer Zeit im Polizeibericht stehen. Auch der Bayerische

Rundfunk verzichtet taktvoll auf die genaueren Angaben zu den Beteiligten der „Massenschlägerei zwischen Jugendlichen".
Der Vorfall ereignete sich in einer belebten Fußgängerpassage – nach Polizeiangaben haben sogar bis zu 20 Personen bei der Tat zugesehen! Das spätere Todesopfer hatte sich laut der Staatsanwaltschaft mit einem anderen 15-Jährigen unter der Schanzlbrücke getroffen, um etwas zwischen den beiden zu klären. Der Jugendliche wurde im Zuge der Auseinandersetzung zu Boden geschlagen und wurde bewusstlos.

Fahndungsmaßnahmen durch Bundespolizei

Mit Eintreffen der verständigten Polizeibeamten der Polizeiinspektion Passau entfernte sich ein Großteil der Beteiligten. Unmittelbar eingeleitete Fahndungsmaßnahmen mit einem größeren Polizeiaufgebot, auch unter Beteiligung von Beamten der Bundespolizei, führten zur Festnahme von sechs Tatverdächtigen. Eine Augenzeugin: „Fünf bis sechs Leute wurden handgreiflich. Viele standen darum herum. Es war sehr laut, ein Tumult. Wir sind dann weggegangen, weil es uns zu viel wurde."
Obwohl um 18 Uhr noch viele Passanten unterwegs waren und den Vorfall mitbekommen haben, dauerte es nach Informationen der Passauer Neuen Presse geraume Zeit, bis endlich Polizei und Notarzt alarmiert wurden. Der verständigte Notarzt versuchte, das Opfer zu reanimieren – der Obernzeller wurde ins Passauer Klinikum gebracht wo er gegen 19.30 Uhr verstarb. Die genaue Todesursache ist noch nicht geklärt, eine Obduktion in München soll die genaue Todesursache oder etwaige „Vorerkrankungen" des Getöteten zugunsten des Täters klären. Der Grund für die Schlägerei ist noch unklar. Laut der Staatsanwaltschaft kannten sich Opfer und Täter.
„Zwei Jugendliche im Alter von 14 und 17 Jahren und drei Erwachsene im Alter von 20, 21 und 25 Jahren wurden bereits festgenommen und sitzen in Untersuchungshaft", erklärte Oberstaatsanwalt Walter Feiler. „Die Jugendlichen sind Schüler, einer der Erwachsenen ist arbeitslos." Sie sollen aus dem Raum Passau und Neuhaus am Inn kommen. Derzeit werden sie dem Ermittlungsrichter am Amtsgericht Passau vorgeführt.
Was genau sich am frühen Montagabend abspielte, ist noch unklar. Laut Oberstaatsanwalt Feiler hätten aber bis zu 20 Personen bei der Schlägerei zugesehen. PI-NEWS wird weiter berichten.

Das Opfer: Der 15-jährige Maurice.**Update 18 Uhr:** Bei dem 15-jährigen Tatopfer handelt es sich um Maurice K. aus Obernzell (Landkreis Passau). Maurice war ein fröhlicher, friedfertiger niederbayerischer Junge, wie ihn sein Großvater beschrieb: „Maurice hat nie gerauft, nicht mal im Kindergarten. Er war nicht aggressiv, war ein cooler, relaxter Typ, hatte aber ein gutes Mundwerk und war nie um einen Spruch verlegen". Der 61-Jährige war am Montagabend sofort von Obernzell nach Passau an die Unglücksstelle geeilt, als er benachrichtigt worden war.
Oberstaatsanwalt Walter Feiler (60): „Bis zu 20 Personen sollen zugesehen haben."
Vermutung der Ermittler: Die jungen Leute – die sich teilweise gekannt haben sollen – haben sich „über soziale Netzwerke" am Tatort verabredet, es habe unter ihnen

„etwas zu klären gegeben“. Was genau, das wird noch ermittelt. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um vier Deutsche (14, 15, 16, 25), einen Polen (21) und einen Tunesier (17). Gegen alle wird wegen Totschlags ermittelt.

Achgut.Pogo-Format Broders Spiegel: Die Alarmsignale werden überhört

pi-news.net/2018/04/broders-spiegel-die-alarmsignale-werden-ueberhoert
April 23, 2018
23. April 2018
Waren die Übergriffe auf nicht-islamische Schüler an deutschen Schulen nicht ein unüberhörbares Alarmsignal? Die Reaktionen sprechen dagegen. Zwar wird beinahe hysterisch Entschlossenheit simuliert, doch hinter den großen Worten verbirgt sich nur ein großes Nichtstun. Auch die Kölner Silvesternacht war schon ein ziemlich unüberhörbares Alarmsignal. Das ist mittlerweile fast zweieinhalb Jahre her. Was ist geblieben von den vollmundigen Versprechen von damals? Immer wenn etwas passiert, was nicht mehr schönzureden ist, gibt es einen hysterischen Aktionismus in großen Ankündigungen. Doch die Verbalhelden landen alsbald wieder als Bettvorleger. Die Heldendarsteller sind nicht gewillt zu handeln, deshalb ziehen sie es vor, die inzwischen immer zahlreicheren Alarmsignale zu überhören.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Italien: Afrikaner halten Britin zwei Wochen als Sexsklavin

pi-news.net/2018/04/italien-afrikaner-halten-britin-zwei-wochen-als-sexsklavin
April 28, 2018
Über zwei Wochen wurde eine 39-jährige Britin in einem Haus in Rosarno (Süditalien) von einem 37-jährigen Mann aus Burkina Faso (Foto r.) und zwei weiteren Migranten aus Mali mehrmals vergewaltigt.
Diese unfassbar bestialische Tat erschüttert derzeit Italien: Auf Facebook lernte eine Britin einen 37-jährigen Migranten aus Burkina Faso kennen. In Italien wurde sie in einem abgelegenen Haus festgehalten und über einen Zeitraum von zwei Wochen

von mehreren Afrikanern vergewaltigt. Die 39-Jährige lernte den Afrikaner im Internet kennen und zog nach kurzer Zeit zu dem Migranten nach Deutschland. Laut der Aussage des Opfers mussten die beiden Deutschland schnell wieder verlassen, da der Mann wegen einer Messerstecherei im Drogenmilieu gesucht wurde.
Bei der Britin schrillten auch zu diesem Zeitpunkt noch keine Alarmglocken und sie zog mit ihrem späteren mutmaßlichen Vergewaltiger nach Rosarno im südwestlichen Italien. In einem abgelegenen Haus spielte sich das furchtbare Drama dann ab. Der Afrikaner wurde gewalttätig, beschlagnahmte ihr Telefon und hielt sie im Haus fest. Über zwei Wochen wurde sie in ihrem Gefängnis von dem 37-Jährigen und zwei weiteren Migranten aus Mali unzählige Male brutal vergewaltigt. *(Artikel übernommen von WOCHENBLICK.AT)*
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. Passend zum Thema verweisen wir auf die noch junge patriotische Frauenrechtsbewegung „120 Dezibel", die sich mit Protestaktionen gegen die importierte Gewalt und Übergriffe zur Wehr setzt. #Merkelfrühling 2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".
Berlin-Mitte: Drei Männer belästigten Donnerstagabend zwei Frauen auf ihrem Weg vom Bundeskanzleramt zum Hauptbahnhof. Alarmierte Bundespolizisten nahmen die Tatverdächtigen fest. Gegen 21:45 Uhr bepöbelten drei junge Männer zwei Frauen im Alter von 22 und 24 Jahren mit anzüglichen Bemerkungen. Auf einer Fußgängerbrücke fassten die 18-, 21-, und 22-jährigen Afghanen den Frauen gegen ihren Willen an Hüfte, Gesäß und Haare. Die beiden deutschen Frauen flüchteten in den Hauptbahnhof und riefen Bundespolizisten um Hilfe. Die alarmierte Streife nahm die drei Männer fest und brachte sie zur Dienststelle. Dort stellten die Bundespolizisten die Identität der Angreifer fest. Einer der Tatverdächtigen war offenbar stark alkoholisiert, verweigerte aber eine freiwillige Atemalkoholkontrolle. Daraufhin ordnete ein Richter die Blutentnahme durch einen Arzt an. Zum Ausnüchtern nahmen die Polizisten den Mann in anschließenden Schutzgewahrsam. Als der 22-Jährige die Dienststelle wieder verlassen durfte, leistete er nach einem Platzverweis noch Widerstand gegen die Beamten. Es wurde niemand verletzt. Die Bundespolizei leitete ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der sexuellen Belästigung gegen die drei Männer ein. Gegen den 22-Jährigen ermittelt die Bundespolizei zusätzlich wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Alle

Tatverdächtigen wurden nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen auf freien Fuß belassen.

Krefeld: Am Abend des 17. April 2018 hat sich ein Mann vor einer jungen Frau in schamverletzender Weise gezeigt. Als eine 22-jährige Frau gegen 22:30 Uhr auf der Roßstraße unterwegs war, zeigte sich ihr ein Mann in schamverletzender Weise. Sie informierte die Polizei, woraufhin der Exhibitionist zu Fuß in Richtung Sankt-Anton-Straße flüchtete. Der Mann ist etwa 30 bis 40 Jahre alt, circa 1,60 bis 1,70 Meter groß und von kräftiger Statur. Er hat dunkle Haare und trug ein Bart sowie einen grauen Kapuzenpullover. Sein Aussehen wird als südländisch beschrieben.

Berlin: Bundespolizisten nahmen Samstag einen Mann vorläufig fest, der sich in einer S-Bahn vor zahlreichen Fahrgästen entblößte und sexuelle Handlungen an sich vornahm. Samstagmorgen gegen 2:15 Uhr zog ein Mann in der S-Bahn zwischen Zoologischer Garten und Hauptbahnhof vor anderen Fahrgästen seine Hose herunter und masturbierte. Alarmierte Bundespolizisten nahmen den 31-jährigen Tunesier am Hauptbahnhof fest, als er erneut neben einer Reisenden saß und masturbierte. Der Festgenommene versuchte mehrfach, sich loszureißen. Bei seiner Durchsuchung wurden mehrere Tütchen mit Betäubungsmitteln aufgefunden und sichergestellt. Zudem hält sich der Mann seit fast vier Jahren unerlaubt in Deutschland auf. Die Bundespolizei leitete gegen den Mann Ermittlungsverfahren wegen exhibitionistischer Handlungen, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, unerlaubtem Aufenthalt und des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz ein. Auf Entscheidung der Staatsanwaltschaft wurde der Tatverdächtige nach einer Blutentnahme auf freien Fuß gesetzt.

Tostedt: Am Sonntagmorgen wurden gegen 08:00 Uhr Ruhestörungen im Himmelsweg gemeldet. Dort war es offenbar zu Streitigkeiten – auch körperlicher Art – zwischen alkoholisierten Männern gekommen. Beim Eintreffen der Polizei entblößte einer der Männer plötzlich sein Intimbereich, anstatt seine Personalien bekannt zu geben. Der 27-jährige Ruandaner war auch gegenüber der Polizei streitlustig und musste daher letztendlich zur Ausnüchterung seiner 2,3 Promille ins Gewahrsam genommen werden.

Mosbach/Schwarzach: Gleich an zwei verschiedenen Stellen tauchten am Donnerstag im Neckar-Odenwald-Kreis Exhibitionisten auf. Gegen 18.30 Uhr meldete ein Mann, dass er im Moment einen Unbekannten beobachte, der in einem Gebüsch beim Parkplatz des noch nicht geöffneten Freibads in Schwarzach stehe und sein Geschlechtsteil zeige. Im Einwirkungsbereich des Mannes war niemand, allerdings befanden sich weiter weg Personen. Der Unbekannte konnte von der Polizei nicht mehr angetroffen werden. Er ist mittelgroß und schlank. Zur Tatzeit war er bekleidet mit einer blauen Latzhose. Er trug eine schwarze Basecap. Nur eine Dreiviertelstunde später wurde ein komplett nackter Mann auf dem ehemaligen Landesgartenschaugelände gemeldet. Der zunächst Unbekannte zeigte drei Frauen sein „bestes Stück" und ging auf diese zu. Er konnte wenige Minuten später von der alarmierten Polizei festgenommen werden, als er sich gerade wieder anzog. Der 28-jährige Iraker ist als Drogenkonsument bekannt und war auch schon wegen Eigentumsdelikten aufgefallen.

Linz: Die 19-jährige Maturantin war auf dem Nachhauseweg, als sich die abscheuliche Tat in der Nacht zum 9. Juni des vergangenen Jahres ereignete. In der Nähe der Turmoil-Tankstelle in der Dinghoferstraße in Linz wurde sie von zwei unbekannten Männern um Zigaretten gebeten. Als sie in ihre Tasche griff, drängten die Männer die Schülerin zur Seite und drückten ihr einen Metallgegenstand in den Rücken. Bei den Beschuldigten handelt es sich um einen 28-jährigentürkischstämmigen Österreicher und einen Afghanen (18). Das Duo soll das Mädchen in einen Keller gezwungen und dort brutal über es hergefallen sein. Nach der schrecklichen Tat stahlen sie ihrem Opfer laut Polizei auch noch das Handy und die Geldbörse (Am Donnerstag erfolgten am Linzer Landesgericht nach mehreren Verhandlungen die Schuldsprüche gegen das Duo. Der Afghane muss für zwei Jahre und zehn Monate ins Gefängnis (rechtskräftig). Der 28-Jährige wurde zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt. Er legte Nichtigkeitsbeschwerde ein. Demnach ist das Urteil gegen den Älteren des Duos nicht rechtskräftig. Richterin Margit Kreuzer machte in ihrer Urteilsverkündung klar, dass es für sie nicht den geringsten Zweifel an der Schuld der beiden Angeklagten gibt. Die Männer hätten sich im Prozess auch mehrfach widersprochen. Dem Opfer wurde zudem ein Teilschmerzensgeld von 5.000 Euro sowie 500 Euro für Therapiekosten zugesprochen.

Reutlingen: Nach 30 bis 35 Jahre alten Mann, der sich am frühen Freitagmorgen in der Pfäfflinshofstraße gegenüber einer 26-jährigen Frau entblößte, fahndet das Polizeirevier Reutlingen. Gegen 1.45 Uhr alarmierte eine Frau die Polizei, nachdem ihr der Mann aufgefallen war, der sich im Bereich einer Gaststätte aufhielt, sie anschaute und dabei onanierte. Bis zum Eintreffen der Streifenwagen hatte sich der Unbekannte bereits entfernt. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief bislang ergebnislos. Der Mann soll etwa 175 bis 180 cm groß gewesen sein, schlank und von dunklerem Teint.

Dettingen/Teck: Einen noch unbekannten Tatverdächtigen einer sexuellen Belästigung, die sich am Donnerstagnachmittag, gegen 16.15 Uhr, in der Eisenbahnstraße ereignet hat, sucht das Polizeirevier Kirchheim. Ein 15-jähriges Mädchen war gegen 16.10 Uhr am Bahnhof Dettingen aus einem Zug aus Oberlenningen ausgestiegen und ging anschließend die Eisenbahnstraße entlang in Richtung Kirchheim. Auf Höhe des Verwaltungsgebäudes eines Motorenherstellers bemerkte sie, dass sie von einem Mann auf dem Fahrrad verfolgt wird. Dieser sprach die Jugendliche an und wollte sie zunächst dazu bewegen, ihn zu begleiten. Als sie ablehnte, hielt der Verdächtige das Mädchen am Arm fest und wurde außerdem zudringlich. Schließlich konnte sich das Mädchen losreißen und wegrennen. Eine Fahndung nach dem Verdächtigen verlief bislang negativ. Der mit einer Mischung aus Englisch und Deutsch sprechende Mann war etwa 40 – 50 Jahre alt, cirka 160 – 165 cm groß, schlank, hatte eine dunkle Hautfarbe und krause, gräuliche Haare.

Augsburg: Gestern (11.04.2018), gegen 11:40 Uhr, wurde ein Ehepaar (68 u. 65 Jahre) von einer unbekannten Frau angesprochen, dass ihr soeben ein unbekannter Mann sein erigiertes Glied gezeigt habe. Das Ehepaar konnte den Exhibitionisten nur noch flüchtig sehen, da sich dieser in der Zwischenzeit in Richtung Springergäßchen entfernte. Die unbekannte Frau entfernte sich ebenfalls, bevor die hinzugerufene Polizei ihre Personalien aufnehmen konnte. Die unbekannte Frau soll ca. 60 Jahre alt

sein, blonde Haare haben und trug eine blaue Jacke. Bei dem unbekannten Mann handelt es sich um einen Schwarzafrikaner, der mit einer grauen Jacke und grauen Hose bekleidet war. Auffällig war, dass er ein Tablett oder ein größeres Smartphone mit sich führte.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Mettmann: Am Montag, dem 16.04.2018, gegen 15:45 Uhr, wurde der Polizei ein Fall bekannt, in dem sich ein bislang unbekannter Straftäter in schamverletzender Weise einem Kind zeigte. Ein 12- jähriges Mädchen ging mit ihrem Hund auf der Uhlandstraße in Langenfeld Gassi, als sich ihr ein Mann als Exhibitionist zeigte. Als sie an dem Mann vorbei ging, zog er seine blaue Jogginghose herunter und zeigte ihr sein nacktes Hinterteil. Der Unbekannte deutete dem Mädchen zudem mit einer Kopfbewegung an, zu ihm zu kommen. Das Kind entfernte sich schnell und sah noch, wie sich der unbekannte Mann nach der Tat in Richtung Lessingstraße/ Johannesstraße entfernte. Der unbekannte Täter wird durch das Kind wie folgt beschrieben: Männlich, Anfang 20 Jahre alt, schlanke Statur, kurze dunkle Haare, die Seiten abrasiert und das Deckhaar
gelockt, bekleidet mit einer blaue Jogginghose und hellgrauem Kapuzenpullover. Eine sofort eingeleitete polizeiliche Fahndung verlief ohne Erfolg.

Augsburg: Bereits am vergangenen Freitag (13.04.2018), gegen 07:30 Uhr, wurde eine 15-Jährige auf ihrem Schulweg von einem unbekannten Mann belästigt. In der Thommstraße, Höhe Straßenbahnhaltestelle der Linie 2, kam dem Mädchen ein älterer Mann entgegen. Dieser hielt die 15-Jährige fest und versuchte sie zu küssen. Dies wiederholte der Unbekannte zweimal. Das Mädchen konnte sich allerdings befreien und lief in Richtung Rathausplatz weiter. Der Täter folgte dem Mädchen noch ein paar Meter und verschwand dann in unbekannte Richtung. Der Mann wird wie folgt beschrieben:
Ca. 60 Jahre alt, 175 cm groß, schlanke Gestalt, weiße kurze Haare, dunkle Bekleidung. Hinweise zu dem Unbekannten bitte an die PI Augsburg Mitte unter 0821/323 2110

Merseburg: In der Poststraße von Merseburg wurde gestern Abend gegen 17:45 Uhr eine Frau sexuell belästigt. Den unbekannten Täter traf sie bereits in der Bahnhofstraße. Der Mann sprach sie mehrfach an, was von ihr negiert wurde. Plötzlich berührte der Mann Sie unsittlich. Die Frau flüchtete in einen Hauseingang, der Täter verschwand in unbekannte Richtung. Die Polizei hat strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen.

Oldenburg: Ein bislang unbekannter Exhibitionist zeigte sich am gestrigen Dienstag auf einem Geh- und Radweg in der Nähe der Straße Am Schießstand einer neunjährigen Schülerin. Das Mädchen befand sich gegen 13 Uhr auf dem Heimweg von der Schule. Der unbekannte Mann kam ihr mit geöffneter Hose auf dem Rad fahrend entgegen. Nach der Begegnung fuhr die Schülerin weiter und vertraute sich ihrer Mutter an, die schließlich die Polizei benachrichtigte. Der Mann soll 8 etwa 185

cm groß, 50 bis 60 Jahre alt und schlank gewesen sein. Er trug eine schwarze Brille, eine blaue Jacke mit Kapuze über dem Kopf und eine dunkelblaue Jeans. Er benutze ein schwarzes Fahrrad. Die Polizei hofft auf Zeugenhinweise unter Telefon 790-4115. (440645)

Nürnberg: Gestern Abend (17.04.2018) trat am Nürnberger Flachweiher ein unbekannter Mann als Exhibitionist auf. Die Nürnberger Kriminalpolizei bittet um Hinweise aus der Bevölkerung. Eine junge Frau war gegen 19:15 Uhr im Alfred-Hensel-Weg unterwegs, als sich ihr ein auf einer Parkbank sitzender Mann in schamverletzender Weise zeigte. Als sich weitere Personen näherten, ergriff der Täter die Flucht in Richtung Münchener Straße. Beschreibung des Mannes:
Ca. 47 Jahre alt, ca. 185 cm groß, schlank, bekleidet mit dunkelblauem T-Shirt mit weißem Aufdruck und einer blauen Jeans. Hinweise bitte an den Kriminaldauerdienst Mittelfranken unter der Telefonnummer +49 911 2112-3333.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Vergewaltigungen in Berlin, Tübingen und Offenburg

pi-news.net/2018/04/vergewaltigungen-in-berlin-tuebingen-und-offenburg
April 30, 2018

Berlin: Drei Tage wurde intensiv nach dem Täter gefahndet, dann nahmen ihn Kripo-Beamte fest. Inzwischen hat ein Richter Haftbefehl gegen den mutmaßlichen Vergewaltiger erlassen. Der 24-Jährige soll am vergangenen Montag in aller Frühe eine 46-jährige Berlinerin in ihrer Laube in einer Kleingartenkolonie in Treptow mit einem Messer bedroht und mehrfach vergewaltigt haben. Nach ersten Ermittlungen war er zuvor unbemerkt in die Gartenhütte eingedrungen, in der sich die Frau offenbar alleine aufhielt. Nach der Tat flüchtete der Mann unerkannt. Im Rahmen einer sofort eingeleiteten Fahndungsaktion ging er den Beamten jedoch ins Netz, als er am Mittwochabend erneut versuchte, in eine Laube im Bereich von Treptow einzudringen. Im Verhör bestritt er die zur Last gelegte Tat, er berief sich laut Polizei auf Erinnerungslücken „wegen fortgesetzten Medikamenten- und Drogenkonsums“. Nach Angaben des Sprechers der Berliner Staatsanwaltschaft, Martin Steltner, steht der Mann im Verdacht, weitere Laubeneinbrüche in Berlin verübt zu haben. Er hat laut Steltner keinen festen Wohnsitz, kommt aus Nordafrika und wurde in Palästina geboren.“ Seine Staatsangehörigkeit konnte bislang nicht geklärt werden.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu

berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. Passend zum Thema verweisen wir auf die noch junge patriotische Frauenrechtsbewegung „120 Dezibel", die sich mit Protestaktionen gegen die importierte Gewalt und Übergriffe zur Wehr setzt. #Merkelfrühling 2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".

Tübingen: Am Samstagmittag zeigte eine 21-jährige Studentin bei der Polizei in Tübingen eine Vergewaltigung zu ihrem Nachteil an, welche sich am frühen Samstagmorgen ereignet hat. Die 21-Jährige befand sich gegen 03.30 Uhr auf dem Nachhauseweg vom einem Studentenclub im Fichtenweg zum nahegelegenen Studentenwohnheim. Beim Aufschließen der Haustüre des Wohnheims umklammerte sie ein bislang unbekannter Täter von hinten und zog ihr das Kleid und den Slip nach unten. Nachfolgend nahm der Täter trotz Gegenwehr sexuelle Handlungen an der Geschädigten vor. Erst nach einem Biss in den Hals ließ der Täter von seinem Opfer ab und flüchtete. Der Täter wird von der Geschädigten wie folgt beschrieben: ca. 30-40 Jahre alt, ca. 170 cm groß, dunkler Teint, schlanke Statur und kurze dunkle Haare. Er war bekleidet mit einer blauen Jeans und einem weißen T-Shirt. Im Bereich des Hals dürfte eine Bissverletzung aufweisen. Die Kriminalpolizei Tübingen, welche die Ermittlungen aufgenommen hat, sucht unter der Telefonnummer 07071/9728660 nach Zeugen, die Hinweise zu dem Täter und dem Geschehensablauf geben können.

Offenburg: Staatsanwaltschaft und Polizei haben Ermittlungen gegen eine 24 Jahre alten Mann wegen einer mutmaßlich in den frühen Morgenstunden begangenen Vergewaltigung am Rande der Offenburg Innenstadt eingeleitet. Dem aus Zentralafrika stammenden Flüchtling wird vorgeworfen, in den frühen Morgenstunden des 28.4. eine gleichaltrige Frau zwischen der Freiburger Straße und der Okenstraße überfallen, vergewaltigt und bestohlen zu haben. Nach Stand der ersten Ermittlungen dürfte der Tatverdächtige gegen 3 Uhr im Bereich des Bahnhofs auf sein späteres Opfer getroffen sein. Danach habe der Mann die ihm bis dorthin unbekannte Frau über eine Strecke von einigen Hundert Metern verfolgt und letztlich auf der Fußgängerbrücke über die Freiburger Straße überwältigt. Nach der ihm vorgeworfenen Tat verließ der Verdächtige den Ort des Geschehens unter Mitnahme des Handys seines Opfers. Diesem gelang es, einen Autofahrer auf sich aufmerksam zu machen. Nach Verständigung der Beamten des Polizeireviers Offenburg und einer umgehend eingeleiteten Fahndung gelang die vorläufige Festnahme des Mannes durch Beamte des Kriminaldauerdienstes im Bereich des Bahnhofs. Der 24-Jährige wurde heute Vormittag auf Antrag der Staatsanwaltschaft Offenburg dem Haftrichter vorgeführt. Dieser erließ Haftbefehl wegen Vergewaltigung und Diebstahl. Der dringend Tatverdächtige wurde dem Personal einer Justizvollzugsanstalt überstellt.

Magdeburg: Am Mittwochnachmittag kam es im Zoo von Magdeburg zu einer sexuellen Nötigung von vier Kindern. Die Geschädigten Kinder im Alter zwischen 11 und 12 Jahren befanden sich in einer Vogelvoliere, als sich ihnen plötzlich ein unbekannter Mann näherte. Der Täter wollte eines der Kinder berühren und entblößte gleichzeitig sein Geschlechtsteil. Eines der Opfer schob den Unbekannten weg der daraufhin in Richtung Zooausgang flüchtete. Der Täter wird beschrieben als: Mann arabischen Phänotypus, zwischen 40 und 50 Jahre alt, ca. 160 cm bis 170 cm groß, er trug eine Brille, er hatte einen 3-Tage Bart und graue Haare, bekleidet war der Mann mit einem roten T-Shirt und einer schwarzen Hose

Offenburg: Die Beamten der Kripo Offenburg sind seit dem frühen Donnerstagnachmittag auf der Suche nach Zeugen einer mutmaßlichen Belästigung in der Bahnunterführung zwischen dem südlichen Ende des Messeplatzes und des Kinzigdamms. Nach Angaben einer jungen Radfahrerin, habe sich die 19-Jährige gegen 13.20 Uhr um einen dort am Boden kauernden Mann gesorgt. Nachdem die Frau ihr Rad abgestellt hatte, habe der Unbekannte versucht, die Radfahrerin unsittlich zu berühren. Letztlich, so die junge Frau, habe die resolute Gegenwehr den aufdringlichen Passanten in die Flucht geschlagen. Die Ermittler der Kripo bitten Zeugen unter der Telefonnummer: 0781 21-2820 um Hinweise. Beschreibung des Unbekannten: Etwa 180 cm groß, Dreitagebart, schwarze Haare, dunkler Teint, trug verspiegelte Sonnenbrille und eine schwarze Kapuzenjacke

Wiesbaden: In einem Bus der Linie 8, die zwischen der Waldstraße und dem Wiesbadener Bahnhof verkehrt, kam es am Donnerstagabend zu einer sexuellen Belästigung zum Nachteil einer jungen Frau. Gegen 18:20 Uhr stieg eine 20-jährige Wiesbadenerin an der Haltestelle „Waldstraße" in einen Bus der Linie 8 und fuhr mit diesem in Richtung Hauptbahnhof. An der folgenden Haltestelle „Willy-Brandt-Allee / VHS" stieg ein älterer Mann in den Bus ein und setzte sich direkt neben die 20-Jährige. Im Verlauf der folgenden Fahrtstrecke berührte der Mann die Wiesbadenerin im Bereich ihres Oberschenkels und in anderer schamverletzender Weise. Letztlich stieg der Mann am Hauptbahnhof aus. Der Unbekannte wird im Alter zwischen 70 bis 80 Jahren, einer Größe von 165 cm, mit Glatze, einer auffallend großen Nase und mit Altersflecken im Gesicht beschrieben. Bekleidet war der ausländisch wirkende Mann mit einer dunkelblauen Leinenhose, einem Mantel und einer grau-schwarzen Stoffmütze.

Sinsheim/ Rhein-Neckar-Kreis: Am Donnerstag gegen 18.30 Uhr joggten zwei Frauen im Alter von 25 und 32 Jahren auf einem Feldweg, der Verlängerung des Schwimmbadwegs in Richtung Steinsfurt. Vor einer Bank hockte ein bislang unbekannter Mann, der, ob seiner Haltung, den Eindruck eines Bettlers erweckte. Kurz vor dem Erreichen des Mannes streckte dieser kniend, mit halb heruntergelassener Hose seinen steifen Penis in Richtung der Joggerinnen und spielte sich unter stöhnenden Lauten daran herum. Die Joggerinnen kehrten daraufhin sofort um und verständigten via Notruf die Polizei. Trotz sofortiger Fahndungsmaßnahmen nach dem Sittenstrolch, konnte dieser nicht gefasst werden. Der Exhibitionist wurde wie folgt beschrieben: Mitte 20, leicht trainierte Gestalt, orientalisches Aussehen, ca. 5cm

lange ungepflegte schwarze Haare, dunkelblaue Softshelljacke mit rotem Querstreifen, dunkles T-Shirt, helle Jeans.
Heilbronn: Die Polizei sucht einen Mann, der am Donnerstagabend in Heilbronn eine Frau belästigt hat. Die 25-Jährige war gegen 19.40 Uhr am Marktplatz, als der Unbekannte sie mit „Hey Süße" ansprach. Die Frau ignorierte ihn und ging weiter. Da sie telefonierte, bemerkte sie nicht, dass der Mann ihr folgte. In der Unteren Neckarstraße griff der Mann der Frau ans Gesäß. Als diese deshalb schrie, rannte er weg. Der Unbekannte soll ein 25 bis 35 Jahre alter südländischer Typ sein.
Innsbruck: Am 25. April 2018, gegen 01:20 Uhr wurde eine Österreicherin in Innsbruck in der Kranewitterstraße, auf Höhe der Eisdiele „Peintner" von einem unbekannten Mann um eine Zigarette gebeten. Plötzlich ergriff sie der Mann und drückte sie gegen eine Wand. Weitere zwei Männer kamen hinzu und hielten die Frau an den Armen, während der erste Mann die Frau unsittlich berührte. Weitere Männer beobachteten den Vorfall ohne selbst Handlungen zu setzen. Nachdem die Frau laut um Hilfe schrie und ein unbeteiligter Zeuge „Polizei" rief, flüchteten die Täter. Die Frau wurde bei dem Vorfall leicht Verletzt. Beschreibung der Täter: Haupttäter: Höchstens 25 Jahre alt, ca. 170 bis 175 cm groß, dunkle Haut, kleine Ohren, schwarze Haare mit kleinen Locken, seitlich und hinten rasiert, bekleidet mit grauer, dünner Jacke mit dunklem Reißverschluss und ohne Kragen, schwarzen Jeans und dunklen Sportschuhen. 1. Mittäter: Ausländer, ebenfalls ca. 25 Jahre alt, ca. 160 cm groß, dunkle gelockte Haare in gleichmäßiger Länge, hellere Hautfarbe wie der Haupttäter, bekleidet mit schwarzem Pullover, mit weißem Schriftzug oder Zeichnung quer über die Brust (ähnlich einer Welle). 2. Mittäter: Ausländer, ebenfalls ca. 25 Jahre alt, ca. 180 cm groß, jedenfalls größer als der Haupttäter, kurze dunkle Haare, mit blond eingefärbtem seitlichem Strich, bekleidet mit schwarzer Lederjacke.
Sinsheim/ Rhein-Neckar-Kreis: Am Donnerstag gegen 18.30 Uhr joggten zwei Frauen im Alter von 25 und 32 Jahren auf einem Feldweg, der Verlängerung des Schwimmbadwegs in Richtung Steinsfurt. Vor einer Bank hockte ein bislang unbekannter Mann, der, ob seiner Haltung, den Eindruck eines Bettlers erweckte. Kurz vor dem Erreichen des Mannes streckte dieser kniend, mit halb heruntergelassener Hose seinen steifen Penis in Richtung der Joggerinnen und spielte sich unter stöhnenden Lauten daran herum. Die Joggerinnen kehrten daraufhin sofort um und verständigten via Notruf die Polizei. Trotz sofortiger Fahndungsmaßnahmen nach dem Sittenstrolch, konnte dieser nicht gefasst werden. Der Exhibitionist wurde wie folgt beschrieben: Mitte 20, leicht trainierte Gestalt, orientalisches Aussehen, ca. 5cm lange ungepflegte schwarze Haare, dunkelblaue Softshelljacke mit rotem Querstreifen, dunkles T-Shirt, helle Jeans.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Mayen: Am 27.04.2018 gegen 16:25 Uhr kam es in Mayen, im Bereich „Im Hombrich", zu einer sexuellen Belästigung: Ein männlicher Täter schlug der weiblichen

Geschädigten im Vorbeilaufen gezielt auf das Gesäß und flüchtete anschließend fußläufig in Richtung der Nette. Eine sofort eingeleitete Fahndung im Nahbereich, führte nicht zum Ergreifen des Täters, welcherum die 20 Jahre alt geschätzt wird. Von Seiten der Polizeiinspektion Mayen wurde eine Strafanzeige erfasst. Personen, welche Hinweise zu dem Tatverdächtigen oder dem Tatablauf geben können, werden gebeten, sich mit der Polizei unter 02651-8010 in Verbindung zu setzen.
Bingen: Am 26.04.2018 gegen 12.35 Uhr, zeigte sich ein Exhibitionist einer Frau, die über den „Alten Friedhof" spazierte. Die Person wurde wie folgt beschrieben: Zirka 30 Jahre alt, 180 cm groß, schlank, 3-Tage-Bart, dunkle Haare. Die Person war mit einer dunklen Jacke und einer schwarzen Jogginghose bekleidet und führte ein dunkles Herrenfahrrad mit sich. Hinweise bitte an die Polizei Bingen, Telefon 06721-9050.
Augsburg: Ein unbekannter Mann ist gestern kurz vor 07.30 Uhr einer 54-jährigen Frau unsittlich gegenüber getreten. Im Spenglergäßchen (zwischen den Hausnummer 10 und 12) kam der Fußgängerin der Mann entgegen, der plötzlich in die Hose griff, um anschließend seine Männlichkeit freizügig aus der Hose hängend zu präsentieren während er auf die Frau zulief.
Diese jedoch drehte um und lief weg. Der Exhibitionist hingegen lief Richtung Dom in die dortige Grünanlage. Der Unbekannte konnte von der Geschädigten wie folgt beschrieben werden: ca. 30 Jahre alt, ca. 180 cm groß, kräftige Figur, trug Sportkleidung (anthrazit-farbige Jogginghose und eine hellgraue Trainingsjacke mit anthrazitfarbenen Streifen); Sachdienliche Hinweise bitte an die Kripo Augsburg unter 0821/323 3810.
Schwäbisch Hall: Am Montag gegen 08:45 Uhr befuhr eine 58-jährige PKW-Lenkerin die Michaelstraße in Richtung der Brücke über die B14. Kurz vor der Einmündung des Rinderbachwegs sah sie eine männliche Person links an dem dortigen Gebüsch stehen. Als die 58-Jährige an dem Mann vorbeifuhr, zog dieser seine Hose herunter und entblößte sein Geschlechtsteil. Anschließend zog er seine Hose sofort wieder nach oben. Der Mann stand noch längere Zeit an der genannten Stelle und rauchte. Der Exhibitionist wird als etwa 20-25 Jahre alt beschrieben. Er hatte dunkle, glatte, etwas längere Haare. Bekleidet war er mit einer hellgrünen Jacke und einer schwarzen Hose, eventuell Jogging- bzw. Sporthose. Wer hat diesen Mann gesehen?
Braunschweig: Bereits am vergangenen Samstag kam es in der Gifhorner Straße in Höhe der Autobahnbrücke in Richtung Wenden zu einem sexuellen Übergriff. Eine 38-jährige Frau wurde auf dem Heimweg von zwei unbekannten Männern angesprochen und am Arm festgehalten. Die Männer zerrissen die Oberbekleidung der Frau und berührten sie unsittlich am Oberkörper. Durch das beherzte Eingreifen einer Spaziergängerin, die offensichtlich mit ihrem Hund Gassi ging, ließen die Täter vom Opfer ab. Die 38-Jährige entfernte sich sofort vom Tatort und brachte den Vorfall erst einige Tage später zur Anzeige. Die Polizei sucht nun nach Zeugen des Geschehens, insbesondere nach der einschreitenden Spaziergängerin. Hinweise zu den Tätern oder zum Tatgeschehen nimmt das Polizeikommissariat Nord unter der Rufnummer 0531/476-3315 entgegen.

Nacht der blutigen Messer Mailand: Nafris im Blutrausch – 1 Toter, 3 Verletzte in einer Nacht

pi-news.net/2018/04/mailand-nafris-im-blutrausch-1-toter-3-verletzte-in-einer-nacht

April 29, 2018

In der Nacht auf Freitag ließen die beiden Marokkaner Abderahim Anass und Saad Otmani in Mailand ihrer bunten Kultur freien Lauf. Ein Toter und drei zum Teil Schwerverletzte gehen auf das Konto der Messerfachkräfte aus Nordafrika. In nur wenigen Stunden zogen die beiden eine blutige Spur durch Mailand. Einem 36-jährigen peruanischen Staatsbürger raubten sie in Cinisello Balsamo zwei Mobiltelefone und verletzten ihn mit einer Flasche im Gesicht. Schon kurz darauf rammten sie einem 31-jährigen Italiener ein Messer in Brust und Bauch, um ihm seine Brieftasche zu rauben.

Das reichte den Nafris aber noch lange nicht. In der Via Settembrini, im Zentrum ermordeten sie mit Stichen in den Oberkörper einen 22-jährigen Kellner aus Bangladesch, das Opfer erlag noch vor Ort seinen schweren Verletzungen. Danach hatte eine 21-jährige Britin, die in Mailand studiert das Pech den sich illegal in Italien aufhaltenden 28 und 30 Jahre alten Gewalttäter nahe des Zentralbahnhofes über den Weg zu laufen. Auch sie wurde mit dem Messer attackiert und verletzt und ein Smartphone geraubt.

In den frühen Morgenstunden konnten die beiden blutrünstigen Monster von den Carabinieri gefasst werden. Einer der beiden wurde schon einmal wegen schweren Raubes festgenommen, aber wie üblich bald wieder freigelassen

Italien ist was die Gewalttaten der illegalen „Gäste“ betrifft zwar schon etwas weiter, aber Deutschland holt schon kräftig auf in diesem blutigen Ranking.

Junge Migranten proben in München Aufstand gegen Staatsmacht Englischer

Garten: Tausendschaft Randalierer vs. Ordnungskräfte

pi-news.net/2018/04/englischer-garten-tausendschaft-randalierer-vs-ordnungskraefte
April 30, 2018

Die bayerische Staatsregierung hat der Bevölkerung bisher erfolgreich vermittelt, dass Bayern eine Insel der Seeligen, ja gleichsam das Paradies sei. Doch nun zeichnet sich ab, dass auch dieses Bundesland von Entwicklungen wie in Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen, wo Migrantenhorden bereits ganze Stadtviertel unregierbar machen, nicht verschont bleibt.

Folgen der Überfremdung werden auch Bayern zum Kippen bringen

Gegen den demografischen Wandel, der für die indigene Bevölkerung Deutschlands zum Fallbeil wird, sind auch die Verbalhardliner der CSU machtlos. Der krachend gescheiterten Integration eines großen Teils der muslimischen Bevölkerung stehen die Christsozialen ebenso ratlos und untätig gegenüber, wie die anderen etablierten Parteien. In den vielen Jahren ihrer Regierungsbeteiligung haben sie sogar maßgeblich zur Entstehung jener Probleme, mit denen wir uns jetzt in nie dagewesener Deutlichkeit konfrontiert sehen, beigetragen.

Seit dem 21. April 2018 kann nun auch Bayern nicht mehr die Augen davor verschließen, dass orientalische Verhältnisse nicht nur die Zukunft Deutschlands, sondern auch die des Freistaats bedrohen, wenn nicht bald eine 180° Wende in der Zuwanderungs- und Migrationspolitik vollzogen wird.

Der Weckruf für die Bayern erfolgte bereits am Samstag, dem 21. April, doch ähnlich wie bei den Ereignissen der Silvesternacht 2015 auf der Kölner Domplatte, die eine Zeitenwende in Deutschland markierten, kommt die ganze Wahrheit erst Tage später ans Licht der Öffentlichkeit.

Aus Rettungseinsatz wurde Landfriedensbruch

Der Rettungsdienst der Münchner Berufsfeuerwehr wurde am 21.04. gegen 22 Uhr zum Monopteros im Englischen Garten in München gerufen, weil dort angeblich eine junge Frau immer wieder das Bewußtsein verlieren würde. Wie sich herausstellte, handelte es sich um eine stark alkoholisierte Jugendliche, die sich offenbar ins Koma getrunken hatte.

Nachdem die junge Frau in den Sanka verbracht worden war, griff eine Horde von etwa 70 aggressiven Jugendlichen die Rettungskräfte an. Sie begannen, das Fahrzeug zu schaukeln, während im Inneren der Patientin eine Infusionsnadel gesetzt werden sollte. Einige der Randalierer kletterten auf den Sanka, wieder andere machten Anstalten, in den Innenraum des Rettungswagens zu gelangen. Zudem wurde das Notarztteam von dem Mob grundlos aufs Übelste beschimpft und mit Faschen beworfen. Zeitgleich gingen bei der Einsatzzentrale der Münchner Polizei zahlreiche Meldungen über größere Schlägereien im Englischen Garten ein.

Eintausend Jugendliche, überwiegend Migranten aus Problemvierteln, rotten sich zusammen

Die Einsatzkräfte sahen sich bei ihrem Eintreffen einer Meute von etwa 1000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Münchner Problemvierteln Neuperlach und Hasenbergl gegenüber. Wie sich herausstellte, hatte die Horde, die überwiegend aus Personen mit Migrationshintergrund bestand, Schaukämpfe inszeniert, um die Ordnungshüter dann mit fingierten Notrufen in eine Falle zu locken. Was folgte, waren zahlreiche Angriffe des randalierenden Mobs auf Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungsdienstler. Hier finden Sie ein Handyvideo dazu.

Die Polizei rückte mit einer Hunderschaft an, um die Lage zu bereinigen. Offenbar gelang es den überforderten Sicherheitskräften nicht, die Rädelsführer dingfest zu machen. Es liegen auch keine Bericht über Anzeigen oder Festnahmen vor, obwohl es sich hier ganz klar um Landfriedensbruch gehandelt hat:

§ 125
Landfriedensbruch
(1) Wer sich an
1. Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder
2. Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit,
die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt oder wer auf die Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Bayerns Innenminister findet das unbegreiflich

Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann kann nach eigenen Worten nicht begreifen, was da vor sich ging:

„Nach dem, was ich bisher gehört habe, kann ich überhaupt nicht begreifen, dass hier ganz offensichtlich Leute sich nur zusammengefunden haben, um durch vorgebliche Schlägereien die Polizei zu provozieren, zum Einsatz herauszufordern, um dann gemeinsam auf die Polizei loszugehen. Gleichzeitig auch Feuerwehrleute und Rettungssanitäter, die im Einsatz waren, anzugreifen und mit Bierflaschen zu bewerfen, das ist wirklich unglaublich, das ist unerträglich. Ich hoffe, dass hier die Rädelsführer bald ermittelt werden können."

Erstmals Klartext von der Mainstream Presse

Das Ereignis hat nun sogar die Vertreter der Mainstream Presse wachgerüttelt. Der Chefredakteur des Münchner Merkur, Georg Anastasiadis, kommentierte die Attacken in der „tz" wie folgt:

„1000 Jugendliche attackieren im Englischen Garten Feuerwehr und Polizei: Das war die verstörende Nachricht vom Wochenende. Was seither an Details durchsickert, ist kaum geeignet, die aufgeschreckten Bürger zu beruhigen: Ein Mob von Halbstarken aus den Münchner Problemvierteln rottet sich […] gezielt zusammen, um sich mit jenen anzulegen, die sie für Vertreter der staatlichen Ordnungsmacht halten. […]

Neu [..] ist die schiere Masse der Angreifer, und neu ist auch die Abwesenheit jeder Form des Respekts gegenüber Uniformträgern. In Neuperlach und am Hasenbergl ist ein Prekariat herangewachsen, dem es nicht nur an elterlicher Erziehung und schulischen und beruflichen Perspektiven fehlt, sondern auch an der Erfahrung, dass der Staat

Regelverstöße auch wehrhaft ahnden könnte. Oft handelt es sich dabei um Einwandererkinder der dritten oder vierten Generation. Viele der jetzt im Englischen Garten auffällig gewordenen 50 bis 60 Rädelsführer werden zudem in Zusammenhang mit vorangegangenen Diebstahlsserien gebracht. Ein Hätschel-Staat, der seinen Heranwachsenden nichts mehr abverlangt, nicht mal 15 Monate Wehrdienst oder ein soziales Jahr, und der sich umgekehrt zu lange zu vieles gefallen lässt, darf sich nicht wundern, wenn er am Ende vorgeführt wird.“

Weiterhin kommt der Chefredakteur des Münchner Merkur zu dem Schluß, dass mit noch mehr Sozialarbeitern das Problem der vernachlässigten Integration und des staatlichen Autoritätsverlusts nicht zu beheben sei. Hört, hört! Kann man da nur sagen.

„Warnschuss“ bereits eine Woche vorher

Einen „Warnschuss“ hatte es bereits eine Woche vorher gegeben, als die Polizei mit einer Hundertschaft unter Schlagstockeinsatz eine „Facebook Party“ auflösen musste, aus der es ebenfalls zu Gewalttätigkeiten kam. Im Gegensatz zum neuerlichen Vorfall verloren die Mainstreammedien damals jedoch kein Wort über die ethnische Herkunft der Randalierer.

Mit verstärkter Polizeipräsenz und dem Einsatz der Reiterstaffel im Englischen Garten will Ministerpräsident Söder die Lage stabilisieren. Die Pferde sollen es also richten, wo die Politik versagt hat. Aufgrund der starken Polizeikräfte und umfangreicher Kontrollen war es das vergangene Wochende ruhig im Englischen Garten. Es bleibt abzuwarten, wie lange wir noch über genügend Polizeikräfte verfügen, um die dank der Zuwanderung wie Pilze aus dem Boden schießenden Brandherde in unserem Land mit verstärkter und dauerhafter Polizeipräsenz auszutreten. Schönes neues Deutschland, schönes neues Bayern. *(hsg)*

02. Mai 2018, 11:41 Uhr

Angriffe auf Lehrer

Gewalt und Mobbing an jeder zweiten Schule

Von Armin Himmelrath

Die Gewerkschaft VBE schlägt Alarm: Laut einer Umfrage gab es an fast der Hälfte aller Schulen in den vergangenen fünf Jahren Drohungen und Gewalt gegen Lehrer. Mit dem "Märchen vom Einzelfall" müsse Schluss sein.

Udo Beckmann ist für deutliche Worte bekannt. So verzichtete der Vorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) auch am Mittwoch bei der Präsentation einer neuen Studie zur Gewalt gegen Lehrkräfte auf jede diplomatische Ausgewogenheit. "Erschütternd" seien die Ergebnisse der Untersuchung, die Politik solle endlich das Gerede "mit dem Märchen vom Einzelfall" lassen.

Was Beckmann so in Rage bringt, sind die Ergebnisse einer VBE-Umfrage unter Schulleitern. Die zeigen: An fast jeder zweiten Schule in Deutschland hat es in den

vergangenen fünf Jahren Gewalttaten gegen Lehrkräfte gegeben - und zwar nicht nur durch Schüler, sondern teilweise auch durch Eltern. Von den Schulministerien fühlt Beckmann sich im Stich gelassen: "Die Politik darf mit ihrer 'Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß'-Haltung in keinem einzigen Bundesland mehr durchkommen", schimpft der VBE-Vorsitzende.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie:

- Am häufigsten berichteten die Schulleiter über **verbale Bedrohungen**, Beschimpfungen und Mobbing: An 48 Prozent der Schulen kam das in den vergangenen fünf Jahren vor.
- Von **körperlichen Angriffen** auf Pädagogen berichteten 26 Prozent der Schulleiter.
- Jede fünfte Schule erlebte **Cybermobbing** gegen Lehrer über das Internet.
- Immerhin 39 Prozent der befragten Schulleiter halten Gewalt gegen Lehrkräfte für ein **Tabuthema**, über das nicht offen gesprochen werde.

"Die Fakten beweisen erneut, dass die Kultusministerien mit ihrer Einschätzung, dass 'Gewalt gegen Lehrkräfte' lediglich Einzelfälle sind, schlicht falsch liegen", sagt Beckmann. Er sieht eine VBE-Umfrage vom November 2016 bestätigt, bei der Lehrerinnen und Lehrer ebenfalls von zahlreichen Gewalttaten berichtet hatten. Welche Ursachen es für Gewalt gegen Lehrkräfte gibt, wurde in der aktuellen Studie nicht thematisiert.

Auch in den vergangenen Wochen hatte es mehrfach Berichte über gewalttätige Schüler gegeben. So hatten unter anderem Lehrer einer Schule in Sachsen-Anhalt in einem Brandbrief um Hilfe gebeten, in Berlin musste an mehreren Grundschulen ein Sicherheitsdienst eingesetzt werden.

Um deutlich zu machen, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handele, fordert der VBE öffentliche Statistiken zu Drohungen und Gewalttaten gegen Lehrer. "Nur wenn das Ausmaß für die Ministerien greifbar wird, werden sie die angemessenen Maßnahmen umsetzen, um Lehrkräfte besser zu schützen", sagt Udo Beckmann.

Im Zuge der jetzt vorgestellten Studie hatte der VBE auch die 16 Landesministerien angeschrieben und nach entsprechenden Daten gefragt. Vier Ministerien hatten gar nicht geantwortet, weitere fünf teilten mit, dass Gewalttaten gegen Lehrkräfte nicht eigens erfasst werden.

Ein Landesministerium schrieb: "Auch wenn keine Statistik betreffend Gewaltvorfällen gegen Lehrpersonen geführt wird (wohl aber betreffend 'besondere Vorkommnisse' aller Art), können wir versichern, dass es nur um Einzelfälle geht."

Udo Beckmann wundert sich angesichts solcher Aussagen: "Da muss man sich schon fragen, woher diese Gewissheit genommen wird."

Um an Schulen besser für den Umgang mit Gewaltsituationen gerüstet zu sein, fordert der VBE neben offiziellen Statistiken massive Investitionen in multiprofessionelle Teams mit Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und weiteren Fachkräften. Außerdem sollten Lehrer durch ein breites Fortbildungsangebot "auf den Umgang mit Heterogenität und das Verhalten in Konfliktsituationen vorbereitet werden".

Anmerkung: In einer früheren Version dieses Artikels hieß es, Lehrer einer hessischen Schule hätten in einem Brandbrief um Hilfe gebeten. Es handelt sich dabei allerdings um eine Schule in Sachsen-Anhalt. Wir haben den Fehler korrigiert.

URL:

- http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/gewalt-gegen-lehrer-angriffe-und-mobbing-an-jeder-zweiten-schule-a-1205751.html

Linke solidarisieren sich erneut mit ausländischen Straftätern Offenburg: Mahnwache nach drei sexuellen Übergriffen in einer Woche

pi-news.net/2018/05/offenburg-mahnwache-nach-drei-sexuellen-uebergriffen-in-einer-woche

May 3, 2018

3. Mai 2018

Kandel ist überall - mittlerweile auch in Offenburg.

Von PI-PFORZHEIM | Auch in Offenburg, einer beschaulichen Stadt in der mittelbadischen Region Ortenau, hängt ganz gewaltig der multikulturelle Haussegen schief. Nachdem es dort innerhalb von nur sieben Tagen zu drei sexuellen Übergriffen gekommen ist (zwei Vergewaltigungsversuche, ein Delikt), war es für die Veranstalter um die erfolgreiche Demo „Kandel ist überall" und der kommunalen AfD eine unabdingbare Bürgerpflicht, am Donnerstagabend eine Mahnwache für die deutschen Opfer abzuhalten.

Erst am Samstagmorgen hatte sich ein aus Zentralafrika stammender Illegaler an einer 24-jährigen Frau vergriffen. In den frühen Morgenstunden sah sich die junge Deutsche zunächst einer dramatischen Verfolgungsjagd ausgeliefert, bevor sie anschließend vergewaltigt und bestohlen wurde. Wie es dem geschundenen Opfer geht, darüber konnte zur Stunde noch keine Auskunft gemacht werden.

Nach einem Hetz-Aufruf von Ver.di-„Vertrauensfrau" Christa Streicher nutzten ungefähr 100 linke Spinner die Mahnwache, um abermals ihre fadenscheinige Ideologie der nie geschehenen Völkereinigung und der „internationalen Solidarität" breit zu treten. Die Forderung nach Sicherheit und Opferschutz wurde gebetsmühlenartig als „Nazi-Propaganda" abgetan. Das Gros der

Gegendemonstranten bestand wie immer aus bekifften linken „Lebenskünstlern“ und verstrahlten Antifa-Kids, von denen keiner die 25 überschritten hat. Gesichtet wurden zudem Vertreter der Piratenpartei und die Mitglieder des wohl vom Verfassungsschutz beobachteten Vereins „Aufstehen gegen Rassismus Offenburg“. Auf der Gegenseite unterstützten zahlreiche lokale Prominente die spontan veranstaltete und von der Polizei bestens abgeschirmte Mahnwache: Unter anderem der Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz, der Landtagsabgeordnete Stefan Räpple, Stadtrat Taras Maygutiak und die Heidelberger Stadträtin Anja Markmann (alle AfD). Es sprachen Rosa-Maria Reiter vom Verfassungsgerichtshof des Landes Baden-Württemberg und Christiane Christen, Vizechefin der AfD-Rheinland-Pfalz. Die Abschiebung ausländischer Straftäter, eine verstärkte Grenzensicherung, aber auch die Zwangsverheiratung von Kindern waren dabei die bestimmenden Themen.

Kein Aufschrei der üblichen Rassismus-Rufer Weil am Rhein: Türkenmob prügelt 26-Jährigen bewußtlos

pi-news.net/2018/05/weil-am-rhein-tuerkenmob-pruegelt-26-jaehrigen-bewusstlos

May 4, 2018

Weil am Rhein: Nach den bisherigen Erkenntnissen der Polizei hielt sich um 0.30 Uhr eine fünfköpfige Gruppe beim Pavillon auf. Zu ihnen geselle sich ein Mann und fragte nach einem Feuerzeug. Als man ihm Feuer für seine Zigarette geben wollte, wurde der Mann grundlos beleidigend. Nach einem kurzen Wortwechsel verschwand der Unbekannte. Er kehrte etwa 30 Minuten später in Begleitung zweier weiterer Personen zurück und zettelte sofort Streit an. Nach einem kurzen Gerangel erschienen nach Zeugenangaben etwa zehn bis 15 Personen auf Motorrollern. Sie ergriffen Partei für die Aggressoren und mischten sich in den Streit ein. Mehrere von ihnen gingen auf einen 26-Jährigen los und schlugen ihn bewusstlos. Weitere Schläge gab es für einen 28-Jährigen. Im Anschluss entfernten sich die Aggressoren in Richtung Nonnenholzstraße. Bei den Rollerfahrern soll es sich laut Polizei um „türkisch aussehende Personen“ gehandelt haben. In Tatortnähe wurde ein Ausweis gefunden, den einer der Schläger verloren haben dürfte, teilte die Polizei mit. *Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.*

VS-Schwenningen: Im Bereich des Neckarparks, auf einem Fußgängerweg zwischen Bahnhof und Möglingstraße, ist ein 17-Jähriger am frühen Dienstagmorgen von

einem unbekannten Mann grundlos zusammengeschlagen und dabei nicht unerheblich verletzt worden. Der 17-Jährige war gegen 01.50 Uhr auf dem Fußgängerweg unterwegs, als ihm ein etwa 180 – 185 Zentimeter großer Mann südländischen Aussehensmit Vollbart und schwarzen Haaren entgegentrat und nach Angaben des 17-Jährigen grundlos auf ihn einschlug. Hierbei ging der Jugendliche benommen zu Boden. In der Folge flüchtete der Angreifer, der vom Verletzten nicht näher beschrieben werden konnte. Ein Passant entdeckte den verletzten 17-Jährigen im Bereich der Bahnunterführung Möglingstraße und verständigte die Polizei. Nun ermitteln Beamte des Polizeireviers Schwenningen (07720 8500-0) wegen der begangenen Körperverletzung und bitten um sachdienliche Hinweise zu dem noch unbekannten Täter.

Lingen: Ein 35-jähriger Mann ist am frühen Dienstagmorgen gegen 2.10 Uhr in der Schlachterstraße von zwei bislang unbekannten Tätern angegriffen worden. Das Opfer wurde zu Boden gestoßen und mehrfach getreten. Dabei erlitt der Mann eine Kopfverletzung. Die Angreifer flüchteten. Sie sollen etwa 1,60 Meter groß und hager gewesen sein. Sie sahen südländischaus und trugen dunkle Jeans und Bomberjacken. Einer der Angreifer trug eine Brille. Zeugen werden gebeten, sich bei der Polizei in Lingen unter der Telefonnummer (0591) 87 0 zu melden.

Liederbach: In der Nacht zum 1. Mai geriet ein 17 jähriger Kronberger mit einem bisher unbekannten Mann in Streit. Im Verlauf des Streits sprühte der Unbekannte dem Kronberger Pfefferspray ins Gesicht und schlug mehrmals mit einem Gegenstand auf ihn ein. Zwei ebenfalls 17 jährige Begleiter des Kronbergers wurden ebenfalls durch Pfeffer und Schläge verletzt. Der Täter flüchtete unerkannt. Er wird als Nordafrikaner, ca. 19 Jahre alt, ca. 175 cm groß und schlank beschrieben. Er hatte schulterlange Haare und war mit einem blauen Trainingsanzug bekleidet. Hinweise werden von der Polizeistation Kelkheim unter der Telefonnummer 06195 6749-0 entgegengenommen.

Meschede: Zu einer Rangelei kam es am Dienstagmorgen auf der Briloner Straße. Ein 34-jähriger Mann aus Meschede wurde hierbei von einem unbekannten Mann ins Gesicht geschlagen und leicht verletzt. Der flüchtige Täter lief in Richtung Innenstadt. Er wird wie folgt beschrieben: – männlich – 25-30 Jahre alt – 170-180cm groß – schwarze kurze Haare – südländisches Aussehen– dunkle Jeans – dunkelgrünes Sweatshirt.

Limbach-Oberfohna: Am Montagmorgen kam es vor einem Einkaufsmarkt an der Peniger Straße zu einer gefährlichen Körperverletzung. Nach ersten Erkenntnissen schlug aus einer Gruppe von drei Unbekannten einer grundlos auf einen 19-Jährigen ein. Dabei trug der Unbekannte einen Handschuh, an dem ein silberner Gegenstand sichtbar war. Durch den Angriff wurde der 19-Jährige im Gesicht verletzt. Eine Forderung nach Geld oder Wertsachen gab es nicht. Plötzlich kamen dem 19-Jährigen zwei unbekannte Männer zu Hilfe, woraufhin die Angreifer die Flucht ergriffen. Die beiden Helfer fuhren, ohne etwas zu sagen, in einem weißen Transporter davon. Der Täter, der zugeschlagen hat, wird wie folgt beschrieben: Etwas dunklere Hautfarbe, etwa 175 bis 180 Zentimeter groß, scheinbares Alter: etwa 20 bis 25 Jahre,schlank, schwarze Haare, an den Seiten sehr kurz, oben etwas länger,

wellig und gegelt, Dreitagebart, zum Tatzeitpunkt mit einer grauen Jeans und einer schwarzen Joggingjacke bekleidet.
Goslar: Am Sonntagnachmittag, 16.10 Uhr, kam es in der Rosentorstraße, vor der Jakobikirche, zunächst zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf ein 25-jähriger Goslar von einer derzeit noch unbekannten männlichen Person einen Kopfstoß erhielt. Als daraufhin ein 48-jähriger Goslarer seinem verletzten Bekannten zur Hilfe kam, wurde auch er von dem Unbekannten mittels Kopfstoß angegangen und fiel zu Boden, wo er zusätzlich noch einen Tritt ins Gesicht bekam. Der Tatverdächtige, der lediglich mit ca. 20 Jahre alt, von kleiner Statur, dunkle kurze Haare, bekleidet mit einem roten T-Shirt und einer dunkelblauen Jeanshose, „ausländisches Aussehen", trug evtl. einen knallroten Rucksack auf dem Rücken, beschrieben werden konnte, flüchtete anschließend in Richtung Fischemäkerstraße. Ihm folgten zudem zwei weitere Personen, die offenbar zu ihm gehörten. Eine unmittelbar nach Bekanntwerden der Tat durchgeführte Fahndung führte leider nicht mehr zur Feststellung der Person. Die beiden Verletzten wurden durch die Besatzung eines Rettungswagens medizinisch erstversorgt.
„Schutzsuchender" Iraner: „Fucking Germany"
Weilheim: … Weitaus schlimmer aber benahm sich der Iraner auf dem Penzberger Volksfest im September. Im Bierzelt legte er sich anscheinend mit einigen weiblichen Besuchern an. Genau konnte das nicht festgestellt werden. Fakt ist, dass die Security ihn aus dem Zelt beförderte und ihm Hausverbot erteilte. Der Iraner kam aber einige Zeit später zurück. Als die Sicherheitsbeamten ihn erneut hinauswerfen wollten, leistete er Widerstand. Polizeibeamte, die an diesem Abend auf dem Volksfest Dienst hatten, kamen hinzu. „Es war eine sehr aufgeheizte, aggressive Stimmung im Zelt", sagte der zuständige Beamte. Der Iraner beleidigte mehrere, ihm wegen seiner häufigen Besuche in der Ausnüchterungszelle bekannte Polizisten mit den Worten „Fucking Germany, fucking Merkel". Er wurde daraufhin mit Handschellen fixiert, leistete aber erheblichen Widerstand, versuchte Kopfstöße und spuckte. „Ich bin seit zehn Jahren Polizist, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt", sagte der Beamte vor Gericht. Leid tat ihm vor allem die neue junge Kollegin, die an dem Abend den ersten Dienst hatte und doch ein wenig verstört war, als sie das Randalieren des Iraners mitbekam. Im Dienstwagen der Polizei war die Sache noch nicht zu Ende. Der Mann musste weiter fixiert werden und bedrohte die Beamten mit den Worten. „I'll kill you. I'm Taliban!" Eine Äußerung, die der Staatsanwalt heftig kritisierte. „Solche Reden nehmen wir hier sehr ernst", sagte er. (Auszug aus einem Artikel von Merkur.de).
Marokkaner verpasst den Bus
Schwalbach: Am frühen Montagabend wurde in Schwalbach ein 38 Jahre alter Busfahrer von einem unbekannten Täter ins Gesicht geschlagen. Zuvor hatte der bisher unbekannte Mann die Abfahrt des Busses am Busbahnhof des Main-Taunus-Zentrums knapp verpasst und im weiteren Verlauf versucht, die Abfahrt zu verhindern, indem er den Weg versperrte und gegen eine Scheibe des Fahrzeuges schlug. Wutentbrannt stieg der Täter in ein Taxi und empfing den 38-Jährigen am Schwalbacher Busbahnhof, wo er dem Buslenker nach einem kurzen verbalen Geplänkel in das Gesicht schlug und die Flucht ergriff. Bei dem Schläger soll es sich

um einen circa 1,85 Meter großen Marokkaner gehandelt haben, der eine dunkle Jogginghose, ein weiß/graues Oberteil und eine Kapuze trug. Hinweise zu der Tat oder dem Täter nimmt die Polizei in Eschborn unter der Rufnummer 06196 / 9695 – 0 entgegen.

„Geduldeter" prügelt Polizisten ins Krankenhaus

Essen: Weil er sich nicht von Bundespolizisten kontrollieren lassen wollte, hat ein 20-Jähriger nach einem Beamten geschlagen und ihm womöglich die Nase gebrochen. Wie die Bundespolizei mitteilte, hat der 20-jährige Mann am Montagnachmittag einen Bahnmitarbeiter am Essener Hauptbahnhof beleidigt. Den hinzugerufenen Polizeibeamten habe der Mann jedoch nicht seine Personalien nennen wollten. Als die Beamten den Mann mitnehmen wollten, wehrte er sich so heftig, dass er gefesselt zur Wache getragen werden musste. Bei der Durchsuchung auf der Wache konnte sich der Mann losreißen und schlug einem Polizisten bei seinem Fluchtversuch mit Fäusten ins Gesicht. Der Beamte wurde dabei so schwer verletzt, dass er in ein Krankenhaus gebracht werden musste. Gegen den 20-Jährigen, der sich nur mit einer Duldung in Deutschland aufhalten darf, wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Professionelle Erfassung von Migrantengewalt Neues Projekt: refcrime.info

pi-news.net/2018/05/neues-projekt-refcrime-info

May 7, 2018

Die neue Webseite refcrime.info.

Die Grenzen sind offen, der Staat gibt sich und seine Bürger auf. Diese sind machtlos oder fühlen sich so und wählen zu 3/4 Parteien, die an ihrer weiteren Abschaffung arbeiten. Eigentlich müsste man aufstehen, selbst wenn man niemanden hat, der mitkommt: an das örtliche Rathaus trommeln, in Streik treten, Generalstreik versuchen und sich auf das Grundgesetz Artikel 20 Abs. 4 berufen. Aber keiner tut es. Dort, wo junge Menschen dieser Tage ermordet werden, wie beispielsweise in Freiburg, Hamburg oder Kandel, gehen „immer mehr" Deutsche wütend, ernüchtert und fordernd auf die Straße – und zu Recht. Aber auch das bewirkt noch zu wenig.

Mit refcrime.info gibt es jetzt eine Informationsquelle, die wütend machen soll, damit diese Menschen, die mutig auf die Straße gehen, mehr werden! Man muss wütend gewesen sein, dann ernüchtert, dann entschlossen, um den so vorhersehbaren, wie geistlosen Nazi-Vorwurf einfach wegzuwischen, nicht anhaften zu lassen und tätig zu werden.

Zudem schafft refcrime.info eine Quelle, auf die man im Meinungsstreit mit den immer noch Gutgläubigen zeigen kann, wenn man beim haltlosen wie dummen Argument angelangt ist: "Aber, Deutsche machen das doch auch!"
Refcrime.info sammelt die tägliche Gewalt, die seit über zwei Jahren Zeitungen und Polizeiberichte füllt. So wird ein Ort der Erinnerung und Ermahnung geschaffen: für die Getöteten, die Vergewaltigten (vereinzelt auch Männer, wie zuletzt in Berlin), die Beraubten, Bestohlenen und Bedrohten. Refcrime.info belebt die manipulierten Statistiken, die aus Menschen Zahlen machen und denen man darüber hinaus nicht mehr vertrauen kann.

Sinn & Notwendigkeit

Statistiken sind nicht mehr das, was man unterschwellig immer noch von ihnen erwartet, was man gewohnt war. Dies besonders dann nicht, wenn sie zum Thema Migration und Flüchtlinge vorgelegt werden.
Die Zahlen zu diesem Thema sind erstens nicht erwünscht und zweitens nicht vertrauenswürdig. Dies hat mehrere Gründe:

• Die Zahlen werden meist absichtlich unscharf gelassen. Man denke nur an die unsaubere Unterscheidung und Abgrenzung zwischen Gruppen von Ausländern, Asylsuchenden und Deutschen Staatsbürgern mit Doppelpass oder Migrationshintergrund.

• **Die Behörden sind immer mehr offenbar nicht mehr in der Lage korrekte Zahlen abzuliefern. Wie in Berlin jetzt bekannt wurde, musste erst eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, um die Statistik des dortigen Ausländerzentralregisters zu prüfen, woraufhin die Zahl der Ausländer in Berlin von rund 600.000 auf 800.000 angehoben werden musste.**

• Die Regierung und ihre „Hausmedien" haben kein Interesse an aussagekräftigen Zahlen, gern mit dem belehrenden Verweis, jemand könnte sie "instrumentalisieren". Liegen tatsächlich einmal Zahlen vor, werden sie relativiert oder für unbrauchbar erklärt, da eventuell Straftaten erfasst seien, die von Asylsuchern begangen wurden – oder es wird kolportiert, dass sich Gewalt von sog. Flüchtlingen in den meisten Fällen gegen Flüchtlinge selbst richtet, zumeist in Flüchtlingsheimen. Ganz simpel wird auch einfach dreist gelogen und das mediale Gewicht von Zwangsfernsehen oder altbekannten Zeitungen in Stellung gebracht. Diese Haltung wird immer unhaltbarer. Aber an unsäglichen Professoren namens Pfeiffer oder Thym mangelt es bekanntlich nicht – die dürfen weiter ihr manipulierendes Unwesen treiben. Es wird nichts unversucht gelassen, die Erkenntnis im Volk zu unterdrücken oder schwach zu halten. Werden belastende Zahlen genannt, die qualitativ der inneren Plausibilitätsprüfung standhalten, werden sie überschwemmt und überschüttet von anderslautenden Aussagen, bis man sich kaum noch an sie erinnern kann oder der kognitiven Dissonanz nachgibt, die zwischen der moralischen Zugkraft der vorgegebenen Meinung und der eigenen entsteht.
Verschiedene unabhängige, kritische Personen, von denen es der Mainstream eher nicht erwartete, haben sich des Themas bereits im letzten Jahr angenommen und ihren Unglauben öffentlich mit Zahlen unterfüttert. Beispielhaft sei hier Prof. Jochen

Renz (auf Tichys Einblick) genannt. Trotzdem werden diese Stimmen kaum wahrgenommen. Es sind einfach noch zu wenige.

Um all diesen Ungenauigkeiten, Relativierungen, dem Schweigen und Lügen einen Ort der Gewissheit entgegenzusetzen, ist Refcrime.info entstanden. Refcrime.info möchte mit ihrer Arbeit Straftaten, die durch Migranten und Flüchtlinge verübt werden, umfassend dokumentieren und die Menschen für dieses Thema sensibilisieren. Da sog. Leitmedien und auch Politiker dieses Thema nach wie vor scheuen, ist es wichtig, die Bürger, die dieser Regierung noch immer unverdientes Vertrauen entgegen bringen (vielleicht nur, weil sie es so gewohnt sind), über das tatsächliche Ausmaß der zunehmenden Gewalt und Kriminalität durch Migranten aufzuklären. Refcrime.info erfasst ausschließlich Straftaten, die von Polizei, Zollbehörden und seriösen Medienportalen bekanntgegeben werden, die in der Lage sind, eine valide Quelle zu produzieren. Ziel ist es, einen Überblick über fremdausgeübte Straf- und Gewalttaten zu verschaffen und diese konkret einsehbar zu machen. Etwas, das eine wenig vertrauenswürdige Statistik nicht zu leisten imstande ist.

Veröffentlicht Refcrime.info wirklich nur Flüchtlingskriminalität?

Refcrime.info beschränkt sich nicht nur auf Straftaten, die von sog. "Flüchtlingen" begangen werden, sondern dokumentiert gleichzeitig Taten, die von Migranten verübt werden, die nicht vor Krieg und Verfolgung fliehen. Leider sind dies in zunehmendem Maße Täter aus dem ost- und südosteuropäischen Raum. Refcrime.info beobachtet seit längerer Zeit, dass insbesondere Rumänen und Georgier, aber auch Nordafrikaner in unser Land kommen, um sich hier in krimineller Absicht zu bereichern. Täter, die die Bewohner ihres Gastlandes berauben, betrügen oder körperlich misshandeln, kommen nicht, um sich zu integrieren und Teil der Gesellschaft zu werden. Letztlich ist es unser aller Anliegen, die Auswirkungen der unkontrollierten Zuwanderung aufzuzeigen – dafür muss man die Dinge beim Namen nennen dürfen.

Erfasste Straftaten von Migranten in Deutschland.

Da die Fälle jeweils mit dem genauen Tatort erfasst werden, können schließlich geografische Kriminalitätsschwerpunkte ermittelt werden. Refcrime.info bewertet die Fälle nicht und gibt stets die Quelle an, damit jeder selbst auf die veröffentlichten Ursprungsmeldungen zugreifen kann. Weiterhin wird die Quelle archiviert, damit das Internet in diesem Fall tatsächlich nicht vergisst, falls die Quelle gelöscht werden sollte.

Ablauf der Erfassung

Als Grundlage für die Aufklärungsarbeit dient Refcrime.info hauptsächlich Pressemitteilungen der einzelnen Polizeidirektionen in Deutschland. Diese werden automatisiert in unsere Datenbank geladen und anhand von ausgewählten Suchbegriffen vorgefiltert. Die verbleibenden Berichte werden danach einzeln geprüft und relevante Straftaten von analysiert.

Dabei fasst Refcrime.info das Geschehen in einer kurzen, präzisen Meldung zusammen und kategorisiert die enthaltenen Fakten. Dazu zählen etwa Tatort, Datum,

Täternationalität, Geschlecht sowie Alter von Täter und Opfer und die Art der Straftat. Diese Metadaten erlauben es dem Besucher des Archivs, präzise Suchanfragen zu starten.

Stand der Dinge

Derzeit sind rund 45.000 Straftaten erfasst. Diese stammen überwiegend aus dem Zeitraum 2015 bis 2018. Besonders schwere Straftaten oder solche von besonderem öffentlichen Interesse, bei denen beispielsweise die Staatsbürgerschaft oder die Herkunft erst im Rahmen einer Gerichtsverhandlung bekannt wird, können auch davor datieren.

Der Datenbestand ist sehr präzise durchsuchbar. So kann man sich die Einträge für eine Stadt, einen bestimmten taggenauen Zeitraum, eine bestimmte Deliktkategorie unter Angabe von Geschlecht, Alter und Herkunft, sowohl der Täter als auch der Opfer, anzeigen lassen. Wer will kann von einer selbst erstellten Suche einen Referenzlink erstellen und posten, der genau zu deren Suchergebnissen führt.

Mit Hilfe der Karte erhält der interessierte Besucher einen konkreten Überblick seiner Heimatregion und kann Krimninalitätsschwerpunkte erkennen.

Momentan zählt Refcrime.info:

Terroristische Taten oder Versuche: 200
Morde/ Tötungen (vollendet): 610
Morde/ Tötungen (versucht): 898
Vergewaltigungen (vollendet): 443
Vergewaltigungen (versucht): 487
Raub & Diebstahl: über 10.000
Körperverletzung: über 10.000

Es ergeben sich interessante Befunde. So zum Beispiel die Alterskurve von Tätern und Opfern, die wie folgt aussehen:

Oder die Verteilung der Straftaten nach der Tageszeit:

Diese Zahlen beziehen sich auf Deutschland, Österreich und die Schweiz. Soweit möglich, erfasst Refcrime.info den gesamten deutschsprachigen Raum. Der weit überwiegende Teil der Straftaten betrifft aber Deutschland.

Auch rund 500 Fahndungsfotos sind erfasst und können eingesehen werden. Sofern bekannt oder gemeldet, werden die Fahndungsaufrufe gefasster Täter entsprechend gekennzeichnet.

Was gibt es noch zu tun?

Refcrime.info dokumentiert größtenteils tagesaktuelle Berichte. Trotzdem hat Refcrime.info noch rund 5.000 Datenbankeinträge zu sichten, die relevante Suchbegriffe enthalten. Erfahrungsgemäß sind davon rund 65% relevant. Sobald das geschafft ist, kann Refcrime.info sich verstärkt um die statistische Auswertung kümmern. Oder um die Verbreitung ihrer Daten, um die Möglichkeiten der Verbreitung für willkürliche Nutzer oder eine Kooperation mit tschechischen, französischen oder schwedischen Projekten, die es auch gibt.

Auf folgenden Wegen kann man – auch ohne Angabe einer E-Mail-Adresse – mit refcrime.info in Kontakt treten:

Frau ging freiwillig mit ins Hotelzimmer München: Syrer vergewaltigt schlafende 24-Jährige

pi-news.net/2018/05/muenchen-syrer-vergewaltigt-schlafende-24-jaehrige
May 9, 2018

München: Am Sonntag, 06.05.2018, gegen 05.00 Uhr, ging eine 24-jährige Münchnerin nach einer Nacht in einer Münchner Diskothek mit einem 28-jährigen Syrer in ein Hotel in München-Zamdorf. Nachdem die 24-Jährige eingeschlafen war, wollte der 28-Jährige mit ihr sexuelle Handlungen vollziehen. Aufgrund dessen wachte die 24-Jährige wieder auf und machte ihm deutlich, dass sie das nicht möchte. Trotz ihres verbalen und körperlichen Widerstandes führte er den Geschlechtsverkehr an ihr durch. Die 24-Jährige konnte ihn schließlich in die Hotellobby zerren, von wo die Polizei verständigt wurde. Der Täter wurde vorläufig festgenommen und in die Haftanstalt eingeliefert. Er wird dem Ermittlungsrichter vorgeführt.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. Passend zum Thema verweisen wir auf die noch junge patriotische Frauenrechtsbewegung „120 Dezibel", die sich mit Protestaktionen gegen die importierte Gewalt und Übergriffe zur Wehr setzt. #Merkelfrühling 2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".

Zehdenick: Nach Angaben des 18-jährigen Geschädigten sowie seiner Eltern wurde er am 29.04. gegen 19.20 Uhr durch einen 39-Jährigen sexuell missbraucht. Beide Personen waren durch die Eltern an einem leer stehenden Haus festgestellt worden. Mithilfe von Passanten hielten die Eltern den 39-Jährigen bis zum Eintreffen der Polizei fest. Die Beamten nahmen den 39-jährigen Pakistaner vorläufig fest und brachten ihn in das Gewahrsam der Polizeiinspektion. Der Mann war leicht alkoholisiert mit 0,65 Promille Atemalkohol, so dass ihm zur Feststellung der Schuldfähigkeit eine Blutprobe entnommen wurde. Eine ärztliche Untersuchung des Beschuldigten erfolgte im Virchow Klinikum. Auch der Geschädigte wurde ärztlich untersucht.
Am heutigen Tage wurde durch die Staatsanwaltschaft Neuruppin beim zuständigen Amtsgericht Zehdenick Haftantrag gestellt und der 39-Jährige dort vorgeführt. Die Ermittlungen dauern an.
München: Am Dienstag, 01.05.2018, zwischen 18.45 Uhr und 19.00 Uhr, spielte ein 8-jähriger Grundschüler mit Freunden auf einem Spielplatz, der sich in unmittelbarer Nähe in seinem Elternhaus befindet. Der Junge befand sich dabei etwa 15 Minuten am Spielplatz. Nach dieser Zeit kehrte er aufgelöst in die elterliche Wohnung zurück. Er schilderte nachfolgend seiner Mutter, dass ihn ein Mann oberhalb der Kleidung im Intimbereich berührt habe. Als die Mutter mit ihrem Sohn auf den Spielplatz zurückkehrte, konnte der Junge seiner Mutter einen Mann zeigen, der ihn angefasst haben soll. Die Mutter stellte den Mann sofort zur Rede. Der 21-jährige Mann gab zunächst vor, die Mutter sprachlich nicht zu verstehen. Im weiteren Gespräch wich er den Vorwürfen aus und äußerte nur einen Spaß gemacht zu haben. Die Mutter verständige daraufhin den Polizeinotruf. Durch eine schnell eintreffende Polizeistreife konnte der Mann vorläufig festgenommen werden. Der 21-Jährige aus Pakistan wurde in die Haftanstalt eingeliefert und am Dienstag, 02.05.2018 dem Ermittlungsrichter vorgeführt.
Bickenbach: Am Sonntagabend (29.4.) hat ein bislang unbekannter Mann zwei Mädchen im Alter zwischen 11 und 12 Jahren auf dem Radwanderweg der um den Erlensee herumführt belästigt. Gegen 17.50 Uhr sprach der nur mit einem T-Shirt bekleidete Exhibitionist die beiden Mädchen auf unsittliche Art und Weise an und führte dabei sexuelle Handlungen an sich durch. Beide Mädchen ergriffen die Flucht und verständigten die Polizei. Der Mann wird als circa 1,80 Meter groß, schlank und etwa 30 Jahre alt mit „zotteligen" dunklen Haaren beschrieben. Er sprach deutsch und hatte einen dunkeln Teint.
Siegen: Das Siegener Kriminalkommissariat 1 ermittelt aktuell gegen einen noch unbekannten Mann wegen sexueller Belästigung zum Nachteil eines 13-jährigen Mädchens. Der Mann ist dringend verdächtig, am Sonntag (29.04.2018) in der Zeit gegen 13 – 13.30 Uhr ein dreizehnjähriges Mädchen in Siegen am Siegufer bei der Sieg-Arena am unteren Ende einer dortigen Fußgängerbrücke, die zur Dreisbachsiedlung führt, sexuell belästigt zu haben. Als sich zwei Freunde der 13-Jährigen dem Tatort näherten, konnte die 13-Jährige erfolgreich (und unverletzt) flüchten.
Der gesuchte Tatverdächtige wird als relativ klein geschrieben, etwa 1.65 Meter groß.

Er hatte eine dickliche Figur, war circa 30 -40 Jahre alt und trug einen grauen Adidas-Anzug. Er wird als vermutlich arabischer Herkunft beschrieben.
Pfersee: Am 29.04.2018 gegen 06:25 Uhr ging eine 31-jährige Frau am Westufer der Wertach im Bereich der Lutzstraße spazieren. Der Frau näherte sich von hinten ein bislang unbekannter Mann, der sie kurz an der Schulter anfasste und mit sexuell motivierten Äußerungen ansprach. Während dessen onanierte der Unbekannte. Nachdem die Geschädigte den Täter anschrie und ein unbekannter Jogger in Richtung des Tatorts kam, flüchtete der Exhibitionist in Richtung Lutzstraße.
Der Täter wird wie folgt beschrieben: Ca. 17 Jahre, 170 cm, schlanke Statur, dunkelhäutig, schwarze Haare, sprach akzentfrei Deutsch, grau-olive Kapuzenjacke (Kapuze über den Kopf gezogen), grau-olive Jogginghose, Sportschuhe.
Dresden: Sonntagmorgen sprach ein Mann (28) in Dresden-Friedrichstadt eine junge Frau (23) auf der Jahnstraße an, um sie nach der Uhrzeit zu fragen. Kurz darauf entblößte er vor der geschockten Passantin seinen Penis. Die 23-Jährige sah noch, wie der Mann an seinem Geschlechtsteil herumfummelte, dann lief sie weg und alarmierte die Polizei. Die Beamten hatten keine großen Probleme, den aus Libyen stammenden Tatverdächtigen kurze Zeit später in der näheren Umgebung zu schnappen. Kurz darauf wurde ein Ermittlungsverfahren gegen den 28-Jährigen eingeleitet, wie die Polizei mitteilt.
Hannover: Heute Vormittag haben Bundespolizisten einen 50-jährigen Mann gestellt, der in der vergangenen Woche mehrfach junge Mädchen im Zug zwischen Wolfenbüttel und Dettum belästigt haben soll. Zwei verängstigte 13-jährige Mädchen hatten sich an die Polizei in Wolfenbüttel gewandt und mitgeteilt, dass sie erneut belästigt wurden. Heute konnten sie den Mann jedoch heimlich mit dem Handy fotografiert. Die Beamten informierten sofort die Bundespolizei in Braunschweig. Mit Hilfe des Fotos gelang es den Bundespolizisten, den Tatverdächtigen im Rahmen einer sofortigen Fahndungsmaßnahme zu stellen. DerAsylbewerber aus Palästina stieg in Wolfenbüttel in den Zug. Er pendelt täglich zwischen Schöppenstedt und Wolfenbüttel. Eine Verständigung war mangels Sprachkompetenz nicht möglich. Nach der Identitätsfeststellung wurde er wieder entlassen. Die Ermittler prüfen derzeit den Anfangsverdacht einer sexuellen Belästigung. Dazu wurden auch Videoaufnahmen aus dem Zug gesichert.
Hamburg: Zivilfahnder des Polizeikommissariats 17 haben am frühen Samstagmorgen einen 20-jährigen Eritreer vorläufig festgenommen, der im Verdacht steht, zwei Frauen in sexueller Motivation angesprochen und an einer der beiden auch sexuelle Handlungen vorgenommen zu haben. Ermittler der Fachdienststelle für Sexualdelikte (LKA 42) führten den Tatverdächtigen einem Haftrichter zu. a) Eine 25-jährige Geschädigte wurde auf ihrem Nachhauseweg zunächst in sexueller Weise von einem Mann angesprochen. Nachdem er sie dann plötzlich umarmt und oberhalb der Bekleidung unsittlich berührt hatte, nahm er sexuelle Handlungen an ihr vor. Im weiteren Verlauf wehrte sich die 25-Jährige und beide stürzten zu Boden. Als der Täter bemerkte, dass es der Frau gelungen war, ihr Handy zum Telefonieren in die Hand zu nehmen, flüchtete er zunächst in unbekannte Richtung. b) Im Rahmen

daraufhin eingeleiteter Fahndungsmaßnahmen wurden Zivilfahnder des Polizeikommissariats 17 auf einen Mann aufmerksam, dessen äußeres Erscheinungsbild mit der abgegebenen Täterbeschreibung in Einklang zu bringen war. Als die Beamten ihn anhalten und überprüfen wollten, sprach der Mann gerade eine Frau an, die sich wiederum Hilfe suchend an die Fahnder wandte. Wie sich im weiteren Verlauf herausstellte, hatte der Mann die 28-Jährige ebenfalls in sexueller Motivation angesprochen. Daraufhin nahmen die Fahnder den Mann vorläufig fest.
Würzburg: In der Nacht von Samstag auf Sonntag hat ein junger Mann in einer Bar mehrere Frauen sexuell belästigt und nach einer der Geschädigten auch ein Glas geworfen. Die Würzburger Polizei nahm einen afghanischen Tatverdächtigen fest und sucht nun auch nach zwei Zeuginnen und möglichen weiteren Geschädigten. In der Bar in der Sanderstraße hatten sich zwei junge Damen gegen 2:00 Uhr an die Türsteher der Lokalität gewendet, nachdem ein zunächst Unbekannter sie unsittlich berührt hatte. Zunächst konnten die Geschädigten gemeinsam mit dem Türsteher den Beschuldigten allerdings nicht mehr ausfindig machen. Wenig später trat der Beschuldigte erneut auf und belästigte zwei weitere Frauen im Alter von 19 und 31 Jahren. Auch sie wurden im Intimbereich von dem Mann berührt. Als die Frauen ihn abgewiesen hatten, warf er ein Glas nach einer der Geschädigten. Er verfehlte die 31-Jährige jedoch zum Glück, so dass sie unverletzt blieb. Die verständigte Streife der Polizeiinspektion Würzburg-Stadt nahm wenig später vor Ort einen 20 Jahre alten tatverdächtigen Afghanen vorläufig fest. Ihn erwartet nun ein Strafverfahren wegen sexueller Belästigung und gefährlicher Körperverletzung.
Frankfurt: Der Vorwurf, gegen den sich Mustafa M. am Donnerstag vor dem Amtsgericht verteidigt, ist unappetitlich, aber nicht außergewöhnlich. Außergewöhnlich ist die Art seiner Verteidigung. Die ist eher ein Angriff. Ein Angriff auf den ewigen Feind. … Dem 53 Jahre alten Physiotherapeuten wird sexueller Missbrauch einer Minderjährigen unter Ausnutzung eines Behandlungsverhältnisses vorgeworfen. Deutlicher müsse und wolle er nicht werden. Aber das langt ja auch schon. Bedenklich auch der Small-Talk, den M. einräumt. Er habe die junge Patientin von den Segnungen eines Kopftuchs überzeugen wollen und hätte sie sogar eins zur Probe anziehen lassen. Hätte aber nicht gepasst. Also das Kopftuch dem Mädchen schon, aber dem Mädchen nicht das Kopftuch. Er verstehe nicht, warum. „Viele Frauen hier zeigen zuviel. Das ist nicht gut." Denn Frauen, erklärt er auf gut abendländisch, sollten sein wie „Geschenke unterm Weihnachtsbaum – schön verpackt". Zudem seien Frauen „wie Perlen", also auch unverpackt ganz gut, aber „nur der Ehemann darf ihre Schönheit sehen", daher diene das Kopftuch „dem Schutz der Gesellschaft, dem Schutz der Familie". Dann weist er noch einmal den Vorwurf der Fummelei an der 15-Jährigen zurück: „Ich mache doch auch viele Lymphdrainagen mit noch viel hübscheren Frauen."

PI-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

Es gibt jetzt eine Datenbank (mit Suchmaschine) aller Verbrechen der sog.Flüchtlinge, die perfekt dokumentiert und mit Quellenangaben belegt sind. Dort sind bis heute 48382Straftaten dargestellt. Jedes der 45607 Opfer ist der Preis für Merkels gesetzeswidrige Asylpolitik und Islamisierung Deutschlands - und für jedes der Opfer müßten sie und ihre für 10000-20000 Euro Monatsgehalt mitmachenden Bundestagsabgeordneten strafrechtlich verfolgt werden:
https://www.refcrime.info/de/Home/Index

Nach Todesfällen: Bundesärztekammer fordert schärfere Zulassungsregeln Ausländische Ärzte: Gefährlich niedriges Qualitätsniveau

pi-news.net/2018/05/auslaendische-aerzte-gefaehrlich-niedriges-qualitaetsniveau
May 9, 2018

Von PLUTO | Schlechtes Qualitätsniveau von Ärzten aus Drittstaaten, Fake-Ärzte mit gekauften Zertifikaten, nachgewiesene Todesfälle durch dilettierende ausländische Ärzte aus Drittstaaten – als Patient kann einem Angst und bange werden. Das sind keine Einzelfälle. Die Bundesärztekammer und verschiedene Landesärztekammern schlagen schon seit längerem Alarm und fordern beim aktuellen Bundesärztetag eine schnelle Verschärfung der Zulassungsregeln. Beim 121. Deutschen Ärztetag in Erfurt am Dienstag steht ein entsprechender Antrag des Vorstands der Bundesärztekammer auf der Tagesordnung. Aber natürlich gibt es auch die üblichen Bedenkenträger aus Verbandskreisen, die Sand ins Getriebe streuen.

Ausländische Ärzte aus Staaten, die nicht der Europäischen Union (EU) angehören, sollten eine Prüfung auf Niveau des zweiten und dritten deutschen Staatsexamens ablegen müssen, um in Deutschland eine Zulassung zu erhalten. Das hat der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Prof. Dr. med. Frank Ulrich Montgomery, gefordert und schnelle Änderungen angemahnt. Er nannte es im Gespräch mit dem Deutschen Ärzteblatt „überhaupt nicht mehr tragbar", Berufszulassungen oder Approbationen nur noch nach alleiniger Prüfung der Papierform und Sprachprüfungen zu erteilen.

„Wir müssen zum Beispiel ausschließen, dass Menschen als Arzt tätig werden, die sich in ihren Heimatländern Zertifikate gekauft haben, ohne jemals die Universität besucht zu haben", sagte er. Darüber hinaus habe man Erfahrungen aus ein bis zwei Jahren Sprach- und Kenntnisprüfungen in den einzelnen

Bundesländern gesammelt. „Wir haben festgestellt, dass das Qualitätsniveau einiger Drittstaatler so schlecht ist, dass man es mit der alleinigen Überprüfung der Dokumente und durch Kenntnisprüfungen nicht ausreichend feststellen kann", erläuterte Montgomery. Er sprach sich für schnelle Verschärfungen aus, weil sich zurzeit „sehr viele Drittstaatler" um die Zulassung bewerben.

Approbationen zu leichtfertig erteilt

Der Ärztemangel hierzulande dürfe nicht zu einer Absenkung des Qualitätsniveaus führen. Weil für Verschärfungen Beschlüsse der Gesundheits- und Bildungsministerkonferenz notwendig sind, kündigte Montgomery zügige Gespräche mit der Gesundheitsminister-Konferenz an. Gut wäre, wenn die Anpassungen bereits in der nächsten Staatsexamensrunde greifen würden, sagte er.

Auch Martina Wenker, Vize-Präsidentin des BÄK und Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen, kämpft seit langem hartnäckig für besseren Patientenschutz. Aus ihrer Sicht werden Approbationen zu leichtfertig erteilt. **Nur Unterlagen vorzulegen, reiche nicht aus, sagte sie dem NDR: „Wir fordern eine theoretische und praktische Prüfung analog zum zweiten und dritten Teil des Staatsexamens", und bekräftigte damit ihre Forderung aus dem Januar.**

Anerkennungstourismus

Wer innerhalb der EU als Arzt anerkannt wurde, bekommt in Deutschland automatisch eine Approbation. Zuständig für die Anerkennung der Abschlüsse aus Nicht-EU-Staaten sind die Approbationsbehörden der Bundesländer. Die Mediziner legen ihnen Diplome und Zeugnisse vor – deren Echtheit sei jedoch in vielen Fällen nicht abschließend feststellbar, heißt es in dem Antrag der Bundesärztekammer. Trotzdem seien es diese Papiere, die über eine Zulassung entschieden, so Wenker. Sie spricht von einem „Anerkennungstourismus": Es gebe ausländische Mediziner, die ihre Unterlagen mithilfe von Agenturen gleich in mehreren Bundesländern einreichten. „Wir reden hier über Patientensicherheit und Patientenschutz, da lasse ich keine Abstriche zu."

Migrantenschutz vor Patientenschutz?

Nach Ansicht von Helge Engelke, Verbandsdirektor der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft, ist ein deutsches Staatsexamen für ausländische Ärzte dagegen nicht sinnvoll: „Es ist hinterfragenswürdig, wenn jemand, der schon 20 Jahre Chefarzt in Dubai gewesen ist, hier noch einmal die Schulbank drücken soll." Es dürfe keine zusätzliche Hürde für die Mediziner entstehen. Der Niedersächsische Zweckverband für Approbationserteilung (NIZZA) sei zu schwerfällig, die Prüfung dauere zu lange, kritisierte Engelke.

Die Forderung, dass Ärztinnen und Ärzte aus Staaten außerhalb der Europäischen Union (EU) das medizinische Staatsexamen ablegen müssen, bevor sie in Deutschland ärztlich tätig werden dürfen, lehnt der Marburger Bund (MB) ab. Es sei nicht verhältnismäßig, die Qualifikation von ausländischen Ärzten generell infrage zu stellen, hieß es aktuell bei der Hauptversammlung des MB von den Gegnern dieses Vorschlags.

Die Delegierten forderten stattdessen nach kontroverser Diskussion die Bundesländer auf, die zentrale Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG)

auszubauen. Die GfG solle künftig alle Anträge ausländischer Ärzte auf Anerkennung der Gleichwertigkeit ihrer Berufsqualifikation aus sogenannten Drittstaaten annehmen und bescheiden. Dies soll insbesondere die Prüfung der Echtheit der eingereichten Unterlagen und die Bewertung der Berufserfahrung umfassen.

Schon Todesfälle bekannt

Wie PI-NEWS bereits im Februar 2018 berichtete, drohen laut Ärztekammer Westfalen-Lippe lückenhafte Fachkenntnisse ausländischer Ärzte, die in Deutschland arbeiten wollen, so Kammerpräsident Theodor Windhorst aus Bielefeld, die Versorgung der Patienten zu beeinträchtigen. **Der Grund: Die Kammer darf nur deren sprachliche, nicht aber ihre fachliche Kompetenz prüfen.**

So sei an den vom Heimatland bescheinigten, aber offenbar doch fehlenden Kenntnissen einer Gynäkologin aus Libyen ein Kind in einem Krankenhaus in Westfalen-Lippe bei der Geburt gestorben. Die Ärztin wurde wegen fahrlässiger Tötung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und arbeitete an einem anderen Krankenhaus weiter.

Im zweiten Fall starb ein Mann nach einem Sturz unter Alkoholeinfluss. Ohne weitere Diagnostik wurde er in die Psychiatrie eingewiesen. Dort starb er an einer Gehirnblutung. Sowohl der Notarzt als auch der diensthabende Arzt der Psychiatrie waren Ärzte „mit ausländischen Studienabschlüssen und fraglich ausreichenden Sprachkenntnissen", so die Kammer.

Schwarze Schafe aussortieren

Unbestritten ist, dass die Qualität der ärztlichen Leistungen in deutschen Praxen und Krankenhäusern im weltweiten Vergleich höchstes Niveau genießt. So soll es bleiben. Von daher ist es nachvollziehbar, dass die Bundesärztekammer Alarm schlägt, wenn Schwachpunkte erkannt sind und auf schnelle Abhilfe gedrängt wird. Das ist kein Alarmismus, und damit werden keine qualifizierten ausländischen Ärzte unter Generalverdacht gestellt, sondern im Gegenteil hilft es ihnen, wenn gefährliche schwarze Schafe aussortiert werden. Es scheint aber so, dass wieder einmal wie üblich in der Migrationspolitik aus falscher Rücksichtnahme berechtigte und absolut notwendige Forderungen tabuisiert werden. Wenn die Ärzteschaft in Deutschland das Vertrauen der Patienten behalten will, dann muss im Sinne der Bundesärztekammer gehandelt werden. Politiker und Verbandsfunktionäre, die das Problem klein reden wollen, müssen sich im Schadensfalle den Vorwurf gefallen lassen, dass ihnen Migrantenschutz vor Patientenschutz geht.

Nach Angaben des Ärzteblattes hat sich bundesweit die Zahl der ausländischen Ärzte binnen sieben Jahren mehr als verdoppelt und betrug 2016 41.658 berufstätige ausländische Ärzte.

Vielseitig begabtes Menschengeschenk Gott sei Dank: Kirchenschänder ist „25-jähriger Bamberger“

pi-news.net/2018/05/gott-sei-dank-kirchenschaender-ist-25-jaehriger-bamberger
May 11, 2018

Während der verschlagene "Graf Södula" - der Hammer Gottes - neue Kruzifixe an bayerische Finanzämter nagelt, werden alte Kreuzbestände in deutschen Kirchen von den Gästen der CDU/CSU-Kanzlerin wieder unbürokratisch entsorgt.

Von MAX THOMA | Mein Urgroßonkel war der bayerische Schriftsteller Ludwig Thoma (1867-1921) – er kämpfte in Bayern gegen die Scheinmoral der „christlichen“ Politiker und der katholischen Kirche. Die Preußen steckten ihn dafür sechs Wochen ins Zuchthaus. Mein Großonkel war der Erzbischof von Bamberg, Joseph Otto Kolb (1881-1921). Er kämpfte so gut es ging gegen den National-Sozialmus und verhinderte durch seine Beziehungen und aufrechtes Gottvertrauen die Bombardierung Bambergs. Beide rotieren im Merkeljahr 2018 deutlich in ihren Gräbern.

In lauen Mainächten hört man beide derzeit aus der Ahnengruft rufen: „Kreizkruzifix noamoi, was werd da gspuit im Bayernland?!“ Während der finistre „Graf Södula“ aus dem Frankenland unzählige Kruzifixe an die Wände bayerischer Finanzämter zur Bekämpfung des „Satans AfD“ nageln lässt, schänden die Gäste der CDU/CSU-Kanzlerin unzählige Kirchen und Weihestätten im Schlafaffenland der offenen Grenzen – PI-NEWS berichtete vielmals über verschiedenste Kirchenpogrome und Enthauptungen von Heiligenfiguren seit 2013. **Laut eines Berichts des Bistums Münster gibt es in Deutschland jährlich über 2.000 Einbrüche und Vandalismus-Straftaten in Kirchen. Die wenigen ermittelten „Vandalen“ gehen in Deutschland grundsätzlich straffrei aus. Meistens werden die Freisprüche, Bewährungsstrafen und pädagogischen Haftempfindlichkeits-Verschonungen von deutschen Gerichten durch „Religionsfreiheit“ begründet: „Isch fick Deinen Gott**“.

Oder, der Täter sei „psychisch verwirrt gewesen“ und hatte keine Einsicht in die Tragweite seines Handelns. Oder kannte keine Gotteshäuser in unserem Sinne.

Fünf Kirchen in drei Tagen – fleißige Fachkraft

Auch in der gebenedeiten Domstadt Bamberg (PI-NEWS berichtete) – welche Markus Söder, CSU, als künftiges Mega-Willkommens-Ankerzentrum in seiner Heimat Franken auserkoren hat, kam es in den letzten Wochen zu aktuell sechs Fällen von Kirchenvandalismus mit einem vermuteten Gesamtschaden von bisher 20.000 Euro. Betroffen waren das Kloster Heiliggrab, die St. Ottokirche, die Erlöserkirche, die Martinskirche, sowie St. Kunigund. Vor einer Woche wurde im Kloster Heiliggrab die Figur des Heiligen Josefs vom Sockel gestoßen und schwer beschädigt, tags darauf wurde das große Jesuskreuz umgestoßen und in der Kirche St. Otto ebenfalls zwei Figuren beschädigt.

In der Erlöserkirche wurde das Schutzglas eines religiösen Bildes zerschlagen. In der Nacht auf Freitag warf der Täter mit einem Stein ein Seitenfenster der Kirche Sankt Kunigund ein. Auch die Martinskirche in der Bamberger Innenstadt wurde heimgesucht. Es wurde eine vergoldete Holzfigur beschmiert. Zwei Kruzifixe wurden gestohlen. Ein Kreuz, das an einer Kreuzung in Bamberg steht, soll von einem „jungen Mann" bespuckt worden sein. Pfarrer Marcus Wolf sagt: „Ich frage mich, wer so eine Wut auf die Kirche und den christlichen Glauben hat. Es ist ein immenser materieller und ideeller Schaden entstanden."

Vergelt's Gott: Polizei fasst den schändlichen Kirchenschänder

Nun hat die Polizei Bamberg den mutmaßlichen Täter festgenommen. Seine Bekleidung verriet den 25-Jährigen, der zuvor beobachtet worden war. Zweifelsfrei steht nun fest, dass der Täter für eine Serie von Raubüberfällen und Sachbeschädigungen in örtlichen Kirchen und Weihestätten verantwortlich ist, laut Staatsanwaltschaft Oberfranken in Bamberg hat der Festgenommene die Taten auch bereits eingeräumt. Gegen den „25-Jährigen Bamberger" wurde Haftbefehl wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung und Diebstahl in einem besonders schweren Fall erlassen (§ 243 Nr. 4 StGB, res sacrae).

Der Sprecher des Erzbistums Bamberg, Harry Luck, erklärte: „Wir sind erleichtert, dass die Ermittlungen der Polizei so schnell zum Erfolg geführt haben." Zur Festnahme kam es, als der „25-jährige Bamberger" laut Polizei am Freitagnachmittag in einem Einkaufsmarkt in der Langen Straße einen räuberischen Diebstahl begehen wollte. Im Zuge dessen schlug der Mann einen Angestellten und spuckte ihm mehrfach ins Gesicht. Wie der Bamberger Polizeisprecher Jürgen Heyd auf Anfrage mitteilte, sei eine Streife noch am Freitagabend (4.5.18) zu dem räuberischen Diebstahl gerufen worden. Der Täter war flüchtig, hinterließ aber seinen Rucksack mit dem Diebesgut.

Nicht nur Kirchen- ‚auch Ladendiebstahl – vielseitig begabte Fachkraft

Darin fanden die Polizisten die entwendeten Gegenstände sowie den Reisepass des Mannes, „der aus Bamberg stammen soll". Überraschenderweise sei der Flüchtige später selbst auf die Polizeiwache gekommen, um seinen Rucksack abzuholen. Daraufhin wurde er festgenommen, er hatte anscheinend zu großes Gottvertrauen. Aber kleine Fehler bestraft der Liebe Gott bekanntlich sofort – Instant Karma:

„Als der Tatverdächtige dann völlig unerwartet zur Wache der Polizeiinspektion Bamberg-Stadt kam, um dort seinen Rucksack sowie seinen Ausweis abzuholen, erfolgte die vorläufige Festnahme des Mannes".

Zwischenzeitlich hatte sich laut dem „Bayerischen Rundfunk" auch noch ein Antiquitätenhändler bei der Polizei gemeldet. Ihm wurden intelligenterweise die beiden entwendeten Kreuze zum Kauf angeboten. Auch hier lieferte der Rucksack des Verkäufers einen wichtigen Hinweis. Es handelte sich wieder um das gleiche Modell, das der „25-jährige Bamberger" getragen hatte, der am Donnerstag zum wiederholten Mal öffentlich ein Kreuz bespuckt habe.

Der Mann wurde daraufhin laut dem „Fränkischen Tag" von einem aufmerksamen Gemeindemitglied angesprochen und fotografiert. Diese Beobachtungen halfen nun bei der Überführung des Täters – das Foto lieferte der Polizei nun den entscheidenden Hinweis. „Wir haben ihn festgenommen, er sitzt aktuell in der JVA", teilt Heyd mit.

Auf Anfrage von PI-NEWS teilte die Staatsanwaltschaft Bamberg mit, dass es sich bei dem „25-jährigen Bamberger“ um einen EU-Merkelgast aus Lettland (!) handelt. Die Berichterstattung in ALLEN deutschen Mainstreammedien, die über den kuriosen Fall in großer Breite berichteten, erscheint an dieser Stelle etwas lückenhaft. Lediglich eine fränkische Lokalausgabe, die nur in Druckform erscheint, nannte sogar Ross und „Bamberger Reiter“!
Man stelle such vor. es wären keine fünf christlichen Kirchen, sondern Synagogen oder Moscheen gewesen. Heiligenfiguren umstoßen und Kreuze bespucken sind „keine Hinweise auf religiöse Motive“? Was muss denn noch alles geschehen, Pharisäer-Kardinal Marx von den dunkelroten Marx-Brothers?
Vielleicht wollte der lettische Staatsbürger aber nur auf die unnachahmliche Art der anderen Merkelgäste um Kirchenasylvorsprechen. Wahrscheinlich war alles ein Missverständnis, Graf Södula steh uns bei!
Und so detailliert informiert Heribert Prantls „Lügdeutsche Zeitung“ seine noch verbliebenen Leser:
„Im Zusammenhang mit einer Vandalismus-Serie in mehreren Bamberger Kirchen ist ein **Verdächtiger** festgenommen worden. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilten, habe der **Festgenommene** die Taten eingeräumt. Gegen den **25-Jährigen** wurde Haftbefehl wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung und Diebstahls in einem besonders schweren Fall erlassen. Der Sprecher des Erzbistums Bamberg sagte: „Wir sind erleichtert, dass die Ermittlungen der Polizei so schnell zum Erfolg geführt haben.“
In der vergangenen Woche soll **der Mann** in fünf Gotteshäusern im Stadtgebiet Kreuze und Bilder von den Wänden gerissen sowie Heiligenfiguren umgestoßen haben. Dabei entstand ein Sachschaden von etwa 20 000 Euro. Außerdem wurden aus einer weiteren Kirche zwei Holzkreuze im Wert von rund 5000 Euro gestohlen. Nach Auskunft eines Sprechers der Staatsanwaltschaft gibt es bisher keine Hinweise auf religiöse Motive.
Zur Festnahme kam es, als **der 25-Jährige** laut Polizei am Freitagnachmittag in einem Einkaufsmarkt einen räuberischen Diebstahl begehen wollte. Dabei ließ er seinen Rucksack mit geklauten Waren am Tatort zurück. Darin fanden Polizisten seinen Reisepass. Völlig unvermittelt sei **der Flüchtige** später auf die Polizeiwache gekommen, um seinen Rucksack abzuholen. Zwischenzeitlich hatte ein Antiquitätenhändler der Polizei gemeldet, dass ihm die beiden Kreuze zum Kauf angeboten worden seien. [Hervorhebungen durch PI-NEWS]
Auch die WeLT, nordbayern.de, das Bamberger domradio.de, BILD, der LOCUS, zdf.de und alle anderen Systemmedien unterschlagen systematisch den Migrationshintergrund des „25-jährigen Bambergers“ oder die detaillierten Hintergründe der Verbrechen. Klar, es könnte vereinzelte Proteste gegen Söders schönes neues Willkommens-Erstaufnahme-Zentrum für Mertkelgäste aus aller WELT in der ehemals idyllischen Domstadt Bamberg geben. Aber so wird die Deutsche „Söderrasse“ wohl weiter kuschen.
Kreiz-Kruzifix noamoi, Heilger Markus, bitt für uns, du Hund du verreckta! (Absolut Respect-volle und politisch korrekte Anrede in Bayern.)
Bamberg: Schwester Bertilla ist fassungslos ob der kulturellen Bereicherung
Italien: EU-Gast aus Ghana beim Vorsprechen zum Kirchenasyl – so ein Gha

„Verwerfungen“ der importierten Merkel-Orks Vergewaltigung in Jena: „Ausländer schubsen“ Studentin über Böschung

pi-news.net/2018/05/vergewaltigung-in-jena-auslaender-schubsen-studentin-ueber-boeschung
May 9, 2018
9. Mai 2018

Von JOHANNES DANIELS | Am 8. Mai 1945 endete das „Erste Historische Experiment“ zu Lasten der Deutschen Bevölkerung. Es war fatal gescheitert mit Millionen Toten und hunderttausenden vergewaltigter deutscher Mädchen und Frauen in Folge. Heute, genau 73 Jahre danach, befindet sich Deutschland wieder direkt im nun dritten Historischen Experiment (3-HE) auf deutschem Boden. Auch heute trifft es vor allem wieder Mädchen und Frauen in ganz Deutschland. Wer schützt endlich die tatsächlich Schutzbedürftigen vor den illegalen Massen an Schein-„Schutzbedürftigen“? Horst Seehofer?

thüringen24: In Saale-Böschung „geschubst“: Studentin nachts brutal vergewaltigt
Nach einer Vergewaltigung in Jena sucht die Polizei jetzt dringend Zeugen. Die brutale Sexualstraftat ereignete sich bereits am 26. April im Osten Jenas und wurde diesen Dienstag nun mit einiger Verzögerung von der Polizeipressestelle veröffentlicht.

Direkt am Wenigenjenaer Ufer wurde eine junge Studentin von drei „ausländisch aussehenden Männern“ angegriffen und dem Medienbericht zufolge in die Böschung der Saale „geschubst“.

„Am Boden liegend und hilflos“ wurde sie dann von einem der „jungen Männer“ vergewaltigt. Anschließend seien die Merkelgäste geflüchtet und haben die junge Frau verletzt und gedemütigt wie ein Stück Vieh zurück gelassen. Schockierender Alltag im Deutschland von 2018, das statistisch „so sicher ist, wie noch nie seit der Wende“, gemäß dem Bundesinnenminister, CSU.

Kriminalpolizei Jena bittet dringend um Hinweise

Die drei Männer sind laut Polizei 20 bis 25 Jahre alt und 1,75 bis 1,80 Meter groß. Zwei der Täter sind sehr dünn, der Dritte etwas kräftiger. Alle drei hatten kurze stoppelige Bärte. Sie waren mit dunklen Jeanshosen bekleidet und trugen Nike-Air-mäßige Schuhe in dunkler Farbe sowie Sneakers. Einer der Männer habe eine Art Lederjacke getragen, bei der es sich auch um ein Imitat aus Synthetik handeln könne.

Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen und wendet sich nun an die Öffentlichkeit: Es werden dringend Zeugenhinweise erbeten: Wer hat kurz nach Mitternacht am 26. April Verdächtiges am Saaleufer beobachtet oder auch beim Vorbeigehen gehört? Wem sind in dieser Nacht die drei ausländischen Männer in der Nähe des Wenigenjenaer Ufers aufgefallen? Hinweise erbittet die Kripo Jena dringend unter der (03641) 81 11 23.

Die Mainstream-Medien vertuschen die Gruppen-Sexual-Straftat natürlich in üblicher Köln-Manier – außer bei PI-NEWS, BILD regional und einigen lokalen Portalen bleibt die Nachricht absolute „Verschlusssache“. Auch die Polizei im dunkelrot-

linksradikalen Thüringen benötigte geschlagene zwei Wochen bis zur Veröffentlichung der Tat!

Notgeiler Passagier: Thüringerinnen im Zug sexuell genötigt

Auch am Montagabend kam es in Thüringen zu „Verwerfungen" eines „psychisch verwirrten" Passagiers im Regionalexpress von Magdeburg nach Berlin. Während der Fahrt habe ein 39-jähriger „Mann aus Sachsen-Anhalt" zwei Thüringerinnen zunächst verbal belästigt. Sie wechselten daraufhin mehrfach ihren Sitzplatz, doch der Mann folgte ihnen. Als die Frauen ihn um Ruhe baten, griff er der 18-Jährigen an die Innenseite ihres Oberschenkels. Sie konnte weitere Angriffe abwehren, indem sie seine Hand wegschob und sich zu anderen Reisenden setzte. Diese alarmierten die Polizei. Der „Mann" wurde in Berlin am Bahnhof Zoo von den Sicherheitskräften vorübergehend festgenommen.

Angreifer war als Gefährder bekannt Paris: Attentäter als Khamzat Azimov aus Tschetschenien identifiziert

pi-news.net/2018/05/paris-attentaeter-als-khamzat-azimov-aus-tschetschenien-identifiziert

May 13, 2018

13. Mai 2018

Khamzat Azimov (kleines Bild) stach wahllos auf Menschen ein, tötete eine Person und verletzte vier. Nachdem die Polizei auf ihn geschossen hatte, erfolgte ein routinemäßiger Wiederbelebungsversuch.

Jener Moslem, der am Samstag gegen 21 Uhr im zweiten Pariser Arrondissement, nahe der Oper, unter Allahu akbar-Geschrei wahllose auf Menschen einstach (PI-NEWS berichtete) und dabei eine Person tötete und vier zum Teil schwer verletzte wurde als der 21-jährige Khamzat Azimov aus Tschetschenien identifiziert. Der Dschihadist war 2010 in Frankreich eingebürgert worden und somit französischer Staatsbürger. Er soll nicht vorbestraft gewesen sein, war den Behörden aber als „potenzielle gefährliche Person" bekannt und stand auf einer Liste radikalisierter Personen. Schon bald nach der Tat, bei der Azimov von der Polizei erschossen wurde, reklamierte der IS sie für sich und nannte den Täter einen „Soldat des islamischen Staates". Frankreich ist Teil der internationalen Militärkoalition, die in Syrien und im Irak gegen den IS interveniert. In seinem Anspruch zum Attentat behauptet der IS, der Angriff sei ursächlich dieser Koalition.

Da der Täter keine Ausweispapiere bei sich hatte, konnte er auch nicht sofort identifiziert werden. Mittlerweile wurden auch seine Eltern vorübergehend in Gewahrsam genommen.

Bei dem tödlich verletzten Opfer handelt es sich um einen 29-jährigen Mann. Zwei Personen, ein 34-Jähriger Luxemburger, chinesischer Abstammung und eine 54-jährige Frau wurden schwer verletzt. Zwei weitere Passanten erlitten leichtere Verletzungen. Mit Informationen zu Identitäten und Nationalitäten der Opfer halten die Behörden sich nach wie vor zurück. Innenminister Gerard Collomb zufolge befinden sich mittlerweile alle außer Lebensgefahr.

Staatspräsident Emmanuel Macron bezeichnete den Täter bereits kurz nach der Tat als Terroristen. „Frankreich zahlt erneut den Preis des Blutes, gibt aber gegenüber den Feinden der Freiheit nicht ein Zoll nach“, so Macron auf Twitter.
Die deutsche Lückenpresse informierte aber die ganze Nacht über einen „Kriminaltätsfall“ bei dem die Terrorabwehr sich noch nicht in die Ermittlungen eingeschaltet habe. Auch über das Motiv des Allahu akbar plärrenden Schlächters rätselte man – es sei noch völlig „unklar“.
Nun gibt es wieder die schon routinemäßigen Beileids- und Betroffenheitsbekundungen der europäischen Zerstörerelite, aber auch die Opfer von gestern Abend werden wohl kaum etwas ändern, an der Politik der offenen Grenzen und geschlossenen Augen gegenüber der Gefahr des Islam. Seit 2015 starben in Frankreich 240 Menschen bei islamischen Terrorattacken.

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Lüneburg: Sexualdelikt von Afghanen an 13-Jähriger
pi-news.net/2018/04/lueneburg-sexualdelikt-von-afghanen-an-alkoholisierter-13-jaehriger
April 25, 2018
Lüneburg: Nach einem Sexualdelikt zum Nachteil einer 13 Jahre alten Lüneburgerin in den Abendstunden des 21.4.18 konnte die Polizei am 23.4. einen 21 Jahre alten dringend tatverdächtigen Mann vorläufig festnehmen. Nach Stand der Ermittlungen hatten die 13-Jährige und eine gleichaltrige Freundin am frühen Abend des 21.4.18 zwei afghanische Männer im Alter von 19 und 21 Jahren in Lüneburg kennengelernt. Man verbrachte den weiteren Verlauf des Abends in der Stadt zusammen, wobei das 13 Jahre alte Opfer auch eine nicht unerhebliche Menge Alkohol konsumierte. Dem Tatverdächtigen wird vorgeworfen, dass er an dem durch Alkohol widerstandsunfähigen Mädchen im weiteren Verlauf des Abends sexuelle Handlungen ausgeführt hat. Die 13-Jährige wurde später in ein Krankenhaus eingeliefert und dort untersucht. Der vorläufig festgenommene 21 Jahre alte afghanische Staatsbürger wurde am Dienstag auf Antrag der Staatsanwaltschaft Lüneburg dem Haftrichter vorgeführt. Die weiteren Ermittlungen dauern an. Ein bislang noch unbekanntes Paar, das so nett war die Mädchen nach Hause zu bringen, wird gebeten sich als Zeugen mit der Polizei Lüneburg, Tel.: 04131/8306-2215, in Verbindung zu setzen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. Passend zum Thema verweisen wir auf die noch junge patriotische Frauenrechtsbewegung „120 Dezibel“, die sich mit Protestaktionen gegen die importierte Gewalt und Übergriffe zur Wehr setzt. #Merkelfrühling 2018 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“.
Bielefeld: An der Körnerstraße versuchte am Dienstagabend, 10.04.2018, ein unbekannter Mann, eine Frau zu vergewaltigen. Er flüchtete in Richtung Turnerstraße. Gegen 21:40 Uhr hielt sich die 58-jährige Frau in einem Hinterhof eines Wohnhauses an der Körner Straße auf. Plötzlich näherte sich ihr ein Mann von hinten und hielt sie fest. Gleichzeitig drängte er sie in eine dunkle Ecke. Als sich die bedrängte Frau heftig wehrte und laut um Hilfe rief, ließ der Unbekannte sie los und lief in Richtung Turnerstraße davon. Dabei beobachtete ihn eine Zeugin. Diese Zeugin beschrieb, dass ein weiterer Zeuge in der unmittelbaren Nähe des Tatorts anwesend war. An diesem Zeugen sei der flüchtende

Täter vorbeigelaufen. Die Ermittler der Kriminalpolizei bitten den unbekannten Zeugen um eine Kontaktaufnahme zur Polizei. Sie fragen, wer hat ebenfalls etwas beobachtet oder kann Hinweise zu dem Täter geben? Die Beschreibung des Tatverdächtigen: Männlich, 40 bis 50 Jahre alt, circa 175 cm groß, kräftige Statur mit einem „Bierbauch“. Er besaß einen dunklen Teint und südländisches Aussehen.

Freiburg: Wie im Nachgang bei der Polizei angezeigt wurde, soll es in der Nacht auf Sonntag, den 08.04.2018, zu folgendem Vorfall gekommen sein: Eine 27jährige Frau befand sich gegen 06:00 Uhr mit dem Zug auf dem Heimweg aus Freiburg. Am Gundelfinger Bahnhof ausgestiegen begab sich die junge Frau an den Bahngleisen entlang in Richtung Albert-Schweitzer-Schulzentrum auf dem dortigen Gehweg. In der Rosenstraße soll sie dann von einem Mann auf Englisch angesprochen worden sein, dass es kalt sei und er Hilfe bräuchte. Die Frau setzte ihren Weg fort, woraufhin der Mann unvermittelt übergriffig geworden sein und sie im weiteren Verlauf auch mehrfach geschlagen und vermutlich in sexueller Absicht auch zu Boden geworfen haben soll. Die Frau habe den mutmaßlichen Täter in die Flucht schlagen können, indem sie sich deutlich wehrte und lautstark schrie. Der mutmaßliche Täter soll in Richtung Bahnhof geflüchtet sein. Der Mann wurde folgendermaßen beschrieben: Schwarzafrikaner, etwa 180 cm groß, schmächtige Statur. Er trug einen ins Gesicht gezogenen Kapuzen-Pullover, eine Jacke und Turnschuhe. Er sprach englisch.

Burgstädt: Am Samstag, den 7. April 2018, berührte ein unbekannter Mann gegen 20.30 Uhr ein 14-jähriges Mädchen, welches gerade in der Dr.-Robert-Koch-Straße unterwegs war. Daraufhin wehrte sich die Jugendliche erfolgreich und konnte in ihre Wohnung flüchten. Zu weiteren Handlungen kam es nicht. Den unbekannten Mann beschrieb die 14-Jährige wie folgt: ca. 1,80 Meter groß, kräftige Statur, Mitte 20 Jahre alt, trug eine dunkle Jacke mit Kapuze, ausgewaschene Jeans und eine dunkle Mütze, die ins Gesicht gezogen war. Er hat einen dunklen Hautteint. Des Weiteren hat der Unbekannte einen Dreitagebart von den Mundwinkeln bis zum Kinn.

Pforzheim: Zwischen 15:30 und 16:00 Uhr kam es zu einem weiteren Vorfall, bei dem sich ein älterer, unbekannter Mann im Salzwasserbecken einer 15-Jährigen näherte. Als er sie passierte, soll der Mann das Mädchen provokant angesehen und ihr sodann absichtlich an das Gesäß gefasst haben. Als sie daraufhin protestierte und mit der Polizei drohte, entschuldigte sich der Unbekannte in gebrochenem Deutsch und flüchtete. Er konnte von den anschließend alarmierten Polizeibeamten nicht mehr im Schwimmbad angetroffen werden. Bei dem Unbekannten soll es sich um einen etwa 40-50 Jahre alten und etwa 170-180 cm großen Mann mit „mittelbrauner“ Hautfarbe handeln. Er hatte eine schlanke Statur mit eingefallenen Wangen, dunkle, kurze Haare und dunkle Augen. Auffällig waren zudem sein Dreitagebart und seine dunkle Brustbehaarung.

Tübingen: Nach einem etwa 30 Jahre alten Mann, der am frühen Freitagmorgen eine junge Frau belästigt hat, fahndet das Kriminalkommissariat Tübingen. Die Frau war gegen 4.30 Uhr auf dem Heimweg, als sie bemerkte, dass ihr im Provenceweg ein Mann folgte. Sie ging dann in ein Gebäude im Landkutschersweg. Dort konnte sie durch eine Glasscheibe beobachten, wie sich der Unbekannte auf der anderen Straßenseite verdeckt zwischen einem Haus und einer Mauer aufstellte, in ihre Richtung blickte und onanierte. Erst als sich Passanten näherten, ließ er von seinem Tun ab und entfernte sich. Der Mann soll etwa 180 cm groß und von kräftiger, muskulöser Statur mit breiten Schultern gewesen sein. Er trug einen schwarzen drei-Tage-Bart und soll einenleicht dunklen Teint gehabt haben.

Bad Nauheim: Gestern Nachmittag (05.04.2018) bedrängte ein Unbekannter im Wald bei Bad Nauheim eine Spaziergängerin. Die Polizei bittet um Mithilfe. Gegen 17.45 Uhr war das Opfer zu Fuß auf der Wintersteinstraße unterwegs. Der Täter sprach sie unter einem Vorwand an. Plötzlich berührte der Mann die Bad Nauheimerin und küsste sie gegen ihren Willen. Sie setzte sich vehement gegen ihn zur Wehr, unter anderem trat sie ihm mit dem Knie in den Unterleib, worauf der Angreifer in Richtung Innenstadt davon rannte. Der Täter war nach Einschätzung der Bad Nauheimerin von arabischer Herkunft, ca. 180 cm groß und schlank.

Esslingen: Den Verdächtigen einer versuchten Vergewaltigung, die sich im September 2015 am Neckarufer in Esslingen ereignet hatte, haben Ermittler der Kriminalpolizeidirektion Esslingen am Mittwoch gefasst. Bei dem Festgenommenen handelt es sich um einen 27-jährigen, pakistanischen Asylbewerber aus Altbach. Er befindet sich zwischenzeitlich in Untersuchungshaft. Wie bereits

berichtet, war eine damals 31-jährige Joggerin am Abend des 26. September 2015, gegen 19.40 Uhr, auf dem Neckarradweg von einem Unbekannten angegriffen und sexuell belästigt worden. Trotz Gegenwehr der Frau wurden die Übergriffe des Mannes immer intensiver. Bereits auf dem Boden liegend konnte sich das Opfer aus der Umklammerung des Unbekannten lösen. Die Frau sah keinen anderen Ausweg, als durch das Gebüsch in den Neckar zu flüchten. Nachdem sie den Fluss durchschwommen und das andere Ufer erreicht hatte, konnte sie auf der B 10 Verkehrsteilnehmer auf sich aufmerksam machen, die die Polizei alarmierten. Sämtliche Fahndungsmaßnahmen und auch die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei führten zunächst nicht zur Ergreifung des Täters. Im Rahmen der akribischen Spurensicherungsmaßnahmen konnte aber eine DNA-Spur des Unbekannten gesichert werden, wobei ein Vergleich mit den in der DNA-Datei einliegenden Personen zunächst keinen Treffer ergab. Als der bis dahin polizeilich nicht bekannte, 27-jährige Verdächtige aber Ende Januar 2018 wegen eines Körperverletzungsdeliktes erkennungsdienstlich behandelt wurde, gelang der Durchbruch. Ein automatischer Vergleich seiner DNA mit den in der Datei einliegenden Spuren beim Landeskriminalamt brachte die Übereinstimmung mit den am Tattag gesicherten Spuren an den Tag, worauf die Staatsanwaltschaft Stuttgart Haftbefehl gegen den Beschuldigten beantragte. Die Ermittler nahmen ihn am Mittwoch in seiner Unterkunft fest und führten ihn noch am selben Tag beim Amtsgericht Stuttgart dem Haftrichter vor. Dieser setzte den Haftbefehl in Vollzug und ordnete die Untersuchungshaft an.

Limburg a. d. Lahn: Am Mittwochabend wurde die Limburger Polizei über einen Exhibitionisten informiert, der sich gegenüber zwei Frauen entblößt haben soll. Um 20:52 Uhr waren zwei junge Frauen auf dem Neumarkt in Limburg unterwegs, als ein ca. 20 bis 25 Jahre alter Mann seine Hose öffnete und sich in schamverletzender Weise zeigte, während sie an ihm vorbeigingen. Umgehend eingeleitete Fahndungsmaßnahmen nach dem Täter verliefen letztlich erfolglos. Die Zeuginnen beschrieben den Unbekannten als ca. 1,75 Meter groß, bekleidet mit beiger Hose und dunkler Jacke. Außerdem soll er eine dunkle Hautfarbegehabt und schwarze, kurze Haare getragen haben.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Ansbach: Am Mittwochabend (18.04.2018) wurde eine junge Frau im Bereich der Ansbacher Innenstadt Opfer eines sexuellen Übergriffs. Die Polizei nahm einen Tatverdächtigen fest. Gegen 22:30 Uhr verfolgte der zunächst unbekannte Mann sein späteres Opfer im Hofgarten und sprach sie mehrmals an. Nachdem die Frau nicht reagierte, brachte er sie gewaltsam zu Boden und berührte sie unsittlich. Da sich sein Opfer massiv wehrte und laut schrie, ließ der 20-Jährige von ihr ab und flüchtete. Die Frau blieb körperlich unverletzt. Ein Zeuge, der auf das Geschehen aufmerksam wurde, verständigte sofort die Polizei. Auf Grund der guten Personenbeschreibung konnte eine Streifenbesatzung der Ansbacher Polizei einen 20-jährigen Tatverdächtigen vor einer nahegelegenen Gemeinschaftsunterkunft festnehmen.

Dinslaken: Am Freitag gegen 22.45 Uhr stand eine 39-jährige Dinslakenerin mit einem Pkw auf der Kirchstraße an der Rotlicht zeigenden Ampel der Kreuzung Kichstraße / Oberhausener Straße. Plötzlich bemerkte sie einen Unbekannten am Straßenrand, der sich ihr in schamverletzender Weise zeigte. Im Anschluß flüchtete der Mann in ein Gebüsch. Beschreibung des Täters: 180 cm groß, Bauchansatz, kurze, dunkle Haare. Er trug bei der Tatbegehung eine kurze blaue Hose und ein dunkles, möglicherweise ebenfalls blaues, Sporttrikot, das gelb abgesetzt war. Sachdienliche Hinweise bitte an die Polizei in Dinslaken, Tel.: 02064 / 622-0.

Ludwigshafen: Gegenüber einer 49-jährigen Frau manipulierter ein Unbekannter gestern Morgen (12.04.2018, 06.45 Uhr) an seinem Geschlechtsteil in der Yorckstraße. In dem Zusammenhang sucht die Polizei nach einem ca. 1,70 Meter großen Mann mit grauen langen Haaren. Auffällig waren sein gebräuntes Gesicht, seine schmutzigen Hände sowie seine älteren Chucks. Bekleidet war der Unbekannte mit naturbeiger Kleidung und zudem rauchte er eine Zigarillo. Sachdienliche Hinweise nimmt die Kriminalpolizei Ludwigshafen unter der Telefonnummer 0621/963-2773 oder per Email kiludwigshafen@polizei.rlp.de entgegen.

Hanau: 35 bis 40 Jahre alt, etwa 1,75 Meter groß, normale Statur, kurze schwarze Haare und schwarze Arbeitskleidung – so beschreiben zwei junge Frauen einen Sittenstrolch, der sich vor ihnen in einem Park an der Otto-Wels-Straße entblößte. Anschließend flüchtete der Mann mit einem schwarzen Herrenrad in Richtung Otto-Wels-Straße. Die Polizei sucht nun Zeugen zu dem Vorfall, der sich am Donnerstagnachmittag gegen 15.30 Uhr zugetragen hat. Die Kriminalpolizei in Hanau nimmt Hinweise unter der Rufnummer 06181 100-123 entgegen.
Augsburg: Gestern (10.04.2018) wurde eine 70-Jährige von einem Exhibitionisten auf der Toilette des Hermanfriedhofes überrascht. Die Seniorin befand sich gegen 16:55 Uhr in der Toilettenkabine, als plötzlich ein Unbekannter seine Männlichkeit präsentierte. Die Frau verließ daraufhin sofort die Toilette. Der flüchtige Gliedvorzeiger wurde wie folgt von der Seniorin beschrieben: Ca. 30 Jahre, 175 cm groß, schlanke Gestalt, gepflegte helle Kleidung (evtl. Jeans u. Wollpullover) Hinweise zu dem gesuchten Mann bitte an die Kripo Augsburg unter 0821/323 3810.

Fall für die Augsburger Puppenkiste Äthiopierin prellt Steuerzahler um 145.000 Euro – Verfahren ausgesetzt

pi-news.net/2018/05/aethiopierin-prellt-steuerzahler-um-145-000-euro-verfahren-ausgesetzt
May 18, 2018Die "15-Jährige" Äthiopierin vor Prozessbeginn im Augsburger Strafjustizzentrum. Die Frau ist wegen Betrugs in Höhe von insgesamt 145.000 Euro angeklagt. Das "Hohe Gericht" fiel auf ihren Ohnmachtsanfall herein - ein Fall für die Augsburger Puppenkiste.
Von MAX THOMA | „Wir riefen Flüchtlinge und bekamen Fachkräfte für's Ausplündern der Sozialsysteme", konstatierte Rhetorik-Titan Dr. Gottfried Curio am Donnerstag vor dem Bundestag unter Schnappatmungsanfällen von Bündnis90/Die Irren.
Einer von hunderttausenden dafür exemplarischer Sozialbetrugs-Einzelfällen der vom kruden Merkelregime importierten „Fachkräfte" wurde am Mittwoch von Richter Dominik Wagner vor dem Amtsgericht Augsburg für Monate ausgesetzt: Die hochschwangere Angeklagte war vor dem Gerichtssaal weinend zusammengebrochen und das Gericht fiel darauf in üblicher „kultursensibler Dhimmitude" herein.
Die Augsburger Puppenkiste – dreiste Dreißigjährige kam ins „Kinderheim" Hanebüchen! Jahrelang soll die 32-jährige Äthiopierin in Schwaben als angebliche Jugendliche in einem Kinderheim gelebt haben. Nun sollte ihr

wegen Betrugs in Höhe von 145.000 Euro der Prozess gemacht werden. Doch es kam anders.

Nachdem die im siebten Monat schwangere Frau kurz vor dem Gerichtssaal weinend zusammengebrochen war, setzte das Amtsgericht Augsburg das Verfahren für die nächsten Monate aus. Es sei „der Angeklagten nicht zumutbar", erklärte Richter Dominik Wagner in humanitärer Sub-Mission. Zuvor hatte er noch salomonisch* versucht, hinter verschlossenen Türen mit dem Black-Magic-Jungbrunnen-Goldstück, ihren steuerfinanzierten Migrations-Anwälten und der Staatsanwaltschaft eine Einigung über ein Strafmaß zu erzielen. Dabei stand selbstredend eine gelinde Bewährungsstrafe für die „mutmaßliche Betrügerin" im Raum – es ging ja lediglich um 145.000 € ergaunerte Steuergeld-Leistungen. Doch das bunte Strafmaß-Basar-Geschachere scheiterte.

„Schwangere Äthiopierin bricht zusammen" – so wie der Rechtsstaat

„Schwangere Äthiopierin bricht zusammen" berichtete die Augsburger Allgemeine – so wie der Rechtsstaat an seiner migrationsseligen Zweiklassen-Justiz. Laut Anklage war die heute 32 Jahre alte Frau Ende 2012 mit „einem Visum" (?) nach Deutschland eingereist. Dann soll sie sich elf Jahre jünger gemacht haben. Das ist bei Frauen an und für sich keine Straftat, sondern oft „verkehrsmäßige Übung".

Allerdings hatte sich die schwarze Perle mit falschen Personalien als „unbegleitete Jugendliche (MUFL) auf der Flucht" ausgegeben. Ein jedweder Altertest erfolgte grob fahrlässig oder vorsätzlich nicht durch die bayerischen Behörden – dieser hätte zu 95 Prozent Klarheit über den Altersbetrug verschafft. Die Mitdreißigerin wurde in Folge dessen von der Stadt München in Nördlingen, Nordschwaben, „in einem Kinderheim" untergebracht.

Durch die teure Heimunterbringung des „15-Jährigen Kindes" und die spätere sogenannte Volljährigenhilfe entstanden den deutschen Steuerpflichtigen jahrelang immense Kosten. Tatsächlich hätte die Frau laut Staatsanwaltschaft in dieser Zeit nur Anspruch auf wesentlich geringere Sozialleistungen für Erwachsene gehabt. Die Afrikanerin wurde letztlich wegen „einfachen Betrugs" in Bereicherungsabsicht von 145.000 € nach § 263 StGB angeklagt.

Äthiopier – Anwalts Lieblinge

Ihre steuerfinanzierte Advokaten aus der Pro-Asylindustrie, Maja von Oettingen und Jörg Seubert, ließen offen, ob es in einem späteren Verfahren sogar eine Aussage der Frau geben würde. „Das ist eine extrem hohe Zahl", erklärte auch Thomas Oberhäuser, Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft Migrationsrecht beim Deutschen Anwaltverein, zu der aufgerufenen Schadenssumme. Der Sozialbetrugs-Experte geht allerdings davon aus, „dass es sehr wenige Gerichtsfälle dieser Art gibt". Wenn er sich da einmal nicht täuscht: Die Zahl der Sozialbetrugs-Migranten geht faktisch in die Hunderttausende – denn jeder zweite Asylsuchende „schummelt" nach neuesten Zahlen bei der Altersangabe, oder wird von der Pro-Asyl-Industrie dazu exakt angeleitet.

Die Augsburger Allgemeine berichtet mitleidsvoll-submissiv über die Steuermittelbetrügerin:

„Die junge Frau sitzt geknickt neben ihrem Dolmetscher, links und rechts von den beiden haben die Verteidiger Maja von Oettingen und Jörg Seubert Platz genommen. Als Richter Dominik Wagner die ersten Worte in Richtung der Angeklagten spricht, kommen der Frau bereits die Tränen. Sie sitzt wegen Sozialbetrugs auf der Anklagebank des Augsburger Amtsgerichts. Die Summe erscheint immens hoch.
Der aus Äthiopien stammenden Frau wird vorgeworfen, der Stadt München und dem Landratsamt Donau-Ries unter Angabe falscher Daten einen Schaden von insgesamt gut 145.000 Euro zugefügt zu haben. Aufgrund ihrer Schwangerschaft und ihres psychischen Zustandes sei es der Frau nicht zumutbar, die Verhandlung fortzuführen, entschied der Richter".

Das Schlar-affen-Land

Im November 2012 kam die in Addis Abeba geborene Negativ-Bereicherin der deutschen Sozialsysteme auf legalem Weg ins „Schlar-affen-land Deutscheland" und fühlte sich darin wohl. Ihr Aufenthaltsvisum war zunächst bis Januar 2013 befristet. Im Dezember dann tauchte die Frau plötzlich unter, meldete sich später mit falschem Namen bei den Behörden und gab an, im März 1997 geboren zu sein. Sie wäre zum Zeitpunkt der Meldung also noch nicht einmal 16 Jahre alt gewesen. Durch Unterstützung aus dem Jugendhilfeverbund bekam sie Heimerziehung und Aufwendungen in Höhe von über 50.000 Euro, anstatt der rund 6.000 Euro, die ihr bei Angabe des wahren Alters zugestanden hätten. Diesen Schaden haben die Münchener Gewerbesteuerzahlenden jetzt zu tragen.
Noch schwerwiegender ist die Summe, die der Landkreis Donau-Ries für die vermeintlich Minderjährige aufbrachte. Bis zur Volljährigkeit waren es knapp 70.000 Euro, danach noch weitere 54.000. Zugestanden hätten ihr in diesem Zeitraum knapp 22.000 Euro. Warum sie sich elf Jahre jünger ausgegeben hatte, kam im Prozess nicht zur Sprache. „Ihre Mandantin hatte es sich dann anders überlegt", sagte Asylanwältin Freifau von (S)Oettingen – allerdings nicht das Spatzl vom Monaco-Franze, sondern eher von Günter Burkhardt!

Labile Schwangerschafts-Psychose

Nachdem das Gespräch zwischen allen Parteien gescheitert war, zog sich die hochschwangere Angeklagte mit „ihren" beiden steuergeld-bezahlten „Verteidigern" und ihrem steuergeld-bezahlten Dolmetscher zu einer erneuten Beratung zurück. Als diese beendet schien, brach die Frau plötzlich auf dem Flur des Augsburger Justizzentrums unter Tränen zusammen und brauchte einige Zeit, um wieder zur Ruhe zu kommen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Augsburger Richter Dominik Wagner aber bereits entschieden, den Prozess erst einmal für unbestimmte Zeit auszusetzen. Einerseits aufgrund ihrer Schwangerschaft, andererseits „aufgrund ihrer labilen Psyche".

Prozess für unbestimmte Zeit ausgesetzt

„Das kann und will ich Ihnen nicht zumuten", sagte der Richter zu der äthiopisch-stämmigen Angeklagten im Namen des Volkes. Wie Asyl-Advokat Seubert erklärte, nehme seine Mandantin regelmäßig steuerfinanzierte Psychopharmaka, während der Schwangerschaft könne sie diese Medikamente aber nicht einnehmen.
Wann der Prozess gegen sie nun fortgesetzt wird, ist noch offen. „Ein halbes Jahr wird es mindestens dauern", mutmaßte Richter Wagner. Die Augsburger Allgemeine in Umsiedlungs-dadaistischer Prosa:

„Kurz huschte der Angeklagten ein zartes Lächeln über die Lippen. Sie schien erleichtert zu sein“.

Black Magic Women

* „Salomonisch“: Die äthiopische Königin von Saba ist eine biblische Gestalt, die 1.000 vor Christus eine Reise zum Hof König Salomos unternommen hatte. Die Königin trug den Namen Mâkedâ und soll Salomon in ihren Bann gezogen haben. Dabei zeugte sie mit ihm Menelik, den Stammvater aller äthiopischen Könige. Weiter heißt es, Menelik sei später selbst nach Jerusalem gereist und habe von dort die Bundeslade mit den beiden Tafeln der Zehn Gebote, einem Vorläufer des obsoleten Deutschen Strafgesetzbuches, nach Äthiopien entführt. Die Dynastie der „Salomoniden“, die von 1270 bis 1975 über Äthiopien herrschte, führte sich auf diese Verbindung zwischen Makeda und Salomon zurück. Der letzte Kaiser Abessiniens, Haile Selassie, bezeichnete sich als 225. Nachfolger des Sohnes der Königin von Saba.

Außer im Alten Testament erscheint die anmutige Äthiopierin natürlich auch im Koran und in praktisch allen äthiopischen Legenden – die bis heute auch in Augsburger Gerichtssälen großen Anklang finden. Augsburger Puppenkiste halt.

König Urmel, übernehmen Sie – Öff-Öff!

https://www.springermedizin.de/soziokultureller-hintergrund-und-unrechtsbewusstsein/15571126
27.03.2018 | Juristische Aspekte und forensische Psychiatrie | Fortbildung | Ausgabe 2/2018
DNP - Der Neurologe & Psychiater 2/2018

Soziokultureller Hintergrund und Unrechtsbewusstsein

Zeitschrift:DNP - Der Neurologe & Psychiater > Ausgabe 2/2018
Autor:Dr. med. Bernd Münzenmayer

Herr P. war vom Amtsgericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt worden, wogegen er Berufung einlegte. Vom Landgericht wurde eine Gutachtenerstellung in Auftrag gegeben. Der Angeklagte kam zusammen mit seiner Ehefrau und drei Kindern im Alter von 15, 13 und 10 Jahren vor 15 Monaten als Asylsuchender nach Deutschland, sein Asylstatus war unklar. Ausweislich des Auszugs aus dem Bundeszentralregister war er bislang strafrechtlich noch nicht in Erscheinung getreten.

Delikt

Im erstinstanzlichen Urteil wurde davon ausgegangen, dass der Angeklagte am 4. September 2014 zwischen 21:00 und 22:00 Uhr in der Asylbewerberunterkunft seine Ehefrau verletzte, indem er zunächst mit den Händen und dann mit einer rund 25 cm langen Fahrradluftpumpe auf sie einschlug. Als die Frau daraufhin das Fenster öffnete, um aus Verzweiflung aus dem zweiten Stock zu springen, griff der Angeklagte sie von hinten und zog sie zurück, wobei sie mit dem Gesicht gegen das Fenster prallte.

Weiter war dem Urteil zu entnehmen, dass der Angeklagte bestritt, seine Ehefrau an dem fraglichen Tag geschlagen zu haben (es sei ihm nicht bewusst gewesen, seine Frau

geschlagen zu haben, schon gar nicht mit einer Fahrradpumpe). Der Angeklagte räumte aber ein, dass es zwischen den Eheleuten schon früher Probleme gegeben habe, auch in ihrem Herkunftsland. Dort habe er seine Frau mehrfach geschlagen und es damals als normal befunden.
Die Ehefrau des Angeklagten, die mittlerweile von ihm getrennt in einem Frauenhaus lebt, gab an, sie seien seit 16 Jahren verheiratet. An besagtem Tag sei ihr Mann angetrunken gewesen und aggressiv geworden, weil er aus seiner Sicht zu lange auf sein Essen warten musste. Er habe zu ihr gesagt, sie müsse tun, was er verlange. Ihr Mann habe vor Wut gekocht und dann mit einer Fahrradpumpe zugeschlagen, woraufhin ihr schwarz vor Augen geworden sei. Sie sei völlig verzweifelt gewesen und habe nur noch weg und deshalb aus dem Fenster springen wollen. Sie habe bereits mit dem Oberkörper aus dem Fenster gelehnt, als ihr Mann sie zurückgezogen habe. Sie gab weiter an, dass er sie auch in Albanien hin und wieder geschlagen habe.
Ein Polizeibeamter, der den Sachverhalt am nächsten Tag aufnahm, gab an, dass bei der Tatbestandsaufnahme der Angeklagte sehr aufgebracht und wütend in das Zimmer gestürmt sei. Er habe kein gutes Gefühl gehabt und einen Vorwand gesucht, um die Familie wegzubringen, damit nicht noch mehr passiere.
Angaben des Probanden
Der Angeklagte schilderte den Hergang wie folgt: Nach dem Essen habe er seiner Frau gesagt, er wolle nicht noch einmal erleben, dass er auf sein Essen warten müsse. Seine Frau habe erwidert, was er überhaupt wolle, er habe sein Essen doch bekommen, sie könne ihn auch verlassen und wie einen Hund dort in der Unterkunft zurücklassen. Daraufhin habe er völlig die Kontrolle verloren, könne sich aber nur daran erinnern, dass sie gestritten hätten. Konfrontiert mit den Aussagen seiner Frau gab P. an, er wisse nicht, was er getan haben soll und zeigte keinerlei Unrechtsbewusstsein.
Wann er geheiratet habe, wisse er nicht, die Beziehung sei traditionell geführt worden, er habe das Geld verdient, die Frau habe sich um Haushalt und Kinder gekümmert. Manchmal habe man ihr schon sagen müssen, was sie zu tun habe. Auf die Frage, wie er das genau machte, gab P. keine Antwort. Auf Nachfrage gab er an, in seinem Heimatland sei es üblich, dass man seine Frau schlage.
Biografie
Der Proband wurde 1971 in einem Dorf in Albanien als zweites von insgesamt neun Kindern geboren und wuchs bei seinen Eltern auf. Der Vater wurde als absent, aber auch gewalttätig erlebt. Mit sechs Jahren wurde der Proband eingeschult und durchlief regelgerecht acht Klassenstufen. Im Alter von 14 Jahren verließ P. für etwa zwei Jahre das Elternhaus, die genauen Umstände und Hintergründe hierfür blieben unklar. Ab dem Alter von 16 Jahren arbeitete der Proband in verschiedenen Tätigkeiten, zunächst in der Landwirtschaft, später in der Fahrzeugreparatur und nach einem einjährigen Militärdienst in den 1990er-Jahren zeitweise auch in Griechenland und Italien. 2002 folgte ein mehrjähriger Aufenthalt in Italien, dann die Rückkehr nach Albanien. 2014 kam er als Asylsuchender mit seiner Frau und den drei Kindern nach Deutschland. Hinsichtlich potenziell traumatisierender Ereignisse nannte P. den gewaltsamen Tod eines Freundes in seinem Beisein, verneinte aber, selbst von Misshandlungen und Bedrohungen betroffen gewesen zu sein.
Befunde
Längsschnittlich ließen sich keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer psychischen Störung per se ableiten, auch im Querschnittsbefund zeigten sich keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer überdauernden krankheitswertigen psychischen Störung. Es wurde lediglich eine akute Alkoholberauschung zum Zeitpunkt der Tat festgestellt, die

sich jedoch nicht in erheblich mindernder Weise auf die Steuerungsfähigkeit des Probanden auswirkte. Letztlich wurde P. als voll schuldfähig beurteilt.

Diskussion

Soweit die eigentlich unspektakuläre und alltägliche Begutachtung eines Körperverletzungsdeliktes in Form häuslicher Gewalt. Anlässlich dieses exemplarischen Falles ergeben sich jedoch einige Besonderheiten und eine spezifische Problematik, mit welcher der psychiatrische Sachverständige bei der zunehmenden Zahl von Begutachtungen von Menschen mit einem der westlichen Kultur fremden Migrationshintergrund konfrontiert ist.

Ein Problemfeld betrifft die sprachliche Verständigung, die in der Regel eine Dolmetschertätigkeit voraussetzt. Hier wurde die Erfahrung gemacht, dass — insbesondere bei Probanden mit entsprechendem kulturell-religiösen Hintergrund — starke Vorbehalte gegen die Einbeziehung weiblicher Dolmetscher bestehen. Diese Vorbehalte reichen von einem tendenziell zurückhaltenden Antwortverhalten über eine geringe Bereitschaft zur Mitarbeit bis hin zu offen verbalisierter Ablehnung der Übersetzerin, was eine sinnvolle Exploration erschwert oder gänzlich unmöglich macht. Man kann allerdings auch feststellen, dass es manchen Übersetzern schwerfällt, die notwendige Distanz zum Probanden zu wahren, und die ethnische Verbundenheit mehr zählt als das Ziel einer objektiven Übersetzung für eine eher fremde Instanz. Dann besteht die Gefahr einer „Verbrüderung" mit dem Probanden, was eine Verzerrung der Explorationsinhalte zur Folge haben kann. Gute Erfahrungen wurden diesbezüglich mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern gemacht, die simultan übersetzen.

Ist die sprachliche Verständigung geregelt, fällt im Verlauf der Untersuchung oftmals ein unserem Verständnis nach völlig konträres Wertesystem auf, das vom Betreffenden nicht infrage gestellt oder reflektiert, sondern mitunter vehement vertreten wird. Lassen sich religiöse Überzeugungen — trotz inkludierter wahnhaft anmutender Elemente — in unserem Kulturkreis noch akzeptieren, **so fällt es schon schwerer, fremde Gebräuche und kulturell verankerte Denk- und Verhaltensweisen einzuordnen und aus psychiatrischer Sicht zu bewerten. Das betrifft beispielsweise auch das Verständnis der Geschlechterrollen und der familiären Strukturen, die Rechtsprechung sowie allgemeine Werthaltungen. Fußend auf früh erworbenen Introjekten werden immer wieder Grundhaltungen offensichtlich, die hinsichtlich der in Rede stehenden Delinquenz handlungsleitend waren. Zum Beispiel zeigt sich die Überzeugung, dass die Ehefrau das Eigentum des Mannes sei, der zudem als Vater über seine Kinder, insbesondere Töchter, willkürlich verfügen kann. Oder es werden — neben anderen in der westlichen Kultur nicht (mehr) vorhandenen Verhaltensweisen — wegen einer Nichtigkeit jahrzehntelange Blutfehden mit immer wieder stattfindenden Tötungsdelikten geführt. Diese Denk- und Verhaltensmuster sind als persönlichkeitsimmanent zu betrachten, und herausgenommen aus ihrem Entstehungskontext implizieren sie teilweise große Schwierigkeiten bei der Diagnosestellung.** Das betrifft vor allem die Abgrenzung einer Persönlichkeitsstörung, die einerseits als viertes Eingangskriterium des § 20 StGB in Bezug auf Einsichts- und Steuerungsfähigkeit zu beurteilen wäre, andererseits aber auch legalprognostische Relevanz besitzt.

Hinsichtlich des hier vorgestellten Probanden und der ihm vorgeworfenen Tat war aus psychiatrischer Sicht von einer erhaltenen Einsichtsfähigkeit auszugehen, da die kognitiven Fähigkeiten des Probanden nicht derart alteriert waren, dass er das Unrecht seines Handelns nicht hätte erkennen können. Er sah in seinem Handeln aber kein Unrecht und zeigte keinerlei Schuldbewusstsein. Auch war ihm nicht plausibel zu erklären, weshalb er wegen einer Handlung, die in seinem Heimatland Usus ist, plötzlich belangt wird.

Der Dolmetscher, der aus derselben Ethnie stammte, gab im Nachgespräch an, dass es in einigen albanischen Gegenden noch heute so sei, dass Jungen bereits im Kindesalter dazu erzogen würden, Frauen entsprechend dem hier vorliegenden Beispiel zu behandeln, und dass sie in der Familienhierarchie über der Mutter stünden. Sollte sich eine Frau gegen die patriarchalische Abwertung und Vereinnahmung wehren, werde sie geächtet. Bezogen auf unseren Fall bedeute dies, dass bei Ablehnung des Asylverfahrens die Rückführung für den Mann wohl kein Problem darstelle, da er Verständnis und Unterstützung in der soziokulturellen Umgebung seiner Herkunft finde — seine Frau aber, die es wagte, ihren Mann anzuzeigen, werde möglicherweise getötet.

Im Nachgang eingeholte Informationen zu diesem Thema bestätigten, dass in manchen Ländern immer noch nach mittelalterlichen Verhaltenskodizes gehandelt wird, im Falle Albaniens nach dem sogenannten „Kanun", demzufolge ein Mann, der seine Frau schlägt oder gar tötet, nichts Unrechtes tut. Bei vorhandener Einsichtsfähigkeit?!

Dr. med. Bernd Münzenmayer

Besondere Fälle der forensischen Psychiatrie

Die Aufgabe der forensischen Psychiatrie besteht, wie die Formulierung „Maßregel zur Besserung und Sicherung" vorgibt, zum einen darin, die Gesellschaft vor psychisch kranken verurteilten Straftätern zu schützen, zum anderen in deren Behandlung im Sinne von „Besserung", wobei hier die Kriminalprognose des Patienten, also die Gewährleistung langfristiger Straffreiheit im Vordergrund steht. Die Serie „Besondere Fälle der forensichen Psychiatrie" gewährt anhand von Kasuistiken und Fallgeschichten Einblicke in Motive und Verhaltensmuster, die für das Verständnis und die Beurteilung psychisch kranker Straftäter unabdingbar sind

Illegaler Afrikaner nicht abgeschoben - Seehofers BAMFe haben mitgetötet Unfassbare Details: Kameruner ermordete Maria Müller mit Rollator

pi-news.net/2018/05/unfassbare-details-kameruner-ermordete-maria-mueller-mit-rollator

May 26, 2018

Berlin, Wichertstraße. Maria Müller (84), wurde hier von dem illegalen abschiebepflichtigen Kameruner „Bernhard Alexander" mit ihrem Rollatom erschlagen. Beinahe wäre das Gewaltverbrechen unentdeckt geblieben ...

Von DAVID DEIMER | Dieser einzelne „Einzelfall™" zeigt wieder einmal das gesamte Ausmaß des deutschen Behördenversagens und des absichtlich herbeigeführten Asyl-Chaos gegen die Bevölkerung in seiner ekelerregendsten Form: Der nun verhaftete, illegal eingereiste Bernhard Ngue (23), aus Kamerun – ein „schutzsuchender Asylbewerber" – erschlug die Berliner Seniorin mit ihrem eigenen Rollator – PI-NEWS berichtete mit ersten Hintergrundinformationen über die animalische Bluttat. Im Gegensatz zur deutschen Vertuschungs-Journaille.

Nach einer Woche kommen nun immer mehr unfassbare Details zögerlich aus Ermittlerkreisen an den Tag.

Denn der maximalpigmentierte Pseudo-Rastaman aus dem westafrikanischen Musterstaat Kamerun hätte niemals in Deutschland sein dürfen – und die hilfsbereite Maria Müller könnte ohne deutsches Behörden-Total-Versagen noch leben!

„Bernhard Alexander" – ein fast deutscher Täter – wenn das Foto nicht wäre ...

„Bernhard Alex" Ngue kam 2012 aus Kamerun nach Belgien und stellte dort einen Asylantrag, der 2015 abgelehnt wurde. Doch abgeschoben wurde das Menschengeschenk in Belgien keinesfalls, man legte ihm nahe, dem Ruf der durchgeknallten Migranten-Matrone aus dem Nachbarland zu folgen. Denn verwirrte Gewalttäter hatte

das Shithole-Molenbeek-Belgien zu diesem Zeitpunkt bereits im Übermaß. Diese Gelegenheit nutzte der vermeintliche Rastafari natürlich, um illegal nach Deutschland einzureisen – Ngue war hier herzlich „Welcome". Er kam im Erstaufnahmelager von Eisenhüttenstadt/Brandenburg unter und stellte in Germoney erneut einen Asylantrag. Über den wurde bis heute im BAMF nicht entschieden. Dabei hätte Ngue nach dem „Dublin-III-Verfahren" in Deutschland gar keinen Asylantrag mehr stellen dürfen, weil er in Belgien bereits abgelehnt worden war.

Unklar ist noch, ob leichtsinnigerweise versäumt wurde, seine Daten abzugleichen, oder absichtlich. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlingshilfe (BAMF) wollte sich auf PI-NEWS-Anfrage nicht zu dem Fall äußern, sie hätten derzeit Wichtigeres zu tun.

Krimineller Kamerun-Intensivtäter – Herzlich willkommen!

Unfassbar: Der „Asylbewerber" war bereits hinreichend als krimineller Serientäter bekannt – 2015 wurde gegen Bernhard Ngue wegen Unterschlagung und Diebstahls ermittelt – das Verfahren wurde vom bunten deutschen Justizapparat wieder eingestellt. Am 22. Juni und am 5. September 2016 stand er in Potsdam wegen Ladendiebstählen vor Gericht, er erhielt eine gelinde „Taschengeldstrafe". Am 3. November 2016 wurde Ngue vom Amtsgericht Potsdam wegen vier Ladendiebstählen verurteilt, kassierte eine kleine Bewährungsstrafe. Ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz wurde Ende 2016 von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

„Do you fuck?"

Am 11. Januar 2017 sprach der Kameruner in Brandenburg/Havel eine Frau an und bedrängte sie sexuell. Sie schubste ihn weg. Er fragte eine andere Frau: „Do you fuck?", er attackierte sie und fasste ihr in den Schritt. Daraufhin floh der Geflüchtete. Dann griff er einer Verkäuferin an den Po und in den Schritt. Wegen dieser Sexualdelikte saß „Bernhard Alexander" in Untersuchungshaft, wurde dann aber zu einer milden „Bewährungsstrafe" verurteilt.

Rechtsanwalt Hans-Georg Lorenz (75), Spezialist für Ausländerrecht, erklärt: „Mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft Brandenburg hätte der junge Mann aus Kamerun jederzeit, ob in U-Haft-sitzend oder auch während eines laufenden Verfahrens, abgeschoben werden können."

Die Made im Speck

Doch „Bernhard Alex" Ngue blieb wie die Made im Speck im deutschen Sozialsystem und fühlte sich durchaus wohl. Zum Dank kam er am 27. April 2018 wieder frei und tötete wenige Tage später dann Maria Müller. Der westafrikanische Blutdiamant schweigt zu der Tat und sitzt wieder in vertrauter Untersuchungshaft. Sein steuerfinanzierter Asylanwalt hält bereits dufte Tipps für „sein" Strafverfahren parat – bislang ist ihm ja auch noch nichts Gravierendes im deutschen Justizsystem widerfahren. No Problem, Ngue!

Maria Müller lernte ihren Mörder auf der Straße nahegelegenen Humannplatz am bunten Prenzlauer Berg kennen: Schwarz wie die Nacht finster, aber mit erstaunlich „deutschstämmigem" vertrauenerweckenden Namen: Bernhard Alexander – ungefähr so wie Karl-Heinz oder Martin Schulz … schließlich war Kamerun sogar kurzzeitig deutsche Kolonie bis 1919. 15 Jahre vor Marias Geburt. Deutschland ist schuld.

Die ermordete Maria Müller galt als warmherzig und immerzu hilfsbereit. Sie war eine Seele von Mensch. Als junges Mädchen überlebte sie den Zweiten Weltkrieg und musste die schwierigen, ersten Nachkriegsjahre in Deutschland miterdulden. Im Gottvertrauen ließ sie den brutalen Asylwerber Anfang Mai in ihre Wohnung und fällte damit ihr eigenes Todesurteil.

Goldstück-Gewaltverbrechen zunächst übersehen

Am 3. Mai hatte der Sohn die tote Mutter in ihrem Blut gefunden. Da kein Bargeld oder Schmuck fehlten, vermutete der zuständige Kripo-Ermittler einen ‚Unglücksfall', Tod nach Sturz. Auch der (syrische?) Facharzt des Berliner Notfalldienstes erkannte die massiven Kopfverletzungen nicht als ‚Spuren für ein brutales Verbrechen', sondern kreuzte auf dem Totenschein den Vermerk ‚ungeklärte Todesursache' an. Eine alte, allein lebende Dame war offenbar mit ihrem Rollator gestürzt und an den Folgen gestorben. Doch erst einige Tage später deckten die Gerichtsmediziner bei einer Sekundärkontrolle auf: Mord an Maria Müller!

Die 4. Mordkommission übernahm daraufhin die Ermittlungen. Möglich sei, dass sich der Ex-Knast-Kameruner unter einem Vorwand Zugang zur Wohnung der Frau erschlich, vielleicht avisierte er das hilflose Opfer aber schon früher. Nachbarn der alten Dame erkannten das markante Göring-Eckart-Goldstück Ngue auf Fotos wieder.

Der „mutmaßlich Tatverdächtige" säße derzeit in Untersuchungshaft in der JVA Moabit, teilte eine Polizeisprecherin mit. Eine latente „Haftempfindlichkeit im Namen des Volkes" aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse wurde bei dem Kameruner noch nicht festgestellt. Zielfahnder der Berliner Polizei hatten ihn am Freitag vor einer Woche in einer Einrichtung für Wohnungslose in Brandenburg dingfest gemacht.

Seit 2015 sind so viele „Schutzbedürftige" nach Deutschland importiert worden, dass die Deutschen jetzt schutzbedürftig sind – besonders die Schwächsten der Gesellschaft. Gegen den 23-jährigen Ngue wurde „Haftbefehl wegen Totschlags" erlassen. Warum eigentlich nicht gleich wegen Mordes? Das kann derzeit nur die Berliner Zweiklassen-Justiz beantworten.

Qualifizierte Zuwanderer aus Kamerun – die neuen Altenpflegekräfte!

Merkel-Gäste aus Kamerun haben ein Faible für ältere deutsche Damen. Im Dezember schlug ein „psychisch verwirrter Student" aus dem westafrikanischen Musterstaat eine 73-jährige Nürnberger am helllichten Tag ins Koma. Er war mit einer weißgelbbraunen Unterhose bekleidet, als er der alten Dame auflauerte, PI-NEWS berichtete detailliert über den bestialischen Angriff des Merkel-Orks auf die Seniorin im „Schlachthof-Viertel".
Meist war in der systemtreuen Vertuschung-Presse nur von einem „Mann" oder „jungen Studenten" die Rede: „Der 23-jährige Nürnberger wurde vorerst in einer psychiatrischen Klinik untergebracht" – was bereits darauf hindeutete, dass eine adäquate Strafverfolgung des Merkel-Monsters eher unwahrscheinlich werden wird. Erstaunlich war dabei die kriminelle Energie der Mainstream-Medien, trotz immer neuer Polizeimitteilungen, detaillierter Polizeiberichte und über 20 Nürnberger Tatzeugen, die Herkunft des Täters immer noch komplett zu verschweigen.
Bis auf „reporter 24" und BILD Nürnberg verschweigen alle etablierten Medien wie FOCUS, SZ, Merkur, Nürnberger Nachrichten oder Frankenpost auch in ihren Aktualisierungen bislang die Herkunft des Ehrengastes des deutschen Steuerzahlers: Kamerun.
Dr. Gottfried Curio, AfD im Bundestag: „Wer die Grenzen nicht schließt, ist für jede Vergewaltigung und jedes Messer-Massaker mitverantwortlich". Genauso wie für den Mord an der liebenswerten Berliner Seniorin vom Prenzlauer Berg.

Kapital-Verbrechen" - Parallelen zum Tiergarten-Mord Berlin-Pankow: Mia, Maria, Mireille – Melanie Rehberger … ?

pi-news.net/2018/05/berlin-pankow-mia-maria-mireille-melanie-rehberger
May 30, 2018
TTodespanik in Pankow.
In einer Grünanlage an der Dolomitenstraße wurde am Freitag die erfolgreiche Social-Media-Beraterin Melanie Rehberger ermordet. Das Foto der engagierten 30-Jährigen entstand gegenüber der Museumsinsel.
Von MAX THOMA | Laut der aktuellsten Kriminalitätsstatistik von Bundesinnenminister Horst Seehofer, CSU, gibt es keinen Grund mehr, sich Sorgen zu machen, denn Deutschland war noch nie so sicher wie im Jahr 2018: In Berlin sind am vergangenen Wochenende gleich zwei Menschen brutal ermordet worden. In Pankow wurde eine Frau tot auf einem Bahngelände gefunden, in Spandau wurde ein Restaurantbesitzer bei einem Raubmord erstochen.
Melanie Rehberger wurde nur 30 Jahre alt
„Aufgrund der Auffindesituation der Leiche wird von einem Tötungsdelikt ausgegangen", so die Polizei. Die 30-jährige erfolgreiche Social-Media-Beraterin Melanie Rehberger. war am Samstag vermisst gemeldet worden. Ihre Leiche wurde an einem Bahndamm der S-Bahn Pankow, parallel zur Dolomitenstraße, gefunden. Ihr Wohnort am Prenzlauer Berg liegt nur fünf Minuten vom Tatort entfernt.
Melanie Rehberger wollte sich vergangenen Freitagnachmittag gegen 16.00 Uhr nur schnell einen Kaffee in Pankow holen und sich etwas in die wärmende Maisonne setzen, danach hatte sie einen Geschäftstermin. Doch sie kam nicht mehr zurück. Zwei Tage später entdeckten Spaziergänger ihre Leiche in einer Grünanlage an der Dolomitenstraße. Vom Täter fehlt bislang jede Spur.
Berliner Polizei: Keine Ortung von Melanies Handy nötig …
Freunde hatten sich schon wenige Stunden nach ihrem Verschwinden am Freitag große Sorgen gemacht, da sie zu dem Termin nicht erschienen war. Denn die fleissige Schwäbin Melanie Rehberger galt als sehr eigenverantwortlich und auf ihre Arbeit fokussiert. Ihre Freunde hatten schon zu diesem Zeitpunkt ein sehr ungutes Gefühl und wollten ihr Handy von der als sehr zuverlässig geltenden Frau von der Polizei orten lassen. Doch weil es keinen Hinweis auf Suizid „oder ein Verbrechen" gab, verwies die Berliner Polizei auf die neu in Kraft getretene Bundesdatenschutzverordnung.
Die 30-Jährige war vor wenigen Jahren wegen ihres Studiums von Stuttgart nach Berlin gezogen, machte 2015 ihren Abschluss in Kommunikationswissenschaften und arbeitete in der Bundeshauptstadt seitdem als engagierte Social-Media-Beraterin.
Großes Engagement für die Dritte Welt: Vom christlichen Hilfseinsatz in Afrika zurück
Sie war sehr beliebt und hilfsbereit – „alle mochten die herzliche, aufgeschlossene und sehr fröhliche Frau": Nach den Angaben eines Freundes kam sie erst vor wenigen Wochen gesund und mit vielen Erfahrungen von einem christlichen Hilfseinsatz aus Afrika zurück.

Spontan verreist war sie offenbar nicht, persönliche Gegenstände wie Geld und Papiere hatte die junge Frau in ihrer Einzimmerwohnung in Prenzlauer Berg zurückgelassen. Bekannte berichten, dass sich die junge Frau öfter in der Grünanlage an der Dolomitenstraße aufgehalten hat. Nahe dem Bahndamm, direkt am Mauerradweg, hinter der Kleingartenanlage Bornholm II, entspannte sie gelegentlich bei schönem Wetter in der Sonne – ihr Todesurteil im Shithole Berlin.

Ein Flaschensammler entdeckte am Sonntag gegen 11.40 Uhr die Leiche von Melanie auf dem Gelände. „Die Tote konnte schnell als die vermisste Frau identifiziert werden", erklärte ein Polizeisprecher. Wie die junge Frau zu Tode kam, gibt die Polizei derzeit aus ermittlungstaktischen Gründen nicht bekannt. Die 5. Mordkommission hat die Ermittlungen übernommen.

Bislang ist noch unklar, ob es sich um ein Sexualdelikt handelt, die Gerichtsmedizin geht jedoch von einem Gewaltverbrechen aus. Derzeit wird ihr Freundeskreis genau durchleuchtet, werden Geschäftspartner und Anwohner befragt. Melanie Rehbergers Mutter ist bereits tot, ihr Vater wird in einem Pflegeheim betreut. Die Bestürzung von Freunden und Anwohnern über den Tod der jungen Frau ist groß.

Parallelen zum Tiergarten-Mord

Seit die Berliner Polizei die Kontrolle über die meisten städtischen Grünanlagen und Parks faktisch aufgegeben hat, floriert nicht nur dort das Verbrechen in der Bundeshauptstadt – mit 7.737 Messerattacken pro Jahr !

Das Kapitalverbrechen in Deutschlands Kapitale des Verbrechens erinnert fatal an den „Tschetschenen-Mord am SchleuseR-Krug", PI-NEWS berichtete mehrfach über die regelrechte Hinrichtung an der erfolgreichen und hilfsbereiten „Kastellanin" durch einen Willkommens-Ork. Die Berliner Kunsthistorikerin Susanne Fontaine wurde im Berliner Tiergarten Anfang September „für 50 Euro und ein Handy" im September auf dem Heimweg beim Biergarten „Schleusenkrug" brutal ermordet. Neun Tage später nahm die Polizei in der Nähe von Warschau ihren Mörder Ilyas A. aus Tschetschenien fest. Er erwürgte die lebensfrohe 60-jährige Schoßverwalterin in der Nähe des Bahnhof Zoo.

Der Fall ist für die Berliner Behörden deshalb so brisant, da Ilyas A. bereits längst abgeschoben werden sollte, da er bereits vielfach straffällig geworden war: Der schutzbedürftige Tötungs-Tschetschene kam im Alter von 13 Jahren mit seiner Familie nach Berlin. 2015 stahl er zwei Mountainbikes, einen Rucksack und ein Handy. Er stellte in Berlin einen Asylantrag, ein halbes Jahr später erhielt der „Minderjährige" eine Duldung bis zum 20. August 2015.

Als Dank an das Gastland Deutschland folgten drei brutale Überfälle auf Berliner Seniorinnen innerhalb von fünf Tagen: Am 25. Juni 2015 beraubte er eine schwerbehinderte 75-Jährige, die er dabei schwer verletzte. Beute: 40 Euro und ein Handy. Er „schubste" sie gegen eine Wand, woraufhin sie mit dem Kopf auf dem Boden aufschlug. Einen Tag darauf überfiel Ilyas A. eine 87-jährige Rentnerin und erbeutete dabei 100 Euro. Er hatte ihr mit voller Wucht mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Am 29. Juni erbeutete er bei einer 98-Jährigen (!!) Seniorin eine Tasche mit 200 Euro, wurde allerdings von Passanten (!) verfolgt und von diesen der Berliner Polizei übergeben.

Der prekäre Unrat, der sich seit 2015 in den Berliner Parks eingenistet hat, wird im Zuge der fatalen Willkommens-Kultur des Merkel-Regimes „herzlich begrüßt" und geduldet. Schließlich beziehen auch viele Politiker aus dem rot-grünen Linksspektrum in diesen strafrechtlich aufgegebenen Biotopen ihren „Stoff".

Bereits 2016 hieß es in einer interne Lageeinschätzung der Polizei zum Görlitzer Park: Die Bilanz bei der Anzahl von Dealern und Konsumenten sei „besonders bitter." Die Null-Toleranz-Strategie habe keine Auswirkungen gehabt. „Die Größenordnung der im Görlitzer Park zu beobachtenden Drogenhändler, fast ausschließlich schwarzafrikanischer Abstammung, und der Drogenerwerber ist nach wie vor als konstant hoch einzustufen".

Ein weiteres Indiz für den völligen Kontrollverlust im deutschen Linksstaat !

Eine Leserin kommentiert in der WeLT zum Mord an Melanie in Pankow – der Kommentar wurde anscheint vom Axel-Springer-Verlag übersehen und noch nicht gelöscht – wie sonst bei der WeLT üblich:

„Wohne nur wenige Minuten von der Stelle entfernt und habe die Bergung am Sonntag zufällig live mitbekommen, als ich mit dem Rad vorbeifuhr. Seit drei Jahren bin ich abends extrem vorsichtig, nutze z.B. im Dunklen nicht mehr den nahen S-Bahnhof Bornholmer Str. und würde niemals einen Fuß auf das Bahngelände setzen. Gut zu wissen, dass man nun auch tagsüber auf der Hut sein muss. Der Wedding grenzt an diese Stelle und da ist entsprechendes Klientel unterwegs. Das einst beschauliche Pankow hat sich in den letzten drei Jahren durch gewissen „Zuzug" auch recht stark verändert."

Zweiter Mord am Berliner Wochenende: Raubmord an Restaurant-Besitzer

Es war nicht der einzige bisher ungeklärte Todesfall am vergangenen Wochenende in Berlin: In der Nacht zum Sonntag verblutete ein 63 Jahre alter Wirt in Spandau auf dem Gehweg der Straße, in der er wohnte. Er soll bei einem brutalen Raubmorderstochen worden sein. Derzeit gebe es noch keinen Tatverdächtigen, so die Berliner Polizei.

Die bisherigen Ermittlungen der Mordkommission ergaben jedoch, dass der Mitinhaber eines Spandauer Restaurants auf dem Heimweg war, als er „angegriffen" wurde. Zeugen, die den Verletzten im Hauskavelweg im Ortsteil Falkenhagener Feld fanden, konnten ihn nicht mehr retten. Die Polizei macht keine Angaben zur Art der Verletzungen.

PI-NEWS wird detailliert weiter über das Kapital-Verbrechen an Melanie berichten.

11. Juni 2018, 06:53 Uhr

Getötete Susanna

Ali B. hat gestanden - doch diese Fragen bleiben

Ali B. hat die Tötung der 14-jährigen Susanna gestanden, nun sitzt der 20-Jährige in Frankfurt in U-Haft. In Susannas Heimatstadt Mainz sind erneut Kundgebungen geplant.

Fast sechs Stunden lang dauerte Ali B.s Anhörung vor einer Amtsrichterin im Wiesbadener Polizeipräsidium. Bei dem Termin zur Haftprüfung sprach der 20-Jährige darüber, wie er die 14-jährige Susanna F. umbrachte - und kam danach in Frankfurt in Untersuchungshaft.

B. bestritt, Susanna vergewaltigt zu haben. Laut einer Mitteilung von Polizei und Staatsanwaltschaft gab er als Tatmotiv an, "dass er aufgrund von Verletzungen im Gesicht von Susanna, die infolge eines Sturzes entstanden sein sollen, befürchtet habe, dass diese die Polizei informieren werde".

Nach einer Flucht in den Irak wurde Ali B. am Samstag in Begleitung von Bundespolizisten mit einer Lufthansa-Maschine zurück nach Deutschland geflogen. Dem Iraker wird vorgeworfen, Susanna F. in der Nacht vom 22. zum 23. Mai vergewaltigt und getötet zu haben. Die Leiche des Mädchens wurde am vergangenen Mittwoch in Wiesbaden gefunden.

Nach derzeitigem Ermittlungsstand kannte Susanna Ali B.s jüngerem Bruder und konnte sich offenbar eine Beziehung mit ihm vorstellen. Deshalb habe sich die 14-Jährige öfter in der Flüchtlingsunterkunft in Wiesbaden aufgehalten und auch den 20-Jährigen gekannt, der nun ihre Tötung zugegeben hat.

Bei der Ermittlungen sind noch mehrere Fragen offen. So stehen ein Obduktionsergebnis und die Auswertung von DNA-Spuren aus. Sie könnten Aufschluss über den Tathergang geben. Zudem lassen sich die Ergebnisse mit den Schilderungen Ali B.s abgleichen.

Wegen der langen Zeit zwischen Tod und Auffinden der Leiche ist allerdings unklar, wie aussagekräftig die Spuren noch sind.

Eine weitere Frage ist deshalb, warum nach dem Hinweis einer Bekannten, dass Susanna tot sei, bis zum Fund der Leiche mehr als eine Woche verging. Die Polizei hatte die Hinweisgeberin, die im Urlaub war, zunächst nicht befragt.

Am Wochenende hatte es in Susannas Heimatstadt Mainz mehrere Demonstrationen zu dem Fall gegeben, die allerdings nur spärlich besucht waren. Für Montagabend sind erneut Kundgebungen angemeldet. Unter anderem hat die Initiative "Kandel ist

überall" für 18 Uhr eine Mahnwache gelpant. Zur gleichen Zeit lädt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Rheinhessen-Nahe zu einem stillen Gedenken auf den Gutenbergplatz vor dem Staatstheater ein.
Die Gruppierung "Kandel ist überall" wird dem rechtspopulistischen Spektrum zugerechnet. Sie hatte bereits nach dem gewaltsamen Tod von Mia in Kandel mehrfach demonstriert. Ein mutmaßlich aus Afghanistan stammender Mann wird beschuldigt, die 15-Jährige - seine Ex-Freundin - Ende Dezember 2017 in einem Drogeriemarkt heimtückisch und aus niedrigen Beweggründen erstochen zu haben. Der Fall hatte deutschlandweit Aufsehen erregt.
ulz/dpa
URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/susanna-ali-b-gesteht-toetung-von-14-jaehriger-diese-fragen-bleiben-a-1212216.html

Keine Presseausendung aus Angst vor „Reaktionen wie in Freiburg“ Brandenburg: Afghanen vergewaltigen 15-Jährige – Polizei verschweigt die Tat

pi-news.net/2018/11/brandenburg-afghanen-vergewaltigen-15-jaehrige-polizei-verschweigt-die-tat
28. November 2018
28. November 2018
Auf diesem Spielplatz in Königs Wusterhausen (Brandenburg) soll der angeblich 21-jährige Afghane Mohammad F. ein 15-jähriges Mädchen vergewaltigt haben, während sein angeblich 18-jähriger Freund das Opfer festhielt.
Bereits am Dienstag vergangener Woche sollen zwei Afghanen in Königs Wusterhausen, einer Stadt in Brandenburg, ein 15-jähriges Mädchen missbraucht haben. Die Rapefugees sollen ihr Opfer auf einem Spielplatz an der Schloßstraße auf eine Toilette gezerrt haben, wo es von wenigstens einem der beiden vergewaltigt worden sei.
Die 15-Jährige sei so traumatisiert gewesen, dass sie erst rund 48 Stunden später wagte mit Angehörigen zur Polizei zu gehen. Eine weitere Befragung sei aufgrund des psychischen Zustandes des Mädchens dann aber erst am Freitag möglich gewesen.
Nach Medienanfrage, ob der fehlenden Veröffentlichung dieser weiteren grausamen Tat durch importierte Gewalt-Afghanen seitens der Behörden hieß es, eine frühere Presseveröffentlichung hätte „keinen Sinn gemacht“, da der/die Täter ja noch nicht namhaft gemacht hätten werden können. Wir leben in einer Zeit, wo ohnehin kaum jemals ein Täter

namentlich genannt wird, es handelt sich meist ja nur um „Männer“ in den Polizeiberichten – also, kann diese Begründung als dumme Ausrede ad acta gelegt werden.
Mittlerweile gibt es aber einen Namen zu einem der beiden der Tat dringend Verdächtigen. Der angeblich 21-jährige Mohammad F. wurde am Freitag in einer Flüchtlingsunterkunft festgenommen. Offenbar kannte das Opfer den Afghanen namentlich.
Gegenüber der BILD-Zeitung ließ sich später ein Polizist zum wahren Grund der Tatverschleierung durch die Behörden ein: Der Vorfall sei von Stadt und Polizeileitung unter Verschluss gehalten worden, weil man „Reaktionen wie damals in Freiburg“ befürchtet habe. Gemeint war die bestialische über mehrere Stunden dauernde Gruppenvergewaltigung einer jungen Frau durch Gäste der Kanzlerin im Oktober (PI-NEWS berichtete). Danach gab es verständlicherweise Demonstrationen gegen diese Bestien und ihre atavistische „Kultur“.
Nach dem zweiten Täter, bei dem es sich um einen angeblich 18-jährigen Freund von Mohammad F. handeln soll, wird noch gefahndet. Er soll das Mädchen während der Tortur festgehalten haben. Wieder einer, der als angeblich minderjähriger unbegleiteter Flüchtling (MUFL) nach Deutschland kam und wieder einer, der bereits wegen Körperverletzungen polizeibekannt sein soll.
Hier wurde also einmal mehr eine Tat der Lieblinge der Kanzlerin mit aller Anstrengung unter der Decke gehalten. Der Kampf gegen Rechts hat sichtlich Priorität und steht weit über der Pflicht solche Taten aufzuklären und die Täter dingfest zu machen. Man hat „Angst“ vor dem Volk, dass es seinen Zorn über die Zustände im Land auf die Straße tragen könnte und hält es daher lieber unwissend über die tatsächlichen Ausmaße, die die Gewalt durch diese Täterklientel, besonders gegen Mädchen und Frauen, schon angenommen hat. *(lsg)*

Testgebiet Deutschland Berlin: Die „offene Gesellschaft“ hinter Betonsperren

pi-news.net/2018/11/berlin-die-offene-gesellschaft-hinter-betonsperren
25. November 2018
Der Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz – umrahmt wie ein Militärcamp in einem Kriegsgebiet. Trügerische Sicherheit als Camouflage für politische Unfähigkeit.
Von L.S.GABRIEL | Berlin ist bunt, tolerant und vor allem „weltoffen“. Diese in ihren Konsequenzen unreflektierte politische Doktrin und in der linken Gesellschaft als moralischer Imperativ wirkende Geisteshaltung hat uns in den vergangenen Jahren viel Blut gekostet und viel Leid gebracht.
Dafür, wie vollkommen irre es ist in Zeiten der Gewaltinvasion und des Islamterrors dennoch daran festzuhalten gibt es jetzt ein Symbol. Am Berliner Breitscheidplatz, wo am 19. Dezember 2016 der tunesische Moslem Anis Amri mit einem LKW in den Weihnachtsmarkt fuhr, zwölf Menschen starben und mehr als 70 verletzt wurden, werden am 26.11. auch heuer wieder die Buden geöffnet – mit „neuem Sicherheitskonzept“.
Es weihnachtet schwer

Wo man früher unbeschwert flanieren, Punsch trinken und sich am vorweihnachtlichen Lichterzauber einfach erfreuen konnte, sieht es dieser Tage allerdings aus, wie in einem militärischen Sperrgebiet.
Hinter Gitterkörben sind große mit Sand und Steinen gefüllte Säcke in weihnachtlichem Grün platziert. Die Eingänge zieren Rampen und Merkelpoller. Die Straßen rund um den Platz sind gesperrt und mit Betonleitplanken gesichert – Überfahrschutz nennt sich dieser Sicherheitswahnsinn, der gemäß den Verantwortlichen für eine „Wohlfühlatmosphäre" sorgen soll.
Der tonnenschwere Sicherheitszauber kostet den Steuerzahler rund 2,5 Mio. Euro.

Auch das an den Markt grenzende Hotel „Waldorf Astoria" erfährt unfreiwillig „besonderen Schutz". Die Gäste müssen sich ihren Weg durch Poller und Absperrgitter bahnen – nicht besonders einladend und vermutlich erzeugt das auch mehr Angst und schreckt ab, als dass ein Gefühl besonderer Sicherheit aufkäme.

„Illuminiert": Mehr Lichter und viel Alkohol

Mit extra pompöser Illumination will man aus dem einem Kriegsgebiet ähnlichen Veranstaltungsplatz einen stimmungsvollen Ort machen und damit etwas vom Sand der Sperren in die Augen der Besucher streuen. Das ist beim gemeinen linken Berliner aber wohl gar nicht schwer und so kann man dem einen oder anderen auch ein entsprechend passendes Statement entlocken: „Ich fühle mich sicherer durch die Absperrungen", so eine Passantin. „Und wenn etwas passiert, kann hinterher niemand den Vorwurf erheben, man hätte den Weihnachtsmarkt besser schützen müssen", ergänzt sie wunschgemäß und brav angepasst.
Wenn „etwas" passiert? Das „Etwas" wird nicht benannt, es könnte also auch durchaus eine Lawine sein, oder wie? Nein, könnte es nicht, der Islam ist keine Naturkatastrophe, sondern eine bei uns politisch gewollt installierte Gefahr!
Wer so einen unreflektierten Unsinn verzapft hat wohl schon probiert bei den heuer erstmals vertretenen Schnapsbrennereien, die für den Markt einen eigenen speziellen Whiskey gebraut haben. Tatsächlich sind derartige Reaktionen aber sinnbildlich für die dekadente, linksverblödete Soddom- und Gomorra-Gesellschaft in Berlin. Den Bunten und Toleranten kommt gar nicht in den Sinn, dass erst ihre Terror-Welcome-Idiotie dafür gesorgt hat, dass man sich nirgendwo mehr sicher fühlen kann, ohne ein

„Sicherheitskonzept“, das in letzter Konsequenz außerdem sowieso wirkungslos bleibt. Sie tanzen nun hinter einem Schutzwall auf den Gräbern der Toten und feiern ihre Untergangsideologie.

Testgebiet: „Stopeverything“

Die Verantwortlichen im Berliner Senat freuen sich jedenfalls, dass Teile der Sperren auf jeden Fall wiederverwendbar seien – natürlich nur, falls kein Riesenlaster drüberfährt, oder sich Moslems innerhalb der Sperren zu Allah und ihrer Obstschale mit den 72 Feigen sprengen. Denn, dass ein Sprenggläubiger sich unters Weihnachtsmarktpublikum mischt und dort den Zünder betätigt, können all die Poller, Gitter und Sandsäcke nicht verhindern. Ein „Sicherheitskonzept“ als Camouflage für Politikversagen.

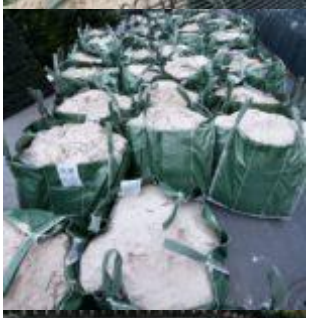
Der Senat ist aber zuversichtlich, aus diesem Konzept Erkenntnisse für künftige Großveranstaltungen gewinnen. Ein Weihnachtsmarkt als Testgebiet, die Bürger und Touristen geben bei dieser gruseligen Vorstellung die Dummies. Wenn doch „etwas“ passiert und der islamische „Frieden“ wieder in blutroten Bächen die Flaniermeile runter rinnt, werden die Toten und Verletzten eben als Kollateralschaden im Kampf um die bunte Vielfalt verbucht – so what, Schwund gibt’s immer.

Fast schon Nestroy’sche Satire dabei ist, dass auf den Pollern „Made in Germany“ steht. Stimmt! Alles Hausgemacht, nicht nur der Whiskey und die Kekse – ohne der von Merkel inszenierten „Flüchtlingskrise“ bräuchten wir all das nicht.

Auf den rund 100 Drahtkörben, die mit Sand- und Steinen im Inneren das Einfahren von LKWs auf den Markt verhindern sollen steht: „Stopeverything“. Es ist der Werbespruch des Herstellers aus Großbritannien, mit dessen Produkten auch Militärcamps und Grenzen geschützt werden.

Besser wäre es allemal selbige an den deutschen Grenzen aufzustellen, um nicht mitten in Deutschland Weihnachtsmärkte wie Militärstützpunkte in Kriegsgebieten schützen zu müssen. „Stopeverything“ passt aber dann schon wieder – dieser Schutzwall ist eine Landmarke für das Ende des Friedens, der Sicherheit und auch für die sprichwörtliche stillste und schönste Zeit im Jahr.

Impressionen – Merkel-Advent 2018:



Studios/Shutterstock (Symbolfoto: Durch LightField)

Bonn – **Ein elfjähriger Schüler der Berthold-Brecht-Gesamtschule in Tannenbusch ist von drei jungen Arabern so brutal misshandelt worden, dass ihm mehrere Zähne abbrachen. Die Angreifer hatten dem Jungen, der mit einer dicken Jacke und einem schweren Schulranzen unterwegs war, mit ihren Fahrrädern den Weg versperrt. Als er höflich fragte, ob er durchgehen dürfe, sagten sie "Nein". Dann griff einer der Männer das Kind von hinten an, riss es an den Haaren und schlug seinen Kopf auf den Bürgersteig. Dann rannten die Angreifer weg. Andere Schüler fanden den um Hilfe rufenden Jungen, der aus Mund und Nase blutete, und brachten ihn zu seiner Großmutter. Von den Tätern fehlt jede Spur.** (**Quelle**)
https://www.journalistenwatch.com/2018/12/05/junge-araber-elfjaehrigen/

Nach Exklusivbericht von PI-NEWS mussten Polizei und Staatsanwaltschaft reagieren Harsewinkel: Polizei veröffentlicht verharmlosende Presse-Erklärung

pi-news.net/2018/06/harsewinkel-polizei-veroeffentlicht-verharmlosende-presse-erklaerung
June 8, 2018
Die Polizei Gütersloh beschönigt die abartige Vergewaltigung einer 14-Jährigen durch syrische "Flüchtlinge"

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | PI-NEWS wirkt: Nach unserem schockierenden Exklusiv-Bericht über die Gruppenvergewaltigung eines Mädchens in Harsewinkel durch fünf syrische „Flüchtlinge" am Mittwoch entschlossen sich die Kreispolizeibehörde Gütersloh und die Staatsanwaltschaft Bielefeld einen Tag später eine gemeinsame Presse-Erklärung zu veröffentlichen. Darin wird die schockierende Tat allerdings in einer völlig unverantwortlichen Weise mit blumigen Worthülsen beschönigt.

So ist von *„sexuellen Übergriffen zum Nachteil einer 14-Jährigen"* die Rede, als ob es sich um intime Fummeleien von Teenagern handeln würde. In Wirklichkeit soll es nach Berichten von Bürgern, die Kenntnis von Einzelheiten haben, eine brutale Gruppenvergewaltigung eines minderjährigen Mädchens im analen und vaginalen Bereich gewesen sein.

Anschließend hätten *„die Jugendlichen“* das *„stark alkoholisierte Mädchen“* in eine nahegelegene Parkanlage *„begleitet“*, als ob das Mädchen besoffen und damit indirekt freiwillig den Horror mitgemacht hätte sowie anschließend fürsorglich von ihren Gruppensex-Partnern hinausbegleitet worden sei. In Wahrheit soll nach Insider-Informationen das halbnackte bewusstlose Mädchen wie ein benutztes Stück Vieh in der Parkanlage abgelegt worden sein.

Nach Polizeibericht sollen nicht nur fünf, wie es PI-NEWS übermittelt wurde, sondern sogar sechs Typen beteiligt gewesen sein. Die *„Jugendlichen“*, also nicht die mutmaßlichen Verbrecher, seien *„sechs junge Männer“*, von denen aber nur drei die syrische Staatsangehörigkeit, die drei anderen hingegen die *„deutsche“* hätten. Das wird im Verlauf der Ermittlungen noch interessant sein herauszufinden, was das für „Deutsche“ sind. Nach den PI-NEWS-Informationen aus Harsewinkel sollen fünf einen syrischen Hintergrund haben.

Diese Presse-Erklärung von Polizei und Staatsanwaltschaft liest sich, als ob sie von einem SED-ähnlichen Politbüro multikulti-konform frisiert worden wäre:

„Im Verlaufe des Abends wurde Alkohol konsumiert. Nach einiger Zeit begleiteten die **Jugendlichen das inzwischen stark alkoholisierte Mädchen in eine nahegelegene Parkanlage. Aufgrund ihrer Alkoholisierung informierten sie eigenständig den Rettungsdienst. Durch diesen wurde die Polizei informiert. Danach ergaben sich keine Hinweise auf eine strafbare Handlung. Die Jugendliche selbst konnte keine Angaben zum Verlauf des Abends machen.**

Im Zuge der nächsten Wochen ergaben sich Hinweise auf eine sexuelle Handlung zum Nachteil der 14-Jährigen. Daraufhin wurden intensive und umfangreiche Ermittlungen eingeleitet.

Im Rahmen von Vernehmungen haben einige Beschuldigte diesbezüglich geständige Einlassungen abgegeben. Das Ermittlungsverfahren wurde inzwischen an die Staatsanwaltschaft Bielefeld abgegeben.“

Ob die potentiellen Verbrecher selber den Rettungsdienst informiert haben, wie es Polizei und Staatsanwaltschaft vermitteln, oder Spaziergänger, wie es PI-NEWS berichtet wurde, bleibt erst einmal dahingestellt.

Man spürt aus jedem Satz das Bestreben, die abartigen Verhaltensweisen aus dem moslemischen Kulturkreis mit beschönigenden Worten zu verkleiden, damit die Bevölkerung nicht weiter „verunsichert“ wird. Gleichzeitig dürfte die nackte Angst vorliegen, dass die AfD von der Veröffentlichung der harten Fakten profitieren könnte.

Wir haben es mit einem völlig unverantwortlichen Schweigekartell zu tun, das ganz offensichtlich politisch motiviert ist. Gerade in Nordrhein-Westfalen sind linksgrün-orientierte Personen auch in Polizei und Staatsanwaltschaft breit vertreten. Der FOCUS übernahm deren offensichtliche Märchenstunde auch noch eins zu eins.

Im Gegensatz dazu sprang die BILD deutlich realitätsnaher auf die Nachricht an, denn ihr Artikel ähnelt eher dem PI-NEWS-Bericht:

Es ist ein übler Verdacht: Mehrere Teenager sollen in Harsewinkel ein völlig betrunkenes Mädchen (14) sexuell missbraucht, vergewaltigt und dann halbnackt in einem Park ausgesetzt haben.

Das Opfer konnte lange nicht sagen, was mit ihm passiert war. Erst vor wenigen Wochen brachte ein WhatsApp-Video die Kripo auf die Spur der sechs Jugendlichen (14-19).
Die Tat geschah bereits im November 2017. Das Mädchen soll damals zu einer Geburtstagsparty eingeladen worden sein. In einer Wohnung trank die Schülerin danach wohl reichlich Alkohol.
Dann sollen die Teenager (drei Deutsche, drei Syrer) sie missbraucht haben. Offenbar wurden Teile der abscheulichen Szenen gefilmt. Das Mädchen soll in einen nahe gelegenen Park gebracht worden sein.
Die Neue Westfälische Zeitung kritisiert, dass die Polizei „erst am Donnerstag" über diesen Fall aus dem November 2017 informiert habe und bestätigt, dass erst der Artikel „eines rechten Blogs" die Dinge ins Rollen gebracht habe:
Aus Gründen des Opferschutzes wird in Fällen, bei denen Täter oder Opfer minderjährig sind, zurückhaltend über die Straftaten informiert. Aus diesem Grund habe sich die Polizei dazu entschieden, den Sachverhalt zunächst nicht zu veröffentlichen, sagt Felsch.
Bekannt geworden war der Fall durch einen am 6. Juni erschienenen Bericht eines rechten Blogs. Demnach sei die mutmaßliche Vergewaltigung von Polizei und Politik „vertuscht" worden. Sabine Amsbeck-Dopheide, Bürgermeisterin der Stadt Harsewinkel, widerspricht dieser Darstellung gegenüber der NW. Sie habe erst am Montag, 4. Juni, von dem Fall erfahren und verschweige nichts. Es sei allerdings auch nicht ihre Aufgabe, sich zu der Angelegenheit zu äußern. „Das ist ausschließlich Aufgabe der Staatsanwaltschaft", sagte Amsbeck-Dopheide.
SPD-Bürgermeisterin Sabine Amsbeck-Dopheide sagt hier nur die halbe Wahrheit. Als sie vom AfD-Bundestagsabgeordneten Udo Hemmelgarn am Montag über das Verbrechen informiert wurde, legte er ihr nahe, an die Öffentlichkeit zu gehen, was sie verweigerte.
Völlig klar, dass sie ganz anders reagiert hätte, wenn hier sechs glatzköpfige Neonazis ein 14-jähriges syrisches Flüchtlings-Mädchen gruppenvergewaltigt hätten. So schnell hätte man nicht schauen können, wie sie sich sofort publikumswirksam in Szene gesetzt hätte, zu den Familienangehörigen gepilgert wäre, die Medien mit Pressemitteilungen überschüttet, eine Lichterkette inszeniert, beseelt einen „Stuhlkreis gegen Rechts" gesessen und ein „buntes Fest der Toleranz" in Harsewinkel organisiert hätte. Aber hier ist das Opfer eben nur eine Scheißdeutsche und die Täter Goldstücke aus dem zu verherrlichenden islamischen Morgenland.
Ebenso skandalös ist das Schweigen des CDU-Landrats Sven-Georg Adenauer, einem Enkel des berühmten Altkanzlers, der im Landkreis oberster Chef der Kreispolizeibehörde ist. Nachdem auch er vom AfD-Bundestagsabgeordneten Udo Hemmelgarn über dieses Verbrechen informiert wurde, weigerte er sich ebenfalls, an die Öffentlichkeit zu gehen. Die große Koalition hält also auch hier multikulti-konform eisern zusammen. In Harsewinkel ist übrigens auch die Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Alice Weidel aufgewachsen. Sie dürfte sich auch für die üblen Vorgänge in ihrer Heimat interessieren.
Die widerliche Heuchelei, das politkorrekte Schweigen und das multikulturell besoffene Beschönigen muss ein Ende haben. Der von der Polizei vorgeschobene „Opferschutz" im Falle von „Minderjährigkeit von Opfer und Täter" ist ebenfalls

irrelevant: Hier geht es um die dringend notwendige Aufklärung der Bevölkerung über das Unheil, das in unserer Land im Zuge der Massen-Invasion von Mohammedanern eingedrungen ist:
Eine komplett andere, archaische und brandgefährliche „Werte"-Vorstellung in Bezug auf Frauen und Mädchen. Jeder junge Mohammedaner, der seine „Religion" auch nur ansatzweise verinnerlicht hat, sieht in einer Frau, die sich leicht bekleidet in die Gesellschaft von Männern begibt, als selber Schuld an, wenn anschließend sexuelle Handlungen an ihr vorgenommen werden. Völlig egal, ob sie will oder nicht. Im moslemischen Wertesystem hat sich eine Frau zu verhüllen und den Kontakt mit anderen Männern strikt zu meiden. So haben sich im Islam ehrbare Frauen zu verhalten, alle anderen gelten als minderwertige ungläubige Schlampen.
Solange diese überlebenswichtige Information nicht über Medien und Politik in die Öffentlichkeit gebracht wird, gibt es wöchentlich, wenn nicht täglich, weitere Opfer.
Der Fall von Harsewinkel zeigt, dass die Polizei derartige Vorfälle zu vertuschen versucht. Es ist zu vermuten, dass es in Deutschland eine extrem hohe Dunkelziffer von sexuellen Übergriffen gegen Minderjährige gibt, die von der Polizei unter Verschluss gehalten werden. Die Anweisung, nicht aktiv über Straftaten zu berichten, die von „Flüchtlingen" begangen werden, hat die Junge Freiheit bereits im Januar 2016 nach Insider-Informationen bekannt gemacht. Die Polizei solle nur reagieren, wenn es Anfragen von Medien geben sollte.
Jedes junge Mädchen, das sich ahnungslos in solche Situationen begibt, ist ein weiteres potentielles Vergewaltigungs- und Mordopfer. Die 14-jährige von Harsewinkel kann von Glück sprechen, dass sie noch lebt.
Kontakt zur Polizeidirektion Gütersloh, die seit November 2017 diesen Fall verschwieg:
» pressestelle.guetersloh@polizei.nrw.de
(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)

Michael Stürzenberger*PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit", wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine Youtube-Videos hatten über 22 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über Facebook.*
vor zwei Tagen unserer Redaktion übermittelt wurde, begann die Recherche. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Udo Hemmelgarn, der ebenfalls informiert worden war, fand ein Schweigekartell vor. Er selbst musste den zuständigen Landtagsabgeordneten Sven-Georg Adenauer, ein Enkel des berühmten Altkanzlers, über den Fall informieren, obwohl der CDU-Mann oberster Chef der Kreispolizeibehörde ist. Offensichtlich hat ein Polizeidirektor die unverantwortliche Entscheidung getroffen, die Sache unter Verschluss zu halten un dkeinen zuständigen

Politiker über die ungeheuerliche Tat zu informieren. So soll auch die SPD-Bürgermeisterin von Harsewinkel, Sabine Amsbeck-Dopheide, keien Ahnung von den Vergewaltigungs-Umtrieben von sogeannneten „Flüchtlingen" in ihrer Gemeinde gewusst haben. Aber auch nachdem sie von Udeo Hemmelgarn, der auch für die AfD im Kreistag ist und dort im Polizeiausschuss arbeitet, informiert wurde, blieb sie bei ihrer Meinung, dass sie die Öffentlichekti nicht darüber in Kennntis setzen wolle.

Balkon-Szenen à la Willkommens-Orks Plauen: Abgelehnter „Asylant" als Serien-Sextäter
pi-news.net/2018/06/plauen-abgelehnter-asylant-als-serien-sextaeter
June 15, 2018
Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung wird "Osama A." Deutschland wohl weiter bereichern werden.
Von MAX THOMA | „Wir bekommen Menschen geschenkt", erklärte Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt mit orgiastischem Enthusiasmus. Das libysche Menschengeschenk auf dem Bild ist nicht der Gewinner der Friedensnobelpreisverlosung 2009 – Obama – aber praktisch sein Namensvetter. Das von Merkel importierte Genital-Goldstück aus Gaddafien stieg in den lauen Sommernächten des Augusts 2017 über Balkone in Schlafzimmer **von Frauen und Mädchen ein, nötigte sie sexuell und versetzte so die Stadt Plauen in „Angst und Schrecken". Eines seiner Opfer hatte Osama A. sogar derart brutal attackiert und vergewaltigt, dass die Frau dabei ohnmächtig geworden war – Lebensgefahr!**
Der schutzbedürftige Rapefugee Osama A., 43, ist – wie eigentlich immer in solchen Fällen – ein „abgelehnter Asylbewerber", der aber in Deutschland geduldet wurde. Zumindest von 87 Prozent der Wähler. Die vier bislang bekannten Opfer des Libyers sind noch heute stark traumatisiert:
Aus der Anklage – seine „Dunkelziffer" dürfte weit höher liegen:
1. Tat: Flüchtling Osama stellt sich neben das Auto einer wartenden Frau auf der Jößnitzer Straße, onaniert am Fenster bis zum Samenerguss.
2. Tat: Der Geflüchtete Osama bricht über den Balkon in die Wohnung einer Plauenerin ein und attackiert sie. Sie wird bewusstlos, er vergeht sich mehrmals an der Bewusstlosen.
3. Tat: Er steigt über den Balkon einer Frau an der August-Bebel-Straße ein, begrapscht sie. Die Frau ruft um Hilfe, der Geflüchtete Osama A. flüchtet.
4. Tat: Vom Balkon aus beobachtet er eine schlafende Frau und onaniert. Dabei wurde er geschnappt – Schicksal!
Als sich Osama-bin-Körpersaft-Laden an einer Frau verging, faselte er: „Ich will nur Liebe haben."
Unterleibs-Akrobat Osama wurde am Dienstag vom Landgericht Zwickau zunächst zu 39 Monaten Haft verurteilt. Aufgrund „sprachlicher Schwierigkeiten" wird er wegen „Haftempfindlichkeit" sicher nur einen kleinen Teil der Strafe hinter sächsischen Gardinen verbringen. Und dann weiter deutsche Frauen-Mädchen-Kinder mit seiner Lebensfreude auf Steuerzahlerkosten bereichern. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, „seine Anwälte" werden

Rechtsmittel einlegen. Kaum ein überregionales Medium außer BILD berichtete über die Vorfälle – warum wohl?
Nach seiner vorzeitigen Entlassung empfehlen wir dem liebesbedürftigen Merkel-Geschenk, sich doch höflich bei seinen großmütigen Gastgeber*Innen auf traditionelle Art und Weise seines Landes zu bedanken – gerne auch mit weiteren romantischen Balkon-Szenen:
a.) Kanzleramt – Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin, 3. Stock.
b.) Hohenwalde, Landkreis Uckermark, die Datsche hat ebenerdigen Zugang
c.) Wahlkreis Erfurt-Weimar – DER Treffpunkt für geschenkte Menschen in … „Not"!
Viel Spaß beim interkulturellen Taharrush mit Anfassen. Vielleicht schwenken manche Befürworter*Innen illegaler Immigration dann um – oder auch nicht.

Es gibt jetzt eine Datenbank (mit Suchmaschine) aller Verbrechen der sog.Flüchtlinge, die perfekt dokumentiert und mit Quellenangaben belegt sind. Dort sind bis heute 48382Straftaten dargestellt. Jedes der 45607 Opfer ist der Preis für Merkels gesetzeswidrige Asylpolitik und Islamisierung Deutschlands - und für jedes der Opfer müßten sie und ihre für 10000-20000 Euro Monatsgehalt mitmachenden Bundestagsabgeordneten strafrechtlich verfolgt werden:
https://www.refcrime.info/de/Home/Index

Wegen illegal betriebener Kühlschränke Großaufstand der Asylbewerber in Waldkraiburg – ein Schwerverletzter
pi-news.net/2018/06/waldkraiburg-grossaufstand-der-asylbewerber-ein-schwerverletzter
June 7, 2018
Von EUGEN PRINZ | Am Mittwoch kam es zu einer Serie von immer weiter eskalierenden Auseinandersetzungen in der Asylbewerberunterkunft Waldkraiburg. Begonnen hatte es um die Mittagszeit, als auf Anordnung der Regierung von Oberbayern, illegal betriebene Kühlschränke, in denen die Asylbewerber Lebensmittelvorräte horteten, aus der Unterkunft entfernt werden sollten. Diese Lebensmittelvorräte sollen dazu gedient haben, bei Bedarf das Essen in der Gemeinschaftsunterkunft zu verweigern.
Kühlschränke sollen weg – 24-jährige Asylantin rastet aus
Eine 24-jährige Bewohnerin der Unterkunft rastete wegen dieser Maßnahme aus. Zusammen mit anderen Asylbewerbern, leistete sie derart Widerstand, dass sich die eingesetzten Kräfte, Augenzeugen sprechen von sechs Streifbesatzungen, zunächst wieder zurückziehen mussten.
Die zuständige Behörde ordnete deshalb die Verlegung der 24-jährigen in eine andere Unterkunft an. Als diese am Nachmittag vollzogen werden sollte, wurden die eingesetzten Polizeikräfte von einer aufgebrachten Meute aus Asylbewerbern mit Flaschen und Steinen angegriffen. Zudem flog Mobiliar aus dem Fenster und ein Feueralarm wurde mutwillig ausgelöst, der einen Großeinsatz der Feuerwehr zur Folge hatte.
Großaufgebot der Polizei nötig, um eine Person zu verlegen
Mit einem Großaufgebot von mehreren hundert Polizeibeamten, bestehend aus Kräften des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd, der Bayerischen Bereitschaftspolizei und der Bundespolizei, die im Laufe des Nachmittags zusammengezogen wurden, konnte die 24-jährige schließlich abtransportiert und die Lage vorübergehend unter Kontrolle gebracht werden. Aber nicht für lange.

Erneuter Massenaufstand am Abend

Bis zum Abend heizte sich die Stimmung unter den Bewohnern erneut auf und es kam zu zu massiven Auseinandersetzungen, bei denen – wen wundert es – auch Messer zum Einsatz kamen. verwendet wurden. Ein 29-jähriger Asylbewerber wurde durch eine Stichwunde am Oberkörper schwer verletzt und musste mit einem Rettungshubschrauber in ein Münchner Klinikum geflogen werden. Zwei weitere „Flüchtlinge“ wurden zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus in Mühldorf am Inn gebracht. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes erlitt eine Schnittwunde am rechten Arm, einen seiner Kollegen bewahrte eine Stichweste vor Schlimmeren, als ihn ein Asylbewerber mit einem Messer angriff. Die Verletzungen von drei weiteren Bewohner wurden ambulant behandelt.

Erneut musste die Polizei unter der Führung des Polzeipräsidiums Oberbayern Süd mit hunderten von Beamten der umliegenden Dienststellen, des Polizeipräsidiums München, der Bayerischen Bereitschaftspolizei und der Bundespolizei anrücken, um die Lage unter Kontrolle zu bringen.

Es gab insgesamt vier Festnahmen, die Kriminalpolizei ermittelt wegen eines versuchten Tötungsdeliktes.

Die Asylbewerberunterkunft in Waldkraiburg ist – wie vergleichbare Einrichtungen in anderen Städten – ein ständiger Unruheherd.

In der Vergangenheit war es in der Unterkunft, die der bis zu 400 Asylbewerber untergebracht werden können, immer wieder zu Polizeieinsätzen gekommen. Zuletzt Mitte Mai, als zwei Asylbewerber wegen eines Zimmerwechsels in Streit geraten waren. Ende März waren sogar 300 Beamte im Einsatz, als die Polizei mit Unterstützungskräften der Bayerischen Bereitschaftspolizei eine Begehung der Erstaufnahmeeinrichtung durchgeführt hatte.

Nachdem im März 2016 ein Nigerianer eine Frau aus Somalia sexuell belästigt hatte, kam es zu einer Massenschlägerei.

AfD Mühldorf fordert Schließung der Unterkunft

Der Mühldorfer Kreisverband der AfD hat sich in Person des 1. Vorsitzenden Oliver Multusch an die Regierung von Oberbayern gewandt:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen sicher bereits bekannt ist, kam es gestern den 06.06.2018 in der Asylbewerber-Einrichtung im BFZ-Peters in Waldkraiburg zu einem Großeinsatz von Polizei und Rettungskräften. Wie aus Polizeikreisen und auch den Medien bekannt wurde, war es offenbar nötig starke Polizeikräfte aus ganz Bayern anzufordern und zusammenzuziehen um einer eskalierenden Situation wirkungsvoll begegnen zu können.

Diese Einrichtung besteht nun seit etwa 3 Jahren und es gab auch in der Vergangenheit immer wieder Unruhen und Probleme mit Bewohnern, auf die ich nachstehend noch ausführlich eingehen werde. In letzter Zeit jedoch beobachten wir als AfD KV-Mühldorf mit großer Sorge eine deutliche Zunahme von Polizeieinsätzen, eine Entwicklung die im gestrigen Großeinsatz einen vorläufigen traurigen Höhepunkt erreichte, der alle bisherigen Ereignisse in den Schatten stellt. Ich war selbst vor Ort um mir ein Bild von der Lage zu machen und habe mir einigen Anwohnern gesprochen. Es gibt in sozialen Netzwerken mittlerweile div. Fotos und Videos der Vorgänge die von Anwohnern und Passanten stammen, welche die Ereignisse ausführlich dokumentieren.

Nach allem was bisher bekannt wurde, ist die Situation in diesem großen mehrstöckigen Gebäude völlig außer Kontrolle geraten, und konnte zunächst weder vom Sicherheitsdienst oder den Sozialarbeitern noch von den örtlichen Polizeibehörden bewältigt werden. Bewohner haben Scheiben eingeschlagen und Gegenstände aus den Fenstern auf Polizeibeamte geworfen. Bewohner griffen Polizeibeamte verbal wie auch physisch an und bewarfen diese mit verschiedenen Gegenständen. Stühle, Bänke und Papierkörbe wurden auf Einsatzfahrzeuge geworfen. Es kam zu tumultartigen Szenen, wie man sie sonst nur aus Ländern ohne funktionierenden Staat kennt.

Da die Ursachen für diese Tumulte derzeit noch nicht abschließend geklärt und daher noch Gegenstand von Ermittlungen sind, werden wir dazu noch nicht Stellung beziehen, behalten und dieses aber für einen späteren Zeitpunkt vor.

Eines aber machten die gestrigen Ereignisse aber überdeutlich. Es reicht! Solche Zustände sind in keinem Fall hinnehmbar! Es ist den Anwohnern und Bürgern der Stadt Waldkraiburg nicht länger zuzumuten diese Einrichtung zu betreiben.
Wir als AfD KV-Mühldorf fordern deshalb nachdrücklich die Regierung von Oberbayern auf, diese Einrichtung unverzüglich, längstens jedoch bis zum 30.09.2018 zu schließen!
Die Gründe für diese keineswegs leichtfertig erhobene, sondern äußerst berechtigte Forderung sind vielfältig. Daher möchte ich wie bereits eingangs erwähnt diese nun näher beschreiben. Es geht uns dabei vordringlich die „sozialen Kosten" zu benennen, die gerade mit dieser Einrichtung für die Stadt Waldkraiburg und die Anwohner verbunden sind und ein unzumutbares Ausmaß erreicht haben! Vielen Waldkraiburger Bürgern wird durch diese Einrichtung ihre wohlverdiente Lebensqualität in einer nicht hinnehmbaren Weise geraubt. Anwohner müssen nun schon seit einer viel zu langen Zeit mit dieser Einrichtung leben und werden täglich mit Beeinträchtigungen, Belästigungen und Behinderungen konfrontiert. Da gibt es Pöbeleien und Beleidigungen mit und ohne Alkoholkonsum. Körperverletzungen, Drogenhandel, Sachbeschädigung sind dokumentiert. Da wird in Vorgärten und Einfahrten uriniert und gekotet. Geschäftsleute haben Verluste, Geschäfte schließen. Anwohner müssen Umwege in Kauf nehmen um einzukaufen oder nicht belästigt zu werden, was vor allem Frauen und Mädchen betrifft. Umliegende Parks können von Anwohnern überhaupt nicht mehr genutzt werden, Parkbänke wurden bereits von der Stadt abmontiert. Bei Polizeieinsätzen werden ganze Straßenblöcke gesperrt, was zu erheblichen Verkehrschaos führt. Immobilen verlieren drastisch an Wert, werden gar unverkäuflich, was eine indirekte Enteignung für die betroffenen Menschen darstellt.
Dazu kommen die üblichen, allgemein bekannten Probleme die mit der Migrationspolitik einhergehen, ein Staatsversagen auf allen Ebenen , wie ua. die jüngst bekannt gewordenen Missstände beim BAMF nachhaltig zeigen. Zum Beispiel befinden sich in dieser Einrichtung, wie in anderen solchen Unterkünften auch diverse sogenannte Fehlbeleger, die aber aufgrund vom allgemeinen Wohnungsmangel keine Wohnungen finden. Das führt zu langen frustrierenden Aufenthalten in solchen Einrichtungen, die Spannungen wachsen lassen.
Aber es jetzt hier weder der richtige Ort, noch die richtigen Personen für eine grundsätzliche Kritik an der Migrationspolitik der Bundesregierung unter Merkel. Nichts desto weniger, ist die Regierung von Oberbayern als zuständige Behörde für das BFZ-Peters hier in der Pflicht zu Handeln und diese Einrichtung schnellstens zu schließen. (…)"

Blutrot-bunte Folkloredarbietung der alltäglichen Art Ottobrunn: MUFL schlagen Notärztin bei Rettungseinsatz Zähne aus

pi-news.net/2018/06/ottobrunn-mufl-schlagen-notaerztin-bei-rettungseinsatz-zaehne-aus
June 23, 2018
23. Juni 2018

Im bayerischen Ottobrunn wurden Einsatzkräfte von "jugendlichen" Gästen der Kanzlerin attackiert. Eine Notärztin erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma und einen Kieferbruch.

Am Freitagabend gab es im oberbayerischen Ottobrunn im Landkreis München eines der nun zu Deutschland gehörenden blutrotbunten Folkloregastspiele angeblicher MUFL („minderjährige unbegleitete Flüchtlinge").

Gegen 20.30 Uhr wollten zwei angeblich 17 und 20 Jahre alte betrunkene „Schutzsuchende" mit einem Trolli, randvoll mit alkoholischem Nachschub, das Jugendhaus in Ottobrunn betreten. Zwei Betreuerinnen stoppte sie im Eingangsbereich, wiesen auf das Alkoholverbot hin und wurden natürlich prompt von ihren Schützlingen attackiert, die dann aber, nach der Lehrstunde für GutmenschInnen doch das Gebäude verließen.
Gleichzeitig zu diesem Akt der Dankbarkeit gegenüber dem Beuteland und den Asylhelfern des Jugendhauses waren Rettungskräfte zum nahen Alten- und Pflegeheim an der Ottostraße zu einem medizinischen Notfall gerufen worden. Als der Notarztwagen eintraf wurden die Retter zur Zielscheibe der aggressiven bunten Bereicherungen. Der Ältere warf spontan eine volle Flasche Whiskey gegen die Beifahrerscheibe des Einsatzfahrzeuges. Die Flasche war mit solcher Wucht geworfen worden, dass sie die Scheibe durchschlug und die Notärztin am Beifahrersitz so hart im Gesicht traf, dass sie der Frau mehrere Zähne ausschlug. Die Notfallretterin erlitt einen Kieferbruch und ein Schädel-Hirn-Trauma. Auch der Fahrer wurde verletzt, er trug Schnittverletzungen davon.
Die beiden angeblich jugendlichen Asylbetrüger konnten nur unweit des Tatortes von der Polizei überwältigt und festgenommen werden. Dabei sollen die Beamten von mehreren „Ottobrunner Bürgern" behindert worden sein. Ob diese „Ottobrunner Bürger" hirnlose linke, schon länger hier Lebende oder Neo-Plus-Deutsche waren ist nicht bekannt, macht aber am Ende kaum einen Unterschied – beide Gruppen sind aus eigenem Antrieb Feinde Deutschlands. *(lsg)*

Hilferuf von 18 Bürgermeistern aus dem Münsterland Asylantengewalt: Heulen und Zähneknirschen in den Kommunen

pi-news.net/2018/06/asylantengewalt-heulen-und-zaehneknirschen-in-den-kommunen

June 23, 2018

Von EUGEN PRINZ | Auf den Merkelschen Amoklauf, Deutschlands Grenzen für alle Mühseligen und Beladenen zu öffnen, folgte die allgemeine Flüchtlingseuphorie. Das war eine harte Zeit für jene, die sich ihren gesunden Menschenverstand bewahrt hatten. Ihre Mahnungen galten als Hetze und ihre Skepsis als Rassismus. Doch mit jedem Messerstich, jeder Vergewaltigung und jedem Mord wurde der Jubelchor über die hochgebildeten Facharbeiter, die Retter unserer Renten, die Antwort auf die Überalterung Deutschlands, ein Stück leiser, bis er schließlich ganz verstummte. Dafür begann ein immer lauter werdendes Grummeln, in das täglich mehr einstimmten, weil die Realität sie aus ihrem von Regierung und Mainstream Medien errichteten Wolkenkuckucksheim riss. Inzwischen ist ein Heulen und Zähneknirschen zu vernehmen, das sich ausbreitet wie eine ansteckende Krankheit und zunehmend jammervoller wird.

Die Jubler sind verstummt

Ihr Jubler von gestern, was habt ihr denn plötzlich? Ihr lamentiert schon jetzt? Wir sind doch noch nicht einmal richtig bei der Ouvertüre! You ain't seen nothing yet – die Schwierigkeiten mit unseren Neubürgern haben noch nicht einmal richtig angefangen. Wartet erst mal, was in fünf Jahren bei uns los sein wird!

Und trotzdem lassen die Totengräberin Deutschlands und ihre Vasallen weiterhin Monat für Monat zehntausende zusätzlich ins Land. Da ist sehr schwer, nicht neidisch zu sein auf die Italiener, deren Regierung nun die Schotten dicht macht und Merkel bezüglich der Rücknahme bereits in Italien registrierter Flüchtlinge kaltschnäuzig abblitzen lässt. Da glaubte der laufende Meter 60 doch tatsächlich, mit einem vorgefertigten Papier, in dem die Ergebnisse bereits formuliert **waren, beim Asyl-Sondergipfel**

aufschlagen zu können. Den Zahn hat die neue italienische Regierung dem Merkel ganz schnell gezogen und bereits angekündigt, keinen einzigen der in Italien registrierten Flüchtlinge von Deutschland zurückzunehmen. Und die Visegrad Staaten? Die kommen erst gar nicht, weil sie nicht wissen was sie auf einem Flüchtlingsgipfel sollen, wenn sie mit dieser Klientel und deren Verteilung nichts, aber auch gar nichts zu tun haben wollen.

Orban läßt jetzt Flüchtlingshelfer einsperren

Auch Ungarn ist zu beneiden, dessen Regierungschef Orban nun Flüchtlingshelfer einsperren **lässt, wenn sie von ihrem Tun nicht ablassen. Denn nüchtern betrachtet sind sie mit ihrem Bemühen nichts anderes als das ultimative Schmiermittel der Asylindustrie und Sargnägel für Frieden, innere Sicherheit und Wohlstand in Europa.**

Und nichts von alledem ist bei uns in Sicht. Aber das Heulen und Zähneknirschen, das wird immer lauter!

Bürgermeister lehnen in Brandbrief jede Verantwortung ab

Jetzt haben sich parteiübergreifend 18 Bürgermeister (10 CDU, 3 SPD und 5 Parteilose) aus dem Münsterland, sowie der Borkener Landrat Kai Zwicker in ihrer Not mit den „geflüchteten Opfern von Terror und Gewalt" in einem Brandbrief **an den nordrhein-westfälischen Minister für Flüchtlinge und Integration, Dr. Joachim Stamp, gewandt, der übrigens auch stellvertretender Ministerpräsident dieses Bundeslandes ist.**

In diesem Brief haben die verzweifelten Bürgermeister schwere Geschütze aufgefahren:

Darin ist die Rede von schwer psychisch kranken und/oder hochgradig kriminellen Menschen, welche die Möglichkeiten vor Ort sprengen. Es gibt keine Lösungsansätze für hochproblematische Personen unter den Migranten, heißt es weiter, obwohl man auf die massive Schwierigkeiten hingewiesen habe. Und es kommt noch dicker: „Darüber hinaus sind diese Personen eine reale Gefahr für die Bürger unserer Städte und Gemeinden. Wir hoffen inständig, dass es nicht zu schwerwiegenden Vorfällen kommt. Sollte das jedoch der Fall sein, lehnen wir jede Verantwortung dafür ab."

Das hört sich jetzt ein bisschen anders an als der Jubelchor von den geschenkten Menschen, die wertvoller sind als Gold und uns vor der Inzucht bewahren...

Tja, so sieht es mittlerweile aus an der Front, während in Berlin weiter herumgekasperlt wird und die Kanzlerin ganz erstaunt tut, weil sie angeblich nicht wusste, dass Leute mit einer Einreisesperre bisher trotzdem einreisen durften. Wie geht es nun weiter? Vielleicht darf Drehhofer nach dem Scheitern der Bemühungen von Merkel, das so sicher ist, wie das Amen in der Kirche, nun jene Asylbewerber, die bereits in einem anderen EU – Land registriert wurden, an der Grenze zurückweisen. Sofern sie an einem der drei Grenzübergänge, die kontrolliert werden, aufgegriffen werden, versteht sich. Bei den anderen 87 unkontrollierten Grenzübergängen Bayerns kommen sie natürlich weiterhin durch.

Was sind wir nur für ein armseliges Land geworden…

Ja, man könnte neidisch werden auf die Regierungen in Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Polen, Österreich, Italien und und und…

https://www.focus.de/politik/deutschland/schwierige-antraege-wenn-moerder-asyl-beantragen-warum-das-bamf-sie-trotzdem-oft-nicht-abschieben-kann_id_9133493.html

Schwierige Anträge

Wenn Mörder Asyl beantragen: Warum das Bamf sie trotzdem oft nicht abschieben kann

Donnerstag, 21.06.2018, 07:58

Vergewaltigung, Mord, sogar ein Anschlag auf einen Innenminister: Unter den ungefähr eine Million Asylbewerbern, die seit 2015 nach Deutschland kamen, befinden sich auch einige wenige schwere Straftäter. Die Problemfälle bezichtigen sich in ihren Anhörungen vor dem Bamf oftmals sogar selbst – aber in vielen Fällen können sie dennoch nicht abgeschoben werden.

„Der o.a. Antragsteller gab bei der Anhörung an, über 40 Menschen in Ghana getötet zu haben. Die Akte befindet sich noch in meinem Arbeitskorb." So steht es in einer internen Mail eines Mitarbeiters des Bundesamts für Migration und Integration (Bamf), aus der die „Bild"-Zeitung zitiert. In einer anderen Mail heißt es zu einem Antragssteller aus der russischen Teilrepublik Dagestan, er habe „den Innenminister Dagestans auftragsgemäß getötet".

Paradox, aber rechtsstaatlich

Die Zeitung zitiert noch aus einigen weiteren internen Mails, in denen mutmaßliche Vergewaltiger, Kindersoldaten und Drogenhändler freimütig von ihren Taten berichten. Denn paradoxerweise gilt: Wenn sie dem Bamf von ihren Verbrechen erzählen, erhalten sie zwar kein Asyl. Aber gleichzeitig sinken die Chancen, dass sie abgeschoben werden.

Das liegt daran, dass Deutschland nach nationalem und internationalem Recht keine Straftäter abschieben darf, wenn ihnen in ihren Heimatländern Folter oder die Todesstrafe droht. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Abschiebung von Straftätern auch in Ländern mit der Todesstrafe zulässig ist, wenn das jeweilige Land eine Zusicherung abgibt, den Täter im Einklang mit den Menschenrechten zu behandeln. Bislang handelt es sich dabei jedoch um Einzelfälle, auch weil viele Heimatländer sich sperren, einen Schwerkriminellen zurückzunehmen.

Was passiert mit den Verbrechern?

Wenn ein Antragssteller von einer schweren Straftat berichtet, schaltet das Bamf die Strafbehörden ein, die dann ein Ermittlungsverfahren einleiten und den Asylbewerber gegebenenfalls in Untersuchungshaft nehmen. Denn straffrei davonkommen soll der Antragssteller nicht, auch wenn er in Deutschland bleiben darf. Doch die Ermittlungen gestalten sich oftmals schwierig: Gerade in Kriegsgebieten ist oft nur schwer nachzuvollziehen, wie ein Verbrechen abgelaufen ist.

Wenn der Asylbewerber überhaupt die Wahrheit sagt. Einige Antragssteller berichten auch von Verbrechen, die sie gar nicht begangen haben. In den Jahren 2016 und 2017 behaupteten viele Afghanen fälschlicherweise, sie seien Mitglieder der islamistischen Terrormiliz Taliban gewesen – weil sie lieber in Deutschland im Gefängnis sitzen, als nach Afghanistan zurückkehren zu müssen. Viele ziehen ihr Geständnis im Laufe der Ermittlungen zurück, aber nicht alle.

Schwere Unruhen durch plündernde Migrationshorden Frankreich: Bürgerkriegs-Ausschreitungen in Nantes

pi-news.net/2018/07/frankreich-buergerkriegs-ausschreitungen-in-nantes

July 4, 2018

Von JEFF WINSTON | Der erfolgreichste französische Gegenwarts-Autor, Michel Houellebecq, hatte es in seinem Roman „Soumission/Unterwerfung" minutiös vorausgesehen: Der Dschungel von Calais breitet sich langsam aber sicher über das ehemals bezaubernde Frankreich aus. Fraglich ist, ob der Primat primatöser Parallelgesellschaften in ähnlicher Weise auch bald Frankreichs östliches Nachbarland (Deutschland) nachhaltig fluten wird?!

„Putativ-Notwehr-Exzess" endet in Gewalt-Exzess

In der westfranzösischen Stadt Nantes ist es am Dienstagabend nach der Tötung eines schwerkriminellen „jungen Mannes" (22), durch einen Polizisten in dienstgemäßem „Putativ-Notwehr-Exzess" zu schweren Zusammenstößen und veritablen Bürgerkriegs-ähnlichen Exzessen gekommen. Nachdem sich das selbstverschuldete Ableben des „jungen Mannes" im fast ausschließlich von Migranten bewohnten Prekär-Stadtteil Breil-Barberie gegen Abend wie ein Lauffeuer verbreitete, stürmten mit Molotowcocktails bewaffnete Jugendlichen die 300.000-Einwohner-Stadt Nantes. Der Zorn „zahlreicher Bewohner" (Mainstreammedien) richtete sich gegen alles, was nicht niet- und nagelfest war.

Lokale Sicherheitskräfte rückten zunächst mit einem Großaufgebot an, um die aufkeimenden Krawalle zu ersticken. Binnen kurzer Zeit sei die Lage dann eskaliert: Randalierer hätten Brandsätze auf Polizisten geschleudert, dutzende Autos angezündet, Geschäfte geplündert und sogar ein Feuer in einem Einkaufszentrum gelegt. Die Sicherheitskräfte setzten zwar Tränengas ein, um die aufgebrachte Menge auseinander zu treiben, was sich bei dem aggressiven Migration-Mob als untauglich herausstellte. Die Unruhen betrafen mehrere als „Brennpunkte" – im wahrsten Sinne des Wortes – geltende Stadtteile.

Der Staatsanwalt von Nantes, Pierre Sennès, beschrieb die Lage am späten Abend als „sehr unruhig und unübersichtlich". Zur Verstärkung wurde eine Division weiterer Polizeikräfte aus Paris in den bretonischen Brennpunkt entsendet. Ein Bewohner von Nantes erklärte schockiert, er habe „Detonationen" gehört: „Es hat überall gebrannt, sie waren dabei, alles kaputt zu machen."
Zuvor war „ein junger Mann" wegen einer Ordnungswidrigkeit bei einer Fahrzeugkontrolle gestoppt worden. Bei der Kontrolle habe er „so getan, als wolle er aus dem Fahrzeug aussteigen", und sei dann „gegen einen Polizeibeamten gefahren", sagte der örtliche Polizeidirektor Jean-Christophe Bertrand: „Wir haben ihn ruhig gebeten, den Motor abzustellen, auszusteigen und mit den Polizisten auf die Wache zu fahren", schildert Bertrand den unkontrollierten Ablauf der Kontrolle.
„In diesem Moment legte der Fahrer den Rückwärtsgang ein und wollte flüchten. Dabei hat er einen Polizisten angefahren." Der Beamte sei am Fuß verletzt worden, ein weiterer Beamter habe daraufhin geschossen und das Fahrzeug des „Geflüchteten" getroffen, der bei dem Querschläger verstarb und sich jetzt wohl bei den achtzehn 72-jährigen Jungfrauen befinden dürfte …

Fahndungs-Volltreffer: Schwerkrimineller polizeilich gesucht

„Es hat gedauert, bis wir die Identität des Mannes klären konnten. Gegen 5:30 Uhr heute Morgen wussten wir, dass er der Polizei bekannt war", erklärte die Polizei-Präfektin des Departements. Der 22-jährige Multikriminelle stammt aus Garges-les-Gonesse (Val d'Oise) und wurde laut Staatsanwaltschaft seit Juni 2017 per Haftbefehl gesucht. Ihm wurde unter anderem bandenmäßiger Diebstahl und Hehlerei vorgeworfen. Nun auch ein Mordversuch an einem Polizisten.
Die Staatsanwaltschaft von Nantes hatte noch in der Nacht Ermittlungen zu dem Vorfall eingeleitet. Yves Lefevre, Generalsekretär der Polizeigewerkschaft FO erklärte, der Polizist habe richtig gehandelt: „Solche Situationen will kein Polizist in Frankreich, kein Polizist der Welt erleben. Es ist eine Stresssituation, der Polizist muss das Leben seiner Kollegen schützen, das Leben zweier Kinder, die in unmittelbarer Nähe standen und sein eigenes. Hier muss man in Bruchteilen von Sekunden reagieren – und meine Kollegen haben gestern Abend völlig richtig gehandelt."
Das Auto, mit dem der junge Mann fliehen wollte und einen Polizisten angefahren haben soll, erklärt der Polizeigewerkschafter weiter, könne in diesem Fall als Waffe gesehen werden.

Kontrollverlust auch in Macrons Muster-Migrations-Metropole

Knapp 300 Polizisten waren in der Nacht im Einsatz, noch immer schwelen die Unruhen auf. In drei Stadtvierteln lieferten sich fast ausschließlich Jugendliche mit Migrationshintergrund harte Auseinandersetzungen mit der Polizei. Frankreichs Innenminister und Relocation-Beauftrager Gérard Collomb verurteilte die Ausschreitungen scharf. Auf Twitter mahnte Macrons wichtigster Mann zur Ruhe. Der feuchte Traum von Ex-G20-Bürgermeister Olaf Scholz und AntiFa-Godfather Ralf Stegner, beide SPD, erfüllt sich auch in Macrons Integrations-Vorzeige-Metropole Nantes.

West-Fern-Sehen!

Vielleicht wären zumindest steuerfinanzierte Exkursionen von Politiker der deutschen Systemparteien nach Nantes, Le Havre, Marseille und in die Banlieues von Paris hilfreich, um die möglichen Auswirkungen verfehlten ideologischen Integrations-Imports zu erfahren. In Frankreich handelt es sich bei den Gewalttätern fast ausschließlich um Menschen mit arabischer Sozialisierung oder Subsahara-Inkulturation.
Die Berichterstattung in den deutschen „Qualitätsmedien" zu den Gewaltexzessen in Emmanuel Macrons Integrationsparadies ist mehr als dürftig, alle relevanten Details kann man nur den französischen Medien entnehmen – „Westfernsehen" im wahrsten Sinne des Wortes !
Warum wohl? Die WeLT schreibt heute Vormittag immerhin zu „Nantes":
In eigener Sache: Wegen des hohen Kommentaraufkommens können wir zurzeit keine Kommentare mehr zu lassen.
Und auch die mit 8.000.000.000 Euro zwangsfinanzierte ARD stößt ins gleiche Horn. Die Kollegen von tagesschau.de berichten zu den Vorfällen in Nantes / „Offene Fragen nach Todesschuss":
Am 04. Juli 2018 um 11:37 von Moderation

Was ist denn da los? Kriminalitätsanstieg an Schule in Bargteheide in letzten drei Jahren

pi-news.net/2018/07/kriminalitaetsanstieg-an-schulzentrum-bargteheide-in-letzten-drei-jahren

July 10, 2018

Zu viel Gewalt und Drogen-Kriminalität: Die Polizei machte am Freitag eine Razzia am Schulzentrum Bargteheide.

Mit 13 Beamten inspizierte die Polizei in der Nacht zu Sonnabend das Schulzentrum der Stadt Bargteheide im Kreis Stormarn (Schleswig-Holstein), berichtet das „Stormarner Tageblatt" vom Montag. Dort hielten sich etwa 40 bis 50 Jugendliche bzw. junge Erwachsene auf, einige rauchten und konsumierten Alkohol, auch hochprozentigen. Die Polizei sprach, nachdem sie die Personalien kontrolliert hatte, Platzverweise aus.

Da es sich um das letzte Wochenende vor den Sommerferien handelte, ist es nicht ungewöhnlich, wenn sich junge Leute zusammenfinden, um das Ende des Schuljahres gebührend abzufeiern. Aber die harmlos ausschauende Zusammenballung so vieler Schüler zu später Stunde hat eine Vorgeschichte. Die SHZ vom 7. Juli schreibt:

Raub, Körperverletzungen, Drogenkonsum oder Sachbeschädigungen – etwa durch Graffitis, eingeworfene Fensterscheiben oder Verwüstungen von Räumen: Immer wieder fällt das Schulzentrum Bargteheide als eine Hochburg von Gewalt auf. Weil die Polizei fürchtete, dass die Hemmschwellen zum Auftakt der Sommerferien erneut fallen, versuchte sie gestern Abend mit einem Großaufgebot an verdeckten Ermittlern Schlimmeres zu verhindern.

Die Schule hat sich in den letzten drei Jahren zu einem Brennpunkt entwickelt, so die SHZ weiter. Sie wurde von der Polizei als „gefährlicher Ort" eingestuft, wodurch polizeiliche Maßnahmen erleichtert werden. Hauptsächlich durch das Geschehen am Schulzentrum ist die Kriminalitätsrate für ganz Bargteheide 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 21,9 Prozent gestiegen. Kreisweit lag das Plus in Stormarn bei 4,4 Prozent. Damit gehört Bargteheide zu den absoluten Trendsettern, die landesweit folgende Entwicklung verursacht haben:

So kletterte die Zahl der Rohheitsdelikte laut Landespolizeiamt zwischen 2015 und 2017 von 649 auf 782. Darunter Körperverletzungen, deren Zahl sich von 558 auf 626 vermehrte. Beim Raub nahmen die Fälle von acht auf 19 zu. Sachbeschädigungen gingen binnen der letzten drei Jahre von 843 auf 1032 nach oben. Alles in allem wurden 2017 bei der Polizei 4130 Straftaten an Schulen aktenkundig. Über alle Delikts-Kategorien gesehen, waren das 152 weniger als im Vorjahr – unter anderem, da die Zahl der Diebstähle zurückgegangen ist. Von den 1709 Tatverdächtigen 2017 waren 458 unter 14 Jahren alt, 896 zwischen 14 und 18 und 144 von 18 bis 22 Jahre alt.

Was also war los in den letzten drei Jahren in Schleswig-Holsteins Schulen? Welche Klientel ist da aufgeschlagen, die es vorher, vor 2015, noch nicht gab? Auskünfte darüber erhält man nicht, es könnte wohl ein unerwünschter „falscher" Eindruck entstehen. Oder es gibt solche Informationen, mit denen man nicht unbedingt sofort etwas anfangen kann.

Ein Park wird als Grund für die Kriminalität in Bargteheide genannt. Der liegt nahe dem Schulzentrum und ziehe „nach Angaben von Polizei, Stadtverwaltung und Bildungsministerium außerhalb der Unterrichtszeit „ein teilweise gewaltbereites Klientel an." Was aber macht die Parks so attraktiv für die

„Gewaltbereiten", die die Statistik in die Höhe treiben? Sind es vielleicht die Drogen, die man dort viel besser bunkern kann als anderswo? Wer hat das Drogengeschäft in der Hand in Bargteheide? Keine Antwort.
Bei anderen Angaben muss man – wie immer bei der Lückenpresse – ein wenig zwischen den Zeilen lesen und die Informationen aufarbeiten. So wie in der DDR, die für die heutigen Zeitungsmacher, Politiker und Polizisten als Vorbild dient. Die zweite Erklärung lautet so:
Eine Sogwirkung wird auch einem freien WLAN-Zugang zugesprochen. […]
Wie gesagt, es geht immer noch um die Erklärung für eine zunehmende Kriminalität in Bargteheide, dort am Schulzentrum. Welche Kriminellen achten denn da so sorgsam auf ihr Geld, dass sie es nicht für Datenvolumen opfern mögen? Und warum die Bemerkung, dass das WLAN „auch" für Flüchtlinge nutzbar war und dadurch viele „Jugendliche" angezogen habe? Welchen Sinn hat diese Bemerkung:
Absehbar sei, dass das öffentliche WlAN nahe des Schulzentrums verschlüsselt wird. Bisher war es auch für die Flüchtlinge kostenlos nutzbar. Das habe aber so viele Jugendliche angezogen, dass sich die Stadtvertreter bei ihren Sitzungen nicht wohl gefühlt hätten, so Bürgermeisterin Birte Kruse-Gobrecht.
Ja, irgendwann wird auch den Besten der Guten unwohl, so wie uns schon ganz lange. Am besten würde dagegen helfen, die Probleme endlich beim Namen zu nennen: Sind es Flüchtlingskinder und -jugendliche, die dort die Kriminalität in die Höhe treiben? Wie hoch ist ihr prozentualer Anteil? Das sollte man aussprechen, und wenn sie überrepräsentiert sind, daraus endlich die lange schon so notwendigen Konsequenzen ziehen.
(Spürnase: Sylt)

Fallbeispiel Waleed H. und die deutsche Dummheit
pi-news.net/2018/07/waleed-h-und-die-deutsche-dummheit
July 10, 2018
Waleed H. vor Gericht.
Die ganze Bandbreite von Verwerfungen durch „Flüchtlinge" und die ganze dem gegenüberstehende deutsche naive Strunzdummheit zeigt sich am Fall „Waleed H". Der mit allen bekannten Merkelmalen ausgestattete Staatsgast der Kanzlerin hat das Zeug zum Musterbeispiel. Fangen wir an:
Einstellungen zu Liebe und Sex zeigen sich hier, wie sie aus einer verklemmten abartigen Erziehung entstehen, die in islamischen Gesellschaften typisch ist. Das „Erobern" eines Partners funktioniert, wenn nötig, dann letztendlich über das einzige sicher bekannte Mittel, die Gewalt:

Waleed H. (31) soll Ende Februar einen Mann zum Sex gezwungen haben. Seit Montag steht er deswegen wegen Vergewaltigung in einem besonders schweren Fall vor dem Berliner Landgericht. Er hat gestanden.
Rückblick: Es ist der 24. Februar, gegen 3.15 Uhr, in Berlin-Lichtenberg. Nach einer durchzechten Nacht (eine Flasche Wodka, fünf Bier) trifft Waleed H. auf einem U-Bahnhof einen „Mann mit bunten Haaren". Es kommt zu Zungenküsse vor einem Supermarkt – mehr will der andere aber nicht.
„Ich war wütend und enttäuscht, als er Sex ablehnte", sagte Waleed H. in der Verhandlung am Montag, „hatte mir mehr vorgestellt, beim ersten Mal mit einem Mann."
Dann folgten Tritte und Schläge. Dann habe er den Mann an den Haaren zehn Meter weit in eine Ecke gezogen und dessen Kopf „mehrfach gegen eine Hauswand" geschlagen, so die Anklage. Bis das Opfer den Oralverkehr vollzog.
Das Flüchtlingsmärchen. Waleed „flüchtet" aus dem Irak zuerst in die Türkei, ohne seine Frau und ohne seine Kinder. Doch anstatt diese aus dem angeblich gefährlichen Irak (er sei „aus Kriegsgründen geflohen", so Waleed) nachzuholen, investiert er sein Geld in die Weiterflucht nach Deutschland. Hier reichen die Kinder immerhin noch hin, um gutes Wetter vor Gericht zu machen. Er sei so brutal zu dem bunten Schwulen gewesen, weil er seine Kinder so lange nicht gesehen habe, so Waleed:
Mit seinem Geständnis wolle ihr Mandant dem „fürchterlich malträtierten Mann" die Zeugenaussage vor Gericht ersparen, sagt die Verteidigerin von Waleed H. Die Richterin: „Wie erklären Sie Ihre Brutalität?" Der Angeklagte: „Ich war betrunken, weil ich meine Kinder so lange nicht gesehen habe."
Fehlender Familiennachzug, Deutschland ist schuld, alles klar? Will er sie denn jetzt sehen? Nein, er will in Deutschland bleiben, selbst im Knast findet er das gesuchte „bessere Leben" eher als mit ehrlicher Arbeit im Irak. Deshalb greift er zu einem sicheren Mittel, um im Lande bleiben zu können.
Der angeblich auch wegen seiner Homosexualität Geflohene entdeckt ganz plötzlich seine weitere sexuelle Vorliebe, nämlich die zu 20 Jahre älteren deutschen Frauen:
In Deutschland hat er inzwischen eine deutsche Verlobte, zwanzig Jahre älter als er und aus Hessen. Bis zu seiner Verhaftung am 18. April lebten beide zusammen in seinem Container-Flüchtlingsheim in Berlin-Neukölln.
„Sie hält zu ihm", sagt die Verteidigerin von Waleed H., „trägt seine geheime sexuelle Seite mit Fassung." Mit ihr wolle er eine gemeinsame Zukunft. Allerdings sei sie noch verheiratet.
So haben wir sie uns vorgestellt. Sind sie nicht goldig?

http://kath.net/news/64461
13 Juli 2018, 09:00
Als „hochgefährlich" eingestuft, aber keine Handhabe gegen Gefährder
Erst ein nettes Selfie aus Wien, dann 169 Menschen abgeschlachtet
IS-Anschlag auf russische Kathedrale verhindert - Putin dankt Trump
Attentat auf Kirche in Pakistan – Acht Tote
Ein islamistischer Top-Gefährder lebt seit sechs Jahren in einem Asylbewerberheim im Landkreis Passau.
Passau (kath.net) Ein islamistischer Top-Gefährder lebt seit sechs Jahren in einem Asylbewerberheim im Landkreis Passau. Alle Anstrengungen zur Abschiebung sind bisher gescheitert, da es offenbar juristisch wenig Handhabe gegen den Iraker gibt. Das

berichten die „Passauer Neusten Nachrichten“. Gemäß Darstellung der „Bild“ war der Mann 2001 nach Deutschland gekommen, er hatte in Bayern Asylantrag gestellt, dieser wurde abgelehnt. Die Vereinten Nationen stufen den Islamisten als hochgefährlich ein. In Deutschland war er 2004 wegen terroristischer Straftaten und versuchten Mordes zu über sieben Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte während eines Deutschlandsbesuches des damaligen irakischen Ministerpräsidenten Iyad Allawi 2004 gemeinsam mit anderen Terroristen einen Anschlag auf den Politiker geplant. Auch soll er Mitglieder einer islamistischen Terrorgruppe nach Deutschland gebracht haben. Gegen seine Abschiebung wehrt er sich mit der Begründung, ihm drohe im Irak der Tod, da er sich von der Terrorgruppe losgesagt habe.

Frauenfreigehege Freiburg - Studentin fast zu Tode gewürgt Wieder Freiburg: Mordversuch an einer 19-Jährigen

pi-news.net/2018/07/wieder-freiburg-mordversuch-an-einer-19-jaehrigen
July 17, 2018

Von DAVID DEIMER | Nach den Ausführungen der „Kriminalitätsexperten“ Horst Seehofer (69, CSU), und Christian Pfeiffer (74, SPD), war Deutschland noch nie so sicher wie im Merkeljahr 2018. Alles andere ist auf das verschrobene subjektive Sicherheitsgefühl von Teilen der Bevölkerung zurück zu führen. Dem Vernehmen nach gilt diese Vermutung auch für Freiburg im Breisgau.

Am helllichten Tag ist dort eine 19 Jahre alte Studentin in der öffentlichen Damentoilette „An der Ökostation“ lebensbedrohlich gewürgt worden. Der brutale Überfall mit wahrscheinlicher Vergewaltigungsabsicht hat sich am Sonntag kurz nach 13 Uhr im stark besuchten Seepark im Freiburger Westen ereignet.

„Uni-Sex-Toilette“ falsch verstanden

Nach Polizeiangaben soll der Täter die Freiburger „Erlebende sexualisierter Gewalt“ dabei schwer verletzt haben. Als dringend tatverdächtig gilt nach Medienberichten „ein 34 Jahre alter Mann aus dem EU-Ausland“. Passanten wurden nach lauten Schreien auf das Geschehen aufmerksam und griffen couragiert ein. Der rumänischen Staatsbürger flüchtete, wurde aber von Passanten verfolgt und gestellt. Die Zeugen konnten den „Tatverdächtigen“ so lange festhalten, bis die alarmierte Freiburger Polizei eintraf.

Gegen den 34 Jahre alten „Mann aus Rumänien“ wurde Haftbefehl erlassen, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft am Dienstag mit. Das Opfer musste in eine Klinik gebracht werden, ihr Zustand sei stabil. Die junge Frau hat starke Würgemale am Hals, ist nun aber ansprechbar und konnte der Polizei den Hergang schildern. Der 34-

Jährige wurde am Montag einem Haftrichter vorgeführt. Die Ermittlungen dauern an. Bei der jungen Studentin habe es sich um ein Zufallsopfer gehandelt, das zur falschen Zeit am falschen Platz war – also sonntags um 13.00 Uhr im Freiburger Freibad.

Verwerfungen – Freiburg kommt nicht mehr zur Ruhe

Bereits im November 2016 wurde im idyllischen Endingen bei Freiburg eine Joggerin von dem rumänischen LastwagenfahrerCatalin Ciolpan brutal attackiert und vergewaltigt – Carolin Gruber (27), verstarb an ihren schweren Kopfverletzungen. Carolin war sein zweites Todesopfer, nachdem er bereits die französische Studentin Lucile Klobut in Kufstein/Tirol vergewaltigt und ermordet hatte. Nur wenige Wochen zuvor war Maria Ladenburger mitten in Freiburg vom Afghanen Hussein Khavari vergewaltigt und auf brutale Weise ermordet worden.

Auch im Oktober 2017 wurde am Freiburger Runzmattenweg eine 21-Jährige bei einem „sexuellen Übergriff" lebensgefährlich gewürgt. Der Täter war 1,85 Meter groß, schlaksig-dünn, etwa 30 Jahre alt und dunkelhäutig. Er trug auffällig rote Sneakers und ein blaues, nach hinten gedrehtes Basecap. Der jungen Frau gelang es im letzten Moment, dem Täter ein mitgeführtes Desinfektionsmittel in die Augen zu sprühen, so dass er von ihr abließ. Sie und der Geflüchtete konnten flüchten. Der Triebtäter wurde nie gefasst.

Freiburger Rapefugee-Hattrick

Laut Badischer Zeitung schaffte es Ende Mai ein „grau-meliert arabisch aussehender Mann in Jogginghose" ebenfalls am Seepark im Freiburger Westen innerhalb von 80 Minuten gleich drei Frauen „sexuell anzugehen": Der Freiburger Freibeuter aus dem „Südland" attackierte alle drei Frauen brutal, zerrte ein Opfer ins Gebüsch, und wollte sie jeweils einzeln vergewaltigen. Nur durch unmittelbare Gegenwehr konnten alle Frauen den Willkommens-Ork jeweils in die Flucht schlagen:

Gegen 06:15 Uhr ereignete sich im Bereich des Turms im Freiburger Seepark der erste Übergriff. Eine 46jährige Frau wurde dort unvermittelt von einem Mann zu Boden gebracht und in sexueller Absicht angegangen. Die Frau wehrte sich massiv, woraufhin der Täter die Flucht in Richtung Ensisheimer Straße ergriff.

Gegen 07:00 Uhr kam es auf dem Weg zur Haltestelle „Moosgrund" zu einem weiteren Übergriff. Der unbekannte Täter ging eine 22jährige von hinten an und fasste sie im Genitalbereich an. Die Frau leistete ebenfalls Gegenwehr, so dass er von ihr abließ und flüchtete.

Kurze Zeit später, gegen 07:40 Uhr, wurde eine dritte Tat gemeldet. Einer jungen Frau kam im Bereich des Lehener Bergles ein Mann entgegen, der ihr dann folgte. Unvermittelt zog er sie ins Gebüsch und ging sie massiv in sexueller Absicht an, worauf sie sich intensiv erwehrte. Der Täter ließ daraufhin von der 21-Jährigen ab und flüchtete. Die Beschreibung des Mannes weicht in Details voneinander ab, jedoch wurde er in allen drei Fällen als groß (etwa 1,80 m), arabisch aussehend mit kurzen schwarzen bzw. grau-melierten Haaren beschrieben.

Die Fahndung nach dem grau-melierten (minderjährigen?) Sozialsystembereicherer verlief bislang ergebnislos. Es hätte für die gut ausgerüsteten Freiburger Kriminologen ein Leichtes sein können, bei gleich drei Zeuginnen ein adäquates Phantombild anzufertigen und mit der Polizei-Meldung zu veröffentlichen – falls der politische Wille im bunten Freiburg dazu da wäre, um weitere Taten zu verhindern. Immerhin läuft der Merkel-Zombie immer noch frei herum im freien Freiburg.

Die Einzel-Fall-Falle – „Ist Luisa da?" oder Maria?

Das bunte Freiburg wäre nicht Freiburg, wenn nicht doch mit Steuergeldern potentiellen Opfern „sexualisierter Männer-Gewalt" Hilfe zuteilwerden würden: „Sexualisierte Gewalt von Männern" ist leider immer noch ein aktuelles Thema. In Freiburg im Breisgau können sich Betroffene jetzt Hilfe holen. Claudia Winker berichtet in der „Landesschau BW" aus dem Alltag in einer Beratungsstelle und das ambitionierte Sensibilisierungs-Projekt „Ist Luisa da?"

„Ist Luisa da?" ist ein Code für Frauen, die sich belästigt fühlen und die einer unangenehmen Situation entkommen möchten. Der Satz geht den Betroffenen viel leichter über die Lippen, als direkt nach Hilfe zu fragen. Das Thekenpersonal und die anderen Mitarbeiter sind geschult und wissen, was zu tun ist. Zuerst einmal holen sie die Frau aus der Situation heraus und bringen sie gegebenenfalls in einen Nebenraum.

Hier die praktischen Freiburger Tipps gegen männliche Gewalt:

„Tipps gegen Belästigung – #ausgehtools:

Vernetzen. Ob per Chat, Mail, Anruf oder WhatsApp, Frauen sollten kommunizieren, wann sie (alleine) losgehen, wohin sie gehen und ob sie gut angekommen sind.

Aufeinander aufpassen und andere begleiten, wenn es ihnen nicht gut geht. Viele Situationen eskalieren unvorhersehbar. Gerade wenn man nicht alleine unter Dritten/Fremden ist, kann dies bereits schützen.

Andere Aufbrechende ansprechen, den Weg zur Bahn/Bus/etc. gemeinsam zu nehmen. Und ist man doch alleine unterwegs und fühlt sich beobachtet, verfolgt oder in Gefahr, in Clubs oder Cafés einkehren oder jemanden auf der Straße ansprechen.

Sammelstellen für den nächtlichen Nachhauseweg eruieren. Dies geschieht bislang vorwiegend über private Chats. Erste Clubs haben dies schon eingeführt.

Frauentaxis für den nächtlichen Nachhauseweg kehren in immer mehr Städte zurück. Erkundigen Sie sich, ob es das auch bei Ihnen gibt.

Einen belebten Parkplatz für das Fahrrad oder Auto suchen, der nicht abgelegen oder im Dunkeln ist, wenn es abends später wird.

Das Heimwegtelefon nutzen. Bundesweit unter der Berliner Telefonnummer 030 120 74 182 zu erreichen. Es geht in erster Linie darum, Sicherheit zu vermitteln. Durch ein nettes Gespräch hat die Anruferin das Gefühl, nicht alleine nach Hause zu gehen. Dadurch fühlt sie sich nicht nur wohler, sondern strahlt auch eine größere Sicherheit aus. Sollte es doch zu einem Übergriff kommen, wird sofort die Polizei eingeschaltet.

Eine Notruf-App aufs Handy laden, damit man im Notfall mit einem einzelnen Knopfdruck Alarm schlagen kann. Wird der Alarm ausgelöst, wird direkt Sicherheitspersonal oder die Polizei über Standortortung losgeschickt, um zu helfen.

Eine für einen selbst passende Begleit-App aufs Handy installieren. Dank GPS wissen Profis im Hintergrund immer genau, wo man sich befindet und begleiten den Weg, bis man wohlbehalten ankommt. Zusätzlich können Freundinnen als Begleiterinnen hinzugenommen werden, die live den Weg mitverfolgen können.

Auf die Getränke aufpassen. Und falls man sich ungewohnt seltsam fühlt, lieber einmal mehr durchchecken lassen beim Arzt. K.O.-Tropfen sind höchstens 12 Stunden nachweisbar!“

Der GEZ-zwangsfinanzierten ARD-Freiburg-Tatort „Fünf Minuten Himmel“ beschäftigte sich übrigens geschlagene 90 Minuten exzessiv mit „Würge- und Ohnmachtsspielen“ – im Freiburger Seepark nun fatale Realität – mit dem Ersten würgt man besser !

Im bunten Tuttifruttistan Freiburg kamen die GRÜNEN bei der letzten Bundestagswahl auf über 21 Prozent – die AfD nicht einmal auf 8 Prozent.

Da ist noch „Luft nach oben“.

Bad Hersfeld: Polizei sucht „Männer“ mit „stark gebräunter Haut und dunkelbrauner Augenfarbe“ Bundeswehrsoldaten angegriffen: „Nazi, Hurensohn, Kindermörder“

pi-news.net/2018/07/bundeswehrsoldaten-angegriffen-nazi-hurensohn-kindermoerder

July 27, 2018

Mittwochmorgen, gegen 6.00 Uhr hatten zwei Bundeswehrsoldaten im hessischen Bad Hersfeld gewissermaßen Feindkontakt mit der importierten dunklen Buntheit. Ein 19 Jahre alter Soldat war in Uniform unterwegs und hatte auf einen Kameraden gewartet. Auf der Straße traf er auf drei „Männer“, die im Polizeibericht als schwarzhaarig, schlank, mit „stark gebräunter Haut“ und dunkelbraunen Augen beschrieben werden. (Italiener, die zu lange in der Sonne waren?).

Der junge Soldat soll unvermittelt von den etwa 20 und 30 Jahre alten „stark Gebräunten“ mit „drei-Tage-Bärten“, attackiert worden sein. Anfangs bedachten die für unsere Verhältnisse offenbar überdurchschnittlich Pigmentierten den jungen Mann mit Bezeichnungen wie, „Nazi“, „Hurensohn“ und „Kindermörder“ und bespuckten ihn. Danach gab’s Handfestes:

Um sie zur Rede zu stellen, blieb der Geschädigte stehen, woraufhin die Männer ihm unvermittelt ins Gesicht schlugen, so dass er zu Boden ging. Am Boden liegend traten sie auf ihn ein.

Erst als der 19-Jährige schon am Boden lag, sei sein Kamerad eingetroffen, dem es gelungen sei einen der Aggressoren von seinem seinen Freund wegzuziehen. Der Täter habe daraufhin die Flucht ergriffen.

Die beiden anderen waren noch nicht fertig mit den uniformierten „deutschen Kötern“. Einer der beiden anderen Täter habe versuchte, den Hilfe leistenden ins Gesicht zu schlagen, der andere traf ihn mit der Faust im Rücken, anschließend flüchteten beide.

Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen und die Polizei sucht nun also nach „Männern“ mit „stark gebräunter Haut und dunkelbrauner Augenfarbe“. Da ist die Auswahl ja seit einigen Jahren ziemlich groß in Deutschland.

Hinweise sind erbeten an die Polizei in Fulda, Tel.: 0661/105-0, Bad Hersfeld, Tel.: 06621/932-0 oder an jede andere Polizeidienststelle.

Fast die Hälfte sind untergetauchte Ausländer Drei Großstädte auf der Flucht vor der Polizei

pi-news.net/2018/07/drei-grossstaedte-auf-der-flucht-vor-der-polizei
July 29, 2018

Von H.G. | In Deutschland wird nach 300.000 Personen gefahndet. Das heißt, sie werden per Haftbefehl gesucht und sollen festgenommen werden. Das bedeutet: Sage und schreibe drei (!) Großstädte à 100.000 Einwohner sind derzeit praktisch auf der Flucht vor der Polizei. Darunter Straftäter, entwichene Strafgefangene. Fast die Hälfte (126.000) sind Ausländer, die abgeschoben werden müssten. Nahezu auf jeden Haftbefehl käme demnach ein Polizist, haben wir recherchiert.

Diese erschreckenden Zahlen meldet die WeLT. Damit nicht genug: weitere 300.000 Personen werden zwecks Aufenthaltsermittlung polizeilich gesucht, dazu kommen 15.000 Vermisste.

Man muss sich die Dimension vor Augen halten: 126.000 untergetauchte Ausländer. Dazu die Zahl „plus X" von denen, die unerkannt durch Deutschland vagabundieren. Denn die Grenzen sind nach wie vor offen. Aus Richtung Spanien droht spätestens in wenigen Wochen die erste Schwemme der Gibraltar-Invasoren, die sich ins gelobte Land nach Norden aufmachen und von Spanien und Frankreich, aller Erfahrung nach Richtung MerkSchland durchgewinkt werden. Angeheizt noch durch die „Humanität" von Rheinstädten wie Köln, Bonn und Düsseldorf, die gar nicht genug „Flüchtlinge" kriegen können. Einer geht noch. Bezahlen sollen aber andere, Steuerzahler, Du und ich.

Zu den wachsenden Zahlen untergetauchter Ausländer betont Rainer Wendt, der Vorsitzende der deutschen Polizeigewerkschaft DPolG die Wichtigkeit von Ankerzentren mit Residenzverpflichtung. Heute scheiterten die Abschiebungen zu oft an mangelnden Abschiebehaftplätzen, der Ausreisepflichtige muss mangels Haftplatz wieder freigelassen werden, häufig mehrere Male hintereinander, sagte er der Welt.

Nach einer internen Auswertung der Bundespolizei wurde laut Welt im laufenden Jahr jeder zweite Abzuschiebende am Termin der Rückführung nicht am Meldeort angetroffen. Bis Ende Mai waren von rund 23.900 angekündigten Rückführungen, 12.800 in der letzten Phase gescheitert. Darunter konnten 11.500 Personen von den Polizisten „nicht angetroffen" werden oder waren dauerhaft untergetaucht.

Neben fachlich begründeten Vorschlägen zur Eindämmung des Problems gibt es natürlich auch Ratschläge von ausgesprochenen politischen Schlaumeiern wie dem Obmann der CDU im Innenausschuss, Armin Schuster. Dieser setzt auf den

Ausbau der Schleierfahndung. Beim G7-Gipfel in Elmau seien in 20 Tagen 135 per Haftbefehl gesuchte Straftäter ins Netz gegangen. PI-NEWS hat mal nachgerechnet: Mit Schusters Vorschlag bräuchte die Polizei etwa 121 Jahre, um das Problem zu bereinigen.

Täter einen Tag zuvor aus der U-Haft entlassen Memmingen: Polizeibekannter Gambier vergewaltigt Radlerin

pi-news.net/2018/07/memmingen-polizeibekannter-gambier-vergewaltigt-radlerin

July 31, 2018

Von MAX THOMA | Alltag im bunten Bayern der CSU: Ein 22-jähriger „Asylbewerber" aus Gambia steht im dringenden Tatverdacht, eine 21-jährige Radfahrerin in Memmingerberg im Allgäu brutal vergewaltigt zu haben. Die junge Allgäuerin war am Samstag gegen fünf Uhr morgens mit dem Fahrrad auf dem Weg zu ihrer Arbeit. Der Verdächtige fuhr mit „seinem" Fahrrad an ihr vorbei – und hielt sie an. Er packte die Frau unvermittelt und vergewaltigte sie sofort. Nach Vollzug der Tat brauste er mit dem Fahrrad davon.

Das Polizeipräsidium Schwaben Süd-West in Kempten leitete daraufhin eine Fahndung nach dem Täter ein. Merkels Genital-Goldstück wurde im Zimmer „seiner" Sammelunterkunft für „Asylbewerber" durch Beamte der Polizei-Inspektion Memmingenfestgenommen.

Gambier bereits polizeibekannt

Der Vergewaltiger war bereits am Vortag der Tat aufgefallen, weil er alkoholisiert gegen die Terrassentür eines Memminger Anwesens getrommelt hatte. Als der Besitzer die Polizei informierte, flüchtete der Geflüchtete auf ein Nachbargrundstück und zerkratzte dort ein Auto. Als eine Frau und zwei Männer ihn zur Rede stellten, berührte er die Frau in sexueller Absicht am Oberschenkel, trotz ihrer Begleiter. Möglicherweise eine afrikanische Geste der Freundschaft oder ein Hilfeschrei nach Liebe. Oder sonst was.

Die Polizei nahm den Sachbeschädiger, Körperverletzer und Triebtäter zunächst für kurze Zeit in Gewahrsam und entließ den bayerischen Neubürger am späten Abend wieder nach der Aufnahme seiner Personalien vor einer asylfreundlichen Ermittlungsrichterin. Diese Richterin hat nun die Vergewaltigung mit zu verantworten.

Nun sitzt der „einschlägig polizeibekannte" Afrikaner wieder vorläufig in einer Justizvollzugsanstalt in Untersuchungshaft. Für wie lange?

Memmingen: Kampf den Urlaubskindern – Friede den Kriminellen

Speziell die bayerische Polizei und Justiz im Bereich Memmingerberg kann und darf sich nicht mit Plattitüden wie Triebtätern aus Afrika, Merkels Messerakrobaten, Sprengstoff-Syrer, Kamerun-Killer oder Pädo-Pakistaner aufhalten. Zumindest nicht am ersten Urlaubswochenende in Bayern. Denn am Memmingerberg liegt Bayerns gefährdester Flughafen „München-West". Konkret Tatverdächtige der neuen Qualität einer „drohenden Gefahr" nach dem Polizeiaufgebengesetz sind dort „schulpflichtige deutsche Kinder", die mit ihren Eltern am Freitag, genau am Tag des ersten Übergriffs des Gambiers in den Urlaub fliegen wollten. Die Polizei hat alle Hände voll zu tun.

Im Visier hatten die Beamten bei der erneuten ABC-„Schützen"-Razzia vor allem die vom elitären bayerischen Schulsystem erholungsbedürftigen Kleinsten. Immer wieder lassen Eltern ihre Kinder am letzten Schultag die zwei Schulstunden schwänzen, um ein paar Stunden früher in den Urlaub starten zu können. Vor allem der pittoresk vor einer sagenhaften Alpenlandschaft gelegene Allgäuer Charter-Flughafen Memmingen ist das Haupteinsatzziel in Bayern, denn hier fliegen fast nur verdächtige Familien. In München ging durch die „Gefährdung" des Flughafens durch unfähiges Personal selbst mit hunderten ausgefallenen Flügen sowieso nichts mehr zu Ferienbeginn.

Zu Beginn der Pfingstferien 2018 wurden bereits rund 20 Familien beim Schwänzen dingfest gemacht, den Familien droht erhebliches Bußgeld für die illegalen „Schwänzer und Schulfernbleiber". Bei Verdachtsfällen ließen sich die Memminger Beamten Ausnahmegenehmigungen der Schulen zeigen. Konnten Eltern ein solches Dokument nicht vorzeigen, erkundigte sich die Polizei direkt bei der Schule: Wer fliegt, der betrügt.

Gerade Frauen sollten in Bayern mit dem Auto zur Arbeit fahren, sicherheitshalber mit Kopftuch. Alles andere ist fahrlässig und mittlerweile ein Spiel mit dem Feuer. Insgesamt könnten aber auch in Memmingen die Polizeiressourcen durchaus planvoller eingesetzt werden. Zum Beispiel, um ab und zu Ehrenmorde an dreifachen christlichen Müttern oder brutale Vergewaltigungen in Rufweite des Flughafens zu unterbinden – das wäre tatsächlich einmal „christlich-sozial".

Bayern 2018: Kampf den Urlaubskindern – Friede den Vergewaltigern und Mördern. CSU-Wähler wollen es so.

Der nächste Kindermord in Gorbitz Dresden: Mord-Mosambikaner tötet seine Töchter (3 und 6 Jahre)

pi-news.net/2018/07/dresden-mord-mosambikaner-toetet-seine-toechter-3-und-6-jahre
July 29, 2018

Von DAVID DEIMER | Nun sind sie halt hier – aber was genau hat ein gewalttätiger 55-jähriger Mosambikaner eigentlich in Deutschland verloren? Am frühen Samstagabend machten die von der Mutter in einen Plattenbau in Gorbitz im Dresdner Westen gerufenen Polizisten eine grausige Entdeckung: Ihre beiden Töchter (3 und 6 Jahre) lagen ermordet in der Wohnung des Vaters. „Ein sofort hinzugezogener Arzt konnte nur noch den Tod der Geschwister feststellen", sagte ein Polizeisprecher. Der Vater, ein polizeibekannter Mosambikaner, wurde festgenommen. Laut den Beamten war der „schutzsuchende Afrikaner" stark alkoholisiert.

Der ehemalige Lebenspartner der 35-jährigen Mosambikanerin hatte am Samstag die beiden gemeinsamen Kinder „betreut", sie aber nicht wie vereinbart bei der Mutter wieder abgegeben, aufgrund einschlägiger Vorfälle schöpfte sie Verdacht.

Nach derzeitigem Ermittlungsstand gehen die Kriminalisten „von einem gewaltsamen Tod der beiden Mädchen" aus. Das Ergebnis der rechtsmedizinischen Untersuchung der getöteten Kinder wird für Montag erwartet. Auf Antrag der Dresdner Staatsanwaltschaft wurde der 55-Jährige einem Ermittlungsrichter vorgeführt, der vorläufig Haftbefehl erließ.

Das Familiendrama ist bereits der zweite derartige abartige Fall in Dresden-Gorbitz in diesem Jahr. Erst Anfang dieser Woche hat die Staatsanwaltschaft Mordanklage gegen einen 36-Jährigen erhoben, der im Januar seine dreijährige Tochter ebenfalls aus Heimtücke und niederen Beweggründen getötet hatte. Der Prozess am Landgericht gegen „den Deutschen" (mit türkischen Wurzeln) beginnt am 28. August. Tatort: die Birkenstraße in Dresden-Gorbitz. Vater Denis Z. lebte erst seit wenigen Wochen in der sanierten Plattenbauwohnung im 3. Stock. Der getrennt lebende Mann hatte öfter seine kleine Tochter zu Besuch. „Ein quirliges Mädchen, das immer lustig durchs Treppenhaus hopste", beschreibt eine Nachbarin das ermordete Kind.

Angstträume in „Angsträumen"

Dresden-Gorbitz ist seit einigen Jahren zum so genannten „Angstraum" geworden. Die meisten hier-länger-lebenden Gorbitzer fühlen sich im Umfeld des Meranplatz nicht mehr sicher und gehen mit „einem mulmigen Gefühl" über das Areal, vor allem nachts. Das bleibt auch im Bauch, wenn sie mit der Bahn durch Gorbitz fahren. Der Merianplatz ist nicht der einzige Ort, den den Gorbitzern nun Angstträume beschert. Das bestätigte auch die Leiterin im Polizeirevier Dresden-West, Berit Gabriel – dass es Orte im Stadtteil gibt, an denen sich die Leute Sorgen machen: „Es gibt Angsträume in Gorbitz".
Dresden-Gorbitz ist der Einsatzschwerpunkt für die Polizisten im Revier Dresden-West, sagt Marko Laske von der Polizeidirektion. Mit der Bürgerpolizei und der Sächsischen Sicherheitswacht werde hier regelmäßig kontrolliert. Neben der Polizei kennt auch die Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft das Problem. Dort, wo es viele sozialgeförderte Wohnungen der EWG gibt, ist seit Jahren ein privater Sicherheitsdienst auf wechselnden Routen unterwegs. Die Kontrolleure achten auf Lärm, Ordnung und Sicherheit, aber auch „auf Wildpinkler und die Freitrinker" im Freistaat Sachsen.
Auch die Dresdner Verkehrsbetriebe beschäftigen seit 2016 einen eigenen Sicherheitsdienst. Der ist allerdings nur in den Abend- und Nachtstunden unterwegs, nicht nur in Gorbitz. „Wenn nötig, wird dieser mobile Dienst durch unsere Leitstelle schnellstmöglich vor Ort geschickt", sagt Sprecher Falk Lösch. Die Bahnen würden aber durch viel Licht, die Wechselsprechanlagen zum Fahrer und die ständige Videoaufzeichnung potenzielle Täter abschrecken, das funktioniert jedoch nur suboptimal.
Wer setzt sich für die Persönlichkeitsrechte hunderter von ihren archaisch-bestialischen Vätern ermordeter Kinder in Deutschland seit 2015 ein ? Die Scharia-Partei-Deutschlands, kurz SPD?

Hamburg: Erste Sahne - Allasane! Allasane Sal kann WEGEN seiner Straftaten nicht abgeschoben werden
pi-news.net/2018/08/allasane-sal-kann-wegen-seiner-straftaten-nicht-abgeschoben-werden
August 4, 2018
Von DAVID DEIMER | Staatsversagen auf ganzer Linie – oder Absicht? Allasane Sal (46), ein unsere Sozialsysteme bereichernder Senegalese, ist seit 20 Jahren illegal in Deutschland. Über zehn Jahre saß Allasane wegen Drogendelikten und Gewalttaten auf Steuerzahlerkosten vollumsorgt im Gefängnis, meist in der JVA Fuhlsbüttel. Er ist ein Multikrimineller – ohne Asylstatus, aber er kann nicht „abgeschoben" werden.
Allasane – wir schaffen das – seit 20 Jahren!
Er schafft es mit allen Tricks des Linksstaates, in Deutschland zu bleiben: Indem er einfach immer wieder neue Straftaten begeht. Denn Allasane Sal und „seine" Anwälte sind mit allen Wassern der Asylindustrie gewaschen. BILD veröffentlichte – trotz Datenschutz und Persönlichkeitsrechten des „Schutzbedürftigen" – einen Auszug aus dem Strafregister des

„Menschengeschenks“. In allen anderen Mainstreammedien sucht man vergebens nach dem unglaublichen Asyl-Skandal. Leider kein Einzelfall!

Immer wieder schwerer Raub und schwere Körperverletzung – Willkommen im Deppenland!

ANFANG NOVEMBER 1998: Allasane Sal reist in Deutschland ein. Als Herkunftsland gibt er Burkina Faso an. Seinen Pass hat er auf der Flucht verloren.
18. NOVEMBER 1998: Asylantrag beim BAMF.
26. NOVEMBER 1998: Asylantrag abgelehnt: „offensichtlich unbegründet“. Sein Anwalt reicht Klage dagegen ein.
09. DEZEMBER 1998: Allasane Sal soll eigentlich ausreisen, aber er hat ja keine Papiere. Also wird er in Hamburg geduldet.
18. JANUAR 1999: Die Asyl-Klage wird abgelehnt.
24. NOVEMBER 1999: Erste Verurteilung zu zwei Jahren und zwei Monaten Haft wegen Körperverletzung.
09. JANUAR 2002: Sal wird vorgeladen, um sich einer Delegation aus Burkina Faso zu stellen – um seine Herkunft zu klären. Jedoch: Er ist „unbekannt verzogen“.
22. JANUAR 2002: Neue Vorladung. Wieder die falsche Adresse.
11. NOVEMBER 2002: Allasane Sal wird einer diplomatischen Delegation aus Burkina Faso vorgeführt. Er spuckt die Botschaftsangehörigen an. Sie entscheiden: Aus unserem Land stammt er sicher nicht. Die Behörden sind ratlos. „Weitere Ermittlungsansätze für den Besitz einer anderen Staatsangehörigkeit gab es nicht.“

„Allasane Sal“ ist ein weit verbreiteter senegalesischer Name – der langjährige Verkehrsminister des Senegals heißt z.B. so. Ein Klick ins Internet würde Klarheit bringen.

MÄRZ 2003 BIS 28. APRIL 2004: Haft wegen Körperverletzung und Drogenmissbrauchs.
29. APRIL 2004: Das BAMF lehnt ab, einen Asylfolgeantrag anzunehmen.
18. AUGUST 2006 BIS 18. NOVEMBER 2011: Allasane Sal sitzt in Haft wegen schweren räuberischen Diebstahls, Raubes, vorsätzlicher Körperverletzung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Strafe: drei Jahre und neun Monate.
Dazu: Gefährliche Körperverletzung (acht Monate), mehrere Ersatzfreiheitsstrafen wegen Beleidigung (50 Tage), Diebstahls (30 Tage), Körperverletzung mit Beleidigung (236 Tage) und eine Ordnungshaft (zwei Tage).
20. JUNI 2008: Bescheid des Hamburger Einwohner-Zentralamts – Sal werde „mit unbefristeter Wirkung unanfechtbar!! ausgewiesen“. Aber noch immer weiß niemand, wo Sal herkommt.
DEZEMBER 2008: Nachfragen der Haftanstalt an die Hamburger Behörde: Gibt es inzwischen Erkenntnisse über die Herkunft des Mannes? Antwort: Nein!
HERBST 2011: Ein senegalesischer Häftling meldet sich bei der Anstaltsleitung des Gefängnisses: Sal stamme womöglich aus dem Senegal. Die Botschaft wird kontaktiert.
10. MÄRZ 2012 BIS 21. MÄRZ 2013: Haft wegen u.a. Diebstahls
07. MÄRZ 2013: Die Bundespolizei organisiert einen Anhörungstermin in der Botschaft Senegals. Sal spuckt und randaliert.
13. MÄRZ 2013: Senegals Botschaft teilt mit: Der Mann stamme nicht aus dem Senegal. Sals Duldung läuft weiter. Das Botschaftspersonal hat Humor !
21. JUNI 2013 BIS 17. OKTOBER 2014: Haft wegen schweren Raubes.
21. Januar 2015 bis 9. März 2015: U-Haft, Verdacht auf gefährliche Körperverletzung.
20. MÄRZ 2015: Sal wird von den Behörden „auf seine Mitwirkungspflicht hingewiesen und aufgefordert, sich um die Beschaffung eines Heimreisedokuments zu bemühen“.
13. DEZEMBER 2015: Festnahme, seitdem wieder Haft wegen Körperverletzung.
01. MAI 2016: Angriff auf Justizvollzugsbediensteten. Strafverlängerung bis Oktober 2019.
02. JULI 2018: Sammelanhörung bei senegalesischen Botschaftsangehörigen in München. Deren erste Reaktion: Sal stamme nicht aus dem Senegal. Der schriftliche Bescheid liegt noch nicht vor.

Zu den Verurteilungen zu Haftstrafen kommt noch eine große Anzahl „kleiner Delikte", Beschaffungskriminalitätsdelikte und sonstige Verurteilungen, die diesen Rahmen sprengen würden.

Zwischenstand August 2018! PI-NEWS wird weiter über die Strafakte berichten.

Die Ursache klagt über das Problem!

Viele abgelehnte Asylbewerber versuchen mit Bagatelldelikten oder mittlerweile Kapitalverbrechen der Abschiebung zu entgehen. Oder sie begehen Straftaten, um als „psychisch verwirrt" zu gelten.

Wer kriminell ist, darf bleiben – weil er auf den Prozess warten muss, das kann dauern in Deutschland. Durch die Asylflut mit über 500.000 anhängigen Verfahren sind alle Verwaltungsgerichte in Deutschland komplett überlastet. Ein sich selbst nährendes „Busch-Feuer" für die „Stamm-Gäste" des Steuerzahlers!

Sogar die CDU spricht mittlerweile von einem „Staatsversagen": Hamburgs CDU-Justizexperte Richard Seelmaecker (44), „Dieser Fall zeigt, wie schwach unser Staat in Wirklichkeit ist. Es ist pervers, dass es uns nicht gelingt, solche Straftäter rauszuwerfen."

Der CDU-Innen-Experte und einzige tatsächliche Merkel-Kritiker in der „Union", Wolfgang Bosbach:

„Dieser Fall beweist erneut, welche Probleme die zuständigen Behörden bei der Durchsetzung einer Ausreisepflicht haben, wenn Identität und Nationalität der Betroffenen nicht zweifelsfrei feststehen. Solange man auch weiterhin ohne Papiere nach Deutschland einreisen kann, wird sich daran auch nichts ändern."

Seehofers Sancho Panza, Stephan Mayer (44, CSU), Staatssekretär im Bundesinnenministerium, warnt: „Immer mehr abgelehnte Asylbewerber begehen kurz vor ihrer Abschiebung kleinere Straftaten, um der drohenden Zwangsrückführung in ihr Heimatland zu entgehen. Die ermittelnden Staatsanwaltschaften müssen einer Abschiebung in diesen Fällen nämlich zustimmen und das ist oft nicht der Fall."

Und so wird es ewig weitergehen, falls es zu keiner tatsächlicher „Asylwende" kommt.

Die Asylwende ist jedoch nur mit EINER Partei möglich: Die AfD hält, was Seehofer verspricht!

Die „christliche Dreieinigkeitsgemeinde" in Berlin-Steglitz hat mehr als 1.700 Mitglieder. 80 Prozent davon sind „Flüchtlinge", die vom Islam zum christlichen Glauben übergetreten sind. Eine Konversion führt fast immer zur Schutzgewährung.

Hilfsorganisation für moslemische Gefängnisinsassen Anwälte im Dienst von Allah

pi-news.net/2018/08/anwaelte-im-dienst-von-allah

August 1, 2018

Von PLUTO | Mit „Al Asraa – die Gefangenen" ist eine ominöse islamische Organisation betitelt, die sich um angeklagte und verurteilte moslemische Rechtsbrecher kümmert, im Unterstützer-Jargon schlicht „Gefangene" genannt. Sie empfiehlt Anwälte mit und ohne Migrationshintergrund und beruft sich auf Allah. Dazu gehört auch Seda Basay-Yildiz, die den Ex-Leibwächter des Massenmörders Osama bin Laden verteidigt.

Schon der Name „Al-Asraa" ist Programm. „Die Gefangenen" konnotiert, dass es sich in deutschen Gefängnissen um festgesetzte Muslims handelt. Keine Rede von der Verurteilung, von Art und Schwere der Schuld. Es sind gefangene Muslims, so wird impliziert, und denen muss aus religiösen Gründen geholfen werden. „Al Asraa" hat es sich zur Aufgabe gemacht, muslimischen Gefangenen und ihren Familien beizustehen, sie zu betreuen und die

muslimische Gemeinschaft auf ihre Notlage aufmerksam zu machen. So heißt es zur näheren Erklärung in „Wer wir sind" noch recht harmlos. Um dann fortzufahren:
„Jede Gemeinschaft steht für ihre Gefangenen ein und ist in der Gefangenenhilfe aktiv; – aus Angst vor staatlichen Repressionen wird dieses Feld jedoch leider von der muslimischen Nation vernachlässigt. Doch spornt der Islam zur Betätigung in diesem Bereich an und hat dem Gefangenen Rechte über seine Ummah gegeben."
Hoppla, fragt sich der Leser: Wer ist die „muslimische Nation"? Welche „Rechte" gemäß der islamischen Ummah (religiös definierte islamische Gemeinschaft) genießen moslemische Gefangene? Gibt es etwa Sonderrechte für moslemische Gefangene, oder gilt hierzulande das deutsche Recht für alle?
Schon allein diese Beschreibung wäre Anlass und Verpflichtung genug, die zuständige Anwaltskammer Ermittlungen aufnehmen zu lassen, ob diese und weitere Formulierungen mit der standesrechtlichen Etikette übereinstimmen. Aber inzwischen findet man im Internet vielfach rechtliche Philosophien dieser und ähnlicher Art, bei denen man das Gefühl hat, man befände sich auf dem orientalischen Sharia-Markt. **So hatte etwa der türkischstämmige mutmaßliche Anwaltsfreund der suspendierten Bremer BAMF-Leiterin B. auf seinen (inzwischen nicht mehr auffindbaren) Web-Seiten das Anwaltsmotto vertreten: "Eine Sache ist nicht gerecht, weil sie Gesetz ist, sondern sie muss Gesetz sein, weil sie gerecht ist."**
„Al Asraa" leitet offenbar seine Tätigkeit von höheren religiösen Mächten ab, wenn man sich auf Allah beruft:
„Und sie geben Speise – und mag sie ihnen (auch) noch so lieb sein – dem Armen, der Waise und dem Gefangenen" (Surah Al-Insan, Aya 8)
Und der Gesandte Allahs, Allah segne ihn und schenke ihm Heil, sagte: „Speist den Hungrigen, besucht den Kranken und befreit den Gefangenen!" (Sahih Al-Bucharyy)
Und die Beweise bzgl. der Pflicht sich für Befreiung der muslimischen Gefangenen einzusetzen sind zahlreich!"
Die Betreiber von „Al Asraa" verstehen sich als „Geschwister", die ihre Dienste ausschließlich moslemischen Gefangenen zugute kommen lassen. Wie sich das mit deutschem Anwaltsrecht verträgt, steht sicher in Tausendundeinernacht. Welcher Aufschrei ginge durch Deutschland, wenn die christlichen Kirchen ihre Gefängniseelsorge auf Kirchensteuerzahler beschränkten und Gott zum obersten weltlichen Richter erklärten?
Zu den „Asraa"- Aktivitäten zählen:

- Persönliche Besuche der Gefangenen in den Haftanstalten
- Betreuung und Unterstützung der Gefangenen, sowie ihrer Familien durch seelische und finanzielle Zuwendungen
- Verwaltung und Zustellung von Briefen an muslimische Gefangene
- Prozessbeobachtung und anderweitige Berichterstattung über das Leid muslimischer Gefangener

Geld nehmen die „Geschwister" offensichtlich nicht für ihre Bemühungen, denn sie arbeiten wohl für „Allah vergelt`s", wenn sie schreiben: „Die Geschwister von „Muslimische Gefangene" arbeiten ehrenamtlich und erhoffen sich ihren Lohn einzig bei Allah!"
Germoney spielt offensichtlich nur dann eine Rolle, wenn es dem deutschen Rechtsstaat abgeknöpft werden kann. Denn Seda Basay-Yildiz, die Anwältin des Bin Laden-Leibwächters, fordert jetzt 10.000 Euro Zwangsgeld (PI-NEWS berichtete), weil Sami A. nicht von der Stadt Bochum zurückgeholt wurde/werden konnte.
Als religiöse Spinner sollte man „Al Asraa" nicht belächeln, denn hinter ihren Aktivitäten steckt am Ende eine knallharte Absicht, nämlich unter Berufung auf Allah angeklagte und verurteilte moslemische Rechtsbrecher frei zu bekommen. Zu den Aufgaben von „Al Asraa"

gehört deshalb auch die Vermittlung von Anwälten. Die sind handverlesen, denn nicht allen Anwälten ist dergestalt zu trauen, dass sie sich auch intensiv genug für die Belange ihrer Mandanten einsetzen, kann man die Website interpretieren. Die „Geschwister" schreiben hierzu im Internet:

„Es ist zu beachten dass Allah macht was Er will; – Er allein entscheidet, ob einer im Gefängnis bleibt oder entlassen wird. Doch es ist es nun mal so, dass man sich in Deutschland nicht selbst verteidigen kann/darf und wenn man keinen Anwalt hat, so stellt euch das Gericht einen Anwalt zwangsmässig zur Verfügung, der oftmals in der Verteidigung nicht allzu motiviert ist. Und Allah weiß es am besten."

Nimmt man die o.g. Leitlinie wörtlich, so handelt es sich bei den mit Bild aufgeführten 16 Anwälten – augenscheinlich mit und ohne Migrationshintergrund – offenbar um hinreichend „motivierte" Juristen, die nichts dagegen haben, wenn man ihre Profession in die Nähe von Allah als obersten Alleinentscheider rückt und sie selbst zum in Deutschland notwendigen juristischen Übel degradiert. Und wie ist ihre Meinung zur „Al-Asraa"-Vorgabe, das Allah allein entscheidet, ob einer im Gefängnis bleibt oder entlassen wird? Stellen sie sich in den Dienst von Allah? Aber vielleicht fühlen sie sich auch an den Kalauer erinnert: „Vor Gericht und auf hoher See bist Du in Gottes Hand". Dann passt es wieder.

Asyleinrichtung Donauwörth mit neuem Namen und alten Problemen Irres Polizeiaufgebot um Afrikaner zu verlegen und Messer zu suchen

pi-news.net/2018/08/irres-polizeiaufgebot-um-afrikaner-zu-verlegen-und-messer-zu-suchen

August 4, 2018

Erst im Frühjahr war es in der Erstaufnahmestelle im bayerischen Donauwörth, wo zum Großteil Gambier untergebracht sind, zu derartiger Randale gekommen, dass das „lokale Ereignis" es in die Systemmedien schaffte. Mehr als 50 der importierten Gewaltfachkräfte hatten sich der Polizei beim kläglichen Versuch eine Abschiebung durchzusetzen entgegengestellt. Die Maßnahme wurde abgebrochen (PI-NEWS berichtete).

Seit Anfang August hat das Kind einen neuen Namen, aus der Erstaufnahmeeinrichtung wurde ein „Ankerzentrum" – an der Aggressivität der Bewohner ändert das freilich nichts.

Am Freitag rückten Spezialkräfte der Bereitschaftspolizei, inklusive Hundeführer und Kriminalpolizei aus. Es habe Hinweise gegeben, dass die Bewohner „gefährliche Gegenstände" in ihren Quartieren hätten.

Dem Ersteinsatz, der Begehung der Unterkunft am Morgen, folgte ein zweiter Großeinsatz am Abend desselben Tages. Einige der Gambier sollten verlegt werden, damit größere Räumlichkeiten für Familien zur Verfügung stünden. Das gab natürlich wieder Krawall.

250 Mann wegen Verlegung einer Handvoll Afrikaner

Gegen 19 Uhr rückten etwa 20 Polizeifahrzeuge mit Blaulicht und Martinshorn ins Ankerzentrum aus. Rund 250 Beamte waren im Einsatz. Die Polizei schreibt sensibel und politisch korrekt:

Zum einen sollten fünf männliche Zuwanderer, die in den letzten Wochen an Konflikten beteiligt waren und die Stimmung negativ beeinflussten, in andere schwäbische Asylunterkünfte verlegt werden. Vier der fünf gambischen Staatsangehörigen wurden angetroffen und in andere Einrichtungen verlegt. Zum andern unterstützte die Polizei den Sicherheitsdienst bei der Verlegung von dreißig gambischen Zuwanderern innerhalb der Unterkunft. Die Verlegung war notwendig, um Familien die Nutzung größere Zimmer zu ermöglichen und um die Belegung insgesamt zukünftig konfliktfreier zu gestalten.

„Die Stimmung negativ beeinflussen" – ein kalmierender, schönfärbender Sprachduktus, angewandt auf gewalttätige Afrikaner, für die ein Großaufgebot bewaffneter Beamter nötig ist, um sie von einem Zimmer in ein anderes zu bringen. Oder braucht die Polizei wirklich 250 Mann wegen ein bisschen „negativer Stimmung"? Vielmehr ist es doch so, dass es auch seit dem letzten aufsehenerregenden Einsatz immer wieder gewalttätige Auseinandersetzungen in der Einrichtung gegeben hatte und man diesmal wohl nicht wieder hilflos einem 50 Mann starken Afri-Mob gegenüberstehen und in die Defensive geraten wollte. Damals waren 30 Personen vorläufig festgenommen worden.

Polizei findet mehrere Messer – aber alles nicht so schlimm

Die Polizei fand schließlich in „mehreren Zimmer mehrere Messer", die laut Bericht zwar „keine verbotenen Gegenstände oder

Waffen darstellten, deren Besitz in den Wohnräumen nach der Hausordnung aber nicht gestattet“ sei. Man habe die Messer sichergestellt und den Verantwortlichen des Ankerzentrums übergeben, so die Polizei. Eine Person wurde vorübergehend festgenommen.

Im Polizeibericht heißt es weiter:

Die betroffenen Zuwanderer reagierten auf die durchgeführten Maßnahmen im Einzelfall durchaus emotional. Aufgrund eines betont deseskalierenden Vorgehens und der transparenten Erläuterung der bevorstehenden Maßnahmen auch in englischer Sprache musste nur in wenigen Fällen unmittelbarer Zwang in Form einfacher körperlicher Gewalt angewandt werden. Aufgrund des konsequenten Einschreitens aber auch aufgrund des Einsatzes von Kommunikationsbeamten verhielten sich die gambischen Zuwanderer zum überwiegenden Großteil friedlich und leisteten den Anweisungen Folge. Weder kamen Personen zu Schaden, noch kam es zu Straftaten in Bezug auf den durchgeführten Einsatz.

Also, alles super in Schland. Großeinsatz mit 250 Mann, Hundeführer, Rettungswagen – die ganze Blaulichtruppe der Umgebung für Stunden gebunden an einen Ort, um ein paar sich illegal hier aufhaltenden, und deshalb schon kriminellen, Afrikanern ein neues Bettchen in anderen vier Wänden schmackhaft zu machen. Aufkommen für den Zinnober muss der deutsche Steuerzahler. Und auch bleibt die Frage, wie lange hätte an diesem Tag, zur Zeit dieses irren Einsatzes ein Mensch in Not in dieser Region auf die Polizei warten müssen? Viele Beamte dürften beim herrschenden Personalmangel und der aktuellen Sommerurlaubssaison ja wohl nicht mehr vakant gewesen sein. *(lsg)*

Verwaltungsgericht brummt Ausländerbehörde Zwangsgeld auf 10.000 Euro für Sami A. viel besser als halbe Million

pi-news.net/2018/08/10-000-euro-fuer-sami-a-viel-besser-als-halbe-million

August 1, 2018

Von KEWIL | Bochum soll erzittern! Weil die Stadt es gewagt hat, den Leibwächter Bin Ladens, Sami A., nach Tunesien, wo viele Deutsche Urlaub machen, auszufliegen, hat ein durchgeknalltes Verwaltungsgericht alles andere als im Namen des Volkes der Ausländerbehörde ein Zwangsgeld von 10.000 Euro aufgebrannt, falls sie Terrorfreund Sami nicht schnellstens nach Bochum zurückfliegen lassen. Bochum legte Widerspruch ein.

Dass Tunesien den Tunesier nicht einfach wieder nach Deutschland exportiert, war der irren Justiz dabei egal, wir Deutschen sind doch die Weltherrscher, zack, zack, her mit dem lieben Sami. Uns geht doch die Arbeit an den Gerichten aus, wenn wir solche „Einzelfälle“ nicht haben.

Und nun kommt auch noch Samis Anwältin Seda Basay-Yildiz daher – ja, so heißen die typischen Abzocker in unserer Asyl-Industrie, der andere heißt Seif Eddine Makhlouf – und fordert die Kohle knallhart per Fax ein. Und die linksgrünen Systemmedien wollen seit Tagen gleichfalls den gar schrecklichen Vollzug sehen und dass Bochum einknickt, als Warnung an alle Städte, ja ein für allemal die Finger von Abschiebungen zu lassen. Aber rechnen wir mal nach:
Der Abschiebeflug für Sami nach Tunesien hat 35.000 Euro gekostet, sein Re-Import käme sicher nicht billiger. Danach würde er uns wieder ein paar Zehntausender für Gerichts- und Anwaltskosten verschlingen, sollte er total unwahrscheinlich wieder abgeschoben werden, wären dann nochmals 35.000 Euro für den dritten Privatflug fällig. Bleibt Sami A. aber hier, wie man annehmen darf, kostet er Bochum bis zu seinem Ableben je nachdem ein paar hunderttausend Euro. (Hans-Werner Sinn rechnet durchschnittlich mit 450.000 Euro pro „Flüchtling“.)

Es wird aber noch schöner! Zahlt Bochum, fließt die Kohle von der Stadt ans Land, also von Staat zu Staat. Ein Nullsummenspiel für den Steuerzahler. Selbst wenn Bochum jede Stunde 10.000 Euro Zwangsgeld berappen müsste, wäre dies völlig unerheblich, denn das Land NRW könnte die Stadt nicht aushungern und würde alles kompensieren – müssen. Also Bochum, zahle notfalls freudig 10.000 Euro, dann hast du den Terroristen los. Wenn du ihn zurück holst, kostet er dich mindestens eine halbe Million.

Brutale Gewaltspur von München bis Augsburg bis Ostallgäu Bayern: Ein Täter, zwei Mordversuche, drei mal Raub, Amok mit Beil

pi-news.net/2018/08/bayern-ein-taeter-zwei-mordversuche-drei-mal-raub-amok-mit-beil

August 13, 2018

Ein multi-Multikrimineller demonstrierte u.a. im Schuberthof in der Augsburger Rosenaustraße, dass Deutschland auf kein einziges „Zuwanderungs-Talent" verzichten kann: Zwei Mordversuche, zwei Raubdelikte, ein KfZ-Diebstahl mit anschließendem Beil-Amoklauf innerhalb von nur zwei Tagen! Die Mainstreammedien schweigen, warum wohl?

Von JOHANNES DANIELS | Bayern ist sicher – langsam am Abgrund: „Wir müssen endlich wissen, wer in unser Land kommt" – krakeelten die Totengräber der ehemaligen Volkspartei CSU noch vor einem Jahr im Zuge ihrer „Sicherheitsgarantie für Bayern" zur Bundestagswahl. Wie diese rein faktisch im Freistaat im dritten Merkeljahr der Offenen Grenzen aussieht, veranschaulicht der folgende unglaubliche Tatablauf, dessen detaillierte Zusammenhänge erst jetzt bekannt werden.

Bestmöglich lesen Sie diesen bitte nur, wenn Sie NICHT im „Freistaat Bayern" wohnen – in den Mainstreammedien wurde dezenterweise auf eine Berichterstattung komplett verzichtet.

Massiver Mordversuch in Augsburg: Frau den Hals aufgeschnitten

Am Sonntagmorgen, dem 29. Juli, fanden herbei gerufene Polizei- und Rettungskräfte auf einem Gehweg in Augsburg eine schwer verletzte 25-jährige Mitarbeiterin eines ambulanten Pflegedienstes. Die deutsche Pflegekraft hatte erhebliche Schnittverletzung im Halsbereich. Die junge Frau hatte sehr viel Blut verloren: Eine breite Blutspur führte von einem der Hauseingänge des Wohnblocks durch den Innenhof heraus auf die Straße. Das Opfer konnte den Einsatzkräften noch mitteilen, dass sie überfallen wurde. Dann wurde die lebensgefährlich Verletzte in die Intensivstation gebracht, wo sie unverzüglich notoperiert wurde. Die freundliche Pflegerin wurde überfallen und niedergestochen, während sie in ihrem Sonntags-Dienst eine Seniorin pflegen wollte.

Zwei aufmerksame Studenten hatten der 25-Jährigen an diesem Tag das Leben gerettet. Aufgeschreckt durch die Hilferufe der Frau sind sie in den Hof gelaufen und hatten bei der Schwerverletzten einen Druckverband am Hals angelegt. Einige Minuten später kam der Rettungsdienst. Der Täter raubte derweil das Dienstfahrzeug des Pflegedienstes und flüchtete damit. Der Täter wurde wie folgt beschrieben:

„Männlich, ca. 185 cm, ca. 30 Jahre, schlank, südosteuropäisches Erscheinungsbild, braune, glatte und kurze Haare, Drei-Tage-Bart."

Mordversuch an Fußgänger mit Honda

Bei seiner Irrfahrt in Richtung Augsburger Innenstadt fuhr der Täter mit dem geraubten Honda quer über die Rosenaustraße und steuerte dabei – in für Tatzeugen evidenter Tötungsabsicht – auf dem gegenüber liegenden Gehweg auf einen 53 Jahre alten Fußgänger zu, der dabei verletzt wurde. Die Augsburger Polizei leitete sofort eine Großfahndung ein, die Spur des Fahrers verlor sich aber dann.

Diebstahl VW Touran bei Landsberg am Lech

Wenige Stunden später erreichte die Polizei ein Zeugenhinweis aus Langerringen im Landkreis Augsburg nahe Landsberg am Lech. Gegen 10.50 Uhr berichtete eine Frau von dem Diebstahl ihres VW-Tourans. Sie hatte beobachtet, wie „ein Mann" das Auto aus der Garage entwendete und mit hoher Geschwindigkeit in Richtung Schwabmühlhausen floh. Weil sich die „Beschreibung des Autodiebs mit der des Augsburger Angreifers deckte", vermuteten die Ermittler, dass es sich um denselben „geflüchteten Täter" handeln könnte. Die polizeiliche Großfahndung wurde sofort in diesen Bereich verlegt. Auch Einsatzkräfte der Polizeipräsidien Schwaben Süd/West und Oberbayern Nord beteiligten sich nun, jedoch mit mittelgroßem Erfolg.

Amoklauf mit Beil bei Landberg am Lech

Schockierte Passanten meldeten: Ein wahnsinniger Mann mit leicht „verwahrlostem südeuropäischem Aussehen" läuft mit Beil durch Großkitzighofen ! Gegen 11.35 Uhr lief der Täter in dem kleinen 450-Einwohner-Ort im Landkreis Ostallgäu bei Landsberg mit einem Beil durch die Straßen. Aufgrund der Zeugenhinweise gelang es Polizeibeamten, den „Verdächtigen" noch in dem Dorf zu stellen. Bei der Festnahme bestätigte sich laut Polizei der Verdacht, dass „der Mann wohl der Tatverdächtige der versuchten Tötungsdelikte, des Raubes und des Fahrzeugdiebstahls sein muss.

Was den Amokläufer „so in Rage" (lokale Medien) versetzte, ob er „unter psychischen Problemen" litt und wie sich die Taten genau zugetragen haben, muss nun Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft Augsburg klären. Auch durften die Ermittler auf Nachfrage der PI-NEWS-Redaktion noch keine offiziellen Angaben zur Identität des Mannes machen aufgrund des laufenden Verfahrens. Nach Medieninformation der Augsburger Polizei handle es sich bei dem Beschuldigten mit „um einen 31-jährigen Mann aus dem (südlichen) Landkreis München". PI-NEWS kann zumindest konstatieren, dass der Täter keinen Asylhintergrund hat und dem südosteuropäischen „Kulturkreis" zugehört. Übergriffe auf Autofahrer durch Asylbewerber gehören auch NOCH nicht zum phänotypischen Tatmuster dieser Klientel.

Seit dem ermittelt die Kriminalpolizeiinspektion Augsburg das „Motiv seiner Tathandlungen" sowie die genauen Tatabläufe. Die Staatsanwaltschaft Augsburg beantragte gegen den Beschuldigten einen Haftbefehl, insbesondere wegen des dringenden Tatverdachts des versuchten Mordes. Dieser wurde vom zuständigen Ermittlungsrichter am Amtsgericht Augsburg erlassen und bereits in Vollzug gesetzt.

Fahrzeugraub in Neufahrn bei München – VW Golf + Körperverletzung

Erst nach und nach stellt sich nun für die Ermittler heraus, dass die vorliegenden Taten des EU-Gastes noch nicht das Ende der Fahnenstange waren. Am Samstag vor dem versuchten Mord und den verschiedenen Amoktaten wurde in Neufahrn – unweit des Münchner IKEA-Nord gelegen – ein Autofahrer von einem Unbekannten gestoppt, körperlich attackiert und schließlich seines Wagens beraubt. Im Verlauf der polizeilichen Vernehmungen hat der Vielfachtäter nach Aussagen der Staatsanwaltschaft jetzt auch den Auto-Raub von Neufahrn zugegeben.

Der hilfsbereite Autofahrer hatte Glück im Unglück – die Begegnung mit dem östlichen „Car-Hijacker" hätte auch ganz anders für ihn ausgehen können ! Kurz vor Mitternacht hatte der Fahrer eines silbernen Golfs einen mittig auf der Straße

laufenden Fußgänger wahrgenommen. Der freundliche Bayer dachte, dass dieser möglicherweise eine Autopanne hatte und wollte ihm helfen, denn echte Bayern sind zwar stets grantig, aber immer aufmerksam und bereit, anderen in einer Notlage zu helfen.
Ein Sprecher des Polizeipräsidiums Oberbayern-Nord in Ingolstadt:
„Der männliche [zunächst] Unbekannte drängte sich über die Beifahrertür in das Auto, wo er sich zunehmend aggressiv zeigte. Der bedrohte Fahrzeug-Lenker brachte sich daraufhin aus dem Auto in Sicherheit – was der Unbekannte nutzte, um sich des Wagen zu bemächtigen. Er wendete diesen und fuhr in nördlicher Richtung davon. Nachdem der Überfallene die Polizei verständigt hatte, erfolgten umfangreiche Fahndungs-Maßnahmen, die zunächst allerdings weder zum Auffinden des Fahrzeugs noch zur Festnahme des Räubers führten“.
Der Täter konnte wie folgt beschrieben werden:
„Männlich, ca. 185 cm, ca. 30 Jahre, schlank, osteuropäische oder südländische Erscheinung, braune, glatte und kurze Haare, Drei-Tage-Bart, Bekleidung unbekannt, sprach kein Deutsch“
Bei dem geraubten Pkw handelte es sich um einen VW Golf VII in silbermetallic mit dem amtlichen Kennzeichen FS-TM 477. Eine Horrorszene direkt vor den Toren Münchens – fast wie aus dem Videospiel GTA, nur mit einem echten Mörder. Der erbeutete VW-Golf wurde Tage später in der Nähe von Dasing, an der Autobahn zu den Tatorten in Augsburg, entdeckt.
Weitere – möglicherweise von den selben Täter – Geschädigte werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei Erding unter der Telefonnummer 08122-9680 oder jeder anderen Polizeidienststelle zu melden.

Mutmaßlicher Mehrfach-Täter - die „Söderrasse“ wehrt sich! Peißenberg/Bayern: Nigerianer überfällt 20-Jährige

pi-news.net/2018/08/peissenberg-bayern-nigerianer-ueberfaellt-20-jaehrige
August 14, 2018
Auch das idyllische Peißenberg im bayerischen Pfaffenwinkel wird zunehmend zum Schauplatz von interkulturellen "Übergriffen". Das Opfer schlug einen brutalen

Messer-Nigerianer mit den Waffen einer stolzen Bayerin in die Flucht: Massive Gegenwehr und bayerische Schimpfwörter.

Von MAX THOMA | Auch die Bevölkerung im barocken Schmuckkästchen Bayerns, dem „Pfaffenwinkel" ist schon lange nicht mehr sicher vor Seehofers und Söders politischem Amoklauf in der Asylpolitik. Ein polizeibekannter Messerangreifer aus Landberg am Lech (an der ehemaligen „Romantischen Straße") attackierte am Donnerstag Abend eine junge Frau in Oberbayern. Per Notruf meldete die 20-Jährige, dass sie kurz zuvor in Peißenberg bei Schongau von einem mit Messer bewaffnetem Mann überfallen worden war.

Der Angreifer habe sie verfolgt, gepackt und festgehalten. Er habe sie dabei mit einem Messer attackiert. Weil sich die stolze Bayerin lautstark verbal und körperlich gewehrt habe, habe der „Geflohene" von ihr abgelassen und sei schließlich geflüchtet. Eine lautstarke Suada an bayrischen Kraftausdrücken verscheucht erfahrungsgemäß auch den mordlüsternsten Messer-Mandingo.

Ein Schrei nach Liebe?

Die alarmierten Beamten der Schongauer Polizei konnten in Tatortnähe wenig später den „mutmaßlichen" Täter festnehmen. Bei ihm handelt es sich um einen 22 Jahre alten nigerianischen Staatsangehörigen aus dem Raum Landsberg am Lech. Die Ermittlungen gegen ihn wegen versuchten schweren Raubes führt seitdem die Kripo Weilheim. Den Kripo-Beamten gegenüber räumte er bei seiner Vernehmung eine „Raubabsicht" ein. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass Merkels importiertes Genital-Goldstück noch mehr von der 20-Jährigen wollte.

Zudem gibt es Hinweise darauf, dass der Festgenommene für mehrere ähnlich gelagerten Taten im oberbayerischen Raum ebenfalls mit hinreichender Wahrscheinlichkeit in Betracht kommt. Diesbezüglich laufen derzeit die Untersuchungen der bayerischen Behörden.

Die Bayerische „Söderrasse" wehrt sich!

Der 22-Jährige wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft München II dem Ermittlungsrichter zur Prüfung der Haftfrage vorgeführt. Der Richter erließ Haftbefehl, daraufhin wurde der Täter zunächst in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert. Ob er ein „Asylbewerber" ist, müsse die Polizei „noch prüfen".

Bei der Bundestagswahl im September konnte die CSU im Wahlkreis Weilheim-Schongau-Peißenberg (226) noch mit 43 Prozent punkten – vor allem bei den Frauen – die AfD kam auf 12 Prozent. In der aktuellen Forsa-Umfrage vom heutigen Montag sehen die Zahlen anders aus: Die würdelose CSU würde bei der bayerischen Landtagswahl im Oktober nur noch 37 Prozent erhalten, die AfD derzeit „13 Prozent" – obwohl sie seit zehn Monaten in den Umfragen um jeweils ein Prozent steigt …

Der selige Franz Josef Strauß war übrigens Mitbegründer des CSU-Kreisverbandes Schongau und starte seine politische Karriere als Landrat von Schongau. Er würde angesichts der heutigen CSU-Bayern-Schädlinge im Grab rotieren.

Im idyllischen Peißenberg mit rund 12.000 Einwohnern kommt es seit Monaten zu vermehrten Übergriffen – so wurden beispielsweise im Juni zwei Siebzehnjährige von einem „Dunkelhäutigen" sexuell massiv genötigt. (Dr.) Andreas Scheuer, CSU: „Sicherheit durch Stärke – Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt !"

Franz Josef sieht „schwarz“ für die CSU, aber himmelblau für Bayern!

Medien schweigen über Zusammenstöße - NRW-Polizei mauert Rathausplatz Unna: „Das war Krieg“

pi-news.net/2018/08/rathausplatz-unna-das-war-krieg
August 12, 2018

Von BEN NICKELS | „Unna-türliche Häufung von Gewalt“ in Unna. Am Mittwochabend letzter Woche fand in der Unnaer Innenstadt eine „Schlägerei“ statt. Polizeiberichte oder Meldungen in den Mainsstreammedien: Fehlanzeige.

Nach der Massenschlägerei am Rathausplatz Unna gerät die Öffentlichkeitsarbeit der NRW-Polizei zunehmend von aufmerksamen Bürgern aus Unna in die Kritik. Die Polizei Unna hatte zu den Zusammenstößen von Personengruppen, bei der fünf Menschen verletzt wurden, keine Mitteilung herausgegeben. Syrer und Afghanen hatten sich „komisch angeguckt“, hieß es lapidar in einer auf wiederholte Anfrage herausgegebenen Aktualisierung gegenüber dem „Hellweger Anzeiger“.

Augenzeugen: „Schreckensszenario“ – NRW-Polizei: „nicht so gravierend“

Nun sind neue Details bekannt geworden, die in ihrem Ausmaß bereits Erinnerungen an die „Polizeivertuschungsaktion“ in Köln erinnern: Demnach handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe von Syrern und einer Gruppe Afghanen, bestätigte die Polizei auf Nachfrage Tage später. Zunächst sei eine Gruppe von 15-20 Menschen gemeldet worden, die auf dem Rathausplatz in Unna in eine Schlägerei verwickelt waren. Andere Augenzeugen sprachen aber gegenüber Antenne Unna von 50-70 Menschen. Bei Eintreffen konnte die Polizei dann tatsächlich 8 Personen aus dieser Gruppe überprüfen, 5 von ihnen hatten Verletzungen. Die Polizei „hofft nun auch auf weitere Zeugenhinweise zu dem Vorfall“. Die Polizei hatte erst auf Mediennachfrage über die „Rangelei“ informiert.

Zeugen sagten aus, dass die meisten Kriminellen die Örtlichkeit vor Eintreffen der Polizei „verlassen hätten“, bzw. bei deren Eintreffen flüchteten. Festgenommen wurde niemand, die Polizei sprach aber drastische „Platzverweise“ aus. Außerdem wurden Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen. Dieser Vorfall wurde nicht von der Polizei publik gemacht, sondern vom Hellweger Anzeiger, der am Freitagabend einen Artikel darüber veröffentlichte. Die Polizei-Pressestelle dazu: „Der Sachverhalt hat sich für uns nicht so gravierend dargestellt.“ In den Pressemitteilungen der Polizei würde „nicht eins zu eins das abgebildet werden, was bei der Polizei aufläuft“, so eine Polizeisprecherin.

Augenzeugen: „Das war Krieg“

Im Nachgang der Meldung durch den Hellweger Anzeiger und dem – immer gut informierten – „Rundblick Unna“ meldeten sich verschiedene Bürger, die am fraglichen Abend ebenfalls Augenzeugen des Geschehens geworden sind. Diese sprachen „von kriegsähnlichen Zuständen“ und Schwerverletzten.

„Das war Krieg. Das hätte Tote gegeben. Die Darstellung der Polizei ist eine Farce“, schildert ein weiterer Augenzeuge: „Die Verharmlosung durch die Polizei ist erschreckend“. Ein weiterer Zeuge hatte am Montag gegenüber „Rundblick Unna“ diese Schilderungen nicht nur bestätigt – er entwirft ein regelrechtes Horrorszenario jenes Abends:

„Das war eine Schlacht, die mit Toten hätte enden können. Unna hat am Mittwochabend seine Unschuld verloren.“

„Rundblick Unna“ bat die Pressestelle der Kreispolizeibehörde Unna sodann um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum berichtete die Polizei nicht initiativ über diesen Vorfall, der in der Innenstadt für ziemliches Aufsehen sorgte?
2. Ist die Darstellung verschiedener Augenzeugen richtig, dass es sich bei den jungen Männern um Südländer handelte?
3. Gab es unter den Beteiligen polizeibekannte Personen?
4. Handelte es sich bei den beiden Gruppen um Lager unterschiedlicher Nationalitäten und/oder Wohnorte (z.B. Bönen-Unna)?
5. Wären aus Sicht der Polizei noch weitere Zeugenaussagen hilfreich bzw. sollen sich noch weitere Zeugen melden?

Polizeisprecherin Ute Hellmann erwiderte mit folgender kurzer Antwort:

„Zu den Personalien der Beteiligten kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

- *drei 19-Jährige aus Afghanistan , wohnhaft in Unna*
- *ein 18-Jähriger aus dem Iran, wohnhaft in Unna*
- *ein 18-Jähriger aus dem Irak, wohnhaft in Unna*
- *zwei 18-Jährige aus Syrien, wohnhaft in Unna*
- *ein 21-Jähriger ungeklärter Staatsangehörigkeit, wohnhaft in Holzwickede.“*

Daraufhin reagierten „maßlos entsetzte Bürger“, wie die Unnaer Polizei (NRW) hier einmal mehr die scheinbaren Tatsachen vertusche:

„Die Darstellung der Polizei ist eine absolute Farce. So eine Massenschlägerei mitten in der Stadt derart zu verharmlosen – es ist eine Sauerei, was hier abläuft. Die Schilderung der Zeugin im Rundblick vom Wochenende entspricht mit jedem Wort den Tatsachen. Ich würde höchstens sagen, dass es noch schlimmer war. ***Wir haben hier eine Schlacht erlebt. Das war Krieg.*** *Mitten in Unna. Unna hat am Mittwochabend seine Unschuld verloren.*

Die Schlägereien fingen gegen 20.30 Uhr an. Die prügelten sich überall, wie von der anderen Zeugin beschrieben. An jeder Ecke, mit brutalster Gewalt. Es waren 50 bis 70 Leute. Hier von „Jugendlichen aus dem Großraum Unna“ zu sprechen wie die Polizei ist eine bodenlose Frechheit. Das waren keine Jugendlichen! Das waren alles Männer um die 20 und es war kein einziger Deutscher darunter zu sehen. Alles Syrer, Araber, Türken, Albaner… auch junge Damen, die rumgekreischt haben und das Ganze noch befeuerten.

Als es losging, wurde sofort die Polizei gerufen. Es dauerte bestimmt 15, 20 Minuten, bis die kam. Sie kam zunächst mit EINEM Einsatzwagen. Die haben den gesehen, gelacht und sich weitergeprügelt. Das sind absolut respektlose Personen gegenüber der Obrigkeit. Die haben

sich geprügelt wie die Kesselflicker, mit Messern, Schlagketten, Gürteln, einfach das volle Programm und grenzenlos brutal. Das war der Horror an sich.
Vor dem Alimentari lag ja dieser blutende Mann, von dem Ihre Zeugin berichtete. Ich habe auch gesehen, wie er da lag. Wenn der nicht mit Stühlen abgeschirmt worden wäre, hätten die ihn totgeschlagen. Ich bin mir sicher, dass es Tote gegeben hätte an diesem Abend.
Es dauerte gut eine Stunde, bis es vorbei war. Da war dann auch Polizeiverstärkung eingetroffen. Dazu waren drei große RTW da plus Notarztwagen. Ich frage mich, wieso das von der Polizei mit keinem Wort erwähnt wird!
Meine Frage ist sowieso: Warum nimmt man keine Hundertschaft? Oder kann man hier inzwischen tun und lassen, was man will? Ich habe übrigens schon um 17.30 Uhr das erste Mal die Polizei angerufen, weil ich einen Mann um die 20 sah mit einem völlig entstellten Gesicht. Er ging mit 6, 7 anderen zum Bahnhof runter. Dieser Typ war blutgetränkt. Ich bat die Polizei, sie solle bitte zum Bahnhof fahren, da käme noch was nach. Es kam kein einziger Polizeiwagen". (Name und Anschrift des Zeugen sind der Redaktion von „Rundblick Unna" bekannt)

Eine andere Zeugin:

„Das war mitnichten bloß ein „Scharmützel" zwischen 5 bis 8 Personen und keineswegs nur ein paar blaue Augen und Platzwunden. Statt dessen spielte sich am Mittwochabend am Unnaer Rathausplatz eine Massenschlägerei unter Einsatz vielfältiger Waffen und mit erschreckendem Gewaltpotenzial ab.
„Ich war am Rathausplatz und habe miterlebt, was passiert ist. Ich wunderte mich dann am nächsten Tag schon, dass nirgends darüber berichtet wurde. Als ich dann gestern Abend bei Ihnen die Darstellung der Polizei las, konnte ich es erst gar nicht glauben. Ich war fassungslos. Das darf so nicht stehen bleiben. Diese Schilderung entspricht absolut nicht dem, was ich und die anderen Zeugen an diesem Abend selbst erlebt haben.
Es waren definitiv nicht fünf bis acht Personen. Es waren mehr, deutlich mehr. So ca. 20, 30 Männer hatten sich versammelt. Einige sind natürlich verschwunden, als der erste Streifenwagen eintraf, aber nur fünf bis acht Leute – wie behauptet wurde – sind es definitiv nicht gewesen.
Von Alimentari aus hat man ja einen guten Überblick über den gesamten Platz. Wir sahen, wie sich an jeder Ecke geprügelt wurde. Vor P&C, am Trittbrett, am Kirchplatz wurde sich geprügelt. Es wurde sich am Brunnen geprügelt, vier schlugen sich vor der Kirche.
Ein junger Mann lag blutverschmiert vor dem Alimentari. Er wurde mit Stühlen notdürftig abgeschirmt. Es kamen Beteiligte, die Wasser brauchten. Einer, der wohl aus Bönen kam, ging später irgendwann in Richtung Bahnhof zurück. Wir haben ihn angesprochen und vorsichtig gefragt, ob sie ihre Meinungsverschiedenheiten denn jetzt ausgetragen hätten. Seine Antwort war: „Nein. Das hat noch ein Nachspiel. Man geht nicht mit 15 Leuten auf vier von uns los."
Das hat mir mit am meisten Angst gemacht. Es wirkte so, als wollten sie zurückkehren, mit Verstärkung.
Ich habe den Wirt von Alimentari darum gebeten, mich nach Hause zu fahren, da ich wirklich Angst hatte, noch einmal allein an diesem Abend durch die Stadt zu gehen. Es waren drei Rettungswagen vor Ort. Auch dies passt nicht ganz zur Darstellung der Polizei, das wären nur Scharmützel gewesen. Wir haben uns aus Angst im Laden eingeschlossen. Dort hielten sich zu dieser Zeit auch Kinder auf.
Zur Frage, mit was diese Männer losgedroschen haben: Ich habe Gürtel gesehen, kettenähnliche Gegenstände – ich kenne mich mit Waffen nicht so aus – am Brunnen hatte einer etwas in der Hand, das wie ein Messer aussah, ob ein Butterflymesser oder ein Küchenmesser, das weiß ich nicht. Zur Herkunft der Männer würde ich bzw. kann ich sagen, dass es junge Südländer waren, Araber, Marokkaner, Syrer…

Was mich erschreckt, ist, dass so etwas nicht bekannt gemacht wird. Und richtig fassungslos bin ich nach wie vor darüber, wie verharmlosend die Unnaer Polizei den Vorfall auf Nachfrage der Presse dargestellt hat. Das entspricht wirklich nicht im Entferntesten dem, was ich selbst vor Ort gesehen und miterlebt habe". (Name und Anschrift der Zeugin sind der Redaktion von „Rundblick Unna" bekannt)

Bianca Hoffmann von der Redaktion „unna24.de" wundert sich über die Polizeiarbeit:

„Wenn auf dem Rathausplatz eine Schlägerei stattfindet, darf die Polizei nicht so tun, als sei das für die Öffentlichkeit nicht interessant. Aber: jeder macht Fehler und jeder schätzt mal Situationen falsch ein. Was mich daran irritiert, ist das Beharren der Polizeipressestelle auf ihrer Position. Wer täglich Polizeimeldungen wie „Wohnungseinbruch – Fernseher entwendet" (8. August) oder „Diebstahl an Pkw – alle vier Räder entwendet" (3. August) verschickt, sollte auch über Schlägereien größeren Ausmaßes berichten.

Sonst entsteht beim Bürger schnell der Eindruck, die Behörden würden ihm etwas „verschweigen". So irrational dieser Gedanke auch sein mag, im aktuellen Fall ist er durchaus zulässig. Und das spielt rechtskonservativen Parteien und Organisationen in die Hände. Für deren Nachrichtenmedien ist der Vorfall in Unna nämlich ein gefundenes Fressen.

Um Hetzern den Wind aus den Segeln zu nehmen, wäre eine Stellungnahme der Polizei – wenn auch verspätet – noch immer besser gewesen. Denn nur dann können etablierte Medien auch sachlich berichten und einordnen".

Denkfehler, Bianca von der Mäusepolizei! Die etablierten Medien werden sicher nie über „zusammenhanglose Einzelfälle" oder „Scharmützel" aus Unna berichten, und wenn, dann lediglich verharmlosend und relativierend, wie der auflagenkränkelnde Münchener „Locus".

Auch über die sexuelle Nötigung zweier Schülerinnen am gestrigen Samstag wird man im Mainstream nichts lesen können – warum wohl?

Schülerinnen in Unna sexuell genötigt – 19-Jähriger bespuckt und beleidigt Polizisten

Wie die Polizeileitstelle Unna am Samstag berichtete, passierte ein Übergriff auf zwei Schülerinnen (13 und 14 Jahre) diesen Samstag gegen 17:30 Uhr an einem Spielplatz im Bereich der Woortstraße. Die von den Mädchen gerufene Polizei konnte aufgrund der Personenbeschreibung noch im Nahbereich einen 19-jährigen „Bönener" antreffen. In Bönen befindet sich eine der größten „Erstaufnahmeunterkünfte" Mordrhein-Vandaliens …

Der betrunkene „junge Mann" ließ zunächst eine Beleidigung gegen die Einsatzkräfte vom Stapel und versuchte dann zu flüchten. Beamtinnen und Beamte stellten sich ihm in den Weg. Er gebärdete sich jedoch weiter renitent, „beleidigte die Beamtinnen und Beamten", spuckte einem/r ins Gesicht. „Als er daraufhin zur Verhinderung weiterer Straftaten in Gewahrsam genommen und gefesselt werden sollte, beschimpfte, beleidigte und bedrohte „der Mann" die Beamtinnen und Beamten fortwährend weiter, heißt es im Polizeibericht. Während des Transports zur Wache im Streifenwagen spuckte „der Mann" einem weiteren Beamten ins Gesicht. Auf richterliche Anordnung verblieb er bis zur Ausnüchterung im Polizeigewahrsam und wurde anschließend entlassen.

Es war nicht die erste sexuelle Belästigung in Unna seit 2015, wie man den schockierenden Details vieler Fälle bei „kein-freiwild.info" entnehmen kann.

Weitere „Schlag-Zeilen" aus Unna – nur nicht im Mainstream

Bereits die zahlreichen „Verwerfungen und Übergriffe“ bei der Unnaer Katharinenkirmes Ende Oktober 2017 sorgten für Schlagzeilen – zumindest in den regionalen und Freien Medien, PI-NEWS berichtete. Dabei griff an mindestens drei Abenden eine mit Messern und Stöcken bewaffnete Gruppe von Asylbewerbern Deutsche an: am Freitag vor einer Bahnhofsgaststätte, am Samstag am Autoscooter auf dem Busbahnhofgelände, am Sonntag auf der Kirmes. Ein Polizeiaufgebot von 16 Streifenwagen aus dem Kreis Unna und den Nachbarkreisen war am Samstagabend im Einsatz – am Sonntagabend folgte die dritte Schlägerei am Autoscooter. Wie die Unnaer Polizeileitstelle schilderte, gingen am Freitagabend mehrere Notrufe ein. Vor einer Gaststätte am Bahnhof sei eine größere Schlägerei im Gange. Unterschiedlichen Zeugenangaben zufolge konnten bis zu 25 Personen in die Handgreiflichkeiten verwickelt sein. Die Einsatzkräfte der Polizei „sortierten“ die Lage vor Ort:
„Nach derzeitigem Ermittlungsstand erfolgte der Angriff auf Gäste der Schankwirtschaft aus einer größeren Gruppe von Asylbewerbern unterschiedlicher Nationalitäten“, stellt die Leitstelle klar.
Stöcke und Messer seine im Spiel gewesen. Die Attacke blieb nicht ohne Folgen. Ein 47jähriger Mann aus Unna erlitt schwere Verletzungen, ein 25jähriger Unnaer wurde leicht verletzt, beide wurden in Krankenhäuser eingeliefert. Die Polizei leitete unverzüglich die Fahndung ein und berichtete:
„Als Tatverdächtige wurden zwei 19- und 18jährige Syrer aus Bönen und Unna vorläufig festgenommen. Nach Durchführung der erforderlichen Maßnahmen entließ man sie wieder auf freien Fuß“.
Am Folgetag kam es erneut zu Schlägereien mit einer Vielzahl von Beteiligten, diesmal im Bereich des Autoscooters auf dem Kirmesgelände. „Auch hier sollen wieder Messer und Stöcke im Spiel gewesen sein“, schildert die Polizeileitstelle die Darstellung von Zeugen vor Ort. Diese sprachen von „etwa 25 bis 50 Personen arabischen / südländischen Aussehens“. Nach weitergehenden Informationen soll es sich hauptsächlich um Männer syrischer Herkunft gehandelt haben, aber auch andere Nationalitäten waren vertreten, z. B. Afrikaner. Auch diese Aggressionen seien wie am Vorabend wieder von einer größeren Gruppe Asylbewerber ausgegangen:
„Die Stimmung war so aggressiv und aufgeheizt, dass ein starkes Kräfteaufgebot der Polizei notwendig wurde, um die Lage zu beruhigen. 16 Streifenwagen aus dem ganzen Kreisgebiet, Dortmund, Soest und Hamm wurden zum Busbahnhof beordert. Da es sich bei den Beteiligten teilweise um dieselben Personen wie in der Nacht zuvor handelte, liegt der Verdacht eines Zusammenhangs nahe“,
fasste die Polizei die „Vorfälle“ zusammen. Die Ursache der Auseinandersetzungen könnte in einem mehrere Wochen zurückliegenden Konflikt zwischen einem Asylbewerber und einem Deutschen liegen.

Unna – Unna-türliche Häufung von Vorfällen

Die Polizei sprach bei den Unnaer „Kirmes-Vorfällen“ von einer „ungewöhnlichen Häufung einschlägiger“ Auseinandersetzungen: Der Personenkreis bestand aus bunt gemischten Nationalitäten – sowohl „Deutsche“ (natürlich) als auch Serben, Libanesen, Syrern und Personen arabisch-südländischen Aussehens waren mit von der Kirmes-Partie. Am Freitag- und Samstagabend waren Asylbewerber unterschiedlicher Nationalitäten, hauptsächlich syrischer, aber auch afrikanischer

Herkunft, mit „Deutschen aneinandergeraten". Zeugen sagten aus, dass in beiden Fällen zuerst die Deutschen angegriffen worden seien.

Polizei „Bunt gemischte Nationalitäten" – Massen kamen nach Massen

Dabei begann die Belegung der Erstaufnahmeunterkünfte in „Massen" und „Bönen" zunächst sehr ambitioniert: In Unna-Massen entstand sogar eine EAE (Erstaufnahmeeinrichtung) des „modernsten Typs" (!). Die Kosten dafür trug das Land Nordrhein-Westfalen, also der dort ansässige Steuerzahler. Angesichts leerer Haushaltskassen war allerdings bald „Schicht im Schacht" für die Kostenträger. Doris Kuhnt, Mitarbeiterin der Asylstelle Unna-Bönen führt exemplarisch „Krankenkosten" an, welche die Gemeinde übernehme: „Allein für eine schwer kranke Frau aus dem Irak liefen innerhalb von zwei Jahren Behandlungskosten in Höhe von rund 120.000 Euro auf".

Für 2014 gab es eine Prognose, dass 230.000 Flüchtlinge nach NRW kommen würden, diese Prognose wurde dann auf 450.000 Personen korrigiert. Im Juni des Jahres 2015 wurden die zahlenmäßigen Erwartungen an die vollumsorgten „Schutzsuchenden" jedoch bereits deutlich übertroffen.

Unna vs. Umma – „Kirmes wird noch lange in Erinnerung bleiben" – für umme..!

Als absolute Katastrophe für die „Länger hier Lebenden" gestaltete sich aber auch die Massen-Einwanderung nach Massen und Bönen und die Teilhabe an den öffentlichen Lustbarkeiten: Die Katharinenkirmes (Kirmes kommt von Kirch-Messe …) wurde früher zu Ehren der Heiligen Katharina abgehalten. Sankt Katharina sollte zunächst von den Nicht-so-Christlichen mittels Nägeln „gerädert" werden, man entscheid sich dann nach vielen untauglichen Versuchen aber doch für eine „Enthauptung". Der Begriff „Umma" steht für eine Gemeinschaft, die über den Rahmen eines „Stammes oder Clans hinausreicht" und wird allgemein für die religiös fundierte Gemeinschaft der Muslime verwendet.

Im Fall der unnatürlichen Unnaer „Kirmes-Vorfälle" berichtet als einziges überregionales Mainstreammedium der „Focus" unter „Regionales" von einer „Schlägerei mit vielen Beteiligten".

Auch im Falle des unnahbaren Unnaer „BMW-Stamm-Kunden", der zunächst ein städtisches Fahrzeug mit voller Wucht „steinigte" (PI-NEWS berichtete am heutigen Sonntag) und dann mit Falschgeld einen Luxus-BMW kaufen wollte, machten Justiz, Behörden und Polizei in Unna diese Woche keine gute Figur. Der afrikanische Merkel-Ork kehrte in das BMW-Mini-Rolls-Royce-Autohaus an der Hansastraße des öfteren zurück und beging einen Mordversuch an vier Mitarbeitern des Autohändlers mithilfe eines Metall-Merkel-Pollers.

Nach mehrfacher Aufnahme seiner (mehrfachen?) Personalien und einem kurzen Zwischencheck in der Psychiatrie wurde der 23-jährige Afrikaner bereits wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Umvolkung nimmt immer perfidere Züge an – Unna ist überall!

Zwei Vergewaltigungen an einem Wochenende in der rotgrünen Hansestadt Fußgängerzone Hamburg: Afghane vergewaltigt 14-Jährige

pi-news.net/2018/08/fussgaengerzone-hamburg-afghane-vergewaltigt-14-jaehrige
August 13, 2018

An der belebten Mönckebergstraße in Höhe „Saturn" passierte das Verbrechen am helllichten Tag. Der pädophile Vergewaltiger Manor S. ist ein bereits polizeibekannter Straftäter. Es war nicht der einzige „sexuelle Übergriff" in der Hansestadt an diesem Wochenende.

Von DAVID DEIMER | In Hamburg wurden am Wochenende gleich zwei Frauen Opfer einer Vergewaltigung. Bei den Opfern des „Historisch einzigartigen Experiments" handelt es sich um ein 14-jähriges Mädchen und um eine 39-jährige Frau aus Hamburg. Die Polizei sucht nun dringend nach Zeugen.

Am Samstag gegen 9 Uhr sprach ein hinlänglich polizeibekannter 30-jähriger Afghane am Hamburger Hauptbahnhof ein Mädchen an und tat so, als würde er sie schon lange kennen. Als sich die 14-Jährige entfernte, folgte er ihr, verwickelte sie immer wieder in „Gespräche" und zog sein Opfer im Bereich des Elektromarkts „Saturn" an der Mönckebergstraße plötzlich in einen Hauseingang. Obwohl sich das Mädchen heftig wehrte, vergewaltigte der „Schutzsuchende" die Minderjährige. Das Mädchen versuchte sich noch vergeblich zu wehren. Der „Mann" nahm laut Polizei „sexuelle Handlungen an ihr vor". Warum niemand dem schreienden Mädchen am helllichten Tag half, ist derzeit noch unklar. Möglicherweise ist die Bevölkerung in Hamburg bereits völlig abgestumpft gegen die vielfachen Gewalttaten der importierten Merkel-Zombies.

Anschließend verfolgte der „Geflohene" sein Opfer bis in die U-Bahn, in die sie vor ihm flüchtete. An der Haltestelle Hoheluftbrücke verließ die 14-Jährige die Bahn und bat an einer Tankstelle völlig schockiert um Hilfe. Polizisten konnten den pädophilen Vergewaltiger „Mansor S." sodann im Umfeld der Tankstelle festnehmen. Der 30-jährige Afghane ist wegen Diebstählen, Drogendelikten und Körperverletzung selbstverständlich „polizeibekannt".

Ein „Atemalkoholtest" ergab 2,24 Promille, was ihm in einer möglichen Strafverhandlung zugute kommen wird. Oberstaatsanwalt Carsten Rinio: „Es wurde Haftbefehl wegen Vergewaltigung erlassen. Der Haftgrund ist Fluchtgefahr."

Bereits am Freitagabend wurde eine 39-jährige Hamburgerin Opfer eines sexuellen Übergriffs, als sie den U-Bahnhof Habichtstraße in Barmbek verließ. Im Hellbrookstieg wurde sie plötzlich von hinten attackiert, der 1,80 Meter große Täter drückte sie unvermittelt zu Boden. Die Frau wehrte sich heftig gegen die Vergewaltigung und rief laut um Hilfe. Der „Mann" (19-23, helles T-Shirt, Jeans, südländisches

Erscheinungsbild, kurze, dunkle Haare) flüchtete. Hinweise zu beiden Fällen bitte an Tel. 040-428 656 789.
In Deutschland halten sich derzeit 75.000 illegal importierte „Fachkräfte" aus Afghanistan auf, viele davon todesgefährlich ! Die Abschiebung gestaltet sich zunehmend schwierig – im Gegensatz zur Rückholung AUS Afghanistan, wie im Fall des am Sonntag wieder in Deutschland gelandeten Nasibullah S. Die „ZEIT" frohlockt darüber mit Häme. Land unter an der Waterkant.

Letztes Verzweiflungsangebot einer Deutschen Dortmund-Zoo: „Schutzsuchender" vergewaltigt 54-jährige Joggerin

pi-news.net/2018/08/dortmund-zoo-schutzsuchender-vergewaltigt-54-jaehrige-joggerin

August 17, 2018

Aufgrund der "vielfachen Reaktionen in den sozialen Medien und der großen Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit" (Polizeisprecher Kim Freigang) entschloss sich die NRW-Polzei, ein Fahndungsbild des Nafri-Täters - trotz Daten- und Täterschutz - zu veröffentlichen.
Von JOHANNES DANIELS | In ihrem Strategiepapier zum „Masterplan für die gesellschaftliche Einbindung" (der Deutschen) forderte die SPD-Politikerin Aydan Özoguz das „täglich neue Aushandeln des Zusammenlebens". Die Gesellschaft werde „weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein."
Am Montagnachmittag – am helllichten Tag – durfte auch eine weitere Joggerin das Zusammenleben in Dortmund neu aushandeln. Die 54-Jährige war in einem kleinen Wäldchen an der Hacheneyer Straße / Zillestraße nahe des Dortmunder Zoos joggen. Sie war gerade in Richtung Zoo unterwegs, als ein Mann hinter einem umgestürzten Baum hervor kam, sie unvermittelt von hinten angriff und zu Boden riss. Dort würgte er sie, schob ihr die Hose herunter und zog ihr Shirt hoch. Die Frau versuchte, um Hilfe zu schreien, doch der „mutmaßliche Täter" würgte sie solange, bis sie keine Luft mehr bekam.
… bis zur Bewusstlosigkeit – ein „Verzweiflungsangebot"
In ihrem panischen Todeskampf mit dem Würger von Dortmund-Zoo versuchte sie ihren Peiniger von der Vergewaltigungs- / Tötungsabsicht abzuhalten. Die Dortmunderin „bot ihm schließlich an, ihn mit der Hand zu befriedigen", wie der Polizeibericht weiter ausführt. Im Zuge dieses Aushandelns ging der Geflüchtete darauf ein und flüchtete nach Vollendung des Sexualdelikts anschließend in Richtung Hacheney.
Bei der Polizei konnte die 54-Jährige eine Täterbeschreibung abgeben, woraufhin Profiler ein „Phantom-Bild" erstellten. Der Peiniger soll zwischen 30 und 40 Jahre alt und zwischen 1,70 und 1,80 Meter groß sein. Wie die Polizei in ihrem jetzt veröffentlichen Fahndungsaufruf angibt, könnte er vom äußeren Erscheinungsbild aus Nordafrika stammen. Die Person war bekleidet mit einer blau-weiß-roten Trainingsjacke, einer grauen „Jogginghose" und einem roten T-Shirt mit einem weißen Vereinsemblem und einer weißen Aufschrift. Zudem hatte der Mann einen Drei-Tage-Bart.
Die Joggerin hatte während des Überfalls eine Person mit einem roten Schirm gesehen, die direkt am Zaun des Zoos entlang in Richtung des Berufsförderungswerkes ging. Diese Person hatte möglicherweise etwas von dem Vorfall bemerkt. Zudem seien in dem Wald immer noch JoggerInnen und Hundebesitzer unterwegs. Die Polizei ermittelt wegen versuchter Vergewaltigung und sexueller Nötigung gegen den „Unbekannten". Wegen versuchten Mordes wird nicht ermittelt.
Die Polizei Dortmund:
„Wenn du etwas bemerkt hast oder Hinweise auf den Fluchtweg beziehungsweise die Identität des Täters geben kannst, melde dich bitte dringend bei der Dortmunder Polizei: 0231 132 7441".
Einige wenige überregionale Medien, wie die „Westfälische Rundschau" berichten zwar über die Tat, jedoch „verkürzen" sie den Polizeibericht in nicht unerheblichen Details:
„Die 54-Jährige schrie laut um Hilfe und wurde so lange gewürgt, bis sie kaum noch Luft bekam. Die Joggerin versuchte, die unbekannte Person durch Ansprechen von der weiteren Tat abzuhalten. ‚Nach einer Weile' habe der Täter von ihr abgelassen und sei in Richtung Hacheney davongelaufen".
Polizeisprecher „Kim Freigang"

Trotz der unvollständigen Berichterstattung habe die Gräueltat vielfache Reaktionen in den sozialen Medien ausgelöst und hätte (- unerwarteterweise -) für große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gesorgt, erklärte Polizeisprecher Kim Freigang, sodass man sich nun doch für eine öffentliche Fahndung entschloss / entschließen musste. Der Deckel konnte anscheinend dieses Mal in NRW nicht mehr auf dem Topf gehalten werden.

Ob es eine heiße Spur gibt, konnte Kim Freigang am Donnerstag noch nicht sagen, betonte jedoch, dass mögliche Zeugen weiterhin dringend gebeten werden, sich zu melden

„Wir gehen jedem Hinweis nach", sagte Freigang. Da Menschen in der selben Situation auf unterschiedliche Dinge achten würden, könne es niemals zu viele Aussagen geben. Es brauche auch niemand die Sorge zu haben, Unbeteiligte zu belasten – oder „Schutzsuchende" unter Verdacht zu stellen: „Wir ermitteln grundsätzlich sowohl gegen als auch für Tatverdächtige, berücksichtigen also gleichermaßen be- wie entlastende Umstände."

„Die Leute melden sich oft nicht, weil sie ihre Beobachtung nicht für relevant halten. Es kann sich dabei aber um den fehlenden Puzzlestein handeln", erklärte der Polizeisprecher.

Das Opfer sei, soweit man das überhaupt sagen könne, sei mit ihrer heftigen und lautstarken Gegenwehr „vergleichsweise glimpflich davongekommen. Es gibt verschiedene Meinungen, wie man da reagieren sollte. Für die Betroffenen ist es immer eine Ausnahmesituation, in diesem Fall ist der Täter sehr brutal vorgegangen. Ich persönlich würde sagen, Hut ab für die Reaktion der Frau. Ich denke, das Ergebnis spricht für sich," führte Polizeisprecher Freigang weiter aus.

„Glückaufsegen" in Hacheney

Nur wenige hundert Meter entfernt errichtete die Stadt Dortmund in der „Glückaufsegenstraße 60" eines der größten Willkommenzentren Nordrhein-Westfalens. „Mit der Errichtung einer sogenannten ‚Asylstraße' wurde ein zeitoptimiertes Verfahren umgesetzt. Die „Asylsuchenden" wurden bei ihrer Ankunft von der Betreiberfirma European Homecare (EHC) erfasst und anschließend der Registrierung mit umfassendem Gesundheitscheck zugeführt". Die EAE Dortmund, immer noch die einzige EAE mit „einem ungesteuerten Zugang in NRW, hat wesentlich zu der Weiterentwicklung der Prozessschritte mit allen beteiligten Partnern im Asylverfahren beigetragen", wie der FOCUS stolz berichtete. Nach der Schließung der EAE fanden die meisten „Asylsuchenden" schnell Zugang zu den Sozialsystemen und Sozialwohnungen im umliegenden prekären Stadtteil Dortmund-Hacheney. **Auch dort sinkt die Zahl der Straftaten laut Kriminalitätsstatistik NRW unaufhörlich und tendiert gegen Null. Die Gesamtzahl aller Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist allein in Dortmund von 543 (2016) auf 688 (2017) gestiegen.**

„Jogger" Dortmund-Wambel

Vor einigen Wochen hat sich ebenfalls im östlichen Dortmunder Stadtteil Wambel ein Überfall ereignet: Ein 44-jähriger Jogger wurde von zwei jungen Männern zunächst durch Querstellen eines BMX-Rades am Weiterlaufen gehindert und anschließend mit einem etwa 20 Zentimeter langen „Rambo-Messer" bedroht. Um die Drohkulisse zu untermauern, zog der zweite Räuber ein tarnfarbendes „Butterfly-Messer" und forderte den Jogger zur Herausgabe seines Handys aus – dieser Forderung kam der eingeschüchterte Mann nach, anschließend flüchteten die Geflüchteten. Der Täter mit dem „Rambo"-Messer wird als „etwa 16 bis 18 Jahre" alt beschrieben. Er trug ein T-Shirt mit dem weißen Schriftzug „Snipes", außerdem eine schwarze Basecap mit goldenem Adidas-Emblen, er führte ein schwarzes Mountainbike mit sich. Der zweite Täter soll ebenfalls „zwischen 16 und 18 Jahren" alt sein, hatte eine unreine Haut (Hepatitis C) und einen leichten Silberblick. Bekleidet war er mit einem gelben Shirt, auf dem der hippe weiße Schriftzug „Stüssy" prangte. Auf dem Kopf trug er eine weinrote Basecap mit „Mighty-Ducks"-Schriftzug, er fuhr auf dem blauen BMX-Rad mit Schaumstoffverkleidung am Lenker. Beide Täter sollen nordafrikanisch wirken, laut Dortmunder Polizei handele es sich um minderjährige, unbegleitete Asylbewerber, sogenannte "MUFls".Der Peiniger soll zwischen 30 und 40 Jahre alt und zwischen 1,70 und 1,80 Meter groß sein.

„Joggerin"

Auch in Münster sprach ein „Mann", 25, im Zuge des täglichen Aushandelns eine Joggerin an. Der Verhandlungsführer erreicht damit aber ein für ihn suboptimales Ergebnis. Er entschloss sich, sie plötzlich in ein Gebüsch zu zerren und vergewaltigt sie „brutal". Laut Polizei konnte sich die Frau retten, indem sie im Zuge des interkulturellen Diskurses ein Auto auf sich aufmerksam machte, als es sich näherte. Der Vergewaltiger flüchtete zunächst. Wegen der guten Täterbeschreibung und eines Zeugenhinweises wurde der „Noch-nicht-so-lange-hier-Lebende" 20 Minuten später bei festgenommen.

Der Pole wohne laut Polizei erst seit drei Wochen in Münster. Er räumte ein, das Opfer zwar angetroffen zu haben, bestritt aber die Vergewaltigung. Ein Haftrichter erließ wegen des Verdachts der Vergewaltigung im besonders schweren Fall Haftbefehl.

Aydan Özoguz joggt nicht – der „Masterplan"

Die frühere „Integrationsbeauftragte der Bundesregierung" Aydan Özoguz hatte höchstpersönlich ein Strategiepapier verfasst, das als so genanntes *„living document"* als Diskussionsgrundlage für Bundes- und Landesministerien für die Flutung Deutschlands mit archaischen Lebenskulturen dienen soll. Es sollte ein „Masterplan für die gesellschaftliche Einbindung derjenigen, die in Deutschland bleiben werden" sein. Sie fordert darin deutlich mehr Anstrengungen von Bund, Ländern, Wirtschaft und der „deutschen Gesellschaft". Özoguz' Ausführungen enden mit einer klaren Botschaft:

„Wir stehen vor einem fundamentalen Wandel. Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein." Das Zusammenleben müsse täglich neu ausgehandelt werden. Eine Einwanderungsgesellschaft zu sein heiße, „dass sich nicht nur die Menschen, die zu uns kommen, integrieren müssen". „Alle müssen sich darauf einlassen und die Veränderungen annehmen".

Özoguz schloss mit dem Satz: „Es wird Zeit, dass sich unser Selbstbild den Realitäten anpasst, davon profitieren wir alle."

Umvolkung pur Gemetzel in Kerpen: „Kemal war immer freundlich“

pi-news.net/2018/08/gemetzel-in-kerpen-kemal-war-immer-freundlich
August 21, 2018

Von BEN NICKELS | Nur das couragierte Eingreifen eines Passanten am Freitag vor einem Einkaufszentrum in Kerpen verhinderte den vollendeten Mord an Kemals thailändischer Ex-Freundin, 47 und deren neuen Lebensgefährten. Der mutige Kerpener rammte den Angreifer mit einem robusten Kaufland-Einkaufswagen während seines brutalen Axt-Massakers, wodurch auch der Tatverdächtige sich „leichte Verletzungen zuzog, einstweilig kampfunfähig wurde und auch kurzzeitig in einem Krankenhaus behandelt werden musste“. PI-NEWS berichtete mit Täterdetails aus dem Polizeibericht, im Gegensatz zur Mainstreampresse.

Islamische Trennung im (B)eil-Verfahren

Wie im Erdo-Wahn schlug „der in seiner Ehre Verletzte“, 43, bis dahin auf seine Opfer mit der Streitakt ein, wie Augenzeugen schockiert berichteten – sie erzählten von „unfassbar schrecklichen Szenen“, die sich am Freitagnachmittag auf dem Supermarkt-Parkplatz in Kerpen-Hitdorf abgespielt haben. Sofort machten sich mehrere alarmierte Streifenwagenbesatzungen, Rettungssanitäter und ein Notarzt auf den Weg. Unmittelbar vor dem Eingangsbereich des Supermarktes entdeckten die Retter die blutüberströmten leblos scheinenden Opfer des fast vollendeten „Ehrenmordes“. Ein Rettungshubschrauber brachte die beiden Schwerverletzten in die Intensivstation – der attackierte „Nebenbuhler“ schwebt immer noch in Lebensgefahr.

Kerpen-Kemal hat die Ruhe weg

Kurz nach dem – durch die Einkaufswagen-Rochade unterbrochenen – Tatablauf schlenderte der Täter im angesagten NRW-Pierre-Vogel-Look seelenruhig über den Parkplatz, in seinem Gesicht klebte noch Blut und Gottesvertrauen. Mit gezogenen Waffen stellten sich ihm Polizeibeamte in den Weg, zwangen ihn auf den Boden und nahmen ihn schließlich fest.

Kemal „arbeitete“ seit etwa zwei Wochen in einem türkischen Delikatessenladen im Eingangsbereich des Einkaufszentrums. Mehrere Kollegen berichten übereinstimmend: „Kemal war immer freundlich, ein ruhiger Typ“. Er habe auch immer nett gegrüßt. Ein Kollege: „Gegen 15 Uhr hat er sich verabschiedet und gesagt, dass er nach Hause geht.“

Doch als seine ehemalige Partnerin mit ihrem neuen Freund, einem Polen, um 15.20 Uhr das Kaufland verlässt, greift Kemal erst die Frau an. Als der neue Freund der überraschten Thailänderin zu Hilfe eilt, schlägt Kemal auch auf ihn blutberauscht mit seinem Fleischerbeil ein.

Lebensgefährlicher Lebensgefährte

Ein Polizist brüllt bei der Festnahme so laut er kann, dass sich Kemal auf den Boden legen soll mit den Händen auf den Rücken. Die Einsatzkräfte sind in dieser gefährlichen und nervenaufreibenden Situation einem höchsten Maß an Stress ausgesetzt, insbesondere weil zu diesem Zeitpunkt noch unklar war, ob es sich um eine „Beziehungstat", einen Terroranschlag oder einen gewöhnlichen NRW-Amoklauf handelt. Auch ob Renate KünaXt's Sorgenkind noch weitere Waffen bei sich trägt oder andere gefährliche Gegenstände dabei hat – ein unkalkulierbares Risiko für die jungen Beamten. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln nun wegen eines versuchten Tötungsdelikts in zwei Fällen, der gehörnte Kemal wurde zunächst in Untersuchungshaft geschickt. Seine Personalien wurden aufgenommen. „Die Hintergründe der Tat sind noch unklar". Klar.

Der Kölner Express: „Übel zugerichtet"

Die stets humorvollen rheinischen Frohnaturen vom „Kölner Express" beschreiben den gezielten Mordanschlag in Zeiten des Historisch einzigartigen Experiments wie folgt:

„Der Mann, der nur wenige Augenblicke zuvor seine Ex-Frau (47) und ihren neuen Lebensgefährten (44) am Supermarkt-Eingang mit einem Fleischerbeil ***übel zugerichtet*** *hat, wirkt seelenruhig, nahezu apathisch. Er schlendert im Schneckentempo über einen Grünstreifen neben dem Parkplatz, als die ersten drei eintreffenden Polizisten ihn erreichen. Als er in die Mündungen der Pistolen blickt, lässt er sich auf die Knie fallen und legt sich auf den Bauch. Während ein Beamter den Tatverdächtigen mit der Waffe im Visier behält, stecken die anderen beiden Polizisten blitzschnell ihre Pistolen in den Holster zurück und springen auf Deniz Y.s* Rücken".*

(*Name von der Express-Redaktion aus Täterschutzgründen geändert)

Leichte Vorwürfe erhebt das Jecken-Blatt aus der Multi-Kulte-Hölle Köln auch gegen den deutschen Passanten, der todesverachtend Nothilfe leistete und macht sich Sorgen um Kemals Aua:

„Deniz Y. wird zur Wache gefahren. Erst dort stellt sich heraus, dass auch der Beil-Angreifer verletzt ist. Ob es sich um eine Festnahmeverletzung handelt oder ob ihn der Zeuge verletzt hat, der ihn bei der Attacke mit voller Wucht mit einem Einkaufswagen rammte, ist unklar".

Der beherzte deutsche Retter wird sich wegen Körperverletzung, Rassismus, Islamfeindlichkeit und „Volksverhetzung-mittels-Einkaufswagens" vor Gericht verantworten müssen. Die Richter*In wird ein angemessenes Urteil sprechen. Eine Aussetzung zur Bewährung kommt aufgrund der gezielten subjektiven Verletzungshandlung („rammte mit voller Wucht") wohl nicht mehr in Betracht.

Als Michi Schumacher und der mega-talentierte Sebastian Vettel noch ihre Runden auf der GoKart-Bahn in Kerpen drehten, fingen Witze oft so an: "Ein Pole, ein Türke und eine Thailänderin treffen sich im Supermarkt …". Im umvolkungsgeknechteten Mordrhein-Vandalien ist einem das Lachen – und vielen das Messer – mittlerweile im Hals stecken geblieben. Wir befinden uns heute in einem asymetrischen Krieg, in dem immer nur die Angreifer und „Schutzbedürftigen" bewaffnet sind.

Wir wünschen den „kemalistischen" Opfern der islamisch-korrekten Blitz-Trennung gute Besserung und dem „freundlichen Kemal" einen gerechten Richter nebst baldiger Abschiebung nach Anatolien.

Je suis Einkaufswagen!

Ein PI-NEWS Leser schreibt:

„Ich nehme das Beil immer zum Holzhacken. Mache ich etwas falsch?“

Bluttaten haben Hochsaison am Rhein - „Typische Bedrohungslage“ Düsseldorf: Iraner ersticht Deutsche auf offener Straße

pi-news.net/2018/08/duesseldorf-iraner-ersticht-deutsche-auf-offener-strasse

August 20, 2018

Anna S. (r.) wurde in der Bachstraße vom iranischen Kiosk-Mann Ali S. (44), niedergestochen. Sie starb später im Krankenhaus.

Von BEN NICKELS | Düsseldorf kommt nicht zur Ruhe – mindestens der sechste schwere Messerangriff in den letzten Wochen mit fatalem Ausgang und SEK-Einsatz: Der 44-jährige Iraner Ali S. (44) griff am Montag Morgen um 7:38 Uhr mitten auf dem Gehweg der Bachstraße eine 36-Jährige mit einem Messer an. Er war maßgeblich in seiner „Ehre verletzt“ worden.

Die dagegen körperlich schwerst verletzte Deutsche verstarb nach einem Todeskampf zwei Stunden nach der Tat an den erheblichen Stichverletzungen auf der Intensivstation. Die Fahndung nach dem „flüchtigen Mann“ dauert derzeit an.

Am Montagmorgen alarmierte ein Zeuge die Polizei und berichtete, dass ein Mann auf der Bachstraße im prekären Düsseldorfer Stadtteil Friedrichstadt eine Frau attackiert habe. Der Täter habe, so berichtet ein Augenzeuge, die Frau schon ab der Kreuzung Friedrichstraße / Bachstraße „mit einem Messer“ verfolgt. Er soll der Frau zunächst mit der Faust auf den Kopf geschlagen haben. Die Frau sei dann gestürzt, habe bäuchlings auf dem Boden gelegen. Auf dem Boden liegend metzelte er dann feige sein Opfer nieder. Der Täter flüchtete nach der Bluttat. Ein Rettungswagen brachte die lebensgefährlich verletzte 36 Jahre alte Frau in eine Klinik, wo sie trotz aller Bemühungen der Ärzte nicht mehr gerettet werden konnte.

Die iranische Messerfachkraft hatte einen blauen Jogginganzug getragen. Ein Augenzeuge schilderte, dass das Opfer schreiend über die Bachstraße gelaufen sei und laut um Hilfe gerufen habe – auch eine kehlige laut schreiende Männerstimme sei zu hören gewesen. Nach der Tat versuchten Passanten, die Blutungen der Frau mit ihren Kleidungsstücken zu stoppen. Ein Anwohner verfolgte den Täter mit dem Fahrrad in Richtung Brunnenstraße in Bilk. Eine SEK-Einheit wurde dann angefordert, die in die Wohnung des Verdächtigen an der Brunnenstraße eindrangen, um diesen festzunehmen. Der Iraner wurde in der Wohnung allerdings nicht persönlich angetroffen.

Eine Mordkommission „MK Bach“ wurde eingerichtet und hat die weiteren Ermittlungen übernommen. Die Hintergründe der Tat sind noch völlig unklar – offenbar handelte es sich um eine Beziehungstat oder einen „Ehrenmord im Affekt“, der vor deutschen Strafkammern in der Regel wohlwollend sanktioniert wird. Noch dazu an einer Deutschen.

Bluttaten haben Hochsaison in Düsseldorf

Fast könnte man meinen, in Düsseldorf sei derzeit die „Sechste Jahreszeit am Rhein“ angebrochen. Seit wenigen Wochen nehmen brutale Messer- und Axt-Übergriffe – vor allem in den prekären Ost-Stadtteilen Friedrichstadt, Bilk, Flingern, Mörsenbroich, Rath oder in „Klein Marokko“ im so genannten Maghreb-Viertel Nähe Hauptbahnhof – „beängstigend“ zu.

In Flingern fingerte ein „emotional verwirrter“ Täter am Mittwoch mit seinem 25-cm-Fleischermesser in der Rheinbahn herum und stach dabei einer 27-jährigen Düsseldorferin unvermittelt in den Hals – sie wurde schwerst verletzt, PI-NEWS berichtete.

Mordversuch in Bahn war geplantes Gemetzel an Frauen

Wie die Kripo Düsseldorf nun mitteilte, griff der „Psychisch Verwirrte“ in der Straßenbahn auch zwei weitere Frauen an – Fahrgäste schritten ein und beschützten sie bei dem geplanten Gemetzel nach der ersten Tat. Der Haftrichter verschonte den Täter, der immerhin einen Mehrfachmord in der Linie 709 im Stadtzentrum plante, vor der U-Haft. Der Messerstecher wurde zur mehr-oder-weniger-geschlossenen forensischen Betreuung geschickt. Der Täter sei der Polizei zwar bekannt, wie die ermittelnde Staatsanwältin Britta Zur erklärte, „jedoch nur wegen kleinerer Delikte, bei denen die Ermittlungen wieder eingestellt wurden“.

Zwei Axt-Attacken durch „Verwirrte“ am 20. Juli

Ausgerechnet am 20. Juli – heute vor einem Monat – wurden Spezialkräfte der Düsseldorfer Polizei in gleich zwei Fällen gerufen, da Männer in Düsseldorf „an diesem Freitag“ mit Äxten agierten und unbeteiligte Menschen attackierten. Bei einem Angriff in Düsseldorf-Oberbilk bedrohte ein „Psychisch Verwirrter“ Passanten an einer Linienbus-Haltestelle.

Ebenfalls an diesem Freitag stand in Düsseldorf-Mörsenbroich ein weiterer 71-jähriger (!!) „psychisch traumarisierter Schutzbedürftiger" mit sehr dunkler Hautfarbe mit einer Axt vor der Tür seiner Nachbarin. Für seine Festnahme kam es auch zum Einsatz von Reizgas und Warnschüssen. Nach sofortiger ärztlicher Einschätzung wurde der Mann statt in U-Haft in eine psychiatrische Klinik chauffiert: Zwei Polizeibeamte erlitten im Zuge der Schussabgabe ein Knalltrauma, der „Randalierer" eine leichte Schürfwunde. Sanitätsdienste und eine Ärztin wurde daher hinzugezogen und im weiteren Verlauf erfolgte die Einweisung des Mannes nach dem „Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten" in eine Düsseldorfer Spezialklinik. „20. Juli" – für was opferten die mutigen Patrioten um Claus Schenk von Stauffenberg ihr Leben?

Düsseldorf-Oberbilk – eine Axt spaltet die Gesellschaft

Am S-Bahnhof Oberbilk stritt sich ein weiterer „Axtschwingender" aus einem Auto heraus mit Passanten, die es wagten, just am Freitag (halal) einen Hund (haram) mit sich zuführen. Erst fuhr der Wagen weiter, dann drehte er um und der 51-jährige Beifahrer stieg mit einem Beil in der Hand aus. Er ging auf die Gruppe los und holte mit der Axt aus – er drohte immer wieder, mit dem Spaltinstrument auf die Passanten und den Hund einzuschlagen, rangelte dann mit einem 26-Jährigen, der dabei verletzt wurde. Die alarmierten Einsatzkräfte der Polizei trafen den „immer noch axtschwingenden Mann" aus dem Südland auf der „Mittelinsel" der Straße an. Auch er kam der Aufforderung der Beamten nicht nach, die Axt fallen zu lassen. Sprachschwierigkeiten – Fragen, Frau KünaXt?

Stattdessen ging er mit erhobenem Kriegsbeil auf die Polizisten zu. Diese setzten Tierabwehrspray – gegen den Mann, nicht den Hund – ein. Der Tatverdächtige – nicht das Opfer – wurde sofort in einem Krankenhaus ambulant versorgt, konnte jedoch von dort glücklicherweise nach Hause entlassen werden. Gegen ihn werde wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung ermittelt, „seine Personalien" wurden dazu festgestellt.

Beziehungstat: Ägypter Ahmed F. ermordete seine Tochter Sara (7)

Ebenfalls in Düsseldorf-Rath kam es im Juli zu einer „Beziehungstat" mit nach Polizeiangaben „typischer Bedrohungslage", PI-NEWS berichtete umgehend mit Täterdetails. Dabei erfolgte auch ein SEK-Großeinsatz. Der heißblütige 32-jährige Ahmed F. hatte sich während eines Videotelefonats mit seiner Frau Katharina, 44, gestritten. Zum Zeitpunkt des Streits war der Ägypter mit seiner Tochter allein in der gemeinsamen Wohnung. Als die Video-gestützte Auseinandersetzung eskalierte, drohte er, die verzweifelte siebenjährige Sara umzubringen und bedrohte sie mit einem Messer. In Todesangst um Sara fuhr die Mutter von der Arbeitsstelle in die Wohnung und alarmierte sofort die Polizei. Sofort machten sich zahlreiche Einsatzkräfte auf den Weg, auch der Lidl-Markt in Mörsenbroich-Rath wurde geräumt. Spezialeinheiten (SEK) wurden ebenfalls angefordert, da man von einer Geiselnahme ausging. Noch vor der Haustür flehte Katharina F. ihren Mann Ahmed an, der gemeinsamen Tochter Sara nichts anzutun. Leider vergeblich.

Düsseldorf: „Psychisch verwirrter Tunesier" sticht Security-Mann in den Hals

Ebenfalls im Juli stach ein „psychisch verwirrter" Düsseldorfer „tunesischer Herkunft" am Flughafen einem Security-Mitarbeiter von hinten in den Kopf, das Opfer zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu. PI-NEWS berichtete mit Details über die Täter-Herkunft, im Gegensatz zur Lückenpresse. Dort konnte man nur lesen, dass der tatverdächtige „Deutsche wohl psychische Probleme" habe.

Die prekär-bunten Stadtteile Mörsenbroich-Rath, Flingern und Oberbilk werden im Rahmen des „Integrierten Städtebauförderprogramms Soziale Stadt" mit Integrations-Steuermitteln im dreistelligen Millionenbereich gefördert. Doch Düsseldorf gehört in punkto „Innere Sicherheit" mittlerweile zu den absoluten negativen Paradebeispielen der Republik. Die Landeshauptstadt Düsseldorf verzeichnete zwischen 2012 bis 2016 zudem mit 63 Prozent den höchsten Schuldenanstieg aller NRW-Großstädte.

Trotzdem lechzte auch Oberbürgermeister Thomas Geisel, 54, SPD (geboren in der Asyl-Chaos-Stadt „Ellwangen") ausgerechnet im Düsseldorfer Messermonat Juli um „Neues Menschenmaterial" für seine Asylindustrie, als er in einem Brief an Merkel anbot, illegal importierte Goldschätze aus der so genannten „Seenotrettung" in der geschundenen Rheinmetropole aufzunehmen. Er wolle ein Zeichen „für mehr Menschlichkeit setzen und das Recht auf Asyl und Integration".

Ist es nur falsch verstandene „Humanität" oder steckt zynisches Kalkül zum Schaden der noch verbliebenen deutschen Einwohner dahinter?

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/97346/Kollegen-von-erstochenem-Arzt-sind-aufgewuehlt-und-bestuerzt

Ärzteschaft

Kollegen von erstochenem Arzt sind aufgewühlt und bestürzt

Donnerstag, 23. August 2018

Offenburg – Nach der Tötung eines Arztes in Offenburg vor einer Woche erreichen die Lan-des-ärz-te-kam-mer Baden-Württemberg zahlreiche Anrufe und Zuschriften besorgter Mediziner. „Die Ärzteschaft ist aufgewühlt, zutiefst erschrocken und bestürzt", sagte der Präsident der Lan-des-ärz-te-kam-mer, Ulrich Clever. Die Kollegen in Offenburg seien sehr engagiert, die Familie des Getöteten zu unterstützen und dessen Patienten zu versorgen.

Trauermarsch für getöteten Arzt

Haftbefehl nach tödlicher Messerattacke auf Arzt
Arzt erstochen, Helferin verletzt
Am vergangenen Donnerstag war ein 51 Jahre alter Arzt in seiner Offenburger Praxis erstochen worden. Die Polizei verhaftete kurz darauf einen 26 Jahre alten Asylbewerber aus Somalia, der nun wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft sitzt. Das Motiv der Tat war unklar, der Verdächtige hat sich nicht zu den Vorwürfen geäußert.
Die Mediziner diskutierten derzeit, mit welchen Vorkehrungen sich derartige Angriffe vermeiden ließen, heißt es aus der Lan-des-ärz-te-kam-mer. „Dass auch Praxen, Notfallpraxen und Kliniken sich für Notfälle mit Gewaltpotenzial in Übungen und Ablaufszenarien vorbereiten, ist jetzt natürlich in aller Munde und sicherlich sinnvoll“, sagte Clever.
Ob Ärzte sich in Folge der Tat nun verstärkt aus der Flüchtlingshilfe zurückziehen, sei unklar, sagte Clever. Das Gefühl der Ärzte bewege sich zwischen Angst vor ähnlichen Angriffen und „jetzt erst recht“. Generell seien medizinische Berufe helfende Berufe, und die Bereitschaft, Flüchtlingen zu helfen, seit Jahren sehr hoch. © dpa/aerzteblatt.de

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/97231/Haftbefehl-nach-toedlicher-Messerattacke-auf-Arzt-in-Offenburg-erlassen
Vermischtes
Haftbefehl nach tödlicher Messerattacke auf Arzt in Offenburg erlassen
Freitag, 17. August 2018
Offenburg – Nach der tödlichen Messerattacke auf einen Arzt in Offenburg hat eine Richterin Haftbefehl wegen Mordverdachts gegen einen 26-jährigen Mann aus Somalia erlassen. Der Verdächtige ist ein seit November 2015 in Deutschland lebender Asylbe-werber. Er kam heute in eine Justizvollzugsanstalt, wie Polizei und Staatsanwaltschaft in Offenburg mitteilten. Das Motiv für die Tötung des 51 Jahre alten Hausarztes in dessen Praxis war weiter unklar.
Die Polizei hatte den 26-Jährigen gestern nach einer kurzen Großfahndung fest-genommen. Er soll kurz zuvor in der Arztpraxis den Mediziner erstochen und eine Helferin verletzt haben. Nach bisherigen Erkenntnissen betrat der Mann ohne Termin die Praxis, in der bereits andere Patienten waren. Er sei zielstrebig in ein Behandlungszimmer gegangen. Dort habe er den Arzt mit einem mitgebrachten Messer attackiert. Die Waffe blieb bei der Flucht zurück.
Der Verdächtige war nach Angaben der Polizei in diesem Sommer an zwei Auseinandersetzungen in seiner Asylbewerberunterkunft in Offenburg beteiligt. Am vergangenen Wochenende musste der 26-Jährige nach Polizeiangaben deswegen eine Nacht in Gewahrsam verbringen.
Offenburgs Oberbürgermeisterin Edith Schreiner (CDU) rief indes zur Besonnenheit auf. Sie habe mit großer Bestürzung von dem Tötungsdelikt erfahren. „Mein tiefstes Mitgefühl gilt insbesondere der Witwe und der Tochter des Verstorbenen, seiner Familie sowie der verletzten Arzthelferin. Ihr wünsche ich baldige Genesung“, teilte Schreiner heute mit.

Sie dankte der Polizei, die den mutmaßlichen Täter bereits nach einer Stunde fassen konnte. „Dass das Tötungsdelikt in unmittelbarer Nähe die Offenburger Bürgerinnen und Bürger bewegt, ist nachvollziehbar und menschlich. Doch gerade deshalb appelliere ich an die Offenburger Bürgerschaft, sich besonnen zu verhalten und von Pauschalisierungen abzusehen."

Der AfD-Landtagsabgeordnete Stefan Räpple hatte bereits wenige Stunden nach der Festnahme des Mannes der Oberbürgermeisterin, der grün-schwarzen Landesregierung und der Bundesregierung aus CDU und SPD eine direkte Mitschuld am Tod des Arztes zugewiesen. Grund sei die nach seiner Ansicht verfehlte Migrationspolitik. Räpple forderte Schreiner zum Rücktritt auf.

Die AfD hat für morgen nach Angaben einer Stadtsprecherin eine Demonstration vor dem Offenburger Rathaus angemeldet. Die Linke Jugend will eine Gegendemonstration organisieren. © dpa/aerzteblatt.de

29.8.2018 Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
Ihr Regierungssprecher Steffen Seibert sagte am Montag in Berlin: „Was gestern in Chemnitz st…
https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=2042012322504956&id=100000886242540 1/9
Boris Palmer 22 Std. ·
Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Ihr Regierungssprecher Steffen Seibert sagte am Montag in Berlin: „Was gestern in Chemnitz stellenweise zu sehen war und was ja auch in Videos festgehalten wurde, das hat in unserem Rechtsstaat keinen Platz. Solche Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft, oder der Versuch, Hass auf den Straßen zu verbreiten, das nehmen wir nicht hin, das hat bei uns in unseren Städten keinen Platz, und das kann ich für die Bundesregierung sagen, dass wir das auf das Schärfste verurteilen." Gut so. Das unterstütze ich voll und ganz. Allerdings würde ich mir wünschen, dass Sie als Vorsitzende der CDU Deutschland mit ihren Parteifreunden in Sachsen einmal ein ernstes Wort über Rechtsextremismus reden. Die regieren dort seit der Wende und haben es versäumt, effektiv gegen Rechtsextreme vorzugehen, im Gegenteil, offenbar haben sich dort Strukturen verfestigt, die in kürzester wie auf Kommando große Gruppen in Bewegung setzen können.
Ebenso vermisse ich seit dem Jahr 2015 so klare Worte zur Gewalt durch Asylbewerber. Damit meine ich nicht, jede Form von Gewalt abzulehnen und schwere Straftaten zu verurteilen. Das ist selbstverständlich. Ich meine, dass Sie versäumt haben, sich ganz präzise zu Straftaten von Asylbewerbern, ihrer Wirkung auf die Gesellschaft und Maßnahmen, ihnen vorzubeugen, zu äußern und entsprechend zu handeln. Ich muss etwas ausholen, um das zu erklären.

Schwere Straftaten, ganz besonders Morde mit Messern, verursachen in der Gesellschaft gravierende Reaktionen, weil in wesentlichen Fragen Streit dominiert: 1) Sind Asylbewerber häufiger als andere an Tötungsdelikten beteiligt? 2) Darf man an Asylbewerber besondere Ansprüche zur Rechtstreue stellen? 3) Hat der Staat genug

getan, um solche Taten zu verhindern? Ich habe diese Fragen bereits vor einem Jahr in meinem Buch "Wir können nicht allen helfen" thematisiert: "Die Menschen, die über das Asylrecht zu uns gekommen sind, haben sehr viele Eigenschaften, die in unserem Land die Wahrscheinlichkeit, kriminell zu werden, nach oben treibt. Das betrifft nicht ihre Herkunft, aber ihr Geschlecht, ihr Alter, ihre Perspektive am Arbeitsmarkt, ihr Wohnviertel, ihren Bildungsgrad oder ihr Einkommen. Selbst wenn wir also gute Gründe haben, davon auszugehen, dass die zugewanderten Menschen bei gleichen Voraussetzungen nicht häufiger kriminell werden als die einheimische Bevölkerung, wäre es statistisch folgerichtig, wenn sie deutlich überdurchschnittlich häufig zu Straftätern werden." **Mittlerweile wissen wir es dank eine differenzierten Polizeistatistik genauer: Asylbewerber sind siebenmal häufiger an Tötungsdelikten beteiligt (14%) als nach ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erwarten wäre (2%). Trotzdem wird häufig auch in den Medien suggeriert, es gäbe hier kein besonderes Problem oder gar behauptet, es sei rassistisch, es zu diagnostizieren. Hier wäre ein klärendes Wort von Ihnen wichtig: Asylbewerber sind nicht sui generis krimineller als Deutsche, aber die Asylbewerber, die derzeit bei uns im Land leben, vereinen so viele Risikofaktoren, dass eine hohe Kriminalitätsbelastung zu erwarten ist. Entsprechend müssen wir handeln.**
Zur Frage 2 ebenfalls ein Zitat aus meinem Buch: **"Ein Gast – das wäre in der Kantschen Definition auch ein Asylbewerber –, der einen Menschen umbringt, macht sich also nicht nur eines Mordes schuldig, er vergeht sich auch gegen das Gastrecht. Das letztere ist einem Einheimischen per Definitionem unmöglich. Dies ist mehr als eine philosophische Randbemerkung, es hat gravierende Konsequenzen. Ein solch schwerer Missbrauch des Gastrechts stellt nämlich das Gastrecht selbst in Frage, weil die Gastgeber zwangsläufig darüber nachdenken, ob sie das Risiko, Gäste aufzunehmen, weiter tragen wollen. Wer als Gast zum Mörder wird, schmälert die Chancen anderer, als Gast aufgenommen zu werden.** So geschah es auch in Deutschland nach den Gewalttaten von Flüchtlingen im Jahr 2016. Alle über einen Kamm zu scheren, ist immer falsch. Es ist nur eine sehr kleine Minderheit unter den Asylbewerbern, die zur Gewalt greift. Ein Generalverdacht gegen Asylbewerber oder gar alle Ausländer ist unmenschlich und zerstört die Fundamente einer pluralistischen Gesellschaft. Trotzdem ist es vernünftig, Gewalt von Asylbewerbern besonders zu beobachten, nach ihren Ursachen zu forschen und spezifische Gegenmaßnahmen von der Prävention bis zur Strafverfolgung zu ergreifen. Wir müssen von Asylbewerbern nicht erwarten, dass sie sich gesetzestreuer als deutsche Staatsbürger verhalten. Wir dürfen es aber. Und dass die Meinungen an diesem Punkt auseinander gehen, ist in einer offenen Gesellschaft normal. Es gab beeindruckende Statements von Flüchtlingshelfern, die nach dem Mord in Freiburg erklärten, sie würden keine Sekunde darüber nachdenken, ihr Engagement nun zu reduzieren. Trotzdem sollten wir auch zulassen, dass Menschen sagen, sie können nicht akzeptieren, dass Menschen, die hierher kommen und angeben, sie seien auf der Flucht, in kürzester Zeit zu Mördern werden. Das eine ist nicht naiv, das andere ist nicht bösartig. Beides sind menschliche Reaktionen. (...) Es ist nicht zu leugnen, dass eine potenzielle Gewaltbedrohung durch einzelne Flüchtlinge ein qualitativ anderes Problem für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft darstellt als eine solche durch Inländer mit einem verfestigten Aufenthaltsrecht. Dass die Duldsamkeit gegenüber Ersteren niedriger ist, entspricht nicht nur der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung. Es ist auch ethisch gut begründbar. **Denn einen moralischen Anspruch auf Hilfe ohne die gleichzeitige Verpflichtung zur Achtung des Helfenden gibt es nicht. Die Zurückweisung eines Hilfesuchenden, der ein Minimum an Achtung für den Helfenden vermissen lässt, ist eine notwendige Grenzziehung, die uns in allen sozialen Kontexten schon die Selbstachtung gebietet.** Auch unser Staat muss diese Selbstachtung unter Beweis stellen, wenn er das Vertrauen, das ihm die Bürgerinnen und Bürger entgegenbringen, dauerhaft rechtfertigen will." **Wie zerstörerisch Gewalttaten von Asylbewerbern auf eine**

freie Gesellschaft wirken, kann man nach den jüngsten Mordfällen von Wiesbaden, Offenburg und Chemnitz beobachten. Ich gestehe, ich gehöre zu denen, die es nicht akzeptieren können, dass eine so große Zahl von Menschen in unserem Land unschuldig das Leben lassen muss, weil der Staat sie nicht vor Menschen schützen konnte, die zu uns gekommen sind, um Hilfe zu ersuchen. Das bringt mich zur Frage 3. Nach meiner Auffassung tut der Staat eindeutig nicht genug, um Gewalt von Asylbewerbern entgegen zu treten. Diese Leben in einem verkehrten Anreizsystem, in dem Leistung nicht belohnt und Fehlverhalten nicht bestraft wird. Deshalb wäre es so wichtig, dass wir einen doppelten Spurwechsel vornehmen. Darunter verstehe ich Arbeitserlaubnis und Bleiberecht für die Asylbewerber, die sich integrieren, unsere Gesetze achte und eine Arbeit aufnehmen. Einerseits. Andererseits aber den Entzug des Aufenthaltsrechts in den Kommunen und den Rückverweis in sichere staatliche Einrichtungen wie die ANKERZentren es sein werden. Beides sollte auf Antrag der Kommunen erfolgen können. Denn vor Ort wissen wir, wer Probleme macht und wer sich gut integriert. Allein durch diese beiden Maßnahmen könnte der Häufung schwerer Gewalt durch Asylbewerber strukturell entgegen gewirkt werden. Wenn wir sie in Arbeit bringen und die polizeibekannten Störenfriede aus den Kommunen herausholen, wird die viel zu hohe Zahl von Gewalttaten unter dem Schutz des Asylrechts zurück gehen. Ich bedauere sehr, dass Ihr Innenminister sich davon bisher nicht überzeugen ließ. Vielleicht können Sie es? Mit freundlichen Grüßen Boris Palmer

28. August 2018, 08:08 Uhr

Terror in Berlin

Verfassungsschutz soll V-Mann schon vor Anschlag zu Amri befragt haben

Der Verfassungsschutz hat laut einem Medienbericht schon vor dem Terrorangriff in Berlin von einem Spitzel Informationen zum Attentäter Anis Amri eingeholt. Das hatte die Bundesregierung zuvor bestritten.

Bei der Aufklärung des Terroranschlags auf den Breitscheidplatz in Berlin im Dezember 2016 geht es auch um die Frage, ob der Angriff zu verhindern gewesen sei. Die Bundesregierung bestritt im Januar 2017 auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundesfraktion, dass ein V-Mann des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) schon vor dem Anschlag im Umfeld des Attentäters Anis Amri aktiv war. Laut einem Bericht der "Welt" hat sich das nun allerdings als falsch herausgestellt.

Demnach hatte der Verfassungsschutz den Spitzel über mehrere Jahre in der Berliner Islamisten-Szene geführt. Dabei habe dieser auch in der islamistischen Moschee Fussilet 33 in Berlin-Moabit verkehrt - und zwar dem Bericht zufolge im selben Zeitraum wie auch Amri.

Dass das BfV schon vor dem Anschlag Informationen von diesem V-Mann erhielt, wirft ein neues Licht auf den Fall. Diesen hatte die Ermittlungsbehörde nämlich stets

als reinen "Polizeifall" dargestellt. Eigene Informationen habe man nicht eingesammelt.

Befragung zu Amri offenbar ein halbes Jahr vor dem Anschlag

In dem "Welt"-Bericht heißt es nun aber, dass das BfV seinem Informanten schon im Juni 2016 Fotos und Telefonnummern vorgelegt habe, die aus einem Handy stammten, das die Ermittler von Amri beschlagnahmt hätten. Das passierte demnach ein halbes Jahr vor dem Anschlag. Außerdem soll der V-Mann zu zwei Freunden des späteren Attentäters Kontakt gehabt haben.

Allerdings war nicht nur das BfV für den Fall zuständig, Fehler passierten auch in anderen Behörden. Amri war bereits als Gefährder eingestuft und Teil eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof (GBA). Das Land Nordrhein-Westfalen versuchte zudem, Amri aus Deutschland herauszuschaffen. In einer sogenannten Tischvorlage des Landeskriminalamts hieß es damals schon, von Amri sei ein Anschlag jederzeit zu erwarten.

Deshalb hatte es schon vor den neuesten Erkenntnissen scharfe Kritik an der Arbeit der Ermittler gegeben. Eine Taskforce der Polizei sprach in einem Bericht von Hunderten Mängeln im Umgang mit Amri. Auch ein Sonderermittler sah eklatante Versäumnisseder Ermittler.

aev

URL:

- http://www.spiegel.de/politik/deutschland/anschlag-in-berlin-verfassungsschutz-soll-spitzel-frueh-zu-anis-amri-befragt-haben-a-1225251.html

04. September 2018, 13:41 Uhr

Getötete 17-Jährige in Flensburg

Angeklagter soll mindestens 21 Jahre alt sein

Wie alt war der Täter im Fall Mireille? Eine Gutachterin vermutet, dass der Asylbewerber älter war, als angegeben.

In Flensburg hat der Prozess gegen einen jungen Mann begonnen, der im März die 17-jährige Mireille mit mehr als einem Dutzend Messerstichen getötet haben soll. Vor dem Landgericht Flensburg geht es auch um die Frage, wie alt der Angeklagte ist.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem aus Afghanistan stammenden Mann vor, die Jugendliche am 12. März in deren Wohnung aus Eifersucht getötet zu haben, weil diese eine andere Beziehung eingegangen sein soll. Der Angeklagte äußerte sich weder zur Person noch zur Tat.

Dem bei der Aufnahme der Personalien genannten Geburtsdatum zufolge war der junge Mann im März noch 18 Jahre alt - dies schloss eine Gutachterin nun in ihrem Bericht aber aus: Die Untersuchungen hätten ergeben, dass der Angeklagte

mindestens 21 Jahre alt gewesen sein müsse. Das tatsächliche Alter des Angeklagten ist für die Frage wichtig, ob Jugendstrafrecht angewendet werden kann oder nicht.

Im Video: Altersschwindel bei Flüchtlingen

Der mutmaßliche Täter und das Opfer standen seit Jahren unter der Obhut des Jugendamts - das Mädchen wegen seiner schwierigen Familiensituation, der junge Afghane, weil er 2015 als unbegleiteter Minderjähriger nach Deutschland kam. In dem Prozess sind zunächst sechs Verhandlungstage bis Mitte Oktober angesetzt.

bbr/dpa

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/flensburg-getoetete-17-jaehrige-angeklagter-soll-mindestens-21-jahre-alt-sein-a-1226464.html

04. September 2018, 19:46 Uhr

Flensburger Mordprozess

Ein Leben voller Unklarheiten

Von Wiebke Ramm, Flensburg

Mit 14 Messerstichen soll Ahmad S. seine Ex-Freundin in Flensburg getötet haben. Vor Gericht geht es zunächst um seine Biografie - und die starken Zweifel an seinem angegebenen Alter.

Es gibt einige Fragezeichen in diesem Fall. Fest steht: Ein Mädchen ist tot, verblutet nach 14 Messerstichen. Ahmad S. muss sich wegen Mordes vor der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts Flensburg verantworten. Er soll die 17-jährige Mireille am Abend des 12. März mit einem Küchenmesser in ihrer Flensburger Wohnung getötet haben. "Er handelte aus Eifersucht", trägt Staatsanwalt Lars Truknus zu Prozessbeginn aus der Anklage vor.

Das Mädchen soll sich neu verliebt haben. "Die Hinwendung zu ihrem neuen Partner und die damit einhergehende, von ihm unabhängige Lebensgestaltung wollte der Angeklagte nicht akzeptieren", sagt Truknus. Die Staatsanwaltschaft wertet die Tat als Mord aus niedrigen Beweggründen.

Ahmad S. ist 2015 als Flüchtling aus Afghanistan nach Deutschland gekommen. Sein Alter, sein Name, auch seine Deutschkenntnisse sind fraglich. Gleich zu Beginn wendet sich der Vorsitzende Richter Mathias Eggers an den Angeklagten. Ahmad S. wirkt jungenhaft. Er trägt ein grünes T-Shirt, Jeans und Turnschuhe.

"Verstehen Sie mich einigermaßen?", fragt der Richter ihn und verweist auf eine polizeiliche Vernehmung, die in deutscher Sprache erfolgt sein soll. Ahmad S. blickt vom Richter zur Dolmetscherin. Sie übersetzt die Worte des Richters, dann die Antwort von S.: "Nein." Fortan wird sie ihm alles, was an diesem Tag vor Gericht vorgetragen wird, auf Farsi übersetzen.

"Das wahrscheinliche Alter ist 29"

Als seinen Geburtstag nennt S. August 1999. Er bestätigt, dass er Ahmad mit Vor- und S. mit Nachnamen heiße und gibt an, in Kapisa geboren zu sein. Kapisa ist eine afghanische Provinz nordöstlich von Kabul. Mehr sagt er nicht. Ahmad S. macht von seinem Schweigerecht Gebrauch.

Es gibt Zweifel, ob das alles so stimmt, was S. zu seiner Person angibt. Am ersten Verhandlungstag geht es Richter Eggers vor allem um das Alter des Angeklagten. Davon hängt ab, ob nach Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht verhandelt wird. Nach eigenen Angaben war S. zur Tatzeit 18 Jahre alt. Eine Rechtsmedizinerin hält das für ausgeschlossen. Sie hat S. begutachtet. Vor Gericht trägt sie das Ergebnis ihrer Begutachtung vor: Anhand der Knochenbeschaffenheit kommt sie zu dem Schluss, dass S. mindestens 21 Jahre alt sei. "Das wahrscheinliche Alter ist 29", sagt sie. Die Dolmetscherin übersetzt. Ahmad S. lächelt.

Zwei Polizisten sollen an diesem Tag helfen, die Identität des Angeklagten zu klären. Ein Flensburger Kriminaloberkommissar referiert die behördlichen Spuren, die Ahmad S. bisher in Deutschland hinterlassen hat. Demnach meldete er sich im August 2015 mit einem Asylbegehren bei der Bundespolizei am Hamburger Hauptbahnhof. Als Nachname wurde damals M. vermerkt, nicht S. - und als Geburtsjahr nicht 1999, sondern 1998. Als minderjähriger Flüchtling kam er in die Obhut des Hamburger Kinder- und Jugendnotdienstes. Dort soll er 1996 als Geburtsjahr angegeben haben. Als mutmaßlich 19-Jähriger sei er dann in eine Erstaufnahmeeinrichtung für Erwachsene gekommen.

Irgendwann verließ er Hamburg und meldete sich im November 2015 in Flensburg, in einer Einrichtung für minderjährige Geflüchtete. Das Jugendamt übernahm seine Betreuung. Der Antrag von Ahmad S. auf Asyl wurde abgelehnt. Rechtskräftig ist die Entscheidung nicht. Nach einer Klage ist nun das Verwaltungsgericht Schleswig zuständig.

Unfall in Iran

Richter Eggers verweist auf einen Vermerk des Polizisten. Demnach soll S. nach eigenen Angaben im Frühling 2013 seine Heimat allein verlassen haben. Sein Vater sei tot, seine Mutter noch in Afghanistan. Über Ungarn und Wien soll Ahmad S. nach Deutschland gekommen sein. Die Angaben sind spärlich, der Ursprung der Informationen wird nicht ganz klar.
Ein weiterer Zeuge, ein Bundespolizist, erwähnt später noch Iran als weitere Station. Demnach soll S. bei einer Anhörung im Asylverfahren im Jahr 2017 berichtet haben, dass er in Iran als Kranführer gearbeitet habe. Dabei sei es zu einem Unfall gekommen, ein Mann sei gestorben. In einem Verfahren sei S. von allen Vorwürfen freigesprochen worden.
Mireilles Mutter hält es irgendwann nicht mehr aus. Sie nimmt als Nebenklägerin am Prozess teil. Den Angeklagten fixiert sie an diesem Tag mit ihren Blicken. Er erwidert sie nicht. Der Richter hatte den Verhandlungstag eigentlich schon beendet, da meldet sie sich zu Wort. Sie berichtet, dass S. auch ihnen von dem Vorfall in Iran erzählt habe. Und dass die Familie des Verstorbenen ihn danach bedroht hätte und er deshalb geflohen sei. "Das hat er unserer Tochter erzählt", sagt sie und fügt an: "In sehr gutem Deutsch im Übrigen."

URL:
http://www.spiegel.de/panorama/justiz/flensburg-mordfall-mireille-die-zweifel-an-den-angaben-von-ahmad-s-a-1226518.html

https://www.refcrime.info/de/Crime/Topic/Rape

Vergewaltigungen durch Flüchtlinge

Chronologie aller versuchten und vollendeten Vergewaltigungen durch Flüchtlinge

2018
September 7
August 36
Juli 38
Juni 32
Mai 40
April 33
März 19
Februar 24
Januar 21
2017
Dezember 20
November 18
Oktober 26
September 31
August 34
Juli 28
Juni 33
Mai 22
April 23
März 10
Februar 18
Januar 22
2016
Dezember 27
November 25
Oktober 31
September 39
August 44
Juli 38
Juni 25
Mai 25
April 46

März 39
Februar 38
Januar 55
2015
Dezember 19
November 11
Oktober 17
September 23
August 17
Juli 15
Juni 12
Mai 11
April 6
März 5
Februar 4
Januar 2
2014
Dezember 2
November 3
Oktober 1
August 1
April 1
März 1
Januar 1
2013
Dezember 1
November 3
Oktober 8
September 1
April 2
2012
August 1
Februar 1
2011
Juli 1
2010
März 1
2005
September 1
2001
Juni 1
1997
Juli 1Zeugen gesucht
#7Neusäß | 06.09.2018 - 00:30 Uhr
Dringende Fahndung: Eine jugendliche Volksfestbesucherin mit Dirndl (16) wird auf dem Heimweg in der Nähe des Bahnhofs vergewaltigt. Zum Täter kann sie lediglich angeben, dass er ein langes Oberteil trug. Lange Oberteile sieht man häufig bei islamischen Extremisten (Salafisten). Im Zuge der Berichterstattung der Lokalpresse kommt heraus, dass es vor zwei Jahren im Bereich des Neusässer Bahnhofs einen ähnlichen Fall gab. Damals wurde eine 18-Jährige von einem nigerianischen Asylbewerber vergewaltigt. Die Frau schrie um Hilfe, Passanten eilten herbei, der Mann flüchtete. Er wurde wenige Tage später gefasst und wegen Vergewaltigung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Diesen Fall nehmen wir hiermit in unsere Statistik auf. In dem aktuellen Fall warten wir die weitere Entwicklung ab und berichten nach.

Opfer 18
Täter ?
Täternationalität Nigeria
#6Kiel | 06.09.2018
Slowake (29) reist trotz verhängter Enreisesperre nach Deutschland ein und wird bei einer Personenkontrolle am Hauptbahnhof verhaftet. 2014 wegen Vergewaltigung und schwerer sexueller Nötigung in Baden-Württemberg zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt. Nach Hälfte der Haftzeit in die Slowakei abgeschoben. Jetzt muss er in Deutschland die restlichen 490 Tage Haft verbüßen.
Opfer ?
Täter 29
Täternationalität Slowakei

Verurteilter Vergewaltiger festgenommen
Am Donnerstagabend hat die Bundespolizei einen 29-Jährigen im Hauptbahnhof Kiel festgenommen. Bei einer Kontrolle hatte sich herausgestellt, dass der ...
www.kn-online.de
Zeugen gesucht
#5Köln | 05.09.2018
Dringende Fahndung: Südländischer Sextäter (28-30, Vollbart, breite Nase) reißt eine Frau zu Boden, die vom Parkhaus zum Citycenter geht. Er legt sich auf sie und versucht, sie zu entkleiden. Durch heftige Gegenwehr und lautes Schreien bringt die Frau den Täter dazu, sein Vorhaben aufzugeben. Ermittlungen wegen versuchter Vergewaltigung.
Opfer ?
Täter 39
Zeugen gesucht
#4Wernigerode | 02.09.2018
Ein Mann folgt einer 22-jährigen Frau nach einem Diskobesuch und versucht sie zu vergewaltigen. Die Frau schreit um Hilfe, woraufhin Zeugen herbeieilen und weitere Handlungen des Angreifers vereiteln. Bei dem Angreifer handelt es sich laut Zeugen um einen Ausländer, weitere Ermittlungen sind im Gang.
Opfer 22
Täter ?

Zeugen hörten Schreie: Versuchte Vergewaltigung nach Disco
Nach dem Besuch einer Diskothek ist es in der Nacht zum Sonntag in Wernigerode zu einem sexuellen Übergriff auf eine 22-jährige Frau gekommen. Ein Man...
www.mz-web.de
Zeugen gesucht
#3Ravensburg | 02.09.2018 - 03:45 Uhr
Schwarzafrikaner versucht, nach einem gemeinsam verbrachten Kneipenabend eine 38-jährige Frau zu vergewaltigen. Entgegen seiner Ankündigung, mit dem Taxi nach Hause fahren zu wollen, stellt er der Frau nach und überwältigt sie. Nur durch massive Gegenwehr und laute Hilferufe kann die Frau den Afrikaner abwehren. Die Polizei bittet dringend um Hinweise zum flüchtigen Sexualtäter!
Opfer 38
Täter ?

Ravensburg: 38-jährige Frau geht mit Schwarzafrikaner trinken, dann will er sie vergewaltigen › freie-presse.net...
Ravensburg: Wegen versuchter Vergewaltigung ermitteln Kriminalbeamte gegen einen bislang unbekannten Täter, der am Sonntag gegen 03.45 Uhr ...
freie-presse.net
#2Schönebeck (Elbe) | 01.09.2018

Türke (40) vergewaltigt in einer Shisha-Bar eine 20-jährige Frau. Er wird festgenommen. Haftbefehl wird erlassen.
Opfer 20
Täter 40
Täternationalität Türkei

Verdacht auf Sexualdelikt: Haftbefehl gegen einen 40-Jährigen
Der Türke stehe im dringenden Tatverdacht, in der Nacht zum 1. September 2018 in Shisha-Bar in Schönebeck eine 20-jährige Frau „zu sexuellen Handlunge...
www.mz-web.de
Zeugen gesucht
#1Wedel | 01.09.2018 - 03:00 Uhr
Fahndung: Arabisch / südosteuropäische Tätergruppe geht junge Frauen auf dem Schulgelände gewaltsam und sexuell an. 1. Fall: Um 3.00 Uhr gerät eine 18-Jährige in die Fänge einer 4-köpfigen Gruppe, von denen zwei Männer sie entkleiden wollen. Ein Täter hat ein arabisches Erscheinungsbild (ca. 26, Vollbart), seine Komplizen südosteuropäisches Aussehen. 2. Fall: Um 4.00 Uhr wird eine 15-Jährige von vermutlich derselben Gruppe bedroht. Ein Mann mit Namen "Mohammed" schlägt sie ins Gesicht. Er und seine vier Begleiter haben ein südosteuropäisches Erscheinungsbild, sind ca. 20 Jahre alt. Einer wird "Ali" genannt.

https://www.refcrime.info/de/Crime/Topic/Murder
Thema
Mord & Terror
Chronologie aller vorbereiteten und ausgeführten Terroranschläge sowie Morde von Flüchtlingen

2018
September 27
August 39
Juli 48
Juni 53
Mai 59
April 51
März 58
Februar 49
Januar 65
2017
Dezember 67
November 47
Oktober 46
September 49
August 42
Juli 48
Juni 38

Mai 60
April 53
März 53
Februar 48
Januar 37
2016
Dezember 35
November 44
Oktober 47
September 26
August 37
Juli 53
Juni 43
Mai 33
April 38
März 32
Februar 36
Januar 29
2015
Dezember 20
November 26
Oktober 18
September 20
August 23
Juli 13
Juni 15
Mai 17
April 20
März 6
Februar 3
Januar 4
2014
Dezember 1
November 1
Oktober 9
September 2
August 2
Juli 2
Juni 3
Mai 2
April 1
März 5
Februar 2
Januar 5
2013

Dezember 3
November 3
Oktober 6
September 1
August 1
Juli 6
Juni 3
Mai 4
März 6
Februar 1
Januar 4
2012
Dezember 4
November 2
Oktober 3
September 1
August 3
Juli 5
Juni 2
Mai 2
April 1
März 1
Februar 5
Januar 3
2011
Dezember 5
November 6
Oktober 2
August 3
Juli 4
Juni 1
Mai 1
April 4
März 1
Februar 4
Januar 3
2010
Dezember 3
November 7
Oktober 3
September 3
Juli 1
Juni 5
Mai 8
April 2

März 6
Februar 2
Januar 5
2009
Dezember 2
November 6
Oktober 2
September 3
Juli 3
Juni 3
Mai 1
April 1
März 5
Februar 4
Januar 2
2008
Dezember 2
November 1
Oktober 2
September 4
August 3
Juli 6
Juni 1
Mai 2
März 2
Januar 1
2007
Dezember 2
November 2
August 1
Juli 3
Mai 3
April 1
März 4
Februar 1
Januar 3
2006
November 1
Oktober 1
Juni 1
2005
Dezember 2
Juni 1
Mai 1
April 1

Februar 1
Januar 1
2004
Dezember 2
November 2
Oktober 3
Mai 1
März 1
2003
Oktober 2
Mai 1
April 2
März 1
2002
Juli 1
März 2
2001
Dezember 1
Juli 1
Januar 1
2000
November 1
1999
August 1
Juni 1
1998
August 1
1997
Oktober 1
August 1
Juni 1
Februar 1
1996
August 1
Juli 1
1995
Juli 1
1994
Januar 2
1993
August 1
Februar 1
1992
Mai 1
1991

Juni 1
1988
Juli 1
1986
Dezember 1
Januar 1
1985
August 1
1984
Juni 1
#27Sonneberg | 17.09.2018 - 03:00 Uhr
Mit über 2 Promille betrunkener Pole (33) schlägt einen 35-jährigen Deutschen nieder und tritt mehrfach und brutal auf den Kopf des bereits am Boden liegenden ein. Das Opfer wird mit schweren Kopfverletzungen in eine Klinik eingeliefert. Die Polizei ermittelt lediglich wegen Körperverletzung, obwohl der Pole erst am Wochenende auf eine 22-jährige Frau eingeschlagen hatte. Der damals ebenfalls betrunkene Pole wurde aber direkt wieder auf freien Fuß gesetzt und konnte nur deshalb die weitere Tat begehen. Auch jetzt wurde er bislang lediglich in Polizeigewahrsam genommen.
Opfer 35
Täter 33
Täternationalität Polen
Zeugen gesucht
#26Neumünster | 16.09.2018 - 05:50 Uhr
Wieder ein Messeropfer: Südländisch aussehender Mann (ca. 30) fügt einem 20-jährigen Polen auf offener Straße eine tödliche Stichverletzung zu. Das Tatwerkzeug kann derzeit nicht sicher bestimmt werden. Fahndung nach dem Mörder läuft.
Opfer 20
Täter 30

Tödlicher Streit in Neumünster - 20-Jähriger stirbt nach Attacke auf offener Straße
Tödliche Attacke in Neumünster! Ein junger Mann (20) ist auf offener Straße angegriffen und tödlich verletzt worden.
www.bild.de
#25Hamburg | 15.09.2018 - 23:40 Uhr
Nach zunächst verbalem Streit sticht ein Afghane (24) auf einen 18-Jährigen ein und verletzt diesen schwer. Er erleidet unter anderem eine Lungenverletzung. Zwischenzeitlich besteht Lebensgefahr. Der Messerstecher wird festgenommen und dem Haftrichter zugeführt.
Opfer 18
Täter 24
Täternationalität Afghanistan

Streit in Harburg eskaliert: 24-Jähriger attackiert Mann mit Messer – Lebensgefahr!
Es begann mit Beleidigungen in der S-Bahn und endete mit einer Messerattacke vor eine Shisha-Bar: Am Samstagabend ist ein 18-Jähriger am Harburger Rin...
www.mopo.de
#24Nîmes | 14.09.2018 - 01:30 Uhr
Am Rand der alljährlichen Feria von Nîmes steuert ein Mann, der den Sicherheitsbehörden bereits bekannt ist, unter Allāhu-Akbar-Rufen mit seinem Auto auf eine Gruppe von 50 Barbesuchern zu. Dank installierter Fahrzeugsperren werden "nur" zwei Personen leicht verletzt. Die Staatsanwaltschaft von Nîmes hat ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf versuchten Mord eröffnet.
Täter 32

Nîmes: Wagen rast in Menschenmenge
In der Nacht zum Freitag ist es in Nîmes zu einem Zwischenfall gekommen. Ein Auto fuhr in eine Menschenmenge, zwei Personen wurden leicht verletzt.
www.wort.lu
Zeugen gesucht
#23Bochum | 14.09.2018 - 22:40 Uhr
Mehrere Männer stoppen ihre beiden BMW (einer mit rumänischen Kennzeichen) neben dem Auto eines Mannes sowie dessen rumänischen Begleiter (25), zertrümmern deren Scheiben und zerren die beiden Insassen heraus. Auf offener Straße schlagen die Männer so brutal auf beide ein, dass der 25-jährige mit lebensgefährlichen Verletzungen in eine Klinik eingeliefert werden muss. Es wird eine Mordkommission eingerichtet. Die Polizei bittet dringend um Hinweise zu den flüchtigen Gewalttätern!
Opfer 25 ? ?
Täter ? ? ? ? ? ?
Täternationalität 3x Rumänien
#22Ransbach-Baumbach | 13.09.2018 - 4:00 Uhr
Bei einem Streit sticht ein ukrainischer Lkw-Fahrer (50) auf einen russischen Kollegen (49) ein und verletzt diesen schwer. Er wird festgenommen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts des versuchten Totschlags und der gefährlichen Körperverletzung
Opfer 49
Täter 50
Täternationalität Ukraine

LKW-Fahrer durch Messerstich schwer verletzt: Verdδchtiger festgenommen
Nach einem Streit kam es in Ransbach-Baumbach offensichtlich zu einem Messerangriff eines ukrainischen LKW-Fahrers auf einen russischen Kollegen. Letz...
www.ww-kurier.de

#21Hamm (Westfalen) | 12.09.2018 - 17:30 Uhr
Nach dem Fund einer Frauenleiche (Bulgarin, 35) gehen die Ermittler von einer Gewalttat aus. Die Obduktion ergibt, dass die 35-Jährige Prostituierte umgebracht worden ist. Tatverdächtig ist demnach ein 24 Jahre alter Flüchtling aus Syrien. Er wird festgenommen. Haftbefehl wegen Mordes wird erlassen. Der Tatverdächtige schweigt zu den Vorwürfen.
Opfer 35
Täter 24
Täternationalität Syrien

24-Jähriger soll Prostituierte in Hamm getötet haben - WELT
24-Jähriger soll Prostituierte in Hamm getötet haben
www.welt.de
#20Oberursel (Taunus) | 12.09.2018 - 01:30 Uhr
In Oberurseler Asylunterkunft sticht ein angeblich 23-jähriger Somalier nach einem gemeinsamen Saufgelage mit einer abgebrochenen Flasche auf Kopf und Rücken des bereits schlafenden Mitbewohners ein. Das Opfer wird mit schweren Stich- und Schnittverletzungen in eine Klinik eingeliefert. Der vermeintliche Flüchtling wird einem Haftrichter vorgeführt, Ausgang ungewiss.
Opfer 21
Täter 23
Täternationalität Somalia
#19Sindelfingen | 12.09.2018 - 16:30 Uhr
Kopftreten nicht geahndet: Angeblich 20-jähriger Asylbewerber aus Eritrea schlägt auf einem Sindelfinger Feldweg einen 30-jährigen Landsmann nieder, schlägt weiter den bereits am Boden liegenden ein. Final tritt er dem 30-jährigen so brutal gegen den Kopf, dass dieser bewusstlos wird. Das schwer verletzte Opfer musste mit einem Rettungshubschrauber in eine Klinik geflogen werden. Der Täter wird dennoch nur wegen gefährlicher Körperverletzung angezeigt und direkt wieder auf freien Fuß gesetzt.
Opfer 30
Täter 20
Täternationalität Eritrea
#18Leipzig | 10.09.2018 - 14:55 Uhr
Beim Streit zwischen einem 27-jährigen Algerier wird ein 17-jähriger Landsmann mit einem Messer an Ober- und Unterschenkel getroffen. Das Opfer sackt zusammen. Offenbar hat die Messerklinge auch die Beinschlagader getroffen, denn der Mann verliert viel Blut. Der Notarzt bringt den Nordafrikaner sofort in die Klinik, wo Ärzte auf der Intensivstation um sein Leben kämpfen. Der Messerstecher stellt sich im Beisein seines Rechtsanwaltes der Polizei. Er wird in U-Haft genommen.
Opfer 17
Täter 27
Täternationalität Albanien

Blutige Messerattacke in Leipzig: Jugendlicher ringt mit dem Tod
In Leipzig ist am Montagnachmittag bei einer Messerattacke ein Jugendlicher lebensgefährlich verletzt worden.
www.tag24.de
#17Schwäbisch Gmünd | 10.09.2018 - 18:00 Uhr
Türkischstämmiger Deutscher (48) erschießt seinen Bruder (40). Als die Polizei mit 20 Besatzungen eintrifft, hat er noch eine Pistole in der Hand. Vorführung beim Haftrichter geplant.
Opfer 40
Täter 48
Täternationalität Türkei

Toter in Schwäbisch Gmünd: Älterer Bruder unter Verdacht - WELT
Ein Mann wird tot hinter einem Haus gefunden. Wenig später nimmt die Polizei seinen Bruder fest. Hatte er die Tatwaffe noch in der Hand?
www.welt.de
#16Hamburg | 10.09.2018 - 23:40 Uhr
Pole (34) rammt einem schlafenden 33-Jährigen in der gemeinsam genutzten "Monteurswohnung" ein Messer in den Bauch. Das Opfer wird kurz darauf aufgefunden, in eine Klinik eingeliefert und muss umgehend operiert werden. Tags darauf stellt sich der Pole. Es wird eine Mordkommission eingerichtet, der Täter einem Haftrichter zugeführt - Ausgang unbekannt.
Opfer 33
Täter 34
Täternationalität Polen
Zeugen gesucht
#15Berlin | 09.09.2018 - 17:40 Uhr
Als Folge von Auseinandersetzungen zwischen zwei arabischen Großfamilien wird der 36-jährige Intensivtäter Nidal R. durch zwei Schüsse in den Arm und einem Schuss in die Brust getroffen. Die Tat soll hat vor den Augen seiner Kinder ereignet. Er verstirbt im Krankenhaus. Mehrere Personen sind vom Tatort mit einem Auto geflüchtet. Nidal R. kam 1990 aus dem Libanon nach Deutschland. Seit seiner Kindheit fiel er der Polizei durch Delikte auf. Allein zwischen seinem zehnten und seinem zwanzigsten Lebensjahr wurden 80 Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Seine Abschiebung scheiterte stets. Nach dem Tod von Nidal R. werden weitere Racheakte im Milieu befürchtet.
Opfer 36
Täter ?

Schießerei in Neukölln: Clan-Intensivtäter mit mehreren Schüssen getötet
Laut Polizei wurde Nidal R. in der Oderstraße am Sonntag gegen 17.40 Uhr nahe dem Tempelhofer Feld mit zwei Schüssen in den Arm und einem Schuss in di...
www.berliner-kurier.de

#14Erding | 08.09.2018 - 13:00 Uhr
Aufgrund eines Streits über Hygiene in der Toilette in einem Asylbewerberheim treten 2 Afghanen (23, 25) auf einen Somalier (20) ein und würgen ihn. Der Somalier erleidet schwere Verletzungen und muss ins Krankenhaus. Die Afghanen werden verhaftet und in unterschiedlichen JVAs untergebracht. Gegen sie wird wegen versuchter Tötung ermittelt.
Opfer 20
Täter 23 25
Täternationalität 2x Afghanistan

Streit um Klo-Hygiene eskaliert: Somalier fast erwürgt
In der Asylunterkunft hinter dem Korbinian-Aigner-Gymnasium ist am Samstag die Gewalt eskaliert. Nun ermittelt die Kripo Erding wegen versuchter Tötun...
www.merkur.de
#13Köthen (Anhalt) | 08.09.2018 - 23:00 Uhr
Die beiden polizeibekannte Afghanen Hidayatullah (bzw. Hotak) H. (18, alkoholisiert) und Ezatullah M. (20) schlagen Markus B. (22, Behindertenstatus) auf einem Spielplatz bewusstlos, woraufhin er stirbt. Die Staatsanwaltschaft hat bislang nicht bekannt gegeben, ob Markus B. noch am Tatort verstarb. Er eilte einer schwangeren Frau (18) zu Hilfe eilt, die zusammen mit ihrem afghanischen Freund (18, Kindsvater) von Hidayatullah H. und Ezatullah M. (20) bedrängt wurde, weil sie wissen wollten, wer der Vater des Kindes sei. Geschickt wurden sie von einem weiteren Afghanen, mit dem die junge Frau zweimal zusammen war. Als mögliche Streitmotive kommen demnach Eifersucht, gekränkte Ehre, Unterhaltszahlungen und das Bleiberecht in Frage. ERMITTLUNGSERGEBNISSE: Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Als Todesursache werden zunächst in unzähligen Medien Gehirnblutungen genannt, die beim Aufprall des Kopfes auf den Boden und die Kopftritte entstanden sein sollen. Wenige Stunden später heißt es dann, Markus B. habe einen Schlag auf die Lippe erhalten. Todesursache sei ein Herzinfarkt. Staatsanwaltschaft: „Nach dem vorläufigen, mündlich übermittelten Obduktionsergebnis ist der 22-jährige Köthener einem akuten Herzversagen erlegen, das nicht im direkten kausalen Zusammenhang mit den erlittenen Verletzungen steht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden die Ermittlungen nunmehr wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung gegen den 18-jährigen Tatverdächtigen geführt. Gegen den 20-jährigen Tatverdächtigen wird wegen des Anfangsverdachts der Körperverletzung mit Todesfolge ermittelt.“ AUGENZEUGENBERICHTE: 1. Teilnehmer des Hoffestes, auf dem Markus B. zuvor gewesen ist sagten laut Lokalzeitung Volksstimme: Markus B. sei gegen den Kopf getreten worden. Immer wieder. Er soll gerufen haben: "Hört auf, ich kriege keine Luft mehr." 2. Die Schwangere sagt bei einem Interview in der Bildzeitung: „Als ich wieder aus der Wohnung meiner Schwester kam, sah ich, wie Markus auf Hotak und Ezatullah zuging. Hotak schlug sofort auf ihn ein,

Markus ging zu Boden. Dort blieb er, die Augen offen, reglos liegen. Trotzdem trat Ezatullah immer wieder auf seinen Kopf ein.“ 3. Eine Ersthelferin, deren mündliche Schilderung per Tonaufnahme im Netz veröffentlicht wurde: Laut dieser Augenzeugin, die keinen Puls mehr feststellte und versucht hat, Markus B. durch Herzmassage zu reanimieren, tauchen immer mehr Ausländer auf dem Spielplatz auf. Der Streit wird immer lauter. Die Schwangere schreit um Hilfe und flieht offenbar mit ihrem aktuellen Freund in die Wohnung ihrer Schwester, nachdem dieser auf dem Spielplatz verprügelt worden war. Ihrem Ruf folgt der mit Freunden und Geschwistern auf einem Hof feiernde Markus B. Er sieht, dass ein Mädchen namens Nancy von einem Flüchtling festgehalten und geschlagen wird und will sie wegziehen. Zwei Flüchtlinge wollen Markus B. dabei helfen, werden aber von den Tätern geschlagen und flüchten. Markus B. wird laut der Augenzeugin von zwei Tätern festgehalten und von einem dritten bewusstlos geschlagen. Dann wird er ohnmächtig am Boden liegend immer wieder vor den Kopf getreten, auch in den Bauch. 4. Die Bildzeitung zitiert die Schwangere in einem späteren Artikel noch einmal: „Hidayatullah H. schlug Markus, der ging zu Boden. Seine Augen waren geöffnet, aber er regte sich nicht mehr.“ Unklar ist, ob ein zweites Interview geführt wurde oder Bild ihre Aussage verändert hat. Gleichzeitig geht Bild auf die Audiodatei mit den Aussagen der Ersthelferin ein. Die betreffende Zeugin habe ihre im Netz verbreitete Aussage selbst revidiert. Diese passe nun zu den polizeilichen Ermittlungsergebnissen. Staatsanwalt Olaf Braun über die TÄTER: „Da es sich um Heranwachsende handelt, werden auch unsere Angaben ein wenig knapper ausfallen." Beide Täter in U-Haft. Haftgründe: Flucht- und Wiederholungsgefahr. Beide kamen als angebliche unbegleitete Minderjährige nach Deutschland und sind polizeibekannt. Der ältere Verdächtige hätte schon seit Monaten abgeschoben werden sollen. TÄTER 1: Ezatullah M. (20), gegen ihn liefen bereits Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung. Die Ausländerbehörde wollte ihn abschieben, die Staatsanwaltschaft verhinderte dies und gab erst am 6.9.2018 grünes Licht. TÄTER 2: Hidayatullah (bzw. Hotak) H. (18), Afghane, anerkannter Flüchtling.
Opfer 22
Täter 20 18
Täternationalität 2x Afghanistan

2 Afghanen aus Köthen in U-Haft: Er starb nach Attacke an Herzversagen
Er wollte einen Streit schlichten, wurde angegriffen und starb an Herzversagen. Seit seiner Kindheit trug er einen Schrittmacher.
www.bild.de
#12Hamburg | 08.09.2018 - 09:43 Uhr
Mit Haftbefehl wegen eines Tötungsdeliktes in seiner Heimat gesuchter Rumäne (40) verursacht, mit fast 3 Promille betrunken und mit überhöhter Geschwindigkeit, einen Verkehrsunfall auf der A25 mit einem Verletzten (37) und hohem Sachschaden. Die Autobahn muss über 2 Stunden total gesperrt werden. Einen Führerschein besitzt der Rumäne ebenfalls nicht - U-Haft.

Opfer 37
Täter 40
Täternationalität Rumänien
#11Bischberg | 08.09.2018 - 19:35 Uhr
Ein Bulgare (31) stiehlt in einem Einkaufsmarkt Zigaretten und würgt einen Ladendetektiv bis zur Bewusstlosigkeit, als dieser ihn auf den Diebstahl anspricht. Untersuchungshaftbefehl wegen des dringenden Tatverdachts des versuchten Totschlags, der gefährlichen Körperverletzung und des räuberischen Diebstahls erlassen!
Opfer 39
Täter 31
Täternationalität Bulgarien
#10Wien | 08.09.2018 - 18:50 Uhr
Ein irakischer Asylbewerber (40) sticht mit einem Messer mehrfach in den Hals einer Irakerin (50) und tötet sie brutal in ihrer Wohnung. Als die Anwohner ihre Hilfeschreie wahrnehmen und die Polizei verständigen, versuchen die Einsatzkräften vergeblich, die blutüberströmte Leiche des Opfers zu reanimieren. Der flüchtige Täter wird in einem Lokal festgenommen.
Opfer 50
Täter 40
Täternationalität Irak

Mord an Irakerin: Mit Messer in den Hals gestochen
Die Bluttat in Wien-Leopoldstadt, bei der am Samstagabend eine Irakerin (50) durch Stiche in den Hals getötet wurde, gibt den Ermittlern weiterhin ...
www.krone.at
#9Fulda | 07.09.2018 - 12:40 Uhr
Muslimische Familienfehde auf offener Straße ausgetragen - versuchter Totschlag - Täter auf freiem Fuß: Onkel bremst Wagen seines Neffen aus, zieht ihn aus dem Wagen, verprügelt ihn und will ihn vor den Augen seiner Frau und seines Kindes überfahren. Der Geschädigte versucht noch auszuweichen, wird aber erfasst und verletzt. Er kommt ins Krankenhaus. Der Täter wird vorläufig festgenommen und nach Vernehmung auf freien Fuß gesetzt. Die Lokalpresse erhält daraufhin Mails aus der Sippe, die den Onkel entlasten sollen: "Hallo, der Onkel ist nach dem Vorfall zum Freitagsgebet in die Moschee - nur 300 Meter vom Vorfall-Ort entfernt - gefahren und nicht geflüchtet. Er ist abschließend nach dem Gebet angerufen, von einer Zivilstreife abgeholt und zur Vernehmung gebracht worden. Dann wieder freigelassen, weil der angebliche Opfer sich vor das Auto geschmissen hat mit Absicht, um dem Onkel zu schaden laut Zeugen. Drum ist der Onkel auch auf freiem Fuss." Die Polizei bestätigt der Zeitung, dass der Onkel aber nach wie vor tatverdächtig ist.
Opfer ?
Täter ?

Brutaler Streit auf offener Straße - Onkel versucht Neffen zu überfahren
Zu einer spektakulären öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Familienangehörigen, die wohl in einen versuchten Totschlag mündete, wurde die Polizei...
osthessen-news.de
#8Bischofswiesen | 07.09.2018 - 17:00 Uhr
Rumäne (25) verletzt in einer therapeutischen Einrichtung einen Deutschen (24) so schwer, dass die Polizei wegen versuchter Tötung ermittelt. Als der Deutsche bei Mitarbeitern Schutz sucht, werden auch sie angegriffen. Der Schwerverletzte und vier Mitarbeiter werden ins Krankenhaus gebracht. Der Rumäne wird vorläufig festgenommen, ein Richter ordnet die einstweilige Unterbringung in der Psychiatrie an.
Opfer 24 ? ? ? ?
Täter 25
Täternationalität Russland

Mehrere Personen verletzt: Kripo ermittelt wegen versuchter Tötung
In einer therapeutischen Einrichtung in Bischofswiesen im Landkreis Berchtesgadener Land hat es am Freitagabend eine heftige Auseinandersetzung gegebe...
www.heimatzeitung.de
#7Schwäbisch Gmünd | 03.09.2018
Litauer (69) ermordet in Schwäbisch Gmünd seine 67-jährige Ehefrau und flieht nach Litauen. Dort stellt er sich der Polizei und gesteht die Tat. Die Staatsanwaltschaft Ellwangen hat einen Haftbefehl erwirkt und strebt die Auslieferung nach Deutschland an. Die genaue Todesursache wird durch eine Obduktion geklärt.
Opfer 67
Täter 69
Täternationalität Litauen
#6Zwickau | 03.09.2018
Prozess: Der Pakistaner Javed I. (28, 1 Tochter, abgelehnter Asylbewerber) geht vor einer Pizzeria mit Beleidigungen auf den indischen Mitarbeiter Balwinder S. (35) los, als sich die beiden um die Qualität eines Bollywood-Films streiten. Dann zieht er ein Cuttermesser und schneidet seinem Kontrahenten in die Brust (Krankenhaus). Urteil: 10 Monate auf Bewährung
Opfer 35
Täter 28
Täternationalität Pakistan
#5Darmstadt | 03.09.2018 - 08:30 Uhr
Dreifache Mutter (37) wird von ihrem Lebensgefährten, einem dunkelhäutigen US-Amerikaner (39), erschossen. Sie stirbt noch an Ort und Stelle. Wenig später wird der Täter erschossen in seinem Auto gefunden. Ob er sich selbst erschossen hat oder die Polizei ihn getötet hat, ist noch unklar.
Opfer 37

Täter 39
Täternationalität Vereinigte Staaten von Amerika

Darmstadt: Frau auf der Straße erschossen, Lebensfährte tot
Schüsse gegen 8.30 Uhr: In Darmstadt wurde am Montagmorgen eine Frau erschossen. Eine zweite Leiche lag in einem Auto.
www.bild.de
Zeugen gesucht
#4Essen | 03.09.2018 - 14:00 Uhr
Zwei Libanesen (42, 51) greifen einen 18-Jährigen mit Migrationshintergrund brutal mit einem Hammer an, schlagen ihn nieder und verletzen ihn schwer. Polizisten entdecken das Opfer an einem Parkplatz. Die zwei Schläger werden festgenommen. Es wird nach einem dritten Tatverdächtigen gefahndet.
Opfer 18
Täter 42 51 ?
Täternationalität 2x Libanon

Hammer-Attacke in Essen: Polizei fahndet nach drittem Täter
Die nach dem Angriff in Altenessen festgenommenen Männer (42/51) wurden inzwischen wieder entlassen. Sie gelten aber weiterhin als verdächtig.
www.nrz.de
#3Hofheim am Taunus | 03.09.2018 - 22:10 Uhr
In Hofheimer Asylunterkunft sticht ein vermeintlicher Flüchtling aus Eritrea (26) mit einem Messer auf einen 20-jährigen Syrer ein und verletzt ihn schwer. Der Schwarzafrikaner wird wegen versuchten Totschlags einem Haftrichter vorgeführt, Ausgang ungewiss.
Opfer 20
Täter 26
Täternationalität Eritrea
#2Münster | 02.09.2018 - 02:40 Uhr
Im Verlauf eines Streits greift ein Iraker (24) in einem Imbiss mehrfach einen Landsmann (27) mit einem Messer an, sticht erneut in den Brustkorb des Verletzten und flüchtet. Das Ofer wird mit lebensbedrohlichen Stichverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Der Täter wird von der Polizei überwältigt und festgenommen.
Opfer 27
Täter 24
Täternationalität Irak

Streit eskaliert: 24-Jähriger sticht Mann am Bahnhof nieder
Ein 24-jähriger Iraker hat einen Mann in einem Imbiss am Hauptbahnhof Münster nieder gestochen. Die Mordkommission ermittelt.
www.tag24.de
#1Florstadt | 01.09.2018

Deutsch-Türke (17) plant einen islamistisch motivierten Anschlag, beschafft sich eine Anleitung zum Bau eines Sprengsatzes und besorgt und sich Chemikalien. Er kann festgenommen werden. Der geständige Terrorist wird in Untersuchungshaft gesetzt. Den bisherigen Erkenntnissen zufolge soll sich der Jugendliche im Internet eine Anleitung zum Bau einer Sprengvorrichtung verschafft und versucht haben, Chemikalien über einen Internet-Versandhandel zu erwerben. Damit hätte der Sprengstoff Triacetontriperoxid (TATP) hergestellt werden können. Die bei ihm zuhause entdeckten Chemikalien hätten den Angaben zufolge nicht ausgereicht, einen Sprengsatz zu bauen. Den Ermittlungen lag den Angaben zufolge ein Hinweis des Bundesamts für Verfassungsschutz zugrunde. Die Festnahme erfolgte demnach durch Spezialeinheiten des Landeskriminalamts, das auch die weiteren Ermittlungen wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat führt. Dass die Festnahme erst jetzt bekannt gegeben wurde, begründete der Sprecher der Staatsanwaltschaft ebenfalls mit ermittlungstaktischen Gründen.
Täter 17
Täternationalität Türkei

Hochexplosiver Sprengstoff: Jugendlicher soll Terroranschlag geplant haben
Er soll sich eine Anleitung zum Bau eines Sprengsatzes besorgt und sich bereits Chemikalien beschafft haben: Ein Jugendlicher aus dem Rhein-Main-Gebie...

HTTP://WWW.PI-NEWS.NET/2018/09/BERLIN-ZEHNJAEHRIGER-AUF-KLASSENFAHRT-VON-MITSCHUELERN-VERGEWALTIGT/

SYRER UND AFGHANEN TATVERDÄCHTIG

Zehnjähriger auf Klassenfahrt von Mitschülern vergewaltigt

1. September 2018

Vorweg: Dieser Artikel ist nicht für alle Leser geeignet. Offenbart er doch Grausamkeiten, die für zivilisierte Menschen das Zumutbare sprengen.
Wie jetzt erst bekannt wurde, entwickelte sich die Klassenfahrt einer Berliner Grundschule für einen Zehnjährigen zu einer Fahrt in die Hölle.
Kurz vor den Sommerferien ging es für 38 Mädchen und Jungen nach Schloss Kröchlendorff. Erlebnis-Pädagogik stand auf dem Programm. Das Umfeld – Natur pur.
Einem der Jungen wurde von seinen ebenfalls (angeblichen) zehn- und elfjährigen Mitschülern vollkommen skrupellos und offen Folter angekündigt: „Wir ficken Dich heute!"

Wollte die Schule die Vergewaltigung vertuschen?
Am Abend wurde aus der Ankündigung Ernst. Zwei Elfjährige hielten ihr Opfer fest, während ein Zehnjähriger den Gleichaltrigen vergewaltigte. Zwei weitere Schüler bekamen alles mit, schritten jedoch nicht ein. Drei Lehrerinnen und ein Erzieher bekamen angeblich nichts von dem Horror mit. Heraus kam die abscheuliche Tat durch einen Freund des Opfers, der alles der Schulsozialarbeiterin erzählte.
Erst nachdem die Vergewaltigung intern bekannt wurde, informierte die Schule Eltern und Polizei. Einzige Konsequenz für die Täter: Schulverweis. Sie werden an andere Schulen versetzt, an der sie unbekannt sind. Dort werden sie für ihre Taten nicht geächtet und weiter freie Hand haben, das zu tun, was sie wollen. Es ist davon auszugehen, dass die Eltern und Schüler der neuen Klassen nicht über die Vorgeschichte der dann neuen Mitschüler informiert werden.
Bisher bekannte Täter: Syrer und Afghanen
Die beiden Schüler, die den Zehnjährigen für den Vergewaltiger festhielten, sind ein Syrer und ein Afghane. Der Haupttäter ist ebenfalls aus Afghanistan. Er soll angeblich sogar noch einen Monat jünger als sein Opfer sein. Eine Altersfeststellung wurde allerdings noch nicht angeordnet. Da er noch nicht strafmündig ist, soll er straffrei ausgehen. Bekannt war der Haupttäter schon vor der Tat als Schläger.
Durch eine unverantwortliche Einwanderungspolitik wurden Teufel ins Land geholt! Kleine Teufel, doch nicht weniger grausam als ihre großen Vorbilder. Gerade in der afghanischen, tief durch den Islam geprägten Kultur ist der sexuelle Übergriff auf Jungen keine Seltenheit, wenn er dort auch eher von Erwachsenen auf Kinder stattfindet.
Links-grüner Ungeist auch in Stuttgarter Schule
Die perversen Vorstellungen der 68er, die von Sex mit Kindern träumten (Cohn-Bendit, Frankfurter Schule, Volker Beck, etc.), treffen hier allerdings auf fruchtbaren Boden. Im Zuge der redaktionellen Arbeit zu dem hier berichteten abscheulichen Verbrechen wurden PI-NEWS folgende Bilder zugesandt, die zeigen, dass der links-grüne Ungeist nicht nur in Berlin Realität im Schulalltag ist und geradezu eine Ermutigung zu solchen Taten darstellt.
Dieses Foto wurde in Stuttgart am „Neuen Gymnasium Feuerbach" aufgenommen. Der Schriftzug prangt dort einer Handlungsanweisung gleich über den Jungen-Toiletten.
Den uns zugrundeliegenden Informationen steht der Satz so seit März an der Wand. Der Schulleitung scheint diese Aufforderung zum Missbrauch nicht zu missfallen. Die Ungeheuerlichkeit geht auch im ansonsten unverschandelten Toilettenraum nicht unter. Es ist dort der einzig sichtbare Schriftzug, wie man auf den folgenden Bildern erkennen kann.
Hier die Örtlichkeit im Einzelnen:
Für Nachfragen:
Neues Gymnasium Feuerbach
Susanne Heß (Schulleiterin)
Klagenfurter Str. 71
70469 Stuttgart
Tel.: 0711/ 21659850
neues.gymnasium@stuttgart.de

Aufruf: Wer Bilder der Täter hat, wer über sonstige Informationen zu den Tätern der Berliner Grundschule verfügt, setzt sich bitte mit PI-NEWS (info@pi-news.net) in Verbindung. Es kann und darf nicht sein, dass die Täter weiter als

tickende Zeitbomben unerkannt an den neuen Schulen agieren. Hier steht Opferschutz vor Täterschutz!

http://www.pi-news.net/2018/09/amsterdamer-messer-afghane-terror-export-aus-deutschland/

DEUTSCHER TERROR-TOURIST STICHT AUF US-TOURISTEN EIN

Amsterdamer Messer-Afghane: Terror-Export aus Deutschland!

1. September 2018

Zwei Schwerverletzte und eine Massenpanik löste ein 19-jähriger Terror-Afghane am Freitag am Amsterdamer Hauptbahnhof aus. Deutschland ist einer der Hauptexporteure islamischen Terrors.

Von BEN NICKELS | Islamischer Terror – ein Exportschlager aus Deutschland: Nach dem Messerangriff auf dem Amsterdamer Hauptbahnhof, bei dem am Freitag zwei friedliche US-Touristen schwer verletzt wurden, führt eine erste Spur nach Deutschland. Bei dem niedergeschossenen Messerangreifer handelt es sich um einen 19-jährigen afghanischen „Asylbewerber" mit deutscher Aufenthaltserlaubnis, teilte die niederländische Polizei mit. Sie geht mittlerweile von einem terroristischen Hintergrund aus. Das Messerattentat war nach Einschätzung der Ermittler ein Terroranschlag – der Täter hatte ein islamisch-terroristisches Motiv, gaben die Amsterdamer Sicherheitsbehörden am heutigen Samstagabend bekannt.

Der „Schutzsuchende" sei im Besitz einer deutschen Aufenthaltserlaubnis und konnte – ähnlich dem Chemnitz-Mörder Yousif Abdullah über die deutsche Grenze nach Holland ungehindert nach Belieben ein- und ausreisen. Man stehe daher mit den deutschen Behörden in „intensivem Kontakt", um mehr Klarheit über „das terroristische Tatmotiv zu bekommen". Bestmöglich befragen sie dazu seinen persönlichen Verfassungsschutz-Referenten, der sich sicher ebenfalls wieder in Tatortnähe aufhielt – wie immer bei Terroranschlägen mit deutscher Beteiligung !

Nach Polizeiangaben hatte der Afghane gegen 12.10 Uhr in einem Tunnel im Westteil des Hauptbahnhofs auf die beiden US-Bürger eingestochen, bevor die Polizei auf ihn schoss und so weitere Gewaltakte gegen Unbeteiligte sofort im Keim erstickte. Die beiden Opfer seien „sehr schwer verletzt", sagte ein Sprecher.

Opfer „sehr schwer verletzt"

Die Polizei hatte den Eindruck, dass der deutsche „Asylbewerber" die US-amerikanischen Opfer nicht bewusst oder mit einer besonderen Absicht ausgewählt habe. Der Täter wurde durch die Schüsse, mit denen die Polizei ihn stoppte, hingegen nur leicht verletzt. Nach den verzweifelten Schreien und Schüssen brach am Hauptbahnhof Panik unter den Tausenden anwesenden Touristen und Pendlern aus. Der Bahnhof wurde umgehend gesperrt – es gab zahlreiche Verspätungen wegen des deutsch-afghanischen Menschengeschenkes, der in den Niederlanden schätzungsweise auf Drogenbeschaffungs-Einkaufstour – „Stich-Wort": Schwarzer Afghane – war. Der Hauptbahnhof liegt im Norden der Amsterdamer Innenstadt, rund 250.000 Passagiere nutzen den Bahnhof täglich.

Am Donnerstag hatten die afghanischen Taliban zu Angriffen auf niederländische Soldaten aufgerufen. Daraufhin wurde ein 26 Jahre alter Pakistaner in Den Haag festgenommen worden, weil er in einem Video per Facebook angekündigt hatte, er wolle einen Anschlag auf den niederländischen Oppositionspolitiker und Freiheitskämpfer der PVV, Geert Wilders, 54, verüben. Die deutschen Mainstreammedien versuchen nun, Geert Wilders die Schuld in die holländischen Holzschuhe zu schieben, sofern sie überhaupt über den Export-Terrorakt berichten.
Ein Zeuge berichtete: "Ich hörte Schüsse und ich wusste, dass etwas Schlimmes passiert ist", sagte Richard Snelders. Etwas später habe er einen auf dem Boden liegenden Mann gesehen. Spontan habe er an einen Terroranschlag gedacht. Die Panik im Bahnhof sei groß gewesen. Die WeLT titelt heute dagegen verharmlosend: „Afghane mit deutschem Aufenthaltstitel attackiert zwei Menschen".

IS-Terrorzelle Ulm

Das „weltoffenene", bunt-tolerante und gegen islamischen Terror blinde Deutschland ist seit Jahren ein beliebter Hotspot für internationalen Terror-Export. Der Kopf der Bataclan-Massenmorde in Paris, Salah Abdeslam, rekrutierte seine syrischen Mitmörder beispielsweise aus einer Asylunterkunft in Ulm. In der Nacht auf den 3. Oktober 2016 ist er mit einem Mietwagen von Brüssel Richtung Baden-Württemberg aufgebrochen. In Ulm hatte er etwa eine Stunde lang vor einer Asylbewerberunterkunft gehalten, drei „schutzbedürftige" Syrer aufgenommen und ist dann zurück nach Molenbeek gefahren. Auf dem Rückweg wurde das Auto sogar von der deutschen Polizei kontrolliert, wie sogar das ZDF 2016 noch offenherzig berichtete. Dabei nahmen die Beamten Fingerabdrücke von Abdeslam und einem weiteren Mann. Danach wünschten die Beamten aus Ex-Kommunist Winfried Kretschmanns grün-schwarzem Umvolkungsländle den nervösen Fahrzeuginsassen wohl eine gute Reise und gutes Gelingen für die Hinrichtungen an 89 friedlich feiernden Franzosen.
Am nächsten Tag stellte sich bei einer Anwesenheitskontrolle in der vor allem von syrischen Flüchtlingen bewohnten Ulmer Unterkunft heraus, dass drei Männer fehlten. In Ulm und Neu-Ulm predigen immer noch die Größen der internationalen Dschihadisten-Szene den „Heiligen Krieg gegen Ungläubige". Die Region gilt immer noch als Hochburg islamischer „Umtriebe".

Al-Qaida-Terrorzellen Hamburg – und Bochum um Bin-Laden-Leibwächter Sami A.

Dass die Bochumer Polizei die blutige Spur des islamischen 9/11-Massenmörders Ziad Jarrah in Bochum-Querenburg aufspüren konnte, war „Kommissar Zufall" zu verdanken. Aus den USA hatte Jarrah ein Päckchen mit Flugpapieren nach Bochum in die Stiepeler Straße 75 geschickt. Doch das Paket konnte nicht zugestellt werden und fiel bei einer zufälligen Kontrolle auf. Doch da waren die tödlichen Anschläge in New York bereits passiert.
In Bochum kam seiner Frau kurz nach dem 11. September der hinreichende Verdacht, ihr Mann könne „mit den Anschlägen zu tun gehabt haben". Wegen seiner Auslandsaufenthalte, wegen seiner radikal-religiösen Veränderung „in seinem Wesen", aber auch, weil er ihr seinen Tod angedeutet hatte. Als Jarrah sich nicht mehr telefonisch meldete, was er sonst täglich tat, ging seine Frau, eine türkischstämmige Studentin aus Greifswald, zur Polizei und meldete ihren libanesisch-palästinensischen Gebieter als vermisst.
Laut FBI war Ziad Samir Jarrah der Pilot der weiteren Maschine, die in Pennsylvania nach verzweifelten Todeskämpfen der Passagiere mit dem Entführer abgestürzt war. Der Terrorist lebte in einem Bochumer Studentenwohnheim und gehörte zum Kreis des Hass-Imams und Bin-Laden-

Sicherheits-Attachés Sami A. (Al-Mujtaba), der nun auf Steuerzahlerkosten zwischen Sousse und Bochum pendeln soll – die NRW-Behörden stellen sich zur Stunde auf eine zeitnahe Rückkehr des 9/11-Koordinators ein. Der Bochumer Al-Qaida-Hassprediger und seine „Moschee im Nagelstudio" wurde vom deutschen Steuerzahler seit knapp 20 Jahren mit einigen hunderttausend Euro subventioniert, PI-NEWS berichtete mehrfach.
Der Anschlag auf das New York World-Trade-Center mit über 3.000 Toten wurde minutiös von Hamburg-Harburg aus geplant und großzügig aus deutschen Steuergeldern finanziert.
Der Islam-Terror – ein Meister aus Deutschland!

http://www.pi-news.net/2018/08/brutaler-club-ueberfall-in-frankfurt-oder-allah-wir-stechen-euch-alle-ab/

AUGENZEUGE: „ES WAREN KRIEGSSZENEN"

Brutaler Club-Überfall in Frankfurt/Oder: „Allah – wir stechen euch alle ab"

29. August 2018

Vor dem Frankfurter „Frosch-Club" ging eine Meute bestialischer Merkel-Orks mit Messern, Eisenstangen und Steinen auf die friedlichen Gäste los. Menschen flüchteten vor den Geflüchteten in Todesangst unter Autos. Wer sich gegen den Mob wehrte, befand sich in akuter Todesgefahr.

Von JOHANNES DANIELS | Messermigranten-Horror in Brandenburg! In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurden in Frankfurt/Oder in der Szenelocation "Frosch-Club" friedlich Feiernde von 20 Arabern mit Messern, Steinen und Eisenstangen angegriffen. Die hochaggressiven Merkel-Gäste schrien dabei „Allah – wir stechen euch alle ab" – „Allahu Akbar"-Rufe durften nicht fehlen. Einige Gäste hatten dabei das bestialische Abschlachten und Schächten **von Besuchern des Bataclan-Clubs in Paris vor Augen. Die feigen Mainstreamedien schreiben im Zuge der „Causa Chemnitz":**

Nicht ein Wort. Denn das Merkelregime hat die nackte Angst, dass ihnen die Situation insbesondere in Ostdeutschland nun komplett entgleiten wird – konkludente Nachrichtensperre im Mainstream darüber.

Deutsche suchen Schutz vor Schutzsuchenden – unter Autos ...

Ausgelöst wurde der Terror-Überfall durch einen „Streit zwischen Gästen des Klubs" – zwei arabische Asylbewerber pöbelten die dort friedlich feiernden Gäste an. Sie bedrängten die Feiernden, provozierten sie zunächst und schlugen Gästen „Flaschen auf den Kopf". Daraufhin versuchten weitere Gäste die beiden Syrer zu beruhigen, und „umarmten sie" sogar in bunter Willkommenseuphorie. Als nach längerer Zeit der Deeskalation alles nichts half, wurde versucht, die Polizei zu rufen und die Merkel-Orks zunächst aus dem Lokal komplimentiert. Daraufhin riefen die „Schutzsuchenden" zur Unterstützung „weitere Freunde" auf ihren Smartphones an.

„Die zur hilfekommenden jungen Männern" (Originalbericht pure-fm.de) schlugen sodann nach wenigen Minuten wahllos auf die Gäste vor dem Frosch-Klub ein.

Diese flüchteten in Angst um ihr Leben und versteckten sich teilweise unter parkenden Autos, wo sie mit Schlägen und Tritten malträtiert wurden. Bei dem Versuch, nun gewaltsam in den Vergnügungstempel zu gelangen, schlugen die insgesamt 20 Angreifer mit Messern und schweren Eisenstangen die Türen und Fenster des „Le Frosch" ein.
Sowohl die Betreiber des „Frosch" als auch Gäste hingen vergebens 15 Minuten lang in der Notruf-Warteschleife der Polizei, bis diese nach über 30 Minuten in der Ziegelstraße 36 eintraf. Die Notruf-Zentrale für Frankfurt sitzt in Potsdam und war an diesem Samstag Abend überbelegt und unterbesetzt. Die brutalen Angreifer hatten zu diesen Zeitpunkt schon längst den Tatort verlassen. Der Staatschutz hat die Ermittlungen übernommen. Schätzungsweise, weil den Sozialasylanten auf rassistische Weise der wiederholte Zutritt zu der Diskothek verweigert wurde.
In Folge wurden am Sonntagabend zwei syrische Disko-Angreifer im Alter von 20 und 22 Jahren an der Heilbronner Straße vorläufig festgenommen, nachdem sie dort mit mehreren Deutschen „in Streit gerieten" und diese mit ihren Messern bedrohten. Einer der Männer hat bereits einen Haftbefehl wegen anderer Straftaten, war aber auf freiem Fuß. Der zweite Syrer war am Montagabend noch in Polizeigewahrsam. Noch.

Polizei verhindert Eskalation – im Medienbericht …

Die Frankfurter Polizei beschreibt den Vorfall von der Partynacht nun „nüchtern und resümiert" – sie habe Anzeigen wegen „Bedrohung und Sachbeschädigung" aufgenommen. Der Bericht von Dirk Schöbe, der den Club betreibt und für die „Sicherheit" zuständig ist, klingt dramatischer. Zunächst habe sich der Abend als „ganz normale 90er-Jahre-Party" dargestellt mit gemischtem Publikum, jungen Leuten, Paaren, auch einigen Gästen mit dunkler Haut oder arabischer Herkunft. „Wir selektieren nicht nach Herkunft oder Hautfarbe, wir gucken, ist einer ein Arschloch oder nicht", beschreibt Schöbe die Politik an der Tür.
Die zwei syrischen Gäste, die später für die Eskalation sorgen sollten, habe er gekannt. In der Nacht allerdings seien sie auf „Krawall gebürstet" gewesen. Sie hätten andere Gäste beleidigt und bedroht, seien dann nach draußen gekommen und seien „ausgeflippt" – trotz der vielfachen Beruhigungsversuche seitens Personal und anderer Gäste. „Es gab Todesdrohungen und brutalste Angriffe", sagt Schöbe. Die Polizei erreichte er zu diesem Zeitpunkt – es war etwa 3 Uhr – nicht.

„Die Hölle brach über uns herein"

Wenige Minuten später seien aus zwei Richtungen Männer auf den Club zugerannt. „Die Hölle brach über uns herein", formuliert es auch der Türsteher. Mit Messern, Steinen und Stangen hätten die Angreifer nicht nur gedroht, sonder sogleich loslegt. Schöbe habe seine Gäste in den Club gedrängt und mit vielen Personen verängstigt von innen die Tür zugehalten.
„Es waren Kriegsszenen – jeder der bereit war, sich zu wehren war in akuter Lebensgefahr", so der Clubbetreiber: „Menschen wurden von Steinen am Kopf getroffen und am Boden liegend getreten – es war deutlich zu erkennen, dass die Angreifer bewaffnet waren. Es war eine ganz ernste Gefahrensituation". Die arabischen Asylsuchenden begannen sofort Steine auf die Gäste zu werfen, die sich im Hof des Clubs aufhielten. Die Club-Betreiber und das Sicherheitspersonal versuchten darauf, ihre Gäste in den Club zu treiben und die Türen zu verschließen um sie vor Schlimmeren zu bewahren. Die Gäste, die es nicht in den Club schafften, versuchten zu fliehen oder sich unter Autos zu verstecken: Dann begannen die Angreifer, Fenster einzuschlagen und versuchten die Türen aufzubrechen, während sich die Gäste des Clubs dort in Panik und Todesangst verbarrikadierten.

Panik und Todesangst in Brandenburg – Warnung der SED-Nachfolger vor „Verurteilungen"

„Wir werden uns wohl künftig anders positionieren müssen – wir wollen ein sicheres Bild nach außen transportieren, ohne unsere Menschlichkeit zu verlieren", brachte er den moralischen Zwiespalt auf den Punkt.

Die politische Einschätzung lässt stauen. So lügt Oberbürgermeister René Wilke (SED-Linke) im lokalen Radiointerview: „Strafvollzug und Polizei haben hier sehr sehr schnell und sehr eng abgestimmt gehandelt. Ich sehe hier kein generelles Problem […]. Gegen diejenigen, die Straftaten begehen, müssen wir mit aller Härte vorgehen. Wir werden allerdings nicht die über 1.000 friedlich bei uns lebenden Geflüchteten in Mithaftung nehmen."

Alena Karaschinski (Grüne) erklärte, die Angriffe seien „inakzeptabel": Verwaltung, Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft und insbesondere „die Sozialarbeit" müssen sich den neuen Herausforderungen stellen, die sich durch gewaltbereite Jugendliche mit Migrationshintergrund ergeben. Sie warnte aber auch vor pauschalen Verurteilungen von Migratinnen und Migranten.

Linke fordern mehr Integration – „Gewalt ist ein Merkmal von Straftätern" (!)

„Körperliche Gewalt ist inakzeptabel und entsprechende Gewalttaten müssen vom Rechtsstaat verfolgt werden", erklärt Jan Augustyniak, von der SED-Linken. Die Aufklärung obliege nun den Gerichten. „Hierbei ist irrelevant, welcher Nationalität die mutmaßlichen Straftäter angehören. Wichtig ist allein die Straftat und ihre Umstände", so Augustyniak. Flüchtlinge und Gewalttäter dürften nicht über einen Kamm geschoren werden. „Allgemeine Gewaltbereitschaft ist kein Merkmal von Geflüchteten oder Menschen einer bestimmten Nationalität, sondern einzig ein Merkmal von Straftätern".

Der Chef der Frankfurter Kommunisten forderte, die gesellschaftliche Integration voranzutreiben. „Ebenso ist der ein Ausbau der Sozialarbeit dringend notwendig."

Die Frankfurter FDP verwies auf „die tatsächliche Sicherheitslage" vor Ort. „Es kann nicht sein, dass dann auch noch Polizeikräfte und Mitarbeitende des Ordnungsamtes ausschließlich an einem Ort der Stadt präsent sind und Ressourcen binden", so ein FDP-Sprecher. Darüber hinaus müsse die Sozialarbeit in der Stadt anders aufgestellt werden, so Wolfgang Mücke, FDP-Kreisvorsitzender: „Die Sozialarbeiter der dezentralen Unterbringung müssen sich mehr und vor allem in den Abendstunden auf die jugendlichen Geflüchteten konzentrieren". Gut, dass das Wort „konzentrieren" von der FDP kam – ein Mitglied der AfD wäre damit sofort auf Seite 1 der BILD gelandet.

Mehr Integration ? Gesagt, getan ! Bereis am Dienstag befanden sich die beiden festgenommenen syrischen Haupttäter wieder auf freiem Fuß und konnten sich so ihr Bild über den „deutschen Linksstaat" bilden. In allen deutschen Medien, insbesondere dem zwangsfinanzierten RBB, wird über den brutalen Terror-Überfall-Mob nicht einmal ansatzweise berichtet. Nur in den Freien Medien, die somit täglich wichtiger für den gesellschaftlich Zusammenhalt in Deutschland werden.

Irgendwann ist das Fass voll und läuft über – Chemnitz ist dabei sicherlich ein „Wende"-Punkt.

Hier Original-Töne und ein absolut bemerkenswertes Radio-Interview:

HTTP://WWW.PI-NEWS.NET/2018/08/NACH-MORD-AN-DANIEL-HILLIG-WUT-DER-MENSCHEN-IN-CHEMNITZ-STEIGT/

ESKALATION NACH MESSERMORD - TAGESSCHAU SCHWEIGT

Nach Mord an Daniel Hillig: Wut der Menschen in Chemnitz steigt!

27. August 2018

"Säuberungen" nach dem Messermord an Daniel Hillig - einem couragierten Chemnitzer mit kubanischen Vorfahren - am Tatort und in den Medien. Das Chemnitzer Stadtfest wurde aus "Pietätsgründen" vorzeitig beendet.

Von JOHANNES DANIELS | Der 35-jährige Daniel Hillig aus Chemnitz-Grimma wurde am Sonntag Morgen mit 25 Messerstichen brutal im Rahmen des Chemnitzer Stadtfestes abgeschlachtet, PI-NEWS berichtete. Zwei Freunde von ihm liegen mit lebensgefährlichen Messerstichverletzungen auf der Intensivstation und ringen mit dem Tod. Im Stadtzentrum von Chemnitz gehen am Nachmittag zwischen 2.000 und 2.500 Menschen spontan auf die Straße und rufen: „Das ist unsere Stadt" und „Wir sind das Volk" – das „Jubiläums-Stadtfest" wurde – wie schon durch die gewalttätigen Übergriffe von illegalen Migranten im letzten Jahr – vorzeitig abgebrochen. Polizei und Ordnungskräfte versuchen, die aufgebrachten Chemnitzer derzeit „in Zaum zu halten".

Die Lage in Chemnitz scheint nun unmittelbar zu eskalieren und was berichtet die zwangsfinanzierte Tagesschau in den deutschen Hauptnachrichten am Sonntagabend darüber? Nichts.

Viele gute Freunde des bestialisch Erstochenen, Vater eines Kindes und gelernter Tischler, trauerten bis weit in den Abend hinein still am Tatort des blutigen Stadtfestes. Die Alternative für Deutschland hatte zu einer „Spontandemo" in der Nähe des Tatorts aufgerufen. Dort wurden Blumen niedergelegt und Kerzen angezündet. Laut Polizei kamen dazu rund 100 Personen. Die friedliche Trauerandacht lief laut Polizei störungsfrei. Wenig später kam es dann zu einer zweiten Kundgebung am Karl-Marx-Monument. Auf Facebook ging ein Aufruf des Chemnitzer FC, bei dem sich Daniel engagierte und der „Fußballvereinigung Kaotic Chemnitz" voraus. Im Rahmen derer berichtete der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) von „Rangeleien" – der „Fanclub" wird auch den Ultras zugerechnet.

Laut unbestätigten Informationen soll die Polizei dabei versucht haben, diesen Demo-Zug mit Straßen-Sperren zu lenken. Die Polizei wirkte zu Beginn der Spontan-Demo überfordert, später standen 26 Mannschaftswagen bereit. Amateur-Videoaufnahmen zeigen, wie die Bereitschaftspolizei mit Schlagstöcken und Reizgas versucht, den Demonstrationszug zunächst „einzudämmen". Langsam scheint auch die weitgehend friedliche Lage in diesem Lager zu kippen, nicht ganz unverständlich nach all den vielen einschlägigen Gewalt-Vorfällen der letzten Monate in Chemnitz, über die auch PI-NEWS traurigerweise vielfach berichten musste. Irgendwann schlägt der Zorn über die Verletzungen an den friedlichen Bürgern zurück und sucht sich seinen Weg – man hätte es bereits 2016 ahnen können. Leider wird der Protest nun auch von gewalttätigen Hooligans befeuert – Augenzeugen zufolge kam dabei mindestens ein Migrant zu Fall und wurde von Hooligan-Angreifern getreten. Man wird diese Gegenreaktionen selbstverständlich Pegida und der AfD Sachsen in den Mainstreammedien in nächster Zeit anzulasten versuchen.

Chemnitz „besorgt über die Demonstrationen"

Die Stadt Chemnitz hat sich unverzüglich „besorgt über die spontanen Demonstrationen im Stadtzentrum" gezeigt: „Wir sind erschrocken über die Menschenansammlungen, die passiert sind", sagte der Stadtsprecher Robert Gruner wortwörtlich am Abend. Man habe friedlich miteinander das 875.

Jubiläum der Stadt (und das 200-Jahre-Karl-Marx-Jubiläum) zu feiern versucht. Nun habe sich jedoch gezeigt, dass es richtig war, dass Stadtfest vorzeitig abzubrechen. Statt um 20.00 Uhr endete das Fest bereits um 16 Uhr. Grund waren laut seinen Angaben Sicherheitsbedenken. Zunächst hatte man „Pietätsgründe" vorgeschoben.
Der hilfsbereite Daniel Hillig wurde mit 25 Messerstichen förmlich abgeschlachtet – der Täterkreis wird nun auch offiziell „dem Migrationsmilieu" zugerechnet. Die Polizei hatte zuvor zwei 22 und 23 Jahre alte Männer – dem Vernehmen nach Syrer – vorläufig festgenommen. Derzeit werde geprüft, ob diese in die „Auseinandersetzung" involviert waren. Der 35-Jährige wurde nach einem „Streit zwischen Männern unterschiedlicher Nationalitäten" niedergestochen und verstarb auf der Intensivstation. Die Chemnitzer Staatsanwaltschaft ermittelt nun „wegen des Verdachts des Totschlags gegen Unbekannt". Wer allerdings 25 mal auf einen Menschen einsticht, tut das in voller Mordabsicht!
Nach Angaben seiner ehemaligen Ausbildungsstätte war Daniel „ein sehr hilfsbereiter, fleißiger und lebenslustiger Mensch" – seine Zivilcourage wurde dem Chemnitzer mit kubanischen Vorfahren wohl zum tödlichen Verhängnis.

Mainstreammedien: „Rechte marschieren auf"

Die Presse hetzt nun über „brutale Ausschreitungen von rechts" und die AfD. Wie die BILD und SPIEGEL berichten, seien unter den Demonstranten „gewaltbereite Rechte, die gegen Ausländerkriminalität protestierten und Sprüche wie „Wir sind das Volk" skandierten". Der Polizei Chemnitz waren zur Stunde keine Hinweise auf gravierende Ausschreitungen bekannt – die Lage ist aber zusehends angespannt und schaukelt sich zunehmend auf.

„Ausschließlich Sache der Polizei"

„Es war kein Delikt des Stadtfestes und ist ausschließlich Sache der Polizei", erklärt der Geschäftsführer der Chemnitzer Wirtschaftsförderung, die das Stadtfest organisiert. Der Vorfall habe zeitlich und örtlich außerhalb des Stadtfestes stattgefunden – 100 Meter entfernt davon wurde die Tatwaffe gefunden.
Das Schweigen der Öffentlich-Rechtlichen ist fatal. Den trauernden Hinterbliebenen und besorgten Bürgern in Deutschland wird ein weiters Mal suggeriert, der schweigenden Mehrheit der Gesellschaft wäre eine Anteilnahme egal. Es ist eine Verhöhnung des couragierten Opfers Daniel Hillig, seiner lebensgefährlich verletzten Freunde und seiner Hinterbliebenen.
Die fatale Lüge: Die Chemnitzer Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig, SPD, 56, erklärte dem gebührenfinanzierten MDR SACHSEN gegenüber:
„Es sollte ein friedliches Stadtfest werden. Und wenn ich sehe, was sich in den Stunden am Sonntag hier entwickelt hat, dann bin ich entsetzt. Dass es möglich ist, dass sich Leute verabreden, ansammeln und damit ein Stadtfest zum Abbruch bringen, durch die Stadt rennen und Menschen bedrohen – das ist schlimm. Denen, die sich hier angesammelt haben, bewusst auch keine Versammlung angemeldet haben, geht es darum, genau das Stadtfest zu stören, die Situation zu chaotisieren, damit die Menschen noch mehr Angst kriegen und genau das dürfen wir uns nicht gefallen lassen."
ARD Tagesthemen am Sonntag um 22.45 Uhr berichtet nun über „Rechte Aufmärsche in Chemnitz" – die Länge der Meldung beträgt: 34 Sekunden!
Die tödliche Ursache klagt über die Wirkung. Unfassbar!

27. August 2018, 14:21 Uhr

Tötungsdelikt in Chemnitz

Staatsanwaltschaft beantragt Haftbefehl gegen zwei Männer

Auslöser für die Ausschreitungen in Chemnitz war eine Messerattacke, bei der ein 35-Jähriger ums Leben kam. Nun hat die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen zwei Tatverdächtige beantragt.

Einen Tag nach dem gewaltsamen Tod eines Mannes in Chemnitz hat die Staatsanwaltschaft Haftbefehle gegen zwei Tatverdächtige beantragt. Wie die Behörde mitteilte, wurden am Nachmittag ein 23-jähriger Syrer und ein 22 Jahre alter Iraker dem Haftrichter vorgeführt.

Den Männern wird gemeinschaftlicher Totschlag vorgeworfen. Sie sollen am frühen Sonntagmorgen nach einer vorangegangenen verbalen Auseinandersetzung in der Innenstadt mehrfach auf einen 35-jährigen Mann eingestochen haben. Das Opfer starb kurz darauf im Krankenhaus. Die Ermittlungen zum Tatmotiv, zum genauen Ablauf der Tat und zur Tatwaffe dauern an, hieß es.

Bei dem Getöteten handelt es sich nach SPIEGEL-Informationen um einen Deutschen mit kubanischen Wurzeln. Sein ehemaliger Ausbildungsbetrieb äußerte sich auf Facebook bestürzt über den Tod des Mannes.

Am Sonntag war es in Chemnitz zu Ausschreitungen gekommen. Rund 800 Rechtsextreme marschierten durch die Stadt und skandierten Parolen. Die Polizei wirkte überfordert. Auf Videos ist zu sehen, wie ausländisch aussehende Menschen von Personen aus der Masse heraus attackiert werden. Die Bundesregierung verurteilte diese Hetzjagden scharf.

Für den Abend sind in Chemnitz erneut Demonstrationen angekündigt. Die sächsische Polizei bereitet sich nach eigener Aussage "auf Hochtouren" darauf vor.

bbr/Reuters/AFP

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/chemnitz-staatsanwaltschaft-beantragt-haftbefehl-fuer-zwei-maenner-a-1225153.html

Devise des Establishments: Verschweigen und verdrängen Fünf Jahre Kirchenbrandstiftung Garbsen

pi-news.net/2018/07/fuenf-jahre-kirchenbrandstiftung-garbsen

July 30, 2018

Meterhohe Flammen schlugen der Feuerwehr in der Nacht zum 30. Juli 2013 aus der evangelischen Willehadi-Kirche entgegen. Der Brand zerstörte das Kirchengebäude und das Gemeindehaus vollständig.

Von DAVID S. | Am 30. Juli 2013 wurde die Willehadi-Kirche in Garbsen vollständig niedergebrannt – nach letztem Stand mit größter Wahrscheinlichkeit von einer Horde Türken. Dies erklärt auch, warum alle polizeilichen Ermittlungen nach kurzer Zeit eingestellt wurden, die Evangelische Kirche den Kirchenbrand so schnell wie möglich unter den Teppich kehrte und die gesamte deutsche Presse, von Lokalzeitungen abgesehen, diese erste Niederbrennung eines Gotteshauses in Deutschland seit 1938 konsequent totschwieg.

Die erste Niederbrennung eines Sakralbaus in Deutschland seit 1938 war eine Kirche – ein böses Omen, das uns alle mit größter Sorge erfüllen sollte. Mit noch größerer Sorge erfüllen sollte uns allerdings der Umgang unserer Elite in Politik und Kirche mit dieser Brandstiftung. Von der Politik war damals außer ein paar dünnen Worten aus der dritten Reihe gar nichts zu hören.

Die Evangelische Kirche veröffentlichte mit mehreren Tagen Verspätung eine schmallippige Erklärung mit ein paar kühlen Sprachfetzen standardisierten Bedauerns. Der seinerzeitige Chef der EKD, Nikolaus Schneider, war sich, obwohl er in Hannover nur wenige Kilometer vom Tatort entfernt residierte, für einen Besuch vor Ort zu fein und auch für eine Stellungnahme nicht zu haben. Es war, als ginge ein Fluch aus von der ausgebrannten Kirchenruine, um die das gesamte politische und kirchliche Führungspersonal der Bundesrepublik einen weiten Bogen machte.

Nach letztem Stand waren Türken aus einem Garbsener Stadtteil die wahrscheinlichsten Täter – vermutlich einer der wesentlichen Gründe, weshalb die polizeilichen Ermittlungen schon nach kurzem eingestellt wurden. Im September 2013 war Bundestagswahl. Merkel wollte Kanzlerin bleiben. Die Niederbrennung einer Kirche ausgerechnet durch Türken nur wenige Wochen vor der Wahl hätte mit Sicherheit unangenehme Fragen aufgeworfen, die man sich nicht nur in Hannover, sondern auch in Berlin ersparen wollte.

Außerdem stand im Sommer 2013 die AfD bereits in den Startlöchern, wenn auch noch in improvisierter Form. In den obersten Etagen der EKD, der deutschen Presse und der etablierten Parteienlandschaft entschied man sich somit auch im Fall der Kirchenbrandstiftung von Garbsen für die übliche Vorgehensweise, die man immer nutzte, wenn sich Gewalt von Türken oder sonstigen Ausländern in Deutschland gegen Deutsche oder Symbole der Deutschen richtete: Verschweigen, verdrängen, möglichst schnell zur Tagesordnung übergehen.

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie das politsche und kirchliche Establishment reagiert hätte, wenn in Garbsen eine Moschee von Deutschen niedergebrannt worden wäre. Die Einzelheiten kann sich jeder Leser ohne Zweifel selbst ausmalen: Bundespräsident, Ministerpräsident, Bischöfe, Pfarrer dutzendweise, alles, was Rang und Namen hat, hätte sich tränenreich

binnen Stunden am Tatort versammelt und gegen die Täter geflucht. Die Polizei wäre mit einer Hundertschaft vor Ort gewesen und hätte ganz Garbsen so lange auf den Kopf gestellt, bis man die Brandstifter gefunden hätte.
Denn brennende Moscheen nimmt der Staat ernst, sie sind sowohl für den Staat als auch dessen kirchlichen Dunstkreis von größtem politischen Interesse: Brennende Moscheen lassen sich bestens gegen den eigenen innenpolitischen Gegner, die Kritiker der totalen Bunten Republik, instrumentalisieren.
Brennende Kirchen hingegen sind für das Establishment höchst kontraproduktiv: Sie stören die allgegenwärtige Propaganda, die von Staat und Kirche durchgesetzte Massenansiedlung fremder Völkerschaften in Deutschland sei für die indigenen Deutschen völlig gefahrlos.
Ein brennendes Sakralgebäude ist immer ein böses Omen. Dies galt bereits für die brennden Kirchen der Armenier 1895, 20 Jahre vor dem Völkermord durch die Türken, genauso wie für die brennenden Synagogen der Juden 1938, wenige Jahre vor der Endösung. Auch eine brennende Kirche der Deutschen 2013 ist ein böses Omen, auch wenn wir natürlich hoffen, dass es nicht ganz so schlimm kommen wird. Ein noch böseres Omen sind allerdings die moralischen Doppelstandards unserer politischen und kirchlichen Elite, wie sie uns die brennende Kirche von Garbsen überdeutlich vor Augen führt.
Das demonstrative Schweigen des gesamten Establishments zu den Flammen von Garbsen vermittelt den Deutschen eine ganz klare Botschaft: Ihr Deutschen seid diesem Staat und seiner Staatskirche vollkommen gleichgültig. Ihr Deutschen seid in der Opferhierarchie dieses Staates Untermenschen zweiter Klasse. Wenn eines Tages nicht nur eure Kirchen, sondern auch eure Häuser brennen, wird euch Deutsche niemand schützen.
Wie es nach dem Brand weiterging? Die völlig ausgebrannte Ruine wurde eilig abgerissen und durch einen Neubau ersetzt.
Der Neubau der 20013 abgebrannten Willehadi-Kirche in Garbsen bei Hannover.
Nichts erinnert heute mehr an die Niederbrennung von 2013. Genau so soll es sein: Man tut, als hätte es das alles nicht gegeben. Wenn Deutsche die Opfer sind, dann gilt: Verschweigen, verdrängen, möglichst schnell zur Tagesordnung übergehen.

Fünf Jahre Haft wegen brutaler Messerattacke auf 24-Jährige bei Hannover Abdullah (17): Ich darf töten

pi-news.net/2018/09/abdullah-17-ich-darf-toeten

September 12, 2018

Ende März stach Abdullah A. (17, r.) auf die 24-jährige Vivien ein. Die Zehn-Zentimeter-Klinge brach ihre Rippen, verletzte Leber, Magen, Niere, Darm.

Von H.L. | Deutschland 2018. Wer sich zur falschen Zeit am falschen Ort befindet, läuft zunehmend Gefahr, durch eine Messerklinge aufgeschlitzt, mithin zum Einzelfall zu werden. Wer noch „Glück" hat, überlebt schwer verletzt und ist fürs Leben gezeichnet. So wie die 24-jährige Vivien K. aus Burgwedel bei Hannover (PI-NEWS berichtete).

Eine Zehn-Zentimeter-Klinge brach ihre Rippen, verletzte Leber, Magen, Niere, Darm. Vivien lag im Koma, Milz und Teile der Bauchspeicheldrüse wurden entfernt, schreibt BILD. Noch heute ist sie traumatisiert. Zunächst wurde nur wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

Der Täter: ein 17-Jähriger aus Syrien. Das Gutachten sagt, er habe alles getan, um sein Opfer zu töten. Das Landgericht Hannover verurteilte jetzt Abdullah A. zu fünf Jahren Jugendhaft wegen versuchten Totschlags. Der Staatsanwalt hatte sechs Jahre gefordert. Möglich wären sieben Jahre gewesen. Ein 14-jähriger Mittäter bekam zwei Wochen Jugendarrest wegen gefährlicher Körperverletzung. Vermutlich flossen mildernde Umstände in das Haupturteil ein, Einzelheiten unbekannt, da nicht öffentliche Verhandlung.

Der Anlass war nichtig. Zwei minderjährige Verwandte des Messerstechers, Kinder noch, hatten sich im März dieses Jahres im Supermarkt gestritten, und Vivien und ihr Freund hatten die beiden um Ruhe gebeten. Die riefen nach moslemischer Art Abdullah zur Verstärkung, und der prügelte und stach draußen zu.

Das Motiv ist orientalischer Provenienz. Die 24-jährige Frau habe die Familienehre verletzt, indem sie den jüngeren Bruder und Cousin öffentlich im Supermarkt zurechtgewiesen hat. Aus seiner Sicht dürfe die Familienehre auch mit Gewalt verteidigt werden, lautete die Einlassung des jugendlichen Täters. Es stehe ihm zu, in dieser Situation zur Waffe zu greifen.

Der Integrationserfolg nach fünf Jahren mit seiner Familie in Deutschland: Er hat zahlreiche Integrationsangebote genutzt. Er selbst bezeichnet sich als „Musterflüchtling". Sein Anwalt sagt: Er wisse zwar, dass man hier Konflikte nicht mit Gewalt lösen dürfe. Der „Stress" während der Tat habe dazu geführt, dass seine alten Verhaltensweisen wieder aufgebrochen seien. Kriegs- und Fluchttraumata usw..

Was lernen wir daraus?

- **Die Integration macht – gefühlt – große Fortschritte, weil sich die Migranten selbst günstige Integrationsprognosen ausstellen.**
- **Was nicht ausschließt, dass auch jugendliche Migranten weiterhin Messer tragen.**
- **Das permanente moslemische Beleidigtsein, die gewaltsame Verteidigung der „Familienehre" aus nichtigstem Anlass konnte noch nicht allen abtrainiert werden.**

- **Die Täter können auf verständnisvolle Richter zählen, die auch bei migrantischen Schwerverbrechen strafmildernd urteilen. Die volle Härte des Gesetzes trifft vielfach deutsche Kriminelle (Beispiel „Moschee-Bomber", keine Verletzten, nur Sachschaden, fast zehn Jahre).**
- **Es kann jeden treffen.**

PS.: In der Gemeinde der Tat von Abdullah wohnt Ex-Bundespräsident Christian Wulff hinter alarmgesicherten Türen. Von ihm stammt der Spruch: „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland". Inzwischen wissen wir, was er damit (auch) gemeint hat.

Macron-Ork wütet am Canal de l'Ourcq Afghanen-Terrorangriff in Paris mit sieben Verletzten – „kein Terror"

pi-news.net/2018/09/afghanen-terrorangriff-in-paris-mit-sieben-verletzten-kein-terror

September 11, 2018

Messer-Terror in Paris: Der von vielen Franzosen abends besuchte Tatort in La Villette im 19. Arrondissement ist keine vier Kilometer vom "Bataclan" entfernt.

Von JEFF WINSTON | Bei einem Messerangriff in Paris sind am Sonntag sieben Menschen verletzt worden. Bei dem Attentäter handelt es sich um einen 31-jährigen asylsuchenden Afghanen. Laut Zeugenberichten wollte er „soviele Menschen wie nur möglich töten oder verletzen". Ein terroristisches Motiv können Polizei, Justiz und Macron-Medien im Moment „ausschließen"!

In La Villette im 19. Arrondissement, keine vier Kilometer vom Tatort der schrecklichen Szenen der islamischen „Bataclan-Hinrichtungen" entfernt, hatte der mit einem Messer und einer Eisenstange bewaffneter Afghane Passanten „wahllos angegriffen" und dabei sieben Menschen verletzt – vier von ihnen schwer. Zeugen standen unter Schock nach dem Anschlag. Laut französischen und deutschen Mainstreammedien deute allerdings rein gar nichts auf ein terroristisches Motiv hin.

Hetzjagden auch in Paris – Macron-Ork am Canal de l'Ourcq

Der islamische „Macron-Ork" stach bezeichnenderweise am „Canal de l'Ourcq" vor einem der beiden beliebten MK2-Kinos zunächst auf drei Personen ein. Couragierte Franzosen, die in der Nähe Boule spielten, versuchten, ihn mit gezielten Pétanque-Würfen zu stoppen. Die Pariser warfen „vier oder fünf schweren Metallkugeln" auf

den Angreifer, die ihn zwar trafen, aber nicht außer Gefecht setzten konnten. Nicht umsonst ist das Boule-Spiel in Frankreich „haram" und für wahabitisch-salafistische Anhänger der Religion des Friedens strengstens verboten.

Nach der „rassistischen Hetzjagd" der Petanque-spielenden Ausländerhasser auf den schutzsuchenden Afghanen konnte dieser aber seinen Auftrag weiter ausführen und weitere Passanten angreifen. Die Polizei nahm den Messerstecher schließlich fest.

Der afghanische Asylbewerber kommt aus Saracha Ali Khan in der Jalalabad-Region an der Grenze zu Pakistan. Er wurde durch die fremdenfeindlichen Übergriffe am Kopf verletzt und ins l'Hôpital de Tenon transportiert, wo er sich nun von den traumatisierenden Ausschreitungen der Boule-Pariser erholen kann. Über die Hintergründe der Tat liegen sonst keine offiziellen Informationen vor. Die Kriminalpolizei ermittelt nach Angaben aus Justizkreisen wegen „versuchten Totschlags". Der Tatort liegt beim Bassin de la Villette, das gerade in den Sommermonaten abends sehr frequentiert ist. Die Tat ereignete sich kurz vor 23.00 Uhr.

Messerattacken häufen sich – „kein Terror"

Unter den Verletzten waren auch zwei Touristen aus Großbritannien. Das britische Außenministerium erklärte, es untersuche den Vorfall und stehe in engem Kontakt mit den französischen Behörden. Der Wachmann von einem der beiden MK2-Kinos berichtete, der Täter habe zunächst Menschen angegriffen und sei dann von zwei couragierten Männern verfolgt worden, die versucht hätten, ihn zu stoppen. Der Verdächtige habe dann eine Eisenstange auf seine Verfolger geworfen und dann sein Messer gezückt, sagte der Wachmann.

Ein weiterer Augenzeuge, Youssef Najah, sagte, er habe einen Mann mit einem 25 bis 30 Zentimeter langen Messer rennen sehen. „Da waren ungefähr 20 Leute, die ihn jagten", sagte der 28-Jährige. Der Angreifer sei dann in eine Gasse abgebogen, wo der Terrorist „versuchte, sich hinter zwei britischen Touristen zu verstecken. Wir riefen: ‚Passt auf, er hat ein Messer'. Aber sie reagierten nicht." Nicht alle Franzosen sprechen englisch – und umgekehrt. Der Angreifer habe die beiden dann in Tötungsabsicht attackiert.

„Nicht-Terror-Attacken" in Paris häufen sich – Attaques au Couteau non-terroristes

In jüngerer Zeit hatten in Frankreich mehrfach Messerattacken für Schlagzeilen gesorgt. Im August hatte ein 36-jähriger polizeibekannter Salafist im Umland von Paris seine Mutter und seine Schwester umgebracht und einen weiteren Menschen schwer verletzt. Die Polizei erschoss den Täter, der laut den Behörden jedoch „psychische Probleme" hatte. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) reklamierte die Gewalttat für sich, die französischen Ermittler gingen aber nicht von einem terroristischen Motiv aus. Bei einer Messerattacke im Zentrum von Paris im Mai, wo ein „Mann" einen Menschen getötet und vier weitere verletzt hatte, bevor die Polizei ihn erschoss, reklamierte ebenfalls der IS die Tat für sich.

Sieben unschuldige Passanten erlitten am Sonntag in Bataclan-Nähe durch den afghanischen Messer- und Stangenattentäter teils schwerste Verletzungen. Das Wort

„Terror“ darf in diesem Zusammenhang in den Medien nicht fallen. Terror bedeutet „Verbreitung von Angst und Schrecken durch Gewaltaktionen“. Terror war es laut Medien nicht, eine Beziehungstat auch nicht, da sich Opfer und Täter noch nicht persönlich kannten. Es muss sich wohl um einen Unfall handeln.

In Frankreich dürfen schon Terror-Angriffe nicht mehr beim Namen genannt werden, in Deutschland heißt Mord „erweitertes Herzversagen“ … Hochachtung den couragierten Zeugen, die den Täter verfolgt und mit Boulekugeln am Kopf getroffen haben – sie haben sicher Schlimmeres verhindert. Aus Ungarn und Polen kennt man solche Verbrechen nicht.

„Allahu Akbar – wir stechen euch alle ab“

Die WeLT berichtet über die neuesten islamischen Mordversuche übrigens unter „Panorama / Vermischtes“! Über die letzten „kriegsähnlichen Angriffe“ mit Eisenstangen von über zwanzig Invasoren auf einen Musikclub vor genau zwei Wochen in Frankfurt/Oder wurde jedoch in Deutschlands Mainstreammedien überhaupt nicht berichtet. Außer in PI-NEWS und in den Freien Medien.

Wenn aber in Chemnitz angeblich ein jüdisches Lokal „an seinem Ruhetag“ ohne etwaige weitere Zeugen oder Verletzte von „Schwarz-Vermummten“ überfallen wird, dann ist dies ein internationales Terror-Ereignis und wird indirekt oder direkt der AfD in die Schuhe geschoben.

https://www.focus.de/panorama/welt/essen-polizistin-bei-kontrolle-von-jugendlichen-schwer-verletzt_id_9559182.html

EssenPolizistin bei Kontrolle von Jugendlichen schwer verletzt

Aktualisiert am Mittwoch, 12.09.2018, 08:49

Bei einer Polizeikontrolle in einer Essener Shisha-Bar hat ein 17-Jähriger eine Beamtin angegriffen und schwer verletzt. Ein Kollege von ihr sei leicht verletzt worden, teilte die Polizei am Sonntag mit. Die beiden Einsatzkräfte wollten bei einer Jugendschutzkontrolle am Freitagabend in einer Shisha-Bar einen flüchtigen Unbekannten verfolgen.

Dann wurde ihr in die Beine getreten, sie fiel. Ein 17 Jahre alter Jugendliche aus der kontrollierten Gruppe sofort auf die Polizistin losgegangen. Wie der "Westen" berichtet, überwältigten Polizisten den jungen Mann. Dann attackierten sie jedoch vier bis fünf weitere Männer. Die Einsatzkräfte setzten Pfefferspray und den Schlagstock ein, um die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Die Beamtin sei so schwer verletzt worden, dass sie ihren Dienst nicht mehr fortsetzen konnte, erklärte die Polizei. Wie die "Bild"-Zeitung berichtet, musste sie mit Prellungen und Würgemerkmale am Hals ins Krankenhaus und ist momentan dienstunfähig geschrieben.

Der 17-Jährige wurde schließlich überwältigt und auf die Wache gebracht - die anderen Männer konnten fliehen. Wie der "Westen" weiter berichtet, seien

schließlich Bruder und Vater des Festgenommenen auf der Wache erschienen. Dort forderten sie lautstark die Freilassung. Dabei drohten sie, den eigenen Clan zu mobilisieren.

Familienmitglieder drohten mit Vergeltung

"Diese Übergriffe sind inzwischen leider Alltag. Das dürfen wir nicht akzeptieren", so Polizeisprecher Ulrich Faßbender zur "Bild". Nach der Gewalttat kamen die Familienmitglieder des Festgenommenen zur Wache um die Polizei einzuschüchtern und mit Vergeltung zu drohen, wie die Zeitung weiter schreibt.

https://www.youtube.com/watch?time_continue=9&v=3l9UnIeHk_I

Überall in Deutschland werden Söhne, Töchter, Väter und Mütter Opfer von Migrantengewalt. Wie der Staat dann reagiert, lässt die Hinterbliebenen oft verzweifeln. „EinProzent" erzählt die Geschichte von Marcus Hempel aus Wittenberg (PI-NEWS berichtete ausführlich) und seinem Vater Karsten, der bis heute für Gerechtigkeit und die Wahrheit kämpft. Denn sein Sohn wurde von einem „Flüchtling" totgeschlagen. Doch der Staat schweigt.

Bunte Bereicherung im Bunten Tunnel Moers: Afrikaner-Gruppe attackiert 14-Jährige

pi-news.net/2018/09/moers-afrikaner-gruppe-attackiert-14-jaehrige

September 14, 2018

Moers ist schwarz-bunt: Nach der sexuellen Gruppen-Attacke auf eine Schülerin im berüchtigten Homburger Tunnel erfolgte ein aussagekräftiger Facebook-Aufruf an die Bevölkerung zur schnellen Ergreifung der Tätergruppe.

Von JOHANNES DANIELS | Deutschland kunterbunt – Bunte Bereicherung im Bunten Bahnhofs-Tunnel von Moers. Dort wurde eine 14-Jährige am helllichten Tag in einer Unterführung von mehreren Männern sexuell belästigt, umzingelt, genötigt und intensiv begrapscht. Die Polizei bittet nun um Mithilfe – bei der Aufklärung.

Die Schülerin unterquerte auf dem Schul-Heimweg am Dienstag gegen 14 Uhr die künstlerisch liebevoll gestaltete Unterführung an der Homberger Straße am Bahnhof Moers, als sie plötzlich von fünf oder sechs Männern umkreist wurde. Drei von ihnen

begannen nach verbaler Anmache und kultur-üblichem „Antanzen“, die 14-Jährige mit ihren Händen „sexuell erheblich zu nötigen“.

Taharrush aus dem Busch

Als das verängstigte Mädchen laut um Hilfe schrie und mit ihrem Handy den Notruf wählte, flüchteten die Geflüchteten. Das Mädchen beschrieb der Polizei die Täter als „dunkelhäutig, zwischen 25 und 39 Jahre alt und zwischen 175 und 180 cm groß“. Ein Aufruf an die Bevölkerung zur Täterergreifung erfolgte per Facebook über die regionalen Medien.

Einer der mit Steuergeld importierten Unterleibs-Fachkräfte soll eine „auffällige hochgesteckte Afrofrisur“ gehabt haben. Die NRW-Polizei Moers/Kreis Wesel bittet jetzt Zeugen, die die Tat beobachtet haben oder sachdienliche Angaben zu der Identität der Pädophilen-Gruppe machen können, sich unter der Telefonnummer 0281-1070 zu melden. Immer wieder kommt es seit 2015 in Moers im Bereich der Homberger Straße und des Bahnhofs zu sexuellen Übergriffen durch internationale Exhibitionistenund so genannte „Südländer“ auf junge deutsche Mädchen.

Moers leuchtet – das „Attraktive Eingangstor zur Stadt“

Moers gehört zu insgesamt 24 deutschen Städten, die von der Stiftung „Lebendige Stadt“ bei der Illumination von Bahnunterführungen jeweils mit 25.000 Euro gefördert wurden. Verbunden ist damit das Ziel, dunklen Raum durch eine moderne, künstlerisch gestaltete Beleuchtung erlebbar zu machen und „die meist mit der dunklen Unterführung verbundene Trennung städtischen Raums“ zu überwinden. Das hat der „Erlebenden“ der afrokulturellen Bereicherung aus Moers allerdings nicht sehr geholfen.

Der Krefelder Graffiti-Künstler Bastian Feldkeller und sein Kollege „Kj263“ aus Düsseldorf haben die Mauern der Bahnunterführung in Moers mit bunten „Radfahrenden-Motiven“ verziert.

Die Erfahrung zeigt, dass künstlerische Maßnahmen weitere Schmierereien und Vandalismusschäden deutlich eindämmen würden. Die Stiftung „Lebendige Stadt“ wurde im Jahr 2000 von dem Immobilienunternehmer und Mäzen Alexander Otto (Otto Group Hamburg) gegründet – sie wird löblicherweise NICHT direkt durch Steuermittel finanziert. Sie verfolgt das Ziel, die kulturelle Vielfalt und Lebendigkeit der Städte zu fördern. Ein ambitioniertes altruistisches Vorhaben zumindest in NRW, das grundsätzlich zur urbanen Verschönerung zu begrüßen ist.

NRW: Illegaler Pädophiler aus Marokko war zur Fahndung ausgeschrieben

Auch zwischen Düsseldorf und Essen kam es am Montag zu einem Migranten-Übergriff auf Schülerinnen. Während eines Schulausflugs wurden drei Mädchen am Montag im Zug von einem 24-jährigen Marokkaner sexuell genötigt. Im ICE 549 von Düsseldorf nach Berlin war der Mann einem Schaffner aufgefallen, weil er als Schwarzfahrer ohne Fahrschein unterwegs war. Als die Bundespolizei am Essener Hauptbahnhof dazukam, meldete sich die Lehrerin der drei Mädchen und berichtete von den Belästigungen. Nach Zeugenaussagen soll der Marokkaner die drei Mädchen ins Gesäß „gezwickt“ haben. Der 24-Jährige wurde zur Feststellung einer seiner Personalien vorläufig festgenommen. Der Nordafrikaner sei illegal nach Deutschland

eingereist und vom Dortmunder Ausländeramt bereits zur Festnahme ausgeschrieben gewesen, teilte die Polizei mit.

https://www.n-tv.de/der_tag/Freitag-14-September-2018-article20622933.html
Autofahrer rast in Frankreich auf Menschenmenge zu
NÎMES Jean-Paul Fournier estsatisfait du dispositif de sécurité - https://www.objectifgard.com/2018/09/14/nimes-jean-paul-fournier-est-satisfait-du-dispositif-de-securite/ … via @objectifgard
09:02 - 14. Sep. 2018
In Südfrankreich wollte ein Autofahrer in eine Menschenmenge fahren, ist aber noch rechtzeitig gestoppt worden. In Nîmes fuhr er letzte Nacht auf eine 50-köpfige Menschengruppe vor einer Bar zu. Vor der Bar waren aber wegen eines ab heute stattfindenden Stadtfestes Sicherheitsbarrieren aufgestellt. Zwei Menschen wurden leicht verletzt. Der Fahrer hatte wohl "Allahu Akbar" gerufen, wollte dann fliehen, Passanten hielten ihn aber auf. Die Polizei nahm ihn fest. Hinweise, dass der Mann radikal-islamistisch ist, gibt es wohl nicht. Da er verwirrt wirkte, kam er in eine Klinik.

Es muss nicht immer Mord und Vergewaltigung sein Mikroerlebnisse vergiften das soziale Klima in Deutschland

pi-news.net/2018/09/mikroerlebnisse-vergiften-das-soziale-klima-in-deutschland
September 14, 2018
Diese deutsche Mutter hat Glück gehabt. Im Bus ist noch Platz für sie und den Kinderwagen. Fahren jedoch einige kinderreiche Migrantenfamilien mit, heißt es für die junge deutsche Mutter warten und auf den nächsten Bus hoffen. Auch im Winter in der Kälte.
Von EUGEN PRINZ | Vielleicht wurde der eine oder andere Leser schon Augenzeuge einer Szene, wie sie sich jeden Tag wohl hundert Mal in Deutschland abspielt: Eine

ältere Frau geht in der Innenstadt auf dem Bürgersteig. Eine größere Gruppe muslimischer Migranten kommt entgegen. Alle nebeneinander, versteht sich. Sie beanspruchen die gesamte Gehwegbreite und machen keinerlei Anstalten, der Frau auszuweichen. Das Ausweichen ist nämlich der Job der indigenen Deutschen, die dann vom Gehweg auf die Fahrbahn runter müssen. Oft bemerken die Migranten das nicht einmal, weil sie zu sehr mit sich und ihrem Ego beschäftigt sind. Und falls im Begegnungsverkehr nicht eine ältere Frau des Weges kommt, sondern ein junger Mann, tut dieser gut daran, schon geraume Zeit vorher die Straßenseite zu wechseln. Sicher ist sicher. Es könnte ja zu einem Augenkontakt kommen, der eine Tracht Prügel nach sich zieht. Das einzige, was der älteren Dame, die mitgeholfen hat, den Wohlstand in Deutschland zu schaffen und dem jungen Mann, der mit seinen Steuergeldern dafür sorgt, dass die Flüchtlinge finanziert werden können bleibt, ist der impotente Groll über das Verhalten jener, die Deutschland offenbar schon als ihr Eigentum betrachten.

Dieser eben geschilderte Vorgang kann als Mikroerlebnis bezeichnet werden. Er ist an und für sich nichts weltbewegendes, aber genau solche Erfahrungen vergiften das Zusammenleben von Migranten und Einheimischen in unserem Land. Zum besseren Verständnis sollen einige weitere Begebenheiten, die sich genau wie beschrieben zugetragen haben, dargestellt werden.

Rentnerehepaar muss ihren Sitzplatz im Bus für Migranten verlassen

Früher war es mal so, dass jüngere Fahrgäste im Bus aus Anstand aufgestanden sind, um älteren Mitbürgern einen Sitzplatz anzubieten. Heute läuft das anders:

Emma Müller aus Regensburg fährt regelmäßig mit dem Stadtbus der Linie 11 zur Arbeit und wieder nach Hause. Diese Verbindung wird auch häufig von Flüchtlingen und muslimischen Migranten genutzt. Kürzlich wurde Frau Müller Zeugin, wie ein etwa 25jähriger, kräftig gebauter Migrant, dem Anschein nach aus dem islamischen Kulturkreis, mit seiner Kopftuch tragenden Frau und einem Doppelkinderwagen in den Linienbus stieg. Dort sind in der Mitte und hinten Freiflächen für Kinderwägen. Auf den an einer dieser Freiflächen angrenzenden Zweier-Sitzplätzen saß ein deutsches Rentnerehepaar. Dieses wurde von dem Migranten in barschem Tonfall und schlechtem Deutsch aufgefordert, sich woanders hinzusetzen, damit er und seine Frau in unmittelbarer Nähe des Kinderwagens Platz nehmen können. Das Ehepaar war sichtlich eingeschüchtert und folgte wortlos der Aufforderung des Orientalen. Ein Dankeschön gab es dafür natürlich nicht. Der Platzwechsel der Kuffar wurde von den Zugewanderten anscheinend als Selbstverständlichkeit angesehen.

Regensburg, die selbe Linie, ein anderer Stadtbus

Eine junge deutsche Mutter wartet mit ihrem Kinderwagen an der Bushaltestelle schon geraume Zeit auf ihre Transportmöglichkeit. Als der Bus endlich kommt, lehnt der Fahrer die Mitnahme der Deutschen ab und verweist auf den nächsten Omnibus derselben Linie. Der Grund: Kein Platz mehr für den Kinderwagen, weil alle Freiflächen bereits von den Kinderwägen der Flüchtlinge und Migranten besetzt sind, wie unsere Zeugin Emma Müller berichtet. Hier stellt sich die Frage, was die junge Mutter tun soll, wenn auch im nächsten Bus wieder alle Freiflächen von den Kinderwägen der Migranten besetzt sind? Die junge Deutsche muss sich also weiterhin die Beine in den

Bauch stehen und kommt vielleicht zu irgend einem Termin zu spät. Was mag wohl in ihrem Kopf vorgehen, wenn es beim öffentlichen Personennahverkehr heißt: „Deutsche müssen draußen bleiben"? Also jene, die mit ihrer Hände Arbeit, sprich: den Steuergeldern, den ÖPNV erst möglich gemacht haben.
Die nächsten beiden Mikroerlebnisse kann der Autor beitragen:

Interkulturelle Begegnung im Aufzug eines Drogeriemarkts

Aufgrund einer Knie-OP war der Autor gezwungen, bei seinem Einkauf in einem Drogeriemarkt seiner Heimatstadt den Fahrstuhl zu benutzen. Er drückte den Knopf und nach einer Weile kam der Aufzug. Die Tür fuhr zur Seite und offenbarte die Anwesenheit von zwei etwa 25jährigen Muslimas mit Kopftuch. Jede hatte einen Kinderwagen dabei und eine der beiden noch einem kleinen Jungen an der Hand. Dieser hatte offenbar an den Knöpfen im Lift herumgespielt, so dass die Kabine nochmal nach unten gefahren war, obwohl die Muslimas nach oben wollten. Da noch Platz war, stieg der Autor in die Kabine und begrüßte die Anwesenden mit einem freundlichen „Grüß Gott", so wie es ihm seine Eltern als Kind beigebracht hatten und wie es in Bayern der Brauch ist. Die Reaktion: Eisiges Schweigen. Nicht nur das, sie würdigten ihn keines Blickes, sie sahen durch ihn hindurch, als wäre er überhaupt nicht vorhanden. Da schießt ihm so einiges durch den Kopf, zum Beispiel: „Mit solchen Menschen sollen wir unser Land teilen?" und „Was wird mit uns, wenn die mal in der Überzahl sind?"

Blanker Hass

Das nächste Mikroerlebnis, über der Autor berichten will, beschäftigt ihn gedanklich bis heute immer wieder einmal. Er war auf einem Radweg im Park seiner Heimatstadt mit dem Fahrrad unterwegs. Vor ihm fuhr ein etwa sieben Jahre alter Migrantenjunge, dem Aussehen nach aus einer muslimischen Familie. Da der Knirps mit seinem Kinderfahrrad nicht so schnell war wie der Autor, aber in der Mitte des Radwegs fuhr, klingelte er mit der Fahrradglocke, um das Kind zum Rechtsfahren zu veranlassen. Der Junge drehte sich um und blickte den Autor an. Das Gesicht des Migrantenjungen verzerrte sich zu einer wutentbrannten Fratze. Wahrscheinlich ohne es zu wollen, war er zwischenzeitlich mit dem Fahrrad weiter nach rechts geraten, so dass der Autor vorbeifahren konnte. Das Kind begann, ihn auf Türkisch wütend zu beschimpfen. Als sich der Autor umwandte sah er, wie das Kind mit aller Kraft in die Pedale trat und ihn einholen wollte, aber nicht um ein Rennen zu fahren, sondern um ihn zu stellen. Was tun?

Eine knifflige Situation

Was tun in so einem Fall? Wenn man stehen bleibt und das kleine Rumpelstilzchen handgreiflich wird, muss man sich irgendwie verteidigen. Das kann sehr schnell falsch interpretiert werden. Und dann steht man am nächsten Tag in der Zeitung als ein Nazi, der einen armen Türkenjungen geschlagen hat.
Also bleibt nach Abwägung aller Optionen und deren Folgen nur eines: In die Pedale zu treten und jungen Choleriker abzuhängen. Das tat der Autor dann und es nagt bis heute, obwohl der Autor weiß, dass es das das einzig Richtige war. Und wer meint, dass dies eine kindische Einstellung ist, soll erst mal in die Situation geraten, dass er vor einem 7-jährigen ausländischen Rotzlöffel die Flucht ergreifen muss, um sich

nicht jede Menge Ärger einzuhandeln. Auch hier wieder der Gedanke: Mit denen kann man nicht in einem Land zusammenleben.

Auch umgekehrt wird ein Schuh draus: Mikroerlebnisse der Migranten

Der Vollständigkeit halber und auch der Gerechtigkeit wegen darf nicht unerwähnt bleiben, dass auch die hier lebenden Migranten Mikroerlebenisse haben.

Stellen wir zwei Migranten vor, ein Muslim und ein Schwarzer, die sich wirklich mit jeder Faser ihres Herzens hier integrieren wollen. Ja natürlich, auch solche gibt es! Sie brennen darauf, unsere Sprache zu lernen, unsere Werte zu akzeptieren und so zu leben, wie wir es tun. Ihr sehnlichster Wunschtraum ist es, später einmal Deutsche zu sein, ihren Kindern deutsche Vornamen zu geben und integraler Bestandteil unserer Gesellschaft zu werden. Im Alltag werden sie jedoch immer wieder erleben, dass man ihnen aufgrund ihres Aussehens schiefe bis feindselige Blicke zuwirft, die Straßenseite wechselt, wenn sie kommen und vielleicht sogar grundlos mal die eine oder andere böse Bemerkung fällt. Wie lange glauben Sie, liebe Leser, wird es dauern, bis die beiden von den Deutschen die Schnauze voll haben und alle guten Vorsätze in die Tonne treten? Wie lange wird es wohl dauern, bis sie uns genauso hassen, wie all jene, die sich nicht integrieren wollen?

Appelle sind vergebens

Wenn Sie jetzt auf einen Appell warten, den Migranten mit mehr Freundlichkeit zu begegnen, dann werden Sie jetzt enttäuscht werden. Dieser Appell kommt nicht, weil er sinnlos ist. Warum ist das so? Weil der Mensch ist, wie der Mensch ist. Und das kann man nicht ändern. Sowohl das Verhalten der Migranten uns gegenüber als auch die ablehnende Haltung von großen Teilen unserer Bevölkerung werden sich durch nichts beseitigen lassen. An der Tatsache, dass der Mensch so ist, wie er ist, scheiterte schon die Idee des Kommunismus. Deshalb gibt es hier nur eine Schlussfolgerung: Die Zuwanderung muss sofort gestoppt werden, weil das nie und nimmer gut geht. Und es gilt, die Anzahl der hier lebenden kulturfremden Migranten drastisch zu verringern, sonst ist es bald vorbei mit dem inneren Frieden in Deutschland. Erste Anzeichen sind schon wahrnehmbar.

Aufforderung an die Leser

Danke an die, die bis hierher gelesen haben. Ja, es ist ein langer Beitrag geworden. Aber nun sind Sie dran, liebe Leser: Schildern Sie im Kommentarbereich Ihre Mikroerlebnisse mit den Migranten. Besonders das Personal von Arztpraxen, Krankenhäusern, Behörden und Einkaufszentren werden da jede Menge zu berichten haben. Legen Sie los!

Das Vertauschen der Opferrollen Curio (AfD): „Der Kampf gegen Rechts, ist ein Kampf gegen Recht“

pi-news.net/2018/09/curio-afd-der-kampf-gegen-rechts-ist-ein-kampf-gegen-recht
September 13, 2018
13. September 2018

Dr. Gottfried Curio wieder brilliant! Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion bezog am Donnerstag im Bundestag exakte Position zur prekären innenpolitischen Lage Deutschlands nach 2015 – Wort für Wort Weltklasse, aber leider die traurige Wahrheit: Die illegale Massenmigration wird die Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts sein – nur sofortiges Gegensteuern wird unser Land retten.

„**700.000 Abgelehnte werden weiter alimentiert, trotz Defiziten bei Bildung, Renten, Wohnen, Sicherheit und Riesen-Schuldenlasten. Kein Geld der Welt wird so schnell Lehrer, Polizisten und Wohnungen aus dem Boden stampfen wie diese importierten Probleme wachsen. Die Gerichte kollabieren unter Asylklagen, 170.000 Haftbefehle werden nicht vollstreckt – die ordnende Kraft dieser Republik zerfällt. Die Proteste entstanden eben nicht in einem friedlichen Chemnitz vor 2015. Seither nehmen dort Schlägereien, Diebstähle und Vergewaltigungen dramatisch zu, alles durch illegal eingedrungene Migranten, die von der arbeitenden Bevölkerung noch alimentiert werden müssen. Da reicht nicht: ‚Wir machen Illegalität zu Legalität‘ [Merkel] – das könnte auch ein Mafia-Boss sagen“.**

„Überall No-Go-Areas, aber laut Regierung haben Bürger bloß Ängste – und wer protestiert ist Nazi. Den Deutschen wird in Chemnitz wie anderswo ihr täglicher friedlicher Lebensraum genommen, das ist das Problem. Die Regierung predigt Zusammenhalt, sie selbst aber spaltet. Verurteilt lieber zu Recht empörte Demonstranten als die Gewalttaten deretwegen demonstriert wird. Der Mord von Chemnitz war keineswegs der berühmte Einzelfall. Er steht in einer ganz Serie von Messermorden, verübt von illegal zugewanderten, nicht abgeschobenen Asylbetrügern.“

Curio weiter: **„Ein todbringendes Versagen der deutschen Regierung und Behörden. Diffamiert aber werden Bürger, die dagegen aufstehen. Frau Merkel, blind und taub für Migrantengewalt, sieht nichts als ‚Rechte Gewalt‘. Den Bürgern langt’s – das massenhafte Unrecht der Illegalität wird toleriert, Migrantenkriminalität aber bagatellisiert. Und: Proteste kriminalisiert: Der Kampf gegen Rechts ist ein Kampf gegen Recht.“**

Und schließlich: „Die Haltung der Regierung ist nun klar – sie wird nichts tun, gar nichts tun […] – die illegale Massenmigration wird die Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts sein – nur sofortiges Gegensteuern kann unser Land retten“.

Aber für die Verursacherin der Katastrophe, Angela Merkel, ist das Handy wieder einmal wichtiger als die traurige Wahrheit. Dr. Gottfried Curio – Knoblauch für die blutigen Systeme-Vampire.

Wenn der Merkelzombie zweimal klingelt … Die Hölle in Halle: Hausfrau nach Wohnungsüberfall schwer verletzt

pi-news.net/2018/09/die-hoelle-in-halle-hausfrau-nach-wohnungsueberfall-schwer-verletzt

19. September 2018

Goldstück will Geldstücke - der 28-jährige „afrikanische Bürger" wurde am Dienstag in Halle gefasst. Er kehrte mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Leipzig nach Halle zurück, nachdem er dort zuvor eine 42-jährige Wohnungsinhaberin bei einem Raubüberfall schwer verletzt hatte.

Von DAVID DEIMER | „Asyltourismus" einmal anders: Der Täter kam – durchaus klimaschonend -mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Leipzig nach Halle, um an irgendeiner zufällig gewählten Wohnung zu klingeln, eine ihm öffnenden Frau brutal nieder zu schlagen und mit ihrer Geldbörse und ihrem Handy zu fliehen. Der Kriminalitätstourist konnte nun am Dienstag nach einer öffentlichen Fahndung gefasst werden.

„Gerangel" um Portmonee und Handy

Laut lokalen Medienberichten kam es in der Wohnung einer 42-jährigen Frau in Halle-Trotha am helllichten Tag um 9.30 Uhr zu einem brutalen Überfall. Der dunkelpigmentierte Merkel-Gast forderte die Geldbörse der Frau und wollte sie ihr entreißen. Doch die verteidigte ihr Eigentum – ein schwerer Fehler im Merkeldeutschland 2018, sie erlebte wohl die Hölle.

Der „Schutzsuchende" wurde plötzlich brutal und prügelte wie von Sinnen auf sein Opfer ein. Bei „dem Gerangel um die Geldbörse der Geschädigten verletzte der Täter die Geschädigte erheblich", erklärte Polizeisprecherin Ulrike Diener. Der Geflüchtete flüchtete schließlich mit Geldbörse und Handy und ließ sein schwer verletztes Opfer einfachheitshalber in der Wohnung liegen. Das Zufallsopfer wurde später entdeckt und wurde nach einem Notruf in die Intensivstation eingeliefert, was ihr das Leben rettete.

„Notruf 110 – Halle"

Polizeisprecherin Ulrike Diener: „Eine Suche im Umfeld des Tatortes verlief negativ." Nun lägen Bilder des Beschuldigten vor, der am letzten Freitag wieder „mit

öffentlichen Verkehrsmitteln von Leipzig nach Halle kam“, so Diener. Wohl aufgrund des großen wirtschaftlichen Erfolges in der malerischen Händel-Stadt.
Am Dienstag konnte die Polizei nun den dringend tatverdächtigen 28-jährigen „afrikanischen Bürger“ vorläufig festnehmen und seine (diversen) Personalien feststellen.
Laut Fahndungsbericht ist der Beschuldigte 1,85 Meter groß und sehr schlank. Er hat lange Wimpern, trägt Kinnbart. Bekleidet war er am Freitag mit einer hellen Jeanshose, einem weißen T-Shirt mit Applikation im Brustbereich, einem grau weißem Basecap und grauen Schuhen. Die Ermittlungen laufen noch. Wer kann weitere Hinweise zum nun gefassten Täter geben? Bitte unter folgender Telefonnummer: 0345/224-1291 oder einfach „Notruf 110 – Halle“.

Muhamet S. aus Bad S. Bad Soden: Schon wieder ein bestialischer Mord!

pi-news.net/2018/09/bad-soden-schon-wieder-ein-bestialischer-mord
19. September 2018
„Ein junger Deutscher soll einen zwei Jahre älteren Deutsch-Marokkaner in Bad Soden-Salmünster getötet haben“. Neben dem Bild vom Tatort steht der mutmaßliche Deutsche rein zufällig neben der blutroten albanischen Fahne mit dem markanten Doppelkopfadler.
Von JOHANNES DANIELS | Deutsche sind laut Horst Seehofers aktueller Polizeistatistik mindestens so kriminell wie kriminelle Migranten, insbesondere was brutale Kapitalverbrechen und Messermorde anbelangt. Denn Deutschland war noch nie so sicher wie seit September 2015, als Millionen „friedfertige“ Anhänger der „Religion des Friedens“ fast legal ins Land strömten.
Einen weiteren Beweis für die untrügliche Statistik des „Wahrheitssystems“ (ZDF) treten die wenigen regionalen Mainstreammedien vom Main an, die überhaupt wagen, über folgende kleine „Auseinandersetzung“ zu berichten.
Bei einem Streit auf einem Parkplatz ist letzten Freitag in Bad Soden-Salmünster (Main-Kinzig-Kreis) ein 19 Jahre alter Deutsch-Marokkaner getötet worden. Als mutmaßlicher Täter wurde ein Jugendlicher im Alter von 17 Jahren festgenommen, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Bei dem Tatverdächtigen handelt es sich um einen „Deutschen“, wie Staatsanwalt Dominik Mies unverzüglich in einer anberaumten Pressekonferenz kundtat. Die Tat hätte jedoch keinen „fremdenfeindlichen Hintergrund“.
Diese Aussage macht leicht stutzig. Auch, dass sich nicht bereits 65.000 „trauernde“ AntiFa-Aktivsten in Bad Soden eingefunden haben, um gemeinsam mit den hardcore-

Feine-Sahne-Fischfilet-Fans FW Steinmeier und Heiko Maas beim beschwingten #Blutkonzert-Camping mit Campino linksradikale Hass-Parolen „gegen rechte Gewalt" durch den Main-Kinzig-Kreis zu grölen.
Die Fake-FAZ titelte vor zwei Tagen systemkonform: *„JUNGER DEUTSCHER IN U-HAFT"*
Todesursache nach Streit klar: Deutsch-Marokkaner erstochen! Weitere Details zu den Hintergründen wurden nicht bekannt. Bei dem Opfer handelt es sich um einen Deutsch-Marokkaner.
Bereits vor vier Tagen schwurbelten die Lügen-FAZkes:
„Der 17 Jahre junge Tatverdächtige sitzt in Untersuchungshaft. Er schweige bislang zu den Vorwürfen, sagte der Sprecher. Die Ermittler werfen dem Deutschen Totschlag vor.
Die beiden Jugendlichen sollen demnach auf einem Parkplatz in der Stadt im Main-Kinzig-Kreis wegen eines Mädchens aneinander geraten sein. Weitere Details zu den Hintergründen wurden nicht bekannt. Bei dem Opfer handelt es sich um einen Deutsch-Marokkaner".
Die recherchefaulen FAZ-„Investigativ-Journalisten" müssten sich von ihren klimatisierten Büroräumen im Frankfurter Westen immerhin 14,2 Km (!!) mit dem klimatisierten Taxi nach Bad Soden aufmachen, um Näheres aus der Bevölkerung zu erfahren. Kein Wunder, dass die FAZ-Auflage seit 1998 um 40 Prozent eingebrochen ist und PI-NEWS gemeinsam mit jouwatch mittlerweile mehr Seitenaufrufe im Netz als die linkspopuläre FAZ hat – bei doppelt langer Verweildauer.
„Deutscher" Mörder war bereits zwei Stunden nach der Tat ermittelt
Der brutale Mörder, der Albaner Muhamet S. (17), wurde bereits zwei Stunden nach der Tat gefasst, der ganze Main-Kinzig-Kreis wusste am Tag nach der Bluttat über die albanische Täterherkunft inoffiziell Bescheid. Die vertuschte Nachricht verbreitet sich wie ein Lauffeuer.
Am Freitag um 22.40 Uhr hatten sich die beiden jungen Männer in der beschaulichen Kurstadt im Kinzigtal auf einem dunklen Parkplatz am Bahnhof getroffen. Kurz zuvor hatte der Deutsch-Marokkaner Sala-Edine R. seine Ex-Freundin Marie (17), angerufen – im Gespräch kam es dann „zum Streit". Der neue „Stecher" der 17-Jährigen, Muhamet S., griff zum Hörer, der heißblütige MihiGru-Albaner forderte sein Opfer dann zur letalen „Aussprache" auf – bei der in den einschlägigen Kulturkreisen gerne mittels Messer stichhaltig argumentiert wird.
Der 17-jährige Albaner lief nach Zeugenangaben mit einem Messer bewaffnet in die Bahnhofstraße. Laut Ermittlern kam es dann zunächst zu einer „Prügelei zwischen den Männern". Dann rammte Muhamet S. seinem Opfer unvermittelt mehrfach die Klinge in Hals, Schlüsselbein und Arme. Auf dem Parkplatz beim Bahnhof verblutete der 19-Jährige. Mord-Ermittler konnten aufgrund der verräterischen Handy-Verbindungen den albanisch-stämmigen Täter um 1:00 Uhr nachts festnehmen.
Der verräterische Medien-Code: „kein fremdenfeindliches Motiv" (KFMo)
Der ertappte Messerstecher sitzt jetzt vorläufig in U-Haft in der JVA Rockenberg wegen Totschlag-Verdachts. Oberstaatsanwalt Dominik Mies: „Der Beschuldigte macht von seinem Schweigerecht Gebrauch." Der beste Freund des Opfers: „Ich kenne Sala, seit ich fünf Jahre alt bin, war mit ihm in der Grundschule. Er war ein guter Mensch, ein Herzens-Mensch. Er war lange mit Marie zusammen. Es ist entsetzlich,

dass er wegen so etwas sein Leben verloren hat. Er wurde eiskalt umgebracht!“ Sala arbeitete als Strandwärter am Kinzig-Stausee und war bekannt und beliebt. Die deutsche Oma des Toten: „Dass er jetzt im Gefängnis sitzt, bringt mir meinen Enkel nicht wieder. Sala war so ein hilfsbereiter, liebevoller Mensch.“
Oberstaatsanwalt Dominik Mies: „Wir bitten Zeugen, die noch weitere Angaben zur Sache machen können, sich bei der Kriminalpolizei in Gelnhausen zu melden: 06051-8270.“ Dem Radiosender FFH erklärte der Sprecher der Staatsanwaltschaft nochmals, er gehe „bislang nicht von einem fremdenfeindlichen Motiv“ aus. Mittlerweile ein beliebter Code im „Werte- und Wahrheitssystem“ zur eindringlichen Betroffenheits-Entwarnung aller AntiFa-Radikalen, einschließlich dem hasssäenden Ex-Kommunisten im Schloss Bellevue, „Old-Tote-Hose-Voll“.

Bewegende Szenen am Tatort

Unterdessen steht die Kurstadt Bad Soden unter Schock. An dem seit Samstag abgesperrten Tatort spielten sich am Wochenende bewegende Szenen ab. Angehörige, Freunde und ehemalige Schulkameraden hielten am Ort des Geschehens in Trauer inne, legten Blumen nieder und stellten Kerzen als Zeichen ihres Mitgefühls auf.
Fassungslos stand ein 25-jähriger Bad Sodener mit seinem Vater und dem jüngeren Bruder am Tatort. „Er war einer meiner besten Freunde. Ich stehe schon ein paar Stunden hier, weil ich es nicht glauben kann. Für ihn war ich wie der große Bruder. Er war ein ganz lustiger Mensch.“
Auch ein 18-jähriger Schulfreund des Deutsch-Marokkaners kam zu einer Schweigeminute. „Ich habe einen guten Freund verloren. Wir kannten uns schon seit der Kindheit, waren Klassenkameraden in der Henry-Harnischfeger-Schule und haben in jungen Jahren zusammen Fußball gespielt“.
Bürgermeister Dominik Brasch bedauerte den Vorfall zutiefst. Er habe der Familie des Getöteten „mein Beileid bereits bekundet und hoffe, sie findet Trost und Unterstützung in dieser schweren Stunde.“ Eine Bewertung der Situation „wäre zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht“, erklärte der Ex-Polizist auf Anfrage. Unabhängig von dem tragischen Ereignis steht für den Rathauschef fest, dass Bad Soden-Salmünster „ein sicherer Wohnort ist und bleibt“.

Main-Kinzig-Kreis – weiterer deutscher Mord am Reiterhof

Währenddessen erschüttert zur selben Zeit ein weiterer brutaler Mord den früher mondänen Main-Kinzig-Kreis. Auf einem großzügigen Reiterhof in Schöneck-Büdesheim ist eine Frau tot aufgefunden worden. Die Polizei geht von einem Gewaltverbrechen aus, wie die Staatsanwaltschaft Hanau mitteilte. Die 51 Jahre alte Bianca Hensel, Leiterin des Pferdehofs „Am Buchwald“ sei leblos von einer Bekannten entdeckt worden – nach der Spurensuche und der Obduktion sprechen die Ermittler von einem Gewaltverbrechen – ohne weitere Details zu nennen. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Hanau, Dominik Mies, machte auf Anfrage wiederum keine Angaben zur Todesursache und den Begleitumständen des Falls. Der Hanauer Oberstaatsanwalt hat derzeit alle Hände voll zu tun. Wegen der laufenden Ermittlungen gibt sich Oberstaatsanwalt Dominik Mies auch hier verschlossen: Es soll kein Täterwissen in die Öffentlichkeit dringen, wie in Bad Soden.

Die Nachricht vom gewaltsamen Tod der Betreiberin des Reitstalls Buchwald im Ortsteil Büdesheim schockierte das ganze Dorf. Bei der Obduktion von Bianca H. wurden eindeutige Spuren von Gewaltanwendung festgestellt. Daraufhin nahm die Staatsanwaltschaft Hanau die Ermittlung wegen der gewaltsamen Herbeiführung des Todes durch einen Dritten auf.
Seit Jahren führte die 51-Jährige den Reiterhof Buchwald mit der angeschlossenen Reitschule und war auch stellvertretende Vereinsvorsitzende des Vereins „Reitclub Am Buchwald e.V." Für ihre Ermittlung sucht die Kriminalpolizei deshalb weiterhin dringend nach Zeugen oder Hinweisen zu dem gewaltsamen Tod. Und zwar unter der Rufnummer (0 61 81) 10 01 23. Eins steht bereits jetzt schon fest, der Täter war garantiert „ein Deutscher".
Die Glocken des Todes läuten Tag und Nacht und immer lauter in Deutschland.

https://www.focus.de/politik/experten/ghadban/buchauszug-aus-arabische-clans-die-unterschaetzte-gefahr-wenig-ideologie-viel-pragmatismus-wie-niedersachsen-den-kampf-gegen-clans-fuehrt_id_9608172.html

Buch über arabische ClansPolizei führt Liste mit Großfamilien: Niedersachsen ist Vorbild im Kampf gegen Clans

Dienstag, 18.09.2018, 06:30

Immer wieder sorgen die Straftaten und der mangelnde Respekt von kriminellen Clan-Mitgliedern für den deutschen Rechtsstaat für Schlagzeilen. Nun hat Ralph Ghadban, Migrationsforscher und führender Experte zum Thema, sich in einem Buch intensiv mit den Großfamilien beschäftigt.

Arabische Großfamilien nehmen in Städten wie Berlin, Bremen oder Essen eine dominierende Rolle in der Unterwelt ein und suchen sogar die offene Konfrontation mit Justiz oder Polizei. Doch woher beziehen libanesisch-kurdische Clans, die sogenannten Mhallami-Kurden, ihre Stärke? Ralph Ghadban beschreibt in seinem neuen Buch „Arabische Clans – Die unterschätzte Gefahr" (erscheint am 12. Oktober bei Econ, S. 304) die Hintergründe der Entwicklung. FOCUS Online veröffentlicht einen Auszug daraus. Darin beschreibt Ghadban, warum Niedersachsen eine Vorbildrolle im Kampf gegen Clans innehat.

Niedersachsen als Vorbild

Das einzige Bundesland, in dem die Auseinandersetzung mit der Clankriminalität konsequent geführt wird, ist Niedersachsen. Das ist meines Erachtens auf zwei Gründe zurückzuführen: wenig Ideologie und viel Pragmatismus. In Niedersachsen, wie anderswo auch, wollte die Politik keine Stigmatisierung von Minderheiten und lehnte die Sammlung ethnischer Daten ab.
Die Polizei stellte im Laufe ihrer Arbeit jedoch fest, dass die Mitglieder mancher Familien sehr häufig Straftaten begehen. Als sie zwecks Auswertung die Straftatenregister verglich, sah sie, dass sich manche Namen wiederholten. Anders als bei anderen Polizeibehörden zog die Polizei in Niedersachsen auch das Register der Tatbeteiligten an Straftaten hinzu, um festzustellen, wie oft der Familienname bei Einsatzlagen der Polizei auftauchte, und bewertete die Wiederholung des Namens als Hinweis auf Clanstrukturen.
Die Polizei ging von den Tätern aus und verknüpfte, um Rückschlüsse zu ziehen, ihre Namen mit den Kriminalitätsereignissen. Anders als in Bremen hat sie nicht versucht, Verwandtschaftsverhältnisse zu rekonstruieren, aber auch sie musste wie üblich Familiendaten, etwa Erziehungsberechtigte bei Minderjährigen, sammeln. Die Polizei in Niedersachsen geht nicht von dem Clan aus, um dann etwa den Straftäter in diesen einordnen zu können.
Sie geht vielmehr vom Einzelfall aus, um festzustellen, dass er eventuell einem Clan angehört. Bei drohender Gefahr allerdings – wie etwa der Befürchtung einer Mobilisierung des Clans zwecks Störung der öffentlichen Ordnung – rückt der Clan für die Planung der Einsätze in den Vordergrund. Dann schaut man sich die verwandtschaftlichen Beziehungen an, um abzuschätzen, mit wem man es zu tun haben wird.

Rund einhundert Großfamilien auf der Liste

Inzwischen beinhaltet die Liste Namen von circa einhundert Großfamilien – die Praxis erfordert eben eine Berücksichtigung von Ethnien und Verwandtschaft. Allerdings hatte die Polizei zum Teil auch auf die offizielle Multikulti-Politik Rücksicht genommen, und ethnische Kategorien tauchten in ihren Berichten nicht auf. Die Situation änderte sich jedoch bald.

Nach der Bedrohung von Richter und Staatsanwalt durch die Mhallami im „Ampelmord"-Prozess 2012 bat die Politik das LKA, entsprechend zu handeln. So begann die Polizei, ihre Aufmerksamkeit der Clankriminalität der Mhallami zu widmen. Die Politik wollte zwar keinen Merker „Mhallami" in den Strafakten wie in Bremen sehen, weil sie die ethnische Stigmatisierung befürchtete, aber das fallorientierte Vorgehen der Polizei sowie ihre ausdifferenzierte Auswertung der kriminellen Daten scheinen ein Umdenken bei der Politik ausgelöst zu haben.

Im Video: Beamtin vor Shisha-Bar verletzt: Video von Einsatz zeigt Kampf mit jungem Angreifer
Beamtin vor Shisha-Bar verletzt: Video von Einsatz zeigt Kampf mit jungem Angreifer

FOCUS Online/Wochit Beamtin vor Shisha-Bar verletzt: Video von Einsatz zeigt Kampf mit jungem Angreifer
Im Lagebild 2013 war die „Kriminalität der Mhallami" ausgeführt, im Lagebild 2014 hieß es "Clankriminalität. Kriminalität der Mhallamiye in Niedersachsen", bei der Vorstellung des OK-Lagebilds haben beide Minister der Justiz und des Inneren auf der Pressekonferenz von Clankriminalität gesprochen. Auch im OK-Lagebild 2016 ist die Rede von Clankriminalität, und schließlich wurde am 1. März 2018 die „Landesrahmenkonzeption zur Bekämpfung krimineller Clanstrukturen in Niedersachsen" vom Innenministerium erlassen.
Die Clanstrukturen beziehen sich nicht mehr auf die Ethnie der Mhallami allein, sondern auch auf andere Ethnien wie Jesiden, Albaner und andere. Die Landesrahmenkonzeption betont den wesentlichen Unterschied zur üblichen organisierten Kriminalität: Was einen Clan ausmacht, ist das familiäre Netzwerk. Die Konzeption beschreibt anhand der Erfahrung der Polizei detailliert die Merkmale des Clans, was eine solide Basis für die Ermittlungen der Polizeibeamten liefert.
Weiter wird ein umfangreicher Arbeitsplan geschildert, der alle notwendigen Maßnahmen für die Bekämpfung der Clankriminalität beinhaltet. Er umfasst neben der Zusammenarbeit der Dienststellen auch die Kooperation mit anderen Behörden, wie Justiz- und Sozialbehörden, sowie Fortbildung, Beratung und Koordination zwischen allen Involvierten in diesem Bereich. Die Konzeption ist ein Programm, ob alle seine Vorschläge jemals realisiert werden, hängt nicht nur vom guten Willen der Verfasser der Konzeption ab, sondern von der Bereitschaft der angesprochenen Partner, daran mitzuwirken.
Konkrete Schritte unternommen
Auf alle Fälle wurden bereits konkrete Schritte unternommen, etwa die Aufforderung an alle Polizeibeamten, den Merker „Clan" bei entsprechender Verdachtslage zu setzen, wobei der Fokus vorerst auf Clankriminalität durch die Mhallami gerichtet sein soll. Der Informationsaustausch zwischen Polizei und anderen Behörden funktioniert einigermaßen gut, trotzdem wünscht man sich eine klarere und einfachere Gesetzesgrundlage für den Datenschutz.
Da jeder Bereich sein eigenes Gesetz und die damit verbundene Ausführungsvorschriften hat, wird der Austausch nicht nur verkompliziert, sondern auch manchmal verhindert: Die Entscheidung über die zulässige Grenze für die austauschbaren Daten liegt in der Hand der Leiter der verschiedenen Behörden und hängt daher von ihren politischen Einstellungen ab.
Informelle Kontakte zwischen Behörden anderer Bundesländer
Was die Kooperation mit anderen Bundesländern und mit dem Bundeskriminalamt (BKA) betrifft, so existieren informelle Kontakte, die einzige institutionelle Kooperation findet in der Ermittlungsgruppe Bremen-Oldenburg statt. Mit anderen europäischen Ländern ist der Kontakt erwünscht, insbesondere mit Schweden, wo dieselben Clans agieren. Die Polizei erwartet

von der Justiz, dass sie konsequenter und in einem angemessenen Zeitraum handelt, besonders ärgerlich sind die sogenannten abgeschlossenen Deals, um die Verfahren zu verkürzen – auf sie werde ich noch zu sprechen kommen.
Darüber hinaus wäre es wünschenswert, wenn das Beratungsangebot der Polizei in Fragen Clankriminalität angenommen würde. Anhand der Erfahrung Niedersachsens und Bremens wird sichtbar, wo der Polizeiarbeit bei der Bekämpfung der Clankriminalität Grenzen gesetzt werden, aber auch, welche Hindernisse bis jetzt überwunden sind. **In Bremen und Niedersachsen wurde die politische Hürde aufgehoben, mit dem Regierungswechsel in NRW, wo CDU / FDP die SPD / Grünen abgelöst haben, hat sich das politische Hindernis jetzt aufgelöst.**
In den Fußstapfen Niedersachsen
Deshalb bemüht sich das Land zurzeit, den Weg Niedersachsens zu beschreiten. Hartnäckig dagegen beharrt Berlin auf der alten ideologischen Politik von Multikulti. Die SPD / Grüne / Linke-Regierung weigert sich, den Begriff Clankriminalität zu verwenden. Es besteht jedoch Hoffnung, da die Regierung keine einheitliche Multikulti-Position hat, was an der Haltung zur Abschaffung des Neutralitätsgesetzes abzulesen ist: Linke und Grüne sind mehrheitlich dafür, die SPD ist mehrheitlich dagegen – während der Innensenator Andreas Geisel (SPD) sagte: „Wenn es das Berliner Neutralitätsgesetz nicht gäbe, müsste es sofort geschrieben und verabschiedet werden. Die strikte Trennung von Staat und Religion ist ein ganz wesentliches Element unserer Gesellschaft. Das gilt umso mehr für das Zusammenleben in einer so vielfältigen Stadt wie Berlin."
Eine Zusammenarbeit zwischen den vier Bundesländern, die die meisten Mhallami beheimaten – Berlin, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen –, hätte eigentlich, zum Wohl der Allgemeinheit, schon längst gestartet werden müssen, aber das ist leider nicht passiert.
Wünschenswert: Deutschlandweiter Kampf gegen Clans
Wünschenswert ist darüber hinaus die Ausdehnung der Clankriminalitätsbekämpfung auf ganz Deutschland, weil, wie die Konzeption aus Niedersachsen erwähnt, auch andere Ethnien Clanstrukturen aufweisen, beispielsweise die Albaner in Hessen. Damit würde auch das BKA, das sich mit bundesweit verbreiteten Formen der Kriminalität befasst, einbezogen. Das BKA, das sich bereits mit der organisierten Kriminalität beschäftigt, zeigte entsprechend schon vor ein paar Jahren Interesse an der Clankriminalität.
Auf die Polizeikonferenz in London 2017 lud mich die Forschungs- und Beratungsstelle für OK beim LKA ein, um zum ersten Mal darüber zu referieren – die Überlegungen zur Behandlung dieses Themas dauern aber an und sind noch nicht abgeschlossen. Wünschenswert wäre die Eingliederung der Clankriminalität als selbstständiger Schwerpunkt in den

Arbeitsbereich des BKA, ähnlich wie die Rockerkriminalität, die neben der organisierten Kriminalität selbstständig behandelt wird.
Ralph Ghadban
Dr. Ralph Ghadban ist 1949 im Libanon geboren und lebt seit 1972 in Deutschland. Er studierte Philosophie in Beirut sowie Islamwissenschaft in Berlin und schloss mit einer Promotion in Politikwissenschaft ab. Seit 1993 ist er in der Migrationsforschung tätig mit dem Schwerpunkt Islam im Westen. Er war Mitglied der ersten Islamkonferenz. Als Sozialarbeiter, ehemaliger Leiter der Beratungsstelle für Araber des Diakonischen Werks in Berlin und als Anstaltsbeirat der JVA Tegel hatte er persönlichen Kontakt zu vielen Clanmitgliedern.

AFRIKANISCHE VERBRECHER OHNE MORAL UND SKRUPEL

Offenburg: Prozessauftakt gegen nigerianischen Vergewaltiger

23. September 2018

Von ALEX | Klein, schwach, gehbehindert und noch dazu hörgeschädigt – doch auch vor solchen Opfern machen unserer „Bereicherer" und „Goldstücke" nicht mehr Halt! In der Nacht vom 27. auf den 28. April diesen Jahres durchlitt eine 25-jährige Deutsche mit Migrationshintergrund die schlimmsten Stunden ihres Lebens. Denn zu besagtem Datum wurde die zierliche Frau von einem fast gleichaltrigen nigerianischen Asylbewerber brutal vergewaltigt. Am gestrigen Freitag startete nun der Prozessauftakt gegen den afrikanischen Sexualstraftäter Okuzun (?) Romeo am Offenburger Landesgericht. In der beschaulichen Stadt in der Region Ortenau (Mittelbaden) ereignete sich die grässliche Tat auf einer Brücke, die zum kommunalen Hauptbahnhof führt. Das Urteil wird für Freitag, 28. September, erwartet.
Auch Romeo ist nicht groß, dafür aber von sehr kräftiger Statur. Der 24-Jährige versteht kein Deutsch und nur gelegentlich etwas Englisch. Bei einer Frage nach seiner Herkunft deutet er wenig aussagekräftig auf ein Blatt Papier, das neben seiner Simultandolmetscherin lag. Unsere Gutmenschen würden den Nigerianer vermutlich sofort in den Arm nehmen und mit aller Vehemenz die Freilassung fordern. Eine Lichterkette muss her! Und ja humane Knastbehandlung bitte! Noch besser: Gar kein Knast, dafür jede Menge Luft und Liebe! Dabei war es die Geschundene, die beteuerte, diese Nacht „nie wieder vergessen zu können!". Durch eine Zugumleitung sei sie in Offenburg gelandet. Als sie zum Umsteigen auf ein anderes Gleis wechseln wollte, kam ihr Romeo in die Quere und das Grauen nahm seinen Lauf.
Interessant: Vor Gericht erklärte der Vergewaltiger, dass er selbst kein Moslem sei, im Gegenteil: Vor mehreren Jahren sei sein Vater von

Muslimen im Herkunftsland Nigeria ermordet worden und auch ihn hätte es beinahe erwischt. Allerdings hatte sich der 24-Jährige in seiner Heimatstadt Benin City im Gegenzug wohl selbst etwas zu Schulden kommen lassen, was eine Rückkehr nach Nigeria nicht ganz so einfach macht. Sollte der deutsche Staat jedoch die Heimreise finanzieren, so würde man sich der Sache gerne annehmen. Seit März 2017 befindet sich der Täter als Asylbewerber auf deutschem Boden, wo es von Karlsruhe über Heidelberg ins schwäbische Sigmaringen ging. In einer Unterkunft in Empfingen (Landkreis Freudenstadt, Schwarzwald) soll der Angeklagte zum ersten Mal mit dem deutschen Gesetz in Konflikt geraten sein: Zunächst schlug er einen ausländischen Jungen, dann ging es gegen die Polizeibeamten äußert brutal zur Sache, wobei Romeo einem Polizisten ins Bein gebissen habe. Ferner gab der Angeklagte zu, sich in psychiatrischer Behandlung zu befinden: Unter anderem klagte der Afrikaner über „Probleme mit dem Kopf" sowie einer gewissen Schreckhaftigkeit bei lauten Geräuschen. Dass er gerne mal zu tief ins Whiskyglas guckt, wurde ebenfalls protokolliert. Auch zur Tatzeit der Vergewaltigung soll Alkohol im Spiel gewesen sein. Sogar eine eventuelle Hepatitis B-Erkrankung Romeos wird im Rahmen der Befragung in den Raum gestellt.

Ist der Täter ein Kriegsflüchtling? Vermutlich kaum. Viel eher gestaltete sich der Transfer des Nigerianers vom libyschen Tripolis nach Italien mysteriös, soll wohl quasi im Schlaf erfolgt sein: Romeo will sich dahingehend an nichts mehr erinnern, er habe „nach einem Überfall im Koma gelegen." In Libyen eingeschlafen, in Italien wieder aufgewacht: Dass er aber 1.200 Euro für die Überfahrt berappen musste, blieb dann doch noch im Gedächtnis haften. Und auch, dass sich in Nepal bereits die Wege mit den dortigen Gesetzeshütern kreuzten. Zu seiner „Bildung" sagte Romero, er könne zwar „schreiben, aber nicht lesen" und auch mit den Frauen wäre bis zu der Tat in Offenburg nicht viel gelaufen. Immerhin soll sich eine ebenfalls aus Nigeria stammende Freundin und Asylbewerberin in der nicht allzu weit von Offenburg entfernten Stadt Lahr befinden. Für das deutsche Opfer war die Tat gleichzeitig wohl die Entjungferung.

Auch in Offenburg jagt längst ein Einzelfall den nächsten. Eine reife Leistung für eine Stadt, die gerade mal 60.000 Einwohner zählt! Und nicht nur das: So ist Offenburg (prozentual) führend in der Kriminalstatistik von Baden-Württemberg – und das noch vor solch massiv kriminalisiert und islamisierten Städten wie Stuttgart, Mannheim, Pforzheim, Freiburg, Ulm, Böblingen oder Sindelfingen.

Am Sonntag, 14. Oktober 2018, haben alle Offenburger, die noch über Vernunft, Menschlichkeit und positives Zukunftsdenken verfügen, die Chance, diesem Spuk an der Wahlurne ein jähes Ende zu bereiten: Als Kandidat für den Posten des nächsten Oberbürgermeisters stellt sich Ralf Özkara, Landesvorsitzender der AfD Baden-Württemberg, zur Verfügung. Selbstredend, dass die Sicherheit und die Verbrechensbekämpfung ganz vorne im Programm des AfD-Mannes befinden. Der messerende Arztmörder aus Somalia, der Ende August für eine weitere Kerbe in der

heimischen Mordstatistik sorgte (PI-NEWS berichtete), ist nur ein weiterer Beleg dafür, warum man sich im einstmals so beschaulichen Offenburg ernsthafte Gedanken um eine friedliche wie gedeihliche Zukunft machen sollte.

Wärst Du doch in Düsseldorf geblieben …“ NRW-Behörden holen Annas Mörder mit Privatjet ab – 10.000 Euro!

pi-news.net/2018/09/nrw-behoerden-holen-annas-moerder-mit-privatjet-ab-10-000-euro
September 14, 2018

Für eine angenehme Rückführung von Messer-Mörder Ali Akbar Shahghaleh?(44) ist den NRW-Behörden das Beste gerade gut genug. Guten Flug ! (durchaus realistisches Symbolfoto)

Von JOHANNES DANIELS | Für die Rückführung von Messer-Mörder Ali Akbar Shahghaleh, 44, nach Deutschland scheuen die NRW-Behörden weder Kosten noch Mühe – der „schutzbedürftige Iraner“ soll sich nach seinem Kurztrip im sonnigen Andalusien wieder rundum in unserem Sozialsystem wohlfühlen.

Drei Wochen nach dem bestialischen Mord an der Event-Planerin Anna S., †36, sitzt Ali Akbar derzeit in Madrid in Auslieferungshaft. Nächste Woche darf der „emotional verwirrte Iraner“ wieder in seine Wahlheimat Düsseldorf zurückkehren. Für mehr als 10.000 Euro haben die Mordrhein-Westfälischen Behörden dafür extra einen Privat-Jet geleast. Posh!
Der Düsseldorfer Staatsanwalt Martin Stücker bestätigte nun die Vermutung: „Es ist richtig, dass für die Auslieferung des Verdächtigen eine Maschine gechartert werden musste.“ Denn der „eher schüchterne Ali Akbar Shahghaleh“ hat alles richtig gemacht. Er randalierte bei seiner Festnahme in Sevilla und er randalierte in der spanischen Untersuchungshaft. Deshalb lehnte es die Lufthansa ab, das iranische Menschengeschenk auf einem normalen Linienflug First Class nach Düsseldorf rückzuführen. Und ein Flug mit RyanAir „Malaga-Düsseldorf one-way für 29 Euro“ wäre dem von seiner Flucht nach Spanien noch traumatisierten Messermörder nicht zumutbar. Denn Ali hat gleich mehrere Handicaps.

Malaga – Düsseldorf 29 € one-way – noway!

Nach „geltendem EU-Recht“ muss die Auslieferung nach Deutschland innerhalb von zehn Tagen nach Bewilligung durch die spanische Justiz erfolgen, sonst müsse Ali Akbar wieder freigelassen werden. Der große Tag von Alis vermutlich erstem Trip in einem vom Steuerzahler großzügig offeriertem Luxus-Privatjet steht bereits fest: Es ist der nächste Dienstag – für ausreichend Champagner, in Eichenfässern gereiftem andalusischem Sherry (Osborne Medium, 7 anos) und „Freixenet Cave Reserva Real“ an Bord ist für den schutzsuchenden Jetsetter aus Düsseldorf-Bilk gesorgt.

Lear-Jet-Lease: Der nächste schwere Steuerbetrug am Steuerzahler

Höchste Exklusivität und äußerste Diskretion ist Ehrensache für den Ehrenmörder: Außer Ali Akbar, den deutschen Rückführungs-Beamten und der service-orientierten Learjet-Crew wird niemand sonst an Bord des gecharterten Flugzeugs sein. In Deutschland angekommen wird Ali S. in Untersuchungshaft möglicherweise auf seinen Prozess warten. Zunächst werden jedoch einige steuerfinanzierte Dipl.-Psychologen und Gerichtspsychiater erst einmal überprüfen, ob Ali Akbar Shahghaleh überhaupt subjektiv straffähig ist.
Falls nicht, bleibt ihm der möglicherweise für ihn peinliche Prozess eher erspart. Was sollen die Nachbarn im prekären Unterbilk denken? Den „Rest“ erledigen seine vom deutschen Einkommen-Steuerpflichtigen angeheuerten Asylanwälte, Traum- und Tanztherapeuten im bunten Linksstaat. Haftunverträglichkeit miteingeschlossen – nicht ganz unbegründet und unwahrscheinlich.

Schuldunfähig – Haftunfähig – Vollstreckungsunfähig!

Denn Ali Akbar ist laut Mitteilung der Staatsanwaltschaft bereits jetzt zu „50 Prozent schwerbehindert wegen einer psychischen Erkrankung“ und darüber hinaus erheblich erschöpft von seiner aufreibenden Flucht. Ein etwas kostengünstigerer Transport per Polizeitransporter, Bus oder Bahn wäre seiner angeschlagenen Gesundheit daher höchst abträglich. Zehn Tage dauerte die Flucht des Geflüchteten ins bezaubernde Sevilla vor den wohl rassistischen Ermittlern (deutsche Nazis?).

Der etwas zu leichtsinnige Ali Akbar Shahghaleh wurde durch sein deutsches Handy im Park „Los Jardines de Murillo“ in Sevilla geortet. Aus wirtschaftlicher Gründen verzichtete der iranische Sparfuchs auf eine neue SIM-Karte und ein neues iPhone – irgendwo muss man schließlich sparen und das Leben im andalusischen Touristen-Paradies kostet nun mal.

Beamte der Motorradgruppe „Herkules“ erkannten Shahghaleh auf einer Parkbank vom Fahndungsfoto und sprachen ihn an. Ein Sprecher der PolicíaNacional: „Am Anfang war er sehr ruhig, als er aber merkte, dass wir ihn identifiziert hatten, wurde er aggressiv.“ Der geflüchtete „Geflüchtete“ versuchte noch zu flüchten. Doch die Motorradgruppe „Herkules“ war schneller als der 44-jährige Akbar laufen konnte.

Ab in den Süden

Bei seiner Bluttat am 20. August am helllichten Tag in Düsseldorf gewann Ali Akbar noch gegen die bemühten NRW-Behörden. Zeugen verfolgten ihn sofort nach der Tat, sogar mit einem Fahrrad. Der Mörder griff die couragierten Verfolger „aus einem Gebüsch heraus“ mit seinem blutigen Tatmesser an, PI-NEWS berichtete mehrfach über den grausamen Todeskampf von Anna S., die nach einer Vielzahl an Messerstichen an „Herzversagen“ verstarb. Wie im Rausch hatte der Angreifer mit einem Fleischermesser auf die Frau eingestochen. Drei Stiche davon wären, jeder für sich, bereits tödlich gewesen.
Die Polizei setzte bei der Goldstück-Fahndung Mantrailer-Hunde ein, ein Großaufgebot an NRW-Beamten und einen Polizeihelikopter, aber die Spur der „NRW-Sicherheitsbehörden“ verlor sich nach wenigen hundert Metern im Düsseldorfer Nichts. Die NRW-Ermittler waren zumindest sicher, „dass Shahghaleh in Richtung Süden floh“. Damit lagen sie sogar ungefähr richtig.

Falls es tatsächlich zu einem Strafprozess gegen den „psychisch labilen“ Ali käme, könnte sich auch das Motiv des bestialischen Killers klären. Der Iraner hatte für die alleinstehende Event-Managerin „geschwärmt“. Er hatte ihr mindestens vier Briefe in „mittelguter deutscher Sprache“ geschrieben.

Ali Akbar – Asylant seit 2010 – so wie seine acht Brüder

Ali Akbar Shahghaleh stammt aus dem Iran und ist seit 2001 staatssubventioniert in Deutschland – so wie acht Brüder (!!!). Bereits 2010 sei er als „Asylant“ anerkannt worden. Warum der Illegale diesen Status bekam, ist nach Behördenangaben noch „unklar“.
Nach Mutmaßungen der BILD könnte Akbar Shahghaleh „Kurde sein“ – der Mittelname „Akbar“ spricht allerdings dagegen. In Deutschland lebte er zunächst in einem Flüchtlingsheim, später in einer vom „Job Center“ finanzierten Wohnung. Seit April 2017 war er wieder mit einer anderen Anschrift in der Düsseldorfer Brunnenstraße gemeldet. Guido Adler, Leiter der zuständigen Mordkommission: „Er hat eine 50-prozentige Schwerbehinderung wegen einer psychischen Erkrankung.“ Mit sowas kann man natürlich keinem richtigen Job nachgehen. Der todbringende Iraner wurde auch bereits öfters in einer mehr-oder-weniger-geschlossenen Psychiatrie behandelt, mit suboptimalem Erfolg.
Ali Shahghaleh half ab und zu in einem Kiosk an der Bilker Allee aus, der einem „Familienmitglied“ gehört – das war Annas Todesurteil. „Wir glauben, dass es sich bei der Beziehung aber nur um Freundschaft gehandelt hat“, erklärt Kommissar Adler. Shahghaleh soll der jungen Event-Managerin zuletzt zum Beispiel einen Ventilator besorgt haben, weil die beiden Katzen der Frau, die in einer Dachgeschosswohnung in unmittelbarer Nähe des Tatortes wohnte, „so unter der Hitze litten“. Der Klimawandel.

Briefe des brutalen Stalkers an sein Opfer

Auf der Suche nach dem letalen Motiv könnten vier Briefe eine entscheidende Rolle spielen, die man in der Wohnung des Opfers fand. Ali Akbar Shahghaleh schrieb sie eigenhändig in „mittelgutem Deutsch“ an Anna S.
In einem Brief bittet Ali Shahghaleh Anna S. um vermeintliche Entschuldigung. Offenbar hatte der Iraner ihr ein Fahrrad und einen Ventilator schenken wollen, worum es dann Streit mit seinen Brüdern gab, denen der Ventilator gehörte. Anna S. hatte die Nummer des iranischen Stalkers in ihrem Handy blockiert. Shahghaleh flehte sie an, die Nummer zu entsperren:
„Jeder Sekunde ohne Dich ist die Hölle für mich.“
Auch der Düsseldorfer Diplom-Psychologe Dr. Albert Wunsch zeigt Verständnis für den „emotional verwirrten“ Mörder:
„Aus dem Schreiben lässt sich eindeutig ablesen, dass es sich hier um eine ganz tragische Beziehungstat handelt. Ein schwaches Ich fühlt sich durch so einen Schritt stark entwertet, dann ist alles möglich.“
Dass der Stalker keinen Kontakt mehr zu Anna S. aufnehmen konnte, habe den Täter offenbar sehr in seiner Ehre gekränkt.

Der Brief im Wortlauf (mit leichten Rechtschreibkompetenzfehlern):
„Liebe Anna, Du bist eine Sehr hübsche, glückliche und selbständige Geschäftsfrau. Ich versuche nicht Dein Leben kaputt zu machen. Denn ich brauche Deine Hilfe um mein Leben wieder neu aufzubauen, Du hast mein Telefon blockiert und ich habe keine Möglichkeiten Dich zu erreichen. Deswegen schriebe ich. Habe meine Wohnung gekündigt und muss umziehen. Dein Fahrrad und den Ventilator von Deinen beiden süßen Katzen ist bei mir zuhause. Bitte lass die Sache zu Dir bringen, die waren Geschenkt und punkt….
Ich bin ein Blödmann. Unserer Streit angefangen auf die Dinge wie Nähmaschine und paar blöde Wort von mir. Ich akzeptiere meine Fehler und entschuldigte mich tief aus meinem herzten. Danach die dumme WhatsApp meiner Familie. Die Familie wollte das Fahrrad und den Ventilator haben und für ihre blöde Nachbarn schenken, auf diesem Grund muss ich Dich Verloren und Sehr Leiden, ich möchte Dir einfach nur mitteilen wie sehr ich Dich brauche und Du mir fehlst. Jeder Sekunde ohne Dich ist die Hölle für mich.
Dein Blödmann Ali.“
Individueller Learjet-Transfer nach Düsseldorf mit allen vollumsorglichen Annehmlichkeiten einer deutschen Kuschel-Untersuchungs-JVA und anschließender Psychosomatik-Resozialisierung ? Nein, Ali Akbar ist keineswegs ein Blödmann – er hat alles richtig gemacht im Blödmann-Umvolkungs-Paradies Deutschland!
Seine acht Brüder, die von der Tat bislang „noch schockiert“ waren, befürchteten bislang das Schlimmste: Dass sich Ali Akbar Shaghaleh eventuell selbst töten könnte. Die acht Brüder können nun aufatmen: Ali lebt – und wie ! Im Gegensatz zu seinem schon fast vergessenen Opfer Anna S.

Ein Opfer befindet sich in Lebensgefahr Aktualisierung: Afghanischer Asylbewerber sticht in Ravensburg auf drei Personen ein

pi-news.net/2018/09/ravensburg-mann-sticht-mit-messer-auf-drei-personen-ein
28. September 2018
Der Täter von Ravensburg - Typ "Südländer" - stach wahllos mit einem langen Messer auf drei Passanten ein.
Es ist ein sonniger Herbsttag, als plötzlich Schreie durch die Innenstadt von Ravensburg gellen. Völlig aufgelöst rennen Menschen umher, auf der Suche nach Hilfe – so erzählt es Oberbürgermeister Daniel Rapp (CDU) später am Tag. Da hat sich die Lage wieder etwas beruhigt. Am Nachmittag sah das noch ganz anders aus: Ein Mann zückt auf dem Marienplatz ein Messer. Er verletzt drei Menschen schwer, einen von ihnen lebensgefährlich.
Sein Motiv? Das ist am Abend noch völlig unklar, wie die Ermittler betonen. Einen terroristischen Hintergrund schließe man zunächst aus, sagt ein Polizeisprecher. Darüber hinaus sagt er nicht viel. Dass der mutmaßliche Täter schnell festgenommen werden kann, hat die Stadt wohl auch ihrem

Oberbürgermeister zu verdanken: Er nämlich war es nach eigenen Angaben, der den Mann mit dem Messer stellte.
«Ich war zufällig in der Nähe», sagte der 46-Jährige der Deutschen Presse-Agentur. Weil Zeugen «völlig aufgelöst» zu ihm gerannt seien, sei er zum Tatort, dem Marienplatz, gegangen. «Dann stand plötzlich der Täter direkt vor mir mit dem blutüberströmten Messer und hat mich bedroht. Ich habe dann gesagt: Er soll das Messer auf den Boden legen.» Das habe der Mann getan. «Es war so eine Instinkthandlung.»
Wenig später sei die Polizei gekommen – und habe den Mann festgenommen. Einem Beamten sei das Funkgerät hingefallen, erinnert sich Rapp. «Ich habe es genommen, reingesprochen und gesagt: „Wir brauchen Verstärkung, wir brauchen mehr Leute.“» Und die Verstärkung kommt: Nach Angaben der Polizei in Ravensburg sind am Ende alle zur Verfügung stehenden Beamten am Tatort. Die drei Verletzten werden ins Krankenhaus gebracht. Über sie ist zunächst ebenso wenig bekannt wie über den Täter.
Auch Oberbürgermeister Rapp kann dazu nicht viel sagen. Er kennt nach eigenem Bekunden weder Täter noch Opfer. Den Angreifer beschreibt er als «jungen, eher schmächtigen Mann». Auch die Polizei spricht von einem jüngeren Mann. «In dem Moment machte er auf mich einen unsicheren Eindruck», sagt Rapp. Die Tatwaffe ist ihm zufolge eine Art Fleischermesser.
Eines der Opfer wurde nach Angaben der Polizei etwa 50 Meter entfernt von den anderen gefunden. Unklar war zunächst, ob derjenige dort angegriffen wurde oder möglicherweise verletzt davonlief. Rapp erinnert sich, dass ein Verletzter später noch zu dem Festgenommenen läuft, um ihm «eine zu verpassen». Doch da ist die Polizei schon da, um weitere Aggressionen zu verhindern.
Die gab es zuletzt häufig auf dem nördlichen Teil des Marienplatzes, wie Oberbürgermeister Rapp erzählt. Bereits vor der blutigen Attacke sei es dort immer wieder zu aggressivem Verhalten und auch Ruhestörungen bekommen. Im Sommer sei deswegen mehr Polizei im Einsatz gewesen, sagt Rapp. Im aktuellen Fall brachte das wenig. «Als ich kam, war gar kein Polizist da.»
Die Kriminalpolizei sichert am frühen Abend noch Spuren am Tatort. Auch Zeugen sollen befragt werden. Weitere Details nennt die Polizei vorerst nicht. Sie informiert auch auf Twitter über den Vorfall. «Der Tatort wurde abgesperrt und wir bitten die Bevölkerung, die Absperrungen zu beachten», heißt es dort etwa. Und: «Wenn es gesicherte Erkenntnisse gibt, informieren wir Sie zeitnah.» *(dpa)*

Update 01.16 Uhr:

Bei den Opfern handelt es sich laut einer Mitteilung vom späten Abend um zwei junge syrische Asylbewerber im Alter von 19 und 20 Jahren sowie einen 52-jährigen deutschen Staatsangehörigen.

Täter offenbar psychisch gestörter Asylbewerber

Wie aus Ermittlerkreisen zu erfahren war, soll es sich bei dem Täter um einen 19-jährigen Asylbewerber aus Afghanistan handeln. Der Stern berichtet, dass der Angreifer bereits in der Psychiatrie in Behandlung gewesen sei. Möglicherweise habe er seine Medikamente nicht genommen, heißt es. *(hsg)*

sekretariat-ob@ravensburg.de

M.Schröter-Kunhardt
Facharzt für Psychiatrie
Suchtmedizinische Grundversorgung
21224 Rosengarten
Mühlenweg 30
Tel/Fax 04105/869330
handy 0172/6249248
www.nahtodforschung.com

29.09.18

Sehr geehrter Herr Rapp,

Jetzt haben Sie erlebt, wie sich eines der inzwischen 55647.Opfer der zumeist islamischen illegalen Scheinflüchtlinge (https://www.refcrime.info/de/Home/Index) fühlt.

Mit den Milliarden für diese "flüchtlinge" konnen DREISSIGMAL mehr leidenden Menschen VOR ORT gehlfen werden, die diese "Flucht" nicht schaffen. Jede Unterstützung der übrigens grundgesetzwidrigen Asylpolitik Merkels ist automatisch ein Entzug dieser Hilfe bei DREISSIG mal mehr Menschen vor Ort - und damit äußerst inhuman (https://www.achgut.com/artikel/migration_die_zurueckgebliebenen_werden_vergessen/P10).

Der einfache Satz des Orientalisten Scholl-Latour sagt alles über die sowieso ILLEGALE, WEIL GRUNDGESETZWIDRIGE und Deutschland(s Sozialsystem) hochgradig gefährende Flüchtlingspolitik aus:

WER HALB KALKUTTA AUFNIMMT,HILFT NICHT KALKUTTA,SONDERN WIRD SELBST KALKUTTA.

oder anders gesagt: Man leistet Entwicklungshilfe vor Ort - und nicht, indem man die zu entwickelnde Bevölkerung ILLEGAL NACH DEUTSCHLAND SCHLEPPEN LÄSST

Dabei ist besonders die Ablehnung des Islam durch die Mehrheit der Bevölkerung aus psychiatrischer bzw. religionspsych(patho)logischer Sicht völlig berechtigt, weil eine gesunde Reaktion auf die weltweit größte religiös-politisch rassistische, millionenfach selbst- und fremdgefährdende Religion Islam. Diese Religion müsste nicht nur deswegen, sondern auch weil sie das Produkt des ersten IS-Terroristen Mohammed ist, dessen „Offenbarungen“ nichts anderes als ein psychotisches Stimmenhören im Rahmen einer Temporallappepilepisie war, in Deutschland selbstverständich verboten werden, ebenso der Koran und der Bau von Moscheen, die der Progrome an Kurden und Gülen-Anhängern durchführende, den türkischen Völkermord an den Armeniern leugnende Erdogan als trojanische Pferde seines faschistischen Islamismus benutzt ...

Polizei verringert wieder bei manchen Übergriffen die Aufklärungschancen Rhein-Erft-Kreis: Vergewaltigungs-„Fachkraft“ gesucht

pi-news.net/2018/04/rhein-erft-kreis-vergewaltigungs-fachkraft-gesucht

April 17, 2018

Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Köln und der Polizei Rhein-Erft-Kreis: Mit einem Fahndungsfoto sucht die Polizei den 40-jährigen Saiyd Chourak und bittet die Bevölkerung um Mithilfe. Der Gesuchte steht im Verdacht, am 7. Oktober 2017 (Samstag) gegen 3:50 Uhr in Höhe des Drachenspielplatzes (Sportparkstraße) eine Frau zu einer Bank gezerrt, niedergeschlagen und anschließend vergewaltigt zu haben. Nach der Tat flüchtete der Täter in Richtung Erftbrücke. Das jetzt veröffentlichte Fahndungsfoto zeigt den dringend Tatverdächtigen. Ermittler des Kriminalkommissariats 11 stellten an der Kleidung der Frau Spuren fest, die nach erfolgter Analyse und Bewertung auf zwei weitere Sexualdelikte des Mannes

hindeuten. Demzufolge kommt der Beschuldigte als Täter zweier weiterer, in Bergheim begangener Sexualstraftaten in den Jahren 1998 und 2001 in Betracht. Die Polizei fragt: Wer kann Hinweise zum derzeitigen Aufenthaltsort von Saiyd Chourak geben? Zeugen werden dringend gebeten, sich bei Hinweisen zu der gesuchten Person an die Polizei zu wenden. Möglicherweise ist es durch den Tatverdächtigen zu weiteren Straftaten oder ähnlichen Vorfällen gekommen, die bisher nicht zur Anzeige gebracht wurden. Die Polizei bittet betroffene Personen, sich dringend zu melden. Hinweise nimmt die Polizei des Rhein-Erft-Kreises unter der Rufnummer 02233 52-0 oder jede andere Polizeidienststelle unter dem Notruf 110 entgegen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. Passend zum Thema verweisen wir auf die noch junge patriotische Frauenrechtsbewegung „120 Dezibel", die sich mit Protestaktionen gegen die importierte Gewalt und Übergriffe zur Wehr setzt. #Merkelfrühling 2018 #"Schutz suchen" vor „Schutzsuchenden".
Leinfelden-Echterdingen: Nach einem Unbekannten, der sich am frühen Donnerstagmorgen im Garten eines Hauses in der Humboldtstraße vor einer Frau entblößt und onaniert hat, fahndet das Polizeirevier Filderstadt. Gegen 1.30 Uhr wurde die Frau aufmerksam, als es mehrfach an ihrem Küchenfenster klopfte. Als sie nach draußen sah, erkannte sie, dass der Unbekannte sich vor ihrem Fenster selbst befriedigte. Bevor sie jedoch reagieren konnte, flüchtete der Mann. Dieser wird als komplett dunkel gekleidet beschrieben und soll ein Sweatshirt oder einen Pullover getragen haben. Er war von kräftiger Statur und soll einen eher dunkleren Teintgehabt haben. Auffallend waren seine kräftigen Hände.
Osnabrück: Eine junge Frau wurde am Dienstagabend in einem Linienbus von einem Unbekannten sexuell belästigt. Die 17-Jährige stieg gegen 19.40 Uhr am Salzmarkt in die Linie 53 (Innenstadt->Dodesheide) und setzte sich in den hinteren Bereich des Busses. An der Haltestelle Neumarkt (oder eine Station weiter) stieg dann der unbekannte Täter in den mit Fahrgästen gut besetzten Bus und setzte sich hinter die Jugendliche auf die letzte Sitzreihe. Der offenbar angetrunkene Mann verwickelte die junge Frau zunächst in ein Gespräch und berührte diese plötzlich mehrfach unsichtlich. Das Opfer stand daraufhin auf und verließ den Bus an der nächsten Haltestelle (Rober-Koch-Straße). Der Täter blieb im Bus und fuhr weiter. Der Mann hatte eineschwarze Hautfarbe, war etwa 180cm groß und schlank. Er hatte kurze gekräuselte Haare, unreine Haut am Kinn und auffallend lange, gelbliche Zähne.

Wetzlar: Wer am Dienstagmittag, gegen 12 Uhr, auf dem Verbindungsweg zwischen der Hermannsteiner Straße und dem Gewerbegebiet Dillfeld in Hermannstein unterwegs war, könnte ein wichtiger Zeuge für die Kriminalpolizei in Wetzlar sein. An den geschlossenen Schrank am dortigen Bahnübergang, in Höhe der ehemaligen Diskothek Poco, musste der Fahrer eines grauen Kombi anhalten, der im Verdacht steht kurz darauf eine Radfahrerin belästigt zu haben. Nachdem sich die Bahnschranken geöffnet hatten, überholte der Kombifahrer die 55-jährige Wetzlarerin, die mit ihrem Fahrrad zuvor ebenfalls an den Schranken gewartet hatte und nun in Richtung Gewerbegebiet fuhr. Der Fahrer hielt kurz darauf am Fahrbahnrand an, stieg aus und lies seine Hose herunter, so dass die Radfahrerin sein entblößtes Glied sehen konnte. Sie ignorierte den Mann und fuhr weiter. Der Kombifahrer setzte sich danach zurück in seinen PKW und fuhr schließlich davon, als ein anderer Autofahrer sich näherte. Die Polizei in Wetzlar, Tel. 06441-918-0, bittet um Hinweise auf den Exhibitionisten und seinen PKW. Beschrieben wird er als etwa 35 Jahre alt, 1.75 bis 1.80m groß, mit normaler Figur, dunklen kurzen Haaren – die seitlich etwas kürzer waren, einer leicht gewellten Locke über der Stirn und einem orientalischen – vermutlich türkischen – Erscheinungsbild.
Kassel: Opfer von sexueller Belästigung wurde am vergangenen Gründonnerstag eine 16-Jährige aus Witzenhausen (Werra-Meißner-Kreis). Der Vorfall ereignete sich, gegen 12.45 Uhr, im Kasseler Hauptbahnhof, in einer abfahrbereiten Cantusbahn Richtung Göttingen. Nach verschiedenen Zeugenaussagen soll sich der Tatverdächtige, ein 17-jähriger Asylbewerber aus dem Landkreis Northeim, der Schülerin unsittlich genähert und sie am Oberschenkel gestreichelt haben. Als sich ein Zeuge einmischte, um der Jugendlichen zu helfen, drohte ihm der Tatverdächtige Gewalt an. Ein Bahnmitarbeiter verständigte daraufhin die Bundespolizei. Zwei Beamte der Bundespolizeiinspektion Kassel nahmen den 17-Jährigen vorläufig fest. Der junge Tatverdächtige ist bei der Polizei kein unbeschriebenes Blatt. Er ist innerhalb der letzten zwölf Monate mehrfach, u. a. wegen Körperverletzung, polizeilich in Erscheinung getreten.
Düsseldorf: Polizeibeamte der Einsatzhundertschaft nahmen in der Nacht von Samstag auf Sonntag einen 51 Jahre alten Mann fest, der zuvor in einer Diskothek eine junge Frau mehrfach unsittlich angefasst hatte. Am Sonntagmorgen gegen 2.45 Uhr wurde die Polizeistreife auf einen Streit vor einer Diskothek auf der Ratinger Straße aufmerksam. Die Polizisten sprachen daraufhin die Beteiligten, eine Frau und zwei Männer, an. Die 25-jährige Frau berichtete daraufhin den Beamten, dass sie zusammen mit ihrem Begleiter in der Diskothek getanzt habe, als ihr plötzlich ein Unbekannter mehrmals von hinten in den Schritt gefasst habe. Sie stieß den Unbekannten zwar mehrfach von sich, dennoch ließ dieser nicht von ihr ab. Sie verließ daraufhin mit ihrem Begleiter den Club. Der Fremde folgte ihnen sofort und versuchte die Frau erneut anzufassen. Aufgrund der Schilderungen nahmen die Polizisten den Verdächtigen vorläufig fest und brachten ihn zur Wache. Ein Atemalkoholtest verlief positiv. Dem 51-Jährigen aus Vorderasien wurde daraufhin eine Blutprobe entnommen. Er wurde nach weiteren polizeilichen Maßnahmen entlassen. Gegen ihn wird nun wegen sexueller Belästigung weiter ermittelt.

München: Gegen 01:15 Uhr belästigte ein 24-jähriger Eritreer im Münchner Hauptbahnhof zwei Frauen indem er sie in deren Gesäß zwickte. Zwei ebenfalls unbekannte Männer bemerkten dies und informierten Mitarbeiter der Deutsche Bahn Sicherheit. Deren Aufforderung den Hauptbahnhof zu verlassen kam der 24-Jährige nicht nach. Bei der Verbringung aus dem Bahnhof beleidigte der Eritreer die Bahnmitarbeiter. Am Taxistand an der Arnulfstraße legte sich der in Rottenburg wohnende Afrikaner auf den Boden und stellte sich tot. Als zwei alarmierte Bundespolizisten versuchten ihm aufzuhelfen, schlug und trat er um sich. Im Gewahrsamsbereich der Wache beleidigte er Beamte.
Düsseldorf: Im Düsseldorfer Hauptbahnhof kam am Ostersonntag (1. März) um 4.45 Uhr eine Deutsche (20) einer anderen jungen Frau zur Hilfe, die durch einen 24-jährigen Mann aus Rastatt belästigt wurde. Daraufhin wurde sie durch den türkischen Mann bespuckt. Die 20-Jährige beobachtete, wie der 24-Jährige eine junge Frau im Düsseldorfer Hauptbahnhof belästigte. Er war ihr schon zuvor in der Altstadt aufgefallen. Sie habe gesehen, wie er anderen Frauen an das Gesäß fasste. Die belästigte junge Frau versuchte ihn abzuweisen. Als er immer aufdringlicher wurde, schritt die 20-Jährige ein und schubste den 24-Jährigen aus Rastatt zur Seite. Daraufhin spuckte er die couragierte Helferin an. Die Geschädigte der Belästigung nutzte den Moment und lief davon. Immer mehr Reisende mischten sich in das Geschehen ein und es kam zu einem Handgemenge, das die Bundespolizei auflöste. Der Tatverdächtige wurde zur Identitätsfeststellung auf die Wache gebracht. Da er sich nicht ausweisen wollte, wurde er durchsucht. Dabei konnte sein Ausweisdokument aufgefunden werden. Die junge Frau aus dem Bahnhof blieb bislang unbekannt. Die Geschädigte der Spuckattacke stellte einen Strafantrag. Somit wurde gegen den 24-Jährigen ein Strafverfahren wegen der sexuellen Belästigung und der Körperverletzung eingeleitet. Der Tatverdächtige bekam einen Platzverweis und wurde auf freiem Fuß belassen. Eine Videosicherung wurde veranlasst.
Wiesbaden: Zur Tatzeit hält sich die 33 jährige Geschädigte alleine in ihrer Wohnung in dem Mehrfamilienhaus auf. Als es klingelt, öffnet die Geschädigte zunächst die Hauseingangstür. Als die Geschädigte anschließend die Wohnungstür öffnet, steht eine unbekannte männliche Person im Treppenhaus vor der Geschädigten und entblößt sich. Nachdem die Geschädigte die Wohnungstür schließt, verlässt der unbekannte Täter das Mehrfamilienhaus in unbekannte Richtung. Der ca. 20 bis 25 jährige Täter habe dunkle Hautfarbe gehabt.
Stuttgart-Mitte: Ein unbekannter Mann hat am Freitag (30.03.2018) am Rotebühlplatz zwei Frauen unsittlich belästigt. Der Mann trat gegen 23.10 Uhr an einen geparkten Pkw heran und nahm vor den Frauen im Alter von 17 und 20 Jahren exhibitionistische Handlungen an sich vor. Der Mann wird als circa 30 Jahre alte, circa 190 Zentimeter groß und mit arabischem Aussehen beschrieben. Er war mit einer schwarzen Jacke und einer schwarzen Hose bekleidet und trug eine schwarze Wollmütze mit roten Streifen. Möglicherweise handelt es sich um den gleichen Täter, der bereits am 30.03.2018 gegen 00.20 Uhr an der gleichen Örtlichkeit auftrat (siehe Pressebericht vom 30.03.2018).

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Chemnitz: An der Bushaltestelle Dr.-Salvador-Allende-Straße der Linie 43 saß am Mittwoch (28. März 2018), gegen 15.40 Uhr, ein 12-jähriges Mädchen auf einer Bank. Ein unbekannter Mann setzte sich neben die 12-Jährige, sprach sie an und bot ihr Schokolade an. Plötzlich berührte der Unbekannte das Kind unsittlich. Es stand auf und stieg in den ankommenden Bus ein. Der Mann stieg ebenfalls in diesen Bus ein. Er verließ den Bus vermutlich an der Haltestelle Carl-von-Bach-Straße oder an einer Haltestelle in der Nähe der Carl-von-Bach-Straße. Das Mädchen beschrieb den Mann wie folgt: Er soll zwischen 30 und 40 Jahrealt sein. Er hat kurze, braune Haare und sprach deutsch. Bei sich trug er eine Sporttasche und einen Rucksack.

Bonn: Das Kriminalkommissariat 12 der Bonner Polizei bittet um Hinweise zu einem Unbekannten, der am Mittwochabend (28.03.2018) eine 17-Jährige in Duisdorf sexuell bedrängt haben soll. Gegen 23:50 wurde das Mädchen auf der Bahnhofstraße, auf Höhe des dortigen Penny-Markts, von einem noch unbekannten Mann angesprochen. Der Mann folgte ihr dann bis auf den Parkplatz des Verbrauchermarktes und soll sie dort sexuell bedrängt haben. Nachdem die 17-Jährige lautstark um Hilfe schrie, flüchtete der Mann in Richtung Weiherpfad. Die junge Frau brachte die Tat etwa ein Stunde später, gemeinsam mit ihrer Mutter, auf der Polizeiwache Duisdorf zur Anzeige. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Etwa 40 Jahre alt – ca. 175 cm groß – glatte, dunkle Haare – Haarkranz – dicke Nase – Drei-Tage-Bart – bekleidet mit einem dunklen Mantel und dunkler Hose.

Schwalmtal-Waldniel: Am Mittwoch, gegen 12.00 Uhr, zeige sich ein Unbekannter einer Schwalmtalerin in schamverletzender Weise. Die 53-jährige Frau ging mit ihrem Hund im Park des Bethanien Kinderdorfes spazieren, als plötzlich ein Mann vor ihr stand. Der Mann hatte seine Hose geöffnet und onanierte. Die Frau wandte sich ab und sah, dass der Mann in Richtung Markt wegging. Die 53-jährige beschreibt den Mann als ca. 40-Jahre alt mit einer normalen Statur und einem runden Gesicht. Er trug eine dunkle Kapuzenjacke, darunter ein Oranges oder hellbraunes Oberteil, eine graue Hose und Sportschuhe. Auffällig sei der 'schlaksige' Gang gewesen.

Olsberg: Nach Angaben einer 17-jährigen Schülerin ging diese am Donnerstag den 15. März durch den Olsberger Kurpark. Hier kam ihr gegen 07.20 Uhr ein Mann entgegen. Dieser ging an ihr vorbei, packte aber plötzlich von hinten an die Arme des Mädchens. Er versuchte sie in ein angrenzendes Gebüsch zu schieben. Das Mädchen wehrte sich und schrie um Hilfe. Während des Gerangels berührte der Mann die Schülerin unsittlich unter der Kleidung. Als ein Pärchen durch den Park ging, ließ der Mann ab und flüchtete zu Fuß in unbekannte Richtung. Da die junge Frau weinend am Boden saß, kümmerte sich das Paar um die Schülerin. Nachdem diese die Hilfe ablehnte, begleitete das Pärchen die junge Frau noch bis zum Ende des Parks. Die Polizei wurde zu diesem Zeitpunkt nicht verständigt und erst über eine Woche später über die Tat in Kenntnis gesetzt. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Männlich; etwa

30 bis 40 Jahre alt; circa 1,75 Meter groß; breite kräftige Statur; komplett schwarz bekleidet; Kapuze über den Kopf gezogen; trug vor dem Mund einen Schal oder ein Tuch. Bei dem Pärchen handelt es sich um wichtige Zeugen.
Bochum: Am 27. März ist eine junge Frau (16) von einem noch nicht ermittelten Mann sexuell belästigt worden. An der Straßenbahnhaltestelle "Nordbad", am Castroper Hellweg in Bochum, bestieg der Teenager mittags um 14 Uhr die Bahn und fuhr in Richtung Hauptbahnhof, als sich ein Fremder neben sie setzte. Dieser versuchte, sie in ein Gespräch zu verwickeln und fasste die 16-Jährige unsittlich an. Als diese die Bahn am Hauptbahnhof verließ, stieg der Mann ebenfalls aus und fasste sie abermals von hinten an. Die Jugendliche lief weg und verständigte wenig später die Polizei. Folgende Beschreibung des Gesuchten liegt nun vor: 165 bis 175 cm groß, sehr dick, kurz rasiertes, weiß-graues Haar, ca. 60 Jahre alt. Auch Teile seiner Bekleidung, die Hose oder der Pullover sowie seine Schuhe, waren grün. Der Unbekannte wirkte insgesamt sehr ungepflegt. Für diesen Vorfall sucht die Polizei nicht nur Zeugen, sondern bittet auch um Hinweise auf den Täter.

PI-NEWS-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

https://www.n-tv.de/politik/Fluechtlinge-verkaufen-wohl-deutsche-Papiere-article20388983.html
Dienstag, 17. April 2018
Handel in sozialen Netzwerken
Flüchtlinge verkaufen wohl deutsche Papiere
Mit in Deutschland ausgestellten, gültigen Flüchtlingspapieren in der Hand können Syrer in Griechenland in ein Flugzeug in Richtung Bundesrepublik steigen. Medienberichten zufolge warnt die Polizei deshalb vor zunehmendem Dokumentenhandel unter Flüchtlingen.
Ausweise, Bank- und Krankenkassenkarten, Reisedokumente: "Spiegel"-Informationen zufolge warnt die Bundespolizei in einer vertraulichen Analyse vor dem florierenden Handel mit Identitäten im Netz. "Insbesondere deutsche Reisedokumente werden in den sozialen Medien zum Verkauf angeboten", heißt es in dem Bericht. Dabei handele es sich größtenteils um Papiere "anerkannter Asylbewerber".
Weil vor allem Syrer in der Türkei immer häufiger den angeblichen Verlust ihrer europäischen Flüchtlingsdokumente anzeigen, wird vermutet, dass Reisedokumente verkauft oder weitergegeben werden, um anderen Syrern die Flucht nach Deutschland zu erleichtern. Denn: Mit einem solchen Dokument lassen sich in Griechenland ohne

weitere Grenzkontrollen Flugzeuge nach Stockholm, Frankfurt oder Amsterdam besteigen.

MEHR ZUM THEMA

Lukrative Staatsbürgerschaft: Zypern verkauft EU-Pässe an Investoren27.02.18

Lukrative Staatsbürgerschaft

Zypern verkauft EU-Pässe an Investoren

Bei doppelter Staatsbürgerschaft: Koalitionäre wollen Terroristen ausbürgern03.02.18

Bei doppelter Staatsbürgerschaft

Koalitionäre wollen Terroristen ausbürgern

BKA fahndet nach Dokumenten: IS erbeutet 11.100 syrische Blanko-Pässe10.09.17

BKA fahndet nach Dokumenten

IS erbeutet 11.100 syrische Blanko-Pässe

Die Bundespolizei stellte nach Angaben des Bundesinnenministeriums im vergangenen Jahr 554 Fälle fest, in denen echte Dokumente zur unerlaubten Einreise nach Deutschland genutzt wurden. Im Jahr 2016 waren es lediglich 460 Fälle. In wenigen, dem Bundeskriminalamt bekannten Fällen, missbrauchten sogar Terrorverdächtige deutsche Ausweise anderer Flüchtlinge.

CDU-Innenpolitiker Armin Schuster forderte gegenüber dem "Spiegel" deshalb scharfe Sanktionen für Betrüger. "Jeder Flüchtling, der sich an einem Passhandel beteiligt, hat sein Gastrecht verwirkt." In diesem Fall müsse es "eine beschleunigte Form der Abschiebung geben".

Quelle: n-tv.de , ftü

Polizei: „Das ist eine neue Dimension“ Velbert (NRW): Frau am Papier-Container ausgeraubt und sexuell attackiert

pi-news.net/2018/10/velbert-nrw-frau-am-papier-container-ausgeraubt-und-sexuell-attackiert

4. Oktober 2018

Merkels Messerfachkräfte erleichterten an diesem Altpapier-Container eine 39-Jährige um Papier- und Münzgeld und bedankten sich auf ihre Art bei ihr. Velbert hat seit 2018 traurige Berühmtheit als Hort von „Gruppenvergewaltigungen“.

Von JOHANNES DANIELS | Die Polizei in Velbert – zwischen Dortmund und Düsseldorf gelegen – ist in Zeiten der Mega-Umvolkung bereits einiges gewohnt. Ein Überfall auf eine umweltbewusste „Müllentsorgende“ am Montag schlägt aber sogar dem NRW-Fass den Boden aus. Auch die Polizei spricht von einer „neuen Dimension“:

Eine Polizeisprecherin: „Dass eine Frau an so einer belebten Ecke zu so einer Tageszeit überfallen wird, ist schon sehr extrem."

Merkel-Monster am Recycling-Container

Am Montagabend gegen 18.45 Uhr wollte eine 39-jährige Frau auf Höhe der vielbefahrenen Schmalenhofer Straße gerade Papier in den Altpapiercontainer entsorgen, als eine dreiköpfige „Personengruppe mit Migrationshintergrund" plötzlich hinter ihr auftauchte. Einer der Täter hielt der Frau ein Messer vor und verlangte „Geld". Die verängstigte Frau verwies daraufhin auf ihren Geldbeutel in ihrer Handtasche. Während der erste Unbekannte das Geld kassierte, nötigte ein zweiter Täter die 39-Jährige im Intimbereich sexuell. Das Trio entkam nach verrichteter Tat zu Fuß in ein angrenzendes Waldgebiet mit der Beute, teilte die Polizei in Mettmann mit. Der Täter 1 hatte nach Angaben der Polizei eine dunklere Hautfarbe und dunkle Haare. Vollbart, schlanke, athletische Figur, dunkle Hose und dunkles Sweat-Shirt. Er soll circa 20 bis 25 Jahre alt sein.

Sexualtäter 2: Ebenfalls eine dunkle Hautfarbe und Vollbart. Er sei dunkel gekleidet gewesen, mit weißen Streifen an den Armen. Er sei 1,70 bis 1,75 Meter groß gewesen. Der dritte Täter soll eine zierliche Statur gehabt haben und sich die Kapuze tief ins Gesicht gezogen haben, möglicherweise eine dunkelhäutige weibliche Person oder ein MUFL. Alle Täter sprachen Deutsch „mit Akzent", einer der Männer soll „arabisch" ausgesehen haben.

Hinweise zu den Tätern oder der Tat nimmt die Polizei in Velbert, Telefon 02051/ 946-6110, jederzeit entgegen.

Velbert – international einschlägig bekannt

Velbert hat im Merkeljahr 2018 traurige internationale Berühmtheit als Hort von „Gruppenvergewaltigungen" erlangt. Im April wurde ein 13-jähriges Mädchen von acht Jugendlichen (14 bis 17) aus Bulgarien vielfach vergewaltigt. Die Bulgaren haben ihr Opfer in Velbert nach einem Freibad-Besuch im Wald abgefangen und sind brutal über sie hergefallen. Zwei der Verdächtigen hatten sich nach der Tat „mit ihren Familien" nach Bulgarien abgesetzt und wurden dort festgenommen. Ihnen wird seit dieser Woche in einem gesonderten Verfahren der Prozess in Essen gemacht – sie wurden inzwischen nach Deutschland mit ihren Familien rückgeführt.

Gegen die anderen sechs Bulgaren wurde Ende August ein Jugendstrafverfahren in Wuppertal eröffnet – unter starken Sicherheitsvorkehrungen und natürlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Zwei der Angeklagten gelten als Haupttäter und sollen das Mädchen mindestens zwei Mal vergewaltigt und schwer sexuell missbraucht haben. Den anderen wird lediglich eine „einfache Vergewaltigung oder Beihilfe dazu" vorgeworfen. Im Prozess blieb einer der Hauptangeklagten, Arsen Y. (15), bislang bei seiner Aussage, dass das 13-jährige Opfer dem südosteuropäischen Taharrush zugestimmt habe. Das Urteil dazu soll am 8. Oktober fallen.

Die 13-Jährige war ihren Peinigern selbst auf die Spur gekommen: Sie hatte auf Facebook in allen möglichen Gruppen nach einem der Täter gesucht und ihn schließlich auf einem Foto wiedererkannt. Sein Foto war daraufhin an alle Streifenpolizisten in Velbert verteilt worden. Eine Streife erkannte ihn schließlich und nahm ihn fest. Für die NRW-Staatsanwaltschaft war seine Festnahme ein Volltreffer –

sie mussten kaum mehr etwas machen: Er hatte sein Handy dabei, auf dem sogar ein Filmmitschnitt des Verbrechens gespeichert war. Merkels Fachkräfte zeichnen sich nicht unbedingt durch überhöhte Intelligenz aus. Damit seien dann auch die übrigen Verdächtigen rasch ermittelt worden. Außerdem bewiesen DNA-Spuren die Aussagen des 13-jährigen Opfers.
Die Täter stammen aus Sinti-Familien.

https://www.n-tv.de/panorama/Mann-gesteht-Mord-an-Kind-und-Ex-Partnerin-article20654689.html
Donnerstag, 04. Oktober 2018
Prozessauftakt in Hamburg
Mann gesteht Mord an Kind und Ex-Partnerin
Der Prozess gegen einen 34-Jährigen startet in Hamburg mit einem Geständnis des Angeklagten. Darin gibt er zu, seine Tochter und frühere Freundin am Hamburger S-Bahnhof Jungfernstieg erstochen zu haben. Details zu der grausamen Bluttat kommen zur Sprache.
Mit einem Geständnis des Angeklagten hat der Prozess gegen einen 34-Jährigen begonnen, der vor einem halben Jahr seine Tochter und seine Ex-Partnerin in Hamburg erstochen hat. Die Tat am S-Bahnhof Jungfernstieg hatte bundesweit Betroffenheit ausgelöst. Der Mann aus dem westafrikanischen Niger ließ seinen Verteidiger zu Prozessbeginn ein knappes Geständnis verlesen. Darin gab er die Tat zu und erklärte, er bete für sein Kind und seine Ex-Partnerin. Was er getan habe, sei "bei Gott eine Sünde" gewesen.
Der Mann hatte die Frau, eine Deutsche, und seine einjährige Tochter am 12. April vor den Augen vieler wartender Fahrgäste auf dem Bahnhof mit einem Messer tödlich verletzt. Der Angeklagte sei wegen des Sorgerechtsstreits wütend gewesen und habe nicht hinnehmen wollen, dass seine Tochter Kontakt mit dem neuen Partner hatte, sagte die Staatsanwältin bei der Anklageverlesung. "Zur demonstrativen Durchsetzung seiner eigensüchtigen Macht- und Besitzansprüche" habe er Rache nehmen wollen, das Messer mit der 19 Zentimeter langen Klinge aus seinem Rucksack gezogen und seine im Buggy sitzende Tochter an Bauch und Hals attackiert. Der Kopf des Mädchens sei nahezu abgetrennt worden.

Der Angeklagte sitzt im Gerichtssaal neben seinem Anwalt Tim Burkert (r.) und verbirgt sein Gesicht mit einem Aktendeckel.
Anschließend stach er der Mutter in den Rücken und ergriff die Flucht. Das Kind starb noch am Tatort. Die Mutter erlag ihren Verletzungen im Krankenhaus. Die Anklage wirft dem Mann vor, die Tat aus niedrigen Beweggründen und heimtückisch begangen zu haben.

Der Attacke soll ein Sorgerechtsstreit vorausgegangen sein. Immer wieder soll der Mann seiner Ex-Freundin gedroht haben, von der er seit Sommer 2017 getrennt war. Am 11. April signalisierte ihm schließlich ein Familiengericht, dass sein Antrag vor dem Hintergrund der Konfliktsituation keine Aussicht auf Erfolg haben werde.

15 Verhandlungstage angesetzt

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 34-Jährigen zweifachen Mord vor. Die Richter haben 15 Verhandlungstage bis Dezember angesetzt. 18 Zeugen und drei Sachverständige sind geladen.

Die Deutsche hinterlässt vier Söhne. Sie treten ebenso wie die Mutter und die Schwester der getöteten Frau als Nebenkläger auf. Die Staatsanwaltschaft geht aufgrund eines vorläufigen Gutachtens davon aus, dass der Angeklagte bei der Tat voll schuldfähig war. Er gehörte zu einer Gruppe von Migranten aus Afrika, die in Hamburg "Lampedusa-Gruppe" genannt wird. Sie kamen 2013 über die Mittelmeerinsel zunächst nach Italien.

Quelle: n-tv.de , msc/dpa

Deutschland lächerlich: Nafri zeigt wie zahnlos unser „Rechtsstaat“ ist Bautzens multikrimineller libyscher „König“ darf nicht verhaftet werden

pi-news.net/2018/10/bautzens-multikrimineller-libyscher-koenig-darf-nicht-verhaftet-werden

4. Oktober 2018

4. Oktober 2018

Libyer Mohamed Youssef T. alias „King Abode“ tanzt Deutschland und dank unserer Justiz auch der Polizei auf der Nase rum. Multikriminell, verurteilt und dennoch frei so weiterzumachen.

Mohamed Youssef T., selbsternannter „King Abode“ aus Libyen beweist seit er vor rund vier Jahren illegal nach Deutschland einreiste, wie hilf- und zahnlos unsere Justiz ist und wie selbst arme im Geist unser Rechtssystem vorführen können (PI-NEWS berichtete mehrfach). Der 21-jährige Libyer machte als Aggressor bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen am Kornmarkt in Bautzen von sich reden und erpresste den Staat, indem er sich medienwirksam auf das Dach seiner Asylunterkunft stellte und drohte zu springen, falls man ihn verlegen würde. Mittlerweile hat der Nafri ein beachtliches Strafregister. Mehrere Diebstähle, Drogenbesitz, gefährliche Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Sachbeschädigung gehen auf sein Konto. In einem kürzlich veröffentlichten Video provoziert er erneut, beschimpft die Polizei, zeigt seine Verachtung für den deutschen Rechtsstaat und stellt klar: „Fuck Polizei! Ische bleibe hier im Deutschland!“

Nachdem die Gerichte seine unzähligen Straftaten seit mehreren Monaten de facto unerledigt horteten, wurde der Merekliebling nun vergangene Woche zu acht Monaten Haft verurteilt, durfte aber wieder unbehelligt nach Hause gehen, da er gegen das Urteil Berufung einlegte. Nur wenige Tage nach dem Urteil soll er einem 19-Jährigen ein Handy geraubt haben.

Der schlechte Witz an der Geschichte, noch vor Prozessbeginn war er erneut, wegen nicht bezahlter Geldstrafen für den Besitz von Drogen verhaftet worden. Doch auch das gedieh zu einer deutschen Justizposse, denn auch dafür blieb er nicht in Haft. Die Festnahme sei rechtswidrig, heißt es, da das Drogendelikt bereits in eine Gesamtstrafe des Bautzener Amtsgerichts eingeflossen war. Offenbar hat bei Multikriminellen Mehrfachtätern keiner die Gesamtübersicht. Kristin Pietrzyk, die Anwältin der afrikanischen Ballastexistenz fordert nun eine „umfassende Erklärung“ der Behörden. Schließlich ist ihrem Schützling böses Unrecht geschehen.
Deutschland wird täglich mehr zur Spielwiese der von Merkel hereingebetenen Kriminalität und zeigt nicht nur gegenüber diesen Verbrechern seine hausgemachte Hilflosigkeit, sondern macht sich zum Gespött der ganzen Welt.

Er weinte, als er von seiner Tat hörte Jungfernstieg-Kopfabschneider betet für abgestochene Tochter

pi-news.net/2018/10/kopfabschneider-vom-jungfernstieg-betet-fuer-seine-abgestochene-tochter
5. Oktober 2018
5. Oktober 2018
Vor Gericht sentimental statt brutal - Jungfernstieg-Doppelmörder Mourtala Madou.
Seit Donnerstag muss sich vor dem Landgericht Hamburg der geständige Doppelmörder Mourtala Madou verantworten, er hatte im April des Jahres seine Frau und die gemeinsame Tochter am Jungfernstieg grausam abgeschlachtet. Der NDR berichtete am Donnerstag über den Prozess.
Nicht der Erwähnung wert findet es da der Sender, dass der Nigrer seit 2013 als illegal Eingereister der „Lampedusa-Gruppe“ Kirchenasyl erhalten hatte und dadurch überhaupt erst hier bleiben konnte. Dass ihm dadurch die Hoffnung auf eine weitere Bleibe im All-inclusive-Paradies Germoney genährt wurde und er deswegen hoffte, durch sein Kind die gefährdete Eintrittskarte zur Vollversorgung zu behalten.
Der NDR wäre nicht der NDR, würde er nicht im Stile einer Soap-Opera aus dem ARD-Nachmittagsprogramm versuchen, auch die guten Seiten des Scheusals aufzuzeigen. Es wird das Bild eines enttäuschten Vaters gezeichnet, dem man das Recht abspricht, sich um das Wohl der Tochter kümmern zu dürfen:
Hintergrund soll Sorgerechtsstreit sein
Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft soll Wut auf die Mutter des Mädchens das Mordmotiv sein. Der Mann aus dem Niger hatte am Vortag der Tat erfahren, dass er nicht – wie erhofft – das gemeinsame Sorgerecht für das Mädchen bekommen sollte. Seine befristete Aufenthaltsgenehmigung war ihm nach Bestätigung der Vaterschaft erteilt worden. Das Familiengericht hatte aber bei einer Verhandlung einen Tag vor der Tat

deutlich gemacht, dass es seinem Antrag auf gemeinsames Sorgerecht nicht stattgeben werde.
Kein Wort davon, dass und wie ihm das Wohl der Tochter egal war, als er um seinen Aufenthaltsstatus fürchten musste. Er hatte dieser aus Wut über eine drohende Abschiebung den Kopf abgeschnitten („He cut off the head of the baby", Video im PI-NEWS-Beitrag). „Die Tat war sehr entsetzlich in der Art und Weise der Ausführung", nannte es seinerzeit Polizeisprecher Timo Zill in der Morgenpost.
Der NDR denkt dagegen positiv und unterstreicht die Frömmigkeit des Angeklagten, der ja schließlich schwarz ist und auch ein „Flüchtling". Es sei eine Sünde, was er getan habe, erklärt der Nigrer dem staunenden Publikum. Und: „Er bete für seine Tochter". Die von ihm abgestochene Ehefrau schließt er ins Gebet nicht mit ein. Dafür bricht er weinend zusammen, als der Notruf einer Passantin im Gerichtssaal vorgespielt wird. Hach. So viel Gefühl. Der Arme.
Ein Psychiater wird den gesamten Prozess verfolgen und darüber wachen, ob der Angeklagte nicht etwa schuldunfähig ist. Denn laut Gerichtssprecher stand er bei der Tat nicht unter Einfluss von Drogen oder Alkohol. Allerdings stand Mourtala Madou in der Zeit massiv unter dem Einfluss des Islam. Doch das schreibt der NDR lieber nicht.

Bayern-Countdown zur Wahl - heute: der Großraum Ingolstadt Bayern ist sicher … am Abgrund! (Teil 1)

pi-news.net/2018/10/bayern-ist-sicher-am-abgrund-teil-1
8. Oktober 2018
Wahlcountdown in Bayern - die PI-NEWS-Serie über spektakuläre "Einzelfälle" allein im "Freistaat" innerhalb der letzten zwei Jahre. Gleiches Foto: Söder würde AfD wählen.
Von MAX THOMA | Bayern ist sicher – nicht mehr das Land, das es vor 2015 einmal war. Zehntausende Analphabeten aus archaischen Kulturen bevölkern die Marktplätze, Freibäder, „Verkehrs"-Mittel und Straßen. Vergewaltiger, Grapscher, Mörder, afrikanische Raubnomaden, islamische Gefährder, Allahkrieger, „Großfamilien" und Kopftuch-Sippen, polizeibekannte Messer-MUFL, Fachkräfte für

unbürokratische Eigentumsübertragung mit Rotationshintergrund und unzählige „Psychisch Verwirrte“ sind im Rahmen des „Historisch einzigartigen Experiments“ in den vormals liebenswerten Freistaat importiert worden. Sie fühlen sich in den erklecklichen Sozialsystemen des freigiebigen Freistaats durchaus pudelwohl, wie geplant.

Bunt statt weiß-blau, Göttliche Scharia statt Heilige Maria, Ehrenmord statt Ehrenwort, Lynch-Gerichte statt Münchner G’schichten, Messerdealer statt Messdiener, Marihuana statt Maria Johanna, Halal statt Halali, Rape statt Rave, Taharrush statt „Fensterln“, Schlachtfest statt Volksfest, Schlachtplatten statt Schuhplatteln in Plattling … nur Plattitüden und zusammenhanglose Einzelfälle, wenn man der süddeutschen „Qualitätspresse“ glaubt.

Im „PI-NEWS-Landtags-Wahlcountdown“ beleuchten wir diese Woche unzählige spektakuläre Gewaltdelikte durch Migranten im ehemaligen „Frei-Staat“. Ein nur ansatzweises Chaos-Kaleidoskop der *Einzelfälle* aus den Schwerpunktregionen der Flüchtlings- und Migrationskriminalität der letzten zwei Jahren in Bayern. Nur ein „Bruchteil“ der zunehmend beängstigenden Zustände im angeblich „sichersten Bundesland Deutschlands“ – jedoch durchaus exemplarisch-symptomatisch:

Teil 1: „Krisenregion Ingolstadt“

Bayerns neues Vergewaltigungs-Mekka ist seit 2016 Ingolstadt. Allein im Umland der Audi-Stadt vor Seehofers Kinderstube treiben tausende „Schutzedürftige“, vorrangig aus Subsahara-Regionen ihr Unwesen – denn neben Horsts Modell-Eisenbahn befindet sich hier auch Bayerns Modell-Ankerzentrum, kurz: „Landesamt für Asyl und Rückführungen“ mit vier prekären Standorten. Viele Sexualdelikte aus den letzten zwei Jahren sind bis heute trotz DNA-Spuren nicht aufgeklärt, wie die lebensgefährliche Vergewaltigung einer 33-jährigen Konzertbesucherin aus Gaimersheim durch einen Schwarzafrikaner zeigt. „Im Gewusel der vielen Massenunterkünfte geht den zuständigen Behörden schnell mal der Überblick und damit auch die Kontrolle über einzelne Bewohner verloren. „Da sind einige, die dort nicht gemeldet sind, und andere, die dort sein sollten, sind nicht mehr da“, beschreibt ein Ingolstädter Kriminalermittler die fatale Situation, die für ganz Bayern zutrifft.

Am gleichen Tag, Seehofers 68. Geburtstag wurde eine 67-jährige (!) Joggerin im Ingolstädter Hindenburgpark mit roher Gewalt in ein Gebüsch gezerrt, ein „Mann“ nahm danach „sexuelle Handlungen“ an ihr vor. Eine eingeleitete Großfahndung mittels Hubschrauber blieb erfolglos. Im Mai wurde eine 35-jährige Joggerin am Donaudamm brutal von einem Schwarzafrikaner „hinterrücks“ überfallen. Der „offensichtlich sexuell motivierte Angriff“ konnte trotz DNA-Spuren nicht aufgeklärt werden.

Merkelgast Sergej K. drang nackt in die Wohnung einer Studentin ein und dann in der Badewanne in sie. Die Studentin ist immer noch in psychologischer Behandlung, die Rapefugee-Fachkraft hinterließ danach im Arbeitszimmer eine „Ko(s)tprobe“ ihres Könnens. Der Rumäne Romica Iakab vergewaltigte eine 51-jährige Taxifahrerin. Der gerade aus der Haft entlassene Somalier „Hussain Hussain“ zerrte in der Ingolstädter Klinikumspsychiatrie eine 17-jährige Pflegekraft ins Gebüsch, weder regionale noch überregionale Medien

berichteten über das polizeilich erfasste Sexualdelikt – mit Ausnahme von PI-NEWS. Diskretion ist alles in Bayern.

Der bereits verurteilte Senegalese Sow M.,35, verging sich in einer Ingolstädter Club-Toilette an einer Studentin und verletzte ein zweites Mädchen. Der westafrikanische Blutdiamant wurde nach kurzer Haft in einem Containerdorf mit rund 90 Bewohnern vollversorgt mit Fußfessel einquartiert. Dort lebten bislang auch Familien mit schulpflichtigen Kindern, die nun wegen Sow M. in eine andere Stadt ausquartiert wurden. Diese Verfügung der bayerischen Behörden sorgt auch bei der Bevölkerung derzeit für „Unmut".

Im benachbarten Eichstätt hält der „Geldschein-Heilige" Bischof Gregor Maria Hanke seine schützende Hand über seine Genital-Goldstücke: In der Innenstadt vergewaltigte ein 34-jähriger Afghane eine 60-jährige Hundebesitzerin, andere Asylanten sahen ruhig zu. In einer Kirche vergewaltigte ein 32-jähriger Nigerianer die Mesnerin – er leide unter paranoid-halluzinatorischen Schizophrenie und ist nicht schuldfähig. Das Stadtbild im hochbarocken Eichstätt gleicht mittlerweile zu allen Tageszeiten Ouagadougou dank kostenfreiem WLan der Kirche. Die umtriebigen Zöglinge des Bischofs sind omnipräsent, oftmals schon mittags betrunken und zugedröhnt mit Marihuana. Da hilft nur ein kleines „Stoß-Gebet" des Bischofs aus der Asylindustrie: Ora et Deflora! Der Eichstätter Bischof Hanke hatte unlängst bei einer illegalen Investition von Stiftungsgeldern 60 Millionen US-Dollar in den USA komplett verspielt und benötigt nun jeden blutigen Asylcent. Er ist trotz des „unglaublichen" Finanzskandals immer noch im sakralen Amt.

Während einer Geiselnahme im Jugendamt des benachbarten Pfaffenhofen stach ein „emotional verwirrter" kasachischer Messer-Täter einer Sachbearbeiterin in den Hals. Nach dem Einsatz eines SEK-Spezialeinsatzkommondos mit Helikopter war die Innenstadt den ganzen Tag evakuiert.

Ein Großaufgebot der Ingolstädter Polizei mit 17 Einsatzwagen konnte noch weitere Verletzte bei einem „Gewaltaufstand" im bayerischen Transit-Zentrum Manching-Ingolstadt verhindern. Bei der Auszahlung des „Taschengeldes" eskalierte die bereits seit Wochen schwelende Gewaltsituation in der Unterkunft – Behördenmitarbeiter und Security-Personal mussten sich in Todesangst vor den tumultartigen Ausschreitungen von über 100 schwarzafrikanischen Plünderern verschanzen, mehrere Mitarbeiter des Sicherheits-Dienstes wurden verletzt. Bei einer weiteren mittlerweile täglichen Eskalation in Manching griffen 50 Merkel-Orks die Beamten an, wobei ein Kleinkind verletzt wurde. Die nigerianische Mutter schlug mit ihm auf ein Polizeiauto ein und ließ es dann fallen.

Im Zentrum Ingolstadts griffen drei Merkel-Zombies unvermittelt einen Pizza-Lieferanten mit einer laufenden Kreissäge an und zertrümmerten sein Fahrzeug mit Äxten. Der Pizzabote entkam knapp mit dem Leben. Gegen einen der kirgisischen Zuwanderer bestand bereits ein Strafvollstreckungsbefehl wegen Raubes. In einem Schrebergarten in Gaimersheim wird ein Familienvater von

dem 41-jährigen Yasmin K. ermordet. Die Kriminalität durch Geflüchtete und „Zuwander“ stieg allein in Ingolstadt um 500 % in 2 Jahren an. Von 150 auf über erfasste 1.000 Fälle – die „Dunkelziffer“ liegt um ein Vielfaches höher.
Die politisch irrlichternde Södhofer-Partei verschleuderte binnen kurzer Zeit Bayerns Zukunft. Und die ist laut Karl Valentin „auch nicht mehr das, was sie einmal war“.
» Morgen: Teil 2 – „Asyl-Brennpunkt München“

PI-NEWS-Autor MAX THOMA lebt in München-Schwabing. Er ist gelernter Wirtschaftsjurist, Staatsrechtler und habilitierter Medienwissenschaftler. Er arbeitet als Unternehmensberater, Bauinvestor und Schriftsteller. Sein Urgroßonkel war der bekannteste bayerische Schriftsteller, Rechtsanwalt und Berlin-Regimekritiker Ludwig Thoma. Für seine bayerisch-patriotische Überzeugung wurde Ludwig Thoma des öfteren inhaftiert. Auch er würde heute sicherlich NICHT die CSU wählen.

Bayern-Countdown zur Wahl - heute: Asyl-Brennpunkt München Bayern ist sicher … am Abgrund! (Teil 2)

pi-news.net/2018/10/bayern-ist-sicher-am-abgrund-teil-2
9. Oktober 2018
Wahlcountdown in Bayern - die PI-NEWS-Serie über spektakuläre "Einzelfälle" allein im "Freistaat" innerhalb der letzten zwei Jahre.
Von MAX THOMA | Bayern ist sicher – nicht mehr das Land, das es vor 2015 einmal war. Zehntausende Analphabeten aus archaischen Kulturen bevölkern die Marktplätze, Freibäder, „Verkehrs“-Mittel und Straßen. Vergewaltiger, Grapscher, Mörder, afrikanische Raubnomaden, islamische Gefährder, Allahkrieger, „Großfamilien“ und Kopftuch-Sippen, polizeibekannte Messer-MUFL, Fachkräfte für

unbürokratische Eigentumsübertragung mit Rotationshintergrund und unzählige „Psychisch Verwirrte" sind im Rahmen des „Historisch einzigartigen Experiments" in den vormals liebenswerten Freistaat importiert worden. Sie fühlen sich in den erklecklichen Sozialsystemen des freigiebigen Freistaats durchaus pudelwohl, wie geplant.
Bunt statt weiß-blau, Göttliche Scharia statt Heilige Maria, Ehrenmord statt Ehrenwort, Lynch-Gerichte statt Münchner G'schichten, Messerdealer statt Messdiener, Marihuana statt Maria Johanna, Halal statt Halali, Rape statt Rave, Taharrush statt „Fensterln", Schlachtfest statt Volksfest, Schlachtplatten statt Schuhplatteln in Plattling … nur Plattitüden und zusammenhanglose Einzelfälle, wenn man der süddeutschen „Qualitätspresse" glaubt.
Im „PI-NEWS-Landtags-Wahlcountdown" beleuchten wir diese Woche unzählige spektakuläre Gewaltdelikte durch Migranten im ehemaligen „Frei-Staat". Ein nur ansatzweises Chaos-Kaleidoskop der *Einzelfälle* aus den Schwerpunktregionen der Flüchtlings- und Migrationskriminalität der letzten zwei Jahren in Bayern. Nur ein „Bruchteil" der zunehmend beängstigenden Zustände im angeblich „sichersten Bundesland Deutschlands" – jedoch durchaus exemplarisch-symptomatisch:

Teil 2: Asyl-Brennpunkt München

Auch in München erhöhte sich die Schlagzahl fataler „interkultureller Begegnungen", meist in der Dunkelheit, oftmals aber auch am helllichten Tag. Allein im bürgerlich-noblen Nymphenburg-Neuhausen kam es in den letzten Monaten zu einer Vielzahl von Vergewaltigungen: Eine Studentin wurde im Dezember am Leonrodplatz im Keller eines „Sisha-Cafés" brutal vergewaltigt, im September wurde eine 28-jährige Disco-Besucherin auf offener Straße beim alternativen „Feierwerk" von einem Täter mit „dunklem Teint" vergewaltigt. Im August wurde ein 16-jähriges Mädchen in Neuhausen auf der nahe gelegenen viel befahrenen Donnersberger Brücke von einem 18-jährigen Afghanen missbraucht und gewürgt. In der gleichen Woche kam es im Krankenhaus Neuwittelsbach in Nymphenburg-Neuhausen zu zwei „schweren sexuellen Übergriffen" an Seniorinnen (82 und 90) durch einen unkontrollierten Zuwanderer, der Täter wurde durch Zufall entdeckt. Nicht die einzigen Krankenhaus-Vergewaltigungen in München: Der türkische Krankenpfleger Tacin C., 59, wurde nach Überprüfung seiner DNA-Spuren überführt, eine 52-jährige Patientin am ehemals renommierten Klinikum „Rechts der Isar" mit einem Sedativum betäubt und auf der Toilette brutal vergewaltigt zu haben – Pfleger-Notstand!

Am Ostermontag wurde eine 33-jährige Münchnerin auf dem Nachhauseweg zum Opfer der Umvolkung. Ein 23-jähriger Eritreer attackierte und zerrte sie in das angrenzende Waldstück Kapuzinerhölzl hinter dem Nymphenburger Schloss. Der Merkel-Zombie konnte noch in der Trambahn in Richtung Innenstadt festgenommen werden. Seine Personalien wurden festgestellt, er hat einen festen Wohnsitz.

Auf der Toilette der Ludwig-Maximilians-Elite-Universität verging sich Süleyman D. am helllichten Tag an einer 25-jährigen Studentin. „Er drückte

mich auf den Mülleimer, mein Arm lag auf dem Rand. Ich hörte, wie der Knochen brach und schrie laut auf. Doch er machte weiter." Gegen Süleyman D. wird zudem wegen einer weiteren Vergewaltigung ermittelt.

Im schicken Bogenhausen wurde eine Münchnerin beim Joggern im Englischen Garten überfallen, brutal vergewaltigt und fast ermordet. Die bewusstlose Frau kam noch einmal zu sich, andernfalls wäre sie in dieser Frostnacht mit Sicherheit erfroren. Ihr Vergewaltiger kam im Oktober 2015 als „Schutzsuchender" mit Familie und Baby mit den großen Flüchtlingsströmen nach Bayern. Bei seiner Einreise gab der türkische Familienvater Murad A. (27) an, Syrer zu sein. Bereits in Rosenheim hatte der Familienvater eine Spaziergängerin mit äußerster Brutalität vergewaltigt.

In der Nähe des südlichen Flughafen-Besucherhügels wurde im Mai 2017 eine spanische Touristin nach einem Volksfestbesuch in Hallbergmoos von mindestens einem „arabisch aussehenden Mann" vergewaltigt. Der oder die Täter wurden nie gefasst.

Auf der Flughafen-Toilette vergewaltigte ein 35-jähriger rumänischer „Gelegenheitsarbeiter" eine 13-jährige Schülerin aus München. Dabei habe er ständig versucht, mit einer Bierflasche auf den Kopf seines Opfers einzuschlagen. Er habe sie auch an den Haaren und Ohren gezogen und ihren Kopf gegen die Toilettenschüssel und die Kabinen-Trennwand geschlagen sowie in Tötungsabsicht Mund und Nase zugehalten. Die Münchener „Jugendkammer" verhängte eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren gegen den 35-jährigen EU-Gast.

Taharrush in den Mai im Paradevorort Germering: Kurz nach Mitternacht wollte eine 46-jährige Münchnerin auf dem Pendlerparkplatz in ihr Auto steigen. Dort warteten bereits fünf junge dunkelhäutige Männer auf die nächtliche Beute und umzingelten die Frau. Sie attackierten sie eindringlich und „gingen sie sexuell an". Taharrush ist ein bunt-folkloristisches und quasi-religiöses Grundrecht in vielen Kulturzonen Afrikas, nun eben auch in Deutschland – insbesondere im „schwarzen Bayern". Aufmerksame Zeugen konnten den Vollzug in letzter Sekunde verhindern.

Auch die traumhafte Wohngegend rund um den bayerischen Ammersee und den mondänen Starnberger See wird insbesondere für junge Frauen immer mehr zum Albtraum. Im idyllischen Kurpark in Herrsching am Ammersee attackierte ein Schwarzafrikaner eine 20-jährige Spaziergängerin mit brutalem „Sexualverlangen". Ein 23-jähriger Eritreer nötigte in der S-Bahn nach Herrsching innerhalb von zwei Stunden allein 18 (!) Frauen teilweise erheblich, nach den Videoauswertungen konnte der Rapefugee in „seiner" Asylunterkunft im Landkreis Starnberg vorläufig festgenommen werden. Nach einer „Karibischen Nacht" in Starnberg begegnete eine 22-jährige Münchnerin einem 23 Jahre alten schutzsuchenden „Iraker aus Feldafing". Die Frau wurde von Bader T. in ein Gebüsch gezerrt. Der Bereicherer vollzog „anschließend sexuelle Handlungen". Polizeibeamte nahmen den 23-Jährigen in seiner Wohnung in

Feldafing mit Blick zum Starnberger See fest. Er bekomme nun täglich Medikamente und versuche „alles zu vergessen“. Ebenso wie sein Opfer.
Im Juni griff ein 20-jähriger „Flüchtling“ aus Eritrea mit Begleitung vier Insassen eines Notarztwagens in Ottobrunn an und schleuderte eine Flasche durch die Scheibe. Eine Notärztin erlitt dabei ein Schädel-Hirn-Trauma, einen Kieferbruch, mehrere ausgeschlagene Zähne und Schnittverletzungen im Gesicht. Er „verwechselte“ das Fahrzeug mit einem Polizeiwagen, wie er zu Protokoll gab. Laut Medien war der Schutzsuchende mit 0,5 Promille „angetrunken“, also erheblich schuldvermindert für einen Moslem.
Hinter dem 60er-Stadion stritten sich Ende Juni zwei Türken über den Wahlausgang zugunsten Erdo-Wahns. Einer der „Streithähne“ fühlte sich in seiner Ehre verletzt und musste seinen Opponenten mit einem „massiven Messer-Angriff“ beseitigen, nachdem die „Gesprächssituation eskalierte“.
„Psychische Probleme“ veranlassten einen 27-jährigen Asylberwerber im Münchener Einkaufszentrum PEP, einen 67-jährigen Krankenpfleger auf der Rolltreppe zu ermorden. Das Mordopfer, ebenfalls ein gebürtiger Nigerianer, arbeitete seit 1977 als Altenpfleger in Deutschland. Die beiden Männer sind sich nie zuvor begegnet, es hätte jeden Münchner treffen können.
In München-Dornach wurde im März 2017 der Hotel-Auszubildende Jordan N. auf seinem Heimweg von den Migranten „Naser und Ivo“ überfallen und ermordet. Er war ebenfalls Zufallsopfer. Die Anklage nach Jugendstrafrecht lautete lediglich auf „Betrug, Raub mit Todesfolge und versuchten Mord durch Unterlassung“!
In München kommt es seit 2016 auch zu immer mehr Totalsperrungen und Teilausfällen der U- und S-Bahn-Stammstrecke, Grund: „Personen im Schienenverkehr“. Gemeint sind damit mittlerweile tausende Schwarzafrikaner, die nach der Einfahrt von Personen- und Güterzügen in den Ostbahnhof zunächst einfach über die Gleise „flüchten“. Die Suche nach den Personengruppen – oftmals mit Helikopter – verlaufen fast immer ins Leere.
Doch auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln sind die Münchner nicht mehr sicher von „Personengruppen“. Immer öfters kommt es zu unvermittelten Prügelattacken und Messerangriffe auf Fahrgäste, oft mit erheblichen Verletzungen. Die Täter haben ausschließlich Migrationshintergrund. Ebenso hunderte exhibitionistische Belästigungen und „Grapschereien“ an Münchnerinnen, oft im Beisein ihrer Kinder oder an Kindern. An manchen Tagen werden bei den Münchner Polizeidienststellen gleich ein Dutzend „Übergriffe“ registriert. München, das neue Exhibitionisten-Eldorado.
Ende Juni attackierte ein 32-jähriger „Student aus Sri Lanka“ Fahrgäste am Teddywerfer-Hauptbahnhof mittels 13-cm-Schlachterklinge Trotz Tierabwehrspray und Polizeianweisungen in Deutsch, Englisch und Bayrisch reagierte der psychisch verwirrte „Akademiker“ nicht. Erst ein Großaufgebot der Bundespolizei konnte die akademische Fachkraft für Messerwissenschaften unschädlich machen. Seine Personalien wurden aufgenommen.
Masseneinwanderung ist Messereinwanderung.

Angesichts der Sicherheitslage kann eine Münchner S-Bahn-Fahrt gerade für Frauen, Kinder und Familien in der bis vor kurzem „sichersten Großstadt Europas“ zum Horror-Trip werden: Immer mehr unvermittelte Attacken, Körperverletzungen, Diebstähle, Mordversuche, Vergewaltigungsversuche, sexuelle Nötigungen.
Im April attackierten 1.000 Jugendliche im Englischen Garten Feuerwehr, Krankenwägen und Polizei. Ein Mob von Halbstarken, immer mit Migrations- oder AntiFa-Hintergrund aus den Münchner Problemvierteln rottet sich, orchestriert über das Internet, gezielt zusammen, um sich mit jenen anzulegen, die sie für Vertreter der staatlichen Ordnungsmacht halten – Feuerwehrler, Sanitäter, Polizeibeamte. Die bayerischen Ordnungskräfte wurden durch fingierte Anrufe in die Falle gelockt und dann, im Schutz einer anonymen Masse, beleidigt, bepöbelt und tätlich angegriffen.
In den Münchner Asylunterkünften herrscht ebenfalls Chaos: Exemplarisch sei die Messer-Attacke einer im achten Monat schwangeren Nigerianerin im Mai in Maisach genannt, die sich zudem animalisch-verbissen in den Finger einer Polizistin verbiss – Hepatitis-Gefahr! Im Mai griffen 30 „Schutzbedürftige“ in der Asylresidenz Fürstenfeldbruck bei München die Sicherheitsmitarbeiter an. Einer der Angestellten erhielt dabei von hinten einen brutalen Schlag gegen den Kopf und stürzte eine Treppe hinab, weitere Mitarbeiter wurden verletzt. Rund 70 Polizeibeamte aus den umliegenden Landkreisen wurden in die Unterkunft entsandt – Ellwangen ist überall!
Auch in München-Riem attackierte im Mai ein 27-jähriger Syrer Polizisten mit einem Fleischermesser. Die bayerische Sondereinheit „USK“ konnten ihn schließlich überwältigen. Der Mann wurde in eine psychiatrische Einrichtung „überwiesen“, da der „Mann sehr stark psychisch verwirrt“ sei. Ein 1A-Nichtabschiebegrund!
Groko-Haram-Alarm: In Dorfen bei München wurde im Januar in einer für einige Millionen Euro liebevoll umgebauten Asylunterkunft der multikriminelle Nigerianer Amaechi Fred festgenommen. Laut afrikanischen und israelischen Medien ist der Mehrfach-Mörder, Geiselnehmer, Brandstifter und Boko-Haram-Funktionär ein „Kingpin“ der IS-nahen islamischen Terrormiliz – einer der wichtigsten Drahtzieher. Sogar der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs erließ Haftbefehl gegen den steuersubventionierten Gast der Kanzlerin. Höchststrafe: sechs Wochen Deutschkurs!
Erwähnt sei noch das Mc-Donalds-Massaker beim Münchener OEZ mit neun ermordeten Menschen und mehreren Schwerverletzten durch den 18-jährigen „Deutsch-Iraner“ Ali Davoud Sonboly im Juli 2016. Der mit seiner Familie „vor Verfolgung aus dem Iran geflohene“ Ali absolvierte zusammen mit seinem Vater im Jahr 2015 ein intensives Waffentraining im Iran ! Alle Mainstreammedien, allen voran die Süddeutsche Zeitung, verwandelten den iranischen Massenmörder im Nu in den „strammen Rechtsextremen“ David S. aus München-Mitte. Die Amadeu-Antonio-Stiftung („Aas-Stiftung“) begrüßte laut

„taz“ die neuen Gutachten „zum angeblichen Amoklauf“, die ihre Mitarbeiter selbst verfassten.

» Teil 1

» Morgen: Teil 3 – „Krisenherd Regensburg“

PI-NEWS-Autor MAX THOMA lebt in München-Schwabing. Er ist gelernter Wirtschaftsjurist, Staatsrechtler und habilitierter Medienwissenschaftler. Er arbeitet als Unternehmensberater, Bauinvestor und Schriftsteller. Sein Urgroßonkel war der bekannteste bayerische Schriftsteller, Rechtsanwalt und Berlin-Regimekritiker Ludwig Thoma. Für seine bayerisch-patriotische Überzeugung wurde Ludwig Thoma des Öfteren inhaftiert. Auch er würde heute sicherlich NICHT die CSU wählen.

Werbung von Revcontent
Vielleicht gefällt dir

09. Oktober 2018, 20:17 Uhr

Mordprozess gegen Ahmad S. in Flensburg

"Trennt euch lieber, bevor es eskaliert"

Von Wiebke Ramm, Flensburg

Die Liebe zwischen dem afghanischen Flüchtling Ahmad S. und der Schülerin Mireille B. war kompliziert. Am Ende war das Mädchen tot. Das Paar hatte bei Betreuern Rat gesucht, die nun vor Gericht ihre Eindrücke schilderten.

Dass Ahmad S. seine 17-jährige Freundin mit einem Messer getötet haben soll, kann sein Betreuer nicht glauben**. Der 53-jährige Erzieher kennt den jungen Afghanen seit drei Jahren. Seit S. als vermeintlich unbegleiteter minderjähriger Flüchtling 2015 über Umwege nach Flensburg kam, hat Thomas W. ihn betreut. Auch nach der Verhaftung hat W. ihn mehrfach in der Untersuchungshaft besucht. "Ich war's nicht", habe S. ihm dort gesagt: "Warum sollte ich meine Verlobte töten?"**

So hat es Betreuer W. am Dienstag als Zeuge im Landgericht Flensburg geschildert. Über Ahmad S. hat der Erzieher nur Gutes zu berichten.

Doch Ahmad S. ist wegen Mordes angeklagt. Am 12. März soll er seine Freundin Mireille in ihrer Flensburger Wohnung mit 14 Messerstichen getötet haben - laut Anklage aus Eifersucht. Ahmad S. selbst hatte den Notruf gewählt. Er blieb bei der

sterbenden Mireille, wartete auf die Rettungskräfte und brach zusammen, als eine Polizistin ihm noch vor Ort die Nachricht ihres Todes überbrachte.
"Der Täter würde doch vom Tatort fliehen und nicht den Notruf wählen", habe S. ihm versichert, berichtet Thomas W. vor Gericht. Ihm gegenüber habe S. immer dieselbe Geschichte erzählt: Mireilles Wohnungstür sei unverschlossen gewesen, als er an jenem Montag zu ihr gekommen sei. In der Wohnung habe er Mireille verletzt auf dem Boden liegend vorgefunden und sofort Hilfe geholt.

Wissbegierig, aufgeschlossen

Der Erzieher schildert Ahmad S. als wissbegierigen, aufgeschlossenen jungen Menschen. Im Fernsehen habe er Bundestagsdebatten verfolgt, seinen Erzieher nach dem politischen System in Deutschland gefragt und von den Verhältnissen in Afghanistan berichtet. Politiker habe er in seiner Heimat werden wollen, sagte W. Für Mireille habe S. zum katholischen Glauben konvertieren wollen. Dass die Schülerin eine zeitlang ein Kopftuch trug, sei ihre, nicht seine Idee gewesen. Ahmad S. sei gar nicht gläubig.
Ende 2016 haben sich Ahmad S. und Mireille ineinander verliebt. Das Mädchen war in schwierigen Familienverhältnissen groß geworden und wurde nach mehreren Heimaufenthalten in derselben Einrichtung betreut wie er. Die Beziehung soll sehr intensiv und sehr kompliziert gewesen sein. Ahmad S. habe dem Mädchen geholfen, von den Drogen wegzukommen, und dafür gesorgt, dass sie regelmäßig zur Schule gehe. So berichtete es W. vor Gericht. Beide seien sehr temperamentvoll gewesen. Einmal sei eine Tasse geflogen, Mireille habe sie geworfen, Ahmad S. sei am Auge getroffen worden und habe im Krankenhaus behandelt werden müssen.
Immer wieder habe sich das Mädchen von Ahmad S. getrennt, immer wieder sei sie zu ihm zurückgekehrt. "Trennt euch lieber, bevor es eskaliert", hätten mehrere Betreuer den beiden gesagt: "Ohne einander werdet ihr glücklicher." Stattdessen gaben sie im Dezember 2017 ihre Verlobung bekannt. "Für ihn war das superernst, die Beziehung zu Mireille B. war ihm unglaublich wichtig", sagte W. Seinem Eindruck nach sei es bei dem Mädchen nicht anders gewesen. Zumindest am Tag der Verlobung.
Wenig später soll sich die 17-Jährige wieder von S. getrennt haben, im Frühjahr 2018 dann endgültig. Ahmad S. soll sehr gelitten haben. Immer wieder soll er sie gebeten haben, ihm zu sagen, ob es einen anderen gebe, dann lasse er sie in Ruhe. Etwa eine Woche vor ihrem Tod, soll Ahmad S. tatsächlich geglaubt haben, dass sie sich neu verliebt habe. Der Wahrheit entsprach es wohl nicht.

Im Anschluss sagte Katja P. vor Gericht aus, die Betreuerin von Mireille. Ihre Darstellung von Ahmad S. ist weniger positiv. Er habe ein zweites Gesicht gehabt, soll das Mädchen ihr gesagt haben. Wenn sie mit ihm allein sei, sei er nicht so lieb und nett, wie die Betreuer meinten, habe Mireille gesagt. Er soll sie geschlagen, sie bedroht haben.

Sie habe Angst vor ihm gehabt

Die Nachricht von der Ermordung einer 15-Jährigen durch einen Afghanen im südpfälzischen Kandel soll Ahmad S. Ende 2017 Mireille gegenüber mit den Worten kommentiert haben, sie solle sich nicht wundern, der Mann sei schließlich Afghane. Vier Tage vor ihrem Tod habe Mireille der Betreuerin davon berichtet. Sie sei

besorgt gewesen, sagte Katja P. vor Gericht. Doch Mireille habe sie beruhigt, schließlich hätte sie sich seither ja schon mehrfach von ihm getrennt, ohne dass etwas passiert sei.
Mireille habe Angst vor S. gehabt, sagte ihre Betreuerin. Er habe sie kontrollieren wollen, ihr aufgelauert, sie belästigt. Einmal habe Mireille die Polizei gerufen, berichtet die Betreuerin, habe sich dann aber vor den anrückenden Beamten versteckt. Das habe ihr eine Anzeige wegen Missbrauchs des Notrufs eingebracht. Die Beziehung der beiden sei ständig Anlass für Gespräche gewesen, Thomas W. habe mit Ahmad S. geredet, Katja P. mit Mireille, manchmal auch alle vier miteinander. Eine echte Gefahr sahen die Betreuer nicht.
Die Betreuer zweifelten auch die Altersangabe von Ahmad S. nicht an. Vor Gericht sagte er zu Prozessbeginn, er sei im August 1999 geboren. Zwei Sachverständige bekundeten vor Gericht erhebliche Zweifel daran. Ihren Untersuchungen zufolge müsse Ahmad S. mindestens 1997, wahrscheinlich sogar 1989 geboren sein. Ein entscheidender Unterschied. Wäre Ahmad S. zur Tatzeit 19 Jahre alt gewesen, wie er behauptet, gelte er juristisch als Heranwachsender, der nach Jugendstrafrecht verurteilt werden könnte. Sein Verteidiger Klaus Husmann bezweifelte denn auch zu Verhandlungsbeginn das methodische Vorgehen der Gutachter. Er beantragte, neue Sachverständige zu hören.

Verteidiger kritisiert Vernehmung

Auch die Vernehmung seines Mandanten am Tag des Todes von Mireille hält Husmann für unredlich. Ahmad S. wurde bis in die Nacht hinein vernommen. Immer wieder sei die Vernehmung für beendet erklärt, immer wieder sei sie doch fortgesetzt worden. Verteidiger Husmann sieht darin eine unfaire Zermürbungstaktik, also eine unzulässige Vernehmungsmethode. Ahmad S. müsse den Eindruck bekommen haben, dass er erst schlafen dürfe, wenn er die Tat zugibt. Sein Mandant nickte heftig. Der Inhalt der Vernehmung dürfe daher nicht vom Gericht verwertet werden.
Die Richter befragten die beiden Vernehmungsbeamten an diesem Tag denn auch nur zu den Umständen der Befragung. Beide Polizisten beteuerten, dass S. auch ohne Dolmetscher alles verstanden habe. Einen Anwalt habe er nicht haben wollen und übermüdet sei er auch nicht gewesen. Im Vernehmungsprotokoll ist vermerkt, dass Ahmad S. seinen Kopf auf die Tischplatte gelegt habe. Das sei nicht Ausdruck von Erschöpfung gewesen, sagte ein Beamter auf Frage des Gerichts. Es sei eine emotionale Reaktion darauf gewesen, was geschehen war: "Eine Frau, die er liebte, war gestorben."

Video: Altersschwindel bei Flüchtlingen

URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/flensburg-betreuer-sprechen-ueber-die-beziehung-von-ahmad-s-und-mireille-a-1232407.html

Das Zusammenleben täglich „neu aushandeln“ - ein Kinderspiel? Düsseldorf: „Südländer“ überfallen Mutter mit drei Kleinkindern am Busbahnhof

pi-news.net/2018/10/duesseldorf-suedlaender-ueberfallen-mutter-mit-drei-kleinkindern-am-busbahnhof
10. Oktober 2018
Unfassbares Raubdelikt am helllichten Tag: Am Busbahnhof Düsseldorf-Eller drohten am Montagnachmittag "vier junge Männer" einer Mutter, ihren drei kleinen Kindern etwas anzutun. Nach dem Aushandeln des Zusammenlebens "verflüchtigten" sich die uns geschenkten Menschen.
Von JOHANNES DANIELS | Aydan Özoguz, SPD, forderte ein „tägliches Aushandeln des Zusammenlebens“ zwischen Deutschen und Migranten. An diese so genannte „Özoguz-Doktrin“ konnte sich eine junge Mutter in Düsseldorf-Eller erinnern und rettete damit womöglich Leib und Leben ihrer drei Kinder.
Was war passiert ? Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei befand sich die 22-jährige Mutter zusammen mit ihrem Säugling, ihrem 18 Monate alten Kind und ihrem dreijährigen Sohn im Bereich des Busbahnhofs an der Vennhauser Allee, als sie vier „Ausländer“ im Haltestellenbereich bemerkte: „Ich kam vom Einkaufen und wollte zu meiner Mutter nach Garath fahren. Ich merkte, dass vier junge Männer mich überholten, stehen blieben, mich umkreisten.“ Einer der Täter habe sie geschubst und befohlen: „Gib uns dein Geld!“ Die dreifache Mutter versuchte die aggressiven Südländer zunächst zu verscheuchen: „Aber dann hat einer meinen Jungen am Arm gepackt und gesagt, dass ich ihnen mein Geld geben soll. Er drohte: Sonst passiert was.“

„Geld“, sonst müssten die Kinder dran glauben

Die weiteren Menschengeschenke aus der Gruppe stellten sich währenddessen um den Kinderwagen, in dem sich die Geschwisterkinder befanden. Die 22-Jährige habe Angst um ihr dreijähriges Kind bekommen und sich auf die Zahlung von 20 Euro verständigt: „Zum Glück hatte ich noch etwas Geld dabei“. Danach seien die Räuber / Erpresser weggerannt. „Sie sahen ausländisch aus. An der Haltestelle stand zu diesem Zeitpunkt nur ein älterer Mann. Er hat nicht geholfen.“ Warum wohl? Zum Glück hätten ihre Kleinen noch gar nicht richtig mitbekommen, was da passiert ist. Der

Säugling und das 18-monatige Geschwisterchen lagen während des Überfalls im Kinderwagen.
Ein Polizeisprecher: „Wir nehmen den Vorfall sehr ernst.“ Die Düsseldorfer Polizei sucht nun Zeugen: Alle vier Täter waren etwa 20 bis 22 Jahre alt, 1,70 Meter groß und schlank, hatten dunkle Haare. Der Haupttäter trug einen weißen Jogging-Anzug mit schwarzen Streifen und eine Baseballkappe. Sie erpressten die Düsseldorferin „mit ausländischem Akzent“.
Der Düsseldorfer Umvolkungs-Polizeibericht vom 9.10. im Wortlaut:
„Eine junge Mutter wurde gestern Nachmittag in Eller im Beisein ihrer drei kleinen Kinder Opfer eines Raubdelikts. Vier Unbekannte hatten die junge Frau und ihren dreijährigen Sohn so massiv bedroht, dass sie sich zur Herausgabe von 20 Euro Bargeld gezwungen fühlte. Nach den Tatverdächtigen wird gefahndet.
„Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei saß die 22-jährige Geschädigte zusammen mit ihrem Säugling, ihrem 18 Monate alten Kind und ihrem dreijährigen Sohn im Busbahnhof an der Vennhauser Allee, als sie die vier jungen Männer im Haltestellenbereich bemerkte. Eine der Personen sprach sie an und forderte die Herausgabe von Bargeld, was sie verneinte. Daraufhin ergriff die Person den Arm ihres dreijährigen Sohnes und drohte, dem Kind etwas anzutun. Die weiteren Personen aus der Gruppe stellten sich währenddessen um den Kinderwagen, in dem sich die Geschwisterkinder befanden. Die Geschädigte händigte daraufhin 20 Euro Bargeld aus. Nach der Tat entfernte sich die Gruppe in Richtung Bahn-Haltestelle“.
Hinweise von Zeugen werden erbeten an das Kriminalkommissariat 13 der Düsseldorfer Polizei unter Telefon 0211 – 870-0.
Polizei Düsseldorf
Pressestelle
www.duesseldorf.polizei.nrw.de
Die Umvolkung in Deutschland ist kein „Kindergeburtstag“ – zumindest nicht für die schon länger hier Lebenden und ihre Familien.
Läuft – für „Mama Merkel“ (kinderlos)!

Bayern-Countdown zur Wahl - heute: Nordbayern = Mordbayern Bayern ist sicher … am Abgrund! (Teil 5)

pi-news.net/2018/10/bayern-ist-sicher-am-abgrund-teil-5
12. Oktober 2018
Von MAX THOMA | Im „PI-NEWS-Landtags-Wahlcountdown“ beleuchten wir diese Woche unzählige spektakuläre Gewaltdelikte durch Migranten im ehemaligen „Frei-Staat“. Ein nur ansatzweises Chaos-Kaleidoskop der Einzelfälle aus den Schwerpunktregionen der Flüchtlings- und Migrationskriminalität der letzten zwei Jahren in Bayern. Nur ein „Bruchteil“ der zunehmend beängstigenden Zustände im angeblich „sichersten Bundesland Deutschlands“ – jedoch durchaus exemplarisch-symptomatisch:
Teil 5: Terrorzelle Franken – Nordbayern = Mordbayern

Im Juni 2016 attackierte der radikalisierte islamische Gotteskrieger Riaz Khan Ahmadzai eine Gruppe „Ungläubiger" aus Hongkong in einem Regionalzug, es hätte aber jeden ungläubigen Fahrgast treffen können. Die Axt-Angriffe des 17-jährigen MUFL aus Afghanistan endeten mit vier lebensgefährlichen Verletzungen und vier finalen Rettungsschüssen durch die Polizei, die Renate KünaX*t (Die Grünen) zutiefst bedauerte: „Fragen ???". Zuvor verletzte Riaz noch eine Spaziergängerin im Würzburger Stadtteil Heidingsfeld schwerst in gezielter Tötungsabsicht. Der Allhau-Akbar-Gefährder galt in „seiner Pflegefamilie und beim Kolpingwerk" als bestens integriert.
Einige Wochen darauf zündete der 27-jährige syrische Asylbewerber Mohammed Daleel vor einem Weinlokal im mittelfränkischen Regierungssitz Ansbach eine Rucksackbombe und verletzte damit 15 Personen teils schwer und kam selbst bei der Explosion ums Leben. Der Ansbacher Musikfestival-Attentäter hatte seit zwei Jahren in Deutschland gelebt und wurde vom Islamischen Staat zu dem geplanten Massenmord konkret angeleitet. Harald Weinberg, Bundestagsabgeordneter der Partei Die Linke, setzte sich zuvor aufgrund der Bitte einer Ansbacher Flüchtlingsorganisation für ein Bleiberecht Daleels für die Dauer seiner medizinischen Behandlung in Deutschland ein. Per Entscheidung des BAMF wurde aufgrund vorgelegter „Atteste einer psychischen Labilität Daleels" die Abschiebeandrohung vorerst aufgehoben. Die Terrormiliz „Islamischer Staat" bekannte sich über ihr offizielles Sprachrohr Amaq zu dem Anschlag im ehemals wunderschönen fränkisch-barocken Ansbach.
Auch der „Sprenggläubige" Mamdoh A., 18, aus Pegnitz galt als freundlicher und hilfsbereiter Schüler, der „bestens in seiner neuen Heimat Bayern integriert" war. Mit seiner Festnahme hat die Polizei einen bereits detailliert geplanten Terroranschlag verhindert. Die Ermittler kamen dem Bub einmal wieder „durch Zufall auf die Spur": Wegen einer anderen Straftat durchsuchte die Polizei die Wohnung des Geflüchteten und stieß dabei auf umfangreiches Material der Terrororganisation Islamischer Staat. Bei der Durchsuchung des Privathauses, in dem der 18-jährige MUFL wohnte, wurden „unter anderem die Pläne zum Bau einer Bombe und zur Beschaffung eines LKW" entdeckt. Weiterhin wurde bereits ein selbstgedrehtes Bekennervideo sichergestellt. Dem anerkannten Kriegsflüchtling wird die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat vorgeworfen – ob seine früheren Mitbewohner ebenfalls zum Kreis von Gefährdern gehören, ist noch offen. Mamdoh A. ging in Pegnitz zur Schule, dort wurde er als „freundlich und zugänglich" beschreiben: „Er war schnell in der Klasse drin", Klasse !
In Zapfendorf bei Bamberg fesselten ein 20- und ein 23-jährigen Syrer einen weiteren 26-jährigen Syrer beim Fernsehgucken – und stachen dem Opfer mit einem Küchenmesser zunächst in den Hals. Die syrischen Killermaschinen wickelten ihm ein Hemd um den Hals und stopfen Teile des Stoffs in seinen Mund. Danach begannen sie das Schlachten mit „massiver Gewalteinwirkung". Sodann wollten Merkels Lieblinge dem noch lebendem Opfer mit einer 20-cm-Fleischerklinge die Hände und Füße abtrennen, was den erfahrenen Schächtern nicht gänzlich glückte, das Opfer verblutete und erstickte zugleich davor. Die Täter nahmen 1.260 Euro Bargeld, ein

Handy und Zugtickets mit aus dem Zimmer des Mannes. Das Geld teilten sie laut Anklage „brüderlich“. Vor Gericht schilderte der jüngere Verdächtige, dass er in Syrien „im Straßenkampf“ Menschen getötet habe. Dies habe ihm durchaus Spaß gemacht.
Im Merkelsommer 2015 produzierte der Bayerische Rundfunk einen auf Tatsachen beruhenden Kurzfilm über genau diese Asylresidenz im fränkischen Zapfendorf, welche vor 2015 noch ein zünftiges Barockschloss-Wirtshaus war: Das GEZwangsfinanzierte „Culture Clash“-Movie erzählte die Geschichte eines Touristenpaares, die dort einkehrten, das spätere Folterhaus mit einem Gasthaus verwechselten und „fürstlich von den Syrern“ bewirtet wurden. Als sie bezahlen wollten, bemerkten sie das interkulturelle „Missverständnis“. Sie könne in Erinnerung daran „gleich wieder heulen“, konstatierte die gutmenschliche Rentnerin Gabriele Stärz – der „schneidige Service“ in dem vermeintlichen syrischen Restaurant habe ihr sehr zugesagt. Ein Gast der Horror-Herberge zahlte allerdings mit seinem Leben. Das vertrauensselige Rentnerpaar hatte mehr Glück als Verstand.
Auch eine weitere interkulturelle Begegnung in Franken verlief suboptimal: Als ein 34 Jahre alter Bahnreisender im Regionalexpress nach Aschaffenburg kurz vor Weihnachten einen epileptischen Anfall bekam und sich am Boden krümmte, eilte ihm sofort ein mitreisender 19-jähriger Afghane zu Hilfe, während andere Passagiere tatenlos zusahen. Der Geflüchtete beugte sich über den Kollabierten und „verarztete“ ihn, wie es seinem Kulturkreis entspricht. Viele Hilfesuchende sind nach Medienberichten und „Zeugniskopien“ schon im Alter von 19 Jahren promovierte Herzchirurgen, Neurologen und „syrische Ärzte“. Der junge Erste-Hilfe-Leistende zeigte sich jedoch zu beschämt, um Dankbarkeit zu empfangen und verabschiedete sich sehr schnell in afghanischer Selbstlosigkeit. Bescheiden verließ er daher in Aschaffenburg noch vor Eintreffen des Rettungsdienstes und der Polizei den Zug. Die Auswertung der Videoüberwachung des Zuges hatte schließlich ergeben, dass sich der Erste-Hilfe-Leistende über den Epileptiker gebeugt hatte und ihm blitzschnell das Handy aus der Hosentasche entwendete. Der afghanische Raubfugee war zudem ein polizeibekannter Intensivtäter. Nach Aufnahme der Personalien wurde der hinterlistige Hilfeleistende vom Hindukusch wieder auf freien Fuß gesetzt. Alle Systemmedien verschwiegen die Details der Tat – da kann man tatsächlich Anfälle kriegen.
Auch die scheinheiligen Profiteure der Asylindustrie bleiben nicht verschont vor den kruden Untaten der Schäfchen: Sechs Kirchen in drei Tagen verwüstet ! In der gebenedeiten Domstadt Bamberg – welche Markus Söder als künftiges Mega-Willkommens-Ankerzentrum für seine Heimat Franken auserkoren hat, kam es im Mai zu aktuell sechs Fällen von Kirchenvandalismus. Heiligenfiguren wurden vom Sockel gestoßen, Kirchenfenster eingeworfen, Kruzifixe umgestoßen und gestohlen. Es entstand ein immenser materieller und ideeller Schaden. Gegen den „25-jährigen Bamberger“ wurde Haftbefehl wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung und Diebstahl in einem besonders schweren Fall erlassen (§ 243 Nr. 4 StGB, „res sacrae“). Sakradi, Kruzifix noamoi, der „Bamberger“ war ein gebürtiger Lette, der sich im deutschen Sozialsystem immer noch wohlfühlt.

Zur überraschenden Festnahme kam es, als der „25-jährige Bamberger“ in der gleichen Woche in einem Einkaufsmarkt einen räuberischen Diebstahl begehen wollte, einen Angestellten schlug und ins Gesicht spuckte. Der Zuwanderer hinterließ dabei seinen Rucksack mit sakralem Diebesgut und seinen Ausweis. Dummerweise ist der Flüchtige später selbst auf die Polizeiwache gekommen, um seinen Rucksack abzuholen. Daraufhin wurde er vorerst festgenommen.
Blitz-Trennung nach Scharia-Art in Oberfranken: In Hof fanden Verwandte die ermordete Irakerin Shahad F. in einem Mehrfamilienhaus. Shahad war eine 19-Jährige Asylbewerberin aus dem Irak, die sich seit etwa zwei Jahren in Deutschland aufhielt. Der irakisch-syrische Sohn, der bei der Tat im Zimmer war, wurde bei Verwandten untergebracht. Die junge Frau hatte sich sechs Monate vor dem Mord von ihrem syrischen Partner und Vater des gemeinsamen Sohnes getrennt. In dem aufwendig renovierten Gebäude leben ausschließlich Flüchtlinge, es gehört jetzt einem Iraker. Nach der steuerfinanzierten Gentrifizierung des prächtigen „größten Gründerzeitviertel Oberfrankens“ ist die Gegend wieder zum prekären Migrations-Hotspot geworden. Auch in unmittelbarer Nachbarschaft wurden bereits früher zwei Prostituierte mit einer „Vielzahl von Messerstichen“ ermordet, Täter unbekannt.
Ende Juni stachen „südländisch aussehende“ Unbekannte nach einem Diskobesuch zwei Brüder in Würzburg nieder und verletzten sie „schwer bis lebensgefährlich“. Die zwei Männer verfolgten den 25-Jährigen und seinen 18-jährigen Bruder nach dem Verlassen eines beliebten Clubs in der Innenstadt. Der 25-Jährige erlitt lebensgefährliche Stichverletzungen am Oberkörper. Sein sieben Jahre jüngerer Bruder wurde ebenfalls schwer verletzt und auf die Intensivstation gebracht.
Am folgenden Tag gab es Massenproteste in Würzburg gegen die „Spaltung von Menschen“ – allerdings von Links. Pro-Asyl-Aktivist*Innen“ hatten ausgerechnet auf der „Brücke der Deutschen Einheit“ Transparente gehisst und damit für ein stundenlanges Verkehrs-Chaos in Würzburg gesorgt: „#Solidarity 4 all – gegen Abschiebung, Ausgrenzung und Rechte Hetze“.
Eine Polizeieinsatzeinheit diskutierte daraufhin mit den Kletterern. Diese hätten, in den Stahlseilen hängend, gegenüber dem Einsatzleiter auf der Drehleiter „auf diesem Wege die Versammlung nachträglich anmelden“ wollen. Das ist die Höhe ! Einen Abbruch der „spontanen Demonstration habe man aber als nicht verhältnismäßig“ bewertet, so ein unterfränkischer Polizeisprecher. In einer Pressemitteilung hatte die „Initiative Bleiberecht“ erklärt, dass es wichtig sei, dass „Visionen entwickelt würden“, die es allen Menschen ermöglichten, in Zukunft solidarisch ohne Ausgrenzung und Ausbeutung leben zu können. Die Initiative wolle mit der Aktion zeigen, dass es nicht drum gehen könne, mit „populistischer Hetze die Spaltung von Menschen“ voranzutreiben. Im Februar protestierte die Initiative ebenfalls gegen Sammelabschiebungen von afghanischen Schwerstkriminellen und Vergewaltigern nach Kabul.
» Morgen: Teil 6 – „Jagdszenen aus Niederbayern“
» Teil 1
» Teil 2

» Teil 3
» Teil 4

PI-NEWS-Autor MAX THOMA lebt in München-Schwabing. Er ist gelernter Wirtschaftsjurist, Staatsrechtler und habilitierter Medienwissenschaftler. Er arbeitet als Unternehmensberater, Bauinvestor und Schriftsteller. Sein Urgroßonkel war der bekannteste bayerische Schriftsteller, Rechtsanwalt und Berlin-Regimekritiker Ludwig Thoma. Für seine bayerisch-patriotische Überzeugung wurde Ludwig Thoma des öfteren inhaftiert. Auch er würde heute sicherlich NICHT die CSU wählen

Die Asylbetrüger von Flintbek Zauberwörter „Asyl, Syria“ genügen für 5 Jahre Rundum-Versorgung

pi-news.net/2018/10/zauberwoerter-asyl-syria-genuegt-fuer-fuenf-jahre-rundum-versorgung

15. Oktober 2018

Familie "Alo" aus der Ukraine.

„Asyl, Syria“, das waren vermutlich die Worte, die reichten, um eine Familie aus der Ukraine hier fünf Jahre lang rundum versorgen zu lassen. Der Mann und seine Frau dürften mit Sicherheit kein Arabisch sprechen, und trotzdem brauchte es erst ein „Sprachgutachten“, das (im Video bei 2:04) “die Herkunft aus der ehemaligen Sowjetunion nahe legte. Ermittlungen der Ausländerbehörden haben nun die Ukraine als Herkunftsland ergeben und als mögliches Ziel einer möglichen Abschiebung.“

Man stellt sich unweigerlich die Frage, wie ein Amt sich „täuschen lassen“ kann, wenn von vornherein feststeht, dass sie nicht aus Syrien sind. Dies hätte man bei einer ersten Befragung durch einen Dolmetscher sofort merken müssen, der Betrug war bereits zu diesem Zeitpunkt offenbar. Da der Bericht vom NDR stammt, werden solche kritischen Nachfragen natürlich nicht gestellt.

Auch nicht die, warum sich der Mann in der bitterarmen Ukraine 10.000 Dollar für den Schlepper leihen konnte. Jemand, der verleiht, tut dies nur, wenn er sicher sein kann, dass er das Geld zurück erhält. Dies schien hier möglich.

Und: Warum Herr Alo, so sein Falschname, sich das Geld nicht geliehen hat, um in der Ukraine die Lähmungskrankheit seiner Tochter behandeln zu lassen? Warum tat er das nicht? Antwort: Das war wiederum vermutlich nicht möglich.

Es gibt dafür dieselbe Erklärung, die es allen, selbst den ärmsten Habenichtsen aus aller Welt ermöglicht, nach Deutschland zu kommen: Hier gibt es Gelder auf die Hand, und zwar neben den Lebenshaltungkosten, die eine garantierte Rückzahlung inklusive Zinsen ermöglichen. Deshalb bekam er wahrscheinlich das Geld für die Fahrt nach Deutschland und hätte er es nicht bekommen für eine Behandlung der Tochter in der Ukraine.
Aber es gibt noch einen zweiten Grund, der für Deutschland sprach: In Deutschland bekommt er die Behandlung seiner Tochter kostenlos, er musste keine Krankenkassenbeiträge zahlen und muss es sicher jetzt auch noch nicht, kein Abzug von den Sozialleistungen. Auch dürfte die Qualität der Behandlung erheblich besser als in der Ukraine sein, die Tochter wird am Universitätsklinikum in Kiel behandelt.
Menschlich ist das also aus Sicht der Eltern durchaus nachvollziehbar, und wer die Familie im NDR-Bericht erlebt, wird, wenn er ehrlich ist, etwas Verständnis verspüren und vielleicht zugeben, dass er genauso gehandelt hätte. Trotzdem bleibt bei allem Mitleid und etwas Häme gegenüber einer ins Mark erschütterten Gutmenschin (Traute Garlitz, ab Minute 1:07) die Frage, für wie viele Kranke und Beladene der ganzen Welt wir in Deutschland zuständig bleiben sollen und warum wir die ukrainische Familie jetzt behalten sollten, nachdem der Schwindel aufgeflogen ist.
In Flintbek versuchen zur Zeit Freunde der Betrüger, die Familie als „Härtefall" durchzukriegen. Wir schlagen vor, dass dies bewilligt werden möge. Allerdings sollen dann die deutschen Freunde für ihre Freunde zahlen oder sonst eben die ukrainische Regierung, als eigentlich zuständige für ihre Landsleute.
(Spürnase: Hans U.)

Schwarzer Schüler hält Lehrerin Waffe an den Kopf

pi-news.net/2018/10/frankreich-schwarzer-schueler-haelt-lehrerin-waffe-an-den-kopf
23. Oktober 2018

In Frankreich bedrohte ein Schüler seine Lehrerin mit einer Waffe, weil sie seine Fehlstunden nicht eintragen sollte.
Im Pariser Vorort Créteil kam ein 15-jähriger Schüler am Donnerstagmorgen zu spät zum Unterricht ins Lycée Édouard-Branly. Der Jugendliche, der als schwieriger Schüler bekannt war, wollte nun verhindern, dass seine Fehlstunden festgehalten würden. Um das durchzusetzen hielt er seiner Lehrerin eine Waffe an den Kopf und forderte: „Du schreibst bei mir: anwesend, nicht abwesend!“ Als die Lehrerin sich zu ihm umdrehte, um das mit ihm zu sprechen herrschte er sie an: „Drehen Sie den Kopf nach vorne!“
Vermutlich ein Mitschüler, der nun auch als Mittäter gilt, filmte die Szene mit und so entstand ein schockierendes Bilddokument über die Verhältnisse, wie sie wohl in vielen anderen Klassenzimmern europaweit mittlerweile vorzufinden sind.
Im Hintergrund hört man jemanden lachen und ein anderer Klassenkamerad stellt sich ins Bild und zeigt den Stinkefinger. In Folge hält er der Lehrerin noch entgegen, dass sie selbst schuld sei an dieser Situation. Klar, schließlich ist sie den Anweisungen des schwarzen heranwachsenden Herrenmenschen nicht nachgekommen.
Später stellte sich heraus, es habe sich um eine Softairwaffe mit Druckluftsystem und Kunststoffpadronen gehandelt. Für die Lehrerin war das aber in der Situation nicht ersichtlich, sie hatte wohl Todesangst.
Die Frau meldete den Vorfall später im Rektorat und reichte Klage ein. Da war das Video aber auch schon im Internet verbreitet worden. Die Lehrerin, die aus Schulkreisen als eher schüchtern und wohl auch schon „abgestumpft“ beschrieben wird ist seither in psychologischer Betreuung.
Frankreichs Präsident Emmanuel Macron twitterte am Samstagabend seine Bestürzung in die Welt, und dass so etwas „inakzeptabel“ sei. Er selber hat aber wohl vor kurzem mit Aufnahmen von seiner herzlichen Nähe zur schwarzen

Verbrecherklientel dieser Gruppe noch mehr Mut gemacht ihrer Gewaltaffinität freien Lauf zu lassen. Einer der jungen Schwarzen, mit denen er posierte war gerade aus dem Knast entlassen worden, wo er wegen Raubes einsaß. Kurz nach der Fotosession mit dem Präsidenten wurde der Verbrecher wegen Drogenbesitzes und Widerstands gegen die Polizei erneut zu einer Haftstrafe verurteilt.
Der bewaffnete Schüler vom Gymnasium Édouard Branly wurde in Untersuchungshaft genommen, ist aber mittlerweile wieder auf freiem Fuß. Die Schule darf er bis auf Weiteres aber nicht mehr betreten, er wurde vom Unterricht suspendiert. Im November soll er einem Jugendrichter vorgeführt werden. Bei einer Verurteilung wegen schwerer Gewaltausübung drohen ihm bis zu dreieinhalb Jahre Gefängnis. Der Jugendliche sagte der Polizei, es sei nur „Spaß" gewesen. Auch seine Eltern haben offenbar kein Unrechtsbewusstsein und erklären die Sache für „aufgebauscht". *(lsg)*

Stephansposching: Polizeieinsatz eskaliert Affenzirkus im Ankerzentrum, inklusive Autobahnsperre

pi-news.net/2018/10/affenzirkus-im-ankerzentrum-inklusive-autobahnsperre
25. Oktober 2018
Ein Großaufgebot der Polizei auf dem Weg in die Illegalen-Unterkunft in Stephansposching. Nach eskaliertem Abschiebeversuch soll eine „Begehung" durchgeführt werden.
Eine Außenstelle des Ankerzentrums Deggendorf in Stephansposching war am Mittwochmorgen Schauplatz einer weiteren Staatsposse rund um den Versuch EINEN Asylbetrüger abzuschieben. Der 25-Jährige aus Sierra Leone sollte gemäß Dublin III Abkommen zurück nach Italien gebracht werden. Der „Geflüchtete" war aber wohl zur Sicherheit schon untergetaucht. Die Beamten trafen den Mann nicht in der Unterkunft an und hätten daher einfach unverrichteter Dinge wieder abziehen können.
Es kam anders. Denn obwohl niemand mitgenommen wurde, wogegen die Bewohner „protestieren" hätten können, sahen einige Nigerianer eine gute Gelegenheit einen kleinen Krieg gegen die deutsche Polizei anzuzetteln und attackierten die Beamten. Ein 29-Jähriger hätte sich dabei besonders hervorgetan. Er habe in aggressivem Ton seinen Unmut über die Anwesenheit der Beamten gezeigt,

mehrmals gegen Einrichtungsgegenstände geschlagen, Stühle umgeworfen und versucht Polizeibeamte körperlich zu bedrängen, heißt es im Polizeibericht.
Der Aggressor sollte daraufhin in Gewahrsam genommen werden, habe sich aber heftig dagegen gewehrt. Zusätzlich wurden die Einsatzkräfte auch durch zahlreiche andere Bewohner bedroht. Ein „beruhigendes Einwirken" auf die Person sei nicht möglich gewesen.
Das war ja wohl auch nicht zu erwarten, wenn eine Truppe Afrikaner grundlos eine Auseinandersetzung provoziert, will sie ja die Eskalation.
Nur unter massivem körperlichen Einsatz der Beamten konnte der Krawallmacher irgendwann doch ins Polizeifahrzeug verfrachtet werden, gefolgt von einer aggressiven Horde „Schutzsuchender", die verhindern wollten, dass ihr Kumpel mitgenommen würde. Unter anderem sei durch Verschieben der Umzäunung versucht worden, die Abfahrt der Dienstfahrzeugen zu verhindern.
Als die Beamten die Zufahrt zum Ankerzentrum wieder freimachten, sei es dem mühsam ins Auto gebrachten Afrikaner gelungen aus selbigem wieder zu flüchten.
Die Polizisten wurden dennoch weiter von anderen Bewohnern so stark bedrängt, dass sie sich aus „taktischen Gründen" zurückzogen.
Die Lage wurde immer gefährlicher, und da sich die Orks zusammenschlossen, verließ auch der Sicherheitsdienst das Gelände. Man fürchtete, dass die Meute sich zumindest mit Messern bewaffnen könnte. Ohne Verstärkung war hier nichts mehr zu machen.
Der 29-Jährige geflüchtete „Geflüchtete" konnte schon bald mit zwei Begleitern nahe der Einrichtung vorläufig festgenommen werden.
Am Nachmittag traf dann ein Großaufgebot der Polizei ein, um die Außenstelle einer Kontrolle zu unterziehen, darunter auch ein Sondereinsatzkommando. Aus Sicherheitsgründen war zudem die angrenzende Autobahn A92 kurzzeitig gesperrt worden.
Bei der Kontrolle seien die Personalien von 41 Personen festgestellt worden. 14 Personen wurden vorläufig festgenommen. Gegen sie und zwei bereits am Vormittag vorläufig Festgenommene wird nun wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs ermittelt. Gegen einen weiteren Nigerianer sei von der Regierung von Niederbayern ein Abschiebehaftantrag beim Amtsgericht Deggendorf gestellt worden. Gegen 17.30 Uhr war der klägliche, und am Ende gescheiterte, Versuch EINEN Illegalen aus dem Land zu schaffen beendet.
Einmal mehr hat Deutschland sich die Narrenkappe redlich verdient. Sollten sich in Zukunft einmal mehrere Hundert oder gar Tausende dieser Subjekte vernetzen und zusammenrotten sind „die schon länger hier Lebenden" ihnen wohl eher schutzlos ausgeliefert und werden zu „Erlebenden", wenn sie es denn überleben. *(lsg)*
Statement des Pressesprechers vom Polizeipräsidium Niederbayern:

Wieder Freiburg: Auch der Taharrusch gehört zu Deutschland Bestialische Gruppenvergewaltigung – sieben Syrer festgenommen

pi-news.net/2018/10/gruppenvergewaltigung-sieben-syrer-festgenommen
26. Oktober 2018

Gestern Rom, heute Freiburg - Brutale Gruppenvergewaltigungen gehören spätestens seit 2015 auch zum europäischen Abendland (Symbolbild).

Von JOHANNES DANIELS | Schon wieder eine brutale Gruppenvergewaltigung – und schon wieder Freiburg. Wann begreifen die Deutschen endlich, dass Willkommensverbrecher, milliardenschwere Asylindustrie und die lügenverseuchte Täterschutzpresse die eigentlichen Täter und Mittäter in diesem perfiden Vergewaltigungs-Dschihad gegen das großzügige Gastland sind?

Sieben Syrer im Alter von 19 bis 29 Jahren und ein 25-jähriger Deutscher sitzen jetzt unter dringendem Tatverdacht in Untersuchungshaft, weil sie eine junge Frau nach einer Technoveranstaltung gemeinsam vergewaltigt haben. Das teilten Polizei und Staatsanwaltschaft am heutigen Freitagnachmittag mit.

Das 18-jährige Opfer hatte nach üblichem Tatmuster in der Nacht auf den 14. Oktober im Freiburger „Hans-Bunte-Areal/Velvet-Club“ ein verdächtiges Getränk von einem Unbekannten erhalten, so die Behörden. Gegen Mitternacht verließ die 18-Jährige dann willfährig die Diskothek mit dem ihr Unbekannten. In einem nahe gelegenen Gebüsch kam es nach Angaben des Opfers sogleich zum ersten sexuellen Übergriff durch den ersten Täter – einem 21-jährigen Syrer, der seit 2014 in Deutschland ist. Der Täter ließ die wehrlose und betäubte Frau im Gebüsch liegen und informierte seine „Freunde“ in der Diskothek – jedoch nicht, um Hilfe zu holen. Nach ihm sollen dann auch die anderen sieben Männer das wehrlose Mädchen brutal vergewaltigt haben. Es könnten sich nach Polizeiangaben aber auch noch einige weitere Vergewaltiger aus dem Täterkreis an der bewusstlosen Frau zu schaffen gemacht haben …

Die acht dringend Tatverdächtigen konnten in Freiburg und im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald festgenommen werden – die syrischen Verdächtigen leben überwiegend in Asylunterkünften und gelten als so genannte „Asylbewerber“ in Deutschland.

Täter wie immer „polizeibekannt“ – DNA-Spur führte zu den Tätern

Alle Tatverdächtigen seien polizeilich schon in Erscheinung getreten, unter anderem durch schwerere Körperverletzungsdelikte. Unmittelbar nach der Anzeige der Tat hatte die Kripo die Ermittlungsgruppe „Club“ gegründet – ausnahmsweise mit Erfolg. Am Freitag, 19. Oktober, erhielten die Ermittler vom Landeskriminalamt die Rückmeldung, dass eine DNA-Spur, die am Opfer gesichert werden konnte, zu einem Treffer in der DNA-Datenbank geführt hatte. Der syrische Staatsangehörige konnte dann am nächsten Tag in „seiner Freiburger Flüchtlingsunterkunft“ festgenommen werden. „Danach folgten hintereinander weg die weiteren Festnahmen“, so Polizeisprecherin Laura Riske.

Es folgten weitere intensive Ermittlungen, Vernehmungen, kriminaltechnische Untersuchungen und auch Observationen. Dies alles brachte die Kripo auf die Spur weiterer Verdächtiger. Am Donnerstag, 25. Oktober, konnten die Fahnder den letzten der bislang acht Tatverdächtigen in einer Flüchtlingsunterkunft in einer Umlandgemeinde festnehmen. Die Polizei könne derzeit nicht ausschließen, dass es noch weitere Beteiligte gegeben habe, so Sprecherin Riske. Die Ermittlungen laufen weiter, um Zeugenhinweise wird gebeten.

Zum konkreten Ablauf der Tat in der Nacht zum 14. Oktober hat die Kripo weitere Ermittlungen geführt. Die bisherigen Ergebnisse legen nahe, dass beim Opfer eine Beeinflussung durch berauschende Mittel vorlag. Art, Umfang und Ursache dieser möglichen Beeinflussung seien Gegenstand weiterer Untersuchungen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Freiburg befinden sich sämtliche „Schutzbedürftige" wegen des dringenden Verdachts der gemeinschaftlichen Vergewaltigung in Untersuchungshaft.

Überraschung: Freiburgs OB warnt vor „Pauschalurteilen"

In einer Pressemitteilung äußert nun auch Freiburgs Oberbürgermeister Martin Horn seine tiefe Bestürzung über diese abscheuliche Tat, „die er aufs Schärfste verurteile", wie er schreibt: "Es gibt keinerlei Toleranz für solche widerwärtigen Verbrechen", heißt es in der Mitteilung. Gleichzeitig warnte er vor vorschnellen Urteilen. Horn erklärte, ihn bestürze, dass unter den Tätern auch „Geflüchtete" seien. Er betonte aber auch, dass die Straftaten nicht dazu dienen dürften, die in Freiburg lebenden „Geflüchteten pauschal zu verurteilen".

Im Velvet-Club, einer der beiden Clubs an der Hans-Bunte-Straße, ist man erleichtert über die Festnahmen: „Wir freuen uns, dass der schlimme Fall so schnell geklärt werden konnte", sagt einer der Betreiber. „Wir sind dankbar für die schnelle Ermittlungsarbeit der Polizei und hoffen, dass wir durch unsere Kooperation dazu beitragen konnten", äußerte er sich weiter.

Parallelen zur bestialischen Gruppenvergewaltigung in Rom mit Todesfolge

Erst am gestrigen Donnerstag meldete PI-NEWS als erstes deutsches Medium den Sexualmord an der 16-jährigen Römerin, Desirée Mariottini. Das Mädchen wurde von mehreren illegalen Asylinvasoren mit einem Drogencocktail betäubt und danach brutal vergewaltigt. Desirée verstarb an den Folgen des afrikanischen Taharrusch durch die illegal importierten Menschengeschenke. Der Teenager wurde in einem verlassenen Gebäude in der Nähe des Bahnhofs Rom-Termini unter Drogen gesetzt und in ohnmächtigem Zustand von mehreren Senegalesen und sonstigen afrikanischen „Schutzsuchenden" mehrfach vergewaltigt, woraufhin das italienische Opfer der internationalen Asylindustrie verstarb. Der italienische Vize-Premier und Innenminister Matteo Salvini wurde zunächst von linksgrünen „Asyl-Aktivisten" gehindert, den Tatort zu besuchen. Er versprach volle Aufklärung und eine gerechte Strafe für die Täter.

Wie zu erwarten war, schweigen die meisten deutschen Lügenmedien bislang noch über den Gruppen-Sexualmord durch „Geflüchtete". Nur die Süddeutsche Zeitung nahm das unfassbare Verbrechen zum Anlass, um über Matteo Salvini herzuziehen und zu hetzen!

Der Vergewaltigungs-Dschihad gehört zu Europa … und zu Freiburg

Nicht nur in Kairo, Mumbai, Mossul, Aleppo, Rotherham und Telford, auch in Velbert, Viersen, Haltern am See (um nur einige Beispiele zu nennen) – vor allem im LINKSGRÜNEN „Frauenfreigehege Freiburg" ist der Sexual-Dschihad neuerdings einschlägiger Kultur-Bestandteil des „täglichen Aushandelns" mit vom Merkel-Regime aus archaischen Gesellschaften aus aller Welt importierten Invasoren geworden:

Erst im Juli wurde in Freiburg am helllichten Tag eine 19 Jahre alte Studentin in der öffentlichen Damentoilette „An der Ökostation" lebensbedrohlich gewürgt – mit viel Glück konnte sie überleben. Der brutale Überfall mit Vergewaltigungsabsicht hat sich im stark besuchten Seepark im Freiburger Westen ereignet. Nach Polizeiangaben soll der Täter die Freiburger „Erlebende sexualisierter Gewalt" dabei schwer verletzt haben. Als dringend tatverdächtig gilt nach Medienberichten „ein 34 Jahre alter Mann aus dem EU-Ausland". Passanten wurden nach lauten Schreien auf das Geschehen aufmerksam und griffen couragiert ein. Der rumänischen Staatsbürger flüchtete, wurde aber von Passanten verfolgt und gestellt. Die Zeugen konnten den „Tatverdächtigen" so lange festhalten, bis die alarmierte Freiburger Polizei eintraf. Bei der jungen Studentin habe es sich um ein Zufallsopfer gehandelt, das zur falschen Zeit am falschen Platz war – also sonntags um 13.00 Uhr im Freiburger Freibad.

Verwerfungen ohne Ende – Freiburg kommt nicht mehr zur Ruhe

Bereits im November 2016 wurde im idyllischen Endingen bei Freiburg eine Joggerin von dem rumänischen Lastwagenfahrer Catalin Ciolpan brutal attackiert und vergewaltigt – Carolin Gruber (27), verstarb an ihren schweren Kopfverletzungen. Carolin war sein zweites Todesopfer, nachdem er bereits die französische Studentin Lucile Klobut in Kufstein/Tirol vergewaltigt und ermordet hatte.
Nur wenige Wochen zuvor war Maria Ladenburger mitten in Freiburg vom Afghanen Hussein Khavari vergewaltigt und auf brutale Weise ermordet worden. Auch im Oktober 2017 wurde am Freiburger Runzmattenweg eine 21-Jährige bei einem „sexuellen Übergriff" lebensgefährlich gewürgt. Der „südländische" Triebtäter wurde nie gefasst.
Freiburger Rapefugee-Hattrick
Laut Badischer Zeitung schaffte es Ende Mai ein „grau-meliert arabisch aussehender Mann in Jogginghose" ebenfalls am Seepark im Freiburger Westen innerhalb von 80 Minuten gleich drei Frauen „sexuell anzugehen": Der Freiburger Freibeuter aus dem „Südland" attackierte alle drei Frauen brutal, zerrte ein Opfer ins Gebüsch, und wollte sie jeweils einzeln vergewaltigen. Nur durch unmittelbare Gegenwehr konnten alle Frauen den Willkommens-Ork jeweils in die Flucht schlagen. Die Fahndung nach dem grau-melierten (minderjährigen?) Sozialsystembereicherer verlief bislang ergebnislos. Es hätte für die gut ausgerüsteten Freiburger Kriminologen ein Leichtes sein können, bei gleich drei Zeuginnen ein adäquates Phantombild anzufertigen und mit der Polizei-Meldung zu veröffentlichen – falls der politische Wille im bunten Freiburg dazu da wäre, um weitere Taten zu verhindern.
Die Einzel-Fall-Falle – „Ist Luisa da?" oder Maria?
Das bunte Freiburg wäre nicht Freiburg, wenn nicht doch mit Steuergeldern potentiellen Opfern „sexualisierter Männer-Gewalt" Hilfe zuteilwerden würden: „Sexualisierte Gewalt von Männern" ist leider immer noch ein aktuelles Thema. In Freiburg im Breisgau können sich Betroffene jetzt Hilfe holen. Claudia Winker berichtet in der „Landesschau BW" aus dem Alltag in einer Beratungsstelle und das ambitionierte Sensibilisierungs-Projekt „Ist Luisa da?"
„Ist Luisa da?" ist ein Code für Frauen, die sich belästigt fühlen und die einer unangenehmen Situation entkommen möchten. Der Satz geht den Betroffenen viel leichter über die Lippen, als direkt nach Hilfe zu fragen. Das Thekenpersonal und die anderen Mitarbeiter sind geschult und wissen, was zu tun ist. Zuerst einmal holen sie die Frau aus der Situation heraus und bringen sie gegebenenfalls in einen Nebenraum.
Ausgehtools – weitere praktischen Freiburger Tipps gegen männliche Freibeuter:
„Tipps gegen Belästigung – #ausgehtools:
Vernetzen. Ob per Chat, Mail, Anruf oder WhatsApp, Frauen sollten kommunizieren, wann sie (alleine) losgehen, wohin sie gehen und ob sie gut angekommen sind.
Aufeinander aufpassen und andere begleiten, wenn es ihnen nicht gut geht. Viele Situationen eskalieren unvorhersehbar. Gerade wenn man nicht alleine unter Dritten/Fremden ist, kann dies bereits schützen.
Andere Aufbrechende ansprechen, den Weg zur Bahn/Bus/etc. gemeinsam zu nehmen. Und ist man doch alleine unterwegs und fühlt sich beobachtet, verfolgt oder in Gefahr, in Clubs oder Cafés einkehren oder jemanden auf der Straße ansprechen.
Sammelstellen für den nächtlichen Nachhauseweg eruieren. Dies geschieht bislang vorwiegend über private Chats. Erste Clubs haben dies schon eingeführt.
Frauentaxis für den nächtlichen Nachhauseweg kehren in immer mehr Städte zurück. Erkundigen Sie sich, ob es das auch bei Ihnen gibt.
Einen belebten Parkplatz für das Fahrrad oder Auto suchen, der nicht abgelegen oder im Dunkeln ist, wenn es abends später wird.

Das Heimwegtelefon nutzen. Bundesweit unter der Berliner Telefonnummer 030 120 74 182 zu erreichen. Es geht in erster Linie darum, Sicherheit zu vermitteln. Durch ein nettes Gespräch hat die Anruferin das Gefühl, nicht alleine nach Hause zu gehen. Dadurch fühlt sie sich nicht nur wohler, sondern strahlt auch eine größere Sicherheit aus. Sollte es doch zu einem Übergriff kommen, wird sofort die Polizei eingeschaltet".

Der GEZ-zwangsfinanzierte ARD-*Freiburg-Tatort*„Fünf Minuten Himmel" beschäftigte sich übrigens geschlagene 90 Minuten exzessiv mit „Würge- und Ohnmachtsspielen" – im Freiburger Seepark nun fatale Realität – mit dem Ersten würgt man besser!

Wann sind mehrere Bäume ein Wald? Und wann sind mehrere „Einzelfälle" ein „Vergewaltigungs-Dschihad"? Nicht nur im linksgrünen Frauenfreigehege Freiburg mittlerweile an der Tagesordnung, sondern in ganz Deutschland!

15. Dezember 2017, 16:52 Uhr

Brandbrief in Saarbrücken

Eine Schule in Angst

Von Swantje Unterberg, Heike Klovert und Sebastian Maas

Schüler und Eltern bedrohen Lehrer, beschimpfen sie aufs Übelste: An der Gemeinschaftsschule Bruchwiese in Saarbrücken ist Unterricht kaum mehr möglich. Was läuft da schief?

"Wichser" und "Hurensohn" werden die Lehrer genannt, "Cracknutte" die Lehrerinnen: An der Gemeinschaftsschule Saarbrücken-Bruchwiese herrscht ein Klima der Angst, der Aggressivität und Respektlosigkeit gegenüber den Lehrkräften.

"Mittlerweile müssen wir bei unseren pädagogischen Maßnahmen immer unseren Eigenschutz im Auge behalten, da wir im Umfeld dieser hoch gewaltbereiten Jugendlichen auch privat leben", heißt es in einem Brandbrief, den das Kollegium an das Bildungsministerium geschickt hat.

Der Brief, über den die "Saarbrücker Zeitung" zuerst berichtete, liegt SPIEGEL ONLINE vor. (Sie können den vollständigen Brief hier lesen.) Er enthält neben den Beschreibungen der Gewalt durch Schüler gegen Lehrer auch konkrete Forderungen. Denn: Die Schule wolle nicht frustriert aufgeben, heißt es, "da uns die Schüler am Herzen liegen".

Abgeschickt wurde der Brief bereits im Juni - mit der Bitte um "eine angemessene Reaktion bis September". Eine solche hat die Schule vom saarländischen Bildungsministerium bislang wohl nicht erhalten.

Alle bildungspolitischen Versäumnisse treffen aufeinander

SPIEGEL ONLINE hat die Forderungen der Schule geprüft, beim Ministerium nachgefragt, was bereits angegangen wurde, und eine Gewerkschafterin und Lehrerin der Schule um eine Bewertung der Maßnahmen gebeten.
Ein Blick auf die Rahmenbedingungen der Schule zeigt: Die Probleme an der Gemeinschaftsschule Saarbrücken-Bruchwiese sind keine Ausnahme, sondern hier treffen die aktuellen bildungspolitischen Herausforderungen und Versäumnisse der Bundesrepublik aufeinander.
Die Schule gilt als sogenannte Brennpunktschule. Hier werden viele Schüler mit schwierigen Ausgangsbedingungen unterrichtet: Kinder aus bildungsfernen Familien, Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen, Kinder mit Lernschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten, Kinder mit Behinderungen, Kinder mit Fluchthintergrund. Insgesamt liege der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund bei etwa 86 Prozent, so die Schule in dem Brandbrief.

Ein paar Lehrerstellen mehr

Und wie hat das Bildungsministerium reagiert? "Verbesserungen haben wir nicht bemerkt", heißt es aus der Schule. Gutgemeinte Worte habe es gegeben und ein paar mehr Lehrerstellen, aber das Grundproblem bleibe: "Es darf nicht zu solchen Ballungen kommen", sagt Karen Claassen, Vorsitzende des Verbands Reale Bildung (VRB) im Saarland und Lehrerin an der Gemeinschaftsschule. "Das ist ein politisches und gesellschaftliches Problem, nicht Sache der Schule."

Die Lehrer wissen offenbar schon lange nicht mehr, um wen sie sich zuerst kümmern sollen: Um die 67 der 326 Schülerinnen und Schüler, die laut dem Bildungsministerium als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind und erst mal Deutsch lernen und ankommen müssen? Um die 14 Prozent der Schüler, die als Inklusionskinder einen besonderen Förderbedarf haben?

Unter der Hand ist aus der Schule zu erfahren, dass die Probleme vor zwei Jahren begannen, als die Inklusionsverordnung in Kraft getreten sei. So richtig möchte sich aber derzeit niemand äußern, trotz Dutzender Anfragen bei Schülern, Eltern und Lehrern.

Unklarheit über die Ursachen

Das SPD-geführte Bildungsministerium sieht das Problem hingegen besonders bei der Verteilung der Geflüchteten. Dem Ballungsgebiet seien zu viele Flüchtlingskinder zugewiesen worden.

Tatsächlich zeigen Beispiele auch aus anderen Bundesländern, dass die neuen Schüler nicht gleichmäßig auf die Stadtteile und Schulformen verteilt werden: Gymnasiasten in gut situierten Stadtteilen bleiben zumeist unter sich, Schulen in Problemvierteln bekommen durch die neuen Schüler noch mehr Aufgaben zugeteilt, als sie ohnehin schon zu bewältigen haben.
Bildungspolitiker Alexander Zeyer vom saarländischen Koalitionspartner CDU kritisiert, dass die Verteilung von Schülern mit besonderem Förderbedarf generell nicht gut laufe. "Da liegt ein Fehler im System".

Die meisten Forderungen der Schule betreffen Aspekte der Inklusion und den Mangel an Ressourcen. Die Lehrer wünschen sich kleinere Klassen, mehr Lehrkräfte, zusätzliche Förderstunden und Sozialarbeiter.

Das Ministerium bestätigt, es habe weitere 60 Stunden zur Sprachförderung bewilligt und zusätzlich 109 Lehrerwochenstunden. Das entspricht vier Lehrerstellen. Im

kommenden Jahr solle die Schule außerdem in einem Pilotprojekt mit neun weiteren Brennpunktschulen entlastet werden, sagt Ministeriumssprecherin Marija Herceg. Es solle zusätzliche Ressourcen geben, um etwa die Klassengröße zu reduzieren oder eine zweite Lehrkraft im Unterricht einzusetzen.
Verbandsvorsitzende Claassen sagt, über die Umsetzung sei noch nicht gesprochen worden. Klar sei lediglich, es gebe für ein Jahr 40.000 zusätzliche Euro. Aufbauen könnte man bei einer solch kurzen Laufzeit aber nichts.

Die Schule will ein Vetorecht

Dabei hat die Schule sehr konkrete Forderungen, die auch ohne finanzielle Ressourcen möglich wären. Bürokratieabbau etwa oder dass die Expertise der Lehrer wieder zähle, wenn diese sich dafür aussprechen, dass ein Schüler die Schule verlassen und auf eine spezielle Förderschule gehen soll.

Eine zentrale Forderung der Schule ist dabei ein Vetorecht bei den Neuzugängen: Zurzeit würden viele Schüler auf die Gemeinschaftsschule abgeschoben, die anderswo gescheitert sind. Ein Blick auf die siebte Klasse zeigt es im Brandbrief deutlich: Binnen einem halben Jahr seien vier Schüler auf die Schule gekommen, die anderswo kurz vor dem Rausschmiss standen oder strafversetzt wurden. Ein gesundes Klassengefüge sei so nicht möglich.

Die Zustände an der Gemeinschaftsschule Bruchwiese erinnern an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln: Vor zehn Jahren verfassten Lehrer dort einen Brandbrief an den Berliner Senat. Sie schrieben von Schülern, die Türen eintraten, ihre Lehrer mit Gegenständen bewarfen und Knallkörper zündeten, und sie forderten die Auflösung der Hauptschule.

Danach diskutierte die gesamte Republik, und Rütli wurde zum Symbol der gescheiterten Integration von Migranten oder, genereller, der Verwahrlosung der Institution Hauptschule. Heute heißt die Schule Campus Rütli und soll anderen Schulen ein Vorbild sein.

Eine gute Nachricht gibt es inoffiziell bereits aus Saarbrücken: Viele Schüler hätten erst durch den Brandbrief erfahren, dass es Lehrer gebe, die Angst vor ihnen hätten - und seien darüber schockiert. Hier beginne in Gesprächen zwischen Lehrern und Schülern nun zumindest eine Aufarbeitung.

URL:

- http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/gemeinschaftsschule-bruchwiese-in-saarbruecken-der-brandbrief-schock-a-1183578.html

Sozialdemokratischer Realitätsverweigerer ignoriert islamischen Terroranschlag Carsten Sinß (SPD Hessen): „Köln war eine Geiselnahme, nicht mehr“

pi-news.net/2018/10/carsten-sinss-spd-hessen-koeln-war-eine-geiselnahme-nicht-mehr

18. Oktober 2018

Hessens SPD-Mitglied und „Weltverbesserer“ Carsten Sinß versuchte Terroranschlag eines syrischen Moslems umzudeuten

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der syrische Moslem-Terrorist in Köln zündete ein 14-jähriges Mädchen an, das laut Zeugenaussagen anschließend bis zur Hüfte brannte. Sie rannte panisch schreiend um ihr Leben und wurde schwer verletzt. Der Allah-Gläubige, der die Wände seiner Wohnung mit Islamschriften auf arabisch beschmierte, zündete einen Molotow-Cocktail.

Zusätzlich hatte er Gaskartuschen und Brandbeschleuniger dabei, die er zu einer Explosion mit immenser Zerstörungskraftbringen wollte, um damit korankonform möglichst viele „Ungläubige“ zu töten. Den Geiseln im McDonalds rief er zu, dass er zur Terrorgruppe „Daesh“ gehört, was der arabische Name für die Terror-Organisation „Islamischer Staat“ ist.

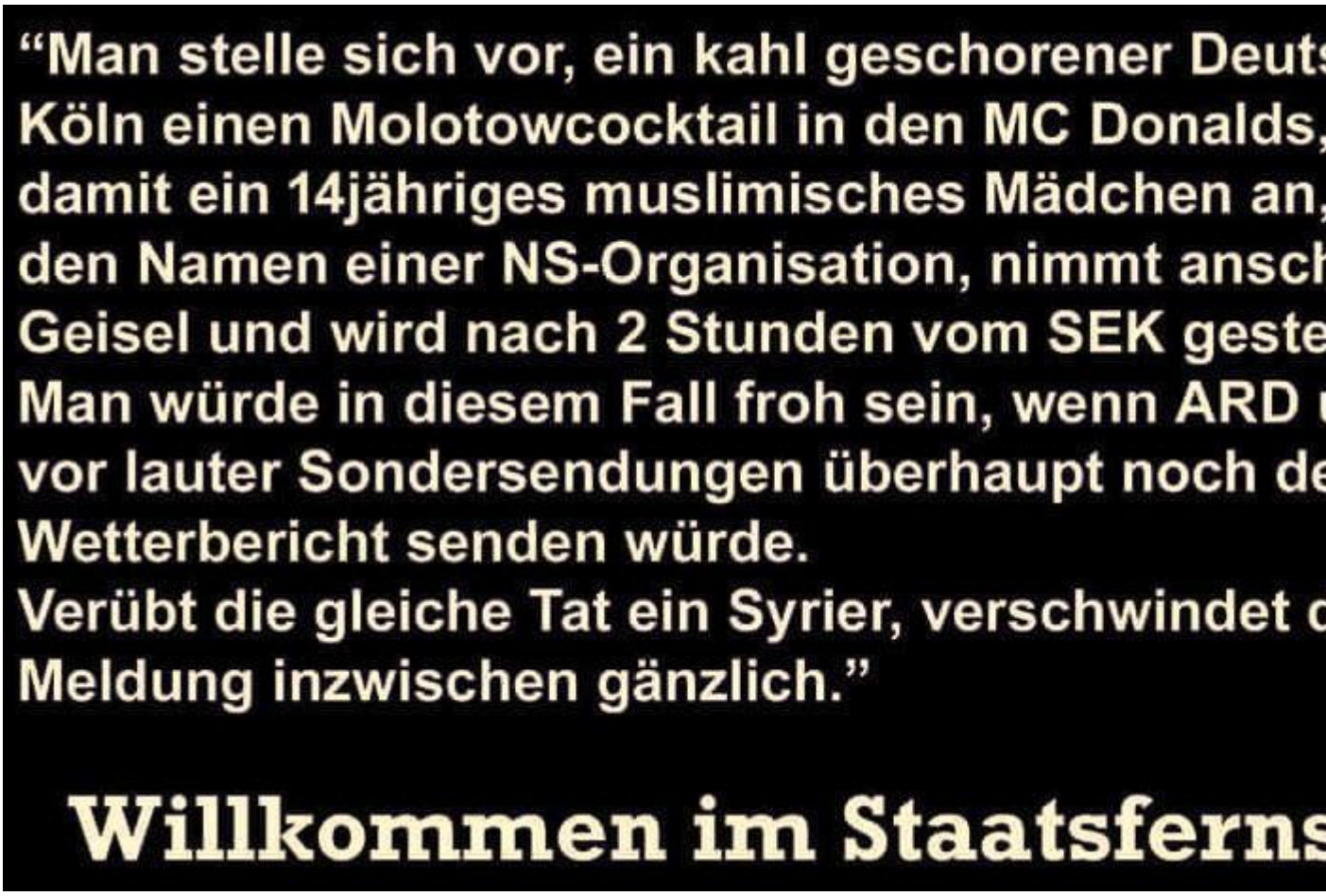
Aber SPD-Mann Carsten Sinß twittert in typisch sozialdemokratischer Realitätsverweigerung, dass dieses typisch weitere Beispiel eines versuchten islamischen Terror-Anschlags in Wahrheit „eine normale Geiselnahme“ gewesen sei, „nicht mehr“. So etwas hätten wir „immer mal wieder“ gehabt und würden es auch „immer wieder“ mal haben.

Mittlerweile hat er diese Meldung zwar auf seinem Twitter-Account gelöscht, da selbst dieser ganz offensichtlich linksideologisch hochgradig Verstrahlte gemerkt hat, dass sich die harten Fakten nicht weiter wegdefinieren lassen.

Aber das Internet vergisst nichts und einige aufmerksame Twitter-Leser wie der stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU-Mainz, Felix Leidecker, haben den skandalösen SPD-Tweet festgehalten:

Carsten Sinß ist kein unbedeutender Mitläufer in der SPD. 2012 wurde er, damals 28-jährig, als Vorsitzender der südhessischen Jusos wiedergewählt. 2017 hat er in seinem Facebook-Forum einen Aufruf zur Störung und Behinderung einer AfD-Veranstaltung durch eine Antifa-Tarnorganisation stehen lassen. Im Januar 2018 twitterte er empört eine Büttenrede des hessischen CDU-Innenministers Peter Beuth, der sich über vermeintliche „minderjährige“ Flüchtlinge lustig gemacht hatte, und löste damit einen linken Entrüstungssturm aus. Aktuell ist Sinß Fraktionsvorsitzender der neun SPD-Stadtverordneten in der knapp 12.000 Einwohner zählenden Kleinstadt Oestrich-Winkel westlich von Mainz.

Es sind genau diese SPD-Typen, die sich beharrlich weigern, die Gefahr Islam zu identifizieren und möglichst jedes Verbrechen eines Moslems als „ganz normal" zu bewerten, die gleichzeitig diejenigen massiv diffamieren, die die Wahrheit aussprechen. Kaum eine Partei drischt so fanatisch auf die AfD ein wie die SPD. Unvergessen, wie im Bundestag Ex-Alkoholiker, Ex-EU-Abkassierer und völlig zurecht gescheiterter Kanzlerkandidat Martin Schulz nach einer ganz normalen und faktenbezogenen Rede von Alexander Gauland über Migrantengewalt und die Ereignisse von Chemnitz von „faschistischer Rhetorik" und „Diffamierung von Minderheiten" hyperventilierte.
Oder der Dauerbeleidiger Johannes Kahrs, der ständig von vermeintlichen „Rechtsradikalen" und „Hassenden" in Bezug auf die einzige demokratische Alternative in Deutschland faselt, genau wie jene fanatischen „Anti"-Faschisten, die patriotischen Bürgern permanent ihre idiotischen Slogans wie „Nazis raus" entgegenplärren. Dazu werden diese Horden, die nicht selten auch gewalttätig werden, indirekt über die flächenartig verästelten Geldströme des vom SPD-geführten Familienministeriums mit 100 Millionen Euro aufgepumpten „Kampf gegen Rechts" finanziert.
Am vergangenen Sonntag konnte beim Ergebnis der bayerischen Landtagswahl das Herz eines konservativen Patrioten neben der Zweistelligkeit der AfD kaum etwas mehr erfreuen als die Einstelligkeit der bayerischen SPD. 9,7% sind zwar im zutiefst rotgrünversiefften Hessen illusorisch, aber man darf noch hoffen, dass sie bei der hessischen Landtagswahl am 28. Oktober wenigstens unter 20% absacken. Aktuell schrammt die „Scharia-Partei Deutschlands" noch knapp drüber:
Da geht noch was nach unten. Meldungen wie diese könnten vielleicht dazu beitragen. Und jetzt noch eine treffliche Bemerkung zur Berichterstattung der Mainstream-Medien:



Dem ist nichts hinzuzufügen. Dem SPD-Jungtalent Sinß kann man seine Meinung auch per email mitteilen:
» csinss@gmx.de
Hinweis: Bei aller berechtigter Empörung bei den Zuschriften bitte sachlich bleiben und nicht beleidigen.

Michael Stürzenberger*PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit“, wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine Youtube-Videos haben knapp 23 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über Facebook.*

kontakt@carsten-sinss.de

6.10.18

Sehr geehrter Herr Sinss,

angesichts Ihres verhamrlosenden Kommentars zu dem Anschlag an Köln lasse ich Ihnen zu Ihrer DRINGEND ERFORDERLICHEN Weiterbildung in den Anhängen und im folgenden Text islamwissenschaftliche Daten zukommmen.

Mohammed war ein Temporallappenepileptiker, der eine paraepileptische Psychose mit primär akustischen und weniger auch optischen Halluzinationen hatte. Diese waren niemals göttliche Offenbarungen irgendeines Allah, sondern seine eigenen lautwerdenden Gedanken und spiegeln dementsprechend seine eigene Psychopathologie eines sexsüchtigen und kriminellen Massenmörders, der seinen religiösen Wahn mit über 30 Angriffskriegen, Gefangenenköpfungen, Vergewaltigungen und Sexsklaverei zu verbreiten suchte.

Die Religion dises geistekranken Massenmörders aber tötet, verfolgt und diskriminiert seit ihrer Gründung
weltweit soviel Menschen, dass zur Abwendung der durch islamnaive Politiker laufenden Islamisierung und damit Gefährdung Deutschlands ein Verbot dieses religiösen Wahns, des Korans und die Schliessung aller Moscheen als Zentren der Verbreitung dieses religiösen Wahns sofort durchgesetzt muss. Ein weltweit millionenfach fremd- und eigengefährdender religiöser Wahn muss behandelt und darf nicht weiter verbreitet werden - und steht nicht unter dem Schutz der Religionsfreiheit des Grundgesetzes.

Der Gründer des Islam war auch der erste IS-Terrorist, der mit über 30 Kriegen gewaltsam den Islam verbreitete, hunderten von Juden köpfen ließ und persönlich eine gefangene Frau vergewaltigte, Sexsklaverei praktizierte und Sex mit einer Neunjährigen hatte (was der Iran deswegen inzwischen legalisiert hat). Der Islam hat anschließend mit Angriffskriegen bis heute ca. viermal soviel Menchen wie Hitler mit den seinen umgebracht.Gleichzeitig war Mohammed ein halluzinierender Epileptiker, der seine halluzinierten Stimmen FÄLSCHLICH für eine Offenbarung hiet (s. Anhang Mohammeds Geisteskrankheit)

Der kriegstreiberischen Gewalttätigkeit Mohammeds entsprechend enthält sein Werk, der Koran, viele Suren, die zur Gewalt auffordern. In der „Weltwoche“ Nr 48 wurden die zur Gewalt auffordernden Suren des Koran u.a. wie folgt zusammengestellt

Sure 2,191
Und tötet sie, wo immer ihr sie trefft, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben. Denn Verführen ist schlimmer als Töten. Kämpft nicht gegen sie bei der heiligen Moschee, bis sie dort gegen euch kämpfen. Wenn sie gegen euch kämpfen, dann tötet sie. So ist die Vergeltung für die Ungläubigen.

1.200 Polizeieinsätze - zahlreiche „Sexuelle Übergriffe“ NRW: Blutiges Halloween im Kalifat Mordrhein-Vandalien

pi-news.net/2018/11/nrw-blutiges-halloween-im-kalifat-mordrhein-vandalien

1. November 2018

Aus dem „Zombie-Walk“ wurde blutiger Ernst in NRW - gab es das früher auch an Allerheiligen?

Von JOHANNES DANIELS | Früher ging die Familie an Allerheiligen andächtig ans Grab der Großeltern und Verwandten und demonstrierte so respektvoll Dankbarkeit und Ehrerbietung für deren Lebensleistung. Zum neudeutschen „Allerheiligen-Brauch“ Halloween (vom verballhornten All Hallows’ Eve) demonstriert man nun den „Zombie-Walk“. Bei dieser kulturellen Bereicherung Deutschlands klappt die „Integration“ bestens – auch 2018 nahmen zahlreiche Merkel-Zombies an den Feierlichkeiten teil. Allein in Nordrhein-Westfalen kam es zu über 1.200 Polizeieinsätzen bei „Randalen“.

Bahnhof Essen gesperrt – Merkel-Zombies attackieren Frauen

Allein am Essener Hauptbahnhof sprachen die Beamten am Rande eines „Zombie-Walks“ 1.200 Platzverweise aus. Zwischen einer Gruppe von rund „200 Provokateuren“ und Teilnehmern des „Zombie-Walks“ sowie „Reisenden“ (Originaltext FAZ) ist es an Allerheiligen zu verbalen Provokationen sowie „Körperverletzungsdelikten“ gekommen, sagte Bundespolizei-Sprecher Volker Stall.

Der Bahnhof in Essen wurde wegen der Ausschreitungen für rund eine Stunde gesperrt und der Zugang kontrolliert. Online wurden Parallelen zur Kölner Silvesternacht 2015/16 gezogen, bei der es zu vielen sexuellen Übergriffen gekommen war – das wies die Polizei aber zurück, die „große Gruppe“ habe zudem keine Taschendiebstähle verübt. Nach Beendigung des Zombiewalks kam es am Mittwoch gegen 21.50 Uhr im Bereich der Kettwiger Str./Willy-Brandt-Platzes in der Essener Innenstadt jedoch zu sexuellen Übergriffen durch einen „jordanischen Zuwanderer“ (sprich Palästinenser).

Zwei Zeugen beobachteten eine „Gruppe Zuwanderer“ – mindestens eine Person aus dieser Gruppe soll nach Angaben der Zeugen mindestens sieben Frauen in den Intimbereich gegriffen haben. Durch Polizeibeamte konnte ein 30-jähriger Jordanier im Bereich des Hauptbahnhofes festgenommen werden. Der Tatverdächtige wurde auf der Kriminalwache vernommen und erkennungsdienstlich behandelt. Ein Strafverfahren wurde eingeleitet. Die Polizei bittet die Frauen, die gestern Abend im Bereich Hauptbahnhof sexuell belästigt wurden, sich bei der Polizei unter der Telefonnummer 0201/8290 zu melden.

Köln – Unterleibs-Zombies auf der Domplatte

Am Kölner Dom selbst war die Polizei allerdings ebenfalls mit 100 zusätzlichen Polizisten aktiv, weil sich in der Innenstadt „teilweise stark alkoholisierte und aggressive Männergruppen vermehrt arabischen und nordafrikanischen Aussehens" aufhielten, wie die Polizei mitteilte. Verdächtige Gruppen wurden überprüft und Platzverweise ausgesprochen. Auch hier bittet die Polizei weitere sexuell „angegangene" Frauen, sich zu melden.

Düsseldorf – Messer-Attacke – Täter flüchtig

Ein 25-Jähriger ist in der Halloween-Nacht bei einer Messerstecherei in der Düsseldorfer Altstadt schwer verletzt worden, wie BILD berichtete. Der Iraner soll ersten Ermittlungen zufolge in der Nacht zu Donnerstag mit einem weiteren Mann auf Persisch in Streit geraten sein, teilte die Polizei mit. Als die Auseinandersetzung eskalierte, habe der bislang noch unbekannte zweite Beteiligte ein Messer gezogen und seinen Kontrahenten niedergestochen. Der 25-Jährige erlitt schwere Verletzungen am linken Oberschenkel und im Brustbereich und musste noch in der Nacht notoperiert werden. Das Opfer war ähnlich eines Skeletts kostümiert. Nach dem Täter wird gefahndet. Er soll Mitte 20, kräftig und 1,75 Meter groß sein. Kurze, schwarze Haare, einen Dreitagebart, eine „Undercut-Frisur" haben. Hinweise an Tel. 0211/8700.

Gegenseitige Provokationen könnten den Anlass für eine weitere Schlägerei in Düsseldorf gegeben haben, an der zwischen 20 und 30 junge Männer beteiligt waren. Zwei von ihnen wurden dabei so schwer verletzt, dass sie sich nun in stationärer Behandlung befinden. Ein 18-Jähriger erlitt eine Stich-, ein 19-Jähriger Kopfverletzungen.

Noch unklar sind die Hintergründe eines Streits in Dormagen-Zons. Zwei Jugendliche (beide 16) wurden durch Messerstiche schwer verletzt, wurden notoperiert. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ermittelt wegen eines versuchten Tötungsdelikt. Eine Mordkommission wurde eingerichtet. Drei Tatverdächtige konnten vorläufig festgenommen werden. Der Hauptverdacht richtet sich gegen einen 15-Jährigen. Er soll dem Haftrichter vorgeführt werden.

Moers – Rettungssanitäter verletzt

Unter anderem sind bei einem Einsatz in Moers zwei Rettungssanitäter verletzt worden. Die Einsatzkräfte hatten einem 22-Jährigen geholfen, der zuvor von zwei Personen zu Boden geschlagen und getreten worden war. Bei der Versorgung des Verletzten wurden die Sanitäter ebenfalls von den Tätern angegriffen und leicht verletzt. Durch eine anschließende Fahndung konnte ein Tatverdächtiger (20) in Gewahrsam genommen werden. In Krefeld wurden sieben Menschen bei einer Halloween-Party verletzt. Die Polizei musste eingreifen und nahm zwei Männer (24, 26) vorläufig fest. Bis zu 300 „Männer", die auch alkoholisiert waren, drängten besorgniserregend im Garderobenbereich zusammen.

Insgesamt mussten die Beamten in NRW zu 1.200 Einsätzen im Zusammenhang mit „Halloween-Feierlichkeiten" ausrücken, wie das Landesamt der Polizei am Donnerstag mitteilte.

Dabei ging es in den meisten Fällen um „Sachbeschädigung, Körperverletzung oder Ruhestörung".

Es wurden 66 Personen in Gewahrsam sowie sechs Personen nach Straftaten festgenommen. Insgesamt wurden laut Polizei 89 Menschen verletzt, darunter fünf Beamte.

Auch in Berlin feiern AntiFa und Merkel-Orks

Eine Gruppe von bis zu „100 Kindern und Jugendlichen" hat in Berlin zu Halloween für einen großen Polizeieinsatz gesorgt. 56 Beteiligte im Alter zwischen zehn und 16 Jahren wurden kontrolliert, weil aus der Gruppe Böller und Eier auf den Straßenverkehr in Berlin-Schöneberg abgefeuert wurden. Eines der explosiven Geschosse verfehlte demnach eine Radfahrerin am Mittwochabend nur knapp, die 64-Jährige erlitt einen Schock. Aus der gleichen „Personengruppe" heraus wurden in der Potsdamer Straße ein Bus der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) und weitere Fahrzeuge mit Eiern und Böllern beworfen.

Außerdem warf in der Goebenstraße ein maskierter Unbekannter aus einer rund 40-köpfigen Gruppe heraus einen Brandsatz auf ein Polizeiauto. Die mit brennbarer Flüssigkeit gefüllte AntiFa-Molotowcocktail verfehlte den Wagen. Ein weiterer Brandsatz wurde in der Nähe gefunden. Verletzt wurde niemand. Beide Taten stünden in Zusammenhang, hieß es.

In Hamburg randalierten Hunderte Jugendliche, unter anderem „nordafrikanischer Herkunft".

Tierischer Merkel-Gast in Gen-POOL-Position Eritreer in Freiburg: Drei Frauen vergewaltigt – Tiere sexuell missbraucht

pi-news.net/2018/10/eritreer-in-freiburg-drei-frauen-vergewaltigt-tiere-sexuell-missbraucht

31. Oktober 2018

Merkels „Vielseitig-Begabte" aus ganz Afrika werden jetzt zur Landplage für Mensch und Tier nicht nur in Baden-Württemberg.

Von MAX THOMA | Selbst hart gesottene PI-NEWS-Leser kommen derzeit aus dem Staunen über die immer perverseren Verwerfungen der uns aufoktroyierten Umvolkung durch Merkel-System, „Gottesmänner" und Asylindustrie, EU- und UN-

Deutschlandhasser nicht mehr heraus. Denn „Saudumm und Gomorrha" lief es für einen 28-jährigen erstaunten Eritreer, als in Freiburg die Handschellen (vorläufig) klickten.

Das Geheimnis seiner (vorübergehenden) Festnahme war kein rassistischer „Großer weißer Zauber" gegen Dunkelhäutige – sondern war schlichtweg den unbarmherzigen Gesetzen einer forensischen Täterschutz-neutralen DNA-Analyse geschuldet: Der illegale Afrikaner soll sich laut DNA-Spuren und Polizeibericht an mehreren Frauen sexuell vergangen haben. Zudem soll er verschiedene Tiere im Breisgau „bestiegen" und missbraucht haben.

Eine DNA-Spur Uwe Böhnhardts wurde seitens der Ermittlungsbehörden in diesem Fall nicht festgestellt.

Sodom und Gomorrha im Vergewaltigungs-Mekka Freiburg

Der 28-jährige „Flüchtling" soll laut Polizei zwischen Mai und August drei Frauen „in sexueller Absicht angegangen haben". Gemäß verifizierten DNA-Spuren beging der importierte Merkel-Zombie einen sexuellen Übergriff am 11. Mai diesen Jahres auf eine 30-jährige Frau im Breisgau. Die DNA-Spuren an der vergewaltigten Freiburgerin stimmten mit einer anderen DNA-Spur überein. Die beiden anderen Opfer sind 20 und 31 Jahre alt.

Diese Spuren führten die Ermittler zu ihrem Erstaunen zu einem brutalen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz. Demnach hatte Merkels Genital-Goldstück im letzten Jahr auch Schafe und Ziegen auf einem Hof in Freiburg „in sexueller Absicht angegangen", wie die Polizei den sodomistischen Akt umschreibt.

Die übereinstimmenden Spuren konnten zunächst keinem Täter zugeordnet werden. Nachdem eine 31-Jährige im Juni 2018 bei einem Spaziergang m Bereich des Schlossbergs „sexuell angegangen" (tatsächlich: körperlich schwer attackiert mit Vergewaltigungs-Versuch) wurde – und eine weitere 20-jährige Frau einen schweren Übergriff im Juli in einem Hauseingang überlebte – verdichteten sich die Hinweise auf den Asylanten.

Danach wurde der 28-jährige „Schutzsuchende" aus Eritrea festgenommen. Eine entnommene DNA-Probe stimmte mit den Übergriffen am 11.05.2018 und mit den Übergriffen auf Tiere überein.

Der Mann aus Freiburg wurde dem Haftrichter vorgeführt, der die Einlieferung in eine Justizvollzugsanstalt anordnete – auf Antrag der Staatsanwaltschaft entschied der Richter, den „Schutzsuchenden" einstweilig in Untersuchungshaft zu nehmen.

Die Freiburger Polizei hat derzeit alle Hände voll zu tun – insbesondere mit Vertuschungen besonders schwerer Fälle. Nach der bestialischen Gruppenvergewaltigung einer 18-Jährigen (RTL: „Massenvergewaltigung") beschäftigt die Justiz in Freiburg nun auch der Fall des Frauen- und Tierliebhabers vom „Horny Horn" von Ostafrika. Beide Fälle haben zumindest gemeinsam, dass sie tage- oder wochenlang nach Bekanntwerden von den Freiburger Behörden verschwiegen wurden. Insbesondere vor der letzten Landtagswahl …

„Gen-POOL-Position": DER Integrations-Traummann für Claudia Fatima und Wolfgang Schäuble mit Schwiegersohn

Immer häufiger kommt es seit 2015 zu einfachen Vergewaltigungen, Mehrfach-Vergewaltigungen, „Massen" – und Gruppenvergewaltigung an deutschen Frauen, Haus-, Nutz- und Zootieren (PI-NEWS muss mittlerweile fast täglich berichten …)
Ob der eritreische Kultur-Bereicherer in Deutschland weitere brutale Vergewaltigungen beging, ist noch unklar, wird aber behördenintern mittlerweile vermutet. Er versuchte zumindest ganz im Sinne des renommierten Eugenik-Experten Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble den degenerierten und inzestösen deutschen Gen-Pool bei inländischem Mensch und Tier aufzufrischen.
Sein Schwiegersohn, Thomas Strobl, CDU, ist Vize-Ministerpräsident und Innenminister im grün-schwarzen Baden-Württemberg und setzt sich speziell für die Finanzierung und Umsiedlung von archaischen Kulturen aus der Dritten Welt im „Ländle" ein. Gemeinsam mit den Verantwortlichen des Merkel-Systems darf man sie kausal, juristisch und politisch korrekt wohl als „Mittäter" bezeichnen.

https://www.n-tv.de/panorama/Freiburger-Hauptverdaechtiger-ist-Intensivtaeter-article20701572.html?service=print
Freitag, 02. November 2018
Suche nach weiteren TäternFreiburger Hauptverdächtiger ist Intensivtäter
Acht Verdächtige sind gefasst, die eine 18-Jährige vergewaltigt haben sollen. Doch DNA-Untersuchungen zufolge sind zwei Täter noch auf freiem Fuß. Außerdem kommt heraus: Zwei Tatverdächtige sollen sich nicht das erste Mal an einer Frau vergangen haben.
Im Fall der mutmaßlichen Gruppenvergewaltigung in Freiburg gibt es weitere bisher unbekannte Tatverdächtige. Die Ermittlungen hätten zwei weitere DNA-Spuren ergeben, sagte Bernd Belle von der Freiburger Kriminalpolizei. Diese Spuren gehörten zu keinem der bisherigen Verdächtigen. Insgesamt sitzen acht Tatverdächtige in Untersuchungshaft: Sieben Syrer im Alter zwischen 19 und 29 Jahren sowie ein 25-jähriger Deutscher. Mehrere DNA-Spuren konnten bereits zwei Tatverdächtigen zugeordnet werden.
Die Ermittler gaben außerdem bekannt, dass fünf der acht Verdächtigen strafrechtlich schon in Erscheinung getreten sind - unter anderem wegen Körperverletzung und Raubes. Der als Hauptverdächtiger geltende Mann gilt als Intensivtäter. Der inzwischen 22-Jährige soll bereits mehrere Straftaten begangen haben. Es gehe um drei Körperverletzungen und zwei Taten mit Sexualbezug, erklärte Michael Mächtel von der Staatsanwaltschaft.
In einem Fall wird der 22-Jährige verdächtigt, zusammen mit zwei weiteren Männern eine 20-jährige Frau missbraucht zu haben. Der sexuelle Übergriff

soll im letzten Jahr in der Wohnung des 22-Jährigen stattgefunden haben. Wegen der Beweislage habe in diesem Fall allerdings kein dringender Tatverdacht bestanden, sagte Michael Mächtel. Auch ein Mann, der verdächtigt wird, die 18-Jährige vergewaltigt zu haben, soll an der Tat beteiligt gewesen sein.

Haftbefehl lief zunächst ins Leere

Der heute 22-jährige Hauptverdächtige soll die 18-Jährige nach einem Disco-Besuch als erster vergewaltigt haben. Danach soll er den anderen Tatverdächtigen gesagt haben, dass das Opfer wehrlos in einem Waldstück liegt. Die Ermittler hatten ihn vor der Tat bereits im Visier, weil er mit Marihuana gehandelt haben soll. Das Amtsgericht Freiburg erließ deshalb bereits am 10. Oktober Haftbefehl gegen ihn - das war drei Tage vor der mutmaßlichen Gruppenvergewaltigung. Ermittler beobachteten die Wohnung des Mannes, trafen ihn dort jedoch nicht an. Er wurde erst am 21. Oktober gefasst.

Mehrere Tatverdächtige sagten im Verhör, dass sie der Kurdenmiliz YPG in Nordsyrien angehört hätten. Verifizieren könne man das aber nicht, sagte Bernd Belle von der Kriminalpolizei. Drei Tatverdächtige hatten im Internet Fotos von sich gepostet, auf denen sie Waffen tragen.

Das Opfer wird inzwischen durch eine Opferschutzorganisation betreut. "Auf uns wirkt sie stabil", erklärten die Ermittler. Die Medienberichterstattung werde für die 18-Jährige allerdings zunehmend belastend.

Quelle: n-tv.de

Kein Aufschrei der üblichen Rassismus-Rufer Schwerte: Syrer-Mob greift grundlos Deutsche mit Kantholz an

pi-news.net/2018/05/schwerte-syrer-mob-greift-grundlos-deutsche-mit-kantholz-an

May 13, 2018

Schwerte: Am Himmelfahrtsnachmittag (10.05.2018) ging gegen 14.50 Uhr ein Notruf bei der Kreispolizeibehörde ein: Schlägerei im Bereich eines Gastronomiebetriebes in Schwerte, Ruhrstraße. Wie zwei vor Ort verletzte Männer berichteten, hatten sie mit mehreren anderen in einer Gruppe zusammen gesessen, als große Gruppe syrischer Männer vorbei gegangen sei. „Und ohne ersichtlichen Grund wären zwei der Syrer auf sie zugelaufen und hätten mit einem Kantholz auf sie eingeschlagen“, schildert die Polizei in ihrer heutigen Zusammenfassung die Aussagen der Zeugen und Opfer. Zwei Männer wurden durch die Hiebe mit dem Kantholz verletzt, ein weiterer erhielt einen Schlag mit der flachen Hand ins

Gesicht. Vier der Syrer flüchteten in Richtung Ruhrwiesen. Die alarmierte Polizei traf die syrische Restgruppe vor Ort an, konnte einige Personen kontrollieren. Verschwunden war das aggressive Quartett.
Damit aber noch nicht genug. Gegen 15.45 Uhr wurde die Polizei abermals zu den Ruhrwiesen gerufen, diesmal zum Gelände eines Kanuvereins. Dort berichteten Zeugen (und erneute Opfer), dass sich in Höhe des Kanuvereins eine vierköpfige Gruppe Ausländer aus Richtung Rohrmeisterei genähert hätte.
Als diese Männer an ihnen vorbeigingen, hätte plötzlich einer einen Gegenstand geschwungen und ihn einem aus der Gruppe auf den Kopf geschlagen – so heftig, dass der Angegriffene eine Kopfplatzwunde erlitt. Sodann wurden die Ausflügler von den Ausländern mit Bierflaschen beworfen, eine Jacke nahm Schaden. Das aggressive Quartett war beim Eintreffen der Polizei bereits über alle Berge.
Den Haupttäter beschrieben die Zeugen wie folgt: junger Mann, südländisches Aussehen, schwarz-weiße Camouflage-Jacke. Ein anderer aus der Gruppe trug eine Wellensteyn-Winterjacke. „Ein Zusammenhang zwischen den beiden Angriffen kann kann derzeit nicht ausgeschlossen werden“, beschließt die Polizei diese erste Zusammenfassung (Artikel übernommen von RUNDBLICK-UNNA).
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Rathenow: Nach bisherigen Erkenntnissen sollen gegen 19.00 Uhr mehrere junge Männer aus einer Gruppe von ca. 10-15 Personen, mutmaßlich ausländischer Herkunft, mit Gürteln auf eine Gruppe deutscher Bürger losgegangen sein und vier Personen aus dieser Gruppe mit den Gürteln auch verletzt haben. Weiterhin sollen mehrere Personen von der gegenüberliegenden Straßenseite mit Steinen auf die deutsche Personengruppe geworfen und dabei zwei abgestellte Autos beschädigt haben. Was der Auslöser und die Motivation des Angriffs mit den Gürteln und den Steinen gewesen ist, wird in den eingeleiteten Ermittlungen zu klären sein, die das Dezernat Staatsschutz der Polizeidirektion West übernommen hat. Durch Zeugen und einen Angegriffenen selbst konnte ein 16-jähriger Syrer bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten werden. Polizisten nahmen ihn zur Verhinderung weiterer Straftaten in Gewahrsam bevor er an seine Erziehungsberechtigten übergeben wurde. Zudem erhielt er einen Platzverweis für den Märkischen Platz. Zuvor wurde er jedoch in einem Krankenhaus behandelt, da er angab, von einem ihm unbekannten Mann, eine Bierflasche auf den Kopf geschlagen bekommen zu haben. Es wurden entsprechende Strafanzeigen wegen Körperverletzungen und Sachbeschädigungen aufgenommen.
Dresden: Ein „schönes Video“ von den Dresdner Elbterrassen gibt es bei JOUWATCH zu bewundern. Dort greift ein Mob von schätzungsweise Nordafrikaner einen Hundehalter an.
Halle (Saale): Am Montagabend gegen 22 Uhr wurde ein Cafè in der Merseburger Straße in Halle angegriffen. Wie die Polizei mitteilte, wurden aus einer etwa 15-köpfigen Gruppe, vermutlich syrischer Herkunft, heraus die Schaufensterscheiben des Cafés mit Steinen beworfen. Dabei wurde der herauskommende Eigentümer leicht am Arm getroffen. Er blieb jedoch unverletzt. Auch die zehn Gäste, die während des Angriffs in dem Cafè waren, blieben unverletzt. Die Hintergründe zu der Tat sind noch unklar. Die Polizei ermittelt.
Freiburg: Die Ermittlungsgruppe Sicherheitspartnerschaft führte am 08.05.2018 mit Unterstützung durch Kräfte der Bereitschaftspolizei zwei Kontrollaktionen am Stühlinger Kirchplatz durch. Anlass waren mehrere Vorfälle in den letzten Monaten, begangen durch bislang unbekannte Täter. Dabei kam es im Bereich des Stühlinger Kirchplatzes immer wieder zu Belästigungen und körperlichen Auseinandersetzungen, die durch eine kleine

Gruppierung von Tatverdächtigen begangen wurden. Die unterschiedlichen Zeugenaussagen bestätigten eine Gruppierung von jungen Männern mit schwarzafrikanischem Erscheinungsbild. Eine detaillierte Beschreibung der Täter liegt nicht vor. Auch soll es mehrere Fälle gegeben haben, nach welchen die Opfer die Straftaten nicht zur Anzeige brachten oder bis zum Eintreffen der Streife nicht mehr vor Ort waren. Die Polizei weist daraufhin bei der Wahrnehmung des geringsten Tatverdachts sich unter der bundesweiten und kostenlosen Rufnummer 110 bei der Polizei zu melden. Bei den durchgeführten Personenkontrollen konnten, neben Hinweisen auf die unbekannten Täter, auch eine Personenfahndung erledigt sowie ein strafrechtlicher Verstoß gegen ausländerrechtliche Vorschriften festgestellt werden. Personen, die im Zusammenhang mit diesen Übergriffen auf dem Stühlinger Kirchplatz Opfer oder Zeuge einer Straftat wurden, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei Freiburg unter der 0761/882-5777 zu melden.

Herdecke: Am 10.05.2018, gegen 04:00 Uhr, griff eine unbekannte männliche Person vor einer Gaststätte an der Hauptstraße grundlos zwei Herdecker im Alter von 19 und 21 Jahren tätlich an. Er schlug beiden Geschädigten mit der Faust ins Gesicht und verletzte sie leicht. Die ältere Person wurde mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht. Der Angreifer konnte in unbekannte Richtung flüchten. Laut Zeugenaussagen, soll es sich bei dem Täter um einen etwa 25- bis 30-jährigen Mann mit südländischem Aussehen handeln, der in Begleitung von drei männlichen Personen befand.

Köln: „Boah, hast du dem ’ne Faust gegeben, der ist voll umgekippt“, hatten seine Freunde gesagt. Gelacht hätten sie dabei, ihn gefeiert. Ahmet R. (19, Name geändert) beschrieb im Landgericht eine bizarre Szene, die sich wenige Minuten nach einer brutalen Prügel-Attacke abgespielt hat. Der Angeklagte hatte einen Familienvater so schwer verletzt, dass dieser einen Tag später in der Klinik verstarb. … Er sei am Tattag mit Freunden und Bekannten am Marktplatz in Bergisch Gladbach unterwegs gewesen, als man auf Thomas K. (40) und dessen Begleiter getroffen sei. Es kam zum Streit, man beleidigte sich gegenseitig. … Ich fühlte mich provoziert, wollte mich vor meinen Leuten aufspielen“, sagte er. Im Gerichtssaal machte der Angeklagte auf Aufforderung von Richterin und Anwälten vor, mit welchem Schwung er seinem Opfer ins Gesicht geschlagen hatte. Psycho-Gutachter Prof. Dr. Tilman Elliger bemerkte später, wie schmächtig das Prügel-Opfer mit einer Größe von 1,64 Meter und 60 Kilogramm Gewicht doch war. „Den hätte man umpusten können“, sagte Elliger überspitzt. Der Angeklagte sagte aber, wie überrascht er gewesen sei, dass Thomas K. so heftig zu Boden ging – der Mann schlug mit dem Hinterkopf auf dem Asphalt auf, starb an einem Schädel-Hirn-Trauma. Nachdem ihn die Kumpels nach der Tat abgefeiert hatten, ging der Kölner noch Pizza essen. (Auszug aus einem Artikel von Express.de).

Fellbach: Eine Gruppe von etwa acht unbekannten Männern hat in der Nacht zum Montag (07.05.2018) einen 20-jährigen Reisenden in einer S-Bahn der Linie S3 offenbar körperlich angegriffen. Ersten Erkenntnissen zufolge stieg der 20-jährige Mann gegen 00:50 Uhr am Stuttgarter Hauptbahnhof in die Bahn ein, als ihn die Personengruppe auf Höhe Fellbach geschlagen und getreten haben soll. Beim Eintreffen der alarmierten Landespolizei am Bahnhof in Winnenden trafen die Beamten lediglich den 20-Jährigen an. Durch den Vorfall erlitt er Schürfwunden am Knie sowie an der Hand. Der Reisende beschreibt die mutmaßlichen Täter als dunkelhäutig. Die Ermittlungen zu den Hintergründen der Auseinandersetzung dauern an.

Dortmund: Ein unbekannter Täter schlug und stach heute Morgen, 8. Mai 2018, 01.20 Uhr, in Dortmund auf der Münsterstraße auf einen 49-Jährigen ein und flüchtete anschließend. Zeugen meldeten der Polizei, dass ein Unbekannter den 49-Jährigen auf der Münsterstraße mit einem Messer stach, schlug und gegen den Kopf trat. Anschließend flüchtete der

Schläger und verschwand in einem Hauseingang der Münsterstraße. Ein Streifenteam der Polizei fand den verletzten Geschädigten auf der Straße liegend, im Bereich einer Querungshilfe an der Mallinckrodtstraße / Münsterstraße. Der alkoholisierte 49-Jährige kam mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus. Ein weiterer Zeuge verfolgte den Täter noch weiter auf der Münsterstraße, bis er in einem Hauseingang verschwand. Laut Zeugenbeschreibung handelt es sich um einen 180 cm großen, 20 bis 25-jährigen Mann mit südländischem Aussehen.

Maria Enzersdorf (Niederösterreich): Der 25-Jährige aus Nigeria saß am Donnerstag auf einer Parkbank in unmittelbarer Nähe zu einem Spielplatz. Plötzlich habe er dann die spielenden Kinder zunächst verbal bedroht und schließlich einen Steinmeißel, den der junge Mann bereits bei sich gehabt haben dürfte, in Richtung mehrerer Kinder geworfen, wie Polizeisprecher Raimund Schwaigerlehner gegenüber krone.at bestätigte. Zeugen des Zwischenfalls alarmierten umgehend die Polizei, die den Asylwerber vorübergehend festnahm. Die Tatwaffe konnte bei dem 25-Jährigen sichergestellt werden. Angaben zum Motiv des jungen Mannes konnte die Poilizei noch keine machen, die Erhebungen seien noch in Gange, hieß es seitens der Landespolizeidirektion Niederösterreich am Freitagvormittag. Der Staatsanwalt werde dann entscheiden, ob U-Haft über den jungen Nigerianer verhängt wird. Verletzt wurde laut dem Polizeisprecher bei dem Zwischenfall niemand. Auch wenn die Kinder mit dem Schrecken davongekommen sind – die Attacke in Maria Enzersdorf ist der jüngste in einer Reihe von Zwischenfällen mit Asylwerbern. Besonders in Erinnerung geblieben sein dürfte etwa die Messerattacke in Wien-Leopoldstadt: Dort hatte ein 23-jähriger Afghane im März vier Personen niedergestochen und schwer verletzt. Der Afghane war im Zuge der großen Flüchtlingsbewegung 2015 nach Österreich gekommen. Als Grund für seine Attacke gab der junge Mann dann in der Einvernahme an: schlechte, aggressive Stimmung und Wut auf seine gesamte Lebenssituation. Leider kein Einzelfall, sind doch Attacken, vorzugsweise mit Messern, im öffentlichen Raum auf dem Vormarsch. Die Fälle haben nicht nur bei uns – wie berichtet – in den letzten Jahren stark zugenommen (Artikel übernommen von Krone.at).

Freiburg: Das kam überraschend für die Frau mit ihrem siebenjährigen Sohn: Als sie am Sonntag(6.5.2018) gegen 19:25 Uhr auf der Freiburger Schwarzwaldstraße in Höhe der Hausnummer 330 auf dem Gehweg ging, kam ihr ein Mann entgegen, der im Vorbeilaufen dem Jungen (7) mit der Hand in den Nacken schlug. Anschließend schlug er der Frau zwischen die Schulterblätter. Als die Frau sich umdrehte und sich gegen den Angreifer wehren wollte, erhob dieser seinen Arm, um zuzuschlagen. Da kam jedoch ein zufällig vorbeifahrender Radfahrer der Frau zur Hilfe und brüllte den Mann an, sodass dieser sich umdrehte und die Flucht ergriff. Im Rahmen einer sofort eingeleiteten Fahndung konnte der Tatverdächtige in der Nähe des Tatorts vorläufig festgenommen werden. Der 28-jährige Syrer wurde nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen einem Arzt vorgestellt und in eine psychiatrische Einrichtung überstellt.

Bonn: Noch unklar ist der genaue Geschehensablauf eines Körperverletzungsdelikts, das sich am vergangenen Samstag (05.05.2018) auf der Drachenburgstraße in Lannesdorf ereignet hat. Um kurz nach 21:00 Uhr meldeten Zeugen der Polizei, dass soeben ein Mann und seine Frau von zwei unbekannten Männern mit einem Baseball- sowie einem Golfschläger attackiert werden soll. Vor Ort trafen die eingesetzten Beamten dann auf einen 42-Jährigen und seine 38-jährige Frau, die bei der Auseinandersetzung verletzt und bereits medizinisch erstversorgt wurden. Beide wurden zur weiteren Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. Zeugen, die den Vorfall beobachtet hatten und eingeschritten waren berichteten den Beamten von zwei Tatverdächtigen, die den Mann angegriffen hatten sowie einem

mutmaßlichen Begleiter, der der die Situation auf einem Fahrrad sitzend beobachtet habe. Es ergaben sich Hinweise auf ein mögliches vorangegangenes Streitgeschehen. Im Rahmen einer Nahbereichsfahndung, die anhand folgender, von Zeugen gemeldeter Personenbeschreibungen durchgeführt wurde. Erste Person: Etwa 1,65-1,70 m groß – 20-25 Jahre alt – schmale Statur – „arabisches“ Aussehen – dunkle, schwarze Haare – leichter Bart – bekleidet mit Jeans, weißem T-Shirt und Turnschuhen – führte einen Baseballschläger mit – sprach akzentfreies Deutsch. Zweite Person: Etwa 1,80-1,85 m groß – 30-35 Jahre alt – kräftige, leicht untersetzte Statur – „arabisches“ Aussehen – dunkle, schwarze Haare – führte einen Golfschläger mit.

Bremerhaven: Ein Mann ist am Samstagmorgen in Bremerhaven-Lehe zusammengeschlagen worden. Er hatte erhebliche Verletzungen im Gesicht und war kaum ansprechbar. Die Polizei traf den 30-jährigen Mann in Begleitung seiner Freundin gegen 5.15 Uhr in der Hafenstraße an. Er saß auf dem Boden und reagierte nicht. Seine Freundin erzählte, dass die beiden zuvor in der Lessingstraße mit drei Männern in Streit geraten war.

Sie seien dann gegangen, um eine Eskalation zu vermeiden. In der Hafenstraße, kurz vor den Lange Straße, hatten die drei Männer das Paar aber wieder eingeholt. Einer von ihnen gab ihrem Freund sofort eine Ohrfeige. Dann schlug er noch mehrfach gegen den Kopf des Freundes, bis dieser zu Boden ging. Danach entfernte sich die Gruppe. Die Zeugin beschrieb die Männer als 25 bis 30 Jahre alt mit kurzen, schwarzen Haaren und südländischer Herkunft.

Neckartenzlingen: Noch unklar ist der genaue Hergang eines Vorfalls, der sich am Samstagabend gegen 20.10 Uhr am Neckarufer im Bereich des Sportplatzes ereignet hat. Ein 12-jähriges Mädchen, das dort beim Joggen war, traf laut der Polizei auf dem am Neckar entlang führenden Feldweg auf einen 25-jährigen Mann aus Sri Lanka. Nach Angaben des Mädchens soll der Mann es unvermittelt eine Böschung in Richtung Neckar hinuntergestoßen haben. Nach einem Gerangel konnte das Mädchen sich befreien, die Böschung hochklettern und um Hilfe rufen. Mehrere Passantinnen nahmen sich des Mädchens an. Weitere Zeugen konnten den alkoholisierten 25-Jährigen bis zum Eintreffen der Polizei festhalten. Nach derzeitigem Ermittlungsstand war es zu keinen sexuellen Handlungen gekommen. Die 12-Jährige war bis auf leichte Hautabschürfungen unverletzt geblieben. Der 25-Jährige weist von sich, das Mädchen aus einer sexuellen Motivation heraus angegriffen zu haben. Der Verdächtige befindet sich derzeit auf freiem Fuß, wobei die kriminalpolizeilichen Ermittlungen noch andauern.

Magdeburg: Am gestrigen Samstagabend griff ein 23-jähriger Iraker im Bereich Breiter Weg erst eine 14-jährige Jugendliche und später bei der Verbringung in seine Unterkunft einen Polizeibeamten an. Nach Aussagen der Geschädigten hielt sie sich gegen 23:40 Uhr mit zwei Freunden im Bereich des Breiten Weges auf, wo sie Musik hörten. Zusammen mit einem Begleiter kam der Beschuldigte auf sie zu, ergriff eine am Boden liegende Bierflasche, zerschlug sie und bedrohte damit die Gruppierung. Beim Versuch den Angriff abzuwehren wurde die 14-Jährige mit der zerschlagenen Flasche leicht am Arm verletzt. Die daraufhin informierten Polizeibeamten des Polizeireviers Magdeburg konnten noch in Tatortnähe, in der Jacobstraße, den Beschuldigten und seinen Begleiter feststellen. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen verbrachten sie ihn in seine Unterkunft und übergaben ihn dem Wachdienst. Der 23-Jährige war äußerst aggressiv. Er leistete Widerstand, trat und schlug auf einen Polizeibeamten ein. Mit dem Einsatz von Pfefferspray konnte er wieder unter Kontrolle gebracht und später an Sanitäter übergeben werden. Gegen den Mann sind Ermittlungsverfahren wegen schwerer Körperverletzung sowie wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet worden.

Altenburg: Am Mittwoch (03.05.2018, gegen 23:50 Uhr) soll es in der Wallstraße zu einer Körperverletzungshandlung zum Nachteil eines 27-jährigen Mannes gekommen sein. Der Mann lief zuvor die Straße entlang, als ihm eine Gruppe ausländischer junger Männer entgegengekommen sein soll. Nachdem es mit diesen Personen zuerst zu einer verbalen Auseinandersetzung gekommen sei, sollen 2 Personen aus der Gruppe den 27-Jährigen zu Boden gebracht und ihn verletzt haben. Im Anschluss soll sich die Gruppe in Richtung Frauengasse entfernt haben.

„Schutz"suchender erpresst Kinder: „Alle 2,50 Euro bringen – sonst watschi, watschi"

Hörbranz / Bregenz: Wie die Polizei berichtet, passierte der Vorfall bereits am 12. April in Hörbranz im Bezirk Bregenz. Ein 18-jähriger Asylwerber sprach gegen 7.30 Uhr vier Schülerinnen vor einem Lebensmittelgeschäft an. Dabei versuchte der Afghane eines der Mädchen am Handgelenk von den anderen wegzuziehen. Die Freundinnen, im Alter zwischen zehn und 14 Jahren, reagierten aber blitzschnell und konnten das verhindern. Die Mädchen entfernten sich daraufhin von dem jungen Mann und gingen zur Schule. Dort tauchte allerdings der Asylwerber erneut auf. Er war den Kindern gefolgt und passte sie noch vor Unterrichtsbeginn im Klassenzimmer ab. Der 18-Jährige wandte sich an die Mädchen und sagte laut Polizei: „Alle morgen 2,50 Euro bringen – sonst watschi, watschi." Danach verließ er die Schule. Die Polizei suchte seit dem Vorfall akribisch nach dem mutmaßlichen Täter und konnte ihn nun ausfindig machen. Der Afghane konnte am 3. Mai bei einer Asylunterkunft in Hohenweiler festgenommen werden. Er wollte sich dort Zutritt verschaffen, obwohl er Hausverbot hatte. Der Beschuldigte wurde über Anordnung der Staatsanwaltschaft in die Justizanstalt Feldkirch eingeliefert (Artikel übernommen von Heute.at).

Polizeibekannte Migrantler greifen Polizisten an

Gießen: Zu tumultartigen Szenen kam es am Sonntag gegen 05 Uhr morgens in der Bahnhofstraße in Gießen. Offenbar, so berichtet die Polizei, hatte eine fünfköpfige Gruppe die Besatzung eines Streifenwagens mehrmals angegriffen und attackiert. Nachdem weitere sieben Streifenwagen unterstützen, konnte die Situation beruhigt werden. Es kam zur Festnahme der Verdächtigen. Was genau war passiert? Eine Streife der Wachpolizei hatte im Rahmen einer üblichen Verkehrskontrolle einen BMW angehalten. Während die Kontrolle der beiden Insassen – 22 und 48 Jahre alt – ohne Auffälligkeiten verlief, drängten sich fünf offenbar unbeteiligte Personen zwischen die Streifenwagenbesatzung und die zu kontrollierenden Personen. Augenscheinlich versuchte das Quintett, die polizeiliche Maßnahme zu stören und zeigte sich dabei gleich zu Beginn äußerst aggressiv gegenüber den beiden Wachpolizisten. Trotz mehrfacher Aufforderung, so meldet die Polizei, entfernten sich die Verdächtigen nicht vom Kontrollort. Vielmehr bedrängten sie nunmehr tätlich die beiden Polizisten. Auch nach dem Einsatz von Pfefferspray umringte die Gruppe die Streife und versuchte mehrmals, sie anzugreifen. Um eine Verletzung zu verhindern, mussten die Polizisten teilweise auch den Schlagstock einsetzen. Auffällig war, dass Personen aus der Gruppe, die wahrscheinlich auch alkoholisiert waren, ihre Angriffe vermutlich mit einem Handy filmten. Wenig später trafen sieben weitere Streifenwagen in der Bahnhofstraße ein. Zwei der Verdächtigen konnten noch am Kontrollort festgenommen werden. Drei weitere Personen konnten im Zuge der eingeleiteten Fahndung in einem Döner-Laden in der Nähe festgenommen werden. Bei den Verdächtigen handelt es sich allesamt um polizeilich bekannte Personen. Drei Verdächtige im Alter von 21- und 25 Jahren kommen aus Dillenburg und besitzen die türkische Staatsangehörigkeit. Die beiden anderen mutmaßlichen Täter sind Asylbewerber aus Afghanistan – 17 Jahre – bzw. Somalia – 16 Jahre – und wohnen in Eschenburg und Dillenburg. Die Gruppe wurde aufgrund eines fehlenden

Haftgrundes am Sonntagabend nach den polizeilichen Maßnahmen wieder entlassen. Drei Verdächtige hatten durch den Einsatz von Pfefferspray und Schlagstock leichte Verletzungen erlitten.

Türkin kassiert in Österreich Sozialhilfe, obwohl Sie in der Türkei lebt

Eine 39-jährige Frau steht im Verdacht seit etwa 12 Jahren einen schweren Sozialbetrug zum Nachteil österreichischen Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechtes begangen und sich daraus einen finanziellen Vorteil eines niederen sechsstelligen Eurobetrags erschlichen zu haben, wie die Polizei berichtet. Die Frau wurde in der Türkei geboren, zog nach Österreich und bekam 2001 die österreichische Staatsbürgerschaft. Sie zog 2006 mit ihren damals zwei-und dreijährigen Kindern von Österreich in die Türkei, meldete diesen Umzug aber nicht den österreichischen Behörden. Die 39-Jährige erweckte den Anschein, sich mit ihrer Familie immer noch in Jenbach aufzuhalten. Sie behielt ihre Jenbacher Gemeindewohnung, bezahlte die Monatsmieten mittels ihres österreichischen Bankkontos weiter und erledigte Behördengänge bei Kurzbesuchen in Jenbach. Durch diese Täuschung ist es der 39-Jährigen gelungen Sozialleistungen, wie Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Unterhaltsvorschusszahlungen und Notstandshilfe weiterhin zu beziehen, obwohl diese Leistungen nur dann zustehen, wenn die Leistungsbezieher ihren Lebensmittelpunkt auch tatsächlich in Österreich haben. Im Jahr 2016 kam die Beschuldigte wieder nach Österreich, um ihr drittes Kind auf die Welt zu bringen. Nachdem auch für dieses Kind Sozialleistungen beantragt worden sind, begab sich die Frau wieder in die Türkei und hatte sich somit auch diese Bezüge erschlichen. Nachdem die Beschuldigte von den gegen sie gerichteten polizeilichen Ermittlungen erfahren hatte, kehrte sie mit ihren drei Kindern nach Jenbach zurück. Sie zeigt sich gegenüber den ermittelnden Beamten geständig.

(Artikel übernommen von OE24.at).

„Schutz“suchende greifen Wachleute an

Rudolstadt, Landkreis Saalfeld-Rudolstadt: Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Rudolstädter Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber alarmierten in den frühen Samstagmorgenstunden die Polizei. Die Beamten mussten mit mehreren Einsatzfahrzeugen anrücken, da nach ersten Informationen zehn bis 15 Personen in der Gemeinschaftsunterkunft in eine Auseinandersetzung mit zwei Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes geraten waren, wobei auch ein Mitarbeiter u.a. mit Faustschlägen attackiert worden war. Die Sicherheitskräfte hatten sich daraufhin bis zum Eintreffen der Polizisten zurückgezogen. Zwei Tatverdächtige, afghanischer Herkunft, konnten namentlich ermittelt werden, die den 28-Jährigen Sicherheitsmann angegriffen und dabei leicht verletzt haben sollen. Einer der Tatverdächtigen wurde zur Unterbindung weiterer Straftaten vorübergehend in Gewahrsam genommen. Durch die Kripo Saalfeld werden die weiteren Ermittlungen aufgrund des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung geführt.

„Schutz“suchende geht mit Fleischermesser auf Polizisten los

Maisach: Die 21-jährige Lebensgefährtin des Mannes ebenfalls aus Nigeria wollte die Abschiebung unter allen Umständen verhindern, wie die Polizei berichtet. Dazu klammerte sich die im achten Monat schwangere Frau an ihren Freund und musste mit unmittelbaren Zwang weggezogen werden. Sie wehrte sich mit Händen und Füßen und biss einer 24-jährigen Polizeibeamtin in die Hand. Nachdem die Beamten den Abzuschiebenden aus der Unterkunft entfernte hatten, rannte die 21-Jährige in ihr Zimmer und holte ein Fleischermesser. Mit diesem ging sie auf die Beamten los. Die Polizeibeamten konnten jedoch noch die Zimmertüre zudrücken, so dass es zu keinen weiteren Tätlichkeiten kam. Da sich die Frau nicht beruhigen ließ, wurde vorsorglich ein Rettungswagen alarmiert. Die 21-jährige verweigerte jedoch jegliche Behandlung und gab an, dass mit ihr alles in Ordnung ist.

Daraufhin wurde sie in der Unterkunft belassen. Der Asylbewerber wurde letztendlich nach Italien abgeschoben. Gegen die 21-Jährige wurde ein Strafverfahren eingeleitet (Artikel übernommen von Merkur.de)

Türkische Pistolenschuss-Folklore bei Hochzeit

Landau: Besorgte Bürger meldeten mehrere Schussabgaben im Bereich der Paul-von-Denis-Straße in Landau. Sofort wurde die Örtlichkeit von mehreren Streifenwagenbesatzungen aufgesucht. Vor Ort konnte ein Autokorso von ca. 30 Fahrzeugen festgestellt werden. Weitere Ermittlungen ergaben, dass es sich um eine türkische Hochzeit handelte und die Schüsse nach türkischem Brauch zur Demonstration der Stärke des Bräutigams abgegeben wurden. Geschossen wurde mit einer Schreckschusspistole. Da der Eigentümer der Waffe keine Erlaubnis vorweisen konnte, wurde gegen ihn ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet und die Pistole sichergestellt.

Messerstecher von Paris war der Polizei bekannt

• Ein Mann hat in Paris einen Menschen erstochen und vier verletzt. Er wurde von der Polizei erschossen.• Der Angreifer soll aus Tschetschenien stammen und 1997 geboren worden sein. Er war der Polizei offenbar bekannt.• Die Behörden gehen von eine...

SZ.de - Sonntag, 13. Mai 2018

http://a.msn.com/r/2/AAxaEP2?a=1&m=DE-DE

Von zwölf bis 66: Alter egal - Hauptsache weiblich Kein Alter schützt Frau vor den gynäkologischen „Fachkräften“

pi-news.net/2018/05/kein-alter-schuetzt-frau-vor-den-gynaekologischen-fachkraeften
May 19, 2018

Von ZYNIKER | Logisch denkenden Menschen waren die Folgen des Massenimportes von testosterongeladenen jungen Männern aus einem Kulturkreis, in dem Frauen nur zugehängt ins Freie dürfen, schon in dem Moment klar, als sich ein nicht enden wollender Strom von männlichen Afris und Nafris „unbefraut“ ins Land ergoss. Nun sind sie halt da und jeden Tag Reizen ausgesetzt, auf die sie ihre Sozialisierung nicht vorbereitet hat. Neben dem natürlichen Sexualtrieb, der nicht ausgelebt werden kann, kommt noch erschwerend hinzu, dass Frauen, die sich so kleiden und benehmen wie es in Europa üblich ist, im muslimischen Kulturkreis als Huren gelten. Und was ist mit den nichtmuslimischen Schwarzen aus Subsahara? „Der Schwarze schnackselt gerne„ behauptete Fürstin Gloria von Thurn und Taxis und erntete dafür

einen Shitstorm. Also lag die Fürstin wohl falsch und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Schwarze nicht gerne schnackseln, womöglich hassen sie das Schnackseln sogar. Vielleicht haben die Frauen südlich der Sahara deshalb im Durchschnitt nur fünf Kinder.

Jedenfalls darf sich mit den Folgen der Merkelschen Flüchtlingspolitik nun primär das einheimische weibliche Geschlecht auseinandersetzen. Während die aktuelle Kriminalstatistik wundersam einen allgemeinen Rückgang der Straftaten aufzeigt, war es offenbar unmöglich, die Statistik so zu hübschen, dass bei den Sexualdelikten nicht eine Steigerung von 42% gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen werden musste.

Wie die zahlreichen Einzelfälle zeigen, gibt es kein Alter, in dem Frau vor den Trieben jener, die neu hinzugekommen sind, geschützt wäre. Wo fangen wir an? Bei alt oder bei jung? Am besten in der Mitte:

Landshut: Opfer weiblich, 23 Jahre

LANDSHUT. Am Donnerstag, dem 10.05.18, zwischen 01:30 Uhr und 02:30 Uhr wurde eine 23-jährigen Frau in Landshut im Bereich der Seligenthaler Straße von ca. 4-6 Männer im lautstark angegangen, körperlich bedrängt und festgehalten. Nachdem sie sich befreien konnte, flüchtete sie in Richtung Altstadt.

Drei der bislang unbekannten Männer können wie folgt beschrieben werden: ca. 20-30 Jahre alt, Vollbart, ausländische Sprache und dunkler Teint; eine Person trug eine grüne Adidas-Jacke mit weißen Streifen.

Die Kripo Landshut hat die weitere Sachbearbeitung übernommen und bittet um Hinweise aus der Bevölkerung über verdächtige Beobachtungen, bzw. lautstarke Schreie zum genannten Zeitpunkt im Bereich der Seligenthaler Straße unter der Telefon-Nummer 0871/ 92520.

Seltsamerweise ging die Polizei erst 6 Tage nach dem Vorfall an die Öffentlichkeit, als bereits Gerüchte über die Vergewaltigung einer jungen Frau durch fünf Männer die Runde machten. Auf Anfrage von PI-NEWS, ob es zu einer Vergewaltigung gekommen ist, erklärte der Pressesprecher des zuständigen Polizeipräsidiums Straubing, dass der genaue Sachverhalt noch nicht geklärt sei.

Hannover: Opfer weiblich, 66 Jahre alt

Ohne den reiferen Frauen zu nahe treten zu wollen, möchte man glauben, dass ein junger Mann an einer Rentnerin wenig sexuelles Interesse hat. Wie es scheint, genügt jedoch bereits das Vorhandensein einer Vagina (auch wenn diese nicht mehr ganz taufrisch ist), um zum Opfer zu werden, wie dieser Fall zeigt:

Hannover-Mühlenberg. Am Montag, dem 14. Mai gegen 20.30 Uhr, wurde eine 66-jährige Frau auf dem Gehweg an der Stadtbahnhaltestelle Tresckowstraße von einem jungen Mann angesprochen. Er eröffnete ihr, dass der Sex mit ihr haben will. Um an der Ernsthaftigkeit seiner Absichten keine Zweifel aufkommen zu lassen, griff er der Rentnerin an die Brüste und zwischen die Beine. Als die Reaktion auf seinen Annäherungsversuch nicht zu seiner Zufriedenheit ausfiel, versuchte das triebgesteuerte Individuum, die Frau in ein Gebüsch zu zerren. Die 66-Jährige wehrte sich heftig und schrie laut um Hilfe. Der Täter ließ daraufhin von ihr ab und floh in Richtung der Stadtbahnhaltestelle.

Nun sucht die Polizei nach dem Mann wegen versuchter Vergewaltigung. Er ist etwa 20 bis 25 Jahre alt, rund 1,75 Meter groß, schlank und ungepflegt. Er hat einen dunklen Teint, dunkle Haare und spricht Deutsch mit einem ausländischen Akzent. Zur Tatzeit trug der Gesuchte ein weißes T-Shirt und ein Basecap. Hinweise erbittet der Kriminaldauerdienst Hannover unter Telefon (05 11) 109 55 55.

Oschersleben: Opfer weiblich, 12 Jahre alt

Obwohl wir nun wissen, dass Schwarze nicht gerne schnackseln, gibt es wohl Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Besonders tragisch ist, wenn es einem Kind obliegt, diese Erfahrung zu machen:

Oschersleben. Am Freitag, dem 11.05.2018 gegen 14 Uhr saß in Oschersleben ein 12-jähriges Mädchen in einem Wartehäuschen am Bahnhof, als sich ein dunkelhäutiger Mann zu dem Kind setzte und begann, anzügliche Bemerkungen zu machen. Er eröffnete dem Mädchen, dass er „Sex machen" wolle und streichelte gegen Willen des Kindes dessen nackte Oberschenkel. Als es aufstehen und davonlaufen wollte, wurde es von dem Mann an der Hüfte festgehalten. Schließlich konnte sich das Mädchen losreißen und davonlaufen. Der unbekannte „Mann" stieg anschließend um 14.17 Uhr in den Harz-Elbe-Express nach Magdeburg. Durch die eingesetzten Polizeibeamten wurden vor Ort Spuren gesichert und Vernehmungen durchgeführt. Die Sicherung von Videomaterial wurde veranlasst.

Der Täter wird folgt beschrieben:

dunkelhäutig, ca. 25 Jahre alt, kurze schwarze, wellige Haare, bekleidet mit schwarz/grauer Cargo-Hose, dunklem T-Shirt und schwarz/lila Rucksack. Die Polizei fragt: Wer hat im fraglichen Zeitraum Beobachtungen am Bahnhof Oschersleben machen können? Hinweise nimmt das Polizeirevier Börde unter 03904/478293 entgegen.

Sex mit Kindern im muslimischen Kulturkreis nicht unüblich

Und bevor Sie sich jetzt darüber empören, dass es sich bei dem Opfer um eine 12-Jährige, also um ein Kind gehandelt hat, sollten Sie wissen, dass das türkische Verfassungsgericht im Juli 2016 entschied, dass Sex mit Kindern ab 12 Jahren durchaus einvernehmlich sein könne und daher nicht mehr unter allen Umständen bestraft werden müsse. 12-jährige Mädchen sind allerdings alte Schachteln im Vergleich zu den Bräuten im Jemen, wo die Mädchen schon mit acht Jahren verheiratet werden können und der Ehemann diese Ehe auch vollzieht. An der Freiwilligkeit darf gezweifelt werden. Da bis auf die AfD niemand in der Politik einsieht, dass die hier aufeinanderprallenden Kulturkreise absolut inkompatibel sind, werden vor allem die Frauen die Zeche zahlen und sich irgendwann verhüllen müssen, um das Risiko, zum Opfer einer Sexualstraftat zu werden, zu minimieren.

„Zufällige Häufung" von schweren Sexualdelikten vor Seehofers Haustüre
Vergewaltigungs-Ingolstadt (1): Schwarzafrikaner überfällt Joggerin

pi-news.net/2018/05/vergewaltigungs-ingolstadt-1-schwarzafrikaner-ueberfaellt-joggerin
May 20, 2018

Die Attacke des schwarzen Sexualstraftäters auf eine Joggerin erfolgte in der Abenddämmerung am Donaudamm bei der Pionierübungswiese. Die wehrhafte "Schanzerin" konnte den brutalen Merkel-Ork ausnahmsweise in die Flucht schlagen.

Von JOHANNES DANIELS aus Ingolstadt | Ingolstadt mit rund 130.000 Einwohnern ist nicht nur als „Audi-Motown" bekannt, sondern mittlerweile als DIE Vergewaltigungs-Metropole Bayerns durch illegal importierte Willkommens-Orks. Wöchentlich kommt es seit 2016 nicht nur zu drastischen Gewalteskalationen durch tausende vorwiegend nigerianische „Schutzbedürftige" im Umkreis der historischen „Schanzenstadt", sondern auch zu einer „ungewöhnlichen Häufung" von Vergewaltigungen und brutalen Sexualattacken durch Horst Seehofers Genital-Goldstücke. Zum Dank dafür schenkt der Bundesheimatminister seiner Geburtsstadt sogar ein „zukunftsweisendes Mega-Ankerzentrum", in dem sich alle Rapefugees aus der Subsahara-Region ganz besonders wohl fühlen dürfen. Die Begeisterung der Bevölkerung über das „Vorzeige-Flüchtlingslager" hält sich noch in Grenzen – nicht zu „unrecht", Horst!"

Eine 35-jährige Joggerin wurde am vergangen Freitag von einem Schwarzafrikaner in der Abenddämmerung am Steckenlohweg auf dem Ingolstädter Donaudamm brutal überfallen. Eine sofort eingeleitete Nahbereichsfahndung der Polizei blieb ohne Erfolg, ebenso wie der Einsatz eines extra angeforderten Personensuchhundes.

System-Fachkraft für „offensichtlich sexuell motivierten Angriff"

Die nichtsahnende Frau lief in westlicher Richtung und hörte Musik über ihre Kopfhörer – ein Fehler. Plötzlich wurde sie von einem dunkelhäutigen Merkel-Ork von hinten zu Boden gerissen, so dass sie den Donaudamm hinunterstürzte. Als sie auf dem Rücken lag stellte sich der Unbekannte über sie und versuchte, ihr T-Shirt noch oben zu ziehen. Der Vergewaltiger hatte aber die Rechnung ohne die wehrhafte Bayerin gemacht!

Die Ingolstädterin ließ sich nicht einschüchtern und setze sich in „Schanzer-Manier" mit massiven Fußtritten zur Wehr. Es gelang ihr den „offensichtlich sexuell motivierten Angreifer" in die Flucht zu schlagen. Dieser brauste „mit einem silberfarbenen älteren Damenrad" in östlicher Richtung davon. Die Geschädigte erlitt durch den Angriff leichte Schürfwunden an den Beinen, konnte jedoch schnell einen Notruf mit dem Handy absetzen.

Schwarzer Glatzkopf mit silbernem Damenfahrrad

Das Opfer der Sexualstraftat beschrieb den Täter wie folgt: Es handelt sich um einen „etwa 170 bis 175 cm großen und 18 bis 25 Jahre alten Mann, dunkelhäutig, schwarzafrikanischer Typ, schlanke, bis dünne Figur. Seine Kopfhaare sind zur Glatze abrasiert". Bekleidet war er mit einer dunkelblauen Jeans und einen grün-braunen ausgewaschenen Camouflage-T-Shirt. Er trug beige Sandalen ohne (weiße) Socken – also sicherlich kein Deutscher!

Die Kripo Ingolstadt hat die Ermittlungen aufgenommen und am Tatort Spuren gesichert. Auch wenn es sich beim Tatort um eine recht abgelegene Ecke handelt und in der unmittelbaren Umgebung keine weiteren Zeugen unterwegs waren, könnte der Unbekannte doch zuvor oder bei seiner Flucht im Südosten der Stadt, speziell in der Umgebung des Auwaldsees, an der Kälberschütt- oder Eriagstraße, aufgefallen sein. Eventuelle Zeugen, die sachdienliche Hinweise zum durchaus auffälligen Tatverdächtigen oder verdächtige Wahrnehmungen zur Tatzeit gegen 20.20 Uhr am Donaudamm beim Pionierübungsplatz gemacht haben, werden gebeten, sich mit der Kripo Ingolstadt, Tel. 0841 / 9343-0 in Verbindung zu setzen.

500 Prozent mehr Zuwanderer-Straftaten in Ingolstadt seit 2015

Die bayerische Großstadt Ingolstadt, die literarische Heimat Frankensteins, wurde seit 2015 zu einem Brennpunkt der Zuwandererkriminalität, wie auch der angrenzende Landkreis Eichstätt mit seinen zahlreichen staatlichen und Bischöflichen Asyleinrichtungen und der so genannten „Zentralen Abschiebehaftanstalt". PI-NEWS berichtete bereits 2017 über die ungewöhnliche Häufung von Sexualdelikten durch Merkel-Migranten direkt in Seehofers Kinderstube!

Wie ein Ingolstädter Polizeisprecher unlängst erklärte, stiegen die Straftaten durch Zuwanderer allein auf dem Ingolstädter Stadtgebiet von 150 Delikten im Jahr 2014 über 600 in 2015 auf 950 im vergangenen Jahr. Dabei handelt es sich vorwiegend um „Diebstähle und Körperverletzungen" – eine Steigerung um 500% in zwei Jahren. Aber auch der Drogenhandel durch dunkelpigmentierte Neu-Oberbayern floriert derzeit in den Landkreisen. Zuletzt lag die Zahl registrierter Straftaten durch Migranten 2017 bei „weit über 1.000" allein bis Oktober 2017.

„Man darf jetzt nicht in Hysterie verfallen", erklärte Polizeisprecher Werner Semmler von der Ingolstädter Polizei die „zufällige Häufung" sexueller Belästigungen in „Horst Seehofers Kinderstube". Sicherlich liegt es nur am „gestörten Sicherheitsgefühl" der Bevölkerung. Deutschland wird immer sicherer … zu einem Masseneinwanderungs- und Massenvergewaltigungsland.

Aktuelle Bereicherungen aus der Bunten Republik Körperverletzungsdelikt: Bonner Polizei sucht diesen Mann

PI pi-news.net/2018/04/koerperverletzungsdelikt-bonner-polizei-sucht-diesen-mann

April 29, 2018

Die Bonner Polizei sucht mit diesen Aufnahmen einer Überwachungskamera nach dem Gewalttäter. Warum die Fotos erst jetzt, sieben Monate nach der Tat, veröffentlicht wurden, kann man unter poststelle.bonn@polizei.nrw.de erfahren.

Die Bonner Polizei veröffentlicht Fotos eines bislang Unbekannten, der verdächtig ist, am 19.09.2017 auf dem Gelände der Bertolt-Brecht-Gesamtschule einen 15-Jährigen verletzt zu haben. Gegen 20:10

Uhr soll der mutmaßliche Täter den Jungen aus einer größeren Personengruppe heraus nach einem kurzen Streit geschlagen und getreten haben. Anschließend soll sich der Tatverdächtige entfernt und an der Haltestelle Schlesienstraße einen Bus der Linie 601 bestiegen haben. In dem Bus wurde er von einer Überwachungskamera aufgezeichnet. Da die bisherigen Ermittlungen nicht zur Identifizierung der Person geführt haben, werden nun auf richterlichen Beschluss Fotos des jungen Mannes veröffentlicht. Wer Angaben zur Identität der abgebildeten Person machen kann, wird gebeten sich unter der Rufnummer 0228/150 mit der Ermittlungsgruppe Tannenbusch in Verbindung zu setzen.
Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Bamberg: Schwere Verletzungen fügte am frühen Sonntagmorgen ein 31-Jähriger mit einer abgebrochenen Flasche einem anderen Mann im Bamberger Sandgebiet zu. Nach Ermittlungen der Kriminalpolizei Bamberg sitzt der tatverdächtige irakische Staatsangehörige nun auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Bamberg in Untersuchungshaft. Der 31 Jahre alte, alkoholisierte Mann war gegen 4 Uhr in der Dominikanerstraße unterwegs und pöbelte dort Passanten an. Dabei war auch ein 36-Jähriger, der vor einem Restaurant in der Oberen Sandstraße, Ecke Straße „Katzenberg", saß. Beide Männer gerieten zunächst verbal in Streit. Nach bisherigen Erkenntnissen griff der 31-jährige Tatverdächtige dann unvermittelt nach einer am Boden befindlichen Glasflasche, zerschlug sie und attackierte damit seinen Kontrahenten in Richtung Kopf- und Halsbereich. Bei der Abwehr der Angriffe verletzte sich der 36-Jährige schwer an den Händen und Unterarmen. Anschließend ging der Tatverdächtige gegen sein Opfer auch noch mit den Fäusten vor. Als der Verletzte nach Hilfe rief, ließ der 31-Jährige von ihm ab und flüchtete zu Fuß in Richtung Ringleinsgasse. Nach der Versorgung durch einen Notarzt kam der Verletzte in ein Krankenhaus. Sogleich fahndeten mehrere Streifenbesatzungen nach dem Tatverdächtigen und konnten ihn wenig später in der Nähe des Tatortes vorläufig festnehmen. Die weiteren Ermittlungen übernahmen Beamte der Kriminalpolizei Bamberg in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft ordnete die Vorführung vor den Ermittlungsrichter an. Am Montagnachmittag erging gegen den irakischen Beschuldigten Haftbefehl wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung. Er sitzt nun in einer Justizvollzugsanstalt ein.
Hamburg: Das Opfer wurde mit einem Bauchstich in die Klinik gebracht. Polizei sucht nach dem Verdächtigen, einemdunkelhäutigen, jungen Mann. Im U-Bahnhof Horner Rennbahn ist ein 21-Jähriger am Freitag gegen 22 Uhr mit einem Messer verletzt worden. Der polizeiliche Lagedienst bestätigte den Vorfall. Das Opfer erlitt eine schwere Verletzung im Bauch und wurde mit einem Notarzt in ein Krankenhaus gebracht. Nach ersten Angaben besteht keine Lebensgefahr. Seine 20-jährige Begleiterin wurde ins Gesicht geschlagen, wie die Polizei mitteilte. Die junge Frau erlitt einen Schock und wurde ebenfalls ins Krankenhaus gebracht. Die beiden seien mit einer Gruppe von etwa neun Menschen aneinandergeraten, hieß es. Worum es in dem Streit ging, war noch unklar – ebenso die Nationalitäten der Beteiligten. Noch auf dem Bahnsteig haben Beamte einen Mann vorläufig festgenommen. Es soll sich dabei aber nicht um den Täter handeln, hieß es weiter.
Herne: In den frühen Nachmittagsstunden des gestrigen 26. April wurden Polizeibeamte zu der an der Holsterhauser Straße in Wanne gelegenen Schule gerufen. Dort hatten fünf männliche Jugendliche, die nicht auf diese Schule gehen, gegen 14.15 Uhr einen Klassenraum betreten. Die Gruppe pöbelte herum und entwendete eine auf einem Tisch liegende Handyhülle. Als eine Lehrerin die Jugendlichen aus dem Gebäude verwies, liefen sie in Richtung Dorstener Straße davon. Zuvor hatte einer der Beteiligten die Hülle auf den Boden geschmissen. Im Rahmen der Ermittlungen stellte sich heraus, dass einer der fünf Tatverdächtigen, der eine korpulente Figur hat, vor dem Betreten des Klassenraums einer Schülerin, an den Po gefasst hat. Die fünf Jugendlichen, augenscheinlich Südländer, sind 15 bis 17 Jahre alt, haben kurze Haare und waren dunkel gekleidet. Einer soll sich mit einem blauen Fahrrad entfernt haben. Das in Sachen Hausfriedensbruch, Diebstahl und sexuelle Belästigung ermittelnde Herner Kriminalkommissariat 35 bittet unter den Rufnummern 02323 / 950-8510 sowie 0234 / 909-4441 (Kriminalwache Bochum) um Hinweise.
Straubing: Am frühen Morgen des Samstag, 21.04.2018, gegen 03.30 Uhr kam es am Ludwigsplatz Höhe Hausnummer 6 zu einem Streit und einer anschließenden körperlichen Auseinandersetzung

zwischen 4 Personen. Im Verlauf des Streits wurde ein 33jähriger Straubinger von drei bislang unbekannten Tätern zunächst mehrmals ins Gesicht geschlagen, bis dieser zu Boden ging. Danach hat einer dieser Täter den am Boden liegenden mit dem Fuß 3 – 4 mal ins Gesicht getreten. Der 33jährige erlitt dabei einen Nasenbeinbruch. Er wurde in das Klinikum Straubing eingeliefert. Eine eingeleitete polizeiliche Fahndung verlief negativ. Die drei bislang unbekannten Tätern
sollen dunkelhäutig gewesen sein. Eine weitere Beschreibung liegt nicht vor.
Essen: Die streitenden Parteien trafen zuvor auf der Grünstraße/ Zum Wolbeckshof aufeinander. Eine 26-Jährige und ein 29-Jähriger waren dort gegen 21 Uhr mit ihrem Hund spazieren, als plötzlich zwei Fahrzeuge sich von hinten näherten und mit einer Vollbremsung hinter den Fußgängern zum Stehen kamen. Durch dieses als aggressiv wahrgenommene Fahrverhalten, habe sich die Essenerin bedroht gefühlt und ihrem Unmut gegenüber den beiden unbekannten Autofahrern lautstark Luft gemacht. Es kam zum verbalen Streit zwischen den vier Personen. Nach kurzer Zeit seien die beiden Männer mit quietschenden Reifen davon gefahren und man habe den Spaziergang in Richtung Am Ziegelteich fortgesetzt. Auf der Plattform seien dann plötzlich die beiden Täter zu Fuß wieder aufgetaucht und hätten ohne Vorwarnung angefangen auf das Paar einzuschlagen. Bei dem Gerangel soll einer der unbekannten Männer einen Stock vom Boden aufgenommen haben und damit dem 29-Jährigen auf den Kopf geschlagen haben, wodurch sich der Essener leicht verletzte. Auch die 26-Jährige verletzte sich bei der Auseinandersetzung leicht. Beide Täter flüchteten anschließend in unbekannte Richtung. Sie könne wie folgt beschrieben werden: Der erste Täter ist männlich, circa 1,75 Meter groß und in etwa 20-30 Jahre alt. Er hatte eine stabile Statur, dunkle Augen und Haare und einsüdländisches Aussehen. Bekleidet war der Mann mit einem dunklen Poloshirt mit roten Streifen am Kragen, einer dunkelblauer Jeans und Turnschuhen. Beim ersten Antreffen fuhr er einen schwarzen Mercedes SUV mit Essener Kennzeichen. Sein Komplize ist circa 1,75 -1,80 Meter groß und etwa 30 Jahre alt. Er hatte ebenfalls ein südländisches Aussehen, dunkle Haare und „eisblaue“ Augen. Er trug während der Tat ein helles T-Shirt und eine Jeans. Bei dem ersten Antreffen fuhr der Mann einen schwarzen Coupé.

Afghanen „messern“ und beißen Ordnungsdienst

Saalfeld: Nach einer Auseinandersetzung vor einem Saalfelder Klubhaus in der Nacht zum Sonntag ermittelt die Polizei gegen einen 18-jährigen Asylbewerber wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung. Wie die Polizei am Montag mitteilte, stehe der Mann aus Afghanistan in dringendem Verdacht, im Verlaufe eines Streites auf einen 29-Jährigen mit einem Messer eingestochen und diesen dabei verletzt zu haben. Nach ersten Zeugenaussagen soll es vor dem Objekt, in dem zur Tatzeit eine Musikveranstaltung stattfand, zu einem Streit zwischen den dort am Einlass tätigen Securitymitarbeitern und einer Gruppe junger Asylbewerber gekommen sein. Der Streit kam offenbar auf, als der Sicherheitsdienst einem minderjährigen und einem bereits merklich alkoholisierten Jugendlichen der Gruppe den Zugang verwehrte. Ein 21-jähriger Afghane soll daraufhin mehrere Personen des Sicherheitsdienstes beschimpft und zwei von ihnen gebissen haben. Gegen ihn werde nun ebenfalls wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ermittelt. Sein 18-jähriger Begleiter soll mit einem Messer auf einen Mitarbeiter eingestochen und diesen trotz dessen Abwehrbewegungen noch leicht am Bauch getroffen sowie verletzt haben. Der 18-Jährige wurde durch die Polizei vorläufig festgenommen. Gegen den Mann werde aktuell wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ermittelt. Die Staatsanwaltschaft Gera stelle aktuell einen Haftantrag gegen ihn, über welchen ein Ermittlungsrichter entscheiden werde.

Ausländer schlagen Frauenbeschützer

Ottnang am Hausruck: Er wollte seine Freundin und eine Bekannte verteidigen – das bekam einem 20-Jährigen aus dem oberösterreichischen Ottnang am Hausruck schlecht. Der junge Mann hatte sich in einer Disco in Regau eingemischt, als die beiden Frauen von mehreren Männern massiv belästigt wurden. Der Vorfall passierte am Sonntag in den Morgenstunden in der Regauer Disco „Max & Moritz“. Das spätere Opfer war dort mit seiner Freundin und deren Freundin. Die beiden jungen Damen wurden gegen 3.30 Uhr früh von mehreren Männern – es könnte sich dem Vernehmen nach um Ausländer gehandelt haben – „angebaggert“. Und zwar derart massiv, dass sich der junge Ottnanger einmischte und die zudringlichen Typen aufforderte, die Mädchen in Ruhe zu lassen. Seine Zivilcourage kam dem 20-Jährigen aber teuer zu stehen: Die fünf bis sechs Männer gingen

gemeinsam auf ihn los, er bekam mehrere Faustschläge gegen den Kopf. Die bisher noch unbekannten Sextäter flüchteten vorm Eintreffen der Polizei. Der 20-Jährige wurde mit Kopfverletzungen ins Salzkammergut-Klinikum Vöcklabruck eingeliefert. (Artikel übernommen von Krone.at).

Dunkelhäutiger wirft Pflasterstein auf Pärchen

Aachen – Euskirchen: Am Sonntag, den 22.04.18 gegen 01:00 Uhr fuhren zwei Reisende (Mann und Frau) mit dem Zug RB 24 – Zugnummer:11 457 von Köln in Richtung Kall. Bei einem planmäßigen Stopp am Bahnhof in Euskirchen hielten sich die zwei Reisenden in der Nähe der offenen Waggontür auf, als plötzlich ein Plasterstein (Größe ca. 10×10 cm) wenige Zentimeter am Kopf des Mannes vorbei, in den Zugwaggon flog. Die beiden Reisenden hatten großes Glück, dass sie durch den Steinwurf keine Verletzungen erlitten haben. Der Steinwurf soll aus einer Entfernung von 3-4 Metern aus einer 4-köpfigen Männergruppe erfolgt sein. Der Steinewerfer wird auf ca. 25 Jahre, schlank und mit dunkler Hautfarbe beschrieben. Die Gruppe soll aus Männern südländischen oder afrikanischen Typs bestanden haben. Weitere Hinweise konnten die sichtlich schockierten Personen nicht machen.

Araber werfen Fahrrad über eine Brüstung auf Passanten

Marburg: Ein über die Brüstung von der Treppe zum Ortenbergsteg in die Tiefe geworfenes Fahrrad verfehlte auf dem Vorplatz am Hauptbahnhof stehende Passanten nur ganz knapp und richtete glücklicherweise keinen Schaden an. Was genau zuvor passierte und ob es sich um eine gezielte oder aus einer Reaktion heraus unkontrollierte Aktion handelte, ist Gegenstand andauernder Ermittlungen. Das wie sich herausstellte bereits am 07 März in Gießen gestohlene Rad stellte die Polizei sicher. Zeugen informierten die Polizei über ein vorangegangenes, lautstarkes Streitgespräch auf der Plattform der Treppe zum Ortenbergsteg. Einige der Beteiligten hätten die Plattform dann zum Ortenberg hin verlassen. Übrig blieben drei Personen im Alter zwischen 17 und 20 Jahren. Sie sprachen vermutlich arabisch. Einer trug ein weißes, einer ein blaues T-Shirt und vom dritten ist lediglich die getragene weiße Kappe bekannt. Aus dieser Gruppe heraus wurde das Fahrrad über die dort 1,50 Meter hohe Brüstung in die Tiefe geworfen. Das Rad prallte in unmittelbarer Nähe der Zeugen auf den Boden. Eine Zeugin erlitt trotz eines kurzen Kontakts mit dem Rad keine Verletzungen. Die drei Männer flüchteten nach der Aktion ebenfalls zum Ortenberg. Zwischen den Personen auf der Plattform und den Zeugen auf dem Vorplatz gab es vor der Aktion mit dem Rad keinen Kontakt. Sie waren auch nicht an dem vorangegangenen lauten Streit beteiligt. Die Fahndung nach den Männern blieb ohne Erfolg. Der Vorfall war am Samstag, 21. April, gegen 19.50 Uhr.

„Südländer“ schlägt 76-Jährigen

Bochum: Zivilcourage hat ein Passant am Mittwoch, 25. April, in der Bochumer Innenstadt bewiesen. Durch sein Eingreifen beendete er einen gewalttätigen Übergriff auf einen 78-Jährigen Bochumer. Die Polizei fahndet nach dem Täter. Der Senior hatte mit seiner Ehefrau (76) im Bus der Linie 345 (Fahrrichtung Innenstadt) gesessen und wollte gegen 13.30 Uhr an der Bongardstraße aussteigen. Im Türbereich wurde er von einem Mann, dem es offenbar nicht schnell genug ging, mehrfach in den Rücken gestoßen. Als der 78-Jährige den Mann nach dem Aussteigen zur Rede stellte, schlug dieser ihm unvermittelt mit der Faust ins Gesicht, woraufhin der Senior verletzt zu Boden ging. Der Täter schrie ihn daraufhin an und beleidigte ihn. Seine 76-jährige Frau stellte sich schützend vor ihn, doch der Täter holte erneut aus. Ein unbekannter Passant verhinderte Schlimmeres. Er eilte herbei und stand dem Ehepaar bei. Der Täter ließ daraufhin von dem Paar ab und flüchtete links von der örtlichen Baustelle über die Kortumstraße. So wird der Täter beschrieben: männlich; 35-40 Jahre alt; kurze, schwarze Haare; vernarbtes Gesicht;„südländisches“ Aussehen;

Massenschlägerei zwischen Türken und Asylanten

Reutte (Österreich): Eine Massenschlägerei löste am Sonntag Nachmittag in Reutte einen Großeinsatz der Polizei aus! Zwei Gruppen von Türken und Asylwerbern droschen wie wild aufeinander ein – die Ermittler sprechen von rund 20 Beteiligten. Um die Lage unter Kontrolle zu bringen, musste die Exekutive sogar Tränengas einsetzen. Es gab sieben Verletzte! Die sommerlichen Temperaturen haben ein paar Hitzköpfen am Sonntag in Reutte offenbar nicht so gut getan: Kurz vor 17 Uhr flogen am Isserplatz plötzlich die Fetzen! Eine Gruppe von Türken matchte sich mit Asylwerbern. Der Grund ist laut Polizei „noch völlig unklar“. Ein Beamter sprach im „Krone“-Gespräch von bis zu 20 Beteiligten. Eine zufällig vorbeifahrende Polizeistreife wollte die Raufbolde trennen –

doch das war gar nicht so einfach. Letztlich musste sogar Tränengas eingesetzt werden. Zudem wurde Verstärkung angefordert! Bei einem Türken wurde ein illegaler Schlagring sichergestellt – über ihn wurde ein vorläufiges Waffenverbot verhängt. Insgesamt sieben Personen mussten mit Verletzungen ins Krankenhaus Reutte gebracht werden. Im Zuge der Amtshandlung gab es dann noch einen Pefferspray-Einsatz – weil ein Türke auf einen Beamten losgehen wollte (Artikel übernommen von Krone.at).

Asylanten randalieren in Kirchen

Chemnitz: Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage ist eine Kirche in Chemnitz durch Vandalismus beschädigt worden. An der Petrikirche am Theaterplatz wurden am Montagabend mehrere Scheiben von Bleiglasfenstern eingeworfen. Für die Tat soll derselbe Mann verantwortlich sein, der bereits am Wochenende die Kirche St. Markus auf dem Sonnenberg eingedrungen war und dort ebenfalls randaliert hatte. Er wurde in der Kirche vorläufig festgenommen. Bei dem Tatverdächtigen handelt es sich um einen 24 Jahre alten Asylbewerber aus Pakistan. Der an der Kirche entstandene Sachschaden beläuft sich nach Polizeiangaben auf rund 3000 Euro. Der Tatverdächtige soll deutliche gesundheitliche Probleme haben. Ein politisches oder religiöses Motiv seines Tuns hatte der Staatsschutz bislang ausgeschlossen. Das Chemnitzer Amtsgericht erließ noch am Dienstag einen Unterbringungsbefehl gegen den 24-Jährigen. Der Mann wird laut Polizei in einer Fachklinik untergebracht.

Auch in der Schweiz mag ein „geistig verwirrter" Somalier keine Kirchen und legt Feuer:

Ein vorerst Unbekannter hat am Donnerstag diverse Tücher auf Altären und Holztischen in der Klosterkirche in Pfäfers angezündet. Der Täter benutzte dazu Kerzen, die sich in der Kirche befanden. Ferner wurden mehrere Kerzenständer und Statuen sowie die Kanzel und die Orgel beschädigt, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Eine Auskunftsperson alarmierte gegen 16 Uhr die Polizei und konnte den Brand noch vor Eintreffen der Patrouille selbstständig löschen. Die Kantonspolizei St. Gallen machte bei der Fahndung einen 28-jährigen Somalier ausfindig, der gemäss jetzigen Erkenntnissen für die Taten verantwortlich ist. Der Mann ist verwirrt und befindet sich in einer entsprechenden Einrichtung. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere zehntausend Franken.

Weitere Verwerfungen in Bayern München: Eritreer zerrt 19-Jährige im Manzinger Park ins Gebüsch

pi-news.net/2018/11/muenchen-eritreer-zerrt-19-jaehrige-im-manzinger-park-ins-gebuesch

6. November 2018

München - ein illegal eingewanderter Eritreer zerrte eine Münchnerin ins Gebüsch und würgte sie am Hals. Die Übergriffe der Merkel-Gäste in München werden immer brutaler. Merkels Rache an Bayern?

Von MAX THOMA | Eine junge Münchnerin wurde Samstag Nacht zum Opfer eines brutalen Sexualdelikts. Wie die Kripo München berichtet, ging die 19-jährige Deutsche durch den Manzinger Park, als sie plötzlich ein Mann attackierte,

umklammerte und die geschockte Frau mit aller Gewalt in ein nahe gelegenes Gebüsch zerrte.
Wie die Münchner Kriminalpolizei am Montag berichtete, hielt der Vergewaltiger seinem Opfer dann den Mund zu und würgte die Frau gleichzeitig am Hals. Die Münchnerin wehrte sich jedoch so heftig, dass der schmächtige (und wohl noch von der Flucht geschwächte) Afrikaner von ihr ablassen musste. Sie rannte davon und verständigte sofort die Polizei, auch der Täter flüchtete.
Bei einer unverzüglich eingeleiteten Fahndung konnte in Tatortnähe ein 30-jähriger Eritreer festgenommen werden. Der steuersubventionierte Merkel-Ork wurde dem Polizeipräsidium München überstellt. Dort erließ der Ermittlungsrichter zunächst einen Haftbefehl. Die 19-jährige Münchnerin erlitt durch den Vorfall Verletzungen im Bereich des Halses und im Gesicht.
Bemerkenswert ist allerdings, wie die linksgrüne Münchner Presse über die erhebliche Sexualstraftat berichtet:
Der komisch-befremdliche tz-Aufmacher:
„Mann schubst Münchnerin (19) in Gebüsch und will sie vergewaltigen"
Durch das perfide „Geschubse-Geschwurbel" der Titelzeile in harmloser Gute-Kita-Sprache möchte die „tz" eine weitere schwere Straftat durch illegale Scheinasylanten in München relativieren. Das „subjektive Sicherheitsgefühl" in der Landeshauptstadt soll nicht leiden – im Gegensatz zu den nächsten arglosen weiblichen Opfern … Beim Schlüsselwort „Mann" ist aber fast alles klar, sogar im linksgrünen München.
Die „Süddeutsche Zeitung" lügt wie immer „wie gedruckt":
Polizei fasst Täter nach sexuellem Übergriff
Mit ein paar Schrammen kam zum Glück eine 19-jährige Münchnerin davon, die sich erfolgreich gegen einen sexuellen Übergriff wehrte. Die junge Frau war am Samstag gegen 2.50 Uhr im Manzinger Park in Pasing unterwegs, wo sie ein unbekannter Mann am Arm fasste und in ein Gebüsch schubste. Dort hielt er ihr den Mund zu und packte sie am Hals. Als sich die 19-Jährige wehrte, ließ der Mann von ihr ab, so dass sie davon laufen und die Polizei verständigen konnte. Die konnte in Tatortnähe schnell einen 30-Jährigen ohne festen Wohnsitz festnehmen, gegen den Haftbefehl erlassen wurde.
„30-Jähriger ohne festen Wohnsitz" – und ohne Worte…
Die linke Täterschutzpresse wiegt München in „Sicherheit"
Auch am Ostermontag vergewaltigte ein illegaler Eritreer im Münchner Westen direkt beim Schloss Nymphenburg – der allerbesten Wohngegend im feinen Nymphenburg-Obermenzing – eine junge Frau, ein Zufallsopfer aus der Trambahn. Sie konnte sich noch aus eigener Kraft befreien und wurde schwer verletzt. Auch hier verschwieg Prantls Lügenblatt die Täterherkunft beflissentlich, obwohl sie expressis verbis im Polizeibericht angeführt wurde! Wie so oft seit Beginn der Massenmigration aus allen archaischen Kulturen der Erde ist die „Süddeutsche Zeitung" zu feige, die nackte Wahrheit zu schreiben – denn es könnte Teile ihrer linksintellektuellen Leserschaft verunsichern. Die Münchner Tageszeitung besticht seit langem mit Tiefgang, vor allem in der Auflage – jedoch keineswegs in investigativer Wahrheitsfindung. Prantls Alpenprawda-Elaborat wandelt mittlerweile auf einem schmalen roten Grad – denn der oberste Volkserzieher des lebensgefährlichen Mainstreams macht sich

mittlerweile vielfach mitschuldig durch Informations-Unterlassung mit gezieltem Tatvorsatz.

Heribert hat wieder mitvergewaltigt

Nach den vielen Vergewaltigungsdelikten in den letzten Monaten vor allem im mondän-saturierten Münchner Westen durch illegale Asylforderer und importierte Kriminelle wiegen sich noch immer genug adrette Münchnerinnen in vermeintlicher Sicherheit im nächtlichen Großstadt-„Dschungel":

Das CSU-Motto „Sicherheit ist unsere Leidenschaft" wird von der SZ ad absurdum geführt. Klar ist nur, dass ihre mutwillige Unterschlagung von Fakten immer noch mehr „Leiden schafft". Vor allem bei Münchner Frauen von 15 bis 85 – PI-NEWS berichtete unzählige Male aus dem Asyl-Brennpunkt München und den vom linken „Mainstream" verschwiegenen vielfachen Migranten-Vergewaltigungen an den Münchnerinnen allein in den letzten zwei Jahren!

„Schänder-Studies" im Münchner Westen

All diese brutal attackierten, für's Leben geschockten und geschändeten Joggerinnen, Studentinnen, Clubbesucherinnen, Hausfrauen, Schülerinnen oder Rentnerinnen sind auch im „sicheren" München Opfer einer historisch einmalig verwirrten Umsiedlungs-Sekte geworden. Als geistiger Brandstifter dieser menschenverachtenden links-„liberalen" Lenkungskaste steht wie immer Heribert Prantl an vorderster Front – immer noch der brandgefährliche ideologische Strippenzieher der Lügdeutschen Vertuschungs- und Täterschutzpresse.

Und die AZ bemerkt schlussendlich zu dem brutalen Übergriff im Manzinger Park:

Anmerkung der Redaktion: Aufgrund der Flut an unsachlichen Kommentaren mit teilweise strafrechtlich relevantem Inhalt sehen wir uns gezwungen, die Kommentarfunktion für diesen Beitrag zu deaktivieren. Wir bedauern, dass eine sachliche Diskussion zu diesem Thema offenbar nicht möglich ist.

Verwerfungen in Baden-Württemberg Stuttgart: Gambier vergewaltigt 17-Jährige im Schlossgarten

pi-news.net/2018/11/stuttgart-gambier-vergewaltigt-17-jaehrige-im-schlossgarten

6. November 2018

Stuttgart - ein illegal eingewanderter Gambier vergewaltigte "offensichtlich" ein Mädchen hinter dem "Neuen Schloss" - nun sitzt er hinter "Schloss und Riegel".

Von DAVID DEIMER | Nach einem „eindringlichen Zeugenhinweis“ nahmen Stuttgarter Polizeibeamte am Samstag einen 23-jährigen Gambier fest. Einsatzkräfte entdeckten den Tatverdächtigen, als er gerade offensichtlich eine junge Frau vergewaltigte.

Die Polizisten entdeckten die afrikanische Unterleibs-Fachkraft gegen 17.30 Uhr an der Rückseite des „Neuen Schlosses“ in der Stuttgarter Innenstadt. Als die Polizei am Ort des Geschehens eintraf, soll der 23-Jährige noch immer erhebliche sexuelle Handlungen an der jungen Frau vorgenommen haben und ließ sich auch durch die schwäbischen Beamten nicht in seiner Merkel-Mission irritieren, worauf die Streifenpolizisten eingriffen. Dass es dabei nicht nur um den Tatbestand der „Erregung öffentlichen Ärgernisses“ ging, wurde den Einsatzkräften schnell klar:

„Der 23-Jährige führte dabei offenbar sexuelle Handlungen an der Frau durch. Bei der anschließenden Kontrolle teilte die junge Frau mit, dass der Tatverdächtige die sexuellen Handlungen gegen ihren Willen durchgeführt hatte, woraufhin die Beamten den Mann festnahmen“,

heißt es in einer Mitteilung des Polizeisprechers Stephan Widmann vom Montag. Das Gambische Genital-Goldstück wurde am Sonntag einem Haftrichter vorgeführt und sitzt derzeit hinter „Schloss und Riegel“, allerdings nicht hinter dem fürstlichen „Neuen Schloss“.

Illegaler in flagranti

Ein ungewöhnlicher Fall: Erstmals bestand der Vergewaltigungsvorwurf nicht nur aus Augenzeugen- und Opferberichten – die Beamten selbst hatten einen Teil des sexuellen Übergriffes als Zeugen selbst mitverfolgen können. Ob die Szene indes eindeutig war, oder ob sich das Opfer erheblich wehrte oder um Hilfe rief, darüber machte die Polizei zunächst keine Angaben. „Nach den bisherigen Erkenntnissen sehen Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter einen dringenden Tatverdacht für gegeben“, erklärte Staatsanwaltssprecher Heiner Römhild.

Offenbar hatte das 17-jährige Mädchen den Täter in einem Stadtbezirk außerhalb der Innenstadt kennen gelernt. „Wir hoffen hier auf weitere Zeugenhinweise“, sagt Staatsanwalt Römhild. Der Tatverdächtige sei, von der illegalen Einreise abgesehen, der Polizei bisher nicht wegen Straftaten aufgefallen – möglicherweise führt er aber auch wie üblich „mehrere Identitäten“. Hinweise zu der mutmaßlichen Vergewaltigung werden über Telefon 07?11?/ 89?90?- 57?78 entgegengenommen.

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Sexualdelikte in Baden-Württemberg deutlich gestiegen. Der „Sicherheitsbericht“ des Innenministeriums listet für das vergangene Jahr 6.110 Sexualstraftaten auf. Das seien 13 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Als Gründe für die höheren Zahlen nennt das Innenministerium in seinem Bericht Gesetzesänderungen, unter anderem die zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung. Auch der Zuzug von Asylbewerbern habe sich ausgewirkt – denn mehr als 50 Prozent der Tatverdächtigen sind mittlerweile

Nichtdeutsche, wie auch bei der Pressekonferenz zur Freiburger „Massenvergewaltigung“ (RTL) jetzt publik wurde. Die Aufklärungsquote habe mit 79,3 Prozent auf „konstant hohem Niveau“ gelegen.
Das heißt im Umkehrschluss, jede fünfte Vergewaltigung wurde NICHT aufgeklärt.

Was weiß Innenminister Thomas Strobl? Zur Abwechslung Freiburg: Schwerer Vergewaltigungsversuch und Raub

pi-news.net/2018/11/zur-abwechslung-freiburg-schwerer-vergewaltigungsversuch-und-raub

6. November 2018

In der Nacht zum Sonntag wurde eine 23 Jahre alte Frau im Sedanquartier sexuell belästigt und ausgeraubt. Innenminister Thomas Strobl (Bildmitte) sieht derweil keine Verfehlungen seitens der Polizeibehörden oder seines Ministeriums bei den massenhaften Vergewaltigungen in BW.

Von JOHANNES DANIELS | Das international bekannte „Vergewaltigungs-Mekka“ Freiburg kommt nicht zur Ruhe – gleich zwei neue Sexualdelikte schlugen am Wochenende zu Buche: In der Nacht zu Sonntag wurde eine 23-jährige Freiburgerin plötzlich von einem Unbekannten attackiert, vergewaltigt (gemäß §177 StGB) und ausgeraubt, wie der tägliche Polizeibericht der Kripo Freiburg ausführt.

Die Frau war zum Tatzeitpunkt alleine zu Fuß im mittlerweile prekären „Szene-Viertel“ Sedanquartier in Freiburg unterwegs, als sie in der Freiburger Wilhelmstraße von einem dunkelhäutigen Sexualstraftäter angegriffen wurde.

Der Merkel-Gast hielt sie unvermittelt fest, drückte sie an eine Gebäudefassade und begann, die 23-Jährige zu vergewaltigen.

Das Opfer / die Erlebende „sexualisierter Gewalt“ wehrte sich heftig, was dazu führte, dass der Täter in der Folge von ihr abließ.

Der Täter entwendete vor der Flucht jedoch noch die Halskette und das Mobiltelefon seines Opfers, wie in Freiburg seit 2015 „an der Tagesordnung“.

Täterbeschreibung laut Kripo-Freiburg (das übliche Template …):

> Ca. 1,85 m groß, schlanke Statur, gebräunte Hautfarbe und schwarze, leicht gekräuselte Haare, die an den Seiten kurz rasiert waren. Bekleidet war der Täter zur Tatzeit mit einer dunklen Jeans und einem hellen Oberteil.

Die Kriminalpolizei sucht etwaige Zeugen des Vorfalls und ist unter Tel. 0761-8825777 zu erreichen. Die Polizei sucht insbesondere auch einen jungen, blonden Taxifahrer, der in der Tatnacht einen silbernen Pkw-Kombi fuhr und der Geschädigten im unmittelbaren Anschluss an die Tat zur Hilfe kam.

Freiburg: „Schwanzafrikaner“ belästigt Frau in der Habsburgerstraße

Ebenfalls am Wochenende wurde eine 32-jährige Frau gegen 05:00 Uhr auf dem Heimweg im Bereich der Habsburgerstraße/ Ecke Tennenbacherstraße von hinten an der Schulter gepackt. Als sie sich umdrehte stand vor ihr ein bislang unbekannter Merkel-Gast, der an seinem Glied manipulierte und daraufhin flüchtete. Das Genital-Goldstück konnte folgendermaßen beschrieben werden: 180-185 cm groß, Schwarzafrikaner, dünn, trug ein Basecap, Sweatjacke und Jeans und sprach deutsch mit Akzent. Unmittelbar danach kam ein Pärchen dazu, welches die Frau betreute. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet dieses Paar sowie weitere Zeugen, die sachdienliche Angaben machen können, sich unter Tel: 0761-8825777 mit der Kriminalpolizei in Verbindung zu setzen.

Thomas Strobl sieht im Freiburger Fall keine Polizeifehler

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl sieht derweil bei der „Gruppenvergewaltigung“ in Freiburg keine Fehler seitens seiner Behörden. Für 20.000 nicht vollstreckte Haftbefehle hat er eine gute Erklärung: „Bis zur Stunde … kann ich nicht erkennen, dass hier Fehler gemacht wurden“, sagte Strobl am Dienstag zum Vorgehen der Polizei in Freiburg bei der jüngsten „Gruppenvergewaltigung“. Er weise auch zurück, dass etwas vertuscht werden sollte. Es werde aber geprüft, ob alles richtig gemacht worden sei.

Wie PI-NEWS und die WeLT berichteten, geriet Strobl in die Kritik, als bekannt wurde, dass gegen den Hauptverdächtigen bereits seit dem 10. Oktober ein Haftbefehl wegen Drogenhandels vorgelegen hatte. Eine Festnahme war jedoch erst für den 24. Oktober geplant. Strobl rechtfertigte den Nichtvollzug mit „ermittlungstaktischen Gründen“. Die Person sei zunächst nicht auffindbar gewesen, sagte Strobl weiter. Die SPD-Opposition erklärte den Minister daraufhin zum „Sicherheitsrisiko“. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke bezichtigte Strobl der „Lüge“ und forderte seinen Rücktritt.

Ende März 2018 waren in Baden-Württemberg nach Angaben der Bundesregierung knapp 20.000 Haftbefehle offen. „Bei der Masse der offenen Haftbefehle handelt es sich erfahrungsgemäß um Vollstreckungshaftbefehle aufgrund nicht bezahlter Geldstrafen“, rechtfertigte Strobl nun die hohe Zahl. Die Polizei priorisiere nach Strobl „die Haftbefehle aber nach der Gefährlichkeit der Personen“. Wie sich die knapp 20.000 Haftbefehle aufschlüsselten, könne er aber nicht sagen, das werde im Augenblick im grün-schwarzen Ländle nicht statistisch erfasst.

Michael Klonovsky erzählt "Märchen aus 1001 Nacht" in Deutschland:

"Ein Schafzüchter in Velden, Landkreis Landshut, entdeckte eines schönen Morgens einen Mann, der in der Futterscheune in "eindeutiger Stellung" hinter einem seiner Schwarzkopfschafe kniete. "Als der Mann den Züchter bemerkte, sei er sofort davon gerannt", meldet Focus. "Eine Tierärztin untersuchte das Tier. Weil das Schaf zu schwer verletzt war, musste es notgeschlachtet werden." Obwohl sie zu falschen Verallgemeinerungen und Vorurteilen führen kann, wird eine Beschreibung des womöglich allzu leidenschaftlcien Liebhabers vermeldet. Wir distanzieren uns!

***

Ist kein Schaf zuhanden, begnügt sich der wählerische Besucher immer wieder gern mit einer deutschen Frau, etwa hier zu Fürth und mit allmählich geradezu Regelmäßigkeit in Freiburg (hier). Wie sehr die sexuelle Notdurft manchen soeben erst Hereingeschneiten zwackt und plackt, illustriert dieser Fall: Mit Holzlatten hat ein Asylbewerber Mitarbeiter des Landratsamtes und Passanten angegriffen, meldet der online-Dienst schwäbische.de. "Einer der Gründe für seine Aggressionen: Der deutsche Staat habe ihm keine Frau zur Heirat zur Verfügung gestellt."

Ein vergleichbar enttäuschter 20jähriger Libanese hat am vergangenen Samstagabend hat eine Frau auf der Weserbrücke in Rinteln belästigt. "Diese wehrt sich gegen die Belästigung und sprüht den Angreifer mit Pfefferspray ein", meldet die Polizei. "Dieser Vorfall wurde durch einen Zeugen den eingesetzten Polizeibeamten geschildert. Dadurch, dass sich die junge Frau vor dem Eintreffen der Polizei entfernt hat und sie nicht zu der Belästigung befragt werden konnte, wird gegen die bis jetzt unbekannte Frau wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt." Weiber, aufgemerkt! Wenn ihr euch schon sträuben und mit Pfefferspray hantieren müsst, immer schön bei eurer Spontanbekanntschaft bleiben, bis die Polizei kommt und euch nach Gründen für die Zickerei befragt!

Nachdem sich die Maid durch Flucht ihrer Verantwortung entzogen hatte, schlug der nun zu Recht erzürnte Libanese am Marktplatz "auf mehrere Personen ein". Danach warf er eine gefüllte Glasflasche "in Richtung einer Personengruppe, die diesen Angriff beobachtet hat". Gegen Libanesen wird wegen mehrerer Körperverletzungen ermittelt."

Quelle/URL: https://www.michael-klonovsky.de/acta-diurna/item/987-7-november-2018

Schüsse - Explosion - Todesopfer Freitags in Melbourne – Terrorangriff durch Somalier

pi-news.net/2018/11/freitags-in-melbourne-terrorangriff-durch-somalier
9. November 2018

Von JEFF WINSTON | Wieder Freitags, wieder Melbourne, wieder ein Auto-Dschihad, wieder ein islamischer Somalier. Trotz „No-Way"-Immigrationspolitik kommt die Stadt nicht zur Ruhe. In der australischen Metropole hat ein Dunkelhäutiger Passanten und Polizisten mit einem Küchenmesser angegriffen – zuvor brachte er seinen Pick-Up zur Explosion. Das Stadtzentrum von Melbourne wurde großräumig gesperrt. Eines der Zufallsopfer wurde von dem „Schutzsuchenden" ermordet.

Bei einem Terrorangriff (dpa: „mutmaßlichen Terrorangriff") in der Innenstadt der Millionen-Metropole Melbourne fuhr der Sprenggläubige am Freitag zunächst in ein Haus in der belebten Bourke Street und brachte sein Fahrzeug zur Explosion. Danach sprang er aus dem brennenden Fahrzeug und attackierte mit einem Messer zunächst umstehende Passanten und ging sogleich auf die alarmierten Polizisten los. Dabei verletzte er einen Mann tödlich, zwei weitere Menschen wurden schwer verletzt. Der Somalier wurde dann von der australischen Polizei niedergeschossen und verendete kurze Zeit später im Krankenhaus.

Messermigrant hatte Kontakte zur islamischen Szene

Der „hinreichend polizeibekannte Täter" war als Flüchtling bereits in den 90er Jahren aus Somalia als Asylsuchender eingewandert und lebte in einem nordwestlichen Vorort von Melbourne. „Wir behandeln dies als terroristischen Zwischenfall", sagte ein Polizeisprecher. Nach Berichten des „Guardian" soll der Angreifer vielfältige Kontakte in die boomende islamische Szene von Melbourne gehabt haben. Der klassische Auto-Dschihad gemäß dem

gottesfürchtigen „Inspire-Magazin“ auf der belebten Bourke Street wurde geistesgegenwärtig von mehreren Augenzeugen auf Handy-Videos gefilmt. Man sieht, wie der Mörder in der Nähe eines brennenden Autos mit einem Messer auf mehrere Beamte in Uniform losgeht. Polizeisprecher Graham Ashton konstatierte: „Er ist polizeibekannt. Hauptsächlich durch weitere polizeibekannte Verwandte.“ Bei dem getöteten Passanten handelt es sich nach Augenzeugenberichten um einen 60 Jahre alten Mann.

Die Männer-Vogue der radikalen Moslems

Laut dpa „geriet der Wagen vor einem Geschäft in Flammen“. Augenzeuge Markel Villasin berichtete, dass die Polizei „gut zwei oder drei Minuten“ versucht habe, den um sich stechenden Mann außer Gefecht zu setzen. „Viele Australier haben geschrieen: „Erschießt ihn einfach, erschießt ihn.““ Die Polizei versuchte zunächst aber nach dem Goldstück-ressourcenschonenden „Renate-KünAXT-Approach“, ihm de-eskalierend zuzureden und ihn wohlbehalten zu überwältigen.

Im Jahr 2017 kam es in Melbourne bereits zu mindestens drei islamisch-motivierten Anschlägen mit horrendem Ausgang: Im Januar fuhr ein bekennender Muslim in der Flinders Street in eine Menschenmenge und tötete sechs Menschen – 30 andere Australier wurden teils lebensgefährlich verletzt. Im Dezember fuhr der afghanische „Flüchtling“ Saeed Noori ebenfalls in der belebten Flinders Street in eine Menschenmenge und verletzte 18 Menschen schwer. Bei seiner Festnahme sprach er von „Allah“. Vielleicht hatte Noori das falsche Buch gelesen, oder einfach nur die neue Ausgabe des Dschihad-Hochglanz-Inspire Magazins, der „Männer-Vogue des Islams“. Im Juni 2017 verübte der Somalier Yacqub Khayre, 32, einen Terrorangriff im Melbourner Stadtteil Brighton mit einem Todesopfer im Namen des „Islamischen Staates“!

Bertelsmanns n-tv berichtet von „einem Mann“ und relativiert submissiv:

„Die Polizei berichtete von ‚wenigen Menschen‘, die Stichwunden erlitten hätten. Nach Angaben von Rettungssanitätern vor Ort habe der Angreifer drei Menschen möglicherweise lebensgefährlich verletzt. Laut Polizei sind die Hintergründe der Tat bislang unklar. Die Polizei erklärte, die Beamten seien während des Feierabendverkehrs wegen eines brennenden Autos in die Innenstadt gerufen worden. Sie forderte die Bevölkerung auf, den Bereich der Stadt zu meiden, auch wenn es derzeit keine Hinweise auf weitere Verdächtige gebe“.

Ähnlich wie fast alle zivilisierten Staaten, die USA, Japan, Schweiz, Österreich, Ungarn, Dänemark, Italien, Polen oder Israel, wird auch Australien den völlig „unverbindlichen“ (ZEIT) afro-islamischen Teufelspakt „UN Global Compact on Migration“ nicht ratifizieren. Im Gegensatz zur Blutraute und ihrem Desinformations-Schergen Außenmini Heiko Maas“.

Vom „Lebens-Abschnitts-Partner“ vor Kind ermordet Dortmund: Iraker metzelt Ex-Freundin und stellt Mordfotos ins Internet

pi-news.net/2018/11/dortmund-iraker-metzelt-ex-freundin-und-stellt-mordfotos-ins-internet
8. November 2018

Der multikulturelle Multi-Media-Mörder Nibras Hussein fand noch Zeit und Muße, nach dem Abschlachten der Mutter seiner Kinder die Mordfotos stolz im Internet zu präsentieren. Soviel Zeit muss sein - Insch'Allah - dachte er sich. Die deutsche Täterschutzpresse schweigt.

Von JOHANNES DANIELS | Grausamer Täterstolz! Zunächst schlachtete der Iraker Nibras Hussein Jindi (31), vor den Augen ihres gemeinsamen Sohnes seine Lebensgefährtin regelrecht mit einem Küchenmesser ab, dann lud er die Fotos seiner Bluttat noch stolz ins World-Wide-Web hoch.

Wie erst gestern bekannt wurde, eskalierte am Dienstag vergangener Woche ein Streit zwischen dem polizeibekannten Nibras Hussain und der Mutter seiner beiden Söhne, Tschiman Fattah, in ihrer Wohnung des Opfers in Dortmund-Scharnhorst. Nach einem kurzen Disput stach der Mörder unvermittelt auf die 31-Jährige ein. Der jüngste Sohn (3) schlief zu diesem Zeitpunkt, sein Bruder (6) musste die Tat jedoch mit ansehen, wie so häufig in diesen Fällen. Das schwer traumatisierte Kind zeigte den Polizeibeamten später, wie sein Vater auf die Mutter einstach.

Lebensgefährlicher Lebensgefährte

Der bestialische Mord wäre zu verhindern gewesen. Bereits im Oktober ging die Jesidin Tschiman Fattah zur Polizei und erwirkte ein Annäherungsverbot gegen den lebensgefährlichen Lebensgefährten. Der „Schutzsuchende" durfte sich ihr – rein theoretisch – nicht mehr nähern und musste bei der Polizei alle Schlüssel abgeben. Einen behielt er jedoch. Ersten Ermittlungen der Mordkommission nach schloss Nibras Hussain damit am letzten Dienstagabend die Wohnungstür auf. Das Tatmesser hatte er bereits dabei – die Voraussetzungen für einen lupenreinen „Mord" sind daher erfüllt. Sehr zum Leidwesen der Scharia-freundlichen Richter*Innen im Kalifat Mordrhein-Vandalien.

Nach dem Abschlachten wählte Nibras Hussain sodann den Notruf: „Ich habe gerade Frau erstochen." Der Bruder des Opfers kann noch immer nicht glauben, was sein Schwager getan hat: „Ich sah das Blut im Flur, das Siegel der Kripo. Ich wusste, was geschehen war. Dennoch habe ich nach meiner Schwester gerufen. Bis dann Nachbarn kamen und sagten: ‚Es tut uns leid, aber da macht niemand mehr auf…'"

Der Dortmunder Staatsanwalt Henner Kruse: „Wir haben Haftbefehl wegen heimtückischen Mordes aus niederen Beweggründen beantragt". Ein Richter erließ daraufhin vorläufige Untersuchungshaft. Die jesidische Eltern stammen ursprünglich aus dem Irak, suchten „Schutz" in Deutschland und hatten sich vor zehn Jahren in Deutschland kennen gelernt. Tschiman Fattah schenkte ihrem Mörder zwei Jungen, sie fuhren „ein schickes Auto, unternahmen gemeinsame Reisen" (BILD). Vielleicht zu viele Reisen, denn Nibras ging mit einer „Security-Firma" pleite und jobbte als Kellner und Reinigungskraft. Der Bruder des Opfers: „Er stellte ihr ständig nach, bedrohte sie. Meine Schwester wollte nicht nur putzen und kochen. Sie träumte von einem eigenen Friseursalon."

„Klagelieder" – im Irak tötete der IS die Frauen – in Deutschland archaische Mörder

Rund 200 Familienangehörige und Freunde kamen am Mittwoch zur Beerdigung auf das jesidische Friedhofsfeld auf dem Friedhof Lehmbacher Weg in Köln. Nachdem der Sarg von Fattah mit Blumen geschmückt ins Grab hinabgelassen wurde, stimmten jesidische Frauen lange Klagelieder an. Die Mutter der Getöteten sagte: „Es sollen keine weiteren Frauen sterben, keine weiteren Frauen sollen ermordet werden. Ich werde diesen Prozess bis zum Ende verfolgen." Jesidinnen riefen immer wieder „Jin-Jiyan-Azadî" – „Frauen-Leben-Freiheit."

Die Mahnung und Angst der Frauen ist nicht unberechtigt: Allein in der vergangenen Woche wurden drei jesidische Frauen in Deutschland von „ihren Männern" getötet. Allein in Nordrhein-Westfalen starben vergangene Woche zwei Jesidinnen durch die Hand ihrer ehemaligen Partner.

Köln: Das Schlachten hört nicht auf

Neben dem brutalen Mord an Tschiman Fattah in Dortmund wurde am Tag darauf die 24-jährige Zozan Ilyas in Köln-Pulheim von ihrem „Lebensabschnitts-Partner" getötet, von dem

sie sich zwei Wochen zuvor getrennt hatte. Nachbarn im Pulheimer Ortsteil Geyen hatten am Vormittag mehrere Schüsse gehört und die Polizei alarmiert. In einer Wohnung fanden die Beamten die lebensgefährlich verletzte Frau, die kurz danach starb. Der 27-jährige Tatverdächtige wurde in der Nähe des Tatortes festgenommen. Dabei wurde die Tatwaffe sichergestellt.
Hesen Ilyas, der Vater der ermordeten Zozan, erklärte nach der Tat: „In Schengal sind wir vom IS ermordet worden, in Europa durch die Hand eines jesidischen Mannes."

Merkels multikulturelle Multi-Media-Mörder

Seit 2015 ein fast schon gewohntes Tatmuster der multimedialen Merkel-Fachkräfte: Mord der Mutter vor den Augen ihres Sohnes, damit dieser „noch was Traditionelles lernt", und Uploading der Tatfotos oder Videos in Internet – direkt von den steuerzahlerfinanzierten Handys der Täter.
Im März hatte ein 41-jähriger Syrer in einer Wohnung in Mühlacker bei Stuttgart seine 37-jährige Ehefrau getötet. Daraufhin ist der „Geflüchtete" zunächst mit einem der gemeinsamen Söhne zu Fuß geflüchtet. Anschließend veröffentlichte der Täter das 30-minütige Mord-Video mit vielen Selfies von sich und seiner ausgeweideten „Ex" auf Facebook, das ihn direkt nach der Tat zeigt.
Darin sieht man den 41-Jährigen mit blutverschmierten Händen: "Ich habe das Haus verkauft und alles verloren, nur damit wir in Frieden leben. Und sie hat das gemacht. Das ist nicht mein Fehler, sondern ihrer." Die Kinder des Paares befanden sich zur Tatzeit in der Wohnung an der Hermann-Hesse-Straße in Mühlacker. Sie duften die Tat zur religiösen Erbauung auch mitansehen, wie aus dem Video deutlich hervorgeht. In seiner fast abendfüllenden Videobotschaft auf Facebook äußerte sich der 41-jährige Syrer unter lauten Allahu Akbar-Rufen zu seiner Bluttat: „Gerade bin ich zu meiner Frau gegangen um mit ihr zu sprechen und alle Probleme zu klären, um unsere Beziehung wieder bessern. Aber sie hat mich rausgeschmissen, woraufhin ich sie mit dem Messer erstochen habe." PI-NEWS berichtete damals als erstes Medium ausführlich von dem Verbrechen.

Von Stammheim nach Laupheim – Messer-Attacke live im Internet!

Ebenfalls im März wollte in einem Kinderzimmer in Laupheim bei Ulm ein 20-jähriger „Flüchtling" aus Palästina seine schwangere 17-jährige Schwester Alaa mit einem Messer abschlachten, das er ihr dazu in den Brustkorb rammte. Sie hatte nach den Gesetzen des Islam die „Ehre" der Familie befleckt. Das Opfer überlebte schwer verletzt. Die neu-schwäbische Familie filmte die Tat mit und stellte sie ins Internet.
Der Bruder des Opfers und von der Familie ausgewählte „Ehrenmörder" Abd Alrahman W. war darüber hinaus ein hochgefährlicher Islamist. Er wurde erst acht Stunden vor dem Mordversuch (!!!) aus der Untersuchungshaft in Stuttgart-Stammheim entlassen. Der 20-Jährige sollte sich vor Gericht wegen des Vorwurfs der „Beihilfe zur Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat" verantworten. Trotzdem setzten die Baden-württembergischen Behörden Merkels Goldstück freien Fuß! Im Zuge der palästinensischen „Familienaufstellung" wurde das Mädchen mit dem Messer mehrfach in die Brust gestochen, ihr Gesicht wurde brutal zerschnitten – alles live und online im Internet! PI-NEWS berichtete ausführlich von dem Verbrechen.
Zum (vorletzten) Internet-Mord an einer Jesidin schreibt BILD: „Ein entsetzliches Verbrechen erschüttert das Ruhrgebiet". Interessanterweise berichtet sonst bisher kein einziges deutsches Medium über die Tat!
Täterstolz meets Täterschutzpresse!

"Hilfs"organisation "Advocates Abroad" löscht Social Media Kanäle Erwischt! NGOs bringen „Flüchtlingen“ Schauspielern bei

pi-news.net/2018/11/erwischt-ngos-bringen-fluechtlingen-das-schauspielern-bei

14. November 2018

Der österreichische Identitäre Martin Sellner kommentiert den durch die kanadische Bloggerin Lauren Southern aufgedeckten Skandal um die „Hilfs“-Organisation „Advocates Abroad“, die sogenannten „Flüchtlingen“ das Schauspielern beibringt, damit diese in Europa Asylbetrug begehen können. Southerns Video ist Teil ihres neuen Films „borderless (grenzenlos)“, in dem sie die immer noch ungebremste Völkerwanderung nach Europa dokumentiert. Hier das Originalvideo von ihr (in englisch):

DRK Niedersachsen diskutiert über schusssichere Westen oder Pfefferspray Gewaltopfer Sanitäter: Das große Schweigen über die Täter

pi-news.net/2018/11/gewaltopfer-sanitaeter-das-grosse-schweigen-ueber-die-taeter

13. November 2018

Sanitäter im Einsatz (Symbolbild).

Von LUPO | Deutschland steht vor einem Phänomen: Immer mehr Angriffe auf Sanitäter, die Hemmschwelle sinkt, schreien die Medien landauf landab entsetzt auf. Paradox ist, dass die Leser in den Berichten vergeblich exakte Angaben über die Täter suchen. Sind es Deutsche, sind es Ausländer, sind es Gruppen oder Einzeltäter, sind es

Männer oder Frauen, sind es zumeist junge oder eher alte Menschen? Das große Schweigen liegt über dem Täterprofil.
Typisches Beispiel ist die Hannoversche Allgemeine vom Montag. Die SPD-Zeitung berichtet in großer Aufmachung auf Seite 1, dass das DRK Niedersachsen Alarm schlägt und den Einsatz von schusssicheren Westen oder Pfefferspray diskutiert. Der Hintergrund: Immer häufiger werden Rettungskräfte in Niedersachsen zu Opfern von
Nun sollte man meinen, dass das DRK zum Eigenschutz Ross und Reiter, sprich: Tatverdächtige benennt, damit dem skandalösen Treiben ein Ende gesetzt werden kann. Und die Leser erwarten von ihrer Zeitung, darüber aufgeklärt zu werden, wer genau die Sanitäter neuerdings und in zunehmender Zahl angreift. Die Lebensälteren unter ihnen, die schon länger hier leben, erinnern sich, dass es ein solches Verhalten früher kaum gegeben hat, bzw. nicht in relevanter Zahl vorkam.
Aber irgendein geheimer Code muss Zeitung und DRK daran hindern, Klartext zu sprechen. Obwohl das DRK sogar eine Umfrage gestartet hat, wonach zwei Drittel von 238 befragten DRKlern aus Niedersachsen ein- bis fünfmal im Jahr Gewalttätigkeiten gegen sich erlebt hat. Gewalttätigkeiten durch wen? Da wird von „Passanten" gesprochen, aber auch von „Menschen, den man eigentlich helfen will". „Gewaltpotenziale gehen von Patienten, deren Angehörige, aber auch von Unbeteiligten aus", lässt das DRK noch durchschimmern. Um dann kräftig zu relativieren, offensichtlich, um nichts politisch Unkorrektes zu sagen und in die Rassisten-Ecke gestellt zu werden: „Aggressives Verhalten gebe es nicht nur an Hauptbahnhöfen, sondern auch am Rande von Familienfesten und Partys. Das Phänomen gebe es nicht nur in Problemstadtteilen Hannovers, sondern „reiche tief in bürgerliche Schichten". Das schlimme Verhalten datiert aus den letzten fünf Jahren.
Ein Phänomen ist auch das Rumeiern des DRK. Offensichtlich wird lieber der normale Bürger für zunehmende Angriffe auf Sanitäter in Mithaftung genommen, als das Kind beim Namen zu nennen. Seinem berechtigten Anliegen und seiner gesellschaftlich unverzichtbaren, lebensrettenden und vielfach ehrenamtlichen Arbeit wird das DRK auf diese Weise jedenfalls nicht gerecht. Wer den politisch korrekten Code der Wahrheitspantscher dechiffrieren will, wird dagegen in der Doktorarbeit der Hamburgerin Janina Lara Dressler von 2016 fündig, die bundesweit Feuerwehrleute und Rettungskräfte zu dem Thema befragt hat. Als Tatmotiv wird insbesondere der Mangel an Respekt gegenüber Rettungskräften angegeben, was aber entgegen der Hypothese nicht nennenswert in bürgerlichen Gegenden vorkommen soll. Bei vielen Konflikten spiele der Migrationshintergrund des Täters eine Rolle. Überwiegend sind die Täter 20 – 29 Jahre alt und stammen aus sozial schwächeren Verhältnissen. In 70 Prozent der Fälle ist der Täter der Patient selbst oder eine Person aus dem Kreis der Angehörigen bzw. Freunde. Als Tatorte für Übergriffe werden in allen Städten soziale Brennpunkte, Partymeilen oder die Innenstadt angegeben.

Info-Aktion: Hilfe zur Selbsthilfe – Schutz vor Überfall und Vergewaltigung Bruchsaler Frauen wehren sich

pi-news.net/2018/11/bruchsaler-frauen-wehren-sich
14. November 2018

In Bruchsal machen die Frauen mobil sich zu verteidigen.

Von PI-KARLSRUHE-NORDBADEN | „Ich Schaf, Du Wolf? Nicht mit mir!" Unter diesem schlagkräftigen Motto veranstaltete das Bruchsaler Frauenbündnis am Wochenende eine groß angelegte Info-Aktion im Zentrum der besagten nordbadischen 44.000-Einwohner-Stadt. Auch hier hat sich längst eine muslimische Migranten-Hochburg manifestiert, in der der multikulturelle Haussegen ganz gewaltig schief hängt: Ende Oktober gab es eine versuchte Vergewaltigung an der B35, wobei der Täter durch sein „arabisches Aussehen" auffiel. Fast zeitgleich machten sich im nahe gelegenen Waghäusel zwei Afghanen über eine 15-Jährige her. Nur zwei von vielen Beispielen aus der Region um Bruchsal und Nordbaden, in der Massenschlägereien (im nicht allzu weit entfernten Pforzheim), muslimischer Raub und Totschlag längst und auf traurige Weise zur Tagesordnung gehören.

„Hier bei uns in Bruchsal ist der afrikanische Drogenhandel sehr stark", die Zunahme des Anteils der afrikanischen Migranten mit dem Anstieg des Rauschgifthandels in der Region würde korrelieren, sagte eine der Veranstalterinnen der Info-Aktion, die zahlreiche Angebote in Sachen Gewaltprävention und Selbstverteidigung, aber auch Alarmanlagen oder Nothilfe-Apps in petto hatte. Bürger beobachteten im Zusammenhang auch erhöhte Kriminalität durch Zwangsprostitution. Zur Triebbefriedigung ins Asylantenheim? In Bruchsal wohl kein Ding der Unmöglichkeit.

Natürlich betreiben die sympathischen Damen rund ums Frauenbündnis nichts anderes als „plumpe Hetze", gepaart mit „vorgestrigem Rassismus" und einer grau-in-grauen Weltanschauung. Zumindest aus der Sicht der Bruchsaler Grünen ist dies so, torpedierten diese doch mit der typisch linken Militanz die Aktion des Frauenbündnisses, das mit zahlreichen Infoständen, aber auch Schauvorführungen in Sachen Selbstverteidigung aufwartete. „Eventuell wollen wir unser Angebot auf noch viele weitere deutsche Städte ausdehnen", berichtete die Veranstalterin. Einen bitteren Teilerfolg konnten die Grünen dann leider doch noch verzeichnen: Kurzfristig zog ein Kampfsporttrainer vor, nun

doch nicht in der Öffentlichkeit zu erscheinen. Die grün-wählende Mitarbeiterin einer Notrufzentrale lehnte einen Stand ebenfalls aus politischen Gründen ab. Dabei ging es nur um ganz einfache Hilfe zu Selbsthilfe: „Da kann schon der einfach Hausschlüssel zur effektiven Waffe werden", gab die Organisatorin zu verstehen. Aber auch mit der Handtasche oder dem Regenschirm könnten dem Grabscher so mancher üble Schlag versetzt werden. „Vor allem sollten die Frauen stets selbstbewusst auftreten", erwähnte die Organisatorin. Sollte es dennoch zur Extremsituation kommen, so wird den Betroffenen tunlichst geraten, sich bis zur letzten Sekunde nach Leibeskräften zu wehren und auch die Schwächen der Anatomie des männlichen Gegners zu nutzen. Gellend lautes, unermüdliches Hilfeschreien wurde bei der Info-Aktion als zusätzlicher Tipp mit auf den Weg gegeben. „Allein die Stadt Heidelberg gibt inzwischen jedes Jahr 240.000 Euro für Frauenselbstverteidigung aus", berichtete die Dame vom Frauenbündnis. Angedacht ist zudem, an den Bruchsaler Schulen aktiv zu werden – bei einem Migrantenanteil von bis zu über 80 Prozent wird akuter Handlungsbedarf gesehen, was die deutschen Kinder betrifft.
Bei soviel multikulturellem Frohsinn scheint dem einen oder anderen Badener ganz allmählich ein Licht aufzugehen: Vor allem in den umliegenden Orten und Gemeinden um Bruchsal herum konnte die AfD bei den letzten Wahl beachtliche Ergebnisse von bis zu 20 Prozent aller Stimmen einfahren.

Vergewaltigungs-Hochburg Dortmund Dortmund: Passant rettet junge Frau vor Afghanen-Vergewaltigung

pi-news.net/2018/11/dortmund-passant-rettet-junge-frau-vor-afghanen-vergewaltigung
15. November 2018
Das Täterschutz-Portal „DerWesten.de" berichtet: „Mann will 19-jährige Dortmunderin vergewaltigen – doch sie hat einen Schutzengel" und titelt mit diesem „Symbolfoto". Finde den Fehler.
Von JOHANNES DANIELS | Dortmund ist das Vergewaltigungs-Mekka Deutschlands, neben Freiburg, Bochum, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Dresden, Berlin, Frankfurt, Ingolstadt, Nürnberg oder München. Ganz zu schweigen von „Köln". Über die brutalen Übergriffe von Migranten auf deutsche Zufallsopfer kann man nun täglich in den NRW-Polizeiberichten rund um Dortmund in allen Details lesen. Aber auch Mainstream-Medien und Merkel-Regime-Internet-Portale verwenden viel Zeit und Mühe darauf, diese deutlichen Angaben aktiv zu vertuschen, aus ihren Meldungen zu

eliminieren und zu schwärzen. Sie könnten zumindest Teile der weiblichen Bevölkerung „verunsichern".

Alkoholisierter Afghane attackiert in Aplerbeck

Am Dienstagabend hatte ein couragierter Passant ein 19-jähriges deutsches Mädchen durch sein Eingreifen vor einer Vergewaltigung bewahrt. Wie die Polizei mitteilte, hatte die junge Frau um 21.15 Uhr die U-Bahn an der Haltestelle Marsbruchstraße in Dortmund-Aplerbeck verlassen.

In diesem Moment näherte sich ihr von hinten ein „aus Afghanistan stammender 28-jähriger Mann", schreibt die Polizei. Er fing anschließend an, sie zu attackieren und sexuell zu nötigen.

Da es der verängstigten Frau nicht mehr gelang, sich aus der gefährlichen Situation zu befreien, rief sie laut um Hilfe. Ein Passant hörte ihre Rufe und stellte sich zwischen den Afghanen und das Mädchen bis die Polizei eintraf. Ein mutiges Unterfangen, denn erfahrungsgemäß wird bei Messer-Migranten sofort selbiges gezückt, wenn nicht im Nu ALLE Wünsche der friedensbringenden "Genital-Goldstücke" sofort befriedigt werden.

„Mit dieser vorbildlichen Tat verhinderte der Helfer wohl Schlimmeres", heißt es in dem Bericht weiter. Die Beamten nahmen den „alkoholisierten und aggressiven" 28-jährigen Ehrengast der Kanzlerin und des Steuerzahlers „vorläufig" (!) fest.

Zeugenhinweise zu dem Rapefugee-Vorfall bitte an die Polizei Dortmund, Telefon: 0231/132-1028.

Täterschutzpresse „Der Westen" schwärzt alle Angaben aus Polizeibericht!

Hier die übliche Berichterstattung des dahinkränkelnden Gutmenschen-Portals:

„Mann (28) will 19-jährige Dortmunderin vergewaltigen – doch sie hat einen Schutzengel

Dortmund. Ein Schreck, der ihr noch lange in den Gliedern stecken wird: Als eine junge Frau (19) am Dienstagabend gegen 21.15 Uhr die U47 in Dortmund verließ, wäre sie fast vergewaltigt worden.

Auf der Marsbruchstraße näherte sich plötzlich ein 28-jähriger Mann und fing an, sie unsittlich anzufassen. Die Dortmunderin versuchte, sich loszureißen. Als das nicht gelang, tat sie genau das Richtige: Sie schrie um Hilfe. Das hörte ein 24-jähriger Passant aus Dortmund, der dazu eilte und sich zwischen Täter und Opfer stellte. Dort blieb er, bis die Polizei eintraf und den alkoholisierten Mann festnahm. So verhinderte der Schutzengel wohl Schlimmeres. Der Täter sitzt nun in Polizeigewahrsam". [Hervorhebungen durch PI-NEWS]

Fast täglich geschehen seit 2015 in Dortmund nun Übergriffe auf die weibliche Bevölkerung, PI-NEWS berichtete mehrmals exemplarisch. Im August konnte ein Serienvergewaltiger durch Zufall festgenommen werden und durch DNA-Spuren überführt werden. Der Rumäne wurde in vielen Presseberichten als EU-Bürger bezeichnet, was nicht ganz falsch ist. Meist fehlte aber ein Migrations-Hinweis gänzlich. Seit dem erfolgten viele weitere „Sexuelle Belästigungen" in Dortmund, die letzte Vergewaltigung erfolgte vor zwei Tagen, am Montag.

„Sexuelle Übergriffe im öffentlichen Raum sind eine Seltenheit", teilte der Polizeipräsident Gregor Lange vor einigen Wochen bei einer Pressekonferenz mit. Wahrscheinlich glaubt er das selber.

Er sei sich allerdings bewusst, dass solche Fälle „auf ältere Frauen" Ängste auslösen.

In "Flüchtlings"-Hilfe aktive Tochter vermittelte den 20-jährigen Hilfsarbeiter Wittenburg: Geduldeter Afghane schneidet Rentner die Kehle durch

pi-news.net/2018/11/wittenburg-geduldeter-afghane-schneidet-rentner-die-kehle-durch

19. November 2018

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Samstag um zwei Uhr morgens schnitt ein 20-jähriger Afghane einem schlafenden 85-jährigen deutschen Rentner in Wittenburg, Mecklenburg-Vorpommern, die Kehle durch. Die eigene Tochter, die im Raum Zwickau in der „Flüchtlings"-Hilfe aktiv ist, hatte ihrem Vater seinen Mörder als Hilfsarbeiter vermittelt. Der „Asyl"-Antrag des „schutzsuchenden" Afghanen war abgelehnt, er wurde aber bis Januar 2019 in Deutschland „geduldet". Das wäre mit Sicherheit auch noch verlängert worden, denn laut der vielen linksgrün gestörten Realitätsverweigerer in der deutschen etablierten Politik darf ja kein „Goldstück" nach Afghanistan abgeschoben werden, da es dort angeblich „nicht sicher" sei. Für wen eigentlich – für Moslems?

Vielmehr ist es jetzt in Deutschland für Nicht-Moslems nicht mehr sicher. Seitdem unser Land aufgrund Merkels Einverständnis mit hunderttausenden fundamentalen Mohammedanern geflutet wird, in deren Betriebsanleitung das Ermorden von minderwertigen Andersgläubigen zigfach befohlen wird, auch in der grausamen Variante des Kopfabschneidens, besteht potentiell für jeden, der in konfliktbeladenen Kontakt mit diesen tickenden Zeitbomben gerät, akute Lebensgefahr.

Es ist bisher nicht bekannt, was der Auslöser für dieses Kehledurchschneiden war. Vielleicht hat der Rentner ja ein falsches Wort über den Islam oder den „Propheten" gesagt, was auch im Fall der Christin und fünffachen Mutter Asia Bibi jetzt zu rasenden Tötungswünschen von zig zehntausenden pakistanischen Moslems führt. Der Moslem flüchtete nach der Ermordung des Rentners, der ihm einen Arbeitsplatz ermöglichte, wurde aber noch am Samstag Nachmittag gefasst. Die Morgenpost bezeichnet ihn als „jungen Mann". Warum nicht gleich verniedlichend „Bub", wie der Bundesliga-Trainer Christian Streich aus Freiburg den ebenfalls afghanischen Moslem und Mörder von Maria Ladenburger geradezu fürsorglich nennt? Man fragt sich auch, warum die Polizei den Killer zunächst in ein Krankenhaus brachte – hat er sich beim

Halsdurchschneiden etwa selbst mit dem Messer an seinem Händchen verletzt, der arme Bub?

Am Samstagnachmittag wurde der Gesuchte an der A24 bei Geesthacht in Schleswig-Holstein von der Autobahnpolizei aufgegriffen, wie Steffen Baudler vom Polizeipräsidium Rostock sagte. Die Beamten hätten den jungen Mann zunächst in ein Krankenhaus gebracht. Bei der Überprüfung der Identität habe sich herausgestellt, dass es sich um den Tatverdächtigen handelte. Er sitzt den Angaben zufolge bereits in U-Haft in Neustrelitz; er habe sich bisher nicht zur Tat geäußert.

Auch die BILD nennt ihn „jungen Afghanen", was fast so klingt, als ob er aufgrund seiner Jugend wohl noch etwas „ungestüm" und „heißblütig" sei, womit man die Tat eventuell zu relativieren versucht. Und es wird gleich in vorauseilendem Gehorsam hinzugefügt, dass es bisher keine Hinweise auf eine religiöse Motivation gebe:

Was den jungen Afghanen zu der Tat trieb, ist derzeit noch völlig unklar. Das Mord-Messer wurde noch nicht gefunden, der Mann selbst hat sich bisher noch nicht zu der Tat geäußert. Hinweise auf eine religiöse oder politische Motive gibt es derzeit nicht, es wurde auch nichts gestohlen.

Auch in der Videoreportage des ndr weist die Sprecherin der Schweriner Staatsanwaltschaft darauf hin, dass man „sicher davon ausgehe", dass es „keinen religiösen oder politischen" Hintergrund für den Mord gebe. Und das, ohne zu wissen, was es zuvor für Auseinandersetzungen zwischen dem Rentner und dem Moslem gab.

Ein Haushaltshelfer, der im Hause des bedauernswerten Rentners lebt, beobachtete den barbarischen islamischen Ritualmord über die Kamera des installierten Babyphones. Er dachte zunächst, dass der Afghane dem alten Mann die Decke richtet. Aber der Moslem hatte anderes im Sinne.

Im August arbeitete der Afghane auf Empfehlung der Tochter als „Pfleger" bei dem Rentner, aber nur eine Woche lang, da ihn die Tätigkeit möglicherweise überforderte. Jetzt habe er „Hilfsarbeiten" durchgeführt, wie die Morgenpost meldet. Zum Halsdurchschneiden reichten die Fähigkeiten der afghanischen „Fachkraft" offensichtlich:

Der Mann war mit dem Opfer persönlich bekannt und im August 2018 für eine Woche mit der Pflege des Rentners betraut. Derzeit sollte er Hilfsarbeiten am Haus des Opfers ausführen. Gegen ihn wurde Haftbefehl wegen heimtückischen Mordes erlassen.

Nach der Tat, die sich den Angaben zufolge am frühen Samstagmorgen gegen 2.00 Uhr ereignete, war der Verdächtige zunächst geflohen.

Bei dem Tatverdächtigen handelt es sich laut Staatsanwaltschaft um einen abgelehnten Asylbewerber aus Afghanistan, der noch bis Ende Januar 2019 über einen Duldungsstatus einer sächsischen Behörde verfügt.

Er lebte in einer Flüchtlingsunterkunft im Raum Zwickau, sagte Lange. Im Raum Zwickau sei die Tochter des Opfers in der Flüchtlingshilfe aktiv. Sie habe dem jungen Mann den Job bei ihrem Vater vermittelt.

Die erste typische Reaktion auf den Brutalmord durch einen etablierten Politiker liefert der Focus:

Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU) reagierte erschüttert auf die Tat von Wittenburg. Er warnte davor, die Tat für politische Zwecke zu instrumentalisieren und sie dafür zu missbrauchen, zu Hass und Gewalt aufzurufen.

Ich war in den vergangenen drei Wochen zu insgesamt sechs Aufklärungs-Kundgebungen über den Islam in Deutschland unterwegs, in Hamburg, Krefeld,

Coesfeld, Erfurt und zwei Mal Stuttgart. Dort haben wir es wie schon in den vielen Jahren zuvor erlebt, wie hochaggressiv Moslems reagieren können, wenn der Quell ihrer Identität und ihres Selbstbewusstseins, der Islam, kritisiert wird.

In Stuttgart bekam ich am Samstag mehrere Morddrohungen, ein Moslem versuchte mich anzugreifen und konnte von fünf Polizisten nur mit Mühe überwältigt werden, Videobericht folgt. In Krefeld applaudierten gut 20 Moslems und riefen „Allahu Akbar", als ich von dem islamischen Terror-Anschlag in Mumbai erzählte, bei dem mein früherer Chef Ralph Burkei und weitere 173 „Ungläubige" getötet wurden. Unzählige Male wurde ich bei diesen Veranstaltungen von Moslems als „Schmutz", „Hurensohn", „dreckiger Lügner", „Schwein", „Hund" etc.pp. beleidigt. Meine Mutter werde „gefickt", ich wurde bedrängt und geschubst.

Die meisten Menschen in unserem Land haben noch nicht die geringste Ahnung, was in unser Land hineingeschwappt ist und sich immer stärker in unserer Gesellschaft verfestigt: Der fundamentale Islam, der die Freiheit und Demokratie dieses Landes zerstören wird, wenn er erst einmal Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung erreicht hat. Die ersten, die es erleiden müssen, sind Schulkinder der jüngeren Jahrgänge, was in vielen Städten schon jetzt der Fall ist. Außerdem Bewohner von bereits stark islamisierten Stadtvierteln, die sich dort völlig fremd fühlen und überdies in diesen islamisch besetzten Zonen auch nicht mehr erwünscht sind. Die Scharia-Polizei war schon unterwegs und wird mit Sicherheit wieder auftauchen. Die gemesserten, überfallenen und beraubten Menschen sowie belästigten, begrapschten und vergewaltigten Frauen haben schon ihre ersten Erfahrungen mit der „Bereicherung" durch die „multikulturelle" Veränderung hierzulande machen müssen.

Daher ist die Aufklärung über das feindliche und hochaggressive Wesen der islamischen Ideologie so immens notwendig. In den kommenden Tagen und Wochen werden wir hier bei PI Zug um Zug die Videos dieser mehrstündigen Kundgebungen der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) der vergangenen Wochen veröffentlichen, die einen tiefen Einblick in die islamischen Denk- und Verhaltensweisen liefern. Dabei hat sich sehr viel Denkwürdiges ereignet, was den Menschen weiter die Augen öffnen wird. Die Bevölkerung muss darüber informiert werden, mit was sie es zu tun hat, auf was sie sich einzustellen hat und was dringend verändert werden muss.

Während die etablierten Politiker über Diesel-Fahrverbote und ähnlichen Unfug diskutieren, müssen wir informierten Bürger das überlebenswichtige und wichtigste Thema in unserem Land und Europa, den Umgang mit dem Islam, in die Öffentlichkeit drücken. Damit es in die Parlamente gespült wird und über die AfD den anderen Parteien aufgezwungen wird: Der Islam muss entweder umfassend entschärft oder aus Deutschland entfernt werden.

Wir haben nicht mehr allzuviel Zeit, dieses Problem zu lösen.

Michael Stürzenberger*PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag*

in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.

Schwer verletzes Tier musste eingeschläfert werden Velden/Vils: Dunkelhäutiger vergeht sich an trächtigem Schaf

pi-news.net/2018/11/velden-vils-dunkelhaeutiger-vergeht-sich-an-traechtigem-schaf
3. November 2018

Der Markt Velden in Niederbayern. Schauplatz eines für das Tier tödlich verlaufenen Falls von Sodomie.

Von EUGEN PRINZ | Nicht nur die Frauen leben seit einigen Jahren in Deutschland gefährlich, sondern auch die Tiere. Einen besonders krassen Fall von Sodomie muss jetzt die Polizeiinspektion Vilsbiburg bearbeiten.

Ein Landwirt aus dem niederbayerischen Velden/Vils begab sich heute gegen 04.45 Uhr zu dem Stall, in dem nachts die 20 Schafe seiner Ehefrau untergebracht sind. Aufgrund einer Erkrankung seiner Frau fiel ihm die Aufgabe zu, die Tiere zu füttern. Beim Eintreffen stellte der Bauer jedoch fest, dass sich die Schafe nicht im Stall aufhielten, sondern bis auf eines alle auf der Weide standen.

Mit einer Taschenlampe untersuchte der Landwirt deshalb den Schafstall und entdeckte dabei einen etwa 25-jährigen, schlanken, dunkelhäutigen Mann, der gerade den Geschlechtsakt mit einem Schwarzkopfschaf vollzog. Vom Lichtstrahl der Taschenlampe aufgeschreckt, ließ der Schwarze von dem wehrlosen Tier ab und ergriff die Flucht. Dabei kam er noch in Kontakt mit dem Elektrozaun der Schafweide, einer technischen Einrichtung, die ihm bisher wohl nicht bekannt war. Trotzdem konnte der Tierschänder unerkannt entkommen. Auf der Flucht verlor er eine Socke und ein Headset.

Da das Schaf im Scheidenbereich Anzeichen einer Verletzung aufwies, verständigte der Landwirt eine Tierärztin. Diese stellte fest, dass der Enddarm des armen Geschöpfes durch den Geschlechtsakt gerissenen war und das Tier nicht mehr gerettet werden konnte. Es musste an Ort und Stelle von seinem Leid erlöst werden. Da das Schwarzkopfschaf trächtig gewesen war, verlor auch das ungeborene Lamm sein Leben.

Jetzt geht im Markt Velden die Angst um, dass sich der Sodomist beim nächsten Mal, wenn er kein Tier findet, an einer Frau vergeht. Schönes neues Deutschland!

Statt darüber nachzudenken, was man der AfD noch alles antun könnte, sollte sich die Bundesregierung vielleicht einmal darum bemühen, diese unsäglichen und unerträglichen Zustände in unserem Land abzustellen.

Eine Randbemerkung
Der Autor wurde im Oktober 2015 von der Lokalzeitung seiner Heimatstadt heftig angegriffen und in die Nähe eines Volksverhetzers gerückt, weil er in einem Blog die Befürchtung geäußert hatte, dass durch die überwiegend männlichen Zuwanderer die Zahl der Sexualdelikte steigen könnte. Hätte der Autor damals Ereignisse wie dieses vorausgesagt, wäre er wahrscheinlich gelyncht worden.
Fahndung
Die Polizeiinspektion Vilsbiburg hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet um Hinweise bei verdächtigen Wahrnehmungen zum Tatzeitpunkt unter der Telefonnummer 08741/96270.

http://www.refcrime.info/de/Home/Index

Missglückter Terroranschlag auf ICE vor Landtagswahlen in Bayern und Hessen verschwiegen! Europaweite Angriffe auf Bahnverkehr angedroht! Ein Stahlseil wird über die Gleise eine ICE-Strecke gespannt sowie massive Holzkeile auf die Schienen gelegt, um einen Zug entgleisen zu lassen. Der Zugführer nimmt während der Fahrt zwar "verdächtige Geräuche" wahr, und die Bahn bemerkt einen Kurzschluss an der Bahnstrecke, merkt aber ansonsten nichts und kommt mit beschädigter Frontscheibe in München an. Die Absuchaktion der Polizei fand erst rund zwei Wochen später statt. Dabei wurden, neben den Resten des Stahlseils und massiven Holz- und Eisenteilen, auch ein Drohschreiben und ein Graffiti an einem Brückenpfeiler in **arabischer** Sprache gefunden. Die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus der Generalstaatsanwaltschaft (ZET) sowie das Polizeipräsidium Mittelfranken haben sich des Falls angenommen. Weitere Informationen werden aus ermittlungstaktischen Gründen nicht herausgegeben. Anfang November vermelden die Ermittler: Ziel sei ein Anschlag "mit vielen Toten und Verletzten" gewesen. "Die beiden Dokumente, die jeweils aus einer Seite bestehen, sind in **arabischer** Sprache abgefasst. Darin werden europaweite Angriffe gegen den Bahnverkehr angedroht, falls die EU-Staaten nicht aufhören sollten, die Terrormiliz 'Islamischer Staat' zu attackieren", schreibt das Blatt. "Wir nehmen das Drohschreiben ernst. Der IS-Bezug wird aber noch geprüft", sagte ein LKA-Sprecher der Zeitung. Die Bahn hätte mittlerweile Streckenkontrollen und Bereitschaftskräfte aufgestockt. Das Bundesinnenministerium teilte der Zeitung mit, es gebe in **Deutschland** eine "anhaltend hohe Gefahr dschihadistisch motivierter Gewalttaten" Der Bahnverkehr biete "günstige Möglichkeiten für die Durchführung eines Anschlages".

ICE-Anschlag sollte viele Menschen töten

Mit einem über die Gleise gespannten Stahlseil wollten Unbekannte im Oktober einen ICE entgleisen lassen. Das Seil ist zu dünn und reißt. Doch die Erm...

www.n-tv.de

#59187Wittenburg | 17.11.2018

Ein abgelehnter **Asylbewerber** aus **Afghanistan** (20, gemeldet in Zwickau) ist dringend tatverdächtig, Dietrich P. (85, Rentner) im Schlaf die Kehle durchgeschnitten zu haben. Ein im Haus des Opfers lebender Pfleger aus **Bosnien** beobachtet über eine Kamera in einem Babyphone den Angriff. Der Tatverdächtige versucht mit dem Auto des Toten zu fliehen, fährt aber direkt in eine Hecke und wird Stunden später, unterkühlt, im schleswig-holsteinigschen Geesthacht von der Polizei aufgegriffen, zunächst ohne Verbindung zur Mordtat. Erst das Bestehen der Geesthachter Klinik auf Identitätsfeststellung führte zur Festnahme. Der **Afghane** wird wegen heimtückischen Mordes nach Erlass eines U-Haftbefehls in eine JVA eingeliefert und schweigt dort. Die Tochter des Getöteten hatte ihm den Gelegenheitsjob bei Ihrem Vater verschafft. Er sollte die Garage aufräumen. Sie engagiert sich in Sachsen in der **Flüchtlingshilfe**. Dietrich P. ist/ war bekanntes und beliebtes Mitglied des Ortes. Die Bürgermeisterin Margret Seemann (SPD) ist sich sicher, dass er nie wollte hätte, dass "Rechte" seinen Tod missbrauchen, „auch nicht unter diesen Umständen“.

Mutmaßlicher Täter offenbar nur zufällig verhaftet

Ein Asylbewerber aus Afghanistan soll in Wittenburg einen Rentner ermordet haben. Polizisten griffen ihn Stunden später in Schleswig-Holstein auf – un...

www.ln-online.de

#59186Horb am Neckar | 03.11.2018 - 10:00 Uhr

Der Millionär Michael R. (57, Immobilienmakler) wird tot in seiner Wohnung aufgefunden. Todesursache: "nicht natürlich". Eine 50-köpfige Sonderkommission kann den Täter, Mohammed Omran A. (27, **syrischer Flüchtling**) aus seinem unmittelbaren Umfeld, ermitteln. Der Mörder wird festgenommen und dem Haftrichter zugeführt. Bei der Auswertung der Spuren kristallisiert sich heraus, dass das Verbrechen vermutlich von mehr als einer Person begangen worden ist. Es wird daraufhin ein weiterer 32-jähriger Palästinenser festgenommen und in U-Haft eingeliefert.

Der nette Flüchtling und der Millionär - Warum endete diese Freundschaft mit einem Mord?

Der Millionär Michael R. wurde am 3. November tot in seinem Haus gefunden. Die Polizei ist sicher: Mohammed Omran A. hat den Millionär umgebrach...

www.bild.de

#59185Freiburg im Breisgau | 14.10.2018

8x

18-jährige Frau wird vor einer Diskothek in einem nahe gelegenen Gebüsch von sieben **Syrern** (19-29) und einem **Deutschen** mit **Migrationshintergrund** (25) nacheinander - 4 Stunden lang - vergewaltigt. Vor Verlassen der Disko wird ihr ein Getränk verabreicht, das sie wehrlos macht (KO-Tropfen). Die Vergewaltiger werden ermittelt und festgenommen. Sie sind bereits wegen anderer Straftaten bekannt. Die meisten von ihnen leben in **Flüchtlingsunterk**ünften in und um Freiburg. Gegen den Haupt- und Intensivtäter, Majd H. (21, **Kurde**) lag bereits seit dem 10. Oktober ein Haftbefehl vor. Dieser wurde allerdings nicht vollstreckt. Ermittlungsverfahren wegen zwei Fällen sexueller Gewalt, Diebstahls, Besitzes von Marihuana sowie dreier Körperverletzungen sind anhängig. Er soll bereits zu einem früheren Zeitpunkt zusammen mit zwei anderen Männern eine 20-jährige Frau in seiner Wohnung vergewaltigt haben. Einer der damaligen Mittäter war es auch dieses Mal und sitzt mit ihm in U-Haft. Update: Eineinhalb Monate nach der Gruppenvergewaltigung hat die Polizei einen neunten Verdächtigen festgenommen. Auch er soll sich an der 18-Jährigen vergangen haben. Die Suche geht weiter.

Gruppenvergewaltigung in Freiburg: Fielen bis zu 15 Täter über Opfer her?

Der Abend begann mit einer Techno-Party in einer Freiburger Disco. Für ein Mädchen (18) endete die Nacht im Albtraum.

www.bild.de

#59184Hannover | 08.10.2018

Ein **türkischst**ämmiger Kickboxer (28) schlägt den Familienvater Ilja T. (40) ins Koma. Er verstirbt drei Tage später im Krankenhaus. Offenbar fühlte sich der Totschläger als Radfahrer vom auf sein Smartphone guckenden Opfer behindert, als dieses gerade auf die Straße trat. Der Radfahrer muss ausweichen, ein anschließender Streit eskaliert. Der Kickboxer schlägt dem Opfer mehrfach wuchtig mit den Fäusten ins Gesicht, fügt ihm schwerste Schädel- und Hirnverletzungen zu. Kathrin Söfker, Sprecherin der Staatsanwaltschaft Hannover: „Zeugenvernehmungen haben ergeben, dass der Beschuldigte massiv auf den Fußgänger einschlug." Als er schon liegt und sich wieder aufrichten will, trifft ihn ein letzter heftiger Boxschlag ins Gesicht – das blutende Opfer rührt sich nicht mehr. Der Täter soll während des Angriffs unter Drogeneinfluss gestanden haben. Ilja T. war gerade Vater geworden. Dazu die BILD zynisch-verächtlich: [das] "Baby wird nun erst mal ohne Vater aufwachsen". Täter in Haft. Anklage wegen versuchten Totschlags.

Attacke auf Fußgänger: Haftbefehl gegen Radfahrer (28) erlassen

Er setzte seine Hände als Waffen ein. Mit bloßen Fäusten schlug er am Montag einen Fußgänger ins Koma.

www.bild.de

#59183Berlin | 27.09.2018 - 18:15 Uhr

Bruder eines eines polizeibekannten Mörders, Omar Ali-Khan (42), bricht in die Wohnung des 5-fachen Familienvaters Detlev L. (54) ein, sticht auf ihn ein, als dieser ihn überrascht und kann zunächst fliehen. Das Opfer erliegt am darauf folgenden Abend im Krankenhaus seinen Verletzungen. Ali-Khan war über das Baugerüst, welches das Mietshaus umgibt, eingestiegen. Er isst mehrfach wegen Raubes, Diebstahls mit Waffen und Drogendelikten vorbestraft und verbüßte bereits eine Haftstrafe, von der er zwecks "Haftverschonung" 1,5 Jahre vor Ablauf der Strafe entlassen worden war. Der Täter wird vier Tage nach der Tat, nach der Verübung eines anderen Einbruchs, auf der Flucht festgenommen. Er hat die Tatwaffe, an der sich noch Blutrückstände des Opfers befinden, noch bei sich. Ali-Khan ist der Bruder Yassin Ali-Khan (48). Dieser erschoss 2003 den SEK-Beamten Roland Krüger (38). Beide Brüder gelten als "**Libanesen**" sind aber ohne Ausweispapiere nach **Deutschland** gekommen und können nicht abgeschoben werden.

Killer kam übers Baugerüst - Polizei nimmt 42-Jährigen fest

Ende September wurde ein schwer verletzter Familienvater (54) vor einer Wohnung in Kreuzberg gefunden. Er starb später im Krankenhaus. Nun hat die Pol...

www.bz-berlin.de

#59182Köln | 15.10.2018

Der **syrische**, polizeibekannte **Asylant** Mohamad R. (55), zündet einen Molotowcocktail in einem McDonald's Restaurant. Eine 14-Jährige erleidet Brandverletzungen: Sie rennt brennend aus dem Restaurant, wird von Passanten gelöscht, muss operiert werden. Der Terrorist, er behauptet Mitglied der Terror-Miliz IS zu sein, nimmt eine Frau als Geisel und verschanzt sich in einer Apotheke. Er droht die Geisel anzuzünden. Das SEK stürmt die Apotheke und setzt ihn durch einen Bauchschuss außer Gefecht. Er muss reanimiert und notoperiert werden. Der Täter hat explosives Material in einem Rollkoffer dabei, kann es aber nicht mehr zünden. Er war zuvor 13 Mal wegen Ladendiebstahl und Betrugs "aufgefallen". Die 14-Jährige liegt Ende November immer noch im Krankenhaus, ist bis dahin 7 Mal operiert worden. Unter anderem wurden Teile Ihrer Kopfhaut auf ihre verbrannten Beine transplantiert. Sie am Tag des Anschlags das erste Mal alleine mit einer Freundin in Köln.

Geiselnahme in Köln: Täter präparierte Gasflaschen mit Stahlkugeln!

Das Geisel-Drama vom Kölner Hauptbahnhof: Neue Erkenntnisse aus Polizeikreisen zeigen, wie weit fortgeschritten der perfide Plan des Geiselnehmers w...

www.bild.de

#59181 Köthen (Anhalt) | 08.09.2018 - 23:00 Uhr

2x

Die beiden polizeibekannte **Afghanen** Hidayatullah (bzw. Hotak) H. (18, alkoholisiert) und Ezatullah M. (20) schlagen Markus B. (22, Behindertenstatus) auf einem Spielplatz bewusstlos, woraufhin er stirbt.

Die Staatsanwaltschaft hat bislang nicht bekannt gegeben, ob Markus B. noch am Tatort verstarb. Er eilte einer schwangeren Frau (18) zu Hilfe eilt, die zusammen mit ihrem **afghanischen** Freund (18, Kindsvater) von Hidayatullah H. und Ezatullah M. (20) bedrängt wurde, weil sie wissen wollten, wer der Vater des Kindes sei. Geschickt wurden sie von einem weiteren **Afghanen**, mit dem die junge Frau zweimal zusammen war. Als mögliche Streitmotive kommen demnach Eifersucht, gekränkte Ehre, Unterhaltszahlungen und das Bleiberecht in Frage. ERMITTLUNGSERGEBNISSE: Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Als Todesursache werden zunächst in unzähligen Medien Gehirnblutungen genannt, die beim Aufprall des Kopfes auf den Boden und die Kopftritte entstanden sein sollen. Wenige Stunden später heißt es dann, Markus B. habe einen Schlag auf die Lippe erhalten. Todesursache sei ein Herzinfarkt. Staatsanwaltschaft: „Nach dem vorläufigen, mündlich übermittelten Obduktionsergebnis ist der 22-jährige Köthener einem akuten Herzversagen erlegen, das nicht im direkten kausalen Zusammenhang mit den erlittenen Verletzungen steht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden die Ermittlungen nunmehr wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung gegen den 18-jährigen Tatverdächtigen geführt. Gegen den 20-jährigen Tatverdächtigen wird wegen des Anfangsverdachts der Körperverletzung mit Todesfolge ermittelt." AUGENZEUGENBERICHTE: 1. Teilnehmer des Hoffestes, auf dem Markus B. zuvor gewesen ist sagten laut Lokalzeitung Volksstimme: Markus B. sei gegen den Kopf getreten worden. Immer wieder. Er soll gerufen haben: "Hört auf, ich kriege keine Luft mehr." 2. Die Schwangere sagt bei einem Interview in der Bildzeitung: „Als ich wieder aus der Wohnung meiner Schwester kam, sah ich, wie Markus auf Hotak und Ezatullah zuging. Hotak schlug sofort auf ihn ein, Markus ging zu Boden. Dort blieb er, die Augen offen, reglos liegen. Trotzdem trat Ezatullah immer wieder auf seinen Kopf ein." 3. Eine Ersthelferin, deren mündliche Schilderung per Tonaufnahme im Netz veröffentlicht wurde: Laut dieser Augenzeugin, die keinen Puls mehr feststellte und versucht hat, Markus B. durch Herzmassage zu reanimieren, tauchen immer mehr **Ausländer** auf dem Spielplatz auf. Der Streit wird immer lauter. Die Schwangere schreit um Hilfe und flieht offenbar mit ihrem aktuellen Freund in die Wohnung ihrer Schwester, nachdem dieser auf dem Spielplatz verprügelt worden war. Ihrem Ruf folgt der mit Freunden und Geschwistern auf einem Hof feiernde Markus B. Er sieht, dass ein Mädchen namens Nancy von einem **Flüchtling** festgehalten und geschlagen wird und will sie wegziehen. Zwei **Flüchtlinge** wollen Markus B. dabei helfen, werden aber von den Tätern geschlagen und flüchten. Markus B. wird laut der Augenzeugin von zwei Tätern festgehalten und von einem dritten bewusstlos geschlagen. Dann wird er ohnmächtig am Boden liegend immer wieder vor den Kopf getreten, auch in den Bauch. 4. Die Bildzeitung zitiert die Schwangere in einem späteren Artikel noch einmal: „Hidayatullah H. schlug Markus, der ging zu Boden. Seine Augen waren geöffnet, aber er regte sich nicht mehr." Unklar ist, ob ein zweites Interview geführt wurde oder Bild ihre Aussage verändert hat. Gleichzeitig geht Bild auf die Audiodatei mit den Aussagen der Ersthelferin ein. Die betreffende Zeugin habe ihre im Netz verbreitete Aussage selbst revidiert. Diese passe nun zu den polizeilichen Ermittlungsergebnissen. Staatsanwalt Olaf Braun über die TÄTER: „Da es sich um Heranwachsende handelt, werden auch unsere Angaben ein wenig knapper ausfallen." Beide Täter in U-Haft. Haftgründe: Flucht- und Wiederholungsgefahr. Beide kamen als angebliche unbegleitete Minderjährige nach **Deutschland** und sind polizeibekannt. Der ältere Verdächtige hätte schon seit Monaten abgeschoben werden sollen. TÄTER 1: Ezatullah M. (20), gegen ihn liefen bereits Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung. Die **Ausländerbeh**örde wollte ihn abschieben, die Staatsanwaltschaft verhinderte dies und gab erst am 6.9.2018 grünes Licht. TÄTER 2: Hidayatullah (bzw. Hotak) H. (18), **Afghane**, anerkannter **Flüchtling**.

2 Afghanen aus Köthen in U-Haft: Er starb nach Attacke an Herzversagen

Er wollte einen Streit schlichten, wurde angegriffen und starb an Herzversagen. Seit seiner Kindheit trug er einen Schrittmacher.

www.bild.de

Zeugen gesucht

#59180Chemnitz | 26.08.2018 - 03:00 Uhr

Im Verlauf eines Streits unter ca. 10 Personen unterschiedlicher Nationalitäten stechen zwei Männer gemeinschaftlich fünfmal in den Oberkörper eines 35-Jährigen und töten Daniel H. durch Messerstiche in Herz und Lunge. Zwei weitere Männer mit **deutscher** Staatsangehörigkeit (33, 38) werden mit teilweise schweren Stichverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Der **syrische Asylbewerber** Alaa Sheikhi (23, unklare Identität), befindet sich wegen gemeinschaftlich begangenen Totschlags in U-Haft. Der abgelehnte **irakische Asylbewerber** Yousif Ibrahim Abdullah A. (22, unklare Identität), einschlägig polizeibekannt und wegen gefährlicher Körperverletzung unter Bewährung stehend, wird nach drei Wochen U-Haft freigelassen. Nach dem dritten Tatverdächtigen, dem abgelehnten **irakischen Asylbewerber** Farhad Ramazan Ahmad (22), mehrfach vorbestraft und unter Bewährung stehend, wird international gefahndet.

Fahndung nach Farhad Ramazan Ahmad - Wer ist der dritte Messerstecher von Chemnitz?

Am Rande des Stadtfestes in Chemnitz wurde ein 35-jähriger Deutsch-Kubaner mit fünf Messerstichen getötet. Die Polizei nahm später zwei Tatverdächti...

www.bild.de

#59179 Lutherstadt Wittenberg | 29.09.2017

Mehrere augenscheinliche **Araber**/ **Nordafrikaner** pöbeln Markus Hempel (30) und dessen Begleiterin (24) an. Es kommt zu Handgreiflichkeiten. Der 30-Jährige bekommt mehrere Faustschläge ins Gesicht (Schläfenbereich und Kinn), fällt um, schlägt mit dem Hinterkopf auf das Pflaster und verstirbt um 23.37 Uhr des selben Tages. Die mutmaßlichen Täter, ein **Syrer** (17), 2015 ohne Papiere nach **Deutschland** eingereist, und dessen Begleiter werden erst festgenommen, aber grundlos wieder laufen gelassen. "Die Medien" transportieren das Bild, das Opfer sei „unglücklich auf den Kopf" gestürzt oder, dass es zuerst zugeschlagen habe und versuchen einen fremdenfeindlichen Vorfall zu konstruieren, das Opfer als "Nazi" darzustellen.. Durch ein Interview der (griechischstämmigen) Begleiterin des Toten, lässt sich das aber nicht aufrechterhalten. Auch Videoaufnahmen sprechen dagegen. Eine konnte der Vater des toten, Karsten Hempel, einsehen, das andere wird selbst seinem Anwalt nicht zur Einsicht gegeben, obwohl in verschieden Anträgen durch diesen gefordert. Der Eindruck, des "Nicht-Ermitteln-Wollens" drängt sich auf. Im Juni 2018 der Rechtsausschuss das Landtags Sachsen-Anhalt, in einer öffentlichen Sitzung, mit dem Ermittlungsstand. In Ermangelung an Willen, den Fall objektiv zu ermitteln, erstatt der Vater des Toten im Sommer 2018 Strafanzeige gegen den anfänglich mit dem Fall betrauten Staatsanwalt, wegen Strafvereitelung im Amt. Dieser ist

allerdings bereits in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden. Eventuell, um ihn aus der Schusslinie zu nehmen.

Brutale Schlägerei: Jugendlicher lässt 30-jähriges Opfer sterbend liegen

Der 17-jährige Tatverdächtige schlug mehrfach auf sein Opfer ein, das daraufhin stürzte und mit dem Hinterkopf auf dem Boden aufschlug.

www.tag24.de

Unterallgäu: Drei geschändete und zum Teil schwer verletzte Frauen Drei Vergewaltigungen in drei Tagen – Polizei nimmt Eritreer fest

pi-news.net/2018/12/vergewaltigungsserie-im-unterallgaeu-polizei-nimmt-eritreer-fest

7. Dezember 2018

Untersuchungshaft für einen möglicherweise 25-jährigen Eritreer (Symbolbild). Dem Afrikaner werden drei Vergewaltigungen zur Last gelegt, zwei davon am Rothdachweiher (kleines Bild), einem Badesee in Babenhausen.

Diese Woche war gerade mal drei Tage alt, da waren auch schon wieder mindestens drei Leben durch einen afrikanischen Gewalttäter bei uns zerstört.

Im Unterallgäu, konkret in Egg an der Günz und bei Babenhausen, fielen am Montag und am Mittwoch gleich drei Frauen einem brutalen Vergewaltiger zum Opfer.

Als dringend aller drei Taten verdächtig nahm die Polizei am Mittwoch einen vermutlich 25-Jährigen aus Eritrea fest.

Dreifacher Einzelfall™

Die erste Tat ereignete sich am Montagabend in Egg an der Günz. Gegen 18.30 war dort eine Frau mit ihrem Hund unterwegs, als sie von einem „dunkelhäutigen Fahrradfahrer" angesprochen worden sei. In Folge habe der Afrikaner sie am Weitergehen gehindert und stattdessen auf einer Wiese zu Boden gerungen, sie entkleidet und sich an ihr vergangen. Erst nach längerer Zeit habe der Täter von der Frau abgelassen und sei dann einfach davongeradelt.

Am Mittwochnachmittag dann ein ähnliches Szenario am Rothdachweiher, einem Badesee in Babenhausen, wo eine Frau ebenfalls von einem Radfahrer gleicher Beschreibung bedrängt wurde. Das Opfer wollte mit dem Wagen flüchten, der Täter

war aber nicht nur schneller, sondern wohl auch stärker. Die Frau wurde in ihrem eigenen Wagen vergewaltigt. Verletzt und geschockt schaffte sie es nach Hause und verständigte die Polizei.

Schänden im Akkord

Dann überschlugen sich die Ereignisse. Fast zeitgleich mit dem Anruf der Frau bei der Polizeieinsatzzentrale ging ein weiterer Notruf ein. Der Anrufer berichtete, er habe eben am Badesee in Babenhausen eine schwer verletzte Frau vorgefunden.
Laut Polizeibericht wurde sie vom Täter in eine Umkleidekabine gedrängt, wo der Afrikaner „starke körperliche Gewalt" ausübte und sein Opfer vergewaltigte. Die Frau wehrte sich heftig und verletzte die Bestie mit einer Schere am Oberkörper. Das hätte schlimm ausgehen können. Nicht wenige Waffen, die in Notwehr eingesetzt werden, vor allem solche, bei denen man nahe an den Gegner heran muss, werden einem körperlich unterlegenem Opfer vom Täter entwendet. Im weiteren Verlauf kann die zur Notwehr eingesetzte Waffe schnell zum Mordwerkzeug für den Angreifer werden.
Vielleicht rettete der zufällig vorbeikommende spätere Anrufer der Frau das Leben. Denn als der Vergewaltiger den Mann bemerkte flüchtete er.
Zwischenzeitig war eine Großfahndung mit allem was aufgeboten werden konnte eingeleitet worden. Ein Polizeihubschrauber kreiste über dem Tatgebiet und die Feuerwehr leuchtete das Gelände rund um den See aus. So wurde der Afrikaner schon bald nach der letzten Tat festgenommen. Die Verletzungen, die ihm sein letztes Opfer mit der Schere zugefügt hatte, ebenso wie die sichergestellten Blutspuren, bringen den Mann in Verbindung mit der Tat. Das Alter der drei „Erlebenden" wird aus „Opferschutzgründen" von der Polizei verschwiegen.

Noch mehr Kerben in Merkels Regierungszepter

Bislang räumte der Eritreer nur ein vor Ort gewesen zu sein, bestreitet aber die Taten. Dennoch wurde u.a. aufgrund der bisher ausgewerteten Spuren und des sich daraus ergebenden dringenden Tatverdachts vom zuständigen Ermittlungsrichter Untersuchungshaft verhängt. Dem Mann werden alle drei Vergewaltigungen zur Last gelegt.

Auch wenn es diesmal glücklicherweise keine Tote gab, so ist so eine Tat für das Opfer doch ein bisschen wie sterben. In letzter Konsequenz sind nicht nur die Leben der vergewaltigten Frauen zerstört, auch die ihrer nahen Angehörigen, vor allem ihrer Partner werden nie mehr sein wie davor.
Angela Merkel kann also mehr als nur drei weitere Kerben in ihr imaginäres Regierungszepter schnitzen, mit dem sie immer noch zugange ist, um Deutschland kurz und klein zu schlagen. ***(lsg)***

https://www.n-tv.de/politik/Strassburger-Terror-Schuetze-weiter-auf-der-Flucht-article20768468.html
Mittwoch, 12. Dezember 2018

In Deutschland untergetaucht?Straßburger Terror-Schütze weiter auf der Flucht

Terroralarm in Frankreich: Nahe des Straßburger Weihnachtsmarkts eröffnet ein Mann das Feuer auf Passanten. Mindestens drei Menschen sterben. Es gibt mehrere Verletzte. Der Täter flüchtet - wohin, ist unklar. Der Großeinsatz nahe der deutschen Grenze dauert an.

Mitten in der Vorweihnachtszeit wird Frankreich von einem schweren Terroranschlag erschüttert: Bei dem Angriff in der Straßburger Innenstadt am Vorabend schoss ein polizeibekannter Attentäter gezielt auf Passanten. Drei Menschen wurden getötet, die Zahl der Verletzten stieg auf 13. Davon seien acht schwer und fünf leichter verletzt, wie die Präfektur am Morgen mitteilte. Zuvor war von zwölf Verletzten die Rede gewesen.

Der Täter befindet sich weiter auf der Flucht, sein Aufenthaltsort sei unklar, heißt es aus Frankreich. Ein Sprecher der Regierung in Paris wollte auf Anfrage nicht ausschließen, dass sich der bewaffnete und hochgefährliche Mann nach Deutschland abgesetzt haben könnte. "Aber was ich sagen möchte, ist, dass natürlich sofort die Grenzschließung sichergestellt wurde und Straßburg (...) abgeriegelt wurde", betonte der Staatssekretär im Innenministerium, Laurent Nuñez, im Gespräch mit der Sendergruppe RTL. Dass der Täter dennoch ins benachbarte Deutschland geflohen sein könnte, könne aber nicht ausgeschlossen werden.

Die Fahndung nach dem 29-jährigen gebürtigen Franzosen dauert an. In Frankreich gilt die höchste Terrorwarnstufe. Im Großraum Straßburg sind schwer bewaffnete Spezialeinheiten im Einsatz. Unterstützt wird die Polizei von Einheiten des Militärs. Der Verdächtige gilt als extrem gefährlich. Er ist möglicherweise verletzt. Jeder sei aufgefordert, aufmerksam zu sein und sich an die Sicherheitsvorschriften zu halten, teilten die französischen Behörden mit. Die Polizei geht von einem möglichen Terrorhintergrund aus, da der Verdächtige bei den Behörden als Gefährder geführt wurde.

Unter den Opfern des Angriffs auf den Straßburger Weihnachtsmarkt sind ersten offiziellen Angaben zufolge "nach jetziger Kenntnis keine Deutschen", teilte das Krisenreaktionszentrum der Bundesregierung mit. Trotz des Großaufgebot von Polizei und Spezialeinheiten befindet sich der Gesuchte noch immer auf freiem Fuß.

Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur handelt es sich bei dem Gesuchten um einen französischer Staatsbürger mit nordafrikanischen Wurzeln. Der 29-Jährige wurde demnach vom Amtsgericht Singen wegen schweren Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und war in Deutschland in Haft. Nach

dem Verbüßen der Strafe wurde er im Jahr 2017 nach Frankreich abgeschoben, hieß es.

Straßburg im Schockzustand

Ob der Täter tatsächlich aus terroristischen Motiven handelte, ist allerdings noch unklar. Das Innenministerium in Paris wollte sich in dieser Frage noch nicht festlegen. Eine terroristischer Hintergrund sei im Moment noch nicht sicher, sagte Staatssekretär Nuñez. Der mutmaßliche Täter sei zwar polizeibekannt gewesen, allerdings bisher nicht im Zusammenhang mit Terrorismus. Er sei mehrfach im Gefängnis gewesen und dort sei auch eine Radikalisierung festgestellt worden. Zuvor war bekannt geworden, dass der Täter auf der Sicherheitsakte "Fiche S" geführt worden sei - einer Liste von Personen, die verdächtigt werden, radikalisiert zu sein.

In der Straßburger Innenstadt stehen die Menschen am Morgen nach den teils heftigen Schusswechseln unter Schock. Anwohner wurden in den ersten Stunden nach den Schüssen dazu aufgerufen, die Innenstadt in Richtung Norden zu verlassen und nicht in Richtung des südöstlich gelegenen Stadtteils Neudorf. Der mutmaßliche Täter, heißt es, habe sich hier in einer Wohnung verschanzt.

In der Region nahe der deutschen Grenze kommt es zu umfangreichen Polizeikontrollen. Auf deutscher Seite riefen die Behörden dazu auf, die Grenzübergänge bei Straßburg zu meiden. Beamte der Bundespolizei errichteten hier eigene Kontrollposten. Der grenzüberschreitende Verkehr bei Kehl musste in der Nacht zeitweise eingestellt werden. Am Morgen danach werden Fahrzeuge angehalten und überprüft.

Europaparlament abgeriegelt

Von den Absperrungen betroffen war auch das Europaparlament in Straßburg. Dort finden in dieser Woche Plenarsitzungen statt, hunderte Abgeordnete und ihre Mitarbeiter halten sich deshalb in der Stadt auf. Rund um den Gebäudekomplex zogen nach den ersten Schüssen schwer bewaffnete Sicherheitskräfte auf. Über Stunden hinweg durfte niemand das Gebäude verlassen, Mitarbeiter wurden per Handy-Kurznachricht und Mail gewarnt. Hunderte Parlamentarier, Mitarbeiter und Journalisten saßen vorübergehend fest. Erst am frühen Mittwochmorgen durften sie sich auf den Heimweg machen.

"Meine Gedanken sind bei den Opfern der Schießerei in Straßburg, die ich mit großer Entschiedenheit verurteile", schrieb EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf Twitter. Straßburg sei eine symbolische Stadt für den Frieden und die europäische Demokratie. "Werte, die wir immer verteidigen werden." Die EU-Kommission stehe an der Seite Frankreichs.

Die Polizei rief die Bürger dazu auf, Ruhe zu bewahren und den Anweisungen der Sicherheitskräfte zu folgen. Die Regierung habe zusätzliche Kräfte mobilisiert, die auf dem Weg nach Straßburg seien, sagte Frankreichs Innenminister Castaner. 350 Einsatzkräfte und mehrere Hubschrauber seien an der Fahndung beteiligt. Castaner selbst traf noch in der Nacht in Straßburg ein.

Feuergefecht mit Soldaten

Der Verdächtige, der den Behörden als Gefährder bekannt ist und der wegen verschiedener Delikte in Deutschland und Frankreich vorbestraft sein soll, hatte nach Angaben der Präfektur gegen 20 Uhr nahe dem Weihnachtsmarkt der Elsass-

Metropole das Feuer eröffnet. Castaner beschrieb den genauen Tatort nicht näher und sagte lediglich, der Täter habe an drei verschiedenen Orten in der Stadt "Terror" verbreitet. Zwischen 20 und 21 Uhr habe er sich zweimal einen Schusswechsel mit Sicherheitskräften im Patrouilleneinsatz geliefert.
Die Nachrichtenagentur AFP meldete unter Berufung auf die Polizei, der vermutlich radikalisierte Mann sei vor seiner Flucht von Soldaten verletzt worden. Laut dem Sender France Info entkam er mit einem Taxi, das er gestohlen hatte. Die französische Regierung rief nach dem Anschlag die höchste nationale Sicherheitswarnstufe aus. Das Kabinett kam noch in der Nacht zu einer Krisensitzung zusammen.

Handgranaten in der Wohnung

Die Behörden waren dem mutmaßlichen Täter bereits auf der Spur. Medienberichten zufolge hätte der Mann eigentlich bereits am Dienstagmorgen verhaftet werden sollen. Wie France Info unter Berufung auf Polizeiquellen berichtete, trafen ihn die Ermittler jedoch nicht zu Hause an. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung Stunden vor den Schüssen wurden mehrere Handgranaten gefunden, wie France Info und die Zeitung "Le Parisien" berichteten.
Frankreich ist in den vergangenen Jahren immer wieder Ziel von islamistisch motivierten Terroranschlägen geworden, die fast 250 Menschen das Leben kosteten. Auch diesmal zogen Anti-Terror-Spezialisten der Pariser Staatsanwaltschaft die Ermittlungen an sich. Teile der Untersuchung wurden unter anderem dem Inlandsgeheimdienst DGSI übergeben, wie Justizkreise in Paris bestätigten.
Der Weihnachtsmarkt in Straßburg bleibt am Mittwoch geschlossen. Auch die kulturellen Einrichtungen der Stadt öffnen nicht, wie es in einer Mitteilung der Stadt hieß. Der Unterricht sollte am Mittwoch an Grundschulen und Vorschulen ausgesetzt werden. Eltern wurde geraten, ihre Kinder zu Hause zu lassen, wie die Präfektur mitteilte. An weiterführenden Schulen und Hochschulen sollte der Unterricht stattfinden.
Zusammen mit dem Weihnachtsmarkt in Dresden zählt der Straßburger Weihnachtsmarkt zu den ältesten Europas. Der "Christkindelsmärik" wurde 1570 erstmals erwähnt. Er sollte schon einmal Ziel eines Attentats sein: Im Jahr 2000 wurde ein geplanter Sprengstoffanschlag einer algerischen Gruppe rechtzeitig verhindert.
Quelle: n-tv.de

Mittwoch, 12. Dezember 2018
Liveticker: Terror in Straßburg
+++ 13:14 Staatsanwalt gibt Details zum Tatverdächtigen bekannt +++
Die französische Staatsanwaltschaft hat nach dem tödlichen Anschlag auf den Straßburger Weihnachtsmarkt die zuvor kursierenden Gerüchte zu dem mutmaßlichen Täter bestätigt. Wie der Pariser Antiterror-Staatsanwalt Rémi Heitz mitteilte, ist der gesuchte Terrorverdächtige 29 Jahre alt und stammt aus Straßburg. Der Mann heiße Chérif C. Aus seinem Umfeld haben Ermittler laut Heitz vier Menschen in Gewahrsam genommen.

+++ 12:55 Angreifer rief Zeugen zufolge "Allahu Akbar" +++
Zeugenangaben zufolge hat der Angreifer vom Straßburger Weihnachtsmarkt während des Anschlags "Allahu Akbar" gerufen. Das teilte der Pariser Antiterror-Staatsanwalt Rémy Heitz bei einer Pressekonferenz in Straßburg mit. Unter anderem deshalb habe seine Abteilung die Ermittlungen an sich gezogen.

+++ 12:40 Deutschland führte Tatverdächtigen nicht als Gefährder +++
Das Bundesinnenministerium hat den mutmaßlichen Attentäter in Straßburg nicht als islamistischen Gefährder in der entsprechenden Datei geführt. Es gebe keine Informationen, die ins islamistische Feld hineinführten, sagte eine Sprecherin in Berlin. Bekannt sei allerdings, dass der betreffenden Person das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU aberkannt worden sei.

+++ 12:33 Steinmeier spricht Macron sein Mitgefühl aus +++
Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron nach dem Anschlag in Straßburg sein Mitgefühl ausgedrückt. "Mit großer Trauer habe ich von dem feigen Anschlag" erfahren, schrieb Steinmeier in einem Brief. "Ich möchte Ihnen, auch im Namen meiner Landsleute, meine tief empfundene Anteilnahme aussprechen", erklärte er weiter. Er sei in Gedanken bei den Angehörigen und Freunden der Opfer und bei den Verletzten. "Ihnen allen wünsche ich Kraft für die vor ihnen liegende schwere Zeit", fügte der Bundespräsident hinzu.

+++ 12:08 Auch nach Bruder des Tatverdächtigen wird gefahndet +++

Die deutschen Sicherheitsbehörden beteiligen sich offenbar nicht nur an der Suche nach dem Attentäter von Straßburg, sondern fahnden auch nach dessen Bruder. Das berichtet der "Tagesspiegel" unter Berufung auf einen hochrangigen Sicherheitsexperten. Die Brüder würden demnach in Frankreich als radikalisiert eingestuft und dem Straßburger Islamistenmilieu zugerechnet. Kontakte zur Salafistenszene in Deutschland seien bislang nicht bekannt.

51.000 ausländische Häftlinge kosten pro Jahr 790 Millionen Euro Danke Merkel! Fast jeder dritte Häftling ist Ausländer

pi-news.net/2018/12/danke-merkel-fast-jeder-dritte-haeftling-ist-auslaender
12. Dezember 2018

Von PLUTO. In deutschen Gefängnissen ist fast jeder dritter Insasse Ausländer. Während die Zahl der deutschen Knastis seit Jahren sinkt, zeigt die Kurve der Ausländer stetig nach oben.

In nackten Zahlen vom März dieses Jahres: Insgesamt 50.957 (32 Prozent) ausländische Häftlinge „bereicherten" die Haftanstalten. Das heißt: von 10,6 Millionen Ausländern sitzen 12 Prozent hinter schwedischen Gardinen, ein überproportional hoher Bevölkerungsanteil. Die größten Nationalitätsgruppen unter den ausländischen Häftlingen stellten im Jahr 2018 die Türken.

Die Zahl der deutschen Häftlinge sank hingegen deutlich von 36.121 im vergangenen Jahr auf 34.690 Ende März dieses Jahres. Seit dem Jahr 2012, als die Zahl noch bei 44.841 lag, ging sie kontinuierlich zurück – insgesamt um rund ein Viertel.

Die Zahl der ausländischen Häftlinge stieg seit dem Jahr 2012 (13.232), seit dem Jahr 2015 (13.694) deutlich (2016: 14.605). **Besonders hoch ist der Anteil der Ausländer unter den Häftlingen in den Stadtstaaten Hamburg (58 Prozent) und Berlin (51 Prozent), aber auch in Baden-Württemberg (49 Prozent).**

Wobei man wissen muss: Wer die deutsche und eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, gilt statistisch als Deutscher. Um wie viel sich damit die Zahl der ausländischen Häftlinge erhöhen würde, darüber schweigt des statistischen Sängers Höflichkeit.

Weil zwecks besseren Verständnisses zunehmend Dolmetscher eingestellt und bezahlt werden müssen, wird der steuerzahlende deutsche Michel kräftig zur Kasse gebeten: allein 790 Millionen Euro (Un)kosten verursachen die

ausländischen Goldstücke in diesem Jahr, rund 122 Euro pro Tag. Da muss eine arme alte Oma lange für Flaschensammeln.
Eine Strafvollstreckung im Herkunftsland ist äußerst selten. Pro Jahr wurden etwa 200 Delinquenten diesbezüglich ausgeschafft. Kein Wunder, denn amtliche Ersuchen solcher Art sind stark rückläufig, obwohl dem Ersuchen in den meisten Fällen stattgegeben wurde.
Es gibt aber noch einen Luxusweg, ausländische Häftlinge loszuwerden: die Abschiebung ohne eine weitere Verbüßung der in Deutschland verhängten Strafe im Herkunftsland. Daten liegen nicht vor, es wäre ja wohl auch zu peinlich.
Als Luftnummer erwies sich das „Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern" von 2016. Im Zeitraum 2014-2017 wurden mehr als 700.000 Ausländer wegen einer Straftat verurteilt (Straßenverkehr schon herausgerechnet). Nur 19.342 gefährliche oder straffällige Migranten wurden ausgewiesen.

Elf Beamte verletzt - 100.000 Euro Schaden Ankerzentrum Bamberg: Afrikaner bewerfen Polizisten mit Pflastersteinen

pi-news.net/2018/12/ankerzentrum-bamberg-afrikaner-bewerfen-polizisten-mit-pflastersteinen
11. Dezember 2018
https://youtu.be/4f4FEKEbq84
In den frühen Dienstagmorgenstunden randalierte im Ankerzentrum Bamberg eine Gruppe Afrikaner, laut Polizei vorwiegend eritreische Staatsangehörige. Dabei wurden zunächst mehrere Sicherheitsleute angegriffen, Scheiben eingeworfen, Möbel zerstört. Die Polizei wurde gerufen, die Beamte mehrerer Dienststellen zusammenzog und kurz darauf eintraf. Währenddessen hatten einige der Aggressoren im Gebäude verbarrikadiert.
Als die Beamten eintrafen wurden sie mit Pflastersteinen und anderen Gegenständen beworfen, ein Beamter wurde dabei verletzt.
Etwa gleichzeitig brach in einer der Wohneinheiten Feuer aus. Die Nummer kennen wir, schon einmal hatte es in der Unterkunft gebrannt. Erst vor wenigen Wochen

verursachte ein Großbrand in dem Zentrum einen Millionenschaden. Es ist eine Art wie diese angeblich Schutzsuchenden ihre Dankbarkeit zeigen, in dem sie die Einrichtungen warm abtragen, um so verlegt zu werden – am besten in eine eigene Wohnung oder ein Reihenhaus.
Da die Lage weiter zu eskalieren drohte wurde Verstärkung angefordert. Rund 100 Polizisten waren im Einsatz. Die Sicherheitskräfte somit wieder einmal an einem einzigen Krimigranten-Hotspot gebunden. Aber es mussten schließlich auch die Einsatzkräfte der Feuerwehr vor dem Afri-Mop geschützt werden, um den Brand schnell unter Kontrolle bringe zu können.
Das Feuer trieb allerdings die afrikanischen Leuchten aus dem Gebäude, wo sie von der Polizei eingesammelt werden konnten. Ein Tatverdächtiger wurde von Spezialeinsatzkräften in einer Wohnung festgenommen. Ermittlungen wegen schweren Landfriedensbruchs, schwerer Brandstiftung und „weiterer Delikte“ laufen nun.
Der Sachschaden wird derzeit mit 100.000 Euro beziffert. Insgesamt sollen elf Personen, verletzt worden sein, neun davon wurden wegen einer Rauchgasvergiftung behandelt. Neun Personen wurden „vorläufig“ festgenommen.
Ein Tag wie jeder andere also – im besten Deutschland, das wir jemals hatten. *(lsg)*

„MUFL“ schlachtet Exfreundin ab Mädchenmord in Steyr: Afghane tötet 16-Jährige im Kinderzimmer

pi-news.net/2018/12/maedchenmord-in-steyr-afghane-toetet-16-jaehrige-im-kinderzimmer
10. Dezember 2018
10. Dezember 2018

Die österreichische Polizei fahndet nach dem offiziell „17-jährige MUFL“ Saber Akhondzada auf Afghanistan. Er soll in der Nacht auf Montag die 16-jährige Michelle aus Steyr mit mehreren Messerstichen abgeschlachtet haben.

Von L.S.GABRIEL | In der Nacht auf Montag wurde im oberösterreichischen Steyr die 16-jährige Michelle Opfer eines angeblich 17-Jährigen „Flüchtlings“. Beim Tatverdächtigen handelt es sich laut LPD Linz um Saber Akhondzada. Der Afghane habe den Teenager, im eigenen Zimmer mit mehreren Messerstichen getötet.

Das Opfer soll, ähnlich wie die ermordete Mia Valentin aus Kandel, eine Beziehung mit ihrem Mörder gehabt haben. Am Sonntag war Akhondzada offenbar zu Besuch bei der 16-Jährigen. Gegen 23 Uhr entdeckte die Mutter des Mädchens ihr Kind tot in dessen Zimmer. Die Tür soll mit einem Kasten verstellt und für die Frau nur schwer zu öffnen gewesen sein. Michelle wies mindestens zwei Messerstiche im Rücken auf, damit gab es am Fremdverschulden sogar für die politisch korrekte Vertuscherpresse nichts zu umzudeuten. Der Täter muss nach der Tat aus dem Fenster geflüchtet sein, das trotz Kälte offen stand.

Derzeit läuft eine großangelegte Fahndung nach Saber Akhondzada. Er wird als etwa 1,74 Meter groß, schlank, mit schwarzen Haaren und braunen Augen beschrieben. Auf der linken Wange, rechts am Hals und an der Oberlippe weißt seine Haut dunkle Male auf. Bei seiner Flucht soll er auch das Handy der Toten mitgenommen haben.

Akhondzada ist, wie könnte es anders sein, Asylwerber und lebte in einer entsprechenden Unterkunft. Angeblich kannten der Afghane und das Mädchen sich seit August 2017. Im Oktober soll die 16-Jährige sich von dem importierten Schlächter getrennt haben. Das vertragen islamische Herrenmenschen bekanntlich sehr schlecht.

Die schreckliche Tat erinnert stark an den Mord an der 15-jährigen Mia Valentin, vor fast genau einem Jahr in Kandel. Auch sie nahm sich das Recht, das bei uns bisher Frauen und Mädchen hatten, eine Beziehung zu beenden und wurde daraufhin vom angeblich 15-jährigen“ Afghanen Abdul Dawodzai ehrengemordet.

Das muss endlich aufhören! Und da sind auch Eltern in der Pflicht! Die Zeiten, in denen man Teenagern bei der Wahl ihrer Freunde oder gar Partner erst einmal Vertrauen entgegenbrachte und sie nur vorsichtig im Auge behielt dabei, sind endgültig vorbei. Heute ist es überlebenswichtig, vor allem den jungen Mädchen Misstrauen mit auf den Weg zu geben. Die den Menschen von der Natur eigentlich mitgegebene Angst vor allem Fremden gilt heute als „rassistisch“, weil linke Idioten ihre Ideologie über alles andere stellen und diese unseren Kindern daheim, in Kindergärten und Schulen in die Hirne hämmern. Die natürliche Angst vor dem Fremden hat aber in der Evolution nur einen Zweck: Überleben!

Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen heimtückischer Tat Augsburg: Fünf Afghanen vergewaltigen 15-Jährige

pi-news.net/2018/12/augsburg-fuenf-afghanen-vergewaltigen-15-jaehrige

December 15, 2018

Von MAX THOMA | Die Gruppenvergewaltigung gehört zu Deutschland. Neben Ehrenmorden, staatlich anerkannten Kinderehen und Mehrfach-Ehen, Drogenhandel und brutalsten Gewaltdelikten ist der Taharrush eine der wichtigsten kulturellen Ergänzungen durch Merkels illegal importierten Messerakrobaten seit ihrem historischen Blutherbst 2015.

Heimtücke im Heim

Wie am Donnerstag bekannt wurde, ermittelt die Staatsanwaltschaft Augsburg mit Hochdruck gegen mehrere „junge Männer", die eine 15 Jahre alte Schülerin mehrfach vergewaltigt haben – mindestens eine der Taten hat sich in einem Flüchtlingsheim in der Proviantbachstraße ereignet. Demnach sitzen seit gestern nun insgesamt fünf Afghanen in Untersuchungshaft, gegen weitere wird ermittelt. Der ungeheure Vorwurf an die „Schutzsuchenden": Gemeinsame heimtückische Gruppenvergewaltigung an einer Minderjährigen.

Hilflose Lage der Schülerin „schamlos" ausgenutzt – „Kinderklinik"

Das 15-jährige Mädchen hatte im Juli nach Angaben von Polizei und Staatsanwaltschaft Augsburg einen „zwei Jahre älteren Afghanen" (Offizielles Geburtsdatum: 1.1.2001, Sternzeichen Steinbock) in der Unterkunft besucht. Er verleitete die Minderjährige „harmlose Drogen" zu konsumieren oder benutzte zusätzlich k.o.-Tropfen, wie mittlerweile übliche Praxis. Nach dem Konsum nur einer Haschisch-Zigarette habe die 15-Jährige dann einen „Filmriss" erlitten und vom weiteren Geschehen nichts mehr mitbekommen, so die Aussage der Ermittler. Stunden später wurde das Mädchen hilflos und unter Schock von Passanten auf offener Straße in Lechhausen gefunden und in die Kinderklinik gebracht. Erste Untersuchungen ergaben den Verdacht auf eine schwere Vergewaltigung. Die ersten Sexualstraftäter, ein 17-jähriger und ein 20-jähriger Afghane, wurden daraufhin in Untersuchungshaft in die JVA Augsburg verbracht.

DNA führt zu weiteren drei Tätern

Die schwäbischen Ermittler nahmen dann – relativ zeitnah und kultursensibel – drei Monate nach der ersten Gruppenvergewaltigung DNA-Proben von etlichen Bewohnern der Unterkunft sowie einer weiteren „Asylresidenz" in Friedberg bei Augsburg, um die heimtückische Sexualstraftat aufzuklären. Nach der DNA-Reihenuntersuchung kam zunächst ein weiterer tatverdächtiger Afghane dazu. Die Beamten kamen bereits um 5 Uhr morgens, um diese Uhrzeit ist die Chance am größten, möglichst viele Bewohner anzutreffen, die sonst nachts meist in der Augsburger Innenstadt „agieren".

Am Mittwoch wurden jetzt zwei weitere junge Männer aus Afghanistan im Alter von 18 bis 20 Jahren unter dringendem Tatverdacht „einer weiteren bekanntgewordenen Vergewaltigung" des Mädchens verhaftet. Wann und wo diese Tat stattgefunden haben soll, sagt die Staatsanwaltschaft aus ermittlungstaktischen Gründen nicht – auch weitere Angaben zu Opfer und Tätern wurden nicht veröffentlicht.

Wie sich der Fall genau abgespielt haben soll und wie viele Verdächtige womöglich noch beteiligt gewesen sind, dazu gibt es seitens der Ermittler bisher noch keine Angaben. Die Behörden sprechen in ihrer offiziellen Mitteilung bisher vom dringenden Tatverdacht des Missbrauchs durch „mehr als einen Bewohner" der Unterkunft.

Das Asylheim an der Proviantbachstraße ist vor einigen Jahren schon einmal wegen Straftaten in die Schlagzeilen geraten. Damals ging es allerdings nicht nur um Sexualstraftaten, sondern auch um Drogenhandel – Kunden waren auch viele Minderjährige. Es hat sich nicht sehr viel geändert.

Im vergangenen Jahr wurden bei der Augsburger Polizei 34 Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung angezeigt. Im Jahr 2016 waren es 23 Delikte. „Fachleute“ erklären sich laut Augsburger Allgemeiner die Steigerung insbesondere damit, „dass das Sexualstrafrecht in dieser Zeit verschärft worden ist“.

Südländer mit „dunklen Bärten“ Hannover: „Personengruppe“ verletzt Diskobesucher lebensgefährlich

pi-news.net/2018/12/hannover-personengruppe-verletzt-diskobesucher-lebensgefaehrlich
10. Dezember 2018

Das Steintor-Gebiet in Hannover-Mitte wird zunehmend zur Kriegszone. Kanzlerin Merkel und Heiko Maas sind inzwischen in Marrakesch gelandet, um heute den "legalen" Nachschubweg für die Migrationsindustrie sicher zu stellen.

Von JOHANNES DANIELS | Vorweihnachtszeit in Hannover-Mitte: Mit lebensgefährlichen Messerstich-Verletzungen ist ein 20 Jahre alter Mann am Sonntag in die Intensivstation eingeliefert worden, nachdem er auf eine Gruppe herumstreunender „Südländer“ traf. Das Merkelopfer hatte gegen 2:45 Uhr mit einer Begleiterin noch fröhlich die Mega-Disko „200 Ponies“ an der Goseriede verlassen. Auf dem Weg von der der Georgstraße zum Steintorplatz trafen die beiden auf Höhe des McDonalds auf eine Personengruppe von sechs bis acht Personen. Laut Polizei kam es „unvermittelt zu einer Schlägerei“. Dabei erlitt der 20-Jährige zwei Stichverletzungen in den Oberkörper / Herzgegend. Daraufhin flüchtete die Gruppe in die U-Bahn-Haltestelle Steintor.

„Alle dunkle Bärte“

Die Männer aus der Tätergruppe sind laut Zeugenaussagen etwa 20 bis 25 Jahre alt und jeweils etwa 1,80 Meter groß. Sie sollen eine südländische Erscheinung haben und alle dunkle Bärte tragen. Ein Mann trug eine helle Strickjacke und hatte eine Undercut-Frisur. Die Ermittler gehen davon aus, dass das Opfer und die Täter sich nicht gekannt haben. Sie haben ein Ermittlungeverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet – allerdings nicht wegen versuchten Mordes nach § 211 StGB.

In den „kommenden Tagen wird die Kripo mit der Auswertung der Videoaufzeichnungen von der Üstra-Haltestelle“ beginnen. Ein noch genaueres Täterprofil dürfte daher noch vor Silvester 2018 zu erwarten sein. Die Polizei sucht auch Zeugen der Tat. Sie sollen sich unter Telefon (0511) 109-5555 melden. Erst vor vier Wochen hatte es eine Messerattacke am Steintor gegeben.

Eberhard Wedler von „BILD“ berichtet „herausragend investigativ“ und „erstaunlich“ kompakt über den fast letalen Angriff unter der politisch korrekten Headline:

„Wieder Stecherei am Steintor!“

Steintor: 20-Jähriger durch Stiche schwer verletzt. Ein 20-Jähriger ist Sonntagnacht auf dem Steintorplatz in Hannover durch zwei Stiche schwer verletzt worden. Eine Gruppe von sechs bis acht Personen hatte das Opfer zuvor attackiert.

Pfeiffer (mit drei „f“) pfeift auf die Statistik

Nach Ansicht des niedersächsischen Kriminalitätsforscher und Ex-Justizministers Christian Pfeiffer, SPD, gab es Messerstechereien – insbesondere in der Vorweihnachtszeit – schon immer in Deutschland: „Gewalt sei nicht kulturell zu bestimmen, sondern vor allem eine soziale Frage“. Als Risikofaktoren nennt Pfeiffer Arbeitslosigkeit und mangelnde soziale Integration. „Wenn diese Faktoren bei Deutschen zutreffen, steigt auch bei ihnen das Kriminalitätsrisiko.“ Hinzu kommt Pfeiffer zufolge ein weiteres Phänomen: „Die Anzeigebereitschaft ist viel größer, je fremder der Täter ist“, mutmaßt der SPD-Messer-Experte stichhaltig.

Das prekäre Viertel in Hannover-Mitte rund um das Steintor ist auch das Gebiet der albanischen Drogen-Mafia. BILD berichtete im Oktober aus dem niedersächsisch-balkanischen Kriegsgebiet:

„Hier geht’s um Kokain und Crack. Ein Kerl rennt weg, als er die Beamten sieht. Die Polizisten schnappen ihn. In der Tasche hat er 500 Euro in kleinen Scheinen, die Kokain-Kügelchen wahrscheinlich runtergeschluckt. Sein Pass ist nagelneu, samt Touristen-Visum. Die Ermittler wissen: Im Balkan-Gebiet kann man ohne Grund seinen Namen ändern. Mit immer neuen Pässen und Visa kommen die Kriminellen zu uns, dealen weiter. Die Beamten: „Das Schlucken der Kokain-Kugeln lernen schon die Kinder, üben mit Kirschkernen.“ Dirk Hallmann, Leiter der Polizeistation Raschplatz: „Kriminalität schläft nicht und kennt keinen Feiertag.“ Sechs Stunden ist die Polizei in dieser Nacht unterwegs, stellt Marihuana, Crack, Ecstasy, ein verbotenes Einhand-Messer sicher. 16 Männer kassieren Anzeigen, 35 Platzverweise.

„Nachts traue ich mich nicht mehr in die City“

Die mutige BILD-Kriegs-Reporterin Jana Godau begleitete den Einsatz unter dem Titel: Dealer will Drogen an Zivil-Fahnder verkaufen:

„Es war beängstigend, eine Parallel-Welt. Wir stehen vor dem Wettbüro, sind plötzlich umringt von Männern, die lautstark diskutieren. Immer näher kommen. Bedrohlich! Die wissen genau um ihre Rechte, viele offenbar aber nicht um ihre Pflichten. Ich traue mich nachts nicht mehr in die Innenstadt, schon gar nicht in diese Ecke. Es droht zwar keiner direkt, aber es ist und bleibt ein mulmiges Gefühl. Und das mitten im Herzen unserer schönen Stadt!“

Für ein friedliches Europa

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist am Sonntag zur Teilnahme an der UN-Migrationskonferenz in Marrakesch eingetroffen. Die deutsche Willkommensverbrecher-Clique rund um Merkel und Maas werden dort das weitere Asylindustrie-Verfahren ratifizieren, das zumindest viele verantwortungsvolle Rechtsstaaten in Europa in ihrem Kriminalitäts- und Invasionsschutz für ihre Bevölkerung und ein friedliches Europa weiter vereint.

Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl, betonte, der Pakt bekräftige die in Europa gültigen Rechte für Schutzbedürftige und müsse zur weiteren Veränderung der Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU führen.

Der nächste „Ehrenmord“ eines Schutzbedürftigen Aschaffenburg: „Fluchtsuchender Syrer“ ermordet seine Tochter

pi-news.net/2018/12/aschaffenburg-fluchtsuchender-syrer-ermordet-seine-tochter

20. Dezember 2018

Die Fahndung nach dem 44-jährigen Hashem Nassan läuft auf Hochtouren. Der Syrer hat mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit seine 16-jährige Tochter ermordet. Die Polizei Unterfranken bittet um Mithilfe.

Von MAX THOMA | Mit den „Menschengeschenken“ wurden auch grausamste Kulturbräuche und Ritualmorde von Blutraute Merkel importiert. Sogar die eigenen Kinder werden auf dem abrahamitischen Altar der Blutehre geopfert – und das mitten im aufgeklärten, christlichen und liberalen Bayern im 21. Jahrhundert.

Vor zehn Tagen hatte ein Spaziergänger ein zersetztes Skelett in einem Wald in Haibach/Unterfranken gefunden. DNA-Tests beweisen jetzt, dass es sich bei der Toten zweifelsfrei um die seit 2017 vermisste Mezgin Nassan,16, handelt. Die Polizei Aschaffenburg sucht nun mit Hochdruck nach dem dringend tatverdächtigen Vater des Mädchens, einen „schutzbedürftigen Geflüchteten“ aus Syrien. Das teilten am Dienstag die Kripo Aschaffenburg und die Staatsanwaltschaft in **einer Pressemitteilungmit. Die Berufsschülerin aus Aschaffenburg wurde kaltblütig ermordet, weil ihr Vater wohl ihre Beziehung zu einem 23-jährigen Syrer nicht duldete – eine Frage der „Ehre“ bis zur Vernichtung der eigenen Familie.**

Geflüchteter Geflüchteter

Nach ihrem aus Aleppo stammenden Vater Hashem Nassan, 44, wird nun wegen des Verdachts eines versuchten und eines vollendeten Tötungsdeliktes weiter gefahndet. Mezgin Nassan lebte mit ihrer Familie in Goldbach bei Aschaffenburg. Die gesamte Familie flüchtete 2015 aus Syrien nach Deutschland – ins vermeintliche Paradies für die bereits gut integrierte Mezgin. Als das Mädchen am 4. Mai 2017 nicht nach Hause kam und auch telefonisch nicht mehr erreichbar war, erstatteten die Eltern „Vermisstenanzeige“. Polzeieinheiten, Hubschrauber und Wasserwacht suchten intensiv nach dem adretten Mädchen, Flugblätter wurden verteilt, eine Kompostieranlage wurde durchsucht.

Anfang Juni 2017 wurde dann der syrische Freund Mezgins wurde am Aschaffenburger Floßhafen niedergestochen. Anwohner alarmierten den Notarzt, der 23-Jährige konnte trotz lebensgefährlicher Halsverletzung gerettet werden. Er hatte sich zuvor am Main mit Mezgins Vater „zur Aussprache“ getroffen. Inwiefern das Treffen bzw. die Tat in der Nacht etwas mit dem

damaligen Verschwinden der 16-Jährigen zu tun haben, ist weiterhin Gegenstand der Ermittlungen der sogenannten Ermittlungskommission „Rucksack". Teil dieser Ermittlungen ist in enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft Aschaffenburg nun auch der Tatverdacht gegen den 44-Jährigen wegen des Verdachts, seine Tochter brutalst erstochen zu haben.
70 Ehrenmord-Punkte für Hashem in der deutschen Täter-Kartei?
Gegen den „schutzsuchenden Rabenvater" Hashem Nassan besteht auch ein internationaler Haftbefehl. Der leitende Oberstaatsanwalt Axel Weihprecht: „Wir haben ihn derzeit noch nicht. Die Vermutung, dass er sich ins Ausland abgesetzt hat, liegt nahe". Vielleicht ist er zurück ins fast sichere Syrien remigriert – kein Problem bei Deutschlands offenen Grenzen?!
Das Amtsgericht Aschaffenburg verurteilte den „Fluchtsuchenden" im Mai 2017 zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten. Abu Nassan wurde für schuldig befunden, seine Tochter Mezgin bereits im Mai und Juni 2016 brutal geschlagen und ihr dabei schwerste Hämatome zugefügt zu haben.
Die Polizei und Staatsanwaltschaft Aschaffenburg bitten um Mithilfe: Wer kann Angaben zum aktuellen Aufenthaltsort von Hashem Nassan machen? Hinweise aus der Bevölkerung bitte unter Tel. 06021/857-1732.
Werbung von Revcontent

https://www.focus.de/politik/deutschland/europaeischen-gerichtshof-urteilt-in-deutschland-geborener-straftaeter-darf-abgeschoben-werden_id_10095227.html
Europäischer Gerichtshof urteilt
In Deutschland geborener Straftäter darf abgeschoben werden
dpa/David-Wolfgang EbenerEin Gerichtsurteil zeigt, dass die familiäre Bindung für den Anspruch auf eine Pflege zu Hause rund um die Uhr eine wichtige Rolle spielt.
Donnerstag, 20.12.2018, 12:45
Die Bundesrepublik darf einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zufolge einen in Deutschland geborenen verurteilten Straftäter in die Türkei abschieben. Angesichts der Schwere seiner Drogendelikte und seiner mangelnden Integration in Deutschland sei eine Abschiebung des türkischen Staatsbürgers rechtens, argumentierten die Straßburger Richter in dem Urteil vom Donnerstag (Beschwerdenummer 18706/16).

Der in Speyer geborene Mann hatte sich gegen seine Abschiebung vor dem Gericht gewehrt. Er hat eine Tochter mit einer Deutschen und sieht durch seine drohende Ausweisung sein Recht auf Privat- und Familienleben verletzt. Dieser Argumentation folgten die Richter nicht: Der Eingriff in sein Familienleben sei nötig im Interesse der öffentlichen Sicherheit.

Abschiebung rechtens, denn Mann sei mangelhaft integriert

Der Mann wurde 1980 in Neustadt an der Weinstraße geboren und bekam 1996 eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. In den Jahren darauf wurde er mehrfach wegen Drogendelikten verurteilt, unter anderem zu einer mehrjährigen Haftstrafe. Seit 2002 ordneten deutsche Gerichte mehrmals die Abschiebung des Mannes an, doch er wehrte sich erfolgreich dagegen. Erst 2015, als das Bundesverfassungsgericht seine Beschwerde abgelehnt hatte, versuchten die Behörden, den Mann abzuschieben - scheiterten jedoch an fehlenden Papieren. Der Mann sei mangelhaft in Deutschland integriert, obwohl er von Geburt an hier lebe, argumentierte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Die Richter unterstrichen zudem, dass Staaten bei der Entscheidung, welche Ausländer auf ihrem Staatsgebiet leben dürfen, eine große Eigenständigkeit genießen. Insgesamt gebe es bedeutsame und ausreichende Gründe für seine Abschiebung.

19. Dezember 2018, 16:48 Uhr

Überwachung von Gefährdern

Nichts gelernt aus dem Fall Anis Amri

Eine Kolumne von Sascha Lobo

Ein Blick in die Statistik zu islamistischen Mordanschlägen in Europa zeigt: Immer war mindestens einer der Täter polizeibekannt. Die Fehler der europäischen Behörden haben absurde Züge angenommen.

Selten sind Statistiken so eindeutig wie diese: Von den 22 islamistischen Mordanschlägen in der EU seit 2014 sind alle 22 von mindestens einem polizeibekannten, gewaltaffinen Täter ausgeführt worden. Alle, also 100 Prozent.

Zum heutigen zweiten Jahrestag des islamistischen Mordanschlags von Anis Amri möchte ich deshalb einen etwas persönlicheren Text schreiben, ohne mich vom Zorn davontragen zu lassen. Gar nicht so einfach bei einer 100-Prozent-Quote. Spätestens seit den Snowden-Enthüllungen verfolge ich die Aktivitäten der Sicherheitsbehörden (vor allem der Geheimdienste) intensiver. 2016 und 2017 habe ich bereits ähnliche Statistiken erstellt, weil mir auffiel, dass so viele islamistische Mörder schon vor ihren Taten behördlich bekannt waren. Dass also der Staat anstrebt, unter anderem mit Hilfe der Vorratsdatenspeicherung die Telefonate meiner Frau mit mir via Metadatenspeicherung zu überwachen - aber mit den Daten längst bekannter Krimineller im islamistischen Umfeld suboptimal umgeht. Vorsichtig formuliert.

Ich möchte versuchen, den Sicherheitsbehörden gegenüber fair zu sein. Denn es ist schwer zu sagen, ob trotz der öffentlich bekannten Zahlen nicht vielleicht doch eine akzeptable Erfolgsquote bei der Bekämpfung terroristischer Morde besteht. Verhinderte Anschläge können schließlich nicht immer öffentlich gemacht werden, etwa aus Gründen des Informantenschutzes. Abgesehen davon, dass natürlich Razzien wie die vor einigen Tagen in einer salafistischen Moschee in Berlin theoretisch Taten vor ihrer konkreten Planung im Keim ersticken könnten.

Aber die Muster in den bekannten Daten sind doch eindeutig: Junge Männer, Migranten oder mit Migrationshintergrund aus muslimischen Ländern, fast sämtlich polizeibekannt und gewaltaffin, weil sie zum IS gefahren waren, die Gewaltverbrechen verübten oder zumindest behördenbekannte Gewaltdrohungen aussprachen.

Sieben Identitäten - na und?

Der Weg zum islamistischen Attentäter führt so offensichtlich über nicht-ideologische Kriminalität, dass ich mir bei manchen Einschätzungen der Behörden heftig an den Kopf fasse: Amri verhalte sich "wegen seines Drogenhandels nicht wie ein typischer islamistischer Terrorist". So rechtfertigte die Berliner Polizei die Einstellung der Überwachung von Anis Amri, drei Monate vor seinem Anschlag. Das ist deshalb unfasslich, weil eben diese Behörde, das Berliner LKA, selbst erklärte, die "teilweise Verschmelzung der Islamisten- mit der Drogen-Szene" seit Mitte 2015 zu beobachten.

In fast allen der 22 Fälle gab es zu irgendeinem Zeitpunkt zusätzlich zu kriminellen, gewaltaffinen Umtrieben einen Extremismusverdacht bei mindestens einem der Attentäter, mit zwei Ausnahmen:

- **Der islamistische Mörder des 14. Juli 2016 in Nizza, der zwar als kriminell und gewalttätig bekannt war, aber nicht als islamistisch.**
- **Der islamistische Mörder des 1. Oktober 2017 in Marseille ebenso.**

Wobei aber besonders der zweite Fall, Ahmed Hanachi, eine innere Absurdität in sich trägt. Denn Hanachi wurde nicht nur zwölf Mal verhaftet, unter anderem wegen Gewalttätigkeiten - er hatte auch behördlich festgestellte sieben Identitäten. Sein Bruder war bekannterweise zwei Jahre lang als IS-Kämpfer in Syrien. Trotzdem wurde Hanachi am Tag vor dem Anschlag freigelassen, denn er stand auf keiner Warnliste. Mir entzieht sich vollkommen, wie mit diesen Rahmendaten nicht alle Warnleuchten angehen. Was nützt bitte eine Warnliste oder

Gefährderdatei, wenn ein hochkrimineller Mann mit sieben Identitäten und einem IS-Kämpfer in der Familie nicht draufsteht? Trotz der geradezu extremen Überwachung, die in Frankreich genau aus Terrorismusgründen längst besteht?

Fall Amri: Nur die Spitze des gesamteuropäischen Fiasko-Eisbergs

Im Gegensatz zu meinen Erhebungen von März 2016 und Mai 2017 gibt es in diesem Jahr allerdings eine Neuerung. Obwohl wieder alle Mordattentate unter Beteiligung von polizeibekannten, gewaltaffinen Personen verübt wurden, fanden sich erstmals seit 2014 auch Co-Attentäter, die den Behörden zuvor offenbar unbekannt waren:

- Der dritte der drei Attentäter des Anschlags am 3. Juni 2017 in London war bis dahin gar nicht polizeilich in Erscheinung getreten.
- Die Terrorzelle der Morde in Barcelona am 17. August 2017 bestand aus einem als extremistisch und terrorverdächtig bekannten Imam und sieben bis dahin offenbar behördlich unbekannten jungen Männern, die ein Doppelleben führten.

Das tröstet mich nicht wirklich, denn je tiefer ich in die vielen Fälle hineinschaue, desto verstörender werden die Zusammenhänge, und desto schwerer tue ich mich damit, rechtsstaatliches Vertrauen in die Sicherheitsapparate zurückzugewinnen. Natürlich ist man hinterher immer klüger - aber das bestürzende Behördenversagen beim islamistischen Mörder von Berlin, Anis Amri, erscheint nur noch als Spitze des gesamteuropäischen Fiasko-Eisbergs.

Der Leiter des Berliner LKA sah sich gezwungen, von "so vielen Fehlern, so vielen Unzulänglichkeiten" zu sprechen, obwohl Sicherheitsbehörden bekanntermaßen nicht überragend gut sind beim Eingestehen von Versäumnissen. Hier eine - wirklich kleine - Auswahl (Wenn Sie zu gute Laune haben, lesen Sie die Zeitleiste des Amri-Versagens der "Berliner Morgenpost"):

- **Gleich zwei Polizeibehörden übersehen bei der Überprüfung des Smartphones von Amri ein Foto, auf dem er mit einer Waffe posiert.**
- **Die Behörden hatten mindestens einen V-Mann in Amris direkter Umgebung (den sie danach vorsorglich verschwiegen).**
- **Amris Überwachung wird beendet, weil nicht genügend Kräfte zur Verfügung stehen, ohne zuständige Behörden wie die Staatsanwaltschaft zu informieren.**
- **Amri wird mit zwei gefälschten Pässen festgenommen - aber kommt als bekannter Gefährder trotzdem am nächsten Tag wieder frei.**
- **Immer wieder werden Nachfragen zwischen Behörden nicht beantwortet, Informationen nicht weitergeleitet oder verschwiegen, absurde Fehleinschätzungen begangen.**
- **Der marokkanische Geheimdienst berichtet Wochen vor dem Anschlag dem Berliner LKA, dass Amri mit IS-Sympathisanten verkehre und "ein Projekt" plane. Es passiert: nichts.**

Vergessen, den Top-Gefährder in die Gefährderdatenbank einzutragen

Ist - bezogen auf Europa - der Umgang mit derart gefährlichen, islamistischen Männern in den letzten zwei Jahren umsichtiger, cleverer, besser geworden? Der islamistische Mordanschlag von Straßburg vor wenigen Tagen deutet nicht unbedingt darauf hin. Chérif Chekatt war als extrem gewalttätig bekannt, sagenhafte 27 Mal für haarsträubende 67 bewiesene Straftaten vorbestraft, in Frankreich, der Schweiz und Deutschland verurteilt, er wurde vom französischen

Inlandsgeheimdienst überwacht, er stand auf der französischen Terrorwarnliste ("Fiche S"). Und dort war Chekatt nicht irgendjemand, er galt nach Aussagen der französischen Behörden als "einer der islamistischen Top-Gefährder", radikalisiert im Gefängnis. Die Behörden in Deutschland führten ihn aber nicht als Islamisten, sondern nur als gewöhnlichen Kriminellen. Bumm.

Wie ist das möglich? Obwohl mindestens die Hälfte der islamistischen Mordattentäter der letzten Jahre grenzüberschreitende Aktivitäten betrieben, gibt es nicht einmal eine gemeinsame Definition von "islamistischen Gefährdern" innerhalb der EU. Schlimmer noch: Es gibt zwar seit 2001 eine EU-weite "Counter Terrorism Group", die in Den Haag eine Datenbank betreibt. Dort aber hatte Frankreich versäumt, Chekatt einzutragen, auch deshalb stand er im Schengen-Informationssystem nur als "Straftäter".

Ja, es ist wirklich wahr: Man kann in Straßburg einer der schlimmsten islamistischen Gefährder von ganz Frankreich sein und in Deutschland - Luftline 250 Meter entfernt von Straßburg - ist man ein gewöhnlicher Einbrecher. Es scheint mir einfach nicht, als hätten die Behörden in Europa aus dem Fall Amri vor zwei Jahren allzuviel gelernt, und das macht mich sehr wütend.

URL:

- http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/ueberwachung-von-gefaehrdern-nichts-gelernt-aus-dem-fall-anis-amri-a-1244545.html

Wer trägt Schuld an dem grausamen Mord? Mireille, „Ahmad S.“ und die deutsche Obrigkeitsgesellschaft

pi-news.net/2018/12/mireille-ahmad-s-und-die-deutsche-obrigkeitsgesellschaft

22. Dezember 2018

„Integrationsexpertin“ Claudia Guenther beobachtet den Prozess gegen den afghanischen Mörder von Mireille Bold aus Flensburg und sucht hilflos Erklärungen für die Tat.

Deutsche sind obrigkeitstreu und autoritätshörig. Erst wenn ein „Experte“ etwas sagt, was sie schon lange wissen, glauben sie es auch. Deshalb gibt es so viele Experten auch für Dinge, die man sich an fünf Fingern abzählen kann. Einige davon tauchen auf in einem Interview des FOCUS mit einer „Integrationsexpertin“. Sie hat den Prozess gegen den Afghanen „Ahmad S.“, der eigentlich Ahmad Gulbhar heisst und die 17-

jährige Deutsche, Mireille Bold in Flensburg erstach, beobachtet. Claudia Guenther zu ihrer Motivation:

Ich will verstehen, wie es soweit kommen konnte, dass ein Asylbewerber wegen Mordes vor Gericht steht. Auch wenn das Urteil noch nicht gesprochen ist: Es lassen sich anhand dieses Falles viele Dinge erkennen, die bei der Integration falsch gelaufen sind. Daraus kann man lernen, und deshalb besuche ich den Prozess.

Den ersten Fehler macht sie dabei gleich selbst: Nicht bei der „Integration" ist etwas schief gelaufen, sondern beim „Umgang" mit dem Asylbewerber. Kein moralisches oder gesetztes Recht gebietet die Integration fremder Menschen in Deutschland, wenn sie woanders schon lange integriert sind. Auch wenn das ein Hobby für Gutmenschen geworden ist, die sonst keinen Lebenssinn kennen und die unter der Ägide einer Psychopathin agieren, die keine Kinder mehr gebären kann und deshalb in ihrer Zwangsneurose immer und immer mehr „Kinder" zu sich nach Hause, „nach Deutschland" holen muss.

Abgesehen von diesem Eingangsfehler (und dem grundsätzlichen, der Missachtung geltenden deutschen Rechtes beim Grenzübertritt, GG 16a, 2), abgesehen davon hat Frau Guenther auch einiges Richtiges bemerkt:

- Die Lüge über das Alter

Praktisch denkende Asysuchende wählen, wenn sie nach ihrem Alter gefragt werden, ein geringeres, weil sie dadurch ihre Chancen auf einen Daueraufenthalt erhöhen. Gutgläubige Deutsche nehmen ihnen das unkritisch ab, denn moralisch noch bessere Vorgesetzte würden die Stirne runzeln, wenn man den „Schutzsuchenden" bereits hier mit gesundem Misstrauen begegnete.

Dem bei der Aufnahme der Personalien genannten Geburtsdatum zufolge war der junge Mann im März noch 18 Jahre alt. Dies schloss eine Gutachterin im Gericht aus: Die Untersuchungen hätten ergeben, dass der Angeklagte mindestens 21 Jahre alt gewesen sein müsse.

- **Deutsche Gesetze sind egal**

Ahmad war es egal, welche Auflagen er bekam, den Sachbearbeitern war es egal, dass ihm das egal war.

Guenther: Der Angeklagte hatte unter dem Namen Ahmad M. in Hamburg einen Asylantrag als volljähriger Asylbewerber gestellt, der abgelehnt wurde. Seine Wohnsitzauflage hat er nicht beachtet und ist nach Flensburg weiter gezogen. Dort hat er sich unter einem anderen Namen, Ahmad S., und als Jugendlicher gemeldet und wurde von derselben Jugendhilfeeinrichtung wie Mireille betreut. Ein Informationsaustausch zwischen den Behörden hat offenbar nicht stattgefunden. […]

FOCUS Online: Wie hätte es besser laufen können?

Guenther: Es muss ja eine Asylberatung stattgefunden haben mit Ahmad S. und seinem Betreuer, da ein Jugendlicher keinen Asylantrag selber stellen kann. Dabei und auch in der Folge war die Einrichtung ganz offensichtlich nicht kritisch genug. Es war sehr viel Wohlwollen dabei. Ich würde solchen Einrichtungen empfehlen, kritischer gegenüber den Angaben ihrer Klienten zu sein.

- **Wohlwollen gegenüber dem „Asylbewerber" und seinem Bleibewunsch**

Auch wenn es weiter oben bereits gesagt wurde, hier noch einmal: Gutgläubige Deutsche nehmen Asylbewerbern alles unkritisch ab, weil moralisch noch bessere Vorgesetzte es ihnen übel nehmen würden, wenn sie „Schutzsuchenden" mit gesundem Misstrauen begegnen. Sachbearbeiter sehen

„Flüchtlingen“ Verstöße nach, weil sie meinen, eine „Integration“ „schaffen“ zu müssen. Die ganze politisch korrekte Atmosphäre im Lande ist so, dass insbesondere die unteren Angestellten alles versuchen um Asylbewerber im Lande zu behalten, weil sie nur so Gnade bei ihren Vorgesetzten erwarten können:

Betreuer und andere Unterstützer sahen wohl nur die Chance einer Bleibeperspektive durch das Absolvieren einer Ausbildung. Dies ist eine rechtliche Möglichkeit, sozusagen das kleine Einwanderungsgesetz durch die Hintertür.

Nach bestandener Prüfung und weiterer Beschäftigung im Ausbildungsberuf gibt es eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre als Facharbeiter. Danach sind weitere Aufenthaltserlaubnisse bei der Sicherung des Lebensunterhalts möglich und wahrscheinlich. Die Erlaubnis sollte bereits während des laufenden Asylverfahrens beantragt werden. Die Betreuer hatten entweder nicht im Blick, dass es Probleme aufgrund der unterschiedlichen Identitätsangaben geben würde oder sie gingen davon aus, dass bei Offenlegung der wahren Identität die Ausländerbehörde trotzdem zustimmen würde. Beides ist möglich.

Vermutlich rieten „Betreuer und Unterstützer“ auch nur deshalb dem Ahmad von seinem Studienwunsch ab, weil ein Studium eben nicht unter „das kleine Einwanderungsgesetz durch die Hintertür“ fällt. Dem Michel kann man einen jahrelang studierenden Afghanen ohne richtige Deutschkenntnisse dann doch nicht mehr als Bereicherung der Wirtschaft verkaufen. Sie selbst würden seine Selbsteinschätzung aber vermutlich gegen jede Vernunft teilen oder sie paternalistisch wohlwollend hinnehmen:

- Selbstüberschätzung des eigenen Könnens

Viele „Asylsuchende“, die aus dem islamisch geprägten Kulturkreis stammen, unterliegen grandiosen Selbstübeschätzungen. Vielleicht stammt diese unkritische Haltung gegenüber dem eigenen Können und den eigenen Fähigkeiten daher, dass sie sich als Muslime grundsätzlich besser und klüger dünken als „Ungläubige“. Anspruch und Wirklichkeit, Schein und Sein klaffen jedenfalls weit auseinander, so auch hier:

FOCUS Online: Sie haben seine Integrationsverweigerung angesprochen. Können Sie das genauer erklären?

Guenther: Er hat alle Angebote für Praktika entweder abgelehnt oder die Maßnahme abgebrochen. Er wollte lieber studieren, Betreuer und andere Unterstützer sahen wohl nur die Chance einer Bleibeperspektive durch das Absolvieren einer Ausbildung.

Dass Ahmad noch einen Dolmetscher vor Gericht benötigt, zeigt, dass er weitere Jahre brauchen wird, bevor er überhaupt nur die Sprache so gut beherrschen wird, dass er einer Vorlesung folgen kann. Ob sich sein Intellekt entsprechend mit entwickeln lässt, steht dabei noch völlig außer Frage.

- Selbstüberschätzung der eigenen Geschlechtsrolle

Viele „Asylsuchende“, die aus dem islamisch geprägten Kulturkreis stammen, unterliegen grandiosen Selbstübeschätzungen auch hinsichtlich ihrer Bedeutung als Mann einer Frau gegenüber. Nachdem er Mireille für sich gewinnen konnte, begann der Prozess der Unterwerfung, wie er im PI-NEWS-Beitrag „AMIGA“ beschrieben wurde. Ab da war sie sein Besitz, musste Kopftuch tragen und wurde lückenlos überwacht. Kulturrelativisten und Idioten unter den „Helfern“ waren auch hier wieder die Helfershelfer des mutmaßlichen Mörders,

zu feige, gegen ihr Rollenverständnis als Asylhelfer aufzubegehren und Menschenhelfer zu sein, also auch für die eigene deutsche Mitbürgerin da zu sein (Hervorhebungen durch PI-NEWS):

FOCUS Online: Was ist in der Folge schief gelaufen?

Guenther: Ahmad kam im Frühjahr 2016 mit Mireille zusammen. Er hat sie gestalkt, wollte sie zwanghaft kontrollieren. Es kam immer wieder zu Vorfällen, die ein Alarmsignal hätten sein müssen. So hat er den Schlüssel für ihre Wohnung aus dem Büro der Betreuer entwendet. Als Mireille dann mit ihrer Betreuerin nach Hause kam, saß er dort einfach auf dem Sofa.

FOCUS Online: Was war die Folge dieses Vorfalls?

Guenther: Ihre Betreuerin hat seinen Betreuer darauf angesprochen. Aber im Prozess bekam man den Eindruck, dass dieser das Verhalten von Ahmad nicht als auffällig empfunden hat. Das trifft auch auf das Kopftuch zu, dass sie plötzlich trug. Eine Freundin hat im Prozess ganz klar gesagt, dass Mireille dies nicht wollte. Laut der Gutachterin war er ziemlich stolz darauf, dass sie es getragen hat.

FOCUS Online: Auch hier die Frage: Was hätte anders laufen müssen?

Guenther: Zwei Dinge: Zum einen hätte Ahmad einfach spüren müssen, dass sein Verhalten Konsequenzen hat. ***Die Betreuer haben ihn nicht eindringlich genug angehalten, sein Verhalten zu ändern.*** *Eine Anzeige und eine Gefährderansprache hätte hier vielleicht geholfen. Das kann wie eine Erziehungsmaßnahme wirken, denn teilweise kennen die Zuwanderer ja schlicht unsere Gesetze nicht. Wer sich immer wieder über Regeln hinweg setzt, ohne dass dies Konsequenzen für ihn hat, der wird das als Bestätigung seines Handelns auffassen.*

FOCUS Online: Er soll die Tat ja aus Eifersucht begangen haben, da sie einen neuen Freund hatte. Wenn das zutrifft: Was sagt das für Sie aus?

Guenther: Er wusste oder vermutete, dass Mireille einen anderen Freund hatte. Sie entzog sich seiner Kontrolle über Wochen und hatte sich von ihm getrennt. Er wusste nicht wo sie sich aufhielt und versuchte das herauszubekommen. ***Man muss es so eindeutig sagen, dass die Männer aus Ländern wie Afghanistan eine andere Sozialisation bekommen haben als westliche Menschen. Das muss man ernst nehmen, alles andere wäre auch den Betroffenen gegenüber unfair. Und auch hier ist dafür eine realistische Einschätzung der Betreuer nötig.***

Die letzte Aussage zieht sich wie ein roter Faden durch das interessante Interview. Realistische Einschätzungen bei Deutschen sind nötig, keine verklärenden sozialromantischen. Es fehlt der Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, das Aufbegehren gegen obrigkeitliche Anmaßungen, die Merkels Kinder gut versorgt wissen wollen. Alles das hätte Mireille vielleicht das Leben retten können. Der Mörder hatte willige Helfer.

28-Jähriger Deutscher totgeschlagen Göttingen, die Leichenstadt

pi-news.net/2018/12/goettingen-die-leichenstadt
4. Dezember 2018

Von HARTMUT | Das aktuellste Opfer unserer „Bunten Republik“ verendete am letzten Samstag in der Innenstadt von Göttingen: ein 28jähriger Deutscher, totgeschlagen von irgendeinem Barbaren aus sonstwoher. Unser Autor ist in Göttingen geboren und aufgewachsen, den Niedergang dieser Stadt hat er selbst miterlebt.

In der Straße „Untere Karspüle“ gab es immer ein paar nette Studentenkneipen, in die man sich schon in den 80er Jahren als Schüler gern verirrte: harmlose Nachtcafés, Jurastudenten, Betriebswirtschaftler, keine abgestürzte Szene, wie es sie anderswo in Göttingen durchaus gab. Undenkbar damals, dass man in der Unteren Karspüle jemals einen Menschen totschlagen würde. Aber auch Göttingen wurde in den vergangenen 20 Jahren massiv umgevolkt. Das Publikum hat sich verändert und mit dem Publikum die in Göttingen geltende Wertewelt, sogar in der Unteren Karspüle.

Es hat in Göttingen schon früher nie an finsteren Gestalten gefehlt: kettenrasselnde Punker an jeder Straßenecke oder skurrile Typen, die nur mit Wolldecken behängt durch die Innenstadt geisterten und ihrem Guru nachliefen. Irgendwann kamen dann die linken Autonomen aus dem Jugendzentrum Innenstadt dazu, und nicht zuletzt gab es auch immer die altrechte Northeimer Szene, die tatsächlich hin und wieder mit Springerstiefeln filmreif durch die Fußgängerzone trottete. All diesen Leuten wich man schon damals aus, aber man wusste eigentlich, dass sie einen in Ruhe ließen: Göttingen, Studentenstadt, war stets eine Stadt harmloser Spinner.

Doch die Gestalten, die heute durch Göttingen streunen, sind nicht nicht mehr ganz so harmlos. Die Punker sind verschwunden, die Northeimer Szene auch und ebenso die vielen Guru-Jünger, die ihrem Bhagwan nachliefen, gibt es nicht mehr. Geblieben sind nur die Autonomen. Und dazu gekommen ist eine ganz neue Gruppe von Streunern: Araber, Afrikaner, die breitbeinig mit feindseligen Blicken durch die Weender Straße stiefeln. Diese beiden Gruppen, linke Autonome und finster blickende Gestalten aus dem Morgenland, prägen nun auch das geistige Klima in der Stadt: radikal linksextremes und islamisches Denken sind tonangebend geworden in Göttingen, sie allein prägen den Diskurs in der Stadt und dominieren über alle anderen politischen Richtungen selbst an der einst weltberühmten Georgia-Augusta-Universität. Beiden Denkweisen gemeinsam ist die Überzeugung, dass ein Toter auf der Straße, sofern es sich um einen deutschen Toten handelt, politisch nicht viel gilt und im Zweifel immer irgendwie zu rechtfertigen ist. Der Tote in der Unteren Karspüle ist daher auch ein Symbol für den Wertewandel, den die Stadt durchlebt hat, seit sich die Bandbreite der durch die Innenstadt streunenden Gestalten verengt hat und die vielen harmlosen Spinner durch weniger harmlose Gestalten verdrängt wurden.

Die Dominanz linksextremen Denkens ist in Göttingen nicht gänzlich neu: Göttingen war schon immer eine linke Hochburg. Das erwähnte Jugendzentrum Innenstadt, natürlich staatlich gesponsort, war lange Jahre ein beliebter Rückzugsort für die dritte

Generation der RAF. Die dort monatelang aus den Fenstern hängenden Plakate zugunsten der RAF wurden von den Amtsträgern im Rathaus, typisch für die politische Kaste der alten Bundesrepublik, immer gern geduldet. Zu den Jugenderinnerungen des Autors gehören auch die wöchentlichen Aufmärsche der linken Szene, Rituale der Selbstdarstellung, bei denen die Ladenbesitzer in der Innenstadt ihre Schaufenster mit Holzbrettern zunageln ließen, weil sie aus leidvoller Erfahrung wussten, dass der heuchlerische Staat ihre Geschäfte sowieso nicht schützen wird. Früher als in anderen von linken Randalierern regelmäßig heimgesuchten Städten Westdeutschlands gab es in Göttingen auch Stahlgitter vor den Schaufenstern, die vor jeder linken Straßenschlacht schnell herabgelassen werden konnten und die gesamte Innenstadt in eine stählerne Festung verwandelten. Besonders gut erinnert sich der Autor an jene Demonstration, zu der sogar die Lehrer seiner Schule die Schülerschaft aufgerufen hatten, und auf der dann in einem fort „Hass, Hass, Hass auf diesen Staat" skandiert wurde. Göttingen war also schon immer so.

Jedenfalls wohl schon immer seit den 70er-Jahren. In den 60er-Jahren nämlich, erzählten uns damals manch ältere Lehrer, soll in Göttingen durchaus noch eine gewisse politische Ausgewogenheit geherrscht haben. Angeblich soll sich ein damaliger Schuldirektor den Horden der 68er sogar persönlich im Schuleingang entgegengestellt haben, als diese Wilden das Gebäude stürmen wollten, um dort irgendein maoistisches Tamtam abzuhalten. Heutzutage würde das kein Göttinger Schuldirektor mehr wagen. Eine Klassenkameradin des Autors ist, nebenbei bemerkt, tatsächlich in Göttingen geblieben und hat sich dort ihren naiven Kindheitswunsch verwirklicht, Lehrerin zu werden, am Theodor-Heuß-Gymnasium. Das war früher zwar nicht das allerbeste, aber immerhin ein recht angesehenes Gymnasium, auf das man durchaus seine Kinder hätte schicken können. Die heutigen Dramen an dieser Schule, die jene Klassenkameradin dem Autor bei ihrer letzten Begegnung erzählte, seien dem Leser hier erspart.

Autonome und das leibhaftige Morgenland: diese Szene prägt heute nicht nur die geistige Atmosphäre in der Stadt, sondern auch das äußerliche Erscheinungsbild. Schon in den 80ern war die Innenstadt überall vollgesprüht mit roten Graffiti, heute ist sie vollgeklebt mit linken Plakaten und Aufklebern, die die Stadtverwaltung natürlich anstandslos hängen lässt, auch wenn sie ganz offen Gewalt verherrlichen. Die erste Großmoschee wurde irgendwann um die Jahrtausendwende gebaut, wie vielerorts in Deutschland gleich nach der Einbürgerung der Gastarbeiter durch Kanzler Schröder. Als Standort suchte man sich eine große Kreuzung an einer Hauptverkehrsstraße, unübersehbar, um Präsenz zu zeigen. Der Pfarrer der Johanniskirche in der Innenstadt hatte vorher noch überlegt, ob er den eingebürgerten islamischen Gastarbeitern nicht eine Gebetsecke in seiner Kirche anbieten solle, mit Teppichen und allem Drum und Dran – ganz ehrlich, kein Witz. Aber natürlich ist eine eigene Moschee mit Riesenkuppel an einer Straßenkreuzung ein viel stattlicheres Machtsymbol, und darum ging es schließlich. Das hatte der Pfarrer damals schlicht nicht begriffen. Die Gegend um die Moschee ist heute natürlich weitestgehend islamisch, wie überhaupt der ganze Göttinger Westen mit

dem Ortsteil Grone. Dieser Stadtteil war in den 80er-Jahren zwar nicht besonders wohlhabend, aber man konnte dort noch gut wohnen. Grone war ein Stadtteil der Arbeiterschaft und unteren Mittelschicht, Wohnblocks und kleine Reihenhäuser, aber immer sehr sauber, kleinbürgerlich sauber, für Studenten sogar eine Spur zu sauber. Wie Grone heute aussieht, kann sich jeder sicher gut vorstellen.
Und nun liegt eine Leiche in der Unteren Karspüle in dieser schönen Studentenstadt, wo doch alle immer nur alles richtig gemacht haben und wo man sogar noch früher als anderswo in Westdeutschland immer nur im Bioladen gekauft hat. Da liegt auf einmal eine Leiche vor den Füßen der linken Lehrer und des linken Stadtrats, der vor lauter Toleranz sogar die RAF-Plakate hängen ließ und sich so sehr über die Kuppelmoschee an der Straßenkreuzung gefreut hat. Und die Täter kommen aus Grone oder irgendeinem der anderen mittlerweile herabgekommenen, ehemals noch bei den Studenten beliebten Gegenden, deren Umvolkung mit gleichzeitigem Wertewandel der Bürgermeister und der Stadtrat und der Pfarrer aus der Johanniskirche mit all ihrer Toleranz jahrelang zugesehen haben.
Und wie der Autor Göttingen so kennt, wird man in Göttingen, kaum dass die Leiche aus dem Weg geräumt ist, auf der Weender Straße als erstes eine Demonstration gegen deutschen Rechtsradikalismus organisieren, wo sie dann alle wieder ihre Sprüche klopfen werden, die feinen Leute aus dem Stadtrat und die Pfarrer aus der Johannis- und Jakobikirche und der Universitätspräsident, vor deren Füßen gerade noch die Leiche gelegen hat.

Neun Verletzte! Prügelorgie: Amberger flüchten in Todesangst vor „Flüchtenden“

pi-news.net/2018/12/pruegelorgie-in-bayern-amberger-fluechten-in-todesangst-vor-fluechtenden
30. Dezember 2018
Symbolbild.
Von MAX THOMA | Amberg ist das barocke Schmuckkästchen der bayerischen Oberpfalz – im teilweise venezianisch anmutenden Idyll mit 45.000 Einwohnern herrscht Vollbeschäftigung – Weltunternehmen der Automobilzuliefer-Industrie haben dort ihren Firmensitz, eine neu gegründete Hochschule zieht eine Vielzahl ambitionierter Studenten an und das Bayerische Landespflegeamt hat dort seit 2018 seinen Sitz. Im benachbarten Grafenwöhr befindet sich einer der größten

amerikanischen Truppenstandorte Europas, das Zusammenleben mit den hilfsbereiten GIs verlief seit Jahrzehnten absolut problemlos und stets zum Vorteil der Amberger Bevölkerung.
Im Zuge des „Historisch Einzigartigen Experiments" tauchten seit 2015 jedoch zunehmend Gäste in der historischen Altstadt auf, die das Zusammenleben mit den gemütlichen Oberpfälzern täglich neu herausfordern.
Am Samstag Abend haben vier Jugendliche in der barocken Amberger Innenstadt laut Polizei „grundlos auf Passanten eingeschlagen und mehrere von ihnen verletzt". Vier „Schutzsuchende" – zwei Afghanen, ein Iraner und ein Syrer im Alter von 17 bis 19 Jahren – begannen ihre „Prügeltour" (BILD) am Samstagabend um 18:30 Uhr im Amberger Bahnhofsbereich: Sie schlugen laut Polizei wahllos einem ankommenden Reisenden unvermittelt mehrfach ins Gesicht und prügelten sodann auf dem Bahnhofsvorplatz „wiederum wahllos" auf zwei weitere Passanten ein.
***„Die betroffenen Passanten versuchten zu flüchten. Am Bahnhofsvorplatz wurden sie von dem Schlägertrupp eingeholt, einer der Flüchtenden ging unter Schlägen und Tritten zu Boden",* berichten die Medien im Zeichen des großen Geflüchteten-Austausches in die bayerischen Metropolregionen (Markus Söder: „Der Islam gehört zu Bayern").**
„Wiederum wahllos" auf Passanten eingeprügelt
Die Polizei leitete die Fahndung nach der „flüchtigen Gruppe" ein, allerdings vorerst ohne Erfolg. Die „Fluchtsuchenden" konnten anschließend über die malerische Georgenstraße in die Altstadt fliehen. Kurz danach verletzten die Merkel-Zombies insgesamt sechs weitere Personen. Um etwa 20:45 Uhr schlugen die Täter im wahrsten Sinn des Wortes erneut zu, diesmal in der Bahnhofsstraße. Ein Passant wollte dem Verletzten zur Hilfe kommen, wurde aber ebenfalls von den Tätern angegriffen. Die vierköpfige Gruppe trat wiederum die Flucht in Richtung Altstadt an, am Kaiser-Ludwig-Ring trat einer von ihnen gegen ein vorbeifahrendes Fahrzeug. In der Oberen Nabburger Straße fielen ihnen zwei weitere Passanten zu Opfer, die mit mittelschweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mussten.
Ein Polizei-Sprecher: „Um 20:45 Uhr wurde in der Bahnhofsstraße von gleicher Tätergruppe erneut brutal und grundlos auf Passanten eingeschlagen. Die Passanten versuchten vor der Tätergruppe zu fliehen." Ein Passant wurde „zu Boden geschleudert und massiv geschlagen und getreten."
Die Mitglieder der „Religion des Friedens" wurden schließlich in Bahnhofsnähe festgenommen. Ein Verdächtiger leistete dabei erheblichen Widerstand und beleidigte die Beamten. Einige der verletzten Personen mussten zur Behandlung ins Amberger Krankenhaus gebracht werden. Gegen die vier Jugendlichen wurde zunächst Haftbefehl beantragt. Die Relotiusmedien klären auf: „Die Festgenommenen sind Jugendliche im Alter von 17 bis 19 Jahren, gegen sie wurde Haftantrag gestellt. Insgesamt verletzten sie neun Personen leicht bis mittelschwer".
Prantls SZ mit einem Anflug von Ehrlichkeit: „Offenbar Asylbewerber"

Die Süddeutsche Zeitung berichtet unter „Jugendliche verprügeln wahllos Passanten in Amberg“ zunächst herkunftsneutral über die „Jugendlichen / Männer“ …

„Vier Jugendliche haben in Amberg offenbar wahllos auf Passanten eingeschlagen und mehrere von ihnen verletzt. Neun Menschen wurden der Polizei zufolge am Samstagabend geschlagen und mussten zum Teil im Krankenhaus behandelt werden. Ihre Prügeltour begannen die vier jungen Männer im Alter zwischen 17 und 19 Jahren demnach im Bahnhofsbereich: Sie schlugen einem ankommenden Reisenden mehrfach ins Gesicht. Wenige Minuten später prügelten sie auf dem Bahnhofsvorplatz auf zwei weitere Passanten ein und konnten anschließend zunächst fliehen. Kurz danach waren die Männer vom Bahnhof aus Richtung Altstadt unterwegs, wieder schlugen sie ohne Vorwarnung auf verschiedene Passanten ein, ein Opfer wurde zu Boden geschleudert und auch dort noch weiter getreten. Sechs weitere Personen wurden dabei verletzt.“

… um dann doch im Zuge der guten Wahrheits-Vorsätze die SZ-Katze aus dem Sack zu lassen – Überraschung: *“Wenig später konnte die Polizei die Jugendlichen in Bahnhofsnähe festnehmen, alle vier sind offenbar Asylbewerber“.*

Selbstverständlich entschuldigt sich die Prantl-Pravda bei ihren bös-gutmenschlichen Lesern im Anschluss für die kurze Vernachlässigung ihres linientreuen Lügen-Haltungsjournalismus:

„In der Regel berichtet die SZ nicht über ethnische, religiöse oder nationale Zugehörigkeiten mutmaßlicher Straftäter. Wir weichen nur bei begründetem öffentlichen Interesse von dieser im Pressekodex vereinbarten Linie ab. Das kann bei außergewöhnlichen Straftaten wie Terroranschlägen oder Kapitalverbrechen der Fall sein oder bei Straftaten, die aus einer größeren Gruppe heraus begangen werden (wie Silvester 2015 in Köln). Wir entscheiden das im Einzelfall und sind grundsätzlich zurückhaltend, um keine Vorurteile gegenüber Minderheiten zu schüren“.

Der SZ-Chef-Ideologe Heribert Prantl (offiziell „Ressortleiter Meinung“) ist übrigens Amberger und langjähriger Rotarier, genauso wie der Autor dieser Zeilen auch Amberger und altgedientes Mitglied von Rotary International ist. Die rund zwei Millionen Rotarier weltweit haben sich in ihren Leitprinzipien der Wahrheit verschrieben: „Ist es wahr? Ist es fair? Wird es dem Wohl aller Beteiligten dienen?“ Der Ex-Richter hatte in diesem Punkt noch einige Defizite offen.

https://www.focus.de/panorama/welt/amberg-jugendliche-auf-pruegeltour-durch-amberg-polizei-schildert-erschreckende-szenen_id_10127086.html

Amberg

Jugendliche auf Prügeltour: Polizei schildert erschreckende Szenen

Montag, 31.12.2018, 15:35

Vier Jugendliche haben in Amberg (Oberpfalz) auf Passanten eingeschlagen und zwölf Menschen verletzt. Ein Jugendlicher musste mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei schildert nun, welche erschreckenden Szenen sich abgespielt haben sollen.

Ihre Prügeltour begannen die vier jungen Asylsuchenden gegen 18.30 Uhr im Alter von 17 bis 19 Jahren demnach am Samstagabend im Bahnhofsbereich: Ihr erstes Opfer sei ein 13-Jähriger gewesen, wie die "Bild"-Zeitung berichtet. Sie hätten dem Jungen in den Bauch geschlagen und seien kurz darauf auf einen 29-jährigen Mann losgegangen, den sie ins Gesicht schlugen. Danach setzten sie ihre Prügeltour fort. Auch von Beschimpfungen ist die Rede. So sollen sie eines ihrer Opfer, ein 17-jähriges Mädchen, als "Nutte" beschimpft haben.

Wie die Polizei gegenüber der „Mittelbayerische Zeitung“ erklärt, sollen sich erschreckende Szenen abgespielt haben. Menschen sollen versucht haben, den Jugendlichen zu entkommen. Sie seien jedoch eingeholt worden. Teilweise sollen sie zu Boden geschleudert, geprügelt und getreten worden sein. Wir wollten weglaufen, doch sie holten uns an der Ampel ein. Es waren mindestens sechs Leute. Drei meiner Freunde bekamen Schläge, ich wurde niedergeschlagen und getreten“, schildert ein Opfer die Attacke gegenüber der "Bild"-Zeitung. Augenzeugen berichten der Zeitung, die Angreifer hätten einen Mann am Bahnhof zudem eine Treppe hintergeschubst.

„Brutal und grundlos“

Als „brutal und grundlos“ bezeichneten die Beamten die Tat. Danach habe sich das Quartett weiter in Richtung Altstadt bewegt.

Dort schlugen die jungen Männer buchstäblich wieder zu. Ursprünglich war die Polizei von sieben Verletzten ausgegangen. Nach ausführlichen Ermittlungen erhöhten die Beamten diese Zahl am späten Sonntagabend auf insgesamt zwölf Verletzte. Die meisten seien leicht verletzt worden, so die Polizei.

„Friedlichen und engagierten Asylbewerbern einen Bärendienst erwiesen“

Ein 17-Jähriger sei am Kopf verletzt und zur Beobachtung stationär in einem Krankenhaus aufgenommen worden. Wie die Polizei weiter berichtet, standen die Schläger unter Alkoholeinfluss.

Ambergs Oberbürgermeister Michael Cerny zeigte sich angesichts des Vorfalls geschockt: „Wir brauchen solche Gewalt in Amberg nicht und wollen sie bei uns nicht sehen“, schrieb er auf Facebook. „Es darf natürlich nicht verallgemeinert werden, in der Gänze haben diese Idioten aber auch den friedlichen und engagierten Asylbewerbern einen Bärendienst erwiesen.“

Die Beamten suchen nun nach weiteren Zeugen und weiteren möglichen Geschädigten. Wer Angaben machen kann, soll sich unter der Telefonnummer 09621/890-0 mit der Polizeiinspektion Amberg in Verbindung setzen.

1.1.19

M.Schröter-Kunhardt
Facharzt für Psychiatrie
Suchtmedizinische Grundversorgung
21224 Rosengarten
Mühlenweg 30
Tel/Fax 04105/869330
handy 0172/6249248
www.nahtodforschung.com

Geehrter Herr Cerny,

Islamische Flüchtlinge, von denen der grösste Teil von der Merkel-CDU grundgesetzwidrig aufgenommen wurden und ausserdem integrationsunwillig und oft auch arbeitsunwillig sind und (wie über 50% der Türken in Deutschland **http://www.focus.de/finanzen/videos/familienbild-schwarzarbeit-geburtenrate-warum-48-prozent-der-tuerken-in-deutschland-nicht-arbeiten_id_7338076.html**) die Sozialkassen plündern, greifen wieder einmal ihre Gastgeber an

Solche kriminellen Straftaten gegen die deutschen Gastgeber gibt es inzwischen in allen Einzelheiten dokumentiert in über 60000 Fällen (https://www.refcrime.info/en/Home/Index), was jeden Hausbesitzer zum Rauswurf der Gäste-Täter veranlassen würde. Aber die von der linken Merkel-Ignoranz desinformierte Deutschen protestieren nicht gegen ihre eigene Opferung und Kolonisierung durch die Täterideologie, einen AUS PSYCHIATRISCHER SICHT HOCHPATHOLOGISCHEN Islam,der weltweit Christen verfolgt (s.www.opendoors).

Dabei ist die Faktenlage (nur den Migrationsideologen nicht kklar):

Mit den Milliarden für die sog, "Flüchtlinge" konnen DREISSIGMAL mehr leidenden Menschen VOR ORT geholfen werden, die diese "Flucht" nicht schaffen (weil sie keine jungen Männer mehr sind). . Jede Unterstützung der übrigens grundgesetzwidrigen Asylpolitik Merkels ist automatisch ein Entzug dieser Hilfe bei DREISSIG mal mehr Menschen vor Ort - und damit äußerst inhuman (https://www.achgut.com/artikel/migration_die_zurueckgebliebenen_werden_vergessen/P10).

Der einfache Satz des Orientalisten Scholl-Latour sagt alles über die sowieso ILLEGALE, WEIL GRUNDGESETZWIDRIGE und Deutschland(s Sozialsystem) hochgradig gefährende Flüchtlingspolitik aus:

WER HALB KALKUTTA AUFNIMMT,HILFT NICHT KALKUTTA,SONDERN WIRD SELBST KALKUTTA.

oder anders gesagt: Man leistet Entwicklungshilfe vor Ort - und nicht, indem man die hilfsbedürftige Bevölkerung ILLEGAL NACH DEUTSCHLAND SCHLEPPEN LÄSST

Dabei ist besonders die Ablehnung des Islam durch die Mehrheit der Bevölkerung aus psychiatrischer bzw. religionspsych(patho)logischer Sicht völlig berechtigt, weil eine gesunde Reaktion auf die weltweit größte religiös-politisch rassistische, millionenfach selbst- und fremdgefährdende Religion Islam. Diese Religion müsste nicht nur deswegen, sondern auch weil sie das Produkt des ersten IS-Terroristen Mohammed ist, dessen „Offenbarungen“ nichts anderes als ein psychotisches Stimmenhören im Rahmen einer Temporallappepileplsie war, in Deutschland selbstverständich verboten werden, ebenso der Koran und der Bau von Moscheen, die der Progrome an Kurden und Gülen-Anhängern durchführende, den türkischen Völkermord an den Armeniern leugnende Erdogan als trojanische Pferde seines faschistischen Islamismus benutzt ... Inzwischen läßt der von der links-grünen Merkel-Regierung unterstützte Islamfaschist Erdogan seine Kritiker auch schon in Deutschland via smartphone-app in der Türkei registrieren und verfolgen (http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/erdogan-kritiker-in-deutschland-offenbar-per-app-in-tuerkei-angezeigt-15805950.html#void ; http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-angebliche-erdogan-beleidigung-bringt-deutschen-ins-gefaengnis-a-1230946.html)

DER ISLAM IST ALSO - wie an Erdogans Politik ersichtlich - NICHT VERFASSUNGSKONSKONFORM – UND WIRD ES VON SEINEM SELBSTVERSTÄNDNIS HER AUCH NIE WERDEN. Die Islamfeindlichkeit dagegen verteidigt dies Verfassung gegen den nicht verfassungskonformen Islam. Sarazzin hatte und hat also recht ...

Die WISSENSCHAFTLICHEN Daten zu diesen Aussagen finden Sie in den folgenden Texten und in den Anhängen – mit vielen Zitaten renommierter Islamwissenschaftler …:

Der Gründer des Islam war der erste IS-Terrorist, der mit über 30 Kriegen gewaltsam den Islam verbreitete, hunderten von Juden köpfen ließ und persönlich eine gefangene Frau vergewaltigte, Sexsklaverei praktizierte und Sex mit einer Neunjährigen hatte (was der Iran deswegen inzwischen legalisiert hat). Der Islam hat anschließend mit Angriffskriegen bis heute ca. viermal soviel Menchen wie Hitler mit den seinen umgebracht.Gleichzeitig war Mohammed ein halluzinierender Epileptiker,

der seine halluzinierten Stimmen FÄLSCHLICH für eine Offenbarung hiet (s. Anhang Mohammeds Geisteskrankheit)

Ehren-Attacken gegen Ehrenamtliche Hamburg: Wütender Mob greift Retter der Feuerwehr an

pi-news.net/2019/01/hamburg-wuetender-mob-greift-retter-der-feuerwehr-an
1. Januar 2019

Von JOHANNES DANIELS | Dramatischer Einsatz für die Einsatzkräfte der Feuerwehr im Hamburger Stadtteil Barmbek: Gegen 2.30 Uhr wurden am Barmbeker Markt acht deutsche Feuerwehrleute im Einsatz angegriffen, die in der Silvesternacht aufopferndes Zivilengagement zeigten. Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Tonndorf waren auf dem Rückweg von einem Einsatz, als sie auf dem Gehweg eine offensichtlich schwer verletzte Person liegen sahen. Der Verletzte wurde um 2.22 Uhr in der Shisha Bar „High Class“ mit einem Messer angegriffen. Das Messer-Opfer schleppte sich blutend ins Freie und wurde sogleich umzingelt von einer rund 20-köpfigen Gruppe, die immer aggressiver wurde. Die ehrenamtlichen Helfer wollten das Opfer zunächst erstversorgen, aber die „Gruppe aufgebrachter Personen“ hinderte sie untern dem Einsatz von Schlaggegenständen und wüsten Beleidigungen daran.

Erst eine mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizeieinsatztruppe mit sieben Streifenwagen konnte die Lage zunächst beruhigen. Weitere herbei gerufene Rettungskräfte konnten dann das durch Messerstiche schwer verletzte Opfer versorgen und in ein Krankenhaus transportieren. Auch die Täter flüchteten wiederum in die „Shisha-Bar High Class“. Die Polizisten stürmten das Lokal mit Maschinenpistolen und kontrollierten alle anwesenden Gäste. Die Feststellung der Personalien sei jedoch ergebnislos geblieben, wie eine Polizeisprecherin am Neujahrstag erklärte. Auch konnte bisher nicht ermittelt werden, wer die Männer zum „Angriff auf das Feuerwehr-Auto“ (BILD) anstachelte.

Attacken auf Feuerwehr sind jetzt „Normalzustand“

„Die Polizei war zum Glück sehr schnell vor Ort“, betonte Feuerwehrsprecher Martin Schneider. Für viele Kollegen sei es inzwischen bereits der Normalzustand, „bei einem Einsatz von Dritten angegangen zu werden“. Zur Anzeige gebracht würden solche Vorfälle in der Regel aber nur, wenn körperliche Gewalt im Spiel sei. Für alles andere sei der Aufwand schlicht zu hoch.

Weiterer Schwerverletzter am S-Bahnhof Hammerbrook

Bei einer weiteren brutalen Auseinandersetzung in der Silvesternacht wurde ein Mann am Hamburger S-Bahnhof Hammerbrook mit einem Messer attackiert und schwer verletzt. Augenzeugen zufolge war es vorher zum Streit „zwischen mehreren Männern“ gekommen, sagte ein Sprecher der Polizei. Der Verletzte wurde in Begleitung eines Notarztes in ein Krankenhaus gebracht. Die genauen Hintergründe der Messerattacke an der S-Bahn-Station Hammerbrook sind noch genauso unklar, wie die Identitäten aller Beteiligten.

Der mittlerweile prekäre S-Bahnhof Hammerbrook wurde 2018 immer wieder zum Schauplatz von „eskalierten Auseinandersetzungen“, im Mai wurde beispielsweise der gesamte S-Bahnbereich nach einem archaischen Disput mittels Teleskopschlagstöcken und

Messer gesperrt. Gab es diese Art von eskalierenden Verbal-Desavouierungen auch schon vor dem „Großen Austausch“ der letzten Jahre?

Die Knaller von Berlin – 49 Übergriffe – Zwei Schwerverletzte nach Messerattacke

Auch in Berlin kam es zu den „üblichen Übergriffen“ auf Helfer: Die Berliner Feuerwehr hatte in der Silvesternacht 1385 Einsätze zu bewältigen. Unverändert sei die Aggressivität gegenüber Helfern: Laut Feuerwehr gab es 49 Übergriffe auf Feuerwehr, Sanitäter und Polizei, 33 davon mittels Pyrotechnik, hieß es in einer Randnotiz. Happy New Year, Berlin!

Am frühen Neujahrsmorgen sind in der Kulmer Straße in Berlin-Schöneberg zudem „ein Mann und eine Frau durch Messerstiche“ schwer verletzt worden. Es soll mindestens drei Festnahmen vor Ort gegeben haben. Ob die beiden Opfer sich kannten und gemeinsam unterwegs waren oder zufällig dem gleichen Täter begegneten, ist derzeit noch völlig unklar. Laut Zeugen soll es vor dem „versuchten Tötungsdelikt“ ebenfalls einen verbal eskalierenden Streit gegeben haben. Die Berliner Mordkommission ist nach B.Z.-Informationen zwar „involviert, hat aber die Ermittlungen noch nicht offiziell übernommen“.

Die intensivmedizinische Versorgung aller Verletzten geht übrigens zulasten der Beitragszahler und Steuerzahler, denn die Wenigsten dürften privatversichert sein oder ihre hinreichend gedeckte Kreditkarte bei der Einlieferung gezückt halten. Ein All-inclusive-Tag auf einer deutschen Intensivstation kostet durchschnittlich 8.000 Euro – ohne Nachversorgung und Rehakonten durch den deutschen Staat.

Beziehungs-Cut auf Pakistanisch - Täter vorbestraft Görlitz: Asylbewerber (28) messert seine „Freundin“ (53) – Lebensgefahr

pi-news.net/2019/01/goerlitz-asylbewerber-28-messert-seine-freundin-53-lebensgefahr

7. Januar 2019

GILF-Loverboy* und Asylbewerber Sameer „Sammy“ Q. , 28, aus Pakistan (links) wollte sich seiner reiferen Gespielin, einer ledigen „EU-Rentnerin“ (rechts) aus Waldhufen nach Scharia-Vorgabe „ent-ledigen“. Ermittlerkreise rätseln über das Tatmotiv.

Von JOHANNES DANIELS | In manchen Kulturkreisen steckt in dem Ausdruck „Lebensgefährte“ das Wort „Lebensgefahr“ etwas mehr als in anderen. Und in der 53-jährigen Lebensgefährtin eines 28-jährigen Pakistaners steckte diesen Freitag plötzlich ein stahlhartes Messer. Nach Auskunft der Polizei Görlitz ist eine „Beziehungstat“ in diesem kuriosen Einzelfall sehr wahrscheinlich.
Nachbarn hatten in der Nacht zu Samstag in Waldhufen bei Görlitz, der östlichsten Stadt Deutschlands, verzweifelte Schreie und Hilferufe gehört und sich Zugang zu dem wild-romantischen Plattenbau-Liebesnest verschafft. Dort fanden sie die 53-jährige Karin C. schwer verletzt und alarmierten Polizei und Rettungskräfte. Die lokale Presse schreibt von „einem handfesten Streit“ des multikulturellen Paares in der (wohl steuerfinanzierten) „Platte“ am prekären Kirchsteig. Der Asyl-Schlächter ließ seine blutüberströmte Karin zurück, griff sich aber noch zum Abschied beherzt ihre Geldbörse als kleines Erinnerungsstück.

„Lebens-Abschnitts-Partner“

Obwohl der fluchtsuchende sächsische Neubürger aus Waldhufen bzw. Pakistan zunächst flüchten konnte, griffen ihn die Beamten kurze Zeit später auf. Eine alarmierte Streife des Görlitzer Reviers nahm ihn in einem Unterstand am Dorfrand zumindest „vorläufig fest“ – beruhigend: Der 28-Jährige befände sich „zur Stunde im Gewahrsam der Polizei“. Seine seelisch und körperlich schwer verletzte Verlobte konnte noch in der Tatnacht auf der Intensivstation notoperiert werden. Bei ihr handelt es sich um eine „EU-Rentnerin“, was ebenfalls weitere Fragen aufwerfen könnte. Bei seiner Ergreifung hatte der Täter Karins Geldbörse noch bei sich.
Die Mordkommission der Kriminalpolizeiinspektion Görlitz hat nun die Ermittlungen zu dem versuchten Tötungsdelikt übernommen. Kriminaltechniker sicherten in der Wohnung Spuren zur nach Zeugenberichten „brutal ausgeführten Bluttat“. Aus ermittlungstaktischen Gründen mache die Polizei derzeit zur Art der Verletzung sowie zur Tatwaffe keine Angaben.

Beziehungs-Cut auf Pakistanisch

Ein Tatmotiv nach Ansicht der Ermittler könnte sein, dass das spätreife Görlitzer Cougar-Görli den etwas jüngeren Geliebten verlassen wollte, dessen Liebesdienste wohl obsolet waren. Aber wa(h)re Liebe kennt bekanntlich kein „Alter“ und „keine Grenzen“. Eifrige KIFIKA-Zuschauer wissen das schön längst! Das unromantische Beziehungs-Finale verarbeitete der verschmähte „Lebens-Abschnitts-Partner“ im kulturunsensiblen Fanal und schnitt zu. Polizeisprecher Thomas Knaup erklärt detailliert den Tathergang: „Dabei soll er sie mit einem scharfen Gegenstand mehrere Verletzungen zugefügt haben“ (Originalzitat BILD)
Am Samstag wurde der gefasste Görlitz-GILF-Beschäler dem zuständigen Haftrichter vorgeführt, der einen Haftbefehl wegen versuchten Totschlags gegen den selbstverständlich „vorbestraften Asylbewerber“ erließ, der selbstverständlich seit sechs Jahren in Deutschland auf Kosten des gutmenschlichen Steuermichels lebt. Die pakistanische Messerfachkraft Sameer „Sammy“ Q. hält sich mit einer „Duldung in Deutschland auf“. Der Pakistaner hat aufgrund von Albinismus weißes Haar und einen weißen Kinnbart, sonst aber dunkle Gedanken. Aber egal, ob weiß, ob braun, ob

schwarz, im bunten Schlaf-Affenland Deutschland sind alle Kinder Gottes – und insbesondere Allahs – stets willkommen!

Liebesgrüße aus Solingen

Karin C. über ihren Beziehungs-Exit und ihren Beinahe-Exitus: „Ich weiß, dass er schon zwei Jahre im Gefängnis saß, weil er von einer Frau der Vergewaltigung bezichtigt wurde, aber zu mir war er immer liebevoll". Vielleicht finden die Liebenden wieder zueinander – gibt es doch noch ein alternatives Happy Ending für die Amour-Fou von Waldhufen? Noch mehr Leidenschaft, Sex and Crime und stichhaltige Liebesgrüße aus Solingen? Und was sagt der Jugendrichter? PI-NEWS bleibt messerhart dran an der „EU-pakistanischen" On/Off-Romanze. Rod Stewart: The First Cut is the Deepest. Na dann, Glück auf young lovers!

**GILF ist Jugendslang (wie „Ehrenmann") und bedeutet in diesem Zusammenhang: „Grandmother, I like to fork und knife you very much."*

08. Januar 2019, 12:17 Uhr

Tödliche Messerattacke in Chemnitz

Staatsanwaltschaft klagt Tatverdächtigen Alaa S. an

Der tödliche Angriff auf einen Deutschkubaner führte in Chemnitz zu Krawallen. Nun hat die Staatsanwaltschaft einen mutmaßlichen Täter angeklagt.

Im Fall des im August 2018 getöteten Daniel H. hat die Staatsanwaltschaft Chemnitz Anklage erhoben. Sie wirft Alaa S. unter anderem gemeinschaftlichen Totschlag vor. Er soll Ende August während eines Streits mit einem Messer auf Daniel H. eingestochen haben. Der 35-Jährige starb unmittelbar nach der Tat.

Alaa S. ist syrischer Staatsbürger und sitzt seit Ende August in Untersuchungshaft. Ein weiterer Tatverdächtiger, ein Iraker, ist nach wie vor auf der Flucht. Nach Farhad R. wird seit Monaten mit einem internationalen Haftbefehl gesucht. Auch er soll mit einem Messer auf Daniel H. eingestochen haben. Über die Anklage gegen einen dritten Verdächtigen werde in absehbarer Zeit entschieden, hieß es von der Staatsanwaltschaft. Dieser Mann, ebenfalls Syrer, war Mitte September aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass am 26. August zunächst Fahrhad R. mit Daniel H. in einen handgreiflichen Streit geraten sei. In dessen Verlauf sei der Tatverdächtige schließlich zu Fall gekommen.

Alaa S. soll sich bis zu diesem Zeitpunkt bei einem nahegelegenen Imbiss aufgehalten haben, dann aber Fahrhad R. zur Hilfe gekommen sein. Nach einem kurzen Gespräch

hätten sie Daniel H. und einen weiteren Mann mit dem Messer angegriffen. Das zweite Opfer wurde schwer am Rücken verletzt. "Der Angeschuldigte nahm hierbei zumindest billigend in Kauf, die beiden Geschädigten tödlich zu verletzen", teilte die Staatsanwaltschaft mit.
Das Tötungsdelikt war der Anlass für zahlreiche Demonstrationen in Chemnitz, die teilweise in Gewalttätigkeiten mündeten (lesen sie hier mehr darüber). Mehrere Rechtsradikale wurden in Schnellverfahren wegen Zeigens des Hitlergrußes verurteilt. An den Ausschreitungen sollen auch Mitglieder der mittlerweile zerschlagenen mutmaßlichen rechtsextremen Terrorzelle "Revolution Chemnitz" beteiligt gewesen sein.
bbr/jpz/AFP/dpa
URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/chemnitz-tod-von-daniel-h-staatsanwaltschaft-klagt-alaa-s-an-a-1246974.html

Schwedische Migrationspolitik zeigt Außenwirkung Wissenschaftler: Vortrag in Schweden? Nein danke! Eher noch in Nigeria

pi-news.net/2018/12/wissenschaftler-vortrag-in-schweden-nein-danke-eher-noch-in-nigeria
19. Dezember 2018
Was würden sich wohl die Wikinger denken, wenn sie ihre Nachfahren heute sehen könnten?
Von EUGEN PRINZ | Der kürzlich auf PI-NEWS erschienene Artikel „Tomte ist jetzt Türke“, der die fortschreitende Entwicklung Schwedens zu einem Shithole-Staat thematisiert, liefert einen guten Hintergrund für den nun folgenden Bericht. Doch lassen wir zunächst noch ergänzend den Bayernkurier, das Sprachrohr der Christlich Sozialen Union (CSU), zu Wort kommen. In dem Anfang 2016 erschienenen Artikel „Afrikas Vergewaltiger im Hohen Norden“ heißt es:
1975 beschloss das Stockholmer Parlament, das Land in großem Stil für multikulturelle Zuwanderung zu öffnen. Im gleichen Jahr wurden 421 Vergewaltigungen angezeigt. 2014 waren es dem Schwedischen Nationalrat für Verbrechensprävention zufolge 6620 Vergewaltigungsfälle. Das entspricht einer Steigerungsrate von 1472 Prozent, errechnet

eine Studie des konservativen New Yorker Think Tank „Gatestone Institute“ unter der Überschrift: „Schweden – Die Vergewaltigungsmetropole des Westens.“
„Schweden ist für Frauen das gefährlichste Land außerhalb Afrikas geworden, mit einer Vergewaltigungshäufigkeit, die zehnmal höher liegt als bei seinen europäischen Nachbarn.“ (David Goldman, Asia Times)
Hierzu muss man wissen, dass Schweden seit Jahrzehnten von den Sozialdemokraten regiert wird. Dieses Land zeigt als abschreckendes Beispiel, wohin das führt. Die einst stolzen Wikinger wurden zu einer von ideoligisch irregeleiteten Weibern dominierter Waschlappengesellschaft umerzogen, in der importierte Missstände bis zur Selbstverleugnung vertuscht und unter den Teppich gekehrt werden.

Schwedens Ruf im Ausland leidet unter der Migrationspolitik

Darunter hat nicht nur die einheimische Bevölkerung zu leiden, auch der Ruf Schwedens im Ausland wird dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Und das hat Konsequenzen, wie Sie gleich lesen werden.
In Stockholm, der Hauptstadt dieses einstmals schönen Landes, finden im Rahmen der „Baltic Conference Series“ vom 13.-16. Mai 2019, Gastvorträge zum Thema „Carbonmaterialien und Carbontechnologie“ statt.
Die Veranstalter haben dazu auch den deutschen Wissenschaftler Dr. rer nat, Dr. habil. Norbert Schwarzer als Gastredner und Co-Organisator eingeladen. Norbert Schwarzer, der einen Doktortitel auf dem Gebiet der Kontaktmechanik hat, ist Gründer des Sächsischen Instituts für Oberflächenmechanik. Sein Fachwissen auf diesem Gebiet ist der Grund für die Einladung.
Doch die hat er mit folgender Begründung abgelehnt:
Übersetzung:
Liebe Damen und Herren,
ich denke, dass ich besser nicht in Erwägung ziehe, ein Land zu besuchen, das in nur wenigen Jahren in der internationalen Sicherheitsrangliste um mehr als 30 Plätze abgerutscht ist und in dem sich die Polizei mehr damit beschäftigt, Vergewaltigungen zu vertuschen, missbrauchte Frauen und Kinder davon abzuhalten, eine Anzeige zu erstatten und „Gedankenverbrechen“ zu verfolgen, als gegen die kriminellen „Flüchtlings“ – Banden vorzugehen. Ja, ich muss in Merkels Deutschland leben und die Dinge sind hier auch schon schlimm genug, aber das bedeutet nicht, dass ich daran interessiert bin, NOCH mehr von unseren „Goldstücken“ verursachte Probleme zu besichtigen.
Halten Sie diese Konferenz woanders ab, dann bin ich vielleicht interessiert. Ein offizieller Regierungsvertreter aus Nigeria hat mir kürzlich gesagt, dass sein Land sehr stolz darauf wäre, eine solche Konferenz ausrichten zu können. Er verriet mir weiterhin, dass alle – ich zitiere wörtlich – „diese Shithole-Leute, die bis vor kurzem die Straßen bevölkerten, nun in Europa sind, was einen netten Unterschied für mein Heimatland macht.“
Also könnte Nigeria jetzt ein guter Platz für so eine Konferenz sein. Ansonsten, kontaktieren Sie mich bitte nicht mehr.
Danke!

Vorträge nur noch in zivilisierten Ländern mit volksnaher Regierung

Dr. Schwarzer betonte dem Autor gegenüber, dass er sich nicht vor Tagungen drückt, im Gegenteil. Gerade war er aus Texas zurückgekehrt, wo er auf Einladung der großen A&T-Uni einen Vortrag gehalten hatte.
Weitere Einladungen nach San Diego, Orlando und Prag wurden von ihm in jüngster Zeit ebenfalls akzeptiert. Zur Zeit liegen noch Anfragen für die „2nd International Conference on Quantum Mechanics and Nuclear Engineering-2019" in Paris und die „8th International Conference on Mechanics of Biomaterials and Tissues (ICMOBT)" in Waikoloa, Hawaii, auf dem Tisch.
Dr. Schwarzer hat es sich jedoch inzwischen zum Prinzip gemacht, „*nur noch in zivilisierten Länder, also dort wo Sicherheit, sowie der Schutz und die Interessen der eigenen Bevölkerung vor den dummen, fast immer kinderlosen Ideologien einiger selbsternannter Herren-Gutmenschen kommen*" zu reisen.
Abschließend zieht er noch eine vernichtende Bilanz über unser Land:
Es reicht mir schon, wenn ich auf meinen Reisen durch die versifften, unsicheren, kunterbunt bereicherten und durchmusilierten Teile der Bundesrepublik muss. Da wird einem mit jeder Faser der eigenen Existenz bewußt gemacht
a) wofür man Steuern bezahlt und niemals selbst etwas davon haben wird (außer dass man die eigene Vernichtung und den Genozid an den autochthonen Völkern Europas finanziert)
b) warum man bald nicht mehr wiederkommen wird
c) warum man in keinem Fall mehr die Kinder hier studieren lassen wird
Fachkräfte
Ja, so treibt man die Eliten, die Wissenschaftler und die Fachkräfte aus dem Land, liebe Bundesregierung! Die GroKo hat sich jetzt übrigens jetzt auf ein so genanntes Fachkräfteeinwanderungsgesetz" geeinigt. Damit sollen Fachkräfte aus Nicht-EU Staaten nach Deutschland geholt werden, um den Fachkräftemangel zu beseitigen. Fachkräftemangel? Der Autor muss gestehen, dass er jetzt etwas verwirrt ist. Kamen nicht 2015 ff. über 1.5 Millionen „Fachkräfte" nach Deutschland? Wo sind die denn alle geblieben? Der Autor wäre für diesbezügliche Informationen wirklich dankbar.
Aber jetzt zurück zum Thema:
Weitere Absage
Inzwischen hat sich auch noch einer seiner Kollegen solidarisch mit Dr. Schwarzer erklärt und seine Teilnahme in Stockholm ebenfalls abgesagt:
Übersetzung:
Lieber Herr Neeti Choudhary,
als Experimentalphysiker in Forschung und Lehre empfinde ich das selbe, das Ihnen Dr. Schwarzer geschrieben hat und erkläre mich hiermit solidarisch mit ihm. Sie sollten zuerst Ihr Land Schweden aus seinem „gescheiterten Zustand" wiederherstellen.
Zudem, denken Sie bitte daran, dass unser Leben zu 100% auf der zentralen organischen Chemie des Elementes Kohlenstoff in unserem Körper basiert, einschließlich des CO2, das wir ausatmen. Vergessen Sie die Klimadiskussion, diese ist eine Lüge linker Kreise im Rahmen ihrer globalen Propaganda.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Konferenz ohne uns und ohne andere realistisch denkende Menschen.
Die jahrzehntelange Politik der dauerregierenden Sozis zum Schaden des eigenen Volkes zeigt nun auch noch eine negative Außenwirkung auf den für Schweden so entscheidenden Technologie-Sektor.
Deutschland wird es nicht anders ergehen, denn die Aussagen, die unsere Spitzenfachleute und Headhunter schon heute in den hochtechnisierten Ländern hören, sprechen nicht dafür, dass demnächst noch irgendwelche Wissenschaftler von Weltruf in Deutschland leben oder arbeiten möchten.

Mainstream: „Junge bedrängt Mädchen“ Minden: Afghane zieht 17-Jährige unter fahrenden Bus

pi-news.net/2019/01/minden-afghane-zieht-17-jaehrige-unter-fahrenden-bus
23. Januar 2019
Angesichts eines brutalen Mordversuchs an einer 17-Jährigen in Minden/NRW titeln Mainstream-Medien: „Junge bedrängt Mädchen.“ Der Täter zog das Mädchen an ihren Haaren unter den fahrenden Bus, die Schülerin wurde überrollt und schwer verletzt (Foto: Tatort - ZOB Minden).
Von JEFF WINSTON | Wenn die deutsche Lügen-Journaille und Mainstream-Medien, wie z.B. „tag24.de“ euphemistisch titeln: „Junge bedrängt Mädchen und reißt sie an den Haaren unter fahrenden Bus“ (Stand Dienstag, 19:00 Uhr, siehe Screenshot), dann sollte man sich als aufmerksamer Leser etwas näher mit dem veritablen Mordversuch an einem Mädchen in Deutschland beschäftigen.
Nach einer „Attacke durch einen Jugendlichen“ auf eine Schülerin (17), sei es am Samstagabend am Mindener Zentralbahnhof „zu einem schweren Unfall gekommen“, wie die fake-alischen deutschen Mainstream-Medien die lebensgefährliche Straftat weiter verharmlosen. Warum wohl?
Kurz vor 21 Uhr hielten sich zwei Schülerinnen am ZOB (Zentraler Omnibusbahnhof) Minden auf ihrem Heimweg an der Lindenstraße auf. Nach eindeutigen Zeugenaussagen bedrängte „ein Mann“ die 17- und 14-Jährigen wiederholt sexuell. Darauf „flüchteten“ die beiden Mädchen von der Mittelinsel des Busbahnhofs zu einem gerade anhaltenden Bus. Der Busfahrer, der die sexuellen Attacken der Merkel-Gäste mitbekommen hatte, öffnete hilfsbereit die Türen seines Busses, um den Mädchen die Flucht vor den „Fluchtsuchenden“ zu ermöglichen.

Als die Übergriff-Opfer bereits die vermeintlich rettende Bus-Tür erreichten, zog der Angreifer die 17-Jährige rabiat an den Haaren zurück auf die Straße. Sie stürzte und geriet, so berichten alle Augenzeugen übereinstimmend, unter den noch in Bewegung befindlichen Bus, der sie sodann überrollte.
Der 22-Jährige „Jugendliche" ergriff daraufhin mit seinem Begleiter (21), ebenfalls die Flucht. Während sich Zeugen um die Verletzte kümmerten, folgte der mutige 41-jährige Busfahrer den Aggressoren sogar und wollte ein Foto der Täter zur Beweissicherung mit seinem Handy aufnehmen. Der Jüngere erkannte das EU-Datenschutzwidrige Vorhaben, hielt den Busfahrer auf und schlug nach Zeugenaussagen auf ihn ein. (Mainstream: „ohrfeigte ihn")
Die 17-Jährige wurde bei der hinterlistigen Straftat schwer verletzt. Der „mutmaßliche Angreifer" konnte später in Tatortnähe festgenommen werden, er sitzt derzeit noch in Untersuchungshaft. Ein Sprecher der Polizei Minden-Lübbecke bestätigte den Vorfall, der „mutmaßliche Täter" stamme ursprünglich aus „Porta Westfalica" – das wohl neuerdings am Hindukusch liegt.
Aus dem Polizeibericht der Polizei Minden-Lübbecke, Stand Dienstag 18:00 Uhr:
„Die junge Frau wurde nach notärztlicher Behandlung schwerverletzt ins Klinikum Minden eingeliefert. Der 22-Jährige konnte nach Zeugenhinweisen in Tatortnähe festgenommen werden, während der 21-jährige Begleiter die Amtshandlungen der Beamten störte. Er wurde in Gewahrsam genommen. Beide Männer standen unter Alkoholeinfluss.
Dem Hauptaggressor entnahmen die Beamten auf der Mindener Polizeiwache eine Blutprobe. Zudem wurde er am nächsten Tag dem Amtsgericht vorgeführt. Sein Bekannter wurde am Sonntagmorgen nach Ausnüchterung aus dem Gewahrsam entlassen".
Zeugenhinweise sind erbeten an: Polizei Minden-Lübbecke | Telefon: 0571/8866-0
Erst auf dezidierte Nachfrage der stets gut informierten „Jungen Freiheit" konnten die „NRW-Sicherheitsbehörden" die „mutmaßliche Täterherkunft" wohl nicht mehr unter den Teppich kehren. Wie auch zahlreiche Augenzeugen bereits am Wochenende bestätigten, handelt es sich bei dem „22-jährigen Jungen" um einen Afghanen. Überraschung!
Der „Nebenaggressor", der laut Polizei ebenfalls nicht-deutscher Herkunft ist und kausal zum tragischen Tatausgang beitrug, die Mädchen belästigte, auf den Busfahrer einschlug – und auch auf die Polizisten – ist bereits wieder kultursensibel-haftunverträglich auf freiem Fuß!
Gegen den Haupttäter („Junge") soll „wegen Körperverletzung sowie gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr" ermittelt werden. Allerdings nicht wegen versuchten Totschlags oder Mordversuchs.
Die WeLT berichtet unter „Regionales" über den Mordversuch unter: *„Von Angreifer bedrängt"*, nicht ohne zuvor sicherheitshalber ihren Kommentarbereich zu deaktivieren.
Auch die BILD titelt geheimnisvoll:
„Sie wollte einem betrunkenen Mann entkommen – Fliehende Schülerin von Bus überrollt!"
Der GEZwangsfinanzierte *WDR* rätselt am Dienstagabend über das Tatmotiv:
„Der 22-jährige mutmaßliche Täter flüchtete zunächst, wurde aber festgenommen und ist in Untersuchungshaft. Sein Motiv ist laut Polizei weiterhin unklar."

Die regionalen Schaumburger Nachrichten / Minden „enthüllen“: „22-jähriger Protaner“

Eine 17-jährige Schülerin ist am Samstagabend am Mindener ZOB von einem 22-Jährigen aus Porta Westfalica attackiert worden. […] Der 22-Jährige wurde nach Zeugenhinweisen in Tatortnähe festgenommen. Der 21-jährige Kumpan behinderte die Beamten dabei. Er wurde in Gewahrsam genommen. Beide Männer waren betrunken. Der 22-jährige Portaner wurde am Sonntag dem Amtsgerichtvorgeführt. Sein Bekannter wurde am Sonntagmorgen nach Ausnüchterung aus dem Gewahrsam entlassen.

Ein Augenzeuge aus Minden schrieb im derzeit noch nicht gesperrten Kommentarbereich des FOCUS – der die Tat passend unter „Aus aller Welt“ platzierte:

„Warum nennt ihr hier nicht die Herkunft?!?! Ich mein, der ganze Bahnhof hat gesehen wer das war!!!! Das ist ein weiteres Opfer, dessen restliches Leben zerstört wurde wegen eure Entscheidung Millionen fremder verrohter Menschen, welche nicht über den IQ von 50 kommen!!!“

Mäh-too: Germanys Next Volker Bock Der Hammelsprung von Hamm

pi-news.net/2019/01/der-hammelsprung-von-hamm

5. Januar 2019

Monika Panksy (38),?aus Hamm mit Schaf Didi, 3,. Beide stehen derzeit nach einem „Einzelfall“ unter Schock. Ein eindringender „Ehe-mit-Allen-Anhänger“ hat den Bock abgeschossen.

Von JEFF WINSTON | Deutschland wird immer bunter und „grüner“. Speziell die Sekten-Anhänger von „Pädo90/Die Irren“ plädieren im erweiterten Rahmen der Ehe-für-Alle-mit-Allem für vielschichtige neue Begattungsformen, jenseits des derzeitigen Sexualstrafrechts und der diskriminierenden Gender-Heteronormativität.

Auch die Durchsetzung eines modernen gesetzlichen Anspruchs auf eine legitime Partnerschaft zwischen Mensch und Tier ließe in Deutschland noch immer auf sich warten – eine kläffenden Gerechtigkeitslücke, sozusagen (UN Global Compact for the Intercourse of Things). Im Rahmen der „ARD-Themenwoche Toleranz“ wurde das seit 2013 in Deutschland bestehende Zoophilie-Verbot in der Sendung „Animal Lovers“ des Hessischen Rundfunks bereits kritisch zwangsgebührenfinanziert hinterfragt. Während früher die Tollwut unseren possierlichen vierbeinigen Freunden arg zusetzte, ist es heute die wütende Toleranz der intoleranten Sexual-Apologeten im Tollhaus Deutschland.

Der Hammer von Hamm

„Angst, Ekel, Wut!“ Das empfindet Hobby-Schäferin Monika Panksy (38), aus Hamm, wenn sie sich vorstellt, was der dunkel gekleidete Einbrecher mit ihrem Schaf Didi gemacht haben könnte. Die Schäferin erwischte am 29. Dezember einen Mann in ihrem Stall beim „Schäferstündchen“ mit Didi. Vermutlich war er nicht „gekommen“, um mit den wolligen Zotteltieren ein weihnachtliches Krippenspiel anlässlich der Geburt unseres Herrn zu zelebrieren.

Vielmehr war Woll-Lust sein Begehr – und das ausgerechnet in der eisigen Schafskälte von Hamm-Bockum-Hövel. „Von all meinen Schafen ist Didi am zutraulichsten. Das muss er ausgenutzt haben“, erklärt die zweifache Mutter die lammfromme Schafsgeduld ihres kuscheligen Lieblings in treudeutscher „Duldungsstarre“.

Woll-Lust vs. #Mäh-too-Debatte

Gegen 22 Uhr wollte die Schäferin nach einem hochträchtigen Tier sehen, doch sie fand einen dunkel gekleideten Mann mit offenem Hosenstall im Schafstall vor. Es war ausnahmsweise nicht Daniel Cohn-Bendit, Vordenker der GRÜNEN, der bekanntlich gerne über offene Hosenstall-Fragen öffentlich reflektiert. „Sündenbock“ Cohn-Bendit war 20 Jahre EU-Abgeordneter und befasste sich dort eingehend mit Fragen der ökologischen Landwirtschaft, der angewandten Pädophilie in der EU und der Tierseuche BSE.

Monika Panksy zur aktuellen Tat in ihrem Stall: „Er hatte Didi mit einem Band an die Futterraufe gebunden“. Das Tier wurde auf diese Weise bewegungsunfähig. Ob er sich zuvor an dem Tier vergehen konnte, weiß Monika Panksy nicht sicher. Polizeisprecher Christopher Grauwinkel, Hamm: „Bisher handelt es sich um einen Einzelfall.“

Der Mann ergriff daraufhin die Flucht und rannte in Richtung Römerstraße davon. Der „mutmaßliche Schaf-Sodomist“ soll zwischen 25 und 30 Jahre alt sein, etwa 1,75 Meter bis 1,80 Meter groß sein und eine hagere Statur haben. Seine Haare seien laut Angaben der Polizei dunkel und lang, aber nicht schulterlang. Zudem habe er während der Flucht einen längeren Anorak getragen, jedoch keine Hose.

Der Gesuchte soll am 29.12. gegen 22 Uhr über den Weidezaun an der Erlenfeldstraße gestiegen und in den Stall – und dann in Paarhufer Didi – eingedrungen sein. Die Polizei Hamm leitete gegen den Tierquäler ein Ermittlungsverfahren nach dem Tierschutzgesetz ein und bittet nun um Hinweise unter der Telefonnummer 02381 916-0.

Sodomistische Taten hatte es in Hamm seit 2005 nicht mehr gegeben, beziehungsweise „sind seit Jahren nicht mehr angezeigt worden“. Die letzten bekannt gewordenen Fälle trugen sich 2005 ebenfalls in Bockum-Hövel zu. Damals verging sich ein Mann zunächst im Juni an Ziegen, zwei Tage später kam es zu einem Übergriff auf zwei Pferde. Ein „Vorreiter“ der bunten Ehe-für-Alles-Bewegung.

My little Pony

Aggressionsforscher Dr. Christoph Paulus von der Universität des Saarlandes dazu: „Geschätzte 80 bis 90 Prozent aller extremen Gewalttäter haben vorher bereits Tiere gequält.“ Über den Zusammenhang von Tierquälerei und Gewalttaten klärt die Organisation PETA in der Broschüre „Menschen, die Tiere quälen, belassen es selten dabei“ auf, die als Informationsquelle für Staatsanwälte, Richter, Polizeibeamte, Integrationsbeauftragte und Sozialarbeiter dient.

Seit 2017 muss PI-NEWS vermehrt über zoophile „Übergriffe“ berichten, wie im missverstandenen „Streichelzoo“ des Berliner Görlitz Parks: Dort bestieg ein syrischer Araber-Hengst ein kuscheliges „Shetty“ im galoppierenden Willkommes-Wahnsinn – vor den Augen von Kindern. Der archaische Merkel-Gast erhielt daraufhin ein drastisches Hausverbot, das Verfahren kam nie zur Anklage in Berlin: Ehe-für-Insch’allah-Alle! Unbekannt ist auch, ob der schutzsuchende „Pferdenarr“ das Tier nach Vollzug heiraten oder schlachten musste.

Die deutschen Schlafschafe und die Schwarzschafe …

Im November 2018 bestieg ein „Schwarzes Schaf“ unter den Ehrengästen der Systemparteien im niederbayerischen Velden/Vils ein anderes Schaf. Dem Bauern fiel nachts um 4.45 Uhr auf, dass sich die Schafe nicht im Stall aufhielten, sondern bis auf eines alle auf der Weide standen.

Mit einer Taschenlampe untersuchte der Landwirt deshalb den Schafstall und entdeckte dabei einen etwa 25-jährigen dunkelhäutigen Mann, der gerade den Geschlechtsakt mit einem Schwarzkopfschaf vollzog. Vom Lichtstrahl der Taschenlampe aufgeschreckt, ließ der Afrikaner von dem wehrlosen Tier ab und ergriff die Flucht. Dabei kam er noch in Kontakt mit dem Elektrozaun der Schafweide – einer technischen Einrichtung, die ihm bisher nicht persönlich bekannt war: Wahrscheinlich wieder ein Voodoo-Zauber des bösen weißen Mannes, der den deflorierenden Flora- und Fauna-Bereicherer zumindest mit seinem Steuergeld mästet.

Und das Lamm schrie: Hurz!

Der afrikanische rammelnde Hammel konnte – wie so oft – unerkannt entkommen. Auf der Flucht verlor der Geflüchtete eine Socke und ein Smartphone-Headset, das ihm zur musikalischen Umrahmung des „Tete-à-Tete" mit der bayerischen Tierwelt diente (PI-NEWS berichtete).

Eine Tierärztin stellte daraufhin fest, dass der Enddarm des geschändeten Geschöpfes durch den „Akt" gerissen war und das Tier nicht mehr gerettet werden konnte. Es musste an Ort und Stelle geschlachtet und fachgerecht ausgeweidet werden, analog den steuerzahlenden deutschen Schlafschafen durch die Altparteien.

Richtstellung: BILD schreibt über den „Einzelfall" von Hamm:

„Mit heruntergelassener Hose erwischte Panksy Ende Dezember einen Mann in ihrem Stall!"

PI-NEWS stellt klar: Nicht Frau Pansky erwischte mit heruntergelassener Hose den fluchtsuchenden Sodomisten, sondern der Hammel von Hamm hatte sich zuvor seines Beinkleides entledigt.

Zumindest machte ihm die Hobby-Schäferin die Hammelbeine lang …

Brenzlige Situationen in rechtsfreien Räumen für Bevölkerung und Sicherheitskräfte

„Silvester alles unter Kontrolle": Märchenstunde bei der Bremer Polizei

PI**pi-news.net**/2019/01/silvester-alles-unter-kontrolle-maerchenstunde-bei-der-bremer-polizei

6. Januar 2019

Die vom rot-grünen Bremer Senat kaputtgesparte Polizei zum „Zuschauer am Spielfeldrand" degradiert.

Die von Politik und Mainstream-Medien vielgepriesene „insgesamt ruhige Silvesternacht" entpuppt sich an immer mehr Brennpunkten der Bundesrepublik als ganz schickes Relotius-Märchen.

So wurden in Hamburg die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Tonndorf bei einem Rettungseinsatz von einem wütenden Migrantenmob angegriffen (PI-NEWS berichtete). Neben vielen weiteren Städten gelangen jetzt auch die brisanten Vorfälle an der Grohner Düne, einem Multikulti-Schmelztiegel im Bremer Norden, scheibchenweise ans Tageslicht.

Während die *Kreiszeitung* ihren Lesern am Neujahrsnachmittag noch beruhigend eingetrichtert hat, dass die „Menschen in Niedersachsen und Bremen eine ruhige

Silvesternacht“ gefeiert haben, berichtete der Bremer *Weser Kurier* wohl in Kenntnis oder leiser Vorausahnung bereits etwas zurückhaltender.
Jetzt wurde bekannt, dass bis zu 150 „junge erlebnishungrige Männer“ an der Grohner Düne im Bremer Norden mehrfach gezielt Polizeibeamte mit Silvesterböllern attackiert haben und aus der Menge heraus auch mit einer Schreckschusspistole mehrfach auf die Einsatzkräfte gefeuert wurde. Ferner konnte eine „Anscheinswaffe“, die einer echten Waffe täuschend ähnlich ist, laut Polizei gesichtet werden.
Und auch mit dieser „Anscheinswaffe“ (mutmaßlich eine Kriegswaffe/Maschinenpistole) wurde auf die eingesetzten Polizisten geschossen.
Doch die auf sämtliche Situationen vorbereitete Bremer Polizei hatte die Lage mit ihren vier (!) Streifenwagen, laut ihrem Vorgesetzten, jederzeit im Griff. Auch habe der Einsatzleiter vor Ort (in der dunklen Silvesternacht aus sicherer Entfernung) sofort erkannt, dass es sich bei der „Anscheinswaffe“ eben um keine echte Schusswaffe gehandelt habe. Auf ein konsequentes Einschreiten, auch um die Lage nicht zu eskalieren, wurde daraufhin verzichtet!
Wer jetzt an Satire denkt, dem sei die Lektüre über den Vorfall in der *Norddeutschen* empfohlen – das Blatt schreibt:

Was war in der Silvesternacht passiert? Laut Michael Steines waren die Polizeibeamten zu keiner Zeit in Gefahr. „Wir waren diesmal vorbereitet“, betont Steines. Die Polizei hatte vier Streifenwagen im Bereich der Hochhaussiedlung postiert. Als sich der Pulk um Mitternacht versammelte, habe der Einsatzleiter aufgrund der schlechten Erfahrung vergangener Jahre entschieden, die Ereignisse aus der Entfernung im Blick zu behalten. Aus der Gruppe seien wiederholt Böllerwürfe erfolgt.
„Das Besondere war, dass jetzt eine Schreckschusswaffe und eine Anscheinswaffe auftauchten“, sagt Steines. Aus den Waffen wurden offensichtlich Knall- und Signalmunition abgefeuert. Dabei sei auch in Richtung der Streifenwagen gezielt worden. Der Einsatzleiter soll jedoch erkannt haben, berichtet Steines, dass es sich nicht um echte Waffen handelte und auch keine Bedrohung bestanden habe. „Anscheinswaffen sehen echt aus, aber durch das Verhalten konnte der Einsatzleiter einschätzen, das Raketen abgeschossen werden sollten.“
(…)
Steines rechtfertigt, dass die Beamten nicht einschritten: „Wir haben der Verhältnismäßigkeit wegen auf eine Zugriffssituation verzichtet.“ Es sei davon auszugehen gewesen, dass sich die Situation bei einem Eingreifen nur verschärft hätte. Zudem hätte sich die Ansammlung nach ungefähr 30 Minuten von allein aufgelöst.

Ein Polizeibeamter, der namentlich aus bekannten Gründen nicht genannt werden kann, widerspricht seinem Vorgesetzten:

„Für die Bewohner der Grohner Düne müsse es geradezu eine Freude gewesen sein, Polizeibeamte mit Knallern und Böllern zu beschießen und festzustellen, dass ‚die Bullen nichts machen können‘.“

Die Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW) hat den Vorfall bereits auf die politische Tagesordnung gesetzt, wie in dem Blatt weiterhin zu lesen ist:

Cord Degenhard, Fraktionschef der Wählergemeinschaft Bürger in Wut, fordert eine Sondersitzung: „Verantwortliche Personen der Polizeiführung sollen auf einer öffentlichen Sitzung darüber informieren, was an dem Abend tatsächlich geschah.“ Denn: „Sogar von einer Kriegswaffe/Maschinenpistole war die Rede. Schon der Besitz solch einer Waffe ist ein Straftatbestand. Selbst wenn es sich nur um eine Anscheinswaffe gehandelt hat, darf diese nicht öffentlich gezeigt werden.“ (…)

Cord Degenhard ist überzeugt, dass die Polizei die Vorgänge an der Grohner Düne absichtlich verschwiegen hat. Er hat das Thema bereits in dieser Woche in den Sprecherausschuss des Vegesacker Beirats gebracht und ärgert sich, dass das Gremium das Thema erst im Februar beraten will. Verantwortlich macht er dafür den stellvertretenden Beiratssprecher. „Es ist eine allzu bekannte Vorgehensweise der Grünen, brisante Themen zu verschleppen. Die Bürger haben ein Recht auf zeitnahe Information“, begründet Degenhard, warum er nun für eine Sondersitzung plädiert und dafür Unterstützung bei weiteren Fraktionen sucht.

Der langjährige BIW-Landtagsabgeordnete Jan Timke, ein stets gut informierter ehemaliger Bundespolizist und BKA-Beamter, hat die Problematik in seiner heutigen KLARTEXT-Kolumne bereits in gewohnter Deutlichkeit aufgegriffen:

Die KLARTEXT-Kolumne

Liebe Bremerhavener,

auch zum Jahreswechsel 2018/2019 kam es wieder zu Übergriffen auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten. Allein in Berlin wurden 49 Attacken verzeichnet, bei denen u.a. Pyrotechnik, Schreckschusspistolen und sogar Brandsätze zum Einsatz kamen. Aus verschiedenen Städten wird berichtet, dass Polizeibeamte aus Gruppen zumeist junger Männer mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern beworfen wurden. In Bremerhaven haben Unbekannte Polizisten mit Silvesterraketen beschossen.

Angesichts solcher Schreckensmeldungen frage ich mich: **In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?** Wie kann es sein, dass ausgerechnet denjenigen blinder Hass entgegenschlägt, die Menschen in Not helfen und uns Bürger schützen wollen? **Das Wertesystem in Deutschland ist offenbar völlig aus den Fugen geraten.** Anstand, Respekt und die Achtung vor dem Leben und der körperlichen Unversehrtheit Dritter zählen immer weniger. Die Folgen dieses Werteverfalls zeigen sich in der Brutalisierung unseres Alltags und das nicht nur zu Silvester. Wir ernten die späten Früchte der „Umdefinierung von Werten und Tugenden“, die vor 50 Jahren von der linken 68er-Bewegung ausgerufen wurde. Der starke Zuzug junger Männer aus gewaltaffinen Kulturkreisen infolge der Flüchtlingskrise tut ein Übriges.

Für die Gruppe BÜRGER IN WUT ist klar: **Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrleute und Sanitäter richten sich gegen die ganze Gesellschaft.** Sie müssen vom Rechtsstaat nicht nur durch strenge Gesetze, sondern auch durch eine Rechtsprechung geahndet werden, die diese Bezeichnung verdient. Und wir brauchen echte Wertschätzung für diejenigen Menschen, die jeden Tag ihren Kopf für die Sicherheit in unserem Land und den Schutz seiner Bewohner hinhalten. Deshalb spreche ich den Angehörigen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten meinen Respekt und Dank aus: **Ihr macht trotz aller Widrigkeiten einen verdammt guten Job,**

meint Ihr

Jan Timke

Jan Timke, MdBB
BIW-Gruppenvorsitzender

Wie ist Ihre Meinung dazu? Schreiben Sie uns!

V.i.S.d.P.: Gruppe BÜRGER IN WUT, Ludwigstr. 20, 27570 Bremerhaven,
Tel.: 0471-92927692, E-Mail: info@buerger-in-wut.de,
Internet: www.biw-gruppe.de

Zum Vergrößern bitte auf das

Polizei sucht Silvester-Messertäter nach Mordversuch Kassel: Lebensgefährlicher Bauchstich nach Spuckattacke in Bahn

pi-news.net/2019/01/kassel-lebensgefaehrlicher-bauchstich-nach-spuckattacke-in-bahn

7. Januar 2019

Die Polizei Mordhessen/Nordhessen fahndet: Dieser Mann in Rot „soll einem 38-Jährigen in den Bauch gestochen haben". Er erfüllte damit zumindest sein „Merkel-Messer-Soll" für Silvester 2018.

Von DAVID DEIMER | Ein „messerscharfes" Foto gleich 100 Stunden nach dem Mordversuch an einem Kasseler ohne Augenbalken oder Verpixelung veröffentlicht – ein erster Fortschritt der so genannten Sicherheitsbehörden im schwarz-grünen Hessen. Der „Messerstecher" von Kassel-Nordstadt, der am Silvestertag in einer Bahn der Kasseler Linie 1 einen 38-jährigen Fahrgast lebensbedrohlich verletzte, ist allerdings immer noch auf freiem Fuß. Zwar hat die Polizei seit Freitag einige Hinweise auf die Identität des Mannes erhalten – wo sich der Verdächtige aufhält und „ob er überhaupt noch in Deutschland" ist, sei derzeit aber noch unklar, erklärte ein Sprecher des Polizeipräsidiums Nordhessen am Sonntag.

Couragiertes Messeropfer überlebt nur dank Not-OP – „Leben hing an seidenem Faden“

Ein unbekannter „Mann“ hatte nach einem Streit einen 38-jährigen Fahrgast aus Kassel in der Bahn mit einem Messer in den Bauch gestochen und war an einer Haltestelle aus der Bahn geflüchtet. Zu der versuchten Tötung kam es am kritischen Silvestertag. Das Opfer kam mit schweren Verletzungen auf die Intensivstation und musste unverzüglich notoperiert werden. Die Bahn der Linie 1 war stadtauswärts unterwegs, als es gegen 13.15 Uhr zwischen den Haltestellen Hauptfriedhof und Wiener Straße zu der Bluttat kam.

Zuvor habe der Täter „gegen die Tür der Bahn gespuckt“ und war von dem späteren Opfer höflich auf sein Fehlverhalten angesprochen worden, wie Augenzeugen berichten. Im weiteren Verlauf habe der Täter sein obligatorisches Klappmesser hervorgeholt und damit dem 38-Jährigen zunächst gegen den Kopf geschlagen und dann gezielt in den Bauch gestochen, so Polizeisprecher Jürgen Wolf.

Fahrgäste forderten den Täter lautstark auf, „sein Tun zu unterlassen“, woraufhin der Geflüchtete an der Haltestelle Wiener Straße die Bahn verließ und in Richtung Helmholtzstraße flüchtete. Eine sofort eingeleitete Fahndung der Polizei verlief bislang ohne Erfolg.

Zeugen beschreiben den Täter wie folgt: Männlich, ca. 25 bis 30 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, schlanke Statur, kurze braune Haare, 3-Tage-Bart; bekleidet mit roter Jacke, blauer Jeans, einem gestreiften Pullover und einem schwarzen Schal. Er sprach Deutsch „mit Akzent“. Hinweise bitte unter Tel. 0561/9100

Das Bild entstand offensichtlich unmittelbar vor dem Mordversuch des Neubürgers. Der Täter zückt in der rechten Hand bereits das Messer. Polizei und Staatsanwaltschaft veröffentlichten den Fall „aus ermittlungstaktischen Gründen“ aber erst am Freitag. Die Polizei sucht jetzt mit dem Fahndungsfoto mit Hochdruck nach dem blutigen „Mann in Rot“.

Polizei zeigt sich „optimistisch“ (HNA)

Das Fahrzeug sei umgehend von der Polizei beschlagnahmt und im Betriebshof an der Sandershäuser Straße untersucht worden. „Videoüberwachung ist mittlerweile in vielen Bereichen alltäglich“, bestätigt auch Polizeisprecher Jürgen Wolf. „In diesen Bereichen unterstützt die Technik unsere Ermittlungen.“ Oftmals sei aber das Problem, dass die Bilder von schlechter Qualität seien, Bundes-Digitalisierung 4.0. „Deshalb der Appell, wenn man eine Kamera installiert, dann sollte man auch darauf achten, dass die Qualität der Bilder entsprechend hoch ist“, mahnte Wolf. Im aktuellen Fall sei das Fahndungsfoto glücklicherweise von entsprechend hoher Qualität. Die Polizei ist daher optimistisch, dass es schnell Hinweise auf den Täter geben wird: “Wir haben eine Person in Verdacht. Allerdings konnte ihr Aufenthaltsort bisher noch nicht ermittelt werden“, sagte der Polizeisprecher am Sonntag.

Bei der Attacke wäre der 38 Jahre alte couragierte Fahrgast beinahe getötet worden. Mittlerweile sei der Mann außer Lebensgefahr. Er dürfte aber wohl immer noch ein subjektiv schlechtes „Bauchgefühl“ bei Seehofers offizieller „Polizei-Kriminalitäts-Statistik“ (mit einem Vorwort von Claas Relotius) haben!

Zuwanderer entwickeln sich zu Hauptprofiteuren beim Kindergeld Der Steuerzahler und die Migrantenkinder

pi-news.net/2019/01/der-steuerzahler-und-die-migrantenkinder
4. Januar 2019

Kinder mit Migrationshintergrund sind die Hauptursache für den neuen Rekord beim Kindergeldbezug

Von EUGEN PRINZ | Die Bundesfamilienkasse meldet einen neuen Rekord: In diesem Jahr wurde bis Ende November Kindergeld in Höhe von 33,8 Milliarden Euro ausgezahlt. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Leistungsbezieher um etwa 400.000 auf 15,4 Millionen gestiegen.

Die zuletzt etwas höhere Geburtenrate der Deutschen fällt bei der Rekordzunahme der Leistungsberechtigten kaum ins Gewicht. Sie dürfte ohnehin hauptsächlich jenen geschuldet sein, die bis vor kurzem noch einen ausländischen Pass hatten.

Sehen wir uns deshalb an, wer außer den Deutschen noch anspruchsberechtigt ist:

1. **Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis zum Zweck einer Ausbildung oder Beschäftigung**
2. **Asylberechtigte sowie Personen, denen die Flüchtlingseigenschaft gem. der Genfer Flüchtlingskonvention oder internationaler Schutz zuerkannt worden ist**
3. **Abgelehnte Asylbewerber mit Duldung (das sind die, die man nicht abschieben kann oder konnte) haben aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen einen Kindergeldanspruch, wenn sie aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, Algerien, Marokko oder Tunesien kommen. Türken sind bereits kindergeldberechtigt, wenn sie sich länger als 6 Monate in Deutschland aufhalten. Dabei spielt es nicht einmal eine Rolle, ob sie arbeiten und welchen Aufenthaltsstatus sie haben.**
4. Personen aus anderen EU-/EWR-Staaten und ihre Familienangehörigen

Für den Rekordanstieg bei den Kindergeldleistungen sorgen also primär jene Empfänger, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Nachdem die Anzahl der anerkannten Asylbewerber und Flüchtlinge ständig steigt und sogar Ausländer mit dem wackligsten Aufenthaltsstatus, der „Duldung", Kindergeld beziehen können, braucht man sich darüber nicht zu wundern.

Auch die höhere Zahl von ausländischen Arbeitskräften spielt eine Rolle, aber das ist nicht zu kritisieren.

Das Kindergeld fällt übrigens nicht vom Himmel, es wird auch nicht von der UNO oder George Soros an den deutschen Fiskus überwiesen, sondern von den Steuerzahlern erwirtschaftet. Das sind jene Deppen, die jeden Morgen aufstehen, in die Arbeit gehen und letztes Jahr bis zum 18. Juli nur für den Staat gebuckelt haben. Und ja, zu diesen gehören auch gut integrierte Migranten, die sich von diesem Artikel nicht betroffen zu fühlen brauchen. Dem Autor ist bekannt, dass nicht wenige von ihnen die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland ebenso Sorgen macht, wie vielen Einheimischen.

Deutsches Kindergeld für den Nachwuchs im Ausland

Für über drei Millionen Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft wurden in 2018 bis November Leistungen in Höhe von 6,9 Milliarden Euro ausgezahlt. Selbstverständlich gibt es am Kindergeldbezug von Arbeitnehmern mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit nichts zu kritisieren, solange die Kinder auch in Deutschland leben. Das ist jedoch häufig nicht der Fall: Im vorher genannten Zeitraum gingen 371 Millionen Euro für 268.336 Kinder, die nicht in Deutschland leben, auf ausländische Konten. Ja, Sie haben richtig gelesen: Der bulgarische Erntehelfer hat auch dann Anspruch auf deutsches Kindergeld in voller Höhe, wenn sein Nachwuchs in Sofia bei der Oma geblieben ist. Der Bayern Kurier meint dazu:

In Bulgarien gibt es EU-Angaben zufolge etwa 18 Euro Kindergeld, in Rumänien 18 bis 43 Euro. Bei einem rumänischen Durchschnittsgehalt von brutto 715 Euro addieren sich deutsche Kindergeldzahlungen schnell zu einem zweiten Einkommen. Kommen dann noch Hartz-IV-Zahlungen für die ganze Familie hinzu, kann man aus bulgarischer oder rumänischer Sicht von einem kleinen Vermögen sprechen.

Hartz-IV und Kindergeld

Das bringt uns zur nächsten Schieflage: Etwas die Hälfte der Hartz-IV Empfänger haben einen Migrationshintergrund. Bei den Flüchtlingen und Asylbewerbern lebt der überwiegende Teil von Hartz-IV.

Jedes Volk hat seine sozial Schwachen und es ist die vornehmste Aufgabe des Staates, für diese Menschen und ihre Kinder zu sorgen. Der Sozialstaat wird jedoch bald an seine Grenzen stoßen, wenn weiterhin alle Mühseligen und Beladenen der Welt samt Nachwuchs ins Land gelassen und alimentiert werden.

Man könnte jetzt argumentieren, dass dieses Kindergeld gut angelegt sei, weil deren Nachwuchs später einmal unsere Renten zahlt. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass viel zu oft die Kinder von Hartz-IV Migranten den Lebensentwurf der Eltern übernehmen, ohne Abschluss von der Schule gehen und selbst zu „Dauer-Hartzern" mit vielen Kindern werden.

Zudem können wir froh sein, wenn das Beispiel Amberg keine Schule macht und künftig auch noch andere Leistungsempfänger ihre Dankbarkeit dadurch beweisen, dass sie Hetzjagden auf die Leistungserbringer veranstalten.

Lug und Betrug beim Kindergeld

Da wir gerade beim Thema „Schieflagen" sind: Im August 2018 hat der Duisburger Oberbürgermeister Sören Link ein anderes Problem mit drastischen Worten angesprochen: *„Wir haben derzeit rund 19 000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Duisburg, Sinti und Roma."* Er müsse sich mit Menschen beschäftigen, *„die ganze Straßenzüge vermüllen und das Rattenproblem verschärfen".*

Sie werden sich nun fragen, was diese Aussage in einem Artikel über Kindergeld zu suchen hat. Ganz einfach: Es ist zu einem großen Teil diese Klientel, die missbräuchlich Leistungen für Kinder in Rumänien und Bulgarien kassiert, die gar nicht existieren. Die Bürgermeister der größeren Städte in Nordrhein-Vandalen können ein (Klage-) Lied davon singen. Bei einer Überprüfung in Wuppertal und Düsseldorf hatten von 100 Kindergeldberechtigten aus Rumänien und Bulgarien, die jeweils für drei oder mehr Kinder Leistungen bezogen hatten, 40 falsche Angaben gemacht. Allein bei dieser Stichprobe lag die Betrugssumme bei 400.000 Euro. Tendenz: Weiter steigend, weil immer mehr Sinti und Roma zum Zwecke des Kindergeld- und Sozialhilfebezugs nach Deutschland gebracht und in heruntergekommenen Absteigen einquartiert werden, Vermüllung der Landschaft inklusive. Organisiert wird das Ganze von kriminellen Banden.

Der Staat greift zu „drastischen Maßnahmen"

Der Chef der Bundesfamilienkasse, Karsten Bunk will nun in jeder der 14 regionalen Familienkassen zwei Fachleute einsetzen, die ausgebildet sind, solche Betrugsmuster besser erkennen zu können. Verdachtsfälle würden an eine zentrale Sondereinheit gegeben und zu viel gezahltes Geld wird zurückgefordert. Ja, auch hier haben sie richtig gelesen: Die fordern von rumänischen Roma das Geld zurück. Viel Erfolg!

„Unter anderem in den Hals" Meucheln in Beucha: Heimtückischer Mordversuch von Syrer an Deutschem

PI pi-news.net/2019/01/meucheln-in-beucha-heimtueckischer-mordversuch-von-syrer-an-deutschem

6. Januar 2019

Der Tatort am Bahnsteig des Beuchaer Bahnhofes bei Leipzig - im Polizeiauto wird der „mutmaßliche" Täter in Gewahrsam genommen worden - es war ein „Jugendlicher".

Von JOHANNES DANIELS | The show must go on – auch in den ersten Tagen des neuen Jahres leider kaum ein Tag ohne qualvollen Merkel-Messer-Dschihad an „Schon-länger-hier-noch-Lebenden", wie wohl politisch durchaus beabsichtigt: Am Samstagabend ist auf dem Bahnsteig am Bahnhof Beucha – 16 km östlich von Leipzig – ein 17-jähriger Jugendlicher mit einem Messer niedergestochen und erheblich worden. Die „teils schweren Verletzungen im Halsbereich sowie an Arm und Beinen" deuten unmissverständlich auf einen mit direktem Vorsatz verübten Mordversuch des "schutzbedürftigen Täters" hin.

Die Polizei konnte aufgrund von präzisen Zeugenangaben noch am Tatort einen 16-jährigen Jugendlichen als „mutmaßlichen Täter“ vorübergehend festnehmen. Laut den wenigen bislang berichtenden Medien „stamme der unbegleitete minderjährige Flüchtling aus der Asylunterkunft in Waldsteinberg“ – mit durchschnittlich 50.000 Euro pro Jahr Willkommens- und Aufwandskosten für den deutschen Steuerzahler !! Präziser gesagt stammt der Täter aus Syrien.

Anlass soll „der Streit um ein Mädchen“ zwischen Täter und Opfer gewesen sein. „Erst haben sich die Jungs angepöbelt, dann sind sie aufeinander losgegangen“, erzählte ein Mädchen, das sogar couragiert dazwischen gegangen sei, um beruhigend einzuwirken. Zunächst habe die Zeugin die Auseinandersetzung „gar nicht für so ernst genommen“. „Aber dann haben wir gesehen, wie der Typ ein Messer gezogen hat und mehrfach zustach, unter anderem in den Hals“, berichtete die Freundin des Opfers und ergänzte, dass der Täter das Messer in Richtung Gleise weggeworfen habe.

Haftantrag wegen versuchten Totschlags

Die Polizei in der sächsischen 3.000-Seelen-Gemeinde Beucha wollte sich zum Geschehen mit Verweis auf die Ermittlungen nicht äußern und verwies an die Polizeidirektion Leipzig. Sicher ist mittlerweile, dass es sich bei dem niedergestochenen Opfer um einen deutschen Jugendlichen handelte. Die Staatsanwaltschaft sprach am Sonntag von einem 16-Jährigen aus Syrien als „mutmaßlichem Täter“.

Dem „In-Deutschland-Fluchtsuchenden“ wird nun versuchter Totschlag durch schwere und lebensgefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Der Täter machte von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch, bis sein Pflichtverteidiger aus der Asylindustrie den Tathergang kultursensibel richtigstellen wird – mit „Putativnotwehr“, „Rücktritt von der Tat“ oder zumindest „Haftunverträglichkeit“ nach Jugendstrafrecht mit deutlich positiver Sozialprognose. Ein Ermittlungsrichter prüfte zunächst, ob für den „minderjährigen Täter ein Haftantrag“ gestellt werden solle und kam dann doch zu einem positiven Entschluss: Wie ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Leipzig am Sonntag nachmittag mitteilte, wurde gegen den 16-jährigen „Verdächtigen“ inzwischen Haftbefehl wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung erlassen.

Oberstaatsanwalt Ricardo Schulz erklärte, dass der „16-jährige syrische Tatverdächtige am Samstag mehrfach auf den 17-jährigen Deutschen eingestochen haben soll“. Zum Motiv äußerte sich Schulz aus ermittlungstaktischen Gründen nicht.

MDR: Bürgermeister von Beucha ist schockiert!

Der selbst aus dem messerprekären Bremerhaven stammende Beucha-Bürgermeister Arno Jesse, SPD, zeigte sich über die Tat entsetzt und relativiert sofort das Ausmaß des bedauerlichen „Einzelfalls“. Gegenüber dem gebührenfinanzierten MDR SACHSENbetonte er, dass es in Beucha bis jetzt „relativ ruhig“ gewesen sei. Es habe zwar Auseinandersetzungen in einer Flüchtlingsunterkunft gegeben, aber nicht im Stadtgebiet. Jesse konnte bereits mit der geschockten Mutter des Verletzten sprechen: „Das Opfer ist über den Berg. Er hat Glück gehabt, dass die Verletzungen nicht lebensbedrohlich waren.“

Auch die WeLT berichtet politisch korrekt unter der beliebten Rubrik “Panorama“

„16-Jähriger sticht Teenager mit Messer nieder

Bei einem Streit unter Jugendlichen hat ein 17-Jähriger in Beucha bei Leipzig mehrere Stichverletzungen erlitten. Er kam ins Krankenhaus und musste dort operiert werden. Als tatverdächtig gilt ein 16-Jähriger. Er wurde festgenommen, wie Ricardo Schulz, Sprecher der Staatsanwaltschaft Leipzig, sagte. Ein Richter erließ am Sonntag Haftbefehl wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung gegen den jungen Mann.

Warum die Jugendlichen am Samstagabend am Bahnhof Beucha in Streit gerieten und warum er so eskaliert ist, sei noch nicht geklärt. Das Opfer und der mutmaßliche Messerstecher hätten sich schon vor der Tat gekannt. Ein Motiv im „persönlichen Bereich“ könne nicht ausgeschlossen werden, sagte

Schulz. Die „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ) berichtete, dass der Bluttat ein Streit um ein Mädchen vorausgegangen sei. Laut Polizei gibt es mehrere Zeugen, die auch schon vernommen worden seien. Der verdächtige 16-Jährige habe sowohl bei der Polizei als auch beim Ermittlungsrichter geschwiegen. Die Staatsanwaltschaft werde prüfen, ob sie gegen den jungen Syrer Haftbefehl wegen versuchten Totschlags beantrage“.

Erst zum Ende des „Copy-Friedhofs“ lässt die WeLT die Katze aus dem Sack …
Interessant ist der sonst rege frequentierte Kommentarbereich der WeLT: Auch zwei Stunden nach Veröffentlichung der Meldung beträgt die Kommentaranzahl exakt: 0. Alle eingetragen Kommentare verschwinden wie von Zauberhand im „Panorama-Nirwana“.
Alle sonstigen deutschen Relotius-Medien (außer BILD) schweigen sich genüsslich über die „Messerstecherei am Bahnhof Beucha“ (lokale Medien) aus. Meucheln in Beucha – das Messer gehört auch wieder zum Merkeljahr 2019.

Afghane ersticht Verteidiger seines Stalking-Opfers Kultursensibles Urteil: Freispruch für Totstecher Seyed M. („18“)

pi-news.net/2019/01/kultursensibles-urteil-freispruch-fuer-totstecher-seyed-m-18
22. Januar 2019

Am Tatort im Stadtpark von Ochtrup haben Freunde von José Miranda (†20, links im Bild) Kerzen und Blumen niedergelegt. Kulturbereicherer Sayed M. hatte ihn dort am Pfingstmontag mit einem gezielten Stich ins Herz getötet, nachdem sich José couragiert für ein Stalkingopfer des Killers einsetzte.

Von JOHANNES DANIELS | Das Willkommens-sensible Urteil der „Jugendstrafkammer“ des Landgerichts Münster vom Montag verbreitete sich wie ein Lauffeuer auf den vielsprachigen Smartphone-WhatsApp-Gruppen der multikulturellen Neubürger mit archaischem Kulturhintergrund: Der afghanische Asylbewerber Seyed M. darf den Gerichtssaal als freier Mann verlassen – nachdem er im Mai einen Bekannten seiner Stalking-Auserwählten mit einem 25-cm langen Küchenmesser ins Herz stach und ihn tödlich verletzte. Das Gericht erkannte bei der Tathandlung des Schutzbedürftigen „Notwehr“ als Schuldausschließungsgrund an.

Der laut eigenen Angaben 18-jährige Afghane (geb. „1.1.2001“) war im November 2015 mit seinem Vater „vor der Gewalt in seinem Heimatland geflüchtet“. In Deutschland angekommen, stellte Asylbewerber Seyed M. wiederholt einer Bekannten des engagierten Flüchtlingshelfers José Miranda (†20) aus Ochtrup (Münsterland) nach. Merkel-Gast Seyed M. konnte offenbar nicht akzeptieren, dass das Mädchen nichts von seinen plumpen Annäherungsversuchen und vielfachen Belästigungen hielt.

Als der Afghane das verängstigte Mädchen weiterhin bedrängte und auf dem Heimweg verfolgte, stellte der im Ort beliebte José den aufdringlichen Flucht- und Frauensuchenden zur Rede. Der portugiesisch-stämmige Helfer José war Vorsitzender

des Jugendparlaments von Ochtrup, war engagiert und hilfsbereit – viele Jugendliche kamen mit ihren Problemen zu ihm – er half allen. Bei einer emotional aufgeschaukelten Aussprache am Tattag gab es zunächst Streit, „Schubsereien und Schläge“. Der Afghane drohte daraufhin, José werde schon sehen, was er davon habe. Der Show-Down zwischen dem örtlichen Jugendhelfer und dem Asylbewerber erfolgte am Pfingstmontag, dem 20. Mai, nach Mitternacht im Stadtpark von Ochtrup vor mehreren Augenzeugen. Miranda schlug Seyed M. mit der Faust ins Gesicht, der zerschlug daraufhin seine islam-nonkonforme Bierflasche auf dem Kopf des Angreifers – der ihn dann laut Gerichtsurteil möglicherweise „in den Schwitzkasten nahm“.

Bei der „anschließenden Rangelei“ zückte Seyed heimtückisch sein traditionelles Küchenmesser mit 14-Zentimeter-Klinge und stach damit sechsmal kurz hintereinander auf den Oberkörper seines Kontrahenten ein. Ein Notarzt konnte später nur noch seinen Tod feststellen. Ein gezielter Stich des Merkel-Gastes hatte das Herz getroffen.

In ihrem Plädoyer betonte Staatsanwältin Nicole Karweger:

„Drei glaubwürdige Zeuginnen hatten gar keinen Schwitzkasten gesehen. Es hat ihn nicht gegeben. Sechs Stiche sind zur Abwehr nicht erforderlich. Der Angeklagte wollte José unter dem Deckmantel der Notwehr einen Denkzettel verpassen. Warum sonst sollte er zu der Auseinandersetzung mit jemandem gehen, von dem er weiß, dass er ihn schlägt und ein Küchenmesser dazu einstecken?“

Die Staatsanwältin hatte drei Jahre Haft wegen Totschlags gefordert – nicht wegen Mordes, der im Jugendstrafrecht faktisch nicht existiert. Der Angeklagte gab Taqiyya-mäßig im Polizeiverhör an, er hätte nur mit der unreinen Bierflasche zugestochen. Nach der Tat hatte er die Tatwaffe, das Küchenmesser, sogleich in einem Teich entsorgt.

„Milderes Mittel“: Richter hebt Haftbefehl gegen schutzsuchenden Totstecher auf

Der Vorsitzende Richter des Landgerichts Münster, Michael Beier, führte danach eine halbe Stunde die Begründung seines Freispruchs aus – merklich zur Erleichterung des Willkommensgastes: „Ein rechtswidriger Angriff des ***Geschädigten*** ist zu bejahen, er wollte den Angeklagten verprügeln.“ Daraufhin habe dieser mit der Flasche zugeschlagen – und damit zunächst das „mildere Mittel“ zur Verteidigung eingesetzt. Die Kammer war am Ende überzeugt, dass José Miranda Seyed M. entgegen der Zeugenberichte doch „in eine Art Schwitzkasten nahm“.

In einem „dynamischen Geschehen“ habe er schließlich sechsmal kurz hintereinander zugestochen, um den Angriff abzuwehren. Das sei geboten gewesen und somit legitim.

Richter Michael Beier: Küchenmesser sei „sozial-ethisch fraglich“

„Der Angeklagte war körperlich unterlegen, zwischen beiden lagen sechs Kampfklassen im Boxen. Das Notwehrrecht war nicht eingeschränkt – deshalb ist sein Verhalten durch Notwehr gerechtfertigt und er war freizusprechen. Ein Küchenmesser darf man nach dem Waffenrecht mit sich führen, auch wenn es sozial-ethisch fraglich ist.“

Der Richter erklärte auch, das Urteil sei sicher „für die Angehörigen nicht nachvollziehbar. Aber wir müssen als Richter den Fall neutral und emotionslos prüfen." Josés Eltern wollen als Nebenkläger Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen.
Josés Mutter Maria – ein bemerkenswertes Bekenntnis:
„José war in der Flüchtlingshilfe aktiv, hat immer gesagt: ‚Mama, die Flüchtlinge haben so schreckliche Dinge erlebt, wir müssen ihnen helfen'. Und dann wurde er ausgerechnet von einem Flüchtling umgebracht. Er wusste, dass er meinem Sohn weh tun wollte. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin selbst Ausländerin. Ich komme aus Portugal, und ich denke: Flüchtlingen muss geholfen werden. Man kann diese vom Krieg traumatisierten Menschen nicht sich selbst überlassen, sonst kommt es zu diesen Gewalttaten. Keine Mutter sollte ihren Sohn begraben müssen […].

„Wir müssen auch noch gucken, wie seine Kindheit war"

Vor Gericht traf Josés Mutter Maria M. dann zum ersten Mal auf den Killer ihres Sohnes, denn sie hatte sich geweigert, ihn auch nur auf einem Foto anzusehen. Über die Begegnung und die Gefühle, die sie dabei empfand, berichtet sie gegenüber BILD:
Ich habe die ganze Nacht kaum ein Auge zubekommen. Ich habe immer wieder daran denken müssen, wie es sein wird, wenn ich den Mörder meines Sohnes zum ersten Mal sehen werde.
Was sagt er? Was macht er? […] Der Tag war wirklich schlimmer als die Beerdigung meines Sohnes. Als wir im Gerichtssaal später darauf warteten, dass der Angeklagte endlich in den Raum kommt, war ich so angespannt, ich hab am ganzen Körper gezittert. Auf einmal kommt er rein. Diese Wut in dem Moment, so einen kleinen Mann zu sehen, der aber so groß tut. Der dann auch noch die Frechheit hat, allen Leuten in die Augen zu schauen und bei mir haften bleibt. Ohne Regung, ohne Reue, ohne den Blick nach unten, wenn man etwas gemacht hat, was man nicht machen darf. Was hat er gedacht? Ich darf es wieder tun? Warum?
Und dann verstehe ich den Richter auch nicht, der sagt, wir müssen auch noch gucken, wie seine Kindheit war. Hat mich jemand gefragt, wie es uns erging? Wir hatten auch eine schwere Kindheit, wir sind mit vier Koffern nach Deutschland gekommen, uns hat keiner geholfen. Aber wir haben uns ein Haus, eine kleine Firma erarbeitet. Wir haben nichts geschenkt bekommen, von morgens bis abends gearbeitet.
Er hat meinem Sohn ins Herz gestochen, sechs Mal hat er zugestochen, so etwas macht doch keiner, warum hatte er das Messer überhaupt dabei? Ich hab damit gerechnet, dass er mir nicht in die Augen schauen kann, dass er einfach sagt, es tut mir leid. Ich wollte es nicht.
Ich bin gläubig, aber ich kann ihm nicht verzeihen.
Aber eine Entschuldigung, ein ‚Es tut mir leid' wäre wenigstens eine kleine Erleichterung gewesen. Dass er nichts sagt, nicht einmal ein ‚Ich wollte es nicht', nichts – so wie er mich angeschaut hat, wollte er etwas sagen.
Jeden Abend frage ich mich, wo mein Sohn ist. Er ist weg, für immer. Weil er sich für ein Mädchen eingesetzt hat. Was mich heute aber sehr gefreut hat und mir so viel Kraft gibt: dass so viele Freunde meines Sohnes da waren. Sie können uns den Schmerz nicht nehmen, aber sie zeigen uns: Wir sind da, wir stehen euch bei. Und das tut so gut, dafür möchte ich mich sehr bedanken."

„Freifahrtschein-Urteil": Josés Mutter nach dem Freispruch: „So ein Urteil ermutigt die Falschen"

„Die Gründe, die der Richter für Notwehr genannt hat, die sind lächerlich. Ich kann es immer noch nicht fassen. Es hat jetzt wirklich einen Freifahrtschein gegeben. Demnach darf jetzt jeder Mensch ruhig ein Küchenmesser mit sich tragen, weil es keine Waffe ist.
So ein Urteil ermutigt genau die Falschen. Ganz nach dem Motto: Ihr dürft rausgehen, nehmt euch ein Messer mit, bewaffnet euch. Sobald ihr bedroht werdet, klärt das nicht wie damals

mit Händen und Füßen und geht hinterher ein Bierchen trinken – nein, nehmt ruhig ein Messer und stecht zu.
Es war Notwehr. Nein, das war es nicht. Schon in der Schule wird Kindern erklärt, dass man sich nicht bewaffnen soll. Ich als Mutter habe jetzt das Gefühl, dass auch ich etwas falsch gemacht habe. Ich habe meinen Kindern immer erklärt, das sind Waffen. Passt auf, ihr schneidet euch, ihr tut jemandem damit weh. Deshalb hat mein Sohn natürlich kein Messer bei sich getragen.
Ich gehe in Revision. Der Richter wollte nicht mal wissen, wie alt der Täter ist. Man stelle sich mal vor, er ist älter als 21, dann hat dieser Richter doch gar nichts zu sagen, es wäre das falsche Gericht.“

Sozialprävention!

Die Strafzwecktheorie beschäftigt sich mit der Legitimation von Strafjustiz und dem Sinn und Zweck staatlicher Sanktionen. Die so genannte positive Generalprävention „soll das Vertrauen der Gesellschaft in die Rechtsordnung stärken“. Ziel ist dabei „die Einübung der Rechtstreue als Lerneffekt“, der Vertrauenseffekt, der sich ergibt, wenn der Bürger sieht, dass das Recht sich durchsetzt und der Befriedigungseffekt auf das Rechtsbewusstsein der Zivilgesellschaft.

Josés Mutter:

„Wie viele von unseren Kindern sollen denn noch sterben, bevor die Politiker endlich kapieren, dass sie viel mehr für die Integration der Flüchtlinge tun müssen?
Das Schlimmste ist: Ich beneide den Täter. Er war der Letzte, der meinen Sohn lebend gesehen, seine letzten Worte gehört, seinen letzten Atemzug gesehen hat. Ich wäre so gerne da gewesen, hätte José festgehalten und ihm gesagt: Ich liebe Dich“.

Wie würde wohl im Umkehrschluss das Urteil im Lichte afghanischer Sozialprävention ausfallen?

Nachtrag:

Kleiner Strafrechtsexkurs speziell für Richter Michael Beier aus Münster in NRW von PI-NEWS-Autor Johannes Daniels, Wirtschaftsjurist, Strafrecht, LMU München:

In einem umfassenden Gutachten sollte zunächst die grundsätzliche Zuständigkeit der „Jugendstrafkammer“ bei dem laut eigenen Angaben „18-jährigen Täter“ festgestellt werden. An die Rechtmäßigkeit des „Schuldausschließungsgrundes“ sind dann erhöhte Beurteilungsmaßstäbe anzulegen.

Intensiver Notwehrexzess:

Eine Notwehr im Sinne des § 32 StGB liegt vor, wenn eine gebotene Verteidigungshandlung erforderlich ist, um einen gegenwärtigen und rechtswidrigen Angriff abzuwehren. Die Rechtsprechung beschränkt den Anwendungsbereich des § 33 StGB(„überschreitet der Täter die Grenzen der Notwehr aus Verwirrung, Furcht oder Schrecken“) auf einen gegenwärtigen Angriff, bei dem das erforderliche Maß der Verteidigung überschritten wird. Ist ein intensiver Notwehrexzess gegeben, liegt die eigentliche Notwehrlage objektiv vor, das heißt, Notwehr wäre im konkreten Fall angemessen. **Überschreitet jedoch der Täter das dafür erforderliche Maß (25-cm-Messer aus Jackentasche), liegen KEINE Schuldausschließungsgründe vor – der Täter ist nach deutschem Strafrecht schuldig.**

https://www.focus.de/politik/deutschland/bluttat-in-essen-ehrenmord-prozess-schickten-clan-frauen-familien-kommando-das-mohammad-skalpierte_id_10220024.html

Bluttat in Essen

Ehrenmord-Prozess: Schickten Clan-Frauen Familien-Kommando, das Mohammad skalpierte?

FOCUS-Online-Redakteur Ulf Lüdeke

Dienstag, 22.01.2019, 19:02

Unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen begann am Dienstag am Essener Schwurgericht ein Prozess wegen eines versuchten Ehrenmordes. Das Besondere daran wurde gleich zum Auftakt der Verhandlung klar, die unter verstärktem Polizeischutz stattfand. Denn laut Anklage stecken hinter dem bestialischen Auftrag, den 19-jährigen Syrer Mohammad A. zu skalpieren und dann zu töten, zwei Frauen.

13 Angehörige eines syrischen Familienclans nahmen am Dienstagmorgen auf der Anklagebank Platz – darunter zwei in Kopftücher gehüllte Frauen, die gelegentlich ihr Gesicht wegen anwesender Pressefotografen hinter den Händen verbargen. Zehn der 23 bis 47 Jahre alten Angeklagten sitzen in Untersuchungshaft, darunter auch die beiden Frauen. Drei Angeklagte wollen Geständnisse ablegen, die anderen schweigen bislang.

Die Beschuldigten stammen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, einen Ehrenmord an Mohammad A. im Frühjahr 2018 geplant zu haben. Auf diese Weise habe die „Familienehre“ wiederhergestellt werden sollen. Das Motiv für die Tat soll angeblich das Verhältnis des 19-Jährigen mit einem 17-jährigen Mädchen aus dem Familienclan sein, das nach islamischem Ritus bereits verheiratet ist. Sie soll noch in Syrien zwangsverheiratet worden sein.

Versuchter Ehrenmord in Essen: Killer-Kommando skalpierte den Verfolgten

In der Nacht zum 31. Mai 2018 soll sich laut Anklage ein Großteil der Beschuldigten in Essen auf die Suche nach dem 19-Jährigen gemacht haben. Kurz nach Mitternacht habe die Gruppe den jungen Mann dann entdeckt. Der Verfolgte sei schließlich auf dem abgelegenen Hinterhof eines Getränkemarktes eingekreist worden.

Die Angreifer sollen mit besonderer Brutalität vorgegangen sein. Fünf von ihnen hätten den Verfolgten getreten und mit Holzlatten sowie Knüppeln geschlagen und mit einem Messer am Unterbauch an Leber und Darm verletzt. Anschließend sei das Opfer teilskalpiert worden. Drei weitere hätten Videos von dem Geschehen gedreht. Die Filme sind Beweismittel der Anklage. Der Angegriffene habe laut "Der Westen" um sein Leben gewimmert, dennoch sei er immer wieder attackiert worden. Dank des mutigen Eingreifens einer Anwohnerin, die vom Balkon aus die Polizei gerufen habe, seien die Angreifer schließlich geflüchtet. Mohammad A. überlebte schwer verletzt.

Clan-Frauen als Ehrenmord-Hetzer im Hintergrund

Die Staatsanwaltschaft stellt die Rolle der Frauen als eigentliche Hetzer der Familienfehde bei der Anklage in den Vordergrund. Bei den Frauen handelt es sich um die Mutter und eine Tante der Freundin des Opfers. Laut Staatsanwaltschaft soll der Ehrenmord kurz zuvor in der Wohnung der Mutter beschlossen worden sein.

Wie ungewöhnlich die Involvierung der Frauen bei diesem mutmaßlich versuchten Ehrenmord ist, zeigt der Blick auf eine Studie aus dem Jahr 2011, die das Bundeskriminalamt in Auftrag gegeben hatte. Bei der Auswertung von insgesamt 78 Ehrenmorden in Deutschland zwischen 1996 bis 2005 kam heraus, dass von insgesamt 122 Tätern 113 (93 Prozent) männlich und lediglich neun (7 Prozent) weiblich waren.

Familienclan kam 2013 nach Deutschland

Bei den 13 Angeklagten in Essen handelt es sich um Mitglieder einer syrischen Großfamilie, die von 2013 an nach Deutschland kamen. Bei den beiden Frauen handelt es sich um Mutter und Tante der jungen Frau, deren Ehre sie angeblich durch einen Mord wiederherstellen wollten. Die Frauen im Alter von 39 und 47 Jahren sitzen seit sechs Monaten in U-Haft. Zeugen und Mitangeklagte schildern sie laut „Der Westen“ als „dicke, runde Frauen“, die den Konflikt geschürt und den Tod des 19-Jährigen gefordert hätten.

Einige der Verteidiger kritisierten zu Prozessbeginn die Anklageschrift deutlich. "Man versucht, das Bild einer kriminellen Großfamilie zu zeichnen, das es so nicht gegeben hat", sagte Anwalt Johannes Daners vor dem Prozess. Im Verfahren ergänzte er: "Anklage und Vorwürfe werden sich nicht bestätigen." Andere Verteidiger beantragten die Aussetzung des Strafverfahrens, weil die Anklageschrift nicht richtig ins Arabische übersetzt worden sei. Darüber muss das Essener Schwurgericht nun entscheiden.

Für den Prozess sind bislang noch 26 Verhandlungstage bis zum 12. Juli vorgesehen.

Mit Agenturmaterial

Fataler „Familiennachzug" Weiden/Bayern: Syrer ersticht Mutter vor den Augen ihrer Kinder

pi-news.net/2019/01/weiden-bayern-syrer-ersticht-mutter-vor-den-augen-ihrer-kinder
24. Januar 2019

In Weiden in der Oberpfalz ist am Mittwoch eine „22-Jährige gewaltsam zu Tode gekommen". Gegen die syrische Messer-Bestie wurde Haftbefehl beantragt. Die überregionalen Mainstream-Medien schweigen. Es ist beileibe nicht die einzige Migranten-Bluttat in Weiden in letzter Zeit …

Von MAX THOMA | In Altenstadt an der Waldnaab in der Oberpfalz ist am Mittwoch Morgen eine "22-Jährige gewaltsam zu Tode gekommen" – die mutmaßlichen Motive lägen „im persönlichen Bereich", so ein Sprecher der Polizei. Im Rahmen der Vernehmung räumte der Tatverdächtige auch ein, „auf seine Lebensgefährtin mit einem Messer eingewirkt zu haben" (Polizeibericht). Alle überregionalen Mainstream-Medien schweigen in gewohnter Weise zu dem Asylanten-Mord.

Mit Messer vor den Augen der Kinder „eingewirkt"

Altenstadt ist eine Gemeinde mit 5.000 Einwohnern im oberpfälzischen Dreieck zwischen Amberg, Weiden und Schwandorf – der derzeit am stärksten wachsenden Wirtschaftsregion Bayerns. Bei der Getöteten handelt es sich um eine 22-jährige syrische Staatsangehörige. Die junge Mutter wurde von ihrem 27-jährigen Lebensgefährten brutal vor den Augen ihrer beiden Kinder (4 Jahre, 6 Monate) abgeschlachtet, die Niedergestochene wurde blutüberströmt im Treppenhaus aufgefunden. Sofort eingeleitete Reanimationsmaßnahmen durch Notarzt und Rettungsdienst blieben ohne Erfolg. Ihr 27-jähriger „Lebensgefährte", ebenfalls syrischer Staatsangehöriger, hat die Bluttat mittlerweile gestanden. Der Tat „soll ein Streit vorangegangen sein". Gegen den vor-der-Gewalt-in-seiner-Heimat-fluchtsuchende-Asylbewerber wurde am Donnerstag vormittag ein Haftbefehl beantragt.

Die Kinder der Ermordeten wurden vom Jugendamt Neustadt in Obhut genommen. Die Kriminalpolizeiinspektion Weiden in der Oberpfalz hat vor Ort die umfangreichen Ermittlungen wegen des Verdachts eines Tötungsdelikts aufgenommen. Zur Tatortarbeit wurden sie von rechtsmedizinischen Sachverständigen aus Erlangen und dem Bayerischen Landeskriminalamt unterstützt.

Subsidiärer Schutzstatus für den Killer

Es hatte zunächst mehrere Anrufe gegeben, dass sich eine verletzte Frau in dem Haus in der Lindenstraße befindet. Täter und Opfer bewohnten eine gemeinsame Wohnung in dem Mehrfamilienhaus. Die Nachbarn beschrieben das Paar aus Syrien als „unauffällig" – zumindest bis Mittwoch. Der Bürgermeister von Altenstadt Ernst Schicketanz wohnt nur 500 Meter Luftlinie vom Tatort entfernt. „Wahnsinn", sagt er, „man meint immer, das passiert nur in einer Großstadt. Und jetzt bei uns."

Die Wohnung, in der sich das Todesdrama abspielte, ist eine „dezentrale Asylunterkunft". Die beiden syrischen Ehren-(Mord-) Gäste der Invasionskanzlerin

sind nach Angaben der Behörde zu unterschiedlichen Zeiten aus Syrien eingereist: Der Mann kam 2015 ins Asylschlaraffenland und wohnt seit Februar 2016 im Landkreis Neustadt. Die nun ermordete Mutter kam 2017 per „Familiennachzug" und lebte seit Juli 2017 in Altenstadt. Beide hatten bislang eine „Aufenthaltserlaubnis und subsidiären Schutzstatus", bestätigt die Pressesprecherin des Landratsamtes. Die konkrete Unterkunft im „Residenz-Bereich" konnte der Killer selbst wählen. Aus Mangel an einer alternativen Wohnung „lebte er freiwillig weiter in der dezentralen Asylunterkunft" des Landkreises. „Beide verschlug es in den Lindenweg" (Originalton), nach Auskunft von des regionalen onetz.de:

„Ein Teil des Geschehens" fand in der Wohnung statt, ein anderer Teil im Treppenhaus", wie der Pressesprecher der Polizei, Florian Beck mitteilte. Wie der Tatort aussah, darüber macht er keine Angaben. „Wenn es eine Stichverletzung war, kann man sich ja vorstellen, wie es da ausgesehen hat." Ob es mehrere Stiche waren, sei unklar. Auch das Motiv benennt Beck nicht genauer. „Ich kann nicht einmal sagen, ob die beiden zu dem Tatzeitpunkt noch in einer Beziehung waren."

Es ist nicht der erste Migranten-Messer-Mord in der kleinen Gemeinde Altenstadt: Im Januar 2012 tötete ein weiterer Mord-Migrant aus Kasachstan dort seine Ehefrau. Der Mann hatte zuerst seine Ehefrau erstochen und danach immerhin sich selbst.

Die schöne Oberpfalz nach 2015: Wenn todesgefährliche Asylanten marodieren …

Weiden ist die Nachbarstadt von Amberg, dort marodierte vor noch nicht einmal vier Wochen ein vierköpfiger afghanisch-syrischer Asylanten-Mob und verletzte in der Innenstadt 12 Passanten, PI-NEWS berichtete nach den Angriffen auf die Bevölkerung mehrmals direkt vor Ort. Die Schutzbedürftigen konnten erst nach Stunden auf ihrem Angriffs-Areal von 500 x 500 Metern gefasst werden. Die Mitglieder des Amberger Stadtrates unterstützten kurz zuvor intensiv die gegen Alice Weidel und den Amberger AfD-MdB Peter Boehringer gerichtete Veranstaltung „Wir sind Amberg". Sie plärrten und plädierten gemeinsam für multikulturelle Willkommens-Kultur und empfahlen „jede Form des friedlichen und kreativen Protests gegen Bestrebungen, unsere Gesellschaft zu spalten und die Menschenwürde in Frage zu stellen." Ein Aktionsbündnis von Stadtoberen, Linksaktivisten und der IG Metall veranstaltete dann auf dem Amberger Markplatz ein „großes buntes Fest für Toleranz und ein friedliches Miteinander". Der Tanz auf dem Narrenschiff!

Momentaufnahmen: Archaische Umvolkung in die idyllische Oberpfalz

Das „friedliche Miteinander" der Oberpfälzer Neu-Ehren-(mord-) bürger wird allah-dings immer wieder auf die Probe des tägliche neu zu verhandelnden Zusammenlebens gestellt – nur einige zufällige Auszüge – und nur aus Weiden aus dem letzten Jahr:

1. **Weiden 2018 – „einen Beamten trat der Wüterich in die Genitalien"**

„Bereits zwei Monate zuvor war er in einem Kaufhaus in der Innenstadt unangenehm aufgefallen. Er hatte zwei Frauen beleidigt und angespuckt […] Gleich beim Eintreffen dreier Beamten, die den Beschluss umsetzen sollten, kündigte der damals 20-Jährige an, er komme nicht mit. Als die Polizisten ihm Handfesseln angelegt hatten, schlug und

trat er um sich, kündigte den Beamten an, dass er sie und ihre Familien „abstechen und umbringen" werde. Sie seien alle „deutsche Arschlöcher". Einen Beamten trat der Wüterich in die Genitalien.
Er spuckte und schlug mit dem Kopf ein Funkgerät im Streifenwagen kaputt. Einige Monate später wurden bei dem Mann am Bahnhof Weiden Methamphetamin und Cannabis gefunden. Im Mai tauchte er wieder in der Weidener Unterkunft auf, obwohl der Hausmeister ihm Hausverbot erteilt hatte.
‚Wie soll ich das gesagt haben, wo ich doch Gast in diesem Land bin?' Er habe kein Crystal, sondern „nur" Ecstasy und Haschisch besessen. Den Widerstand gegen die Polizisten erklärte er damit, dass er Stress habe. Er habe seit einem Jahr keinen Kontakt zu seiner Familie. Darum habe er auch Drogen und bis zu zwei Flaschen Wodka pro Tag konsumiert. Die Polizisten hätten ihn grob angefasst, am Hals gepackt, so dass er ohnmächtig geworden sei. Er habe nicht verstanden, dass er mitkommen sollte. Ein gutes Dutzend Zeugen sagten am Montag aus. Am Freitag wird der Prozess fortgesetzt".

2. **Weiden 2018 – Asylbewerber aus Aserbaidschan – Großeinsatz**

„Ein 45-jähriger Asylbewerber aus Aserbaidschan hat am Montagmorgen für einen Polizei-Großeinsatz in der Weidener Straße in Pressath gesorgt. Dies berichtete die Polizeiinspektion Eschenbach. Der Mann habe gedroht, sich das Leben zu nehmen. Während sich der Mann in der Ausnahmesituation befand, waren seine Frau, die Schwiegermutter und vier Kinder des Paares in der Wohnung. Die Schwiegermutter erlitt einen Schwächeanfall, sonst blieben alle Bewohner unverletzt".

3. **Weiden 2018 – Babylonisches Sprachengewirr / versuchter Totschlag / Küchenmesser**

„Fast schon, wie man den Eindruck hat, eine Art babylonisches Sprachgewirr, da Menschen der verschiedensten Nationalitäten im Erststadium vernommen wurden und jetzt auch wieder als Zeugen gehört werden müssen. Auf der Anklagebank sitzt ein 20-Jähriger. Er kam aus einem arabischen Land in die Bundesrepublik und wird nun von Leitendem Oberstaatsanwalt Joachim Diesch des versuchten Totschlags beschuldigt. Begangen mutmaßlich mit einem Küchenmesser vor einem Zimmer im zweiten Stockwerk der Unterkunft. Der Beschuldigte, den der Amberger Anwalt Ekkehard Zink verteidigt, hat am ersten Verhandlungstag übersetzen lassen, dass er nie ein Messer in der Hand hatte und folglich auch nicht zustach. Das Opfer, 21 Jahre alt und aus Afrika stammend, hatte Schnitt- und Stichwunden erlitten".

4. **Weiden 2018 – Gewalt-Gäste aus Transkarpatien, Kasachstan, Moldawien und Ukraine**

Von den Tätern, die den schweren Raub verübt haben sollen, steht am Donnerstag nur einer vor dem Weidener Landgericht: Viktor C. (41) aus Transkarpatien in der West-Ukraine. Der kleine, kräftige Mann wird in Fußfesseln vorgeführt. Die Wachtmeisterei ist durch die Landespolizei verstärkt. Ein weiterer Ukrainer ist in Österreich inhaftiert und als Zeuge angekündigt. Die beiden anderen mutmaßlichen Räuber – Moldawier – sind flüchtig.
Ein Lkw-Fahrer aus Tachau (62) soll den Kontakt zu zwei gebürtigen Kasachen, wohnhaft in Weiden und im Raum Grafenwöhr, vermittelt haben soll. Von letzterem sei

der Tipp gekommen: Der Rio-Wirt habe seine Gaststätte verkauft. Bei ihm daheim läge eine Viertelmillion Euro. […]
Der junge Mann kam mit Freundin. Für Schmunzeln sorgte die Angabe seines Berufs: „Manager für internationale Angelegenheiten". Verteidiger Bockemühl erbat für ihn zusätzliche „Landeerlaubnis" für die Flughäfen München und Nürnberg. Alle angeklagten Beihelfer saßen 2016 und 2017 in Untersuchungshaft, befinden sich aber aktuell auf freiem Fuß.
Wie Staatsanwältin Sandra Dechant in der Anklage betonte, hatten die beiden Todesangst. „Sie leiden heute noch unter den erheblichen Verletzungen*." Der Wirt erlitt in der Folge einen Schlaganfall, von dem er sich nie wieder erholte. Er kann nur noch kurze Strecken gehen. Die Frau kann den verletzten Arm nicht mehr richtig bewegen. Noch schwerer wiegen psychische Probleme. Beide leiden unter schweren Angstzuständen. Staatsanwältin Dechant: Sie kann nur mehr bei Tag ins Bett gehen."*

5. **Weiden 2018 – „Dann habe ich Messer und viele Mann. Mache dich tot"**

*„Ich bin der irakische Hitler ! Diesen Satz schrie der 33-Jährige überall und stets. Zum seinem überschaubaren Deutsch-Repertoire gehören zudem nicht zitierfähige Beleidigungen. Ein 20-jähriger Polizist in Ausbildung zählt trocken auf, was der „extrem aggressive" Beschuldigte ihm an den Kopf warf: „*Ich sehe dich in Stadt. Dann habe ich Messer *und viele Mann. Mache dich tot." Der Weidener und ein Kollege begleiteten den Krankenwagen nach Wöllershof. Dorthin hatte die Polizei den 33-Jährigen schon einmal gebracht, nur war er wieder entlassen worden.*
Als sich der Vorfall mit dem Mädchen ereignete, drängte die Polizei auf eine Verlängerung des Gewahrsams. Der Richter, der über weitere Maßnahmen zu entscheiden hatte, kam selbst zur Wache. „Er ist rückwärts wieder aus der Zelle", erinnert sich ein Beamter. Drinnen sprang „Hitler" schreiend auf der Liege herum. Als er sich später Anordnungen widersetzte und „herumfuchtelte", streckte ihn der Dienstgruppenleiter mit einem „Schockschlag" nieder. ‚Mir blieb nichts anderes übrig.' Der 33-Jährige machte nachts einen solchen Radau, dass sich Häftlinge beschwerten, die früh zur Arbeit aufstehen mussten. Er beleidigte im Halbstundentakt Beamte und eine Ärztin, die am Ende nur noch durch die Kostklappe nach ihm sah – und da spuckte er durch. Am Ende wurde er in einem ‚besonders gesichertem Wachraum' untergebracht: in Papierunterhosen, nur mit einer Matratze. Diese zerbiss er, bis er aus dem Mund blutete."

6. **Weiden 2019 – 22-jährige gewaltsam zu Tode gekommen (mit Video)**

Die bemerkenswerten Momentaufnahen erschienen lediglich im gut informierten Oberpfalz-Regional-Portal onetz.de – immerhin korrekt unter der Rubrik „Vermischtes". Zu all den Vorfällen schweigen die Merkel-hörigen Relotius-Lügenmedien.
Jetzt sind sie halt da.

(PI-NEWS Autor MAX THOMA hat seinen Wohnsitz im grundsätzlich liebenswerten Amberg)

Deutsche Schulkinder müssen vor Flüchtling flüchten Landshut: 14-Jährige watscht handgreiflichen syrischen Flüchtling

pi-news.net/2019/01/landshut-14-jaehrige-watscht-handgreiflichen-syrischen-fluechtling
25. Januar 2019

Die Mittelschule Schönbrunn. Ein syrischer Flüchtling belästigte dort am Mittwoch Kinder auf dem Weg zum Unterricht.

Von EUGEN PRINZ | Die Zeiten, als unsere Kinder auf dem Schulweg noch sicher waren, gehören längst der Vergangenheit an. Das mussten am Mittwoch gegen 7.45 Uhr auch mehrere Schülerinnen der Mittelschule Landshut-Schönbrunn erfahren.

Ein betrunkener syrischer Flüchtling passte die Mädchen vor der Schule ab und fragte sie, ob sie „mit in sein Zimmer" kommen wollen. Dabei streichelte er einer 13-Jährigen aus der Gruppe über den Rücken in Richtung Gesäß. Eine 14-jährige Schülerin, die auf den Vorfall aufmerksam wurde, kam dem Mädchen zu Hilfe und ging dazwischen. Der Syrer reagierte äußerst aggressiv auf diese Intervention. Er war wohl zuversichtlich, endlich eine Frau passenden Alters gefunden zu haben, und dann sowas…

Mutige Nothelferin gerät selbst in Not

Wüste Beleidigungen ausstoßend ging er drohend auf die Nothelferin zu. Offenbar gehört dieses Mädchen jedoch nicht zu jener Kategorie junger Deutscher, die in unserem linksgrünen Sozialbiotop erfolgreich zu lebensuntauglichen Weicheiern erzogen worden sind. Denn als der Syrer innerhalb der erforderlichen Reichweite von einem „Reker" war, setzte es eine schallende Ohrfeige von der 14-Jährigen. Der kultursensible Leser mag sich gar nicht ausmalen, welche Verwüstungen diese Backpfeife von einer Person des minderwertigen Geschlechts im Ehrgefühl des stolzen Moslem-Machos angerichtet hat…

Leider brachte die Watsche jedoch nicht die erforderliche kinetische Energie mit, um den Syrer auszuknocken. Rasend vor Wut schlug der Angreifer die 14-Jährige ins Gesicht. Der Gruppe gelang jedoch die Flucht ins Schulgebäude. Weit haben wir es gebracht: Deutsche Schulkinder müssen in ihrem ureigenen Lebensbereich vor einem Flüchtling flüchten.

Nachdem die Gruppe dem Syrer entwischt war, musste ein anderes Opfer her. Daher sprach der Flüchtling vor dem Schulgebäude auf gleiche Weise eine Elfjährige an. Die inzwischen verständigte Polizei setzte dem Treiben jedoch ein Ende und nahm den „Schutzsuchenden" fest. Bei der Überprüfung seiner Personalien stellte sich heraus, dass der ursprünglich in Landshut wohnhafte Flüchtling untergetaucht war (wie tausende und abertausende seinesgleichen) und gegen ihn ein Haftbefehl wegen eines Verkehrsdelikts vorliegt. Ihn erwartet nun zusätzlich ein Ermittlungsverfahren wegen sexueller Belästigung, Körperverletzung und Beleidigung.

Larifari-Maßnahmen im Larifari-Staat

Und die Reaktion der Behörden? Statt sofort alles in die Wege zu leiten, damit dieses Subjekt so bald wie möglich auf Nimmerwiedersehen in einem Flieger nach

Damaskus sitzt, werden jetzt „in enger Zusammenarbeit Lehrkräfte und Schüler zur Thematik sensibilisiert“.
Da fällt uns jetzt ein Stein vom Herzen, dass dann in Zukunft nur noch Schulkinder begrabscht werden, die zur Thematik sensibilisiert wurden.
Weiterhin wird die Polizei zu Schulanfang und –ende im Bereich der Schule und an einigen Bushaltestellen vermehrt präsent sein. Da kann man nur wiederholen: Weit haben wir es gebracht!
Den Innenministerien ist zu raten, auf Teufel komm raus Polizisten einzustellen und auszubilden. Wir werden sie – weiß Gott – brauchen.
Und das beste ist: Dann feiern sie es noch als Erfolg, wenn wir zu denen, die schon hier sind, in 2018 „nur“ weitere 165.000 dazu bekommen haben. Man mag sich gar nicht vorstellen, wie viele da wieder dabei sein werden…

Mit Tasern wäre das nicht passiert… Berlin-Kreuzberg: „Vater und Sohn“ prügeln Rettungskräfte

pi-news.net/2019/02/berlin-kreuzberg-vater-und-sohn-pruegeln-rettungskraefte
5. Februar 2019
Die Berliner Polizei informiert.
Von JEFF WINSTON | Berlin ist das internationale Sammelbecken aller multi-kulturellen „Intelligenzbestien“. Mit 3.000.000.000 Euro Steuergeld will die Berliner Bundesregierung nun bis 2025 die „Künstliche Intelligenz“ fördern, um Deutschland „an die internationale KI-Spitze zu setzen“. Die „Intelligenz-Strategie“ der GroKo will dabei „Künstliche Intelligenz“ im Rahmen „eines breiten gesellschaftlichen Dialogs und einer aktiven politischen Gestaltung ethisch, rechtlich, kulturell und institutionell in die Gesellschaft“ integrieren. Ein ambitioniertes Vorhaben – bis dahin wird es aber ein langer Weg in der Bundeshauptstadt. Denn der Rot-Rot-Grüne Failed State Berlin scheint auch bei der sozialgerechten Verteilung „Natürlicher Intelligenz“ nicht gerade ganz oben auf der Liste zu stehen.
In der Reichenberger Straße wurden am Sonntag Rettungskräfte attackiert, als sie einen Patienten ins Krankenhaus bringen wollten. Die Rettungskräfte mussten sich vor einem aggressiven Vater, 44, und seinem Sohn, 17, in ihr Fahrzeug retten. Alle Angreifer sind Deutsche. (Türkischer Herkunft laut interner Polizeimitteilung, wer hätte das gedacht ?).
„Rettungskräfte“ retten sich vor den zu Rettenden

Die Besatzungen von Rettungswagen und Notarzt wurden am Sonntag Nachmittag gegen 15.30 Uhr nach Berlin-Kreuzberg alarmiert aus „Gesundheitlichen Gründen." Der erkrankte Sohn eines 44-Jährigen brauchte dringend medizinische Hilfe, teilte die Polizei am Montagmorgen mit. An was genau der „Junge" erkrankte, ist bislang unklar. Der wohl medizinisch vorgebildete Vater (wohl einer der unzähligen „Fachärzte aus dem Orient") war jedoch nicht mit den angewendeten Behandlungsmethoden der Ungläubigen-Medizin einverstanden. Der steuerfinanzierte Ehrengast der Bundesregierung begann sogleich „die beiden Feuerwehrkräfte zu bedrängen, zu beschimpfen und wurde zunehmend aggressiver". Als ein weiterer Sohn hinzukam, eskalierte die Situation bis auf Messers Schneide. Der Vater, der gesunde sowie der "erkrankte Sohn" prügelten nun unvermittelt auf die hilfsbereiten Retter ein – diese mussten den Einsatz zunächst abbrechen. Auf der Straße schlugen die Angreifer auf die Sanitäter und den inzwischen hinzugekommenen Notarzt ein, sodass sich die drei Rettungskräfte in ihrem Fahrzeug verschanzen mussten. „Dabei hat einer der Helfer einen Faustschlag ins Gesicht bekommen", erklärte ein Feuerwehrsprecher. Erst als die alarmierte Polizei eintraf, konnten die Rettungskräfte wieder zurück in die Wohnung, um den „erkrankten" Patienten auf Steuerzahlerkosten zur verdienten Rekonvaleszenz in ein Berliner „Charity-Krankenhaus" zu bringen.

Der Berliner Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Norbert Cioma, bemerkte zu dem „Vorgang":

„Niemand braucht mir erzählen, dass wir übertreiben, wenn wir von einer unerträglichen Gewalt gegen unsere Kollegen sprechen. Wenn Menschen bedroht, attackiert sowie in Gesicht geschlagen werden und sich nur durch die Flucht in den Rettungswagen vor weiteren Angriffen schützen können, hat die Eskalation gegenüber dem Staat und seinen Beschäftigten jede Grenze überschritten."

„Trio" greift Zivilpolizisten an – vier Polizisten verletzt

Wenige Stunden nach der Attacke auf die Rettungskräfte in Berlin-Kreuzberg wurden auch in Berlin-Mitte Beamte angegriffen. Leider kein Einzelfall. In der Nacht zu Montag richtete sich die Gewalt von drei Männern gegen Polizisten, nachdem das „Trio" (BILD) bei roter Ampel eine Straße überquerte.

Ein Auto, besetzt mit Zivilpolizisten, fuhr zum selben Zeitpunkt auf der Straße und musste daraufhin scharf bremsen. Nachdem sie sich als Polizisten zu erkennen gaben und die drei Männer aufforderten sich „auszuweisen" – was wohl falsch von den Adressaten aufgefasst wurde – trat einer der „Männer", 29, gegen das Polizeifahrzeug und schlug in Richtung der Beamten. Weitere Polizisten kamen zur Unterstützung, Pfefferspray musste eingesetzt werden. Schließlich wurden zwei „Männer" vorläufig festgenommen, ein dritter flüchtete. Während die beiden Festgenommenen (29, 46) leichte Augenreizungen erlitten, wurden vier Beamte leicht verletzt.

Übergriffe auf Rettungskräfte sind die Regel in Berlin

In den vergangenen Wochen kam es zu rapide zunehmenden Angriffen auf Sanitäter, Feuerwehrleute und Polizisten in Berlin. Vor allem erfolgten in der Berliner Silvesternacht vor fünf Wochen unzählige Übergriffe auf Helfer und Beamte, die an

diesem Abend meist freiwillig ihren Dienst verrichteten. Aggressive und zum Teil betrunkene „Randalierer“ beschossen und bewarfen Feuerwehrleute mit Raketen und Böllern. In Berlin gab es laut Feuerwehr und Polizei allein in dieser Nacht „49 Übergriffe auf Polizei und Sanitäter“, 33 davon mit Pyrotechnik mit teils schweren Verletzungen. Auch diese verletzten Polizisten gehen auf des Konto dere, die seit Jahren verhindern, dass normale Streifenpolizisten endlich mit Tasern ausgestattet werden sollten. Besser noch mit Lasern …

Migration-Paradies Deutschland – noch zu retten?

Sie wollen helfen, riskieren oft ihr Leben, um das anderer zu retten – doch statt Dankbarkeit im hilfsbereiten Gastland Deutschland zu bekommen, schlägt Einsatzkräften immer häufiger unglaublicher Hass entgegen. „Hilfsorganisationen“ beklagen, dass „viele Menschen“ kaum mehr Respekt gegenüber den Einsatzkräften haben. Berlins Innensenator Andreas Geisel, SPD, forderte kürzlich sogar rechtspoulistisch, derartige Übergriffe müssten „gesellschaftlich geächtet“ werden. Eine juristische „Ächtung“ der dunkelrot-grünen Berliner Justiz könnte aber teilweise auch schon helfen – oder besser die Abschiebung.

Kurzer Prozess: In Australien („No Way-Politik“!) wird mittlerweile jeder irgendwie geartete Angriff auf Polizisten, Sanitäter oder Feuerwehrpersonal sofort mit sechs Monaten Haft beantwortet – ohne Bewährung. Down Under ist man schon weiter in Sachen „Intelligenz“.

https://www.focus.de/sport/fussball/pappbecher-essensreste-viel-spucke-ex-fussballstar-schliesst-sportladen-weil-der-von-belagerern-heimgesucht-wird_id_10279126.html

„Pappbecher, Essensreste, viel Spucke“

Ex-Fußballstar macht Sportladen dicht, weil er von Jugendlichen heimgesucht wird

Dienstag, 05.02.2019, 11:41

Der ehemalige Fußballprofi Gregor Grillemeier führte 23 Jahre lang erfolgreich den Sportartikelladen "Grilles-Sport-Shop" nahe des Hamborner Altmarkts in Duisburg – bis er sich Ende des Jahres 2018 zum Umzug gezwungen sah. Der Grund: Seit mehreren Jahren zögen kinderreiche Familien aus Osteuropa in die Gegend und machten dem Ex-Torjäger das Leben schwer.

„Leider mussten wir schweren Herzens schließen“, so der 59-jährige ehemalige offensive Mittelfeldspieler zur „WAZ“. Doch die Entscheidung sei unumgänglich gewesen, seitdem vor ein paar Jahren kinderreiche Familien aus Osteuropa in die Straße zogen.

Sowohl Kinder als auch Erwachsene der Familien hätten es sich regelmäßig vor und neben dem Sportgeschäft in der Emscherstraße im Duisburger Stadtteil Alt-Hamborn gemütlich gemacht. Abends und nachts wäre dies sogar direkt im Eingang des Geschäfts der Fall gewesen, als sie sich auf mitgebrachten Holzbänken niederließen.

Anwohner bestätigten „Heimsuchung“ von Ex-Fußballprofi

Zurück blieben am nächsten Morgen nichts als Überreste wie „Pappbecher, Kerne, Papier, Essensreste“ und „viel Spucke“, die „absolut ekelhaft und eine Zumutung“ gewesen wären, so Grillemeier weiter zur „WAZ“. Auch tagsüber hätte der Alptraum kein Ende genommen.

Kinder, die nicht in die Schule gingen, machten ihm das Leben schwer, indem sie vor dem Geschäft herumlungerten, sagte Grillemeier. Sie hätten sogar nicht davor zurückgeschreckt, ihren Müll in den Eingang des Ladens zu werfen und das Geschäft praktisch zu plündern.

Die Version von Grillemeier wird von Nachbarn und Anwohnern aus der Straße des Sportgeschäfts bestätigt, wie die „WAZ“ schreibt. Sie hätten mitbekommen, dass der ehemalige Torjäger regelmäßig

„heimgesucht“ worden sei und es anderen nur nicht genauso erging, weil sie Gitter vor den Geschäften hatten und in höheren Stockwerken wohnten.
In der zweiten Jahreshälfte vergangenen Jahres reifte der Entschluss
Dennoch blieben alle Hilfesuche vom 59-Jährigen unerhört. Gespräche mit dem Ordnungsamt und mit der Politik erzielten keine Wirkung, sodass sich Grillemeier widerwillig zu dem radikalen Schritt des Umzugs gezwungen sah. „Ich hatte doch meine Stammkundschaft und Freunde und Bekannte in Alt-Hamborn“, bedauert der Ex-Fußballprofi gegenüber der „WAZ“.
In der zweiten Jahreshälfte vergangenen Jahres beschloss er, den Laden dicht zu machen. Nach der Schließung des Sportgeschäfts in Alt-Hamborn am 19. Dezember vergangenen Jahres eröffnete er es am 1. Januar 2019 in Rumeln-Kaldenhausen in der Düsseldorferstraße neu. Wahrscheinlich hat der Ex-Spieler von Hannover 96 und Hertha BSC dadurch viele Stammkunden verloren. Aber so die Hoffnung, hoffentlich auch Ruhe durch den Verlust vieler Belagerer gewinnen, rechtzeitig vor dem runden 60. Geburtstag am 17. Februar.

https://www.focus.de/panorama/welt/4-verletzte-regensburg-zwei-junge-maenner-verpruegeln-passanten-am-bahnhof_id_10281976.html

Polizei bittet um Hinweise **Vier Verletzte nach Prügeltour zweier Jugendlicher durch Regensburg**
Dienstag, 05.02.2019, 16:41
Am Montagabend sind zwei junge Männer prügelnd durch das bayerische Regensburg gezogen. Die Polizei konnte die Tatverdächtigen festnehmen. Insgesamt wurden vier Personen verletzt.
Am Montagabend sind zwei junge Männer auf Passanten im Umfeld des Regensburger Bahnhofs losgegangen.
Die **Polizei** konnte zwei Tatverdächtige afghanischer Staatsangehörigkeit ermitteln und festnehmen.
Zum ersten Vorfall kam es **laut der Polizei** kurz vor 20 Uhr. Zwei junge Männer griffen einen 53-Jährigen an. Das Opfer erlitt leichte Verletzungen. Nach der Tat flüchteten die Angreifer.
Wenig später pöbelten die beiden offenbar einen 75-jährigen Passanten an und brachten ihn zu Boden. Ein 25-Jähriger wollte dem Mann zu Hilfe kommen – und wurde ebenfalls verprügelt. Der junge Mann erlitt leichte Verletzungen, der 75-Jährige musste im Krankenhaus wegen einer Fraktur stationär behandelt werden.
Das nächste Opfer: ein 49-jähriger Mann. Er musste anschließend ambulant versorgt werden.

Regensburger Polizei bittet um Hinweise

Danach konnte **die Polizei** die zwei afghanischen Tatverdächtigen im Alter von 18 und 19 Jahren festnehmen. Die Kriminalpolizeiinspektion Regensburg ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung in mindestens vier Fällen. Die beiden Tatverdächtigen waren zum Zeitpunkt der Attacken alkoholisiert.
Laut der "**Mittelbayerischen Zeitung**" und **des "Bayerischen Rundfunks"** handelt es sich bei den beiden Männern um Asylbewerber. Die Polizei konnte das auf Anfrage von FOCUS Online zunächst nicht bestätigen.
Die Polizei bittet Anwohner und andere Zeugen dringend um Hinweise. Die Beamten nehmen Mitteilungen unter der Nummer 0941/506-2888 oder persönlich bei jeder anderen Polizeidienststelle entgegen.

Opfer soll teilweise skalpiert worden sein München: Iraker schlägt Hausmeister mit Machete gegen den Kopf

pi-news.net/2019/02/muenchen-iraker-schlaegt-hausmeister-machete-gegen-den-kopf
8. Februar 2019
8. Februar 2019

Am Montag lebte ein vermutlich islamisch geprägter „Mann“ im Münchner Stadtteil Neuaubing seine Kultur aus und beendete einen Streit mit dem Hausmeister seiner Unterkunft mit einer Machete. Bei dem „Mann“, wie ihn „TAG24“ beschreibt, soll es sich um einen 38-jährigen Iraker handeln, der erst durch eine Spezialeinheit der Polizei ruhig gestellt werden konnte.
Laut Polizeibericht habe die Inhaberin einer Pension in der Brunhamstraße einen Defekt an der Sprinkleranlage festgestellt. Die Frau hatte den irakischen Bewohner in Verdacht, die Anlage manipuliert zu haben und stellte ihn zur Rede.

Im Laufe des Streits habe sie den 37-jährigen Hausmeister zur Hilfe gerufen. Diese Verstärkung passte dem „Südländer“ offenbar so gar nicht. Er habe „unvermittelt mit den Fäusten“ auf den Hausmeister eingeschlagen, ihn in ein Zimmer der Pension gezogen, wo er den Streit wohl final beilegen wollte – auf Islamart.
Er nahm eine Machete vom Schrank und schlug mehrmals damit gegen den Kopf des Hausmeisters. Dabei soll dieser zumindest teilweise skalpiert worden sein. Das Opfer wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.
Der Täter verschanzte sich in seinem Zimmer, wurde aber bald darauf vom SEK überwältigt und festgenommen. Und das „bunte München“ ist wieder um einen Einzelfall™ reicher.

Lebenslange Haft nach Fitnessstudio-Mord in Hamburg Richterin attestiert Afghanen „Zivilisationsdefizite und animalisches Gehabe“

pi-news.net/2019/02/richterin-attestiert-afghanen-zivilisationsdefizite-und-animalisches-gehabe
9. Februar 2019
Nach der Urteilsverkündigung ging einer der afghanischen Zuschauer das NDR-Kamerateam mit den Worten "Nimm deine scheiß Kamera runter. Biste durch oder was?" tätlich an. (im Video bei 4:49min).
Wie soll man erwachsene (afghanische) Männer beurteilen, die während einer Gerichtsverhandlung in Hamburg anfangen, wie wilde Tiere herumzubrüllen und die dabei gegen eine Trennscheibe schlagen? Und wie soll man einen afghanischen Angeklagten beurteilen, der einen Disput in einem Fitnessstudio als so „erniedrigend und demütigend“ empfindet, dass er anschließend den Diskussionspartner ermordet? Einweisen bei Hagenbeck? Das wäre wohl angemessen, widerspräche aber der Würde der Tiere. Geht also nicht.
Und ein nach unseren Maßstäben angemessenes Urteil über das Verhalten der Afghanen aussprechen? Geht normalerweise auch nicht, weil es Afghanen sind. Ging aber dann doch, und zwar in Hamburg. Eine Richterin nahm kein Blatt vor den Mund und urteilte so, wie es angemessen war, wenn Barbaren ihre primitive Lebensweise bei uns austoben. Der NDR berichtetausnahmsweise (ab 2:33 min.) auch über unangenehme Fakten wahrheitsgemäß, über die Mordtat eines Afghanen in Hamburg:
Die Vorsitzende Richterin, hier links, urteilte über die Tat des 23-jährigen Deutsch-Afghanen „Mord aus Heimtücke“. So weit ihre juristische Einordnung. Außerdem sprach sie von einer Tat, die getragen sei von einem Wertesystem aus Stärke, Ehre und Männlichkeit, das mit unserem Werte- und Moralsystem nicht vereinbar sei.
[Kai Wantzen, Gerichtssprecher] „Unmittelbar vor der Tat waren der Angeklagte auf, mit seinem späteren Opfer und einem Begleiter aufeinander getroffen im Fitnessstudio. Hier ist es zu einer aggressiven Konfrontation gekommen, die der Angeklagte erniedrigend und demütigend empfunden hat.“

Laut Gericht versteckte sich der Mörder auf dem Parkplatz. Unbemerkt schlich er sich an sein Opfer ran und schoss drei Mal. Laut Richterin gibt es auf allen Seiten Verlierer, vor allem die Frau und die beiden kleinen Kinder des Opfers. […]
Kritik übte die Richterin an den etwa 40 überwiegend männlichen Zuschauern. Sie waren mit Schlägen gegen eine Trennscheibe im Gerichtssaal und Gebrüll aufgefallen. Die Richterin attestierte ihnen „Zivilisationsdefizite und animalisches Gehabe".
‚Affen unter sich', könnte man das nennen, wobei man dann den tatsächlichen (biologischen) Affen wohl Unrecht tun würde. Sie sind nicht so primitiv.
Immerhin: Solch ein Urteil einer deutschen Richterin hat Seltenheitswert. Benannt und verurteilt wird das, was ist, was tatsächlich passiert ist. Und beurteilt wird es nach unseren Maßstäben. Eine Richterin mit Seltenheitscharakter, weil sie Mut zur Wahrheit gezeigt hat.

Profil-Herausgeber kennt Rechtslage nicht Ein Haltungsjournalist stellt sich ein Bein

pi-news.net/2019/02/ein-haltungsjournalist-stellt-sich-ein-bein
11. Februar 2019
Setzt sich für straffällig gewordene Asylbewerber ein: Profil-"Haltungsjournalist" Christian Rainer.
Von DR. MARCUS FRANZ (Wien) | Nach einer Serie von erschütternden und vorwiegend durch Migranten verübten Morden ist in Österreich die politische Debatte darüber losgebrochen, wie man mit straffälligen Ausländern umgehen soll. Der allgemeine Tenor in der Bevölkerung lässt keinen Zweifel zu: Die Österreicher erwarten sich von den verantwortlichen Behörden und der Justiz, dass kriminelle Asylwerber und straffällig gewordene Asylberechtigte außer Landes gebracht bzw. in ihre Herkunftsländer überstellt werden.
Kaum jemand hat Verständnis dafür, dass österreichische Staatsbürger aufgrund komplexer und untauglich gewordener Asylgesetze und wegen der für den juristischen Laien nicht nachvollziehbaren EU-Regelungen dem Risiko ausgesetzt sind, von übelwollenden, aber nicht sofort abgeschobenen Migranten an Leib und Leben gefährdet zu werden.
Das Maß ist voll
Nach dem mutmaßlichen Rachemord an einem Vorarlberger Asyl-Beamten ist der Volkszorn nun endgültig am Kochen: Im Sozialamt in Dornbirn hat – nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen – ein abgelehnter türkischer Asylwerber den zuständigen Abteilungsleiter getötet, weil ihm dieser offenbar (und zu Recht) die Auszahlung der Grundsicherung verweigert hat. Die allgemeine Bestürzung und die Betroffenheit sind groß, niemand kann die Tat fassen. Man will nun seitens der zuständigen Politiker eine rasche Lösung der Problematik und die offensichtlich unzulängliche Gesetzeslage novellieren.
Jahrelang im Land

Eine zentrale Frage lautet, warum abgelehnte Asylwerber trotz Aufenthaltsverbots oft Jahre im Land bleiben können, ohne abgeschoben zu werden. Als juristische Begründung wird oft angeführt, dass eine Abschiebung dann nicht möglich sei, wenn dem Abzuschiebenden in der Heimat die Todesstrafe oder menschlich unzumutbare Bedingungen oder Folter drohen. Dazu kommt, dass momentan eine Rückführung von kriminellen Asylwerbern und -berechtigten nur nach besonders schweren Straftaten gesetzlich zulässig ist. Innenminister Herbert Kickl drängt schon seit längerem darauf, die Gesetze so zu gestalten, dass auch nach kleinen Delikten eine Abschiebung möglich ist.

Ein Journalist lehrt Mores

In dieser Debatte ist nun Christian Rainer, der Chefredakteur des Nachrichtenmagazins „Profil", das gerne als der österreichische „Spiegel" wahrgenommen werden will, auf den Plan getreten, um den verantwortlichen Politikern die Konsequenzen zu erklären, welche ein verschärftes Abschiebegesetz nach sich zögen. Seinen aktuellen Leitartikel hat er mit dem provokanten Titel „Todesstrafe für Asylwerber" versehen. Er vertritt darin den Standpunkt, dass eine strikte Rückführung von asylsuchenden Straftätern für dieselben den Tod bedeuten könnte – wenn sie nämlich aus einem Herkunftsland stammen, in dem es die Todesstrafe gibt.

Doch Herr Rainer irrt sich hier gewaltig und stellt sich in seinem hypermoralisch-besserwisserischen Eifer selber ein Bein. Zunächst dürfte er nicht ordentlich recherchiert haben, denn nach bereits jetzt herrschender europäischer Gesetzeslage ist es möglich, Straftäter auch an Länder auszuliefern, in denen die Todesstrafe gilt. Das Herkunftsland muss jedoch eine Garantie abgeben, im betreffenden Einzelfall diese nicht zu judizieren. Es gibt dazu einen wegweisenden EuGH-Präzedenzfall (Soering, 1989).

Differenzierung tut not

Was Christian Rainer auch nicht klar anspricht und wo er nicht exakt differenziert: Es geht ja doch in der Frage der Todesstrafe nicht darum, dass Asylwerber hier bei uns Straftaten begehen und dann ausgewiesen werden, um in ihrer Heimat in die Todeszelle zu kommen. Niemand wird irgendwo in der Welt zum Tod verurteilt, weil er in Österreich kriminell geworden ist. Es geht doch vor allem darum, dass manche der Asylwerber in ihren Herkunftsländern Kapitalverbrechen verübt haben und als Mörder und Schwerkriminelle zu uns kommen. Warum sollte Österreich angesichts des Soering-Urteils von 1989 nicht alles daran setzen, diese Leute wieder außer Landes zu bringen?

Wir brauchen Signale

Darüber hinaus geht es auch um ein eminent wichtiges Signal: Es muss allen potenziell straffälligen Asylwerbern klargemacht werden, dass Österreich kein Paradies für ausländische Kriminelle ist, in dem man nur „Asyl!" rufen muss, um vor Ausweisung und Strafverfolgung im Herkunftsland sicher zu sein. Unser Staat muss sich hier ganz prinzipiell zur Wehr setzen, denn andernfalls würde er sich und seine Hauptaufgabe, nämlich den Schutz seiner Bürger, fundamental in Frage stellen. Das blendet der Profil-Chefredakteur ebenfalls aus.

Man muss Herrn Rainer klar vorwerfen, dass er in seinem Leitartikel versucht, auf eine sublime Art und Weise eine Apologie für ausländische Straftäter zu konstruieren und diese Apologie auf falschen Prämissen aufbaut. In einem Punkt muss man ihm aber recht geben: Die Debatte, wie man die Gesetze nun verändern soll, darf nicht polemisch geführt werden. Die Diskussion sollte auch nicht das allgemeine Ressentiment bedienen, dafür steht zu viel auf dem Spiel. Sie muss vielmehr wirklich besonnen ablaufen und das Interesse Österreichs im Fokus haben. Anders gesagt: Die führenden Verfassungsjuristen und Völkerrechtler des Landes und dann natürlich das Parlament sollten sich umgehend mit diesen Fragen auseinandersetzen und nicht den Haltungsjournalisten das ohnehin schon recht aufgewühlte Feld überlassen.
» Kontakt: christian.rainer@profil.at

(Dieser Beitrag ist im Original erschienen auf thedailyfranz.at)

Martin Sellner über Ankerkriminalität Warum Soner O., Sami, Ali, Yazan und Saber im Land bleiben

pi-news.net/2019/02/asyl-irrsinn-warum-soner-o-sami-ali-yazan-und-saber-im-land-bleiben
13. Februar 2019
https://youtu.be/vkB9OJHABkM
„Flüchtlinge“ erfinden Straftaten, um nicht abgeschoben werden zu können. *(Mehr Videos von Martin Sellner gibt es auf martin-sellner.at. Sein Buch „Identitär – Geschichte eines Aufbruchs“ kann beim Antaios Verlag bestellt werden.)*

Polizei fahndet nach "Täter mit besonders schlechten Zähnen“ Nettetal: Gruppenvergewaltigung mitten in der Fußgängerzone

pi-news.net/2019/02/nrw-gruppenvergewaltigung-mitten-in-fussgaengerzone-von-nettetal
17. Februar 2019

Der Albtraum: Mitten in der Fußgängerzone von Nettetal-Breyell bei Viersen / NRW vergewaltigten diese genbereichernden Merkel-Gäste eine jungen Frau auf ihrem Heimweg vom Karneval. Nun fahndet die Polizei mit Phantombildern nach zwei der drei Täter.

Von JOHANNES DANIELS | Masseneinwanderung ist Massenvergewaltigung deutscher Frauen. „Wir stehen vor einem fundamentalen Wandel. Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein“, so Aydan Özoguz, SPD. Durchaus schmerzhaft war auch die interkulturelle Begegnung einer 24-Jährigen mitten in der Fußgängerzone von Nettetal-Breyell in der Nacht zum letzten Sonntag, wie die NRW-Polizei Viersen ausgerechnet am „Valentinstag“ mit einiger Verzögerung publik machte.

Wie die Polizei berichtet, war die 24-Jährige nach einer Karnevalsveranstaltung am Sonntag um 1.00 Uhr nachts mit dem Taxi nach Breyell gefahren. Merkels illegal importierte Genital-Goldstücke drängten dann die verkleidete junge Frau auf ihrem Weg vom Lambertimarkt unverzüglich in eine Seitengasse und vergewaltigten sie brutal. Dabei sollen zunächst zwei der „jungen Männer“ die Frau festgehalten haben. Nach der Tat flüchtete „das Trio“ in Richtung Josefstraße. Die Gruppenvergewaltigte vertraute sich dann ihrer Familie an und alarmierte die Polizei.

Update: Täter ist 25-jähriger Iraker mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus Nürnberg:

„Mann“ greift Frau am Sonntagmorgen mit Messer an

pi-news.net/2019/02/nuernberg-mann-greift-frau-am-sonntagmorgen-mit-messer-an
17. Februar 2019
Update 17 Uhr: Wie Focus berichtet, wurde der Täter inzwischen von der Polizei verhaftet. Es handelt sich um einen 25-jährigen Iraker mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus. Die Nachrichtenagentur dpa meldet heute Morgen: *Ein Mann hat in Nürnberg eine Frau mit einem Messer angegriffen. Das teilte die Polizei am Sonntagmorgen auf Twitter mit. Der Vorfall ereignete sich gegen 5 Uhr.*
Die Polizei startete eine Fahndung „mit starken Kräften“. Weitere Details, etwa zu möglichen Verletzungen der Frau, teilte die Polizei auf Anfrage zunächst nicht mit.

Bildzeitung: „Täter war ein Mann“ Messe(r)stadt Frankfurt: Frau auf offener Straße erstochen

pi-news.net/2019/02/messerstadt-frankfurt-frau-auf-offener-strasse-erstochen
18. Februar 2019
Das siebte Messer-Opfer des Blut-Wochenendes lebte in der Nähe der „dunkelroten“ Goethe-Universität. Die Frankfurter Mordkommission ermittelt jetzt die Hintergründe der grausamen Bluttat.
Von DAVID DEIMER | Der „Ehrenmord“ gehört zu Deutschland. Im Frankfurter Stadtteil Bockenheim nahe der gendergerechten Goethe-Universität ist am Sonntag gegen 22 Uhr eine 32 Jahre alte Frau erstochen worden. Nachbarn hörten ihre gellenden Schreie, alarmierten Polizei und Retttung. Für das Opfer kam jedoch jede Hilfe zu spät. Die Frau erlag noch am Tatort ihren schweren Verletzungen.
Sogar die Polizei spricht von einem brutalen Angriff: „Der Leichnahm lag stark blutend in einer Hofeinfahrt“. Der Messermörder war ihr Ex-Partner – er wurde später in Südhessen festgenommen. Die 32-Jährige wurde direkt vor der Hauseinfahrt vor ihrer Wohnung an der viel befahrenen Franz-Rücker-Allee abgemessert. Noch in der Nacht zum Montag sammelte die Spurensicherung dort Beweise.

Das Februar-2019-Gemetzel Frühlingserwachen in Merkel-Deutschland – das blutige Messer-Wochenende

pi-news.net/2019/02/fruehlingserwachen-in-merkel-deutschland-das-blutige-messer-wochenende

18. Februar 2019

Mindestens 12 deutsche Städte wurden an diesem frühlingshaften Wochenende von brutalen Messerangriffen erschüttert - in Köln, Nürnberg, Lingen, Mülheim an der Ruhr, Berlin, Frankfurt, Hannover oder Rostock verrichten Merkels Messergäste ihre Aufgaben mit Bravour. „Brutale Messer-Attacken in ganz Deutschland werfen ihren dunklen Schatten auf die letzten drei Tage" schreibt sogar die systemtreue Springer-BILD (Fotomontage: Henryk Stöckl).

Von JOHANNES DANIELS | Messer-Hetzjagden in Deutschland – 48 Stunden pure Gewalt. Ein Todesopfer, viele Schwerverletzte auf Intensivstationen, einige Täter vorläufig festgenommen, viele davon schon wieder auf freien Fuß und unzählige Täter „auf der Flucht": Die Blutraute und ihre Schergen gehören zu Deutschland. Sehr zum Leidwesen der „Hier-noch-Lebenden". Während Merkels Rede auf der so genannten „Münchener Sicherheitskonferenz" mit großem Beifall der Mainstream-Medien als „Ihr Vermächtnis" gepriesen wird, ist es mit der allgemeinen Sicherheit der Menschen in Deutschland nur noch suboptimal bestellt. **Auch diese weiteren multiethnischen Verwerfungen in nur zwei lauen „Stichtagen" 2019 gehört zu Merkels blutigem Vermächtnis.**

Über 12 Städte wurden an diesem frühlingshaften Wochenende von brutalen Messerattacken erschüttert. Nicht nur in Köln, Nürnberg, Lingen, Mülheim an der Ruhr, Frankfurt, Hannover und Rostock „rätseln Polizei und Anwohner, was in den Köpfen der Angreifer vorgeht", schrieb BILD. „Brutale Messer-Attacken in ganz Deutschland werfen ihren dunklen Schatten auf die letzten drei Tage", führt BILD weiter am Montag danach aus. Und wohl auch bereits auf das uns bevorstehende Blutjahr 2019.

Keine apokalyptische Paranoia – blutige Realität auf unseren Straßen: Unzählige Messer-Täter sind derzeit noch flüchtig und die deutsche Polizei sucht mit „Großaufgeboten" nach den „mutmaßlich Verdächtigen" in Merkels UN-Relocation-Aufmarschgebiet – das früher einmal Deutschland hieß.

1. **Zwei lebensgefährliche Messerattacken in Köln**

Köln-Innenstadt: Schlimm traf es das bunte „Armlänge-Abstand"-Köln. Dort war es bei einer Messerbluttat am Sonntagmorgen gegen 4.40 Uhr zu einer „Auseinandersetzung in einer Shisha-Bar" auf dem Hohenzollernring gekommen. Der Streit eskalierte, ein Messertäter griff einen Kölner laut Polizei mit einem „spitzen Gegenstand" an und fügte ihm schwere Stichverletzungen am Oberkörper zu – Lebensgefahr. Ein Notarzt kümmerte sich noch am Tatort um den Schwerverletzten. Sein Zustand sei nach einer Not-OP inzwischen stabil, teilte das Krankenhaus mit. Die

Polizei sperrte den Tatort ab und vernahm Zeugen. Dem Vernehmen nach befindet sich der Täter auf freiem Fuß. Die Ermittlungen dauern an, die Polizei konnte leider noch keine Details zum Täter nennen. Die Tat wird als Mordversuch gewertet.

Köln-Mülheim: In der Nacht zum Samstag ist ein 28-jähriger Mann von einem 26-Jährigen Messertäter niedergestochen und lebensgefährlich verletzt worden. Vor einer Kneipe an der Schleiermacherstraße in Köln-Mühlheim ist es zwischen „mehreren Männern" um 0.40 Uhr „zu einem Streit und einer Schlägerei" gekommen, teilte die Polizei mit. Das Opfer wurde in ein Krankenhaus gebracht, sein Zustand war nach einer Notoperation stabil. Ein 26 Jahre alter Tatverdächtiger wurde „vorläufig festgenommen. Die Hintergründe der Auseinandersetzung sind noch nicht bekannt. Der Beschuldigte und das Opfer waren zur Tatzeit alkoholisiert. Eine Mordkommission der Kripo Köln hat die Ermittlungen unmittelbar nach der Tat aufgenommen.

2. **Drei brutale Attacken in Frankfurt am Main – eine davon tödlich!**

Frankfurt – Innenstadt: Eher mysteriös mutet eine Messerattacke in Frankfurt am Main an, wo ein Angreifer die Polizei anrief und darum bat, festgenommen zu werden, wohl um im Asyl-Schlaraffenland bleiben zu dürfen. In der Nacht zum Samstag wurde ein 22-Jähriger durch Messerstiche verletzt – er wurde im Krankenhaus behandelt. Der mutmaßliche Täter rief selbst bei der Polizei an und bat um seine vorläufige Festnahme. Zuvor hatte es eine Auseinandersetzung in der Kaiserhofstraße gegeben, an der laut Polizeimitteilung acht Personen beteiligt waren. Dabei wurde der 22-Jährige verletzt und in ein Krankenhaus gebracht – dieses verließ er entgegen des Rates der Ärzte sehr schnell wieder, wohl um weitere Kosten für den deutschen Steuerzahler zu vermeiden. Der Mann hatte angegeben, sich an nichts erinnern zu können. Bald darauf meldete sich ein 19-Jähriger über den Notruf bei der Polizei, stellte sich und wurde wenig später festgenommen. Die Ermittlungen laufen.

Frankfurt – Bahnhofsviertel: Eine 20-köpfige Gruppe ging an der Taunusanlage, in der Nähe der dortigen S-Bahnstation, auf einen 19-Jährigen aus Kelkheim los und schlug ihn nieder. Der Mann wurde mehrfach so stark gegen den Kopf getreten, dass er schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Der Geschädigte erlitt schwerste Kopfverletzungen. Vier (15-17 Jahre) der 20 Täter wurden mit blutiger Kleidung und blutenden Händen festgenommen.

Frankfurt-Bockenheim: Nahe der gendergerechten Goethe-Universität ist am Sonntag gegen 22 Uhr eine 32 Jahre alte Frau erstochen worden. Nachbarn hörten ihre gellenden Schreie, alarmierten Polizei und Retttung. Für das Opfer kam jedoch jede Hilfe zu spät. Die Frau erlag noch am Tatort ihren schweren Verletzungen. Sogar die Polizei spricht von einem brutalen Angriff: „Der Leichnahm lag stark blutend in einer Hofeinfahrt". Der Messermörder wurde später in Südhessen festgenommen, PI-NEWS berichtete. Im Laufe des Tages wurde der Messer-Mörder zunächst dem Haftrichter vorgeführt.

3. **Arabische Messerattacke in Mühlheim an der Ruhr**

In Mühlheim an der Ruhr wurde ein 20-Jähriger am Samstagabend gegen 22.15 Uhr von Unbekannten bei einem Einkaufszentrum in der Innenstadt brutal niedergestochen. Die Polizei sucht nun nach „fünf Männern", die auf das Opfer auf einem Spielplatz an der Charlottenstraße mit ihren Messern einstachen. Der 20-

Jährige beschrieb den Tathergang laut Polizei so: Ein Bekannter habe ihn auf dem Spielplatz treffen wollen, als er dort ankam, warteten insgesamt fünf Männer auf ihn. Unvermittelt griffen sie ihn mit Messern an und „flüchteten". Die Kriminalpolizei kennt das Aussehen eines Tatverdächtigen: 1,75 Meter groß, um die 20 Jahre alt, kurze, krause Haare. Der Mann soll einen arabischen Migrationshintergrund haben und mit grüner Steppjacke, weißen Sportschuhe und einer Jeans bekleidet gewesen sein. Im Rahmen der Fahndung stießen die Beamten auf drei weitere Personen, deren Tatbeteiligung geprüft werde.

4. **Brutale Messerattacke in Lingen von zwei „jungen Männern"**

Fassungslosigkeit und Bestürzung auch im niedersächsischen Emsland: Eine 44-jährige Radfahrerin ist in Lingen im Landkreis Emsland von zwei Männern wohl bei einem versuchten Sexualdelikt mit einem Messer schwerst verletzt worden, PI-NEWS berichtete. Die Täter zogen die Frau in der Nacht zu Sonntag auf einem Radweg vom Fahrrad und „stachen mehrfach an verschiedenen Körperstellen auf sie ein", wie eine Sprecherin der Polizei mitteilte. Als die 44-Jährige in Todesangst um Hilfe rief, „flüchteten die Männer". Die Frau alarmierte den Rettungsdienst, der sie in eine Klinik brachte. Sie wurde noch in der Nacht notoperiert. Die Hintergründe der Attacke waren zunächst unklar. Einer der Täter war maskiert, es ist schließlich „Karneval".

5. **Brutale Messerattacke in Nürnberg durch „psychisch verwirrten" Iraker**

Auch in Nürnberg kam es am Sonntag Morgen wieder zu einem brutalen Übergriff „aus heiterem Himmel". Dort griff „ein Mann" (Mainstream-Medien) eine Frau unvermittelt mit einem Messer auf der Fürther Straße an. Das teilte die Polizei zunächst „auf Twitter" mit. Die Frau wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht. Die 21-Jährige sei von dem Unbekannten am frühen Morgen „ohne erkennbaren Anlass" attackiert worden. **Nach einer „kurzen Rangelei" mit der verzweifelt-couragierten Begleiterin der angegriffenen Frau sei der „Geflüchtete" geflüchtet. Die Polizei setzte zur Fahndung unter anderem einen Hubschrauber und Polizeihunde ein. Mittlerweile hat die Polizei einen Verdächtigen festgenommen: Einen 25-jährigen behördenbekannten Iraker, PI-NEWS berichtete zuerst mit Details über den Täter. Bereits im Dezember hatte ein „psychisch Verwirrter" in Nürnberg drei Frauen im Alter von 26, 34 und 56 Jahren niedergestochen – zwei der Frauen schwebten zeitweise in Lebensgefahr. Am Montagmittag haben Polizei und Staatsanwaltschaft eine Pressekonferenz zur jüngsten Messer-Attacke in Nürnberg abgehalten. Dabei kamen neue Details des weiteren bayerischen Behördenversagens ans Licht. Der irakische Messerstecher wurde am Sonntagvormittag festgenommen – gegen 12 Uhr hatte eine Ärztin des Klinikums Nürnberg Nord die Polizei gerufen. Sie teilte mit, dass bei ihr eine psychisch auffällige Person sei. Bei der Person handelte es sich um den 25-jährigen Iraker, der seit dem 30.11.2000 (!!) als Flüchtling anerkannt ist. In einer spontanen Äußerung räumte er gegenüber den Polizisten dann die bestialische Messerattacke ein.**

Die Staatsanwaltschaft geht zunächst von einem versuchtem Mord aus. Das Opfer sei arg- und wehrlos gewesen, „so dass wir vom Mordmerkmal der Heimtücke auszugehen haben", so eine Sprecherin. Nach derzeitigem Stand

weise der 25-Jährige allah-dings „ein breitgefächertes psychisches Krankheitsbild auf", teilte die Staatsanwaltschaft am Montag vorsorglich mit. Der 25-jährige Iraker ist bestens polizeibekannt. Auffällig wurde er in Nürnberg bereits mit schweren Körperverletzungen und Sachbeschädigungen.
Das 21-jährige Opfer liegt noch immer im Krankenhaus, sie wurde schwer am Oberkörper verletzt. Ein Haftrichter soll nun entscheiden, ob der festgenommene 25-Jährige eventuell „in Untersuchungshaft muss".
In Mittelfranken wurde ein erschreckender Anstieg von Messer-Taten festgestellt. In den vergangenen fünf Jahren stieg die Zahl der Verbrechen mit dem Tatmittel Messer um 30 Prozent, teilte die Polizei mit. Die Ermittler gehen aber bisher von einer „Einzeltat" aus, erklärte die Polizei gegenüber inFranken.de.

6. **Berlin – Täter sofort wieder auf freiem Fuß**

Ein 31-jähriger Mann wurde in Berlin-Steglitz auf offener Straße von einer vierköpfigen Männergruppe (18-31 Jahre) niedergeschlagen – selbst als er zusammensackte und am Boden lag, traten sie weiter auf ihn ein. Aus bislang ungeklärten Gründen stritten nach Angaben von Zeugen am Sonntag gegen 3.40 Uhr die vier Verdächtigen mit dem jungen Mann zunächst in dem Lokal am Hindenburgdamm. Die Auseinandersetzung soll sich dann nach draußen verlagert haben. Auf dem Mittelstreifen der Straße soll der 31-Jährige zu Boden gegangen sein. Als sich der Attackierte dann erneut der Bar genähert habe, soll ein Mann aus der Gruppe ihn erneut mit einem Schlag gegen den Kopf zu Boden gebracht haben. Zwischenzeitlich alarmierte Rettungskräfte brachten ihn mit schweren Kopfverletzungen in eine Klinik, in der er intensivmedizinisch betreut werden musste. Die vier Täter (18, 22, 24, 31) wurden durch eintreffende Zivilfahnder in der Nähe stilsicher „in einem SUV" angetroffen und festgenommen. Sie kamen in Polizeigewahrsam, wurden erkennungsdienstlich behandelt und „nach den kriminalpolizeilichen Maßnahmen entlassen". Dat is Berlin, wa?!

7. **Hannover – Messerüberfall auf Tankstelle**

An einer Tankstelle in Hannover-Bothfeld überfiel ein maskierter Mann einen 26-jährigen Angstellten und bedrohte ihn mit einem Messer. Der Tankwart übergab dem Täter das Kassengeld und blieb daher unverletzt. Der etwa 25-jährige Angreifer soll „ausländischer Abstammung" sein. Überraschung!

8. **Rostock – Toitenwinkel**

Ein unbekannter Mann bedrohte in Rostock eine „mittelalte Frau" auf offener Straße mit einem Messer und stahl ihre Handtasche – bezeichnenderweise in „Toitenwinkel". Der Räuber floh intelligenterweise mit einem Linienbus. In diesem wurde er dann auch von der Polizei gestellt. Der Vorfall hatte sich laut Polizei am Sonntag gegen 12.30 Uhr an der Bushaltestelle Urho-Kekkonen-Straße ereignet. Wie es hieß, hatte der Mann, „zu dem derzeit noch keine weiteren Angaben vorliegen", die Frau mit einem Messer attackiert. Die Polizei suchte mit mehreren Streifenwagen im näheren Umkreis nach dem „flüchtigen Mann". Der entscheidende Hinweis kam wenig später von einem Busfahrer aus dem Stadtteil Gehlsdorf, der den mutmaßlichen Räuber als

Fahrgast wieder erkannte. So gelang es den Beamten, ihn im Bus „vorläufig festzunehmen".

9. **Passau – Messerraub**

Zwei unbekannte Täter raubten in der Donaustadt einen 26-jährigen Mann aus, stahlen seine Geldbörse, bedrohten ihn mit einem Messer. An der Kreuzung Breslauer/Neuburger Straße traf er auf die Männer. Sie forderten seine Geldbörse und rissen sie dem Mann aus der Hand. Dann traten sie ihm mit dem Fuß gegen ein Knie und bedrohten ihn mit einem Messer. Die beiden Tatverdächtigen flüchteten dann mit der Geldbörse in Höhe eines zweistelligen Betrages sowie der EC-Karte und des Personalausweises des Mannes. Eine erste Fahndung von Polizei und Bundespolizei blieb erfolglos.

10. **Mainburg – Streit mittels Messer – Zahn um Zahn**

In einer Wohnung im bayerischen Mainburg sind zwei Männer aufeinander losgegangen. Dabei soll ein 35-jähriger Mann von einem 30-jährigen mit einem Messer bedroht worden und ein Zahn ausgeschlagen worden sein. Mainburg ist das „Little Ankara" Bayerns mit der höchsten türkischstämmigen Bevölkerungsdichte außerhalb Erdowahns Reich … weltweit. Das Zusammenlaben im bayerisch-idyllischen Mainburg verläuft ansonsten weitgehend friedlich.

11. **Gelsenkrichen – Raub mit Messer**

Ein 22-jähriger Mann wurde in Gelsenkrichen-Erle von „drei vermummten Männer" bei einem Raubüberfall mit einem Messer bedroht. Die Männer werden wie folgt beschrieben: 1) ca. 20 – 25 Jahre, ca. 175 – 180 cm groß, kräftige „Bodybuilder-Figur", komplett schwarz gekleidet, vermutlich ausländischer Abstammung, mindestens Kinnbart, der unter der Vermummung herausragte 2) ca. 20 – 25 Jahre, ca. 170 cm groß, komplett schwarz gekleidet, vermutlich Deutscher, war imm Besitz des Messers 3) ca. 20 – 25 Jahre, ca. 170 cm groß, ausländischer Abstammung mit schlechtem Deutsch, schmächtige Figur, komplett schwarz gekleidet, mindestens Kinnbart, der unter der Vermummung herausragte. Einer der Täter trug Schuhe mit goldfarbenen Applikationen.

12. **Wuppertal – Blutlache, ungeklärte Umstände**

In Wuppertal ist am Sonntagabend ein Westafrikaner aus Guinea auf einer Straße unter ungeklärten Umständen gestorben. Neben dem Toten habe sich eine größere Blutlache befunden. Weil eine Infektionsgefahr nicht ausgeschlossen werden konnte, rückten Feuerwehrleute in hellen Schutzanzügen an, teilte die Polizei am Montag weiter mit. „Um die Todesursache zu klären, wurde die Leiche in die Gerichtsmedizin gebracht", sagte ein Sprecher der Polizei. Mehr Einzelheiten gaben die Behörden zunächst noch nicht bekannt.

13. **Saarlouis – Schwere Gruppenschlägerei mit Messern und Äxten**

Am Freitagabend wurde in Saarlouis ein 16-Jähriger mit Axthieben an Kopf und Rücken verletzt.

Das Opfer konnte noch schildern, dass der Täter aus einer anderen Gruppe mit der Axt auf ihn losgegangen sei. Die Polizei glaubt, dass es sich bei den Beteiligten „um zwei bekannte und rivalisierende Jugendgruppen handelt".

Erinnerungen an eines der bislang blutigsten Merkel-Wochenende im März 2018 mit Dutzenden Messerattacken und Schwerverletzten werden wieder wach, PI-NEWS berichtete detailliert über die unzähligen schweren Gewalttaten am ersten frühlingshaften Wochenenden 2018.
Die Mittäterin – Blutraute Merkel – schwadronierte währenddessen auf der „Münchener Sicherheitskonferenz" am brutalen Blut-Wochenende:
„Es stand die Frage vor Europa, sind wir bereit, in gewisser Weise bei einem humanitären zivilisatorischen Drama Verantwortung mit zu übernehmen oder sind wir es nicht."
Merkel hatte angeblich Angst vor „unschönen Bildern"!

https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/alexander-wallasch-heute/arbeit-mit-migranten-initiative-an-der-basis-schlaegt-alarm/

WAHRHEIT NICHT GEWOLLT

Arbeit mit Migranten: Initiative an der Basis schlägt Alarm

VON **ALEXANDER WALLASCH**
Mo, 4. Februar 2019

Rebecca Sommer polarisiert. Seit die Menschenrechtlerin gegenüber einer polnischen Zeitung ungeschminkt die Probleme der "Flüchtlingshilfe" benannt hatte, steht sie zwischen den Stühlen und fragt sich seitdem, warum es ein Tabu sein soll, auch die negativen Seiten ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu benennen.
Rebecca Sommer koordiniert mittlerweile die von ihr gegründete „Initiative an der Basis." Hier soll denen ein Forum geboten werden, die sich ehrenamtlich oder beruflich in der Integrationsarbeit engagieren, aber nicht um den Preis, die auftretenden, teils massiven Probleme nicht mehr benennen zu dürfen.
Die Aktivistin war Zivilbevölkerungsvertreterin mit Fokus auf „Völkerrecht und Indigene Völker" im beratenden Status zu den Vereinten Nationen, sie leitet seit 2012 die ehrenamtliche Unterstützungsgruppe für Flüchtlinge Arbeitsgruppe Flucht + Menschenrechte (AG F+M). Sommer ist Künstlerin, Fotografin und Filmemacherin.
Die „Initiative an der Basis" vereint, laut Gründerin, Leute, die mit „Flüchtlingen" und Migranten, entweder ehrenamtlich oder hauptberuflich zu tun haben. Nach Sommers Interview mit der polnischen Zeitung wurde sie, wie sie erzählt, kontaktiert von Ehrenamtlichen, Lehrern, Jugendrichtern, Staatsanwälten, Mitarbeitern von Jugendämtern, Erziehern, Sozialarbeitern, BAMF-Übersetzern und Dolmetschern, Justizangestellten, Psychologen, Ärzten, Polizisten, sowie säkular und kritisch eingestellten Geflüchteten und Migranten. Wie ein Weckruf habe ihre Kritik an den bestehenden Verhältnissen bei diesen gewirkt:

„Einige bedankten sich und waren froh, dass ich den Mut fand, über diese Sachen klar zu sprechen, andere suchten Hilfe, weil sie sich in ihrem Umfeld mit ihren Erfahrungen komplett allein gelassen fühlten."
Es hätten sich sogar Eltern von Töchtern gemeldet, welche von Migranten ermordet wurden. Diese hätten gegenüber der Aktivistin gesagt, es *„sei schade, dass sie mein Interview nicht früher gelesen hätten, denn sie hätten vielleicht ihre Töchter retten können. Wie Marianne aus Freiburg, deren Tochter und Enkelsohn von einem algerischen ‚Flüchtling' brutal ermordet wurde, nachdem die Tochter versucht hatte, sich von ihrem Ehemann zu trennen. Ein typischer Ehrenmord, der aber von der Justiz nach wie vor als ein gewöhnlicher Beziehungsmord klassifiziert wird."* **Der Freiburger Fall hatte bundesweit für Entsetzen gesorgt.**
Warum nun so eine Gruppe? Sommer wünscht sich, dass mehr Leute mit ihren Erfahrungen mit „Flüchtlingen" und Migranten zu Wort kommen. Damit würden dann nicht mehr nur einzelne „Brandbriefe" an die Öffentlichkeit getragen, sondern gebündelt viele Stimmen zu einschlägigen Erfahrungen im Bereich Flucht und Migration. Mit einer Art Mutmacher wirbt sie für die Gruppe, wenn sie sagt: *„Gemeinsam sind wir stärker und man kann unsere Stimmen nicht überhören."*
Nun muss man so eine Haltung erst einmal verstehen. Die Ambivalenz dahinter ist für viele glühende Refugees-Welcome-Adepten ebenso verstörend, wie sicher auch für den einen oder anderen kategorischen Gegner von Migration nach Deutschland bzw. Europa. Rebecca Sommer aber will wohl so etwas wie eine neue Normalität, einen ehrlicheren Umgang mit den Problemen und Verwerfungen bei der Arbeit mit Migranten bis tief hinein in die Helfergruppen.
„In meiner Ehrenamtsgruppe, der Arbeitsgruppe Flucht + Menschenrechte (AG – F+M), die seit 2012 Flüchtlinge begleitet, hatten wir schon mehrfach versucht, unsere Erfahrungen der Politik, unseren Bezirken, den Entscheidungsträgern wie auch der Öffentlichkeit mitzuteilen, aber das Thema war und ist nach wie vor politisch nicht gewollt. Unser Anliegen, die Probleme in diesem Bereich zu benennen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, scheint nicht erwünscht zu sein. Es ist schon eine Schande, dass es einer ausländischen Medienplattform bedurfte, um meine Erfahrungen als auch die meiner Kollegen zu veröffentlichen, die wirklich wichtig und von großem Interesse für Deutschland sind. Das zeigt, in was für einer Gesinnungsmaschinerie wir uns inzwischen in Deutschland befinden, nach dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf."
Mittlerweile sollen achtzig Leute in der Initiative aktiv sein. Einzige Bedingung für die Teilnahme seien eigene Erfahrungen in der Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten. Ein Ziel der Initiative wäre es außerdem, glaubwürdige persönliche Beobachtungen aus dieser Arbeit zu veröffentlichen.

„Das Konzept ist einfach", so Sommer: *„manche sprechen mit ihren Klarnamen, andere wollen anonym bleiben, weil sie Angst haben ihre Arbeit zu verlieren und womöglich auch Probleme oder Konflikte mit Freunden und Nachbarn zu bekommen.*" Diese Form gesellschaftlichen Drucks findet die Aktivistin erschreckend.
Wenn Bürger Angst haben müssten, ihre Erfahrungen wahrheitsgemäß zu erzählen, dann erinnere das *„an Zeiten totalitärer Systeme*". Nie hätte Rebecca Sommer gedacht, dass sich Deutschland in nur drei bis vier Jahren, parallel zur extrem hohen Zuwanderung, so entwickeln würde.
Laut Selbstauskunft arbeiten viele in der Gruppe haupt- oder ehrenamtlich mit Geflüchteten und Personen mit Migrationshintergrund und haben teilweise selber einen Migrationshintergrund. Personen, die die Folgen der Zuwanderung direkt erfahren und damit unmittelbar in ihrer alltäglichen Praxis erlebt hätten, was das friedliche und freie Zusammenleben in der demokratischen säkularen Gesellschaft bereichert, aber auch gefährdet und bedroht. So sei eine Grundstruktur in der gesamten Problematik erkennbar geworden, *„insbesondere mit Flüchtlingen und Migranten aus ethnisch-tribalen und muslimisch geprägten Gemeinschaften".*
Diese engagierten Bürger erleben laut Rebecca Sommer täglich die Auswirkungen der Asyl-/Migrationspolitik sowie der fehlenden politischen Unterstützung: *„In ihrer Arbeit bzw. im täglichen Leben werden sie regelmäßig mit Problemen und Missständen konfrontiert, die in der öffentlichen Debatte zum Thema „Migration und Flucht" als Einzelfälle oder gar Ausnahmen deklariert werden. Dabei handelt es sich eben nicht um Ausnahmen.*"
Eine Aussage würden alle Mitglieder unterschreiben:
„Um Probleme anzugehen, ist es erforderlich, diese offen und ehrlich zu benennen, um dann eine sachliche Debatte darüber zu führen, wie diese (vor allem auch auf politischer Ebene) gelöst werden können."
Daraufhin befragt, welche Probleme denn konkret in der Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten auftreten würden, spart Sommer nicht an teilweise verstörenden Beispielen: So gäbe es erschütternde aber auch positive Geschichten, wenn **beispielsweise zwei syrische Schwestern (Flüchtlinge), die noch in Syrien als Minderjährige verheiratet wurden, erzählen, wie sie von der Familie unter enormen psychischen Druck gesetzt und in die Ehe gezwungen wurden. *„Die Ehe war für die beiden die Hölle. Sie wurden geschlagen und auf unterschiedliche Weise misshandelt. Einer der Ehemänner war ein Jihadi und kam mit der Flüchtlingswelle nach Deutschland. Nachdem die Männer die Frauen nach Deutschland nachgeholt hatten, trennten sich die Frauen von diesen und leben nun in einem Frauenhaus in Berlin, und das ist das Positive daran, denn im Libanon oder Syrien würden beide immer noch als Leibeigene von ihren Peinigern gehalten werden. Die Kinder von einer der zwei Frauen wurden vom Ehemann in den Libanon entführt, wo sie unter radikal-islamistischen Bedingungen aufwachsen und zu Jihadis erzogen werden.*"**

Mitglieder der Initiative stellen aus eigener Erfahrung bei vielen muslimischen Geflüchteten sowohl eine deutliche schariatreue Haltung als auch eine zunehmende Radikalisierung insbesondere bei jungen Muslimen fest, die das Gesetz der Scharia über als das Grundgesetz stellen. Man habe es zunehmend mit Personen zu tun, welche aus streng religiösen, ethnisch-tribalen patriarchalischen Clanstrukturen hierher kommen, die sich unserem Wertesystem entgegenstellen.
Gleichzeitig wäre eine Reislamisierung von bereits hier lebenden Muslimen in allen Generationen auffällig geworden, vor allem bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Laut Sommer handelt es sich dabei um die Rückkehr zu einer strengen Bindung an die orthodox-dogmatischen Vorgaben der islamischen Glaubenslehre, die den Normen und Grundsätzen einer säkular-demokratischen Gesellschafts- und Werteordnung widerspricht. Eine wesentliche Rolle würden hierbei konservative Islamverbände spielen, vom Ausland gesteuerte und finanzierte Moscheevereine und Koranschulen sowie zunehmend salafistische Gruppen und empörenderweise, so Sommer, sogar querfinanziert vom Staat.
Zudem nehme der kollektive Druck zur Überwachung und Kontrolle, dem sich muslimische Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gegenseitig aussetzen bzw. ausgesetzt sind, in Kindergärten und Klassengemeinschaften merklich zu. Die Mitglieder der Initiative an der Basis würden mit Sorge auch immer mehr muslimische Kindergärten wahrnehmen, in denen Kinder von klein auf mit islamischen Normen, Rollenbildern und Wertvorstellungen und somit mit einer antisäkularen *„Haram- und Halalkultur*" indoktriniert werden. Nicht zuletzt würden Mitglieder der Initiative nach Selbstbekunden Zeugen von ausgeprägter Judenfeindlichkeit, Misogynie, Homophobie und Rassismus mit orthodox-islamischer Konnotation (Verachtung von „Ungläubigen") werden.
Besonders alarmierend sei, dass sich unter Flüchtlingen und Migranten ein religiös-kultureller Rassismus gegen westlich orientierte Menschen, Europäer und Deutsche, insbesondere gegen Frauen, ausbreiten und salonfähig würde. Zudem konstatieren die Mitglieder eine erhöhte Gewaltbereitschaft, wenn es um die Lösung von Konflikten oder die Durchsetzung von Interessen geht, die oftmals in Ansammlungen von schnell entstehenden Gruppen vollzogen werde. Auch herrsche erhebliche Gewalt innerhalb der Familien und bei der Kindererziehung. Durch die hohe Zuwanderungsrate von Flüchtlingen und Migranten würden auch die Fallzahlen in Bezug auf genitale Verstümmelung, Kinder- und Zwangsehen wie auch Menschenhandel und Ehrenmorde erheblich zunehmen.
<u>Ebenso auffällig sei eine zunehmende Ausbreitung aggressiver Übergriffe auf Frauen – insbesondere auch sexueller Art. So</u>

äußern sich die Mitglieder der Initiative an der Basis zum Thema von Vergewaltigungen (Einzel- wie auch insbesondere Gruppenvergewaltigungen) und zunehmender Messerangriffe seitens von Flüchtlingen und Migranten mit einer klaren Forderung an die Legislative, Judikative wie auch Exekutive:
„Wir sind der Meinung, dass das neue Phänomen der Gruppenvergewaltigungen als Angriff auf unsere westliche demokratische freie Gesellschaftsordnung verstanden werden sollte. Dabei handelt es sich meist nicht ‚nur' um eine sexuelle Straftat, sondern dahinter steht das Motiv der psychologischen Vernichtung der Opfer. Das Opfer steht hierbei u.a. stellvertretend für die Ablehnung der Täter zu unseren Werte- und Moralvorstellungen und unserer freiheitlichen Lebensweise. Wir verlangen, dass ein neuer Straftatbestand zu diesem Phänomen entwickelt wird, anhand von Statistiken, welche Religion, Herkunft und kulturellen Hintergrund berücksichtigen. Die Statistiken müssen dabei auch die erheblich häufiger vorkommenden Messerangriffe mit einbeziehen. Nur mit solchen Statistiken können wir die Situation erkennen, analysieren und adäquat darauf reagieren. Der besonders nachsichtige Umgang seitens der Judikative mit religiös-kulturell motivierten Straftaten führt viel zu oft zu milden Urteilen. Diese falsch verstandene Toleranz provoziert Nachahmung, weitere Straftaten und Respektlosigkeit gegenüber unserer Lebensgemeinschaft und unseren gesellschaftlichen Regeln. Wir beklagen, dass Asylbetrug und sogar schwerwiegende Straftaten wie Vergewaltigung, Totschlag und Mord von hier Schutzsuchenden nicht bis hin zur Ausweisung geahndet werden. Nicht zuletzt beobachten wir mit Sorge, dass die Justiz vermehrt den ihr zur Verfügung stehenden Ermessensspielraum nicht ausschöpft und sogar Rechtsgrundsätze wie ‚Unwissen schützt vor Strafe nicht' missachtet."
Ein Fazit, das die Mitglieder der Initiative an der Basis ziehen lautet: *„Nach den gesammelten Erfahrungen erreichen die in unserer Gesellschaft selbstverständlichen Werte, welche wir vermitteln wollen, die Wenigsten. Eine geistige Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Fakten, hier gültigen Regeln, Normen und Gesetzen wird kaum zugelassen, sobald diese dem islamischen Weltbild widersprechen.*
Dazu beobachten wir oft, dass von Muslimen Verfolgte wie religiöse Minderheiten, Ex-Muslime, muslimische Frauen, die sich von ihren Männern trennen wollen, Schwule, LGBT in Deutschland wieder auf ihre Verfolger treffen und vom Gesetz im Stich gelassen werden."
Besonders gravierend scheint dazu aber noch ein weiterer Kritikpunkt der Initiative: *„Ausgrenzungen erfolgen häufig gleichermaßen durch Angehörige der muslimischen Gemeinschaft, Behörden, ehrenamtliche Helfer, Medien wie auch die Politik in Deutschland. Säkular eingestellte Flüchtlinge bekämen nicht die*

erforderliche Hilfe und Unterstützung, auch wenn sie konkret verfolgt und bedroht würden. Anzeigen dazu führten bisher zu keinem Ergebnis und die Ermittlungen würden eingestellt."

Rebecca Sommer formuliert im Namen der Initiative: „Wir sind der Ansicht, dass gut integrierte Migranten und Flüchtlinge nicht genug wahrgenommen werden. Sie sind aber Wegweiser, wie Integration funktioniert. Diese funktioniert nur, wenn die betroffene Person sich als Individuum dazu entscheidet, es auch zu wollen. Fehlt aber dieser Wille, müssen Konsequenzen folgen."

Rebecca Sommer und ihre Mitstreiter möchten ihre Erfahrungen in der Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten weitergeben. Und sie warnen: es sei bereits längst die Alarmstufe Rot erreicht. *„Diese Realität wird von denen da oben unterdrückt, dabei benötigen wir dringend eine ehrliche und offene Diskussion zum Thema Migration und der großen Anzahl an Menschen, die sich bei uns ansiedeln und den daraus resultierenden Problemen und Gefahren für unsere freiheitlich-demokratische Lebens- und Wertegemeinschaft. Lösungen können nur erarbeitet werden, wenn Probleme erkannt und benannt werden. Integrationspolitik kann nicht gegen die Interessen der Mehrheitsgesellschaft erfolgen."* Auch sei die Implementation des UN-Migrationspakts nach dem Motto ‚alle mal rein hier' in Deutschland ein absoluter Irrsinn und richte sich eindeutig gegen die Interessen der aufnehmenden Bevölkerung, die nicht nur finanziell sondern auch kulturell dafür bezahlen müsste.

„Wir brauchen einen gelebten Konsens zu unseren gesellschaftlichen, kulturellen Interessen und Grundwerten, die nicht permanent in Frage gestellt werden dürfen und nicht verhandelbar sind. Genau diese Prämisse ist aber heutzutage in Deutschland fast schon verpönt – es ist zum Verzweifeln. Ich wünschte mir, dass die Deutschen ihr Land und ihre Leute mehr lieben und achten würden und sich eine Scheibe abschneiden von Ländern beispielsweise wie Polen, Ungarn, Österreich und sogar den USA und Australien, die den UN- Migrationspakt abgelehnt haben. Dann wären wir nicht in diesem Fata-Morgana-Land, in dem wir uns heute befinden."

Der Text basiert auf einem Interview von Dr. Natalia Osten-Sacken mit Rebecca Sommer

http://www.pi-news.net/2019/02/berlin-sex-taeter-attackieren-16-jaehriges-maedchen-in-park/

Fahndung erst nach elf Monaten Berlin: Sex-Täter attackieren 16-jähriges Mädchen in Park

pi-news.net/2019/02/berlin-sex-taeter-attackieren-16-jaehriges-maedchen-in-park
21. Februar 2019
https://youtu.be/N_w-UdOIGTI

Von MAX THOMA | Berlin ist die europäische Hauptstadt der Steuergeld-Vernichtung, der suboptimalen Stromversorgung, des entschleunigten Flughafenbaus, der Migranten-Messerattacken (2.737 Stück in 2017), der kurdisch-palästinensischen Familienclans, der verhinderten Kriminalitätsaufklärung und des praktizierten Täterschutzes.

338 Tage – mehr als 11 Monate – nach einem sexuellen Angriff auf ein 16-jähriges Mädchen im Rudolph-Wilde-Park in Berlin-Schöneberg sucht die Berliner Polizei nun „relativ zeitnah" mit Fahndungsbildern nach „einer Männergruppe". Nach den bisherigen Erkenntnissen der Polizei brachten sechs „junge Männer" zwei damals 16-jährige Mädchen am 18. März 2018 in den frühen Abendstunden in den Wilde-Park. Ihr Interesse galt allerdings nicht den Naturschönheiten der Berlinerischen Flora – sondern der De-Floration der beiden von Prophet, Schleppern und Merkel versprochenen jungfräulichen Schönheiten.

„Gewaltsam in sexueller Motivation angegriffen"

Eines der Mädchen entfernte sich vom Rest der Gruppe – zwei der „jungen Männer" sollen daraufhin die andere 16-jährige Minderjährige „gewaltsam in sexueller Motivation angegriffen haben", wie die Polizei mitteilte. Die anderen „drei Männer der Gruppe" sollen das beobachteten haben, dabei jedoch nicht eingeschritten sein. Am Ende haben die beiden Mädchen vor den „Fluchtsuchenden" flüchten können. Auch die Geflüchteten flüchteten aus dem Rudolph-Wilde-Park.

Die Berliner Polizei bittet jetzt um Hinweise zu den relativ dringend Gesuchten. Die Ermittlungen führten die Polizei bereits zu zwei „jungen Männern der Gruppe" – ihre Gesichter und Umrisse wurden auf den Fahndungsbildern wegen möglicherweise verletzter Persönlichkeitsrechte von der Polizei unkenntlich gemacht – nach den vier Mittätern und Beihelfern wird nun sogar innert Jahresfrist von der Berliner Polizei öffentlich mit Fotos und einem kurzen Video aus einer Überwachungskamera gefahndet. Dat is Berlin – kiekste, wa!?

So werden die beiden Haupttäter von der Polizei beschrieben:

16 bis 20 Jahre alt
1,80 bis 1,90 Meter groß
schlanke Statur, schwarze Haare
südländisches und afrikanisches Aussehen

Einer der beiden trug eine schwarze Mütze und eine Jogginghose der Marke Adidas.

Der andere trug eine blaue Jeans, eine schwarze Jacke sowie mehrfarbige Sportschuhe mit weißen Streifen an der Seite.

Die blitzschnellen Ermittler fragen:

Wer kann Angaben zur Identität der Haupttäter sowie zu deren noch nicht namhaft gemachten Begleitern bzw. zu deren Aufenthaltsorten machen?

Hinweise bitte an das Fachkommissariat beim Landeskriminalamt in der Keithstraße 30 in 10787 Berlin-Tiergarten unter der Rufnummer 030 4664-913402 oder per E-Mail an lka134@polizei.berlin.de.

Auch der Münchner Merkur fahndet mit!

Laut der regimetreuen Willkommens-Postille „Münchner Merkur" werden die beiden Haupttäter wie folgt beschrieben:

Sie sollen 16 bis 20 Jahre alt sein, 1,80 bis 1,90 Meter groß, schlanke Statur, schwarze Haare. Einer der beiden trug eine schwarze Mütze und eine Jogginghose der Marke „ADIDAS". Der andere trug eine blaue Jeans, eine schwarze Jacke sowie mehrfarbige Sportschuhe mit weißen Streifen an der Seite.

Im Eifer der überstürzten Blitzfahndung vergaßen die hilfsbereiten Redakteure in der Paul-Heyse-Straße allerdings die nicht ganz unerheblichen Fahndungskriterien „südländisches und afrikanisches Aussehen". Die Genital-Goldstücke sind eh rum ums Eck, was soll's …

Er war bei der Tat „unzufrieden und sexuell angespannt“ Kein Knast für Kameruner Killer: „Akute Psychose“ – Klinik!

PI**pi-news.net**/2019/02/kein-knast-fuer-kameruner-killer-akute-psychose-klinik

23. Februar 2019

Bernard Ngue aus Kamerun hätte gar nicht in Deutschland sein dürfen. Maria Müller (84) wurde vom brutal erschlagen, dafür wird er nun für Jahre auf Kosten der Steuerzahlen in einer Klinik liebevoll betreut.

Anfang Mai vergangenen Jahres war der aus Kamerun stammende Gewalttäter Bernard Ngue „frustriert, unzufrieden und sexuell angespannt“. Weil er offenbar nichts Besseres zu tun hatte betrat er ein Wohnhaus in der Wichertstraße in Berlin-Prenzlauer Berg und klingelt an der Tür der 84-jährigen Maria Müller. Die Rentnerin öffnet, Ngue ergreift einen im Flur stehenden Rollator und beginnt wie irre auf die zierliche, nicht einmal 1,50 Meter große Frau einzuschlagen. Er tritt die am Boden liegende alte Dame, zerschmettert ihr Gesicht, mehrere Rippen brechen. Maria Müller verstirbt aufgrund der massiven Gewalteinwirkung gegen ihren Körper.

Tags darauf findet der Sohn seine tote Mutter. Nach der ersten Begutachtung durch Berliner Bereitschaftsärzte soll vorerst ein „Unfalltod“ festgehalten worden sein (PI-NEWS berichtete), und das obwohl das Blut der Toten bis in fast zwei Meter Höhe an den Wänden klebte.

Zwei Wochen nach der Tat wurde ihr Mörder gefasst. Mittlerweile weiß man, dass der Kameruner nach der Tat die Unterwäsche seines Opfers angezogen, sich in Maria Müllers Bett gelegt und dort bis zum nächsten Morgen, nun offenbar weniger angespannt, geschlafen habe. Danach sei er über dich Leiche gestiegen und seiner Wege gegangen.

Kurz vor der Tat auf Bewährung entlassen

Ngue wurde vor Gericht gestellt. Laut Anklage habe er Maria Müller „aus niedrigen Beweggründen und heimtückisch“, auf grauenhafte Weise getötet (Az. 530 Ks 16/18). Ein DNA-Abgleich erhärtete die Anklage. Ngue soll davor schon wegen zahlreicher Vergehen, u.a. Diebstahl und mehr als zehn Körperverletzungsdelikten, aktenkundig gewesen sein. 2017 habe er drei Frauen sexuell belästigt und war erst einige Tage vor dem Mord an der Rentnerin auf Bewährung aus der Haft entlassen worden. Offenbar hielt man den Gewalt- und Sexualtäter für gesellschaftsfähig. Umso mehr verwundert nun das durch Gutachter gestützte Urteil im jüngsten Fall seiner kriminellen Karriere: Bernard Ngue, der einer zierlichen 84-Jährigen aus Frust fast alle Knochen im Körper brach kommt in eine Klinik. Denn er habe „nicht ausschließbar ohne Schuld“ gehandelt. „Was damals geschah, war Ausfluss einer akuten Psychose“, so der Richter.

Und siehe da, plötzlich soll der Kameruner gar nicht mehr frustriert, sondern eher im Gegenteil, recht zufrieden gewirkt haben.

Kameruner Killer hätte längst abgeschoben werden müssen

Der heute 24-Jährige war illegal in Deutschland, er hatte 2012 einen Asylantrag in Belgien gestellt, der abgelehnt worden war. Daraufhin wurde er nicht etwa abgeschoben, sondern reiste ungehindert nach Deutschland weiter und wurde im Erstaufnahmelager in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) aufgenommen und rundumversorgt. Er stellte sodann einen weiteren Asylantrag in Deutschland. Seine Duldung war mittlerweile auch abgelaufen. Wieso der bereits in Belgien abgelehnte Kameruner in Deutschland überhaupt ins Asylverfahren kam ist eine der vielen Fragen, die das deutsche Behördenversagen im Asylirrsinn aufwirft. Der Kameruner hätte eigentlich abgeschoben werden müssen.

Nun bleibt er uns wohl noch lange erhalten – vollversorgt, gepampert und auf Steuerzahlerkosten ärztlich betreut. Irgendwann wird dann vielleicht ein Gutachter ihn als „geheilt“ diagnostiziert. Fortsetzung also nicht ausgeschlossen. *(lsg)*

HTTPS://PHILOSOPHIA-PERENNIS.COM/2019/02/24/ANIS-AMRI-UND-DER-FOCUS-WENN-VERSCHWOERUNGSTHEORIEN-AUF-EINMAL-ZU-SERIOESEN-NACHRICHTEN-WERDEN-2/

ANIS AMRI UND DER „FOCUS“: WENN „VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN“ AUF EINMAL ZU SERIÖSEN NACHRICHTEN WERDEN

Von
David Berger
-
24. Februar 2019

(David Berger) Nach und nach, sozusagen in gemeinverträglichen Portionen melden die Merkel-Medien zum Allahu Akbar-Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz, was sie zuvor als „Verschwörungstheorien rechter Kreise“ zornig abgetan haben. Jüngstes Beispiel: der Focus mit seinen „Enthüllungen“ zu Bilel Ben Ammar, einem Glaubensbruder Anis Amris, und dessen hastiger Abschiebung aus Deutschland.

Am vergangenen Freitag war eine Meldung von Focus-Online die Schlagzeile des Tages. Das Magazin berichtete von Rechercheergebnissen des Focus:

Unter dem Titel „Anschlag auf Berliner Weihnachtsmarkt: Regierung schob Amri-Vertrauten ab, um dessen Verwicklung in Attentat zu vertuschen“, ist die Rede von „geheimen Ermittlungsdokumenten (…), die dem FOCUS vorliegen“:

WARNUNGEN VOR ANIS AMRI UND BILEL BEN AMMAR NICHT BEACHTET

Bei dem genannten Vertrauten des Attentäters handelt es sich um den fanatischen Moslem Bilel Ben Ammar, der als Agent des marokkanischen Geheimdienstes arbeitet. Ein anderer Dienst, der nordafrikanische Nachrichtendienst DGST, soll das Bundeskriminalamt mehrfach vor diesem und seinem Glaubensbruder Anis Amri gewarnt haben.

Aber dort reagierte man nicht so, wie man hätte reagieren müssen: man schob die beiden nicht ab. Ganz im Gegenteil: Ein V-Mann des Verfassungsschutzes NRW soll für Anis Amri sogar Chauffeur gespielt haben, um ihn nach Berlin zu fahren. Eine Aktion, die alleine mit der linksgrünen Allergie gegen Abschiebungen nicht erklärbar ist.

ABSCHIEBUNG ERST NACH ANSCHLAG – MITTEN IN ERMITTLUNGSARBEITEN

Die Abschiebung kam erst, als Anis Amri seinen Auftrag bereits erfüllt hatte. Focus-Online weiter: „Schon neun Tage nach dem Anschlag fiel auf politischer Ebene die Entscheidung, dass Amris mutmaßlicher Helfer aus dem Land muss. ‚Seitens der Sicherheitsbehörden und des Bundesinnenministeriums besteht ein erhebliches Interesse daran, dass die Abschiebung erfolgreich verlaufen soll', heißt es in einer dem FOCUS vorliegenden E-Mail vom 28. Dezember 2016 an die Bundespolizei."

Dem Wunsch der „politischen Ebene" kam man nach und schob Ben Ammar -während die Ermittlungen zu seinem Fall noch auf Hochtouren liefen- am 1. Februar 2018 nach Tunesien ab. Nun melden sich auf einmal auch Politiker der Altparteien zu Wort. So etwa der Vize-Fraktionsvorsitzende der Grünen, Konstantin von Notz, der den „Focus" wissen ließ:

„Bei Bilel Ben Ammar handelt es sich offensichtlich um eine Schlüsselfigur in der Causa Amri und damit auch beim Anschlag auf den Breitscheidplatz. Dass man ihn so Hals über Kopf abschiebt, bevor der schwerste salafistische Anschlag in Deutschland sauber ausermittelt war, ist maximal irritierend."

Maximal irritierend ist aber auch, dass von Notz und die Seinen erst jetzt diese Forderung erheben, zu einem Zeitpunkt, wo es äußerst schwierig werden dürfte, Bilel Ben Ammar zu einem Verhör dingfest zu machen. Dabei hätte von Notz schon viel früher aktiv werden können …

BESTSELLER-AUTOR STEFAN SCHUBERT HATTE DAS LANGE VOR DEM „FOCUS" BEREITS VERÖFFENTLICHT

Viele, die diese Schlagzeile am vergangenen Freitag lasen, waren alles andere als überrascht. Besonders jene, die die zahlreichen Artikel (auch hier bei PP) und die beiden Bücher des Bestsellerautors Stefan Schubert zu dem Themenkomplex kennen.

Die neuen Recherchen Schuberts, den die Scharia-Zensur prophylaktisch auf Facebook eine Woche vor Erscheinen seines Buches gesperrt hatte, enthüllen Unglaubliches: Den Recherchen Schuberts zufolge war der Fall Amri in Wirklichkeit eine ‚internationale Geheimdienstoperation', die dazu dienen sollte,

Kommandostrukturen des IS und Bombenziele gegen libysche Terrorcamps zu identifizieren! Nach dem Terrorakt tat die Bundesregierung alles, um die von Angela Merkel versprochene schonungslose Aufklärung in Wirklichkeit konsequent zu sabotieren. Auch Schubert selbst zeigte sich im Gespräch mit PP nicht wirklich überrascht, vielmehr nimmt er den Bericht mit Genugtuung zur Kenntnis:

„Es war jedoch für mich eine unabhängige Bestätigung meiner umfangreichen Recherchen. Die Verwicklung von Bilal Ben Ammar im Fall Amri und dessen entscheidende Unterstützung des Terroranschlages füllen im Buch mehrere Seiten."

WAS UNS DIE MAINSTREAM-MEDIEN IN DEN NÄCHSTEN MONATEN VIELLEICHT ALS NEUENTDECKUNG VERKAUFEN WERDEN

Auf die Frage, mit welchen Schlagzeilen wir in den nächsten Monaten eventuell noch zu rechnen haben, sagt Schubert: **„Drei IS-Kämpfer verfolgten den Terroranschlag live auf dem Breitscheidplatz mit und sicherten Amris Flucht ab. Und: Amri war kein Einzeltäter, wie die Bundesregierung behauptet, sondern Teil eines Bundes- und europaweiten IS-Netzwerkes in Deutschland, Italien und Libyen. Die halbe Bundesregierung war in die Vertuschungen verwickelt. Der CIA andererseits nutzte Anis Amri zur Ausforschung des europaweiten IS-Netzwerkes. Auf Druck der Amerikaner hinderte die Bundesregierung die Polizei aber daran, Amri festzunehmen."**

Damit werde klar, dass die Bundesregierung im Fall Amri ein halbes Dutzend Straftaten beging, auch wenn das die Mainstreammedien kaum so unverblümt schreiben werden.

„REGIERUNGSKONFORME SCHREIBERLINGE"

Da stellt sich natürlich für unbeleckte Mitdenker die Frage, warum Focus & Co nicht das Buch Schuberts erwähnen und es zu Schlagzeilen machen. Denn Ausgangspunkt ihrer Recherchen war es mit Sicherheit. Aber auch hier wandeln die Mainstreammedien ganz auf den Pfaden von Relotius & Co:

„Bei dem schlechten Zustand des Journalismus im Land", so Schubert, komme es nicht auf Inhalte an, sondern in welchem Verlag das Buch publiziert wurde: „Und bei diesen regierungskonformen Schreiberlingen steht der regierungskritische KOPP Verlag auf der schwarzen Liste. Dies mussten wir bereits bei dem Spiegel Bestseller ‚Die Destabilisierung Deutschlands' erfahren

https://www.focus.de/politik/gerichte-in-deutschland/versuchter-mord-paukenschlag-nach-urteil-gegen-messerstecher-staatsanwaltschaft-legt-revision-ein_id_10383961.html

Brutaler Angriff auf Familienvater

7 Jahre Haft für 20-jährigen Messerstecher: Staatsanwaltschaft will härtere Strafe

FOCUS-Online-Reporter Göran Schattauer

Donnerstag, 28.02.2019, 10:29

Nach Recherchen von FOCUS Online hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart Revision gegen das Urteil zum brutalen Messerangriff auf einen 53 Jahre alten Familienvater eingelegt. Das Landgericht hatte einen 20-jährigen Flüchtling aus Afghanistan zu knapp sieben Jahren Haft verurteilt - und wendete dabei Jugendstrafrecht an. Die Anklagebehörde will, dass Amir W. als Erwachsener belangt wird.

Paukenschlag im Verfahren um den Messerangriff auf einen 53-jährigen Familienvater in Plüderhausen (Baden-Württemberg): Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat Revision gegen das Urteil des Landgerichts Stuttgart vom 12. Februar 2019 eingelegt. Das bestätigte ein Sprecher der Anklagebehörde an diesem Donnerstag gegenüber FOCUS Online.

Zur Begründung sagte er, die Staatsanwaltschaft sehe zwei Mordmerkmale als erfüllt an, nämlich Heimtücke und Verdeckungsabsicht. Das Gericht hatte lediglich ein Mordmerkmal festgestellt. Außerdem verlange die Staatsanwaltschaft eine Verurteilung des Täters nach Erwachsenenstrafrecht, so der Sprecher.

Das Landgericht Stuttgart hatte bei dem zur Tatzeit 20 Jahre alten afghanischen Asylbewerber Amir W. Jugendstrafrecht angewendet. Es verurteilte den Messerstecher wegen versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung zu sechs Jahren und zehn Monaten Haft.

Jugendgerichtshilfe hatte Erwachsenenrecht gefordert

Die Anklage, vertreten durch Staatsanwältin Susanne Ehrmann, hatte zehn Jahre Haft gefordert und von Anfang an dafür plädiert, Amir W. nach Erwachsenenstrafrecht zu verurteilen, das in der Regel härtere Sanktionen vorsieht.

Diese Auffassung vertrat auch eine Sozialarbeiterin der Jugendgerichtshilfe. Im Prozess hatte sie empfohlen, bei dem Täter das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden.

Richterin bescheinigte Täter "Reifeverzögerungen"

Die Vorsitzende Richterin Cornelie Eßlinger-Graf setzte sich über die Forderung der Staatsanwaltschaft und die Empfehlung der Expertin hinweg. Das Gericht sehe bei dem Verurteilten „eine Reifeverzögerung“, sagte sie zur Begründung.

Amir W. habe als Kind in Afghanistan keine stabilen Familienverhältnisse erlebt und als jugendlicher Flüchtling in Deutschland nie richtige Fuß gefasst. Nach Einschätzung des Gerichts habe er „kein Umfeld gehabt, in dem ein junger Mensch weiter reift und gedeiht“, so Eßlinger-Graf.

In Deutschland gilt das Jugendstrafrecht grundsätzlich für alle 14- bis 17-Jährigen (Jugendliche). Für 18- bis 20-Jährige (Heranwachsende) gilt es nur, wenn sie vom Entwicklungsstand her eher Jugendlichen als Erwachsenen entsprechen. Ab dem 21. Geburtstag ist man im strafrechtlichen Sinn Erwachsener. Dann gilt das allgemeine (Erwachsenen-)Strafrecht.

Feiger Angriff auf wehrlosen Familienvater

Amir W. hatte am 15. Juli 2018 in Plüderhausen nahe Stuttgart einen 53 Jahre alten Familienvater in dessen Haus niedergestochen und schwer verletzt. Eigentlich wollte der Mann die 19 Jahre alte Tochter des Opfers töten, die jedoch nicht im Haus war. Die junge Frau hatte kurz zuvor die Beziehung zu dem Afghanen beendet, was dieser nicht akzeptierte.

Der Prozess am Landgericht Stuttgart hatte auch deshalb bundesweit für Schlagzeilen gesorgt, weil der Angeklagte zu Beginn des Verfahrens erklärt hatte, er wolle „auf den Koran schwören“ und damit die Richtigkeit seiner Angaben bekräftigen. Darauf ließ sich das Gericht jedoch nicht ein.

Gericht wollte Amir W. "letzte Chance" geben

Natürlich hätte man Amir W. härter bestrafen können, sagte die Richterin nach Verkündung des Urteils am 12. Februar 2019. Sie kenne „die Erwartungen der Öffentlichkeit“, die Rufe, man möge „die volle Härte des Gesetzes ausschöpfen“. Das habe man bewusst nicht getan.

Mit der Jugendhaft gebe man ihm „eine letzte Chance“, erklärte Eßlinger-Graf. In einem deutschen Gefängnis könne sich Amir W. auf sein späteres Leben in Afghanistan vorbereiten. Er solle alles dafür tun, dass er „nie mehr von einer solch mörderischen Wut überwältigt wird“.

Es geht um 3 Millionen Euro Flüchtlingsgelder veruntreut: Hannovers ASB-Chef Abou-Taam festgenommen

pi-news.net/2019/02/fluechtlingsgelder-veruntreut-hannovers-asb-chef-abou-taam-festgenommen
28. Februar 2019
28. Februar 2019

Der als „Vielfalt“ beim ABS beworbene hannoversche Geschäftsführer Mohamed Abou-Taam erwies sich, entgegen dem Leitbild des ABS, als wenig selbstlos, und „mildtätig“ nur sich selber gegenüber.

Von LUPO | Ein Veruntreuungs-Skandal von Flüchtlingshilfegeldern in Hannover erschüttert den Arbeiter-Samariter-Bund. Die Staatsanwaltschaft spricht von 3 Millionen, die der dringend tatverdächtige 46-jährige hannoversche ASB-Chef Mohamed Abou-Taam mit einem Kumpan beiseite geschafft haben soll. Der Mann ist in Haft, der mutmaßliche Mittäter wegen nicht ausreichender Haftgründe auf freiem Fuß. Das melden Bild und NDR.

Die Riesensumme an Hilfsgeldern soll zwischen Januar 2016 und März 2017 veruntreut worden sein, erklärte nach NDR-Angaben die Staatsanwaltschaft Hannover. Der Geschäftsführer soll mit einem Betreiber eines Sicherheitsdienstes für Bewachung in Flüchtlingsheimen zusammengearbeitet haben. Er soll fiktive Rechnungen gestellt haben, die nie erbracht wurden. Da Geld sei geteilt worden.

Abou-Taam wurde vom Arbeiter Samariter Bund als Geschäftsführer abgerufen und gekündigt. Er bestreitet die Vorwürfe.

Der Bundesgeschäftsführer des ASB, Ulrich Bauch, äußerte sich inzwischen wie folgt: „Solange die Ermittlungen laufen, werden wir zu dem Verdacht gegen Herrn Abou-Taam keine Stellung beziehen. Natürlich ist auch uns daran gelegen, alle Verdachtsmomente aufzuklären. Der ASB wird selbstverständlich vollumfänglich kooperieren und unterstützt die behördlichen Ermittlungen. Als Bundesverband stellen wir dem Landesverband und somit auch der Gesellschaft alle vorhandenen Mittel zur Verfügung, die zur Aufklärung beitragen können. Darunter die bundesverbandseigene Revisionsabteilung.“

Im Leitbild des Arbeiter-Samariter-Bundes heißt es: „Der ASB verfolgt selbstlos, ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke.“

In Niedersachsen wurden die Hilfsorganisationen zu Beginn der Flüchtlingskrise mit Geld geradezu „zugeworfen“, das sie gar nicht ausgeben konnten, wie ein NDR-Bericht vom Dezember 2016 nahe legt. Sie „erwirtschafteten“ Überschüsse in zweistelliger Millionen-Euro-Höhe.

Invasoren-Raubmord - das Todesurteil für eine 88-jährige Sächsin Seniorin stirbt nach Überfall durch „arabischen Phänotyp“

pi-news.net/2019/03/schkeuditz-seniorin-stirbt-nach-ueberfall-durch-arabischen-phaenotyp

3. März 2019

Schkeuditz bei Leipzig: Eine 88-jährige Seniorin ist nach einem Raubüberfall gestorben. Laut lokalen Medien sucht die Polizei „nach einem jungen Mann“. Die überregionalen Merkel-Medien schweigen zu dem tödlichen „Übergriff“ (Symbolbild).

Von MAX THOMA | „Niemandem wird etwas weggenommen“ kolportierte der Ex-Unions-Fraktionschef und engste Merkel-Intimus Volker Kauder über die „historisch-einzigartige“ Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.

Niemanden wird etwas weggenommen, außer Geld, Sicherheit und das Leben, kann man heute – auf den Tag genau drei Jahre danach dem kruden Kauder-Kauderwelsch – getrost hinzufügen.

Vier Tage nach einem Raubüberfall in der Nähe von Leipzig ist eine 88 Jahre alte Frau qualvoll an den interkulturellen Verletzungen gestorben. Der Täter ist noch immer auf freiem Fuß, wie die Polizei erst jetzt bekannt gab. Sie bittet die Bevölkerung nun um Mithilfe.

Kein überregionales Mainstream-Medium berichtete übrigens bislang über den „billig-in-Kauf-genommenen“ heimtückischen Raubmord an einer Deutschen.

Der Raubtäter „arabischen Phänotyps“ schleuderte in Schkeuditz (Sachsen) am letzten Samstagabend die gebrechliche Seniorin brutal zu Boden. Aus dem erschreckenden Bericht der Polizei Sachsen:

„Ein Zeuge hatte den Räuber beobachtet, der sich im Hinterhof der Robert-Koch-Straße 33 herumdrückte. Wiederholt hatte dieser sich umgeschaut und versichert, dass niemand weit und breit zu sehen war, bevor er zügig zu der auf dem Gehweg der Robert-Koch-Straße in Richtung Flughafenstraße laufenden 88-Jährigen rannte.

Er näherte sich der Frau von hinten und entriss ihr die Handtasche, welche sie in der Hand trug. Die Dame, die dem Räuber nichts entgegensetzen konnte, stürzte und zog sich dabei die schweren Verletzungen zu. Der Handtaschenräuber rannte indes in Richtung Kindergarten davon und ließ sein Opfer auf dem Boden liegend zurück“.

Der Zeuge kümmerte sich um die Seniorin und rief die Polizei, die sofort die erfolglose Suche in der Nähe des Tatorts einleitete. In der angrenzenden Lilienthalstraße konnten die Beamten allerdings die Handtasche und diverse Gegenstände des Opfers sicherstellen.

Die durch den Sturz verletzte Frau musste auf die Intensivstation eingeliefert werden, wo sie am Mittwoch im Verlauf der erlittenen schweren Verletzungen verstarb. Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei ermitteln nunmehr wegen des „Tatverdachts des Raubes mit Todesfolge" gegen unbekannt. Durch den aufmerksamen Zeugen ist der mutmaßliche Täter sehr exakt beschrieben worden:

- ca. 1,80 m groß,
- schlanke Gestalt,
- schwarzes mittellanges Haar,
- Schnauzbart,
- ca. 20 Jahre alt, jugendliches Aussehen,
- trug eine blaue Joggingjacke, im Schulterbereich heller abgesetzt,
- arabischer Phänotyp.

Zeugen wenden sich bitte an das zu diesem Zweck eingerichtete und rund um die Uhr besetzte Hinweistelefon der Polizeidirektion Leipzig, Tel. 0341/966 – 46666.

Lokalzeitung LVZ: Polizei sucht „jungen Mann"

Die „Leipziger Volkszeitung" titelt willkommens-kulturell merkel-politisch korrekt:

„88-Jährige stirbt nach Überfall in Schkeuditz – Polizei sucht jungen Mann"

In einer weiteren Mitteilung beschrieb die auflagenschwindlige Leipziger Volkszeitung den „Handtaschendieb" als „circa 1,80 m groß und von schlanker Gestalt. Er hatte schwarzes, mittellanges Haar und einen Schnauzbart. Der Mann war ungefähr 20 Jahre alt und trug eine blaue Joggingjacke". Finde den Unterschied zum Polizeibericht!

Im ehemals beschaulichen Schkeuditz mit 18.000 Einwohnern waren bereits im Dezember – ausgerechnet am ersten Weihnachtsfeiertag – und im Januar ältere Frauen (88 und 78 Jahre) mit brutaler Gewalt überfallen worden. Schkeuditz gönnt sich aber immerhin eine „Flüchtlings-Residenz" in ehemaligen „Friendly-Hotel" für eventuell 70 Flüchtlinge für immerhin 860 000 Euro – 560.000 Euro für den Erwerb und 320.000 Euro für wohl nicht unwichtige Brandschutz-Maßnahmen. Bislang allerdings für 0 Geflüchtete: „Erst nach Erfüllung aller baurechtlichen Anforderungen und Abnahme des Objektes durch die zuständige Baubehörde kann die Unterbringung von Asylsuchenden vorgenommen werden."

**Bei den „Iden des März" (von lateinisch Idus Martiae) handelt es sich um eine in vielen Sprachen gebräuchliche Metapher für „bevorstehendes Unheil".*

Zwei schwere Messerangriffe in BW am Sonntag Friedrichshafen: Türke sticht auf 16-Jährige ein

pi-news.net/2019/03/friedrichshafen-tuerke-sticht-auf-16-jaehrige-ein

4. März 2019

In einem „Kulturclub" in Friedrichshafen wurde am Sonntag auf eine 16-Jährige eingestochen. Das Mädchen wurde lebensgefährlich verletzt. Am selben Tag erfolgte auch ein schwerer Messerangriff in Göppingen. Das sonntägliche Messer gehört zum grünen Baden-Württemberg.

Von DAVID DEIMER | Gleich zwei schwere Messerangriffe vom Sonntag erschüttern das westliche Baden-Württemberg. Ausgerechnet vor dem „Kulturclub Metropol" in Friedrichshafen-Fallenbrunnen stach ein kültür-bereichernder „21-jähriger Mann" am frühen Sonntagmorgen mehrmals mit einem Messer auf seine erst 16-jährige Ex-Freundin ein.
Die junge Frau erlitt durch die multiplen Stichattacken lebensgefährliche Verletzungen im Oberkörper- und Organbereich und wurde auf die Intensivstation gebracht. Der Täter hatte die Jugendliche „zufällig" in der Großraum-Diskothek im Fallenbrunnen getroffen und „um eine Aussprache" gebeten. Das Beziehungsgespräch wurde, wie in manchen archaischen Kulturen üblich, mittels stichhaltiger Argumente vorgetragen. Der 21-Jährige stach mit seinem mitgeführten Küchenmesser sodann wie von Sinnen auf sein Opfer ein.

Hubschrauber-Fahndung über dem Bodensee

Die 16-jährige Schwerverletzte konnte noch selbst Hilfe rufen und einen Hinweis auf den mutmaßlichen Messerstecher geben. Trotz sofortiger Fahndungsmaßnahmen gelang es dem 21-Jährigen zunächst, zu Fuß zu flüchten. Für die Suche setzte die Polizei mehrere Einsatzwagen und einen Hubschrauber ein (Kosten 2.000 € für den Steuerzahler pro Stunde).
Nach umfangreichen Fahndungsmaßnahmen stellte sich der 21-Jährige am Nachmittag mit einem Familienangehörigen der Polizei Friedrichshafen, fetter Respekt! Weitere Angaben machten die Staatsanwaltschaft Ravensburg und das Polizeipräsidium Konstanz in ihrer gemeinsamen Pressemitteilung zu dem Vorfall zunächst nicht. Am Montagmorgen bestätigte die Polizei Konstanz, dass das Mädchen wohl außer Lebensgefahr sei. Gegen den „jungen Mann" wurde am Montag zunächst Untersuchungshaft angeordnet. Zur Tatursache machte ein Polizeisprecher am Sonntagabend keine weiteren Angaben.
Beim Verdächtigen handelt es sich um einen in Deutschland geborenen türkischen Staatsbürger.

Göppingen: Schwere Messerattacke auf Nebenbuhler

Ebenfalls am Sonntag stach ein 28-Jähriger in Göppingen (zwischen Ulm und Stuttgart) mehrfach mit einem Messer auf denneuen Freund seiner Ex-Freundin ein. Der 20-Jährige wurde nach Angaben der Staatsanwaltschaft „schwer verletzt", konnte sich aber noch in Sicherheit bringen. Der 28 Jahre alte Tatverdächtige wurde unweit des Tatortes in der Aberlinstraße festgenommen. Nach ersten Erkenntnissen der Behörden soll der Ex-Freund mit einem größeren Messer bewaffnet die Wohnungstür der jungen Frau in einem Mehrfamilienhaus aufgebrochen haben. Dort soll er sodann dem 20-jährigen Nebenbuhler Morddrohungen ausgesprochen und dann mit seinem Messer mehrmals auf ihn eingestochen haben.
Trotz zahlreicher Stichverletzungen sei dem 20-jährigen Opfer wie durch ein Wunder die Flucht gelungen. Der 28 Jahre alte Tatverdächtige konnte unweit des Tatortes festgenommen werden. Am Montag erließ die zuständige Haftrichterin beim Amtsgericht Ulm auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl.
Das sonntägliche Messer gehört zum grünen Baden-Württemberg. Die Mainstreammedien berichten darüber meist nichts.

Erheblicher Schaden für Wohnungsbaugesellschaft Ingolstadt:

Flüchtlinge mit Bleiberecht ruinieren sechs neue Wohnhäuser

pi-news.net/2019/01/ingolstadt-fluechtlinge-mit-bleiberecht-ruinieren-sechs-neue-wohnhaeuser

11. Januar 2019

Die sechs nagelneuen, schmucken Wohnhäuser der GWG Ingolstadt in der dortigen Gustav-Adolf-Straße. Jede bedürftige deutsche Familie wäre froh, so untergebracht zu werden. Innerhalb von nur zwei Jahren schafften es 70 Flüchtlinge mit Bleiberecht, die Anlage so herunterzuwirtschaften, dass sie nun entmietet und generalsaniert werden muss. (Foto: Roman Radon)

Von EUGEN PRINZ | Aus Erfahrung wird man klug, weiß der Volksmund. Inzwischen können wir, was unsere „Schutzsuchenden" betrifft, auch schon auf einen robusten Erfahrungsschatz zurückgreifen. Da wäre zum Beispiel die Erfahrung, dass es nicht immer eine gute Idee ist, als Frau mit einem Flüchtling eine Beziehung einzugehen, oder einen Schutzsuchenden höflich auf ein Fehlverhalten hinzuweisen. Auch Augenkontakt mit dieser Klientel im Begegnungsverkehr ist nicht immer ratsam, besonders wenn es sich um eine Gruppe handelt.

Ebenso beginnt es sich herumzusprechen, dass es viel Geld kosten kann, an Problembären unter den Neubürgern eine Wohnung zu vermieten. Man muss kein Pessimist sein, um vorauszusehen, dass es für diesen Personenkreis am Wohnungsmarkt künftig sehr, sehr schwierig werden wird.

Die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GWG) Ingolstadt ist nach dem Scheitern eines Wohnprojekts für anerkannte und geduldete Flüchtlinge an der Gustav-Adolf-Straße nun auch klüger. Das Herunterwirtschaften von Wohnungen

zieht sich wie ein roter Faden durch die Flüchtlingskrise. Aber sechs Häuser auf einen Schlag, das ist ein neuer Rekord. Hier ist die Geschichte:

Sechs nagelneue Wohnhäuser für Flüchtlinge

Die städtische GWG hatte an der Gustav-Adolf-Straße in Ingolstadt vor zwei Jahren sechs nagelneue Wohnhäuser mit insgesamt 18 Wohnungen zu jeweils vier Zimmern fertiggestellt. Vorgesehen war ein Wohnprojekt für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, anerkannte Asylbewerber, sowie einheimische Auszubildende und Studenten.

Wer erhielt letztendlich die Wohnungen? 70 Flüchtlinge mit Bleibestatus. Die einheimischen Auszubildenden und Studenten gingen leer aus. Es kam auch niemand auf die Idee, die Anlage an sozial schwache deutsche Familien zu vermieten, die überglücklich über eine solche Unterbringung gewesen wären. Alle Zimmer wurden voll möbliert übergeben, die GWG stellte auch einen Hausmeister.

Wie regelmäßige PI-NEWS-Leser bereits wissen, unterscheidet sich die Wohnkultur der Zugewanderten oftmals nicht unerheblich von den mitteleuropäischen Standards. So auch in diesem Fall: Neben den obligatorischen Nachbarschaftsbeschwerden über nächtliche Lärmbelästigung gab es ständig Probleme mit der Müllentsorgung, dazu noch die hinreichend bekannte Verdreckung der Sanitäreinrichtungen und nicht zu vergessen den in solchen Fällen üblichen Vandalismus bei Einrichtungsgegenständen. Die Gemeinschaftsküche wurde vollkommen ruiniert.

GWG gibt keine Fotos vom Zustand der Wohnungen heraus

Die Pressestelle der GWG hat zwar Fotos von den Zuständen in den Wohnungen gefertigt, ist jedoch nicht bereit, diese an die Öffentlichkeit zu geben. Es gibt jedoch Aufnahmen von vergleichbaren Zuständen in anderen derartigen Wohnanlagen:

Die GWG gibt zwar keine Fotos vom Zustand der Wohnungen heraus, man kann jedoch davon ausgehen, dass sich die Bilder in den betroffenen Anlagen alle gleichen. Die Gemeinschaftsküche muss in solchen Fällen anscheinend grundsätzlich dran glauben. Hier ein Beispielfoto aus einer anderen Unterkunft, die von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge bewohnt wurde.

Bereits im vergangenen Sommer versuchte die GWG zusammen mit der Stadt und Sozialarbeitern vergeblich, die Situation in den Griff zu bekommen. Man wurde den „ganz massiven Problemen" an der Gustav-Adolf-Straße nicht Herr. Aufgrund der Verschwiegenheit der Bewohner konnten nicht einmal die Verursacher der Schäden, Verunreinigungen und Lärmbelästigungen ermittelt werden.

Jedenfalls haben es die Bewohner nun geschafft, die Anlage in einen Zustand zu versetzen, der eine Generalsanierung unumgänglich macht. Zu diesem Zweck müssen nun sämtliche Wohnungen entmietet werden. Das geschieht, indem man die Zeitmietverträge nicht mehr verlängert. Bis Ende April fliegt der letzte Mieter raus.

Gutmenschen protestieren gegen die Maßnahmen der GWG

Das bringt natürlich die Gutmenschen auf den Plan. „Engagierte Bürger", die sich seit Jahren um die in Ingolstadt lebende Flüchtlinge kümmern, schreien nun Zeter und Mordio. In einem Brandbrief an Kommunalpolitiker und die Lokalzeitung beschweren sie sich darüber, dass integrationswillige, teils in Ausbildung oder sonstiger Arbeit gut aufgehobene Asylbewerber von der GWG mit „problematischen Mitbewohnern" über

einen Kamm geschoren werden. Dadurch werde auch die eigene ehrenamtliche Arbeit zum Wohle von Flüchtlingen konterkariert.
Wo Gutmenschen aktiv werden, sind natürlich auch die Grünen nicht weit. Petra Kleine, die Fraktionsvorsitzende im Ingolstädter Stadtrat, hat den GWG-Geschäftsführer in einem Schreiben um Aufklärung gebeten und „mehr Unterstützung vor Ort – zum Beispiel durch sozialarbeiterische Betreuung" angeregt. Wenn diese Sozialarbeiter dann täglich die Wohnung sauber machen, den Müll runtertragen, dafür sorgen, dass nicht in die Waschbecken uriniert wird und man für die große Notdurft die Toilette verwendet und nicht die Dusche (wie man es aus ähnlichen Konstellationen kennt), dann ist das sogar eine gute Idee.
Bleibt noch anzumerken, dass die nötige Refinanzierung der Generalsanierung angesichts der gedeckelten Mieten längst nicht gesichert ist.

https://www.n-tv.de/panorama/22-Jaehriger-ersticht-Freundin-nach-Streit-article20896373.html
FREITAG, 08. MÄRZ 2019

Blutiges Drama in Worms

22-Jähriger ersticht Freundin nach Streit

Ein Beziehungsstreit nimmt in Worms offenbar ein tödliches Ende: Eine junge Frau wird in ihrem Elternhaus erstochen aufgefunden. Ihr Freund gesteht die Tat kurze Zeit später. Dieser ist der Polizei schon länger bekannt.
Nach dem mutmaßlichen Mord an einer jungen Frau in Worms untersuchen die Ermittler die genauen Hintergründe der Tat. Unter dringendem Verdacht steht der Freund der 21-Jährigen, der weiterhin vernommen wird, wie ein Sprecher der Polizei berichtete.
Die Frau war in der Nacht zum Mittwoch in ihrem Elternhaus in Worms getötet worden. Dort hatte die Deutsche den Ermittlern zufolge gelebt. Ihr Freund war der Polizei zufolge dort zeitweise zu Gast. Der 22-Jährige, ein abgelehnter Asylbewerber aus Tunesien, hatte sich am frühen Morgen nach der Tat der Polizei gestellt und erklärt, seine Freundin in einem Beziehungsstreit getötet zu haben. Worum es dabei genau ging, sagte er nach Angaben der Ermittler nicht.
Die mutmaßliche Tatwaffe, ein langes Küchenmesser, wurde sichergestellt. Das Ergebnis der rechtsmedizinischen Untersuchung der Leiche steht noch aus. Nach Angaben des Polizeisprechers untersuchen die Ermittler weiterhin den Tatort und befragen zahlreiche Zeugen. Gegen den 22-Jährigen wird wegen Mordes ermittelt. Er befindet sich in Untersuchungshaft.

Verdächtiger mit zahlreichen Delikten aufgefallen

Der mutmaßliche Täter ist der Polizei schon länger bekannt. Er sei bereits wegen Körperverletzungen, Drogendelikten, Bedrohung und Nötigung aufgefallen, teilten die Ermittler mit. Außerdem habe er im Oktober eine dreiwöchige Haftstrafe wegen Diebstahls abgesessen. Straftaten gegen seine 21-jährige Freundin seien der Polizei bislang nicht bekannt gewesen.

Der Tunesier habe im Oktober 2017 in der Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Karlsruhe einen Asylantrag gestellt. Dieser sei aber abgelehnt worden. Der Mann habe eine Duldung bekommen. Die zuständige Ausländerbehörde habe am Montag entschieden, ihn abzuschieben.
Der 22-Jährige hatte der Polizei zufolge zuletzt keinen festen Wohnsitz. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Mainz war dem Mann in Baden-Württemberg als Asylbewerber ein Wohnsitz zugewiesen worden. Seit Montag sei nach ihm gesucht worden.
Quelle: n-tv.de, hny/dpa

Frauen als Freiwild in Worms - OB warnt vor "Rechtspopulisten" Rheinland-Pfalz: Tunesier (22) ermordet Ex-Freundin

pi-news.net/2019/03/rheinland-pfalz-tunesier-22-ermordet-ex-freundin
7. März 2019
Kandel ist überall - im rheinland-pfälzischen Worms kam es zu einem weiteren brutalen "Willkommens-Tötungs-Delikt" im Rahmen der Umvolkung. Der Wormser OB Michael Kissel (SPD, kleines Bild) warnt vor "Rechtspopulisten").
Von DAVID DEIMER | In Worms, das ebenso wie „Kandel" in Rheinland-Pfalz liegt, hat ein 22-jähriger „Schutzsuchender" seine „Freundin" (21), nach einem eskalierenden Streit ermordet. Die nächste symptomatisch-grauenhafte Einzeltat „eines Mannes" (lokale Mainstreammedien) geschah in der Nacht auf Mittwoch.
Der 22-jährige aus Tunesien stammender Wormser Neubürger hat sich am frühen Morgen der Polizei gestellt, Einsatzkräfte haben das Mädchen kurz darauf in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Er bedauere die Tat.
Das Kommissariat K11 der Kriminaldirektion Mainz hat die Ermittlungen aufgenommen. In enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft Mainz werden „diese intensiv vorangetrieben, um die Umstände der Tat schnellstmöglich aufzuklären"**.** Das Stadtviertel im Wormser Norden, in dem sich der tödliche Beziehungsstreit zugetragen hat, gilt als „sozialer Brennpunkt". Die Staatsanwaltschaft Mainz prüfe jedoch aktuell den „ausländerrechtlichen Status" des islamischen Killers. Es stehe fest, dass der Ex-Freund nicht in der Tatwohnung in Worms gemeldet war, die das Opfer im Haus ihrer Eltern bewohnte. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Mainz sei „beabsichtigt, den Tatverdächtigen am Donnerstag dem Haftrichter in Mainz vorzuführen".
SPD-Oberbürgermeister ist entsetzt und warnt vor Rechtspopulisten!
Wie der Wormser ‚Nibelungenkurier' berichtet, habe sich Oberbürgermeister Michael Kissel von der Willkommenspartei SPD in einer Finanzausschusssitzung „entsetzt über

die Tat geäußert". Gleichwohl sprach Kissel der rheinland-pfälzischen Kuschel-Justiz sein vollstes Vertrauen aus, die über den schlimmen Vorfall urteilen muss, wenn sämtliche Ermittlungen abgeschlossen sind. Wohl ähnlich wie im Fall „Mia – Kandel" mit großzügigem Täter-Bonus für den Mörder. Zudem bat das Stadtoberhaupt darum, das Geschehen mit dem gebotenen Augenmaß zu werten, „damit die Tat nicht von Rechtspopulisten für politische Themen missbraucht werde". Die wenigen Mainstream-Medien berichten politisch-korrekt im Sinne des Merkel-Systems, wie tag24:

„Beziehungsstreit eskaliert: Mann tötet 21-jährige Freundin – Frau in Worms getötet"

PI-NEWS wird weiter über den weiteren schrecklichen Mord an einem Mädchen berichten.

„Die Menschen rannten panisch aus der Kirche" Worms: „Allahu Akbar"-Rufe bei Trauerandacht für Cynthia

pi-news.net/2019/03/worms-allahu-akbar-rufe-bei-trauerandacht-fuer-mordopfer-cynthia

10. März 2019

https://youtu.be/nOTxF3IZnGY

Von JOHANNES DANIELS | „Worms: Der gesamte Marsch verlief absolut friedlich und sehr ruhig" schrieben die lokalen Systemmedien unisono. Eine andere Meldung lautete allah-dings: "Die Menschen rannten nach den Allhau-Akbar-Rufen panisch aus der Kirche und weinten" …

Langsam wird klar, was die „Friedensbewegung" und der Links-Staat unter „friedlich" verstehen: Ein polizeibekannter-mehrfach-vorbestrafter-abschiebepflichtiger-tunesischer Intensiv-Täter ermordet in den Nacht zum Aschermittwoch ein Mädchen, das er ein paar Wochen kannte mit 15 Messerstichen. Und ein islamisierender „Kollega" versetzt die Trauergemeinde drei Tage danach in Angst und Schrecken. Das ist die Definition „Frieden" im Zuge der konzertierten Umvolkungs-Bewegungen im Deutschland 2019. 88 Prozent der deutschen Wähler wollten es: Genau so.

Oder war der „Zwischenfall" nur ein weiteres geschmackloses Happy-Happening der steuergeld-geförderten Künstlergruppe „Zentrum für politische Schönheit" und ihrer neuen Partner-Behörde, der so genannten „Bundeszentrale für politische Bildung"? Nein, es war bitterer Ernst, denn am Aschermittwoch ist „alles" vorbei, zumindest für eine Nicht-mehr-länger-hier-Lebende.

Albtraum im Altarraum: Unser Gott ist größer

Angehörige und Freunde der massakrierten Syndia, gennant Cynthia, hatten einen Trauermarsch vom Haus von Cynthias Eltern zur Kirche im Wormser Nordend

organisiert, an dem über 500 bereits schockierte und tief trauernde Wormser teilnahmen. Anschließend sollte ein ökumenischer Gottesdienst in der dortigen „Liebfrauenkriche" stattfinden. Doch zu Beginn der Trauerstunde raste ein „psychisch verwirrter Mann" in den Altarraum. Zeugen berichteten, dass der „Südländer" mit ausgebreiteten Armen dann „Allahu Akbar" rief – Gott ist größer – und unchristliche Flüche in einer „unverständlichen Sprache" gegen die Trauergemeinde krakeelte. Ein Ausruf, den islamische Attentäter bei den zunehmenden Attentaten der letzten Zeit gerne lauthals ausstießen. Zahlreiche Gottesdienstbesucher verließen daraufhin panikartig das so entweihte „Gotteshaus". Viele waren traumarisiert und weinten. Die alarmierte Polizei konnte den Störer 100 Meter von der Liebfrauenkirche entfernt festnehmen. Die Hintergründe für seine Aktion sind laut Polizei noch unklar. Der Gottesdienst wurde jedoch fortgesetzt, jedoch unter noch weitaus schockierenderen „Auspizien".

Allahu Akbar-Täter wieder auf „Freiem Fuß"

Der 29 Jahre alte „Mann" sei polizeilich vernommen worden, betonte ein Polizeisprecher am Sonntag. Auch eine seiner Personalien wurde festgestellt. Eine Erklärung für sein Verhalten gebe es aber nicht, erklärte der Sprecher. Der „Psychisch Verwirrte" sei mittlerweile wieder auf freiem Fuß, eine Fluchtgefahr aus dem deutschen Sozialsystem bestehe nicht – Insch'Allah ! Sein Islam-Chip kann wieder neu aufgeladen werden. Gegen ihn wird jetzt jetzt wegen „des Verdachts der Störung der Religionsausübung" ermittelt, das Verfahren wird daher wohl erfahrungsgemäß eingestellt werden. Die Polizei rätselt derzeit über „die Hintergründe der Aktion".

Linke Trauer-Arbeit: Medien berichten über einen „friedlichen Trauer-Abend

Die Systemmedien berichten „neutral" über die Allahu-Attacke, wie die „Wormser Zeitung":

„Rund 500 Menschen haben am Samstagabend am Trauermarsch für die ermordete Syndia teilgenommen. Der Zug führte vom Netto-Parkplatz in der Mainzer Straße durch das Nordend zur Wohnung, in der die 21-jährige lebte. Der gesamte Marsch verlief absolut friedlich und sehr ruhig".

Auch „heidelberg24" möchte den „Rechtspopulisten" und Befürwortern des Rechtsstaates keinen Auftrieb geben und schreibt:

„Organisiert wurde der Marsch von den Schwestern Sissy und Christiane Köcher – sie sind Freunde der Familie und wollten mit der Veranstaltung ein Zeichen dafür setzen, dass die Familie von Syndia A. nicht alleine ist. Der Marsch hatte um 20 Uhr begonnen und war friedlich verlaufen".

Islam-Fachkraft: Drogen, Körperverletzung, Bedrohung, Diebstahl … und Mord!

Inzwischen wurde bekannt, dass Cynthias Mörder bereits wegen Drogen, Körperverletzung, Bedrohung und Diebstahl polizeibekannt war – und nun auch wegen Mordes – die klassischen „Big Five" von Merkels Intensiv-Invasoren. Der Asylantrag von „Ahmed" T. wurde abgelehnt und er „sollte eigentlich abgeschoben werden, lebte aber mit einer Duldung weiter im Land". Zwei Tage vor dem Massaker an Cynthia sollte er erneut abgeschoben werden, was aufgrund Behördenversagens nicht erfolgte. Ob der afro-tunesische Killer wirklich Ahmed heißt, sei auch Teil der Ermittlungen: Seit seiner Einreise nach

Baden-Württemberg im Oktober 2017 führte er laut den Ermittlern verschiede Ali-Alias-Namen und Alias-Wohnorte.
Die 21 Jahre alte Krankenpflegerin war in der Nacht zum Mittwoch im Bett ihres Elternhauses in Worms brutal erstochen worden. Dort wohnte sie im obersten von drei Stockwerken. Die junge Frau starb nach früheren Angaben der Staatsanwaltschaft an mehreren Messerstichen, insgesamt erlitt sie fünfzehn Stich- und Schnittverletzungen im Rücken, am Hals, in der Lunge und an den Händen. Doch das Motiv des „mutmaßlichen Täters" sei den Strafbehörden noch völlig unklar. Die Staatsanwaltschaft erwägt nun „eine psychiatrische Begutachtung" des abgelehnten „Schutzsuchenden" aus Tunesien.
„Ahmed" machte bislang alles richtig, um seiner rein theoretisch drohenden Abschiebung zu entgehen – was bedeutet da schon ein Menschenleben einer unwürdigen Krankenschwester nicht-islamischen Glaubens? Auch beim Haftrichter zeigte er sich gewaltbereit und randalierte, exakt wie aus dem Lehrbuch der Asylhelfer-Industrie.
Ob „Ahmed" damit auf Unzurechnungsfähigkeit spekuliere, „wird sich noch zeigen müssen," so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Er zeigte allerdings „ein der Situation nicht angemessenes Verhalten", stellte auch die rot-grüne Staatsanwaltschaft bereits in vorauseilender Strafminderungs-Weisungsgebundenheit fest. Das Land Rheinland-Pfalz enthielt sich übrigens im Bundesrat der Stimme bezüglich der Festlegung der Maghreb-Staaten als „Sichere Herkunftsländer". Cynthia könnte noch leben, wenn der Links-Staat nicht – absichtlich und bewusst – versagen würde.
Rheinland-Pfalz – Kandel ist überall in Deutschland
Nicht einmal vier Tage nach der grausamen Bluttat an Cynthia schweigen immer noch fast alle Mainstream-Medien über den „Mord von Worms" und die medialen Mittäter wissen genau warum. Auf twitter werden die Wenigen, denen der eiskalte Mord an einem deutschen Mädchen noch empathisch am Herzen liegt, stasimäßig denunziert und angeprangert (PI-NEWS berichtete: Mord durch aktives Staatsversagen). Und die BILD kehrt wieder zu ihrem exzessiven Lieblingsthema „Rebecca – Mord ohne Leiche" zurück – sogar tagelang in vier verschiedenen Artikeln gleichzeitig. Kein Wort zu Cynthia oder Syndia in den Top-News. Warum wohl?
Nazi-Experte Oberbürgermeister Kissel, SPD – Fachkraft für „Interkulturelle Kompetenz"
Der Wormser Oberbürgermeister Michael Kissel, SPD, hatte die Wormser zum Zusammenhalt (gegen Rechts und das Recht?) aufgerufen. In einer Stellungnahme auf der Homepage von Worms hieß es:
„Nur gemeinsam kann die Stadt diese unfassbare Tat verarbeiten. Lassen Sie uns gemeinsam trauern und lassen Sie uns die Familie unserer Anteilnahme gewiss sein. Wir können der Familie ihr Leid nicht nehmen, aber wir können alles dafür tun, dass sie ihre Trauer in Ruhe verarbeiten kann."
Zudem bat das Stadtoberhaupt darum, das Geschehen mit dem gebotenen Augenmaß zu werten, „damit die Tat nicht von Rechtspopulisten für politische Themen missbraucht werde". Er habe Vertrauen in die rot-grüne Justiz in Rheinland-Pfalz, die Kissel auch gerne für seine Hetze missbraucht und missachtet – PI-NEWS

berichtete bereits exklusiv über den dreisten Sozi-Rechtsbrecher und Denunzianten seiner kommunalen Mitarbeiter, unterstützt von einem Antifa-„Bündnis gegen Naziaufmärsche“.

90 Prozent Nafri-Kriminelle importiert

Merkel hat für alle Schwerverbrecher aus aller Welt Tür und Tor geöffnet. Symptomatisch dafür stellt sich die Situation in Sachsen dar, wo mehr als 90 Prozent (in Worten: neunzig Prozent !!!) der im Land gemeldeten „Zuwanderer“ aus Tunesien, Algerien und Marokko innerhalb nur eines Jahres als Straftäter in Erscheinung traten. Ähnlich im prekären Stadtstaat Bremenund auch in Rheinland-Pfalz.

Werden „Ahmed“ und sein Allahu-Hassrufer-Kollege vom Wormser Liebfrauen-Altar die klaffende Lücke, die die fleissige Krankenpflegerin Cynthia hinterließ, nach Ahmeds vorzeitiger Entlassung in knapp vier Jahren – „Stichwort“ Jugendstrafrecht – füllen können? Wenn es nach Rot-Grün in Rheinland-Pfalz geht, selbstverständlich. Die Grünen-Sekte zu den nicht abschiebbaren Messer- und Skalpell-Fachkräften aus Algerien und Tunesien: „Wer Krankenpfleger wird, soll bleiben dürfen“, berichtet stolz die tagesschau – auch dort kein „Sterbenswörtchen“ zu den *lokalen Zwischenfällen* aus der Pfalz. Im Zuge des Dritten Historisch Einzigartigen Experiments auf deutschem Boden kann es bekanntlich zu „Verwerfungen“ kommen, so der Harvard-Integrations-Experte Yasha Mounk in den ARD-Tagesthemen.

Für Dienstag hat die AfD übrigens zur einer Mahnwache in Worms aufgerufen.

Update: Der Allahu Akbar-Täter war eine asylsuchender Pakistaner, 29.

„Herausragendes bürgerschaftliches Engagement“ Eltern der ermordeten Maria Ladenburger erhalten Zeitungspreis

pi-news.net/2019/03/eltern-der-ermordeten-maria-ladenburger-erhalten-zeitungspreis

12. März 2019

Am 16. Oktober 2016 vergewaltigte und ertränkte der afghanischen"Flüchtling" Hussein Khavari (kleines Bild li.) die 19-jährige Studentin Maria Ladenburger. Ihre Eltern aber beschäftigt wohl mehr die angebliche Hetze gegen „Flüchtlinge". Nun werden sie von der Systempresse für diese Haltung ausgezeichnet.

Von JUPITER | Die deutschen Zeitungen vergeben jährlich einen Preis für ein „herausragendes bürgerschaftliches Engagement". Am Mittwoch geht die mit 20.000 Euro dotierte Auszeichnung in Berlin an Clemens und Friedericke Ladenburger. Es sind die Eltern der am 16.10.2016 durch den einen afghanischen"Flüchtling" Hussein Khavari vergewaltigten und ermordeten 19-jährigen Freiburger Medizinstudentin Maria Ladenburger. Diese üben Kritik an der „Instrumentalisierung" ihrer Tochter, lassen sich aber offensichtlich selbst instrumentalisieren.

Das erste Interview des Ehepaares in der Hannoverschen Allgemeinen seit Verurteilung des Täters löst Irritationen aus. Und der Zeitungspreis lässt erahnen, wie sehr sich die deutschen Zeitungen inzwischen von ihren Lesern entfernt haben.

Die Ladenburgers arbeiten als Juristen in Brüssel, er als hoher Beamter bei der Europäischen Kommission, sie bei der Kommission der katholischen Bischofskonferenz der EU. Die HAZ gibt den Ton vor: obwohl ihre Tochter in der Oktobernacht in Freiburg von Hussein Khavari, einem kriminell vorbelasteten Schein-Flüchtling mit falscher Altersangabe, brutalstmöglich vergewaltigt und anschließend grausam in der flachen Dreisam ertränkt wurde, stemmten sich die Eltern der anschließenden „Hetze und dem Fremdenhass" entgegen, schreibt die HAZ. Von der AfD angefeindet, seien sie trotz allem besonnen geblieben. Schmerzlich sei bei den Eltern Ladenburg vor allem haften geblieben, dass das Schicksal ihrer Tochter „instrumentalisiert" worden sei.

Moralische Übermenschen oder Sektenmitglieder?

Wer das Interview gelesen hat, fragt sich am Ende, ob er es hier mit moralischen Supermenschen oder mit Anhängern einer Sekte zu tun hat. Sind es anbetungswürdige Übereltern oder Scharlatane, die mit ungeheurer Rationalität und Reflektion den grausamen Tod ihrer Tochter abarbeiten. Er fragt sich, ob er zu den vielleicht fünf, maximal zehn Prozent Eltern gehört oder gehören möchte, die wie die Ladenburgers abgeklärt und gottgleich auf Schmerz und Trauer reagieren; oder ob er zum mutmaßlichen Rest von Eltern gehört, denen Wut, Abscheu, Rache und Vergeltung innewohnen würde, wenn sie sich ähnliches Leid an ihren Liebsten vergegenwärtigten. Und die sich fragen, wer im Rechtsstaat hierfür und für die Sicherheit ihrer Kinder Verantwortung trägt.
Solche Empfindungen sind den Eltern Ladenburger anscheinend allzu menschlich und damit vom Teufel. Hass und Rache sei ihnen fremd, vielleicht sei mal Bitterkeit, Wut, Niedergeschlagenheit aufgekommen, sagen sie.
Sie wollten dem Täter nicht Auge in Auge gegenüberstehen, denn sie sind sich sicher: ihre Tochter hätte das nicht haben wollen. Deshalb blieben sie dem Prozess fern und ließen sich durch ihren Nebenklagevertreter informieren.
Sie gründeten mit Urteilsspruch (Khavari bekommt lebenslänglich mit Sicherheitsverwahrung) eine Stiftung und brachten 100.000 Euro privates Vermögen ein. Ziel ist die Vergabe von Stipendien von Studierenden in prekären Situationen. Sie bestimmten, dass Geldmittel „ausdrücklich auch für Geflüchtete" bereitsteht.
„Gott will das Böse nicht"
Der Glaube als Christen gibt ihnen Halt, sie zweifeln trotz allem nicht an Gott. „Gott wollte das nicht, was Maria angetan wurde. Gott will das Böse nicht", sagt Clemens Ladenburger. Seine Frau ergänzt: „Und das (Böse) kann er dann auch nicht immer verhindern. Er hat nicht eingegriffen. Warum nicht? Ich weiß das nicht zu sagen."
Clemens Ladenburger: „Gott kann nicht alles Böse von uns fernhalten. Aber er ist im Leid gegenwärtig, und er teilt unser leid. Das haben wir seit Marias Tod sehr wohl erfahren: Unser Gott steht uns zur Seite. Genau, wie er Maria zur Seite steht."
Keine Kritik am Rechtsstaat…
Wenn also Gott keine Schuld am grausamen Schicksal ihrer Tochter trägt, gibt es dann wenigstens Zweifel an der Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates? Auch hier reagieren die Ladenburgers beherrscht und ausweichend: Der Fall ihrer Tochter habe „eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die den politischen und gesellschaftlichen Akteuren zuvor nicht so deutlich waren, die aber offen diskutiert werden müssten". Dazu gehörten Fragen nach den „Zusammenhängen von Migration und innerer Sicherheit, nach den Kontrollen in Asylverfahren und nach den großen Herausforderungen der Integration". Dies müsse „sachlich geschehen und mit Respekt vor der Einstellung und der Herkunft des anderen".
…aber an der „Instrumentalisierung"
Schmerzen empfanden die Ladenburgers eigenen Worten zufolge, als sie miterleben mussten, „wie das Schicksal ihrer Tochter instrumentalisiert, wie mit ihrem Namen Hass geschürt" worden sei. Gleichwohl hätten sie den Impuls unterdrückt, öffentlich

Einspruch zu erheben. Ihre Antwort sei die Stiftung gewesen. Damit hätten sie ein Zeichen setzen wollen, „dass wir als Gesellschaft Taten des Hasses und kaltblütiger Menschenverachtung nicht mit Hetze und noch mehr Hass beantworten dürfen“.
Die Frage, ob sie nicht selbst ihre Tochter instrumentalisieren und durch den Preis instrumentalisiert werden, stellt sich den selbstgerechten Ladenburgers wahrscheinlich nicht. Sie stehen schließlich auf der Seite des Guten, zeigen Haltung und die richtige zeitgeistige Gesinnung, und man darf annehmen, dass es ihnen ihre gesellschaftliche und berufliche Stellung nicht erlaubt, sich aus dem Zwangskorsett von Sachlichkeit und Gutmenschentum zu befreien.
Chefredakteure an Lesern vorbei
Spekulativ bleibt, was die 254 Chefredakteure der BDZV-Mitgliedsverlage veranlasst hat, die Freiburger Sondereltern als Preisträger zu ehren. Gewürdigt werden sollen „Personen, die auch jenseits ihrer eigentlichen Profession Herausragendes für die Gesellschaft leisten“. Eine Stiftung für Studierende zu gründen, ist sicher großherzig, aber noch nicht besonders bedeutend. Den Zeitungsverlegern geht es offensichtlich auch nicht um eine herausragende persönliche Leistung, sondern um die politische Botschaft.
Sie wollen ein politisches Signal setzen: Für die Akzeptanz der massenhaften Zuwanderung samt ihren negativen Folgen, für den Erhalt des verursachenden Berliner Machtapparates, gegen Stimmen der Empörung bei Mord und Totschlag, denen „Instrumentalisierung“, Hetze und Hass unterstellt wird. Dafür stehen die Ladenburgers symbolhaft. Auch sie werden instrumentalisiert. Mit ihrer Preisvergabe handeln die Zeitungsverleger und Chefredakteure gleichzeitig gegen die Interessen mutmaßlich der meisten Leser. Viele deutsche Zeitungsverlage befinden sich derzeit auflagenmäßig im freien Fall, weil sie ihre Leser ignorieren und dieses mit der Preisvergabe erneut unterstrichen haben.

Einwanderer aus Somalia schicken Kinder von England in die Heimat zurück Somalia sicherer als Großbritannien?

pi-news.net/2019/03/somalia-sicherer-als-grossbritannien
13. März 2019
Von CHEVROLET | Immer mehr Messerangriffe, Drogenhandel und Bandenkriminalität prägen zunehmend den Großraum London, wo Multikulti ja

so wunderbar sein soll. Das wird jetzt sogar Einwanderern zu viel, wie „The Guardian“ berichtet.
An die 70 Prozent der Somalier in Islington im Londoner Norden hat schon eigene Erlebnisse mit Messergewalt und Drogenkriminalität gemacht. Dabei insbesondere mit den „County lines“, den Vertriebswegen für Drogen in die ländlichen Regionen des Umlands. Die Drogenhändler werben dafür Kinder an, die die Drogen dann transportieren. Oft sind es eben somalische Jungen.
„Hunderte Jugendliche wurden nach Somalia, Kenia und Somaliland gebracht, um sie in Sicherheit zu bringen. Die Eltern haben oft das Gefühl gar keine andere Wahl zu haben“, so Sadia Ali vom Somalia-Forum in Islington, und selbst Mutter von sieben Kindern.
Islingtons stellvertretende Bürgermeisterin Rakhia Ismail pflichtet ihr bei: „Die Kinder zurückzuschicken ist die einzige Möglichkeit sie in Sicherheit zu bringen. Die Sicherheitsprobleme haben wir schon häufig angesprochen, doch es hat niemanden interessiert. Da ist es besser selbst zu handeln.“
Yusuf Sheikh Omar von der Londoner „School of Oriental and African Studies“ (SOAS) beklagte, dass die Gewaltspirale in der Gegend viele junge Somalier ins kriminelle Milieu gebracht habe. Als Ursachen macht er natürlich Armut, Arbeitslosigkeit, Rassismus und „Islamophobie“ aus.
Der Eindruck, dass es in Somalia sehr sicher ist, wird auch durch Dänemark gestützt, denn dänische Regierungsmitglieder erklärten bereits öffentlich, dass dort weder Leben noch Gesundheit der Menschen in Gefahr seien. Anders als in London.

12. März 2019, 06:13 Uhr

Fall Susanna

Mordprozess gegen Ali B. beginnt

Unter großen Sicherheitsvorkehrungen startet das Verfahren zum Fall Susanna am Landgericht Wiesbaden. Der abgelehnte Asylbewerber Ali B. muss sich auch wegen Mordes und Vergewaltigung verantworten. Der Überblick.
Mehr als neun Monate nach dem Tod der 14-Jährigen muss sich Ali B. vor dem Wiesbadener Landgericht im Fall Susanna verantworten. Der Prozess beginnt unter großen Sicherheitsvorkehrungen. Der Überblick zum Verhandlungsstart.
Der Tatvorwurf

Der 22-jährige Angeklagte soll Susanna F. Ende Mai 2018 in einem Waldstück nahe dem Wiesbadener Stadtteil Erbenheim erst zum Geschlechtsverkehr gezwungen und dann umgebracht haben. Er habe sie mit seinem Arm von hinten erwürgt, als die Schülerin drohte, zur Polizei zu gehen, heißt es von der Staatsanwaltschaft. Die Anklage wirft ihm die Vergewaltigung und anschließende Ermordung des Mädchens aus Heimtücke vor.

Der Fundort

Erst am 6. Juni 2018 wurde Susannas Leiche gefunden. Der Körper des Mädchens lag am Rand eines Gewerbegebiets in Wiesbaden, vergraben in einem Erdloch neben Bahngleisen. Dieses soll laut Ermittlern etwa 35 Zentimeter tief, einen Meter breit und etwa 1,80 Meter lang gewesen sein. Der Angeklagte und offenbar noch eine weitere Person sollen die Leiche mit Erde und Ästen bedeckt haben.

Die Flucht

Wenige Tage nach dem gewaltsamen Tod der Schülerin reiste Ali B. mit seinen Eltern und Geschwistern aus der Flüchtlingsunterkunft in Wiesbaden in den kurdisch kontrollierten Nordirak aus. Obwohl auf den Flugtickets andere Namen als auf den am Flughafen vorgelegten irakischen Identitätskarten angegeben waren, gelang der Familie die Ausreise.

Die Festnahme

Kurz nach seiner Flucht nahmen kurdische Sicherheitsbehörden Ali B. fest. Er wurde der Bundespolizei übergeben. Bundespolizeipräsident Dieter Romann flog persönlich in den Irak, um B. nach Deutschland zurückzuholen. Ein deshalb gegen Romann eingeleitetes Verfahren wegen des Verdachts der Freiheitsberaubung wurde inzwischen mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Seit dem 10. Juni 2018 sitzt Ali B. in Frankfurt in Untersuchungshaft.

Der Prozess

Ali B. hat in Vernehmungen gestanden, Susanna umgebracht zu haben. Die Vergewaltigung bestreitet der zur Tatzeit 21-Jährige jedoch. Im Verfahren wird mit einer Aussage des Angeklagten gerechnet. Die Verteidigung des abgelehnten Asylbewerbers habe angekündigt, dass er sich zu den Vorwürfen äußern wolle, sagte ein Sprecher des Landgerichts.

Kritik an den Behörden

Bei den Ermittlungen um Susannas Tod und dem Umgang der Behörden mit Ali B. hakte es an vielen Stellen (mehr dazu lesen Sie hier). Die Mutter von Susanna F. kritisierte die Arbeit der Polizei. Ihre Tochter galt seit dem 22. Mai 2018 als vermisst. Doch die Ermittler hätten fünf Tage nichts getan, nur dank der Rechtsanwältin der Familie sei Susannas Handy geortet und eine öffentliche Fahndung eingeleitet worden. Zudem seien ihre Angaben, nach denen sie am Tag nach dem Mord an Susanna vom Handy der Jugendlichen dubiose Nachrichten bekam, nicht ernst genug genommen worden. Später habe sich herausgestellt, dass B. die Nachrichten verschickt habe, um seine Tat zu verschleiern.

Weitere Vorwürfe gegen Ali B.

Die Staatsanwaltschaft hat insgesamt drei Anklagen vor dem Wiesbadener Landgericht gegen Ali B. erhoben: Er soll außerdem noch ein elfjähriges Mädchen

vergewaltigt und einen Mann im Wiesbadener Kurpark mit Waffengewalt überfallen haben. Diese Vorwürfe werden in separaten Verfahren behandelt.
sen/dpa/AFP
URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/susanna-f-ali-b-wegen-mordes-an-schuelerin-in-wiesbaden-vor-gericht-a-1257202.html

19. März 2019, 12:11 Uhr

Organisierte Kriminalität

Justiz klagt Clan-Boss "Don Mikel" an

Von Roman Lehberger

Gewerbsmäßiger Betrug und Geldwäsche: Nach SPIEGEL-Informationen hat die Staatsanwaltschaft Köln Anklage im bislang größten Verfahren gegen Mitglieder und Helfer der Großfamilie Goman aus Leverkusen erhoben.

Er protzte mit teuren Autos, Uhren, einer Luxuswohnung - und kassierte nebenher Sozialleistungen. Mit seiner Dreistigkeit brachte es Michael Goman, Führungsfigur der berüchtigten Großfamilie Goman aus Leverkusen, im vergangenen Jahr zu bundesweiter Bekanntheit.

Jahrelang hatte die Kölner Sonderkommission "Bischof" gegen Goman und 48 weitere Beschuldigte aus dem Umfeld des weitverzweigten Roma-Clans ermittelt. Der Verdacht: Geldwäsche, Urkundenfälschung, dubiose Immobiliendeals und gewerbsmäßige Betrügereien aller Art. Mit einer groß angelegten Razzia im März 2018 schlug die Polizei schließlich zu. Michael Goman, Spitzname "Don Mikel", und einige mutmaßliche Helfer kamen in Untersuchungshaft.

Die komplexen Vorwürfe gegen die Beschuldigten teilten die Fahnder in mehrere Verfahren auf. Im größten und wichtigsten Fall hat die Staatsanwaltschaft Köln nach SPIEGEL-Informationen nun Anklage erhoben. In der 116 Seiten starken Anklageschrift werfen die Beamten Michael Goman gewerbsmäßigen Betrug in 21 Fällen vor. Demnach soll sich der Clan-Boss über Monate das Vertrauen eines vermögenden älteren Ehepaares erschlichen und es durch geschickte Manipulationen regelrecht ausgenommen haben. (Lesen Sie hier die Hintergründe dazu.)

"Mama" und "Papa" nannte er den Erkenntnissen zufolge die Eheleute irgendwann. Immer wieder ließ sich Goman erhebliche Geldbeträge von dem Ehemann vorstrecken, die er offenbar nie zurückzahlte. Die Staatsanwaltschaft sieht in jeder der kontinuierlichen Zahlungen an Goman eine eigene Betrugshandlung. Mutmaßlicher Gesamtschaden: rund eine Million Euro.

Video: Die Geschäfte der Großfamilie Goman

Darüber hinaus wirft die Staatsanwaltschaft "Don Mikel" eine falsche eidesstattliche Versicherung vor. So gab er im Jahr 2017 gegenüber einer Gerichtsvollzieherin an, er

lebe bei seinen Eltern und verdiene lediglich 550 Euro netto im Monat. Außerdem sei ihm der Aufenthaltsort seiner Frau unbekannt.
Stattdessen aber lebte Goman laut Anklage zu diesem Zeitpunkt "mit seiner Partnerin und den gemeinsamen Kindern in einer luxuriös ausgestatteten und 200 Quadratmeter großen Wohnung in Leverkusen". Bezahlt wurde die Wohnung nach SPIEGEL-Informationen vom Sozialamt - denn für die Stadt war "Don Mikel" offiziell vermögenslos. Eine Anfrage zu den Vorwürfen gegen seinen Mandanten ließ der Rechtsanwalt des Michael Goman unbeantwortet.
Drei mutmaßlichen Strohmännern Gomans wirft die Staatsanwaltschaft außerdem Geldwäsche vor. Die Männer, darunter einer seiner Söhne, sollen für Goman laut Anklage jahrelang Autos und Immobilien beschafft und dabei zur Verschleierung der wahren Besitzverhältnisse ihre Namen zur Verfügung gestellt haben. Zwei von ihnen sitzen ebenfalls in Untersuchungshaft.
In einem abgetrennten Verfahren wurde "Don Mikel" bereits im November wegen eines Teppichbetruges, den er mit zwei Komplizen beging, zu mehr als vier Jahren Haft verurteilt. Im aktuellen Fall könnten jetzt weitere Jahre im Gefängnis hinzukommen. Sollte die Anklage vom Kölner Landgericht zugelassen werden, wird die Verhandlung voraussichtlich Ende Mai vor der 17. Großen Strafkammer beginnen.
URL:

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/organisierte-kriminalitaet-justiz-klagt-clan-boss-don-mikel-an-a-1258561.html

18. März 2019, 16:38 Uhr

Bundesanwaltschaft

Drei Iraker wegen IS-Mitgliedschaft angeklagt

Sie sollen der Terrormiliz "Islamischer Staat" bis 2015 angehört haben und kurz danach nach Deutschland gereist sein. Jetzt hat die Bundesanwaltschaft gegen drei Iraker Anklage erhoben.
Drei mutmaßliche Mitglieder der Terrormiliz "Islamischer Staat" aus dem Irak kommen wegen Verbrechen in ihrer Heimat voraussichtlich in Deutschland vor Gericht. Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen die Männer im Alter von 27 und 29 Jahren erhoben. Sie sollen sich 2014 dem IS angeschlossen und innerhalb der Miliz verschiedene Aufgaben wahrgenommen haben, wie die Behörde mitteilte.
Einer der Männer soll schon als Jugendlicher 13 blutige Sprengstoffanschläge verübt haben. Dabei habe es immer Tote und Verletzte gegeben - darunter Angehörige der US-Streitkräfte, irakische Soldaten und Polizisten sowie Zivilisten. Bei den Anschlägen zwischen 2006 und 2008 soll der Angeklagte Mitglied der IS-Vorgängerorganisation "Islamischer Staat im Irak" gewesen sein.

Dem zweiten Mann wird vorgeworfen, Hinrichtungen von Männern, Frauen und Kindern auf einem Dorfplatz abgesichert zu haben. Der Dritte soll unter anderem Hinrichtungen und Bestrafungsaktionen gefilmt haben.
Mitte 2015 sollen die drei Angeklagten den IS verlassen haben und kurz darauf nach Deutschland gereist sein. Sie wurden im vergangenen Juni festgenommen. Die Männer waren im Juni 2018 gefasst worden und sitzen seither in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft hatte noch einen vierten Mann festnehmen lassen. Die Ermittlungen gegen ihn sind inzwischen eingestellt, wie weiter mitgeteilt wurde.
Die Anklage wurde bereits am 8. März vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf erhoben. Die Männer waren nach früheren Angaben in Nordrhein-Westfalen und Bayern gefasst worden. Über die Zulassung der Anklage entscheidet nun das Düsseldorfer Oberlandesgericht.
asc/dpa/AFP
URL:
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/islamischer-staat-bundesanwaltschaft-erhebt-anklage-gegen-drei-iraker-a-1258465.html

https://www.focus.de/politik/deutschland/clan-doku-im-zdf-mitglied-zeigt-im-tv-verachtung-fuer-deutschen-staat_id_10505396.html

http://www.pi-news.net/2019/03/nach-zuganschlaegen-irakischer-is-terrorist-in-wien-gefasst/

„SO VIELE TOTE WIE MÖGLICH"

Nach Zuganschlägen: Irakischer IS-Terrorist in Wien gefasst

27. März 2019
57

Der 42-jährige irakische IS-Terrorist und sein Bekennerschreiben: Solange die EU gegen den „Islamischen Staat" vorgehe, sollen Züge angegriffen werden, steht darin auf Hocharabisch - exakt wie im IS-Magazin „Inspire" empfohlen. PI-NEWS berichtete bereits 2017, das deutsche BKA wusste von nichts.
Von JOHANNES DANIELS | Die österreichische Elite-Einheit Cobra stürmte am Montag in einem Wiener Gemeindebau eine Wohnung eines irakischen „Schutzbedürftigen". Hintergrund sind zwei verübte Anschläge auf die deutsche ICE-Hochgeschwindigkeitszüge mit mehreren tausend Passagieren. Nur durch einen „technischen Fehler" des Islam-Terroristen kam es zu keinem Massaker: Anfang Oktober war auf der Strecke zwischen Nürnberg und München in Bayern ein dickes Drahtseil mittels

eines Spanngurtes und mehreren Metallschnallen auf vier bis fünf Meter Höhe über die Gleise zwischen zwei Strommasten gespannt (PI-NEWS berichtete detailliert) Die gleichgeschalteten deutschen Mainstream-Medien versuchten dann im Anschluss – direkt vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen – „rechten Trittbrettfahrern" in gewohnter Nazi-Manier den vereitelten Massenmord in die Schuhe zu schieben.
Im Februar dieses Jahres lagen riesige Beton- und Gehwegplatten auf den Gleisen der Deutschen Bahn in Dortmund, um ebenfalls „So viele Tote wie nur möglich!" unter den Ungläubigen zu verursachen. Ein Polizeisprecher: „Die Täter haben die Reisenden in Todesgefahr gebracht".
In Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Wien, dem FPÖ-geführten Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung der Republik Österreich (BVT) und dem Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Wien (LVT) wurde ein 42-jähriger Iraker am Montag in der Nähe seiner Wiener Gemeindebau-Wohnung durch die Cobra-Spezialeinheiten festgenommen.
Der verhaftete Verdächtige lebt als anerkannter Flüchtling seit etwa zwei Jahrzehnten in Bayern und Österreich, er ist zudem Mitarbeiter bei einer „Security-Firma". Der IS-Fanatiker und Amerika-Hasser dürfte auch militärisch ausgebildet sein. Er soll 15 Jahre in der Armee seines Heimatlandes Irak gedient haben. Der „vor-der-Gewalt-in-seiner-Heimat-geflohene" Ex-Militär erklärte sich auf Facebook als glühender Anhänger des hingerichteten Diktators Saddam Hussein, den „Präsidenten der Märtyrer". Der potentielle Massenmörder ist verheiratet und Vater von fünf Geburten-Dschihad-Kindern.

„Technische Fehler" der islamischen Friedens-Fachkraft

Die Staatsanwaltschaft Wien erklärte, der Mann stehe im dringenden Verdacht, im Oktober und Dezember in Deutschland terroristische Anschläge auf Bahnstrecken durchgeführt zu haben. Nur aufgrund eines „technischen Fehlers" sei es nicht zum geplanten Messermord an hunderten Deutschen gekommen. „In Tatortnähe aufgefundene Schriftstücke in arabischer Sprache sowie eine Flagge des sogenannten Islamischen Staates begründen einen terroristischen Tatverdacht", erklärte die Behörde. Der Beschuldigte zeige sich im Hinblick auf die Taten geständig, bestreite aber einen terroristischen Hintergrund.
In der Nähe des ersten Tatortes in Mittelfranken fanden deutsche Ermittler dann eine Flagge der islamischen Mörderbande IS und ein zweiseitiges Bekennerschreiben in arabischer Schrift. Die präzise Drohung: Weitere europaweite Angriffe auf den Bahnverkehr – solange europäische Staaten die Terrororganisation Islamischer Staat bekämpfen. Auch in der Nähe von Wien wurde ein Zugattentat geplant, das ebenfalls „technisch" scheiterte. Deutsche Medien schwiegen darüber.

Verwendeter Drucker führte zum Täter

Genau der verwendete Drucker des islamischen Bekennerschreibens führte das Wiener Landgericht nun zum Täter in einen Gemeindebau mitten in Wien. Der potentielle Massenmörder gehört laut Staatsanwaltschaft Wien zu einer mehrköpfigen Terrorzelle und steht zur Stunde im Dauerverhör.

Der Islam-Iraker hatte angeblich an der Technischen Hochschule in Wien „studiert" und wurde vom Steuerzahler vollumfänglich subventioniert. Auf seinem Facebook-Profil verherrlichte er radikale Islam-Prediger und nahm Bezug auf den IS-Terroranschlag in Nizza. Er wütete gegen den Massenmord eines „Öko-Faschisten" in zwei Moscheen in Neuseeland.
Auf Internetseiten und islamischen Hochglanz-Magazinen wie „Inspire" fordern radikale Moslems bereits seit längerem Anschläge auf Züge und geben konkrete Handlungsanweisungen. PI-NEWS berichtete im Oktober 2017 bereits detailliert über die Massenmord-Anstiftungen der Anhänger der „Religion des Friedens" auf Züge in Deutschland und Westeuropa.

Bundeskriminalamt wusste von nichts – die Bedienungsanleitung zum Attentat

„Der beschriebene Modus Operandi war dem BKA bisher nicht bekannt", geht aus internen Unterlagen der Bundespolizei hervor: „Der Bahnverkehr und seine Einrichtungen bieten nach wie vor günstige Möglichkeiten für die Durchführung eines Anschlags." 50 steuerfinanzierte deutsche Ermittler der „Besonderen Aufbauorganisation Trasse" sollten dann den Anschlag aufklären. Leider ohne Erfolg in Deutschland, hätten sie einfach PI-NEWS gelesen …

„Inspire" heißt das Kämpfer-Rekrutierungsmagazin von Al-Kaida. Nachdem das IS-Magazin detailliert erläuterte, wie man Terroranschläge mit Lastwagen verüben kann, ziehen die Kollegen von Al-Kaida jetzt nach und empfehlen ihren Anhängern im Heft 17 vom Juli 2017, Züge entgleisen zu lassen, um möglichst viele Ungläubige zu töten und Schäden anzurichten.

Richtigerweise stellen die Macher von „Inspire" fest, dass, anders als bei Veranstaltungen, die vielen tausend Kilometer Eisenbahnstrecken in aller Welt nicht geschützt werden könnten. Angriffe hierauf würden „erhebliche Schäden und starke Zerstörungen" verursachen. Das gelte nicht nur für menschliche Opfer, sondern auch für Infrastruktur und die Systeme der betroffenen Länder.

In dem Hochglanzmagazin von Al-Kaida heißt es:

In dieser Ausgabe werden wir – mit dem Willen Allahs – einfache Wege aufzeigen Eisenbahnen zum Ziel der Angriffe zu machen.

Einen Zug entgleisen zu lassen sei relativ einfach. Man müsse lediglich ein Objekt auf den Schienen befestigen, das dann dazu führe, dass ein Waggon entgleise und die anderen mitreiße. Geliefert werden gleich auch Anleitungen, wie derartige Vorrichtungen gebaut werden können. Und man träumt davon, wie viele Mohammedaner in aller Welt zahllose Züge entgleisen lassen.

„Es ist an der Zeit, dass wir Angst verbreiten und sie [die Ungläubigen] zwingen, die gleichen Sicherheitsvorkehrungen bei Zügen einzuführen, wie es sie schon im Flugverkehr gibt", so „Inspire". Damit bekommt der moslemische Terror in Europa eine neue Dimension.

http://www.pi-news.net/2019/03/luegenpresse-schob-ice-anschlaege-den-rechten-in-die-schuhe/

„REICHSTAGSBRAND-SCHEMA"

Lügenpresse schob ICE-Anschläge den „Rechten" in die Schuhe

27. März 2019

85

Dieses Bekennerschreiben hinterließ Qaeser A. an den beiden Bahnstrecken. Intelligenterweise vergaß er es in einem Wiener Copyshop im Kopierer, shit happens. Deutsche Lügenmedien sahen „Rechte" als potentielle Massenmörder, die den versuchten Massenmord den armen „Fluchtsuchenden" ankreiden wollten.

Von JOHANNES DANIELS | Während sich in einem Wiener Copyshop realsatirische Szenen des „historisch einzigartigen Experiments" abspielten, zeichnet sich das Ausmaß der Hetze der gemeingefährlichen deutschen Links-Medien immer drastischer ab.

Am Montag wurde ein islamischer IS-Terrorist in einer steuersubventionierten Gemeindebau-Wohnung am Miltnerweg in Wien-Simmering von einem Polizei-Großaufgebot und österreichischen Cobra-Sondereinheiten verhaftet. Er gestand bereits, in mindestens zwei Fällen einen tausendfachen Massenmord-Anschlag auf deutsche Staatsbürger geplant und ansatzweise ausgeführt zu haben (PI-NEWS berichtete am Mittwoch detailliert). Nur aufgrund von „technischen Versagens" kam es zu keinem Blutbad in den ICE-Zügen in Bayern und in Berlin.

„Technisches Versagen" zieht sich wie eine rote Blutlinie durch das Leben des 42-jährigen „Asylbewerbers" Qaeser A.. Gefasst wurde die importierte Terror-Fachkraft, weil der zerstreute Iraker in einem Wiener Copyshop eine Kopie seines arabischen „Bekennerschreibens" im Kopierer liegen ließ. Ein umsichtiger Angestellter meldete dies den österreichischen Sicherheitsbehörden.

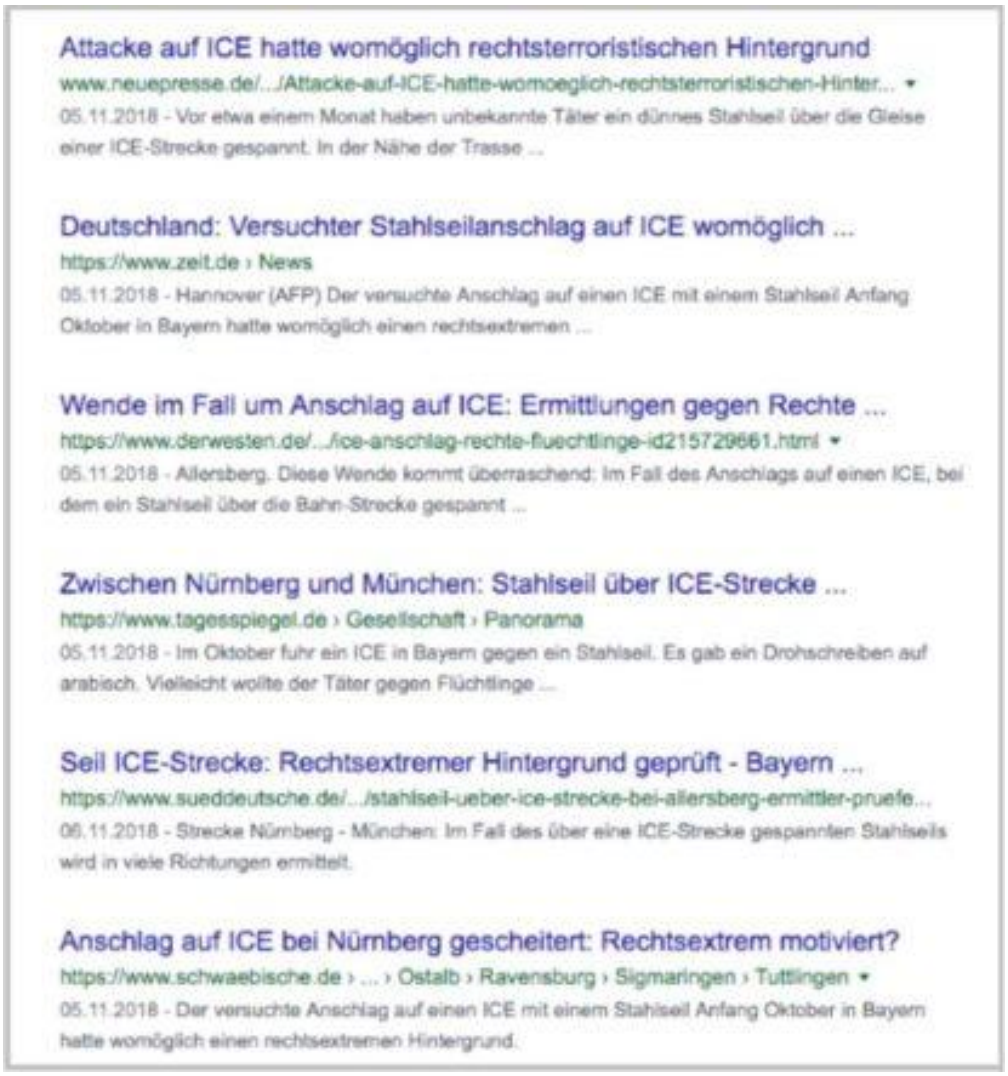
Herbert Kickls wache Wach-Behörden (FPÖ) entdeckten auf dem Papier den Abdruck eines „linken Daumens" und landeten in ihrer Datenbank einen Volltreffer: Qaeser A, nicht verwandt oder verschwägert mit dem notorischen AfD-Hasser und Namensvetter „Joe" Kaeser, Siemens.

Der Zugriff am Montag erfolgte dann, weil Qaeser A. in einem Baumarkt neue Stahlseile kaufte, um weitere – dann Insch'Allah erfolgreichere Massenmorde in den nächsten Wochen in Deutschland zu verüben. Auf eine Zugriffsmöglichkeit „warteten seit Wochen" nach Medienberichten auch Spezialeinheiten in Deutschland: Sie sollen auf eine neue Einreise von ihm aus Österreich gehofft haben, wollten ihn dabei festnehmen. Man fragt sich nur, anlässlich welcher „Grenzkontrolle"?!

2012 reiste der irakische Terror-Experte nach Österreich ein und stellte dort einen Asylantrag. Seit 2013 lebt Qaeser mit seiner Familie in Wien, er ist zudem Mitarbeiter bei einer „Security-Firma". Der IS-Fanatiker und Amerika-Hasser war auch militärisch ausgebildet. Er soll 15 Jahre in der Armee seines Heimatlandes

Irak gedient haben. Der „vor-der-Gewalt-in-seiner-Heimat-geflohene" Ex-Militär erklärte sich auf Facebook als glühender Anhänger des hingerichteten Diktators Saddam Hussein, den „Präsidenten der Märtyrer".
Politisch interessierte er sich laut Facebook vor allem für die SPÖ und auch für die Grünen. Außerdem folgte er dem deutschen Autor Jürgen Todenhöfer, der sich mit dem Islamischen Staat beschäftigt, Integrationsvereinen und Weiterbildungs-Initiativen. Der potentielle Massenmörder ist verheiratet und ist Vater von fünf Geburten-Dschihad-Kindern. Außerdem soll er an der „Technikum Wien Academy" eingeschrieben sein – sie bietet berufsorientierte Aus- und Weiterbildung im technischen Bereich an, Gottseidank war Qaesar kein sehr guter „Student". 2018 soll er mehrfach Reisen nach Deutschland gebucht haben – um seine Anschläge gezielt durchzuführen.
Am 7. Oktober war auf der Strecke zwischen Nürnberg und München in Bayern ein dickes Drahtseil mittels eines Spanngurtes und mehreren Metallschnallen auf vier bis fünf Meter Höhe über die Gleise zwischen zwei Strommasten gespannt (PI-NEWS berichtete detailliert). Der ICE auf der Strecke Nürnberg-München wurde beschädigt, tausende Passagiere schwebten in Lebensgefahr. Ein Polizeisprecher: „Die Täter haben die Reisenden in Todesgefahr gebracht". Ausgerechnet an den Weihnachtsfeiertagen erfolgte dann ein zweiter todesgefährlicher ICE-Anschlag in Berlin, über den in deutschen Medien kaum berichtet wurde. Die gleichgeschalteten deutschen Mainstream-Medien versuchten dann im Anschluss – direkt vor den Landtagswahlen ein Bayern und Hessen, „rechten Trittbrettfahrern" in gewohnter Reichstagsbrand-1933-Manier, den versuchten Massenmord in die Schuhe zu schieben.
So kolportierte beispielsweise die linksradikale „Flüchtlings"-Postille „Die ZEIT":

„Versuchter Stahlseilanschlag auf ICE womöglich rechtsextrem motiviert
Hannover (AFP) Der versuchte Anschlag auf einen ICE mit einem Stahlseil Anfang Oktober in Bayern hatte womöglich einen rechtsextremen Hintergrund. „Wir halten es für möglich, dass es sich um einen radikalisierten Einzeltäter aus dem extrem rechten Milieu handelte, der kurz vor der Landtagswahl in Bayern Stimmung gegen Flüchtlinge provozieren wollte", sagte ein Ermittler den Zeitungen des Redaktionsnetzwerk Deutschland".



Über die linksgrüne „dpa" und das linksextreme „Redaktionsnetzwerk Deutschland" frohlockte die gleichgeschaltete deutsche Systempresse erfreut:

„Wende im Fall um Anschlag auf ICE: Darum wird jetzt gegen Rechtsradikale ermittelt

Allersberg. Diese Wende kommt überraschend: Im Fall des Anschlags auf einen ICE, bei dem ein Stahlseil über die Bahn-Strecke gespannt wurde, ermitteln die zuständigen Behörden nun auch im rechtsradikalen Milieu. Zuvor hatte ein Drohbrief in arabischer Sprache die Ermittlungen in Richtung islamistisch motivierter Täter gelenkt.

„Wir halten es für möglich, dass es sich um einen radikalisierten Einzeltäter aus dem extrem rechten Milieu handelte, der kurz vor der Landtagswahl in Bayern Stimmung gegen Flüchtlinge provozieren wollte", zitierte das Redaktionsnetzwerk Deutschland einen Ermittler."

Auch Joachim Herrmanns (CSU) bayerische „Sicherheitsbehörden" trugen kurz vor den Landtagswahlen in Bayern zu den falschen Unterstellungen gegen (AfD-nahe) „Rechtspopulisten" erheblich bei, falls sie nicht sogar der Urheber der kriminellen Bezichtigungen waren:

„Das Bundeskriminalamt und die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus ermitteln deshalb ebenfalls in dem Fall.Die Ermittler halten aber einen Bezug der Tat zur Terrormiliz Islamischer Staat (IS) für sehr unwahrscheinlich. (dpa/lin)"

In Bayern wurden nahe des Tatorts Schriftstücke in arabischer Sprache sichergestellt – das Bekennerschreiben aus dem Wiener Copyshop! Diese seien „jedoch abstrakt und allgemein gewesen". Als höchst ungewöhnlich stufte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann den Fall damals ein. Insgesamt 50 Beamte ermittelten direkt nach dem versuchten Anschlag in Bayern in der Sonderermittlungsgruppe, der sogenannten Besonderen Aufbauorganisation Trasse (BAO Trasse).
Die „BAO Trasse" kam zu dem Ergebnis: Fremdenfeindlicher Hintergrund!

Nachdem Unbekannte ein Stahlseil über die ICE-Strecke zwischen Nürnberg und München gespannt haben, gehen Ermittler Hinweisen auf einen möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund nach. „Wir halten es für möglich, dass es sich um einen radikalisierten Einzeltäter aus dem extrem rechten Milieu handelte, der kurz vor der Landtagswahl in Bayern Stimmung gegen Flüchtlinge provozieren wollte", so ein Sprecher der Ermittler.

Ermittler: „Verbindung zur islamistischen Szene vorgaukeln"

Laut der 50-köpfigen bayerischen Ermittler-Gurkentruppe stammten die Texte aus einschlägig bekannten Internetforen, seien aber „frei verfügbar und könnten leicht von jedem anderen verwendet werden. Ein Bezug zur Dschihadistenmiliz Islamischer Staat sei aber „sehr unwahrscheinlich", hieß es bei den Münchener „Sicherheitsbehörden" weiter. Möglich sei dagegen, dass diese Schreiben verwendet wurden, um eine Verbindung zur islamistischen Szene **vorzugaukeln**. Das Drohschreiben wurde inzwischen übersetzt, es sei allgemein gehalten, „ohne auf ein konkretes Ereignis hinzuweisen", sagte Ludwig Waldinger, Sprecher beim Bayerischen Landeskriminalamt, Orte oder Zeiten würden nicht genannt. „Wir nehmen es trotzdem sehr ernst."

„So viele Tote wie möglich" – Bundeskriminalamt wusste von nichts

„Der beschriebene Modus Operandi war dem BKA bisher nicht bekannt", geht aus internen Unterlagen der Bundespolizei hervor:
50 steuerfinanzierte deutsche Ermittler der „Besonderen Aufbauorganisation Trasse" sollten dann den Anschlag aufklären. Leider ohne Erfolg in Deutschland, hätten sie einfach PI-NEWS gelesen:
Auf Internetseiten und islamischen Hochglanz-Magazinen wie „Inspire" fordern radikale Islamisten bereits seit längerem Anschläge auf Züge und geben konkrete Handlungsanweisungen. PI-NEWS berichtete im Oktober 2017 bereits detailliert über die Massenmord-Anstiftungen der Anhänger „Religion des Friedens" auf Züge in Deutschland und Westeuropa.
Nachdem das IS-Magazin detailliert erläuterte, wie man Terroranschläge mit Lastwagen wie am Berliner Breitscheidplatz durchführen kann, ziehen die Kollegen von Al-Kaida jetzt nach und empfehlen ihren islamverseuchten Anhängern im Heft 17 vom Juli 2017, Züge entgleisen zu lassen, um möglichst viele Ungläubige zu töten und verheerende Schäden an der deutschen Bevölkerung anzurichten.

Laut Anwalt nichts mit Terrorismus am Hut

Laut seinem Anwalt, dem Wiener Strafverteidiger Wolfgang Blaschitz, hat Qaeser A. zugegeben für die versuchten Anschläge auf die ICE-Züge in Deutschland verantwortlich zu sein. „Aber er beteuert, mit „Terrorismus nichts am Hut" zu haben. Die Attentate hätten eine politische Message an

die deutsche Regierung sein sollen", sagt Blaschitz. Wie das genau gemeint ist, habe er auf Grund der Sprachprobleme mit seinem Mandanten am Dienstag noch nicht klären können. Eine Auslieferung nach Deutschland will Qaeser A. mit allen Mitteln verhindern.
Bayerns Innenminister Joachim Herrmann lobte die hervorragende Arbeit der Ermittler. „Dank der hervorragenden internationalen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich konnte damit der vermutlich hochgefährliche Täter aus dem Verkehr gezogen werden", erklärte Herrmann scheinheilig in einer Aussendung. „Die Ermittlungen werden jetzt mit Hochdruck fortgeführt, um die weiteren Hintergründe aufzuklären", kündigte Herrmann an. Das betreffe insbesondere einen möglichen Bezug der Taten zum „Islamischen Staat" und die Frage, ob es Hintermänner gegeben haben könnte. Die tatsächlichen Mittäter und Hintermänner sitzen wohl in der bayerischen Staatsregierung und in der GroKo!
Die komplette Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Wien:

Die Staatsanwaltschaft Wien hat am 25. März 2019 die Festnahme eines in Wien wohnhaften 42-jährigen irakischen Staatsangehörigen angeordnet, der im dringenden Verdacht steht, im Oktober und Dezember 2018 in Deutschland terroristische Anschläge auf Bahnstrecken durchgeführt zu haben. Nur aufgrund eines technischen Fehlers kam es nicht zur geplanten Tötung von Menschen. In Tatortnähe aufgefundene Schriftstücke in arabischer Sprache sowie eine Flagge des sogenannten Islamischen Staates begründen einen terroristischen Tatverdacht. Gemeinsam mit deutschen und europäischen Behörden werden derzeit umfangreiche und intensive Ermittlungen geführt. Dem Beschuldigten liegt das Verbrechen der terroristischen Straftat des versuchten Mordes, der terroristischen Straftat der schweren Sachbeschädigung, der terroristischen Vereinigung und der kriminellen Organisation zur Last. Die Strafdrohung beträgt bis zu lebenslanger Freiheitsstrafe.
Der Beschuldigte zeigt sich tatsachengeständig, bestreitet jedoch einen terroristischen Hintergrund. Die Einlieferung in die Justizanstalt Josefstadt wurde angeordnet.

http://www.pi-news.net/2019/03/ndr-kreiert-polnische-grossfamilie/

SINTI UND ROMA WAR GESTERN …

NDR kreiert „Polnische Großfamilie"

28. März 2019

Groß angelegte Razzia gegen Zigeuner, die hier ein neues MSM-Schleifchen bekommen und als polnische Großfamilie tituliert werden.

Am gestrigen Mittwoch ging eine Meldung durch Radio, Fernsehen und Webseite des NDR, dass eine „polnisch-stämmige Großfamilie“ mit ihren kriminellen Machenschaften in den Fokus der Ermittler geraten sei. Es gab groß angelegte polizeiliche Durchsuchungen und Festnahmen in Norddeutschland. Der norddeutsche Rotfunk konnte sich gar nicht sattsenden daran. Es ging dabei vor allem um Ausbeutung von Leiharbeitern und Sozialbetrug durch diese „Großfamilie“:

Den Mitgliedern wird unter anderem Sozialleistungs- und Versicherungsbetrug, Menschenhandel und das Fälschen von Urkunden vorgeworfen. Der finanzielle Schaden soll nach Angaben eines Polizeisprechers bei mehr als 200.000 Euro liegen. […]
Den Verdächtigen wird unter anderem vorgeworfen, in Polen ihren Namen geändert und dann in Deutschland weitere Sozialleistungen beantragt zu haben. Mitglieder der Großfamilie stehen zudem im Verdacht, verschiedene Versicherungen betrogen zu haben. Dabei sollen sie echte Verkehrsunfälle mehrfach abgerechnet und weitere Unfälle erfunden haben. […]
Der Vorwurf des Menschenhandels bezieht sich laut Polizei darauf, dass Arbeitskräfte wie Knechte untergebracht und ausgebeutet worden sein sollen. So soll die Großfamilie polnische Mitbürger gefangen gehalten und zum Arbeiten gezwungen haben. Nach Angaben eines Sprechers wurden bei den Durchsuchungen auch zahlreiche Verdächtige und Zeugen angetroffen, die nun vernommen werden sollen.

Nun ist es durchaus so, dass wir in Deutschland nicht nur fleißige Handwerker, sondern auch viele von den unehrlichen Menschen unseres Nachbarlandes abbekommen. Polen gehören wie alle Menschen zur Gattung des homo oeconomicus, der mit möglichst wenig Aufwand ein möglichst großes Resultat erzielen will. Wenn sich dann gesetzliche Möglichkeiten ausnutzen lassen, bei sozialen Leistungen insbesondere, dann gibt es viele, die das dankbar annehmen. Polen schütteln in der Regel selbst den Kopf darüber, wie leicht das bei uns geht.
Auch scheint der Bereich der Leih- oder Saisonarbeit einer zu sein, den polnische Kriminelle besonders ausnutzen könnten. Denn es gibt ja durchaus die vielen Arbeiter und Arbeiterinnen (!), die sich in Deutschland ihren Lebensunterhalt verdienen, in der Pflege, auf dem Bau, in der Landwirtschaft bei der Spargel- oder Erdbeerernte. Polnische Kriminelle kennen diese Strukturen und nutzen sie aus, das könnte also passen.

Doch was ist mit der „Großfamilie“?
Polen heiraten viel früher als Deutsche, bekommen schneller Kinder und auch mehr. Hochzeiten fallen größer aus, Verwandtschaftsbeziehungen werden stärker gepflegt. Aber Großfamilien?
Der Begriff ist äußerst negativ konnotiert und wird bei uns in der Regel auf arabische Clans bezogen, die sich durch Aggression, Brutalität und Primitivität auszeichnen, und durch Kriminalität. Diese Bevölkerungsgruppe wird uns in der Regel von Merkel und ihrem Staatsfunk als der Stein der Weisen angepriesen, mit dem alle unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen (z.B. demographischen) Probleme gelöst werden könnten. Umgekehrt sind die Polen auf der politisch korrekten Merkelskala irgendwo zwischen Trump und Putin angeordnet, unter anderem, weil sie das Flüchtlings-Diktat der deutschen Kanzlerin nicht mit der erwarteten Freude, Demut und Gehorsamkeit akzeptierten.

Es liegt also nahe, ihnen hier einen Begriff an die Backe zu kleben, den sie nicht verdienen und gleichzeitig eine andere Gruppe zu entlasten, die ebenso wie arabische Abschaumclans unter der besonderen Zuneigung von SPD und CDU stehen. So wie man Personen aus muslimischen / arabischen Ländern leicht am Vornamen erkennen kann, erkennt man die Gauner, die in diesem Falle durch Deutschland zogen, leicht an der Kleidung. Nur einen Moment hatten die Kameramänner des NDR nicht aufgepasst, und ein Bildausschnitt (ab 0:57) zeigte einige Mitglieder der „polnisch-stämmigen" Großfamilie, die wohl eher den „Sinti und Roma" zuzuordnen sind.

Den Sinti und Roma ist es selbst sehr wichtig als ethnische Bevölkerungsgruppen wahrgenommen und behandelt zu werden, in Schleswig-Holstein genießen sie einen gesetzlichen Minderheitenschutz in der Landesverfassung. Sie empfinden sich als „Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit" oder als „deutsche Sinti und Roma", nicht umgekehrt. **Doch diese Identität wird dann gerne ausgeblendet, wenn es um Kriminalität geht, die natürlich auch von dieser Bevölkerungsgruppe ausgeht und eine „jahrhundertealte Tradition" aufweist, wie ein „Asyl-Pfarrer" in den Stuttgarter Nachrichtenvom 12. Februar 2013 einräumte.**
In diesem Falle jedenfalls sollten es die Sinti und Roma nicht sein, sondern eine „polnische Großfamilie", von der man so bislang noch nicht gehört hat. Daneben bietet der NDR neuerdings auch schon „niederländische Großfamilien" an, bei denen man wahrscheinlich mit ebensolcher Vorsicht an die Nachrichtenpräsentation herangehen sollte. Der Zweck ist klar:

Die unter Merkelschutz stehenden Sinti und Roma sollen mutmaßlich verschwiegen, die mit einem unglaublichen Ausmaß an Kriminalität ins Gerede gekommenen Araber-Clans, die man jetzt nicht mehr ignorieren kann, dagegen als etwas ganz Normales hingestellt werden, das es auch sonst in Europa gibt. Eine kleine Meldung, NDR-Propaganda vom Feinsten.

„

http://www.pi-news.net/2019/03/neue-bab-blockade-wird-jetzt-das-messer-vom-auto-abgeloest/

HOCHZEITSGESELLSCHAFT" BRINGT VERKEHR MIT TEUREN AUTOS ZUM ERLIEGEN

Neue BAB-Blockade: Wird jetzt das Messer vom Auto abgelöst?

31. März 2019

Schon wieder die Totalblockade einer Autobahn durch eine „Hochzeitsgesellschaft" mit Luxuskarossen. Diesmal am Samstagnachmittag auf der A81 Stuttgart – Heilbronn. Die Autos hätten grundlos sämtliche Fahrspuren in Richtung Engelbergtunnel blockiert und so den Verkehr vollständig zum Erliegen gebracht, teilte die Polizei mit.

Auf der Rastanlage Sindelfinger Wald stoppte die Polizei die Beteiligten und kontrollierte sie. Die Ermittler suchen nun Zeugen des Vorfalls.

Über den Migrationshintergrund der Tatverdächtigen ließen Polizei und Medien politisch korrekt nichts verlauten. Das bot sich auch an, nachdem ganz Deutschland ja rätselt, ob Mohammed oder Michaelhäufiger zum Messer greifen. Eine Anfrage der AfD über das Messerverhalten ethnischer Gruppen im Saarland war als nahezu rassistisch eingeordnet worden und hatte zu erstaunlichen Ergebnissen geführt. Den Messer- und Auto-Rambos ist nun eine gewisse Parallelität im Protz- und Drohverhalten nicht abzusprechen. Wird jetzt etwa das Messer vom Auto abgelöst?

Zur näheren Einordnung, ob im aktuellen Fall auf der A81 ein Migrationshintergrund vorliegen könnte, gibt PI-NEWS hier einige fachliche Hinweise:

- Es handelte sich um ein Hochzeitskorso

- Es waren mindestens vier Luxuskarossen beteiligt
- Die Hochzeitsgäste lehnten sich aus den Fenstern, um den entstehenden Stau zu filmen
- Solche und ähnliche Vorfälle mit türkischer Beteiligung (alles Einzelfälle!) gab es in den vergangenen Wochen laut WELT zum wiederholten Mal: in Hamburg mit Schussabgabe, auf der A8 bei Esslingen über drei Fahrstreifen, auf der A3 in Unterfranken, auf der A3 bei Düsseldorf mit Fotoshooting. Über weitere Auffälligkeiten hat PI-NEWS bereits berichtet.

Die Häufung der Einzelfälle erinnert an den Song von Markus bei der Neuen Deutschen Welle:

„Mein Maserati fährt 210, schwupp, die Polizei hat's nicht geseh'n. Das macht Spaß! Ich geb' Gas, ich geb' Gas!

Die Neue (Türkische) Welle geht anders: „Mein Audi R8 fährt gerade mal zehn. Schwupp, die Polizei hat`s nicht geseh`n. Das macht Spaß. Ich geh vom Gas, geh vom Gas."

http://www.pi-news.net/2019/04/berliner-messer-freitag-17-jaehriger-von-gruppe-am-hals-schwer-verletzt/

MORDVERSUCH AN COURAGIERTEM TEENAGER

Berliner Messer-Freitag: 17-Jähriger „von Gruppe am Hals" schwer verletzt

1. April 2019

Nach einer „eskalierenden Auseinandersetzung mit einer Vierer-Gruppe" ist in einem BVG-Bus ein couragierter Jugendlicher am traditionellen Berliner Messer-Freitag schwer verletzt worden. Doch am 1. April werden die Berliner Busse und Bahnen sicherer: Sie fahren nicht.

Von JEFF WINSTON | Messer-Michael, Dolch-Daniel und Stech-Sascha wieder unterwegs in Berlin: Nach einer „eskalierenden Auseinandersetzung mit einer Vierer-Gruppe" in einem Bus der Berliner Verkehrsbetriebe ist ein couragierter Jugendlicher Freitagnacht im Rahmen des „Historisch einzigartigen Experiments" schwer verletzt worden.

Wie die Berliner Polizei mitteilte, war der Berliner Jugendliche zusammen mit zwei Begleitern im Alter von 19 und 23 gegen

23 Uhr in dem Bus der Linie 107 in Pankow unterwegs, als es zu einem Streit mit den Vieren kam. Der 17-Jährige forderte die Mitfahrer dazu auf, leiser zu sein. Die Berliner Neubürger „Michael-Daniel-Sascha" verhielten sie sich derart laut, dass „der später Geschädigte" sie aufforderte, bitte etwas leiser zu sein.
An der Haltestelle Blankenburger Straße verließen alle den Bus, woraufhin der Teenager von dem „Quartett" sofort mit Tritten und Schlägen brutal angegriffen wurde. Einer der „mutmaßlichen Täter verletzte ihn obendrein" (!!) mit einem Messer am Hals, wie die Berliner Morgenpost poetisch kolportierte. Danach „flüchtete" die Gruppe.
Polizisten nahmen die Angreifer kurze Zeit später in Tatortnähe fest. Es handelte sich um eine 16-Jährige („Michaela" ?), zwei 18-Jährige und einen 19-jährigen „Berliner". Der Verletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht, die Mainstream-Medien schrieben zu dem Mordversuch: „17-Jähriger von Gruppe am Hals verletzt".
Polizeibericht:
Im weiteren Verlauf soll ihn dann jemand aus der Gruppe mit einem Messer am Hals verletzt haben. Das Quartett wurde für die Ermittlungen der Kriminalpolizei der Direktion 1 überstellt."
„Lebensgefahr bestand nicht", sagte die Polizei Berlin am Samstag, dann ist ja alles in Ordnung im Messer-Babylon Berlin mit 2.737 offiziell erfassten „gefühlten" Messerangriffen pro Jahr. In 560 Fällen waren die Neu-Berliner Stichwaffen-Fachkräfte jünger als 21 Jahre!
„Männer mit dem Namen Michael stechen am häufigsten zu!"
Laut der letzte Woche von der saarländischen Regierung veröffentlichten Sonderstatistik „Stichwaffen- und Messervorfälle" wurde untersucht, wie die meisten Messerangreifer mit Vornamen heißen. Das Ergebnis im herabgewirtschafteten Kramp-Karrenbauer-ShitholeSaarland: „Männer mit dem Namen Michael stachen am häufigsten zu".
PI-NEWS berichtete am Samstag über die wahren Bluttäter von der Saar: Den deutschen Steuer-Michel: „Muhammad Messer heißt jetzt Michael".
„Eine Auswertung der deutschen Täter nach Vornamen ergab: Die meisten Täter hießen Michael (24 Fälle). Dahinter: Daniel mit 22 Fällen, Andreas mit 20 Fällen, Sascha mit 15 Fällen, Thomas mit 14 Fällen, Christian, Manuel, Kevin und Patrick mit 13 Fällen und David und Jens

mit jeweils zwölf Fällen. AUCH INTERESSANT: 14 der deutschen Täter haben eine doppelte Staatsangehörigkeit“.

1. April im Umvolkungsland

Doch am 1. April werden bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) „mit Sicherheit“ weniger Messeropfer gezählt werden. Der stichhaltige Grund: U-Bahnen und Straßenbahnen in der Hauptstadt fahren nicht. Am Montagmorgen hat der bislang härteste Warnstreik in diesem Jahr begonnen. Gestreikt wird allah-dings nicht für oder gegen das Klima und die zunehmende ungesunde Solinger-Stahl-Belastung in Berliner Bussen und Bahnen, sondern für die linksradikale „Ver.di“. Die BVG kritisierte dabei, Ver.di trage den Konflikt auf dem Rücken der Fahrgäste aus – sozusagen ein „Dolchstoß“ in den Rücken der Berliner Bevölkerung, die nun ganz ökologisch im Sinne von Asperg-Gretl zu Fuß „auf Arbeit“ muss – falls überhaupt im bunten Berlin noch irgendjemand dieser rechtspopulistischen Zeitverschwendung nachgeht …

http://www.pi-news.net/2019/04/ethnozid-berlin-obdachloser-von-arabern-brutal-niedergestochen/

MORDVERSUCH AM U-BAHNHOF SCHÖNLEINSTRASSE

Ethnozid Berlin: Obdachloser von Arabern brutal niedergestochen

3. April 2019

Von JOHANNES DANIELS | Der Berliner U-Bahnhof Schönleinstraße ist ein Brennpunkt der fortschreitenden grausamen Transkulturation des Merkel-Systems: Ausgerechnet am Weihnachtsfeiertag 2016 wurde dort schon einmal ein Obdachloser in heimtückischer Mordabsicht von arabischen „Schutzsuchenden“ aus Syrien und Libyen angegriffen und angezündet. Couragierte Passanten halfen dem Opfer, die fehlerhaften Ermittlungsarbeiten der Berliner Polizei verschonten die Täter vor einer adäquaten Bestrafung. Laut politisch korrektem wikipedia wurden dabei „sieben 15- bis 21-jährige Männer als Tatverdächtige festgenommen“.
Wie die Berliner Polizei erst jetzt mitteilte, wurde am 20. Februar 2019 erneut ein Obdachloser im Bahnhof Schönleinstraße mit aller Brutalität angegriffen, zur Abwechslung mit einem Messer.
Die Berliner Zeitung berichtet nun eindringlich vom „Übergriff“ / Mordversuch:

„Es sind Bilder, die sprachlos machen. Ein Mann liegt auf einem Bahnsteig und wird von einem weiteren Mann immer wieder attackiert. Was auf den Bildern nur schwer zu erkennen, aber von der Polizei bestätigt ist: Der Angreifer schlägt nicht nur mit den Fäusten zu. Er hat ein Messer in der

Hand. Die Ermittler werden später von ‚mehreren Stichen am Gesäß, Arm und Oberschenkel' sprechen. Passiert ist das Ganze am helllichten Tag im U-Bahnhof Schönleinstraße."

Der 29-jährige Obdachlose geriet laut Berliner Zeitung auf dem U-Bahnhof mit zwei ihm völlig unbekannten Männern in Streit – oder wohl umgekehrt ! Der Grund für die Auseinandersetzung „ist noch völlig unklar". Auf dem „schockierenden Video" ist zu sehen und zu hören, wie die zwei dunkel gekleideten Ethno-Invasoren der Friedensreligion herumbrüllen und den 29-Jährigen (trägt eine Wollmütze sowie einen Rucksack) zunächst auf arabisch beschimpfen.

Couragierte Zeugen helfen dem Niedergestochenen

Dann geht einer der Arabo-Aggressoren plötzlich zum Angriff über: Er rennt auf sein Opfer zu und attackiert den Obdachlosen mit dem Messer. Ein kräftiger Berliner mit beiger Hose, der mutig und unerschrocken versucht, die Kontrahenten zu trennen und sich dann schützend vor den angegriffenen 29-Jährigen stellt, wird so zum Beteiligten der "Messerstecherei" (Focus). Er ruft laut: „Alter, pack das Messer weg!" Und dann aus Leibeskräften noch einmal: „Pack das Messer weg!!!" Doch der Messerstecher jagt dem panisch fliehenden Obdachlosen hinterher. Und sticht ihn dann eiskalt und ohne zu zögern nieder.

28-jähriger Mann „mit Migrationshintergrund"

Als einige weitere sehr mutige Zeugen dazwischen gehen, lassen der Messerstecher und sein Komplize von dem schwer verletzten 29-Jährigen ab. Der schleppt sich noch einige Meter weiter, zieht dabei eine Blutspur hinter sich her und bleibt schließlich „völlig erschöpft und apathisch" auf dem Bahnsteig sitzen. Alarmierte Rettungskräfte bringen den Mann in ein Krankenhaus, wo der Obdachlose „versorgt" wird – wohl durch eine lebensrettende Notoperation auf der Intensivstation.

Die ebenfalls alarmierte Polizei kann den Messerstecher, einen 28-Jährigen mit Migrationshintergrund, wenig später festnehmen, allah-dings nicht wegen Mordversuches, trotz dem Merkmal der Heimtücke. Seine Personalien wurden festgestellt. Die Polizei prüft nun, ob das „für die Ermittler neue Amateur-Video" weitere Erkenntnisse liefern könnte. Hinweise zur transkulturellen Bereicherung von Merkels Messer-Migranten bitte an die Polizei Berlin oder besser: Jede andere Polizeidienststelle.

Seehofers Kreativ-Kriminal-Statistik vom 1. April

Vor einem Jahr wurde in Koblenz der obdachlose Gerd Michael Straten, 59, an einem Freitag (!), dem 23.03. grausam geschächtet. Der 59-Jährige sei geköpft worden, heißt es inoffiziell: Die Staatsanwaltschaft sprach von „Gewalt gegen den Hals". Gerd Straten soll weder Alkohol getrunken noch Drogen konsumiert haben – er war gerade auf bestem Weg, sein Leben wieder in den Griff zu bekommen. Was den Täter der grausamen und bei uns bis 2015 eher unüblichen Tat betrifft, tappen die Ermittler immer noch im Dunklen (PI-NEWS berichtete).

Wenige Wochen zuvor wurde in Bochum ein weiterer – katholischer – Obdachloser aus Polen von einem „bärtigen Mann" gesteinigt und lebendig vergraben – direkt vor der berüchtigten Moschee „Bochum-Langendreer" (PI-NEWS berichtete detailliert über den qualvollen Mordversuch).

Der Ethnozid trifft zunächst die sozial Schwächsten und schreitet dann „Bottom-Up" langsam aber sicher durch alle Gesellschaftsschichten, trotz Seehofers allerneuester „Kreativ-Kriminalitäts-Statistik" vom 1. April 2019. „Merkel Messer" ritzt berauscht eine neue Kerbe in ihren Schreibtisch-Täter-Schreibtisch in der Umvolkungszentrale an der Willy-Brandt-Str. 1.

Ein Besuch auf der Internetseite www.blickpunkt-cottbus.de verrät eines: Auch in Cottbus – also im Osten der Republik – sind diese „Einzelfälle" gar nicht so selten! **Eine interaktive Karte macht das Ausmaß des Kontrollverlustes deutlich.** Kaum eine Straßenecke, an der kein Verbrechen von Migranten verübt wurde. Nach Jahren aufgeschlüsselt wird deutlich: **Es wird immer mehr!** Nach und nach soll die Seite nun ausgebaut und aktuell gehalten werden. Ein Wiederbesuch lohnt sich also!
Cottbus hat sich in Folge der illegalen Masseneinwanderung zum Brennpunkt entwickelt. In nur zwei Jahren haben sich von Einwanderern verübten Straftaten wie Bedrohung, Raub, Nötigung und Körperverletzung verzehnfacht. Keine Stadt in Brandenburg hat so viele „Flüchtlinge" aufgenommen wie Cottbus. Inzwischen leben 15 Prozent aller in Brandenburg registrierten Einwanderer in der Stadt.

http://www.pi-news.net/2019/04/bka-gewalt-von-zuwanderern-gegen-deutsche-nimmt-deutlich-zu/

ANSTIEG IM BEREICH MORD UM 105 PROZENT IM VERGLEICH ZU 2017

BKA: Gewalt von Zuwanderern gegen Deutsche nimmt rasant zu

10. April 2019

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Das Anfang April veröffentlichte Lagebild „Kriminalität im Kontext der Zuwanderung" des Bundeskriminalamtes (BKA) liefert alarmierende Ergebnisse: **Etwa jedes zehnte Opfer von Straftaten gegen das Leben (Mord und Tötungsdelikte), die sexuelle Selbstbestimmung, die persönliche Freiheit und Rohheitsdelikte (vor allem Körperverletzung und Raub), zu denen 2018 ein Verdächtiger ermittelt werden konnte, wurde der Täterkategorie „Zuwanderer" zugeordnet**.
Im Bereich Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen fielen 230 Deutsche einer Straftat zum Opfer, an der mindestens ein tatverdächtiger Zuwanderer beteiligt war. Dies sei ein Anstieg von 105 Prozent im Vergleich zu 2017 (112). Davon wurden 102 Personen Opfer einer vollendeten Tat.
Auch in dem weiteren Deliktfeld, zu dem das Kriminalamt die Opfer-Täter-Konstellation erhebt, gab es einen deutlichen Anstieg. Im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 3261 Deutsche Opfer einer Straftat mit mindestens einem

tatverdächtigen Zuwanderer und somit 21 Prozent mehr als noch im Vorjahr (2017: 2706).
Es gibt einen sehr großen Unterschied zwischen tatverdächtigen Deutschen und tatverdächtigen Zuwanderern bei der Gewalt gegen die jeweils andere Gruppe. Noch viel erheblicher ist dieses Missverhältnis bei Sexualstraftaten, wie die Welt berichtet:
Im Bereich Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen standen laut BKA-Lagebild 33 Asylbewerbern und Flüchtlingen, die Opfer einer Straftat mit einem deutschen Tatverdächtigen wurden, 230 deutsche Opfer eines tatverdächtigen Zuwanderers gegenüber. Bei den Sexualstraftaten lag dieses Verhältnis bei 89 zu 3261.
Bei der Gewalt gegen Asylbewerber und Flüchtlinge gibt es nur etwa 20% deutsche Täter. Ansonsten werden die sogenannten „Schutzsuchenden" also vor allem von anderen Ausländern angegriffen:

Treffend der Kommentar hierzu des Welt-Politikredakteurs Marcel Leubecher:
Dies könnte darauf hindeuten, dass jene Vertreter aus Politik und Öffentlichkeit, die Flüchtlinge vor allem als von Ausländerfeinden bedroht wahrnehmen, einen verengten Blick haben. Bei allen Schwächen der PKS wird auf Grundlage dieser Zahlen deutlich, dass Schutzsuchende vor allem von anderen Ausländern angegriffen werden.
BKA-Chef Holger Münch hatte bei der Vorstellung des Berichtes zusammen mit Bundesinnenminister Horst Seehofer die Ausländergewalt noch mit statistischen „Verzerrungseffekten" zu relativieren versucht. So seien in der Polizeilichen Kriminalstatistik auch Ausländer enthalten, die gar nicht in Deutschland gemeldet sind, beispielsweise Touristen, ausländische

Fußballfans und „reisende Täter aus dem Ausland“. Diese Verharmlosung ging gründlich daneben, wie in der Welt zu erfahren ist:

Als in der vergangenen Woche die PKS 2018 wieder einen erhöhten Anteil der Ausländer (30,5 Prozent) und der Zuwanderer (8,6 Prozent) an den zu Straftaten (ohne ausländerrechtliche Delikte) ermittelten Tatverdächtigen ergab – Zuwanderer stellen rund zwei Prozent und Ausländer rund 13 Prozent der Bevölkerung –, verwies BKA-Chef Holger Münch auf statistische „Verzerrungseffekte“. Er gab zu bedenken, dass in der PKS auch Ausländer enthalten seien, die gar nicht in Deutschland gemeldet sind: beispielsweise Touristen, ausländische Fußballfans und „reisende Täter aus dem Ausland“.

Laut Tabellen des BKA zum Wohnsitz der nicht deutschen Tatverdächtigen ist dieser Verzerrungseffekt aber überschaubar. So waren beispielsweise von allen 1362 nicht deutschen Tatverdächtigen, die 2018 zu Straftaten gegen das Leben ermittelt wurden, rund 87 Prozent mit einem Wohnsitz in Deutschland gemeldet; weitere vier Prozent waren mit einem Wohnsitz im Ausland erfasst, fünf Prozent ohne festen Wohnsitz und drei Prozent mit unbekanntem Wohnsitz.

Dieser Artikel der Welt liegt im internen Ranking derzeit auf Platz 1 und hat bereits knapp 1800 Kommentare. Das zeigt, dass sich immer weniger Bürger in unserem Land über die überbordende Gewalt von sogenannten „Flüchtlingen“ täuschen lassen wollen. Beispiele aus dem Kommentarbereich, der dem von PI-NEWS an Klarheit kaum nachsteht:

„Die Regierung hat und macht es immer noch – sie zieht die unschönen Bilder im Inland denen an der Grenze vor. Verteilen sich ja auch besser in den Regionalteilen der Postillen.“

„Ein weiterer Grund, warum ich diese Zuwanderer in ihrer spezifischen Zusammensetzung nicht hier haben will.“

„Seehofer hat doch eben verkündet, dass Deutschland so sicher ist wie vor 30 Jahren. Also schlafen sie bitte weiter und verunsichern sie die Bevölkerung nicht unnötig mit solchen Statistiken.“

„Für mich gibt es nur eine Partei, die gewillt ist, die Zustände, die in unserem Land herrschen zu korrigieren. Und dieser werde ich im Main meine Stimme geben.“

„Warum verwendet die Welt immer noch den verzerrenden Begriff Schutzsuchender? Versorgungssuchender trifft die Realität doch viel eher!“

„Versorgungsfordernder in nicht seltenen Fällen noch besser“

„Was ich als ganz schwierig erachte, ist die zahlenmäßige sehr hohe Überlegenheit der z.T. gewaltbereiten männlichen Einwanderer. Die Anfänge sind gemacht: Schiffe werden gekapert, Grenzen gestürmt und das Auftreten in großen Gruppen erinnert mich an Flashmob’s mit Anarchieabsichten. Das werden die neuen Hausbesetzer. Junge Familien, Jugendliche und Kinder tun mir heute schon leid, weil Sorgen und Nöte auf sie zukommen werden, die unsere heutige Vorstellungskraft sprengen.“

„Die größte Gefahr für unser Land ist die eigene Regierung. Sie macht konsequent Politik gegen die einheimische Bevölkerung.“

„Und das wird wahrscheinlich erst der Anfang sein. Wenn sich der Frust der Eingewanderten über nicht erfüllte Erwartungen und Hoffnungen erst so richtig entwickelt, dann mag sich diese Statistik noch wesentlich zum Negativen ändern.“

„Ich sehe das als Beginn der zu erwartenden Verteilungskämpfe. Wir erleben die Anfänge und können uns bei A. M. bedanken, die weiterhin in ihrem Wolkenkuckucksheim gut und gerne lebt.“

„Die einzige Überraschung daran ist, dass es sich mal jemand traut zu schreiben.“

„Alles Übertreibung und statistischer Verzerrungseffekt. Ich glaube an den BKA-Präsidenten Münchhausen.“
„Damit ist ja wohl bewiesen, dass uns die Bundesregierung, in erster Linie Merkel, seit 2015 Mord, Totschlag und Terror importiert. Probleme, die wir vorher so nicht hatten und die wir auch nicht brauchen. Ich wünsche mir einen Matteo Salvini für Deutschland!“

Salvini hat gerade in Mailand mit der AfD, der Partei „Die Finnen“ und der Dänischen Volkspartei das Bündnis „Europäische Allianz der Menschen und Nationen (EAPN)“ geschlossen, zu dem sich mittlerweile auch die FPÖ bekennt. Weitere wie die Nationale Sammlungsbewegung (ehemals Front National) von Marine Le Pen, Polens Regierungspartei PiS, die niederländische Partei für die Freiheit von Geert Wilders und die ungarische Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orban könnten nach der EU-Wahl hinzukommen. Dieser Mailänder Appell „Auf dem Weg zu einem Europa des gesunden Menschenverstandes“ gibt also Anlass zu Hoffnung und lässt ein Lichtlein im langen und dunklen Tunnel aufleuchten..

Michael Stürzenberger*PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.*

http://www.pi-news.net/2019/04/flensburg-afghane-ermordet-vierfache-mutter-medien-vertuschen/

ZWEITER AFGHANEN-MESSERMORD IN SCHLESWIG-HOLSTEIN IN SECHS TAGEN

Flensburg: Afghane ermordet vierfache Mutter – Medien vertuschen

11. April 2019

Tatort Heinrichstraße in Flensburg. Hier ermordete der Afghane seine Frau. Das muslimische Paar hat vier Kinder, um die sich nun der deutsche Staat kümmert. Holger Münch (r.), Präsident des Bundeskriminalamts, beklagt derweil die „intensive Berichterstattung“ über Zuwanderer-Verbrechen, die die „Wahrnehmung von Kriminalität verzerrt“.

Von JOHANNES DANIELS | Was die „Schutzsuchenden“ mit ihrer Lebensfreude zu uns bringen, ist wertvoller als Gold für die Anhänger der Systemparteien: Nach dem grausamen Abschlachten der zweifachen Mutter Jana M. (36) durch einen „psychisch verwirrten“ Afghanen in Preetz letzten Samstag, ist das Gewaltverbrechen an einer vierfachen Mutter in Flensburg nun bereits der zweite brutale Afghanen-Messermord in Schleswig-Holstein – innerhalb von nur sechs Tagen.

Am Donnerstag gegen 8.30 Uhr erstach ein Flensburger „Mann" die Mutter seiner vier Kinder in ihrer Wohnung der Heinrichstraße. Das 42-jährige Menschengeschenk stach so schwer auf die 39-jährige Ehefrau ein, dass sie sofort ihren Stichverletzungen erlag. Eine Reanimation am Tatort blieb erfolglos. Es ist anzunehmen, dass das Schlachten der Ehefrau direkt vor den Augen der Kinder vollzogen wurde – ein in vielen archaischen Kulturen beliebter „Erziehungseffekt" bereits für die Kleinsten.

Mutter vor den Augen der Kinder abgeschlachtet

Zuvor waren bei der Polizei mehrere Notrufe aus der Nachbarschaft eingegangen. „Ich gehe davon aus, dass die Kinder zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung in der Wohnung waren", sagte Oberstaatsanwältin Stephanie Gropp. In Schleswig-Holstein sind derzeit bereits Osterferien und die Kinder deshalb auch nicht im integrativen Schulunterricht. Die Geburten-Dschihad-Sprößlinge im Alter von sechs, zehn, 13 und 16 Jahren sind von der Polizei in die Obhut des Jugendamts und des Steuerzahlers übergeben worden. Der Täter wurde nach Auskunft der Polizei zunächst vorsorglich in Gewahrsam genommen. Am Freitag will die Staatsanwaltschaft Flensburg dann darüber entscheiden, ob sie möglicherweise „einen Haftbefehl beantragt".

Nach Angaben der Oberstaatsanwältin soll es bereits vor der Tat öfters „Streit" zwischen den afghanischen Eheleuten gegeben haben. Nach Polizei-Informationen wurde vor der Haustür „ein Fahrrad sichergestellt", das in Verbindung mit der Tat stehen soll. Die genaue Todesursache der Messertat an der Frau sollen nun Mediziner durch eine Obduktion des Leichnams klären. Beide „Streitbeteiligte" sollen nach Angaben der Staatsanwaltschaft 2015 von Afghanistan nach Deutschland „geflüchtet" sein und lebten nach der großzügigen Einladung der Blutraute seit 2016 im schwarz-grün-regierten Schleswig-Holstein.

Aus dem politisch korrekten Polizeireport:

„Am Donnerstagmorgen (11.04.19) ist es möglicherweise zu einer Gewalttat in Flensburg gekommen. Die Polizei wurde gegen 08:25 Uhr in eine Wohnung in die Heinrichstraße gerufen und fand dort eine leblose Frau vor. Die Umstände vor Ort lassen auf den Verdacht eines Tötungsdeliktes schließen. Der mutmaßliche Tatverdächtige wurde festgenommen.

Die Kriminalpolizei ist vor Ort und hat die Ermittlungen aufgenommen. Weitere Informationen können zum jetzigen Zeitpunkt nicht veröffentlicht werden."

Auch die Umvolkungs-Postille „Die WeLT" berichtet wie gewohnt über einen „Mann als mutmaßlichen Täter" – wie immer im Unterhaltungs-Teil „Vermischtes / Panorama" neben: *Kim Kardashian möchte Anwältin werden*.

Hier die Lückenpresse-Meldung im Wortlaut:

„Vierfache Mutter getötet – Polizei nimmt ihren Mann fest

Eine vierfache Mutter ist in Flensburg am Donnerstagmorgen einem Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen. Ihr 42 Jahre alter Mann soll die 39-Jährige tätlich angegriffen und dabei so schwer verletzt haben, dass sie starb, wie die Polizei mitteilte. Der mutmaßliche Täter ließ sich noch in der Wohnung widerstandslos festnehmen. Zuvor waren bei der Polizei mehrere Notrufe eingegangen.

Besonders tragisch: Das Ehepaar hat vier Kinder im Alter von sechs, zehn, 13 und 16 Jahren. „Ich gehe davon aus, dass die Kinder zum Zeitpunkt der

Auseinandersetzung in der Wohnung waren", sagte Oberstaatsanwältin Stephanie Gropp der Nachrichtenagentur dpa.
Sie könne aber nicht sagen, ob die Kinder das Geschehen unmittelbar mitbekommen haben. Die Kinder seien in die Obhut des Jugendamts übergeben worden. Die Tat ereignete sich gegen 8.25 Uhr, in Schleswig-Holstein sind derzeit Osterferien. Nach Angaben der Oberstaatsanwältin soll es bereits vor der Tat Streit zwischen den Eheleuten gegeben haben. Sie konnte noch keine Angaben darüber machen, ob der Mann bereits vernommen wurde und ob er sich zum Geschehen am Donnerstagmorgen äußern wolle. Er befindet sich in Gewahrsam."
Auch BILD titelt geheimnisvoll:
„42-jähriger Tatverdächtiger festgenommen – Mutter von vier Kindern tot in Wohnung entdeckt
Nach ersten Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei Flensburg ist es am Donnerstagmorgen gegen 8.25 Uhr zu einem Streit zwischen zwei Eheleuten in der gemeinsamen Wohnung in der Heinrichstraße in Flensburg gekommen. Der 42 Jahre alte Mann soll seine 39-jährige Frau dabei angegriffen und so schwer verletzt haben, dass sie starb".

Münchs Münchhausen-Syndrom – bereits im fortgeschrittenen Stadium

Erst jüngst machte Holger Münch, immerhin der „Präsident des Deutschen Bundeskriminalamtes", in einem bemerkenswerten Interview mit der rotgrün-links-verwirrten Gazette „Die ZEIT" darauf aufmerksam, dass vor allem die Berichterstattung über den 33-prozentigen Anteil von Mehrfach- und Intensivtätern unter Zuwanderer-Verbrechen „unnötigerweise Ängste schüre".
In dem fast schon „historisch" zu bezeichnenden Interview machte der derzeitige BKA-Chef und – ausgerechnet – frühere Bremer Polizeipräsident Münch die Medien mitverantwortlich für die gestiegene Angst in der Bevölkerung:
"Intensive Berichterstattung über Verbrechen, Einzeltaten, über die spektakulär berichtet wird, verzerren die Wahrnehmung von Kriminalität und tragen dazu bei, die Furcht, selbst Opfer eines Verbrechens zu werden, zu steigern."
"Unsere aktuellen Zahlen aus der Opferbefragung zeigen, dass es unter Frauen eine wachsende Furcht vor sexuellen Übergriffen gibt. Ich glaube, dass das auch mit der intensiven Berichterstattung in den Medien über herausragende Einzelfälle zu tun hat. Das prägt die eigene Wahrnehmung – während die tatsächlichen Fallzahlen sinken."
Erfahrene psychiatrische Gutachter werden Münch damit das „Münchhausen-Syndrom" im fortgeschrittenen Stadium bescheinigen. Das einschlägig bekannte Münch (-hausen)-Syndrom ist eine „artifizielle psychische Störung" auch „Koryphäen-Killer-Syndrom" genannt, bei dem die Betroffenen gezielt persönliche Missstände erfinden und gegenüber ihren Therapeuten meist plausibel und dramatisch präsentieren.
Vor einem Jahr wurde in Flensburg die 17-jährige Mireille Bold von einem Afghanen erstochen, PI-NEWS berichtete mehrfach, trotz der Anweisung des Präsidenten des Deutschen Bundeskriminalamtes. Oder gerade deswegen

http://www.pi-news.net/2019/04/notre-dame-und-wenn-es-doch-kein-kurzschluss-war/

ERINNERUNG AN NIEDERBRENNUNG DER WILLIHADI-KIRCHE IN GARBSEN 2013

Notre Dame: Und wenn es doch kein Kurzschluss war?

Von WITTICH | Aus der Niederbrennung der Kirche in Garbsen bei Hannover, höchstwahrscheinlich durch eine Türkenbande, haben wir in Deutschland schon 2013 gelernt: An einer Aufklärung von muslimischen Brandstiftungen an Kirchengebäuden haben weder Kirche noch Staat Interesse. Was für Garbsen im Kleinen gilt, gilt das auch für Notre Dame im Großen?

Die offizielle Version zur Brandursache von Notre Dame wurde bereits von der Presse verbreitet, als die Flammen noch loderten: Keine Brandstiftung, sondern ein Unfall. Selbst aus Sicht brandtechnischer Laien verwundert diese schnelle Schlussfolgerung: Wie kann man in einem solchen Inferno aus dem bloßen Augenschein der Flammen erkennen, was die Ursache des Brandes war? Die schnelle offizielle Festlegung war allerdings nicht das einzig Verwunderliche an diesem ausgerechnet in der Karwoche – der Hochsaison muslimischer Anschläge auf Kirchen (siehe Sri Lanka) – angeblich ganz zufällig ausgebrochenen Kirchenbrand.

Noch verwunderlicher war, dass man letztlich eine technisch so banale Brandursache wie einen Kurzschluss als Erklärung bemühte. Auf einer derart hochsensiblen Baustelle, die dreimal täglich von einem Brandschutzbeauftragten persönlich überprüft wurde, soll ein Kurzschluss passiert sein? Hatte dieser Brandschutzbeauftragte tatsächlich eine so schlechte technische Grundausbildung, dass eine so einfache Brandursache, die sich zudem so leicht vorbeugen lässt, nicht permanent als Möglichkeit erwogen wurde, mit entsprechenden Vorkehrungen?

Zu diesen grundsätzlichen Merkwürdigkeiten im Zusammenhang mit dem Brand von Notre Dame stehen noch eine ganze Reihe weiterer Fragen im Raum, die wie alle anderen Fragen zu diesem spektakulären Brand seltsamerweise von der Presse nicht gestellt werden: Gab es auf einer so sensiblen, dreimal pro Tag von einem Brandexperten überwachten Holzbaustelle eigentlich keine Feuerlöscher an jeder Ecke? Und erstaunlich auch für jeden Freizeitgrillmeister, der sich Stunden daran abmüht, den dicken Holzscheit zum Glühen zu bringen: Wie lange dauert es eigentlich, bis ein zunächst eher schwacher Brandherd wie ein Kurzschluss an einem schweren Deckenbalken zu offen lodernden Flammen führt? Würde man in einem solchen Fall nicht vorher wenigstens einen Schwelbrand erwarten? Und würde so ein Brand nicht auch eine ganze Zeit schon vorher einen Brandgeruch von sich geben, riecht man so etwas nicht, insbesondere, wenn in unmittelbarer Nähe Dutzende von Arbeitern zu Gange sind?

Denken wir uns einmal ein anderes Szenario: Wenn es nun doch kein Kurzschluss war, sondern einer jener Arbeiter, muslimisch oder muslimisch-konvertiert, dem die gute Gelegenheit dieses Baugerüsts

schon früh aufgefallen war, der Zeit und Möglichkeiten hatte, über Tage in der Nähe seines Arbeitsplatzes ein verstecktes Depot mit irgendeinem Brandbeschleuniger anzulegen, das er dann genau zum Feierabend, wenn die Kollegen gerade gegangen waren, so dass er unbeobachtet zu Werke gehen konnte, nur noch an passender Stelle im Gebälk zu entzünden brauchte? Notre Dame, brennend in der Osterwoche, welch ein propagandistischer Erfolg der islamischen Landnehmer Westeuropas! Welch ein Zeichen des Triumphs über das seit Jahrhunderten verhasste Abendland!
Doch selbst wenn es so gewesen wäre, würden wir das jemals erfahren? Denn ein muslimischer Brandanschlag auf das symbolische Herz des Abendlands – wäre das nicht auch ein propagandistischer Supergau für die Hauptakteure der Umvolkung, die Macrons, die Junckers, die Merkels und all die Kardinäle, Bischöfe und sonstigen Kirchenfürsten, die uns noch immer weismachen wollen, ihre Umvolkung- und Islamisierungspolitik sei völlig gefahrlos für die einheimische Bevölkerung, Islam sei Frieden, und wir sollten uns nicht fürchten? Welches Interesse hätten all diese einflussreichen politischen Akteure im Fall einer Brandstiftung an einer Aufklärung? Welches Interesse hätten sie daran, überhaupt von Brandstiftung zu sprechen?
Wir Deutsche erinnern uns noch gut an die Willihadi-Kirche in Garbsen, die im Sommer 2013 bis auf die Grundmauern niedergebrannt wurde, mit größter Wahrscheinlichkeit von einer türkischen Jugendbande. Wir erinnern uns auch sehr gut noch an dem Umgang der offiziellen Amtskirche EKD mit diesem damaligen Verbrechen. Es dauerte Tage, bis die EKD sich überhaupt zu einer Stellungnahme bequemte, und es wurde seinerzeit alles getan, um diesen spektakulären Vorfall, die erste Niederbrennung eines Gotteshauses in Deutschland seit den Synagogenbränden von 1938, vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Damals verhinderte eine faktische Nachrichtensperre, der sich alle großen Pressehäuser sowie ARD und ZDF unterwarfen, dass die Niederbrennung der Kirche von Garbsen überhaupt jenseits von Hannover berichtet wurde. Die gesamte Führungsspitze der EKD blieb der Kirche demonstrativ fern, um keine Aufmerksamkeit für diese Brandstiftung zu erregen. Kein einziger Politiker ließ sich vor Ort blicken. Es wurde alles getan, um den Vorfall klein zu halten. Auch die Polizei wurde ganz offenbar davon abgehalten, die Brandstifter tatsächlich ausfindig zu machen. Von ein paar oberflächlichen Befragungen abgesehen gab es keine weiteren Untersuchungen, keine Nachforschungen, man hängte ein paar Zettel mit vagen Täterbeschreibungen in der Stadt auf, um äußerlich den Eindruck zu erwecken, man würde etwas tun. In Wahrheit aber tat man gar nichts, und die Brandstifter von Garbsen laufen immer noch frei herum.
Aus Garbsen haben wir gelernt: Niemand in Kirche und Politik hat ein Interesse an der Aufklärung von Kirchenbrandstiftungen, sofern es sich bei den Tätern mit einiger Wahrscheinlichkeit um Muslime handelt. Solche Täter werden von Kirche und Staat gedeckt.
Was lernen wir aus Garbsen für Notre Dame? Wie glaubwürdig ist die Geschichte mit dem „Kurzschluss"?

https://www.focus.de/regional/hamburg/hamburg-schrecklicher-fall-in-hamburg-sexueller-uebergriff-auf-9-jaehrige-polizei-sucht-zeugen_id_10627555.html

Wer kann Hinweise geben?

Sexueller Übergriff auf Neunjährige in Hamburg: Polizei sucht Zeugen

Mittwoch, 24.04.2019, 14:28

Die Polizei fahndet nach einem unbekannten Sexualstraftäter: Am Dienstagmittag hat ein Mann ein Mädchen (9) sexuell missbraucht. Der Täter und die Neunjährige waren gegen 15.40 Uhr beide auf dem Fahrrad in Hausbruch unterwegs, wobei der Unbekannte zwischenzeitlich neben dem Mädchen herfuhr.

Als ein steilerer Anstieg kam, stieg das Kind vom Fahrrad ab. Der Täter tat es ihr gleich und nahm anschließend sexuelle Handlungen an ihr vor. Später lief die Neunjährige davon, der unbekannte Mann flüchtete mit seinem Fahrrad.

Das Mädchen vertraute sich seinen Eltern an, die umgehend die Polizei verständigten. Eine eingeleitete Fahndung blieb ergebnislos.

Die Beamten fahnden nun mit folgender Beschreibung nach dem flüchtigen Täter: Er soll laut Polizei ein südländisches Erscheinungsbild haben, zwischen 25 und 30 Jahre alt sein, akzentfrei deutsch sprechen und bei der Tat unter anderem eine Jeans und eine schwarze Basecamp getragen haben. Bei seinem Fahrrad handelt es sich um ein Mountainbike mit grün-blauem Rahmen. Hinweise: Telefon 040/4286-56789 oder an jede Polizeidienststelle.

https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/gewalt-magdeburger-polizei-verharmlost-pruegel-orgie?fbclid=IwAR3ferffPMbm7Ku7lAiXcJD_e_f3mVsrTCtkmsVLAR9x8j95xBUYsunZ9Ao

GEWALT

Magdeburger Polizei verharmlost Prügel-Orgie

29.04.2019, Update: 30.04.2019, 14.55 Uhr

Zwei Menschen werden in einer Straßenbahn in Magdeburg Opfer einer Prügelattacke. Der Täter kam frei. Die Polizei verharmlost die Attacke.

Von Matthias Fricke › und Michael Bock ›

Magdeburg l Eine 18-jährige Gymnasiastin und ein 28-jähriger Medizinstudent (beide aus Magdeburg) sind am helllichten Tag grundlos und ohne Vorwarnung brutal attackiert worden. Der Vorfall ereignete sich bereits kurz vor Ostern. Die Schülerin erlitt eine Nasenfraktur und einen Bruch des linken Augenhöhlenrings. Sie befand sich zeitweise auf der Intensivstation der Magdeburger Uniklinik. Der Student erlitt drei Platzwunden am Kopf und einen Bruch der Vorderwand der Stirnhöhle. Ihm wurde eine Titanplatte eingesetzt. Beide Opfer sagten, in der Bahn sei ihnen niemand zu Hilfe geeilt.

In Detmold und Lemgo zugeschlagen

Nach Volksstimme-Informationen handelt es sich bei dem Schläger um einen 34-jährigen Syrer, der in den zurückliegenden Monaten bereits in Nordrhein-Westfalen zugeschlagen hat. Ihm werden in drei Fällen Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Die dortige Polizei bestätigte, die Fälle hätten sich in Detmold und in Lemgo ereignet. Zu Einzelheiten wollte sich ein Sprecher nicht äußern. Pressemitteilungen dazu gibt es nicht.

In Magdeburg entschieden die Polizisten vor Ort, dass keine Haftgründe für den Syrer vorlägen. Sie begründen dies auch damit, dass „die genaue Schwere der Verletzungen zu diesem Zeitpunkt" noch nicht festgestanden habe. In der offiziellen Pressemitteilung der Polizei war lediglich von einem „Armbruch" die Rede – den aber hat es nicht gegeben.

Der Täter wurde in die geschlossene Psychiatrie der Uniklinik gebracht. Grund: Der Mann habe angegeben, dass er „sich oder anderen Personen schaden" wolle, wenn er nicht in seine Heimat zurückgebracht werde, so die Polizei. Ein Notarzt habe daraufhin die Einweisung in die Psychiatrie für erforderlich gehalten. Nur einen Tag später entließ sich der 34-jährige Schläger laut internem Polizeibericht selbstständig.

Selbst aus Klinik entlassen

Die Uniklinik wollte sich am Montag auf Nachfrage zum konkreten Fall nicht äußern, weil dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei. Grundsätzlich gelte, dass im Eilfall eine vorläufige Einweisung ausgesprochen werden könne. Diese sei jedoch längstens bis zum Ablauf des folgenden Tages zulässig: „Eine längere Unterbringung setzt zwingend einen gerichtlichen Unterbringungsbeschluss voraus." Gebe es diesen nicht, könne der Betroffene auch gegen den ärztlichen Rat auf seine Entlassung bestehen.

Die Familie der Schülerin setzte indes nach der Attacke alle Hebel in Bewegung. Mit Erfolg. Nach Ostern kam viel Bewegung in die Sache. Rechtsmediziner begutachteten die Verletzungen beider Opfer. Diese wurden nun als „potenziell lebensbedrohlich" eingestuft. Die Staatsanwaltschaft stellte Haftantrag. Am 26. April, also acht Tage nach der Prügelattacke, erließ das Amtsgericht Haftbefehl. Noch am selben Tag konnte der Schläger in Magdeburg festgenommen werden. Er sitzt jetzt in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt in Burg.

Prügelattacke geschah Gründonnerstag

Rückblende: Kurz vor Ostern, gegen 13.30 Uhr in Magdeburg. Dieser Gründonnerstag ist ein schöner Tag. Die Sonne scheint, Vögel zwitschern. Die 18-jährige Levken sitzt in der Straßenbahn, Linie 6. „Ich habe aus dem Fenster geguckt, Musik gehört", schildert die Gymnasiastin die Situation.

Aus den Augenwinkeln bemerkt sie eine Bewegung. Aus dem Nichts kommt ein Mann auf sie zu. Der Fremde rammt ihr die Faust ins Gesicht. Brutal. Ohne Vorwarnung. Einfach so. Sie ist zur falschen Zeit am falschen Ort. Alles geht blitzschnell. Ihre Nase bricht. Dazu der linke Augenhöhlenring.

Sie taumelt durch den Gang der Bahn. Blut strömt aus der Nase. Andere Fahrgäste reagieren geschockt, wenden sich aber ab. „Keiner hat mir geholfen", sagt Levken. Ein Fahrgast droht der schwer verletzten Levken mit einer Anzeige wegen Sachbeschädigung - weil deren Blut auf seine Hose getropft sei.

Keine Hilfe von Fahrgästen

Als die Straßenbahn stoppt, schräg gegenüber vom Landgericht, torkelt Levken auf die Straße. Auch der Angreifer will die Bahn verlassen. Dann schreitet Rami ein. „Ich habe gesagt: ‚Geht´s noch?´", erinnert sich der Medizinstudent an die Situation. „Was willst du?", sei die Antwort gewesen. Und ein heftiger Schlag ins Gesicht. Auch Rami springt niemand der vielen Fahrgäste bei. „Die ziemlich volle Straßenbahn war plötzlich menschenleer, alle sind schnell geflüchtet", erzählt der 28-Jährige. „Ich habe um Hilfe gerufen. Aber es kam keiner."

In Straßenbahn eingesperrt mit Schläger

Zeugen berichten, dass sich die Türen der Straßenbahn schließen. Damit ist Rami einsperrt mit dem Schläger. Wie kann das sein? Diese Frage beantwortet eine Sprecherin der Magdeburger Verkehrsbetriebe am Montag nicht. Sie sagt nur: „Wir bedauern diesen äußerst seltenen Vorfall sehr.

Der Vorfall ist für uns sehr erschütternd, gerade im Hinblick auf die fehlende Zivilcourage von anderen Mitfahrern."

Für den Studenten beginnt eine minutenlange Tortur. Er wird mit Faustschlägen attackiert, stürzt zu Boden. Der Angreifer tritt zu. „Ich habe versucht, meinen Kopf zu schützen", sagt Rami. Ganz gelingt ihm das nicht. Haut platzt. Blut fließt aus drei Kopfwunden. Die Vorderwand der Stirnhöhle bricht.

Nach „gefühlten zehn Minuten" öffnet sich eine Tür. Ein Mann mit einem weißen T-Shirt sei hereingekommen, sagt Rami. Er habe gerufen: „Ich bin Polizist, und jetzt ist erstmal Schluss." Er beendet die Gewalt-Orgie.

Die Polizeiinspektion teilt am Montag auf Anfrage mit, der Beschuldigte habe sich „renitent" verhalten und sei von Polizisten mit „Handfesseln fixiert" worden.

Levken und Rami werden in die Uniklinik gebracht. Der Schläger kommt nicht in Untersuchungshaft, sondern er wird in die Psychiatrie eingeliefert. Und das, obwohl er bereits polizeibekannt ist. Nach Volksstimme-Informationen handelt es sich um einen 34-jährigen Syrer, der in den zurückliegenden Monaten in Nordrhein-Westfalen zugeschlagen hat. Zuletzt im Februar. In Detmold und Lemgo werden ihm in drei Fällen Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

Ein Aufenthaltsort in Magdeburg ist der Polizei zum Zeitpunkt der Einlieferung in die Psychiatrie nicht bekannt.

Warum kam der Schläger nicht in U-Haft? Die Polizeiinspektion Magdeburg erklärt, der Mann habe angegeben, er wolle in seine Heimat gebracht werden. Wenn dies nicht erfolge, werde er „sich oder anderen Personen schaden". Der Notarzt habe die Einweisung in die Psychiatrie für erforderlich gehalten. Die Polizisten vor Ort hätten das Vorliegen von Haftgründen verneint.

Staatsanwalt wird nicht eingeschaltet

Die „genaue Schwere der Verletzungen" der Opfer habe „zu diesem Zeitpunkt" noch nicht festgestanden. Die Staatsanwaltschaft wird nicht eingeschaltet.

Am Karfreitag geht die offizielle Polizeimeldung an die Medien. Die dürren neun Sätze lassen die Prügelattacke harmloser erscheinen, als sie es war. Keine Zeile zu den schweren Verletzungen der Opfer. Stattdessen wird von einem „Armbruch" berichtet – den es aber nicht gab. Die Nationalität des Schlägers wird verschwiegen. Der Täter, so heißt es, sei geschlossen in einem Krankenhaus untergebracht worden.

Auf diese Presseerklärung stützt sich auch die Berichterstattung in der Volksstimme.

Nach einer Nacht auf freiem Fuß

Das klingt, als sei der Schläger zunächst einmal weggesperrt. Bei der Einlieferung in die Uniklinik habe der Mann „erheblichen Widerstand" geleistet, teilt die Polizei jetzt mit. Nach nur einer Nacht in der geschlossenen Psychiatrie ist er jedoch schon wieder auf freiem Fuß. Er habe sich, wie die Polizei in einem internen Bericht vermerkt, selbstständig entlassen.

Die Uniklinik sagt dazu, ohne gerichtlichen Beschluss sei eine Unterbringung längstens bis zum Ablauf des folgenden Tages zulässig. Für den Fall, dass das Gericht keine ausreichenden Gründe für eine Unterbringung sehe, müsse eine Entlassung erfolgen. Das gelte auch dann, „wenn aus ärztlicher Sicht die Voraussetzungen einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder für den Betroffenen selbst noch vorliegen sollten".

Levkens Mutter fassungslos

Inga S., Levkens Mutter, erfährt fünf Tage später irgendwoher, dass der Schläger wieder frei herumläuft. Sie ist fassungslos. „Der ist eine Gefahr", sagt sie. „Eine tickende Zeitbombe. Wann schlägt er wieder zu?" Die Familie setzt alle Hebel in Bewegung, damit der Vorfall endlich ernstgenommen wird.

Inga S. ist auch Tage nach der brutalen Attacke auf ihre Tocher noch aufgewühlt. „Das war ein Schreckensszenario", sagt sie. „Der blanke Terror. Die Wahrheit darf nicht verschwiegen werden." So ein Schläger müsse weggesperrt oder sofort ausgewiesen werden, sagt sie. Die Politik müsse Härte bei Gewalttätern zeigen. „Es darf nicht schwarz-weiß gedacht werden", sagt Inga S. „Aber Schutzsuchende dürfen nicht durch Täter leiden, die sich in unserem Staat ungestraft austoben können."

„Wir haben selber ausländische Freunde, das sind feine Menschen“, betont Inga S. In ihrem kleinen Betrieb beschäftigt sie auch eine Auszubildende aus Afghanistan. Die habe gesagt: „Ich schäme mich so für das, was passiert ist.“ Levken sagt mit Blick auf die Nationalität des Schlägers: „Man darf das nicht verallgemeinern.“

Rechtsmediziner begutachten Opfer

Das hartnäckige Intervenieren der Familie S. bringt indes viel in Bewegung. Der Vorfall wird in der Woche nach Ostern genauer untersucht. Rechtsmediziner begutachten die Verletzungen beider Opfer. Wie die Volksstimme zunächst aus internen Quellen erfährt, werden diese nun auf einmal als „potenziell lebensbedrohlich“ eingestuft. Von einem „Armbruch“ ist keine Rede mehr. Diese Information sei aufgrund der Angaben eines Rettungssanitäters „fälschlicherweise aus den dienstlichen Unterlagen übernommen worden, ohne näher verifiziert zu werden“, verlautet dazu jetzt aus der Polizeinspektion.

Videos aus der Straßenbahn werden nun ausgewertet. Die Staatsanwaltschaft stellt Haftantrag. Am 26. April, also acht Tage nach dem Angriff, erlässt das Amtsgericht Magdeburg Haftbefehl. Noch am selben Tag kann der Schläger in Magdeburg festgenommen werden. Er wird in die Justizvollzugsanstalt Burg gebracht. Ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung wird eingeleitet. Es wird damit gerechnet, dass die Staatsanwaltschaft in den nächsten Wochen Anklage erhebt.

Auch die Volksstimme-Recherchen zeigen Wirkung. Am Montag teilt das Polizeirevier Magdeburg mit, dass ein 34-jähriger Beschuldigter am Freitag verhaftet worden sei.

Mutiger Mann mit Herz

Rami wird einen Tag nach Verhaftung des Täters aus dem Krankenhaus entlassen. Er sieht immer noch arg lädiert aus. Über dem rechten Auge verdeckt ein Pflaster eine lange Narbe. Er hat jetzt eine Titanplatte im Kopf. Würde er sich in einer vergleichbaren Situation erneut einmischen? „Ich würde das definitiv wieder machen“, sagt Rami und lächelt leicht. „Das ist für mich eine normale Reaktion.“ Kurze Pause. „Die Frage müsste anders lauten: Wieso haben die anderen nichts getan?“ Inga S. sagt: „Was für ein mutiger Mann mit Herz!“

Rami ist jetzt für ein paar Tage nach Berlin gefahren. Zur Familie. Abstand gewinnen. Sein Vater ist Marokkaner, die Mutter Deutsche, er wurde in Paderborn geboren. Der Medizinstudent ist im 10. Semester. Er steht kurz vor dem zweiten Staatsexamen.

Deutschprüfung trotz allem

Levken steckt mitten im Abi-Stress. Auch sie ist wieder zu Hause. Auf dem Wohnzimmertisch blüht ein farbenfrohes Blumen-Meer. Die Anteilnahme ist groß. Mehr als eine Woche nach dem Faustschlag ist das linke Auge noch blau. Levken wirkt gefasst. Äußerlich zumindest. Sie spricht mit ruhiger Stimme. Nächste Woche ist am Gymnasium die Deutschprüfung. Die will sie mitmachen. Trotz allem.

http://www.pi-news.net/2019/04/ruesselsheim-wilde-schiesserei-zwischen-zwei-migrantenclans/

INNERE (UN)SICHERHEIT: DEUTSCHLANDS STURZ INS BODENLOSE

Rüsselsheim: Wilde Schießerei zwischen zwei Migrantenclans

30. April 2019

Türken und Kurden pflegen ihre Todfeindschaft mittlerweile auch in Deutschland. Mit Schusswaffen.

Von EUGEN PRINZ | Während die Regierung der Tschechischen Republik ein verfassungsmäßiges Recht auf Waffenbesitz einführt, weil sie „die eigenen Leute nicht in einer Zeit entwaffnen will, in der sich die Sicherheitslage ständig verschlechtert“ (O-Ton tschechischer

Innenminister), ist die deutsche Bundesregierung seit Jahren bemüht, die Anzahl der legalen und illegalen Waffen im Besitz der indigenen Bevölkerung zu reduzieren. Jäger und Sportschützen werden mit immer strengeren Auflagen und höheren Hürden konfrontiert und es gab bereits zwei Amnestien für jene, die noch Opas Wehrmachtspistole zuhause hatten und sie freiwillig abgaben. Hundertausende Deutsche haben diese Möglichkeit genutzt.
Und während die indigene Bevölkerung entwaffnet wird, bzw. sich selbst entwaffnet, müssen wir erfahren, dass es offenbar immer mehr Schusswaffen in den Händen von kriminellen Migrantenclans gibt, die diese auch bereit sind, bei Konflikten rücksichtslos zu benutzen.

Wildwest in Rüsselsheim dank krimineller Migrantenclans

Am Samstag gegen 4 Uhr früh, wurden die Anwohner der Bahnhofstrasse in Rüsselsheim durch zahlreiche Schüsse geweckt, als sich Angehörige einer türkischen Großfamilie eine wilde Schießerei mit einer kurdischen Großfamilie lieferten. Die etwa 30 Personen waren zunächst in einer Bar in der Bahnhofstraße aus trivialem Anlaß in Streit geraten. Dem Vernehmen nach sind die beiden Clans schon länger verfeindet. Dieses Mal eskalierte die Auseinandersetzung dann zur Schießerei. Ein Mann erlitt einen Streifschuss, daneben wurden noch zwei PKW durch Schüsse beschädigt und eine Fensterscheibe zerstört. Auch eine Hauswand weist Einschusslöcher auf. Nur dem Zufall ist es zu verdanken, dass es keine Toten gab.
Als die Polizei eintraf, flohen die Beteiligten in Richtung Waldstraße. Daraufhin wurde das Gebiet in der Rüsselsheimer Innenstadt weiträumig abgesperrt und von Ermittlern den ganzen Samstag nach über nach Spuren durchkämmt. Dabei konnten mehrere leere Patronenhülsen gefunden werden. Die beschädigten Fahrzeuge wurden zur Spurensicherung abgeschleppt. Ein Sondereinsatzkommando durchsuchte insgesamt neun Wohnungen, die benutzten Waffen konnten jedoch nicht gefunden werden.
Als Hauptverdächtiger gilt ein 28-jährigen Kurde mit deutschem Pass. Gegen ihn wurde Haftbefehl wegen eines versuchten Tötungsdeliktes erlassen. Er bestreitet die Tat. Die Polizei nahm auch noch 14 weitere Beteiligte im Alter zwischen 13 und 53 Jahren vorläufig fest. Diese sind jedoch mittlerweile alle wieder auf freiem Fuß, da man ihnen nichts konkretes nachweisen konnte.

Beruhigungspille für die Bevölkerung

Die Polizei will nun ihre Präsenz erhöhen und mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei und Spezialkräften die bereits bestehenden Sicherheitsmaßnahmen intensivieren. Die Kontrollmaßnahmen gegen die Straßenkriminalität werden verstärkt.

Was wird das nützen? Gar nichts. Die türkischen, kurdischen und arabischen Familienclans, deren Anteil an kriminellen Mitgliedern bereits letztes Jahr auf über 200.000 geschätzt wurde und die überwiegend die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, sind längst ein Staat im Staate. Ihre Zahl wird weiter anwachsen und es dürfte für sie aufgrund ihrer Verbindungen kein großes Problem

sein, an illegale Waffen zu kommen. Wie man sie vor der Polizei versteckt, wissen die kriminellen Clanmitglieder.
Im letzten Travel and Tourism Competitiveness Report, der alle zwei Jahre erscheint, ist Deutschland 2017 im Sicherheitsranking auf Platz 51 zurückgefallen STIMMT NICHT und liegt nun zwischen der Mongolei und Gambia. Zum Vergleich: 2009 lag Deutschland noch auf dem dritten Platz.
Was will uns das sagen?

http://www.pi-news.net/2019/05/die-schweiz-machts-vor-hassprediger-rausgeschafft/

NACH 25 JAHREN IM LAND ZURÜCK NACH SOMALIA

Die Schweiz macht's vor: Hassprediger rausgeschafft

9. Mai 2019

Muss die Schweiz verlassen: Imam A.E. - der "Pate von Wintherthur". HEVROLET | Islamische Hassprediger? In Deutschland werden sie bekanntermaßen herzlich willkommen ihr Unwesen zu treiben. Aber die kleine Schweiz zeigt endlich Härte gegen diese Feinde der europäischen Gesellschaften. Der Imam der An'Nur Moschee in Winterthur im Kanton Zürich wurde jetzt (endlich) ausgeschafft, wie es sich in der Schweiz nennt, wenn jemand abgeschoben wird.
Statt im Land der Berge, Fränkli und Schoki, darf er sich jetzt im dafür viel sonnigeren Somalia aufhalten, seitdem Somalia ihn als Bürger des Landes akzeptiert hat. Da der Mann (natürlich) nicht über gültige Reisedokumente verfügte, musste das Staatssekretariat für Migration (SEM) umfangreiche Ermittlungen zu seiner Herkunft durchführen. Zuerst ging man davon aus, dass der hinlänglich bekannte Hassprediger Äthiopier sei, doch letztlich stellte sich heraus, dass er Somalier ist.
Im November 2017 wurde der inzwischen 25-Jährige zu 18 Monaten Haft wegen Aufrufes zu Gewalt und Straftaten verurteilt, und zu einem Aufenthaltsverbot für die Schweiz für zehn Jahre. Ein Jahr später wurde das Urteil durch das Kantonsgericht in Zürich bestätigt. Der Extremist jedoch war schon Ende Februar 2018 wieder in Freiheit, weil seine Haft zur Bewährung ausgesetzt war. Er ergriff daraufhin die Flucht, setzte sich – oh Wunder! – nach Deutschland ab, wurde jedoch aufgegriffen und in die Schweiz zurückgebracht.
Inzwischen ist die Extremisten-Moschee geschlossen worden. Sie geriet immer wieder im Zusammenhang mit Personen, die zur Terrorgruppe IS gingen, in den Fokus von Behörden und Öffentlichkeit.

https://www.focus.de/regional/hamburg/hamburg-doppelbelegung-wartelisten-hamburgs-untersuchungsgefaengnisse-platzen-aus-allen-naehten_id_10625632.html

HamburgDoppelbelegung, Wartelisten: Hamburgs Untersuchungsgefängnisse platzen aus allen Nähten

Mittwoch, 24.04.2019, 09:12

Doppelt belegte Zellen, Wartelisten für Knast-Sportangebote: Hamburgs Untersuchungsgefängnisse platzen aus allen Nähten. Nach Recherchen des NDR hat sich die Zahl der Untersuchungsgefangenen in der Hansestadt seit 2014 nahezu verdoppelt! Und das, obwohl es immer weniger Straftaten gibt. Wie kann das sein?

Der NDR hat bei allen 16 Justizministerien der Länder nachgefragt. Ergebnis: Deutschlandweit ist die Zahl der Untersuchungshäftlinge seit 2014 um 25 Prozent gestiegen. In **Hamburg** sogar um 87 Prozent.

Viele Zellen sind doppelt belegt

Die Gründe sind vielfältig: die verstärkte Bekämpfung einzelner Straftaten, lange Verfahren und die zugenommene Zahl ausländischer Tatverdächtiger. Bei Ausländern werde häufiger auf Fluchtgefahr als Haftgrund entschieden – vor allem, wenn sie keinen festen Wohnsitz und keine sozialen Bindungen in Deutschland haben, so der NDR.

Am Beispiel der Untersuchungshaftanstalt am Holstenglacis wird deutlich, was der Anstieg bedeutet: Hier sind laut dem Sender aktuell 465 Menschen inhaftiert. Doch nur für 120 von ihnen gebe es Jobs. Für sportliche Angebote oder Kochkurse gebe es Wartelisten. Sogar die Zellen seien zum Teil doppelt belegt.

Nur zwei Stunden Besuchszeit im Monat

Besonders hart für die Knackis: Weil Beamte für die Aufsicht fehlen, gibt es oft nur zwei Stunden Besuchszeit für die Gefangenen – pro Monat!

Auffällig sind laut NDR die großen regionalen Unterschiede bei der Zahl der Untersuchungsgefangenen. Hamburg habe dabei eine Spitzenstellung. Bezogen auf die Einwohnerzahl habe die Hansestadt mit weitem Abstand die meisten U-Häftlinge aller Bundesländer. Mehr als doppelt so viele wie der Bundesdurchschnitt und zwei Drittel mehr als Berlin, das den zweiten Rang unter den Ländern einnimmt.

https://www.n-tv.de/politik/NRW-setzt-Clans-mit-1000-Nadelstichen-zu-article21027301.html

14.225 Straftaten in drei Jahren

NRW setzt Clans mit "1000 Nadelstichen" zu

Beim Kampf gegen kriminelle Clans geht Nordrhein-Westfalen voran und präsentiert ein umfassendes Lagebild. Die 30 Seiten

haben es in sich: 104 Familien terrorisieren inzwischen das ganze Land. Innenminister Reul entschuldigt sich, dass Hinweise der Bürger so lange ignoriert worden sind.
Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen ein Lagebild zur Clankriminalität vorgelegt, wonach im bevölkerungsreichsten Bundesland 6449 Tatverdächtige aus 104 Clans binnen drei Jahren 14.225 Straftaten begingen. Laut der in Düsseldorf vorgestellten Analyse des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts (LKA) waren mehr als ein Drittel dieser von 2016 bis 2018 registrierten Taten sogenannte Rohheitsdelikte wie Bedrohung, Nötigung, Raub und gefährliche Körperverletzung.
"Wir haben es hier eben nicht mit Eierdieben und Tabakschmugglern zu tun", erklärte Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul. "Clankriminalität ist keine Kleinkriminalität - wir reden von schweren Verbrechen bis hin zu Tötungsdelikten", sagte der CDU-Politiker.
Kriminelle Mitglieder von Großfamilien sind nach Behördenangaben vor allem in Bremen, Niedersachsen, Berlin und Nordrhein-Westfalen aktiv. An Rhein und Ruhr werden diesem Täterkreis auch zwei Tötungsdelikte und 24 versuchte Tötungen zugeschrieben, erläuterte der Leiter der LKA-Abteilung Organisierte Kriminalität, Thomas Jungbluth, bei der Präsentation des Lagebilds.
Die kriminellen Clanmitglieder folgten den beiden Grundprinzipien, dass die Ehre der Familie über alles gehe und das Recht des Stärkeren gelte, sagte Jungbluth. Reul bekräftigte in diesem Zusammenhang: "Bei uns gilt nicht das Gesetz des Clans, sondern das Gesetz des Staats."
PANORAMA
25.01.19
Einsätze kommen Jahrzehnte zu spät
Clankriminalität versetzt Behörden in Handlungsnot
In ihrer Analyse kommt die NRW-Polizei zu dem Schluss, dass Clans in ganz Nordrhein-Westfalen aktiv sind. Ein Schwerpunkt liegt in den Ruhrgebietsmetropolen - allen voran in Essen, aber auch in Städten wie Gelsenkirchen und Recklinghausen. Clans fallen demnach aber auch in den Großstädten am Rhein wie beispielsweise Köln und inzwischen selbst im ländlichen Raum mit Straftaten auf.
Neben offen illegalen Aktivitäten wie Drogenhandel, Glücksspiel und Sozialleistungsbetrug betreiben Clanmitglieder dem NRW-Lagebild zufolge auch scheinbar legale Geschäfte. Dazu zählen Autohandel, Sicherheitsdienstleistungen oder auch Schlüsseldienste - meist mit dem Ziel zu betrügen, Geld zu waschen oder als Tarnung für kriminelle Vorhaben. Das Lagebild weist zehn Clans in NRW aus, die allein für rund 30 Prozent der erfassten Straftaten verantwortlich sind.
"Jahrelang wurden die Hinweise der Bürger, aber auch aus Polizeikreisen zu diesem Problem geflissentlich ignoriert", erklärte

Reul. "Ob aus falsch verstandener politischer Korrektheit oder weil man der Auffassung war, dass nicht sein kann, was nicht sein darf - damit ist nun endlich Schluss." Die Clan-Mitglieder glaubten, sie müssten nichts fürchten. "Genau das muss sich ändern." Man verfolge eine "Strategie der 1000 Nadelstiche" und der Null-Toleranz auch bei kleineren Delikten.
Der NRW-Innenminister sprach mit Blick auf kriminelle Strukturen in manchen Großfamilien von "Mafiastrukturen und Parallelwelten, in denen die Missachtung von Recht und Gesetz von einer Generation auf die nächste weitergegeben wird". Es sei auch das Ziel der Behörden, diesen Mechanismus zu durchbrechen - "schon im Interesse der Kinder, die in diesem Milieu aus Gewalt und Verbrechen aufwachsen müssen".
Die Polizei in Gelsenkirchen berichtete, die Ermittlungen und der ständige Kontrolldruck zeigten bereits Wirkung. So habe es seit vergangenem Sommer in Gelsenkirchen keinen inszenierten Tumult mehr gegeben, der einem Clan zuzurechnen sei.

http://www.pi-news.net/2019/04/wenn-der-jugendliche-fast-50-jahre-alt-ist/
HOFFNUNG AUF GELDREGEN ALS JUNGBRUNNEN FÜR „FLÜCHTLINGE"
Wenn der Jugendliche fast 50 Jahre alt ist…
27. April 201973
"Flüchtlinge" geben sich in Deutschland gerne als Minderjährige aus, weil das für sie viele Vorteile bringt.
Von CHEVROLET | Bis in die letzten Bergtäler Afghanistans, Wüsten des Irak oder Syriens, in jedes afrikanische Dorf und überall auf der Welt hat es sich herumgesprochen, dass man in Deutschland problemlos ein vollversorgtes und bestens gepolstertes Leben verbringen kann, wenn man an den deutschen Grenzen erscheint. Schlepper und Gutmenschen sind bei der Anreise ins Paradies für Afrikaner und Moslems gerne behilflich, und wenig später sprudelt das Geld.
Und das Schönste: Man kann sich benehmen, wie es einem gefällt, wie in der alten Heimat. Doch es gibt noch die Steigerung: Minderjährige „Flüchtlinge" haben den absoluten Jackpot gewonnen – auf sie wartet ein noch besseres Verwöhnprogramm, natürlich bezahlt von den dummen deutschen steuerzahlenden Merkel-Sklaven.

Warum soll man also nicht beim eigenen Alter tricksen, sich mal ein paar Jährchen jünger machen als man ist. Und so ist der Asylantrag ein um ein Vielfaches besseres und billigeres Verjüngungsmittel als Hyaluron oder Botox. Wie dreist die „jungen" Herren sein können, bewies kürzlich ein Fall in Südwest-Frankreich, von dem „Charente Libre" berichtet.
Da tauchten zwei Afrikaner in der Gemeinde Angoulême auf und forderten Asyl. Einer der beiden behauptete, er sei aus Mali und sei minderjährig. Der Zweite legte sogar eine Geburtsurkunde vor, die ihn als 16 Jahre alten Mann aus Guinea auswies.
Da in Angoulême im Departement Charente in der jüngsten Zeit auffällig viele „Minderjährige" eintrafen, sind die Behörden vorsichtig geworden und forschen nach. Während der angeblich aus Mali kommende als 21-Jähriger identifiziert wurde, stellte sich heraus, dass der angebliche Guineer sagenhafte 41 Jahre alt war. Ganz offenbar hat das Wort Asyl eine sagenhafte Kraft, was Verjüngungen solcher Leute bewirkt.
Den Franzosen fiel es auf, weil der „Jüngling" bereits in Spanien mit seinen Fingerabdrücken registriert wurde, wo er 41 Jahre alt war. Solche Vorfälle sind alles andere als selten, wie der Generalstaatsanwalt der Region Montpellier, Christophe Barret, berichtet: „Erst kürzlich hatten wir einen 32-jährigen Mann, der behauptete, 17 Jahre alt zu sein".
Allerdings ist das kein rein französisches Problem. In Schweden wurde schon 2017 eine Untersuchung durchgeführt, die zutage förderte, dass 86 Prozent der angeblich minderjährigen Flüchtlinge gar keine Minderjährige seien. In Deutschland wird bekanntermaßen nicht geprüft, ob der angeblich minderjährige „Flüchtling" 17 oder 57 Jahre alt ist. Es wird voller Dankbarkeit für das Erscheinen sofort gezahlt.

https://www.bild.de/regional/chemnitz/chemnitz-news/liebe-leidenschaft-mord-fluechtling-toetete-vater-seiner-betreuerin-62140374.bild.html###wt_ref=https%3A%2F%2Fderef-gmx.net%2Fmail%2Fclient%2FwCa524b3rxs%2Fdereferrer%2F%3FredirectUrl%3Dhttps%253A%252F%252Fm.bild.de%252Fregional%252Fchemnitz%252Fchemnitz-news%252Fliebe-leidenschaft-mord-fluechtling-toetete-vater-seiner-betreuerin-62140374.bildMobile.html&wt_t=1558900293851

LIEBE, LEIDENSCHAFT, MORD
Flüchtling tötete Vater seiner Betreuerin
Artikel von: TOM ROSIN veröffentlicht am
23.05.2019 - 22:16 Uhr
Zwickau – Die Tat, die der Zwickauer Asylbewerber Najmudin J. (21) beging, war grauenhaft. Er tötete den 85-jährigen Vater seiner Geliebten bestialisch, gestand den Mord einem Psychiater.

Freitag wird er sein Urteil bekommen. Beantragt ist lebenslange Haft.

Was trieb den Afghanen zum Schauder-Mord?
Der Gerichtsgutachter sagte aus, es sei eine Tat aus Eifersucht gewesen! Der Killer wollte seine Geliebte für sich allein!
Najmudin J. kam 2015 als unbegleiteter Flüchtling aus Afghanistan nach Sachsen, ohne Papiere, angeblich war er da erst 17. Untergebracht wurde er in Westsachsen, betreut von der anerkannten Flüchtlingsbetreuerin Dr. Almut P. (50).
Sie arbeitet beim Landschaftspflegeverband, gibt Flüchtlingen Praktika und Einblicke in Grüne Berufe, dazu Deutschkurse für Ausländer an der Volkshochschule Zwickau.
Es passierte, was nicht passieren soll: Die 50-jährige Diplom-Ökologin verliebte sich im Rahmen eines Integrationsprojekts in den 30 Jahre jüngeren Afghanen, der die unerwartete Zuneigung genoss.
Und ausnutzte.
Blicke, Lachen, Berührungen. Und schließlich Sex, ein Zusammenleben in ihrer Wohnung. Sie steckte ihm sogar Geld zu – das er dann verspielte. Die Flüchtlingshelferin räumte die Beziehung vor Gericht ein.
Verstand der junge Afghane die Zuneigung falsch? Vielleicht sah Almut P. die Beziehung nur als Abenteuer, zumal sie wusste, dass Najmudin in seiner Heimat einer anderen Frau versprochen war.
Und er wollte offenbar mehr.
Noch am Tag vor dem Mord sahen sich Flüchtling und Flüchtlingshelferin in Sachsen. Dann fuhr er hoch nach Mecklenburg-Vorpommern, ins Haus von Almut P.'s Vater Dietrich P. († 85). Auf Vermittlung seiner Geliebten sollte er dort Gartenarbeiten verrichten.
Doch schon in der nächsten Nacht schlich er ins Zimmer des schlafenden Rentners. Was dort passierte, verglich der Afghane im Gespräch mit dem Gutachter mit einer Schächtung.
Die Wunde am Hals des Opfers war 22 Zentimeter lang und reichte sieben Zentimeter tief bis zu den Halswirbeln. Das, so ein Rechtsmediziner, spreche für ein geübtes Vorgehen. Der Afghane hatte auf seiner Flucht in der Türkei als Schafhüter gearbeitet.
Nach der Bluttat flüchtete der Killer zunächst, wurde aber schnell gefasst.
Dem Psychologen, der ihn befragte, sagte der Killer, seine Geliebte sei überlastet, weil sie sich zu sehr um ihren Vater kümmerte.
„Er war verärgert über den Vater, dass der ihm die Frau stiehlt", so der Gutachter.
Seine frühere Geliebte, die 50-jährige Almut P., ist Nebenklägerin. Sie wird wohl auch heute beim Urteil anwesend sein.
Von der langen Haft, die ihn erwartet, war Najmudin J. überrascht, wie er dem psychiatrischen Gutachter sagte. Mord sei in Afghanistan normal – man könne das dort mit Geld regeln …

http://www.pi-news.net/2019/06/deutschland-2019-wehe-du-bist-zur-falschen-zeit-am-falschen-ort/

SO ÄUSSERT SICH DIE DANKBARKEIT VIELER SCHUTZSUCHENDER

Deutschland 2019: Wehe Du bist zur falschen Zeit am falschen Ort

2. Juni 2019

Von EUGEN PRINZ | Schon seit vielen Jahren, aber insbesondere seit 2015, zeigt sich Deutschland mitfühlend. Etwa zwei Millionen Flüchtlingen, die ihrer Heimat und ihres Ausweises verlustig gingen und nur mit dem, was sie am Leib hatten (Hemd, Hose und iPhone) Bombenhagel, Granatsplitter und Folter entkommen sind, hat Deutschland einen sicheren Zufluchtsort geboten. Man möchte annehmen, dass dem Gastland und seinen Bewohnern für diese Rettung in letzter Sekunde vor Verfolgung, Terror und Tod ein wenig Dankbarkeit entgegengebracht werden würde. Man möchte annehmen, dass die in letzter Sekunde Geretteten wenigstens die Regeln des Gastlandes beachten und auch ein wenig Frustration und Langeweile aushalten, ohne diese an der indigenen Bevölkerung abzureagieren. Bei den meisten, die Rettung erfahren haben, trifft dies auch zu. Aber bei vielen – viel zu vielen! – leider nicht.

Und diese haben es geschafft, dass man mittlerweile in Deutschland – in der eigenen Heimat – jeden Tag hoffen muss, sich nicht zur falschen Zeit am falschen Ort aufzuhalten. PI NEWS muss leider häufig über Einheimische berichten, welche die Regel „wechsle lieber die Straßenseite" oder „bleib lieber zuhause" nicht beachtet haben. Heute fasst der Autor ein paar aktuelle Beispiele zusammen:

Tritte für ein Pärchen

München – Am Montag, dem 27.05.2019, gegen 18.10 Uhr war eine 18-jährige Münchnerin mit ihrem 27-jährigen Bekannten in der Schwanthalerstraße unterwegs. Als sie an einer Gruppe junger Männer, bestehend aus einem 19-jährigen Iraner und zwei 17-jährigen Afghanen vorbeigingen, beleidigten diese grundlos den 27-Jährigen. Dieser stellte die Gruppe zur Rede, worauf ihn die drei ohne weitere Vorwarnung mit Faustschlägen und Tritten traktierten und gegen den Kopf traten. Auch die 18-Jährige bekam ihr Fett ab. Die Opfer verständigten nach der Attacke über Notruf die Polizei und die Angreifer konnten festgenommen werden. Diese leisteten heftigen Widerstand, griffen die Einsatzkräfte tätlich an, spuckten einem Beamten ins Gesicht und drohten damit, die Polizisten abzustechen. Der Ermittlungsrichter erließ gegen den 19-Jährigen Haftbefehl. Die beiden Jugendlichen ließ er laufen. Gegen die drei Tatverdächtigen wird unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte, Beleidigung und Bedrohung ermittelt.

Die Angst vor den Folgen ihres Tuns steht ihnen jetzt sicherlich ins Gesicht geschrieben…

Tritte für eine junge Frau

Speyer – Eine 28-Jährige war am Samstagabend, dem 25.05.2019 gegen 22 Uhr in der Bechergasse unterwegs, als sie auf drei männliche, ihr nicht bekannte Personen traf. Von einer der Personen wurde sie dann absichtlich angerempelt.

Die empfehlenswerte Reaktion darauf ist, den Blick zu senken, sich höflich für den Rempler zu bedanken und in gebückter Haltung sofort die Straßenseite zu wechseln.

Die junge Frau tat dies jedoch nicht, sondern empfahl dem Mann, künftig besser aufzupassen. Dieser bedankte sich für den guten Rat mit einem Faustschlag ins Gesicht der Dame. Als die 28-Jährige dann zu Boden ging, wurde sie mehrfach getreten. Die Täter werden auf ca. 25 bis 30 Jahre geschätzt und sollen – oh Wunder! – einen ausländischen Akzent gehabt haben.

Gürtel- und Stockschläge für zwei Deutsche

Chemnitz – Wie wir gerade gelesen haben, steht bei Angriffen von Migranten auf unschuldige Opfer immer das Gebot der Fairness im Vordergrund. Ganz selten, dass diese Klientel aus der Position einer zahlenmäßigen Übermacht oder großer körperlicher Überlegenheit handelt. Grundsätzlich wird auch auf Waffengleichheit geachtet. Alles andere wäre ja ein Ausdruck von erbärmlicher Feigheit:

Mit Gürteln und Stöcken bewaffnet haben in der Chemnitzer Innenstadt am Donnerstag gegen 17.15 Uhr vier Syrer im Alter von 15, 17 und 27 einen 21- und einen 22-jährigen Deutschen angegriffen und beide verletzt. Eines der Opfer erlitt eine Schnittwunde, die ambulant behandelt werden musste. Die vier Verdächtigen wurden gestellt, aber zunächst nicht in Gewahrsam genommen. Sie erwartet jetzt eine Anzeige wegen schwerer Körperverletzung. Auch sie zittern schon vor Angst.

Kabelbinder und scharfer Splitt für die Schafe

Berlin-Buckow – Doch nicht nur die deutschen Menschen haben die A-Karte gezogen, wenn sie den falschen Migranten über den Weg laufen. Dasselbe gilt auch für deutsche Schafe.

Nach einem Hinweis aus der Bevölkerung befreiten Berliner Polizisten vier deutsche Schafe mit Migrationshintergrund aus Kamerun (also Kamerunschafe), die mit Kabelbindern an Vorder- und Hinterläufen gefesselt ohne Futter auf Splitt stehend auf dem Gelände eines Autohandels in Berlin-Buckow gehalten wurden. Zeugen hatten beobachtet, wie die Schafe aus dem Kofferraum eines Autos auf das Gelände geworfen wurden. Sie sollen einer arabischen Großfamilie gehört haben.

Inzwischen sind sie artgerecht untergebracht. Die Polizei ermittelt gegen „Unbekannt" wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz. Auch die erwähnte Großfamilie zittert schon aus Angst vor der Anzeige.

Und wenn Sie jetzt fragen, was soll man den sonst tun? Dann lautet die Antwort: RAUS MIT DENEN, aus Deutschland! Das gilt für alle aufgezählten Fälle.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.
DRV BsHa-E-Bericht WAGNER Ärztlich fertig. BT?ET?

http://www.pi-news.net/2019/06/niederoesterreich-nackter-migrant-wollte-esel-streicheln/

"SCHUTZ SUCHEN" VOR "SCHUTZ"SUCHENDEN

Niederösterreich: Nackter Migrant wollte Esel „streicheln“

7. Juni 2019

In Niederösterreich trieb sich in den letzten Tagen auf einem abgelegenen Eselgehege am helllichten Tag ein nackter Migrant herum. (Symbolbild)
Im Wienerwald in Niederösterreich hatten sich in den letzten Tagen auf einem abgelegenen Eselgehege skurrile Szenen abgespielt. Am helllichten Tag trieb sich auf dem Gelände ein splitternackter Mann herum, die junge Besitzerin der Weide erwischte ihn auf frischer Tat. Der Unbekleidete wollte noch flüchten, die Polizei konnte ihn aber rasch ausforschen. Die junge Frau wollte gerade ihre beiden Esel besuchen, als sich die Stalltür öffnete und ihr der nackte Mann entgegen sprang. Er hatte eines der Tiere angeleint und mit einer mitgebrachten Semmel gefüttert. Als er dann „auf frischer Tat“ ertappt wurde, suchte er umgehend das Weite. Die verdutzte Besitzerin der Tiere verfolgte den Flüchtenden und konnte ihn nach einiger Zeit bei seinem Auto finden. Da war er schon wieder leicht bekleidet. Die Frau schrieb das Kennzeichen auf und erstattete Anzeige bei der Polizei. Die Beamten konnten ihn rasch ausforschen. Der Ausländer, der in der Nähe als Bauarbeiter arbeitete, erklärte, dass er die Esel nur streicheln wollte (Artikel übernommen von WOCHENBLICK.AT).
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ ***Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35***

Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Kassel: Eine 19-Jährige und ihr Lebensgefährte sind am Freitagmorgen gegen 5 Uhr bei einer Auseinandersetzung verletzt worden. Wie die 19-Jährige schilderte, soll sie auf ihrem Heimweg in der Weserstraße zunächst von Männern bedrängt und begrapscht worden sein.Als sie sich zur Wehr gesetzt habe, sollen die Täter sie geschlagen und auch getreten haben. Ihr zu Hilfe eilender Freund und zwei weitere Zeugen hätten die Täter dann in die Flucht schlagen können. Aufgrund dieser Angaben ermitteln die Beamten des Kommissariats 12 wegen des Verdachts auf ein Sexualdelikt sowie Körperverletzung. Die Fahndung nach den mutmaßlichen Tätern, bei denen es sich um mindestens zwei Männer gehandelt haben soll, verlief ohne Erfolg. Die 19-Jährige hatte mehrere blutende Verletzungen und diverse Prellungen erlitten. Ihr 23-jähriger Freund war leicht verletzt worden, als er die Täter in die Flucht schlug. Er hatte sich in der Nähe aufgehalten und sei durch Schreie seiner Freundin auf das Geschehen aufmerksam geworden. Beschreibung: Beide Männer sollen eine normale Statur haben, ca. 1,80 Meter groß und ca. 20 bis 30 Jahre alt sein, nordafrikanisches Äußereshaben und vermutlich Arabisch gesprochen haben.

Dillenburg (Hessen): Bei einem schweren Fall von sexuellem Übergriff am Mittwoch mussten Passanten dem 56-jährigen Opfer zu Hilfe kommen, um Schlimmeres zu verhindern. Den Täter, einen 28-jährigen Somalier, konnte die Polizei vor Ort festnehmen. Wie am Freitag bekannt gegeben wurde, war die 56-Jährige kurz nach 16 Uhr am Mittwoch auf der Frankstraße unterwegs, als der spätere Täter sie ansprach. Als der Mann ihr plötzlich an die Brust griff, wehrte sich die Frau. Daraufhin stieß er sie um und drückte sie zu Boden. Passanten, die auf die Notlage der Frau aufmerksam geworden waren, kamen ihr zu Hilfe und hielten den Täter bis zum Eintreffen der Polizei fest. Da der 28-Jährige offenbar unter Einfluss von Alkohol und Drogen stand, wurde ihm im Krankenhaus eine Blutprobe entnommen. Nachdem die Polizei die Identität des Täters festgestellt hatte, durfte er das Revier verlassen. Gegen den Mann wird nun wegen sexueller Nötigung und Belästigung ermittelt.

Marburg: Eine Gruppe von Schülern fuhr am Mittwoch, 29. Mai, zwischen 15.21 und 15.45 Uhr mit dem Regionalexpress 4160 von Frankfurt nach Marburg. Ein 12-jähriges Mädchen aus dem Raum Marburg saß im Bereich einer Toilette auf einer Sitzbank. Laut Polizei kam kurz vor dem Bahnhof in Friedberg ein Mann aus der Zugtoilette heraus, ergriff das Mädchen am Pullover und versuchte sie in die Toilette zu ziehen. Eine Mitschülerin hielt die 12-Jährige fest und rief um Hilfe, wodurch der Mann das Mädchen losließ und sich in die Toilette zurückzog. Er konnte später festgenommen werden. Es handelte sich laut Polizei sich um einen 34-Jährigen Mann nigerianischer Staatsbürgerschaft, der in einer Asylunterkunft im Landkreis Marburg-Biedenkopf wohnt. Er stand mit über 2,3 Promille

erheblich unter Alkoholeinfluss. Da keine Haftgründe vorlagen, wurde er nach den polizeilichen Maßnahmen entlassen. Die Ermittlungen dauern an.
Heidelberg: Am Montagabend belästigte ein bislang Unbekannter eine junge Frau am Bismarckpatz – die Kriminalpolizei Heidelberg hat die Ermittlungen aufgenommen. Die 15-Jährige wartete gegen 17:45 Uhr auf den Bus der Linie 29, wobei sie von einem jungen Mann aufdringlich angesprochen wurde. Um der unangenehmen Situation zu entkommen, lief die Jugendliche davon. Der Unbekannte folgte ihr allerdings und hielt sie schließlich in der Luisenstraße fest. Dabei berührte er die15-Jährige unsittlich und küsste sie auf den Mund. Erneut lief die junge Frau davon und stieg in den mittlerweile eingetroffenen Bus ein – der Unbekannte folgte ihr und stieg ebenfalls ein. Um ihren Verfolger abzuhängen, stieg die Jugendliche an der Haltestelle Rohrbach Markt aus. Der Unbekannte folgte ihr wieder und berührte die 15-Jährige nochmals. Daraufhin rannte sie los und flüchtete sich zu einer Freundin. Von dem Mann fehlt trotz sofort eingeleiteter Fahndung durch die alarmierten Polizeibeamten des Reviers Heidelberg-Süd bislang jede Spur. Der Täter kann wie folgt beschrieben werden: männlich, etwa 18 Jahre alt, ca. 1,70 Meter, arabisches Erscheinungsbild, muskulöse Statur, schwarze Haare mit abrasierten Seiten, oben lockig, Oberlippenbart, trug eine schwarze Stoffjacke, ein bedrucktes rotes T-Shirt, eine helle blau/weiße Hose und weiße Nike-Schuhe mit roten Applikationen.
Radolfzell: Wie eine Zeugin bei der Polizei anzeigte, hatte sie am Montag gegen 13.30 Uhr in der Unterführung am Bahnhof Radolfzell einen Mann bemerkt, der ihr gegenüber sexuelle Handlungen an sich vornahm. Folgende Personenbeschreibung liegt der Polizei vor: 30-35 Jahre, kurze dunkle Haare, einen etwas dunkleren Teint, blaue Arbeitshose, blaues T-Shirt, Arbeitsschuhe. Die Polizei schließt nicht aus, dass der Mann auch gegenüber anderen Passanten in gleicher Weise aufgetreten ist und bittet deshalb Personen, denen der Mann aufgefallen ist, sich beim Kriminalkommissariat Konstanz, Tel. 07531/995-0, zu melden.
Nürnberg: Am frühen Sonntagmorgen (26.05.2019) soll es an einer U-Bahnhaltestelle in der Nürnberger Innenstadt zu einem sexuellen Übergriff auf eine junge Frau gekommen sein. Die Kriminalpolizei Nürnberg sucht Zeugen. Im Zeitraum zwischen 05:45 Uhr und 06:15 Uhr hielt sich die spätere Geschädigte mit einem, ihr nur flüchtig bekannten Mann im Bereich der U-Bahnhaltestelle Lorenzkirche auf. Nach bisherigen Erkenntnissen soll es im o. g. Zeitraum zu einem sexuellen Übergriff gekommen sein. Der Unbekannte soll gegen den Willen des Opfers sexuelle Handlungen vorgenommen haben. Anschließend entfernte er sich. Die Tat soll sich im Bereich der Rolltreppen am Bahnsteig zur U 1 ereignet haben. Beschreibung des unbekannten Täters: Ca. 25 Jahre alt, ca. 170 – 175 cm groß, dunkelhäutig (sehr dunkle Hautfarbe), kurze schwarze krause Haare, wulstige Lippen, breite Nase, bekleidet mit einem hellen T-Shirt, sprach gebrochen Deutsch und Englisch.
Kirchheim/Teck (ES): Nach einem etwa 30 bis 35 Jahre alten, dunkelhäutigen Mannfahndet das Polizeirevier Kirchheim nach einem Vorfall, der sich am Sonntagmittag im Bereich der Bürgerseen

ereignet hat. Drei Frauen im Alter von 23 und 25 Jahren hielten sich gegen 15.20 Uhr am ersten Badesee, an der Böschung in Richtung Hahnweide auf, als der Mann hinzukam und sich in nur wenigen Metern Abstand auf seinem Badehandtuch ebenfalls dorthin legte. Kurz darauf bemerkten die Frauen, wie er sich zu ihnen drehte und hinter einem Rucksack verdeckt zu onanieren begann. Die Frauen verließen die Örtlichkeit und alarmierten die Polizei. Bis zu deren Eintreffen hatte sich der Unbekannte bereits auf seinem rot-weißen Mountain-Bike entfernt. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief bislang erfolglos. Der Unbekannte wird als etwa 180 bis 185 cm groß und von sportlich trainierter Figur beschrieben. Er hatte kurze schwarze Haare und war mit einer schwarzen Badeshort, einem grauen Muskelshirt und einer weißen Basecap bekleidet. Zudem trug er eine schwarze Sonnenbrille mit orangefarbenen Gläsern und hatte ein gelb-weißes, längsgestreiftes Handtuch dabei. Hinweise bitte an das Polizeirevier Kirchheim/Teck, Telefon 07021/501-0. (cw)

Wiesbaden: Am Samstagmittag wurde eine 14-jährige Jugendliche ihren Angaben zufolge in einem Linienbus von einem unbekannten Mann unsittlich berührt. Sie selbst verließ dann den Bus, der Unbekannte fuhr weiter. Die Jugendliche stieg gegen 13:40 Uhr, gemeinsam mit dem Mann, an der Haltestelle „Paul-Ehrlich-Straße" in den Bus. Während der Fahrt sprach der Unbekannte die Jugendliche an, welche jedoch nicht darauf reagierte. Dem Mädchen war die Situation unangenehm, sodass sie an der Haltestelle „Schloss Biebrich" wieder ausstieg. Schon während der Fahrt berührte der Mann die Jugendliche absichtlich und auch beim Aussteigen der 14-Jährigen fasste der Mann sie an. Der Tatverdächtige sei circa 50 Jahre alt, circa 1,70 Meter groß, kräftig, trage kurze schwarze Haare, habe dicke Augenbrauen sowie ein großes Muttermal im Gesicht. Die Geschädigte beschrieb den Unbekannten als„südländisch aussehend„. Dieser habe eine karierte „Schiebermütze" getragen und schlechtes Deutsch gesprochen.

Schöppingen: Sexuell belästigt hat ein Unbekannter am Samstag eine Frau in Schöppingen. Die 61-Jährige war gegen 16.30 Uhr zu Fuß auf dem südlichen Gehweg an der L579 unterwegs. In Höhe eines dort stehenden Kunstwerkes bemerkte sie dort einen Unbekannten, der ihr auf seiner Straßenseite parallel folgte und dabei an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Als die Frau ihn ansprach, entfernte er sich in Richtung eines Verbrauchermarktes an der Amtsstraße. Der Unbekannte war etwa 30 bis 35 Jahre alt, circa 1,70 Meter groß und dunkelhäutig; er trug eine kurze graue Hose und eine dunkle Jacke. Hinweise erbittet die Kripo in Ahaus: Tel. (02561) 9260.

Wiesbaden: Die Bundespolizeiinspektion Frankfurt am Main ermittelt gegen einen noch unbekannten Mann, der am Freitag, gegen 11 Uhr, im Hauptbahnhof Wiesbaden eine 20-jährige Wiesbadenerin sexuell belästigt hatte. Wie die junge Frau bei der Bundespolizei angab, hätte ihr der Mann plötzlich von hinten unter den Rock gefasst und ans Gesäß gegriffen. Als sie sich sofort umdrehte, hätte der Mann nur gelacht und hätte sich aus dem Hauptbahnhof entfernt. Der Täter, gegen den die Bundespolizei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, konnte wie folgt beschrieben

werden. Ein etwa 170cm großer, 40-50 Jahre alter Mann mit einem dicken Bauch und dunklem Teint.

http://www.pi-news.net/2019/06/plattling-senegalese-faengt-sich-in-den-fallstricken-der-deutschen-justiz/

WIE AUS FAHRRADDIEBSTAHL RAUB UND AUS LADENDIEBSTAHL RÄUBERISCHER DIEBSTAHL WIRD

Plattling: Senegalese fängt sich in Fallstricken der deutschen Justiz

5. Juni 2019

Von EUGEN PRINZ | Erst vor einigen Tagen musste PI-NEWS darüber berichten, wie leicht man mittlerweile in Deutschland zur falschen Zeit am falschen Ort sein und Opfer einer Straftat werden kann. Nicht selten handelt es sich bei den Tätern um jene, von denen man uns sagte, sie wären die Fachkräfte, die unser Land so dringend benötigt.

Vier Jahre und zwei Millionen Menschen später hat sich der Fachkräftemangel noch weiter verschlimmert, insbesondere im Handwerk und in den Pflegeberufen. Und keiner von denen, die damals den Mund so voll genommen haben mit den „geschenkten Menschen" (Katrin Göring-Eckardt), die „wertvoller sind als Gold" (Martin Schulz) und das nächste deutsche Wirtschaftswunder bewirken würden (Dieter Zetsche) hat den Mut gefunden, sich von dem Schwachsinn zu distanzieren, den sie verzapft haben. Geschenkte Menschen, wertvoller als Gold – derartige Aussagen müssen wie Hohn klingen in den Ohren jener, die mit Verbrechern unliebsame Bekanntschaft gemacht haben, die bei Einhaltung geltenden Rechts eigentlich gar nicht im Land sein dürften.

Senegalesischer Asylbewerber hält Plattlinger Polizei auf Trapp

Im niederbayerischen Plattling hat am Dienstag ein 22-jähriger Asylbeweber aus dem Senegal dafür gesorgt, dass gleich eine ganze Reihe einheimischer Bürger zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

Da ist zum einen die 20-jährige Frau, der er um 15.20 Uhr im Nordpark mit Gewalt das Fahrrad entreißen wollte. Glücklicherweise traf die Polizei schnell am Tatort ein und konnte die Situation bereinigen. Der Senegalese hat wohl die Aktion in Unkenntnis der deutschen Rechtslage als „Larifari-Fahrraddiebstahl" betrachtet, in Wirklichkeit ist jedoch der Tatbestand des versuchten Raubes erfüllt:

§ 249
Raub

(1) Wer mit Gewalt gegen eine Person oder unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

Da der Senegalese offenbar einen festen Wohnsitz hatte, lag zu diesem Zeitpunkt noch kein Haftgrund vor und die Beamten mussten ihn laufen lassen.
Zwei Stunden später ließ der Asylbewerber jedoch erneut bei der Polizei arbeiten. Er hatte versucht, in einer Gaststätte am Bahnhof eine Flasche Bier zu stehlen. Dabei bedrohte er einen Mitarbeiter. Auch hier reichte es noch nicht für einen Haftantrag. Aber trösten Sie sich, liebe Leser, das Happy-End kommt noch.
Etwas später entwendete nämlich der Senegalese aus einem Supermarkt zwei Flaschen Bier und schlug dabei einer Person mit der Faust ins Gesicht. Beim Eintreffen der Polizei flüchtete der dunkelhäutige Asylbewerber und schlug dabei noch einer weiteren Person ins Gesicht. Als ihn Beamte der Landes- und Bundespolizei mit vereinten Kräften im Nordpark festnehmen wollten, leistete er heftigen Widerstand. Mit einer guten Portion Pfefferspray konnte diesem Umstand abgeholfen werden.
Wenn Sie nun glauben, bei dem Diebstahl dieser zwei Flaschen Bier würde es sich um einen lausigen Ladendiebstahl handeln, dann täuschen Sie sich, liebe Leser. Das hat der Senegalese wohl auch geglaubt, nach dem Motto: Alles nicht so schlimm. Denkste! Hier hat das deutsche Strafrecht Finessen:

§ 252
Räuberischer Diebstahl
Wer, bei einem Diebstahl auf frischer Tat betroffen, gegen eine Person Gewalt verübt oder Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben anwendet, um sich im Besitz des gestohlenen Gutes zu erhalten, ist gleich einem Räuber zu bestrafen.

Wenn also jemand zwei Flaschen Bier entwendet und zur Sicherung der Beute denjenigen, der ihn daran hindern will, mit einem Faustschlag außer Gefecht setzt, wird das wie ein Raub geahndet. Und der Raub ist ein Verbrechenstatbestand. Und da diese senegalesische Heimsuchung an einem Tag zweier Raub-Delikte verdächtig war, bot sich ein Haftgrund an: Die Wiederholungsgefahr. Nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft sperrte die Polizei den Asylbewerber ein und führte ihn am Dienstag Vormittag dem Ermittlungsrichter vor. Laut Auskunft der Polizeiinspektion Plattling erließ dieser Haftbefehl.
Somit ist jetzt – zumindest für einige Zeit – sichergestellt, dass wegen dieses „Facharbeiters" niemand mehr zur falschen Zeit am falschen Ort ist.

http://www.pi-news.net/2019/06/wien-tuerke-toetet-rentner-mit-jackie-chan-tritt-acht-jahre-haft/

KEIN AUFSCHREI DER ÜBLICHEN "RASSISMUS-RIECHER"

Wien: Türke tötet Rentner mit „Jackie-Chan“-Tritt – 8 Jahre Haft

9. Juni 2019

Wien: Ein unglaublicher Gewaltexzess wegen einer Lappalie kostete einem Wiener das Leben: Pensionist Nikolaus D. (67) spazierte im November 2018 mit seiner Frau gerade zum Evangelischen Friedhof in Favoriten, als auf Höhe Sonnleithnerstraße eine türkische Familie beim Warten aufs Taxi den Gehsteig blockierte. Nikolaus D. streifte beim Vorbeigehen unabsichtlich den Mantel einer Frau, die sich umdrehte und zu schreien begann. Das Ehepaar stieg auf die Beleidigungen nicht ein und ging vorerst weiter. Doch dann verfolgten zwei junge Männer – Ömer P. und Mehmet P. – das Paar, bedrängten und beschimpften es. Nikolaus D. wollte ausweichen – doch auch das passive Verhalten half ihm letztlich nicht. Während einer der Provokateure, Mehmet P., von einer Frau zurückgehalten wurde, nahm sein Freund Ömer P. Anlauf und versetzte dem Wiener im Sprung einen wuchtigen Tritt in den Bauch. Nikolaus D. stürzte so unglücklich mit dem Hinterkopf auf den Gehsteig, dass er sich einen Schädelbasisbruch zuzog. Trotz sofortiger Notoperation im Krankenhaus erwachte er nie wieder aus dem Koma und starb nach 26 Tage dauerndem Todeskampf (Artikel übernommen von heute.at)
Die beiden Türken wurden letzte Woche in einem bisher nicht rechtskräftigen Urteil zu acht Jahren Haft wegen absichtlich schwerer Körperverletzung beziehungsweise fünf Monaten bedingt wegen Raufhandels verurteilt. Ömer P. zu seiner Motivation für die Tat: „Ich wollte das eigentlich ja gar nicht – aber meine Tante war dabei, da musste ich den starken Mann geben. Es tut mir leid“, jammerte er. Wo er den letztlich tödlichen Tritt denn erlernt habe? „In einem Jackie-Chan-Film.“
Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Mühlacker: Ein Jugendlicher im geschätzten Alter von 14 oder 15 Jahren hat nach bisherigen Ermittlungen des Polizeireviers Mühlackers am Dienstag zwischen 07.15 Uhr und 07.25 Uhr in der Hindenburgstraße/Einmündung Bergstraße einer 10-Jährigen unvermittelt einen Fausthieb ins Gesicht versetzt. In der Folge entfernte sich der Angreifer in Richtung des Bahnhofes. Das Kind trug eine Rötung und Schwellung der linken Wange davon. Der Junge ist etwa 150 cm groß, trägt dunkelbraunes, kurzes Haar und hat auffallende Pickel im Gesicht. Zu einer schwarzen Baseballmütze trug er eine schwarze Jacke mit schwarzer Hose und gleichfalls schwarzen Sneakers. Darüber hinaus trug er eine Sonnenbrille und sprach mitausländischem Akzent.
Düren: Am Dienstagmittag wurde ein Jugendlicher von zwei bislang unbekannten Tätern angegriffen. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet um Hinweise. Ein 16 Jahre alter Schüler aus Langerwehe war gegen 14:00 Uhr auf dem Weg zur Bushaltestelle am Stadtcenter. Er überquerte die Schenkelstraße und begab sich über den

Wilhelm-Wester-Weg zunächst in Richtung der Rückseite des Stadtcenters. Dort wurde er von zwei ihm unbekannten jungen Männern angesprochen und aufgefordert, den beiden zu folgen. Da sich der 16-Jährige weigerte, drohte ihm einer der Unbekannten Schläge an. Man begab sich dann in die Gasse entlang des Stadtcenters, wo der Geschädigte erneut mit Schlägen bedroht wurde. Als Passanten vorbeikamen, bat der Schüler diese darum, die Polizei zu verständigen. Während eine Frau auf diese Bitte nicht reagierte und ihren Weg ohne zu helfen fortsetzte, griff ein Junge zum Handy und wählte den Notruf. Das Opfer wurde währenddessen von den beiden Angreifern geschlagen und getreten, dann entfernten sich die Täter durch die Gasse in Richtung Max-Oppenheim-Platz. Eine Fahndung nach den beiden verlief negativ. Beide Täter waren geschätzt zwischen 17 und 19 Jahre alt, 1,90 bis 1,95 m groß und trugen Drei-Tage-Bärte. Einer der beiden war von kräftiger Statur, hatte kurze dunkle Haare und wies insgesamt ein südländisches Erscheinungsbild auf. Sein dunkelhäutiger Mittäter hatte kurzes schwarzes Haar und trug dunkle Kleidung.

Mannheim: Gestern Nachmittag wurden Beamte der Bundespolizei am Mannheimer Hauptbahnhof darüber informiert, dass eine junge männliche Person in der Bahnhofsunterführung mehrere Reisende belästige. Als sich die Bundespolizisten auf die Suche nach dem beschriebenen Mann machten, bemerkten Sie im Untergeschoss des Bahnhofsgebäudes ein lautstarkes Streitgespräch zwischen mehreren Personen. Einer der Querulanten passte auf die Personenbeschreibung. Als die Beamten versuchten den ausSomalia stammenden 26-jährigen Streithahn von der Gruppe zu trennen, schrie dieser und weigerte sich den Weisungen der Beamten Folge zu leisten. Die Streife versuchte ihn darauf am Arm wegzuführen, wogegen dieser sich körperlich wehrte. Anschließend packte der junge Mann einen der Beamten an der Schulter und ließ sich mit ihm zu Boden fallen. Ein Polizist wurde hierdurch an der Schulter verletzt und musste anschließend den Dienst abbrechen. Auf diese Situation wurde ein bis dahin unbeteiligter 65-jähriger Reisender aufmerksam. Dieser schrie die Streife an, dass die Beamten die Person loslassen sollen bzw. nicht mitnehmen dürften. Danach ging der 65-Jährige auf die Streife los und versuchte die Beamten von dem jungen Mann wegzustoßen. Beide Männer wurden infolge dessen festgenommen und auf die Wache verbracht. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen konnten diese ihren Weg wieder fortsetzten. Den 26-Jährigen erwartet nun eine Anzeige wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, seinen 65-jährigen Unterstützer eine Anzeige wegen tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte.

Berlin: Dienstagnachmittag griffen am S-Bahnhof Lichtenberg unbekannte Jugendliche einen Reisenden an. Die Bundespolizei sucht nun nach Zeugen. Gegen 14:45 Uhr schlugen und traten sechs jugendliche Täter aus bisher noch unbekannter Ursache einen 51-Jährigen. Als der Mann dadurch auf den S-Bahnsteig fiel, schlug einer der Tatverdächtigen mit einem Ledergürtel auf ihn ein. Nachdem ein aufmerksamer 26-Jähriger Zeuge dazwischen ging, flüchteten die Jugendlichen mit einer S-

Bahn in Richtung Ostkreuz. Die alarmierten Bundespolizisten leiteten umgehend Fahndungsmaßnahmen nach den Tätern ein. Diese blieben jedoch erfolglos. Der 51-jährige deutsche Staatsangehörige erlitt Hautabschürfungen im Hals- und Ohrbereich und lehnte eine ärztliche Versorgung vor Ort ab. Laut Zeugenaussagen sollen die Jugendlichen ca. 16 Jahre sowie männlich gewesen sein und ein südländisches Erscheinungsbild gehabt haben. Die Bundespolizisten leiteten Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung gegen die unbekannten Tatverdächtigen ein. Zeugen, die sachdienliche Angaben zur Tat oder der Identität der Angreifer machen können, werden gebeten, sich bei der Bundespolizei zu melden.

Halle (Saale): Nach gleich einer ganzen Reihe von Straftaten am Dienstag und Mittwoch hat die Polizei in Halle Ermittlungen gegen einen 49-jährigen Mann mit Migrationshintergrund eingeleitet. Demnach versuchte er gegen 9.30 Uhr an einem Kiosk in der Köthener Straße mehrere Gläser Marmelade zu stehlen, was die Verkäuferin allerdings verhindern konnte. Wenig später attackierte der Tatverdächtige in einer Straßenbahn eine 71-jährige Frau mit Schlägen und verletzte sie. Ein 27-jähriger Mann, der der Rentnerin zu Hilfe kam, wurde ebenfalls attackiert. Seine Sonnenbrille wurde beschädigt und gestohlen. Gegen 12.10 Uhr ging der Tatverdächtige in der Saturnstraße auf eine 18-jährige junge Frau zu und fasste sie unsittlich an. Die Frau rief um Hilfe, was eine andere Frau wahrnahm und hinzueilte. Nunmehr stahl der Mann dieser 47-Jährigen das Handy, als die Frau die Polizei anrufen wollte, und flüchtete damit. Aufgrund der Hinweis, konnte die Polizei den Mann namentlich ermitteln. Als er gegen 17 Uhr in einem Einkaufsmarkt in Trotha Lebensmittel stehlen wollte, wurde er ertappt. Er flüchtete zunächst, konnte jedoch wenig später von der Polizei vorläufig festgenommen werden. Nachdem er polizeilich erfasst wurde, wurde er am Mittwochmorgen früh entlassen. Aber nur wenige Stunden später versuchte der Mann in einem Elektronik-Fachmarkt in der Innenstadt erneut zu stehlen – und wurde erwischt. Mitarbeiter des Marktes hielten den Mann fest und übergaben ihn der eintreffenden Polizei. Die Staatsanwaltschaft Halle prüft derzeit die Stellung eines Haftantrages.

Gummersbach: Am Busbahnhof in Gummersbach ist am Montag (3. Juni) ein 36-Jähriger von drei unbekannten Tätern zusammengeschlagen worden. Der Geschädigte war gegen 14.35 Uhr vom Bahnhof aus in Richtung des Busbahnhofs gegangen und schob dabei sein Fahrrad. Plötzlich näherten sich von hinten drei unbekannte Männer und schlugen ohne erkennbaren Grund auf den 36-Jährigen ein. Erst durch das beherzte Eingreifen zweier Zeugen ließen die Täter von ihrem Opfer ab und flüchteten in Richtung Andienungsstraße. Bei den Angreifern soll es sich um drei etwa 30 – 35 Jahre alte Männer von vermutlich arabischer Abstammung handeln. Einer war bekleidet mit einer blauen Jeans und einer blauen Oberbekleidung, der andere mit einer blauen Jeans und einem weißen T-Shirt. Hinweise zu den Tätern nimmt das Kriminalkommissariat Gummersbach unter der Rufnummer 02261 81990 entgegen.

Berlin: Linksextremisten attackieren Bus mit Krebspatienten

Vermummte Linksradikale haben in Berlin einen Bus mit Krebspatienten angegriffen. Der Angriff im Stadtteil Kreuzberg am Donnerstag sollte eigentlich Teilnehmern eines Immobilien-Kongresses gelten, berichtete die Berliner Morgenpost. Die völlig unbeteiligten krebskranken Berliner waren auf der Fahrt zu einer Veranstaltung im Stadtteil Oberschöneweide. Laut Polizei wurde der Bus aus einer Gruppe von rund 50 Personen mit Eiern, Tomaten und Farbbechern beworfen. Auch gegen die Teilnehmer des Immobilienkongresses kam es zu gewalttätigen Aktionen. Einem Gast schlugen die Linksextremisten das Handy aus der Hand. Weitere Teilnehmer der Veranstaltung mußten sich vor dem gewalttätigen Mob in das Tagungsgebäude flüchten und sich dort einschließen. Mehrfach traten die Randalierer gegen die Eingangstür. Ihnen gelang noch vor dem Eintreffen der Polizei die Flucht (Artikel übernommen von der JUNGEN FREIHEIT).

Kommentar PI-NEWS: Ein nur annähernd ähnliches Verhalten von patriotischer Seite würde es als Sondermeldung in die Tagesschau schaffen.

Deggendorf: Eritreer sticht mit abgebrochener Flasche auf Wachmann ein

Am Montagabend (03.06.2019), verletzte ein 20-jähriger Eritreer, Bewohner des Ankerzentrums, einen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes mit einer abgebrochenen Flasche. Das Opfer erlitt leichte Verletzungen, gegen den Tatverdächtigen wurde Haftbefehl erlassen. Am Montag, 03.06.2019, kurz nach 21.00 Uhr wollte ein Bewohner des Ankerzentrums dieses mit einer Schnapsflasche betreten. Als er von einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes darauf hingewiesen wurde, dass dies nicht erlaubt sei, entwickelte sich ein Streitgespräch. Im weiteren Verlauf zerschlug der erheblich alkoholisierte 20-Jährige Eritreer seine mitgeführte Schnapsflasche und stach mit dem abgebrochenen Flaschenhals auf den Security-Mitarbeiter ein. Dieser konnte den Angriff abwehren, zog sich dabei aber eine kleine Schnittwunde am Arm zu. Der 20-Jährige konnte mit Hilfe eines weiteren Sicherheitsdienstmitarbeiters festgehalten werden. Daraufhin solidarisierten sich fünf weitere Bewohner im Alter zwischen 20 und 31 Jahren und bewaffneten sich mit faustgroßen Steinen. Nach dem Eintreffen mehrerer Streifenbesatzungen konnte die Lage beruhigt werden, zu Steinwürfen kam es nicht. Der Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes wurde zur ambulanten Behandlung in eine Klinik eingeliefert. Die Polizeiinspektion Deggendorf hat zusammen mit der Staatsanwaltschaft Deggendorf die Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung, Bedrohung und Beleidigung übernommen. Der von der Staatsanwaltschaft Deggendorf beantragte Haftbefehl gegen den 20-jäjhrigen Eritreer wurde durch den zuständigen Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Deggendorf bestätigt. Der Tatverdächtige wurde daraufhin in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert. Gegen die fünf weiteren Bewohner wird wegen des Verdachts der versuchten Nötigung und der Bedrohung ermittelt.

Österreich: Zusätzliche freie Tage für islamische Schüler

Das Ministerium empfiehlt in einem neuen Erlass an alle österreichischen Bildungsdirektionen, „die Erlaubnis zum Fernbleiben vom Unterricht zu erteilen". Das Ramadanfest (heuer vom 4. bis 6. Juni). Nach einem Tag Schule beginnt dann Pfingsten. Das Opferfest, das zwischen 11. und 14. August stattfindet und damit wenig Rolle spielt, weil es in die Sommerferien fällt. Den Aschura-Tag am 9. September. In Ostösterreich ist da bereits seit einer Woche Schule, im Westen aber ist es der erste Schultag. Muslimische Schüler können also einen Tag später kommen. Eine Ministeriumssprecherin betont, dass man lediglich das Islamgesetz 2015 vollziehe: „Wir sehen aber, dass die Festtage heuer im Juni (nach dem Mondkalender, Anm.) ungünstig fallen und Schüler lange vom Unterricht abwesend sind, die diesen vielleicht brauchen würden." (Artikel übernommen von heute.at)
Kommentar PI-NEWS: Eine Islamisierung findet nicht statt.

http://www.pi-news.net/2019/06/gewitterwolken-am-himmel-unserer-demokratie/

PI-NEWS-KOLUMNE VON MARTIN E. RENNER

Gewitterwolken am Himmel unserer Demokratie

9. Juni 2019

Martin E. Renner

Von MARTIN E. RENNER | Vergangenen Freitag wurde im Deutschen Bundestag die Große Anfrage der Fraktion der „Alternative für Deutschland" an die Bundesregierung in Sachen „Angebliche Hetzjagden in Chemnitz" debattiert. In der einstündigen Debatte offenbarte sich eine Bandbreite an „Zwickmühlen", die jeden gesunden Menschenverstand an seine Grenzen zu bringen imstande sind.
Vorweg sei noch einmal auf folgenden Umstand hingewiesen: Meine Große Anfrage zur Causa „Chemnitz" wurde am 13. September 2018, also gut drei Wochen nach dem Mord an Daniel H., an die Bundesregierung gesandt. In diesen drei Wochen haben wir Gespräche mit diversen Amtsstellen der Polizei und anderen Behörden geführt. Wir wollten bewusst zunächst die ersten Ermittlungen, die öffentliche Berichterstattung und die Reaktionen der „üblichen Verdächtigen" abwarten.
Die schriftliche Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage ließ lange auf sich warten. Sehr lange. Steffen Seibert benötigte als Regierungssprecher sechs Monate, um letztlich lapidar zu antworten, dass man sich ausschließlich auf die öffentliche Berichterstattung über die Geschehnisse berufe.
Man muss sich die Vorgänge einmal vergegenwärtigen: Es ereignet sich, einmal mehr, ein Tötungsverbrechen. Der Regierungssprecher und die Bundeskanzlerin sprechen nicht über diese Tötung, sondern behaupten tatsachenwidrig, dass es Hetzjagden und Zusammenrottungen gegen fremd Aussehende gegeben habe. Diese Verlautbarungen der Exekutive werden von den Medien aufgegriffen und verbreitet. Die sogenannten „freien Medien" recherchieren und berichten

darüber, dass es Hetzjagden und Zusammenrottungen nicht gegeben habe. Die Polizeidienststellen und der sächsische Ministerpräsident stellen klar, dass es derartige Vorkommnisse nicht gegeben habe. Und wie reagieren der Pressesprecher der Regierung (immerhin ein Staatssekretär) und die Kanzlerin? Gar nicht. Sie warten geschlagene sechs Monate um auf unsere Anfrage zu antworten und antworten dann lapidar: „ … dass sie sich in ihren Verlautbarungen auf die Berichterstattung der Medien gestützt hätten."
Das kann man nur skandalös nennen. Aber klar, man wollte dieses heiße Eisen erst lange genug abkühlen lassen, bevor man es erneut anfassen müsste. Und man wartete auch deshalb so lange, weil man dann denjenigen, die diesen skandalösen Vorgang parlamentsöffentlich diskutieren wollen, dann leicht vorwerfen kann, dass es denjenigen ja nur um Instrumentalisierung und immer wieder um „Aufkochen" alter Vorgänge ginge.
Parteiübergreifend aller Altparteien wurde der AfD am Freitag im Parlament angebliche „Wortklauberei" unterstellt. Befindet man sich auf dem Niveau etwa eines klimahysterischen Schulkindes, dann kann man das vielleicht noch nachvollziehen. Wer aber bereits bei diesem Argument „Wortklauberei" steckenbleibt und darüber hinaus nicht zu weiteren beurteilenden Argumenten kommt, der offenbart zwangsläufig ein höchst oberflächliches und intellektuell wenig befriedigendes politisches Denken.
Klipp und klar, kurz und bündig: Am Freitag konnten wir alle sehen und hören, dass die parlamentarischen Redner der Altparteien sich bewusst für eine perfide „ich-stell-mich-mal-lieber-dumm" – Haltung entschieden haben.
Es geht mitnichten um eine rein sprachliche Debatte der Wörter „Hetzjagd" oder „Zusammenrottung" – an denen es allerdings auch nichts schönzureden gibt. Denn, wenn die Szene in dem 19sekündigen „Hasi-Video" regierungsamtlich zur Hetzjagd aufgebauscht wird – dann finden in diesem Land vermutlich täglich Hetzjagden statt. Beispielsweise bei jedem dritten Fußballspiel. Oder, noch schlimmer: Auf den Schulhöfen so mancher deutschen Großstadt.
Der eigentliche Skandal geht doch wesentlich tiefer. Hier wurde ein offensichtlicher Antifa-Twitter-Account (ANTIFA-Zeckenbiss) vom Sprecher der Bundesregierung praktisch und faktisch zur „offiziellen Informationsbehörde" erhoben und geadelt. Ohne jede weitere Rücksprache mit staatlichen amtlichen Stellen, ohne die laufenden Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft abzuwarten.
Absurderweise war dies übrigens einer der gestrigen, vollkommen aberwitzigen Vorwürfe uns gegenüber: Wir sollten doch keine voreiligen Schlussfolgerungen ziehen und die Arbeit des Rechtsstaates abwarten. Aha.
Nächster Vorwurf uns gegenüber: Die AfD würde den brutalen Mord für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren. Genau andersherum wird jedoch ein Schuh daraus. Der brutale Tod von Daniel H., der wieder einmal alle Stereotype der bekannten „Einzelfälle" aufwies, brachte das Fass zum Überlaufen. Zudem ereignete sich dieser Vorfall während des Chemnitzer Stadtfestes – und die Stimmung der Bürger schwankte sichtbar zwischen berechtigtem, ohnmächtigen Zorn und tiefer, ebenso ohnmächtiger Trauer.
An dieser Stelle nahm man dankbar die Steilvorlage der „Haltungs-Journalisten" an – und verbreitete weltweit die Meldung, dass es Hetzjagden auf Menschen ausländischen Aussehens und fremder Herkunft gegeben habe. Natürlich erregte die von unserer eigenen Regierung in Umlauf gebrachte Information, dass es hierzulande einen Rückfall „in die dunkelste Zeit unserer Geschichte" gegeben habe weltweite Aufmerksamkeit. Und degradierte den Tod von Daniel H. binnen weniger Stunden zur Nebensächlichkeit.

Das war eine Instrumentalisierung. Das war menschenverachtend gegenüber dem Todesopfer und seiner Familie. Das war in höchstem Maße diffamierend gegenüber den Chemnitzern, gegenüber den Sachsen, gegenüber ganz Deutschland.
Dass die Bundesregierung – ungeprüft – eine derart ungeheuerliche Anklage gegenüber den eigenen Bürgern erhebt, kann man hier gar nicht in angemessenen Worten kommentieren. Es kann nicht sein, was nicht sein darf – das ist die himmelschreiende Conclusio aus diesem Vorgehen der Kanzlerin. Das bloß niemand auf die Idee kommen möge, 100 und 100 zusammenzuzählen und die unzähligen „Einzelfälle" mit der katastrophalen Politik dieser (UN)Kanzlerin in Verbindung zu bringen….
In jedem Staat oberhalb der Schwelle zur Bananenrepublik müsste eine solche, die tatsächlichen Abläufe ignorierende Schlamperei, eine derartige Verhöhnung und Aufwiegelung der eigenen Bürger zum sofortigen, bedingungslosen Rücktritt der Verantwortlichen führen.
Eine solche Regierung, eine solche Regierungschefin, ist schlichtweg unhaltbar – es sei denn, man ist bereit, sich von Menschlichkeit, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit endgültig zu verabschieden.
Diese – höchst berechtigte – Anklage gegenüber der Kanzlerin und ihres „Systems" darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es hier zugleich mit einer ausgemachten Medienkrise zu tun haben. Die offenkundige Kumpanei und vielleicht sogar Komplizenschaft zwischen öffentlicher Berichterstattung und Regierung kommt nicht von ungefähr: so etwas nennt man „Über-Bande-Spielen". Eine derartige Berichterstattung von Komplizen hat eine Aufgabe und die Zielsetzung: Den Bürger zur „einzig richtigen" Sichtweise zu zwingen. Und ihm die Folgen von „Ungehorsam" eindrucksvoll vor Augen zu führen.
Wer andere Aspekte und Sichtweisen in die politische Debatte einzubringen gedenkt, der wird – ungeachtet seiner Stellung und seiner Glaubwürdigkeit – gesellschaftlich vernichtet. Siehe die Causa Maaßen, die für meine Behauptung einen echten Beweis darstellt.
Doch wir müssen es noch schlimmer formulieren: Wenn selbst der bis dato völlig unverdächtige Präsident des Bundesverfassungsschutzes einer solchen Gesinnungsjagd zum Opfer fällt, dann wirft dies zwangsläufig eine weitaus bedeutsamere Frage auf. Wie oft und wie deutlich „darf" und „kann" eine Regierung die Grenze zum Totalitarismus überschreiten?
Was seit dem gewaltsamen Tod des Daniel H. geschah, spricht leider die gleiche Sprache: Die plötzliche Verweigerung des Hauptzeugen, eine Aussage zu machen. Die Flucht des Hauptverdächtigen, der nach Gesetzeslage schon zum Zeitpunkt der Tat lange hätte abgeschoben sein müssen. Die politischen und medialen Attacken gegenüber Herrn Maaßen. Der vom Bundespräsidenten begrüßte Auftritt linker „Ekelmusikanten", die zum Tanz auf dem Grab des einzigen und wirklichen Opfers aufspielen durften.
Fazit: Diese Debatte über die Chemnitzer Ereignisse war ein weiterer, einschneidender Tiefpunkt in der Geschichte unseres demokratischen Rechtsstaates. Wer die Redebeiträge der Vertreter der Altparteien verfolgt hat, dem darf es zu Recht „angst und bange" um unser Land und um unsere Gesellschaft sein. Solche Redebeiträge, solch' ein Umgang mit Sachverhalten im Parlament, also in der Herzkammer unserer Demokratie, lassen die dunklen Gewitterwolken am Horizont unübersehbar werden. Gewitterwolken, die sich sehr bald in einem riesigen Unwetter entladen werden.

http://www.pi-news.net/2019/06/duesseldorf-nordafrikaner-vergewaltigen-51-jaehrige/

"SCHUTZ SUCHEN" VOR "SCHUTZSUCHENDEN"

Düsseldorf: Nordafrikaner vergewaltigen 51-Jährige

9. Juni 2019

Düsseldorf: Nach Angaben der Polizei war das 51-jährige Opfer in Begleitung einer anderen Frau gegen 4.45 Uhr im Düsseldorfer Hofgarten unterwegs. Dort wurde die Frau von zwei bis drei Männern angesprochen. Anschließend kam es zu der Vergewaltigung, an der sich nach Angaben des Opfers zwei Männer beteiligten. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht. Sie beschreibt die Täter als ungefähr 25 Jahre alt undnordafrikanisch aussehend. Die Täter konnten flüchten. Der Polizei gelang es aber, DNA-Spuren der mutmaßlichen Täter zu sichern.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Gießen: Der Wunsch nach einer Beziehung muss sehr groß gewesen sein und ging offenbar entschieden zu weit. Ein 26-jähriger Syrer muss sich seit Mittwoch wegen sexueller Belästigung, Nötigung, Exhibitionismus und Körperverletzung in einem Sicherungsverfahren vor der 9. Großen Strafkammer des Landgerichts Gießen verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mann vor, sich von Juli bis Dezember 2018 fünf jungen Frauen und Mädchen gegen ihren Willen sexuell genähert und sie teils körperlich misshandelt zu haben. Laut Antragsschrift trat er meist sehr dreist auf und schlug am helllichten Tag an öffentlichen Plätzen in Gießen zu. Da der Beschuldigte zum Tatzeitpunkt wohl schuldunfähig war, droht ihm die Unterbringung in einer psychiatrischen Einrichtung (Die einzelnen „Flirtversuche" des heißblütigen Syrers werden bei mittelhessen.de dokumentiert).

Stuttgart: Ein bislang unbekannter Mann hat sich am Donnerstagabend (06.06.2019) vor zwei Frauen entblößt. Die beiden 23 und 26 Jahre alten Frauen saßen gegen 18.20 Uhr in einem Kaffeehaus an der Werderstraße, als sie auf einen Mann aufmerksam wurden, der vor der Schaufensterscheibe stand, hin und wieder zu ihnen nach drinnen sah und dabei vermeintlich telefonierte. Der Mann ließ dabei offen sein halberigiertes Glied zur Hose heraushängen. Nachdem eine der Frauen sichtbar zum Telefon griff, um die Polizei zu rufen, flüchtete der Mann in Richtung Werderkreisel und entkam unerkannt. Der Mann wird beschrieben als mindestens 40 Jahre alt, etwa 170 bis 180 Zentimeter groß und mit normaler Statur, kurzem, dunklem Haar, dunklem Teint, Drei-Tage-Bart und markantem Gesicht sowie insgesamt von orientalischem Erscheinungsbild.

Niedersachswerfen: Ins Freibad Niedersachswerfen mussten Polizisten am frühen Mittwochabend. Dort gab es eine Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen, darunter auch Migranten. Als die Polizisten eintrafen hatten sich mehrere Beteiligte schon aus dem Staub gemacht. Ein 18-jähriger Afghane soll mit mehreren Bekannten immer wieder eine 14-jährige Deutsche an geflirtet und letztendlich auch verbal zu sexuellen Handlungen aufgefordert haben. Als der Freund des Mädchens den Afghanen und seine Freunde zur Rede stellen wollte, kam es zu einer Rangelei. Hierbei wurde ein 17-jähriger Deutscher, der schlichtend eingegriffen hatte, leicht verletzt. Der Schwimmmeister wählte schließlich

den Notruf. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen des Verdachtes der gefährlichen Körperverletzung aufgenommen.
Lüchow: Am Samstag ist es bei einer Veranstaltung in der „Blauen Halle" in Lüchow, gegen 01:30 Uhr, zu einer sexuellen Belästigung mit einer anschließenden Schlägerei gekommen. Hierbei sollen drei südländisch aussehende Personen zunächst zwei Frauen bedrängt und „begrapscht" haben und im späteren Verlauf auch deren hinzu gekommenen Freunde geschlagen haben. Einer der Freunde habe hierbei u.a. eine Flasche gegen Kopf bekommen. Die Täter sind vor Eintreffen der Polizei geflohen. Wer Hinweise zu den Tätern oder der Tat geben kann wendet sich bitte an die Polizei in Lüchow.
Königs Wusterhausen: Eine 17-Jährige wurde am Sonntag gegen 4.30 Uhr im Bereich der Bahnhofsunterführung, in Richtung Ausgang Kirchsteig, von drei unbekannten Männern unsittlich an der Kleidung sowie am Körper berührt. Die drei Unbekannten sind circa 185 Zentimeter groß, zwischen 20 und 25 Jahre alt, haben schwarze rasterlockige Haare, augenscheinlich eine dunkle Hautfarbe und waren jeweils mit einer „aufgerissenen" Jeans bekleidet.
Kassel: Eine 19-Jährige und ihr Lebensgefährte sind am Freitagmorgen gegen 5 Uhr bei einer Auseinandersetzung verletzt worden. Wie die 19-Jährige schilderte, soll sie auf ihrem Heimweg in der Weserstraße zunächst von Männern bedrängt und begrapscht worden sein.Als sie sich zur Wehr gesetzt habe, sollen die Täter sie geschlagen und auch getreten haben. Ihr zu Hilfe eilender Freund und zwei weitere Zeugen hätten die Täter dann in die Flucht schlagen können. Aufgrund dieser Angaben ermitteln die Beamten des Kommissariats 12 wegen des Verdachts auf ein Sexualdelikt sowie Körperverletzung. Die Fahndung nach den mutmaßlichen Tätern, bei denen es sich um mindestens zwei Männer gehandelt haben soll, verlief ohne Erfolg. Die 19-Jährige hatte mehrere blutende Verletzungen und diverse Prellungen erlitten. Ihr 23-jähriger Freund war leicht verletzt worden, als er die Täter in die Flucht schlug. Er hatte sich in der Nähe aufgehalten und sei durch Schreie seiner Freundin auf das Geschehen aufmerksam geworden.
Beschreibung: Beide Männer sollen eine normale Statur haben, ca. 1,80 Meter groß und ca. 20 bis 30 Jahre alt sein, nordafrikanisches Äußeres haben und vermutlich Arabisch gesprochen haben.
Wetzlar: Heute Morgen (07.06.2019) trieb ein Exhibitionist im Bereich der Straße „Vogelsang" sein Unwesen. Der Mann stand mit einem schwarzen Fahrrad in der Verlängerung des Vogelsangs in Richtung des kleinen Waldstücks. Als sich sein Opfer ihm näherte, ließ er vor der Frau die Hose herunter. Der Mann hatte nach Einschätzung des Opfers ein südländisches Aussehen. Er war etwa 45 Jahre alt, ca. 178 cm groß und hatte kurze schwarze Haare. Zur Tatzeit trug er eine Jeanshose sowie ein Jeanshemd. Zeugen, die weitere Angaben zu dem Unbekannten machen können, werden gebeten sich unter Tel.: (06441) 9180 mit der Wetzlarer Polizei in Verbindung zu setzen.
Aichach: Ein dunkelhäutiger Exhibitionist mit Glatze machte gestern Abend gegen 19:50 Uhr in der Bahnhofstraße durch Gesang auf sich aufmerksam. Eine Zeugin konnte den Täter darauf von ihrer Wohnung aus beobachten, wie er mit entblößtem Unterkörper an sich manipulierte. Als der Mann durch Passanten angesprochen wurde, flüchtete er in stadtauswärtiger Richtung. Zeugen, die den Vorfall beobachtet oder den Täter angesprochen haben sowie Hinweise zur Identität des Mannes geben können, werden gebeten, sich mit der Polizei Aichach unter 08251/8989-11 in Verbindung zu setzen.
Reutlingen: Am frühen Samstagmorgen ist eine Frau im Bereich der Hofstattstraße/Katharinenstraße von einem bislang unbekannten Täter sexuell angegangen worden. Die 31-Jährige befand sich gegen 03.20 Uhr auf dem Nachhauseweg und wurde von dem Mann mehrfach unsittlich berührt und dabei auch festgehalten, wobei sie sich lösen und entkommen konnte. Der Tatverdächtige wurde als etwa 165 cm groß, von breiter Statur, mit dunklem längeren lockigen Haar, rundem Gesicht und dunklem Teint, beschrieben. Die Polizei Reutlingen, die erst am Samstagabend informiert wurde, hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet unter Telefon 07121/942-3333 um Hinweise.

http://www.pi-news.net/2019/06/saarland-syrerbande-belaestigt-und-bedroht-frauen-in-der-bahn/

"SCHUTZ SUCHEN" VOR "SCHUTZ"SUCHENDEN

Saarland: Syrerbande belästigt und bedroht Frauen in der Bahn

12. Juni 2019

Saarland: Frauen sexuell belästigt, Passagiere mit dem Messer bedroht, Reisende eingeschüchtert: Drei Jugendliche haben am Pfingstwochenende Kunden der Deutschen Bahn (DB) im Saarland in Angst und Schrecken versetzt. Obwohl sie mehrfach aufflogen und Bundespolizisten sie kurzfristig festnahmen, legten sie immer wieder los. Wie Karsten Eberhardt von der Bundespolizei-Dienststelle in Bexbach, am Dienstag berichtet, waren seine Kollegen am Freitag (7. Juni) erstmals alarmiert worden. In der Regionalbahn zwischen Neunkirchen und Homburg zückte um 16.40 Uhr einer aus der Jugendbande ein Messer und drohte damit. Die beiden Komplizen sollen eingeschritten sein und ihn zurückgepfiffen haben. Wofür sie indes nicht zurückgeschreckt haben sollen: andere Reisende sexuell zu belästigen. Nur einen Tag später hatte es das Trio dann auf eine Familie und deren Kinder sowie auf Mädchen abgesehen, die sie belästigten. Um 19.30 Uhr mussten die Ermittler anrücken, um im Zug von Saarbrücken nach Homburg die Gang zu stoppen.

Der dritte Zwischenfall ereignete sich am späten Sonntagabend. Der Lokomotivführer rief um 22 Uhr die Polizei, als er die drei Jugendlichen in seinem Zug bemerkte. Er und die Bundespolizei vereinbarten, dass er die Fahrt drosselt, damit Fahnder und Bahn gleichzeitig am Bexbacher Bahnhof ankamen. Dort schnappten die Beamten dann die bekannten drei Tatverdächtigen. Sie sollen zwischen 14 und 16 Jahre sein und aus Syrien stammen. Sie sind auf freiem Fuß, weil sie einen festen Wohnsitz haben. Sie sollen zumindest teilweise die Taten gestanden haben, nicht aber die Bedrohung mit dem Messer. (Artikel übernommen von der SAARBRÜCKER ZEITUNG).

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschensnachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über

eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Pentling: Ein elfjähriges Mädchen war am Donnerstag, 6. Juni, zusammen mit einer Verwandten beim Einkaufen in dem Real-Markt in der Hölkeringer Straße. Im Bereich der Spielwarenabteilung, in dem sich das Mädchen kurz allein aufhielt, wurde sie von einem Mann plötzlich unvermittelt am Arm gezogen und unsittlich berührt. Das Kind konnte sich losreißen und lief zu ihrer Verwandten, um ihr sofort von dem Vorfall zu berichten. Der Mann floh in dieser Zeit unerkannt aus dem Geschäft. Die Polizei veröffentlicht nun eine Beschreibung des Tatverdächtigen: männlich, ca. 35 Jahre alt, ca. 165 cm groß, trug Baseballkappe, trug an einem Fuß evtl. einen orthopädischen Schuh, sprach gebrochen Deutsch.

Schmallenberg: Am Samstag wurde eine 17-jährige Schmallenbergerin von drei Jugendlichen belästigt. Gegen 14.45 Uhr ging die junge Frau auf dem Geh- und Radweg von Fleckenberg in Richtung Schmallenberg. Im Bereich des Abzweigs zur Vogelstange kamen ihr drei junge Männer entgegen. Im Vorbeigehen berührte zunächst ein Mann die Frau unsittlich. Anschließend berührte ein weiterer Täter die Frau. Die Frau ignorierte die Männer und ging in Richtung Innenstadt weiter. Die drei südländisch aussehenden Männerbegaben sich daraufhin in Richtung Vogelstange. Beschreibung: Ein Täter war etwa 18 Jahre alt und circa 1,80 Meter groß. Er hatte schwarze Haare, welche beide Ohren bedeckten, ein jünger aussehendes Gesicht und eine schlanke Statur. Der Täter trug eine Jeans und eine schwarze Jacke. Die beiden anderen Männer waren etwa gleich alt.

Bad Wildungen: Am Mittwoch belästigte ein unbekannter Täter eine junge Frau in der Urenbachstraße in Bad Wildungen. Gegen 15.30 Uhr lief der Täter hinter der Frau in der Urenbachstraße. Als er sie erreichte, hielt er sie von hinten fest und versuchte ihr unter das T-Shirt zu fassen. Anschließend hielt er ihr ein Taschentuch mit einer unbekannten Flüssigkeit vor das Gesicht. Durch die betäubende Wirkung verlor die Frau kurzzeitig das Bewusstsein. Zu weiteren sexuellen Handlungen kam es nicht. Die Polizei schließt derzeit nicht aus, dass der Täter bei seiner möglicherweise geplanten Tathandlung gestört worden sein könnte. Der Täter konnte wie folgt beschrieben werden: männlich, ca. 30-35 Jahre alt, ca. 170 cm groß,schwarze kurze Haare, Afrobob mit Undercut, dunkle Hautfarbe, bekleidet mit blau-weiß gestreiftem Shirt und Shorts.

Arzberg: In den Nachmittagsstunden teilte die Zwölfjährige ihren Eltern mit, dass sie soeben am Busbahnhof in Arzberg von einem ihr unbekannten Mann über der Bekleidung unsittlich berührt worden sei. Die Eltern verständigten sofort die Marktredwitzer Polizei und begaben sich zum Busbahnhof zurück. Die eintreffenden Streifen konnten daraufhin schnell einen 29-jährigen Tatverdächtigen vorläufig festnehmen. Nach weiterer Abklärung und Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Hof wurde der Asylbewerber aus Indien nach Feststellung seiner Identität wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bogen: Am Sonntagnachmittag (9. Juni) kam es in der Jugendwohngruppe für minderjährige Asylbewerber in Bogen zu einem sexuell motivierten Übergriff eines jugendlichen Bewohners gegenüber einer Betreuerin.Wie die Polizei mitteilt, bedrängte ein14-jähriger Teenager aus Eritrea eine Betreuerin in sexueller Weise. Nachdem sich das Opfer zur Wehr setzte, flüchtete der Täter, konnte aber gefasst werden. Das Opfer erlitt leichte Verletzungen, gegen den 14-Jährigen wird nun wegen eines versuchten Sexualdelikts

ermittelt. Die Kriminalpolizei Straubing hat zusammen mit der Staatsanwaltschaft die Ermittlungen übernommen. Der 14-Jährige wurde nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen in einer betreuenden Einrichtung untergebracht.

Ramspau: In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde eine junge Frau gegen Mitternacht auf dem Regentalfest in Ramspau sexuell belästigt. Vor dem Festzelt trat ein bislang unbekannter Mann auf die Frau zu und zog seine Hose herunter. Er berührte mit seinem erigierten Glied ihren Oberschenkel, während er sie am Arm festhielt. Damit nicht genug: Als die Frau ihrem aufdringlichen Gegenüber klarmachte, dass sie diese Aktion nicht billige, versuchte er, sie zu küssen. Sie konnte ihren Kopf noch wegdrehen. Dann ging ihre Begleiterin dazwischen. Der Tatverdächtige blieb noch kurz stehen, zog seine Hose hoch und beleidigte die junge Dame mit „Schlampe". Dann schüttete er sein Bier über sie und flüchtete. Die Polizei sucht nun nach Zeugen, die Hinweise zum Tatverdächtigen geben können. Der Mann soll zwischen 25 und 30 Jahre alt gewesen sein, etwa 185 cm groß und von kräftiger Statur. Er wird mit südländischem beziehungsweise südosteuropäischem Aussehen beschrieben, mit dunklen, glatten, zurückgekämmten Haaren, hoher Stirn mit Geheimratsecken und einen Drei-Tage-Bart. Der Mann sprach gebrochen Deutsch.

Erding: Ebenfalls im warmen Wasser waren zwei junge Frauen, die mit ihren Freunden Entspannung suchten. Plötzlich spürte die eine Frau eine Hand am Po, die sich den Weg zu ihrem Schambereich suchte. Erst dachte sie, ihr Partner sei das. Doch Sekundenbruchteile später musste sie feststellen, dass sie einem Sittenstrolch zum Opfer gefallen war. Der probierte es danach gleich noch bei einer zweiten Frau. Auch sie berührte er unsittlich, allerdings nicht in einem so gravierenden Ausmaß. Die Opfer gingen zur Polizei, die den Täter, einen afghanischen Flüchtling, noch in der Therme stellte. Der Mann, der in Karlsfeld (Kreis Dachau) lebt, erhielt von der Staatsanwaltschaft Landshut einen Strafbefehl wegen sexueller Belästigung über 140 Tagessätze zu je 15 Euro, in der Summe waren es 2100 Euro. Gegen den legte der Flüchtling mithilfe seines Augsburger Anwalts Omid Waselzada Einspruch ein. Denn der Strafbefehl hätte aus dem bislang strafrechtlich nicht in Erscheinung getretenen Mann einen Vorbestraften gemacht – und damit hätten ihn die Behörden abschieben können. (Die komplette Geschichte gibt es bei Merkur.de).

http://www.pi-news.net/2019/06/muenchen-araber-pruegelt-25-jaehrigen-grundlos-ins-krankenhaus/

KEIN "AUFSCHREI" DER ÜBLICHEN "RASSISMUS-RIECHER"

München: Araber prügelt 25-Jährigen grundlos ins Krankenhaus

11. Juni 2019

München: Am 08.06.2019, Samstag, gegen 00:30 Uhr, wurde ein 25-Jähriger Münchener in der Reitknechtstraße von einem ihm unbekannten

Mann unvermittelt mit einem Faustschlag niedergeschlagen, am Boden liegend getreten und mit Fäusten attackiert. Der unbekannte Täter flüchtete im Anschluss in unbekannte Richtung. Ein 25-Jähriger unbeteiligter Zeuge verständigte über den Notruf die Polizei. Sofort eingeleitete Fahndungsmaßnahmen nach dem Täter verliefen jedoch erfolglos. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Männlich, ca. 25-30 Jahre alt, kräftige Statur, arabisches Aussehen, Vollbart, bekleidet mit kurzer dunkler Hose und weißem Unterhemd. Der am Boden liegende Münchener war mehrere Minuten lang nicht ansprechbar und wurde durch den alarmierten Rettungsdienst in ein örtliches Krankenhaus verbracht. Ihm fehlt mit derzeitigem Ermittlungsstand jegliche Erinnerung an den Tathergang. Er erlitt schwere Verletzungen und verbleibt zunächst stationär im Krankenhaus.
Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.
Koblenz: Am 09.06.2019, gg. 07.47 Uhr wurde der Polizei über Notruf eine körperliche Auseinandersetzung in einer Kneipe im Altengraben gemeldet. Drei bis dahin unbekannte Täter, mitsüdländischem Aussehen, hätten den Wirt und zwei Gäste u.a. mit einer Eisenstange und mit Pflastersteinen angegriffen. Nach der Tat flüchteten die Täter in unbekannte Richtung. Im Rahmen der sofort eingeleiteten Fahndung wurden sie jedoch kurze Zeit später festgestellt. Es handelte sich um eine 17jährige Frau und zwei 18 und 27jährige Männer. Bei der anschließenden Festnahme leistete der 18jährige Beschuldigte Widerstand und beleidigte die eingesetzten Kräfte fortlaufend verbal. Die beiden männlichen Beschuldigten wurden dem Gewahrsam zugeführt. Bei ihnen wurde eine Blutprobe angeordnet und durchgeführt. Bei der Durchsuchung wurde bei dem 18jährigen noch eine geringe Menge Drogen aufgefunden. Die weibliche Beschuldigte wurde vor Ort aus den Maßnahmen entlassen. Die drei Geschädigten zogen sich, trotz des massiven Angriffes, nur oberflächliche Verletzungen (blutende Nase, Schürfwunden etc.) zu. Die Fensterscheiben der Kneipe und einem Nachbargeschäft wurden bei der Tat beschädigt. Das Motiv für die Tat ist bislang noch ungeklärt. Die Ermittlungen dauern noch an.
Bad Homburg: Zur genannten Zeit erreichte die Polizei die Mitteilung einer Schlägerei zwischen zwei Personengruppen im Bereich des Rathausplatzes Bad Homburg. Bei Eintreffen der Streifen konnte eine verletzte Person angetroffen werden. Auf Befragen gaben die übrigen noch vor Ort befindlichen Personen an, dass man kurz zuvor von 5-6„dunkelhäutigen" Personen mit Stöcken angegriffen worden sei und einer der Angreifer auch ein Messer in der Hand gehabt hätte. Nach dem Angriff seien die Personen in Richtung Hessenring geflüchtet. Im Rahmen der Fahndung konnte ein Stück eines Besenstiels mit Blutanhaftungen, bei dem es sich vermutlich um eine der Tatwaffen handelte, aufgefunden und sichergestellt werden. Des Weiteren wurden im näheren Umfeld drei Personen kontrolliert, die als tatverdächtig infrage kommen. Die meisten der beteiligten und kontrollierten Personen waren alkoholisiert. Weitere Ermittlungen dauern an. Hinweise bitte an die Polizei in Bad Homburg unter Telefon 06172/120-0.
Chemnitz: Am späten Samstagabend kam es auf der Rathausstraße/Bahnhofstraße nach einer verbalen Auseinandersetzung zwischen jeweils zwei Männern zur Eskalation, als ein beteiligter 18-Jähriger

ein Messer zog und damit einen 41-Jährigen an der Hand verletzte. Das Messer konnte dem Täter hiernach aus der Hand geschlagen werden. Die Schnittverletzung wurde durch den hinzugerufenen Rettungsdienst ambulant behandelt. Gegen den 18-Jährigen wird wegen dem Verdacht der gefährlichen Körperverletzung ermittelt. (Dass es sich bei dem 18-jährigen Täter um einen Syrer, bei dem 41-jährigen Opfer um einen Deutschen handelt, wird seitens der Polizei unterschlagen. Dies erfährt man, bei tag24.de).
Pilsting: Mit einem Messer ist ein 35-jähriger Mann aus Tunesien auf dem Pfingstvolksfest in Pilsting (Landkreis Dingolfing-Landau) in der Nacht auf Sonntag gegen 1.30 Uhr auf andere Gäste des Festes losgegangen. Zum Glück wurde niemand verletzt. Nachdem das Festzelt und auch das Festgelände bereits geräumt waren, gingen mehrere Personen von der Turnhalle des TSV Pilsting in Richtung Marktplatz. Vor der Gruppe ging der 35-jähriger Tunesier, der sich unvermittelt umdrehte, ein Messer aus seiner Hosentasche zog und mit schneidenden und stechenden Bewegungen auf die Geschädigten zulief. Durch die schnelle Reaktion der Geschädigten konnte eine Verletzung vermieden werden. Anschließend flüchtete der deutlich alkoholisierte Täter in Richtung Marktplatz, wo er kurze Zeit später von der Polizei festgenommen werden konnte. Weder bei der Tat noch bei der Festnahme wurde jemand verletzt. Der Hintergrund des plötzlichen Angriffs ist momentan nicht bekannt, zuvor hatte es keine Auseinandersetzung der Gruppe mit dem Täter gegeben.
Schnaitsee: Über den Notruf der Einsatzzentrale wurden der Polizei gegen 23.15 Uhr drei randalierende Asylbewerber in einem Schnaitseer Lokal gemeldet. Während insgesamt sieben Polizeistreifen anrückten, verlagerte sich die Auseinandersetzung aus dem Lokal ins Freie. Dort warfen die Männer verschiedene Gegenstände, darunter Steine und einen Stuhl, auf die anwesenden Gäste. Bei den Angriffen wurden vier Personen zum Glück nur leicht verletzt. Beim Eintreffen der Polizeistreifen hatten sich die drei Männer bereits in eine Seitenstraße zurückgezogen. Auf dem Weg dorthin hatten die Randalierenden offensichtlich noch die Seitenscheibe eines geparkten Autos eingeschlagen und die Wohnungstür eines Anwohners beschädigt. Als die Polizisten dem Hauptaggressor der Gruppe, einem betrunkenen 19-Jährigen, erklärten, dass sie ihm vorläufig festnehmen werden, leistete er erheblichen Widerstand gegen die Beamten. Er spuckte nach den Polizisten und trat mit seinen Füßen mehrmals auf die Fahrertür des Dienstwagens ein. Nachdem der junge Mann sein Verhalten fortsetzte und die Beamten eine Selbstgefährdung nicht mehr ausschließen konnten, wurde er in eine psychiatrische Fachklinik eingewiesen. Die beiden anderen Männer konnten mittlerweile wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Ein 21-Jähriger durfte nach der Anzeigenaufnahme die Dienststelle verlassen. Der Dritte im Bunde, ein 30-Jähriger, wurde aufgrund seiner Alkoholisierung bis zum Samstagmorgen in Gewahrsam genommen (Artikel übernommen vom Traunsteiner Tagblatt).
Prenzlau: Vor dem Prenzlauer Seebad hat der 21-jährige Azubi Tobias Turowski Zivilcourage gezeigt und einen elfjährigen Prenzlauer vor drei jugendlichen Angreifern aus Tschetschenien beschützt. Der Vorfall ereignete sich bereits am Dienstagnachmittag, so die Polizei. Auslöser für den Angriff soll ein Streit um ein Volleyballplatz gewesen sein, auf dem vier Prenzlauer Kinder spielten. Vor dem Freibad griffen die Tschetschenen den Elfjährigen an, als er gerade mit seinem Fahrrad wegfahren wollte, bis Tobias Turowski

einschritt und den Jungen nach Hause brachte. Der Junge erlitt Würgemale am Hals, zudem wurde er getreten und geschlagen. Die Mutter und der Onkel des Jungen fuhren anschließend auf der Suche nach den Tätern durch Prenzlau. Sie trafen zwei der drei Angreifer vor dem Asylbewerberheim und riefen die Polizei. Polizeibeamte konnten von den beiden 14-Jährigen die Personalien aufnehmen. Diese müssen sich nun wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung verantworten.

Stuttgart-Zuffenhausen: Ein Unbekannter hat am Freitagabend (07.06.2019) gegen 18:10 Uhr eine 17-Jährige am Bahnhof Stuttgart-Zuffenhausen mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen. Nach derzeitigem Ermittlungsstand soll der unbekannte Mann zunächst in der Bahnhofsunterführung wild umhergeschrien haben. Im weiteren Verlauf schlug er die 17-jährige Reisende offenbar unvermittelt und flüchtete anschließend in die Innenstadt. Die Jugendliche sprach kurze Zeit später einen auf dem Heimweg befindlichen Bundespolizisten an und schilderte ihm den Sachverhalt. Sie erlitt durch die Tat eine blutende Nase. Der mutmaßliche Täter wird als etwa 20 Jahre alt, circa 190cm groß, mit dunkelbraunen Haaren und südländischem Phänotyp beschrieben. Er soll zum Tatzeitpunkt ein schwarzes T-Shirt und eine schwarze Cargohose getragen haben.

Bad Schwalbach: Am Sonntag, den 09.06.2019 wurde in Bad Schwalbach ein Mann verletzt, der eine Gruppe junger Leute davon abhalten wollte, verschiedene geparkte PKW zu beschädigen. Die Gruppe war dem 58Jährigen aus Bad Schwalbach und seiner Lebensgefährtin vom Balkon aus aufgefallen, weil sie mit lauter Musik durch die Rudolf-Höhn-Straße in Richtung Schmidtbergplatz zogen und dabei an einem PKW den Außenspiegel abtraten. Der Mann verließ daraufhin seine Wohnung um die Gruppe zur Rede zu stellen. Dabei wurde er von einem jungen Mann direkt niedergeschlagen und von diesem und wahrscheinlich zwei weiteren Tätern am Boden liegend weiter geschlagen und getreten. Außerdem raubten sie ihm das Portemonnaie, seine Digitalkamera und sein Handy. Erst als seine Lebensgefährtin rief, dass sie die Polizei gerufen habe, ließen die Täter von ihm ab und flüchteten in einem dunklen Golf vom Schmidtbergplatz in Richtung Emser Straße. Die Gruppe kann nur als zwei bis drei Männer und zwei Frauen im Alter von ca. 20 – 27 Jahren mit vermutlich arabischem Aussehen beschrieben werden. Insgesamt wurden mindestens vier PKW beschädigt. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich bei der Polizei in Bad Schwalbach unter der Telefonnummer 06124-70780 zu melden.

Plattling: Ein 22-Jähriger aus Senegal wollte um 15.20 Uhr im Nordpark einer 29-Jährigen das Fahrrad entreißen. Die Polizei rückte an und regelte die Situation. Nur zwei Stunden später musste die Polizei wieder wegen ihm ausrücken. In einer Gaststätte am Bahnhof hatte er versucht, eine Flasche Bier zu stehlen. Dabei hatte er einen Mitarbeiter bedroht. Später stahl der 22-Jährige aus einem Supermarkt zwei Flaschen Bier und schlug einer Person mit der Faust ins Gesicht. Als die Polizei kam, flüchtete er und schlug einer weiteren Person ins Gesicht. Im Nordpark endete seine Flucht. Die Polizei überwältigen ihn gemeinsam mit Kollegen von der Bundespolizei und dem Einsatz von Pfefferspray. Der Betrunkene kam in Haft.

http://www.pi-news.net/2019/06/saarland-syrerbande-belaestigt-und-bedroht-frauen-in-der-bahn/

"SCHUTZ SUCHEN" VOR "SCHUTZ"SUCHENDEN

Saarland: Syrerbande belästigt und bedroht Frauen in der Bahn

12. Juni 2019

Saarland: Frauen sexuell belästigt, Passagiere mit dem Messer bedroht, Reisende eingeschüchtert: Drei Jugendliche haben am Pfingstwochenende Kunden der Deutschen Bahn (DB) im Saarland in Angst und Schrecken versetzt. Obwohl sie mehrfach aufflogen und Bundespolizisten sie kurzfristig festnahmen, legten sie immer wieder los. Wie Karsten Eberhardt von der Bundespolizei-Dienststelle in Bexbach, am Dienstag berichtet, waren seine Kollegen am Freitag (7. Juni) erstmals alarmiert worden. In der Regionalbahn zwischen Neunkirchen und Homburg zückte um 16.40 Uhr einer aus der Jugendbande ein Messer und drohte damit. Die beiden Komplizen sollen eingeschritten sein und ihn zurückgepfiffen haben. Wofür sie indes nicht zurückgeschreckt haben sollen: andere Reisende sexuell zu belästigen. Nur einen Tag später hatte es das Trio dann auf eine Familie und deren Kinder sowie auf Mädchen abgesehen, die sie belästigten. Um 19.30 Uhr mussten die Ermittler anrücken, um im Zug von Saarbrücken nach Homburg die Gang zu stoppen.

Der dritte Zwischenfall ereignete sich am späten Sonntagabend. Der Lokomotivführer rief um 22 Uhr die Polizei, als er die drei Jugendlichen in seinem Zug bemerkte. Er und die Bundespolizei vereinbarten, dass er die Fahrt drosselt, damit Fahnder und Bahn gleichzeitig am Bexbacher Bahnhof ankamen. Dort schnappten die Beamten dann die bekannten drei Tatverdächtigen. Sie sollen zwischen 14 und 16 Jahre sein und aus Syrien stammen. Sie sind auf freiem Fuß, weil sie einen festen Wohnsitz haben. Sie sollen zumindest teilweise die Taten gestanden haben, nicht aber die Bedrohung mit dem Messer. (Artikel übernommen von der SAARBRÜCKER ZEITUNG).

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter

Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.
Pentling: Ein elfjähriges Mädchen war am Donnerstag, 6. Juni, zusammen mit einer Verwandten beim Einkaufen in dem Real-Markt in der Hölkeringer Straße. Im Bereich der Spielwarenabteilung, in dem sich das Mädchen kurz allein aufhielt, wurde sie von einem Mann plötzlich unvermittelt am Arm gezogen und unsittlich berührt. Das Kind konnte sich losreißen und lief zu ihrer Verwandten, um ihr sofort von dem Vorfall zu berichten. Der Mann floh in dieser Zeit unerkannt aus dem Geschäft. Die Polizei veröffentlicht nun eine Beschreibung des Tatverdächtigen: männlich, ca. 35 Jahre alt, ca. 165 cm groß, trug Baseballkappe, trug an einem Fuß evtl. einen orthopädischen Schuh, sprach gebrochen Deutsch.
Schmallenberg: Am Samstag wurde eine 17-jährige Schmallenbergerin von drei Jugendlichen belästigt. Gegen 14.45 Uhr ging die junge Frau auf dem Geh- und Radweg von Fleckenberg in Richtung Schmallenberg. Im Bereich des Abzweigs zur Vogelstange kamen ihr drei junge Männer entgegen. Im Vorbeigehen berührte zunächst ein Mann die Frau unsittlich. Anschließend berührte ein weiterer Täter die Frau. Die Frau ignorierte die Männer und ging in Richtung Innenstadt weiter. Die drei südländisch aussehenden Männerbegaben sich daraufhin in Richtung Vogelstange. Beschreibung: Ein Täter war etwa 18 Jahre alt und circa 1,80 Meter groß. Er hatte schwarze Haare, welche beide Ohren bedeckten, ein jünger aussehendes Gesicht und eine schlanke Statur. Der Täter trug eine Jeans und eine schwarze Jacke. Die beiden anderen Männer waren etwa gleich alt.
Bad Wildungen: Am Mittwoch belästigte ein unbekannter Täter eine junge Frau in der Urenbachstraße in Bad Wildungen. Gegen 15.30 Uhr lief der Täter hinter der Frau in der Urenbachstraße. Als er sie erreichte, hielt er sie von hinten fest und versuchte ihr unter das T-Shirt zu fassen. Anschließend hielt er ihr ein Taschentuch mit einer unbekannten Flüssigkeit vor das Gesicht. Durch die betäubende Wirkung verlor die Frau kurzzeitig das Bewusstsein. Zu weiteren sexuellen Handlungen kam es nicht. Die Polizei schließt derzeit nicht aus, dass der Täter bei seiner möglicherweise geplanten Tathandlung gestört worden sein könnte. Der Täter konnte wie folgt beschrieben werden: männlich, ca. 30-35 Jahre alt, ca. 170 cm groß,schwarze kurze Haare, Afrobob mit Undercut, dunkle Hautfarbe, bekleidet mit blau-weiß gestreiftem Shirt und Shorts.
Arzberg: In den Nachmittagsstunden teilte die Zwölfjährige ihren Eltern mit, dass sie soeben am Busbahnhof in Arzberg von einem ihr unbekannten Mann über der Bekleidung unsittlich berührt worden sei. Die Eltern verständigten sofort die Marktredwitzer Polizei und begaben sich zum Busbahnhof zurück. Die eintreffenden Streifen konnten daraufhin schnell einen 29-jährigen Tatverdächtigen vorläufig festnehmen. Nach weiterer Abklärung und Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Hof wurde der Asylbewerber aus Indien nach Feststellung seiner Identität wieder auf freien Fuß gesetzt.
Bogen: Am Sonntagnachmittag (9. Juni) kam es in der Jugendwohngruppe für minderjährige Asylbewerber in Bogen zu einem

sexuell motivierten Übergriff eines jugendlichen Bewohners gegenüber einer Betreuerin.Wie die Polizei mitteilt, bedrängte ein14-jähriger Teenager aus Eritrea eine Betreuerin in sexueller Weise. Nachdem sich das Opfer zur Wehr setzte, flüchtete der Täter, konnte aber gefasst werden. Das Opfer erlitt leichte Verletzungen, gegen den 14-Jährigen wird nun wegen eines versuchten Sexualdelikts ermittelt. Die Kriminalpolizei Straubing hat zusammen mit der Staatsanwaltschaft die Ermittlungen übernommen. Der 14-Jährige wurde nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen in einer betreuenden Einrichtung untergebracht.
Ramspau: In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde eine junge Frau gegen Mitternacht auf dem Regentalfest in Ramspau sexuell belästigt. Vor dem Festzelt trat ein bislang unbekannter Mann auf die Frau zu und zog seine Hose herunter. Er berührte mit seinem erigierten Glied ihren Oberschenkel, während er sie am Arm festhielt. Damit nicht genug: Als die Frau ihrem aufdringlichen Gegenüber klarmachte, dass sie diese Aktion nicht billige, versuchte er, sie zu küssen. Sie konnte ihren Kopf noch wegdrehen. Dann ging ihre Begleiterin dazwischen. Der Tatverdächtige blieb noch kurz stehen, zog seine Hose hoch und beleidigte die junge Dame mit „Schlampe". Dann schüttete er sein Bier über sie und flüchtete. Die Polizei sucht nun nach Zeugen, die Hinweise zum Tatverdächtigen geben können. Der Mann soll zwischen 25 und 30 Jahre alt gewesen sein, etwa 185 cm groß und von kräftiger Statur. Er wird mit südländischem beziehungsweise südosteuropäischem Aussehen beschrieben, mit dunklen, glatten, zurückgekämmten Haaren, hoher Stirn mit Geheimratsecken und einen Drei-Tage-Bart. Der Mann sprach gebrochen Deutsch.
Erding: Ebenfalls im warmen Wasser waren zwei junge Frauen, die mit ihren Freunden Entspannung suchten. Plötzlich spürte die eine Frau eine Hand am Po, die sich den Weg zu ihrem Schambereich suchte. Erst dachte sie, ihr Partner sei das. Doch Sekundenbruchteile später musste sie feststellen, dass sie einem Sittenstrolch zum Opfer gefallen war. Der probierte es danach gleich noch bei einer zweiten Frau. Auch sie berührte er unsittlich, allerdings nicht in einem so gravierenden Ausmaß. Die Opfer gingen zur Polizei, die den Täter, einen afghanischen Flüchtling, noch in der Therme stellte. Der Mann, der in Karlsfeld (Kreis Dachau) lebt, erhielt von der Staatsanwaltschaft Landshut einen Strafbefehl wegen sexueller Belästigung über 140 Tagessätze zu je 15 Euro, in der Summe waren es 2100 Euro. Gegen den legte der Flüchtling mithilfe seines Augsburger Anwalts Omid Waselzada Einspruch ein. Denn der Strafbefehl hätte aus dem bislang strafrechtlich nicht in Erscheinung getretenen Mann einen Vorbestraften gemacht – und damit hätten ihn die Behörden abschieben können. (Die komplette Geschichte gibt es bei Merkur.de).

POLIZEI VERRINGERT BEI MANCHEN ÜBERGRIFFEN DIE AUFKLÄRUNGSCHANCEN

Augsburg: Vergewaltigten fünf afghanische „Flüchtlinge“ 15-Jährige?

14. Juni 2019

1

Drei der fünf mutmaßlichen Vergewaltiger der deutschen Schülerin: Davood E., Hamed S. und Hauptangeklagter Amir A. (v.l.n.r.) am Donnerstag vor dem Amtsgericht Augsburg.

-

Augsburg: Seit Donnerstag stehen in Augsburg fünf afghanische „Flüchtlinge“ vor Gericht, da sie zu verschiedenen Zeitpunkten die 15-jährige deutsche Schülerin Sarah vergewaltigt haben sollen, BILD.DE berichtet:

Alles begann offenbar mit einer SMS von Davood E. (21) an Amir A. (18) am 27. Juni 2018: „Bring 10, 15 Euro, dann kaufen wir Alkohol und dann f(…) wir die Sarah.“ Laut Staatsanwältin Melanie Ostermaier setzte Amir A. am 2. Juli das Vorhaben in die Tat um: Er ließ sich vom Mitangeklagten Hamed S. (21) Haschisch besorgen, lotste die Minderjährige in die Asylbewerberunterkunft Proviantbachstraße und machte sie mit einem Joint willenlos. „Unter Ausnutzung dieser Situation zog sodann der Angeklagte A. zwischen 15.28 Uhr und ca. 18 Uhr der Geschädigten die Unterhose aus, schob ihr Kleid nach oben und vollzog mit ihr den vaginalen Geschlechtsverkehr.“

Single Frauen Suchen Dringend Ein Date
iDates

Werbung von Revcontent

63,412

Diese Vorwürfe räumten Amir A. und Hamed S. am Donnerstag ein. Nach der Tat will Amir A. das Mädchen in eine Straßenbahn gesetzt haben. Noch am selben Abend will er eigenen Angaben eine SMS vom dritten Angeklagten Davood E. bekommen haben: „Ich war bei Sarah, wir hatten auch Sex. Du hast das Mädchen mit Betäubungsmitteln gef(…), ich ohne.“ Diese Tat soll laut Anklage kurz vor 19.30 Uhr im Umfeld des als Drogen-Umschlagplatz bekannten Flüchtlingsheims geschehen sein. „Die Geschädigte erlitt hierdurch Schmerzen im Unterbauch, Rückenschmerzen und Hämatome an der Schulter und am Hals“, so die Staatsanwältin. Passanten fanden die Schülerin bewusstlos im Stadtteil Lechhausen und brachten sie in die Kinderklinik.

Amir A. wurde wegen Vergewaltigung und Körperverletzung zu zwei Jahren und drei Monaten Jugendstrafe verurteilt, sein Komplize Hamed S. wegen Vergewaltigung und vorsätzlicher Körperverletzung zu einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung. Zudem müssen beide dem Opfer je 5000 Euro zahlen und Kontakt zu dem Mädchen meiden. Davood E. muss

sich zu einem späteren Zeitpunkt überdies auch noch wegen des Besitzes von kinderpornografischem Material verantworten. Amir A. muss nach seiner Verurteilung mit einer Abschiebung nach Afghanistan rechnen. Bereits im Winter 2018 sollen zwei weitere Afghanen das Mädchen missbraucht haben, hierzu wird aktuell noch ermittelt.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.
Mittenwald: Es sollte einfach nur ein netter Party-Abend werden. Doch für zwei junge Frauen endete dieser alles andere als spaßig. Die beiden 22-Jährigen waren in der Nacht auf Pfingstsonntag gegen vier Uhr in der Früh in einer MittenwalderDiscothek von zwei Asylbewerbern sexuell belästigt worden. Die Männer – der eine 24, der andere 25 Jahre alt – tanzten die Frauen an und berührten sie mehrfach an den Geschlechtsorganen. Als das Personal der Gaststätte darauf aufmerksam wurde und gegen das Duo, das Als das Personal der Gaststätte darauf aufmerksam wurde und gegen das Duo, das ursprünglich aus Eritrea stammt, einschritt, kam es laut Angaben der Polizeiinspektion Mittenwald zu einem Gerangel. Dabei wurde ein 34-jähriger Beschäftigter durch einen Fußtritt am Hals verletzt. Wie die Beamten weiter mitteilen, bedrohten die Männer, die beide in der Marktgemeinde wohnhaft sind, anschließend auch noch die Pächter der Gaststätte. Gegen die zwei Asylbewerber wird nun Strafanzeige erstatte ursprünglich aus Eritrea stammt, einschritt, kam es laut Angaben der Polizeiinspektion Mittenwald zu einem Gerangel. Dabei wurde ein 34-jähriger Beschäftigter durch einen Fußtritt am Hals verletzt. Wie die Beamten weiter mitteilen, bedrohten die Männer, die beide in der Marktgemeinde wohnhaft sind, anschließend auch noch die Pächter der Gaststätte. Gegen die zwei Asylbewerber wird nun Strafanzeige erstatte (Artikel übernommen von MERKUR.DE).
Osnabrück: Am Dienstagabend ist eine junge Frau im Bereich des Neumarktes von einem Unbekannten sexuell belästigt worden. Die 19-Jährige wurde gegen 21.25 Uhr vom Täter an der Ecke zur Großen Straße angesprochen und unmittelbar danach am Arm festgehalten. In der Folge nahm der Mann die Bohmterin in den Schwitzkasten, zog sie zu einer Gebäudeecke und berührte sie dort mehrfach unsittlich am Oberkörper. Die junge Frau konnte sich schließlich losreißen und schrie um Hilfe. Der Täter ließ daraufhin von ihr ab und lief in Richtung der Johannisstraße

weg. Eine wenig später eingeleitete Fahndung der Polizei nach dem Unbekannten blieb erfolglos. Das Opfer wurde leicht verletzt und erlitt einen Schock. Nach Angaben der Frau war der Täter etwa 35 Jahre alt, etwa 175cm groß und trug einen Bart. Er sprach gebrochenes Deutsch und trug ein dunkles Oberteil sowie eine blaue Joggingenhose, die optisch einer Jeans ähnelte.
Norderstedt: Nach einem sexuellen Übergriff auf eine geistig behinderte Frau in Norderstedt fahndet die Polizei nach einem bisher unbekannten Täter. Wie Silke Westphal, Sprecherin der Polizeidirektion Bad Segeberg am Mittwoch bekannt gab, habe sich die Tat bereits am vergangenen Mittwoch, 5. Juni, in einem Waldstück zwischen Theodor-Storm-Straße und Stormarnstraße ereignet. Am frühen Morgen gegen 1.30 Uhr sei die junge Frau von dem Unbekannten attackiert worden. Was genau passiert ist, konnten die Ermittler wegen der geistigen Behinderung der Frau auch in mehrfachen Befragungen nicht in Erfahrung bringen. Es gibt jedoch eine vage Täterbeschreibung. Danach soll der Mann dick sein, dunkles Haar und schwarze Hautfarbe haben.
Friedberg (Lkr. Aichach-Friedberg): Erst gestern entschloss sich eine 20-Jährige, ein Sexualdelikt anzuzeigen, das bereits vor einer Woche geschehen ist. Die junge Frau war am 02.06.2019 gegen 19:00 Uhr von der Endhaltestelle der Straßenbahn Linie 6 (Park & Ride-Parkplatz) auf einem Radweg entlang der Augsburger Straße zu Fuß in Richtung Friedberg unterwegs. Dort wurde sie von einem jungen Mann, der evtl. mit einem roten Fahrrad unterwegs war, angesprochen. Er wollte in gutem Deutsch von der Geschädigten wissen, ob er blute und zeigte sich dabei unsittlich. Die junge Frau war völlig perplex und ging weiter. Der Mann entschuldigte sich und fuhr auch weiter. Er wurde wie folgt beschrieben: südasiatischer Teint (Phänotypus indisch), kurze graue Hose, helles T-Shirt, kurze schwarze Haare, ca. 180 cm groß, schlank, ca. 20 – 30 Jahre alt.
Limburg: Am Samstagnachmittag hat sich ein bisher unbekannter Mann in der Josefstraße in Limburg in schamverletzender Weise gezeigt. Der Mann soll zunächst telefonierend die Josefstraße entlanggelaufen sein, bevor er sich zwischen eine Hauswand und einen dort stehenden Dixi-Container stellte. Dort habe er dann seine Hose geöffnet und sich einer Zeugin in schamverletzender Weise gezeigt. Als die Frau schließlich in ein Wohnhaus flüchtete, sei der Mann in unbekannte Richtung weitergelaufen. Die Zeugin beschrieb den Täter als etwa 30 Jahre alt sowie circa 1,75 m groß und schlank. Zudem soll er einsüdländisches Erscheinungsbild und dunkles lichtes Haar gehabt haben.
Aichach: Ein dunkelhäutiger Exhibitionist mit Glatze machte gestern Abend gegen 19:50 Uhr in der Bahnhofstraße durch Gesang auf sich aufmerksam. Eine Zeugin konnte den Täter darauf von ihrer Wohnung aus beobachten, wie er mit entblößtem Unterkörper an sich manipulierte. Als der Mann durch Passanten angesprochen wurde, flüchtete er in stadtauswärtiger Richtung.
Potsdam: Donnerstagmittag wurde die Polizei zum Wald an der Skaterbahn gerufen. Dort soll ein Mann an seinem Geschlechtsteil

manipuliert haben, als eine Frau mit ihrem Hund an ihm vorbeilief. Beamte konnten den Tatverdächtigen im Waldstück feststellen und ihn für weitere polizeiliche Maßnahmen mit zur Dienststelle nehmen, wo er anschließend wieder entlassen wurde. Die Polizei ermittelt nun gegen den 33-Jährigen, der ausAfghanistan stammt, wegen Exhibitionistischer Handlungen.

Stuttgart: Ein bislang unbekannter Mann hat sich am Donnerstagabend (06.06.2019) vor zwei Frauen entblößt. Die beiden 23 und 26 Jahre alten Frauen saßen gegen 18.20 Uhr in einem Kaffeehaus an der Werderstraße, als sie auf einen Mann aufmerksam wurden, der vor der Schaufensterscheibe stand, hin und wieder zu ihnen nach drinnen sah und dabei vermeintlich telefonierte. Der Mann ließ dabei offen sein halberigiertes Glied zur Hose heraushängen. Nachdem eine der Frauen sichtbar zum Telefon griff, um die Polizei zu rufen, flüchtete der Mann in Richtung Werderkreisel und entkam unerkannt. Der Mann wird beschrieben als mindestens 40 Jahre alt, etwa 170 bis 180 Zentimeter groß und mit normaler Statur, kurzem, dunklem Haar, dunklem Teint, Drei-Tage-Bart und markantem Gesicht sowie insgesamt von orientalischem Erscheinungsbild.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Kaarst: Am Donnerstag (6.6.) wandte sich eine 13-Jährige mit ihrer Mutter an die Polizei und schilderte folgenden Sachverhalt. Sie sei am Mittwochnachmittag (5.6.), gegen 17:15 Uhr, mit ihrem Fahrrad alleine in Kaarst auf einem Fuß-/Fahrradweg zwischen Erftstraße und Moselstraße unterwegs gewesen. Dieser Weg ist aufgrund von Pollern nicht für Autos befahrbar. Die Schülerin schildert, dass sie im Bereich der dortigen Hochhäuser vom Fahrrad gestürzt sei und auf dem Boden gelegen habe. Sie gab bei der Polizei an, dass sie einen Passanten, um Hilfe gebeten habe. Dieser Mann habe ihr jedoch nicht geholfen, sondern sie unsittlich berührt. Als das Mädchen sich zur Wehr gesetzt und geschrien habe, soll der Unbekannte von ihr abgelassen und sich zu Fuß in Richtung Erftstraße entfernt haben. Die 13-Jährige erlitt durch die Auseinandersetzung eine leichte Verletzung am Hals, konnte ihren Weg mit dem Fahrrad aber eigenständig fortsetzen. Die Polizei sucht Zeugen, die sich am Mittwochnachmittag (5.6.) bei sommerlichen Temperaturen im Bereich der Rheinstraße/Erftstraße/ Moselstraße aufhielten und die möglicherweise verdächtige Beobachtungen gemacht haben. Zum Unbekannten liegt bislang folgende Beschreibung vor: Er soll dunkle (braun bis schwarze), kurze Haare tragen und eine Art Dreitagebartgehabt haben. Er habe ein rot-bräunliches T-Shirt sowie schwarze Handschuhe (möglicherweise Motorradhandschuhe) getragen. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Warendorf: Am Mittwoch, 5.6.2019 meldete sich ein Bürger, der gegen 21.50 Uhr einen Unbekannten am Werseradweg im Bereich Am

Vatheuershof in Ahlen beobachtete. Deretwa 25-Jährige hatte sein Geschlecht entblößt und zeigte dieses vorbeikommenden Passanten. Der Tatverdächtige trug eine graue Jeans und eine blaue Weste. Wer hat den Gesuchten am Mittwochabend beobachtet? Wer kann Angaben zu seiner Identität machen? Hinweise nimmt die Polizei in Ahlen, Telefon 02382/965-0

Teltow-Fläming: Eine Geschädigte erschien gestern Abend auf dem Polizeirevier Ludwigsfelde und zeigte eine exhibitionistische Handlung an. Nach eigener Aussage befand sie sich mit ihrem Hund in der August-Bebel-Straße in der Nähe einer Schule an einem Sportplatz. Plötzlich kam ihr aus einem angrenzenden Wald ein Mann entgegen, der sich vor der Geschädigten entblößte und an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Die Geschädigte verließ den Ort daraufhin, bemerkte jedoch, dass ihr der Mann noch kurz folgte. Eine nach bekannt werden des Sachverhalts eingeleitete Fahndung nach dem Mann in der näheren Umgebung des Tatortes verlief ergebnislos. Mittwoch, 05.06.2019, 20:45 Uhr. Den Täter beschrieb die Geschädigte wie folgt:- männlich – etwa Mitte 30 – circa 1,75 m groß – Halbglatze – 3-Tage-Bart – circa 90 Kilo und Bierbauch- grüne kurze Hose – beiger Rucksack.

Mühlheim: Am Mittwochabend (5. Juni) gegen 23 Uhr wurde eine 20-jährige Mülheimerin auf der Bruchstraße von einem bislang unbekannten Mann sexuell belästigt. Auf der Bruchstraße, Ecke Schillerstraße bemerkte die junge Frau, dass eine männliche Person sich hinter ihr befand. Kurz vor ihrer Hauseingangstür war der Fremde plötzlich bei ihr und fasste sie unsittlich an. Als die 20-Jährige sich zu dem Mann umdrehte, flüchtete dieser über die Bruchstraße in Richtung Eppinghofer Straße. Der Mann ist zirka 175-180 cm groß, er ist zirka 40 Jahre alt, hat dunkle kurze Haare, trug eine dunkle Hose und ein lockeres Kurzarm-Hemd mit einem auffallenden Muster. Die Polizei sucht nun nach Zeugen, denen nahe der Bruchstraße eine verdächtige Person aufgefallen ist oder die zusätzliche Angaben zum Tathergang machen können. Hinweise werden unter der zentralen Rufnummer der Polizei 0201/829-0 entgegen genommen.

Obersulm: Drei Mädchen wurden auf dem Weg zur Schule, auf dem Rad- und Fußweg unterhalb des Sülbacher Wegs in ObersulmWillsbach von einem Exhibitionisten belästigt. Die Mädchen waren am Dienstag, gegen 8.25 Uhr, dort unterwegs. Der Tatverdächtige kam den Kindern entgegen und stand dann in entgegengesetzter Richtung zu ihnen. Hierbei hantierte der Mann an seinem Penis. Die Mädchen liefen an dem Exhibitionisten vorbei, angesprochen wurden sie nicht von ihm. Der Tatverdächtige wird wie folgt beschrieben: Lange Arbeitshose mit Aufsetztaschen, langarm Oberteil und eine Basecap. Die Bekleidung war komplett schwarz. Der Mann war schlank, hatte kurze dunkle Haare, keinen Bart, keine Brille und war vermutlich kleiner als 180 Zentimeter. Er wurde auf 40 – 50 Jahre geschätzt. Bereits vergangenen Samstag, gegen 18.45 Uhr, soll ein Mann im Bereich eines Autohauses in der Löwensteiner Straße in Obersulm sein Geschlechtsteil einer vorbeifahrenden Autofahrerin gezeigt haben. Der Mann trug eine knielange Boxer-Shorts mit weißem Schriftzug, ein weißes T-Shirt, war klein, von schlanke Statur, Mitte 20 bis Mitte 30 Jahre alt und

hatte nach hinten gegelte, schwarze Haare. Hinweise in beiden Fällen nimmt der Polizeiposten in Obersulm, Telefon 071307077, entgegen.

PI-NEWS-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat ein Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

http://www.pi-news.net/2019/06/niederbayern-14-jaehriger-mufl-vergreift-sich-an-betreuerin/

AUS DER SERIE "IN DEUTSCHLAND ZUR FALSCHEN ZEIT AM FALSCHEN ORT"

Niederbayern: 14-jähriger MUFL vergreift sich an Betreuerin

14. Juni 2019

Von EUGEN PRINZ | Im vorangegangenem Beitrag des Autors wurde anhand einer Statistik des Bundeskriminalamts dargestellt, dass mit der steigenden Zahl von Flüchtlingen auch die Anzahl der durch sie verübten Straftaten zugenommen hat. Vollkommen logisch, denn: mehr Menschen – mehr Straftaten. **Allerdings handelt es sich bei diesen Flüchtlingen zum größten Teil um Personen, die bei Einhaltung geltenden Rechts gar nicht in Deutschland sein dürften. Das macht die verantwortlichen Politiker zu Mittätern der von diesen sogenannten „Schutzsuchenden" verübten Straftaten. Mit drei willkürlich ausgewählten aktuellen Fallbeispielen soll daran erinnert werden, dass sich hinter den nüchternen Zahlen einheimische Menschen verbergen, die zu Opfern von importierter Gewalt wurden.**

Sexueller Übergriff auf Betreuerin durch hochalimentierten MUFL

Die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge (MUFL) sind uns bekanntlich lieb und teuer. Jeder von ihnen schlägt monatlich mit mehr als 5000 Euro zu Buche, während deutsche Rentner damit beschäftigt sind, Pfandflaschen zu sammeln. Dazu kommt noch die Unterbringung und intensive Betreuung in kleinen Gruppen. Die Rede ist von den MUFL, nicht von den Rentnern in den Alten- und Pflegeheimen.

Wie manche der jungen Schutzbedürftigen diese Wohltaten der Bananenrepublik Deutschland entlohnen, zeigt ein aktueller Fall aus den niederbayerischen Bogen:

Am Pfingstsonntag gegen 16 Uhr wollte ein 14-jähriger Eritreer eine Betreuerin in einem Jugendwohnheim im niederbayerischen Städtchen Bogen zum Sex zwingen. Da sie unverständlicherweise nicht wollte, wurde er handgreiflich. Bei der Abwehr des Übergriffs wurde die Betreuerin

verletzt. Der MUFL flüchtete nach dem erfolglosen Versuch, konnte aber etwas später von der Polizei aufgegriffen und festgenommen werden. Gegen ihn wird nun wegen eines versuchten Sexualdeliktes ermittelt. Wir können darauf vertrauen, dass er eine drakonische Strafe erhalten wird, die ihn ermuntert, künftig von einem solchen Verhalten Abstand zu nehmen. Die Rede ist von einer Ermahnung durch den Jugendrichter. Sie schmunzeln? Warten Sie ab…

Mitkommen – oder ab ins Krankenhaus

Der Aufenthalt im Landshuter Stadtbad, im Volksmund „Schwimmschule" genannt, wurde am Freitagabend gegen 19.15 Uhr für einen 17-jährigen Schüler zum Alptraum. Gegen 19.15 Uhr stellte sich ihm eine Gruppe von mehreren Jugendlichen in den Weg und forderte ihn auf, mitzukommen. Verständlicherweise weigerte sich der 17-Jährige. Völlig grundlos erhielt er daraufhin einen Faustschlag ins Gesicht.

Danach wollte er sich so schnell wie möglich in Sicherheit bringen und machte sich auf den Heimweg. Doch er kam nicht weit, da er von einer Meute von etwa 15 Jugendlichen verfolgt und aufgehalten wurde. Aus der Gruppe heraus erhielt er massive Schläge und Tritte. Aufgrund seiner Verletzungen musste sich der Schüler in stationäre Behandlung ins Krankenhaus begeben. Die Polizei konnte bislang fünf dringend Tatverdächtige im Alter zwischen 15 und 17 Jahren ermitteln. Wie eine Nachfrage von PI-NEWS bei der Pressestelle der Landshuter Polizei ergab, handelte es sich bei den bisher festgestellten Tatverdächtigen überwiegend um Migranten.

Nach Fahrscheinkontrolle ins Krankenhaus

Zum Abschluss noch ein Klassiker: Bei einer Kontrolle in der S-Bahn in Richtung Herrenberg (Baden-Württemberg) wurde ein Iraker ohne gültigen Fahrschein angetroffen. Als er gegenüber dem Kontrolleur auch noch falsche Personalien angab, kam es zwischen den beiden Männern zu einer verbalen Auseinandersetzung. Der 34-jährige Asylbewerber versuchte daraufhin, die S-Bahn zu verlassen, konnte aber von dem Mitarbeiter der Deutschen Bahn und einem anderen Fahrgast bis zum Eintreffen der alarmierten Bundespolizei festgehalten werden. Währenddessen schlug er dem Kontrolleur mit der Faust derartig ins Gesicht, dass dieser eine Platzwunde an der linken Schläfe erlitt und durch die alarmierten Rettungskräfte in ein Krankenhaus verbracht werden müsste.

Machen das nicht auch Deutsche?

Gutmenschen werden jetzt einwenden, dass auch Deutsche derartige Straftaten begehen. Das ist vollkommen richtig. Jedes Volk auf der Erde hat seinen Anteil von Straftätern, den es verkraften muss. Aber wieso sollte man dann auch noch welche aus dem Ausland „importieren?" Und solche sind genügend dabei, wenn man mehr als zwei Millionen Menschen ins Land lässt, die hauptsächlich einer Kohorte angehören, von der man weiß, dass sie überdurchschnittlich oft straffällig wird: Junge Männer mit niedriger Bildung aus der unteren sozialen Schicht. Ein 23-jähriger Arbeitsloser mit Hartz IV aber ohne Schulabschluß prügelt, messert und vergewaltigt halt nun mal eher als die 67-jährige, pensionierte Lehrerin.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/06/massenschlaegerei-in-zwickau-syrer-greifen-deutsche-an/

MELDUNGEN AUS DER BUNTEN REPUBLIK

Massenschlägerei in Zwickau: Syrer greifen Deutsche an

17. Juni 2019

Nach der Massenschlägerei wurden vier Syrer vor dem McDonald's in Zwickau von der Polizei festgenommen.

„Meine Mitarbeiter waren verstört angesichts der gewaltigen Brutalität", sagte Restaurantbetreiber Marcus Klink (39) zu BILD. Sonntagmorgen gegen 2.50 Uhr eskalierte ein Streit zwischen Ausländern und Deutschen. „Es gab zunächst eine verbale Auseinandersetzung, woraufhin die Ausländer, überwiegend Syrer, die Deutschen attackierten", erklärte ein Polizeisprecher.

Marcus Klink, der in der Region fünf McDonalds-Restaurants betreibt: „Meine Mitarbeiter sahen, wie sich ein Deutscher und ein Ausländer zunächst im Restaurant gestritten haben." Dann sei es plötzlich zu Handgreiflichkeiten zwischen beiden gekommen.

Die Schlägerei verlagerte sich nach Zeugenberichten nach draußen. Dabei ging noch die Scheibe der Eingangstür zu Bruch. Insgesamt sollen bis zu 20 Personen an der Schlägerei beteiligt gewesen sein, einige von ihnen seien noch vor Eintreffen der Polizei getürmt.

Laut Polizei habe es „nur" elf Beteiligte gegeben, vier Syrer seien vorläufig festgenommen worden, würden derzeit noch verhört. Waffen kamen ersten Informationen zufolge nicht zum Einsatz. Bei den Schwerverletzten handelt es sich um einen deutschen und einen syrischen Mann. *(Artikel übernommen vonBILD-ONLINE)*.

Essen – Erftstadt: Zwei betrunkene Männer forderten gestern (12. Juni) einen 17-Jährigen zum Kampf auf. Weil dieser sich weigerte, sollen die Männer zwei Flaschen nach dem Jugendlichen geworfen und auf ihn eingeschlagen haben. Bundespolizisten konnten die Tatverdächtigen festnehmen. Gegen 01:30 Uhr (12. Juni) bekam die Bundespolizei Kenntnis über eine Körperverletzung im Bereich der Busbahnsteige am Essener Hauptbahnhof. Vor Ort informierten Zeugen die Einsatzkräfte über zwei Männer, die mit einem 17-jährigen Essener in Streit geraten waren. Weil dieser sich nicht auf die Provokationen und der

Aufforderung zum Kampf einließ, sollen sie erst ihre Bierflaschen nach ihm geworfen und anschließend gemeinschaftlich auf ihn eingeschlagen haben. Durch den Angriff erlitt der Essener Verletzungen im Gesicht und eine Schwellung an der Hand. Die beiden Tatverdächtigen, zwei 21- und 24-jährige afghanische Staatsangehörige aus Essen und Erftstadt, konnten noch im Bahnhofsbereich vorläufig festgenommen werden. Ein Atemalkoholtest ergab, dass beide Männer mit 1,4 Promille nicht unerheblich alkoholisiert waren. Gegen die beide Tatverdächtige wurde ein Strafverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Der Vater des 17-jährigen Opfers holte seinen Sohn von der Bundespolizeiwache ab, um mit ihn in eine Klinik zu fahren.
Hamburg: Die Polizei fahndet nach einem bislang unbekannten Mann, der im Verdacht steht, am frühen Pfingstmontag gemeinsam mit zwei weiteren Männern (22/25) zwei Personen mit Flaschen verletzt zu haben. Das für die Region Mitte I zuständige Landeskriminalamt (LKA 114) hat die Ermittlungen übernommen.Nach bisherigem Stand der Ermittlungen saßen zwei Männer (23 / 25) und zwei Frauen (18 / 19) auf der Bordsteinkante in der Nähe ihres Pkw. Aus Richtung Hauptbahnhof kamen währenddessen drei Männer (22/ 25)/ unbekannt) auf die Personengruppe zu und begannen sogleich, diese zu beleidigen. Als der 23-Jährige aus der Gruppe versuchte, die drei Männer zu beruhigen, wurde er sofort vom 25-jährigen Marokkaner mit einer mitgebrachten Flasche auf den Kopf geschlagen. Als der 23-Jährige auf Grund des Schlages fiel, traten alle drei Männer auf den am Boden liegenden Mann ein. Durch Hilferufe wurden zwei weitere Männer (beide 28) auf die Situation aufmerksam und eilten dem 23-Jährigen zu Hilfe. Einer der 28-Jährigen versuchte einen Elektroschocker gegen die Angreifer einzusetzen. Der 22-jährige Angreifer, ein Algerier, nahm daraufhin eine Flasche, zerschlug sie auf dem Boden und verletzte den 28-Jährigen an der Hand. Weiterhin gab es ein Gerangel, bei dem der 25-jährige Marokkaner zu Boden ging, beim Sturz gegen einen Poller stieß und bewusstlos liegen blieb. Er zog sich beim Sturz eine Kopfplatzwunde zu. Die alarmierten Polizeikräfte konnten den 22- und den 25 Jährigen vorläufig festnehmen. Beide wurden später der Untersuchungshaftanstalt Hamburg zugeführt. Der dritte Angreifer konnte unerkannt flüchten. Der Mann kann wie folgt beschrieben werden: – 170 – 175 cm groß – „nordafrikanische Erscheinung" – kräftige Figur – dunkle, zurückgegelte Haare.
Stuttgart: Ein Unbekannter hat am Sonntagmorgen (09.06.2019) gegen 05:55 Uhr eine vierköpfige Personengruppe am Stuttgarter Hauptbahnhof mit Pfefferspray angegriffen und zudem einen 18-jährigen Mann verletzt. Ersten Erkenntnissen zufolge befanden sich die Reisenden im Alter von 18 bis 22 Jahren im S-Bahnbereich des Hauptbahnhofs, als sie ein unbekannter Mann offenbar unvermittelt mit Pfefferspray besprühte. Im weiteren Verlauf soll der mutmaßliche Täter noch einen 18-Jährigen aus der Gruppe mit dem Ellenbogen ins Gesicht geschlagen haben. Die Personen erlitten durch den Vorfall leichte Reizungen der Augen, welche durch alarmierte Rettungskräfte vor Ort behandelt wurden. Der 18-jährige Mann trug durch den Schlag eine blutende Lippe sowie ein Hämatom an der Nase davon und wurde vorsorglich in ein Krankenhaus verbracht. Nach Zeugenangaben flüchtete der Unbekannte nach der Tat mit einer eingefahrenen S-Bahn der Linie S1 in Richtung Stuttgart-Bad Cannstatt. Er wird als 20-26 Jahre alt, etwa 180cm groß, mit kurz rasierten Haaren und afroamerikanischen Phänotyp beschrieben. Der Mann soll zudem zwei auffällige Narben an der Stirn und im Bereich des Kiefers haben. Er trug zum Tatzeitpunkt eine Jogginghose mit Baseball-Logo, ein rotes Oberteil sowie eine schwarze Bauchtasche. Die Hintergründe der Tat sind derzeit noch unklar und Gegenstand der Ermittlungen.

Karlsruhe: Nach den bisherigen Erkenntnissen befanden sich kurz vor 02:00 Uhr alle Beteiligten innerhalb des in der Blumenstraße gelegenen Nachtclubs. Offenbar aus nichtigem Grund griff plötzlich einer der siebenköpfigen Gruppe den Geschädigten an und versetzte ihm einen Schlag und einen Tritt. Im weiteren Verlauf verlagerte sich der Kampf dann auf die Straße, wo mutmaßlich alle sieben Personen den 19-Jährigen mit Schlägen und Tritten traktierten. Kurz vor dem Eintreffen der alarmierten Polizei flüchtete die Personengruppe in Richtung Europaplatz. Anhand der bisherigen Angaben waren die Täter zwischen 17 und 19 Jahren alt und hatten ein südländisches Erscheinungsbild. Zudem waren sie überwiegend schwarz gekleidet. Der Haupttäter wird als 175 – 180 cm groß, mit dunklen Haaren und einer Zahnspange beschreiben. Er war komplett schwarz gekleidet.
Hamburg: Am 11. Juni 2019 gegen 08:30 Uhr randalierte ein 19-jähriger Somalier in der S-Bahn der Linie S21 (Bergedorf – Hauptbahnhof). Als ihn ein Reisender daraufhin ansprach, griff er diesen mit einer Flasche an. Bundespolizisten konnten den Mann am S-Bahnhof Tiefstack festnehmen. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen bestieg der Tatverdächtige die S-Bahn im S-Bahnhaltepunkt Allermöhe. Er setzte sich zu dem 25-jährigen Geschädigten und trank dabei Bier. Kurz darauf schüttelte er die Flasche und spritzte mit dem Bier herum. Hierbei traf er auch den Geschädigten. Als dieser ihn zur Rede stellen wollte, nahm der Tatverdächtige die Glasflasche und wollte damit auf den 25-Jährigen einschlagen. Mitreisende verhinderten dies, indem sie den Mann festhielten. Anschließend informierten sie über den Notruf den Triebfahrzeugführer. Dieser hielt die Bahn im Bahnhof Tiefstack an. Bundespolizisten konnten alle Beteiligten am S-Bahnhof Tiefstack feststellen. Da sich der Tatverdächtige weiterhin aggressiv verhielt, musste er gefesselt werden. Der alkoholisierte Mann (Atemalkohol 2,17 Promille) wurde in Gewahrsam genommen und dem Bundespolizeirevier Hamburg Hbf zugeführt.
Weitere Meldungen aus der Bunten Republik:
Libanese tötet 37-Jährige
Hamburg: Das Problem für die Beamten: Die Personen, die bei der aus dem Ruder gelaufenen Feier anwesend waren, zeigten sich extrem unkooperativ oder wussten nicht, was geschehen war. Im Verlauf des Mittwochs stellte sich jedoch heraus, dass in der Kneipe jemand getötet wurde. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen befand sich der aus dem Libanon stammende Tatverdächtige mit dem späteren Opfer alleine in einer Gaststätte. Nach einem Streit kam es einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen beiden, in deren Verlauf die 36-Jährige durch Gewalteinwirkung verstarb. Aus Angst vor Entdeckung soll der Mann den Leichnam vom Tatort weggeschafft haben (Auszug aus einem Artikel von Bild-online).
Türke kassiert in Österreich Sozialhilfe, obwohl er in der Türkei lebt
Der fremdenpolizeilichen Erhebungs- und Einsatzgruppe ist es gelungen, einen Fall von Sozialleistungsbetrug aufzudecken. Es handelt sich um die unrechtmäßige Beziehung von monetären Sozialleistungen durch einen türkischen Staatsbürger, der Schaden beträgt ca. 17.000 Euro. Die Ermittlungen zu diesem Fall begannen aufgrund einer Überprüfung wegen des Verdachtes einer Scheinmeldung durch den Erhebungsdienst des AMS. Im Zuge der Erhebungen konnte der Reisepass des türkischen Notstandshilfebeziehers in Augenschein genommen werden. Hier stellten die Beamten fest, dass sich der Betroffene nachweislich 12 Monate in den überprüften 15 Monaten in der Türkei aufgehalten hat. Er kam nachweislich lediglich für Behördenwege sowie für die Verlängerungsanträgen auf Notstandshilfe nach Wien. Nach Vorlage der Beweise zeigte sich der Beschuldigte bei der Vernehmung geständig und gab an, dass er

seinen eigenen Lebensunterhalt und den seiner Familie in der Türkei über die österreichischen Sozialgelder finanziert. Weder er noch seine Familie würden einer Arbeit nachgehen. Er habe die Auslandsaufenthalte nicht dem AMS gemeldet, da es sonst zu einer Einstellung der Leistungen gekommen wäre. Durch ihn wurden gesamt 17.000 Euro zu Unrecht bezogen. Mittlerweile hat er einen Pensionsantrag in Österreich gestellt. Die Anzeige erfolgte auf freiem Fuße. Nach der Gründung des Projektes „Task Force Sozialleistungsbetrug" (TF SOLBE), angesiedelt im BMI, wurde die Fremdenpolizeiliche Erhebungs- und Einsatzgruppe mit der Bearbeitung von Sozialleistungsbetrugsfällen im fremdenpolizeilichen Bereich beauftragt.

Schüsse aus türkischem Hochzeitskorso

Crailsheim/München: Aus einem türkischen Hochzeitskorso heraus wurden am Samstagnachmittag gegen 15.10 Uhr mehrere Schüsse abgefeuert. Die Hochzeitsgesellschaft war mit mehreren Fahrzeugen in der Schönebürgstraße unterwegs. Eine Polizeistreife konnte noch einen Teil des Korsos antreffen, mehrere Fahrzeuge anhalten und kontrollieren. Hierbei konnten in einem Fahrzeug eine Schreckschußwaffe, zwei abgefeuerte Platzpatronenhülsen und mehrere Platzpatronen aufgefunden und sichergestellt werden. Geschossen haben wollte von den Insassen dann doch niemand. Die Polizei in Crailsheim, Tel. 07951/ 4800, sucht nun Zeugen, die Angaben dazu machen können, aus welchem Fahrzeug heraus geschossen wurde. Verletzt wurde niemand. Zu größeren Verkehrsbehinderungen kam es im Zusammenhang mit dem Korso ebenfalls nicht. In München legte vergangenes Wochenende ein mit Türkei-Fahnen beflaggter Hochzeitskorso Teile der Innenstadt lahm, berichtet mehr Infos bei Bild.de

Fachkräfte schlagen Polizisten

Neumünster: Heute Morgen gegen 00.45 Uhr wurden Bundespolizisten von zwei Bahnmitarbeitern auf drei Männer aufmerksam gemacht, die eine Person mit einem Messer attackieren sollen. Die Beamten konnten auch drei Männer feststellen, die aber sofort flüchteten. Sie konnten gestellt werden und fingen sofort an, die Bundespolizisten ins Gesicht zu treten und zu schlagen. Sie leisteten Widerstand und beleidigten die Beamten, sodass Pfefferspray eingesetzt und eine Person gefesselt wurde. Ein Messer wurde nicht gefunden. Nach Anzeigenaufnahme wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung, Körperverletzung wurden die beiden Eritreer und ein Dominikaner vom Bahnhof verwiesen. Kurze Zeit später bemerkten Zeugen, dass sich drei Männer an einem Dienstfahrzeug der Bundespolizei zu schaffen machten. Die eingesetzten Beamten konnten die gleichen Männer feststellen, und wieder kam es zu Angriffen und Beleidigungen gegen die Bundespolizisten. Drei Streifen des 1. Polizeireviers unterstützten die polizeilichen Maßnahmen. Der 18-jährige Dominikaner wurde ins Polizeigewahrsam verbracht. Ein Bundespolizist wurde leicht verletzt, blieb aber dienstfähig. Durch die Beschädigung am Einsatzfahrzeug (Delle) steht nun eine weitere Strafanzeige wegen Sachbeschädigung im Raum.

Afghane macht Feuerchen im Asylantenheim

Ellwangen: Das Feuer war am Samstag, 8. Juni, früh morgens in einem Gebäude in der Aalener Straße ausgebrochen, in dem Asylbewerber und Wohnsitzlose untergebracht waren. Die Kriminalpolizei hatte Spuren gesichert und ermittelt. Staatsanwaltschaft und Polizei gehen nunmehr davon aus, dass das Feuer vorsätzlich gelegt wurde. In dringendem Tatverdacht steht ein 21 Jahre alter Afghane, der das Feuer in seinem Zimmer gelegt haben soll. Der Asylbewerber, der sich bei Eintreffen der Rettungskräfte nicht mehr vor Ort befand und zunächst unbekannten Aufenthalts war, wurde schließlich am Mittwoch in

Ellwangen festgenommen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde er am Donnerstagvormittag dem Haftrichter vorgeführt und in Untersuchungshaft gebracht.

http://www.pi-news.net/2019/06/mannheim-ghanaer-vergewaltigt-53-jaehrige/

POLIZEI VERRINGERT WIEDER BEI MANCHEN ÜBERGRIFFEN DIE AUFKLÄRUNGSCHANCEN

Mannheim: Ghanaer vergewaltigt 53-Jährige

19. Juni 2019

Mannheim/Eppelheim: Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Heidelberg hat das Amtsgericht Heidelberg Haftbefehl gegen einen 23-jährigen Mann aus Ghana erlassen. Dieser steht im dringenden Verdacht, am 13. Juni 2019 in Eppelheim eine Vergewaltigung begangen zu haben. Nach den bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Heidelberg und der Kriminalpolizeidirektion Heidelberg soll der Beschuldigte sein 53-jähriges Opfer in den frühen Morgenstunden des 13.06.2019 im Bereich des Mannheimer Hauptbahnhofes – möglicherweise auch bereits zuvor in einem nach Mannheim fahrenden Zug – getroffen haben.
Die Frau war erkennbar erheblich alkoholisiert und nicht mehr in der Lage, sich ohne fremde Hilfe fortzubewegen. Der Beschuldigte soll die Geschädigte in der Folge in eine am Bahnhof haltende S-Bahn in Richtung der Haltestelle Eppelheim/Pfaffengrund begleitet haben, wo beide ausstiegen. Nachdem der Beschuldigte und die Geschädigte die S-Bahn gegen 4.35 Uhr verlassen hatten, begaben sie sich auf dem Asternweg entlang dem Gleisbereich unter der BAB 5 hindurch ins angrenzende Feldgebiet. Dort soll der Beschuldigte mit der Geschädigten unter Ausnutzung ihrer Alkoholisierung den Geschlechtsverkehr gegen deren Willen ausgeübt haben.
Anschließend war er vom Tatort geflüchtet. Das Opfer konnte einige Zeit später durch Hilferufe einen Passanten auf sich aufmerksam machen, der die Polizei und Rettungskräfte verständigte. Aufgrund der Auswertung der Videokameras am Hauptbahnhof Mannheim und der Personenbeschreibung des Opfers gelang es, den Tatverdächtigen zu identifizieren und zur Fahndung auszuschreiben. Am Sonntag, den 16.06.2019 gegen 6 Uhr wurde der Gesuchte an der Straßenbahnhaltestelle am Mannheimer Hauptbahnhof durch die Bundespolizei bei einer Kontrolle festgenommen. Der Beschuldigte wurde noch am gleichen Tag dem Haftrichter vorgeführt und nach Erlass des Haftbefehls in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert. *(Artikel übernommen von Karlsruhe-Insider.de).*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Limburg: Am Freitagmorgen wurde bei der Polizei in Limburg ein sexueller Übergriff auf eine 29-jährige Frau zur Anzeige gebracht. Die Frau hatte drei bisher unbekannte Männer in einer Diskothek in der Wilhelmstraße in Wiesbaden kennengelernt und den Abend mit diesen verbracht. Im Anschluss sollen die drei Männer zusammen mit der Frau in einem dunklen BMW zu einem Feldweg an der Bundesstraße 417 zwischen Kirberg und Ketternschwalbach gefahren und dort gegen den Willen der Frau sexuelle Handlungen mit ihr durchgeführt haben. Der Frau gelang es schließlich sich aus dem Fahrzeug zu befreien und zu Fuß zur nahegelegenen Bundesstraße zu flüchten. Dort machte die Frau auf sich aufmerksam, woraufhin mehrere Autofahrer der Frau zur Hilfe kamen. Die drei Männer, bei welchen es sich um Südländer gehandelt haben soll, flüchteten daraufhin mit dem BMW in Richtung Kirberg.

Freiburg: Eine Frau bedrängt und unsittlich berührt haben soll ein 29-Jähriger bereits am 30.03.2019 gegen 2.30 Uhr in einer Straßenbahn im Bereich der Haltestelle „Stadttheater" in Freiburg. Der Vorfall gelangte zunächst nicht zur Anzeige. Am Samstag, 15.06.2019, gegen 2.30 Uhr erkannte die 23-jährige Geschädigte den Mann in einer Straßenbahn der Linie 5 wieder. Die daraufhin verständigte Polizei konnte den Tatverdächtigen mitsomalischer Staatsangehörigkeit im Bereich Haslach festnehmen.

Heidelberg: Opfer eines sogenannten Grapschers wurde am späten Sonntagabend eine junge Frau im Stadtteil Kirchheim. Die 20-Jährige befand sich gegen 23:45 Uhr auf dem Nachhauseweg; von der Haltestelle Kirchheim/Rathaus kommend in die Konradgasse. Als die Geschädigte ihre Haustür aufschließen wollte, bemerkte sie, dass ihr ein Unbekannter gefolgt war. Dreist griff ihr der Mann unter den Rock und betatschte sie am Gesäß. Anschließend flüchtete er vom Tatort. Folgende Täterbeschreibung konnte erlangt werden:Nordafrikanischer Phänotyp -Anfang 20 -ca. 1,75m bis 1,80m groß -Kinnbart -dichtes kurz-gelocktes schwarzes Haar -sprach Deutsch mit ausländischem Akzent.

Menden: Am Freitag zwischen 13.30 und 18 Uhr versuchten bislang unbekannte Täter, in eine Erdgeschosswohnung an der Parkstraße einzubrechen. Sie beschädigten bei diesem Einbruchsversuch die

Balkontür. Unbekannte Diebe klauten in der Nacht zum Freitag aus dem Hausflur eines Mehrfamilienhauses an der Kirchstraße einen schwarzen Elektrofaltroller (Kunststoffkoffer hinten, Korb vorne) mit dem Versicherungskennzeichen 216 HAG. Am Freitag gegen 13.30 Uhr joggte eine 22-jährige Mendenerin im Bereich Am Vogelsang/Am Haunsberg, als sie hinter sich einen Fahrradfahrer bemerkte. Dieser fuhr eine Zeitlang hinter ihr her und schlug ihr dann unvermittelt auf das Gesäß. Er fuhr in Richtung Horlecke davon. Personenbeschreibung: männlich, ca. 18 – 19 Jahre alt, dunkler Teint, schwarze Haare, dunkles Oberteil, dunkle Jeans, trug einen dunklen Rucksack. Er nannte der Geschädigten den Namen „Ali" und war unterwegs mit einem grauen Mountainbike der Marke Bulls.
Mainz-Kastel: Am Samstag, dem 08.06.2019 kam es, den Angaben einer 19-jährigen Frau zufolge, in den frühen Morgenstunden in Mainz-Kastel zu einem sexuellen Übergriff gegenüber ihrer Person. Nach den nun durchgeführten ersten Ermittlungen und Vernehmungen sucht die Kriminalpolizei nach möglichen Zeugen oder Hinweisgebern. Dem jetzigen Kenntnisstand zufolge besuchte das spätere Opfer bis in die frühen Morgenstunden des Samstages eine, im Industriegebiet in Mainz-Kastel gelegene, Diskothek und lief gegen 05:00 Uhr von dort über einen Fußweg, im Bereich der Bahnschienen, in Richtung Wiesbadener Straße. Ziel war die dortige Bushaltestelle „Mudra Kaserne". Auf dem Weg dorthin traf sie auf drei Männer, welche sie dann sexuell bedrängten. Die junge Frau rief den eigenen Angaben zufolge um Hilfe. Eine Fluchtrichtung der Täter ist nicht bekannt. Die Männer seien Ende 20 bis Anfang 30 Jahre alt, von schlanker, zierlicher Statur und nach Angaben der Geschädigten von südländischer Erscheinung.
München: Ein zwölf Jahre altes Mädchen wurde am Samstagabend in einer Einrichtung am St.-Wolfgangs-Platz unvermittelt von einem Mann festgehalten und betatscht. Der Täter habe ihr über der Kleidung an die Brüste gefasst, teilte die Polizei mit. Das Mädchen riss sich den Angaben zufolge los und flüchtete weinend auf die Toilette. Zu dem Übergriff gekommen ist es offenbar nach einer Tanzveranstaltung am Samstag zwischen 20.15 und 21 Uhr in den Gängen des Anwesens – dort habe die Zwölfjährige mit einer ein Jahr jüngeren Freundin gespielt. Die Elfjährige sei nach dem Übergriff auf den Mann zugetreten, um ihn zur Rede zu stellen, hieß es weiter. Der Mann habe in der Folge auch sie über der Kleidung an den Brüsten angefasst. Zudem habe er versucht, das Mädchen zu küssen. Daraufhin gab das Mädchen dem Mann eine Ohrfeige – und fing an zu schreien. Der Täter ließ von ihr ab. Dann flüchtete auch die Elfjährige. Die Mädchen wurden laut Polizei nicht verletzt. Der Vorfall sei erst verspätet bei der Polizei angezeigt worden, so die Mitteilung. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Männlich, Mitte 20 Jahre alt, circa 1,75 Meter groß, kurze, dunkle Haare, auffallend zusammenhängende Augenbrauen, Drei-Tage-Bart, sprach gebrochen Deutsch, bekleidet mit weißem T-Shirt.
Darmstadt: Ein noch unbekannter dunkelhäutiger Mann hat am Freitagmorgen (14.6.) eine 21 Jahre alte Frau im Hainweg, und dort im Bereich des verlängerten Fußwegs der Modaupromenade, sexuell

belästigt. Gegen 9.20 Uhr kreuzte der Mann unvermittelt den Weg der Passantin, umarmte sie unaufgefordert und gab ihr einen Kuss auf die Wange. Der jungen Frau gelang es, sich loszureißen und wegzurennen. Der Unbekannte setzte seinen Weg mutmaßlich in die entgegengesetzte Richtung fort. Dabei fuhr er auf einem blauen Fahrrad mit Drahtkorb auf dem Gepäckträger. Er wird als etwa 40 Jahre alt, zirka 1,60 Meter groß und von dünner Statur beschrieben. Zum Zeitpunkt des Vorfalls trug er eine blaue Jeans und eine Joggingjacke. Er hatte einen Stoppelbart und auffallend schlechte Zähne.

Oranienburg: Zwei 13-jährige Mädchen liefen gestern gegen 08.45 Uhr auf dem Gehweg der Lehnitzstraße in Richtung einer Schule, als sie in Höhe einer Parkanlage einendunkelhäutigen Mann in einem Busch bemerkten. Der Mann soll etwa 25 Jahre alt sein und schwarze Haare haben. Er ist etwa 170 bis 175 Zentimeter groß und dunkel gekleidet sein. Der Mann hatte seine Hose teilweise heruntergezogen und befriedigte sich offenbar selbst. Der Mann soll den Mädchen zugezwinkert haben und ihnen ein Stück hinterhergelaufen sein. Die Mädchen begaben sich im Anschluss zur Schule.

Freiburg: Zwei Mädchen im Alter von 16 und 17 Jahren unsittlich berührt haben soll ein 23-Jähriger in der Nacht von Mittwoch, 12.06.2019, auf Donnerstag in der Freiburger Innenstadt. Wie der Polizei durch die Geschädigten mitgeteilt wurde, bedrängte der Mann mit tunesischer Staatsangehörigkeit gegen 2 Uhr im Bereich des Bertoldsbrunnen die zwei Mädchen verbal und körperlich. Dabei entwendete er nach derzeitigem Ermittlungsstand ein Smartphone aus der Brusttasche der 17-jährigen Geschädigten. Der mutmaßliche Täter flüchtete anschließend, konnte jedoch im Rahmen der sofort eingeleiteten Fahndung auf Höhe der Basler Straße / Lörracher Straße durch Kräfte des Polizeipräsidiums Freiburg kontrolliert und festgenommen werden. Dabei leistete der Tatverdächtige Widerstand. Bei der Durchsuchung des 23-Jährigen konnte das mutmaßlich entwendete Smartphone sichergestellt werden. Der Tatverdächtige wurde nach Erfassung der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt

Hettstedt: Gegen Mittag entblößte ein junger Mann in aller Öffentlichkeit in der Schloßstraße sein Geschlechtsteil und beleidigte eine 23-jährige Frau. Sie informierte sofort die Polizei. Mit Hilfe der Geschädigten konnte der Mann im Bereich der Mansfelder Straße festgestellt und identifiziert werden. Der Tatverdächtige ist 23 Jahre und stammt aus Syrien.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Dietzenbach: Am Dienstagabend wurde eine Joggerin im Wald von einem Mann unsittlich angefasst. Die Kriminalpolizei sucht nun Zeugen, die gegen 19 Uhr, im Bereich Steinerne Straßschneise, nahe dem Friedwald, unterwegs waren und den etwa 17 Jahre alten und 1,80 Meter großen Täter gesehen haben. Er hatte kurzes schwarzes und lockiges Haar, ein

schmales Gesicht und war schlank. Bekleidet war der Unbekannte mit einem grün/weißen T-Shirt, einer hellen Jeanshose sowie weißen Turnschuhen. Außerdem hatte er einen kleinen Rucksack bei sich. Der Mann hatte der Frau an das Gesäß und die Brust gegriffen. Die Joggerin wehrte den Täter ab und schrie um Hilfe, woraufhin er flüchtete.
Freiburg: Ein Unbekannter hat am Samstagabend, 08.06.2019, in Wehr einen Jugendlichen ans Gesäß gefasst, nachdem er den Jungen auf einem Spaziergang mit dessen Hund begleitet hatte. Zufällig traf der Jugendliche auf den unbekannten Mann, der ihn in ein Gespräch verwickelte. In diesem Gespräch soll der Unbekannte dem Jungen eindeutige Komplimente in sexueller Hinsicht gemacht haben. Als sie sich in der Sternenstraße gegen 22:35 Uhr trennten, verabschiedete sich der Mann mit einem Handschlag und soll dabei den Jugendlichen absichtlich an Hüfte und am Gesäß angefasst haben. Von dem Unbekannten liegt folgende Beschreibung vor: ca. 180 cm groß und von fester, dickerer Statur. Er hatte kurze braune Haare, einen Dreitagebart und eine Brille. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet um Hinweise zu dem unbekannten Mann. Auch wird darum gebeten, ähnliche Vorfälle zu melden. Das Kriminalkommissariat Waldshut-Tiengen ist unter der Telefonnummer 07741 8316-0 zu erreichen.
Freiburg: Ein Exhibitionist entblößte sich vor drei jugendlichen Mädchen. Die Kriminalpolizei Freiburg sucht Zeugen. Die Geschädigten erstatten nach der Tat Anzeige bei der Kriminalpolizei. Das Geschehen hätte sich am Mittwoch, 05.06.2019, in der Zeit von 13.00-13.30 Uhr, ereignet. Die drei Mädchen im Alter von 15-16 Jahren seien zum Baden am Opfinger See gewesen. Sie hätten beobachtet, wie ein Mann aus geringer Entfernung unsittliche Handlungen in ihre Richtung vorgenommen hätte. Die Geschädigten schätzten den unbekannten Mann auf circa 40-50 Jahre, circa 1,75 m groß, mit braunem/lichtem Haar, Bierbauch und Dreitagebart. Er sei mit einer blau-weiß-gestreifte Badehose bekleidet gewesen. Wer hat das Tatgeschehen beobachtet? Wer kann Hinweise zu dem gesuchten Mann geben?
Osnabrück: Eine 64-Jährige ist am Samstagmittag in der Straße Am Bahndamm Opfer eines Exhibtionisten geworden. Die Frau befand sich gegen 13.30 Uhr auf dem Weg in Höhe der Halle Gartlage, als sich ihr plötzlich ein unbekannter Mann mit heruntergelassener Hose und entblößtem Geschlechtsteil zeigte. Unmittelbar nach der Tat entfernte sich der Exhibitionist zu Fuß über den neu angelegten Radschnellweg in Richtung Schlachthofstraße. Der Mann war etwa 180cm groß, circa 40 Jahre alt und trug zur Tatzeit eine Jeanshose, eine schwarze Jacke sowie eine dunkelgrüne Mütze. Wer Hinweise in der Sache geben kann, meldet sich bitte bei der Polizei Osnabrück.
Menden: Sexuell Belästigt Am 08.06.2019, gegen 12:35 Uhr, befuhr eine 15 jährige Mendenerin mit ihrem Fahrrad die Bahnhofstraße in Bösperde in Fahrtrichtung Fröndenberg. Im Bereich des Bahnhofs kam ihr ein Junge auf einem Fahrrad entgegen, der wendete und hinter der Schülerin herfuhr. Er sprach die Geschädigte auf sexuelle Art an und fasste ihr an das Gesäß. Als die Geschädigte mit der Polizei drohte, ließ der Unbekannte

von ihr ab und fuhr nicht mehr weiter hinter ihr her.
Personenbeschreibung des Unholds: -männlich -14-16 Jahre -ca. 160 cm groß -schmale Statur -dunkle, kurze Haare -braune Augen mit langen Wimpern -dunkler Pullover mit unbekannter, heller Aufschrift (Art Pulloverjacke)

https://www.wochenblick.at/vertuscht-46-336-deutsche-wurden-2018-opfer-krimineller-migranten/?fbclid=IwAR0_hP3b2oM_zslaS9fxOYGas0sZNbkgokVeWWw7eWCc2-fIQlDRhQbE244

127 OPFER TÄGLICH!

Vertuscht: 46.336 Deutsche wurden 2018 Opfer krimineller Migranten!

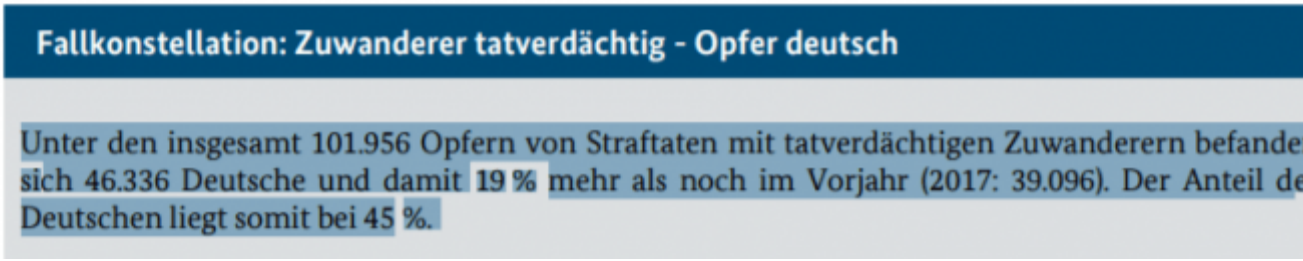
Als im April 2019 die neue Polizeiliche Kriminalstatistik aus Deutschland für das Jahr 2018 veröffentlicht wurde, ließ sich die Politik für das mutmaßliche Sinken der Kriminalität feiern.

Das aktuelle BKA-Lagebild zeigt jetzt aber sehr eindeutig auf, wie es wirklich steht, und die Zahlen sind wahrhaft erschreckend: **Unter den insgesamt 101.956 Opfern von Straftaten mit Tatverdächtigen Zuwanderern befanden sich 46.336 Deutsche!**

Lagebild offenbart die Wahrheit

Die Medien des Mainstreams stellten im April die Behauptung auf, die Gewalt gegen Ausländer, wie auch die Verfolgung jüdischer Mitbürger habe dramatisch zugenommen, während die Kriminalität generell gesunken wäre. Doch alle diese Aussagen sehen Beobachter nun als „**gewaltige statistische Lügen**“ enttarnt. Belegt werde das durch das nunmehr veröffentlichte **Lagebild zur Zuwanderungskriminalität des Bundeskriminalamtes**.

Nach den dort veröffentlichten Zahlen, stieg die **Anzahl der Morde an Deutschen, durch die Gruppe der Zuwanderer, gegenüber 2017 um beängstigende 105 Prozent an**. Die durch Ausländer verübten Vergewaltigungen kletterten auf den Rekordwert von 13.377 Fälleund schwere und schwerste Körperverletzungen gegen Deutsche stiegen auf die horrende Anzahl von 55.359. Ebenso entlarvt das neu BKA-Lagebild die Behauptung der angeblich zunehmenden Gewalt von Deutschen gegen Ausländer als dreiste Unwahrheit.



Gewalt von Deutschen gegen Ausländer selten

Denn tatsächlich waren an den 47.042 Angriffen auf Ausländer lediglich 8.455 Passdeutsche beteiligt. Der Großteil aller Angriffe auf Fremde erfolgte also durch andere Migranten, nicht durch Deutsche. Ähnlich manipulierend sind auch Behauptungen, wonach die vermeintlich gestiegene Verfolgung jüdischer Mitbürger durch Deutsche geschehen würde. Denn die Polizei ordnete Straftaten gegen in Deutschland lebende israelische Bürger und jüdische Religionsangehörige, die sie nicht aufklären konnten, ganz einfach der deutschen Tätergruppe zu. Auch wenn es hierfür nicht einmal Hinweise gab.

Blick in die Gefängnisse

Bezeichnend für das Lügengebäude um die wahre Ausländerkriminalität in Deutschland sind auch die Belegungszahlen der Haftanstalten. Denn seit 2015 stieg der Anteil von Ausländern im deutschen Strafvollzug allein in Hamburg auf heute 61 Prozent aller Inhaftierten. In Berlin auf 51 Prozent, in Baden-Württemberg auf 48, in Bayern 45 und Hessen 44 Prozent. Und in diesen Zahlen ist der große Anteil der einsitzenden Ausländer, die die deutsche Staatsbürgerschaft erlangten, noch gar nicht erfasst.

http://www.pi-news.net/2019/06/hamm-suedlaender-verpruegelt-grundlos-60-jaehrigen/

KEIN "AUFSCHREI" DER ÜBLICHEN "RASSISMUS-RIECHER"

Hamm: Südländer verprügelt grundlos 60-Jährigen

Hamm: Von einem Unbekannten angegriffen und leicht verletzt wurde ein 60-Jähriger am frühen Mittwochmorgen, 19. Juni, auf einer Grundstückseinfahrt an der Marker Allee. Der Hammer stand dort gegen 5.30 Uhr vor einem Haus, als plötzlich ein 25 bis 28 Jahre alter Mann auf ihn zukam. Ohne erkennbaren Grund schlug und trat der Täter auf sein Opfer ein. Anschließend flüchtete der Angreifer in unbekannte Richtung. Er ist etwa 1,80 Meter groß, südländisch aus und trug eine blaue Jeans, eine grüne Jacke

sowie weiße Turnschuhe. Hinweise auf den Gesuchten nimmt die Polizei Hamm unter der Telefonnummer 02381 916-0 entgegen.
Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen" der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird.
Deggendorf: Brisanter Einsatz für die Polizei am Samstagabend in Deggendorf. Dort bedrohte und attackierte ein 25-jähriger Mann aus dem SenegalPassanten. Zunächst wurde der Polizei kurz vor 18 Uhr mitgeteilt, dass ein dunkelhäutiger Mann im Stadtpark Kinder und Passanten belästigen und bedrohen würde. Noch bevor die Polizei am Stadtpark eintraf, eskalierte die Situation. Drei Männer griffen ein und forderten den Senegalesen auf, die Kinder und andere Passanten endlich in Ruhe zu lassen. Daraufhin sah der 25-Jährige offenbar rot. Er zerbrach eine Glasflasche und attackierte die drei Männer damit. Sie erlitten dabei zum Teil schwere Verletzungen und mussten wenige Minuten später vom Rettungsdienst umgehend ins Krankenhaus gebracht werden. Der Angreifer aus dem Senegal wurde von der Polizei festgenommen. Der 25-Jährige wurde am Sonntagvormittag einem Ermittlungsrichter am Amtsgericht Deggendorf vorgeführt. Dieser erließ Haftbefehl wegen eines versuchten Tötungsdeliktes. Der Senegalese wurde anschließend in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert.
Erfurt: Eine Streife der Bundespolizei musste gestern in Erfurt einschreiten, weil ein Mann handgreiflich wurde. Die Streife war gerade auf dem Weg zur Dienststelle, als ein 24-jähriger Afghane auffiel, der laut schreiend im Bereich der Bahnhofsunterführung unterwegs war. In der Folge kam es zu einem Wortgefecht mit einem 32-jährigen Deutschen, den der Afghane daraufhin ins Gesicht schlug. Den Beamten gelang es, die Auseinandersetzung zu unterbinden und den Angreifer festzunehmen. Auch im polizeilichen Gewahrsam verhielt sich der Mann weiterhin aggressiv. Gegen diesen leitete die Bundespolizei ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Körperverletzung ein. Nach Abschluss aller polizeilichen Maßnahmen durfte er die Dienststelle wieder verlassen. Der 32-Jährige Geschädigte wurde durch den Schlag an der Nase verletzt und musste durch den Rettungsdienst zur Behandlung ins Katholische Krankenhaus gebracht werden.
Gießen: In der Straße „Neustadt" kam es Dienstagabend zu einem polizeilichen Einsatz, bei dem ein 33-jähriger Asylbewerber aus Jamaika festgenommen wurde. Gegen ihn leiteten die Beamten mehrere Ermittlungsverfahren wegen versuchter Diebstähle, Beleidigung, Ladendiebstahl, Körperverletzung, Sachbeschädigungen sowie Exhibitionistische Handlungen ein. Er wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft noch heute dem Haftrichter vorgeführt. Der Sicherheitsdienst hatte gegen 18.10 Uhr die Polizei angefordert, nachdem ein offensichtlich alkoholisierter Randalierer mehrfach wegen verschiedener Delikte aufgefallen war. Eine Polizeistreife und mehrere Wachpolizisten kontrollierten den 33-Jährigen, der keinen festen Wohnsitz im Bundesgebiet hat. Nach bisherigen Ermittlungen zufolge ist der Tatverdächtige einen Tag zuvor aus der JVA entlassen worden und Dienstag (18. Juni) im Bereich des Einkaufszentrums mehrfach wegen verschiedener Straftaten in Erscheinung getreten. Aus einem Geschäft wollte er offenbar Bekleidung stehlen. Beim Versuch der Angestellten den

Langfinger aufzuhalten, entblößte er sich und zeigte nach ersten Informationen zwei Frauen sein Geschlechtsteil. Der informierte Sicherheitsdienst begleitete ihn nach draußen. Daraufhin versuchte er in weiteren Geschäften Zigaretten, Mix-Getränke und Parfüm zu stehlen. Einer Angestellten aus einem Lebensmittelgeschäft wollte er sogar Chili-Schoten in ihre Augen drücken. Ein anderer Mitarbeiter kam ihr zu Hilfe. Zusammen konnten sie den Randalierer aus dem Laden drängen. Offenbar vor lauter Wut lief er danach schreiend auf zwei Passantinnen zu, die in ein Geschäft flüchteten. Vor dem Betreten der Galerie „Neustädter Tor" stieß er mehrere abgestellte Fahrräder um. Letztendlich hielt der Sicherheitsdienst im Eingangsbereich den Jamaikaner bis zum Eintreffen der Polizei fest . Auf dem Weg zur Polizeiwache und den Gewahrsamszellen beleidigte und bedrohte der Festgenommene die Beamten. Ein Alkoholtest ergab einen Wert von 1,84 Promille. Eine Ärztin entnahm den Verdächtigen eine Blutprobe. Die Nacht verbrachte der 33-Jährige im Polizeigewahrsam. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird der Tatverdächtige noch heute vorgeführt.

Frankfurt: Heute Morgen (20. Juni 2019) eskalierte eine Auseinandersetzung unter zwei Männer am Willy-Brand-Platz. Die hiesige Mordkommission ermittelt nun wegen eines versuchten Tötungsdeliktes. Gegen 04.30 Uhr beobachteten Zeugen, wie zwei Männer zunächst nur verbal stritten. In der Folge schlug ein Streitender mit einer abgebrochenen Glasflasche auf seinen Kontrahenten ein. Dabei verletzte er ihn am Hals und verfehlte nur knapp die Hauptschlagader. Das 29-jährige Opfer befindet sich augenblicklich außer Lebensgefahr. Die Hintergründe der Tat sind bislang unklar. Der Tatverdächtige befindet sich noch aktuell auf der Flucht und wird wie folgt beschrieben: Männlich, vermutlich afghanische Herkunft, ca. 25 Jahre alt, ca. 1,70 – 1,75m groß und bekleidet mit schwarzer Oberbekleidung und einer deutschen „Kapitänsbinde", wie sie im Sport üblich ist, um den rechten Oberarm. Dazu trug er eine schwarze Baseball-Mütze. Zeugen, die Hinweise zur Identität des Gesuchten oder zum Sachverhalt geben können, werden gebeten, sich unter der Rufnummer 069 / 755 – 51199 zu melden.

Augsburg: Am Dienstag (18.06.2019) ereignete sich gegen 14:25 Uhr ein Körperverletzungsdelikt in einem Einkaufscenter am Willy-Brandt-Platz. Hier gerieten ein 37-Jähriger und ein bislang unbekannter Täter aus ungeklärter Ursache in Streit. Der Unbekannte, der sich vermutlich mit seiner Familie dort aufgehalten hatte, versetzte dem 37-jährigen Geschädigten einen Kopfstoß und schlug mit der Faust nach ihm. Der Geschädigte ging dadurch verletzt zu Boden. In der Zwischenzeit entfernte sich der Täter mit seiner Familie in Richtung Fahrstuhl. Über den unbekannten Mann ist bekannt, dass er ca. 185 cm groß ist, etwa 39-40 Jahre alt und kräftig/athletisch gebaut. Er trug ein dunkelblaues T-Shirt mit weißen Punkten und eine blaue Jeans. Nach Angaben des Geschädigten war er möglicherweise türkischer Herkunft.

Delmenhorst: Vor einem Supermarkt in der Hauptstraße in Neerstedt sind am Dienstag, 18. Juni 2019, gegen 19:45 Uhr, zwei junge Männer aneinandergeraten. Der Streit eskalierte, einer der Männer ergriff einen Stein und schlug seinem 28-jährigen Kontrahenten aus der Gemeinde Dötlingen gegen den Kopf. Der 28-Jährige erlitt durch den Schlag eine Platzwunde am Kopf, stürzte zu Boden und zog sich dadurch vermutlich eine Fraktur eines Armes zu. Er wurde später durch die Besatzung eines Rettungswagens in ein Krankenhaus gefahren. Der Beschuldigte flüchtete im Anschluss zu Fuß vom Tatort in Richtung Steinweg. Zeugen beschrieben den Mann als: ca. 20 Jahre

alt – schwarze Haare – schwarzer Bart – dunklerer Teint – weiße Joggingjacke mit roten Streifen – blaues T-Shirt mit gelbem Querstrich und dem Buchstaben ‚K'.
Bielefeld: An der Werner-Bock-Straße schlugen drei Täter am Montagabend, 17.06.2019, einen Badegast und flüchteten. Der Gast, gegen den ein Haftbefehl vorlag, erlitt leichte Verletzungen. Gegen 19:30 Uhr schlugen drei Unbekannte einen 32-jährigen Besucher eines Freibades an der Werner-Bock-Straße. Nach Aussagen des Bielefelders hatten die Männer vorher eine Frau beleidigt. Als er die Männer aufforderte dies zu unterlassen, schlugen sie auf ihn ein und flüchtete anschließend in Richtung Bleichstraße. Das Opfer erlitt eine Platzwunde an der Stirn. Der 32-Jährige beschrieb die drei südländisch aussehenden Tatverdächtigen als 18 bis 25 Jahre alt und von normaler Statur.
Petersberg: Ein 53-jähriger Mann aus Fulda ist am Donnerstagmorgen auf dem Petersberger Rathausplatz von einem unbekannten Täter zusammengeschlagen worden. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung. Wie die Polizei berichtet, griff der Täter den 53-Jährigen gegen 1.15 Uhr völlig unvermittelt von hinten an. Er trat sein Opfer gegen den Oberkörper und dann ins Gesicht, sogar als dieser bereits auf dem Boden lag. Der Verletzte konnte noch seine Ehefrau verständigen, die den Notruf wählte. Der 53-Jährige wurde mit Verdacht auf mehrere Frakturen im Brust- und Kopfbereich ins Klinikum gebracht. Die Polizei sucht nach Zeugen und ermittelt wegen Körperverletzung: Der Verdächtige soll dunkel gekleidet und von großer Statur gewesen sein. Er soll laut Polizei außerdem mit ausländischem Akzent gesprochen haben.
Singen: Eine bislang unbekannte Frau schlug am Montag gegen 13.00 Uhr auf dem Gehweg im Bereich Pfaffenhäule / Haltestelle Singen Industrie eine 27-jährige Frau. Wegen einer Kleinigkeit waren sie zuvor im Zug in Streit geraten. Als beide an der Haltestelle ausstiegen, ging die Unbekannte der 27-Jährigen hinterher und schlug ihr von hinten mit der Faust oder einem Gegenstand gegen den Hinterkopf und auf den Rücken. Trotz eingeleiteter Fahndung konnte die Tatverdächtige nicht mehr angetroffen werden. Beschrieben wird sie wie folgt: etwa 25 Jahre, 170 cm groß, dunkelhäutig, rot / lila gefärbte Haare mit vielen geflochtenen Zöpfen, trug ein weißes Top und eine kurze Hose. Personen, die Hinweise zu der Tatverdächtigen geben können, werden gebeten, das Polizeirevier Singen, Tel. 07731/888-0, zu informieren.
München: Am Sonntag (16. Juni) randalierte ein 25-Jähriger in einer S-Bahn. In Unterschleißheim wurde er aus der Bahn geholt, ging auf Bundespolizisten los und versuchte sich selbst zu verletzten. Landespolizisten wiesen ihn in ein psychiatrisches Krankenhaus ein. Ein Bundespolizist vom Münchner Flughafen befand sich Sonntagfrüh gegen 05:20 Uhr in einer S1 Richtung Flughafen. In der Bahn wurde er auf einen jungen Mann aufmerksam, der versuchte Reisende zu schlagen und herumbrüllte. Am S-Bahnhaltepunkt Unterschleißheim brachte der Polizist den Mann aus der Bahn, wo bereits eine Bundespolizeistreife vom Hauptbahnhof auf den augenscheinlich unter Alkohol- und Drogeneinfluss Stehenden wartete. Nach erfolgter Personalienfeststellung sollte der 25-jährige Afghane den Bahnsteig verlassen, was er jedoch nicht tat. Stattdessen warf er sich in ein Beet, schlug auf den Boden und gegen Werbeplakate und versuchte auch die Polizisten zu schlagen, woraufhin er gefesselt wurde. Der in München

Lebende trat nun unkontrolliert um sich, sodass auch seine Beine fixiert wurden. Daraufhin begann er die Beamten zu beleidigen und schrammte mit dem eigenen Gesicht auf dem betonierten Bahnsteig, sodass er Schürfwunden erlitt. Eine zur Unterstützung hinzugerufene Streife der Landespolizei ordnete aufgrund der Selbst- und Fremdgefährdung die Unterbringung des 25-Jährigen in einem psychiatrischen Krankenhaus an. Bei der Übergabe des Afghanen ans Krankenhaus spuckte er noch nach den Beamten. Die zuständige Richterin ordnete eine Blutentnahme bei dem Mann an. Gegen ihn wird wegen Widerstand und tätlichen Angriffs gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Beleidigung ermittelt.

http://www.pi-news.net/2019/06/die-stadt-der-muell-und-die-ard/

„RUMÄNEN" UND „BULGAREN" IN HAGEN

Die Stadt, der Müll und die ARD

20. Juni 2019

ARD-Reporterin Isabel Schayani im Gespräch mit einem in Hagen lebenden Rumänen. "Was macht man in Rumänien mit dem Müll?" - "Gar nix."

Von SARAH GOLDMANN | 5300 Menschen aus Südosteuropa leben in drei Stadtteilen der kreisfreien Großstadt Hagen im Bundesland Nordrhein-Westfalen, wie die ARD im Morgenmagazin vom 13.06. berichtet. Wie sie dort leben, oder besser hausen, darüber gibt es sehr eindrückliche Erfahrungen, die von Politik und Medien aber gerne schöngeredet oder als „Vorurteile" kleingeredet werden.

Nehmen wir einmal ein paar dieser „Vorurteile" gegenüber den „Rumänen" und „Bulgaren", die in Hagen wohnen beziehungsweise neu hinzukommen (pro Monat ca. 50):

- **Die Zahl der Einbrüche steigt an.**
- **Die Neubürger wandern in die Sozialsysteme ein, indem sie unterbezahlte Jobs annehmen und so Ansprüche auf staatliche Zuschüsse erwerben.**
- **Der Müll wird einfach auf die Straße gestellt, so wie man es von zu Hause aus kennt.**

Wie geht die ARD mit solchen „Vorurteilen" um? Expertin für diese Aufgabe ist beim Ersten Isabel Schayani, eine „Migranten-Versteherin" und Expertin im Schönreden. Sie gibt ihren Lieblingszuschauern schon mal Tipps, wie sie zum Beispiel Dublin III umgehen bzw. die Regelung für sich ausnutzen können: „Es gibt ein Gerichtsurteil vom Europäischen Gericht, das müssen wir euch jetzt erzählen."

Sie, die keinerlei Distanz zu den Betroffenen erkennen lässt, (sie duzt sie vor lauter Vertrautheit), wurde von der ARD ausgewählt, um die oben genannten Eindrücke von den Südosteuropäern in Hagen ins rechte linke Licht zu rücken.

Deswegen betont sie in ihrem Beitrag, dass die Kriminalität zwar anstieg, dann aber auch wieder zurückgegangen sei (der Grund wird im Bild

gezeigt – Stahltüren – aber nicht explizit benannt). Die Einwanderung in die Sozialsysteme (Erwerb von Ansprüchen durch gezielte Unterbezahlung) wird aus der Perspektive der armen, hart arbeitenden ausgebeuteten Einwanderer geschildert. Der Missbrauch kommt mit keinem Wort zur Sprache.
Stattdessen fokussiert sie sich auf den Müll, der am stärksten auffällt, weil die Neubürger ihn einfach an die Straße stellen. Das ist eine unangenehme Erscheinung, aber nicht das, was die Gesellschaft am meisten belastet, das wären die geplünderten Sozialsysteme. Deswegen also lieber der Müll, an dem sie sich abarbeitet.
Ihr folgendes Interview zeigt, wie ein Rumäne das Müllproblem sieht, nämlich „normal", und welche Schlussfolgerungen Schayani („Man muss sich rantasten, ist nämlich ein nicht ganz so einfaches Thema") daraus dann anschließend zieht (ab 1:26 min.):

Schayani: Die Deutschen wundern sich hier, dass ähm, dass es Müll gibt auf der Straße.
Rumäne: Ja …
Schayani: In Rumänien, was macht man in Rumänien mit dem Müll?
Rumäne: Gar nix.
Schayani: Wie, gar nix?
Rumäne: So, hier bei Straße.
Schayani: Einfach auf die Straße stellen?
Rumäne: Ja, ja.
Schayani: Und, und, machen, machen viele Rumänen das auch hier?
Rumäne: Ja, normal.
Schayani: Normal?
Rumäne: Ja.
Schayani: Is das nich'n Problem?
Rumäne: Nein.
Schayani; Aber hier macht man das nicht so.
Rumäne: Weiß ich nicht. Das Deutschland.
Schayani: Er lebt übrigens seit drei Jahren schon in Deutschland. Manche Neubürger sind so. Sie ruinieren das Image von allen.

Finde den (die) Fehler! So geht Schayanis Reportage übrigens weiter: „Die Hagener Müllabfuhr schlägt nun zurück …"

http://www.pi-news.net/2019/06/monheim-marokkanerin-sticht-auf-18-jaehrige-ein-schwer-verletzt/

MESSER-TÄTERIN LÄSST BLUTENDES OPFER ZURÜCK

Monheim: Marokkanerin sticht auf 18-Jährige ein – schwer verletzt

22. Juni 2019

Nach einem Streit von Kindern auf einem Monoeimer Spielplatz eskalierte die Auseinandersetzung zwischen zwei „Monheimer*nnen" / Marokkaner*Innen. Das 18-jährige Messeropfer musste notoperiert werden.

Von Johannes DANIELS | Klein-Marokko in Messer-Monheim: „Unfassbare Tat in Monheim – Frau attackiert Mädchen (18) mit einem Messer" titelt der „Express" und weiter: „Diese Tat ist an Gewalt wohl kaum zu überbieten" – allerdings ohne etwas näher auf die Provenienz der neudeutschen Messertäterin einzugehen.

Demnach griff am Mittwochabend gegen 20.20 Uhr eine 30-jährige „Monheimerin eine andere Monheimerin" an der Brandenburger Allee mit einem Messer an und verletzte sie schwer. Angeblich hätte sie das 18-jährige Mädchen zuvor auf einem Spielplatz mit der Schwester der Täterin streiten sehen. So hatten sich auf dem Spielplatz zunächst die minderjährigen Schwestern der beiden Frauen gestritten. Die 18-Jährige ging dazwischen, dann löste sich die Situation zunächst friedlich auf. In Folge tauchte dann die 30-Jährige beim Wohnhaus der ihr bis dato wohl unbekannten 18-Jährigen in der Brandenburger Allee auf, um sie „zur Rede zu stellen". Nach einer kurzen lautstarken arabischsprachigen Auseinandersetzung stach die 30-jährige „Monheimerin" dann mit einem Messer auf ihr Opfer ein, ließ es schwer verletzt liegen und lief anschließend nach Hause.

Streit auf einem Spielplatz eskaliert – Notoperation

Ein Rettungswagen brachte die verletzte Frau in ein Krankenhaus, wo sie noch in der Nacht notoperiert wurde. Nach dem Angriff meldete sich die „Verursacherin" (Mainstream) telefonisch bei der Polizei und „beichtete" die Tat. Daraufhin nahmen Polizeibeamte „die Frau vorläufig fest und mit zur Wache, wo sie gemäß Polizeibericht „vernommen und erkennungsdienstlich behandelt wurde".

Die versuchte Mörderin sei vorläufig festgenommen „und dann wieder freigelassen worden" (BILD). Die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung laufen allerdings weiter. Opfer und Täterin „sind beide Deutsche" – mit marokkanischen Wurzeln.

Das Messer gehört zu Monheim – immer wieder gibt es seit 2015 brutale Mordversuche in der früher beschaulichen nordrhein-westfälischen 40.000-Einwohner-Stadt am Rhein. Nicht wenige der Messertäter in Monheim haben „marokkanische Wurzeln" und werden durch das üppige deutsche Steuersystem vollversorgt. Man gebe bei Google einfach „Monheim" und „Messer" ein – und erhält ein veritables Mess(er)-Ergebnis zum derzeitigen Stichtag der Umvolkung in NRW.

https://www.focus.de/politik/deutschland/aus-berliner-auslaenderbehoerde-gestohlenen-bundespolizei-report-enthuellt-handel-mit-blanko-dokumenten_id_10853594.html

Aus Berliner Ausländerbehörde gestohlenen
Bundespolizei-Report enthüllt Handel mit Blanko-Dokumenten
Sonntag, 23.06.2019, 02:51
Bei Kontrollen haben Beamte der Bundespolizei Ausländer, die sich unerlaubt in Deutschland aufhalten und ausreisepflichtig sind, mit illegal erworbenen Aufenthaltstiteln festgestellt. Bei diesen Papieren handelt es sich um Dokumente, die zuvor aus der Berliner Ausländerbehörde gestohlen wurden.
Das geht aus einem Bericht („Informationsstreuung zum Modus operandi „Waschtitel“) der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung vor, der der "Bild am Sonntag" vorliegt.
Im Herbst 2017 und Frühjahr 2019 waren Unbekannte in die Behörde eingebrochen und hatten Blankodokumente und Siegel gestohlen. Laut Bericht handelt es sich um circa 20.000 abhandengekommene Dokumente, darunter Niederlassungserlaubnisse, Aufenthaltserlaubnisse, Blanko-Reisepässe. Die Beamten schreiben in dem Bericht, der BamS vorliegt: „Diese gestohlenen Blanko-Aufenthaltstitel werden durch bislang unbekannte Täter bedarfsgerecht und unautorisiert ausgestellt sowie gewinnbringend verkauft.“
„Wird um bundesweite Sensibilisierung gebeten“
Laut Bericht enthüllten die Ermittler der Bundespolizei außerdem eine Masche der Käufer, um diese illegal erworbenen Aufenthaltstitel zu „waschen“: Die Titel werden in den Reisepass geklebt, dieser anschließend beschädigt und bei der jeweiligen Botschaft ein neues Reisedokument beantragt. Der Ausländer vereinbart einen Termin bei einem Berliner Bürgeramt. Er legt alle Dokumente vor und bittet, seinen Aufenthaltstitel in den neuen Pass zu übertragen.
Das Problem: Die Mitarbeiter des Bürgeramts können nicht auf Datenbanken zugreifen, in denen die Seriennummern der gestohlenen Aufenthaltstitel eingetragen sind. Der Beamte überträgt also den Titel in den neuen Pass, das gesamte Dokument ist jetzt „gewaschen“, also amtlich von einer deutschen Behörde ausgestellt. Der Bundespolizei-Report spricht von „scheinlegalisiert“. Deshalb warnen die Beamten ihre Kollegen im Bundesgebiet: „Hiermit wird um bundesweite Sensibilisierung gebeten.“

http://www.pi-news.net/2019/06/video-eine-fluechtlingshelferin-packt-aus/

GRÜNE SPRECHEN VON "VERLETZUNG DES SCHWEIGEGELÜBDES"

Video: Eine Flüchtlingshelferin packt aus

25. Juni 2019

Von EUGEN PRINZ | Alle Deutschen – ganz besonders die Mitglieder der Bundesregierung – sollten verpflichtet werden, sich das 31 Minuten lange Enthüllungsvideo der ehemaligen Flüchtlingshelferin Christiane Soler, das vorgestern auf YouTube hochgeladen wurde, anzusehen.
Christiane Soler, die zwei Jahre lang in „Vollzeit“ als ehrenamtliche Flüchtlingshelferin tätig war, bevor sie resigniert das Handtuch warf, hat haarsträubendes zu berichten. Ihre Erlebnisse zeigen, dass die Realität noch viel übler aussieht, als alles, was an so genannten „Vorurteilen“ über die Zuwanderer in Umlauf ist.

Ausnahmen gibt es, aber zu wenige

An dieser Stelle sei festgestellt, dass man selbstverständlich nicht alle Zuwanderer über einen Kamm scheren darf. Bekannte des Autors aus der Baubranche berichten von Flüchtlingen, die am Arbeitsplatz „mit dem Hirn anschieben". Einer verzichtet sogar auf ihm zustehende staatliche Leistungen, weil er keine „Almosen" möchte. Ja, auch solche gibt es. Doch mittlerweile zeichnet sich ab, dass nur eine Minderheit der Zuwanderer fleißig und integrationswillig ist. Die anderen werden für unser Land und jene, die es am Laufen halten, zur Katastrophe.

Die Zerstörung des Flüchtlingsmythos´

Die 30 Minuten, in denen Christiane Soler den Flüchtlingsmythos zerstört, sind sehr kurzweilig. Allerdings sind sie nicht angenehm. Es sind 30 Minuten voller Wut über das, was man von ihr erfährt. Der Zorn kocht hoch auf die Regierung, die uns das eingebrockt hat, auf die Riesenherde der schwarzen Schafe, die uns unter dem Vorwand der Hilfsbedürftigkeit ausbeutet und auch auf jene, die das nach wie vor zu vertuschen versuchen.

„Ich habe mit meinen Landsleuten tiefes Mitleid bekommen. Die werden einfach ausgeplündert von Leuten, die darauf überhaupt kein Recht haben. Ich bin von Frau.. von unseren Politikern benutzt worden und das nehme ich ihnen sehr übel".

(Christiane Soler)

Enthüllungsvideo offenbart unglaubliche Zustände

„Warum ich aufgehört habe? Weil ich die Undankbarkeit so leid war", erzählt Christiane Soler. Auch sie habe anfangs die Lügen der Politiker und der Medien von den angeblich hilfsbedürftigen Flüchtlingen geglaubt. Dann stellte sie fest, dass dem nicht so ist und manche sogar enorme Gelder zuhause gelassen hatten, um hier ohne jedes schlechte Gewissen von der Sozialhilfe leben.

Sie berichtet von der respektlosen Behandlung durch moslemische Asylbewerber, die sie angeschrien hätten, warum ihnen der Staat dieses oder jenes noch nicht gegeben hat, obwohl ihnen das zustünde.

Sie berichtet von Ahmad, dem Afghanen, der für alle seine Landsleute in der Containersiedlung die Fluchtgeschichten erfindet, die dann bei der Befragung im BAMF vortragen werden.

„Es wird erst dann ein umdenken einsetzen, wenn es an allen Ecken und Enden kracht"

(Christiane Soler)

Sie berichtet von pakistanischen Asylbewerbern, die sich durch Schwarzarbeit in Restaurants im Monat 800 bis 1000 Euro hinzuverdienen, ihr ins Gesicht lachten und meinten, Deutschland würde sie nie mehr los werden, weil sie keine Papiere hätten und Pakistan sie nicht zurücknimmt.

Sie berichtet davon, dass die Afghanen die Pakistani und die Iraner hassen, die Syrer wiederum keine Afghanen mögen und die Afrikaner südlich der Sahara nicht mit den Nordafrikanern auskommen.

Sie berichtet von einem Somali, der seit sieben Jahren in Deutschland lebt, kaum Deutsch gelernt hat und nie abgeschoben

werden konnte. Eines Tages riefen die Eltern aus Somalia an und teilten ihm mit, dass sie nun pflegebedürftig seien und seine Hilfe brauchen. Innerhalb einer Woche hatte er dann seine Wohnungseinrichtung verkauft, die Rückkehrprämie und das Flugticket von den deutschen Behörden kassiert, sich im Schnellverfahren von der somalischen Botschaft einen Pass ausstellen lassen und weg war er.

Grüne sprechen von Verletzung eines „Schweigegelübdes"

Das sind nur einige Beispiele – und nicht mal die krassesten – von denen die ehemalige Flüchtlingshelferin in dem Video berichtet. Hut ab, dass sie damit so mutig an die Öffentlichkeit geht, denn selbstverständlich wird sie angefeindet:

„Was gar nicht mehr akzeptiert wurde, war, dass ich anfing, öffentlich darüber zu sprechen, über das, was ich erlebt hatte. Die haben versucht, herauszufinden, wer ich bin und wen sie kontakten müssen, um mich zu denunzieren. Ich halte das für eine sehr ungute Entwicklung in Deutschland. Das kanns nicht sein, dass wenn man vom „Flüchtlingsglauben" abweicht, dass man dann so stigmatisiert wird. Als ich angefangen hatte, öffentlich zu sprechen, bin ich von Grünen angeschrieben worden (…), ich sei mies, ich hätte ein Schweigegelübde. Wenn ich Flüchtlingen geholfen hätte, hätte ich über all meine Erlebnisse zu schweigen."

Die Grünen… ja, ja…. das sieht ihnen wieder mal ähnlich. So kennen wir sie. Doch bei Christiane Soler sind die „Kinderfreunde" an der falschen Adresse, denn sie bleibt stur:

„Es kann nicht sein, dass ich meine eigenen Landsleute nicht vor Gefahren warnen darf".

(Dank an Spürnase B. B.)

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/06/landshut-somalier-mit-flammenwerfer-gegen-mitbewohner/

MIT SCHAUFEL, NAGELBRETT UND ANGEZÜNDETER SPRAYDOSE: ASYLBEWERBER RASTET AUS

Landshut: Somalier mit Flammenwerfer gegen Mitbewohner

27. Juni 2019

Von EUGEN PRINZ | Sollte es in der Zukunft – was zu erwarten ist – in Deutschland zu Unruhen kommen, an denen Zuwanderer beteiligt sind, dürfen wir uns auf deren Einfallsreichtum freuen, was die Bewaffnung betrifft.

Das zeigte sich vergangenen Samstag gegen 19.45 Uhr in der Asylbewerberunterkunft in Ergolding bei Landshut, als ein ein 27 Jahre alter Somalier mit einem ganzen Waffenarsenal auf drei Mitbewohner im Alter von 27, 20 und 31 Jahren losging.

Nagellatte, Schaufel und Flammenwerfer

Der erste bekam eine mit Nägeln bestückte Holzlatte in den Rücken, dem zweiten rückte er mit einer Schaufel zu Leibe und verletzte ihn damit am Arm und für den dritten funktionierte er eine Spraydose zum Flammenwerfer um.

Auch einer der Polizeibeamten, denen die undankbare Aufgabe zufiel, den sturzbetrunkenen Somalier festzunehmen, wurde verletzt. Als dieser Glücksfall für unser Land schließlich gefesselt im Dienstwagen saß, tat er das, was Leute seines Schlages am besten können: Er spuckte auf die Fahrzeugsitze und beleidigte die eingesetzten Beamten.

Wenigstens hatte die Justiz ein Einsehen: Die Staatsanwaltschaft Landshut beantragte einen Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, den der Ermittlungsrichter auch willfährig erlies. Jetzt sitzt der Somalier in der Justizvollzugsanstalt und kostet den Steuerzahler weiterhin Geld.

Immer mehr Flüchtlinge bereichern die Justizvollzugsanstalten

Der Ausländeranteil der Strafgefangenen in Bayern liegt mittlerweile bei 45%. In den anderen Bundesländern sieht es auch nicht besser aus.

„In den vergangenen zwei Jahren ist der Anteil der Flüchtlinge unter Bayerns Häftlingen stark gestiegen. Das verändert die Arbeit in den Gefängnissen…“

… titelte die Süddeutsche Zeitung vor einem halben Jahr. Und es verändert nicht nur die Arbeit in den Gefängnissen, sondern auch das tägliche Leben in Deutschland. Die Deutschen müssen schon ein selten dummes Volk sein, wenn ihnen die eigenen Straftäter nicht genügen und sie deshalb noch viele Tausende importieren.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/06/abgelehnter-asylbewerber-aus-sachsen-vergewaltigt-16-jaehrige/

POLIZEI VERRINGERT WIEDER BEI MANCHEN ÜBERGRIFFEN DIE AUFKLÄRUNGSCHANCEN

Abgelehnter Asylbewerber aus Sachsen vergewaltigt 16-Jährige

28. Juni 2019

Leitmeritz (Tschechien): Der verhaftete 29-Jährige, der eine 16-Jährige in Tschechien vergewaltigt haben soll, ist ein abgelehnten Asylbewerber aus Deutschland. Abdallah D. (29) stammt vermutlich aus Libyen, seine genaue Herkunft ist unklar. Er saß 46 Tage in Sachsen in Haft, weil er zwei Geldstrafen nicht zahlte. Staatsanwalt Jürgen Schmidt (44) zu BILD: „Der Mann ist wegen Schwarzfahrten und versuchter Nötigung vorbestraft. Im August 2017 beschwerte er sich erfolglos im Sozialamt über seine Unterkunft. Er verlangte einen Pass, um sofort nach Amerika ausreisen können. Als dies der Mitarbeiter ablehnte, drohte er laut: ‚Ich werde Dich töten'." Am vergangenen Dienstag war er in Dresden aus der Haft entlassen worden. Warum er anschließend nach Tschechien reiste, ist unklar. Dorthin überstellt wurde er nicht. Patricia Vernhold (42) vom Innenministerium: „Er ist zwar ausreisepflichtig, konnte aber aufgrund fehlender Passersatzpapiere bislang nicht in seine Heimat abgeschoben werden." *(Text übernommen von BILD-ONLINE)*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Aschaffenburg: In der Nacht zum Donnerstag sind zwei 23-Jährige am Rande des Schöntalparks von zwei Männern angegriffen und unsittlich berührt worden. Die Polizei nahm zwei Tatverdächtige vorläufig fest. Gegen sie laufen nun strafrechtliche Ermittlungsverfahren. Kurz nach Mitternacht waren die beiden Frauen zu Fuß im Schöntalpark unterwegs, als sie erstmals auf die beiden 20-jährigen Tatverdächtigen trafen. Nachdem ein Mann eine der Frauen offenbar kurz am Arm gepackt hatte, entschieden sie sich, ihren Weg über die Platanenallee fortzusetzen. Dort trafen sie auf Höhe der Agip-Tankstelle wieder auf die beiden Beschuldigten. Erneut soll ein Mann eine der Frauen festgehalten und sie dabei auch am Gesäß angefasst haben. Als sich die 23-Jährige daraufhin lautstark losriss, soll der Tatverdächtige nach ihr getreten haben.

Gleichzeitig belästigte der zweite Mann die Begleiterin der Geschädigten und berührte sie dabei ebenfalls unsittlich am Gesäß. Die Frauen wehrten sich jedoch und drohten, die Polizei zu rufen. Sie wählten schließlich auch den Notruf, nachdem die Männer von ihnen abgelassen hatten. Beamte der Polizeiinspektion Aschaffenburg nahmen die Tatverdächtigen kurze Zeit später noch in der Nähe des Tatortes vorläufig fest. Es handelt sich um zwei Eritreer, die aktuell in Aschaffenburg wohnhaft sind. Die offenbar alkoholisierten Männer wurden in Hafträume der Polizei gebracht.
Bottrop: Am Montag, gegen 17:30 Uhr, kam es auf der Böckenhoffstraße zu einer sexuellen Belästigung zum Nachteil einer 23-Jährigen aus Bottrop. Die junge Frau wartete an der Straße. Hier fasste ihr ein unbekannter Mann an die Brust und versuchte sie in ein Gespräch zu verwickeln. Anschließend entfernte er sich in Richtung Rathaus. Personenbeschreibung: ca. 25-35 Jahre alt, asiatisches Aussehen, ca. 160cm-165cm groß, trug ein Basecap und ein helles T-Shirt, sprach gebrochenes Deutsch.
Recklinghausen: Ein unbekannter Mann hat sich am Montag, gegen 13:00 Uhr, vor einer 10-Jährigen aus Dorsten auf einem Schulgelände an der Halterner Straße entkleidet und sein Geschlechtsteil gezeigt. Der Täter war mit einem Fahrrad in der Farbe lila unterwegs. Er fuhr mit dem Fahrrad auch wieder vom Tatort weg.
Personenbeschreibung:Dunkelhäutig, ca. 170 cm groß, ca. 50-60 Jahre alt, Glatze, bekleidet mit einer dunkel-blauen Jeanshose, gelb/weißes T-Shirt.
Potsdam: Als am Montagmittag ein Paar auf dem Gehweg der Friedrich-Ebert-Straße lief, bemerkten beide auf Höhe des Rathauses einen Mann, dessen Geschlechtsteil offen sichtbar war. Die informierte Polizei konnte den Mann, der von den Zeugen alsdunkelhäutig und bekleidet mit einem dunkelblauen Basecap, einem weißen T-Shirt, einer blauen Jeans und Nike-Schuhen beschrieben wurde, nicht mehr feststellen. Er hatte sich in Richtung Wilhelmgalerie entfernt. Die Beamten nahmen eine Anzeige wegen Exhibitionistischer Handlungen auf.
Lippe: Vergangenen Freitag begrapschte ein bislang Unbekannter eine 18-jährige Frau aus Lemgo. Diese war gegen 11:40 Uhr zu Fuß in der Freiligrathstraße unterwegs, als sich ihr von hinten ein Radfahrer näherte. Dieser griff der jungen Frau beim Vorbeifahren an die Brust. Anschließend fuhr der Mann weiter in Richtung der Danziger Straße. Der Täter ist etwa 20-25 Jahre alt, hat eine normale Statur, einen leicht bräunlichen Teint sowie kurze schwarze Haare. Zur Tatzeit trug er ein graues T-Shirt, eine kurze Hose sowie ein graues Cappy, das er tief in sein Gesicht gezogen hatte. Unterwegs war der Grapscher mit einem grauen oder silberfarbenen Damenrad mit Gepäckträger und geschwungenen Handgriffen. Hinweise zu dem Mann nimmt die Kripo in Detmold unter der Rufnummer 05231 / 6090 entgegen.
Gera: Gestern Abend (16.06.2019), kurz vor Mitternacht kamen Polizeibeamte in der Heinrichsstraße zum Einsatz. Dort wurde eine 26-Jährige von einem ihr unbekannten Mann angesprochen und um ein Feuerzeug gebeten. Als die Frau die Anfrage verneinte, versuchte sie der

Mann festzuhalten, so dass diese um Hilfe rief. In diesem Zusammenhang berührte der Mann die Geschädigte zudem unsittlich und flüchtete schließlich. Die hinzugerufenen Beamten fahndeten unverzüglich nach dem Täter und konnten diesen auch stellen. Dabei verhielt sich der Mann (39, eritreisch) sich äußerst aggressiv und wurde letztendlich in Gewahrsam genommen. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet.
Nürnberg: Am Sonntagabend (16.06.2019) kam es im Nürnberger Stadtteil Gärten hinter der Veste zu einem Vorfall, bei dem ein Jugendlicher von einem unbekannten Mann sexuell belästigt worden sein soll. Die Kriminalpolizei bittet um Hinweise. Der junge Mann saß gegen 22:20 Uhr auf einer Parkbank in der Harrichstraße, als der unbekannte Täter ihn ansprach. Dabei berührte er den Jugendlichen unsittlich. Im Anschluss flüchtete er mit einem weißen Fahrrad in unbekannte Richtung. Der Mann wird wie folgt beschrieben: etwa 45 Jahre alt, ca. 178cm groß, schlanke Statur, stark hervortretender Bauch, dunkle Hautfarbe, kurze Haare, 3-Tage-Bart. Er trug ein weißes Muskelshirt (sog. Tanktop) und sprach gebrochen Deutsch mit ausländischem Akzent. Besonders auffällig waren auch die ungepflegten Hände und die Zahnverfärbungen des Mannes.
Nuthetal: In der vergangenen Nacht lief eine 39-Jährige aus Richtung Bahnhof Bergholz-Rehbrücke kommend an der Arthur-Scheunert-Allee. Hier begegnete ihr das erste Mal ein unbekannter Mann, der auf dem Fußweg stand. Sie lief an ihm vorbei, bemerkte jedoch, dass er ihr nachlief. Dann sprach sie der Mann an, worauf sie sich jedoch nicht einließ und weiterlief. Sie setzte ihren Weg auf einem dortigen „Trampelpfad", durch ein Waldstück, in Richtung Walther-Rathenau-Straße fort. Plötzlich näherte sich der Unbekannt von hinten und bedrängte die Frau sexuell. Da sie laut schrie, ließ der Mann von ihr ab und entfernte sich unerkannt in Richtung Arthur-Scheunert-Allee. Er wurde von der Zeugin wie folgt beschrieben:- ca. 170-180 cm groß -sehr korpulent – dunkle Hautfarbe – arabisch-asiatischer Phänotyp – schwarze, nach oben gestylte Haare – dunkle Augen.
Halle/Salle: Am heutigen Morgen gegen 08:05 Uhr erhielten Polizeikräfte, die an der Grundschule Heideschule eingesetzt waren, über eine Lehrerin der Grundschule Kenntnis, dass ein Schüler der Grundschule auf dem Weg zur Schule durch eine unbekannte männliche Person angesprochen worden sei. Der Vorfall soll sich im Bereich Heidering in Halle (Saale), Höhe des Seniorenheimes, ereignet haben. Das geschädigte Kind habe sich mit dem Fahrrad auf dem Weg in die Schule befunden, als sich eine unbekannte männliche Person ihm entgegenstellte und gemeint haben soll, dass er ihm etwas zeigen wolle. Das Kind begab sich daraufhin zur Schule, wo es sich dem Lehrerpersonal anvertraute. Die vor Ort präsenten Polizeibeamten haben eine sofortige Suche nach dem Unbekannten eingeleitet. Weitere Polizeikräfte wurden hinzugezogen. Vor Ort wurden umfangreiche und intensive Ermittlungen geführt, welche zurzeit noch nicht abgeschlossen sind. Das Kind beschreibt den Unbekannten wie folgt: männlich, südländischer Phänotyp, Sprache:

gebrochen deutsch, circa: 20 – 23 Jahre alt, circa: 180 – 190 cm groß, schlanke Statur.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Mettmann: In der Nacht zu Sonntag, am 16.06.2019, gegen 02:15 Uhr, wurde eine 18-jährige Frau im Bereich der Parkstraße/ Friedhofstraße in Monheim von einer männlichen Person sexuell belästigt. Die junge Frau befand sich auf dem Heimweg des Monheimer Stadtfestes, als sich der Unbekannte ihr von hinten näherte und sie für einen kurzen Moment unsittlich zwischen den Beinen berührte. Anschließend entfernte sich die männliche Person zu Fuß über die Parkstraße. Der Täter konnte wie folgt beschrieben werden: – ca. 18-20 Jahre alt – kurze schwarze Haare – trug einen roten Pullover. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief ohne Erfolg. Sachdienliche Hinweise nimmt die Polizei in Monheim, Telefon 02173/ 9594-6350, jederzeit entgegen.
Lüneburg: Einen unbekannten Betrunkenen versucht die Polizei nach einer Beleidigung in den Abendstunden des 31.05.19 Am Sande zu ermitteln. Der Unbekannte hatte gegen 20:00 Uhr eine 32-Jährige sowie ihre Begleiter angepöbelt, die Frau mit einem Ausspruch sexuell beleidigt und nach einem Wortgefecht geschubst. Die Lüneburgerin flüchtete und erstattete Strafanzeige. Der Mann wird als ca. 40 Jahre alt, ca. 185 cm groß mit schwarzer Hose und ärmellosem weißen Unterhemd mit schwarzen Streifen beschrieben. Hinweise zu der Person nimmt die Polizei Lüneburg, Tel. 04131-8306-2215 bzw. 8306-2406, entgegen.
Dresden: Ein Unbekannter hat sich am Mittwochmittag an der Hugo-Bürkner-Straße vor einem Mädchen (13) entblößt. Die 13-Jährige war in einem Park unterwegs, als der Mann hinter einem Gebüsch hervortrat und sein Geschlechtsteil zeigte. Das Mädchen flüchtete und offenbarte sich einem Radfahrer, der umgehend die Polizei alarmierte. Trotz eingeleiteter Fahndungsmaßnahmen konnte der Unbekannte nicht festgestellt werden. Der Mann war etwa 1,85 m groß und von schlanker Gestalt. Er hatte kurze, schwarze, gelockte Haare und trug zur Tatzeit eine Brille.
Bad Dürrheim-Sunthausen: Am Donnerstagmorgen hat ein unbekannter Mann an der Autobahn 81 sein Geschlechtsteil dem vorbeifahrenden Verkehr gezeigt. Gegen 8.35 Uhr stand der Mann zwischen der Anschlussstelle Tuningen und dem Autobahndreieck Bad Dürrheim auf der Betriebsausfahrt auf Höhe von Sunthausen. Der bislang unbekannte Täter präsentierte sich vollständig nackt und hielt sein Geschlechtsteil in der Hand. Der Mann wird als korpulent und etwa 40 bis 50 Jahre alt geschätzt. Hinweise nimmt die Verkehrspolizei Zimmern ob Rottweil (Tel.: 0741 34879-0) entgegen.
Dresden: Zwei Unbekannte haben an einem Freitag Anfang Mai eine Frau (27) auf einem Fußweg am Hygienemuseum überfallen. Die 27-Jährige war auf dem Weg vom Museum in Richtung Lingnerallee unterwegs. Die zwei Männer sprachen die Frau an und hielten sie fest. Diese rief laut um

Hilfe. Als die Unbekannten versuchten ihr die Oberbekleidung auszuziehen, biss sie einen der Täter in die Hand und trat nach dem anderen. In der Folge konnte sie sich befreien und fliehen. Dabei musste sie ihre Jacke am Tatort zurücklassen, in der sich rund 40 Euro sowie ihr Personalausweis befanden. Einer der Männer war etwa 30 bis 35 Jahre alt, ca. 1,85 m groß und von schmaler Gestalt. Er war dunkel gekleidet und hatte zur Tatzeit eine Kapuze in sein Gesicht gezogen. Der zweite Mann war etwa gleich alt, ca. 1,75 m groß und von etwas kräftigerer Figur. Er hatte kurzrasierte dunkle Haare und sein Gesicht mit einem Schal bedeckt.

http://www.pi-news.net/2019/06/glasflasche-auf-kopf-geschlagen-polizei-muenchen-sucht-diese-maenner/

UND WEITERE BUNDESWEITE BEREICHERUNGEN…

Glasflasche auf Kopf geschlagen: Polizei München sucht diese Männer

29. Juni 2019

Zeugen, die zu diesen beiden Personen sachdienliche Hinweise geben können, werden gebeten, sich mit dem Polizeipräsidium München, Kommissariat 24, Tel. 089/2910-0, oder jeder anderen Polizeidienststelle in Verbindung zu setzen.

München: Am Sonntag, 03.02.2019, gegen 03:30 Uhr, kam es in einem Club in der Münchner Innenstadt zu einem Streit zwischen mehreren unbekannten Männern und einem 26-jährigen Münchner. Der Streit konnte durch die Türsteher des Clubs zunächst beendet werden. Als der 26-Jährige mit seinen Begleitern nach Hause gehen wollte, traf er im Bereich des Karlstors erneut auf die unbekannten Männer. Sie griffen ihn erneut an, dabei wurde ihm eine Glasflasche gegen den Kopf geworfen. Der 26-Jährige ging zu Boden und wurde von mehreren Personen massiv geschlagen und getreten. Hierbei wurde er am Kopf verletzt. Als einer der Begleiter des 26-Jährigen, ein 25-jähriger Münchner, dazwischen ging, wurde diesem ebenfalls eine Glasflasche auf den Kopf geschlagen. Auch der 25-Jährige ging zu Boden und wurde ebenfalls mehrmals gegen den Kopf getreten. Er erlitt hierbei eine stark blutende Platzwunde und wurde kurzzeitig bewusstlos. Daraufhin wollten zwei unbeteiligte Passantinnen schlichtend eingreifen. Eine 20-Jährige aus Baden-Württemberg wurde zu Boden gestoßen und ebenfalls gegen den Kopf getreten. Dabei wurde sie leicht verletzt. Einer 28-jährigen Münchnerin wurde auf den Fuß getreten, wodurch sie eine Prellung erlitt. Die Täter flüchteten anschließend. Das Kommissariat 24 übernahm die Ermittlungen wegen einer gefährlichen Körperverletzung. Trotz zahlreicher Vernehmungen und einer aufwendigen Rekonstruktion des Tathergangs, konnten die unbekannten Täter bislang nicht identifiziert werden. Aufgrund dessen wurde bei der Staatsanwaltschaft München I ein Beschluss zur Öffentlichkeitsfahndung beantragt, welcher nun durch das Amtsgericht München erlassen wurde.

Zeugenaufruf:

Zeugen, die zu den beiden Personen auf den Lichtbildern sachdienliche Hinweise geben können, werden gebeten, sich mit dem Polizeipräsidium München, Kommissariat 24, Tel. 089/2910-0, oder jeder anderen Polizeidienststelle in Verbindung zu setzen.
Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen dass Deutsche als „Köterrasse"bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird.
Schwerin: Eine 55-jährige Zeitungszustellerin wurde Mittwoch Morgen gegen 04.40 Uhr an der Straba-Haltestelle »Keplerstraße« durch drei betrunkene Zuwanderer (20 u.19J.) angepöbelt und bedrängt. Diesen Vorfall bemerkten mehrere Passanten, die zu der Zeit an der Haltestelle standen und auf die Straßenbahn warteten. Ein 30-jähriger Schweriner stellte einen der Angreifer zur Rede. Der Mann griff den Schweriner sofort mit Fäusten an, ein zweiter Tatverdächtiger brachte ihn schließlich zu Fall. Der 30-Jährige wehrte sich, weitere Passanten kamen zur Hilfe, so dass die Angreifer von ihm abließen. In der Zwischenzeit fuhr die Straßenbahn in die Haltestelle ein. Die dreiköpfige Tätergruppe entnahmen plötzlich aus dem Gleisbett faustgroße Steine und schmissen diese in Richtung der Geschädigten und weiteren anwesenden Personen, getroffen wurde glücklicherweise niemand. Die Straßenbahn wurde durch einen Steinwurf leicht beschädigt. Anschließend flüchteten die Angreifer in Richtung Keplerstraße. Polizeibeamte stellten kurze Zeit später zwei Tatverdächtige, die dritte Person ist namentlich bekannt, derzeit aber flüchtig. Der 30-jährige Schweriner wurde durch den tätlichen Angriff leicht verletzt, er musste zur Behandlung ins Klinikum, hat dieses aber zwischenzeitlich wieder verlassen können. Gegen die Tatverdächtigen wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der gefährlichen Köperverletzung und Sachbeschädigung eingeleitet.
Westhofen: Am Sonntag, 23.06.2019, wurde eine 5-köpfige Personengruppe aus Westhofen von 6-7 unbekannten Männern vor der Verbandsgemeindeverwaltung in der Wormser Straße umzingelt und mit einer Weinflasche geschlagen und getreten. Hierbei erlitt ein 32-jähriger Westhofener einen mehrfachen Jochbeinbruch und eine 32-jährige Westhofenerin eine schwere Gehirnerschütterung. Beide mussten im Krankenhaus stationär aufgenommen werden. Dem Angriff soll eine Schubserei im Bereich An dem Seebach vorausgegangen sein. Die bei der Schubserei beteiligten jungen Männer sollen telefonisch Verstärkung angefordert haben. Bei den Angreifern soll es sich um „Ausländer"im Alter von 25-30 Jahren gehandelt haben. Die Polizei Alzey bittet um Zeugenhinweise unter 06731/9110.
Essen: Etwa acht junge Männer haben zwei Bademeister im Essener Schwimmzentrum Oststadt attackiert. Bei ihrer Flucht verletzten sie noch ein Mädchen. Bei einer Prügelei im Schwimmzentrum Oststadt sind am

Montagabend zwei Bademeister und ein Mädchen (12) verletzt worden. Nach Angaben einer Polizeisprecherin provozierte eine Gruppe südländischaussehender Jugendlicher die Bademeister, indem sie Wasser auf die Aufseher spritzten. Als einer der Bademeister die Jugendlichen aufforderte aufzuhören, seien die Männer aus dem Becken gestiegen; einer habe dem Bademeister aufs Ohr geschlagen. Ein zweite Bademeister wurde ebenfalls körperlich angegangen. Die Gruppe flüchtete aus dem Bad. Bei der Flucht soll einer der Männer ein unbeteiligtes Mädchen (12) in den Bauch geboxt haben. Die Polizei ermittelt.

Saarlouis: Ein 22-Jähriger und sein Begleiter melden der Polizei in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, gegen 0.50 Uhr, dass etwa zehn Jugendliche arabischer Herkunft auf dem Großen Markt in Saarlouis Passanten anpöbeln. Einer dieser Jugendlichen hält ein Springmesser in der Hand und ruft „Ich stech noch jemanden ab!" Den 22-Jährigen fragt die Gruppe, wo man Gras kaufen kann. Kurze Zeit später fällt die Personengruppe wieder auf. Die jungen Männer lauern einer anderen Personengruppe auf dem Großen Markt auf und greifen diese tätlich an. Der Täter mit dem Springmesser greift eins seiner Opfer am Arm, die anderen Täter bauen sich bedrohlich vor den Opfern auf. Wieder wird gefragt, ob die Opfer Gras dabei haben. Nachdem sie verneinen, werden sie gezwungen, ihre mitgeführten Sachen vorzuzeigen. Einem der Opfer nimmt die Gruppe 140 Euro aus dem Geldbeutel, dann flüchten die Täter. Bei umgehend eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen werden acht Personen der Gruppe durch Kräfte der Polizeiinspektion Saarlouis in der Innenstadt angetroffen und vorläufig festgenommen. Gegen einen der beiden hat die Kripo bereits Haft wegen zehn ähnlichen Fällen angeregt. Der Haftbefehl wurde heute vom Amtsgericht Saarbrücken verkündet, der 16-Jährige sitzt nun in der JVA in Ottweiler. (Artikel übernommen von Breaking-news-Saarland.de)

Hofheim: In der Nacht zum Dienstag ereignete sich eine heftige Auseinandersetzung in der Hofheimer Innenstadt, bei der mehrere Personen teils schwer verletzt wurden. Die Kriminalpolizei hatte in der Folge zunächst wegen eines versuchten Tötungsdeliktes und gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Auf Grundlage der umfangreichen Ermittlungen und Vernehmungen, die im Verlauf des gestrigen Dienstages sowie den heutigen Morgenstunden durchgeführt wurden, konnte der Sachverhalt weiter aufgeklärt werden. Derzeit gehen die Ermittler davon aus, dass ein 42-jähriger Mitarbeiter eines Hofheimer Restaurants nach einer vorangegangenen Auseinandersetzung am Montagabend von zwei 23 und 39 Jahre alten Männern im Nachgang abgepasst wurde. Diese hatten sich zwischenzeitlich mit Schlagwerkzeugen und einem Messer bewaffnet, zwei weitere 21 und 19 Jahre alte Bekannte hinzugezogen und dann gemeinsam auf das Erscheinen des 42-jährigen Kontrahenten gewartet. Als dieser dann im Beisein eines 24-jährigen Mannes gegen 00:15 Uhr im Bereich der Zeilsheimer Straße erschien, suchte das Quartett erneut die Konfrontation. Gemeinsam griffen sie den unbewaffneten 42-Jährigen an, der sich gegen die Angreifer zur Wehr setzte, einen entwaffnete und mit dem nun erlangten Messer zur

Gegenwehr ansetzte. Hierbei verletzte er die zwei 23 und 39 Jahre alten Angreifer lebensgefährlich – beide mussten stationär in einem Krankenhaus aufgenommen werden. Zudem wurden sowohl der 42-Jährige als auch sein Begleiter verletzt und anschließend in einem Krankenhaus behandelt. Mittlerweile wurde der 42-Jährige nach Rücksprache mit der Frankfurter Staatsanwaltschaft wieder auf freien Fuß gesetzt. Das aus drei afghanischen und einem georgischen Staatsangehörigen bestehende Quartett soll auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen des dringenden Tatverdachtes eines gemeinschaftliche begangenen versuchten Tötungsdeliktes im Lauf des Mittwochnachmittages einem Haftrichter vorgeführt werden.
Düsseldorf: Am Vormittag des 23. Juni um 09.40 Uhr kam es in einem Schnell-Restaurant im Düsseldorfer Hauptbahnhof zu Streitigkeiten, im Zuge derer ein 24-jähriger Marokkanereinem 28-jährigen Deutschen mit seinem Gipsarm einen Nasenbruch zufügte. Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung seitens der Bundespolizei aufgenommen. Der Geschädigte wurde mit einem Rettungswagen in eine örtliche Klinik gebracht und dort behandelt. Die Streitigkeiten wurden zunächst verbal ausgefochten, steigerten sich jedoch so sehr, dass der 24-Jährige zuschlug und sein Gegenüber derart verletzte. Der Tatverdächtige konnte nach den polizeilichen Maßnahmen die Wache wieder verlassen.
Wiesbaden: Am frühen Samstagmorgen kam es im Bereich Warmer Damm, an der dortigen Teichanlage, zu einer Auseinandersetzung zwischen mehrere Personen, bei der nach bisherigem Erkenntnisstand zwei Beteiligte durch Tritte und Schläge leicht verletzt wurden. Den ersten Ermittlungen zufolge gerieten zwei Personengruppen aufgrund des mitgeführten Alkohols aneinander. Als dieser Streit gegen 04:00 Uhr eskalierte, kam es seitens der Angreifer zu Schlägen und Tritten gegen zwei 37- und 46-jährige Wiesbadener. Ein Täter sei circa 20 Jahre alt, habe eine rote Oberbekleidung sowie gelockte Haare getragen. Ein zweiter Angreifer soll einen Zopf, bzw. insgesamt längere Haare getragen haben. Die Geschädigten beschreiben die Täter als arabisch aussehend. Das Wiesbadener Haus des Jugendrechts hat die Ermittlungen übernommen und bittet Zeugen oder Hinweisgeber, sich unter der Rufnummer (0611) 345-0 zu melden.
Lindlar: Im Zentrum von Lindlar ist am frühen Sonntagmorgen (23. Juni) ein 30-Jähriger aus Lindlar von mehreren Männern angegriffen und niedergeschlagen worden – Zeugen werden gebeten sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung zu setzen. Der Geschädigte gab an, dass er gegen 03.15 Uhr auf der Pollerhofstraße von einer Gruppe von Männern angegriffen worden sei. Auslöser dürfte vermutlich ein Streit gewesen sein, in den er im Laufe des Abends in einer Gaststätte verwickelt war. Die Angreifer sollen etwa zwischen 18 und 25 Jahre alt und vermutlicharabischer oder afrikanischer Abstammung sein.
Bad Sobernheim: In der Nacht zum Samstag wurde gegen 02:15 Uhr vor einer Gaststätte in der Bahnhofstraße ein 38-jähriger Mann von 4 jungen Männern südländischerErscheinung attackiert. Hierbei stürzte der 38-Jährige zu Boden und zog sich erhebliche Verletzungen zu, so dass er in ein Krankenhaus verbracht werden musste. Die Angreifer flüchteten fußläufig in Richtung Bahnhof. Zeugen des Geschehens mögen sich bitte mit der Polizeiinspektion Kirn in Verbindung setzen.

Magdeburg: Am 22.06.2019 gegen 00:00 Uhr bewarfen zwei 19 jährige Syrer eine 5 köpfige Personengruppe mit zwei Flaschen. Durch die umherfliegenden Glassplitter verletzten sich zwei 24 jährige Deutsche leicht an den Beinen. Eine medizinische Versorgung vor Ort wurde abgelehnt. Hintergrund der gefährlichen Körperverletzung waren vorherige verbale Streitigkeiten. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurden die Beschuldigten vor Ort entlassen. Sie erhielten außerdem einen Platzverweis für den Tatortnahbereich ausgesprochen.

Steinfurt: Auf der Anton-Führer-Straße haben in der Nacht zum Freitag (21.06.2019), gegen 00.25 Uhr, drei unbekannte Personen einen 47-Jährigen angesprochen. Das Trio bat den Rheinenser zunächst um eine Zigarette. Nachdem dieser das verneint hatte, wurde er von den drei Männern geschlagen und getreten. Der Geschädigte erlitt schwere Verletzungen. Die drei Unbekannten flüchteten anschließend. Sie könnten nach Angaben des Geschädigten einendunklen Teint gehabt haben.

Potsdam: In der vergangenen Nacht kam es im Bereich der Karl-Foerster-Straße zu einer gefährlichen Körperverletzung. Zwei bislang Unbekannte griffen aus ungeklärter Ursache einen 55-Jährigen an und traten auf ihn ein, nachdem sie ihn zu Boden geschubst hatten. Als das Opfer schrie und eine Zeugin darauf aufmerksam wurde, flüchteten die beiden Täter unerkannt. Der Mann erlitt mehrere Verletzungen, wollte jedoch selbstständig einen Arzt aufsuchen. Die Täter wurden beschrieben als etwa 20-24 Jahre alt mit kurzen, dunklen Haaren. Einer der Beiden trug ein weißes T-Shirt und eine kurze Hose und hatte eine kräftige Statur. Der Zweite war mit einem langen, schwarzen Pullover bekleidet. Beide hätten kein Deutsch gesprochen und könnten laut dem Geschädigten arabischer oder türkischer Herkunft sein.

Hochzeitkorsos bereichern Nordrhein-Westfalen

Die Polizei ist in Nordrhein-Westfalen in der vergangenen Woche 40 Mal wegen ausufernder Hochzeitsfeiern eingeschritten. Damit sei die bislang höchste Einsatzzahl erneut erreicht worden, sagte eine Sprecherin des NRW-Innenministeriums am Dienstag auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. In der Vorwoche waren 38 Vorfälle bekannt geworden. Sieben Mal rückte die Polizei zu Einsätzen auf Autobahnen an. Ebenfalls sieben Mal wurden Schüsse gemeldet, was sich fünf Mal bestätigt habe. Fünf Mal sei Pyrotechnik abgebrannt worden. 21 Autokorsos wurden gezählt. Die Polizei habe sieben Führerscheine sichergestellt und 16 Strafanzeigen geschrieben. Viel Mal wurde das Straßenverkehrsamt den Angaben zufolge gebeten zu prüfen, ob die Betroffenen etwa aufgrund ihrer Aggressivität überhaupt charakterlich geeignet sind, ein Auto zu fahren. In Lüdenscheid berichteten Zeugen der Polizei, dass aus einer Autokolonne eines Hochzeitskorsos heraus Schüsse gefallen seien. Im Wagen eines 25-jährigen Esseners fanden die Beamten daraufhin eine Schreckschusswaffe samt Munition. (weiter bei Ksta.de).

Nachfolgend Bilder aus Herne:

Granatwerfer und AK47 beim „Paten von Magdeburg" gefunden

Insgesamt waren an dem Einsatz am Freitagabend 60 Beamte in Einsatz. Neben einem vollautomatischen Sturmgewehr AK??47 mit einem vollen Magazin, schussbereiten Pistolen, einem Granatwerfer, zwei Macheten und zahlreichen Messern stellten die Beamten auch Drogen von Crystal bis

Kokain mit einem Marktwert von rund 150.000 Euro sicher. Auch zehn Funktelefone und 50.000 Euro Bargeld fielen den Ermittlern in die Hände. Abd M. ist den Kriminalisten bereits seit August 2015 als führendes Mitglied der rockerähnlichen Gruppierung „AKC" bekannt. Sie bestand nahezu ausschließlich aus syrischen, libanesischen und kurdischen Migranten (weiter bei Volksstimme.de).

Bewährungsstrafe für Polizistenverprügler

Selten wurde ein Staatsanwalt deutlicher: „Wenn Sie meinen, Sie werden in Deutschland nicht respektvoll behandelt, dann gehen Sie halt zurück nach Syrien", sagte Marcel Soldan gestern in seinem Plädoyer vor dem Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Regensburg. Dort musste sich der 19-jährige Syrer Aedl K. verantworten. Er hatte im Oktober vergangenen Jahres in den Räumen der Polizeiinspektion Neutraubling zwei Polizisten verprügelt. Drei Beamte waren nötig, um den Mann zu bändigen. Der Grund: Er fühlte sich von den Ordnungshütern nicht respektvoll behandelt. Er wurde zu einer Jugendstrafe von acht Monaten mit Bewährung sowie einem einwöchigen Dauerarrest verurteilt.

„Bunte" und „weltoffene" Massenschlägereien

Ellwangen: Die Polizei wurde am frühen Freitagmorgen gegen 3 Uhr zu einer Auseinandersetzung in die Landeserstaufnahmeeinrichtung gerufen. Dort hatte sich wohl eine massive körperliche Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe Nordafrikanern sowie einer Gruppe von Schwarzafrikanern zugetragen, die bei Eintreffen der starken Polizeikräfte bereits wieder beendet war. Es waren etwa 20 Personen beteiligt, die bei der Auseinandersetzung teils auch Latten, Pflastersteine und Feuerlöscher einsetzten. Dabei gingen auch Türen und Scheiben zu Bruch. Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes gingen dazwischen, wobei einer eine Platzwunde davontrug und im Krankenhaus behandelt werden musste. Bislang sind von den Beteiligten lediglich zwei verletzte Algerier bekannt, von denen einer ebenfalls im Krankenhaus behandelt wurde. Die Polizei hat die Ermittlungen zu dem Vorfall aufgenommen.

Burg: Gestern Abend wurde der Polizei eine Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen am Kreisverkehr in der August-Bebel-Straße mitgeteilt, dabei soll man mit Messern und Schlagstöcken aufeinander losgegangen sein. Polizeikräfte trafen auf eine Personengruppe und konnte die sich Streitenden trennen. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurden zwei Personen, vermutlich durch Messerstiche, schwer verletzt und in Krankenhäuser eingeliefert. Beide Männer sind außer Lebensgefahr. Vermutlich war die körperliche Auseinandersetzung der Höhepunkt einer am Nachmittag vorausgegangenen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Personengruppen.

Die Polizei sicherte Spuren und vernahm Zeugen sowie beteiligte Personen.Warum es am Dienstagabend zu der Auseinandersetzung gekommen war ist bislang noch unklar. Die Ermittlungen werden fortgeführt und umfassen auch die jeweilige Motivlage. Bereits am späten Nachmittag seien sich drei Personen in der Stadt begegnet. Zunächst hätte man sich bei der Begegnung angerempelt, was das Gegenüber scheinbar als Anlass sah, eine verbale Auseinandersetzung zu initiieren. Es kam zu gegenseitigen Bedrohungen. Wenig später erschienen sechs Personen an der Wohnanschrift einer der zuvor beteiligten Personen. Mit

Gegenständen „bewaffnet" sollte das Gegenüber eingeschüchtert werden. Hier kam die Polizei zum Einsatz und nahm eine Anzeige auf. Schließlich kam es dann am Dienstagabend zu der Auseinandersetzung, bei der zwei Personen mit einem Messer verletzt wurden. Nach ersten Erkenntnissen standen sich dabei insgesamt 11 Personen gegenüber. Bei den beteiligten Personen handelte es sich um Personen mit Migrationshintergrund im Alter von 18 bis 50 Jahren. Die schwer verletzten 24-Jährigen und ein 50-Jährigen Männer sind nach sofortiger ärztlicher Behandlung außer Lebensgefahr.

Recklinghausen: An einem Pommes-Stand im Freibad an der Hullerner Straße kam es am Dienstag gegen 18.00 h zu einem Polizeieinsatz, weil mehrere Gäste aufeinander eingeschlagen haben. Der Polizei wurde eine Schlägerei zwischen 10 bis 20 Personen gemeldet. Als die Beamten eintrafen, hatten sich die Kontrahenten bereits wieder getrennt. Drei Beteiligte (ein 15-jähriger aus Recklinghausen, ein 16-Jähriger aus Recklinghausen und ein 27-Jähriger aus Haltern am See) hatten leichte Blessuren, mussten aber nicht ins Krankenhaus. Der 15- und der 16-Jährige waren mit dem 27-Jährigen am Kiosk in Streit geraten. Daraus hat sich eine Schlägerei entwickelt, an der sich weitere Bekannte des 27-Jährigen beteiligten. Sie beschuldigten sich gegenseitig, mit einer abgebrochenen Flasche gedroht zu haben. Offenbar wurden auch Stühle und ein Mülleimer als Schlagwerkzeug eingesetzt. Eine umfassende Befragung aller Beteiligten konnte vor Ort ohne Dolmetscher nicht erfolgen. Die Polizei nahm die Personalien von zwölf Männern im Alter zwischen 15 und 27 Jahren auf. Die Beteiligten wohnen alle in Recklinghausen oder Haltern am See. Sie erhielten Platzverweise und bekommen eine Anzeige.

Rathenow: Aus bislang ungeklärter Ursache kam es in der vergangenen Nacht im Bereich des Märkischen Platzes zu einer körperlichen Auseinandersetzung mehrerer Personen. Bei dieser Auseinandersetzung wurden ein 21-jähriger Syrer, ein 20-jähriger Sudanese und ein 15-jähriger Afghane verletzt. Die beiden 20 und 21-Jährigen wurden zur ambulanten Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. Die Polizei führte vor Ort eine Spurensicherung durch und nahm mehrere Anzeigen wegen Körperverletzung auf. Zu den genauen Abläufen liegen derzeit unterschiedliche Angaben vor. Die weiteren Ermittlungen hat nun die Kriminalpolizei übernommen.

Offenburg: Ein Großaufgebot an Polizeikräften der Polizeireviere Offenburg und Lahr, der Diensthundeführerstaffel sowie der Bundespolizei hatte am Samstagabend nach einer körperlichen Auseinandersetzung im Bereich des Zentralen Omnibusbahnhofs alle Hände voll zu tun. Die Polizisten trafen nach ihrer Alarmierung kurz vor 20 Uhr auf rund 50 aufgebrachte Personen. Nach bisherigem Kenntnisstand sollen allerdings nur etwa zehn davon aktiv an der Streiterei beteiligt gewesen sein. Gegen sechs Männer unterschiedlicher Nationalitäten und im Alter von 17 bis 43 Jahren werden nun Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung geführt. Die Hintergründe des Konflikts sind indes noch unklar. Fest steht, dass zur Austragung der Auseinandersetzung auch Messer und Flaschen eingesetzt worden sein sollen. Bislang sind der Polizei vier Verletzte bekannt. Ein 28-Jähriger trug unter anderem eine Stichverletzung im Gesäßbereich davon, ein Jugendlicher hatte eine Verletzung am Hinterkopf, die möglicherweise von einer zerbrochenen Flasche herrühren könnte. Zwei weitere Beteiligte, eine 44 Jahre alte Frau und 19 Jahre alter Mann, erlitten Prellungen und Platzwunden. Etwa zwei Stunden später sollen im gleichen

Bereich erneut Streitigkeiten unter mehreren Personen aufgekeimt sein. Strafbare Handlungen konnten dieses Mal von den anrückenden Gesetzeshüter jedoch nicht registriert werden. Gegen zwei Männer und eine Frau wurde ein Platzverweis ausgesprochen. Die von Beamten des Polizeireviers Offenburg geführten Ermittlungen dauern an.

http://www.pi-news.net/2019/06/starnberg-brueder-von-sechs-arabern-ueberfallen-lebensgefahr/

VERWERFUNGEN IN BAYERN

Starnberg: Brüder von sechs Arabern überfallen – Lebensgefahr

28. Juni 2019

113

Von MAX THOMA | Nichtraucher leben gefährlich in Bayern, aber viele andere mittlerweile auch: Auf dem Heimweg sind zwei Brüder in Weßling im ehemals idyllischen Landkreis Starnberg von sechs Männern „arabischen Erscheinungsbildes" überfallen und zusammengeschlagen worden. Dabei sei einer der Männer am frühen Sonntagmorgen lebensbedrohlich verletzt worden, teilte am Mittwoch das Polizeipräsidium Oberbayern Nord mit.

Die 41 und 43 Jahre alten Opfer hatten angegeben, gegen zwei Uhr morgens in der Unteren Seefeldstraße am malerischen Weßlinger See von den sechs Männern zuerst aufgefordert worden zu sein, ihre „Zigaretten herauszugeben". Weil sie als Nichtraucher keine dabei hatten, seien sie von der „Personengruppe" unvermittelt massiv mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert worden.

Laut Polizeibericht flüchteten die brutalen Täter in unbekannte Richtung, während die Weßlinger sich mit schweren Verletzungen nach Hause schleppen konnten und sich unter Schock ins Bett legten. Als die 46-jährige Schwester ihre schwer verletzen Brüder in der Wohnung vorfand, verständigte sie sofort einen Arzt.

Dieser erkannte die lebensbedrohlichen Verletzungen und ließ das jüngere Opfer sofort ins Starnberger Krankenhaus bringen, wo der 41-Jährige wegen seiner schweren Rippenfrakturen unverzüglich notoperiert wurde. Das Opfer befinde sich aber mittlerweile außer Lebensgefahr, teilte die Polizei mit.

Nach einer ersten polizeilichen Einvernahme kann die unbekannte tatverdächtige Personengruppe von den beiden Opfern wie folgt vage beschrieben werden: Alle Tatverdächtigen sind männlich, zwischen 25 und 30 Jahre alt und sprachen fremdländisch. Nach Bekanntwerden des Sachverhalts ermittelt nun die Kriminalpolizei Fürstenfeldbruck und bittet dringend um sachdienliche Zeugenhinweise unter der Telefonnummer 08141-612-0.

Innenminister Horst Seehofer, CSU: „Bayern ist sicher".

http://www.pi-news.net/2019/07/grefrath-nrw-akzentsprecher-vergewaltigen-junge-frau/

POLIZEI VERRINGERT WIEDER BEI MANCHEN ÜBERGRIFFEN DIE AUFKLÄRUNGSCHANCEN

Grefrath (NRW): „Akzentsprecher“ vergewaltigen junge Frau

1. Juli 2019

Grefrath: In der Nacht zu Samstag, gegen 03.00 Uhr, war eine junge Frau aus Grefrath auf der Stadionstraße in Grefrath unterwegs. An einer Bushaltestellte wurde sie zunächst von zwei unbekannten Männern angesprochen und verbal sexuell belästigt. Die beiden Männer trugen die Frau anschließend gegen ihren Willen über den Parkplatz des Eisstadions bis zum dahinterliegenden Sportplatz. Dort wurde die Frau vergewaltigt. Am Nachmittag vertraute sich die Frau einer Freundin an und erstattete Anzeige. Die beiden Unbekannten sind ca. 1,95 Meter groß und etwa Mitte zwanzig. Einer trug einen Dreitagebart. Beide sprachen Deutsch mit Akzent. Die Kriminalpolizei bittet um Mithilfe bei der Aufklärung und fragt: Wer hat zum Tatzeitpunkt verdächtige Personen im Bereich der Stadionstraße in Grefrath beobachtet und kann weitere Hinweise geben. Mitteilungen bitte an das Kriminalkommissariat 1 in Dülken über die Rufnummer 02162/377-0 oder per Mail an poststelle.viersen@polizei.nrw.de.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Recklinghausen: Ein 12-jähriges Mädchen soll am Dienstag gegen 16.40 h in dem Hof eines Mehrfamilienhauses an der Straße „Am Katernberg“ von einem Mann belästigt worden sein. Der Unbekannte hielt sich in dem Hof auf und sprach dort mit spielenden Kindern. Einer 12-Jährigen fasste er an den Po. Dann fuhr er mit einem Fahrrad weg. Der Mann wird wie folgt beschrieben: ca. 1,70 m groß, ca. 50 bis 60 Jahre alt, dunkelhäutig, Halbglatze, trug eine Jeanshose und ein kariertes Hemd und war mit einem lilafarbenen Fahrrad unterwegs.

Backnang: Am Freitagabend kam es im Rahmen des Straßenfestes zu mehreren Vorfällen, bei denen mindestens drei Frauen sexuell belästigt wurden. Am Rande der Veranstaltung lauerten drei Tatverdächtigen die Frauen auf. Danach wurden sie von den Männern betatscht bzw. unsittlich angefasst. Bei den Tatverdächtigen, die nicht gemeinsam agierten, handelt es sich um einen 32-jährigen Eritreer sowie einen 20 und 22-jährigen Gambier. Die alkoholisierten

Männer erhielten noch am selben Abend einen Platzverweis. Zudem wurden gegen sie strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet.
Limburg: Jugendliche unsittlich berührt, Limburg, Frankenstraße, 27.06.2019, 15.10 Uhr, (pl)Am Donnerstagnachmittag wurde eine 16-jährige Jugendliche in der Frankenstraße in Limburg von einem etwa 20 Jahre alten Mann unsittlich berührt. Die 16-Jährige lief gegen 15.10 Uhr die Straße entlang, als sie von dem Unbekannten angesprochen wurde. Der junge Mann sei dann direkt aufdringlich geworden und habe sie schließlich im Bereich des Oberkörpers unsittlich berührt. Die Geschädigte, welche daraufhin weglief, beschrieb den Täter als ca. 20 Jahre alt, etwa 1,80 Meter groß mit einem südländischen Erscheinungsbildund kurzen, schwarzen Haaren. Er soll zur Tatzeit ein schwarzes T-Shirt und eine kurze Hose getragen haben.
Magdeburg – Stendal: Am 27.Juni 2019, um kurz nach 17:00 Uhr kam es im Regionalexpress von Magdeburg nach Stendal zu einer sexuellen Belästigung zum Nachteil einer 22-jährigen Frau. Diese befand sich mit ihrer Schwester in dem Zug, als ihr ein Mann, gegen ihren Willen zwischen die Beine fasste. Der Täter, bei dem es sich laut Aussage der belästigten Frau um einen Schwarzafrikaner handeln soll, befand sich mit zwei weiteren Männern in der Bahn, die sich jedoch nicht an der Belästigung beteiligten. Diese zwei Bekannten des Täters, ebenfalls dunkelhäutig, stiegen ebenso wie die Geschädigte und ihre Schwester in Stendal aus. Die Schwestern begaben sich anschließend zur Polizei und erstatteten Anzeige. Der Täter verblieb im Zug Richtung Uelzen. Er wird wie folgt beschrieben.
Dunkelhäutig/schwarzafrikanischer Phänotypus, bekleidet mit einem rot in Rot gemusterten Überwurfhemd und weiterer afrikanisch bunter Bekleidung. Er führte einen schwarzen Rucksack mit sich.
Rüdesheim: Am Morgen von Fronleichnam brachte eine 18-jährige Frau einen sexuellen Übergriff bei der Polizei in Rüdesheim zur Anzeige. Laut den Angaben der Geschädigten sei sie in der Nacht zum Donnerstag, gegen 02.45 Uhr, mit einem Taxi zunächst in die Grabenstraße nach Rüdesheim gefahren. Als sie dort ankam und aus dem Taxi stieg, habe sie ein Mann aus einem grauen Mercedes Kombi heraus angesprochen und gefragt, ob er sie mitnehmen könne. Als die Frau sich schließlich darauf eingelassen habe, sei der Mann mit ihr in den Küferweg gefahren, wo beide zunächst aus dem Mercedes ausgestiegen seien. Auf der Straße soll der Mann die 18-Jährige dann zu sexuellen Handlugen gezwungen haben, bevor er mit seinem Fahrzeug weiterfuhr und die 18-Jährige im Küferweg zurückließ. Der Mercedes-Fahrer soll etwa 27 Jahre alt, zwischen 1,75 m und 1,80 m groß mit dunklem Teint und südländischem Erscheinungsbild gewesen sein.
Hamburg: Die Polizei fahndet nach einem bislang unbekannten Mann, der in der vergangen Nacht in Hamburg-Harburg ein versuchtes Sexualdelikt zum Nachteil einer 25-jährigen Frau begangen haben soll. Der Kriminaldauerdienst (LKA 26) übernahm die Ermittlungen. Nach den bisherigen Erkenntnissen begab sich die 25-jährige Frau in den frühen Morgenstunden vom S-Bahnhof Harburg zu Fuß auf den Heimweg und bemerkte seither, dass ihr eine unbekannte Person folgte. Als sie in der Eddelbüttelstraße zum Hauseingang eines Mehrfamilienhauses lief und dort mehrere Klingeln betätigte, um Hilfe zu rufen, lief ihr der Mann hinterher, drückte sie gegen die Wand und berührte sie unsittlich. Als sich die Geschädigte zur Wehr setzte, ließ der Mann von ihr ab und flüchtete in unbekannte Richtung. Eine Sofortfahndung mit mehreren Funkstreifenwagen führte nicht zur Ergreifung des Tatverdächtigen. Dieser kann wie folgt beschrieben werden: männlich, „ südländische“ Erscheinung, ca. 170 cm, kurzer Vollbart, graue Kapuzenjacke, Jeanshose.

Ebern: Einem 27-Jährigen wird vorgeworfen, am Sonntagabend eine Jugendliche sexuell genötigt zu haben. Die Eberner Polizei nahm den Tatverdächtigen vorläufig fest. Er befindet sich seit Montag auf Antrag der Staatsanwaltschaft Bamberg in Untersuchungshaft. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen hat sich die Tat gegen 20.15 Uhr in der Georg-Nadler-Straße ereignet. Dort soll der 27-jährige Syrer eine 14-Jährige aus dem Landkreis Haßberge in ein Auto gelockt, sie gegen ihren Willen geküsst und in der Folge auch unsittlich berührt haben. Der Tatverdächtige wurde kurz nach der Tat vorläufig festgenommen. Er verbrachte die Nacht zum Montag in einem Haftraum der Polizei, bevor er auf Anordnung der Staatsanwaltschaft dem Ermittlungsrichter vorgeführt wurde. Der Ermittlungsrichter ordnete gegen den 27-jährigen Zuwanderer die Untersuchungshaft wegen des dringenden Verdachts der sexuellen Nötigung an. Er wurde nach der Eröffnung des Haftbefehls in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert.
Rheinstetten: Als zwei junge Frauen am Mittwoch, gegen 22:15 Uhr, nach dem Besuch eines öffentlichen Badesees in der Herrenalber Straße in Rheinstetten zu ihrem am Parkplatz abgestellten Pkw zurückkehrten, mussten sie feststellen, wie ein bislang unbekannter junger Mann exhibitionistische Handlungen ausführte. Nachdem die beiden 21-jährigen Frauen am Auto angekommen waren, tauchte unmittelbar danach der unbekannte Mann auf. Er starrte die beiden Frauen an, lehnte sich gegen ein in unmittelbarer Nähe abgestelltes Auto und zündete sich eine Zigarette an. Die beiden 21-Jährigen beluden derweil das eigene Fahrzeug und stiegen zum Losfahren ein. Als sich die Geschädigten schließlich im Auto befanden, mussten sie feststellen wie der Unbekannte an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Als es zu einem Blickkontakt zwischen den erschrockenen Frauen und dem Mann kam, entfernte sich dieser eilig von der Örtlichkeit. Die beiden Frauen alarmierten daraufhin die Polizei. Der Exhibitionist konnte wie folgt beschrieben werden: – Circa 25 – 26 Jahre alt – Etwa 1.75 – 1.80 cm groß – Schlanke normale Statur – Dunkle Augen – Dunkel, nach hinten gegelte Haare – Schwarzer Bart –Südländischer Typ.
Stuttgart: Ein unbekannter Mann hat am Montagnachmittag (17.06.2019) an der Neckartalstraße zwei 18 und 19 Jahre alte Frauen sexuell belästigt. Die beiden jungen Frauen hielten sich gegen 15.15 Uhr im Bereich des Mühlstegs auf einer Wiese auf als sie beobachteten, wie der Unbekannte sein Geschlechtsteil in der Hand hielt, offenbar onanierte und sie dabei anschaute. Anschließend flüchtete der Mann in Richtung Voltastraße. Alarmierte Polizeibeamte fahndeten erfolglos nach dem Täter. Laut den beiden Frauen soll er zirka 170 bis 175 Zentimeter groß und etwa 35 bis 40 Jahre alt sein. Er war sehr hager, hatte ein südländisches Aussehen sowie kurze braune Haare und trug einen Dreitagebart.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Berlin: Drei Unbekannte beleidigten und griffen in der vergangenen Nacht drei Männer in Tiergarten an. Den Schilderungen der Angegriffenen zufolge waren sie kurz vor 23 Uhr in einer Parkanlage am Oswald-Schumann-Platz unterwegs, als sie von dem Trio homophob beleidigt wurden. Als die Beleidigten nicht darauf reagierten, griffen sich die Unbekannten Baumäste und warfen diese in deren Richtung. Einer der Männer, ein 56-Jähriger, wurde getroffen und leicht verletzt. Seine beiden Begleiter, 51 und 68 Jahre alt, konnten ausweichen. Anschließend flüchteten die Unbekannten in Richtung Hansaplatz. Eine medizinische

Versorgung lehnte der Leichtverletzte ab. Der Polizeiliche Staatsschutz beim Landeskriminalamt hat die weiteren Ermittlungen übernommen.
Geringswalde: Ein 10-jähriges Mädchen ist am Dienstag früh im Bereich Kellerberg/Dresdener Straße einem Unbekannten begegnet. Als sie an der Ampelkreuzung gegenüber des Rathauses an der Dresdener Straße wartete, soll der Mann sie unsittlich berührt haben. Das Kind rannte daraufhin weg und informierte seine Angehörigen, die in der Folge Anzeige bei der Polizei erstatteten. Das Mädchen beschrieb den Unbekannten alsetwa 40 bis 50 Jahre alten, schlanken Mann mit Glatze. Er sei mit einer grünen, kurzen Hose sowie einem blauen T-Shirt bekleidet gewesen. Ein weiterer Zeuge gab gegenüber der Polizei an, dass er am Dienstagmorgen beim Vorbeifahren in dem Bereich einen etwa 50 Jahre alten, ca. 1,70 Meter großen Mann gesehen hat, der mit einem weißen T-Shirt und einer cremefarbenen, kurzen Hose bekleidet war. Zudem sei auffällig gewesen, dass ein Fuß beim Laufen nach innen gedreht war. Der Beschriebene könnte als Zeuge für die polizeilichen Ermittlungen von Bedeutung sein.
Urdenbach: Das Kriminalkommissariat 12 der Düsseldorfer Polizei fahndet nach einemetwa 19-jährigen und etwa 1,75 Meter großen Mann. Der Verdächtige hatte sich im Bereich der Straße Am Rittersberg (Urdenbacher Altrhein) einer Joggerin in schamverletzender Weise gezeigt und sie sogar angesprochen. Die Frau entfernte sich und erstattete Anzeige. Der Mann war mit einem hochwertigen Fahrrad unterwegs. Auffällig waren zwei tätowierte Punkte unter den Augen. Hinweise werden erbeten an das Kriminalkommissariat 12 der Düsseldorfer Polizei unter Telefon 0211 – 870-0.
Kirchheim unter Teck: Am Freitagmittag um 11 Uhr ist es in der Kolbstraße zu einer sexuellen Belästigung einer 18jährigen Frau gekommen. Eine bislang unbekannte männliche Person schlug der Frau völlig unvermittelt auf ihren Hintern. Anschließend entfernte er sich in Richtung Schöllkopfstraße. Der Täter wurde von der Geschädigten wie folgt beschrieben: männlich, 180-190 cm groß, schlank, bekleidet mit schwarzer Jogginghose, schwarzem Kapuzenpullover sowie weißen Schuhen. Das Polizeirevier Kirchheim hat die Ermittlungen aufgenommen.
Wehrda: Am Sonntag, 16. Juni, gegen 17.30 Uhr, informierten Zeugen die Polizei über einen Exhibitionisten am Weißen Stein. Der 20 bis 30 Jahre Mann mit dunklen kurze Haaren und T-Shirt tauchte auf dem Feldweg zur Burgruine auf. Er sprach nicht und flüchtet nach Entdeckung. Die Fahndung der Polizei verlief erfolglos. Wer hat den Mann zu dieser Zeit noch gesehen? Wer kann ihn näher beschreiben? Wer kann Hinweise zu seiner Identifizierung geben? Kripo Marburg, Tel. 06421/406-0.
Parchim: In Parchim hat ein Exhibitionist am Sonntagvormittag eine Frau auf dem Friedhof am Eichberg bedrängt. Nach Aussagen des Opfers stand der Mann gegen 10:30 Uhr plötzlich mit heruntergelassener Hose vor ihr und sprach sie an. Daraufhin verließ die Rentnerin umgehend die Örtlichkeit und informierte die Polizei. Nach Aussagen der 80-Jährigen war der Mann etwa 50 Jahre alt, korpulent und trug dunkelblaue Bekleidung. Die Polizei in Parchim (03871/ 6000) hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet um Hinweise aus der Bevölkerung.
Erkelenz: Am Sonntag, 16. Juni, beobachteten Kinder, die auf einem Spielplatz an der Tenholter Straße spielten, einen ihnen unbekannten Mann. Dieser war nackt und manipulierte offensichtlich an seinem Geschlechtsteil. Dabei sah oder sprach er die Kinder nicht an. Diese liefen nach Hause und erzählten ihren Eltern von dem Vorfall. Der Mann war pummelig, über 40 Jahre alt und war zirka 180 Zentimeter groß. Er hatte einen Dreitagebart und trug eine blaue, kurze Hose. Wer kann Angaben zur Identität des Unbekannten machen oder hat Beobachtungen im Zusammenhang mit dieser Tat gemacht? Hinweise richten Sie

bitte an das Kriminalkommissariat 1 der Polizei in Heinsberg unter Telefon 02452 920 0.
Jena: Eine junge Frau wurde Montagnachmittag gegen 16.00 Uhr von einem Unbekannten im Paradies durch dessen exhibitionistische Handlungen belästigt. Die junge Frau befand sich in der Nähe der Straßenbahnhaltestelle Jenertal auf einer Wiese. Der Mann hatte sich hinter einem Busch versteckt und ließ sich auch nicht stören, als er von der jungen Frau entdeckt wurde. Er entfernte sich später in Richtung Saale. So wird er beschrieben: 30-40 Jahre alt, 1,70 – 1,75 m groß, schlank, kurze dunkle Haare, bekleidet mit kariertem Hemd und beiger Hose, trug eine Sonnenbrille. Wem der Mann ebenfalls aufgefallen ist und wer weitere Hinweise geben kann, der wird gebeten, sich unter Tel. 03641-810 an die Polizei Jena zu wenden.

http://www.pi-news.net/2019/07/frankreich-islamische-jugendliche-greifen-polizeistation-an/

"KOMMT RAUS, WIR WOLLEN EUCH VERBRENNEN"

Frankreich: Islamische Jugendliche greifen Polizeistation an

2. Juli 2019

Von CHEVROLET | Man kennt das ja inzwischen: Da rotten sich Gruppen von Moslems zusammen, und machen der Polizei klar, dass es sich um „ihre" Straße handelt, dass sie für „Ordnung" à la Irak sorgen und die Polizei gefälligst wegzubleiben hat. Oder Clans machen den Polizisten, die im Merkel-Regime mit keinerlei Rückhalt rechnen dürfen, klar, dass Clanstrukturen und Scharia-Recht in Deutschland gelten. Und sonst nix. Ja, und Straßensperrungen werden durch bevorzugt türkische Hochzeitsgesellschaften angeordnet und gleich durchgeführt.
In Frankreich ist das nicht viel besser, nur dass dort seit kolonialen Zeiten Unmengen von Ausländern aus islamischen Ländern wie dem Maghreb oder aus Afrika leben, die in den Vorstädten das sagen haben.
Eine neue Dimension ist aber, was sich jetzt in einer Gemeinde des Departements Eure in der Normandie, grob gesagt zwischen Paris und Le Havre, zutrug.
Um 2 Uhr früh stürmten 15 junge Leute laut „Allahu Akbar" schreiend die Polizeistation von Val-de-Reuil-Louviers. Alle waren mit Hoodies maskiert und feuerten irgendwelche Geschosse auf die anwesenden Beamten der Nachtschicht, berichtet „Le Figaro".
Der ganze Angriff dauerte etwa 30 Minuten, in denen sich die Polizisten mit Schilden verteidigen mussten, um das Polizeigebäude halten zu können. Die Beamten mussten Tränengas gegen die Horden von Einwanderern einsetzen, bis endlich Verstärkung von außen eintraf. Aus dem „Figaro" vorliegenden internen Polizeiprotokollen geht hervor, dass die Lage wohl weitaus gefährlicher war als die offizielle Version der Behörden vermuten lässt.
Neben dem islamischen Kampfschrei riefen die Moslems auch „Kommt raus, wir wollen Euch verbrennen" und „französische F*cker". 115 Schuss-Projektile fand man später auf dem Gelände, abgegeben von den jugendlichen Gewalttätern.
Polizisten wurden in Frankreich schon mehrfach Opfer von islamischen Angriffen. In Bordeaux stürmte ein 34-jähriger Moslem im IS-Outfit eine Polizeistation und wollte dort im Namen Allahs Polizisten ermorden. Erst der Einsatz eines Tasers konnte den Wildgewordenen stoppen. 2016 wurde ein Polizist und seine Frau von einem 25-jährigen Islam-Jünger in deren Wohnung erschlagen.

http://www.pi-news.net/2019/07/kassel-suedlaender-rammt-18-jaehrigem-messer-in-den-ruecken/

„VERSEHENTLICH ANGEREMPELT"

Kassel: „Südländer" rammt 18-Jährigem Messer in den Rücken

2. Juli 2019

Vor wenigen Tagen versammelten sich in Kassel einige Tausend Menschen, um gegen „Hass, Hetze und Terror" zu protestieren. Doch bereits am Montag kam es zu erneutem Messer-Terror direkt vor dem Kasseler Rathaus.

Von DAVID DEIMER | Masseneinwanderung ist Messereinwanderung: Ein 18-jähriger Mann wurde am Montagnachmittag ausgerechnet in Kassel durch „zwei Männer mit südländischem Äußeren" niedergestochen und schwerst verletzt. Fahrgäste einer Straßenbahn waren laut Polizei um 14.30 Uhr an der Haltestelle Rathaus „in Streit geraten".

Einer von zwei bislang unbekannten Tätern stach sodann „im Zuge der eskalierenden Meinungsverschiedenheiten" (sozusagen) mit einem Messer auf den 18-Jährigen ein. Das weitere Opfer des deutschen Migration-Kultes wurde mit einer schweren Stichverletzung am Rücken in ein Krankenhaus gebracht. Lebensgefahr soll nach Polizeiangaben nicht mehr bestehen.

Die Kasseler Polizei fahndet aktuell nach den beiden Männern und bittet um Hinweise von Zeugen. Die Tatverdächtigen des Mordversuchs sind zwei Männer „mit südländischem Äußeren". Der Haupttäter soll etwa 25 Jahre alt sein, dunkle, im oberen Bereich längere und an den Seiten kurz rasierte Haare haben, den beliebten „Shitboy-Cut". Er trug schon vor der Tat ein blutrotes T-Shirt. Der Mittäter soll mit einem gelb-gräulichen T-Shirt bekleidet sein und einen dünnen Oberlippenbart haben.

„Versehentlich angerempelt"

Nach den ersten Befragungen des Opfers und von Tatzeugen waren sowohl der 18-Jährige als auch die beiden mutmaßlichen Täter an der Haltestelle „Rathaus" aus der Straßenbahn, die aus Richtung der prekären „Südstadt" gekommen war, ausgestiegen. Dabei hatte das „Opfer" offenbar einen der neudeutschen Herrenmenschen leicht angerempelt, woraufhin es zu einem Wortgefecht kam. Es blieb nicht nur bei Worten: Mit einem Messer wurde dem 18-Jährigen dann unverzüglich ein Stich in den Rücken versetzt. Die beiden Fluchtsuchenden flüchteten dann in Richtung Innenstadt.

Die Kasseler Polizei bittet Zeugen, die Hinweise auf die beiden Täter geben können, sich unter Tel. 0561 – 9100 zu melden. Es wird außerdem darum gebeten, „bei aktuellem Antreffen nicht an die beiden Männer heranzutreten", sondern umgehend die Polizei über den Notruf 110 zu verständigen. Aktuell liefe die Fahndung nach den beiden „flüchtigen Tätern auf Hochtouren".

Kassel soll „weltoffen" bleiben

Erst vor wenigen Tagen haben sich unweit des Tatortes in der Kasseler Innenstadt „rund 10.000 Menschen" unter der Ägide von „SPD, Kirchen und Gewerkschaften" zu einer Kundgebung vor dem Kasseler Regierungspräsidium versammelt. Ihre Botschaft: „In Kassel haben Hass und Hetze keinen Platz." Kassels Oberbürgermeister Christian Geselle, SPD, betonte: „Wir sind nicht der braune Sumpf der Nation. Wir sind friedlich, tolerant und weltoffen. Bei uns

haben Hass, Hetze, Terror und Ausgrenzung keinen Platz.“ Hessens Justizministerin Eva Kühne-Hörmann, CDU, warnte angesichts von „Hass und Hetze“: „Aus Worten können Taten werden.“ Mit Blick auf die Schar der Demonstranten, die Flagge für eine tolerante Gesellschaft zeigten (hessenschau), sagte sie: „Das ist ein ganz starkes Signal. Wir lassen uns unsere Freiheit nicht nehmen.“
Der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Martin Hein, rief laut einem vorab verbreiteten Redemanuskript dazu auf, gegenüber „rechtsradikaler Intoleranz keine Toleranz“ mehr zu zeigen. Der katholische Fuldaer Bischof Michael Gerber rief zu einer „Kultur der Wertschätzung“ auf. Wie viele Demonstranten werden wohl heute angesichts der zunehmenden Migrantengewalt vor dem Rathaus für ein friedlicheres Kassel ohne Messer-Terror „Flagge zeigen“?

http://www.pi-news.net/2019/07/luegenpresse-macht-aus-tuerkischen-taetern-deutsche-urlauber/

GRUPPENVERGEWALTIGUNG IN CALA RATJADA

Lügenpresse macht aus türkischen Tätern „deutsche Urlauber“

5. Juli 2019

Die drei türkischen Vergewaltiger (rot umrandet) bei der Festnahme der spanischen Polizei am Flughafen von Palma de Mallorca.

Von OLIVER FLESCH aus Cala Ratjada, Mallorca | In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch vergewaltigten drei Türken aus Deutschland eine 18-Jährige Deutsche in Cala Ratjada. Die Lügenpresse spricht von „deutschen Urlaubern“ und vergewaltigt das Opfer damit erneut. Glücklicherweise wissen die spanischen Medien noch, was journalistische Sorgfaltspflicht bedeutet und nannten den Migrationshintergrund der Vergewaltiger.

Das Mädchen lernte die Türken beim Feiern in einer Diskothek kennen. Sie ließ sich überreden, im Hotelzimmer der Jungs noch ein bisschen weiter zu feiern. Das Drama begann… Einer hielt die Kleine fest, der Zweite vergewaltigte sie und der Dritte fotografierte und filmte das Grauen.

Nach der Vergewaltigung gelang es dem Mädchen aus dem Zimmer zu flüchten. Zitternd schilderte sie einem Hotelmitarbeiter an der Rezeption das Verbrechen. Um 5:45 Uhr fand eine Patrouille der Lokalpolizei von Capdepera die 18-Jährige weinend vor.

Die Vergewaltiger waren äußerst brutal, das Mädchen hatte mehrere Druckstellen an Hals und Armen. Eine genauere Untersuchung im Krankenhaus belegte die Vergewaltigung.

Über die Festnahme schreibt das „Mallorca Magazin“, das als erstes deutsches Blatt die Herkunft der Täter nennt:

Die Polizisten konnten die mutmaßlichen Täter am Donnerstagmorgen anhand eines Fotos identifizieren. Die Tatverdächtigen hatten um 4.20 Uhr in Cala Ratjada einen Bus bestiegen. Die vier Männer gingen später nicht als Gruppe durch die Handgepäckkontrolle, sondern einzeln an unterschiedlichen Laufbändern. Die Fahnder hatten sich unter die Sicherheitsleute gemischt

und stürzten sich dann auf die Gesuchten. Bei ihnen soll es sich nach Berichten spanischer Medien unter Berufung auf die Ermittler um Bundesbürger türkischer Herkunft handeln.

Mich betrifft dieser Fall persönlich, da ich 2015 von Berlin nach Cala Ratjada zog. Die ersten beiden Jahre war's das Paradies auf Erden. Ein Ort der Unschuld, in dem die Kinder bis spät in die Nacht auf der Straße spielen konnten.

Doch seit Sommer 2017 kommen immer mehr Türken und Araber aus Deutschland in unser Dorf. Der Grund war wohl, dass immer weniger deutsche Mädels in der Türkei Urlaub machten. Sie kommen in den üblichen Rudeln von drei, vier, fünf Männlein und verbreiten aggressive Stimmung. Ständig machen sie in und vor den Diskotheken Ärger.

Es sind noch keine Massen wie in Berlin, Hamburg oder München, aber es reicht, um uns Residenten und Urlaubern die Stimmung zu versauen. Selbst und gerade bei den Spaniern sind sie verhasst. Es ist ein Geschwür, das sich langsam ausbreitet.

Ich habe einen alten Kollegen von BILD gefragt, wieso sein Blatt die Herkunft der Täter nicht nennt. Er kann es sich auch nicht erklären. Und noch ein Skandal: Auf dem Foto von der Verhaftung schnitt BILD einen der Täter ab. Wohl, weil er dummerweise keine blonden Haare hat.

Die BILD-Schneiderlinge waren wieder am Werk: Wie bereits am Donnerstag bei Mathias Döpfners Beinen (PI-NEWS berichtete), schnitten sie diesmal den türkischen Täter mit dunklen Haaren links aus dem Foto. Passt ja auch nicht ins Bild der „vier deutschen Urlauber"…

Heute werde ich für meinen YouTube-Kanal „Heimatliebe" eine Umfrage unter deutschen Mädels machen, sie fragen, ob sie sich noch sicher fühlen und so weiter. Die ersten, die ich fragte, waren auskunftsfreudig, wollten aber nicht vor die Kamera.

Ihre Aussagen waren erschütternd: Unbewusst gaben sie dem Opfer eine Mitschuld („sie hätte nicht mitgehen dürfen"), und was noch viel schlimmer ist: Sie scheinen längst resigniert zu haben: „Heute ist man doch nirgendwo mehr sicher".

Da mag ja was dran sein, liebe Mädels, doch damit solltet Ihr Euch nicht abfinden. Anstatt Eure Zeit auf „FFF"-Demonstrationen zu verschwenden, wäre es klüger, gegen das Böse zu kämpfen.

Ihr könnt es nicht wissen, das Drama der späten Geburt, aber nicht nur Cala Ratjada war einst ein sicherer Ort, auch in Deutschland konnten Mädchen früher leichtbekleidet und beschwipst von Club zu Club hoppen. Heute unvorstellbar.

Die Täter übrigens, die aus Frankfurt am Main kommen sollen, die Täter bestreiten die Vergewaltigung. War ja wieder klar, ist ja fast immer so, diese Leute haben so gut wie nie den Schneid, zu ihren Verbrechen zu stehen. ?Das Gute ist: Spanien kennt keine Kuscheljustiz. Bei Vergewaltigung schon mal gar nicht. 2018 bekam ein Brite, der im Nachbarort eine Hotelangestellte vergewaltigte, 14 Jahre.

„ENTSETZEN IM RUHRGEBIET" - ALLE TÄTER WIEDER AUF FREIEM FUS

Mülheim (NRW): Bulgaren-Kinder vergewaltigen junge Frau

7. Juli 2019

Von JOHANNES DANIELS | Die Gruppenvergewaltigung auch durch „jugendliche EU-Bürger" gehört zu jetzt Deutschland. Sogar die NRW-Polizei spricht bei der jüngsten „unfassbaren Gruppenvergewaltigung" (Mainstream-Medien) nun von „massiver Gewalt": Eine Frau wurde in Mülheim an der Ruhr am Freitag Abend in ein Gebüsch gezerrt und von mehreren Tätern brutal vergewaltigt. Die Polizei hat eine Gruppe von „fünf Kindern und Jugendlichen" ermittelt – die Jüngsten von ihnen können nicht vor Gericht gestellt werden. Alle Vergewaltiger sind bereits wieder auf freiem Fuß im migrationsseligen La-La-Laschet-Land – „sie seien noch am Samstag nach ihrer Vernehmung wieder in die Obhut der Eltern übergeben worden", erklärte ein Polizeisprecher. Der Begriff „Obhut" dürfte in diesem Fall aber relativ sein. Gibt es keine Erziehungsheime mehr? Oder wäre dies eine antiziganistische politisch-inkorrekte Erziehungsmaßnahme?

Selbst die systemtreue Umvolkungs-Postille „Der STERN" berichtet:

„Entsetzen im Ruhrgebiet: Nach der Vergewaltigung einer jungen Frau ermittelt die Polizei in Mülheim an der Ruhr gegen fünf Kinder und Jugendliche im Alter von nur 12 bis 14 Jahren. Mitglieder der Gruppe sollen die junge Erwachsene am späten Freitagabend von der Straße weg in ein Grüngelände gezerrt und missbraucht haben. ‚Es war Gewalt im Spiel, massive Gewalt', sagte ein Polizeisprecher.

Das Opfer sei verletzt ins Krankenhaus gekommen und werde betreut, berichteten die Ermittler. Die zwei 12-jährigen Kinder wurden in Anwesenheit der Eltern von der Polizei angehört und danach noch am Freitagabend ihren Eltern übergeben. Die drei 14-Jährigen mussten die Nacht in der Zelle verbringen und wurden offiziell vernommen. Sie kamen im Laufe des Samstags zurück zu ihren Familien".

Es handelt sich um ein „schweres Sexualdelikt" und alle „Tatverdächtigen" haben wiederum die bulgarische Nationalität. Anwohner in der Mülheimer Altstadt waren am Freitagabend gegen 22.15 Uhr aufmerksam geworden, weil ihr Hund unruhig wurde, berichtete die Polizei. Sie hätten im Grünen hinter ihrem Garten das Opfer und männliche Personen entdeckt und sofort die Polizei verständigt. Die Täter seien dann über einen Radweg geflohen. Die Anwohner kümmerten sich um das Opfer, während bei der Fahndung mit mehreren Streifenwagen, Zivilbeamten und einem Diensthund die südosteuropäische „Personengruppe" dingfest gemacht werden konnte.

Brutale Bulgaren-„Buben"

Der Verdacht gegen die Kinder und Jugendlichen habe sich dabei „verhärtet", hieß es in einer Mitteilung. Weitere Details gab es zunächst nicht von der Polizei – aus Gründen des Opferschutzes und selbstverständlich des Täterschutzes. Schließlich handelt es sich um weitere junge Ehrengäste der EU- und UN-Migrationspakt-hörigen Bundesregierung. „Die jeweilige Rolle bei dem Verbrechen" sei noch Gegenstand der polizeilichen Ermittlungen. Der Mülheimer Polizeisprecher Peter Elke: „Nachdem wir ermittelt haben, dass zwei aus der Gruppe zwölf Jahre und somit strafunmündig sind, haben wir sie noch an Ort und Stelle an die Eltern übergeben".

Zu den genauen Abläufen kann laut Polizei noch nichts gesagt werden. Elke: „Was wir jetzt schon wissen ist, dass die junge Frau mit den Männern mitgegangen oder mitgezogen wurde. In einem nahegelegenen Waldstück, das unmittelbar neben den Bahnlinien liegt, ist es offenbar zu dieser schwerwiegenden Straftat gekommen." Nach ersten Ermittlungen müsse davon ausgegangen werden, dass alle fünf „Bulgaren-Buben" (analog Täterversteher Christian Streich) gleichsam tatbeteiligt waren.

Polizeisprecher Elke: „Die junge Frau hat uns erste Fragen beantwortet – für genaue Details ist sie noch nicht vernommen worden. Sie ist schwer traumatisiert und wird betreut. Wir werden möglicherweise in den nächsten Tagen über die genauen Umstände der Tat erfahren." Zudem gäbe es relevante Zeugenaussagen.

„Rotations-europäischer Hintergrund" – importierte Bestien

Der Fall erinnert an ähnliche Verbrechen mit „sexuellen Übergriffen in Gruppen" seit 2015: Vor gut einem Jahr überfielen acht Jugendliche ein 13-jähriges Mädchen in Velbert bei Wuppertal. Sie wurden später wegen Gruppenvergewaltigung verurteilt und erhielten hohe Einzelstrafen von bis zu vier Jahren und neun Monaten. Auch hier stammten alle Jugendlichen aus Bulgarien und hatten „rotations-europäischen Hintergrund". In Freiburg läuft derzeit ein Verfahren gegen „elf Männer" zwischen 18 und 30 Jahren, zehn von ihnen sind „schutzsuchende Flüchtlinge". Sie vergewaltigten Mitte Oktober vergangenen Jahres eine 18-Jährige nach einem Discobesuch in einem Gebüsch vor der Diskothek. Und PI-NEWS berichtete erst kürzlich über die Gruppen-Vergewaltigung eines 18-jährigen deutschen Mädchens auf Mallorca durch die Türken Serhat K., Azad K., Yakub und Baran D..

Das Relocation-Journal „Der STERN" doziert:

„Gruppenvergewaltigungen sind laut polizeilicher Kriminalstatistik ein gar nicht so seltenes Phänomen. Allein 2017 ermittelten die Behörden gegen 467 Verdächtige. Mehr als ein Drittel waren Jugendliche oder Heranwachsende unter 21 Jahren, meist männlich. Fachleute sehen bei Gruppenvergewaltigungen eine gefährliche Kombination von Sexualität, Machtdemonstration und Gruppendynamik. Häufig würden solche Taten gefilmt, um mit der Tat zu prahlen, hatte der Kriminalpsychologe Rudolf Egg nach der Tat von Velbert gesagt. Im Mülheimer Fall äußerte sich die Polizei aber noch nicht, ob das Geschehene auch gefilmt wurde".

Im jüngsten Mülheimer Fall schaltet sich nun das örtliche „Jugendamt" ein, wohl etwas zu spät: Wie ein Sprecher der Stadt betonte, werde sich bei den Familien der zwölfjährigen Kinder bereits am Montag das Jugendamt einschalten „und den Familien Hilfe anbieten" (Original-Wortlaut).

Die Strafe: „Eine Woche nicht zur Schule schicken"

Falls die Mitarbeiter den Eindruck gewinnen würden, „dass die Familien mit der Situation nicht fertig werden, sei auch ein aktives Eingreifen" bis hin zur Entnahme der Kinder aus den Familien möglich. In jedem Fall rate die Stadt den Eltern, die Kinder in der kommenden Woche „nicht zur Schule zu schicken", danach beginnen in Nordrhein-Westfalen ohnehin die Sommerferien.

Für sexuelle Übergriffe in besonders schweren Fällen und Vergewaltigungen liegt das Strafmaß nach § 177 StGB zwar nicht unter zwei Jahren. Kinder gelten jedoch vor ihrem 14. Geburtstag in Deutschland nicht als strafmündig und können daher auch nicht vor Gericht gestellt werden und zur Verantwortung gezogen werden.

Selbstverständlich ist die Sanktionssituation ein Hohn für das traumatisierte Opfer und deren Angehörigen. Und konkludent eine Aufforderung zu weiteren konsequenzlosen Straftaten durch den deutschen Kontrollverlust-Staat. Für das Opfer ist es wohl unerheblich, ob es von einer Gruppe von 16-jährigen, 66-jährigen oder Elfjährigen vergewaltigt wird. Straftatbestände wie Vergewaltigungen müssen deshalb zukünftig gesondert behandelt werden – wenn ein Täter „reif" genug ist, eine Frau zu vergewaltigen, ist er logischerweise auch erwachsen genug, um ihn nach Erwachsenenrecht zu bestrafen.

Es zeigt sich leider immer deutlicher, dass die deutsche Strafgesetzgebung- und praxis für die Veränderungen und „Verwerfungen" in diesen Land nicht mehr ausreichend sind. Eine zusätzliche Ausweisung in das EU-Land Bulgarien inklusive

Aufenthaltsverbot der Sippe wäre sicher in Sinne der Bevölkerung und des lebenslang gezeichneten Opfers. Der Gesetzgeber und der Sozialstaat sehen dies jedoch komplett konträr, denn „Wir als Deutsche" brauchen JEDES Talent und jedes einzelne Genital-Goldstück! Außerdem haben wir den Krieg verloren und als „Naziland" einiges gut zu machen …

Der Intensivtäter-Import geht weiter

Die frauenverachtenden Verhaltensmuster werden in manchen „Kulturkreisen" seit Generationen weitergegeben und dankbar adaptiert. Frauen sind in diesen Kreisen eine Ware und werden zum weiteren Gebrauch buchstäblich weiterverkauft. Auch die eigenen Kinder werden in diesem zynischen Geschäftsmodell verkauft. Viele Kinder erleben von klein auf intensive Gewalt und Kriminalität. Die Behörden sehen wie in den tausendfachen Grooming-Missbrauchsfällen in Nordengland weg, weil ja sonst das humanitär-bunte „Weltbild" einer offenen Gesellschaft zerstört werden könnte.

Aus Gründen der politischen Korrektheit dürfen auch Ross und Reiter – also die wahren Hintergründe – nicht genannt werden, um nicht als antiziganistisch zu gelten, wie in den widerwärtigen „Gruppenvergewaltigungs-Fällen in Velbert und Umgebung". Hat Deutschland den Kampf gegen die Migrationsgewalt schon längst aufgegeben?

Wie hieß es früher an jeder deutschen Baustelle: Eltern haften für ihre Kinder. Im kruden deutschen Sozialstaat werden sie dafür eher reichlich belohnt.

http://www.pi-news.net/2019/07/hamburg-24-jaehrige-schlaegt-belaestiger-mit-faust-in-die-flucht/

POLIZEI VERRINGERT WIEDER BEI MANCHEN ÜBERGRIFFEN DIE AUFKLÄRUNGSCHANCEN

Hamburg: 24-Jährige schlägt Belästiger mit Faust in die Flucht

6. Juli 2019

Hamburg: Am frühen Sonntagmorgen kam es in Lokstedt durch drei bislang unbekannte Täter zu einem versuchten sexuellen Übergriff auf eine Frau. Die Polizei sucht Zeugen. Nach den bisherigen Erkenntnissen attackierten die Männer die Frau (24) gemeinschaftlich. Sie sollen sie festgehalten und gegen eine Wand gedrückt haben. Dabei soll einer von ihnen noch versucht haben, ihr die Oberbekleidung herunter zu reißen. Die 24-Jährige setzte sich erheblich zur Wehr und schlug einem der Männer mit der Faust ins Gesicht. Daraufhin sollen die Täter von ihr abgelassen haben und in Richtung Lokstedter Grenzstraße geflüchtet sein. Ein Passant wurde im weiteren Verlauf auf die Frau aufmerksam und es kam zur Alarmierung der Polizei. Im Rahmen der dann eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen konnten die Männer nicht mehr angetroffen werden. Alle sollen ein„südländisches" Erscheinungsbild haben. Einer von ihnen soll ein helles, ein anderer ein dunkles T-Shirt getragen haben.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von

Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Stuttgart: Ein unbekannter Mann hat am Mittwoch (19.06.2019) in der Inselstraße vor einer Frau onaniert. Die 39-Jährige bemerkte den Mann gegen 17.50 Uhr, als er am Fußweg neben dem Stadtbad an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Als die Frau den Mann ansprach, flüchtete dieser. Er soll zirka 170 Zentimeter groß und 50 bis 60 Jahre alt sein und hat einen braunen Teint sowie kurze, dunkle Haare. Bekleidet war er mit einer schwarzen Hose und einem blauen Oberteil.

Westerland/Husum: Mittwochabend wurde die Bundespolizei über einen Sachverhalt im Zug von Westerland nach Husum informiert. Offensichtlich hatte ein Mann nach Abfahrt des Zuges in Westerland vor zwei Frauen exhibitionistische Handlungen vorgenommen. Er hatte seinen Mantel geöffnet und seine Genitalien gezeigt. Die Bundespolizei sucht nun Zeugen, die in dem Zug am Mittwochabend (22.22 Uhr ab Westerland) in Richtung Husum waren und Hinweise auf die männliche Person geben können. Eine Beschreibung des Tatverdächtigen konnte gegeben werden. Der Mann war im Alter von ca. 25 Jahren, athletisch und dunkelhäutig, bekleidet mit einem Sweatshirt, kurzer grauer Hose und einen Basecap.

Chemnitz: Donnerstagabend fiel zwei Frauen (21/22) im Bereich der Straßenbahnhaltestelle Uferstraße ein Mann hinter einem Gebüsch auf, der sexuelle Handlungen an sich vornahm. Als die Frauen den Unbekannten passiert hatten, lief dieser ihnen in die Jahnstraße nach und setzte seine Handlungen fort. Erst als die 22-Jährige ihn anschrie, verschwand er mit einem Fahrrad in Richtung Charlottenstraße. Der Mann wurde als etwa 25 Jahre alt, groß und schlank beschrieben. Er hat einen dunkleren Teint, dunkle kurze Haare sowie eine auffällige Nase. Zur Tat war er mit einer dunkelblauen Kapuzenjacke sowie einer langen Hose und Turnschuhen bekleidet. Bei seinem Rad handelt es sich um ein dunkles Herrenrad.

Wiesbaden-Bierstadt: Mittwoch, 19.06.2019, 23:35 Uhr (Gr) Am Mittwoch, den 19.06.2019, 23:35 Uhr, stieg die 51-jährige Geschädigten an einer Bushaltestelle in Wiesbaden-Bierstadt aus einem Linienbus aus und wurde vermutlich zunächst von einem unbekannten Täter zu Fuß verfolgt. In der Zwergstraße tauchte der Täter plötzlich neben der Geschädigten auf und suchte ein Gespräch, wobei er bereits unsittliche Äußerungen tätigte. Der Täter folgte der Geschädigten weiter, umklammerte sie dann mit beiden Armen und zog sie an sich heran. Dabei versuchte er die Geschädigten zu küssen, was sie jedoch durch Gegenwehr verhindern konnte, so dass der Täter schließlich flüchtete. Der Täter wird wie folgt beschrieben: männlich, südländisch, ca. 20 Jahre alt und 1,75 m groß. Normale Statur, braune (wellige) Haare (kurz bis mittellang)

Paderborn: Eine 27-jährige Frau wurde Ende April Opfer einer sexuellen Belästigung durch einen bislang unbekannten Täter. Mit Hilfe eines Fahndungsfotos soll der Mann jetzt identifiziert werden. Die Tat ereignete sich am Sonntag, 28.04.2019, gegen 17.15 Uhr auf dem Gelände einer Reithalle am Dr.-Rörig-Damm. Während die 27-jährige Frau ein Pferd über den Hof führte

näherte sich ein Mann aus Richtung Bahngleisen. Der Fremde sprach die Frau in gebrochenem Deutsch und Englisch an. Dann kam es zu mehreren sexuellen Belästigungen. Das Opfer wehrte sich und flüchtete. Der Tatverdächtige verschwand in unbekannte Richtung.
Crailsheim:Am Montag gegen 10:30 Uhr betrat ein Mann ein Ladengeschäft in der Ludwigstraße. Nach einem kurzen Gespräch mit der Verkäuferin fiel der dieser auf, dass der Mann an seinem entblößten Geschlechtsteil manipuliert. Die Verkäuferin verwies ihn daraufhin des Ladens. Laut der Zeugin hatte der Mann ein nordafrikanisches Aussehen, war 20-25 Jahre alt, 160 cm groß und trug einen kurzen, schwarzen Vollbart. Dazu sprach er gut Deutsch.
Berlin: Am späten Mittwochnachmittag nahmen Bundespolizisten einen Mann am Bahnhof Westkreuz vorläufig fest, nachdem er eine junge Frau sexuell belästigt hatte. Gegen 16 Uhr ging der 47-jährige syrische Staatsangehörige an der 17-jährigen deutschen Geschädigten vorbei, als diese auf einer Bank saß und auf ihre Bahn wartete. Im Vorbeigehen berührte der Mann die junge Frau im Intimbereich. Alarmierte Einsatzkräfte nahmen den 47-Jährigen vorläufig fest und leiteten ein Ermittlungsverfahren wegen sexueller Belästigung gegen ihn ein.
Essen: Am 1. Januar 2019 gegen 10 Uhr nötigte ein bislang unbekannter Mann eine 27-Jährige an der Haltestelle Rheinischer Platz sexuell. Der unbekannte Mann und die 27-Jährige fuhren zunächst beide in der Straßenbahn 103 vom Hauptbahnhof Richtung Rheinischer Platz. Beide stiegen dort aus. Der Mann sprach die Frau auf dem Bahnsteig an und wollte wissen, wo sie herkomme. Vom Bahnsteig aus stiegen beide in einen Aufzug und fuhren zur oberen Ebene. Beim Aussteigen hielt der Mann sie dann überraschend fest, fasste sie unsittlich an und küsste sie. Nur durch viel Kraftaufwand konnte sie sich von ihm lösen. Daraufhin flüchtete der Tatverdächtige über einen rechts liegenden Ausgang. Der Mann sei etwa 175 cm groß und habe einen goldenen Punkt auf der Stirn getragen (siehe Fandungsfoto). Nun sucht die Polizei mit einem Bilder der Überwachungskamera nach ihm. Hinweise zu seiner Identität und seinem Aufenthaltsort nimmt die Polizei unter 0201/829-0 entgegen.
Bad Segeberg: Am gestrigen Dienstagmittag ist es in der Neumünsterstraße innerhalb kurzer Zeit zu zwei Vorfällen gekommen, bei denen zwei Mädchen durch einen bislang Unbekannten angesprochen worden sind. Gegen 12:20 Uhr befand sich eine 12-Jährige an der Bushaltestelle an der Neumünsterstraße in Höhe des Kreisverkehrs mit der Bahnhofstraße. Dort trat ein Mann an die Wartende heran und bot ihr einen zweistelligen Geldbetrag für einen Kuss auf die Wange. Nach Ablehnung durch das Mädchen, versuchte der Unbekannte sie dann, am Bein zu berühren. Daraufhin flüchtete die 12-Jährige in südlicher Richtung. Ungefähr zehn Minuten später ging eine 15-Jährige die Neumünsterstraße in südlicher Richtung entlang. In Höhe des Netto-Supermarkts traf sie auf einen Mann, der sie unvermittelt ansprach, sie am Handgelenk anfasste und ihr einen dreistelligen Geldbetrag für einen durch ihn nicht näher beschriebenen Umgang mit der Jugendlichen bot. Das Mädchen verneinte und ging weiter. Als der Mann sie daraufhin erneut ansprach und ihr Geld anbot, entfernte sie sich schnellen Schrittes vom Ort des Geschehens. Die Angesprochenen beschreiben den Mann als leicht dunkelhäutig, mit dunklen Haaren und Bartstoppeln. Er soll mit einer langen Hose und einem T-Shirt bekleidet gewesen sein und deutsch mit Akzent gesprochen haben.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Höchstadt an der Aisch: Am Freitagabend (21.06.19) zeigte sich ein unbekannter Mann vor drei Kindern in schamverletzender Weise. Die Polizei bittet um weitere Zeugenhinweise. Gegen 16:30 Uhr waren die Kinder gerade am Spielplatz am Friedhof, als ihnen ein unbekannter Mann gegenübertrat, seine Hose herunterließ und an seinem Geschlechtsteil herumspielte. Die Kinder flüchteten sofort nach Hause und vertrauten sich ihren Eltern an, die die Polizei verständigten. Der unbekannte Exhibitionist wird wie folgt beschrieben: Ca. 50 Jahre alt, etwa 180 cm groß, schlank, hatte dunkle, kurze Haare, keinen Bart und trug ein weiß/graues T-Shirt
Ludwigsburg: Auf einem Waldweg des Salonwaldes gegenüber der evangelischen Kirche auf der Karlshöhe ist am Mittwoch gegen 09:00 Uhr ein bislang unbekannter Mann gegenüber zwei Frauen als Exhibitionist aufgetreten. Bei dem Unbekannten handelte es sich um einen etwa 30 bis 35 Jahre alten, 180 cm großen Mann von normaler Statur. Er hatte kurzes, glattes, dunkles Haar und trug eine kurze, dunkelgraue Cargohose sowie ein weißes, etwas verwaschenes T-Shirt.
Schwäbisch Hall: Am Donnerstag um 14:10 Uhr belästigte ein bislang unbekannter Mann eine junge Frau durch exhibitionistische Handlungen. Er sprach die Dame auf dem Weg vom Starkholzbacher See zur Gipsmühle auf Englisch an. Währenddessen entblößte er sein erigiertes Glied. Der Mann, der einen dunklen Teint hatte, war mit einem weißen Mountainbike unterwegs. Er ist etwa 170 cm groß und 25-30 Jahre alt. Er hatte schwarze, etwa 5 cm lange wellige Haare. Bekleidet war er mit einer kurzen schwarzen Hose und einem hellen bzw. weißen T-Shirt.
Nürnberg: Gestern Abend (27.06.2019) zeigte sich ein unbekannter Mann im Marienbergpark gegenüber zwei Frauen in schamverletzender Weise. Die Polizei sucht Zeugen. Gegen 20:00 Uhr lagen die beiden Damen auf einer Wiese hinter dem Kiosk im Marienbergpark. Hinter ihnen lag der Unbekannte, der unvermittelt sein Geschlechtsteil aus der Hose holte und daran manipulierte. Als sich die Frauen wegdrehten, flüchtete der Mann mit einem schwarzen Mountainbike in Richtung Kilianstraße. Der unbekannte Exhibitionist wird wie folgt beschrieben: Ca. 175 cm groß, etwa 25 Jahre. Schlank, trug blaues T-Shirt und schwarze Hose Eine eingeleitete Fahndung im Nahbereich um den Tatort verlief leider ergebnislos.
Offenburg: Eine 35-jährige Reisende war gestern Nachmittag in den Regionalzug RE 17320 eingestiegen, um gegen 15:35 Uhr von Offenburg nach Karlsruhe zu fahren. Einjunger Mann soll sich zunächst neben sie gesetzt und anschließend versucht haben, die 35-Jährige gegen deren Willen unsittlich zu berühren. Diese wählte den Notruf und als sie ihren Platz verließ, soll der Tatverdächtige ihr mit der flachen Hand auf das Gesäß geschlagen haben. Nachdem der Tatverdächtige kurz vor der Abfahrt den Zug verließ soll er einer weiteren, bislang unbekannten Frau auf dem Bahnsteig mit der flachen Hand auf das Gesäß geschlagen haben. Diese Frau sowie mögliche weitere bislang unbekannte Geschädigte und Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich mit der Bundespolizeiinspektion Offenburg unter 0781/9190-0 in Verbindung zu setzen.
Backnang: Eine junge Frau stieg am Montag gegen 21.15 Uhr im Dresdener Ring beim dortigen Wasserwerk aus ihrem Auto. Ein ihr unbekannter Mann lief zunächst sehr dicht an ihr vorbei und stöhnte dabei. Als die Frau sich in der Sulzbacher Straße befand, ging derselbe Mann wieder zu der 22-Jährigen und fasste ihr ans Gesäß. Von dem Mann liegt folgende Beschreibung vor: Er war ca. 30 Jahre, 180 bis 185 cm groß und hatte dunkle kurze Haare. Bekleidet war er mit einer dunklen Jogginghose und einem roten T-Shirt.

Recklinghausen: Am Dienstagmittag zeigte sich ein unbekannter Mann, zwei Frauen gegenüber, nackt am Ufer des Dülmener Sees. Als die beiden Frauen ins Wasser gingen, nahm er sexuelle Handlungen an sich vor. Anschließend entfernte er sich, nunmehr bekleidet, in Richtung Münsterstraße. Personenbeschreibung: ca. 180-185 cm groß, stabile Figur, 30-35 Jahre alt, kurze schwarze Haare, hellgraues/grünes Bundeswehr T-Shirt, Badehose.
Bad Friedrichshall/Neckarsulm: In einer Regionalbahn von Bad Friedrichshall nach Neckarsulm kam es am Freitagabend (14.06.2019) gegen 19:40 Uhr zu einer exhibitionistischen Handlung. Nach bisherigem Ermittlungsstand der Bundespolizei Heilbronn soll ein noch unbekannter Mann im Alter zwischen 40 und 45 Jahren vor einer 38-jährigen Frau sein Glied entblößt und daran manipuliert haben. Das Bundespolizeirevier Heilbronn sucht in diesem Zusammenhang nach Zeugen und weiteren eventuell Geschädigten. Sachdienliche Hinweise werden unter der Telefonnummer +4971318882600 entgegengenommen.
Mühlheim am Main: Ein Exhibitionist zeigte sich am Sonntagnachmittag kurz nach 16 Uhr mit heruntergelassener Hose einer 37-jährigen Offenbacherin an der Mainpromenade zwischen verlängerter Mainstraße und Klärwerk. Der Unbekannte trat aus einem Gebüsch hervor und soll an seinem Glied herumgespielt haben. Der etwa 30 Jahre alte durchtainierte Mann mit rundlichem Gesicht, eng zusammenstehenden Augen und sehr kurzen braunen Haaren, war mit einem schwarzen Mountainbike unterwegs und trug ein weißes T-Shirt und eine schwarze kurze Hose. Um den Hals trug er eine Goldkette. Nach ersten Erkenntnissen sollen mehrere Personen den Vorfall beobachtet haben. Insbesondere soll sich eine junge Frau, die mit einem Hund und einem Kind unterwegs war, in der Nähe aufgehalten haben. Die Polizei bittet alle möglichen Zeugen, die den Vorfall mitbekommen haben und Hinweise zur Identität des Mannes geben können, sich unter der Rufnummer 069 8098-1234 bei der Kripo zu melden.
Ginsheim-Gustavsburg: Ein 40 bis 45 Jahre alter Mann entblößte sich am Montagabend (17.06.) gegen 18.10 Uhr, auf der Mainspitze, in der Nähe des Biergartens auf der Ochsenwiese, vor einer Frau und zeigte sich ihr in schamverletzender Weise. Die Polizei wurde verständigt, konnte den Unbekannten aber nicht mehr antreffen. Der Mann hat eineGlatze und trug ein schwarzes Oberteil. Hinweise bitte an die Kriminalpolizei in Rüsselsheim (Kommissariat 10) unter der Rufnummer 06142/6960.

PI-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

http://www.pi-news.net/2019/07/zwickau-kinder-verpruegeln-14-jaehrigen-mit-holzlatten-und-rohren/

FRIDAYS FOR GERMAN FUTURE

Zwickau: „Kinder“ verprügeln 14-Jährigen mit Holzlatten und Rohren

8. Juli 2019

Invasion der Mini-Monster: Am Freitag wurde ein 14-Jähriger vor der Diskothek „Nachtwerk" in Zwickau von „Jugendlichen zwischen 13 und 15 Jahren" mit Holzlatten vermöbelt und verletzt. Vor drei Wochen wurden nach einer Gewalteskalation vier Syrer von der Zwickauer Polizei fixiert (kleines Bild) - alle Gewalttäter sind längst wieder auf freiem Fuß.
Von JOHANNES DANIELS | Das wahnsinnige „Historische Experiment" der Ansiedlung archaischer Kulturen in Deutschland gebiert hydragleich immer mehr minderjährige Migrations-Monster – wie die Gruppenvergewaltigung an einer 18-Jährigen in Mülheim an der Ruhr vom Freitag Abend drastisch veranschaulicht (PI-NEWS berichtete detailliert).
Ebenfalls an diesem halal-klimaheiligen Freitag kam es zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung vor der Zwickauer Diskothek „Nachtwerk" in der Olzmannstraße am helllichten Tag: Sieben „Jugendliche mit Migrationshintergrund" – alle männlich im Alter von 13 bis 15 Jahren – hatten versucht, Einlass zu einer vergnügten „Kinder- und Jugenddisco" zu erlangen. Nachdem sie vom Einlassdienst, einem 14-Jährigen, abgewiesen wurden, suchten sie sich vor der Disco herumliegende Holzlatten und Plastikrohre und schlugen damit brutal auf den Jugendlichen ein, erklärte Raimund Lange von der Polizeidirektion Zwickau.
Fünf der Angreifer wurden durch die Polizei gestellt und schließlich „nach Feststellung ihrer Personalien" in die zweifelhafte Obhut ihrer Eltern übergeben – ebenso wie die 12-14-jährigen bulgarischen Vergewaltigungs-Bestien mit „Rotations-Hintergrund" in Mülheim. Deren Erziehungsberechtigten wurde von Polizei und Jugendamt nahe gelegt, ihre kleinen Genital-Goldstücke zur Strafe „diese Woche nicht in die Schule zu schicken".

Zwickau: Zwei Schwer- und vier Leichtverletzte bei McDonald's-Eskalation

Die „Jugendlichen-Szene" in Zwickau kommt nicht zur Ruhe: Erst vor drei Wochen kam es zu einer Massenschlägerei vor einem McDonald's-Schnellrestaurant in der Oskar-Arnold-Straße. Die Bilanz der historischen Verwerfungen: zwei Schwer- und vier Leichtverletzte. „Es gab zunächst eine verbale Auseinandersetzung, woraufhin die Ausländer, überwiegend Syrer, die Deutschen attackierten", erklärte ein Zwickauer Polizeisprecher:

„Die Polizei hat in der Nacht die Personalien von elf Personen aufgenommen. Darunter sind Männer, die aus Aleppo stammen und Deutsche. ‚Darüber, wer von diesen elf Personen in welcher Form an dem Vorfall beteiligt ist oder nicht, kann man erst nach den Ermittlungen Auskunft geben', sagt Polizeisprecher Tom Richter auf Nachfrage. Der Beamte teilt zum Tathergang mit, die Syrer hätten die deutsche Gruppe beschimpft und angegriffen. Dabei sollen sie auch mit Steinen nach den Deutschen geworfen haben".

beschreibt die Freie Presse Zwickau die Gewalteskalationen, die sich seit 2015 nicht nur in Sachsen vermehrt Raum im öffentlichen Leben bahnen.
Nach dem Gemetzel wurde ein 21-jähriger Syrer und ein 24-jähriger Deutscher schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, vier weitere Beteiligte im Alter zwischen 17 und 25 wurden leicht verletzt. Die Polizei nahm vier der beteiligten Syrer vorläufig fest. Sie sind laut Polizei nach der Vernehmung unverzüglich wieder aus der Haft entlassen worden, wie es sich für die Ehrengäste der Bundesregierung und des Steuerzahlers wohl geziemt (PI-NEWS berichtete).
Insgesamt sollen bis zu 20 Personen an der Schlägerei beteiligt gewesen sein, einige der „Fluchtsuchenden" flüchteten noch vor Eintreffen der Polizei. Laut Polizei habe es „nur" elf Beteiligte gegeben, vier Syrer seien vorläufig festgenommen worden. Bei den Schwerverletzten handelt es sich um einen deutschen und einen syrischen Mann.

„Meine Mitarbeiter waren verstört angesichts der gewaltigen Brutalität", erklärte der geschockte Restaurantbetreiber Marcus Klink, 39. Klink, der in der Region fünf McDonalds-Restaurants betreibt: „Meine Mitarbeiter sahen, wie sich ein Deutscher und ein Ausländer zunächst im Restaurant gestritten haben." Dann sei es plötzlich zu Handgreiflichkeiten zwischen beiden gekommen. Am Folgetag wollte kein Mitarbeiter des Zwickauer Schnellrestaurants zumindest über den Vorfall sprechen, weder vor Ort noch am Telefon. „Wir haben eine Info-Sperre", erklärte eine Mitarbeiterin.
Dem Restaurantmanagement stehe ein Handbuch mit empfohlenen Maßnahmen für verschiedenste Situationen zur Verfügung. Außerdem können McDonald's-Restaurantleiter Praxisübungen durchführen, bei denen ein adäquates Verhalten in Konfliktsituation trainiert wird. Wenn es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schwerfällt, mit Situationen, die sie erlebt haben, umzugehen, gebe es bei Bedarf auch das Angebot zur psychologischen Betreuung, so eine Sprecherin der engagierten Fast-Food-Kette. Diese werde in letzter Zeit immer häufiger in Anspruch genommen. Warum wohl?

http://www.pi-news.net/2019/07/die-naechsten-vergewaltigungen-und-gruppenangriffe-auf-maedchen/

SCHLAG AUF SCHLAG

Die nächsten Vergewaltigungen und Gruppenangriffe auf Mädchen

10. Juli 2019

Nach der Gruppenvergewaltigung einer Deutschen auf Mallorca durch vier „deutsche Landsleute" (die sich als Türken herausstellten) und einer Gruppe jugendlicher „Bulgaren"(türkischstämmig) zeigen die nächsten Fälle, dass nicht nur bei vielen Türken das Verhältnis zu Frauen, zu Partnerschaft und Sexualität, zu Recht, Gesetz und Anstand erheblich gestört ist:
Erneuter Übergriff in Mülheim:
In Mülheim an der Ruhr hat es einen weiteren sexuellen Übergriff einer Gruppe von Minderjährigen gegen ein Mädchen gegeben. Eine Sprecherin der Duisburger Staatsanwaltschaft sagte, eine Jugendliche sei von fünf Tatverdächtigen eingekreist worden. Zwei der fünf sollen das Mädchen dann angefasst haben. […] Die Tatverdächtigen aus Syrien und dem Libanon sind auf freiem Fuß.
Und über einen Fall aus Herne im Mai berichtet der FOCUS:
Nach der mutmaßlichen Gruppenvergewaltigung in Mülheim ist nun ein weiterer Vergewaltigungsfall mit jugendlichen Verdächtigen bekannt geworden. In Herne sollen zwei jugendliche Deutsch-Libanesen ein 14-jähriges Mädchen betrunken gemacht und anschließend vergewaltigt haben. Die Polizei ermittelt.
Türken, Bulgaren, Syrer, Libanesen. Nachdem die Lügenpresse schon beinahe glückselig die Beteiligung von „Deutschen" auf Mallorca gefeiert hatte, nach dem Motto „Deutsche tun das auch!", muss die linke Journaille

nun weiter auf die Beteiligung von „Deutschen" an Massenvergewaltigungen warten. Nach der von Linken angenommenen Wahrscheinlichkeit (alle Menschen dieser Welt sind gleich gut oder schlecht sozialisiert) müssten nun allerdings beinahe pausenlos echte Deutsche diese Verbrechen begehen, damit die statistische Verteilung doch noch aufgeht. Finde den Fehler.

http://www.pi-news.net/2019/07/emmerdingen-41-jaehrige-ins-asylantenheim-gelockt-und-vergewaltigt/

POLIZEI VERRINGERT WIEDER BEI MANCHEN ÜBERGRIFFEN DIE AUFKLÄRUNGSCHANCEN

Emmendingen: 41-Jährige ins Asylantenheim gelockt und vergewaltigt

13. Juli 2019

Landkreis Emmendingen: Am Samstagabend (6. Juli 2019) wurde ein 32-jährigernigerianischer Staatsangehöriger von der Polizei festgenommen. Der Asylbewerber steht nach den bisherigen Ermittlungen im dringenden Verdacht, am gleichen Vormittag eine 41-jährige deutsche Staatsangehörige unter einem Vorwand in sein Zimmer in einer Asylunterkunft in Teningen gelockt und vergewaltigt zu haben. Die Frau wurde dabei verletzt. Unmittelbar nach der Tat erstattete sie Anzeige bei der Polizei. Nach den aktuellen Ermittlungen des Kriminalkommissariats Emmendingen hatten sich beide kurz zuvor kennengelernt. Ein Haftrichter erließ auf Antrag der Staatsanwaltschaft Freiburg Haftbefehl gegen den 32-jährigen Afrikaner, der in Untersuchungshaft genommen wurde. Die Ermittlungen dauern an.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Gera: Dienstag Abend (09.07.2019), informierte eine 20-jährge Frau die Polizei und bat diese um Hilfe. Nach derzeitigen Erkenntnissen befand sich die Frau in der Zeit von 20:35 Uhr bis 20:45 Uhr auf dem Fußweg der Karl-Matthes-Straße, als sie von einem bislang unbekannten Mann angesprochen und um Feuer gebeten wurde. Im weiteren Gesprächsverlauf wurde sie von dem Unbekannten unsittlich berührt, so dass sie unverzüglich die Örtlichkeit verließ. Der Unbekannte entfernte sich im Anschluss in Richtung der dortigen Bushaltestelle. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen zum Geschehen aufgenommen und sucht

Zeugen, welche sachdienliche Hinweise hierzu bzw. zu dem Unbekannten geben können. Diese werden gebeten, sich unter der Tel. 0365 / 8234-1465, an die KPI Gera zuwenden. Beschreibung des Unbekannten:südländische Erscheinung, hellbraune Hautfarbe, dunkle Augen, normale Gestalt, auffallende Delle am Kinn, 1,70 cm- 1,75 cm, 35-45 Jahre alt, dunkle, kurze Haare, Igelschnitt, bekleidet mit langer heller Jeans und heller offen getragener Jacke.
Adendorf: Bereits am frühen Abend des 05.07.19 sah sich eine 39-Jährige im Kirchwald in Adendorf einem Exhibitionisten konfrontiert. Der ca. 50 Jahre alte Täter zeigte der Frau sein Geschlechtsteil. Als sie ihn daraufhin auslachte, hob der Täter sein in der Nähe liegendes Fahrrad auf und fuhr damit davon. Die Tat ereignete sich um kurz nach 19.00 Uhr. Der Täter könnte evtl. nordafrikanischer Herkunft sein. Er hatte zudem kurze Haare und einen grauen Vollbart. Hinweise nimmt die Polizei Adendorf, Tel.: 04131/9910690, entgegen.
Magdeburg: In der Nacht zum Freitag, gegen 00:15 Uhr, befand sich eine 20-jährige Magdeburgerin in einer Straßenbahn. In der Bahn befand sich eine bislang unbekannte männliche Person, welche lt. Zeugenbeschreibung eine dunkle Hautfarbe aufwies. Dieser setzte sich neben die Geschädigte und versuchte in der weiteren Folge, diese anzufassen. Die Geschädigte wich den Annäherungsversuchen aus, stand auf und begab sich zur Tür der Straßenbahn, um diese an der Haltestelle Lüneburger Straße zu verlassen. Der Beschuldigte schrie die Geschädigte nun in der Straßenbahn an, aufgrund der Fremdsprache konnte der Inhalt der Ausrufe jedoch nicht verstanden werden. Nachdem die Geschädigte die Bahn verließ, warf der Beschuldigte noch eine Glasflasche in Richtung der Geschädigten, welche sie jedoch knapp verfehlte. Eine weitere 21-jährige Zeugin konnte die Tat beobachten und den Tatablauf bestätigen.
Nürnberg: Ein bislang Unbekannter wollte am Samstagmorgen (29.06.2019) im Stadtteil Sündersbühl eine junge Frau in ein Gebüsch ziehen. Dem Opfer gelang die Flucht. Die junge Frau war gegen 08:30 Uhr zu Fuß von der U-Bahnhaltestelle Sündersbühl kommend über die Bertha-von-Suttner-Straße in Richtung Witschelstraße unterwegs. Bereits ab der U-Bahnhaltestelle verfolgte sie ein junger Mann. Auf einem Fußweg zwischen Bertha-von -Suttner-Str. und Witschelstraße packte sie der Unbekannte und versuchte sie ins Gebüsch zu zerren. Nur mit großem Kraftaufwand gelang es dem Opfer sich loszureißen und zu flüchten. Der junge Mann entfernte sich ebenfalls in unbekannte Richtung. Täterbeschreibung: Ca. 25 Jahre alt, etwa 165 cm groß, dünne Statur,arabisches/nordafrikanisches Aussehen, komplett weiß gekleidet mit Hemd und Hose.
Halle/Salle: Gegen 06:00 Uhr wurde die Polizei heute früh zur Leipziger Straße gerufen. Dort hatte ein unbekannter Mann eine 18-jährige junge Frau unsittlich angefasst. Die Frau verbat sich die Handlung und stieß ihn gemeinsam mit einer Begleiterin von sich. Der Täter flüchtete schließlich in Richtung Marktplatz. Er wird als ca. 1,70m groß, dunkle Hautfarbeund kurze schwarze Haare beschrieben. Zur Tatzeit hatte er ein grünes T-Shirt mit Brustaufdruck an. Hinweise zum Gesuchten nimmt die Polizeiinspektion Halle (Saale) unter der Telefonnummer 0345/ 224 1291 entgegen.
Nürnberg: In der Nacht von Samstag auf Sonntag (29./30.06.2019), gegen 01:45 Uhr forderte in der Lochnerstraße im Stadtteil Schweinau ein Unbekannter unter Vorhalt eines Messers ebenfalls Bargeld von einer jungen Frau. Nachdem er einen Geldschein erbeutet hatte, berührte er die die Frau noch unsittlich. Sie schrie daraufhin laut, sodass ihr Freund zu Hilfe kam. Daraufhin flüchtete der Täter in unbekannte Richtung. Täterbeschreibung: Ca. 45 Jahre alt, etwa 170 cm groß, normale Figur, kurz rasierte schwarze Haare, brauner Teint, kaum Zähne im Mund, bekleidet mit einer Jogginghose und einem T-Shirt.

Hamburg: Am 29. Juni 2019 belästige ein 30-jähriger Eritreer zwei Frauen am S-Bahnhof Langenfelde. Er konnte in Tatortnähe festgenommen werden. Nach derzeitigem Ermittlungsstand saßen die Frauen gegen 00:15 Uhr in einem Wartehäuschen im S-Bahnhof Langenfelde. Der alkoholisierte Mann ging auf die Frauen zu und fasste der 23-jährigen Geschädigten unvermittelt an die Brust. Die zweite Geschädigte (25) berührte er am Gesäß. Anschließend verließ er den S-Bahnhof. Im Rahmen der Fahndung wurde er durch eine Streife der Polizei Hamburg in Tatortnähe festgenommen und anschließend an die Bundespolizei übergeben. Eine Bestimmung der Atemalkoholkonzentration ergab einen Wert von 1,8 Promille. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde der Mann entlassen.
Kaiserslautern: Am Sonntag, den 30.06.2019, gegen 02:00 Uhr, befand sich eine 31-jährige Frau auf dem Nachhauseweg. In der Kantstraße näherte sich plötzlich von hinten ein Mann. Dieser hielt der Frau den Mund zu und berührte sie unsittlich an der Kleidung und im Schritt. Als ein zufällig hinzukommender Passant auf den Mann zuging, lies er von der 31-Jährigen ab und flüchtete. Er wurde als ca. 20 bis 30 Jahre alter dunkelhäutiger Mann mit kurzen schwarzen Haaren beschrieben. Er trug dunkle Shorts sowie ein blaues Shirt mit weißen Sprenkeln.
Schneeberg: Über den Markt und dann weiter durch die Kirchgasse zum Kirchplatz lief eine 23-Jährige am Dienstagnachmittag in Richtung Webergasse. Auf ihrem Fußweg durch die Kirchgasse bemerkte sie plötzlich, dass ihr ein Unbekannter schnellen Schrittes folgte und sie ansprach. In der Folge verwickelte der Unbekannte die junge Frau für eine Unterschriftenaktion in ein Gespräch. Dabei zog er sie unvermittelt an sich heran und belästigte sie sexuell durch anzügliche Bemerkungen. Die 23-Jährige beschrieb den Unbekannten als einen etwa 30 bis 40 Jahre alten, ca. 1,80 Meter großen, kräftigen unddunkelhäutigen Mann. Bekleidet war er mit einem hellblauen T-Shirt, dunklen Jeans und hellen Turnschuhen.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Neuss: An der Daimlerstraße, auf einem Feldweg in Richtung der Autobahn 52, kam es am frühen Dienstagabend (09.07.), gegen 17:30 Uhr, zu einem augenscheinlich sexuell motivierten Übergriff eines bislang unbekannten Radfahrers auf eine 20-Jährige. Der Mann fasste der Joggerin im Vorbeifahren, kurz vor dem dortigen Bahnübergang, plötzlich an das Gesäß. Anschließend verschwand er auf seinem „sportlichen Fahrrad" in Richtung einer Baumschule. Die Beschreibung des Tatverdächtigen lautet: etwa 30 bis 40 Jahre alt, athletische Statur, kurze dunkle Haare, bekleidet mit einem schwarz-orangen T-Shirt.
Köln: Zwei unbekannte Männer haben in der Nacht von Samstag auf Sonntag (7. Juli) eine junge Kölnerin (23) im Stadtteil Merheim überfallen. Während die Männer ihr Opfer attackierten, schritt ein Passant ein und verjagte die Unbekannten. Die Polizei Köln bittet diesen bislang noch unbekannten und wichtigen Zeugen, sich dringend bei den Ermittlern zu melden. Um kurz nach Mitternacht war die 23-Jährige mit der Bahn der Linie 1 von der Kölner Innenstadt aus unterwegs. Bereits während der Fahrt fielen ihr zwei Männer auf, die andere Fahrgäste beschimpften. Sie forderte die Männer auf, die Pöbeleien zu unterlassen. Anschließend stieg die junge Frau an der Haltestelle „Merheim" aus. Kurz darauf bemerkte sie, dass die etwa 35 Jahre alten und etwa 1,80

Meter großen Tatverdächtigen ihr folgten. Plötzlich packte einer der Männer die Frau, während der andere ihr mehrfach ins Gesicht schlug und ihre Bekleidung herunterriss. In diesem Moment kam ein Passant vorbei und sprach die Tatverdächtigen und die Frau an. Die Angreifer flüchteten unerkannt vom Tatort. Die Polizei bittet besonders den vorbeikommenden Fußgänger und weitere mögliche Zeugen, sich beim Kriminalkommissariat 12 zu melden.

Dietzenbach: Eine Fußgängerin wurde am frühen Dienstag in der Dreieichstraße von einem nur etwa 1,60 Meter großen Mann unsittlich angefasst. Kurz nach Mitternacht kam ihr der etwa 30-Jährige entgegen und fasste ihr unvermittelt an die Brust. Anschließend rannte er in Richtung Idsteiner Straße davon. Er hatte einen Dreitagebart und war mit einem Parka, dunkler Hose sowie einer khakifarbenen Basecap bekleidet. Die Kripo ist für weitere Hinweise unter der Rufnummer 069 8098-1234 zu erreichen.

Offenbach: Wegen des Verdachts der Vergewaltigung einer jungen Frau aus dem Main-Kinzig-Kreis ermitteln derzeit die Staatsanwaltschaft Hanau und die Kriminalpolizei und bitten die Bevölkerung um Mithilfe. Nach derzeitigen Erkenntnissen begab sich die Geschädigte am Samstagabend (29.06.2019) nach dem Besuch eines Festes am Schlossgarten auf den Heimweg, auf dem sie möglicherweise bereits beobachtet und verfolgt wurde. Gegen 22 Uhr sei sie laut ihren Angaben am Nordbahnhof von zwei Männern angesprochen worden; einer der Männer sei ihr möglicherweise bekannt gewesen. Die 20 bis 25 Jahre alten Männer sollen sie dann gegen ihren Willen zu einer Wohnung in die Nordstraße gebracht und dort vergewaltigt haben. Nach der Tat sei sie am Freiheitsplatz zu einem Dritten in dessen Wagen eingestiegen, der sie nach ihrer Schilderung nach Hause gefahren habe. Dieser Mann, der ein wichtiger Zeuge für die Ermittlungen sein dürfte, ist bislang unbekannt und wird gebeten, sich umgehend bei der Polizei zu melden.

Marburg: Am Samstag, 29. Juni, wurden zwei junge Frauen Opfer von Belästigungen. Das Verhalten der jeweiligen Täter hatte einen eindeutig sexuellen Hintergrund, sodass die Kriminalpolizei Marburg wegen des Verdachts eines Sexualdelikts ermittelt. Ein Vorfall war zwischen 07 und 07.10 Uhr auf dem Steinweg bis zur Elisabethkirche, der andere gegen 11 Uhr am Hauptbahnhof. Zwar liegen die Taten räumlich und zeitlich eng beieinander, allerdings weichen die vorliegenden Täterbeschreibungen voneinander ab, sodass ein Zusammenhang nicht klar und eindeutig ist. Um kurz nach 07 Uhr sprach das Opfer einen Passanten an, woraufhin der Täter sich abwandte und flüchtete. Dieser bislang unbekannte Passant ist ein wichtiger Zeuge und wird dringend gebeten, sich mit der Kripo Marburg in Verbindung zu setzen. Eine 18 Jahre junge Frau kam gegen 07 Uhr aus der Oberstadt, als ein ihr unbekannter Mann sie quasi über den Steinweg bis zur Elisabethstraße „begleitete". Der Mann sprach dauerhaft und sich wiederholend auf sie ein, wobei er seine sexuellen Absichten bzw. Wünsche eindeutig äußerte. Nachdem die junge Frau immer deutlicher, lauter und aggressiver ablehnte, erhielt sie in der Elisabethstraße einen Klaps mit der Hand gegen den Hinterkopf. An der Ecke Elisabethstraße/Bahnhofstraße sprach die junge Frau den für die Kripo Marburg wichtigen Zeugen, einen entgegenkommenden, älteren Herrn, an und fragte ob ihr der Typ noch folgt. Der Täter sah das Gespräch, wandte sich ab und sprintete zurück Richtung Kirche. Außer diesen älteren Herren sucht die Kripo Marburg weitere Zeugen. Wer hat die Begegnung, die sich über den Steinweg, Pilgrimstein, die Elisabethstraße bis hin zur Bahnhofstraße zog noch beobachtet? Wer ist durch den lauter werdenden Wortwechsel oder den sprintenden Mann aufmerksam geworden? Wer kann den Mann näher beschreiben und/oder Hinweise geben, die zur Identifizierung des Gesuchten führen könnten? Der

zweite Vorfall passierte um 11 Uhr auf den Stufen zum Hauptbahnhof. Dort saß eine ebenfalls 18 Jahre junge Frau, als sich plötzlich ein ihr unbekannter Mann neben sie setzte und sie sowohl dort, als auch später im Bahnhof belästigte, teils zudringlich wurde. Der jungen Frau gelang die Flucht. Auch für diesen Vorfall sucht die Kripo Marburg Zeugen. Wer hat die Situation auf den Stufen vor dem Gebäude und später im Bahnhof noch beobachtet? Wer kann den Gesuchten beschreiben oder zu seiner Identifizierung beitragen?
Warendorf: Am Sonntag, 30.6.2019 gegen 2.30 Uhr belästigte ein Unbekannter eine junge Frau auf der Reichenbacher Straße in Warendorf. Die 20-Jährige fuhr mit ihrem Fahrrad von der Splieterstraße kommend in Richtung Friedhof. Der Unbekannte näherte sich ihr auf einem dunklen, unbeleuchteten Fahrrad von hinten, fuhr an der jungen Frau vorbei und berührte sie unsittlich. Als die Warendorferin den Mann ansprach, stellte sie fest, dass er an seinem Geschlecht manipulierte. Die 20-Jährige bat einen in der Nähe befindlichen Fahrradfahrer um Hilfe. Daraufhin fuhr der Tatverdächtige weiter. Der Gesuchte ist zwischen 19 und 25 Jahre alt, zwischen 1,80 Meter und 1,90 Meter groß, schlank, hat dunkle kurze Haare, ein längliches Gesicht und eine spitze Nase. Der Tatverdächtige trug eine dunkle lange Hose und ein langes Oberteil.
Osnabrück: Am Sonntag, gegen 21.00 Uhr, ist eine junge Frau im Bereich Heger Holz Opfer eines Exhibitionisten geworden. Die 29 Jahre alte Frau war auf dem Fahrrad, in Begleitung ihres Hundes, in Richtung Parkhotel unterwegs, als sie in einem Waldstück an einem Mann vorbeifuhr, der offensichtlich onanierte. Die Frau beschrieb den Mann als – ca. 180-190cm groß – muskulöse Statur – braun gebrannt – fast komplett nackt – neben ihm stand ein Fahrrad. Der Mann filmte sich während des Onanierens selbst.
Bonn: Gleich zweimal trat am vergangenen Sonntag (28.06.2019) ein Exhibitionist in Bad Honnef auf. Gegen 10:45 beobachtete eine Zeugin in Aegidienberg einen Mann, der sich in schamverletzender Weise an den Pferdewiesen an der Herchenrother Straße zeigte. Als die Frau den Mann ansprach ergriff dieser auf einem Fahrrad die Flucht in Richtung Stellweg.Eine nähere Beschreibung des Tatverdächtigen liegt nicht vor.
Gegen 22:10 Uhr zeigte sich erneut ein Exhibitionist zwei Reitern auf dem Mucherwiesenweg. Der Mann sprang, lediglich mit Wanderschuhen bekleidet, aus einer Waldhütte. Die Reiter beachteten den denn Nackten nicht weiter und verständigten die Polizei. Eine Fahndung nach dem Mann, der wie folgt beschrieben werden kann, verlief bislang ergebnislos: Ca. 40-45 Jahre alt, 175-185 cm groß, schlanke Statur, dunkle, kurze und krause Haare.
Würzburg: Am Sonntagnachmittag ist eine 15-Jährige von einem bislang Unbekannten im Dallenbergbad unsittlich berührt worden. Die Polizeiinspektion Würzburg-Stadt hofft auf Zeugenhinweise. Nach derzeitigen Erkenntnissen befand sich eine 15-Jährige am Sonntagnachmittag, gegen 16:15 Uhr, im Dallenbergbad im Bereich des dortigen Nichtschwimmerbeckens, als ein Unbekannter sie unsittlich am Gesäß berührte. Anschließend entfernte sich dieser in unbekannte Richtung. Der Mann kann wie folgt beschrieben werden: 165 cm groß 45 Jahre alt kräftig schwarze Badehose mit weißem Streifen.
Berlin: Gestern Abend wurde eine lesbische Frau in Neukölln von einer Jugendgruppe angegriffen. Nach bisherigen Erkenntnissen war die 27-Jährige gegen 19 Uhr zu Fuß am Kottbusser Damm unterwegs, als sie von circa vier bis fünf Jugendlichen mit Wasser bespritzt wurde. Als die junge Frau die Jugendlichen daraufhin ansprach, wurde sie zu Boden geschubst und mehrmals getreten. Erst als Zeugen zu Hilfe eilten, ließen die Angreifer von der 27-Jährigen ab und flüchteten. Die junge Frau gab an, dass sie vermutet, aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes und ihrer sexuellen Orientierung angegriffen worden

zu sein. Sie erlitt leichte Verletzungen am Rumpf und an den Armen. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

PI-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! Ellen Kositza (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: Die Einzelfalle. Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.

https://www.focus.de/politik/deutschland/ueberfall-in-muelheim-an-der-ruhr-fakten-zahlen-statistiken-das-steckt-wirklich-hinter-gruppenvergewaltigungen_id_10911479.html

Häufig keine Beziehung zum Opfer, homogene Tätergruppen

Nach Fall in Mülheim: Zahlen und Fakten zum Phänomen Gruppenvergewaltigungen

Mittwoch, 10.07.2019, 07:37

In Mülheim an der Ruhr wurde eine 18-Jährige von mehreren Kindern und Jugendlichen vergewaltigt. Was hat es mit dem Phänomen der Gruppenvergewaltigung auf sich – und was mit der Behauptung, dass die Täter oft einen Migrationshintergrund hätten? Studien liefern Antworten.

Momentan löst ein schrecklicher Fall in Mülheim an der Ruhr Entsetzen aus. Dort wurde eine 18-Jährige von fünf Tätern zwischen zwölf und 14 Jahren vergewaltigt. Immer wieder werden in Deutschland Fälle von Gruppenvergewaltigungen bekannt.

Ende März 2015 wurde in Tübingen eine Frau während einer öffentlichen Party von mehreren Männern vergewaltigt.

Von August 2016 bis Januar 2018 vergewaltigte eine Bande von 19 - 24-Jährigen in Nordrhein-Westfalen mindestens sechs 16 Jahre alte Schülerinnen.

In Velbert hatten im April 2018 acht Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren eine 13-Jährige nach einem Freibad-Besuch vergewaltigt.

Im Oktober 2018 soll Majd H. einer 18-jährige Studentin K.o.-Tropfen in ihr Getränk gemischt haben und sie in einem Gebüsch vergewaltigt haben. Anschließen sollen sich elf seiner Bekannten ebenfalls an ihr vergangen haben.

Trotzdem handelt es sich bei den Vorfällen um kein Massenphänomen, sondern sie betreffen nur circa drei Prozent aller Sexualdelikte.

Abweichungen von anderen Sexualdelikten

Verschiedene Studien geben Aufschluss über das Phänomen Gruppenvergewaltigung**. Im April 2019 veröffentlichte das Bundeskriminalamt einen Forschungsbericht mit dem Titel „Gemeinschaftlich begangene Vergewaltigungen". Die Auswertung bezieht sich hierbei primär auf Zahlen aus dem Jahr 2017.**

Im Jahr 2017 wurden demnach 380 Fälle von Gruppenvergewaltigungen angezeigt und gegen 469 Tatverdächtige ermittelt (aktuellere Fallzahlen gibt es nicht, da diese in der Statistik 2018 nicht extra ausgewiesen sind). Das sind zirka drei Prozent aller Vergewaltigungen.

Die Täter sind zu 98 Prozent männlich und in 60 Prozent der Fälle unter 25 Jahre alt. Damit sind sie auffallend jung.

In fast allen Fällen (97,5 Prozent) steht das sexuelle Motiv im Vordergrund.
Die Opfer sind zu 89,4 Prozent weiblich.
In der Regel richten sich die gemeinschaftlich begangenen Vergewaltigungen gegen ein einzelnes Opfer (in 375 von 380 Fällen).
In 38 Prozent der Gruppenvergewaltigungen haben die Opfer gar keine Beziehung zu den Tätern. Bei 23 Prozent handelt es sich nur um flüchtige Bekanntschaften. Nur in 17 Prozent der Fälle sind die Täter Freunde oder Bekannte.
Die Aufklärungsquote bei gemeinschaftlich begangenen Vergewaltigungen unterscheidet sich wesentlich von anderen Sexualstraftaten. 46,8 Prozent der Gruppenvergewaltigungen konnten im Jahr 2017 nicht aufgeklärt werden. Ein wesentlicher Faktor hierbei dürfte die Tatsache sein, dass bei den zur Anzeige gebrachten gemeinschaftlich verübten Vergewaltigungen die Tatverdächtigen dem Opfer wesentlich häufiger unbekannt waren, als dies bei Sexualdelikten sonst der Fall ist.
Gemeinschaftlich verübte Vergewaltigungen sind zumindest bei den bekannten Fällen vor allem ein Phänomen großer Städte.

Anteil nicht-deutscher Täter gestiegen

Im aktuellen Fall in Mülheim an der Ruhr sind die minderjährigen mutmaßlichen Täter bulgarischer Abstimmung, wie auch bei der Tat in Velbert. Auch wenn die jährliche Zahl an Gruppenvergewaltigungen allgemein nicht ansteigt, ist laut der polizeilichen Kriminalstatistik von 2017 der Anteil der Täter an Gruppenvergewaltigung ohne deutsche Staatsangehörigkeit seit 2005 gestiegen – von 37,4 auf 52,2 Prozent. Bei sogenannten „überfallartigen Gruppenvergewaltigungen", also durch Ausnutzung des Überraschungsmoments, sogar von 32,8 auf 67,1 Prozent. Von den 467 Tatverdächtigen gemeinschaftlich begangener Vergewaltigungen im Jahr 2017 waren 45,2 Prozent Deutsche und 54,8 Prozent Nicht-Deutsche.

Vergleich ist nur bedingt möglich

Allerdings weisen das Bundeskriminalamt und mehrere Experten auf die Schwierigkeit bei der Erfassung und Interpretation der Zahlen hin. So sei der Vergleich zwischen der Gruppe von Deutschen und Nichtdeutschen generell nur bedingt möglich. Zum Beispiel aufgrund der unterschiedlichen Alters-, Geschlechts- und Sozialmerkmale. So zählen zu der ausländischen Bevölkerung mehr junge Männer aus sozial schwachen Schichten – und damit zu einer Gruppe, die auch bei Deutschen aus Gründen der Herkunft durchschnittlich viel öfter kriminell wird als der Rest der Bevölkerung.

Zudem ist die Zahl der Ausländer insgesamt gewachsen: von 5,6 Millionen im Jahr 1990 auf 9,2 Millionen im Jahr 2016. Außerdem würden in der entsprechenden Kriminalitätsstatistik auch Verdächtige erfasst werden, die nicht dauerhaft in Deutschland leben - beispielsweise Personen ohne Aufenthaltserlaubnis, Touristen, Besucher, Grenzpendler und Stationierungsstreitkräfte. Diese würden die Statistik verfälschen. Das Bundeskriminalamt weist außerdem darauf hin, dass davon auszugehen ist, dass ausländische Täter öfter angezeigt werden würden, als deutsche. Es gäbe eine hohe Dunkelziffer.

Tätergruppen sind meistens homogen

Interessant ist, dass die Tätergruppen laut des Bundeskriminalamtsberichts zu „Gemeinschaftlich begangenen Vergewaltigungen" oft homogen sind. So handelt es sich bei den Tatverdächtigengruppen in 34 Prozent der Fälle um rein deutsche

Gruppen und in 38,5 Prozent um gänzlich nicht-deutsche Gruppen. Nur in 27,5 Prozent der Fälle waren deutsche und nicht-deutsche Täter beteiligt. Außerdem seien Deutsche häufiger an Vergewaltigungen Minderjähriger beteiligt, während Nicht-Deutsche häufiger ein zuvor unbekanntes Opfer „überfallartig" angriffen.
Zuwanderer begehen nicht überdurchschnittlich viele Straftaten
Schaut man sich die allgemeinen Zahlen zu Straftaten im Jahr 2018 an, sieht man, dass der allgemeine Anteil von „Zuwanderern" an Straftaten nur zwischen sechs und 15 Prozent liegt. Das zeigt das „Bundes-lage-bild Krimi-nalität im Kon-text von Zu-wan-de-rung 2018". Bei Straftaten gegen die „sexuelle Selbstbestimmung" liegt der Anteil von Zuwanderern demnach bei zwölf Prozent. Von 2017 auf 2018 stieg die Anzahl der Straftaten von 5258 auf 6064 leicht an.
Bei Betrachtung aller aufgeklärten Straftaten zwischen 2014 und 2018 liegt der Anteil an Straftaten mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer nur bei einem Durchschnitt von 7,66 Prozent.

http://www.pi-news.net/2019/07/passau-zivilbeamte-verhindern-vergewaltigung/

POLIZEI VERRINGERT WIEDER BEI MANCHEN ÜBERGRIFFEN DIE AUFKLÄRUNGSCHANCEN

Passau: Zivilbeamte verhindern Vergewaltigung

17. Juli 2019

Passau: Die Zivilbeamten der Operativen Ergänzungsdienste (OED) Passau bemerkten während ihrer Streifenfahrt am Schanzl in unmittelbarer Nähe zur Schanzlbrücke, wie sich eine Frau, die auf dem Rücken lag, massiv gegen einen Mann wehrte Dieser lag bereits mit heruntergelassener Hose auf der Frau. Als der Mann die Streife bemerkte, ließ er von der Frau ab und konnte zunächst Richtung Eggendobl/Schanzlbrücke flüchten, wurde aber kurze Zeit später mit Unterstützung der Passauer Grenzpolizei und der Bundespolizei festgenommen. Die Frau blieb glücklicherweise äußerlich unverletzt. Nach bisherigem Ermittlungsstand kannten sich die Frau und der 22-Jährige nicht.
Die Kripo Passau hat noch in der Nacht die Ermittlungen übernommen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Passau ist zwischenzeitlich Haftbefehl gegen den aus Sierra Leonestammenden Mann wegen des dringenden Tatverdachts der versuchten Vergewaltigung ergangen. Er wurde am Samstag (13.07.2019) nach Vorführung beim zuständigen Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Passau in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschensnachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie.

Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.
Mindelheim: Am Dienstag erstattete eine 47-Jährige bei der Polizei Anzeige wegen eines Sexualdelikts im Wartezimmer einer Arztpraxis. Ein Mitpatient entblößte sich und onanierte vor ihr. Noch am gleichen Tag meldete sich der 29-Jährige Tatverdächtige, ein afghanischer Staatsangehöriger, bei der Polizei Mindelheim. Die weiteren Ermittlungen werden von der PI Mindelheim geführt. Der 29-Jährige wurde in ein Bezirkskrankenhaus eingewiesen.
Nürnberg: Am vergangenen Samstag (06.07.2019) belästigte ein unbekannter Mann ein junges Mädchen im Nürnberger Westbad. Die Kriminalpolizei ermittelt und sucht Zeugen. Gegen 18:30 Uhr befand sich das Mädchen mit einer Freundin im Freibad in der Wiesentalstraße. Hier wurde das Kind bereits von einer Gruppe junger Männer mehrfach unflätig angesprochen. Als sich das Mädchen wenig später im Schwimmbecken befand, trat einer der jungen Männer unvermittelt an sie heran und berührte sie unsittlich. Die Geschädigte setzte sich verbal zur Wehr und entfernte sich. Sie offenbarte sich erst später ihren Erziehungsberechtigten, woraufhin Anzeige bei der Polizei erstattet wurde. Der Täter kann folgendermaßen beschrieben werden: Ca. 18 Jahre alt, korpulente Figur,südländisches Aussehen, schwarze lockige Haare, sprach Hochdeutsch, bekleidet mit blau-gelber Badehose. Über die Begleiter des Täters liegen keine näheren Erkenntnisse vor. Es soll sich ebenfalls um dunkelhaarige junge Männer im gleichen Alter gehandelt haben.
Wiesbaden: Auf dem Nachhauseweg wurde eine 19-jährige Wiesbadenerin am Samstagabend gegen 22:30 Uhr in der Dreiweidenstraße dadurch belästigt, dass ein fremder Mann sie unsittlich berührte. Die junge Frau beschrieb den Mann alssüdländische Erscheinung im Alter von 30 bis 40 Jahren und schlanker Gestalt. Er habe dunkle kurze Haare sowie einen Dreitagebart gehabt und sei zwischen 175 cm und 180 cm groß gewesen. Der Mann habe in gebrochenem deutsch gesprochen und sei mit einer dunklen Jeanshose und einer dunklen Daunenjacke bekleidet gewesen. Die Geschädigte meldete den Vorfall am Sonntagmorgen kurz nach Mitternacht bei der Polizei.
Mannheim-Oststadt: Ein unbekannter Mann versuchte am frühen Sonntagmorgen im Stadtteil Oststadt eine 39-jährige Frau zu vergewaltigen. Die Frau befand sich kurz nach 3 Uhr auf dem Nachhauseweg. Dabei wurde sie offenbar schon von einem unbekannten Mann verfolgt. Direkt vor dem Hauseingang in der Werderstraße riss der Unbekannte die 39-Jährige von hinten zu Boden , hielt ihr mit der Hand den Mund zu und kniete sich auf sie. Dabei sagte er „Be silent" und versuchte, ihr die Kleidung vom Körper zu reißen. Durch die lauten Hilferufe der Geschädigten wurden Anwohner auf den Vorfall aufmerksam und riefen, dass sie die Polizei verständigen würden. Hierdurch wie auch durch die körperliche Gegenwehr des Opfers ließ der Täter von der Frau ab, überquerte die Fahrbahn und flüchtete in Richtung Augustaanlage. Die 39-Jährige erlitt durch den Sturz diverse Schürf- und Platzwunden im Gesicht sowie an der Schulter. Sie wurde ambulant im Krankenhaus behandelt.
Ein Anwohner soll dem Täter anschließend noch zu Fuß gefolgt sein, konnte ihn jedoch nicht mehr einholen. Eine sofort eingeleitete Fahndung mit starken Polizeikräften nach dem Täter verlief ebenfalls ergebnislos. Der unbekannte männliche Täter wird wie folgt beschrieben: – ca. 170 cm groß – um die 30 Jahre alt – Statur: Oberkörper muskulös, stämmige Statur – gebräunte Haut- indisch-südasiatisches Aussehen – dunkle Haare, moderne Frisur, mit Seitenscheitel, voluminöser nach oben, an den Schläfen kürzer.
Dorsten: Ein Mann (dunkelhäutig) war in Dorsten in der letzten Zeit aufgefallen, weil er Kontakt zu Mädchen aufgenommen hatte. In einem Fall soll er ein

Mädchen angefasst haben (siehe Meldungen https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/42900/4300241 und https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/42900/4309435). Am Sonntag, 30.06. fiel der Mann erneut „Am Katenberg" auf, als er mit seinem Fahrrad unterwegs war. Der Mann, ein 50-Jähriger, der in Dorsten wohnt, wurde von Anwohnern festgehalten. Die Polizei nahm den Mann fest. Er wurde am Montag einem Haftrichter vorgeführt. Dieser erließ einen Untersuchungshaftbefehl gegen den Beschuldigten.

Braunfels: Heute Früh (01.07.2019) war die Frau zwischen 06.15 Uhr und 07.00 Uhr mit ihrem Hund auf dem Waldweg, der in die Alte Leuner Straße mündet, unterwegs. Der Unbekannte überholte sie auf seinem Rad und blieb auf einer Bank sitzen. Hier entblößte er sich ihr gegenüber mehrmals. Beim erneuten Vorbeifahren mit dem Rad fasste er seinem Opfer an die Brust und ans Gesäß. Die Wetzlarerin schlug nach dem Sexualtäter, der daraufhin vom Rad stürzte, wieder aufstieg und mit seinem silber-grauen Fahrrad auf der Alten Leuner Straße in Richtung Ortsmitte flüchtete. Der Mann war zwischen 40 und 45 Jahre alt, ca. 170 cm groß und von schmächtiger Figur. Nach Einschätzung des Opfers war er südländischer Abstammung. Er hatte schwarz-graue Haare, trug einen Drei-Tage-Bart, eine beige Jacke, eine dunkle Jeans sowie einen dunklen Rucksack. Der Unbekannte sprach nur gebrochen Deutsch.

Esslingen: Ein 20-Jähriger hat in den frühen Morgenstunden vom Samstag (29.06.2019) gegen 02:20 Uhr eine 50-jährige Frau in einer S-Bahn der Linie S1 in Richtung Esslingen sexuell belästigt. Nach derzeitigen Erkenntnissen suchte der afghanische Staatsangehörigewiederholt die Nähe der 50-Jährigen in der S-Bahn auf, obwohl sich diese bereits mehrfach umgesetzt hatte. Im weiteren Verlauf soll der Tatverdächtige die Frau offenbar zwischen ihren Oberschenkeln berührt haben. Beamte der Bundespolizei nahmen den jungen Mann anschließend am Bahnhof in Esslingen vorläufig fest.

Hamburg: Die Polizei Hamburg fahndet nach einem bisher unbekannten Mann, der am Samstagabend eine 13-Jährige verfolgt und angegriffen hat. Die weiteren Ermittlungen führt das Fachkommissariat für Sexualdelikte (LKA 42). Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen befand sich die 13-Jährige im Wendehammer der Straße Piependreiherweg, als sie plötzlich von einem unbekannten Mann angehalten und angegriffen wurde. Der Täter habe versucht, sexuelle Handlungen an dem Mädchen vorzunehmen, konnte jedoch aufgrund der Gegenwehr der 13-Jährigen daran gehindert werden. Er flüchtete anschließend in unbekannte Richtung. Der Täter wird wie folgt beschrieben: -männlich -ca. 20 Jahre alt -ca. 185 cm groß – schwarzafrikanisch -normale Statur -dunkles Haar, kurze Rasta-Zöpfe -dunkle Hose, dunkles T-Shirt.

Mönchengladbach: Eine 21-jährige Frau meldete sich am Freitagabend (28. Juni) um 22.40 Uhr in Mönchengladbach auf der Wache der Bundespolizei und gab an, dass sie von einem Mann (22) am Busbahnhof belästigt worden sei. Bundespolizisten nahmen denalgerischen Staatsangehörigen vorerst in Gewahrsam. Die junge Frau berichtete, dass sie von einem ihr unbekannten Mann ungewollt umarmt wurde. Zudem habe er mehrmals versucht sie zu küssen. Trotz einer deutlichen Ansage ihrerseits, ließ der 22-Jährige nicht von ihr ab. Eine Streife der Bundespolizei stellte den alkoholisierten Mann am Busbahnhof in Mönchengladbach. Er trat den Beamten sehr aggressiv und unkooperativ gegenüber. Die Personalien des Mannes konnten vor Ort nicht festgestellt werden. Er verweigerte jegliche Angaben, weshalb er auf die Dienststelle gebracht wurde. Nach einer Durchsuchung, der Feststellung seiner Identität und der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wurde er mit einem Platzverweis von der Wache entlassen. Die Beamten beobachteten, wie sich der

Mann wiederholt der 21-Jährigen näherte. Die Bundespolizisten nahmen den Mann vorerst in Gewahrsam und übergaben ihn an seine Erstaufnahmeeinrichtung.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:
Gießen: Im Bereich der Lahnstraße hat sich ein etwa 25 Jahre alter Mann am Sonntag, gegen 0.00 Uhr, entblößt. Der unbekannte Exhibitionist soll etwa 175 Zentimeter groß sein und einen Dreitagebart haben. Hinweise bitte an die Polizeistation Gießen Nord unter der Rufnummer 0641 – 7006 3755.
Emsdetten: Am Mittwochabend (26.06.), gegen 21.30 Uhr, ist an der Unterführung an der Elbersstraße ein Exhibitionist aufgetreten. Ein etwa 50 Jahre alter Mann hat sich dort einer 29-jährigen Frau in schamverletzender Weise gezeigt. Der Mann war etwa 175- 180 cm groß und hatte eine normale Statur. Bekleidet war er mit einem Hemd und einer beige-braunen 3/4 Hose. Auf dem Kopf trug er ein rotes Cap.
Murr: Nichts außer ein um den Kopf gebundenes grünes T-Shirt und braune Schuhe trug ein bislang unbekannter Mann, der sich am Donnerstag gegen 12:15 Uhr in der Riedstraße in Murr im Bereich einer dortigen Gärtnerei zwei Frauen gezeigt hat. Der Unbekannte istetwa 190 cm groß und 35 bis 40 Jahre alt. Sachdienliche Hinweise nimmt die Kriminalpolizei Ludwigsburg, Tel. 07141/189, entgegen.
Geringswalde: Ein 10-jähriges Mädchen ist am gestrigen Dienstag früh im Bereich Kellerberg/Dresdener Straße einem Unbekannten begegnet. Als sie an der Ampelkreuzung gegenüber des Rathauses an der Dresdener Straße wartete, soll der Mann sie unsittlich berührt haben. Das Kind rannte daraufhin weg und informierte seine Angehörigen, die in der Folge Anzeige bei der Polizei erstatteten. Das Mädchen beschrieb den Unbekannten alsetwa 40 bis 50 Jahre alten, schlanken Mann mit Glatze. Er sei mit einer grünen, kurzen Hose sowie einem blauen T-Shirt bekleidet gewesen
Glückstadt: Die Polizei sucht einen mutmaßlichen Exhibitionisten, der am Donnerstagmorgen in Glückstadt in Erscheinung getreten ist.
Gegen 07.15 Uhr befanden sich drei Schülerinnen auf dem Weg zum Detlefsengymnasium. Auf der Strecke zwischen dem ehemaligen Krankenhaus und dem Bahnhof sahen sie auf der anderen Straßenseite einen Mann mit heruntergezogener Hose und Unterhose stehen. Er zeigte sich ihnen gegenüber in einer schamverletzender Weise. Die drei Jugendlichen im Alter von 14 und 15 Jahren setzen den Schulrektor in Kenntnis. Sofort eingeleitete Fahndungsmaßnahmen verliefen erfolgslos. Der Täter sei etwa 60 Jahre alt, circa 1,80 Meter groß und schlank. Er habe kurze gräuliche Haare. Der Unbekannte sei mit einer hellen, großen und längeren Jacke/Mantel und einer hellen Hose bekleidet gewesen. Er hatte einen dunklen Rucksack dabei. Insgesamt gab er ein ungepflegtes Erscheinungsbild ab. Den Schülerinnen war der Unbekannte bereits in den vergangenen zwei Monaten in dem Bereich häufiger aufgefallen. Auffallend war, dass er gerade immer dabei war, seine Hose zu schließen, wenn sie an ihm vorbeigingen. Die Mädchen hatten sich nichts weiter dabei gedacht und vermutet, dass er zuvor ins Gebüsch uriniert hatte.

http://www.pi-news.net/2019/07/heer-von-gewalttaetigen-migranten-schlaegt-sondereinsatzkraefte-in-die-flucht/

SAARLOUIS: DER STAAT KANN SEIN GEWALTMONOPOL NICHT MEHR DURCHSETZEN - DIE ÜBERMACHT IST ZU GROS

Heer von gewalttätigen Migranten schlägt Sondereinsatzkräfte in die Flucht

23. Juli 2019
85

-

Von EUGEN PRINZ | Das 35.000 Einwohner Städtchen Saarlouis liegt – wie der Name schon andeutet – im Saarland, nur etwas mehr als 10 Kilometer von der französischen Grenze entfernt. Chef im Rathaus ist Oberbürgermeister Demmer von der SPD. Trotz der Zugehörigkeit zu dieser Partei ist er im Gegensatz zu manchem Amtskollegen weit davon entfernt, Saarlouis zum „Sicheren Hafen für Flüchtlinge" zu erklären und auf noch mehr von dieser Sorte zu hoffen.

Sicherer Hafen für Einheimische wäre gefragt

Der Grund: Er wäre froh, wenn Saarlouis ein sicherer Hafen für die alteingessenen Bürger dieser Stadt wäre, denen mittlerweile die Zuwanderer das Leben zur Hölle machen. Wie in vielen deutschen Schwimmbädern, terrorisieren auch im Freibad Steinrausch in Saarlouis an heißen Wochenenden ganze Horden jugendlicher Migranten die Badegäste.

Doch nicht nur die Abkühlung im kalten Nass wird für die Bürger zu einem riskanten Freizeitvergnügen, sondern jetzt auch die „Emmes", ein seit 1967 regelmäßig stattfindendes Volksfest zum Abschluß der „Saarlouiser Woche."

Die Zustände sind so gravierend, dass der SPD Oberbürgermeister einen Brandbrief an den Innenminister des Saarlandes, Klaus Bouillon (CDU), schrieb und eine schnelle und unbürokratische Aufstockung der Polizei forderte, „damit wir auch noch in Jahren Herr der Lage in unseren Städten und Gemeinden sind".

Diese Formulierung ist jedoch nicht ganz korrekt, denn die Polizei ist – selbst nach eigenem Bekunden – schon jetzt nicht mehr Herr der Lage.

Demmer in dem Schreiben:

„Schmerzliche Erfahrungen mussten wir an unserem größten Fest, der Emmes, in diesem Jahr machen. In der angrenzenden Altstadt kam es in den frühen Morgenstunden der Festtage immer wieder zu massiven Problemen mit Jugendbanden, die allesamt Migrationshintergrund haben. In einem Fall musste die Polizei den ‚geordneten Rückzug' antreten, da das polizeiliche Gegenüber derart in der Überzahl war, dass die Unversehrtheit der Beamtinnen und Beamten gefährdet war. Und das, obwohl die eingesetzten Kräfte Angehörige der Operativen Einheit (OpE) waren. Was dies auf die Bürgerinnen und Bürger, die das Ganze mitbekommen haben, für einen Eindruck macht, braucht nicht extra erwähnt zu werden."

Nicht einmal Spezialeinheiten der Polizei sind der Lage gewachsen

Halten wir fest: Selbst Sondereinheiten der Polizei, die für speziell für solche Lagen geschaffen wurden und für den Straßenkampf sowohl ausgebildet, als auch entsprechend ausgerüstet sind, mussten vor der zahlenmäßigen

Überlegenheit und Brutalität des polizeilichen Gegenübers die Flucht ergreifen, pardon, den „geordneten Rückzug antreten".
Oberbürgermeister Demmer kann gut beurteilen, was das bedeutet, denn er war selbst 39 Jahre Polizeibeamter. Zitat:
„Wenn dann noch ehemalige Kolleginnen und Kollegen die Gewährleistung der Sicherheit in der Stadt in Frage stellen, gehen bei mir alle Alarmglocken an."
In dem Schreiben heißt es weiter:
„Viele Beschwerden aus den Reihen der Gewerbetreibenden in der Stadt hinsichtlich dieser Jugendbanden, eine gefühlte Zunahme von schweren Straftaten im Bereich Zentraler Busbahnhof und Hauptbahnhof, runden das negative Bild ab. Von den Problemen, die wir hier im Kreis bei Sommerwetter in unseren Freibädern mit französischen Jugendlichen haben, will ich erst gar nicht berichten."
Es hat sich also bei den jungen Migranten im benachbarten Frankreich auch schon rumgesprochen, dass man in la-la-Deutschland ungestraft auf den Putz hauen kann. Und so kommen nun auch noch schutzbedürftige Krawalltouristen aus dem Nachbarland nach Saarlouis.
Der Oberbürgermeister prangert in seinem Schreiben noch die Schließung der Polizei-Dienststellen Dillingen und Bous zur Nachtzeit und an den Wochenenden an, durch die sich die Sicherheitslage auch in Saarlouis dramatisch geändert hätte. Die angedachte Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei einigen im Ruhestandsalter befindlichen Beamten sei auch keine Lösung, da diese alle über 60 Jahre alt sind und mit Sicherheit nicht mehr zur Nachtzeit vor Ort bei massiven Störungen eingesetzt werden können.
Demmer ist überzeugt davon, dass er OB von Saarlouis „nicht alleine mit diesen Problemen" ist. „Ich werde diese Problematik auch in der Bürgermeister-Kreisrunde thematisieren", kündigte er in dem Brief an. Die Details zu dem Schreiben an den Innenminister können Sie hier nachlesen.

Heute Saarlouis, morgen die ganze Republik

„Die Zukunft ist schon da, sie ist nur ungleich verteilt."
Dieses Wort des Science-Fiction-Autors William Gibson soll uns als Mahnung dienen, jetzt schleunigst die Notbremse zu ziehen und umzusteuern.
Es kann davon ausgegangen werden, dass seit 2015 annähernd 2 Millionen Zuwanderer ins Land gekommen sind. Knapp 70% davon – ein paar Prozent hin oder her – sind Männer im besten wehrfähigen Alter aus einem gewaltaffinen Kulturkreis. In absoluten Zahlen also 1.4 Millionen. Selbstverständlich sind die meisten davon unter normalen Umständen keine gewaltbereiten Randalierer. Aber was ist, wenn sich die Umstände ändern? Wenn der Staat die Rundumversorgung nicht mehr leisten kann und Massenarbeitslosigkeit herrscht?

Reaktion des Staates: Noch mehr Flüchtlinge rein

Wie das Beispiel Saarlouis zeigt, wurde das Gewaltmonopol des Staates in manchen Gegenden unseres Landes durch die Zuwanderer bereits ausgehebelt: Dort kann die Polizei die Bürger nicht mehr schützen. Und die Reaktion des Staates darauf: Noch mehr „Flüchtlinge" ins Land lassen und ins Land holen, damit sich das Problem noch weiter verschärft. Unfassbar!
Vielleicht sollten sich die Verantwortlichen folgender Tatsache bewusst werden: Die Bundeswehr hat nur etwas über 180.000 schlecht ausgerüstete Soldaten. Sollte der schlimmste Fall eintreten, sieht das Zahlenverhältnis gar nicht gut für uns aus. Und es wird mit jedem Jahr schlechter.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet

er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/07/schrobenhausen-schutzsuchender-belaestigt-mehrere-frauen/

POLIZEI VERRINGERT WIEDER BEI MANCHEN ÜBERGRIFFEN DIE AUFKLÄRUNGSCHANCEN

Schrobenhausen: „Schutz"suchender belästigt mehrere Frauen

27. Juli 2019

Schrobenhausen: Ein aufdringlicher 31-Jähriger hat am gestrigen Abend in Schrobenhausen einen größeren Polizei-Einsatz ausgelöst. In die Fahndung nach dem Asylbewerber war auch ein Hubschrauber eingebunden. Der Nigerianer soll mehrere Mädchen und Frauen belästigt sowie befummelt haben. Einem der Opfer soll er zudem das Handy entrissen, einen Jugendlichen mit einem Messer bedroht haben. Letztlich wurde der Beschuldigte festgenommen und in die Psychiatrie eingewiesen. Strafrechtlich vorgeworfen werden ihm Bedrohung, Körperverletzung und sexuelle Belästigung.

Wie die örtliche Polizeiinspektion heute berichtet, habe der in Schrobenhausen untergebrachte Asylbewerber am gestrigen Abend zwischen 20.30 und 22.45 Uhr – unabhängig voneinander – mehrere Mädchen und Frauen im Alter von 13, 15 und 36 Jahren belästigt. Passiert sei das im Bereich des Busbahnhofs, an der Georg-Leinfelder-Straße und an der Sportplatz-Tribüne. Der 31-Jährige habe sie angesprochen und, ohne Gewalt anzuwenden, über der Bekleidung betatscht. Als die 36-Jährige die Polizei rufen wollte, habe ihr der Beschuldigte das Handy entrissen, um das zu verhindern. Die Frau sei dabei leicht verletzt worden.

Auch in einem weiteren Fall soll es rabiat zugegangen sein. Als sich nämlich der 15-jährige Freund der ebenfalls belästigten 15-Jährigen die Anmache seiner Freundin verbeten habe, bedrohte ihn der Asylbewerber laut Schilderung der Polizei mit einem Messer. Als schließlich die inzwischen alarmierten Gesetzeshüter von der örtlichen Polizeiinspektion in der Asylbewerber-Unterkunft nach dem 31-Jährigen gefahndet haben, habe sich der Gesuchte in ein angrenzendes Wohngebiet geflüchtet. „Mehrere Streifenbesatzungen der umliegenden Polizeiinspektionen umstellten daraufhin das Wohngebiet", heißt es im heutigen Bericht der Schrobenhausener Inspektion. Zusätzlich sei ein Polizei-Hubschrauber angefordert worden, der den Beschuldigten mit Hilfe einer Wärmebild-Kamera auch immer wieder habe orten können. Der 31-Jährige sei jedoch immer wieder in Rohbauten beziehungsweise anderen Verstecken verschwunden. Letztlich klickten für ihn aber die Handschellen.

Im Rahmen der intensiven Fahndung sei der Mann schließlich gegen Mitternacht an der Asylbewerber-Unterkunft festgenommen worden. Bei dem 31-Jährigen sei eine Alkoholisierung von zirka 1,2 Promille festgestellt worden. „Er schrie in einer unverständlichen wirren Art und Weise umher", heißt es von der Polizei. Der Beschuldigte sei schließlich in die Psychiatrie des Ingolstädter Klinikums eingewiesen worden. Ihn erwarte nun ein Strafverfahren wegen Bedrohung, Körperverletzung und sexueller Belästigung. (Artikel übernommen von Pfaffenhofen-today.de).

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Stuttgart-Weilimdorf: Ein unbekannter Mann hat am frühen Sonntagmorgen (21.07.2019) in der Florian-Geyer-Straße versucht, eine 24 Jahre alte Frau zu vergewaltigen. Die 24-Jährige war gegen 04.30 Uhr in der Solitudestraße in Richtung Florian-Geyer-Straße unterwegs, als der unbekannte Mann sie auf Höhe der Durlehaustraße ansprach und in ein Gespräch verwickelte. Nachdem die junge Frau das Ansinnen des Unbekannten, bei ihr zu übernachten ablehnte, umarmte er sie. Die 24-Jährige wehrte sich, woraufhin der Unbekannte sie in eine Hecke und zu Boden stieß. Während die Frau sich weiter wehrte und um Hilfe schrie, berührte sie der Täter unsittlich und versuchte, ihr das Mobiltelefon, das sie um den Hals trug, zu entreißen. Als sich eine Anwohnerin durch rufen bemerkbar machte, ließ der Täter von der jungen Frau ab und flüchtete in Richtung Löwenmarkt. Alarmierte Polizeibeamte fahndeten erfolglos nach dem Täter. Die 24-Jährige beschrieb den Täter als dunkelhäutig, zirka 25 Jahre alt und etwa 170 bis 180 Zentimeter groß.

Dortmund – **Essen** – **Merzenich:** Wegen Körperverletzung und exhibitionistischer Handlung ermittelt die Bundespolizei gegen einen 20-jährigen Guineer aus Merzenich. Der Mann soll gestern Abend (21. Juli) den RE 11 von Essen nach Dortmund genutzt haben. Im Zug wollte ein 24-jähriger Bahnmitarbeiter den Fahrausweis des 20-Jährigen überprüfen. Dieser soll nicht im Besitz eines solchen gewesen sein. Zudem verhielt sich der Mann nach Angaben des Bahnmitarbeiters sofort aggressiv, was mit einem Faustschlag gegen den Körper 24-Jährigen endete. Dieser wurde dabei leicht verletzt. Im Anschluss zeigte derGuineer gleich dreimal seinen Penis Reisenden im Zug, so Zeugen des Vorfalls. Nach Ankunft des Zuges im Dortmunder Hauptbahnhof, nahmen Bundespolizisten den Mann vorläufig fest. Gegen den mit 1,2 Promille alkoholisierten 20-Jährigen, leitete die Bundespolizei ein Strafverfahren ein. Nach erfolgter Ausnüchterung durfte er später die Wache wieder verlassen.

Böblingen/Stuttgart: Zu einer exhibitionistischen Handlung ist es am Samstagnachmittag (20.07.2019) gegen 16.40 Uhr in einem Intercity zwischen Böblingen und Stuttgart gekommen. Ersten Erkenntnissen zu Folge setzte sich ein bislang unbekannter Mann, nach dem Halt in Böblingen, zunächst neben eine 21-jährige Reisende. Im weiteren Verlauf der Fahrt manipulierte der Mann offenbar an seinem entblößten Geschlechtsteil und berührte hierbei die junge Frau mehrfach an deren Bein. Nachdem die Reisende den mutmaßlichen Täter auf sein Verhalten ansprach, entfernte sich dieser in unbekannte Richtung. Die Fahndung einer alarmierten Streife der Bundespolizei nach Ankunft des Zuges im Stuttgarter Hauptbahnhof, verlief ohne Ergebnisse. Der unbekannte Mann wird als etwa 35-45 Jahre alt, mit kräftiger Statur, kurzen, schwarzen Haaren, gepflegtem Erscheinungsbild und indischem Phänotyp beschrieben.

Hofheim: 18-Jährige sexuell belästigt, Hofheim, Sandgasse, 04.07.2019, 18.00 Uhr, (pl)Eine 18-jährige Frau ist am frühen Donnerstagabend in der Sandgasse in

Hofheim von einem unbekannten Mann festgehalten und sexuell belästigt worden. Der Täter hatte sich der Geschädigten gegen 18.00 Uhr in der Sandgasse von hinten angenähert und anschließend gegen eine Wand gestoßen und festgehalten. Währenddessen bedrängte er die junge Frau sexuell, indem er sie unsittlich berührte und küsste. Nach der sexuellen Belästigung stieg der Mann als Beifahrer in einen schwarzen BMW Cabrio mit Friedberger Kennzeichen ein und fuhr mit dem Pkw davon. Der Täter soll etwa 25 Jahre alt, ca. 1,85 Meter groß sowie schlank gewesen sein und ein südländisches Erscheinungsbild, kleine, dunkle Augen, eine Undercut Frisur sowie einen leichten Vollbart gehabt haben.
Heidelberg: Wegen einer sexuell motivierten Straftat in der Nacht zum Freitag ermitteln derzeit die Beamten des Dezernats für Sexualdelikte der Kriminalpolizeidirektion Heidelberg. Die Geschädigte, eine 21-jährige Frau, war gegen 01:00 Uhr zusammen mit einer gleichaltrigen Freundin fußläufig in der Heidelberger Altstadt unterwegs. Höchstwahrscheinlich in der Kettengasse trafen die beiden jungen Frauen auf eine Gruppe von Männern im etwa gleichen Alter. In der Folge soll es zunächst zu einem verbalen Schlagabtausch gekommen sein, in dessen Folge einer der Unbekannten aus der Gruppe heraustrat und die 21-Jährige unsittlich berührte. Laut Darstellung der beiden geschädigten Frauen seien sie zuerst beleidigt worden. Die im Rahmen der Fahndung festgenommenen Tatverdächtigen im Alter zwischen 18 und 23 Jahren äußerten später, dass auch sie verbal angegangen worden seien; dass eine der Geschädigten von Ihnen begrapscht wurde, stellten sie in Abrede. Die Ermittler der Kriminalpolizei suchen daher nach Personen, die Zeuge des lautstarken Vorfalls in der Fußgängerzone wurden. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um fünf junge dunkelhäutige Männer arabischen Phänotyps.
Offenburg: Der junge Mann, der am vergangenen Donnerstag in einem Regionalzug eine Frau sexuell belästigt haben soll und zudem ohne die erforderlichen Papiere nach Deutschland eingereist war, befindet sich mittlerweile in Untersuchungshaft.
Wie berichtet soll der Tatverdächtige zunächst nur versucht haben, eine 35-jährige Reisende gegen deren Willen unsittlich zu berühren. Als diese daraufhin den Notruf gewählt und ihren Platz verlassen habe, soll der Tatverdächtige ihr mit der flachen Hand auf das Gesäß geschlagen haben. Im Anschluss soll der junge Mann den Zug verlassen und eine andere, weiterhin unbekannte Frau auf dem Bahnsteig ebenfalls mit der flachen Hand auf das Gesäß geschlagen haben. Noch in unmittelbarer Nähe des Tatorts konnte der Mann durch Beamte der Bundespolizei festgenommen werden. Nach derzeitigem Ermittlungsstand handelt es sich um einen 17-jährigen afghanischen Staatsangehörigen, der keinerlei Ausweispapiere vorlegen konnte und zunächst falsche Personalien angab.
Ibbenbüren: Nach einem Sexualdelikt, das sich am Mittwochnachmittag (03.07.2019) an der Wagenfeldstraße ereignet hat, ermittelt die Polizei. Gegen 15.40 Uhr gingen dort zwei Mädchen aus Richtung Schule kommend in Richtung Aasee. Etwa in Höhe der Einmündung Raabestraße hielt neben den Beiden ein schwarzer PKW. Über die geöffnete Beifahrerscheibe sprach der 40 bis 50 Jahre alte Mann die Kinder an. Diese konnten den ausländisch sprechenden, untersetzten Südländer jedoch nicht verstehen. Während er die Mädchen ansprach hatte er sich im Genitalbereich entblößt. Die Mädchen wandten sich sofort ab. Der Autofahrer fuhr einige Meter weiter und sprach nun eine „ältere" Frau an. Diese setzte ihren Weg aber unvermittelt fort. Die Frau wird gebeten, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen.
Nürnberg: Gestern Abend (03.07.2019) zeigte sich ein unbekannter Mann im Marienbergpark gegenüber zwei Frauen in schamverletzender Weise. Die Polizei sucht Zeugen. Gegen 20:30 Uhr saßen die beiden jungen Frauen auf einer

Parkbank am Marienbergpark-Weiher, als sie einen Unbekannten bemerkten, der unvermittelt sein Geschlechtsteil aus der Hose holte und sich selbst befriedigte. Als sich die jungen Frauen wegdrehten, flüchtete der Mann in Richtung Kilianstraße. Der unbekannte Exhibitionist wird wie folgt beschrieben: Ca. 180 cm groß, etwa 23 Jahre alt, schlanke Figur, 3-Tage-Bart, kurze, schwarze Haare,südländisches Aussehen, gepflegte Erscheinung, trug ein dunkel/weiß quergestreiftes T-Shirt und eine beige/grünfarbene kurze Hose.

Fulda: Opfer einer sexuellen Belästigung wurde gestern Nachmittag, gegen 17.20 Uhr, eine 25-jährige Frau aus Fulda. Während der Zugfahrt von Frankfurt am Main nach Fulda, kurz vor Einfahrt in die Domstadt, entblößte ein 29-Jähriger aus Kamerun sein Glied und manipulierte daran. Die Fuldaerin fühlte sich durch die Handlungen des Mannes belästigt und verständigte die Bundespolizei. Der Mann hatte zwar den Zug bereits verlassen, konnte aber kurz darauf von Bundespolizisten gefasst werden. Die Bundespolizeiinspektion Kassel hat die Ermittlungen aufgenommen und gegen den Mann ein Strafverfahren eingeleitet. Nach den polizeilichen Maßnahmen kam der 29-Jährige wieder frei.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Bopfingen: Am Freitagabend war eine 18-Jährige gegen 22.45 Uhr im Bereich eines Schotterweges vom Rummelplatz auf dem Sechtaplatz in Richtung Oberdorf unterwegs. Plötzlich trat zwischen dort abgestellten Schaustellerfahrzeugen ein unbekannter Mann hervor, der die Geschädigte festhielt und ihr zwischen die Beine fasste. Als sich weitere Personen näherten, ließ der Täter von ihr ab und entfernte sich wieder in Richtung der Fahrzeuge. Er wird als etwa 165 bis 170 cm groß beschrieben, hatte stark behaarte Arme sowie einen dicken Bauch. Er war mit einem T-Shirt bekleidet. Die Kripo Aalen hat die Ermittlungen übernommen und bittet unter Telefon 07361/5800 um weitere Hinweise auf den Mann.

Menden: Am Freitagabend gegen 22.30 Uhr beging eine Bargerin zu Fuß den Johannesweg hinauf in Richtung der Straße „Auf der Schier". Plötzlich sprang eine männliche Person aus dem Feld, welches sich neben der Straße befindet, lief auf sie zu und zerriss ihr die Oberbekleidung. Diese warf er auf den Boden und flüchtete in Richtung der Straße „Auf der Schier". Täterbeschreibung: männlich, ca. 1,85 m groß, normale Statur. Hinweise zu dem Unhold nimmt die Polizei in Menden entgegen.

Uedem: Am Sonntag (14. Juli 2019) gegen 10.30 Uhr war eine junge Frau zu Fuß auf der Mühlenstraße in Richtung Ostwall unterwegs. Ein Jugendlicher fuhr mit einem Fahrrad an ihr vorbei und folgte ihr anschließend bis zu einem Parkplatz am Ostwall. Als die Frau dort am Kofferraum ihres Autos stand, sah sie wie der Jugendliche sich entblößte und onanierte. Die Frau schrie laut, dass er verschwinden solle. Daraufhin flüchtete der Jugendliche mit dem Fahrrad in Richtung Nordwall. Er war 15 bis 18 Jahre alt, etwa 1,75m groß und hatte eine schmale Figur. Er trug eine silberfarbene oder graue, viereckige Brille, einen schwarzen Kapuzenpullover – die Kapuze war über den Kopf gezogen – sowie eine dunkelblaue Jeanshose. Der Jugendliche fuhr ein Herrenfahrrad. Täterhinweise bitte an die Kripo Goch unter Telefon 02823 1080. (ME)

Augsburg: Innenstadt – Am 07.07.2019, gegen 01:20 Uhr, trat ein bislang unbekannter Exhibitionist auf dem Parkplatz einer Diskothek in der Riedingerstraße auf. Der Mann sprach zwei 20 und 23 Jahre alte Frauen, die sich zwischen den geparkten Autos aufhielten, an und onanierte vor diesen. Die

Geschädigten verständigten den Sicherheitsdienst der Diskothek. Trotz einer sofort eingeleiteten polizeilichen Fahndung konnte der Täter nicht mehr angetroffen werden. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: Ca. 30 Jahre, 165 cm, Glatze, weißes T-Shirt, blaue Jeanshose

Roth: Am Samstagabend (06.07.2019) zeigte sich in Roth ein Exhibitionist vor zwei Kindern. Die Kriminalpolizei sucht nach Zeugen.

Gegen 19:40 Uhr liefen die beiden Kinder auf der Friedrich-Wambsganz-Straße zu Fuß in Richtung Wiesengrund. Dort fiel ihnen das erste Mal ein Mann auf, welcher seine Hose heruntergezogen hatte. Die beiden Kinder liefen zunächst weiter. Der Mann folgte jedoch den Kindern bis in die Straße Obere Mühle und berührte sich dabei unsittlich. Im Anschluss flüchtete der Exhibitionist in unbekannte Richtung.

Täterbeschreibung: ca. 30 Jahre alt, ohne Bart, ohne Brille, trug ockerfarbene kurze Hose und ockerfarbenes T-Shirt.

http://www.pi-news.net/2019/07/dortmund-migrantenmob-verpruegelt-jugendlichen/

KEIN "AUFSCHREI" DER ÜBLICHEN "RASSISMUS-RIECHER"

Dortmund: Migrantenmob verprügelt Jugendlichen

29. Juli 2019

Dortmund: Über 10 junge Männer, augenscheinlich allesamt südländischer Herkunft, prügeln vor allem auf einen Jungen mit weißer Hautfarbe ein. Er wird verletzt und erhält Tritte vor den Kopf – offenbar ebenfalls attackiert wurde ein weiterer Jugendlicher, mutmaßlich Afroamerikaner, er soll dem Angegriffenen geholfen haben, sowie ein dritter Junge, der in dem Video nur am Rande zu erkennen ist, zudem befindet sich bereits ab Beginn des Videos eine vierte Person ‚in der Hocke' am Boden, die augenscheinlich bereits verletzt ist. Der Vorfall hat sich nach Angaben in sozialen Netzwerken bereits in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2019 im Anschluss an eine „Holiday Party" in der Dortmunder DiscothekNightrooms ereignet, der Tatort liegt direkt an der Hansastraße. Die Tat ereignete sich demnach in den frühen Morgenstunden, noch unklar ist, ob der angegriffene Junge, der auch Tritte vor den Kopf erhält, in ein Krankenhaus eingeliefert wurde, ebenfalls völlig im Unklaren bleibt der Hintergrund der Auseinandersetzung. Zumindest bei einigen Beteiligten handelt es sich um Besucher der vorausgegangenen Feier, sie tragen rosafarbene Einlass-Armbänder. (Auszug aus einem Artikel zu obigem Video von „COMPACT-ONLINE.DE).

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen dass Deutsche als „Köterrasse"bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird.

Düsseldorf: Noch unklar sind die Hintergründe eines Streits zwischen jungen Männern heute Morgen in der Düsseldorfer Altstadt. In dessen Verlauf steigerten sich die gegenseitigen Aggressionen bis hin zu einer körperlichen Auseinandersetzung. Letztlich zückte einer der Beteiligten ein Messer und stach auf einen 28-jährigen Kontrahenten ein. Nach Aussagen der Ärzte könnte der polizeiliche Einsatz eines sogenannten „Tourniquet" (Aderpresse zum Abbinden lebensbedrohlicher Blutungen) Schlimmeres verhindert haben. Der vermeintliche Messerstecher wurde im Rahmen der Fahndung gestellt und vorläufig festgenommen. Heute Morgen um 5.30 Uhr wurde der Polizei im Bereich Flinger Straße / Hunsrückenstraße eine Messerstecherei gemeldet. Vor Ort wurden der stark blutende Geschädigte und sein Freund angetroffen. Das 28-jährige Opfer

aus Düsseldorf wies mehrere Stichverletzungen auf. Durch eine Beamtin wurde eine mitgeführte Aderpresse (Tourniquet) angelegt, was nach Aussage der Ärzte im Krankenhaus lebensrettend gewesen sein könnte. Dennoch musste der Mann reanimiert werden und schwebte in Lebensgefahr. Sein Zustand ist nach einer Notoperation mittlerweile stabil. Der Beschuldigte konnte im Rahmen der Fahndung im Bereich U-Bahnabgang Königsallee zur Wehrhahnlinie gestellt werden. Von der Tatwaffe fehlt jedoch jede Spur. Der stark alkoholisierte Beschuldigte wurde festgenommen. Es handelt sich um einen polizeilich bekannten 20-jährigen „Zuwanderer aus Ostafrika.

Chemnitz: In der Zwickauer Straße ist am Mittwochnachmittag ein Mann (41) von einem Unbekannten in der Nähe der Bushaltestelle Marianne-Brandt-Straße verletzt worden. Nach derzeitigen Erkenntnissen war es offenbar im Vorfeld beim Aussteigen aus einem Bus der Linie 23 an der Haltestelle Marianne-Brandt-Straße zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Männern gekommen. In der Folge schlug der Unbekannte offenbar mit einem Fahrradschloss den 41-Jährigen. Dieser wurde zur vorsorglichen Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung aufgenommen. Der 41-Jährige beschrieb den Mann wie folgt: er sei ungefähr 18 bis 25 Jahre alt, zwischen 1,60 Meter bis 1,70 Meter groß, hatte schwarze Haare und einen „dunklen Teint sowie einen Verband am linken Arm. Er trug ein weißes T-Shirt, eine kurze blaue Jeans, beige Schuhe und einen schwarzen Rucksack mit der Aufschrift „Puma".

Heinsberg: Am Mittwoch, 24. Juli, gegen 19:30 Uhr, wurde ein 26-jähriger Mann aus Übach-Palenberg an einem Badestrand des Lago Laprello angegriffen. Er ging in Begleitung zweier Freunde auf der Ringstraße aus Richtung Tennisplatz kommend in Richtung eines dortigen Steges. Er konnte hören, dass es am Steg offenbar Streitigkeiten gab. Als sie dort ankamen, bemerkte er eine Gruppe von mehreren Personen, die von dort kamen. Eine der Personen ging direkt auf den 26-Jährigen zu und sprach ihn provozierend an. Dabei wirkte er sehr aggressiv. Dem Übach-Palenberger gelang es nicht, den Mann verbal zu beruhigen. Stattdessen schlug dieser mit einer Glasflasche gegen seinen Kopf. Ein anderer Mann näherte sich dem Geschehen und hielt eine abgebrochene Glasflasche in der Hand. Er drohte dem 26-Jährigen sowie seinen Begleitern verbal. Daraufhin flüchteten die jungen Männer. Die Täter stiegen nach der Tat in einen Pkw mit Erkelenzer Kennzeichen (ERK-). Durch den Schlag zog sich der junge Mann Verletzungen zu. Er machte einen vorbeifahrenden Streifenwagen auf seine Situation aufmerksam. Die Beamten boten ihm Hilfe an und nahmen eine Anzeige auf. Er suchte anschließend selbstständig einen Arzt auf. Der Täter war zirka 180 Zentimeter groß und hatte eine kräftige Statur. Er hatte dunkelbraune oder schwarze Haare und wirkte „südländisch.

Bielefeld – Windelsbleiche: In Windelsbleiche ist ein 41-Jähriger bereits am Sonntag, 21.07.2019, von einem anderen Mann attackiert worden – dabei verlor er kurzzeitig sein Bewusstsein. Gegen 02:40 war der 41-jährige Bielefelder von einer Bushaltestelle aus an der Buschkampstraße unterwegs. Kurz nach der Einmündung Am Metallwerk sprach ihn ein unbekannter Mann von hinten an. Nach einigen wenigen Sätzen schlug ihm der Fremde plötzlich mit der Faust in den Rücken. Daraufhin drehte sich der 41-Jährige um, erhielt einen Faustschlag ins Gesicht und brach zusammen. Als er zu sich kam, war der Unbekannte verschwunden. Im Anschluss ließ er seine Verletzungen in einem Bielefelder Krankenhaus behandeln. Die Beschreibung des Tatverdächtigen: Der Mann war 20 bis 30 Jahre alt und soll ein „südländisches Aussehen besitzen. Er hatte dunkle Haare und trug einen Bart.

Wangen im Allgäu: Aggressiv verhielt sich ein Heranwachsender in der Nacht zum Sonntag gegen 01.15 Uhr gegenüber drei Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren am Busbahnhof. Die drei Jugendlichen, die dort auf einen Linienbus warteten, um nach Hause zu fahren, wurden durch den unbekannten Mann angesprochen und provoziert. Als sie sich nicht darauf einließen, schlug er einem der Geschädigten mit der flachen Hand ins Gesicht, einen anderen aus der Gruppe schlug und trat er in einem Buswartehäuschen. Mehrere Begleiter des Aggressors gingen schließlich dazwischen und beendeten das aggressive Vorgehen des Unbekannten. Der Täter wird folgendermaßen beschrieben: Etwa 18 Jahre alt, etwa 180 cm groß, auffällig schlank, dünne Arme, „dunklere Hautfarbe, kurzgeschnittenes schwarzes Haar, Flaumbart, sprach deutsch, trug eine dunkle schwarze Hose und ein weißes T-Shirt mit schwarzer „Jordan"-Aufschrift auf der Seite.

Fürth: Bereits am 07.07.2019 kam es in der Fürther Innenstadt zu einem körperlichen Übergriff auf einen 45-jährigen Mann. Die Kriminalpolizei Fürth bittet um Zeugenhinweise. Gegen 19:45 Uhr saß der Geschädigte auf einer Treppe vor einer Apotheke in der Nürnberger Straße vor der Hausnummer 84. Nach bisherigen Erkenntnissen soll ein unbekannter junger Mann unvermittelt auf den 45-Jährigen zugegangen sein. Sofort soll der Unbekannte mit einem Ast auf den Geschädigten eingeschlagen haben, der im weiteren Verlauf zu Boden stürzte. Auch dort soll der Täter weiter auf das Opfer eingeschlagen haben. Als Passanten einschritten, flüchtete der Täter in die Jakobinenstraße in Richtung Hornschuchpromenade. Der Geschädigte erlitt Verletzungen und wurde durch den Rettungsdienst behandelt. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach dem unbekannten Täter verlief erfolglos. Zwischenzeitlich hat die Kriminalpolizei Fürth die Ermittlungen übernommen. Der unbekannte Täter kann folgendermaßen beschrieben werden: Ca. 16 – 18 Jahre alt, ca. 165 cm groß, schlank, bekleidet mit schwarzem Anzug, schwarzem Hemd und schwarzen Herrenschuhen, trug auffällige weiße Kopfhörer auf dem Kopf, sprach deutsch mit „nicht näher definierbarem ausländischen Akzent.

Gera: Heute Nacht (23.07.2019), gegen 00:35 Uhr bemerkten Polizeibeamte im Bereich des Heinrichplatzes, wie ein Jugendlicher aus einer Gruppe heraus einen ebenfalls in der Gruppe befindlichen Mann gegen den Rücken sprang, ihn zusätzlich gegen den Kopf schlug und anschließend flüchtete. Unverzüglich kamen mehrere Polizeibeamte zum Einsatz. Als Geschädigte konnte ein 19-Jähriger (deutsch) identifiziert werden. Eine medizinische Versorgung war nicht notwendig. Kurze Zeit darauf konnte auch ein „15-Jähriger (syrisch)als Täter ermittelt werden. Gegen diesen wurden die entsprechenden Ermittlungen eingeleitete. Allen Personen aus der Gruppe, welche sich während des gesamten Einsatzes aggressiv gegenüber den Beamten verhielten, wurde ein Platzverweis ausgesprochen.

Bosniake schlägt Sohn, da er bei einer Theater-Aufführung eine christliches Kreuz trägt

Grenzach-Wyhlen: Die drei Aufführungen nach der Premiere des Musicals „3?Musketiere" wären beinahe geplatzt. Grund ist, dass der Vater eines Schauspielers seinem Sohn fast die weiteren Auftritte verboten hätte. Der Mann hatte erfahren, dass sein Sohn bei der Premiere ein christliches Kreuz um den Hals trug und geriet deshalb in Rage. Die Folge: Die Abbauarbeiten in der Hochrheinhalle finden heute unter Polizeischutz statt. … Was sich allerdings im Nachgang der Premiere in der Donnerstagnacht im Bereich der Hochrheinhalle zugetragen hat, sorgt weit über die Musical-Company des Lise-Meitner-Gymnasiums (LMG) hinaus für Entsetzen. Wie Zeugen übereinstimmend berichten, sei Elvis B.s Vater bei der „Aftershow-Party" aufgetaucht und habe

seinen Sohn zu sich ins Auto zitiert. Dort habe er den Gymnasiasten mit muslimisch-bosnischen Wurzeln angebrüllt und auf dem Beifahrersitz ins Gesicht geschlagen. Weil dieser ein christliches Kreuz um den Hals trug, was er als Muslim aber nicht dürfe. … Da der Vater des Jugendlichen angekündigt habe, die Einhaltung seiner Bedingungen vor der Vorstellung am Freitagabend zu kontrollieren (und auch tatsächlich kam), hängte das Musical-Team nicht nur alle Bilder mit Elvis B. samt Kreuz ab. Man ging sogar so weit, dass in sämtlichen noch verfügbaren Programmheften eine Doppelseite zusammengeklebt wurden, weil der junge Mann dort auf einem Foto mit dem christlichen Symbol zu sehen war. Erst dann habe der Vater seinem Sohn die weiteren Auftritte gestattet, berichtet Vogt. In diesem Kontext ist es ihm wichtig, von einem „Kompromiss" im positiven Sinne zu sprechen. Man dürfe nicht vergessen, dass die Aufführung des Musicals Teil des Schulprojektes „Musik für den Frieden" gewesen sei. (Die komplette Geschichte kann bei „DIE OBERBADISCHE nachgelesen werden).

Asyl-Betrug in Salzburg: Eine Million Euro Schaden

Salzburg: Bei einer Familie, die im September 2015 mit dem Flüchtlingsstrom über die Balkanroute nach Österreich gekommen war und in Salzburg um internationalen Schutz angesucht hatte, habe sich im März 2019 herausgestellt, dass es sich um eine türkische Familie gehandelt habe, „welche die syrische Legende zwecks besserer Erfolgschancen im Asylverfahren vortäuschte", so die Polizei. Die Familie habe vollen Zugang zum Sozialsystem erhalten. Durch den – durch Erhebungen begründeten – Verdacht des Verbrechens des schweren gewerbsmäßigen Betruges sei ein Gesamtschaden von 156.321,50 Euro entstanden, und zwar zum Nachteil des Landes Salzburg als Träger der Grundversorgung beziehungsweise zum Nachteil der Salzburger Gebietskrankenkasse. Ein weiteres, von der Polizei angeführtes Beispiel betrifft einen irakischen Asylwerber, der mit einem 30.000 Euro teuren Mercedes bei einer Polizeidienststelle vorgefahren war und einen Diebstahl angezeigt hatte. „Während der gut situierte Asylwerber aus dem Topf der Grundversorgung Leistungen bezog, konnte er sich noch vom Konto, welches ihm seine Mutter eingerichtet hatte, bedienen." (Auszug aus einem Artikel von „OE23.AT).

Syrer greift Polizisten mit abgebrochenen Flaschenhals an

Gera: Am Freitag gegen 14:30 informierte ein 31 jähriger Geschädigter die Polizei, dass er im Bereich des Museumsplatzes in Gera von einer unbekannten männlichen Person mit einem Messer bedroht wurde. Die eingesetzten Beamten konnten den 30 jährigen, psychisch auffälligen, „syrischen Tatverdächtigen zeitnah im Bereich des Kornmarkts in Gera antreffen und einer Kontrolle unterziehen. Hier konnte das verwendete Messer aufgefunden werden. Während der Kontrolle zerschlug der Verdächtige eine Bierflasche und versuchte, die Beamten mit dem abgebrochen Flaschenhals anzugreifen. Nach Abwehr des Angriffes wurde der Beschuldigte in eine Fachklinik eingewiesen. Ermittlungsverfahren gegen den Verdächtigen wurden eingeleitet.

Fahrschein-Kontrolleure müssen nach Auseinandersetzung mit Ausländern ins Krankenhaus gebracht werden

Karlsruhe: Nach dem Ende der gemeinsamen Kontrollaktion kam es gegen 2.40 Uhr anlässlich einer weiteren Fahrscheinkontrolle noch zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen Fahrscheinprüfern und einer Gruppe von circa zehn Jugendlichen und Heranwachsenden. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung wurden vier Fahrscheinprüfer verletzt. Die Gruppe war an der Haltestelle Marktplatz in die Bahn eingestiegen und hatte dort Alkohol konsumiert. Bei der Kontrolle durch die VBK-Fahrausweisprüfer konnte nur ein Teil der Gruppe einen Fahrschein vorweisen. An der Haltestelle Kronenplatz sollte die Gruppe aus der Bahn steigen. Hierbei wurde ein Fahrscheinprüfer aus der Bahn gestoßen. Im

Anschluss entwickelte sich eine handfeste Auseinandersetzung. Bis zum Eintreffen der Polizei konnten vier Tatverdächtige, „zwei Iraner und zwei Afghanen im Alter von 20 Jahren, festgehalten werden. Zwei Fahrscheinprüfer wurden anschließend mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht.
Juhu! Gelegentlich profitieren sogar Einheimische von „Vermiete doch an die Stadt"
Karlsruhe: „Der Großteil der Wohnungen wird an Flüchtlinge vermietet, für die Übergangswohnheime nicht mehr geeignet sind", berichtet Benz. Dazu gehörten etwa Familien, bei denen mehrere Kinder in die Schule gehen oder der Vater beginne, zu arbeiten. Die Familienmitglieder benötigten in diesen Situationen mehr Zimmer, um sich zum Beispiel auf Hausaufgaben konzentrieren oder sich ausruhen zu können. Auf dem freien Wohnungsmarkt würden die Flüchtlinge aus den Übergangswohnheimen aber oft keine Unterkunft bekommen. Rund 180 von ihnen stehen laut Benz derzeit auf der Warteliste. Von „Vermiete doch an die Stadt!" profitieren gelegentlich aber auch Einheimische, so Benz. (Auszug aus einem Artikel von „morgenweb.de).

http://www.pi-news.net/2019/07/neu-ulm-bomben-palaestinenser-will-alle-fahrgaeste-toeten/

BOMBENDROHUNG IM VOLL BESETZTEN LINIENBUS

Neu-Ulm: Bomben-Palästinenser will alle Fahrgäste töten

28. Juli 2019

Von JOHANNES DANIELS | Multi-Kulti-High-Noon in Neu-Ulm (Bayern): Am Freitagmittag kam es in einem Bus zu einer lebensbedrohlichen Situation „zum Nachteil des Busfahrers sowie der anderen Fahrgäste" (Polizeibericht). Ein illegaler polizeibekannter Palästinenser mit jordanischem Pass versetzte mit einer Bombendrohung und weiteren Todesdrohungen am helllichten Tag einen vollen Linienbus mit Fahrgästen in Angst und Schrecken.
Wenn Mainstream-Medien fast orthographisch- und politisch-korrekt titeln: „Eine Busfahrt fürt zum Polizeieinsatz", sollte man tatsächlich etwas genauer hinsehen, zum Beispiel in die Fakten des Polizeiberichts:

„Der spätere Beschuldigte 43-jährige, welcher sich ohne festen Wohnsitz in Deutschland befindet, stieg an der Haltestelle Memminger Straße in Neu-Ulm in den Bus und fragte den Busfahrer, nachdem dieser seine Fahrt begonnen hatte, ob der Bus nach Ulm ins Krankenhaus fahren würde. Nachdem der Busfahrer dies verneinte, wollte der Fahrgast unverzüglich aus dem Fahrzeug, welches Richtung Neu-Ulm – Ludwigsfeld unterwegs war, aussteigen. Der Busfahrer teilte dem Mann daraufhin mit, dass er seine Fahrt bis zur nächsten Haltestelle fortsetzen müsse."

Alle umbringen mit Bombe …

Das bunte Deutschland braucht jedes Talent und die neuen Herrenmenschen sind es freilich gewohnt, dass die verachtete Steuerzahler- und „Köterrasse" ihnen seit spätestens 2015 jeden Wunsch wie Dschinni aus 1001 Nacht von den Augen abliest. Warum kehrte der ungläubige Busfahrer nicht einfach um wie befohlen? Und das an einem heiligen „Freitag"?
Weiter im aufschlussreichen Polizeitext:

„Hierauf wurde der 43-jährige Jordanier aggressiv, begann zu schreien und drohte damit, alle umzubringen, indem er eine Bombe, welche sich in seinem Rucksack befindet zünden würde. Des Weiteren hielt er einen Stein in der Hand und drohte alle Fahrzeuginsassen damit zu erschlagen. Anschließend verließ er den Bus an der Haltestelle Rathiopharm-Arena. Eine sofort

eingeleitete Nahbereichsfahndung durch mehrere Streifenbesatzungen führte dazu, dass der Mann aufgegriffen und unverzüglich durchsucht wurde".

Ruckzuck wurde der Rucksack-Palästinenser anschließend auf eine Neu-Ulmer Dienststelle verbracht, wo einige seiner Personalien vorläufig aufgenommen wurden. Ihn erwartet nun eventuell eine Anzeige wegen Bedrohung und Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten nach §126 StGB – diese wird laut Praxiserfahrung in den meisten Fällen schnell eingestellt.

Der Neu-Ulmer Polizeibericht weiter:

„Bei weiteren Abklärung auf der Dienststelle konnte zudem festgestellt werden, dass der 43-jährige durch diverse Staatsanwaltschaften aus dem Bundesgebiet zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben war".

Und wie schreibt der Mainstream über den gefährlichen Eingriff in den Personenverkehr und die Todesdrohungen? Die Relocation-affine Südwest-Presse, die über ihre SWMH-Holding große Anteile an der kränkelnden „Lügdeutschen Zeitung" übernahm, titelt:

„Mann droht in Bus Bombe zu zünden und alle zu töten" – schiebt es aber für ihre Leser den „Wohnsitzlosen" in die Schuhe – kein Wort zur Provenienz des Täters aus dem Polizeibericht:

„Ein 43-Jähriger hat am Freitag in Neu-Ulm für Angst und Schrecken gesorgt. Der Wohnsitzlose drohte in einem Bus den Fahrer und die Fahrgäste mit einer Bombe zu töten und mit einem Stein zu erschlagen […] Die Beamten nahmen den Mann mit aufs Revier. Ihn erwartet jetzt eine Anzeige wegen Bedrohung und Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten".

Die Angst der geschockten Ulmer Fahrgäste ist nicht ganz unbegründet: Ulm und Neu-Ulm gelten seit vielen Jahren als süddeutsches Zentrum der Dschihadisten – PI-NEWS berichtete mehrfach. Ulm hat ein zunehmendes islamisches Terror-Problem, die Spuren der Terroranschläge von Bali und Paris führen zuverlässig nach Ulm: Nach der Festnahme des Bataclan-Terroristen Salah Abdeslam mit über 130 Getöteten bei den Paris Anschlägen führten konkrete Spuren nach Ulm. Wie sogar noch der Südwestrundfunk berichtete, war Abdeslam kurz vor den Attentaten in Ulm, um dort Komplizen abzuholen, die sich als „Flüchtlinge" in Deutschland getarnt hatten.

Und die Süddeutsche Zeitung? Die hemmungslose Prantl-Pravda verschweigt die arabisch-palästinensische Terrorattacke in einer süddeutschen bayerisch-schwäbischen Großstadt mit 200.000 Einwohnern lieber gleich ganz. 100 Prozent ihrer ahnungslosen Leser wollen es so.

https://www.journalistenwatch.com/2019/07/29/sicherheitsrisiko-islam-buch/

Sicherheitsrisiko Islam – das Buch des Jahres

29. Juli 2019 Brennpunkt 3 Kommentare

Jouwatch hat das gerade erschienene Buch des Bestsellerautors Stefan Schubert Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht bereits als das »Buch des Jahres« bezeichnet. Aufgrund der Brisanz der Thematik und der Fülle an erschütternden Fakten ist

dies nicht verwunderlich. Im Folgenden ein kleiner Vorgeschmack für alle, die sich eine freie und unabhängige Meinungsbildung nicht verbieten lassen möchten:

Seit dem 11.9.2001 sind über 30 000 islamistische Terroranschläge mit rund 150 000 Toten nachgewiesen worden. Das entsprechende Dokument entstammt der islamkritischen Seite TheReligionofPeace (TROP) und wurde am 28. April 2019 von der Welt am Sonntag übernommen und abgedruckt. Es liest sich nahezu wie ein dystopischer Beleg für den islamischen Krieg gegen sogenannte Ungläubige. Auf insgesamt drei kleingedruckten Zeitungsseiten werden die Ausmaße eines Krieges dokumentiert, in dem sich die westlichen Gesellschaften gegenwärtig befinden.

Das Fundament dieser epochalen Terrorwelle bildet das islamische Weltbild, das im Koran begründet ist. Betraf der Krieg des Islam zuvor überwiegend den Nahen Osten, Afrika oder Afghanistan, so wurde der gewalttätigste Konflikt des 21. Jahrhunderts durch die unkontrollierte muslimische Masseneinwanderung mitten nach Westeuropa transportiert. Die Städte, die im Namen Allahs von Terror heimgesucht werden, heißen nicht mehr Beirut oder Bagdad, sondern Berlin, Paris, Madrid, London, Brüssel und Barcelona.

Doch bei dieser Anschlagswelle handelt es sich nur um den sichtbaren Teil des Konflikts. Nicht minder bedrohlich und tief greifend werden die freiheitlichen westlichen Gesellschaften von der zunehmenden Islamisierung angegriffen. Doch statt diesen bedrohlichen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten, unterwerfen sich die Protagonisten von Politik und Medien mit ihrer Appeasement-Politik dem Islam geradezu. Im Namen der Political Correctness werden Grundrechte der westlichen Gesellschaft wie Menschenrechte, Meinungsfreiheit, die Rechte der Frauen und die Rechte religiöser und sexueller Minderheiten auf dem Altar des Multikulturalismus geopfert.

Selbst religiös begründetes Mobbing in Schulen und Kitas sowie Vielweiberei, Zwangs-, Kinder- und Verwandtenehen sowie Ehrenmorde lösen in der breiten Öffentlichkeit kein Umdenken aus; ganz zu schweigen von dem sich verstärkenden Christenhass und dem muslimischen Antisemitismus, die sich in ganz Westeuropa ausbreiten und bereits zu zahlreichen brutalen Morden geführt haben. Sobald eine fundamentale Kritik oder Debatte angeregt wird, wird sie mit der Rassismuskeule erschlagen.

Grundsätzlich sei vorweg geschickt, dass dann, wenn in dem Buch allgemein von Muslimen und dem Islam die Rede ist, nicht alle Muslime gemeint sind und auch dem Islam als Ganzem nicht unterstellt wird, prinzipiell aus einem monolithischen Block zu bestehen. Gläubige, die ihre Religion säkular, als Privatsache, ausüben und ihr religiöses Selbstverständnis nach der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausrichten, sind von der Kritik in diesem Buch ausdrücklich ausgenommen.

Leider aber ist davon auszugehen, dass es sich bei Letzteren um eine Minderheit handelt, die kaum über Einfluss in den muslimischen Gemeinden verfügt. Dagegen haben radikale Islam-Organisationen über Hunderttausende von Mitgliedern und Unterstützern und erreichen mit ihrer radikal-islamistischen Ideologie in Deutschland Millionen Muslime. Wie weit diese Dynamik inzwischen fortgeschritten ist und wie gefährlich sie sich auf die Innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Frieden auswirkt, wird im Verlauf des Buches ausführlich behandelt.

Für diese Muslime stellt der Islam weit mehr dar als eine Religion – wie etwa die evangelische oder die katholische Lehre. Menschen werden eingeteilt in höherwertige Muslime und minderwertigere »Ungläubige«, die es zu bekämpfen gilt, wodurch eine radikale Spaltung der Gesellschaft vollzogen wird. Dieser Hass auf Juden, Christen, »Ungläubige« und westliche Lebensgewohnheiten bildet den Nährboden für Terror, Gewalt und folglich Kriminalität. Wie weit sich eine islamisch motivierte Kriminalität bereits in Deutschland abzeichnet, wird im Buch ausführlich dokumentiert.

Für viele Muslime bedeutet der Islam eine Gesellschaftsordnung, in der die Scharia über dem deutschen Grundgesetz und Strafgesetzbuch thront, wodurch die praktische Umsetzung des Islam diesen in die Nähe einer totalitären Ideologie rückt. In einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin heißt es dazu: »Religiöser Fundamentalismus unter Muslimen ist in Westeuropa kein Randphänomen. Zu diesem Ergebnis kommt Migrationsforscher Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in seiner Auswertung einer repräsentativen Befragung von Einwanderern und Einheimischen in sechs europäischen Ländern. Zwei Drittel der befragten Muslime halten demnach religiöse Gesetze für wichtiger als

die Gesetze des Landes, in dem sie leben. Drei Viertel von ihnen finden, es gebe nur eine mögliche Auslegung des Korans.«
Darüber hinaus wird im Koran, in religiösen Überlieferungen – Hadithen – und Predigten Gewalt als ein probates Mittel zur Erlangung der islamischen Herrschaft – des Kalifats – propagiert. Mit der daraus resultierenden Radikalisierung der muslimischen Bevölkerung in Deutschland wächst auch deren Abschottung und Integrationsverweigerung.
Da sich dieses ablehnend-kriegerische Verhalten aber nicht auf theologische Konzepte beschränkt, sondern sich auch zu einer Verachtung alles Westlichen ausweitet, ist es insbesondere in Deutschland zu einer steigenden Kriminalität von muslimischen Araberclans und damit einem dramatischen Sicherheitsverlust gekommen. Die muslimische Mafia sieht Deutschland nur als Beuteland an, deren Bürger und Staat es nach Belieben auszurauben und zu terrorisieren gilt. Um zu zeigen, wie weit das geht, werden in dem Buch erstmalig die Daten von einer Million Straftaten durch mehrheitlich muslimische Flüchtlinge veröffentlicht und analysiert. Das Bundeskriminalamt (BKA) bestätigt 1 085 647 Straftaten durch 621 713 tatverdächtige Zuwanderer, und dies allein in den Jahren zwischen 2015-2018. Sämtliche Daten und Fakten sind durchgehend mit Quellenangaben und Links belegt und können entsprechend überprüft werden.
Eine derart epochale Verbrechenswelle wäre ohne die gewaltaffine islamische Sozialisation der Täter kaum denkbar, und diese extrem hohe Kriminalitätsbelastung durch muslimische Männer hat entscheidend zur Wahl des Titels Sicherheitsrisiko Islam beigetragen. Denn wir werden uns eingehend damit befassen, inwieweit die islamische Sozialisation der Täter die Brutalität der Tatbegehung gegenüber »Ungläubigen« verstärkt. So sind bei Recherchen eine Reihe von brutalen Seniorenmorden entdeckt worden, deren Grausamkeit in keinem Zusammenhang mit den zuvor begangenen Einbrüchen und Diebstählen stand. Und bei den Tätern dieser Mordserie handelte es sich um muslimische Männer.
Die Frage des Überlebens unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unserer westlich-liberalen Gesellschaft ist eng mit dem Islam verknüpft. Denn dient die religiöse Legimitation des Islam zur Begehung von terroristischen Anschlägen nicht zugleich auch der alltäglichen Gewaltanwendung gegenüber »Ungläubigen«?
Dieser Frage nachgehend, wird im Buch untersucht, wie sich die wachsende muslimische Bevölkerungsgruppe und deren immer aggressiveren Forderungen auf die jeweiligen gesellschaftlichen Bereiche auswirken und welche Veränderungen damit in Deutschland zu erwarten sind. Das Hauptaugenmerk liegt auf den Folgen für die Sicherheit der Bürger und die Stabilität Deutschlands, und es wird nicht gescheut, die Komplizen und Wegbereiter des Islam in Wirtschaft, Sport und Politik beim Namen zu nennen. Dazu zählen u.a. Siemens, der FC Bayern München und die langjährige CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel.
Die negativen Entwicklungen in Institutionen und Behörden, die politisch forcierten Einstellungen von Muslimen bei der Polizei und dem Verfassungsschutz sowie die sich häufenden alarmierenden Vorfälle in Schulen und Kindergärten, die analysiert werden, sollten uns allen als letzte Warnung gelten.
Ereignisse wie der Kölner Sex-Mob zu Silvester, Terroranschläge wie der auf den Berliner Weihnachtsmarkt, die Kriminalität der Araberclans, die epochale Verbrechenswelle durch Flüchtlinge sowie die aktuellen Gewalteskalationen in Freibädern, Stadtfesten und Parkanlagen machen deutlich: Wir sind bereits Teil eines »molekularen Bürgerkrieges« …

Buchbesprechung
https://www.google.com/search?q=sbk&oq=sbk&aqs=chrome..69i57j46i199i291i433j46i175i199j0i433j46i175i199j0l5.1361j0j7&sourceid=chrome&ie=UTF-8
Sicherheitsrisiko Islam
von
Stefan Schubert

Die dramatisch unterschätzte Gefahr: der Islam und die Gewalt
Mit exklusiven Zahlen, Daten und Fakten belegt
Dieses Buch stellt die Islamkritik auf ein gänzlich neues Fundament. Dazu hat der Bestsellerautor und Sicherheitsexperte Stefan Schubert Fakten in einer Fülle zusammengetragen, die Sie so noch nicht gesehen haben. Es ist eine erschreckende Chronologie über die Ausbreitung der Kriminalität, der Gewalt und des Terrors durch den Islam in Europa.
Stefan Schubert zeichnet ein detailliertes Bild der aktuellen Sicherheitslage und überzeugt durch seine akribische Recherchearbeit. Diese ist durch rund 600 Quellen, Statistiken und Studien für jedermann selbst nachprüfbar. Ein Teil der Hintergrundinformationen stammt direkt aus dem Bundesinnenministerium und dem Bundeskriminalamt.
Die muslimischen Migranten begehen Straftaten in einem nie da gewesenen Ausmaß. Wer dies anprangert, wird vom linken Mainstream diffamiert, in die rechte Ecke gestellt und oft beruflich ruiniert.
Eine fesselnde Lektüre für all jene, die den Mut haben, quer zum Mainstream zu denken und sich von diesem eine freie und unabhängige Meinungsbildung nicht verbieten zu lassen.
Erstmalig und exklusiv enthüllt Stefan Schubert, dass
laut Statistiken des BKA überwiegend muslimische Flüchtlinge eine Verbrechenswelle von über 1 Million Straftaten in nur 4 Jahren allein in Deutschland verübt haben.
der Generalbundesanwalt 2013 lediglich 70 Terrorverfahren einleitete, 2018 die Anzahl der Terrorverfahren mit 1300 jedoch einen neuen Rekordwert erreichte.
Wussten Sie zum Beispiel, dass
eine alarmierende Vermischung des kriminellen Migrantenmilieus mit islamischen Terroristen stattfindet?
der Verfassungsschutz islamistische Organisationen nicht konsequent überwachen kann, weil die Politik einen stärken Fokus auf die AfD fordert?
Bundeskanzlerin Angela Merkel die nationalistisch-islamistischen Grauen Wölfe hofiert?
die Bundesregierung mit muslimischen Antisemiten kooperiert?
Tausende, größtenteils muslimische Kriegsverbrecher in Deutschland als Flüchtlinge eingewandert sind?
durch gezielte Desinformationskampagnen von Politik und Medien jegliche Islamdebatte verhindert wird?
die kriminellen Araberclans wie eine muslimische Mafia in Deutschland auftreten?
sich kriegserfahrene Männer aus Syrien und dem Irak in Deutschland längst zu kriminellen Clans zusammengeschlossen haben und in der Organisierten Kriminalität aktiv sind?
eine gezielte Unterwanderung der Sicherheitsbehörden von Islamisten und Araberclans betrieben wird?
das Innenministerium in Geheimpapieren vor schweren Unruhen warnt?
Beobachter von einem »molekularen Bürgerkrieg« gegen die einheimische Bevölkerung durch muslimische Zuwanderer sprechen?

http://www.pi-news.net/2019/07/zerstueckelte-leiche-im-koffer-afghane-toetet-frau-mit-70-messerstichen/

DIE WAHNSINNSTAT VON DORTMUND

Zerstückelte Leiche im Koffer: Afghane tötet Frau mit 70 Messerstichen

31. Juli 2019

„Sein" Wohnhaus in einer hübschen steuergeldsanierten Wohngegend in Zwickau: Hier wurde das Messermonster vom Hindukusch festgenommen, während bereits 58 deutsche Soldaten in Afghanistan ihr Leben für den „Wiederaufbau" des verlorenen Landes verloren. Warum?
Von JOHANNES DANIELS | Juli 2019 – das Schlachten geht weiter. „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf" prophezeite Katrin Göring-Eckardt auf dem GRÜNEN-Parteitag 2015 mit infantilem Trotz. Mittlerweile haben Merkels Messermonster, illegal einreisende „schutzbedürftige" Schubs-Bedürftige, Fachkräfte für Blutorgien und archaische Vergewaltigungshorden unser Land tatsächlich merklich verändert – nicht immer zu seinem Vorteil.
Ein 24-jähriger „Fluchtsuchender" steht in dringendem Verdacht, seine Frau/Freundin (21) am Sonntag in Dortmund regelrecht abgemetzelt zu haben. Der Afghane aus Zwickau war zerfressen von Eifersucht auf seine On-Off-Lebensgefährtin oder „Ehefrau nach Scharia-Recht" und reiste ihr nach Dortmund nach. Dort soll die Afghanin, die zuvor vor ihrem gewalttätigen „Besitzer" bereits von Deutschland nach Schweden geflohen war, bei einer Bekannten für ein paar Tage Kinder beaufsichtigen. Davon hatte der Mörder Wind bekommen.
Am Sonntag ließ die Bekannte das spätere Opfer und die eigenen Kinder alleine in der Wohnung zurück: Ein folgenschwerer Fehler.
Am Mittag sollte ein Freund die Kinder abholen. Als er die Wohnung betritt, entdeckte er überall Blutspuren und von der 21-jährigen Babysitterin fehlte jede Spur.
Der Freund informierte aufgrund der vielen Blutspuren direkt die Polizei Dortmund. Staatsanwalt Felix Giesenregen:
„Den Ermittlungen zufolge soll in der Wohnung der Tatverdächtige das Opfer gewürgt und mit zahlreichen Messerstichen getötet haben" [als Originalzitat wiedergegeben].
Bestialische Bluttat – 70 Einstiche: „Vielzahl von Messerstichen"
Rechtsmediziner zählten bei der ersten Obduktion über 70 Einstiche. Nach der bestialischen Bluttat zerteile das afghanische „Menschengeschenk" (Katrin Göring-Eckardt) die Leiche und verstaute diese fachmännisch in einen Koffer, den er sich bei der Bekannten des Opfers dafür „auslieh". Den Koffer mit den sterblichen Überresten hatte der Mörder dann später an einem Garagenhof im Stadtteil Lütgendortmund abgestellt. Am Dienstag fanden die Ermittler die tote Frau und was von ihr übrig blieb.
„Ehren(-Mord)-gäste" der Systemparteien und des Steuerzahlers
Der Messermörder wurde am Montag in Zwickau festgenommen, ein Polizei-Hubschrauber brachte das Schächtungs-Goldstück sofort auf Steuerzahlerkosten (ab 4.800 € Einsatzkosten pro Flugstunde) nach Dortmund. Dort wurde er am Dienstag auf Antrag der Staatsanwaltschaft Dortmund dem Haftrichter vorgeführt, der Haftbefehl wegen „Totschlags" erließ. Das Motiv für die Tat sei derzeit noch unklar, betonte der Dortmunder Staatsanwalt Giesenregen.
Lü(t)gendortmund: Das Portal „DerWesten" titelt euphemistisch:
„Dortmund: Mit 70 Stichen! Ehemann (24) soll Frau (24) abgestochen und im Koffer entsorgt haben" […] Die Hintergründe der Tat sind laut Staatsanwaltschaft äußerst rätselhaft.
In der „Tat"!
Lebensgefährlicher Lebensgefährte vom Hindukusch
Bei seiner Befragung durch die Polizei Dortmund und durch den Haftrichter schwieg der „tatverdächtige Ehemann". Erkenntnisse, warum der 24-Jährige seine 21 Jahre alte Frau brutal abgestochen haben soll, gibt es daher bislang nicht. Die Ermittler werten nun alle Hinweise, darunter auch Handydaten, aus,

sofern dies nach EU-Datenschutz zulässig ist. Der afghanische Mörder „besitzt eine Aufenthaltserlaubnis und darf eine Beschäftigung in Deutschland ausüben", erklärt Staatsanwalt Giesenregen.
Ob die sich die Beschäftigungserlaubnis auch auf den vorliegenden Sachverhalt erstreckt, wird ein verständnisvoller NRW-Richter wohl an einer kultursensiblen Strafkammer im Kalifat Mordrhein-Vandalien demnächst zu klären haben. Die „Ruhrnachrichten" bereiten ihre Leser schon einmal mit einem rechtsphilosophischen Exkurs drauf vor: „Warum 70 Messerstiche nicht unbedingt Mord sind – ein Staatsanwalt erklärt, was zum Mord-Vorwurf fehlt". Schätzungsweise die justiziable urdeutsche Staatsbürgerschaft …

http://www.pi-news.net/2019/08/bad-vilbel-14-jaehrige-durch-araber-vergewaltigt/

POLIZEI VERRINGERT BEI MANCHEN ÜBERGRIFFEN DIE AUFKLÄRUNGSCHANCEN

Bad Vilbel: 14-Jährige durch Araber vergewaltigt?

Bad Vilbel: 14 und 15 Jahre alt sind die beiden Mädchen aus Oberursel, die sich über Soziale Netzwerke für den Dienstagabend mit zwei jungen Männer in Bad Vilbel verabredet hatten. Gemeinsam konsumierten die sich bis daher nur über Chats kennenden jungen Menschen Alkohol und hielten sich zu später Stunde im Kurpark von Bad Vilbel auf. Gegen 23.30 Uhr trafen Polizisten im Kurpark auf die 14-Jährige, die stark aufgewühlt war und nahmen sie in Obhut. Die folgenden Ermittlungen zur Ursache ihres Zustands ergaben nicht nur den zuvor erwähnten Sachverhalt, sondern auch den Verdacht, dass die 14-Jährige vergewaltigt sein worden könnte. Mit einem der jungen Männer des Treffens hatte sie offenbar Sex auf einer Parkbank im Kurpark gegenüber des Gronauer Weges. Er stammt vermutlich aus Frankfurt und konnte bislang von der Polizei noch nicht namentlich ermittelt werden. Er ist etwa 1.70 bis 1.75 m groß, hat sehr kurze Haare und soll einarabisches Aussehen haben. Er trug am Dienstagabend ein schwarzes Kenzo Shirt und eine lange Jogginghose mit Streifen. Wer im Bereich des Kurparks gegen 23.30 Uhr Beobachtungen in diesem Zusammenhang machen konnte, oder Hinweise auf die gesuchte Person machen kann, wird gebeten sich mit der Polizei in Bad Vilbel, Tel. 06101-5460-0, in Verbindung zu setzen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen

(Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.
Schweinfurt: Eine 26-Jährige hat am frühen Sonntagmorgen die Polizei gerufen und mitgeteilt, von zwei unbekannten Männern sexuell belästigt worden zu sein. Eine Fahndung nach den Tätern verlief ergebnislos. Um die Tat aufklären zu können, hoffen die Ermittler nun auch auf Hinweise von möglichen Zeugen. Die Geschädigte befand sich zu Fuß auf dem Nachhauseweg, als sie gegen 02.30 Uhr in der Schultesstraße auf die beiden Täter traf. Während einer „Schmiere stand", soll der andere Mann die 26-Jährige gegen eine Hauswand gedrückt und sie in der Folge im Intimbereich unsittlich berührt haben. Die Täter seien im Anschluss in Richtung Innenstadt geflüchtet. Da die 26-Jährige bereits vor der Tat an der Maxbrücke auf die Männer aufmerksam geworden war, ist es möglich, dass sie den Samstagabend in einer dortigen Diskothek verbracht hatten. Laut der Geschädigten sind die Männer ca. 25 Jahre alt, etwa 175 bzw. 180 cm groß. Beide haben schwarze Hautfarbe. Zumindest einer sprach nur gebrochenes Deutsch. Eine genauere Täterbeschreibung liegt bislang nicht vor.
Heilbronn: Kurz nachdem ein 32-Jähriger am Sonntagmorgen eine Frau sexuell belästigt hatte, konnte ihn die Polizei festnehmen. Eine 60-Jährige ging kurz vor 7.30 Uhr in der Badstraße in Heilbronn mit ihrem Hund Gassi, als ein zunächst Unbekannter auf sie zu kam, sie am Handgelenk fasste und dann sein Geschlechtsteil zeigte. Der Täter ließ sein Opfer aufgrund der heftigen Gegenwehr los und flüchtete. Kurz darauf traf in eine Streife des Kriminaldauerdienstes an und nahm ihn fest. Der Algerier ist wegen mehrerer Eigentumsdelikte polizeibekannt. Zur Tatzeit stand er deutlich unter alkoholischer Beeinflussung.
München: Am Mittwoch, 24.07.2019, gegen 19:00 Uhr, befand sich ein 29-jähriger Afghane im Englischen Garten in der Nähe des Haus der Kunst. Dort kam es zu einem Tumult, weil der 29-Jährige zuvor einer 16-Jährigen auf den Po geschlagen hatte sowie einer 39-Jährigen und einer 26-Jährigen in das Gesicht. Anschließend hatte er auch eine 21-Jährige in den Schambereich geschlagen und einen 22-Jährigen beleidigt, bespuckt und versucht, mit einer Flasche zu schlagen. Eine Streife der Polizeiinspektion 12 (Maxvorstadt), die sich zu diesem Zeitpunkt im Englischen Garten befand, wurde auf den Tumult aufmerksam und konnte den 29-Jährigen vor Ort festnehmen. Da er ohne festen Wohnsitz in Deutschland ist, wurde er im Anschluss der Haftanstalt überstellt. Dort erließ der Richter einen Haftbefehl. Gegen den 29-Jährigen wird nun wegen sexueller Belästigung, Körperverletzung und versuchter gefährlicher Körperverletzung durch das Kommissariat 15 ermittelt.
Nürnberg: Gestern Mittag (25.07.2019) zeigte sich ein Exhibitionist im Nürnberger Pegnitzgrund gegenüber einer Frau in schamverletzender Weise. Die Kriminalpolizei Nürnberg sucht nach Zeugen. Der Unbekannte stand gegen 13:00 Uhr zwischen Bäumen am Süßheimweg. Während eine 35-jährige Frau an ihm vorbeilief, berührte sich der teilweise entblößte Mann unsittlich. Nach dem die Frau den Mann anschrie, flüchtete er. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach dem Mann verlief ergebnislos. Täterbeschreibung: Ca. 35 Jahre alt, südländisches Aussehen, hatte die Haare zu einem Zopf gebunden, trug ein blaues T-Shirt und eine kurze Hose. Er führte einen Rucksack mit.
Wertheim: Einen großen Schreck bekamen zwei jugendliche Mädchen Samstagabend in Wertheim. Die beiden jungen Frauen liefen auf einem Fußweg zwischen Bettingen und dem Autohof Wertheim, als ihnen dort ein Mann entgegenkam. Dieser Mann sprach die zwei Jugendlichen in gebrochen deutscher Sprache an, zieht plötzlich mit seinen Hände die Hose runter und zeigt sein

Geschlechtsteil. Der Mann wird beschrieben als 175 bis 180 Zentimeter groß, zirka 50 Jahre alt, sonnengebräunte Haut, graue kurze Haare, trug eine blaue Hose und ein graues Oberteil.
Freiburg: Ein Exhibitionist ist am Dienstag, 16.07.2019, in Efringen-Kirchen am Rheinuferweg in Höhe der Aussichtsplattform bei den Isteiner Schwellen aufgetreten. Ein Zeuge teilte der Polizei mit, dass er beobachtet habe, wie ein Mann zwischen 16:20 Uhr und 16:30 Uhr aus einem angrenzenden Waldstück hinaustrat, als eine Frau mit Hund den Rheinuferweg beging. Hierbei soll der Mann seine Hose hinuntergezogen und onaniert haben. Zuvor sei dem Zeugen der Mann mehrmals in ähnlicher Weise aufgefallen, als Frauen vorbeikamen. Der Tatverdächtige wird wie folgt beschrieben: 25 bis 30 Jahre alt, ca. 185 cm groß, dunkelhäutig, trug blaue Shorts und eine rote Mütze. Der Tatverdächtige hatte ein weißes Damenfahrrad dabei, mit der er sich von der Tatörtlichkeit entfernte.
Niedernhausen: Am Donnerstagabend wurde eine 22-Jährige Frau in einem Einkaufsmarkt in der Platter Straße in Niedernhausen von einem unbekannten Mann durch anzügliche Bemerkungen und Gesten beleidigt. Die junge Frau begegnete dem Unbekannten am Donnerstagabend das erste Mal gegen 20.05 Uhr im Bereich der Bahnunterführung nahe des Einkaufsmarktes. Bereits dort soll der Mann, welcher auf einem dunklen Herrenrad an ihr vorbeifuhr, durch obszöne Geräusche auf sich aufmerksam gemacht haben. Als die beiden dann kurze Zeit später im Einkaufsmarkt erneut aufeinander trafen, soll der etwa 20- 30 Jahre alte Mann die Nähe der Geschädigten gesucht und sie durch anzügliche Bemerkungen und Gesten beleidigt haben. Der Unbekannte soll etwa 20- 30 Jahre alt, ca. 1,65- 1,70 Meter groß sowie sehr dünn gewesen sein und dunkle, kurze Haare, ein Unterlippenbärtchen, eingefallene Wangen und ein südländisches Erscheinungsbild gehabt haben.
Straubenhardt: Am Freitagabend gegen 21.00 Uhr hat ein bislang Unbekannter auf dem Parkplatz des Happiness Open-Air-Festivals eine 20-jährige Frau unsittlich am Oberkörper berührt. Der Mann sprang offensichtlich hinter einem geparkten Fahrzeug hervor und drückte die junge Frau zur Tatausführung an ein Auto. Unter heftiger Gegenwehr der Geschädigten lies der Mann schließlich von ihr ab und entfernte sich unerkannt. Der Tatverdächtige wird wie folgt beschrieben: 20 bis 25 Jahre alt, circa 175 – 180cm groß, Pakistani am Samstagabend zwischen 22.15 Uhr und 23.15 Uhr mehreren tanzenden Frauen im Alter von 21 und 25 Jahren körperlich sehr nahe und umarmte diese in unsittlicher Art und Weise. Mehrfachen Aufforderungen seitens der Tanzenden und weiteren Personen, sein Verhalten einzustellen, kam er nicht nach. Der sichtbar Angetrunkene wurde von den alarmierten Polizeikräften in Gewahrsam genommen. Mögliche weitere Geschädigte und Zeugen werden gebeten, sich unter Tel. 07022 9224-0 zu melden.
Berlin: Mit der Veröffentlichung von Bildern und einer Videosequenz bittet die Polizei Berlin um Mithilfe bei der Suche nach einem bislang unbekannten Mann. Der Gesuchte steht im dringenden Verdacht, am 9. Dezember 2018 in den frühen Morgenstunden eine 20-Jährige aus dem S-Bahnhof Südkreuz verfolgt und sexuell motiviert angegriffen zu haben. Nur durch die Gegenwehr der jungen Frau konnten weitere Handlungen unterbunden werden. Der Mann ließ von ihr und flüchtete in unbekannte Richtung. Der Gesuchte ist etwa 35 bis 42 Jahre alt und circa 170 cm groß. Er hat eine schlanke Statur und dunkle Haare.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in

ihren Fahndungsaufrufen verschweigt. Als Argument dient hierzu die Ziffer 12.1 des so genannten „Pressekodex„ (mehr dazu hier).
Neuenkirchen, St. Arnold: Am Dienstag (23.07.2019) hat sich am Angelsee am Haarweg ein unbekannter Mann in schamverletzender Weise gezeigt. Gegen 17.00 Uhr hatten sich an der kurzen Uferseite, etwa in Höhe der Gerhard-Hauptmann-Straße, zwei junge Frauen aufgehalten. Plötzlich stand nur wenige Meter neben den liegenden Geschädigten ein entblößter Mann und zeigte sich den Beiden. Eine der Frauen rief laut, dass sie die Polizei verständigen würde. Daraufhin rannte der Mann in Richtung Haarweg/Gerhard-Hauptmann-Straße davon. Unterwegs zog er seine Flipflops aus, damit er schneller laufen konnte. Der etwa 30-Jährige war etwa 180 cm groß, hatte schwarze kurze Haare und einen Dreitagebart. Bekleidet war er mit einer schwarzen Hose, er trug schwarze Flipflops. Hinweise bitte unter Telefon 05971/938-4215.
Scharnebeck: Am 23.07.19, zwischen 13.15 und 13.20 Uhr, wurden drei Schwimmerinnen im Inselsee von einem unbekannten Exhibitionisten belästigt. Der unbekannte Täter manipulierte im Bereich des FKK-Strandes an seinem entblößten Geschlechtsteil, als die drei Lüneburgerinnen vorbeischwammen. Der Täter wurde wie folgt beschrieben: ca. 30 Jahre alt, schlank, dunkle, kurze Haare, 3-Tage-Bart. Hinweise nimmt die Polizei Scharnebeck, Tel.: 04136/912390, entgegen.
Celle: Ein bisher unbekannter Mann hat sich am Sonntagabend, 21.07.2019, gegen 21:00 Uhr gegenüber einer 25 Jahre alten Spaziergängerin im Wald entblößt. Die Frau war mit ihren Hunden am Weesener Bach unterwegs, als sie kurz hinter der Wassertretstelle eine männliche Person wahrnahm. Daraufhin verließ der Mann unvermittelt den Weg und lief in den Wald. Die Frau dachte sich zunächst nichts dabei und ging weiter in Richtung Sägenförth. Weil ein Hund zurückblieb, wandte sich die Frau um und bemerkte den Mann hinter einer dicken Eiche versteckt. Er hatte seine Hose heruntergezogen, manipulierte in eindeutiger Pose an seinem Geschlechtsteil und stellte sich nun demonstrativ neben die Eiche, so dass die Frau den ganzen Körper sehen konnte. Als die Frau ihn anschrie, ergriff er die Flucht und rannte den Weg zurück. Beschrieben wurde Täter als schlank, ca. 170 bis 185 cm groß, schlaksig in der Bewegung, ca. 20 bis 40 Jahre alt, dunkelbraune, volle Haare. Er war bekleidet mit verwaschener blauer Jeans sowie einem dunkelblauen T-Shirt mit weißem Muster oder Schrift auf der Brust.
Gundelfingen a.d.Donau: Am 22.07.2019 gegen 14:50 Uhr zeigte sich ein Exhibitionist am Ufer eines Badesees bei der Äußeren Günzburger Straße in Gundelfingen vier jungen Frauen die dort am Ufer lagen. Der Unbekannte, der sich in einem danebengelegenen Gebüsch vollkommen nackt ausgezogen hatte, manipulierte vor ihnen öffentlich an seinem Glied. Auf Ansprache entfernte er sich wortlos und fuhr mit einem schwarzen Auto weg. Etwa eine halbe Stunde später erschien der Unbekannte – diesmal jedoch angezogen- erneut vor den vier Frauen. Diese verständigten daraufhin die Polizei. Eine eingeleitete Fahndung um den Tatort verlief ergebnislos. Der etwa 40 bis 50-jährige Mann war bekleidet mit einer schwarzen kurzen Hose, weißen Sneakers, einer weißen Cap und einem blauen T-Shirt.
Kassel: Ein Unbekannter begrapschte am späten Samstagabend eine 23-Jährige aus Kassel im Bereich der Landgraf-Karl-Straße und flüchtete anschließend in Richtung des Bahnhofs Bad Wilhelmshöhe. Die Kasseler Kripo ermittelt nun wegen sexueller Belästigung und bittet um Hinweise auf den Täter. Er soll etwa 40 Jahre alt und ca. 1,80 Meter groß gewesen sein und habe helle oder graue, kurze, ungepflegte Haare gehabt. Aufgrund der Dunkelheit konnte er lediglich mit dunkler Bekleidung beschrieben werden. Nach derzeitigem Ermittlungsstand

ereignete sich die Tat gegen 23:40 Uhr in der Landgraf-Karlstraße, in Höhe der Hausnummer 11. Die junge Frau war auf dem Gehweg unterwegs, als sich der Mann von hinten näherte und ohne etwas zu sagen, ihr zwischen die Beine griff. Anschließend flüchtete der Mann zu Fuß über die Gerstäckerstraße und den Backmeisterweg in Richtung des Bahnhofs. Wie das Opfer berichtet, seien im Bereich des Tatortes noch andere Passanten unterwegs gewesen, die möglicherweise mitbekommen haben, dass sie dem Täter noch hinterherschrie.

http://www.pi-news.net/2019/08/zensierte-realitaet-sicherheitsrisiko-islam/

JOURNALIST MARKUS GÄRTNER IM GESPRÄCH MIT BESTSELLERAUTOR STEFAN SCHUBERT

Zensierte Realität: „Sicherheitsrisiko Islam“

1. August 2019

In diesem exklusiven Video spricht Stefan Schubert, Bestsellerautor und Sicherheitsexperte, erstmals über sein neues Buch „Sicherheitsrisiko Islam“. Im Gespräch mit Autor und Moderator Markus Gärtner („Das Ende der Herrlichkeit“) gibt der Sicherheitsexperte einen unzensierten Einblick in die aktuelle Sicherheitslage Europas, die durch die Ausbreitung von Kriminalität, Gewalt und Terror durch den Islam erheblich beeinträchtigt wird.
Dieses brisante Buch stellt die Islamkritik auf ein gänzlich neues Fundament. Dazu hat Stefan Schubert Fakten in einer Fülle zusammengetragen, die Sie so noch nicht gesehen haben.
Seine Recherchearbeit basiert auf rund 600 Quellen, Statistiken und Studien, die für jedermann selbst nachprüfbar sind.
Ein Teil der Hintergrundinformationen stammt direkt aus dem Bundesinnenministerium und dem Bundeskriminalamt.
Erstmalig und exklusiv enthüllt Stefan Schubert, dass …

● laut Statistiken des BKA überwiegend muslimische Flüchtlinge eine Verbrechenswelle von über 1 Million Straftaten in nur 4 Jahren allein in Deutschland verübt haben.
● der Generalbundesanwalt 2013 lediglich 70 Terrorverfahren einleitete, 2018 die Anzahl der Terrorverfahren mit 1300 jedoch einen neuen Rekordwert erreichte.
● sich kriegserfahrene Männer aus Syrien und dem Irak in Deutschland längst zu kriminellen Clans zusammengeschlossen haben und in der Organisierten Kriminalität aktiv sind.
● das Innenministerium in Geheimpapieren vor schweren Unruhen warnt.

Die muslimischen Migranten begehen Straftaten in einem nie da gewesenen Ausmaß. Wer dies anprangert, wird vom linken Mainstream diffamiert, in die rechte Ecke gestellt und oft beruflich ruiniert.

Eine fesselnde Lektüre für all jene, die den Mut haben, quer zum Mainstream zu denken und sich von diesem eine freie und unabhängige Meinungsbildung nicht verbieten lassen.
Bestellinformationen:

Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – hier bestellen!

https://kopp-report.de/auslaender-ermorden-deutsche-niemand-fragt-nach-rassistischen-motiven/

Stefan Schubert

Ausländer ermorden Deutsche – niemand fragt nach rassistischen Motiven

Nehmen wir einmal an, dass ein weißer Deutscher einen farbigen Jungen vor einen einfahrenden ICE gestoßen hätte, um ihn gezielt zu ermorden – die Qualitätsmedien würden sich umgehend überschlagen, diese offenbar rassistisch motivierte Tat medial auszuschlachten. Seine (farbige) Mutter hätte der weiße Deutsche ebenfalls versucht zu ermorden, genauso wie eine 78-jährige (farbige) Seniorin. Rassismus! Das Urteil hätten die Mainstream-Medien noch vor Beginn der Gerichtsverhandlung verkündet. Bei den brutalen und willkürlichen Bahnhofsmorden von Voerde (NRW) und Frankfurt stellt hingegen niemand die Frage nach einem möglichen rassistischen Motiv der ausländischen Täter.

Rassismus bezeichnet im Allgemeinen eine »Gesinnung oder Ideologie, nach der Menschen aufgrund weniger äußerlicher Merkmale« wie Hautfarbe, Sprache, oder kulturelle Merkmale, »als sogenannte ›Rasse‹ kategorisiert und beurteilt werden«, so lautet die Beschreibung von Wikipedia. Unter dem Aspekt dieser Definition können wir nun einmal die jüngsten Ausschreitungen von Migrantenbanden in Freibädern der Republik betrachten: Ausländische Täter, deutsche Opfer, ein klarer Fall von rassistisch motivierten Gewalttaten. So auch die Unruhen durch Migrantenbanden beim Stadtfest in Saarlouis, die so massiv waren, dass die Polizei trotz Aufstockung von Einsatzkräften der Operativen Einheit (OpE), kapitulieren und den Rückzug antreten musste.

Laut der Definition handelte es sich dabei somit um Rassenkrawalle. Und auch die Welle von Mädchenmorden, die die Nation regelmäßig erschüttert und aufwühlt, weist diesen Modus Operandi auf. Die Städte Freiburg, Kandel und Flensburg stehen exemplarisch für barbarische Morde an jungen Frauen durch »Flüchtlinge« – Mädchen wie die 19-jährige Maria L., die 15-jährige Mia und die 17-jährige Mireille, die allesamt durch afghanische Einwanderer ermordet wurden. Und auch der Kölner Sex-Mob, bei dem eine Horde von bis zu 1500 nordafrikanischen muslimischen Männer über 600 überwiegend deutsche Frauen sexuell attackierten und vergewaltigten, all diese Taten drängen sich förmlich auf, in einem rassistischen Kontext betrachtet zu werden.

Werden neben Terrorismus auch Gewalt und Kriminalität gegen »Ungläubige« durch den Islam gerechtfertigt?

Genau dieser Frage ist der Autor auch in seinem gerade erschienenen Buch *Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht* nachgegangen. Im Anbetracht der aktuellen, schwerwiegenden Taten wird die Islam-Debatte abermals angefacht, obwohl das Thema medial weitgehend tabuisiert wird. Wir stellen uns daher folgende Fragen: Löst eine islamische Sozialisation von Kriminellen eine Brutalisierung bei der Tatbegehung gegen »Ungläubige« aus? Finden die Täter eine Rechtfertigung ihrer kriminellen Taten im Islam? Werden »ungläubige« Opfer zuvor als »Hund« und »Schwein« entmenschlicht, um die anschließende Gewaltanwendung islamisch zu rechtfertigen?

Somit hätten wir in vielen Fällen eine islamistisch-rassistische Motivlage vorliegen. Denn für viele Muslime stellt der Islam weit mehr als eine Religion – wie etwa die Evangelische oder die Katholische Lehre – dar, sondern teilt die Menschen in höherwertige Muslime und

minderwertigere »Ungläubige« ein, die es zu bekämpfen gilt, und vollzieht dadurch eine radikale Spaltung der Gesellschaft.
Dieser Hass auf Juden, Christen, »Ungläubige« und westliche Lebensgewohnheiten bildet den Nährboden für Terror, Gewalt und folglich Kriminalität. Wie weit sich eine islamisch motivierte Kriminalität bereits in Deutschland abzeichnet, wird im Buch *Sicherheitsrisiko Islam* ausführlich dokumentiert. So marodiert durch die unkontrollierte muslimische Masseneinwanderung auf Deutschlands Straßen ein hochexplosiver Mob, dessen Merkmale immer wieder dieselben sind: Er ist jung, männlich, muslimisch, gewaltaffin, berufs- wie perspektivlos und seine toxische Mixtur aus islamischer Sozialisation und übersteigertem Ehrgefühl wie Männlichkeitswahn entlädt sich in Gewaltexzessen. Beispiele hierfür sind die brutale Bandengewalt gegen einheimische, »ungläubige« Bürger, Gruppenvergewaltigungen und Mädchenmorde. Bei geringstem Anlass wird das Messer gezogen und skrupellos eingesetzt.
Die Verbrechenswelle durch muslimische Einwanderer im Land wird durch Politik und Medien oft verharmlost oder sogar ganz geleugnet. Sobald die öffentliche Empörung zu beträchtlich wird, werden die Vorfälle gerne auch als »Einzelfall« oder »Beziehungstat« bagatellisiert und abgeheftet. Sollten diese Mechanismen nicht greifen, wird der ausländisch-muslimische Täter per Ferndiagnose als »psychisch Kranker« dargestellt. Rassismus scheint bei den Meinungswächtern in den Redaktionsstuben der Republik nur als Einbahnstraße zu existieren.
So handelt es sich bei *Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht* um eine Lektüre für all jene, die den Mut haben, quer zum Mainstream zu denken und sich von diesem eine freie und unabhängige Meinungsbildung nicht verbieten zu lassen.
Bestellinformation zum Buchtipp:
Stefan Schubert – *Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht*, 318 Seiten, 22,99 Euro – **hier bestellen**!
Freitag, 02.08.2019

http://www.pi-news.net/2019/08/meck-pomm-vergewaltigungsversuch-an-70-jaehriger-durch-eritreer/

POLIZEI VERRINGERT BEI MANCHEN ÜBERGRIFFEN DIE AUFKLÄRUNGSCHANCEN

Meck-Pomm: Versuchte Vergewaltigung an 70-Jähriger durch Eritreer

5. August 2019

Bad Doberan (Mecklenburg-Vorpommern): Am Mittwoch hatte die Polizei über einen sexuellen Übergriff auf eine 70 Jahre alte Frau in Bad Doberan informiert. Ein 21 Jahre alter Tatverdächtiger wurde in der Nähe des Tatortes festgenommen. Ihm war zunächst vorgeworfen worden, die Frau überwältigt und mit sexueller Absicht berührt zu haben. Einen Tag später heißt es von der Polizei, dass gegen den festgenommenen Beschuldigten der dringende Tatverdacht der versuchten Vergewaltigung bestehe. Zur Nationalität des Mannes machte die Polizei in ihren Pressemitteilungen zunächst keine Angaben. Auf Nordkurier-Nachfrage hieß es, der Mann sei ein **Staatsbürger aus Eritrea.** Das Amtsgericht Rostock erließ noch am Mittwoch Haftbefehl gegen den 21-Jährigen. Es bestehe Flucht- und Wiederholungsgefahr. Der junge Mann wurde daher in die JVA Bützow gebracht.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es

gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Baden-Baden-Oos: Am Montagabend gegen 18:50 Uhr wurde die Polizei in Baden-Baden davon in Kenntnis gesetzt, dass im Bereich der Parkanlage Oos Aue ein dunkelhäutiger Mann onanierend auf einer Parkbank sitzen würde. Im Zuge der sofort eingeleiteten Fahndung gelang es den Beamten einen Tatverdächtigen vorläufig festzunehmen.

Singen: Gegenüber einer 22-jährigen Frau ist ein unbekannter Radfahrer am späten Sonntagabend gegen 23 Uhr als Exhibitionist auf dem Fußweg zwischen der Reichenau- und Uhlandstraße aufgetreten. Der Unbekannte war der Fußgängerin auf seinem schwarzen Mountainbike entgegengekommen und hatte sich dabei entblößt. Der Polizei liegt von dem Täter folgende Beschreibung vor: 20 bis 25 Jahre alt, 170 bis 175 cm groß, dunkler Teint, trug eine schwarze Jogginghose mit weißem Seitenstreifen.

Gütersloh: Am Montagabend (29.07., 18.50 Uhr) wurde die Polizei Gütersloh über einen Vorfall in einem Schwimmbad am Stadtring Sundern informiert. Zwei Mädchen hatten sich zuvor bei der Leitung des Bedes gemeldet. Sie machten Angaben über eine sexuelle Belästigung innerhalb des Schwimmbads. Die beiden jugendlichen Mädchen berichteten, dass sie im Dampfbad des Schwimmbads von zwei Männern zunächst angesprochen wurden. Einer der beiden drückte daraufhin eines der Mädchen an sich. Zudem fasste er sie gegen ihren Willen an. Anschließend konnten sich die Mädchen der Situation entziehen und den Bademeister informieren. Die beiden Tatverdächtigen konnten durch die Polizei vor Ort vorläufig festgenommen werden. Es handelt sich bei den beiden Männern um einen 21-Jährigen aus Harsewinkel und einen 20-Jährigen aus Gütersloh. Beide Männer sindsyrische Zuwanderer.

Stuttgart: Ein 32-jähriger Mann hat in den frühen Morgenstunden vom Sonntag (28.07.2019) gegen 03:10 Uhr eine 20-Jährige am Stuttgarter Hauptbahnhof genötigt und sexuell belästigt, sowie versucht drei Mitarbeiter der Deutschen Bahn zu verletzen. Nach derzeitigen Erkenntnissen soll der türkische Staatsangehörige der 20-jährigen Frau zunächst den Ausgang eines Schnellrestaurants am Hauptbahnhof Stuttgart versperrt haben und fasste sie offenbar im Anschluss an ihre Brust. Der Mann flüchtete daraufhin in Richtung des Querbahnsteiges, wo er jedoch kurz darauf durch drei Sicherheitsmitarbeiter der Deutschen Bahn gestellt werden konnte. Hierbei soll er sich offenbar gegen die Maßnahmen der Sicherheitskräfte gewehrt haben und wurde durch diese daraufhin zu Boden gebracht und gefesselt. Der mit fast 1,9 Promille alkoholisierte Tatverdächtige wurde anschließend an Einsatzkräfte der Bundespolizei übergeben. Als der 32-Jährige schließlich zum Polizeirevier verbracht werden sollte, beleidigte er noch die Mitarbeiter der Deutschen Bahn und versuchte zudem nach ihnen zu schlagen und zu treten. Ein Personenschaden trat jedoch nicht ein. Die Bundespolizei hat gegen den im Rems-Murr-Kreis wohnhaften Mann nun unter anderem ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Nötigung, sexuellen Belästigung sowie der versuchten Körperverletzung eingeleitet.

Kassel: Am Abend des 17. Juli zeigte sich ein Exhibitionist wiederholt in der Karlsaue einem 42-jährigen weiblich aussehenden Transsexuellen unsittlich. Dieser verständigte die Polizei. Wie die Beamten des Polizeireviers Mitte berichten, ereignete sich die Tat gegen 19:15 Uhr. Der bislang unbekannte Mann hielt sich zu dieser Zeit im Bereich der „Schönen Aussicht" auf. Er sprach den weiblich aussehenden Transsexuellen auf eine Zigarette an. So war wohl auch die erste Tatbegehungsweise vor etwa vier Wochen. Als es dann wieder zu unsittlichen Handlungen kam, wählte er den Polizeinotruf, worauf sich dieser entfernte. Die anschließende Fahndung nach dem Täter verlief ergebnislos. Das Opfer beschreibt den Täter wie folgt: Der Mann ist ca. 25 Jahre alt, dunkelhäutig, die Haare trug er im Under-Cut-Style und waren im oberen Bereich lockig. Zur Tatzeit war er mit einem dunklen T-Shirt, dunkler langer Hose und dunkelblauen Mokassins ohne Socken bekleidet.
Heidelberg: Am Mittwochabend masturbierte ein Mann vor mehreren Frauen und wurde auf seiner Flucht festgenommen – die Kriminalpolizei Heidelberg sucht nach weiteren Zeugen. Eine 59-Jähriger wurde um 19:30 Uhr auf den Mann aufmerksam, der in einem Feld am Angelweg stand und zunächst mit geschlossener, kurz darauf mit geöffneter Hose onanierte. Trotz mehrfachen Blickkontakts hörte der Exhibitionist nicht auf. Erst als die Zeugin den Mann, mit einem weiteren Zeugen ansprach, ergriff er die Flucht in Richtung Feldgebiet. In der sofort eingeleiteten Fahndung wurde der 36-jährige Täter von den Uniformierten des Polizeireviers Heidelberg-Nord festgenommen. Im Tatzeitraum von 19:30 bis 19:50 Uhr sollen weitere Frauen den Feldweg zwischen Gewann Fischpfad und Gewann Husarenäcker passiert haben und ebenfalls Zeugen des Vorfalls geworden sein. Der 36-Jährige kann wie folgt beschrieben werden: augenscheinliches Alter ca. 25 Jahre, 1,85 m groß, nordafrikanisches Erscheinungsbild, dunkle Haare, offenes Jeanshemd, schwarze Hose
Bochum: Die Polizei sucht Zeugen zu einem Vorfall, der sich am späten Montagabend des 15. Juli am Bochumer Hauptbahnhof ereignete. Eine junge Frau (18) wurde am Bahnsteig von drei Männern angesprochen, körperlich bedrängt und belästigt. Gegen 23.30 Uhr befand sich die 18-jährige Bochumerin am Bahnsteig 7/8 und wurde dort zunächst von drei unbekannten Männern angesprochen. Auf einem Mauervorsprung sitzend wurde sie von dem Trio umringt und bedrängt. Die junge Frau machte deutlich, dass sie in Ruhe gelassen werden möchte und entfernte sich. Dabei fasste einer von den Dreien der Bochumerin unsittlich an den Po. Auch in der S-Bahn wurde sie weiterhin von einem der Männer angesprochen. Die Polizei sucht Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben und Angaben zu dem Männer-Trio machen kann. Die junge Frau beschreibt die Männer wie folgt: Einer soll etwa 25 bis 37 Jahre alt sowie zwischen 172 und 178 cm groß sein, schlank bis kräftig (leichter Bauchansatz), südländisches Aussehen mit hellerem Teint, etwas längere nach hinten gelegte Haare, er trug eine weiße Sportjacke mit grünen oder grüngelben Streifen auf den Ärmeln. Ein anderer, der die Frau unsittlich berührt hat, soll etwa 23 bis 28 Jahre alt sowie zwischen 168 und 172 cm groß sein, schlank bis athletisch, sehr dunkle Haut – augenscheinlich soll es sich nach Angaben der Frau um einen „Afrikaner" handeln, sehr kurze Haare, dunkel bekleidet und trug eine Basecap mit gewölbtem Schirm. Ein weiterer soll etwa 19 bis 25 Jahre und zwischen 180 und 190 cm groß sein, schlank, „südländisch" mit kurzen schwarzen Haaren, trug ein weißes T-Shirt sowie eine dunkle Sportjacke.
Kaiserslautern: Ein unbekannter Fahrradfahrer hat in der Nacht zum Mittwoch am Volkspark eine 18-Jährige unsittlich berührt und verletzt. Die Fußgängerin bemerkte gegen 1.30 Uhr einen 20 bis 30 Jahre alten Mann, der ihr auf einem grau-silberfarbenen Fahrrad folgte. In der Straße Am Schwanenweiher, kurz vor

der Donnersbergstraße, berührte der Unbekannte die Frau unsittlich. Als die 18-Jährige den Radfahrer festhalten wollte, kam es zum Gerangel. Der Angreifer schlug der 18-Jährigen ins Gesicht. Die Frau erlitt leichte Verletzungen. Der Unbekannte flüchtete auf seinem Fahrrad. Er soll dunkle Hautfarbehaben und mit einem grauen T-Shirt und einem Kapuzenpullover bekleidet gewesen sein.
Wolfsburg: Zu einer sexuellen Belästigung kam es am Dienstagabend in der Wolfsburger Innenstadt. Gegen 23.00 Uhr war eine 18 Jahre junge Frau aus Wolfsburg auf dem Fußweg der Rothenfelder Straße in Richtung Berliner Ring unterwegs. Als sie das Amtsgericht passiert hatte, bog sie nach links ab und ging am Berliner Ring weiter in Richtung St. Annen-Knoten. In Höhe der dortigen Esso-Tankstelle kam es durch einen unbekannten männlichen Radfahrer, der sich von hinten der 18-Jährigen näherte, zu einer sexuellen Belästigung. Anschließend sprach der männliche Unbekannte die junge Frau noch an und wollte sie in ein Gespräch verwickeln. Die 18-Jährige reagierte geistesgegenwärtig und lief in Richtung eines dortigen Lebensmitteldiscounters davon. Der Radfahrer setzte seine Fahrt in Richtung St. Annen-Knoten fort. Die 18-Jährige traf auf dem Parkplatz des Lebensmitteldiscounters auf andere junge Frauen, die ihr von ähnlichen Erlebnissen mit dem unbekannten Radfahrer berichteten. Der Unbekannte ist etwa 30 Jahre alt, 180 cm groß und hatte ein südländisches Erscheinungsbild. Er hatte einem Vier-Tage-Bart und trug eine grünliche Tarnjacke und eine lange schwarze Hose. Er war auf einem schwarzen Fahrrad unterwegs.
Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt. Als Argument dient hierzu die Ziffer 12.1 des so genannten „Pressekodex„ (mehr dazu hier).
Oldenburg: Am Dienstagabend ist eine Gruppe Jugendlicher am Kleinen Bornhorster See in Oldenburg von bislang unbekannten Personen belästigt und bestohlen worden. Die Tat hatte sich gegen 19.30 Uhr ereignet. Die sieben Jugendlichen (Mädchen und Jungen zwischen 14 und 16 Jahren) hatten sich zur Tatzeit am Ufer des Sees aufgehalten. Plötzlich sei eine weitere Gruppe hinzugekommen. Die Unbekannten sollen die Opfer aufgefordert haben, Wertgegenstände herauszugeben. Dazu habe einer der Täter den Opfern einen Schlagring gezeigt. Nachdem die Unbekannten eine der Taschen durchwühlt hatten, habe die Gruppe der 14- bis 16-Jährigen schließlich entschieden, den Bereich am See zu verlassen. Als die Jugendlichen bei ihren Fahrrädern eintrafen, sei die Tätergruppe, die inzwischen auf 15 Personen angewachsen war, erneut dazugekommen. Einer der Unbekannten habe einem 16-Jährigen mit der Faust gegen den Kopf geschlagen. Dann habe er seinem Opfer ein Base-Cap sowie den Geldbeutel entrissen. Auch das Fahrrad sei beschädigt worden. Ein weiterer 16-Jährige habe ebenfalls Schläge gegen den Kopf bekommen. Zwei Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren schilderten, dass sie von einigen der Täter am Gesäß begrapscht worden seien. Einem Jugendlichen soll schließlich noch eine Musicbox entrissen worden. Die Polizei hat Ermittlungen gegen die Tätergruppeaufgenommen. Zeugen werden gebeten, sich bei der Polizei zu melden: Telefon 0441/790-4115. (875896)
Recklinghausen: Montag, gegen 17.30 Uhr, ließ ein unbekannter Mann vor einem neunjährigen Mädchen auf einem Wiesengrundstück zwischen Wohnhäusern auf der Fritz-Erler-Straße die Hose herunter und manipulierte an seinem Geschlechtsteil. Der Mann wird als über 30 Jahre alt, 1,90 Meter groß und schlank beschrieben. Er hatte eine Glatze, trug eine schwarze Brille, ein

schwarzes T-Shirt und eine schwarze Hose. Er ist bereits schon öfter in den letzten Tagen im Bereich der Wiesen und dortigen Spielplätze gesehen worden. Hinweise erbittet das Fachkommissariat unter Tel. 0800/2361 111.
Haunstetten / **Lautersee:** Gestern gegen 12.50 Uhr war eine 34-jährige Frau an der Ostseite des Lautersees mit Kinderwagen unterwegs, als sie neben einem Feldweg einen Mann mit heruntergelassenen Hosen bemerkte, der ungeniert onanierte, als sie an ihm vorbeiging. Die Frau setzte ihren Weg dann zügig fort. Der Sexualtäter konnte wie folgt beschrieben werden: Ende 30, ca. 185 cm groß und schlank, Halbglatze mit dunklem Haarkranz, trug ein helles T- Shirt;
Stuttgart: Ein bislang unbekannter Sittenstrolch hat sich am Freitag (26.07.2019) gegen 16.20 Uhr in der Stöckachstraße gegenüber einer 28-jährigen Frau mit heruntergelassener Hose gezeigt und dabei sexuelle Handlungen an sich vorgenommen. Er war 25 bis 30 Jahre alt, hatte dunkle Haare, korpulent und bekleidet mit einem weißen T-Shirt und einer roten langen Hose. Zeugen und weitere Geschädigte werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei unter der Rufnummer +4971189905778 zu melden.
Recklinghausen: Eine 46-jährige Frau aus Recklinghausen wurde am 26. Juli, um 03:50 Uhr, von einem unbekannten Mann auf der Röntgenstraße, in Höhe des dortigen Krankenhauses, zunächst körperlich angegangen. Im weiteren Verlauf berührte er sie unsittlich und hielt sie fest. Nach einer kurzen Rangelei konnte sie sich losreißen und der Täter flüchtete vom Tatort in unbekannte Richtung. Der Täter wird wie folgt beschrieben: männlich, ca. 30 – 35 Jahre alt, schlank, sportlich, ca. 175 – 180cm, dunkle kurze Haare, grüne kurze Hose, weißes T-Shirt, Turnschuhe, kein Bart, keine Brille, gepflegtes Erscheinungsbild.

http://www.pi-news.net/2019/08/lehrerin-von-14-jaehrigem-syrischen-sittenwaechter-windelweich-gepruegelt/

SO HATTE SICH DIE 62-JÄHRIGE SCHWEIZERIN IHREN ABSCHIED VOM SCHULDIENST NICHT VORGESTELLT

Lehrerin von 14-jährigem syrischen Sittenwächter windelweich geprügelt

12. August 2019

Von EUGEN PRINZ | Wenn man einen Schriftsteller beauftragen würde, eine Falschmeldung mit besonders großem Entrüstungsfaktor über syrische Flüchtlinge zu schreiben, käme sie nicht an das heran, was sich Ende Juni tatsächlich an einer Schweizer Schule abgespielt hatte.
Seltsamerweise wurde über diesen Vorfall in Deutschland nicht berichtet, obwohl er in der Schweiz und einigen englischsprachigen Blogs hohe Wellen schlug. Da dieses empörende Ereignis ein bezeichnendes Licht auf das Frauenbild junger moslemischer „Schutzbedürftiger" und deren Akzeptanz weiblicher Autoritäten wirft, wollen wir nachberichten.

Syrischer Schüler als bewaffneter Sittenwächter auf dem Schulhof

Der 14-jährige Schüler M. gehört zu einer kinderreichen, syrischen Familie, die vor sechs Jahren als Schutzsuchende in die Schweiz kam. Die Sippschaft lebt

dort im Kanton Aargau auskömmlich von der Sozialhilfe in einem relativ modernen Haus.
Bis vor kurzem besuchte M. die 7. Klasse der Aargauer Kreisschule Chestenberg. Der als selbstbewusst beschriebene strenggläubige Moslem sprach in der Schule ständig über den Koran und machte es sich zur Aufgabe, die Mädchen auf dem Schulhof aufzufordern, sich züchtig zu kleiden und zu verhalten. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, fuchtelte er mit einem Dolch herum.
Aus Gründen der „Dolch-Prävention" (soweit sind wir schon) musste der moslemische Schüler von da an morgens vor dem Betreten des Klassenzimmers im Beisein der 62-jährigen Klassenlehrerin seine Taschen und den Rucksack ausleeren. Am Tag vor dem Jugendfest rastete der 14-Jährige bei der Kontrolle dann plötzlich aus.

Faust- und Karateschläge sowie Fußtritte gegen eine 62-Jährige

Er versetzte der Lehrerin ein halbes Dutzend Faust- und Handkantenschläge. Als sie um Hilfe schreiend wegrannte, trat M. noch mit den Füßen nach ihr, bis eine durch den Lärm alarmierte männliche Lehrkraft dazwischen ging.
Die 62-jährige Lehrerin, die sich in der letzten Woche vor ihrer Pensionierung befand, wurde mit einem Kieferbruch und weiteren Verletzungen zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert.
Die Polizei konnte den gewalttägigen syrischen Schüler wenige Stunden nach der Tat festnehmen. Er verbrachte zwei Tage in Untersuchungshaft.

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm

Sein Vater, der trotz seines 5-jährigen Aufenthaltes in der Schweiz immer noch kein Wort Deutsch spricht und auch schon einmal gegenüber einem Behördenmitarbeiter gewalttätig geworden war, stellte sich selbstverständlich hinter seinen Sohn. Dieser fühle sich an der Schule wegen seiner Herkunft und seiner Religion gemobbt und diskriminiert, sagte der Mann zur Polizei. Ja, so kennen wir das: Immer in der Opferrolle…
Wie es mit M. weitergeht, ist noch unklar. Eine Unterbringung in einem „Sondersetting" außerhalb des Schulkreises Chestenberg ist angedacht. Eine Unterbringung in einem Flieger nach Damaskus in Begleitung der übrigen Familienangehörigen wäre allerdings vernünftiger.
Die Lehrerin steht immer noch unter Schock. Es wird berichtet, dass sie ihren Job immer mit Liebe und Begeisterung ausgeübt hatte. Sich in der letzten Woche vor ihrer Pensionierung so zu verabschieden, falle ihr besonders schwer. Zu ihrer eigenen Abschlussfeier kam sie nicht.

Kommentar: Der Sechser im Lotto für die Eidgenossen

Man sieht, nicht nur in Deutschland geht es drunter und drüber an der „Flüchtlingsfront": Eine kinderreiche Familie aus Syrien macht sich in der Schweiz breit und bekommt gleich ein ganzes Haus für lau. Der Vater, ebenso gewalttätig wie der Sohn, will die Sprache nicht lernen und sich folglich auch nicht integrieren. Der Sohn ist auf dem Salafisten-Trip, maßregelt die Frauen und wird den Koran weiterhin mit Feuer und Schwert verbreiten – hoffentlich nur bildlich gesprochen. Einstweilen verabschiedet er, statt in der Schule Bildung zu erwerben, nebenbei mal eine altgediente Lehrerin mit einem Kieferbruch in den Ruhestand. Darauf hat sie ihr ganzes Arbeitsleben gewartet. Sieht so Dankbarkeit aus? Wie dämlich sind wir eigentlich?
Man darf gespannt sein, was die anderen, zahlreichen Sprößlinge aus dem fruchtbaren Schoß des Syrers zu bieten haben, wenn sie das passende Alter erreichen. Finanziert wird die ganze Malaise – wie bei uns – Vollkasko vom Steuerzahler und zwar auf Lebenszeit. Wetten?
Da haben sich die Eidgenossen wirklich einen Sechser im Lotto eingefangen.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/08/deutsche-opfer-fremde-taeter-zahlen-und-fakten/

VIDEO VON "RADIO KONSERVATIV"

Deutsche Opfer, fremde Täter – Zahlen und Fakten

14. August 2019

Macheten- und Samurai-Schwertangriffe wie in Sydney, London, Innsbruck, Stuttgart und Gleisschubser wie in Frankfurt sind nur die Spitze des Eisbergs. **Um 164 Prozent sind Tötungsdelikte von Zuwanderern gegenüber Deutschen in den letzten zwei Jahren gestiegen.**
Fünf mal die Woche wird ein Deutscher Opfer eines Tötungsdeliktes durch einen Zuwanderer. Allein Deutsche Opfer mit Täter Zuwanderer! Verbrechen der Migranten und Zuwanderer untereinander sind da schon rausgerechnet. Durchschnittlich neun deutsche Frauen werden jeden Tag Opfer eines Sexualvergehens durch Menschen, die neu hinzugekommen sind und uns um Hilfe, Obdach und kostenloses W-LAN bitten.
Wohlgemerkt, dies sind nur die Zahlen von Zuwanderern (Asylbewerber, Asylanten mit Aufenthaltserlaubnis, Flüchtlinge, abgelehnte Asylbewerber) an Deutschen und auch nur die, die Eingang in die Polizeistatistik gefunden haben. Aber auch schon die vermutlich geschönten Zahlen lassen tiefe Einblicke zu.
Der Youtuber „Radio Konservativ" hat mal zwischen die Zeilen des „Bundeslagebilds Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2018" geschaut, interessante Fakten ausgegraben und optisch attraktiv aufbereitet.
Hier die längere Video-Version:

http://www.pi-news.net/2019/08/epochale-verbrechenswelle-durch-muslimische-zuwanderer/

BKA-DATEN BESTÄTIGEN

Epochale Verbrechenswelle durch muslimische Zuwanderer

20. August 2019

Von STEFAN SCHUBERT | Die mehrheitlich muslimische Masseneinwanderung der Gegenwart hat zu einer epochalen Verbrechenslawine geführt. Dies geht aus den Statistiken des Bundeskriminalamtes (BKA) hervor. Nachzulesen sind die Zahlen auf der Website des Bundeskriminalamtes unter dem Titel »Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung«. **Berücksichtigt man nur die Jahre von 2015 bis 2018, in denen die Merkel-Regierung Deutschlands**

Grenzen entgegen den Bestimmungen des Grundgesetzes, des Aufenthaltsgesetzes und europäischer Verträge wie Dublin schutzlos der Masseneinwanderung überließ, dann weisen die BKA-Statistiken insgesamt 1.085.647 Straftaten durch Zuwanderer aus.

Der Mainstream aus Politik und Medien unternimmt alles, um das Thema Flüchtlingskriminalität in der Öffentlichkeit totzuschweigen. Neben der ideologischen Verblendung geschieht dies auch, um zu verhindern, der mehrfachen Lüge bezüglich der hochgelobten »Fachkräfte« überführt zu werden und damit das Ansehen in der Bevölkerung restlos zu verlieren. Dabei haben die Protagonisten aus Berlin-Mitte die stark kriminalitätsbehaftete Masseneinwanderung aber überhaupt erst ermöglicht, unterstützt und zusätzlich befeuert. Die Realität dieser größtenteils männlich-muslimischen, bildungs- wie kulturfremden Einwanderung wird jedoch nun in den Lagebildern des BKA ersichtlich. In dem aktuellen Buch des Autors „Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht" werden diese brisanten Hintergründe erstmalig enthüllt und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Demnach werden allein in den Jahren 2015 bis 2018 621.713 Zuwanderer bei den Polizeibehörden als tatverdächtige Straftäter geführt. Auch wenn in einzelnen Fällen eine Doppelzählung vorliegen könnte, etwa wenn ein Syrer 2016 und 2018 jeweils einer Vergewaltigung überführt worden wäre, sprengt die monströse Anzahl von 621.713 Kriminellen innerhalb des Flüchtlingsstroms alle Grenzen.

BKA-Studie zur Flüchtlingskriminalität bestätigt schlimmste Befürchtungen

Während Bundesinnenmister Horst Seehofer die neuesten Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) vorstellte und dem Bürger einmal mehr zu suggerieren versuchte, dass Deutschland eines der sichersten Länder weltweit sei, wurden die aktuellen Zahlen des BKA zur Flüchtlingskriminalität nicht weiter thematisiert, wie es sonst in Pressekonferenzen üblich gewesen wäre.

Auch in den Massenmedien wurde über die aktuellen Zahlen der Zuwandererkriminalität kaum berichtet. Der Grund des Schweigens findet sich in den Zahlen des BKA selbst, **aus denen, so die Selbstauskunft des Bundesinnenministeriums, wohlbemerkt zuvor sämtliche ausländerrechtlichen Verstöße herausgestrichen worden sind:**

2018: 296.226 Straftaten durch 165.769 tatverdächtige Zuwanderer
2017: 289.753 Straftaten durch 167.268 tatverdächtige Zuwanderer
2016: 293.467 Straftaten durch 174.438 tatverdächtige Zuwanderer
2015: 206.201 Straftaten durch 114.238 tatverdächtige Zuwanderer

————————————————————————————

Gesamt: 1.085.647 Straftaten durch 621.713 Tatverdächtige

Des Weiteren bestätigt das »Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung« folgende Zahlen, die jeder selbst überprüfen und nachlesen kann:

Auf Seite 17 von insgesamt 63 Seiten verkündet das BKA:
»Im Jahr 2018 wurden im Bereich der Allgemeinkriminalität (ohne ausländerrechtliche Verstöße) 296.226 Straftaten registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde.«

- **Im Jahr 2017 werden 289.753 Straftaten durch Flüchtlinge (auf Seite 19 von 62 Seiten) eingeräumt.**
- **Im Jahr 2016 sind es 293.467 Straftaten (auf Seite 9 von 46 Seiten)**
- **und im Jahr 2015 zählt man 206.201 Straftaten (auf Seite 8 von 38 Seiten).**

Zum Verständnis dieser Zahlen:

- **1.085.647 Straftaten in den Jahren 2015 bis 2018 bedeuten 1.085.647 Straftaten durch mehrheitlich illegale Einwanderer, die der Mainstream allesamt zu Flüchtlingen erklärt hat. Für diese epidemische Verbrechensflut weist das BKA 621.713 Zuwanderer als identifizierte Tatverdächtige aus.**
- **296.226 eingeräumte Straftaten für 2018 bedeuten, dass Flüchtlinge jeden Tag im Jahr 2018 in Deutschland 805 Straftaten begangen haben. Dieser Verbrechensberg wächst jede Stunde um knapp 34 Straftaten an. Und dabei handelt es sich nur um aufgeklärte Straftaten und Fällen mit identifizierten Straftätern.**
- **1.085.647 Straftaten – von Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Messerattacken und Drogenhandel über sexuelle Attacken bis hin zu islamischen Terroranschlägen – wurden mehrheitlich vom eingewanderten muslimischen Mann begangen.**

Sicherheitsrisiko muslimischer Mann

Bei einem kriminellen Flüchtling handelt es sich also mitnichten um den viel zitierten »Einzelfall«, ganz im Gegenteil: Schließt man Frauen, Kinder und ältere Männer als Verursacher dieser Verbrechenswelle weitestgehend aus, dann weist der männliche Einwanderer eine extrem hohe Kriminalitätsbelastung auf. Folgt man der These des Buches „Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht", laut derer muslimische Kriminelle für ihre Straftaten gegenüber »Ungläubigen« eine islamische Rechtfertigung, ja Motivation haben, müssen in den BKA-Statistiken muslimische Herkunftsländer bei Kriminellen eine dominierende Rolle spielen. Und in der Tat, auf Seite 10 der BKA-Statistik für 2018 steht:

Den größten Anteil an den tatverdächtigen Zuwanderern stellen laut dem BKA-Lagebild, wie auch im Jahr 2017, Menschen aus den Hauptherkunftsstaaten von Asylsuchenden: Syrien (20 %), Afghanistan (11 %) und Irak (7 %). Der Anteil der tatverdächtigen Zuwanderer aus den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien lag insgesamt bei 7 %. Verglichen mit dem Vorjahr ist insbesondere der Anteil türkischer tatverdächtiger Zuwanderer mit 51 % deutlich gestiegen (2018: 4099, 2017: 2719). Auch der Anteil tatverdächtiger Zuwanderer aus Nigeria (+29 %) und Guinea (+23 %) ist im Berichtsjahr verhältnismäßig stark gestiegen.

Auf Seite 11 listet das BKA dann die 20 Top-Herkunftsstaaten krimineller Zuwanderer auf: Syrien, Afghanistan, Irak, Nigeria, Iran, Marokko, Somalia, Algerien, Eritrea, Serbien, Türkei, Albanien, Georgien, Gambia, Pakistan, Guinea, Russische Föderation, Kosovo, Tunesien und Libanon.

Die epochale Verbrechenswelle von über einer Million Straftaten geht somit eindeutig vom eingewanderten muslimischen Mann aus. Da die Herkunftsländer der Straftäter aus den Jahren 2015 bis 2017 dem Jahr 2018 stark ähneln, kann sich diese Aussage auf eine breite Datenbasis berufen. Doch solche Erkenntnisse stellen eines der größten Tabu-

Themen unserer Zeit dar. Nun handelt es sich nicht bei allen Afghanen und Syrern automatisch um Muslime, denn es gibt dort auch wie in Guinea christliche Minderheiten von 8 % Bevölkerungsanteil, denen 85 % Muslime gegenüberstehen. Doch, wenn überhaupt, wird die generelle These des Buchs davon nur marginal tangiert, denn 99,9 Prozent der rund 35 Millionen Afghanen gelten als muslimisch, 74 % der knapp 21 Millionen Syrer als sunnitische Muslime, 12% als Alawiten und 2 % als schiitische Muslime. Im Irak mit seinen rund 39 Millionen Einwohnern gelten 97% der Bevölkerung als muslimisch. Bestand die dortige Bevölkerungsstruktur vor 100 Jahren noch aus 25% Christen, so ist diese aktuell auf unter 3% gesunken.

Die vom BKA ausgewiesenen Straftäter als mehrheitlich muslimisch zu bezeichnen, entspricht somit der Faktenlage. Trotz dieser eindeutigen Daten findet keine Diskussion über die extrem hohe Kriminalitätsbelastung des muslimischen Mannes statt. Der Grund des Schweigens ist nach Analyse der Daten des BKA offensichtlich: Gerade weil das *Sicherheitsrisiko Islam* und die starke Kriminalitätsbelastung des muslimischen Mannes mit amtlichen Daten belegbar und nicht weiter als »populistische Stimmungsmache« zu diskreditieren sind, sollen sie nicht an die Öffentlichkeit dringen.

Wie auch immer man es nennen mag – Deutschfeindlichkeit oder Hass auf »Ungläubige« – diese Gemengelage ist durch die unkontrollierte Masseneinwanderung zu einem hochexplosiven Gemisch geworden, das zu einer noch vor wenigen Jahren für undenkbar gehaltenen Destabilisierung der Sicherheitslage im Land geführt hat. So stellten das Vertuschen dieser Hintergründe und die Verhinderung jeglicher offenen Debatte darüber eine Motivation zur Erstellung dieses brisanten Buches dar. Die Daten des Bundeskriminalamtes belegen eindeutig den kausalen Zusammenhang der gegenwärtigen epochalen Verbrechenswelle, die entscheidend durch die extrem hohe Kriminalitätsbelastung des muslimischen Einwanderers begründet ist.

Bestellmöglichkeiten:

» „Sicherheitsrisiko Islam" von Stefan Schubert. 318 Seiten, 22,99 Euro – hier oder hierbestellen!

https://www.youtube.com/watch?v=dD47h-kqnCg&t=36s

http://www.pi-news.net/2019/08/muenchen-notgeiler-afghane-fordert-per-notrufsaeule-frau-fuer-sex-an/

UNGLAUBLICHER VORFALL AN DER U-BAHNSTATION THERESIENSTRASS

München: Notgeiler Afghane fordert per Notrufsäule Frau für Sex an

24. August 2019

Von EUGEN PRINZ | Die deutsche Sprache hat für einen bestimmten körperlichen Zustand, den der eine oder andere Leser vielleicht aus eigenem Erleben kennt, den Ausdruck „notgeil" geprägt. Sieht man sich die aktuelle Kriminalstatistik an, so kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass die als Flüchtlinge getarnten Facharbeiter, die seit 2015 in Scharen ausweislos in unser Land strömen, nicht selten davon geplagt sind.

Liegt es vielleicht an den noch nicht ganz perfekten Sprachkenntnissen, dass ein afghanischer Zuwanderer im Zustand dieses Syndroms einen logischen Zusammenhang zwischen „notgeil" und „Notrufsäule" vermutete?

Aggressive Afghanen an der U-Bahnstation „Theresienstraße"

Am Dienstag, dem 20. August, gegen 6.10 Uhr, stieg in München ein 20-jähriger Afghane mit zwei Begleitern, von denen aktuell nur einer namentlich bekannt ist, an der U-Bahnstation „Theresienstraße" im Stadtteil Maxvorstadt aus der U-Bahn aus.

Wie unkalkulierbar in Deutschland mittlerweile das Risiko geworden ist, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten, musste ein ebenfalls ausgestiegener Fahrgast erfahren, als ihm der 20-Jährige ohne Grund plötzlich einen Karatetritt gegen den Oberkörper verpasste. Der glücklicherweise nur leicht getroffene Mann floh über die Rolltreppe nach oben. Als ihm der 20-jährige Afghane nacheilen wollte, hielt ihn einer seiner beiden Begleiter zurück.

Jetzt Ruhe zu geben, kam dem Afghanen jedoch nicht in den Sinn. Er betätigte den Nothalt der Rolltreppe, ging anschließend zur Notrufsäule und drückte die Sprechtaste. Als sich ein Mitarbeiter der U-Bahnleitstelle meldete, teilte ihm der 20-Jährige mit, dass er eine Frau für sexuelle Handlungen suche.

Krankenschwester nach dem Nachtdienst das nächste Opfer

Offenbar glaubte das Trio, dass der deutsche Staat auch solche Wünsche erfüllt, als kurz darauf kam eine 32-jährige Krankenschwester, die von der Nachtschicht kam, mit der Rolltreppe nach unten fuhr und sich einige Meter von der Gruppe entfernt auf eine Bank setzte, um auf ihre U-Bahn zu warten.

Der namentlich bisher nicht bekannte Begleiter des 20-Jährigen setzte sich links neben die 32-Jährige und ließ sie wissen, dass er eine Frau brauchte. Dabei berührte er die 32-Jährige am Oberschenkel. Offenbar brauchte aber die Krankenschwester keinen Mann. Oder vielleicht schon, aber keinen triebgesteuerten mutmaßlichen Analphabeten mutmaßlich vom Hindukusch.

Diese Gegend wird übrigens gerade von unseren Soldaten verteidigt, während die einheimischen Männer vor der Gefahr nach Deutschland geflohen sind und nun das Sicherheitsgefühl der hiesigen Frauen erhöhen.

Offenbar hatte die Krankenschwester diesen Umstand nicht verinnerlicht, denn sie stand direkt nach der Berührung auf und teilte ihrem Verehrer

mit, dass sie die Polizei rufen werde. Das wiederum gefiel nun dem 20-jährigen Afghanen nicht, der die Szene mit verfolgt hatte. Unvermittelt trat er auf die Frau zu und versetzte ihr mit dem rechten Fuß einen Karatetritt gegen die linke Gesichtshälfte.
Halten wir also fest: Eine Krankenschwester, die sich im Dienst der Allgemeinheit die Nacht im Krankenhaus um die Ohren schlägt und damit das Geld verdient, dass die Merkel-Regierung benötigt, um Millionen von Zuwanderern nach Deutschland zu holen, wird von Angehörigen dieser Klientel auch noch beleidigt und getreten.
Wenigstens gingen die Begleiter des 20-Jahrigen dazwischen und verhinderten, dass er noch weiter auf die Frau einschlug. Die 32-Jährige wurde zum Glück bei dem Angriff nur leicht verletzt. Anschließend flüchtete die Gruppe nach oben auf die Straße. Dort konnte der 20-jährige Afghane von Bediensteten der U-Bahnwache bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten werden.
Selbstverständlich erfüllte er auch bei der Festnahme die von PI NEWS in ihm gesetzten Erwartungen: Er beleidigte die Polizisten und spuckte einen der Beamten an. An dieser Stelle sei erwähnt, dass es eine Korrelation zwischen der Zuwanderung und der Ausrüstung der deutschen Polizei mit Spuckhauben und Body-Cams gibt. Mal sehen, was die Polizisten als nächstes bekommen. Ein Pessimist würde auf Sturmgewehre tippen.
Der zuständige Ermittlungsrichter erließ Haftbefehl.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/08/polizisten-gemischte-gefuehle-bei-einsaetzen-in-ankerzentren/

KATASTROPHALE LAGE - DIE ORDNUNGHÜTER ALS DAUERGÄSTE IN FLÜCHTLINGSHEIMEN

Polizisten: „Gemischte Gefühle“ bei Einsätzen in Ankerzentren

23. August 2019

Von EUGEN PRINZ | Der Autor hat in früheren Beiträgen über Polizeieinsätze in bayerischen Ankerzentren bereits mehrmals den Vorschlag gemacht, man möge doch neben solchen Einrichtungen gleich

auch noch eine Bereitschaftspolizeikaserne bauen. Wer das für einen Witz gehalten hat, wird nun eines Besseren belehrt, denn lohnen würde sich so ein Vorhaben allemal. Das zeigt jenseits allen Zweifels eine aktuelle Statistik der bayerischen Polizei, die gestern in der BILD veröffentlicht wurde.

Demnach registrierte die Polizei im Jahr 2018 in Flüchtlingsunterkünften sage und schreibe insgesamt 25.967 Einsätze, und das – wohlgemerkt – nur in Bayern. 5877 davon waren in den Anker-Zentren. Dort muss in der Regel mit einem Großaufgebot angerückt werden. Spitzenreiter ist ein Einsatz in der Anker-Dependance Waldkraiburg am 23. Januar mit 436 (!) Polizisten.

Die Furcht der Polizeibeamten vor Einsätzen in Ankerzentren

Wie bereits kurz erwähnt, kam es am Dienstag Abend im Ankerzentrum Deggendorf zu einer Massenschlägerei. Um der Lage Herr zu werden, mussten Polizeikräfte aus ganz Ostbayern zusammengezogen werden. Aus der gestrigen Printausgabe der Landshuter Zeitung war zu erfahren, dass die Polizeiführung abwarten musste, bis alle angeforderten Beamten eingetroffen waren, bevor sie die versammelte Staatsmacht zum Ankerzentrum schicken konnte. Grund für den Einsatz war wie üblich eine Streiterei unter verschiedenen Ethnien, in diesem Fall Nigerianer gegen Aserbaidschaner. Und das in Niederbayern. Schöne neue Welt…

Die eingesetzen Beamten blieben die ganze Nacht im Ankerzentrum, um ein erneutes Aufflammen der Feindseligkeiten zu verhindern. Wer davon ausgeht, dass die Beamten nichts besseres zu tun hätten, der irrt.

Es ist übrigens kein Geheimnis, dass sich die Polizisten in der Region um Einsätze bei Abschiebungen oder in Asylbewerberunterkünften nicht reißen. Man wisse nie, was einem erwartet, sagten einige der Ordnungshüter, die anonym bleiben wollten, der Lokalzeitung. Ein Polizeibeamter:

„Dass Einsatzkräfte nur mit gemischten Gefühlen in das Ankerzentrum fahren, ist klar.“

Die Gründe für Einsätze in den Asylbewerberunterkunften sind laut Laut Polizeisprecher Stefan Sonntag vielfältig: Streitigkeiten unter Bewohnern, Abschiebemaßnahmen, Diebstähle, Körperverletzungen, alkoholisierte Randalierer, Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, häusliche Gewalt innerhalb der untergebrachten Familien, Verlegungen in andere Unterkünfte, Proteste gegen die ungerechte Zuweisungspolitik, Hausfriedensbrüche, ein versuchtes Tötungsdelikt.“

Die Kosten mag man sich nicht ausmalen

25.967 Einsätze – man mag sich gar nicht ausmalen, was das an Kosten verursacht. Das Geld wäre in der Infrastruktur unseres Landes oder bei den Rentnern deutlich besser aufgehoben.

Und was macht die Bundesregierung? Immer weiter rein mit neuem Nachschub an Zuwanderern. Die Lage ist ja noch nicht schlimm genug, ein bisschen mehr geht immer.

Vielen Dank dafür, auch im Namen der Polizisten, die ihre Gesundheit und schlimmstenfalls ihr Leben tagtäglich in den Flüchtlingsunterkünften aufs Spiel setzen müssen. Und dann wundern sich die Damen und Herren im Reichstag auch noch darüber, dass die Ordnungshüter landauf, landab alle die AfD wählen. Und warum machen die das? Weil sie jeden Tag die Realität in unserem Land sehen.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

Corinna Miazga
20. August um 11:43 ·
+++ Kriminalität durch Zuwanderer immer größer! +++
Von wegen nur "gefühlte" Kriminalität....das neue Enthüllungsbuch von Stefan Schubert belegt: Wir haben ein strukturelles Problem mit der Kriminalität durch muslimische Zuwanderer. Er beschäftigt sich damit in seinem neuen Buch "Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht"
Seine Thesen stützen sich dabei auch auf das aktuelle »Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung« des Bundeskriminalamts (BKA). Berücksichtigt man nur die Jahre von 2015 bis 2018, in denen die Merkel-Regierung Deutschlands Grenzen entgegen den Bestimmungen des Grundgesetzes, des Aufenthaltsgesetzes und europäischer Verträge wie Dublin schutzlos der Masseneinwanderung überließ, dann weisen die BKA-Statistiken insgesamt 1 085 647 Straftaten durch Zuwanderer aus!
ÜBER EINE MILLION! DAS IST FAKT!
http://www.pi-news.net/.../epochale-verbrechenswelle-durch-m.../
https://philosophia-perennis.com/.../sicherheitsrisiko-islam.../
https://www.journalistenwatch.com/.../enthuellungsbuch-laut-.../
https://www.amazon.de/Sicherheitsrisiko-Islam.../.../ref=sr_1_1...

http://www.pi-news.net/2019/07/buchtipp-sicherheitsrisiko-islam-die-lektuere-fuer-den-sommer/

NEUES ENTHÜLLUNGSBUCH MIT SPRENGKRAFT AUS DEM ROTTENBURGER KOPP VERLAG

Buchtipp: „Sicherheitsrisiko Islam“ – die Lektüre für den Sommer

25. Juli 2019

Der Ex-Polizeibeamte und mehrfache Spiegel-Bestsellerautor Stefan Schubert hat pünktlich zum Start in die Ferien erneut ein hochbrisantes Enthüllungswerk herausgebracht. Schon der Titel „Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht“ lässt vermuten, dass sein Buch auch diesel Mal für ordentlich Wirbel sorgen dürfte.

Sein vor rund einem Jahr vorgelegtes Enthüllungsbuch »Anis Amri und die Bundesregierung: Was Insider über den Terroranschlag vom Breitscheidplatz wissen« sorgte kurz nach Veröffentlichung wegen des hochbrisanten Inhalts für großes Interesse bei den Lesern, landete bereits eine Woche nach Veröffentlichung – trotz des extrem breit angelegten Medien- und Buchhandelsboykotts – in der Spiegel-Bestsellerliste, und zur Thematik laufen noch immer Parlamentarische Untersuchungsausschüsse.

PI-NEWS wurde der Inhalt des neuen Buches bereits vor Drucklegung zur Verfügung gestellt. Überzeugt von dem neuen Ansatz der Islamkritik und der wiederum investigativen Leistung des Autoren hat die Readktion beschlossen, auch dieses Buch mit Hilfe einer breiten Kampagne zu unterstützen.

Die hohe Aktualität ist ein weiteres, starkes Plus des Werkes, wie etwa bei dem Komplex der Gewaltexzesse durch Migrantenbanden in deutschen Freibädern und auf Stadtfesten. So belegt Schubert klar die Kausalität der islamischen Sozialisation der Täter und zeichnet das Bild eines „molekularen Bürgerkrieges“ durch muslimische Einwanderer gegen Einheimische, der in immer kürzeren Abständen offen ausbricht.

Welche Brisanz das Buch darüber hinaus birgt, belegt der folgende Verlagstext:

„Dieses Buch stellt die Islamkritik auf ein gänzlich neues Fundament. Dazu hat der Bestsellerautor und Sicherheitsexperte Fakten in einer Fülle zusammengetragen, die Sie so noch nicht gesehen haben. Es ist eine erschreckende Chronologie über die Ausbreitung der Kriminalität, der Gewalt und des Terrors durch den Islam in Europa. Stefan Schubert zeichnet ein detailliertes Bild der aktuellen Sicherheitslage und überzeugt durch seine akribische Recherchearbeit. Diese ist durch rund 600 Quellen, Statistiken und Studien für jedermann selbst nachprüfbar. Ein Teil der Hintergrundinformationen stammt direkt aus dem Bundesinnenministerium und dem Bundeskriminalamt.

Die muslimischen Migranten begehen Straftaten in einem nie da gewesenen Ausmaß. Wer dies anprangert, wird vom linken Mainstream diffamiert, in die rechte Ecke gestellt und oft beruflich ruiniert.

Erstmalig und exklusiv enthüllt Stefan Schubert, dass

- ***laut Statistiken des BKA überwiegend muslimische Flüchtlinge eine Verbrechenswelle von über 1 Million Straftaten in nur 4 Jahren allein in Deutschland verübt haben.***

- ***der Generalbundesanwalt 2013 lediglich 70 Terrorverfahren einleitete, 2018 die Anzahl der Terrorverfahren mit 1300 jedoch einen neuen Rekordwert erreichte.***

Wussten Sie zum Beispiel, dass

- ***eine alarmierende Vermischung des kriminellen Migrantenmilieus mit islamischen Terroristen stattfindet?***
- ***der Verfassungsschutz islamistische Organisationen nicht konsequent überwachen kann, weil die Politik einen stärken Fokus auf die AfD fordert?***
- ***Bundeskanzlerin Angela Merkel die nationalistisch-islamistischen Grauen Wölfe hofiert?***
- ***die Bundesregierung mit muslimischen Antisemiten kooperiert?***
- ***Tausende, größtenteils muslimische Kriegsverbrecher in Deutschland als Flüchtlinge eingewandert sind?***
- ***durch gezielte Desinformationskampagnen von Politik und Medien jegliche Islamdebatte verhindert wird?***
- ***die kriminellen Araberclans wie eine muslimische Mafia in Deutschland auftreten?***
- ***sich kriegserfahrene Männer aus Syrien und dem Irak in Deutschland längst zu kriminellen Clans zusammengeschlossen haben und in der Organisierten Kriminalität aktiv sind?***
- ***eine gezielte Unterwanderung der Sicherheitsbehörden von Islamisten und Araberclans betrieben wird?***
- ***das Innenministerium in Geheimpapieren vor schweren Unruhen warnt?***
- ***Beobachter von einem »molekularen Bürgerkrieg« gegen die einheimische Bevölkerung durch muslimische Zuwanderer sprechen?***

‚Sicherheitsrisiko Islam' ist eine fesselnde Lektüre für all jene, die den Mut haben, quer zum Mainstream zu denken und sich von diesem eine freie und unabhängige Meinungsbildung nicht verbieten zu lassen."

Lesen Sie dieses Buch und sprechen Sie mit Ihren Freunden, Bekannten und Kollegen über den Inhalt. Nur so können wir das Kartell der Beschwichtiger, Verharmloser und Schönredner sowie die Schweigespirale zu den wahren Zielen des „politischen Islams" durchbrechen.

Bestellinformationen zum Buchtipp:

» Stefan Schubert – „Sicherheitsrisiko Islam", 318 Seiten, 22,99 Euro – hier bestellen!

http://www.pi-news.net/2019/07/theresienwiese-sieben-dunkelhaeutige-wollen-radfahrerin-vergewaltigen/

„SIE SPRANGEN AUS DEM GEBÜSCH"

Theresienwiese: Sieben Dunkelhäutige wollen Radfahrerin vergewaltigen

20. Juli 2019

Von MAX THOMA | Bayern im Sommer 2019: Die Anzahl der Sexual- und Gewaltdelikte durch illegale Merkel-Migranten steigt unaufhörlich weiter – und unter „Wiesn-Gaudi" verstehen viele deutsche Neubürger etwas anderes. Hier ist noch viel Luft nach oben in den tausenden steuerfinanzierten „Integrationskursen" für archaische Bereicherer der willkommenstrunkenen bunten Landeshauptstadt – mit über 30 Prozent Pädo90/Grünen-Wählern bei der EU-Wahl im Mai.

Sieben vorwiegend „Dunkelhäutige" haben in der Nacht auf Samstag eine 34-Jährige auf der Theresienwiese überfallen. Die Frau fuhr laut Polizeiangaben am Samstagmorgen gegen 01.15 Uhr mit dem Rad über die Theresienwiese, als direkt unterhalb der Bavaria plötzlich „sechs bis sieben Männer aus dem Gebüsch sprangen und das Fahrrad der Frau festhielten". Zwei Männer aus der Gruppe griffen der „Radfahrenden" sogleich an die Brust und in den Intimbereich. Ein weiterer nahm vorsichtshalber das Handy des Opfers an sich, das sie am Lenker befestigt hatte.

Hilfeschreie auf der Theresienwiese: Zeuge gesucht

Als die bayerischen Neubürger zum stammestraditionellen „Taharrush" schreiten wollten, schrie die Frau verzweifelt um Hilfe, woraufhin ein unbekannter Zeuge zu ihr eilte. Der couragierte Helfer konnte einem der sodann „Flüchtenden" (Mainstream-Medien) das Handy der Frau entreissen und begleitete die 34-Jährige anschließend nach Hause.

Da sich die komplett geschockte Frau keinerlei Personalien von dem Zeugen notierte, bittet die Polizei den Helfer in der Not, sich zu melden. „Auch wer Angaben zu den Tätern machen kann, ist aufgerufen", sich mit dem Polizeipräsidium München unter 089/2910-0 oder mit jeder anderen Polizeidienststelle in Verbindung zu setzen.

Zwei der Täter werden wie folgt beschrieben: Beide männlich, ca. 20 Jahre alt, ca. 160 bis 170 cm groß, dunkelhäutig. Ein Sexualtäter hatte schwarze kurze Locken, weiße Kopfhörer und einen dunkelgrünen Kapuzenpullover an. Der andere hatte – wie so oft – rote Sneaker-Stiefel an.

Laut eines Polizeisprechers gebe es derzeit – wie so oft – „noch keine neuen Ermittlungsergebnisse zu vermelden". Streifenpolizisten und Beamte in Zivil seien nun in normalem Rahmen rund um den Tatort im Einsatz, um eine „mögliche Wiederholungstat auszuschließen".

„Die Bavaria ist kein Brennpunkt", stellt der Sprecher ergänzend klar. Im Online-Polizeibericht der Münchener Polizei zu „1043. Zeugenaufruf nach sexueller Nötigung" sucht man übrigens vergeblich nähere Informationen oder Links zum Tathergang.

Bayern ist sicher – am Abgrund!

Die wenigen derzeit über die unglaubliche Sexualstraftat der illegal importierten Gewalt-Migranten berichtenden Lokalmedien titeln:

„Frau radelt über die Theresienwiese – plötzlich springen viele Männer aus Gebüsch"
Erfüllt das bereits den Tatbestand der „Volksverhetzung"?

http://www.pi-news.net/2019/07/salzgitter-tunesier-attackiert-vier-frauen-messer-im-kopf-abgebrochen/

HAT DIE ZUWANDERUNG DEUTSCHLAND SCHÖNER, BESSER UND LEBENSWERTER GEMACHT?

Salzgitter: Tunesier attackiert vier Frauen – Messer im Kopf abgebrochen

19. Juli 2019

Von EUGEN PRINZ | Deutschland 2019: Die Anzahl der Sexual- und Gewaltdelikte steigt immer weiter; weil es auf den Straßen immer blutiger zugeht, wird künftig das Mitführen von Messern im öffentlichen Raum verboten. Welch begnadete Lösung des Problems! Es gibt kaum noch Veranstaltungen ohne Merkel-Poller oder Lastwagenbarrieren; Freibäder werden zur Mobbing-Hölle für Badegäste und Aufsichtspersonal; Behördenmitarbeiter müssen vor ihren Klienten durch Security geschützt werden und türkische Hochzeitsgäste sind der Meinung, die für den öffentlichen Verkehrsgrund geltende Rechtsordnung müsse sich ihren Sitten und Gebräuchen unterwerfen. Der Rettungsdienst, die Polizei und das Krankenhauspersonal sind seit einigen Jahren immer häufiger in Ausübung ihrer Tätigkeit gewalttätigen Angriffen ausgesetzt und die Medien verbiegen und verschweigen die Wahrheit, die tatsächlichen Gründe für all das, statt sie zu offenbaren. Dafür sind wir einem dümmlichen Fernsehprogramm ausgesetzt, für dessen Niveau sich früher jeder Sonderschüler in Grund und Boden geschämt hätte und das unsere Jugend immer mehr verblödet. Obendrein blicken wir wegen eines angeblichen „menschengemachten" Klimawandels, auf den der Mensch in Wahrheit so gut wie keinen Einfluss hat, einer saftigen Besteuerung aller Lebensbereiche entgegen. Diese wird gegenwärtig mit einem derartigen Tempo voran gebracht, dass der deutsche Michel aus dem Staunen gar nicht mehr heraus kommt. Und während die Merkel-Regierung eine heimische Schlüsselindustrie nach der anderen platt macht, geht parallel dazu der Umbau Deutschlands in ein „shithole country" nach dem Vorbild der übelsten Länder der Dritten Welt weiter.

Und was tun die Deutschen?

Sie schreien Hurra und bescheren der waidwunden Bundesrepublik an der Wahlurne Gestalten wie Merkel, Kramp-Karrenbauer und von der Leyen. So kommt es, dass sich auf den

Straßen des „Landes, in dem wir gut und gerne leben", inzwischen wahre Horrorszenen abspielen:
Wenn das Eigentum aufmuckt
Das Eigentum eines 41-jährigen Tunesiers – die Rede ist von seiner 36-jährigen Ehefrau – hatte es gewagt, eigene Wege zu gehen und sich von ihm getrennt. Für einen Mann aus diesem Kulturkreis gibt es kaum eine schlimmere Ehrverletzung. Daher ist es nur folgerichtig, dass am Samstagmorgen gegen 01.50 Uhr in der Nähe einer Shisha-Bar in Salzgitter-Lebenstedt ein Zusammentreffen der beiden in eine verbale Auseinandersetzung mündete. Zwei Schwestern der Ehefrau und eine andere Verwandte waren offenbar in der Nähe und erschienen zu ihrer Unterstützung.
Beim Eintreffen der „Verstärkung" entfernte sich der Tunesier kurz und holte ein Messer aus seinem in der Nähe geparkten Auto. Anschließend stach er wahllos auf die vier Frauen im Alter von 20 bis 56 Jahren ein. „Überall war Blut. Eine der Frauen hatte überall Stiche: vorn, hinten. Wir sollten auf die vielen Wunden pressen", berichtet einer der Zeugen, die jedoch zu spät kamen, um die Tragödie noch zu verhindern. Vielleicht besser so, sonst wären sie womöglich ebenfalls zum Ziel der Messerattacken geworden.
Durch die Stiche wurde eines der Opfer lebensgefährlich verletzt, ein weiteres schwer und die beiden anderen leicht. Der Täter beendete den Angriff erst, als sein Messer im Kopf von einer der Frauen stecken blieb und abbrach.
Die illu der Frau gibt Tipps, wie man Stichwunden versorgt. „Immer mehr Messer-Attacken" verrät das Magazin seinen Leserinnen. Tja, gewählt – geliefert.
Daraufhin flüchtete der 41-Jährige zunächst, stellte sich aber dann bei der Polizeiinspektion Lebenstedt. Seitdem schweigt er zu den Vorwürfen. Das Amtsgericht Salzgitter erließ am Sonntag einen Untersuchungshaftbefehl gegen den Tunesier wegen versuchten Totschlags. Die Frau, in deren Kopf das Messer steckte, wurde notoperiert und ist mittlerweile außer Lebensgefahr.
Der Blick in den Abgrund
Übel ist es geworden in Deutschland und dabei sind gerade einmal vier Jahre seit dem Beginn der immer noch andauernden Grenzöffnung vergangen. Wie bereits ausgeführt: Wir sind auf dem besten Weg, ein „shithole country" zu werden und irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft wird sich die ethnische Minderheit der indigenen Deutschen verwundert die Augen reiben und sich die Frage stellen, wie alles nur so weit kommen konnte. Aber dann ist es zu spät…

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische

Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/08/schorndorf-eskalation-der-gewalt/
OB KLOPFER (SPD) DUCKT SICH WEG
Schorndorf: Eskalation der Gewalt
29. August 201924
Andauernde Migrantengewalt und Schorndorf sind offenbar nicht mehr voneinander zu trennen. PI-NEWS musste schon des öfteren (hier und hier und hier) in diesem Zusammenhang über das malerische Städtchen mit seinen knapp 40.000 Einwohnern östlich von Stuttgart berichten.
Die seit wenigen Monaten neu in Schorndorf aufgestellte AfD-Fraktion im Gemeinderat legt den Finger in die Wunde statt zu vertuschen und zu verharmlosen. Ganz im Gegensatz zum leidigen Stadtoberhaupt Matthias Klopfer, der lieber den Kampf gegen alles, was recht(s) ist führt und ähnlich wie im Deutschen Bundestag die Altparteien, der AfD zustehende Posten durch Taschenspielertricks verwehrt.
In nur einer Woche wurden jetzt in Schorndorf mehrere Verbrechen verübt, die in ihrer Massivität ohne Merkels ungezügelte und andauernde Masseneinwanderung von vorwiegend jungen Männern aus kulturfremden Regionen nicht passiert wären. Mit funktionierenden Grenzen hätten diese Personen aller Wahrscheinlichkeit nach keine Chance gehabt einzureisen. In der Folge hätte es viele Verbrechen und viele Opfer in Deutschland und somit auch in Schorndorf nicht gegeben.
1. Tat – Donnerstag
So ist vergangenen Donnerstag ein Weingeschäft in der Nähe des Marktplatzes überfallen worden.
Der Täter betrat mit einem Messer bewaffnet den Laden des 62-jährigen Inhabers, bedrohte diesen und forderte Geld. Täterbeschreibung: 25 bis 30 Jahre alt, ca. 180 cm groß, schwarze Hautfarbe. Er flüchtete im Anschluss über den Marktplatz und passierte dabei die Kronengasse.
Hinweise bitte per Telefon an die örtliche Polizei unter: 07151/950-0.
2. Tat – Sonntag
Am frühen Sonntagmorgen wurde ein 26-Jähriger von einem Trio überfallen, geschlagen und ausgeraubt. Einer der Täter soll gut 1,75 Meter groß, 18 bis 22 Jahre alt, dunkel gekleidet, mit Vollbart und möglicherweise arabisch ausgesehen haben. Ein weiterer soll mit Jogginghose bekleidet und wie der dritte Täter ähnlich alt gewesen sein. Der dritte Täter soll im Unterschied zu den beiden Kumpanen möglicherweise hellere Haut haben.
3. Tat – Montag
Überfall durch drei „Männer“ auf einen afghanischen Shop in der Gottlieb-Daimler-Straße. Dabei wurde ein 19-jähriger Angestellter mit einem Messer bedroht und niedergeschlagen. Die Polizei konnte im Rahmen der Fahndung noch einen 19-jährigen afghanischen Tatverdächtigen dingfest machen. Die übrigen Täter sind auf der Flucht.

4. Tat – In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch
In einer Gaststätte in der Neuen Straße schlug ein 20-Jähriger, dem zuvor Hausverbot erteilt wurde, einem Angestellten mit der Faust ins Gesicht. Auch hier nicht der erste Fall in besagter Straße. Vor knapp einem Jahr überfielen drei „arabisch aussehende“ Männer eine Gruppe Einheimischer. Tatort auch hier die Neue Straße im Zentrum Schorndorfs!
…und OB Klopfer hat nur eine Sorge: Dass sein Kampf gegen Recht(s) immer mehr Anhänger verliert. Wir wünschen der AfD weiterhin viel Durchhaltevermögen im Kampf um eine sichere Stadt!

https://www.welt.de/vermischtes/article199496612/Lyon-Ein-Toter-und-mindestens-acht-Verletzte-nach-Messerattacke.html
Ein Toter und acht Verletzte bei Angriff mit Messer und Grillspieß
Stand: 11:22 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten
Ein Mann hat in Villeurbanne bei Lyon mehrere Menschen zum Teil schwer verletzt und einen 19-Jährigen getötet. Der Angreifer war mit einem Grillspieß und einem Messer bewaffnet.
Nach einem Messerangriff bei Lyon mit einem Toten und mindestens acht Verletzten, darunter drei Schwerverletzten, sucht die Polizei nach dem Motiv des festgenommenen Tatverdächtigen. Bei dem Todesopfer handelt es sich um einen 19-Jährigen.
In Frankreich hat ein mit einem Messer und einem Grillspieß bewaffneter Angreifer einen Mann getötet und acht weitere Menschen verletzt. Ein 19-Jähriger sei gestorben, drei der übrigen Opfer seien lebensgefährlich verletzt worden, teilte die Staatsanwaltschaft in Lyon am Samstag mit.
Der mutmaßliche Täter sei an einer Metro-Station am Rande von Lyon auf die Menschen losgegangen. Er wurde festgenommen. Sein Motiv war zunächst unklar.
Der Vorfall ereignete sich in der Nähe einer Metro-Station in der Vorstadt Villeurbanne bei Lyon. Passanten und dem Sicherheitspersonal an der U-Bahn-Station gelang es, den Verdächtigen zu überwältigen. Der mutmaßliche Angreifer wurde wegen des Verdachts auf Mord und versuchten Mord in Untersuchungshaft gebracht, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte.
Der mutmaßliche Täter ging an der Metro-Station am Rande von Lyon auf die Menschen los
Der mutmaßliche Täter ging an der Metro-Station am Rande von Lyon auf die Menschen los
Quelle: REUTERS
Zunächst war von zwei Angreifern die Rede gewesen. Die Staatsanwaltschaft und Polizeikreise dementierten die Behördenangaben später jedoch. Wie aus Polizeikreisen verlautete, **handelte es sich bei dem Verdächtigen um einen afghanischen Asylbewerber**. Demnach war er vor dem Angriff weder der Polizei noch den Geheimdiensten bekannt.
„Täter bringen die Gesellschaft mit einfachen Mitteln an ihre Grenzen“
Rund 50 Rettungskräfte waren im Einsatz. Eine junge Augenzeugin sagte, ein Mann habe an einer benachbarten Bushaltestelle „in alle Richtungen um sich gestochen“. Einen Mann habe er mit dem Messer „in den Kopf“ gestochen, einem weiteren Opfer „den Bauch geöffnet“. Niemand sei zur Hilfe gekommen, sagte das Mädchen. „Überall war Blut“, sagte sie weiter. Die Menschen seien geflüchtet und hätten sich in Sicherheit gebracht.
Die Helfer mussten rund 20 Menschen wegen Schocks behandeln.
Lyons Bürgermeister, der frühere französische Innenminister Gerard Collomb, besuchte den Tatort. Zum Motiv wollte er sich nicht äußern. Der Angreifer habe „recht plötzlich“ gehandelt, sagte Collomb vor Journalisten.

http://www.pi-news.net/2019/09/rosenheim-mann-mit-braunem-teint-vergewaltigt-21-jaehrige-im-dirndl/

NACH FRÖHLICHEM HERBSTFESTBESUCH

Rosenheim: „Mann mit braunem Teint“ vergewaltigt 21-Jährige im Dirndl

9. September 2019

Im Rosenheimer Riedergarten wurde eine junge Frau im Dirndl nach dem Herbstfest-Besuch das Opfer einer Horror-Vergewaltigung. Die Polizei sucht nun nach den üblichen Verdächtigen im Merkeljahr 2019.

Von MAX THOMA | Schon wieder Rosenheim ! Seit dem frühen Sonntagmorgen erschüttert eine weitere Horror-Tat die ehemals friedliche Stadt im Süden Münchens: Im Riedergarten in der Rosenheimer Innenstadt wurde ein junge Frau, 21, auf dem Heimweg vom Herbstfest brutal vergewaltigt. Die Ermittlungen laufen derzeit auf Hochtouren, als Täter beschrieb das Vergewaltigungsopfer „einen Mann zwischen 25 und 30 Jahren mit südländischer Erscheinung und braunem Teint.

Auf ihrem Rückweg durch die Stadt sei die Frau im Riedergarten „urplötzlich von einem Unbekannten überfallen worden“. Der Sexualtäter hatte die junge Frau sofort zu Boden geworfen und vergewaltigt. Nach seiner Tat ließ der Mann die junge Frau zurück und „flüchtete in unbekannte Richtung“. Ein Passant bemerkte dann die komplett Verängstigte: Sie war zunächst ziellos durch die Stadt gelaufen und hatte sich schließlich auf eine Parkbank gesetzt. Der Passant brachte sie dann zur Polizei.

Trotz des erlittenen Schocks konnte die Frau den Beamten eine detaillierte Beschreibung ihres Vergewaltigers liefern: Der Täter soll ca. 25 – 30 Jahre alt und ca. 165 – 170 cm groß sein. Die Frau beschrieb eine südländische Erscheinung mit braunem Teint, mittellange, glatte und dunkle Haare sowie einen Dreitagebart oder Stoppelbart. Der Täter soll helle Schuhe, eine Bluejeans und ein dunkles T-Shirt getragen haben. Außerdem soll der Täter eine dickere, auffallend rote Jacke getragen haben, deren Reißverschluss zur Tatzeit offen war. Das Vergewaltigungsopfer selbst trug ein grünes, geblümtes Dirndl und eine schwarze Jacke. Die Rosenheimer Kriminalpolizei bittet jetzt um Mithilfe aus der Bevölkerung und sucht nach Hinweisen, die bei der Ergreifung des Täters helfen können. Wer den mutmaßlichen Täter oder die Frau zwischen 2.30 Uhr und 5.30 Uhr im Riedergarten oder der Umgebung gesehen hat, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizeiinspektion Rosenheim (Telefon: 08031/2000) oder bei jeder anderen Polizeidienststelle zu melden.

Um den Fall möglichst rasch aufklären zu können, hat die Rosenheimer Polizei nun eine eigene Ermittlungsgruppe eingerichtet. Bis dato seien bereits mehrere Hinweise seitens der Bevölkerung eingegangen. „Über die genauen Maßnahmen der Kriminalpolizei und der Ermittlungsgruppe kann ich aus ermittlungstaktischen Gründen keine genauen Auskünfte geben“, erklärte ein Polizeisprecher. Wahrnehmungen von Bürgern, seien sie auch noch so „klein“, können sehr wichtig sein, betonte der Sprecher.

Multi-Kulti-Verwerfungen an der Rosenheimer Bevölkerung

Seit Herbst 2015 haben in Rosenheim und Umgebung immer wieder brutale Vergewaltigungen für – zumindest lokales – Aufsehen und weitere Verängstigungen bei der weiblichen Bevölkerung gesorgt: Im August 2018 war eine junge Frau in der Gabelsbergerstraße von zwei dunkelhäutigen Männern

vergewaltigt worden. Die Kripo setzte auch damals eine eigene Ermittlungsgruppe ein und konnte die Täter bereits wenig später festnehmen. Die beiden „schutzsuchenden" Somalier wurden zu Haftstrafen verurteilt.
Im Juli 2017, war es am Mangfalldamm zu einem schockierenden sexuellen Übergriff gekommen. Dabei war eine 21-Jährige brutal vergewaltigt worden. Sie schob ihr Fahrrad auf dem Damm am Mangfallkanal stadtauswärts, als sie ein unbekannter Mann unvermittelt von hinten angriff und seine Beute in ein angrenzendes Waldstück zerrte. Dort vergewaltigte er die 21-Jährige und flüchtete. Das Opfer suchte im naheliegenden Wohngebiet an der Kunstmühlstraße um Hilfe, woraufhin ein Anwohner die Polizei verständigte. Personenbeschreibung: Alter Mitte dreißig, ca. 170 bis 175 cm groß, dunkle kurze Haare, schlanke Statur, dunklerer Teint, sprach gebrochen deutsch, weitere Merkmale sind derzeit nicht bekannt, PI-NEWS berichtete.
Zwei Monate später, im September 2017, war ein 34-jähriger „ausreisepflichtiger", aber in Bayern geduldeter nigerianischer Asylbewerber bei Riedering über eine Joggerin hergefallen und hatte die Frau im Bereich eines Radwegs südlich des Simssees vergewaltigt, PI-NEWS berichtete. Die junge „Erlebende sexualisierter männlicher Gewalt" (linksdeutsch) war a einem Samstagvormittag alleine im Bereich der Geh- und Radwege am Simssee – einem beliebten „Naherholungsgebiet" bei Rosenheim – unterwegs, als ein Mann sie über eine längere Strecke begleiten wollte und sie auch ansprach. Er drückte sie dann zu Boden. Unmittelbar neben dem Weg führte er dann sexuelle Handlungen durch und versuchte, sie brutal weiter zu vergewaltigen. Durch massive Gegenwehr und einen Zufall konnte das Mädchen entkommen.
Im November 2015 hatte der 28-jähriger türkische Familienvater Murad A., der sich als schutzsuchender Syrer ausgab (PI-NEWS berichtete) eine 29-jährige Frau am Inndamm in ein Dickicht gezerrt und sich brutal an ihr vergangen. Der Mann wurde später zu 14 Jahren Haft verurteilt, weil er auch für eine beinahe tödliche Vergewaltigung im Englischen Garten in München verantwortlich war. Die Polizei hatte in diesen Fällen monatelang akribisch ermittelt und ist durch einen kuriosen Zufall auf die Spur des Täters gelangt.
Die linke München-ist-bunter-Postille „Abendzeitung" bemerkt dazu:
„Anmerkung der Redaktion: Da bei diesem Thema erfahrungsgemäß leider keine sachliche Diskussion möglich ist, haben wir die Kommentarfunktion für diesen Beitrag deaktiviert".
Sollte man nach SUVs, klimakillenden Flugreisen nun auch bayerische Herbstfeste verbieten, da sie die Noch-nicht-so-lange-hier-Lebenden politisch unkorrekt unnötig provozieren?

http://www.pi-news.net/2019/09/muenchen-city-pakistaner-vergewaltigt-20-jaehrige-nach-abfuhr/

MISSBRAUCH NACHTS AUF DER SONNENSTRASS

München: Pakistaner vergewaltigt 20-Jährige nach „Abfuhr"

10. September 2019

Von DAVID DEIMER | München – Zustände mittlerweile wie in Rotherham und Telford, wo hunderte pakistanische Sexualtäter mittels Vergewaltigungen und Morden die Bevölkerung terrorisierten. Gefängnisstrafen gibt es dann im „Mutterland der Demokratie" für couragierte Journalisten wie Tommy Robinson, die es wagen, darüber zu berichten (PI-NEWS berichtete mehrfach).

„Mann" vergeht sich an 20-Jähriger im Zentrum der City

Am Wochenende gab es neben der furchtbaren Vergewaltigung im Riedergarten in Rosenheim auch in der Landeshauptstadt eine abstoßende Vergewaltigung: Eine 20 Jahre alte Frau ist in der Nacht zum Samstag in der Münchner Innenstadt, unweit des „Justizpalastes" Opfer eines Sexualverbrechens geworden.

Der asylsuchende „Loverboy aus Pakistan" konnte gefasst werden, gegen ihn wurde zunächst Haftbefehl erlassen. Wie die Polizei in einer Pressemitteilung schildert, ereignete sich der Vorfall gegen 2.30 Uhr auf der Sonnenstraße. Hier das Protokoll einer weiteren „München-ist-bunt-Verwerfung" in seiner schlichten Klarheit:

1300. Sexualdelikt zum Nachteil einer 20-Jährigen – Altstadt

In der Nacht zum Samstag, 07.09.2019, wurde eine 20-Jährige, um 02:30 Uhr, auf der Sonnenstraße von einem Mann angesprochen. Gemeinsam gingen sie in einen dortigen Innenhof. Nachdem es zunächst zum einvernehmlichen Austausch von Zärtlichkeiten gekommen war, forderte der Mann den Geschlechtsverkehr, was die 20-Jährige ablehnte. Daraufhin drückte er sie gegen eine Wand, entkleidete sie und führte an ihr sexuelle Handlungen durch. Als er von ihr abließ, konnte sie fliehen.

Über eine Freundin der 20-Jährigen wurde die Polizei verständigt. Im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen konnte als Tatverdächtiger ein 23-jähriger Pakistaner durch zivile Beamte der Polizeiinspektion 11 (Altstadt) identifiziert und vorläufig festgenommen werden. Der 23-Jährige wurde in die Haftanstalt des Polizeipräsidiums München eingeliefert und dem Ermittlungsrichter vorgeführt, der Haftbefehl erließ.

Seit 2015 häufen sich brutale Vergewaltigungen und Sexualübergriffe durch illegale Migranten im vormals friedlichen Oberbayern in immer höherer Schlagzahl, PI-NEWS berichtete traurigerweise vielfach.

http://www.pi-news.net/2019/09/memmingen-kriminologe-findet-entschuldigung-fuer-serien-vergewaltiger/

TALKSHOW-DAUERGAST CHRISTIAN PFEIFFER HAT VERSTÄNDNIS FÜR SCHWERKRIMINELLE FLÜCHTLINGE

Memmingen: Kriminologe findet Entschuldigung für Serienvergewaltiger

9. September 2019

Von EUGEN PRINZ | Vor dem Landgericht Memmingen wird derzeit gegen einen Flüchtling aus Eritrea verhandelt, dem eine ganze Serie von Vergewaltigungen vorgeworfen wird. Die Anklageschrift liest sich wie eine Zusammenstellung der schlimmsten Befürchtungen jener, die bereits bei Beginn des Flüchtlings-Tsunamis vor einer „German Rape Wave" gewarnt hatten. Der 26-jährige Schwarzafrikaner hat eine „Bilderbuchkarriere" als Flüchtling hinter sich: Er ist 2015 als armer, halbertrunkener Bootsflüchtling in Italien eingetroffen und danach aus den bekannten Gründen gleich nach Deutschland weitergereist, um dieses Land zu zieren. Widmen wir uns nun den Anklagepunkten:

Fall 1:

Am 3. Dezember 2018 soll der Eritreer in Egg an der Günz (Kreis Unterallgäu/Bayern) über eine Spaziergängerin hergefallen sein, die mit

ihrem Hund unterwegs war. Das Opfer wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit vernommen. Die Frau berichtet, dass sie zunächst in ein Gespräch verwickelt worden sei, dann habe sie der Mann zu Boden gestoßen und auf einer Wiese 75 Minuten lang vergewaltigt und sexuell missbraucht. Dem Zuwanderer wird unter anderem vorgeworfen, das Opfer in die Brust gebissen und einen Finger in dessen Scheide eingeführt zu haben.

Fall 2:

Laut Anklage betrinkt sich Ali A. zwei Tage später, am 5. Dezember, in einem Café. Er geht auf die Damentoilette und rüttelt an der Türe einer besetzten Kabine, in der eine Bedienung des Lokals gerade ihre Notdurft verrichtet. Da die Frau – eben fertig geworden – annimmt, eine Geschlechtsgenossin würde hereinwollen, öffnet sie die Toilettentür und schickt sich an, die Kabine zu verlassen. Der Täter packt sie an den Handgelenken, drückt sie zurück und versucht, sie zu vergewaltigen. Die Bedienung kann sich losreißen. Unfassbar: Anschließend hat sie noch die Nerven, den Angreifer abzukassieren.

Fall 3:

Nachdem er nicht zum Ziel gekommen ist, soll der Eritreer bereits eine Stunde später auf einem Fahrrad nach weiteren Opfern Ausschau gehalten haben. Eine Frau war gerade mit ihrem Hund Gassi gegangen und schickte sich an, in ihr Auto zu steigen. Ali A. soll sie laut Anklage ins Auto gedrückt, gewürgt, vergewaltigt und in die Unterlippe gebissen haben. Und jetzt kommt der Intelligenzquotient des Täters in Spiel. Er fasst den Entschluss, mit der Frau noch irgendwohin zu fahren, um dort in Ruhe weiter seinen Gelüsten nachgehen zu können. Da er aber sein Fahrrad nicht stehen lassen will, steigt er aus, um es ins Auto zu laden. In diesem Moment verriegelt die Frau die Türen und gibt Gas. Da das Genie bereits seinen Rucksack im Fahrzeug verstaut hat, versucht laut Anklage der Eritreer, das Fahrzeug anzuhalten, indem er auf die Motorhaube springt und sich am Dach festhält. Das gelingt ihm allerdings nicht allzu lange. Er landet auf dem Boden und kann seinem geliebten Rucksack, der ihn später vor Gericht bringen wird, nur noch nachwinken.

Fall 4:

Der Serien-Vergewaltiger hatte offenbar einen starken sexuellen Appetit, denn laut Anklageschrift war unmittelbar nach diesem Vorfall das Opfer Nummer vier an der Reihe: Eine Frau will sich an einem bewaldeten Weiher, der im Sommer zum Baden benutzt wird, Tannenzweige für einen Adventskranz abschneiden. Der Täter macht sich den Umstand, dass es dort Umkleidekabinen gibt, zunutze und zerrt das sich heftig wehrende Opfer in eine der Kabinen. Dort versucht er, sich an der Frau zu vergehen. Sie sticht mit der mitgebrachten Schere auf ihn ein, ohne eine Wirkung zu erzielen. Er nimmt das Opfer in den Schwitzkasten, beißt ihm in die Wange und schleudert es, immer noch im Schwitzkasten, herum. Glücklicherweise kommt ein Spaziergänger, der einschreitet, worauf der Vergewaltiger die Flucht ergreift. Das Opfer ist jetzt, neun Monate nach der Tat, immer noch nicht vernehmungsfähig.

Leugnen bis zum geht nicht mehr

Wie bereits angedeutet, führt der Rucksack direkt zum Angeklagten, der zum Zeitpunkt der Festnahme dummerweise auch noch an den Stichwunden von der Schere aus Fall Nummer vier laboriert. Der Staatsanwalt nennt die Beweislage erdrückend. Das ist jedoch für den Angeklagten kein Grund, ein Geständnis abzulegen. Offenbar ist er der Meinung, dass hierzulande in so einem Fall nur eine Verurteilung erfolgt, wenn man von der Polizei nackt und mit eingeführtem Glied auf dem Opfer liegend erwischt wird.

„Ich war mit dem Fahrrad unterwegs, dann kam mir das Auto entgegen, hat mich angestoßen. Ich fiel runter vom Rad, meine Tasche fiel durchs geöffnete Fenster ins Auto rein.“

(Erklärung des Angeklagten, wie sein Rucksack ins Auto von Opfer Nummer drei gekommen ist).

Er bezeichnet sich als „Wasserverkäufer", der weder lesen noch schreiben könne und nach Deutschland gekommen sein will, „weil man hier gut leben kann". Na wunderbar.

In Egg an der Günz (Fall 1) sei er nie gewesen, er habe auch nie jemanden geschlagen, behauptet der Eritreer.

Jetzt wird das Gericht sauer: Der Vorsitzende Christian Liebhart zum Angeklagten: „Sie brauchen nicht zu glauben, dass wir Ihnen alles glauben müssen, was Sie hier erzählen." Und der Staatsanwalt droht mit Sicherungsverwahrung, wenn Ali A. den Frauen nicht eine Aussage erspart. Der Eritreer bleibt hart: „Ich kann auch noch 1000 Jahre im Gefängnis sitzen, **aber ich kann nur die Wahrheit sagen."**

Dann kommt ganz großes Kino:

„Ich habe Angst in Gegenwart von Frauen. Ich kann nicht einfach so mit ihnen reden“

Diese Aussage des Angeklagten ist ein gefundenes Fressen für den Kriminologen Christian

Linker Kriminologe und Flüchtlingsversteher Christian Pfeiffer

Pfeiffer, seines Zeichens SPD-Mitglied, Dauer-Talkshowgast und Flüchtlings-Versteher. Er hat einen Erklärungsansatz:

„Unter den Zuwanderern sind kaum gleichaltrige Frauen, die dieselbe Sprache sprechen und die Kultur verstehen. Der Mangel an Chancen mit Frauen in Kontakt zu treten, kann ein erhöhtes Risiko hervorrufen, übergriffig zu werden."

„Übergriffig". Welch verniedlichendes Wort für die Torturen, die eine Frau in so einem Fall durchleiden muss. Eine derartige Wortwahl kann in so einem Zusammenhang auch nur einem in der Wolle gefärbten Sozen einfallen.

Pfeiffer war von 2000 bis 2003 Justizminister in Niedersachsen. Es ist also keineswegs verkehrt, ihn als „systemnah" zu bezeichnen. Wenn also nun ein „systemnaher" Kriminologe einräumt, dass bei Zuwanderern ein erhöhtes Risiko besteht, dass sie „übergriffig" werden, warum flutet man dann das Land auf Kosten unserer Frauen weiterhin mit dieser Risikogruppe und vertuscht die Nebenwirkungen, indem man eine Klimadebatte vom Zaun bricht? Das würde der Autor wirklich gerne wissen.

PI-NEWS wird über den weiteren Verlauf des Verfahrens berichten.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

Allein im Jahr 2018 gab es in Deutschschland 265.930 Straftaten mit Tatverdächtigen ohne Aufenthaltstitel.
Das antwortete die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der eher nicht Grünen. Darunter: 98mal Mord, 261mal Totschlag, 1082mal Vergewaltigungen und sexuelle Nötigung/Übergriffe, inklusive 153 Versuche, diese Straftaten auszuführen, 3477mal räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer sowie 16.929mal gefährliche und schwere Körperverletzung.
Ausländerrechtliche Verstöße, wie etwa illegale Einreise, sind dabei noch nicht berücksichtigt. Die meisten Tatverdächtigen stammten aus Syrien (25.328), Afghanistan (16.687) und dem Irak (10.225).
265.930 Straftaten pro Jahr ergeben ca. 728 Straftaten pro Tag.
Die Frau, die das politisch zu verantworten hat, hat in ihrem Amtseid geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Ihre Politik ist Landesverrat, nicht im formaljuristischen Sinne, sondern eher in jenem, den die Figuren ahnen, die in der Öffentlichkeit "Volksverräter" skandieren. Frau Merkel tut gut daran, sich "Menschheitsaufgaben", wie sie den Klimawandel nennt, zuzuwenden
(https://www.michael-klonovsky.de/acta-diurna/item/1207-19-september-2019)

http://www.pi-news.net/2019/09/grundschule-guben-terror-und-sexuelle-uebergriffe-durch-fluechtlingskinder/

WER SCHÜTZT UNS VOR SOLCHEN "SCHUTZSUCHENDEN"?

Grundschule Guben: Terror und sexuelle Übergriffe durch Flüchtlingskinder

18. September 2019

Von EUGEN PRINZ | Ende 2015 stand so mancher Deutsche am Bahnhof und beklatschte euphorisch die Ankunft der „Schutzsuchenden". Heute werden die Deutschen selbst zu Schutzsuchenden im eigenen Land. Behörden und Institutionen erhalten verzweifelte Brandbriefe von Leuten,

die nicht mehr ein noch aus wissen, da das deutsche Recht keine adäquaten Antworten mehr für die inzwischen in unserem Land herrschenden Zustände hat. Das führt dazu, dass sich bei den Betroffenen ein Gefühl der Ohnmacht ausbreitet.

Kinder als Opfer der Zuwanderung

Noch kritischer wird es, wenn wir die Schwächsten der Gesellschaft, unsere Kinder, nicht mehr vor bestimmten „Schutzsuchenden" schützen können. Genau das ist gegenwärtig in der Grundschule im brandenburgischen Guben der Fall.

Diese Einrichtung, die lächerlicherweise den Namen „Friedenssschule" trägt, ist zurzeit der Schauplatz eines Terrorregimes, ausgeübt von zwei syrischen Flüchtlingskindern, die ihre Mitschüler bis aufs Blut drangsalieren.

Man mag sich nicht ausmalen, wie es in einem bis vor kurzem wohlbehüteten Kind aussieht, das qua Schulpflicht jeden Tag dazu gezwungen wird, sich an einem Ort zu begeben, den Altersgenossen aus einem gewaltaffinen Kulturkreis in eine Hölle aus sexuellen Übergriffen, Beleidigungen und körperlicher Gewalt verwandelt haben.

Würgen und Plastiktüte über den Kopf

Die syrischen Flüchtlingsjungen Jalil und Kamal (Namen von der Redaktion geändert) besuchen die Klassen 6a und 6b der Grundschule Guben. Sie werden als hoch aggressiv beschrieben und machen sich einen Sport daraus, ihre Mitschüler beinahe täglich verbal und körperlich zu attackieren und zu diskriminieren. Den Mädchen greifen die Syrer an die Brüste und an die Genitalien und beschimpfen sie als Huren. Einem Kind haben sie eine Plastiktüte über den Kopf gezogen, ein weiterer Mitschüler wurde gewürgt.

Die Eltern erstatteten schon mehrfach Strafanzeige, ohne Erfolg. Die Verfahren wurden regelmäßig von der Staatsanwaltschaft eingestellt, da die syrischen Flüchtlingskinder nicht strafmündig sind. Egal was sie tun, ihnen passiert nichts. Nicht verwunderlich: Auch Gespräche der Schulleitung mit den beiden strafunmündigen Kriminellen blieben erfolglos.

Schülermütter werden auf das Übelste beleidigt

Inzwischen begleiten die Mütter die betroffenen Kinder zur Schule und holen sie von dort wieder ab. Trotz des Geleitschutzes gehen die Flüchtlingskinder weiterhin auf ihre deutschen Mitschüler los. Wenn die Mütter eingreifen, werden sie als Huren, Fotzen und Dreckschlampen beschimpft. Ausreichende Deutschkenntnisse scheinen also in diesem Bereich vorhanden zu sein.

Inzwischen hat ein Vater im Namen der betroffenen Eltern einen Brandbrief an das Schulamt geschrieben, der PI-NEWS vorliegt. Der Brief endet mit dem bezeichnenden Satz:

„Wir fragen Sie, was muss passieren, dass von Seiten der Behörden eingegriffen wird???"

Brandbrief
Ereignisse an der Friedensschule Guben

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen zahlreicher Eltern wende ich mich heute an Sie. Seit mehren Wochen/Monaten zeigen zwei Schüler extrem aggressives Verhalten verbal als auch körperlich. Aus unserer Sicht wird hier von Seiten der Schule nicht genügend getan um unsere Kinder zu schützen. Das werden wir nicht weiter hinnehmen.

Zur Sache:

Es handelt sich um zwei Schüler, [redacted] (Nachname unbekannt) Klasse [redacted] und [redacted] (Nachname unbekannt) Klasse [redacted]. Die Aggressivität ist in kürzester Zeit stark zunehmend. Beinahe täglich berichten die Kinder der Schule über verbale und körperliche Attacken. Mehrere Strafanzeigen sind bei der Staatsanwaltschaft eingegangen. Die Schule ist sowohl von Seiten der Schüler, als auch von Seiten der Eltern hinreichend informiert. Die Schule reagiert mit Elterngespräche der aggressiven Schüler, allerdings ohne befriedigendes Ergebnis.

Jeden Tag werden hier Schüler körperlich angegriffen, diskriminiert und sogar sexuell belästigt. Mädchen wird an die Genitalien und Brüsten gegriffen, als Huren und noch schlimmeres beschimpft. Einem Schüler wurde auf offener Straße eine Plastiktüte über den Kopf gezogen. Mein eigener Sohn wurde am vorherigen Freitag körperlich angegriffen und gewürgt. Eltern haben Angst ihre Kinder alleine in die Schule zu schicken und müssen sie notfalls begleiten. Sobald sich vor allem Mütter bemühen „dazwischen zu gehen" und den Streit zu schlichten werden sie als Huren, Fotzen, Dreckschlampen, etc. auf offener Straße lautstark beschimpft. Die genannten Schüler haben keinerlei Respekt. Wir möchten nicht, dass unsere Kinder dieses Verhalten als normal empfinden und dieses wird im Moment genau an dieser Schule vermittelt.

Wir fragen Sie, was muss passieren das von Seiten der Behörden eingegriffen wird???

Kein Wunder, dass immer mehr Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder auf Privatschulen schicken:

„Meinen großen Sohn konnten wir zum Glück in Neuzelle auf der Privatschule unterbringen. Nur um ihm das zu ersparen, haben wir für diese vier Jahre rund 8000 Euro investieren müssen."

… schreibt ein Vater im Kommentarbereich von LR-Online, das zuerst über die Vorgänge berichtete.

Weiterhin nur Bla-bla

Als Folge des Brandbriefes hat der Bürgermeister von Guben, Fred Mahro, den Sachverhalt zur Chefsache erklärt. Am 9. September fand schließlich ein Treffen statt, zu dem 67 (!) Mütter und Väter kamen. Das Ergebnis: Neben intensiveren Gesprächen soll unter anderem Unterstützung beim Jugendamt angefordert sowie mehr Sozialarbeiterstunden an der Schule geprüft werden.

Welche geniale Lösung des Problems! Warum ist man da nicht schon früher drauf gekommen? Für den unwahrscheinlichen Fall, dass sich diese Lösung doch nicht als so tragfähig erweist, hätte auch der Autor eine anzubieten:

Einen einfachen Flug nach Damaskus für Jalil und Kamal samt ihrer Sippschaft inklusive lebenslanger Einreisesperre. Der Verfasser ist überzeugt, dass mit dieser Maßnahme in Zukunft viel Schaden von unserem Land und seinen Bewohnern abgewendet werden könnte, wenn, ja wenn man das nur wollen würde. Aber man will nicht.

Abstammung der Terror-Kinder in Lokalpresse verschwiegen

Abschließend sei noch erwähnt, dass die lokale Presse, die über diese Vorfälle berichtete, selbstverständlich nicht erwähnt hat, dass es sich bei den Tätern um asoziale syrische Flüchtlinge handelt. Es ist immer nur von „Schülern" die Rede. Die Herkunft der Kameraden hat PI-NEWS bei der Pressestelle der Polizei erfragt.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. *Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.*

http://www.pi-news.net/2019/09/hannover-marokkaner-ermordet-kaltbluetig-seine-fluechtlingshelferin/

TATVERDÄCHTIGER, 37.000 EURO UND HANDY DER ERMORDETEN SICHER GESTELLT

Hannover: Marokkaner ermordet kaltblütig seine Flüchtlingshelferin

17. September 201

Einsatzkräfte fanden letzten Mittwoch die stark verweste Leiche von Patricia H. im Dach ihres Hauses in Hannover-Ahlem. Feuerwehrmänner trugen die Ziegel vom Dach ab, um keine Spuren im privaten Deutsch-Unterrichtsraum zu verwischen. Am Sonntag wurde Sprachschüler Faried A. in einem Taxi auf der Autobahn verhaftet.

Von JOHANNES DANIELS | Das Zusammenleben bzw. Sterben in Deutschland muss derzeit „täglich neu ausgehandelt" werden (AydanÖzoguz): Im Falle der brutal ermordeten 61 Jahre alten „ehrenamtlichen Flüchtlingshelferin" Patricia H. aus Hannover-Ahlem sind am Dienstagmittag neue Details durch Polizeiermittlungen ans Licht gekommen. Hintergrund des Verbrechens ist wohl ein kaltblütiger Raubmord durch einen ihrer Privatschüler. Denn der 32-jährige Marokkaner Faried A., der am Sonntag unter dringendem Tatverdacht festgenommen wurde, hatte nach neuesten Meldungen das Handy von Patricia H. dabei sowie 37.000 Euro in bar aus dem Vermögen des Opfers.

Hessischen Zielfahndern gelang es am Sonntag gegen 15 Uhr, den geflüchtetenGeflüchten mit dem eingeschalteten Handy von Patricia H. zwischen Göttingen und Kassel zu lokalisieren und in einem Taxi auf der Autobahn zu stoppen. Seit Montag sitzt der Nordafrikaner „zunächst in U-Haft" wegen des dringenden Verdachts des Raubmordes an seiner Ehrenamtslehrerin.

Der Fluch der Fluchtsuchenden

Seit Ende August war die alleinstehende Frau von Verwandten als vermisst gemeldet. Laut Aussagen der Nachbarn gab die begüterte Patricia H. in ihrer Wohnung in der Mönckebergallee in Hannover-Ahlem „schutzbedürftigen Flüchtlingen ehrenamtlichen Deutschunterricht". Der 32-jährige Marokkaner soll die Leiche von Patricia H. nach dem Raubmord in ihrer Mietwohnung in Ahlem dann unter einer Dachschräge versteckt haben, jedoch nicht gut genug.

Vergangene Woche durchsuchte die Polizei erstmals die Wohnung im Stadtteil Ahlem, fand dort aber nur die ausgehungerte Katze der Frau vor. Am Mittwoch erfolgte dann die Durchsuchung des Speichers. Gleich nach Öffnen der Tür schlug den Beamten beißender Verwesungsgestank entgegen. Er drang aus dem Dachverschlag, in dem die Ermittler den Leichnam entdeckten. Die Tote war offenbar seit Wochen dort gebunkert worden. Um keine Spuren zu verwischen, barg die Feuerwehr die Tote per Drehleiter und deckte dazu das Dach teilweise ab. Sie wurde zur Obduktion in die Gerichtsmedizin Hannover gebracht.

Patricia H. gab ihrem Mörder Deutschunterricht

Welche Beziehung die Frau und der 32-jährige Asylbewerber miteinander hatten, ist derzeit noch unklar. Es spreche viel dafür, dass sie sich kannten, „aber in welchem Zusammenhang sie sich kennengelernt und wie die Beziehung zwischen den beiden war, dazu kann ich noch nichts sagen", so die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Hannover, Kathrin Söfker, da die Ermittlungen derzeit noch laufen.

„Sprachschüler" Faried A. gehörte zum Kreis der Verdächtigen. Es soll konkrete Hinweise gegeben haben, dass sich der Marokkaner ins Ausland absetzen wollte. Am Sonntag wurde ihm offenbar der Boden zu heiß und er flüchtete mit seinem „Blutgeld". Das Bargeld soll nach neuesten Ermittlungen nachweislich aus dem Privatvermögen von Patricia H. stammen. Woher die 37.000 Euro stammen, verriet Faried auch nicht, wohl wegen „Sprachschwierigkeiten".

Der Marokkaner Faried kam als „Fluchtsuchender" vor vier Jahren nach Deutschland und lebte in einer Asylbewerberunterkunft in Misburg-Anderten bei Hannover. Bislang fiel er in Deutschland noch nicht strafrechtlich auf. Zu weiteren Tateinzelheiten, zu dem möglichen Motiv „Habgier" oder inwiefern der Verdächtige und das gutgläubige Opfer sich näher kannten, schweigt die Staatsanwaltschaft Hannover derzeit.

Dazu Martin Schulz, SPD-Parteivorsitzender 2017-2018:

„Was die Flüchtlinge mit zu uns bringen, ist wertvoller als Gold."

Und Wilhelm Busch (1832-1908):

„Willst Du froh und glücklich leben,
laß kein Ehrenamt dir geben!

Willst du nicht zu früh ins Grab
lehne jedes Amt gleich ab!
Wieviel Mühen, Sorgen, Plagen
wieviel Ärger mußt Du tragen;
gibst viel Geld aus, opferst Zeit –
und der Lohn? Undankbarkeit!“

https://www.focus.de/politik/gerichte-in-deutschland/studie-zur-altersbestimmung-minderjaehrige-fluechtlinge-40-prozent-geben-bei-einreise-nach-deutschland-falsches-alter-an_id_11146393.html

Studie der Rechtsmedizin in Münster

Zweifel an Minderjährigkeit: 40 Prozent der überprüften Flüchtlinge gaben Alter falsch an

FOCUS-Online-Reporter Göran Schattauer

Montag, 16.09.2019, 13:10

Rechtsmediziner aus Münster haben im Auftrag von Gerichten und Jugendämtern knapp 600 "unbegleitete minderjährige Flüchtlinge" untersucht, an deren Alter es Zweifel gab. **Dabei stellte sich heraus, dass rund 40 Prozent der jungen Männer erwachsen waren. Die Betroffenen verloren damit ihren Sonderstatus im Asylverfahren.** Nach Deutschland kommende Flüchtlinge, die sich als Jugendliche ausgeben, sind in vielen Fällen bereits erwachsen. Diesen Schluss legt eine noch unveröffentlichte Studie des Instituts für Rechtsmedizin in Münster nahe. **Dort waren in den vergangenen Jahren knapp 600 junge Menschen mit unklarem Alter forensisch begutachtet worden**. Die Ergebnisse liegen FOCUS Online vor.

Der Untersuchung zufolge waren etwa 40 Prozent der Flüchtlinge, die sich bei ihrer Einreise als minderjährig ausgegeben hatten und die in Münster begutachtet wurden, nachweislich 18 Jahre oder älter und gelten damit hierzulande als Erwachsene.

Experten werteten Analysen zwischen 2007 und 2018 aus

Für die Studie waren sämtliche Altersgutachten des Instituts zwischen 2007 und 2018 analysiert worden. Die Aufträge zu den einzelnen Fällen stammten von Gerichten und Jugendämtern, die Zweifel an den Altersangaben der „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ hatten. Eine forensische Altersdiagnostik sollte Klarheit über das wahre Alter der Betroffenen bringen. **Es handelte sich überwiegend um junge Männer (92 Prozent) aus Afghanistan, Guinea, Algerien und Eritrea.**

Fazit: Von den insgesamt 594 in Münster untersuchten Flüchtlingen hatten 234 ein Mindestalter von 18 Jahren oder darüber. Das entspricht 39,4 Prozent. „Unter den restlichen 60 Prozent können weitere Flüchtlinge sein, die schon volljährig sind, bei denen wir es aber nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachweisen konnten", sagte der stellvertretende Institutsdirektor Andreas Schmeling zu FOCUS Online.

Im Zweifelsfällen wird Flüchtling als minderjährig eingestuft

Der Rechtsmedizin-Professor weiter: „Da wir das Geburtsdatum nicht auf den Tag genau bestimmen können, gibt es einen Graubereich. Diese Schwankungsbreite legen wir stets zugunsten des Betroffenen aus, in Zweifelsfällen wird er also als minderjährig eingestuft."

Die Altersbestimmung erfolgte aus einer Kombination mehrerer Methoden: einer allgemeinen körperlichen Untersuchung, einer speziellen zahnärztlichen Untersuchung mit Röntgenaufnahmen des Gebisses sowie einer Röntgenuntersuchung der Hand. Bei ausgereiftem Handskelett wurden zusätzlich die Schlüsselbeine radiologisch untersucht. Schmeling: „Mit der Schlüsselbein-Analyse lässt sich zweifelsfrei nachweisen, ob jemand 18 Jahre oder älter ist."

Wer jünger als 18 ist, genießt einen besonderen Schutz-Status

Junge Flüchtlinge, die ohne Eltern und Pass einreisen, stehen als „unbegleitete Minderjährige" unter besonderem Schutz. Für sie gelten bei der Asylantragstellung spezielle Regeln. So fallen Flüchtlinge unter 18 in die Obhut der Jugendämter. Sie kommen nicht in Sammelunterkünfte, sondern werden bei Verwandten, Pflegefamilien oder in Clearinghäusern untergebracht. **Die von Bund und Kommunen zu tragenden Kosten für einen einzelnen Jugendlichen liegen laut Deutschem Städte- und Gemeindebund bei rund 5000 Euro im Monat.**

Im Jahr 2018 haben deutsche Jugendämter rund 12.200 unbegleitete Minderjährige vorläufig in Obhut genommen, ein Jahr zuvor waren es 22.500, im Jahr 2016 noch knapp 45.000 junge Menschen.

Oft keine Papiere dabei, aber "gute Tipps" von Schleppern

Dass Flüchtlinge bei ihrer Einreise nur vage oder falsche Angaben über ihr Alter machen, ist nicht immer böse Absicht. Mitunter haben sie nie eine Geburtsurkunde oder gültige Passdokumente gehabt. Zugleich gibt es zahlreiche Fälle, in denen Schlepper die jungen Menschen dazu animieren, sich als Unter-18-Jährige auszugeben, um in Europa besseren Asyl-Schutz und höhere Sozialleistungen zu erhalten.

Rechtsmediziner Schmeling zu FOCUS Online: „Die forensische Altersdiagnostik leistet einen wichtigen Beitrag zur Rechtssicherheit in unserem Land." Sie sorge dafür, dass „geflüchtete Kinder und Jugendliche besonders geschützt werden". Hingegen könne man Erwachsene, die sich bei der Einreise nach Deutschland absichtlich jünger machten, „identifizieren und so dazu beitragen, dass die begrenzten Ressourcen für die Flüchtlingsbetreuung in Jugendhilfeeinrichtungen den tatsächlich Minderjährigen zu Gute kommen."

Kinder- und Jugendärzte kritisieren die medizinischen Tests

Damit weist Schmeling Kritik an medizinischen Tests zur Altersbestimmung zurück. Insbesondere der Verein „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges", der „Bundesverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge" und das „Deutsche Kinderhilfswerk" lehnen die Methode als ungenau, unethisch und damit unzulässig ab. Laut Bundesärztekammer stellt das Röntgen ohne medizinische Indikation einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit der Menschen dar.

Altersbestimmung bei Strafprozessen von großer Bedeutung

Wie wichtig die Altersbestimmung bei jungen Flüchtlingen in der Praxis ist, zeigt sich unter anderem in Strafprozessen. Schließlich müssen die Gerichte wissen, ob Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht anzuwenden ist, was sich auch auf die Urteilshöhe auswirkt. Zwei der in dieser Hinsicht spektakulärsten Verfahren waren die Morde an Maria L. in Freiburg 2016 und Mia V. in Kandel 2017. In beiden Prozessen trat Rechtsmediziner Schmeling als Alters-Gutachter auf.

Im Freiburger Fall war der Täter Hussein K. Ende 2015 als Flüchtling nach Deutschland gekommen. Bei seinem Asylantrag hatte er behauptet, minderjährig zu sein. Im Strafprozess stellte sich heraus, dass er bei der Einreise schon volljährig war. Er wurde nach Erwachsenenstrafrecht zu lebenslanger Haft verurteilt.

Morde von Freiburg und Kandel rüttelten Öffentlichkeit auf

Nach dem Mord von Kandel (Rheinland-Pfalz) stand ein junger Afghane vor Gericht, der 2016 eingereist war. Aufgrund seiner eigenen Altersangabe im Asylverfahren waren die Behörden zunächst davon ausgegangen, dass Abdul D. zum Tatzeitpunkt 15 Jahre alt war. Einem ärztlichen Gutachten für den Gerichtsprozess zufolge stimmte dies jedoch nicht. Vielmehr war er zur Tatzeit wahrscheinlich 20 Jahre,mindestens aber 17,5 Jahre alt.

Das Gericht ging – im Zweifel für den Angeklagten - von der Minderjährigkeit aus. Abdul D. wurde nach Jugendstrafrecht zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren und sechs Monaten verurteilt.

http://www.pi-news.net/2019/09/immer-noch-kein-gerichtsverfahren-im-todesfall-marcus-hempel/

ZWEI JAHRE NACH DER TAT

Immer noch kein Gerichtsverfahren im Todesfall Marcus Hempel

21. September 2019

Zum zweiten Mal jährt sich am 29. September 2019 der Todestag des 30-jährigen Wittenbergers Marcus Hempel, der von dem Syrer Sabri H. mit mehreren gezielten, hemmungslosen und offensichtlich geübten Faustschlägen gegen den Kopf so schwer verletzt wurde, dass er wenige Stunden nach der Tat im Krankenhaus stirbt (PI-NEWS berichtete mehrfach).

Trotz eines hochaufgelösten Videos aus einer Überwachungskamera (*im verlinkten Film ab 6:25 min zu sehen*), das die Brutalität der Schläge dokumentiert und gegen dessen Veröffentlichung der Täter mittlerweile klagt, bringt die Dessauer Staatsanwaltschaft sofort eine „Notwehr"-Variante in Umlauf. Die Ermittlungen werden verschleppt: Über ein Jahr nach der Tat ist Sabri H. immer noch auf freiem Fuß.

Nur dem unermüdlichen Kampf des Vaters, Karsten Hempel, ist es zu verdanken, dass die Ermittlungen nicht eingestellt werden. Sein Kampf ist kräftezehrend und bringt ihm neue Einblicke in den Zustand unserer Gesellschaft. Auf einer der Veranstaltungen, bei denen er die skandalöse Arbeit der Justiz aufdeckt, wird er als Nazi beschimpft.

Doch Karsten Hempel gibt nicht auf. Im November 2018 kommt es endlich zur Anklage durch die nach einem Wohnortwechsel des Täters nun zuständige Magdeburger Staatsanwaltschaft. Zwischenzeitlich wird der für die „Notwehr"-Variante verantwortliche Staatsanwalt Folker Bittmann überraschend in den Ruhestand geschickt.

Unterstützt wird Karsten Hempel durch die sachsen-anhaltinische AfD, die die offensichtlichen Falschaussagen von Justizministerin Anne-Marie Keding (CDU) und deren Vertretern nicht hinnimmt: Die Aussagen des Justizministeriums vor dem Rechtsausschuss des Landtags weichen zum Teil deutlich von dem im Überwachungsvideo klar zu erkennenden Tatablauf und auch vom Bericht der Polizei ab. Und das, obwohl allen Beteiligten das Video vorliegt und der Polizeibericht die Situation korrekt beschreibt. Die AfD macht diese Lügen öffentlich. Der Fall wird zum Justizskandal.

Auch die Bügerinitiative EinProzent hat sich des Falls angenommen. Sie sammelt Spenden für die Anwaltskosten, recherchiert und informiert die Öffentlichkeit.

Ein Artikel von EinProzent vom August diesen Jahres fasst die wichtigsten Informationen zusammen.

Auch nach der Anklageerhebung nehmen die Verzögerungen kein Ende: Der ursprünglich für den 18. Juni 2019 angesetzte Prozessbeginn wird vom Landgericht Magdeburg aus fadenscheinigen Gründen verschoben. War es zunächst eine angebliche Überlastung des Gerichts, so muss nun plötzlich das Alter des Täters überprüft werden, obwohl dies von der Nebenklage in den vergangenen Monaten schon mehrfach gefordert wurde.

Der Täter Sabri H. lebt jetzt in Magdeburg, macht eine Ausbildung. Seine Familie konnte er kurz vor der Tat nach Deutschland holen. An den Namen seines Opfers kann er sich nach eigener Aussage nicht mehr genau erinnern: „*Das ist passiert, das ist das Leben*", sagt Sabri H. gelangweilt gegenüber der taz.

Wie im Vorjahr findet am diesjährigen 29. September eine Gedenkveranstaltung der AfD für Marcus Hempel statt. Auch Marcus' Vater wird wieder sprechen. Die Forderung: Gerechtigkeit für Marcus Hempel und Schluss mit der nicht mehr hinnehmbaren Verzögerung des Gerichtsverfahrens gegen den Täter Sabri H.!

http://www.pi-news.net/2019/09/schwarz-kleiden-am-tag-der-opfer-der-bunten-republik/

SICHTBARES ZEICHEN DER TRAUER UND DES PROTESTS

Schwarz kleiden am Tag der Opfer der Bunten Republik!

23. September 2019

Am 6. Oktober ist "Tag der Opfer der Bunten Republik".

Von GEORG S. | Jedes Jahr am ersten Sonntag im Oktober, dieses Mal also am 6.10., gedenken wir der deutschen Opfer, die die „Bunte Republik" auf ihrem Gewissen hat. Zeigen wir in diesem Jahr unseren Protest und unsere Trauer öffentlich. Tragen wir am 6.10. nur schwarze Kleidung!

Die „Bunte Republik", dieser Staat der totalen Umvolkung, ist nicht „bunt", sondern seine wahre Farbe ist blutrot. Das Markenzeichen dieses Staates ist nicht der Regenbogen, sondern es sind Leichen. Und immer sind es Deutsche, die von Siedlern und Eindringlingen aus dem Orient und Afrika abgestochen, totgeprügelt, vor Züge geworfen oder – wie im Fall des erst kürzlich in Stuttgart grausam getöteten Wilhelm L. – mit dem Schwert zerhackt werden.

Unsere politische Elite beschönigt, beschwichtigt: Angeblich sind das immer nur Einzelfälle. Tatsächlich aber ist das Muster immer dasselbe: Islamische Eindringlinge töten Deutsche aus geringsten Anlässen. Aber unsere Elite behauptet, dieses Töten hätte nichts mit der Ansiedlung dieser Leute in Deutschland zu tun. Und dieses Töten hätte auch nichts mit der „Religion" dieser Leute zu tun, obwohl diese „Religion" in ihren jeweiligen Schriftstücken nur so strotzt von Gewaltaufrufen gegen Menschen, die von dieser „Religion" nichts halten.

All das, was uns die politische Elite erzählt, ist Lüge!

Die Wahrheit ist: Die deutschen Toten wären alle noch am Leben, wenn unser verbrecherischer Staat nicht über Jahrzehnte schon diese Leute aus vollkommen anders gestrickten „Kulturen" in Deuschland angesiedelt hätte. „Kulturen", die mit unserer deutschen, europäischen, christlichen, aufgeklärten Kultur völlig inkompatibel sind. „Kulturen", die mit dem primitiven religiösen Hass, der ihnen innewohnt, und ihrem barbarischen Männlichkeitskult nichts zu suchen haben in einem modernen Europa.

Die Wahrheit ist: All diese deutschen Toten sind auch die Toten der politischen Verantwortungsträger. Es sind nicht nur die Toten der afrikanischen und orientalischen Mörder, sondern es sind die Toten derer, die diese Mörder nach Deutschland geholt haben. Es sind auch die Toten der Merkels, der Steinmeiers, der Claudia Roths, die ihre Hände im nachhinein so gern in Unschuld waschen, deren Hände aber vor Blut nur so triefen.

Der „Tag der Opfer der Bunten Republik“ an jedem ersten Sonntag im Oktober ist seit vielen Jahren ein Gedenktag im Internet, an dem wir uns an die zahllosen deutschen Opfer des buntistischen Gesellschaftsexperiments erinnern. Treten wir in diesem Jahr mit unserer Trauer und unserem Protest gegen dieses Morden an Deutschen an die Öffentlichkeit! Zeigen wir den Merkels, den Steinmeiers, den Roths, was sie anrichten mit ihrer „Bunten Republik“, zeigen wir ihnen, dass sie persönlich Mitverantwortung tragen für all dieses grauenhafte Töten. Setzen wir am 6.10. alle ein sichtbares Zeichen der Trauer und des Protests.
Tragen wir am 6.10. alle schwarz

http://www.pi-news.net/2019/09/stefan-schubert-molekularer-buergerkrieg-kommt/

VIDEOKOMMENTAR VON MARKUS GÄRTNER

Stefan Schubert: Molekularer Bürgerkrieg kommt

26. September 2019

Von MARKUS GÄRTNER | Das Thema ist ein absolutes Tabu in Deutschland. Der Islam, der laut Kanzlerin Merkel zu Deutschland gehört, bedroht unser Land. Der Bestsellerautor und Ex-Bundespolizist Stefan Schubert ist monatelang in die verfügbaren, aber auch gut gehüteten Statistiken hinabgestiegen, um sich ein genaues Bild zu verschaffen.
Erstmals enthüllt er in „Sicherheitsrisiko Islam – Kriminalität, Gewalt und Terror“, welche Ausmaße die vom Mainstream heruntergespielte Gewalt hat.
Natürlich wird das Buch im deutschen Blätterwald totgeschwiegen. Schubert könnte ja die Menschen verunsichern. Ich habe das Buch gelesen und mit dem Autor gesprochen. Sehen Sie hier seine Antworten …
(Der Volkswirt Markus Gärtner, Autor von „Das Ende der Herrlichkeit“ und „Lügenpresse“, war 27 Jahre Wirtschaftsjournalist für die ARD und veröffentlicht jetzt regelmäßig Videokommentare für das Magazin „Privatinvestor Politik Spezial“)

http://www.pi-news.net/2019/09/wie-ein-voll-integrierter-libanese-die-deutschen-kartoffeln-abzockte/

3,6 MIO EURO ZUR GELIEBTEN IN BEIRUT, KLAVIERFLÜGEL FÜRS TRAUTE HEIM

Wie ein voll-integrierter Libanese die deutschen Kartoffeln abzockte

28. September 2019

März 2019 an der Petersstraße in Hainholz: Beamte der Kriminalpolizei schleppen Kartons mit Unterlagen aus der Zentrale des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB). Es waren Beweise gegen den Manager der Hilfsorganisation, Mohamed Abou-Taam (l.).

Von BEOBACHTER | Der Prozess vor dem Hildesheimer Landgericht gegen den 46-jährigen „Deutsch"-Libanesen Mohamed Abou-Taam zeigt, wie die Asylindustrie im Geld der Steuerzahler badete und dies wohl immer noch tut. Gute Gelegenheit, die deutschen Kartoffeln mal so richtig abzuzocken.
Der Ex-Geschäftsführer des Arbeiter-Samariter-Bundes aus Niedersachsen hatte sich von Ministerpräsident Stephan Weil 2015 für die „Flüchtlingsarbeit" verdienstvoll auf die Schulter klopfen lassen (PI-NEWS berichtete), sich später 3,6 Millionen Euro in die Koffer gestopft und den Mammon zu seiner Geliebten nach Beirut geflogen. Bingo!

Behörden spielen Flüchtlingsgeld-Monopoly

Jahreswechsel 2015/2016. Die Kanzlerin hatte zur Party geladen. Wer nicht Bärchen wirft, ist Nazi. Die Behörden spielen Monopoly: Der niedersächsische Rechnungshof spricht später von einem „nur bedingt möglichen geordneten Verwaltungshandeln". Steuergeld spielt da keine Rolle. ASB-Geschäftsführer Abou-Taam und vier Komplizen sitzen auf der Schlossallee und wittern die große Kohle. Sie fingieren Rechnungen und betrügen, was das Zeug hält, lässt sich der Anklage entnehmen. Nach außen hin immer getreu dem Motto der Hilfsorganisation: „Der ASB verfolgt selbstlos, ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke."

Erst im Februar 2019 fliegt der Superbetrug auf. Den Behörden war immerhin aufgefallen, dass die niedersächsischen Hilfsorganisationen rund 20 Millionen Euro Überschuss aus dem finanziellen Overkill hatten, der ASB aber nur 700.000 Euro. Da war es bereits zu spät:

- Rund 10 Millionen gingen sprichwörtlich beim ASB über den Deister, wie man im Hannöverschen zu sagen pflegt. Sie sind verschwunden, offensichtlich in den Taschen der Beschuldigten, zwei ASBlern, einem Security-Unternehmer und dessen Steuerberater im Alter von 36 bis 45 Jahren.
- 8,1 Millionen ließ sich der voll integrierte Deutsch-Libanese aus Hildesheim auf ein privates Konto bei einer regionalen Volksbank überweisen.
- 3,6 Milliönchen davon flatterten der Liebe wegen zur 33-jährigen Yolante in den Libanon und bleiben vorerst in der Syrte verschollen.

Klaviertransport aus Flüchtlingsgeldern

- Weils so schön war, hatte sich Abou-Taam auch gleich einen Klavierflügel aus einer Harzer Flüchtlingsunterkunft ins traute Hildesheimer Heim schaffen lassen, später zur Reparatur zum Fachmann transportieren und wieder retour. Die Transportkosten stellte der

Musikliebhaber dem deutschen Blödmichel in Rechnung. Plus die Kosten für eine neue Küche. Man gönnt sich ja sonst nichts.

- Auch seine Komplizen ließen sich nicht lumpen. Bei einem stellte die Polizei als „Beifang" massenhaft kinderpornografisches Material sicher.

Über die übrigen Verfehlungen verhandelt das Hildesheimer Landgericht noch in getrennten Verfahren.
Abou-Taam hat jetzt die Ereigniskarte gezogen: „Gehe in das Gefängnis. Begebe Dich direkt dorthin. Gehe nicht über Los". Er sitzt seit Februar in U-Haft: Fluchtgefahr in den Libanon! Dabei ist es in Deutschland doch so schön. Am Freitag zum Prozessauftakt saß er bedrückt auf der Anklagebank und leidet laut Bildzeitung unter schweren Depressionen…

Wird Dänemark wie Schweden werden?
von Judith Bergman
12. September 2019
Englischer Originaltext: Will Denmark Become Like Sweden?
Übersetzung: Daniel Heiniger
Schweden exportiert nicht nur seine Bombenanschläge nach Dänemark. Auch die Bandenkriminalität mit ihren Schiessereien und Morden ist über die Grenze geschwappt.

Dänemark ist noch relativ weit davon entfernt, die Art von Kriminalitätsepidemie zu erreichen, die derzeit Schweden heimsucht. Angesichts der Nähe der beiden Länder, der offenen Grenzen und des offensichtlichen freien Verkehrs von Kriminellen über die Grenzen hinweg - ganz zu schweigen von der eigenen Kriminalitätsrate in Dänemark - scheint es jedoch wenig zu geben, was die Situation in Dänemark davon abhält, außer Kontrolle zu geraten und immer mehr wie Schweden zu werden.
In Dänemark gab es seit Februar zehn Bombenanschläge. Der letzte fand am 27. August in einer Wohnanlage, Gersager, im Großraum Greve, ganz in der Nähe von Kopenhagen statt. Niemand wurde verletzt, aber das Gebäude wurde schwer beschädigt. In diesem Jahr hat die schwedische Stadt Malmö 19 Bombenanschläge erlebt. Das sagte ein Leitartikel vom 16. August in der dänischen Zeitung Berlingske Tidende dazu:
"Niemand will schwedische Bedingungen, wo Schüsse und Bombenanschläge ein extremes Ausmaß erreicht haben. Neben Konflikten im Bandenumfeld gab es in den letzten Jahren Bombenangriffe auf Polizeistationen sowie Gerichtsgebäude, auf ein Rathaus und das schwedische Finanzamt in Malmö."
Das Stück wurde veröffentlicht, nachdem die dänische Steuerbehörde in Kopenhagen am 6. August bombardiert und ihre Fassade zerstört worden war; eine Person wurde verletzt. Zwei schwedische Bürger wurden wegen des Angriffs angeklagt. "Die schwedischen Verdächtigen haben Namen, die darauf hindeuten, dass sie einen anderen ethnischen Hintergrund haben

als Schweden, aber es gibt noch kein Wissen über die Motive, die sie angetrieben haben könnten", schrieb Berlingske.
Wenige Tage später, am 10. August, kam es in Kopenhagen zu einem weiteren Bombenanschlag, der materielle Schäden verursachte, diesmal gegen eine Polizeistation in Nørrebro.
Kurz nach den Bombenanschlägen auf die dänische Steuerbehörde und die Polizeiwache in Kopenhagen hielt die dänische Premierministerin Mette Frederiksen eine Pressekonferenz ab. Die Regierung, sagte sie, sieht die Bombenanschläge "als Angriff auf unsere Behörden und damit auch auf unsere Gesellschaft". Sie fügte hinzu, dass die Regierung plant, die Grenze zu Schweden zu stärken. "Wir haben eine Herausforderung. Es sollte nicht sein, dass man von Schweden nach Dänemark reisen und Dynamit mitten in Kopenhagen platzieren kann". Sie betonte, dass die Grenze "unsere volle Aufmerksamkeit hat. Und sie muss verstärkt werden".
Während die Motive für die dänischen Bombenanschläge offenbar unklar sind, sagte der schwedische Journalist Joakim Palmkvist, der die Kriminalitätsentwicklung in Schweden verfolgt hat, zu TV2 Nyheder, dass es gewisse Ähnlichkeiten zwischen den Bombenanschlägen in Dänemark und Schweden gebe: Während die Bombenziele in Schweden oft Wohnanlagen, Geschäfte oder Restaurants waren, wurde auch die Polizei mehrmals angegriffen. Zuletzt wurde in Landskrona ein Rathaus ins Visier genommen und von einer großen Explosion getroffen. Laut Palmkvist geht die schwedische Polizei davon aus, dass diese Bombenanschläge hauptsächlich auf zwei Motive zurückzuführen sind: Erpressung, wenn Kriminelle Geld oder Dienstleistungen von ihren Opfern wollen; oder als Rache an der Polizei, weil sie gegen die Kriminellen vorgeht.
Schweden exportiert nicht nur seine Bombenanschläge nach Dänemark. Auch die Bandenkriminalität mit ihren Schüssen und Morden ist über die Grenze geschwappt. Im Juli wurden in Stockholm drei Schweden verhaftet wegen des Verdachts auf einen Doppelmord an zwei schwedischen Männern am 25. Juni in der dänischen Stadt Herlev: ein schwedischer Bandenführer und ein weiterer Mann waren erschossen worden. Die beiden Männer sollen in Dänemark im Rahmen eines Konflikts zwischen den schwedischen Banden "Dödspatrullen" ("Todespatrouille") und "Shottaz" getötet worden sein.
Obwohl die dramatische Eskalation aus Schweden importiert wurde, hat Dänemark seine eigenen Probleme mit der Kriminalität, insbesondere der von männlichen Migranten. Wie von Berlingske Tidende im April berichtet:
"Die Zahlen [aus dem Bericht für 2018 von Statistics Denmark, dem nationalen statistischen Amt, "Immigranten in Dänemark im Jahr 2018"] zeigen, dass die Kriminalität im Jahr 2017 bei den männlichen Einwanderern um 60% und bei den männlichen nicht-westlichen Nachkommen um 234% höher war als bei der gesamten männlichen Bevölkerung. Berücksichtigt man beispielsweise, dass viele der Nachkommen jung sind, und Statistics Denmark tut dies im Bericht, so liegen die Zahlen bei 44% für Einwanderer bzw. 145% für Nachkommen. Wenn man die Zahlen für Alter und Einkommen von Einwanderern und Nachkommen aus nicht-westlichen Ländern weiter korrigiert, sind es 21% und 108%".
Zur Nationalität der kriminellen Migranten berichtete Berlingske Tidende:
"An der Spitze der Liste stehen libanesische Männer, soweit es ihre Nachkommen betrifft, fast viermal so kriminell sind wie Durchschnittsmänner, wenn man die Zahlen an das Alter anpasst. Deutlich gefolgt von männlichen Nachkommen aus Somalia, Marokko und Syrien. Der Gewaltindex beträgt 351 für Nachkommen aus nicht-westlichen Ländern. Sie sind 3,5

mal gewalttätiger als die gesamte Bevölkerung. Nachkommen aus dem Libanon haben einen Index der Gewaltverbrechen von 668, wenn sie altersgerecht korrigiert werden."
Am 25. August wurde eine 31-jährige Frau, Karolina Hakim, am helllichten Tag in Ribersborg, einem friedlichen, relativ wohlhabenden Gebiet von Malmö, erschossen. Der Mord sandte Schockwellen durch Schweden, nicht zuletzt, weil die Frau ihr neugeborenes Baby in den Armen hielt. Der Mann, der die Frau begleitete, anscheinend der Vater ihres Kindes, wird in schwedischen Medien als Teil eines spektakulären Überfalls in Dänemark im Jahr 2008 erwähnt, für den er zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden war.
Nur zwei Tage später wurde eine 18-jährige Frau in einer Wohnung in Stockholm erschossen. **Dänemark ist noch relativ weit davon entfernt, die Art von Kriminalitätsepidemie zu erreichen, die derzeit Schweden heimsucht. Angesichts der Nähe der beiden Länder, der offenen Grenzen und des offensichtlichen freien Verkehrs von Kriminellen über die Grenzen hinweg - ganz zu schweigen von der eigenen Kriminalitätsrate in Dänemark - scheint es jedoch wenig zu geben, was die Situation in Dänemark davon abhält, außer Kontrolle zu geraten und immer mehr wie Schweden zu werden**.

Judith Bergman, eine Kolumnistin, Juristin und Politologin, ist eine angesehene Senior Fellow am Gatestone Institute.

https://kopp-report.de/seit-den-grenzoeffnungen-bereits-2245-islamistische-terrorverfahren/
Stefan Schubert
Seit den Grenzöffnungen bereits 2245 islamistische Terrorverfahren
Zum vierten Mal jährt sich der 13. September 2015, der Tag an dem Angela Merkel der Bundespolizei untersagte, Deutschlands Grenzen, die Identität des Landes, die Sozialsysteme und ganz im Besonderen die Bürger zu schützen. Wie sehr die Sicherheit des Landes durch diese grundgesetzwidrige Politik zerstört wurde, ist in den Daten des Generalbundesanwaltes abzulesen. **Demnach leitete der Generalbundesanwalt (GBA) seit 2015 insgesamt 2245 islamistische Terrorverfahren ein.**
Anstatt illegale Einwanderer bereits an den Landesgrenzen zu stoppen, zu kontrollieren und abzuweisen, finanziert der Steuerzahler seit den Grenzöffnungen eine Art All-Inclusive-Paket für Illegale – und das mit Milliardenbeträgen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) errechnete bei Bund, Ländern und Kommunen jährlich anfallende Kosten von rund 50 Milliarden Euro!
Die Mainstream-Medien wirken auch bei diesem Komplex wie der verlängerte Arm des Kanzleramtes, da sie nun versuchen, eine Ablenkungsdebatte über den Begriff der Grenzöffnungen zu schaffen. Einordnungen wie »rechter Kampfbegriff« und »Verschwörungstheorie« werden aus der sozialistischen Mottenkiste gekramt – doch wer diesen Medien im Punkt der Flüchtlingskrise auch nur noch ein Wort abkauft, der wählt wahrscheinlich immer noch die Merkel-CDU. So spricht beispielsweise die ganze Welt vom

Mauerfall am 9. November 1989, ohne dass die Mauer tatsächlich fiel. Die Wortklauberei der linksgrünen Aktivisten in den Redaktionsstuben der Republik zum Thema Grenzöffnungen entlarvt sich somit von selbst.
Die 2245 islamistischen Terrorverfahren, die der Generalbundesanwalt (GBA) auf Anfrage bestätigt, sagen mehr über die tatsächliche Sicherheitslage im Land aus, als die unter Manipulationsverdacht stehende Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) aus dem Bundesinnenministerium. Der Verlauf des Flüchtlingsstroms und dessen höchst problematische Durchsetzung mit Islamisten und Terroristen lassen sich somit direkt an den Zahlen des Generalbundesanwaltes ablesen.
Erstmalig wurden diese Zahlen und weitere Hintergründe im aktuellen Buch des Autors Sicherheitsrisiko Islam – Kriminalität, Gewalt und Terror: Wie der Islam unser Land bedroht enthüllt.

Terrorverfahren erreichen 2018 einen neuen Rekordwert

Es genügen nur wenige Zahlen, um die Mär vom angeblich sichersten Deutschland aller Zeiten als Lüge zu entlarven. Der Generalbundesanwalt bestätigte dem Autor auf Anfrage für das Jahr 2018 einen neuen Rekordwert von 1220 Terrorverfahren in Deutschland. Die überwiegende Anzahl fällt mit 884 Verfahren auf den Bereich Islamistischer Terrorismus. Nachzulesen sind die Zahlen auch in einer Parlamentsantwort der Bundesregierung, der »Drucksache 19/6904 Deutscher Bundestag«.

Die vom Generalbundesanwalt in der Drucksache angegebenen 855 islamistischen Terrorverfahren für das Jahr 2018 wurden aktuell durch die Behörde auf 884 Verfahren angehoben. Ferner bestätigt der GBA sechs Ermittlungsverfahren mit Bezug zum Rechtsterrorismus und ein Ermittlungsverfahren im Bereich Linksterrorismus. Weiterhin geht aus der Bundesdrucksache hervor, dass zusätzliche 305 Terrorverfahren mit »Bezug zum internationalen, nichtislamischen Terrorismus« beim Generalbundesanwalt 2018 eingeleitet wurden. Hinter dieser Sprachregelung verbergen sich Straftaten ausländischer Terrororganisationen in Deutschland, wie die der kurdisch-sozialistischen PKK.

Während die geballte Medienmacht von SPIEGEL, SZ, ARD und ZDF nicht müde wird, eine angeblich größer werdende Gewalt- und Terrorgefahr von Rechtsextremisten heraufzubeschwören, hatte der Generalbundesanwalt 2018 nur ganze sechs Terrorverfahren im Bereich Rechtsterrorismus eröffnet. Wenn man sich dann die Taten, die solchen Rechtsterroristen bisher vorgeworfen wurden, anschaut, so stößt man auf Delikte wie das Ankündigen und Diskutieren von Anschlägen auf Facebook oder in WhatsApp-Gruppen und das Horten von Feuerwerkskörpern aus Osteuropa, die wegen ihres hohen Schwarzpulveranteils in Deutschland unter das Sprengstoffgesetz fallen. Gegen die harte linksextreme Szene, die politisch Andersdenkende und Polizisten in Deutschland gegenwärtig mit einer regelrechten Gewaltwelle überrollt, hatten die obersten Terrorfahnder der Republik 2018 gerade mal ein Terrorverfahren eröffnet. Ja, Sie haben richtig gelesen: Antifa, bürgerkriegsähnliche Ausschreitungen beim G20-Gipfel und bundesweite linksextreme Autonome Zellen – all das führt in diesem Staat zu einem einzigen Terrorverfahren für das ganze Jahr 2018!

Islamistische Terrorgefahr wird zum Alltag

Wie sehr sich die Sicherheitslage jedoch durch die unkontrollierte und mehrheitlich männlich-muslimische Masseneinwanderung verschlechtert hat, wird in dem Jahresvergleich der Terrorverfahren deutlich:

→ 2013 gab es insgesamt nur 70 Terrorverfahren
→ 2016 bereits 240
→ 2017 folgte eine Verfünffachung auf 1200 Terrorverfahren, und

→ 2018 wurde der neue Rekordwert von 1220 Terrorverfahren erreicht.
Im Durchschnitt eröffnete der Generalbundesanwalt im Jahr 2018 jeden Tag 3,3 neue Terrorverfahren.
Grenzöffnungen führten zu einer Welle islamistischer Terrorverfahren
In der »Drucksache Deutscher Bundestag 19/6684« beantwortete die Bundesregierung eine weitere Parlamentsanfrage zum Islamistischen Terrorismus in Deutschland. Bei der Analyse der Zahlen wird die Etablierung einer hohen islamistischen Terrorgefahr deutlich:
→ 2015 wurden 108 Terrorverfahren mit islamistischem Bezug eröffnet.
→ 2016 ist fast eine Verdoppelung auf 201 islamistischen Terrorverfahren verzeichnet.

→ 2017 schlägt sich die Flüchtlingswelle mit 1052 Terrorverfahren in der Statistik nieder.
→ 2018 sind aktuell 884 islamistische Terrorverfahren dokumentiert.
Seit Beginn der Flüchtlingskrise wurden in nur vier Jahren 2245 islamistische Terrorverfahren eröffnet. Das Sicherheitsrisiko durch den radikalen Islam stellt somit die bedrohlichste Gefahr für die Bürger dieses Landes und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar.
In diesem Zusammenhang sei an die Äußerung des damaligen Bundesjustizministers Heiko Maas im Morgenmagazin MOMA der ARD erinnert:
»Es gibt keine Verbindung, keine einzig nachweisbare Verbindung zwischen dem Terrorismus und den Flüchtlingen…«

Bestellinformationen:
Stefan Schubert: Sicherheitsrisiko Islam, 318 Seiten, 22,99 Euro – hier bestellen!

Freitag, 13.09.2019

http://www.pi-news.net/2019/10/vier-erstochene-polizisten-in-paris-hat-das-etwas-mit-dem-islam-zu-tun/

GRAUSAMES GEMETZEL MIT DREISSIG ZENTIMETER LANGER KERAMIKKLINGE

Vier erstochene Polizisten in Paris – hat das etwas mit dem Islam zu tun?

4. Oktober 2019

Von EUGEN PRINZ | Das Pariser Polizeipräsidium war am gestrigen Sonntag zwischen 12.30 und 13.00 Uhr Schauplatz eines blutigen Gemetzels, das vier Bediensteten das Leben kostete. Sie fielen den Messerstichen eines Kollegen zum Opfer, mit dem sie jahrelang zusammengearbeitet hatten und der vor etwas über einem Jahr zum Islam übergetreten war.
Nun stellt sich die Frage, ob seine Konversion etwas mit dem Verbrechen zu tun haben könnte, denn offenbar gab es Streitigkeiten am Arbeitsplatz, die darauf hindeuten.

Täter stammt aus der Karibik

Bei dem Täter handelt es sich um den 45-jährigen Mickaël H. aus Gonesse, einer Ortschaft nördlich von Paris. Der fast taube Mann arbeitete seit etwa 20 Jahren als Verwaltungsassistent bei der Pariser Polizei, zuletzt im EDV-Bereich der nachrichtendienstlichen Abteilung. **Der in Fort-de-France, der Hauptstadt der Karibikinsel Martinique geborene französische Staatsbürger schmuggelte ein Keramikmesser mit einer Klingenlänge von etwa 30 Zentimeter, das von Metalldetektoren nicht erkannt wird, an der Sicherheitskontrolle vorbei.**

In den Büros seiner Abteilung, tötete er zunächst den 50-jährigen Polizeichef Damien E. und die beiden Polizisten Brice L. und Anthony L, beide 38 Jahre alt. Auf dem Weg aus dem Gebäude fiel ihm dann im Treppenhaus noch die 39-jährige Polizistin Aurélia T. zum Opfer.

G36 von Heckler & Koch beendet die Mordserie

Im Innenhof der Präfektur begegnete schließlich auch Mickaël H. seinem Schicksal. Er lief einem mit einem Sturmgewehr G36 von Heckler & Koch bewaffneten Beamten in die Hände, der ihn aufforderte, das Messer fallen zu lassen. Als sich Mickaël H. weigerte, tötete ihn der Polizist mit einem Kopfschuss.

Als sich die Meldung über die vier erstochenen französischen Polizisten in der deutschen Medienlandschaft verbreitete, war das Bemühen groß, die Mordserie als Folge eines Konfliktes am Arbeitsplatz darzustellen. Es wurde betont, dass keine Anti-Terror-Ermittler eingeschaltet worden waren.

Erste „Islam-Gerüchte" gehen um

Hellhörig wurde man als mitdenkender Medienkonsument jedoch, als gemeldet wurde, dass die Ehefrau des Messermörders in Gewahrsam genommen worden ist.

Gibt es jetzt Sippenhaft in Frankreich oder hat das andere Gründe? Ein erster Hinweis ergab sich aus dem Facebook Eintrag einer in Paris lebenden Deutschen (*Identität ist der Redaktion bekannt*):

Attentat in der Polizeipräfektur von Paris:
Der Täter konvertierte vor etwas mehr als einem Jahr zum Islam. Er sollte in Kürze seiner Chefin Rede und Antwort stehen, weshalb er Frauen den Handschlag verweigere. Seine Chefin zählt zu den Todesopfern…
Gonesse, wo der Täter wohnte, ist eine stark islamisierte Stadt. Die entwurzelte Bevölkerung der Antillen fühlt sich in den letzten Jahren mehr und mehr von den starren Regeln des Islam angezogen, während der liberale, ‚verständnisvolle' Katholizismus an Attraktivität verliert. Der Islam nutzt zudem die Ressentiments vieler Schwarzer gegen alles ‚Weisse' für sich.

(Anmerkung der Red.: Späteren Berichten zufolge war das weibliche Todesopfer entgegen erster Pressemeldungen nicht die Chefin des Täters)

Offenbar hielt man es also für angezeigt, sich auch die Ehefrau des Messermörders genauer anzusehen, nachdem das böse „I"-Wort im Raum stand.
Am späten Nachmittag bestätigten die französischen Medien, dass Mickaël H. ein Islam-Konvertit ist. Als dann in Deutschland die BILD die Meldung übernahm, mussten die anderen Medien notgedrungen nachziehen.
Was sagt das über den Islam?
Abschließend stellt sich noch die Frage, welches Licht das auf den Islam wirft, wenn ein fast tauber Mann aus der Karibik viele Jahre unauffällig und zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten seinen Dienst in der Polizeiverwaltung verrichtet und dann ein gutes Jahr nach seiner Konvertierung vier unschuldige Menschen absticht?
Ist es ein Wunder, dass sich in den Köpfen der Bürger die Assoziation zwischen Islam und Töten immer weiter verfestigt?
Die Pariser Moslems täten jetzt gut daran, auf die Straße zu gehen und sich in einem Trauermarsch mit den Hinterbliebenen der Opfer zu solidarisieren.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/10/islam-hintergrund-des-pariser-terroranschlags-sollte-vertuscht-werden/

EMPÖRTE POLIZISTEN STOSSEN BRISANTE INFORMATIONEN AN DIE PRESSE DURC

Islam-Hintergrund des Pariser Terroranschlags sollte vertuscht werden

6. Oktober 2019

Von EUGEN PRINZ | PI-NEWS berichtete ausführlich über die vier Messermorde in der Pariser Polizeipräfektur. Vom französischen Innenministerium wurde zunächst der Eindruck verbreitet, es habe sich dabei um eine Art Amoklauf eines Mitarbeiters gehandelt, der Schwierigkeiten am Arbeitsplatz hatte. Zunächst blieb die für Terrorermittlungen zuständige Staatsanwaltschaft außen vor und der Fall wurde als „normales Tötungsdelikt" behandelt.
Doch schon nach kurzer Zeit sickerte durch, dass der Täter, der 45-jährige Mickaël Harpon aus Gonesse, einer Ortschaft nördlich von Paris, geboren auf der Karibikinsel Martinique, zum Islam konvertiert war. Zudem erhielt erhielt PI-NEWS aus einer

französischen Quelle den Hinweis, dass der hörbehinderte Informatiker, der in der nachrichtendienstlichen Abteilung des Polizeipräsidiums beschäftigt war, in Kürze seiner Chefin Rede und Antwort stehen sollte, weshalb er Frauen den Handschlag verweigere.

Blamage für das französische Innenministerium

Das französische Innenministerium steht nun als völlig inkompetent da, nachdem sich durch den Anschlag herausstellte, dass es sich bei Mickaël Harpon um einen Islamisten gehandelt hat, dem man grob fahrlässig den Zugang zu streng geheimen Daten ermöglichte. Dazu gehören die als besonders sensibel eingestuften Informationen über Gefährder, die Datei über die Syrien-Rückkehrer und ihre Familien, sowie die Privatanschriften der Mitarbeiter der Geheimdiensteinheit.

Was noch dazu kommt: An diesem Montag findet in der französischen Nationalversammlung eine Debatte über Einwanderung statt. Daher könnte das Timing der Morde für die Regierung nicht unangenehmer sein. Eine Menge Gründe für den französischen Innenminister Castaner, den Terrorverdacht so lange wie möglich zu verschweigen, was er auch tat. Er weigerte sich in seiner Pressekonferenz nach der Messerattacke sogar, von einem Anschlag zu sprechen und nannte die Messerattacke beschwichtigend einen „mörderischen Parcours".

„Der Mann hat niemals Verhaltensauffälligkeiten gezeigt"

(Innenminister Castaner über den Täter)

Die Vorgaben des Innenministers wurden auch umgesetzt**: Die Zeitung „Le Parisien" berichtet, dass Kollegen des Täters vor ihrer Zeugenaussage von ihren Vorgesetzten dazu gedrängt wurden, die „islamistischen Verdachtsmomente" zu verschweigen.**

In der Wolle gefärbter Islamist

Und davon gab es jede Menge: Bereits im Januar 2015 kommentierte Mickaël Harpon den Terroranschlag auf die Redaktion von „Charlie Hebdo" mit den Worten: „Ist recht geschehen!". Kollegen des Messermörders berichteten einem Vorgesetzten von dieser Aussage. Außer der Fertigung eines Aktenvermerks wurde jedoch nichts unternommen. Ferner war zum Zeitpunkt des Anschlags bereits bekannt, dass sich der Informatiker weigerte, Kolleginnen die Hand zu reichen oder – wie in Frankreich üblich – mit Wangenküsschen zu begrüßen. An dieser Stelle nochmal das Zitat des französischen Innenministers:

„Der Mann hat niemals Verhaltensauffälligkeiten gezeigt"

Bereits zum Zeitpunkt des Anschlags lagen also genügend Gründe vor, Harpon von diesem sensiblen Arbeitsplatz zu entfernen und ein Auge auf ihn zu haben. Was allerdings die ersten Ermittlungen nach dem Terroranschlag – denn nichts anderes hat in der Pariser Polizeipräfektur stattgefunden – zutage förderten, wirft ein noch viel schlechteres Licht auf die Sicherheitsarchitektur der Behörde.

Der 45-Jährige war nicht wie ursprünglich verbreitet, vor 18 Monaten zum Islam konvertiert, sondern bereits vor etwa 10 Jahren. Er hatte Kontakt zu Salafisten und gehörte einer

besonders radikalen Strömung des Islam an, teilte Chefermittler Jean-François Ricard am Samstag bei einer Pressekonferenz in Paris mit.
Mit seiner Ehefrau tauschte Mickaël Harpon per Mobiltelefon ausschließlich religiöse Nachrichten aus. Insgesamt 33 solcher Textbotschaften fanden sich auf seinem Handy. Ein Nachbar berichtet, dass er in der Nacht vor der Tat durch einen zweimaligen „Allahu Akbar Schrei" aus dem Schlaf gerissen wurde.
Unmittelbar vor der Tat hatte Harpon zwei Messer gekauft, eines aus Metall und eines aus Keramik. Bei seinem blutigen Terrorfeldzug, der nur wenigen Minuten dauerte, ging er mit extremer Brutalität vor, wie das Obduktionsergebnis der Opfer zeigt.
Seiner aus Marokko stammenden Frau hatte Harpon den Kauf per SMS mitgeteilt. Die Frau, die nur verhüllt die Straße geht, antwortete: „Allein Gott wird über Dich urteilen". Sie ist weiterhin in Polizeigewahrsam, und das ist gut so. Auf der Facebook-Seite des Terroristen findet sich das Video eines Imams, der sagt: „Was zählt, ist für den Islam zu sterben."
Die Pariser Polizisten und deren Gewerkschaften sind empört. Empört darüber, dass ein Islamist unbehelligt an dieser Stelle arbeiten konnte und empört über den Umgang des Innenministers mit dem Terroranschlag. Ohnehin arbeiten die Ordnungshüter aufgrund der Gelbwestenbewegung und der Auswüchse der Migration an der Grenze der Belastbarkeit. Die Nerven liegen blank, wie auch die hohe Rate an Selbsttötungen bei französischen Polizisten belegt.
Kommentar:
Wer wissen will, wie es bei uns in einigen Jahren aussehen wird, muss nur dorthin schauen, wo die Entwicklung schon ein Stück weiter fortgeschritten ist. In spätestens 10 Jahren wird es in Deutschland ebenso zugehen, wie in Frankreich. Die Bundesregierung tut alles dafür, dass wir auf diesem Weg bleiben, obwohl offensichtlich ist, wohin er führt. Nicht zu vergessen die Mainstream Medien, die diese unheilvolle Massenzuwanderung ebenfalls nach Kräften unterstützen. Und im Fall des Terroranschlags in der Pariser Polizeipräfektur haben sie nur allzu schnell und willig die Mär vom unzufriedenen Mitarbeiter, der durchgedreht ist, verbreitet. Vermutlich wird als nächstes eine psychische Erkrankung ins Spiel gebracht, um zu retten, was an Ansehen noch zu retten ist.
Dass es auch anders geht, zeigt die Berichterstattung auf PI-NEWS. Das Ergebnis: Man wird den Mainstream Medien künftig noch weniger vertrauen und bei der Suche nach der Wahrheit noch häufiger die Alternativen Medien bemühen. Und das ist gut so.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. *Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er*

sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/10/krefeld-mehr-als-1400-euro-fuer-einen-asylbewerber-pro-tag/

WIE FÜR DIE ZUWANDERER STEUERGELDER MIT DEM PRÜGEL ERSCHLAGEN WERDEN

Krefeld: Mehr als 1400 Euro für einen Asylbewerber – pro Tag!

5. Oktober 2019

Von EUGEN PRINZ | In Deutschland haben wir eine geradezu obszöne Steuerlast zu tragen, die zweithöchste weltweit. Nur noch in Belgien wird den Arbeitnehmern mehr vom Brutto abgeknöpft als hierzulande, erfahren wir aus einer im April veröffentlichten Studie der OECD. Nicht nur die Arbeitnehmer, auch die Selbständigen können ein Lied davon singen.

Zweithöchste Steuerlast der Welt – und noch nicht genug

Und weil das immer noch nicht genügt, werden jene Deppen, die morgens aufstehen und zur Arbeit gehen, um die nötigen Euronen für die wachsende Zahl fremder Kostgänger unseres Sozialsystems zu erwirtschaften, in Kürze unter dem Deckmäntelchen des Klimaschutzes auch noch mit einer Luftsteuer – Verzeihung – CO_2-Abgabe beglückt, die alles, aber auch wirklich alles, mit dem wir es im täglichen Leben zu tun haben, verteuern wird.

Nun mag sich der naive Bürger damit trösten, dass die Regierung verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgeht und zum Wohle des Staatsvolkes investiert.

Die Flüchtlinge sind uns lieb und teuer

Das mag stimmen, wenn man die Alimentierung eines minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings mit durchschnittlich 5000 Euro monatlich als solche nützliche Investition versteht. Tut man das, darf man sich darüber freuen, dass das Land Hessen noch viel großzügiger ist und sich den hoffnungsvollen Nachwuchs aus dem Morgenland, der in Form von „Ankerkindern" ohne Eltern in unser Land kommt, monatlich sogar 8469 Euro kosten lässt.

Fliegen wie die Kanzlerin

Aber auch bei jenen, die nach langem Hin- und Her unser Land wieder verlassen müssen, lässt sich der Staat nicht lumpen. Schlappe 137.000 Euro kostete kürzlich die Abschiebung von zwei hochkriminellen Kenianern mit einem Privatjet inklusive 14-

köpfiger Begleitmannschaft. Damit reisten die beiden Schwarzen auf dem Niveau eines Staatschefs. Mit in der Maschine befanden sich neben der Crew neun Bundespolizisten, ein Arzt und ein Sanitäter sowie ein Beauftragter von Frontex, der als neutraler Beobachter den ordnungsgemäßen Ablauf der Abschiebung dokumentierte. Man gönnt sich, beziehungsweise dem Steuerzahler, ja sonst nichts…

And the winner is… Krefeld

Wer allerdings meint, das wäre nicht mehr zu toppen, der irrt gewaltig.

Die Stadt Krefeld gibt für einen Asylbewerber gegenwärtig mehr als 1400 Euro aus.

Pro Tag, nicht pro Monat.

Monatlich belaufen sich die Kosten auf über 42.000 Euro, wie unschwer zu errechnen ist. Bisher hat der brave deutsche Steuer-Michel für die dringend benötigte „Fachkraft zur Auslastung des Justizsystems" insgesamt 270.000 Euro aufwenden dürfen. Grund genug, sich näher mit dem Fall zu beschäftigen:

Seit März 2019 hat die Stadt Krefeld Probleme mit einem aggressiven Flüchtling, der in der Unterkunft im Ortsteil Fischeln untergebracht ist. Er ist so gefährlich, dass man sich nicht mehr anders zu helfen wusste, als rund um die Uhr zwei Security Mitarbeiter abzustellen, die ihn im Zaum halten sollen. Das kostet 1400 Euro am Tag und erleichtert somit die Stadtkasse im Monat um 42.000 Euro. Dazu kommen selbstverständlich noch die Kosten für die „normalen" Leistungen, die ihm als Asylbewerber zustehen.

Jetzt ist der Fall an die Öffentlichkeit gelangt, obwohl die meisten Politiker des Krefelder Stadtrats die Angelegenheit gerne unter den Teppich gekehrt hätten. Schuld daran ist eine Anfrage der parteilosen Stadträtin Ruth Brauers. Sie wollte in der vergangenen Sitzung wissen, warum die Aufsichtskosten für den Asylbewerber nicht niedriger ausfallen können.

„Wir haben hier einen absoluten Ausnahmefall, den die AfD jetzt bestimmt freudig aufnehmen wird."

… sagt Grünen-Fraktionschefin Heidi Matthias auf die Anfrage der erstberichtenden Lokalzeitung. Da hat Frau Matthias Recht, was das Aufnehmen betrifft. Nicht nur die AfD, auch PI-NEWS nimmt den Fall auf, von Freude darüber kann allerdings keine Rede sein.

Guter Plan?

Nachdem die Öffentlichkeit dummerweise von dem Fall erfahren hat, plant man nun die Kosten zu senken. Das soll geschehen, indem man den guten Mann nur noch zur Schlafenszeit, also von 22 bis 6 Uhr, bewacht. Falls Sie, liebe Leser, die Logik dahinter nicht erkennen können, seien Sie getröstet: Wir auch nicht. Aber vielleicht liegt der tiefere Sinn der Maßnahme darin, dass sich die Kosten dann „nur" noch auf schlappe 12.000 Euro im Monat belaufen. Ein Schnäppchen also.

Und es kommt noch besser. CDU-Fraktionschef Philibert Reuters erklärt zur rund-um-die-Uhr-Bewachung:

„Das war unumgänglich zum Schutz und der Fürsorge für die Mitarbeiter und selbstverständlich auch für alle Bewohner der Unterkunft. Neben der bekannt

aggressiven Person ist es zu anderen gleichartigen Herausforderungen mit weiteren Bewohnern gekommen“.

Wenn es dumm läuft, darf sich also der Krefelder Kämmerer Ulrich Cyprian darauf freuen, künftig auch noch für einige Gleichgesinnte des zu bewachenden Hulks aus dem Morgenland das Portmonnaie zu öffnen. Dann wird halt das Klo in der Hauptschule nicht repariert, die Schlaglöcher in der Badstraße bleiben und die Rentner sammeln auf dem Weg zur Hungertafel weiterhin fleißig Pfandflaschen aus den Abfalleimern. Hilft ja nichts.
Inzwischen fährt Seehofer mit dem Geldtransporter zu Erdogan, damit uns der nicht noch mehr Flüchtlinge aufhalst und weil wir schon dabei sind, werden wir den Griechen in Kürze ein paar zehntausend davon abnehmen. Da werden sicherlich auch einige der „Marke Krefeld“ dabei sein. Gut, dass die CO_2-Steuer kommt, sonst könnten wird das alles bald nicht mehr bezahlen.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/09/il-giornale-rackete-brachte-folterknechte-nach-europa/

MORALISCHE MITSCHULD DER "SEENOTRETTER" AN VON BOOTSFLÜCHTLINGEN VERÜBTEN VERBRECHEN

„Il Giornale“: Rackete brachte Folterknechte nach Europa

27. September 2019

Von EUGEN PRINZ | Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Kurz teilte vor einigen Tagen der Öffentlichkeit mit, es würde sich „etwas zusammenbrauen„. Er bezog sich dabei auf die Tatsache, dass Italien seine Häfen für die NGO-Schlepperboote wieder geöffnet hat und gegenwärtig über einen festen Mechanismus zur Verteilung der Mittelmeerflüchtlinge verhandelt wird.
Diese neue Sachlage wird sich zweifellos in Eritrea, Nigeria und Somalia schneller herumsprechen als in Augsburg, Erfurt oder Lübeck. Dann geht es wieder los mit dem Shuttle-Fährverkehr zwischen Afrika und Europa. Dank Guiseppe Conte und Horst Seehofer wird dann in Kürze das Flüchtlings-Rinnsal wieder zu einem reißender Strom anwachsen, in dem natürlich auch wieder mehr Menschen ertrinken.
Auch Gewaltverbrecher in den Flüchtlingsbooten

Zudem besteht kaum ein Zweifel daran, dass unter den „armen Bootsflüchtlingen" auch Gewaltverbrecher sind, die nach ihrer „Rettung" auf die hilflose Bevölkerung losgelassen werden und mit deren Blut den europäischen Boden tränken.

Die italienische Zeitung il Giornale berichtet, dass bei der letzten „Lieferung" von Carola Rackete, als sie entgegen des ausdrücklichen Verbots der italienischen Regierung im Hafen von Lampedusa anlegte, unter den 52 vor der libyschen Küste an Bord genommenen Bootsflüchtlingen drei Folterknechte gewesen sein sollen.

Es ist bekannt, dass die Verdächtigen am 29. Juni in Lampedusa angekommen sind. Das ist der Tag, an dem auch Rackete mit ihrer „Sea Watch 3" dort anlegte. Den Informationen von il Giornale zufolge sollen die mutmaßlichen Gewaltverbrecher ebenfalls auf dem Schiff gewesen sein.

Das Trio, Mohammed C. (27) aus Guinea, sowie die beiden Ägypter Hameda A. (26) und Mahmoud A (24) wurde offenbar von Migranten, die später mit dem italienischen Rettungsschiff „Alex" angekommen waren, als ihre Peiniger wiedererkannt. Zu deren Foltermethoden in einem libyschen Flüchtlingslager gehörten brutale Schläge, Gewehrschüsse und Elektroschocks.

Sea-Watch-Sprecher Ruben Neugebauer dazu:

„Wir können das nicht ausschließen, haben aber selbst keine gesicherten Informationen dazu. Wir können nicht scannen, wer die Leute sind. Die kommen ohne Pässe."

Kommentar:

Bei den so genannten „Seenotrettern" offenbart sich ein Maß an Geltungsbedürfnis und Gleichgültigkeit gegenüber dem Sicherheitsbedürfnis der Aufnahmegesellschaft, das seinesgleichen sucht. Der größte Teil der Bootsflüchtlinge besteht aus jungen Männern. Nicht wenige von ihnen werden nach ihrer Rettung die Kriminalstatistiken europäischer Länder bereichern, manche mit schweren Gewalttaten. Die europäische Union hat genügend eigene Gewaltverbrecher. Wir müssen wahrlich nicht auch noch welche aus Afrika und anderswo importieren. Alle aufgelesenen Bootsflüchtlinge sollten zunächst außerhalb der EU untergebracht werden, wo ihre Identität und ihr Asylanspruch geprüft wird. Nur wer diese Prüfung zweifelsfrei besteht und KEINE Gefahr darstellt, findet Aufnahme. Hätten wir eine vernünftige Regierung, wäre das eine Selbstverständlichkeit. Und zu Carola Rackete, die den Habitus einer verzogenen Göre aus reichem Haus wie eine Monstranz vor sich her trägt, schreibe ich besser nichts.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

http://www.pi-news.net/2019/09/duesseldorf-nordafrikaner-vergewaltigten-51-jaehrige-im-hofgarten/

TÄTER „BEREITS ERHEBLICH IN ERSCHEINUNG GETRETEN"

Düsseldorf: Nordafrikaner vergewaltigen 51-Jährige im Hofgarten

26. September 2019

Von DAVID DEIMER | Laut BILD wurde eine „schlimme Gruppenvergewaltigung" in Düsseldorf durch „keine Deutschen" drei Monate nach dem Verbrechen von Polizei und Staatsanwaltschaft aufgeklärt. Die polizeibekannten Intensivtäter sind zwischen 15 und 17 Jahre alt.

Eine Frau (51) aus Wuppertal war an Pfingsten 2019 nach einem Altstadtbesuch in den Hofgarten gelockt, dort vergewaltigt und beraubt worden. Jetzt hat die Polizei vier Jugendliche (keine Deutschen) als Tatverdächtige festgenommen, teilte sie am Donnerstag bei einer Pressekonferenz mit. [BILD]

Das Opfer hatte in „der verhängnisvollen Nacht" vom 7. auf den 8. Juni wegen Unwohlsein eine Disco verlassen und wollte eine öffentliche Toilette aufsuchen. Dabei wurde es von einem jungen Mädchen, das als Lockvogel diente, angesprochen. Die erst 14-jährige Mittäterin hatte der Frau ihre Hilfe angeboten und sie in den nahen Hofgarten geführt, um „frische Luft zu schnappen".

Wer schützt die Menschen vor „schutzsuchenden" Intensivtätern?

Dort hatte das Mädchen die drei anderen Jugendlichen herbei gerufen, die bereits in „Stellung" auf Beute lauerten.

Die nordafrikanische Personengruppe hatte ihr traditionelles Taharrush-Opfer dann immer tiefer in den Park gedrängt und auf einer Anhöhe schließlich „brutal vergewaltigt". Dabei wurden dem Opfer auch die Handtasche sowie das Handy geraubt. Die Wuppertalerin flüchtete sich vor den Geflüchteten in ein nahegelegenes Hotel an der Inselstraße, bat um Hilfe und ließ von den Mitarbeitern die Polizei rufen, die die geschockte Frau in ein Düsseldorfer Krankenhaus einliefern ließen.

Das Opfer beschreibt die Täter: Etwa 24 bis 26 Jahre alt, circa 1,70 Meter bis 1,85 Meter groß, nordafrikanisches Aussehen. Einer hatte krauses schwarzes Haar.

Gruppenvergewaltigung, Körperverletzung, Drogen, Diebstahl …

Auf der Kleidung des Vergewaltigungsopfers wurden Täter-DNA-Spuren sichergestellt und analysiert. „Am 11. September bekamen wir von der DNA-Analyse-Datenbank Treffer für zwei Personen", erklärt Kriminalhauptkommissarin Sabine Supply vom KK12.

Die DNA-Treffer führten zu zwei Intensivtätern aus Ratingen, nach eigenen Angaben 15 und 17 Jahre alt. Beide sind bereits polizeilich „erheblich in Erscheinung getreten", unter anderem wegen Körperverletzung, Drogen und Diebstahl. Die beiden Genital-„Goldstücke" (Martin Schulz, SPD) wurden „zu Hause" festgenommen – wohl eher in einer MUFL-Unterkunft à 8.469 € Steuergeld im Monat pro Täter. Über sie kamen die Ermittler auf die zwei weiteren Komplizen: die 14-jährige Mittäterin und einen weiteren tatverdächtigen „Bub" (15). Das Handy des Opfers wurde dann im Umfeld der 14-Jährigen gefunden.
„Ungeachtet ihres Alters sitzen alle Vier in U-Haft", erklärte Staatsanwältin Britta Zur bei der Pressekonferenz am Donnerstag: „Die Ermittlungen wegen gemeinschaftlicher schwerer Vergewaltigung, Raubes und Körperverletzung dauern an." So soll dabei die Frage geklärt werden, „ob die Tat von den Jugendlichen geplant war" (BILD). Von wem sonst – vom Opfer?

https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/problemfaelle-miri-remmo-abou-chaker-abschiebung-von-kriminellen-clan-mitgliedern-aus-deutschland-in-meisten-faellen-unmoeglich_id_11203294.html
Dienstag, 08.10.2019, 09:14
Nach Straftaten von Mitgliedern arabischer Großfamilien wird schnell der Ruf nach Ausweisung von Clan-Kriminellen aus Deutschland laut. Doch oftmals scheitern die Vorhaben schon im Ansatz, sagt Christian Haastert, Leiter der Zentralen Ausländerbehörde in Essen. Hauptgründe: ungeklärte Identitäten, die Aufnahme-Weigerung anderer Länder und der Widerstand von Ausreisepflichtigen.
Die streng geheime Operation der Spezialeinheit GSG 9 – ein Paukenschlag, ein unüberhörbares Lebenszeichen des Rechtsstaats.
Am 10. Juli 2019 wurde Ibrahim Miri, 46 Jahre alt, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion aus seiner Wohnung in Bremen geholt und in den Libanon abgeschoben. Miri war als Jugendlicher nach Deutschland gekommen und hier zu einem Top-Anführer seines Clans aufgestiegen. Bevorzugte Betätigungsfelder der weitverzweigten, rund 2500 Mitglieder zählenden

Großfamilie: Drogengeschäfte, Waffenhandel, Schutzgelderpressung, Sozialleistungsbetrug.

Miri-Abschiebung "starkes Signal" an kriminelle Clan-Szene

Fast zwei Jahrzehnte lang hatten die deutschen Behörden vergeblich versucht, den mehrfach verurteilten Unterwelt-Boss Miri außer Landes zu bringen. Als es ihnen endlich gelungen war, sprachen Sicherheitsexperten von einem „starken Signal" an die kriminelle Clan-Szene.

Aber warum hört man von solchen Rückführungen nicht öfter? Warum werden straffällig gewordene Mitglieder arabischstämmiger Clans, die laut Behörden eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellen, nicht reihenweise des Landes verwiesen?

Ein Jahr Haft: "besonders schweres" Ausweisungs-Interesse

Schließlich betonen Politiker wie Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bei jeder passenden Gelegenheit, dass man gegen solche Gesetzesbrecher mit aller Härte vorgehen müsse. Und eigentlich wäre der Staat – zumindest auf dem Papier – durchaus in der Lage, auch rigorose Maßnahmen zu ergreifen, wie ein Blick in das Aufenthaltsgesetz zeigt.

So regelt Paragraf 54, in welchen Fällen der Staat ein „besonders schweres" Interesse an Ausweisungen hat. Nämlich dann, wenn ein Ausländer zu mindestens einem Jahr Haft verurteilt wurde, etwa wegen Körperverletzung, Sexualdelikten oder Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Bei einer Verurteilung zu sechs Monaten Haft wiegt das Ausweisungsinteresse Deutschlands bereits „schwer".

Abschiebungen von Clan-Mitgliedern funktionieren fast nie

Führt man sich die zum Teil massiven Vergehen von Mitgliedern krimineller Clans vor Augen, so könnte man glauben, Deutschland komme mit Abschiebungen kaum nach.

Doch das ist ein Trugschluss.

„Im Kampf gegen Clan-Kriminalität helfen die ausländerrechtlichen Regelungen nur sehr bedingt weiter", weiß Christian Haastert, Leiter der Zentralen Ausländerbehörde in Essen. Haastert berichtete kürzlich bei einer Fachtagung des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) über seine Erfahrungen bei der Rückführung von Ausländern in ihre Heimat.

FOCUS Online war bei der Konferenz dabei.

Düsteres Fazit des Experten: Die Abschiebung krimineller Clan-Mitglieder funktioniert in den allermeisten Fällen nicht.

Clans: Zwei Drittel haben die deutsche Staatsbürgerschaft

Bei etwa zwei Dritteln der Betroffenen scheitert eine Rückführung schon deshalb, weil sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Etliche sind hier geboren, darunter der berüchtigte Clan-Boss Arafat Abou-Chaker aus Berlin. Der 43-Jährige war erst im Januar 2019 auf Bewährung verurteilt worden, vor wenigen Tagen hat die Staatsanwaltschaft eine neue Anklage gegen ihn erhoben. Abou-Chaker gilt als Inbegriff der Clan-Kriminalität in Deutschland.

„All diese Leute kriegen wir nicht mehr raus", so Haastert. „Da mögen die Rufe nach Abschiebungen noch so laut sein." Eingreifen könne man lediglich bei Menschen, die ihre Einbürgerung „durch Täuschungen oder

Drohungen“ erschlichen haben. „Aber einen solchen Nachweis zu führen, ist für die Behörden unheimlich schwierig“, sagt Haastert.

Viele Ausländer verweigern Hilfe bei Klärung ihrer Identität

Doch selbst bei kriminellen Clan-Mitgliedern oder anderen Straftätern, deren Rückführung theoretisch möglich wäre, tut sich der Staat außerordentlich schwer. Die Gründe sind vielschichtig.

So sind Abschiebungen nach deutschem Recht generell verboten, wenn dem Ausländer in seinem Herkunftsland Tod oder Folter drohen. Gleiches gilt, wenn er aufgrund seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe um Leib und Leben fürchten muss.

Bevor jemand überhaupt abgeschoben werden kann, müssen seine Herkunft und seine Personalien feststehen. Viele Ausländer haben jedoch keine Ausweispapiere und weigern sich, an der Klärung ihrer Identität mitzuwirken. Das führt in etlichen Fällen dazu, dass die deutschen Behörden keine Passersatzpapiere ausstellen können. Eine Abschiebung ist somit unmöglich.

Staaten sträuben sich gegen Rücknahme von Landsleuten

Doch selbst wenn die Identität geklärt ist und alle Dokumente angefertigt sind – ohne Zustimmung des Herkunftslandes kann der Betroffene nicht dorthin zurückgebracht werden. Laut Haastert stellen sich viele Länder quer, einige würden sich generell weigern, „Menschen zurückzunehmen“.

Haastert fasst die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Rückführung von Ausreisepflichtigen zusammen: „Wir müssen wissen, wer der Ausländer überhaupt ist. Dann müssen wir ein Land davon überzeugen, dass diese Person von dorther stammt. Und dann muss dieses Land auch noch in der Lage und willens sein, diese Person aufzunehmen.“ Haastert: „Und das Ganze funktioniert mal eben überhaupt nicht.“

Derzeit sind knapp 247.000 Menschen ausreisepflichtig

Die nüchterne Einschätzung deckt sich mit Statistiken der Behörden.

Im gesamten Jahr 2018 wurden bundesweit rund 23.600 Ausländer in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Das ist ein Bruchteil derer, die Deutschland eigentlich verlassen müssten, weil ihre Asylanträge abgelehnt wurden oder weil sie Straftaten begangen haben. Zum Stichtag 30. Juni 2019 waren knapp 247.000 Menschen ausreisepflichtig. Davon hatten rund 191.000 einen Duldungsstatus – ihre Abschiebung war aus rechtlichen oder praktischen Gründen nicht möglich. Etwa 56.000 galten als „vollziehbar ausreisepflichtig“ und könnten sofort abgeschoben werden.

Um die Problematik zu veranschaulichen, schildert der Chef der Zentralen Ausländerbehörde in Essen ein Beispiel aus der Praxis. Es geht um Eingereiste aus dem westafrikanischen Guinea. „Wir hatten da relativ viele alleinreisende junge Männer, die in der Regel vorbestraft waren, und zwar nicht nur wegen Hühnerdiebstahls. Da war der Totschläger eigentlich noch ein netter Kerl.“

Wenn man solchen Leuten erkläre, man wolle sie in ihre Heimat zurückbringen und brauche ihre Hilfe bei der Identitätsklärung, dann sei die Reaktion klar: „Die haben natürlich überhaupt keine Lust, an etwas mitzuwirken, das zu ihrer Ausweisung aus Deutschland führen kann." Und auch die ablehnende Haltung der Behörden in Guinea sei nachvollziehbar. „Die fragen sich, ob es gut für ihr Land ist, wenn solche Personen zurückkehren – und antworten mit Nein."

Haastert bezweifelt, dass die Problem-Länder freiwillig einen anderen Kurs einschlagen und ihre Leute in absehbarer Zeit ohne Murren zurücknehmen werden: „Die entscheidende Frage ist: Schafft es die Bundesrepublik Deutschland, ausreichend Druck aufzubauen auf diese Länder, um Rückkehrpflichtige zurückzunehmen – oder schafft sie es nicht."

Mitarbeiter der Ausländerbehörde erleben heikle Situationen

Doch nicht nur ungelöste politische Probleme machen Haastert und seinen Kollegen im Alltag zu schaffen. Beim Versuch, ausreisepflichtige Ausländer aus den Landeseinrichtungen zu holen und zum Flughafen zu bringen, geraten sie immer wieder in kritische Situationen.

Haastert berichtet von „regelmäßigen Solidarisierungen unter Ausländern" und „ähnlichen Situationen wie in Ellwangen". Dort hatten im Frühjahr 2018 Dutzende Flüchtlinge die Abschiebung eines Mannes aus Togo verhindert. Bei ihren Terminen in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften erhielten seine Mitarbeiter „wenig Polizeiunterstützung", klagt der Behördenchef. „Unsere Möglichkeiten sind sehr begrenzt."

Abschiebe-Kandidat: "Haue gleich den Flieger auseinander"

Selbst wenn ein Ausreisepflichtiger ohne Komplikationen zum Flughafen gebracht wurde, könne eine Rückführung noch scheitern, so Haastert. Oft reiche es, wenn der bereits im Flugzeug sitzende Ausländer zum Piloten sagt: „Ich haue Ihnen gleich in 11.000 Metern den Flieger auseinander."

Nach solchen Vorfällen werde der Passagier „von Bord gebracht", weiß Haastert. „Und wir dürfen ihn dann zurück in seine Einrichtung bringen." Der Leiter der Ausländerbehörde: „Das ist für uns genauso frustrierend wie für die Bundespolizisten, die bei Rückführungen im Einsatz sind." Zudem machten solche Beispiele Schule und hätten „eine Signalwirkung für andere Bewohner der Flüchtlingsunterkunft".

Mit Ausweisungen wird man Clan-Strukturen kaum zerstören

Dass man widerspenstige Ausreise-Kandidaten einfach in Abschiebehaft stecken und bis zum nächsten Flugtermin festhalten könne, sei pures Wunschdenken, sagt Haastert. In Nordrhein-Westfalen gibt es lediglich eine spezielle Einrichtung für ausreisepflichtige Ausländer: Die ehemalige Justizvollzugsanstalt in Büren (Kreis Paderborn) mit 175 Plätzen. Zwar könnte man Betroffene theoretisch auch in regulären Gefängnissen unterbringen, allerdings getrennt von normalen Strafgefangenen. In Nordrhein-Westfalen sei dies jedoch „aus Kapazitätsgründen nicht möglich", so Haastert.

In Bezug auf kriminelle Clan-Mitglieder resümiert der Leiter der Zentralen Ausländerbehörde in Essen: „Die Durchsetzung der Ausreisepflicht ist schwierig und wird schwierig bleiben." Deshalb sei die Rückführung von Straftätern aus diesen Gruppen nur eines von vielen Mitteln. „Aber sicherlich nicht das entscheidende."

https://www.focus.de/politik/deutschland/experte-fuer-organisierte-kriminalitaet-clans-und-mafia-unterwandern-deutsche-behoerden_id_11213528.html
Experte für Organisierte Kriminalität
Clans und Mafia unterwandern deutsche Behörden
FOCUS-Online-Reporter Axel Spilcker
Montag, 07.10.2019, 08:42
Oliver Huth, 41, gilt als Spezialist im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität (OK) beim Landeskriminalamt NRW, der Vizechef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter warnt vor der Einflussnahme kurdisch-libanesischer oder italienischer Verbrechersyndikate auf Polizei oder andere Amtsträger, aus seiner Sicht hat die Politik lange Zeit im Kampf gegen dieses Phänomen versagt.
FOCUS Online: Herr Huth, kurdisch-libanesische Clans bedrohen Polizeibeamte, Mitarbeiter in Jobcentern oder Betreuer der Ausländerbehörde, mitunter fließt auch Schmiergeld, in welchem Ausmaß unterwandert das organisierte Verbrechen staatliche Stellen?
Huth: Die Clans lehnen den Staat und seine Repräsentanten ab. Diese Leute halten sich nicht an Regeln, das bedeutet, dass es bei Personen- oder etwa Gaststättenkontrollen in der Szene immer Ärger gibt, da bauen sich dann muskelbepackte Männer vor den Polizeibeamten auf, fangen an zu schimpfen, lehnen es ab, ihren Ausweis zu zeigen. Häufig kommen sie dann mit der Fremdenfeindlichkeitskeule. Frei nach dem Motto: Ihr macht das doch nur, weil wir Ausländer sind. Schnell sammelt sich eine Gruppe, binnen fünf Minuten stehen die Kollegen dann einem Pulk gegenüber, der provoziert, der die Beamten bedrängt. Im Gerichtssaal kommt es häufig zu Tumulten, da sitzen Clanangehörige im Zuschauerraum und sorgen für eine aufgeheizte Atmosphäre. Auf dem Flur folgen Bedrohungsszenarien gegen Zeugen.
FOCUS Online: Das hört sich nach rechtsfreien Räumen an, versucht die Polizei in NRW die Straße in Problemvierteln gerade im Ruhrgebiet zurück zu erobern?
Huth: Tatsächlich versucht man die Straßen wieder zu gewinnen. Jahrzehntelang hat man nur zugesehen, wie die kriminellen Auswüchse weiter wucherten. Ich denke da an viele Tumultdelikte in Duisburg, Essen oder Dortmund. Clans bekämpfen sich gegenseitig. Schießereien folgten nebst Tötungsdelikten. Das waren Anzeichen dafür, dass die Gegenseite Polizei und Justiz nicht ernst nahm. Der Verfolgungsdruck fehlte. Inzwischen hat sich die Lage durch verstärkte Kontrollmaßnahmen geändert. Das fängt niederschwellig an, in dem man etwa Verkehrsverstöße ahndet. Früher war es so, dass viele Clanmitglieder ihre Bußgelder nie bezahlten und die Behörden dem nicht nachgegangen sind. Es war Zeit, den Hebel umzulegen und entsprechend stärker gegen dieses Kriminalitätsphänomen vorzugehen.

FOCUS Online: Hat die rot-grüne Vorgängerregierung in NRW an dieser Stelle versagt?
Huth: Auf jeden Fall hat die Politik das Thema verschlafen, man ließ die Clans gewähren. Die Ressourcen wurden falsch eingesetzt. Der Schwerpunkt der Landesregierung in der Vergangenheit lag beim Thema Terrorabwehr, aber nicht auf der Verfolgung der Clankriminalität.

FOCUS Online: Stimmt es, dass Behördenmitarbeiter als Zuträger für Clans arbeiten?
Huth: Wir wissen, dass die Organisierte Kriminalität (OK) zunehmend Einfluss auf die öffentliche Verwaltung ausübt. Entweder fließen Schmiergelder oder es erfolgen andere Vergünstigungen. Das gilt für Clans, aber auch etwa für Aktivitäten der italienischen Mafia hierzulande. Siehe etwa der im Dezember 2018 enttarnte Drogenkomplex um Zweige der kalabresischen N'drangheta in Duisburg und Wesseling, in dem Polizisten und andere Amtsträger auf Wunsch geheime Daten an die Mafiosi herausgaben. Bei den Clans ist es ähnlich, da gibt es Personen aus den Ämtern, die interne Informationen durchstechen – siehe etwa jene Polizistin aus Duisburg, die einer Drogenbande aus dem Clanmilieu Dienstgeheimnisse verraten haben soll.
FOCUS Online: Nun hat der NRW-Justizminister in etlichen Clanhochburgen Sonderstaatsanwälte installiert, müsste man nicht auch spezielle Gerichte für dieses Phänomen ins Leben rufen?
Huth: Langfristig gesehen wäre das sinnvoll. Laut dem neuen bundesweiten OK-Lagebild führt NRW mit Abstand die meisten Clan-Verfahren. Es ist wichtig, die Familienstrukturen zu kennen, das komplizierte Personengeflecht zu durchblicken, den Umstand, dass viele kurdisch-libanesische Sippen Dutzende unterschiedliche Namen führen. Ein Richter sollte sich in dem speziellen Milieu auskennen, das ist Expertenwissen, das die Justiz sicherlich dringend braucht.
FOCUS Online: Zuletzt nahm ich an einem Prozess gegen drei junge Angeklagte vor dem Jugendschöffengericht in Gelsenkirchen teil, die aus führenden Clans in NRW stammten, es ging um schwere Körperverletzung, eine Pistole und ein Messer waren im Spiel, der Fall wurde aber erst gut zwei Jahre nach dem Geschehen verhandelt, schläft die Justiz?
Huth: Das ist leider typisch. Solche Fälle kommen leider viel zu spät auf den Tisch. Gerade im Bereich Jugendkriminalität muss die Strafe auf dem Fuße folgen, das hätte erzieherischen Charakter. Das heißt aber auch, die Landesregierung muss zusehen, die Gerichte entsprechend personell auszustatten, so dass die Strafrechtspflege greift. An dieser Stelle scheint der jetzige CDU-Justizminister die Probleme erkannt zu haben und arbeitet daran, dieses Manko zu beheben.
FOCUS Online: Das Bundeskriminalamt hat gerade erst das neue OK-Lagebild veröffentlicht, wie aussagekräftig ist die Analyse?
Huth: OK ist reine Kontrollkriminalität. Das heißt, je intensiver die Kripo nachforscht, desto höher steigen die Fallzahlen. Nun ist das Aufkommen der Verfahren im vergangenen Jahr zurückgegangen. Das rührt daher, dass zum einen die Ermittlungen immer komplexer werden und die Beweisanforderungen stetig steigen. Zugleich aber sinken die Ressourcen in den OK-Dienststellen. Wenn etwa der NRW-Innenminister den Bereich Terrorismus und den Kampf gegen Kinderpornografie zum Schwerpunkt erhebt, dann bleiben andere OK-Felder auf der Strecke.
FOCUS-Online: Mir hat mal ein Oberstaatsanwalt gesagt, dass OK-Verfahren mangels Personal auch mal kaputt geschrieben werden, stimmt das?
Huth: Nein, so sicher nicht, aber es kommt vor, dass manche Fälle zu den Akten gelegt werden, weil den Ermittlern Ressourcen fehlen, um weitere 14 Monate in die Nachforschungen zu investieren. Das heißt, wenn etwa die Köpfe der Bande im Ausland

sitzen, wird es schwierig, diese auch am Ende vor Gericht zu stellen. Somit muss man sich als OK-Ermittler mitunter damit abfinden, den Fall nicht gänzlich aufklären zu können.
FOCUS-Online: Die Folge?
Huth: Die findet sich deutlich im OK-Lagebild des BKA wieder. Die Zahl der Verfahren sinkt genauso wie jene der Tatverdächtigen. Dabei wuchert das organisierte Verbrechen mehr denn je. Wenn wir uns hierzulande durch kriminelle Syndikate oder Clans unterwandern lassen, erlebt dieses Land ähnliche Zustände wie in Italien. Dort bedroht die Mafia die Zivilgesellschaft in allen Bereichen.
FOCUS Online: Dazu braucht es aber Spezialisten bei der Kripo mit entsprechendem Wissen, um erfolgreich gegen organisierte Banden vorgehen zu können, wie sieht es da aus?
Huth: Schlecht. Viele OK-Verfahren laufen über Jahre mit meist Dutzenden Tatverdächtigen. Für jeden Einzelnen gibt es eine Fall-Akte. **Ich habe jetzt gerade ein Verfahren vor Gericht gebracht, da weist das Dossier über manchen Angeklagten 18.000 Blatt Papier auf. Ein OK-Ermittler braucht sechs bis sieben Jahre, um sich einen entsprechenden Wissens- und Erfahrungsschatz anzueignen, damit er brauchbar ist. Zurzeit aber haben wir in NRW den Lehrgang an der Fachhochschule zum Einheitspolizisten, der im Verkehrsrecht besser unterwegs ist, als in der Anwendung kriminalistischer Methoden. Das müssen wir ändern und die zweiteilige Ausbildung wieder einführen: Und zwar in Streifen- und Kriminalpolizist**.
FOCUS Online: Es heißt, dass die Kripo in NRW überaltert ist, was ist da dran?
Huth: Bald erfolgt der personelle Aderlass in den Kommissariaten durch etliche Pensionswellen. Viele Kollegen, die jahrzehntelang im OK-Bereich tätig waren, werden gehen. Und da fehlt es an adäquatem Nachwuchs. Fazit: Mittelfristig werden wir mit weniger Qualität bei der Kripo auskommen müssen, weil das Leck nicht so schnell zu stopfen ist.

http://www.pi-news.net/2019/10/schuesse-und-aufgeschnittene-gurgel-blutige-kirmes-in-marburg/

STREIT ZWISCHEN FLÜCHTLINGEN FÜHRT ZU PANIK UNTER DEN BESUCHERN

Schüsse und aufgeschnittene Gurgel – blutige Kirmes in Marburg

14. Oktober 2019

Von EUGEN PRINZ | „Auf der Kirmes in der Innenstadt von Marburg an der Lahn ist am Freitagabend ein Streit zwischen zwei Gruppen eskaliert. Dabei wurde ein Mann schwer am Hals verletzt. Die Polizei hat drei Männer festgenommen."
So steht es zu lesen in der FRANKFURTER NEUE PRESSE und anderen Nachrichtenportalen, die über den Vorfall berichten. Kein Wort jedoch über den ethnischen Hintergrund der Beteiligten.

Panik unter den Volksfestbesuchern

Derzeit findet in Marburg die Innenstadtkirmes statt. Am Freitag Abend kam es dort zu einer Auseinandersetzung zwischen einer größeren Anzahl von Personen, in deren Verlauf Schüsse fielen und ein Jugendlicher durch einen Schnitt in den Hals schwer verletzt wurde.
Unter den zahlreichen Besuchern des Festes brach in der Folge eine Panik aus. Die Menschen liefen aufgeschreckt durcheinander, Kinder weinten.
Die alarmierten Polizeikräfte nahmen im weiteren Verlauf drei männliche Personen im Alter von 16, 21 und 29 Jahren fest. Diese wurden am Samstag dem Haftrichter vorgeführt. Weiteres ist noch nicht bekannt, da inzwischen die Staatsanwaltschaft die Zuständigkeit für Presseauskünfte zu dem Fall an sich gezogen hat. Sie wird sich erst heute im Laufe des Tages dazu äußern.
Der Schwerverletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht. Es besteht inzwischen keine Lebensgefahr mehr. Diesen Umstand hat er hauptsächlich dem entschlossenen Eingreifen einer kompetenten Ersthelferin zu verdanken. Mehr dazu gleich.
Ein Zeuge konnte beobachten, wie einer der Tatverdächtigen eine Waffe in der Lahn „entsorgte". Die Polizei konnte nach diesem Hinweis eine Gaspistole ohne Magazin aus dem Fluss bergen.

Wieder einmal Merkels Gäste?

Und wieder einmal stellt sich die Frage nach dem ethnischen Hintergrund jener, die durch eine gewalttätige Auseinandersetzung arglose Kirmesbesucher, darunter auch Kinder, in Angst und Schrecken versetzt haben.

Die Antwort darauf liefert uns Frau Sophia Budde aus Gießen. Sie arbeitet als Aushilfe im Imbisswagen von Festwirt Adi Ahlendorf, der etwa 100 Meter vom Geschehen entfernt seinen Standplatz hat. Nachdem eine Gruppe von Menschen schreiend an ihrem Imbisswagen vorbei gelaufen war, wurde sie von einem Freund ihres Sohnes darüber informiert, dass „da hinten einer liegt und nur am bluten ist".
Sophia Budde, eine hauptberufliche Pflegerin, die regelmäßig in Kursen ihre Kenntnisse in erster Hilfe auffrischt, begibt sich sofort zu dem Verletzten. Etwa 15 Personen sind bei ihm. Sie versuchen, mit einer unsterilen Mülltüte eine massive Blutung am Hals des am Boden liegenden Opfers zu stillen. Sophia Budde übernimmt die Ersthilfe und drückt Kompressen aus einem Verbandskasten, den eine andere Zeugin besorgt hat, auf die Halswunde.
Die Nothelferin berichtet, dass es sich bei dem Schwerverletzten um einen etwa 16-jährigen Flüchtling gehandelt hat. Dieser war durch den starken Blutverlust schon blau im Gesicht, aber noch bei Bewusstsein. Am Hals hatte er eine klaffende, etwa 8 cm lange Schnittwunde, die so tief war, dass die Halsschlagader frei lag.
Trotz des schlechten Zustandes schwor das alkoholisierte Opfer dem Täter noch Rache. Er habe ein Mädchen angebaggert, das dem anderen gehört, verriet der 16-Jährige. Sophia Budde vermutet, dass der Kontrahent dem Verletzten mit einem Cuttermesser den Hals aufgeschlitzt hat.

Inzwischen berichtet die BILD, dass es sich bei den Festgenommenen um drei Pakistani handeln soll.
Kommentar:
Zunächst ein Lob an die BILD, die in letzter Zeit offenbar dazu übergegangen ist, den ethnischen Hintergrund von Tatverdächtigen zu recherchieren und grundsätzlich zu veröffentlichen. Sowohl bei Deutschen, als auch bei Zuwandern. Gut so!
Nach dem Terroranschlag in Halle ist der tägliche Wahnsinn auf Deutschlands Straßen und Plätzen vorübergehend wieder in den Hintergrund getreten. Haben Sie, lieber Leser, eigentlich schon einmal darüber nachgedacht, dass es für ein Tatopfer keinerlei Unterschied macht, ob es durch einen Terroranschlag schwer verletzt oder getötet wird, oder durch die Hand eines „einfachen Kriminellen"?
Daher hat die Regierung Merkel unter dem Beifall aller anderen Parteien, mit Ausnahme der AfD, tausendfaches Leid über die deutsche Bevölkerung gebracht, wie das BKA-Lagebild „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" eindrucksvoll beweist. Mit jedem der in dieser Statistik erfassten Opfer haben die etablierten Politiker Schuld auf sich geladen. Politische Schuld in einer Dimension, wie es sie bisher in der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat.
Und dann erdreisten sich diese Leute auch noch, der AfD die Rolle des politischen Buhmanns zuzuschieben. Die Etablierten sollen erst einmal vor ihrer eigenen Türe kehren, bevor sie der AfD Vorwürfe machen. Denn statt der Zuwanderung Einhalt zu gebieten, werden immer noch mehr Messermänner ins Land gelassen, während man auf der Alternative für Deutschland wahlkampfwirksam herumhackt. Thüringen lässt grüssen.
Wie war das mit „Schaden vom deutschen Volk abwenden"?
Da geht es einem wirklich wie Max Liebermann: Man kann angesichts all dessen gar nicht so viel fressen, wie man kotzen möchte.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

Wochenblatt NordheideElbe & geesthacht 12,10.19,1
Zwei Frauen attackiert und
zwei Polizisten verletzt
Hanstedt: Asylbewerber schweigt nach Messerangriff über sein Motiv

as. Hanstedt. In Hanstedt hat ein 19-Jähriger am Donnerstag zwei Frauen mit einem Messer ange¬griffen und zudem zwei Polizisten verletzt. Der Afghane attackierte gegen 14.15 Uhr in der Harburger Straße, in Höhe der Einmündung Hingstkamp, mit einem Obstmesser unvermittelt eine 54-jährige Frau, die auf dem rechtsseitigen Gehweg in Richtung Asendorf unterwegs war. Die etwa 60 Jahre alte Fahre-rin eines grauen VW Golf hielt an, um der Frau zu helfen und wurde ebenfalls angegriffen. Beide Frauen konnten sich unverletzt in das Auto retten und fuhren zur Polizei.
Die in Hanstedt stationierten Polizisten suchten den Angreifer in einer nahe gelegenen Unterkunft für Asylbewerber auf. Als der Mann die Beamten sah, ging er auf sie mit einem Messer los. Den Beamten gelang es, den Täter festzunehmen. Dabei wurden sie leicht verletzt und mussten von Sanitätern versorgt werden.
Der junge Mann befindet sich in Polizeigewahrsam und sollte laut Polizeisprecher Jan Krüger am Frei¬tag einem Haftrichter vorgeführt werden. Gegen den 19-Jährigen wird wegen zweifachen versuchten Totschlags, gefährlicher Körperver¬letzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ermittelt.
Bislang schweigt der junge Mann zu seinen Beweggründen.
• Die Polizei sucht Zeugen, die den Angriff an der Harburger Stra¬ße beobachtet haben. Zum Bei¬spiel Autofahrer, die hinter dem VW Golf abbremsen mussten. Auch die couragierte Helferin wird gebeten, sich bei der Polizei in Winsen unter Tel. 04171-7960 zu melden.
https://www.focus.de/politik/gerichte-in-deutschland/anklage-sieht-habgier-als-motiv-87-jaehrige-tot-im-koffer-mordprozess-gegen-fluechtling-aus-afghanistan_id_11246175.html
Rentnerin lag tot im Rollkoffer
Frau (87) half Afghanistan-Flüchtling: Jetzt steht Mohammad A. unter Mordverdacht
FOCUS-Online-Reporter Göran Schattauer (Jena)
Freitag, 18.10.2019, 09:56
Anfang 2019 fällt eine Rentnerin im thüringischen Jena einem Gewaltverbrechen zum Opfer. Schnell gerät ein Nachbar unter Verdacht, den die Frau finanziell unterstützt hatte – der 24-jährige Mohammad A. Jetzt kommt der Mann vor Gericht. FOCUS-Online-Recherchen ergaben: Die Beweislage ist erdrückend.
Es geht um ein furchtbares Verbrechen. Um Mord.
Das Opfer: Ursula P. aus dem thüringischen Jena. Sie war 87 Jahre alt, als sie auf grausame Weise starb.
Der Tatverdächtige: Mohammad A. aus Kunar, einer Provinz im Nordosten Afghanistans. Geboren im März 1995.
Anklage: Frau mit brutaler Gewalt aus dem Leben gerissen
Der 24-jährige Mohammad A. muss sich ab Montag vor dem Landgericht Gera verantworten. Vor gut neun Monaten, am frühen Nachmittag des 10. Januar 2019, soll er seine Nachbarin Ursula P. brutal getötet haben. Dabei hatte ihn die gutmütige Frau zuvor finanziell unterstützt.
Doch ihre Hilfe reichte dem Angeklagten offenbar nicht. Er wollte mehr. So sieht es jedenfalls die Staatsanwaltschaft. Ihr Vorwurf: Mord in Tateinheit mit versuchtem Betrug und Urkundenfälschung.
Hauptmotiv laut Anklage: Habgier.
Die Rentnerin starb durch massive Gewalt gegen Kopf, Hals, Brust, Arme und Beine. Außerdem stach ihr der Täter ein Messer tief in den linken Oberschenkel.
Als "unbegleiteter minderjähriger Flüchtling" eingereist
FOCUS Online recherchierte die Umstände und Hintergründe der Tat, insbesondere die Fluchtgeschichte des Angeklagten sowie dessen Entwicklung in der Bundesrepublik.

Demnach reiste Mohammad A. im Juni 2011 als „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“ nach Deutschland ein und beantragte Asyl. Bei der Anhörung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gab der damals 16-Jährige an, sein Vater sei von Kämpfern der radikalislamischen Taliban getötet worden. Er selbst sei aus Angst vor den Terroristen geflohen.
Obwohl das Bamf den Asylantrag ablehnte, wurde Mohammad A. nicht abgeschoben. Ein Psychiater bescheinigte ihm eine „posttraumatische Belastungsstörung“, hervorgerufen durch den Krieg in seiner Heimat. 2016 erhielt eine Aufenthaltserlaubnis.

Kein Schulabschluss, Hartz IV, Aliasname, polizeibekannt

Wie FOCUS Online aus Ermittlerkreisen erfuhr, hat Mohammad A. weder einen Schulabschluss noch eine Berufsausbildung. In Deutschland bezog er mehrere Jahre Hartz IV. Der polizei- und justizbekannte Mann, der mindestens einen Alias-Namen benutzte, wurde mehrfach straffällig. Sein Auszug im Bundeszentralregister enthält fünf Einträge, unter anderem Betrug, Beleidigung, Bedrohung und Erschleichen von Leistungen.

Mohammad A. lebte zunächst in einem Kinderheim. 2014 zog der Mann aus Afghanistan in einen sanierten DDR-Plattenbau im Jenaer Stadtteil Winzerla. Zu seinen Nachbarinnen in dem Sechsgeschosser zählte Waltraut B. (Name aus Schutzgründen von der Redaktion geändert).

Nachbarin gab ihm aus Mitleid 10.000 Euro - und verarmte

Die Rentnerin war von den traurigen Erzählungen des Flüchtlings – sein Vater wurde angeblich enthauptet, die Mutter sei erblindet – beeindruckt und unterstützte ihn finanziell. Einmal gab sie ihm 2000 Euro, das nächste Mal 4000 Euro. Insgesamt steckte sie ihm 10.000 Euro zu, außerdem schloss sie zehn Handyverträge für ihn ab.

Irgendwann hatte die Frau Mohammad A. ihre gesamten Ersparnisse von rund 10.000 Euro überlassen – und geriet dadurch selbst in Existenznot.

Nachdem Frau nicht mehr zahlte, suchte er neue Gönnerin

Als der Flüchtling merkte, dass bei Waltraut B. nichts mehr zu holen war, suchte er eine neue Unterstützerin – und fand sie in Ursula P. Schnell gewann er das Vertrauen der rüstigen Seniorin, die bis ins hohe Alter als Küchenhilfe in einem Jenaer Restaurant arbeitete und dort als gute Seele des Hauses galt. Die 1931 geborene Frau steckte Mohammad A. kleinere Beträge zu, mal 50 Euro, mal 100.

Laut Staatsanwaltschaft bat er sie Anfang 2019 um 7000 Euro. Angeblich brauchte er das Geld, um zu seiner mittlerweile verstorbenen Mutter nach Afghanistan fliegen zu können. Ursula P. lehnte empört ab.

Möglicherweise war das ihr Todesurteil.

Als Tochter Wohnung der Rentnerin betrat, lief noch das Radio

Am 10. Januar 2019 gegen 14 Uhr kamen die Tochter und die Enkelin von Ursula P. in deren Wohnung. Den Termin hatte man am Vormittag telefonisch verabredet. Doch die Rentnerin war nicht da. Ihre Winterjacke und die Handtasche fehlten, im Radio lief Musik. Bestimmt war sie nur kurz weggegangen, dachten Tochter und Enkelin. Arglos verließen sie das Appartement.

Am nächsten Tag kam bei der Tochter ein böser Verdacht auf, denn sie erhielt einen alarmierenden Anruf. Eine Bank-Mitarbeiterin teilte ihr mit, dass ein Überweisungs-Formular eingegangen war. Darauf stand, dass von Ursula P.s Konto 7000 Euro abgebucht werden sollten. Empfänger des Geldes laut Vordruck: Mohammad A.

Allerdings hatte die Bankangestellte Zweifel, dass die Unterschrift auf dem angeblich am 9. Januar ausgefüllten Formular tatsächlich von Ursula P. stammte – und führte die Buchung nicht aus.

Täter pferchte Frau in Koffer und versteckte sie im Keller

Die Tochter fuhr sofort in die Bankfiliale, wo sie die Unterschriften-Fälschung erkannte. Anschließend ging sie in die – noch immer leere – Wohnung der Mutter. Am Nachmittag des 11. Januar 2019 stellte sie Vermisstenanzeige bei der Polizei.

Wenige Stunden später, am 12. Januar gegen 2.00 Uhr morgens, fanden Polizisten die Leiche der Rentnerin, eingepfercht in einen Rollkoffer. Er stand im verschlossenen Kellerabteil ihrer Wohnung und war vom Täter in einem Schrank versteckt worden.

Aufgrund der gefälschten Überweisung wusste die Polizei sehr schnell, nach wem sie suchen musste.

Kein Geständnis, keine Zeugen, aber viele belastende Spuren
Mohammad A. wurde am 12. Januar um 14.18 Uhr in Erfurt festgenommen. Vor dem Haftrichter bestritt er die Tat. Bis heute hat er kein Geständnis abgelegt. Seine Verteidigerin Stefanie Biewald aus Jena wollte sich auf Anfrage nicht zu dem Fall äußern.
Nach Recherchen von FOCUS Online ist die Indizienlage erdrückend.
So fanden Ermittler DNA-Spuren des Angeklagten am Körper des Opfers, im Inneren des Rollkoffers sowie am Bettzeug, in das der Leichnam eingewickelt war. Genspuren der Rentnerin wiederum entdeckten Rechtsmediziner an der Jacke von Mohammad A. und an dessen Turnschuhen der Marke „New Balance".
Video zeigt Mann beim Einwurf gefälschter Überweisung
Die kriminaltechnische Auswertung der Handschrift auf dem Formular der 7000-Euro-Überweisung ergab: Die Unterschrift „Ursula P." hat der Angeklagte gemacht. Videoaufnahmen der Bankfiliale zeigen, dass er den Vordruck wenige Stunden nach der Tat in den Briefkasten des Geldinstituts geworfen hatte.
Zudem beweist eine Funkzellenanalyse, dass er zum Tatzeitpunkt mit seinem Handy am Ort des Tötungsverbrechens eingeloggt war. Belastet wird Mohammad A. außerdem durch Fingerabdrücke und Faserspuren.
Kinder der Ermordeten wollen Prozess im Gericht verfolgen
Die Ermordung von Ursula P. hat in Jena und weit darüber hinaus für Entsetzen, Wut und Trauer gesorgt. Die Angehörigen leiden bis heute schwer. Tochter und Sohn des Opfers treten in dem am Montag beginnenden Prozess als Nebenkläger auf. Sie wollen versuchen, an jedem Verhandlungstag im Gericht zu sein.
Ihr Anwalt Stephan Rochlitz zu FOCUS Online: „Sie hoffen darauf, dass die schreckliche Tat lückenlos aufgeklärt wird und das Gericht ein gerechtes Urteil fällt."

https://www.focus.de/politik/gerichte-in-deutschland/prozess-um-sozialbetrug-gefluechtete-frau-macht-sich-elf-jahre-juenger-und-prellt-staat-um-145-000-euro_id_11238242.html
Anklage wegen Sozialbetrugs
„Geflüchtete" Frau macht sich elf Jahre jünger und prellt den Staat um 145.000 Euro
Mittwoch, 16.10.2019, 06:20
Sie war 26 Jahre alt, gab sich gegenüber deutschen Behörden aber als 15-Jährige aus - mit Erfolg. Von 2012 bis 2015 genoss die Frau aus Äthiopien alle Vorteile für „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge". Nun steht sie vor Gericht. Der Prozess in Augsburg wirft die Frage auf: Wie achtsam prüfen Jugendämter das Alter von Asylbewerbern?
Um es klar zu sagen: Dieser Kriminalfall hat nicht das Geringste mit der Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aus dem Herbst 2015 zu tun, die Grenzkontrollen für Flüchtlinge vorübergehend außer Kraft zu setzen.
Gleichwohl legt er einen Schwachpunkt im Umgang mit Asylbewerbern offen, ein Problem, das den Staat teuer zu stehen kommt. Allein bei dieser Straftat beträgt der Schaden laut Staatsanwaltschaft rund 145.000 Euro.
Angeklagte kam 2012 zunächst legal nach Deutschland
Verursacht haben soll ihn eine Frau aus Äthiopien, die heute 33 Jahre alt ist. Sie war 2012 nach Deutschland gekommen, also lange vor Beginn der weitgehend unkontrollierten Einreise Hunderttausender Flüchtlinge. Diesen Mittwoch muss sie sich vor dem Amtsgericht Augsburg verantworten - wegen Betrugs.

Nach Angaben der Ermittler war die in Addis Abeba geborene Frau im Spätherbst 2012 mit einem Schengen-Visum nach Deutschland gekommen, also ganz legal. Spätestens nach 90 Tagen hätte sie wieder ausreisen müssen.
Kurz vor Auslaufen des Visums soll die Angeklagte untergetaucht sein. Im Dezember 2012 meldete sie sich in München unter falschen Personalien als „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling".
Als Geburtsjahr gab sie 1997 an, laut Pass war es 1986
Um diesen Status zu erlangen, nannte die Äthiopierin nicht nur einen falschen Namen, sondern gab auch ein falsches Geburtsdatum an: März 1997. Damit wäre sie 15 Jahre alt gewesen.
Laut Anklage war sie zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits 26 Jahre alt, denn tatsächlich geboren wurde sie im Januar 1986. So stand es in ihrem Pass, mit dem sie 2012 nach Deutschland gekommen war.
Von dieser legalen Einreise wussten die Münchner Behörden ebenso wenig wie vom wahren Geburtsjahr 1986. Optisch hielten es die Mitarbeiter offenbar für möglich, dass die Afrikanerin erst 15 ist. Eine gründliche Altersprüfung fand offenbar nicht statt. Das Stadtjugendamt München bewilligte die Inobhutnahme der „Jugendlichen" und ordnete die Kostenübernahme durch die Landeshauptstadt München an.
Eine gründliche Altersprüfung fand offenbar nicht statt
Durch ihren Status als „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling" konnte die Frau staatliche Leistungen in Anspruch nehmen, die nur dieser besonders geschützten Gruppe zustehen. Dazu gehört etwa die Unterbringung in einer Jugendwohngruppe. Laut Staatsanwaltschaft genoss die Angeklagte ihre Vorzugsbehandlung über mehr als zwei Jahre, von Dezember 2012 bis März 2015. Dann flog der Schwindel auf. Über das bayerische Landeskriminalamt (LKA) landete der Fall bei der Justiz.
Bereits im Mai 2018 sollte sich die Frau vor Gericht verantworten. Sie war damals im siebten Monat schwanger und brach im Justizgebäude weinend zusammen. Richter Dominik Wagner setzte die Verhandlung daraufhin aus.
Minderjährigen-Status: In 40 Prozent der Fälle falsche Angaben
Dass sich erwachsene Asylbewerber als „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge" ausgeben, kommt gar nicht so selten vor. Die Zahl der entsprechenden Fälle dürfte bundesweit jedes Jahr in die Hunderte gehen, wie eine aktuelle wissenschaftliche Studie nahelegt.

Experten des Instituts für Rechtsmedizin in Münster hatten in den vergangenen Jahren knapp 600 junge Zuwanderer mit unklarem Alter forensisch untersucht. Das Ergebnis, über das FOCUS Online Mitte September 2019 exklusiv berichtet hatte: Etwa 40 Prozent der Flüchtlinge, die sich bei ihrer Einreise als minderjährig ausgegeben hatten und die in Münster begutachtet wurden, waren nachweislich 18 Jahre oder älter und gelten damit hierzulande als Erwachsene.
Im Jahr 2018 haben deutsche Jugendämter rund 12.200 unbegleitete Minderjährige vorläufig in Obhut genommen, ein Jahr zuvor waren es 22.500, im Jahr 2016 noch knapp 45.000 junge Menschen.

https://kopp-report.de/wissenschaftler-packt-aus-so-kauft-sich-die-politik-politisch-korrekte-forschungsergebnisse/
Stefan Schubert

Wissenschaftler packt aus: So kauft sich die Politik politisch korrekte Forschungsergebnisse
Das sehr informative Buch von Werner Sohn enthüllt für die Leser eine bis dato verborgene Welt – die Welt der kriminologischen Forschung. Die behandelten Themen zeigen bereits die Brisanz dieser wissenschaftlichen Forschung auf: Ausländerkriminalität, Radikalisierung bei Muslimen, Rechtsextremismus, Bewährungshilfe sowie die Krawalle in Paris und London. Sein Alleinstellungsmerkmal erreicht das Buch dadurch, **dass es die Einflussnahme durch Politik und Behörden auf die vormals unabhängige Forschung aufdeckt. Diese zeigt sich unter anderem darin, dass unerwünschte Statistikergebnisse willkürlich glatt geschliffen werden.**
Beginnen möchte ich die Buchbesprechung jedoch mit einer Kritik. Das Buchcover eines verzweifelten englischen »Bobbys« weckt die falsche Assoziation, dass das Buch einen dominanten Bezug zu England habe, dem ist aber nicht so. Der Autor Werner Sohn forschte 30 Jahre lang als wissenschaftlicher Mitarbeiter der kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden und arbeitete oftmals an Studien im Auftrag des Bundeskriminalamtes (BKA). Es handelt sich demnach um einen der profundesten Kenner der Kriminalität in Deutschland.
Ehemalige Kollegen werden an dem Enthüllungswerk Ausländerkriminalität, Rechtsextremismus, Krawall: Eine Kritik der politisierten Kriminologie sicherlich keine Freude haben, denn Sohn scheut sich nicht davor, dreiste Einflussnahmen, um nicht zu sagen Manipulationen, beim Namen zu nennen**. Mehrfach wird hier die Arbeitsweise von Christian Pfeiffer, dem ehemaligen Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), seziert. Seit Jahrzehnten wurde er bei Talkshows von Will, Maischberger und Co. dem zwangsbeglückten Zuschauer als unabhängiger Experte und Kriminologe präsentiert. Pfeiffer wurde vornehmlich dann eingeladen, wenn es darum ging, der Bevölkerung zu suggerieren, dass die Auswüchse der Ausländerkriminalität gar keine Auswüchse seien, sondern auf bestimmte statistische Faktoren zurückzuführen sind. Dass es sich bei diesem »Auftragsforscher« um einen stramm linken SPD-Funktionär handelt, der zudem in Niedersachsen das Amt des Justizministers für die SPD besetzte, behielten die hochbezahlten Staatsjournalisten natürlich für sich.**
In dem Buch wird deutlich, dass sich die Mehrzahl der Forschungseinrichtungen nicht mehr der unabhängigen Wissenschaft verpflichtet fühlen, sondern den nicht versiegenden Millionen an Steuergeldern, die Ministerien und Behörden über sie ausschütten. Dies geschieht aber nur, solange die Studien politisch korrekte Ergebnisse abliefern, die dann von den Qualitätsmedien millionenfach in die Wohnzimmer der Republik transportiert werden. Eine eigenständige journalistische Einordnung, oder gar eine Recherche über das Zustandekommen der Forschungsergebnisse, wird von den Medien nicht mehr vorgenommen, sondern der Bevölkerung bereitwillig als seriöse wissenschaftliche Arbeit verkauft.

»Ausländer raus … aus der Kriminalitätsstatistik«
Werner Sohn berichtet vom Siegeszug linker Kriminalitätsdeutung, die massiv und vorsätzlich die öffentliche Meinung durch ihren politisch gewünschten, moralischen Ansatz beeinflusst. Besonders im Bereich der Ausländerkriminalität sei durch die gewünschte Selbstzensur eine regelrechte »Dementierkriminologie« entstanden.

Im Buch wird resümiert, dass Ausländerkriminalität, auch in der Kriminologie, einmal ein wissenschaftliches Debattenthema war, es dann aber dem öffentlichen Diskurs entzogen und schließlich tabuisiert wurde. Eine Stärke des Buches liegt im konkreten Aufzeigen der einzelnen Manipulationsarten, etwa wenn es darum geht, die ausgewiesenen Straftaten in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) herunterzustufen. So wurde aus der »Eingangsstatistik« eine »Ausgangsstatistik«. Das bedeutet, dass die statistische Erfassung nicht mehr mit der Anzeige einer Straftat erfolgte, sondern erst nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen. Bereits im Jahr 1984 nahm die Ausländerkriminalität solche Dimensionen an, dass die Politik sowohl eine Abwahl als auch das Erstarken einer Law-and-Order-Partei befürchtete und deswegen massiv die statistischen Merkmale der PKS veränderte.

Besonders türkische Mehrfach- oder Intensivtäter sorgten durch ihre erheblichen Gewalttätigkeiten und ihre kriminelle Energie für einen entsprechenden Ausschlag bei der registrierten Ausländerkriminalität. Kurzerhand änderte die Politik die Merkmale der Erfassung und führte den Begriff der »Echttäterzählung« ein. Fortan konnte beispielsweise ein Intensivtäter »Mehmet« pro Jahr sechs Körperverletzungen, vier Einbrüche, zwei Raubstraftaten und eine Vergewaltigung begehen und durch die eingeführte Echttäterzählung schlägt sich diese Verbrechenshäufung in der PKS lediglich als ein türkischer Straftäter nieder. Schlagartig sank im nächsten Jahr die Zahl der ausgewiesenen (ausländischen) Straftäter um rund ein Viertel.

Islamistischer Terror – »Radikalisierung in nur zwei Tagen«
Im Kapitel »Radikalisierung« nimmt das Buch noch einmal an Fahrt auf. Der Autor beschreibt, wie die Befürworter der Multikulti-Ideologie Geheimdienste und Forscher ausbremsen, die den radikalen Islam als Bedrohung der freien Gesellschaften einordnen. Nach den Terroranschlägen 9/11 hat die EU-Bürokratie eine »Entislamisierung« der Sprache betrieben und mit immensen Mengen an Geld, wieder mithilfe von Auftragsforschung, Einfluss auf den öffentlichen Sprachgebrauch genommen. So weigern sich Politik und Medien seit Jahren, besonders in Deutschland, bei islamistischem Terrorismus von einer islamistischen Motivation des Attentäters zu sprechen. Stattdessen fabulieren sie etwas von internationalem Terrorismus oder Extremismus, den es zu bekämpfen gilt.

Gleichzeitig wird versucht, jegliche berechtigte Islamkritik als »islamophob« zu diffamieren. Diese Terminologie wurde durch den EU-Apparat vorgegeben und durch entsprechende bezahlte Auftragsforschung mit einem wissenschaftlichen Anstrich versehen, den Regierung und Medien nur zu gern übernehmen. Den negativen Höhepunkt dieser »Forschung« hat aktuell der Begriff der »Schnell- oder Selbstradikalisierung« eingenommen. Als der afghanische Asylbewerber Riaz Khan Ahmadzai mit einer Axt willkürlich auf Personen in einem Würzburger Regionalzug einschlug und fünf schwer verletzte, soll es sich um eine sogenannte »Schnell-Radikalisierung« gehandelt haben. Immerhin wurde dies dem deutschen Medienkonsumenten mit geballter Meinungsmacht vermittelt. Nicht die lebenslange islamische Sozialisation des Terroristen in Afghanistan, der durch den Islam geschürte Hass auf Ungläubige, Juden, Christen sowie auf westliche Lebensgewohnheiten, sind damit ursächlich für die Begehung des Terroranschlags, sondern eine angebliche Blitz-Radikalisierung in Deutschland.

Mehrere Tageszeitungen kreierten daraus ganz im Sinne des EU-Apparates und der Bundesregierung die Titelzeile »Radikalisierung in nur zwei Tagen?«. Gestützt auf »Forschungsergebnisse« ist es dann nicht mehr weit, um den islamistischen Terroranschlag als ein Integrationsversagen der deutschen Gesellschaft umzudeuten und dieser damit eine Mitschuld zu implizieren. Das Schlusswort überlasse ich dem studierten Sozialwissenschaftler, Philosophen und Germanisten Werner Sohn:

»Forschung dieser Art macht sich zu einem bloßen Mittel politischen Taktierens. Sie verstößt gegen grundlegende ethische Normen.«

Freitag, 18.10.2019

http://www.pi-news.net/2019/10/horror-in-limburg-ehefrau-mit-axt-und-schlachtermesser-gekoepft/

TÄTER IST SOHN TUNESISCHER EINWANDERER

Horror in Limburg: Ehefrau mit Axt und Schlachtermesser geköpft

25. Oktober 2019

Von JOHANNES DANIELS | Nach dem islamischen Terroranschlag mit einem Sattelzug durch einen 32-jährigen Syrer vor zwei Wochen nun die nächste Horror-Tat in Limburg auf offener Straße und am helllichten Tag: Ein 34 Jahre alter Mann, der in Deutschland als Sohn tunesischer Einwanderer geboren wurde, fuhr in der Limburger Innenstadt seine Ehefrau erst mit einem schwarzen Audi an, verletzte sie schwer und köpfte sie anschließend mit einer Axt sowie einem Schlachtermesser.

Die 31-jährige Frau war gegen 8.26 Uhr nach dem Polizeibericht auf einem Gehweg in der Weiersteinstraße unterwegs, einer Seitenstraße in der Nähe des Limburger Busbahnhofs. Der Angreifer fuhr mit sehr hoher Geschwindigkeit auf sein Opfer los und hatte bei der Tat einen Zaun und einen Pfosten umgefahren.

Ads by Ad.Style

Das Auto wurde dann von einer Hauswand gestoppt. Der Täter stieg in Folge sofort aus dem Audi und schlug mit einer Axt mehrfach auf die am Boden liegende Frau ein. Sie ist noch am Tatort an ihren schweren Verletzungen grausam erlegen. Nach Angaben eines Polizeisprechers führte der 34-Jährige auch „ein großes Messer" mit sich.

Die Polizei geht derzeit von einer Beziehungstat aus. Das Paar hat den Angaben zufolge zwei Kinder, die sich zum Tatzeitpunkt im Kindergarten befanden und nun vom Jugendamt psychologisch betreut werden.

BILD berichtete zunächst von einem „Deutschen mit Migrationshintergrund", zensierte sich danach aber selbst. Die Mainstream-Medien berichten derzeit allgemein von einem „deutschen Staatsangehörigen" als „mutmaßlichen Tatverdächtigen".

BILD berichtete zunächst von einem „Deutschen mit Migrationshintergrund". Später wurde dieser Passus entfernt.

Der Polizei liegen Hinweise vor, dass Zeugen den Angriff gefilmt oder fotografiert haben und bittet um deren Zusendung zur Tataufklärung und Hinweise unter unter der Telefonnummer 06431/9140-0. Es gebe konkrete „Erkenntnisse, dass Videos der Tatausführung im Netz kursieren". Sie forderte Zeugen auf, ihre Aufnahmen des „Vorfalls" nicht im Internet zu veröffentlichen und kündigte eine sofortige strafrechtliche Verfolgung bei der Weiterverbreitung an – größere Teile der Bevölkerung sollen nicht durch „unschöne Bilder" verunsichert werden.

Was zeigen die beiden Videos?

Die grausamen Bilder, die ein Anwohner geistesgegenwärtig aufgenommen hat, zeigen einen dunkelhaarigen Täter im schwarzen Trainingsanzug, wie er weit ausholend mit einer Axt auf eine am Boden liegende Person einschlägt. Der 25-sekündige Clip ist aus einem Nachbarhaus gefilmt. Zu sehen ist der schwarze Audi, dessen Heckklappe geöffnet ist in Rauchschwaden nach dem Aufprall. Im zweiten Video arbeiten zwei Mitarbeiterinnen der Spurensicherung neben der Leiche. Auf dem Boden neben der Frau liegen die Tatwaffen, eine Kurzstiel-Axt sowie das Schlachtermesser. Der Filmer zoomt an die Leiche heran, der Pullover ist über den Kopf gezogen, Mitarbeiter der Polizei haben mit blauer Farbe die Tatwaffen markiert. Beide Videos liegen der PI-NEWS-Redaktion vor, auf eine Veröffentlichung verzichten wir aus Pietätsgründen.
Screenshot aus dem Video.
Nach dem ähnlich gelagerten „Samurai-Mord" durch einen Täter mit Migrationshintergrund in Stuttgart im August kursierten ebenfalls „unschöne" Bilder und Videos des Angriffs im Internet. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft bestätigte jetzt, dass zwei Videos von Zeugen vorlägen, die nun ausgewertet werden würden. Bei den Maßnahmen kam auch ein Polizeihubschrauber zum Einsatz, Bilder vom Einsatzort zeigen auch mehrere Wagen der Feuerwehr.
Der Tatverdächtige soll nach aktuellem Polizeibericht nicht nur eine Spaltaxt der Marke Fiskars dabei gehabt haben, sondern setzte auch ein Schlachtermesser zur Köpfung ein. Beide Gegenstände wurden sichergestellt, so die Staatsanwaltschaft. Nach aktuellen Informationen wurde der 34-Jährige am Freitag einem Haftrichter vorgeführt.
„Kriminalreport Deutschland" twitterte euphemistisch („an den Folgen der Tat verstorben"):

#Limburg: 34-jähriger steht im Verdacht seine Ehefrau (31) mit Absicht überfahren zu haben. Die Frau ist an den Folgen der Tat verstorben. Weitere Informationen will die Polizei im Tagesverlauf bekanntgeben.

Nach zwei Horror-Taten im Oktober haben Polizei und Staatsanwaltschaft Limburg alle Hände voll zu tun. Am dringendsten wohl, gegen die Verbreitung von Videos im Netz mit der vollen Härte des Gesetzes vorzugehen:

Polizei Westhessen
✔@Polizei_WH

Wir haben Erkenntnisse, dass Videos der Tatausführung im Netz kursieren.
Unterlasst die Weiterverbreitung - wir werden konsequent gegen JEDE/N, die/der ein Video postet / teilt / veröffentlicht ein Strafverfahren wegen Gewaltdarstellung (§ 131 StGB) einleiten!

1.693
12:49 - 25. Okt. 2019
Twitter Ads Info und Datenschutz

1.408 Nutzer sprechen darüber

Die Axt gehört mittlerweile zu Deutschland.

http://www.pi-news.net/2019/10/muenchen-afghane-vergewaltigt-18-jaehrige-nach-erstwaehler-party/

WURDEN VON OB REITER (SPD) ASYLBEWERBER INS RATHAUS EINGELADEN?

München: Afghane vergewaltigt 18-Jährige nach Erstwähler-Party

24. Oktober 2019

148

Nach der Erstwähler-Party „18jetzt" im Münchner Rathaus wurde die 18-Jährige von dem Afghanen vergewaltigt.

Von OLIVER FLESCH | Und wieder wurde die Seele eines Mädchens dank kulturfremder Masseneinwanderung zerstört. Diesmal in München. Das Schulmädchen kam in der Nacht von Samstag auf Sonntag von der alljährlich von SPD-Oberbürgermeister Dieter Reiter veranstalteten Erstwähler-Party „18jetzt" im Rathaus.

Moment mal, da war doch mal was! 2016 kam es auf der gleichen Veranstaltung zu einem Eklat (PI-NEWS berichtete). Oberbürgermeister Reiter kam auf die großartige Idee, auch ein paar junge Asylbewerber einzuladen. Wohl, damit die mal in Kontakt mit deutschen Mädchen kommen. Es kam, wie es kommen musste: Die Asylanten zerrten an den Mädels, begrapschten sie an ihren Brüsten, wir kennen es. Erst Sicherheitsleute konnten die Männer bremsen. Zehn Asylanten flogen raus, einer wurde wegen sexueller Nötigung verhaftet, weil er ein Mädchen gegen ihren Willen geküsst hatte. Die Frage, was Asylbewerber auf eine Party für erstwählende Münchner Bürger zu suchen haben, schließlich sind sie weder Erstwähler noch Münchner Bürger, hat Reiter bis heute nicht beantwortet.

Das Schulmädchen kam also von dieser Party, es schaffte nur 900 Meter. Im Herzog-Wilhelm-Park sprach sie Asif M. (29) gegen 1.45 Uhr an. Weil sie Durst und kein Geld mehr hatte, bot der Afghane an, ihr etwas Alkoholfreies zu Trinken zu kaufen. Wurde nichts draus. Asif M. begrapschte das Mädchen, wollte ihre Hose öffnen. Sie versuchte ihn abzuschütteln, worauf er ihr ins Gesicht schlug. Das Mädchen, inzwischen wohl unter Todesangst, ergab sich und wurde von dem Afghanen vergewaltigt. Doch der Mut des Mädchens kam zurück, es schrie so laut es konnte. Passanten hörten die Kleine, der Afghane lief weg, Polizei und Rettungsdienst kamen.

Über 20 Streifenwagen fahndeten nach dem mutmaßlichen Vergewaltiger. Die Beamten kontrollierten einen Verdächtigen, fotografierten ihn – und ließen ihn wieder laufen.

Glück im Unglück: Weil gegen den Afghanen ein Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs läuft, er wegen Drogendelikten vorbestraft ist, hat er eine Meldeauflage bei der Polizei. Nur einen Tag später spazierte der 29-Jährige in die Altstadtwache und wurde festgenommen.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Landesvositzende der AfD-Bayern, Petr Bystron, der seit Jahrzehnten in München lebt, nimmt Oberbürgermeister Dieter Reiter ins öffentliche Kreuzverhör:

- Wurden auch diesmal Asylbewerber auf die „18jetzt"-Party im Rathaus eingeladen?
- Falls ja, warum wurden Menschen auf eine Party für erstwählende Münchner Bürger eingeladen, die weder Münchener Bürger noch Erstwähler sind?
- War der Tatverdächtige unter den Eingeladenen, oder gehörte er zu deren Umkreis?
- Gegen den Afghanen läuft bereits ein Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs, des Weiteren ist er wegen Drogendelikten polizeibekannt. Wieso wurde dieser Intensivstraftäter nicht längst abgeschoben?

- Und ganz grundsätzlich: Welche Schlüsse für die Sicherheit hat Oberbürgermeister Dieter Reiter seit den ungeheuerlichen Vorfällen vor drei Jahren gezogen?
- Welche Maßnahmen hat die Stadt ergriffen, damit sich besagte Übergriffe nicht wiederholen?
- Wie will die Stadt München die Sicherheit ihrer Bürger garantieren, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, ihren jugendlichen Partygästen eine sichere Heimfahrt zu gewährleisten?

Ob der SPD-Oberbürgermeister diesmal antworten wird? PI-NEWS bleibt dran

https://www.focus.de/familie/eltern/familie-heute/ex-direktorin-von-brennpunktschule-wir-fahren-eine-ganze-generation-an-die-wand_id_11234847.html

Doris Unzeitig im Gespräch

Ex-Direktorin von Brennpunktschule: „Wir fahren eine ganze Generation an die Wand“

FOCUS-Online-Autorin Kristina Kreisel

Freitag, 25.10.2019, 08:08

Drohungen, gewalttätige Schüler, aggressive und ignorante Eltern: So sah der Alltag von Doris Unzeitig als Direktorin einer Berliner Brennpunktschule fünf Jahre lang aus. Inzwischen hat sie hingeschmissen. Weil sie sich im Stich gelassen fühlte, wie sie sagt. Die Politik habe auf dem Schulhof versagt. Verlierer sind die Kinder.

„Eine Reise aus der Idylle in die Niederungen des Großstadt-Dschungels.“ So beschreibt Doris Unzeitig ihren Wechsel von einer Dorfschule im Salzkammergut in den oberösterreichischen Bergen an die Spreewald-Grundschule in Berlin-Schöneberg.

Sie liegt in einem Problemkiez, gilt als Brennpunktschule mit extrem vielen Schülern aus extrem schwierigen Verhältnissen. Gewalt, Armut, Drogen, auch Prostitution, sind Themen, mit denen sich Lehrer hier auseinandersetzen müssen. Viele Kinder stammen aus dem bildungsfernen Milieu, sprechen zuhause öfter **Arabisch oder Türkisch** als Deutsch und erfahren durch das Elternhaus kaum bis keine Unterstützung in Sachen Schule. Sie zu fördern und zum Lernen zu motivieren, ist eine Mammutaufgabe für Lehrer.

„Wollte keine Bildungspolitikerin werden“

Doris Unzeitig wollte sich dieser Herausforderung stellen, ließ sich 2009 aus Österreich dorthin versetzen, von wo die meisten ihrer Kollegen am liebsten ganz schnell wieder wegwollen. Der Alltag an ihrer alten Schule war ihr zu eintönig geworden, zu wenig aufregend, wie sie sagt. „Ich wollte über den Tellerrand meiner Schule in einem 1000-Seelen-Dorf hinausschauen. Ich wollte Dinge verändern, mich für die Kinder einsetzen“, erklärt Unzeitig im Gespräch mit FOCUS Online.

Ihr Fazit zehn Jahre später: ernüchternd. Die großen Ambitionen von damals sind passé. „Ich habe den Verwaltungsapparat unterschätzt und die Unterstützung von Vorgesetzten und Politik überschätzt“, sagt die ausgebildete Montessori-Pädagogin. „Ich bin Lehrerin, doch in Berlin habe ich mich oft wie eine Bildungspolitikerin gefühlt. Das wollte ich nie.“

Die Gründe dafür sieht Unzeitig im deutschen Schulwesen begründet: Die Kompetenzen seien kompliziert verteilt, die Verfahren lang, das Geld immer knapp. „Als Praktikerin vor Ort Dinge zu verändern, ist immens schwierig“, sagt sie. „Teilweise konterkarieren übergeordnete Instanzen ganze Beschlüsse, die in den Schulen helfen könnten.“

Kinder, die mit Stöcken aufeinander einprügeln

Die Zustände, die die ehemalige Schulleiterin schildert, sind erschreckend und beschämend. Sie erzählt von Kindern im Grundschulalter, die ihren Klassenkameraden Löcher in die Klamotten schneiden, Haare ausreißen, mit Fäusten und Stöcken aufeinander einprügeln, die sich bedrohen und auf das Übelste beschimpfen mit Ausdrücken, die so ordinär sind, dass sie nirgendwo hingehören, auf keinen Fall jedoch auf den Schulhof. „Ich töte ihn. Ich schneide ihn auseinander“ bedrohte einmal ein Elfjähriger einen Mitschüler.

Vor allem in der Retrospektive mache sie vieles, das sie über die vergangenen fünf Jahren hinweg an der Spreewald-Schule erlebt hat, fassungslos, schreibt Unzeitig in ihrem gerade erschienenen Buch. Manches widere sie an. „Es gab keinen Tag, an dem kein Schüler, kein Kollege oder Elternteil auf mich zu kam, weil etwas passiert war.“

"Eine Lehrerin sieht Rot" hier bei Amazon bestellen

Schulleiterin engagierte Wachdienst für den Pausenhof

Weil sich die Situation partout nicht besserte, engagierte sie im März 2018 sogar einen privaten Wachdienst – an den Behörden vorbei, „als letzte Möglichkeit, um die Situation in der Schule zu entspannen“, wie Unzeitig sagt.

Denn die Muskel-Berge der Sicherheitsleute nötigten nicht nur vielen Vätern, denen es schwerfiel, eine blonde Frau als Autoritätsperson zu akzeptieren, die sie „Nutte“ schimpften, weil sie einen Rock trug, mehr Respekt ab als den Lehrkräften, sondern sie sprachen vielfach auch die Sprache der Kinder. Ein entscheidender Vorteil, wie die Pädagogin findet.

„Untereinander unterhalten sich viele Schüler auf Türkisch oder Arabisch. Von den Lehrkräften versteht das aber nur eine Handvoll“, erklärt die ehemalige Schulleiterin die Situation. „Für die Kollegen war es oft schwierig, rechtzeitig zu reagieren, weil sie schlicht nicht verstanden haben, was sich Schüler gegenseitig an den Kopf geworfen haben.“ Die Sicherheitskräfte, die Unzeitig zufolge zum Großteil aus dem Ausland stammten, einen Migrationshintergrund hatten, hätten geholfen, solche Streitigkeiten unter den Kindern früher zu antizipieren und ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen, ehe sie eskalierten.

Doch Sicherheitspersonal auf einem Schulhof, muss das sein? Darf das sein? Die Reaktionen auf die ungewöhnliche Aktion der Berliner Schulleiterin waren geteilt. Ihr Einsatz wurde inzwischen eingestellt.

„Respekt der Schüler habe ich mir hart erkämpft“

Gegen sich selbst hat die Österreicherin in ihrer Zeit an der Berliner Brennpunktschule keine Gewalt erlebt. „Ich bin aber auch entsprechend aufgetreten“, sagt die heute 49-Jährige. „War immer schick und adrett gekleidet und bin bestimmt aufgetreten. Den Respekt der Schüler und Eltern habe ich mir hart erkämpft.“

So glimpflich ging es nicht für alle Kollegen ab: Einer schwangeren Kollegin schlug ein Schüler einmal in den Bauch. „Um zu testen, ob es ihr weh tut“, wie Unzeitig in ihrem Buch schreibt. Andere Kollegen haderten noch mehr mit den Umgangsformen an der Grundschule: Vor allem Quereinsteiger, die aus Personalnot heraus in Klassen aushelfen sollten, wollten mitunter gar nicht mehr unterrichten, so überfordert waren sie mit dem, was in den Klassenräumen abging, erzählt Unzeitig. „Teilweise musste ich sie daran erinnern, dass sie einen Arbeitsvertrag haben und dafür bezahlt werden, zu unterrichten und die Kinder zu fördern.“

Die unzureichende Kompetenz mancher Kollegen, die zu theoretische und zu wenig praktische Ausbildung der Lehrkräfte, das sieht Unzeitig als einen Grund, warum es an vielen Schulen heute anders zugeht als es sich Eltern, Lehrer und Gesellschaft idealtypisch vorstellen. Die Spreewald-Grundschule ist ein Extrem-Beispiel, doch die Pädagogin sieht auch anderswo immer größere Baustellen, die sich auf Pausenhöfen und in Klassenzimmern

Auch die Tatsache, dass sich Eltern aussuchen könnten, an welche Schule sie ihre Kinder schicken, kritisiert Unzeitig. „Dadurch durchmischen sich verschiedene Klientel, Einkommens- und

Herkunftsgruppen kaum noch. Das schadet dem Klima in den Klassen und schafft Ghetto-Schulen wie in Schöneberg.“
Außerdem auf der To-Do-Liste der Bildungspolitiker in Berlin, aber auch deutschlandweit, sieht Unzeitig die Entbürokratisierung des Schulwesens sowie eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Lehrer-Kollegien. „Sonst fahren wir eine ganze Generation gegen die Wand.“
Unzeitig boxte kostenloses Mittagessen durch
Nur negativ war ihr Ausflug aus dem Salzkammergut in den Großstadt-Dschungel allerdings nicht. So ist das Mittagessen heute für Kinder, die eine Ganztagsklasse besuchen, in allen städtischen Schulen in Berlin kostenlos. Unzeitig boxte es maßgeblich durch die Instanzen.
Trotzdem konnte sie die Zustände irgendwann nicht mehr verantworten, wie sie sagt. „Ich wollte vor den Problemen nicht die Augen verschließen, habe aber gemerkt, dass sie sich ohne politische Unterstützung zeitnah nicht lösen lassen.“
Daher habe sie sich zurückgezogen, ihre Position im September 2018 aufgegeben, sagt Unzeitig. Zurückzukehren in die deutsche Hauptstadt, kann sie sich durchaus vorstellen. „Wenn die Stadt wirklich etwas ändern und die Situation für die Kinder verbessern will, dann würde ich mich über einen Anruf sehr freuen.“

http://www.pi-news.net/2019/10/liebe-polizei-darum-ist-das-wichtig/

DIE BÖSE FRAGE NACH DEM MIGRATIONSHINTERGRUND

Liebe Polizei: Darum ist „das“ wichtig!

26. Oktober 2019
58

Von EUGEN PRINZ | Der Autor dieses Artikels ist für die Pressesprecher der Polizeidienststellen das, was die Amerikaner als „a pain in the ass“ (ein Schmerz im Hintern) bezeichnen.
Er stellt bei Recherchen zu Gewaltstraftaten immer die böse Frage, auf die andere Journalisten verzichten und die da lautet:
„Liegt bei dem Tatverdächtigen ein Migrationshintergrund vor?
Das ist der Moment, ab dem der Ton des Beamten oder der Beamtin nicht selten etwas reservierter wird. Und häufig kommt dann die Gegenfrage:
„Warum ist das wichtig?“

Warum der ethnische Hintergrund von Interesse ist

Zunächst einmal ist „das“ wichtig, weil die Antwort auf diese Frage nicht nur die Leser von PI-NEWS wissen möchten, sondern auch viele andere Bürger dieses Landes.
Es ist die originäre Aufgabe eines Journalisten, den Leuten jene Informationen zu liefern, die sie haben möchten. Weder die Polizei noch die Medien haben darüber zu befinden, was den Bürger interessieren darf und was nicht.
Der zweite Grund ist, dass junge Männer mit Migrationshintergrund sowie Migranten aus Afrika oder dem Nahen Osten, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, überproportional häufig in der Kriminalstatistik vertreten sind, vor allem was Gewaltstraftaten betrifft.
Das wissen eigentlich auch die Pressesprecher der Polizei, deshalb sollten sie sich nicht so heuchlerisch nach dem Grund für „diese Frage“ erkundigen. Und sollte einer darunter sein, der es nicht weiß, hilft ein Blick in die Kriminalstatistik

weiter, oder auch der Erwerb des Buches „Notruf einer Polizistin“ der Oberkommissarin Tania Kambouri von der Polizei Bochum. Darin wird das Problem in epischer Breite behandelt.

Der Wähler muss Bescheid wissen

Und der dritte Grund ist, dass die Wahlberechtigten korrekt über die gesellschaftliche Entwicklung in ihrem Land unterrichtet sein sollten, damit sie an der Wahlurne die richtige Entscheidung treffen können. Wenn Sie beispielsweise zu der Schlussfolgerung kommen, dass die Migrationsbewegung aus bestimmten Kulturkreisen nicht förderlich für die Innere Sicherheit Deutschlands ist, können sie eine Partei wählen, die etwas dagegen unternimmt. Dafür braucht es aber die korrekten Informationen.

„Hört sich nicht so an, als würden sie Deutsch sprechen. Also ist es bestimmt Deutschland“ (Kommentar auf der Internetseite bestgore.com zum Video der Tat in Limburg)

Wie definiert sich „Migrationshintergrund“?

An dieser Stelle sollten wir uns vielleicht einmal die vom BAMF verwendete Definition von „Migrationshintergrund“ ansehen:

„Eine Person hat dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist.“

Wer diese Definition genau durchliest, erkennt die Problematik, die bald auf uns zukommen wird:

Kinder von Migranten, die bereits in Deutschland geboren wurden und von Geburt an im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit waren, gelten nicht als Deutsche mit Migrationshintergrund. Sie werden in Pressemitteilungen der Polizei als Deutsche ohne Migrationshintergrund bezeichnet.

Insbesondere bei den Türken, aber auch bei vielen Arabern wird das in den kommenden Jahren verstärkt der Fall sein.

Sind es dann Deutsche ohne Migrationshintergrund?

Rechtlich gesehen, ja. Aber insbesondere Deutsche mit Vorfahren aus der Türkei oder dem Nahen Osten, noch dazu wenn sie moslemischen Glaubens sind, werden selten die Werte ihrer Kultur aufgeben und sich im Sinne einer Assimilation in Deutschland integrieren.

Wer Zweifel daran hat, möge bitte Türken oder Araber nennen, die einen deutschen Vornamen tragen. Da wird die Liste nicht lang sein.

Früher hat sich der Autor oft über die hartnäckige Weigerung der Menschen aus dem vorgenannten Kulturkreis geärgert, den Weg der Assimilation zu gehen.

Einen Vorteil hat die Sache jedoch: Deutscher hin oder her – wenn in der Berichterstattung der korrekte Vorname genannt wird, werden wir auch in Zukunft unsere „Pappenheimer“ erkennen, wenn wieder einmal eine Scheidung durch das Beil erfolgt, wie in Limburg.

Ein Denkanstoß zum Schluss

Es steht außer Zweifel, dass der überwiegende Teil der Menschen mit moslemischen Migrationshintergrund hierzulande fleißig arbeitet, Steuern und Abgaben entrichtet, sich nichts zu schulden kommen lässt und einen freundlichen, wenn auch meist distanzierten Umgang mit der indigenen Bevölkerung pflegt.

Über eines sollte sich jedoch jeder im Klaren sein: Diese Menschen werden in etwa 50 Jahren die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland bilden. Und sie werden dann auf demokratischen Weg ihre Werte und ihre Lebensweise in diesem Land etablieren. Das wird sich auch in der Gesetzgebung, sowie in den Bestimmungen und Vorschriften niederschlagen. Das gehört zum Wesen der Demokratie.

Die indigenen Deutschen können keine Ausnahmeregelung erwarten. Sie müssen dann weitgehend nach den Regeln und Werten der früheren Zuwanderer leben. Dessen muss sich jeder bewusst sein.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

https://charismatismus.wordpress.com/2019/10/21/zunahme-weiblicher-genitalverstuemmelungen/

Zunahme weiblicher Genitalverstümmelungen

Veröffentlicht: 21. Oktober 2019 | Autor: Felizitas Küble | Abgelegt unter: AKTUELLES | Tags: gesundheit, Frauen, Kinderschutzbund, Mädchen, Genitalverstümmelung, Menschenrechtsverletzungen, Weckruf, Dunkelziffer, Terre des Femmes, Sensibilisierung |3 Kommentare

Jedes Jahr sind mehr Mädchen und Frauen in Deutschland von Genitalverstümmelung betroffen. Die jetzt veröffentlichten Zahlen von Terre des Femmes müssen ein Weckruf an Politik und Gesellschaft sein.

Weibliche Genitalverstümmelung ist eine schwere Menschenrechtsverletzung und ein irreparabler Einschnitt in die psychische und physische Gesundheit von Mädchen und Frauen.

Weder Politik noch Gesellschaft sind auf die Verschärfung dieses Problems bislang ausreichend vorbereitet: „Es gibt keine bundesweite Erhebung von Fallzahlen. Weder in der Lehramts-, noch in der Erzieher-, noch in der Lehrerausbildung wird weibliche Genitalverstümmelung thematisiert“, sagt Ekin Deligöz, Vizepräsidentin des Kinderschutzbundes.

Sie erklärt dazu weiter: „Der Kinderschutzbund fordert einen Aktionsplan der Bundesregierung zur Sensibilisierung der betroffenen Gruppen: Alle Akteure aus Jugendämtern, Schulen, Verbänden und Medizin müssen an einen Tisch.“

Dort muss über ein umfassendes Konzept zum Schutz und zur Behandlung der betroffenen Mädchen beraten werden.

Der Menschenrechtsverein Terre des Femmes hat heute seine Dunkelzifferstudie zu weiblicher Genitalverstümmelung vorgestellt. Seit dem Vorjahr 2018 stiegen die Zahlen um acht Prozent an, im Vergleich zu 2014 sogar um 44 Prozent.

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Kinderschutzbundes vom 10.10.2019

https://kopp-report.de/tunesischer-axt-moerder-von-limburg-die-kausalitaet-von-gewalt-und-islam/

Stefan Schubert

Tunesischer Axt-Mörder von Limburg – die Kausalität von Gewalt und Islam

Die öffentliche Hinrichtung einer Frau durch ihren tunesischen Ehemann mit einer Axt hat Deutschland einmal mehr geschockt. Während die Bevölkerung hin und her gerissen ist zwischen Anteilnahme, Bestürzung und Wut über die

Zustände in der Republik, schüchtern Politik, Behörden und Medien den Souverän des Landes ein. So soll verhindert werden, dass das brutale Tatvideo breiten Teilen der Bevölkerung bekannt wird. Die Zensur und die Einschüchterung durch den Staat erfolgt hierbei aus keinerlei Pietätsgründen, sondern dient allein der Abwürgung jeglicher Debatte über eine unkontrollierte und kulturfremde Einwanderung sowie der islamischen Sozialisation des Täters als Hauptmotiv dieser barbarischen Tat.

Der Islam ist im 11,5 Millionen Einwohner zählenden Tunesien Staatsreligion. 98 Prozent der Bevölkerung bekennen sich zum Islam. Der Terror im Namen Allahs hat in den vergangenen Jahren auch in Westeuropa gewütet. Doch bei dieser Anschlagswelle handelt es sich nur um den sichtbaren Teil des Konflikts. Nicht minder bedrohlich und tief greifend werden die westlichen Gesellschaften von der zunehmenden Islamisierung angegriffen. Doch statt diesen bedrohlichen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten, unterwerfen sich die Protagonisten von Politik und Medien mit ihrer Appeasement-Politik dem Islam geradezu. Im Namen der Political Correctness werden Grundrechte der westlichen Gesellschaft wie Menschenrechte, Meinungsfreiheit, die Rechte der Frauen und die Rechte religiöser und sexueller Minderheiten auf dem Altar des Multikulturalismus geopfert.

Wie weit diese Dynamik inzwischen fortgeschritten ist, und wie gefährlich sie sich auf die Innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Frieden auswirkt, ist auch in Limburg in seiner ganzen Brutalität offen zu Tage getreten. Für viele Muslime bedeutet der Islam eine Gesellschaftsordnung, in der die Scharia über dem deutschen Grundgesetz und Strafgesetzbuch thront. Eine derart brutale Tatausführung wie in Limburg wäre ohne die gewaltaffine islamische Sozialisation des tunesischen Täters kaum denkbar. Im aktuellen Buch des Autors Sicherheitsrisiko Islam – Kriminalität, Gewalt und Terror: Wie der Islam unser Land bedroht wird die Kausalität von Gewalt und Kriminalität und dem Islam ausführlich analysiert, belegt und dokumentiert.

Arabische Medien berichten ohne ideologische Scheuklappen

Der deutsch-libanesische Regisseur und Fernsehjournalist Imad Karim hat auf seiner Facebook-Seite die Erkenntnisse arabisch-sprachiger Medien veröffentlicht. Während die Mainstream-Medien noch die Meldungen über einen angeblich rein deutschen Täter verbreiten, berichteten sämtliche arabische Medien ausführlich und wahrheitsgetreu über die Tat. Laut der Übersetzung vom Imad Karim hat das tunesische Außenministerium den Täter offiziell als den 34-jährigen Tunesier Imad Amdouni bestätigt. Der Sohn einer tunesischen Gastarbeiterfamilie ist in Deutschland geboren und hier zur Schule gegangen. Er besitzt von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit. Nur angekommen in Deutschland ist weder der Mörder noch seine Familie, da helfen auch keine inflationär verteilten deutschen Pässe.

Seine Familie stammt aus der kleinen tunesischen Stadt Bou Salem (21.638 Einwohner) im Gouvernement Jendouba. Er ist drogenabhängig, gewalttätig und des Öfteren wegen schwerer Körperverletzung, nicht nur gegen seine Frau, sondern auch gegen seine eigene Mutter, aufgefallen. Der mutmaßliche Täter soll kurz nach der Heirat angefangen haben, seine Ehefrau zu misshandeln, zu schlagen und mit dem Tod zu bedrohen. Das 31-jährige Opfer, seine Ehefrau und die Mutter der beiden gemeinsamen Kinder, war eine Tunesierin, die vor sechs Jahren mit einem Studium-Visum nach Deutschland kam. Sie hieß Muri. Die beiden müssen kurz nach ihrer

Ankunft geheiratet haben. Irgendwann konnte die junge Mutter die Misshandlungen ihres aggressiven Ehemanns nicht mehr ertragen, trennte sich von ihm, ließ sich scheiden und bekam das alleinige Sorgerecht für die beiden Kinder.

Für das Posten der Übersetzungen aus arabischen Zeitungen wurde Imad Karim mittlerweile für 30 Tage von Facebook gesperrt. Dies belegt einmal mehr, wie sehr sich der politische Mainstream von der Bevölkerung entfernt hat. Anstatt über die Tat rein faktenbasiert zu berichten, wird die Verbreitung der Wahrheit zensiert und bestraft. Willkommen im Deutschland des Jahres 2019!

Screenshot persönliche Website von Imad Karim

Bild: Screenshot persönliche Website von Imad Karim

Aus Angst vor seiner Rache des Ex-Mannes lebte Muri in einem Frauenhaus in Limburg, ca. 70 km vom ehemaligen gemeinsamen Wohnort entfernt. Auf einem gemeinsamen Foto trägt sie einen Hidjab, das islamische Kopftuch, welches Haare, Ohren und den Hals bedecken. Ansonsten ist sie modisch, westlich gekleidet.

Trotz dem Umzug in eine andere Stadt hören die Nachstellungen des Tunesiers nicht auf. Besonders perfide agiert hierbei die Familie des Täters. Immer wieder erscheinen Angehörige des Tunesiers bei Bekannten der geflüchteten Frau und im Umfeld des Frauenhauses, sie wollen die neue Adresse der Ex-Frau herausfinden. Diese Hintergründe belegen zweierlei, anstatt mäßigend auf den verlassenden Ehemann einzuwirken, scheint seine Familie Druck auf ihn ausgeübt zu haben, den »Geschichtsverlust« der islamischen Familie wiederherzustellen – durch einen »Ehrenmord«?

Somit stellt sich bei den beteiligten Familienangehörigen die Frage einer Mittäterschaft bei dem Mord. Doch bei dem skandalösen Zustand der deutschen Justiz und deren regelmäßigen Kulturrabatt für muslimische Straftäter dürfte weder die islamische Sozialisation des Tunesiers, noch seine Familienangehörigen auf der Anklagebank wiederfinden. Die geheim gehaltene Adresse der Frau soll der Tunesier von einem Bekannten beim Einwohnermeldeamt erhalten haben. Bei einer funktionierenden Justiz und einem wehrhaften Staat, der dieser ja immer wieder öffentlich vorgibt zu sein, würde sich auch dieser Bekannte vom Einwohnermeldeamt vor Gericht wegen Mittäterschaft verantworten müssen. Doch im buntesten Deutschland aller Zeiten ist zu befürchten, dass weder Familienangehörige, noch der Einwohnermeldeamt-Komplize, noch die islamische Sozialisation des Tunesiers zur Rechenschaft gezogen werden.

Der 34-jährige Tunesier lauerte seiner Ehefrau auf und überfährt diese dann mit seinem Auto. Während diese schwer verletzt auf der Straße liegend um ihr Leben kämpft, öffnet der Tunesier in aller Seelenruhe seinen Kofferraum, holt eine Axt heraus, stellt sich breitbeinig über den Kopf und visiert den Hals der wehrlosen Frau an. Beidhändig – mit voller Wucht – schlägt er zu. Einmal. Zweimal. Dreimal. Viermal. Fünfmal. Die Axtschläge des Tunesiers krachen wie ein Fallbeil herab und führen beinahe zu einer vollständigen Enthauptung der Frau. Das 18-sekündige Handyvideo eines Zeugen verbreitete sich rasch in den sozialen Netzwerken. Beim Anschauen der Gewalttat fallen nicht nur die Brutalität und Verrohung des Täters auf, sondern auch seine Ruhe bei dem Mord selbst: Keine Raserei,

keine panischen Blicke, ob Zeugen oder Polizei in der Nähe seine Tat beobachten, keine Angst vor einer Entdeckung.
Dieses abnorme Verhalten ist auch nach dem öffentlichen Mord zu beobachten. Der Tunesier wirkt ruhig, geradezu zufrieden, so wie ein Bauarbeiter wirkt, wenn er ein Baugerüst abgebaut und der wohlverdiente Feierabend auf ihn wartet. Reue? Schamgefühl? Nein, dies ist bei dem Tunesier nicht auszumachen. Der reinste Vernichtungswillen, der bei diesem öffentlichen Mord zum Vorschein kommt, macht einfach nur fassungslos.
Die Frage des Überlebens unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unserer westlich-liberalen Gesellschaft ist eng mit dem Islam verknüpft. Denn dient die religiöse Legimitation des Islam zur Begehung von terroristischen Anschlägen nicht zugleich auch der alltäglichen Gewaltanwendung?
Bestellinformationen:
Stefan Schubert: Sicherheitsrisiko Islam, 318 Seiten, 22,99 Euro – hier bestellen!
Dienstag, 29.10.2019

http://www.pi-news.net/2019/11/leipzig-asylbewerber-wirft-steine-auf-autos-sicherheitsdienst-zaudert/

GEFÄHRLICHER EINGRIFF IN STRASSENVERKEHR DURCH ASYLBEWERBER AUF DER B 181

Leipzig: Asylbewerber wirft Steine auf Autos – Sicherheitsdienst zaudert

22. November 2019
Von EUGEN PRINZ | Als sich im Herbst 2015 auf dem Münchner Hauptbahnhof die Flüchtlingsmassen aus den Zügen ergossen, standen Einheimische jubelnd Spalier und warfen den Neuankömmlingen Stoff-Teddybären zu. Inzwischen wird diese Geste immer öfter erwidert, allerdings mit Pflastersteinen.
Wie erst jetzt einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, hatte am Freitag, dem 8. November zwischen 13.15 und 13.30 Uhr, ein 24-jähriger Asylbewerber auf der B 181 in der Ortschaft Dölzig, kurz vor der A9-Anschlussstelle Leipzig-West, Pflastersteine auf vorbeifahrende Autos geworfen.
Bis zu 15 Fahrzeuge wurden beschädigt, die genaue Schadenshöhe ist noch nicht bekannt. Kurzzeitig kam der Verkehr zum Erliegen.
Der Flüchtling hatte sich vorher in der Asylbewerberunterkunft in der Westringstraße im Schkeuditzer Ortsteil Dölzig aufgehalten, obwohl er dort Hausverbot hatte. Als das Sicherheitspersonal auf ihn aufmerksam wurde, entfernte er sich in Richtung Gewerbegebiet zur vielbefahrenen B 181.
Dort kühlte er sein Mütchen an vorbeifahrenden Fahrzeugen aus, die er mit großen, am Straßenrand gelagerten Schottersteinen, bewarf. Das

Geschehen wurde sowohl von einer Überwachungskamera als auch von einem Verkehrsteilnehmer mit dem Handy gefilmt.

Völlig unverständliche Verhalten des Sicherheitspersonals

Völlig unverständlich ist das Verhalten des Sicherheitspersonals der Flüchtlingsunterkunft, das den Asylbewerber ohne Gewaltanwendung zu stellen versuchte und dadurch das Leben weiterer Autofahrer gefährdete.

Im Internetportal TAG24, das über den Vorfall berichtete, begründete die Leipziger Polizei dieses Vorgehen damit, dass der „Security" die Hände gebunden war, da sie lediglich für das Flüchtlingsheim zuständig sei.

Diese rechtliche Würdigung teilt der Autor mit Verlaub nicht. Hier liegt sowohl der Tatbestand des versuchten Mordes gem. § 211 StGB, als auch der Tatbestand des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr gem. § 315b Absatz 3 StGB, wie ein gleichgelagerter Fall zeigt.

In dieser brenzligen Situation, in der Menschenleben auf dem Spiel standen und angesichts solch massiver Straftaten wäre ohne Zweifel die Anwendung von körperlicher Gewalt im Rahmen der Nothilfe gem. § 32 StGB gerechtfertigt gewesen.

Den Flüchtling in dieser Situation nur vor sich herzutreiben, ohne ihn niederzuringen, birgt die Gefahr in sich, dass es doch noch zu einem Steinewurf mit schwerwiegenden Folgen kommt. Das Security-Personal hatte maßloses Glück, dass dieser Fall nicht eingetreten ist. Ansonsten wäre es jetzt unter Garantie bundesweit in den Schlagzeilen, und das zu Recht.

Offenbar stand hier die Angst vor den rechtlichen und dienstlichen Folgen eines Einschreitens im Vordergrund. Im Rahmen ihrer Ausbildung müssten die Sicherheitskräfte der Flüchtlingsunterkunft jedoch die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Notwehr, der Nothilfe und des Festnahmerechts für Jedermann hinreichend behandelt haben. Insofern ist ihr Verhalten nicht entschuldbar.

Polizisten nahmen den Steinewerfer schließlich fest. Gegen ihn wird jetzt ermittelt.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» Twitter Account des Autors.

http://www.pi-news.net/2019/11/bremen-nigerianer-schaechtet-freundin-mit-buschmesser/

MASSENEINWANDERUNG IST MESSEREINWANDERUNG

Bremen: Nigerianer schächtet Freundin mit Buschmesser

24. November 2019

Von JOHANNES DANIELS | Kein überregionales Mainstream-Medium außer „BILD Regio Bremen" berichtet über das „Blutbad", das das illegal importierte Goldstück Samuel U. (43), im Juni in Bremen-Lüssum an seiner Lebensgefährtin anrichtete und das seit Donnerstag vor dem Bremer Landgericht „verhandelt" wird. Warum wohl?

Der Weser Kurier berichtete im Juni politisch korrekt unter der „Schlagzeile"

41-Jährige in Lüssum erstochen

„Ein 42 Jahre alter Mann hat am Freitagvormittag seine 41-jährige Partnerin in der gemeinsamen Wohnung am Lüssumer Ring mit einem Messer angegriffen und dabei tödlich verletzt. Der Mann alarmierte nach Polizeiangaben eigenständig kurz nach der Tat um 10.20 Uhr den Notruf der Polizei. Er gab an, seine Frau mit einem Messer verletzt zu haben.
Als die Einsatzkräfte vor Ort eintrafen war die 41-Jährige bereits ihren Verletzungen erlegen. Eine sofort eingeleitete Reanimation verlief erfolglos. Der 42-jährige mutmaßliche Täter ließ sich widerstandslos festnehmen. Die Hintergründe der Tat sind derzeit noch unklar. Sie sind jetzt Bestandteil der weiteren Ermittlungen".

Lebens-gefährdender Lebensgefährte

Samuel U. griff dabei seine Lebensgefährtin an und schnitt der Mutter seiner beiden Kinder mit der 26 Zentimeter langen Klinge eines Buschmessers nach Stammesbrauch geflissentlich die Kehle auf. Sie verblutete bei dem rituellen Vorgang. Beim Mordprozess-Auftakt legte der Nigerianer am Donnerstag ein Geständnis ab. Der in Deutschland Schutzsuchende gab in einer Erklärung über seine steuerfinanzierte Anwältin selbstverständlich dem Opfer die Schuld: „Ich liebte sie, wir wollten heiraten. Sie wurde wieder schwanger. Ein Geschenk des Himmels. Doch sie forderte 7.500 Euro von mir, drohte mit Abtreibung."

Schächter Samuel U. weiter: „Sie forderte weiter Geld, drohte mit Trennung. Ich bettelte. Sie lachte mich aus, ohrfeigte mich immer wieder. Wütend nahm ich das Messer, traf sie am Hals…"

Messer-Einwirkung gegen die Halsgegend zum Nachteil der Geschädigten

Der Weser-Kurier berichtet in rührender neudeutscher Umvolkungs-Poesie über den Täter, der sich selbst zum leidvollen Opfer geriert:

„Als die Staatsanwältin vorliest, was der Mann, der mit unsicherem Blick auf der Anklagebank sitzt, getan haben soll, wird es still in Saal 249 des Landgerichts Bremen. Der 43-Jährige soll seine Lebensgefährtin und Mutter der beiden gemeinsamen Kinder heimtückisch getötet haben. Mit einem Buschmesser mit einer 26 Zentimeter langen Klinge soll er sie von hinten attackiert haben. Soll zwei kräftige, tiefe Schnitte waagerecht ausgeführt haben. Das Messer durchtrennte sämtliche Halseingeweide der Frau. Sie blutete stark, verstarb noch am Tatort".

Und weiter:

„Die Strafkammer ließ eine Anklage wegen Mordes zu. Wenn sich die heimtückische Vorgehensweise vor Gericht bestätigen sollte, könnte der 43-Jährige lebenslänglich im Gefängnis landen".

Merkel-Deutschland 2019: Fragen über Fragen?

Mit feinfühliger Täterempathie, Küchentisch-Psychologie und einem unfreiwilligen Maß an Realsatire versucht die linksgrüne Relocation-Postille mit wohl gefälschter Mini-Abo-Auflage die Tathintergründe der afrikanischen Messerfachkraft für ihre Leser weiter intuitiv zu ergründen:

„Wie kommt jemand dazu, seine Freundin und die Mutter der gemeinsamen Kinder so brutal zu töten? Wie kam es zu der Bluttat, nach der der Angeklagte sogar selbst die Polizei rief? Und wieso hat jemand ein so großes Messer zu Hause?"

Der Angeklagte gibt Einblicke in sein Leben und das des Opfers, seiner 41 Jahre alten Lebensgefährtin. Er sei in Nigeria in Westafrika geboren, habe bis Anfang dieses Jahres in Italien gelebt und „dort gearbeitet". Seine Freundin sei 2012 nach Deutschland gekommen. Er sei 2013 nur zwischenzeitlich hier gewesen, dann zurück nach Italien gegangen. Im Januar 2019 sei er nach Deutschland gekommen, stellte Anfang Februar einen Antrag auf Familienzusammenführung.

Keine „Hochzeitsglocken" – Schicht im Schächtungs-Schacht

Der Weser-Kurier fabuliert fantasievoll weiter: Der Angeklagte nutzt sein Recht, sich zu den Vorwürfen zu äußern. Sie hätten in der letzten Zeit Probleme in der Beziehung gehabt – „aber wir haben uns geliebt". Man habe heiraten wollen im Winter. Deshalb sei das Paar zur nigerianischen Botschaft nach Berlin gefahren, um Pässe für die Kinder abzuholen.

Als sie zurückfuhren, habe ihm seine Frau erzählt, dass sie schwanger sei. „Ich habe mich sehr darüber gefreut", trägt die Anwältin für den Angeklagten vor. Er habe auch gehofft, dadurch steige seine Chance, in Deutschland bleiben zu dürfen.

Die Reaktion der Frau beschreibt der Angeklagte so: „Sie wollte 7.500 Euro haben, sonst würde sie das Kind nicht bekommen." Er habe das Geld nicht gehabt, die Frau daraufhin abgetrieben. Zunächst habe er ihre Forderung für einen Scherz oder ein Spiel gehalten. Am Tattag habe es wieder Streit über das Geld gegeben. Er sei unterwegs gewesen, weil er einem Freund habe helfen wollen, „ein Auto auseinander zu nehmen". Stattdessen nahm Samuel wohl die Lebensgefährtin auseinander:

„Er sei vor ihr niedergekniet, habe um Ratenzahlung gebeten. Sie habe ihn mehrfach geohrfeigt. Er sei aufgestanden, um vor ihren Schlägen zurückzuweichen, und sei wütend geworden. ‚Ich weiß nicht mehr, wie ich ans Messer gekommen bin', erklärt die Asylindustrie-Anwältin für den importierten Subsahara-Messer-Blutdiamanten. Das Buschmesser habe er als Geschenk für einen Verwandten in Nigeria gekauft. Es habe im Kleiderschrank gelegen.

„Ich bin dann sehr erschrocken gewesen, über das, was passiert ist", fährt die Anwältin für ihren Mandanten fort. Der 43-Jährige sei aus der Wohnung gestürmt. Er habe die Telefonnummer der Polizei nicht mehr gewusst, sei zum nächsten Kiosk gelaufen, um sie dort zu erfragen. Dann habe er die Polizei angerufen und gesagt: „Ich habe meine Frau umgebracht."

Messer-Metropole Bremen – über eine Million für den Buschmesser-Mörder

Bereits 2017 warnte PI-NEWS: „Bremen bald gefährlich wie die Herkunftsländer" und berichtete von der neuen Waterkant-Messerfront: Deutschlands Hauptstadt der Messerattacken – bereits 13 Messer-Tote in Bremen – Stichhaltige Argumente gegen „Zuwanderung": Deutschlands ungekrönte Hauptstadt der Messer-Attacken ist – neben Köln und dem prekären Shithole Berlin – Bremen. Allein im letzten Jahr wurden in Bremen 469 Menschen mit einem Messer attackiert, in Bremerhaven 165 Menschen. In Bremen stieg die Zahl der Opfer seit 2015 um 25 Prozent, in Bremerhaven sogar um 75 Prozent. Rein statistisch gab es vergangenes Jahr in Bremen jeden Tag mindestens einen Messerangriff, in Bremerhaven zumindest jeden zweiten Tag.

Bremen ist bereits verloren. Buschmesser-Goldstück Samuel wird dem deutschen Steuerzahler und Negativzins-Flaschensammler-Rentner überschlägig weit über eine Million Euro kosten – die JVA-Unterbringung pro Jahr beträgt in Deutschland

55.000 Euro! Die Kosten für die Waisenbetreuung durch die Bremer Jugendämter sind dabei noch nicht miteingerechnet.
Das Urteil für den haftsensiblen Neu-Bremer „mit dem unsicherem Blick" ist für Mitte Januar geplant.

http://www.pi-news.net/2019/12/verwaltungsgericht-giessen-migration-toetet/

ERSTAUNLICHES URTEIL ÜBER EINE BRISANTE AUSSAGE

Verwaltungsgericht Gießen: Migration tötet | Update: Facebook zensiert Beitrag

5. Dezember 2019

Von EUGEN PRINZ | **Update am Ende des Beitrags** | Bereits im August 2019 erklärte ein Richter am Verwaltungsgericht Gießen Wahlplakate der NPD mit der Aufschrift „Migration tötet" für rechtens und gab damit einer Klage der NPD gegen die hessische Gemeinde Ranstadt statt. Diese hatte vor der Europawahl im Mai 2019 alle Plakate mit der Aufschrift „Stoppt die Invasion: Migration tötet. Widerstand jetzt" abhängen lassen. Daraufhin zog die NPD vor Gericht.
Seltsamerweise erfuhr die Öffentlichkeit erst vor einigen Tagen von dem Urteilsspruch, nachdem das Rechtsmagazin „Legal Tribune Online" darüber berichtet hatte. Ein Schelm würde jetzt vermuten, dass es bestimmten Kreisen lieber gewesen wäre, so lange das Mäntelchen des Schweigens über das Urteil zu breiten, bis es von einer höheren Instanz – was zu erwarten ist – wieder aufgehoben wird.

Politisch unkorrekte Urteilsbegründung

Hätte nicht ein Richter, sondern ein „normaler Staatsbürger" das geäußert, was in der Urteilsbegründung steht, wäre vermutlich wegen Volksverhetzung gegen ihn ermittelt worden. So aber machte der Richter ungerührt von der grundgesetzlich garantierten Unabhängigkeit der Justiz Gebrauch und urteilte gemäß seiner Rechtsauffassung. Und die tut dem Mainstream ziemlich weh:

Laut Urteilsbegründung erfüllt die Behauptung, dass Migration töte, nicht den Tatbestand der Volksverhetzung, da es sich bei der Einwanderung von Flüchtlingen tatsächlich um eine „Invasion" gehandelt habe. Der objektive Aussagegehalt von „Migration tötet" sei eine empirisch zu beweisende Tatsache (Az. 4 K 2279/19.GI).

Dann geht der Richter in die Vollen:

„In diesem Sinne kommt dem Begriff Invasion keine volksverhetzende Bedeutung zu, sondern er beschreibt hier im übertragenen Sinne lediglich den Zustand des Eindringens von außen in das Gebiet der Bundesrepublik

Deutschland, wie es insbesondere im Jahr 2015 objektiv feststellbar war. In diesem Jahr wurden die deutschen Grenzen durch die Wanderungsbewegung im Sinne eines Eindringens in das deutsche Staatsgebiet überrollt und es kam zu einem unkontrollierten Zuzug von Ausländern, aus welchen Gründen auch immer […]. Die Geschehnisse im Jahr 2015 sind durchaus mit dem landläufigen Begriff der Invasion vergleichbar und beinhalten keine Wertung und damit keinen volksverhetzenden Charakter".

Desweiteren verweist der Richter in seiner Urteilsbegründung auf historische Wanderungsbewegungen, die für den Untergang des fremdenfreundlichen römischen Reichs oder der Inka-Hochkultur verantwortlich waren:

„Aus den zitierten beispielhaften historischen Wanderungsbewegungen wird deutlich, dass Migration tatsächlich in der Lage ist, Tod und Verderben mit sich zu bringen."

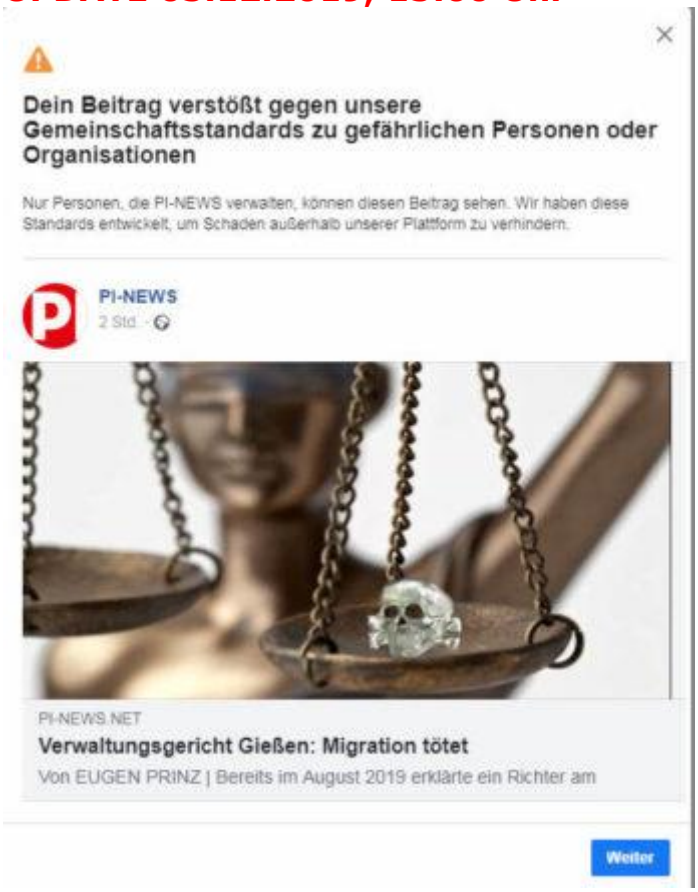
Aktuelle Statistiken zu Sexual- und Tötungsdelikten sind ebenfalls Teil der Urteilsbegründung. Verwiesen wird auch auf die Kölner Silvesternacht, den Salafismus und Ehren- sowie Blutrachemorde. Zum Schluss heißt es:

„Die Zuwanderungsbewegung nach Deutschland ab dem Jahr 2014/2015 hat zu einer Veränderung innerhalb der Gesellschaft geführt, die sowohl zum Tode von Menschen geführt hat als auch geeignet ist, auf lange Sicht zum Tod der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu führen. Sollte die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr in der Lage sein, das Gewaltmonopol innerhalb ihrer Grenzen effektiv und wirksam auszuüben, ist hiermit ein schleichender Untergang verbunden, wie es einst im römischen Weltreich auch der Fall war".

Das Urteil wird nicht lange halten

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung hat der Richter eine Berufung zugelassen, die von der Gemeinde Ranstadt bereits eingelegt wurde und über die der Hessische Verwaltungsgerichtshof entscheiden muss.
Mit einer Entscheidung ist erst im kommenden Jahr zu rechnen.
Wie dieses Berufungsverfahren ausgeht, kann sich jeder denken. Zudem wäre es nicht verwunderlich, wenn die sich berufliche Zukunft des Richters auf die Aburteilung von Verkehrssündern beschränken würde.

UPDATE 05.12.2019, 15:00 Uhr



Wie jeder, der des Lesens mächtig ist, bestätigen wird, handelt es sich bei dem vorliegenden Artikel um die wahrheitsgemäße Berichterstattung über ein Urteil, das ein Richter am Verwaltungsgericht Gießen im August 2019 gefällt hat.
Über dieses Urteil haben neben der eingangs erwähnten Quelle unter anderem auch der Deutschlandfunk und der SPIEGEL berichtet.
Das hat Facebook jedoch nicht daran gehindert, den Beitrag für alle Nutzer, außer den Moderatoren der PI-NEWS Facebook Seite, unsichtbar zu machen.
Er würde gegen die „Gemeinschaftsstandards zu gefährlichen Personen oder Organisationen verstoßen". Es stellt sich jetzt die Frage, wen Facebook damit meint? Den Gießener Verwaltungsrichter? Das Gießener Verwaltungsgericht als Ganzes?
Wie uns Facebook weiter wissen lässt, wurden diese Standards entwickelt, um Schaden außerhalb ihrer Plattform zu verhindern. Also, liebe Leser, seien Sie vorsichtig, dass Sie durch wahrheitsgemäße Berichterstattung nicht zu Schaden kommen.
Aber Facebook passt schon auf…
Ausländische Firmen erledigen die Drecksarbeit
Erwähnenswert ist noch, dass Facebook in den letzten Tagen bei der Zensur das Gaspedal bis zum Anschlag durchgetreten hat. Eine Sperre jagt die andere und teilweise erfährt man nicht einmal, wofür die Sperre eigentlich verhängt wurde.

Der Autor hat gegen jede dieser Sperren Einspruch eingelegt, da sich alle seine Artikel im Rahmen der freien Meinungsäußerung bewegen und von der Pressefreiheit gedeckt sind. Beide grundgesetzlich garantierten Rechte werden jedoch durch diese Regierung über die Hintertüre ausgehebelt. Und diese Drecksarbeit überlässt man ausländischen Firmen.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» Twitter Account des Autors.

http://www.pi-news.net/2019/12/warum-lebte-zelimkhan-khangoshvili-in-berlin/

KONFRONTATION MIT RUSSLAND

Warum lebte Zelimkhan Khangoshvili in Berlin?

5. Dezember 2019

Von MANFRED ROUHS | Alle Welt empört sich – zurecht – über die Ermordung eines 40-jährigen Tschetschenen mit georgischem Pass in Berlin im August 2019: Zelimkhan Khangoshvili. Sein Mörder soll im staatlichen russischen Auftrag gehandelt haben. Deutsche Medien machen Putin persönlich für das Verbrechen verantwortlich.

Beweise für die Behauptung, eine russische staatliche Stelle oder gar Putin selbst hätten den Mord beauftragt, bleiben sie schuldig. Der Attentäter, der in einem deutschen Gefängnis einsitzt, hat nichts entsprechendes ausgesagt.

Der Mann heißt Vadim Krasikov. Er war mit einem gefälschten russischen Pass in Berlin unterwegs. Für gefälschte Ausweispapiere – auch deutsche – gibt es einen blühenden Mark. Sie kosten von einigen hundert bis hin zu tausend Euro und werden auf Originalpapieren mit Originalstempeln im Internet angeboten. Der Pass beweist also keine staatliche russische Aktivität.

Die Debatte über den Mörder und seine möglichen Auftraggeber lässt die spannende Frage in den Hintergrund treten, wer eigentlich Zelimkhan Khangoshvili war.

Der 1979 geborene Tschetschene kämpfte im zweiten Tschetschenienkrieg 1999 bis 2009 als Kommandeur einer radikal-islamischen Terrorgruppe gegen russische Soldaten. Er stand im Verdacht, an der Ermordung einer Vielzahl von Menschen beteiligt gewesen zu sein.

Warum lebte Zelimkhan Khangoshvili bis zu seinem Tod im Sommer 2019 völlig unbehelligt in Berlin? – Ganz einfach: Weil

Deutschland ein Zufluchtsort für Terroristen aus aller Welt geworden ist. Und weil es naturgemäß schwierig ist, Einzelheiten eines Kriegsgeschehens zu rekonstruieren und daraus eine Anklageschrift zu fertigen.
Die Ermordung Khangoshvili war eine Unrechtshandlung und ein Skandal. Diesem Skandal ging aber ein anderer voraus: derjenige des Aufenthalts des islamischen Mörders Khangoshvili in Deutschland, der offenbar keine Behelligung durch deutsche Strafverfolgungsbehörden zu befürchten hatte.
Dieser Teil des Skandalfalls Zelimkhan Khangoshvili ist vor allem deshalb politisch bedeutend, weil er die Frage aufwirft: Wie vielen anderen Mördern und Terroristen gewährt Deutschland derzeit Schutz?
Die einzig mögliche Antwort lautet: Wir wissen es nicht. Wir wissen ja noch nicht einmal, wie viele Menschen sich derzeit überhaupt in Deutschland aufhalten. Der Staat hat jeglichen Überblick verloren. Und die Politik unternimmt nichts, um diese unerträgliche Situation zu beenden. Denn ansonsten müsste sie eine drastische Kehrtwende vollziehen und uns Deutschen etwas zurückgeben, was diesen Mordfall und viele andere zuverlässig verhindert hätte: sichere Grenzen.

http://www.pi-news.net/2019/12/ueber-600-prozent-mehr-messertote-in-niedersachsen/
AFD-ANFRAGE ENTHÜLLT
Über 600 Prozent mehr Messertote in Niedersachsen
17. Dezember 2019
Von LUPO | Messerland Niedersachsen. Die Zahl der Messertoten zwischen Harz und Nordsee hat sich 2019 im ländlich geprägten Niedersachsen mehr als versiebentfacht(!) und liegt bis September bei 50. Und das Jahr ist noch nicht um. Obersheriff Boris Pistorius lässt schon fleißig Nebelkerzen werfen, um die monströse Wahrheit zu verschleiern.
Dabei ist das Messer längst auch auf dem flachen Land angekommen, wie die AfD im niedersächsischen Landtag per Anfrage in Erfahrung gebracht hat. Zähneknirschend musste die rot-schwarze Regierung die erschreckenden Zahlen herausrücken: 2019 (Jan-Sep) 50 Messertote, 2017 sieben, 2018 15 Messertote.
Damit nicht genug: Außer den 50 Tötungen gab es mittels „Tatmittel Messer“ in neun Monaten 242 Raubdelikte, 570 Körperverletzungen, 652 Bedrohungen und 29 Nötigungen. Über Schwer- und Leichtverletzte liegen für 2019 offenbar (noch) keine validen Zahlen vor.
Solche Messer-Monster-Zahlen müssen natürlich weichgespült, heruntergerechnet, verschönbessert, verharmlost, kleingeredet, häppchenweise serviert werden. Die Madsack-

Medienunternehmen, unter anderem die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ), assistiert gerne und hat die große Relativierungsmaschine angeworfen. Man bemüht sich redlich, die Horrormeldung mit weihnachtlichem Zimt zu bestreuen: „Gibt es in Niedersachsen ein wachsendes Problem durch Messerattacken?“, versucht sich das SPD-Blatt als Knecht Ruprecht.

Immerhin sei ja die Zahl der Messerangriffe in den ersten neun Monaten im Vergleich zu 2018 gesunken, als es noch 3754 Messerangriffe gab, heißt es. Außerdem seien die Zahlen von 2019 zum Vorjahr nicht eins zu eins zu vergleichen, da es sich für das laufende Jahr nur um „Verdachtsfälle“ handele, bei denen die Ermittlungen noch liefen.

Weniger Messereinsätze, dafür aber über 600 Prozent mehr Tote – Oh, Du Fröhliche!

Nur noch komisch muten die Erklärungen von Pistorius‘ Pressesprecher an, wenn der die Zahl 50 „nicht überbewertet“ wissen will: „Es geht um 50 Verdachtsfälle, in denen das Messer im Zusammenhang zu einem Tötungsdelikt steht“. Die Waffe müsse aber nicht unbedingt vom Täter eingesetzt worden sein.

Wie jetzt? Sind die Messer von Geisterhand geführt worden oder durch die Luft geflogen? Ist jemand gar auf einer roten Kirsche ausgerutscht und unglücklich im Küchenmesser gelandet? Sind die Opfer in die Tätermesserfaust gelaufen und waren selbst schuld? Oder hat ein drohendes Messer einen Herzinfarkt ausgelöst? Das erinnert an den kürzlich ermordeten Augsburger Feuerwehrmann, bei dem nicht ein brutaler Schlag zum Tode geführt haben soll, sondern irgendwas dazwischen. Fragen über Fragen, denn dunkel ist der Worte Sinn.

Noch verwirrter wird der Leser der HAZ, wenn der Pressesprecher weiter fabuliert: Es habe „insgesamt nicht mehr geschädigte Opfer und auch nicht mehr Fälle von Messerattacken gegeben. Die Auswertung der Jahresstatistik werde ein genaueres Bild ergeben“. Na bitte, dann können die Niedersachsen ja beruhigt die Gans messern und Weihnachten feiern.

Wie immer die Gretchenfrage zum Schluss: Was ist der Grund für den dramatischen Anstieg von heißen Messerattacken im kühlen Norden, und wer sind die „mutmaßlichen Tatverdächtigen“? **Von den 2019 ermittelten Tatverdächtigen hatten 831 deutsche Staatsangehörigkeit und 671 nicht deutsche bzw. ungeklärte Staatsangehörigkeit oder waren staatenlos. Der Ausländeranteil beträgt in Niedersachsen acht Prozent, die Tatbeteiligung bei den oben genannten Messerattacken aber 44 Prozent. Wieviel Doppel-/Vielfachpassler/Migrationshintergründler zu den „deutschen“ Tatverdächtigen zählen, ist nicht bekannt. Wie sagte die Kanzlerin noch: „Wir schaffen das!“**

http://www.pi-news.net/2019/12/nrw-massenangriffe-in-wuppertal-und-essen-durch-maennergruppen/

RAUB, KÖRPERVERLETZUNG, LANDFRIEDENSBRUCH, MESSER UND MACHETE

NRW: Massenangriffe in Wuppertal und Essen durch Männergruppen

20. Dezember 2019

Angriffe durch „Männergruppen“ häufen sich in den NRW-Innenstädten in der Weihnachtszeit, wie in Wuppertal oder im Einkaufszentrum Limbecker Platz in Essen.

Von JOHANNES DANIELS | Deutschland im Advent 2019, „unser Land verändert sich drastisch“ und viele Umvolkungs-Protagonisten der grün-schwarz-roten Altparteien freuen sich klammheimlich oder ganz offen darauf. Denn in vielen Städten ist tatsächlich der herbeigesehnte „Notstand“ ausgebrochen. Das Klima

von Sicherheit und Freiheit ändert sich täglich dank unserer Bundeskanzlerin „merklich"!

Feiger Angriff in Wuppertal

In der Wuppertaler Innenstadt hat eine „Männergruppe" einen 16-jährigen Wuppertaler brutal angegriffen, ihn verletzt und ausgeraubt. Am frühen Mittwochabend wurde der 16-Jährige in der Nähe der Wuppertaler Stadthalle von einer siebenköpfigen Männergruppe mit Migrationshintergrund ausgeraubt und verletzt.

Wie die Polizei mitteilte, lief der Jugendliche gegen 18.30 Uhr über die Bahnhofstraße, als ihn mehrere Männer umzingelten und sofort auf ihn einschlugen. Die Täter stahlen ihm seine Jacke, seine Kopfhörer, ein Armband und eine Halskette. Danach konnte der 16-Jährige flüchten.

Die Gruppe soll aus sechs bis sieben Männern bestanden haben. Laut Zeugenbeschreibung seien alle dunkel gekleidet gewesen. Einer „hätte eine Jacke mit Pelzkragen" angehabt. Sachdienlichere Hinweise nimmt die NRW-Polizei unter der Rufnummer 0202/284-0 entgegen.

Massenschlägerei in Essener Shoppingzentrum

Im Einkaufszentrum Limbecker Platz in Essen sind am Donnerstag Abend zwei „Personengruppen" aufeinander losgegangen. In dem zentral gelegenen Einkaufszentrum entstand unvermittelt eine Schlägerei mit rund 20 beteiligten Personen, nach Zeugenaussagen ebenfalls mit Migrationshintergrund. Eine bei der Schlägerei verletzte Person wurde in ein Krankenhaus gebracht, zwei Leichtverletzte seien vor Ort entlassen worden, erklärte ein Polizeisprecher. Wieso es in dem Einkaufszentrum am Limbecker Platz zur Schlägerei kam, „blieb zunächst unklar". Es seien zwei Gruppen von jeweils rund zehn Personen aneinandergeraten. Beim Eintreffen der Polizei sei die Schlägerei schon wieder vorbei gewesen. Die Polizei traf mit einem Großaufgebot am Limbecker Platz ein.

Am Freitag gab die Polizei Essen neue Details zu den Abläufen der Prügelei bekannt: Zunächst hatten drei noch unbekannte Jugendliche gegen 18.20 Uhr einen 17-Jährigen auf den Treppen des U-Bahnhofes „Berliner Platz" angegriffen und verletzt.

Kurz darauf rannten die Angreifer zum Limbecker Platz in Essen. Als couragierte Passanten die Angreifer ansprachen, entwickelte sich eine weitere körperlich ausgetragene Auseinandersetzung und es wurde auf die Zeugen eingeschlagen. Die Situation eskalierte sodann unter den ursprünglich beteiligten „Personengruppen" – die rund 20 Angreifer prügelten auch mit Sitzmöbeln aus dem Limbecker Platz aufeinander ein.

Als die Polizei mit mehreren Einsatzwagen vor Ort eintraf, flüchteten einige Verdächtige in die Fußgängerzone „Limbecker Straße" in Richtung Innenstadt. Die Polizei konnte einige von ihnen in der City stellen. Die Polizei ermittelt nun wegen gefährlicher Körperverletzung. Gegen mehrere Beteiligte der brutalen Attacken wurden von den Behörden drastische „Platzverweise" erteilt.

Essen – Schlägerei, Messer und Machete bei Weihnachtsmarkt

Erst vor einigen Tagen musste die Polizei in Essen bereits wegen einer anderen Massenschlägerei mit über 40 Beteiligten in die Innenstadt ausrücken. Am mittlerweile prekären Salzmarkt „prügelten sich Dutzende Personen" am hellichten Tag. Als die Beamten am Salzmarkt nahe dem Essener Weihnachtsmarkt eintrafen, konnten noch 35 beteiligte Personen angetroffen werden. Vor Ort „nahmen die Beamten die Personalien auf." Auf Twitter berichteten Nutzer über mehrere Verletzte Personen, die auf dem Boden gelegen hätten. Bei der Schlägerei nahe dem Weihnachtsmarkt wurden zwei Tatbeteiligte in ein Krankenhaus gebracht, unter anderem mit einer Stichwunde

im Bauch. Das Polizei-Großaufgebot und die Angriffe fanden vor einem „syrischen Imbiss" statt.
Der Auseinandersetzung seien Beleidigungen vorangegangen, sagte ein Polizeisprecher. Allein am Tatort waren zeitweise rund 20 Polizeiwagen und Rettungsfahrzeuge. Am selben Tag gab es einen weiteren Polizeieinsatz am Essener Weihnachtsmarkt: Ein „Mann ohne festen Wohnsitz" lief mit einer offen getragenen Machete über den Platz. Nach dem schockierenden Vorfall ordnete die Staatsanwaltschaft die vorläufige Festnahme des Machetenträgers an.

http://www.pi-news.net/2019/12/aue-messerstecherei-am-heiligen-abend-im-pfarrhaus/

STILLE NACHT, BLUTIGE NACHT!

Aue: Messerstecherei am Heiligen Abend im Pfarrhaus

25. Dezember 2019

Drama am Weihnachtsabend in der Kirchgemeinde St. Nicolai im sächsischen Aue. Das Pfarramt hatte Bedürftige eingeladen, gemeinsam Heiligabend zu verbringen. Am Ende gab es eine Messerstecherei und einen schwer verletzten Gemeindemitarbeiter.

Von LUPO | Stille Nacht, Blutige Nacht. Im Pfarrhaus St. Nikolai von Aue ist an Heiligabend ein Kirchenmitglied (51) durch ein Messer schwer am Bauch verletzt worden und musste notoperiert werden. Täter: Offenbar arabische Männer.

Es sollte alles so friedlich und harmonisch vonstattengehen. Geschenke am heiligsten aller Abende im Jahr, trautes Zusammensein. Die Kirchengemeinde hatte Bedürftige ins Pfarrhaus eingeladen. Doch dann es gab Streit mit einem 51jährigen Syrer, der des Hauses verwiesen wurde.

Kurze Zeit später, gegen 22.20 Uhr, tauchten sieben Männer „aus dem arabischen Raum" im Pfarramt auf, teilte die Polizeidirektion Chemnitz mit.

Es kam zu Rangeleien mit Messereinsatz, der Kirchenmitarbeiter wurde schwer verletzt: Notarzt, Notoperation.

Die Polizeidirektion Chemnitz schreibt:

Während einer Weihnachtsveranstaltung für Bedürftige kam es im Pfarrhaus in der Pestalozzistraße am gestrigen Abend während der Ausgabe von Geschenken zu Streitigkeiten. Durch die Organisatoren musste ein 53-Jähriger mehrfach zur Ordnung gerufen werden, in dessen Folge er die Veranstaltung verließ. Wenig später erschien eine Gruppe von mehreren Männern am Veranstaltungsort, die augenscheinlich als Personen aus dem arabischen Raum beschrieben wurden. Es entfachte ein erneuter Streit, welcher in Tätlichkeiten gegen einen 34-Jährigen eskalierte. Während der Schlichtung der Auseinandersetzungen wurde ein 51-Jähriger durch eine Stichverletzung schwer verletzt. Er wird gegenwärtig in einem Krankenhaus behandelt. Der 34-Jährige hatte leichte Verletzungen erlitten. Die Polizei hat die Ermittlungen zu den derzeit unbekannten Männern, zum

Tathergang und zu den Tatumständen aufgenommen. Insbesondere müssen weitere Zeugen ermittelt und befragt werden.

Bei dem 51-jährigen Verletzten handelt es sich um einen deutschen Staatsangehörigen. Der ebenfalls verletzte 34-Jährige ist iranischer Staatsangehöriger. Bei dem 53-Jährigen, der mit Störungen der Veranstaltung auffiel, handelt es sich um einen syrischen Staatsangehörigen.

http://www.pi-news.net/2019/12/weihnachtsabend-mann-schubst-mann-vor-nuernberger-u-bahn/

IRAKISCHE WEIHNACHT IN FRANKEN

Weihnachtsabend: „Mann“ „schubst“ „Mann“ vor Nürnberger U-Bahn

25. Dezember 2019

Von JOHANNES DANIELS | Do they know it’s Christmas? Laut SPIEGEL „soll“ bei einer „Rangelei“ ein „Mann“ „einen anderen“ am Nürnberger Hauptbahnhof „in der Nacht zu Mittwoch“ (im abendländischen Siedlungskulturgebiet auch als Heiligabend bekannt) „ins Gleisbett“ „geschubst“ haben: Dieser wurde dann „bei dem Vorfall“ unter einem Triebwagen eingeklemmt und schwerst verletzt.

Die verschwurbelte SPIEGEL-Weihnachts-Lügengeschichte unter dem Titel „Mann vor U-Bahn geschubst“:

Am Nürnberger Hauptbahnhof soll ein 33-Jähriger in der Nacht zu Mittwoch vor eine einfahrende U-Bahn gestoßen worden sein. Wie die Polizei mitteilte, wurde er lebensgefährlich verletzt. Der Mann hatte den Angaben zufolge mit einem 32-Jährigen gestritten. Es kam zu einer Rangelei, dabei fiel der 33-Jährige ins Gleisbett und wurde unter einem Triebwagen eingeklemmt.

Die Feuerwehr befreite den Mann, danach wurde er in ein Krankenhaus gebracht. Der Tatverdächtige war nach dem Vorfall geflüchtet, konnte von der Polizei aber noch in der Nacht gefasst und festgenommen werden. Der 32-Jährige soll noch am Mittwoch einem Haftrichter vorgeführt werden.

BILD nannte zunächst in seiner ersten regionalen Meldung die Staatsangehörigkeiten, löschte sie sodann umgehend wieder politisch korrekt, wie es sich für Weihnachten gehört. PI-NEWS

löst die Meldung hier mit kleinen ergänzenden Details auf, denn Weihnacht ist auch das Fest der Wahrheit, Klarheit und der Ankunft des Erlösers („Freue Dich oh Christenheit"):
Zwei irakische Asylsuchende gerieten auf einem U-Bahnsteig des Nürnberger Hauptbahnhofes um 23.50 Uhr in Streit. Im Verlauf der wie immer „zunächst verbalen Auseinandersetzung" stieß 32-jährige Iraker den 33-jährigen Landsmann in voller Tötungsabsicht heimtückisch vor die gerade einfahrende U-Bahn der Linie U2 in Fahrtrichtung Röthenbach.
Der 33-Jährige fiel unvermittelt vor die einfahrende U-Bahn und wurde unter dem Triebwagen eingeklemmt, wobei er lebensgefährliche Verletzungen erlitt und von einem Notarzt-Team sofort auf Kosten des deutschen Steuerzahlers auf die Intensivstation des Nürnberger Krankenhauses eingeliefert wurde.
Überwachungskamera filmte irakischen Mörder
Der 32-jährige irakische „Geflüchtete" flüchtete nach der Tat vom Tatort. Die Polizei leitete sofort die Fahndung ein, wobei auch Fotos des (Mainstream: mutmaßlichen, PI-NEWS: migrantischen) Täters eingesetzt wurden. Die Bilder stammten von den Überwachungskameras am U-Bahnsteig und wurden an die Smartphones der eingesetzten Polizisten, die an Heiligabend bravourös Dienst an der deutschen Gesellschaft leisteten, geschickt. Eine der Streifen entdeckte den tatverdächtigen 32-Jährigen um 0.30 Uhr am Prinzregentenufer und nahm ihn „vorläufig" fest.
Bei dem Opfer und dem mutmaßlichen Täter handelt es sich nach Presseangaben der Nürnberger Polizei um irakische Staatsangehörige aus Nürnberg. Das Fachkommissariat für Spurensicherung und die Mordkommission Nürnberg wurde am Tatort eingesetzt. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth stellte Haftantrag gegen den Beschuldigten.
Auch die mittlerweile linkspopulistische System-Postille FAZ umschreibt den heimtückischen Mordversuch mit einer niedlich-euphemistischen „Schubserei" und einem „Vorfall" – womit sie rein physikalisch betrachtet sogar recht hat.

Offenbar infolge eines Streits hat ein 32 Jahre alter Mann einen anderen in das Gleisbett der Nürnberger U-Bahn geschubst. Das Opfer erlitt lebensgefährliche Verletzungen". […] Wie die Polizei mitteilte, steht ein 32-Jähriger unter Tatverdacht. Er war den Angaben zufolge nach dem Vorfall geflüchtet, wurde aber nach weniger als einer Stunde gefasst.

Und so berichtet das mit 9.000.000.000 Euro GEZwangsfinanzierte ZDF über die Horror-Tat:

Vorfall am Hauptbahnhof Nürnberg

Zwei Männer geraten auf einem U-Bahnsteig in Nürnberg in Streit. Einer der beiden überlebt nur mit viel Glück. Ein 33 Jahre alter Mann ist am Nürnberger Hauptbahnhof vor eine einfahrende U-Bahn gestoßen und lebensgefährlich verletzt worden. Der Mann war zuvor mit einem 32-Jährigen in Streit geraten, wie die Polizei mitteilte. Das Opfer fiel ins Gleisbett (sic !!!! Anmerkung des Verfassers) und wurde unter dem Triebwagen eingeklemmt. Es musste von der Feuerwehr befreit werden und

wurde in ein Krankenhaus gebracht. Der Tatverdächtige wurde nach kurzer Flucht von der Polizei festgenommen. Die Mordkommission übernahm die Ermittlungen.

"Schubssuchende"

Zu ergänzen ist, dass eine Betreuung des Schwerverletzten auf der Intensivstation den deutschen Steuerzahler bzw. Kassenbeitragszahler 1.425 € (pro Tag) kosten. Bei Intensivstationen in Krankenhäusern der Maximalversorgungsstufe verbrauchen acht Prozent der Patienten genauso viele Ressourcen wie die 92 Prozent der übrigen Patienten. Der vom irakischen „Schutzsuchenden" „Geschubste" kostet die deutsche Aufnahmegesellschaft bis zur völligen Konvaleszenz inklusive umfassendere Reha- und Traumata-Maßnahmen sodann konservativ gerechnete 370.000 Euro!

Fröhliche Weihnachten nach Nürnberg, der multikulturellen Hauptstadt des Rauschgold-Christkindles. Zur Geburt des Christuskindes mit lockigem Haar kamen allerdings goldbestückte „Weise" aus dem Morgenland, heute 16-jährige „Goldstück"-Waisen mit oft graumelierten Schläfen.

Macht hoch die Tür', die Tor' macht weit – macht nix.

http://www.pi-news.net/2020/01/mit-allah-rufen-boeller-und-raketen-ins-gymnasium-wolfsburg/

DIE SEHNSUCHT MANCHER MOSLEMISCHER MIGRANTEN NACH CHAOS UND VERWÜSTUNG

Mit „Allah"-Rufen Böller und Raketen ins Gymnasium Wolfsburg

2. Januar 2020

Von EUGEN PRINZ | Nicht nur in Berlin und Leipzig war die Silvesternacht von Chaos und Gewalt geprägt, sondern auch in anderen Großstädten unseres Landes.

Die Polizei Wolfsburg in ihrem Pressebericht:

„BEI EINEM EINSATZ WEGEN EINES BRANDALARMS IN EINEM SCHULKOMPLEX IN WESTHAGEN WURDEN IN DER SILVESTERNACHT EINSATZKRÄFTE VON POLIZEI UND FEUERWEHR MASSIV MIT FEUERWERKSRAKETEN UND LEUCHTMUNITION DURCH AUSUFERNDE SILVESTERFEIERNDE VOM NAHEN MARKTPLATZ VOR DEM EINKAUFSZENTRUM BESCHOSSEN."

Danke an Yusuf und Khaled für das Tatvideo

Die „Silvesterfeiernden" können Sie, liebe Leser, in dem Beitragsvideo bewundern, das die „Jugendlichen", wie sie von den „*Wolfsburger Nachrichten*" liebevoll genannt werden, von ihrer Heldentat gefertigt haben. An dieser Stelle den herzlichen Dank von PI-NEWS an Yusuf und Khaled für die Aufnahmen, in denen Allah auch ein paarmal gepriesen wird.

Eine Gruppe von „jungen Männern", bei denen es sich dem Video nach zu urteilen, überwiegend um Migranten aus dem türkischen oder arabischen Kulturkreis handelt, hatte die Scheiben des Albert-Schweitzer-Gymnasiums im Wolfsburger Stadtteil Westhagen eingeschlagen und in den Klassenzimmern Feuerwerkskörper gezündet, was den Brandalarm auslöste.
Als Einsatzkräfte von Polizei und die Feuerwehr eintrafen, wurden sie mit illegalen Böllern beworfen und in den Klassenzimmern mit Raketen und Feuerwerksmunition aus Schreckschusswaffen beschossen. Die Böller schlugen durch die zerstörten Scheiben direkt in dem Klassenzimmer zwischen den Einsatzkräften ein. Glücklicherweise blieben die Helfer unverletzt.
Zur Verstärkung wurden Polizeibeamte aus Braunschweig und Gifhorn angefordert, mit deren Hilfe die Lage schließlich unter Kontrolle gebracht werden konnte.
Vier Chaoten im Alter zwischen 18 und 23 Jahren widersetzen sich der Festnahme und mussten gefesselt werden. Dabei wurden drei Schreckschusswaffen mit Aufsätzen zum Verschießen von Feuerwerksmunition sichergestellt. Bei diesen Pistolen handelte es sich um erlaubnispflichtige Waffen, die auf öffentlichen Wegen und Plätzen nicht geführt werden dürfen.
Der in der Schule angerichtete Schaden wird auf über 10.000 Euro beziffert. Die Polizei ermittelt wegen vorsätzlicher Brandstiftung und Landfriedensbruch in besonders schwerem Fall.
Der deutsche Staat sollte die Sehnsucht stillen helfen
Wie es scheint, gibt es unter den Migranten aus dem moslemischen Kulturkreis solche, die sich in einer friedlichen Umgebung einfach nicht wohl fühlen. Offenbar sehnen sie sich nach den Zuständen, die in manchen Ländern des Nahen Ostens herrschen und trachten danach, unser Deutschland entsprechend anzupassen, um sich hier ein Stückchen heimischer zu fühlen. **Der bessere Weg wäre, deren Sehnsucht nach Chaos und Gewalt dadurch zu befriedigen, dass man sie in geeignete Länder los wird, egal ob sie in Deutschland geboren sind, oder nicht.**

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» Twitter Account des Autors.

http://www.pi-news.net/2020/01/neujahr-in-flensburg-dunkelhaeutige-erstechen-discobesucher/

MAINSTREAM-MEDIEN SCHWEIGEN ZUM ERSTEN MESSERMORD 2020

Neujahr in Flensburg: „Dunkelhäutige“ erstechen Discobesucher

2. Januar 2020

Es sollte eine beschwingte Silvesterparty in die Goldenen Zwanziger in der Flensburger Diskothek M1 werden - sie endete mit einem brutalen Messermord unter Beteiligung einer „Personengruppe“.

Von JOHANNES DANIELS | Das neue Jahrzehnt beginnt genau so blutig, wie das alte zur Neige gegangen ist: Mit „tödlichen Auseinandersetzungen“ unter Beteiligung archaischer „Männergruppen“ mitten in deutschen Städten – sozusagen von Flensburg bis Garmisch. Für das erste Messeropfer des unseligen Migrationskults kam in einer fröhlichen Silvesternacht jede Hilfe zu spät, denn gegen 2:30 Uhr am Neujahrsmorgen ist es vor der belebten Diskothek „M1“ im Flensburger Marienkirchhof 1 – beim ehemals schicken Yachthafen – zu einem brutalen Mord gekommen. Ein 24-jähriger Flensburger erlitt mehrere Messerstiche und verstarb kurze Zeit später auf der Intensivstation aufgrund der schweren Organverletzungen.

Schon vor der Tat kam es zu einem Streit zwischen dem späteren Opfer und mehreren Mitgliedern einer „Personengruppe“ in der Diskothek. Im Verlauf des Abends führte dann ein weiterer eskalierender Streit zu dem tödlichen Messer-Angriff auf den Disco-Besucher. Die Aussagen zum eigentlichen Tathergang sind jedoch laut Polizei nicht verwertbar. Nach dem Messermord „flüchteten“ allerdings fünf bis sechs Männer mit weißer Oberbekleidung im Alter von 20 bis 30 Jahren sofort aus dem M1. Alle „Fluchtsuchenden“ sollen laut Polizeibericht „dunkle Haare und einen dunklen Teint“ gehabt haben. Tatverdächtige wurden bisher nicht ermittelt. Es werden nun dringend Zeugen gesucht, die gebeten werden, sich bei der Bezirkskriminalinspektion Flensburg unter der Telefonnummer 0461/4840 zu melden.

Die Mainstream-Medien schweigen zu dem brutalen Mord oder manipulieren in üblicher Weise den offiziell vorliegenden Polizeibericht. Das linkspopulistische Nachrichtenportal „focus.de“ löscht beispielsweise wichtige Tatdetails aus der Polizei-Pressemeldung zur Ergreifung der mutmaßlichen Täter unter seiner vermischt-bunten Rubrik „Panorama/Welt“:

EIN 24 JAHRE ALTER MANN IST IN DER SILVESTERNACHT IN FLENSBURG VOR EINER DISKOTHEK DURCH MEHRERE MESSERSTICHE TÖDLICH VERLETZT WORDEN. TATVERDÄCHTIGE WURDEN ZUNÄCHST NICHT ERMITTELT, WIE DIE POLIZEI AM MITTWOCH MITTEILTE. DER MANN SOLL VOR DER TAT EINEN STREIT MIT MEHREREN MÄNNERN IN DER DISKOTHEK GEHABT HABEN. IM VERLAUF DES ABENDS FÜHRTE DEMNACH EIN WEITERER STREIT SCHLIESSLICH ZU DEM ÖDLICHEN ANGRIFF AUF DAS 24 JAHRE ALTE OPFER.

OB DIE BEIDEN AUSEINANDERSETZUNGEN ZUSAMMENHÄNGEN, WURDE NOCH NICHT GEKLÄRT. DER MANN STARB KURZE ZEIT SPÄTER IM KRANKENHAUS. FÜNF BIS SECHS MÄNNER IM ALTER VON 20 BIS 30 JAHREN

SOLLEN NACH DER TAT WEGGELAUFEN SEIN. DER GENAUE TATHERGANG WAR JEDOCH ZUNÄCHST UNKLAR, AUCH ZU DEM TÖDLICHEN STREIT GAB ES NOCH KEINE VERWERTBAREN AUSSAGEN.

Auch die „MoPo" verschweigt unter „24-Jähriger mit Messerstichen niedergestreckt – tot" die wesentlichen Details der Tat aus dem ihr vorliegenden Polizeibericht:

DIE MEISTEN BEFRAGTEN HÜLLEN SICH IN SCHWEIGEN, WENN ES UM DIE GESCHEHNISSE GEHT, DIE SICH GEGEN 2.30 UHR ABGESPIELT HABEN. DENN HINTERGRUND SOWIE AUSLÖSER DES STREITS SIND UNBEKANNT. GENAUSO WIE DER TÄTER, DER MEHRERE MALE ZUSTACH. KLAR SCHEINT NUR, DASS DIE MÄNNERGRUPPE – DIE MEISTEN VON IHNEN LAUT POLIZEI WEISS GEKLEIDET – NACH DEM ANGRIFF FLÜCHTETEN

„Wir feiern bis der Letzte geht"

„Wir feiern bis der Letzte geht" – Online-Promo der Flensburger Disco M1. Außer BILD berichten allerdings nur lokale Medien über den ersten „Messervorfall" des Neuen Jahres, wie beispielsweise die linke Schleswig-Holstein-Zeitung. Hier mutet man die wichtigen Fahndungsdetails seinen geneigten Lesern nur hinter der Bezahlschranke zu.

Bereits 2018 erklärte die Flensburger Polizei einen umgrenzten Bereich der Innenstadt zum „gefährlichen Ort". Hintergrund waren „zahlreiche Vorkommnisse", an denen maßgeblich polizeibekannte Jugendliche beteiligt gewesen „seien". In der Online-Promo der beliebten Flensburger Disco M1 steht: „Wir feiern bis der Letzte geht" – hoffentlich kein Menetekel für das bunte Deutschland der kommenden 20er-Jahre.

http://www.pi-news.net/2020/01/buergerkrieg-in-strassburg/

JUGENDBANDEN AUS DEM MAGHREB SETZEN OFFENBAR RUND 200 AUTOS IN BRAND

Bürgerkrieg in Straßburg

3. Januar 2020

Von MANFRED ROUHS | Am Neujahrstag gleichen viele Straßenzüge in Straßburg einem Bürgerkriegsgebiet. Insgesamt sollen Jugendbanden aus dem Maghreb in der Nacht vom 30. auf den 31. Dezember rund 200 Kraftfahrzeuge in Brand gesetzt haben. Die Angaben sind bislang offiziell nicht bestätigt worden, aber Videoaufnahmen aus Straßburg lassen keinen Zweifel zu: Hier standen ganze Reihen von Kraftfahrzeugen in Flammen. Schlimmer noch: Als die Feuerwehr anrückte, um zu löschen, wurden ihre Einsatzkräfte von den Maghrebinern mit Brachialgewalt angegriffen und mussten sich zurückziehen. Sie hatten keine Chance, die Flammen zu löschen.

Thierry Carbiener, Präsident der französischen Brand- und Rettungsdienste in der Region Bas-Rhin, erklärte, in dieser Nacht hätten „äußerst gewalttätige Mitglieder organisierter Banden Einsatzkräfte mit

Eisenstangen angegriffen". Er vermutet, zumindest ein Teil der Brände sei gezielt gelegt worden, um Feuerwehrleute anzulocken und sie sodann anzugreifen.
Die deutschen Qualitätsmedien haben die dramatischen Bilder aus Straßburg und die Berichte der französischen Rettungskräfte bislang nicht veröffentlicht. Offenbar soll der deutsche Michel nicht verunsichert werden. Jugendliche Zuwandererbanden gibt es schließlich auch in Deutschland. Und das Auto ist und bleibt des Deutschen liebstes Kind. Nicht auszudenken, welche Befürchtungen da aufkommen könnten…

Liebe Freunde der PRO BEWEGUNG,
die deutschen „Qualitätsmedien" haben wohl in der Tat die dramatischen Bilder aus Straßburg und die Berichte der französischen Rettungskräfte ihren Lesern oder Hörern bislang vorenthalten.
Mit freundlichen Grüßen
Ihr Christoph Heger
Von: Signal für Deutschland e.V. [mailto:keineantwort@signal-online.de]
Gesendet: Freitag, 3. Januar 2020 11:29
An: Christoph Heger
Betreff: Bürgerkrieg in Straßburg: Maghrebiner setzen offenbar rund 200 Autos in Brand

Guten Tag Dr. Christoph Heger,

am Neujahrstag gleichen viele Straßenzüge in Straßburg einem Bürgerkriegsgebiet. Insgesamt sollen Jugendbanden aus dem Maghreb in der Silvesternacht rund 200 Kraftfahrzeuge in Brand gesetzt haben. Die Angaben sind bislang offiziell nicht bestätigt worden, aber Videoaufnahmen aus Straßburg lassen keinen Zweifel zu: Hier standen ganze Reihen von Kraftfahrzeugen in Flammen:

https://www.signal-online.de/2020/01/03/buergerkrieg-in-strassburg/

Schlimmer noch: Als die Feuerwehr anrückte, um zu löschen, wurden ihre Einsatzkräfte von den Maghrebinern mit Brachialgewalt angegriffen und mussten sich zurückziehen. Sie hatten keine Chance, die Flammen zu löschen. Thierry Carbiener, Präsident der französischen Brand- und Rettungsdienste in der Region Bas-Rhin, erklärte, in dieser Nacht hätten „äußerst gewalttätige Mitglieder organisierter Banden Einsatzkräfte mit Eisenstangen angegriffen". Er vermutet, zumindest ein Teil der Brände sei gezielt gelegt worden, um Feuerwehrleute anzulocken und sie sodann zu attackieren.

Insgesamt sollen in der Silvesternacht in ganz Frankreich rund 1.000 Kraftfahrzeuge in Brand gesetzt worden sein.

Die deutschen Qualitätsmedien haben die dramatischen Bilder aus Straßburg und die Berichte der französischen Rettungskräfte bislang nicht veröffentlicht. Offenbar soll der deutsche Michel nicht verunsichert werden. Jugendliche Zuwandererbanden gibt es schließlich auch in Deutschland. Und das Auto ist und bleibt des Deutschen liebstes Kind. Nicht auszudenken, welche Befürchtungen da aufkommen könnten …

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Rouhs

Signal für Deutschland e.V., Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin, Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Telefon 030 - 66 40 84 13 / Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Aktenzeichen VR 36107 B

https://www.n-tv.de/politik/Terror-Verdacht-nach-Messerattacke-bei-Paris-article21489453.html
SAMSTAG, 04. JANUAR 2020
Angreifer rief "Allahu akbar"
Terror-Verdacht nach Messerattacke bei Paris
In einem Pariser Vorort geht ein Mann mit einem Messer auf Passanten los. Er tötet einen Menschen und verletzt zwei weitere, bevor er erschossen wird. **Schnell ist klar: Der Täter ist psychisch krank. Nun gibt es aber auch Hinweise auf ein terroristisches Motiv.**
Einen Tag nach dem tödlichen Messerangriff in der Nähe von Paris hat die Anti-Terror-Staatsanwaltschaft die Ermittlungen übernommen. Es gebe Anzeichen für eine Radikalisierung des Täters und darauf, dass er die Tat vorbereitet habe, teilte die Staatsanwaltschaft in der französischen Hauptstadt mit. Das rechtfertige den Terror-Verdacht trotz der psychischen Störung des Angreifers.
Zuvor hatte bereits die örtliche Staatsanwaltschaft neue Details zu den Ermittlungen bekanntgegeben. **Der 22-jährige Nathan C. habe bei der Tat "Allahu akbar" (Gott ist groß) gerufen, erklärte die Staatsanwältin von Créteil, Laure Beccuau, bei einer Pressekonferenz. Er habe zudem einen Passanten verschont, der sich durch das Aufsagen eines Gebets auf Arabisch als Muslim zu erkennen gegeben habe. Danach habe der Angreifer mit "extremer Gewalt" und "extremer Entschlossenheit" seine Taten begangen. Während des Angriffs habe der Täter eine Dscheballa, einen traditionellen arabischen Überwurf, getragen.**
Beccuau machte auch weitere Angaben zum Gesundheitszustand des Angreifers. Dieser sei bis Mai in einer psychiatrischen Einrichtung in Behandlung gewesen, erklärte sie. Demnach litt er seit seiner Kindheit an psychischen Problemen. **2017 konvertierte er den Angaben zufolge zum Islam.**
Täter war unter dem Radar der Behörden
Bei dem Messerangriff in einem Park im südlichen Pariser Vorort Villejuif waren am Freitag ein Mann getötet und zwei Frauen verletzt worden. Der Angreifer wurde auf der Flucht erschossen. Bereits am Freitag hatten die Ermittler von "psychischen Störungen" des Täters gesprochen. Den Behörden war im Vorfeld keine Radikalisierung des 22-Jährigen aufgefallen.

Die Tat erfolgte wenige Tage vor dem fünften Jahrestag des Angriffs auf die Satirezeitung Charlie Hebdo im Januar 2015. Bei dem islamistischen Anschlag waren zwölf Menschen getötet worden.
Frankreich ist seit 2015 von einer Reihe von Anschlägen getroffen worden, bei denen insgesamt mehr als 250 Menschen starben. Die Angriffe hatten zumeist einen islamistischen Hintergrund. Zuletzt erstach im Oktober ein zum Islam konvertierter Verwaltungsangestellter vier Polizisten im Pariser Polizeipräsidium.
Quelle: ntv.de, hul/AFP/dpa

http://www.pi-news.net/2020/01/frankreich-moslem-sticht-auf-passanten-ein-ein-toter-zwei-verletzte/

POLIZEI ERSCHIESST ATTENTÄTE

Frankreich: Moslem sticht auf Passanten ein – ein Toter, zwei Verletzte

3. Januar 2020

Am Freitag gegen 14 Uhr griff ein mit einem dunklen Djellaba (Islamkaftan) bekleideter Moslem im Parc des Hautes-Bruyères in Villejuif, einer Gemeinde südlich von Paris, mehrere Menschen mit einem Messer an. Ein 56-Jähriger, der seine Frau beschützen wollte überlebte die Attacke nicht. Zwei weitere Menschen wurden verletzt, einer davon schwer.
Der Täter wurde schon bald nach der Tat in der Nachbargemeinde Haÿ-les-Roses von der Polizei auf der Flucht erschossen. Staatsanwältin Laure Beccuau erklärte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Innenstaatssekretär Laurent Nuñez und dem Pariser Polizeichef Didier Lallemen, der Angreifer hätte auf seiner „mörderischen Reise" versucht, weitere Passanten anzugreifen, diese hätten ihm aber ausweichen können. Staatssekretär Nunez lobte „den Mut, die Effizienz und die Reaktionsfähigkeit" der Beamten. So sei es „möglich gewesen, den Täter sofort zu neutralisieren".
Laut Bericht der französischen Zeitung Le Parisien sei der Mann anhand seiner Kreditkarte und Fingerabdrücke als Nathan C. identifiziert worden. Der 22-Jährige soll im 14. Arrondissement von Paris gelebt haben und regelmäßig in der Psychiatrie im Saint-Anne-Krankenhaus stationiert gewesen sein.
Über das Motiv wurde, wie meist in solchen Fällen, erst einmal gerätselt. Von einer „psychischen Erkrankung" war die Rede. Mehreren Zeugen zufolge habe der Täter während der Angriffe „Allahu Akbar" gerufen. Und auch seine Kleidung spricht dafür, dass es sich bei dieser Erkrankung wohl um den Islam handelt.

http://www.pi-news.net/2020/01/schnelles-ende-einer-terrorattacke-in-gelsenkirchen-allahu-akbar-peng-tot/

MESSERANGRIFFE VON MOSLEMS GEHÖREN INZWISCHEN ZUR WESTLICHEN LEBENSWIRKLICHKEIT

Schnelles Ende einer Terrorattacke in Gelsenkirchen: Allahu Akbar! Peng, tot!

6. Januar 2020

Von EUGEN PRINZ | Wir müssen der Wahrheit ins Auge sehen: Dank der grob fahrlässigen und gegenüber der indigenen Bevölkerung rücksichtslosen Migrationspolitik, sind von verblendeten Anhängern des Islams verübte Terroranschläge unter Verwendung einfachster Mittel, inzwischen Bestandteil der Lebenswirklichkeit der westlichen Welt.

Würde jede Attacke ein solches Ende nehmen, wie die in Gelsenkirchen am gestrigen Sonntag, gegen 19.40 Uhr, könnten wir von Glück reden.

Lob an Allah wird nun persönlich überbracht

Vor der Polizeiwache Süd in Gelsenkirchen hielten sich zur Tatzeit gerade zwei Polizeibeamte bei ihrem dort abgestellten Streifenwagen auf, als ein Mann auf sie zuging, der in der einen Hand einen Stock und in der anderen ein Messer hielt. Als er auf Höhe des Streifenwagens war, schlug er mit dem Stock auf das Fahrzeug, während er sich weiter den Beamten näherte. Sie forderten ihn auf, stehen zu bleiben, doch er ging mit Stock und Messer weiter auf sie zu. Dabei rief er „Allahu akbar" (arabisch: Gott ist am größten).

Da es nicht ratsam war, das gezückte Messer in der Hand des Anhängers der Religion des Friedens länger zu ignorieren, sorgte einer der beiden Beamten, ein 23-jähriger Kommissarsanwärter, mit einem tödlichen Schuss aus seiner 9mm-Dienstpistole dafür, dass der Angreifer seinem Gott das Lob gleich persönlich überbringen konnte.

Die Ermittlungen laufen auf Hochtouren

Nach ersten Erkenntnissen handelte es sich bei dem mutmaßlichen Terroristen um einen 37-jährigen Türken. Nähere Details zu dem in Notwehr erschossenen Täter werden von der Polizei Münster, der als sogenannte „Megabehörde" zuständigkeitshalber die Einsatzleitung obliegt, heute im Laufe des Vormittags bekannt gegeben.

Ob der Angreifer bereits als Islamist oder Extremist bekannt war, ist steht derzeit noch nicht fest. Auch ob bei dem Mann möglicherweise eine psychische Erkrankung vorgelegen hat, ist noch ungeklärt**. Aufgrund der „Allahu-akbar-Rufe" kann laut Lagepapier „ein Bezug zum islamistischen Terrorismus nicht ausgeschlossen werden".**

PI-NEWS wird Sie auf dem Laufenden halten.

Déjà-vu

Es ist kein Wunder, dass die Gelsenkirchener Polizeibeamten vorsichtig geworden sind. Im Februar 2016 hatte die 15-jährige

IS-Anhängerin Safia S. zwei Beamte am Hauptbahnhof mit einem Messer angegriffen, ein Polizist wurde dabei lebensgefährlich verletzt.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» Twitter Account des Autors.

https://www.n-tv.de/politik/Mitarbeiter-verkauften-wohl-falsche-Papiere-article21497933.html
DONNERSTAG, 09. JANUAR 2020
Korruption beim UNHCR?
Mitarbeiter verkauften wohl falsche Papiere
Für 2500 Dollar in den Westen? Einem Bericht des "Stern" zufolge sollen Mitarbeiter des Flüchtlingshilfswerks UNHCR in Ostafrika gefälschte Papiere für ein "Resettlement"-Programm vergeben haben. Es wäre nicht das erste Mal.
Mitarbeiter des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sollen Afrikanern gegen Geldzahlungen eine Umsiedlung in den Westen ermöglicht haben. Dies berichtet der "Stern" in seiner aktuellen Ausgabe. Die UNHCR-Mitarbeiter sollen dafür unter anderem falsche Papiere ausgestellt haben, mit denen es die Afrikaner auf die begehrten Listen des "Resettlement"-Programms schafften. In dessen Rahmen bieten mehrere westliche Staaten, darunter auch Deutschland, besonders schutzwürdigen Flüchtlingen eine sichere Zukunft in ihrem Land. Profitieren sollen davon vor allem Menschen, die aufgrund von Krankheiten und Verfolgung bedroht sind. Da aber derzeit weltweit nur 50.000 bis 60.000 solcher Umsiedlungen pro Jahr stattfinden, sind die Chancen verschwindend gering, einen der Plätze zu bekommen.
Wie der "Stern" berichtet, hat sich in der ugandischen Hauptstadt Kampala, die als einer der Hauptanlaufpunkte für Flüchtlinge in Ostafrika gilt, ein Markt mit Vermittlern für illegale Geschäfte rund um die Umsiedlungen gebildet. Laut einem Vermittler kostet ein Platz auf der Liste etwa 2500 US-Dollar. Für das Geld beschaffe der UNHCR-Mitarbeiter beispielsweise gefälschte ärztliche Atteste. An dem Betrug seien daher auch Mediziner beteiligt. Der "Stern" beschreibt auch Fälle von Flüchtlingen, denen ein Platz auf den Resettlement-Listen zugestanden hätte, die aber leer ausgingen, da ihre Identitäten an andere Afrikaner verkauft worden sein, die damit ausreisten.

Die Genfer Zentrale des UNHCR bestätigte dem "Stern", dass auch sie Hinweise auf Korruption in Uganda und Kenia erhalten habe. Dort, wo ausreichend Informationen zur Verfügung stünden, würde auch ermittelt. "Die Integrität des Resettlement-Programmes hat oberste Priorität", teilte eine der Sprecherin des UNHCR mit. Sie verwies darauf, dass inzwischen unter anderem auch Fingerabdrücke und Fotos der Flüchtlinge erfasst würden, um Manipulationen zu erschweren. Das Verfahren gelte allerdings nur für neu registrierte Flüchtlinge. Wer vor 2018 Asyl beantragte, ist weiter nur mit einem Passbild und einer Fallnummer in der UNHCR-Datenbank gespeichert.
Der UNHCR hatte schon in der Vergangenheit mit Korruption im Resettlement zu kämpfen. 2001 wurden zum ersten Mal neun Personen, unter ihnen ein Deutscher, in Kenia verklagt, weil sie über Jahre Bestechungsgelder in Millionenhöhe kassiert hatten. 2017 sorgte ein ähnlicher Fall im kenianischen Kakuma für Schlagzeilen, und zuletzt berichtete die Reporter-Website "The new Humanitarian" über Korruptionsfälle im Sudan.
Quelle: ntv.de, ghö

http://www.pi-news.net/2020/01/hamburg-spaziergaengerin-von-maennergruppe-niedergestochen/

OPFER SCHWER VERLETZT - TÄTER "FLÜCHTIG"

Hamburg: Spaziergängerin von „Männergruppe“ niedergestochen

5. Januar 2020

Streifenwagen vor dem U-Bahnhof Kiwittsmoor in Langenhorn, dort wurde am Freitag nach einem „verbalen Streit“ auf eine Spaziergängerin aus einer Männergruppe heraus unvermittelt eingestochen.
Von JOHANNES DANIELS | Brutale Blut-Attacke in Langenhorn im Norden Hamburgs: Am U-Bahnhof Kiwittsmoor ist am Freitag eine Frau von einem Mann aus einer „größeren Männergruppe“ heraus mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt worden. Nach ersten Informationen war die Frau mit ihrem Begleiter gegen 10 Uhr auf dem früher gemütlichen Wanderweg unterhalb der Bahnbrücke unterwegs, als die beiden auf eine Gruppe von Männern trafen, die sich ihnen plötzlich in den Weg stellte. Weil „die Gruppe nicht ausweichen wollte“, kam es zunächst zum verbalen Streit.
Einer „der Männer der Gruppe“ mit Migrationshintergrund zückte daraufhin ein Messer und stach unvermittelt auf die Frau ein. Im Anschluss

flüchteten er und die anderen „Männer“. Der geschockte Begleiter der Frau wählte den Notruf. Das Messeropfer wurde nach Polizeiangaben „schwer verletzt“ in ein nahes Krankenhaus eingeliefert.
Die Polizei Hamburg hat die Ermittlungen zu den geflüchteten Tätern aufgenommen, eine Fahndung läuft nach eigenen Angaben, ohne nähere Details zu den „Fluchtsuchenden“ preiszugeben – wohl aus ermittlungstaktischen Gründen oder Arbeitsüberlastung. Nach aktuellen Informationen steigt die Mordkommission Hamburg auch nicht in den Fall ein – die Messerattacke wird zunächst als Körperverletzung, nicht als Mordversuch gewertet und nun von der örtlichen Kripo „bearbeitet“.
Zeugen, die trotz fehlender Täterbeschreibungen Hinweise zu den Tatverdächtigen haben, können diese unter der Rufnummer 040/4286-56789 beim Hinweistelefon der Polizei Hamburg melden.

Gefährliches Wandern in Langenhorn

Für „spaziergehende Erlebende“ wird Hamburg-Langenhorn im Zuge der Massen- und Messereinwanderung mittlerweile zunehmend abenteuerlicher. Gibt man bei google „Langenhorn Messer“ ein, erhält man 629.000 Ergebnisse in 0,44 Sekunden. Der 26-jährige „Edeka-Mörder“ Ahmad Alhaw (PI-NEWS berichtete mehrfach) aus Langenhorn, ein abgelehnter palästinensischer Asylsuchender, stach dort beispielsweise unvermittelt auf einen deutschen Familienvater ein. Der Salafist hatte sich zuvor „vorbildlich an seinem Ausreiseverfahren beteiligt“. Auch dieser islamische Messerangreifer lebte in der Flüchtlingsunterkunft Kiwittsmoor.

Nach eigenen Angaben der rotgrünen Stadt Hamburg bietet der Stadtteil Langenhorn „mit seiner einzigartigen Landschaft einen grünen Flecken zur Erholung“ mitten in der Stadt. Im ehemals abgetorften Hochmoor könne man „einen Vegetationsmix“ erleben, der in Hamburg einmalig sei. Aber auch andere Stadtteile bieten einen bunten Mix: Im Hamburger Stadtteil Billbrook beispielsweise betrug die Arbeitslosenquote Ende Dezember 2018 offiziell über 13 Prozent, faktisch wohl 85 Prozent. Fast alle Bewohner dort sind „Zuwanderer“, über 85 Prozent der Bevölkerung haben heute einen Migrationshintergrund.

Die deutschen Mainstream-Medien berichten kaum über den „Vorfall“, die regionale Schleswig-Holstein-Zeitung berichtet wie immer in solchen Fällen hinter der „Bezahlschranke“ unter „Regionales“. Bei der Kurzmeldung der WeLT wurde die Kommentarfunktion deaktiviert.

Ironie des Schicksals: Direkt unter dem Bericht der „Lübecker Nachrichten“ über das Messer-Attentat an einer Spaziergängerin erhält man eine trendige Werbeanzeige für: Messer!

Dort steht messerscharf schwarz auf weiß:

Ein Deejo-Messer strahlt eine starke Persönlichkeit aus und kann personalisiert werden, um sich jedem Geschmack, oder Laune und jedem Stil anzupassen.

http://www.pi-news.net/2020/01/allahu-akbar-in-rhauderfehn-ivorer-bedroht-kirchgaenger/

ISLAMISCHER EINDRINGLING ZEIGT WAS ER VOM CHRISTENTUM HÄLT

„Allahu Akbar“ in Rhauderfehn: Ivorer bedroht Kirchgänger

13. Januar 2020

Am Montagvormittag stürmte ein von der Elfenbeinküste stammender Allah-Krieger gleich drei Kirchen der Gemeinde Rhauderfehn (Landkreis Leer in Niedersachsen). Laut Polizeibericht wurden die Beamten um 9.55 Uhr in Alarmbereitschaft versetzt, weil ein Mann in der evangelisch-lutherische Hoffnungskirche am Untenende in Rhauderfehn mit Allahu-Akbar-Geschrei den Gottesdienst störte. Offenbar zielstrebig begab er sich danach in die katholische Kirche St.Bonifatius in Westrhauderfehn, wo er ebenfalls drohend seine islamischen Kampfschreie absetzte. Nachdem er auch dort die Kirchgänger in Angst und Schrecken versetzt hatte machte der 33-Jährige sich auf den Weg zur Petruskirche. Dort zog er dieselbe Show ab. Laut Polizeibericht soll der Mann die Besucher der Gottesdienste auch direkt verbal bedroht haben, viele ergriffen die Flucht.

Gegen 11.20 Uhr konnte der Moslem dann endlich „vorläufig“ festgenommen werden. Er habe bei den Durchsuchungsmaßnahmen erheblichen Widerstand geleistet, heißt es. Waffen wurden bei dem Mann keine gefunden. Den Auftrag des Koran hat er aber dennoch zum Teil erfüllt. In Sure 3, Vers 151 lautet der Befehl:

> *Wahrlich, Wir werden in die Herzen der Ungläubigen Schrecken werfen, darum daß sie neben Allah Götter setzten, wozu er keine Ermächtnis niedersandte; und ihre Wohnstätte wird sein das Feuer, und schlimm ist die Herberge der Ungerechten.*

Die Polizei laviert sich um die Kausalität der Tat herum. Der Ivorer habe einen „verwirrten und psychisch auffälligen Eindruck“ gemacht und man habe keine Hinweise, dass es sich dabei um eine politisch motivierte Tat handle, heißt es in der Stellungnahme.

Derartige Ansichten sind Teil des Übels in der Verfolgung islamisch motivierter Taten. In Israel ist man im Umgang mit solchen Tätern nicht nur rigoroser und effizienter, sondern auch ehrlicher. Dort wird jeder Gewaltakt, der keinen rein persönlichen Hintergrund hat, kompromisslos als Terror gewertet und die Täter werden namentlich genannt. Auch bei diesem Übergriff in Rhauderfehn ist das Motiv schlicht im islamischen Dschihad zu suchen. Dass der Täter nur drohte und, zumindest nach bisherigen Erkenntnissen, keine Person körperlichen Schaden nahm ist Glück. Beim nächsten Mal macht er es vielleicht „besser“.

Immerhin ermittelt der Staatsschutz. Der „dankbare“ Gast der Kanzlerin wurde aufgrund der festgestellten „psychischen Auffälligkeit“ in eine Fachklinik eingewiesen, wo er für die nächste Zeit unser Gesundheitswesen belastet.

http://www.pi-news.net/2020/01/brisante-statistik-aus-nrw-zeigt-deutschland-messerland/

MIGRANTEN GREIFEN DREIMAL SO HÄUFIG ZUR STICHWAFFE WIE EINHEIMISCHE

Brisante Statistik aus NRW zeigt: Deutschland = Messerland

16. Januar 2020

Von EUGEN PRINZ | Wer sich mit dem Tagesgeschehen in diesem Land befasst, stellt zwangsläufig fest, dass „Messermänner" zunehmend den öffentlichen Raum unsicher machen. Es genügt, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein, um schwer verletzt oder gar getötet zu werden. Jene, die eine Korrelation zwischen der ständig steigenden Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund und den immer häufigeren Messerattacken sehen, können sich jetzt durch die erste (relativ) detaillierte Statistik zu dieser Problematik, herausgegeben vom Bundesland Nordrhein-Westfalen, bestätigt fühlen.

Erschreckende Zahlen

NRW Innenminister Herbert Reul legte dem Innenausschuss des Landtags die erste Gesamtjahresbilanz zu diesem Problemfeld vor. Im Jahr 2019 wurden in NRW insgesamt 6827 Fälle erfasst, in denen als Tatmittel ein Messer eingesetzt wurde. Dabei gab es insgesamt 6736 Tatverdächtige, von denen 2645 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Das sind 39,27 Prozent, bei einem Ausländeranteil von 13,3 Prozent (2018) an der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens.

Das bedeutet, dass Ausländer dreimal so häufig zum Messer greifen, als Deutsche.

AfD-MdB Gottfried Curio hat Recht

Diese Gesamtübersicht untermauert auf drastische Weise die in einer Rede vor dem deutschen Bundestag im März 2018 aufgestellte These des AfD-Bundestagsabgeordneten Dr. Gottfried Curio:

> *„Masseneinwanderung heißt auch Messereinwanderung"*

Und wieder „Volkserziehung" vom ZDF

Der absolute Brüller ist in diesem Zusammenhang wieder einmal die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Erziehungsfernsehens. Auf der Seite von „ZDF Heute" steht zu lesen:

> ***„Statistik für 2019 in NRW -Messerangriffe: Tatverdächtige meist Deutsche"***

Da sind wir jetzt aber wirklich froh, dass Ausländer bei einem Anteil von 13,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung in NRW noch nicht die Mehrheit der „Messermänner" stellen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

„Tatverdächtige meist Deutsche" – für diese Art Volksverdummung hat der Autor, ausweislich der vom „Beitragsservice" auf Anforderung

übersandten Auskunft über seine gespeicherten Daten, im Laufe seines Lebens mehr als 5000 Euro an Rundfunkgebühren bezahlt…
Das muss ein Ende haben! Doch zurück zu den „Messermännern":
1,14 % Flüchtlinge stellen 15,62 Prozent der Messerstecher
Weiter geht aus der Gesamtjahresbilanz hervor, dass der Anteil der Zuwanderer unter den nichtdeutschen „Messermännern" 39,8 Prozent (1052) beträgt. Das bedeutet, dass 15,62 Prozent aller Messerstecher das sind, was gemeinhin als „Flüchtling" bezeichnet wird, also Asylbewerber, Schutz- und Asylberechtigte oder Geduldete.
Ende 2018 lebten in NRW insgesamt 205.449 Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte. Bei einer Gesamtbevölkerung von 17,91 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind das gerade mal 1,14 Prozent. Nicht in dieser Zahl enthalten sind die Geduldeten, aber die dürften das Kraut auch nicht mehr fett machen.
Das bedeutet, dass die Zuwanderer bei einem Bevölkerungsanteil von 1,14% insgesamt 15,62% der Messerstecher Nordrhein-Westfalens stellen. Wie gesagt, die „Geduldeten" sind hier nicht berücksichtigt, sie dürften die Zahl jedoch nur unwesentlich schönen.
Deutsche mit Migrationshintergrund nicht gesondert aufgeführt
Man muss Nordrhein-Westfalen für diese detaillierte Statistik dankbar sein, denn sie wirft ein Schlaglicht auf die katastrophalen Auswirkungen der Zuwanderung. **Was in der Aufstellung allerdings fehlt, ist die Information, wie viele der deutschen Tatverdächtigen einen Migrationshintergrund haben. Allein im Jahr 2018 wurden in Nordrhein-Westfalen 27.649 Ausländer eingebürgert, darunter fast 5000 Türken und über 1500 Iraker. Hier ist der Grund zu suchen, warum sich der Ausländeranteil in NRW im Vergleich zum Straßenbild vergleichsweise niedrig ausnimmt. Die werden alle eingebürgert.**
Angesichts der massenhaften Einbürgerung türkischer Migranten und dem hohen Anteil türkischer Staatsangehöriger an den Messerstechern (436) wäre die Bilanz bei der Erfassung des Migrationshintergrundes eines deutschen Tatverdächtigen wohl noch deutlich verheerender ausgefallen.
Neben Nordrhein-Westfalen werden Messerattacken auch noch in Thüringen, Baden-Württemberg, Hessen und Berlin statistisch erfasst. Dort gibt es noch keine aktuellen Zahlen. In 2018 war jedoch in jedem dieser Bundesländer eine deutliche Zunahme der Messerangriffe zu verzeichnen.
Deutschland ist jetzt Messerland geworden.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Wenn Sie gerne spenden möchten, können

Sie das per Paypal hier tun: ***spende@zuwanderung.net***
» Twitter Account des Autors.

http://www.pi-news.net/2020/01/muenchen-stachus-afghane-vergewaltigt-25-jaehrige-bei-mcdonalds/

DURCH ZUFALL VIER TAGE SPÄTER GEFASST

München-Stachus: Afghane vergewaltigt 25-Jährige bei McDonald's

14. Januar 2020

Von JOHANNES DANIELS | Wer halb Kabul nach Deutschland holt, muss sich nicht wundern, wenn er selbst zu „Kabul" wird: Nach den brutalen Massenschlägerei am Münchner Stachus vor zwei Wochen mit über 40 gewaltbereiten Tätern (PI-NEWS berichtete), vorwiegend mit Migrationshintergrund, kam es letzten Montag zu einer schweren sexuellen Nötigung / Vergewaltigung durch einen polizeibekannten Afghanen in der Toilette des McDonald's am Karlsplatz.

Demnach hat „ein Mann" eine 25-jährige Münchnerin auf der Damentoilette des beliebten Schnellrestaurants sexuell attackiert: Als die Münchnerin auf die Toilette ging, drängte sich der Mann mit ihr unvermittelt in die Kabine, wo er sie brutal attackierte, teilweise auszog und unter anderem am Gesäß sexuell nötigte. Die 25-Jährige konnte sich jedoch während des Tatvollzugs noch wehren. Als sie laut schrie, ergriff der „Vor-der-Gewalt-in-seiner-Heimat-zu-uns-Geflüchtete" die Flucht.

Die Münchnerin blieb unverletzt, stand aber unter enormen Schock und ist wohl für Jahre von der von den Systemparteien gewollten Umvolkungs-Verwerfung traumatisiert. Im Zuge der polizeilichen Ermittlungen konnte die Identität (oder zumindest eine der Identitäten) des Gesuchten festgestellt werden: Ein Zeuge, der zufällig mit dem Verdächtigen in der McDonald's-Filiale war, ebenfalls ein Afghane, teilte der Polizei den Namen des Vergewaltigers mit. **Er war selbstverständlich bereits wegen mehrerer Gewaltdelikte in Bayern „polizeibekannt".**

Polizeibekannter „Schutzsuchender"

Vier Tage später konnte die Polizei den Verdächtigen schließlich festnehmen – allerdings nur dank eines Zufalls. Am Donnerstag, gegen 00.45 Uhr, kam es an der S-Bahnhaltestelle Hackerbrücke zu einem handgreiflichen Streit zwischen einer 19-Jährigen und einem 26-jährigen

Mann. Im Laufe des Streits schlug der Mann „seiner Bekannten" mehrmals mit der flachen Hand ins Gesicht – sie schrie auf, woraufhin Zeugen die Polizei alarmierten.

Festnahme nach Streit an der S-Bahn

Bei der Überprüfung der Personalien stellte sich dann heraus, dass es sich bei dem 26-Jährigen um den prospektiven Vergewaltiger (Mainstream-Medien: „Grapscher") aus der McDonald's-Toilette handelt. Der Mann war schon vor den beiden Vorfällen polizeibekannt – unter anderem wegen Körperverletzung. Die Beamten nahmen ihn fest und brachten ihn in die Haftanstalt des Münchner Polizeipräsidiums. Die weiteren Ermittlungen werden durch das Kommissariat 15, zuständig für Sexualdelikte, geführt.

Die auflagenschwache „Lügdeutsche Zeitung" berichtet „neutral" über den Täter und macht sich mitschuldig:

„Mann attackiert Frau auf McDonald's-Toilette

***Ein 26-Jähriger verfolgt eine Münchnerin auf die Damentoilette, entkleidet sie teilweise und berührt sie am Gesäß. Die Polizei nimmt ihn vier Tage später fest – nachdem er seine Freundin verprügelt hatte. […] Polizisten trafen in dem Burger-Restaurant einen unbeteiligten Mann an, der den Angreifer identifizieren konnte. Beim Tatverdächtigen handelte es sich laut Polizei um einen 26-Jährigen ohne festen Wohnsitz in Deutschland. Dieser blieb zunächst flüchtig.*"**

Afghane mordete 2019 am Stachus

Am Karfreitag 2019 wurde ein Münchner 17-Jähriger in der Nähe des Stachus übrigens von einem 21-jährigen Afghanen mittels Messer ermordet. Anlass war, dass der 17-Jährige die mutmaßlichen Täter mit ihren Begleiterinnen mit seinem Handy – offenbar unabsichtlich – gefilmt hatte. Es folgte ein Gerangel, bei dem einer der mutmaßlichen Täter, ein 20-Jähriger, auf den 17-Jährigen einschlug. Der zweite mutmaßliche Täter, ein 21-Jähriger, stach mit einem spitzen Gegenstand auf den 17-Jährigen ein und verletzte ihn lebensgefährlich. Danach konnten die beiden mutmaßlichen Täter mit den Begleiterinnen fliehen. Die Polizei konnte später Spuren vom Tatort, Video-Material von Überwachungskameras aus umliegenden Geschäften und soziale Netzwerke auswerten und die Mörder ausfindig machen. Sie waren 2016 nach Deutschland gekommen, wohnhaft in den Landkreisen Starnberg und München, und bereits zuvor polizeilich aufgefallen.

Im Dezember rief der bunte rotgrüne Münchner Stadtrat mit großer Mehrheit übrigens den so genannten „Klimanotstand" aus!

https://philosophia-perennis.com/2020/01/13/berlin-taeglich-19-polizisten-opfer-von-gewalt/

Berlin: Täglich 19 Polizisten Opfer von Gewalt

Von David Berger -13. Januar 20200

(David Berger) Die neuen Zahlen, die die Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik nun bekannt gab, schockieren ganz Deutschland: Fast 7000 mal wurden Polizeibeamte im vergangenen Jahr in Berlin Opfer einer Gewalttat. Das sind umgerechnet durchschnittlich 19 Polizisten pro Tag. Das von RGG geplante „Antidiskriminierungsgesetz" könnte diese Situation noch extrem verschärfen.

Als „unfassbar" bezeichnete Slowik diese Zahlen, **zumal hier Beleidigungen, Bedrohungen und Beschimpfungen noch gar nicht mit erfasst sind,** die ebenfalls ein neues Hoch erreicht haben. Interessant dabei, dass weniger die Frage nach den Ursachen im Zentrum der Äußerungen Slowiks stand, sondern die ganz pragmatische Frage, wie man diese „Belastungen in Zukunft auffangen könne". Hier soll eine Hotline helfen, die angegriffenen Beamten psycho.soziale Hilfe und Beratung hinsichtlich der Meldung von „Dienstunfällen" gebe.

Linksradikale und „Männer" Haupttätergruppen

Dass vor allem Linksradikale und „Männer" (gemeint sind in der politisch korrekten Polizeisprache in solchen Fällen Männer mit Migrationshintergrund) für diese Zahlen verantwortlich sind, ist kein Geheimnis. Der RBB, dem man nun wirklich keine Tendenz zu „rechter Hetze" wird vorwerfen können, schreibt dazu:

„Zuletzt hatten in der Silvesternacht aggressive Gruppen junger Männer Böller auf Polizisten, Feuerwehrleute und Passanten geworfen.

In der Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain mit einst besetzten Häusern werden seit Jahren Polizisten von linksextremistischen Tätern attackiert. Auch am 1. Mai fliegen regelmäßig Steine und Flaschen gegen Frauen und Männer in Uniform.

Ende Mai 2019 wurde ein Polizist bei einer Kontrolle von drei Geschwistern in Wedding massiv angegriffen. Sie schlugen den Beamten zu Boden. Dessen Kollegin konnte nur durch das Ziehen der Dienstpistole die Gewalttäter in Schach halten. Die hinzugekommene Mutter filmte den Angriff noch. Beide Beamte erlitten Blutergüsse, Prellungen sowie Quetschungen."

Angesichts der großen Herausforderungen, vor die die Polizei in Berlin gestellt sei, sei sie sehr stolz auf die Polizeibeamten, die „jeden Tag, wieder und wieder der Kriminalität die Stirn bieten und Hilfebedürftigen unter die Arme greifen".

„Antidiskriminierungsgesetz" wird die Situation extrem verschärfen

Davon, dass das von RRG geplante „Antidiskriminierungsgesetz" die Arbeit der Berliner Polizei extrem erschweren bis unmöglich machen wird, ist freilich nirgendwo die Rede. Am 30. August 2019 schrieb dazu Beatrix von Storch:

„Stellen Sie sich folgende Situation vor: Ein Polizist verhaftet einen afrikanischen Drogendealer. Dieser beschimpft den Polizisten auf das Unflätigste als „Nazi" und

„Rassisten“. Daraufhin wird dieser nicht etwa wegen der Beleidigung des Polizisten belangt.

Polizisten statt Kriminelle vor Gericht

Oh nein – Der Migrationsrat nimmt sich der Sache an und bringt den Polizisten vor Gericht. Wenn der Polizist nicht beweisen kann, dass er nicht aus rassistischen den Drogendealer kontrolliert hat, dann bekommt der afrikanische Drogendealer nicht nur eine Entschuldigung von der Polizei, sondern sogar eine finanzielle Entschädigung vom Steuerzahler.

Genau das sieht das neue Antidiskriminierungsgesetz des rotrotgrünen Berliner Senats vor.

Die links-grün versifften bekämpfen die Polizei, beschützen und fördern die Kriminellen und liefern uns schutzlos afrikanischen Drogendealern und arabischen Clans aus.“

http://www.pi-news.net/2020/01/lg-muenchen-moslemischer-kirchen-attentaeter-psychisch-krank/

MOHAMED RIEF "ICH VERBRENNE EUCH ALLE CHRISTEN IN DIESER KIRCHE" UND "ALLAHU AKBAR"

LG München: Moslemischer Kirchen-Attentäter „psychisch krank“

22. Januar 2020

Der Moslem, der am Ostersamstag 2019 die St. Paulskirche überfiel, wurde vom Landgericht München I mal wieder als "schuldunfähig" eingestuft und wird zur "Behandlung" in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Moslem Mohamed B. aus Somalia hatte am Ostersamstag des vergangenen Jahres die St.Paulskirche in München überfallen und eine Massenpanik ausgelöst (PI-NEWS berichtete). Er warf mit Steinen und schrie das übliche „Allahu Akbar“, dem dann bekanntermaßen häufig ein tödlicher Terroranschlag folgt. Dazu gab es einen lauten Knall, weil er einen schweren Stein in die Kirche geschleudert hatte. Eintausend Christen gerieten in der Kirche in Panik und flüchteten in Todesangst. Frauen und Kinder stürzten zu Boden und mussten fürchten, von der verängstigten Menge zu Tode getrampelt zu werden. Der Moslem skandierte auch noch „Ich verbrenne euch alle Christen in dieser Kirche“, was unheilvoll an Vorgehensweisen von radikalen Moslems im Islamischen Staat erinnern musste.

Vor dem Landgericht München I fiel nun das Urteil. Ein Sachverständiger hatte den Moslem zuvor als „schuldunfähig“ eingestuft. Er sei „psychisch krank“. An was er leidet, kann man nur vermuten. Eine Überdosis Koran abbekommen? Zuviel Hass auf Christen aus seinem „Heiligen Buch“ aufgesogen? Der 37-jährige Mohammedaner wird nun in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Wie die Behandlung wohl aussehen mag? Ent-Radikalisierung vom islamischen Hass gegen alle Andersgläubigen? Eine

Art Ent-Islamifizierung, wie es auch die Chinesen an fanatischen Uiguren-Moslems vornehmen? Wohl kaum. Vielmehr dürfte der Merkel-Gast mit viel Verständnis für seine „traumatischen" Erlebnisse im Zusammenhang mit seiner „Flucht" fürsorglich umsorgt werden.

Seine „psychische Krankheit" hat ihn aber ganz offensichtlich nicht daran gehindert, äußerst planvoll und gezielt aus Somalia in jenes Land der Ungläubigen zu „flüchten", in dem die meiste Beute zu erwarten ist. Aufgrund des überaus großzügigen Sozialsystems und der bis zur Selbstaufgabe grenzenden Einstellung weiter Teile der Bevölkerung, alle Menschen herzlich willkommen zu heißen, die an der Grenze einigermaßen unfallfrei „Asyl" herausbringen.

Für die zumeist kroatischen Christen wurde die Begegnung mit dem „Schutzsuchenden" zum Alptraum. Zeugin Susanna B. beschrieb den Horror laut Bericht von „Rosenheim 24" vor Gericht so:

> *„Der Gottesdienst ging schon 20 Minuten", erzählt sie. „Plötzlich habe ich gehört,wie jemand schreit. Es gab einen Knall. Dann haben alle nur noch versucht, rauszurennen." Von einer Sekunde auf die nächste herrscht Chaos in der Kirche. Weil die Gänge eng sind,gibt es viele Zusammenstöße. Am Ende liegen etliche Gottesdienstbesucher am Boden, andere werden eingequetscht. „Ich hatte Schmerzen, aber konnte mich nicht bewegen", schildert Suzana R. „Einige Leute sind auf mich gefallen, andere trampelten über mich. Es war schrecklich. Ich dachte,jetzt sterbe ich."*
>
> *Weinend berichtet Suzana R. über den Osterabend. Mehrfach muss sie ihre Aussage vordem Landgericht unterbrechen –noch heute leidet die Erzieherin unter dem Vorfall. „Ich habe seitdem große Angst, mich in Menschenmengen zu bewegen, und meide den Öffentlichen Nahverkehr." Verständlich, denn im Gedränge der Kirche hatte Suzana R. minutenlang nicht nur Angst, sondern fühlte sich auch völlig hilflos. Ersthelfer versorgten die Erzieherin später vor der St.-Pauls-Kirche, während die Polizei den Täter, Mohamed B.,verhaftete.*

Der christenfeindliche „psychisch kranke" Mohammedaner hatte zuvor gegen eine Seitentür der Kirche getreten. Vier Ministranten mussten mit vereinten Kräften die Tür gegen den moslemischen Angreifer zuhalten, einer schloss sie schließlich ab. Aber Mohamed terrorisierte weiter. Er griff drei Pflastersteine, ging damit zum Seitenflügel des Haupteingangs und griff im Innenraum einen Gottesdienstbesucher an. Dieses Horrorszenario von attackierenden „psychisch kranken" Moslems müssen Christen in islamischen Ländern häufig erleben.

Am 1. Mai vergangenen Jahres hatte die AfD an der Paulskirche in München eine Kundgebung zur Erinnerung an den islamischen Anschlag am Ostersamstag veranstaltet. Münchner „Anti"-Faschisten, die ein solcher Anschlag augenscheinlich nicht stört und offensichtlich auch nicht den dabei verletzten Kroaten gedenken wollten, bliesen aus welchen Gründen auch immer zur Gegendemo. In dem Video des PI-Berichtes ist zu sehen, wie sie versuchten, die Kundgebung zu stürmen.

Auf diese Weise unterstützen linksextreme Faschisten die Unterwanderung unseres Landes durch Islamfaschisten. Brüder im Geiste, wie auch schon im Pakt der linksextremen National-Sozialisten mit dem Politischen Islam. Es wiederholt sich, nur

unter etwas anderen Vorzeichen. Nun sind die Sozialisten rot statt braun.

Michael Stürzenberger
PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit". Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.

https://philosophia-perennis.com/2020/01/23/mehmet-k-aus-stuttgart-wenn-du-noch-einmal-prophet-beleidigst-zermatsche-ich-dein-affengesicht/
Mehmet K. aus Stuttgart: „Wenn du noch einmal Prophet beleidigst, zermatsche ich dein Affengesicht!"
Von PP-Redaktion -23. Januar 20200

Artikel teilen
Unser Tweet des Tages kommt von einem Twitteraccount mit dem Namen „AntiExtremistin". Sie präsentiert mal wieder ein Video des Islamisten Mehmet K.: Der islamistische Gefährder Mehmet K. aus Stuttgart droht jetzt seinen Feinden, den ‚Schwuchteln' und deren Chefs, den „Juden", die den Propheten beleidigen."

Wäre es nicht so traurig und hätte einen ganz realen Hintergrund, würden sich nicht alle fragen, warum er noch immer auf freiem Fuß ist, könnte man darüber lachen.

AntiExtremistin
@AntiExtremistin
Der islamistische Gefährder Mehmet K. aus #Stuttgart droht seinen Feinden und und deren Chefs "Juden". 😨 #Antisemitismus

164
21:13 - 22. Jan. 2020
Twitter Ads Info und Datenschutz
307 Nutzer sprechen darüber
Mehmet K. gibt sich gerne sehr offen vor seiner Cam

http://www.pi-news.net/2020/02/london-lehrt-uns-gefaehrder-gehoeren-ausgewiesen/

MESSERMOSLEM WAR KEIN UNBEKANNTER

London lehrt uns: Gefährder gehören ausgewiesen!

3. Februar 2020

Von MANFRED ROUHS | Der muslimisch motivierte Messerattentäter von London, Sudesh Amman, war kein Unbekannter. Der 20-Jährige hatte sich die Attrappe eines Sprengstoffgürtels umgehängt und mitten in London zwei Passanten niedergestochen, bevor er von einem Polizisten in Zivil erschossen wurde. Dabei war er vor wenigen Tagen noch in Haft und den Behörden als muslimischer Gefährder bekannt.

Bereits vor zwei Jahren hatte der damals 18-Jährige Material für einen Terroranschlag gesammelt und einschlägige Propaganda betrieben. Amman soll außerdem seine Freundin dazu aufgefordert haben, ihre Eltern umzubringen, weil sie Ungläubige seien, berichten britische Medien laut „Süddeutscher Zeitung". Ende Januar wurde er trotzdem vorzeitig auf freien Fuß gesetzt – und nicht aus Großbritannien abgeschoben. Danach dauerte es nur wenige Tage, bis er zustach.

In Deutschland wird mit Gefährdern nicht anders verfahren. Ganz im Gegenteil:

Politik und Medien beruhigen die Öffentlichkeit, ihre Zahl sei gesunken – von 774 im Juli 2018 auf nur noch 679 bei der letzten öffentlich bekannt gewordenen Zählung im November 2019. Also ist nur noch mit deutlich weniger als 1000 Terroranschlägen in Deutschland zu rechnen … wozu also die Aufregung?

Richtig und durchaus auch rechtlich durchsetzbar wäre es, jede Person in Europa, die sich in radikal-islamischen Zusammenhängen bewegt, als Gefährder einzustufen und nach kurzem Prozess so zeitnah auszuweisen, wie es das Gebot der Rechtsstaatlichkeit zulässt. Dann würden sich einige zehntausend Menschen weniger in Deutschland aufhalten – und nichts würde dadurch schlechter werden. Dafür hätten wir spürbar mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.

Der hier in Rede stehende Personenkreis ist unter Zugrundelegung aller Kriterien, die von Zuwanderungsbefürwortern in die politische Debatte geworfen werden, für nichts zu gebrauchen.

In dieser Gruppe befindet sich niemand, der in irgendeiner Hinsicht für „unsere Gesellschaft" unentbehrlich wäre.

Soweit diese Subjekte trotzdem hier geduldet oder sogar vom Sozialsystem durchgefüttert werden, ist dies das Resultat einer über Jahrzehnte gewachsenen politischen Handlungsunfähigkeit, die für immer mehr Menschen in Europa lebensgefährlich wird.

Und selbstverständlich brauchen wir eine sichere, zuverlässig kontrollierte Landesgrenze, die verhindert, dass ausgewiesene Gefährder unter falscher Identität erneut nach Deutschland einreisen.

http://www.pi-news.net/2020/02/neuer-trend-in-schweden-nach-ueberfall-dem-opfer-in-den-mund-urinieren/

BALD AUCH BEI UNS IN DEUTSCHLAND?

Neuer Trend in Schweden: Nach Überfall Opfer in Mund urinieren

19. Februar 2020

90

Die beiden Tatverdächtigen wurden von einer Videokamera in der U-Bahnstation aufgenommen

Von EUGEN PRINZ | In Schweden, das durch eine jahrzehntelange, völlig verfehlte Einwanderungspolitik der dort dauerhaft regierenden Sozialdemokraten inzwischen an der Schwelle zum „failed state" angelangt ist, gibt es einen neuen Trend.

Kriminelle Migranten begnügen sich dort inzwischen nicht mehr nur damit, ihre Opfer zusammenzuschlagen und auszurauben, sondern sie demütigen sie auch noch, indem sie auf sie urinieren.

Alptraumhafte Demütigung für jungen Schweden

Ein 18-Jähriger, den die schwedischen Medien „Peter" nennen, verließ in Stockholm an der Station Björkhagen die U-Bahn und war schon fast zuhause angelangt, als er von zwei dunkelhäutigen Migranten überfallen wurde. Mit dem Hinweis, dass sie mit einem Messer und einer Pistole bewaffnet seien, brachten sie ihn zurück zur U-Bahnstation, um von einem dort befindlichen Automaten Geld abzuheben.

Nach zwei gescheiterten Versuchen wurden die Täter wütend und zerrten Peter zu einem nahe gelegenen Friedhof, wo es so lange Schläge und Tritte hagelte, bis er am Boden lag. Dann öffnete einer der beiden Schwarzen seine Hose, holte sein Geschlechtsteil heraus, urinierte auf das Opfer und filmte den Vorgang mit seinem Mobiltelefon. Der zweite schrie den jungen Schweden an, er solle seinen Mund aufmachen. Als sich das Opfer weigerte, trat der zweite Täter mehrmals gegen dessen Hinterkopf, bis der 18-Jährige schließlich der Aufforderung nachkam. Darauf urinierte der andere Schwarze dem jungen Schweden in den Mund.

Dabei lachten die beiden Täter und riefen: „Du verfickter widerlicher Schwede, Du Sohn einer Hure". Anschließend zwangen sie das Opfer, sich nackt auszuziehen. Auch das wurde noch gefilmt. Als es den beiden Tätern

schließlich zu langweilig wurde, ließen sie von dem jungen Schweden ab und entfernten sich. Die Videoaufnahmen vom Tatvorgang luden sie einige Zeit später auf Snapchat hoch, wo sie viral gingen.
Dank der genauen Personenbeschreibung, die das Tatopfer abgeben konnte, wurden zwei 16-jährige schwarze Migranten wenige Tage nach der Tat festgenommen. Einem der beiden Verdächtigen werden drei (!) weitere Raubüberfälle zur Last gelegt.
Im sozialdemokratischen Schweden wird sie nun die volle Weichheit des Gesetzes treffen.

Kommentar:

Wie regelmäßige PI-NEWS Leser wissen, ist uns Schweden einige Jahre voraus, was die katastrophalen Auswirkungen einer verfehlten Einwanderungspolitik betrifft. Und genauso, wie die „Rape Wave", die zuerst Schweden erfasst hatte, nun auch zu uns gekommen ist, genauso werden wir auch die anderen Auswüchse über kurz oder lang zu spüren bekommen. Das ist nur eine Frage der Zeit und der Fortsetzung der linksgrünen Einwanderungspolitik. Es ist erschreckend, was dieser neue Trend in Schweden offenbart: Die tiefe Verachtung krimineller Migranten für die einheimische Bevölkerung und der Sadismus, der hier ausgelebt wird. Ist das der Dank an das Land, das sie aufgenommen hat? Das sie mit großzügigen Sozialleistungen unterstützt?
Es zeigt aber auch, wie schutzlos die verweichlichte jüngere Generation den Raubtieren unter den Zugewanderten ausgeliefert ist. Jahrzehnte feministisch geprägter Sozialdemokratie haben aus den kampferprobten Nordmännern Luschen gemacht. Die Knaben „genderneutral" zu erziehen, sie mit Stofftier-Einhörnern und Barbie-Puppen spielen zu lassen, statt mit Spielzeugpistolen und Holzschwertern, verträgt sich eben nicht mit einer solchen Einwanderungspolitik. Auch die jungen Männer Deutschlands, denen der Wehrdienst erspart blieb, eignen sich inzwischen hervorragend dafür, von kriminellen Migranten, die nur Verachtung für ihr Gastland und dessen Menschen übrig haben, zusammengeschlagen und angepinkelt zu werden. Die Voraussetzungen liegen vor. Warten wir ab, wie lange es noch dauert…

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» Twitter Account des Autors.

https://philosophia-perennis.com/2020/03/04/griechen-schockiert-aggressive-migranten-auf-lesbos-verwuesten-orthodoxe-kirchen/

Griechen schockiert: Aggressive Migranten auf Lesbos sollen orthodoxe Kirchen verwüstet haben

Von David Berger -4. März 20200

(David Berger) Wie verschiedene griechische Medien und auch RT Deutsch berichten, sollen wutentbrannte Migranten mehrere orthodoxe Kirchen auf Lesbos gestürmt und zerstört haben. Selbst vor der Schändung der Ikonen machten sie nicht halt. Aber auch linke „Refugee-welcome"-Aktivisten hatten vor einiger Zeit christliche Symbole auf Lesbos zerstört.

Bewohner von Lesbos klagen, dass dies nicht der erste derartige Vorfall war. **Mindestens 20 Kirchen rund um das Lager seien in den letzten Monaten von fanatischen Muslimen unter den Flüchtlingen beschädigt, häufig ganz zerstört worden.**

Ikonen geschändet

Bilder, die u.a. die „Greek Times" veröffentlicht, zeigen die völlig verwüstete griechisch-orthodoxe Kirche St. Georg von Moria, dem das nahe gelegenen Flüchtlingslager von Moira auch seinen Namen verdankt. Die Zerstörung dieser Kirche soll bereits am vergangenen Sonntag stattgefunden haben.

Dabei sollen auch alle heiligen Ikonen, die in der Orthodoxie eine besondere Verehrung genießen, zerstört worden sein.
The Greek Reporter schreibt: „Die kleine Kirche Hagios Georgios (Heiliger Georg) in der Nähe des Dorfes Moria auf Lesbos wurde am Montag von unbekannten Angreifern zerstört.
Einige Einheimische machen eine Gruppe von Migranten, die im nahe gelegenen Lager leben, für die Tat verantwortlich. Als die Polizei einen Marsch von Hunderten von Migranten verhinderte, die die Ausreise nach Athen forderten, sei eine Gruppe von etwa zwanzig von ihnen zur Kirche gegangen und habe sich durch die Zerstörung des Kirchenschiffs und des Altars gerächt." – so die Augenzeugen
Und Panarmenian.net ergänzt: „Die Bilder zeigen auch, dass die Angreifer Ikonen und Möbel zerstört haben. Hagios Georgios wurde in der jüngsten Vergangenheit mehrfach verwüstet, so die Anwohner – ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen für die Gewalttäter gehabt hätte.

Kleinholz aus dem Inventar der Kirche gemacht

Ähnlich ein anderer Augenzeuge: „Sie haben diese Kirche am Sonntag zerstört, es war ein sehr gewalttätiger Vorfall, und wir sind schockiert über das, was wir hier sehen", so nach RT Deutsch einer der Bewohner von

Lesbos. Und: **„Wie die Nachrichtenorganisation Greek Reporter mit Bezug auf Berichte von Einheimischen verkündet, sei der Angriff erfolgt, nachdem Hunderte von Migranten von der Polizei gestoppt wurden. Die Menschen kamen aus dem berüchtigten Moria-Lager der Insel und forderten eine Umsiedlung aufs griechische Festland. Aus Wut über das Vorgehen der Polizei sei eine Gruppe von Migranten zur Kirche gezogen und hätte Kleinholz aus dem Inventar gemacht." – so ein Bewohner von Lesbos zu RT Deutsch. In der Vergangenheit waren auch linke Aktivisten, die sich derzeit ebenfalls auf der Insel aufhalten, dadurch aufgefallen, dass sie christliche Symbole zerstörten – diese seien den vorwiegend muslimischen Migranten nicht zuzumuten. Mehr dazu hier.**

Besonderes Wohlwollen von Papst Franziskus für Lesbos-Migranten

Erst vor wenigen Monaten hatte Papst Franziskus Migranten aus Lesbos die Ehre einer Privataudienz im Vatikan zuteil werden lassen. Im April 2016 war er selbst nach Lesbos gereist, um den dortigen „Flüchtlingen" seine Solidarität zu zeigen.

http://www.pi-news.net/2020/03/unsere-geopferten-kinder/

DIE FORTSCHREITENDE ISLAMISIERUNG EUROPAS

Unsere geopferten Kinder

2. März 2020

Der 19-jährige LauritzLindboe Wind, wurde im Zentrum von Kopenhagen von einer Gruppe Migranten geschlagen und getreten. Die Täter ließen auch nicht von ihm ab, als er schon bewusstlos auf dem Boden lag.
Von ALSTER | Dänemark hat bisher die restriktivste Ausländerpolitik. Dennoch wird in Dänemark, ähnlich wie in anderen westeuropäischen Ländern, die mit fremden Kulturen „angereichert" wurden, brutale und nicht provozierte Gewalt gegen junge Dänen zum festen Bestandteil des täglichen Lebens. Zunehmend zielen Banden mit Migrationshintergrund auf junge dänische Jungen und Mädchen ab und schlagen brutal zu.

Das uhyggelige (gruselige) Dänemark für Kinder und Jugendliche

Der 19-jährige LauritzLindboe Wind, wurde am 22. Februar im Zentrum von Kopenhagen überfallen. Eine Gruppe junger Migranten ging grundlos auf ihn los. Sie schlugen und traten auf ihn ein, als er bereits bewusstlos am Boden lag. Über sieben Stunden war Lauritz bewusstlos, und seine Mutter Karina Lindboe Wind spürte neben Trauer und Sorge eine unbändige Wut. Erst vor drei Jahren wurde nämlich ihr anderer Sohn (22) ebenfalls in der Kopenhagener Innenstadt angegriffen. Am 25.02.

veröffentlichte sie auf Facebook einen Beitrag mit dem Titel „Wenn die Angst einer Mutter Wirklichkeit wird" und ermutigte Menschen, von ihren Erlebnissen zu berichten. Die Resonanz war so groß, dass dieser Fall es sogar in die Zeitungen und ins Fernsehen schaffte. Sehr viele Mütter und Opfer beschrieben ähnliche Überfälle.

Die Staatsministerin Mette Frederiksen ist erbost...

Nachdem am folgenden Montag ein 17-jähriges Mädchen in Helsingør von vier Jungen ins Gesicht geschlagen und getreten und am gleichen Tag ein 16-Jähriger am Bahnhof Hillerød mit einer Faust angegriffen wurde, meldete sich sogar eine zornige Staatsministerin auf Facebook:

> *„Es macht mich so unglaublich wütend, wenn ich von mehreren Fällen höre, in denen junge Menschen brutal angegriffen werden…Wir tolerieren keine Gewalt und Drohungen in Dänemark. Eigentlich ist es gar nicht so schwer, sich richtig zu verhalten. [..] Es ist völlig inakzeptabel. Und weit weg von der sicheren Gemeinschaft, die wir in Dänemark wollen."*

Einige Kommentare ihrer Untertanen:

- **„Worte sind schön – Taten sind besser."**
- **„Jeder hat große Angst, Dinge so zu sagen, wie sie sind, und jeder hat große Angst, als Rassist bezeichnet zu werden. Es gibt also freie Bahn für Muslime, sich so zu verhalten, wie es ihnen gefällt, denn wir dürfen nicht sagen, wer es ist."**
- **„Geh jetzt in den Kampf und schütze dein eigenes Volk und heiße nur diejenigen willkommen, die sich hier richtig verhalten."**
- **„Mette redet wie die Dänische Volkspartei aber regiert wie die radikalen Linken."**

Mettes Antwort

Die Sozialdemokratin Mette Frederiksen wurde Regierungschefin, weil sie den Dänen eine Fortsetzung der restriktiven Ausländerpolitik versprach. Zwei Jahre lang hatte Dänemark einen kompletten Stopp bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten gemacht. Nun hat Mette angekündigt, in den kommenden Tagen wieder „Flüchtlinge" und Migranten aus dem UN-Kontingentplan! aufzunehmen.

Auch in Norwegen kommt es immer häufiger zu Gewalt seitens junger Burschen und Mädchen mit Migrationshintergrund: Sie überfallen und demütigen einheimische Jugendliche, die zahlenmäßig unterlegen sind, filmen das mit und stellen das Video ins Netz. Jeder dritte Einwohner Oslos ist inzwischen Einwanderer der ersten oder zweiten Generation, es dominieren die Pakistaner.

Merkels Freundin, Norwegens Staatsministerin Erna Solberg (H), meinte zur aktuellen Lage, dass Norwegen und Europa auf einen neuen Strom von Migranten und Flüchtlingen aus dem Krieg in Syrien gut vorbereitet sind.

Norwegens Staatsministerin Erna Solberg auf Merkellinie, nicht nur was die Händehaltung betrifft. Gemeinsam arbeiten sie an der Islamisierung Europas.

Schwedens geopferte Kinder

Die „schwedischen Zustände" der multikulturellen humanitären Großmacht sorgen für besonders horrende Zahlen von Gewaltverbrechen an Kindern der Einheimischen. Judith Bergmann vom Gatestone Institut:

> *Laut einer neuen Studie der schwedischen Polizei über gemeldete Gewaltverbrechen, bei denen Kinder unter 15 Jahren sowohl Opfer als auch Täter sind, ist die Zahl der Kinder, die andere Kinder ausrauben, in nur vier Jahren um 100% gestiegen… Die Zahl der Gewaltverbrechen, bei denen der Verdächtige ein Kind unter 15 Jahren ist, ist ebenfalls dramatisch gestiegen: Im Jahr 2015 wurden 6.359 Gewaltverbrechen gemeldet, bei denen der Verdächtige ein Kind unter 15 Jahren war. Im Jahr 2019 war diese Zahl auf 8.719 gestiegen. [..]*
>
> *Die Verbrechen beinhalten „Gewalt gegen den Kopf, Tritte, Waffenbedrohungen, Brennen mit Feuerzeugen, Morddrohungen, Drohungen, die Schule zu bombardieren, Stiche mit Lebensmittelmessern, Bisse und Kinder, die von anderen Kindern zerkratzt, gezogen, geworfen und eingesperrt wurden. Das niedrigste Alter eines mutmaßlichen Täters betrug sieben Jahre.*

„Samhällsnytt" zeigt ein Video, in dem ein Mädchen geschlagen und getreten wird. Die Täter filmen und rufen: „Töte sie, wallah!" Wallah" ist die umgangssprachliche Verkürzung des Ausdrucks Wahayat Allah: „Ich schwöre bei Allah"

Eine Polizeimeldung vom 24. Februar: Ein Vater in Jordbro war Zeuge, wie sein anderthalbjähriger Sohn von einer Reihe von Kindern im Alter von zehn Jahren mit einem Messer bedroht wurde.
Bis auf einige wehrhafte Länder wie Ungarn und Polen hat der Islam Europa fest im Griff.
Unser Innenminister hat gerade einen Expertenkreis gegen Islamfeindlichkeit beschlossen. Dazu passend ist der heutige „Integrationsgipfel unter ungewöhnlichen Voraussetzungen".

https://philosophia-perennis.com/2020/03/06/europol-groesste-terrorismusgefahr-in-eu-geht-vom-islam-aus-rechter-terror-kaum-vorhanden/

Europol: Größte Terrorismusgefahr in EU geht vom Islam aus, rechter Terror kaum vorhanden

Von David Berger
6. März 2020

Der neueste, allgemein verfügbare „Terrorism Situation and Trend Report" von Europol, der Polizeibehörde der EU steht im krassen Gegensatz zu den Aussagen deutscher Politiker: Nach ihm geht die größte Gefahr in Europa vom islamischen Terrorismus aus, danach kommt der linke Terrorismus. Und: Rechten Terrorismus gibt es fast nicht.

Von der Kanzlerin bis zum Extremismusbeauftragten des Kleingärtnervereins von Hintertupfing schallt es derzeit in geschlossener Einmütigkeit durch unser Vaterland: „Der Rechtsextremismus ist derzeit die größte Gefahr überhaupt!"

Dschihad-Terror stellt alle anderen Terrorarten in den Schatten

Umso erstaunlicher ist, dass das die neueste Veröffentlichung von „Europol" komplett anders sieht. In ihrem neuesten „Terrorism Situation and Trend Report" sieht die Polizeibehörde der EU die Gefahren ganz woanders.

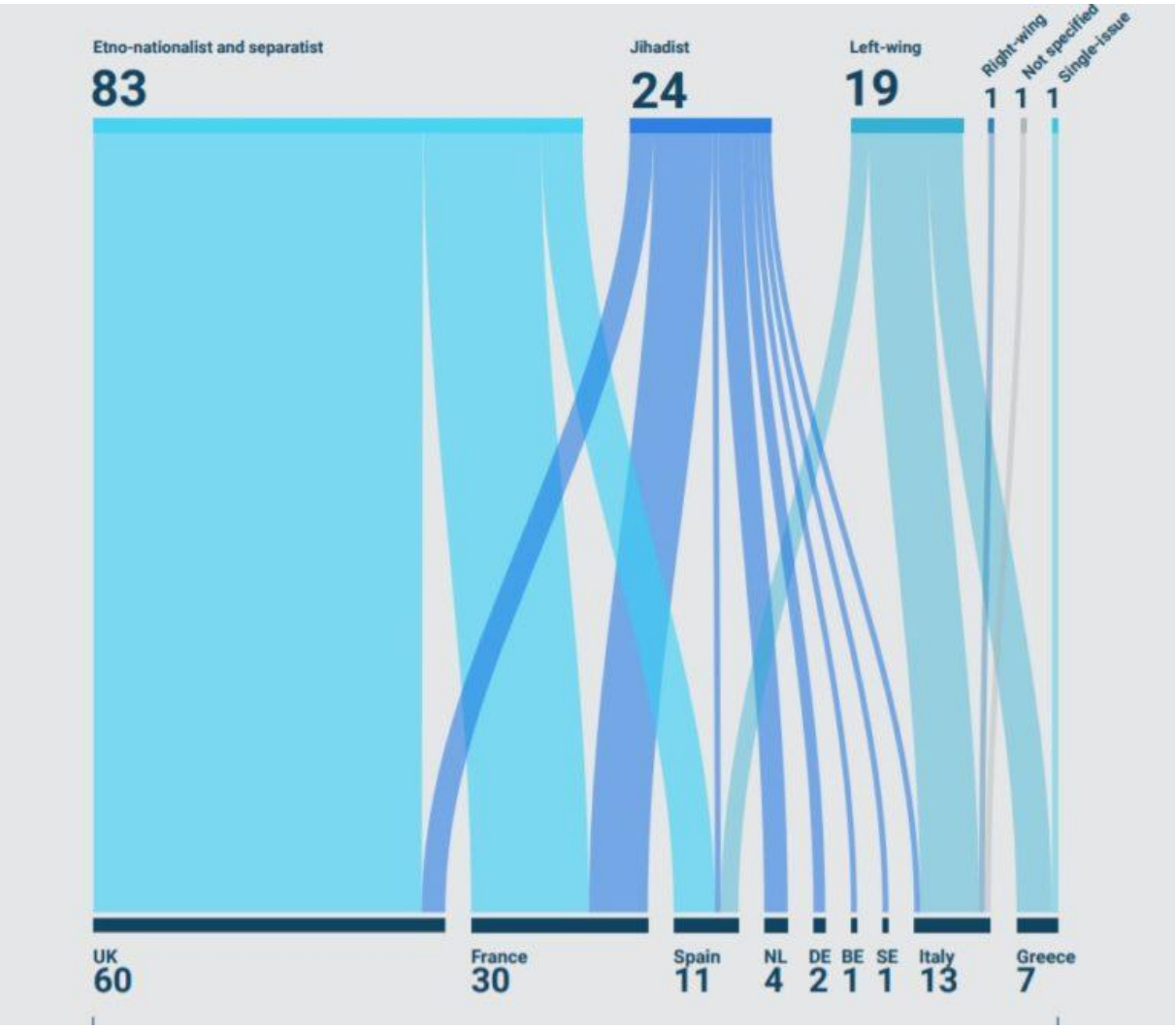
Gleich im Vorwort des fast 100 Seiten umfassenden Reports heißt es: „Im Jahr 2018 stellte der Terrorismus weiterhin eine große Bedrohung für die Sicherheit in den EU-Mitgliedstaaten dar. Bei schrecklichen Anschlägen, die von Dschihadisten wie denen in Trèbes, Paris, Lüttich und Straßburg verübt wurden, kamen insgesamt dreizehn Menschen ums Leben und viele weitere wurden verletzt."

Neuer Trend: Biochemische und nukleare Kampfstoffe

Eine besondere Gefahr sieht der Report dabei in der Verwendung chemischer, biologischer und nuklearer Kampfstoffe:
„Im Jahr 2018 gab es drei Vorfälle mit chemischen, biologischen, radioaktiven oder andere nuklearen (CBRN) Kampfstoffen.
Im Mai 2018 wurde ein ägyptischer Staatsangehöriger in Frankreich verhaftet wegen des Verdachts der Planung eines Terroranschlags. In seiner Wohnung in Paris wurden Schwarzpulver aus Pyrotechnik extrahiert und mehrere Tutorials gefunden, die erklären, wie man eine IED herstellen und wie man Ricin verwendet, um einen Terroranschlag verüben.
Im Juni wurden die Planungen für einen terroristischen Anschlag mit Ricin Köln (Deutschland) aufgedeckt. Die Polizei fand eine große Menge von bereits produziertem Rizin in der Wohnung eines tunesischen Staatsbürgers. Der Verdächtige, angeblich vom IS inspiriert, plante das Ricin mit Sprengstoff zu kombinieren und dann möglichst breit zu streuen. Im Zusammenhang mit der Untersuchung wurde auch seine Ehefrau verhaftet.
Im November wurde in Sardinien (Italien) ein ebenfalls libanesischer Bürger wegen der Planung eines chemisch-biologischen Anschlags verhaftet. Sein Ziel war es, mit einer Mischung von tödlichen Giften das Trinkwasser verunreinigen.“

Rechter Terrorismus im Vergleich unbedeutend

Und ganz eindeutig geht dann auch aus der Studie hervor: Die größte Gefahr in Europa geht vom islamischen Terrorismus aus, danach kommt der linke Terrorismus. Und: Rechten Terrorismus gibt es fast nicht.
Ein eindeutiges Bild gewährt hier folgendes Schaubild, das die gescheiterten, vereitelten oder vollendeten Extremismusattacken in der EU im Jahr 2018 erfasst.



Neuester Bericht nur für Politiker zugänglich

Und für alle, die jetzt ins Feld führen, dass es sich da ja um einen alten Bericht handelt. Der neueste liegt anscheinend auch schon vor. Ist aber nur für einen kleinen Kreis an Politikern zugänglich. Nicolaus Fest hat ihn bereits gesehen und zeigt auf, dass sich an der beschriebenen Tendenz nichts geändert hat. Ganz im Gegenteil:

http://www.pi-news.net/2020/03/amine-j-aus-tunesien-als-symptom-fuer-ein-verlottertes-deutschland/

30 STRAFTATEN IN VIER MONATEN

Amine J. aus Tunesien als Symptom für ein verlottertes Deutschland

17. März 2020

Im April 2019 kam der Tunesier Amine J. (20) nach Deutschland und hatte innerhalb von nur vier Monaten 30 Straftaten begangen. Seit August sitzt er in U-Haft.
Würde es den Tunesier Amine J. nicht geben und man würde das über ihn schreiben, was mittlerweile bekannt ist, so würden viele das als übertriebene Hetze, bar jeder Realität verurteilen. So aggressiv und kriminell kann keiner sein und so schlimm sind die Zustände in Deutschland nicht, dass sie an eine Bananenrepublik erinnern. Doch sind sie.
Und es gibt Amine J., einen „Asylbewerber" aus Tunesien, es gibt seine Taten und es gibt eine ohnmächtige Bundesrepublik Deutschland, die von ihm vorgeführt wird. Und es gibt Opfer, reale Menschen, leidende Menschen, die deshalb leiden, weil der deutsche Staat Amine ins Land gelassen hat und nicht auf seine Untaten reagierte.
Der FOCUS berichtet über den Fall:
Der heute 20-jährige Amine J. war im April 2019 nach Deutschland eingereist und hatte innerhalb von nur vier Monaten 30 Straftaten begangen. […] Verurteilt wurde er nun wegen gefährlicher Körperverletzung, vorsätzlicher Körperverletzung, Wohnungseinbruchsdiebstahls, Beleidigung, Bedrohung und Erschleichens von Leistungen. Einige der genannten Delikte hatte der Tunesier mehrmals begangen. […] In einem […] Fall beleidigte der Tunesier zwei Frauen massiv und bedrohte sie mit einem Messer. Einer anderen Frau kündigte Amine J. an, er werde sie in die Luft jagen bzw. „schlachten". Er schlug ihr mit den Fäusten ins Gesicht, worauf das Opfer ein Schädel-Hirn-Trauma erlitt und ins Krankenhaus musste.
Verurteilt wurde er erst jetzt zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Bis dahin konnte er die erwähnten 30 Straftaten begehen, jede einzelne verbunden mit einem Opfer, das darunter zu leiden hatte. Das ist der eine Skandal.
Der zweite besteht darin, dass Deutschland mit seiner Politik der „Willkommenskultur" gerade Leute wie Amine magisch anzieht.
Nachdem er in Italien und Frankreich „gescheitert" war, wie der Focus schreibt, rieten ihm Kumpels dazu, nach Germoney zu gehen:
„Geh' doch nach Deutschland, da kriegst Du wenigstens vom Staat ein Dach über dem Kopf."
Nicht nur das. Dazu auch Essen, Kleidung, ärztliche Versorgung usw. Amine nahm dankend an und terrorisierte das Land und seine Bewohner, die ihn verköstigten. Er blieb in Deutschland, obwohl sein Asylantrag abgelehnt worden war.
Das sind die nächsten Skandale. Jeder hat das Recht auf einen Anwalt, auch Amine J., der abgelehnte Berufskriminelle aus Tunesien. Allerdings kann er sich einen Staranwalt leisten, Alexander Hübner aus Dresden.
Das kann ein deutscher Rentner nicht, ihm fehlt sowohl das exotische Moment, das Klienten wie Amine oder andere Asylanten

auf Hübner zu haben scheinen, wie auch das Geld, das diesen vom deutschen Steuerzahler für eine exklusive Verteidigung gewährt wird.

Amine darf somit Hoffnung haben: Anwalt Hübner kündigte an, das Urteil anfechten zu wollen. Man werde „Rechtsmittel einlegen".

https://www.focus.de/politik/gerichte-in-deutschland/urteil-gegen-jungen-intensivtaeter-quittung-fuer-30-straftaten-in-vier-monaten-gericht-schickt-amine-j-in-haft_id_11767722.html

Urteil gegen jungen Intensivtäter

Quittung für 30 Straftaten in vier Monaten: Gericht schickt Amine J. in Haft

FOCUS-Online-Reporter Göran Schattauer

Montag, 16.03.2020, 06:26

Seit seiner Ankunft in Deutschland beging er Straftaten, Polizei und Behörden schauten lange zu. Jetzt hat das Jugendschöffengericht Dresden dem Treiben des Intensivtäters Amine J. ein Ende gesetzt. Spätestens nach Absitzen seiner Haftstrafe soll der heute 20-Jährige abgeschoben werden.

Der zuletzt in Sachsen lebende Intensivtäter Amine J. aus Tunesien muss hinter Gitter. Das Jugendschöffengericht Dresden verurteilte den abgelehnten Asylbewerber für eine Vielzahl zum Teil schwerer Delikte zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Das bestätigte eine Gerichtssprecherin an diesem Freitag gegenüber FOCUS Online.

Spätestens nach Verbüßung seiner Haft soll der als hochaggressiv geltende junge Mann in seine Heimat abgeschoben werden. Theoretisch könnte dies auch schon früher geschehen. Seine Ausweisung war bereits vor Prozessbeginn verfügt worden.

Richterin: Verurteilter ist ein notorischer Krimineller

Der heute 20-jährige Amine J. war im April 2019 nach Deutschland eingereist und hatte innerhalb von nur vier Monaten 30 Straftaten begangen. Richterin Susanne Burbach-Wieth verurteilte den Angeklagten unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, vorsätzlicher Körperverletzung, Wohnungseinbruchsdiebstahls, Beleidigung, Bedrohung und Erschleichens von Leistungen. Einige der genannten Delikte hatte der Tunesier mehrmals begangen. Er nahm das Urteil ohne erkennbare Emotionen zur Kenntnis.

Mit dem Strafmaß blieb das Gericht unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft, die den Angeklagten für drei Jahre und acht Monate hinter Gitter schicken wollte. Nach Ansicht der Anklagebehörde war Amine J. mit dem Ziel nach Deutschland gekommen, Straftaten zu begehen und so seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Der Tunesier – ein schmächtiger Kerl mit weichen Gesichtszügen und einem Flaumbart am Kinn – hatte sein Glück zunächst in Italien und Frankreich versucht. Nachdem er dort gescheitert war, rieten ihm Kumpels: „Geh' doch nach Deutschland, da kriegst Du wenigstens vom Staat ein Dach über dem Kopf."

Einige Geschädigte leiden bis heute unter massiven Ängsten

Im Prozess hatten Opfer und Zeugen den Angeklagten, der seit August 2019 in Untersuchungshaft sitzt, schwer belastet. Sie beschrieben ihn als aufbrausenden, rabiaten Mann, der gern mal ein Messer zückt. Einige Geschädigte leiden bis heute unter massiven Ängsten.

Zu den Straftaten, für die Amine J. nun verurteilt wurde, zählt der Angriff auf einen Mann, der es abgelehnt hatte, für den Tunesier Zigaretten zu kaufen. Der Täter sprühte ihm daraufhin Pfefferspray ins Gesicht. Das Opfer erlitt starke Reizungen in den Augen und musste vom Rettungsdienst behandelt werden.

Tunesier drohte einer Frau, er werde sie in die Luft jagen

In einem anderen Fall beleidigte der Tunesier zwei Frauen massiv und bedrohte sie mit einem Messer. Einer anderen Frau kündigte Amine J. an, er werde sie in die Luft jagen bzw. „schlachten“. Er schlug ihr mit den Fäusten ins Gesicht, worauf das Opfer ein Schädel-Hirn-Trauma erlitt und ins Krankenhaus musste.
Der Verteidiger des nunmehr Verurteilten, Alexander Hübner aus Dresden, hatte während des Prozesses einige Tatvorwürfe angezweifelt, insbesondere einen angeklagten Raubüberfall - mit Erfolg. Wegen widersprüchlicher Zeugenaussagen sah das Gericht in diesem Fall von einer Verurteilung ab. Gegenüber FOCUS Online kündigte Hübner an, das Urteil anfechten zu wollen. Man werde „Rechtsmittel einlegen“

http://www.pi-news.net/2020/03/einreise-von-asylanten-trotz-corona-luegt-das-bundesinnenministerium/

SCHRIFTLICHE ANFRAGE DER BAYERISCHEN AFD-FRAKTIONSVORSITZENDEN KATRIN EBNER-STEINER WIRD KLARHEIT SCHAFFEN

Einreise von Asylanten trotz Corona – lügt das Bundesinnenministerium?

27. März 2020
29

Das Bundesinnenministerium in Berlin. Wurden aus diesem Haus gegenüber der ARD unrichtige Angaben zur Einreise von Flüchtlingen im Zuge der Corona-Krise gemacht?

Von EUGEN PRINZ | Es ist unbestritten, dass es aufgrund der staatlich verordneten Maßnahmen zur Verlangsamung der COVID-19 Pandemie, bereits jetzt zu schwersten wirtschaftlichen Verwerfungen kommt, die große Teile der Bevölkerung in massive, teils Existenz bedrohende finanzielle Schwierigkeiten bringen wird.

Selbstverständlich werden dadurch auch die Sozialsysteme an ihre Belastungsgrenze geführt, womöglich sogar darüber hinaus. Damit sind wir bei einer großen Gruppe, die wie keine andere in Deutschland auf die Sozialsysteme angewiesen ist: Die Zuwanderer.

Der Cassandra wird wieder nicht geglaubt

Genauso wie bereits im Jahr 2015 die Kritiker vergeblich vor den Problemen gewarnt hatten, die der Flüchtlings-Tsunami mit sich bringen würde, genauso sicher lässt sich nun voraussagen, dass sich die Corona-Krise und die immer noch latente Flüchtlingskrise zu einem sozialen Sprengstoff von gewaltiger Brisanz verbinden werden.

Erste Anzeichen, dass sich manche Zuwanderer sehr schwer mit „Corona“ tun, gab es ja bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Suhl, wo sich eine ganze Reihe von Bewohnern mit der Quarantäne nicht abfinden wollten und gewalttätig wurden.

Nun auch Flüchtlingsrandale in Augsburg wegen „Corona“

Gestern gab es nun einen weiteren Vorfall wegen „Corona", diesmal in der Asylbewerberunterkunft im Kobelweg in Augsburg. Am Dienstag war ein Flüchtling aus der Türkei in Augsburg angekommen. Da es Verdachtsmomente gab, wurde er einen Tag später auf Corona getestet. Am Donnerstag dann das Ergebnis: positiv! Der Türke wurde in eine Unterkunft in Augsburg-Inningen verlegt. Allerdings hatten sechs Flüchtlinge aus der Türkei, dem Irak, Sierra Leone, Afghanistan, Ukraine und Nigeria, alle untergebracht in der Unterkunft im Kobelweg, mit dem Infizierten Kontakt. Sie wurden im zweiten Stock der Unterkunft separiert und stehen nun dort unter Quarantäne.
Das genügte jedoch etwa 30 Flüchtlingen aus Gambia und Nigeria nicht. Sie bestanden darauf, in eine andere Unterkunft verlegt zu werden. Als das abgelehnt wurde, randalierten sie. Eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei, Diensthunde und eine größere Anzahl von Streifenpolizisten waren nötig, um die Situation wieder in den Griff zu bekommen.

Einreisen von Asylbewerbern trotz Corona

Jeder Politiker mit einem gesunden Menschenverstand müsste zu der Schlussfolgerung kommen, dass es dringend erforderlich ist, das Asylrecht aufgrund der Corona-Krise bis auf weiteres auszusetzen.
In dem Artikel „Unbekümmert durch die Pandemie" auf Tagesschau.de wird behauptet, dass dies bereits der Fall sei:

> *„Auf Anfrage von Panorama teilte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums mit, Asylbewerber seien nicht vom Einreisestopp ausgenommen. Die Asylbewerber würden bei einer Einreise „umfangreichen Gesundheitskontrollen unterzogen und werden im Zweifel abgewiesen".*

Bisheriger Kenntnisstand ist allerdings, dass trotz Grenzkontrollen und Einreiseverbote weiterhin Flüchtlinge ins Land gelassen werden, wenn sie das Zauberwort „Asyl" aussprechen, weil sie unter eine Ausnahmeregelung fallen. Sogar die selbsternannten, regierungstreuen „Faktenchecker" von correctiv.org räumen das ein.
Dem widerspricht die vorher dargestellte Behauptung aus dem Innenministerium, die sich jedoch angesichts des eben geschilderten Vorfalls als äußerst zweifelhaft entpuppt. Zitat BILD-Zeitung:

> *„Dienstagabend kam ein Flüchtling aus der Türkei in Augsburg an"*

Wie kann also am Dienstag ein Flüchtling aus der Türkei, der einen Tag später positiv auf „Corona" getestet wird, ins Land kommen, wenn laut Innenministerium „die Asylbewerber bei einer Einreise umfangreichen Gesundheitskontrollen unterzogen und im Zweifel abgewiesen werden"?

Schriftliche Anfrage der bayerischen AfD-Landtagsfraktion

Offenbar will man die Bevölkerung hinters Licht führen. Da ist es ganz gut, dass die Vorsitzende der AfD-Fraktion im bayerischen Landtag, Katrin Ebner-Steiner, mit einer schriftlichen Anfrage die Staatsregierung zum Schwur zwingt. Sie will wissen, wie viele Asylbewerber seit 17. März nach Bayern eingereist sind:

Die AfD-Landtagsfraktionen der anderen Bundesländer täten gut daran, diese Schriftliche Anfrage zu übernehmen und ebenfalls an ihre jeweiligen Staatsregierungen zu richten. Dann wüssten wir Bescheid, mit wie vielen der angeblich abgewiesenen Neubürger wir trotz der Corona-Krise und den zu erwartenden wirtschaftlichen Verwerfungen in den letzten Wochen bereichert wurden.

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» *Spende an den Autor*
» *Twitter Account des Autors.*

https://philosophia-perennis.com/2020/04/04/sudanesischer-fluechtling-schreit-allahu-akbar-und-ersticht-zwei-menschen-zahlreiche-weitere-schwer-verletzte/
Sudanesischer Flüchtling schreit „Allahu Akbar“ und ersticht zwei Menschen, zahlreiche weitere schwer Verletzte
Von David Berger -4. April 20200
In der südfranzösischen Stadt Romans-sur-Isère hat ein sudanesischer „Flüchtling“ zwei Menschen mit einem Messer erstochen und sieben weitere Menschen teilweise schwer verletzt. Einige schweben noch in Lebensgefahr. Was Teile der deutschen Medien verschweigen: Der muslimische Täter rief mehrmals „Allahu Akbar“.
Der 33-jährige Sudanese soll heute Vormittag in der südfranzösischen Stadt nahe Grenoble – trotz Ausgangssperre – zunächst in einen Zigarettenladen, dann in ein weiteres Geschäft eingedrungen sein und dort mit einem Messer um sich gestochen haben, auf der Straße vor einer Bäckerei, wo er ebenfalls auf die dort Anstehenden einstach, setzte er dann seinen Amoklauf fort.
Der Täter soll seit 2017 eine Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich besitzen und bereits polizeibekannt sein.
Dabei soll er Augenzeugen und verschiedenen nicht-deutschen Medien zufolge immer wieder „Allahu Akbar“ gerufen haben.
In einer auf seinem Twitter-Account geposteten Nachricht reagierte der Präsident der Republik Emmanuel Macron auf den Messerangriff in Romans-sur-Isère: „Meine Gedanken sind bei den Opfern des Angriffs in Romans-sur-Isère, den Verwundeten, ihren Familien. Alles Licht wird auf diese abscheuliche Handlung fallen, die unser Land zu betrauert, das und in den letzten Wochen [durch Corona] bereits auf eine harte Probe gestellt wurde.“

https://philosophia-perennis.com/2020/04/04/berlin-neukoelln-corona-party-mit-allahu-akbar-rufen-video/
Berlin Neukölln: Corona-Party mit „Allahu Akbar"-Rufen (Video)
Von PP-Redaktion -4. April 20200
Bei (seit Corona erlaubten) öffentlichen Gebetsrufen von einer vom Verfassungsschutz überwachten Berliner Moschee versammelten sich gestern in Neukölln ca. 300 Personen unter Allahu Akbar-Rufen. Der Polizei gelang es nur ansatzweise die Personen anzuhalten, sich an die Kontaktsperre, Abstandhalten etc. zu bewegen.
Unser Video des Tages kommt aus Berlin und zeigt Szenen, die sich gestern vor der Neuköllner „Begegnungsstätte" ereignet haben. PP enthält sich dazu jeden Kommentares, die Bilder und der Kontext sprechen für sich:
Auf dem Video ist auch ein Polizist zu sehen, der durch die angesammelte Menge strahlend läuft, um dann hinter das Tor der Moschee zu verschwinden … Allerdings scheint dann die Polizei die „Veranstaltung" doch aufgelöst zu haben …
Das ist in folgendem Videobericht noch gut zu erkennen:
20 Minuten nach Erscheinen des PP-Artikels wird Video auf privat gestellt
Schon 20 Minuten nach Erscheinen unseres Artikels hat der Youtuber sein Video auf privat gestellt:.
Aber es gibt zahlreiche weitere Personen, die Aufnahmen gemacht haben:
Und auch hier:
Über die Muezzinruf-Premiere hat PP bereits gestern berichtet.
Polizei: „Es gelang uns nur zum Teil …"
Inzwischen räumte die Polizei Berlin schon gestern ein: „Bei Gebetsrufen versammelten sich heute vor einer Moschee in #Neukölln ca. 300 Personen. Dem Imam, dem OA @BerlinNkl & unseren Kolleg. gelang es nur zum Teil, die Anwesenden zum Abstandhalten zu bewegen. Das Gebet wurde im Einvernehmen mit dem Imam vorzeitig beendet."

Polizei Berlin Einsatz
✔
@PolizeiBerlin_E
Bei Gebetsrufen versammelten sich heute vor einer Moschee in #Neukölln ca. 300 Personen. Dem Imam, dem OA @BerlinNkl & unseren Kolleg. gelang es nur zum Teil, die Anwesenden zum Abstandhalten zu bewegen. Das Gebet wurde im Einvernehmen mit dem Imam vorzeitig beendet.#covid19
Gleiches Recht für alle? Wirklich?"
Die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst dazu: „Nanu? „Das Gebet konnte im Einvernehmen mit dem Imam beendet werden." Da können wir ja alle froh sein, dass der Imam einverstanden war. Oder sonst…?
Was wäre denn passiert ohne dieses Einvernehmen? Warum war dieses Einvernehmen so wichtig, dass es hier sogar erwähnt werden muss?
Wie würde vorgegangen werden, wenn sich beispielsweise die Katholiken versammeln?
Wie würde vorgegangen werden, wenn sich Demonstranten für Deutschland versammeln würden?
Gleiches Recht für alle? Wirklich?"
Nach weiteren Angaben der Polizei sollen die Verantwortlichen der Neuköllner Moschee der Polizei zugesichert haben, dass sie in den sozialen Medien bekannt geben, dass die Gläubigen auf den Gebetsruf hin nicht persönlich vor der Moschee erscheinen müssen.

https://www.n-tv.de/panorama/Mutter-stirbt-nach-brutalem-Angriff-article21707565.html
FREITAG, 10. APRIL 2020

Vorwurf der Heimtücke
Mutter stirbt nach brutalem Angriff
Bei einem Spaziergang durch den Leipziger Auwald attackiert ein Mann eine Frau. Im Krankenhaus erliegt die 37-Jährige später ihren schweren Verletzungen. Dringender Tatverdächtiger ist ihr Ex-Freund.
Eine Frau, die mit einem Baby im Leipziger Auwald unterwegs war, ist nach einem brutalen Angriff gestorben. Sie sei schwer am Kopf verletzt worden und trotz intensivmedizinischer Behandlung ihren Verletzungen erlegen, teilte die Staatsanwaltschaft mit.
Kurz zuvor hatten die Ermittler bekanntgeben, den Ex-Freund des Opfers festgenommen zu haben. Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen. Gegen den 30-Jährigen wird wegen des dringenden Tatverdachts des Mordes ermittelt. Die Ermittler prüfen zudem den Vorwurf der Heimtücke. Der in Afghanistan geborene Mann hat den Angaben zufolge die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch das Opfer ist demnach Deutsche.
Der Mann soll seine frühere Lebensgefährtin am helllichten Tag in dem Naherholungsgebiet angegriffen und ihr schwerste Kopfverletzungen zugefügt haben. Die 37-Jährige war mit einem Baby unterwegs, der Säugling blieb unverletzt.
Quelle: ntv.de, can/dpa

http://www.pi-news.net/2020/04/leipzig-afghane-erschlaegt-37-jaehrige-mutter-mit-bierflasche-im-auwald/

„DEUTSCHER" TÄTER „VERSCHONT" BABY

Leipzig: Afghane erschlägt 37-jährige Mutter mit Bierflasche

11. April 2020

Von JOHANNES DANIELS | „Als die Frau mit eingeschlagenem Schädel am Boden liegend gefunden wurde, lag der Säugling neben ihr" … Brutaler Mord eines Afghanen an einer deutschen Mutter im Naherholungsgebiet Auwald Leipzig am helllichten Tag. Die 37-Jährige wurde am Mittwoch gegen 11:40 Uhr vormittags zunächst mit ihrem Baby auf dem Arm an der Neuen Linie, einem Waldweg im Leipziger Süden, vom Täter mit einer Flasche niedergeschlagen und schwerst verletzt. Am Karfreitag endete ihr Martyrium auf einer Leipziger Intensivstation mit dem Tod – trotz der noch am Tattag eingeleiteten intensivmedizinischen Behandlungen.

Der Täter – ersten Erkenntnissen nach ihr Ex-Freund – konnte zunächst flüchten, am Donnerstagnachmittag wurde der 30-Jährige festgenommen. Der Beschuldigte ist in Afghanistan geboren und besitzt natürlich die deutsche Staatsangehörigkeit. Laut Mainstreampresse ist „auch das Opfer eine Deutsche", denn Kandel ist überall.

Die Polizei hatte von Anfang an im Umfeld des Opfers nach dem Täter gesucht. Der Tatverdächtige soll seine frühere Freundin in der Vergangenheit bereits bedrängt haben. Gegen ihn wurde – wie üblich in

solchen Beziehungen – wegen Stalkings ermittelt. Der Mörder der noch namenlosen Mutter „flüchtete" bereits als Kind nach Deutschland. Das Baby befinde sich in Sicherheit und werde betreut.
„Die Identität der Frau ist bislang nicht zweifelsfrei geklärt", erklärte Polizei-Sprecher Alexander Bertram, ebenso wieso es zu der Auseinandersetzung kam und wie der Angriff genau ablief, „weitere Auskünfte zu dem mutmaßlichen Tathergang sowie zu möglichen Hintergründen der Tat können mit Blick auf die laufenden Ermittlungen derzeit nicht gegeben werden". Zeugen berichteten, dass das Opfer mit einer Bierflasche niedergeschlagen wurde.
Die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Polizei gegen den 30-jährigen Afghanen werden nunmehr wegen des dringenden Tatverdachts des vollendeten Mordes fortgeführt, da der mutmaßliche Täter zumindest das Mordmerkmal der Heimtücke erfüllt hat.
Heimtückisch ist allerdings auch die Berichterstattung der Mainstream-Medien über die brutale Bluttat eines Täters vom Hindukusch, während die Bundeswehr seit Jahren mit Milliardenaufwand und einem hohem Blutzoll an ermordeten Bundeswehr-Soldaten dort „unsere Freiheit" verteidigt.
Der MDR – Teil der mit über 8.000.000.000 € zwangsfinanzierten GEZ-Hetz- und Lügenmedien – berichtet wie gewohnt in sträflich vertuschender Manier über den an Grausamkeit wohl kaum zu überbietenden Afghanen-Mord:

> ***Opfer von Gewaltverbrechen im Leipziger Auwald verstorben***
> *Nach dem Angriff auf eine Frau am Leipziger Auwald ist das Opfer verstorben. Wie die Staatsanwaltschaft am Freitag mitteilte, erlag die 37-Jährige ihren schweren Kopfverletzungen. Den Angaben zufolge hat die Polizei bereits am Donnerstag einen Verdächtigen festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Leipzig ermittelt wegen Mordes gegen einen 30-Jährigen.*
> *Die Ermittlungsbehörden wirft dem Mann vor, am Mittwochmittag seine frühere Lebensgefährtin angegriffen und schwer am Kopf verletzt zu haben. Bei seiner Tat habe er den Tod seines Opfers zumindest billigend in Kauf genommen. Das Amtsgericht Leipzig hat noch am Donnerstagabend Untersuchungshaft für den Tatverdächtigen angeordnet.*

Unterwürfigst vertuschten die meisten Mainstream-Medien die Details der Tat – wie immer. Dazu Tim Kellner:
„Ich schäme mich so dermaßen, wie tief dieses Land gesunken ist.
Wie feige und unterwürfig alle schweigen.
Wie tagtäglich Unrecht geschieht und dieses feige Land alles über sich ergehen lässt, als ob es Gefallen an Unrecht, Schwäche und Unterwürfigkeit gefunden hat.
Und immer noch gibt es die, die täglich schreien, dass ‚wir noch Platz haben'!
Betrachtet mich als Euren Gegner!
Betrachtet mich als jemanden, der tagtäglich gegen Euch ankämpft!
Als jemanden, der tagtäglich mehr Menschen dazu aufruft und animiert, ein rechtsstaatliches Schild gegen Euch zu sein.
Ein Schild gegen Schwäche, Unrecht und Unterwürfigkeit.
Dieses Land wird am Ende standhalten gegen Euch!
Tim K."

http://www.pi-news.net/2020/04/20-ausserirdische-attackieren-frankfurter-polizisten/

„MÄNNER" – EINE GEFAHR FÜR DIE POLIZEI?

20 Außerirdische attackieren Frankfurter Polizisten

11. April 2020

Von MANFRED ROUHS | Am späten Karfreitag-Abend haben 20 „Männer" in der Frankfurter Ahornstraße eine Coronastreife der Polizei angegriffen. Im Nachgang zu dem Angriff hoben die Beamten bei den Tatverdächtigen ein Waffenlager aus. Zum Hintergrund der Täter, die in einer Gegend zuschlugen, die als „Frankfurter Bronx" bekannt ist, sind leider keine Informationen verfügbar. Möglicherweise handelte es sich um Außerirdische, deren fliegende Untertasse bei einem benachbarten McDonalds zum Auftanken und Essenfassen gelandet war.

Eine politisch korrekte Pressemitteilung der Polizei lässt erahnen, was vorgefallen ist:

„Im Rahmen einer Streifenfahrt des 16. Polizeireviers konnte eine Funkwagenbesatzung im Bereich der Ahornstraße Personengruppen feststellen, welche die Vorschriften der derzeit gültigen ‚Corona'-Verordnung offenbar missachteten. Zwecks Kontrolle kamen zwei weitere Streifen des Reviers hinzu.

Als eines der Streifenteams aus ihrem Auto stieg, prallte ein großer Stein gegen eine Seitenscheibe, die dadurch zu Bruch ging.

Die Beamten sahen daraufhin mehrere Personen wegrennen, konnte diese aber nicht mehr einholen. Eine zweite Streife wurde sodann kurz nach Verlassen ihres Fahrzeuges von etwa 20 Personen attackiert. Die Männer waren zum Teil mit Steinen, Dachlatten und Eisenstangen bewaffnet und bewegten sich drohend auf die Beamten zu. Diese traten zunächst den Rückzug an. Schließlich rannte diese Horde ebenso zwischen den Häusern davon. Auch hier nahmen die Beamten die Verfolgung auf und wurden dabei, offenbar aus dem Hinterhalt, mit einer 5kg-Hantelscheibe versucht zu bewerfen.

Gott sei Dank verfehlte diese ihr Ziel. Im Rahmen der nun eingeleiteten Fahndung nach den Tätergruppen mit Unterstützung weiterer Polizeikräfte und unter Einsatz des Polizeihubschraubers, konnte eine Wohnung in der Ahornstraße lokalisiert werden, in der sich Teile der Tätergruppierung zurückgezogen hatten. Nach Anordnung der Durchsuchung durch die Staatsanwaltschaft konnten in der Wohnung sechs Tatverdächtige im Alter von 23 bis 31 Jahren vorübergehend festgenommen werden.

Darüber hinaus stellten die Beamten umfangreiches Beweismaterial sowie verbotene Gegenstände sicher. Neben diversen Waffen wie eine PTB-Schusswaffe, Katanas, Nunchakus, Dolche und Schlagringe, nahmen die Beamten auch mehrere Messer, Feuerwerkskörper und Handys mit.

Alle Festgenommenen kamen ins Polizeipräsidium und wurden nach Abschluss der Maßnahmen wieder entlassen.

Die Polizei hat ein Strafverfahren wegen tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte, versuchte gefährliche Körperverletzung, besonders schweren Fall des Landfriedensbruchs und gemeinschädlicher Sachbeschädigung eingeleitet."

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

http://www.pi-news.net/2020/04/hamburger-pastor-wegen-schleusungen-vor-gericht/

KIRCHE UND ILLEGALE ZUWANDERUNG

Hamburger Pastor wegen Schleusungen vor Gericht

14. April 2020

Von MANFRED ROUHS | Weite Teile der Kirche spielen eine unrühmliche Rolle im Zusammenhang mit illegaler Zuwanderung nach Deutschland. **In Hamburg muss sich jetzt ein 43-jähriger Pastor vor Gericht verantworten, weil er im Verdacht steht, als Mitglied einer Schleuserbande in 14 Fällen Straftaten begangen zu haben.**

Die Staatsanwaltschaft spricht von „gewerbsmäßiger Schleusung". Der Geistliche wurde im Oktober 2019 in seiner Wohnung in Hamburg verhaftet und steht jetzt vor Gericht. Von Januar 2019 bis zu seiner Festnahme soll der Ghanaer seinen zahlungskräftigen Klienten falsche Identitäten verschafft haben.

Dies sei ihm mit Einzelfall mit bis zu 9000 Euro vergütet worden, macht die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift geltend. Der Mann Gottes habe zudem professionellen Kriminellen zeitweise seine Kreditkarte zur Verfügung gestellt, um Schleusungen von Ghanaern nach Deutschland zu ermöglichen. Auch habe er Urkunden gefälscht und seinen Landsleuten falsche Papiere besorgt.

Eine von dem Pastor in Hamburg-Billbrook gegründete Freikirche sei Anlaufstelle für die Schleusungen gewesen, lautet ein weiterer Vorwurf. Unter dem Dach der Kirche scheint Manches möglich zu sein …

Der Tatverdächtige ist seit April 2018 deutscher Staatsbürger. Laut Staatsanwaltschaft soll er sich den deutschen Pass allerdings mit gefälschten Gehaltsnachweisen und einem nicht von ihm selbst abgelegten Sprachtest erschlichen haben.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

https://www.n-tv.de/politik/Polizei-fasst-fuenf-Islamisten-in-NRW-article21714349.html

MITTWOCH, 15. APRIL 2020

Razzien am frühen Morgen

Polizei fasst fünf Islamisten in NRW

Wegen eines "konkreten Terrorverdachts" greift die Polizei in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens am Morgen zu: Fünf Islamisten aus Tadschikistan kommen in Haft.
Am frühen Morgen hat die Polizei in Nordrhein-Westfalen Razzien gegen islamistische Gefährder durchgeführt. Dabei sind nach RTL/ntv-Informationen fünf Haftbefehle vollstreckt worden. Demnach kam es zu Durchsuchungen ab 6 Uhr morgens in acht verschiedenen Städten im Sauerland, dem Ruhrgebiet und am Niederrhein.
Bei den Verhafteten soll es sich um Islamisten aus Tadschikistan handeln. Die Polizei spricht laut RTL/ntv-Informationen von einer "konkreten Terrorgefahr", die sehr ernst zu nehmen sei. Die Verdächtigen seien schon länger beobachtet worden, es handele sich um "schwere Jungs".
Die Verhafteten sind nun auf dem Weg nach Karlsruhe, um dort dem Ermittlungsrichter vorgeführt zu werden. Eine Bestätigung der Bundesanwaltschaft liegt derzeit noch nicht vor.
Quelle: ntv.de, jog

https://www.n-tv.de/politik/Wie-sich-die-deutsche-IS-Zelle-finanzierte-article21715233.html
MITTWOCH, 15. APRIL 2020
Mordauftrag und Geldspenden
Wie sich die deutsche IS-Zelle finanzierte
Im Januar 2019 gründen fünf Tadschiken in Nordrhein-Westfalen eine Terrorzelle des Islamischen Staates. Um die Dschihadisten in Syrien mit Geld zu versorgen, nehmen sie einen 40.000-Dollar-Mordauftrag an - doch die Ausführung scheitert. Geld für ihre Sache erhalten sie allerdings auch von anderer Stelle.
Die fünf terrorverdächtigen Tadschiken, die wegen konkreter Anschlagspläne auf US-Soldaten und einen Islamkritiker in U-Haft sitzen, kamen nach Angaben von Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul als Flüchtlinge nach Deutschland. Ihnen sei es mit ihren Anschlagsplänen "sehr ernst" gewesen, erklärte der Minister. Azizjon B., Muhammadali G., Farhodshoh K., Sunatullokh K. waren am frühen Morgen von Spezialkräften festgenommen worden. Der fünfte Mann, Ravsan B., saß bereits wegen anderer Vergehen im Gefängnis.
Seit über einem Jahr planten die Verdächtigen den Ermittlern zufolge, Anschläge auf zwei US-Luftwaffenstützpunkte und eine namentlich nicht genannte Zielperson zu verüben. Demnach schlossen sie sich im Januar 2019 dem Islamischen Staat (IS) an und bildeten im Auftrag des IS seither eine Unterstützerzelle der Terrormiliz in Deutschland. Laut Bundesanwaltschaft standen die Männer in Kontakt mit zwei ranghohen IS-Führungsmitgliedern in Syrien und Afghanistan, von denen sie entsprechende Anweisungen erhielten.
Mordanschlag in Albanien
Zur Finanzierung ihrer Pläne sowie zur Unterstützung des IS in Syrien sammelten die Verdächtigen zunächst Geld in Deutschland ein. Über Finanzagenten in der Türkei transferierten sie es dann an die Dschihadistenmiliz. Doch das allein

reichte ihnen offenbar nicht: Um dem IS weitere Mittel zukommen zu lassen, soll Ravsan B. zudem einen mit 40.000 Dollar dotierten Auftrag für einen Mordanschlag in Albanien angenommen haben.
Dazu reisten B. und einer seiner Komplizen laut Bundesanwaltschaft auch tatsächlich nach Albanien. Dort scheiterte die Ausführung des Auftrags jedoch kurzfristig, woraufhin beide Männer nach Deutschland zurückkehrten. Zuvor hatten sie bereits den gemeinsamen Plan verworfen, in Tadschikistan am bewaffneten Dschihad gegen die Regierung teilzunehmen.
Stattdessen konzentrierten sie sich anschließend auf ihre Anschlagspläne in Deutschland. Scharfe Schusswaffen und Munition hatten sich die Männer bereits beschafft. Zudem verfügte Ravsan B. laut den Ermittlern über Anleitungen für die Herstellung sogenannter unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtungen. Einige der hierfür notwendigen Komponenten seien bereits im Internetversandhandel erworben worden.
Quelle: ntv.de, jug/AFP

http://www.pi-news.net/2020/04/nrw-asylantragsteller-planten-mord-an-islamkritiker/

SPITZE DES EISBERGS?

NRW: Asylantragsteller planten Mord an Islamkritiker

15. April 2020

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul schickte 350 Polizisten in den Einsatz, um vier radikale Moslems festnehmen zu lassen, die 2019 auf dem Asylticket nach Deutschland gekommen waren.
Von MANFRED ROUHS | Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) meldet den Medien einen spektakulären Erfolg im Kampf gegen radikale Moslems. Ein Sondereinsatzkommando der Polizei nahm vier Männer aus Tadschikistan fest, 24 bis 32 Jahre alt. Ihr mutmaßlicher Anführer war bereits 2019 inhaftiert worden.
Der Gruppe wird vorgeworfen, neben Anschlägen auf bestimmte Einrichtungen der US-Armee in Deutschland die Ermordung eines Mannes „mit Migrationshintergrund aus Nordrhein-Westfalen", der sich „in ihren Augen zu kritisch über den Islam geäußert hatte", geplant zu haben.
Laut Kölner Stadt-Anzeiger handelt es sich um den Youtuber Amir Arabpour, der zum Christentum konvertiert ist und damit ein aus muslimischer Sicht todeswürdiges Verbrechen begangen hat. „Die Beschuldigten meinten es sehr ernst mit ihren Anschlägen", betonte Reul gegenüber Medienvertretern.
Waffen hatte die Gruppe bereits, Sprengsätze waren den Angaben zufolge in Arbeit. Finanzieren wollte sie sich über einen Auftragsmord in Albanien, für den 40.000 Dollar ausgelobt waren. Der kam aber offenbar nicht zustande.

Alleine bei den jetzt erfolgten Festnahmen und Hausdurchsuchungen unter anderem in Solingen, Kreuztal, Neuss und Essen waren nach offiziellen Angaben 350 Polizisten im Einsatz. Der Gesamtaufwand des Staates zur Dingfestmachung dieser gerade mal fünf radikalen Moslems dürfte erheblich gewesen sein.
Da müssen Fragen erlaubt sein wie diese: Warum gibt es ein Asylrecht für Tadschiken in Deutschland?
Es ist offensichtlich unmöglich, aus diesem Nachbarland Afghanistans seinen Fuß auf deutschen Boden zu setzen, ohne zuvor einen „sicheren Drittstaat" zu durchqueren, also einen anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Nach geltendem EU-Recht hätten die fünf in diesem Drittstaat ihren Asylantrag stellen müssen und folgerichtig in Deutschland zu diesem Verfahren, das ihnen – unabhängig von seinem Ausgang – ein jahrelanges Aufenthaltsrecht verschafft, keinen Zugang erhalten dürfen. Dass von der Drittstaatenregelung immer wieder abgewichen wird, ist allerdings in Deutschland eine jahrzehntelang mit großer Selbstverständlichkeit geübte Praxis. Danach hat kein bei Reuls Pressekonferenz zugelassener Journalist auch nur gefragt.
Der Fall offenbart wieder einmal den ganzen Irrsinn der deutschen Asylpraxis und beweist, was politisch umsichtige Menschen schon seit langem Wissen: Ohne sichere Grenzen geht es nicht. Und mit einen Asylrecht so, wie wir es heute haben, auch nicht!
PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

https://www.youtube.com/watch?v=cQrGPCwQPQ4&feature=emb_logo

http://www.pi-news.net/2020/04/freiburg-mann-bespuckt-und-beleckt-im-supermarkt-lebensmittel/

BRUNNENVERGIFTUNG: NEUE DIMENSION PRIMITIVER BARBAREI

Freiburg: „Mann" bespuckt und beleckt im Supermarkt Lebensmittel

15. April 2020

Brunnenvergiftung gilt seit der Antike als besonders schweres Verbrechen, da das am dringendsten benötigte Lebensmittel, das Wasser, verunreinigt wird. Wikipedia gibt eine einfache Definition:
Als Brunnenvergiftung bezeichnet man die absichtliche Verunreinigung des lebensnotwendigen Grund- und Trinkwassers mit gesundheitsgefährdenden Schad- und Giftstoffen aller Art.
Wir haben heute einen „Giftstoff", der tatsächlich zu Massensterben führen kann, wie Beispiele aus Italien oder New York zeigen, ein Virus, das sich vornehmlich durch Körperflüssigkeiten wie Speichel oder Schleim überträgt. Ins Wasser bekommt man ihn in den Wasserwerken nicht mehr so einfach, aber es gibt noch

andere Lebensmittel, die von Kunden arglos konsumiert werden.
Der FOCUS berichtet über solch einen Fall aus Freiburg:
Nach Hinweisen aus der Bevölkerung ermittelt die Polizei in Freiburg gegen einen Mann, der in einem Einkaufsmarkt Lebensmittel abgeleckt und bespuckt hat und sich dabei filmen ließ.
Im Video ist zu sehen, wie der Mann die Packungen mit den Lebensmitteln nach der Aktion wieder verschließt und zurück in die Regale stellt. Zudem habe er unverpackt in Regalen liegendes Obst und Gemüse bespuckt und abgeleckt. Dies sei in Zeiten des Coronavirus eine gefährliche Aktion, sagte ein Polizei-Sprecher der DPA. Es müsse davon ausgegangen werden, dass Kunden die Lebensmittel anschließend gekauft hätten, so der Polizeisprecher weiter. […]
Zur Identität des Mannes sowie zu Details der Ermittlungen machte die Polizei keine Angaben. Geprüft werde, gegen welche Gesetze der Mann verstoßen hat und wer die Taten filmte, sagte der Sprecher. Zudem stehe die Frage im Raum, ob eine psychische Erkrankung vorliege.
Keine Angaben zur Identität des Täters (die bei Deutschen immer sofort gegeben werden), der der Polizei bekannt ist (!), sowie eine möglicherweise vorliegende „psychische Erkrankung" lassen den Verdacht aufkommen, dass der (bei FOCUS) verpixelte Täter im Video zu einer besonders beschützenswerten und zu bevorzugenden Menschengruppe gehört, über die man nichts Schlechtes in Deutschland sagen darf.
Egal ob Deutscher oder nicht: Es handelt sich bei dem jungen Mann, der nach dem Öffnen, Trinken und Schließen von Milchflaschen die Arme in Siegerpose reckt, um eine Ausgeburt von Primitivität, wie wir sie immer noch nur selten in Deutschland erfahren.
Es wäre für eine zivilisierte Gesellschaft wichtig zu erfahren, unter welchen Umständen und in welchen kulturellen Zusammenhängen solche Menschen groß geworden sind, damit sie in Zukunft von späteren Generationen rechtzeitig zur Kultur erzogen werden, wenn das überhaupt geht. Oder damit man solche Brunnenvergifter aus der Gesellschaft fern hält und sich von ihnen isoliert. Leider erhalten wir dazu keine konkreten Informationen von der Polizei, obwohl sie darüber verfügt.

http://www.pi-news.net/2020/04/der-tod-von-rentner-detlef-in-offenburg-ein-mord-aus-islamischen-motiven/

MOSLEM ALI M. AUS SOMALIA RIEF "ALLAHU AKBAR" UND BETETE IM POLIZEIGEWAHRSAM

Der Tod von Rentner Detlef in Offenburg: Ein Mord aus islamischen Motiven

21. April 2020

Moslem Ali M. aus Somalia (rechts) hatte Rentner Detlef F. fast totgetreten und dabei "Allahu Akbar" gerufen. Vor Gericht wurde ihm "paranoide Schizophrenie" bescheinigt. Ali ist jetzt in einem psychiatrischen Krankenhaus, Detlef ist tot.

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Wie so oft, wird auch in diesem Fall aus Offenburg ein Mord aus islamischen Motiven in die psychiatrische Ecke geschoben. Moslem Ali. M, ein „Flüchtling" aus Somalia, hatte den klassischen **Islam-Kampfschrei „Allahu Akbar" von sich gegeben, während er am 16. Mai 2019 zigfach auf den wehrlos am Boden liegenden 76-jährigen Rentner Detlef J. eintrat und einschlug. Kurz vor dieser Attacke hatte ihn die Bundespolizei am Bahnhof in Offenburg gestoppt, nachdem er dort „lautstark seine Meinung über den Islam kundgetan" und an die Fensterscheibe einer Bahnhofskneipe gehämmert hatte.**

Bei der Fahrt in einem Taxi wurde er aggressiv, griff dem Fahrer ins Lenkrad und schlug ihm ins Gesicht. Ali M. wurde daraufhin von der Polizei festgenommen und begann auf dem Weg zum Revier „laut zu beten".

Anzeige

Vier Wochen zuvor hatte sich der 25-jährige Moslem in einer Shisha-Bar massiv über die Nichteinhaltung des Fastenmonats Ramadan beschwert. Im Zug bedrängte und belästigte er mitreisende „Ungläubige". All das ist das Verhalten eines tiefgläubigen Moslems, der die strengen Regeln des Islams und die radikalen Befehle des Korans zum Hass auf Ungläubige sowie deren Bekämpfung bis hin zum Töten verinnerlicht hat.

Rentner Detlef verstarb am Montag nach monatelangem Leiden im Krankenhaus. Er hatte durch die Tritte und Schläge des Moslems mehrere Knochenbrüche im Gesicht erlitten, erblindete auf dem linken Auge und war seither dauerhaft pflegebedürftig. Sein Zustand hatte sich bis zuletzt immer weiter verschlechtert. Er musste mit einer Magensonde ernährt werden und konnte zuletzt gar nicht mehr schlucken.

Die Zwillingssöhne des Rentners mussten nicht nur das langsame Sterben ihres Vaters miterleben, der sie aufgrund der schweren Hirnverletzungen nicht mehr erkannte, sondern auch für die hohen Kosten der Behandlung aufkommen. Trotz Pflegeversicherung und Rente fehlten monatlich etwa 1600 Euro.

Moslem Ali M. wurde, wie so oft, von einem „Gutachter" eine „paranoide Schizophrenie" attestiert und in ein psychiatrisches Krankenhaus überwiesen. Weil der Moslem an einer „überdauernden Erkrankung" leide, bestehe die Gefahr für weitere Straftaten wie Körperverletzungen oder Tötungsdelikte, wenn der Beschuldigte „unbehandelt" bleibe. Nun kann sich der Moslem auf eine ominöse „psychische Erkrankung" herausreden, wird in einem Krankenhaus gepflegt, gilt als schuldunfähig und entzieht sich der gerechten Bestrafung. Was für eine „psychische Erkrankung" der Moslem wohl hat, ergibt sich aus den Aussagen von Zeugen, die die brutale Attacke auf den Rentner sahen:

> ***„Der 25-Jährige trat unvermittelt auf den Rentner ein, immer wieder gegen dessen Kopf. Und rief dabei Allahu Akbar". (..)***
> ***„Ich fuhr an die Ampel. Da lag ein Mann am Straßenrand. Als ich aus dem Auto ausgestiegen bin, kam der Angeklagte auf mich zu, streckte mir eine Zeitung entgegen und schrie: ‚Schau, schau' und ‚Allahu Akbar'. Ich wusste nicht, was er hinter der Zeitung hat, vielleicht ein Messer. Deshalb bin ich zur Seite und habe die Polizei gerufen. Als ich nach hinten geschaut habe, sah ich wie er weiterhin auf seinen Kopf eintrat. Drei Minuten später war die Polizei da. Der Mann am Boden gab keinen Ton von sich, ich dachte er sei bewusstlos."***

Interessant wäre zu erfahren, was in der Zeitung stand, die der Moslem hochhielt. Vielleicht empörte ihn etwas aus seinem tiefen Glauben heraus? Möglicherweise Fotos von leicht bekleideten, unverhüllten Frauen? Oder ein Bericht über angebliche „Diskriminierung" von Moslems? Ein kritischer Artikel über den Islam oder einen islamischen Terroranschlag? Es könnte vieles sein, was einen religiösen Moslem in Wut versetzt.

Ali M. war 2015 als „Flüchtling" aus Somalia nach Deutschland gekommen, sein Asylantrag wurde 2017 abgelehnt. Seitdem durfte er sich, wie hunderttausende andere unberechtigte Asylforderer, geduldet in unserem Land aufhalten. Dazu den Islam preisen und dabei Straftaten begehen.

Trotz begangener Körperverletzung vor der tödlichen Attacke auf den Rentner war er wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Das Opfer hingegen wurde unter Verdacht gestellt. So mussten sich seine beiden Söhne von der Polizei Fragen anhören, ob ihr Vater „friedliebend" sei, „fremdenfeindlich" eingestellt sei und „wie viel Alkohol" er trinke. Detlef J. hatte aber nicht einmal ein Bier in seinem Kühlschrank. Er war auch nicht fremdenfeindlich. Er kam lediglich vom Kniffelspielen mit Freunden und wollte nach Hause, als ihm Moslem Ali über den Weg lief. Jetzt ist Detlef tot. Und sein Mörder muss sich nicht einmal vor Gericht verantworten. Allahu Akbar.

Michael Stürzenberger
PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit". Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.

http://www.pi-news.net/2020/04/ein-tag-im-leben-eines-vorzeige-aslyanten-aus-neuruppin/

"WAS DIE FLÜCHTLINGE UNS BRINGEN, IST WERTVOLLER ALS GOLD"

Ein Tag im Leben eines Vorzeige-Aslyanten aus Neuruppin

22. April 2020

Von EUGEN PRINZ | Es war ein alter Bekannter, den die Polizeistreife antraf, als sie zur Filiale eines Discounters in Neuruppin gerufen wurde. Hausverbot? Für solche juristischen Spitzfindigkeiten hatte der 25-jährige Somalier, der bei seiner Flucht aus Afrika nur sein nacktes Leben und mutmaßlich das Handy retten konnte, nichts übrig.

„Einkaufsbummel" trotz Hausverbot

Als wäre nie etwas gewesen, spazierte der Schwarze am 14. April in die Kaufland-Filiale im Reiz Ruppiner Einkaufszentrum, obwohl er dort aufgrund der irrigen Annahme, die ausgestellten Waren seien zur kostenlose Mitnahme bestimmt, bereits vor einiger Zeit Hausverbot erhalten hatte.

Offenbar war dieses Missverständnis immer noch nicht ganz ausgeräumt, da der Somalier erneut Alkohol und Parfum im Wert von 30 Euro aus dem Laden tragen wollte, ohne den lästigen Umweg über die Kasse zu nehmen. Und weil das Shopping durstig macht, ebenso wie das „shoplifting" (in Deutschland sagt man Ladendiebstahl dazu), leerte der Jüngling vom schwarzen Kontinent vor den Augen der Anwesenden noch drei kleine Flasche Likör. Die gingen natürlich auch aufs Haus.

Eine solche Großzügigkeit ruft natürlich auch Neider auf den Plan. Die hatten die Dreistigkeit, den Gast der deutschen Steuerzahler im Kassenbereich aufzuhalten. Wer will es dem 25-jährigen Flüchtling, der gerade noch den Klauen seiner somalischen Häscher entkommen ist, verdenken, dass er da ein wenig ungehalten reagierte. Das humorlose Personal interpretierte das als aggressives Verhalten und verständigte die Polizei.

Wie das bei so manchen Flüchtlingen der Fall ist, löste auch bei unserem Jüngling der Anblick der Uniform den unwiderstehlichen Drang aus, die Träger derselben durch Anspucken seiner besonderen Hochachtung zu versichern.

Handfesseln und Mundschutz

Ein wahrhaft schlechter Tag für die schwarze Hoffnung Deutschlands, denn neben dem humorlosen Ladenpersonal erwischte er auch noch eine humorlose Polizeistreife. Diese wusste seine erlesene Körperflüssigkeit nicht zu schätzen. Ehe es sich der Geflüchtete versah, fand er sich in Handfesseln und mit einem sein edles Antlitz verdeckenden Mundschutz wieder.

Die Kunde vom Corona-Virus hatte der Somalier offenbar noch nicht vernommen, weshalb er den Mundschutz, kaum als man ihm diesen angelegt hatte, aus Neugier über dessen Beschaffenheit in seine Bestandteile zerlegte.

An diesem Punkt der Interaktionen angekommen, wollten sich die Polizeibeamten nicht nur von ihrer schlechtesten Seite zeigen. Deshalb boten sie dem Geflüchteten ihre Gastfreundschaft an und ließen ihn in den Räumlichkeiten der Polizeidienststelle in einem zugegebenermaßen etwas karg eingerichteten Zimmer über Nacht residieren.

Der 25-Jährige, der in seiner somalischen Heimat Somalia wesentlich mehr Komfort gewohnt war, wurde nun ernsthaft ungehalten. Im Polizeibericht findet sich dazu das hässliche Wort „renitent". Allerdings war das Gästezimmer offenbar doch so geräumig, dass es dem armen Verfolgten nicht möglich war, die Toilette zu finden, als er eine menschliche Regung verspürte.

Daher hatte das „Hotelpersonal" am nächsten Morgen die etwas undankbare Aufgabe, den Urin des Gastes der deutschen Steuerzahler vom Boden aufzuwischen, seinen Kot von Stellen, an denen man ihn nicht vermuten würde,

zu entfernen. Zudem galt es noch, hier und da einige Speichelklumpen des edlen Geschöpfes aus der Wiege der Menschheit aufzusammeln.
Als der Alkoholspiegel im Blut des Vorzeige-Asylbewerbers soweit gesunken war, dass er wieder in der Lage war, einen entsprechenden Atemtest durchzuführen, kreisten immer noch 2,65 Promille des glücklich machenden Destillats in seinem System. Das qualifiziert den jungen Mann aus Somalia zur Fachkraft für Alkoholmissbrauch und garantiert dem deutschen Steuerzahler, ebenso wie der deutschen Justiz, noch viel Freude mit dieser außergewöhnlichen Bereicherung unseres Kulturkreises.
Wie versicherte uns doch Martin Schulz, der Kurzzeit-SPD Vorsitzende:

> *„Was die Flüchtlinge uns bringen, ist wertvoller als Gold"*

Wie wahr, wie wahr…

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» Spende an den Autor
» Twitter Account des Autors.

http://www.pi-news.net/2020/04/schwere-ausschreitungen-durch-migranten-in-anderlecht-belgien/

TROTZ CORONA-AUSGANGSSPERRE UND KONTAKTVERBOT

Schwere Ausschreitungen durch Migranten in Anderlecht/Belgien

19. April 2020

Von EUGEN PRINZ | Wer wissen will, welches Ergebnis am Ende einer Entwicklung stehen kann, muss nur einen Blick dorthin werfen, wo die Dinge schon weiter fortgeschritten sind. Was die Ersetzungs-Migration betrifft, sind die Gemeinden Molenbeek und Anderlecht in Belgien ein gutes Beispiel dafür. Sie liegen in der Region Brüssel-Hauptstadt, die für ihren hohen Anteil an moslemischen Migranten bekannt ist.

Straßenschlachten mit der Polizei

Am Karfreitag verunglückte der 19-jährige Adil mit seinem Motorroller auf der Flucht vor einer Polizeikontrolle in Anderlecht tödlich. Daraufhin kam es am Karsamstag und Ostersonntag trotz der Corona-Ausgangssperre zu schweren Unruhen durch eine große Anzahl moslemischer Migranten. Sie demolierten alles, was ihnen in den Weg kam, warfen Steine auf die anrückenden Polizisten, es fielen sogar Schüsse. Möglicherweise stammten diese aus einer Waffe, die einem Beamten vorher abgenommen worden war. Vier Polizeiwagen und mehrere Privatautos wurden in Brand gesteckt.
Die Polizisten gingen mit Pfefferspray, Schlagstöcken und Wasserwerfern gegen die Randalierer vor. Es gab insgesamt etwa 100 Festnahmen.

Bürgermeister wollte trotz Corona Trauermarsch zulassen
Unfassbar: Anderlechts Bürgermeister Fabrice Cumps wollte trotz der strikten Ausgangssperre einen Trauermarsch zulassen. Das ist nichts anderes als ein Kniefall der „Staatsmacht" vor der moslemischen Majorität in Anderlecht. Doch die Migranten begnügten sich nicht damit, sie machten ihrem Hass auf die (noch) herrschende Gesellschaft Luft.
Wer diese Szenen sieht, kann erahnen, was wir in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund möglicherweise zu erwarten haben, wenn die kommende Wirtschaftskrise zu schweren sozialen Verwerfungen führt und sich in dieser Bevölkerungsgruppe Unzufriedenheit breit macht.

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» *Spende an den Autor*
» *Twitter Account des Autors.*

https://www.n-tv.de/der_tag/Dienstag-der-28-April-2020-article21744061.html
Autofahrer rammt absichtlich zwei Polizisten bei Paris
In einem Pariser Vorort hat gestern ein Mann zwei Polizisten absichtlich angefahren und verletzt. Die französischen Behörden prüfen einen Terrorverdacht gegen den 29-Jährigen. In seinem Wagen fand die Polizei nach dem Angriff ein Messer sowie ein Schreiben zu seinen Motiven, wie die Staatsanwaltschaft in Nanterre mitteilte. Der Mann aus dem Ort Colombes bei Paris begründete die Tat nach Angaben aus Ermittlerkreisen mit der "Situation in Palästina".

Aus dem Umfeld der Ermittlungen erfuhr die Nachrichtenagentur AFP, dass der Angreifer gestand, die Beamten absichtlich gerammt zu haben. Bei seiner Anhörung sagte er demnach, er wolle "sterben, indem er Polizisten tötet".

Die beiden verletzten Polizisten waren auf Motorrädern unterwegs, als sie von dem 29-Jährigen gerammt wurden. Einer von ihnen wurde schwer am Kopf verletzt. Der andere erlitt Verletzungen an den Beinen und am Becken. Die beiden Beamten hatten ein Fahrzeug in Colombes kontrolliert, als ein aus der Gegenrichtung kommender BMW auf ihre Fahrbahn schwenkte und in sie hineinfuhr. Der Fahrer wurde direkt nach der Tat festgenommen.

http://www.pi-news.net/2020/04/einzelfaelle-in-der-corona-krise/

VIRUS SCHÜTZT VOR STRAFTATEN NICHT

Einzelfälle in der Corona-Krise

28. April 2020

Von EUGEN PRINZ | Die Corona-Krise dominiert derzeit die Berichterstattung, weshalb man von den genannten „Einzelfällen" kaum noch etwas hört oder liest. Aber leider gibt es sie noch und zwar viel zu viele davon.

Den alternativen Medien wird vom Mainstream vorgeworfen, sie würden eine verzerrte Darstellung der Realität erzeugen, weil sie nur über Straftaten berichten, wenn diese von Asylbewerbern oder anderen Personen mit Migrationshintergrund begangen wurden. Hier ist allerdings festzustellen, dass bei Straftaten mit einem hohen Nachrichtenwert besonders häufig Personen mit Migrationshintergrund als Tatverdächtige ermittelt werden. Zudem sind nach Meinung des Autors solche Vorfälle schon deshalb berichtenswert, weil hier zur strafrechtlichen Relevanz der Tat noch die moralische Verwerflichkeit hinzukommt, Bürger jenes Landes, das Schutz und Obdach gewährt hat, zu Opfern von Straftaten zu machen und somit die Gastfreundschaft auf die schändlichste Art und Weise zu missbrauchen.

Deshalb sollen auch in dieser Zeit, in der die Coronakrise wie ein dunkler Schatten über uns liegt, die „Einzelfälle" nicht in Vergessenheit geraten, die weiterhin Tag für Tag zum Unglück der Bürger Deutschlands beitragen.

Gießen

Am frühen Morgen des 21. April wurden nach einem Zeugenhinweis zwei algerische Asylbewerber im Alter von 22 und 29 Jahren von einer Polizeistreife festgenommen, nachdem sie im Buderusweg in Lollar (Kreis Gießen) einen Ford Transit aufgebrochen hatten. Da zu diesem Zeitpunkt sonst nichts vorgelegen hatte, wurde das Duo nach Durchführung der polizeilichen Maßnahmen wieder entlassen.Einige Stunden später kontrollierte eine Streife der Bundespolizei die beiden Algerier am Gießener Bahnhof ein weiteres Mal. Dabei fanden die Beamten in einem mitgeführten Rucksack mehrere Gegenstände, bei denen es sich offenbar um Diebesbeute aus insgesamt elf Autoaufbrüchen, einem Einbruch in ein Café und einen weiteren in eine Poststelle handelte. Gegen die beiden Schutzsuchenden erging Haftbefehl.

Chemnitz

Ebenfalls am Dienstag, dem 21. April, jedoch in einer anderen Ecke der Republik, in Chemnitz, war eine 61-jährige Frau auf der Hartmannstraße mit ihrem Fahrrad unterwegs.Als sie an der Ampel zur Bergstraße ihre Geschwindigkeit verringerte, trat ein 19-jähriger aus Gambia auf die Fahrbahn und stieß die Frau grundlos vom Rad. Diese stürzte und wäre beinahe von einem nachfolgenden PKW überfahren worden. Glücklicherweise konnte der Fahrer gerade noch rechtzeitig bremsen. Im Zuge einer Fahndung konnte der Schwarzafrikaner festgenommen werden. Und jetzt kommt die große Überraschung: Aufgrund seines Zustandes wurde der 19-Jährige in eine Fachklinik gebracht, berichtet das lokale Blatt TAG24.

Gummersbach

Machen wir einen Schwenk nach Gummersbach. Dort ging eine 30-Jährige am Dienstag, dem 21. April, gegen 19.25 Uhr, mit ihrem Hund auf dem Gehweg der Vollmerhauser Straße in Richtung Dieringhausen spazieren. Auf Höhe der Kreuzung mit der Strombachstraße wurde sie plötzlich von vier „Männer südländischen Typs" im Alter von 25 bis 35 Jahren umringt und unsittlich angefasst. In dieser Stunde bewies sich wieder einmal, dass der Hund der beste Freund des Menschen ist: Er knurrte, biss in das südländische Fleisch und sorgte durch seinen heldenhaften Einsatz dafür, dass die Angreifer vom Frauchen

abließen. Die 30-Jährige konnte weglaufen. Nach den Tätern – einer soll einen auffälligen Bart getragen haben – wird noch gefahndet.

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
» *Spende an den Autor*
» *Twitter Account des Autors.*

http://www.pi-news.net/2020/04/ramadan-in-hanau-syrer-mit-vollbart-stechen-auf-passanten-ein/

POLIZEI-GROSSAUFGEBOT MIT HELIKOPTEREINSAT

Ramadan in Hanau: Syrer mit Vollbart stechen auf Passanten ein

29. April 2020

Am Dienstagabend attackierten in Hanau zwei syrische Merkelgäste kurz nacheinander vier Männer aus Syrien (zwei), Albanien und dem Irak mit Messern.

Von JOHANNES DANIELS | Dienstagnacht in Hanau: Fastenbrechen meets Zweiklassen-Ausgangsbeschränkung in Hessen: Die Polizei hat nach mehreren Messerattacken mit vier Verletzten „zwei Tatverdächtige aus Hanau vorläufig festgenommen". Wie das Polizeipräsidium Südosthessen am Mittwoch mitteilte, seien am Dienstagabend gegen 22 Uhr kurz nacheinander vier Personen mit Stichwunden im Klinikum Hanau eingeliefert worden. Daraufhin startete die Polizei eine Fahndung mittels Großaufgebot, wobei auch ein Hubschrauber zum Einsatz kam.

Bei den festgenommenen Tätern handelt es sich nach Mainstream-Presseberichten um „zwei Hanauer – einer 1,90 Meter groß, muskulös, mit dunkelblondem Vollbart und kurzer Hose". Jedoch handelt es sich bei den brutalen Messer-Wegelagerern nicht um Hessen-Hipster, sondern um zwei „schutzsuchende" Syrer im Alter von 23 und 29 Jahren – die Opfer stammen aus Syrien, Albanien und dem Irak. Die Messerattacken der Merkelgäste ereignete sich im Zeichen der allgemeinen Ausgangsbeschränkungen für deutsche Staatsbürger unter anderem auch vor einem türkischen Imbiss in der Innenstadt, wie türkische Zeitungen berichten.

„Kein politischer Hintergrund"

Oberstaatsanwalt Dominik Mies geht nach der Messer-Attacke nicht von einem politischen Motiv aus, wie sonst in „Hanau" vorschnell üblich: „Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir keinerlei Hinweise darauf, dass die Angriffe einen politischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund haben", betonte Mies. Zum Tatgeschehen hätten sich die Tatverdächtigen auch noch nicht eingelassen, so der Oberstaatsanwalt. Die Hintergründe und das Motiv der Tat seien unklar. Ebenso ungewiss ist, ob sich Täter und Opfer kannten oder es ein zufälliges Zusammentreffen war. Die Ermittlungen verlaufen laut Mies „in alle Richtungen".

„Geschnappte" trugen Vollbärte

Laut Ermittlern wurden „die Passanten unabhängig voneinander in den Bereichen Leimenstraße/Langstraße" (praktischerweise knapp 100 Meter vom Klinikum Hanau entfernt), „Hirschstraße und am Freiheitsplatz von der Bande" angegriffen. Die Männer sollen Vollbärte getragen haben. Nach einem Zeugenhinweis konnten dann die „zwei Hanauer (23/29) vorläufig festgenommen werden".

BILD regional: *„Nach BILD-Informationen vom Mittwoch Vormittag hat sich die Zahl der Verdächtigen mittlerweile auf die zwei Geschnappten reduziert. Die Hintergründe des Angriffs sind bislang unklar."*

BILD liegen allahdings keine Informationen vor, ob die „Vollbärte" Ergebnis der derzeitigen Schließung von hessischen Friseurgeschäften oder einer haarsträubenden Glaubensbekundung der illegalen Invasoren auf deutschem Eroberungs-Terrain sind. Allgemein ist bekannt, dass bei Teilen der hessischen Bevölkerung gerade zur Fastenzeit die Nerven etwas blank liegen.

Dazu die gemeinsame Pressemeldung der Staatsanwaltschaft Hanau und des Polizeipräsidiums Südosthessen von Mittwoch:

> *„Nachdem gestern Abend vier Personen mit Verletzungen, unter anderem Stichwunden, im Klinikum in Hanau erschienen waren, nahm die Polizei nach einem Zeugenhinweis zwei Verdächtige vorläufig fest. Die beiden Hanauer im Alter von 23 und 29 Jahren befinden sich derzeit in Gewahrsam. Die Staatsanwaltschaft Hanau und die Hanauer Kriminalpolizei haben die weiteren Ermittlungen übernommen. Zeugen werden gebeten, sich unter der Rufnummer 06181 100-123 zu melden".*

Es bleibt abzuwarten, ob der Bundespräsident bei dem neuerlichen Amok in Hanau „Worte der Betroffenheit" spricht und bundesweite „Mahnwachen" organisiert werden. Nach dem letzten Amoklauf des unter UFO-Paranoia leidenden Tobias R. im Februar hatte Innenminister Horst Seehofer „Rechtsextremismus als die größte Bedrohung in unserem Land" benannt und danach insbesondere den Schutz von vielen DITIB-Moscheen verstärkt.

https://arbeitsgruppefluchtundmenschenrechte.wordpress.com/2018/01/18/diskussion-interview-mit-rebecca-sommer-euroislam-polen/

Interview Rebecca Sommer-„So schaffen wir das nicht!" (Original Version Deutsch)

Veröffentlicht am Januar 18, 2018 von littlegreenteam

Rebecca Sommer gab zwei Interviews in polnischen Zeitungen
(dorzeczy und Euroislam).

Hier die deutsche Fassung:Rebecca_Sommer_@United_Nations_Indigenous_Peoples_Filmcopy

Interview mit Rebecca Sommer

Von Natalia von der Osten-Sacken, 18.1.2017

Rebecca Sommer ist eine internationale, seit 2012 in Berlin sesshafte deutsche Künstlerin, Journalistin, Fotografin, und vielfach preisgekrönte Filmemacherin.

Bis zu ihrer Rückkehr nach Deutschland 2012 engagierte sie sich mit speziellen beratenden Status bei den Vereinten Nationen (ECOSOC) im UN-Hauptquartier als auch in Genf für Menschenrechte, mit speziellem Fokus auf Indigene Völker und auf Völkerrechte. Sie arbeitete über eine Dekade lang mit dem UNHCHR und UNPFII, aber auch mit Flüchtlingen und dem UNHCR zusammen. Sie

nahm über eine Dekade lang an den UN-Verhandlungen zur Deklaration der Rechte Indigener Völker teil, die auch durch ihre Unterstützung 2007 von fast allen Staaten adoptiert wurde. Sie besuchte zahlreiche Indigene Völker auf der ganzen Welt und brachte Menschenrechtsdokumentationen bei den UN vor, organisierte Kampagnen und klärte über die Menschenrechtsverletzungen gegen Indigene Völker in UN-Berichten in Bild, Schrift und Film auf. Als gefragte Völkerrechtsexpertin produzierte sie im Auftrag der Vereinten Nationen den Film „Indigene Völker und die UN". Weiterhin nahm sie bis 2014 an den UN-Klimaverhandlungen (UNFCCC) teil und war bis 2014 Mitglied bei „Climate Justice Now". Sie arbeitete als Redakteurin in großen britischen Zeitschriften wie Scene, The Face und Spirit und in amerikanischen Zeitschriften wie Black Book und Madison. Sie lebte und arbeitete in Indien, Groß-Britannien, Brasilien, Südafrika und in den USA. Seit dem Jahr 2012 engagiert sie sich für die Menschenrechte von Flüchtlingen in Europa und gründete und leitet die „Arbeitsgruppe Flucht + Menschenrechte" (AG F+M), ein Netzwerk, welches Flüchtlinge in Berlin unterstützt.

N.O-S.: Rebecca, Du hast viele Jahre mit Flüchtlingen und Immigranten gearbeitet, du bist eine bekannte Menschenrechtsaktivistin. Schon Jahre vor der großen Migrationswelle im Jahr 2015 warst Du eine Person dafür bekannt sich für die unbegrenzte Aufnahme dieser Personen in Deutschland einsetzte. Was beeinflusste die Wandlung deiner Ansichten?

R.S: Ich habe mich nie für das „unbegrenzte" Aufnehmen von Migranten eingesetzt, das geht ja gar nicht, dass ein Land unbegrenzt aufnimmt. Ich bin Humanistin und Menschenrechtlerin. Die ersten Jahre glaubte ich, dass die Menschen, die hierherkommen, wirkliche Füchtlinge sind, froh in Sicherheit zu sein, und daher den Willen haben werden, sich hier anzupassen und sich zu integrieren. Aber mit der Zeit, Stück für Stück, kam das böse Erwachen. Die Gründe dafür waren so facettenreich, dass ich einfach nicht mehr meine Augen verschließen konnte.

Sicherlich war einer der Wendepunkte, wie bei vielen von uns, Silvester 2015 in Köln. Da musste ich mir letztendlich eingestehen, das dieses Verhalten zu der überwältigender Mehrheit der Muslime, mit denen ich zu tun hatte, passt. Das war der Moment, wo ich mir sagte: „Rebecca, Du musst jetzt die Notbremse ziehen, alleine schon als Frauenrechtlerin, mit meiner kollektiven Verantwortung als Frau". Ich versuchte bis dahin, vor mir die sich immer wiederholenden Verhaltens- und Gedankenmuster, ihre Weltanschauung, die auf ihrer Religion, dem Islam, und ihrer Kultur basieren, irgendwie zu rechtfertigen, z. B damit, dass sie eben neu sind. Und ich glaubte, dass diese mittelalterlichen Ansichten sich mit der Zeit ändern werden. Ich vertraute sehr auf unsere freiheitlichen, gleichberrechtigten europäischen Werte, und ich glaubte naiv, dass jeder Mensch sich für sie begeistern und sie übernehmen werde.

Aber ich musste mir, mich in meinem Ehrenamtsumfeld um- und sich wiederholende Erlebnisse über die Jahre mit ansehend, eingestehen, dass, sobald es muslimische Geflüchtete betrifft, diese mit ganz anderen Werten groß geworden sind; dass sie seit ihrer Kindheit einer Gehirnwäsche unterzogen und mit dem Islam indoktriniert wurden und mit Hochmut und Arroganz auf uns Ungläubige herabschauen. Ich nenne es "das Kopftuch im Kopf". Zusätzlich, wenn sie hier ankommen, geraten viele in die Fänge von fundamentalistischen Imamen, dem politischen Islam (importiert aus der Türkei, aus Saudi-Arabien, Iran etc.), was sie noch in ihrem Fundamentalismus bestärkt und ihnen verbietet, sich mit uns Ungläubigen und unserer Lebensweise zu mischen, unsere Weltanschauung und Wissenschaften anzunehmen, worüber der deutsche Staat schon überhaupt keine Kontrolle mehr hat.

Ein Beispiel, was mir half meine Augen zu öffnen geschah 2016, als ich die Wahrheit über eine Gruppe von syrischen Flüchtlingen erfahren musste, die ich schon länger begleitete. Sie gehörten inzwischen zu meinem Freundeskreis. Ich half ihnen durch ihre Asylverfahren, regelte ihre Behördenangelegenheiten, besorgte ihnen Wohnungen, Möbel, Computer, Fahrräder, Bekleidung, Ausbildung, Kurse, Arbeit, Stipendium, und opferte unzählige Stunden von meiner Privatzeit für

viele einzelne Fälle. In einem bestimmten Moment habe ich schließlich bemerkt, dass diese Leute mit mir ein falsches Spiel, also Taqiyya spielten. Sie haben mich getäuscht, und ich wurde meinerseits enttäuscht. Ich wurde allerdings von arabischen und kurdischen Menschen genau vor dieser muslimischen Taqiyya Täuschungsstrategie gewarnt, von Menschen, die nicht nur aus Kriegsgebieten, sondern gerade auch vor Muslimen fliehen mussten, aber ich wollte nicht auf sie hören. Und plötzlich ist es rausgekommen, dass diese Leute, für die ich alle Probleme gelöst hatte, die mit mir gegessen, gelacht und getanzt haben, die weder beteten noch in die Moscheen gingen, Ramadan nicht einhielten und über fundamental religiöse Muslime lachten, mich hinter meinem Rücken und in meinem Garten sitztend, eine„deutsche dumme Nutte" nannten.

Das hat mir nicht nur sehr weh getan, weil ich gerade ihnen, denen ich Retterin, Freundin, Schwester und Mutter war, wirklich vertraute, sondern es hat mir einen weiteren Anstoß zur Besinnung gegeben. Denn sie waren ein gelebtes Beispiel und Hoffnung für eine gelingende Integration und auch auf Freundschaft zwischen westlich orientierten und arabisch-muslimischen Menschen. Ich habe ihnen nichts als geholfen, sie geschützt und gestützt und echte Freundschaft geschenkt. Sie mit offenen Armen in Deutschland willkommen geheissen – und als Dank wurde ich von ihnen in Worten, Gedanken und Taten beschmutzt.

In der Zwischenzeit habe ich mir Ordner mit den Fakten all jener Fälle, die ich je bearbeitet habe, angelegt, und ich beobachte den Werdegang von Flüchtlingen die ich begleitet habe, oder immer noch begleite, viel kritischer und genauer, aber auch die Fälle der anderen Ehrenamtlichen. Leider haben viele engagierte Ehrenamtliche wegen ähnlicher Erfahrungen inzwischen das Handtuch geschmissen. Die, die neu hinzukommen, sind dann wiederum oft so naiv, wie ich es einmal selber war. Aber im Gegensatz zu dem, was uns in den Medien erzählt wird, kommen gar nicht mehr so viele Ehrenamliche hinzu; andere, die schon lange dabei sind – so wie ich –, viele haben sich inzwischen institutionalisiert und machen Geld mit ihrem Engagement. Von denen wird man von einer Desillusionierung nichts erfahren, es wäre nicht in ihrem Interesse.

N.O-S.: Und was ist dabei herausgekommen?

R.S: Viele arbeiten immer noch nicht, sprechen immer noch kaum Deutsch, verbleiben unter sich, haben kaum oder gar keine deutschen Freunde. Andere wurden zu Straftätern. Oder sie radikalisierten sich. Oder man findet später heraus, dass sie Al-Nusra- oder ISIS-Kämpfer waren, die diese Organisationen immer noch bewundern. Es gibt zwar auch viele Ausnahmen, sie arbeiten, sprechen Deutsch, aber das Kopftuch im Kopf, die Überheblichkeit, sich als Muslime als was Besseres zu sehen, diese unsägliche Überheblichkeit uns gegenüber, verbleibt trotzdem bei den Meisten! Inzwischen habe ich jegliches Engagement, die Lust zur Ehrenamtsarbeit mit diesen muslimischen, dem Patriarchat fröndenden Leuten verloren.

Jetzt erkenne ich, wie sie ticken. Ich führe die angefangenen Fälle zwar weiter, nehme aber nur noch neue Fälle auf, wo es sich meiner Ansicht nach um wirkliche Flüchtlinge handelt, die einen Grund haben, in unseren säkularen Staat zu kommen, wo Frauen und Männer per Gesetz gleichberechtigt sind, wo Schweinefleisch gegessen wird, wo wir sogar nackt am Strand sitzen dürfen. Diese Freiheit ist kostbar und sehr verletztlich. Wenn man nur bedenkt, wie viele Menschen plötzlich hierher kommen, die ein Kopftuch im Kopf tragen, und alleine schon durch ihre Masse hier alles verändern! Das sehen wir ja schon jetzt. Jetzt bin ich sehr vorsichtig und extrem misstrauisch geworden. Alle anderen sollten besser in einem muslimischen Land Asyl bzw. Arbeit und ein besseres Leben suchen, anstatt zu versuchen, uns ihre frauenfeindlichen, mittelalterlichen Werte aufzuzwingen und damit auf lange Sicht uns allen zu schaden.

Daher helfe ich jetzt vor allem Frauen und religiösen Minderheiten, die aus muslimischen Ländern flüchten müssen: politischen Flüchtlingen, Journalisten, Muslimen, die ihrem Glauben abgeschworen haben und deshalb verfolgt werden. Und ich helfe ganz besonders gerne Frauen. Da

sind einige, die sich jetzt mit ihrer neuen finanziellen Sicherheit, die sie hier in Deutschland genießen, von ihren Ehemännern trennen wollen. Sie wurden zwangsverheiratet und mussten ein Leben lang diesen Mann, den sie innerlich hassen, mit einem Lächeln bedienen. Es gibt viel psychologische Gewalt und Vergewaltigung in diesen muslimischen Ehen. Die Frau hat keinen Menschenwert, sie ist Sexobjekt und keine Parnerin, sie ist Arbeitstier und Gebährmaschine. Das ist ihre Aufgabe als gute Muslima. So, wie die meisten Muslime keine Achtung vor uns haben, so haben sie keine Achtung vor ihren Frauen. Nicht alle natürlich – ich kenne da auch ganz süße Paare, aber doch die meisten. Das gilt auch für viele muslimischen Passdeutschen. Die Anleitung dazu gibt der Islam. Deshalb warne ich jetzt davor. Ich habe genug gesehen, gehört, erlebt. Ich habe meine Fakten.

N.O-S: Du hast das Wort Taqiyya erwähnt. Wie verstehst Du es, und wie bist du in Berührung mit dem Begriff gekommen?

R.S: Das Wort Taqiyya ist den meisten Europäern nicht bekannt. Menschen, die versuchen, vor dieser Form des religiös gerechtfertigten Lügenverhaltens zu warnen, selbst, wenn sie aus dem gleichen Kulturkreis kommen wie die Immigranten, die wir Flüchtlinge nennen, werden sofort als Rassisten gebrandmarkt. Taqiyya bedeutet „Täuschung". Sie gibt die Erlaubnis dafür, dass Muslime äußerst betrügerisch zu uns Nicht-Muslimen sein dürfen, wenn dies dem Schutz des Islams und der Muslime dient. Es gibt verschiedene Formen des Lügens, die im Umgang mit Nicht-Muslimen unter bestimmten Umständen erlaubt sind, wobei das bekannteste die Taqiyya ist. Diese Umstände sind typischerweise diejenigen, die die Interessen des Islams, als auch eines einzelnen Muslimen, der zum Umma-Kollektiv gehört, fördern – z.B. indem sie durch eine Lüge das Vertrauen von Ungläubigen gewinnen, was diese dann verwundbar und schwach macht, und man kann sie schließlich besiegen.

Vertrauensbruch ist somit vorprogrammiert. Ein Muslim darf einen Ungläubigen belügen und betrügen, es ist ethisch nicht verwerflich, solange er aus dieser Täuschung einen Nutzen zieht, der ihn und damit das muslimische Umma-Kollektiv, weiterbringt. Er muss sich nicht dafür schämen. Um Nutzen aus einem Ungläubigen zu ziehen, dürfen sie dir Freundschaft oder Liebe vorheucheln, solange sie im Herzen es nicht so meinen. Mit Taqiyya sind Muslime frei von Haftbarkeit gegenüber Ungläubigen – meine Warnung an die Frauen, die sich auf muslimische Männer einlassen! Aber auch ganz besonders an unsere Politiker, die Verträge mit Islamverbänden machen – denn kein Schwur, nicht mal im Namen Allahs, hat Bedeutung wegen der Taqiyya, denn Allah hat seinen Gläubigern bereits die Auflösung ihrer Eide gegenüber Ungläubigen vorgeschrieben. Einzige Bedingung: Der Lügende muss im Herzen fest an den Koran und Alllah glauben. Taqiyya erlaubt sogar, dass ein Muslim so tut, als sei er kein Muslim. Er darf alles sagen und tun, um zu täuschen, solange es dazu dient, z.B. eine Person in Vertrauen zu wiegen. Oder ein Land. Das muss man sich mal vorstellen, mit was für einer religiösen Ideologie wir es hier zu tun haben!

Taqqiya kommt, glaube ich aus dem Schiitischen, wird aber ebenso, auch wenn sie es vehement bestreiten, von Sunniten eingesetzt und erlaubt sogar das Essen von Haram-, also „unreinen" Gerichten, oder vorzuspielen, dass man ein Atheist sei. Man muss sich also dessen bewusst sein, dass das Sagen von Unwahrheiten zu Nicht-Muslimen in den muslimischen Ländern nicht als verwerflich betrachtet wird. Und ein leichtgläubiger deutscher Freiwilliger trifft eine Kultur, die er ganz und gar nicht begreift. Gerade in der Flüchtlingsunterstützung bemerkst du nach einiger Zeit, dass viele Flüchtlinge, nicht alle sebstverständlich, aber doch zu viele wenn man bedenkt, **dich duch Täuschung manipulieren, um möglichst viel und ganz besonders engagierte Hilfe von Dir zu bekommen, und vor allem verheimlichen wie fundamental religiös sie wirklich sind, und wie sehr sie unser Wertesystem und unsere Gesellschaft ablehnen.**

Es sind ähnliche Geschichten: dass sie Medizin, Jura oder Informatik studiert haben, dass ihre Eltern tot sind und die kleinen minderjährigen Brüder in der Türkei auf der Strasse am verhungern

sind und man ihnen helfen soll sie herzuholen, oder sogar dass ihre ganze Familie in den Kriegshandlungen umgekommen ist. Das man dem sich als säkular und moderat-modern ausgebenden Eheman helfen soll die geliebte Ehefrau (die genauso frei wir wir hier leben würde), und die Kinder zu holen. Und plötzlich erscheinen in Deutschland Onkel, Tanten, Eltern, und auf einmal zählt die ganze tote Familie 15 Köpfe und hat drei Wohnungen. Der kleine Bruder kommt an, die Eltern sind gar nicht tot sondern leben sicher in der Türkei, und im Gegesatz zum Erzählten stellt sich heraus dass er alles andere als hilflos, sondern ein Al-Nusra Kämpfer in Syrien war. Und der grosse Bruder alles andere als ein moderater Musime ist. Oder Du erfährst dass ihr Diplom gekauft wurde. Oder du erfährst das die Familie zwar arm, aber in einem sicheren Gebiet in Syrien lebte, und hierherkam um ein besseres Leben zu führen. Oder Du wirst nach erfolgreicher Familienzusammenführung plötzlich von dem sich als moderat ausgebenden Ehemann gefragt, ob Du helfen könntest eine weitere Ehefrau und Kinder rüberzuholen. Die als geliebte und als modern beschriebene Ehefrau kommt tiefverschleiert an, und ist laut ihrer Erzählung totunglücklich weil er sie schlägt, ihr alles verbietet, weil er ein besonders strengläubiger Muslime sei.
Ich habe daraus gelernt, dass bei den Muslimen das Ausnutzten der Naivität, also in Ihren Augen eines Schwächeren, nicht als etwas Schlimmes verurteilt wird.

Fakt ist, in diesen vom Islam-geprägten Kulturen zählt der Stärkere, und wenn Du jemanden einfach so, aus deinem Herzen heraus hilfst, steht das nicht im Einklang mit ihrem Weltbild. Du bist für sie dumm, also einfach schwach. Und so werden wir von ihnen gesehen – als Dummköpfe, als gefallene Gesellschaft der Schwächlinge. Die meisten Europäer können es nicht begreifen, weil es nicht im Einklang mit unserem reformierten, aufgeklärten, christlich-humanistischen Wertesystem steht, auf das sich doch unsere Kultur stützt. Ich kenne natürlich auch viele individuelle Ausnahmen, sie bestätigen aber trotzdem die Regel. Ich finde es gut und wichtig im Umgang mit Muslimen offen für jede Einzelperson, für den individuellen Menschen zu sein, dass verbleibe ich auch, und habe auch muslimische Freunde. Wenn einem aber Unstimmigkeiten auffallen, im Gesagten oder Verhalten, dann warne ich, eben wegen der Taqiyya, zur Wachsamkeit und Vorsicht.

N.O-S: Du arbeitest in Flüchtlingsheimen. Was ist Dir aufgefallen?

R.S: Dort treffen Menschen vieler Regionen, Kulturen und Religionen aufeinander, vor allem muslimische Männer, darunter Personen, die durch Muslime unterdrückt, verfolgt, vergewaltigt, gefoltert, ganze Dörfer niedergebrannt wurden. Es gibt viel Zündstoff. Am häufigsten kommt es aber zur Unterdrückung oder zumindest zur Missachtung von Andersgläubigen, von Nichtgläubigen durch Muslime. Muslime bilden die Mehrheit in den Heimen. Viele scheinen zu glauben, dass sie eine Art „Übermenschen" sind, und alle, die sich nicht zum Islam bekennen, werden als unterlegen betrachtet. Auf kleinen Fläche verstärken sich so diese Konflikte. Zum Beispiel gibt es Situationen wo die Ungläubigen oft nicht gleichzeitig mit ihnen die Küche oder den Waschraum benutzen sollen, und werden einfach arrogant oder sogar aggressiv verjagt.

Es gibt aber wie immer auch gegenteilige Situationen, wo sich z.B. Frauen aus unterschiedlichen Sprach-und Religionsgruppen einfach so in der Küche befreundet haben und sich sogar zum kochen verabreden, schon um nicht alleine mit Männern in der Gemeinschaftsküche zu stehen. **Immer wieder belästigen muslimische Männer Frauen, auch alleinreisende Musliminnen, und wir hatten Vorfälle, wo der Wachschutz in solche Taten involviert war, mit türkischem, arabischen oder auch Roma Migrationshintergrund. In diesem Fall funktioniert auch dieses Phänomen, Muslime gegen die Anderen, egal aus welchem Land sie kommen.**

Ich kenne einen Fall, wo eine Flüchtlingsfrau, eine Muslima aus Eritrea, vom Wachschutz belästigt wurde. Wir mussten die Polizei benachrichtigen, aber es hat sich nichts in dieser Sache getan.
N.O-S: Du hast von den Belästigungen der Freiwilligen erzählt. In der Presse kann man jedoch keine Informationen zu diesem Thema finden. Warum?

R.S.: Es kommen immer wieder mal Fälle von Belästigungen mit freiwilligen Helferinnen vor, aber keine von uns hat je diesen Vorfall gemeldet, weil keine als Feindin der Flüchtlinge angesehen werden möchte und auch keine Probleme in den Heimen machen wollte. In diesen Fällen wirkt der gleiche Mechanismus, der bei mir wirkte, das ständige Rechtfertigen: er ist neu, er hat keine Ahnung, er versteht unsere Kultur nicht. Und auf diese Weise wird solches Verhalten gerechtfertigt, ohne dass es mit dem Überlegenheitsgefühl verbunden wird, mit dem dank des Islam diese Männern den Ungläubigen und Frauen gegenübertreten. **Und vor allem den europäischen „Nutten" gegenüber, denn genau mit so einem Bild in ihren Köpfen kommen die Männer aus ihren Heimatländern hierher. In meiner Gruppe wiederholen sich die Belästigungen immer wieder, vor allem den Freiwilligen gegenüber, die den Flüchtlingen Deutschunterricht geben und die mehrmals die Woche mit ihnen Kontakt haben.**

Ein Beispiel: Nachdem eine Ehrenamtliche drei Monate lang zwei mal die Woche 1 ½ Stunden Deutschnachhilfe an einen Syrer gegeben hatte war sie überzeugt, dass alles super läuft und wollte einfach ganz normal und menschlich-herzlich sein und nahm eine Einladung bei ihm zum Essen an. Sie dachte, er will sich für ihre ehrenamtliche Unterstützung bedanken. Er jedoch dachte, die Hure will Sex. Es war der Frau nicht klar, dass sie von vielen Männern aus diesem Kulturkreis nur als ungläubige , unsittliche, immer dem Mann zur Verfügung stehendes Sex-Objekt angesehen wird, weil die Flüchtlinge gerade am Anfang sehr nett und höflich und respektvoll scheinen, also oft auch die oben genannte Taqiyya betreiben. Und dann passierte die

http://www.pi-news.net/2020/04/bayern-afghanen-morden-in-kronach-und-augsburg/

ZWEI TOTE - MEHRERE SCHWERVERLETZTE

Bayern: Afghanen morden in Kronach und Augsburg

5. April 2020

Von JOHANNES DANIELS | Auch in Zeiten von Corona-Cocooning geht das Schlachten unvermindert weiter, denn viele Merkel-Gäste haben Langeweile in ihren Unterkünften. Zwei brutale Morde durch „schutzsuchende" Afghanen an einem Wochenende erschüttern Bayern: Bei einer Messerattacke im oberfränkischen Kronach ermordete der 28-jährige Afghane Janagha Amiri einen 23-jährigen Landsmann. In der K(o)ronacher Flüchtlingsunterkunft gerieten die zwei „Geflüchteten" am Samstag Nachmittag in Streit.

Dieser wurde wie üblich nach islamisch-paschtunischem Ritual gelöst. Ein sofort herbei gerufener Notarzt konnte dem Messer-Opfer nicht mehr helfen. Die Polizei fahndet nun seit Samstag mit „mittelgutem Erfolg" nach dem Täter, der immer noch frei in Bayern herumläuft.

„Die Fahndung läuft auf Hochtouren", erklärte ein Polizeisprecher am Sonntag und bittet die Bevölkerung um Mithilfe. Bei dem geflüchteten Fluchtsuchenden handelt es sich um „Janagha Amiri", 28 – so zumindest eine seiner Identitäten. Er wird wie folgt beschrieben:

- 184 Zentimeter groß,
- 74 Kilogramm schwer und schlank,
- Schwarze kurze Haare und Dreitagebart,
- Spricht gebrochen deutsch,
- Vermutlich mit einer Jeanshose und einer dunklen Strickjacke bekleidet.

Hinweise zum Aufenthaltsort des „Flüchtigen" nimmt die Kriminalpolizei Coburg unter der Telefonnummer 09561 645-0 oder jede andere Polizeidienststelle entgegen.

Brutale Afghanen-Bluttat in Augsburg: ein Toter, mehrere Schwerverletzte

Am Freitag Nachmittag kam es in einer Flüchtlingsunterkunft in Augsburg-Göggingen ebenfalls zu einer letalen „Messerstecherei" (Mainstreammedien). Hier ging ein 29-jähriger Afghane auf ein 15-jähriges Opfer los und erstach ihn kaltblütig. Bei der Tat wurden vier weitere afghanische Familienmitglieder teils schwer verletzt. Der Täter erlitt bei dem „Streit" ebenfalls Verletzungen, die in einer Augsburger Klinik auf Steuerzahlerkosten fachmännisch behandelt wurden. Ein weiteres Bett wurde für den Mörder dort belegt, während dringende Notoperationen von deutschen Schwerkranken in Augsburg verschoben wurden. Dem afghanischen Gewalttäter wird nun „Mord und vierfacher versuchter Mord" vorgeworfen. Er war laut Polizei der Ex-Freund der 24-jährigen Tochter des angegriffenen afghanischen Ehepaars. Bei der gewalttätigen Auseinandersetzung in Augsburg wurden den Ermittlern zufolge auch die Eltern sowie die beiden Schwestern des 15-jährigen Mordopfers verletzt. Die Trennung könnte nach Polizeiangaben der Grund für den Streit gewesen sein.

Die 37-jährige Mutter und eine 20-jährige Tochter erlitten schwere Stichverletzungen im Rücken. Die Mutter wurde intensivmedizinisch versorgt und notoperiert. Der 41 Jahre alte Vater und eine 16-jährige Schwester seien leichter verletzt worden. Alle Opfer der Messerattacken (bis auf das Mordopfer) kamen in schwäbische Krankenhäuser, schweben aber vorläufigen Erkenntnissen zufolge nicht mehr in Lebensgefahr.

Caritas-Direktor reagiert erschüttert auf Familienstreit

Der Betreiber der Unterkunft in Augsburg-Göggingen ist die Caritas, der „Wohlfahrtsverband" der katholischen Kirche und zugleich einer der milliardenschweren Profiteure der illegalen Massenimmigration von archaischen Gewalttätern aus aller Welt zulasten des deutschen Steuerzahlers und der Bevölkerung.

Andreas Magg, Augsburgs Diözesan-Caritasdirektor, hat „erschüttert" auf die Gewalttat reagiert: „Solch eine Tat macht mich zutiefst traurig." Flüchtlinge aus Afghanistan, Syrien, Somalia, Nigeria und Uganda seien in der Einrichtung untergebracht. Die Tat zeige, so Magg, „dass wir nie davon ablassen sollen, uns für das Gute im Zusammenleben einzusetzen."

Nicht nur Blutraute Merkel, auch Schlepperorganisationen wie die „Caritas" haben mitgemordet!

http://www.pi-news.net/2020/05/muenchen-kriminalpolizei-ermittelt-wegen-islamfeindlichkeit/

NACH DER SCHLAG-SPUCK-BELEIDIGUNGS-ATTACKE EINES MIGRANTISCHEN MOSLEMS

München: Kriminalpolizei ermittelt wegen „Islamfeindlichkeit"

3. Mai 2020

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der Journalist und Schriftsteller Michael Klonovsky hat die befremdlichen Vorgänge im Zuge des Polizeieinsatzes nach der Moslem-Attacke am vergangenen Sonntag in München auf seiner „Acta diurna" in einem Satz treffend auf den Punkt gebracht: *„Wenn dieser Vorfall sich tatsächlich so zugetragen hat – und es besteht wenig Anlass, daran zu zweifeln – dann wächst dem Begriff ‚Scharia-Polizei' in München eine völlig neue Bedeutung zu."* In einem Land, in dem die Hofierung der Islamgläubigen geradezu zur Staatsräson erklärt wurde und in einer Stadt, die sich diesem Treiben seit 36 Jahren SPD-Regentschaft geradezu verschrieben hat, braucht man sich über die Geschehnisse nach dem Eintreffen der Polizei am Tatort nicht mehr allzusehr zu wundern.

Wenn man als Einheimischer auf einer Parkbank sitzt und an nichts Böses denkt, die Sonne genießt und eine Frage höflich beantwortet, anschließend völlig unvermittelt der islamische Jähzorn über einen hereinbricht, mit Schlägen, Spucken und wüsten Beleidigungen, danach die Polizei einen anherrscht, ruppig in Handschellen legt, von oben bis unten abtastet, die Taschen durchwühlt, einen Alkoholtest abnimmt und wie einen Verbrecher behandelt, dann kann man sich geistig bereits in einem islamischen Scharia-Staat wähnen, in dem Moslems die Herrenmenschen und „Ungläubige" die minderwertigen Unterworfenen sind, die die Ausführung der „göttlichen" Rechtsordnung durch die Polizei erdulden müssen.

Der Pressebericht des Polizeipräsidiums München meldete drei Tage nach der Tat eines mutmaßlich türkischstämmigen Moslems, dass nun die Staatsschutzabteilung des Kriminalfachdezernates 4 die „weiteren kriminalpolizeilichen Ermittlungen" aufgenommen habe. Denn „bei einem der Beteiligten" lägen „Erkenntnisse bzgl. einer staatsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit" vor. Dies sei auch „Gegenstand der Ermittlungen". Es geht also augenscheinlich nicht um die Motivlage des Täters, sondern um die beruflichen Tätigkeiten des Opfers. War es etwa selber schuld daran, dass der wütende Moslem zuschlug, spuckte und beleidigte?

Es wird gerade nicht darauf verwiesen, dass „einer der Beteiligten" ein Moslem ist und seine religiösen Überzeugungen wohl ausschlaggebend für seine plötzliche und unprovozierte Attacke auf einen Islamkritiker sind.

Nein, es ist ganz offensichtlich die Arbeit eines Journalisten, der seit zehn Jahren faktengestützt über den Politischen Islam aufklärt, was vom Bayerischen Verfassungsschutz als „verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit" uminterpretiert wird, das wohl in der Betrachtungsweise der Ermittlungsbehörden diese Straftat einer Körperverletzung und Beleidigung provoziert habe. Gilt etwa meine bloße Anwesenheit schon als Rechtfertigung dafür, dass sich ein moslemischer Herrenmensch in „seinem" Viertel herausgefordert sieht und die Scharia in die Tat umsetzt?

In dem Bericht der „Hüter des Gesetzes" über einen „Polizeieinsatz nach Streit" wird auch noch eine angebliche „lautstarke verbale Auseinandersetzung" dargestellt, in deren „Verlauf" es zu den Beleidigungen und der Körperverletzung gekommen sei. **Diese „verbale Auseinandersetzung" und diesen „Streit" gab es aber nicht. Vielmehr meinerseits nur ein „Ja" auf die Frage zu meiner Person und ein „Ist das Ihr Ernst?" als Reaktion auf die wüsten Beschimpfungen, die rein aus dem Nichts auf mich einprasselten. Diese Tatsache habe ich auch per Twitter zu Protokoll gegeben:**

Als Begründung für das Anlegen der Handschellen gibt das Polizeipräsidium München an, dass ich mich *„bei der Anzeigenaufnahme hoch emotional und augenscheinlich aggressiv präsentiert*" hätte. „Aggressiv"? Ich bin lediglich auf die Beamten zugegangen und habe ihnen aus etwa zehn Metern Entfernung zugerufen, dass ich Strafantrag wegen Körperverletzung und Beleidigung stelle. Dabei zeigte ich auf den bärtigen Moslem.

Ich wollte, dass die Bürger auf dem Platz die Anzeigenaufnahme mitbekommen, damit sich dann auch noch weitere Zeugen melden, die den Vorfall beobachtet haben und ihre Aussage zu Protokoll geben. Denn ich bin zu dem Zeitpunkt davon ausgegangen, dass es noch mindestens einen weiteren mir bis dato noch unbekannten Augenzeugen geben muss, denn vor mir hatte sich bereits jemand anders über die Notrufnummer bei der Polizei gemeldet.

Mir wurde schon einmal von einem türkischen Moslem ins Gesicht geschlagen. Am 23.10.2013 bei einer Kundgebung auf dem Rotkreuzplatz in München. Anschließend bildeten sich in einer Trotzreaktion Schlangen vor unserem Unterschriftenstand gegen den Bau eines Europäischen Islamzentrums. Auf eine ähnliche Reaktion der Bürger hatte ich auch am vergangenen Sonntag gehofft. Das war alles. Wenn das schon ausreicht, um als Verbrecher behandelt zu werden, kann man eigentlich nur von einer voreingenommenen Haltung der beiden handelnden Polizeibeamten ausgehen, in der der „böse Rechte" der aggressive Täter und der „nette Moslem" das bedauernswerte Opfer sein muss. Angesichts der medialen Volkserziehung, die gegen vermeintlich „Rechte" und für die Willkommenskultur gegenüber Moslems geradezu in 24-Stunden-Dauerschleife gesendet und gedruckt wird, sind die Auswirkungen in der Realität dann erwartbar.

Es ist auch bezeichnend, dass dieser Vorfall zunächst gar nicht im Polizeibericht über die Straftaten dieses Tages in München erwähnt wurde. Stattdessen beschrieb man lieber die „rassistische Beleidigung" einer Türkin durch eine Deutsche. Dass ein mutmaßlich Türkischstämmiger einen Deutschen schlug, anspuckte und massiv

beleidigte, fiel demgegenüber zunächst unter den Tisch. Erst nach Veröffentlichung des PI-NEWS-Artikels, in dem ich diese seltsame Vertuschung thematisierte, bemühte sich die Pressestelle des Polizeipräsidiums München, diese im Vergleich viel bedeutendere Straftat dann doch aufzunehmen. Aber natürlich in einer politisch korrekt passenden Formulierung, für die man dann noch zwei weitere Tage benötigte.

In diesem Videokommentar, den ich am Freitag live sendete, bin ich auf die unfassbaren Vorgänge eingegangen, mit denen ich während und nach der Moslem-Attacke konfrontiert wurde:

Oliver Flesch hat in seinen Bericht über das ebenfalls mehr als seltsame Verhalten der Berliner Polizei, die sich „bei allen Teilnehmern" der linken Massendemo per Twitter absurderweise auch noch für deren gar nicht stattgefundene „Einhaltung der #Covid19 Regelungen" bedankte, den Münchner Vorfall eingebaut:

> ***Stürzenberger – Vom Opfer zum Täter gemacht***
> *Und noch etwas aus der beliebten Serie „Kannste dir nicht ausdenken": Mein Freund, der Islamkritiker Michael Stürzenberger, wurde vor ein Paar Tagen in München von einem vollbärtigen Moslem beschimpft, angespuckt und geschlagen. Grundlos. Die Polizei kam schnell. Und was tat sie? Legte Stürzi Handschellen an! Dem Opfer also.*
> *Ich schäme mich. Ich schäme mich so sehr, für die deutsche Polizei, Ihr macht Euch keinen Begriff, Freunde.*

Ich habe unterdessen in einem Schreiben an die Polizei-Inspektion 21, die meinen Strafantrag aufgenommen hat, einen Covid-19-Test bei dem Moslem angemahnt. Schließlich wurde ich durch sein Anspucken einem enormen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt. Diese Straftat ist angesichts eines hochansteckenden Virus in der jetzigen Pandemie-Zeit als eine gefährliche Körperverletzung mit möglicher Todesfolge zu werten. Dass der Täter von der Polizei aber nicht zu diesem Zwecke mitgenommen wurde, sondern weiter auf dem Platz bleiben durfte, passt ins Gesamtbild des polizeilichen Verhaltens an diesem Tage. So konnte der Moslem weiter in meine Richtung spucken und mich mit Gesten provozieren.

Zu dem Ablauf dieses abartigen Überfalls gibt es bisher zwei Zeugen. Eine weitere ältere Dame, die das Geschehen von der Parkbank gegenüber ebenfalls genau mitverfolgte und meiner Freundin bei der Suche nach meiner heruntergeschlagenen Brille half, meinte ängstlich, dass sie lieber nicht aussagen möchte. Sie sagte wörtlich:

> *„Sonst schlägt der mich auch noch."*

In dem Verhalten des hochaggressiven bärtigen Moslems zeigt sich die ganze Wut des Politischen Islams, die sich seit 1400 Jahren in vielen „Rechtgläubigen" angesammelt hat. Seit der Prophet Mohammed mit seinem Versuch gescheitert ist, den Mekkanern seine neue Religion aufzuzwingen. Was ihn enorm zornig machte. Er verschaffte sich Macht durch das Aufstellen von Kriegsheeren und führte über 70 Schlachten, um das Gebiet des heutigen Saudi-Arabiens zu erobern. Mit Raubzügen machte er ordentlich Kasse. Seine Gegner und Kritiker, selbst wenn es nur alte Spottdichter waren, ließ er töten. Die Verachtung für die Andersgläubigen floss in den Koran in Form von „göttlichen" Befehlen ein.

Den daraus resultierenden Hass auf alle Menschen, die sich nicht dem Islam unterwerfen wollen, saugen Moslems seit damals über den Koran auf. Sie standen mit „Allahu Akbar"-Rufen vor Wien, eroberten Spanien

und 55 andere Länder, rasten mit Flugzeugen in die World Trade-Türme, töteten mit Sprengstoffgürteln massenhaft in Kirchen auf Sri Lanka, in Bussen in London, in Zügen in Madrid, in Cafes in Tel Aviv, auf Plätzen in Kabul, Bagdad und dutzenden anderen Städten. Sie liefen mit Maschinengewehren mordend durch Paris, Brüssel und Mumbai, erschossen die Redakteure von Charlie Hebdo, stachen den Filmemacher Theo van Gogh ab, veranstalten auf den Straßen Messer-Dschihad und planen permanent Terroranschläge. Das Morden wird niemals aufhören, wenn dem ideologischen Grund dafür nicht endgültig der Boden entzogen wird.
Daran arbeiten viele Aufklärer weltweit. Auch ich. Faktengestützt. Sachlich. Dabei immer auf Menschen zugehend, auch auf Moslems. An ihren gesunden Menschenverstand und das Humanitäre in ihnen appellierend. Das Bewusstsein wecken, dass es sich hier um die wichtigste Aufgabe des 21. Jahrhunderts handelt. Wenn der Politische Islam mit all seinen Konsequenzen nicht verboten wird, kommt es zu gewaltigen Zerwürfnissen in Europa. **Die 270 Millionen Toten, die diese Ideologie in den 1400 Jahren ihrer Geschichte bisher forderte, werden bei Weitem nicht das Ende sein.**
In dem Interview, das ich „Kunis Plauderecke" aus Österreich am vergangenen Dienstag gab, bin ich auch auf den ideologischen Hintergrund der Attacke auf mich eingegangen:
Wenn ein mutmaßlich türkischstämmiger Moslem ein Viertel einer deutschen Stadt für sich und seine Glaubensbrüder reklamiert, es als legitim ansieht, einen seit über 30 Jahre dort lebenden Einheimischen zu vertreiben, ihn zu schlagen, anzuspucken und zu beleidigen, dann wird man sich bewusst, wie viel Menschenverachtung diese Ideologie in einem Kopf auslösen kann.
Der Politische Islam ist hochdosiertes Gift, das sich gegen das friedliche Zusammenleben, die Integration und die Vermischung richtet. Wer das nicht verstehen will und dann auch noch gegen diejenigen vorgeht, die darüber aufklären, handelt völlig verantwortungslos und ist letztlich ein Kollaborateur einer faschistischen Ideologie sowie ein Totengräber der eigenen existenziellen Lebensgrundlagen.

Michael Stürzenberger
PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit". Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.

https://www.focus.de/panorama/welt/in-hamburg-streit-zwischen-grossfamilien-eskaliert-mann-faehrt-in-personengruppe-drei-verletzte_id_11953309.html

In Hamburg ist am Sonntagabend der Streit einer Großfamilie eskaliert. Im Verlauf der Auseinandersetzung fuhr ein 43-jähriger Mann mit seinem Auto aus kurzer Entfernung und niedriger Geschwindigkeit auf eine Gruppe von sechs Familienmitgliedern zu und kollidierte mit diesen.

Ein 37-Jähriger, eine 58-Jährige und ein 17-jähriges Mädchen erlitten hierbei leichte Verletzungen. Anschließend blieb das Fahrzeug, in dem neben dem Fahrer auch seine beiden Kinder im Alter von neun und 13 Jahren saßen, in der Hecke stehen. Der 37-Jährige griff den Fahrer daraufhin an, wobei sich beide Verletzungen im Gesicht zuzogen.

Angehörige drohten - Kind rief um Hilfe

Nach dem Eintreffen der Einsatzkräfte herrschte vor Ort eine chaotische Situation. Teilweise kamen Familienangehörige zur Einsatzstelle dazu und sprachen offene Drohungen aus. Ein Junge in einer Wohnung rief durch das Fenster nach Hilfe der Polizei. Er wurde schließlich wegen Atemnot behandelt, verblieb aber an der Einsatzstelle.

Die Polizei geht bei der Tat des Fahreres von einem versuchten Tötungsdelikt aus. Zwei Personen wurden vor Ort durch den Rettungsdienst behandelt, eine Person kam mit dem Rettungswagen in ein Krankenhaus. Sowohl der 43-Jährige, als auch der 37 Jahre alte Mann wurden vorläufig festgenommen, jedoch wegen mangelnden Haftgründen wieder freigelassen. Die weiteren Ermittlungen der Polizei dauern an.

http://www.pi-news.net/2020/05/eugh-rueffelt-ungarn/

TRANSITLAGER FÜR ASYLBEWERBER VERSTOSSEN GEGEN EU-RECH

EuGH rüffelt Ungarn

14. Mai 2020

Von MANFRED ROUHS | Die ungarischen Transitlager für Asylbewerber verstoßen gegen EU-Recht. Das hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entschieden. Geklagt hatten vier Asylbewerber aus dem Iran und aus Afghanistan, die über die Türkei, Bulgarien und Serbien nach Deutschland gekommen waren. Die Ungarn hatten sie unweit der Grenze zu Serbien im Lager Röszke untergebracht – in Containern hinter Stacheldraht. Das hätten sie nicht tun dürfen, urteilten jetzt die EU-Richter.

Denn die Unterbringung im Lager käme einer Haftstrafe für die Insassen gleich, denen Bewegungsfreiheit in Ungarn zu verschaffen sei. Und eine Inhaftierung käme eben nur aufgrund einer strafrechtlichen Verurteilung im Einzelfall in Betracht.

Die können die Kläger nun durchaus bekommen: Sie sind, wie die ungarischen Behörden feststellten, über ein Land illegal nach Ungarn eingereist, in dem ihnen keine Verfolgung droht, nämlich Serbien. Die Serben weigern sich, sie zurückzunehmen. Die Frage sei erlaubt: Mit welchem Recht tun sie das? Ungarn hat die vier – wie viele andere Wirtschaftsflüchtlinge – im Transitlager Röszke untergebracht, um Möglichkeiten zu suchen, sie nach Afghanistan und in den Iran zurückzuführen.

Fazit: Die Luxemburger Gerichtsentscheidung ist realitätsfern und wird an der ungarischen Asylpraxis nichts ändern, sondern lediglich zusätzliche Arbeit für die ungarische Justiz schaffen, der jetzt aufgegeben ist, jeden einzelnen illegalen

Einwanderer strafrechtlich zu verurteilen, bevor es ins Transitlager kommt und früher oder später dorthin zurückgeführt wird, wo er hergekommen ist.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

https://kopp-report.de/islamistische-terrorbedrohung-im-schatten-der-corona-krise-medien-schweigen/

Stefan Schubert

Islamistische Terrorbedrohung im Schatten der Corona-Krise – Medien schweigen

Während die Mainstream-Medien ihre ganze Akribie darauf konzentrieren, Demonstranten für Grundrechte pauschal zu stigmatisieren, schweigen sie zur aktuellen Terrorserie durch radikale Islamisten. In Newslettern des Islamischen Staats haben zudem Geheimdienste jüngste Terroraufrufe entdeckt, die gezielt auffordern, die herrschende Unsicherheit der Corona-Krise für Anschläge auszunutzen.

Verschwörungstheoretiker jeglicher Couleur – also laut den Qualitätsjournalisten jedermann, der sich im Bezug zum Coronavirus eine individuelle Meinung gebildet hat, die den Vorgaben der Bundesregierung oder der WHO widersprechen – sind das neue Feindbild Nummer 1 der staatstragenden Journalisten.

Bei dieser systemtreuen Berufsauffassung verwundert es nicht, dass selbst nach einer islamischen Terrorserie wie in Bayern das Thema lediglich kurz abgearbeitet und sogleich als »Einzelfall« abgeheftet wurde. Doch was ist mit der Frage nach dem Motiv, dem Warum? Woher stammt der islamische Hass? Wer unterstützt und verbreitet diesen Hass auf »Ungläubige«, auf Christen, auf Juden, auf Frauen und allgemein auf westliche Lebensgewohnheiten? Diesen Fragen über das Sicherheitsrisiko Islam verweigern sich die medialen wie auch die politischen Eliten seit Jahren, unter anderem aus Gründen der politischen Korrektheit. Ein Blick auf die aktuelle Sicherheitslage dokumentiert die hohe Terrorgefahr durch islamistischen Terrorismus.

Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz halten sich zurzeit 2080 Personen in Deutschland auf, denen die Behörde ein »islamistisch-terroristisches Potenzial« attestiert. Jeder dieser 2080 Männer – der Frauenanteil dürfte wohl im Promillebereich liegen – ist laut den Sicherheitsbehörden ein potenzieller Terrorist, der jederzeit unter »Allahu Akbar«-Rufen Bürger niedermetzeln könnte. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen.

Schlagkräftige Sonderkommissionen und ein behördenübergreifender Plan und Zusammenarbeit, um wenigstens die ausländischen Islam-Terroristen sofort in Abschiebehaft zu nehmen und die Abschiebung dann konsequent durchzusetzen, existieren, wenn überhaupt, nur auf dem Papier. So verwundert es auch nicht, dass die salafistische Szene, aus der die meisten Islam-Terroristen in Westeuropa stammen, in Deutschland Jahr für Jahr nahezu ungehindert anwächst**. Der salafistischen Szene werden demnach 12.150 Personen zugerechnet, 1350 (potenzielle Terroristen) mehr als noch im Jahr 2018. Auch hier lässt die tatsächliche Anzahl ein weitaus höheres Terrorpotenzial befürchten.**

Der Kampf gegen den radikal-terroristischen Islam beschränkt sich bei der Bundesregierung mehrheitlich jedoch auf eine reine Symbolpolitik für die eigene Bevölkerung. Diese

Hintergründe sind in dem Artikel »Hisbollah-(Teil)-Verbot wird in der Praxis folgenlos bleiben« dargelegt worden.
Die Hisbollah wird künftig einfach konspirativer agieren, ein Verhalten, das bei der Terrormiliz Islamischer Staat genauso wie bei al-Qaida nach deren militärischen Niederlagen zu beobachten ist.

Im Flüchtlingsstrom sind in vierstelliger Größenordnung unkontrolliert IS-Terroristen mit eingewandert, die täglich über soziale Netzwerke, auf YouTube und in radikalen Moscheen aufgehetzt werden, nun endlich Terroranschläge in Deutschland zu begehen. Von den über 1000 Islamisten, die Deutschland in Richtung IS-Gebiet verlassen haben, um sich der Terrormiliz anzuschließen, befindet sich erst etwa ein Drittel wieder hier. Hunderte IS-Terroristen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltstitel befinden sich zurzeit in Syrien oder im Irak in Haft und fordern ihre Freilassung und ihre Rückkehr nach Deutschland. Auch Tausende weitere IS-Terroristen, beispielsweise aus den Maghreb-Staaten, denen dort lebenslange Haft, Folter oder die Todesstrafe drohen, werden Deutschlands bis zur Unkenntlichkeit missbrauchtes Asylrecht ausnutzen, um dauerhaft nach Deutschland umzusiedeln. Gegenwehr aus Politik und Medien haben diese Kriegsverbrecher kaum zu erwarten.
Wie stark der IS mittlerweile in Deutschland vertreten ist musste die Öffentlichkeit erst wieder im April erfahren. Schwerbewaffnete Spezialeinsatzkommandos stürmten in den frühen Morgenstunden zehn Wohnungen und Objekte in NRW.
Fünf Islamisten aus Tadschikistan wird von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen sich 2019 dem IS angeschlossen und eine Zelle gegründet zu haben, um in Deutschland Terroranschläge zu begehen. Auch weitere Hintergründe zu dem Fall sind sehr beunruhigend, da die Zelle in direktem Kontakt mit Terrorplanern des IS stand. **Die Bundesanwaltschaft dazu in einer Pressemitteilung: »Sie standen dabei – wie bereits zuvor – in Kontakt mit zwei hochrangigen IS-Führungsmitgliedern in Syrien und Afghanistan, von denen sie entsprechende Anweisungen erhielten.«**
Dies ist ein Modus Operandi, der auch bei dem salafistischen IS-Terroristen Anis Amri vom Berliner Breitscheidplatz vorlag.
Die fünfköpfige IS-Zelle aus NRW verfügte bereits über scharfe Schusswaffen mit entsprechender Munition und war dabei, Bomben herzustellen. Auch die Tatvorbereitungen waren weit fortgeschritten. Die Terroristen planten ein Attentat auf einen bereits ausgespähten Islamkritiker und Anschläge auf Einrichtungen von US-Streitkräften in Deutschland.
In Bayern verübte im April und Mai der mehrfach polizeibekannte türkischstämmige Muharrem D. eine Terrorserie auf Ladenlokale von Türkischstämmigen. Beim Verhör bekannte sich Muharrem D. zum Islamischen Staat und zu dessen Ideologie. Der IS-Terrorist führte bei seiner Festnahme bis zu acht selbstgebaute und als hochgefährlich eingestufte Rohrbomben mit. Ferner verriet er im Verhör weitere Verstecke von Sprengstoff, Rohrbomben und einer scharfen Schusswaffe. Der Auslöser der Terrorserie soll in dem Vorgehen türkischer Sicherheitsbehörden gegen IS-Zellen in der Türkei liegen.
Das Feuer eines Brandanschlags drohte sich auch auf ein Mehrfamilienhaus auszuweiten, sodass der Tatvorwurf unter anderem auf Mordversuch in 27 Fällen lautet.
Muharrem D. ist kurdischer Abstammung und besitzt einen türkischen und einen deutschen Pass. Nach den manipulativen Vorgaben der Polizeistatistik werden die bayerischen IS-Terroranschläge des Doppelpässlers einzig als Straftatenserie eines Deutschen in die Statistik eingehen. Da laut Behörden das Motiv der Terrorserie mit »Hass gegen Türken« angegeben wurde, wäre es nicht verwunderlich, wenn die Terroranschläge als rechtsextreme Anschläge gegen Ausländer verbucht und fortan im »Kampf gegen Rechts« missbraucht werden.
Der IS verbreitet Terrorpropaganda in Form von Verschwörungstheorien zum Coronavirus
Während der aufmüpfige Bürger aktuell nicht mehr als Rechtspopulist diffamiert wird, sondern als Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker, ist der Blick auf die islamische Instrumentalisierung der Corona-Krise sehr demaskierend, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsweise deutscher Medien.
Homeland Security Today berichtet, dass »die neueste Ausgabe des offiziellen wöchentlichen *al-Naba-Newsletters* der Terrorgruppe ISIS eine ganzseitige Infografik mit islamischen Zitaten zur Prävention von Epidemien enthielt«.
Weiterhin verbreitet der IS in dem Newsletter, dass »viele Muslime sich bestätigt sehen, dass die Corona-Epidemie eine Strafe Gottes des Allmächtigen ist«. Annelies Pauwels

vom *EUObserver* verweist in einer Analyse auf die Ausnutzung des Coronavirus durch die islamistisch-terroristische Propaganda des IS: »Dschihadistische Gruppen haben in der Coronavirus-Pandemie ein Zeichen dafür gesehen, dass sich die Welt dem Tag des Jüngsten Gerichts nähert. In der Vergangenheit diente eine ähnliche Schilderung des Jüngsten Gerichts als wichtiges Rekrutierungsfeld für ausländische Kämpfer, die in den letzten Schlachten der Apokalypse mit Daesh (IS) kämpfen sollten.«
Demzufolge wird vom IS – auch in Deutschland – eine islamistisch-terroristische Verschwörungstheorie verbreitet, um deren Anhänger zu Terroranschlägen aufzustacheln. Diese Seite der Medaille journalistisch zu benennen verweigern sich jedoch nahezu alle deutschen Mainstream-Medien.

Bestellinformationen:
» Thor Kunkel: *Das Wörterbuch der Lügenpresse*, 383 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!
» Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!
» Stefan Schubert: *Anis Amri und die Bundesregierung*, 240 Seiten, 19,99 Euro – **hier** bestellen!
» Greilich: *Ratgeber Einbruchschutz & Heimverteidigung*, 205 Seiten, 16,99 Euro – **hier** bestellen!
Freitag, 15.05.2020

http://www.pi-news.net/2020/05/straubing-samir-a-ermordet-seine-kinder-medien-schweigen/

ISLAMISCHE BLUTRACHE IN NIEDERBAYERN

Straubing: Samir A. ermordet seine Kinder – Medien schweigen

17. Mai 2020

Von JOHANNES DANIELS | Schon wieder! Grausamer Kindermord in Bayern – und die Mainstreammedien schweigen oder berichten vertuschend: Im beschaulichen Schwarzach (Landkreis Straubing-Bogen, 2.800 Einwohner) ermordete ein „Vater" seine beiden Kinder, einen Jungen im Alter von acht Jahren und ein Mädchen im Alter von sechs Jahren. Der arabisch-stämmige Täter wollte sich – wie in manchen archaischen Kulturen gang und gäbe – an seiner von ihm getrennt lebenden Lebensgefährtin rächen.

Samir A. – lebensgefährlicher Lebensgefährte

Am Donnerstag gegen 22.30 Uhr, teilte eine Anruferin der Polizeidirektion Straubing mit, dass sie „ein 36-jähriger Bekannter" angerufen habe und sie aufgrund des Telefonats befürchte, dass der Mann wohl Suizidabsichten habe. Von der Polizei wurden daraufhin die Wohnadresse des Mannes und weitere bekannte Wohnadressen überprüft. Zwischenzeitlich telefonierte der 36-jährige Mörder Samir A. mit seiner 29-jährigen ehemaligen Lebensgefährtin, der von ihm getrennt lebenden Mutter der beiden gemeinsamen Kinder, ohne seinen Aufenthaltsort preis zu geben.

Aus dem Bericht des Polizeipräsidiums Straubing:

> *Da die Wohnung des Mannes nicht geöffnet wurde, veranlasste die Polizei Bogen die Öffnung der Wohnung durch einen Schlüsseldienst. In der Wohnung des 36-Jährigen wurden von der Polizei zwei Kinder, ein Junge im Alter von 8 Jahren und ein Mädchen im Alter von 6 Jahren, tot aufgefunden. Es ergab sich der Verdacht, dass die Kinder durch Fremdeinwirkung gestorben sind. Aufgrund der ersten Ermittlungen durch die Kriminalpolizei Straubing richtete sich der Tatverdacht noch in der Nacht gegen den 36-jährigen Vater, der die Kinder abwechselnd mit deren Mutter betreute. Eine großangelegte Fahndung verlief zunächst ohne Erfolg.*

Der Kindermörder stellte sich angesichts des Fahndungsdrucks der Polizei und wurde am Freitag der Ermittlungsrichterin beim Amtsgericht Regensburg vorgeführt. Diese erließ auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl wegen des dringenden Tatverdachts des Totschlags: „Der genaue Tatablauf und die Hintergründe der Tat sind zur Zeit Gegenstand der Ermittlungen".
Eine geschockte Anwohnerin: „Dass so etwas hier passiert, ist unglaublich." Eine Nachbarin über den mutmaßlichen Täter: „Er ist immer viel rausgegangen zum Rauchen und zum Telefonieren." Samir A. soll seit zwei Monaten in der von Vermieter und Steuerzahler aufwändig renovierten Tatwohnung gelebt haben. Die Mutter befand sich nach den Berichten der Nachbarn wohl in der Arbeit, während der „schutzsuchende" Vater die gemeinsamen Kinder bestialisch ermordete.
Wie gewohnt schweigen die Systemmedien – auch die lokalen Medien, oder berichten verkürzt. Die linkspopulistische Prantl-Pravda titelt täterneutral:

> *Vater soll seine beiden Kinder getötet haben – Nach dem Fund der zwei Leichen in Schwarzach sitzt der Mann in Untersuchungshaft. Die Hintergründe der Tat sind unklar.*

Denn Täterschutz steht im deutschen Linksstaat an oberster Stelle: Samir A. wird die nächsten Jahre wohl auf Kosten des deutschen Steuerzahlers (zu 4.500 Euro pro Monat / 54.000 Euro pro Jahr JVA-Kosten) in den Genuss von psychologischer Traumabewältigung, einfühlsamer Tanztherapie und bester juristischer Beratung durch „seine" Strafverteidiger und Dolmetscher aus der Asylindustrie kommen. Kultursensible Vollzugslockerung durch besondere Haftempfindlichkeit aufgrund „mangelnder Vertrautheit mit der deutschen Sprache und Kultur" als kleine Aufmerksamkeit gegenüber dem Kindermordmigranten miteingeschlossen – in einem Land in dem viele gut und gerne morden!

https://www.focus.de/politik/gerichte-in-deutschland/zwei-maenner-in-gera-schwer-verletzt-versuchter-totschlag-15-jaehriger-nach-messer-angriff-in-thueringen-angeklagt_id_12004199.html

Versuchter Totschlag

Schon 130 Straftaten: 15-Jähriger nach Messer-Angriff in Thüringen angeklagt

FOCUS-Online-Reporter Göran Schattauer

Montag, 18.05.2020, 16:10

Nach einem Messer-Angriff mit zwei Schwerverletzten Anfang 2020 im thüringischen Gera hat die Staatsanwaltschaft jetzt Anklage gegen drei junge Männer erhoben. Der mutmaßliche Haupttäter aus Syrien ist erst 15 Jahre alt. Nach Recherchen von FOCUS Online beging der kriegstraumatisierte Jugendliche bereits mehr als 130 Straftaten, saß fast ein Jahr in U-Haft und wurde 2019 zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt. Doch absitzen musste er sie nicht.

Gut drei Monate nach einem Messer-Angriff im thüringischen Gera, bei dem zwei Männer schwer verletzt worden waren, hat die Staatsanwaltschaft Gera Anklage gegen drei Beschuldigte erhoben. Das bestätigte ein Sprecher der Behörde an

diesem Montag gegenüber FOCUS Online. Die Klage ist beim Landgericht Gera anhängig.

Beschuldigte stammen aus Syrien, Iran und Afghanistan

Demnach muss sich der 15-jährige mutmaßliche Haupttäter Mohammad D. aus Syrien wegen versuchten Totschlags verantworten. Den beiden anderen Beschuldigten legt die Staatsanwaltschaft gefährliche Körperverletzung zur Last. Es handelt sich um den 19-jährigen Ramin N. aus dem Iran und den 21-jährigen Ali Sina M. aus Afghanistan.

Das Trio soll in der Nacht zum 10. Februar 2020 zwei Männer in der Geraer Innenstadt angegriffen und durch Messerstiche schwer verletzt haben. Ein 28-jähriger Entwicklungsingenieur aus Gera erlitt massive Schnittwunden im Gesicht. Sein 34-jähriger Freund, der als Dozent an einer Fachhochschule arbeitet, wurde am Ohr schwer verletzt. Beide Opfer mussten in Kliniken eingeliefert und operiert werden.

Vater eines Opfers empört: "Ein klarer Mordversuch"

Mit ihrer Anklage vom 28. April 2020 rückt die Staatsanwaltschaft Gera nach FOCUS-Online-Informationen von ihrer ursprünglichen Bewertung der Gewalttat ab. Lange Zeit hatte die Behörde den Angriff lediglich als gefährliche Körperverletzung eingestuft, was bei den Opfern und deren Familien auf großes Unverständnis gestoßen war.

Jens T., der Vater des 28-jährigen Opfers, hatte wenige Tage nach der Tat zu FOCUS Online gesagt: „Für mich war das ein klarer Mordversuch. Die Täter haben den Tod meines Sohnes billigend in Kauf genommen."

Lesen Sie hier die FOCUS-Online-Reportage „Messerangriff in Thüringen: Väter der Opfer erheben schwere Vorwürfe gegen Justiz"

Staatsanwaltschaft verschärft Vorwurf gegen 15-Jährigen

Zumindest im Fall des Hauptbeschuldigten Mohammad D. korrigierte die Staatsanwaltschaft ihre bisherige Einschätzung – und geht bei ihm nicht mehr von gefährlicher Körperverletzung aus, sondern von versuchtem Totschlag. Durch die „Höherstufung" des Tatvorwurfs ist nun nicht mehr das Amtsgericht für den Fall zuständig, sondern das Landgericht Gera.

Wie FOCUS Online aus Justizkreisen erfuhr, sind alle drei Beschuldigten bereits früher durch etliche Straf- und Gewalttaten aufgefallen. Allein der mutmaßliche Haupttäter Mohammad D. ist bei Polizei und Justiz mit mehr als 130 Delikten aktenkundig.

Langes Strafregister: Gewalt, Drogen, Hausfriedensbruch

Registriert sind unter anderem: vorsätzliche Körperverletzung (5 Fälle), versuchte schwere räuberische Erpressung, gefährliche Körperverletzung, Bedrohung und Diebstahl (jeweils 2 Fälle), Sachbeschädigung, Leistungserschleichung, Drogenerwerb (23 Fälle), Drogenbesitz und Drogenhandel (jeweils 6 Fälle) sowie Hausfriedensbruch in 89 Fällen.

Wegen der Taten saß Mohammad D. fast ein Jahr in Untersuchungshaft. Am 14. März 2019 verurteilte ihn das Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Gera zu zwei Jahren und acht Monaten Haft. Allerdings hob das Landgericht Gera das Urteil im Oktober 2019 wieder auf.

Syrischer Pass contra Ärzte-Gutachten: Urteil aufgehoben

Ausschlaggebend waren nach FOCUS-Online-Recherchen keine inhaltlichen Bedenken, sondern das jugendliche Alter des Täters. Das Amtsgericht Gera war aufgrund eines rechtsmedizinischen Gutachtens zweifelsfrei davon ausgegangen, dass Mohammad D. im Tatzeitraum 2017/2018 mindestens 14 Jahre alt und damit strafmündig war.

In der Berufungsverhandlung beim Landgericht Gera legte der Verurteilte allerdings seinen syrischen Reisepass vor – mit dem Geburtsdatum 1. Januar 2005. Demnach wäre er bei der Begehung seiner Straftaten noch keine 14 Jahre alt gewesen.

Entschädigung: Mohammad D. stehen mehr als 8000 Euro zu

Das Landgericht Gera erkannte das Dokument als echt an („keine Hinweise auf Fälschungen") und maß dem Pass eine höhere Glaubwürdigkeit zu als dem Gutachten eines renommierten Rechtsmedizin-Professors. Der junge Syrer wurde aus der Untersuchungshaft entlassen, das erstinstanzliche Urteil aufgehoben.

Für die – zu Unrecht erlittene – Zeit im Gefängnis sprach das Gericht dem Jugendlichen eine Haftentschädigung zu. Nach derzeitiger Gesetzeslage erhalten Betroffene für jeden Tag Freiheitsentzug 25 Euro, im Fall von Mohammad D. wären das mehr als 8000 Euro. Allerdings sei bislang kein Geld bei seinem Mandanten eingegangen, so sein Verteidiger.

Durch Krieg traumatisiert, bei Bombenangriff verletzt

Derzeit sitzt Mohammad D. wegen des Messer-Angriffs von Gera in einer Jugendhaftanstalt. Nach FOCUS-Online-Informationen könnte der 15-Jährige jedoch demnächst in ein Krankenhaus verlegt werden. Die Staatsanwaltschaft will durch einen Gutachter prüfen lassen, ob der stark verhaltensauffällige Jugendliche in einer psychiatrischen Klinik untergebracht werden muss.

Hintergrund: Mohammad D., der vor einigen Jahren zusammen mit seiner Mutter nach Deutschland eingereist war, ist durch den Krieg in seiner syrischen Heimat offenbar schwer traumatisiert. Nach Angaben seines Verteidigers habe er bei einem Bombenangriff im Februar 2014 nachweislich „Verletzungen am Unterleib" erlitten. Er wurde auf der Intensivstation einer Klinik in Aleppo operiert.

Verteidiger: Alle erzieherischen Maßnahmen gescheitert

Eigentlich sei sein Mandant ein „guter Kerl", so der Anwalt. „Aber manchmal tickt er aus." Weder dem Jugendamt noch Ärzten sei es gelungen, ihn in den Griff zu bekommen. Alle erzieherischen Maßnahmen seien verpufft – „wegen fehlender Mitwirkung und aktiver Gegenwehr des Jugendlichen", so der Anwalt zu FOCUS Online. „Er war sogar in Psychotherapie, hat sie aber abgebrochen."

An die Tat von Gera im Februar 2020 könne sich Mohammad D. angeblich nicht erinnern, sagt sein Verteidiger. Als er die Fotos der beiden schwer verletzten Opfer gesehen habe, sei er „entsetzt" gewesen. Laut Polizei hatten er und die beiden Mitbeschuldigten bei dem Angriff knapp zwei Promille Alkohol im Blut und standen teilweise unter Drogeneinfluss.

Haben Behörden die enorme Gefährlichkeit nicht erkannt?

Eine entscheidende Frage, die beim Prozess am Landgericht Gera zu klären sein wird, betrifft die offenkundige Gefährlichkeit des kriegstraumatisierten Flüchtlings. Haben die Behörden das von Mohammad D. ausgehende Risiko nicht erkannt beziehungsweise unterschätzt - oder waren sie schlichtweg überfordert? Nicht zuletzt die Opfer des Geraer Messer-Angriffs erwarten darauf eine Antwort.

DER LINKSGRÜNE POLIT-SUMPF UNTERHÖHLT UNSEREN RECHTSSTAAT IMMER WEITER

Neues Gesetz macht Berliner Polizisten zu Kaspern krimineller Migranten

22. Mai 2020

Von EUGEN PRINZ | Ganz ehrlich: Der Autor würde in Berlin nicht einmal tot über den Zaun hängen wollen, wäre er dort ein Polizeibeamter**. Die Bundeshauptstadt wird von Ideologen regiert, die „alte, weiße Männer" als Wurzel allen Übels und eine durch Ersetzungsmigration zum ethnischen Potpourri verkommene Gesellschaft als erstrebenswertes Ziel der Bevölkerungspolitik sehen.**

In der Denkwelt solcher Politiker rührt der überproportional hohe Anteil von Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund in der Kriminalstatistik vor allem daher, dass dieser Personenkreis aufgrund seines fremdartigen Erscheinungsbildes häufiger von der Polizei kontrolliert wird.

Umstrittenes Gesetz im Windschatten von Corona durchgewunken

Das „Landesantidiskriminierunsgesetz", das dank der Corona-Krise unbemerkt von der Öffentlichkeit im Rechtsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses durchgewunken wurde, soll dem entgegenwirken.

Schönfärberisch heißt es, dass mit diesem Gesetz eine Diskriminierung der Bürger durch Verwaltungshandeln verhindert und eine „Kultur der Wertschätzung von Vielfalt" gefördert werden soll.

In der Praxis bedeutet dieses links-grüne Machwerk jedoch nichts anderes, als das jeder, der nicht unter die Kategorie „weiß und biodeutsch" fällt, den Polizisten wegen Diskriminierung anzeigen kann, wenn er von ihm kontrolliert wurde. Die Behauptung, dass das nur wegen der Hautfarbe oder einem „südländischen Aussehen" geschah, genügt.

Welche Abneigung gegen die Polizei in den Köpfen der links-grünen Ideologen in Berlin, allen voran beim grünen Justizsenator Dirk Behrendt sitzt, zeigt der § 7 des Gesetzes. Dieser beinhaltet eine so genannte Beweislastumkehr. Das bedeutet, nicht der Migrant muss beweisen, dass er von der Polizei nur aufgrund seines andersartigen Aussehens kontrolliert wurde, sondern der Polizeibeamte muss beweisen, dass dem nicht so war.

Keine Beförderung im laufenden Ermittlungsverfahren

Nun muss man wissen, das während eines laufenden Ermittlungsverfahrens ein Beamter nicht befördert wird, auch wenn er zur Beförderung heranstehen würde. Und solche Ermittlungsverfahren können sich lange hinziehen, besonders im rot-rot-grünen Shithole Berlin.

Wie die *Berliner Zeitung (BZ)* berichtet, brachte ein Polizeivertreter die Problematik bei einer Anhörung im Abgeordnetenhaus im vergangenen November präzise auf den Punkt:

> ***„Wenn ich einen afrikanischen Dealer kontrolliere, kann der behaupten, er sei durch diese Kontrolle diskriminiert worden. Dann muss ich beweisen, dass die Kontrolle keine Diskriminierung sondern gerechtfertigt war. Wenn es dann zum Ermittlungsverfahren kommt, werde ich nicht mehr befördert."***

Und weil das noch nicht genügt, ist in dem Gesetz zudem noch die Verbandsklage vorgesehen: Aktivisten und Vereine, die selbst nicht betroffen sind, können stellvertretend für einen Bürger eintreten, der sich diskriminiert fühlt.

Keine Kontrolle von Migranten – kein Ärger

Die logische Schlussfolgerung daraus ist, dass jeder Berliner Polizeibeamte, der noch alle Tassen im Schrank hat, künftig einen weiten Bogen um Migranten machen wird, um sich Ärger und Strafverfahren zu ersparen.
Kein Zweifel, dieses Gesetz macht Polizisten zu Kaspern krimineller Migranten und wird dazu führen, dass sich deren Strukturen weiter verfestigen und verdichten.
Zudem brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir auf YouTube Szenen sehen, wie Berliner Polizisten eine alte, weiße Frau mit frisch operiertem Knie zu zweit davon schleifen, wie jüngst auf einer „Corona-Demo". Bei alten bio-deutschen Weibern ist man auf der sicheren Seite, da gibt es keine Diskriminierung.
Mal sehen, wie viele Drogendealer künftig geschnappt werden, wenn das die neue Zielgruppe der Berliner Polizei wird.

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)
» Twitter Account des Autors
» Spende an den Autor

http://www.pi-news.net/2020/05/16-jaehriger-somalier-beisst-frau-in-asylunterkunft-stuecke-aus-gesicht/

BESTALISCHE "FLÜCHTLINGE": DAS GRAUEN IN DER SCHWÄBISCHEN PROVINZ

16-jähriger Somalier beißt Frau in Asylunterkunft Stücke aus Gesicht

Von CANTALOOP | Eine Meldung wie aus einem Horrorfilm. Direkt in der schwäbisch-badischen Einöde bei Mühlacker, nahe Pforzheim.
Ein somalischer „Flüchtling" misshandelt eine 23-jährige Frau derart, dass man als zivilisierter Bürger an sich halten muss, um nicht ebenfalls aggressiv zu werden. Nachdem die arme Frau die sexuell motivierten Avancen des Jünglings abgewiesen hat, drehte dieser vollkommen durch, verbiss sich wie ein Tier in ihrem Gesicht und riss Stücke davon heraus.
Die von entsetzten Anwohnern sofort herbeigerufenen Polizeikräfte mussten die Türe einschlagen, um die zwischenzeitlich lebensgefährlich verletzte Frau zu retten.
Noch während sie den Unhold von ihr herunterzogen, schlug dieser auf die Misshandelte ein.
Die PZ-News vermeldet:

> *Mühlacker. Ein 16-Jähriger Somalier wurde in der Nacht zum Freitag in Mühlacker festgenommen, nachdem er dringend verdächtig ist, eine 23-jährige Frau schwer verletzt zu haben. Die Beamten mussten die Wohnungstür eintreten, um den Jugendlichen von der am Boden liegenden Frau wegzureißen, die mit schweren Verletzungen und tiefen Bisswunden im Gesicht in ein Krankenhaus gebracht werden musste.*

> *Nach den bisherigen Ermittlungen der Kriminalpolizei soll der 16-Jährige von der verheirateten Frau, die ebenfalls einen Flüchtlingsstatus hat, sexuelle Handlungen eingefordert haben, welche diese aber ablehnte.*

An den Grenzen der Vorstellungskraft

Selten zuvor hat man von solch einer grausamen und verabscheuungswürdigen Tat gehört. Sich vorzustellen, wie so eine Bestie, die in ihrem Blutrausch Stücke aus dem Gesicht eines Menschen herausbeißt, einen legalen Aufenthalt hier bekommen konnte, ist tatsächlich kaum zu ertragen. Wie tickende Zeitbomben weilen sie unter uns. Und gelegentlich knallen sie eben vollkommen durch, in ihrem mittelalterlichen Frauenbild, wenn sie nicht bekommen, was sie wollen. Auffallend detailliert berichtet jedoch die Lokalpresse über das Ereignis. Leider steht zu befürchten, dass der Täter sofort in einer jugendpsychiatrischen Einrichtung verschwindet und dementsprechend kaum bestraft wird.
Es bleibt nur zu hoffen, dass sich diese Meldung auch weit außerhalb des Pforzheimer Dunstkreises verbreitet, damit die unbedarften Bürger eine Ahnung davon bekommen, was da noch alles an Schrecklichem auf sie zukommen könnte, dieses Mal in Menschengestalt – und abseits von Coronapanik.

https://www.n-tv.de/panorama/Fast-400-Einsaetze-gegen-Clans-in-Berlin-article21802085.html
PANORAMA
MONTAG, 25. MAI 2020
Drogengeschäfte und mehr

Fast 400 Einsätze gegen Clans in Berlin

Im Kampf gegen die Clans rückt die Berliner Polizei im vergangenen Jahr fast 400 Mal aus. Laut einem aktuellen Bericht geht es dabei um Drogengeschäfte, unversteuerten Shisha-Tabak und Waffen. Polizeipräsidentin Slowik sieht klare Strukturen in der Clan-Kriminalität.

Die Berliner Polizei hat im vergangenen Jahr fast 400 Einsätze gegen Clans durchgeführt. Es wurden mehr als 700 Objekte kontrolliert, darunter allein mehr als 300 Cafés und Bars, fast 200 Shisha-Bars sowie Wettbüros, Spielstätten, Barber-Shops und Juweliere, heißt es in dem Jahresbericht für 2019, der von der Senats-Innenverwaltung veröffentlicht wurde. Eine Vielzahl von Rechtsverstößen sei festgestellt worden.

Fast 1000 Strafanzeigen und mehr als 5900 Anzeigen zu Ordnungswidrigkeiten wurden demnach gefertigt. Beschlagnahmt wurden laut Mitteilung fast 35.000 Euro aus Drogengeschäften, rund 970 Verkaufseinheiten Betäubungsmittel, mehr als 30.000 unversteuerte Zigaretten, rund 550 Kilo unversteuerter Wasserpfeifentabak, 123 Autos und 2 Motorräder sowie 104 Waffen.

Neukölln-Bürgermeister spricht über Kampf gegen Clans

Innensenator Andreas Geisel betonte laut Mitteilung, 2019 sei der Druck auf Kriminelle aus Clans deutlich erhöht worden. In dem Bereich habe sich eine Parallelwelt mit eigenem Kodex und der Ablehnung des geltenden Rechts entwickelt. "Das konnten wir nicht länger dulden." Die Regeln des Rechtsstaates

würden ausnahmslos für alle gelten. Das habe sich auch in der Corona-Pandemie nicht geändert. Gegen Verdächtige aus dem Clan-Milieu, die Soforthilfen erschleichen wollten, seien Ermittlungen eingeleitet worden.
Polizeipräsidentin Barbara Slowik betonte, die Verschmelzung von gewerblichen Strukturen und Kriminalität sei deutlich erkennbar. Der Handel mit unversteuertem Shisha-Tabak mit hohen Gewinnmargen sowie die Legalisierung von kriminell erworbenen Vermögens wie etwa Immobilien machten deutlich, dass solchen kriminellen Strukturen weiter bekämpft werden müssten.
2018 wurden in Berlin 77 Immobilien von kriminellen Angehörigen einer arabischstämmigen Familie mit einem Gesamtwert von 9,3 Millionen Euro sichergestellt. Im April 2019 konnten dann auch die Mieteinnahmen beschlagnahmt werden. Im April dieses Jahres ordnete das Landgericht die Einziehung von zwei dieser Immobilien an.
Quelle: ntv.de, sgu/dpa

http://www.pi-news.net/2020/05/lka-berlin-jedes-fuenfte-verfahren-betrifft-arabische-clans/

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT IN DER DEUTSCHEN HAUPTSTADT

LKA Berlin: Jedes fünfte Verfahren betrifft arabische Clans

26. Mai 2020

Für 2019 hat das Landeskriminalamt Berlin festgestellt, dass die meisten Verfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität gegen arabischstämmige „Großfamilien" laufen.
Von MANFRED W. BLACK | Drogenhandel, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit, illegaler Zigarettenhandel sowie Raub- und Diebstahl sind nach offiziellen Angaben des LKA die „Haupteinnahmequellen" der Organisierten Kriminalität (OK) in Berlin. Bei rund 20 Prozent aller in der Hauptstadt geführten Verfahren im Bereich der OK stehen Angehörige arabischer Clans im Zentrum der Ermittlungen. Das besagt die Jahresbilanz 2019 zur Bekämpfung der Clan-Kriminalität, über die *rbb24* zunächst exklusiv berichtet hat.
Die arabischstämmigen Großfamilien kommen offenbar hauptsächlich durch Drogenverkauf an Geld. Aber „auch der Handel mit unversteuertem Shisha-Tabak, Diebstähle und illegales Glücksspiel gehören zum Geschäftsmodell der Clans" *(Junge Freiheit)*.
Während des vergangenen Jahres wurden bei Einsätzen der Polizei und der gemeinsamen „Ermittlungsgruppe Zigaretten (GR Zig)" rund „1,6 Tonnen Wasserpfeifentabak beschlagnahmt". Das LKA erklärte, die Gewinnmargen pro Kilo Wasserpfeifentabak – das in der Regel für drei bis fünf Euro hergestellt wird – liege bei mehr als 50 Euro.
Insgesamt 382 Einsätze gegen Clan-Kriminalität
Der LKA-Statistik zufolge kontrollierte die Landespolizei im vergangenen Jahr insgesamt 702 Shisha-Bars, Wettbüros, Spätsupermärkte, Juweliere, Bordelle, Friseur-Läden und andere Einrichtungen. Von diesen „Geschäften" mussten auf behördliche Anweisung 86 daraufhin schließen. Allein 35.000 Euro beschlagnahmte die Polizei, die offensichtlich aus dem Rauschgifthandel stammten. Außerdem stellten die Behörden mehr als 550 Kilogramm

Wasserpfeifentabak, über 100 Autos und noch einmal so viele Waffen verschiedenen Kalibers sicher.
Im Jahr 2019 hat die Berliner Polizei nach offiziellen Angaben insgesamt 382 Einsätze zur Bekämpfung der Clankriminalität durchgeführt. 104 davon erfolgten in Kooperation mit anderen Behörden, vor allem mit dem Zoll, mit Ordnungsämtern und Ämtern für Arbeits- und Gesundheitsschutz.
Schönfärberisch heißt es im LKA-Bericht zu den behördlichen Aktionen: „Es ist eine Verunsicherung der kriminellen Szene feststellbar." Jetzt gehe es darum, „den hohen Kontrolldruck aufrecht zu erhalten und auf alle Berliner Bezirke auszuweiten".

Viele Clan-Mitglieder gelten offiziell als „Deutsche" – sie gehören ethnisch jedoch zu geschlossenen Migranten-Banden

Was die Behörden in Bund und Ländern zumeist gern verschweigen: Die Dunkelziffer ist sehr hoch. Manche Beobachter sind der Ansicht, dass hier nur die Spitze des Eisberges sichtbar werde. Beliebt ist es auch, in den Statistik-Veröffentlichungen des LKA und des BKA (Bundeskriminalamt) davon zu sprechen, dass sehr viele Clan-Mitglieder „Deutsche" seien.
Was nur die halbe Wahrheit ist. Alle Experten wissen, dass diese „deutschen Staatsbürger" in aller Regel mehrere Staatsbürgerschaften haben. Praktisch alle diese „Deutschen" gehören ethnisch zu ausländischen Einwanderern, die orientalische Herkunft dominiert dabei.

5000 Verstöße allein gegen die Verkehrsordnung

Clan-Mitglieder fielen freilich auch mit vielen Verbrechen und Vergehen auf, die nicht als OK definiert werden. So schrieb die Polizei 2019 – außerhalb von typischer Clan-Schwerkriminalität – insgesamt 972 Strafanzeigen gegen Personen, die aus auffällig gewordenen Großfamilien kommen. Dieser Personenkreis war verantwortlich zum Beispiel für mehr als 5000 Verstöße gegen das Verkehrsrecht.
Im Verlauf des Jahres verhaftete nur der Staatsschutz – diese Abteilung im LKA ist vornehmlich zuständig für politisch motivierte Straftaten und Sprengstoffdelikte – 60 Personen aus Clan-Kreisen. Wie lange die Verhafteten im Schnitt festgesetzt waren, wird allerdings verschwiegen. Bekannt wurde ebenfalls nicht, wie viele der Festgenommenen später tatsächlich zu gerichtlichen Haftstrafen – ob mit oder ohne Bewährung – verurteilt wurden.

https://www.n-tv.de/panorama/50-Maenner-greifen-Polizisten-an-article21812243.html
FREITAG, 29. MAI 2020

Steinwürfe aus dem Hinterhalt

50 Männer greifen Polizisten an

Eine große Männergruppe legt mutmaßlich einen Brand, um die anrückenden Einsatzkräfte zu attackieren. Zwei Stunden lang liefern sich die Angreifer ein Gefecht mit der Polizei, am Ende gibt es Verhaftungen. Verletzt ist offenbar niemand, der Sachschaden aber enorm.

Etwa 50 Männer haben am frühen Freitagmorgen laut Polizei im hessischen Dietzenbach (Landkreis Offenbach) Einsatzkräfte vermutlich in einen Hinterhalt gelockt und mit Steinen beworfen. Nach Polizeiangaben wurden auf einem Parkdeck Mülltonnen und ein Bagger angezündet. Beim Eintreffen der alarmierten Kräfte seien Polizisten und Feuerwehrleute dann attackiert worden. "Wir gehen davon aus, dass die Feuer nur gelegt wurden, um die Einsatzkräfte anzulocken", sagte ein Sprecher. Polizeiangaben zufolge wartete die Gruppe bei Eintreffen der Beamten bereits mit Steinhaufen. Die Auseinandersetzung dauerte etwa zwei Stunden. Drei Männer wurden laut Polizei vorläufig festgenommen. Zwei von ihnen hätten den Einsatz gestört und seien Platzverweisen nicht gefolgt, der Dritte sei ein mutmaßlicher Steinewerfer. Während der Auseinandersetzung sei auch ein Hubschrauber im Einsatz gewesen.
Verletzt wurde nach bisherigem Kenntnisstand niemand. Der Sachschaden beläuft sich laut Polizei auf mindestens 150.000 Euro. Auch Einsatzfahrzeuge seien beschädigt worden. Weitere Details und Hintergründe waren zunächst unklar - etwa ob und welchem politischen Lager die Gruppe zugeordnet werden könne, hieß es. Es habe zuvor keine Hinweise auf den Vorfall gegeben.
Polizisten immer öfter Opfer von Gewalt
Erst am Donnerstag hatte das Bundeskriminalamt über einen neuen Anstieg bei der Gewalt gegen Polizisten in Deutschland berichtet. So wurden dem Bundeslagebild zufolge zur Gewalt gegen Polizisten im vergangenen Jahr 36.126 Fälle registriert. Das waren rund 3000 Fälle - oder auch 8,6 Prozent - mehr als im Jahr 2018. Einsatzkräfte werden zum Beispiel mit Böllern beworfen oder mit Eisenstangen attackiert. Auch die Zahl der Polizisten, die Opfer von Attacken wurden, stieg. Im Jahr 2019 waren es 69.466 Beamte. Im Vergleich zum Jahr 2018 (65.896 Opfer) wurde eine Zunahme von 5,4 Prozent registriert.
Auch in Hessen sehen sich Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungssanitäter immer häufiger körperlicher Gewalt ausgesetzt. Rein statistisch gesehen kam es im Jahr 2019 pro Tag zu fünf bis sechs Übergriffen alleine auf Polizistinnen und Polizisten. Insgesamt wurden 2052 derartige Gewalttaten erfasst, wie aus der Antwort des hessischen Innenministeriums auf eine Landtagsanfrage der AfD-Abgeordneten Dirk Gaw und Klaus Herrmann vom April hervorgeht.
Quelle: ntv.de, mdi/dpa

---

http://www.pi-news.net/2020/05/drogenhaendler-und-diebe-entern-europa/

„FLÜCHTLINGE"

Drogenhändler und Diebe entern Europa

29. Mai 2020

Von MANFRED ROUHS | Ausgerechnet der „Tagesschau" ist die Wahrheit durchgerutscht. Dabei kann es sich wohl kaum um Absicht gehandelt haben, nein, das muss ein Versehen gewesen sein. Denn wo es doch sonst immer gilt, die Bevölkerung nicht zu „beunruhigen", teilt der ARD-Korrespondent Jörg Seisselberg aus dem Studio Rom Tatsachen mit, die wohl eher das Gegenteil bewirken werden.
Seisselberg hat in Bologna studiert und spricht fließend Italienisch. Gestützt auf römische und süditalienische Quellen erläutert er die Lage: „In der Corona-Zeit hat sich die Zahl der Flüchtlingsankünfte in Italien verdreifacht. Dabei zeichnen sich neue Routen ab. Besonders betroffen sind, wieder einmal, Lampedusa und Sizilien."

Sodann zitiert er den südsizilianischen Staatsanwalt Luigi Patronaggio, einen gestandenen Mafiajäger, der lange schon seit Testament gemacht hat und ohne Eskorte mit Maschinenpistolen keinen Schritt aus dem Haus setzt. Ein Mann, der irdische Sanktionen jeder Art offenbar nicht mehr fürchtet. Dessen Hintergrundinformationen über den aktuellen Zustrom von „Flüchtlingen" fasst Seisselberg wie folgt zusammen:
„Nicht mehr Milizen in Libyen, die im Strudel des Bürgerkriegs steckten, organisierten die Überfahren, sondern kriminelle Organisationen in Tunesien. Diese arbeiteten nach Einschätzung des Staatsanwalts hocheffektiv und seien in der Lage, in kürzester Zeit mehrere Tausend Menschen nach Europa zu bringen. (…) Zwischen 20 und 30 Prozent der Tunesier, die über die neue Flüchtlingsroute nach Sizilien kämen, sagt Patronaggio, hätten Vorstrafen, vor allem wegen Drogenhandels und Eigentumsdelikten."
Daran sollten wird denken, wenn demnächst wieder von „Bereicherung" die Rede ist …

---

http://www.pi-news.net/2020/05/kleine-anfrage-der-afd-deckt-auf-18-no-go-areas-in-koeln/

GANZE "VEEDEL" SIND HOCHBURGEN VON SCHWERKRIMINELLEN

Kleine Anfrage der AfD deckt auf: 18 „No-Go-Areas" in Köln

31. Mai 2020

Von MANFRED W. BLACK | Drei Jahre hat die Landesregierung von NRW gebraucht, um eine Parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag zu den Hochburgen der Schwerkriminalität zu beantworten.
In dieser Anfrage aus dem Jahre 2017, die der Abgeordnete Sven W. Tritschler aus der AfD-Landtagsfraktion gestellt hatte, wollte die Oppositionsfraktion von der Regierung wissen, wo es in Nordrhein-Westfalen besonders „Gefährliche Orte" mit großer Konzentration von Schwer-Kriminalität – also die berüchtigten „No-Go-Areas" – gibt.
Erst auf Druck des NRW-Verfassungsgerichtshofs (VerfGH), den die AfD angerufen hatte, bequemte sich das Innenministerium jetzt schließlich doch, das zu tun, was seine Pflicht ist: Parlamentarische Anfragen aus dem Landtag wahrheitsgemäß zu beantworten.

NRW-Innenministerium straft Kölns OB Reker Lügen

Das Ministerium strafte Aussagen etwa der Oberbürgermeisterin von Köln, Henriette Reker (parteilos), Lügen, die seit Jahren nicht müde wird, immer wieder gebetsmühlenartig zu behaupten, ihre Stadt sei „sicherer" als je zuvor. Denn das Papier des Innenministeriums sagt klar aus: **An der Spitze der (Gewalt-)Kriminalität in NRW liegt unangefochten ausgerechnet die Stadt Köln, die bundesweit sogar einen „sicheren" Platz vier im Ranking der kriminalitätsreichsten Kommunen einnimmt.**
Allein in Köln gibt es sage und schreibe 18 Straßen oder Straßenzüge, die als Hochburgen der Schwerkriminellen gelten – als „Veedel", in denen selbst die Polizei es oftmals nur noch mit mehreren (Mannschafts-)Wagen wagt, aufzutauchen: Zu groß ist die Gefahr, von großen – zumindest potentiell gewalttätigen – Gruppen selbst dann körperlich angegriffen zu werden, wenn es zunächst zum Beispiel „nur" darum geht, Falschparker aufzuschreiben.
Ganz zu schweigen von Polizei-Einsätzen, die dazu dienen, etwa Wohnungen zu durchsuchen oder gar per Haftbefehl gesuchte Personen festzunehmen. Selbst Feuerwehr-Einsatzkräfte werden in diesen Distrikten nicht selten attackiert, wenn sie

daran gehen, verunglückte oder verletzte Personen abzuholen – oder wenn es gilt, Brände zu löschen.
Nicht zuletzt kriminelle „Großfamilien" – also mafiaartig organisierte Clan-Schwerkriminelle, die grundsätzlich aus Migranten bestehen – suchen allzu oft mit demonstrativen Gewaltorgien deutlich zu machen, dass sie es gar nicht lieben, wenn Ordnungshüter ihre Wohn- und „Arbeits"-Gebiete betreten, um – oftmals mit ganzen Hundertschaften und schwer bewaffneten Spezialkräften – zu versuchen, Recht und Ordnung durchzusetzen.

Essen ist teils zum „Clanland" (General-Anzeiger) geworden

Das alles sind freilich keine echten Neuigkeiten. Wenn die umtriebige Henriette Reker beispielsweise schon mal im Jahr 2015 die *Bild*-Zeitung gelesen hätte, wären ihr vermutlich die dort aufgelisteten Kriminalitätsstatistiken für deutsche Großstädte nicht entgangen. Schon damals – noch vor den massenhaften schweren sexuellen Übergriffe durch Migranten in der Kölner Silvesternacht von 2015/16 – war die Kriminalität während eines Jahres erneut um 2,4 Prozent gestiegen. **Mit 171.899 Delikten ist die Zahl der Straftaten in Köln höher gewesen als je zuvor. „Besonders groß war die Zunahme der Rauschgiftdelikte (plus 19,2 Prozent)" (*Bild*). Die Vergewaltigungen und Fälle schwerer sexueller Nötigung waren bereits 2014 innerhalb von zwölf Monaten um 8,9 Prozent gestiegen. Diese Zahlen sind ein Jahr später dann richtig in die Höhe geschossen.**
Und als „besonders gefährliche Orte" nannte die Boulevard-Zeitung bereits damals die Kölner Stadtteile Chorweiler, Mülheim und Porz. *Bild* formulierte dazu ungewöhnlich zurückhaltend: „Die Domstadt hat einige Problembezirke". Den schlechtesten Ruf hat danach im Moment Mülheim, als außerordentlich problematisch gilt in dieser Region der Mülheimer Stadtgarten.
Die *WAZ* (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung* aus Essen) titelte dazu schon 2017 aussagekräftig: „Stadtpark wird zum Dealer-Paradies – Polizei machtlos."
Ähnlich wie in Teilen von Köln ist es teils in Essen, das der Bonner *General-Anzeiger* 2019 sogar als „Clanland" bezeichnet hat. „Ganze Stadtteile sollen unter der Kontrolle der Clans stehen, sagen die Polizisten" (*General-Anzeiger*). Selbst rund um den dortigen Limbecker Platz mit dem bekannten Einkaufszentrum, also mitten in der Innenstadt, müsse man als normaler Bürger oft Vorsicht walten lassen. Die Bonner Tageszeitung schrieb dazu damals bezogen auf die berüchtigten Großfamilien: „Das sind ihre Wohnzimmer."

„Deutsche" Clanmitglieder haben mehrere Staatsbürgerschaften – ihre „Familien" stammen meist aus dem Orient

Man müsse hier, so der *General-Anzeiger,* „schon den Clanmitgliedern den Respekt zollen, den diese meinen, erwarten zu können". In diesen Vierteln herrsche „ein anderes Recht". Jedenfalls aus Sicht der Clans. „Das muss man so deutlich sagen", erklärt Dominik Pelzer von der Bereitschaftspolizei. Mache man das nicht, weil man denke, es handele sich um eine normale deutsche Straße, „muss ich mit Konsequenzen rechnen", sagte der Einheitsführer der NRW-Bereitschaftspolizei dem General-Anzeiger zufolge.
Reichlich scheinheilig berichtete die links orientierte Wochenzeitung *Zeit* kürzlich, die meisten Verdächtigen mit Clanhintergrund seien „Deutsche (36 Prozent)" – gefolgt von Libanesen (31), Türken (15) und Syrern (13). Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit.
Die „Deutschen" in den Großfamilien, die jeweils zwischen 100 und weit über 1000 „Verwandte" umfassen, besitzen grundsätzlich mehrere Staatsbürgerschaften. Alle „deutschen" Clan-Mitglieder haben einen Migranten-Hintergrund, es dominieren die Familien aus dem muslimischen Orient. Die Haupt-Einnahmequellen dieser Mafia-Gruppen laut *Zeit*: Drogenhandel, Shishabars, Wettbüros und Autohandel. Zumindest diese Angaben scheinen zu stimmen.

https://www.welt.de/politik/deutschland/article208204469/IS-Ueber-Hundert-kampferprobte-Kaempfer-kehrten-nach-Deutschland-zurueck.html

Über Hundert kampferprobte IS-Kämpfer kehrten nach Deutschland zurück

Stand: 24.05.2020 | Lesedauer: 2 Minuten

Nach Schätzungen des Innenministeriums sind in den vergangenen Jahren mehr als 1000 islamistische Extremisten von Deutschland in Richtung Syrien oder Irak aufgebrochen. Etwa ein Drittel kehrte inzwischen wieder zurück – häufig mit Kampferfahrung.

Quelle: WELT/ Laura Fritsch

Das Innenministerium schätzt die Zahl der islamistischen Extremisten, die aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak aufgebrochen sind, auf mehr als 1060. Etwa ein Drittel davon sind wieder zurück. Die Rückkehrer haben häufig aktive Kampferfahrung.

Mehr als Hundert IS-Rückkehrer in Deutschland haben nach Angaben des Bundesinnenministeriums Kampferfahrung oder haben sich auf Kämpfe vorbereitet. „Zu über 100 der bislang zurückgekehrten Personen liegen den Sicherheitsbehörden Erkenntnisse vor, wonach sie sich aktiv an Kämpfen in Syrien oder im Irak beteiligt oder hierfür eine Ausbildung absolviert haben", sagte ein Sprecher der Deutschen Presse-Agentur auf Anfrage.

„Diese Personen stehen unverändert im Fokus polizeilicher und justizieller Ermittlungen." Die Anzahl der Verurteilungen bewege sich „im mittleren zweistelligen Bereich".

„Diese Jungs lassen sich mit wenigen Koranversen zu Attentaten verführen"

Die Behörden gehen laut Innenministerium davon aus, dass mehr als 1060 islamistische Extremisten in den vergangenen Jahren aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak aufgebrochen sind.

Etwa ein Drittel von ihnen befindet sich demnach wieder in Deutschland. Die Behörden verfolgten einen „ganzheitlichen Ansatz", zu dem neben strafrechtlicher Verfolgung und Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden auch Deradikalisierung und Reintegration gehörten.

Wie ein radikales Islam-Forum nach Einfluss in Deutschland greift

Der Islamische Staat (IS) hatte im Sommer 2014 große Teile im Norden und Osten des Irak überrannt. Sein Herrschaftsgebiet erstreckte sich damals auch auf große Teile des benachbarten Bürgerkriegslands Syrien. Örtlichen Truppen und der von den USA angeführten internationalen Koalition gelang es danach, die Extremisten in beiden Ländern nach und nach zurückzudrängen. Im März 2019 verlor der IS seine letzte Bastion im Osten Syriens.

Zellen der Dschihadisten sind aber in beiden Ländern weiter aktiv. In den vergangenen Wochen häuften sich Meldungen über Angriffe. Beobachter warnen deshalb vor einem Wiederaufstieg der Terrormiliz.

http://www.pi-news.net/2020/05/clan-gewalt-eskaliert-und-stellt-den-rechtsstaat-bloss/

NICHT NUR IN DEN PROBLEMBEZIRKEN DER METROPOLEN

Clan-Gewalt eskaliert und stellt den Rechtsstaat bloß

28. Mai 2020

Von STEFAN SCHUBERT | In den vergangenen Tagen sind die No-go-Areas der Republik von einer regelrechten Gewaltwelle erfasst worden. Ausnahmslos ging diese Gewalt von kriminellen türkisch-arabischen Clans aus. Jetzt, wo die Corona-Zwangsmaßnahmen

langsam auslaufen und die ansteigenden Temperaturen nicht nur die Sisha-Bars wieder füllen, droht eine zusätzliche Gewalteskalation in den Problembezirken der Großstädte. Die Politik schweigt dazu wegen Selbstzensur und Political Correctness und lässt Polizisten wie auch Bürger in den No-go-Areas im Stich.
Ein Blick auf die aktuellen Nachrichtenlage verdeutlicht das immer aggressivere Auftreten der Clans:
In Berlin-Kreuzberg endete eine Schlägerei zweier verfeindeter Großfamilien in einer Messerstecherei. Ein Mann wurde lebensgefährlich verletzt und musste notoperiert werden. Auf dem Bürgersteig kam es unmittelbar danach zu Zusammenrottungen durch eine hohe Anzahl von Familienmitgliedern. Dieser Mob verhielt sich dann aggressiv gegenüber der Polizei und Medienvertretern. Unter der Berliner Links-Regierung aus SPD, Linken und Grünen ist die Metropole längst zur Hauptstadt der Clans mutiert. In jedem fünften Verfahren der Organisierten Kriminalität ist selbst die überforderte Berliner Justiz in der Lage, einen Bezug zum Clan-Milieu zu belegen.
Knapp 400 Polizeieinsätze haben die Clans nur in Berlin im Jahr 2019 zu verantworten. Allein diese offiziellen Clan-Einsätze haben in der Hauptstadt 45.500 Polizeieinsatzstunden verursacht.
Die Dunkelziffer der Clan-Verbrechen wird dabei um ein Vielfaches höher liegen. Unter anderem liegt der Drogenhandel nicht nur in Berlin fest in den Händen der Araber-Clans.
In der No-go-Area Duisburg-Marxloh, einem weiteren Epizentrum der kriminellen Clans, versuchten Polizisten einen 18-Jährigen festzunehmen. Sofort bildete sich ein Mob aus 200 Personen, darunter auch polizeibekannte Clan-Mitglieder. Polizisten wurden beleidigt, angegriffen, bedroht und bespuckt. Beobachter berichten zudem von Beschimpfungen als »Hurensöhne«. »Es ist unsere Stadt, die Polizei und die Presse haben hier nichts zu suchen«, lautete eine ihrer Forderungen, die wie eine Kriegserklärung klingt.
Clans breiten sich deutschlandweit wie Metastasen aus
In der Clan-Hochburg Essen haben mehr als siebzig, unter anderem mit Dachlatten bewaffnete Männer ein türkisches Café überfallen und verwüstet. In ersten Zeugenaussagen ist von einer bewaffneten Gruppe die Rede, die zielstrebig, aber ruhig das Lokal stürmte – ruhig deshalb, um keinen schnellen Polizeieinsatz auszulösen und um die Angegriffenen nicht zu warnen. Wie in anderen Städten des Ruhrgebiets oder auch in Berlin und Bremen breiten sich in Essen kriminelle Clans aggressiv aus und beanspruchen immer größere Teile der Stadt als ihr Territorium. Bei dem Rollkommando wird es sich entweder um Territorialkämpfe verfeindeter Clans gehandelt haben oder um eine Eskalation wegen einer Schutzgelderpressung.
Nach Informationen, die der Autor von Polizisten und Unternehmern vor Ort eruiert hat, werden immer häufiger deutsche Unternehmer und Selbstständige Opfer von Schutzgelderpressungen durch Clans. Diese neue Macht türkisch-arabischer Mafia-Clans ist umso alarmierender, weil sie sich wie Metastasen über die Problemstadtteile hinaus ausbreiten.
Richtete sich ihre gewaltbetonte Kriminalität anfänglich hauptsächlich gegen Angehörige der eigenen türkisch-arabischen Community, so werden nun auch gezielt deutsche Bürger und Firmen Opfer von Schutzgelderpressungen, Einbrüchen und Raubstraftaten. Aufgrund des vorsätzlichen Versagens der Politik und des somit ungehinderten Agierens der Clans, die dem Rechtsstaat und dessen Vertretern seit mehr als 30 Jahren buchstäblich ins Gesicht spucken, ist die gegenwärtige Clan-Eskalation keine Überraschung, sondern eine logische Folge.
In dem Buch des Autors *No-Go-Areas: Wie der Staat vor der Ausländerkriminalität kapituliert* wird genau diese aktuelle Situation prognostiziert. Das Buch ist somit erschreckend aktuell und verdeutlicht die Vorgehensweise der Clans und das in der Multi-Kulti-Ideologie begründete, vorsätzliche Versagen des Staates**. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Völkerwanderungen aus arabischen Ländern wird sich diese besorgniserregende Entwicklung noch drastisch verstärken. Große Gruppen der aktuellen Einwanderer stammen aus den türkisch-kurdisch-syrisch-irakischen**

Grenzgebieten – also genau aus jenen Regionen, von denen bereits die türkisch-arabischen Familien-Clans kommen, die für die beispiellos brutale Kriminalitätslawine in Deutschland verantwortlich sind.
Der Staat versagt in seiner Schutzfunktion gegenüber der Bevölkerung komplett. Dabei handelt es sich um ein systemisches Versagen, zu dem alle Organe ihren eigenen Anteil beitragen. In den deutschen No-go-Areas sind die hierzulande herrschenden Missstände wie unter einem Brennglas sichtbar. Eine gescheiterte Generation von Migranten und Einwanderern wendet sich gegen den Staat und dessen Bevölkerung, die sie verantwortlich fu?r ihr eigenes Versagen im Schul- oder Berufsleben macht. **Zudem wird diese Situation durch den islamischen Hintergrund der Araber-Clans extrem verschärft, wie es der Islamwissenschaftler und Migrationsforscher Ralph Ghadban klar benannt hat:**

> ***»Die Clan-Mitglieder betrachten alles außerhalb ihres Clans als Feindesland, wo sie ihre Raubzu?ge durchfu?hren. Fu?r diese aggressive Haltung pflegen sie den Hass gegen ihre Opfer und verachten alles Deutsche.«***

Diese Kausalitäten machen aus den Clans eine muslimische Mafia, die auch aufgrund ihrer islamischen Sozialisation über keinerlei Hemmschwelle und kein Unrechtsbewusstsein verfügt und Deutschland als ihr rechtmäßiges Beuteland ansieht.
Diese Hintergründe haben entscheidend zu dem aktuellen Buchtitel beigetragen: *Sicherheitsrisiko Islam – Kriminalität, Gewalt und Terror: Wie der Islam unser Land bedroht.* In diesem Buch wird erstmalig der Zusammenhang zwischen Islam und Kriminalität belegt. Der gesamte Staatsapparat schreckt jedoch weiterhin vor einer konsequenten Konfrontation mit den Clans zurück. Daran ändern auch die medienwirksamen Überprüfungen von Shisha-Bars durch Hundertschaften nichts. Man fragt sich, was noch passieren muss, damit das BKA schlagkräftige Sonderkommissionen aufstellt und diese Netzwerke der arabischen Mafia endlich als kriminelle Vereinigung bezeichnet, überführt und dann verbietet.
Aber das BKA wurde ja, genauso wie der Verfassungsschutz, durch die Bundesregierung neu aufgestellt.
Anstatt dass das BKA die No-go-Areas mit dem Kärcher von den Clans befreit, stürmt man jetzt um 6:00 Uhr morgens die Wohnungen von kritischen Bürgern, die sich in ihrer ohnmächtigen Wut bei Internetkommentaren im Ton vergriffen haben. So instrumentalisiert die Politik die Sicherheitsbehörden und gibt Schwerpunkte vor, über die sich die hochkriminellen Miris, Remmos, und Abou-Chakers sicherlich beim Geldzählen kaputtlachen.
Bestellinformationen:
» Stefan Schubert: *No-Go-Areas*, 266 Seiten, 9,99 Euro – **hier** bestellen!
» T. C. A. Greilich: *Selbstverteidigung mit freien Waffen*, 95 S., 9,99 Euro – **hier** bestellen!

http://www.pi-news.net/2020/06/matthias-matussek-pluendern-fuer-anfaenger/

MINNEAPOLIS WILL POLIZEI ABSCHAFFEN

Matthias Matussek: Plündern für Anfänger

9. Juni 2020

Der Journalist Matthias Matussek über seine Erfahrungen mit Plünderern und die erstaunliche Konsequenz aus der Tötung des Schwarzen George Floyd in Minneapolis, nämlich die Polizei ganz abzuschaffen. Modell für weitere demokratisch regierte Großstädte, und die Verwirklichung des feuchten Traums

der Antifa: der Staat streckt von sich aus die Waffen, weil alle Menschen Brüder sind. Bis auf die Reichen und die Ladenbesitzer.

http://www.pi-news.net/2020/06/tumult-in-bielefeld-rassismus-vorwuerfe-bestimmen-kuenftig-den-polizeialltag/

EINSCHREITEN GEGEN SCHWARZE WIRD FÜR DIE POLIZEI ZUM ALBTRAUM

Tumult in Bielefeld: Rassismus-Vorwürfe bestimmen künftig den Polizeialltag

10. Juni 2020

Von EUGEN PRINZ | Der Kesselbrink ist ein ca. zwei Hektar großer, zentral gelegener Platz in Bielefeld, der als Drogenumschlagplatz gilt. Knapp 40% der Bewohner Bielefelds haben einen Migrationshintergrund.

Am vergangenen Samstag, gegen 23.00 Uhr, wollte eine Polizeistreife am Kesselbrink sechs Personen überprüfen, die auf den Stühlen vor einem bereits geschlossenen Lokal saßen, sich lautstark unterhielten und ihre Abfälle achtlos auf den Boden warfen. Zwei aus der Gruppe waren den Beamten im Zusammenhang mit Rauschgiftdelikten bekannt.

Ausweiskontrolle eskaliert

Als die Polizisten die Ausweise kontrollieren wollten, wurde ein 23-jähriger Asylbewerber aus Burkina-Faso sofort aggressiv. Er beleidigte die Beamten und unterstellte ihnen, die Kontrolle sei rassistisch motiviert.

Die Polizisten forderten den Schwarzen erneut auf, seine Personalien anzugeben. Ihm wurde zudem mitgeteilt, dass man ihn im Falle einer Personalienverweigerung nach Ausweispapieren durchsuchen würde, wenn nötig auch unter Anwendung von „unmittelbaren Zwang".

Der Mann aus Burkina-Faso zeigte sich weiterhin uneinsichtig. Deshalb fasste ihn ein Beamter zum Zwecke der Durchsuchung an den Arm. Daraufhin versuchte der Asylbewerber, auf die Polizisten einzuschlagen und einzutreten. Gemeinsam konnten sie ihn zu Boden ringen und dort fixieren.

Randalierende Meute wirft Beamten Rassismus vor

Die fünf Begleiter des Asylbewerbers bedrohten die Beamten lautstark. Zudem gesellten sich aus allen Richtungen des Kesselbrinks aggressive Personen hinzu, umringten die Polizisten und warfen ihnen Rassismus vor. Die Situation wurde immer bedrohlicher, denn die aufgeheizte Meute witterte eine Szene wie beim Tod von George Floyd, da mehrere Beamte den Schwarzen am Boden hielten.

Eine Beamtin verteidigte die Polizeimaßnahme mit Verzweiflung in der Stimme verbal gegenüber der protestierenden Menge:

„Aber er kann atmen. Er kann atmen."

Hier ein Ausschnitt des Geschehens:

Um sich die Angreifer vom Hals zu halten, setzten die Polizisten schließlich Pfefferspray ein. Die Randalierer ließen sich jedoch davon nicht einschüchtern und gingen mit Stühlen bewaffnet auf die Beamten los.

Polizist muss Dienstpistole ziehen

Die Situation wurde so bedrohlich, dass einer der Polizisten seine Dienstpistole zog, um gegebenenfalls in Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch machen zu können. Die aggressive Meute war inzwischen auf über 50 Personen angewachsen. Aus deren Reihen flogen nun Glasflaschen auf die Beamten. Nicht nur die Polizisten, sondern auch der

am Boden liegende Asylbewerber wurde von einer Flasche getroffen und erlitt Schnittverletzungen an den Fingern.
Auch die anrückende Verstärkung, insgesamt 15 Streifenwagenbesatzungen, wurde mit einem Hagel aus Glasflaschen empfangen. Gegen mehrere der Angreifer musste Pfefferspray eingesetzt werden. Mit Hilfe starker Polizeikräfte konnte schließlich kurz vor Mitternacht Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden.
Durch die Flaschenwürfe wurden zwei Polizeibeamte im Gesicht und an den Armen verletzt und ein Streifenwagen beschädigt.
Auf der Polizeiwache konnten die Personalien des 23-jährigen Asylbewerbers festgestellt werden. Dabei stellte sich heraus, dass er bereits wegen Drogendelikten polizeilich in Erscheinung getreten war. Nach der Personalienfeststellung wurde er wieder entlassen. Gegen ihn wird nun wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte ermittelt.
Einen 20-jähriger Herforder, der Glasflaschen auf die Einsatzkräfte und Streifenwagen geworfen hatte, wurde zur Verhinderung weiterer Straftaten in Gewahrsam genommen. In erwartet ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs.
Rund 800 Teilnehmer bei Anti-Polizei-Demo in Bielefeld
Als Reaktion auf den nächtlichen Polizeieinsatz auf dem Kesselbrink, rief die Antifa-AG der Uni Bielefeld zusammen mit anderen, gleichgesinnten Organisationen, für Sonntag zu einer Demonstration gegen angeblichen Rassismus und Polizeigewalt auf. Zu dieser „Spontan-Demonstration", kamen etwa 800 Teilnehmer.
Der wegen Drogendelikte bereits in Erscheinung getretene Asylbewerber Soumaila Bande, hier ein Foto, sieht sich als Opfer von Polizeiwillkür und will nach einem Bericht der Neuen Westfälischen Anzeige gegen die Polizisten erstatten.
Kommentar:
Der Polizeialltag wird zweifellos immer düsterer. ***Nicht nur, dass die Beamten zunehmend gewalttätigen Angriffen ausgesetzt sind, jetzt müssen sie dazu noch bei jedem Einschreiten gegen einen Tatverdächtigen mit dunklerer Hautfarbe damit rechnen, als Rassisten gebrandmarkt zu werden. Völlig untragbar sind die Zustände in Berlin, wo das „Polizeihassgesetz" die Ordnungshüter zu Kaspern krimineller Migranten degradiert. Aber auch ohne dieses Gesetz wird der links-grün versiffte Zeitgeist dafür sorgen, das Kriminelle mit schwarzer Hautfarbe künftig weitgehend unbehelligt ihrem Treiben nachgehen können. Welcher Polizist will sich schon Ärger einhandeln, wenn er diesen vermeiden kann, indem er einfach zur Seite sieht, wenn ein verdächtiger Schwarzer auftaucht.*** *Ob mit oder ohne Ärger und Scherereien: Das Gehalt ist am Ersten das gleiche. Jedes Mal, wenn man in Deutschland meint, es könne politisch und gesellschaftlich nicht mehr schlimmer kommen, wird man eines Besseren belehrt.*

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)

» *Twitter Account des Autors*
» *Spende an den Autor*

http://www.pi-news.net/2020/06/duisburg-marxloh-clans-drohen-den-unglaeubigen-mit-2000-kalaschnikows/

DIE SEZESSION DER TÜRKISCH-ARABISCH BEHERRSCHTEN NO-GO-AREAS BEGINNT

Duisburg-Marxloh: Clans drohen „den Ungläubigen“ mit 2000 Kalaschnikows

15. Juni 2020

Von EUGEN PRINZ | Ein politischer Weggefährte des Autors, ein erfahrener Jurist, stellte schon vor mehreren Jahren die These auf, dass sich Bürgerkriegsszenarien in Deutschland am ehesten in Form einer gewaltsamen Abspaltung türkisch-arabisch dominierter Stadtteile vom Hoheitsgebiet der Bundesrepublik ergeben würden.

Die gegenwärtige Entwicklung scheint ihm Recht zu geben.

Keine Festnahme ohne Großeinsatz

Am 17. Mai 2020, kurz nach 18 Uhr, sieht eine Polizeistreife in der Kaiser-Friedrich-Straße im Duisburger Stadtteil Marxloh, den polizeibekannten Deutsch-Libanesen S.

Bei dem 18-jährigen handelt es sich um einen Intensivtäter und Angehörigen einer libanesischen Großfamilie. Seit 2014 wurden bereits 75 Ermittlungsverfahren gegen ihn geführt, vor allem wegen Eigentums- und Gewaltkriminalität. Die diesbezüglichen Unterlagen der Polizei sind als VS (Verschlusssache – nur für den Dienstgebrauch) eingestuft, liegen aber dem *General-Anzeiger* vor.

Die Beamten wissen, dass gegen S. ein Haftbefehl vorliegt. Der „Deutsch-Libanese“ weiß das auch und flüchtet beim Anblick der Streifenbesatzung zusammen mit zwei Begleitern aus seinem Milieu in ein Wohnhaus, das von libanesisch-stämmigen Großfamilien bewohnt wird. Ein gefährliches Pflaster für die Polizisten, dennoch nehmen sie die Verfolgung auf, nachdem sie Verstärkung angefordert haben.

Es gelingt den Beamten, den flüchtigen S. einzuholen, bevor er in einer der Wohnungen verschwinden kann. Mit Pfefferspray und Anwendung von unmittelbarem Zwang wird er überwältigt. Währenddessen versperrt ein weiterer Beamter die Haustüre, damit S. keine Unterstützer zu Hilfe kommen können.

Vor dem Haus haben sich bereits etwa 25 Personen versammelt, die lautstark gegen den Polizeieinsatz protestieren. Die Ansammlung wird von den eingetroffenen Unterstützungskräften der Polizei zerstreut. **Dabei werden einige Beamten verletzt.**

Der festgenommene „Deutsch-Libanese“ ist hochaggressiv und teilt den Polizisten mit, er werde sie alle umbringen. Jeder wisse, wie groß seine Familie sei und mit wem sich die Polizei gerade angelegt habe.

Zwei Tage später: Eine folgenschwere Verhaftung

Am 19. Mai kommt es erneut zu einer Verhaftung. Eine der Videokameras, mit denen die einschlägigen Orte im Duisburger Norden überwacht werden, hat den 18-jährigen „Deutsch-Marokkaner“ H. gefilmt, einen Unterstützer der libanesisch-stämmigen Großfamilie. Gegen den Intensivtäter wurden seit 2015 bereits 42 Ermittlungsverfahren geführt. Als H. von der Videokamera gefilmt wird, liegt gegen ihn ein Strafbefehl wegen Nötigung vor, er muss für 220 Tage ins Gefängnis. Die Polizei rückt aus.

Auch H. flüchtet in ein Wohnhaus, als er die Beamten sieht. Diese sehen sich innerhalb kürzester Zeit mit etwa 50 Sympathisanten der Großfamilie konfrontiert, die den Polizisten weiß machen wollen, dass sich der Gesuchte nicht in dem Haus befindet. Dennoch kann der 18-Jährige im Hausflur festgenommen werden. Dann beginnt eine Mischung zwischen Albtraum und Spießrutenlauf für die Beamten. Von den oberen Stockwerken und von draußen kommen immer mehr Unterstützer, die H. befreien wollen. Die Beamten bahnen sich mit Pfefferspray den Weg nach unten. Dort warten schon ca. 200 Menschen auf sie. Dennoch gelingt es der Polizei, einen Korridor zum Einsatzwagen zu bilden und dann mit dem Festgenommen zur Wache zu fahren.

Araber-Clans drohen mit Sturmgewehren

Wie aus den Ermittlungsakten, die dem *General-Anzeiger* zugespielt wurden, hervorgeht, ließ die Reaktion auf die Festnahme nicht lange auf sich warten. Das Polizeipräsidium Duisburg erhielt am 22. Mai 2020 eine E-Mail mit folgendem Inhalt:

> ***„Betreff Allahu Akbar, Duisburg-Marxloh ist unser Stadtteil. (…) Wir verbieten allen Ungläubigen, unseren Stadtteil zu betreten. Alle Polizisten, Journalisten und auch andere Ungläubige werden wir mit Waffengewalt vertreiben oder töten. Bei uns gilt nur die radikale Scharia. Wir haben uns 2000 Stück AK-47 Sturmgewehre mit genügend Munition aus der Türkei und Russland beschafft. Allahu Akbar, tötet alle Ungläubigen.“***

Die Email wurde über eine Plattform geschickt, die Mail-Adressen und Identitäten verschleiert. Die Drohung wird sowohl von der Duisburger Polizei als auch von der zuständigen Staatsanwaltschaft sehr ernst genommen.

Das Sturmgewehr AK-47 ist die Waffe der Wahl aller marodierenden Horden in den Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten auf diesem Planeten. Die Beschaffung selbst größerer Mengen dieser „Assault-Rifles" dürfte für die Araber-Clans kein großes Problem darstellen.

Bereitschaftspolizisten zur Unterstützung

Bis auf weiteres setzt nun die Duisburger Polizei in Marxloh Kräfte der Bereitschaftpolizei zur Unterstützung der Beamten im Streifendienst ein. Die Bereitschaftspolizisten tragen Einsatzanzüge, um ein martialisches Bild zu erzeugen. Zudem soll der Kontrolldruck durch weitere Kräfte erhöht werden, Razzien sind geplant.

Der *General-Anzeiger* zitiert die Lagebeurteilung der Polizei wie folgt:

> *Die Polizeimaßnahmen würden zeigen, dass es in Marxloh keine rechtsfreien Räume gebe. Demnach wird konsequent eingeschritten, wenn es nötig ist. Haftbefehle würden vollstreckt werden – auch wenn Tumultlagen zu erwarten seien.*

Kommentar:

Angesichts der gegenwärtigen Einwanderungs- und Sicherheitspolitik kann man mit den in solchen Gegenden eingesetzten Polizisten nur tiefes Mitleid empfinden. Noch dazu, nachdem zur Zeit Politik und Medien munter draufhauen, auf die Ordnungshüter, mit Rassismus-Vorwürfen und „Polizei-Hass-Gesetzen" wie in Berlin.

Die zukünftige Entwicklung Deutschlands wird geprägt sein, von einem wirtschaftlichen Niedergang und daraus resultierenden sozialen Spannungen. Dazu kommt ein weiteres Anwachsen der Bevölkerung in den Problembezirken durch die Geburtenrate und die Flüchtlingspolitik. Daher ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis der Staat in den „No-go-Areas" sein Gewaltmonopol endgültig einbüßt und die Sezession dieser Stadtteile zu eigenständig regierten Clangebieten auf dem Territorium der Bundesrepublik Wirklichkeit wird.

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)

https://www.n-tv.de/der_tag/Clanrazzia-in-Dueren-Polizei-nimmt-32-Verdaechtige-fest-article21852503.html

Clanrazzia in Düren: Polizei nimmt 32 Verdächtige fest

Nach der **Großrazzia** gegen einen **Familienclan** aus Düren ermitteln die Behörden gegen **32 Verdächtige**. Vorgeworfen werde dem türkischstämmigen Clan neben **Drogen- und Menschenhandel** auch **Steuerhinterziehung, Sozialleistungsbetrug und das Veruntreuen von Arbeitslohn**, teilten das Landeskriminalamt NRW, Zoll und Steuerfahndung zusammen mit der Staatsanwaltschaft Aachen mit.
Sieben Männer seien bei der Razzia festgenommen worden, gegen fünf lägen bereits Haftbefehle vor. Vier der Festgenommenen gehörten dem Clan an. Ein 47-Jähriger Hauptbeschuldigter soll über Strohmänner Abbruch-Firmen geführt und damit allein in den vergangenen sechs Jahren **Umsätze in siebenstelliger Höhe** erwirtschaftet haben.
Die **Arbeiter** seien in **Osteuropa rekrutiert** worden, sie hätten teils **weniger als fünf Euro Stundenlohn** bekommen. Die Mehrzahl der Beschäftigten sei nicht in der Sozialversicherung angemeldet worden. Gleichzeitig hätten der 47-Jährige und einige seiner Familienangehörigen über Jahre hinweg selbst **unrechtmäßig Sozialhilfe** in insgesamt "höherer fünfstelliger Größenordnung" **kassiert**. Die osteuropäischen Arbeiter wurden zu **Wuchermieten** in Immobilien untergebracht, die die Bande - ebenfalls über Strohmänner - aus ihren illegalen Einkünften erworben habe, so die Mitteilung.

http://www.pi-news.net/2020/06/rassismus-bei-der-freiburger-verkehrs-ag/

SCHWARZER VON FAHRKARTEN-KONTROLLEUREN UNSANFT AM AUSSTEIGEN GEHINDERT

Rassismus bei der Freiburger Verkehrs AG?

17. Juni 2020

Von EUGEN PRINZ | Nach dem gewaltsamen Tod des schwarzen US-Amerikaners George Floyd anlässlich seiner Festnahme sind die linksgrünen Gutmenschen der

westlichen Industriestaaten in eine kollektive Rassismus-Hysterie verfallen, die jeden Rest von Vernunft im Keim zu ersticken droht.
Angesichts der gegenwärtigen Umstände sind jene, die im Rahmen der Erforschung und Verfolgung von Straftaten konfliktträchtige Interaktionen mit Menschen schwarzer Hautfarbe nicht vermeiden können, wahrlich nicht zu beneiden.

Schwarzfahren – Asylbewerber überrepräsentiert

Das „Schwarzfahren" wie die Erschleichung von Leistungen (§265a Strafgesetzbuch) im Volksmund genannt wird, ist ein Delikt, bei dem Asylbewerber überrepräsentiert sind. Von insgesamt 30 800 Fällen, die in Baden-Württemberg im Jahr 2017 bei der Polizei angezeigt wurden, entfielen auf Asylbewerber 6800, also 22%. Unter den Tatverdächtigen sind natürlich auch Schwarze, was die Arbeit der Fahrkartenkontrolleure angesichts der gegenwärtigen „Rassismus-Hysterie" zu einem wahren Minenfeld macht.

Das bekamen vor etwa einer Woche auch Mitarbeiter der Freiburger Verkehrs AG (VAG) zu spüren. Auf Twitter tauchte ein Video auf, das einen Fahrkarten-Kontrolleur zeigt, der einen jungen Mann mit schwarzer Hautfarbe am Aussteigen aus der Straßenbahn hindert, indem er ihn zurück schubst, so dass dieser mit den Rücken an eine Haltestange stößt.

Rassismus-Empörung

Die Empörung in den sozialen Netzwerken war groß. Dann meldete sich auch noch eine Lokalpolitikerin aus dem Kreis der „üblichen Verdächtigen" lautstark zu Wort.

Die Freiburger Stadträtin Monika Stein von der Grüne Alternative Freiburg sprach von einem „krassen Video". Ihrer Meinung nach darf es nicht sein, dass Kontrolleure gegen Fahrgäste tätlich werden, egal was vorgefallen ist. Menschen fest zu setzen sei alleinige Aufgabe der Polizei. Hier irrt jedoch die Küchenjuristin. Sie hätte vielleicht einmal einen Blick in den Paragraphen 127 Absatz 1 der Strafprozessordnung werfen sollen. Dort ist das Jedermann-Festnahmerecht geregelt.

Aber solche juristischen Spitzfindigkeiten sind den Grünen egal, ihnen geht es um Ideologie, da haben Wahrheit, Klarheit und Realität keinen Platz. Deshalb legt die dauer-empörte Frau Stein auch gleich noch einen drauf: Unabhängig vom Ausgang der Untersuchung ist sie der Meinung, dass es in Freiburg ein Rassismus-Problem gibt. Menschen mit anderer Hautfarbe würden ihr immer wieder von Übergriffen und von „Situationen, die rassistisch geprägt sind", berichten.

Selektive Wahrnehmung

Bevor wir die Angelegenheit weiter vertiefen, hier erstmal ein Blick auf das Video:

Die VAG Freiburg zeigt sich hier von ihrer besten Seite. Es braucht ein öffentliches Statemant und transparente Aufarbeitung.
@MonikaSteinfrbg@FreiburgJupi@gaf_freiburg@UrbanesFreiburg@FreiburgGruene@FreiburgSpd

Wir haben hier wieder einmal ein typisches Beispiel, bei dem die Kamera nur den inkriminierenden Teil einer Handlung zeigt und das, was zu ihr geführt hat, auf dem Video nicht zu sehen ist.

Doch dafür gibt es die Überwachungskamera der Straßenbahn. Diese zeigt den gesamten Verlauf der Auseinandersetzung. Zusammen mit den Zeugenaussagen der insgesamt vier Kontrolleure ergibt sich ein ganz anderes Bild.

Was sich tatsächlich zugetragen hat
Der Schwarze hatte sich geweigert, einen Fahrschein vorzuzeigen. Statt dessen stieß er verschiedene Beleidigungen aus. Zudem ging er bei der Kontrolle mit dem Prüfer auf Tuchfühlung, spuckte ihn an und behauptete, er hätte das Coronavirus.
Um sich aus der unangenehmen Nähe zu befreien und weil er sich bedroht fühlte, stieß der Kontrolleur den Schwarzen zurück. Just in diesem Moment wurde dann mit dem Handy gefilmt und dieser kleine Ausschnitt der Auseinandersetzung in den sozialen Medien als weiterer Beweis für den allgegenwärtigen Rassismus verbreitet.
Der VAG-Fahrscheinprüfer hat bei der körperlichen Auseinandersetzung Verletzungen am Oberarm erlitten und den Schwarzen angezeigt. Um seinen Job ist der Mitarbeiter der Freiburger Verkehrs AG wirklich nicht zu beneiden. Ebenso wenig wie all die anderen anständigen Menschen, die mit dieser Klientel zu tun haben. Wenigstens hat der Kontrolleur die Rückendeckung seines Arbeitgebers. Das Unternehmen habe keinen Grund, an den Aussagen der Kontrolleure zu zweifeln, so VAG-Sprecher Andreas Hildebrandt. Schließlich seien die Verletzung des Mitarbeiters und die Anzeige bei der Polizei gesicherte Fakten.
Als der Schwarzfahrer der Polizei übergeben wurde, verhielt er sich gegenüber den Ordnungshütern ebenfalls uneinsichtig und aufbrausend. Vielleicht sollte sich der aufsässige (mutmaßliche) Leistungserschleicher mal fragen, ob sein Verhalten nicht vielleicht dazu führt, dass sich Rassisten in ihrer Weltanschauung bestärkt sehen.

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)
» Twitter Account des Autors

http://www.pi-news.net/2020/06/multikulturelle-gewaltfolklore-in-karlsruhe-und-pforzheim/

KURDEN UND IRAKER IN HAU-DRAUF-LAUNE

Multikulturelle Gewaltfolklore in Karlsruhe und Pforzheim

17. Juni 2020

Von ALEX CRYSO | Was stellt man sich nicht alles unter einem gedeihlichen Multikulti vor: Eine bunt zusammengewürfelte Welt, die sich versteht. Die Abschaffung zwischenmenschlicher Grenzen mit Toleranz als absolutem Oberbegriff. Und jeder bringt ein kleines bisschen Vielfalt mit ein – ganz egal, ob in kultureller, kulinarischer oder sportlicher Hinsicht. Die linke Chaoshochburg Pforzheim, aber auch das von der SPD heruntergewirtschaftete Karlsruhe sind leider die besten Beweise dafür, dass nichts von davon der Fall ist. Dass Multikulti nur Verwahrlosung, Geisteskrankheiten und das Zerwürfnis der Menschen untereinander bedingt!

Am gestrigen Dienstagabend war es in der ehemaligen Goldstadt mal wieder soweit: Auf dem Pfälzer Platz in der Pforzheimer Nordstadt gerieten die Mitglieder zweier irakischer und kurdischer Familien aneinander. Etwa dreißig Familienangehörige waren bei der Keilerei zwei Männer zugegen, nochmals rund 100 Schaulustige gesellten sich spontan hinzu, was selbst die Pforzheimer Zeitung als „explosive Mischung" bezeichnete. Ein multikulturelles Pulverfass, das jederzeit hätte hochgehen können! Insgesamt fünf Streifenwagenbesatzungen waren notwendig, um den Pulk auseinander zu treiben.
Grund für die Auseinandersetzung waren Pöbeleien und Provokationen unter den Kindern der Familien, was die Erwachsenen zum Handeln auf den Plan rief. In Pforzheim sind solche interkulturellen Massenhappenings seit geraumer Zeit keine Seltenheit mehr: So war es beispielsweise im Januar zu einer weiteren Großschlägerei zwischen zwei irakischen Familien im Bereich der Pforzheimer Inselschule gekommen. Insgesamt 17 Streifenwägen mussten anrücken, um die Eskalation zu verhindern. Nur ein Beispiel von vielen…
Noch in derselben Nacht auf den 17. Juni 2020 ereignete sich im nicht allzu weit entfernten Karlsruhe ein ähnliches Schauspiel: Dort wurden ungefähr 30 mit Holzlatten bewaffnete Männer bei einer Grünanlage entlang der Augartenstraße von der Polizei gestellt, um eine weitere Massenschlägerei zu verhindern. Ein Aufgebot von zehn Streifenwägen war von dabei Nöten, um für die nächtliche Sicherheit zu sorgen.
Ganz ohne Blessuren ging es trotzdem nicht: Ein 19-Jähriger gab an, von einer größeren Personengruppe zusammengeschlagen worden zu sein. Angeblich bestand schon vorab eine Verabredung zum Faustkampf. Einer Bekannten seien unsittliche Bilder zugeschickt worden sein, die Lattenträger wurden bereits im Vorfeld als Verstärkung bestellt. Eine nationale Herkunft wurde zwar nicht genannt, doch dürfen die üblichen Vermutungen gerne angestellt werden.

http://www.pi-news.net/2020/06/tschetschenen-nafris-und-kriegswaffen-in-dijon-wird-gerade-multikulti-beerdigt/

LAGE IN DER OSTFRANZÖSISCHEN GROSSSTADT VÖLLIG AUSSER KONTROL

Tschetschenen, Nafris und Kriegswaffen: In Dijon wird gerade Multikulti beerdigt

18. Juni 2020

Von EUGEN PRINZ | Frankreich hat ein lange Tradition der Einwanderung von Migranten aus Afrika. Sie bilden die größte Ausländergruppe in Frankreich (43,5 Prozent). Vertreten sind vor allem Zuwanderer aus den ehemaligen französischen Kolonien im Norden des afrikanischen Kontinents – Algerien, Marokko und Tunesien. Also Nafris, um bei der eingängigen Wortschöpfung der Nordrhein-Westfälischen Polizei zu bleiben.
Auch und vor allem bei Migranten dieser Provenienz zeigt sich das Versagen von Multikulti darin, dass sie überwiegend in Ghettos zusammenleben, wo es zwangsläufig zu Kriminalität, Bandenbildung und Etablierung mafiöser Strukturen kommt.

Clash der Ethnien
Was passiert, wenn zwei verfeindete ethnische Gruppen in einem sozialen Brennpunkt aneinander geraten, kann man derzeit in der ostfranzösischen Großstadt Dijon besichtigen. Die Hauptstadt der Region Bourgogne-Franche-Comté ist mit 157.000 Einwohner ein Verkehrs-, Handels- und Industriezentrum, berühmt für ihren Senf und ein wichtiger Handelsplatz für Burgunderweine. Im Gegensatz zu den anderen Metropolen Frankreichs ist Dijon bisher nicht durch Unruhen aufgefallen.
Umso alarmierender sind die bürgerkriegsähnlichen Zustände, die im Vorort Grésilles im Nordosten von Dijon herrschen. Seit Freitag herrschen dort Nacht für Nacht bürgerkriegsähnliche Zustände mit Schießereien, in denen Sturmgewehre, Maschinenpistolen und Pumpguns zum Einsatz kommen. Brände werden gelegt und Barrikaden errichtet.
Die Kontrahenten: Tschetschenen und Nordafrikaner. Die Tschetschenen haben einen Rachefeldzug gegen die Nordafrikaner begonnen, weil ein 16-jähriger Tschetschene von lokalen Nafri-Drogenhändlern brutal misshandelt worden war. Bei den folgenden Zusammenstößen wurde der Inhaber einer Pizzeria durch Schüsse schwer verletzt.
Polizei sieht sich Schwerbewaffneten gegenüber
Die Polizei versucht bisher vergeblich, mit massiven Kräften, darunter auch Sondereinheiten, der Lage Herr zu werden. Die Einsatzkräfte sehen sich einer mit mit Schlagstöcken, Sturmgewehren und Kriegswaffen ausgerüsteten Horde gegenüber. Laut des regionalen Vorsitzenden der Gewerkschaft der Nationalpolizei, Stéphane Ragonneau, können die Vorgänge nicht mit anderen Auseinandersetzungen in Vororten verglichen werden.
Marine Le Pen in Dijon
Das Land versinke im Chaos, twitterte Marine Le Pen, die Vorsitzende des Rassemblement National. Sie besuchte vorgestern Dijon und zog eine Parallele zwischen Frankreich und dem Libanon:

> *„Alle sollten sich daran erinnern, wie der Libanon, dieses liebliche und friedliche Land, in die Hölle gerissen wurde – durch einen furchtbaren Krieg, den ausländische Gruppen ins Land getragen hatten."*

Kommentar:
„Die Zukunft ist schon da, sie ist nur ungleich verteilt." Dieses Wort des Science Fiction Autor William Gibson, sollte uns eine Mahnung sein, dass derartiges in nicht allzu ferner Zukunft auch in den Metropolen Deutschlands stattfinden könnte. Erschreckend ist vor allem die Erkenntnis, wie gut Migranten-Gangs bewaffnet sind. Mit Sturmgewehren, Pumpguns und Maschinenpistolen sind sie im Ernstfall der Polizei ebenbürtig und jedem Besitzer einer legalen Waffe überlegen. Was uns weiterhin zu Denken geben sollte, ist die Tatsache, wie schnell aus einer bisher unauffälligen Gegend ein Pulverfass wurde, in dem eine Art Bürgerkrieg herrscht, der zum Teil mit Kriegswaffen ausgefochten wird.
Es wäre naiv anzunehmen, dass die Bewohner deutscher No-go-areas, die jetzt schon mit Drohgebärden auf ihre Sezession hinarbeiten, nicht über die selben „Einsatzmittel" verfügen. Es sind also alle Zutaten vorhanden, auch unser Land in ein Chaos zu stürzen, wenn im Zuge der Corona-Krise der großen wirtschaftliche Zusammenbruch kommt.
In Dijon wird gerade die Multikulti-Romantik endgültig beerdigt. Wenn unsere Regierung davor die Augen verschließt und ein simples „weiter so" propagiert (was zu erwarten ist), liefert sie womöglich das eigene Staatsvolk ans Messer.

Aber wie heißt es so schön: „Die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber". Mit solchen Wahlergebnissen verdienen es die Deutschen nicht anders.

PS: Anschauungsmaterial für Multikulti-Fans

Wie das aussieht, wenn der Staat die Kontrolle verliert und Migranten glauben, das Recht in die eigenen Hände nehmen zu können, zeigen die folgenden Videos, die uns allen eine Warnung sein sollten:

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)
» Twitter Account des Autors
» Spende an den Autor

https://www.focus.de/politik/deutschland/ist-null-toleranz-politik-verwirkt-toetet-alle-unglaeubigen-nach-festnahme-brodelt-es-im-duisburger-clan-millieu_id_12105615.html

Polizei und Stadt ergreifen Maßnahmen
"Tötet alle Ungläubigen": Nach Festnahme brodelt es im Duisburger Clan-Millieu
Mittwoch, 17.06.2020, 14:56

Im vergangenen Jahr war es in Duisburg-Marxloh ruhiger um die Familienclans im Stadtteil geworden. Seit Mitte Mai ist die Lage aber wieder spürbar angespannt. Ein interner Bericht weist darauf hin, dass es in dem berüchtigten Stadtteil brodelt. Auch wegen Fällen wie diesem hat die Stadt Duisburg am Montag zusammen mit weiteren Städten eine gemeinsame Bekämpfung von Clan-Kriminalität beschlossen.

Ausgangspunkt ist eine Festnahme am 17. Mai. Am Abend dieses Tages wird eine Polizeistreife auf einen 18-jährigen Deutsch-Libanesen aufmerksam. Der junge Mann ist bereits polizeibekannt, soll einer der Großfamilien des Stadtteils angehören.

Der 18-Jährige wird zu diesem Zeitpunkt wegen gefährlicher Körperverletzung gesucht. Als er die Polizisten bemerkt, ergreift er die Flucht. Wie die „Rheinische Post" berichtet, soll er in einen Hauseingang geflohen sein. Die Polizisten erwischen ihn dort. Der Mann wehrt sich gegen seine Festnahme, weshalb die Beamten Pfefferspray einsetzen, wie die Polizei mitteilt.

75 Ermittlungsverfahren in sechs Jahren

Innerhalb kürzester Zeit versammeln sich bereits rund 30 Personen, mutmaßlich angehörige des Verdächtigen, am Einsatzort. Ein Tumult bricht aus. Die Beamten sollen lautstark angeschrien worden sein, Schaulustige filmen das Vorgehen. Erst mit Hilfe mehrerer

Streifenwagen wird die Situation unter Kontrolle gebracht, der Verdächtige abgeführt. Noch im Streifenwagen soll er die Polizisten weiter verbal attackiert haben, ihnen gar mit dem Tod gedroht haben. Die „Rheinische Post" zitiert aus einem Ermittlungsbericht, wonach gegen den jungen Mann seit 2014 bereits 75 Ermittlungsverfahren geführt wurden.

200 Personen beleidigen und bespucken Polizisten

Nur zwei Tage später kommt es zum nächsten Vorfall. Wieder verfolgen die Polizisten einen 18-Jährigen. Der junge Mann mit marokkanischen Wurzeln ist wie die Polizei berichtet den Beamten ebenfalls bereits bekannt, wird zum Zeitpunkt seiner Festnahme wegen Nötigung gesucht. Laut dem Bericht soll er ebenfalls zum Umfeld der libanesisch-stämmigen Großfamilie gehören. Gegen ihn sollen seit 2015 42 Ermittlungsverfahren geführt worden sein.

Auch dieser junge Mann habe die Flucht vor den Beamten ergriffen, er wird offenbar im Flur eines Hauses gestellt. Schnell versammeln sich rund 200 Personen vor dem Haus. Verstärkung rückt an. Erst durch den Einsatz von 36 Polizisten gelingt es, den Mann zum Polizeiwagen zu bringen. Vor dem Haus wurden die Beamten laut Polizei erneut beleidigt, teils gar bespuckt.

Offenbar gibt es Verbindungen zwischen beiden Festnahmen. So sollen sich die beiden Festgenommenen laut „RP" seit langem gekannt und bereits gemeinsam Straftaten verübt haben. Außerdem sollen in beiden Fällen dieselben Mitglieder eines Familienclans zu den Tumulten rund um die Festnahmen beigetragen haben.

Wirkt die „Null-Toleranz-Politik" nicht mehr?

Bisher schien die von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) ausgerufene „Null-Toleranz-Politik" vor Ort eigentlich Früchte zu tragen. Laut der Ermittlungsakte habe sich die Anzahl der Tumulte im Duisburger Norden von 24 im Jahr 2017 auf elf im Jahr 2018 und nur noch vier im vergangenen Jahr verringert, wie die „RP" berichtet. Nun gab es allein im Mai dieses Jahres zwei Vorfälle.

Für Islamwissenschafter und Clan-Experte Mathias Rohe ist die „Null-Toleranz-Politik" trotzdem richtig. Dass solche Fälle auftreten, überrascht ihn nicht. „Der Innenminister hat bereits gesagt, das ist ein Marathon und kein Kurzstreckenlauf. Das braucht einfach seine Zeit", sagt Rohe im Gespräch mit

Polizei Duisburg erhält heftige Droh-Mail

Aber die zwei Festnahmen im Stadtteil Marxloh haben Folgen. Laut den Akten, die der „RP" vorliegen, soll am 22. Mai via E-Mail eine Drohung im Präsidium Duisburg eingegangen sein.

Darin sollen unter anderem folgende Drohungen enthalten sein: „Betreff Allahu Akbar, Duisburg-Marxloh ist unser Stadtteil. (...) Wir verbieten allen Ungläubigen, unseren Stadtteil zu betreten. Alle Polizisten, Journalisten und auch andere Ungläubige werden wir mit Waffengewalt vertreiben oder töten. Bei uns gilt nur die radikale Scharia. Wir haben uns 2000 Stück AK-47 Sturmgewehre mit genügend Munition aus der Türkei und Russland beschafft. Allahu Akbar, tötet alle Ungläubigen."

Auf Anfrage von FOCUS Online bestätigte die Polizei in Duisburg, dass ein derartiges Schreiben eingegangen sei. Experte Rohe warnt davor, die E-Mail sofort den Clans zuzuschreiben. Es könnten auch andere Personen dahinterstecken, die den Familien schaden wollen. „Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass die Mail aus Islam-Hasser-Kreisen stammt. Es finden sich

nämlich darin ein paar für Clans untypische Formulierungen", sagt er zur Droh-Mail.
"Repression ist notwendig"
Vor Ort scheint man die Warnung aber ernst zu nehmen. Die „RP" berichtet, die Beamten der Bereitschaftspolizei seien angewiesen worden, im Dienst nun wieder ihren Einsatzanzug zu tragen. „Repression ist auch notwendig. Ein solches Auftreten löst auch bei Kriminellen Respekt aus", bewertet Clan-Experte Rohe die Maßnahme positiv, plädiert aber gleichzeitig für ein Zusammenspiel aus Repression und Prävention: „Man muss schon früh andere Optionen eröffnen, damit Leute gar nicht erst den Einstieg in die Szene finden."
Auch die Stadt Duisburg reagiert auf die Ereignisse. Die „RP" berichtet gar von einem städteübergreifenden Beschluss. So soll es eine von den Städten Duisburg, Essen und Dortmund gemeinsam organisierte „Sicherheitskooperation Ruhr Clankriminalität" geben. Sie soll von Essen aus geleitet werden. Der Beschluss soll in der kommenden Woche unterzeichnet werden.
Kriminelle Clans „Bedrohung für das friedliche Zusammenleben"
„Das kriminelle und teils öffentlichkeitswirksame Agieren von Mitgliedern der Familienclans, insbeondere türkisch-arabischstämmiger Großfamilien, stellt neben der Polizei auch weitere Strafverfolgungsbehörden, Kommunalverwaltungen und sonstige Akteure der öffentlichen Hand vor zunehmende Herausforderungen. Auch die Bevölkerung empfindet das Auftreten krimineller Clan-Angehöriger häufig als Bedrohung für das friedliche Zusammenleben", zitiert die „RP" aus der Kooperationsvereinbarung.
Unterdessen kündigte auch die Polizei weitere Maßnahmen an. „Wir führen immer wieder kleinteilig Kontrollen im Zusammenhang mit Clan-Kriminalität durch", sagt eine Polizei-Sprecherin zu FOCUS Online. Es sollen verstärkt Razzien und Schwerpunktüberprüfungen angesetzt werden. Derartige Vorfälle, wie am 17. oder 19. Mai habe es laut der Sprecherin bisher nicht mehr gegeben. Experte Rohe glaubt allerdings: „Das Problem wird uns noch länger verfolgen."

https://www.n-tv.de/panorama/Wer-sind-die-Taeter-von-Stuttgart-article21861826.html
SONNTAG, 21. JUNI 2020
Festnahmen nach Krawallen
Wer sind die Täter von Stuttgart?
Vor der Zerstörungswut der Randalierer war nichts sicher.
Unter den Randalierern von Stuttgart sind fast ausnahmslos junge Männer. Laut Polizei gehören sie der "Party- und Eventszene" in der Stadt an - und haben sich mehr oder weniger spontan zu einem marodierenden Mob zusammengetan. **Doch einige Aufnahmen aus der Nacht lassen an dieser Lesart zweifeln.**
Nach den Ausschreitungen in der Stuttgarter Innenstadt sucht die Polizei nach den Tätern und ihren Motiven - auch mithilfe von Videos, die in den sozialen Medien geteilt wurden. Die Behörden gehen davon aus, dass der Großteil der Randalierer aus der Stuttgarter "Party- und Eventszene" kommt, wie es Oberbürgermeister Fritz Kuhn am Nachmittag auf einer Pressekonferenz ausdrückte. Der Rest seien Krawalltouristen gewesen. Die Szene habe sich

in den vergangenen vier Wochen wieder vermehrt in der Öffentlichkeit getroffen, betrunken und in den sozialen Medien inszeniert - inklusive einiger Aggressionen gegen die Polizei.
Lutz zu Ausschreitungen in Stuttgart
Dimension der Gewalt "hat mich fassungslos gemacht"
Zunächst war vermutet worden, dass die Täter womöglich aus dem linken Milieu stammen. Von dieser Einschätzung rückt die Polizei nun aber ab. "Ich kann eine linkspolitische oder überhaupt irgendeine politische Motivation ausschließen", sagte Stuttgarts Polizeipräsident Franz Lutz. Rund 500 Personen sollen insgesamt an den Krawallen in der Nacht beteiligt gewesen sein, 24 mutmaßliche Randalierer wurden noch in der Nacht festgenommen. **Unter ihnen sind 14 Verdächtige unter 21 Jahre alt und sieben noch nicht volljährig. Die Hälfte der Festgenommenen seien deutsche Staatsbürger - drei davon mit Migrationshintergrund, sagte Polizeivizepräsident Thomas Berger.**
Die anderen Festgenommenen stammen nicht aus Deutschland, sondern kommen laut Polizei aus verschiedenen Nationen - darunter Somalia, Bosnien und Afghanistan. Sieben Verdächtige wurden inzwischen dem Haftrichter vorgeführt. Gemessen an der Zahl der Randalierer gebe es zwar bisher erst wenige Festnahmen, räumte Lutz ein. "Wir gehen aber davon aus, dass es am Ende des Tages nicht bei diesen 24 Festgenommenen bleibt."
Um weitere Täter zu identifizieren, hat die Polizei inzwischen die Ermittlungsgruppe "Eckensee" gebildet und ein Hinweisportal freigeschaltet. 40 Beamte sichten nun das Beweismaterial - darunter etliche Videos aus dem Netz. Sie müssen verifiziert und analysiert werden.
Debatte um Herkunft der Täter
Ali Utlu 🏳️‍🌈 💛
✔
@AliCologne
Muslime ziehen 'Allahu Akbar' rufend durch deutsche Innenstädte, plündern, zerstören und greifen Polizisten an.
Und morgen heulen sie wieder als Opfer das Deutschland rassistisch wäre.
Sie nehmen uns alle Migranten in Mithaft! Einsperren! Alle! #Islam
Eingebettetes Video
2.076
13:07 - 21. Juni 2020
Twitter Ads Info und Datenschutz
885 Nutzer sprechen darüber
*Datenschutz
Eines davon zeigt einen vermummten Randalierer, der einem Polizisten bei dem Versuch einer Festnahme mit gestrecktem Bein in den Rücken springt. Laut Berger wurde der Beamte durch den Tritt zwar "nicht erheblich verletzt". "Aber das macht was mit ihm", sagte er. Generell müsse man abwarten, wie die Beamten das Erlebte seelisch verarbeiten. "Solche Szenen hat es in Stuttgart noch nicht gegeben", sagte Berger weiter. Zwar sei es bei früheren Großeinsätzen - etwa zu Silvester - ebenfalls zu Angriffen auf Polizisten gekommen. Doch die jüngsten Ausschreitungen hätten eine "nie dagewesene Dimension der offenen Gewalt" gegen Beamte gezeigt. Dass es dennoch nicht zu schlimmeren Verletzungen gekommen sei, habe vor allem mit der guten Ausrüstung der Polizei zu tun.
Oberbürgermeister Kuhn sagte, es gehe bei den Krawallen nicht um das Thema Rassismus in der Polizei - auch wenn derzeit viel darüber diskutiert werde. "Ich habe die Stuttgarter Polizei immer liberal, weltoffen und bürgernah erlebt", so der Grünen-Politiker. Dennoch ist die Herkunft der Täter in den sozialen Medien ein großes Thema**. In einem der Videos, die**

dort kursieren und das vom RTL/ntv-Verifizierungsteam als authentisch eingestuft wird, zieht eine Gruppe junger Männer am Einkaufszentrum "Das Gerber" vorbei und ruft "Allahu Akbar". In einem anderen Clip sagt der Urheber des Videos, während er die Zerstörung eines Streifenwagens filmt, mit leichtem Dialekt: "Fuck the Police" und "Fuck the System". In anderen Videos wird "ACAB" skandiert.
Auf weiteren Aufnahmen, die etwa die Zerstörung von Geschäften zeigen, sind die Täter hingegen vermummt. Einige tragen sogar Sturmhauben. Dass sie zufällig in die Krawalle geraten sind, ist deshalb einigermaßen unwahrscheinlich. Doch Identität und Herkunft der Maskierten festzustellen, dürfte für die Polizei schwer werden. Aus den Ausschreitungen will Stuttgart nun Konsequenzen ziehen - und die Präsenz der Polizei deutlich erhöhen. "Egal woher die Menschen kommen, ob Migrationshintergrund oder nicht", sagte Kuhn, "in Stuttgart geht es nicht, dass man die Polizei angreift und Geschäfte plündert."
*Datenschutz
Quelle: ntv.de, jug

https://www.focus.de/politik/harte-antwort-des-rechtsstaats-bleibt-aus-ein-richter-sieht-schwarz-viele-gewalttaeter-von-stuttgart-muessen-keine-strafen-fuerchten_id_12145433.html
"Harte Antwort des Rechtsstaats bleibt aus"
Richter warnt: Viele Gewalttäter von Stuttgart müssen keine Strafen fürchten
FOCUS-Online-Reporter Göran Schattauer
Freitag, 26.06.2020, 16:57
Die gewaltsamen Ausschreitungen von Stuttgart werden für die meisten Täter ohne juristische Konsequenzen bleiben, befürchtet der Amtsrichter Thorsten Schleif aus NRW im Gespräch mit FOCUS Online. Der Rechtsstaat werde ähnliche Probleme haben wie im Fall der Kölner Silvesternacht 2015 – zur Freude der Kriminellen.
Nach den gewaltsamen Ausschreitungen von Stuttgart werden die meisten der bis zu 500 Randalierer ohne spürbare Strafen des Staates davonkommen. Diese Befürchtung äußerte der Richter Thorsten Schleif vom Amtsgericht Dinslaken (Nordrein-Westfalen) im Gespräch mit FOCUS Online. Der Rechtsstaat werde sich ähnlich schwertun wie nach den massenhaften sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht 2015/2016. Schleif: „**Auf 661 Strafanzeigen sexuell belästigter Frauen folgten drei überführte Straftäter - und das drei Jahre später.“**
Schleif hatte 2019 mit seinem Buch „Urteil: ungerecht - Ein Richter deckt auf, warum unsere Justiz versagt“ deutschlandweit für Aufsehen gesorgt. Anlässlich der Stuttgarter Krawalle legt er nun nach. Der 40 Jahre alte Richter beklagt, der Rechtsstaat sei zu geschwächt, um die Schläger und Zerstörer so zu verfolgen, „dass sie die Sanktionen als schmerzhaft und wirkliche Strafe empfinden“.
Richter: Rechtsstaat ist nicht in der Lage, volle Härte zu zeigen
Bereits wenige Stunden nach der Krawall-Orgie in der baden-württembergischen Landeshauptstadt, bei der 23 Polizisten verletzt und mehrere Läden verwüstet worden waren, hätten Politiker und Bürger nach einer „harten Antwort des Rechtsstaates“ gerufen, so Schleif. Die Forderung sei absolut berechtigt. Aber: „Es wird keine harte Antwort des Rechtsstaates geben. Der deutsche Rechtsstaat ist nicht in der Lage, auf ein derartiges Ereignis mit aller Härte zu reagieren.“
Der Richter macht dafür jedoch nicht die in den Augen vieler Menschen zu milden Gesetze verantwortlich. „Die deutschen Strafgesetze sind völlig ausreichend, um auf Gewaltausbrüche wie in Stuttgart angemessen zu reagieren.“ So könnten gefährliche Körperverletzungen bereits heute mit bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden, ebenso ein schwerer Diebstahl, bei dem in ein

Geschäft eingebrochen wird. Und selbst auf Sachbeschädigungen stünden bis zu zwei Jahre Gefängnis, so Schleif.
Gesetze reichen aus, müssen nur zügig angewendet werden
Doch Härte sei nur ein Element wirksamer Kriminalitätsbekämpfung. „Ebenso wichtig – wenn nicht noch wichtiger – sind die zügige und konsequente Anwendung dieser Strafgesetze. Dazu bedarf es aber ausreichend Polizisten und Staatsanwälte, die Straftaten ermitteln und anklagen, ebenso genügend gut ausgebildete und selbstbewusste Richter, die verantwortungsvolle und starke Urteile sprechen“, so Schleif.
Doch gerade da hapere es gewaltig. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte seien „seit Jahren überlastet“ und könnten kaum noch ihre Alltagsarbeit bewältigen. Schleif: „Die Sparmaßnahmen aller Bundeländer haben den Rechtsstaat über viele Jahre hinweg derart geschwächt, dass ihm nach Massen-Straftaten wie jetzt in Stuttgart die Luft ausgeht.“
Paradies für Randalierer, Extremisten, Reichsbürger, Clans
Auch wenn in Teilen der Politik langsam ein Umdenken einsetze und zumindest etwas mehr Geld in die Justiz investiert werde, ließen sich die Fehler der Vergangenheit kurz- und mittelfristig nicht ausbügeln. Unter den dramatischen Folgen jahrelanger Rotstift-Politik und der „bewussten Vernachlässigung des Rechtstaates“ werde Deutschland „noch sehr lange leiden“.
Richter Schleif prophezeite im Gespräch mit FOCUS Online, dass sich Ausschreitungen wie in Stuttgart in anderen deutschen Städten wiederholen werden.
„Das Ausbleiben einer angemessenen Reaktion wird von vielen Menschen als ein Zurückweichen des Rechtsstaats wahrgenommen, insbesondere von den Tätern, die mal wieder ungeschoren bleiben“, glaubt der Jurist. „Die auf diese Weise geschaffene Lücke wird schnell zu einem rechtsfreien Raum. Ein rechtsfreier Raum, den Randalierer ebenso ausnutzen wie linke, rechte und religiöse Extremisten, Reichsbürger und kriminelle Clans.“

http://www.pi-news.net/2020/06/polizei-abschaffen-mit-unterstuetzung-der-bundesregierung/

MOSLEM MOHAMED AMJAHID, JOURNALIST BEI DER "VA&TMH", HETZT GEGEN POLIZEI

„Polizei abschaffen“ mit Unterstützung der Bundesregierung

23. Juni 2020

Moslem Mohamed Amjahid zeigt mit diesem polizeifeindlichen Tweet vom 8. Juni seine geistige Gesinnung. Er arbeitet auch für den Verein „Villa Aurora & Thomas Mann Haus“, der vom Auswärtigen Amt und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert wird.

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der marokkanischstämmige Moslem Mohamed Amjahid arbeitet als Politik-Redakteur bei der „Zeit“ und dem gemeinnützigen Verein „Villa Aurora & Thomas Mann Haus“. Dieser Verein wird mit öffentlichen Mitteln des Auswärtigen Amtes und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters, aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert.

Der Twitter-Account von Mohamed Amjahid liefert einen tiefen Einblick in die Denkwelt dieses Moslems. So bejubelte er am 8. Juni die „Abschaffung“ der Polizei in Minneapolis und hofft „Inshallah“, also „so Allah will“, dass dies

demnächst auch bei uns geschehe. Wünscht er sich stattdessen vielleicht eine gottgefällige Scharia-Polizei?
Folgerichtig unterstützt er auch die Kampagne „Pressefreiheit statt Polizeigewalt" für die iranischstämmige taz-Journalistin HengamehYaghoobifarah, die in ihrer Kolumne „Abschaffung der Polizei – All copsare berufsunfähig" am 15. Juni die knapp 320.000 Polizisten in Deutschland als menschlichen Abfall diffamierte, den man nicht einmal „in die Nähe von Tieren lassen" würde. Da diese zum Faschismus tendierenden Personen mit Hakenkreuz-Phantasien jederzeit zu Gewalttaten mit Bomben, Brandsätzen, Vergiftungschemikalien und anderen Gegenständen, die man als Waffen nutzen könne, neigen würden (PI-NEWS berichtete).
Moslem Mohamed Amjahid setzt sich nun vehement dagegen ein, dass Innenminister Horst Seehofer eine Strafanzeige wegen dieses abartigen und menschenverachtenden Artikels stellt. Seiner Meinung nach laufe diese Beleidigungsorgie unter „Pressefreiheit". Es ist mehr als bezeichnend, dass Jan Böhmermann der erste ist, der diese Petition unterzeichnete. Auch EnissaAmani ist im Club der über 600 Moslems und Linksverdrehten, die sich an die Seite der hetzenden HengamehYaghoobifarah stellen.
Man muss sich nur einmal vorstellen, wie solche Typen wie Amjahid aufgeheult hätten, wenn derartig üble Diffamierungen gegenüber einer anderen gesellschaftlichen Gruppe als Polizisten – beispielsweise Moslems – gefallen wären. Das „Rassismus" – und „Islamophobie"-Geschrei hätte von Flensburg bis München durch die Republik geschallt. Die Pressefreiheit gilt daher nur, solange sie einem nützt. Genauso wie die Religionsfreiheit, die von Anhängern des Politischen Islams nur benutzt wird, um die eigene Ideologie voranzubringen. Sobald sie an der Macht ist, ist es vorbei mit der Religionsfreiheit für andere. Beobachtbar im real existierenden Politischen Islam in 57 Staaten dieses Planeten.
„Journalisten" wie Mohamed Amjahid und HengamehYaghoobifarah sind die geistigen Wegbereiter der Ausschreitungen von Stuttgart. Unter sehr gläubig eingestellten Moslems ist ideologiebedingt die Abneigung gegen die Autoritäten des ungläubigen Staates ohnehin hoch. Polizisten werden nicht als Exekutive der Ordnungsmacht anerkannt, genausowenig wie die parlamentarisch verabschiedeten Gesetze, da nur die „göttlich" erlassene Scharia akzeptiert wird. Ebenso verweigern viele Fundamental-Moslems im Gerichtssaal Richtern durch Sitzenbleiben den Respekt oder greifen Sanitäter, Feuerwehrleute und andere Rettungskräfte an, wenn sie mit ihrem Handeln islamische Vorschriften verletzen, beispielsweise mit dem für Ungläubige unerlaubten Anfassen einer moslemischen Frau.
So ist es auch kein Wunder, dass unter den marodierenden Horden der Stuttgarter Gewaltnacht, bei denen auch der Grüne Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer „kaum Weiße erkennen" konnte, der Ruf „Allahu Akbar" ertönte.
Sehr positiv, dass die Bild-Zeitung es groß auf der Titelseite
und auf Seite drei brachte:

Wenn dann auch noch aus der linksrotgrünen Medien-und Parteienlandschaft die Abwertung der Polizei betrieben wird, ist eine Entfesselung dieses geistigen Gedankengutes nur eine Frage der Zeit. Stuttgart dürfte dabei nur den zarten Anfang darstellen.
Die sogenannte „Partyszene“, die freilich hauptsächlich aus fundamental eingestellten Moslems aus Ländern wie Irak, Iran, Afghanistan, Somalia, Bosnien und Kroatien sowie die sie unterstützenden Linksextremisten bestand, denen Stuttgarter Clubs aus gutem Grunde den Einlass konsequent verweigern, existiert in allen deutschen Großstädten.
Die großen Spannungen, die der frühere CIA-Chef Michael Haydn bereits im Jahre 2008 für die großen Städte Europas aufgrund der wachsenden moslemischen Bevölkerung ab dem Jahr 2019 erwartete und die Udo Ulfkotte in seinem Buch „Vorsicht Bürgerkrieg“ beschrieb, befinden sich nun in ihrer Startphase.
Es ist ein Skandal, dass der Polit-Journalist Mohamed Amjahid für einen Verein arbeitet, der vom Auswärtigen Amt und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien unterstützt wird. Das sieht auch Bild-Chefredakteur Julian Reichelt so, durch dessen Tweet vom Montag ich auf den Mohammedaner aufmerksam wurde.
Würden Heiko Maas und Monika Grütters ihre demokratische Aufsichtspflicht erst nehmen, müssten sie ihre Zahlungen an den „Villa Aurora & Thomas Mann Haus“-Verein vom Ausschluss des moslemischen Journalisten abhängig machen. PI-NEWS bleibt an der Sache dran.

Michael Stürzenberger
PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.

https://www.n-tv.de/panorama/Kuendigte-sich-Stuttgarter-Krawallnacht-an-article21865222.html
DIENSTAG, 23. JUNI 2020

Gruppendynamik und CoronafrustKündigte sich Stuttgarter Krawallnacht an?

Hunderte Menschen randalieren am Wochenende in den Straßen von Stuttgart. Sie verwüsten Läden in der Innenstadt und rauben sie aus. Die Randalierer seien aus der Partyszene gekommen, heißt es. Doch die Party- und Eventszene der Stadt wehrt sich gegen diese These.

Wenige Tage nach den Ausschreitungen in Stuttgart ist immer noch unklar, was die Motive der laut Polizeiangaben 400 bis 500 Männer waren, die in der Innenstadt randalierten. Zunächst wird von einer spontanen Zusammenkunft gesprochen. Kurz nach den Ereignissen sagt Oberbürgermeister Fritz Kuhn, dass der Großteil der Randalierer aus der Partyszene komme. Der Rest seien Krawalltouristen gewesen.

Unter Clubbesitzern, Veranstaltern, Türstehern und Security-Mitarbeitern in Stuttgart wird aber deutlicher Widerspruch gegen die Einschätzung laut, die Krawallmacher seien der "Party- und Eventszene" zuzuordnen. Nach Recherchen von RTL/ntv-Reportern haben einige Stuttgarter die Randalierer beobachtet. Auf manche von ihnen wirkte die Szene nicht spontan, sondern eher organisiert. Schon seit Wochen fallen demnach zahlreiche Jugendlichen und junge Erwachsene auf, die sich am Schlossplatz und am Eckensee treffen. Schon vor zwei Wochen gab es dort Beobachtern zufolge Ärger mit der Polizei.

POLITIK23.06.20

Viele Fragen nach KrawallnachtAchtmutmaßliche Randalierer sitzen in Untersuchungshaft

Als Auslöser der Krawalle gilt die Drogenkontrolle eines 17-Jährigen durch die Polizei, mit dem sich gleich mehrere Hundert Menschen solidarisierten. **Der Geschäftsführer eines Clubs erklärte einem Reporter von RTL/ntv, dass er in der Randalenacht gegen 2 Uhr an einem Zebrastreifen stand und plötzlich mindestens 10 vermummte Leute angerannt kamen. Viele Anwohner hätten demnach mitbekommen, dass die Täter nicht alle vom Schlossplatz aus agiert hätten, sondern an mehreren Stellen aufgetaucht seien. Er gehe deshalb nicht von einer spontanen Aktion aus. Feierwütige hätten normalerweise auch keine Sturmhauben dabei**.

Statistik zeigt Schwerpunkt

Wie die "Stuttgarter Zeitung" berichtet, sollen laut der jüngsten Polizeilichen Statistik schon in der Vergangenheit besonders in Stuttgart-Mitte Delikte wie Raub und Körperverletzungen verstärkt vorgekommen sein. Es ist der Bereich, der wohl am meisten von Straftaten betroffen sei. Laut einer aktuellen Polizei-Auswertung geschehen die Taten vor allem in den Nachtstunden an den Wochenenden.

Auch der Polizeigewerkschafter Thomas Mohr äußerte sich in einem Facebook-Post kritisch zu der Party- und Eventszene-Theorie. "Wer hier die Randalierer einer "Event und Party-Szene" zuordnet, verharmlost das Grundproblem", schreibt er. "Nach Schilderungen der Einsatzkräfte vor Ort handelte es sich um überwiegend migrantische Jugendliche, Heranwachsende, aber auch Erwachsene in größerer Zahl, die sich grundsätzlich an keine Verhaltensregeln halten. Das sind weitgehend testosterongeladene junge Männer, die in der Gruppendynamik schnell eskalieren!" Der Organisierungsgrad, der oft durch die sozialen Plattformen emotional transportiert werde, sei bei dieser Gruppe hoch.

Eine Rolle könnte gespielt haben, dass die Menschen durch den Corona-Lockdown weniger Möglichkeiten hatten, Druck abzubauen. Das könnte eine solche Situation noch zusätzlich verschärfen, erklärte Psychologe Holger Schlageter im RTL-Interview. Auch der Konsum von Alkohol könnte eine Rolle gespielt haben. Zudem komme es oft zur Randale, wenn eine

Masse sich in Gang setze und somit auch dem Einzelnen ein Gefühl von Macht und Stärke gebe.

POLITIK22.06.20

Kretschmann zur Krawallnacht"Niemand konnte so was ahnen"

Grünen-Politiker Cem Özdemir forderte am Montag harte Strafen für die Täter: "Das muss mit der ganzen Härte des Rechtsstaates geahndet werden. Es müssen alle dingfest gemacht werden, die das hier zu verantworten haben", sagte er über die Verantwortlichen der Ausschreitungen in seinem Bundestagswahlkreis. Aber die Gesellschaft müsse sich seiner Meinung nach auch fragen, wie es passieren könne, "dass uns Jugendliche, insbesondere auch mit Migrationshintergrund, zum Teil entgleiten". Immer mehr Jugendliche verlören offenbar den Glauben, "dass man durch Fleiß, durch Arbeit, durch Schule, durch Ausbildung eine Perspektive in der Gesellschaft bekommt".

Zeugen gesucht

Mehrere Hundert junge Männer hatten in der Nacht zum Sonntag in Kleingruppen 40 Läden beschädigt und zum Teil geplündert. Laut Polizeiangaben wurden zwölf Streifenwagen demoliert, 19 Polizisten wurden verletzt, einer davon brach sich das Handgelenk. 24 Personen wurden vorläufig festgenommen. Inzwischen sitzen acht mutmaßliche Randalierer in Untersuchungshaft, einer von ihnen wegen Verdachts auf versuchten Totschlag. Er soll einem bereits am Boden liegenden Studenten gegen den Kopf getreten haben. Ein Richter habe die beantragten Haftbefehle erlassen, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft am Morgen. Ein weiterer Haftbefehl wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt.

Die Männer im Alter zwischen 16 und 33 Jahren besitzen laut Polizei die deutsche, kroatische, irakische, portugiesische und lettische Staatsangehörigkeit. Ihnen wird Landfriedensbruch vorgeworfen sowie gefährliche Körperverletzung, tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und Diebstahl in besonders schwerem Fall. 16 zunächst vorläufig festgenommene mutmaßliche Beteiligte wurden den Angaben zufolge wieder entlassen. Die Polizei Stuttgart hat am Montag ein Hinweisportal eingerichtet, in dem Zeugen Videos und Fotos hochladen können, die weitere Tathinweise geben könnten.

Quelle: ntv.de, sgu

https://philosophia-perennis.com/2020/06/23/talk-was-passierte-wirklich-in-stuttgart-und-warum-video/

https://www.pi-news.net/2020/07/attacke-in-berliner-s-bahn-eine-nachbetrachtung/

TÄTER IST EIN ABGELEHNTER ASYLBEWERBER

Attacke in Berliner S-Bahn: Eine Nachbetrachtung

2. Juli 2020

Von EUGEN PRINZ | Selten wurde einem Körperverletzungsdelikt so viel öffentliche Aufmerksamkeit zuteil, wie der Attacke eines hochaggressiven

Schwarzafrikaners auf eine junge Frau, die mit ihrem Hund in der Berliner S-Bahn unterwegs war (PI-NEWS berichtete).
Der Vorfall wurde von einem Fahrgast mit der Handy-Kamera aufgenommen und über die sozialen Netzwerke verbreitet. So konnten Millionen Menschen miterleben, wie hilflos das Mädchen den Ausrastern des testosterongesteuerten Aggressors ausgeliefert war. Manche Frauen, die sich gedanklich in die Lage des Tatopfers versetzt hatten, brachen angesichts dessen Martyriums und seinem erfolglosen Flehen sogar in Tränen aus.

Und wieder ein abgelehnter Asylbewerber

Wie die *BILD* meldete, konnte der Tatverdächtige aufgrund eines Hinweises der Berliner Polizei am Dienstag in der Nähe des Tatortes am S-Bahnhof Gehrenseestraße (Alt-Hohenschönhausen) festgenommen werden.

Es handelt sich um einen 22-jährigen Asylbewerber aus Gambia, der in Deutschland mit einer Duldung in einem Asylbewerberheim lebt. Er hat die Tat zugegeben.

Die Duldung ist nach offizieller Definition eine „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung" von ausreisepflichtigen Ausländern. Sie stellt keinen Aufenthaltstitel dar und begründet daher auch keinen rechtmäßigen Aufenthalt. Geduldete sind daher de jure weiterhin ausreisepflichtig.

Damit sind wir schon bei der ersten Sauerei (man kann es nicht anders formulieren). Der aggressive Schwarzafrikaner gehört also zum riesigen, ständig weiter wachsendem Heer jener abgelehnten Asylbewerber, die aus tausend-und-einem Grund nicht abgeschoben werden können. Er hat in Deutschland nichts, aber auch gar nichts zu suchen, wird uns aber trotzdem sein Leben lang erhalten bleiben und ein Vermögen kosten.

Damit nicht genug. Die einheimische Bevölkerung muss sich vor ihm fürchten, solange er hierzulande frei herumläuft. Und wie bereits erwähnt: Abschieben kann man ihn nicht, sonst hätte man das schon getan und er hätte keine Duldung.

Strafrechtlich ist nicht viel drin

Der nächste Punkt: Strafrechtlich gesehen, ist der Vorfall nicht sonderlich ergiebig. Außer einer Anzeige wegen einfacher Körperverletzung und Beleidigung wird der Vorfall für den Gambier wohl keine weiteren Konsequenzen haben. Selbstverständlich wird ihm dann auch noch auf Kosten der Steuerzahler ein Anwalt zur Seite gestellt. Die Angst, die Schmerzen, die Schmach und die Erniedrigung des Tatopfers, sowie die möglichen psychischen Spätfolgen werden, falls es zu einer Verurteilung kommt, nie und nimmer genügend Niederschlag in der Strafzumessung finden.

Was lernt der Gambier daraus?

1. **Die deutschen Männer sind alle Weicheier. Ich kann ihre Frauen beleidigen und verprügeln, da greift keiner ein.**
2. **Selbst wenn sie mich erwischen, passiert mir so gut wie nichts. Die nehmen meine Personalien auf und lassen mich dann wieder laufen. Den Rest regelt dann mein Anwalt. Dem fällt schon etwas ein.**

Es besteht also für den abgelehnten Asylbewerber nicht der geringste Grund, sein Verhalten zu ändern. Wenn er klug ist, lamentiert er vor Gericht sogar noch über den Rassismus, der ihm hierzulande überall entgegen schlägt. Damit hat er ein mildes Urteil und eine verständnisvolle Berichterstattung so gut wie in der Tasche.

Das Tatopfer

Nicht wenige Kommentatoren auf Facebook und anderswo zeigten wenig Mitleid mit dem Tatopfer, weil sie es unter die Kathegorie „Teddybärenwerferin"

einordneten. „Bestellt-geliefert" war nicht selten zu lesen und musste als Begründung dafür herhalten, dass der Kommentator nach eigenem Bekunden in dieser Situation auch nicht eingegriffen hätte.
Der Autor hat die Facebook Seite der jungen Frau besucht. Sie ist eine ganz große Tierfreundin und -schützerin. Irgendwelche politischen Inhalte fanden sich dort nicht.
Nein, wir müssen der Wahrheit ins Auge sehen:
Die Anzahl der Weicheier in den Reihen der deutschen Männer ist in den letzten Dekaden exponentiell gestiegen.
Wäre die junge Frau eine Türkin gewesen, dann würde der aggressive Schwarze wahrscheinlich keine Frau mehr angreifen, wenn die männliche Verwandtschaft des Tatopfers mit ihm fertig ist.
Nicht, dass der Autor so etwas gutheißen würde…

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)
» Twitter Account des Autors

https://www.achgut.com/artikel/krieg_in_dijon_und_stuttgart2/10
Christian_Osthold_Krieg_in_Dijon_und_Stuttgart_ACHGUT_2020-06-23
Krieg in Dijon und Stuttgart
In den letzten Jahren hat migrantisch geprägte Kriminalität nicht nur in Deutschland immens an Bedeutung gewonnen. Vor allemFrankreich ist dabei wiederholt mit dem erheblichen destruktiven Potenzial einer Einwanderungspolitik konfrontiert worden, die nunein soziales Pulverfass zur Explosion gebracht hat. Während deutsc
he Medien nur zögerlich über die Situation berichten, ist inFrankreich eine hitzige Debatte über die innere Sicherheit entflammt.Ganz unabhängig davon, welchem politischen Weltbild man auch zuneigen mag, man kommt nicht umhin festzustellen: Derbürgerkriegsähnliche Konflikt, der Dijon im Juni 2020 für vier Tage in den Mahlstrom der Zerstörung riss, entspringt einem Gemischarchaischer Energien, dessen Zündung die im Milieu muslimischer Migranten dimmende Flamme der Gewalt zu einer wildenFeuersbrunst auflodern ließ. Klarer noch als je zuvor erstrahlt in ihrem Schein nun eine Erkenntnis, deren Tragweite viel zu lange durchden rigiden, ideologischen Dogmatismus der politischen Klasse des Landes relativiert worden war: nämlich, dass die Vorortefranzösischer Städte längst nicht mehr dem staatlichen Gewaltmonopol unterliegen, sondern von Kriminellen mit eigenen Gesetzenregiert werden.Konkret ist die Rede von maghrebinischen Banden, die in zahlreichen Städten einen erheblichen Teil des Rauschgifthandels abwickelnund ihr Geschäft rücksichtlos verteidigen. In Paris etwa spielt nordafrikanische Kriminalität im sozialen Leben eine geradezuherausragende Rolle; im „Goutte-d'Or", wie der 18. Bezirk genannt wird, hat sich eine verfestigte Parallelgesellschaft gebildet, diebereits in den 1960er Jahren bis zu 120.000 algerische Männer anzog. Heute ist das Viertel de facto ein Staat im Staate, mehr als 50Prozent der Bewohner sind Migranten aus dem Maghreb oder Schwarzafrika. Als der damalige Pariser Bürgermeister JacquesChirac 1991 vor Ort

war, zeigte er sich angesichts der stark vorangeschrittenen Überfremdung entsetzt und forderte eine Revision derEinwanderungspolitik. Passiert ist seither nichts. Stattdessen haben die am Beispiel von Goutte-d'Or skizzierten Verhältnisse längstauch in anderen französischen Vorstädten Einzug gehalten. Mit fatalen Folgen: Die Desintegration des Gemeinwesens ist hier manifest. Tschetschenen gegen NordafrikanerZwar richtet sich die in den Banlieues von nordafrikanischen Banden applizierte Gewalt vornehmlich gegen Konkurrenten, schlägtjedoch immer öfter auch der Polizei entgegen, die hier als Besatzer und nicht als Ordnungsmacht wahrgenommen wird. Insofernüberrascht, dass die in Grésilles angekurbelte Gewaltspirale nicht den Kulminationspunkt der Revierkämpfe verfeindeter Bandenmarkiert, sondern aus einer inzidenten Begebenheit resultiert. Wie es dazu kam, dass die französische Polizei nicht verhindern konnte,dass sich ganze Straßenzüge in einen Kriegsschauplatz verwandelten, wie die Involvierung der Tschetschenen einzuordnen ist und wasall dies für den demokratischen Rechtstaat bedeutet, darum soll es im Folgenden gehen.Katastrophen kündigen sich gewöhnlich durch milde Vorboten an. In Dijon war dies nicht anders. Als ein Sechzehnjähriger am 10. Juni2020 unverhofft in eine Schlägerei mit algerischen Straßendealern geriet, ahnte niemand, dass schon bald das gesamte Viertel inFlammen stehen würde. So begingen die Täter nämlich einen folgenschweren Fehler, indem sie auf die leichte Schulter nahmen, dassihr übel zugerichtetes Opfer der tschetschenischen Diaspora angehörte. Dieses Detail mag zunächst nicht sonderlich relevanterscheinen; für den Fortgang der Ereignisse spielt es jedoch eine zentrale Rolle. Dass die Nordafrikaner der Herkunft des Delinquenten
Bedeutung zumaßen, ist nicht verwunderlich, da sie die wenigen Tschetschenen vor Ort wohl kaum als veritable Gegnerbetrachteten. Auf das ganze Land bezogen, umfasst die tschetschenische Diaspora nämlich bloß 25.000 Personen, wohingegen demZensus von 2013 zufolge 760.000 Algerier, 709.000 Marokkaner sowie 285.000 Tunesier in Frankreich lebten.Obwohl damit nur knapp 0,4 Prozent aller Einwanderer tschetschenische Wurzeln haben, hat die nordkaukasische Volksgruppe denverheerendsten Gewaltexzess der letzten Jahre ausgelöst. Zwar erhielt sie dabei die tatkräftige Unterstützung ihrer maghrebinischenKontrahenten, doch drängt sich die Frage auf, warum ausgerechnet die Konfrontation der größten mit der kleinsten Migrantengruppedes Landes solch eruptive Auswirkungen zur Folge hat. Die Antwort ergibt sich nicht allein oder gar hauptsächlich aus spezifischensozialen Gegebenheiten, wonach die Erwerbslosenquote unter Einwanderern 2019 bei 16,3 Prozent lag, sondern ist zweifellos in derGeschichte der Tschetschenen zu suchen. In Europa weiß heute fast niemand, dass das tschetschenische Volk in den letzten dreihundertJahren kaum eine Generation hervorgebracht hat, die keine gewalttätigen Konflikte erlebt hätte. Was aber hat es damit auf sich? Die Tschetschenen sind ein muslimischer Bergstamm aus dem östlichen Nordkaukasus und waren seit1757 in einen permanenten Abwehrkampf gegen den russländischen Zentralstaat verstrickt. Dieser Konflikt reicht mit wenigenUnterbrechungen bis ins 21. Jahrhundert und hat die tschetschenische Gesellschaft mehrfach an die Schwelle summarischerAnnihilation geführt. Trotzdem sind bis heute sämtliche Versuche gescheitert, ihren Freiheitsdrang gewaltsam zu ersticken. Da wederdie Zaren noch die Bolschewiki Tschetschenien dauerhaft unterwerfen konnten, ließ der sowjetische Diktator Josef Stalin das gesamtetschetschenische Volk sowie die mit ihnen eng verwandten Inguschen zwischen dem 23. und 27. Februar 1944 nach Zentralasiendeportieren: Bis zum 1. Juli 1949 waren allein in Kasachstan insgesamt 101.036 tschetschenische Sonderumsiedler an den Folgen derDeportation umgekommen, was einem Anteil von 23,3 Prozent ihrer damaligen Gesamtbevölkerung entspricht. Tschetschenen – Geächtet undgefürchtetSo sehr wir Historiker dieses dunkle Kapitel auch erforscht haben mögen: Das den Tschetschenen widerfahrene menschliche Leid lässtsich statistisch nicht erfassen. Trotz allem hielten sie stand. Während die meisten anderen in die Verbannung geschickten Völker – allenvoran die Russlanddeutschen – nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nahezu vollständig assimiliert wurden, kehrten dieTschetschenen 1956 nicht nur gestärkt, sondern auch ohne staatliche Erlaubnis in ihre Heimat zurück. In der feindseligen Welt der sowjetischen Lagerverwaltung hatten sie trotz ihrer dezentralen Unterbringung überleben können, indemsie sich systematisch gegenüber ihrem Umfeld abschotteten und jegliche Kooperation mit den Behörden verweigerten. Aus dieser Zeitstammt denn auch eine Eigenschaft, die man jüngst in Dijon beobachten konnte: die stark ausgeprägte Binnenkohäsion destschetschenischen Sozialgefüges. Diese bedingt, dass externe Angriffe grundsätzlich auf das Kollektiv bezogen werden. Hinzu kommtein weiterer Faktor: Wird ein Tschetschene zum Opfer von Gewalt, dann ist er gemäß dem Gewohnheitsrecht seines Volkes berechtigt,in aller Schärfe zu reagieren; tut er dies nicht, nimmt er einen Ehrverlust in Kauf, der wiederum auf die Gemeinschaft zurückfällt. Dieseund andere Elemente

des archaischen Brauchtums der Tschetschenen liegen jener einzigartigen Resilienz zugrunde, die sie selbst gegenden präzedenzlosen Terror unter Stalin immunisiert hat. Nicht zufällig hat ihnen der sowjetische Dissident Alexander Solschenizyn einmonumentales Denkmal gesetzt. In seinem Epos „Archipel Gulag“ berichtet er voller Faszination: „Es gab indes [im Verbannungsgebiet] eine Nation, die der Psychologie der Unterwerfung standgehalten hatte – als Nation, alsGanzes, nicht nur die Einzelgänger, nicht nur die Rebellen. Das waren die Tschetschenen [...] Nie und nirgendwo hat es einenTschetschenen gegeben, der sich um die Gunst eines Načal’niks bemüht hätte; immer traten sie der Obrigkeit stolz, ja sogar offenfeindselig entgegen [...] Und seht das Wunder! Alle fürchteten sich vor ihnen. Niemand vermochte sie daran zu hindern, auf diese Weisezu leben.“Die sozialen Antagonismen derSowjetzeitNach ihrer Rückkehr in die Heimat scheiterte der Zentralstaat daran, die Tschetschenen in die sowjetische Zivilgesellschaft zuintegrieren. Während Grozny, die Hauptstadt ihrer 1957 wiedererstandenen autonomen Republik, durch die florierende Ölindustrieaufblühte, fiel die tschetschenische Bevölkerung einer tiefreichenden Marginalisierung zum Opfer. Dem sowjetischen Zensus von 1989zufolge lag die republikanische Bevölkerung bei 1.138.000. Die Russen hatten daran einen Anteil von 25,81 Prozent (293.800Personen) und stellten nach den Tschetschenen, die auf 64,54 Prozent (734.500) kamen, die zweitgrößte Volksgruppe. Als zweiteTitularnation zählten die Inguschen hingegen nur 14,39 Prozent (163.800).Die privilegierte Stellung der Russen manifestierte sich vor allem darin, dass 78 Prozent von ihnen in den Städten lebten, wo sieüberwiegend in der Verwaltung, der Ölindustrie, der Wissenschaft und im Staatsdienst beschäftigt waren. Im Gegensatz dazu wohntenlediglich 23,53 Prozent der Tschetschenen in einem urbanen Umfeld, während ihr Anteil an der Landbevölkerung 516.644 betrug.

Damit lebten 70,33 Prozent von ihnen auf dem Land, wo ein deutlich niedrigeres Lebensniveau herrschte. Das monatliche Einkommeneines tschetschenischen Kolchosebauern erreichte im Jahr 1985 lediglich 82,5 Prozent des durchschnittlichen Lohnniveaus in Russland.Bis 1991 sank dieser Wert gar auf 74,8 Prozent. Infolge mangelhafter medizinischer Versorgung litten die Tschetschenen, die bis zuletzteine der höchsten Geburtenraten der gesamten UdSSR aufwiesen, überproportional häufig an Kindersterblichkeit. Im Jahr 1989 standenfür 10.000 Personen nur 76 Krankenhausbetten und 59 Ärzte zur Verfügung. Zugleich verfügten nur 3,7 Prozent der Bevölkerung übereine höhere Spezialausbildung. Als Moskau seine Ordnungspolitik in Tschetschenien in den 1980er Jahren schließlich liberalisierte, war es bereits zu spät, um demirredentistischen Eifer Einhalt zu gebieten, der sich nun schlagartig Bahn brach. Im Zuge der religiösen Renaissance, die in jenen Tagenden gesamten Nordkaukasus erfasste, entwickelte sich der Islam rasch zu einem bedeutsamen politischen Faktor, den derLuftwaffengeneral Džochar Dudaev im Anschluss an die tschetschenische Revolution für seine Präsidentschaft instrumentierte. Dass erdamit die Büchse der Pandora geöffnet hatte, zeigte sich bereits wenige Jahre später, als Tschetschenien in einen militärischen Konfliktmit Moskau abglitt, der in zwei neue Kriege mündete und schließlich von wahhabitischen Terroristen gekapert wurde. Der Feldzuggegen sie hat nie wirklich geendet, dafür aber tausenden Menschen das Leben gekostet. Heute herrscht ein Zustand im Land, den ich alsdie Abwesenheit von Krieg bezeichne; die Kampfhandlungen sind zwar vorbei, doch wird Tschetschenien mit eiserner Faust vonRamzan Kadyrov regiert, dessen von Moskau protegierte Regierung einen Polizeistaat errichtet und zahlreiche Menschen zur Flucht insAusland gezwungen hat. Andererseits hat diese Tatsache in den letzten Jahren zahlreichen Tschetschenen als Vorwand für die Einreisenach Deutschland gedient. Da deutsche Behörde nicht selten erhebliche Zweifel in die Angaben tschetschenischer Asylbewerber setzen,lag deren Schutzquote zuletzt bei nur 7,9 Prozent.Ein Akt der SelbstjustizDieser historische Exkurs mag müßig sein; er ist aber nötig, um das Verhalten tschetschenischer Migranten in Europa richtig zu deuten.Wenn diese heute in Frankreich leben, dann handelt es sich bei ihnen – anders als in Deutschland – nahezu ausnahmslos umKriegsflüchtlinge, die zwischen 1995 und 2006 ins Land kamen. Diese Feststellung ist bedeutsam, weil sie zeigt, dass ihnen genug Zeitblieb, sich in die französische Zivilgesellschaft zu integrieren, wozu auch gehört, das staatliche Gewaltmonopol zu achten. Dass esdabei offenbar noch Defizite gibt, illustriert die Reaktion auf den Vorfall in Grésilles. So hatte der brutale Angriff auf das minderjährigeOpfer nicht etwa eine Strafanzeige, sondern Selbstjustiz zur Folge. Dazu kam es, weil zahlreiche Tschetschenen innerhalb wenigerStunden nach Bekanntwerden des Vorfalls in den sozialen Netzwerken beschlossen, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen; zu diesemZweck reisten sie aus verschiedenen Landesteilen sowie aus dem Ausland nach Dijon. Allem Anschein nach sind demvorausgegangenen Aufruf bis zu 150 Personen gefolgt. Von Rachegefühlen getrieben, hatten sie nur ein Ziel: den Feind – in diesem Fallnordafrikanische Dealer,

deren hemmungslos ausufernde Kriminalität die Menschen vor Ort schon lange quält – zur Rechenschaft zuziehen. Was sie allerdings nicht wussten, war, dass die Dealer über ein großes Arsenal an Kriegswaffen verfügten und keineHemmungen hatten, notfalls auch ihr eigenes Viertel in Schutt und Asche zu legen.In dieser Situation stellt sich eine weitere, historisch gewachsene Eigenschaft der Tschetschenen dar: ihr hoher Mobilisierungsgrad.Bereits in der zentralasiatischen Verbannung konnten sie sich selbst über größere Entfernungen rasch konsolidieren, um spontan aufBedrohungen zu reagieren. Dieses Verhalten, das sich auch an anderer Stelle zeigt, haben sie in jenen Tagen internalisiert. Als es imDezember 2010 im Moskauer Stadtzentrum zu fremdenfeindlichen Übergriffen auf Migranten kam, schlossen sich auch inTschetschenien junge Männer zusammen, um ihre Landsleute in der Hauptstadt zu unterstützen. Mit solchen Aktionen wird stetsdieselbe Botschaft vermittelt: Wer es wagt, sich mit Tschetschenen anzulegen, muss mit drastischen Konsequenzen rechnen und wird injedem Fall zur Verantwortung gezogen.Die Profanation des öffentlichenRaumesUnter diesem Aspekt sind auch die seit dem 12. Juni über Dijon hereinbrechenden Ereignisse zu sehen. So wollte man denNordafrikanern einen Denkzettel verpassen. Inwieweit dies gelungen ist, wird sich zeigen. Klar jedoch ist, dass die entfesselte Gewaltan das Ausmaß eines Bürgerkrieges heranreichte: Was in Dijon passierte, war folglich mehr als die Auseinandersetzung zweierKonfliktparteien; es war die Profanation des öffentlichen Raumes durch Migranten, die ihr allmähliches Abdriften in militant-antibürgerliche Gefilde in einen plötzlichen Sprung verwandelten und – wenn überhaupt – nur Lippenbekenntnisse zur Legalitätabgeben. Die Ausschreitungen waren aber auch die kalkulierte Demonstration physischer Macht, von der man nun weiß, dass sie sichjederzeit auf der Straße entladen kann. Wenn – wie geschehen – mehrere hundert Personen, zum Teil mit Sturmgewehren, Pistolen undautomatischen Schrotflinten, aufeinander losgehen, ganze Straßenzüge verwüsten, Geschäfte angreifen und Fahrzeuge als Waffeneinsetzen, dann wird nicht nur der französische Polizist zu einem Statisten. Dabei spielt keine Rolle, wer letztlich den ersten Steingeworfen hat; von Bedeutung ist einzig das verheerende Ergebnis: die temporäre Neutralisierung der inneren Sicherheit.

Jene wiederum ist Ausdruck einer fortschreitenden Dezivilisierung, die man noch vor zwanzig Jahren nicht für möglich gehalten hätte.Entscheidend ist, dass sie von Menschen verkörpert wird, die zwar in Europa leben, nicht aber verstanden oder gar verinnerlicht haben,wie Konflikte in einem demokratischen Rechtstaat reguliert werden; Gewalt ist für sie nichts anderes als eine natürlicheMachtressource, die rein funktional eingesetzt wird. Dass die Tschetschenen im vorliegenden Fall auf die Anrufung eines Strafgerichtsverzichtet haben, entspricht im Übrigen jener Haltung, die sie im Laufe der Zeit gegenüber staatlichen Institutionen herausgebildethaben. Sowohl im Zarenreich als auch zu Sowjetzeiten haben sie die Autorität staatlicher Institutionen geflissentlich ignoriert und ihreAngelegenheit stets unter sich geregelt. Diese Verhaltensweise ist freilich keine originär tschetschenische, sondern zeigt sich auch amBeispiel arabischer bzw. kurdischer Großfamilien. Am Rande der bürgerlichen Gesellschaft stehend, betrachten sie jene als ihre Beute,während der Staat als lästiger Feind gesehen wird, der hin und wieder versucht, ihre Geschäften zu vereiteln. Insofern besteht keineNotwendigkeit, die Ungesetzlichkeit dessen zu akzentuieren, was in Dijon passiert ist: Die verzerrenden Extreme von Anarchie undGewalt sprechen für sich selbst.Obwohl es andererseits zwingend erforderlich ist, eine praktikable Lösung für das Phänomen struktureller Migrantengewalt zu finden,die über die Artikulation bedeutungsschwangerer politischer Schlagworte hinausgeht, erweisen sich die Unruhen in Dijon auch alslehrreich. Auf ihrer Folie wird deutlich, worin sich die archaisch geprägten Herkunftskontexte zahlreicher unter uns lebenderEinwanderer aus der islamischen Welt von den weitestgehend befriedeten Gemeinwesen Europas unterscheiden: Während inmigrantischen Parallelgesellschaften Verfehlungen auf dem Fuß geahndet werden, können in Köln hunderte Frauen stundenlang sexuellbelästigt werden, ohne dass die anwesenden Männer dies unterbinden. Obwohl hier nicht der rechte Ort zur Vertiefung dieses Befunds ist, zeichnet sich doch eine systemische Inkompatibilität zwischenMenschen ab, die völlig verschiedene Kulturen in sich tragen und in Europa auf engem Raum zusammenleben: Während dieBevölkerungsmehrheit das staatliche Gewaltmonopol akzeptiert, steht ihr eine zumeist migrantische Minderheit gegenüber, die sichdurch einen untrüglichen Instinkt für dessen Erosion auszeichnet und keine Hemmungen hat, diese für sich zu nutzen. Gleichzeit wirddeutlich, dass der Firnis der Zivilisation nicht nur hauchdünn ist, sondern bereits tiefe Risse zeigt. Zu glauben, man brauche Menschennur in ein

anderes Umfeld zu bringen, um sie zu rechtschaffenen Bürgern zu machen – das ist womöglich einer der verhängnisvollstenFehler europäischer Einwanderungspolitik. Inwieweit der Befund des Scheiterns dieser mission civilisatrice zutrifft, möge jeder selbstentscheiden.Europa am ScheidewegAll dies ändert aber nichts daran, dass die Revolte von Dijon als untrügliches Warnzeichen einer seit Jahren heraufdämmerndenBedrohung zu sehen ist. Die Intervention der Tschetschenen hat diese nun in aller Klarheit sichtbar gemacht. In ihrem Kern liegt dasProblem, dass die französische Polizei offenbar nicht mehr fähig ist, der von Nordafrikanern ausgehenden Kriminalität in denVorstädten Herr zu werden. Dies kommt nicht nur einem Offenbarungseid gleich, sondern ist letztlich auch ein stillschweigendesEingeständnis staatlicher Dysfunktionalität. Aus diesem Grund sind Tschetschenen in Frankreich bereits mehrfach gegennordafrikanische Kriminelle vorgegangen. In Nizza haben sie sogar eine eigene Bürgerwehr gebildet, die die örtlichen Straßendealergezielt bei der Arbeit stört. Da sich der Staat aus den betroffenen Vierteln längst zurückgezogen hat, fühlen sie sich ermächtigt, selbstals Ordnungsmacht in Erscheinung zu treten. Während die tschetschenischen Staatsmedien erklärten, man habe in Dijon die Sicherheit der Bürger gewährleistet, betonen dieSprecher der Diaspora in Frankreich, es seien ausschließlich friedliebende Leute auf die Straße gegangen; diese Sichtweise ist zutiefstbefremdlich. Man darf sich wohl fragen, wie angesichts dieses Maßstabes bürgerlicher Rechtschaffenheit wohl ihre Definition vonKriminalität aussieht**. Dass sich die Aktionen der Tschetschenen im vorliegenden Fall faktisch gegen Verbrecher richten, wird ihneneinige Sympathien einbringen, macht die damit einhergehende Delegitimierung von Recht und Gesetz jedoch nicht besser. Stattdessenstellt sich dar, dass die Bewohner kriminalitätsbelasteter Viertel notfalls auch auf polizeiliche Hilfe verzichten und selbst für ihreSicherheit sorgen können. Dies darf ein freiheitlicher Verfassungsstaat wie Frankreich unter keinen Umständen hinnehmen, sondernmuss den fortwährenden Verlust jeglichen Anscheins von Kontrolle umgehend beenden.Das Ende der freien GesellschaftAngesichts der infernalen Szenen aus Dijon stellt sich die Frage, ob eine solche Eskalation der Gewalt auch in Deutschland möglich ist.Letzte Woche, als ich mehrere Interviews zu den Ausschreitungen gab, war ich noch überzeugt, dass dies vorerst nicht zu erwarten sei.Ich war der Ansicht, die deutsche Polizei werde – wie jüngst in Berlin geschehen – zwar teilweise von der Politik im Stich gelassen,habe aber die Kontrolle über den öffentlichen Raum noch nicht aufgegeben. Inzwischen jedoch muss ich meine Aussagezurücknehmen. Die anarchische Welle, die sich am vergangenen Wochenende in Stuttgart Bahn brach, wo Antifaschisten undMigranten Polizisten auf offener Straße angriffen, Geschäfte plünderten und Bankfilialen stürmten, trägt dasselbe Signum wie derSchrecken von Dijon. Sollte die politische Klasse nicht unverzüglich dafür sorgen, dass sich so etwas nicht mehr wiederholt, wozu auch gehört, den obenskizzierten Zusammenhängen Rechnung zu tragen, könnte es sein, dass wir schon bald den Abgesang auf das Zeitalter der freienBürgergesellschaft vernehmen werden. So reift denn der Eindruck heran, dass der jähe Ansturm auf alle Grundsätze zivilisiertenVerhaltens, den wir kürzlich in Frankreich sahen, längst auch in Deutschland begonnen hat**

https://www.pi-news.net/2020/07/migrant-begrapscht-koelner-spd-ikone/
HARTER AUFPRALL NACH TIEFEM FALL AUS DEM WOLKENKUCKUCKSHEIM
Migrant begrapscht Kölner SPD-Ikone
7. Juli 202068
Elfi Scho-Antwerpes, ein jung gebliebenes Aushängeschild der Kölner SPD, mußte unerwartete Erfahrungen mit migrantischen jungen Männern machen.

Von MANFRED ROUHS | Es geschah am hellichten Tage. Mitten im bunten, weltoffenen, multi-kulturellen Köln sah sich Kölns Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD; zwar schon 67, sieht aber jünger aus) **mit der harten Realität einer Gesellschaft konfrontiert, der es an allgemeinverbindlichen Werten mangelt. Sie wies am Mauritiuswall, Ecke Schaafenstraße eine Gruppe dynamischer junger Männer zurecht, die allzu ausgelassen feierten. O-Ton Scho-Antwerpes:**

„Die jungen Männer waren ohne Mindestabstand und ohne Maske unterwegs. Als ich sie darauf hinwies, kam mir einer von ihnen mit einem wahnsinnigen Blick sehr nah. Unsere Nasenspitzen berührten sich. Plötzlich fasste er mir an die Brust, es war unfassbar."

Die bekannte Kölner Politikerin tat das einzig Richtige:

„Ich habe dann Polizisten direkt in der Nähe zu Hilfe geholt. Der Täter konnte sofort identifiziert werden. (…) Es war ein Mann um die 30, offenbar mit Migrationshintergrund. Der Mann hat sich nicht einmal entschuldigt."

Diese Reaktion der Angegriffenen war zweifellos naheliegend. Und für Frau Scho, die 20 Jahre lang mit dem streitbaren Kölner Regierungspräsidenten Franz-Josef Antwerpes verheiratet war, auch einfach umzusetzen: Denn wo die bekannte SPD-Vertreterin, die zeitweise auch dem Bundestag angehörte, in der Domstadt unterwegs ist, da ist die Ordnungsmacht nicht weit. Ein Zuruf genügt, schon erfolgt der Zugriff.

Was aber sollen Frauen tun, die nicht mit großem Gefolge in der Stadt unterwegs sind? – Denen bleibt nur, die 110 anzurufen und zu hoffen, dass rechtzeitig Hilfe kommt.

Scho-Antwerpes ahnt nun hoffentlich, was die Politik der offenen Grenzen ihrer Partei für viele Frauen in Deutschland bedeutet. Sie schimpft: „So etwas zu erleben, ist ein einschneidendes Erlebnis, einfach unschön. Ich bin tief verletzt. Mit so einem respektlosen Übergriff rechnet man nicht."

Wir dürfen gespannt sein, ob dieser Zugewinn an Erfahrungen auch zu politischen Konsequenzen führen wird.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand" herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

https://www.focus.de/panorama/welt/toedliche-attacke-in-bayern-sie-hatten-vier-kinder-messerstecher-aus-afghanistan-ermordet-ex-frau-im-linienbus_id_12183387.html

Tödlicher Messer-Angriff in Bayern

Mann tötet Ex-Frau in Bus: Wie es zu der Bluttat vor Schulkindern kam

Vor den Augen von Schulkindern: Mann ersticht Ex-Frau im Linienbus

FOCUS-Online-Reporter Göran Schattauer

Dienstag, 07.07.2020, 13:51

Ein 37-jähriger Mann aus Afghanistan hat im schwäbischen Obergünzburg seine Ex-Frau erstochen – am helllichten Tag, in einem mit Schulkindern besetzten Linienbus. Der Täter ist polizei- und justizbekannt: Bereits 2019 hatte er das jetzige Opfer attackiert.

Grausame Szenen an diesem Montag in der bayerischen Gemeinde Obergünzburg (6600 Einwohner): In einem Linienbus greift ein 37-jähriger Mann aus Afghanistan seine Ex-Partnerin mit einem Küchenmesser an. Mehrmals sticht er der 27-Jährigen, die ebenfalls aus Afghanistan stammt, in den Oberkörper. Die Frau sackt schwer verletzt zusammen, verliert Blut – und stirbt wenige Stunden später im Krankenhaus.

Mord im Linienbus: Busfahrer nahm Täter in Schwitzkasten

Der Busfahrer bekommt die Gewalttat im Rückspiegel ansatzweise mit, hört Schreie. Der 31-Jährige stoppt den Bus auf der Kemptener Straße, springt vom Sitz, nimmt den Täter in den Schwitzkasten und zerrt ihn durch die Vordertür ins Freie. Während des Gerangels verliert der Angreifer sein Messer.

Als der Fahrer in den Bus zurückkehrt, um nach der am Boden liegenden Frau zu sehen, rennt der Messerstecher weg. Von den 14 Fahrgästen, darunter mehrere Schulkinder, haben einige inzwischen die Polizei alarmiert. Gegen 13.10 Uhr gehen die ersten Notrufe bei der Einsatzzentrale ein, die sofort eine Fahndung einleitet.

Täter wehrte sich bei Festnahme - Polizei wendete Gewalt an

Kurz darauf wird der 37-Jährige südlich von Obergünzburg festgenommen. Dabei wehrt er sich nach Kräften, laut Polizei muss der alkoholisierte Mann „unter Anwendung von körperlicher Gewalt überwältigt und gefesselt werden“. An diesem Dienstag erging Haftbefehl gegen ihn, er wurde in eine Justizvollzugsanstalt überstellt.

Mit Informationen zum genauen Ablauf der Tat halten sich die Ermittler derzeit noch zurück. Doch FOCUS Online erfuhr, dass der Täter wohl ohne vorherige Ankündigung auf die Frau eingestochen hatte.

Staatsanwalt: Mann stach unvermittelt mit Küchenmesser zu

„Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Beschuldigte unvermittelt an die Geschädigte herantrat und mehrmals mit einem Küchenmesser zustach. Die Geschädigte verstarb letztlich aufgrund der Stichverletzungen“, so Staatsanwalt Ferdinand Siebert von der zuständigen Staatsanwaltschaft Kempten gegenüber FOCUS Online. „Ein Streit oder Wortgefecht hat nach derzeitigen Erkenntnissen nicht unvermittelt vor der Tat stattgefunden, sodass dem Beschuldigten Mord zur Last gelegt wird.“

Gewalttat schon 2019: Ex-Frau beleidigt, bedroht, verletzt

Siebert bestätigte auch, dass der mutmaßliche Messerstecher polizei- und justizbekannt ist. So soll er bereits im November 2019 auf seine Ex-Frau losgegangen sein. Die beiden hatten getrennte Wohnsitze im Landkreis Ostallgäu und waren die gemeinsamen Eltern von vier Kindern. „Es handelt sich um einen Vorfall der häuslichen Gewalt, bei dem es zu Körperverletzungs-, Beleidigungs- und Bedrohungshandlungen gekommen sein soll. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen“, so Siebert.

Ansonsten sei der 37-Jährige nicht weiter auffällig gewesen. „Der Beschuldigte ist bislang nicht vorbestraft“, so der Sprecher. Weitere Fragen, etwa zu möglichen ausländerrechtlichen Verstößen und den Umständen der Einreise nach Deutschland, wollte der Staatsanwalt nicht beantworten.

Italien: Abgelehnter Asylbewerber röstet auf offener Straße eine Katze

4. Juli 2020

Von EUGEN PRINZ | Es war eine abscheuliche Szene, die sich Anfang dieser Woche in der italienischen Gemeinde Campiglia Marittima, Provinz Livorno, Toskana, abgespielt hat.

In der Ortschaft wurden Passanten durch das laute Geschrei einer Frau auf einen Schwarzen aufmerksam, der am Rand des Bahnhofsplatzes auf einem improvisierten Lagerfeuer eine Katze briet. Reisende, die auf den Zug warteten, wurden fassungslose Zeugen des Vorgangs.

> *„(…) senza parole non so cosa dire vergognoso schifoso pezzo di merda (…)"*

Anzeige

(„Ich weiß nicht, was ich sagen soll… beschämend mieses Stück Schei…."
Auszug aus dem Wortschwall der Augenzeugin im Video)

Rache für verweigerten Flüchtlingsstatus?

Bei der örtlichen Polizei gingen zahlreiche Anrufe ein und kurze Zeit später wurde der Katzenröster festgenommen. Wie sich herausstellte, handelte es sich um einen 21-Jährigen aus der Republik Elfenbeinküste, dessen Asylantrag in erster Instanz abgelehnt worden war und der momentan auf das Ergebnis der Berufungsverhandlung vor dem zuständigen Gericht in Florenz wartet.

Während der Schwarzafrikaner von der Polizei in die Asylbewerberunterkunft zurückgebracht wurde, beseitige eine Spezialfirma den angebrateten Kadaver der Katze und das Lagerfeuer. Auf der Fahrt zur Unterkunft beschwerte sich der Katzenröster mehrmals, dass er Hunger habe. Das italienische Magazin LIBERO, das über den Vorfall berichtete, mutmaßte jedoch, dass der abstoßende Vorgang etwas mit der Ablehnung des Asylantrags zu tun haben könnte und sprach von einer „abscheulichen Geste".

Den Asylbewerber erwartet ein Strafverfahren, mutmaßlich wegen Diebstahl und Tierquälerei.

Zur richtigen Zeit am richtigen Ort

Die Zubereitung des Haustiers wurde zufällig von der Europa-Abgeordneten Susanna Ceccardi (Lega Nord), gefilmt und ins Internet gestellt. Eine glückliche Fügung, dass ausgerechnet eine namhafte Politikerin der Lega Zeugin des ekelhaften Vorfalls wurde. Ceccardi machte aus ihrer Abscheu keinen Hehl und prangerte die politisch Verantwortlichen an:

> *„Das ist keine Integration, sondern das Ergebnis des toskanischen Willkommenssystems, mit dem die Linke und die Demokratische Partei (PD) ein echtes Geschäft geschaffen haben und Tausende von Einwanderern in unserem Land gelandet sind, die kein Interesse daran haben, sich zu integrieren oder unsere grundlegendsten zivilisatorischen Regeln zu beachten."*

Kommentar:

Obwohl sich der Vorfall in Italien zugetragen hat, könnte sich das selbe jederzeit auch bei uns ereignen. Die Tierfreunde, zu den sich auch der Autor zählt, können sich gut vorstellen, was in jenen vorgeht, deren geliebter vierbeiniger Mitbewohner, plötzlich nicht mehr nach Hause kommt und die dann in Ungewissheit über sein Schicksal sind.

Für manche ist ein solches Haustier ein Kindersatz, für manche der Gefährte in der Einsamkeit, für Kinder oft der Spielkamerad. Und irgendwo wartet jetzt jemand vergebens darauf, dass der geliebte Vierbeiner endlich nach Hause kommt.

Der Preis, den wir für die Zuwanderung zahlen müssen, wird uns in vielerlei Währungen präsentiert.

Eugen Prinz auf dem Freie
Medien-Kongress in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.
»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)
» Twitter Account des Autors

https://www.pi-news.net/2020/07/afrikaner-schlaegt-25-jaehriger-faust-ins-gesicht-und-tritt-sie-in-den-unterleib/

BRUTALER RAUBÜBERFALL IN FRANKFURT

Afrikaner schlägt 25-Jähriger Faust ins Gesicht und tritt sie in den Unterleib

14. Juli 2020

In letzter Zeit sind jede Menge Videos von brutalen Angriffen Schwarzer „VIP-Menschen" auf Weiße im Internet zu finden, die nur allzu gerne seitens der Politik, der linken Journaille und den Umvolkungsfanatikern unter den Teppich gekehrt würden. Rassismus gegen Weiße und die unfassbare Brutalität der bei uns „schutzsuchenden" Afrikaner gibt es ja angeblich nicht – es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Eine junge Frau aus Friedberg machte am vergangen Sonntag in den frühen Morgenstunden die Erfahrung, dass doch ist, was obig genannte Klientel nicht sehen will, oder billigend in Kauf nimmt.

Die 25-Jährige war gegen 2.30 Uhr mit ihrem 26-jährigen Begleiter unterwegs in der Dörnigheimer Straße in Frankfurt-Ostend. Laut Polizeibericht kam dem Pärchen dort **ein Afrikaner auf einem E-Scooter entgegen, der zunächst an den beiden vorbeifuhr. Plötzlich stellte er den Roller ab und näherte sich dem Paar von hinten. Unvermittelt griff der etwa 185 cm große Neger die junge Frau an. Er habe sie gepackt und ihr brutal mit der Faust ins Gesicht geschlagen, dann habe er ihr die Handtasche entrissen, in der sich u.a. rund 800 Euro Bargeld befunden hätten. Wie bei derartigen Tätern üblich reichte ihm das aber nicht – er trat der geschockten und verletzten Frau auch noch hart in den Unterleib. Ihr Begleiter wollte den Merkel-Ork noch daran hindern zu fliehen, doch dem Angreifer gelang die Flucht. Die 25-Jährige wurde ins Krankenhaus gebracht.**

Der Täter wird beschrieben als Afrikaner, etwa 185 cm groß, bekleidet mit einer schwarzen Jacke mit weißen Streifen auf dem Rücken, einer Baseballmütze. Und weil er vermutlich Angst hat, wenn seine Opfer vor Schmerzen schreien, sich mit Covid 19 anzustecken trug er einen grünen Mund-Nasenschutz.

Frankfurt ist schon lange ein multikrimineller, gefährlicher Hotspot. Jetzt haben wir dort neben den berühmt berüchtigten „Großfamilien" auch noch jede Menge kriegs- und foltererprobte, äußerst brutale Buschmänner.

Die „Erlebende" vom Sonntag weiß nun wohl, dass mit „bunt" blutrot gemeint ist. Diese und ähnliche Taten spiegeln nicht nur Rassismus gegen Weiße, sondern es ist offensichtlich blanker Hass.
Personen, die sachdienliche Hinweise zum Tatgeschehen oder zum Täter geben können, werden gebeten, sich mit der Polizei unter der Telefonnummer 069-75551499 in Verbindung zu setzen. *(lsg)*

http://www.pi-news.net/2020/07/brand-in-der-kathedrale-von-nantes-fluechtling-aus-ruanda-in-gewahrsam/

AUFENTHALTSGENEHMIGUNG WURDE NICHT VERLÄNGERT

Brand in der Kathedrale von Nantes: „Flüchtling" aus Ruanda in Gewahrsam

19. Juli 2020

Wie französische Medien heute berichten wurde im Zusammenhang mit dem gestrigen Brand in der spätgotischen Sankt-Peter-und-Paul-Kathedrale in Nantes (PI-NEWS berichtete) **ein sogenannter „Flüchtling" aus Ruanda vorläufig festgenommen**. Der 39-Jährige steht im Verdacht den Brand gelegt zu haben. Da das Feuer, ähnlich wie in Notre-Dame an mehreren Stellen – an der Orgel und im linken und rechten Kirchenschiff der Kathedrale – gleichzeitig ausbrach ist es auch für die Systempresse und alle politischen Vertuscher schwer von Kabelbrand oder technischen Defekten zu faseln. Die Kathedrale ist, auch dank des effizienten Feuerwehreinsatzes, nicht so schwer beschädigt wie Notre-Dame aber die große Orgel wurde komplett zerstört.
Der Verdächtige habe als freiwilliger Helfer für die Diözese gearbeitet. **Am Vortag sei der Mann für die Schließung der Kirche verantwortlich gewesen. Laut Staatsanwalt Pierre Sennes müsse man nun die zeitlichen Zusammenhänge und den genauen Tagesablauf des Mannes klären, da einiges widersprüchlich sei. Zuletzt soll der Afrikaner sehr verärgert darüber gewesen sein, dass seine Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr verlängert worden war, heißt es.**
Der „Geflüchtete" hielt sich schon einige Jahre in Frankreich auf und war von der Diözese aufgenommen worden. Kirchenmitarbeiter Jean-Charles Nowak, ist davon überzeugt, dass sein Schützling, den er seit rund vier Jahren kenne, es nicht getan habe, erzählt aber (vorsorglich?) von „vielen gesundheitlichen Problemen" des Verdächtigen.
Auch der Staatsanwalt bleibt vorsichtig. Denn obwohl es keine Anzeichen für ein gewaltsames Eindringen in die verschlossene Kirche gebe, sei „jede Interpretation, dass der Mann in die Brandstiftung involviert wäre verfrüht, betonte Sennes.
Brandstiftung ist ein auch bei uns bekannt beliebtes Mittel der sogenannten „Flüchtlinge" ihrem Frust über abgelaufene bzw. nicht bewilligte Aufenthaltsgenehmigungen – oder auch über zu wenig Schokopudding – Luft zu machen.
Wir werden die Causa weiter beobachten und berichten. *(lsg)*

http://www.pi-news.net/2020/07/frankfurt-bunte-partyszene-eskaliert-am-opernplatz/

GROSSTEIL DER RANDALIERER MIT MIGRATIONSHINTERGRUN

Frankfurt: Bunte „Partyszene“ eskaliert am Opernplatz

19. Juli 2020

In der Nacht zum Sonntag explodierte die bunte Vielfalt in Frankfurt. Am Opernplatz ging ein Mob von Ausländern erst aufeinander und dann auf die Polizei los.

In der Nacht zum Sonntag eskalierte die bunte, migrantische „Partyszene“ am Opernplatz in Frankfurt. Nachdem laut Polizeiangaben 6.000 bis 7.000 Personen seit den frühen Abendstunden in der Stadt gefeiert hatten, sei die Stimmung gegen 1.00 Uhr morgens „gekippt“. Die „Feiernden“ seien zunehmend aggressiv geworden, heißt es.

Gegen 3.00 Uhr befanden sich noch etwa 500 bis 800 Personen auf dem Opernplatz und es sei zu einer Schlägerei zwischen 25 bis 30 der launigen Partypeople gekommen. Als eine Person blutig geprügelt worden war schritt die Polizei mit etwa zehn Mann ein. Dann kam es, wie es kommen musste, man hatte nun einen gemeinsamen „Feind“ und die Gewalt begann sich „offen und direkt“ gegen die Beamten zu richten. Schließlich lässt diese Klientel sich nicht gerne dabei stören, ein auserkorenes Opfer zu Brei zu treten.

Unter tosendem Beifall der Anwesenden rund 800 Personen wurden die Polizisten mit Flaschen beworfen, beschimpft und tätlich angegriffen, ein Haltestellenhäuschen wurde entglast, Mülltonnen auf die Straße und auf Autos geworfen. Daraufhin zog sich die kleine Gruppe von Beamten zurück und forderte Verstärkung an, die wenig später in zwei Ketten mit Schutzschildern dem hochaggressiven, gewalttätigen Mob entgegentrat. Doch schon während der Anfahrt waren auch die Polizeifahrzeuge mit allem was zur Hand war beworfen worden. Der Platz wurde dann gesperrt und geräumt.

Im Zuge der polizeilichen Maßnahmen seien 39 Personen vorläufig festgenommen worden. Mit ernsthaften Konsequenzen werden sie wohl nicht zu rechnen haben, 31 von ihnen wurden sofort nach der Identitätsfeststellung noch vor Ort wieder entlassen. Nur acht der Gewalttäter seien tatsächlich mitgenommen worden. Fast alle der Festgenommen, im Alter von 17 bis 23 Jahren, hätten Migrationshintergrund. Es war nur eine Frau dabei, so der Polizeibericht. Mindestens fünf Beamte seien durch die Angreifer verletzt worden. Es entstand Sachschaden in der Höhe von mehreren tausend Euro.

Bei einer Pressekonferenz am Sonntagmittag zeigte Polizeipräsident Gerhard Bereswill sich „entsetzt“ über die ungehemmte Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber der Polizei. Besonders „schmerzlich“ sei, dass die Angriffe auf die Beamten von johlendem Beifall aller anderen Anwesenden begleitet worden sei.

Schmerzliches Entsetzen über die Zustände in Frankfurt? Seit Jahren spitzt die Lage sich im Migranten-Hotspot Frankfurt immer weiter zu. Kriminelle „Großfamilien“, afrikanische Drogendealer, Vergewaltiger und Mörder aus aller Herren Länder haben die Stadt schon lange zu ihrem

Territorium erklärt – DAS ist „schmerzlich", vor allem für die einheimische Bevölkerung, die mit all dem leben muss. Dem Polizeipräsidenten ist offenbar bis heute nicht aufgefallen, was auf den Straßen dieser Stadt los ist. Bürgerkriegsähnliche Szenen, wie sie seit Jahren auch zum Beispiel in Frankreich zu beobachten sind, sind nicht nur die Folgen der deutschlandschädigenden Migrationspolitik, sondern auch das Ergebnis einer submissiven Haltung der Polizeispitze gegenüber diesen Landnehmern, einem duckmäuserischen Verhalten angesichts des Drucks von links. Seit Jahren und in den vergangenen Wochen zunehmend wird sofort „Rassismus" gelplärrt, wenn einem der Krimigranten auch nur mit Handfesseln gedroht wird.

Auch jetzt überschlägt man sich wieder in den sozialen Netzwerken vor Empörung, weil im Polizeibericht beschrieben wurde, dass eine „überwiegenden Mehrzahl" der Täter „einen Migrationshintergrund" habe. Das sei RacialProfiling, heißt es.

Für Montag ist in Frankfurt eine Sicherheitskonferenz geplant. Daran teilnehmen sollen Vertreter der Ordnungsbehörden und des Gesundheitsamtes, Polizeipräsident Gerhard Bereswill, sowie die grüne Umweltdezernentin Rosemarie Heilig.

Es ist nicht zu erwarten, dass sich an den Zuständen in der Stadt etwas ändern wird. Jedenfalls bestimmt nicht, solange man die Augen davor verschließt, wer die Aggressoren sind, was sie wollen und man sich devot dem linken Multikultirausch ergibt.

Videos der Szenerie:

https://www.spiegel.de/panorama/justiz/frankfurt-stadt-verhaengt-betretungsverbot-fuer-opernplatz-a-b7c20797-3f2f-48a7-b038-59cf05035df4

Nach Krawallen

Stadt Frankfurt verhängt Betretungsverbot für Opernplatz

Die Stadt Frankfurt hat auf die Krawalle am Wochenende reagiert: Der Opernplatz soll zeitweise gesperrt werden. Der Polizeipräsident gab zudem neue Informationen über die Verdächtigen bekannt.

20.07.2020, 12.34 Uhr

Nach den Krawallen auf dem Frankfurter Opernplatz hat die Stadt erste Konsequenzen bekannt gegeben. Sicherheitsdezernent Markus Frank verkündete, auf dem Opernplatz solle an den Wochenenden ein zeitlich begrenztes Betretungsverbot gelten.

Es gelte in den Nächten auf Samstag und Sonntag ab Mitternacht; ab 1 Uhr sei der Platz dann gesperrt. Die Regel gelte bereits ab dem nächsten Wochenende. Es handle sich dabei um ein "Signal an die Störer", sagte Frank. Es lohne sich nicht, "hier aufzutauchen".

In der Nacht zu Sonntag war es am Frankfurter Opernplatz zu Krawallen gekommen. Ausgangspunkt war laut Polizei eine Schlägerei mit 25 bis 30 Beteiligten. Als die Beamten eingeschritten seien, um die Schlägerei zu schlichten und einer verletzten Person zu helfen, habe sich die Gewalt jedoch gegen die Polizisten gewendet. Die Einsatzkräfte seien aus der Menge mit Flaschen beworfen worden. 39 Menschen wurden festgenommen.

Der Frankfurter Polizeipräsident Gerhard Bereswill gab bei der Pressekonferenz weitere Informationen über die Verdächtigen bekannt. Bis auf eine Person seien alle männlich und zwischen 17 und 23 Jahre alt. Gegen sie werde wegen Körperverletzung, versuchter Körperverletzung oder schweren Landfriedensbruchs ermittelt.

"Überwiegend polizeilich bekannt"

Die Personen seien "überwiegend polizeilich bekannt". Bereswill nannte Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Diebstahls, Drogenhandels. Die Verdächtigen sollen zur Tatzeit "zum Teil" alkoholisiert gewesen sein.

Nur zehn der mutmaßlichen Täter seien in Frankfurt am Main wohnhaft. Die übrigen kämen aus Heidelberg, Darmstadt, Hanau, Limburg oder Koblenz. Sie hätten "überwiegend" Migrationshintergrund. Bereswill nannte so unterschiedliche Länder wie Afghanistan, Syrien, Spanien, Marokko, Türkei. Ihm zufolge überwiegt bei den Migrationshintergründen kein bestimmtes Land.

Der Polizeipräsident kündigte an, für die Betroffenen eine Aufenthaltsverbotsverfügung zu prüfen. So wolle man vermeiden, dass diese erneut in Frankfurt "in Erscheinung treten". Außerdem werde der Aufenthaltsstatus geprüft, dazu nehme man Kontakt mit den Ausländerbehörden auf.

Die Polizei werde die Sperrung des Opernplatzes überwachen

https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/das-sind-die-verdaechtigen-der-krawallnacht-in-stuttgart-16873568.html

F.A.Z. EXKLUSIV:

Das sind die Verdächtigen der Krawallnacht in Stuttgart

VON RÜDIGER SOLDT, STUTTGART-AKTUALISIERT AM 23.07.2020-17:28

Der Polizei liegt eine Statistik über die Verdächtigen der Krawallnacht in Stuttgart vor. Sie ermittelt gegen 50 Personen. 80 Prozent haben eine Migrationsgeschichte oder keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Einen Monat nach der Stuttgarter Krawallnacht vom 20. auf den 21. Juni sind die Ermittlungen so weit fortgeschritten, dass die Kriminalpolizei zur Herkunft der Tatverdächtigen präzise Aussagen machen kann: Nach einer statistischen Auswertung, die dieser Zeitung vorliegt, ermittelt die Polizei mittlerweile gegen 50 Tatverdächtige. Darunter sind 15 Erwachsene, 20 sind Heranwachsende, also jünger als 21 Jahre, und 15 sind im Jugendalter, also unter 18. Von den Verdächtigen waren 33 Personen der Polizei schon vor den Ausschreitungen bekannt.

Nur 17 Personen waren zuvor noch nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten. Viele der schon zuvor auffälligen Verdächtigen hatten früher schon Diebstähle, Körperverletzungen oder Drogendelikte begangen. Ein deutscher Verdächtiger war den Ermittlungsbehörden zuvor 41 Mal aufgefallen.

28 Tatverdächtige sind in Stuttgart gemeldet, 16 stammen aus dem Umland. Offenbar sind aber aus den einzelnen Städten und Dörfern keine Gruppen angereist, sondern Einzelpersonen. Auch die Abstammungen und die Einwanderungsgeschichte der Tatverdächtigen konnten die Ermittler nun weitgehend aufklären: **Unter den 50 Personen sind acht deutsche Staatsangehörige (16 Prozent), die nicht aus einer Einwanderungsfamilie stammen. Zwanzig Verdächtige haben einen Migrationshintergrund**

(40 Prozent), bei vier Prozent konnte die Herkunft der Eltern noch nicht abschließend geklärt werden, weitere 20 Tatverdächtige besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft nicht; sie stammen aus Nigeria, Afghanistan, dem Irak, Portugal, Kroatien, Griechenland, Bosnien-Hercegovina, Polen, Rumänien, Marokko, Somalia und Lettland.
Unter den Personen, die im Verdacht stehen, sich an den gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt zu haben, sind nur zwei Frauen. Bekannt ist inzwischen auch, dass zu den Verdächtigen ein marokkanischer Staatsbürger zählt, der 2019 eingereist ist und ausreisepflichtig ist. Außerdem gehören zu den Beschuldigten einige geduldete Flüchtlinge, die 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind. Die Krawalle scheinen kaum organisiert gewesen zu sein, meistens sollen die Verdächtigen in Zweier- oder Dreiergruppen agiert haben.
Unterdessen distanzierte sich der Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Die Grünen) von dem Brief seiner Kollegen aus Tübingen, Schorndorf und Schwäbisch Gmünd, die von der grün-schwarzen Landesregierung gefordert hatten, mehr gegen gewalttätige, schlecht integrierte Flüchtlinge zu tun. „Passt mal auf diejenigen auf“, sagte Kuhn einem Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ zufolge, „die ihr samstagnachmittags nach Stuttgart schickt!“

http://www.pi-news.net/2020/07/bonn-27-jaehriger-von-dunkelhaeutigen-gejagt-und-getreten/

ER WOLLTE SICH NICHT AUSRAUBEN LASSEN

Bonn: 27-Jähriger von „Dunkelhäutigen“ gejagt und getreten

24. Juli 2020

Dienstagnacht traf ein 27-Jähriger gegen 23.40 Uhr auf der Rheindorfer Straße in Bonn-Beuel auf ein Trio „Dunkelhäutiger“. Die Männer hielten ihn an und forderten die Herausgabe von Bargeld. Der junge Mann weigerte sich. Nach kurzem Handgemenge gelang ihm vorerst die Flucht. Die drei dachten aber gar nicht daran ihre Beute entkommen zu lassen. Sie jagten ihr auserkorenes Opfer durch die Straßen.
Schließlich konnten sie den 27-Jährigen einholen und ließen ihrer Gewaltaffinität freien Lauf. Sie traten auf den Mann ein und prügelten ihn krankenhausreif. Danach seien sie über die Kaiser-Konrad-Straße in Richtung der B56 geflüchtet, heißt es.
Eine unmittelbar eingeleitete Nahbereichsfahndung der Polizei blieb erfolglos.
Die Täter werden im Polizeibericht wie folgt beschrieben:

- Täter 1: Etwa 18-24 Jahre alt – ca. 182 cm groß – dunkelhäutig – schwarze, kurze und gelockte Haare
- Täter 2: Etwa 18-24 Jahre alt – ca. 180cm groß – dunkelhäutig – schwarze, kurze und gelockte Haare trug dunkle Jacke, dunkle Jeans
- Täter 3: Etwa 18-24 Jahre alt – ca. 175 cm groß – dunkelhäutig – schwarze, kurze und gelockte Haare – trug schwarze Sweatjacke, dunkle Hose

Schon seit Jahren überziehen diese und ähnliche Taten von, in der Systempresse verniedlichend „jungen Heranwachsenden“ genannten Tätern die Stadt. Bonn wurde von der Hautstadt Deutschlands zu einer der Hauptstädte des Verbrechens, wo Clan-Kriminalität und Migrantengewalt Alltag ist. *(lsg)*

http://www.pi-news.net/2020/07/brand-in-der-kathedrale-von-nantes-fluechtling-aus-ruanda-in-gewahrsam/

AUFENTHALTSGENEHMIGUNG WURDE NICHT VERLÄNGERT

Brand in der Kathedrale von Nantes: „Flüchtling“ aus Ruanda in Gewahrsam

19. Juli 2020

Wie französische Medien heute berichten wurde im Zusammenhang mit dem gestrigen Brand in der spätgotischen Sankt-Peter-und-Paul-Kathedrale in Nantes (PI-NEWS berichtete) **ein sogenannter „Flüchtling“ aus Ruanda vorläufig festgenommen. Der 39-Jährige steht im Verdacht den Brand gelegt zu haben.** Da das Feuer, ähnlich wie in Notre-Dame an mehreren Stellen – an der Orgel und im linken und rechten Kirchenschiff der Kathedrale – gleichzeitig ausbrach ist es auch für die Systempresse und alle politischen Vertuscher schwer von Kabelbrand oder technischen Defekten zu faseln. Die Kathedrale ist, auch dank des effizienten Feuerwehreinsatzes, nicht so schwer beschädigt wie Notre-Dame aber die große Orgel wurde komplett zerstört.

Der Verdächtige habe als freiwilliger Helfer für die Diözese gearbeitet. Am Vortag sei der Mann für die Schließung der Kirche verantwortlich gewesen. Laut Staatsanwalt Pierre Sennes müsse man nun die zeitlichen Zusammenhänge und den genauen Tagesablauf des Mannes klären, da einiges widersprüchlich sei. **Zuletzt soll der Afrikaner sehr verärgert darüber gewesen sein, dass seine Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr verlängert worden war, heißt es.**

Der „Geflüchtete“ hielt sich schon einige Jahre in Frankreich auf und war von der Diözese aufgenommen worden. Kirchenmitarbeiter Jean-Charles Nowak, ist davon überzeugt, dass sein Schützling, den er seit rund vier Jahren kenne, es nicht getan habe, erzählt aber (vorsorglich?) von „vielen gesundheitlichen Problemen“ des Verdächtigen.

Auch der Staatsanwalt bleibt vorsichtig. Denn obwohl es keine Anzeichen für ein gewaltsames Eindringen in die verschlossene Kirche gebe, sei „jede Interpretation, dass der Mann in die Brandstiftung involviert wäre verfrüht, betonte Sennes.

Brandstiftung ist ein auch bei uns bekannt beliebtes Mittel der sogenannten „Flüchtlinge“ ihrem Frust über abgelaufene bzw. nicht bewilligte Aufenthaltsgenehmigungen – oder auch über zu wenig Schokopudding – Luft zu machen.

Wir werden die Causa weiter beobachten und berichten. *(lsg)*

http://www.pi-news.net/2020/07/palmer-zeigt-gruener-parteispitze-den-mittelfinger/

DREI BÜRGERMEISTER FORDERN RECHT UND ORDNUNG

Palmer zeigt grüner Parteispitze den Mittelfinger

23. Juli 2020

Von MANFRED ROUHS | In einem gemeinsamem Brandbrief an den grünen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und Innenminister Thomas Strobl (CDU) haben die Oberbürgermeister Boris Palmer (Tübingen, Grüne), Matthias Klopfer (Schorndorf, SPD) und Richard Arnold (Schwäbisch Gmünd, CDU) die Wiederherstellung von Recht und Ordnung angemahnt. Sie fordern von der Landesregierung ein, „die Rolle von Geflüchteten bei der Entstehung einer gewaltbereiten Szene" nicht länger zu ignorieren.

Ihr Appell, der von den Massenmedien bislang kaum beachtet wird, dürfte auf die multi-kulturell gesinnte grüne Parteispitze um Annalena Baerbock und Robert Habeck wie ein Tritt in den Unterleib wirken:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Innenminister,
mit großer Sorge verfolgen wir Oberbürgermeister nicht erst seit der jüngsten Krawallnacht in Stuttgart oder jetzt am Wochenende in Frankfurt am Main die zunehmende Aggressivität und Respektlosigkeit von Gruppen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in unseren Städten. Vor allem die Begegnung mit Einsatzkräften der Polizei, den Rettungsdiensten und der Feuerwehr, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen in unseren Städten, aber auch die Auseinandersetzungen und Kontakte in unserem Alltag generell, sind hier geprägt von Provokation, mangelnder Kommunikationsfähigkeit, einem schwäbisch gesagt unverschämten „Rotzbuben-Gehabe" und – in jüngster Zeit wachsend – auch von purer Gewaltbereitschaft. Wir sind hier mit Ihnen einer Meinung: Dies dürfen wir nicht länger hinnehmen!
Wir Oberbürgermeister sind uns als Experten der Stadtgesellschaften vor Ort aber auch darüber im Klaren, dass wir in dieser Diskussion mit einer pauschalen, dumpfen Brandmarkung junger Menschen als fanatisierte, marodierende Ausländerhorden so wenig weiterkommen wie mit einer von der eigenen Moral berauschten sozialpädagogischen Betreuungsromantik. ***Das Ausblenden und Tabuisieren von kulturellen, sozialen, religiösen und familiären „Karrieren" solcher städtischen Stressgruppen hilft uns genauso wenig, wie die von Ideologie getragene Fixierung auf Gruppenmerkmale und Vorurteile. Beides macht es sich zu einfach****.*
Aus unserer Sicht bedarf es dabei zweier Antworten:
Zum einen die des Rechtsstaats: Wir teilen Ihre Ansicht, dass wir hier konsequent mit den Mitteln der Polizei und der Justiz reagieren müssen! Unsere Gesetze, unsere hervorragend ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unsere Strukturen in Baden-Württemberg bieten alle Möglichkeiten, angemessen, abgestuft, deutlich und mit Nachdruck gegen Gewalt, Vandalismus und Aggression vorzugehen und die Einhaltung von Regeln und Gesetzen durchzusetzen. Hier braucht der Staat, hier brauchen wir nicht neue Gesetze, sondern mehr Selbstbewusstsein, Mut und vor allem schnelles Handeln und eine schnelle Verurteilung nach begangene Straftaten. Von unserer Seite dazu ein klares Wort: Wir Oberbürgermeister stehen hinter unseren Polizistinnen und Polizisten im Südwesten!
Das allein ist aber nicht genug. Wir müssen auch ehrlich und offen nach den Ursachen der ähnlich gelagerten Gewaltausbrüche in Stuttgart und Frankfurt fragen. Es scheint plausibel, dass der Frust über die Freiheitsbeschränkungen in der Corona-Zeit dabei eine Rolle gespielt hat. Ebenso spricht manches für die These, die Debatte über Rassismus bei der Polizei nach dem schrecklichen Tod des US-Amerikaners George Floyd, habe zur Wut auch auf unsere Beamten beigetragen. Ein Aspekt findet jedoch in der Debatte bisher kaum Beachtung: ***Die Rolle von Geflüchteten bei der Entstehung einer gewaltbereiten Szene in der Stuttgarter Innenstadt.***
Bisher ist bekannt, dass neun von 24 in der Nacht fest genommenen jungen Männer einen „Flüchtlingsbezug" haben, also als Asylbewerber ins Land gekommen sind. Viele Tatverdächtige sollen einschlägig bei der Polizei bekannt sein. Auf Videos und Fotos aus der Krawallnacht kann man erkennen, dass auch viele weitere Beteiligte an den Krawallen zu dieser Gruppe gehören könnten. In dieselbe Richtung deuten Aussagen der Polizei, wonach in den letzten Wochen bei Kontrollen in der Stuttgarter Innenstadt 70% der Probleme auf dort

versammelte junge Männer mit Flüchtlingsbezug entfallen seien. Es ist keine Stammbaumforschung, sondern notwendige Präventionsarbeit, das präzise zu analysieren.
Wir halten das jedenfalls nicht für einen Zufall, sondern für die Fortsetzung eines Musters, dass bei vielen Straftaten der letzten Jahre erkennbar war: Unter den Geflüchteten gibt es eine kleine Gruppe gewaltbereiter junger Männer, die eine starke Dominanz im öffentlichen Raum ausüben und weit überdurchschnittlich an schweren Straftaten insbesondere der sexuellen Gewalt und Körperverletzung beteiligt sind. Die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts bestätigt, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt, sondern um ein strukturelles Problem mit etwa 50.000 Mehrfachstraftätern unter den Geflüchteten.
Unsere Erfahrung mit diesen jungen Männern sagt uns: Das ist kein Problem der Landeshauptstadt. In jeder Mittelstadt in Baden-Württemberg hat sich mittlerweile ein Milieu nicht integrierter, häufig mit Kleinkriminalität und Straftaten in Verbindung zu bringender junger geflüchteter Männer gebildet, das an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen zusammenkommt. Von diesen sind mittlerweile viele nicht mehr für Sozial- oder Integrationsangebote erreichbar. Dafür ist neben Traumatisierung und Gewalterfahrungen auch eine herkunftsgeprägte Männlichkeitskultur verantwortlich. In vielen Fällen paart sich diese mit Enttäuschungen und Frustrationen über die Realität ihres Lebens in Deutschland. Sie fühlen sich nicht angenommen, sehen keine Perspektiven, oft wegen fehlender Aussicht auf Anerkennung völlig zurecht, haben keine Betätigung und können keine positiven Selbsterfahrungen machen. Eine gefährliche Mischung, die auch bei Ur-Gmündern, Ur-Schorndorfern und Ur-Tübingern zur Gefahr für die Allgemeinheit werde müsste.
Wir haben Ihnen diese Problematik schon im Jahr 2017 vorgetragen und für einen doppelten Spurwechsel plädiert. Einerseits, so unsere Auffassung, müssen auch die Flüchtlinge ohne Aussicht auf Anerkennung eine Perspektive erhalten. Die Mehrheit ist nun mehr als vier Jahre im Land, Abschiebungen sind nur noch bei wenigen zu erwarten.
Statt Arbeitsverboten wären sinnvolle Betätigungsfelder für diese jungen Männer notwendig. In Gmünd haben wir sehr gute Erfahrungen damit gemacht, junge Männer am Bahnhof als„Kofferträger" einen Sinn ihres Alltags zu geben. Auch die daraus entstehenden Kontakte waren wertvoll. Dieselbe Wirkung zeigte der Einsatz als Helfer bei der Landesgartenschau. Die Kommunen brauchen Instrumente und Möglichkeiten, um solche Tätigkeiten für die Allgemeinheit verpflichtend zu machen.
Dieser Weg wäre viel wirksamer als nicht eintreibbare Geldstrafen oder Freiheitsentzug nach kleineren Straftaten. Wer sich bewährt, eine Ausbildung absolviert oder eine Stelle findet, sollte einfacher als heute die Chance bekommen, ein Aufenthaltsrecht zu erwerben. Junge Männer brauchen Leistungsanreize statt Trübsal und Langeweile. Daher sollte ein Wechsel aus aussichtslosen Duldungsverfahren in ein Aufenthaltsrecht durch Leistung, Integration und Arbeit möglich sein. Es gibt gesetzliche Verbesserungen in diesem Punkt, aber für die Problemgruppe sind diese bisher kaum nutzbar. Die Hürden sind zu hoch.
Und bei manchen genügen Anreize einfach nicht. Davor die Augen zu verschließen, macht nichts besser. Für die jungen Männer auf Abwegen wäre es auch zu ihrem Schutz extrem wichtig, dass unser Staat ihnen frühzeitig für sie verständlich zeigt, wo Schluss ist. Das tun wir nicht. Im Gegenteil. Kleinkriminalität und stetige Konflikte mit der Polizei haben für Geflüchtete nur in seltenen Fällen reale Konsequenzen. Diese in vielen Herkunftsländern unbekannte Liberalität des Rechtsstaates wird oft als Schwäche unserer Polizei gedeutet und als Einladung zur Fortsetzung des strafbaren Verhaltens verstanden. *Deshalb brauchen wir neben dem Wechsel zum Aufenthaltsrecht durch eigene Anstrengung auch einen Wechsel raus aus dem attraktiven Sozialraum der Städte und Gemeinden in Folge von dauerhaftem Fehlverhalten.*

Wir wissen, dass für diese jungen Männer eine zeitweilige Rückverweisung in die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes eine spürbare Sanktion wäre. Dort ist im Gegensatz zu den auf Integration ausgerichteten Unterbringungen in den Städten eine Kontrolle durch Polizei und Sicherheitskräfte möglich. Es wäre auch gegenüber friedlichen jungen Leuten besser erklärbar, gezielt die Tunichtgute mit Einschränkungen zur Raison zu bringen, als alle mit nächtlichen Ausgangssperren und Alkoholverbote in Haftung zu nehmen.

Das Land Hessen hat eine Regelung, die unserem Vorschlag ähnelt, in den Koalitionsvertrag aufgenommen, ohne dass dies auf rechtliche Bedenken gestoßen ist. Die Anstrengungen, Gefährder des Landes zu verweisen, begrüßen wir. Jedoch betrifft das nur eine extrem kleine Anzahl von Geflüchteten. Die Gruppe, um die es uns geht, fällt nicht unter die Gefährder, auch wenn manche von ihnen am Ende einer schiefen Bahn dort ankommen werden. Für die meisten gilt das aber nicht.

Natürlich wissen wir, dass diese unbequeme Wirklichkeit in unseren Städten politisch heikel ist. Wenn Sie unserem Vorschlag folgen, wird Ihnen daraus sofort ein Rassismus-Vorwurf konstruiert. Wir sind aber der Überzeugung, dass wir Rassismus bekämpfen können, wenn wir die Kriminalitätsrate unter jungen Geflüchteten Männern, insbesondere im Hinblick auf Straftaten im öffentlichen Raum, senken. Denn dies ist einer der Quellen für Ängste und Wut, aus denen Rassismus Energie bezieht.

Richtig ist zweifelsohne, dass die Mehrheit der Krawallbrüder in Stuttgart keine Geflüchteten waren. Auch über die mangelnde Integration dieser jungen Männer in unsere Gesellschaft müssen wir uns Gedanken machen. ***Wir glauben, dass die Wiedereinführung eines verpflichtenden Dienstes an der Gesellschaft dafür richtig wäre.***

Respekt, Akzeptanz, Toleranz, den verantwortungsvollen Umgang mit Menschen lernt der junge Mensch nicht bei Wikipedia, Facebook und Instagram, sondern in der Begegnung mit anderen. In der Familie. In der Schule. Am Ausbildungsplatz. Im Verein. Im Alltag. Hier übt man den Diskurs und den Umgang miteinander. Ja: manchmal auch steinig, hart und schmerzhaft. Diese sozialen Trainingsräume werden allerdings immer weniger.

Deshalb fordern wir, dass in Deutschland dringend ein verpflichtender gesellschaftlicher Grunddienst für alle jungen Menschen eingeführt wird, die in unserem Land leben – unabhängig von der jeweiligen Staatsbürgerschaft. Zwölf Monate sollen sich die jungen Menschen hier für die Gesellschaft engagieren. Dieses soziale Pflichtjahr soll in der Tat für alle gelten – sei es bei der Bundeswehr (die Aussetzung des Wehrdienstes sollte ohnehin jetzt beendet werden), sei es in sozialen oder kulturellen Einrichtungen, bei der Betreuung von älteren Bürgerinnen und Bürgern, sei es bei Arbeiten für die Städte und Kommunen. Für alle Dienstleistenden, die sich nicht auf Bundesebene, zum Beispiel im Wehrdienst oder beim THW engagieren, ist dabei die eigene Stadt, die eigene Gemeinde der richtige Ort für ein passendes Pflichtjahr. Hier sieht man sofort und konkret, was man mit seinem Einsatz bewegen kann. Und sie ist der passende Trainingsraum für das Einüben der sozialen Fertigkeiten, die unsere Gesellschaft als unabdingbare Grundlage benötigt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Innenminister,
wir bitten Sie daher um die Unterstützung bei der Einführung eines Pflichtjahres für einen gesellschaftlichen Grunddienst in Deutschland, indem Sie:

1. *über den Bundesrat und die Kontakte zum Bund sowohl auf Regierungsebene wie auch in den jeweiligen Parteien eine solche Dienstpflicht für alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden anregen,*
2. *die rechtlichen, finanziellen und strukturellen Möglichkeiten, Chancen und Zielrichtungen einer solchen Dienstpflicht für alle in Baden-Württemberg aufzeigen und*
3. *Gespräche zu einer solchen Umsetzung mit den Vertreterinnen und Vertretern des Städte-, Gemeinde- und Landkreistages initiieren und aufnehmen.*
4. *Den doppelten Spurwechsel in Baden-Württemberg als Anreiz- und Sanktionssystem zu etablieren.*

Wir – als drei Oberbürgermeister ganz unterschiedlich strukturierter Städte und ganz unterschiedlichen politischen Hintergrundes – bieten Ihnen vollumfängliches Engagement und Mitarbeit an. Wir denken, dass wir auf die oben genannten großen Herausforderungen auch mit einem nicht minder großen, mutigen, starken Schritt reagieren müssen. Die Juristinnen und Juristen werden viele Vorbehalte und Einwände haben. Das wissen wir. Aber hier bedarf es einer politischen Antwort. Und wenn nötig muss die Politik auch das Rechtliche neu ordnen.
In diesem Sinne, mit besten Grüßen aus Schwäbisch Gmünd, aus Tübingen und aus Schorndorf,
Richard Arnold, Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd
Boris Palmer, Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen
Matthias Klopfer, Oberbürgermeister der Stadt Schorndorf
Der Brief blendet einen wichtigen Aspekt aus: Die Herkunft jener Krawallbrüder, denen ein deutscher Pass in den Schoß gefallen ist, die aber sprachlich und kulturell keine Deutschen sind. Für schwarz-rot-grüne Verhältnisse indessen ist die Stellungnahme durchaus beachtlich, weshalb wir ihr eine möglichst weite Verbreitung wünschen.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand" herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

http://www.pi-news.net/2020/07/frankfurt-bunte-partyszene-eskaliert-am-opernplatz/

GROSSTEIL DER RANDALIERER MIT MIGRATIONSHINTERGRUN

Frankfurt: Bunte „Partyszene“ eskaliert am Opernplatz

19. Juli 2020

In der Nacht zum Sonntag eskalierte die bunte, migrantische „Partyszene" am Opernplatz in Frankfurt. Nachdem laut Polizeiangaben 6.000 bis 7.000 Personen seit den frühen Abendstunden in der Stadt gefeiert hatten, sei die Stimmung gegen 1.00 Uhr morgens „gekippt". Die „Feiernden" seien zunehmend aggressiv geworden, heißt es.
Gegen 3.00 Uhr befanden sich noch etwa 500 bis 800 Personen auf dem Opernplatz und es sei zu einer Schlägerei zwischen 25 bis 30 der launigen Partypeople gekommen. Als eine Person blutig geprügelt worden war schritt die Polizei mit etwa zehn Mann ein. Dann kam es, wie es kommen musste, man hatte nun einen gemeinsamen „Feind" und die Gewalt begann sich „offen und direkt" gegen die Beamten zu richten. Schließlich lässt diese Klientel sich nicht gerne dabei stören, ein auserkorenes Opfer zu Brei zu treten.

Unter tosendem Beifall der Anwesenden rund 800 Personen wurden die Polizisten mit Flaschen beworfen, beschimpft und tätlich angegriffen, ein Haltestellenhäuschen wurde entglast, Mülltonnen auf die Straße und auf Autos geworfen. Daraufhin zog sich die kleine Gruppe von Beamten zurück und forderte Verstärkung an, die wenig später in zwei Ketten mit Schutzschildern dem hochaggressiven, gewalttätigen Mob entgegentrat. Doch schon während der Anfahrt waren auch die Polizeifahrzeuge mit allem was zur Hand war beworfen worden. Der Platz wurde dann gesperrt und geräumt.

Im Zuge der polizeilichen Maßnahmen seien 39 Personen vorläufig festgenommen worden. Mit ernsthaften Konsequenzen werden sie wohl nicht zu rechnen haben, 31 von ihnen wurden sofort nach der Identitätsfeststellung noch vor Ort wieder entlassen. Nur acht der Gewalttäter seien tatsächlich mitgenommen worden. Fast alle der Festgenommen, im Alter von 17 bis 23 Jahren, hätten Migrationshintergrund. Es war nur eine Frau dabei, so der Polizeibericht. Mindestens fünf Beamte seien durch die Angreifer verletzt worden. Es entstand Sachschaden in der Höhe von mehreren tausend Euro.

Bei einer Pressekonferenz am Sonntagmittag zeigte Polizeipräsident Gerhard Bereswill sich „entsetzt" über die ungehemmte Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber der Polizei. Besonders „schmerzlich" sei, dass die Angriffe auf die Beamten von johlendem Beifall aller anderen Anwesenden begleitet worden sei.

Schmerzliches Entsetzen über die Zustände in Frankfurt? Seit Jahren spitzt die Lage sich im Migranten-Hotspot Frankfurt immer weiter zu. Kriminelle „Großfamilien", afrikanische Drogendealer, Vergewaltiger und Mörder aus aller Herren Länder haben die Stadt schon lange zu ihrem Territorium erklärt – DAS ist „schmerzlich", vor allem für die einheimische Bevölkerung, die mit all dem leben muss. Dem Polizeipräsidenten ist offenbar bis heute nicht aufgefallen, was auf den Straßen dieser Stadt los ist. Bürgerkriegsähnliche Szenen, wie sie seit Jahren auch zum Beispiel in Frankreich zu beobachten sind, sind nicht nur die Folgen der deutschlandschädigenden Migrationspolitik, sondern auch das Ergebnis einer submissiven Haltung der Polizeispitze gegenüber diesen Landnehmern, einem duckmäuserischen Verhalten angesichts des Drucks von links. Seit Jahren und in den vergangenen Wochen zunehmend wird sofort „Rassismus" gelplärrt, wenn einem der Krimigranten auch nur mit Handfesseln gedroht wird.

Auch jetzt überschlägt man sich wieder in den sozialen Netzwerken vor Empörung, weil im Polizeibericht beschrieben wurde, dass eine „überwiegenden Mehrzahl" der Täter „einen Migrationshintergrund" habe. Das sei RacialProfiling, heißt es.

Für Montag ist in Frankfurt eine Sicherheitskonferenz geplant. Daran teilnehmen sollen Vertreter der Ordnungsbehörden und des Gesundheitsamtes, Polizeipräsident Gerhard Bereswill, sowie die grüne Umweltdezernentin Rosemarie Heilig.

Es ist nicht zu erwarten, dass sich an den Zuständen in der Stadt etwas ändern wird. Jedenfalls bestimmt nicht, solange man die Augen davor verschließt, wer die Aggressoren sind, was sie wollen und man sich devot dem linken Multikultirausch ergibt.

Videos der Szenerie:

http://www.pi-news.net/2020/07/justiz-inkompetenz-nrw-freigelassener-afghane-vergewaltigt-13-jaehrige/

TRIEBTÄTER ZUBYR S. VERGING SICH IM JUNI BEREITS AN 11-JÄHRIGEM KIND

Justiz-Inkompetenz NRW: Freigelassener Afghane vergewaltigt 13-Jährige

29. Juli 2020

•

Der „schutzsuchende" Afghane Zubyr S. hatte am Freitag ein 13-jähriges Kind in der Dortmunder Nordstadt von einem Spielplatz in den Hausflur eines Mehrfamilienhauses gelockt. Dort vergewaltigte der Pädophile das Mädchen brutal. Die Staatsanwaltschaft Dortmund trifft für diese Vergewaltigung eine erhebliche Mitschuld.

Von JOHANNES DANIELS | Bei diesem Ausmaß an Inkompetenz der Justizbehörden in Nordrhein-Westfalen könnte man juristisch durchaus auf direkten Vorsatz der NRW-Behörden zum Schaden der Bevölkerung plädieren:

Der afghanische Kindesvergewaltiger Zubyr S. (23), der am Freitag ein 13-jähriges Kind in Dortmund vergewaltigte, hat sich wenige Wochen vor dieser Tat bereits an einem anderen Mädchen vergangen – und wurde stantepede wieder auf freien Fuß gesetzt, weil er laut Behördenauskunft „einen festen Wohnsitz hat und keine Fluchtgefahr" bestand.

Schwerer sexueller Missbrauchs in Tateinheit mit Vergewaltigung

Der „polizeibekannte und vorbestrafte" 23-jährige Afghane Zubyr S. hatte bereits am 20. Juni in Dortmund ein 11-jähriges Kind brutal vergewaltigt und vergewaltigte nicht einmal einen Monat später wieder eine 13-jährige Schülerin. Die Staatsanwaltschaft Dortmund stand dabei Pate: Der „Schutzsuchende" vom Hindukusch wurde nach der ersten Tat sofort von der Polizei gefasst und kam am Folgetag wegen des schweren Verdachts in Untersuchungshaft. Doch am 3. Juli, nur 13 Tage nach der abscheulichen Triebtat, wurde der Haftbefehl auf Antrag der Staatsanwaltschaft (!) „völlig überraschend unter Auflagen" ausgesetzt. Der bereits polizeibekannte Triebtäter kam sofort frei. Die Staatsanwaltschaft Dortmund begründete dieses Zugeständnis zugunsten des islamischen Pädophilen, dass Zubyr „ja einen festen Wohnsitz habe" sowie ein vorläufiges Aufenthaltsrecht.

„Der Haftbefehl wurde gegen Meldeauflagen außer Vollzug gesetzt", betonte Staatsanwalt BörgeKlepping. Grund seien „fehlende Haftgründe wie Flucht- oder Wiederholungsgefahr" (!) gewesen. Klepping zufolge sei es „nahezu immer eine Ermessensentscheidung, ob ein Tatverdächtiger in Untersuchungshaft" bleibe oder freikomme. Die Ermessensentscheidung verlief auch in diesem Fall wieder zum Nachteil der deutschen Bevölkerung. Börge bürgte für Zubyr, das ging in die Binsen.

„Es war ein vergleichbares Geschehen", bestätigte der überraschte Staatsanwalt BörgeKlepping auch die „frühere Tat" vor fünf Wochen. Details wollte er jedoch zum Schutz des inzwischen zwölf Jahre alten Opfers (und natürlich sich selbst) nicht nennen.

Kinder als Freiwild für Staatsanwaltschaft und pädophilen Geflüchteten

Nach aktuellsten Informationen hatte Zubyr S. am Freitag das 13-jährige Kind in der Dortmunder Nordstadt um 17.45 Uhr von einem nahe gelegenen Spielplatz in den Hausflur eines Mehrfamilienhauses gelockt und sofort gewaltsam missbraucht. Nach der Tat flüchtete der fluchtsuchende Gast der Kanzlerin und des Steuerzahlers. Das Mädchen schleppte sich nach Hause und konnte – trotz allem – gegenüber der Polizei eine so detaillierte Täterbeschreibung abgeben, dass der paschtunische Vergewaltiger noch in der Nacht zu Samstag, den 25. Juli gegen 3.30 Uhr direkt auf der Straße festgenommen werden konnte.
Der Genital-Afghane sitzt jetzt einmal mehr wegen schweren sexuellen Missbrauchs in Tateinheit mit Vergewaltigung vorläufig in Untersuchungshaft. Für wie lange diesmal? Der Doppel-Kindsvergewaltiger war außerdem wegen Körperverletzungs- und Drogendelikten selbstverständlich „polizeibekannt und vorbestraft".
Auch die bunte auflagenschwache „Süddeutsche Zeitung" berichtet mittlerweile auf ihre eigene verlogene Art über den afghanischen Mehrfach-Vergewaltiger („junger Mann"), „berichtigt" die Details im Polizeibericht und macht sich so wieder einmal zum willfährigen *politisch korrekten* Medien-Mittäter:

> ***Mann soll 13-Jährige in Hausflur vergewaltigt haben***
> *Ein junger Mann soll in Dortmund in einem Hausflur eine 13-Jährige vergewaltigt haben. Das berichtete am Montag ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Der 23-Jährige soll das Mädchen am Freitag in den Flur gelockt haben, dann soll es zur Tat gekommen sein. Der Verdächtige sei am frühen Samstagmorgen gefasst worden. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft sitze er nun in Untersuchungshaft wegen schweren sexuellen Missbrauchs in Tateinheit mit Vergewaltigung. Ob er sich bereits zu dem Vorwurf äußerte, war zunächst nicht klar. Auch weitere Einzelheiten wurden zunächst nicht genannt."*

http://www.pi-news.net/2020/07/warum-muslime-die-deutsche-polizei-verachten/

SCHARFE TRENNUNG IN MUSLIME UND UNGLÄUBIGE

Warum Muslime die deutsche Polizei verachten

29. Juli 2020

Ausschreitungen muslimischer junger Männer in Stuttgart. Einen Polizisten, der weder schlägt noch schießt, respektieren sie nicht.

Von MANFRED ROUHS | Die Annahme, muslimische junge Männer würden generell die Polizei nicht respektieren, ist selbstverständlich falsch. In Algerien, Marokko, Saudi-Arabien und Ägypten ist ihr Respekt vor Polizisten stark ausgeprägt. Denn falls sie dort im Umgang mit dem Beamten etwas falsch machen, schlägt er sie mit dem Gummiknüppel zusammen oder schießt ihnen ins Bein. Das ist eine leicht verständliche Sprache. Das wird grenzübergreifend ohne Dolmetscher verstanden. Ein verständnisvoller, kommunikationsorientierter deutscher Polizeibeamter dagegen wird als Lachnummer zur Kenntnis genommen.
So entstehen kulturelle Missverständnisse, die nicht erst seit gestern immer wieder mal eskalieren, wie zuletzt in Stuttgart und Frankfurt a.M.
Kenntnisse dieser Art kann man in Deutschland sogar in der Zeitung nachlesen, beispielsweise **hinter der Bezahlschranke der „Welt". Dort lässt uns der**

79-jährige Nordafrika-Experte Samuel Schirmbeck an seinen Erfahrungen mit muslimischen jungen Männern teilhaben:
„Die an den Krawallen beteiligten jungen Muslime sehen den öffentlichen Raum nicht als den Ihren an, nicht als Teil der Res Publica, sondern als feindliches, den Ungläubigen gehörendes Territorium. Deshalb haben einschlägige Regeln der öffentlichen Ordnung für sie keine Bedeutung, und die Polizei verdient keinerlei Respekt, zumal sie hier nicht, wie in den autoritär-diktatorischen Herkunftsländern der Migranten, mit paramilitärischer Brutalität vorgeht. So wird sie erst recht nicht ernst genommen."
Unabhängig von der Gewaltfrage besteht, so Schirmbeck, im islamischen Kulturkreis eine Grundhaltung der Verachtung von Nicht-Muslimen, die für die meisten Europäer überhaupt nicht vorstellbar ist:
„Man macht sich in Deutschland keinen Begriff davon, wie fundamental für die muslimische Welt die Unterscheidung zwischen ‚gläubig' und ‚ungläubig' ist, zwischen ‚islamisch' und ‚unislamisch'. Sie beherrscht Tun und Denken. Das hohe Lob der ‚Gläubigen' und die höllische Verdammung der ‚Ungläubigen' ist koranisches Leitmotiv. ‚Gläubig' zu sein bedeutet zuallererst: Muslim sein, Mitglied der ‚besten Gemeinschaft' aller Zeiten, egal, wie fromm das Mitglied dieser Gemeinschaft den göttlichen Geboten in der Praxis folgt. Den ‚Ungläubigen' ist man als Muslim allemal überlegen, selbst wenn man Straftaten begeht, denn Muslim bleibt man auch dann noch. Da hat die deutsche Polizei zurückzustehen. Die permanenten Verdammungen der ‚Ungläubigen' durch den Koran tun ein Übriges, um die Integration in die westliche Gesellschaft zu erschweren. All diese Verse sind in der islamischen Welt nicht unter Schichten der Aufklärung versunken, sondern lebendig."
Diese erhellenden Worte sollte man in Holzstücke einritzen und diese all jenen Gut- und Bessermenschen an der Stirn festnageln, die immer noch der Meinung sind, eine multi-kulturelle Gesellschaft sei realistisch und die beste aller denkbaren Welten.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand" herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.
e Psychoedukatonstermine müssen gemäss den WOchenplänen erfolgen. DieKrpflege (AT) sagt, sie könne diese Liste nicht nach den Wochenplänen erstellen. Das sollte sie aber (oder soll das Annika oder Diana machen?)

7. August 2020

Von JOHANNES DANIELS | Kandel ist überall. BILD titelt über den archaischen Messermord in der niederbayerischen Idylle: „Plattling – Todesdrama auf Supermarktparkplatz".

Ein 28-jähriger afghanischer „Schutzsuchender" hat am Donnerstag Abend auf der Zufahrt zu einem Edeka-Parkplatz in der Landauer Straße in Plattling (Landkreis Deggendorf) mit vielen Messerstichen seine Freundin, 20, nach neudeutsch-paschtunischer Sitte abgemetzelt. Das gemeinsame Kind der beiden sei bei der Tat am Donnerstagabend dabei gewesen, betonte ein Polizeisprecher. Der Säugling ist erst acht Monate alt und befindet sich nun in der Obhut des Jugendamts Deggendorf. Die junge Frau ist aufgrund ihrer schweren Stichverletzungen noch am Tatort gestorben. Beamte der Mordkommission waren bis in die Nacht zum Freitag am Tatort mit der Spurensicherung beschäftigt.

Lebensgefährlicher Lebensgefährte vom Hindukusch

Nach dem bisherigem Stand der Ermittlungen fuhr die Frau mit ihrem Pkw zum Tatort, um ihren Lebensgefährten zu besuchen. Der 28-Jährige arbeitete dort in einem Imbiss. Am Imbiss kam es aus bisher nicht genau bekannten Gründen zu einem Streit zwischen dem deutsch-afghanischen Paar, es ging wohl um „Ehre". Im Laufe des handfesten Streits stach das Mitglied der Religion des Friedens mit einem Küchenmesser aus dem Imbiss mehrmals auf die Frau ein. Sie erlitt dabei schwere Verletzungen im Oberkörperbereich. Der alkoholisierte Afghane ließ sich am Tatort von der Polizei Plattling widerstandslos festnehmen. Im Fahrzeug der Frau befand sich auch das acht Monate alte gemeinsame Kleinkind des 20-jährigen Mädchens.

Täter war alkoholisiert – Motiv wohl im privaten Bereich

Der „Ehrenmord"-Tatort wurde in der Nacht mit Hilfe der Feuerwehr Plattling abgesperrt, es kam zu einem Großeinsatz der Polizei. Spezialisten der Kriminalpolizei Straubing führten die Spurensicherung durch. Die blutgetränkte Tatwaffe wurde vor Ort sichergestellt. Mehrere Zeugen der Tat wurden noch in der Tatnacht von der Kriminalpolizei vernommen.

Bürgermeister spricht von „absolut tragischem Fall"

Laut Bürgermeister Hans Schmalhofer, CSU, handelt es sich beim Opfer „um eine Plattlingerin und deutsche Staatsbürgerin". Er sprach von einem „absolut tragischen Fall". Weiter sagte er: „Mit großem Entsetzen nehmen wir die Tat wahr." Der Messermörder wurde im Laufe des Freitags nach Aufnahme einiger seiner Personalien der Ermittlungsrichterin beim Amtsgericht Deggendorf vorgestellt. Die forensische Obduktion der Toten findet am Freitag Nachmittag im Institut für Rechtsmedizin der LMU München statt.

Kripo sucht nach Fahrer eines VW Golf Plus und weiteren Zeugen

Die Kriminalpolizei Deggendorf sucht in Zusammenhang mit der Tat einen weiteren Zeugen, der sich zur Tatzeit am Tatort aufgehalten hat. Dieser Mann fuhr nach bisherigen Erkenntnissen unmittelbar nach der Tat mit einem VW Golf Plus, an dem ein Kotflügel mit Klebeband abgeklebt oder fixiert war, in unbekannte Richtung weg. Zeugen werden dringend gebeten sich mit der Kriminalpolizei Deggendorf unter 0991/3896-0 in Verbindung zu setzen.

FOCUS verschweigt die Details, wie so oft

Der mittlerweile grünrotkunterbunte auflagenschwache FOCUS berichtet über die archaisch-islamische Hinrichtung – allerdings ohne seine Leser über die Details zu informieren:

> *„Mann ersticht Lebensgefährtin auf Edeka-Parkplatz – Polizei sucht wichtigen Zeugen*

> *Am Donnerstagabend ist es in Plattling im Landkreis Deggendorf zu einem Tötungsdelikt gekommen. Ein Mann erstach seine Lebensgefährtin auf einem Supermarkt-Parkplatz – vor den Augen des gemeinsamen Kindes. Der Tatverdächtige wurde festgenommen.*
> *Ein Mann hat auf der Zufahrt zu einem Supermarktparkplatz im bayerischen Plattling laut Polizei mit mehreren Messerstichen eine Frau erstochen. Laut einem Bericht der „Passauer Neue Presse" soll es sich dabei um eine Edeka-Filiale in der Landauer Straße gehandelt haben. Frau vor den Augen des gemeinsamen Kindes getötet. Das gemeinsame Kind der beiden, 2019 geboren, sei bei der Tat am Donnerstagabend dabei gewesen, sagte ein Polizeisprecher. Es sei „durch das Jugendamt in Obhut genommen worden", erklärte dieser weiter. Während das Baby unverletzt blieb, starb seine Mutter noch am Tatort im Landkreis Deggendorf. „Der Täter ließ sich unmittelbar nach der Tat an Ort und Stelle festnehmen", so die Polizei.*
> *Wie aus dem Bericht der „Passauer Neuen Presse" hervorgeht, sei die 20-jährige Frau zum Tatort gefahren, um ihren 28-jährigen Lebensgefährten zu treffen. Dieser soll in einem Imbiss nahe des Edeka-Parkplatzes gearbeitet haben. Aus noch unbekannten Gründen sei es an dem Take-Away zu einem Streit zwischen den beiden gekommen."*

http://www.pi-news.net/2020/08/berlin-30-jaehriger-iraker-ruft-bei-auto-dschihad-allahu-akbar/

„KEINER KOMMT NÄHER, SONST WERDET IHR ALLE STERBEN!"

Berlin: 30-jähriger Iraker ruft bei Auto-Dschihad „Allahu Akbar"

19. August 2020

Bei dem Terroranschlag des Irakers wurden insgesamt sechs Menschen verletzt, drei von ihnen - unter anderem zwei Motorradfahrer - schwer. Auch wenn es die Medien bislang noch abstreiten, aber Berlin erlebte wohl am Dienstag Abend einen weiteren islamisch-motivierten Terroranschlag in Form eines „Auto-Dschihads". Ein 30-jähriger Iraker verursachte gegen 18.35 Uhr nacheinander in Wilmersdorf, Schöneberg und Tempelhof drei Unfälle auf der A100. Die Polizei geht davon aus, dass er alle Unfälle gezielt begangen hat. Insgesamt sechs Menschen wurden verletzt, drei von ihnen schwer.

Der Iraker fuhr unter anderem mit seinem schwarzen Opel Astra in Höhe Alboinstraße gezielt in zwei Motorradfahrer, von dem einer reanimiert werden musste. Dann stoppte er seinen Wagen, stieg aus und rief „Allahuakbar". Anschließend stellte er eine Metallkiste auf sein Autodach und sagte: „Keiner kommt näher, sonst werdet ihr alle sterben".

Die alarmierten Polizisten konnten den Iraker überwältigen und nahmen ihn fest. Er wurde in die Gefangenensammelstelle am Tempelhofer Damm gebracht. Die Stadtautobahn wurde weiträumig gesperrt. Die Sprengstoff-Experten des LKA untersuchten mehrere Gegenstände im Auto des Mannes.

Beim Röntgen der verdächtigen Kiste auf dem Dach wurde offenbar nur Werkzeuge entdeckt. Eine weitere Kiste im Kofferraum wurde gegen 22.30 Uhr mit einem Hochdruck-Wasserstrahl geöffnet. Dann war klar: Vom Inhalt geht keine Gefahr aus. Sprengstoffspuren, wie zunächst vermutet, wurden im Auto nicht gefunden.

https://www.focus.de/panorama/welt/mehrere-verletzte-aufregung-auf-berliner-stadtautobahn-mann-baut-gleich-mehrere-unfaelle-und-droht_id_12334595.html

Mann stellte Kiste auf Straße und drohte

Aufregung auf Berliner Stadtautobahn: Mann baut gleich mehrere Unfälle und droht

Mittwoch, 19.08.2020, 10:08

Ein Mann verursacht auf der Berliner Stadtautobahn drei Unfälle und verletzt mehrere Menschen. Dann stellt er eine Kiste auf die Fahrbahn und spricht von einem "gefährlichen Gegenstand". Die Ermittler glauben nun an eine politisch motivierte Tat. Was ist passiert?

Mehrere Unfälle auf der Berliner Stadtautobahn am Dienstagabend waren wahrscheinlich politisch motiviert. Sie seien absichtlich verursacht worden, erfuhr die Deutsche Presse-Agentur am Mittwochmorgen aus Ermittlerkreisen. Der Sprecher der Berliner Generalstaatsanwaltschaft, Martin Steltner, sagte zudem am Mittwoch der AFP, die Äußerungen des Fahrers würden eine religiös motivierte Tat nahelegen.

Psychische Störung nicht ausgeschlossen

Generalstaatsanwältin Margarete Koppers werde am Nachmittag den Rechtsausschuss zu den bisherigen Erkenntnissen informieren, sagte ein Sprecher der Justizverwaltung. Die Polizei untersucht aber auch, ob der festgenommene Täter, ein 30-jähriger Autofahrer, psychisch gestört ist, wie ein Sprecher sagte. Laut "Bild"-Zeitung handelt es sich bei dem Mann um einen Iraker.

https://www.n-tv.de/politik/Iraker-deutete-Anschlag-bei-Facebook-an-article21981956.html

MITTWOCH, 19. AUGUST 2020

UPDATECrash-Fahrt auf A100Iraker deutete Anschlag bei Facebook an

Die Anzeichen darauf, dass ein 30-jähriger Iraker mehrere Unfälle auf der Berliner Stadtautobahn absichtlich und mit islamistischen Motiven herbeigeführt hat, mehren sich. Auf Facebook postete er vor der Tat Fotos seines Autos, versehen mit religiösen Sprüchen.

Der mutmaßliche Täter von der Berliner Stadtautobahn hat im Internet Hinweise auf die geplante Tat veröffentlicht, bevor er mit einem Fahrzeug mehrere Menschen verletzte**. Auf seiner Facebook-Seite postete der Iraker Fotos des Autos, mit dem er später absichtlich mehrere Fahrzeuge rammte, sowie religiöse Sprüche.**

PANORAMA19.08.20

A100 stundenlang gesperrtFahrer rammt Autos und droht mit Gegenstand

Die Staatsanwaltschaft geht nach derzeitigen Erkenntnissen von einem islamistischen Anschlag aus. Einem Sprecher der Staatsanwaltschaft zufolge deuteten auch die Aussagen des Mannes nach seiner Festnahme auf ein solches Motiv hin. So habe er etwa

"Allahuakbar" gerufen. Es gebe aber auch Hinweise auf psychische Probleme des 30-jährigen Irakers, sagte ein Sprecher.
Gegen den Mann, der durch die Unfälle für stundenlange Sperrungen der Autobahn sorgte, ermittelt der für politisch motivierte Taten zuständige Staatsschutz der Kriminalpolizei. Anhaltspunkte für eine Mitgliedschaft des Verdächtigen in einer terroristischen Vereinigung gibt es laut Generalstaatsanwaltschaft und Polizei nicht. Der Mann soll einem Haftrichter zum Erlass eines Haftbefehls wegen versuchten Mordes in mehreren Fällen vorgeführt werden.
Es sei eine Ermittlungsgruppe "Motorrad" gegründet worden. Die Kollisionen des Autofahrers mit anderen Fahrzeugen seien als vorsätzliche Angriffe zu werten, hieß es in der Mitteilung. Sechs Personen wurden demnach verletzt, drei davon schwer. "Es handelt sich nach dem derzeitigen Ermittlungsstand um gezielte Angriffe vor allem auf Motorradfahrer mit zum Teil schwerwiegenden Folgen."

- **Mit vermeintlicher Munitionskiste gedroht**

Wegen der andauernden Untersuchungen waren Teile der Autobahn auch am Morgen noch lange gesperrt. Die Folge waren Behinderungen im Berufsverkehr. Laut der "B.Z." setzte die Polizei auch eine Drohne für Filmaufnahmen aus der Luft ein. Während die Drohne flog, mussten aus Sicherheitsgründen beide Fahrtrichtungen der Autobahn gesperrt werden.

PANORAMA19.08.20
Anschlag auf Berliner A100"Hier haben sich dramatische Minuten abgespielt"
Das stark beschädigte Auto des Fahrers stand zuletzt auf der Autobahnausfahrt Alboinstraße in Berlin-Tempelhof Richtung Westen. Dort in der Nähe hatte sich wohl der dritte Crash ereignet. Auf der Fahrbahn lagen einige Trümmer und ein Motorradhelm. Ein Motorrad war quer in die Front des Wagens geklemmt, wie auf Fotos zu sehen war. Offenbar hatte der Fahrer das Motorrad mit großer Gewalt gerammt. Ein Sprecher der Feuerwehr hatte zuvor gesagt, drei Menschen seien schwer verletzt worden, drei weitere leicht.
Laut Polizei hatte der Mann eine vermeintliche Munitionskiste dabei. Als er gestoppt wurde, habe er angekündigt, in der Kiste befände sich ein "gefährlicher Gegenstand", sagte eine Polizeisprecherin in der Nacht. Der "Bild"-Zeitung zufolge rief er sinngemäß: "Keiner kommt näher, sonst werdet ihr sterben."
Kriminaltechniker durchleuchteten die Metallkiste. Sie sei für die Aufbewahrung von Munition geeignet gewesen. Die Kiste sei dann mit einem Wassergewehr aufgeschossen worden, sagte die Sprecherin. Allerdings entdeckte die Polizei darin nichts Verdächtiges, sondern lediglich Werkzeug. Sprengstoffspuren seien im Auto nicht gefunden worden.
Quelle: ntv.de, jog/dpa/AFP

https://www.n-tv.de/panorama/Unfallfahrer-trieb-wohl-islamistisches-Motiv-article21981583.html
Ermittlungen nach A100-Crashs
Unfallfahrer trieb wohl islamistisches Motiv
Ein 30-jähriger Mann verursacht auf der Berliner Stadtautobahn mehrere Unfälle - laut Ermittlern wohl mit voller Absicht. Was der Mann vor und nach seiner Festnahme von sich gibt, deutet zudem darauf hin, dass es sich um einen islamistischen Täter handeln könnte.
Mehrere Unfälle auf der Berliner Stadtautobahn am Dienstagabend waren wahrscheinlich politisch motiviert. Aus Ermittlerkreisen hieß es, sie seien absichtlich verursacht worden. Ein Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft sagte zudem, die Äußerungen des Verdächtigen deuteten auf einen islamistischen Hintergrund hin. Generalstaatsanwältin Margarete Koppers werde am Nachmittag den

Rechtsausschuss zu den bisherigen Erkenntnissen informieren. Die Polizei untersucht aber auch, ob der festgenommene Täter, ein 30-jähriger Iraker, psychisch gestört ist, wie ein Sprecher sagte.
Fahrer rammt Autos und droht mit Gegenstand
Gegen den Mann, der durch die Unfälle für stundenlange Sperrungen der Autobahn sorgte, ermittelt der für politisch motivierte Taten zuständige Staatsschutz der Kriminalpolizei. Wegen der andauernden Untersuchungen sind Teile der Autobahn auch am Mittwochmorgen noch gesperrt. Die Folge waren Behinderungen im Berufsverkehr. Laut der "B.Z." setzte die Polizei auch eine Drohne für Filmaufnahmen aus der Luft ein.
Der Autofahrer hatte an drei Stellen auf der Autobahn nahe der Berliner Innenstadt Unfälle verursacht. Dabei fuhr er auch Motorradfahrer um. Ein Sprecher der Feuerwehr sagte, drei Menschen seien schwer verletzt worden, drei weitere leicht, darunter auch ein Motorradfahrer.
Laut Polizei hatte der Mann eine vermeintliche Munitionskiste dabei. Als er gestoppt wurde, habe er angekündigt, in der Kiste befände sich ein "gefährlicher Gegenstand", sagte eine Polizeisprecherin in der Nacht. Der "Bild"-Zeitung zufolge rief der Mann "Allahu Akbar" und sagte sinngemäß: "Keiner kommt näher, sonst werdet ihr sterben."
Kriminaltechniker durchleuchteten die Metallkiste. Sie sei für die Aufbewahrung von Munition geeignet gewesen. Die Kiste sei dann mit einem Wassergewehr aufgeschossen worden, sagte die Sprecherin. Allerdings entdeckte die Polizei darin aber nichts Verdächtiges, sondern lediglich Werkzeug. Sprengstoffspuren seien im Auto nicht gefunden worden.
Quelle: ntv.de, jog/dpa/AFP#

http://www.pi-news.net/2020/08/seit-2015-2645-islam-terror-verfahren-und-13-mio-straftaten-durch-fluechtlinge/

FAKTEN DER MERKELREGIERUNG IM JAHRE 15 NACH AMTSANTRITT

Seit 2015: 2645 Islam-Terror-Verfahren und 1,3 Mio. Straftaten durch Flüchtlinge

22. August 2020

Von STEFAN SCHUBERT | Der islamistische Terroranschlag von Berlin hat das Sicherheitsrisiko durch eine fundamental falsche Migrationspolitik wieder ans Tageslicht gebracht. Der 30-jährige Asylbewerber aus dem Irak, Sarmad A., vereinigt in einer Person die desaströsen Auswirkungen der Politik der Bundesregierung: polizeibekannt, abschiebpflichtig, Kontakte ins islamistische Terrormilieu. Der Allahu-Akbar-Terror von Berlin zeigt auch die Willkür und die brutale Ideologie des radikalen Islam auf, deren Opfer jeder Bürger werden kann.

Allein im Jahr 2019 hat die Bundesanwaltschaft 663 Terrorverfahren neu eingeleitet. 400 dieser Verfahren wurden im Bereich islamistischer Terrorismus eröffnet. Wir befinden uns mittlerweile im 5. Jahr der merkelschen »Grenzöffnungen«, wobei die mediale Sprachpolizei versucht, diesen Begriff weitgehend zu tabuisieren.

Wie immer die Bezeichnung auch lauten mag, der 13. September 2015 wird als der Tag in die deutschen Geschichtsbücher eingehen, an dem Angela Merkel der Bundespolizei, vormals dem Bundesgrenzschutz, untersagte, Deutschlands Grenzen – die Identität des Landes –, die Sozialsysteme und im Besonderen die Sicherheit der Bürger zu schützen.

Auf Anfrage des Autors gab die Pressestelle des Generalbundesanwalts (GBA) die Anzahl der islamistischen Terrorverfahren für 2019 bekannt. Mit 400 der insgesamt 663 Terrorverfahren fällt die Mehrheit aller Terrorfälle, explizit 60,3 Prozent, wie in den Vorjahren in den Bereich des islamistischen Terrorismus.

Die Analyse der Terrorzahlen der vergangenen Jahre sagt zudem mehr u?ber die tatsa?chliche Sicherheitslage im Land aus als die unter Manipulationsverdacht stehende Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) aus dem Hause Seehofer.

Der Verlauf des Flüchtlingsstroms und dessen höchst problematischer Anteil an Islamisten und Terroristen lassen sich somit direkt an den Zahlen des Generalbundesanwalts ablesen. **Demnach leitete der Generalbundesanwalt seit 2015 insgesamt 2645 islamistische Terrorverfahren ein.**

● 2015 wurden 108 Terrorverfahren mit islamistischem Bezug eröffnet.
● 2016 hat sich die Zahl mit 201 islamistischen Terrorverfahren fast verdoppelt.
● 2017 schlägt sich die Flüchtlingswelle mit 1052 Terrorverfahren in der Statistik nieder.
● 2018 wurden 884 islamistische Terrorverfahren dokumentiert.
● 2019 kamen weitere 400 islamistische Terrorverfahren hinzu.

Trotz der 2645 Verfahren zu islamistischem Terror ist es der Bundesregierung nicht zu peinlich, die Mär vom »sichersten Deutschland aller Zeiten« zu verbreiten. Anstatt den Verlust der inneren Sicherheit anzuprangern, übernehmen große Medienhäuser die vorgegebene Sprachregelung des Kanzleramtes meist eins zu eins. Bei diesem journalistischen Offenbarungseid würde man in autoritären Staaten längst von knallharter Regierungspropaganda sprechen anstatt von einer unabhängigen, einzig faktenbasierten Berichterstattung. Nun reicht ein Blick in die Pressemitteilungen des GBA, um zu erkennen, dass Zugewanderte aus Syrien, dem Irak und Afghanistan in großer Anzahl als Terrorverdächtige ins Visier der Sicherheitsbehörden geraten.

Doch die immens gestiegene Terrorgefahr durch muslimische Flüchtlinge zählt zu einem der gro?ßten Tabuthemen im Bereich der inneren Sicherheit und wird sogar negiert.

Als Resümee bleibt festzustellen, dass die islamistische Terrorgefahr in Deutschland extrem hoch bleibt. Jederzeit ist mit weiteren Anschlägen durch Islam-Terroristen zu rechnen.

Bis zu 1,3 Millionen Straftaten durch Zuwanderer

Anders als in zurückliegenden Jahren wurde die Bevölkerung über die alarmierenden Zahlen für 2019 nicht in einer Pressekonferenz durch das Bundesinnenministerium informiert, vielmehr stellte das BKA das Lagebild ohne jeglichen Hinweis auf die eigene Homepage. Das Bundeslagebild des Bundeskriminalamts »Kriminalität im Kontext der Zuwanderung« ist jedoch nicht auf der Startseite zu sehen, sondern erst nach einigen Klicks zu finden. Am 3. März 2020 wurden die Kernaussagen für die ersten drei Quartale 2019 der Zuwandererkriminalität dort als PDF-Download hinterlegt. Ein transparenter Umgang bezüglich der Zuwandererkriminalität seit 2015 sieht sicherlich anders aus.

Der Totalitarismus wird zur neuen Normalität in Deutschland

Jetzt, Mitte August 2020, hat es das BKA noch immer nicht geschafft, die Gesamtzahlen für das Jahr 2019 zu veröffentlichen. Als Zyniker ist man versucht, Verständnis dafür aufzubringen, schließlich ist die Merkel-Polizei voll und ganz damit beschäftigt, Kritiker der Migrationspolitik zu kriminalisieren und zu verfolgen.

Treffend, mit einer geradezu beängstigenden Aktualität für Deutschland, hat es der Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn formuliert:

> ***»Ein marxistisches System erkennt man daran, dass es die Kriminellen verschont und den politischen Gegner kriminalisiert.«***

Ersetzt man den Begriff »marxistisch« gegen »totalitär«, dann gibt diese Zustandsbeschreibung des Literaturnobelpreisträgers ziemlich exakt den höchst bedenklichen Umbau Deutschlands der vergangenen Jahre wider.

Wie weit diese Transformation in die neue Normalität eines immer totalitären Staates bereits fortgeschritten ist, wird im aktuellen Buch des Autors *Vorsicht Diktatur! Wie im Schatten von Corona-Krise, Klimahysterie, EU und Hate Speech ein totalitärer Staat aufgebaut wird*, enthüllt, belegt und analysiert.

Die am 3. März 2020 vom BKA veröffentlichten Daten sprechen eine deutliche Sprache und betreffen den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2019.

Die nachfolgenden Daten beziehen sich demnach auf die ersten drei Quartale im Jahr 2019, die Zahlen in Klammern ergeben eine Hochrechnung der Zahlen durch den Autor auf das Gesamtjahr 2019.

Ohne ausländerrechtliche Verstöße haben Zuwanderer/Flüchtlinge in den ersten drei Quartalen 199 625 Straftaten in Deutschland verübt. Auf das Jahr hochgerechnet ist von rund 266 000 Straftaten auszugehen. Darunter befinden sich 47 477 (63 303) Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Dabei handelt es sich in fünfundziebzig Prozent der Fälle um Körperverletzungsdelikte. Rauschgiftdelikte werden mit 21947 (29262) Fällen ausgewiesen. Des Weiteren listet das BKA-Dokument 3702 (4936) Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung auf. Eine Berichterstattung über die Häufung der Sexualstraftaten durch Flüchtlinge bleibt im Mainstream größtenteils aus, genauso wie eine öffentliche Verurteilung der Taten durch die Bundesregierung.

Straftaten gegen das Leben, die schwerwiegendste Straftat, die man begehen kann, werden mit 261 (348) angegeben.

Dem Flüchtlingsansturm folgt die Verbrechensflut

Die mehrheitlich muslimische Masseneinwanderung der Gegenwart hat zu einer epidemischen Verbrechenslawine geführt. Dies wird nicht etwa bloß von »bösen Populisten« behauptet, sondern ist belegt durch die Statistiken des Bundeskriminalamtes. Die höchst bedenkliche Zusammensetzung von größtenteils männlich-muslimischen Einwanderern und deren Beteiligung an Straftaten werden in den Lagebildern des BKA durchaus ersichtlich. **Straffällig werden laut BKA in erster Linie Afghanen, Iraker und Syrer.**

Seit der Grenzöffnung 2015 weist das Bundeskriminalamt rund 1,3 Millionen Straftaten durch Zuwanderer/Flüchtlinge aus. Auf die einzelnen Jahre aufgeschlüsselt, beziffert sich der Kontrollverlust folgendermaßen:

- **2019 (01.01.–30.09.2019): 199 625 Straftaten (auf 2019 hochgerechnet 266 166)**
- **2018: 296 226 Straftaten**
- **2017: 289 753 Straftaten**
- **2016: 293 467 Straftaten**
- **2015: 206 201 Straftaten**
- **Gesamtsumme: 1 285 272 (1 351 813)**

Nachzulesen sind die Zahlen für jedermann wie beschrieben unter *bka.de* und dem Stichwort »Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung«. Eine ausführliche Analyse dieser alarmierenden Fakten und eine Prognose über die

zukünftige Sicherheitslage sind im neuen Buch des Autors *Vorsicht Diktatur!* zu erfahren.

Bestellinformationen:

» Stefan Schubert: *Vorsicht Diktatur!*, 320 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!
» Ulfkotte/Schubert: *Grenzenlos kriminell*, 318 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!

https://www.gmx.net/magazine/news/coronavirus/johns-hopkins-800000-corona-tote-weltweit-35015798

Johns Hopkins: Bereits mehr als 800.000 Corona-Tote weltweit

Aktualisiert am 22. August 2020, 21:15 Uhr

Die Corona-Pandemie breitet sich global weiter aus. Allein in diesem Monat sind schon mehr als 100.000 Menschen nach einer Infektion ums Leben gekommen. Und eine neue Prognose für die USA fällt düster aus.

Seit Beginn der Corona-Pandemie sind US-Wissenschaftlern zufolge weltweit bereits mehr als 800.000 Menschen nach einer Infektion mit dem Virus gestorben. Das ging am Samstag aus Daten der Universität Johns Hopkins in Baltimore hervor. Damit ist die Zahl der Todesopfer innerhalb von zweieinhalb Wochen, seit dem 5. August, um 100.000 angestiegen. Die Zahl der bestätigten Infektionen stieg im gleichen Zeitraum von 18,5 Millionen auf 23 Millionen - eine Zunahme um gut 24 Prozent, die zeigt, dass sich die Pandemie in einigen Ländern weiter rasch ausbreitet.

Weltweit entfallen die meisten Infektionen und Todesfälle auf die USA, ein Land mit rund 330 Millionen Einwohnern. Dort gibt es Johns Hopkins zufolge bislang gut 5,6 Millionen bestätigte Infektionen mit dem Erreger Sars-CoV-2 und rund 175.000 Todesfälle. An zweiter Stelle steht Brasilien mit 3,5 Millionen Infektionen und rund 113.000 Todesfällen. An dritter Stelle kommt Mexiko mit knapp 60.000 Toten, gefolgt von fast 56.000 in Indien.

Pro 100.000 Einwohner: Zahlen in Europa höher als in den USA

Relativ zur Einwohnerzahl ist die Zahl der Toten jedoch in einigen europäischen Ländern und in Peru höher als in den USA. In Brasilien und in den USA starben der Johns Hopkins-Uni zufolge jeweils rund 54 Menschen pro 100.000 Einwohner. In Peru liegt dieser Wert jedoch bei 84, in Großbritannien bei 62, in Italien bei 59 und in Schweden bei 57 - in Deutschland liegt der Wert seit langem unverändert bei 11. Ein Vergleich der Länder wird dadurch erschwert, dass die Teststrategie und die Zahl der durchgeführten Test in einzelnen Ländern teils sehr unterschiedlich ist.

In den USA ist die Pandemie weiterhin auf dem Vormarsch. Zuletzt wurden dort durchschnittlich pro Tag rund 45.000 Neuinfektionen gemeldet.

Düstere Modell-Rechnung für die USA

Einem weithin beachteten Modell zufolge sind in den USA bis Anfang Dezember insgesamt 310.000 Corona-Todesfälle zu befürchten, rund 15.000 mehr als noch vor zwei Wochen angenommen. Das ging am aus einer Aktualisierung des Modells der Forscher des Instituts IHME der Universität Washington in Seattle hervor. Wenn 95 Prozent der Menschen in der Öffentlichkeit stets Masken trügen, könnte die Zahl der Opfer bis 1. Dezember mit rund 240.000 deutlich geringer ausfallen, erklärten die Forscher. Für Brasilien befürchten die Forscher bis Dezember 204.000 Tote.

http://www.pi-news.net/2020/08/seit-2015-2645-islam-terror-verfahren-und-13-mio-straftaten-durch-fluechtlinge/

FAKTEN DER MERKELREGIERUNG IM JAHRE 15 NACH AMTSANTRITT

Seit 2015: 2645 Islam-Terror-Verfahren und 1,3 Mio. Straftaten durch Flüchtlinge

22. August 2020

Von STEFAN SCHUBERT | Der islamistische Terroranschlag von Berlin hat das Sicherheitsrisiko durch eine fundamental falsche Migrationspolitik wieder ans Tageslicht gebracht. Der 30-jährige Asylbewerber aus dem Irak, Sarmad A., vereinigt in einer Person die desaströsen Auswirkungen der Politik der Bundesregierung: polizeibekannt, abschiebpflichtig, Kontakte ins islamistische Terrormilieu. Der Allahu-Akbar-Terror von Berlin zeigt auch die Willkür und die brutale Ideologie des radikalen Islam auf, deren Opfer jeder Bürger werden kann.

Allein im Jahr 2019 hat die Bundesanwaltschaft 663 Terrorverfahren neu eingeleitet. 400 dieser Verfahren wurden im Bereich islamistischer Terrorismus eröffnet. Wir befinden uns mittlerweile im 5. Jahr der merkelschen »Grenzöffnungen«, wobei die mediale Sprachpolizei versucht, diesen Begriff weitgehend zu tabuisieren.

Wie immer die Bezeichnung auch lauten mag, der 13. September 2015 wird als der Tag in die deutschen Geschichtsbücher eingehen, an dem Angela Merkel der Bundespolizei, vormals dem Bundesgrenzschutz, untersagte, Deutschlands Grenzen – die Identität des Landes –, die Sozialsysteme und im Besonderen die Sicherheit der Bürger zu schützen.

Auf Anfrage des Autors gab die Pressestelle des Generalbundesanwalts (GBA) die Anzahl der islamistischen Terrorverfahren für 2019 bekannt. Mit 400 der insgesamt 663 Terrorverfahren fällt die Mehrheit aller Terrorfälle, explizit 60,3 Prozent, wie in den Vorjahren in den Bereich des islamistischen Terrorismus.

Die Analyse der Terrorzahlen der vergangenen Jahre sagt zudem mehr u?ber die tatsa?chliche Sicherheitslage im Land aus als die unter Manipulationsverdacht stehende Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) aus dem Hause Seehofer.

Der Verlauf des Flüchtlingsstroms und dessen höchst problematischer Anteil an Islamisten und Terroristen lassen sich somit direkt an den Zahlen des Generalbundesanwalts ablesen. **Demnach leitete der Generalbundesanwalt seit 2015 insgesamt 2645 islamistische Terrorverfahren ein.**

• 2015 wurden 108 Terrorverfahren mit islamistischem Bezug eröffnet.
• 2016 hat sich die Zahl mit 201 islamistischen Terrorverfahren fast verdoppelt.
• 2017 schlägt sich die Flüchtlingswelle mit 1052 Terrorverfahren in der Statistik nieder.
• 2018 wurden 884 islamistische Terrorverfahren dokumentiert.
• 2019 kamen weitere 400 islamistische Terrorverfahren hinzu.

Trotz der 2645 Verfahren zu islamistischem Terror ist es der Bundesregierung nicht zu peinlich, die Mär vom »sichersten Deutschland aller Zeiten« zu verbreiten. Anstatt den Verlust der inneren Sicherheit anzuprangern, übernehmen große Medienhäuser die vorgegebene Sprachregelung des Kanzleramtes meist eins zu eins. Bei diesem journalistischen Offenbarungseid würde man in autoritären Staaten längst von knallharter Regierungspropaganda sprechen anstatt von einer unabhängigen, einzig faktenbasierten Berichterstattung. Nun reicht ein Blick in die Pressemitteilungen des GBA, um zu erkennen, dass Zugewanderte aus Syrien, dem Irak und Afghanistan in großer Anzahl als Terrorverdächtige ins Visier der Sicherheitsbehörden geraten.

Doch die immens gestiegene Terrorgefahr durch muslimische Flüchtlinge zählt zu einem der gro?ßten Tabuthemen im Bereich der inneren Sicherheit und wird sogar negiert.

Als Resümee bleibt festzustellen, dass die islamistische Terrorgefahr in Deutschland extrem hoch bleibt. Jederzeit ist mit weiteren Anschlägen durch Islam-Terroristen zu rechnen.

Bis zu 1,3 Millionen Straftaten durch Zuwanderer

Anders als in zurückliegenden Jahren wurde die Bevölkerung über die alarmierenden Zahlen für 2019 nicht in einer Pressekonferenz durch das Bundesinnenministerium informiert, vielmehr stellte das BKA das Lagebild ohne jeglichen Hinweis auf die eigene Homepage. Das Bundeslagebild des Bundeskriminalamts »Kriminalität im Kontext der Zuwanderung« ist jedoch nicht auf der Startseite zu sehen, sondern erst nach einigen Klicks zu finden. Am 3. März 2020 wurden die Kernaussagen für die ersten drei Quartale 2019 der Zuwandererkriminalität dort als PDF-Download hinterlegt. Ein transparenter Umgang bezüglich der Zuwandererkriminalität seit 2015 sieht sicherlich anders aus.

Der Totalitarismus wird zur neuen Normalität in Deutschland

Jetzt, Mitte August 2020, hat es das BKA noch immer nicht geschafft, die Gesamtzahlen für das Jahr 2019 zu veröffentlichen. Als Zyniker ist man versucht, Verständnis dafür aufzubringen, schließlich ist die Merkel-Polizei voll und ganz damit beschäftigt, Kritiker der Migrationspolitik zu kriminalisieren und zu verfolgen.

Treffend, mit einer geradezu beängstigenden Aktualität für Deutschland, hat es der Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn formuliert:

»Ein marxistisches System erkennt man daran, dass es die Kriminellen verschont und den politischen Gegner kriminalisiert.«

Ersetzt man den Begriff »marxistisch« gegen »totalitär«, dann gibt diese Zustandsbeschreibung des Literaturnobelpreisträgers ziemlich exakt den höchst bedenklichen Umbau Deutschlands der vergangenen Jahre wider.

Wie weit diese Transformation in die neue Normalität eines immer totalitären Staates bereits fortgeschritten ist, wird im aktuellen Buch des Autors *Vorsicht Diktatur! Wie im Schatten von Corona-Krise, Klimahysterie, EU und Hate Speech ein totalitärer Staat aufgebaut wird*, enthüllt, belegt und analysiert.

Die am 3. März 2020 vom BKA veröffentlichten Daten sprechen eine deutliche Sprache und betreffen den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2019.

Die nachfolgenden Daten beziehen sich demnach auf die ersten drei Quartale im Jahr 2019, die Zahlen in Klammern ergeben eine Hochrechnung der Zahlen durch den Autor auf das Gesamtjahr 2019.

Ohne ausländerrechtliche Verstöße haben Zuwanderer/Flüchtlinge in den ersten drei Quartalen 199 625 Straftaten in Deutschland verübt. Auf das Jahr hochgerechnet ist von rund 266 000 Straftaten auszugehen. Darunter befinden sich 47 477 (63 303) Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Dabei handelt es sich in fünfundziebzig Prozent der Fälle um Körperverletzungsdelikte. Rauschgiftdelikte werden mit 21947 (29262) Fällen ausgewiesen. Des Weiteren listet das BKA-Dokument 3702 (4936) Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung auf. Eine Berichterstattung über die Häufung der Sexualstraftaten durch Flüchtlinge bleibt im Mainstream größtenteils aus, genauso wie eine öffentliche Verurteilung der Taten durch die Bundesregierung.

Straftaten gegen das Leben, die schwerwiegendste Straftat, die man begehen kann, werden mit 261 (348) angegeben.

Dem Flüchtlingsansturm folgt die Verbrechensflut

Die mehrheitlich muslimische Masseneinwanderung der Gegenwart hat zu einer epidemischen Verbrechenslawine geführt. Dies wird nicht etwa bloß von »bösen Populisten« behauptet, sondern ist belegt durch die Statistiken des Bundeskriminalamtes. Die höchst bedenkliche Zusammensetzung von größtenteils männlich-muslimischen Einwanderern und deren Beteiligung an Straftaten werden in den Lagebildern des BKA durchaus ersichtlich. **Straffällig werden laut BKA in erster Linie Afghanen, Iraker und Syrer.**

Seit der Grenzöffnung 2015 weist das Bundeskriminalamt rund 1,3 Millionen Straftaten durch Zuwanderer/Flüchtlinge aus. Auf die einzelnen Jahre aufgeschlüsselt, beziffert sich der Kontrollverlust folgendermaßen:

• 2019 (01.01.–30.09.2019): 199 625 Straftaten (auf 2019 hochgerechnet 266 166)
• 2018: 296 226 Straftaten
• 2017: 289 753 Straftaten
• 2016: 293 467 Straftaten
• 2015: 206 201 Straftaten
• Gesamtsumme: 1 285 272 (1 351 813)

Nachzulesen sind die Zahlen für jedermann wie beschrieben unter *bka.de* und dem Stichwort »Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung«. Eine ausführliche Analyse dieser alarmierenden Fakten und eine Prognose über die zukünftige Sicherheitslage sind im neuen Buch des Autors *Vorsicht Diktatur!* zu erfahren.

Bestellinformationen:

» Stefan Schubert: *Vorsicht Diktatur!*, 320 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!
» Ulfkotte/Schubert: *Grenzenlos kriminell*, 318 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!

https://www.gmx.net/magazine/news/coronavirus/johns-hopkins-800000-corona-tote-weltweit-35015798

Johns Hopkins: Bereits mehr als 800.000 Corona-Tote weltweit

Aktualisiert am 22. August 2020, 21:15 Uhr

Die Corona-Pandemie breitet sich global weiter aus. Allein in diesem Monat sind schon mehr als 100.000 Menschen nach einer Infektion ums Leben gekommen. Und eine neue Prognose für die USA fällt düster aus.

Seit Beginn der Corona-Pandemie sind US-Wissenschaftlern zufolge weltweit bereits mehr als 800.000 Menschen nach einer Infektion mit dem Virus gestorben. Das ging am Samstag aus Daten der Universität Johns Hopkins in Baltimore hervor. Damit ist die Zahl der Todesopfer innerhalb von zweieinhalb Wochen, seit dem 5. August, um 100.000 angestiegen. Die Zahl der bestätigten Infektionen stieg im gleichen Zeitraum von 18,5 Millionen auf 23 Millionen - eine Zunahme um gut 24 Prozent, die zeigt, dass sich die Pandemie in einigen Ländern weiter rasch ausbreitet.

Weltweit entfallen die meisten Infektionen und Todesfälle auf die USA, ein Land mit rund 330 Millionen Einwohnern. Dort gibt es Johns Hopkins zufolge bislang gut 5,6 Millionen bestätigte Infektionen mit dem Erreger Sars-CoV-2 und rund 175.000 Todesfälle. An zweiter Stelle steht Brasilien mit 3,5 Millionen Infektionen und rund 113.000 Todesfällen. An dritter Stelle kommt Mexiko mit knapp 60.000 Toten, gefolgt von fast 56.000 in Indien.

Pro 100.000 Einwohner: Zahlen in Europa höher als in den USA

Relativ zur Einwohnerzahl ist die Zahl der Toten jedoch in einigen europäischen Ländern und in Peru höher als in den USA. In Brasilien und in den USA starben der Johns Hopkins-Uni zufolge jeweils rund 54 Menschen pro 100.000 Einwohner. In Peru liegt dieser Wert jedoch bei 84, in Großbritannien bei 62, in Italien bei 59 und in Schweden bei 57 - in Deutschland liegt der Wert seit langem unverändert bei 11. Ein Vergleich der Länder wird dadurch erschwert, dass die Teststrategie und die Zahl der durchgeführten Test in einzelnen Ländern teils sehr unterschiedlich ist.

In den USA ist die Pandemie weiterhin auf dem Vormarsch. Zuletzt wurden dort durchschnittlich pro Tag rund 45.000 Neuinfektionen gemeldet.

Düstere Modell-Rechnung für die USA

Einem weithin beachteten Modell zufolge sind in den USA bis Anfang Dezember insgesamt 310.000 Corona-Todesfälle zu befürchten, rund 15.000 mehr als noch vor zwei Wochen angenommen. Das ging am aus einer Aktualisierung des Modells der Forscher des Instituts IHME der Universität Washington in Seattle hervor. Wenn 95 Prozent der Menschen in der Öffentlichkeit stets Masken trügen, könnte die Zahl der Opfer bis 1. Dezember mit rund 240.000 deutlich geringer ausfallen, erklärten die Forscher. Für Brasilien befürchten die Forscher bis Dezember 204.000 Tote.

http://www.pi-news.net/2020/08/pforzheim-syrischer-brandstifter-will-stimmen-gehoert-haben/

15 AUTOS ABGEFACKELT UND MENSCHEN IN LEBENSGEFAHR GEBRACHT

Pforzheim: Syrischer Brandstifter will Stimmen gehört haben

23. August 2020

Von ALEX CRYSO | Ende letzten Jahres fackelte ein syrischer „Flüchtling" insgesamt 15 Autos von zumeist sehr teurem Fabrikat ab. Immer des Nachts zog der 24-Jährige los, um in den Ortschaften Remchingen, Ersingen, Neuenbürg sowie dem Pforzheimer Stadtteil Maihälden seinem unheilvollen Handwerk nachzugehen. Insgesamt war ein Sachschaden von rund 500.000 Euro entstanden, doch damit nicht genug: Schnell griff das Feuer auch auf umliegende Häuser und Fahrzeuge über, entweichende Gase wurde zur Todesgefahr für schlafende Bürger. Ein Rechtsanwalt aus Neuenbürg bei Pforzheim erstatte sogar Anzeige wegen versuchten Mordes gegen die Syrer.

Trotz der ungeheuerlichen Brandserie war der Pforzheimer Justiz die Beweislage bisweilen nicht zwingend genug. Schon im Vorfeld wurde darauf plädiert, den Syrer in psychiatrische Behandlung zu stecken. Bei der mittlerweile vierten Verhandlung vom vergangene Freitag behauptete der Angeklagte allen Ernstes, er würde unter unheimlichen Wahnvorstellungen und geradezu übersinnlichen Visionen leiden, die ihn zu solchen Taten animierten.. „Akte X" in Pforzheim? Braucht das Gericht jetzt eine eigene Abteilung für PSI und Übersinnliches? Schon auf der Flucht über die Türkei und die Balkan-Route soll es mit den Heimsuchungen losgegangen sein: Damals habe ihm eine männliche Stimme zum ersten Mal befohlen, ein Bekleidungsgeschäft in München zu eröffnen, um damit gutes Geld zu verdienen. Der verantwortliche Sachverständige kam zu dem Schluss, der Syrer leide unter paranoider Schizophrenie. Die Gefahr von Rückfälligkeit und neuer Straftaten sei immens. Seit Dezember letzten Jahres ist der Brandstifter in einer psychiatrischen Einrichtung in Emmendingen (Südschwarzwald) untergebracht, wo der Budenzauber unversehens weiterging: So hatte sich der Syrer beispielsweise geweigert, verordnete Medikamente einzunehmen, weshalb es zu einem gewalttätigen Übergriff gegen einen Arzt und einen Pfleger kam. Grund für den Streit war, dass der Syrer seiner Meinung nach nicht lange genug im Koran lesen durfte. Ab da hätte sich die Stimme erneut gemeldet, um dem Moslem aufzutragen, in seiner gekränkten Ehre mal ganz ordentlich zuzuschlagen. Wie es sich mit der Brandserie und den Halluzinationen verhält, ist bislang noch nicht geklärt.

http://www.pi-news.net/2020/08/gefaehrder-ayman-n-kostet-deutschland-ueber-5-mio-e-bislang/

95.000 MANN-STUNDEN ÜBERWACHUNG FÜR MOSLEM

Gefährder Ayman N. kostet Deutschland über 5 Mio. € – bislang …

25. August 2020

Seit drei Jahren wird der islamische Gefährder Ayman N. von 12 Polizisten täglich überwacht. Kosten: rund 5.000 Euro pro Tag! Beim Prozess am Landgericht Halle 2017 kam der Terrorverdächtige in einen Gebetsteppich gehüllt zur „Verhandlung". Eine Abschiebung ist nicht in Sicht.

Von JOHANNES DANIELS | Während zehntausende deutsche Rentner ihren Lebensunterhalt mit Flaschensammeln aufbessern müssen, um einigermaßen über die Runden zu kommen und aus dem Steuerpflichtigen jeder Cent herausgepresst wird, kostet ein illegaler Merkelgast aus Syrien die deutsche Gemeinschaft über 5.000.000 Euro – bislang.

Seit drei Jahren überwachen Landespolizisten in Sachsen-Anhalt einen IS-Gefährder in Bitterfeld-„Friedersdorf" auf Schritt und Tritt. Ein Ende „der Party" ist definitiv nicht in Sicht. Die Magdeburger Volksstimme berichtet detailliert:

> ***Den Bewohnern eines 2000-Seelen-Dorfes in Anhalt-Bitterfeld bietet sich fast täglich ein skurriles Bild. Wenn der 19-jährige Syrer Ayman N. im Ort einkaufen will, folgen ihm in Zivil vier Polizisten mit zwei Fahrzeugen in wenigen Metern Abstand. Weiter, als bis zum Supermarkt, darf er seine Unterkunft ohnehin nicht verlassen. Das kontrolliert auch eine elektronische Fußfessel an seinem Bein.***

Nach aktuellen Informationen summieren sich so seit 2017 bereits 95.000 Mann-Stunden für die Bewachung des Terror-Goldstücks. Bei einem Stundensatz von 52 Euro pro Beamten macht das bislang fünf Millionen Euro zu Ungunsten des Steuerzahlers und der deutschen Rentner aus, Fahrzeugkosten oder andere Sachmittel noch nicht mit einberechnet. Vier Mann werden aktuell pro Schicht für die Überwachung des Syrers eingesetzt, pro Tag also zwölf Beamte, die meist von Magdeburg anreisen müssen. **Ayman N. ist als islamischer Gefährder eingestuft und „wartet auf die Fortführung seines Prozesses vor dem Berliner Kammergericht". MUFL sucht Bauanleitungen für Kalaschnikow und Bomben**

Im August 2017 hatte zunächst das Landgericht Halle den Prozess wegen der „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat" eröffnet. Der IS-Sympathisant, der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling (MUFL) im Herbst 2015 eingereist war, wohnte bis Januar 2017 im Osternienburger Land und nahm im Internet Kontakt mit Gleichgesinnten auf. Laut Anklage habe er sich eine Bauanleitung zur Herstellung eines Sturmgewehres AK 47 (Kalaschnikow) zusenden lassen und soll in einem Chat erfragt haben, wo man Waffen erhält und wie man einen Sprengstoffgürtel herstellen könne. Gegenüber einem verdeckt arbeitenden Verfassungsschützer behauptete der Syrer auch, dass er „etwas Größeres" plane. Von einem Anschlag in Berlin war die Rede.

Unfähige Gerichte erklären sich als „nicht zuständig"

Das Landgericht erklärte sich nach dem dritten nichtöffentlichen Verhandlungstag im September 2017 für nicht mehr zuständig und verwies den Fall an das Kammergericht Berlin. Der Grund: Es gab neue Vorwürfe hinsichtlich der Mitgliedschaft einer ausländischen terroristischen Vereinigung. Doch auch das Kammergericht Berlin setzte nach dem vierten Verhandlungstag im Dezember das Verfahren vorübergehend aus. Gerichtssprecherin Lisa Jani: „Weil noch Nachermittlungen erforderlich waren." Zuständig sei jetzt im Übrigen die Generalstaatsanwaltschaft in Naumburg.

Deren Sprecher Klaus Tewes bestätigt: „Wann die Ermittlungen abgeschlossen werden können, ist noch offen." Die „Überwachung" sei eine reine polizeiliche Maßnahme zur Gefahrenabwehr.

Das Innenministerium will sich zum Fall nicht äußern. Die Polizeigewerkschaften zeigen sich angesichts des Dauereinsatzes „verärgert". Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Uwe Bachmann, spricht von einer „äußerst misslichen Sache". Sein Kollege vom Bund Deutscher Kriminalbeamter, Peter Meißner:

> *„Wir können ihn ja nicht ewig bewachen. Diese Dauerüberwachung bindet Kräfte, die an anderen Stellen dringend gebraucht werden."*

Terrorist Ayman N. erklärt dazu: „Die ganze Sache mit der Polizei nervt." In einem Chat mit einem verdeckt arbeitenden Verfassungsschützer schreibt der syrische Gast der Systemparteien:

> *„Ich bin nicht nach Deutschland eingereist, um hier zu leben. Auch nicht, um hier mit einem Messer ein oder zwei Menschen zu töten. Ich habe Größeres vor?…"*

Ein deutscher Justizsprecher:

> *„Er tat kund, dass er einen Anschlag gegen das Leben vieler in Deutschland lebender Menschen verüben wolle."*

Ein Ende der Dauerbewachung ist allerdings nicht in Sicht, eine Abschiebung des Kulturbereicherers schon zweimal nicht.

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/116018/Angriffe-auf-Rettungsdienste-auf-Rekordniveau?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Angriffe auf Rettungsdienste auf Rekordniveau

Donnerstag, 27. August 2020

Stuttgart – Im vergangenen Jahr sind Sanitäter und Feuerwehrleute in Baden-Württem-berg so oft wie nie zuvor angegriffen und auch verletzt worden. **Im Vergleich zum Jahr 2011 seien sie mindestens drei Mal häufiger attackiert worden, teilte das baden-württem-bergische Innenministerium mit.**

Verglichen mit dem vorvergangenen Jahr ist die Zahl der körperlichen Angriffe im Jahr 2019 um mehr als ein Drittel gestiegen. „Da spielen sich ab und zu Szenen ab, bei denen wir über Polizeischutz nachdenken müssen", sagte Marc Groß, Landesgeschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes (DRK).

Schockiert habe ihn besonders ein Zwischenfall bei den jüngsten Ausschreitungen in der Stuttgarter Innenstadt: „Da wurden Rettungskräfte in ihrem Wagen minutenlang einge-kesselt und beworfen – mit einem Patienten an Bord", erinnert sich Groß. „Das hat uns bis ins Mark getroffen. Solche Bilder kannte ich bislang nur aus den Bundeswehrberichten über Afghanistan."

Das DRK ruft die Politik auf, öffentlich deutlicher zu machen, wie wichtig die Arbeit von Rettungskräften ist. „Das muss dringend einen anderen Stellenwert bekommen", sagte Groß. Dagegen fordert die CDU für die Täter schärfere Konsequenzen.

Angreifer sollten deutlich schneller die Folgen der Taten zu spüren bekommen, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Blenke. „Beleidigungen oder Straftaten gegen Rettungskräfte mit klarer Beweislage könnten im beschleunigten Ver-fah-ren verhandelt werden", schlug er vor. Nur durch eine schnelle Sanktionierung zeige der Rechtsstaat, dass er Straftaten nicht toleriere, sondern entschieden bestrafe.

Laut Ministerium wurden im vergangenen Jahr 190 Fälle von Gewalt gegen Rettungs-kräf-te registriert, im Jahr zuvor waren es noch 139 gewesen. 255 Angehörige von Rettungs-dienst und Feuerwehr wurden dabei Opfer körperlicher Angriffe – die Zahl liegt höher als die Zahl der Taten, da in einigen Fällen mehrere Menschen bei ein und demselben Zwi-schenfall angegriffen wurden.

93 von ihnen wurden 2019 bei den Zwischenfällen leicht verletzt – etwa bei Protest ge-gen die Rettungsgasse, bei Gaffern oder zum Beispiel bei Familienstreitigkeiten, bei de-nen sie von oft betrunkenen Angreifern gestoßen oder beworfen wurden.

Und das, obwohl 2017 ein Gesetz geändert und tätliche Angriffe auf Feuerwehrleute und Rettungsdienstmitarbeiter seitdem schärfer bestraft werden. Angriffe auf helfende Feu-erwehrleute zum Beispiel werden mittlerweile mit mindestens drei Monaten Freiheits-strafe geahndet.

Die Dunkelziffer der Taten dürfte nach Einschätzung des Innenministeriums hoch sein. Nicht jedes Kriminalitätsopfer zeige eine Straftat an, das sei berufsübergreifend so.

„Wurde die Straftat darüber hinaus auch durch Unbeteiligte nicht wahrgenommen und das Opfer vertraut sich niemandem an, begünstigt dies den Eingang in das sogenannte Dunkelfeld", erläuterte das Ministerium. © dpa/aerzteblatt.de

http://www.pi-news.net/2020/09/terroristen-des-politischen-islams-sind-nicht-psychisch-krank/

18. FOLGE DER BPE-SERIE "ISLAM KOMPAKT" ÜBER MOSLEMISCHE DSCHIHAD-KRIEGER

Terroristen des Politischen Islams sind nicht „psychisch krank“

2. September 2020

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Mit zuverlässiger Regelmäßigkeit wird nach jedem Terroranschlag des Politischen Islams versucht, dem moslemischen Attentäter psychische Probleme zuzuschreiben, um damit eine vermeintliche „Schuldunfähigkeit“ attestieren zu können. Dabei handeln diese Allah-Krieger exakt nach den Vorgaben ihrer Ideologie, die im Befehlsbuch Koran unmissverständlich festgehalten sind. Auch der Auto-Dschihadist von Berlin *(siehe Video oben)*, **der mit radikalen Moslems verkehrte, seine Tat mit vielen Hinweisen auf den Islam ankündigte, bei der Tat „Allahu Akbar“ rief und anschließend auf seinem Gebetsteppich betete, ist nun in einer psychiatrischen Haftanstalt gelandet.**

Aus der rationalen Sicht einer aufgeklärten demokratischen Gesellschaft wird es eben als geistig nicht zurechnungsfähig eingeordnet, wenn jemand wahllos Menschen eines anderen Glaubens attackiert und tötet. Das „Tötet sie, wo immer Ihr sie findet“ des Korans wird vom westlichen Mainstream vorsätzlich ignoriert. Es kann eben nicht sein, was nicht sein darf.

Der Auto-Dschihadist von Berlin, der irakische Moslem Sarmad A., drang 2016 über Finnland in unser Land ein. Seitdem ist er ein „geduldeter“ angeblicher „Flüchtling“ und wird nicht abgeschoben, da der Irak als „unsicher“ gilt. Nun, für Christen, Jesiden und andere „Ungläubige“ sicherlich ja, aber für gläubige Moslems wohl eher nicht.

Am 18. August 2020 raste dieser Sarmad A. über die Berliner Stadtautobahn A 100 und rammte vorsätzlich drei Motorräder. Der 30-jährige Moslem habe laut des Sprechers der Generalstaatsanwaltschaft Berlin regelrecht „Jagd“ auf die Motorradfahrer gemacht. Alle drei wurden schwer verletzt, einer musste mit schweren Kopfverletzungen reanimiert werden. Es war ein Feuerwehrmann, der sich auf dem Heimweg befand und auch noch schwere Wirbelsäulenschäden erlitt. Drei weitere Personen wurden leicht verletzt, als ein angefahrenes Motorrad in ihr Auto krachte.

Nach dem letzten Rammen war das Fahrzeug des islamischen Terroristen so schwer beschädigt, dass er seine Attacken nicht mehr weiter fortsetzen konnte. So stieg der Moslem mit einem Küchenmesser bewaffnet aus und rief „Allahu Akbar“, was „Allah ist der Größte“ heißt. Dann stellte er eine Munitionskiste auf das Dach seines Autos und schrie den Passanten auf arabisch zu:

> ***„Keiner kommt näher, sonst werdet ihr alle sterben.“***

Anschließend rollte er einen Gebetsteppich aus und ließ sich darauf zum Gebet an seinen Gott Allah nieder. Ein arabisch-sprechender Polizist griff ein und zog den Moslem von seinem Teppich weg. Nach der Festnahme soll sich der Mann aus Bagdad aggressiv verhalten haben.

Anschlag auf Facebook mit „Allah ist der Größte“ und „Märtyrer“ angekündigt

Zwei Stunden zuvor zeigte sich der Attentäter auf Facebook mit typisch islamischer Häkelkappe und seinem Fahrzeug, mit dem er kurz danach seinen Terror-Anschlag beging:

Dazu postete er religiöse Sprüche, in denen die Worte „Märtyrer", „Allah liebt", Allahu Akbar" und „Palästina" vorkamen. Der offensichtlich tiefgläubige Moslem unterlegte auch ein Foto von sich mit der palästinensischen Fahne.

Neben dem Wort „Märtyrer" ist ein kleines Autosymbol abgebildet. Auf einer weiteren Bildmontage drückt ein Sensenmann an einem Tacho die Nadel in Richtung 160. Ermittler deuten dies als Hinweise, dass der Iraker einen Selbstmordanschlag mit einem Fahrzeug plante. Zahlreiche Personen, vermutlich Moslems, ermutigten ihn auf Facebook im Kommentarbereich und wünschten ihm alles Gute.

Anschließend lief der Moslem im Stadtteil Reinickendorf durch die Straßen und trommelte auf Autodächer. Nachbarn alarmierten daraufhin die Polizei, die auch mit zwei Streifen ausrückte, den Iraker aber nicht ausfindig machen konnte.

Der Hausmeister einer Flüchtlingsunterkunft, in der der Terrorist mit einer zweiten Person gelebt hat, berichtete, dass der Moslem oft die Straße hoch und runter lief und dabei lautstark immer wieder „Allahuakbar" rief. Weitere Nachbarn haben den 30-Jährigen als „gewaltbereit" geschildert.

Kontakte zu Gefährdern des Islamischen Staates

Der Iraker soll Kontakt zu mindestens einem als Gefährder bekannten radikalen Moslem gehabt haben, der der Terror-Organisation „Islamischer Staat" angehöre, wie die Berliner Zeitung aus Sicherheitskreisen erfuhr. Laut „Tagesspiegel" sei auch der Auto-Dschihadist dem IS-Spektrum zuzuordnen.

Dies liegt auch nahe, denn der Islamische Staat forderte bereits mehrfach alle in Europa lebenden Moslems auf, Terror-Anschläge mit allem durchzuführen, was als Waffen geeignet ist, beispielsweise Messer, Scheren und Autos. Es geht darum, die ungläubige Bevölkerung in Schrecken zu versetzen und ein Gefühl der Unsicherheit zu erzeugen. So, wie es auch im Befehlsbuch Koran steht:

> ***„Wir werden in die Herzen derjenigen, die ungläubig sind, Schrecken einjagen dafür, daß sie Allah andere Götter beigesellt haben, wozu Er keine Ermächtigung offenbart hat." (Sure 3, Vers 151)***

Dieser Auto-Dschihad war nach allen vorliegenden Erkenntnissen also ein Terror-Anschlag des Politischen Islams. Aber auch nach dieser Attacke wird händeringend versucht, dem Moslem eine Schuldunfähigkeit aufgrund angeblicher „psychischer Probleme" unterzuschieben.

Die vermeintliche „psychische Erkrankung" des Auto-Dschihadisten von Berlin

Schnell nach diesem Auto-Terror-Anschlag wurde – wie so oft – erklärt, dass der moslemische Attentäter „psychisch krank" sei. Berlins Innensenator Andreas Geisel meinte, dass die „Vermischung von „persönlichen Problemen" mit „religiös aufgeladenen Vorstellungen" zu „unkontrollierbarem Handeln" führen könne.

SPD-Mann Geisel sollte den Koran kennen, denn im Bücherregal seines Büros befindet sich einer. Wenn er die Motive des Auto-Dschihadisten herausfinden möchte, dann muss er sich nur die einschlägigen Tötungs-, Terror- und Kampfbefehle des Korans gegen die Ungläubigen durchlesen. Sure 2 und Sure 9 sind hierzu als Einstieg zu empfehlen. Zur Ausführung von gezieltem Terror reicht die Überzeugung, dass es sich bei diesen Koranversen um zeitlos gültige Befehle eines Gottes handelt und die Zeit zum Dschihad gekommen ist. Aber vermutlich hat das frühere SED-Mitglied Geisel den Koran nur als Ausdruck seiner „interreligiösen Kompetenz" und „weltoffenen Toleranz" im Regal stehen und sah noch nie aufmerksam hinein.

Der irakische Moslem hatte seinen Anschlag auf Facebook als typisch islamische Märtyrer-Mission angekündigt, rief bei der Tat „Allahu Akbar", rollte anschließend seinen Gebetsteppich aus und betete. Zuvor hatte er Kontakt zu mindestens einem Anhänger des Islamischen Staates, der ja Moslems in ganz Europa zu Anschlägen aufrief. Damit ist das Motiv klar.

Aber Sarmad A. wurde nach der Vorführung vor dem Haftrichter zügig von einer psychiatrischen Gutachterin untersucht, die ihm einen „bizarren, religiösen Wahn" attestierte. Wegen dieser angeblichen „psychischen Erkrankung" sei eine „Schuldunfähigkeit nicht auszuschließen". Dieser angebliche religiöse „Wahn" entspricht aber vielmehr exakt der Ideologie des Politischen Islams und ist keineswegs „bizarr", sondern real. Der Mann befindet sich aber nun im Maßregelvollzug in einem Haftkrankenhaus.

Dieser Maßregelvollzug ist für Straftäter gedacht, die aufgrund ihrer psychischen oder Suchterkrankung das Unrecht ihrer Straftat nicht einsehen können. Diese Täter werden in der Regel von Gerichten als nicht oder vermindert schuldfähig in forensisch-psychiatrische Kliniken eingewiesen – im Unterschied zu schuldfähigen, für ihre Tat voll verantwortlichen Rechtsbrechern, die überwiegend in Justizvollzugsanstalten kommen. Sarmad A. ist für seine Tat voll verantwortlich, denn er hat sich nach der Terror-Ideologie des Politischen Islams gerichtet.

2018 nach Attacke auf Polizist Gebetsteppich ausgerollt

Der gläubige Moslem hatte bereits 2018 eine Körperverletzung begangen, die herbeigerufenen Polizisten bedroht, anschließend seinen Gebetsteppich ausgerollt und darauf gebetet. Damals wurde das Verfahren wegen „phasenweiser Schuldunfähigkeit" mit einem Freispruch beendet. Sarmad A. blieb aber nicht

lange in der Psychiatrie, sondern wurde rasch wieder auf die Berliner Bevölkerung losgelassen. Ein schwerer Fehler, wie sich jetzt erwies.
Dabei ist der Terror des Politischen Islams kein Fall für die Psychiatrie, sondern für die konsequente Bestrafung durch den Rechtsstaat und die langfristige Unterbringung in Haftanstalten. Zudem wird klar, wie nötig die umfassende Aufklärung über die gefährlichen Bestandteile dieser Ideologie ist.
Niemand braucht sich zu wundern, dass die klaren Tötungsbefehle des Korans, die Diffamierung aller Ungläubigen und das Heilsversprechen für Attentäter, im Falle ihres eigenen Todes mit ewigem Leben im Paradies und Freuden mit 72 Jungfrauen belohnt zu werden, auch vielfach von Moslems ausgeführt werden. Nur aus der rationalen Sicht einer aufgeklärten und zivilisierten Gesellschaften ist dies „psychisch krank".
Im Politischen Islam jedoch ist dies der konsequent ausgeführte Heilige Krieg gegen die Ungläubigen, der Dschihad. Ein islamischer Terrorist erkennt natürlich kein „Unrecht" in seinem Handeln, wenn er in seinem Befehlsbuch liest „Tötet die Ungläubigen, wo immer ihr sie findet". Der irakische Auto-Dschihadist hat diesen Befehl in Berlin für sich umgesetzt und in voller Überzeugung im Auftrag seines Gottes Allah gehandelt.
Hier sollte also nicht die Psychiatrie aktiv werden, sondern der Staat, der das Verbot des Politischen Islams durchführen sollte, damit Moslems wie Sarmad A. nicht mehr zu solchen Terror-Anschlägen gebracht werden können. In Österreich arbeitet die Regierung seit zwei Jahren an einem solchen Verbot.

Auch die CSU hat den Politischen Islam als Ursache für Terror erkannt. In ihrem Leitantrag hierzu steht auf den Seiten 3 und vier:

> ***Der Politische Islam führt Kriege im Namen der Religion. Der Dschihad wird vom Politischen Islam zur Rechtfertigung und Verherrlichung von Gewalt benutzt.***
> ***Die Religion des Terrors ist der Politische Islam. Es gibt keine andere Ideologie, die den weltweiten Terror qualitativ wie quantitativ so prägt wie der Politische Islam. Durch ihn wird der islamistische Terror legitimiert und motiviert. Islamistische Terroristen rufen bei einem Anschlag „Allah ist groß" und sehen sich als Märtyrer.***
> ***Deshalb ist es falsch zu sagen, der Terror habe nichts mit dem Islam zu tun. Überall, wo sich Terroristen auf den Koran berufen, wo der Islam für Gewalt missbraucht wird, wo muslimische Geistlichkeit Terror predigt, hat der Terror mit dem Politischen Islam zu tun.***
> ***Wer den Zusammenhang von Politischem Islam und Terror nicht wahrnimmt, wird die weltweit agierende Ideologie der Gewalt nicht stoppen. Wer blauäugig die offensichtlichen Motive der Täter verneint, wird die Gewalt im Namen der Religion nicht beenden. Wer den Zusammenhang von Politischem Islam und Terror verneint, der hat den Kampf gegen den Terror schon verloren. Mit grausamer und menschenverachtender Brutalität hat sich dieser Terror in den vergangenen Monaten auch in Europa ausgebreitet. Hunderte Menschen wurden getötet oder verletzt.***

Diesen Leitantrag zum Politischen Islam hat die CSU leider seit November 2016 in der Schublade versteckt und noch nicht in politische Arbeit umgesetzt. Aber immer mehr Parteien erkennen mittlerweile die Bedeutung dieses Begriffes und arbeiten mit ihm. Neben der AfD auch Teile der CDU und in Österreich die ÖVP und die FPÖ. Das Verbot dieser gefährlichen Ideologie würde eine der wichtigsten Präventiv-Maßnahmen im Kampf gegen den Terror darstellen.

Der Terror des Politischen Islams – ein teures Massenphänomen in Deutschland

Der Terror des Politischen Islams ist nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland ein Massenphänomen, das aufgrund der vielen Verdächtigen und Gefährder zudem sehr teuer ist. Auf Nachfrage des früheren Kriminalpolizisten und jetzigen Buchautors Stephan Schubert gab die Pressestelle des

Generalbundesanwalts bekannt, dass seit 2015 2645 Verfahren zu „islamistischem" Terror eingeleitet wurden (PI-NEWS berichtete). Die meisten der Terror-Verdächtigen seien „Zugewanderte" aus Syrien, dem Irak und Afghanistan.

Sprunghafter Anstieg der Terrorverdächtigen seit Beginn der „Flüchtlings"-Welle

So ist es kein Wunder, dass sich seit Beginn der „Flüchtlings"-Welle ein sprunghafter Anstieg der Terrorverfahren feststellen lässt. Waren es 2015 noch 108, gab es 2016 bereits eine Verdopplung auf 201. 2017 schlug der Massenzustrom von „Flüchtlingen" mit 1052 Terrorverfahren voll zu Buche. Ab 2018 ging es wohl aufgrund der anlaufenden Sicherheitsmaßnahmen auf 884 Terrorverfahren zurück, 2019 weiter auf 400.

Überwachung des Gefährders Ayman N. kostete bisher 5 Millionen Euro

Viele dieser Verfahren sind extrem teuer. So überwachen Landespolizisten in Sachsen-Anhalt laut Berichten der Magdeburger Volksstimme und der Bild seit drei Jahren einen Gefährder des Islamischen Staates in Bitterfeld-Friedersdorf. Auf Schritt und Tritt. Rund um die Uhr. Der als potentieller Terrorist eingestufte Moslem Ayman N. aus Syrien kostete die deutschen Steuerzahler bisher über 5 Millionen Euro.

Im August 2017 hatte zunächst das Landgericht Halle den Prozess wegen der „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat" eröffnet. Der IS-Sympathisant, der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling im Herbst 2015 eingereist war, hatte im Internet Kontakt mit Gleichgesinnten aufgenommen. Laut Anklage habe sich Ayman N. eine Bauanleitung zur Herstellung des Sturmgewehres AK 47, einer Kalaschnikow, zusenden lassen. Außerdem habe er in einem Chat erfragt, wo man Waffen erhalte und wie man einen Sprengstoffgürtel herstellen könne, was auf einen Selbstmordanschlag hindeutet. Gegenüber einem verdeckt arbeitenden Verfassungsschützer behauptete der Syrer auch, dass er „etwas Größeres" plane:

> ***„Ich bin nicht nach Deutschland eingereist, um hier zu leben. Auch nicht, um hier mit einem Messer ein oder zwei Menschen zu töten. Ich habe Größeres vor."***

Ein deutscher Justizsprecher teilte mit:

> ***„Er tat kund, dass er einen Anschlag gegen das Leben vieler in Deutschland lebender Menschen verüben wolle."***

Terrorverdächtiger erschien vor Gericht in islamischem Gebetsteppich

Dieser Anschlag sollte wohl in Berlin erfolgen. Zur Verhandlung vor dem Landgericht erschien der Moslem in einen islamischen Gebetsteppich gehüllt. Nach dem dritten nichtöffentlichen Verhandlungstag im September 2017, als Zeugen den Syrer als „IS-Schläfer" bezeichneten, gab das Gericht den Fall wegen seiner politischen Brisanz an den Staatsschutzsenat des Kammergerichtes Berlin ab. Doch dort wurde das Verfahren gegen Ayman N. nach dem vierten Verhandlungstag im Dezember vorübergehend ausgesetzt, weil noch Nachermittlungen zur Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung erforderlich seien. Damit war auch der Haftbefehl wieder ausgesetzt.

12 Polizisten überwachen terrorverdächtigen Moslem Tag und Nacht

Seit Herbst 2017 muss der syrische Moslem nun jeden Tag von vier Zivilpolizisten überwacht werden. Auch wenn er abends in seine Asyl-Unterkunft geht. Hierzu sind drei Einsatz-Schichten notwendig, also 12 Polizisten am Tag, von denen viele von Magdeburg anreisen müssen. Ayman N. gilt als so gefährlich, dass er ständig eine Fußfessel trägt und den Ort Friedersdorf nicht verlassen darf.

Dadurch haben sich laut Zeitungsberichten bereits 95.000 Einsatzstunden für die Bewachung des terrorverdächtigen „Flüchtlings" angesammelt. Bei einem Stundensatz von 52 Euro pro Beamten macht das bislang fünf Millionen Euro zu Ungunsten des Steuerzahlers und der deutschen Rentner aus. Fahrzeugkosten oder andere Sachmittel sind noch nicht mit einberechnet. Dieser teure Wahnsinn geht solange weiter, bis der Prozess gegen den heute 19-Jährigen wegen Terror-Gefährdung vor dem Berliner Kammergericht fortgeführt wird.
Peter Meißner vom Bund Deutscher Kriminalbeamter beklagte sich gegenüber der BILD-Zeitung, dass diese Dauer-Überwachung Kräfte binde, die an anderen Stellen dringend gebraucht werden. Die immens gestiegene Terrorgefahr durch moslemische Flüchtlinge zählt zu einem der größten Tabuthemen im Bereich der inneren Sicherheit und wird vielfach sogar negiert.
Die ideologische Grundlage für diesen Terror liefert der Politische Islam. Davon sind in Deutschland und Österreich auch die Parteien ÖVP, FPÖ, CSU, AfD, Teile der CDU und viele kundige Islamkritiker sowie Organisationen wie das Zentrum für Studien über den Politischen Islam, englisch CSPI, überzeugt. In Wien wurde von der österreichischen Regierung im August 2020 die Dokumentationsstelle Politischer Islam eröffnet.
Der Begriff „Islamismus" führt hingegen in die falsche Richtung, denn er suggeriert, dass es sich um eine „extremistische" Auslegung des Islam handele. Das ist falsch.
Schließlich ist der Politische Islam von Anfang an ein integraler Bestandteil des Islams, wurde vom Propheten Mohammed so vorgelebt und in Befehlsform im Koran festgehalten. Dieser Politische Islam muss aus dem Gesamtkonstrukt Islam herausgelöst und verboten werden. In einer freien demokratischen Gesellschaft darf nur der wirklich religiöse, spirituelle und strikt säkulare Teil gelten, sonst wird der Terror des Politischen Islams nie aufhören. Aber diese Terroristen werden vielfach immer noch mit Samthandschuhen angefasst. Wie auch im Fall des afghanischen Dschihadisten Harun P., der jetzt in München nach nur fünf Jahren – weniger als der halben Haftdauer – wieder auf die Menschheit losgelassen wurde. Mehr darüber am Donnerstag.

Michael Stürzenberger
PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit". Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.

https://philosophia-perennis.com/2020/08/30/kriminalitaet-deutsche-haeufiger-opfer-von-fluechtlingen-als-umgekehrt/

Kriminalität: Deutsche häufiger Opfer von „Flüchtlingen" als umgekehrt
Von
David Berger

-
30. August 2020
0

(David Berger) Ein aktuelles BKA-Papier enthüllt: Deutsche sind viel häufiger Opfer von schwerer Gewalt, ausgeübt durch Asylzuwanderer als umgekehrt „Flüchtlinge" Opfer von Gewalttaten Deutscher werden.
Als Asylzuwanderer gelten in dieser Statistik Personen mit Aufenthaltsstatus Asylbewerber, oder Schutzberechtigte.
Die „Welt" berichtet von Zahlen, die das Bundeskriminalamt (BKA) in seinem aktuellen Lagebild „Kriminalität im Kontext der Zuwanderung" herausgegeben hat und die ein interessantes Bild auf die Tatsache werfen, dass Mainstreammedien und ihre Faktenprüfer ganz bewusst mindestens nicht repräsentativ bzw. irreführend, oft auch falsch berichten. Kurz zusammengefasst:
„Im Jahr 2019 wurden Deutsche deutlich häufiger Opfer einer Gewalttat durch einen Asylzuwanderer, als das umgekehrt der Fall war."

- **Besonders deutliches Missverhältnis bei Vergewaltigungen**

In konkreten Zahlen sieht das so aus: „Dem BKA-Papier zufolge fielen in der schwersten Deliktgruppe Mord und Totschlag „138 Deutsche einer Straftat zum Opfer, an der mindestens ein tatverdächtiger Zuwanderer beteiligt war". Davon „wurden 27 Personen Opfer einer vollendeten Tat". Umgekehrt wurden „53 Asylbewerber oder Flüchtlinge Opfer von Taten, an denen mindestens ein Deutscher beteiligt war". Davon „wurde eine Person Opfer einer vollendeten Tat".
Im Bereich der „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 2866 Deutsche Opfer einer Straftat mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer", demgegenüber „wurden 95 Asylbewerber oder Flüchtlinge Opfer einer Straftat mit mindestens einem tatverdächtigen Deutschen"." (Quelle)

- **Wie frühe Mahner bestraft wurden**

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass genau auf das Problem des Anstiegs von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestiimmung, v.a. von Frauen und Kindern im Zusammenhang der offenen Grenzen Merkels, bereits in den Jahren 2015 und 2016 der damals von der CDU zur AfD wechselnde Dresdner Rechtsanwalt Maximilian Krah hinwies und daraufhin übelst als Hetzer, Fakenewsverbreiter und Fremdenfeind beschimpft wurde.
Erinnert sei in diesem Zusammenhang aber auch an die verdiente PP-Autorin Inse Laufer, die auf der Basis erster verfügbarer Zahlen schon 2017 und 2018 vor genau jener nun vom BKA festgestellten Entwicklung warnte und dafür mit allen Mitteln der in Deutschland besonders bei Facebook herrschenden Zensur abgestraft wurde – bis sie sich schließlich aus dem Journalismus und Deutschland zurückzog.
Auch dieser Blog wurde immer wieder mit Shadowbans für das Feststellen dieser Fakten bestraft, mit Unterlassungsklagen und kostspieligen Gerichtsverfahren versuchte man ihn zum Schweigen zu bringen. Dass dies nicht gelang, verdankt PP seinen Lesern, die uns immer wieder tatkräftig unterstüzen, wenn Not am Mann ist.

- **Schluss mit den linken Fakenews!**

Insgesamt korrelieren diese Fakten mit der Tatsache, dass Asylzuwanderer in der Kriminalstatistik deutlich überrepräsentiert sind. Das liegt sicher auch daran,

dass im Rahmen der offenen Grenzen Merkels v.a. junge Männer in unser Land strömten. Alleine diese Tatsache kann jedoch die extremen Unterschiede zwischen Deutschen und „Flüchtlingen" und die häufig besonders krasse Art der Vergehen (man denke nur an Kandel) nicht erklären.
Mit diesen reinen Zahlen wird die immer wieder von linken Gruppen vorgebrachte Behauptung widerlegt, „dass Flüchtlinge besonders durch deutsche Fremdenfeinde bedroht seien. **Bei allen Schwächen der PKS wird auf Grundlage dieser Zahlen deutlich, dass Schutzsuchende in Deutschland vor allem von anderen Ausländern angegriffen werden." (Quelle)**
Auch nach diesen Zahlen wird sich freilich an den falschen Behauptungen der „Refugee-welcome"-Fanatiker nichts ändern. Die Migrationspolitik Merkels soll unter allen Umständen fortgesetzt werden, koste es an Opfer was es wolle. Denn hier geht es um Geld, sehr viel Geld. Was bedeuten da schon die Leben von ein paar „Almans", die ohnehin immer mehr als eine Art Untermenschen mit sehr begrenzten Rechten betrachtet werden?

https://philosophia-perennis.com/2020/09/07/die-dunkle-seite-von-merkels-wir-schaffen-das/

Die dunkle Seite von Merkels „Wir schaffen das!"

Kriminalitätsentwicklung im Kontext von Zuwanderung

Von

David Berger

7. September 20200

Den Preis für Frau Merkels makabre Durchhalteparole „Wir schaffen das" zahlen (auch) die Opfer von Zuwandererkriminalität, Zehntausende Verletzte, Tausende Vergewaltigte und Dutzende Getötete, für die es keine Lichterketten, keine Gedenkstunden und keine medialen Empörungsbekundungen gibt – Opfer zweiter Klasse, deren Erwähnung bereits als politisch anrüchig gilt in einem Land, das krank ist an Leib und Seele. Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold

Fünf Jahre nach der rechtlich umstrittenen Grenzöffnung für jedermann durch die Regierung Merkel nutzen derzeit zahlreiche Medien die Gelegenheit, Bilanz zu

ziehen. Kritische Töne bleiben dabei weitgehend aus. Wenn überhaupt, dann wird einzig bemängelt, dass die Umstände der Grenzöffnung und einige Verlautbarungen der Bundeskanzlerin die AfD erst stark gemacht hätten, was offenbar schlimmer ist als die wirtschaftlichen und kriminologischen Folgen dieses Alleingangs. Dabei wurde erst dieser Tage das Bundeslagebild 2019 „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" vom BKA veröffentlich, das einige dieser Folgen erhellt.

Nun wäre es unredlich zu behaupten, als hätte es vor 2015, dem Jahr der Grenzöffnung, keine oder nur wenig Zuwandererkriminalität gegeben. Die gab es durchaus, und deshalb **beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen zur Kriminalitätsentwicklung auf den Stand von 2014.**

So wurden 2014 59.912 Zuwanderer als Tatverdächtige registriert, die 115.011 Straftaten verübten (ohne ausländerrechtliche Verstöße). Im Jahr 2019 weist die Statistik dagegen 151.009 registrierte Tatverdächtige (+152%) aus, die für 266.094 Straftaten verantwortlich gemacht werden (+131%). Das sind rund 150.000 Straften mehr als im Vergleichsjahr!

Kriminalität so niedrig wie schon lange nicht mehr?

Nun könnte der eine oder andere Leser berechtigt fragen: Wie kann das sein, da doch gerade erst bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2019 verkündet wurde, die Kriminalität sei so niedrig wie schon lange nicht mehr? Das ist jedoch nur scheinbar ein Widerspruch, denn demographiebedingt sinkt die Kriminalität der Einheimischen schon seit Jahren, so dass in der Summe tatsächlich ein Kriminalitätsrückgang zu verzeichnen ist. **Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass durch den unkontrollierten Zustrom von Zuwanderern überwiegend aus tribalistischen Gewaltgesellschaften in den Jahren 2015 bis 2019 776.686 Straftaten zusätzlich in Deutschland verübt wurden. Das sind fast 800.000 Straftaten, die es ohne die Grenzöffnung 2015 nicht gegeben hätte und die deshalb politisch von der Regierung Merkel zu verantworten sind!**

Nun umfasst der Begriff „Straftaten" eine große Zahl verschiedenartiger Delikte, die in unterschiedlicher Weise das Sicherheitsgefühl der Bürger tangieren. Deshalb **beschränken sich die nachfolgenden Betrachtungen auf drei Deliktgruppen: Straftaten gegen das Leben, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Rohheitsdelikte (Körperverletzung, Raub, Freiheitsdelikt).**

Die Zahl der Straftaten gegen das Leben mit Zuwanderern als Tatverdächtigen stieg von 122 (2014) auf 357 (2019), also um 193 Prozent. Sexualstraftaten stiegen von 949 (2014) auf 5.802 (2019). Das ist eine enorme Steigerung von 511 Prozent, die nur zu einem geringen Teil durch die gesetzliche Änderung des Straftatbestandes erklärt werden kann. Die Zahl der Rohheitsdelikte (überwiegend Körperverletzungen) stieg von 18.512 (2014) auf 68.350 (2019), also um 269 Prozent.

- **Verhältnis von 30 zu 1**

Nun wird von Seiten der Beschwichtiger gern argumentiert, bei Straftaten von Zuwanderern (Asylbewerbern) seien zumeist andere Zuwanderer das Opfer, wofür auch immer das ein Argument sein soll. Eine Straftat bleibt eine Straftat, wer auch immer das Opfer ist. Und sie hätte nicht verübt werden können, wenn die späteren Täter an der Grenze zurückgewiesen worden wären, weil sie zum Beispiel aus einem sicheren Drittstaat in die Bundesrepublik einzureisen versuchten.

Leider enthalten die Bundeslagebilder des BKA erst seit 2016 Angaben zur Herkunft der Opfer, so dass hier kein Vergleich mit dem Ausgangsjahr 2014 möglich ist. Tatsache ist aber, dass die Zahl deutscher Opfer von Zuwanderungskriminalität innerhalb der letzten drei Jahre von 31.597 (2016) auf 45.889 (2019) gestiegen ist, also um 45 Prozent. Bei den Straftaten gegen das Leben sind es 59 Prozent (von 87 auf 138) und bei den vollendeten Tötungsdelikten sogar 285 Prozent (von 7 auf 27). Bei den Sexualstraftaten enthalten die Lagebilder unterschiedliche Angaben zum Jahr 2016, so dass hier keine seriöse Steigerungsrate ermittelt werden kann. Allein 2019 wurden 2.866 Deutsche Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Umgekehrt wurden im gleichen Jahr 95 Zuwanderer Opfer einer entsprechenden Straftat mit mindestens einem Deutschen als Tatverdächtigen. Das ist ein Verhältnis von 30 zu 1!

- **Handeln der Bundeskanzlerin der eigentliche Skandal**

Nun geben die trockenen Zahlen noch keine Vorstellung über das Leid der Betroffenen und ihrer Angehörigen. Aber allein der Umstand, dass jährlich mehr als 45.000 Bundesbürger Opfer von Gewaltstraftaten mit mindestens einem Zuwanderer als Tatverdächtigen werden, also Menschen, die angeblich als „Schutzsuchende" ins Land gekommen sind, sollte – eigentlich – zu einer Diskussion über die politische Verantwortung und die Konsequenzen führen. Doch nichts dergleichen geschieht und das ist neben dem eigenmächtigen und verantwortungslosen Handeln der Bundeskanzlerin und ihrer Entourage der eigentliche Skandal.

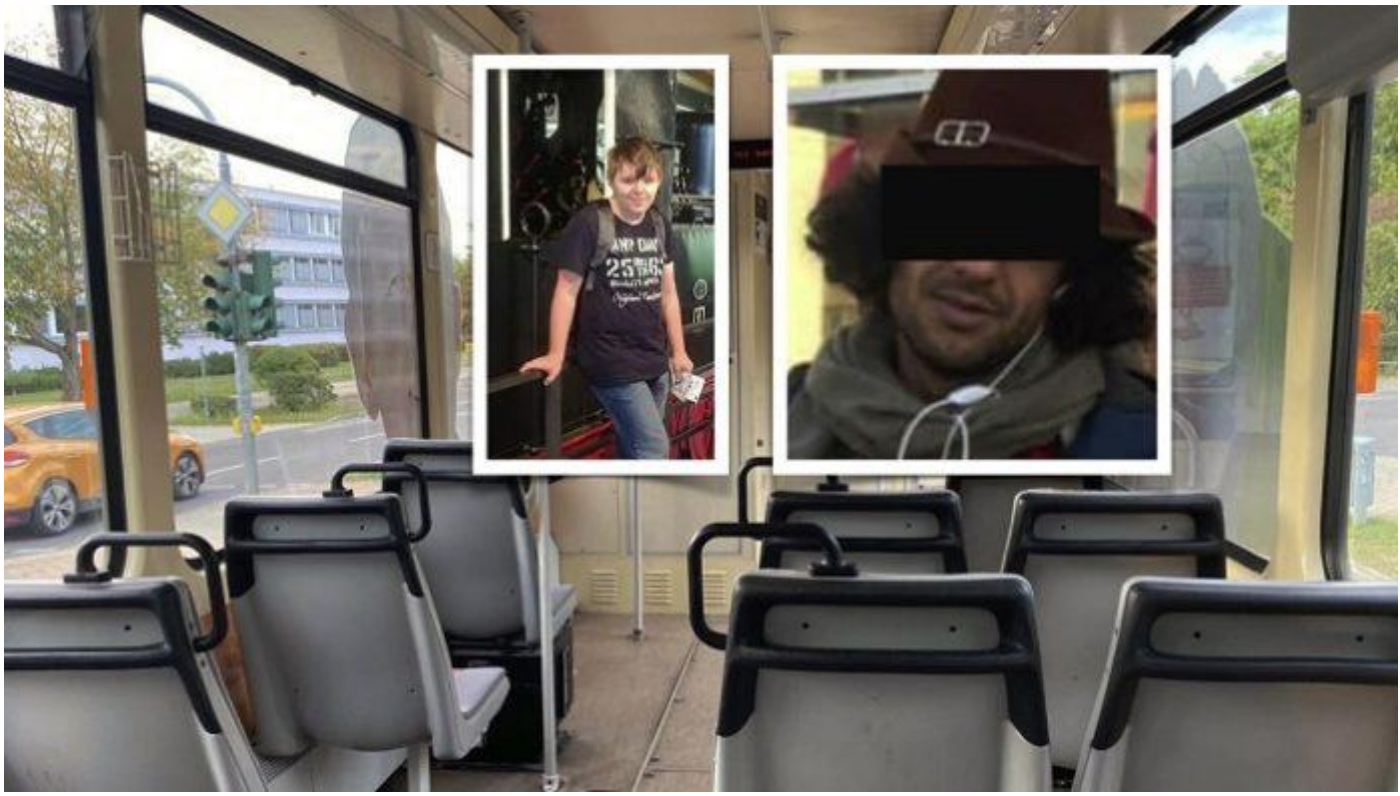
Den Preis für Frau Merkels makabre Durchhalteparole „Wir schaffen das" zahlen (auch) die Opfer von Zuwandererkriminalität, Zehntausende Verletzte, Tausende Vergewaltigte und Dutzende Getötete, für die es keine Lichterketten, keine Gedenkstunden und keine medialen Empörungsbekundungen gibt – Opfer zweiter Klasse, deren Erwähnung bereits als politisch anrüchig gilt in einem Land, das krank ist an Leib und Seele.

http://www.pi-news.net/2020/09/cottbus-mordversuch-durch-pakistaner-um-abschiebung-zu-verhindern/

BLUTIGE MESSER-ATTACKE

Cottbus: Mordversuch durch Pakistaner, um Abschiebung zu verhindern

11. September 2020


Der Täter: Abdulsalam R., (r.) 28 - das Opfer: Ralf P., 19. Der Tatort: Eine Tram in Cottbus.

Von JOHANNES DANIELS | Deutschland ist Weltspitze, wenn es darum geht, Exporte in EU-Länder zu verschenken – durch den mittlerweile billionenschweren Target-2-Betrug am deutschen Steuerzahler – oder Terroristen und Mörder nach Deutschland zu importieren: Am Mittwoch Morgen wurde ein 19-jähriger Cottbuser plötzlich in einer Tram mit einem Messer attackiert. Der polizeibekannte pakistanische Täter stach ihm unvermittelt ein Messer in den Rücken.

Die BZ führt die fatale Bluttat im Zuge des deutschen „Refugees Welcome"-Importwahns weiter aus:

„Tatort: Cottbus. Das Opfer, Ralf P. (19), sitzt gegen 5.40 Uhr auf dem Weg in die Berufsschule in einer Tram der Linie 4 zwischen den Haltestellen Gelsenkirchener Straße und Thierbacher Straße. Der Elektriker-Azubi bemerkt nicht, wie ein Mann – den Kopf mit einem schwarzen Turban bedeckt – hinter ihm auftauchte, in der Hand ein Küchenmesser."

„Ein hörbares Lachen"

Der Täter war kurz vorher an der Haltestelle Gelsenkirchener Straße eingestiegen. Dann nahm er das Messer und rammte es Ralf P. in den Rücken. Als wäre nichts passiert, lief der Gläubige der „Religion des Friedens" danach durch die Trambahn, als wenn nichts gewesen wäre und stieg an der Haltestelle Thierbacher Straße aus. Beim Aussteigen stieß er laut Fahrer und Zeugen ein laut hörbares Lachen aus.

Nach der Tat konnte sich Ralf P. noch couragiert nach vorne zum Tram-Fahrer schleppen – das Messer noch im Rücken steckend. Das Opfer der Messerattacke kam per Rettungswagen sofort auf die Intensivstation. Dort wurde er notoperiert. Zunächst schwebte Ralf P. in Lebensgefahr, doch noch im Laufe des Tages stabilisierte sich der Zustand des 19-Jährigen.

Neun Stunden nach der Attacke konnte der mutmaßliche Täter in seiner steuerzahlerfinanzierten Wohnung in Cottbus festgenommen werden. Bei dem potentiellen Mörder handelt es sich um Abdulsalam R., 28, aus Turbat, einer

Stadt im Südwesten Pakistans. Er ist wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung und Einbruchsdiebstahl selbstverständlich „polizeibekannt"! Kein Einzelfall.
Weil die Polizei wegen der Täterbeschreibung einen islamischen Hintergrund für die Tat nicht ausschließen konnte, bildete die Mordkommission in Cottbus sofort eine „BAO". Das Videomaterial aus der Tram wurde gesichert. Darauf war Abdulsalam R. gut zu erkennen, trotz seines Turbans: etwas unter 1,60 Meter klein, zwei Hosen – eine kurze schwarze über einer grünen langen – schwarze Schuhe, schwarzer Turban. Nur die Augen waren erkennbar.

Morden, um in Deutschland bleiben zu können

Der pakistanische Täter und sein Blutopfer für lebenslange Alimentation durch den deutschen Steuerpflichtigen waren sich vorher nie begegnet. Ralf P. wurde zum Zufallsopfer der Asylindustrie. Die Fahnder kamen dem Pakistani dadurch schnell auf die Spur, weil er in anderen Strafverfahren schon eindeutig beschrieben war.
Die Springer-BZ kann es „kaum glauben":
„Unglaublich ist auch, was Abdulsalam R. den Beamten zum Motiv seiner Tat sagte: Er habe einen Menschen verletzen (oder töten) wollen, um sich einen „weiteren Verbleib in Deutschland zu sichern". Seine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland sei gerade abgelaufen. Die Tat hat er den Beamten gestanden".
Nun ermittelt die Mordkommission gegen Abdulsalam R. wegen versuchten Mordes. Am Donnerstag wurde er beim Haftrichter vorstellig. Es wurden einige seiner Personalien aufgenommen.
Die BZ schreibt weiter: „Abdulsalam R. drohen bis zu 15 Jahre Haft, sollte er in Deutschland verurteilt werden …". Nach vielen einschlägigen Urteilen der deutschen Welcome-Kuscheljustiz dürfte diese Tatsache eher unwahrscheinlich sein. Vielmehr wird er einige Jahre oder Monate bei Tanztherapie und Traumafürsorge in einer gemütlichen psychiatrischen Anstalt in Deutschland verweilen, um dann wieder auf seine „Sponsoren" losgelassen zu werden. Ein fataler Kreislauf!

http://www.pi-news.net/2020/09/stolberg-nrw-messer-angreifer-schrie-allahu-akbar/

TAT HATTE TERRORHINTERGRUND

Stolberg (NRW): Messer-Angreifer schrie „Allahuakbar"

14. September 2020

In Stolberg (NRW) hat in der Nacht von Samstag auf Sonntag ein Mann einen Autofahrer in seinem Wagen mit einem Messer angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Eine Not-OP rettete sein Leben. Der Mann liegt schwer verletzt im Krankenhaus.

Bei der Attacke soll der Angreifer nach BILD-Informationen „Allahuakbar" gerufen haben. Wie ein Polizeisprecher auf BILD-Anfrage erklärte, sei das Opfer mit seinem Auto im Schritttempo unterwegs gewesen, als der Angreifer die Fahrertür aufriss und ihm ein Messer in den Arm stach.
Der Tatverdächtige soll Kontakte in die radikal-islamische Szene haben. Die Polizei hatte unmittelbar nach der Bluttat mit Hochdruck eine Fahndung eingeleitet – und konnte bereits am Sonntagabend einen Erfolg vermelden. Ein Sprecher des Innenministeriums hatte gesagt: „Wir können bei dem Messerangriff heute Nacht einen islamistischen Hintergrund nicht ausschließen. Deshalb wird aktuell bundesweit nach dem Tatverdächtigen gefahndet." Nach BILD-Informationen galt der Verdächtige beim Staatsschutz bereits als „islamistischer" Prüffall, nach der Tat wurde er nun als „islamistischer" Gefährder eingestuft.
Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.
Marburg: Nach einem Vorfall am Samstagmorgen, 5. September, hat die Polizei Ermittlungen eingeleitet und sucht nach den mutmaßlichen Tätern und weiteren Zeugen. Nach Angaben der beiden 19 und 21 Jahre alten Opfer wurden sie gegen 4.45 Uhr am Pilgrimstein in Höhe Lahntor unvermittelt von vier Männern angesprochen. Zwei Männer aus dieser Gruppe brachten die beiden Geschädigten zu Boden und sollen dann mit Tritten ins Gesicht und die Rippen auf sie eingewirkt haben. Die Attackierten erlitten dabei leichte Verletzungen. Die mutmaßlichen Täter flüchteten kurz vor dem Eintreffen einer zufällig vorbeifahrenden Polizeistreife. Fahndungsmaßnahmen mit mehreren Einsatzfahrzeugen verliefen ohne Erfolg. Laut Zeugen haben die Verdächtigen ein südländisches Erscheinungsbild und sind etwa 20 bis 25 Jahre alt.
Karlsruhe: Am frühen Samstagmorgen wurde ein Mann auf dem Karlsruher Stephansplatz von einem Unbekannten unter anderem mit einer Glasflasche geschlagen und dabei nicht unerheblich verletzt. Zeugenangaben zufolge wurde das 54-jährige Tatopfer von einem unbekannten Mann zunächst mehrfach mit einer halbvollen Weinflasche geschlagen. Als der Geschädigte zu Boden ging, trat der Angreifer auf sein Opfer ein und floh dann zu Fuß vom Tatort. Der 54-Jährige musste mit Schnittverletzungen im Gesicht und Rückenschmerzen vom Rettungsdienst versorgt und in ein Krankenhaus gebracht werden. Zeugen der Tat beschrieben den flüchtigen Tatverdächtigen als rund 28 Jahre alt, 174 cm groß, muskulös, mit kurz rasierten Haaren und von südländischer Erscheinung.
Kassel: Zeugen einer gefährlichen Körperverletzung, die sich in der Nacht vom Freitag, 28.08., auf Samstag, 29.08.2020, in Höhe eines Kiosks auf der Friedrich-Ebert-Straße, Ecke Friedrich-Engels-Straße ereignete, suchen die Ermittler der Regionalen Ermittlungsgruppe der Kasseler Polizei. Ein 19-Jähriger aus Kassel, der dort einen Streit unter zehn Personen schlichten wollte, war plötzlich von dieser Gruppe angegriffen und zusammengeschlagen sowie getreten worden.

Unter Schock stehend suchte der 19-Jährige erst am nächsten Tag ein Krankenhaus auf, wo mehrere Prellungen am Kopf und im Gesicht, eine Bisswunde sowie ein Zahnabbruch festgestellt wurden und er eine Nacht bleiben musste. Im Anschluss an den Krankenhausaufenthalt erstatte das Opfer schließlich Anzeige bei der Polizei. Die bisherigen Ermittlungen brachten bislang jedoch keine Hinweise auf die etwa zehn Personen, bei denen es sich um Männer mit südländischem Äußeren gehandelt haben soll.

Frankfurt: Ein 17-jähriger Frankfurter war am Sonntag, den 6. September 2020, gegen 14.40 Uhr, mit seinem Fahrrad unterwegs Im Uhrig. Im rückwärtigen Bereich eines Tenniszentrums, in Höhe der Hausnummer 23, traf er auf eine Gruppe von 7-8 Jugendlichen, die ihn anhielten und den Kauf von Marihuana anboten. Als er dies verneinte, schlugen und traten sie auf ihn ein, auch, als er bereits am Boden lag. Schließlich entfernten sich die Täter mit seinem Fahrrad in Richtung des Freibades Eschersheim. Bei seinem Fahrrad handelt es sich um ein schwarzbraunes Trekkingrad der Marke Cube mit blauen Applikationen. Der Wert des Rades beziffert sich auf ca. 650 EUR. Die Täter werden beschrieben als 16-18 Jahre alt und etwa 170 cm groß.
Von orientalischem Erscheinungsbild, dunkel bis schwarz gekleidet.

Bad Homburg: Am Mittwoch ist ein 13-Jähriger von einem bislang unbekannten Täter in Oberursel (Taunus) angegriffen worden. Der Junge befand sich gegen 15:30 Uhr auf dem Gehweg der Straße „An der Brennersmühle", als er von dem Angreifer mit Schlägen und Tritten angegriffen worden sein soll. Nach Aussage des 13-Jährigen soll es sich bei dem Täter um einen ca. 16 Jahre alten Jugendlichen mit dunklem Teint gehandelt haben, der etwa 1,80 Meter groß gewesen sein soll. Der Angreifer habe ein weißes T-Shirt mit schwarzer Aufschrift, eine graue Jeans und kurze braune Haare getragen, die nach vorne gekämmt waren. Auffällig soll zudem eine ca. 5cm große Narbe am Kinn des Jugendlichen gewesen sein. Das zuständige Fachkommissariat der Polizeidirektion Hochtaunus hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet Zeugen, sich mit sachdienlichen Hinweisen zum Tathergang unter der Telefonnummer (06172) 120-0 zu melden.

Eisenach: Gestern Abend hat sich ein 38 Jahre alter Mann (deutsch) bei einer Auseinandersetzung mit zwei Männern im Alter von 20 und 23 Jahren (liberianisch und algerisch) leichte Verletzungen zugezogen. Der Geschädigte befand sich gegen 18.30 Uhr auf seinem Grundstück an der Goldschmiedenstraße, als die beiden 20- und 23-Jährigen vorbei liefen. Zunächst soll es zu einer verbalen Auseinandersetzung gekommen sein, in deren Folge der 38-Jährige von seinen Kontrahenten mit Gegenständen beworfen worden sein soll und dadurch leichte Verletzungen erlitt. Anschließend seien die jungen Männer davon gelaufen. Im Rahmen der polizeilichen Maßnahmen konnten beide Tatverdächtige aufgegriffen werden, sie standen offenbar unter dem Einfluss berauschender Mittel. Auf der Flucht zog sich der 20-Jährige oberflächliche Verletzungen am Kopf zu und wurde ärztlich begutachtet. Die einschlägig polizeibekannten Tatverdächtigen wurden nach richterlicher Bestätigung in Gewahrsam genommen, die Beamten leiteten Ermittlungsverfahren gegen sie ein.

Mannheim: Am Mittwoch gegen 17:30 Uhr kam es im Bereich U1/U2 an der Fußgängerampel zu einer Körperverletzung, bei der ein 30-jähriger durch einen Faustschlag ins Gesicht verletzt wurde. Hiernach kam es zu einem Gerangel, wobei beide Personen zu Boden gingen. Im Anschluss ging der Täter mit einem Herrenrad flüchtig. Dieser wird wie folgt beschrieben: männlich, 40-50 Jahre, leichter Bart, Glatze, südländischer Phänotyp, blaues Shirt, dunkle Hose.

Dresden: Wie die Staatsanwaltschaft Dresden am heutigen Dienstag mitteilte, führten die umfangreichen Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft zum Erfolg. Nicht einmal vier Wochen nach dem brutalen Angriff konnten zwei Tunesier (25 und 36 Jahre) und ein Iraker (32 Jahre) aufgespürt und festgenommen werden. Am 13. August gegen 21.30 Uhr überfielen mutmaßlich diese drei Männer einen 43-jährigen Dresdner in der Straßenbahnlinie 2 in Richtung Gorbitz. Laut Staatsanwaltschaft sollen die Tunesier und der Iraker den Mann „ohne erkennbaren Grund" provoziert und geschlagen haben, bis er an der Haltestelle Karcherallee das Fahrzeug vorzeitig verließ. Eigentlich wollte der Mann damit der Konfrontation aus dem Weg gehen, doch die Unbekannten folgten ihm aus der Bahn und prügelten weiter auf ihn ein. An der Haltestelle sollen sie weiter auf ihr Opfer wüst eingeschlagen haben.
Leipzig: Gestern Abend wurde ein 29-Jähriger durch einen Unbekannten angegriffen und mit einem spitzen Gegenstand verletzt. Als der Geschädigte mit einem Bekannten (17) auf einer Parkbank im Müllerpark saß wurde er von zwei unbekannten Männern angesprochen. Während des Gesprächs kam es zu einem Streit in dessen Folge einer der Unbekannten mit einem spitzen Gegenstand in die Hüfte des Geschädigten stach. Im Anschluss flüchteten die beiden Männer sowie sein Kumpel in Richtung des LVB Turms. Durch den Notarzt konnte eine lebensbedrohliche Verletzung ausgeschlossen werden. Der Geschädigte wurde zur weiteren Versorgung in ein Krankenhaus gebracht. Der unbekannte Tatverdächtige kann wie folgt beschrieben werden: tunesische Staatsangehörigkeit, ca. 1,85 m, dunkler Teint, schwarze kurze Haare, schwarzes Basecap und schwarze Oberbekleidung. Es wurden Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet.
Linz: Das Opfer betrat gegen 16.45 Uhr das Einkaufszentrum und wurde dabei vom Beschuldigten gemeinsam mit zwei weiteren Jugendlichen verfolgt. Der Jüngere erklärte dem 16-Jährigen, dass er mit ihm auf der Toilette reden müsse. „Du verlässt das Einkaufszentrum!" Dort kam es zur ersten tätlichen Auseinandersetzung, wo der 14-Jährige auf das Opfer mit der Faust einschlug. Ebenso erklärte er ihm, dass er das Einkaufszentrum zu verlassen habe. Beim Verlassen der Örtlichkeit attackierte der Türke den 16-Jährigen neuerlich. Er lockte ihn in eine Unterführung, wo sich auch vier seiner Freunde aufhielten. Anschließend versuchte er in Kampfsportmanier seinem Opfer einen Drehstoß gegen den Körper zu versetzen. Als ihm dies nicht gelang, brachte er es mit einer speziellen Technik zu Fall, wobei das Opfer mit dem Kopf auf dem Boden aufschlug. Der 14-Jährige wollte dann noch auf seinen Kontrahenten losgehen, wurde aber von seinen Freunden zurückgehalten. Er verbat dem 16-Jährigen neuerlich, das Einkaufszentrums zu betreten. Das Opfer erlitt bei der Auseinandersetzung Verletzungen unbestimmten Grades, der Beschuldigte wird der Staatsanwaltschaft Linz angezeigt.
Hannover: Am Dienstag, 08.09.2020, haben drei bislang unbekannte Jungen auf einem Spielplatz im hannoverschen Stadtteil Bothfeld eine Gruppe spielender Kinder verbal und körperlich attackiert. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet Zeugen um Hinweise zu den mutmaßlichen Tätern. Nach bisherigen Erkenntnissen verweilten sieben Kinder im Alter zwischen elf und zwölf Jahren gegen 18:20 Uhr auf dem Spielplatz „Bothfelder Anger" im Bereich eines Fußballfeldes, als sie von drei unbekannten Jungen zunächst verbal beleidigt wurden. Drei Zwölfjährige wurden anschließend von den Störern geschlagen und getreten. Einer der Täter entwendete zudem das Rad eines Kindes. Die Täter flüchteten damit anschließend in Richtung Neubaugebiet beim Bothfelder Kirchweg. Die Kinder verständigten die Polizei, die sofort die Fahndungsmaßnahmen einleitete. Im Nahbereich konnte das mutmaßlich

entwendete Fahrrad sichergestellt werden. An dem Rad entstand ein Sachschaden, den die Polizei auf circa 500 Euro schätzt. Die Suche nach den Tätern verlief jedoch ohne Erfolg. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen und erhofft sich mit diesem Zeugenaufruf Hinweise aus der Bevölkerung. Der erste mutmaßliche Täter soll laut Angaben der Kinder circa elf Jahre alt und circa 1,50 Meter groß sein. Zum Tatzeitpunkt trug er ein schwarzes, nach hinten gerichtetes Cap, eine schwarze Jacke, eine blaue Nike-Hose. Zudem hatte er eine Bauchtasche, die quer um den Oberkörper gespannt war. Der zweite mutmaßliche Täter wird von den Geschädigten auf zwölf Jahre geschätzt. Er soll circa 1,60 Meter groß sein und dunkelblonde Haare haben. Der Junge war bei der Tat mit einer weißen Jacke mit roten Streifen und einer blauen Adidas-Hose bekleidet und trug blaue 720-Nike-Schuhe. Der dritte Täter wird ebenfalls auf zwölf Jahre geschätzt und circa 1,60 Meter groß sein. Er hatte braune Haare und trug dunkle Kleidung und schwarze Nike-Schuhe. Alle drei Täter sollen nach Angaben der betroffenen Kinder ein südländisches Aussehen haben.
Marburg: Nach einem Vorfall am Samstagmorgen, 5. September, hat die Polizei Ermittlungen eingeleitet und sucht nach den mutmaßlichen Tätern und weiteren Zeugen. Nach Angaben der beiden 19 und 21 Jahre alten Opfer wurden sie gegen 4.45 Uhr am Pilgrimstein in Höhe Lahntor unvermittelt von vier Männern angesprochen. Zwei Männer aus dieser Gruppe brachten die beiden Geschädigten zu Boden und sollen dann mit Tritten ins Gesicht und die Rippen auf sie eingewirkt haben. Die Attackierten erlitten dabei leichte Verletzungen. Die mutmaßlichen Täter flüchteten kurz vor dem Eintreffen einer zufällig vorbeifahrenden Polizeistreife. Fahndungsmaßnahmen mit mehreren Einsatzfahrzeugen verliefen ohne Erfolg. Laut Zeugen haben die Verdächtigen ein südländisches Erscheinungsbild und sind etwa 20 bis 25 Jahre alt.
Karlsruhe: Am frühen Samstagmorgen wurde ein Mann auf dem Karlsruher Stephansplatz von einem Unbekannten unter anderem mit einer Glasflasche geschlagen und dabei nicht unerheblich verletzt. Zeugenangaben zufolge wurde das 54-jährige Tatopfer von einem unbekannten Mann zunächst mehrfach mit einer halbvollen Weinflasche geschlagen. Als der Geschädigte zu Boden ging, trat der Angreifer auf sein Opfer ein und floh dann zu Fuß vom Tatort. Der 54-Jährige musste mit Schnittverletzungen im Gesicht und Rückenschmerzen vom Rettungsdienst versorgt und in ein Krankenhaus gebracht werden. Zeugen der Tat beschrieben den flüchtigen Tatverdächtigen als rund 28 Jahre alt, 174 cm groß, muskulös, mit kurz rasierten Haaren und von südländischer Erscheinung.
Kassel: Zeugen einer gefährlichen Körperverletzung, die sich in der Nacht vom Freitag, 28.08., auf Samstag, 29.08.2020, in Höhe eines Kiosks auf der Friedrich-Ebert-Straße, Ecke Friedrich-Engels-Straße ereignete, suchen die Ermittler der Regionalen Ermittlungsgruppe der Kasseler Polizei. Ein 19-Jähriger aus Kassel, der dort einen Streit unter zehn Personen schlichten wollte, war plötzlich von dieser Gruppe angegriffen und zusammengeschlagen sowie getreten worden. Unter Schock stehend suchte der 19-Jährige erst am nächsten Tag ein Krankenhaus auf, wo mehrere Prellungen am Kopf und im Gesicht, eine Bisswunde sowie ein Zahnabbruch festgestellt wurden und er eine Nacht bleiben musste. Im Anschluss an den Krankenhausaufenthalt erstatte das Opfer schließlich Anzeige bei der Polizei. Die bisherigen Ermittlungen brachten bislang jedoch keine Hinweise auf die etwa zehn Personen, bei denen es sich um Männer mit südländischem Äußeren gehandelt haben soll.

http://www.pi-news.net/2020/09/gruppe-dunkelhaeutiger-begrapschen-frauen-in-erfurt-und-karlsruhe/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Gruppe Dunkelhäutiger begrapschen Frauen in Erfurt und Karlsruhe

18. September 2020

Karlsruhe: Nach einem sexuellen Übergriff in einem besonders schweren Fall, der bereits am Dienstag gegen 21.00 Uhr in der Karlsruher Nancystraße von vier bislang unbekannten Tätern an einer 20-jährigen Frau verübt worden sein soll, suchen die Ermittlungsbehörden nach Zeugen. Nach bislang vorliegenden Erkenntnissen verließ die junge Frau zunächst am Dienstagabend gegen 20.25 Uhr an der Bahnhaltestelle „Knielinger Allee" eine Straßenbahn. In der Folge begab sie sich zu Fuß in die Nancystraße, wo sie etwas zu erledigen hatte. Auf ihrem Rückweg gegen 21.00 Uhr wurde sie von vier bisher unbekannten Männern, die sich dort aufhielten, festgehalten, gewaltsam teilweise entkleidet und unsittlich berührt. Die Frau schrie laut um Hilfe. In einem günstigen Moment gelang ihr die Flucht. Die Anzeigeerstattung bei der Polizei erfolgte durch die offensichtlich traumatisierte Frau erst tags darauf. Ihrer Beschreibung nach hatten alle vier Männer einen dunklen Teint.

Erfurt: Am Mittwoch Morgen, gegen 08:00 Uhr, wurde in der Bahnhofsunterführung in Richtung Stadtpark eine 16-Jährige von drei Männern bedrängt. Die Männer hielten die junge Frau fest und berührten sie gegen ihren Willen. Die Männer konnten durch die Geschädigte wie folgt beschrieben werden: – ca. 185-190 cm, muskulös, dunkle Haut, dunkle Augen. Sie sprachen gebrochen Deutsch und trugen weiße bzw. schwarze T-Shirts. Der jungen Frau kamen zwei Männer zur Hilfe, welche auch durch die Täter angegangen wurden. Sie blieben bei der Frau, bis diese in ihren Bus einsteigen konnte. Die beiden Männer sowie weitere Zeugen werden gebeten sich bei der Kriminalpolizei Erfurt (0361 574324-602) oder jeder anderen Polizeidienststelle zu melden.

Die Frauenrechtsbewegung LUKRETA will auf die importierte sexuelle Gewalt aufmerksam machen, und veröffentlichte vor kurzem nachfolgende Zahlen:

Nordrhein-Westfalen wird neben Berlin gerne als Härtefall in Sachen der Kriminalität angeführt. Im Jahr 2019 wurden hier allein 15174 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erfasst. In NRWs einwohnerstärkster Stadt #Köln stieg die Zahl der gemeldeten Sexualdelikte um 5% an. Die Fälle des sexuellen Missbrauchs an Kindern nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 15,8% zu. Im Bereich der schweren Sexualstraftaten waren 37,2% aller Tatverdächtiger Nichtdeutsche, das heißt Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Bei den restlichen 62,8% „deutschen" Tatverdächtigen wird in der Kriminalstatistik längst nicht mehr differenziert. 94,8% der Opfer ebensolcher Härtefälle im Bereich der Vergewaltigung und sexuellen Übergriffe sind Frauen.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Berlin: …Vor allem Drogendealer aus Westafrika entwickeln sich für Frauen und Anwohnerinnen zu einem alltäglichen Problem. Sie werden bedrängt, beleidigt und sexuell belästigt. „Delinquentes Verhalten gegenüber Frauen stellt hierbei ein relevantes Themenfeld", erklärte ein Polizeisprecher. Mehr als 40 Sexualdelikte – von sexueller Nötigung bis hin zu Vergewaltigungen – wurden in der Gegend seit 2017 angezeigt. Die Polizei berichtet von vermehrten „Bürgerbeschwerden über im Spalier stehende Betäubungsmittelhändler, die teilweise aggressiv Passanten ihre Ware anbieten".

Mannheim: Am Mittwoch um 13:03 Uhr setzte sich in der Regionalbahn 2, Fahrtrichtung Biblis, kurz vor der Haltestelle Mannheim-Waldhof ein bislang unbekannter Täter neben eine 19-jährige Frau und manipulierte an seinem Geschlechtsteil und starrte dabei sein Opfer an. Gegen 13:09 Uhr verließ er die Bahn an der Haltestelle Lampertheim. Der Täter wird wie folgt beschrieben: 25 – 30 Jahre alt, kräftige Statur, ca. 175 cm groß, /blaulicht/pm/14915/4708538" target="_blank" rel="noopenernoreferrer">dunkle Hautfarbe, kurzes dunkles lockiges Haar, dunkelgrüner Rucksack, helle Hose, Brille mit schwarzem Gestell, auffälliger Mundschutz mit Aufdruck von Zähnen und Blut.

Stuttgart: Eine 23-Jährige ist am vergangenen Sonntag früh (13.09.2020) gegen 02:45 Uhr in einer S-Bahn der Linie S1 zwischen Österfeld und Schwabstraße von einem Unbekannten Mann unsittlich berührt worden. Die junge Frau saß bereits in der von nur wenigen Reisenden genutzten Schnellbahn in Richtung Kirchheim/Teck, als am Haltepunkt Österfeld offenbar eine Vierergruppe junger Männer in den S-Bahnwagen stieg. Einer dieser Männer soll sich direkt neben die 23-jährige Geschädigte gesetzt und während der Fahrt ihren Oberschenkel berührt sowie seinen Kopf auf ihre Schulter gelegt haben. Seine Begleiter saßen offenbar in unmittelbarer Umgebung und sollen den Vorfall beobachtet sowie diesen in ausländischer Sprache kommentiert haben. Mit dem Halt des Zuges am S-Bahnhof Schwabstraße flüchtete die junge Frau aus der S-Bahn und informierte am Folgetag die Polizei. Die Unbekannten sollen nach der Tat in der S1 Richtung Kirchheim verblieben sein. Der mutmaßliche Täter wird als 20-25 Jahre alter Mann mit dunklerer Hautfarbe und schwarzen Haaren beschrieben.

Lehrte: Mitten in Lehrte, zwischen Sporthalle und Grundschule an der Schlesischen Straße, ist eine 19-Jährige Opfer einen schweren sexuellen Belästigung geworden. Insgesamt vier junge Männer bedrängten und begrapschten die Frau und ließen erst von ihr ab, als sie laut um Hilfe schrie. Jetzt ermittelt die Polizei. Sie untersucht dabei auch einen möglichen Zusammenhang mit einer versuchten Körperverletzung, die sich kurz vor der Tat an der Schlesischen Straße am Bahnhof in Lehrte abgespielt hat. Dort hatten mehrere junge Männer mit Steinen und Flaschen auf einen Angestellten der Bahn geworfen.

Die Vorfälle spielten sich bereits in der Nacht zum Montag, 7. September, ab. Die Polizei hat über sie aber mit Hinweis auf zwischenzeitliche Ermittlungen erst am Freitag informiert. Das schockierende Erlebnis für die 19-Jährige begann gegen 23.55 Uhr im Bereich der Gasse Wandelgraben zwischen dem Zuckerzentrum und der Schlesischen Straße. Die junge Frau war dort auf dem Heimweg, als sie zunächst von einem mit einer Sturmmaske vermummten Mann angesprochen wurde. Sie solle stehen bleiben, forderte der Maskierte die 19-Jährige auf. Das tat die Frau jedoch nicht, sondern ging in Richtung Schlesische Straße davon, wobei sie dem Unbekannten noch zurief, sie habe Angst und er solle sie in Ruhe lassen. Der Mann folgte der 19-Jährigen, und kurz darauf umringten gleich vier Unbekannte die Frau. Laut Angaben der Polizei fassten die Männer ihr dann an den Po, die Brust und in den Intimbereich. Außerdem versuchten die Männer, ihr Opfer zu küssen. Als die Frau laut um Hilfe schrie, ließen die Unbekannten jedoch von ihr ab und flüchteten über die Manskestraße in Richtung Krankenhaus. Das Opfer beschreibt die Angreifer als südländisch mit kurzen, dunklen Haaren. Alle hätten deutsch mit Akzent gesprochen. Nur der Haupttäter habe eine dunkle Sturmmaske getragen, die drei anderen einen Mund-Nasen-Schutz.
Stuttgart: Am Samstagmorgen gegen 3.20 Uhr war eine Frau in der Geißstraße unterwegs, als sie plötzlich von den Tätern in eine Ecke gedrängt und im Brust- und Intimbereich berührt wurde, teilt die Polizei mit. Anschließend zwangen sie die 24-jährige, die Tasche zu öffnen und klauten ihr einen kleinen Geldbetrag und ihr 600-Euro-teures Huawei Handy. Die Täter flüchteten. So wurden sie beschrieben: 26 bis 30 Jahre alt, 160 bis 170 cm groß, dunkler Teint.
Eslohe: Gegen ihren Willen wurde am Donnerstagabend eine Frau im Kurpark geküsst. Die junge Esloherin wehrte sich, so dass der bislang unbekannte Mann flüchtete. Gegen 21.30 Uhr ging die 21-Jähjrige mit einer Freundin durch den Park. Hierbei kam ihnen der Mann entgegen. Dieser sprach die Esloherin an und fragte nach ihren Namen. Die Frauen ignorierten den Mann und gingen weiter. Daraufhin hielt der Mann die Frau am Arm fest und küsste sie auf den Mund. Die Frau wehrte sich und trat dem Täter in den Genitalbereich. Nach dem Tritt ließ der Mann los und flüchtete in Richtung Hauptstraße. Täterbeschreibung: Schlanke Statur, dunkle kurze Haare, südländisches Aussehen, etwa 1,80 Meter groß, schlechte Deutschkenntnisse, rot/orangenes T-Shirt, dunkle Jeansjacke, dunkle lange Hose.
Bad Waldsee: Zeugen sucht die Polizei zu einem Vorfall, der sich bereits am 2. September gegen 17 Uhr im Seeweg ereignet hat. Eine Mutter hielt sich mit ihrem Kleinkind am Kinderlabyrinth auf, als ihr ein Mann auffiel, der sich in einem nahegelegenen Gebüsch versteckte und dort sexuelle Handlungen an sich vornahm. Nachdem die Frau erst einige Zeit später die Polizei verständigte, verlief die dennoch eingeleitete polizeiliche Fahndung erfolglos. Von der Zeugin wurde der Mann wie folgt beschrieben: Ca. 40 Jahre alt, ca. 170 cm groß, südländisches Aussehen, schwarze kurze Haare, Dreitagebart, Bierbauch, bekleidet mit einem weißen Hemd, grauem Pullover und blauer Jeans. Er führte eine durchsichtige Tüte mit Papierhandtüchern mit sich. Der bislang unbekannte Täter soll sich in den vergangenen Wochen bereits mehrfach im dortigen Bereich aufgehalten haben, jedoch ohne sich auffällig zu verhalten.
Viersen-Süchteln: Eine 36-jährige Frau aus Viersen verständigte am Donnerstagmorgen die Polizei und erstattete Anzeige gegen einen Unbekannten Mann. Sie war am Donnerstagmorgen gegen 05.45 Uhr mit ihrem Hund in einer Parkanlage vor der Johannes-Kepler-Realschule an der Friedensstraße unterwegs gewesen, als sich ihr der Unbekannte näherte. Dieser beleidigte die Frau und entblößte sich vor ihr. Dann habe der Unbekannte einen Gegenstand, möglicherweise ein Messer, aus einer Tasche gezogen und die Frau bedroht. Die

36-Jährige lief nach Hause und verständigte die Polizei. Der Unbekannte flüchtete in Richtung Tönisvorster Straße. Der Mann ist ca. 1,85 Meter groß, hat schwarze kurze Haare und einen dunklen Teint.

http://www.pi-news.net/2020/09/lesbos-mehrere-brandstifter-verhaftet/

SCHON SEIT JAHREN UNRUHEN UND BRANDSTIFTUNGEN DURCH „FLÜCHTLINGE"

Lesbos: Mehrere Brandstifter verhaftet

16. September 2020

Von MANFRED W. BLACK | Griechische Sicherheitskräfte haben sechs Migranten festgenommen, die im dringenden Verdacht stehen, Flüchtlingsunterkünfte auf Lesbos in Brand gesetzt zu haben. Dies teilte der griechische Minister für Bürgerschutz, Michalis Chrysochoidis, mit. Die mutmaßlichen Täter sind Afghanen, deren Asylanträge offenbar abgelehnt worden waren.

Beobachter gehen davon aus, dass es noch sehr viel mehr Brandleger gegeben hat. Aber für die griechische Polizei ist es naturgemäß sehr schwer, die Schwerkriminellen aus dem Ausland zu ermitteln. Noch schwerer wird es, diesen Feuerteufeln, die gewissenlos auch Menschenleben aufs Spiel gesetzt haben, ihre Taten vor Gericht zu beweisen.

Das Lager von Moria war bei mehreren zeitgleichen Bränden fast vollständig zerstört worden. Mehr als 12.500 Migranten wurden vorübergehend obdachlos. Zur Unterbringung dieser Menschen hat Athen inzwischen ein Zeltlager unweit der alten Unterkünfte von Moria eingerichtet. Viele „Geflüchtete" weigern sich bisher jedoch, in das neue provisorische Camp zu gehen.

Gerüchte werden gestreut, nach denen das Lager dazu benutzt werden könnte, die Bewegungsfreiheit der Zuwanderer einzuschränken. Nach Augenzeugenberichten hindern „Migranten", die überwiegend aus Afghanistan stammen, „Geflüchtete" auch mit Gewalt daran, sich in das Camp Kara Tepe zu begeben. Diese Nachrichten werden ebenfalls aus griechischen Regierungskreisen bestätigt.

Griechenland: Schwere Unruhen und Brandstiftungen durch „Schutzsuchende" gab es schon oft

Was die Medien des Mainstreams derzeit gern unterschlagen: Unruhen und Brandstiftungen hat es auf Lesbos und anderen griechischen Inseln schon mehrfach gegeben. Zum Beispiel im September 2016, als – wie PI-NEWS berichtete – muslimische Bewohner unter „Allahuakbar"-Rufen das Moria-Camp anzündeten, im BBC-Video bei 0:08 min. zu hören:

Damals kam auch der in der Regel betont flüchtlings-freundliche *Spiegel* nicht umhin, über große „Spannungen" zwischen „Flüchtlingen" und den griechischen Bewohnern zu berichten.

Es gab heftige und oft gewalttätige Proteste der „Wirtschaftsflüchtlinge", die besser untergebracht und in andere westeuropäische Länder – bevorzugt nach Deutschland – transportiert werden wollten und „Wut auf die

Asylbearbeiter" *(Der Spiegel),* die anscheinend die Asylanträge nicht so bearbeiten wollten, wie es sich die Zugewanderten wünschten.
Im November 2016 zum Beispiel gingen Container der europäischen Asylbehörde EASO (European Asylum Support Office) in Flammen auf. „Nur mit Mühe konnten sich die Mitarbeiter und Flüchtlinge noch rechtzeitig in Sicherheit bringen" *(Der Spiegel).* So viel Glück hatte ein anderer EASO-Beschäftigter nicht: Er „wurde nur ein paar Tage zuvor von einem Stein getroffen und lag tagelang im Krankenhaus". Schon damals sah sich EASO genötigt, eine Sicherheitsfirma damit zu beauftragen, die Container rund um die Uhr zu bewachen.
UN- und EU-Repräsentanten versuchen die Brandstifter zu rechtfertigen
Linke Repräsentanten des UNHCR (United Nations High Commissioner für Refugees) wussten freilich flugs die Gewalttäter zu entschuldigen. Es sei „kein Zufall, dass es in den Lagern brennt", sagte Philippe Leclerc entschuldigend, der Leiter des UN-Flüchtlingshilfswerks in Griechenland.
„Das Feuer in Moria ist eine Mahnung: Die Situation ist schwierig", suchte ebenfalls Maarten Verwey die Kriminellen zu rechtfertigen, der die Sondereinheit „SRSS" (EU-Jargon für die Gruppe: „Structural Reform Support Service") leitete, also die „Einheit" (wie es in der EU-Sprache heißt), die den Behörden in Griechenland helfen sollte, grundsätzliche Probleme zu lösen. Kein Wort dieser UNO- und EU-Repräsentanten bereits damals zu der Tatsache, dass Brandstifter weltweit normalerweise mit schweren gerichtlichen (Haft-)Strafen rechnen müssen.
Der Rechtsstaat wird teils in Europa außer Kraft gesetzt, wenn „Geflüchtete" schwere Straftaten verüben. Denn die Täter werden sehr häufig nie sanktioniert. Die Gesetze gelten oftmals nur noch für die Menschen, „die schon länger hier leben". Das zeigt sich exemplarisch an der EU-„Flüchtlings"-Politik für Griechenland.
Statt zu überlegen, wie man die Unterbringungsmöglichkeiten in Griechenland verbessern oder die „Zuwanderer" in reiche und große muslimische Staaten transportieren könnte, hat sich die Bundesregierung unter Angela Merkel schnell bereit erklärt, mit Flugzeugen weit mehr als tausend „Asylbewerber" sofort nach Deutschland zu fliegen, wo der attraktive deutsche Sozialstaat auf sie wartet. Die – unbegrenzten – Kosten trägt der hiesige, brave Steuerzahler, der tagtäglich seiner Arbeit nachgeht und bestrebt ist, die Vorschriften und Gesetze dieses Staates sorgfältig zu beachten.
Medien-Mainstream stellt Persilschein für Schwerkriminelle aus
Interessant, dass der linke mediale Mainstream die schweren Straftaten von Lesbos mehr oder weniger klar entschuldigt. Der Berliner *Tagesspiegel* etwa (Schlagzeile über einem Kommentar: „Recht so, zerstört die Camps!") moniert, dass die Brandstifter in Griechenland „Straftäter" genannt werden.
Es habe auf Lesbos „durch nichts zu rechtfertigende Zustände" geherrscht, und dann sei auch „noch das Coronavirus" dazu gekommen, „und man hat das Lager abgeriegelt". Der *Tagesspiegel* weiter: „Gab (…) es (…) nicht ein Recht auf Widerstand?" Resümee der Hauptstadt-Tageszeitung: „Menschen müssen die Umstände, unter denen sie leben, nicht unbegrenzt hinnehmen."
Fürwahr ein Persilschein selbst für schwer kriminelle Straftäter – wenn sie als vermeintliche „Flüchtlinge" aus dem Ausland zugewandert sind.

http://www.pi-news.net/2020/09/waadt-tuerke-ersticht-portugiesen-aus-rache-an-der-schweiz/

"FÜR DEN PROPHETEN MOHAMMED"

Waadt: Türke ersticht Portugiesen aus „Rache an der Schweiz“

19. September 2020

An diesem Tisch saß der Portugiese Rodrigo G. mit Freunden beim Abendessen, **als der Türke plötzlich auftauchte. "Der Mörder kam rein und ging direkt zu Rodrigo. Ein Stich - und er war tot", erzählt der Inhaber der Dönerbude.**

Nach der Tötung eines 29-jährigen Portugiesen in einem Kebabrestaurant in Morges (VD, Kanton Waadt) am Samstagabend hat der mutmassliche Täter seine Tat gestanden. Er soll aus «Rache an der Schweiz» und für den «Propheten Mohammed» gehandelt haben, berichtet das Westschweizer Radio und Fernsehen RTS unter Berufung auf eine mit der Untersuchung vertrauten Quellen. Beim Opfer handle es sich offenbar um eine zufällig ausgewählte Person. Im Juli kam er aus der Untersuchungshaft frei. Die Behörden hatten ihn wegen dschihadistischer Umtriebe im Visier.

Der Mann war seit 2017 im Visier der Bundesbehörden. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) beobachtete die unter anderem wegen Konsums und Verbreitung dschihadistischer Propaganda. Im April 2019 wurde er im Kanton Waadt wegen des Verdachts auf Brandstiftung an einer Tankstelle in Prilly (VD) festgenommen und in Untersuchungshaft gesetzt.

Dabei stiessen die Ermittler auf einen möglichen dschihadistischen Hintergrund, was sich mit den Erkenntnissen des NDB deckte. Die für Terrorermittlungen zuständige BA übernahm im Oktober 2019 das Verfahren von der Waadtländer Staatsanwaltschaft. Die BA erweiterte gleichzeitig die Anschuldigungen auf Verstösse gegen das Verbot der Gruppierungen Al-Kaida und Islamischer Staat sowie verbotene Gewaltdarstellung.

Das Zwangsmassnahmengericht verlängerte die U-Haft gegen den Beschuldigten auf Antrag zunächst der Waadtländer Staatsanwaltschaft und später der BA. Im Juli entliess das Gericht den Mann auf Antrag der BA aus der Untersuchungshaft – unter Auflagen. Die BA stützte ihren Antrag insbesondere auf ein psychiatrisches Gutachten. Zu den verhängten Auflagen gehörte ein nächtliches Ausgangsverbot, ein Waffen-Trag-Verbot und eine Meldepflicht.

Bis zu dem Tötungsdelikt am vergangenen Samstag hielt sich der Beschuldigte an alle Auflagen. Weil dies der Fall war, habe es keinen Grund für eine erneute Inhaftierung gegeben, schrieb die BA. Wegen des Tötungsdelikts erweiterte die BA ihr Strafverfahren nun um die Tatbestände der vorsätzlichen Tötung und des Mords. Ein terroristisches Motiv schliesst sie dabei weiterhin nicht aus. Die Hintergründe klärt die BA in Zusammenarbeit mit den Behörden der Waadt, dem Bundesamt für Polizei (Fedpol) und dem NDB ab.

Recherchen von SRF ergaben, dass es sich beim Beschuldigten, um einen einschlägig bekannten Islamisten aus dem Grossraum Lausanne handelt.

Er ist 26 Jahre alt und stammt aus einer türkischen Familie. Der Verdächtige soll mit mehreren Islamisten vernetzt sein. Der mutmassliche Täter erstach am vergangenen Samstag in einem Kebab-Stand in Morges einen 29-jährigen Portugiesen. Am Sonntag nahm ihn die Waadtländer Kantonspolizei in Renens fest.

(Artikel übernommen von SRF.CH)

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

An was könnte es liegen, dass nachfolgender Übergriff keine „Anti"-Rassismus-Aktivitäten seitens Presse, Politik und „Anti"Fa zur Folge hat?

Marburg: Mit erheblichen Verletzungen im Gesicht wurde ein Asylbewerber am Sonntagnachmittag, 13. September, im Feld in der Nähe der Landesstraße 3071 zwischen Neustadt und Gleimenhain aufgefunden und in ein Krankenhaus eingeliefert. Der junge Mann berichtete von einem Angriff mehrerer Personen, die er nicht kenne. Die Geschehnisse liegen noch völlig im Dunkeln. Die Behörden ermitteln in alle Richtungen und suchen dringend nach Zeugen.

Am Vormittag meldete sich gegen 9.50 Uhr ein Zeuge bei der Polizei und berichtete über das Auffinden einer blutverschmierten Jacke im Bereich des ehemaligen Munitionsdepots in Neustadt. Die Polizei stellte die Jacke sicher. Weitere Ermittlungen vor Ort brachten zunächst keine weiteren Erkenntnisse ans Tageslicht. Etwa um 14 Uhr informierte ein weiterer Zeuge die Polizei über eine verletzte Person, die auf einem Feldweg in Nähe des Schäferhundevereins (unweit der Landesstraße 3071) liegen würde. Die sofort alarmierten Rettungskräfte versorgten den 19-Jährigen vor Ort und brachten ihn zur weiteren Behandlung in die Uni-Klinik. Die Polizei sicherte zudem an den beiden relevanten Örtlichkeiten Spuren. In seiner erst kürzlich durchgeführten Vernehmung konkretisierte der Verletzte seine Angaben. Er sprach von einem Angriff durch drei junge Männer, die ihn am Sonntagmorgen zwischen 6 und 7 Uhr vor dem Bahnhof in Neustadt attackierten. Dabei sollen auch Schlagwerkzeuge zum Einsatz gekommen sein. Bei den mutmaßlichen Tätern handele es sich um junge Erwachsene, die ausländisch, eventuell türkisch, sprachen. Eine der beteiligten Personen habe zuvor in einem schwarzen, etwas größeren BMW gesessen. Die Person habe einen Vollbart und vermutlich schwarze Sportbekleidung getragen.

Chemnitz: Rettungskräfte, die in der Straße der Nationen eine junge Frau (19) wegen Schnittverletzungen versorgten, riefen am späten Abend die Polizei zu Hilfe. Nach gegenwärtigem Ermittlungsstand hatte sich die 19-Jährige mit einem 20-Jährigen und weiteren Bekannten im Stadthallenpark aufgehalten, als eine Gruppe Männer auf sie zukam. Die Unbekannten bedrängten sie, woraufhin es zum Wortgefecht kam. Einer der zunächst unbekannten Männer versuchte plötzlich, die 19-Jährige mit einer abgebrochenen Glasflasche zu schlagen. Beim Abwehren des Angriffs zog sie sich jedoch Schnittverletzungen zu. Der 20-

Jährige versetzte daraufhin dem Angreifer einen Schlag, sodass dieser zunächst mit seinen Begleitern flüchtete. Während der polizeilichen Maßnahmen tauchte der durch den Schlag ebenfalls verletzte Tatverdächtige wieder am Ort des Geschehens auf. Gegen den eritreischen Staatsangehörigen (44) wurden Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen. Rettungskräfte brachten ihn schließlich in ein Krankenhaus. Auch die mit der Flasche angegriffene, nach bisheriger Kenntnis leicht verletzte 19-Jährige musste in einem Krankenhaus weiter medizinisch versorgt werden. Zur Klärung des genauen Tatgeschehens sollen nun vorhandene Videoaufnahmen aus dem Innenstadtbereich ausgewertet werden.

Tuttlingen: Ein Italiener (52) war früh morgens war auf dem Weg zur Arbeit, wurde plötzlich von hinten niedergestochen und verblutete. Jetzt hat die Polizei einen Tatverdächtigen. Ein Tunesier (36) (Quelle: Bild-online), der erst vor wenigen Wochen aus der U-Haft entlassen wurde. Der Mann soll im Mai seine Ehefrau unvermittelt mit einem Messer angegriffen, dabei aber nur leicht verletzt haben. Ein Richter erließ Haftbefehl. Erster Staatsanwalt Frank Grundke (59): „In diesem Verfahren erfolgte eine Begutachtung des Beschuldigten. Nach dem Ergebnis der Begutachtung waren die Voraussetzungen für eine vorläufige Unterbringung nicht gegeben" Am 8. Juli kam der Tunesier frei. Das Opfer war am Dienstag um 5.24 Uhr am Tuttlinger Omnibus-Bahnhof angekommen, ging zu Fuß in Richtung Arbeitsplatz. Nach 800 Metern erfolgte die hinterhältige Attacke. Ein Ermittler: „Aufgrund der bisherigen Ermittlungen ist davon auszugehen, dass der Beschuldigte den Getöteten unvermittelt von hinten angegriffen und durch mehrere Messerstiche tödlich verletzt hat."

Freiburg: Eine 32-Jährige bedroht haben soll ein Unbekannter in der Nacht von Mittwoch, 16.09.2020, auf Donnerstag am großen Opfinger See in Freiburg-Opfingen. Wie die Geschädigte der Polizei mitteilte, ereignete sich der Vorfall um circa 3 Uhr in der Nähe des Strandbereichs. Die 32-Jährige sprang daraufhin in den See und flüchtete. Der Unbekannte entfernte sich währenddessen von der Örtlichkeit. Eine Fahndung im Bereich durch die Polizei blieb ohne Ergebnis. Die 32-Jährige blieb unverletzt. Zum möglichen Motiv des Täters gibt es derzeit noch keine gesicherten Informationen. Der Tatverdächtige wird wie folgt beschrieben: männlich, kurze schwarze Haare, südländisches Erscheinungsbild, zwischen 20-25 Jahre alt, eher dicklich, dunkle Sporthose, trug rote Sportschuhe, schwarze Cap, schwarzes Tuch als Mundschutz.

Bad Vilbel: Am Montagabend kam es gegen 19.30 Uhr in der Homburger Straße in Höhe eines dortigen Fitnessstudios zu einer Schlägerei mit mehreren beteiligten Personen. Ein 23-jähriger Frankfurter wurde durch Schläge und den Einsatz von Pfefferspray verletzt. Der Geschädigte wurde vor Ort durch Rettungskräfte versorgt. Vor dem Eintreffen der Polizei hatten sich der vermeintliche Haupttäter sowie mehrere Beteiligte zu Fuß aus dem Staub gemacht. Zeugenangaben zufolge handelte es sich bei dem Haupttäter um einen etwa 170 – 175 m großen Mann mit südländischer Erscheinung und Boxerschnitt. Er trug ein oranges T-Shirt und eine rote Sporthose.

Neumünster: Bereits am 16.08.2020 kam es zwischen 04.00 Uhr und 05.00 Uhr gegenüber der Gaststätte Weitblick in der Plöner Straße in Neumünster zu zwei gefährlichen Körperverletzungen, die scheinbar nicht im Zusammenhang standen. Bei dem ersten Fall wurde ein Geschädigter von mindestens drei männlichen Personen südländisches Aussehen) niedergeschlagen und ging zu Boden. Wenige Minuten später kam es im zweiten Fall zu einer gefährlichen Körperverletzung mittels Messer, ein anderer Geschädigter erhielt vermutlich mit einem kleinen Messer mehrere Stiche in den Rücken und musste im FEK behandelt werden. Lebensgefahr bestand jedoch nicht. Während des

Tatzeitraumes sollen sich mindestens 25 Personen vor der Gaststätte Weitblick aufgehalten haben, die die beiden Vorfälle hätten beobachten können. Bisher haben sich aber keine Zeugen der beiden Vorfälle gemeldet.
Suhl: In den Morgenstunden des 13.09.2020 kam es zu einer Körperverletzung auf dem Platz der Deutschen Einheit, bei der ein 26-Jähriger mit Migrationshintergrund einen bisher Unbekannten verletzte. Nach medizinischer Versorgung lehnte der Geschädigte eine Weiterbehandlung im Krankenhaus ab.
Gotha: Ein Flaschenwurf löste am Samstagabend einen Polizeieinsatz auf dem Coburger Platz aus. Ein 32-Jähriger hatte um 23:40 Uhr eine Bierflasche auf den Balkon einer Anwohnerin eines Mehrfamilienhauses geworfen. Die Flasche verfehlte die 51-Jährige. Sie blieb unverletzt. Bei der anschließenden Anzeigenaufnahme widersetzte sich der 32-jährige Flaschenwerfer der Identitätsfeststellung und leistete Widerstand gegen die Polizeibeamten. Zudem zog er ein mitgeführtes Messer. Neben dem 32-Jährigen wurden die Einsatzkräfte in der Folge durch einen 25-Jährigen fortwährend beleidigt. Auch er widersetzte sich der Identitätsfeststellung und leistete Widerstand. Der 32-Jährige und der 25-Jährige wurden durch die Polizei in Gewahrsam genommen. Die Polizisten blieben bei den Widerstandshandlungen unverletzt. Da vier weitere Personen aus derselben Personengruppe von Eritreern einem Platzverweis nicht nachkamen, mussten sie ebenfalls in Polizeigewahrsam genommen werden.

http://www.pi-news.net/2020/09/wismar-17-jaehrige-deutsche-von-mann-aus-guinea-vergewaltigt/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Wismar: 17-Jährige Deutsche von Mann aus Guinea vergewaltigt

22. September 2020

In der Nacht vom 18. auf den 19. September ereignete sich gegen 0 Uhr im Bereich der Rabenstraße in Wismar nach bisherigen Erkenntnissen eine Vergewaltigung. Nach Angaben der geschädigten 17-jährigen Deutschen hielt diese sich in der vergangenen Nacht mit drei entfernt bekannten männlichen Personen im genannten Bereich auf. Als zwei der drei Personen den Ort verließen, sei es zur Vergewaltigung durch den verbliebenen 19-jährigen Mann guineischer Nationalität gekommen. Ein zufällig vorbeikommender Zeuge sei in der Folge auf das Geschehen aufmerksam geworden und habe sich bemerkbar gemacht, woraufhin der Beschuldigte geflohen sei. Durch die Täterbeschreibung der Geschädigten konnte der Beschuldigte kurze Zeit später durch die eingesetzten Polizeibeamten des Polizeihauptreviers Wismar festgestellt und vorläufig festgenommen werden. Nach Abschluss aller strafprozessualer Maßnahmen ist der Beschuldigte am Amtsgericht Wismar zur Haftprüfung vorgeführt worden. Hier wurde die Untersuchungshaft gegen den Beschuldigten beschlossen und im Anschluss durch die Verbringung in die Jugendarrestanstalt Neustrelitz vollstreckt. Die Geschädigte erlitt leichte Verletzungen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von

Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Bochum: Ein 21-jähriger Mann aus Essen soll am frühen Samstagmorgen (19. September) eine sehbehinderte Frau im Bochumer Hauptbahnhof belästigt haben. Bundespolizisten nahmen den alkoholisierten und mutmaßlich unter dem Einfluss von Drogen stehenden Mann in Gewahrsam. Gegen 6 Uhr wurden Einsatzkräfte der Bundespolizei zu einem Bahnsteig im Bochumer Hauptbahnhof gerufen. Nach Angaben von Zeugen soll der Essener dort eine 30-jährige sehbehinderte Frau belästigt haben. Als Bundespolizisten auf dem Bahnsteig eintrafen, war der 21-Jährige gerade dabei, sich lautstark mit anderen Personen zu streiten, welche auf die Situation aufmerksam geworden waren. Nach Angaben der Frau aus Bochum soll es zu keinem Übergriff des 21-Jährigen gegen sie gekommen sein. Deshalb wurde dem Essener ein Platzverweis für den Hauptbahnhof erteilt. Trotz mehrfacher Aufforderungen weigerte sich der 21-Jährige vehement, die Örtlichkeit zu verlassen. Deshalb sollte er aus dem Bahnhof geführt werden. Dagegen wehrte sich der Mann, woraufhin er überwältigt und zur Wache gebracht wurde. Dort wurde ihm nach Rücksprache mit der Justiz eine Blutprobe entnommen und er wurde später in das Polizeigewahrsam eingeliefert. Gegen den bereits polizeibekannten syrischen Staatsangehörigen leitete die Bundespolizei ein Strafverfahren wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ein. Die 30-jährige Bochumerin blieb vorerst in der Wache der Bundespolizei und wurde später dort von einem Mitarbeiter ihrer Wohneinrichtung abgeholt.

Stuttgart: Polizeibeamte haben am frühen Sonntagmorgen (20.09.2020) einen 33 Jahre alten Mann festgenommen, der eine 19-Jährige sexuell belästigt und versucht haben soll, sie zu vergewaltigen. Der 33-Jährige sprach die junge Frau gegen 04.00 Uhr an der S-Bahn-Haltestelle Stadtmitte an. Als sie in die S2 in Richtung Filderstadt einstieg, setzte sich der Mann, obwohl die Bahn beinahe vollkommen leer war, direkt neben sie. Bereits in der Bahn fasste er die 19-Jährige in unsittlicher Weise an. Nachdem sie an der S-Bahn-Haltestelle Rohr ausgestiegen war, folgte er ihr in Richtung Schwarzbachstraße, versuchte sie auszuziehen und sie zu vergewaltigen. Die junge Frau konnte sich befreien und schließlich die Polizei verständigen, die den Tatverdächtigen im Rahmen der Fahndung festnahm. Der 33 Jahre alte gambische Staatsangehörige wurde im Laufe des Montags (21.09.2020) auf Haftbefehlsantrag der Staatsanwaltschaft einem Haftrichter vorgeführt, der den Haftbefehl in Vollzug setzte.

Asperg: Ein Exhibitionist ist am Sonntag gegen 14:15 Uhr im Bereich Hegelweg und Gewann „Wasserfall“ in Asperg aufgetreten. Dem bisherigen Ermittlungsstand nach entblößte sich der etwa 30 Jahre alte Unbekannte gegenüber einer 29-Jährigen. Der Unbekannte soll von südländischem Erscheinungsbild gewesen sein und ein neongelbes T-Shirt und eine schwarze kurze Hose getragen haben.

Rheda-Wiedenbrück: Am Freitagmorgen (18.09., 07.30 Uhr) wurde ein 14-jähriges Mädchen an der Pregelstraße durch einen unbekannten Mann unsittlich berührt. Der Unbekannte stand mit einer Gruppe von drei bis vier Männern auf dem Gehweg. Nachdem der Mann die Geschädigte am Oberkörper berührte und

sie umfasste, riss sie sich los und rannte davon. Der Tatverdächtige konnte wie folgt beschrieben werden: Er war ca. 30 Jahre alt, 180cm bis 190cm groß, wirkte sportlich und trug einen Drei-Tage-Bart. Seine schwarzen Haare hatte er nach hinten gekämmt. Er sprach in gebrochen deutscher Sprache.
Nürnberg: Am Samstagnachmittag (19.09.2020) trat ein bislang unbekannter Jugendlicher einer Frau in schamverletzender Weise in der Nürnberger Südstadt entgegen. Die Kriminalpolizei Nürnberg sucht weitere Zeugen des Vorfalls. Gegen 15:30 Uhr lief eine junge Frau die Scheurlstraße auf dem Gehweg entlang, als ihr der Unbekannte entgegen kam. Der Jugendliche entblößte sein Glied, als er an der Frau vorbeilief. Personenbeschreibung: ca. 15 Jahre alt, ca. 165 cm groß, dunkler Hauttyp, schwarze Jogginghose, grauer Rucksack
Berlin: In Berlin muss sich ab Montag (9 Uhr) ein 33-Jähriger vor dem Landgericht verantworten, weil er Frauen in sein Auto gezogen und vergewaltigt haben soll. Wisam B. B. werden insgesamt vier Vergewaltigungen vorgeworfen. In zwei Fällen soll er im Januar und Februar 2020 mit Mittätern je eine Frau auf offener Straße in Berlin in sein Fahrzeug gezogen und vergewaltigt haben. In den beiden Fällen ist er nicht nur wegen Vergewaltigung, sondern wegen besonders schwerer Vergewaltigung und gefährlicher Körperverletzung angeklagt. In dem Fall vom Januar soll sein 25-jähriger Bruder Karrar B. B. beteiligt gewesen sein, der ebenfalls angeklagt ist. Für den Prozess sind rund 20 Verhandlungstermine bis Ende Januar geplant.
Frankfurt: In der Nacht von Dienstag, 15. September 23:00 Uhr, auf Mittwoch, 16. September 0:00 Uhr, kam es im Bereich der Konstabler Wache/Konrad-Adenauer-Straße zu einer sexuellen Nötigung einer 31-jährigen Frau. Die Frau stritt sich kurz zuvor mit ihrem Exfreund an der Konstabler Wache. Als sie dann alleine war, kam ein unbekannter Mann auf sie zu und begleitete sie die Konrad-Adenauer-Straße entlang bis vor ein Hotel. Der Mann gab an, sie trösten zu wollen und fasste ihr dabei mehrmals an den Bauch, den Hals und an die Brust. Die 31-Jährige forderte ihn auf, damit aufzuhören. Daraufhin riss der Mann sie zu Boden, setzte sich auf sie und streckte ihre Arme nach oben. Im weiteren Verlauf hielt er ihr den Mund zu, da sie versuchte, laut zu schreien und schlug ihr in das Gesicht. Dies bemerkte ein Sicherheitsmitarbeiter des nahen Hotels und kam der Frau zur Hilfe. Der Täter flüchtete unerkannt. Die 31-jährige geschädigte Frau konnte den Mann wie folgt beschreiben: Männlich, ca. 170 cm groß, ca. 20-25 Jahre alt, schmächtige aber leicht muskulöse Statur, kurze, dunkle Haare, dunkle Augen, ovales Gesicht, nordafrikanisches Erscheinungsbild, leicht gebräunte Hautfarbe.
Mettmann: Am Mittwoch (16. September 2020) ist eine 15-jährige Jugendliche auf ihrem Schulweg durch Erkrath von einem bislang unbekannten Mann in sexueller Art und Weise belästigt worden. Die Polizei ermittelt und bittet um sachdienliche Hinweise. Das war nach Angaben der Geschädigten passiert: Gegen 16:15 Uhr war die 15-Jährige zu Fuß von ihrer Schule aus über die Düsseldorfer Straße in Erkrath nach Hause gegangen. Dabei kam sie auf Höhe des Hubbelrather Wegs an einem Mann vorbei, der sich gegenüber einer Seniorenwohnanlage in einem Gebüsch aufhielt. Als die 15-Jährige vorbeiging, zeigte sich ihr der Mann in schamverletzender Weise, woraufhin die Schülerin schnell nach Hause ging, von wo aus sie die Polizei informierte. Trotz einer eingeleiteten Fahndung konnte der Verdächtige im Umfeld nicht mehr angetroffen werden. Zu ihm liegt die folgende Personenbeschreibung vor: circa 40 Jahre alt, dunkel gebräunte Haut, kurze, schwarze, glatte Haare, trug ein dunkles T-Shirt und eine Drei-Viertel-Hose, hatte ein „südländisches Erscheinungsbild„.

Heilbronn: Die Polizei Heilbronn sucht einen unbekannten Sexualstraftäter. Dieser hat bereits am Mittwoch, den 19. August 2020 in der Zeit von 12.00 bis 12.30 Uhr einen 12-jährigen Jungen im Bereich des Botenheimer Weges, in einem Gebüsch gegenüber der Grundschule sexuell missbraucht. Der Unbekannte bedrohte das wehrlose Kind und verging sich an ihm. Nach Angaben des Opfers konnte ein Phantombild des Unbekannten erstellt werden. Dieser ist ca. 23 – 25 Jahre alt, ca. 180 cm groß, dunkelhäutig, trug eine lange schwarze Jogginghose, ein blaues T-Shirt mit Punkten und weiße Turnschuhe.

http://www.pi-news.net/2020/09/bad-homburg-allahu-akbar-syrer-greift-polizisten-an/

DEUTSCHLANDWEITE "BEREICHERUNGEN"

Bad Homburg: „Allahu-Akbar“-Syrer greift Polizisten an

29. September 2020

In Bad Homburg griff ein 34-jähriger Syrer Polizisten an und schrie dabei "Allahu Akbar" (Symbolbild).

Am Freitagnachmittag gegen 15:45 Uhr erhielt die Polizei einen Anruf aus der Poststelle im Louisencenter in Bad Homburg. Eine männliche Person hätte auf Einrichtungsgegenstände geschlagen und Kunden beleidigt. Eine Streife mit drei Beamten wurde nach dort entsandt. Bei deren Eintreffen konnten sie den hochaggressiven Mann, einen 34-jährigen in Bad Homburg lebenden Syrer, noch in der Poststelle antreffen. Er ging sofort auf die Polizeibeamten los, beleidigte sie und gab an, mit einer Dienstwaffe der Kollegen, den Postangestellten erschießen zu wollen. Bei der darauffolgenden Festnahme leistete er erheblichen Widerstand. Er trat und schlug nach den Beamten und beleidigte sie weiterhin massiv. Letztendlich klickten dennoch die Handschellen und der Mann konnte festgenommen werden. Auf dem Weg von der Einkaufspassage zum Streifenwagen rief er mehrfach „Allahu Akbar“. Im Streifenwagen, auf dem Weg zur Dienststelle, äußerte er einer Kollegin ins Gesicht treten zu wollen und versuchte ihr eine Kopfnuss zu geben. Dies gelang ihm jedoch nicht, so dass insgesamt Niemand verletzt wurde. Da es starke Anzeichen gab, dass der Mann unter Drogeneinfluss stand, wurde eine Blutentnahme durchgeführt und ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen“, in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln“. Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse“ bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „“Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin“ präsentiert.

Hannover: Am Mittwoch, 23.09.2020, ist es gegen 21:30 Uhr „Am Marstall“ in Höhe der Knochenhauerstraße zu einer körperlichen Auseinandersetzung

zwischen mehreren Personen gekommen. Ein 48-jähriger Mann hat dadurch so schwere Verletzungen erlitten, dass er nun lebensgefährlich verletzt ist. Nach ersten Erkenntnissen der Polizei gerieten das spätere Opfer und seine weibliche Begleitung (49 Jahre) mit mehreren Personen gegen 21:30 Uhr in einen Streit, in dessen Folge es eine körperliche Auseinandersetzung gab. Der 48-Jährige wurde dadurch lebensgefährlich verletzt und war nicht mehr ansprechbar. Vier mutmaßliche Täter flüchteten zunächst in Richtung der Schmiedestraße/Georgstraße. Eine Sofortfahndung durch die Polizei verlief bislang erfolglos. Der sofort verständigte Rettungsdienst führte Reanimationsmaßnahmen durch, im Krankenhaus wurde der Hirntod bei dem 48-Jährigen festgestellt. Seine 49-Jährige Begleiterin wurde seelsorgerisch betreut. Der Zentrale Kriminaldienst hat die Ermittlungen noch vor Ort übernommen. In der Tatnacht stellte sich ein mutmaßlicher Täter (19 Jahre) bei der Polizei, er wurde vorläufig festgenommen. Bei ihm wurde eine Blutprobe entnommen. Er befindet sich derzeit im Polizeigewahrsam.
Die mutmaßlichen Täter wurden von Zeugen alle auf etwa 20 Jahre geschätzt. Neben dem bekannten mutmaßlichen 19-Jährigen sucht die Polizei weitere drei mutmaßliche Täter. Eine männliche Person wurde als schlank und dunkelhäutig beschrieben mit einer Körpergröße von etwa 1,86 Meter. Er sei dunkel gekleidet gewesen und habe sogenannte Rasta-Locken gehabt. Zu dem dritten Mann liegt der Polizei keine Beschreibung vor. Die an der Auseinandersetzung beteiligte Frau wurde auf etwa 1,55 Meter und 25 Jahre geschätzt. Die Person mit langen blonden Haaren soll von sehr dünner Statur sein und Joggingbekleidung getragen haben.
Hagen: In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag kam es in der Straße Springe zu einer Körperverletzung. Ein 41-Jähriger hielt sich gegen 0:40 Uhr auf dem Vorplatz eines nahegelegenen Kinos auf. Aus bislang ungeklärter Ursache wurde er von zwei männlichen Personen angegriffen und geschlagen. Ein 53-jähriger Zeuge verständigte umgehend die Polizei und kümmerte sich im Anschluss um den leichtverletzten Mann. Nach bisherigen Erkenntnissen wurde dem 41-Jährigen bei der Tat nichts entwendet. Wie es zu der Körperverletzung kam, ist Bestandteil der Ermittlungen. Der Zeuge gab an, dass es sich bei den unbekannten Tätern um zwei dunkelhäutige Männer handelt. Weitere Angaben konnten jedoch nicht gemacht werden.
Ravensburg: Am Donnerstagnachmittag soll ein 21-jähriger nigerianischer Staatsangehöriger einen im Bahnhof Ravensburg stehenden Regionalexpress mit Schottersteinen beworfen haben. Kurz darauf flüchtete er in einen Stadtbus in welchem ihn Beamte der Bundespolizei an der Haltestelle Frauentor gegen 17:20 Uhr feststellen konnten. Als diese ihn kontrollieren wollten, wehrte sich der Mann gegen die Maßnahmen. Reisende im Bus zeigten Zivilcourage und unterstützen die Beamten. Bei der Festnahme wurden zwei Bundespolizisten verletzt, so dass diese infolgedessen dienstunfähig sind. Eine Streife der Landespolizei Ravensburg verbrachte den 21-jährigen Mann in Gewahrsam.
Herrsching: Am Abend des 17.09.2020 wurde eine 46-Jährige in Herrsching von einem Unbekannten angegriffen. Der Täter flüchtete unerkannt. Die Kriminalpolizei ermittelt. Am 17.09.2020 wurde eine 46-Jährige aus Wörthsee Opfer eines Angriffs durch einen bislang unbekannten Mann. Zeugen teilten mit, dass die Frau gegen 22:45 Uhr im Bereich der Touristeninformation in der Kienbachstraße angegangen und zu Boden geworfen wurde. Der Täter flüchtete im Anschluss. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach dem Mann, in die mehrere Streifenbesatzungen eingebunden waren, verlief ohne Erfolg. Das Motiv für den Angriff ist unklar. Der Täter kann wie folgt beschrieben werden: 20 bis 25 Jahre alt, ca. 180 cm groß, sehr schlank, dunkle Haut, schwarze Haare,

Kurzhaarschnitt. Bekleidet war der Mann mit einem weißen T-Shirt, einer hellen Jeans und Sneakers.
Leipzig: Während ihrer Streifentätigkeit befanden sich Polizeibeamte mit einem Funkstreifenwagen in der Eisenbahnstraße. Dort wurde das Dienstfahrzeug durch einen Mann mit einem unbekannten Gegenstand beworfen. Dieser traf die hintere rechte Fensterscheibe mit einem lauten Knall und beschädigte sie. Der Fahrer hielt an und beide Beamte stiegen aus. Als sie sich dem Tatverdächtigen näherten, wurden sie von jenem mit Fäusten sofort angegriffen. Die Polizisten blieben unverletzt. Gegen den Tatverdächtigen (31, syrisch) wird wegen versuchter Körperverletzung, Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel und Sachbeschädigung ermittelt. Die Höhe des Sachschadens konnte noch nicht beziffert werden.
Halberstadt: Am 26.09.2020 gegen 18:25 Uhr kam es in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt) in Halberstadt zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern der ZASt und Mitarbeitern des Sicherheitsunternehmens. Ein 33-jähriger Bewohner aus Mali sollte auf Grund bestehender Hygienemaßnahmen beim Betreten des Wohnblocks kontrolliert werden und einem Mitarbeiter des Sicherheitsunternehmens seinen Ausweis zeigen. Der Bewohner widersetzte sich der Kontrolle und es kam zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen beiden Personen. Im Zuge der Auseinandersetzung solidarisierten sich mehrere Bewohner der ZASt mit dem Mann aus Mali und es kam in der weiteren Folge zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern der ZASt und hinzu gerufenen Mitarbeitern des Sicherheitsunternehmens. Bei den Auseinandersetzungen wurden sechs Mitarbeiter des Sicherheitsunternehmens und der aus Mali stammende Bewohner leicht verletzt. Durch das sofortige Zusammenziehen von Polizeikräften konnte die Lage in der ZASt beruhigt werden. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.
Dortmund: Am 23. September griff ein 41-jähriger Maskenverweigerer Einsatzkräfte der Bundespolizei im Dortmunder Hauptbahnhof an. Später erklärte der Mann, dass er sich selber verletzten werde, um anschließend zu behaupten, Opfer von Polizeigewalt geworden zu sein. Gegen 10 Uhr wurde eine Streife der Bundespolizei auf den türkischen Staatsangehörigen aufmerksam. Der Mann hielt sich ohne Mund-Nasen-Schutz im Dortmunder Hauptbahnhof auf. Als er daraufhin angesprochen wurde, ignorierte er die Bundespolizisten und wollte die Örtlichkeit verlassen. Als er deshalb am Arm festgehalten wurde, versuchte er einem Bundespolizisten in das Gesicht zu schlagen und ihm anschließend sein Knie in die Genitalien zu stoßen. Der Angriff konnte abgewehrt und der 41-Jährige gefesselt werden. In der Wache versuchte sich der in Dortmund gemeldete Mann selbst zu verletzen. Dabei erklärte er, dass er dies tue, um später behaupten zu können, Opfer von Polizeigewalt geworden zu sein.
Bochum: Ein 21-Jähriger randalierte gestern Morgen (27.September) im Bochumer Hauptbahnhof, meldete sich anschließend in der Bundespolizeiwache und schlug dort einem Bundespolizisten unvermittelt in das Gesicht. Wie eine Auswertung der Videoaufzeichnungen aus dem Bochumer Hauptbahnhof ergab, betrat der guineische Staatsangehörige gegen 7:30 Uhr den Bochumer Hauptbahnhof. Dort zerstörte er die Dekoration, die vor einem Geschäft aufgestellt war und entwendete eine Topfblume. Mit dieser schellte er an der Tür der Bundespolizeiwache. Da der Mann sich nicht äußerte, was genau er von den Bundespolizisten wollte und es den Einsatzkräften zudem merkwürdig vorkam, dass der Mann, augenscheinlich alkoholisiert, mit einer Topfblume unter dem Arm bei der Bundespolizei erschien, sollte er überprüft werden. Dabei griff er einen Bundespolizisten mit einem Faustschlag an. Dieser wurde am Unterkiefer

verletzt. Einen weiteren Bundespolizisten griff er mit einem Fußtritt an. Er konnte danach überwältigt werden. Im Rahmen der Durchsuchung des in Bochum gemeldeten Mannes, wurden mehrere Schottersteine und zwei Trinkgläser in seiner Jacke gefunden und sichergestellt. Was der Mann mit den Gegenständen und der Topfblume vor hatte blieb sein Geheimnis. Ein späterer Atemalkoholtest ergab einen Wert von 1,2 Promille. Nach erfolgter Ausnüchterung durfte er gegen Mittag den Gewahrsam wieder verlassen. Gegen den 21-Jährigen leitete die Bundespolizei ein Strafverfahren wegen Diebstahls, Sachbeschädigung und tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte ein.
Hasberge: Mit 48 Fahrzeugen rasten Beamte gestern gegen 1.50 Uhr nach Hasbergen (Niedersachsen). Nach BILD-Informationen war eine Familienfeier von rund 50 Sinti und Roma in einem alten Gasthof eskaliert. Ein Polizeisprecher: „Es entwickelte sich eine wüste Schlägerei, die sich vor das Haus an der Rheiner Landstraße verlagerte." Anwohner wählten den Notruf. Die Polizei setzte alles in Bewegung, was ein Blaulicht hat! Neben den Beamten der zuständigen Inspektion Osnabrück-Land rückten Polizisten aus dem Emsland, Leer und Oldenburg an. … Am Ende wurden nur drei Männer und eine Frau (23 bis 52 Jahre) festgenommen – Anzeigen wegen Widerstands, Bedrohung und gefährlicher Körperverletzung. Ein Polizist wurde schwer, zwei weitere leicht verletzt.
Hamburg: In einer Wohnunterkunft in Neuenfelde ist in der Nacht zu Sonntag ein Streit zweier Familien eskaliert. Die Mordkommission ermittelt wegen des Verdachts eines versuchten Tötungsdelikts. Nach den ersten Erkenntnissen befanden sich die Mitglieder einer irakischen und einer ägyptischen Familie seit mehreren Tagen in Streit. Am frühen Sonntagmorgen entbrannte dieser Streit erneut und mehrere Männer griffen zunächst den irakischen Familienvater (43) mit Eisenstangen an. Dessen drei Söhne (14, 16, 19) wiederum attackierten daraufhin die Angreifer mit einem Messer. Ein 32-jähriger Ägypter wurde dabei durch mehrere Messerstiche in den Oberkörper lebensgefährlich verletzt. Nach einer Notoperation befindet er sich inzwischen außer Lebensgefahr. Der Vater der drei Tatverdächtigen erlitt durch den Angriff Verletzungen am Jochbein. Auch er kam zur Behandlung in ein Krankenhaus. Die weiteren Angreifer sollen vor dem Eintreffen der ersten Funkstreifenwagen mit einem Auto geflüchtet sein.
Lüneburg: Bereits am 20.08.20 kam es um 15:30 Uhr zu einer gefährlichen Körperverletzung in der Theodor-Heuss-Straße. Nach derzeitigen Ermittlungen hatten mehrere männliche Personen mit Fäusten einen 44-jährigen Syrer, welcher auf einer Bank saß, geschlagen. Eine Person zog dabei auch ein Messer und verletzte das Opfer damit leicht am Kopf. Anschließend flüchten die vermutlich fünf Personen. Zwei Tatverdächtige (22 und 37 Jahre alte syrische Staatsbürger) können durch die Polizei festgestellt werden. Vorausgegangen seien nach Angaben der Beteiligten Streitigkeiten zwischen mehreren Kindern.

http://www.pi-news.net/2020/09/stuttgart-tuerke-vergewaltigt-20-jaehrige/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Stuttgart: Türke vergewaltigt 20-Jährige

30. September 2020

Stuttgart-Wangen: Polizeibeamte haben am Freitag (25.09.2020) einen 26 Jahre alten Mann festgenommen, der im Verdacht steht, am Dienstag (22.09.2020) eine junge Frau vergewaltigt zu haben. Die 20 Jahre alte Frau lernte den Tatverdächtigen vor einiger Zeit im Internet kennen. Während eines Treffens am Dienstag gegen 22.00 Uhr fuhr sie mit dem 26-Jährigen zu einem

Aussichtspunkt in Stuttgart-Wangen. Dort vergewaltigte der Mann sie in ihrem Auto trotz ihrer Gegenwehr mehrfach. Die 20-Jährige vertraute sich in der Folge einer Verwandten an, die ihr zur Anzeigenerstattung riet. Beamte nahmen den 26 Jahre alten türkischen Staatsangehörigen am Freitag fest und führten ihn auf Antrag der Staatsanwaltschaft am Samstag (26.09.2020) einem Richter vor, der einen Haftbefehl erließ und in Vollzug setzte.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Bad Arolsen: Den Beamten der Polizeistation gelang es sehr schnell, die drei tatverdächtigen jungen Ausländer im Alter von 17, 18 und 19 Jahren aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Mengeringhausen dingfest zu machen. Gegen sie wird nun wegen Verstoßes gegen Paragraphen 184i ermittelt, der auch das sogenannte Grapschen unter Strafe stellt. Der Paragraph wurde erst 2016 nach den Vorfällen in der Silvesternacht 2015 auf der Kölner Domplatte ins Strafgesetzbuch aufgenommen. Ein Sprecher der Korbacher Polizei bestätigte, dass die drei Tatverdächtigen erst seit wenigen Tagen in der Erstaufnahmestelle des Landes Hessen in Mengeringhausen wohnen. Gegen sie ermittelt nun die Kriminalpolizei.

Aachen: Am 25.09.2020, gegen 6.20 Uhr riss ein bislang unbekannter Mann eine 22-jährige Frau in einer Gasse nahe der Barbarastraße zu Boden und verletzte diese dabei leicht. Sie konnte sich losreißen und flüchtete in Richtung Hüttenstraße. Dort lief sie an zwei Passanten vorbei, die sich an einer Bushaltestelle aufhielten. Der Tatverdächtige wird als männlich, ca. 170 bis 180 cm groß, 20 bis 30 Jahre alt, dunkel Haare, dunkle Augen, dunkler Teint, beschrieben.

Stuttgart: Bereits am Freitag (25.09.2020) war es gegen 18:10 Uhr in einer S-Bahn der Linie S1 in Fahrtrichtung Herrenberg zwischen den Haltestellen Stuttgart-Hauptbahnhof und Stuttgart-Universität zu einer sexuellen Belästigung zum Nachteil einer 26-Jährigen gekommen. Nach bisherigen Erkenntnissen hatte ein unbekannter Mann die 26-Jährige kurz nach Fahrtbeginn am Stuttgarter Hauptbahnhof in der S-Bahn angesprochen und berührte sie daraufhin offenbar gegen ihren Willen am Oberschenkel. Im weiteren Verlauf soll der Unbekannte sein Glied vor der jungen Frau entblößt haben, beleidigte sie in der Folge offenbar mehrfach und soll sie zudem angespuckt haben. Der tatverdächtige Mann sowie sein unbeteiligter Begleiter flüchteten kurz darauf beim Haltepunkt Universität über den Treppenbereich in unbekannte Richtung. Die geschädigte 26-Jährige erschien kurz darauf auf einem Polizeirevier und stellte Strafanzeige. Der mutmaßliche Täter wird als etwa 20 Jahre alt, circa 180 cm groß, mit kurzen, gegelten schwarzen Haaren und einem arabischen Erscheinungsbild beschrieben

Österreich: „Die sexuelle Gewalt ist gestiegen – und Asylwerber sind unter den Tatverdächtigen massiv überrepräsentiert." Von 688 auf 782 ist die Zahl der Anzeigen wegen Vergewaltigung im Jahr eins nach dem Flüchtlingssommer angeschwollen, vier Fünftel des Zuwachses sind auf Asylwerber zurückzuführen.

Der Anteil der Gruppe an allen Tatverdächtigen dieses Delikts stieg 2016 von 5,7 auf 14,6 Prozent. Einen exakten Referenzwert gibt es nicht. Diverse Daten legen aber nahe, dass Asylwerber auch zum Höhepunkt nie viel mehr als ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausgemacht haben (Auszug aus einem Artikel von der Standard).
strong>Augsburg: Die aufwendigen Fahndungsmaßnahmen führten demnach am Mittwoch zur Klärung der Serie von Sexualstraftaten. Ein Fahrradpolizist erkannte den Angaben zufolge gegen 14.45 Uhr im Umfeld des Stempflesees einen Fahrradfahrer, auf den die Personenbeschreibung des Täters zutraf. Der Polizeibeamte nahm die Verfolgung des Verdächtigen auf und zog Verstärkung hinzu. Im Bereich der Ilsungstraße wurde der Tatverdächtige festgenommen. Es handelt sich bei ihm nach Polizeiangaben um einen 36-jährigen tunesischen Staatsangehörigen, der in Augsburg wohnhaft ist. Derzeit laufen weitere umfangreiche Ermittlungen zu den genauen Tatumständen sowie den Hintergründen der Tathandlungen, berichtet die Polizei. Wie berichtet, geht die Polizei derzeit davon aus, dass ein Serientäter für 22 Delikte verantwortlich sein könnte.
Stuttgart: Polizeibeamte haben in der Nacht auf Freitag (25.09.2020) einen 25 Jahre alten Mann festgenommen, der im Verdacht steht, zwei Frauen sexuell belästigt zu haben und sich zudem unerlaubt in Deutschland aufzuhalten. Der 25-Jährige begab sich gegen 22.00 Uhr in ein Lokal an der Weberstraße, wo er offenbar zwei Angestellten an die Brust und das Gesäß griff. Er verließ die Bar und kehrte gegen Mitternacht wieder zurück. Als Angestellte ihm ein Hausverbot aussprachen, verhielt sich der Tatverdächtige aggressiv und versuchte sowohl die Angestellten als auch Gäste des Lokals anzugreifen. Nachdem Zeugen die Polizei alarmierten, ergriff der Mann erneut die Flucht. Polizeibeamte nahmen ihn später in unmittelbarer Nähe zum Tatort fest. Bei der Überprüfung seiner Identität bemerkten sie, dass die Personalien auf seinem Ausweispapier offenbar von seinen tatsächlichen Daten abwichen. Zudem war er mutmaßlich unerlaubt in das Bundesgebiet eingereist. Der 25 Jahre alte gambische Staatsangehörige wird am Freitag (25.09.2020) auf Antrag der Staatsanwaltschaft einem Haftrichter vorgeführt.
Kassel: Ein bislang unbekannter Mann hat sich am gestrigen Donnerstagabend gegen 18:00 Uhr im Kasseler Stadtteil Bettenhausen in Höhe eines Kinderspielplatzes gegenüber einer Fußgängerin entblößt. Anschließend flüchtete der Exhibitionist. Die mit den weiteren Ermittlungen betrauten Beamten des für Sexualdelikte zuständigen Kommissariats 12 der Kasseler Kriminalpolizei sind auf der Suche nach Zeugen. Wie die 26-jährige Fußgängerin, die mit ihrem Hund unterwegs war mitteilte, setzte sie sich in der Großalmeroder Straße im Ortsteil Bettenhausen auf eine Bank. Die Bank befand sich auf dem dortigen Kinderspielplatz. Die 26-Jährige wurde auf den unbekannten Exibitionisten aufmerksam, nachdem dieser zunächst in einem Gebüsch urinierte und sich anschließend, für die Zeugin gut sichtbar, einige Meter weiter auf eine Schaukel des Kinderspielplatzes setzte und sofort anfing, sich selbst zu befriedigen. Die 26-Jährige sprach den jungen Mann an, worauf dieser sofort die Flucht ergriff und sich zügig in Richtung Agathofstraße entfernte. Die Zeugin erstattete alsbald Strafanzeige beim Polizeirevier Ost. Die alarmierte Polizei leitete sofort eine Fahndung nach dem Täter ein. Von dem Unbekannten fehlte jedoch bereits jede Spur. Täterbeschreibung: Ca. 165 cm groß, ca. 20-25 Jahre alt, schwarze Haare, braune Augen, südländisches Erscheinungsbild.
Wattenscheid: Am heutigen Donnerstag erschien eine Bochumerin bei der Polizei und zeigte einen massiven sexuellen Übergriff auf ihre Person an. Die Tatzeit: Der gestrige 23. September (Mittwoch), zwischen 13 und 13.30 Uhr. Zu

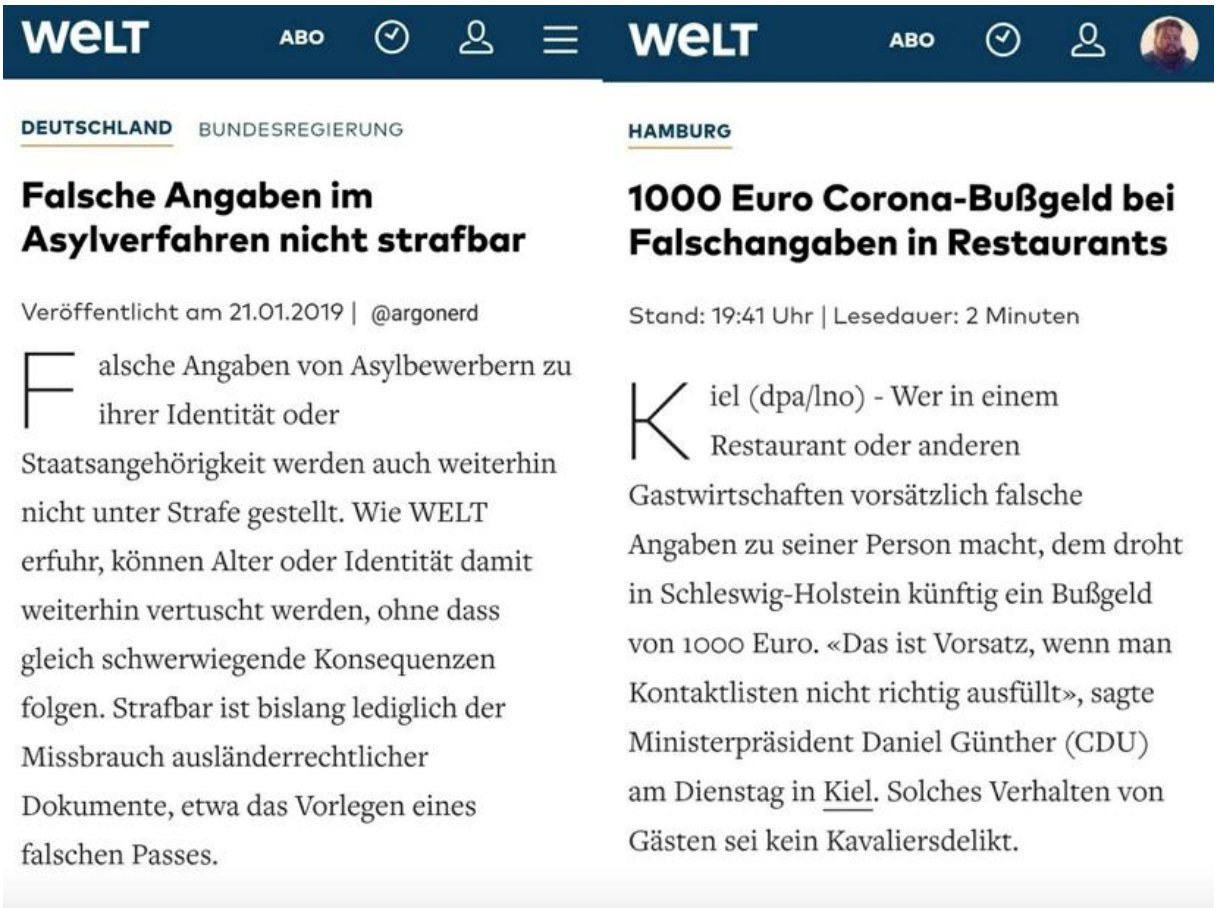
diesem Zeitpunkt hielt sich die Frau, die einen kleinen Hund dabei hatte, auf dem Spielplatz zwischen der Hüller Straße und dem Watermanns Weg in Wattenscheid auf. Hier saß sie auf einer Tischtennisplatte und rauchte eine Zigarette. Plötzlich tauchten zwei Männer auf und fragten die Frau nach Feuer. Wenig später fasste einer der beiden Personen ihr in die Haare und riss sie nach hinten, wodurch sie auf die Tischtennisplatte fiel. Als der Mittäter versuchte, das sich wehrende Opfer zu entkleiden, wurde ein älterer Fußgänger aus der Ferne auf die Situation aufmerksam. Daraufhin ließen die beiden Kriminellen von der Frau ab und liefen in Richtung Hüller Straße davon. Nach Angaben der körperlich leicht verletzten Bochumerin sind die beiden Männer circa 25 Jahre alt, 175 cm groß, haben schwarze Haare und trugen schwarze „Corona-Masken". Einer der Tatverdächtigen, der gepflegt geschnittene Haare hat und nicht deutscher Abstammung sein soll, ist schlank und trug ein gelbes T-Shirt, eine blaue Jeanshose sowie weiße Nike-Turnschuhe. Der Mittäter trug ein dunkles T-Shirt, ebenfalls eine Jeanshose sowie weiße Turnschuhe.
Augsburg: Am Samstag den 19.09.2020, gegen 13.35 Uhr, verständigte eine 36-Jährige die Polizei über Notruf. Ihr war ein Mann auf einer Bank im Wittelsbacher Park aufgefallen, welcher sein Glied anfasste. Unter seinem Pullover machte der Mann eindeutige Onanierbewegungen und suchte dabei Blickkontakt zu der Frau, die mit ihrem Kleinkind unterwegs war.Als die Polizei eintraf, hatte sich der Mann entfernt. Er konnte jedoch von der Geschädigten wie folgt beschrieben werden: ca. 25 Jahre alt, schlank, afrikanisches Aussehen.

https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/berliner-oberstaatsanwalt/
Öffentliche Sicherheit
Berliner Oberstaatsanwalt: Vertrauen in den Rechtsstaat schwindet
Deutschland
29. September 2020
BERLIN. Der Berliner Oberstaatsanwalt Ralph Knispel hat beklagt, daß die wachsende Kriminalität in der Hauptstadt das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat untergrabe. „Das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat ist zurückgegangen. Es gibt Gegenden, in denen sich die Menschen unsicher fühlen. Und es gibt Ecken in Berlin, etwa in Neukölln und Kreuzberg, wo sich selbst Polizisten nur in Gruppenstärke bewegen, weil sie sich Angriffen ausgesetzt sehen", sagte er der Berliner Zeitung.

Der Vorsitzende der Vereinigung Berliner Staatsanwälte warf der Politik vor, diese Entwicklung lange ignoriert zu haben. „Man hat ewig zugeschaut und offenbar gemeint, bestimmte Menschen vorzugsweise behandeln zu müssen. Es wurde beispielsweise hingenommen, daß sich kriminelle Clans hier etablieren konnten." So etwas dürfe man nicht dulden, auch nicht als Ausdruck „großstädtischen Zusammenlebens".
Im Vergleich zu den anderen Bundesländern stehe Berlin hinsichtlich der Kriminalität schlecht dar. „Seit Jahren hat diese Stadt bezogen auf die Einwohnerzahl die höchste Kriminalitätsquote und die geringste Aufklärungsquote in Deutschland. Da müssen wir uns schon die Frage stellen, warum es in anderen Bundesländern weniger Straftaten pro Einwohner gibt."
Oberstaatsanwalt lobt Beschlagnahmung von Clan-Immobilien

Ein Grund sei der Sparkurs des Senats in der Vergangenheit, erläuterte Knispel, der im vergangenen Jahr vor dem Zusammenbruch des Rechtsstaats gewarnt hatte. Über Jahrzehnte sei bei den Sicherheitsbehörden gespart worden. Die niedrige Besoldung habe außerdem dazu geführt, daß viele Mitarbeiter in andere Bundesländer oder in die Wirtschaft abgewandert seien.
Positiv bewerte er jedoch Maßnahmen gegen kriminelle Großfamilien aus der jüngeren Vergangenheit, wie die Beschlagnahmung von 77 Clan-Immobilien. „Aber beim Kampf gegen die Clankriminalität oder das organisierte Verbrechen ist Ausdauer gefragt wie bei einem Marathon. Da dürfen wir uns nicht zufrieden geben, wenn wir die ersten hundert Meter geschafft haben“, mahnte der Jurist. (ag)

https://michael-klonovsky.de/acta-diurna/item/1452-30-september-2020



WELT ABO

DEUTSCHLAND BUNDESREGIERUNG

Falsche Angaben im Asylverfahren nicht strafbar

Veröffentlicht am 21.01.2019 | @argonerd

Falsche Angaben von Asylbewerbern zu ihrer Identität oder Staatsangehörigkeit werden auch weiterhin nicht unter Strafe gestellt. Wie WELT erfuhr, können Alter oder Identität damit weiterhin vertuscht werden, ohne dass gleich schwerwiegende Konsequenzen folgen. Strafbar ist bislang lediglich der Missbrauch ausländerrechtlicher Dokumente, etwa das Vorlegen eines falschen Passes.

WELT ABO

HAMBURG

1000 Euro Corona-Bußgeld bei Falschangaben in Restaurants

Stand: 19:41 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Kiel (dpa/lno) - Wer in einem Restaurant oder anderen Gastwirtschaften vorsätzlich falsche Angaben zu seiner Person macht, dem droht in Schleswig-Holstein künftig ein Bußgeld von 1000 Euro. «Das ist Vorsatz, wenn man Kontaktlisten nicht richtig ausfüllt», sagte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) am Dienstag in Kiel. Solches Verhalten von Gästen sei kein Kavaliersdelikt.

https://www.n-tv.de/panorama/Die-Familie-ist-alles-der-Staat-ist-nichts-article22078190.html

MONTAG, 05. OKTOBER 2020

Berichte eines Clan-Insiders

"Die Familie ist alles, der Staat ist nichts"

Großfamilien beherrschen Teile der Unterwelt in Deutschland. Das organisierte Geschäft mit Drogen, Gewalt oder Prostitution unterliegt eigenen Gesetzen. Ein Aussteiger berichtet über innere Strukturen und sein Leben mit dem schnellen Geld. Er fordert ein härteres Durchgreifen des Staates.

Der Lockruf von Geld, Ansehen und Sex ist für die jungen Männer oft unüberhörbar. "Während das Amt uns jeden Monat ein paar hundert Euro Sozialhilfe überwies, packten wir 100-Euro-Scheine in Drei-Liter-Gefrierbeutel. Die Beutel verbuddelten wir im Hinterhof, versteckten sie in Lautsprecherboxen oder im Aufzugsschacht." So schreibt es der Aussteiger Khalil O. in seinem Buch "Auf der Straße gilt unser Gesetz" über das Leben in einem arabischstämmigen Clan in Berlin.

Zusammen mit einer Journalistin berichtet Khalil O., der in Wirklichkeit anders heißt, über eine Parallelgesellschaft mit eigenen Gesetzen, über Reichtum durch Koks-Taxis und den Ausstieg aus dem kriminellen Familienmilieu. Das Buch erscheint in einer Zeit, in der das Thema der arabischstämmigen Großfamilien seit Jahren ein Aufreger ist. **Die Politik in Niedersachsen, Berlin und Nordrhein-Westfalen hat nach Jahrzehnten des Wegsehens die Probleme erkannt und gibt der Polizei inzwischen die nötige Rückendeckung.**

Das Ergebnis: Kontrollen, Razzien, Ermittlungen. 77 Häuser und Wohnungen des bekannten Berliner Clans Remmo wurden beschlagnahmt. Der Chef des Abou-Chaker-Clans und seine Brüder stehen vor Gericht, weil sie den Rapper Bushido erpresst und angegriffen haben sollen. Parallel wurden sein Haus und Büros durchsucht. Der Verdacht: Steuerhinterziehung in Millionenhöhe in der Rapper-Szene. Die Namen Remmo und Abou-Chaker tauchen auch in zwei weiteren aktuellen Büchern zum Thema auf: "Die Macht der Clans" von zwei "Spiegel"-Reportern sowie die Autobiografie des Clan-Chefs Mahmoud Al-Zein: "Der Pate von Berlin".

Inszenierung eines Oberhaupts

Drei Bücher, drei Perspektiven: die Innensicht des Aussteigers mit einer harten Analyse der abgeschotteten Welten, die Außenansicht der Journalisten mit Details zu Verbrechen und Hintergründen aus den Ermittlungsakten der Polizei, und die Lebensbeschreibung des Clan-Oberhaupts, der sich als weitgehend unschuldig und zu Unrecht verfolgt inszeniert. Und beklagt, dass er nie als Asylbewerber anerkannt wurde. Dabei reiste er nach eigener Darstellung illegal als Urlauber aus dem Libanon ein, war nie politisch verfolgt, dafür aber jahrzehntelang gewalttätig und kriminell.

Steuerdelikte und Geldwäsche

Polizei führt Razzia bei Abou-Chaker-Clan durch

Beeindruckender sind die Erinnerungen des Aussteigers Khalil O., der Ende der 1990er Jahre in Berlin vom gewalttätigen Schüler zum Berufsverbrecher und Drogenhändler wurde. Er nahm den gleichen Weg wie Onkel, Brüder, Cousins und Freunde. Nur dass er die Szene vor 15 Jahren verließ. Heute ist er Sozialarbeiter. Die Journalistin Christine Kensche schreibt von mehr als 50 Treffen mit dem Mann, dessen Geschichte sie bei Polizei und Staatsanwaltschaft gegenrecherchiert habe. Dort halte man sie für glaubwürdig.

Keineswegs alle der vielen hundert Clan-Mitglieder seien kriminell, schreibt Khalil O. "Ich würde sagen, in 80 Prozent der arabischen Großfamilien gibt es Leute, die ihre Finger in irgendetwas drin haben, seien es Drogen, Einbrüche, Schutzgeld oder Prostitution. Auf 100 Leute kommen vielleicht 10, die kriminell sind, und 10, die im Gefängnis sitzen."

Es geht um Ehre, Geld und Macht

Die vor allem aus der Türkei kommenden und in den 80er Jahren über den Libanon eingereisten Mitglieder des arabischen Mhallami-Stammes erkennen nur die alten archaischen Regeln an. Die Familie ist alles, der Staat ist nichts. Kinder werden verprügelt, Jungen haben völlig andere Freiheiten als Mädchen, junge Männer heiraten bevorzugt Cousinen. "Wenn du um Hilfe bittest, giltst du als schwach." Ehre, Geld und Macht sind das Wichtigste.

NRW startet Großrazzia gegen Clankriminalität

Den Weg in die Kriminalität bahnen ältere Verwandte, erzählt Khalil O. "Wenn meine Oma sagte, dass sie einen neuen Staubsauger braucht, zogen sie los und klauten einen. (...) In Beirut hatten sie

nur Brot gestohlen, da gab es ja nichts mehr, aber Berlin war das Paradies, da gab es alles im Überfluss." Strafverfolgung? "In 99 Prozent der Fälle wurde ich gar nicht erst erwischt, und wenn doch, wurden die Verfahren meist eingestellt. Ich sammelte schnell ein gutes Dutzend an, kriegte aber höchstens mal ein paar Stunden Freizeitarbeit."

Als jugendlicher Schüler raucht Khalil täglich Marihuana, er verdient schnell auch sein Geld für Luxuskleidung, Goldketten und später auch die häufigen Bordellbesuche mit dem Verkauf der Droge. Neue Kontakte und Geschäftsmöglichkeiten ergeben sich grundsätzlich über die Verwandtschaft in Berlin-Kreuzberg, Neukölln oder Wedding. Konkurrenten werden brutal zusammengeschlagen. Kein Opfer geht zur Polizei.

Präsidentensuite und Koks-Taxis

Anfang der 2000er Jahre steigen Khalil und seine Freunde in den Kokainhandel ein, mit 24-Stunden-Lieferservice. Das Koks liefern Verwandte aus Westdeutschland und den Niederlanden, das Geld fließt. "Ich trug eine Rolex an jedem Arm und fuhr die fettesten Autos auf Berlins Straßen. An Silvester mietete ich eine Präsidentensuite am Potsdamer Platz." Es folgen Sucht, Absturz, Krise und Ausstieg. Mühsam machte Khalil das Abitur nach und wird Sozialarbeiter.

Sein heutiges Fazit: Nur ein harter Staat kann diese Kriminalität wirksam bekämpfen. "Wenn man den Clans das Geld wegnimmt, sind sie niemand mehr, und das tut richtig weh." Die Beschlagnahmung von Vermögen sei das meistdiskutierte Thema in der Szene. "Alle warten darauf, wie es weitergeht. Was macht der deutsche Staat? Wie werden die Gerichte urteilen?" Zur Lösung gehöre auch eine klare Ansage. Manche Politiker würden sagen, dass das Wort "Clan-Kriminalität" rassistisch sei. "Die verniedlichen das Problem und sagen, die Clans sind gar nicht so schlimm. Ich würde sagen: Doch, sind sie."

Weitere Hintergründe zu Großfamilien, Politikversagen und Problemen der Polizei liefern die "Spiegel"-Reporter Thomas Heise und Claas Meyer-Heuer in "Die Macht der Clans". Details aus Ermittlungsakten zu spektakulären Überfällen auf ein Pokerturnier und das Luxuskaufhaus KaDeWe, dem Diebstahl der Museums-Goldmünze, diversen Mordfällen und Millionen-Geldwäsche liefern neue Aspekte. Gefordert wird ein "robuster Staat mit einem selbstbewussten Auftreten". Fazit der Autoren: "Ein erneutes Wegschauen wie in der Vergangenheit kann und darf sich niemand erlauben."
Quelle: ntv.de, Andreas Rabenstein, dpa

https://www.n-tv.de/politik/Immer-wieder-Ausbrueche-nach-Gross-Hochzeiten-article22085113.html

MITTWOCH, 07. OKTOBER 2020

Corona-Regeln ignoriert

Immer wieder Ausbrüche nach Groß-Hochzeiten

Von Philipp Sandmann

Trotz strenger Corona-Regeln finden weiterhin Groß-Feiern statt - meist ohne Hygienekonzept. Oft sind es arabisch-türkische Hochzeiten. Für die Gesundheitsämter ist das ein großes Problem. Doch auch kleinere Partys sorgen immer wieder für lokale Ausbrüche.

Der Winter kommt und die Politik schlägt Alarm. Denn selbst die schärfsten Corona-Regeln bringen nichts, wenn die Menschen keine Eigenverantwortung zeigen oder die Regeln bewusst brechen. Ein großes Problem sind dabei inzwischen Feiern arabisch-türkischer Familien, meist Hochzeiten mit

teilweise mehr als 1000 Gästen. Zuletzt wurden in Bremen und Dortmund derartige Feste aufgelöst, weil sich niemand an die Regeln hielt. "Nach momentanem Stand waren es fünf große Hochzeiten und Veranstaltungen, die stattgefunden haben und jetzt den Bezirken in Gänze zu schaffen machen", sagt Neuköllns Bürgermeister Martin Hikel zur Lage in der Hauptstadt. Allerdings verweist NRW-Integrationsstaatssekretärin Serap Güler darauf, dass angesichts des milden Pandemieverlaufs nicht nur Teile der Migranten-Community die Situation nicht mehr ganz so ernst nehme.

ntv-Recherchen ergeben, dass eine maßgebliche Zahl der seit Anfang September bundesweit bekannt gewordenen Superspreader-Ereignisse auf Hochzeiten im türkisch-arabischen Milieu zurückgehen. Das stellt die Gesundheitsämter vor enorme Probleme.

So wurde Anfang September eine türkische Groß-Hochzeit in Hamm mit diversen Folgeveranstaltungen prompt zum Superspreading-Event. Mehr als 200 Menschen steckten sich an. Ein Stadt-Sprecher sagte zu ntv, die Einsicht bei den Gästen sei erst gekommen, als mehrere Hochzeitsgäste ins Krankenhaus mussten: "Wohl aus Angst um die eigene Gesundheit haben sich im Anschluss viele weitere Teilnehmer gemeldet."

Ähnliches spielte sich Mitte September in Duisburg-Hochfeld ab. In den Berliner Stadtteilen Tempelhof und Treptow gab es jüngst Groß-Hochzeiten, bei denen sich mindestens 81 Menschen mit dem Coronavirus abgesteckt haben.

"Krasses Infektionsgeschehen"

Neuköllns Bezirksbürgermeister Hikel sagt zu ntv mit Blick auf die Infektionszahlen in der Hauptstadt: "Das waren stadtweite Veranstaltungen" - in Tempelhof, in Treptow und in Spandau. Die machten nun "den Bezirken in Gänze zu schaffen". Das führe zu einem "krassen Infektionsgeschehen" und Superspreading-Veranstaltungen, sagte der SPD-Politiker.

Was folgt, ist mühsame Arbeit für die Gesundheitsämter, die die Kontakte nachverfolgen müssen. Man könne davon ausgehen, dass pro Person zwischen 20 und 40 mögliche Corona-Kontakte zu überprüfen sind. "Wenn wir auf dem Papier circa 40 Infizierte haben, sind es bis zu 1600 Kontakte, die da dranhängen - das ist eine unheimlich große Zahl." Das binde in den Gesundheitsämtern viele Ressourcen und mache die Situation so brisant. "Noch schaffen wir das, aber es wird immer schwieriger, je weiter das Infektionsgeschehen geht", warnt Hikel.

Nicht auf Migranten reduzieren

Klar ist aber auch: Natürlich sind die Superspreader-Events der vergangenen Wochen und Monate nicht allein auf diese Groß-Hochzeiten zurückzuführen. Auch Geburtstagsfeiern im kleineren Kreis können zum Problem werden - so geschehen in Bielefeld im September. Auch Kitas und Pflegeheime werden immer wieder zu Hotspots.

"Ich sage ganz deutlich: Es ist kein ausschließliches Migrantenproblem", sagt folglich NRW-Staatssekretärin Serap Güler. "Dass wir so einen milden Pandemieverlauf haben, führt nicht nur in der Migranten-Community dazu, dass man die Situation nicht mehr so ernst nimmt", erklärt sie weiter und verweist auf die Partyszene in Berlin oder Hamburg. "So eine normale Hochzeitsfeier, so eine türkische oder arabische, wo man gerne mit über 500 Leuten feiert - 1000 Leute ist ja fast die normale Größe, muss man fast sagen - dies ist heute nicht möglich", schränkt sie ein. "Jeder, der so groß feiern möchte, muss entweder die Hochzeitsfeier verschieben oder im engsten Kreis feiern."

Auch das Robert-Koch-Institut warnt zum Beispiel für einige Berliner Stadtteile, in denen die 7-Tages-Inzidenz erhöht ist, vor einem "diffusen Geschehen". Dies liege zum Teil an "jungen, international Reisenden und Feiernden". Doch die Experten sagen auch: "Covid-19-Fälle treten besonders in Zusammenhang mit Feiern im Familien- und Freundeskreis auf. Der Anteil der Reiserückkehrer unter den Fällen geht zurück."

Damit der Ernst der Lage den Menschen bewusst wird und in Zukunft keine dieser Groß-Feiern mehr stattfinden, fordert Bezirksbürgermeister Martin Hikel wiederum schnellere Bußgeldverfahren: "Warngelder müssen mehr vor Ort einkassiert werden, um deutlich zu machen, dass es auch im Portemonnaie im Zweifel wehtut."

Quelle: ntv.de

http://www.pi-news.net/2020/10/karlsruhe-gambier-schlitzt-22-jaehrigem-die-kehle-auf/

SCHÄCHTVERSUCH AM HAUPTBAHNHOF

Karlsruhe: Gambier schlitzt 22-Jährigem die Kehle auf

10. Oktober 2020

Von ALEX CRYSO | Deutschland ist vielfältig, Deutschland ist bunt und Deutschland wird jeden Tag in unterschiedlichster Form von neuen „ethnisch-vielfältigen Einzeltaten" erschüttert.

Das ist im SPD-regierten, antideutschen Karlsruhe längst nicht mehr anders. Am Mittwochmorgen setzte dort ein 32-jähriger Gambier einem Deutschen übel zu. Tatwaffe war eine Bierflasche, die der Afrikaner nicht nur zum Zuschlagen einsetzte, sondern auch um den Hals des Opfers damit aufzuschlitzen.

Die Tat ereignete sich im Haltestellenbereich des Karlsruher Hauptbahnhofes. Dort schlug der Gambier mehrfach auf den Kopf des 22-Jährigen ein, bis die Flasche zerbrach. Im weiteren Verlauf der Attacke soll das Opfer massiv am Halsbereich verletzt worden sein. Der junge Mann überlebte glücklicherweise und wurde umgehend ins nächste Krankenhaus eingeliefert. Das afrikanische Goldstück wurde verhaftet und dem zuständigen Amtsgericht vorgeführt. Die Ursache für den Streit wurde nicht genannt.

Der Krieg gegen Deutsche ist längst auch in Karlsruhe und sehr effektiv am Laufen! Dort macht man sich aber auch mehr Sorgen um das Wohlergehen muslimischer Bereicherung als darum, dass diese Stadt selbst am helllichten Tag keine sichere mehr ist.

http://www.pi-news.net/2020/10/kassel-arabermob-pruegelt-brueder-ins-krankenhaus/

DEUTSCHLANDWEITE GEWALTDELIKTE

Kassel: Arabermob prügelt Brüder ins Krankenhaus

10. Oktober 2020

Eine Schlägerei zwischen mehreren Männern, die sich am Freitagabend in der Kasseler Innenstadt ereignet hat, beschäftigt derzeit die Beamten der Regionalen Ermittlungsgruppe der Kasseler Polizei. Ein 32-Jähriger aus Kassel und sein 27-jähriger Bruder aus dem Landkreis Kassel erlitten bei der Auseinandersetzung schwere, aber nicht lebensbedrohliche Verletzungen. Die genauen Hintergründe der Auseinandersetzung sind bislang noch ungeklärt. Die Ermittler suchen nun nach Zeugen, die Hinweise auf die unbekannten Täter geben können. Mehrere Streifenwagen waren gegen 22:30 Uhr zu der gemeldeten Schlägerei am Martinsplatz gefahren, konnte jedoch in der Obersten Gasse nur noch die blutenden 32 und 27 Jahre alten Brüder antreffen. Die Täter waren bereits in unbekannte Richtung geflüchtet. Trotz einer sofort eingeleiteten Fahndung fehlte von ihnen jede Spur. Wie ein Zeuge den Polizisten schilderte, wären die beiden Opfer im Verlauf eines Streits mit einer zehnköpfigen Gruppe mit Flaschen und Pfefferspray angegriffen worden. Die verletzten Männer wurden zur Behandlung in ein Kasseler Krankenhaus gebracht. Nach derzeitigem Ermittlungsstand erlitt der 32-Jährige sogar eine leichte Stichverletzung im Bereich des unteren Rückens. Bei den Tätern soll es sich nach Zeugenangaben um überwiegend dunkel gekleidete Männer mit arabischem Äußeren gehandelt haben. Einer von ihnen trug eine auffällige weiße Jacke mit roten Streifen, so der Zeuge.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Gera: Am Samstagabend gegen 23:45 Uhr kam es -ausgehend von einer Gruppe junger ausländisch wirkender Männer – in der Ernst-Toller-Straße in Gera, Nähe des Hauptbahnhofs, zu weiteren gefährlichen Körperverletzungen. Hierbei wurden ein 20-jähriger und ein 23-jähriger Mann sowie eine 24-jährige Frau gemeinschaftlich durch die Tätergruppierung angegriffen, geschlagen sowie getreten. Die junge Frau wurde zudem auf die Straßenbahnschienen gestoßen und am Boden liegend in den Bauch getreten. Die Täter entfernten sich fluchtartig vor Eintreffen der Polizei. Zwei Geschädigte mussten ins Krankenhaus

eingeliefert werden. Auch zu diesem Sachverhalt sucht die Polizei Zeugen, die sachdienliche Hinweise geben können.
Kassel: Nach derzeitigem Ermittlungsstand hatte sich die Auseinandersetzung auf dem Parkplatz nahe der Martinstraße gegen 18:15 Uhr ereignet. Dort war der 27-Jährige im Verlauf eines Streits, dessen Hintergründe bislang noch ungeklärt sind, von seinen Kontrahenten mit einem Messer angegriffen worden. Nachdem das Opfer ins Krankenhaus gebracht worden war, verständigte ein Angehöriger die Polizei. Eine anschließend eingeleitete Fahndung nach den beiden Tätern verlief jedoch ohne Erfolg. Zeugen hatten beobachtet, wie die beiden Täter mit einem silberfarbenen VW Golf mit Kasseler Kennzeichen vom Parkplatz geflüchtet waren. Von ihnen liegt folgende Beschreibung vor: 1. Täter: Etwa 30 Jahre alt, 1,80 Meter groß, kräftige Figur, latze, südländisches Erscheinungsbild, trug ein weißes T-Shirt. 2. Täter: Dunkle mittellange Haare, die zurückgegelt waren, südländisches Erscheinungsbild, trug ein orangefarbenes T-Shirt.
Essen: Völlig daneben benahm sich gestern Abend (4. Oktober) ein 18-jähriger Mann aus Kempen im Essener Hauptbahnhof. Dieser war gegen 23 Uhr aufgefallen, weil er die S-Bahn 6 ohne Fahrausweis und Mund-Nasen-Schutz dafür mit seinen Füßen auf der Sitzbank genutzt hatte. Im Essener Hauptbahnhof stellte er sich schlafend, sodass Bundespolizisten ihn weckten.
Dies nahm der guineische Staatsangehörige zum Anlass, die beiden Bundespolizisten mit „verpisst euch ihr Wichser" zu begrüßen. Weil er trotz mehrmaliger Aufforderungen den Zug nicht verlassen wollte, sollte er aus diesem geführt werden. Hiergegen wehrte sich der Mann mit einem gezielten Faustschlag in das Gesicht eines Bundespolizisten. Dieser wurde dabei leicht verletzt. Gefesselt wurde er anschließend zur Wache gebracht. Dort drohte er der Mutter eines weiteren Bundespolizisten den Geschlechtsverkehr an. Anschließend verunreinigte er die Gewahrsamszelle. Bei einer Durchsuchung des Mannes wurde später Marihuana sichergestellt. Das Verhalten des 18-Jährigen wurde durch eine BodyCam aufgezeichnet. Gegen den in mehr als 30 Fällen polizeibekannten Mann leitete die Bundespolizei ein Strafverfahren wegen Beförderungserschleichung, Beleidigung, Bedrohung und tätlichen Angriffs auf Polizeibeamten ein.
Oberösterreich: Cobra-Einsatz Dienstagnachmittag in Oberösterreich. Wie „Heute" aus dem Innenministerium erfuhr, wurde ein 31-jähriger Afghane wegen Terror-Verdachts festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Wels ermittelt wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. „Der Mann soll Propaganda für die Taliban betrieben haben", so das Innenministerium in Wien. Konkret geht es darum, dass er über verschiedene Social-Media-Kanäle (u.a. betrieb er auch einen eigenen YouTube-Kanal) nicht nur für die islamistische Terrorgruppe geworben, sondern auch „seine wirren Rachephantasien und Drohungen verbreitet haben", so das Ministerium. So soll er einer Frau, die den Koran verbrannt hat, gedroht haben, er werde ihr „auf Befehl Gottes den Kopf abtrennen".
Innsbruck: Auch wenn man sich zur genauen Herkunft uneinig ist – die Krone bezeichnet ihn als staatenlosen Palästinenser, oe24 als Syrer – ist klar: Der Mann, der sich bereits seit 2005 in Österreich befand, radikalisierte sich in Tirol immer weiter. Dies bestätigte eine einheimische Frau, die ihn bei sich aufgenommen hatte – am Ende gab er ihr nicht einmal mehr die Hand. Zum Jahreswechsel attackierte er dann einen Bekannten. Nach der Vermittlung an eine Familie im Außerfern mit Zwischenstationen im Asyllager Traiskirchen und in Wien bestritt die „Fachkraft" sein Auskommen mit Gartenarbeit. Und wurde nebenbei immer religiöser. Die Unterkunftgeberin erzählt, wie er sich plötzlich einen Bart wachsen ließ, immer mehr israelfeindliche Symbole auf sein Handy

lud. In seinem Zimmer hingen Fahnen der Terrormiliz „Islamischer Staat". Schließlich verkündete er seinen Gastgebern: „Ich muss alle Feinde Allahs hassen". Einen solchen dürfte er wohl auch in einem Iraker gesehen haben, der am Neujahrstag in einer Garage in Höfen (Bezirk Reutte) ein Auto reparierte. Die beiden Männer gerieten in Streit, ehe der mutmaßliche Messerstecher seinem Bekannten aus religiösen Gründen mit dem Umbringen drohte. Er sagte: „Ungläubiger! Warum betest du nicht, warum trinkst du? Ich habe es dir schon oft gesagt – ich werde dich schlachten!" Dann stach er zu – und sein Opfer blieb nur durch geschickte Abwehr des Angriffs unverletzt (weiter bei WOCHENBLICK.AT).

Bremen: Vor kurzem berichtete BILD-ONLINE über eine Gesetzeslücke, die anscheinend auch nicht geschlossen werden soll. In Bremen fiel Jobcenter-Mitarbeitern auf, dass alleinerziehende Frauen aus Nigeria und Ghana sich in der Behörde meldeten und nach kurzer Zeit den angeblichen Erzeuger ihres Kindes präsentierten:

> *Ein Jobcenter-Mitarbeiter: „Es sind Obdachlose, Rentner, Schwarzafrikaner mit unbegrenzter Aufenhaltserlaubnis. Alle leben von Sozialhilfe, zahlen nie einen Cent für das Kind. Ein Gen-Test wird nicht verlangt."*
> *Jetzt bestätigt die Sozialbehörde gegenüber BILD die Fälle. Für Sprecher Bernd Schneider (59) stehen sie mit dem Gesetz im Einklang. Schneider: „Es handelt sich um eine sogenannte Regelungslücke. Die Anerkennung der Vaterschaft erfordert im deutschen Recht nicht, dass es der biologische Vater sein muss. Wer sich zum Vater erklärt, ist auch der Vater."*
> *Die Frauen bekommen so sofort staatliche Hilfe, ihre ungeborenen Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit. Vertrauliche Unterlagen, die BILD vorliegen, dokumentieren, dass Transferleistungen von über 3500 Euro fließen, wenn die Frauen bereits Kinder aus Afrika mitbringen. Dazu kommen noch Krankenkassenbeiträge. Der Verdacht ist, dass Schlepperorganisationen einen Großteil der Sozialleistungen kassieren.*

Gemäß Bild-Informationen werden gerade mal 13 Fälle auf Betrug mit falscher Vaterschaft geprüft, obwohl es sich um 461 alleinerziehende Mütter aus Ghana und 375 aus Nigeria handelt. In 2019 wurden in Bremen und Bremerhaven übrigens gesamt 7149 Neugeborene gezählt. Somit machen die Neubürger aus Afrika schon mal über elf Prozent des Jahrgangs aus.

Graz: Seit Oktober 2019 hatte man Hinweise auf einen groß angelegten Sozialleistungsbetrug unter nigerianischen Staatsbürgern in Graz. Im Dezember erhärtete sich der Verdacht, denn eine Mitarbeiterin des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), wo Prüfungen abgelegt werden, meldete ihre Beobachtungen. Ihr war aufgefallen, dass immer derselbe Prüfling, nur mit anderen Dokumenten, angetreten war. Daraufhin wurden alle 523 Prüfungen von nigerianischen Staatsbürgern in Österreich, die von 2017 bis Februar 2020 bei entsprechenden Instituten abgelegt wurden, kontrolliert. Dabei stellte sich heraus, dass sich Prüflinge in 184 Fällen mit gefälschten Dokumenten ausgewiesen haben. 61 davon konnten den vier festgenommenen Verdächtigen sowie drei Komplizen zugeordnet werden. Die mutmaßlichen Täter wiesen sich bei den Prüfungen mit gefälschten Reisepässen aus, bei denen in Nigeria ein anderes Foto – jenes des Täters – eingesetzt wurde. Die manipulierten Dokumente wurden dann per Kurier und Flugzeug nach Österreich gebracht und bei den Stellen vorgezeigt. Die Zertifikate (Sprachniveau A1 bis B1) kamen "Kunden" zugute, die bereits in Österreich lebten und die Prüfungen sonst nicht geschafft hätten. Mit den zu Unrecht erlangten Zertifikaten wurden Sozialleistungen und sogar Staatsbürgerschaften erschlichen. Wie hoch der Schaden ausfällt, könne noch nicht gesagt werden, meinte Huber, doch die Summe dürfte im sechsstelligen Euro-Bereich sein.

Lübbecke: Zunächst wurden die Beamten gegen 5 Uhr alarmiert. Ersten Erkenntnissen zufolge war vermutlich zuvor eine Gruppe von 20 bis 25 Personen auf der Straße aus bislang unbekannten Gründen in einen Streit geraten. Die beiden 29 und 30 Jahre alten und in Lübbecke lebenden Männer gaben an, sie hätten daraufhin versucht, die verbale Auseinandersetzung zu schlichten. Dabei seien sie offenbar mit einem Messer verletzt worden. Genaue Angaben zu den Umständen konnten sie bei einer Befragung durch die Beamten im Krankenhaus nicht machen. Beteiligt gewesen sein sollen laut deren Angaben mehrere russisch und arabisch stämmige Männer.
Hamm: Vor Gericht musste sich ein türkisches Ehepaar verantworten, dass in einem Schließfach Goldbarren, Münzen, Schmuck und bündelweise Bargeld hortete, während es gleichzeitig Hartz IV bezog. Wegen gemeinschaftlichen Betrugs wurden die beiden zu Freiheitsstrafen von einem Jahr und zehn beziehungsweise acht Monaten verurteilt; die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft warf dem 44-jährigen Baupflasterer und der 45-jährigen Reinigungskraft vor, zu Unrecht 81.354,09 Euro vom Kommunalen Job-Center (KJC) bezogen zu haben. Ohne die in Strafverfahren geltenden Verjährungsfristen, so die Staatsanwältin, hätte die Summe noch deutlich höher gelegen. Das KJC fordert von den beiden auf zivilrechtlichem Weg 176.024 Euro zurück, die seit 2006 an das Paar geflossen sein sollen. Herausgekommen war der Betrug, als man bei der Bank aufgrund der regen Nutzung des Schließfaches Geldwäsche vermutete und der Zoll Ermittlungen aufnahm. In dem Schließfach fanden die Beamten Bargeld in Höhe von 94.000 Euro sowie Goldbarren, Münzen und Schmuck im Wert von 100.000 Euro. Damit nicht genug: Außerdem besitzt das Paar noch ein Ferienhaus in der Türkei.

https://www.focus.de/politik/deutschland/politik-im-check-meine-frage-focus-de-user-frage-warum-nehmen-wir-fluechtlinge-ohne-pass-auf-und-was-sind-die-folgen_id_12327119.html
Politik im Check: Meine-Frage@focus.de
User-Frage: Warum nehmen wir Flüchtlinge ohne Pass auf – und was sind die Folgen?
Donnerstag, 15.10.2020, 14:34
Fast eine Million Menschen suchten 2015 Asyl in Deutschland, Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in der Flüchtlingskrise den viel zitierten Satz "Wir schaffen das!". Fünf Jahre später gibt es immer noch viele offene Fragen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. FOCUS Online lädt nun seine User zum Dialog ein: Schreiben Sie uns, was Sie schon immer dazu wissen wollten.
Folgende Fragen haben wir bereits für Sie beantwortet - die Erklärungen lesen Sie weiter unten in diesem Artikel:
Haben Flüchtlinge automatisch ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland?
Erhalten Flüchtlinge eher Hartz IV als andere Ausländer?
Warum werden viele ausreisepflichtige Asylbewerber nicht abgeschoben?
Warum bekommen Flüchtlinge eigentlich Geld ausgezahlt?
Wieso werden Flüchtlinge aus griechischen Elendslagern nicht in reiche Länder wie Saudi-Arabien umgesiedelt?
Wie viele Straftaten begehen Flüchtlinge?
Warum soll Deutschland bei der Flüchtlingsaufnahme vorangehen?
Wie viel Geld hat Deutschland seit 2015 für Flüchtlinge ausgegeben?
Muss Deutschland in der Flüchtlingsfrage mehr Vor-Ort-Hilfe leisten?

User-Frage: Warum nehmen wir Flüchtlinge ohne Pass auf – und was sind die Folgen?
Wolfgang Thomas aus Köln möchte wissen, warum Flüchtlinge nach Deutschland einreisen dürfen, obwohl sie keine gültigen Papiere bei sich haben. Auch andere User hat diese Frage interessiert – genauso wie der Aspekt, was mit Flüchtlingen in Deutschland passiert, die sich nicht ausweisen können.
Anna Schmid, FOCUS-Online-Redakteurin, antwortet:
„Ausländer dürfen nur in das Bundesgebiet einreisen oder sich darin aufhalten, wenn sie einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz besitzen, sofern sie von der Passpflicht nicht durch Rechtsverordnung befreit sind. Für den Aufenthalt im Bundesgebiet erfüllen sie die Passpflicht auch durch den Besitz eines Ausweisersatzes". So ist es ist im deutschen Aufenthaltsgesetz (§ 3, Abs. 1) zu lesen. Die Vorschrift regelt die Ein- und Ausreise, aber auch den Aufenthalt von Ausländern in Deutschland. Für Asylbewerber, zu denen unter anderem Flüchtlinge gehören, gilt die Passpflicht ebenfalls.
Trotzdem konnten sich im vergangenen Jahr 34.938 von insgesamt 71.088 Asylbewerbern ab 18 Jahren nicht ausweisen – das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken-Fraktion hervor. In eine ähnliche Richtung tendieren die Zahlen aus 2020: In den ersten beiden Quartalen hatten 11.815 von 21.977 volljährigen Erstantragstellern keinen Pass bei sich.

Im Gegensatz zu anderen Ausländern können solche, die Asyl suchen, nicht wegen Passlosigkeit zurückgewiesen werden. Das ergibt sich aus dem deutschen Asylgesetz (§ 18 Abs. 2), in dem eine Reihe von Einreiseverweigerungsgründen aufgeführt werden – das Fehlen von Identitätspapieren gehört nicht dazu. Wer ohne Pass einreist und an der Grenze nicht um Asyl bittet, hält sich nach §13, Abs. 3, Satz 2 AsylG zwar unerlaubt in Deutschland auf. Trotzdem darf der Geflüchtete zur Durchführung eines Asylverfahrens in Deutschland bleiben (§ 55, Abs. 1, AsylG).

Der Migrationsforscher Benjamin Schraven vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) bestätigt auf Nachfrage von FOCUS Online: „Für einen Antrag auf Asyl in Deutschland sind Papiere nicht notwendig und er kann auch nur auf deutschem Boden gestellt werden. Dass Papiere für diesen Schritt nicht gebraucht werden, macht durchaus Sinn. Denn viele Menschen mit legitimen Asylgründen kommen aus Ländern, in denen es keine Ausweispflicht gibt. Die Antragsteller könnten aber zum Beispiel auch Oppositionelle aus autoritären Staaten sein, denen von den jeweiligen Regierungen Pässe oder ähnliche Dokumente schlichtweg verweigert werden."

Trotzdem sind passlose Flüchtlinge im Asylverfahren zur Mithilfe verpflichtet. Das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge" (BAMF) schreibt auf Anfrage: „Grundsätzlich haben Asylantragstellende eine Mitwirkungspflicht bei der Aufklärung der Sachverhalte bezüglich ihres Asylverfahrens (§ 15 Abs. 2 Nr. 6 AsylG)." Demnach müsse der jeweilige Ausländer „an der Beschaffung eines Identitätspapiers" mitwirken und „auf Verlangen alle Datenträger, die für die Feststellung seiner Identität und Staatsangehörigkeit von Bedeutung sein können und in deren Besitz er ist," aushändigen.

Dennoch kommt es in bei einigen Flüchtlingen ohne Pass, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, zu einer sogenannten „Duldung". Das bedeutet, ihre Abschiebung wird vorübergehend ausgesetzt, weil sie sich nicht ausweisen können (§60a, Aufenhaltsgesetz). Experte Schraven erklärt: „Das Nicht-(mehr-)Vorhandensein von Papieren kann für den betreffenden Asylsuchenden durchaus mit Härten verbunden sein. Im Falle einer negativen Asylentscheidung wird es dann zum Problem für den deutschen Staat. Denn für eine Abschiebung werden Papiere gebraucht. Und viele Herkunftsstaaten zeigen sich bei der Feststellung der Identität von abgelehnten Asylbewerbern den deutschen Behörden gegenüber wenig kooperativ. Die Rückführung zieht sich dementsprechend in die Länge."

Der Migrationsforscher stellt in Frage, ob die viel diskutieren Asylzentren an den EU-Außengrenzen die Problematik lösen könnten. Denn unklar sei, wo diese errichtet würden und was mit Menschen

geschehe, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, die aber „aufgrund der Sicherheitssituation in ihren Herkunftsländern nicht in diese zurückgeschickt werden dürfen“. Letztlich müssten Asylverfahren beschleunigt und Geflüchtete innerhalb der EU besser verteilt werden. Schraven fügt hinzu: „Auch die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern muss intensiviert werden. Der kürzlich vorgestellte EU-Migrationspakt reicht in dieser Hinsicht nicht aus.“

User-Frage: Muss Deutschland in der Flüchtlingsfrage mehr Vor-Ort-Hilfe leisten?
Sabine Lehmann aus Bönen möchte wissen, warum mit Blick auf die Flüchtlingspolitik nicht mehr in den Herkunftsländern getan wird. Immerhin stehe auch bei Umweltkatastrophen wie Überschwemmungen oder Erdbeben die Hilfe vor Ort im Mittelpunkt.

Jochen Oltmer, Migrationsforscher an der Universität Osnabrück, antwortet:

Bei der "Fluchtursachenbekämpfung" gibt es ein großes Missverständnis - die Vorstellung nämlich, Fluchtbewegungen ließen sich vor Ort aufhalten. Dazu aber müssten Kriege bzw. Bürgerkriege als wesentliche Antreiber von Fluchtbewegungen stillgelegt oder autoritäre politische Regime daran gehindert werden, Menschen zu vertreiben. Darauf bezogene friedenspolitische Maßnahmen oder Interventionen sind in den vergangenen Jahren regelmäßig gescheitert.

Die weltweit umfangreichsten Fluchtbewegungen sind Ergebnis von Konflikten, die seit Jahren oder Jahrzehnten laufen: Afghanistan, Irak, Somalia, Syrien, Kongo. 41 Prozent der unter dem Mandat des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) stehenden Schutzsuchenden leben in sogenannten „Langzeitsituationen“, die gegenwärtig seit durchschnittlich 26 Jahren andauern.

Weltweit herrscht Einigkeit, dass es dringend geboten ist, zwischen- und innerstaatliche bewaffnete Auseinandersetzungen zu verhindern, ihre Folgen zu begrenzen und friedliche Konfliktlösungsstrategien zu forcieren. Eine globale Friedensordnung aber ist nicht in Sicht. In den vergangenen Jahren hat sich vielmehr die Zahl der militärischen Konflikte erhöht, ebenso die Zahl der Betroffenen und der Umfang der materiellen Kosten. Humanitäre Hilfe für die Opfer von Kriegen und das Bemühen um den Schutz der Betroffenen haben folglich nichts an ihrer Bedeutung verloren.

Laut Migrationsforscher Oltmer gibt es bei der Fluchtursachenbekämpfung ein großes Missverständnis.
Die andere mit dem Begriff "Fluchtursachenbekämpfung" verbundene Vorstellung, durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation vor Ort lasse sich Migration aufhalten, beruht ebenfalls auf einem Missverständnis; denn je höher der Wohlstand ausgeprägt ist, desto eher bestehen Möglichkeiten zur Migration. Erfolgreiche Entwicklungsprojekte tragen also dazu bei, dass Migration stattfinden kann, halten Bewegungen mithin keineswegs auf.

Die Vorstellung, durch Entwicklungsprojekte im Kontext der „Fluchtursachenbekämpfung“ mit dem Ziel einer Förderung wirtschaftlichen Wachstums Menschen immobilisieren zu können, ignoriert die Erkenntnisse der Migrationsforschung über die Hintergründe von Migration. Sieht man von durch Gewalt oder Umweltkatastrophen ausgelösten Bewegungen ab, streben Migrantinnen und Migranten danach, durch den temporären oder dauerhaften Aufenthalt andernorts Erwerbs- oder Siedlungsmöglichkeiten, Arbeitsmarkt- oder Bildungschancen zu verbessern.

Ein Großteil der weltweiten Bewegungen findet nicht deshalb statt, weil Menschen im Elend leben und dem zu entfliehen suchen. Unzählige Forschungsergebnisse machen vielmehr deutlich, dass Armut und Not die Handlungsmacht von Menschen beschränkt, Migration behindert oder sogar verhindert. Ein großer Teil der Menschen in den ärmsten und armen Gesellschaften der Welt kann

keine Bewegung über größere und große Distanzen absolvieren, weil individuelle oder kollektive Migrationsprojekte immer kostspielig sind.

Entwicklungszusammenarbeit kann das Ziel verfolgen, Notlagen zu beseitigen, die Gesundheitsversorgung zu verbessern, den Bildungssektor zu stärken, die wirtschaftliche Produktion zu erhöhen, internationale Wettbewerbsfähigkeit herzustellen und Rechtssicherheit zu verbessern. Aber sie wird nicht substanziell dazu beitragen können, dass Menschen die Vorstellung verlieren, andernorts gäbe es für sie Chancen, die sie durch Bewegungen im Raum für sich erschließen können. Wäre Migration ein soziales Phänomen, das nur aus der Not geboren ist, gäbe es nicht die umfangreichen Bewegungen zwischen den Staaten des reichen globalen Nordens der Welt.

User-Frage: Wie viel Geld hat Deutschland seit 2015 für Flüchtlinge ausgegeben?
FOCUS-Online-User Norbert Borchert möchte wissen, welche Kosten Deutschland durch Flüchtlinge in den vergangenen Jahren entstanden sind. Und auch Sabine Lehmann aus Bönen fragt: Wie viel wurde bisher für Flüchtlinge ausgegeben?

Anna Schmid, FOCUS-Online-Redakteurin, antwortet:

Eine pauschale Antwort darauf, wie viel Deutschland in den vergangenen Jahren für Flüchtlinge ausgegeben hat, gibt es nicht. So schreibt das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) auf Nachfrage von FOCUS Online: „Bei einer Vielzahl von Titeln im Bundeshaushalt sind mehrere Maßnahmen veranschlagt. Zudem kommen zahlreiche Maßnahmen nicht ausschließlich Flüchtlingen zugute.“

Dennoch hat das Bundesfinanzministerium zuletzt einen Bericht mit dem Titel „Flüchtlingsbezogene Belastungen des Bundeshaushalts“ herausgegeben. Demnach gibt Deutschland im Zusammenhang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern am meisten Geld für die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, die Aufnahme und Registrierung sowie die Integration von Asylbewerbern mit Bleiberecht aus. Für die vergangenen Jahre ergeben sich folgende Zahlen:

2016: 20,1 Milliarden Euro
2017: 21,1 Milliarden Euro
2018: 23 Milliarden Euro
2019: 23 Milliarden Euro
In einer Mitteilung der Bundesregierung vom Juni 2020 werden die Ausgaben für 2019 noch detaillierter aufgeschlüsselt. Demnach hat der Bund Länder und Kommunen bei den Flüchtlings- und Integrationskosten 2019 mit rund 6,3 Milliarden Euro unterstützt. 8,4 Milliarden Euro entfielen auf die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Heimatländern der Zuwanderer. Doch auch die sogenannten „Sozialtransferleistungen“ spielen in der Kostenaufstellung eine zentrale Rolle.

Denn materiell hilfebedürftige Asylbewerber, Geduldete sowie Ausländer, die zur Ausreise verpflichtet sind, haben in Deutschland Anspruch auf finanzielle Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Als Antwort auf eine große Anfrage einiger Abgeordneter der AfD veröffentlichte die Bundesregierung im März 2020 hierzu genauere Zahlen.

Demnach entfielen von 2015 bis 2018 insgesamt rund 20,3 Milliarden Euro auf Grundleistungen und Hilfen zum Lebensunterhalt (§§ 2 und 3 AsylbLG). In Bildung und Teilhabe von Zuwanderern investierte Deutschland von 2016 bis 2018 rund 101 Millionen Euro, die medizinische Versorgung von Asylbewerbern kostete von 2015 bis 2018 knapp 4,7 Milliarden Euro (§ 4 AsylbLG). Für das Jahr 2019 werden die Sozialtransferleistungen für Menschen, die ihr Asylverfahren hinter sich haben, vom Bundesfinanzministerium auf rund 4,6 Milliarden Euro geschätzt.

Ein anderer Bereich, der in der Antwort der Bundesregierung auf die AfD-Anfrage genauer aufgeschlüsselt wird, sind Ausgaben für „Rückkehr- und Reintegrationsprogramme“. Diese lassen sich wie folgt beziffern:

REAP/GARP: 37,2 Millionen Euro (2015-2019)
URP: 1,3 Millionen Euro (2015-2019)
Starthilfe Plus: 12,4 Millionen (2017-2018)
„Refinanzierung für freiwillige Rückkehrende nach Syrien“: 780.000 Euro (2017-2019)
Insgesamt nahmen die „Flüchtlingsbezogenen Belastungen“ 2019 einen Anteil von rund sechs Prozent des gesamten Bundeshaushalts (rund 356 Milliarden Euro) ein. Aus dem Plan des Bundesfinanzministeriums geht hervor, dass die Ausgaben in den kommenden Jahren sinken sollen.

[Anmerkung der Redaktion: Hier sind nur Ausgaben des Bundes aufgelistet. Klar ist, dass für Länder und Kommunen weitere flüchtlingsbedingte Kosten anfallen.]

User-Frage: Warum soll Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen vorangehen?
User-Frage: Warum soll Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen vorangehen?
FOCUS Online/WochitUser-Frage: Warum soll Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen vorangehen?

User-Frage: Wie viele Straftaten begehen Flüchtlinge?
Viele unserer User beschäftigt das Thema „Flüchtlingskriminalität“, weshalb wir mehrere Fragen gesammelt beantworten. So interessiert Dirk Schort aus Düsseldorf, wie viele Straftaten von Geflüchteten begangen wurden. Paul Breuer möchte wissen, ob es ein Vorurteil ist, dass Flüchtlinge so viele Straftaten begehen.

Anna Schmid, FOCUS-Online-Redakteurin, antwortet:
Das „Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ beleuchtet die Folgen der Flüchtlingswelle 2015 auf die Kriminalitätsentwicklung „im Jahr 2019 für die Bereiche Allgemeinkriminalität, Organisierte Kriminalität sowie politisch motivierte Kriminalität (PMK)“. Die Erkenntnisse basieren auf Daten aus dem sogenannten „Hellfeld“ – also Straftaten, die der Polizei bekannt geworden sind, weil sie beispielsweise jemand angezeigt hat. Als Zuwanderer gilt eine Person, „wenn sie mit dem Aufenthaltsanlass ‚Asylbewerber‘, ‚Schutzberechtigter und Asylberechtigter, Kontingentflüchtling‘, ‚Duldung‘ oder ‚unerlaubter Aufenthalt‘ registriert wurde“.

Aus den Daten des Bundeskriminalamts (BKA) geht hervor: Im vergangenen Jahr ist der Anteil an Straftaten im Bereich der Allgemeinkriminalität (also etwa Köperverletzung, Totschlag oder Diebstahl), bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde, zurückgegangen. Gab es 2018 noch 296.226 Delikte, an denen etwa Asylbewerber oder geduldete Flüchtlinge beteiligt waren, waren es 2019 nur noch 266.094. Eine positive Entwicklung im Vergleich zu den Vorjahren: Zwischen 2015 und 2018 hatte die Anzahl der Straftaten, die durch Zuwanderer verübt wurden, noch zugenommen.

Im Einzelnen lassen sich die Straftaten, bei denen mindestens ein Zuwanderer tatverdächtig war, wie folgt aufschlüsseln:

Rohheitsdelikte (z. B., Körperverletzung, Raub, Bedrohung): 68.350
Vermögens- und Fälschungsdelikte: 60.584
Diebstahl: 58.934
Rauschgiftdelikte: 31.161
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (etwa sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, sexueller Missbrauch): 5.802

Straftaten gegen das Leben (etwa Totschlag, Mord): 357

Der Kriminologe Jörg Kinzig ordnet diese Daten für FOCUS Online genauer ein:

„Erfreulich ist zunächst, dass ausweislich des vom BKA veröffentlichten Bundeslagebildes ‚Kriminalität im Kontext der Zuwanderung' die tatverdächtigen Zuwanderer im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr um 9 Prozent zurückgegangen sind. Einschränkend muss allerdings beachtet werden, dass dieses Lagebild immer nur die sogenannten Hellfeldzahlen abbildet, also die Straftaten, die der Polizei auch bekannt geworden sind.

Trotz dieser positiven Entwicklung verübt die Gruppe der Zuwanderer ausweislich des Hellfelds mehr Straftaten als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Dies lässt sich zum Teil durch demographische Faktoren erklären. Denn Zuwanderer sind im Vergleich zur deutschen Wohnbevölkerung eher männlich und jünger. Schon damit vereinen sie in einem erheblichen Maß Risikofaktoren auf sich, die auch bei Deutschen und darüber hinaus weltweit für die Begehung von Straftaten (mit)verantwortlich sind.

Darüber hinaus sind bei Zuwanderern mit der häufig ungeklärten Bleibeperspektive, fehlendem Geld, einem unstrukturierten Tagesablauf mangels Arbeit, problematischen Wohnverhältnissen etc. weitere Risikofaktoren vorhanden, die zu einer Entstehung von Kriminalität beitragen können. Diskutiert wird auch, ob Zuwanderer eher angezeigt werden, als das bei Begehung der Straftat durch einen Deutschen der Fall ist. Insgesamt ist die Thematik Kriminalität von Zuwanderern sehr komplex und eignet sich nicht für kriminalpolitische Schnellschüsse und populistische Forderungen."

Zusammenfassend kann man sagen: Die Straftaten, bei denen Zuwanderer tatverdächtig waren, haben nach 2015 zunächst zugenommen, 2019 im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Zuwanderer begehen vergleichsweise mehr Straftaten, was auch an verschiedenen Risikofaktoren liegt.

User-Frage: Wieso werden Flüchtlinge aus griechischen Elendslagern nicht in reiche Länder wie Saudi-Arabien umgesiedelt?
User-Frage: Heinz Marasek aus Rodenbach in Hessen will wissen, warum Flüchtlinge aus Elendslagern in Griechenland nicht in reiche Länder wie beispielsweise Saudi-Arabien, Katar, Bahrain oder Kuwait umgeleitet werden. Schließlich seien das Länder, in denen viele Glaubensbrüder (Muslime) der Flüchtlinge lebten und keine kulturellen Probleme auftreten dürften.

Lena Glöckner, FOCUS-Online-Redakteurin, antwortet:
Die sechs Golfstaaten (Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate) stehen seit Jahren in der Kritik, zu wenige Flüchtlinge aufzunehmen. 2014 prangerte Amnesty International ihr Verhalten öffentlich an und warf den Golfstaaten vor, „keinen einzigen Aufnahmeplatz für Flüchtlinge" bereitgestellt zu haben. Die Regierungen der Länder wehrten sich. Saudi-Arabien behauptete damals, 2,5 Millionen Syrern Aufenthalt zu gewähren.

Zu prüfen, wie viele Flüchtlinge die Nationen bisher aufgenommen haben, gestaltet sich schwierig. Keiner der Golfstaaten hat die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Das bedeutet, die aufgenommenen Vertriebenen werden nicht offiziell als Flüchtlinge registriert. In keinem der Golfstaaten gibt es eine klare Politik zur Aufnahme von Flüchtlingen. Vielmehr haben alle bürokratische Einreisehürden geschaffen: Etwa teure Visa und die fehlende offizielle Anerkennung als Flüchtling.

Hinzu kommt, dass es nur eine bedingte religiös-kulturelle Nähe zwischen den Golfstaaten und den Ländern am östlichen Mittelmeer gibt. Syrien war vor dem Bürgerkrieg ein Vielvölkerstaat, in dem

Christen und Muslime lebten. Am Golf herrscht dagegen religiöse Einfalt, es dominiert der Islam. Zudem stehen die sunnitischen Golfstaaten in einem Konkurrenzkampf mit dem schiitischen Iran und bombardieren den Jemen. Die meisten Syrer entscheiden sich dagegen, von einer instabilen Region in die nächste zu fliehen.

Das sind nur eine Handvoll der Gründe, die dazu führen, dass es Flüchtlinge zumeist auf den europäischen Kontinent treibt. Hier ist Griechenland seit einiger Zeit das Hauptziel. So auch im vergangenen Jahr. Nach UN-Angaben kamen fast 60.000 Flüchtlinge über den Seeweg und fast 15.000 über den Landweg (Türkei). Welcher Staat sich um Registrierung und Asylverfahren der Geflüchteten kümmern muss, regelt die sogenannte „Dublin-Verordnung". Demnach ist das EU-Land, das ein Flüchtling zuerst betreten hat, für ihn zuständig.

Zusammengefasst bedeutet das: Viele Flüchtlinge entscheiden sich von vornherein dagegen, in die Golfstaaten zu flüchten. Die Region ist zum einen instabil, zum anderen gibt es Einreisehürden. Kommen sie nach Europa, ist automatisch der Staat für sie zuständig, dessen Boden sie zuerst betreten.

User-Frage: Haben Flüchtlinge automatisch ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland?
User-Frage: Guido Speth aus Oberhausen möchte wissen, unter welchen Bedingungen Asylbewerber zurück in ihre Heimatländer müssen. Er fragt: Haben die Flüchtlinge automatisch ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland? Und ändert sich an der Situation etwas, wenn der Krieg im Herkunftsland vorbei ist?

Henriette Jedicke, FOCUS-Online-Redakteurin, antwortet:

Ausländer haben in Deutschland grundsätzlich zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis – auch Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge. Es ist jedoch möglich, diese zu verlängern. Die Bundesregierung teilt dazu auf ihrer Webseite mit: „Anerkannte Flüchtlinge erhalten zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre. Spätestens nach drei Jahren prüft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), ob die Anerkennung als Flüchtling aufgehoben wird. Ist das nicht der Fall, kann der anerkannte Flüchtling auf Dauer in Deutschland bleiben."

Das BAMF überprüft den Schutzstatus regelmäßig – gesetzlich festgelegt ist dies spätestens nach drei Jahren der Fall. Gründer für den Widerruf einer sogenannten „Schutzentscheidung" sind die Änderung der Situation im Herkunftsland oder der individuellen Verfolgungssituation des Geflüchteten. Ob sich die Situation vor Ort geändert hat, bewertet das BAMF an Hand von Erkenntnissen, die etwa das Auswärtige Amt oder das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, vorlegen.

Die sogenannte „Niederlassungserlaubnis", also eine Art dauerhaftes Bleiberecht, wird Asylberechtigten normalerweise erst nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland ausgestellt. Dazu müssen sie bestimmte Integrationsleistungen erbringen. Bei „herausragender Integration" ist es möglich, bereits nach drei Jahren eine solche „Niederlassungserlaubnis" zu erhalten – heißt konkret: wenn ein Flüchtling die deutsche Sprache beherrscht und seinen Lebensunterhalt überwiegend selbstständig erarbeitet.

Das BAMF kann seine Entscheidung widerrufen, wenn der Asylbewerber etwa falsche Angaben gemacht hat oder eine schwere Straftat begangen hat.

User-Frage zur Politik in Deutschland: Erhalten Flüchtlinge eher Hartz IV als andere Ausländer?
User-Frage: Heiner Lüschen (47) aus Vechta greift in seiner Frage das sogenannte „EU-Bürger-Ausschlussgesetz" auf. Demnach haben EU-Ausländer, die sich zur Arbeitssuche in Deutschland

aufhalten, erst nach fünf Jahren Anspruch auf Sozialhilfe. Heiner Lüschen will wissen, warum diese Regelung nicht auch für Flüchtlinge gilt.

Anna Schmid, FOCUS-Online-Redakteurin, antwortet:
Grundsätzlich haben Ausländer den gleichen Anspruch auf Hartz IV wie Deutsche. Ausnahmen bilden jedoch Saisonarbeiter oder Touristen, die keinen Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben sowie Ausländer ohne Arbeitserlaubnis. Daneben gelten auch für Asylbewerber, Geduldete und Ausländer, die sich allein zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, eigene Regeln mit Blick auf Hartz IV.

Die 5-Jahres-Regel, die Heiner Lüschen in seiner Frage aufgreift, bezieht sich auf eine dieser Randgruppen. Denn EU-Ausländer, die nicht bereits in Deutschland arbeiten oder gearbeitet haben, erhalten nach dem „EU-Bürger-Ausschlussgesetz“ in den ersten fünf Jahren keine Sozialleistungen. Mit dem Gesetz soll laut einer Mitteilung der Bundesregierung sichergestellt werden, dass „Ausländer aus anderen EU-Staaten, die kein Aufenthaltsrecht nach dem Freizügigkeitsgesetz der EU haben, generell von der Grundsicherung (Arbeitslosengeld II) und der Sozialhilfe ausgeschlossen sind.“ Gemeint sind hier also Bürger anderer EU-Staaten, die sich nur zum Zweck der Arbeitssuche in Deutschland aufhalten und Sozialleistungen ihrer Herkunftsländer in Anspruch nehmen könnten.

Migrationsrechtler Jürgen Bast von der Universität Gießen fasst gegenüber FOCUS Online zusammen, warum die Regelung nicht für Flüchtlinge gilt: „Für die Frage des Leistungsbezugs von Geflüchteten spielt dieses Gesetz keine Rolle, da es sich auf Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, also Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union bezieht. Bei diesen handelt es sich definitionsgemäß nicht um Asylsuchende bzw. Flüchtlinge. Nur Drittstaatsangehörige und Staatenlose („Nicht-EU-Bürger“) können einen internationalen Schutzstatus in der EU bzw. Deutschland erhalten.“

Für Asylsuchende, Geduldete und einige weitere Gruppen gibt es mit Blick auf Sozialleistungen eine andere Regelung. Die Höhe und Ausgestaltung der finanziellen Unterstützung ist im „Asylbewerberleistungsgesetz“ (AsylbLG) festgelegt. Bis zum 18. Monat ihres Aufenthalts in Deutschland erhalten alle Personen, die unter das Gesetz fallen, Grundleistungen in Höhe von 218 bis 351 Euro im Monat. Ab dem 19. Monat haben sie Anspruch auf die sogenannten „Analogleistungen“, die weitestgehend den Hartz-IV-Regelsätzen entsprechen. Vorausgesetzt, sie haben ihre Aufenthaltsdauer nicht "rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst", beispielsweise durch Verschleierung der eigenen Identität.

Migrationsrechtler Bast fasst zusammen: „Der Zugang von Geflüchteten zum Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) hängt vom Rechtsstatus der Betroffenen ab. Während des laufenden Asylverfahrens und im Fall eines vorläufigen Bleiberechts nach Ablehnung des Asylantrags (Duldung) stehen ihnen lediglich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zu, also nicht Hartz IV. Wird dem Antragssteller ein Schutzstatus zugesprochen (Flüchtlingsstatus oder subsidiärer Schutz), erhalten sie für 18 Monate ebenfalls Leistungen nach dem AsylbLG, erst danach und wenn sie arbeitsfähig sind und dennoch Unterstützung benötigen, Hartz IV.“

User-Frage: Warum werden viele ausreisepflichtige Asylbewerber nicht abgeschoben?
FOCUS-Online-Userin Christina Schwaiger (64) aus München möchte wissen, warum viele ausreisepflichtige Asylbewerber nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

Anna Schmid, FOCUS-Online-Redakteurin, antwortet:

Erst vor wenigen Monaten veröffentlichte die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP) eine Studie, die die Probleme der deutschen Rückführungspolitik beleuchtet. Laut den Studienautoren leben aktuell rund 250.000 Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in

Deutschland – doppelt so viele wie noch vor sieben Jahren. Darunter fallen jedoch nicht nur Menschen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, sondern beispielsweise auch Personen, deren Visum abgelaufen ist oder Touristen.

Laut den Experten scheitern Abschiebungen aus ganz verschiedenen Gründen. So sei die deutsche Rückführungspolitik ein „föderaler Flickenteppich, in dem Hunderte von staatlichen Akteuren uneinheitlich vorgehen, was den Eindruck befördert, Entscheidungen seien unfair und es würden ‚immer die Falschen abgeschoben'". Auch der „Spiegel" berichtete vor rund eineinhalb Jahren ausführlich darüber, „dass Bundesländer und kommunale Ausländerbehörden mit der bürokratischen Betreuung von Migranten aus aller Welt dramatisch überfordert sind." Daran scheint sich bis heute nicht viel geändert zu haben.

Zudem seien vier von fünf Ausreisepflichtigen laut den DGAP-Autoren im Besitz einer Duldung. Das bedeutet: Die Rückführung wird über eine bestimmte Zeit ausgesetzt, weil beispielsweise die Sicherheitslage im Herkunftsland zu schlecht oder der Ausreisepflichtige schwer erkrankt ist. **Dass in Deutschland mehr als 200.000 Ausreisepflichtige geduldet werden, liege laut den Forschern jedoch vor allem an fehlenden Reisedokumenten.**

„Die Duldung ist auf eine kurze Dauer angelegt, zieht sich aber in der Praxis oft in die Länge", ist in ihrer Studie zu lesen. Fast jeder Zehnte der Betroffenen lebe demnach seit mehr als zehn Jahren in „Kettenduldung". Problematisch mit Blick auf Abschiebungen sei auch die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern ausreisepflichtiger Asylbewerber.

Viele Staaten hätten den Experten zufolge wenig Interesse daran, ihre Bürger zurückzunehmen: „Einige Länder erschweren daher die Zusammenarbeit, etwa indem sie die Identifizierung ihrer Staatsangehörigen oder die Ausstellung von Reisepapieren verschleppen." Zur Verbesserung der Rückführungspolitik in Deutschland machen die Studienautoren mehrere Vorschläge. Zum einen sollten die Zuständigkeiten für die Rückführung ausreisepflichtiger Personen stärker auf Bundesebene verlagert werden. Zum anderen schlagen sie eine Reduktion von Zahl und Dauer der Duldungen sowie eine Definition von roten Linien in der Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern vor.

User-Frage zur Politik in Deutschland: Warum bekommen Flüchtlinge eigentlich Geld ausgezahlt?
FOCUS-Online Userin Christa Hammerschmitt aus München möchte wissen, warum Flüchtlinge Geld ausgezahlt bekommen. Sie fragt, ob eine Versorgung mit Lebensmitteln – bis die Geflüchteten selbst Geld verdienen – keine Alternative sei.

Henriette Jedicke, FOCUS-Online-Redakteurin, antwortet:
Kommen Asylsuchende nach Deutschland, ist die zuständige Aufnahmeeinrichtung für die Versorgung und Unterkunft der Menschen verantwortlich. Hier leben die Flüchtlinge vorwiegend von Sachleistungen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erklärt dazu auf seiner Homepage recht allgemein:
„Während ihres Aufenthalts erhalten Asylsuchende bzw. Asylantragstellende existenzsichernde Sachleistungen und einen monatlichen Geldbetrag zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse im Alltag. Art und Höhe der Leistungen sind durch das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz geregelt."

Auch in der sogenannten Anschlussunterbringung, also einer Gemeinschaftsunterkunft oder einer privaten Wohnung, haben die Asylsuchenden Anspruch auf Leistungen.

Aus dem Asylbewerberleistungsgesetz geht konkreter hervor, dass bei einer Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtungen der notwendige Bedarf (Lebensmittel, Heizung, Kleidung, Hygieneartikel) in der Regel durch Sachleistungen gedeckt wird. Zusätzlich werden Leistungen zur Deckung persönlicher

Bedürfnisse des täglichen Lebens gewährt. Auch dieser persönliche Bedarf soll durch Sachleistungen gedeckt werden, kann aber auch in Form von Wertgutscheinen oder Geldleistungen gewährt werden. Bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen werden vorrangig Geldleistungen gewährt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales schlüsselt die Höhe der Leistungen hier im Detail auf. So bekommt etwa eine alleinstehende Person Anspruch auf Leistungen in Höhe von 351 Euro. Dieser Wert setzt sich zusammen aus 198 Euro für den „notwendigen Bedarf" und 153 Euro für den „notwendigen persönlichen Bedarf". Kinder zwischen sechs und 13 Jahren bekommen insgesamt 273 Euro.

Nur anerkannte Flüchtlinge haben Anspruch auf normale Sozialleistungen (Hartz IV). Dies ist jedoch frühstens nach 18 Monaten Aufenthalt in Deutschland der Fall. Zuständig für die Berechnung und Zahlung der Sozialleistungen ist dann das jeweilige Sozialamt.

5 Jahre Flüchtlingskrise: Schicken Sie uns Ihre Fragen an meine-frage@focus.de
Wir wollen wissen: Was beschäftigt Sie mit Blick auf die deutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik? Welche politischen Entscheidungen oder Regelungen sind Ihnen unklar, wozu würden Sie gerne mehr Hintergründe erfahren? Wo sehen Sie Probleme, auf die unsere Redaktion mit Experten einen genaueren Blick werfen sollten? Schicken Sie uns Ihre Fragen an meine-frage@focus.de, gerne mit vollständigem Namen, Alter und Wohnort. Wir bemühen uns, möglichst viele der Einsendungen zu beantworten und darüber zu berichten. Dabei werden wir auch den Absender der Frage veröffentlichen.

https://www.focus.de/panorama/welt/haftbefehl-gegen-18-jaehrigen-dschihadist-oder-paedokrimineller-is-anwerber-erpresst-junge-maedchen-mit-nacktfotos_id_12547088.html
Haftbefehl gegen 18-JährigenDschihadist oder Pädokrimineller? IS-Anwerber erpresst junge Mädchen mit Nacktfotos
FOCUS-Online-Reporter Axel Spilcker
Freitag, 16.10.2020, 11:51
Ein 18-jähriger deutscher Islamist wurde in Köln wegen Terrorverdachts verhaftet, er soll Schülerinnen in Chats zu Sprengstoffanschlägen aufgefordert haben – außerdem animierte er sie, sexuelle Handlungen an sich selbst vorzunehmen und ihm Aufnahmen davon zu schicken.
Der Einsatz erfolgte ohne viel Aufhebens. Um sechs Uhr morgens klingelten Staatsschützer der Kölner Polizei am Donnerstag bei Massimo S. (Name geändert) an seiner Wohnung in Köln-Poll. Die Beamten zeigten ihm einen Haftbefehl. Wie FOCUS Online erfuhr, soll der 18-jährige Extremist in Chats junge Mädchen dazu aufgefordert haben, sich im Namen der Terrormiliz „Islamischer Staat" (IS) hierzulande in die Luft zu sprengen. Zudem soll der islamistische Gefährder in den sozialen Netzwerken um Mitglieder für die selbsternannten Kalifatsbrigaden geworben haben.
Bei der Durchsuchung der Wohnung fand sich ein Messer und eine Machete. Ferner beschlagnahmten die Einsatzkräfte PC und alle anderen Datenträger. Die Pressemitteilung der Generalstaatsanwaltschaft und der Kölner Polizei in dem Fall fiel auffallend knapp aus. Hintergrund sind die weiteren Nachforschungen zu möglichen Verbindungsleuten.

Nach FOCUS-Online-Informationen scheint der Fall aber weitaus komplexer, als angenommen. So fanden sich auf dem Handy des deutschen Beschuldigten Fotos und Dateien, die auf Kinderpornografie hindeuten. Ferner hatte Massimo S. den Ermittlungen zufolge teils zwölfjährige Schülerinnen derart beeinflusst, dass sie vor der Handy-Kamera sexuelle Handlungen an sich vornahmen. Auf sein Verlangen hin schickten sie ihm entsprechende Aufnahmen zu.
Später soll der 18-Jährige die Opfer mit den kompromittierenden Dateien erpresst haben. So drohte er etwa damit, die Nacktfotos ins Netz zu stellen, sollte die Mädchen die Polizei einschalten. Die Ermittler sind sich noch nicht sicher, ob sie es mit einem militanten Dschihadisten zu tun haben oder mit einem Pädokriminellen.

Labile Jugendliche radikalisieren sich zunehmend durch das Netz

Die Festnahmeaktion belegt einmal mehr, dass sich labile Jugendliche immer mehr durch das Netz radikalisieren und zugleich als PR-Maschine für den IS benutzen. So wurde Ende Januar ein junger Syrer aus Leverkusen zu vier Jahren Jugendstrafe verurteilt. Seit er 16 war agitierte der junge Eiferer im Netz für den IS. Er verbreitete Gewaltvideos und lud sich Anleitungen für den Bombenbau herunter. Der Dschihadist legte einen Treueeid auf den inzwischen getöteten IS-Chef Abu Bakr al Bagdadi ab. Außerdem wollte er als Vertrauensbeweis in Syrien einen Abtrünnigen töten, der sich vom Islam abgewandt hatte. Die Tat konnte in letzter Minute vereitelt werden.

Ein 16-jähriger Asylberechtigter aus Syrien, der in einem Kölner Flüchtlingsheim lebte, klickte sich fortlaufend durch die virtuelle Welt der „Gotteskrieger", bis er schließlich einen IS-Kämpfer fand, der ihm den Auftrag zu einem Anschlag gab. Doch mehr als ein paar Gaskartuschen und Batterieträger mit heraushängenden Drähten fanden sich bei ihm nicht. Die Jugendstrafkammer ließ mit eine Bewährungsstrafe Milde walten, da die Fundstücke nicht dem Angeklagten und seinem Tatplan zugeordnet werden konnten.

„Mein Bruder hätte auch ein Neo-Nazi werden können"

Die Schwester eines jungen, deutschen Dschihadisten, der bei Kämpfen in Afghanistan starb, schilderte einst in ihrer Vernehmung beim Bundeskriminalamt die Wucht extremistischer Einflüsse: „Mein Bruder hätte auch ein Neo-Nazi werden können, aber er lernte andere Leute kennen und wurde ein Islamist."

Insbesondere das Netz dient nach Angaben des Chefs der Zentralstelle Terrorismusverfolgung bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf, Markus Caspers, als Katalysator für die Radikalisierung – gerade bei jungen Leuten. So ermittelt seine Abteilung gegen einen rechtsextremistischen Jugendlichen wegen versuchter Anstiftung zum Mord und einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Per WhatsApp soll der 14-jährige Westfale einen Mitschüler dazu aufgefordert haben, mit einer Schusswaffe oder einem Messer in einer Synagoge oder in einer Moschee ein Blutbad anzurichten. Auch soll sich der junge Neo-Nazi bereits diverse Chemikalien beschafft haben, um Sprengkörper herzustellen. Ferner hatte der Schüler bereits mit einem Böller eine Probesprengung durchgeführt. Die Pläne befanden sich im Anfangsstadium. Letztlich sollen die Strafverfolger über Mitschüler Hinweise auf den 14-jährigen Deutschen bekommen haben.

https://www.gmx.net/magazine/panorama/frankreich-schock-moerderischer-attacke-lehrer-35181282

Frankreich: Schock nach mörderischer Attacke auf Lehrer

Aktualisiert am 17. Oktober 2020, 08:08 Uhr

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nennt nach der mörderischen Attacke auf einen Lehrer ganz bewusst keine Details. Allerdings ist nach allem, was man weiß, klar: Die Terrorattacke muss grausam gewesen sein. Alle warten nun darauf, was die Ermittler zum Tathergang und den Hintergründen sagen werden.

Mehr Panoramathemen finden Sie hier

In Frankreich sitzt der Schock nach einer brutalen islamistischen Terrorattacke auf einen Lehrer tief. Der Mann ist nach ersten Erkenntnissen am Freitagnachmittag in einem Pariser Vorort enthauptet worden.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron eilte zum Tatort und fand deutliche Worte: "Unser Mitbürger wurde feige angegriffen, er war das Opfer eines bösartigen islamistischen Terroranschlags." Die Ermittler wollen sich bald zum Tathergang und den Hintergründen äußern.

Lehrer wurde in der Nähe des Schulgebäudes attackiert

Der Vorfall hatte sich im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine am Freitagnachmittag ereignet - der Täter wurde von der Polizei getötet. Ein sichtlich angeschlagener Macron nannte in seiner kurzen Rede keine Details zum Ablauf der Tat oder zum Täter.

Er bestätigte auch nicht, dass der Mann enthauptet worden sein soll. "Sie werden damit nicht durchkommen", sagte er mit Blick auf Gewalt und Terroristen und weigerte sich geradezu, grausige Details zu nennen.

Auch von den Ermittlern gab es zunächst keine offiziellen Informationen. Am Abend und in der Nacht liefen Medien zufolge Durchsuchungen - außerdem gab es mehrere Festnahmen.

Berichten und dem Bürgermeister des Vororts zufolge wurde der Lehrer auf offener Straße angegriffen und enthauptet. Die Anti-Terror-Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen übernommen.

Das Opfer soll Berichten nach Mitte 40 gewesen sein und vor kurzem Mohammed-Karikaturen im Unterricht gezeigt haben, als das Thema Meinungsfreiheit behandelt wurde. Daraufhin soll es in der Schule zu Ärger und Drohungen gekommen sein. Der Mann wurde dann am Freitag ganz in der Nähe des Schulgebäudes attackiert.

Direktorin der Schule unter hohem Druck

Der mutmaßliche Täter wurde kurze Zeit später von der Polizei aufgegriffen. Laut Medien hat er versucht, die Polizei anzugreifen - daraufhin hat diese auf ihn geschossen und ihn getötet.

Unbestätigten Berichten zufolge ist er 18 Jahre alt, wurde in Moskau geboren und war den Geheimdiensten bisher nicht bekannt. Er soll "Allahu akbar" ("Gott ist groß") gerufen haben und mit einem Küchenmesser bewaffnet gewesen sein. Außerdem soll er mit der Tat im Netz geprahlt haben.

Macron betonte in seiner kurzen Ansprache, dass die Bildung ein hohes Gut sei. Es sei kein Zufall, dass ein Terrorist ausgerechnet einen Lehrer ermordet habe, weil er das Land in seinen Werten habe angreifen wollen. Der Lehrer sei ermordet worden, weil er für Meinungsfreiheit eingestanden habe.

"Ich möchte heute Abend allen Lehrern Frankreichs sagen, dass wir mit ihnen zusammen sind, dass die ganze Nation heute und morgen an ihrer Seite sein wird, um sie zu schützen, zu verteidigen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre schönste Aufgabe zu erfüllen, die es gibt: freie Bürger zu machen", sagte er.

Er erwähnte auch, dass die Direktorin der Schule in den vergangenen Wochen hohem Druck ausgesetzt gewesen sei - ging aber nicht auf die Hintergründe ein.

Unterricht ist verpflichtend in Frankreich

Im Kampf gegen radikalen Islamismus hatte der Staatschef zuletzt vor allem auf die Bildung als zentrales Element gesetzt. Der Fernunterricht von Kindern, die zu Hause bleiben, solle vom kommenden Sommer an strikt eingegrenzt werden, kündigte Macron Anfang Oktober an.

Ausnahmen solle es nur noch aus Gesundheitsgründen geben. Unterricht sei vom Alter von drei Jahren an verpflichtend.

Zahlreiche Politikerinnen und Politiker reagierten geschockt auf den Vorfall. "Dieser Angriff ist nicht nur ein Angriff zu viel. Er ist barbarisch und sehr ernst", sagte David Le Bars, Generalsekretär einer Polizeigewerkschaft, dem Sender Franceinfo. "Wir befinden uns wieder in diesem Kreislauf der Gewalt. Und die Menschen sind sich dessen bewusst."

Terrorgefahr fast ständig im Bewusstsein der Menschen
Erst vor wenigen Wochen hatte es vor dem ehemaligen Redaktionsgebäude des Satiremagazins "Charlie Hebdo" in Paris eine Messerattacke gegeben. Dabei wurden zwei Menschen verletzt - auch hier hat der Täter veröffentlichte Mohammed-Karikaturen als Motiv für die Tat angegeben.

Auf die Redaktion von "Charlie Hebdo" hatte es im Januar 2015 einen tödlichen Anschlag gegeben. Aktuell läuft in Paris der Prozess gegen mutmaßliche Helfer der Terrorserie im Januar 2015, bei der insgesamt 17 Menschen getötet wurden.

Frankreich wird seit Jahren von islamistischen Anschlägen erschüttert - dabei starben mehr als 250 Menschen. Daher ist die Terrorgefahr fast ständig im Bewusstsein der Menschen.

Frankreichs Regierung hat den Kampf gegen den Terror zu einer Top-Priorität gemacht und warnt immer wieder, dass die Gefahr von Terrorangriffen sehr hoch sei. (ff/dpa)

https://www.n-tv.de/politik/Verstoerende-Reaktionen-auf-Attentat-article22108195.html

SAMSTAG, 17. OKTOBER 2020

Nach Enthauptung eines Lehrers

Verstörende Reaktionen auf Attentat

Während Deutschland und die EU den islamistischen Anschlag auf einen Lehrer in Paris verurteilen, **verherrlicht ein tunesischer Abgeordneter die Tat im Internet**. Tschetscheniens Republikchef beteuert, der mutmaßliche Täter mit tschetschenischen Wurzeln habe mit seinem Land nichts zu tun.

Wieder hat ein Angreifer wegen Mohammed-Karikaturen auf brutalste Weise zugeschlagen. Der Täter hat in einem Pariser Vorort einem Lehrer aufgelauert und ihn anschließend enthauptet. Zahlreiche Menschen gingen im ganzen Land aus Solidarität mit dem Getöteten auf die Straße. Die Republik sei vom islamistischen Terrorismus in ihrem Herzen getroffen worden, erklärte Premierminister Jean Castex.

Bundesaußenminister Heiko Maas und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verurteilten den tödlichen Anschlag. "Von Terror, Extremismus und Gewalt dürfen wir uns nie einschüchtern

lassen", schrieb Maas auf Twitter. Von der Leyen betonte die Bedeutung von Lehrern in der Demokratie.

Nachdem bekannt geworden war, dass es sich bei dem mutmaßlichen Angreifer um einen 2002 geborenen Mann russischer und tschetschenischer Herkunft handelt, meldete sich der tschetschenische Republikchef zu Wort und verurteilte ebenfalls die Tat. "Ich kann Ihnen versichern, dass die Tschetschenen damit nichts zu tun haben", schrieb Ramsan Kadyrow im Nachrichtenkanal Telegram an Frankreich gerichtet. Der 18-Jährige habe fast sein ganzes Leben in Frankreich verbracht. "Es ist nicht das erste Mal, dass Frankreich versucht, alle seine Probleme auf die Tschetschenen abzuwälzen", meinte er. Frankreich wird seit Jahren von islamistischen Anschlägen erschüttert - dabei starben mehr als 250 Menschen.

Am Tag nach dem Attentat in Paris leitete die tunesische Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen einen Parlamentarier ein, der die mutmaßlich terroristisch motivierte Ermordung des Lehrers verherrlicht hatte. Man werde gegen den unabhängigen Abgeordneten Raschid Chiari aufgrund seiner Aussagen ermitteln und seinen Posten im Parlament prüfen, sagte der stellvertretende Staatsanwalt und Gerichtssprecher in Tunis, Mohsen Dali, nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Tap. Bei dem Beitrag Chiaris handele es sich ohne Frage um die Verherrlichung einer terroristischen Tat.

Während in Frankreich Schock und tiefes Entsetzen über die Enthauptung eines Lehrers vorherrschen, hatte Chiari die Tat am Morgen auf seiner Facebook-Seite verteidigt. "Den Gesandten Gottes zu beleidigen", sei "das größte Verbrechen", schrieb er dort. Wer es begehe, müsse die Konsequenzen tragen. Der ermordete Lehrer hatte Anfang Oktober im Unterricht das Thema Meinungsfreiheit aufgegriffen und Karikaturen des islamischen Propheten Mohammed gezeigt. Anlass war die erneute Veröffentlichung des Satiremagazins "Charlie Hebdo" dieser Karikaturen. Die islamische Tradition verbietet es, den Propheten abzubilden. In manchen Kreisen lösen die Karikaturen immer wieder Proteste aus.

Er könne auf seine Immunität und sein Parlament verzichten, auf seine Überzeugung jedoch nicht, schrieb Chiari nach der Bekanntgabe der Staatsanwaltschaft in einem weiteren Facebook-Post. Der Prophet sei "wichtiger und größer als Ruhm, Parlament, Politik und die ganze Welt". In den Kommentaren hagelte es Kritik und Entrüstung.

Das Antiterrorgesetz Tunesiens verbietet es, terroristische Taten und ihre Täter innerhalb und außerhalb Tunesiens öffentlich und ausdrücklich zu loben und zu verherrlichen. Zuwiderhandlungen können mit Haftstrafen von bis zu fünf Jahren geahndet werden. Chiari gewann bei den Wahlen 2019 einen Sitz im Parlament als Teil einer rechten religiösen Bewegung, bevor er unabhängiger Abgeordneter wurde.

Quelle: ntv.de, chf/dpa

https://www.n-tv.de/politik/Mehrere-Festnahmen-nach-Lehrermord-article22108262.html

SONNTAG, 18. OKTOBER 2020

Zahlreiche Demos erwartet

Mehrere Festnahmen nach Lehrermord

Die Ermordung eines Lehrers durch einen Islamisten trifft Frankreich ins Mark. Die Anteilnahme ist riesig. Mehrere Personen aus dem Umfeld des mutmaßlichen Täters sind inzwischen in Polizeigewahrsam.

In Frankreich werden nach der mutmaßlich terroristisch motivierten Ermordung eines Lehrers landesweit zahlreiche Solidaritäts-Demonstrationen erwartet. Die Redaktion des Satiremagazins "Charlie Hebdo" rief für Sonntagnachmittag gemeinsam mit der Organisation SOS Racisme und Lehrergewerkschaften zu einer Demonstration in Paris auf. Auch in zahlreichen anderen Städten wie Marseille oder Bordeaux wollen Menschen auf die Straße gehen. Die brutale Ermordung des Lehrers hatte in ganz Frankreich Entsetzen ausgelöst. Das mutmaßliche Motiv des Täters waren nach Angaben der Staatsanwaltschaft Karikaturen des Propheten Mohammed. Diese hatte der Lehrer zum Thema Meinungsfreiheit vor einigen Wochen im Unterricht gezeigt.

Der laut Staatsanwaltschaft 2002 in Moskau geborene Täter mit russisch-tschetschenischen Wurzeln hatte nach der Tat im Netz damit geprahlt. Er veröffentlichte ein Foto des Opfers und richtete eine Nachricht an Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, den er als "Anführer der Ungläubigen" bezeichnete. "Ich habe einen Ihrer Höllenhunde hingerichtet, der es wagte, Mohammed herabzusetzen", schrieb er laut Staatsanwalt weiter. Das Twitter-Konto wurde inzwischen gesperrt. Der Täter wurde kurz nach der Tat von der Polizei erschossen.

Vater einer Schülerin hetzte gegen den Lehrer

Mehrere Menschen aus dem Umfeld des mutmaßlichen Täters befanden sich am Samstag in Polizeigewahrsam. **Festgenommen wurde auch der Vater einer Schülerin, der im Netz gegen den Lehrer mobilisiert hatte, nachdem dieser die Mohammed-Karikaturen gezeigt hatte. Er hatte ein Video verbreitet und öffentlich gegen den Lehrer gewettert, wie Staatsanwalt Jean-François Ricard sagte. Der Vater forderte bei der Direktorin die Entlassung des Lehrers, dabei wurde er von einem Mann begleitet, der Medien zufolge ein bekannter Islamist ist. Auch er befindet sich in Polizeigewahrsam. Die Halbschwester des Vaters hat sich der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) angeschlossen. Die Staatsanwaltschaft stellte bisher keine Verbindung zwischen diesem Vater und dem Angreifer her.**

Bereits am Samstag war es in zahlreichen Städten zu Solidaritätsbekundungen für den getöteten Lehrer gekommen. Die Menschen versammelten sich etwa unter dem Motto "Je suis Prof" (dt. Ich bin Lehrer) in Anlehnung an "Je suis Charlie". Das Schlagwort prägte die Zeit nach dem verheerenden Mordanschlag auf die Redaktion von "Charlie Hebdo" 2015**. Erst vor wenigen Wochen hatte ein Mann vor dem ehemaligen Redaktionsgebäude zwei Menschen brutal mit dem Messer attackiert. Er gab als Motiv ebenfalls Mohammed-Karikaturen an, die das Magazin veröffentlich hatte. Der Angreifer hatte es eigentlich auf die Redaktion abgesehen, wusste aber nicht, dass diese mittlerweile an einen geheimen Ort umgezogen ist.**

Die brutale Ermordung des Lehrers hatte sich am späten Freitagnachmittag im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine in der Nähe einer Schule ereignet. Dort tötete der Angreifer den 47 Jahre alten Mann, nachdem er ihm aufgelauert hatte. Sein Leichnam wurde enthauptet mit zahlreichen

Wunden an Oberkörper und Kopf aufgefunden. In der Nähe des Tatorts fanden die Ermittler zudem ein mehr als 30 Zentimeter langes blutverschmiertes Messer.

Der mutmaßliche Angreifer lebte mit seiner Familie als Flüchtling in Frankreich und hat seit Frühjahr eine Aufenthaltsgenehmigung, die bis 2030 gültig ist. Er lebte in Evreux rund 90 Kilometer vom Tatort entfernt und war den Geheimdiensten zuvor nicht bekannt. Die Staatsanwaltschaft machte keine Angaben dazu, seit wann der mutmaßliche Angreifer und seine Familie bereits in Frankreich lebten. Die brutale Attacke trifft Frankreich mitten in der zweiten Corona-Welle, von der das Land schwer getroffen ist. Am Mittwoch soll es eine nationale Gedenkveranstaltung für den Lehrer geben. Präsident Macron hatte die Tat als islamistisch motivierten Anschlag bezeichnet.

Quelle: ntv.de, ino/dpa

http://www.pi-news.net/2020/10/potsdam-17-jaehrige-tritt-moechtegern-vergewaltiger-in-genitalbereich/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Potsdam: 17-Jährige tritt Möchtegern-Vergewaltiger in Genitalbereich

17. Oktober 2020

In der Nacht von Freitag zu Samstag, gegen 01:00 Uhr, verließ eine Jugendliche in Potsdam die Straßenbahn an der Haltestelle „Robert-Baberske-Straße". Die 17-Jährige lief dann weiter in Richtung der dortigen Tunnelunterführung, als plötzlich ein bislang Unbekannter auftauchte und sie auf sexueller Basis ansprach. Hinter dem Tunnel hielt der Mann plötzlich die Jugendliche fest, zog sie in einen Weg und verging sich sexuell an ihr. Das Opfer wehrte sich mit einem Tritt in den Genitalbereich gegen den Täter, woraufhin er wegrannte. Das Opfer begab sich anschließend nach Hause und informierte die Mutter, die wiederum die Polizei informierte. Der Täter wurde wie folgt beschrieben: ca. 180 cm groß etwa Mitte 20, schwarze Haare, oben etwas länger, an den Seiten kurz, dunklere Hautfarbe.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Babenhausen: Ein 14 Jahre altes Mädchen wurde bereits am Sonntag (11.10.), gegen 19.30 Uhr, im Bahnhofsbereich von einem Unbekannten unsittlich berührt. Der Mann ließ von ihr ab, als sich das Mädchen zur Wehr setzte. Der Tatverdächtige soll im Anschluss mit zwei weiteren unbekannten Männern den Bahnhof verlassen und in Richtung eines Supermarkts gelaufen sein. Der Unbekannte wurde auf 30-40 Jahre geschätzt und soll zwischen 1,65 und 1,70 Meter groß gewesen sein. Sein Erscheinungsbild wurde als indisch oder

pakistanisch beschrieben. Er hatte schwarze Haare und einen Vollbart. Bekleidet war er mit einer schwarz-grauen Jacke und einer schwarzen Hose. Beim Verlassen der Örtlichkeit führte er einen Rucksack mit sich. Seine beiden Begleitpersonen wurden ebenfalls auf 30-40 Jahre geschätzt. Einer von ihnen soll Schwierigkeiten beim Laufen gehabt haben. Auch deren Erscheinungsbild soll indisch oder pakistanisch gewesen sein.

Schwetzingen: Ein unbekannter Jugendlicher hat am Montagnachmittag in Schwetzingen ein 13-jähriges Mädchen sexuell belästigt. Das Mädchen hielt sich gegen 17.00 Uhr mit drei Freunden am Verbindungsweg zwischen Mannheimer Straße und dem Parkplatz „Alter Messplatz" auf, als sich eine Personengruppe von drei jungen Männern näherte. Das Trio suchte besonders Kontakt zu der 13-Jährigen und zwei weiteren Mädchen. Einer der jungen Männer wurde schließlich zudringlich und griff dem 13-jährigen Mädchen über der Oberbekleidung unvermittelt an die Brust, sodass diese Schmerzen verspürte. Selbst als das Mädchen klar aussprach, dass sie das nicht wolle und den Unbekannten wegdrückte, ließ dieser nicht ab, umarmte die 13-Jährige, griff ihr unter dem Top in den BH und an die Brust. Der Geschädigten und ihren Freuden gelang es schließlich, sich von der Gruppe zu entfernen und auf dem Polizeirevier Schwetzingen Anzeige zu erstatten. Der zudringliche Jugendliche wird wie folgt beschrieben: Ca. 175 bis 180 cm groß, Nach eigenen Angaben 17 Jahre alt, schlanke Statur, Arabisches Aussehen.

Hamburg: Einfach nur widerlich, was zwei Patientinnen des Universitätsklinikums erleben mussten: Sie wurden von einem Service-Mitarbeiter, der Essen auslieferte, sexuell belästigt! BILD sprach mit einer der Betroffenen, Gabriele P. (50, Name geändert) aus Pinneberg. Sie sagt: „Ich hatte am 1. Oktober eine Bein-OP, konnte nicht laufen." Vier Tage später sei dann auf der Station H9 (Wirbelsäulenchirurgie) der Angestellte mit Essen zu ihr gekommen – und habe dann begonnen, ihre Schultern zu massieren. Die Frau: „Kurz darauf griff er mit seinen Händen an meine Brüste und drückte seinen Körper an mich." Der Angestellte habe sie daraufhin küssen wollen. „Als das wegen der Maske nicht klappte, griff er mir in den Schritt." In den ersten Stunden nach dem sexuellen Übergriff habe P. nicht einmal mehr sprechen können: „Ich war so perplex. Wie kann man einem wehrlosen Menschen in einem Krankenhaus so etwas antun?" In gebrochenem Deutsch habe der Tatverdächtige ihr gesagt, dass sie „seine Schönheit" sei (Auszug aus einem Artikel von Bild-online).

Offenburg: Nach einer sexuellen Belästigung einer Jugendlichen durch einen Unbekannten am Freitagabend, sind die Ermittler der Kriminalpolizei auf der Suche nach Zeugen. Gegen 21 Uhr saß die Jugendliche auf einer Bank des Bussteiges 7 am Zentralen Omnibusbahnhof, als der noch Unbekannte sich wortlos vor sie stellte. Als sie sich entfernen wollte, soll der Mann sie zwei Mal unsittlich und grob angefasst haben, bevor er sich in Richtung Innenstadt entfernte. Die Kriminalpolizei fahndet daher nach dem wie folgt beschriebenen Tatverdächtigen: circa 170 Zentimeter groß, schlanke bis muskulöse Statur, 25 bis 30 Jahre alt, trug schwarze Kleidung, schwarze kurze Krauselocken (etwa 3 Zentimeter); kein Bart, dunklere Hautfarbe.

München: Ein Unbekannter belästigte eine 15-jährige Deutsche am Abend des 30. September sexuell. Ein Reisender kam der Jugendlichen am Hauptbahnhof zur Hilfe. Die Bundespolizei sucht jetzt nach Zeugen. Die 15-Jährige befand sich gegen 19:35 Uhr in einer S2 Richtung Petershausen, als der Tatverdächtige sie ab dem Ostbahnhof mehrfach gegen ihren Willen unsittlich berührte. Obwohl die Jugendliche deutlich machte, dass sie dies nicht wolle, lies der Mann nicht von ihr ab. Als die S-Bahn am Hauptbahnhof einfuhr, trennte ein bislang unbekannter

Mann den Tatverdächtigen von der 15-Jährigen und geleitete ihn aus der S-Bahn. Nach Auswertung der Videoaufzeichnung konnte festgestellt werden, dass sich in unmittelbarer Nähe des Geschehens ein Mann und eine Frau befanden, welche den Tathergang möglicherweise beobachtet haben. Folgende Personenbeschreibung des Unbekannten liegt vor: dunkelhäutig, 185-190 cm groß, sportlich muskulös, Kinn- und Oberlippenbart, krause schwarze Haare, mehrere Narben in der oberen Gesichtshälfte, sprach gebrochen Deutsch.
München: Am Donnerstag, 08.10.2020, gegen 12:50 Uhr, befand sich eine 20-Jährige aus dem Landkreis Fürstenfeldbruck im Alten Botanischen Garten. Eine ihr unbekannte männliche Person näherte sich und griff ihr mit der Hand in den Intimbereich. Dabei sprach er sie zusätzlich an. Anschließend flüchtete der Unbekannte in Richtung Luisenstraße.
Die 20-Jährige verständigte unmittelbar nach dem Vorfall telefonisch die Münchner Polizei, die sofort mit Fahndungsmaßnahmen begann. Hierbei konnte anhand der durch die 20-Jährige übermittelte Personenbeschreibung ein 40-jähriger Somalier ohne festen Wohnsitz als Tatverdächtiger angetroffen und vorläufig festgenommen werden.
Rottenburg: Nach einem etwa 17 Jahre alten Unbekannten fahndet das Polizeirevier Rottenburg, der am Mittwochabend in der Schadenweilerstraße eine Jugendliche belästigt hat. Die junge Frau war gegen 22.50 Uhr vom Bahnhof kommend unterwegs, als sie kurz nach dem Bahnübergang auf den aus Richtung Kreuzerfeld herkommenden, mutmaßlichen Jugendlichen traf. Dieser sprach sie zunächst an und bedrängte sie, indem er versuchte, sie zu küssen und ihr in den Schritt griff. Erst als ein Auto in der Nähe anhielt, ließ der Täter von ihr ab und flüchtete in Richtung Bahnhof. Der Unbekannte wird als etwa 175 Zentimeter groß und schlank beschrieben. Er hatte braune Augen, braune, bis zu den Ohren reichende Haare, die zu einem Seitenscheitel gekämmt waren und einen dunkleren Teint.
München: Am 01.10.2020, gegen 06.45 Uhr, befand sich ein 22-jähriger Somalier auf dem Gehweg der Sonnenstraße. Dort schlug er im Vorbeigehen einer 27-Jährigen aus dem Landkreis Dachau mit der Hand auf ihr Gesäß. Danach schlug er einer 57-jährigen Münchnerin ebenfalls auf das Gesäß. Daraufhin ging er zu einer 31-jährigen Slowakin, die er auf eine vulgäre Art und mit unsittlichem Inhalt ansprach.

https://philosophia-perennis.com/2020/10/18/blut-an-den-haenden-erschuetternde-details-zu-dem-islam-terroranschlag-von-conflans/
WORÜBER DEUTSCHE MEDIEN SCHWEIGEN
„Blut an den Händen“: Erschütternde Details zu dem Islam-Terroranschlag von Conflans
Von
David Berger
18. Oktober 2020
(David Berger) Durch die Aussagen eines Kollegen des von einem fanatischen Moslem ermordeten Lehrers Samuel Paty werden nun erschütternde Details zu dem Terroranschlag von Conflans bekannt. Paty hatte sich nach den Morddrohungen hilfesuchend an die Schulleitung,

die Gewerkschaft und die Kollegen gewandt. Statt etwas zu unternehmen, sollen letztere sogar seine Kontaktdaten und seine Dienstzeiten an die fanatisierten, muslimischen Eltern verraten haben.
„Die Enthauptung von Samuel Paty ist das Ergebnis einer Machenschaft (Cabale), die von islamischen Eltern und dem Rat der Imame orchestriert und durch die gemeinsame nationale Bildungsdevise „Pas de Vagues" („Kein Aufsehen machen!" – möglichst Muslime nicht provozieren!) erst ermöglicht wurde. Wetten, dass Ihnen endlich die Augen geöffnet werden!"
…schreibt Jean Messiha, prominenter Politiker des Rassemblement National in einem Tweet (s.u.), der auch dessen TV-Auftritt als Video wiedergibt, in dem er den Brief eines Kollegen des ermordeten Lehrers vorliest:
Bevor der den Brief liest, erklärt er:

Wird das die Augen der Franzosen öffnen?

„Ich wage zu hoffen, dass sich durch das abscheuliche Drama, das sich nun ereignet hat, die Augen der Menschen öffnen werden. Und dass wir das Problem endlich angehen. Dazu werde ich Ihnen die Reaktion eines der Kollegen des unglücklichen Lehrers, der ermordet wurde, vorlesen:
In dem Brief heißt es: „Mein Kollege hatte die Morddrohungen und seine Angst seinen Vorgesetzten gemeldet. Die aber baten ihn, doch nicht so ein Aufsehen zu machen. Auch unsere Gewerkschaft haben wir, alarmiert wie die Schule, die einfach den Dingen ihren Lauf ließen, ohne etwas zu tun.
Ganz anders manche Eltern, die offen den Rücktritt meines Kollegen forderten.
Was feststeht: Wir sind alle Feiglinge, wir haben das Blut seines enthaupteten Kopfes an unseren Händen – Ich schäme mich.

Verrieten Kollegen die Adresse und Dienstzeiten des Opfers?

Leider sprangen sogar Kollegen den Eltern der Schüler bei, die sich über den Lehrer (wegen des Zeigens der Mohammed-Karikaturen) beschwerten. Dadurch wuchs die Wut wuchs und es waren Kollegen, die die lautstarken zornigen Eltern über sein Privatleben informierten. Sie gaben seine Adresse und seine Dienstzeiten an.
Heute Nacht sah ich, wie sie sich [nachdem der Mord bekannt wurde] freuten."

In der Schule lernen auf die Mörder stolz zu sein

Der bekannte deutsche Islamkritiker Imad Karim hat zu dem Geschehen gestern noch etwas ergänzt, was zum Verständnis der Geschehnisse ebenfalls grundlegend ist:
„Wir als Muslime, lernten in der Schule auf die Mörder stolz zu sein. Wir lernten, wir sollten niemals zulassen, dass unser Prophet beleidigt wird und dass wir alle Mittel der Gewaltanwendung und die Bereitschaft, die Sünder zu töten, anwenden sollen, wenn sie die Ehre und das Ansehen Mohammad ansatzweise verunglimpfen. Es reicht vollkommen, wenn einer versucht Mohammad neutral zu zeichnen.
Im Islam gilt, wer Allah beleidigt und Reue zeigt, dem wird verziehen, aber wer Mohammad beleidigt und sich sofort oder später entschuldigt und reumütig um Verzeihung bittet, dem wird nicht verziehen.
Mohammad hat in dieser Hinsicht einen höheren Stellenwert als Allah!
Nur, wenn wir diese Zusammenhänge verstehen, können wir begreifen, dass die Gefahr permanent ist. Übrigens halte ich von Macrons Vorstoß nichts. Das ist eine Lippenbekenntnis, um den Einfluss von Frau Marine Le Pen zu minimieren."

http://www.pi-news.net/2020/10/sonderauswertung-des-bka-raeumt-massive-kriminalitaet-von-migranten-ein/

DIE KATASTROPHALE AUSWIRKUNG DER ZUWANDERUNG AUF DIE SICHERHEITSLAGE

Interne BKA-Analyse: Tatverdächtige Zuwanderer bei Mord und Totschlag

19. Oktober 2020

Was den „Kampf gegen Rechts" innerhalb der Behörden betrifft, gibt es noch einiges zu tun. Zwar wurde die Bundeswehr von den beiden Verteidigungsministerinnen Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer bereits „auf Linie gebracht" und auch beim Bundesamt für Verfassungsschutz weiß man inzwischen, was Sache ist, seitdem der aufrechte Präsident Hans-Georg Maaßen dem linientreuen Thomas Haldenwang weichen musste. Bei der Polizei ist man gerade dabei, den Beamten beizubringen, dass inzwischen „Links" hierzulande die einzig geduldete politische Gesinnung ist.

Aber eine Behörde ist bisher der Aufmerksamkeit der Jakobiner entgangen, nämlich das Bundeskriminalamt (BKA). **Offenbar waren die Gesinnungswächter in Politik und Medien so intensiv mit den anderen Sicherheitsbehörden beschäftigt, dass ihnen die Bundeskriminaler bisher durchgeschlüpft sind. Das hat sich jetzt gerächt, denn diese Behörde ist auf die haarsträubende Idee gekommen, eine Sonderauswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hinsichtlich der Fragestellung durchzuführen, wie häufig Zuwanderer seit 2015 als Tatverdächtige bei Mord und Totschlag in Erscheinung getreten sind.**

Wie konnten die Bundeskriminaler nur auf die Idee kommen, eine derartige Auswertung durchzuführen? Jeder mit einem Rest von gesundem, noch nicht links-grün indoktrinierten Menschenverstand, konnte sich doch vorher schon denken, wie das Ergebnis ausfällt.**Mord und Totschlag**

Und dieses ist niederschmetternd: In der Deliktkategorie Mord und Totschlag lag im Auswertungszeitraum (Anfang 2015 bis Ende 2019) der Anteil der Asylzuwanderer an den ermittelten Tatverdächtigen bei sage und schreibe 14,9 Prozent.

Schwere und gefährliche Körperverletzung

Bei den Delikten schwere und gefährliche Körperverletzung sind die Zuwanderer mit 13,3 Prozent auch nicht schlecht dabei – noch dazu angesichts ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung von nur etwa 2%.

Halten wir also fest: Bei einem Bevölkerungsanteil von 2% stellen Zuwanderer 14,9% der Tatverdächtigen bei Mord und Totschlag. Herzlichen Glückwunsch!

Was das ganze noch schlimmer macht: Herausgerechnet wurden bei dieser Auswertung Personen mit dem Status „unerlaubter Aufenthalt", das heißt: Erfasst wurden nur die „Braven", also jene Asylzuwanderer mit Bleiberecht, denen wir gut und gerne Schutz gewährt haben.

Mit dieser Auswertung ist also nun die Katze aus dem Sack und es kam, wie es kommen musste: Jemand aus dem BKA hat das Papier der WELT zugespielt und diese hat die Zahlen öffentlich gemacht, mit folgendem Hinweis:

> *Die (sic) WELT AM SONNTAG vorliegende Sonderauswertung des BKA ermöglicht die bisher genauesten Aussagen zur Kriminalitätsbelastung der als Schutzsuchende eingereisten Ausländer.*

Das kann mal wohl sagen. Und damit so eine kontraproduktive Auswertung nicht noch einmal durchgeführt wird, sollte jetzt die Bundesregierung, beziehungsweise das Bundesinnenministerium, in die Gänge kommen und beim BKA mal nach dem(n) Rechten sehen, denn es kann nicht angehen, dass das BKA hier „den falschen Leuten" in die Hände spielt und das bestätigt, was die Alternativen Medien und die AfD schon immer behauptet haben.

Zudem muss man der Bevölkerung nicht unbedingt unter die Nase reiben, wie hoch der Anteil an tatverdächtigen Mördern und Totschlägern unter den Schutzbedürftigen ist, sonst fürchtet sich der brave Bürger noch mehr und hat vielleicht Einwände dagegen, dass immer noch mehr ins Land gelassen werden.

http://www.pi-news.net/2020/10/chemnitz-polizistenbeleidiger-mob-greift-24-jaehrigen-an/

DEUTSCHLANDWEITE "BEREICHERUNGEN"

Chemnitz: Polizistenbeleidiger-Mob greift 24-Jährigen an

18. Oktober 2020

Weil in der Nacht zu Samstag (10.10.) ein Mann in der Brückenstraße in Chemnitz einem vorbeifahrenden Polizeifahrzeug offenbar eine beleidigende Bemerkung hinterherrief, sprach ein 24-jähriger Zeuge ihn darauf an. Der zunächst verbalen Auseinandersetzung zwischen den beiden gesellten sich in der Folge rund 15 Personen seitens des unbekannten Mannes hinzu. Im weiteren Verlauf kam es zur körperlichen Auseinandersetzung, wobei mehrere Personen aus der Gruppierung den 24-Jährigen sowie seinen Begleiter (29) geschlagen und getreten haben. Der 24-Jährige erlitt leichte Verletzungen. Nach bisherigen Erkenntnissen wurde der 29-Jährige offenbar mit einem Messer ebenfalls leicht verletzt. Im Zuge der Tatortbereichsfahndung stellten alarmierte Polizisten im Umfeld des Tatortes drei Tatverdächtige (30/marokkanische Staatsangehörigkeit; 30 und 18/beide libysche Staatsangehörigkeit). Ermittelt wird wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs sowie der gefährlichen Körperverletzung. Das Trio wurde nach den ersten polizeilichen Maßnahmen auf Weisung der Staatsanwaltschaft zunächst wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Ermittlungen zum Geschehen und den Tatbeteiligungen dauern an.

Im 1. Quartal 2020 wurden fast 64.000 Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern (Asylbewerber, Schutzberechtigte, Geduldete) registriert, darunter 69 Mal versuchter und vollendeter Totschlag und Mord, rund 13.000 Rohheitsdelikte und 1030 Sexualstraftaten.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Rhein-Erft-Kreis: Eine 18-Jährige ging am Donnerstag (01. Oktober) gegen 07:45 Uhr zu Fuß mit ihren beiden Freundinnen zur Schule. Als sie sich auf der Horbeller Straße zwischen Luxemburger Straße und Reifferscheidstraße befanden, näherte sich von hinten ein Radfahrer mit hoher Geschwindigkeit. Nachdem er die jungen Frauen überholt hatte, riefen diese ihm hinterher, dass sich der Radweg auf der anderen Straßenseite befände. Daraufhin stoppte der unbekannte Radfahrer, kehrte um und stellte das Trio zur Rede. Anschließend schlug er mit beiden Händen auf die 18-Jährige ein. Nach seinem Angriff flüchtete er mit seinem Fahrrad und bog nach links auf die Krankenhausstraße ab. Die junge Frau wurde leicht verletzt und begab sich selbstständig zur Behandlung ins Krankenhaus. Wir berichteten über den Sachverhalt mit der Pressemeldung: „201002-6: Radfahrer nach Körperverletzung gesucht". Der gesuchte Fahrradfahrer war 25 bis 30 Jahre alt, von kräftiger Statur, etwa 180 Zentimeter groß und dunkelhäutig. Zudem hatte er schwarze, lockige Haare und einen Bart, der unterhalb seines Mundes ansetzte. Zur Tatzeit trug er einen gelben (senfgelben) Pullover und eine schwarze Hose. Er sprach Deutsch mit Akzent. Auffällig war sein benutztes Lastenfahrrad.

Bocholt: Am späten Freitagabend erlitt eine 53-jährige Frau aus Bocholt schwere Verletzungen nach einer Auseinandersetzung mit zwei Unbekannten. Nach ihren Angaben begegnete sie gegen 22.45 Uhr im Bereich der Parkanlage an der Edith-Stein-Schule zwei

jungen Männern. Nach einem kurzen verbalen Streit schubste einer der Männer sie zu Boden. Ohne der verletzt am Boden liegenden Frau zu helfen, gingen die Täter weiter. Die Sturzverletzung musste am Folgetag im Krankenhaus Bocholt behandelt werden. Auch die Brille der Frau wurde bei dem Vorfall beschädigt. Bei den Personen handelt es sich nach ihren Angaben um zwei 17 bis 20 Jahre alte Männer mit kurzen schwarzen Haaren und südländischem Erscheinungsbild.

Warendorf: Am Samstag, 3.10.2020, 4.30 Uhr schlug ein Unbekannter einem Oelder auf dem Bahnhofsvorplatz in Oelde mit der Faust ins Gesicht und verletzte ihn leicht. Zuvor kam es zwischen den Beteiligten zu einem verbalen Streit in einem in der Nähe befindlichen Lokal und unmittelbar vor dem Schlag zu einer Beleidigung. Einer der Tatverdächtigen warf noch einen Stein nach dem jungen Mann, traf ihn glücklicherweise nicht. Rettungskräfte brachten den alkoholisierten 20-Jährigen zur ärztlichen Versorgung in ein Krankenhaus. Die beiden Tatverdächtigen sind südländischen bzw. nordafrikanischen Typs, etwa 1,70 Meter bis 1,75 Meter groß, zwischen 20 und 25 Jahre alt, sehr schlank, kurze gelockte Haare. Einer der beiden trug eine weiße und der andere eine gelbe Jacke.

Darmstadt: Einer 17-Jährigen wurden Montagnachmittag (05.10.), kurz vor 17 Uhr, am Luisenplatz die falschen Wimpern aus dem Gesicht gerissen. Nach Angaben der Jugendlichen soll die Täterin ihr an der dortigen Bushaltestelle grundlos ins Gesicht gefasst und an den Wimpern gezerrt haben. Daraufhin spuckte die circa 20 – 25-jährige Angreiferin ihr noch ins Gesicht. Die Frau soll ein südländisches Erscheinungsbild gehabt und ihre braunen, schulterlangen Haare offen getragen haben.

Stein: Am Freitagnachmittag (09.10.2020) beleidigte ein unbekannter Täter zunächst eine Frau in Stein (Lkrs. Fürth) und zerstach dann mehrere Autoreifen. Die Polizei sucht Zeugen. Gegen 13:40 Uhr lief ein unbekannter Mann auf eine Frau in der Lotharstraße zu und beleidigte diese ohne jeglichen Anlass. Anschließend konnte die Geschädigte beobachten, wie der Mann einen Gegenstand aus seiner Tasche zog und damit den Reifen eines geparkten Pkw zerstach. Die Frau lief daraufhin weg und verständigte die Polizei. Die Beamten stellten nach ihrem Eintreffen zwei weitere Pkw mit jeweils einem zerstochenen Reifen fest. Eines der beschädigten Fahrzeuge war ebenfalls in der Lotharstraße, das andere in der Wilhelmstraße geparkt. An den Pkw entstand ein Gesamtsachschaden von mehreren hundert Euro. Eine Fahndung nach dem unbekannten Täter verlief erfolglos. Beschreibung: männlich, ca. 30 Jahre, ca. 180 cm, kurze dunkle Haare im Nackenbereich, ansonsten Glatze. Er trug dunkle, langärmlige Oberbekleidung und eine dunkle Hose. Er sprach gebrochen deutsch.

München: Im Verlauf des Abends am Freitag, 09.10.2020, kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Personengruppen auf dem Karlsplatz. Nach dem Eintreffen der hinzugezogenen Streifen entfernten sich diese Gruppen zunächst und kehrten im Verlauf wieder zurück. Aufgrund dessen wurden weitere Einheiten zum Karlsplatz hinzugezogen. Diese stellten dann gegen 19:45 Uhr eine körperliche Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen von bis zu zehn Personen fest. Zeitgleich gingen diesbezüglich bei der Einsatzzentrale Anrufe von Zeugen der Situation ein. Vor allem vier Personen aus diesen beiden Gruppen gingen sich verstärkt körperlich an. Nachdem die Beteiligten der körperlichen Auseinandersetzung auf Ansprache nicht reagierten, ging eine Gruppe einer eingesetzten geschlossenen Einheit dazwischen. Dabei musste zur Trennung der Gruppen der Einsatzstock verwendet werden. Einer der vier Tatverdächtigen aus den beiden Gruppen wurde durch dabei verletzt und musste im Anschluss in einem Krankenhaus ambulant behandelt werden. Bei den vier Tatverdächtigen handelt es sich um einen 35-jährigen, einem 36-jährigen, einem 24-jährigen und einem 21-jährigem Afghanen aus München und dem Landkreis Dachau. Alle vier wurden vor Ort vorläufig festgenommen und im Verlauf zur Polizeiinspektion verbracht. Während der vorläufigen Festnahme wurde aus einer Personenmenge heraus eine Flasche in Richtung der Beteiligten geworfen, die einen der vier Tatverdächtigen am Kopf traf, so dass auch dieser ambulant in einem Krankenhaus behandelt werden musste. Von den eingesetzten Beamten wurde niemand verletzt. Da nach wie vor unter den vielen Personengruppen auf dem Karlsplatz eine aggressive Stimmung herrschte, die auch immer wieder durch Mitteiler dem Polizeinotruf gemeldet wurden, entschloss sich der Einsatzleiter den Karlsplatz zu räumen. Dazu wurden Platzverweise ausgesprochen.

Die Räumung verlief ohne Vorkommnisse. Der Karlsplatz war währenddessen für normales Laufpublikum weiterhin offen und begehbar. Beim Einsatz waren bis zu 80 Polizeibeamte eingesetzt. Die vier Tatverdächtigen wurden wegen einer Gefährlichen Körperverletzung angezeigt und konnten nach Beendigung der Anzeigenaufnahme von der Polizeiinspektion bzw. dem Präsidium aus entlassen werden *(Die Geschehnisse wurden wie gewohnt seitens der Mainstreammedien größtenteils vertuscht. Selbiges beim jetzt gefassten syrischen ICE-Bombenleger von Köln, der seitens der Medien nur als „Lüdenscheider" und „Sauerländer" beschrieben wird)*.

Landshut: Starke Einsatzkräfte der Landshuter Polizei sowie weiterer Dienststellen waren am Abend des Tags der Deutschen Einheit an und in einem Asylheim in der Niedermayerstr. eingesetzt. Über Notruf war der Einsatzzentrale des Polizeipräsidiums Niederbayern in Straubing mitgeteilt worden, dass in besagtem Asylheim lautstark gefeiert und Corona-Regeln missachtet würden. Gegen 19 h wurde über den Notruf 110 mitgeteilt, dass es im Asylheim in der Niedermayerstr. übermäßig lautstark zuginge und viele Personen betrunken seien. Eintreffende Polizeistreifen stellten fest, dass im 2. OG der Unterkunft ca. 100 Personen mit überlauter Musik feierten, zahllose vorhandene Alkoholika zeugten davon. Viele der Personen waren zum Teil auch erheblich betrunken, bei Absuchen wurde in einem Zimmer sogar ein Mann aufgefunden, der aufgrund seiner Alkoholisierung bewusstlos wurde. Für ihn wurde ein Notarzt alarmiert. Zusammen mit Dienstkräften der Bereitschaftspolizei und der Bundespolizei wurde die Party zur Durchsetzung der Hygienevorschriften und zum Eigenschutz der Bewohner beendet und mehr als 20 Teilnehmer aus dem Gebäude verwiesen, die dort nicht aufhältlich sein durften. Die des Platzes Verwiesenen werden in Folge wegen Hausfriedensbruches angezeigt. In vielen Gesprächen mit den Bewohnern versuchten die Landshuter Beamten, für die Einsatzmaßnahmen Verständnis zu bekommen. In einem Fall mussten Beamte aber auch Zwang anwenden, da sich ein betrunkener Bewohner auch nach mehrmaliger Ansprache und Aufforderung nicht vorschriftmäßig verhalten wollte; der Mann wurde in Gewahrsam genommen.

Hannover: Am Freitagabend wurde ein Zugbegleiter (45) von einem renitenten Reisenden im Intercity aus Berlin angegriffen. Aufgrund einer Vorerkrankung erlitt der Zugbegleiter durch die Faustschläge auf den Brustkorb einen Herzinfarkt und musste reanimiert werden. Der Intercity stoppte außerplanmäßig in Wolfsburg und wurde ausgesetzt. Beamte der Polizeiinspektion Wolfsburg/Helmstedt konnten den Tatverdächtigen (45) im Bahnhof stellen. Der Mann aus Berlin hatte keinen gültigen Fahrschein und fühlte sich als Türke diskriminiert. Weil er zudem mehrfach behauptete, LKA-Beamter zu sein, wurde ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen Missbrauchs von Berufsbezeichnungen gegen ihn eingeleitet.

Wien: Beamte der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS Wien) führten in der Nacht vom 06.10. auf den 07.10.2020 eine koordinierte Schwerpunktaktion im gesamten Wiener Stadtgebiet durch. Dabei wurden insgesamt vierzehn Personen wegen des Verdachts des Suchtmittelhandels festgenommen. Weiters wurden gesamt 191,40 g Heroin, 76,80 g Kokain, rund 20 g Cannabis und € 3000,- Bargeld sichergestellt. 2) Dem Landeskriminalamt Wien, Außenstelle Zentrum-Ost ist es auf Grund intensiver Ermittlungen mit Unterstützung der WEGA und dem Stadtpolizeikommando Brigittenau gelungen, zwölf Suchtmitteldealer teils an ihren Meldeadressen, teils auf offener Straße vorläufig festzunehmen. Gegen acht wurde die Untersuchungshaft verhängt. Die Beschuldigten im Alter zwischen 22 und 40 Jahren (Stbg.: Nigeria, Gambia, Sudan, Sierra Leone) stehen im Verdacht, Suchtgift im Bereich der U-Bahnstation Handelskai verkauft zu haben. Die Suchtgiftübergaben fanden großteils in einem schwer einsehbaren Gebiet im Schutze von Büschen statt. Bei den Männern wurden insgesamt 75 Suchtgiftkugeln mit 23,1 g Kokain, 22,2 g Heroin, 18 Ecstasy-Tabletten und100 g Cannabiskraut sichergestellt. Weiters wurde Bargeld in Höhe von € 4.110,- sichergestellt.

München: Ein 28-Jähriger fuhr am Samstagabend (10. Oktober) ohne gültiges Zugticket mit einer Regionalbahn. Als sich Bundespolizisten am Ostbahnhof der Sache annahmen, eskalierte die Situation. Ein 28-jähriger Nigerianer fuhr von Mühldorf (Oberbayern) nach München, ohne für die Fahrt einen gültigen Fahrschein zu besitzen. Die Zugbegleiter forderten zur Feststellung der Personalien die Bundespolizei am Ostbahnhof an. Der

Nigerianer zeigte sich uneinsichtig und verhielt sich gegenüber den Bundespolizisten aggressiv. Zunächst gelang es den Beamten die Situation zu entschärfen und den Mann zu beruhigen. Nachdem die Personalien festgestellt waren, schwankte der 28-Jährige plötzlich, gab an Schmerzen in der Brust zu haben und nur noch schwer atmen zu können. Die Bundespolizisten forderten deshalb einen Rettungswagen an und leisteten Erste Hilfe bei dem Mann. Dieser verkrampfte zunehmend, fing an seinen Kopf auf den Boden zu schlagen und versuchte ein Erbrechen herbeizuführen, indem er sich immer wieder die Finger in den Mund steckte. Aufgrund seines Zustandes wurde zusätzlich ein Notarzt angefordert. Plötzlich wurde der Nigerianer erneut aggressiver und schlug um sich, weshalb die Beamten den Mann fesseln mussten. Der schnappte fortwährend mit den Händen nach den Bundespolizisten und biss einem 22-jährigen Beamten in den kleinen Finger. Als dieser seine Hand aus dem Mund des Nigerianers Mund ziehen konnte, biss er ihn in den Fingerknöchel sowie in den rechten Arm. Der 28-Jährige trat und spukte um sich, sodass ein ebenfalls anwesender Mitarbeiter der DB-Sicherheit dessen Füße fixierte. Die Bundespolizisten trugen den Nigerianer dann zum Rettungswagen. Der Notarzt entschied, den Mann in ein Münchner Krankenhaus einzuliefern. Dies geschah aufgrund der Aggressivität in Begleitung einer Bundespolizeistreife. Der gebissene Beamte musste ebenfalls im Krankenhaus untersucht und behandelt werden. Durch die Staatsanwaltschaft wurde eine Blutentnahme angeordnet. Die Bundespolizei ermittelt in dem Fall wegen tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Erschleichen von Leistungen.

https://kopp-report.de/lehrer-enthauptet-der-politische-***islam-fuehrt-krieg-gegen-die-westliche-zivilisation/***

Stefan Schubert

Lehrer enthauptet: Der politische Islam führt Krieg gegen die westliche Zivilisation

Geschichtslehrer Samuel Paty (47) ist ein Held unserer Zeit. Ein Lehrer, der seinen Schülern die Meinungsfreiheit erklärte und dieses Wissen mit aktuellen Geschehnissen anschaulich vermittelte – er zeigte Karikaturen von Jesus genauso wie von Mohammed. Im Jahr 2020 kommt dies in Westeuropa jedoch einem Todesurteil gleich.

Verzeihen Sie mir in der nun folgenden Einleitung meinen Sarkasmus, aber anders kann man die suizidale Politik der politisch-medialen Eliten kaum mehr ertragen. **An deutschen Schulen und Universitäten ist so ein Fall nicht denkbar, denn dort spielen sich die grün lackierten Sozialisten als Widerstandskämpfer auf. Natürlich nicht als Widerstandskämpfer gegen die totalitäre Ideologie des politischen Islam,** sondern es ist freilich viel bequemer beim Thema Meinungsfreiheit im vergangenen Jahrhundert stehen zu bleiben – 1933 statt 2020. Doch lassen wir diese politisch korrekten Feiglinge zurück und wenden uns der Realität zu.

Europa hat sich in einen Kriegsschauplatz verwandelt, expliziter, ist verwandelt worden. Das Aufzählen der Schuldigen an dieser Entwicklung würde ein ganzes Buch füllen. Das Islam-Appeasement reicht von den Parteien mit dem christlichen »C« im Namen, über SPD, Linke und Grüne bis weit ins linksradikale Milieu hinein. Es sind zudem Gesetze und Verträge die sich fundamental gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung richten, wie von der EU betrieben sowie dem im Geheimen ausgehandelten UN-Migrationspakt.

Es sind zu nennen, die gutverdienen Heuchler der Amtskirchen, evangelisch wie katholisch, die wie seit Jahrhunderten an der Seite der Herrschenden marschieren, Hauptsache ihre Goldschatullen werden weiter aufgefüllt.

Nicht fehlen dürfen die Hofnarren der Neuzeit, »Künstler und Aktivisten«, wie Grönemeyer, Campino, Böhmermann, Hayali, Reschke, Restle und wie die ganzen Genossen heißen, die politisch

Andersdenkende, die genau vor diesen Gefahren warnen, verleumden, diffamieren und versuchen diese in die gesellschaftliche und berufliche Ächtung zu stoßen.
Für mich tragen sie alle eine politische wie moralische Mitschuld an der Enthauptung von Paris. Denn eines muss allen bewusst sein, was heute in Paris passiert, wird sich morgen in Berlin ereignen. Frankreich ist aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit und der daraus resultierenden offenen Einreisebestimmungen, der Destabilisierung durch muslimische Banden, Deutschland lediglich einige Jahre voraus. Eigentlich waren es an die 20 Jahre negative Entwicklungen, die Berliner Politiker Zeit hatten, aus dem Niedergang des französischen Nachbarn die richtigen Lehren zu ziehen. Doch die Zeit wurde nicht genutzt, vielmehr ist das genaue Gegenteil eingetreten.
Die verfassungswidrigen Grenzöffnungen seit 2015 (Artikel 16a GG), die nach wie vor anhalten, werden sich für nachfolgende Generationen als eine Büchse der Pandora erweisen. Kinderlose Staatenlenker wie einem Emmanuel Macron und einer Angela Merkel ist es offensichtlich egal, wie Deutschland und Frankreich in 30 oder 50 Jahren aussehen werden. Nach einem feudalen Ruhestand und bestens bewacht bei lebenslangem Polizeischutz, wird ihr Familienname mit ihnen beerdigt werden. Keine Kinder um die man sich sorgt, denen mein ein besseres und ein sichereres Land hinterlassen will, als vor dem eigenen Amtsantritt.

»Wir alle sind Feiglinge mit Blut an den Händen«

Der Mord an Samuel Paty war ein Mord mit Ansage. Nachdem der beliebte Lehrer und Familienvater im Unterricht die Jesus- und Mohammed-Karikaturen der Journalisten von Charlie Hebdo zeigte, um seinen Schülern die aktuelle Bedrohung der Meinungsfreiheit durch religiöse Fanatiker aufzuzeigen, wurde der Lehrer Ziel massiver Drohungen.
Muslimische Schüler und Lehrer verbreiteten Hetze und Beleidigungen über den Lehrer. Dabei handelt es sich nicht einmal um besonders religiöse Islamisten, sondern viele dieser Moslems entstammen der sogenannten Mitte der muslimischen Gemeinschaft der Pariser Vorstadt.
Ganz gezielt wurden persönliche Daten des Lehrers und Details aus seinem Privatleben veröffentlicht, wie seine Adresse, sein Arbeitsweg zur Schule und wann er aus dem Haus geht.
Diese Hintergründe stammen aus dem öffentlichen Brief von einem Kollegen an der Schule. Der Kollege des Ermordeten berichtet weiterhin, wie Lehrerkollegen den muslimischen Mob noch unterstützten und genau wie diese die Entlassung des Arbeitskollegen forderten. Samuel Paty wusste um die Gefahr, in der er sich befand. Er wendete sich an die Lehrerkollegen und seine Vorgesetzten, erzählten ihnen von seiner Angst und den Mordaufrufen gegen seine Person. Doch diese ließen ihn schändlich im Stich. Trotz allem ließ Samuel Paty seine ihm anvertrauten Schüler nicht im Stich und absolvierte weiterhin seinen Unterricht.
Doch die politisch korrekten Vorgesetzten und Kollegen wendeten sich nicht nur von ihm ab, sondern verlangten von ihm, er solle im Angesicht der islamischen Morddrohungen gegen ihn schweigen, um kein Aufsehen zu erregen. Nur ein Lehrerkollege durchbricht nun diese Schweigemauer, in seinem Brief klagt er auch an:
»Wir sind alles Feiglinge und haben das Blut seines geköpften Hauptes in den Händen.«
Weiterhin berichtet er, wie genau dieser muslimische Mob nach der barbarischen Enthauptung am helllichten Tage und auf offener Straße nicht etwa seine Hetze bereute, sondern sich an der Mordtat regelrecht erfreute. Passagen aus dem Brief im französischen Orginal können »hier« gelesen werden und mit wenigen Mausklicks im Internet ins Deutsche übersetzt werden.

Täter kam als Flüchtling – Sicherheitsrisiko Migration

Der 18-jährige tschetschenische Islam-Terrorist AbdoullakhAbouyezidvitch A. wanderte als Flüchtling nach Frankreich ein und verfügt über eine Aufenthaltserlaubnis und Flüchtlingsstatus. Er war kein Schüler der Schule, sondern wurde offenbar durch die islamistische Hetze zur Tat angestachelt. Der Flüchtling lauerte dem Lehrer nach der Schule auf, verfolgte ihn 400 Meter und griff ihn dann mit einem 30 Zentimeter langen Küchenmesser an. Schlussendlich schnitt der Täter ihm den Kopf ab. Köper wie Kopf weisen zahlreiche Verletzungen auf. Bei der Tat brüllte der Täter »Allahu Akbar«. Nach dem Terroranschlag postete er zudem ein Foto des abgetrennten Kopfes und den Text. »Ich habe einen Ihrer Höllenhunde hingerichtet, der es gewagt hat, Mohammed herabzusetzen.«
Die »Mutter aller Probleme ist die Migration«, verkündete Bundesinnenminister Horst Seehofer, der längst zum Drehofer degeneriert ist, nachdem in Chemnitz ein Deutscher durch einen Asylbewerber erstochen worden war. Doch genauer hätte der Satz lauten müssen: »Die

Mutter aller Probleme ist die muslimische Migration«. Denn mit keiner anderen Glaubensrichtung, mit keinem Flüchtlingsstrom aus nicht-islamischen Herkunftsländern sind auch nur ansatzweise ähnlich schwerwiegende Verwerfungen entstanden wie durch die islamische Einwanderung.

Durch die unkontrollierte muslimische Masseneinwanderung marodiert auf Frankreichs und Deutschlands Straßen ein hochexplosiver Mob, dessen Merkmale immer wieder dieselben sind: Er ist jung, männlich, muslimisch, gewaltaffin und berufs- wie perspektivlos, und seine toxische Mixtur aus islamistischer Sozialisation und übersteigertemEhrgefühl wie Männlichkeitswahnentlädt sich in Gewaltexzessen und Terror. Trotz dieser Zustände leugnet die Bundesregierung und der gesamte Mainstream die bitteren Realitäten in Deutschlands und Europas Migrantenvierteln und lässt sich weiterhin von einer Mischung aus Political Correctness, Multikulti-Ideologie und linksgrünem Wunschdenken tragen. Die negativen Entwicklungen des *Sicherheitsrisikos Islam* betreffen nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche.

Eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage sowie der Rückbau der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind mit diesen Berliner Eliten schon in naher Zukunft zu befürchten.

Bestellinformationen:

» Udo Ulfkotte: *Vorsicht Bürgerkrieg!*, 308 Seiten, 9,99 Euro – **hier** bestellen!
» Greilich: *Ratgeber Einbruchschutz & Heimverteidigung*, 205 Seiten, 16,99 Euro – **hier** bestellen!
» Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!

http://www.pi-news.net/2020/10/kaernten-komorer-vor-gericht-wegen-zehn-vergewaltigungen/

POLIZEI INFORMIERTE ÖFFENTLICHKEIT SEHR ZURÜCKHALTEND

Kärnten: Komorer vor Gericht wegen zehn Vergewaltigungen

21. Oktober 2020

Vier Jahre lang konnte ein Einwanderer von der ostafrikanischen Inselgruppe der Komoren (30) in Kärnten sein Unwesen treiben. Weil die Polizei es aus Sorge vor „Hysterie und Panik" unterließ, die Öffentlichkeit über den Serientäter zu informieren, hatte der Afrikaner lange leichtes Spiel. Die Vergewaltigungen fanden die Fälle immer im gleichen Maisacker unweit einer Groß-Disko in Klagenfurt statt. Weil der Tatverdächtige ein schnelles Geständnis vor Gericht abgab, dauerte die Verhandlung nicht allzu lange – er muss für 13 Jahre in Haft. Sein Anwalt hatte ihm geraten, die Taten zuzugeben, damit die Opfer das Trauma nicht erneut durchleben müssten. Ein Opfer hatte etwa zuvor von „Todesangst" gesprochen.

Auf die Schliche kam man dem schwarzafrikanischen Einwanderer erst nach vier Jahren – und dabei half „Inspektor Zufall" kräftig mit. Denn am Ende überführten ihn nicht die Aussagen der Opfer und auch nicht das vage Phantombild. Der Durchbruch gelang erst durch einen Mundhöhlen-Abstrich infolge eines anderen Delikts. Als das DNA-Profil mit dem der Vergewaltigungen übereinstimmte, war klar: Das ist die „Bestie vom Südring".

Allerdings ist es durchaus möglich, dass ihm auch noch weitere Straftaten zu Lasten fallen würden. Allerdings – und dies war durchaus Gegenstand der medialen Kritik – wollten weder Polizei noch Staatsanwaltschaft ein Fahndungsfoto herausgeben, anhand dessen sich weitere Opfer hätten melden können. „oe24" sprach daher im März von

einem „Polizei-Skandal" und stellte die offene Frage: „Was soll hier vertuscht werden?" *(Artikel übernommen von Wochenblick.at).*
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.
Stuttgart: Ein Unbekannter hat am frühen Samstagmorgen (17.10.2020) im Bereich des Unteren Schloßgartens eine 29 Jahre alte Frau vergewaltigt und ist anschließend geflüchtet. Die 29-Jährige traf gegen 04.45 Uhr am Schloßplatz auf den Täter und ging gemeinsam mit ihm durch die Schloßgartenanlagen in Richtung Bad Cannstatt. Auf Höhe der Lusthausruine drückte der Mann sie zu Boden und vergewaltigte die Frau. Anschließend flüchtete der Täter in Richtung des Planetariums. Er wird beschrieben als dunkelhäutig, etwa 35 Jahre alt und zirka 180 Zentimeter groß. Er soll mit einer Lederjacke bekleidet gewesen sein und Deutsch mit leichtem Akzent gesprochen haben.
Bonn/Hennef: Das alljährliche „Oktoberfest" für die Mitarbeiter einer Pflegeklinik in Hennef endete in der Nacht zum 7. September 2019 für eine 37-Jährige mit einer völlig unerwarteten Katastrophe. An dem Abend war die zweifache Mutter mit einem Dirndl zu dem Firmenfest in einem Hennefer Wirtshaus erschienen. Die sympathische Kollegin sei angeheitert und gut gelaunt gewesen, hieß es später. Als sie nachts um zwei Uhr nachhause gehen will, trifft sie vor der Tür einen Kollegen, der ebenfalls im Aufbruch ist. Da der 33-jährige Familienvater bei ihr um die Ecke wohnt – ihre Kinder gehen in denselben Kindergarten – schlägt sie vor, gemeinsam zu gehen. Auf dem Heimweg jedoch kommt es zu einer schweren Vergewaltigung. Davon jedenfalls gehen die Richter der 1. Großen Strafkammer des Bonner Landgerichts aus. Sie verurteilten den 33-Jährigen, der 2014 mit seiner Familie als Flüchtling aus Syrien gekommen war, zu drei Jahren und zehn Monaten Haft (Auszug aus einem Artikel Express.de).
Starnberg: Zwei Mädchen wurden am Samstagabend zwischen etwa 18 und 19.30 Uhr an einer Bushaltestelle an der Leutstettener Straße vor dem Bahnhof Nord von einem bislang unbekannten Täter sexuell belästigt. Die beiden 12 und 13 Jahre alten Schülerinnen hielten sich gegen 18 Uhr an der Bushaltestelle in der Leutstettener Straße gegenüber dem Bahnhof Nord auf. Dort wurden sie von einem unbekannten Mann angesprochen, der ihnen in aufdringlicher Form eine ‚Fußmassage' anbot. Die beiden entfernten sich daraufhin zunächst und kamen gegen 18.45 Uhr wieder zur Bushaltestelle zurück. Der Unbekannte kam nun wieder auf die Beiden zu und belästigte sie erneut. Dabei habe er den Fuß eines Mädchens in die Hand genommen und an sein Geschlechtsteil gedrückt. Nachdem sich die Mädchen daraufhin sofort erhoben und entfernten, verließ der Mann laut Polizei ebenfalls die Bushaltestelle. Laut Angaben der beiden Freundinnen hielt er sich noch eine Weile im dortigen Grünbereich auf. Der unbekannte Täter wurde wie folgt beschrieben: Männlich, zirka 25 Jahre alt, etwa 170 bis 175 Zentimeter groß, dunkelhäutig, schlanke Figur, schiefe Zähne, dunkle Haare (seitlich rasiert, Deckhaar länger und gelockt), bekleidet mit grauer

Jogginghose (Nike) und schwarzer Jacke, er trug Turnschuhe und führte ein Handy der Marke Huawei mit.
Zorneding: Bereits am 12.10.2020 konnte ein 28-jähriger Nigerianer von Beamten der Polizeiinspektion Poing festgenommen werden, nachdem er gegen 16:35 Uhr einer erwachsenen Frau und zwei etwa 13-jährigen, bisher unbekannten Mädchen, die mit Fahrrädern unterwegs waren, mit entblößtem Geschlechtsteil gegenübergetreten war. Die Frau und die beiden Mädchen waren gerade von Pöring in Richtung Zorneding unterwegs, als ihnen der Mann bei der S-Bahnunterführung gegenübertrat und sie auch ansprach. Die erwachsene Frau setzte sofort einen Notruf ab und die eingesetzte Streife konnte den dunkelhäutigen Mann noch am Tatort festnehmen. Da dieser junge Mann psychische Auffälligkeiten zeigte, ordnete das zuständige Gericht eine Unterbringung in der Psychiatrie an.
Berlin: Das Mädchen, das Taswar A. (28) unter Drogen gesetzt und dann vergewaltigt haben soll, war gerade 14 Jahre alt. Doch im am Montag begonnenen Prozess vor dem Landgericht bestritt der in Wilmersdorf lebende Pakistaner den Vorwurf und behauptete: „Alles, was geschah, war gemeinsamer Wille." … Der Angeklagte: „Ich holte ein paar Bier von Rewe. Sie drehte sich einen Joint." Habe gefragt: „Willst du auch? Schadet dir nicht." Er will bis dahin mit Drogen nichts zu tun gehabt haben. Eine Behauptung, die im krassen Gegensatz zur Anklage steht. Die geht nämlich davon aus, dass der Angeklagte damals als Dealer sein Leben finanziert und der Minderjährigen nicht nur in der Vergangenheit bereits mehrfach Ecstasy-Tabletten verkauft, sondern auch an dem Abend in seiner Wohnung etwa 0,75 Gramm Kokain gegeben hatte. Jenny war davon schlecht geworden. Sie musste sich im Bad übergeben. Konnte danach nicht mehr selbständig laufen. Taswar A. soll ihre hilflose Situation ausgenutzt, die reglos auf der Matratze Liegende ausgezogen, ihren Rücken mit Öl eingerieben und dann vergewaltigt haben. Ihre Schmerzensschreie hörte ein Mitbewohner (Auszug aus einem Artikel der BZ-Berlin).
Oberösterreich: Zuerst wurde wegen Vergewaltigung gegen den jungen Syrer ermittelt. Doch eine solche hatte der Mann nicht im Sinn, als er im Oktober 2018 in Pregarten (Oberösterreich) eine Läuferin zu Sturz brachte, indem er sie von hinten an beiden Knöcheln packte und ihr den linken Laufschuh raubte. Und auch nicht, als er seinem Opfer im November 2019 in Linz einen Müllsack über den Kopf stülpte und es zu Boden drückte. Die Frau wehrte sich. Es blieb beim Versuch. An den Folgen des traumatischen Erlebnisses leidet die Frau noch immer. Im unrealistischen Selbstbild des Angeklagten sieht Gerichtspsychiaterin Adelheid Kastner die Wurzel für seine Taten. Obwohl geistig minderbegabt, hat der 23-Jährige große Pläne. Stößt er damit in der Realität an seine Grenzen, löst das Wut aus. Um sich abzureagieren, braucht er seinen Sex-Fetisch: getragene Damenlaufschuhe. Trotz intensiver Therapie sieht Kastner kaum eine Besserung seines Verhaltens. „Der Angeklagte braucht Hilfe", so Staatsanwalt Herbert Wolfmayr, „aber er war zurechnungsfähig, deshalb braucht es eine Strafe."
Schwäbisch Gmünd: Bereits am Dienstagabend zwischen 18.15 Uhr und 18.35 Uhr saß eine 18-Jährige auf einer Bank im Wartebereich von Gleis 1 am Bahnhof Schwäbisch Gmünd, wo sie auf ihren Zug wartete. Ein ca. 70 bis 80 Jahre alter Mann setzte sich neben die junge Frau und sprach sie an. Hierbei bemerkte sie, dass der Unbekannte erheblich nach Alkohol roch, unter seiner Jacke die Hose geöffnet hatte und an seinem erigierten Glied hantierte. Die 18-Jährige verließ daraufhin die Örtlichkeit. Den Mann beschrieb sie als ca. 175 cm groß und schlank mit grauen Haaren. Er sprach deutsch mit ausländischem Einschlag und trug keine Gesichtsmaske.

Wien: Ein 37-Jähriger Taxi-Lenker sollte sie aus Wiener City nach Hause bringen. Kurz vor der Ankunft stoppte er den Wagen auf einem Parkplatz, verriegelte die Türen und fiel über die wehrlose Frau auf der Rückbank her. Am Opfer konnten später Sperma-Spuren des Taxi-Fahrers nachgewiesen werden. Trotzdem bestritt dieser am Mittwoch am Wiener Landesgericht den Vorwurf der Vergewaltigung, behauptete die Kundin sendete ihm zuvor sexuelle Signale. „Ich hatte das Gefühl, dass sie sich verwöhnen lassen will", so der österreichische Staatsbürger, der 2009 aus dem Iran mit Schleppern ins Land reiste und hier Asyl bekam. „Sie hat mich während der Fahrt mit solchen verführerischen Augen angeschaut. Dort wo ich herkomme, bedeutet das, dass sie was von mir will", erklärte er dem ungläubig dreinblickenden Richter und der erbosten Staatsanwältin (Auszug aus einem Artikel von heute.at).
Singen: Eine 20-jährige Frau ist am Dienstagabend vergangener Woche gegen 21.15 Uhr auf Höhe Parkplatz Landesgartenschau Opfer einer sexuellen Belästigung geworden. Die junge Frau ging alleine von der Ekkehardstraße über die Schmiedstraße in den Stadtpark, wo sie auf der Brücke eine männliche Person bemerkte, die ihr folgte. Nachdem sie über den Parkplatz „Festplatz" auf den parallel der Bahngleise verlaufenden Fußweg gegangen war, wurde sie von der unbekannten Person unsittlich berührt. Als die junge Frau laut aufschrie, flüchtete der Unbekannte in Richtung Schaffhauser Straße.
Der Polizei liegt von der männlichen Person folgende Beschreibung vor: 30 -40 Jahre alt, 175-185 cm groß, südländisches Aussehen.

https://philosophia-perennis.com/2020/10/21/merkels-gast-seit-2015-der-moerder-von-dresden-ist-ein-weiterer-einzelfall-syrer/

Merkels Gast seit 2015: Der Mörder von Dresden ist ein weiterer Einzelfall-Syrer!
Von
Michael van Laack

21. Oktober 2020

(Michael van Laack) Wie immer sehr zurückhaltend berichteten am 4. Oktober unsere Qualitätsmedien vom Messer-Angriff auf zwei Touristen aus NRW in der Nähe des Dresdener Kulturpalastes. Eines der Opfer starb, das andere wurde sehr schwer verletzt. Körperliche und psychische Spätfolgen sind wahrscheinlich. Die Phantasie des Mainstreams war recht groß. Vielleicht ein blonder und blauäugiger Drogensüchtiger, ein Mafia-Mord oder ein Streit unter Bekannten? Zwei parallele Familien-Dramen waren auch im Angebot.
Könnte daher die heutige Festnahme eines Syrers ein weiterer rassistischer Polizei-Akt sein? Vielleicht…
Doch zum Bedauern unserer bunten Freunde gab es DNS-Spuren am Tatort. Und die führten nun zu einem in Deutschland seit 2015 geduldeten 20-jährigen Syrer, der in der Nacht zum Mittwoch festgenommen werden konnte. Dieser hatte dankenswerterweise die Tatwaffe (ein Küchenmesser) am Ort des Geschehens zurückgelassen und wohl auch keine Handschuhe getragen.

Doch zur Beruhigung aller antifaschistischen Freunde sei mit den Worten der BILD bemerkt:
Das Motiv der Tat ist noch unklar. Der Angreifer hatte den Männern keine Wertgegenstände abgenommen, somit schließt sich eine Raubstraftat aus.
Vielleicht war der Täter das Opfer?
Damit besteht weiterhin die Hoffnung, dass es sich bei den Opfern um Menschen mit rechter Gesinnung handelte, die den Syrer rassistisch beleidigten, so dass er sich nicht anders zu helfen wusste, als das zufällig mitgeführte Küchenmesser zum Einsatz zu bringen, während die beiden gerade mal in eine andere Richtung schauten. Denn die Angriffe sollen von der Seite und von hinten geführt worden sein.
Falls sich diese Hoffnung zerschlüge, dürften interessierte Kreise die Karten „kriegstraumatisiert" oder „geistig verwirrt" spielen. Denn eine solche Tat ist sowohl mit der edlen arabischen Herkunft als auch der Barmherzigkeits-Religion Islam unvereinbar. Ein Moslem bei klarem Verstand hätte also auf die beiden Männer nicht eingestochen, sondern sie freundlich gegrüßt und gefragt, ob er ihnen vielleicht helfen könne.
Staatsmedien einmal mehr mit perfektem Wording
Deshalb ein großes Lob an die Ost-Dependance von „Betreutes-Denken TV", den Mitteldeutschen Rundfunk. Dessen Redaktion ist es gelungen, einen mitfühlenden Text zu verfassen, ohne die Herkunft des Täters auch nur andeutungsweise zu erwähnen. Bravo! Aber auch andere Medien wie RTL oder die Freie Presse machen der Zivilgesellschaft Mut. Die Verhaftung habe lediglich auf Basis der Spurenlage stattgefunden.
Was suggeriert: Der Syrer könnte das Küchenmesser ja auch als Geburtstagsgeschenk für seine neue minderjährige deutsche Freundin oder statt eines Verlobungsringes gekauft und dann verloren haben. So hätte ein Nazi – von denen gibt es bekanntlich im Osten Deutschlands überdurchschnittlich viele – der dies beobachtete, die Gunst der Stunde nutzen, Handschuhe anziehen, die beiden Männer angreifen und den Verdacht auf den unschuldigen Syrer lenken können.
Leider keine Satire!
Das alles klingt sehr nach Satire oder Sarkasmus? Stimmt, ist aber weitgehend traurige Wirklichkeit. Die Redaktionen großer Printmedien und vor allem TV-Sender konstruieren seit 2015 permanent Ausreden und Entschuldigungen, wenn es um die „falschen Täter" oder die „richtigen Opfer" geht. Also um muslimische Asylanten und Migranten auf der Täter- und Biodeutsche auf der Opfer-Seite!

https://philosophia-perennis.com/2020/10/21/allahu-akbar-terrorakt-gegen-lehrer-das-war-der-11-september-fuer-frankreich/

•
LESERBRIEF DES MONATS
„Allahuakbar"-Terrorakt gegen Lehrer: „Das war der 11. September für Frankreich"
Von
PP-Redaktion
-

21. Oktober 2020
0

Unser Leserbrief des Monats kommt diesmal von einem PP-Leser der ersten Stunde. Er sieht nach unserem skeptisch abwägenden Artikel zu den Reaktionen auf den islamistischen Terrorakt von Conflans gegen den französischen Lehrer echte Chancen, dass diesmal die Franzosen doch aufgewacht sind. Seit mehr als 20 Jahren lebt er in einem deutsch-französischen Umfeld und verfolgt die französischen Medien täglich.
Es hat ein Erdbeben gegeben. Der Rassemblement National setzt hierbei die Themen und Teile – aber eben nur Teile – seiner Forderungen werden umgesetzt. Selbst Politiker anderer Parteien ziehen jetzt plötzlich nach.

Französische Interessen zuerst!

- **Auf die Fragen an einen Politiker der Sarkozy Partei, ob man nicht mit Aberkennung der frz . Staatbürgerschaft und mit Ausweisungen haftentlassener Islamisten spätestens am EU-Gerichthof scheitere, antwortete er: zunächst einmal müssen französische Interessen wahrgenommen werden und dabei alle Maßnahmen umgesetzt werden, die ja eine Antwort auf eine bürgerkriegsähnliche Situation sind. Da dürfe man darauf keine Rücksicht nehmen.**
- **Es gibt Razzien gegen bekannte Treffpunkte und Vereine.**
- **Über 200 geheimdienstlich bekannte Gefährder sollen sofort ausgewiesen werden.**
- **Im Fernsehen kommen ehemalige Schulleiter zu Wort, die von ihren langjährigen Erfahrungen mit Gewalt, Erpressungen und Beleidigungen durch islamistische Schüler berichten, also das Eingeständnis, es nicht mehr mit Einzelfällen zu tun zu haben.**
- **Eine Solidaritätskundgebung für den enthaupteten Lehrer gab es in Lyon, in die Dutzende wohl islamistische Mopedfahrer hineinfahren wollten und nur von der Polizei daran gehindert wurden**.
- Selbst Melenchon übte vorsichtig Kritik, der selbst noch im November 2019 an einer Demo gegen Islamophobie mit zweifelhaften Teilnehmergruppen teilgenommen hatte. Er sagte: In Dijon haben im Juli hunderte Tschetschenen die Stadt terrorisiert, auch jetzt war es ein Tschetschene. Man solle sich die Angehörigen dieser Ethnie in Frankreich doch mal näher anschauen.
- Auch Sozialisten üben Selbstkritik.

Das Opfer ist einer „von ihnen"

Das war der 11. September für Frankreich. Bezeichnend ist, dass es zuvor schon viele Tote gab, aber einmal war es „nur" ein Unternehmer, dann ein Polizist, alles Menschen die bei Linken ja nicht groß im Ansehen stehen und zuletzt in Bayonne „nur" ein Busfahrer, das schreckte die bourgeoise linkslastige Mittelschicht nicht auf. Jetzt ist das Opfer mal einer von „ihnen".
Frau von der Leyen kann ihren Asylentwurf einpacken, Deutschland wird in seiner Verblendung und unterirdischen Diplomatie außer Luxemburg keinen mehr finden, der Einwanderung „steuern" will, weil keiner mehr Einwanderung haben will, die vorwiegend aus den Ländern kommt, aus den auch die Mörder kommen.
Soweit unser Leserbrief.

Die andere Sicht: Es wird sich nichts zum Guten ändern

Skeptischer betrachtet Dr. Guy Millière, Professor an der Universität von Paris, die Lage nach de Terrorakt. Unter dem Titel „Frankreich: Tod der Redefreiheit" schreibt er bei „Gatestone": „**Am Tag nach dem Anschlag**

merkten mehrere Kommentatoren an, dass in Frankreich die Liebe zur Freiheit nicht unzerstörbar sei. Sie verordneten Selbstzensur und wagten es, vorzuschlagen – leider „dem Opfer die Schuld gebend" – dass diejenigen, die beschlossen hatten, die Karikaturen neu zu veröffentlichen, für den Angriff verantwortlich seien. „Wenn man Karikaturen neu veröffentlicht", sagte Anne Giudicelli, eine Journalistin, im Fernsehen, „spielt man diesen Organisationen in die Hände. Wenn man bestimmte Dinge nicht sagt, reduziert man die Risiken."
„Wenn man eine Person provoziert", sagte der Fernsehmoderator Cyril Hanouna, „muss man aufhören. Die Charlie-Hebdo-Zeichnungen gießen Öl ins Feuer".
Das Fortbestehen der islamischen Gefahr wurde nicht erwähnt, außer von dem Journalisten Éric Zemmour. Ironischerweise wurde Zemmour am Tag des Anschlags zu einer hohen Geldstrafe (10.000 Euro) verurteilt wegen Äußerungen zum Islam im September 2019. Damals hatte er gesagt, dass es in Frankreich „muslimische fremde Enklaven" gebe. Das tut es auch. Mindestens 750 von ihnen. Er stellte auch fest, dass die Angriffe im Namen des Islam nicht verschwunden sind und wahrscheinlich zunehmen werden. Die französische Justiz beschloss, diese Worte als „Aufstachelung zum Hass" zu bewerten."

Wie stehen die Chancen Frankreichs, das Ruder noch herumzureißen?

Zum Leserbrief des Monats unsere Umfrage:

Was die Verantwortlichen in Frankreich nun tun...

- ... ist richtig und die Chance, dass sie das Ruder herumreißen, gibt es noch.
- ...ist richtig, aber um den "Zug aufzuhalten", ist es bereits zu spät.
- ... ist falsch. Sie sollten weiterhin eine liberal Einwanderungspolitik verfolgen

http://www.pi-news.net/2020/10/giessen-araber-schlaegt-mit-staubsaugerrohr-auf-passanten-ein/

DEUTSCHLANDWEITE "BEREICHERUNGEN"

Gießen: Araber schlägt mit Staubsaugerrohr auf Passanten ein

24. Oktober 2020

Streifen der Polizeistation Gießen-Nord überwältigten am 19. Oktober einen 24-Jährigen. Der hatte mit einem Staubsaugerrohr auf ein Auto sowie auf ein Pärchen eingeschlagen. Gegen 19.40 Uhr erreichten die Polizei die ersten Notrufe aus der Ederstraße. Ein Mann, so die Mitteiler, schlug mit einem Metallrohr auf einen geparkten Audi ein. Als die erste Streife eintraf lief der Mann in arabischer Sprache schreiend auf die Kollegen zu. Aufforderungen stehen zu bleiben und das Metallrohr fallen zu lassen ignorierte er. Letztlich löste einer der Polizisten mehrere Sprühstöße aus seinem Pfefferspray in Richtung des Angreifers aus und die Streife überwältigte den Mann. Auch beim Anlegen der Handschellen wehrte sich der 24-Jährige. Kurz darauf machten sich eine Frau und ein Mann bei den Ordnungshütern bemerkbar. Die 26-Jährige war in ihrer Wohnung durch laute Schläge und Schreie vor dem Haus auf den 24-Jährigen aufmerksam geworden. Gemeinsam mit ihrem 22-jährigen Bruder wollten sie den Mann zur Rede stellen.

Bereits im Treppenhaus kam ihnen der 24-Jährige entgegen und schlug unvermittelt mit dem Staubsaugerrohr auf beide ein. Sie wehrten die Angriffe ab, letztlich floh der Angreifer wieder aus dem Haus auf die Straße und wurde kurz darauf festgenommen. Die Zeugin trug Prellungen, ihr Bruder Prellungen und Schnittverletzungen davon. Die Schnittverletzungen am Oberarm und an den Fingern mussten später ärztlich behandelt werden. Der 24-Jährige mit Wohnsitz in Gießen musste mit auf die Wache am Berliner Platz. Nach der Identitätsfeststellung wurde er wieder entlassen. Anzeichen für einen Alkohol- oder Drogenkonsum gab es nicht. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Sachbeschädigung.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Dortmund: Aktuell eine schwere Zeit durchlebt nach eigenen Angaben ein 40-jähriger Mann aus Schmallenberg. Der türkische Staatsangehörige soll am 20. Oktober grundlos einen Bahnmitarbeiter angegriffen und diesen als „Scheiß Deutschen" betitelt haben. Anschließend schloss er sich in der Zugtoilette ein. Gegen 8 Uhr wurden Bundespolizisten zum RE 57 im Dortmunder Hauptbahnhof gerufen. In dem Zug sollte es zu einem Angriff auf einen Bahnmitarbeiter gekommen sein. Vor Ort erklärte der 59-jährige Triebfahrzeugführer des RE 57, dass er nach Halt des Zuges im Hauptbahnhof von dem 40-jährigen Schmallenberger grundlos und mit den Worten: „Scheiß Deutscher" angegriffen worden sei. Den Angriff konnte er abwehren und wurde so nur leicht verletzt. Anschließend habe sich der Mann auf der Zugtoilette eingeschlossen. In dieser nahmen ihn Einsatzkräfte auch fest und brachten ihn zur Wache. Dort erklärte der 40-Jährige, dass er aktuell eine schwere Zeit durchleben würde. Wie weitere Ermittlungen ergaben, befindet sich der Mann derzeit wegen der Corona-Pandemie in einer Strafunterbrechung und hat nach dieser noch eine 19-tägige Haftstrafe wegen Sachbeschädigung zu verbüßen. Gegen den polizeibekannten Mann leitete die Bundespolizei ein Strafverfahren wegen Körperverletzung ein.

München: Bingöl berichtet, dass sie am Gollierplatz im Westend in den Bus der Linie 63 gestiegen seien. Wenig später sei eine auffällig laute Gruppe eingestiegen, unter ihnen einer mit der türkischen Fahne auf der Jacke, der habe eine Bierflasche in der Hand gehabt. Rasch sei von der Gruppe eine aggressive Atmosphäre ausgegangen. Ercik trug einen Schal in den kurdischen Farben, gelb, grün rot, so sei er wohl als Kurde erkannt worden. Einer der Türken habe demonstrativ die Fahne auf der Jacke geküsst und einen nationalistischen Slogan gesprochen. Ercik und Bingöl versichern, selbst passiv und deeskalierend reagiert zu haben; die anderen hätten gepöbelt, der mit der Fahne zugeschlagen. Als Ercik den Fahrer gebeten habe, die Polizei zu rufen, habe er einen weiteren Schlag abbekommen, ins Gesicht. Die Kurden erinnern sich an weitere Schläge, an den Tumult und hysterisches Schreien der Passagiere. Kurz danach, der Bus

hatte nach der Donnersbergerbrücke gestoppt, seien die Täter geflohen. Nach ihnen sucht die Polizei. … Schlimmer als die gebrochene Nase seien der Schock und das Entsetzen, dass die Hemmschwelle zur Gewalt so niedrig sei, sagt Ercik. Mittlerweile habe man den beiden Kurden über Umwege wissen lassen, dass sie keinen Wind machen sollten wegen der Geschichte, dass man um ihre Familien wisse und ihren Wohnort herausfinden werde. Für Bingöl und Ercik ist das klar eine Drohung. Der wollten sie sich nicht beugen, deshalb erzählen sie von dieser Busfahrt *(Auszug aus einem Artikel von Sueddeutsche.de)*.

Osnabrück: Ein 21-Jähriger befuhr am Montagabend mit einem Fahrrad die Schinkelstraße, als er gegen 22.40 Uhr in Höhe des Wendeplatzes am Jugendzentrum auf eine Personengruppe traf. Die drei Unbekannten, bei denen es sich um zwei Männer und eine Frau (mit einem Hund) handelte, beleidigten, traten und schlugen den dunkelhäutigen Mann. Das Opfer ließ sein Fahrrad und seinen Rucksack zurück, ergriff die Flucht und wurde dabei von dem Hund verfolgt. Im Bereich eines in der Nähe befindlichen Spielplatzes gelang es dem jungen Mann den Hund abzuwehren. Als er anschließend zurück zum Wendeplatz ging, musste er feststellen, dass sein zweifarbig grauer Rucksack nicht mehr dort, und sein Fahrrad beschädigt worden war. Der Haupttäter wurde als ca. 30 Jahre alt und etwa 1,70 bis 1,80m groß beschrieben. Er war vermutlich türkischer Herkunft, sprach Deutsch mit Akzent und hatte eine kräftige Statur und braune Haare. Bekleidet war der Unbekannte mit einer blauen Jeans und einer Jacke. Die Frau war ungefähr 20 bis 25 Jahre alt und 1,50 bis 1,60m groß. Sie hatte glatte, schulterlange, schwarze Haare und ebenfalls eine kräftige Statur. Sie trug eine schwarze Hose und hatte einen schwarzen Hund bei sich, der dem Opfer bis über die Knie reichte. Der zweite Mann, der sich nicht an dem Geschehen beteiligte, war ca. 20 bis 30 Jahre alt, 1,70m groß und hatte kräftige Statur und braune Haare.

München: Am 17.10.2020, gegen 14:45 Uhr, befand sich ein 26-Jähriger aus Guinea-Bissau in der Kaufingerstraße. Er wirkte aggressiv und alkoholisiert und pöbelte mehrere Passanten an. Dazu trat er gegen einen Hund, der durch den Tritt mehrere Meter weg geschleudert wurde. Mehrere Zeugen alarmierten den Polizeinotruf 110. Sofort wurden mehrere Streifen in die Fußgängerzone geschickt, die den 26-Jährigen antreffen und festnehmen konnten. Er wehrte sich gegen die polizeilichen Maßnahmen und versuchte gegen die Beamten zu treten. Als er sich bei einem Dienstfahrzeug befand, trat er gegen einen Scheinwerfer des Pkw, der dadurch beschädigt wurde. Er wurde wegen eines tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte, eines Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, einer Sachbeschädigung, Körperverletzung und eines Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz angezeigt. Nach der polizeilichen Sachbearbeitung wurde er in die Haftanstalt des Polizeipräsidiums gebracht. Er wird heute dem Haftrichter zur Klärung der Haftfrage vorgeführt.

Augsburg: Ein 13-jähriger Schüler stieg am 19.10.2020 gegen 14.00 Uhr am Theodor-Heuss-Platz aus der Straßenbahnlinie 2 aus und lief von dort weiter in Richtung Bismarckstraße. Im dem westlich gelegenen Park traf er dann im Bereich der Tischtennisplatten auf fünf Jugendliche, die ihn eigenen Angaben zufolge sofort beleidigten. Als er die Pöbeleien ignorierte und stattdessen weiterging, wurde er von der Gruppe umringt und körperlich angegangen. Hierbei zog er sich eine Schürfverletzung am Knie und evtl. Prellungen am Oberkörper zu. Die fünf Jugendlichen entfernten sich anschließend in Richtung Rotes Tor. Der Geschädigte beschrieb die Jugendlichen als eher südländisch im Alter zwischen 17 bis 20 Jahren, zwei hatten kurz rasierte Haare; einer dunkle, kurze Locken; drei trugen Jogginghosen, zwei Jeanshosen. Einer trug einen roten Kapuzenpulli, die anderen T-Shirts.

München: Ein 23-Jähriger, der am Samstagabend (17. Oktober) in einer S4 vor dem Haltepunkt Hackerbrücke von einer Frau auf sein Rauchen, das Belästigen von Mitreisenden sowie seine nicht korrekt sitzende Mund-Nasenbedeckung angesprochen wurde, beleidigte und schubste und bespuckte die Zivilcourage zeigende 50-Jährige. Gegen 22:25 Uhr wurde der Bundespolizei eine Schlägerei in der stadteinwärts fahrenden S-Bahn vor bzw. am Haltepunkt Hackerbrücke gemeldet. Ersten Ermittlungen zufolge hatte ein 23-jähriger Syrer in der S-Bahn geraucht und Mitreisende belästigt. Zudem trug er seine Mund-Nasenbedeckung nicht ordnungsgemäß. Als er von einer 50-Jährigen aus Buchholz i.d. Nordheide, Lkr. Harburg (Niedersachsen) auf sein Fehlverhalten angesprochen wurde, quittierte er dies mit verbalen Beleidigungen, schubsen und spuckte ihr ins Gesicht. Mehrere Reisende mischten sich ein und verständigten die Polizei. Beim Transport zur und in der Wache am Hauptbahnhof wehrte sich der in Schwabing Wohnende gegen die polizeilichen Maßnahmen. Er schlug um sich und beleidigte die eingesetzten Bundespolizisten verbal. Zudem bespuckte er auch einen der Beamten. Im Gewahrsam schlug er mit seinem Kopf gegen eine Wand und verletzte sich dabei. Daraufhin wurde eine Unterbringung in eine psychiatrische Anstalt angeregt und später durch die Bayerische Landespolizei umgesetzt. Der mit 1,3 Promille alkoholisierte Syrier reiste 2016 erstmalig ins Bundesgebiet ein. Er ist im Besitz einer Duldung. Gegen ihn wird nun von der Bundespolizei wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Beleidigung ermittelt.
Frankfurt: Ein 24-jähriger Mann aus Büdingen befand sich am Sonntag, den 18. Oktober 2020, gegen 17.05 Uhr, in einer Gruppe von etwa sechs oder sieben Personen auf dem Gehweg der Niddastraße, in Höhe der Hausnummer 76. Innerhalb dieser Gruppe kam es zunächst zu verbalen Streitigkeiten, in deren Verlauf ein bislang unbekannter Täter ein Messer zog und in Richtung des 24-Jährigen stach. Dieser erlitt dabei erhebliche Verletzungen im Bauchraum. Er wurde sofort in ein Krankenhaus verbracht und dort medizinisch versorgt. Der Täter floh, zusammen mit einer weiteren Person aus der genannten Personengruppe, über die Niddastraße, in Richtung der Düsseldorfer Straße. Die Ermittlungen wurden aufgenommen. Zurzeit können keine Angaben zum Hintergrund der Tat gemacht werden. Der Täter wird beschrieben als etwa 20 – 30 Jahre alt, 160 cm groß, dunkelhäutig und schlank. Trug eine schwarze Daunenjacke und eine hellblaue Jeanshose. Rufname (phonetisch) „Akalin".
Gera: Am Sonntag verließ ein Bahnreisender um 22 Uhr am Bahnhalt in Gera-Zwötzen, an der Aaalichtstraße, den Zug, um auf seinen Anschlusszug zu warten. Zu dem Zeitpunkt saßen bereits drei Männer am Bahnsteig. Diese versuchten den Reisenden zu provozieren. Dies steigerte sich so weit, dass der Mann von der Dreiergruppe attackiert und sogar mit einer Glasflasche geschlagen wurde. Bei der Abwehr des Angriffs zog sich der 31-Jährige Reisende eine Schnittverletzung an der Hand zu. Die Tätergruppe entkam unerkannt. Zur Beschreibung konnte der Verletzte angeben, dass die drei Flüchtigen südländischen Aussehens und ca. 170 cm bis 175 cm groß waren sowie 3-Tage-Bärte hatten. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen.
Bonn: Nach der Festnahme eines 36-jährigen Mannes durch ein Spezialeinsatzkommando am Montag (19.10.2020) in Bad Godesberg dauern die Ermittlungen der Bonner Polizei weiter an. Der Mann steht im Verdacht, eine 18-jährige Frau in Belgien in ein Auto gezogen und nach Bonn verschleppt zu haben (siehe dazu die Pressemeldung der Polizei Köln vom 19.10.2020). Bei den weiteren, durch die Bonner Polizei geführten Ermittlungen konkretisierte sich der Verdacht der Freiheitsberaubung und möglicher Sexualdelikte gegen den 36-Jährigen. Er soll die 18-Jährige, mit der er eine Beziehung führt und

nach islamischem Ritus verheiratet ist, gegen ihren Willen in eine angemietete Wohnung nach Bonn gebracht und dort vergewaltigt haben. Der 18-Jährigen war es gelungen, ihren Aufenthaltsort Angehörigen mitzuteilen, die die Polizei informierten. Der 36-Jährige, der wie die Geschädigte in Belgien wohnt, soll auf Antrag der Bonner Staatsanwaltschaft wegen des dringenden Tatverdachts der Freiheitsberaubung und der Vergewaltigung heute noch dem Haftrichter vorgeführt werden. Die Ermittlungen zu den Hintergründen und dem genauen Geschehensablauf dauern weiter an.
Chemnitz: Am Stadthallenpark war es zunächst nach einem verbalen Disput zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen zwei Personengruppen gekommen. In deren Folge vier junge Männer (16, 18, 20, 22; alle syrische Staatsangehörigkeit) mit Gegenständen geschlagen und verletzt wurden. Sie kamen zur Untersuchung in Krankenhäuser. Anschließend flüchtete die Gruppe zum Dresdner Platz. Dort kam es erneut zu einer Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten, wobei ein 21-Jähriger (syrische Staatsangehörigkeit) eine Stichwunde erlitt. Danach waren mehrere Personen vom Ort geflüchtet. Polizeibeamte konnten im Rahmen der Tatortbereichsfahndung einen Tatverdächtigen (20, afghanische Staatsangehörigkeit) stellen und vorläufig festnehmen. Weitere Ermittlungen ergaben zudem Hinweise auf einen mutmaßlichen Mittäter (16), welcher infolgedessen vorläufig festgenommen wurde. Bei der Durchsuchung des Jugendlichen stellten die Beamten ein Messer sicher. Bei dem 16-Jährigen handelt es sich um einen afghanischen Staatsangehörigen. Auf Weisung der Staatsanwaltschaft wurden der 16-Jährige sowie der 20-Jährige nach den ersten polizeilichen Maßnahmen zunächst wieder aus der Dienststelle entlassen. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung aufgenommen. Dabei müssen der genaue Tatablauf sowie die jeweiligen Tatbeteiligungen noch ermittelt werden.
Düsseldorf: Dem Land Nordrhein-Westfalen sind für die Unterbringung von Flüchtlingen in Jugendherbergen seit Mai Kosten von 12,2 Millionen Euro entstanden. Die durchschnittlichen monatlichen Kosten beliefen sich pro Einrichtung auf etwa 436 000 Euro, heißt es in einem Bericht des Flüchtlingsministeriums an den Landtag. … Die zuständigen Behörden hatten in Jugendherbergen unter anderem Flüchtlinge untergebracht, die zu Risikogruppen gehören – und in Sammelunterkünften eventuell gefährdet wären. Wie aus der Antwort des Ministeriums auf eine Kleine Anfrage der AfD hervor geht, lebten zum Stichtag 30. Juni 621 Asylsuchende in den besagten sieben Jugendherbergen.

http://www.pi-news.net/2020/10/steinwurf-und-gewuenschte-steinigung-von-islamkritker-in-augsburg/

VIER ZENTIMETER GROSSER STEIN VERFEHLTE KOPF NUR KNAPP UND TRAF SCHULTE

Steinwurf auf Islamkritiker und gewünschte Steinigung in Augsburg

27. Oktober 2020

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) am vergangenen Samstag in Augsburg entwickelte eine ganz eigene Dynamik. Als ich darüber informierte, dass mit dem Juso-Chef Kevin Kühnert und dem Journalisten Sascha Lobo jetzt auch Linke dazu auffordern, dass Problem des „Islamismus" nicht länger totzuschweigen, sondern sich kritisch damit auseinanderzusetzen, verleumdete mich eine Dame aus dem Publikum als „Scheiß Fascho".

Die BPE sieht es als Teil ihrer Aufgabe an, die Diskussionskultur in Deutschland bei öffentlichen Kundgebungen entscheidend zu verbessern. Hierzu gehört die Einhaltung der Mindeststandards, andere nicht zu beleidigen, zu bedrohen oder gar Gewalt zu verüben. Dies wird regelmäßig unterlaufen, insbesondere von linken und linksextremen sowie fundamental-islamischen Versammlungsbesuchern. Dies darf nicht stillschweigend geduldet werden, sondern muss mit den Mitteln des Rechtsstaates unterbunden werden.

Bei der Dame mit der „Scheiß-Fascho"-Verleumdung fing es an. Das Stellen eines Strafantrages überraschte sie sichtlich, da sie es in der Vergangenheit offensichtlich gewohnt war, ohne jegliche Gegenmaßnahmen andere Bürger verleumden zu können. Es ist eine beliebte Übung im linken und linksextremen Spektrum, Menschen mit einer anderen Meinung mundtot zu machen, indem man ihnen das „Nazi"-, „Faschist"- und „Rassist"-Etikett verpasst. Dem muss mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Das Stellen eines Strafantrages ist hierzu unerlässlich.

Aber als ich dann über einen syrischen „Flüchtling" berichtete, der vergangenes Jahr im Augsburger Gericht herumspuckte, mit einem Schuh nach dem Staatsanwalt warf, einem Polizisten die Waffe entreißen wollte, um alle fünf Richter zu erschießen, wurde die Stimmung auch unter den anwesenden Moslems zunehmend aggressiver. Dieser Syrer stand übrigens vor Gericht, weil er in einer Asylunterkunft einen christlichen Asylbewerber, der sich kritisch zum Islam geäußert hatte, nachts mit einem Messer 12 Zentimeter tief in den Hals stach, während jener schlief. Der Christ konnte nur durch eine Notoperation gerettet werden. Anstatt sich über diesen potentiellen Mörder zu empören, fand bei manchen anwesenden „Rechtgläubigen" der Kundgebung in Augsburg offensichtlich eine Solidarisierung mit diesem Moslem statt. Die Umma hält eben häufig eisern zusammen, wenn es gegen die „Ungläubigen" geht.

Trotz andauernder faktischer Aufklärung und wiederholter Klarstellung, dass sich unsere Kritik nicht gegen Moslems, sondern gegen die gefährlichen Bestandteile des Politischen Islams richtet, heizte sich die Atmosphäre zusehends auf. Immer mehr Moslems kamen auf den Willy-Brandt-Platz und die Eskalation nahm ihren Lauf.

Als ich über die in den letzten Jahren enorm zunehmende Gewalt gegen Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute berichtete und den Hintergrund darstellte, wurde es besonders skurril. Eine irakischstämmige Person, die sich als „katholisch" bezeichnete, meinte allen Ernstes, dass ich wegen „Volksverhetzung" angezeigt werden sollte. **Er meinte auch, dass es ihm egal sei, dass Christen die weltweit am Schlimmsten verfolgte Religionsgemeinschaft sind, vor allem in islamischen Ländern, und ihn interessiert es auch nicht, dass der Politische Islam einen regelrechten Hass auf Christen verbreitet**.

Wir haben es bei unseren Kundgebungen vielfach schon erlebt, dass sich Moslems als Christen ausgeben, um dann vorzutäuschen, dass der Islam doch ganz „friedlich" sei und in den Ländern, aus denen sie kommen, das

Zusammenleben „wunderbar" funktioniere. Dies ist ein Teil der Taqiyya, des erlaubten Täuschens der Ungläubigen, um sie hinters Licht zu führen und in Sicherheit zu wiegen, damit sich der Islam ungehindert weiter ausbreiten kann. Häufig lassen diese vermeintlichen „Christen" aber im Laufe der Kundgebungen ihre Maske fallen und outen sich im Zuge ihrer Aggressionsausbrüche als Moslems. Mit diesem „Christen" wurde es auch noch sehr spannend im Verlaufe dieses Nachmittages in Augsburg.

Ein anderer Moslem begann, mehrfach in meine Richtung auf den Boden zu spucken. Nachdem er offensichtlich weder in der Schule noch im Elternhaus dazu erzogen wurde, dass man dies in einem zivilisierten Land wie Deutschland unterlässt, wies ich ihn darauf hin. Unsere Kundgebungen dienen eben auch dazu, die ganz offensichtlich mangelhafte Erziehung solcher Menschen zu verbessern. Auch dieser Moslem steigerte sich in seine Wut hinein.

Nicht nur er, sondern auch andere. Direkt nach dieser Spuck-Ermahnung wurde aus einer Gruppe von vier mutmaßlichen Moslems ein etwa vier Zentimeter großer Stein auf mich geworfen, der meinen Kopf nur knapp verfehlte und mich an der Schulter traf (im Video bei Minute 11:55). Dies brachte ich selbstverständlich als versuchte schwere Körperverletzung zur Anzeige. Wir sind gespannt, ob sich aus den vier Tatverdächtigen der Schuldige ermitteln lässt.

Ein junger Moslem rief gleich, dass dieser Steinwurf gerechtfertigt sei, da ich schließlich den Islam „beleidigt" hätte. Eine Gruppierung der Antifa, die mittlerweile eingetroffen war und der von der Polizei für ihren organisierten Gegenprotest korrekterweise eine eingegitterte Fläche etwa 30 Meter von uns entfernt zugewiesen worden war, schrie „Faschos raus". Als ich berichtete, dass mir ein türkischer Moslem bei einer Kundgebung in München im Jahr 2013 ins Gesicht geschlagen hatte, während ich aus dem Koran zitierte, so dass ich eine Risswunde unter dem Auge erlitt und meine Brille in drei Teile zersprang, rief ein Moslem „Das hast Du auch verdient".

Diese Zustimmung zur Gewalt gegen Islamkritiker ist mehr als entlarvend. Ich erwähnte sogleich, dass auch der moslemische Köpfer des Geschichtslehrers Samuel Paty nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland viel Zustimmung von Moslems erhält. Ein Facebook-Eintrag der Jüdischen Rundschau, der dem geköpften Geschichtslehrer Samuel Paty gedenkt, erhielt von 209 Menschen mit moslemisch klingenden Namen einen höhnischen Kommentar mit lachendem Gesicht:

Hier tun sich wahre Abgründe auf, die allerdings von der Ideologie des Politischen Islams gedeckt sind: Schon der Prophet Mohammed ließ 22 Menschen ermorden, die ihn nur beleidigten, verspotteten oder verhöhnten. Darunter auch eine alte Frau, die ein Spottgedicht über ihn verfasst hatte. Dies alles ist in der Sira, der Dokumentation über das Leben des Propheten, bis in jede Einzelheit festgehalten. Die Jüdische Rundschau weist zurecht darauf hin, dass es eine von westlichen Politikern und Medien verbreitete Legende ist, bei den islamischen Terroristen handele es sich immer nur um „Einzeltäter". Hier liegt vielmehr die Systematik einer totalitären Ideologie zugrunde:

Der vermeintliche „Katholik" verhielt sich im Verlauf der Kundgebung immer seltsamer. Seine nächste Frage, die wir bei jeder Frage von Moslems kennen, lautete *„Was war mit den Kreuzzügen"*. Es wurde immer deutlicher, dass er aus der Sichtweise eines Moslems vorging. Aber es kam noch besser. Nachdem ich erklärt hatte, dass der erste Kreuzzug ausgerufen wurde, nachdem der Islam bereits 400 Jahre lang ein christliches Land nach dem anderen grausam unterworfen hatte und schließlich den christlichen Pilgern verboten hatte, ihre heiligste Stadt Jerusalem zu besuchen, und dieser erste Kreuzzug nach meinem Dafürhalten 400 Jahre zu spät kam, meinte er allen Ernstes (im Video bei Minute 24:10):

> ***„Sie sind kein Stückchen besser als Hitler"***

Damit war aber noch nicht das Ende seiner inneren Empörung erreicht, die sich angesichts des vorliegenden Themas nur mit einer moslemischen Gesinnung erklären lässt. Kurz darauf sagte er noch zu dem Steinwurf gegen mich, ausgerechnet nachdem er auf vermeintliche „Nächstenliebe" hinwies (im Video bei Minute 25:35):

> ***„Dieser Stein hätte nicht nur einer sein sollen, sondern hunderte Steine"***

Bezeichenderweise gab es darauf begeisterten Beifall der umstehenden Moslems. Es braucht nicht allzuviel Phantasie, um sich vorzustellen, was in einigen Jahrzehnten bei der weiteren demographischen Entwicklung in Deutschland los sein wird.

Es wurde immer absurder mit diesem „Jason", so wie sich der vermeintliche „Christ" vorgestellt hatte. Als ich erwähnte, dass ein syrischer moslemischer „Flüchtling" vor kurzem in Dresden auf ein homosexuelles Paar mit dem Messer einstach, einen dabei tötete und den anderen schwer verletzte, sagte er:

> *„Das hätte auch ein Deutscher sein können"*

Trotz allem gab ich diesem Menschen noch die Möglichkeit, seine strafrechtlich relevanten Aussagen zurückzunehmen. Doch als er immer aggressiver wurde, entschied ich mich, auch diesen Zeitgenossen wegen Verleumdung, Beleidigung, Billigung und Anleitung von Straftaten anzuzeigen. Er ließ dann völlig seine Maske fallen, indem er mir mit seinem ausgestreckten Zeige- und Mittelfinger auf seine Augen gerichtet und anschließend auf mich deutend ankündigte, dass er mich attackieren werde. Sauberer „Christ", kann man da nur sagen. Wohlgemerkt, all das bei einer Aufklärungsveranstaltung über die Gefahren des Politischen Islams, die sich insbesondere auch gegen Christen richten.
Ein Moslem schrie dann, dass alles falsch sei, was ich sage, Islam Frieden bedeute und er mich anzeigen werde. Dazu gab es wieder begeistertes Applaudieren der umstehenden Moslems. Trotz meines anschließenden Appells, dass sie doch endlich anfangen sollten, sich kritisch mit den 1400 Jahre alten Bestimmungen auseinanderzusetzen, insbesondere auch mit den frauenfeindlichen Regeln, heizte sich die Stimmung weiter auf. Der Spuck-Moslem spuckte weiter und beleidigte mich dann mit „Du Wichser", was natürlich die nächste Anzeige zur Folge hatte.
Angesichts dessen, was sich bei uns im Lande auf den Straßen entwickelt, müssen eindeutige Zeichen gesetzt werden, dass wir einen funktionierenden deutschen Rechtsstaat haben und noch nicht die Scharia gilt. Man kann nur hoffen, dass die bearbeitende Staatsanwaltschaft nicht ein Verfahren nach dem anderen wegen „mangelndem öffentlichen Interesses" einstellt. Es besteht sehr wohl ein massives öffentliches Interesse daran, solchen Elementen rechtzeitig die Grenzen aufzuzeigen, bevor uns die Beleidigungs- und Gewaltwelle überspült.
Angesichts des immer aggressiveren Verhaltens von vielen Moslems, auch angeheizt von moslemischen Führern wie Erdogan, der dem französischen Staatspräsidenten angesichts dessen angekündigtem Kampfes gegen „Islamismus" allen Ernstes eine „Geisteskrankheit" unterstellte, gibt es auch eine langsam anwachsende Gegenbewegung. Zu den Kundgebungen kommen immer mehr islamkritische Bürger. Besonders freuten mich die in der Schweiz geborenen kosovo-stämmigen Zwillingsbrüder, die vier Stunden Anreise auf sich nahmen, sich dann auch am Mikrofon äußerten und sich hinter unsere Aufklärungsarbeit stellten:
Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) ist ein wichtiger Bestandteil der patriotischen Widerstandsbewegung. Es ist ungeheuer wichtig, dass nicht nur viele Bürger die Videos ansehen (der Livestream aus Augsburg erreichte bisher über 54.000 Personen), sondern auch zu den Kundgebungen kommen, um sichtbare Präsenz zu zeigen, damit auch andere ermutigt werden. Gleichzeitig ist es bedeutsam, dass die Mitgliederzahl der BPE wächst. 50 Euro Jahresbeitrag, 60 Euro bei Ehepaaren, gemäßigter Beitrag für Schüler, Studenten und Bedürftige, kann sich wirklich jeder leisten. Wir wollen bis Ende des Jahres die 1000er Marke überschreiten. Dazu fehlen noch knapp 200. Den Mitgliedsantrag gibt es hier.

Michael Stürzenberger
PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit". Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit

2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.

https://www.n-tv.de/politik/Zwei-Tote-bei-Messerangriff-in-Nizza-article22132562.html

DONNERSTAG, 29. OKTOBER 2020

Polizei meldet Festnahme

Zwei Tote bei Messerangriff in Nizza

Nur wenige Tage nach dem Mord an dem französischen Geschichtslehrer Samuel Paty erschüttert eine neue Messerattacke das Land. In Nizza sterben mindestens zwei Menschen bei einem Angriff an der örtlichen Kirche Notre-Dame. Mehrere weitere werden verletzt.

Bei einem Messerangriff in Nizza sind mindestens zwei Menschen getötet worden. Das bestätigte die Polizei der südfranzösischen Küstenstadt. Der Nachrichtensender BFMTV sprach sogar von drei Toten. Mehreren Medienberichten zufolge gibt es Verletzte. Die Polizei riet, den Bereich um die Kirche Notre-Dame de Nice zu meiden. Die Antiterror-Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen übernommen.

Nizzas Bürgermeister Christian Estrosi twitterte, der mutmaßliche Täter sei festgenommen worden. Offenbar war er gegen 9 Uhr morgens in die Kirche eingedrungen und hatte dort wahllos auf Menschen eingestochen. Bei den beiden Todesopfern soll es sich um zwei Frauen handeln, ein Mann schwebe in Lebensgefahr, hieß es. Estrosi zufolge gleicht die Tat einem terroristischen Anschlag. "Alles deutet auf einen Terroranschlag im Umfeld der Basilika Notre-Dame von Nizza hin."

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron kündigte laut Estrosi an, am späten Vormittag nach Nizza kommen zu wollen. Auch Innenminister Gerald Darmanin bestätigte den Vorfall, ohne jedoch Details zu nennen. Er kündigte eine Krisensitzung des Kabinetts an, Regierungschef Jean Castex verließ dafür die laufende Parlamentsdebatte über den neuen

Unbestätigten Medienberichten zufolge wurden die beiden Todesopfer von dem Angreifer enthauptet. In Frankreich hatte zuletzt ein mutmaßlicher Islamist den Geschichtslehrer Samuel Paty auf brutale Weise ermordet. Auch ihm wurde der Kopf abgeschnitten. Der Fall sorgte für große Bestürzung im Land. Es waren Zehntausende auf die Straße gegangen, um sich solidarisch zu zeigen.

Auch Nizza selbst wurde 2016 schon einmal von einem islamistischen Anschlag schwer getroffen. Damals war der Attentäter Mohamed LahouaiejBouhlel am französischen Nationalfeiertag auf der Promenade des Anglais mit einem Lkw durch eine Menschenmenge gefahren. 86 Menschen kamen ums Leben.

Quelle: ntv.de, jug/AFP/rts

https://philosophia-perennis.com/2020/10/29/buergermeister-von-nizza-wir-muessen-den-islam-faschismus-vernichten/

Bürgermeister von Nizza: Wir müssen den Islam-Faschismus vernichten!

Von
David Berger
-
29. Oktober 2020
0

13 Tage nach der Köpfung von Samuel Paty könne sich Frankreich in der Auseinandersetzung mit dem Islam nicht mehr mit Friedensgesetzen zufrieden geben. Es müsse zu einer „Vernichtung des islamischen Faschismus" schreiten. So der Bürgermeister Christian Estrosi in einer ersten Reaktion auf den „Allahuakbar"-Terror gegen betende Christen in der neuen Kathedrale von Nizza.

Außerdem erklärte er ausdrücklich seine Solidarität mit dem Bischof von Nizza und den Priestern der Kathedrale, ja überhaupt mit den Christen in aller Welt, die Verfolgung zu erleiden haben.

Täter hörte nicht auf „Allahuakbar" zu schreien

Estrosi reagiert damit auf einen erneuten Terrorakt in der südfranzösischen Küstenstadt Nizza: Unter „Allahuakbar" -Rufen wurden heute Vormittag in der Kirche Notre Dame zwei Menschen getötet, einer Frau in der Kirche die Kehle durchgeschnitten – mit letzter Kraft schleppte sie sich aus der Kirche und erlag dort ihren Verwundungen.

Zudem soll es mehrere Verletzte gegeben haben. Der mutmaßliche Täter wurde von der Polizei gefasst. „Der Täter hörte nicht auf, ‚Allahuakbar' zu schreien, während er medizinisch behandelt wurde", so Estrosi.

Präsident Macron hat sich unterdessen auf den Weg nach Nizza gemacht.

Vor etwa fünf Jahren hatte es in Nizza bereits einen muslimischen Terrorakt mit einem LKW gegeben, der ebenfalls „Allahuakbar" rufende Terrorist raste am französischen Nationalfeiertag (14. Juli) mit einem LKW in die feiernden Menschen und riss 87 Menschen in den Tod. (Foto: Mahnmal an die Opfer des LKW-Terrors).

Inzwischen kursieren erste Fotos des Mörders und die Information, dass er bereits polizeibekannt war.

Franzosen sehen Schuld auch bei Merkel

Fast nur zustimmende Kommentare erhält Estrosi bislang für seine konsequente Forderung. „Wir sind im Krieg, sie greifen unsere Symbole an, Schule, Kirche... Wir müssen dringend (innerhalb des nächsten Monats) alle salafistischen Orte schließen und sie ausweisen oder einsperren!" Es sei Zeit für Taten, der Worte seien genug gewechselt.

Immer wieder kommt – neben dem Wunsch alle Islamisten auszuweisen – zudem die Forderung nach Schließung der Grenzen. Und selbst in Frankreich macht man Merkel mit-verantwortlich: „Merkel hart Blut an ihren Händen, seit sie die Grenzen geöffnet hat, können wir nicht mehr in Frieden leben!

Passenderweise perfide durch Unterlassung fiel auch Merkels Statement zu dem Terrorakt aus. Mit keiner Silbe erwähnt sie den Islamfaschismus…

https://philosophia-perennis.com/2020/10/30/muslime-nach-nizza-allahu-akbar-kundgebung-in-berlin/

ALLAHU AKBAR-TERROR

Muslime nach Nizza: „Allahu akbar"-Kundgebung in Berlin

Von David Berger -30. Oktober 20200

(David Berger) Auch in Deutschland reagiert man auf das islamische Attentat von Nizza: Während einige Menschen an der französischen Botschaft Blumen niederlegten, versammelten sich Muslime in Neukölln, um dort mit aggressiven „Allahu akbar"-Rufen auf ihre Weise die Mordtat von Nizza zu würdigen.

Auf ihre Weise haben gestern Abend Muslime in Berlin auf den „Allahu akbar"-Anschlag in Nizza reagiert: Während einige Berliner, u.a. Politiker der AfD und FDP, vor der französischen Botschaft Blumen neiderlegten, fanden sich in Neukölln etwa 150 Menschen zu einer Demonstration auf dem Hermannplatz zusammen.

„Allahu akbar"-Rufe in Neukölln

Dabei wollte man gegen die angeblich islamfeindliche Politik und gegen Frankreich wegen seiner konsequenten Haltung im Karikaturenstreit demonstrieren. Teilnehmer waren vor allem Männer, darunter sollen auch Mitglieder der Islamistenszene gewesen sein.

„Teilnehmer der Demonstration riefen laut „Allahu akbar" und hielten Schilder mit Bezug auf den islamischen Propheten Mohammed hoch. Die Versammlung sei friedlich verlaufen, hieß es. Aber zugleich auch: Die Polizei beobachte die aufgeheizte Stimmung sehr genau." – so der „Tagesspiegel".

Solidarität mit den Mördern von Frankreich

Ein Berliner fragte gestern Abend auf Twitter: „Wo sind denn all die tollen Muslime, die sich für freie Welt und gegen Gewalt im Namen des Islam glaubhaft einsetzen? Die einzige Demo von gestern war meines Wissens in Neukölln eine Alluha-akbar-Partei gegen Macron – letztlich also Solidarität mit den Mördern von Frankreich."

Und ein anderer: „Da feiern Islamisten in Berlin offen die brutale Terrorattacke von #Nizza und die Polizei freut sich, dass die angemeldete Demo friedlich verlaufen ist – kann man sich nicht ausdenken."

Morde am Geburtstag von Mohammed

Inzwischen weisen Islamkenner darauf hin, dass die gestrigen Morde genau auf den Geburtstag Mohammeds fallen. Der katholische Sender „Domradio" hatte sich noch kurz vor dem Massaker von Nizza Sorgen darüber gemacht, dass das wunderbare Fest in diesem Jahr wegen Corona nicht so ausgelassen gefeiert werden könnte wie üblich.

„Geht doch" würden jetzt sarkastische Menschen sagen – und die Verantwortlichen von Domradio und KNA würden vermutlich gar nicht verstehen (wollen), was damit gemeint ist.

Sicherheitskräfte schließen bei uns nicht aus, dass es ebenfalls zu gewalttätigen islamischen Anschlägen kommt. Auch an Tagen, an denen nicht der Geburtstag Mohammeds zu feiern ist.

https://philosophia-perennis.com/2020/10/30/allahu-akbar-terror-in-wien-50-jugendliche-muslime-stuermen-katholische-kirche/

Allahu akbar“-Terror in Wien: 50 jugendliche Muslime stürmen katholische Kirche

VonDavid Berger
30. Oktober 2020

(David Berger) Gestern Abend stürmten in Wien-Favoriten etwa 50 jugendliche Muslime unter „Allahu akbar“-Rufen die Wiener Antonskirche, traten gegen das Taufbecken und die Beichtstühle

Wie Österreichisches Medien vermelden, kam es gestern auch in Wien zu Randalen islamistischer Jugendlicher. Zunächst kamen in Wien-Favoriten etwa zwei dutzend türkischstämmige Jugendliche am Reumannplatz zusammen, schrien „Allahu akbar“, waren mit Pyrotechnik bewaffnet. Die Polizei löste die Gruppe schnell auf.

Taufbecken und Beichtstühle eingetreten

Allerdings ohne anhaltenden Erfolg. Offensichtlich motiviert von einem islamistischen Video, das zu weiteren Randalen aufrief, stürmte die Gruppe, die inzwischen auf 50 Jugendliche angewachsen war, wieder laut „Allahu akbar“ schreiend die Kirche am Antonsplatz.

Sie traten auf das Inventar der Kirche, besonders das Taufbecken und die Beichtstühle ein.

Ein Geistlicher der Kirche soll die Polizei informiert haben, als diese eintraf, waren die Jugendlichen aber beriets verschwunden. Überwachungskameras haben das Geschehen jedoch aufgezeichnet.

„Ideologisch motivierte Körperverletzungen“

Heute.at schriebt dazu: „Die Ermittler des Verfassungsschutzes sollen derzeit davon ausgehen, dass es sich bei den Kirchen-Eindringlingen um eine Gruppe türkischer Jugendliche handelt, die sich zuvor über die Sozialen Medien organisiert und knapp zwei Stunden vor dem Vorfall auf dem Reumannplatz gesammelt hatte …

Es soll nicht der einzige Vorfall der Gruppe gewesen sein. Die Verfassungsschützer gehen offenbar davon aus, dass es sich um dieselbe Gruppe „fanatischer türkischer Islamisten“ handelt, die seit Monaten in Favoriten auffällig ist. Offenbar werden den Jugendlichen auch bereits mehrere Fälle von „ideologisch motivierter“ Körperverletzung zugeschrieben.“

Politiker entsetzt

Österreichs Innenminister Karl Nehammer von der ÖVP hat bereits auf den Vorfall reagiert und angekündigt, man wolle „die christliche Gemeinschaft mit all unseren Kräften schützen“. Man gehe wegen der islamistischen Parolen von einem Zusammenhang mit dem Streit um Mohammed-Karikaturen in Frankreich aus, werde aber auch in Österreich das Rech auf freie Meinungsäußerung.

Der oberösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter und stellvertretende Bundesparteichef der FPÖ, Dr. Manfred Haimbuchner, kommentiert den Angriff auf eine Kirche in Wien-Favoriten am Freitag wie folgt:

„Dieser in höchstem Maße verwerfliche Sturm auf eine Kirche ist eine Attacke auf unsere liberale Demokratie und unsere freiheitliche Gesellschaft als Ganzes. Nach einem solchen Angriff darf man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Nach der Enthauptung eines Lehrers in einem Pariser Vorort und dem Terrorakt in einer Kirche in Nizza, ist das bereits der dritte Angriff auf die europäisch-abendländische Gesellschaft binnen weniger Tage und man kann wohl von Glück sprechen, dass dabei nach jetzigem Kenntnisstand niemand verletzt wurde. Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich wirksame Maßnahmen im Kampf gegen Parallel- und Gegengesellschaften zu setzen und nicht länger nur Appeasement-Politik zu betreiben.“

Haimbuchner weiter: „Seit nunmehr fast 20 Jahren rollt eine islamistische Terror- und Gewaltwelle nach der anderen über unseren Kontinent und Europa ist nicht in der Lage, hier eine gemeinsame und entschlossene Antwort zu finden, die sich nicht auf Lippenbekenntnisse beschränkt, sondern konkrete und weitreichende Maßnahmen zum Schutz der europäischen Bürger setzt. Dieser Zustand ist unerträglich und es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch Österreich in weit größerem Umfang davon betroffen ist.“

http://www.pi-news.net/2020/10/moenchengladbach-suedlaender-treten-18-jaehriger-gegen-kopf/

DEUTSCHLANDWEITE MIGRANTENGEWALT

Mönchengladbach: Südländer treten 18-Jähriger gegen Kopf

30. Oktober 2020

Eine Gruppe bislang nicht identifizierter Täter hat am Samstag, 24. Oktober, um 1.45 Uhr in Mönchengladbach eine 18-Jährige nach einem verbalen Streit durch mehrere Tritte gegen den Kopf leicht verletzt. Die 18-Jährige hatte sich mit zwei Freunden am Rheydter Markt aufgehalten, als eine sechs- bis siebenköpfige Gruppe Heranwachsender an ihnen vorbeiging. Laut Zeugenaussagen kam es dabei zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen. Die 18-Jährige versuchte, den Streit zu schlichten. Dabei wurde sie zu Boden gebracht und dann von mindestens zwei Personen gegen den Kopf getreten. Sie erlitt leichte Verletzungen. Die Polizei sucht nach den Tätern. Die Gruppe, aus der heraus zwei Personen die 18-Jährige getreten haben, soll aus sechs oder sieben Personen um die 20 Jahre – je zur Hälfte männlich und weiblich – bestanden haben. Alle Mitglieder der Gruppe sollen ein südländisches Erscheinungsbild gehabt haben und dunkel gekleidet gewesen sein.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Gießen: Nach einer Auseinandersetzung im Launsbacher Weg sucht die Polizei nach Zeugen. Mehrere Polizeistreifen und Rettungsdienst waren am Samstag nach einer Körperverletzung im Einsatz. Nach ersten Erkenntnissen kam es gegen 23.15 Uhr offenbar zu einem Übergriff auf einen 23-jährigen Passanten.

Die Täter, etwa drei bis vier Personen, flüchteten in unbekannte Richtung. Die Verdächtigen sollen dunkelhäutig gewesen sein und trugen dunkle Oberbekleidung.
Eberswalde: Am 26.10.2020 hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) Haftantrag gegen einen 24-jährigen Syrer gestellt. Dem Beschuldigten wird versuchter Totschlag vorgeworfen. Er steht im Verdacht, am 24.10.2020, gegen 23:30 Uhr zwei Deutsche im Alter von 33 und 37 Jahren in der Friedrich-Ebert-Straße durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt zu haben. Nach den bisherigen Erkenntnissen konsumierten die späteren Opfer zuvor mit dem Beschuldigten in einem Park am Weidendamm alkoholische Getränke und gerieten in Streit. Im Zuge der Nahbereichsfahndung konnten die Beamten den mutmaßlichen Täter stellen. Der alkoholisierte Beschuldigte leistete bei seiner Festnahme erheblichen Widerstand. Ein von ihm mitgeführtes Messer wurde als Tatmittel sichergestellt.
Linz: Am 23. Oktober 2020 gegen 23:30 Uhr wurde eine Streife zu einer Auseinandersetzung in einem Lokal in der Innenstadt beordert. Laut Zeugenaussagen traten zwei bis dahin unbekannte Männer gegen einen Mülleimer. Als die beiden von einem 27-Jährigen aus dem Bezirk Urfahr-Umgebung zur Rede gestellt wurden, gingen sie gleich aggressiv auf den Mann los. Daraufhin stellte sich ein 26-Jähriger aus Linz streitschlichtend dazwischen. Dieser wurde zu Boden gestoßen. Die zwei Angreifer traten dann mit den Füßen gegen den Kopf des 26-Jährigen. Dieser wurde im Gesichtsbereich unbestimmten Grades verletzt. Anschließend attackierten die beiden auch noch einen 23-jährigen Linzer. Dieser wurde ebenfalls im Gesichtsbereich unbestimmten Grades verletzt. Die verletzten Männer wurden nach der Erstversorgung in das Kepler Uniklinikum Linz gebracht. Aufgrund der Personenbeschreibungen und Videoaufzeichnungen konnten die beiden Täter kurze Zeit später in einem anderen Lokal in Linz ausgeforscht und festgenommen werden. Dabei handelte es sich um einen 23-jährigen somalischen Staatsbürger und einen 21-Jährigen aus Linz. Sie verhielten sich auch gegenüber den Polizisten äußerst aggressiv.
Iserlohn: Am gestrigen Abend, gegen 20 Uhr, stand ein 45-jähriger Iserlohner an einer dortigen Bushaltestelle am Bahnhofsplatz. Auf der gegenüberliegenden Seite habe eine männliche, dunkelhäutige Person gestanden und gewunken. Als der zu dieser Person ging, habe dieser unvermittelt zweimal auf ihn eingetreten. Der Geschädigte wandte sich ab und ging zurück, während der Täter in den Bus der Linie 16 einstieg und davon fuhr. Der Iserlohner wurde leicht verletzt. Täterbeschreibung: männlich, dunkelhäutig, schlank, dunkle kurze Haare, dunkel gekleidet.
Kassel: Ein 18-Jähriger aus Fuldatal kam mit mit Schussverletzungen an Bein und Unterleib in ein Kasseler Krankenhaus. Der Jugendliche war in der Nach zu Sonntag gegen 0.40 Uhr in dem Geschäft in der Friedrich-Ebert-Straße. Dort traf er auf den muskulösen Südländer (ca. 1,75 Meter groß, etwa 20 bis 25 Jahre alt, dunkle Haare, Bart). Laut Polizei trug der Mann eine helle Strick- oder Trainingsjacke, wahrscheinlich. mit roter Aufschrift. Es kam zum Streit, der Zoff eskalierte: Der Gesuchte schoss drei Mal auf den 18-Jährigen! Danach flüchtete er zu Fuß in Richtung Königstor.
Wien: Erst jetzt wurde eine grausame Attacke auf einen Feuerwehrmann am 15. Oktober bekannt. Der Familienvater versah seinen Dienst an einem Wiener Theater. Auf dem Heimweg wurde er das Opfer brachialer Gewalt. Mehrere Tschetschenen prügelten so lange auf ihn ein, bis er schwerverletzt zurückblieb. Zeugen schauten dem Treiben einfach zu. Der Feuerwehrmann und Familienvater soll an diesem Donnerstag-Abend seinen Brandschutz-Dienst in einem Theater in der Wiener Innenstadt verrichtet haben. Dann machte er sich via U-Bahn auf den

Weg zu seinem Auto, das er in einer Park&Ride Anlage abgestellt hatte, wie die Online-Nachrichtenplattform oe24 berichtet. Doch plötzlich zogen sie ihm von hinten die Füße weg, sodass der Familienvater zu Boden fiel. Die jungen Tschetschenen sollen dann solange auf den Mann eingetreten haben, bis er schwer verletzt zurückblieb. Die Polizei griff weitere Jugendliche vor Ort auf. Sie seien nur Zeugen und keine Täter gewesen. Zivilcourage bewiesen sie jedenfalls keine: Sie schritten nicht ein. Der Fall wurde erst bekannt, nachdem sich ein Freund des schwer verletzten Feuerwehrmanns an die Medien wandte, berichtet oe24. Die zunehmenden Gewalttaten tschetschenischer Zuwanderer polarisieren. Sollte dieser weitere Fall vertuscht werden? Der Feuerwehrmann musste noch am selben Abend wegen seiner schweren Verletzungen operiert werden. Die Polizei soll derzeit noch nach einem weiteren Schläger fahnden.

Graz: Gegen 12:00 Uhr wurden Polizeibeamte zur Haltestelle „Elisabethinergasse" beordert, da dort zuvor ein Mann in einem Linienbus Passagiere belästigt, den Busfahrer bedroht und gegen die Tür des Busses getreten habe. Während der Sachverhaltsaufnahme an der Bushaltestelle holte der 36-jährige Tunesier plötzlich eine etwa 15 cm lange Schere aus seiner Hosentasche und bedrohte damit die einschreitenden Beamten. Ein Polizist entriss dem Verdächtigen die Schere und sprach die Festnahme aus. Während der Durchsuchung des Festgenommenen versuchte dieser mit den Beinen gegen die Beamten zu treten. Der Verdächtige musste daraufhin am Boden fixiert und mittels Handfesseln gesichert werden. Auch in der Polizeidienststelle stellte der Mann sein aggressives Verhalten nicht ein und versuchte Polizeibeamte zu verletzen. Er wurde in das Polizeianhaltezentrum Graz eingeliefert. Weitere Erhebungen folgen. Verletzt wurde niemand.

Gießen: Nach einer Auseinandersetzung in einem Gießener Lokal bewarf ein 39-Jähriger unbeteiligte mit Steinen und stoppte einen Zug. Der alkoholisierte Mann war am Freitag (16.10.) mit dem Personal einer Gaststätte, in der Gießener Innenstadt, in Streit geraten. Nach dem Verlassen der Lokalität gegen 23 Uhr ging er zu dem Bahnübergang Frankfurter Straße. Trotz geschlossener Schranken betrat der alkoholisierte Mann den Gleisbereich und blieb dort stehen. Nur durch eine Schnellbremsung kam ein Regionalzug wenige Meter vor der Person zum Stehen. Weiterhin hatten Zeugen beobachtet, dass der 39-jährige Marokkaner mit Steinen in Richtung einer Personengruppe geworfen hatte. Drei der Personen erlitten leichte Verletzungen. Der Mann konnte durch die Landespolizei Gießen festgenommen und danach zuständigkeitshalber an die Bundespolizei übergeben werden. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 1,2 Promille. Nach den polizeilichen Maßnahmen kam der 39-Jährige wieder frei.

Saarbrücken: Am Samstag, den 19. September 2020, wurde gegen 14:45 Uhr ein Hochzeitskorso von 30 Fahrzeugen gemeldet, der die BAB 620 aus Völklingen bis zur Wilhelm-Heinrich-Brücke in Saarbrücken befuhr. Die Fahrzeuge befuhren die Autobahn zum Teil mit 50 km/h, hupten und bremsten den Verkehr auch bis zum Stillstand aus. Sie blockierten dabei beide Fahrstreifen, sodass auch kein Fahrzeug den Korso überholen konnte. An den Fensterscheiben der Fahrzeuge waren zudem wehende türkische Flaggen angebracht. Die alarmierten Streifenwagen haben den Hochzeitskorso in Saarbrücken kontrolliert und konnten bisher 17 beteiligte Fahrzeuge feststellen. Die Polizei sucht nun weitere Zeugen und bitte alle vom Hochzeitskorso betroffenen Autofahrer, sich bei der Polizeiinspektion Saarbrücken-Stadt (0681/9321-233) zu melden.

Recklinghausen: Noch steht die Polizei mit ihren Ermittlungen am Anfang, zu verworren war die Situation, die sich den Beamten am Donnerstagabend am Busbahnhof geboten hat. Klar ist bislang: Gegen 20 Uhr war eine etwa zehnköpfige Gruppe, augenscheinlich alles Männer, aneinandergeraten – die

Fäuste flogen. „Zuvor gab es wohl einen Angriff von drei Männern gegen einen 32-jährigen Recklinghäuser", sagt Andreas Lesch, Sprecher der Polizei in Recklinghausen. Die Hintergründe dieses Angriffs sind noch unklar, ebenso wissen die Beamten derzeit nicht, warum sich so viele andere im Verlauf an der Schlägerei beteiligten. … Auch ein 14-jähriger Junge aus Recklinghausen wurde bei der Schlägerei leicht verletzt, er musste nach Angaben der Polizei in Recklinghausen jedoch nicht im Krankenhaus behandelt werden. „Wir haben derzeit das Problem, dass wir trotz einiger Zeugenaussagen noch nicht eindeutig sagen können, wer alles an der Schlägerei beteiligt war, wer aus der Gruppe selbst aktiv war und wer nur Geschädigter ist", so Polizeisprecher Andreas Lesch. Zunächst müssten alle Beteiligten, so sie denn bekannt sind, einzeln befragt werden. „Und mitunter gibt es auch sprachliche Barrieren", bringt der Behördensprecher die komplizierte Lage der Ermittler auf den Punkt.
England: Am 22. Mai 2017 tötete der islamische Selbstmordattentäter Salman Abedi durch eine Bombe 22 Menschen bei einem Konzert in der Manchester Arena. Jetzt wurde bei einer Anhörung bezüglich des Terroranschlags bekannt, dass ein Wachmann den Bombenleger nicht überprüfte, da er Angst vor Rassismusvorwürfen hatte, wie die BBC in englischer Sprache berichtet.
Schweden: Hamid Zafar galt in Schweden als Musterbeispiel für gelungene Integration. Der gebürtige Afghane wurde gar zum „Schweden des Jahres" erklärt. Es folgten Auftritte in Radio und TV, er übernahm wichtige Ämter. Plötzlich ist Schluss damit. Denn seine dunkle Vergangenheit hat Zafar eingeholt. … Jetzt stellt sich heraus: Zafar, der in Afghanistan geboren wurde und als Flüchtling mit seinen Eltern nach Schweden kam, hat seine Erfahrung auch für ganz andere Zwecke genutzt. Jahrelang nämlich soll er gegen Juden und Homosexuelle gehetzt haben – im Schutz der Anonymität des Internets. Das berichtet die schwedische Zeitung „DagensNyheter" (Auszug aus einem Artikel von Focus.de).

http://www.pi-news.net/2020/11/gedenken-an-theo-van-gogh-und-alle-terroropfer-des-politischen-islams/

AM 2. NOVEMBER WAR DER 16. TODESTAG DES NIEDERLÄNDISCHEN FILMEMACHERS

Gedenken an Theo van Gogh und alle Terroropfer des Politischen Islams

5. November 2020

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am 2. November 2004 wurde der niederländische Filmemacher und Islamkritiker Theo van Gogh vom marokkanischen Moslem Mohammed Bouyeri in Amsterdam ermordet. Der Marokkaner war zornig über den Film „Submission" (Unterwerfung), in dem Theo van Gogh zusammen mit der damaligen niederländischen Parlaments-

Abgeordneten AyaanHirsi, eine Ex-Moslemin aus Somalia, in künstlerischen Form auf die Unterdrückung der Frau im Politischen Islams einging.
Frauenfeindliche Koranverse auf nackter Frauenhaut, nur durch einen halbdurchsichtigen Schleier verdeckt, stellte für den Moslem Mohammed Bouyeri eine solch schwerwiegende „Beleidigung" des Islams dar, dass er den 47-jährigen Filmemacher, der am frühen Morgen auf seinem Fahrrad auf dem Weg zu seiner Arbeit war, anschoss und erstach.
Angeleitet von dutzenden zeitlos gültigen Koranversen, in denen das Töten der sogenannten „Ungläubigen" befohlen wird. Wenn sie die Ausbreitung des Islams behindern, den Islam oder den „Propheten" beleidigen, oder sich der Unterwerfung widersetzen.
Mohammed Bouyeri hatte beim Töten auch keinerlei schlechtes Gewissen, da laut Koran Allah durch seine Hände tötete: *„Nicht ihr habt sie getötet, sondern Allah hat sie getötet."*
Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) reist seit 2015 jedes Jahr mit einer Delegation nach Amsterdam, um am 2. November am Denkmal von Theo van Gogh einen Kranz niederzulegen und des Islamkritikers zu gedenken. 2020 ging es wegen der Corona-Maßnahmen leider nicht. Daher dieses Video, um an seinen Todestag zu erinnern.
Theo van Gogh ist ein relativ frühes Opfer der verhängnisvollen Islamisierung Europas in der Neuzeit, die sich insbesondere auch in den vergangenen Wochen durch die rasch aufeinanderfolgenden Terror-Anschläge in Frankreich, Österreich und Deutschland mit voller Wucht bemerkbar macht. Von der Ermordung Theo van Goghs am 2. November 2004 in Amsterdam geht eine blutrote Linie bis zu dem kaltblütigen Mord an dem homosexuellen Touristen aus Krefeld am 4. Oktober 2020 in Dresden, der Köpfung des Geschichtslehrers Samuel Paty am 16. Oktober in Paris, den drei erstochenen Christen am 29. Oktober in der Kirche Notre Dame in Nizza und den vier erschossenen Bürgern am 2. November in der Wiener Innenstadt.
In den 16 Jahren zwischen 2004 und 2020 wurde Europa von dutzenden brutalen islamischen Terror-Anschlägen mit hunderten von Toten erschüttert:
Am 11. März 2004 sprengten zehn moslemische Terroristen Züge in Madrid in die Luft. Es gab 191 Tote und 2051 Verletzte, 82 davon schwer. Es war der schwerste Anschlag in der Geschichte Spaniens.
Am 7. Juli 2005 sprengten sich in London vier Selbstmord-Rucksackbomber in drei U-Bahn-Zügen und einem Doppeldeckerbus in die Luft. Mit 56 Toten und über 700 Verletzten ist 7/7 bis heute der schwerste Anschlag zu Land in der Geschichte Großbritanniens.
Am 7. Januar 2015 drangen zwei maskierte algerische Moslems von Al-Qaida in die Redaktionsräume der Zeitschrift Charlie Hebdo in Paris ein, töteten zehn Redakteure und Zeichner, dazu einen zum Personenschutz abgestellten Polizisten, verletzten mehrere Anwesende und ermordeten auf ihrer Flucht einen weiteren Polizisten.
Einen Tag später am 8. Januar erschoss ein weiterer schwerbewaffneter Täter im Süden von Paris eine Polizistin. Am 9. Januar überfiel er einen jüdischen Supermarkt im Pariser Osten, tötete vier Menschen und nahm weitere als Geiseln. Der Moslem aus Mali bekannte sich telefonisch zum Islamischen Staat und erklärte, sein Vorgehen stehe in Verbindung mit dem Anschlag auf Charlie Hebdo. Er wurde bei der Erstürmung des Supermarktes durch die Sicherheitskräfte erschossen.
Am 14. und 15. Februar 2015 kam es in Kopenhagen zu zwei weiteren Terror-Anschlägen des Politischen Islams. Der erste am 14. Februar auf

das Kulturzentrum Krudttønden, wo eine Diskussionsveranstaltung zur Thematik Kunst, Blasphemie und Meinungsfreiheit stattfand. Der schwedische Karikaturist Lars Vilks war dabei Primärziel der Attacke. Getötet wurde aber der dänische Dokumentarfilmer Finn Nørgaard, drei Polizeibeamte wurden verletzt.
In der folgenden Nacht wurde die Kopenhagener Synagoge angegriffen, ein jüdischer Wachmann erschossen und zwei Polizeibeamte verletzt. Die Einsatzkräfte stellten den jordanischen Moslem Omar Abdel Hamid El-Hussein und erschossen ihn nach Gegenwehr.
Am 13. November 2015 fanden in Paris an acht verschiedenen Orten koordinierte islamische Attentate statt. 130 Menschen wurden getötet und 683 verletzt, darunter 97 schwer. Zu den Anschlägen bekannte sich der Islamische Staat.
Unter anderem richtete sich die Angriffsserie gegen die Zuschauer des Fußball-Freundschaftsspiels Frankreich-Deutschland im Stade de France, gegen die Besucher eines Rockkonzerts im Bataclan-Theater und gegen die Gäste zahlreicher Bars, Cafés und Restaurants. Es handelte sich um mehrere Schusswaffenattentate, ein Massaker mit Geiselnahme sowie sechs Detonationen, die von Selbstmordattentätern mit Sprengstoffwesten ausgelöst wurden.
Am 22. März 2016 sprengten sich zwei moslemische Terroristen am Flughafen Brüssel und in der Brüsseler Innenstadt in die Luft. Es kamen 32 Menschen aus 22 Ländern ums Leben, mehr als 300 wurden verletzt.
Am 14. Juli 2016 pflügte der tunesische Moslem Mohamed Bouhlel mit einem Lkw durch eine große Menschenmenge auf der Strandpromenade in Nizza, auf der Feierlichkeiten zum französischen Nationalfeiertag stattfanden. 86 Personen wurden getötet und mehr als 400 zum Teil schwer verletzt. Die Terrororganisation Islamischer Staat bekannte sich zu dem Anschlag.
Am 19. Dezember 2016 raste der tunesische Moslem Anis Amri mit einem Sattelzug über den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche. Zwölf Menschen starben, 67 wurden zum Teil schwer verletzt.
Am 22. Mai 2017 sprengte sich ein moslemischer Selbstmordattentäter nach einem Popkonzert im Foyer der Manchester Arena in die Luft. 23 Menschen wurden getötet, über 800 verletzt. Unter den Todesopfern waren auch Kinder, das jüngste war acht Jahre alt. Zwölf der Verletzten waren jünger als 16.
Am 17. August 2017 wollte eine Terrorzelle um den Imam Abdelbaki Es Satty ursprünglich zwei Sprengstoffanschläge durchführen. Da der Gruppe das explosive Gemisch aber am Vortag versehentlich explodierte, wobei zwei der Terroristen umkamen, stiegen sie auf Fahrzeug-Attacken um. Ein Attentäter fuhr mit einem Lieferwagen durch das Zentrum von Barcelona, tötete dabei 14 Menschen und verletzte 118.
Eine zweite Terrorgruppe wurde in Cambrils in einem Pkw gestellt. Bei der anschließenden Verfolgungsjagd töteten sie eine Frau und verletzten sieben Menschen, bevor sie selber von den Polizisten erschossen wurden. Die Terror-Organisation „Islamischer Staat" bekannte sich zu den Anschlägen.
Angesichts der Terrorflut scheint das Fass mittlerweile selbst bei toleranzbesoffenen und willkommenskultur-durchdrungenen Politikern Westeuropas übergelaufen zu sein. So langsam beginnen sie das ideologische Motiv für das Töten, den Terror, den Dschihad und die ausufernde Gewalt zu

identifizieren: Den Politische Islam, dessen Ziel die totale Machtübernahme und die Installierung eines Islamischen Staates mit dem „göttlichen" Gesetz der Scharia ist.
Vor allem in Frankreich und Österreich scheinen verantwortliche Politiker jetzt bereit zu sein, die Auseinandersetzung ohne Tabus anzugehen. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz will den Politischen Islam verbieten und Frankreichs Innenminister Gérald Darmanin sieht im Politischen Islam den „Todfeind der Republik". **Hunderte radikale Moslems und Hass-Prediger wurden in Frankreich bereits ausgewiesen, einige Hetzer-Moscheen geschlossen und dutzende Polizei-Aktionen gegen extremistische Islam-Organisationen durchgeführt.**
Wir gedenken aller Opfer der Terror-Anschläge des Politischen Islams. Anlässlich dieses Videos insbesondere Theo van Gogh. Auf dass ihr Tod nicht umsonst war und die Lebenden zum Widerstand mahnt.
Die Bürgerbewgung Pax Europa setzt ihre Aufklärungskampagne über den Politischen Islam am Freitag in Halle und am Samstag in Leipzig fort. Jeweils von 12-19 Uhr:
Wer diese hochnotwendige Arbeit unterstützen möchte, kann Mitglied bei der BPE werden oder mit einer Spende dazu beitragen, dass es auch im nächsten Jahr Kundgebungen, Infostände, Protestaktionen, Flyerverteilungen und Informationsbriefe an Politiker gibt.

Michael Stürzenberger
PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit". Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.

http://www.pi-news.net/2020/11/graz-afghane-schlaegt-76-jaehrige-ordensschwester-in-linienbus/

MIGRANTENGEWALT IN DEUTSCHLAND UND ÖSTERREICH

Graz: Afghane schlägt 76-jährige Ordensschwester in Linienbus

6. November 2020

Am 1. November 2020 erstattete eine 76-jährige Ordensschwester aus Graz eine Anzeige über einen Vorfall, der sich am Vortag gegen 13.30 Uhr in einem Linienbus zugetragen hatte. Gemeinsam mit einer weiteren Ordensschwester befand sich die Frau sitzend in der Mitte des Drehgelenksbusses, als sie plötzlich mit einem Schlag gegen die linke Gesichtshälfte von einem jungen Mann ohne Mund-Nasen-Schutz attackiert wurde. Dabei fiel ihre für Ordensschwestern typische Kopfbedeckung auf den Boden und das Hörgerät aus dem Ohr. Die 76-

Jährige blieb unverletzt. Der Unbekannte stieg unmittelbar darauf an der Haltestelle Geidorfplatz aus und flüchtete zu Fuß in Richtung Stadtpark. Polizisten stellten in der Folge Videomaterial aus dem Linienbus sicher. Dabei bestätigte sich die wortlose und mit voller Wucht ausgeführte Attacke auf die 76-Jährige. Die Auswertung vorhandener Bilder führten Ermittler des Landesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) schließlich zu einem Afghanen aus Graz. Der polizeilich wegen Suchtmitteldelikten und Körperverletzung bekannte Mann zeigte sich bei seiner Einvernahme Montagnachmittag geständig. Als Motiv gab er an, dass ihn die Frau zuvor – wie viele andere Menschen auch – beschimpft hätte. Ein eindeutiges religiöses Motiv konnte aufgrund der Angaben und des Verhaltes des 19-Jährigen bei der Einvernahme bislang nicht erhoben werden. Der Mann wurde in eine Krankenanstalt eingewiesen und wird angezeigt.
Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.
Linz: Gruselbilanz in der Halloween-Nacht: Gegen 0:40 Uhr kam es laut Polizei zu einer Zusammenrottung von rund 50 jungen Männern mitten auf der Linzer Landstraße.15 (!) Polizeistreifen rückten an. Doch die Jugendlichen, vorwiegend aus Afghanistan, dem Irak und Iran, waren von dem „Besuch" der Beamten alles andere als erfreut. Die Gruppe beschimpfte die Polizisten, bewarf sie sogar mit Glasflaschen und vollen Getränkedosen, heißt es in einer Presseaussendung Sonntagvormittag.
Leipzig: Am 28. Oktober war eine junge Frau (19) auf dem Leipziger Naschmarkt unterwegs. Plötzlich kam ein Mann (28, libysch) auf sie zu und stach ihr mit einem spitzen Gegenstand in die Wange. Der Angreifer wurde durch einen aufmerksamen Bürger bis zum Augustusplatz verfolgt und dort durch Polizeikräfte gestellt. Als Tatmittel konnte ein Kugelschreiber ausfindig gemacht werden. Da der 28-Jährige bereits mehrfach wegen ähnlicher Sachverhalte polizeilich in Erscheinung getreten war, wurde durch die Staatsanwaltschaft Leipzig die vorläufige Festnahme angeordnet. Die 19-Jährige wurde bei dem Angriff leicht verletzt und ambulant behandelt. Gegen den Libyer wird in diesem Fall wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Heute soll die Haftrichtervorführung des Mannes erfolgen.
Leipzig: Am 31. Oktober kam es um 23:22 Uhr in der Kreuzdornstraße zu einer Auseinandersetzung, in deren Folge ein 21-Jähriger schwer verletzt wurde. Zunächst gab es innerhalb einer Straßenbahn eine verbale Auseinandersetzung zwischen drei Personen (w, 20 / m, 21 / m, 50) und einer weiteren Gruppierung. Als die involvierten Personen an der Haltestelle Am Vorwerk ausstiegen, sei es in Höhe der Kreuzdornstraße zu einer tätlichen Auseinandersetzung gekommen. In der weiteren Folge erlitt der 21-Jährige eine Stichverletzung. Des Weiteren wurde der 50-Jährige Begleiter leicht verletzt. Durch die eingetroffenen Polizeibeamten konnten vor Ort fünf Tatverdächtige (m/24/libanesisch,

m/21/libanesisch, m/17/libanesisch, m/16/syrisch, m/15/syrisch) festgestellt werden. Aufgrund der erlittenen Verletzungen wurden der 21-Jährige und sein Begleiter in ein Krankenhaus gebracht. Unter den Tatverdächtigen befanden sich ebenfalls vier Verletzte. Durch die Staatsanwaltschaft Leipzig wurde die vorläufige Festnahme des 24-jährigen Tatverdächtigen angeordnet. Aufgrund der Gewalteinwirkung gegen den Geschädigten wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Tatvorwurfs eines versuchten Totschlags eingeleitet.
Riesa: In einem Mehrfamilienhaus geriet ein 51-jähriger Deutscher mit einem 51-jährigen Iraner in Streit. In der Folge bedrohte der Iraner seinen Kontrahenten mit einem Messer und biss ihn. Dieser erlitt leichte Verletzungen. Das Motiv und der Hintergrund des Streites sind nunmehr Gegenstand polizeilicher Ermittlungen.
Ochtrup: Ein unbekannter Mann hat am Donnerstagabend (29.10.2020) gegen 19.30 Uhr eine 28-jährige Ochtruperin auf einem Schulhof an der Lortzingstraße angepöbelt und bedroht. Die Geschädigte war mit ihrem Hund unterwegs, als ihr der Mann auf einem Fahrrad folgte. Der Unbekannte stieg den Schilderungen der Geschädigten zufolge von seinem Rad ab, näherte sich ihr und bedrohte sie mit Worten. Dann hatte er plötzlich einen unbekannten, länglichen Gegenstand in der rechten Hand, den er der 28-Jährigen bedrohlich entgegenhielt. Die Geschädigte rief einen Verwandten zur Hilfe. Daraufhin entfernte sich der Angreifer in Richtung Beethovenstraße. Der Mann wird wie folgt beschrieben: circa 20 Jahre alt, etwa 1,80 bis 1,90 Meter groß und schlank. Er trug einen Dreitagebart und hatte ein südländisches Aussehen.
Wiesbaden: An einer Bushaltestelle in der Bleichstraße ist ein 27-jähriger Mann aus Wiesbaden am Montagabend angespuckt worden. Nachdem er gegen 18.25 Uhr zunächst am Bussteig C angesprochen worden wäre, sei er von einem Mann attackiert und letztlich angespuckt worden. Der Angreifer wurde mit Rastalocken, schwarzer Hautfarbe und Bob-Marley-Mütze beschrieben. Er sei 190 cm groß gewesen und habe eine schwarze Lederjacke getragen. Der Mann konnte von der in diesem Bereich vorhandenen Videoschutzanlage aufgezeichnet werden. Hinweise werden an die Ermittlungsgruppe des 1. Polizeireviers unter der Rufnummer (0611) 345-2140 erbeten.
Hagen: Zwei Unbekannte versprühten am Montag (26.10.2020) gegen 14:55 Uhr Pfefferspray in einem Ladenlokal in der Bahnhofstraße und verletzten dadurch mehrere Personen. Nach bisherigem Kenntnisstand kam es zunächst zu einer Auseinandersetzung zwischen den zwei Tätern und zwei Männern vor dem Lokal. Im Rahmen dessen flüchteten die Männer in den Laden. Die Unbekannten folgten jedoch und einer der Täter versprühte Pfefferspray, wodurch einige Unbeteiligte leicht verletzt wurden. Als der Ladeninhaber den Streit schlichten wollte, schlug einer der Täter ihm mit der Faust ins Gesicht und der andere zog ein Messer und versuchte damit auf den Inhaber einzuwirken, was jedoch misslang. Anschließend flüchteten beide Täter unerkannt in Richtung Hauptbahnhof. Die flüchtigen Täter konnten wie folgt beschrieben werden: 1. Person: 20-25 Jahre alt, ca. 180cm groß, normale Statur, dunkle Hautfarbe, dunkler Bart, kurze, schwarze, gegelte Haare, bekleidet mit einer schwarzen Bomberjacke der Marke Wellensteyn und einer schwarzen Hose, führte das Pfefferspray mit sich. 2. Person: 40-45 Jahre alt, ca. 170cm, dunkle Hautfarbe, grauer Bart, graue, kurze Haare, bekleidet mit einem grauen Pullover und einer schwarzen Weste, führte das Messer mit sich
Marburg: Ein 19 Jahre junger Mann randalierte am Samstag, 24. Oktober, in einem Regionalzug, der kurz vor 17.30 Uhr in Stadtallendorf hielt. Der Mann trug im Zug keine Mund-Nase-Bedeckung, pöbelte aggressiv andere Passagiere an, spuckte der Zugbegleiterin vor die Füße, verschüttete Dosenbier, würgte

mehrfach und verteilte seinen Speichel im Zug. Die Polizei nahm den betrunkenen polizeibekannten Asylbewerber zur Ausnüchterung in Gewahrsam. Der später durchgeführte Alkotest zeigte 2,23 Promille an. Beim Transport deutete er mehrfach an, nach den Beamten zu spucken. Dann trat er gezielt nach hinten aus und traf den Oberschenkel einer Beamtin. Trotz der gefesselten Hände unterstrich er seine verbalen Beleidigungen noch mit der Geste der ausgestreckten Mittelfinger. Den Rest der Nacht verbrachte der Mann dann in der Ausnüchterungszelle.

Kitzingen: Ein Bewohner einer Gemeinschaftsunterkunft, der sich nicht an dessen Quarantäneanweisung gehalten hat, hat am späten Montagabend einen Polizeieinsatz ausgelöst. Der 20-Jährige musste in Gewahrsam genommen werden, dabei leistete er Widerstand und verletzte drei Polizisten leicht. Gegen 23.00 Uhr hatte die Kitzinger Polizei vom Sicherheitsdienst der Gemeinschaftsunterkunft im Steigweg die Mitteilung erhalten, dass ein quarantänepflichtiger Bewohner sich aus dem Quarantänebereich der Unterkunft entfernt hätte und sich nun wieder in seinem regulären Zimmer aufhalten würde. Als die eingesetzte Streife den Mann aufsuchte, weigerte sich dieser, freiwillig wieder in den Quarantänebereich zu gehen. Bei der Ingewahrsamnahme des Mannes leistete der 20-Jährige Widerstand gegen die Beamten und trat nach ihnen. Die Polizisten mussten Pfefferspray einsetzen. Aufgrund der aggressiven Stimmung der übrigen Bewohner und dem bewussten Auslösen des Feueralarms durch diese wurden weitere Kräfte zur Verstärkung in die Unterkunft geordert. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft nahm ein Arzt in der Dienststelle der Kitzinger Polizei eine Blutprobe bei dem Beschuldigten. Da dieser in der Zelle versuchte, sich selbst zu strangulieren wurde er in ein Bezirkskrankenhaus gebracht.

Gießen: Wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt die Polizei gegen einen 54-jährigen Mann. Am Dienstag gegen 21.44 Uhr geriet der 54-Jährige in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in der Rödgener Straße in einen Streit mit einem 31-jährigen Mitarbeiter der Einrichtung. In dessen Verlauf schüttete der Jamaikaner gegen den 31-Jährigen heißes Wasser und schlug ihn. Der Bewohner konnte bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten werden. Beide Männer verletzten sich bei der Auseinandersetzung und kamen in eine Klinik.

Bremen: Nach einer Auseinandersetzung zwischen einem mit einem Messer bewaffneten 16-Jährigen und einer vierköpfigen Personengruppe in der Bahnhofsvorstadt schritt die Polizei schnell ein und verhinderte schlimmeres. Verletzt wurde niemand. Der 16-Jährige war mit den vier Männern vor dem Hauptbahnhof in Streit geraten. Im Verlauf der Auseinandersetzung warf ein 27 Jahre alter Mann aus der Gruppe heraus eine Bierflasche nach dem Jugendlichen und traf ihn damit leicht am Bein. Der 16-Jährige warf die Flasche zurück, zog dann ein Messer und drohte seinen Kontrahenten damit. Dies führte wiederum dazu, dass sich einer der Männer seiner Oberbekleidung entledigte und mit aggressiven Drohgebärden auf den Jüngeren zuging. Aufmerksam gewordene Einsatzkräfte schritten in diesem Moment unverzüglich ein und trennten die Parteien. Der 16-Jährige wurde anschließend am Boden fixiert, um ihm Handfesseln anzulegen und nach dem Messer zu durchsuchen. Das Messer, ein sogenanntes Cutter-Messer, konnte durch Zeugenhinweise in der Nähe gefunden werden. Es wurde als Beweismittel sichergestellt. Während der Festnahme äußerte der 16-Jährige, nigerianischer Staatsangehöriger, dass er keine Luft mehr bekommen würde und forderte umstehende Passanten auf, die Festnahme zu filmen. Dies unterließ er, als die Polizisten ihm erklärten, dass der gesamte Bereich videoüberwacht ist.

Kassel: Es ist ein Video aufgetaucht, in dem mutmaßlich eine handfeste Auseinandersetzung zwischen Sicherheitskräften und Bewohnern der Flüchtlingsunterkunft in Kassel-Niederzwehren zu sehen ist. Der angebliche Grund für die Auseinandersetzung: Vier mit dem Coronavirus infizierte Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtung sollen am Freitagnachmittag drei Sicherheitskräfte angespuckt haben. Man ermittele deshalb gegen eine 44-jährige Frau, einen 22-jährigen Mann sowie einen 13- und 16-jährigen Bewohner, die alle aus dem Irak stammen, wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung, teilt Polizeisprecher Matthias Mänz auf Nachfrage mit.

http://www.pi-news.net/2020/11/video-lesbos-und-moria-ohne-filter/

DEUTSCHE MEDIEN VERSCHWEIGEN DIE WAHREN ZUSTÄNDE

Video: Lesbos und Moria ohne Filter

6. November 2020

Gewalt, Messer-Attacken, Raub und Vergewaltigung sind zum Alltag der einst verschlafenden Ferieninsel Lesbos geworden. Die Lebensgrundlage Tourismus ist für viele Griechen hier endgültig zerstört. Geldzahlungen erhalten jedoch nur die illegalen Einwanderer, um angeblich in ihre Heimatländer zurückzukehren. Die jungen Youtuber von „Paronym Deutschland" sind nach Lampedusa und Lesbos gereist und haben dort einen handfesten Skandal aufgedeckt.

https://philosophia-perennis.com/2020/11/04/paderborn-syrer-schlitz-seiner-ehefrau-die-kehle-auf/

PADERBORN: SYRER SCHLITZ SEINER EHEFRAU DIE KEHLE AUF

Von

David Berger -

4. November 2020

Im beschaulichen Paderborn soll ein Syrer (29) seiner Frau Nuha H. (20) im Auto die Kehle durchgeschnitten haben. Die Frau, Mutter dreier Kinder, verblutete am Tatort.

Während alle Welt gespannt auf die USA und den dortigen Wahlausgang schaut, bleibt in Deutschland alles beim Alten: Nachdem ein Mann aus Paderborn – so der Polizeibericht – Dienstagnacht, 03.11.2020, telefonisch angab, eine Frau getötet zu haben, fanden Polizisten der Kreispolizeibehörde Paderborn in einem PKW einen Leichnam. Beamte der Bielefelder Mordkommission nahmen die Ermittlungen auf.

Im weißen Golf die Kehle aufgeschnitten

Nach den derzeitigen Erkenntnissen meldete sich gegen 23:10 Uhr ein 29-jähriger Syrer über Notruf bei der Polizei Paderborn. Er forderte die Beamten auf, zu einer Anschrift in Sennelager zu kommen und legte auf. Rückrufe durch die Leitstelle blieben unbeantwortet. Gegen 23:20 Uhr meldete sich der Mann erneut und gab an seine Frau getötet zu haben. Die Polizisten fanden in einem PKW in der Straße Am Heilandsfrieden den Leichnam einer 20-jährigen syrischen Staatsangehörigen und nahmen den Tatverdächtigen noch vor Ort vorläufig fest."

Nach BILD-Informationen „gab es schon länger Stress in der Ehe. Die beiden haben drei gemeinsame Kinder, die bei Verwandten zwei Nächte untergebracht waren. Am Dienstagabend wollten die Eheleute die Kinder abholen.
Gegen 22.30 Uhr hörte ein Anwohner furchtbare Schreie. Offenbar hatte Wahid S. seine Frau vor dem Haus mit einem Messer angegriffen.
Nach BILD-Informationen schlitzte er seiner Gattin in einem weißen Golf die Kehle auf. Sie verblutete am Tatort."

Haftbefehl gegen syrischen Ehemann

Kriminalhauptkommissar Ralf Gelhot leitet die Mordkommission „Sand", die gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft Paderborn an der Aufklärung des Tötungsdelikts arbeitet. Die Staatsanwaltschaft Paderborn beantragt im Laufe des Tages einen Haftbefehl gegen den Syrer (29) wegen Mordes beim Amtsgericht Paderborn

http://www.pi-news.net/2020/11/paderborn-syrer-schaechtet-frau-im-auto-vor-ihren-drei-kindern/

WEITERES ARCHAISCHES BEZIEHUNGSDRAMA IN NRW

Paderborn: Syrer schächtet Frau im Auto vor ihren drei Kindern

9. November 2020

Von JOHANNES DANIELS | Nicht alles, was die „Fluchtsuchenden" nach Deutschland bringen, ist „wertvoller als Gold" – vor allem, wenn es sich um scheinbar „verletzte Ehre" und die archaischen Sanktionierungsmechanismen derselben handelt. Eine bestialische Gewalttat erschüttert derzeit Paderborn, in den selbst-ernannten „Qualitätsmedien" erfährt man allerdings wenig über die Bluttat, Joe Biden ist wichtiger: Ein „Mann aus Paderborn" gestand in der Nacht zu Dienstag bei den lokalen Polizeibehörden telefonisch, dass er gerade eben seine Frau getötet habe. Daraufhin fanden Polizisten der Kreispolizeibehörde Paderborn in einem PKW einen Leichnam.
Nach bisherigen Erkenntnissen meldete sich ein 29-jähriger Syrer mit einem Notruf bei der Polizei und forderte die Beamten „bloß dazu auf, zu einer Anschrift in Sennelager zu kommen", ehe er auflegte. Jegliche Rückrufe der Leitstelle blieben unbeantwortet. Zehn Minuten später meldete sich der Mann wieder und gab diesmal an, seine Frau getötet zu haben. Die Polizisten rückten diesmal umgehend nach Sennelager in die Straße „Am Heilandsfrieden" an und stießen in einem weißen VW Golf auf den Leichnam einer 20-jährigen syrischen Staatsangehörigen. Der Tatverdächtige wurde noch vor Ort vorläufig festgenommen.

Deutschland 2020: Syrer mordet „am Heilandsfrieden" wegen islamischer Ehre

Wahid A., 29, hatte demzufolge vor den Augen ihrer drei kleinen Töchter (3 und 5 Jahre) seiner 20-jährigen Ehefrau Nuha auf dem Beifahrersitz ihres VW Golf die Kehle durchgeschnitten. Das Verbrechen, das sich vor der Tür des Hauses abspielte, in dem die Familie wohnte, spiegelt die zunehmende brutale Entwicklung entfesselter Migrantengewalt auf deutschem Boden und die Gewaltbereitschaft vieler „Schutzsuchenden" gerade gegenüber Frauen wider.

Laut Recherche der BILD stammten Opfer und Täter aus Idlib, einer islamischen Rebellenhochburg im Norden Syriens. Als sie Ende 2014 nach islamischem Recht heirateten, war Nuha 14 Jahre alt und kurz darauf das erste mal schwanger. Im Mai 2015 ließ Wahid A. seine Ehefrau anlässlich seiner „Flucht" über eine Vielzahl sicherer Drittstaaten nach Deutschland in Idlib zurück. Nuha brachte Zwillinge zur Welt und wurde auf Steuerzahlerkosten mit den Kleinkindern sogleich im Oktober 2015 im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland gebracht – ihr Todesurteil. 2017 brachte Nuha mit gerade 17 Jahren ein drittes Mädchen zur Welt.

Schächtung statt Schlichtung

Ein Verwandter des Täters, der in der Nähe wohnt, erläutert die Hintergründe der Hinrichtung. Die Ehe sei vor wenigen Wochen zerbrochen: „Wahid war überzeugt davon, dass seine Frau eine Affäre mit ihrem Vetter hatte. Er hat dann seine Kinder zu mir gebracht, damit sie die Streiterei nicht miterleben müssen." Dann seien Verwandte der jungen Ehefrau, die in Belgien leben, nach Paderborn gekommen. Sie versuchten zu schlichten und Wahid A. davon zu überzeugen, dass es schlicht keine von ihm halluzinierte „Affäre" gab.

Der Paderborner Verwandte des Täters: „Am Dienstag holte Wahid samt Ehefrau die Kinder bei mir ab. Er sagte mir, er habe ihr verziehen". BILD schreibt: *„Es ist kein Happy End. Es ist der blanke Horror!"*

Der „Bluts-Verwandte" weiter: „Wenige Minuten später klingelte Wahid bei mir. Er stand mit den Kindern und mit Blut beschmiert vor mir. Er sagte: ‚Sie hat gelogen und mich betrogen. Ich habe sie getötet und die Schande von meiner Ehre gewaschen."

Laut Obduktionsbericht ist Nuha durch die Schächtung verblutet. Der Täter hat ihr bei der grausamen Hinrichtung den Hals aufgeschlitzt und mehrfach auf Oberkörper und Kopf eingestochen. Der Mörder ist einstweilig in Untersuchungshaft und sei laut Staatsanwaltschaft Paderborn „dringend tatverdächtig". Die drei syrischen Kleinkinder werden nun vom Jugendamt betreut.

Der Westfälische Anzeiger berichtet dezent:

> *„Schnittverletzungen im Hals … Eine Obduktion führte zu der Erkenntnis, dass die Frau an multiplen Schnitt- und Stichverletzungen verstarb. Nach den ersten Ermittlungen könnte die Tatursache auf Problemen in der Beziehung des Ehepaares fußen".*

An den bezeichnenden, meist subjektiv-schuldmindernden Schlüsselsatz *„Ich habe sie getötet und die Schande von meiner Ehre gewaschen*" muss man sich zukünftig in Merkels Mutti-Kulti-Deutschland gewöhnen müssen…

http://www.pi-news.net/2020/11/greifswald-hakenkreuz-feuerteufel-ist-aegypter/

MIGRANTENKRIMINALITÄT IN DEUTSCHLAND

Greifswald: Hakenkreuz-Feuerteufel ist Ägypter

12. November 2020

Am 31. Oktober kam es in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) zum Brand eines Pkw, ein weiteres Fahrzeug wurde beschädigt. An der Windschutzscheibe des beschädigten Fahrzeuges befand sich ein Zettel mit einem aufgemalten

Hakenkreuz. Die Halter der Fahrzeuge sind syrische Staatsangehörige. Der Staatsschutz übernahm die Ermittlungen. In den frühen Morgenstunden des 2. Novembers gegen 4:40 Uhr brannten unweit des ersten Tatortes in der Kleingartenanlage „Am Kleinbahnhof" zwei Gartenlauben. Bei den Eigentümern der Lauben handelt es sich ebenfalls um syrische Staatsangehörige im Alter von 52 und 56 Jahren, die jedoch nicht Halter der Fahrzeuge sind. Die Lauben brannten komplett nieder, es entstand ein Schaden von etwa 20.000 EUR. Bei der Tatortuntersuchung wurden in beiden Parzellen ebenfalls Zettel mit Hakenkreuzen aufgefunden. Der Staatsschutz der Kriminalpolizeiinspektion Anklam übernahm auch im Fall der brennenden Gartenlauben sofort die Ermittlungen und begab sich zum Tatort. Erkenntnisse aus dem Fall des brennenden Fahrzeuges und weitere Zeugenhinweise verdichteten den Tatverdacht gegen einen 42-jährigen ägyptischen Staatsangehörigen. Der Mann konnte im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen in der Kleingartenanlage festgestellt werden. Bei ihm wurden Beweismittel festgestellt, die den Tatverdacht erhärten. Der polizeibekannte Tatverdächtige wurde vorläufig festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Stralsund prüft den Antrag auf Erlass eines Unterbringungsbefehls.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Karlsruhe: Am Mittwochnachmittag, gegen 13.40 Uhr, schlug ein 28-jähriger Mann auf dem Bahnhofplatz in Bruchsal wohl zunächst unvermittelt zwei Passantinnen nacheinander mit der Faust ins Gesicht. Beide Frauen wurden leicht verletzt. Beim Eintreffen der herbeigerufenen Polizeibeamten flüchtete der Mann über die Gleise, konnte aber durch die Beamten eingeholt und vorläufig festgenommen werden. Da er keine Ausweispapiere vorzeigen wollte, sollte er durchsucht werden. Gegen diese Maßnahme sperrte er sich erheblich, sodass die Durchsuchung nur mit Hilfe einer weiteren Streifenbesatzung durchgeführt werden konnte. Dem Mann, der von der Elfenbeinküste stammt, war zuvor sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch beziehungsweise Französisch gesagt worden, was die Beamten von ihm wollen. Nachdem der 28-jährige unter Kontrolle gebracht worden war wurde er zum Polizeirevier Bruchsal gebracht. Dort konnte bislang weder eine Drogen- noch eine Alkoholbeeinflussung festgestellt werden. Drei der eingesetzten Beamten erlitten durch die Widerstandshandlungen des Mannes leichtere Verletzungen, konnten aber ihren Dienst fortsetzen.

Alsfeld: Ein Unbekannter griff in der Straße „Alter Zeller Weg" im Bereich der Bahngleise am späten Sonntagabend (01.11.) gegen 23.00 Uhr eine Frau an. Die Frau wurde dabei am Kopf, am rechten Auge, an beiden Handgelenken und am Dekolletee verletzt. Sie wehrte sich und der Täter flüchtete. Die Geschädigte beschreibt den Täter folgendermaßen: Männlich, etwa 1,75 m bis 1,80 m groß, schmal gebaut und südländisches Erscheinungsbild.

Berlin: Am 07. Juli 2020 zwischen 01:10 Uhr und 01:29 Uhr soll die bislang unbekannte Person zunächst auf dem S-Bahnhof Savignyplatz mehrere Personen mit Schottersteinen mehrfach gezielt beworfen zu haben. Die Steine verfehlten die Personen zum Teil nur knapp, sodass es zu keinen Verletzungen kam. Kurz darauf soll die unbekannte Person gegen 01:29 Uhr einem Mitarbeiter der Deutschen Bahn auf dem S-Bahnhof Hackescher Markt schmerzhaft in den Intimbereich getreten haben. Besondere Personenbeschreibung: – ca. 180 cm groß- mehrere Zentimeter lange erhabene Narbe auf der linken Brust. Mit Beschluss ordnete das Amtsgericht Tiergarten die Öffentlichkeitsfahndung mit Lichtbild des unbekannten Tatverdächtigen an. Wer kennt die Person auf dem Lichtbild Wer kann Hinweise zu ihrem Aufenthaltsort geben?
Bad Hersfeld: Am Samstag (31.10.), gegen 20:15 Uhr, kam es zu einer möglichen Sachbeschädigung an einer Hauswand in der Straße „Falkenblick". Aus einer Gruppe von Jugendlichen warf eine Person Eier an die Hauswand und verunreinigte diese dadurch. Der geschädigte Hausbewohner verfolgte die flüchtende Gruppe und es gelang ihm, den möglichen „Werfer" einzuholen und festzuhalten. Dieser schlug dem Geschädigten unvermittelt ins Gesicht und flüchtete im Anschluss. Der Geschädigte wurde durch die Tat leicht verletzt. Er konnte folgende Beschreibung des männlichen Täters angeben: Etwa 17 Jahre alt, circa 175 cm groß, schlanke Figur, schwarze Haare und ein dezenter Oberlippenbart, vermutlich afghanischer Herkunft.
Friedrichshafen: Von mehreren Personen angegangen wurde eigenen Angaben zufolge ein 23-jähriger Mann am Sonntagabend gegen 19.45 Uhr in der Hochstraße. Beim Verlassen eines Lokals sei er von insgesamt fünf Tätern umringt und von einem der Männer auf Arabisch verbal und auch mit einem Messer bedroht worden. Im weiteren Verlauf seien die Reifen am Fahrrad des 23-Jährigen zerstochen worden. Dem Geschädigten, der unverletzt blieb, gelang es zu flüchten und eine Autofahrerin anzuhalten und diese um Hilfe zu bitten. Die polizeilichen Ermittlungen zu der Auseinandersetzung und den möglichen Hintergründen dauern an.
Hagenow: Nach einem tätlichen Angriff am späten Samstagnachmittag in Hagenow, bei dem zwei Männer leicht verletzt wurden, bittet die Polizei um Hinweise zu diesem Vorfall. Ersten Ermittlungen zufolge sollen zwei unbekannte Tatverdächtige zwei andere Männer mit Reizgas besprüht und eines der beiden Opfer zudem geschlagen haben. Der Vorfall ereignete sich gegen 17:45 Uhr an der Straßenkreuzung Söringstraße/Hamburger Straße. Zunächst soll es zu einer kurzen verbalen Auseinandersetzung zwischen den Tatverdächtigen und eines der beiden Opfer gekommen sein. In weiterer Folge sollen die Täter auf ihr Opfer eingeschlagen und anschließend Reizgas gegen den 46-jährigen deutschen Mann angewendet haben. Ein Bekannter wollte dem Opfer zur Hilfe eilen und wurde den Aussagen zufolge ebenfalls von den Tätern mit Reizgas angegriffen. Daraufhin seien die Täter, die den Angaben der Opfer zufolge augenscheinlich arabischer Herkunft sein sollen, geflüchtet. Das 46-jährige Opfer wurde anschließend ambulant im Krankenhaus behandelt.
Mettmann: Nach einer Schlägerei in einem Bus der Linie SB50 am Samstagabend (31. Oktober 2020) an der Böttinger Straße in Haan ermittelt die Polizei wegen gefährlicher Körperverletzung und bittet um Zeugenhinweise. Das war passiert: Gegen 23:20 Uhr bestieg eine vierköpfige Gruppe den Bus der Linie SB50, um von der Düsseldorfer Altstadt in Richtung Haan zu fahren. Während der Fahrt kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung mit einer zehnköpfigen Gruppe, welche sich im hinteren Teil des Busses aufhielt. Ein Mitglied dieser Gruppe beleidigte aus bisher ungeklärtem Grund eine 26-jährige Haanerin, die Mitglied der vierköpfigen Gruppe war. Die Freunde der Haanerin stellten den

jungen Mann zur Rede, woraufhin es zu einer körperlichen Auseinandersetzung kam. An der Haltestelle „Dieker Straße" an der Böttinger Straße in Haan verlagerte sich die Auseinandersetzung auf den Gehweg. Hierbei wurden sowohl ein 22-jähriger als auch ein 29-jähriger Haaner verletzt. Die zehnköpfige Gruppe floh noch vor Eintreffen der hinzugezogenen Polizeibeamten und konnte trotz einer sofort eingeleiteten Nahbereichsfahndung nicht mehr angetroffen werden. Der junge Mann, der die Auseinandersetzung mit seiner Beleidigung zum Nachteil der 26-Jährigen ins Rollen gebracht hatte, kann folgendermaßen beschrieben werden: circa 19 Jahre alt, circa 168cm groß, schlanke Figur, dunkle Haare, bekleidet mit schwarzer Weste und T-shirt, nordafrikanisches Erscheinungsbild.
Fellbach: In der Nacht zum Sonntag gegen 1:40 Uhr wurden drei Personen am Bahnhof von einer sechsköpfigen Gruppe Jugendlicher zunächst verbal angepöbelt. Eine 30-jährige Frau wurde aus der Gruppe heraus beleidigt, im weiteren Verlauf versetzte einer der Jugendlichen einem 38-jährigen einen Faustschlag ins Gesicht. Zu erwähnen ist hierbei, dass zwei der drei Personen schwerbehindert sind. Der Haupttäter, von dem der Faustschlag ausging, soll etwa 170 cm groß sein, eine schlanke Statur und einen dunklen Teint haben.
Paderborn: Gleich dreimal an einem Tag ist am Freitag (30.10.2020) ein 22-jähriger Nigerianer der Bundespolizei im Hauptbahnhof Paderborn ohne Mund-Nasen-Bedeckung aufgefallen. Am Ende brachte es ihm fünf Anzeigen ein. Zweimal wurde er ermahnt, seine Maske im Bahnhof zu tragen, woraufhin er diese auch aufsetzte. Als er ein drittes Mal ohne Mund-Nasen-Schutz angetroffen wurde, sollte er sich zur Einleitung eines Bußgeldverfahrens ausweisen. Er gab an, keinen Ausweis zu besitzen und verweigerte die Angaben seiner Personalien. Stattdessen versuchte er, die Aufmerksamkeit anderer Reisender auf sich zu ziehen, indem er lautstark beklagte, er werde nur aufgrund seiner Hautfarbe kontrolliert und die eingesetzten Bundespolizisten seien Rassisten. Auf dem Weg zur Wache wehrte er sich körperlich gegen die Mitnahme, ließ sich fallen und wiederholte endlos den Rassismusvorwurf. Auch in der Dienststelle verweigerte er das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes. Neben der Einleitung von Strafverfahren wegen Beleidigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte wurde weiterhin drei Ordnungswidrigkeiten angezeigt. Wegen der Verweigerung des Tragens des Mund-Nasen-Schutzes und der verweigerten Personalienangabe gegenüber der Polizei erwarten ihn nun Bußgelder. Weiter ließ er Speiseverpackungen auf einer Treppe zum Bahnsteig achtlos liegen, weshalb ihm noch ein weiteres Verwarnungsgeld droht. Das Verhalten des jungen Mannes aus Geseke wurde durch das Einschalten der Bodycams durch die Bundespolizisten beweissicher dokumentiert.
Pforzheim: Wie berichtet, stürmten am Mittwochabend, 14.10.2020, vier maskierte Männer mit Baseballschläger und Pfefferspray bewaffnet in einen Friseursalon in der Pforzheimer Brüderstraße und verletzten dabei den Eigentümer und einen Mitarbeiter. Da die Angreifer in Richtung Waisenhausplatz flüchteten und der Verdacht bestand, dass sie ihre Tatmittel hinter dem Stadttheater in die Enz geworfen haben könnten, wurde mit Unterstützung von Tauchern der Wasserschutzpolizei Karlsruhe vom Polizeipräsidiums Einsatz am 21.10.2020 der Grund der Enz hinter dem Stadttheater abgesucht. Hierbei wurden Mobiltelefone sowie Stichwaffen geborgen. Derzeit wird geprüft, ob sie den Tätern zugeordnet werden können. Durch langwierige und umfangreiche Ermittlungen gelang es, vier dringend tatverdächtige, türkische Staatsangehörige im Alter von 25, 29 und zwei im Alter von 31 Jahren, zu identifizieren. Über die Pforzheimer Staatsanwaltschaft wurden beim Amtsgericht Pforzheim Durchsuchungsbeschlüsse für deren Wohnungen erwirkt. Zudem wurde im Vorfeld ein Haftbefehl gegen einen der beiden 31-Jährigen beantragt.

Im Laufe des Mittwochs wurden mit Unterstützung des Polizeipräsidiums Einsatz die Durchsuchungen in Pforzheim vollzogen. Der 31-jährige Türke konnte mit vorliegendem Haftbefehl festgenommen werden und wird unverzüglich dem Haftrichter vorgeführt werden. Nach vorliegenden Erkenntnissen dürften Streitigkeiten das Tatmotiv gewesen sein.

Berlin: Zweitens wird die Gruppe der abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerber immer größer, die nicht ausreisen wollen und deshalb ebenfalls in den Unterkünften verbleiben. Sie werden immer seltener zur Ausreise gedrängt. Die Zahl der Abschiebungen und durchgesetzten freiwilligen Ausreisen ging seit 2016 um 60 Prozent zurück. Insgesamt halten sich 14.027 abgelehnte Asylbewerber weiterhin in Berlin auf. Sie bekommen, auch wenn sie hier illegal verbleiben, dennoch Unterkunft und Verpflegung. Es ist erklärte Politik des rot-rot-grünen Senats, möglichst niemanden mehr auszuweisen, auch wenn der Staat nach dem Gesetz eigentlich dazu verpflichtet ist. Die Ausreisepflicht wird einfach nicht mehr durchgesetzt. Großzügig verteilt der Senat befristete Duldungen und verlängert sie immer wieder. Die Geduldeten müssen irgendwo unterkommen. Also bringt man sie in den Modularen Unterkünften für Flüchtlinge unter, obwohl sie gar keine Flüchtlinge sind. Und deshalb werden immer mehr solcher Unterkünfte gebaut, obwohl die Zahl der Asylbewerber abnimmt. Man baut diese Unterkünfte also auch für Leute, die gar nicht mehr im Land sein dürften. Der Senat behandelt abgelehnte Asylbewerber praktisch genauso wie anerkannte. Das hat nichts mehr mit dem Asylrecht oder mit der Genfer Flüchtlingskonvention zu tun. Das ist eine absurde Politik auf Kosten der Allgemeinheit *(Auszug aus einem Artikel von BZ-BERLIN.DE).*

Wien: Ein 21- und ein 23-jähriger türkischer Staatsangehöriger gerieten mit einem 42-jährigen nigerianischen Staatsangehörigen in Streit. Dabei soll der 21-Jährige seinen Kontrahenten mit einem Messer bedroht haben. Anschließend soll der 23-Jährige den 42-Jährigen gewürgt haben. Beide wurden auf freiem Fuß angezeigt. Es wurden bei dem Vorfall keine Personen verletzt.

https://philosophia-perennis.com/2020/11/15/partyszene-in-frankfurt-pruegelt-eine-transsexuelle-zusammen/

Partyszene in Frankfurt prügelt eine Transsexuelle zusammen

Von

David Berger

15. November 2020

(David Berger) Gestern Nacht soll es – laut Informationen der sozialen Medien – zu einem gewalttätigen Übergriff der Frankfurter Partyszene auf eine transsexuelle Person gekommen sein. Ein kursierendes Video zeigt Szenen, die Schlimmes ahnen lassen.

Der Kölner Menschenrechtsaktivist Ali Utlu dazu: „Menschen die sich immer als Opfer von Rassismus hinstellen, lynchen fast eine Transsexuelle mitten in Deutschland. (Frankfurt am Main) Keiner hilft ihr, sie Filmen noch den versuchten Mord.

Das ist nicht das Deutschland in dem ich Leben will. Dieser Hass gehört nicht zu Deutschland, diese Menschen gehören nicht zu Deutschland. Mittlerweile werden

LGBTS gejagt und ermordet von Muslimen, in einem Ausmaß, wie es dies noch nie gab. Ich habe Angst."

https://www.n-tv.de/panorama/Gruenes-Gewoelbe-Drei-Mitglieder-des-Berliner-Remmo-Clans-festgenommen-article22173525.html
DIENSTAG, 17. NOVEMBER 2020
Über 1600 Polizisten im Einsatz
Grünes Gewölbe: Drei Mitglieder des Berliner Remmo-Clans festgenommen
Im November 2019 rauben mehrere Unbekannte das Grüne Gewölbe in Dresden aus. Die historischen Kunstschätze, die sie stehlen, sind mehrere Millionen Euro wert. Ein Jahr später nimmt die Polizei bei einer großen Razzia in Berlin mehrere Verdächtige fest. Sie stammen aus einem berüchtigten Clan.
Die Polizei hat in Berlin am Morgen drei Tatverdächtige festgenommen, die für den Kunstdiebstahl im Dresdner Grünen Gewölbe verantwortlich sein sollen. Bei einer Großrazzia mit Schwerpunkt im Bezirk Neukölln werden nach Angaben der zuständigen Staatsanwaltschaft Dresden derzeit 18 Objekte durchsucht, darunter zehn Wohnungen sowie Garagen und Fahrzeuge. Gesucht wird nach möglichen Beweismitteln wie Speichermedien, Bekleidungsstücken und Werkzeugen. "Es ist auch unser Ziel, nach den entwendeten Juwelen zu suchen", sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Bislang erfolglos: "Da müsste man sehr viel Glück haben, dass man die ein Jahr nach der Tat noch finden würde", ergänzte ein Sprecher der Dresdner Polizei. "Die Hoffnung stirbt zuletzt." Der eigentliche Erfolg sei die Festnahme der Verdächtigen.
Insgesamt sind den Angaben zufolge 1.638 Polizeibeamte aus mehreren Bundesländern im Einsatz. Den Beschuldigten wird schwerer Bandendiebstahl und Brandstiftung in zwei Fällen vorgeworfen. Sie sollen noch im Laufe des Tages einem Ermittlungsrichter vorgeführt werden.
Die Fahndung wurde nach Angaben der Dresdner Staatsanwaltschaft inzwischen auf zwei weitere 21-Jährige aus dem Clanmilieu ausgeweitet. Auch ihnen wird schwerer Bandendiebstahl und Brandstiftung vorgeworfen.
Mitglieder der Remmo-Familie
Bei einem der spektakulärsten Einbrüche der vergangenen Jahrzehnte hatten Unbekannte im November 2019 in Dresden aus der berühmten Schatzkammer Grünes Gewölbe Kunstschätze von kaum messbarem Wert gestohlen. Binnen Minuten stahlen sie aus einer Ausstellungsvitrine historischen Juwelenschmuck von großem Wert. Anschließend flohen sie mit einem Auto, das sie später in Brand setzten.
Die Festgenommenen stammen nach Polizeiangaben aus dem Clanmilieu. Laut übereinstimmenden Medienberichten handelt es sich um Mitglieder der deutsch-arabischen Familie Remmo (auch als Rammo bekannt). Zwei Familienmitglieder sind bereits wegen des Diebstahls einer 100 Kilogramm schweren Goldmünze aus dem Berliner Bode-Museum verurteilt worden, bei einem ist das Urteil schon rechtskräftig.
In Berlin-Neukölln sind viele Mitglieder krimineller Großfamilien zu Hause. Bereits im September hatte die Polizei mehrere Betriebsstätten durchsucht, hier ging es möglicherweise um das Fluchtauto. Zuvor fand die Sonderkommission "Epaulette" Beweismaterial in einem Neuköllner Internet-Café und einer Wohnung. Aufgrund der Großrazzia ist den ganzen Tag mit erheblichen Verkehrseinschränkungen im Berliner Stadtgebiet zu rechnen.
Quelle: ntv.de, chr/dpa/AFP

http://www.pi-news.net/2020/11/dresden-polizei-sucht-moechtegern-vergewaltiger/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Dresden: Polizei sucht Möchtegern-Vergewaltiger

22. November 2020

Die Polizeidirektion Dresden fahndet nach einem unbekannten Mann, der am Samstag, 10. Oktober 2020, gegen 4 Uhr, in Dresden eine 30-jährige Frau überfallen hat. Die 30-Jährige war auf dem Fußweg der Sebnitzer Straße unterwegs, als sie der Unbekannte von hinten umklammerte. Während er ihr mit der rechten Hand den Mund zuhielt, berührte er sie mit der anderen unsittlich. Anschließend versuchte er sie in Richtung eines Spielplatzes zu ziehen. Aufgrund der Gegenwehr der Frau ließ er von ihr ab und flüchtete. Täterbeschreibung: männlich, ca. 30 Jahre, ca. 185 cm groß, dunkle Hautfarbe, helle Baggy-Hose.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.
Regensburg: Am Montagabend, 2. November 2020, ereignete sich im Regensburger Donaupark eine Vergewaltigung. Eine Radfahrerin wurde Opfer eines noch Unbekannten. Die Kriminalpolizeiinspektion Regensburg führt intensive Ermittlungen, prüft Zusammenhänge mit anderen Vorfällen und wendet sich mit einem Zeugenaufruf an die Öffentlichkeit. Am Montag, den 2. November 2020, kurz vor 21.00 Uhr, fuhr eine 27-jährige Radfahrerin durch den Donaupark im Regensburger Westen. Nahe des Grillplatzes hielt sie ein anderer Radfahrer an, verwickelte sie in ein Gespräch und bedrohte sie schließlich mit einer Waffe. In der Folge kam es zur Vergewaltigung der Geschädigten. Der Täter flüchtete nach der Tat in unbekannte Richtung. Die junge Frau begab sich nach Hause, von wo aus die Polizei verständigt wurde. Die Polizei leitete mit allen zur Verfügung stehenden Kräften eine Fahndung nach dem unbekannten Radfahrer ein. Das zuständige Fachkommissariat der Kriminalpolizeiinspektion Regensburg hatte unter enger Einbindung der Staatsanwaltschaft Regensburg sofort die Ermittlungen übernommen. Zur Tataufklärung wurde zudem die Ermittlungsgruppe „West" eingerichtet. Der Polizei liegt folgende Personenbeschreibung vor: – männlich – schwarze Haare (möglicherweise Dreadlocks)- dunkelhäutig – dunkle Bekleidung – Alter: Anfang 20 bis Mitte 30 – 165 -175 cm groß – schlank – sprach Deutsch mit ausländischem Akzent – dunkles Fahrrad – führte nach Zeugenangaben eine Schusswaffe mit sich.
Bautzen: Gegen einen 25-Jährigen ermittelt nun die Bundespolizei wegen Beleidigung, wegen sexueller Belästigung und wegen Körperverletzung. Der Beschuldigte, bei dem es sich um einen in Löbau wohnenden Pakistaner handelt, war gestern das erste Mal am Nachmittag zwischen 14.00 Uhr und 14.40 Uhr aufgefallen, als er mit dem Zug von Bautzen nach Görlitz fuhr. Trotz Aufforderung durch das Zugpersonal hatte er sich geweigert, den

vorgeschriebenen Mund-Nase-Schutz zu tragen. Bundespolizisten nahmen den Passagier in Empfang, hielten seine Personalien fest und erstatteten einen Ordnungswidrigkeitenanzeige wegen des Verstoßes gegen die sächsische Corona-Schutzverordnung. Später stellte sich heraus, dass der Masken-Verweigerer während der Fahrt offenbar eine 16-Jährige oder möglicherweise noch andere Personen sexuell belästigte. Gegen 17.00 Uhr wurde die Dienststelle dann darüber informiert, dass ein Unbekannter im Görlitzer Bahnhof Reisende behelligt, dabei ohne Mund-Nase-Schutz umherläuft. Nachdem die Beamten in der Bahnhofshalle angekommen waren, trafen sie zunächst auf zwei Mädchen im Alter von 15 und 16 Jahren. Diese erklärten, dass sie der Beschreibung nach von dem 25-Jährigen angeschrien und beschimpft wurden. Wie sich herausstellte, war der Mann zuvor auch schon außerhalb des Bahnhofes auf der Berliner Straße gegenüber einer dreiköpfigen Personengruppe in Erscheinung getreten. Dabei hatte er neben verbaler Entgleisungen eine Minderjährige (15) angespuckt, ihr ein benutztes Taschentuch entgegengeworfen und obendrein einen 21-Jährigen mit dem ausgestreckten Finger am Auge verletzt. Die Geschädigten teilten mit, dass der Verdächtige bei seinen Angriffen ebenfalls keinen Mund-Nase-Schutz getragen hat.

Frankfurg: Am Samstag, den 7. November 2020, gegen 15.15 Uhr, befand sich ein 10-jähriges Mädchen in einem Spielwarengeschäft des Skyline Plaza in der Europa-Allee. Dort hielt sich auch ein ihr unbekannter Mann auf, der zunächst an seiner Hose herumspielte und sich dem Mädchen dann in schamverletzender Weise zeigte. Die 10-Jährige flüchtete daraufhin aus dem Geschäft zu ihrer Mutter, die sich in der Nähe aufgehalten hatte. Der Täter wird beschrieben als 50-60 Jahre alt und etwa 180 cm groß. Normale Figur, dunkle Haare, leicht dunkler Teint und auffällig viele Falten um die Augen.

Steinfurt: Am Mittwoch (4.11.), gegen 19.15 Uhr, wurde eine 52jährige Frau aus Metelen von einem unbekannten Mann auf offener Straße angegriffen, geschlagen und sexuell beleidigt. Die Frau war auf der Ochtruper Straße in Höhe der Hausnummer 11 unterwegs, als ein Mann sie mit schnellen Schritten verfolgte. Auf ihrer Höhe angekommen, schlug ihr der Unbekannte plötzlich die Brille vom Kopf und warf die Frau zweimal gegen einen dortigen Zaun. Dann schrie er eine sexuelle Beleidigung in ihre Richtung. Das Opfer rief laut um Hilfe. Daraufhin ließ der Täter von weiteren Attacken ab und lief stadtauswärts. Die Brille des Opfers fiel bei diesem Attacke zu Boden und wurde beschädigt. Wie die Frau weiter gegenüber den hinzugerufenen Polizeibeamten angab, sei sie dann zu den Anwohner gegangen und habe dort angeklingelt. Eine weitere Zeugin, die sich zu diesem Zeitpunkt in ihrem Garten aufhielt, hörte lautes Geschrei und sah, wie sich der Täter stadtauswärts entfernte. Sofort eilte sie der geschlagenen Frau zur Hilfe. Beide Frauen konnten den Täter beschreiben. Er war etwa 25 bis 30 Jahre und hatte ein südländisches Aussehen.

Rodheim: Polizei sucht älteren Zeugen nach sexueller Belästigung im Bus Nach einer sexuellen Belästigung von Montagfrüh (02. November) sucht die Polizei nach Zeugen, insbesondere nach einem älteren Mann. Eine 16-jährige Schülerin stieg gegen 08.45 an der Bushaltestelle Rodheim-Bieber (Gesamtschule) in den Bus nach Gießen ein. An einer Haltestelle am Ende von Rodheim stieg ein unbekannter junger Mann ein und setzte sich neben das Mädchen. Zunächst unterhielt er sich mit ihr, wurde allerdings immer aufdringlicher, küsste sie und berührte sie mehrfach unsittlich. Trotz wiederholter Aufforderung, es zu unterlassen, hörte er nicht auf. Kurz vor dem Bahnhof in Gießen wurden offenbar ein älterer Mann und wenig später eine Busfahrerin auf die Situation aufmerksam und kamen dem Opfer zu Hilfe. Der Verdächtige, der flüchten konnte, ist etwa 25 Jahre alt, dunkelhäutig, trug eine Basecap und eine Maske.

Stuttgart: Ein Unbekannter hat am Donnerstag (05.11.2020) im Bereich des Max-Eyth-Sees mehrere Frauen belästigt. Eine bislang noch unbekannte Frau sprach gegen 15.00 Uhr eine 58-jährige Joggerin und deren 17 Jahre alte Tochter an und machte sie auf den Mann aufmerksam, der zirka 200 Meter von einem Toilettenhäuschen entfernt auf der Wiese stand. Er hatte seine Hose halb heruntergelassen und onanierte offenbar. Der Unbekannte soll etwa 30 Jahre alt gewesen sein und ein südländisches Erscheinungsbild haben.
Stuttgart: Ein Unbekannter hat sich in der Nacht zum Donnerstag (5.11.2020) vor dem Schlafzimmerfenster einer Wohnung an der Nebelhornstraße entblößt. Die Bewohnerin nahm gegen 02.35 Uhr Geräusche vor ihrem Schlafzimmerfenster wahr, weswegen sie ihren Ehemann weckte. Dieser leuchtete mit einer Taschenlampe aus dem Fenster und sah dort einen Mann, der mit heruntergelassenen Hosen vor dem Fenster stand und an seinem Glied manipulierte. Als er den Unbekannten ansprach, flüchtete dieser sofort. Der Unbekannte wird beschrieben als etwa 170 Zentimeter groß, im Alter von 28 bis 30 Jahren, mit südländischem Äußeren und kurzen, schwarzen Haaren.
Freudenstadt: Gegen einen unbekannten Angreifer hat sich eine Frau am Montagabend in Freudenstadt erfolgreich zur Wehr gesetzt. Die Frau im frühen Erwachsenenalter war nach derzeitigem Stand der Ermittlungen zwischen 21:00 und 21:30 Uhr zu Fuß unterwegs. Auf dem Verbindungsweg zwischen Ludwig-Jahn- und Justinus-Kerner-Straße sprach der Unbekannte sie an. Nachdem sie sich jedoch ablehnend äußerte, packte der Mann die Geschädigte am Arm. Jene konnte sich allerdings losreißen und trat dem Angreifer gegen das Bein. Als der Unbekannte die Frau erneut ergriff und ihr ins Gesicht schlug, setzte sie sich wiederum entschlossen zur Wehr. Sie verpasste dem Angreifer einen Faustschlag ins Gesicht, sodass jener von ihr abließ und ihr die Flucht gelang. Der noch unbekannte Täter wird beschrieben als ein etwa 35 bis 40 Jahre alter und 1,80 bis 1,85 Meter großer Mann mit schwarzen, kurzen Haaren. Er war bekleidet mit einem dunkelgrünen oder dunkelbraunen Parka mit Fellbesatz, einer dunklen Hose und braunen Winterschuhen. Er habe deutsch mit merklich hörbarem Akzent gesprochen.
Köln: Zwischen August 2017 und Mai 2019, so die Anklage, soll ein gebürtiger Marokkaner Mädchen mehrfach sexuell missbraucht haben. Eines der Kinder war eine Freundin seiner Tochter. So soll der 63-Jährige ein Opfer in einen Keller gelockt haben und dort dazu gebracht haben, sich in einen Karton zu setzen in den eine zusätzliche Öffnung reingeschnitten worden war. In diese Öffnung soll der Angeklagte sein Glied gesteckt haben und das Mädchen gezwungen haben, ihn oral zu befriedigen. Zu weiterem Missbrauch soll es in einem Gebüsch, in der Nähe seiner Wohnung und in seinem Schlafzimmer gekommen sein, wobei seine Tochter sich während des Übergriffs im Zimmer nebenan aufhielt.

http://www.pi-news.net/2020/11/karlsruhe-messerattacke-von-syrer-auf-afd-mitarbeiter/

OPFER IM KRANKENHAUS, TÄTER AUF FREIEM FUSS

Karlsruhe: Messerattacke von Syrer auf AfD-Mitarbeiter

24. November 2020

Ein durchtrennter Bizepsmuskel, eine durchtrennte Schlagader im linken Oberarm, ein ausgekugeltes Gelenk am Ringfinger, gerissene Bänder, Abschürfungen, blaue Flecken und ein weiterer Schnitt im rechten Unterarm: Der AfD-Mitarbeiter im Brüsseler Büro des MdEP Joachim Kuhhs, Alexander Arpaschi, wurde am 17. November in Karlsruhe Opfer einer Messerattacke durch einen Syrer. Der 50-Jährige liegt immer noch im Krankenhaus und hat von dort aus ein kurzes Video-Statement abgegeben – der bereits polizeibekannte Syrer ist einstweilen wieder auf freiem Fuß.

https://philosophia-perennis.com/2020/11/23/merkels-deutschland-aufstellen-von-kreuzen-fuer-opfer-islamischer-gewalt-ist-strafbar/

Merkels Deutschland: Aufstellen von Kreuzen für Opfer islamischer Gewalt ist strafbar!

Von

Michael van Laack

23. November 2020

(Michael van Laack) Man darf in Deutschland viele Straftaten begehen, wenn sie einem guten Zweck dienen. Z.B. der Schließung des Braunkohletagebaus oder Rettung eines Waldes vor einer neuen Autobahntrasse. Milde ist dann angesagt. Die Polizei hat zu deeskalieren, die Gerichte sollten möglichst auch noch bei 45jährigen Klima-Helden irgendwie Jugendstrafrecht zur anwendung bringen. Oder doch zumindest zu einem sehr milden Urteil kommen. Wenn es aber um Kritik an der Flüchtlingspolitik geht, hört der Spaß auf!

Heute Nacht geschah Ungeheuerliches in Stralsund. Deshalb sah sich die Landes-Polizeidirektion Mecklenburg-Vorpommern – die für alle Straftaten zuständig ist, bei denen der Staatsschutz ermittelt – veranlasst, folgendes auf ihrer Netzpräsenz zu veröffentlichen:

Holzkreuze vor Merkels Wahlkreisbüro

In Stralsund haben bisher ein oder mehrere unbekannte Tatverdächtige zwölf Holzkreuze sowie Grablichter und Blumen auf Höhe des Wahlkreisbüros der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, in der Ossenreyerstraße aufgestellt. Auf den Kreuzen stehen Namen von Opfern von Tötungsdelikten sowie Namen von ausländischen mutmaßlichen Tätern. An den Holzkreuzen befanden sich Zettel, die Rückschlüsse auf die „Identitäre Bewegung" zulassen.

Das Aufstellen erfolgte mutmaßlich zwischen 00:20 Uhr und 02:30 Uhr am heutigen Montagmorgen. Beamte des Hauptreviers Stralsund hatten das Ganze während einer Streifenfahrt festgestellt. Die Gegenstände wurden sichergestellt. Die Erkenntnisse zu diesem Sachverhalt werden von der Kripo an die zuständige Ordnungsbehörde zur weiteren Bearbeitung dieser Ordnungswidrigkeit übergeben.

Wer sachdienliche Hinweise zu dem Aufstellen machen kann (etwa verdächtige Personen im genannten Zeitraum), wendet sich bitte an das Polizeihauptrevier

Stralsund unter 03831/28900, die Internetwache der Landespolizei MV unter www.polizei.mvnet.de oder an jede andere Polizeidienststelle.

Eine schändliche Tat, oder?

Namen der Opfer von Tötungsdelikten sowie Namen von ausländischen, mutmaßlichen Tätern schreiben nur übelst rechtsextremistisch Gesinnte auf Holzkreuze und Plakate. Alle, die „unsere Demokratie" lieben, gedenken lediglich der Opfer rechter Gewalt. Denn nur von Rechten ermordete Menschen und ihre Angehörigen haben unser Gedenken verdient, sind „umsonst" gestorben.

Die anderen sollten sich lieber als Kollateralschaden-Helden auf dem Weg zu einer buntislamischen Gesellschaft verstehen. Ihre Opferbereitschaft und der Starkmut ihrer Angehörigen wird uns den Weg auf ein Deutschland, in dem der Islam kein Mauerblümchen-Dasein fristet, sondern auf Augenhöhe mit Christen und Atheisten friedlichen Dialog führt, rascher voranschreiten lassen. – Sarkasmus-Modus aus!

https://philosophia-perennis.com/2020/11/27/antisemitische-messerattacke-in-wien-schlachtet-alle-juden/

Antisemitische Messerattacke in Wien „Schlachtet alle Juden"

Von

Elmar Forster

27. November 20200

Westeuropa versinkt in einer Welle von islamistischem Antisemitismus. Westliche Medien schweigen darüber und projizieren diesen Hass gegen Ungarn. Ein Gastbeitrag von Elmar Forster

Nur wenige Stunden nach der Ankündigung des österreichischen Innenministers Nehammer, den öffentlichen Raum vor islamistischen Terrorattentätern zu schützen, ereignete sich in Wien gestern (am 26.11.2020 / 16h) eine antisemitische Messer-Attacke auf einen jüdischen Geistlichen:

„Eine Angreiferin bedrohte den Mann mit einem Messer und riss ihm die Kippa vom Kopf. Die Frau soll ´Schlachtet alle Juden´ gerufen haben".

(Antisemitismusmeldestelle, oe24) – Ein ähnlicher Vorfall hatte sich erst vor Kurzem in Lugano ereignet. (NZZ)

Bedenklich auch: Die umstehenden Passanten hätten dem Rabbiner „nicht geholfen und weggeschaut." (der Rabbiner, oe24) – Offenbar beschränkt sich westliche Zivilcourage auf das nachträgliche Aufstellen von Kerzerln-Meeren.

Sowie auf hilflose Verurteilungs-Rhetorik: „Ich verurteile den antisemitischen Angriff auf das Allerschärfste." (Bundeskanzler Kurz)

Graz: Syrischer Flüchtling attackiert Oberrabiner

Denn bereits im August war es zu mehreren antisemitischen Angriffen auf die jüdische Gemeinde in Graz gekommen: Ein 31-jähriger syrischer Flüchtling (seit 2013 in Österreich) hatte den jüdischen

Gemeindepräsidenten mit einem Baseball-Schläger attackiert, zuvor eine katholische Kirche und das Schwulen-Vereinslokal angegriffen. – Absurder Grund für diese Taten: „Er lehnt das Leben in Österreich ab." (Innenminister Nehammer, (Welt)
Damals zeigte sich die österreichische EU-Ministerin Edtstadler (ÖVP) in großer Sorge… „Es gibt Schnittmengen zwischen Islamismus und Antisemitismus." (Welt). Der daraufhin von der Ministerin (für Herbst) angekündigte „30-Punkte-Plan gegen Antisemitismus in Österreich" ist also ohne Wirkung geblieben… Der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG), Oskar Deutsch, warnte bereits vor muslimischen Antisemitismus, aber auch von „Judenfeindlichkeit von Rechten und von Linken." (Welt)

Linke Hass-Projektion gegen Ungarn

„In Ungarn müssen sich die Juden wieder fürchten." (der österreichisch-jüdische Exil-Ungar Paul Lendvai, Welt, 2009). – Die Heuchelei ist kaum mehr zu überbieten: So plädierte die ungarische Holocaust-Überlebende (und linke Vorzeige-Philosophin), Agnes Heller, allen Ernstes für eine links-rechte Blockparteien-Opposition, um Orban zu stürzen (siehe Spiegel-Interview) – wohlgemerkt: unter Einbeziehung der rechtsradikalen „Jobbik" („Ungarns Rechtsextreme und ihr Hass gegen Juden" (2012, Welt) – Auf diese Weise regiert in der Hauptstadt Budapest (seit Herbst 2019) ein grün-liberaler Bürgermeister, GergelyKarcsony. – Dieser hatte sogar (zusammen mit Agnes Kunhalmi, Vize-Vorsitzende der ungarischen Sozialisten, und Peter Jakab, Jobbik-Präsident) einen Jobbik-Bürgermeister-Kandidaten, Biro Laszlo, im Wahlkampf unterstützt. (888hu) – Das Brisante daran: Dieser unterstellte der Hauptstadt Budapest einst eine jüdischen Weltverschwörung: Er verballhornte die Hauptstadt als „Juda-Pest" und bezeichnete jüdische Touristen als „Wanzen" (hir-tv)
In Wirklichkeit aber ist „Ungarn der sicherste Ort für Juden in Europa." (der ungarische Oberrabbiner, S. Köves, UngarnHeute): 2019 gab es in Ungarn „nur" 35 antisemitische Vorfälle (also 3,5 Fälle pro Million Einwohner), in Deutschland waren es 824 Fälle (UngarnHeute), in Österreich haben sich diese seit der Flüchtlingskrise 2015 auf 550 verdoppelt. – Gerade österreichische Mainstream-medien (ORF) verstecken dann solche Vorfälle in Unterrubriken.
In Wirklichkeit sind die westlichen Dauer-Hasskampagnen gegen Ungarn nichts anderes als Projektionen: „Die Grundlage dieser Systeme ist die Lüge." (Paul Lendvai, Standard 2019)

https://philosophia-perennis.com/2020/11/28/oesterreichischer-ultra-gruener-relativiert-islamistische-anschlaege-auf-christen/

Österreichischer Ultra-Grüner relativiert islamistische Anschläge auf Christen
Von
Elmar Forster
28. November 2020

(Elmar Forster) Auf die erschreckende Feststellung des österreichischen Innenministers Nehammers („Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Täter Opfer in Kirchen suchen wollte" – WienerZeitung) reagierte der Ultra-links-Grüne (Ex-EU- und) Nationalratsabgeordnete Michel Reimon mit einer politisch-korrekten Verschwörungstheorie: „Man kann auch Angriffspläne auf Kirchen erfinden oder so tun, als würde es eine Ski-Saison geben..." (Twitter).

Auch die oppositionelle SPÖ will nun Reimons Verhalten im „Geheimdienstausschuss" des Nationalrats thematisieren: „Dieser Streit gefährdet die Sicherheit in Österreich." (SP-Sicherheitssprecher Einwallner, WZ)

Grüne Verschwörungstheorien

Reimons Entschuldigung offenbart nicht zum ersten Mal Grüne Kommunikations-desaster: „`Erfinden ist nicht richtig – es ging um ´aufbauschen´." (WZ) Der studierte Organisationsberater stellte allen Ernstes die These auf: „Wir müssen das (Anmerkung: wohl die Terroranschläge) möglichst ohne Angstmacherei kommunizieren." (WZ)

Bereits am Höhepunkt der Flüchtlingskrise, im Herbst 2015, hatte (die Ex-Vorsitzende der Grünen) Glawischnig, längst widerlegte Lügen-Hetz-Propaganda gegen Ungarn verbreitet („FAKE-NEWS und Flüchtlings-Krise: Wie die Lügenpresse gegen Ungarn mobil machte…").

"Hinrichtungen sind in unserer Kultur normal"

Zudem wurde ein anderer Skandal aus dem Umkreis der linken Flüchtlings-HelferIndustrie („Protokoll aus dem inneren des Asylsystems") bekannt:

Nur ein Tag nach dem Wienterror inszenierten (am 3. November 2020) als Minderjährige betreute „afghanische ´Flüchtlinge´" AUT) in einem niederösterreichischen Schlosspark eine Spaß-IS-Hinrichtung (!) via Internet (heute) – Und zwar mit einer kultur-bereichernden Begründung: „So etwas ist in unserer Kultur völlig normal". Diese Mitteilung gaben die (auch sprachlich noch) nicht besonders integrationswilligen Jugendlichen mittels eines Dolmetschers bekannt.

Ähnliche Videos sind immer noch auf diversen Social-Media-Kanälen abrufbar… Trotzdem ist es bisher aber noch zu „keiner erkennbaren Aktivität der Staatsanwälte" gekommen, die der Grünen Justizministerin Zadic" (heute) unterstellt sind.

Zusammen mit einer Parteikollegin hatte Reimon (noch am 2. September 2020) zur Verlängerung der Willkommenskultur für minderjährige Flüchtlinge aufgerufen. (oe24-Interview)

Ultra-linke Double-Measures

Was wird Ultra-Grüne nun wohl mehr aufregen? Die islamistische Räuber-und-Gendarm-Hinrichtung, oder aber die politisch inkorrekteFeststellung des zuständigen FPÖ-Asyllandesrates Waldhäusl: „Menschen, für die Terror ein Spiel ist, haben definitiv kein Recht darauf, in unserem Land Schutz zu suchen." (heute)

– Eine (zugegebenermaßen etwas makabre Post-68er-)Happenings-Enthauptung (durch die österreichische Identitäre Bewegung in Wien, 22. Dezember 2015) hatte damals für einen Skandal-aufschrei in der linken Szene geführt. (oe24)

Zieh dir ein T-Shirt an oder ich fick dich!" (heute)

Eine multikulturell-tätige kaukasische „Sittenwächter"-Bande wurde (im Sommer 2018) an einem Badeteich einer leicht bekleideten Badenixe habhaft: „Die Männer umzingelten die Schwimmerin und drohten damit,

sie zu vergewaltigen. Einer von ihnen wollte sogar den Begleiter der Frau mittels „Oarsch"-Tritt) (Wiener-Dialekt) eine Böschung hinabstoßen.
Detail am Rande: Zuvor waren dem Haupttäter zwei Fake-Asylansuchen (in Deutschland und Österreich) abgelehnt worden. Trotzdem „lebte er weiter in Wien, fuhr aber immer wieder in die Heimat." – Auf die Frage des Richters: „Warum wollten Sie Asyl?" antwortete er kühl: „´Ich habe nicht behauptet, politisch verfolgt zu sein.´" (heute)
Auch nach seiner Verurteilung blieb er allerdings seinem anti-christlichen Kulturhass treu: „Die Kuffar (Ungläubige, Anmerkung) sollen sterben! Allah wird sie bestrafen."
Hier noch einige abartige Zitate:
„Hier ist nicht nacktbaden. Mich stört das, sie soll sich anziehen!" (Sittenwächter)
Der Begleiter der Frau: „Der Mann hat nur mit mir gesprochen, so als wäre meine Bekannte mein Eigentum." (heute)
Ersterem drohte er sogar eine homosexuelle Vergewaltigung an: „Ich f... dich! Bist du schwul?" Schließlich verlangte der Kaukase sogar noch: „Wenn sie sich nicht sofort ganz anzieht", würde sie eine Vergewaltigung geradezu herausfordern...

http://www.pi-news.net/2020/11/syrer-ueben-in-brandenburg-die-ermordung-deutscher-polizisten/

PARTISANEN IM DEUTSCHEN WALD

Syrer üben in Brandenburg die Ermordung deutscher Polizisten

30. November 2020

Von MANFRED ROUHS | Der 24-jährige Fayez Kanfash hat in Deutschland Manches erreicht, wovon viele seiner Landsleute in Syrien nur träumen können: Ein schönes Leben, regelmäßige Einkünfte, eine Zwei-Zimmer-Wohnung im brandenburgischen Luckenwalde und mehr als eine Million Abonnenten auf Youtube. Mit jedem Video, das er dort hochlädt, mehrt er seinen Ruhm in der europäischen arabischen Community. Einen Höhepunkt erklomm seine Popularität, als er einen Mann mit Macron-Maske vor laufenden Kameras durch Berlin-Neukölln trieb und symbolisch auspeitschte (PI-NEWS berichtete).
Muslimische Helden fürchten nichts und niemanden, außer Allah. Was also täte Kanfash, wenn die deutsche Polizei ihn jagen würde? Nun, er würde den Beamten im brandenburgischen Wald auflauern, sie überwältigen und töten. Wie das dann aussähe, zeigt sein jüngstes Video.
Der Dreh erinnert an jugoslawische Kinofilme über den zweiten Weltkrieg aus den 1970er Jahren. Sie verherrlichen den Partisanenkrieg Titos gegen die deutschen Besatzer, die als roboterhaft handelnde Vollidioten inszeniert wurden, denen die umsichtig und heldenhaft kämpfenden Kommunisten den wohlverdienten Todesstoß versetzten. Ich habe diese Filme in den 1980er Jahren

gesehen und mich gewundert, warum Jugoslawien von Deutschland Wiedergutmachung für Massenerschießungen an Partisanen und ihren Helfern forderte, obwohl die doch laut filmischer Darstellung annähernd unbesiegbar gewesen sein sollen. Nach diesen widersprüchlichen Eindrücken war seinerzeit meine Fähigkeit, Mitgefühl für die Tito-Partisanen zu entwickeln, nicht so stark ausgeprägt, wie es mein Geschichtslehrer für wünschenswert hielt, womit ich mir in der Schule Ärger eingehandelt habe.
Ein gutes Vierteljahrhundert später droht mir ein ähnliches empathisches Missgeschick: Nehmen wir einmal an, die echte deutsche Polizei würde Herrn Kanfash festnehmen und ihm dabei versehentlich den Arm auskugeln, was ja sehr schmerzhaft sein soll, dann würde ich es wahrscheinlich erneut nicht hinbekommen, darüber im offiziös eingeforderten Ausmaß moralisch entrüstet zu sein …
Das Video zeigt, welchen Stellenwert Polizisten für die heutige deutsche politische Klasse haben. Der Staat lässt muslimische Partisanen gewähren, die deren Ermordung üben. Er erlaubt ihnen die kampflose Einreise nach Deutschland und besorgt ihnen eine schöne Bleibe und verhätschelt sie. Und die öffentlich-rechtlichen Medien dieses States inszenieren jeden als gefühlloses Monster, der sich in deutschen Landen etwas mehr Partisanenbekämpfung wünscht.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand" herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong

http://www.pi-news.net/2020/11/bonn-eritreischer-fluechtling-vergewaltigt-gelaehmte-nachbarin/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Bonn: Eritreischer „Flüchtling" vergewaltigt gelähmte Nachbarin

30. November 2020

Seine Nachbarin (59) ist halbseitig gelähmt. Ihre Hilflosigkeit nutzte Selomon A. (33) aus, um die schwer kranke Frau zu vergewaltigen. Aus diesem Grund musste der aus Eritrea stammende Flüchtling am Mittwoch im Bonner Landgericht auf der Anklagebank Platz nehmen. Zunächst, so die Anklage, soll die Frau sich noch versucht haben zu wehren, als der Täter sie aufs Bett zerrte, doch gegen den Mann, hatte sie keine Chance… Noch am Abend vor der Vergewaltigung soll der Täter seiner Nachbarin geholfen haben. Er brachte ihr die Lebensmittel nach Hause und nahm dabei allerdings ihren Wohnungsschlüssel mit *(Auszug aus einem Artikel von Bild-online).*
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es

gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Plauen: Ein 20-jähriger, alkoholisierter Sudanese belästigte am Freitagabend am Hradschin eine Gruppe weiblicher Jugendlicher. Als ihn daraufhin eine 16-Jährige von sich wegschob, ergriff er eine Weinflasche und schlug sie dem Mädchen auf den Kopf. Die 16-Jährige erlitt eine Kopfplatzwunde, die im Klinikum behandelt werden musste.

Nordhorn: Am Dienstagnachtmittag ist es gegen 14.20 Uhr zwischen dem Gildehauser Weg und dem Blankering in Nordhorn zu einer exhibitionistischen Handlung gekommen. Ein Mann manipulierte in seinem Auto an seinem Glied. Dabei nahm er Blickkontakt zu zwei Kindern auf. Anschließend fuhr er in Richtung Vennweg davon. Bei dem Pkw soll es sich um einen weißen Golf oder Polo handeln. Der südländisch wirkende Mann wird als circa 40 Jahre alt beschrieben.

Heidelberg: Am Montag begann am Heidelberger Landgericht sein Verfahren. Dem 22-Jährigen wird vorgeworfen, am 18. Juni dieses Jahres eine junge Frau vergewaltigt zu haben. Die Tat soll sich nachts in Kirchheim in einem Park zugetragen haben. In der Anklageschrift heißt es, er sei der Frau gefolgt, habe sie gepackt und vergewaltigt. Dabei soll er ihr gedroht haben, ein Messer zu benutzen, sodass sich die junge Frau nicht getraut habe, sich zu wehren. Bei ihrer Vernehmung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Anders als beim Angeklagten, der alle Vorwürfe zurückwies. Lamin K. leugnet zwar nicht, dass es zum Geschlechtsverkehr gekommen ist. Allerdings behauptet er, dass alles einvernehmlich vonstatten gegangen sein soll. „Ich war auf dem Weg nach Hause“, sagt Lamin K. vor Gericht. Sein Zuhause ist die Flüchtlingsunterkunft in Patrick-Henry-Village, er war vorher auf der Neckarwiese, mit Freunden Bier trinken. Das mache er jeden Tag, erzählt er: „Everyday Neckarwiese.“ Höchstens fünf Bier trinke er dann. Das sei sein Limit. … Es ist nicht das erste Mal, dass er im Gefängnis sitzt. Bereits in Gambia sei er bis zu einem Gefängnisausbruch ein Jahr in Haft gewesen. Ihm sei vorgeworfen worden, seinen Vater getötet zu haben. Dabei habe er sich nur gegen dessen Schläge gewehrt und ihn gestoßen. Der Vater sei dann die Treppe heruntergefallen und habe sich den Kopf angeschlagen. Darum sei er aus seiner Heimat geflohen, behauptet er vor Gericht.

Gießen: Die Kriminalpolizei ermittelt, nach dem sich ein Exhibitionist in dem Regionalexpress von Marburg nach Gießen entblößt hatte. Der Vorfall war in der Nacht zum Sonntag, 15. November, zwischen 23.54 Uhr und 00.21 Uhr knapp vier Minuten nachdem der Zug den Marburger Hauptbahnhof verlassen hatte. Der Mann saß zunächst woanders, suchte dann aber die direkte Nähe der Frau und führte vor ihren Augen sexuelle Handlungen an sich durch. Sowohl die betroffene 22-Jährige als auch der Exhibitionist verließen den Zug in Gießen. Von dem Mann liegt folgende Beschreibung vor. Ca. 1,80 bis 1,85 Meter groß, Anfang bis Mitte 20 Jahre alt, dunkle Augen mit auffallend ausgeprägten Augenbrauen, vermutlich ausländischer, eventuell arabischer Herkunft.

Teichhütte: In Teichhütte (Landkreis Göttingen) soll ein ca. 30 Jahre alter Autofahrer nach ersten Informationen am Montagmorgen (16.11.20) gegen 06.50 Uhr eine Schülerin aus seinem Wagen heraus angesprochen haben. Die genauen Hintergründe sind noch unklar. Die Eltern des elfjährigen Mädchens informierten die Polizei. Der Vorfall trug sich nach Angaben des Kindes auf der Straße „Am Liesenbrink" in Höhe des dortigen Spielplatzes zu. Sie sei dort mit dem Hund der Familie Gassi gegangen, als plötzlich der Unbekannte mit seinem dunklen Fahrzeug links neben ihr auftauchte und sie ansprach. Die Elfjährige schrie und rannte nach Hause. Gegenüber der Polizei beschrieb die Schülerin den Autofahrer wie folgt: Ca. 30 Jahre alt, kurze, wellige Haare, leichter Vollbart, bekleidet mit schwarzem Basecap, dunklem Pullover, sprach deutsch mit „ausländischem Akzent".
Bad Segeberg: Am 09.11.20, 18:00 Uhr, befand sich eine 20-jährige Frau vom AKN Bahnhof Quickborn aus auf dem Heimweg, als sie in Höhe der Feldbehnstraße einen Fahrradfahrer hinter sich bemerkte. Dieser telefonierte mit seinem Handy und fragte diese nach einem Feuerzeug. Nachdem dies verneint wurde, fuhr der Täter weiter, blieb dann aber stehen und griff der Geschädigten im Vorbeigehen an das Gesäß, versuchte dabei gleichzeitig diese ins Gebüsch zu drängen. Aufgrund der starken Gegenwehr und der Schreie der 20-jährigen ließ der Täter von dieser ab und entfernte sich mit dem Fahrrad. Die Täterbeschreibung war in den beschriebenen Fällen, insbesondere im Hinblick auf die Tatkleidung übereinstimmend. Es konnte ein 20 – 25 Jahre alter Mann mit dunklem Bart, ca. 175 cm groß, gebrochen Deutsch sprechend, beschrieben werden, der u.a. mit einer hellbraunen Lederjacke bekleidet war.
Oberschleißheim: Am Sonntag, 15.11.2020, gegen 16:35 Uhr, befand sich ein 32-jähriger Iraker in Oberschleißheim. Einem 47-jährigen Münchner fiel auf, dass der 32-Jährige auf der Straße sein Geschlechtsteil entblößt hatte und onanierte. Er verständigte sofort die Polizei. Eine Polizeistreife konnte den 32-Jährigen festnehmen. Gegen ihn wurden Ermittlungen wegen des Verdachts eines Sexualdeliktes eingeleitet. Nach Beendigung der polizeilichen Maßnahmen wurde er wieder entlassen. Die Ermittlungen hat die Münchner Kriminalpolizei übernommen.
Bitterfeld: Am 15. November 2020, gegen 11:00 Uhr kontrollierten Bundespolizisten auf dem Bahnhof in Bitterfeld einen eritreischen Staatsangehörigen. Bei der Überprüfung seiner Personalien im polizeilichen Informationssystem stellte sich heraus, dass gegen den 32-Jährigen ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau vorlag. Demnach wurde er im April 2019 wegen sexueller Belästigung zu einer Ersatzfreiheitsstrafe von 90 Tagen oder der Zahlung von 1350 Euro verurteilt. Da er bisher davon nur einen geringen Teil abbezahlt hatte, wurde der Haftbefehl erstellt. Zusätzlich fielen noch Kosten von über 4100 Euro an. Insgesamt muss der Mann nun eine Summe von circa 5330 Euro zahlen. Da er diese Summe nicht aufbringen konnte, wurde er durch die Bundespolizisten in die Justizvollzugsanstalt nach Halle gebracht. Zusätzlich wurde bekannt, dass die Aufenthaltserlaubnis des Mannes bereits am Ende des vorangegangenen Monats abgelaufen war. Somit muss er sich zusätzlich wegen des unerlaubten Aufenthaltes verantworten.
Stuttgart: Ein Unbekannter hat am Freitag (13.11.2020) an der Stadtbahnhaltestelle Charlottenplatz eine 20 Jahre alte Frau mehrfach unsittlich berührt. Die 20-Jährige fuhr gegen 08.05 Uhr auf der Rolltreppe vom Tiefbahnsteig auf die Zwischenetage der Haltestelle Charlottenplatz. Dort stand ein Mann hinter ihr, der ihr zwei Mal an das Gesäß griff. Als sich die junge Frau zu dem Täter umdrehte, rannte er zunächst davon. Die Frau benutzte danach den Rolltreppenaufgang zum Stadtpalais. Dort stand der Unbekannte wieder

hinter ihr und griff ihr erneut an das Gesäß. Er folgte ihr zudem zu einem Gebäude an der Uhlandstraße, wo er die 20-Jährige wieder unsittlich berührte. Anschließend flüchtete der Mann in Richtung Charlottenstraße. Er wird beschrieben als etwa 18 bis 25 Jahre alt und 175 bis 180 Zentimeter groß. Er soll einen dunklen Teint gehabt und mit einer grellroten Jacke mit Kapuze, einem grauen Sweater und einer Jeanshose bekleidet gewesen sein.

http://www.pi-news.net/2020/12/welche-vorbilder-hatte-der-todesfahrer-von-trier/

GRAFFITO AUF BETON-POLLER: „DANKE MERKEL!"

Welche Vorbilder hatte der Todesfahrer von Trier?

3. Dezember 2020

Von MANFRED W. BLACK | Nach der tödlichen Amokfahrt in der Innenstadt von Trier (PI-NEWS berichtete) hat das zuständige Gericht Haftbefehl gegen den Todesfahrer erlassen. Es geht um mehrfachen Mord, Mordversuch und gefährliche Körperverletzung. Der 51-jährige Amokfahrer soll am Dienstag betrunken einen PS-starken Sportgeländewagen gezielt in Menschen in der Fußgängerzone gesteuert haben. Fünf Menschen starben. Außerdem wurden 18 Menschen verletzt, sechs davon schwer.

Bei einem deutschen Täter ist sofort von einem „Deutschen" die Rede

Interessant ist, dass die Medien den Täter gleich nach Bekanntwerden der Todesfahrt als „Deutschen" identifiziert haben. Unmittelbar nach dem Anschlag war auch zu hören: „Die Ermittler gingen davon aus, dass der Amokfahrer ohne organisierten Hintergrund handelte" (*Neue Rhein-Neckar-Zeitung*). Soll heißen: Islamische Gruppierungen haben – in diesem Fall – damit nichts zu tun.

Bei anderen ähnlichen Amok-Fahrten oder nach blutigen Messerattacken haben fast alle Medien versucht, die Nationalität des Täters möglichst lange – oder ganz – zu verschweigen, wenn es sich dabei um muslimische Täter handelt. Viele von ihnen schrien bei ihren Mordtaten unmissverständlich „Allahuakbar!" (Allah ist größer). Auch das wurde vielfach verschwiegen.

Besonders gern vernebeln Medien die genaue Identität von Gewaltverbrechern dann, wenn es sich bei ihnen um Menschen handelt, die offiziell als „Flüchtlinge" gelten. Offensichtlich will die linke Journaille verhindern, dass die Menschen, die „schon länger hier leben" (Angela Merkel), veranlasst werden könnten, über die grenzenlose Flüchtlings-Zuwanderung nachzudenken, die selbst jetzt noch – in den für Deutsche mehr als schwierigen Corona-Zeiten – andauert.

Trotz Corona: Die „Flüchtlings"-Zuwanderung geht weiter

Allein im Oktober 2020 wurden 6499 „Schutzsuchende" – ob mit Corona oder ohne – von den Behörden registriert. Dazu kommen tausende von Zuwanderern, die über die „Familienzusammenführung" etwa von „minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen" ins Land geholt wurden.

Auffällig ebenfalls, dass nach der Todesfahrt von Trier selbst überregionale Medien gemeldet haben, dass unter den Opfern Migranten sind. Da gilt die politisch bedingte Geheimniskrämerei nicht mehr. Das „Hamburger Abendblatt" erwähnt in seiner Ausgabe vom 3. Dezember ausdrücklich, unter den Todesopfern seien auch ein Vater und dessen kleine Tochter – beide hätten eine „griechische Herkunft".

Vor der Massen-Einwanderung gab es keine Fahrzeug-Anschläge

Nach der Mord-Fahrt in Trier hat auch keine Zeitung hierzulande gewagt zu schreiben, dass bisher grundsätzlich „Flüchtlinge" und andere Menschen „mit Migrationshintergrund" ähnliche Kraftfahrzeug-

Anschläge viele Male in Westeuropa verübt haben. Kein Medium des Mainstreams hat den Mut, an die schrecklichen „Vorbilder" von Berlin, Stockholm, Nizza oder Melbourne – mit weit mehr als hundert Toten – zu erinnern. „Vorbilder", die der Täter von Trier leider kopiert hat.
Kein Journalist sagt, dass diese menschenverachtenden Anschläge durch Muslime direkt oder indirekt etwa von muslimischen IS-Propaganda-Magazinen wie „Dabiq" initiiert worden sind. Den „Auto-Dschihad" hat es vor den großen „Flüchtlings"-Bewegungen in Westeuropa nicht gegeben. Das zuzugeben, weigern sich die Journalisten der linksgrünen Massenmedien. Und die Politiker aus den herrschenden Parteien natürlich ebenso. Die linke Journaille liebt und lebt die Political Correctness.
Auch dass die heutigen Betonsperren vor großen Marktplätzen und rund um die meisten Weihnachtsmarktgelände – als „Präventions-Maßnahmen" – eine Folge sind von mörderischen Kraftfahrzeug-Anschlägen durch „Zuwanderer", wird möglichst nirgendwo erwähnt.
Graffito-Spruch auf Betonpoller in Heidelberg: „Danke Merkel!"
Interessant ist, dass Unbekannte vor ein paar Tagen auf eine der Betonsperren des großen Karlsplatz von Heidelberg „Danke Merkel" gesprüht haben. Gemeint ist die regierende Kanzlerin, die vorbei an den demokratischen Gremien ihrer Partei und des gesamten Parlaments die Grenzen öffnen ließ für viele Millionen von Zuwanderern aus dem Ausland, die sich „Flüchtlinge" nennen, aber mehrheitlich angeblich ihre Ausweispapiere „verloren" haben.
Immerhin hat die regionale „Rhein-Neckar-Zeitung" erkannt, dass die Sprayer auf „eine Verbindung zwischen der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und Anschlägen auf Weihnachtsmärkte" hinweisen wollten. Der für den Platz verantwortliche Joe Schwarz vom Heidelberg-Marketing hat den Schriftzug flugs provisorisch mit Plakaten überkleben lassen. Denn abzuwaschen war die Lackfarbe nicht. Inzwischen hat Schwarz einen Dekorateur beauftragt, „den von einer Holzkiste ummantelten Betonblock neu mit Goldfolie bespannen zu lassen" („RNZ").
Meldungen dazu in der überregionalen Presse? Nein, hier gibt es nur dröhnendes Schweigen.
Beton-Poller: Bundesweit „zertifizierte Barrieren" mit neuen Sicherheitsstandards
Jetzt haben Kommunalpolitiker nach den Mordtaten von Trier ganz neue Ideen. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, sprach sich für „zertifizierte Barrieren nach bundesweit einheitlichen, aktuellen technischen Sicherheitsstandards" aus. „Neben mobilen Pollern könnten auch städtebaulich verankerte Barrieren eine Option zum Schutz der Plätze sein, etwa versenkbare Sperren oder auch Bänke", sagte er dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland".
Landsberg räumt ein, dass eine komplette Sperrung etwa von Fußgängerzonen nicht möglich ist. In die kostspielige Sicherung von großen Fußgänger-Arealen wird also zukünftig noch mehr Geld gesteckt. Vor welchen potentiellen Mördern Politiker heute besondere Angst haben? Das sagt der Städte- und Gemeindebund natürlich nicht.

http://www.pi-news.net/2020/12/video-kopfabschneider-von-paris-in-tschetschenien-wie-popstar-beerdigt/

MOSLEMS RUFEN „TAKBIR - ALLAHU AKBAR"

Video: Kopfabschneider von Paris in Tschetschenien wie Popstar beerdigt

8. Dezember 2020

Von MANFRED W. BLACK | Der tschetschenische Mörder Abdullah Anzorov (18), der am 16. Oktober den französischen Mittelschullehrer Samuel Paty (47) in der Nähe seiner Schule im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine auf offener Straße bestialisch enthauptete, ist in Tschetschenien auf islamische Art feierlich zu Grabe getragen worden.

Dort ist der Mörder jetzt ein Held. In dem Land, das die Familie des Gewaltverbrechers angeblich als „Flüchtlinge" verlassen hatte, um in Frankreich „Schutz" zu suchen.

Französische Polizisten hatten Anzorov bei dem Versuch, ihn festzunehmen, erschossen. Die Enthauptung des Lehrers war in diesem Jahr bereits das fünfte islamisch begründete Attentat allein in Frankreich. Ermordet wurde der Geschichtslehrer, weil er in seinem Unterricht Karikaturen behandelt hatte, die den Islam kritisch beleuchten.

Zuvor hatte er seinen Schülern – mit Rücksicht auf deren religiösen Gefühle – angeboten, den Klassenraum zu verlassen, bevor er die Zeichnungen zeigte. Dieses empathische Verhalten Samuel Patys änderte nichts daran, dass sich zahlreiche Moslems in Conflans-Sainte-Honorine, und weit darüber hinaus, in ihrer „Ehre" gekränkt fühlten. Mit tödlichen Folgen.

„Flüchtling": In seinem Heimatland plötzlich wie ein Held begraben

„Flüchtlinge" weigern sich in westeuropäischen Ländern, in ihre Heimatländer zurückzukehren, weil sie dort angeblich schlimmer Verfolgung ausgesetzt sind. Was vom Wahrheitsgehalt solcher Behauptungen zu halten ist, zeigt die Beisetzung des Mörders von Conflans-Sainte-Honorine.

Plötzlich wird der angeblich „Geflüchtete" von seiner Familie in die Heimat überführt. Ohne irgendeine Schwierigkeit in Tschetschenien, einer autonomen Republik Russlands.

Der Gewaltverbrecher wurde offenbar 2002 in Moskau geboren. Seine Familie stammt aus Tschetschenien. Die Familie hat Russland im Jahr 2007 verlassen, sie beantragte Asyl in Frankreich.

Nach längeren Anhörungsverfahren ist dieser Antrag 2010 von der zuständigen Behörde, dem „Office français de protection des réfugiés et apatrides" (Ofpra), abgelehnt worden. Begründung: Die Schilderungen des Familienvaters über die angeblichen Verfolgungsgründe seien nicht überzeugend.

Gegen diese Entscheidung klagte der Tschetschene. Tatsächlich ist der Ablehnungsbescheid von der Berufungsinstitution für Asylangelegenheiten, dem „Cour nationale du droitd'asile" (CNDA), 2011

aufgehoben worden. Dadurch wurde für die Familie de facto ein dauerhafter Aufenthalt in Frankreich ermöglicht. Weiterhin natürlich rundum versorgt durch den französischen Sozialstaat.

Moslems beerdigen den Mörder wie einen Popstar

Mehr als 200 Personen waren zur Beerdigung des Mörders in Tschetschenien angereist. Beerdigt wurde der Gewaltverbrecher „wie ein Held" („Wochenblick.at"). Jetzt ist ein Video von der Beisetzung aufgetaucht.

Der Film zeigt hunderte Menschen, die an der Begräbniszeremonie im Heimatdorf Anzorovs, im tschetschenischen Shalazi, teilgenommen haben. Der Mörder wurde als „Löwe des Islam" gefeiert und als leuchtendes Vorbild angepriesen.

Das Video präsentiert die Menge, die immer wieder „Allahu Akbar" rief, als der islamische Terrorist einmal durch den Ort getragen wurde, um ihn so auf besondere Weise „zu ehren". 65 Polizisten hatten zuvor die Zufahrtstraßen von Shalazi gesperrt. Ziel: Die Anreise weiterer Trauergäste möglichst zu verhindern. Mindestens weitere „60 Polizeibeamte sicherten die Beerdigung" („Der Spiegel").

Es gibt inzwischen Berichte, wonach in Shalazi eine Straße inoffiziell nach AbdullakhAnzorov umbenannt worden ist. Die Popularität des erschossenen Mörders erinnert an die Begeisterung, die sonst verstorbenen Pop-Stars zuteil wird.

Das Video, das während der Beerdigung aufgenommen wurde, „erfährt in der arabischen Welt virale Verbreitung" („Wochenblick"). Längst sehen radikale Moslems weltweit in dem 18-Jährigen einen Helden, der den vorbildlichen Märtyrertod gestorben ist.

Moslemischer Staatsführer bezeichnet Macron als „Terroristen"

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat den Mord an dem Geschichtslehrer als „typischen islamistischen Terrorangriff" bezeichnet. Er sagte, dass „unser Landsmann getötet wurde, da er Kindern die Freiheit der Meinung beibringen wollte". Worte, die in Deutschland wohl kaum noch ein Regierungschef so formulieren würde.

Die britische Zeitung „Daily Mail" berichtet unterdessen, tschetschenische Zeitungen hätten geschrieben, dass Macron „die Menschen zum Terrorismus zwinge und ihnen keine andere Wahl lasse, da er die Karikaturen rechtfertigt". Der tschetschenische Präsident RamsanKadyrow hat daraufhin Macron vorgeworfen, „Muslime provoziert zu haben" („Der Spiegel").

Kadyrow bezeichnete den französischen Staatschef als „Terroristen". Über den ermordeten Lehrer Samuel Paty sagte Kadyrow, er habe die Schüler „provoziert". Der tschetschenische Regierungschef warnte davor, die religiösen Gefühle von Muslimen zu verletzen.

Absurde „Flüchtlings"-Politik des Westens

Meldungen der russischen Agentur „Interfax" zufolge erklärte inzwischen Kremlsprecher Dmitrij Peskow zu den Berichten über die Beerdigung in Tschetschenien, dass die Regierung Russlands den Terroranschlag in Frankreich verurteile. Offiziell hatten die russischen Behörden bisher „stets eine Verbindung des Attentäters mit seiner alten Heimat zurückgewiesen" („Der Spiegel").

Diese Geschichte zeigt, wie absurd die „Flüchtlings"-Politik des Westens ist. Doch die westeuropäischen Regierungen scheuen sich konsequent, Recht und Gesetz durchzusetzen, wenn es um „Schutzsuchende" geht.

Vor dem Hintergrund solcher weltweiten religiös-politischen Hetze gegen den „Westen" ist davon auszugehen, dass in Westeuropa noch etliche weitere islamische Terrorakte wie in Conflans-Sainte-Honorine folgen werden – mit dem

Ziel, die Meinungsfreiheit in der westlichen Welt zu untergraben. Und damit auch die Demokratie.

http://www.pi-news.net/2020/12/woerth-am-rhein-afghanen-vergewaltigen-17-jaehrige/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Wörth am Rhein: Afghanen vergewaltigen 17-Jährige

10. Dezember 2020

Wegen des Verdachts der Vergewaltigung ermitteln die Staatsanwaltschaft Landau und die Kriminalpolizei gegen zwei aus Afghanistan stammende Tatverdächtige im Alter von 18 und 21 Jahren. Den beiden Beschuldigten wird vorgeworfen, in der Nacht vom 27. auf den 28. November auf einem Freigelände in Wörth an einer 17-jährigen gegen deren Willen sexuelle Handlungen vorgenommen zu haben. Die junge Frau hatte die beiden Männer an dem Abend, an dem es zu den Übergriffen gekommen ist, kennengelernt. Eine Zeugin erkannte die Situation und informierte die Polizei, die die beiden Tatverdächtigen noch vor Ort festnehmen konnte. Die Beschuldigten wurden am Wochenende dem Haftrichter vorgeführt, der auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl erließ. Beide kamen in Untersuchungshaft. Die Ermittlungen dauern an.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Limburg: Am frühen Donnerstagnachmittag wurde in der Frankfurter Straße in Weilburg eine Frau in einem Parkhaus-Aufzug unsittlich berührt. Ein bisher unbekannter Mann soll die 41-Jährige gegen 13.45 Uhr in ein Gespräch verwickelt und mit ihr in den Aufzug eingestiegen sein. Dort habe er die Frau dann im Bereich des Oberkörpers angefasst, woraufhin die Geschädigte den Aufzug wieder verlassen habe. Im Anschluss sei der Mann dann mit dem Aufzug nach oben gefahren und im Bereich des König-Konrad-Platzes in unbekannte Richtung davongegangen. Der Täter soll etwa 1,60 m groß, schlank und 50 bis 55 Jahre alt gewesen sein. Er habe einen dunkleren Teint sowie schwarze, sehr kurze, stoppelige Haare gehabt und ein dunkelblaues Kapuzenshirt getragen. Der Mann sei zudem sehr ungepflegt gewesen und habe stark nach Alkohol gerochen.

Mettmann: Am Samstag (5. Dezember 2020) hat sich ein bislang unbekannter Mann auf der Sandstraße in Monheim-Baumberg zwei elf Jahre alten Mädchen in schamverletzender Weise gezeigt. Die Polizei hat ein Strafverfahren eingeleitet und bittet um Zeugenhinweise. Das war nach dem aktuellen Stand der

Ermittlungen geschehen: Gegen 17:30 Uhr waren die beiden Mädchen zu Fuß über die Sandstraße gegangen, als sie von einem Mann aus einem dunklen Auto heraus angesprochen wurden. Als die Mädchen daraufhin ans Auto gingen, zeigte sich der Mann ihnen in schamverletzender Weise. Daraufhin fuhr der Mann mit seinem Auto davon und die Mädchen gingen nach Hause, wo sie ihren Eltern von dem Vorfall erzählten. Anschließend wurde der Sachverhalt zur Anzeige gebracht. Dabei beschrieben die beiden Mädchen den Mann wie folgt: 25 bis 30 Jahre, „südländisches Erscheinungsbild".

Unterhaching: Ein Mann, dem zur Last gelegt wird, am Montagmorgen (30. November) in einer S-Bahn (S3, Unterhaching – München) zwei Mädchen im Alter von 12 und 15 Jahren sexuell genötigt zu haben, und nach dem gefahndet worden war (s.a. Pressemitteilung Nr. 249 vom 3. Dezember), konnte am Freitagmorgen (4. Dezember) von Beamten der Bundespolizei ermittelt und festgenommen werden. Der Ermittlungsrichter hat am Samstag (5. Dezember) Untersuchungshaft angeordnet. Ursächlich für den schnellen Erfolg war die Mitarbeit einer couragierten 15-jährigen Zeugin sowie einer der beiden Geschädigten. Nach umfangreichen Fahndungsmaßnahmen der Münchner Landes- und Bundespolizei konnte am Freitag, den 4. Dezember gegen 07:30 Uhr ein Mann ermittelt werden gegen der Verdacht besteht, dass er am 30. November in einer S3 zwei Mädchen sexuell genötigt hatte. Dabei unterstützten eine couragierte Zeugin sowie eine der Geschädigten (beide 15 Jahre alt und aus Unterhaching) die polizeilichen Maßnahmen tatkräftig. Bei dem Tatverdächtigen handelt es sich um einen 40-jähriger Türken aus Unterhaching. Er wurde von Beamten der Bundespolizei in der S-Bahn (S3 nach München) erkannt und festgenommenen.

Hannover: Bereits am Freitag holten Bundespolizisten einen Algerier (18) aus dem ICE von Berlin nach Braunschweig. Er war ohne Fahrschein unterwegs, stahl eine Handtasche und belästigte eine Frau (56) sexuell. Der Zugbegleiter alarmierte die Bundespolizei wegen der Schwarzfahrt und des Diebstahls. Zwei Beamte stiegen in Wolfsburg zu und nahmen den Mann vorläufig fest. Während der Fahrt Richtung Braunschweig meldete sich eine Reisende. Sie schilderte, dass der Algerier sie sexuell belästigt hatte. Er versuchte, zu ihr in die Damentoilette zu gelangen. Jedoch konnte sie ihn zurückdrängen und die Tür schließen. Anschließend folgte der Algerier der Frau zum Sitzplatz. Dort wollte er mit der Hand unter ihren Rock fassen. Die Frau aus Cottbus wehrte sich und wechselte in ein anderes Abteil.In Braunschweig nahmen die Beamten den Mann mit zur Wache. Der 18-Jährige wurde gerade erst aus der Untersuchungshaft entlassen. Er ist mit 13 unterschiedlichen Namen und zahlreichen Delikten hinreichend polizeibekannt.

Stuttgart: Ein Unbekannter hat am Montagabend (23.11.2020) eine 16 Jahre alte Frau mehrfach sexuell belästigt. Die 16-Jährige stieg gegen 17.15 Uhr an der Haltestelle Rotebühlplatz in eine Stadtbahn der Linie U4 Richtung Untertürkheim. Während der Fahrt fasste der Unbekannte, der offenbar ebenfalls am Rotebühlplatz eingestiegen war, der Jugendlichen an das Gesäß. Obwohl sie den Täter darauf angesprochen hatte, berührte er sie weiter. Nachdem die 16-Jährige an der Haltestelle Charlottenplatz ausgestiegen war, folgte ihr der Täter und griff ihr auf einer Rolltreppe erneut an das Gesäß. Anschließend ging der Unbekannte in Richtung Akademiegarten davon. Die 16-Jährige beschrieb den Täter als etwa 20 Jahre alten Mann mit dunkler Hautfarbe und blond gefärbten Haaren.

Dresden: Lediglich ein Jahr Bewährung für indischen Masseur, der 2018 eine Kundin mehrfach vergewaltigt hat – da sein Studio wegen Corona geschlossen ist, darf er die "Wiedergutmachung" von 3.000 Euro in Raten von 100 Euro abstottern Dresden: Ein 40-jähiger Masseur ist wegen der Vergewaltigung einer

Kundin verurteilt worden. Die Strafe ist gering: Ein Jahr auf Bewährung und 3000 Euro als „Wiedergutmachung" für das Opfer. Weil das Massage– und Wellnessstudio des verurteilten Vergewaltigers aufgrund der Corona–Verordnungen geschlossen ist, darf der aus Indien stammende Mann die 3000 Euro an sein Opfer in Raten von 100 Euro pro Monat abstottern. Das legte das Gericht fest.

Offenburg: Ein noch unbekannter Mann soll sich am Mittwochabend am Vordereingang eines Schulgebäudes in der Platanenallee vor einer Frau entblößt haben. Nach ersten Schilderungen der 53-jährigen soll der Fremde gegen 18:40 Uhr am Eingang des Gebäudes an seinem Genital hantiert haben, während er seinen Blick auf sie richtete. Anschließend habe sich der Verdächtige entfernt. Zudem gab die Frau an, dass sie den mutmaßlichen Exhibitionisten bereits am Vortag während ihrer Tätigkeit im gleichen Gebäude wahrnehmen konnte und sich von ihm beobachtet gefühlt habe. Der Unbekannte wird als circa 40 Jahre alt und etwa 185 bis 190 Zentimeter groß beschrieben. Er soll von sehr muskulärer Statur sein sowie ein südländisches Äußeres und einen dunklen Teint haben.

Darmstadt: Ein Exhibitionist hat am Mittwoch (18.11.) gegenüber einer Straßenbahninsassin seine Genitalien entblößt und sexuelle Handlungen an sich vorgenommen. Der Vorfall ereignete sich gegen 17.45 Uhr in der Straßenbahn der Linie 9, Fahrtrichtung Griesheim, zwischen dem Luisenplatz und der Haltestelle Berliner Allee. Die 25-Jährige verließ daraufhin die Bahn und erstattet Anzeige bei der Polizei. Der Täter wurde als etwa 30 bis 40 Jahre alt und zirka 1,70 Meter groß beschrieben. Er hatte ein westasiatisches Erscheinungsbild und war zum Zeitpunkt der Tat mit einer Chinohose in der Farbe Beige, einer Jacke und dunklen Schuhen bekleidet.

Rhede: Am Montag verließen zwei weibliche Jugendliche gegen 18.30 Uhr einen Supermarkt an der Straße Feldmark. Kurz darauf kam ihnen ein junger Mann entgegen, der sich den beiden Jugendlichen in schamverletzender Art und Weise zeigte. Der Täter stieg dann auf der Beifahrerseite eines Pkws (schwarzer VW Golf oder Polo) ein und fuhr davon (bzw. wurde davon gefahren). Der Exhibitionist wird wie folgt beschrieben: ca. 18 Jahre alt, „normale" Statur, ca. 175 cm groß, kurze schwarze Haare, südländisches äußeres Erscheinungsbild, schwarz gekleidet.

http://www.pi-news.net/2020/12/syrer-fesselt-schaf-und-benutzt-es-als-rodelschlitten/

BEISPIELLOSE TIERQUÄLEREIEN DURCH "SCHUTZSUCHENDE"

Syrer fesselt Schaf und benutzt es als Rodelschlitten

22. Dezember 2020

Von DER ANALYST | Vor dem Amtsgericht in Linz/Österreich wurden kürzlich mehrere Fälle von Tierquälerei verhandelt, die an Sadismus und Brutalität kaum mehr zu überbieten sind. Auf der Anklagebank saßen zwei 24-jährige „Schutzsuchende", der eine aus Syrien, der andere aus dem Irak.

Im Juni diesen Jahres hatte sich der Syrer in Grammastätten (Oberösterreich) einen Spaß daraus gemacht, die Beine eines Schafes mit Kabelbindern zu

fixieren, sich dann auf das am Boden liegende, wehrlose Tier zu setzen und damit wie auf einem Rodelschlitten einen steilen Abhang hinunter zu rutschen.

Und weiter gings…

Anschließend hetzte der Syrer seinen Staffordshire Terrier auf ein weiteres Schaf, das er vorher ebenfalls mit Kabelbindern gefesselt und damit fluchtunfähig gemacht hatte. Das Schaf war den Bissen des Hundes hilflos ausgesetzt.
Und weil das noch nicht genügte, fesselte er schließlich auch noch den Hund, schlug und trat das wehrlose Tier aus Spaß an der Freude.

Taten auf Instagram gepostet

Der Iraker filmte die Taten, über die der Staatsanwalt sagte, dass sie „ihresgleichen suchen würden" und veröffentlichte die Szenen auf Instagram, damit sich die weite Welt davon überzeugen konnte, mit welch heldenhaften Männern aus den Regionen des einzig rechten Glaubens Austria bereichert worden war.
Ihrer Intelligenz entsprechend rechtfertigten die Anklagten ihre Taten vor Gericht mit der Aussage, sie hätten es „nicht absichtlich getan". Dieser Einlassung mochte selbst der Verteidiger des Syrers nicht folgen. Nachdem aber der Sachverhalt an sich eingeräumt wurde, verzichtete das Gericht darauf, die Hintergründe dieser abscheulichen Taten weiter zu erforschen.
Das Urteil: Fünf Monate auf Bewährung und eine Geldstrafe in Höhe von 3.600 Euro für den Syrer; vier Monate auf Bewährung und eine Geldstrafe in Höhe von 1.200 Euro für den Iraker. Ob das Geld eingetrieben werden kann, bleibt abzuwarten.

Offene Fragen

Juristisch ist nun die Angelegenheit abgeschlossen. Was bleibt, sind einige offene Fragen: Wie jemand ist jemand im Kopf „gestrickt", um solche Grausamkeiten zu verüben? Müssen auch Menschen, die zur falschen Zeit am falschen Ort sind, damit rechnen, dem Sadismus dieser „Schutzsuchenden" zum Opfer zu fallen? Und last, but not least: Sollte man nicht vielmehr Mensch und Tier in Österreich vor den beiden schützen, in dem man sie schnellstmöglich wieder dorthin los wird, wo sie hergekommen sind?

https://www.welt.de/vermischtes/article188202545/Auslaenderanteil-in-deutschen-Gefaengnissen-erreicht-Rekordwert.html

PANORAMA

IN ALLEN BUNDESLÄNDERN

Ausländeranteil in deutschen Gefängnissen erreicht Rekordwert

Veröffentlicht am 04.02.2019 | Lesedauer: 2 Minuten

In deutschen Gefängnissen sitzen immer mehr Menschen, die aus Polen, Tunesien, Libyen, Tschechien oder Georgien kommen. Die Zahl der Gefangenen hat einer Umfrage zufolge in allen Bundesländern einen neuen Rekordwert erreicht.

In Justizvollzugsanstalten sitzen immer mehr ausländische Häftlinge ein. Stark vertreten sind Gefangene aus Polen, Tunesien und Libyen. In zwei Bundesländern kommt mehr als jeder zweite Gefangene aus dem Ausland.

Der Anteil ausländischer Gefangener in deutschen Justizvollzugsanstalten hat in allen Bundesländern neue Rekordwerte erreicht. Das berichtet die Düsseldorfer „Rheinische Post" auf Basis einer Umfrage bei den 16 Landesjustizministern.

In Berlin und Hamburg kommt danach bereits mehr als jeder zweite Häftling aus dem Ausland. In NRW stieg der Anteil seit 2015 von 33 auf aktuell über 36 Prozent. Auch der Ausländeranteil in den neuen Bundesländern steigt zum Teil rapide. So registrierten die sächsischen Justizvollzugsanstalten zum Stichtag März 2016 noch 482 Ausländer, zwei Jahre später waren es 601. Aktuell sind es 981.
Die am stärksten vertretenen Gruppen sind laut Bericht Gefangene aus Polen, Tunesien, Libyen, Tschechien und Georgien. In den westdeutschen Ländern stieg der Ausländeranteil seit 2016 in Hamburg von 55 Prozent auf 61, in Berlin von 43 auf 51, in Niedersachsen von 29 auf 33, in Rheinland-Pfalz von 26 auf 30, in Baden-Württemberg von 44 auf 48, in Bremen von 35 auf 41, in Schleswig-Holstein von 28 auf 34, im Saarland von 24 auf 27 Prozent deutlich an. Hessen verzeichnete vor drei Jahren bereits einen Anteil von 44,1 Prozent, der geringfügig auf 44,6 Prozent kletterte. Bayern registrierte seit 2012 eine Zunahme von 31 auf 45 Prozent.
Ein besonderes Augenmerk haben die Strafvollzugsbehörden auf Gefangene mit islamistischem Hintergrund. „Die Zahl der Gefangenen, die wegen ihrer islamistischen Gesinnung auffällig geworden sind, ist in den vergangenen beiden Jahren stark angestiegen“, berichtet der Stuttgarter Justizminister Guido Wolf (CDU). Noch bis 2016 habe es sich nur um eine einstellige Zahl gehandelt, im Verlauf des Jahres 2017 seien es je nach Zeitpunkt zwischen 20 und 30 gewesen, nun 45.
In Nordrhein-Westfalen befinden sich unter den 5683 Gefangenen ohne deutsche Staatsangehörigkeit 32 Menschen, die wegen Gründung oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurden. Weitere drei landeten wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat hinter Gittern.
In Hessen bewegt sich die Zahl der Gefangenen mit Islamismusbezug „im unteren zweistelligen Bereich“, teilte das Büro des Justizministers mit. Sie stünden „unter besonderer Beobachtung“, hieß es. Im Januar seien in den hessischen Justizvollzugsanstalten rund 1280 Gefangene muslimischen Glaubens gezählt worden. Das entspreche einer Quote von 27,4 Prozent. In manchen Anstalten nähmen rund 40 Prozent der Insassen das Angebot zur Teilnahme am Freitagsgebet an.

http://www.pi-news.net/2021/01/eisenach-syrer-missbraucht-mindestens-zwei-maedchen/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Eisenach: Syrer missbraucht mindestens zwei Mädchen

1. Januar 2021

Eisenach: Am 15.12.2020 wurde ein Mädchen auf dem Heimweg von der Schule von einem 21-jährigen syrischen Staatsangehörigen unter einem Vorwand in eine Wohnung gelockt und dort schwer sexuell missbraucht. Der Tatverdächtige konnte noch am Tattag festgenommen werden und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Erste kriminalpolizeiliche Ermittlungen der Kriminalpolizei in Ansbach ergaben konkrete Hinweise auf mindestens einen weiteren Fall des schweren sexuellen Missbrauchs eines weiblichen Kindes. Ersten Vernehmungen zufolge ereignete sich dieser Übergriff im Juli 2020, ebenfalls in Ansbach. Die Kriminalpolizei in Ansbach führt derzeit zahlreiche Vernehmungen durch und überprüft weitere Spuren und Hinweise. Auf Grund der derzeitigen Ermittlungsergebnisse kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Kinder oder Jugendliche, sowohl Jungen als auch Mädchen, Opfer des mutmaßlichen

Tatverdächtigen geworden sind. Der 21-jährige Syrer reiste im Dezember 2015 erstmals in das Bundesgebiet ein. Im Zeitraum von Januar 2016 bis September 2019 lebte er in Eisenach. Hier beging er im September 2019 eine Sexualstraftat, für die er zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Seit dem 09.09.2019 bis zum Datum der hier beschriebenen Tat am 15.12.2020 hatte er seinen Wohnsitz in Ansbach. Die Kriminalpolizei Ansbach bittet darum, dass sich mögliche weitere Opfer mit der Kriminalpolizei in Verbindung setzen. Hierfür steht der Kriminaldauerdienst Mittelfranken unter der Rufnummer 0911/2112-3333 rund um die Uhr zur Verfügung. Auch die Polizei Eisenach nimmt Informationen unter der Telefonnummer 03691-261124 entgegen.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Anzeige

Alsfeld: Die Kriminalpolizei Alsfeld wendet sich mit der Veröffentlichung eines Phantombildes an die Bevölkerung und bitten um Mithilfe. Am 01. November, um circa 23 Uhr, hat ein unbekannter Mann im Bereich „Alter Zeller Weg" eine Frau angegriffen und verletzt. Nur durch die erhebliche Gegenwehr ließ der Mann von ihr ab. Die Kriminalpolizei Alsfeld führt diesbezüglich die Ermittlungen. Jetzt liegt ein Phantombild vom männlichen Täter vor. Er wird wie folgt beschrieben: Circa 30 Jahre alt, etwa 175 cm bis 180 cm groß, hatte eine schlaksige Figur und eine südländische Erscheinung. Zur Tatzeit war er mit einer dunklen Jacke mit Kapuze über dem Kopf und einer dunklen Jeans bekleidet. Die Kriminalpolizei bittet um Hinweise zu der auf dem Phantombild abgebildeten Person unter der Tel.: 06631/974-0 oder jeder anderen Polizeidienststelle.
Oberkirch/Appenweier: Gestern Abend gegen 17:00 Uhr soll es im Bahnhof Appenweier zu einer sexuellen Belästigung gekommen sein. Nach derzeitigem Ermittlungsstand soll eine 19-Jährige bereits im Bahnhof Oberkirch aus einer vierköpfigen Personengruppe heraus von einer ihr unbekannten männlichen Person angesprochen worden sein. Als die Frau von Oberkirch nach Appenweier fuhr und dort auf Gleis 2 den Zug verließ, stieg auch der bislang Unbekannte aus und soll sie auf dem Bahnsteig unsittlich berührt haben. Sie erstattete daraufhin Anzeige. Laut Personenbeschreibung soll es sich um einen ca. 180 cm großen, dunkelhäutigen Mann handeln.
Marburg: Wichtige Zeugin nach Vorfall in der Uferstraße gesucht (Bezug: Meldung vom 7. Dezember unter der Überschrift „Körperverletzung und Belästigung) In Zusammenhang mit dem Geschehen in der Nacht zum Samstag, 5. Dezember, konnte die Polizei noch in der Nacht einen jungen Tatverdächtigen ermitteln. Die Kriminalpolizei sucht derzeit noch eine weitere wichtige Zeugin. Dabei handelt es sich um eine junge Radfahrerin, die in der Uferstraße anhielt und die Körperverletzung zum Nachteil der Radfahrer beobachtet haben soll. Die junge Frau wird gebeten, Kontakt mit dem Fachkommissariat der Kriminalpolizei in Marburg, Tel. 06421- 4060, aufzunehmen.

Pressemitteilung vom 7. Dezember
Marburg – Körperverletzung und Belästigung
In der Nacht zum Samstag, 05. Dezember, fiel eine Gruppe junger Männer im Alter von Anfang 20 Jahren, dunkle Haare, dunkle Kleidung und mutmaßlich ausländischer Herkunft durch mehrere Taten auf. Einer der Männer trug eine auffällig helle, vermutlich weiße Jacke mit Fellkragen. Die Polizei bittet um Hinweise zu der Gruppe. Die Vorfälle ereigneten sich zwischen 23.45 und Mitternacht. Sie begannen auf der Brücke zwischen der Mensa und der Uferstraße und setzten sich fort auf der Uferstraße nahe der Savignystraße. Auf der Brücke sprachen die Männer zwei passierende junge Frauen an und versperrten den Weg. Einer griff einer der vorbeigehenden Frauen dann ans Gesäß. Zwei Männer folgten den Frauen in die Uferstraße, wo sie auf einen Radfahrer trafen, der die Abwehrrufe der Frauen hörte und die Männer daraufhin ansprach. Der Radfahrer erhielt von einem der Männer einen Schlag ins Gesicht. Als ein zweiter Radfahrer die Uferstraße entlangkam, rissen die beiden Männer diesen vom Rad und schlugen und traten auf ihn ein. Die Polizei nahm einen Tatverdächtigen wenig später noch in der Uferstraße vorübergehend fest. Es handelte sich um einen alkoholisierten 22 Jahre alten Mann. Die Fahndung nach den übrigen blieb erfolglos. Etwaige Zeugen werden gebeten, sich mit der Polizei Marburg, Tel. 06421 406 0 in Verbindung zu setzen.
Oldenburg: Am Samstag Abend gg. 18:00 Uhr joggte eine 22- jährige Frau aus Oldenburg rechtsseitig der Haaren entlang des Heiligengeistwalls in Richtung Julius-Mosen-Platz und dann weiter in Richtung Theater. In Höhe vom Theater fasste ihr ein unbekannter Mann mit beiden Händen heftig an das Gesäß. Dieser Mann hat zuvor im Bereich Ofener Straße neben der Frau an der Ampel gestanden. Der Mann hat dabei nichts gesagt und ist dann rechts am Theater vorbei, über die dortige Brücke zum Cäcilienplatz und dann weiter durch die Bismarckstraße in Richtung Schloßgarten weggerannt. Die Frau hat ihn noch verfolgt, dann aber im Bereich Bismarckstraße aus den Augen verloren. Sie gibt folgende Beschreibung des Mannes an: „ südländisches Aussehen, 25 bis 30 Jahre alt, 170 cm groß und normale Statur, schwarzer Drei-Tage-Bart, keine Brille, graue Mütze, dunkle Jacke, blaue Jeans, keine Mund-Nasen-Bedeckung getragen"!
Greifswald: Am 18.12.2020 wurde der Polizei über Facebook bekannt gemacht, dass es in Greifswald in der Hans-Beimler-Straße am Südbahnhof zu einer Straftat gegenüber einer Frau mit ihrem 3-jährigen Kind gekommen ist. Umgehend wurde die 31-jährige deutsche Geschädigte an ihrem Wohnort aufgesucht und zu dem Sachverhalt befragt. Diese gab an, dass sie am 18.12.2020 gegen 14:20 Uhr mit ihrer 3-jährigen Tochter am Zentralen Omnibusbahnhof am Südbahnhof an der Bushaltestelle gestanden hat. Plötzlich habe sich eine männliche Person vor ihre Tochter gestellt und mit den Händen in der Hosentasche erkennbar an seinem Geschlechtsteil manipuliert. Der Tatverdächtige wurde durch die Geschädigte und zwei weitere anwesende Männer angeschrien und verließ daraufhin die Örtlichkeit, indem er in einen Bus stieg und mit diesem davonfuhr. Nach ersten Ermittlungen kann es sich dabei nur um einen Bus der Linie 3 handeln. Der Täter konnte durch die Geschädigte wie folgt beschrieben werden. Er ist ca. 20-30 Jahre alt, hat einen südländischen Typ und trug eine dunkelblaue Wollmütze, einen dunklen Anorak, eine dunkelblaue Jeanshose.
Chemnitz: Auf dem Weg zu ihrem Auto lief eine 38-Jährige am Freitagabend die Theaterstraße in Richtung Bahnhofstraße/Zwickauer Straße entlang und bog unmittelbar hinter dem „Eisgarten an der Kaßbergauffahrt" in einen Hinterhof eines Hauses ab, wo ihr Pkw Ford stand. Als die Frau in ihren Kleinwagen

einsteigen wollte, packte ein unbekannter Mann sie von hinten und berührte sie unsittlich. Die 38-Jährige konnte sich zur Wehr setzen, in ihren Pkw steigen und zunächst flüchten. Unweit des Tatortes musste sie jedoch an einer roten Ampel am Abzweig zum Getreidemarkt halten. Diesen Moment nutzte der Täter offenbar aus. Er öffnete die rechte hintere Autotür, stieg in den roten Ford, hielt die Frau fest und berührte sie erneut unsittlich. Die Geschädigte wendete vermutlich in Panik mit ihrem Auto und fuhr samt des Täters teils in Schlangenlinie Richtung Stadtbad. Unmittelbar vor dem Abzweig zur Webergasse gelang es ihr, im Gerangel den Mann aus dem Auto zu stoßen und endgültig davonzufahren. Die Frau blieb körperlich unversehrt. Die Polizei erlangte kurz darauf Kenntnis von den sexuell motivierten Übergriffen. In ihrer Vernehmung beschrieb die 38-Jährige den Täter als etwa 1,85 Meter groß, dunkelhaarig und dunkel gekleidet. Er habe Hochdeutsch mit Akzent gesprochen. Weiteres ist zu ihm bislang nicht bekannt.

Leipzig: Eine Frau ging mit ihrem Hund im Lene-Voigt-Park Gassi. Plötzlich versuchten zwei Unbekannte die Frau (34) unter Ausnutzung des Überraschungsmomentes in ein Gebüsch zu ziehen und die Geschädigte zu entkleiden. Als der Hund der Geschädigten dazwischen ging und einen der Täter in den Oberschenkel biss, flüchteten beide Täter vom Ort. Zu einem der beiden Unbekannten liegt der Polizei folgende Personenbeschreibung vor: 1. Person: ca. 20 Jahre alt, ca. 1,85 bis 1,90 Meter groß, schlanke Statur, hellbraune, kurze, lockige Haare, braune, mandelförmige Augen, https://www. südländischer Phänotyp, komplett schwarz gekleidet.

Itzehohe: Am Montag hat die Itzehoer Polizei von einem Vorfall Kenntnis erlangt, bei dem ein unbekannter Mann gegen 11.40 Uhr in Edendorf einen Jungen auf seinem Nachhauseweg von der Schule ergriffen und gegen seinen Willen vom Karnberg in Richtung der Tonkuhle gezogen haben soll. Die Ermittlungen in dieser Sache hat die Itzehoer Kripo übernommen. Hinweise auf die Identität des Mannes, der schlank, dunkelhaarig, von dunklerer Hautfarbe, 180 bis 190 cm groß und komplett schwarz gekleidet gewesen sein soll, hat die Polizei bisher nicht erlangt. Da sich das Geschehen zur belebten Tageszeit ereignet haben soll, gibt es möglicherweise Zeugen, die zwar etwas Verdächtiges beobachtet, sich aber bisher noch nicht gemeldet haben. Sie sollten sie unter der Telefonnummer 04821 / 6020 mit der Kripo in Verbindung setzen.

Dortmund: Zwei weibliche Jugendliche (17) aus Hamm und Holzwickede wurden vom 17-Jährigen gegen ihren Willen umarmt und am Po begrapscht. Zudem äußerte der Heranwachsende, dass er mit beiden Sex haben wolle. Von den Bundespolizisten wurde der junge Mann aus Lennestadt schließlich in einem abfahrbereiten Zug festgestellt. Mehrfach wurde der Grapscher dazu aufgefordert den Zug zu verlassen, leistete der Aufforderung jedoch nicht Folge. Als die Beamten ihn abführen wollten, griff der Syrer einen Polizisten an und verpasste ihm einen Faustschlag ins Gesicht. Daraufhin wurde der 17-Jährige überwältigt und zur Polizeiwache gebracht. Dort ergab ein Alkoholtest einen Promillewert von 1,26.

Hamburg: Die Polizei sucht nach einem bislang unbekannten Mann, der am vergangenen Sonntagabend im Außenmühlenpark eine 48-jährige Joggerin angegriffen haben soll. Die Ermittlungen führt das LKA 42. Nach den bisherigen Erkenntnissen wurde die Joggerin im Außenmühlenpark in Höhe der „Hochzeitswiese" von einem Mann angesprochen, der ihr für sexuelle Handlungen Geld anbot. Die Geschädigte gab dem Mann zu verstehen, dass er sie in Ruhe lassen solle. Ansonsten würde sie die Polizei verständigen. Daraufhin soll er sie ergriffen und ihr ins Gesicht geschlagen haben. Als die Frau sich wehrte und um Hilfe schrie, flüchtete der Tatverdächtige in Richtung des dortigen Trimm-dich-

Pfades. Die Geschädigte begab sich sodann in den Marmstorfer Weg, wo sie auf Passanten traf, die die Polizei verständigten. Eine Sofortfahndung mit mehreren Streifenwagen führte nicht zur Ergreifung des Tatverdächtigen. Dieser wird wie folgt beschrieben: männlich, „nordafrikanische" Erscheinung, sprach gebrochenes Deutsch.

Halle: Am 30. November 2020, gegen 17:00 Uhr wurde die Bundespolizei in Halle aus einem Regionalexpress von Kassel Richtung Halle darüber informiert, dass sich eine Jugendliche an das Zugpersonal gewandt hatte, da sie in der Bahn von einem Mann belästigt wurde. Am Hauptbahnhof in Halle stand eine Streife der Bundespolizei bereit und stellte einen 40-Jährigen, der sich in dem Zug befand und die sexuelle Belästigung begangen haben soll. Das 16-jährige Mädchen gab an, dass der 40-jährige Malier sie offensiv nach Geschlechtsverkehr und der Farbe ihrer Unterwäsche fragte. Der Mann wird sich wegen Nötigung sowie sexueller Belästigung verantworten müssen. Zudem fahndete die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen der Straftat der Körperverletzung nach seinem aktuellen Aufenthaltsort. Eine dementsprechende Mitteilung wurde gefertigt.

Falkensee: Eine 13-Jährige war am Freitag zu Fuß vom Bahnhof zu ihrer Wohnanschrift unterwegs, als ihr in der Bahnstraße auf Höhe eines Imbisses jemand hinterher gepfiffen haben soll. Sie habe daraufhin zwei männliche Personen wahrgenommen, die ihr offenbar folgten. Obwohl sich die 13-jährige daraufhin zügig entfernen wollte, seien die zwei Personen nähergekommen und einer der Männer soll ihr an das Gesäß gefasst haben. Daraufhin sei sie nach Hause gerannt. Die Personen folgten ihr dabei nicht. Zuhause angekommen vertraute sie sich ihrer Mutter an, die die Polizei über den Vorfall informierte. Es wurde eine Anzeige aufgenommen und weitere Ermittlungen eingeleitet. Die Kriminalpolizei der Inspektion Havelland sucht nun Zeugen, die möglicherweise am späten Freitagnachmittag im Bereich der Bahnstraße Beobachtungen gemacht haben oder Angaben zur Identität der Tatverdächtigen geben können. Die beiden Männer werden folgendermaßen beschrieben: ca. 180 cm groß, ca. 30 Jahre alt, einer der Männer trug eine dicke schwarz-graue Steppjacke, beide unterhielten sich in einer ausländischen Sprache.

Dresden: Ein Unbekannter hat in der Nacht zum Sonntag eine Frau (18) mehrfach sexuell belästigt und bedrängt. Zunächst berührte der Täter die 18-Jährige an der Ecke Rothenburger Straße/Louisenstraße unsittlich. Als sie ihn lautstark aufforderte dies zu unterlassen, entfernte er sich zunächst. Im späteren Verlauf bedrängte er sie in einer der Kabinen einer öffentlichen Toilette und berührte sie erneut unsittlich. Die 18-Jährige wehrte sich und konnte fliehen. Später belästigte er die Frau auf einem Gehweg erneut, bevor er von der Begleitung der 18-Jährigen vertrieben werden konnte. Der unbekannte Mann war etwa 20 bis 25 Jahre alt und zwischen 1,80 Meter und 1,85 Meter groß. Er hatte dunkle Hautfarbe, schwarze kurze Haare und einen Bart.

Bergisch-Gladbach: 24-Jähriger wurde wiederholt bei exhibitionistischen Handlungen im Lerbacher Wald angetroffen und festgenommen. Eine Passantin informierte am letzten Samstag (28.11.) gegen 16:45 Uhr die Polizei darüber, dass sie einen Mann im Lerbacher Wald beobachtet habe, der exhibitionischte Handlungen an sich vornehmen würde. Sie habe den Mann angesprochen, der davon jedoch unbeeindruckt weiter machte. Der 24-Jährige aus Guinea konnte im Wald in der Nähe der Milchborntalstraße angetroffen werden. Er wurde vorläufig festgenommen und zur Wache gebracht. Erste Ermittlungen ergaben, dass er in der Vergangenheit schon bei einer ähnlichen Straftat aufgefallen war.

http://www.pi-news.net/2021/01/wien-auslaender-ziehen-an-silvester-spur-der-verwuestung/

MIGRANTENGEWALT

Wien: Ausländer ziehen an Silvester Spur der Verwüstung

1. Januar 2021

Obiges Video wurde in der Silvesternacht in Wien aufgenommen, wie man anhand des herzigen Wiener Dialekt sofort erkennen kann. Desweiteren hat ein Mob Beamte mit Raketen bzw. Böllern beschossen, dabei kam es auch zu Festnahmen. Immer wieder seien „Allahu Akbar"-Rufe zu hören gewesen. Die pyrotechnischen Gegenstände, die gegen Polizisten eingesetzt wurden, hatten eine teils enorme Sprengkraft besessen. Wie ein Insider gegenüber krone.at berichtete, hätten die Geschosse bis zu einhundert Gramm Schwarzpulver enthalten können, was „mit einer Handgranate vergleichbar sei". Auch ein Christbaum wurde mit brennbarer Flüssigkeit übergossen. Die Täter ergriffen die Flucht. Mit „Police, Police!" (so ein Zeuge) hätten sich die Gruppen beim Eintreffen der Exekutive gewarnt. Zwei Verdächtige, ein 16-jähriger und ein 21-jähriger Syrer, wurden aber in einem Haus angehalten *(Auszug aus einem Artikel von krone.at)*.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Bielefeld: Die Polizei sucht einen jungen Mann, der am Montagmorgen, 28.12.2020, an der Splittenbrede – im Bereich der Haltestelle „Babenhausen Süd" – einen Senior auf die Straße gestoßen haben soll. Ein 82-jähriger Bielefelder hielt sich gegen 11:20 Uhr im Bereich der Bushaltestelle auf, als ein Unbekannter über die Busspur auf ihn zuging. Der Mann rauchte und sprach den Senior laut und in aggressiver Weise an. Des Weiteren sagten Zeugen aus, dass er in Richtung des älteren Herren gespuckt oder seine Zigarette geschnippt habe. Unmittelbar danach habe der Mann den 82-Jährigen angesprungen und ihn auf den Boden gestoßen. Während sich die Zeugen um das gestürzte Opfer kümmerten, verschwand der Angreifer in unbekannte Richtung. Der Senior erlitt Verletzungen im Gesicht und im Beckenbereich. Rettungssanitäter fuhren ihn in die Ambulanz eines Krankenhauses. Die Beschreibung des Tatverdächtigen durch die Zeugen: Der Mann war zwischen 25 und 30 Jahre alt und zwischen 170 cm und 175 cm groß. Er soll ein südländisches Aussehen haben und trug einen dunklen Vollbart. Bekleidet war er mit einem beigen Blouson und einer dunklen Jogginghose.

Freiburg: Am 17.12.2020 gegen 18:45 Uhr soll auf dem Sportplatz in der Klarastraße in Freiburg ein 80-jähriger Mann von Jugendlichen angegriffen

worden sein. Laut Zeugenaussage sprach er die Jugendlichen an, da diese auf dem Sportplatz Pyrotechnik zündeten. Daraufhin seien zwei Jugendliche auf den Mann zugegangen und schlugen ihm mit der Faust ins Gesicht. Als der 80-Jährige auf dem Boden lag, sollen die Jugendlichen auf ihn eingetreten haben. Über die Schwere der Verletzungen ist bislang nichts bekannt. Die bislang unbekannten Tatverdächtigen flüchteten daraufhin in Richtung Stühlinger Kirchplatz. Die ca. 15-17-jährigen männlichen Jugendliche sollen
ein „Südländisches" Erscheinungsbild haben. Sie seien ca. 1.75 – 1.80 Meter groß, einer soll einen hellen und der andere einen dunklen Kapuzenpullover getragen haben.
Bad Nenndorf: Bereits am vergangenen Montag, den 14.12.20 gegen 14.00 Uhr kam es zu einem Zwischenfall auf dem Schulhof der Berlinschule an der Schillerstraße. Drei Jungen im Alter von 11, 12 und 13 Jahren spielten dort Fußball, als ein ihnen unbekannter junger Mann auf das Gelände kam, den Kindern ohne erkennbaren Grund den Ball wegnahm, ihn zerstörte und auf die Straße schoss. Zwischen dem Älteren und dem 13-jährigen kam es daraufhin zu einem Wortgefecht, in Folge dessen es zu gegenseitigen Beleidigungen kam und der Mann dem Kind eine kräftige und deutlich sichtbare Ohrfeige versetzte.Unter weiteren Beschimpfungen und Drohungen verließ er danach den Schulhof in Richtung Wiesenstraße.Er wird beschrieben als ca. 175 cm groß, zwischen 15 und 20 Jahren alt, schlanke Statur, bekleidet mit grauer Jacke, schwarzer Hose und dunklen Sneakern der Marke NIKE.Der Mann hatte schwarze schulterlange lockige Haare und einen schwarzen Vollbart; ggf. auch Dreitagebart.Er sprach deutsch mit südländischem Akzent.
Hagen: Am Donnerstag, 17.12.2020, versuchte ein Transporter gegen 7:20 Uhr auf der Rembergstraße zu drehen. Dazu fuhr er in die Kleiststraße. Zu diesem Zeitpunkt wollte ein silberner PKW in die Kleiststraße einbiegen. Der Fahrer macht dem Transporter keinen Platz, begann zu hupen und blockierte die Straße. Als ein 68-Jähriger die Situation wahrnahm, ging er zum Beifahrerfenster des PKW und bat darum, die Straße doch für einen kurzen Moment freizugeben, da der Transporter nur schwer wenden könne. Der Beifahrer rief dem Hagener lediglich „Du Nazi" entgegen. Als der 68-Jährige wieder auf den Gehweg zurückging, folgte ihm plötzlich der Beifahrer des PKW. Unvermittelt begann dieser, dem Hagener mit den Fäusten in das Gesicht zu schlagen, bis er in ein Blumenbeet stürzte. Danach verschwand der Schläger in einem Mehrfamilienhaus der Rembergstraße. Der silberne PKW fuhr in Richtung Eppenhauser Straße davon. Der Beifahrer wird als 189-190 cm groß und bullig beschrieben. Er hatte ein südländisches Erscheinungsbild und beinahe eine Glatze. Sein Alter schätzt das Opfer auf 35 – 45 Jahre.
Hamburg: Nachdem zwei Polizeibeamte am Montag in Neugraben-Fischbek von einem zu diesem Zeitpunkt unbekannten Mann angegriffen und schwer verletzt worden waren, haben Ermittler zwei Tage später einen Tatverdächtigen vorläufig festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Aufgrund des veröffentlichten Zeugenaufrufs (s. PM 201222-3.) hatte ein Bürger sich bei der Polizei gemeldet und einen Hinweis auf einen 37-jährigen Mann gegeben. Sofort dahingehend aufgenommene Ermittlungen des für Gewaltdelikte in der Region Harburg zuständigen Landeskriminalamts 183 (LKA 183) erhärteten den Verdacht. Am Mittwochabend suchten die Ermittler zusammen mit Beamten der Landesbereitschaftspolizei die Wohnanschrift des Tatverdächtigen in Neugraben-Fischbek auf. Dort nahmen sie den 37-jährigen syrischen Staatsangehörigen vorläufig fest, durchsuchten seine Wohnung und stellten Beweismittel sicher. Der Verdächtige wurde nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen einem Haftrichter zugeführt, der einen Haftbefehl erließ.

Bienenbüttel: Erneut wegen Körperverletzung ermittelt die Polizei gegen einen bereits polizeilich in Erscheinung getreten 34 Jahre alten guineischen Staatsbürger aus Bienenbüttel. Der 34-Jährge hatte in den Morgenstunden des 17.12.20 gegen 07:50 Uhr in der Ebstorfer Straße einen Jungen im Grundschulalter mit seinem Roller angehalten und ihn an der Weiterfahrt gehindert. Der Junge setzte seinen Weg fort, erhielt jedoch einen Schlag/Stoß von dem 34-Jährigen. Die Polizei ermittelt und prüft weitere Maßnahmen gegen den 34-Jährigen.
Dresden: Laut Polizeibericht fuhren Hussein (19) und Sajad (20) seinerzeit mit heulendem Motor ihres BMW am Kraftwerk Mitte vor. Zwei Bereitschaftspolizisten (33 und 32) aus Berlin, die nach ihrem Demo-Einsatz in Dresden zivil im Club waren, sollen die Jugendlichen zur Rede gestellt haben. Doch die Situation eskalierte. Laut Anklage, die nun vor der Jugendkammer verhandelt wird, schlug Sajad einen der Männer mit einem Gürtel, Hussein biss das Opfer. Der zweite Beamte, der schlichten wollte, wurde zu Boden geprügelt, wo er bewusstlos liegen blieb. Und in dem Moment habe Sajad mit voller Wucht gegen dessen Kopf getreten und so „dessen möglichen Tod billigend in Kauf genommen".
Eferding: Ein 14-jähriger syrischer Staatsbürger aus dem Bezirk Eferding bedrohte am 17. Dezember 2020 in der Mittagspause vor dem Haupteingang einer Schule im Bezirk Eferding einen gleichaltrigen Mitschüler mit dem Umbringen, da dieser Unwahrheiten über ihn verbreiten würde. Außerdem dürfte der Syrer seinen Gegenüber auch noch geschlagen und einen Kniestoß verpasst haben. Aufgrund des Vorfalles wurde der Syrer von der Schule verwiesen und vorläufig suspendiert. Er wird angezeigt.
Köln: Die Leitstelle der Deutschen Bahn AG informierte am Montagmorgen die Bundespolizei Aachen über zwei betrunkene Reisende, die ohne Fahrschein im Thalyszug von Köln nach Aachen gefahren waren. Bei Ankunft am Aachener Hauptbahnhof betrat eine Streife den besagten Zug und fand zwei stark alkoholisierte und schlafende Fahrgäste vor. Die Beamten hatten große Schwierigkeiten die beiden Algerier im Alter von 20- und 31 Jahren zu wecken. Beim Wecken reagierte der 31-Jährige sofort verbal sehr aggressiv. Als die Beamten die beiden zur Anzeigenaufnahme und Personalienfeststellung mit zur Wache nehmen wollten, sperrte sich der 31-Jährige vehement gegen die Maßnahme und spuckte in Richtung der Beamten. Ein Beamter wurde im Gesichtsbereich getroffen. Auch auf der Wache war der 31-Jährige wenig einsichtig. Bei der Überprüfung der Personaldaten wurde festgestellt, dass er am 26.12.20 am Frankfurter Flughafen ein Schutzersuchen gestellt hatte. Sein 20-jähriger Begleiter befand sich bereits seit Oktober 2020 in einem laufenden Asylverfahren. Bei der Durchsuchung des 20-Jährigen wurde ein verbotenes Einhandmesser aufgefunden und von den Beamten beschlagnahmt. Bei beiden Personen wurde eine Atemalkoholmessung vorgenommen, die einen Wert von 1,88 Promille bei dem 31-Jährigen und 1,28 Promille bei dem 20-Jährigen aufwies. Zur weiteren Beweiserhebung wurde bei dem Älteren eine Blutprobe angeordnet und im Anschluss Strafanzeige wegen der Widerstandhandlung und des Erschleichens von Leistungen erstattet. Er wurde zur Ausnüchterung in den Polizeigewahrsam des Polizeipräsidiums Aachen verbracht.
München: Am Montagmorgen befand sich der 19-Jährige alkoholisiert und hilflos am S-Bahnhaltepunkt Heimstetten. Als der Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr München eintraf, ging der Mann so aggressiv auf die Sanitäter los, dass er am Boden fixiert werden musste. Gegen 9 Uhr kontaktierte ein besorgter Passant den Rettungsdienst, da der Mann aus Sierra-Leone reglos am Boden lag und nicht ansprechbar war. Beim Eintreffen der Sanitäter kam der bis dahin Bewusstlose im Rahmen der Rettungsmaßnahmen zu sich und schlug aus bisher

ungeklärten Gründen wild um sich. Er traf einen 49-jährigen Rettungssanitäter mehrfach am Kopf, wodurch dessen Brille beschädigt wurde. Aufgrund des anhaltend aggressiven Verhaltens, brachten die Sanitäter den Mann aus Fürstenfeldbruck zu Boden und sicherten ihn bis zum Eintreffen der Polizei. Der 49-jährige Sanitäter trug keine sichtbaren Verletzungen davon, klagte jedoch über Schmerzen im Gesichts-bereich. Zur Untersuchung begab er sich in ein Münchner Krankenhaus. Die eintreffenden Bundespolizisten übernahmen den 19-Jährigen und brachten ihn zur Dienststelle am Ostbahnhof. Nachdem er sich beruhigt hat und alle Maßnahmen abgeschlossen waren, wurde der Mann auf freien Fuß belassen.
Gießen: In der Nacht von Samstag (28.11.2020) auf Sonntag (29.11.2020), um 04:20 Uhr meldete ein aufmerksamer Zeuge einen Mann, der auf eine am Boden liegende Person eintrat. Der unbekannte Schläger flüchtete in Richtung der Alicenstraße. Der Unbekannte wird als Nordafrikaner beschrieben, er trug eine auffällig rote Jacke. Sofort herbeigeilte Polizisten fanden den Verletzten 49-Jährigen auf dem Gehweg in der Bahnhofstraße liegend. Der offenbar wohnsitzlose 49-Jährige wies mehrere Verletzungen im Bereich des Kopfs auf. Ein Rettungswagen brachte den Verletzten zur Behandlung in ein Krankenhaus. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und sucht Zeugen.
Bietigheim-Bissingen: Ein 38 Jahre alter Mann hat am gestrigen Sonntagabend (06.12.2020) gegen 23:30 Uhr in einem Regionalzug Richtung Stuttgart einen 33-jährigen Fahrgast mit Schlägen und Tritten verletzt. Nach derzeitigen Informationen gerieten der 38-jährige äthiopische Staatsangehörige und der 33-jährige Fahrgast während der Fahrt des Regionalexpresses aus Würzburg in eine verbale Auseinandersetzung. Kurz vor der Ankunft des Zuges am Bietigheimer Bahnhof eskalierte der Streit offenbar, wobei der ältere seinem jüngeren Kontrahenten mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen und mit seinem Knie gegen dessen Kopf und Oberkörper eingewirkt haben soll. Eine alarmierte Streife der Landespolizei nahm den mit fast zwei Promille alkoholisierten Tatverdächtigen bei der Ankunft des Zuges in Bietigheim-Bissingen vorläufig fest und übergab ihn im Anschluss der Bundespolizei. Der Geschädigte erlitt durch den Angriff mehrere Hämatome im Gesicht und Verletzungen am Kopf, weshalb er von hinzugerufenen Rettungskräften zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus verbracht wurde.
Kornwestheim: Ein unbekannter Täter hat am Mittwochnachmittag (16.12.2020) gegen 17:40 Uhr einen 18-Jährigen aus einer Gruppe heraus am Kornwestheimer Bahnhof angegriffen und dabei zudem eine einschreitende Reisende geschlagen. Nach bisherigen Erkenntnissen befand sich der 18-Jährige zunächst am Bahnsteig, als wohl unvermittelt eine Gruppe von sechs bislang unbekannten jungen Männern offenbar zielgerichtet auf ihn zukamen und umstellten. In der Folge schlug offenbar einer der mutmaßlichen Tätern den Geschädigten mehrfach mit den Fäusten ins Gesicht und trat ihn zudem in den Unterleib. Eine bis dahin unbeteiligte 20-jährige Reisende versuchte daraufhin den Angreifer von dem 18-Jährigen zu trennen, wurde allerdings dabei selbst getroffen. Die Gruppierung flüchtete nach der Tat in Richtung Innenstadt und konnte trotz eingeleiteter Fahndungsmaßnahmen der Bundes- und Landespolizei nicht mehr angetroffen werden. Eine medizinische Versorgung der beiden Geschädigten war zunächst nicht erforderlich, beide klagten allerdings über Schmerzen. Bei dem mutmaßlichen Haupttäter soll es sich um einen jungen Mann im Alter von etwa 16-20 Jahren, mit dunklen schwarzen Haaren mit Undercut sowie
einem https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/116091/4793984" target="_blank" rel="noopener noreferrer">südländischen Phänotyp handeln.

Bietigheim-Bissingen: Nach einem Körperverletzungsdelikt, das am Dienstagmittag am Bahnhofsplatz in Bietigheim-Bissingen verübt wurde, sucht die Polizei nach Zeugen. Gegen 12:30 Uhr sind im Bereich des Bahnhofs ein 46-Jähriger und ein noch unbekannter Täter aus noch ungeklärten Gründen zunächst verbal aneinandergeraten. Im Zuge dieser Auseinandersetzung soll der Unbekannte dem 46-Jährigen mit der Faust ins Gesicht geschlagen und ihn gegen die Glastür des Bahnhofsgebäudes geschleudert haben. Hierbei erlitt der 46-Jährige eine Kopfverletzung, woraufhin ein Rettungsdienst ihn in ein Krankenhaus brachte. Nach bisherigen Erkenntnissen ging ein 41-Jähriger während der Auseinandersetzung dazwischen und versuchte die Parteien voneinander zu trennen. Hier kam ein zweiter, noch unbekannter Täter hinzu und soll dem 41-Jährigen ebenfalls mit der Faust ins Gesicht geschlagen haben. Der 41-Jährige wurde dadurch leicht verletzt. Ein hinzugezogener Rettungsdienst kümmerte sich anschließend vor Ort um den Verletzten. Nach den Angriffen flüchteten die beiden Täter in Richtung „Bürgergarten". Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief ohne Erfolg. Die beiden männlichen Unbekannten wurden wie folgt beschrieben: Täter 1: etwa 16 bis 18 Jahre alt, circa 170 bis 175 cm groß, südländisches Aussehen, dunkle Haare, schwarzer Mantel mit weißem Fell an der Kapuze. Täter 2: etwa 16 bis 18 Jahre alt, circa 170 bis 175 cm groß, südländisches Aussehen, dunkler Zopf mit seitlich abrasierten Haaren, dunkelblaue Jacke eventuell mit Kapuze oder Kapuzenpullover, vermutlich „Adidas" Hose mit Knöpfen

Stuttgart: Zwei 21 Jahre alte Männer haben am vergangenen Samstag (28.11.2020) gegen 14:00 Uhr in einer S-Bahn Richtung Plochingen einen 29-jährigen Fahrgast geschlagen und gegen dessen Kopf getreten. Aus bislang unbekannten Gründen kam es während der Fahrt des Zuges zwischen Obertürkheim und Esslingen offenbar zu verbalen Streitigkeiten zwischen dem späteren Geschädigten und den beiden 21-jährigen äthiopischen Staatsangehörigen. Im weiteren Verlauf der Fahrt sollen die beiden Tatverdächtigen auf den Reisenden eingeschlagen haben, welcher sich offenbar wiederum mit Faustschlägen zur Wehr gesetzt haben soll. Als der 29-Jährige während der Auseinandersetzung zu Boden fiel, sollen die beiden Männer ihm offenbar zudem mehrfach in das Gesicht getreten und ihn gewürgt haben. Beim darauffolgenden Halt am Bahnhof Esslingen-Mettingen verließen die Angreifer den Zug auf den Bahnsteig, wo sie kurze Zeit später durch alarmierte Kräfte der Landespolizei vorläufig festgenommen werden konnten. Der Geschädigte wurde im Anschluss mit Schürfwunden und mehreren Hämatomen im Gesicht von Rettungskräften in ein Krankenhaus verbracht, wo zudem ein Schädel-Hirn-Trauma diagnostiziert wurde.

http://www.pi-news.net/2021/01/halle-migrantenmob-pruegelt-und-sticht-maenner-nieder/

MIGRANTENKRIMINALITÄT IN DEUTSCHLAND

Halle: Migrantenmob prügelt und sticht Männer nieder

6. Januar 2021

Halle: Eine größere Gruppe von mehr als zehn Personen südländischen und afrikanischen Aussehens ist am Dienstagnachmittag (29.12.20) und -Abend

durch Halle gezogen und war dabei in zwei Körperverletzungen verwickelt. Gegen 17.15 Uhr ist zunächst in Halle-Neustadt ein Mann niedergestochen worden. Er war im Bereich Kirchteich / Edvard-Grieg-Weg unterwegs, als ihm zunächst ein Einkaufswagen in die Fersen gerammt wurde. Nachdem er sich darüber verbal beschwert hat, wurde er zunächst zu Boden geschlagen und von einem der Angreifer niedergestochen. Die Verletzungen seien zum Glück nicht schwerwiegend, so die Polizei. Bei den Angreifern soll es sich um eine Gruppe von mehr als zehn Personen südländischer und dunkelhäutiger Personen handeln. Gegen 18.20 Uhr kam es dann zu einer Tätlichkeit auf dem Marktplatz. Dort tauchte die Gruppierung ohne Mund-Nasen-Bedeckung auf und wurde diesbezüglich von Passanten angesprochen. Daraufhin wurden drei Männer im Alter von 26, 28 und 40 Jahren niedergeschlagen und mit einem Messer bedroht. Anschließend flüchtete die Gruppierung. Zwei der Tatverdächtigen, 15 und 16 Jahre alte Jugendliche mit Migrationshintergrund, konnten später im Bereich der Magistrale gestellt werden. Bei ihnen besteht der Verdacht, an beiden Taten beteiligt gewesen zu sein. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurden sie an ihre Erziehungsberechtigten übergeben.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Essen: … Ein paar Jahre später heiratete Heitmann und wohnte dann in Schonnebeck in der Huestraße, mit Blick auf den Penny-Parkplatz. Dort seien ihr die Probleme des Essener Nordens auf dem Silbertablett präsentiert worden: Clan-Prügeleien, Drogen-Geschäfte, Vermüllung. „Einmal habe ich gesehen, wie jemand windelweich geschlagen wurde", erinnert sich Heitmann. Wenn sie vom Balkon aus etwas runtergerufen habe, sei ihr gedroht worden. Einmal habe jemand gerufen:„Dich kriege ich auch noch so weit, dass du ein Kopftuch trägst." Zunächst blieb sie ihrer Heimat verbunden, wollte nicht wegziehen und bekam ihr erstes Kind: „Als ich mit dem Kinderwagen spazieren gefahren bin, musste ich mir wieder Sprüche anhören", so Heitmann. Da sei für sie klar gewesen, dass ihre Kinder nicht in dieser Umgebung aufwachsen sollen. Sie wollte nicht Angst haben, „weil ich eine kurze Hose oder ein Top trage" (Auszug aus einem Artikel von DER WESTEN).

Luckenwalde: Wer ist dieser 23-jährige Mann, der von sich selber sagt, er würde eigentlich lieber in Saudi-Arabien leben, aber er werde so lange in Deutschland bleiben, bis er den deutschen Pass in der Tasche habe, weil er damit in jedes Land der Welt reisen kann? Ein Islamist, der Youtube nutzt, um die Botschaft „Allah ist mächtig" in westliche Kinderzimmer zu bringen? Oder nur ein „digital native", der berühmt werden will, koste es, was es wolle? Und was sagt sein Fall über den Grad der Integration der 4,5 Millionen Muslime aus, die in Deutschland leben? (Auszug aus einem Artikel von Cicero.de über den syrischen „Flüchtling" Fayez Kanfash, welcher in Youtube-Videos Emmanuel Macron-Doubles auspeitscht und Erschiesungen von Polizisten nachstellt).

Würzburg: Ein Unbekannter hat am Sonntagabend eine Frau in der Innenstadt tätlich angegangen und leicht verletzt. Die Kripo Würzburg ermittelt und bittet um Hinweise von Zeugen. Kurz vor 20.00 Uhr war die 42-Jährige zu Fuß in der Beethovenstraße, auf Höhe der Fußgängerampel Walterstraße, unterwegs, als sie ein Unbekannter von hinten tätlich anging. Beide stürzten zu Boden, die Frau wehrte sich, woraufhin der Unbekannte davonrannte. Die 42-Jährige blieb leicht verletzt. Die Kripo Würzburg übernahm die weiteren Ermittlungen, auch hinsichtlich der noch unklaren Hintergründe. Von dem Unbekannten liegt folgende Beschreibung vor: Ca. 20 Jahre alt, ca. 190 Zentimeter groß, schlanke Figur, schwarze, wellige nackenlange Haare, dunkle Hautfarbe, bekleidet mit blauer Winterjacke und blauer Einwegatemschutzmaske.
Mühlhausen: Mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpften zwei Unbekannte am Montag, gegen 16.15 Uhr, vier junge Menschen in Mühlhausen. Die Geschädigten, im Alter zwischen 11 und 19 Jahren, hielten sich in der Kilianistraße auf, als sie durch die beiden Täter beleidigt wurden. In der Folge soll einer der Täter die 19-jährige Geschädigte geschlagen haben. Sie erlitt leichte Verletzungen. Noch vor Eintreffen der Polizei ergriffen die beiden Unbekannten die Flucht. Einer der Täter wird auf ca. 18 bis 20 Jahre geschätzt und war ca. 1,75 m groß. Er hatte einen Bartansatz und ein südländisches Aussehen. Sein Begleiter war augenscheinlich noch ein Kind. Dieses hatte ein rotes Fahrrad der Marke BMX bei sich. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet um Hinweise zu den bislang noch unbekannten Tätern.
Nürnberg: Am Samstag (02.01.2021) griffen drei unbekannte Täter einen Mann auf einem Parkplatz im Stadtteil Zerzabelshof an und raubten Bargeld. Die Kriminalpolizei Nürnberg ermittelt und bittet um Zeugenhinweise. Nach bisherigen Erkenntnissen befand sich der 24-jährige spätere Geschädigte mit seinem 19-jährigen Begleiter auf dem Parkplatz eines Verbrauchermarktes in der Zerzabelshofstraße 100 (Höhe Pastoriusstraße). Als er an einer Gruppe von etwa 8 – 10 Personen vorbeilief, boten ihm Personen aus der Gruppe heraus mutmaßlich Drogen zum Kauf an, was die beiden verneinten und weiterliefen. Unvermittelt griffen drei Männer den 24-Jährigen aus der Gruppe heraus an und brachten ihn gewaltsam zu Boden. Dort wurde der 24-Jährige von dem Trio geschlagen und getreten. Im weiteren Verlauf raubten die Täter einen niedrigen dreistelligen Geldbetrag und flüchteten anschließend unerkannt. Der 24-Jährige erlitt leichte Verletzungen und konnte sich schließlich in Sicherheit bringen. Sein 19-jähriger Begleiter blieb unverletzt und konnte ebenfalls flüchten. Beim Eintreffen der zwischenzeitlich alarmierten Polizeistreifen hatte sich die Personengruppe ebenfalls entfernt. Eine Fahndung nach den Tätern blieb erfolglos. Die drei Täter können folgendermaßen beschrieben werden: 1. Täter: Ca. 25 – 28 Jahre alt, ca. 180 cm groß, kräftige Figur, schwarze kurze Haare, kurzrasierter Bart, südländischer Typ, bekleidet mit schwarzer Jacke mit Pelzkragen, 2. Täter: Ca. 22 – 30 Jahre alt, ca. 180 cm groß, dünn, bekleidet mit grauer Jogginghose und Pullover, 3. Täter: Ca. 20 Jahre alt, ca. 170 – 175 cm groß, sehr kräftige Figur, südländischer Typ, Vollbart, schwarze gegelte Haare, bekleidet mit schwarzer Jeans und rot-schwarzer Winterjacke.
Offenbach: Ein 27-jähriger Passant ist am Neujahrstag, gegen 5.45 Uhr, am Markplatz vor einer dortigen Apotheke von zwei Männern geschlagen und mit einem Messer am rechten Oberarm leicht verletzt worden. Der Offenbacher, der augenscheinlich unter Alkoholeinwirkung stand, hatte gegen 6.15 Uhr die Wache vom 1. Revier aufgesucht und mitgeteilt, dass vor etwa einer halben Stunde zwei unbekannte Männer nach einer Zigarette fragten und er dann unvermittelt von ihnen geschlagen und mit einem Messer verletzt wurde. Die Täter sollen

ein südländisches Erscheinungsbild gehabt haben und etwa 1,70 Meter groß, schlank und 25 bis 28 Jahre alt sein.
Hagen: Am Freitagabend (18. Dezember) kam es am Hagener Hauptbahnhof zu einer Auseinandersetzung zwischen drei Männern. Dabei wurde ein 27-jähriger Hagener im Gesicht verletzt. Gegen 19 Uhr informierte eine Zeugin die Bundespolizei am Hagener Hauptbahnhof darüber, dass zwei Männer ihren Begleiter angreifen würden. Auf dem Bahnhofsvorplatz konnten Einsatzkräfte drei Männer antreffen. Nach Aussage eines 27-Jährigen aus Hagen soll er durch einen 30-jährigen syrischen Staatsangehörigen aus Hagen unvermittelt mit einer Kopfnuss angegriffen worden sein. Hierdurch erlitt er eine blutende Wunde im Gesicht. Ein 32-jähriger Hagener soll ihm anschließend mit dem ausgestreckten Bein in den Rücken gesprungen sein. Anschließend habe er sich durch sein mitgeführtes Pfefferspray zur Wehr gesetzt, wodurch er weitere Angriffe verhindern konnte. Alle Beteiligten wurden zur Wache gebracht. Dort konnte das Motiv der beiden Angreifer nicht eindeutig geklärt werden. Gegen die beiden 30- und 32-jährigen Männer leitete die Bundespolizei ein Strafverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung ein.
Heidenau: Samstagnachmittag wurde der Polizei durch den Sicherheitsdienst ein randalierender, sudanesischer Flüchtling in der Asylbewerberunterkunft in Heidenau gemeldet. Der stark betrunkene 27-jährige Mann hatte zuvor bereits dem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes in den Bauch geschlagen. Während der Ingewahrsamnahme und der Zuführung zur Dienststelle schlug, trat und spuckte der Mann weiter um sich und traf dabei auch die eingesetzten Polizeibeamten. Diese blieben glücklicherweise unverletzt. Im Polizeigewahrsam wurde dem Mann aufgrund seiner starken Alkoholisierung eine Blutprobe entnommen. Auf richterliche Anordnung verbrachte der Mann die Nacht bis zum frühen Sonntagmorgen in Gewahrsam.

http://www.pi-news.net/2021/01/hamburg-libyer-ermordet-20-jaehrige-schuelerin-im-fahrradkeller/

POLIZEIBEKANNTER GEWALTTÄTER UND „STALKER"

Hamburg: Libyer ermordet 20-jährige Schülerin im Fahrradkeller

12. Januar 2021

Die Leiche der getöteten Schülerin Victoria L. wurde am Sonntag im Fahrradkeller eines Mehrfamilienhauses in Hamburg entdeckt. Kleines Bild: Der mutmaßliche Mörder, Sharif A., 22.
Von JOHANNES DANIELS | Ein polizeibekannter Gewalttäter aus Libyen, der sich schon längst nicht mehr in Hamburg aufhalten durfte, ermordete im Fahrradkeller eines Mehrfamilienhauses am Hamburger Rahel-Varnhagen-Weg am Sonntag die 20 Jahre alte Schülerin Viktoria L., genannt Vika. Nach ersten Erkenntnissen wurde die junge Frau neben „weiteren Gewalteinwirkungen" erstickt. Der 22-Jährige Libyer hatte die Rettungskräfte der Feuerwehr benachrichtigt und die Sanitäter nach deren Eintreffen in den Keller zu „einer verletzten Person" geführt. Er gab an, die Frau zufällig gefunden zu haben, entpuppte sich aber im Laufe der Ermittlungen als ihr Mörder:
„Als Rettungskräfte den leblosen Körper auffanden und daraufhin die Polizei alarmierten, ergriff der Anrufer die Flucht", teilte eine Polizeisprecherin mit.

Umgehend begann die Polizei mit einer Großfahndung und nahm den Tatverdächtigen um 18.10 Uhr an der Straße Henriette-Herz-Garten fest. Gegenüber der Polizei soll er zunächst eine falsche Identität angegeben haben. Die Mordkommission Hamburg übernahm die Ermittlungen vor Ort. Beamte in weißen Schutzanzügen suchten nach Spurenträgern und belastbaren Beweisen, um das Tatmuster erkennen zu können. „Die Leiche wies deutlich sichtbare Verletzungen auf", betonte die Sprecherin weiter. Die Leiche lag in einem dunklen Keller zwischen abgestellten Fahrrädern, Werkzeug und Unrat.
Die genaue Todesursache blieb zunächst unklar. Die Staatsanwaltschaft ordnete daraufhin eine Eilsektion an, die am Montag Morgen in der Rechtsmedizin durchgeführt wurde. Das Ergebnis bestätigte dann den anfänglichen Verdacht einer Tötung: Die 20-jährige Schülerin wurde offenbar erstickt.
Der festgenommene Libyer, der in der Vergangenheit bereits (wie kann es anders sein) „wegen Drogen- und Diebstahlsdelikten in Erscheinung" getreten war, kam vor einen Haftrichter, der ihn wegen des Verdachts des Totschlags in Untersuchungshaft schickte – er soll die erst 20-jährige „Vika" im Affekt getötet haben.
Die junge Frau hatte erst im Dezember eine Stalking-Anzeige gegen Unbekannt bei der Polizei aufgegeben. Der 22-jährige Sharif A., der laut BILD 2016 als „Flüchtling" nach Hamburg kam, dann nach Plauen im Voltlandkreis „umverteilt wurde" und noch eine Duldung bis April hatte, hatte die Schülerin permanent „gestalkt".
Die Nachbarn der Tochter ukrainischer Einwanderer sind schockiert: „Sie war ein so liebes Mädchen, sie wurde von ihren Eltern geliebt, ging immer mit ihrem Hund spazieren, hat sich immer um ihre kleine Schwester gekümmert. Es ist wirklich eine schreckliche Tragödie."
Die Eltern des Opfers wurden von Mitarbeitern des Kriseninterventionsteams betreut. Am Montag Nachmittag verließen sie gemeinsam die Wohnung in Neuallermöhe. Sie kommen die nächste Zeit bei Familienmitgliedern unter.
Die überregionalen Mainstreammedien (außer BILD) schweigen.

https://philosophia-perennis.com/2021/01/14/erneut-schwere-migrantenkrawalle-in-bruessel/

Erneut schwere Migrantenkrawalle in Brüssel
Von
PP-Redaktion
14. Januar 2021

Erneut wird ein westeuropäischer Staat von schweren Migrantenkrawallen heimgesucht. Und erneut geschieht es im „Herzen der EU", in Belgiens Hauptstadt Brüssel, genauer gesagt in den Migrantenvierteln. Dort verwüsten jugendliche Moslems Straßenzüge, Geschäfte, Autos und attackieren Polizisten und Passanten.
Hintergrund der Ausschreitungen und der Gewalt ist der Tod des 23-jährigen Migranten Ibrahima B., der in Polizeigewahrsam ums Leben kam. Der Moslem

wurde von der Polizei in Gewahrsam genommen, nachdem er sich einer Kontrolle wegen Verstößen gegen Corona-Verordnungen zu entziehen versuchte.

Migrant starb in Polizeigewahrsam

Auf der Polizeistation soll er das Bewusstsein verloren und später im Krankenhaus verstorben sein. Gemutmaßt wird, dass der junge Migrant Drogen verschluckt hat, bevor ihn die Polizei verhaftet hat, und an diesen verstorben ist. Die Eltern des Mannes behaupten wiederum, die Polizei hätte ihn fünf Minuten lang auf dem Boden fixiert und daran sei er schließlich gestorben.

Kurz nach der Nachricht des Ablebens des Migranten kam es zu Demonstrationen in den Migrantenvierteln der Stadt, die rasch in Gewalt umschlugen. Mittlerweile wurde bereits eine Polizeistation in Brand gesetzt, wie Augenzeugen und Videos dokumentieren. Ebenso attackierte man den Konvoi des belgischen Königs Phillip. Die Polizei ist auf diversen Videos hilflos und im Rückzug gegen die gut organisierten Jugend-Banden zu sehen.

Video-Player

00:00
00:12

Der Beitrag erschien (leicht verändert) bei UNSER MITTELEUROPA.

http://www.pi-news.net/2021/01/hamburg-55-prozent-auslaenderanteil-im-knast/

DEUTSCHLAND MULTIKRIMINELL

Hamburg: 55 Prozent Ausländeranteil im Knast

15. Januar 2021

Von MANFRED ROUHS | Die meisten Gefängnisinsassen in Hamburg sind Ausländer. Das ergibt sich aus der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft. Den offiziellen Angaben zufolge liegt der Ausländeranteil bei den Gefängnisinsassen der Hansestadt bei 55 Prozent. Ihr offizieller Bevölkerungsanteil liegt bei 17 Prozent. Häftlinge türkischer und arabischer Herkunft mit deutschem Pass sind in dieser Statistik nicht ausweisbar. Sie gelten als Deutsche. Die Inhaftierung ausländischer Straftäter kostet die Hansestadt den Angaben zufolge jedes Jahr 70 Millionen Euro. Von den 1023 Ausländern in Haft sind 136 Türken, 115 Polen, 69 Afghanen, 50 Rumänen, 48 Serben, 41 Albaner, 37 Algerier und 32 Iraner. 420 sind Mehrfach-Täter, in 416 Fällen ist die Ausweisung der Straftäter nach der Haftverbüßung vorgesehen, die aber keineswegs immer auch durchgeführt wird. Nach Afghanistan beispielsweise wird nach wie vor nur in Ausnahmefällen abgeschoben.

Dirk Nockemann, 62, Bürgerschaftsabgeordneter, Hamburger Landesvorsitzender der AfD und gleichzeitig deren innenpolitischer Sprecher, sieht die schöne neue Welt des Multi-Kulturalismus durch diese Zahlen entzaubert. Er mahnt politische Konsequenzen aus der Kriminalitätsentwicklung in der Hansestadt an:

„Die linksgrünen Wunschträume einer multikulturellen Idealgesellschaft treffen auf die bittere Realität. Verurteilte ausländische Straftäter haben ihr Gastrecht verwirkt und müssen schnellstmöglich abgeschoben werden."

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand" herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

- http://www.pi-news.net/2021/01/ich-wusste-nicht-dass-man-in-deutschland-nicht-vergewaltigen-darf/

ZEHN JAHRE HAFT FÜR BESONDERS BRUTALES SEXUALDELIKT

„Ich wusste nicht, dass man in Deutschland nicht vergewaltigen darf"

19. Januar 2021

Symbolbild

Von DER ANALYST | Seit einem knappen Jahr wird die Nachrichtenlage in Deutschland fast ausschließlich von „Corona" dominiert. Dass unser Land aber weiterhin von einer massiven Migrations- und Flüchtlingskrise heimgesucht wird, ist in der öffentlichen Wahrnehmung kaum mehr präsent.

Präsent ist diese Tatsache nur bei jenen, die sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufhalten und einer der negativen Begleiterscheinungen der Zuwanderung zum Opfer fallen.

Außergewöhnlich brutaler Fall

„Einen Fall wie diesen hatte das Landgericht Amberg seit vielen Jahren nicht", erfuhr man aus lokalen Tageszeitungen, die über die Hauptverhandlung gegen Bako C., einem Schwarzafrikaner aus Mali, berichteten. Dieser musste sich vor der Ersten Strafkammer verantworten, weil er im Mai vergangenen Jahres mit dem Fahrrad in der Oberpfalz unterwegs war, um gezielt nach weiblichen Opfern für ein Sexualverbrechen zu suchen.

An einem Weiher im Stadtgebiet von Regensburg bot der Angeklagte am 9. Mai 2020 zunächst zwei Schülerinnen Geld für Sex. Als diese ablehnten, zerrte er sie mit Gewalt ins Ufergebüsch. Einem der beiden Mädchen gelang es jedoch, mit ihrem Handy einen Notruf abzusetzen. Daraufhin flüchtete Bako C.

Am 13. Mai unternahm er unweit der Autobahn A93 bei Maxhütte-Haidhof einen erneuten Versuch. An diesem Tag war es eine 53-Jährige Hundebesitzerin, die zur falschen Zeit am falschen Ort war. Der Schwarzafrikaner hielt ihr ein Küchenmesser an den Hals und zwang sie, ihn in ein nahes Unterholz zu begleiten. Dort musste sie sich entkleiden, nackt auf dem Boden legen und sich vergewaltigen lassen. Die 53-Jährige durchlitt Todesangst und trug durch die Vergewaltigung schwere seelische Schäden davon.

Staatsanwältin Barbara Tutsch sprach in ihrem Plädoyer von „erheblichen Verbrechen", die sie in solcher Dimension als Strafverfolgerin von Sexualdelikten „bisher nicht zu bearbeiten" hatte und forderte für den Angeklagten eine Haftstrafe von zehn Jahren.

Ehemaliger Bundesrichter vertritt das Opfer

Der ehemalige Karlsruher Bundesrichter Erwin Hubert, der als Opferanwalt die 53-jährige Nebenklägerin vertrat, berichtete, dass er in seiner 45-jährigen

Tätigkeit so etwas noch nie erlebt habe. Er forderte eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren für den Täter und erinnerte an die Möglichkeit des richterlich ausgesprochenen Vorbehalts einer Sicherungsverwahrung.
Eine solche zu verhängen, wäre sicherlich keine schlechte Idee gewesen, entspricht jedoch nicht dem Laissez-faire deutscher Gerichte bei der Aburteilung von Menschen mit Asyl-Hintergrund.
Der Pflichtverteidiger von Bako C. stellte das Strafmaß in das Ermessen des Gerichts. Dieses folgte dem Antrag der Staatsanwältin und verurteilte den Vergewaltiger zu einer Freiheitsstrafe von 10 Jahren.

Das „Beste" kommt zum Schluss

Bako C. beteuerte vor Gericht, noch nie davon gehört zu haben, dass man in Deutschland mit Frauen nicht so verfahren dürfe. Sollte bei anderen schwarzafrikanischen Asylbewerbern dieses Informationsdefizit ebenfalls bestehen, sieht die Damenwelt in Deutschland keinen rosigen Zeiten entgegen.
Auch ansonsten offenbart sich in diesem Fall wieder einmal die katastrophale Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Bei Bako C. handelt es sich um einen abgelehnten Asylbewerber, der eigentlich in Deutschland nichts mehr zu suchen hat, aber geduldet wird. Hätte man ihn abgeschoben, wäre der 53-Jährigen nichts passiert. Insofern sollte Merkels Flüchtlingspolitik gleich mit auf der Anklagebank sitzen.
Da spielt es schon fast keine Rolle mehr, dass mangels Unterlagen nicht einmal das Alter des abgelehnten Asylbewerbers bekannt ist. Kurzerhand hat man ihn Pi mal Daumen auf 30 Jahre geschätzt und das Geburtsdatum wie bei so vielen seiner Art auf den 1. Januar festgelegt.

http://www.pi-news.net/2021/01/afghanischer-vergewaltiger-kam-nach-deutschland-um-mal-zu-gucken/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Afanischer Vergewaltiger kam nach Deutschland „um mal zu gucken"

20. Januar 2021

Meißen: Schwere Vorwürfe gegen den Afghanen Ali R. (23) aus Großenhain: der Friseur und Familienvater (ein Sohn, 16 Monate) steht seit Dienstag wegen versuchter Vergewaltigung und Körperverletzung vor dem Landgericht. Laut Anklage feierten in der Nacht zum 21. Juni 2020 mehrere lose Gruppen von jungen Menschen unter der Eisenbahnbrücke am Altstädter Elbufer in Meißen. Dort soll Ali R. eine junge Frau erst nach ihrem Alter gefragt, dann ihr an den Po gefasst haben. Das Mädchen lehnte die Annäherung ab. Als sie wenig später auf Toilette wollte und sich von der Gruppe entfernte, soll der Angeklagte ihr gefolgt sein. Staatsanwältin Yvonne Birke (50): „Er brachte sie zu Fall, schlug ihr mit Fäusten ins Gesicht, versuchte sie zu vergewaltigen. Als das Opfer sich weiter wehrte, um Hilfe schrie, zog er sie in die Elbe, versuchte ihr Gesicht unter Wasser zu drücken." Fußgänger beobachteten die Tat, retteten die Jugendliche. Ali R. ist geduldet, lebt seit sechs Jahren in Deutschland. Die Staatsanwaltschaft

ermittelt noch in einem zweiten Vergewaltigungsverfahren gegen ihn. Der Prozess wird fortgesetzt.
Aktuell ist dem Angeklagten eingefallen, dass er eigentlich viel jünger ist und somit noch nach Jugendstrafrecht verurteilt werden müsste. Klarheit hätte sein Bruder Hussein, laut Unterlagen am selben Tag im selben Ort geboren, bringen können. Gegen ihn wird gerade am Amtsgericht im selben Gebäude verhandelt. Also wurde er befragt. Seine Antwort: „Zwillinge sind wir nur in Deutschland." Sie seien übrigens auch nicht geflüchtet, sondern nach Deutschland gekommen, „um mal zu gucken". Nun musste die Kammer einen aufwendigen Alterstest in Auftrag geben, bei dem drei Kliniken beteiligt sind, ehe der Prozess gegen Ali R. weitergehen kann.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.
Stuttgart: Polizeibeamte haben am Donnerstag (14.01.2021) einen 26 Jahre alten Mann festgenommen, der im Verdacht steht, ein fünf Jahre altes Mädchen sexuell missbraucht zu haben. Die Fünfjährige verbrachte das vergangene Wochenende (09.-10.01.2021) bei Verwandten. Der 26 Jahre alte Tatverdächtige, der ebenfalls dort wohnhaft ist, passte kurzweilig auf das Mädchen auf. Dabei soll er ihr ein pornographisches Video gezeigt haben und sie anschließend unsittlich berührt haben. Das Kind vertraute sich in den folgenden Tagen seiner Mutter an, die Anzeige bei der Polizei erstattete. Polizeibeamte nahmen den 26-jährigen Mann daraufhin fest. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde der irakische Staatsbürger am Freitag (15.01.2021) einem Haftrichter vorgeführt, der den Haftbefehl erließ und in Vollzug setzte.
Amberg: Wie alt ist dieser in Fesseln vor die Erste Strafkammer des Amberger Landgerichts geführte und seit dem Jahr 2019 abgelehnte Asylbeweber? „30 Jahre", steht in Unterlagen. Er selbst ließ übersetzen: „24 Jahre". Einer, der offenbar Verschleierungstaktiken anwandte und 2017 aus dem afrikanischen Staat Mali nach Deutschland gelangte. Mit ungeklärten Personalien. Da sitzt am Donnerstag ein Mann mit dem Gardemaß von 1,90 Meter. An mehreren Orten in der Oberpfalz war er untergebracht. Zum Schluss in Regenstauf und von dort aus mit einem Fahrrad unterwegs. „Zu sportlichen Zwecken." Am 9. Mai 2020 war der Afrikaner an einem Weiher am Regensburger Donaupark unterwegs. Er sah zwei Frauen, 17 und 18 Jahre alt, stoppte die Spaziergängerinnen, bot Geld für Sex an und wurde abgewiesen. Die Mädchen landeten gleich darauf im Ufergebüsch, wehrten sich massiv. Eine von beiden setzte einen Notruf ab. Da ergriff der Beschuldigte die Flucht.
Am 13. Mai tauchte der Mann zur Mittagszeit in der Nähe von Maxhütte-Haidhof (Kreis Schwandorf) auf. Eine 53-Jährige führte ihren kleinen Hund aus. Erst wurde die Frau angesprochen und um Feuer für eine Zigarette gebeten. Als sie verneinte, geriet die Begegnung zu einer Tragödie für sie. Der Mann zog ein Küchenmesser, hielt ihr die Klinge an den Hals und sagte in gebrochenem

Deutsch: „Mach‘ was ich sage, sonst steche ich dich ab wie ein Schwein.“ Was dann folgte, war unsäglich. Die 53-Jährige wurde in ein nahes Waldstück dirigiert, sie musste sich entkleiden, wurde zu sexuellen Handlungen gezwungen und vergewaltigt. Danach flüchtete der Mann mit seinem Fahrrad *(Die komplette Geschichte des „Schutzsuchenden“, dessen Opfer noch heute mit massiven psychischen Problemen zu kämpfen hat, kann bei ONETZ.DE nachgelesen werden).*

Dortmund: 19. auf 20. Juni: Mutmaßliche Vergewaltigung einer Elfjährigen, 21. Juni: Festnahme und U-Haft, nach einigen Tagen ist Angeklagter wieder auf freiem Fuß, 24. Juli: Angeklagter soll 13-jähriges Mädchen in Fahrradkeller gelockt und zum Sex gezwungen haben, 25. Juli: Festnahme. Seither sitzt der Angeklagte in U-Haft und schweigt. Neben dem zweifachen sexuellen Missbrauch von Kindern wirft die Staatsanwaltschaft dem 23-Jährigen vor, mit Drogen gehandelt zu haben. Bei ihm waren 152,2 Gramm Marihuana in in kleinen Druckverschlusstüten entdeckt worden. Der Angeklagte stammt aus Afghanistan, besitzt jedoch einen Aufenthaltstitel für Deutschland. Er soll in Dortmund bereits wegen Drogenhandel und Körperverletzungen aufgefallen sein *(Auszug aus einem Artikel von DER WESTEN).*

Bochum: Am Tattag 08.02.2019 fuhr die 20-jährige Geschädigte mit der Buslinie 353 von der Haltestelle Bochum Rathaus bis zur Cottenburgstraße in Castrop-Rauxel. An der Haltestelle Bochum Rathaus stieg ebenfalls der unbekannte Tatverdächtige ein und näherte sich während der Fahrt mehrere Male der Geschädigten. Er setzte sich neben sie und umarmte und küsste sie gegen ihren erkennbaren Willen, dabei entfernte er sich mehrfach von ihr und näherte sich dann erneut. Der Tatverdächtige stieg an der gleichen Haltestelle wie die Geschädigte aus und verfolgte sie noch einige Minuten. Wer kann Angaben zu dem abgebildeten Tatverdächtigen machen?

Potsdam: Wie die Polizei am Montagmittag mitteilte, kam es am frühen Sonntagmorgen in der Burgstraße in der Potsdamer Innenstadt zu einem Übergriff auf eine Frau. Den Angaben der Polizei zufolge war die Frau um kurz vor 7 Uhr in der Burgstraße unterwegs, als ihr zwei Männer aus Richtung der Freundschaftsinsel entgegenkamen. Plötzlich gepackt

Als sie auf gleicher Höhe waren, soll einer der beiden die Frau gepackt und versucht haben, sie in ein Gebüsch zu ziehen. Sie kam ins Straucheln, stürzte und schrie laut um Hilfe. Daraufhin habe ihr einer der Männer, die sich untereinander in einer der Frau unbekannten Sprache unterhielten, den Mund zugehalten, der andere schlug ihr ins Gesicht und verletzte sie dabei leicht. Schließlich hätten die Täter begonnen, die Frau an mehreren Körperstellen anzufassen. Sie wehrte sich und trat nach den Angreifern. In diesem Moment fuhr ein Fahrzeug die Burgstraße entlang in Richtung Alter Markt in der Potsdamer Innenstadt. Die beiden Unbekannten ließen schließlich von der Frau ab und verschwanden in Richtung Alter Markt. Fahndungsmaßnahmen der Polizei nach den Tätern blieben erfolglos.

Osnabrück: Eine 20-Jährige war am Donnerstagabend zu Fuß auf der Iburger Straße in Richtung stadtauswärts unterwegs. Die junge Frau befand sich gegen 19 Uhr zwischen der Wörthstraße und der Osningstraße, als ihr ein Unbekannter entgegenkam und sich ihr in den Weg stellte. Sie sprach den etwa 45 bis 60 Jahre alten Mann an, woraufhin dieser sie in eine überdachte Hofeinfahrt drängte, ihr den Weg versperrte und sie unsittlich berührte. Die 20-Jährige rief laut um Hilfe und nutzte den Augenblick zur Flucht. Der Täter wurde als 1,80 bis 1,85m groß beschrieben, hatte eine normale Statur und ein südländisches/arabisches Erscheinungsbild.

Freiburg: Am 01.01.2021 soll ein 22-jähriger Mann im Keller eines Anwesens in der Hauptstraße in Oberried exhibitionistische Handlungen gegenüber einer Frau vollzogen haben. Laut Aussage der Geschädigten kam sie gegen 13:30 Uhr in den Keller des Hauses und traf auf den Tatverdächtigen, der mit heruntergelassener Hose vor ihr stand. Der Tatverdächtige wurde vor Ort vorläufig festgenommen. Es besteht außerdem der Verdacht, dass der Tatverdächtige mit gambischer Staatsangehörigkeit in den vorherigen Tagen in Freiburg, sowie in Oberried weitere Frauen angesprochen und belästigt haben soll.
Gießen: Eine etwa 170 Zentimeter große und ca. 30 Jahre alte Person mit kräftiger Figur wird nach einem Vorfall am Dienstag (5.1.21), gegen 10.30 Uhr, in der Goethestraße gesucht. Der unbekannte Mann hatte sich vor einer Frau entblößt. Anschließend flüchtete der Mann in Richtung Lyoner Straße. Er soll einen dunklen Teint haben und mit einer dunkelblauen Jacke bekleidet gewesen sein.
Krefeld: Am Mittwochabend (6. Januar 2021) wurde eine Frau von einem Unbekannten am Hagerweg sexuell belästigt. Gegen 17:45 Uhr fuhr die 19-jährige Krefelderin mit ihrem Fahrrad nach Hause. Als sie ihr Rad abstellte und verschloss, stand plötzlich ein Mann hinter ihr. Während er sie festhielt, küsste und berührte er sie. Die Frau wehrte sich und konnte den Mann wegschubsen. Nachdem sie drohte, die Polizei zu rufen, entfernte er sich. Der Mann ist etwa 30 Jahre alt, circa 1,80 Meter groß und hat eine normale Statur sowie eine dunkle Hautfarbe. Er hat kurze dunkle Haare und einen kurzen Oberlippenbart.
Herborn: In einer Regionalbahn auf der Fahrt von Wetzlar nach Herborn wurde am Sonntag (03.01.), gegen 21 Uhr, eine Zugbegleiterin sexuell belästigt. Bei der Fahrscheinkontrolle fasste ein 22-jähriger Afghane der Bahnmitarbeiterin unvermittelt ans Gesäß. Zum Glück nahmen Beamten der Bundespolizei den Mann im Bahnhof Herborn in Empfang. Gegen ihn wird nun ein Strafverfahren wegen des Verdachts der sexuellen Belästigung eingeleitet. Da der Afghane über gesundheitliche Probleme klagte, brachte ihn ein Rettungswagen in das Kreiskrankenhaus nach Dillenburg. Dort wurde er zur weiteren Untersuchung stationär aufgenommen.
Wachtendonk-Wankum: Am Samstag (02.01.2020) gegen 16:10 Uhr bemerkte eine 61-jährige Spaziergängerin einen Mann auf einem Fahrrad, der mehrfach an ihr vorbeifuhr. Ihren Wagen hatte die Dame während des Spaziergangs am Wanderparkplatz Westerheckweg / Lampesweg abgestellt. Als die Frau wieder in ihrem PKW saß, stand der Unbekannte plötzlich zwei Meter von ihrem Wagen entfernt an der Beifahrerseite, schaute sie an und zog dabei seine Hose bis zu den Knien hinunter.Erschrocken fuhr 61-Jährige los und entzog sich so der unangenehmen Situation. Bei dem Unbekannten handelt es ich um einen Mann im Alter von 25-35 Jahren. Er war schwarz gekleidet, trug eine kurze Jacke und eine ebenfalls schwarze Pudelmütze. Der Mann war circa 170 cm bis 175 cm groß, hatte einen schwarzen Vollbart und ein südländisches Erscheinungsbild.

http://www.pi-news.net/2021/01/lueneburg-19-jaehrige-jana-d-bestialisch-von-fluechtling-ermordet/

SPD-OB MÄDGE VERHARMLOST DIE TAT

Lüneburg: 19-Jährige bestialisch von „Flüchtling“ ermordet

22. Januar 2021

Von MANFRED W. BLACK | Die 19-jährige Jana D. ist in Lüneburg vor vier Tagen erstochen in ihrem Auto gefunden worden. „Die Beamten haben bereits einen Verdächtigen“ („Hannoversche Allgemeine Zeitung“).

Seit Tagen veröffentlichen Medien wie die „HAZ“, die „Lüneburger Landeszeitung“ („LZ“), das „Hamburger Abendblatt“ und auch der „NDR“ kaum Einzelheiten über den Täter. Obwohl Polizei und Medien anscheinend wissen, dass der Messerstecher ein abgelehnter Asylbewerber ist. Skandalös: Der Lüneburger Oberbürgermeister verniedlicht die grausame Tat.

Der Vater entdeckt den Leichnam seiner eigenen Tochter

Es hieß in der „LZ“, die mutmaßliche Tatwaffe sei in der Nähe des Tatorts gefunden worden, als tatverdächtig gelte ein „Bekannter“ von Jana D.. Andere Medien schreiben, bei dem Mörder handele es sich um den „Freund“ des Opfers.

Die „LZ“ berichtete, dass der Vater der 19-Jährigen den Leichnam seiner eigenen Tochter am frühen Morgen, gegen 3 Uhr, entdeckt hat. Auf einem Parkplatz im Lüneburger Ortsteil Schützenplatz – in einem von der Tochter genutzten Auto.

Das Opfer habe laut Polizei „mehrere Verletzungen“ aufgewiesen, die mutmaßlich zum Tod geführt hätten.

Der Vater suchte nach seiner Tochter, zuvor hatte er vergeblich zu Hause auf sie gewartet. Medienberichten zufolge arbeitete das Opfer am Abend vor der Tat in einem Lüneburger Lokal, das einen Außer-Haus-Verkauf anbietet.

Zuerst legt die „Bild“-Zeitung die Fakten auf den Tisch

Am 20. Januar waren auch in der „Bild-Zeitung“ keine genaueren Angaben über den Messerstecher zu lesen. Es hieß nur: **„**Weitere Informationen zu dem (beruflichen) Hintergrund des Beschuldigten wollte die Staatsanwaltschaft aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht mitteilen.“

Am 21. Januar veröffentlichte die „Bild“ tagsüber – als einziges Medium – nähere Angaben zu dem Täter. Die Tageszeitung berichtete, noch im letzten Monat hätten Jana D. und ihr späterer Mörder mit dem Namen „Fares A.“ gemeinsam Weihnachten gefeiert. „Bild“ präsentierte sogar ein – verpixeltes – Foto, auf dem sich das ungleiche Paar küsst.

Es wurde ebenfalls darüber informiert, dass der Täter, der offenbar bei seinen Eltern wohnt, ein Asylant sei, dessen Antrag auf Asyl lange vor der Tat abgelehnt worden ist und der längst hätte abgeschoben werden müssen.

Der Messerstecher wurde demnach – wie Millionen andere „Zugewanderte“, deren Asylbegehren offiziell abschlägig beschieden worden ist – einfach weiter hier „geduldet“. Sicherlich mit allen üblichen Sozialleistungen rund um die Uhr.

Diese weithin übliche Fehlentscheidung der zuständigen Behörden hat nun dieser jungen Frau das Leben gekostet.

„Bild“ beugt sich der PC – OB von Lüneburg bagatellisiert das Verbrechen

In späteren Fassungen des „Bild“-Berichtes sind allerdings alle Angaben auf den „Flüchtlings“-Status des Messerstechers gelöscht.

Offensichtlich ist der zuständige Redakteur zurückgepfiffen worden. Über unangenehme Fakten zur „Flüchtlings“-Politik der Angela Merkel soll, wenn es irgend geht, nichts an die Öffentlichkeit dringen. Auch die „Bild“-Zeitung soll sich offensichtlich der verlogenen Political Correctness (PC) beugen.

Skandalös hat der Oberbürgermeister von Lüneburg, Ulrich Mädge (SPD), auf die schreckliche Tat reagiert. Er verharmloste laut der Heilbronner Zeitung den Messer-Mord mit Worten, die für die Eltern der Ermordeten wie blanker Hohn klingen müssen: „Wir wissen alle, dass dort, wo Menschen zusammenleben, immer auch die schlimmsten Dinge passieren können, auch in der Nachbarschaft

– aber das Wissen ist das eine. Wenn es dann tatsächlich passiert, kann man es kaum fassen."

Wie hätten die Medien bei einer ermordeten Muslimin berichtet?

Wäre das Opfer eine „Muslimin" gewesen und der Mörder ein „Herkunfts-Deutscher", hätten sicherlich sämtliche Zeitungen in Deutschland alle verfügbaren sozialen Daten zur Getöteten und zum Killer veröffentlicht.

Wenn es sich aber um einen gewaltverbrecherischen „Flüchtling" handelt, herrscht im Blätterwald plötzlich dröhnendes Schweigen, wenn es darum gehen müsste, die Bevölkerung wenigstens annähernd ausreichend über die Hintergründe des jeweiligen Verbrechens zu informieren.

So eine flächendeckende, manipulierende Berichterstattung findet hierzulande täglich statt, obwohl in Deutschland doch angeblich „Pressefreiheit" herrscht.

http://www.pi-news.net/2021/01/corona-wut-in-den-niederlanden/

BÜRGERKRIEGSÄHNLICHE ZUSTÄNDE

Corona-Wut in den Niederlanden

26. Januar 2021

Von STEFAN SCHUBERT | Wie rasant sich einstmals idyllische Fußgängerzonen in Kriegsschauplätze verwandeln, kann man derzeit bei unserem Nachbarn Niederlande beobachten. Plünderungen, Brandstiftungen, Angriffe auf Polizisten und Brandsätze auf Polizeiwachen, Gesundheitsämter und Geschäfte. Nur damit kein Missverständnis aufkommt: Wer zuerst das Wort »Bürgerkrieg« für die Krawalle in den Niederlanden nutzte, es folgt ein Zitat vom Bürgermeister von Eindhoven, John Jorritsma: »Wenn das so weitergeht, dann bewegen wir uns auf einen Bürgerkrieg zu.«

Nicht nur in den Niederlanden ist die Politik geschockt von den Unruhen der vergangenen Tage. Auch im politischen Berlin dürften die brennenden Innenstädte beim Nachbarn im Bundesinnenministerium und Kanzleramt für reichlich Arbeit zur Nachtzeit gesorgt haben. Denn längst werden im Berliner Regierungsviertel Szenarien durchgespielt, wo sich die bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen auch auf Deutschland ausweiten.

Nach Recherchen und Gesprächen mit niederländischen Polizisten, muss man zuerst darauf hinweisen, dass von zwei unterschiedlichen Blöcken Proteste und Gewalt ausgingen. Zum einem ist der Block der Kritiker der Corona-Zwangsmaßnahmen zu nennen, der eine ganz unterschiedliche Szene zusammengeführt hat, auch hier besteht eine Paralle zu Deutschland. Zum anderen nutzten gerade Montagnacht Migrantenbanden aus den No-Go-Areas das Chaos aus, verwüsteten und plünderten ganze Straßenzüge und griffen Polizisten an. »Das in Eindhoven, die Plünderungen, das waren alle Moslems«, so der O-Ton eines Polizisten gegenüber dem Autor. »Moslems« wird hier als Umschreibung der gewalttätigen Migrantenbanden aus den Problemvierteln der Stadt verwendet, die meist über einen muslimischen Einwanderungshintergrund verfügen.

Niederländische Bevölkerung schaltet auf Widerstand

Ausgelöst wurden die Proteste durch völlig unverhältnismäßige Ausgangsbeschränkungen für die gesamte Bevölkerung. Seit Sonntagabend, 21 Uhr, sollen sich die Niederländer in ihren vier Wänden selbst einsperren. »Ausgangssperren zur Eindämmung des Covid-Infektionsgeschehens« nennt sich dies in der entmenschlichten Politik-Sprache.

Doch in den Niederlanden wird die massive Abschaffung von Bürger- und Freiheitsrechten deutlich kritischer als in Deutschland gesehen. Während die gleichgeschaltete Presse in Komplizenschaft mit der Bundesregierung versucht, den Zulauf zur Querdenken-Bewegung mit einer perfiden Diffamierungskampagne zu torpedieren, wächst in den Niederlanden der Druck auf die Corona-

Zwangsmaßnahmen kontinuierlich an – auch politisch. Und während die AfD sich von der leicht zu durchschauenden »Covidioten«-Kampagne des Mainstreams und der extremen Linken hat einschüchtern und distanzieren lassen, unterstützt die rechte Opposition in den Niederlanden die Proteste offen und ruft zu deren Teilnahme auf.
Im Parlament in Den Haag rief der rechte Oppositionsführer Geert Wilders der Regierung zu: „Wir werden gefangen genommen. Leute werden im eigenen Haus eingeschlossen. Wir verlieren unsere Freiheit."
Die Wilders-Freiheitspartei rief gemeinsam mit der rechten Partei »Forum für Demokratie« dazu auf, die Ausgangssperre nicht zu akzeptieren und sich an den landesweiten Protesten zu beteiligen. Allein das »Forum für Demokratie« erreichte bei den letzten Regionalwahlen rund 15 Prozent der Stimmen. Auch das niederländische Pendant des Anti-Islam-Bündnisses »Pegida« rief zu den Protesten auf.
Unter den tausenden Demonstranten befanden sich laut Aussagen der Polizei auch Personen, die der Hooliganszene zuzurechnen sind. Diese standen, wenig überraschend, in der ersten Reihe, als die Stimmung kippte und widersetzen sich Polizisten, die mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und berittener Polizei versuchten, die Demonstrationen gewaltsam aufzulösen.
Für »Journalisten« ist das Urteil schnell gefällt: Diese Kerle sind nur wegen des Krawalls gekommen. Doch dieses Mainstream-Urteil ist so einfach gestrickt wie falsch. Selbst sogenannte Hooligans sind Menschen, sie sind Familienväter und Ehemänner, Selbstständige und Steuerzahler. Vor allem verfügen sie zu gesellschaftlichen politischen Fragen über eine eigene Meinung und entschließen sich dann zur Teilnahme an Protesten. Dass viele dieser Männer kein Problem mit Gewaltanwendung haben ist unbestritten, greift aber in diesem Kontext zu kurz. Die Anwesenheit von im Straßenkampf erprobten Männern wie den Hooligans ist zudem ein handfester Vorteil: Die linksextreme Antifa traut sich nicht, auf den Demos zu erscheinen und politisch Andersdenkende – in erheblicher Überzahl – zu überfallen und schwer zu verletzen.

Die Polizei ist mit dem Mehrfrontenkrieg überfordert

Für die Politik ist diese Gemengelage der absolute GAU, politisch wie auch beim polizeitaktischen Vorgehen gegen die Regierungskritiker. Wenn solche Menschenansammlungen entstehen und sich auch von den Polizeieinheiten nicht abschrecken lassen, sind diese Menschenmassen nicht mehr zu kontrollieren. Die Leipziger Querdenker-Demonstration im vergangenen Jahr lieferte einen Beweis dafür.
Als ob diese Gemengelage nicht schon explosiv genug wäre, nutzte eine weitere Gruppierung die Unruhen für ihre Zwecke aus. Die Migrantenbanden aus den Vorstädten zogen in die Innenstädte und hinterließen eine Spur der Verwüstung. Diese Plünderungen durch die Migrantenbanden werden in deutschen Massenmedien kaum erwähnt, wenn überhaupt, nur mit einem Satz abgetan, wie in der *Welt*: »Dazu randalieren Jugendliche mit Migrationshintergrund«.
Die Schilderung ihrer Motivation, eine Gemengelage aus: Hass auf den Staat, Hass auf die Polizei, kriminelle Energie, Perspektivlosigkeit und Islamismus, würde hier den Rahmen sprengen. Für tiefere Fakten und Analysen empfehle ich dazu das Buch des Autors *Sicherheitsrisiko Islam*.

Wer sich einen Überblick über die dominante Rolle von Migrantenbanden bei den bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen machen will, der sei auf den niederländischen Twitter-Kanal »Terreur-Nieuws« verwiesen.

Die dortigen Videos, die Migranten filmten sich beim Plündern und Legen von Bränden oftmals selbst, sprechen eine eindeutige Sprache.

Beide Gruppen, Regierungskritiker der Corona-Zwangsmaßnahen und die Migrantenbanden, agierten weitestgehend unabhängig voneinander und gingen sich (noch) aus dem Weg. Für die Polizei ist dadurch ein Mehrfrontenkrieg entstanden, der die eingesetzten Kräfte komplett überforderte. Sollten die Hooligangruppen jedoch direkt auf die Migrantenbanden treffen, ist eine weitere Eskalation sehr wahrscheinlich. Über »Bürgerkrieg« würde spätestens dann nicht mehr nur der Bürgermeister von Eindhoven, John Jorritsma, sprechen.

Die Ausgangsperre soll bis zum 10. Februar aufrechterhalten werden. Nach drei Krawallnächten in Folge geht die niederländische Polizei von landesweiten Unruhen aus, die jeden Tag aufs Neue ausbrechen können. Auch in deutschen Krisenstäben ist man alarmiert. Ersten Berichten zufolge sollen sich Hooligans aus Deutschland an den niederländischen Krawallen beteiligt haben. Eine

Ausbreitung der Proteste auf Deutschland, die blitzschnell in bürgerkriegsähnliche Ausschreitungen münden könnten, kann und will man in Berlin nach den vergangenen Nächten nicht mehr ausschließen.
» Zum Telegram-Kanal von Autor Stefan Schubert: *Schuberts Lagemeldung*.
Bestellinformationen:
http://www.pi-news.net/2021/01/corona-wut-in-den-niederlanden/
» Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – hier bestellen!

https://philosophia-perennis.com/2021/01/28/gran-canaria-aus-dem-urlaubsparadies-wird-eine-gefaengnisinsel-fuer-migranten/

Gran Canaria: Aus dem Urlaubsparadies wird eine Gefängnisinsel für Migranten
Von
David Berger
28. Januar 2021

(David Berger) Innerhalb weniger Monate hat sich – dank der Corona-Hysterie und der Untätigkeit der linken Regierung in Madrid – das Urlaubsparadies Gran Canaria zu einem Migrations-Hotspot verwandelt. In den Hotels und Ferienwohnungen nächtigen jetzt Migranten aus Afrika. Fast überall dort, wo diese Aufnahmezentren entstanden sind, kommt es vermehrt zu Diebstählen und Einbrüchen. Die Wut in der Bevölkerung wächst von Tag zu Tag.
Unser Fundstück der Woche kommt von dem Online-Magazin „Kanarenmarkt", das auf Gran Canaria für „einen ehrlichen und zensurfreien Journalismus" steht. Unter der Überschrift „Gran Canaria neuer Migrations-Hotspot von Europa – Die Zentralregierung in Madrid verwandelt die Kanaren in Gefängnisinseln" heißt es u.a.:
Steigende Kriminalität
„Immer weiter hat sich Gran Canaria in den letzten Monaten zu einem Migrations-Hotspot in Europa entwickelt. Statt Feriengäste nächtigen jetzt Migranten in einigen Hotel-und Apartmentanlagen. Spaniens Regierung hat keinen Plan und es brodelt in der Bevölkerung.
Die Verlegungen aus den touristischen Anlagen in neue Unterkünfte scheinen angesichts der jüngsten Vorfälle mit Nordafrikanern wohl eher eine Verlagerung der Probleme zu werden.
Schon nach den ersten Verlegungen wurden Rufe von Anwohnern in den Umgebungen dieser Objekte nach mehr Polizei laut. Das kanarische Parlament hat gestern zudem ein Dekret gebilligt, das u.a. auch die Unterbringung von minderjährigen Migranten in Hotels erlaubt.
Es darf zwar nicht verallgemeinert werden, aber fast überall dort, wo diese Aufnahmezentren entstanden sind, kommt es vermehrt zu Diebstählen und Einbrüchen. Auch werden immer mehr leer stehende Häuser besetzt. Die Anwohner fühlen sich nicht mehr sicher."
Auch dieses Video wird auf der äußerst informativen Internetseite verlinkt:
„Bald sehen ganze Städte so aus"
Die Kommentare unter dem Artikel sind eindeutig: „**Was soll man zu dem Video sagen? Schmeißt diese „...." raus. Wenn sie ständig in der EU bleiben sollten, sehen nicht nur Häuser so aus, sondern ganze Städte." Und ein anderer Kommentator schreibt: „Es wird erst aufhören, wenn ganz Europa völlig überrannt ist mit diesen Leuten, das ist der Plan und**

eher werden sie nicht Ruhe geben. Einzig ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, was hier gemacht wird."

Drohmails gegen freie Medien, die ungeschönt berichten

Besonders spannend ein Postskriptum unter dem Artikel: „In eigener Sache: Da dieser Artikel in der Kategorie „Migration" veröffentlicht wurde auch hier wieder unser Hinweis: Kanarenmarkt-Online lässt sich von Drohmails keinen Maulkorb verpassen. Wir halten unsere Leser auch weiterhin über das hiesige Migrationsgeschehen auf dem Laufenden. Ein ganz besonderer Dank geht zugleich an alle, die uns wegen der Corona-Krise aktuell unterstützen."

Den ganzen Beitrag können Sie hier lesen: KANARENMARKT

http://www.pi-news.net/2019/09/sinsheim-innenstadt-durch-tuerkischen-hochzeitskorso-30-minuten-blockiert/

POLIZEI KEHRT VORFALL UNTER DEN TISCH - SPD STADTRAT WILL AUSWANDERN, WENN DAS DIE ZUKUNFT IST

Sinsheim: Innenstadt durch türkischen Hochzeitskorso 30 Minuten blockiert

25. September 2019

Von EUGEN PRINZ | Es ist eindeutig festzustellen, dass es eine Korrelation zwischen dem offensiven Auftreten vieler moslemischer Migranten und deren wachsender Anzahl in Deutschland gibt. Zu diesem Auftreten gehören auch die gefährlichen Eingriffe in den Straßenverkehr im Rahmen von „Hochzeitsfeierlichkeiten". Blockaden von Autobahnen und Hauptverkehrsstraßen durch PS-starke Angeberautos, begleitet mit Schüssen aus Gaspistolen und starker Rauchentwicklung aus durchgehenden Reifen sind zum Kennzeichen der Landnahme moslemischer Einwanderer geworden. Dieses Phänomen hat sich wie eine Seuche über ganz Deutschland ausgebreitet. Leider wird immer nur lokal darüber berichtet, so dass sich daraus bisher noch kein Lagebild ergeben hat, auf das die Politik reagieren müsste.

PI-NEWS greift immer wieder diese Vorfälle auf, zum Beispiel **hier**, **hier**, **hier** und **hier**. Wir werden das auch weiterhin tun, solange bis die Politik hier wirksam eingreift.

Einheimische werden eingeschüchtert

Mit diesem unseligen „orientalischen Brauch", der in unserer Gesellschaft nichts, aber aber auch rein gar nichts zu suchen hat, werden die einheimischen Bürger je nach Charakter entweder provoziert oder eingeschüchtert. So geschehen letzten Samstag Nachmittag zwischen 16.30 und 17.00 Uhr im Baden-Württembergischen Sinsheim, einem Städtchen mit knapp 36.000 Einwohnern. Mitten im Zentrum brachte ein gutes Dutzend Fahrzeuge, eines davon mit einer türkischen Fahne geschmückt, durch Querstellen den kompletten Verkehr in der Hauptstraße für eine halbe Stunde zum Erliegen. Selbst für den Rettungsdienst hätte es im Notfall kein Durchkommen mehr gegeben. Die Fahrer stehen auf der

Straße herum, es fallen die unvermeidlichen Schüsse aus Gaspistolen.
Die **Rhein-Neckar-Zeitung** schreibt dazu:
Der Zwischenfall erregte Aufsehen. Passanten fühlten sich provoziert, sprechen von einer befremdlichen, einschüchternden Szenerie, dem Gefühl eines rechtsfreien Raums.
Einer der Zeugen ist das SPD-Urgestein Helmut Göschel, seit 45 Jahren Stadtrat in Sinsheim, Kreisrat und langjähriger Landtagsabgeordneter. Er bezeichnet sich selbst als Freund einer offenen, toleranten Gesellschaft. Aber anscheinend erkennt jetzt sogar der eine oder andere Sozi, wohin die Reise in Deutschland geht.
Göschel auf Facebook:
„Wenn das Sinsheims Zukunft ist, dann wandere ich aus."
Polizei macht bei dem Vorfall keine gute Figur
Göschel verständigt die Polizei, auch andere Passanten rufen dort an und melden den Vorfall. An dieser Stelle machen wir einen kurzen Ausflug in die Leichtathletik. Der von UsainBolt über 200 Meter aufgestellte Weltrekord im Sprint liegt bei 19,19 Sekunden. Man sollte also angesichts der Tatsache, dass das Polizeirevier auch nur knappe 200 Meter vom Ort des Geschehens entfernt ist, davon ausgehen können, dass die alarmierten Beamten nicht erst eintreffen, wenn 30 Minuten später die Störer alle wieder weg sind.
Wie es scheint, wollte die Polizei vor dem Einschreiten erst genügend Einsatzkräfte zusammenziehen. Nachdem in der Hauptstraße keiner der Störer mehr angetroffen werden konnten, machten sich fünf Streifen nach einem Hinweis, dass Teile der Hochzeitsgesellschaft ein Shisha-Café beim Autohof in der Neulandstraße angesteuert hätten, auf den Weg dorthin. Die Beamten trafen dort 30 Gäste an, die sich, ebenso wie der Betreiber, unkooperativ zeigten, wie es Norbert Schätzle, Leiter der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit bei der Polizei formulierte.
„Mangels eines konkreten Ergebnisses" wurde der Vorfall dann nicht einmal im Polizeibericht erwähnt.
Jemandem, der jetzt der Meinung ist, dass die deutschen Autoritäten Schritt für Schritt vor der Landnahme zurückweichen, kann man angesichts dieses Vorfalls schlecht widersprechen.

Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin.
Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

https://www.morgenpost.de/politik/article231448909/Polizei-Griechenland-Pass-Fluechtlinge.html?service=amp
EINWANDERUNG

Polizei stoppt an griechischen Flughäfen Tausende Illegale

Die Bundespolizei hat an griechischen Flughäfen Tausende Menschen mit falschen Pässen erwischt. Der Einsatz soll ausgeweitet werden.

Berlin.

Die Bundespolizei verstärkt ihre Präsenz in Griechenland, weil es zuletzt mehr Fälle von gefälschten Ausweispapieren gab

Insgesamt sind 2020 weniger Migranten nach Deutschland gekommen, was an der Corona-Pandemie lag

Nach Angaben der Vereinten Nationen lebten Ende 2020 mehr als 120.000 Geflüchtete und Migranten in Griechenland

Die Bundespolizei hat in Zusammenarbeit mit griechischen Beamten im vergangenen Jahr mehr als 5200 Personen an griechischen Flughäfen vor dem rechtswidrigen Abflug nach Deutschland gestoppt, darunter illegale Migranten, die mit Hilfe von Schleusernetzwerken reisen wollten. In den meisten Fällen stellten die Polizisten demnach gefälschte Ausweise fest oder Personen, die mit fremden Passdokumenten versucht hatten, nach Deutschland einzureisen. Das erfuhr unsere Redaktion auf Nachfrage bei der Bundespolizei.

2300 weitere Menschen wurden durch die Polizisten aufgehalten, als sie per Flieger in andere EU-Staaten wie Belgien, Frankreich oder Österreich ausreisen wollten.

2019 stellten die deutschen und griechischen Polizisten 5800 illegale Einreiseversuche per Luftweg aus Griechenland nach Deutschland fest.

Den leichten Rückgang 2020 führt die Bundespolizei auf den eingeschränkten Flugverkehr in der Corona-Pandemie zurück.

https://philosophia-perennis.com/2021/02/02/die-islamisierung-der-franzoesischen-schulen/

Die Islamisierung der französischen Schulen

Von

PP-Redaktion

-

2. Februar 2021

0

Wenn Extremisten es geschafft haben, Frankreichs Schulen und Universitäten einzuschüchtern, warum sollten sie dann nicht in der Lage sein, die gesamte Gesellschaft zu unterwerfen? Ein Gastbeitrag von Giulio Meotti

„Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Oberst, und so vielen anderen, wird sich Mila niemals unterwerfen", schrieb der Vater des französischen Teenagers in einem von *Le Point* veröffentlichten Brief an den Direktor ihrer Schule. Am 18. Januar 2020 machte die damals 16-jährige Mila O. während ihres Instagram-Livestreams beleidigende Kommentare über den Islam.

„Während ihres Livestreams fragte ein muslimischer Junge sie in den Kommentaren nach einem Date, aber sie wies ihn ab, weil sie lesbisch ist. Er reagierte, indem er sie des Rassismus beschuldigte und sie eine ‚dreckige Lesbe' nannte. In einem wütenden Nachfolge-Video, gestreamt unmittelbar, nachdem sie beleidigt wurde, reagierte Mila, indem sie sagte, sie ‚hasst Religion'".

„Der Koran ist eine Religion des Hasses; darin gibt es nur Hass…"

Mila fuhr fort: „Der Koran ist eine Religion des Hasses; darin gibt es nur Hass… Der Islam ist sch*tt…" Seitdem hat sie etwa 50.000 Nachrichten und Briefe erhalten, die Drohungen enthalten, sie zu vergewaltigen, ihr die Kehle durchzuschneiden, sie zu foltern und zu enthaupten. Sie musste immer wieder von einer Schule zur anderen wechseln.

Jetzt steht Mila wieder einmal ohne Schule da. In einem sozialen Netzwerk gab sie versehentlich den Namen ihrer neuen Militärschule an. Deren Leitung schloss sie prompt aus, weil sie eine potenzielle Gefahr für die Sicherheit der Schüler sei. „Ich bin am Boden zerstört über so viel Feigheit", schrieb Milas Vater. „Nicht einmal die Armee kann sie beschützen und ihr erlauben, ihre Ausbildung fortzusetzen, was können wir tun, wir, ihre Eltern? Diese Beobachtung ist für uns ein Horrorfilm". Nicht einmal die französische Armee kann sie beschützen? „Sie ist 17 Jahre alt und lebt jetzt wie die Mitarbeiter von Charlie Hebdo, in einem Bunker; es ist unerträglich!" sagte Milas Anwalt, Richard Malka.

Im Islam gibt es keine Gewissensfreiheit

Wenige Tage später erhielt „Caroline L.", Professorin an der juristischen Fakultät der Universität Aix-Marseille, unzählige Morddrohungen, in denen ihr vorgeworfen wurde, „islamophob" zu sein. Der Staatsanwalt von Aix-en-Provence eröffnete eine Untersuchung wegen „öffentlicher Beleidigung wegen Religionszugehörigkeit". Ihr „Verbrechen"? Die Professorin hatte dort ihren Studenten erklärt:

„Im Islam gibt es keine Gewissensfreiheit. Wenn du von einem muslimischen Vater abstammst, bist du ein Muslim auf Lebenszeit. Eine Art sexuell übertragbare Religion. Eines der größten Probleme, die wir mit dem Islam haben, und leider ist es nicht das einzige, ist, dass der Islam die Gewissensfreiheit nicht anerkennt. Das ist absolut grauenhaft."

Das Pierre-Joël-Bonté-Gymnasium in Riom (Puy-de-Dôme) wurde am 11. Januar aufgrund von „Beleidigungen und Todesdrohungen" gegen Lehrer geschlossen. „Wir haben beschlossen, die Schule nach Beleidigungen und Todesdrohungen zu schließen, um Schüler und Mitarbeiter zu schützen", erklärte ein Sprecher der Schule. Einige Stunden später bat eine Lehrerin in Toulouse, Fatiha Boudjahlat, um Polizeischutz, nachdem sie erhebliche Drohungen erhalten hatte.

Im Jahr 2015 kündigte der Islamische Staat an, dass französische Schulen angegriffen werden müssen und forderte seine Anhänger auf, „die Lehrer zu töten„. Laut Gilles Kepel, einem Experten für Islamismus, „ist die Schule für die Anhänger des politischen Islam zu einer Zitadelle geworden, die es einzureißen gilt."

Schulen überall auf der Welt Ziel von Gewaltkampagnen der Islamisten

Ein Artikel in *L'Express* zeigt auf tragische Weise auf, dass Schulen überall auf der Welt das Ziel von Gewaltkampagnen der Islamisten sind. Im Jahr 2014 wurde eine Militärschule in Peshawar, Pakistan, Ziel eines tödlichen islamistischen Anschlags, der 132 Schüler das Leben kostete. Die pakistanische Taliban-Bewegung hat laut einem Bericht der NGO International Crisis Group zwischen 2009 und 2012 900 Schulen angegriffen. Die Friedensnobelpreisträgerin MalalaYousafzai, bekannt für ihren Kampf um die Bildung von Mädchen, wurde von den Taliban in Swat in den Kopf geschossen. BokoHaram, verantwortlich für zahlreiche Anschläge in Nigeria, nimmt in Anspruch, 276 Highschool-Mädchen in Chibok entführt zu haben. Bei einem Angriff von mit al-Qaida verbundenen Islamisten auf die kenianische Universität Garissa wurden 142 Studenten getötet. In Burkina Faso haben mehr als 2.000 Schulen ihre Türen geschlossen.

In Frankreich brodelt ein Krieg niedriger Intensität, der auf eine Radikalisierung der Bildung abzielt. Obwohl viele Muslime eine solche Veränderung nicht unterstützen würden, scheint der aktuelle Versuch 1989 begonnen zu haben, während der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution und der französischen Veröffentlichung von Salman Rushdies fiktivem Roman *„Die satanischen Verse*". Ein College in Creil verweigerte drei Schülerinnen, die den islamischen Schleier trugen, die Zulassung. Die französischen Behörden versuchten durch Dialog und Beschwichtigung, die Situation zu beruhigen. In einem Aufruf, der von *Le Nouvel Observateur* veröffentlicht und von den Autoren Alain Finkielkraut und Elisabeth Badinter unterzeichnet wurde, prangerten jedoch mehrere Intellektuelle das „München der republikanischen Schule" an.

Französische Lehrer bezahlen mit ihrem Leben

Die Islamisierung des französischen Bildungswesens schreitet nun in rasantem Tempo voran. 1989 lautete der Aufschrei: „Lehrer, lasst uns nicht kapitulieren!„. Seitdem haben einige französische Lehrer, die sich geweigert haben zu kapitulieren, mit ihrem Leben bezahlt.

Im Oktober 2020 wurde ein französischer Geschichtslehrer, Samuel Paty, von einem tschetschenischen Terroristen enthauptet, weil er seine Arbeit getan hatte: seine Schüler dazu zu erziehen, die Grundwerte der westlichen Gesellschaften und die über den Türen ihrer Schule angebrachten Worte (*Liberté, égalité, fraternité*) zu respektieren, weil er mit ihnen über Meinungsfreiheit diskutiert und ihnen die Mohammed-Karikaturen von *Charlie Hebdo* gezeigt hatte.

„Das Zusammenleben ist eine Fabel", schrieb Alain Finkielkraut nach der Enthauptung von Paty, „die verlorenen Gebiete der Republik sind die Gebiete, die der Hass auf Frankreich erobert hat. Die Augen haben sich geöffnet, die Beweise können nicht mehr versteckt werden".

Der französische Bildungsminister Jean Michel Blanquer enthüllte, dass es nach der Enthauptung von Paty zu 800 islamistischen „Zwischenfällen" an französischen Schulen gekommen ist.

An der Battières-Schule in Lyon, wo Samuel Paty seine Karriere begonnen hatte, wurde ein anderer Lehrer physisch bedroht. Dieser Geschichts- und Geografielehrer hatte vor einer fünften Klasse eine Unterrichtsstunde zum Thema Meinungsfreiheit gehalten, die den Lehrplänen der Schule entsprach. Dabei wies er unter anderem darauf hin, dass Emmanuel Macron nicht „islamfeindlich" sei. Der Vater eines Schülers suchte den Lehrer auf und forderte ihn vor Zeugen verbal heraus. „Er war lautstark und sehr aufdringlich, was er in seinem

Unterricht sagen dürfe und was nicht", sagte ein Zeuge. Der schockierte Lehrer wurde krankgeschrieben und gebeten, die Schule zu wechseln. An einem Gymnasium in Caluire-et-Cuire, in der Nähe von Lyon, drohte ein Schüler einem Lehrer, ihm „den Kopf abzuschneiden". In Gisors verteilte ein Mädchen ein Foto der Enthauptung von Paty an ihre Mitschüler. In Albertville, Savoyen, musste die Polizei vier zehnjährige Kinder und ihre Eltern vorladen, weil sie im Klassenzimmer sagten: „Dieser Lehrer hat den Tod verdient". In Grenoble wurde ein extremistischer Muslim verhaftet, weil er gedroht hatte, einen Geschichts- und Geografielehrer namens Laurent, der in einer Reality-TV-Show auftritt, zu enthaupten. „Ich werde dich enthaupten", sagte er. Laurent war offenbar dabei, ein Video zu Ehren von Paty vorzubereiten. An der Pierre-Mendès-France-Schule in Saumur sagte ein Schüler zu seinem Lehrer: „Mein Vater wird dich enthaupten".

Es ist sogar unmöglich geworden, eine genaue Liste dieser Vorfälle zu erstellen. Sie passieren jeden Tag in Frankreich.

Selbstzensur unter Lehrern

Eine neue Umfrage offenbart das Ausmaß der Selbstzensur unter französischen Lehrern. Um mögliche Vorfälle zu vermeiden, gibt jeder zweite Lehrer zu, sich im Unterricht selbst zu zensieren. Mittels Angst, Terror und Einschüchterung erntet der Islamismus, was er gesät hat.

***Wie wir den Islamismus in die Schule lassen*, lautet der Titel des neuen Buches von Jean-Pierre Obin über den Aufstieg des Islamismus an französischen Schulen. Obin, ein ehemaliger Generalinspekteur des nationalen Bildungswesens, koordinierte 2004 einen Bericht über Erscheinungsformen religiöser Zugehörigkeit an Schulen. Es war nicht der erste Bericht eines französischen Bildungsinsiders. Bernard Ravet war 15 Jahre lang Direktor von drei der problematischsten Schulen in Marseille. In seinem Buch „Schuldirektor oder Imam der Republik?" schrieb Ravet:**

„Seit mehr als zehn Jahren klopft der Fanatismus an die Tür von Dutzenden von Einrichtungen... Er hat Zentimeter für Zentimeter in das physische Territorium der Republik einzudringen versucht, indem er seine Zeichen und Normen durchgesetzt hat"

Der französische Philosoph Robert Redeker schrieb im Jahr 2006: „Der Islam versucht, Europa seine Regeln aufzuzwingen: die Öffnung von Schwimmbädern zu bestimmten Zeiten ausschließlich für Frauen, das Verbot, diese Religion zu karikieren, die Forderung nach einer besonderen diätetischen Behandlung muslimischer Kinder, der Kampf für das Tragen des Schleiers in der Schule, der Vorwurf der Islamophobie gegen Freigeister."

Nach den Schulen kommt die Gesamtgesellschaft

Seine Kolumne in *Le Figaro* trug den Titel „Angesichts der islamistischen Einschüchterung, was sollte die freie Welt tun?" Einige Tage später begann Redeker, Morddrohungen zu erhalten. „Ich kann nicht arbeiten und bin gezwungen, mich zu verstecken", sagte Redeker. „So haben es die Islamisten irgendwie geschafft, mich auf dem Territorium der Republik zu bestrafen, als wäre ich eines Meinungsverbrechens schuldig."

Wir hätten diesem ersten Fall mehr Aufmerksamkeit schenken sollen. Es war der erste in einer langen Reihe von Angriffen auf französische Lehrer und Schulen. Vierzehn Jahre später hat Samuel Paty mit seinem Leben bezahlt, ein Universitätsprofessor erhielt gerade

erst Personenschutz und ein anderer musste nach Drohungen seine Schule verlassen. Wenn Extremisten es geschafft haben, Frankreichs Schulen und Universitäten einzuschüchtern, warum sollten sie dann nicht in der Lage sein, die gesamte Gesellschaft zu unterwerfen?

*

Giulio Meotti, Kulturredaktor für Il Foglio, ist ein italienischer Journalist und Autor. Sein Beitrag erschien zuerst bei Gatestone Institut. Übersetzung von Daniel Heiniger.

https://www.welt.de/regionales/hamburg/article225437325/Drogenhandel-Mitarbeiterin-der-Staatsanwaltschaft-Hamburg-festgenommen.html
Mitarbeiterin der Hamburger Staatsanwaltschaft festgenommen
Stand: 01.02.2021 | Lesedauer: 2 Minuten
Quelle: Denis Fengler
Eine 29-jährige Mitarbeiterin der Hamburger Staatsanwaltschaft soll in den letzten Monaten zahlreiche Ermittlungsergebnisse verraten haben. Empfänger der Dienstgeheimnisse war ihr Freund, ein polizeibekannter Drogendealer.
Die Polizei hat eine Mitarbeiterin der Hamburger Staatsanwaltschaft festgenommen. Das berichtet das „Hamburger Abendblatt". Die 29-Jährige soll brisante Informationen an Drogendealer weitergegeben und auch Drogen in ihrer Wohnung deponiert haben.
Die Frau, die mittlerweile aus dem Dienst entfernt worden sei, soll in der Abteilung gearbeitet haben, die sich speziell um die Ermittlung von Drogendelikten kümmerte. Möglicherweise hatte eine Liebesbeziehung zu einem Dealer die Frau dazu geführt, die Seiten zu wechseln.
Auf das Leck in den eigenen Reihen sei die Staatsanwaltschaft im Zuge der sogenannten EncroChat-Ermittlungen gestoßen, heißt es. Im vergangenen Jahr hatten französische und niederländische Ermittler ein fast ausschließlich von Kriminellen genutztes Kommunikationsnetzwerk infiltriert und unzählige Chatnachrichten gesichert. Die Daten werden derzeit europaweit von Sicherheitsbehörden ausgewertet. Über EncroChat waren Drogenlieferungen und andere Straftaten verabredet.
Wie das „Abendblatt" berichtet, ermittelt die Polizei bereits seit Längerem gegen eine Dealergruppe, die vor allem mit Kokain und Marihuana gehandelt haben soll. Einer der Dealer, ein 24-Jähriger, soll der Freund der aus der Kaukasusregion Abchasien stammenden Staatsbediensteten gewesen sein.
Kein Haftbefehl beantragt
Sie soll die Gruppe regelmäßig mit Informationen über laufende Ermittlungen gegen die Drogenszene informiert haben. Bei einer Razzia sollen in ihrer Wohnung zudem 30 Gramm Kokain und 90 Gramm Marihuana sichergestellt worden sein.
Nach der vorläufigen Festnahme sei die 29-Jährige wieder entlassen worden. Verdunklungs- oder Fluchtgefahr werde nicht gesehen. Ein Haftbefehl wurde nicht beantragt. Sie habe jetzt Hausverbot bei Staatsanwaltschaft. Der Dienstausweis sei ihr abgenommen worden, die Zugangsberechtigungen gesperrt.

http://www.pi-news.net/2021/02/steinheim-tuerke-pruegelt-19-jaehrigen-mit-baseballschlaeger-bewusstlos/

MIGRANTENKRIMINALITÄT IN DEUTSCHLAND

Steinheim: Türke prügelt 19-Jährigen mit Baseballschläger bewusstlos

4. Februar 2021

Die Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Ludwigsburg ermittelt derzeit gegen einen noch unbekannten Täter, der am Freitagnachmittag in Steinheim an der Murr einen 19-Jährigen angriff. Das Opfer befand sich zusammen mit einem weiteren 20 Jahre alten Mann gegen 17.20 Uhr auf dem Parkplatz eines Getränkemarkts in der Steinbeisstraße. Während die beiden jungen Männer ihr Fahrzeug beluden, hielt plötzlich ein weiterer PKW hinter ihnen. Aus diesem stieg der noch unbekannte Täter aus und begann den 19-Jährigen zu beleidigen und zu bedrohen. Im weiteren Verlauf schlug der Täter wohl mehrfach mit einem Baseballschläger auf sein Opfer ein. Dieses verlor hierauf kurzzeitig das Bewusstsein. Der 20 Jahre alter Begleiter konnte den Baseballschläger schließlich an sich nehmen. Er brachte den 19-Jährigen ins Fahrzeug und fuhr mit ihm davon. Der Verletzte ließ sich anschließend in einem Krankenhaus behandeln und erstatte hierauf Anzeige bei der Polizei. Bei dem Täter soll es sich um einen etwa 18 bis 20 Jahre alten Mann handeln. Der Täter wurde jetzt ermittelt, bei ihm handelt es sich um einen bereits einschlägig in Erscheinung getretenen türkischen Staatsangehörigen.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen" in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Berlin: Am 22. Januar erlitt ein Mann in Berlin-Gesundbrunnen nach einem Angriff lebensgefährliche Verletzungen. Nach bisherigen Erkenntnissen gerieten zwei Männer im Alter von 38 und 44 Jahren gegen 16.30 Uhr an der Kreuzung Behmstraße/ Jülicher Straße/ Bellermannstraße in einen Streit. In der Folge soll der Jüngere dem Älteren lebensgefährliche Stichverletzungen zugefügt haben. Alarmierte Rettungskräfte brachten den Verletzten in ein Krankenhaus, wo er notoperiert werden musste. Der 38-Jährige flüchtete zunächst, stellte sich jedoch später auf einem Polizeiabschnitt und wurde festgenommen. Er wurde der 3. Mordkommission überstellt, die die weiteren, noch andauernden Ermittlungen

übernommen hat. Der Festgenommene soll noch heute durch die Staatsanwaltschaft einem Ermittlungsrichter beim Bereitschaftsgericht zum Erlass eines Haftbefehls wegen versuchten Totschlags vorgeführt werden. Soweit die Pressemeldung der Polizei-Berlin. Dass es sich bei dem Täter um einen Iraker handelt, erfährt man nur bei BZ-Berlin.de.

Apolda: Am 20. Januar bewarf ein bisher unbekannter Mann (175-185 cm, schlank, khaki-farbener Mantel, dunkle Hose, weiße Turnschuhe, ausländischer Phänotyp) einen Mann und drei Kinder, die in Apolda, Schulplatz (Brunnen) Tanzschritte probten, mit einer Bierflasche. Er verfehlte zum Glück die Personen. Anschließend entfernte er sich Richtung Kaufland und zeigte noch den ausgestreckten Mittelfinger.

Klagenfurt: Am 24. Januar schlug ein 38-jähriger nigerianischer Asylwerber in einer Asylunterkunft in Klagenfurt aus Wut über eine Aufsichtsperson die Seitenscheibe des auf dem Parkplatz der Unterkunft abgestellten PKW des Sicherheitsbediensteten ein, flüchtet vorerst, kam aber einige Zeit später wieder in die Unterkunft zurück, wo er neuerlich versuchte den PKW durch Tritte zu beschädigen. Zwei Security-Mitarbeitern verhinderten dies und hielten ihm am Boden fest. Im Zuge der Rangelei biss der Asylwerben einen „Security-Mann" in den Finger, wodurch dieser eine blutende Wunde erlitt. Beim Eintreffen der verständigten Polizeibeamten beschimpfte er diese gröblich und ließ sich nicht beruhigen, worauf er vorläufig in Verwahrung genommen wurde. Gegen den Mann wurde ein Betretungsverbot ausgesprochen und er wird angezeigt.

Augsburg: Weil sich ein Bewohner der Anker Dependance in der Berliner Allee wegen offenbar leicht erhöhter Temperatur nur unzureichend medizinisch behandelt fühlte, führte dies am 22. Januar gegen 19.30 Uhr zum Unmut weiterer Bewohner. Dabei beschädigten vier Männer im Alter von 17 und 21 Jahren einen Tisch bzw. Mülleimer und warfen Teile davon durch Türen sowie Fenster in den dortigen Innenhof. Mehrere verständigte Streifen trafen kurz darauf in der Unterkunft ein und beruhigten die Situation. Auf Grund ihres Verhaltens wurden die vier aufgebrachten Männer in Sicherheitsgewahrsam genommen, um weitere Straftaten zu verhindern. Der Bewohner, der Auslöser für den Unmut der Mitbewohner war, wurde noch während dem Polizeieinsatz von Rettungssanitätern in Augenschein genommen und verzichtete auf das Angebot einer weitergehenden ärztlichen Behandlung. Die vier Männer müssen sich nun wegen Sachbeschädigung verantworten. Ebenfalls am Freitagabend mussten mehrere Streifen die Gemüter in einer Asylbewerberunterkunft in der Proviantbachstraße beruhigen. Dort kam es aus bislang nicht näher bekannten Gründen zu Streit und Handgreiflichkeiten unter mindestens fünf Bewohnern. Ein 22-jähriger Beteiligter musste auf Grund seines Verhaltens und der starken Alkoholisierung die Nacht im Polizeiarrest verbringen. Gegen die Beteiligten wird u.a. wegen Körperverletzung ermittelt.

Linz: Am 7. Jänner 2021 gegen 18:30 Uhr verständigte der Vater eines 18-Jährigen aus dem Bezirk Urfahr-Umgebung die Polizei und teilte mit, dass sein Sohn im Krankenhaus versorgt wird, da er von unbekannten Tätern am Parkplatz eines Fast-Food-Restaurants in Linz geschlagen wurde. Der 18-Jährige kaufte sich dort Speisen und konsumierte sie bei seinem Pkw. Aus noch ungeklärten Gründen wurde er dort von einem Jugendlichen geschlagen. Dabei erlitt der 18-Jährige schwere Verletzungen und wurde in das Krankenhaus eingeliefert. Zwei weitere Freunde waren zu diesem Zeitpunkt dabei. Die drei flüchteten daraufhin mit ihrem Pkw. Durch Videoaufzeichnungen konnte die Polizei nun die drei Flüchtigen ausforschen. Der Täter, ein aserbaidschanischer Staatsbürger aus Linz, sowie seine beiden Freunde, ein 17-jähriger aserbaidschanischer Linzer

sowie ein 18-jähriger bosnischer Staatsbürger aus Linz konnten ausfindig gemacht werden. Die Ermittlungen zum Tatmotiv laufen noch.
Geldersheim: Eine Auseinandersetzung zwischen zwei rund 15 Mann starken Personengruppen am 18. Januar hatte einen stundenlangen Großeinsatz der unterfränkischen Polizei zur Folge. Erst nach der Festnahme zweier Wortführer beruhigte sich die Situation im Ankerzentrum langsam. Bei dem Einsatz wurde ein Polizeibeamter leicht verletzt. Etwa gegen 21:00 Uhr alarmierte der Sicherheitsdienst des Ankerzentrums die Einsatzzentrale des Polizeipräsidiums Unterfranken und teilte eine Streitigkeit zwischen zwei rund 15 Mann starken Personengruppen mit. Zwischen den algerischen und nigerianischen Staatsangehörigen kam es aus noch ungeklärter Ursache zu einer zunächst verbalen Auseinandersetzung in deren Verlauf es auch zu Handgreiflichkeiten gekommen ist. Anschließend verlagerte sich die Streitigkeit zwischen den beiden Gruppen aus der ersten Etage eines Unterkunftsgebäudes vor das Haus und in der Folge wurden immer neue Konfrontationen der Bewohner an und in verschiedenen Gebäuden im Ankerzentrum gemeldet. Diese bewaffneten sich teilweise mit Schlagwerkzeugen und versuchten hierbei auch gegen Einsatzkräfte vorzugehen. Um an entsprechende Holzlatten zu gelangen wurde aus der Gruppe heraus auch ein Pavillon des Unterkunftsgebäudes zerstört. Unter der Führung der Polizeiinspektion Schweinfurt wurde ein Großaufgebot an Streifen aus ganz Unterfranken und auch dem angrenzenden Oberfranken nach Geldersheim beordert, um die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Hierbei waren unter anderem die Einsatzzüge der Operativen Ergänzungsdienste Schweinfurt, Würzburg und Aschaffenburg im Einsatz. Erst die Festnahme von zwei Wortführern der nigerianischen Staatsangehörigen führte dazu, dass die Lage im Ankerzentrum sich gegen Mitternacht langsam entspannte. Ein algerischer Staatsangehöriger erlitt bei der Auseinandersetzung eine Kopfverletzung und musste durch den Rettungsdienst in ein naheliegendes Krankenhaus gebracht werden. Um eine Gefährdung für die Sanitäter auszuschließen, war die Erstbehandlung vor Ort war nur mit starker Unterstützung von Polizeikräften möglich. Die beiden festgenommenen Wortführer wurden zur Polizeiinspektion Schweinfurt verbracht und zunächst in Sicherheitsgewahrsam genommen. In der Spitze befanden sich bei der Auseinandersetzung am Sonntagabend knapp 50 Streifen aus ganz Unterfranken im Einsatz.
Weißenfels: Am 16. Januar hatten sich nachts zwei Nachbarn zunächst lautstark gestritten. Der 21-Jährige aus Gambia hatte sich bei dem 18-jährigen Deutschen wegen des Lärms beschwert. Doch die Situation eskalierte: Der 21-Jährige zog ein Messer und stach seinem Nachbar damit zwischen die Beine. Der Mann wurde in eine Weißenfelser Klinik gebracht und ambulant behandelt. Glücklicherweise waren die Schnitt- und Stichverletzungen nur oberflächlich, konnten schnell behandelt werden. Der 18-Jährige durfte das Krankenhaus noch am Abend verlassen, hat wohl keine bleibenden Schäden.Ein Polizeisprecher: „Das Messer wurde sichergestellt. Der Angreifer war leicht alkoholisiert. Die Kripo hat die Ermittlungen bereits übernommen.“ *(Artikel übernommen von BILD-ONLINE)*.
Großkotzenburg: Ein 25 Jahre alter Mann aus Afghanistan ist erstochen worden. Das Kapitalverbrechen vom 13. Januar wirft viele Fragen auf. Denn der mutmaßliche Täter, Abdiqadir M. (33), ist ein einschlägig vorbestrafter Gewaltverbrecher, der nach der vollständigen Verbüßung seiner Freiheitsstrafe nach vorliegenden Informationen bereits 2019 aus dem Gefängnis entlassen worden ist. Nachdem die Justiz alles getan hat, stellt sich nun die Frage: Warum ist M. von den zuständigen Behörden der Exekutive nicht abgeschoben worden?
Hamburg: Am 16. Januar gegen 00.50 Uhr trat ein alkoholisierter Mann (m.22) grundlos auf einen Passanten (m.68) am Hamburger Hauptbahnhof ein. Der

Tatverdächtige konnte aufgrund einer Videoaufnahme einer Überwachungskamera identifiziert und ca. eine Stunde nach der Tat im Rahmen einer Fahndung vorläufig festgenommen werden. Nach jetzigem Sachstand der Bundespolizei stand der Geschädigte an einem Schaufenster eines Buchladens in der Wandelhalle und schaute sich die Auslagen an. Der Tatverdächtige belästigte den Mann plötzlich; er ergriff den Arm des Geschädigten mehrfach und redete unverständlich auf diesen ein. Als der 68-Jährige sich daraufhin entfernen wollte, trat der Beschuldigte dem Geschädigten die Beine von hinten weg. Der Hamburger stürzte zu Boden und erlitt Knieverletzungen; er lehnte aber eine RTW -Versorgung vor Ort ab. Der Täter ergriff umgehend die Flucht. Eine alarmierte Streife der Bundespolizei nahm anschließend die Angaben des Geschädigten sowie eines weiteren Zeugen auf. Eine umgehend durchgeführte Videoauswertung der Überwachungskameras verlief erfolgreich. Der Beschuldigte und die Tathandlung waren auf dem Material erkennbar.Im Rahmen einer Nahbereichsfahndung konnte eine Streife der Bundespolizei den Tatverdächtigen aufgrund des guten Fotomaterials ca. eine Stunde nach der Tat am Hauptbahnhof wiedererkennen. Der Beschuldigte versuchte zu flüchten und wurde daraufhin kontrolliert zu Boden gebracht. Gefesselt wurde der somalische Staatsangehörige zum Bundespolizeirevier verbracht. Der Beschuldigte war nicht einsichtig: Er randalierte in der Gewahrsamszelle und beleidigte die auf der Wache anwesenden Polizeibeamten. Ein durchgeführter Atemalkoholtest ergab einen Wert von 1,99 Promille. Nach Abschluss der bundespolizeilichen Maßnahmen musste der 22-Jährige wieder entlassen werden. Gegen den Beschuldigten wurden Strafanzeigen wegen Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung eingeleitet.

http://www.pi-news.net/2021/02/saarbruecken-bewaehrungsstrafe-fuer-syrer-nach-missbrauch-14-jaehriger/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Saarbrücken: Bewährungsstrafe für Syrer nach Missbrauch 14-Jähriger

2. Februar 2021

Vor dem Landgericht Saarbrücken ist in der vergangenen Woche ein Mann zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Der heute 28 Jahre alte Attalah A. arbeitete im Jahr 2017 auf 450-Euro-Basis bei einer Imbissbude am Saarbrücker Rathausplatz. In einer Nacht im Juni kam das damals 14 Jahre alte Opfer in den Laden und fragte nach der Toilette. Während das Mädchen aufs Klo ging, schloss der Syrer den Laden ab und hinderte das Mädchen am Verlassen des Geschäfts. Er nahm sie mit in die Küche, angeblich, um ihr etwas geben zu wollen. Dort zog er sich dann aber teilweise aus und forderte die 14-Jährige zu sexuellen Handlungen auf. Die tat aus Angst so, wie ihr geheißen wurde. Bei der Tat fasste der Angeklagte die Minderjährige auch unterhalb der Kleidung an und hinterließ dabei genetische Spuren. Für den Prozess an der Jugendkammer wurden die Sicher-

heitsvorkehrungen erhöht. Die Verteidigerin des 28-Jährigen lieferte zunächst für ihren Mandanten eine andere Version der Geschehnisse.
Demnach sei alles einvernehmlich geschehen. Eine Geschichte, die der Vorsitzende Richter Thomas Emanuel nicht glauben konnte. Unter anderem Videoaufzeichnungen der Überwachungskamera ließen an der Darstellung des Angeklagten Zweifel aufkommen, so der Richter. Das Opfer hat bereits vor der Tat durch seine privaten Lebensumstände psychisch schwer leiden müssen. Eine Zeugenaussage vor Gericht hätte für die Jugendliche daher eine extrem hohe Belastung bedeutet.
An ihrer Stelle kamen eine Schwester und ihre Mutter ins Gericht. Mit ihnen verständigte sich der Angeklagte auf eine Schmerzensgeldzahlung von 7.500 Euro. Zudem nahm der 28-Jährige seine geschönte Version des Tathergangs zurück und lieferte vor Gericht nach einigem Zögern ein weitreichendes Geständnis ab. Nur deshalb beließ es die Kammer schließlich bei einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren. *(Artikel übernommen von BREAKING-NEWS-SAARLAND.DE)*
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.
Arnsberg: Am Sonntag wurde der Polizei ein Exhibitionist in Hüsten gemeldet. Um 17.40 Uhr zeigte sich der Mann zwei 16-jährigen Mädchen auf dem Bahnsteig des Bahnhofs Neheim-Hüsten. Der Mann manipulierte an seinem Geschlechtsteil und blickte die beiden jungen Frauen gezielt an. Die beiden Mädchen entfernten sich von dem Mann und riefen die Polizei. Der Mann flüchtete durch die Fußgängerunterführung in Richtung Gleis 1. Eine direkt eingeleitete Fahndung der Polizei blieb ohne Erfolg. Der Mann wird wie folgt beschrieben: etwa 20 Jahre alt, südländisches Aussehen.
Gießen: Die Polizei sucht nach der Festnahme eines 26-jährigen Mannes nach einer sexuellen Belästigung nach Zeugen. Wie eine 16-Jährige aus Wetzlar bei der Polizei anzeigte, war sie in der Nacht zu Sonntag auf der Strecke von Frankfurt nach Gießen von einem Mann belästigt worden. Nachdem sie gegen 23.21 Uhr in den Zug einstieg, setzte sich der Unbekannte zu ihr und fing an, sie an den Brüsten und am Gesäß unsittlich zu berühren. Aufmerksame Zeugen unterbanden weitere Berührungen. Das Opfer stieg in Gießen aus, um mit dem Anschlusszug nach Wetzlar zu fahren. Als sie auf den Zug wartete tauchte der Sittenstrolch wieder auf. Er schlug sie offenbar und zerrte sie in Richtung Grünberger Straße. Erst als der Verdächtige mit dem Opfer auf weitere offenbar ihm bekannte Personen in der Innenstadt traf, ließ er von der Jugendlichen ab. Ein Bekannter des Verdächtigen informierte dann zusammen mit dem Opfer die Polizei. Fahndungsmaßnahmen führten zur Festnahme eines 26-jährigen Asylbewerbers aus Algerien in der Grünberger Straße.
München: Am Montag, 18.01.2021, gegen 19:00 Uhr, rief eine 16-jährige Münchnerin in der Notrufzentrale der Polizei an und teilte mit, dass sie soeben auf dem Karlsplatz von einem unbekannten Mann festgehalten und betatscht wurde. Der unbekannte Mann hatte außerdem auch versucht, sie zu küssen.

Durch Schreien konnte sie auf sich aufmerksam machen, worauf drei bislang unbekannte Zeugen sie von dem Täter befreien konnten. Dieser konnte anschließend unerkannt entkommen. Die Sachbearbeitung zur Ermittlung der genaueren Umstände wird durch das Kommissariat 15 durchgeführt. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Männlich, ca. 184 cm groß, ca. 25 Jahre alt, südländischer Typ; trug eine Brille; bekleidet mit einer schwarzen Jacke, schwarz/graue Jeans, schwarze Schuhe.

Wien: Auch am zweiten Verhandlungstag vor dem Schöffengericht unter Vorsitz von Andreas Böhm sammelt der 23-jährige Angeklagte Samim O. eher keine Pluspunkte. Böhm reagiert auf Gegenfragen erfahrungsgemäß unfroh, was den Angeklagten nicht abhält, welche zu stellen. Der vierfach vorbestrafte Afghane soll am 17. Juli eine Zwölfjährige geschlechtlich genötigt haben, indem er ihr in einer S-Bahn-Garnitur und auf dem Bahnhof Praterstern an die Brust gefasst und sie zu küssen versucht haben soll. Anschließend soll er sich gegen seine Festnahme gewehrt und versucht haben, Polizisten zu verletzen. … Man sei damals auf dem Weg zum Supermarkt gewesen, erinnert die Zeugin sich – neben ihr und ihrer Freundin auch deren kleine Schwester. O. und ein zweiter Mann seien in die Garnitur eingestiegen und hätten sich in die Nähe gesetzt. O. habe dann gesagt, die Zwölfjährige sei „seine Frau, die er jetzt mit nach Hause nimmt". Die Zeugin ist sich auch sicher, dass der Angeklagte versuchte, das Kind zu küssen, und absichtlich ihre Brust berührte (Auszug aus einem Artikel von Standard.de).

Sigmaringen: Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Hechingen befindet sich seit Samstag ein 25 Jahre alter Marokkaner in Untersuchungshaft, der verdächtig ist, ab Mitte Dezember 2020 zahlreiche Straftaten im Raum Sigmaringen begangen zu haben. Nach einer Vielzahl an Diebstahlsdelikten war eine Ermittlungsgruppe der Polizei Sigmaringen einer mehrköpfigen Gruppe aus der Landeserstaufnahmeeinrichtung auf die Schliche gekommen, die im dringenden Verdacht steht, im genannten Zeitraum in unterschiedlicher Besetzung aus mehreren Geschäften Elektronikartikel und Kleidung entwendet zu haben. Durch die umfangreiche Ermittlungsarbeit der Beamten konnte der Verdacht hinsichtlich sieben Diebstahlsvorwürfen auf die Gruppierung, bestehend aus fünf Männern im Alter zwischen 24 und 27 Jahren, gelenkt werden. Der Gesamtschaden wird auf über 3.000 Euro beziffert. Bei dem 25-Jährigen, gegen den sich der Verdacht neben den gemeinschaftlich begangenen und gewerbsmäßigen Diebstahlsdelikten auch auf die Tatbestände der Bedrohung und der sexuellen Belästigung erstreckt, stellten die Ermittler bei der Festnahme weiteres Diebesgut sicher.

Zwickau: Die Polizei sucht noch immer Zeugenhinweise zu einem Exhibitionisten, welcher am Abend des 6. Januar 2021 auf der Flurstraße eine 13-Jährige belästigt hatte (siehe Medieninformation Nr. 018/2021 der Polizeidirektion Zwickau vom 8. Januar 2021). In diesem Zusammenhang wird nun der Fahrer eines weißen Pkw als Zeuge gesucht.

Der Unbekannte hatte das Mädchen in der Flurstraße angesprochen, sich vor ihr entblößt und an sich manipuliert. Die 13-Jährige rannte daraufhin davon. Auch der Unbekannte flüchtete mit einem älteren, grauen Mountainbike in Richtung Reichenbacher Straße. Der Mann wurde wie folgt beschrieben: etwa 30 Jahre alt, circa 1,70 Meter groß und schlank südländischer Typ.

Korbach: Zwei jugendliche Mädchen wurden am Samstag im Korbacher Bahnhof von einem Unbekannten sexuell belästigt. Die Polizei bittet um Hinweise. Die Mädchen hielten sich gegen 18.30 Uhr in einem Vorraum der Damentoilette im Bahnhofsgebäude auf. Plötzlich betrat ein unbekannter Mann die Toilette. Er gab einige für die Mädchen unverständliche Worte von sich, zu verstehen war aber

mehrfach das Wort „Sex“. Als der Täter sich auch noch vor den Mädchen entblößte und wiederum von „Sex“ sprach, flüchteten die beiden in die Kabinen und schlossen sich ein. Dort warteten sie, bis die von ihnen verständigte Polizei am Tatort eintraf. Der Unbekannte war geflüchtet und konnte auch im Rahmen der sofort eingeleiteten Fahndung nicht mehr angetroffen werden. Von ihm liegt folgende Beschreibung vor: etwa 170 cm groß, zwischen 20 und 25 Jahre alt, schlanke Gestalt, dunkle Hautfarbe.

Schweinfurt: Eine 17-jährige Jugendliche war am Donnerstag gegen 18.50 Uhr in der Friedrich-Ebert-Straße in Schweinfurt unterwegs, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Demnach wurde die 17-Jährige dabei von zwei fremden Männern angesprochen. „Die Unbekannten wurden in der Folge immer aufdringlicher, küssten die Geschädigte gegen ihren Willen und fassten ihr über der Oberbekleidung ans Gesäß“, schilderte ein Polizeisprecher den Ablauf der Sex-Attacke. Zum Glück reagierte die Jugendliche genau richtig: Sie schrie laut und rief um Hilfe. Die Täter ließen daraufhin von dem Mädchen ab und flohen zu Fuß in Richtung der Innenstadt von Schweinfurt. Die Polizei fahndet nach den beiden Männern. Beide Männer werden als dunkelhäutig beschrieben.

Dortmund: Der 27. August 2020: Serdal C. holt Lisa B. am Bahnhof Kamen mit dem Auto ab. Sie hatte eine Kleinanzeige aufgegeben, mit der sie nach einem Nebenjob suchte. Zusammen fahren sie zu einem Hundetrainingsplatz in Lünen. Die junge Frau ist guter Dinge, will sich ein paar Euro dazu verdienen. Doch es kommt anders. … Die Staatsanwältin: „Er stellte sich zwischen ihre Beine und zog ihr die Hose herunter.“ Jetzt hofft Serdal C. vor Gericht auf einen Deal, der im Juristen-Deutsch „Verfahrensverständigung“ heißt. Sein Verteidiger kündigte an, sein Mandant sei bereit, die Tat zu gestehen und Schmerzensgeld an sein Opfer zu zahlen. Im Raum stehen 15?000 Euro. Dafür käme er mit zwei Jahren auf Bewährung davon.

http://www.pi-news.net/2021/01/witten-suedlaender-mob-pruegelt-16-jaehrigen-ins-krankenhaus/

MIGRANTENKRIMINALITÄT IN DEUTSCHLAND

Witten: „Südländer“-Mob prügelt 16-Jährigen ins Krankenhaus

29. Januar 2021

Am späten Samstagabend, 23. Januar, ist es an einer Bushaltestelle in Witten-Herbede zu einem Raubdelikt gekommen. Ein 16-Jähriger wurde verletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei sucht Zeugen des Vorfalls. Nach bisherigem Kenntnisstand befand sich der Wittener Jugendliche gegen 22.20 Uhr an einer Bushaltestellte an der Wittener Straße, Höhe der Hausnummer 5. Plötzlich kamen mehrere junge Männer auf ihn zu und forderten ihn auf, seine mitgeführte Tasche zu öffnen. Als der Wittener der Aufforderung nicht nachkam, schlugen und traten die Männer gemeinsam auf ihn ein. Erst als ein Zeuge (45) auf die Tat aufmerksam wurde, flüchtete die Gruppe mit der erbeuteten Umhängetasche (Inhalt: Geldbörse) in Richtung Meesmannstraße / Vormholzer

Straße. Durch den Übergriff wurde der 16-Jährige verletzt. Ein Rettungswagen brachte ihn zur weiteren Untersuchung in ein Krankenhaus. Bei der tatverdächtigen Gruppe handelt es sich zwischen 10 und 20 männlichen Personen, die nach Zeugenangaben im Alter von 14 bis 20 Jahre und mit „südländischem" Aussehen beschrieben werden.
Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen", in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.
Karlsruhe: Schwer verletzt wurde am Mittwoch gegen 16 Uhr der Mitarbeiter eines Einkaufsmarktes in der Karlsruher Waldstadt, als ein bis jetzt unbekannter aggressiver Mann scheinbar grundlos auf ihn einschlug. Nach bisherigen Erkenntnissen hatte der Unbekannte zuvor eine Kleinigkeit eingekauft und den Markt bereits verlassen. Plötzlich sei der zuvor schon unfreundlich gestimmte Mann zurückgekehrt ging den 27-jährigen Angestellten anscheinend sofort aggressiv an. Unvermittelt habe er diesen mit der Faust mehrmals ins Gesicht geschlagen. Der Angegriffene ging den Schilderungen zufolge daraufhin zu Boden, wo der Unbekannte wohl weiter auf ihn eintrat. Erst durch das beruhigende Einschreiten von weiteren Kunden und Mitarbeitern war der Unbekannte von Weiterem abzubringen, worauf er unvermittelt den Einkaufsmarkt verließ. Er flüchtete nach Angaben der Zeugen mit einem Fahrrad in Richtung Theodor-Heuss-Allee. Der Geschädigte wurde bei dem Angriff erheblich verletzt und musste sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Täter wird auf 20 und 30 Jahre alt und 180 cm groß beschrieben, offenbar Südländer, jedoch mit hellem Teint, dunklem Haar, mittellangem Bart und sprach deutsch mit einem leichten Akzent.
Krefeld: Am Montag (25. Januar 2021) hat ein Unbekannter einen Mann und eine Frau auf der Straße „An der Alten Kirche" angegriffen. Die Polizei sucht nach ihm. Gegen 10:45 Uhr saßen der Krefelder (41) und die Krefelderin (42) auf einer Bank, als der Täter sie aggressiv ansprach und dem Mann schließlich eine Kamera entriss. Als dieser sich zur Wehr setzte, schlug der Unbekannte mit dem Fotoapparat nach ihm und seiner Begleiterin. Anschließend griff er nach dem Ladekabel und schlug damit ebenfalls auf die beiden ein. Dann warf er die Kamera zu Boden und flüchtete mit deren Ladegerät auf einem Fahrrad. Die Krefelderin wurde bei der Auseinandersetzung leicht verletzt. Nach Zeugenaussagen war der Täter Mitte 20 bis Anfang 30, 1,80 bis 1,85 Meter groß und von sportlicher Statur. Er trug einen Vollbart, hatte schwarze Haare und am linken Ohr ein silbernes, hängendes Kreuz als Ohrring. Bekleidet war er mit einer schwarzen Jacke. Er habe ein „arabisches Erscheinungsbild" gehabt und teilweise arabisch gesprochen.
Wien: Sachverhalt: Ein 21-Jähriger war mit zwei Freunden im Außenbereich der U-Bahn-Station Alaudagasse, als zwei derzeit noch unbekannte Täter den Mann attackiert haben sollen. Die beiden Tatverdächtigen sollen den 21-Jährigen zuerst angerempelt haben und anschließend weitergegangen sein. Laut

Zeugenangaben haben sich die unbekannten Täter umgedreht und gingen wieder zu den drei Personen zurück. In weiterer Folge sei es zu einem Handgemenge zwischen dem 21-Jährigen und einem Tatverdächtigen gekommen. Dabei soll der Unbekannte ein Messer gezogen und seinen Kontrahenten einen Stich in den Oberarm versetzt haben. Anschließend flüchteten die beiden Tatverdächtigen in unbekannte Richtung. Eine sofort eingeleitete Fahndung der Wiener Polizei verlief negativ. Ebenfalls alarmierte Einsatzkräfte der Wiener Berufsrettung übernahmen die notfallmedizinische Versorgung des 21-Jährigen und brachten ihn in weiterer Folge in ein Spital. Es bestand keine Lebensgefahr. Das Stadtpolizeikommando Favoriten hat die Ermittlungen übernommen. Hinweise (auch anonym) zu den Tatverdächtigen können in jeder Polizeiinspektion abgegeben werden. Tatverdächtiger 1: Statur: männlich, zwischen 20-30 Jahre alt, zwischen 170-180 cm groß, Vollbart, vermutlich arabischer Herkunft. Tatverdächtiger 2: Statur: männlich, zwischen 18-25 Jahre alt, zwischen 160-170 cm groß, vermutlich arabischer Herkunft.

Marburg-Biedenkopf: Am 13. September 2020 erlitt ein 19 Jahre junger Asylbewerber erhebliche Verletzungen. Zeugen hatten den Verletzten gegen 14 Uhr auf einem Feldweg in Nähe des Schäferhundevereins an der Landesstraße 3071 zwischen Neustadt und Gleimenhain gefunden. In seiner späteren Vernehmung berichtete der Mann von einem Angriff mehrerer, ihm unbekannter Personen bereits zwischen 06 und 07 Uhr am 13. September 2020 vor dem Neustädter Bahnhof. Die Täter sollen Schlagwerkzeuge benutzt haben. An demselben Tag wurde gegen 09.50 Uhr am ehemaligen Munitionsdepot eine Jacke gefunden, die dem Opfer gehörte. Sowohl der Tathergang als auch die weiteren Tatumstände stehen nach wie vor nicht fest. Die Staatsanwaltschaft Marburg und die Kripo Marburg ermitteln mittlerweile wegen des Verdachts eines versuchten Tötungsdelikts. Die Ermittler suchen weiterhin nach Zeugen und bitten erneut um Mithilfe. Das Opfer beschrieb damals die Angreifer als junge Erwachsene und vermutete aufgrund der Sprache eine türkische Herkunft. Einer dieser Angreifer, ein Mann mit Vollbart und schwarzer Sportkleidung, soll zuvor in einem schwarzen BMW, eventuell der 3er Reihe, gesessen haben. Die Entfernungen zwischen dem Tatort Bahnhof und den beiden Fundorten könnten auf die Nutzung eines Fahrzeugs zurückzuführen sein. Wer hat am frühem Morgen/Vormittag des 13.09.2020 einen schwarzen BMW oder auch ein anderes, ihm verdächtig erscheinendes Auto an einem der drei Orte gesehen und kann nähere Angaben dazu machen? Wer hat am 13.09.2020 zwischen 06 bzw. 07 Uhr und 14 Uhr zwischen dem Bahnhof Neustadt und dem Feldweg in der Nähe des Schäferhundevereins eine verletzte Person gesehen oder andere Beobachtungen gemacht?

Feldkirch: Am 10.01.2021 war ein 28-jähriger Familienvater, wohnhaft in Feldkirch mit seinen beiden Buben im Alter von zweieinhalb und fünf Jahren im Bereich der Schießstätte in Feldkirch beim Spazieren. Gegen 13:30 Uhr wurde der Mann plötzlich und ohne für ihn erkennbaren Grund von einem ihm unbekannten Mann angegriffen. Der vorerst unbekannte Angreifer schlug dabei seinem Opfer mit der Faust mehrmals ins Gesicht. Der Familienvater, der im ersten Moment nicht realisierte, was gerade mit ihm geschah, befahl seinen Buben, sich zu verstecken bzw. in Sicherheit zu bringen und schrie sogleich um Hilfe. Durch die Hilferufe des Opfers wurden mehrere Passanten auf den tätlichen Angriff aufmerksam und sprachen den Täter an. Dieser ergriff daraufhin die Flucht. Der Flüchtige konnte jedoch nur wenig später von der Polizei im Nahbereich festgestellt und angehalten werden. Allerdings verhielt er sich gegenüber den Beamten von Beginn an äußerst aggressiv und trat mit den Füßen in Richtung der Beamten, worauf die Festnahme ausgesprochen wurde. Diese

war allerdings erst unter Androhung des Gebrauchs des Pfeffersprays möglich. Nachdem ihm die Handfesseln angelegt und er ins Dienstkraftfahrzeug verbracht worden war, begann er mit den Füßen gegen die Beamten und die Inneneinrichtung des Fahrzeuges zu treten. Zwei Beamte wurden von mehren Fußtritten getroffen, ehe ihm auch die Fußfesseln angelegt werden konnten. In Folge wurde der Mann zur weiteren Abklärung auf die Polizeiinspektion Feldkirch verbracht. Bei dem Festgenommenen handelt es sich um einen amtsbekannten 25-jährigen Afghanen, welcher unsteten Aufenthaltes in Österreich ist.

Dresden: Ein 39-Jähriger muss sich aktuell wegen Körperverletzung und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte verantworten. Der Mann öffnete auf der Blochmannstraße die Fahrertür eines Autos und attackierte den Fahrer (39). Als er versuchte ihn aus dem Wagen zu ziehen, fuhr dieser mit noch geöffneter Fahrertür los und beschädigte dabei ein parkendes Auto. Alarmierte Polizeibeamte stellten den Angreifer in einem Wohnhaus an der Blochmannstraße. Als sie ihn festnehmen wollten, schlug und trat er nach den Beamten. Der 39-jährige Libyer wurde im Anschluss an die polizeiliche Maßnahme in medizinische Betreuung übergeben

Hamburg: Ben-Raffael G. (53) ist Jude und anhand seiner Samt-Kippa auch als solcher zu erkennen. Mit der auf dem Kopf kam er am Dienstag ins Amtsgericht St. Georg – um einen mutmaßlichen Judenhasser persönlich kennenzulernen. Doch der wegen Beleidigung angeklagte Türke (48) kniff! „Ich warte jetzt fast drei Jahre auf diese Verhandlung", ärgerte sich G. „Wenn man mich bepöbelt, sollte man auch dazu stehen." Was war passiert? Anfang 2018 stand G. am Mundsburger Damm, als er aus einem Transporter die Worte „Scheiß Jude" hörte (Auszug aus einem Artikel von Bild-online).

Ludwigshafen: Am Dienstagabend gegen 18:15 Uhr wurde ein 24-jähriger Ludwigshafener in einem Park von zwei Unbekannten angegriffen. Der 24-Jährige sei dem Park hinter der Mozartschule spazieren gegangen, als ihn Unbekannte nach einer Zigarette gefragt haben. Es sei ein Streitgespräch entstanden, in dessen Verlauf die Unbekannten auf den Mann einschlugen. Er wurde durch den Angriff verletzt und vor Ort durch den Rettungsdienst behandelt. Die Angreifer konnten unerkannt entkommen. Sie gingen nach der Tat in Richtung Hilgundstraße. Die Täter werden wie folgt beschrieben: -männlich, ca. 20 – 25 Jahre alt, ca. 165 cm groß, schlanke Statur, kurze schwarze Haare, 3-Tage-Bart, trug eine schwarze Wintermütze, blaue Jeans, dunkle Winterjacke ohne Kapuze, Hellgraue Nike-Turnschuhe, sprach arabisch -männlich, ca. 20 – 25 Jahre alt, ca. 175 cm groß, kräftige Statur, kurze schwarze Haare, 3-Tage-Bart, trug dunkle Jeans, dunkle Winterjacke, dunkle Turnschuhe, sprach arabisch

Weeze: In der Silvesternacht (01.01.21) kam es gegen 01:30 Uhr zu einem Übergriff auf einen 42-jährigen Mann aus Weeze. Der 42-Jährige war zu Fuß unterwegs und traf am Cyriakusplatz auf eine Gruppe von circa sechs jungen Männern, die den Weezer scheinbar grundlos anpöbelten und umringten. Im Zuge dessen gingen die Männer 42-Jährigen auch körperlich an. Der Weezer wurde bei dem Übergriff leicht verletzt. Anschließend entfernten sich die Täter in unbekannte Richtung. Bei den Tätern handelt es sich um junge Männer im Alter von 17-18 Jahren. Alle waren zwischen 175 cm und 195 cm groß und sprachen Deutsch mit Akzent.

Bochum: Nach einer gefährlichen Körperverletzung am 23. Juli 2020 (Donnerstag) in Bochum sucht die Kripo mit einer Aufnahme einer Überwachungskamera nach zwei Tatverdächtigen.Die Unbekannten werden verdächtigt, gegen 20.20 Uhr, an Gleis 4 der U-Bahnstation am Kurt-Schumacher-Platz zwei Männer attackiert zu haben. Zunächst kam es zu einer

verbalen Auseinandersetzung zwischen den beiden Unbekannten und einem 65-jährigen Bochumer. Ein 30-jähriger Mann kam hinzu, um die Situation zu beruhigen. Die Tatverdächtigen schubsten den Älteren zu Boden und schlugen auf den Jüngeren ein. Beide wurden leicht verletzt. Die Tatverdächtigen flüchteten unerkannt. Mit richterlichem Beschluss sind die Fotos der Tatverdächtigen zur Veröffentlichung in den Medien freigegeben worden. (Die Fotos zeigen schätzungsweise Nordafrikaner).
Daun: Am gestrigen Nachmittag gerieten zwei Männer im Kassenbereich des Norma-Markts ‚Rondell, aneinander. Möglicherweise hatte sich in der Warteschlange einer der beiden Herren vorgedrängelt. Laut Zeugen habe dann der hinten stehende Herr seinem Vordermann unvermittelt eine gefüllte Whiskyflasche auf den Kopf geschlagen. Das Opfer sei sofort zu Boden gegangen. Anschließend habe der Täter noch mehrfach auf den am Boden Liegenden eingetreten. Ein Begleiter zog den Schläger letztlich weg und man flüchtete gemeinsam vom Tatort. Der 42 Jahre alte Geschädigte wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus verbracht. Zeugen beschreiben den Täter wie folgt: ca.170 cm groß, schlanke Statur. Die dunklen Haare des Täters sind an den Seiten und hinten fast kahlgeschoren, Deckhaar länger, hochstehend und er trägt ein Tattoo auf linkem Handrücken. Der Mann ist möglicherweise möglicherweise südländischer bzw. arabischer Herkunft..
Gera: Die Ermittlungen zu einer Körperverletzung zum Nachteil eines 37-jährigen Mannes hat seit gestern Abend (05.01.2021) die Geraer Polizei aufgenommen. Nach Auskunft des Geschädigten befand sich dieser gegen 20:10 Uhr in der Straßenbahn Linie 3 und fuhr in Richtung Gera-Bieblach. Ein bislang unbekannter Täter schien sich offensichtlich daran zu stören, dass der 37-jährige in der Bahn telefonierte. In der Folge beleidigte der Unbekannte sein späteres Opfer und griff ihn zusätzlich mit einem Tritt körperlich an. Anschließend flüchtete der unbekannte Angreifer mit seinen zwei männlichen Begleitern in Richtung Laasener Straße. Trotz Fahndung konnten die drei Männer südländischen Phänotyps nicht gefasst werden.

http://www.pi-news.net/2021/02/somalia-nimmt-vergewaltiger-einer-16-jaehrigen-nicht-zurueck/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Somalia nimmt Vergewaltiger einer 16-Jährigen nicht zurück

5. Februar 2021

Der Somalier Abdi Mohamed M. vergewaltigte unter anderem am 3. März 2014 ein 16-jähriges Mädchen und gehört eigentlich abgeschoben. Doch das scheitert an bürokratischen Hürden.
Der Landrat von Cochem-Zell, Manfred Schnur (CDU), hat Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) aufgefordert, sich bei den somalischen Behörden dafür einzusetzen, daß ein krimineller Asylbewerber dorthin abgeschoben werden kann. Hintergrund ist der Fall des 23 Jahre alten abgelehnten Asylbewerbers Abdi M., der 2014 illegal nach Deutschland eingereist war. Wie der WochenSpiegel aus Cochem berichtet, hatte der Afrikaner nur wenige Tage nach seiner Ankunft, am Rosenmontag 2014, ein 16jähriges Mädchen vergewaltigt und zudem eine 21

Jahre alte Frau angegriffen. Er wurde deshalb im Oktober 2014 vom Landgericht Trier zu einer Jugendstrafe von sechs Jahren verurteilt. Im März vergangenen Jahres wäre Abdi M. eigentlich aus der Haft entlassen worden, doch weil er im Gefängnis erneut straffällig wurde, verlängerte sich seine Freiheitsstrafe. Er hatte unter anderem Justizangestellte beleidigt und sich mehrfach entblößt, unter anderem vor einer Gefängnisangestellten und einer Praktikantin. Doch auch diese Strafen laufen demnächst aus, weshalb der Somalier, sollte er keine weiteren Delikte begehen, auf freien Fuß gesetzt werden könnte. Dann müßte ihn der zuständige Kreis Cochem-Zell in Rheinland-Pfalz aufnehmen, da eine Abschiebung des abgelehnten Asylbewerbers und Sextäters derzeit nicht möglich ist.

„Zur Abschiebung wird ein Rückreisedokument benötigt, welches von den somalischen Behörden ausgestellt werden muß. Die somalischen Behörden stellen aktuell kein Rückreisedokument für eine Abschiebung aus. Insofern kann der Betroffene aktuell nicht abgeschoben werden", sagte eine Sprecherin der Kreisverwaltung dem WochenSpiegel. Wie die Zeitung zudem berichtet, solle der Asylbewerber nach seiner Haftentlassung durch die Kriminalpolizei Mayen überwacht werden. Landrat Schnur zeigte Verständnis dafür, daß die Bürger seines Kreises über den Vorgang verärgert und wütend seien. „Das werte ich als menschlich, denn sicherlich versteht niemand, daß ein krimineller Asylbewerber nach jahrelanger Haft nicht in sein Heimatland abgeschoben werden kann", sagte er dem Blatt. Die Bürger seien zudem verunsichert, weil es sich bei Abdi M. ganz offensichtlich um einen gewaltbereiten Menschen handle, der jederzeit wieder straffällig werden könne.

„Leider haben weder ich – noch meine Verwaltung – eigene Handlungsoptionen. Das Ausländerrecht ist keine Selbstverwaltungsangelegenheit des Landkreises. Hier wird Bundes- und Landesrecht ausgeführt." Deshalb müsse die Bundesregierung in dem Fall aktiv werden, mahnte der CDU-Politiker. „Hier ist der Bundesaußenminister gefordert, um Länder – wie Somalia – zu verpflichten, indem Hilfen – etwa über Entwicklungshilfe – davon abhängig gemacht werden, daß Länder in solchen Verfahren mitwirken. Zum Beispiel muß die Bundesrepublik Deutschland IS-Kämpfer aufnehmen, warum nicht Somalia auch straffällige Somalier?" *(Artikel übernommen von der Jungen Freiheit)*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Karlsruhe: Ein bislang Unbekannter hat am 1. Februar in einem Regionalzug zwischen Karlsruhe und Offenburg eine exhibitionistische Handlung begangen. Ersten Erkenntnissen zufolge befand sich eine Reisende gegen 10:40 Uhr im Mittelgang des Regionalzuges RE 4712, als der vor ihr stehende, bislang unbekannte Tatverdächtige sein Geschlechtsteil entblößte und masturbierte. Beim Halt im Bahnhof Appenweier hat der bislang Unbekannte den Zug verlassen und sich in unbekannte Richtung entfernt. Da der Vorfall erst mit einer Verzögerung von mehreren Stunden gemeldet wurde, verlief eine Fahndung

ergebnislos. Der bislang unbekannte Tatverdächtige mit südländischem Phänotypus war ca. 170 cm groß und hatte schwarze, kurze Haare.
Kassel: Noch bevor eine 17-Jährige nach einer sexuellen Belästigung am Samstagnachmittag in der Kasseler Innenstadt die Polizei verständigen konnte, hatte eine Streife den Tatverdächtigen unabhängig davon wegen einer Trunkenheitsfahrt mit einem E-Scooter in unmittelbarer Nähe gestoppt. Wie sich während der Kontrolle des in Kassel wohnenden 26-Jährigen herausstellte, hatte er der Jugendlichen kurz zuvor im Vorbeifahren an das Gesäß gefasst. Gegen seine Festnahme setzte sich der Tatverdächtige anschließend erheblich zur Wehr. Er muss sich nun wegen sexueller Belästigung, Trunkenheit im Verkehr und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte verantworten. Wie die Streife des Kasseler Innenstadtreviers berichtet, war sie gegen 14:50 Uhr am Friedrichsplatz auf den Mann aufmerksam geworden, da er verbotswidrig mit einem E-Scooter durch die Fußgängerzone fuhr. Trotz deutlicher Aufforderung der Beamten zum Anhalten durch Zurufen und Handzeichen setzte der Rollerfahrer seine Fahrt unbeirrt fort. Seinem offensichtlichen Fluchtversuch setzten die Polizisten allerdings schnell ein Ende, denn sie folgten dem Mann und versperrten ihm am Königsplatz mit dem Streifenwagen den Weg. Sofort nahm die Streife Alkoholgeruch bei dem 26-Jährigen wahr, was ein Atemalkoholtest mit 1,1 Promille bestätigte. Während der Kontrolle des Mannes kam schließlich die 17-Jährige aus dem Landkreis Kassel auf einen Beamten zu und bat um ein Gespräch. Sie schilderte dem Polizisten, dass der Rollerfahrer ihr wenige Minuten zuvor im Bereich des Königsplatzes im Vorbeifahren unsittlich an das Gesäß gefasst hatte. Anschließend sei er lachend weitergefahren. Unter heftiger Gegenwehr brachten die Polizisten den Festgenommenen schließlich auf das Revier, wo er sich einer Blutprobe unterziehen musste. Da der aus Tunesien stammende 26-Jährige darüber hinaus keinen gültigen Aufenthaltstitel hat, leiteten die Polizeibeamten auch eine Strafanzeige wegen des Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz ein.
Sigmaringen: Ein bislang unbekannter Täter hat am Donnerstag gegen 17 Uhr im Bereich der Eingangshalle des Bahnhofes eine 18-Jährige durch die Entblößung seines Glieds belästigt. Als die Mutter der jungen Frau den Mann zur Rede stellen wollte, flüchtete dieser in Richtung eines Kiesparkplatzes. Eine sofort eingeleitete Fahndung der Polizei erbrachte keinen Erfolg. Der Mann soll etwa 45 Jahre alt sein und ein südländisches, gepflegtes Erscheinungsbild gehabt haben. Er soll ca. 170 cm groß sein und kurze, grau/schwarze Haare haben.
Ludwigsburg: Die Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Ludwigsburg ermittelt wegen einem Vorfall am 28. Januar zwischen 13:40 Uhr und 14:10 Uhr in der Schlossstraße in Ehningen und sucht hierzu dringend weitere Zeugen die zur Ermittlung des Tatverdächtigen beitragen können. Dem bisherigen Ermittlungsstand nach sprach ein Unbekannter zwei neun Jahre alte Mädchen an. Während dem Gespräch hatte er den Reißverschluss seiner Hose geöffnet und manipulierte dabei durchgehend an seinem Glied. Als die Kinder sich von dem Mann entfernen wollten, lief er ihnen hinterher und sprach sie erneut an. Nach einem kurzen Wortwechsel rannten die Mädchen davon und der Mann versteckte sich in einem angrenzenden Gebüsch. Personenbeschreibung: etwa 60 Jahre alt, etwa 170 Zentimeter groß, schlanke Figur, grau-weiße Haare, kurzer schwarz-grauer Bart, auffällig faltiges Gesicht. Weiter hätte der Mann einen eher hellen, leicht bräunlichen Teint gehabt und gebrochen Deutsch mit einer für die Mädchen komischen Aussprache gesprochen.
Chemnitz: Das Bundespolizeirevier Chemnitz Hauptbahnhof wurde am 27. Januar 2021 gegen 16:15 Uhr durch einen Zugbegleiter informiert, dass es im Regionalexpress 74180 von Leipzig nach Chemnitz zu einer sexuellen Belästigung

einer jungen Frau gekommen ist. Die 20-jährige Frau befand sich auf der Fahrt von Leipzig nach Chemnitz. Beim Zustieg in den Regionalexpress setzte sie sich in ein Zugabteil, welches bereits durch eine männliche Person genutzt wurde. Im Verlauf der Zugfahrt versuchte der Mann wiederholt die 20-jährige in ein Gespräch zu verwickeln, worauf diese ihm unmissverständlich zu verstehen gab, dass sie keine Unterhaltung wünscht. Kurz vor Ankunft des Zuges am Hauptbahnhof Chemnitz beabsichtigte die junge Frau das Zugabteil zu verlassen, wobei die männliche Person diese daraufhin mehrfach im Bereich der Beine berührte und wiederholt über ihre Haare strich. Die 20-jährige konnte das Zugabteil verlassen, nachdem sie beherzt gegen einen Arm des Mannes schlug. Im Anschluss wandte sie sich hilfesuchend an das Zugbegleitpersonal, welche umgehend die Bundespolizei am Hauptbahnhof Chemnitz informierte. Nach Ankunft des Zuges wurde der tatverdächtigte 32-jährige irakische Staatsangehörige auf die Dienststelle verbracht.

Rudolstadt/Schwarza: Am 26. Januar gegen 15:15 Uhr lieferte der Mitarbeiter eines Zustelldienstes ein Paket an eine 17-jährige Empfängerin in der Bahnhofstraße aus. Kurz nach der erfolgreichen Übergabe klingelte der Mann erneut an der Haustür und nahm in Gegenwart der Jugendlichen exhibitionistische Handlungen an sich vor. Anschließend entfernte sich der Täter unerkannt. Personenbeschreibung: dunkle Haare – hellbraune Spitzen (gefärbt), scheinbares Alter 20-30, schlank, ca. 170 – 180 cm groß, orientalisch-türkischer Phänotyp.

Stuttgart: Ein Unbekannter hat am Dienstagabend (26.01.2021) zunächst an der Haltestelle Bihlplatz und anschließend an der Benckendorffstraße ein 15 Jahre altes Mädchen sexuell belästigt. Die 15-Jährige fuhr gegen 17.00 Uhr mit der Stadtbahnlinie U9 vom Marienplatz zum Bihlplatz. In der Bahn bemerkte sie den späteren Täter, der sie offenbar bereits beobachtete. Als sie an der Haltestelle Bihlplatz aussteigen wollte, stand der Unbekannte direkt hinter ihr und griff ihr zweimal an das Gesäß. Anschließend folgte der Täter dem Mädchen in die Benckendorffstraße und drängte sie auf Höhe der Burgstallstraße gegen eine Hauswand. Nachdem er ihr erneut an das Gesäß gegriffen und die 15-Jährige ihn aufgefordert hatte, aufzuhören, ging er weg. Die 15-Jährige beschrieb den Täter als etwa 17 bis 30 Jahre alten und 175 bis 180 Zentimeter großen Mann mit südländischem Aussehen.

Mettmann: Vor fünf Jahren war der mittlerweile 21-Jährige Afghane als unbegleiteter Flüchtling nach Wülfrath gekommen…Die Anklage warf ihm vor, im August 2020 eine junge Frau auf dem Heimweg von einem Kneipenabend in Wuppertal sexuell genötigt zu haben. Der Angeklagte soll der Frau gefolgt sein und sie in ein Gebüsch geworfen haben. Dort soll er sich auf sie gesetzt und sie mit der Hand gewürgt haben. Dabei soll er die Frau überall begrapscht und ihr gesagt haben, dass er verschwinden würde, wenn er das bekomme, was er wolle. Was das genau gewesen sein soll? Das Gericht musste den Tatvorwurf nun genau prüfen – mit quälenden Fragen für das Opfer. Für die Frau war klar, dass es sich um eine versuchte Vergewaltigung gehandelt habe. Das es dazu nicht kam, ist vermutlich dem couragierten Eingreifen von Passanten zu verdanken, die die Hilferufe der Frau gehört hatten. Das Gericht verhängte drei Jahre Haft wegen sexueller Nötigung und Körperverletzung.

Erfurt: Am 22.09.2020 befand sich der abgebildete, unbekannte Täter auf einem Bahnstieg des Erfurter Hauptbahnhofes. Dort belästigte er eine 18-Jährige sexuell. Im Nachgang betraten der Täter, eine männliche Begleitperson und die 18-Jährige den Regionalzug nach Gotha. Der Geschädigten gelang es, den unbekannten Täter im Zug zu fotografieren. Die junge Frau beschrieb den Mann wie folgt: ca. 20 bis 25 Jahre alt, untersetzte Statur, südländisches

Erscheinungsbild, tiefe Stimme, sprach gebrochenes Deutsch. Wer kann Hinweise zum Täter und eventuellen Begleitpersonen geben?

http://www.pi-news.net/2021/02/mannheim-teenies-marodieren-mit-macheten-und-schlagstoecken/

TODESSCHWADRONE AUS DEM KINDERZIMMER

Mannheim: „Teenies“ marodieren mit Macheten und Schlagstöcken

8. Februar 2021

Aus gut unterrichteter lokaler Quelle erfolgte der Hinweis, dass es sich bei den Tätern weitgehend ausnahmslos um „Kinder und Jugendliche mit sogenanntem Migrationshintergrund“ handelt. Langjährigen PI-NEWS-Lesern dürfte dies allerdings bereits in der Schlag-(Stock-)-zeile klar gewesen sein.

Von JOHANNES DANIELS | Neben den erschreckenden Mordaufrufen von JUSOs, Linken und deren Unterstützer gegen „Vermieter“ und „Liberale“ setzen migrantische schwer bewaffnete „Kleingruppen“ der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands immer weiter zu. Kaum jemand nimmt davon Notiz, kaum jemand kann sich der Gewaltentwicklung noch entgegen stellen. Und die Mainstreampresse verharmlost wie immer: Bewaffnetes „Treffen von Jugendlichen in Mannheim“ oder „Polizei stoppt Teenie-Bande“…

Am Freitag beobachteten Zeugen am helllichten Tag mehrere „Ansammlungen von Kindern und Jugendlichen“ in der Mannheimer Neckarstadt und riefen verängstigt die Polizei. Die „Jugendlichen“ sollen schwer bewaffnet sein. So rotteten sich gegen 16:30 Uhr in der Mannheimer Mittelstraße etwa 15 bis 20 Jugendliche in „Kleingruppen“ – im wahrsten Sinne des Wortes – zusammen und hatten sich mit tödlichen Schlagwerkzeugen bewaffnet auf den Weg zum Neckar gemacht. Die Polizei rückte nach eigener Auskunft „sofort mit starken Kräften“ in die Neckarstadt, Innenstadt und den Jungbusch aus und konnte zehn Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren aufgreifen. Sie wurden zum Polizeirevier Mannheim-Innenstadt gebracht.

Messer, Schlagstöcke, Schlagringe und Macheten sind für kleine Kinder nicht

Wie sich herausstellte, waren die Mannheimer Buben unter anderem mit Messern, Schlagstöcken und einem Schlagring bewaffnet. Bei einem der integrationsbemühten kleinen Racker fand die Polizei sogar eine beidseitig geschliffene Machete! Sämtliche Waffen wurden vorläufig sichergestellt. Wie die Polizei mitteilte, sind die „Hintergründe des Zusammentreffens der Jugendlichen“ bisher noch unklar und Gegenstand der Ermittlungen „des Hauses des Jugendrechts“ Mannheim bei der Kriminalpolizei Heidelberg.

Gegen die „Teenies“ (euphemistische Mainstream-Medien) wird nun wegen Verstößen gegen das Waffengesetz sowie gegen die geltende Corona-Verordnung ermittelt. Inwiefern weitere Strafbestände hinzukommen, würde derzeit geprüft. Die Kinder und Jugendlichen wurden nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen umgehend „in die Obhut ihrer Eltern übergeben“.

Mannheim: Jugendliche randalierten im Mai 2020 am Flankenkopf

Bereits im Mai 2020 musste die Polizei gegen Ansammlungen von Jugendlichen am Plankenkopf vorgehen. Dort waren es in der Spitze über 250 meist „jugendliche" Personen! Gleich an zwei aufeinanderfolgenden Tagen eskalierte die Situation in der Mannheimer Innenstadt. Die Polizei richtete daraufhin eigens eine Ermittlungsgruppe ein. Die Bilanz: Gegen sage und schreibe 16 vorwiegend migrantische Täter im Alter von 14 bis 20 Jahren wurden Ermittlungsverfahren, unter anderem wegen Landfriedensbruch und tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte eingeleitet. Es wurden Wohnungen durchsucht, die Polizei hatte Beweismittel wie Handys und Computer sichergestellt.
Darüber hinaus wurden gegen 86 Personen Ermittlungen eingeleitet, die in verschiedenen sozialen Netzwerken Hetze und Hass gegen die Polizei im Netz verbreitet hatten. Seit den Vorfällen am Plankenkopf seien die Kontrollen in der Mannheimer Innenstadt intensiviert worden, allerdings mit „mittelgroßem Erfolg".

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Massmann-Clans-setzen-Behoerdenmitarbeiter-unter-Druck,clankriminalitaet144.html
Maßmann: Clans setzen Behördenmitarbeiter unter Druck
Stand: 08.02.2021 14:46 Uhr
Mitglieder krimineller Clans versuchen laut Osnabrücks Polizeipräsident, Mitarbeiter von Behörden einzuschüchtern. Zum Beispiel mit dem Hinweis, man wisse, wo der Beamte wohnt.
Solche bedrohlichen Aussagen beschreibt Michael Maßmann in der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (NOZ). Betroffen seien zum Beispiel Mitarbeitende von Sozialämtern. Das Verhalten krimineller Clan-Mitglieder ist Maßmann zufolge nicht nur gegenüber der Polizei von einem "Maximum an Respektlosigkeit" geprägt, sondern gegenüber allen Staatsvertretern. "Der Staat muss seine Amts- und Mandatsträger schützen", betonte der Polizeipräsident im Interview. "Wir dürfen uns keine Bedrohung, auch keine Respektlosigkeit bieten lassen."
Maßmann: Ermittler brauchen mehr Zugriffsmöglichkeiten
Der Polizeipräsident plädierte zudem dafür, Ermittlern mehr Rechte einzuräumen - etwa bei der sogenannten Vermögensabschöpfung. Oft könne ein Auto nicht beschlagnahmt werden, obwohl es ziemlich sicher "mit inkriminiertem Geld erworben" wurde. Die Fahrzeuge würden über Strohmänner zugelassen. "Hier müssen die Möglichkeiten einer Vermögensabschöpfung ausgeweitet werden", so Maßmann. "Wir müssen auch an die Vermögenswerte herankommen, die Clan-Mitgliedern zwar auf dem Papier nicht gehören, über die sie aber de facto verfügen." Bei Käufen solle es außerdem eine Bargeld-Obergrenze geben, "damit Gewinne aus illegalen Geschäften nicht im großen Stil über Bargeldkäufe reingewaschen werden können."
Perspektive zum Ausstieg bieten
Nachdenken solle man auch über Aussteigerprogramme für Clan-Mitglieder, sagte Maßmann der NOZ. "Wir müssen auch denjenigen Angebote machen, die aus dem Clan-Umfeld aussteigen wollen." Er sprach sich für mehr Aktivitäten in der Jugend- und Integrationsarbeit aus, ebenso wie für Programme ähnlich wie für ausstiegswillige Extremisten. "Aber ich sage auch: **Die Bekämpfung der Clankriminalität gelingt nur, wenn es als gesamtgesellschaftliche Herausforderung angenommen wird."**

https://www.spiegel.de/panorama/justiz/dresden-attentat-islamist-wegen-anschlag-angeklagt-a-680b262a-b17e-434c-aca7-79edb4c51b0c

Dresden-Attentat

Islamist wegen Anschlags auf homosexuelles Paar angeklagt

Im Oktober tötete ein Attentäter einen Touristen in Dresden, sein Partner überlebte schwer verletzt. Jetzt hat die Bundesanwaltschaft nach SPIEGEL-Informationen einen Syrer wegen Mordes angeklagt.

Von Jörg Diehl und Wolf Wiedmann-Schmidt

11.02.2021, 12.33 Uhr

Der Generalbundesanwalt hat Anklage gegen den mutmaßlichen Dresden-Attentäter erhoben. Das erfuhr der SPIEGEL aus sächsischen Justizkreisen. **Die Ermittler werfen dem 21-jährigen Abdullah Al H. H. demnach Mord und versuchten Mord aus islamistischen und homosexuellenfeindlichen Motiven vor.** Die Bundesanwaltschaft wollte sich auf Anfrage noch nicht äußern.

Der Syrer soll am Abend des 4. Oktober ein schwules Paar mit einem Messer angegriffen haben. Die beiden Männer aus Nordrhein-Westfalen, 55 und 53 Jahre alt, waren als Touristen in der Dresdner Altstadt unterwegs, als der Täter unvermittelt auf sie einstach. Der Jüngere der beiden überlebte schwer verletzt, der Ältere starb kurz nach der Attacke in der Dresdner Uniklinik.

Wenn die Vorwürfe der Ankläger zutreffen, handelt es sich um den ersten Mordanschlag eines Islamisten aus Hass auf Homosexuelle in Deutschland. Der Prozess soll vor dem Oberlandesgericht Dresden stattfinden.

Der mutmaßliche Mörder Al H. H. war erst fünf Tage vor dem Attentat aus der Haft entlassen worden. Mehr als drei Jahre hatte der Anhänger der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) im Gefängnis gesessen, nachdem er einen Selbstmordanschlag in Dresden geplant hatte und sich eine Anleitung zum Bau eines Sprengstoffgürtels besorgen wollte.

Verfassungsschutz observierte ihn

Die sächsischen Behörden führten den Syrer als Gefährder und gingen davon aus, dass von Al H. H. weiter ein hohes Sicherheitsrisiko ausgeht. Nach seiner Entlassung Ende September 2020 musste er sich daher dreimal wöchentlich bei der Dresdner Polizei melden, Deradikalisierungsexperten betreuten ihn. Zeitweise observierte ihn der sächsische Verfassungsschutz.

Dennoch gelang es Al H. H. laut Anklage, sich mehrere Messer zu kaufen und in der Dresdner Altstadt auf das Paar aus Nordrhein-Westfalen einzustechen. Erst 16 Tage nach der Tat wurde der mutmaßliche Attentäter festgenommen, am Schuh eines Opfers fanden die Ermittler seine DNA.

http://www.pi-news.net/2021/02/esslingen-kenianerin-pruegelt-59-jaehrigen-ins-krankenhaus/

KEIN AUFSCHREI DER ÜBLICHEN RASSISMUS-RUFER

Esslingen: Kenianerin prügelt 59-Jährigen ins Krankenhaus

12. Februar 2021

Wegen des Verdachts des versuchten Totschlags ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Polizeirevier Esslingen gegen eine 30-jährige Frau. Diese steht in dringendem Verdacht, am Mittwochabend, gegen 19 Uhr, an einem Einkaufsmarkt mehrere Passanten grundlos angegriffen und verletzt zu haben. Die Beschuldigte befindet sich zwischenzeitlich in Untersuchungshaft. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen soll die 30-Jährige im Eingangsbereich des Einkaufsmarktes einen ihr völlig unbekannten 59-Jährigen zunächst angesprochen und ihn dann unvermittelt zu Boden geschlagen haben. Anschließend soll sie weiter auf Kopf und Körper des am Boden liegende Opfers eingeschlagen und eingetreten haben. Auch drei Passanten, die dem 59-Jährigen zu Hilfe eilten, sollen von der äußerst aggressiven Frau angegriffen, geschlagen und bespuckt worden sein, bevor es gelang, die Beschuldigte von ihrem Opfer zu trennen.

Während die drei Passanten nur leicht verletzt wurden, musste der 59-Jährige vom Rettungsdienst zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht werden. Die 30-jährige Angreiferin wurde vorläufig festgenommen, wobei sie die Beamten mehrfach beschimpfte und beleidigte. Die polizeibekannte Deutsch-Kenianerin, die bislang von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch macht, wurde am Donnerstag dem Haftrichter beim Amtsgericht Esslingen vorgeführt. Dieser erließ den von der Staatsanwaltschaft Stuttgart beantragten Haftbefehl und setzte ihn in Vollzug. Die Beschuldigte wurde in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen" in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Gedern: Am Samstagabend 06.02. sind zwei Mädchen in der Straße „Am Alten Bahnhof" von drei namentlich bislang nicht bekannten Männern beleidigt, bespuckt und schließlich körperlich angegriffen worden. Gegen 18 Uhr waren die beiden 13 und 9 Jahre Spazieren. In Höhe eines dortigen Supermarktes sei dann eine Gruppe Jugendlicher auf sie zugekommen. Dann war es nach derzeitigem Stand der Ermittlungen zu Beleidigungen und Spuckattacken gekommen. Als die beiden Geschädigten das Trio anschrien, habe man sie geschubst; einem der Mädchen sei zudem der Arm umgedreht worden. Die Jugendlichen flüchteten schließlich. Die Kinder verständigten den Rettungsdienst. Bei den unbekannten soll es sich um drei junge Männer mit arabischem Erscheinungsbild, im Alter zwischen 15 bis 17 Jahren gehandelt haben. Sie hätten schwarze Haare und Drei-Tage-Bärte getragen und wären schwarz gekleidet gewesen; einer zudem mit schwarzer Schildmütze

Chemnitz: Ein 20-Jähriger spielte am Freitagabend in der Arthur-Strobel-Straße auf einem Parkplatz Fußball, als drei Unbekannte aus der Hans-Ziegler-Straße kommend auf den jungen Mann zuliefen. Sie fragten ihn, ob sie mitspielen dürften, was der 20-Jährige jedoch verneinte. Die Unbekannten entfernten sich daraufhin aus seinem Sichtfeld und kehrten nach wenigen Minuten zum Parkplatz, welcher sich an einem Garagenkomplex befindet, zurück. Nach bisherigen Erkenntnissen trug sich anschließend Folgendes zu: Weil die unbekannten Männer sich vor ihm bedrohlich aufgebaut hatten, rannte der 20-Jährige zur Kreuzung Arthur-Strobel-Straße/Hans-Ziegler-Straße. Dort wurde er vom besagten Trio eingeholt, wobei einer von ihnen unvermittelt auf den 20-Jährigen einschlug. Anschließend, so der Geschädigte in seiner Aussage, rannte er in Richtung eines Wohnblocks in der Arthur-Strobel-Straße, wo er erneut von dem Trio eingeholt wurde. Nochmals verpasste einer der Männer dem 20-Jährigen einen Schlag, sodass dieser zu Boden ging. Danach rannten die Täter in unbekannte Richtung davon. Alarmierte Rettungskräfte brachten den jungen Mann letztlich in ein Krankenhaus, wo schwere Verletzungen bei ihm diagnostiziert wurden. Einsatzkräfte der Polizei suchten indes im Tatortumfeld nach den drei Tätern, konnten sie aber nicht mehr feststellen. Der Geschädigte beschrieb die Angreifer, bei denen es sich augenscheinlich um junge Männer südländischen Typs im Alter von etwa 17 bis 20 Jahren.
München: Am Donnerstag, 04.02.2021, gegen 19:30 Uhr, fiel Beamten der Polizeiinspektion Verkehrsüberwachung bei ihrer Streifenfahrt ein randalierender Passant auf. Bei der anschließenden Personenkontrolle griff der Mann die Beamten unvermittelt an und schlug dabei einem der Beamten eine Flasche auf den Kopf. Auch der zweite Beamte, der sofort zur Hilfe eilte, wurde von dem Mann angegriffen und verletzt. Erst durch herbeigerufene Polizeibeamte der örtlichen Inspektion, die ebenfalls von dem Beschuldigten massiv beleidigt wurden, konnte er fixiert und unter Kontrolle gebracht werden. Auch hierbei trat er einem der Beamten gezielt mit dem Fuß gegen das Schienbein. Bei dem Mann handelte es sich um einen 29-jährigen Syrer. Da er sich bei der Festnahme leicht im Gesicht verletzte, wurde er in ein Krankenhaus transportiert und bewacht. Gegenüber den bewachenden Polizeibeamten leistete er Stunden später ebenfalls erheblichen Widerstand und griff diese an. Einem der Beamten trat er dabei mit dem Fuß gegen den Brustkorb und verletzte ihn. Die zwei Polizeibeamten der Verkehrspolizei wurden durch den Angriff so schwer verletzt, dass sie nicht mehr dienstfähig waren. Der Beschuldigte wird heute dem Ermittlungsrichter vorgeführt.
Wien: Sachverhalt: Aus derzeit unbekannten Gründen soll ein 34-jähriger tunesischer Staatsangehöriger eine 19-jährige Frau verfolgt und sie mit einem Stanleymesser bedroht haben. Die Frau lief davon und verständigte die Polizei. Die alarmierten Beamten konnten den Tatverdächtigen vorläufig festnehmen und das Messer sicherstellen. Die 19-Jährige wurde durch den Vorfall nicht verletzt, der 34-Jährige befindet sich in einer Justizanstalt.
Rüsselsheim: Eine 31 Jahre alte Frau wurde am Mittwoch (03.02.), gegen 11.00 Uhr, im Bereich der Dreimärkerschneise am Lindensee, von einem Unbekannten von hinten attackiert, zu Boden gerissen und anschließend mit einem Reizgas, vermutlich Pfefferspray, ins Gesicht gesprüht. Die Frau zog sich hierbei Blessuren im Gesicht zu. Um zu flüchten, entledigte sich die 31-Jährige nach derzeitigem Ermittlungsstand ihrer Jacke samt Schlüssel und Mobiltelefon. Die Gegenstände konnten aber anschließend in der Nähe des Tatorts wieder aufgefunden werden. Der Unbekannte flüchtete zu Fuß in den Wald. Der Mann ist etwa 40 Jahre alt und trug ein blaues Regencape mit silberfarbenen Streifen. Laut Angaben der

Frau war der Angreifer dunkelhäutig. Zur Motivation des Täters können derzeit noch keine Angaben gemacht werden.
Dresden: Laut Anklage kam es im Februar 2019 in der Unterkunft in Dresden (Hamburger Straße) zu dem Vorfall. Omar und ein Mittäter sollen das Opfer abgepasst und „wegen dessen Konvertierung zum Christentum zur Rede gestellt" haben. Der Bewohner wurde getreten und beschimpft. Omar habe dann sogar eine Rasierklinge gegriffen, das Opfer damit verletzt, ihm mit dem Tode bedroht. Zum Prozess erschien Omar nicht. Inzwischen ist er im Heim in Klingenberg gemeldet.
Wuppertal: Gestern (28.01.2021), gegen 10:00 Uhr, kam es in der Remscheider Innenstadt zu einem Raub. Eine 87-Jährige war mit ihrem Rollator auf der Luisenstraße auf dem Heimweg, als ihr eine bislang unbekannte Frau die Tasche entriss. Der älteren Dame gelang es zunächst ihr Portemonnaie festzuhalten. Bei dem Versuch ihre nahegelegene Wohnanschrift zu erreichen folgte ihr die Täterin erneut und nahm ihr auch noch das Portemonnaie ab. Dann flüchtete die etwa 30-Jährige in unbekannte Richtung. Die Räuberin ist circa 165 cm groß und sprach schlecht verständliches Deutsch. Sie trug dunkle Oberbekleidung und eine weiße Mütze mit braunem Rand.
Bremen: Am Dienstagabend schlugen Unbekannte mit zwei Werkzeugen auf einen Mann im Ortsteil Grohn ein. Der 42-Jährige erlitt schwere Verletzungen. Die Polizei sucht Zeugen. Der Mann ging gegen 18:30 Uhr durch die Friedrich-Klippert-Straße, als ein Auto hinter ihm anhielt und drei Personen ausstiegen. In Höhe der Straße Zur Vegesacker Fähre holten ihn die Männer ein. Zwei schlugen nach seinen Angaben plötzlich auf ihn ein. Dabei nutzten sie zwei Werkzeuge und trafen den Geschädigten am Kopf sowie am Körper. Der 42-Jährige konnte zunächst flüchten, wurde aber von den Schlägern unmittelbar wieder eingeholt. Sie griffen den Mann erneut an und beleidigten ihn. Anschließend flüchteten die drei vermutlich in einem dunklen BMW Kombi in unbekannte Richtung. Der Verletzte ging zunächst zu seiner nahegelegenen Wohnung und suchte später ein Krankenhaus auf. Dort wurde er mit schweren, aber nicht lebensbedrohlichen Verletzungen stationär aufgenommen. Die drei Männer trugen alle einen Mund-Nasen-Schutz und hatten einen dunklen Teint. Ein Schläger wurde als dick und etwa 180 Zentimeter groß beschrieben. Der Zweite war etwa 165 Zentimeter groß.
Meinerzhagen: Der bisher unbekannte Fahrer eines VW Golf (grau/silber) soll Sonntag, 05.35 Uhr, auf der Oststraße in Schlangenlinien in Richtung Polizeiwache gefahren sein. Gegenüber der Bäckereien geriet der Fahrer offenbar so ins Schlingern, dass er auf zwei junge Männer (17/18) zufuhr, die sich auf dem Gehweg in Höhe einer dortigen Mauer befanden. Beide wurden vom PKW erfasst und leicht verletzt. Mit dem Rettungswagen ging es für sie ins Krankenhaus. Nach ambulanter Behandlung konnten sie wieder entlassen werden. Der Fahrer des Golf soll schlank, etwa 25 Jahre alt, relativ groß (um die 1,85 m) sein und dunkle Haare sowie einen Vollbart gehabt haben. Er hatte zunächst angehalten, war aber im späteren Verlauf von der Unfallstelle geflüchtet. An der Unfallstelle soll er sich nach Angaben der Opfer mit Personen aus einer Gruppe mehrerer Männer auf Türkisch unterhalten haben. Die Personengruppe stand im Bereich des gegenüberliegenden Fitness-Studios/der Bäckerei. Teilweise hätten sich Leute aus dieser Gruppe über die Situation lustig gemacht und sich aggressiv verhalten, so die Geschädigten. Aus Angst wendeten sich die Opfer nicht sofort an die Polizei. Stattdessen gingen sie zum Gelände an der Stadthalle und wählten von dort den Notruf. Polizeibeamte fanden entsprechende Spuren an der beschriebenen Unfallstelle. Dem Eindruck nach könnte der Golf-Fahrer „aus Spaß" im Zick-Zack-Kurs im Schnee gefahren sein,

dann jedoch die Kontrolle über das Fahrzeug verloren haben. Die Polizei sucht nun dringend nach Zeugen, die zur Klärung des Sachverhalts beitragen können. Hinweise nimmt die Wache Meinerzhagen oder jede andere Polizeidienststelle entgegen.

https://philosophia-perennis.com/2021/02/12/stammen-50-der-covid-patienten-aus-dem-arabischen-raum/

Stammen 50 % der Covid-Patienten aus dem arabischen Raum?
Von
David Berger
12. Februar 2021

(David Berger) Unser Tweet des Tages kommt von der Politikerin Erika Steinbach. Sie twittert: „Von verschiedenen Seiten habe ich glaubhaft gehört, dass 50% der Covid-Patienten in Krankenhäusern aus dem arabischen Raum stammen. Für die Medien war das bislang kein Thema. Wäre eine reizvolle Aufgabe für unsere so fleißigen Netzwerk-Journalisten. Werden die aber nicht machen."

Ein Kommentator ergänzt: Auch Anders Tegnell in Schweden weist auf die übermäßige Verbreitung bzw. Todesfälle des Virus durch Migranten hin.

„Wiener Spitalsarzt: 60 Prozent unserer Intensivpatienten haben Migrationshintergrund"

Natürlich gab es die üblichen Aufregungen, die sofort „Rassismus!" schrien. Und sofort die Aussage anzweifelten. Dass wir dazu nichts bei FAZ, ARD oder dem „Spiegel" finden ist, klar. Mutiger scheint da die Auslandspresse. **So titelte bereits im November letzten Jahres „Die Presse" im Hinblick auf die Covid-Neuinfektionen: „Wiener Spitalsarzt: 60 Prozent unserer Intensivpatienten haben Migrationshintergrund".**

Als Grund dafür wird die fehlende Integration genannt, die nicht selten dazu führt, dass man sich nicht an geltende Regeln hält. Eine Erfahrung, die viele der Menschen, die in Deutschland öffentliche Verkehrsmittel benutzen, machen. Fast täglich erreichen uns Berichte, nach denen man in der U-Bahn ganze Gruppen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aber ohne Mundschutz angetroffen habe. Sicherheitsdienste und Polizei neigten hier dazu wegzuschauen, um eine Eskalation zu vermeiden.

Auch in der Schweiz

Ähnliche Aussagen auch in der Schweizer Presse. Dort geht man bei den Covid-Fällen auf Zahlen von 60-65 % Hospitalisierten mit Migrationshintergrund aus. Die von Steinbach genannten Zahlen, die bei Twitter für so viel Aufregung und böse Beschimpfungen der Politikerin geführt haben, liegen offensichtlich ganz im Bereich des Realistischen.

http://www.pi-news.net/2021/02/bayreuth-shisha-bar-betreiber-wegen-vergewaltigung-verurteilt/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Bayreuth: Shisha Bar-Betreiber wegen Vergewaltigung verurteilt

12. Februar 2021

Ali A. (links) vergewaltigte eine 22-Jährige, die er in der Nacht zum 26. Januar aus der Disko mit nach Hause genommen hatte.

Im Verfahren gegen Ali A. aus Bayreuth ist ein Urteil gefallen. Das Gericht ist sich sicher: Der ehemalige Betreiber einer Shisha-Bar hat eine junge Frau vergewaltigt. Womöglich hätte es sogar noch schlimmer für das Opfer enden können. Wie ein Justizsprecher am Dienstag (9. Februar 2021) erklärte, habe nur der zufällige Anruf eines Freundes möglicherweise eine Gruppenvergewaltigung verhindert. Der ehemalige Bar-Betreiber soll die Frau Ende Januar 2020 in einem Club kennengelernt haben. „Die Frau wollte Drogen, das nutzte er als Lockmittel", sagte der Sprecher. Die damals 22-Jährige sei mit ihm in seine Wohnung über der Shisha-Bar gegangen. Obwohl sie sich mehrfach wehrte, wurde die Frau aus Sicht des Gerichts Opfer einer Vergewaltigung. Der 30-Jährige hatte vor Gericht beteuert, der Sex sei einvernehmlich gewesen. „Die Angaben der Geschädigten waren aber glaubhaft, da gab es gar kein Rütteln", erklärte der Sprecher des Landgerichts. Der 30-Jährige habe nach dem Analverkehr zwei Bekannte angerufen und ihnen Sex mit der jungen Frau angeboten. Die beiden Männer seien tatsächlich in die Wohnung gekommen. „Durch Zufall hat dann ein Zeuge angerufen und Schreie im Hintergrund gehört", sagte der Sprecher. Er sei sofort zur Wohnung gegangen und habe der Frau geholfen. Zu einer Gruppenvergewaltigung sei es nicht gekommen, betonte der Gerichtssprecher. Das Verfahren gegen die anderen Männer sei eingestellt worden. Der Angeklagte wurde hingegen zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren mit Unterbringung in einer Entziehungsanstalt verurteilt. Sollte das Urteil gegen den 30-Jährigen rechtskräftig sein, muss er wegen Alkoholprobleme zur Behandlung in ein Bezirkskrankenhaus. *(Artikel übernommen von infranken.de).*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Lüneburg: Wegen sexueller Belästigung ermittelt die Polizei nach einem Vorfall in den Mittagsstunden des 09.02.21 im Bereich der Willy-Brandt-Straße im Bereich des Wandrahmparks – Höhe Ilmenaubrücke. Ein recht klein gewachsener Mann hatte eine 20 Jahre alte Lüneburgerin gegen 12.30 Uhr angesprochen und nach der Uhrzeit gefragt. Nachdem die junge Frau dem Unbekannten die Auskunft gegeben hatte, berührte diese die Frau unvermittelt am Oberschenkel. Die Lüneburgerin setzte daraufhin zügig ihren Weg fort und wandte sich zusammen mit Angehörigen an die Polizei. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: recht klein, ca. 150 cm groß, schlanke Statur, ca. 35 bis 40 Jahre

alt, dunkle Bartstoppeln, sprach Deutsch mit Akzent, möglicherweise arabischstämmiger Herkunft.
Nürnberg: Ein bislang unbekannter Mann belästigte am frühen Montagabend (08.02.2021) eine junge Frau im Stadtteil Großreuth hinter der Veste. Die Kriminalpolizei bittet um Hinweise aus der Bevölkerung. Gegen 18:30 Uhr lief die junge Frau auf dem Gehweg und trug dabei eine schwere Tasche. An der Einmündung Schopenhauerstraße / Avenariusstraße hielt die Frau kurz an und stellte die Tasche zu Boden. In diesem Moment trat ein ihr unbekannter Mann an sie heran und berührte sie unsittlich. Anschließend entfernte sich der Unbekannte. Die junge Frau erstattete im Nachgang Anzeige bei der Polizei und konnte folgende Täterbeschreibung abgeben: Ca. 17 Jahre alt; ca. 175 cm groß; schlank; orientalische Erscheinung; kurze, dunkle Haare; buschige Augenbrauen; bekleidet mit schwarzer Jogginghose, schwarzem Kapuzenpullover, schwarzen Turnschuhen und schwarzer Bomberjacke.
Linz: Eine 23-Jährige aus Linz kam am 8. Februar 2021 gegen 15 Uhr zur Polizeiinspektion Hauptbahnhof und erstattete Anzeige, dass ihr soeben bei der Straßenbahnhaltestelle Hauptbahnhof ein unbekannter Mann an die bekleidete Brust gegriffen habe. Daraufhin wurde sofort eine Fahndung eingeleitet. Aufgrund einer guten Personsbeschreibung konnte der Täter, ein 33-Jähriger aus Ghana, wohnhaft in Linz, ausgeforscht werden.
Bruchsal: Das Kriminalkommissariat Bruchsal sucht nach einer sexuellen Belästigung am Sonntag den 08.02. gegen 18.00 Uhr am Busbahnhof Bruchsal noch eine Geschädigte Frau sowie einen Zeugen. In diesem Zusammenhang konnte das Polizeirevier Bruchsal einen 29 Jahre alten, aus Ghana stammenden Tatverdächtigen vorläufig festnehmen. Kurz vor 18.00 Uhr habe der 29-Jährige einer noch gesuchten, etwa 60 Jahre alten Frau mit der Hand gegen das Gesäß geschlagen. Ferner soll er die Geschädigte im Anschluss weiter bedrängt haben. Zwei weibliche Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren kamen zu Hilfe und verständigten die Polizei. Beamte des Polizeireviers Bruchsal konnten den unter Alkohol und Drogen stehenden Beschuldigten schließlich an Ort und Stelle vorläufig festnehmen. Er musste anschließend aufgrund gesundheitlicher Probleme in ein Krankenhaus gebracht werden. Die mit den weiteren Ermittlungen betrauten Kriminalbeamten aus Bruchsal bitten die geschädigte Frau, die bereits vor Eintreffen der Polizei sehr wahrscheinlich mit einem Bus weiterfuhr, sich zu melden. Sie wird mit geschätzten 150 cm eher klein beschrieben, mit kurzem Haar und Brille. Bekleidet war sie mit einer pinkfarbenen Regenjacke und hielt eine Zeitung in der Hand. Darüber hinaus gibt es noch einen weiteren, nicht identifizierten Zeugen von orientalischer Erscheinung, ungefähr 50 Jahre alt mit kurzem schwarzem Bart, der einen langen Mantel trug und nur schlechtes Deutsch sprach. Er fuhr in einem grünen Mercedes weg.
Korbach: Am 06.02. belästigten zwei unbekannte Männer eine Frau in Bad Arolsen. Ein Zeuge schaltete sich ein und wurde daraufhin bedroht. Die Polizei bittet um Hinweise zu den Tatverdächtigen und sucht die belästigte Frau. Ein junger Mann erstattete am Freitag Anzeige bei der Polizei in Bad Arolsen. Er war gegen 18.00 Uhr in der Bad Arolser Bahnhofstraße unterwegs, als er Zeuge wurde, wie zwei Männer eine Frau sexuell belästigten. Der junge Bad Arolser mischte sich ein. Er rief den Unbekannten zu, dass sie die Frau in Ruhe lassen sollen und er die Polizei rufen wird. Daraufhin bedrohte ihn einer der Männer mit Worten in englischer Sprache. Die Polizei Bad Arolsen hat Ermittlungsverfahren wegen Bedrohung und sexueller Belästigung eingeleitet. Sie sucht Zeugen des Vorfalls und bittet um Hinweise zu den unbekannten Tätern. Außerdem wird die belästigte Frau gebeten, sich bei der Polizeistation Bad Arolsen unter der Tel.

05691-97990 zu melden. Von den beiden Tätern liegt bisher folgende Beschreibung vor: beide etwa 30 bis 35 Jahre alt, dünne Gestalt, dunkle Hautfarbe.
Chemnitz: Nachdem ein 32-Jähriger (tunesischer Staatsangehöriger) am 02.02. mehrfach polizeilich in Erscheinung getreten ist, wurde er am Abend in Gewahrsam genommen. Am frühen Nachmittag war die Polizei zunächst in die Müllerstraße gerufen worden. Dort hatte ein Mann einen Stein gegen die Eingangstür eines Vereinshauses geworfen. Dadurch wurde die Glasscheibe der Tür beschädigt (Sachschaden: etwa 500 Euro). Mitarbeiter hatten den Tatverdächtigen in ein Gespräch verwickelt und bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Es folgte eine Anzeige wegen Sachbeschädigung. Wegen Ladendiebstahls wurde die Polizei später zur Straße Planitzwiese gerufen. Der Dieb soll zudem Passanten belästigt haben. Polizisten stellten auf dem Weg dorthin in der Heinrich-Schütz-Straße den beschriebenen Mann fest, bei dem es sich erneut um den 32-Jährigen handelte. Er hatte mutmaßlich gestohlene Lebensmittel im Rucksack, die zum Teil einem Supermarkt in der Heinrich-Schütz-Straße zugeordnet werden konnten. Dort hatte er einige Lebensmittel im Wert von wenigen Euro gestohlen.
Wie sich weiterhin herausstellte, war er außerdem trotz Hausverbots in einen Supermarkt an der Straße Planitzwiese zugange gewesen und hatte sich alkoholische Getränke in seinen Rucksack gepackt. Eine Mitarbeiterin sprach ihn an, woraufhin er einen Teil der Waren wieder herausgab. Dennoch verschwand er mit einer Flasche Bier, beleidigte die Mitarbeiterin (26) und schlug nach ihr. Sie blieb unverletzt. Kurze Zeit später betrat er erneut den Markt und soll zwei bislang unbekannte Kundinnen unsittlich berührt haben. Die Mitarbeiterinnen verwiesen ihn des Marktes, dennoch kehrte er später ein weiteres Mal zurück und wollte erneut Bier stehlen. Eine Mitarbeiterin intervenierte erneut, woraufhin eine Flasche zu Bruch ging und der Mann einen Warenträger beschädigte. Mit einer Flasche verließ er schließlich den Laden. Zwischenzeitlich war derselbe Mann offenbar noch in einem weiteren Einkaufsmarkt an der Straße Planitzwiese. Auch dort soll er eine etwa 30-jährige Kundin mit langen, braunen Haaren unsittlich berührt haben. Die Polizei hat Ermittlungen gegen den 32-Jährigen u. a. wegen räuberischen Diebstahls, Hausfriedensbruchs, sexueller Belästigung, Beleidigung und Sachbeschädigung aufgenommen. Der Mann befindet sich gegenwärtig noch in Polizeigewahrsam. Es werden noch Zeugen gesucht und jene bislang unbekannten Frauen, die gestern Nachmittag in den Supermärkten durch den Mann sexuell belästigt worden sind. Die Frauen bzw. weitere Zeugen werden gebeten, sich unter Telefon 0371 387-102 im Polizeirevier Chemnitz-Nordost zu melden.
Lippe: Montagmorgen ließen zwei Frauen ihre Hunde auf einem Hundeplatz am Ende der Weinbergstraße laufen. Dabei sahen sie gegen 10:15 Uhr einen Mann, der sich auf der anderen Seite der Werre, in den Hoffmannswiesen, aufhielt. Später erkannten die Frauen, dass der Mann seine Hose heruntergelassen hatte und onanierte. Während die Frauen die Polizei anriefen, entfernte sich der Unbekannte über den Platanenweg in Richtung der Krummen Weide. Der Täter ist etwa 20-25 Jahre alt, hat dunkle Haare und eine südländische Erscheinung.
Fulda: Weil er eine Frau sexuell belästigt hatte, war heute Morgen, gegen 1 Uhr, für einen 35-Jährigen im Bahnhof Fulda Endstation. In einem Regionalzug entblößte sich der Algerier vor einer 60-Jährigen. Die Frau rief das Zugpersonal zu Hilfe. Sofort wurde die Bundespolizei informiert. Im Bahnhof Fulda nahmen die Beamten den Mann in Empfang. Der 35-Jährige konnte sich nicht ausweisen und weigerte sich mehrfach, den Zug freiwillig zu verlassen. Die Polizisten mussten ihn mit einfacher körperlicher Gewalt, in Form eines Armhebels, zur

Dienststelle bringen. Bei der anschließenden Durchsuchung stellten die Beamten 0,5 Gramm Marihuana fest. Obendrein war der Asylbewerber ohne gültigen Fahrschein unterwegs. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 0,8 Promille.
Wien: Sachverhalt: Ein 33-jähriger Mann (Stgb: Jemen) steht im Verdacht eine 17-jährige Frau in einer Straßenbahn sexuell belästigt zu haben. Der Tatverdächtige soll sich hinter das Opfer gesetzt, anzügliche Aussagen gemacht und schließlich mehrmals auf deren Gesäß gegriffen haben. Alarmierte Polizisten des Stadtpolizeikommandos Meidling konnten den Mann in der Straßenbahn anhalten. Er wurde nach der Vernehmung auf freiem Fuß angezeigt.

https://kopp-report.de/generalbundesanwalt-ueber-3000-islamistische-terrorverfahren-seit-grenzoeffnung-2015/

Stefan Schubert

Generalbundesanwalt: Über 3000 islamistische Terrorverfahren seit Grenzöffnung 2015

Auf Anfrage des Autors bestätigt der Generalbundesanwalt für das abgelaufene Jahr 381 neue Terrorverfahren mit Bezug zum islamistischen Terrorismus. Trotz dem unter der Merkel-Regierung zur Staatsdoktrin erhobenen »Kampf gegen rechts« belegen die aktuellen Zahlen eindeutig, dass das Sicherheitsrisiko durch den radikalen Islam die bedrohlichste Gefahr für die Bürger dieses Landes und die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt.

Insgesamt hat die Bundesanwaltschaft (GBA) im Jahr 2020 rund 600 Terrorverfahren neu eingeleitet. Die 381 Verfahren im Bereich islamistischer Terrorismus bedeuten somit einen Anteil von über 63 Prozent aller Terrorfälle in Deutschland.

Trotz expliziter Nachfrage blieb der GBA die genaue Anzahl der Terrorverfahren im Bereich Links- und Rechtsextremismus schuldig. »Man wolle keine Rückschlüsse auf die Überwachungsintensität dieser Szenen liefern«, lautet die nicht nachvollziehbare Argumentation der Pressestelle. Befremdlich ist dieses Agieren zudem, da nach einer parlamentarischen Anfrage der Opposition die beiden Zahlen herausgegeben werden müssen und damit öffentlich werden.

Der Flüchtlingswelle folgt die islamistische Terrorwelle

Wir befinden uns mittlerweile im 6. Jahr der merkelschen »Grenzöffnung«, wobei die mediale Sprachpolizei versucht, diesen Begriff weitgehend zu tabuisieren. Wie immer die politisch korrekte Bezeichnung auch lauten mag, der 13. September 2015 wird als der Tag in die deutschen Geschichtsbücher eingehen, an dem Angela Merkel der Bundespolizei, vormals dem Bundesgrenzschutz, untersagte, Deutschlands Grenzen, die Identität des Landes, die Sozialsysteme und im Besonderen die Sicherheit der Bürger zu schützen.

Die Analyse der Terrorzahlen der vergangenen Jahre sagt zudem mehr über die tatsächliche Sicherheitslage im Land aus, als die unter Manipulationsverdacht stehende Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) aus dem Hause Seehofer.

Der Verlauf des Flüchtlingsstroms und dessen höchst problematischer Anteil an Islamisten und Terroristen lassen sich somit direkt an den Zahlen des Generalbundesanwalts ablesen. Demnach leitete der Generalbundesanwalt seit 2015 insgesamt 3026 islamistische Terrorverfahren ein. Eine geradezu unfassbare Zahl. Zudem, wenn man sich vergegenwärtigt, dass beispielsweise ein Verfahren gegen eine fünfköpfige IS-Zelle in Berlin in die Statistik mit einem Terrorverfahren Eingang findet.

Die Anzahl der Islam-Terroristen in Deutschland hat nach Schätzungen von Sicherheitsexperten längst fünfstellige Dimensionen angenommen.

Es folgen unstrittige Fakten. Diese wurden dem Autor nach Anfrage von der Pressestelle des Generalbundesanwaltes in Karlsruhe mitgeteilt:

- **2015 wurden 108 Terrorverfahren mit islamistischem Bezug eröffnet.**
- **2016 hat sich die Zahl mit 201 islamistischen Terrorverfahren fast verdoppelt.**
- **2017 schlägt sich die Flüchtlingswelle mit 1052 Terrorverfahren in der Statistik nieder.**
- **2018 wurden 884 islamistische Terrorverfahren dokumentiert.**
- **2019 kamen weitere 400 islamistische Terrorverfahren hinzu.**
- **2020 sind 381weitere islamistische Terrorverfahren eingeleitet worden.**

Die Gesamtsumme der islamistischen Terrorverfahren durch den GBA summiert sich seit 2015 somit auf 3026 Terrorfälle.

Die offenen Grenzen, die Migrations-Agenda der Bundesregierung, der Kontrollverlust und das Staatsversagen, wie das Nicht-Abschieben von Islamisten und Terrorismusverdächtigen, haben zu einer dramatischen Verschlechterung der Sicherheitslage geführt. Jederzeit rechnen die Sicherheitsbehörden mit neuen islamistischen Terroranschlägen. Dies stellt auch kein kurzfristiger Kollateralschaden der Flüchtlingspolitik dar, um es einmal zynisch zu umschreiben, sondern wird zur Belastung für nachfolgende Generation werden. Ein Blick nach Frankreich, England und Belgien lassen eine baldige und anhaltende Eskalation befürchten.

Derweil können Bundesminister wie Heiko Maas öffentlich und unwidersprochen Falschnachrichten verbreiten: »Es gibt keine Verbindung, keine einzig nachweisbare Verbindung zwischen dem Terrorismus und den Flüchtlingen – außer vielleicht eine: nämlich dass die Flüchtlinge vor den gleichen Leuten in Syrien flüchten, die verantwortlich sind für die Anschläge in Paris«, so der damalige Bundesjustizminister im ARD-Morgenmagazin.

Während AfD-Mitgliedern gefühlt Zitate bis aus dem Teenager-Alter vorgeworfen werden, musste sich Herr Maas für diese vorsätzlichen Fake News niemals medial rechtfertigen, entschuldigen oder gar zurücktreten.

Dabei reicht ein Blick in die Pressemitteilungen des GBA aus, um zu erkennen, dass Terroristen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan in großer Anzahl als Terrorverdächtige in Deutschland enttarnt wurden.

Kriegsverbrecher statt »Flüchtlinge«

Nehmen wir eine aktuelle Pressemitteilung der Bundesanwaltschaft vom 18. Januar 2021, die für jeden Bürger unter *generalbundesanwalt.de* frei zugänglich ist. Dort heißt es:

»Anklage gegen ein mutmaßliches Mitglied sowie einen mutmaßlichen Unterstützer der ausländischen terroristischen Vereinigung Jabhat al-Nusra (JaN) wegen u.a. des Vorwurfs eines Kriegsverbrechens erhoben.

Die Bundesanwaltschaft hat am 16. Dezember 2020 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf Anklage gegen
den syrischen Staatsangehörigen Khedr A. K. sowie
den syrischen Staatsangehörigen Sami A. S.
erhoben.

Die Angeschuldigten sind hinreichend verdächtig, im Zusammenhang mit einem nichtinternationalen bewaffneten Konflikt eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person gemeinschaftlich getötet zu haben (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 VStGB, § 211 Abs. 2 Var. 4 StGB).

Sie verbrachten gemeinsam mit den weiteren Beteiligten den gefesselten und bereits durch schwere Misshandlungen gezeichneten Gefangenen zum Hinrichtungsort. Khedr A. K., mit einem Schnellfeuergewehr bewaffnet, übernahm dort die Bewachung des Gefangenen und die Abschirmung der Hinrichtung. Sami A. S. wiederum filmte entsprechend der vorherigen Planung die Erschießung und kommentierte die Aufzeichnung in verherrlichender Art und Weise. Die Aufnahme stellte er anschließend der Terrororganisation Jabhat al-Nusra für deren Propagandaarbeit zur Verfügung.«

Die uns von den Mainstream-Medien angekündigten »hilfsbedürftigen Flüchtlinge« entpuppten sich in diesem Fall als brutale Mörder und Kriegsverbrecher. Wie hoch die Dunkelziffer in diesem epochalen Migrationsstrom insgesamt ist, bleibt jedoch bisher unbekannt.

Die AfD-Fraktion versucht zwar durch zahlreiche Anfragen an belastbare Zahlen zu gelangen, doch wird die größte Oppositionspartei im Bundestag durch die Bundesregierung in dreister, geradezu anti-demokratischer Weise, ausgebremst. Wer über einen hohen Blutdruck verfügt, sollte sich die Drucksache Deutscher Bundestag 19/25939 besser nicht durchlesen. Für alle hartgesottenen ist das hier hinterlegt Dokument sehr aufschlussreich. Im Besonderen mit

welchen hanebüchenen Begründungen die Nicht-Beantwortung von parlamentarischen Anfragen abwürgt werden:
»Eine Beantwortung der Frage kann wegen des damit verbundenen unzumutbaren Aufwands nicht erfolgen. (…) Zum derzeitigen aufenthaltsrechtlichen Status des genannten Personenkreises kann das BAMF auf Grund der Kompetenzverteilung keine Auskünfte erteilen. (…) Die weitere Beantwortung kann aus Gründen des Staatswohles nicht offen erfolgen. Sie enthalten unter dem Aspekt des Staatswohles schutzbedürftige Informationen, die im Zusammenhang mit nachrichtendienstlichen Aufklärungsmethoden und Vorgehensweisen des BfV unter Einfluss von Kooperationen mit anderen Behörden, anderen Nachrichtendiensten im Rahmender Aufgabenwahrnehmung gezogen werden.«
Nichtsdestotrotz, im Dokument werden durchaus Zahlen und Fakten genannt, welche allerdings *Die Destabilisierung Deutschlands* untermauern.
Die folgende Einschätzung aus dem Bundesinnenministerium, die auch in der Drucksache nachzulesen ist, müsste eigentlich vor jeder Bundestagssitzung durch den Bundestagspräsidenten verlesen werden, damit die Abgeordneten an die Folgen ihrer desaströsen Politik erinnert werden:
»Die Bedrohungslage für Deutschland befindet sich unverändert auf einem hohen Niveau. Deutschland steht weiterhin im unmittelbaren Zielspektrum von internationalen terroristischen Organisationen. Mit einer anhaltend hohen Gefahr jihadistisch motivierter Gewalttaten ist auch im Jahr 2021 zu rechnen.«
» Zum Telegram-Kanal von Autor Stefan Schubert: *Schuberts Lagemeldung*.
Bestellinformationen:
» Wisnewski: *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2021*, 288 Seiten, 14,99 Euro – **hier** bestellen!
» Stefan Schubert: *Anis Amri und die Bundesregierung*, 240 Seiten, 19,99 Euro – **hier** bestellen!
» Stefan Schubert: *Die Destabilisierung Deutschlands*, 336 S., 9,99 Euro – **hier** bestellen!
Mittwoch, 10.02.2021

http://www.pi-news.net/2021/02/lueneburg-syrer-toetet-zwei-patienten-in-psychiatrischem-krankenhaus/

GEGEN DEN TÄTER WURDE BEREITS WEGEN KÖRPERVERLETZUNG ERMITTELT

Lüneburg: Syrer tötet zwei Patienten in psychiatrischem Krankenhaus

20. Februar 2021

In der Psychiatrischen Klinik Lüneburg „Am Wienebütteler Weg" kam es zu der tödlichen Gewalttat. Polizeibeamte führen den Doppelmörder am Freitagmittag zum Amtsgericht Lüneburg: „Der Tatverdächtige wurde vorläufig festgenommen".

Von JOHANNES DANIELS | Die Mainstreammedien berichten durchwegs verklausuliert über den brutalen Doppelmord eines 21-jährigen Merkel-Gastes in Lüneburg in den frühen Morgenstunden am (halalen) Freitag: In der psychiatrischen Klinik „Am Wienebütteler Weg" ist gegen 2:10 Uhr zunächst ein 54-jähriger Patient von einem anderen „Patienten" niedergemetzelt worden.

Nach ersten polizeilichen Erkenntnissen tötete der junge Mann den 54-Jährigen durch „Gewalteinwirkung auf den Hals", meist eine Ermittler-Umschreibung für die Schächtung eines Opfers. Einen weiteren 56-jährigen Mitpatienten seiner Station verletzte der Täter so schwer, dass dieser später im Krankenhaus starb. Eine 61-jährige Pflegerin wurde durch den „Schutzsuchenden" schwer verletzt. Der Täter warf außerdem Gegenstände auf die Einsatzkräfte und verletzte eine weitere 42-jährige Pflegerin sowie einen Polizisten.

Mehrere Streifenwagenbesatzungen waren im Einsatz, um den Täter zu überwältigen und zu fixieren. Die Beamten mussten Pfefferspray gegen den Gast der Altparteien und des deutschen Steuerzahlers einsetzen.
Nach Angaben der Klinik kam es gegen 2:10 Uhr in einer geschlossenen Station der Erwachsenenpsychiatrie „ohne jegliche Vorzeichen zur Gewalteskalation". Oberstaatsanwalt Jan Christoph Hillmer: „Der 56-Jährige starb aufgrund stumpfer Gewalt gegen den Kopf, der 54-Jährige durch Gewalteinwirkung auf den Hals." Oberstaatsanwalt Hillmer resumiert: „Er hat sich nicht zum Tatvorwurf eingelassen." Laut Staatsanwaltschaft gab es gegen den Syrer allerdings bereits Verfahren wegen Körperverletzung und Bedrohung. Warum der Zu-uns-Geflüchtete nun plötzlich an einem Freitag zwei Menschen tötete, sei nach Angaben der Staatsanwaltschaft „völlig unklar."
Schutzsuchender kam erst einen Tag vor der Tat in die Klinik
Der 21-jährige Syrer lebte bis zur Tat in einem kleinen Ort im Landkreis Lüneburg auf Kosten der Allgemeinheit. Er war erst am Donnerstag in der Psychiatrie aufgenommen worden. Es hatte keine Hinweise auf Fremd- oder Eigengefährdung gegeben. Sprecherin Angela Wilhelm: „Der Patient war freiwillig zur stationären Behandlung gekommen. Nachts kam es ohne jegliche Vorzeichen zur Gewalteskalation."
Es ist innerhalb von vier Monaten der zweite öffentlich bekannt gewordene Fall eines Polizeigroßeinsatzes in der psychiatrischen Klinik in Lüneburg. Mitte November nahm die Polizei zwei Täter fest, die aus dem Maßregelvollzug der Forensik der psychiatrischen Klinik geflüchtet waren. Die beiden 29 und 36 Jahre alten Männer hatten im November einen Mitarbeiter in der Küche mit einem Messer bedroht und waren „geflüchtet". Erste Fahndungsmaßnahmen blieben erfolglos, so dass Zielfahndungsmaßnahmen eingeleitet wurden. Die „fluchtsuchenden" Männer, die sich unter anderem wegen mehrerer Raubdelikte im Lüneburger Maßregelvollzug befanden, wurden später in den mehr oder weniger offenen Vollzug zurückgebracht.
Der Relotius-Spiegel berichtet unter „Panorama" über den Doppelmord, verheimlicht seinen wenigen verbliebenen Lesern jedoch jegliche Details – ebenfalls ein Fall für die Klapse!

http://www.pi-news.net/2021/02/thueringen-13-jaehrige-in-ilmtalbahn-40-minuten-sexuell-missbraucht/

POLIZEI SUCHT ZEUGEN OHNE TÄTERBESCHREIBUNG

Thüringen: 13-Jährige in Ilmtalbahn 40 Minuten sexuell missbraucht

19. Februar 2021

Am Montag, 15. Februar 2021, wollte ein junges Mädchen im Alter von 13 Jahren aus Weimar gegen 16:00 Uhr eine Freundin besuchen. Dazu musste sie die Bahn benutzen, die um 16:19 Uhr vom Berkaer Bahnhof in Richtung Kranichfeld abfuhr. Bereits am Bahnsteig fiel ihr eine Gruppe junger Männer negativ auf, da diese einen sehr aggressiven Eindruck machten und sich dementsprechend aufführten. Als das junge Mädchen in der Bahn saß, stieg auch ein unbekannter Mann aus der Gruppe hinzu. Während der Zugfahrt wurde das Mädchen Opfer

einer Straftat von erheblicher Bedeutung. Zur genauen Verifizierung des Tatgeschehens sucht die Polizei nun dringend nach Zeugen.
Wer ist ebenfalls mit der Ilmtalbahn am 15.2.2021 ab 16:19 Uhr in Richtung Kranichfeld bzw. ab 17:04 Uhr von Kranichfeld in Richtung Weimar gefahren?
Wer kann Hinweise zum Tatgeschehen oder Täter machen?
Hat jemand Feststellungen im Vorfeld im Bereich des Berkaer Bahnhofs machen können, die zur Identifizierung des möglichen Täters oder der Gruppe führen können?
Bei Hinweisen wenden Sie sich bitte an die Kriminalpolizei in Weimar unter 03643- 8820 oder per Mail an: KPS.Weimar@polizei.thueringen.de
Rückfragen bitte an:
Thüringer Polizei
Landespolizeiinspektion Jena
Telefon: 03641- 81 1503
E-Mail: Pressestelle.LPI.Jena@polizei.thueringen.de
http://www.thueringen.de/th3/polizei/index.aspx
(Original-Content von: Landespolizeiinspektion Jena, übermittelt durch news aktuell)
Bei RTL.de erfährt man, dass ein Jugendlicher in der Weimarer Ilmtalbahn offenbar eine 13-Jährige 40 Minuten lang sexuell missbraucht. Weder die anderen anwesenden Fahrgäste noch der Lokführer seien eingeschritten, teilte ein Polizeisprecher mit. Warum veröffentlicht die Polizei nicht die mit Sicherheit vorliegende Täterbeschreibung des Opfers oder der angeblichen Zeugen?
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.
Stuttgart: Ein Unbekannter hat am Sonntagabend (14.02.2021) an der Büchsenstraße mehrere Frauen sexuell belästigt. Der Unbekannte stand gegen 20.30 Uhr neben zwei 29 und 30 Jahre alten Frauen und hatte dabei sein Geschlechtsteil entblößt. Als die Frauen dies bemerkten und weitergingen, folgte er ihnen und manipulierte dabei an seinem Glied. Bevor er in Richtung Königstraße davonlief, näherte er sich noch einer weiteren, bislang unbekannten Frau. Laut den Zeuginnen soll der Täter etwa 175 Zentimeter groß und dunkelhäutig sein. Er soll eine mollige Statur und kurze lockige Haare haben.
Dresden: Er versuchte sogar, sich jünger zu machen, um einer Strafe zu entgehen. Es gelang nicht. Das Landgericht Dresden verurteilte Ali R. (23) am Montag wegen sexueller Nötigung und vorsätzlicher Körperverletzung zu drei Jahren und zwei Monaten Haft. Er war im Juni in Meißen über eine 17-Jährige hergefallen. Bei Ali R. handelt es sich um den „Schutzsuchendenden", der zusammen mit seinem Bruder nach Deutschland „flüchtete", um „mal zu gucken" (PI-NEWS berichtete hier).
Bautzen: Ein 24-jähriger Afghane hat am 13. Februar 2021 auf dem Bahnsteig des Bahnhofes in Bautzen zwei 17- und 19-jährige Frauen mehrfach verbal mit

sehr anzüglichen Sprüchen beleidigt. Gegen 11:50 Uhr trafen Bundespolizisten den Tatverdächtigen an. Gegen ihn wird nun wegen Beleidung ermittelt.
Offenburg: Im Rahmen der intensivierten Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen im Grenzgebiet zu Frankreich, haben Beamte der Bundespolizei gestern Abend im Bahnhof Offenburg einen 31-Jährigen ohne Mund-Nase-Schutz im Bahnhof Offenburg angetroffen. Als die Streife ihn auf sein Fehlverhalten ansprach reagierte der gambische Staatsangehörige aggressiv und zog provokativ seine Hose herunter. Seine Personalien wurden festgestellt und zur Einleitung eines Bußgeldverfahrens an das zuständige kommunale Ordnungsamt weitergeleitet. Zusätzlich erhält er eine Anzeige wegen Belästigung der Allgemeinheit.
Velbert: Am Donnerstag (11. Februar 2021) kam es in Velbert-Neviges innerhalb von rund zweieinhalb Stunden zu zwei Fällen von sexuellen Belästigungen. Sowohl an der Werner-Buschmann-Straße als auch „Am Rosenhügel" hatte ein Mann jeweils eine Frau in Scham verletzender Weise begrapscht. Aufgrund der nahezu identischen Täterbeschreibungen geht die Polizei derzeit von ein und demselben Täter aus. Nach dem aktuellen Stand der Ermittlungen war Folgendes geschehen: Gegen 16 Uhr meldete sich eine Zeugin telefonisch bei der Polizei. Die Mitteilerin gab an, gerade an der Werner-Buschmann-Straße einen Mann beobachtet zu haben, welcher hinter zwei dort aufgestellten Altpapiercontainern sexuelle Handlungen an sich vornahm. Anschließend habe er eine zufällig vorbeigehende Passantin in Scham verletzender Weise begrapscht. Die Polizei leitete daraufhin umgehend Fahndungsmaßnahmen ein, wobei jedoch weder ein Tatverdächtiger, noch die Geschädigte, ermittelt werden konnte. Nur wenig später registrierte die Polizei dann erneut eine sexuelle Belästigung – diesmal zum Nachteil einer 24-jährigen Velberterin. Die Frau war gegen 18:30 Uhr zu ihrem Auto gegangen, welches sie am Fahrbahnrand der Straße „Am Rosenhügel" geparkt hatte. Als sie die Tür aufschließen wollte, näherte sich von hinten ein Mann und begrapschte die Frau in schamverletzender Weise. Anschließend rannte der Mann in Richtung Bahnhof und über die Florastraße davon. Die 24-Jährige alarmierte die Polizei, welche jedoch bei einer sofort eingeleiteten Fahndung keine verdächtige Person antreffen konnte. Zu dem Täter liegt in beiden Fällen eine nahezu identische Beschreibung vor: männlich, circa 25 bis 30 Jahre alt, circa 1,75 Meter groß, athletischer Körperbau, südländisches Erscheinungsbild, dunkle Augen.
Jena: Am 17.12.2020 kam es im Stadtgebiet von Jena zu einem sexuellen Übergriff gegenüber einer 20jährigen Frau. Der Täter zwang das Opfer in deren Fahrzeug zu sexuellen Handlungen. Dringend tatverdächtig ist ein in Jena wohnhaft gewesener 36jähriger syrischer Staatsangehöriger, der als Kurierfahrer Pakete zustellte. Der Beschuldigte befindet sich wegen dieser Tat derzeit in Untersuchungshaft in einer Justizvollzugsanstalt. Da es sich um eine mutmaßliche Wiederholungstat handelt, besteht der Verdacht, dass der Beschuldigte auch für weitere, bisher nicht angezeigte Übergriffe im Stadtgebiet von Jena verantwortlich ist. Der Tatverdächtige ist 36 Jahre alt, 170 cm groß, hat eine schlanke Gestalt, dunkles, lockiges Haar und trägt einen Vollbart. Geschädigte von sexuellen Übergriffen des Tatverdächtigen oder Zeugen, die sachdienliche Angaben machen können, werden daher gebeten, sich bei der Polizei unter kpi.jena@polizei.thueringen.de oder der Telefonnummer 03641/812414 zu melden.
Bad Vilbel: Nachdem eine junge Frau (zu diesem Zeitpunkt 25 Jahre alt) aus Niederdorfelden bereits Ende 2019 auf dem Nachhauseweg von einem Unbekannten überwältigt- und zu Boden gedrückt worden war, führte die Auswertung von am Tatort gesicherten DNA-Spuren nun zur Identifizierung eines Tatverdächtigen. Bei diesem handelt es sich um einen damals 19-

jährigen Asylsuchenden aus Afghanistan. Kriminalpolizisten vollstreckten Anfang Februar schließlich an dessen Wohnanschrift in Bad Vilbel einen Durchsuchungsbeschluss der Staatsanwaltschaft Frankfurt. Im Rahmen der strafprozessualen Maßnahme stellte man unter anderem mögliche Tatkleidung sicher. Am Donnerstag, 21.11.2019 war die Geschädigte zu Fuß auf dem Radweg an der Vilbeler Straße unterwegs in Richtung Gronau gewesen. Zwischen 0.20 Uhr und 0.30 Uhr trat ihr plötzlich ein Mann entgegen. Dieser ergriff die Frau, drückte sie zu Boden. Im dann folgenden Gerangel befreite sich die Geschädigte und konnte fliehen. An der nahegelegenen Landstraße machte sie einen Autofahrer auf sich aufmerksam, der sie mitnahm. Schließlich verständigte man die Polizei.

Marburg: Nach der Wahrnehmung einer Joggerin stand der sie bewusst anlachende Mann an einem Baum und masturbierte. Der Mann sprach die weiterlaufende Sportlerin nicht an und ging auch nicht hinterher. Der Vorfall war am Montag, 08. Februar, um etwa 16.35 Uhr auf dem Radweg zwischen dem Unistadion und dem Aquamar. Der dunkelhäutige, Ende 20 bis Anfang 30 Jahre alte, ca. 1,90 Meter große und schlanke Mann mit sportlicher Figur hatte große Lippen und trug eine rote Mütze zum blauen Jogginganzug mit weißen Streifen.

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/121309/DRK-Studie-Uebergriffe-gehoeren-im-Rettungsdienst-zum-Alltag?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

DRK-Studie: Übergriffe gehören im Rettungsdienst zum Alltag

Donnerstag, 18. Februar 2021

Berlin – Fast jeder fünfte Mitarbeiter des DRK-Rettungsdiensts wird mindestens ein- bis zweimal pro Woche im Einsatz beleidigt oder beschimpft.

Dies geht aus einer heute veröffentlichten Studie des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) hervor, für die Angaben von 425 Mitarbeitern im Rettungsdienst ausgewertet wurden (DOI: 10.1055/a-1310-6763). Die Daten für die nicht repräsentative Studie wurden von August bis November 2019 erhoben.

Laut DRK sind 40,3 Prozent der Befragten ausschließlich von verbaler Gewalt betroffen und etwa ein Drittel sowohl von verbalen als auch körper-lichen Übergriffen. Ausschließlich tätliche Übergriffe wurden von 14,1 Prozent genannt.

Die Täter sind dem DRK zufolge in etwa drei Vierteln der Fälle die Patienten selbst, jedoch zu gleichen Teilen auch Freunde (42,6 Prozent) und Angehörige (40,7 Prozent). Die häufigste Form bei den tätlichen Übergriffen sind demnach Schlagen und Treten (32,7 Prozent) fast gleichauf mit Schubsen (31,5 Prozent).

„Die Ergebnisse sind erschreckend", erklärte DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt. „Wir müssen leider fest-stellen, dass Beleidigungen, Beschimpfungen und auch körperliche Übergriffe mittlerweile zum Alltag im Rettungsdienst gehören."

Hasselfeldt plädierte dafür, Rettungsdienstmitarbeiter noch besser für solche Situationen zu schulen und Straftäter konsequent zu verfolgen. © afp/aerzteblatt.de

Sthttps://kopp-report.de/clanland-berlin-die-genossen-und-die-migranten/efan Schubert

Clanland Berlin – Die Genossen und die Migranten

Berlin bezeichnet wird, ist es laut Medien zu einem spektakulären Großeinsatz gegen arabische Clans gekommen. Doch die Hintergründe belegen nicht etwa einen handlungsstarken Staat, wie die Politik sich selbst beklatscht, sondern das genaue Gegenteil. Zu der Großrazzia wurde der zum Teil linksradikale Berliner Senat aus SPD, Grünen und SED/Linken geradezu gezwungen, da französische Sicherheitsbehörden ihm belastende Abhörprotokolle auf dem Silbertablett servierten.

EncroChat heißt die Datenverschlüsselungsfirma, deren Dienstleistung sich seit einigen Monaten zum Waterloo für Kriminelle entwickelt. Weltweit über 60 000 Schwerkriminelle sollen die Dienste des »WhatsApp für Gangster« genutzt haben: Kolumbianische Drogenkartelle, mexikanische Kartelle und deren Armee von Drogenhändlern und Auftragsmördern genauso wie die Mocro-Mafia in den Niederlanden.

Die Niederlande sind in der Kriminalitätsentwicklung Deutschland noch einige Zeit voraus. Die eingewanderten Marokkaner beherrschen dort die Unterwelt mit brutalen Methoden. Da wird in Amsterdam schon mal ein abgetrennter Kopf zur Einschüchterung vor der Shisha-Bar einer rivalisierenden Gang platziert. Experten befürchten alsbald »mexikanische Zustände« in den Niederlanden.

967000_wisnewski_vvv2021_2Erst im Juli hoben die Ermittler ein illegales Gefängnis einer Bande in den Niederlanden aus. In einem Lagerhaus hatten Kriminelle sieben Schiffscontainer zu Zellen umgebaut, um rivalisierende Gangmitglieder zu entführen, einzusperren und zu foltern.

»Einen siebten Seecontainer nannten die Verdächtigen das ›Behandlungszimmer‹, ganz offensichtlich gedacht und fertig eingerichtet, um Menschen zu foltern«, so die Staatsanwaltschaft in einer Pressemitteilung. Schallisoliert, Handschellen an Decken und Böden, und neben einem Zahnarztstuhl lagen die Folterinstrumente bereits bereit: Zangen, chirurgisches Besteck, Macheten und eine Heckenschere.

In diesem Milieu tummeln sich also die kriminellen Araberclans aus Deutschland. Neuerdings jammern jene harten Männer aus Beirut, Gaza und Istanbul sogar öffentlich herum, da sie erstmalig seit 20 Jahren nun befürchten müssen, für ihre kriminellen Taten auch zur Rechenschaft gezogen zu werden. Selbst deren aufgestellte Vergleiche hinsichtlich einer Judenverfolgung (»wie während Nazizeit«) bleiben von

Antifaschisten wie einem Heiko Maas oder dem langweiligen Phrasendrescher aus dem Schloss Bellevue unwidersprochen. Währenddessen ist französischen Spezialeinheiten eine Infiltrations-Operation bei EncroChat gelungen. So gelang es den Franzosen, die gesamte Kommunikation von 60 000 Kriminellen mitzulesen und entsprechende Ermittlungen zu starten.
Sollten Sie sich fragen, warum nicht deutschen Polizisten diese grandiose Meisterleistung gelungen ist, so muss ich diese populistische Entgleisung sofort energisch zurückweisen. Wie sollen deutsche Polizisten dies denn überhaupt zeitlich schaffen – zwischen einem Islam-Verharmlosungs-Seminar in einer salafistischen Hinterhof-Moschee in Berlin-Neukölln und dem neuen Umerziehungsprogramm der Polizeipräsidentin Barbara Slowik? Das vorschriftsmäßige Denunzieren von Kollegen hat bei den Sozialisten natürlich eine höhere Priorität als die eingewanderte Schwerkriminalität der Araberclans. Schon allein aus historischer Tradition. »Hat der Kollege eine rechte politische Haltung?«, lautet einer der Inhalte dieses Denunziationsprogramms der linksradikalen Berliner Polizeiführung. Und nein, leider handelt es sich dabei nicht um eine sarkastische Überzeichnung meinerseits, sondern um ein wörtliches Zitat.
Araber-Clans – die muslimische Mafia
Sicherheitsexperten gehen aktuell davon aus, dass 200 000 Personen Mitglied eines kriminellen Clans sind. Hinter diesen Zahlen verbergen sich Clans wie Miri, Omeirat, Nemr, Tamr, Remmo, Abou-Chaker, EI Kadi, Serhan, EI Kurdi und AI-Zein. Laut dem LKA-Lagebild handelt es sich bei den am meisten umkämpften Städten (neben Berlin, Hamburg und Bremen) in NRW um Gelsenkirchen, Duisburg, Bochum, Recklinghausen und Dortmund; Essen mit seinen 600 000 Einwohnern wurde zur Hauptbastion der Araber-Clans. Die Zustände in der Ruhrgebietsmetropole ordnet der ehemalige Kriminelle und Clan-Insider Hammed Khamis indessen folgendermaßen ein: »Essen ist verloren – verloren an die Araber!«
Einst kamen auch diese Berufskriminellen als »Flüchtlinge« hierzulande an, nun verbreiten sie Angst und sorgen für mehr Kriminalität und Gewalt in den Städten. Die kriminellen Araber-Clans haben den verweichlichten deutschen Staat und die einheimische Bevölkerung seit Jahrzehnten bereits als leichte Beute ausgemacht. Deren muslimischer Hintergrund stellt wiederum ein absolutes Tabu im Mainstream dar. Auch nur zu fragen, wie weit deren gewaltaffine islamische Sozialisation zur extrem hohen Kriminalitätsbelastung beiträgt, wird durch die Zensur der politischen Korrektheit sogleich erstickt. In dem Buch Sicherheitsrisiko Islam des Autors wird bei der Analyse dieser entscheidenden Frage in die Tiefe gegangen.
Clan-Krieg Tschetschenen
Der aktuelle Anlass, bei dem 500 Polizisten benötigt werden, um zwei Clan-Männer festzunehmen, findet seinen Ursprung in dem tobenden Verteilungskrieg zwischen neu eingewanderten Tschetschenen-Clans und den Libanesen-Clans – also die Einwanderer, die schon länger hier leben.
Während die Berliner Polizei voll und ganz damit beschäftigt ist, das sozialistische Plansoll einer 35-Prozent-Quote von Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Polizei zu erfüllen, sind die Araberclans der Genossin Polizeipräsidentin um Längen voraus. Deren

Migrationsquote liegt bei 100 Prozent. Das Plansoll des Zentralkomitees der Berliner Polizei muss also dringendst angepasst werden.

» Zum Telegram-Kanal von Autor Stefan Schubert: Schuberts Lagemeldung.

Bestellinformationen:
» Wisnewski: verheimlicht – vertuscht – vergessen 2021, 288 Seiten, 14,99 Euro – hier bestellen!
» Stefan Schubert: Sicherheitsrisiko Islam, 318 Seiten, 22,99 Euro – hier bestellen!

Weitere aktuelle Bücher von Autor Stefan Schubert:

» Stefan Schubert: Vorsicht Diktatur!, 320 Seiten, 22,99 Euro – hier bestellen!

» Stefan Schubert: Anis Amri und die Bundesregierung, 240 Seiten, 19,99 Euro – hier bestellen!

» Stefan Schubert: Die Destabilisierung Deutschlands, 336 S., 22,99 9,99 Euro – hier bestellen!
Freitag, 19.02.2021

http://www.pi-news.net/2021/02/duesseldorf-asylanten-wollten-unglaeubige-kaputt-machen/

MIGRANTENKRIMINALITÄT IN DEUTSCHLAND

Düsseldorf: Asylanten wollten „Ungläubige kaputt machen“

22. Februar 2021

Der Schriftzug "Deutsch mich nicht voll" ziert aktuell das Frankfurter Schauspielhaus.

Letzte Woche hat die Bundesanwaltschaft eine fünfköpfige, mutmaßliche Terrorgruppe tadschikischer Flüchtlinge vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf angeklagt. Mit Paint-Ball-Kriegsübungen bereiteten sie sich auf den „Heiligen Krieg“ vor. FOCUS Online berichtet über das Innenleben einer höchst gefährlichen Terror-Zelle. Die Teilnahme an der nächsten Kampfübung mit Paint-Ball-Waffen kam einer Pflicht gleich: Muslime müssten immer trainieren, um die Kuffar (die Ungläubigen) „kaputt zu machen“, mahnte Komron B. Der tadschikische Flüchtling galt nach FOCUS-Online-Informationen als Organisator einer islamistischen Chatgruppe, die etwa bei einem Paintball-Event Mitte Januar 2019 in Rheine mit Sturmgewehr ähnlichen Farbkugelwaffen den Häuserkampf durchexerzierte *(Auszug aus einem Artikel von Focus-Online).*

Obiger Schriftzug „Deutsch mich nicht voll“ eines gewissen Naneci Yurdagül ziert aktuell das Frankfurter Schauspielhaus. Anlass ist der

Amoklauf des offensichtlich unter einer paranoiden Psychose leidenden Tobias R. vor einem Jahr in Hanau, bei dem er zehn Menschen ermorderte. In den Medien ist oft nur von neun Opfern die Rede, da die eigene Mutter ebenso vom Täter erschossen wurde, dies aber nicht in das gewünschte „Framing" von Altparteien, Medien und außereuropäischen, antideutschen Migrantenorganisationen passt. Herrn Yurdagüls Problem wäre zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst, wenn er in dem Land leben würde, aus dem sich seine Vorfahren selber nach Deutschland eingeladen haben. „Deutsch mich nicht voll" gilt inzwischen für komplette Stadtviertel in Westdeutschland, wie dieses Video aus Mannheim (konkret ab Minute 1:20) zeigt.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen" in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Kaiserslautern: Wer war in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch (16./17. Februar) in der Fußgängerzone unterwegs und hat gegen 2.15 Uhr in der Kerststraße eine Beobachtung gemacht? Hier kam es in Höhe der Buchhandlung „Thalia" zu einer Auseinandersetzung mit mehreren Beteiligten. Dabei wurden zwei junge Männer verletzt. Nach Angaben der beiden 22 und 26 Jahre alten Opfer waren sie zu Fuß auf dem Heimweg, als sie von einer vierköpfigen Gruppe angesprochen wurden, die sie nicht kannten. Nach einem kurzen Gespräch wollten die beiden Männer weitergehen, wurden dann aber aus der Gruppe heraus von zwei Männern angegriffen. Einer sprühte ihnen Pfefferspray in die Augen, der andere traktierte sie mit Fäusten. Es gelang den Opfern schließlich zu flüchten. Nachdem sie zu Hause angekommen waren, verständigten die beiden Männer die Polizei. Während der sofort eingeleiteten Fahndung wurden mehrere Personen kontrolliert, es konnte aber niemand eindeutig als Täter identifiziert werden. Die weiteren Ermittlungen laufen. Von den Angreifern liegt nur eine vage Beschreibung vor: männlich, ca. 18 bis 20 Jahre alt, dem Äußeren nach könnten sie türkischer Herkunft sein; einer trug Hosen mit Löchern darin. Näheres ist nicht bekannt. Bei den beiden anderen Personen, mit denen sie unterwegs waren, handelte es sich um einen weiteren Mann und eine Frau.

Aalen: Am Mittwoch kam es gegen 17 Uhr im Bereich einer Einkaufspassage in der Weidenfelder Straße zu einer körperlichen Auseinandersetzung in deren

Verlauf ein 53-jähriger Mann von einem bislang unbekannten, etwa 25 Jahre alten Mann mit der Faust in das Gesicht geschlagen wurde. Der 53-Jährige versuchte daraufhin der jungen Mann festzuhalten, stürzte dabei jedoch zu Boden und erhielt am Boden liegend nochmals einen Schlag gegen den Kopf. Weitere Schläge konnten durch das Eingreifen von mehreren Passanten verhindert werden. Anschließend flüchtete der Schläger, der in Begleitung einer etwa 50-jährigen Frau mit gelbem Kopftuch, orange-beigem Mantel und langem schwarzen Rock (vermutlich seine Mutter) war, mit einem Bus der Linie 13 um 17:07 Uhr vom ZOB in Richtung Wasseralfingen. Er stieg in Wasseralfingen an der Haltestelle bei einer Buchhandlung in der Karlstraße aus dem Bus aus. Der 25-jährige Mann hatte einen dunkleren Teint, dunkle Haare und war etwa 180cm groß. Er war mit einem schwarzen Trainingsanzug, schwarzen Schuhen, einer roten Cap und einem MNS bekleidet. Hinweise auf die gesuchte Person nimmt das Polizeirevier Aalen unter der Rufnummer 07361 / 5240 entgegen.

Bremen: Durch lautes Geschrei beim Postamt am Bremer Bahnhofsplatz wurden Bundespolizisten auf eine Personengruppe aufmerksam. Eine 46-jährige Deutsche aus Bremen lag am Boden, die zuvor von mehreren Männern geschlagen und getreten worden sein soll. Diese sollen versucht haben, ihr die Handtasche zu entreißen. Ob sie auch den 50-jährigen Begleiter der Frau schlugen, ist noch unklar. Beim Eintreffen der Streife warf einer von ihnen eine fremde EC-Karte weg. Als Tatverdächtige festgenommen wurden ein 30-jähriger Syrer, ein 17-jähriger Libyer, ein 16-jähriger Marokkaner und zwei Algerier (21,17). Sie wurden an die Polizei Bremen übergeben. Die Ermittlungen dauern an.

Essen: Eine junge Frau (23) aus Haltern wurde gestern Morgen (Mittwoch, 17. Febraur gegen 6:25 Uhr) nahe des Kennedyplatzes überfallen und verletzt. Bereits in der Nähe des Hauptbahnhofes am Willy-Brandt-Platz fiel der jungen Frau ein Mann auf, der ihr folgte. Als er die Fau eingeholt und aufdringlich nach Geld fragte, wies diese ihn berechtigt und couragiert zurück. Offenbar einen anderen Weg nehmend versperrte ihr der Mann wenige Minuten später am Kennedyplatz den Weg. Mit derselben Forderung griff er die Frau sofort körperlich an. Trotz eines mutmaßlichen Würgegriffs, Tritten und Schlägen konnte die wehrhafte Frau laut um Hilfe rufen. Sie befreite sich aus der Umklammerung und flüchtete in ein nahes Bürogebäude. Polizeibeamte, die sofort zu Hilfe kamen und nach dem flüchtigen Räuber fahndeten, stellten den mutmaßlichen Täter an der Viehofer Straße. Das Raubkommissariat übernahm die weiteren Ermittlungen und stellte die mit Blut anhaftende Kleidung des 22-jährigen, syrischen Verdächtigen sicher. Nachdem die Beamten seine tatsächlichen Personalien festgestellt hatten, der Beschuldigte nutzte bislang über ein Dutzend Aliasnamen, kam er in Haft.

Stuttgart/Waiblingen: Ein 22-Jähriger hat am gestrigen Donnerstagnachmittag (18.02.2021) gegen 16:40 Uhr einen Mitarbeiter der DB-Sicherheit auf der Fahrt von Stuttgart nach Backnang gewürgt. Der 22-jährige Mann war zunächst auffällig geworden, als er während der Fahrt in der S-Bahn

lautstark Musik auf seinem Smartphone abspielte und damit offenbar umsitzende Reisende belästigte. Trotz mehrfacher Aufforderung der Sicherheitskräfte die Lautstärke zu reduzieren, verblieb der 22-Jährige uneinsichtig und beleidigte sowie bedrohte daraufhin die beiden Bahnmitarbeiter. Im weiteren Verlauf soll er unvermittelt einem der Beiden an den Hals gegriffen und gewürgt haben. Der Streife der DB-Sicherheit gelang es den gambischen Staatsangehörigen bis zur Übergabe an alarmierte Kräfte der Landespolizei in Waiblingen zu fixieren. Der Geschädigte erlitt durch den Vorfall Abschürfungen am Hals sowie Schluckbeschwerden und begab sich selbstständig in ärztliche Behandlung. Insbesondere die Auswertung der Videosequenzen der tatrelevanten S-Bahn ist derzeit Gegenstand der Ermittlungen, welche die Bundespolizei gegen den im Rems-Murr-Kreis wohnhaften Mannes wegen des Verdachts der Körperverletzung, Beleidigung und Bedrohung führt.

Neuenburg (Schweiz): Hinterhältiger Angriff in Neuenburg. Eine Schweizerin wurde in der Tiefgarage ihrer Wohnung mit Säure bespritzt. Sie wurde vom Rettungsdienst zuerst in Neuenburg ins Spital gebracht. Anschliessend kam sie ins Universitätsspital Chuv nach Lausanne. Die Tat passierte am Donnerstagmorgen um 7.53 Uhr an der Rue de L'Evole 53, wie die Neuenburger Kantonspolizei in einer Mitteilung schreibt. Beim Opfer handelt es sich um Model Elise T.* (24). «Sie ist eine wunderbare Person», sagt eine Nachbarin zu lematin.ch. «Ein reizendes Mädchen, sehr hübsch.» Elise machte vor einigen Jahren auch bei einem Westschweizer Schönheitswettbewerb mit. Die Frau wurde zuerst von einem Nachbarn betreut, der durch die Hilfeschreie aufgeschreckt worden war. Der Nachbar duschte die Frau mit reichlich Wasser ab, während sie auf professionelle Hilfe warteten. Die 24-Jährige befindet sich nicht in Lebensgefahr. Drei Stunden nach dem Vorfall wurde dank eines Grosseinsatzes ein 19-jähriger in der Region lebender Mann im Stadtteil La Maladière festgenommen. Er befindet sich in Gewahrsam. Beim Verdächtigen handelt es sich um einen Flüchtling aus Afghanistan, wie Georges-André Lozouet, Sprecher der Kantonspolizei Neuenburg, auf Anfrage von BLICK erklärt.

Bielefeld: Wie bereits berichtet, stach am Sonntag, 10.01.2021, ein bislang Unbekannter mit einem Messer auf einen 35-jährigen Bielefelder ein und entkam zusammen mit einer Begleitperson vom Tatort im Bereich Breipohls Hof. Der Tatverdächtige wird wie folgt beschrieben: männlich, etwa 17 Jahre alt, Südländer, längere schwarze Haare, 160 bis 165cm groß und schlank. Der Täter soll von sich selbst behauptet haben, ein „Senner" zu sein. Die Polizei bittet um Mithilfe bei der Identifizierung des Täters. Zeugen melden sich mit Hinweisen zum Täter oder dem Tatgeschehen beim zuständigen Kriminalkommissariat 14: 0521/545-0.

Osnabrück: Osnabrücks Polizeipräsident Michael Maßmann hat vor der Ausbreitung krimineller Großfamilien im ländlichen Raum gewarnt. „Wir sind ganz sicher kein Hotspot, aber Clan-Kriminalität ist auch auf dem Land angekommen", sagte er der Bild-Zeitung. Allein im vergangenen Jahr habe seine Polizeidirektion 700 Einsätze gegen Clans verzeichnet. Dabei sei „das Verhalten vieler Clan-

Mitglieder gegenüber der Polizei nach wie vor von einem Maximum an Respektlosigkeit und latenter Gewaltbereitschaft geprägt", führte Maßmann aus. Niedersachsen erfaßt die Clan-Kriminalität seit 2013 in einem gesonderten Bericht. Seit 2018 gehen die dortigen Sicherheitsbehörden demnach mit einem einheitlichen Konzept gegen die zumeist arabisch-stämmigen Sippen vor, wozu unter anderem das Beschlagnahmen von Autos und Vermögen gehöre. In dem Bundesland gibt es seit vergangenem Herbst vier sogenannte Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften in Braunschweig, Hildesheim, Osnabrück und Stade. Maßmann betonte jedoch, nicht „pauschal gegen Familien oder Gruppen mit einer gewissen Herkunft" vorzugehen. „Für uns ist immer der Einzelfall für unser Handeln entscheidend." Bereits im November 2018 hatte das Landeskriminalamt (LKA) in Nordrhein-Westfalen von der Ausbreitung der kriminellen Clans in ländlichen Regionen berichtet. „Wir finden sie zum Beispiel in Mettmann, Düren oder in Westfalen", sagte damals der leitende Kriminaldirektor des LKA, Thomas Jungbluth *(Artikel übernommen von der JUNGE FREIHEIT).*

Falkenstein: Am Samstagnachmittag kam es in einem Imbiss an der Ellefelder Straße zu einer Auseinandersetzung. Nach ersten Erkenntnissen betrat ein 21-jähriger Deutscher die Lokalität und geriet mit einem 29-Jährigen und einem 25-Jährigen, beide türkische Staatsbürger, in Streit. In dessen Verlauf soll der 29-Jährige mit einer Schreckschusswaffe in die Luft gefeuert haben. Außerdem wurde der 21-Jährige geschlagen und erlitt leichte Verletzungen. Als die Polizeibeamten des Auerbacher Reviers eintrafen, hatte sich die Situation wieder beruhigt. Der 21-Jährige hatte den Imbiss bereits wieder verlassen. Die Beamten stellten die Schreckschusswaffe sicher und fertigten eine entsprechende Anzeige.

http://www.pi-news.net/2019/09/duesseldorf-nordafrikaner-vergewaltigten-51-jaehrige-im-hofgarten/

TÄTER „BEREITS ERHEBLICH IN ERSCHEINUNG GETRETEN"

Düsseldorf: Nordafrikaner vergewaltigen 51-Jährige im Hofgarten

26. September 2019

Am Ananasberg im Düsseldorfer Hofgarten wurde eine 51-Jährige von „mindestens zwei Jugendlichen" bereits vergewaltigt, die weitere NRW-Gruppenvergewaltigung wurde nun aufgeklärt. Staatsanwältin Britta Zur bei der Pressekonferenz mit näheren Täterhinweisen: „Keine Deutschen". Von DAVID DEIMER | Laut BILD wurde eine „schlimme Gruppenvergewaltigung" in Düsseldorf durch „keine Deutschen" drei Monate nach dem Verbrechen von Polizei und Staatsanwaltschaft

aufgeklärt. Die polizeibekannten Intensivtäter sind zwischen 15 und 17 Jahre alt.

Eine Frau (51) aus Wuppertal war an Pfingsten 2019 nach einem Altstadtbesuch in den Hofgarten gelockt, dort vergewaltigt und beraubt worden. Jetzt hat die Polizei vier Jugendliche (keine Deutschen) als Tatverdächtige festgenommen, teilte sie am Donnerstag bei einer Pressekonferenz mit. [BILD]

Das Opfer hatte in „der verhängnisvollen Nacht" vom 7. auf den 8. Juni wegen Unwohlsein eine Disco verlassen und wollte eine öffentliche Toilette aufsuchen. Dabei wurde es von einem jungen Mädchen, das als Lockvogel diente, angesprochen. Die erst 14-jährige Mittäterin hatte der Frau ihre Hilfe angeboten und sie in den nahen Hofgarten geführt, um „frische Luft zu schnappen".

Wer schützt die Menschen vor „schutzsuchenden" Intensivtätern?

Dort hatte das Mädchen die drei anderen Jugendlichen herbei gerufen, die bereits in „Stellung" auf Beute lauerten.

Die nordafrikanische Personengruppe hatte ihr traditionelles Taharrush-Opfer dann immer tiefer in den Park gedrängt und auf einer Anhöhe schließlich „brutal vergewaltigt". Dabei wurden dem Opfer auch die Handtasche sowie das Handy geraubt. Die Wuppertalerin flüchtete sich vor den Geflüchteten in ein nahegelegenes Hotel an der Inselstraße, bat um Hilfe und ließ von den Mitarbeitern die Polizei rufen, die die geschockte Frau in ein Düsseldorfer Krankenhaus einliefern ließen.

Das Opfer beschreibt die Täter: Etwa 24 bis 26 Jahre alt, circa 1,70 Meter bis 1,85 Meter groß, nordafrikanisches Aussehen. Einer hatte krauses schwarzes Haar.

Gruppenvergewaltigung, Körperverletzung, Drogen, Diebstahl …

Auf der Kleidung des Vergewaltigungsopfers wurden Täter-DNA-Spuren sichergestellt und analysiert. „Am 11. September bekamen wir von der DNA-Analyse-Datenbank Treffer für zwei Personen", erklärt Kriminalhauptkommissarin Sabine Supply vom KK12.

Die DNA-Treffer führten zu zwei Intensivtätern aus Ratingen, nach eigenen Angaben 15 und 17 Jahre alt. Beide sind bereits polizeilich „erheblich in Erscheinung getreten", unter anderem wegen Körperverletzung, Drogen und Diebstahl. Die beiden Genital-„Goldstücke" (Martin Schulz, SPD) wurden „zu Hause" festgenommen – wohl eher in einer MUFL-Unterkunft à 8.469 € Steuergeld im Monat pro Täter. Über sie kamen die Ermittler auf die zwei weiteren Komplizen: die 14-jährige Mittäterin und einen weiteren tatverdächtigen „Bub" (15). Das Handy des Opfers wurde dann im Umfeld der 14-Jährigen gefunden.

„Ungeachtet ihres Alters sitzen alle Vier in U-Haft", erklärte Staatsanwältin Britta Zur bei der Pressekonferenz am Donnerstag: „Die Ermittlungen wegen gemeinschaftlicher schwerer Vergewaltigung, Raubes und Körperverletzung dauern an." So soll dabei die Frage geklärt werden, „ob die Tat von den Jugendlichen geplant war" (BILD). Von wem sonst – vom Opfer?

http://www.pi-news.net/2021/02/sinsheim-tuerkischer-14-jaehriger-mehrfachtaeter-ersticht-13-jaehrigen/

TÄTER LÖSTE MIT MORDVERSUCH AN REALSCHULE BEREITS GROSSEINSATZ AUS

Sinsheim: Türkischer 14-jähriger Mehrfachtäter ersticht 13-Jährigen

25. Februar 2021

Von JOHANNES DANIELS | Das unter dem Ex-Kommunisten Winfried Kretschmann grün-schwarz regierte Baden-Württemberg ist integrativ, bunt und für alles offen. Doch nach dem grausamen Messermord an einem 13-jährigen Realschülers sind die Bürger in Sinsheim-Eschelbach fassungslos angesichts der Tat, die „ein 14-Jähriger verübt haben soll" (Mainstreammedien) – das ganze Dorf wirkt wie gelähmt.

Der Mord hätte wie so oft verhindert werden können, wenn die „Jugendbehörden" nicht wieder über alle Maße versagt hätten – wie üblich im Multi-Kulti-Deutschland bei Schwerkriminellen mit Migrationshintergrund. Wenig erstaunlich, dass bislang kein einziges anderes Medium in Deutschland über den ethnischen Täterhintergrund berichtet.

Am Rande eines Waldes im Sinsheimer Stadtteil Eschelbach fand die Polizei am Mittwochnachmittag gegen 16.30 Uhr die blutüberströmte Leiche eines 13-Jährigen. Alles am Tatort deutet auf ein schreckliches Verbrechen hin. Kurz darauf nahmen die Beamten einen Tatverdächtigen fest. Es handelte sich um einen 14-Jährigen, der bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendbehörden selbstverständlich hinlänglich bekannt ist.

„Ehrenmord" – jetzt schon bei „Kindern"

Am Donnerstagnachmittag setzten Ermittler von Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei Mannheim um 15:45 Uhr eine Pressekonferenz an, um „über erste Erkenntnisse nach den Ermittlungen im sozialen Umfeld von Opfer und mutmaßlichem Täter zu berichten": Das Mordopfer wurde demnach heimtückisch unter einem Vorwand an den Waldrand gelockt und gegen 16.00 Uhr des Vortages mit mehreren Messerstichen eines Küchenmessers getötet – es soll sich um ein „durch Eifersucht motiviertes Delikt" handeln. Möglicherweise war das minderjährige Objekt der Begierde ebenfalls am Tatort anwesend, wie die Aussagen der Ermittler stark vermuten lassen.

Aus Gründen des Jugend- und Täterschutzes wurden bei der 20-minütigen Pressekonferenz allerdings keine genauen Details über Herkunft und Hintergrund des Täters genannt. Die Möglichkeit, dass der Täter „psychisch erkrankt sein könnte", würde in solchen Fällen durch einen versierten Jugendpsychologen geprüft. Nicht zum ersten Male bei dem 14-Jährigen übrigens.

Täter löste mit Mordversuch an Schule bereits Polizei-Großeinsatz aus

Bei dem Messermörder handelt es sich nach PI-NEWS-Recherchen um einen bereits hochkriminellen „deutsch-türkischen" Heranwachsenden, der schon am 23. November an der Thomas-Morus-Realschule in Östringen – nordöstlich von Karlsruhe – einen ebenfalls 13-Jährigen mit einem Messer schwer verletzt hatte. Zu diesem Zeitpunkt war der Angreifer aber nach deutschem Strafrecht „noch nicht strafmündig". Der 14-jährige Jungtürke ist auch bereits wegen „weiterer früherer Gewaltdelikte in Erscheinung getreten".

Der 14-Jährige wurde nach seinem ersten Mordversuch an einem Gleichaltrigen im November „vorläufig" in einer Mannheimer Kinder- und Jugendpsychiatrie untergebracht, dort aber postwendend nach mehreren Tagen sofort wieder entlassen, wohl aufgrund der positiven

Sozialprognose im Kreise seiner Großfamilie. Dies wurde aus dem schulischen Umfeld der tickenden Messerzeitbombe am Donnerstag bestätigt.
Der Mordversuch des ~~Buben~~ ~~Teenagers~~ schon mit 13 Jahren Schwerstkriminellen löste nach Lokalzeitungsberichten einen Großeinsatz der Polizei an seiner Realschule mit über 60 Polizeibeamten aus: Der Täter stach einen Mitschüler vor drei Monaten mit mehreren Messerstichen brutal nieder: Am Montagvormittag des 23. Novembers griff er einen gleichaltrigen Mitschüler mit dem Messer an und „verletzte ihn schwer". Im Rahmen des Großalarms wurden mehrere Streifen an die Schule beordert. Gleichzeitig wurden die Schüler von den „Lehrer*innen" in die Klassenzimmer gebracht. Kurze Zeit später konnten die Einsatztruppen den Tatverdächtigen, der von einem Lehrer in einem Zimmer bewacht wurde, vorläufig festnehmen. Im Zuge dessen wurde auch das Messer sichergestellt.
Der schwerverletzte Schüler wurde vor Ort mit einem Rettungshubschrauber in eine Klinik geflogen. Zur Betreuung der Schüler und der an der Schule eingetroffenen Eltern wurden Seelsorger und Betreuer eingesetzt.
Eine Lokalzeitung berichtete am 24. November 2020:

> *Mehrere Beamte überwachen währenddessen in der Schule, dem Schulhof und den Abfahrtsstellen der Schulbusse die Situation. Nach Angaben der Polizei sind bis 14:30 Uhr fast 60 Beamt*innen im Einsatz. Nach bisherigen Erkenntnissen bestehen zwischen den deutsch-türkischen Schülern seit Monaten Streitigkeiten. Beide gehen in verschiedene 7. Klassen an der Schule. Nach der Pause soll der Angreifer in das Klassenzimmer seines Opfers gekommen sein und dem 13-Jährigen mehrere Stichverletzungen am Oberkörper zugefügt haben.*

Nach dem Großeinsatz sei die Schulgemeinde der Thomas-Modus-Realschule erheblich traumatisiert gewesen. Die Polizeidirektion Heidelberg bestätigte den Sachverhalt auf Nachfrage. Bei dem damaligen Opfer handelt es sich jedoch nach letzten Erkenntnissen wiederum „um ein anderes Kind" als das Mordopfer. Bei der ersten Messerattacke sei „der Junge 13 Jahre alt und noch nicht strafmündig gewesen". Weiter werde man sich zunächst nicht äußern. Außer einer Schulverweisung und dem wohlwollenden Kurz-Psycho-Check der Mannheimer Kinder- und Jugendpsychiatrie passierte: Nichts.
Angst vor Lynchjustiz: „Zahlreiche Familienmitglieder der Beteiligten"
Kurz nach der Tat waren am Mittwochabend dann auch „zahlreiche Familienmitglieder der Beteiligten an den Ort des Geschehens" gekommen. Die Lage war „bisweilen unübersichtlich". Bis in die späte Nacht war am Mittwoch ein starkes Polizeiaufgebot in Sinsheim und dem Stadtteil Eschelbach präsent. „Ein Standardprogramm", wie es hieß, welches dazu diene „Affekthandlungen vorzubeugen, die unter den betroffenen Familien vorkommen könnten"!
„Eltern krimineller Kinder werden aus Sicht der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) viel zu oft allein gelassen" – die Jugendämter verfügten nicht über genug qualifiziertes Personal, sagte der Landesvorsitzende der DPolG Baden-Württemberg, Ralf Kusterer, am Donnerstag. Es fehle vor allem an erfahrenen Sozialarbeitern, die den psychischen Herausforderungen der Arbeit mit delinquenten Kindern und Jugendlichen gewachsen seien. „Etliche Täter hätten schon vor der bedingten Strafmündigkeit mit 14 Jahren eine Latte von Delikten auf dem Kerbholz", betonte Kusterer. Viele Einrichtungen, in denen diese jungen Menschen unterkämen, arbeiteten nach dem Laissez-faire-Prinzip, dabei wären starke Strukturen viel wirksamer, sagte er. „Ich

befürworte in solchen Fällen eine zwangsweise Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung.“ Leider zu spät – in diesem Mordfall.
Polizeisprecher Christopher Weselek: „Über die Hintergründe und das Verhältnis der beiden zueinander, können wir noch nichts sagen. Die Ermittlungen stehen noch ganz am Anfang.“ Die Polizei bittet auch, Spekulationen in den sozialen Netzwerken zu den Hintergründen der Tat zu unterlassen.
Der Sinsheimer Oberbürgermeister Jörg Albrecht hat sich bestürzt über den tödlichen Messerangriff auf einen 13-Jährigen gezeigt. „Die Betroffenheit ist groß, das trifft einen Ort ins Mark“, betonte der parteilose Rathauschef am Donnerstag. Er werde den Angehörigen des getöteten Jungen im Laufe des Tages sein Beileid ausdrücken. Mit Blick „auf etwaige Befürchtungen von Eltern von Schülern oder Kita-Kindern“ erklärte Albrecht:
„Es gibt keinen Anlass, in Panik zu geraten“
Es wird nun höchste Zeit, über eine tiefgreifende Reform des laschen Laissez-Faire-„Jugendstrafrechts“ angesichts sich häufender Morddelikte von Tätern mit Migrationshintergrund zu reflektieren. Ein Täter, der mit einem Messer auf andere Menschen in Tötungsabsicht losgeht ist per se strafmündig.
Erst vor zwei Wochen erstach ebenfalls im grün-bunten Baden-Württemberg eine türkischstämmige vorbestrafte 15-jährige „Deutsche“ am Ravensburger Bahnhof eine 62-Jährige Passantin anlässlich eines Raubmords – PI-NEWS berichtete, im Gegensatz zur Mainstreampresse, die wie immer über den Jungmigrantenmord schwieg.
Da ist wohl in der Erziehung einiges schief gelaufen, bei Tätern und den „Journalisten“.

https://www.n-tv.de/panorama/14-jaehriger-Verdaechtiger-bestreitet-Tat-article22388957.html
FREITAG, 26. FEBRUAR 2021
Junge in Sinsheim erstochen14-jähriger Verdächtiger bestreitet Tat
Aus Eifersucht soll ein 14-Jähriger aus Sinsheim in Baden-Württemberg auf einen fast Gleichaltrigen eingestochen haben. Das Opfer verblutet. Obwohl der Verdächtige mit einem Messer in der Nähe des Tatorts aufgegriffen wird, will er mit dem Tod des Jungen nichts zu tun haben.
Nach der tödlichen Messerattacke auf einen 13-Jährigen in Sinsheim bestreitet der dringend verdächtige 14-Jährige die Tat. Er habe seine Unschuld bei der Eröffnung des Haftbefehls beteuert, teilte die Staatsanwaltschaft Heidelberg mit. Nach dem Obduktionsergebnis starb der 13-Jährige an "Verbluten nach innen". Hinter der Tat stehen Eifersuchtsstreitigkeiten um ein 12-jähriges Mädchen.

PANORAMA26.02.21
"Wie ein Schatten über der Stadt"Mord an 13-Jährigem schockiert Sinsheim
Der 14-Jährige war am Mittwoch mit einem Küchenmesser in der Hand neben der Leiche des Jungen und dem Mädchen im Stadtteil Eschelbach festgenommen worden. Nach den bisherigen Ermittlungen war der 13-Jährige zu dem Treffpunkt an einem Waldrand gelockt worden. Nach einer "gewissen Wegstrecke" soll dann der 14-Jährige dann auf den Jungen

eingestochen haben. Die Ermittler gehen von einer gezielten Tat aus, weil er das Küchenmesser zu dem Treffen mitgenommen hatte.

Mitschüler mit Messer schwer verletzt

Der mutmaßliche Täter hatte bereits im vergangenen November an einer Realschule in Östringen (Kreis Karlsruhe) einen Mitschüler mit einem Messer schwer verletzt. Das zuständige Jugendamt des Rhein-Neckar-Kreises hat nach diesem ersten Messerangriff das Familiengericht nicht eingeschaltet.

MEHR ZUM THEMA

Haftbefehl erlassen **14-Jähriger in Sinsheim tötet aus Eifersucht**

Weiterer Junge festgenommen **13-Jähriger bei Sinsheim tot aufgefunden**

Nach Angaben des dafür zuständigen Landgerichts Heidelberg wird das Familiengericht mit Fällen von Gefahr für das Kindeswohl befasst. Im diesem Fall seien aber wahrscheinlich aus Sicht des Jugendamtes weder ein Sorgerechtsentzug für die verwitwete Mutter noch eine Zwangsunterbringung des Jungen nötig gewesen, sagte der Gerichtssprecher.

Für solche schwerwiegenden Schritte ist eine richterliche Genehmigung erforderlich. Das Familiengericht sei etwa eine Woche nach Erhalt der Akte der Staatsanwaltschaft Mitte Januar auf das Jugendamt zugegangen, um sich über die ergriffenen Maßnahmen zu informieren. Wenige Tage vor der Tat sei eine weitere routinemäßige Anfrage an das Jugendamt ergangen. Das Schreiben habe die Behörde aber wahrscheinlich nicht mehr vor der Tat erreicht.

Quelle: ntv.de, jug/dpa

http://www.pi-news.net/2021/02/amberg-araber-begrapschen-13-jaehrige/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Amberg: Araber begrapschen 13-Jährige

27. Februar 2021

Am Donnerstag, 25.02.2021, gegen 19:20 Uhr wurde ein Mädchen zwischen dem Bahnhof und dem Busbahnhof in Amberg von einem Mann angesprochen. Er versuchte die 13-Jährige unter einem Vorwand in sein Auto zu locken. Als das Mädchen sich geweigert hatte, wurde sie von einem zweiten Mann umarmt und oberhalb der Bekleidung gestreichelt. Eine dritte, männliche Person stand ebenso in der Nähe und gehörte wohl zu der Gruppe dazu. Das Mädchen setzte sich zur Wehr und lief in Richtung Busbahnhof weg, wobei sie von einem der Männer verfolgt wurde. Als die 13-Jährige in einen wartenden Bus mit roten Farbelementen einstieg und mit dem Fahrer sprach, entfernte sich ihr Verfolger. Daraufhin begab sich das Mädchen nach Hause und verständigte mit ihren Eltern die Polizei.

Zu den unbekannten Personen liegen folgende Beschreibungen vor: Person 1: 20-30 Jahre alt, 170-175 cm, arabisches Aussehen , 3-4 cm lange, feingelockte Haare nach oben gestylt, schwarzer Kinnbart, schwarzes Oberteil mit einem weißen Schriftzug „Champion“ – davon „C“ in blau und rot. Person 2: 17-19 Jahre alt, 175-180 cm, arabisches Aussehen, kurze, nach hinten gestylte Haare, blaues T-Shirt mit weißen Streifen, evtl. hellblaue Jeansjacke. Person 3: dunkel gekleidet, mehr nicht bekannt.

Anzeige

Das beschauliche ostbayerische Amberg (rund 43.000 Einwohner) geriet Ende 2018 bundesweit in die Schlagzeilen, als vier „Schutzsuchende" aus Afghanistan und dem Iran bei einer „Prügeltour durch Amberg" zwei dutzend Passanten – darunter auch Familienväter mit Kindern – attackierten und teilweise schwer verletzten.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Marl: Der Beschuldigte steht im dringenden Tatverdacht, eine Frau in einer Wohnung vergewaltigt zu haben. Er konnte erst im Nachgang identifiziert werden. Der derzeitige Aufenthaltsort ist unbekannt. Wer kann Angaben zum Aufenthaltsort des Beschuldigten machen? Informationen zur Tat: Tatzeit 22.07.2019 18:00 – 22.07.2019 19:40. Tatort: 45768 Marl. Informationen zur Person, Vorname: Hicham, Nachname: Mamou. Geschlecht: männlich, Beschreibung der Person: Größe 186 cm, Haarfarbe: schwarz, Augenfarbe: braun, Figur: kräftig. Fahndungsaufruf der Polizei Recklinghausen Tel.:0800/2361111 Polizei Recklinghausen.

Dresden: An einem Samstagabend Anfang Februar (06.02.2021, 18.30 Uhr) hat ein Mann (21) auf der Prager Straße zwei Mädchen (13, 16) sexuell belästigt. Der 21-jährige Somalier sprach die Mädchen auf Höhe der Centrum-Galerie an und berührte beide unsittlich. Die Minderjährigen wehrten sich und es kam zu einer Auseinandersetzung. Die Polizei sucht Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben. Hinweise nimmt die Polizeidirektion Dresden unter der Telefonnummer (0351) 483 22 33 entgegen.

Marburg: Am Freitag, 12. Februar, gegen 10.20 Uhr, entblößte sich ein Mann in der Uferstraße vor einer jungen Frau. Ihr war der Mann aufgrund seiner Kleidung, die trotz der Kälte nur aus einem grün-gestreiften Pullover, Jogginghose sowie Turnschuhen bestand, bereits vorher in Höhe der Ludwig-Schüler-Brücke aufgefallen, als er von dort auf den oberen Spazierweg abbog. Später trat genau dieser Mann in der Uferstraße unvermittelt und mit heruntergelassener Hose aus dem Gebüsch hervor. Er lief zur Martin-Luther-Straße davon, als die junge Frau die Polizei anrief. Die Fahndung nach ihm blieb erfolglos. Die Polizei berichtete in den vergangenen zwei Monaten von mehreren Fällen von Exhibitionismus auf dem Radweg entlang der Lahn zwischen dem Hauptbahnhof und der Südspange (Am Krekel). Aufgrund der bisherigen Täterbeschreibungen sowie dem gleichen Vorgehen und Auftreten geht die Kripo Marburg davon aus, dass es sich in allen Fällen um den gleichen Täter handelt. Der Gesuchte ist ca. 175 – 185 cm groß zwischen 25 – 35 Jahre alt und von normaler, unauffälliger Statur. Er hat dunkle Haare und vermutlich einen dunklen Bart. Der nach Opferaussagen südländisch aussehende Mann und trug meistens eine dunkle Jogginghose eines bekannten Sportartikelherstellers.

Bad Homburg: Am Dienstagnachmittag (16.2.) wurde eine 15-Jährige während einer Busfahrt von Bad Homburg nach Schmitten von einem Unbekannten unsittlich berührt. Die Jugendliche war gegen 15.10 Uhr in einem Bus der Linie 50 in Richtung Schmitten unterwegs, als sie bemerkte, dass ein hinter ihr sitzender Mann sie mehrfach unsittlich anfasste und sein Tun mit einer Zeitung verdeckte. Beschrieben wurde der Unbekannte als etwa 40 bis 50 Jahre alt, zwischen 170cm und 180cm groß und sehr schlank. Er habe dunkelbraunes kurzes Haar, dunkle Augen sowie eine dunklere Hautfarbe gehabt und eine dunkle Winterjacke sowie eine weiße FFP2-Maske mit einem roten Fleck getragen. Er war an der Haltestelle Kurhaus zugestiegen und blieb im Bus sitzen, als die 15-Jährige in Schmitten ausstieg.
Hamburg: Die Polizei fahndet nach einem bislang unbekannten Mann, der gestern Morgen eine 10-Jährige auf dem Schulweg in Wandsbek auf sexueller Basis angesprochen haben soll. Nach den bisherigen Erkenntnissen war das Mädchen zu Fuß auf dem Weg zur Schule, als ein ihm unbekannter Mann es angesprochen und an die Hand genommen haben soll. Der Unbekannte soll das Kind in eine Grünanlage geführt und dort in sexueller Weise auf es eingeredet haben, bis es in einem günstigen Moment weglaufen konnte. Im weiteren Verlauf soll das Mädchen eine Passantin um Hilfe gebeten und der Täter sich in unbekannte Richtung entfernt haben. Der Täter wird wie folgt beschrieben: männlich, dunkle Hautfarbe, 30 – 40 Jahre alt, schwarze, lockige Haare.
Zwickau: Im Zwickauer Stadtteil Pölbitz hat sich ein Mann vor zwei 13-jährigen Mädchen entblößt. Wie die Polizei mitgeteilt hat, waren die beiden Freundinnen am Sonntagabend die Leipziger Straße entlang gelaufen. In einer Grundstückseinfahrt bemerkten sie den Unbekannten, der an sich manipulierte. Die Polizei hofft, durch Zeugenhinweise den Mann ausfindig zu machen. Der ca. 20- bis 30-Jährige trug zum Tatzeitpunkt eine dunkle Cargohose und eine orangefarbene Kapuzenjacke. Die Mädchen beschrieben sein Äußeres als nicht europäisch. Ob es einen Zusammenhang zu weiteren Fällen von Exhibitionismus im Januar gibt, wird derzeit geprüft.
Chemitz: Wie die Polizei am Samstag mitteilt, soll ein 31-Jähriger am Abend im Stadtteil Helbersdorf an drei 13-jährigen Kindern (zwei Mädchen und ein Junge) in der Fußgängerunterführung Stollberger Straße sexuelle Handlungen vorgenommen haben. Er soll die drei laut Polizei geküsst und unsittlich berührt haben. „Weiterhin soll er exhibitionistische Handlungen durchgeführt haben. Die Kinder blieben unverletzt", so ein Polizeisprecher. Der Tatverdächtige konnte kurze Zeit später in Tatortnähe gefasst werden. Update, 19.20 Uhr: Wie die Polizei am Samstagabend mitteilt, handelt es sich bei dem mutmaßlichen Täter um einen 31-jährigen Marokkaner *(Artikel übernommen von TAG24)*.
Bonn: In der Nacht von Freitag auf Samstag griff ein 19-Jähriger einen Angestellten des Sicherheitsdienstes der Deutschen Bahn AG an. Die Bundespolizei stellte den Mann und leitete ein Strafverfahren ein. Eine Reisende hatte sich um kurz nach 03:00 Uhr an den Sicherheitsdienst der Deutschen Bahn AG gewendet, da sie sich von einem 19-jährigen Mann aus Gambia belästigt fühlte. Der junge Bonner wurde aufgefordert die Frau in Ruhe zu lassen. Die Aufforderung den Bahnhof zu verlassen, akzeptierte er nicht und kam dem Mitarbeiter bedrohlich nah. Dieser stieß ihn weg und wurde daraufhin mit Schlägen und Tritten so attackiert, dass er zu Boden fiel. Nach weiteren Tritten gegen den Kopf ließ der Mann schließlich von dem Geschädigten ab und verließ den Tatort. Der Verletzte wandte sich an die Bundespolizei, die den Mann wenig später stellte. Aufgrund der Alkoholisierung konnte er noch nicht zum Sachverhalt befragt werden. Ihm steht nun ein Strafverfahren wegen „Gefährlicher Körperverletzung" bevor. Weitere Ermittlungen dauern an.

Stuttgart: Ein unbekannter Mann hat sich am Mittwochnachmittag (10.02.2021) vor einer 22 Jahre alten Frau am Bahnhof in Bad Cannstatt entblößt. Die 22-Jährige befand sich gegen 13.50 Uhr in der Bahnhofsunterführung in der Nähe des Martin-Mayer-Stegs, als der unbekannte Täter vom Gleis zwei kommend ebenfalls in die Unterführung lief. Als er die junge Frau bemerkte, soll er seine weit geschnittene Jacke geöffnet haben. Das Glied des Mannes ragte dabei offenbar aus dem Hosenschlitz. Er schaute die Frau an und entfernte sich anschließend in Richtung Wilhelmsplatz. Die 22-Jährige beschrieb den Mann als zirka 165 Zentimeter groß mit einem dunklen Teint.

http://www.pi-news.net/2021/03/freiberg-maenner-mit-dunklem-teint-greifen-jugendliche-an/

MIGRANTENGEWALT IN DEUTSCHLAND

Freiberg: Männer mit „dunklem Teint“ greifen Jugendliche an

5. März 2021

Polizei und Rettungskräfte kamen am 25. Februar gegen 17:40 Uhr im sächsischen Freiberg nach einem Zeugenhinweis wegen einer Auseinandersetzung am Bebelplatz zum Einsatz. Vor Ort bestätigte sich den eingesetzten Beamten das Geschehen. Wie sich im Zuge der Anzeigeaufnahme herausstellte, war es im Bereich der Zufahrt zur Warenanlieferung eines Einkaufscenters zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe und zwei Unbekannten gekommen. Nach derzeitigen Erkenntnissen sei das Duo auf die Gruppierung zugegangen und habe diese unvermittelt angegriffen. Infolgedessen schlugen und traten die Angreifer auf vier der sieben Personen ein. Eine 14-Jährige kam während des Geschehens durch einen Tritt zu Sturz und verletzte sich. Anschließend flüchtete das Duo in Richtung Bahnhof. Die Jugendliche wurde zur weiteren Untersuchung in ein Krankenhaus gebracht. Die drei weiteren Geschädigten (m/17, w/18, m/18) erlitten leichte Verletzungen, die jedoch nicht ärztlich versorgt werden mussten.

Die Angreifer wurden wie folgt beschrieben: Beide seien etwa 25 Jahre alt, 1,80 Meter groß. Sie hatten dunkle Haare sowie einen dunklen Teint. Einer der beiden Männer hatte zudem einen dunklen, fülligen Kinnbart und trug eine gelbe Jacke sowie Turnschuhe der Marke Nike. Sein Komplize trug einen dunklen Pullover.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und sucht weitere Zeugen. Wer kann Angaben zum Geschehen bzw. zur Identität der beschriebenen Männer machen? Unter Telefon 03731 70-0 nimmt das Polizeirevier Freiberg Hinweise entgegen. *(Ende der Polizeimeldung)*

Eventuell haben die beiden Angreifer sich am afrikanisch-stämmigen Grünen-Politiker Jeff Kwasi Klein orientiert. Der ruft seit kurzem Schwarze zur Formierung „robuster Communitys“ auf, „um nicht mehr die Polizei rufen zu müssen“. Aufstände und Plünderungen seien legitimer Widerstand gegen „rassistische Institutionen“, berichtet die JUNGE FREIHEIT. Würde sich ein AfD-Politiker auch nur annähernd in diesem Ton äußern, wäre dies wohl ein Fall für den Verfassungsschutz sowie Sondersendungen im TV. Im Falle des schwarzen Grünen-

Politikers wird sein Rassenhass auf Europäer schlicht und einfach von den Mainstream-Medien ignoriert.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen" in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Berlin: Am Mittwoch, den 10. Februar 2021, griff ein Mann eine Frau in einer S-Bahn der Linie S7 an und flüchtete anschließend unerkannt. Die Bundespolizei sucht nun nach Zeugen. Gegen 14:40 Uhr befand sich die 32-jährige Frau in einer stadtauswärts fahrenden S-Bahn der Linie S7 vom S-Bahnhof Hackescher Markt in Richtung Ahrensfelde, als der Unbekannte sie ohne ersichtlichen Grund beschimpft und angegriffen haben soll. Als die Frau daraufhin in einen anderen Bereich der S-Bahn flüchtete, soll der Angreifer ihr ein Bein gestellt haben, sodass die 32-Jährige stürzte und sich eine Schürfwunde zuzog. Beim Halt des Zuges am S-Bahnhof Warschauer Straße zogen zwei Zeuginnen die Frau aus der Bahn um ihr zur Flucht zu verhelfen. Als der unbekannte Angreifer die Bahn daraufhin jedoch ebenfalls verließ, stieg die 32-Jährige zurück in den Zug. Der Mann folgte ihr erneut und soll anschließend von mehreren Reisenden dazu aufgefordert worden sein, die Frau in Ruhe zu lassen. Der Angreifer soll die S-Bahn am Bahnhof Berlin Ostkreuz verlassen haben. Anschließend informierte die 32-Jährige die Bundespolizei über den Vorfall. Die Beamten leiteten ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung gegen Unbekannt ein. Im Zuge der weiteren Ermittlungen sucht die Bundespolizei nach Zeugen, die sachdienliche Angaben zur Tat oder dem unbekannten Angreifer machen können. Nach Angaben der 32-Jährigen handelt es sich bei dem Täter um einen ca. 170-175 cm großen Schwarzen Menschen im Alter von etwa 35 Jahren.

Kassel: Beamte der Bundespolizei Kassel wurden am vergangenen Mittwoch (24.2.) im Bahnhof Neustadt von einem 26-Jährigen bedroht, anschließend flüchtete der Mann und lief auf die Gleise. Die Polizisten hielten sich gegen 16 Uhr routinemäßig im Bereich des Bahnhofes Neustadt auf. Als der Tunesier die uniformierten Beamten sah, zog er sein T-Shirt aus, schrie „Ich steche euch ab!" und rannte weg. Seine Flucht führte über den Bahnsteig und durch den Gleisbereich in Richtung Stadtallendorf. Die Bahnstrecke musste wegen des Vorfalles, aus Sicherheitsgründen, vorübergehend gesperrt werden. Fünf Züge erhielten eine Verspätung von jeweils rund sieben Minuten. Die Ordnungshüter nahmen sofort die Verfolgung auf. Der Asylbewerber konnte kurze Zeit später in der Nähe des Bahnhofsvorplatzes gestellt werden. Bei der anschließenden Durchsuchung und der Identitätsfeststellung bei der Polizeistation Stadtallendorf kamen 1,6 Gramm Marihuana zum Vorschein. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von rund 0,3 Promille. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen konnte der 26-Jährige, gegen 17:30 Uhr, die Dienststelle verlassen.

Waldmünchen: Bereits seit November letzten Jahres ermittelte die Polizeistation Waldmünchen gegen einen im östlichen Bereich des Landkreises Cham wohnhaften 68-jährigen Mann, weil er Tiere ohne Betäubung durch

Kehlschnitt getötet und anschließend das Fleisch ohne amtliche Beschau an seine Kunden verkauft haben soll. … In der Wohnung des Mannes konnten Beweismittel in Form von Schlachtutensilien und Schaffleisch festgestellt werden. In der anschließenden Beschuldigtenvernehmung räumte der Mann, nach Vorlage der Lichtbilder, ein, in den letzten vier Jahren circa zehn Ziegen und Schafe im Bereich Waldmünchen beziehungsweise Furth im Wald und circa zehn Tiere in Tschechien, ohne vorherige Betäubung, durch einen Kehlschnitt getötet zu haben. … Die zerlegten Tiere führte er ohne amtliche Fleischbeschau nach Deutschland ein und lieferte sie an Dritte aus. Das Motiv des Täters ist nach seiner Aussage in seinem Glauben begründet. Er ist bekennender Muslim und er dürfe nur sog. reines Fleisch essen, welches ohne vorherige Betäubung getötet worden ist. Das Tier müsse ausschließlich durch einen Kehlschnitt zum vollständigen Ausbluten und somit zu Tode gebracht werden. Er gab an, nicht gewusst zu haben, dass diese Art der Tötung in Deutschland ohne Genehmigung verboten sei. Sogenanntes „Halal-Fleisch" ist bei weitem teurer, als in Deutschland rechtskonformes geschlachtetes Fleisch und deshalb besteht hierdurch erhöhte Nachfrage auf dem Schwarzmarkt.

Mainz: Vor dem Mainzer Landgericht hat der Prozess gegen sechs Männer begonnen. Sie sollen in Worms schwer bewaffnet eine mutmaßlich verfeindete Gruppe angegriffen haben. Bei der Auseinandersetzung vor dem Wormser „Café Royal" waren im vergangenen Mai acht Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt worden. Die sechs Angeklagten, fünf stammen aus der Türkei und einer aus Bulgarien, sollen einer Gerichtssprecherin zufolge zu einer Gruppe von etwa 15 Personen gehört haben. Die andere Gruppe bestand demnach aus etwa 20 bis 25 Menschen. … Zu der blutigen Auseinandersetzung war es nach Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft nach einem Streit zwischen zwei Männern gekommen. Dabei soll ein Neffe des 37-Jährigen verletzt worden sein. Daraufhin taten sich mehrere Männer zusammen, um sich zu rächen. Insgesamt sollen 15 Personen, bewaffnet mit Macheten, Holzlatten, Messern, Baseballschlägern und einer Schusswaffe, zum Café Royal in der Wormser Innenstadt gezogen sein, wo sich die Gruppe des Kontrahenten aufhielt. Die verfeindeten Gruppen trafen nach Angaben der Staatsanwaltschaft vor dem Café aufeinander. Der 37-Jährige soll im Laufe der Auseinandersetzung einem Mann in den Bauch geschossen haben. Der 54-Jährige wurde lebensgefährlich verletzt, konnte aber durch eine Not-Operation gerettet werden. Ein anderer Schuss traf einen 38-Jährigen, er wurde oberflächlich verletzt. Ein weiterer Mann soll durch ein Messer erhebliche Verletzungen am Arm erlitten haben.

Berlin: In Berlin-Neukölln ist es zu einer Massenschlägerei mit rund 40 Beteiligten gekommen. Zeugen hatten am Dienstag gemeldet, dass zwei Gruppen an der Glasower Straße unter anderem mit Messern und Rohren aufeinander losgingen, wie die Polizei am Mittwoch mitteilte. Die Ursache für den Streit sei noch unbekannt. Ein Bezug ins Clan-Milieu könne derzeit nicht ausgeschlossen werden und werde geprüft, hieß es von der Polizei auf Nachfrage.

Ulm: Zwei junge Männer haben am heutigen Donnerstagfrüh (25.02.2021) einen 34-Jährigen im Ulmer Hauptbahnhof angegriffen und mit einem Messer bedroht. Gegen 05:00 Uhr befanden sich die 21 und 22 Jahre alten somalischen Staatsangehörigen zunächst in einer Bäckerei im Hauptbahnhof, wo der ältere der beiden offenbar mehrere belegte Brötchen entwendete. Kurz darauf soll es im Bereich des Haupteingangs zu einem lautstarken Streit zwischen den zwei somalischen Staatsangehörigen gekommen sein, welchen ein bis dahin wohl unbeteiligter 34-Jähriger zu unterbinden versuchte. Hierauf solidarisierten sich die beiden Kontrahenten offenbar gegen den Einschreitenden und schlugen wohl

gemeinschaftlich auf diesen ein. Als der 34-Jährige sich gegen die Angriffe zur Wehr setzte, soll der 22-Jährige ein Küchenmesser gezogen und den Geschädigten damit bedroht haben. Eine von Zeugen alarmierte Streife der Bundespolizei traf die drei Beteiligten noch vor Ort an, nahm die mit jeweils über zwei Promille alkoholisierten Tatverdächtigen vorläufig fest und stellte das unter einer Sitzbank aufgefundene Messer sicher. Durch den Vorfall erlitt der Geschädigte sowie die Angreifer jeweils leichte Verletzungen, die keiner unmittelbaren Behandlung bedurften. Das Bundespolizeirevier Ulm ermittelt nun unter anderem wegen des Verdachts des Diebstahls, der Bedrohung sowie der gefährlichen Körperverletzung.
Sebnitz: Die Staatsanwaltschaft Dresden und die Polizeidirektion Dresden ermitteln gegen einen 42-jährigen Pakistani wegen des Verdachts des unerlaubten Handeltreibens mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge und gegen eine 26-jährige Afghanin wegen des Verdachts der Beihilfe zum unerlaubten Handeltreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge. Dem 42-jährigen Beschuldigten liegt u.a. zur Last, am 23.02.2021 in der Wohnung seiner Freundin, der 26-jährigen Mitbeschuldigten, in Sebnitz 1.600 Gramm Marihuana und 240 Gramm Crystal aufbewahrt zu haben, um durch einen späteren Verkauf der Betäubungsmittel Gewinn zu erzielen. Der 26-jährigen Beschuldigten wird vorgeworfen, dem 42-jährigen ihre Wohnung in Kenntnis aller Tatumstände zur Lagerung der Betäubungsmittel zur Verfügung gestellt zu haben. Neben den Betäubungsmitteln wurden bei der Durchsuchung über 20.000 Euro Bargeld sichergestellt. Es besteht der Verdacht, dass es sich hierbei um Einnahmen aus Drogengeschäften handelt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Dresden hat der Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Dresden am 23.02.2021 Haftbefehle gegen beide Beschuldigte erlassen. Der 42-jährige Beschuldige befindet sich nunmehr in Untersuchungshaft. Der gegen die 26-jährige Beschuldigte erlassene Haftbefehl wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt.
Klagenfurt: Insgesamt 122 Jahre Haftstrafe für 19 Männer wegen Drogenhandels. Haupttäter erhielten elf bis 15 Jahre. Urteile sind nicht rechtskräftig. … Staatsanwältin Daniela Zupanc hatte den Angeklagten, sie stammen alle aus Afrika, vorgeworfen, in Kärnten mit Heroin und Kokain im Kilobereich gedealt zu haben. Wegen der Schwere der Taten und weil sie als Bande agiert haben, drohte den drei Männern, die als Anführer gelten, zehn bis 20 Jahre beziehungsweise lebenslange Haft. Daher mussten sie vor ein Geschworenengericht. „Es handelt sich hier um Drogenhandel im großen Stil, in einer in Kärnten noch nie da gewesenen Form", sagte Zupanc.

http://www.pi-news.net/2021/03/schweden-afghane-messert-acht-personen/
MAINSTREAMMEDIEN VERSCHWEIGEN TÄTERHERKUNFT

Schweden: Afghane „messert" acht Personen

4. März 2021

Seit Mittwoch Abend wird in den Mainstream-Medien von einem „Mann" berichtet, der im südschwedischen Ort Vetlanda acht Menschen mit

einem Messer zum Teil schwer verletzt hat. Die schwedische Regierung ging zuerst von einem Terroranschlag aus. Inzwischen steht fest, dass es sich bei dem Täter um einen Afghanen handelt, der erst 2018 nach Schweden eingewandert, eventuell „geflüchtet" ist. Die Mainstream-Medien schreiben immer noch von einem „jungen Mann", zumindest die Junge Freiheit nennt den veredelnden Migrationshintergrund des „jungen Mannes":

Die Tat ereignete sich am Mittwoch Nachmittag. Der Angreifer ging demnach mit einem Messer auf Passanten in dem südschwedischen Ort Vetlanda los und verletzte sie zum Teil schwer.

Die schwedische Polizei hat nach der Messerattacke mit acht Verletzten einen Verdächtigen festgenommen. Bei dem Mann soll es sich um einen 22 Jahre alten Afghanen handeln, berichtete die Zeitung Expressen. Derzeit werde geprüft, ob der Angriff einen terroristischen Hintergrund habe.

Bei der Verhaftung sei der Mann durch einen Schuss verletzt worden. Der mutmaßliche Messerangreifer sei bereits wegen Drogendelikten verurteilt worden. 2018 soll er nach Schweden eingewandert sein.

Schweden verzeichnete in den vergangenen Jahren einen starken Anstieg der Kriminalität. In Städten wie Stockholm, Malmö und Göteborg liefern sich rivalisierende Banden regelmäßig Schießereien. Im April 2017 hatte ein Moslem bei einem Anschlag in Schwedens Hauptstadt Stockholm fünf Menschen getötet.

http://www.pi-news.net/2021/03/aschaffenburg-prozess-gegen-syrer-wegen-mord-an-tochter/

„DIE LEICHE WURDE ENTSORGT WIE EIN STÜCK DRECK"

Aschaffenburg: Prozess gegen Syrer wegen Mord an seiner Tochter

7. März 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Selten war der Irrsinn, der durch islamischen Fundamentalismus ausgelöst werden kann, so derart in einer Verbrechensgeschichte komprimiert wie in diesem Fall. Kurz zusammengefasst: Eine syrische Familie entschließt sich 2015, ihre Heimat zu verlassen und in Deutschland „neu anzufangen", wie in einem Bericht der Welt zu lesen ist. Aber eigentlich lebt diese Familie mit ihren streng islamischen Regeln weiter, nur eben mit geändertem Wohnsitz: Aschaffenburg.

Die 16-jährige Tochter Mezgin versuchte jedoch, aus dieser extrem frauenfeindlichen Welt auszubrechen. Sie kleidete sich wie junge Frauen in unserer freiheitlichen Gesellschaft mit „engen Tops und Hosen", chattete auf Facebook und hatte einen Freund, den sie liebte. Das war zuviel für Vater Hashem und er begann sie zu schlagen. Mezgin fiel in der Schule mit Verletzungen auf. Als der Vater erfuhr, dass sie mit ihrem Freund Shekho auch Sex hat, verprügelte er sie mit einem Gürtel und verlangte, dass die beiden heiraten. Dann traf er offensichtlich den Entschluss, seine Tochter zu töten.

Sie wurde am 4. Mai 2017 mit drei Messerstichen ermordet. Ihre Leiche wurde im Wald „wie Dreck entsorgt", wie Kriminalpolizist Jörg A. mitteilt. Dann meldete sie der 46-jährige Vater eiskalt als „vermisst". Zwei Wochen später stach er ihrem 23-jährigen Freund mit dem Messer in den Hals. Sheiko konnte schwerverletzt flüchten und überlebte. Der Vater verschwand noch in der

Tatnacht in die Türkei, wo er auch noch eine Zweitfrau (!) hat, die drei Kinder (!) von ihm großzieht.

Im Dezember 2018 wurde die Leiche von Mezgin zufällig von einem Spaziergänger gefunden. Einen Tag später „gestand" ihr Bruder Abdallahed, der zur Tatzeit 13 Jahre alt war, also strafunmündig ist, den Mord. Später siedelte auch er wie sein Vater in die Türkei über und lebt in Istanbul. Dort wurde er richterlich vernommen, der Kripobeamte Jörg A. war dabei. Laut Welt beschreibt er Abdallahed erschüttert:

> *„Ich habe selten einen jungen Mann erlebt, der so respektlos und gewalttätig und voller krimineller Energie war", sagt der Beamte. Bei der Polizei war der damals 13-Jährige lange bekannt. Der Junge brach ein, stahl und legte Feuer. Gegenüber einer Lehrerin äußerte Abdallahed mal, dass er „als Neunjähriger in Syrien einen jungen Mann mit einem Stein getötet habe", so der Polizist.*

Solche Menschen dringen aus Syrien in unser Land ein und beantragen „Asyl". Erst 2020 wurde Hashem N. in Istanbul festgenommen und ausgeliefert. Am Donnerstag begann nun der Prozess in Aschaffenburg. Immer seltsamere Dinge kommen jetzt ans Tageslicht. So sei das Alter der angeblich 16-jährigen Mezgin bei der Obduktion mit 19 oder 20 festgestellt worden. Also muss die syrische Familie ihr Alter beim Ankommen in Deutschland drei bis vier Jahre jünger angegeben haben. Der Fall wird immer abstruser:

> *Zeugen sagten aus, dass sie sich mit ihrem Vater geküsst habe, wie ein Liebespaar. Die Polizisten waren inzwischen so misstrauisch, dass sie ein DNA-Abstammungsgutachten in Auftrag gaben, das klären soll, ob Hashem überhaupt ihr Vater war. Das Ergebnis liegt noch nicht vor. Ihre Mutter beteuerte dies; sie hat sich zwischenzeitlich von Hashem N. scheiden lassen.*

Auf das Ergebnis des DNA-Gutachtens darf man gespannt sein. Vielleicht war Mezgin ja die junge Zweitfrau von Hashem N. Dann wäre die in der Türkei Ehefrau Nummer drei. Eine könnte er sich laut islamischem Scharia-Recht dann noch zulegen.

So wie sich diese Geschichte darstellt, ist aber eher der Klassiker „streng islamischer Vater tötet modern lebende Tochter" wahrscheinlich. Diese islamischen Lebensweisen breiten sich insbesondere seit Herbst 2015 intensiv in unserem Land aus. Der Politische Islam mit all seinen inhumanen Begleiterscheinungen macht sich immer deutlicher bemerkbar. Das wird auch noch erheblich zunehmen, wir befinden uns erst am Anfang dieser unheilvollen Entwicklung.

Es wird aber auch in diesem Fall wieder genügend Beschwichtiger und Verharmloser geben, die behaupten, dass all das „nichts mit dem Islam" zu tun habe, sondern mit „kulturellen" Ursachen zu erklären sei. Dabei ist hier die Apostasie das klare Motiv, also das Verlassen des Islams mit seinen strengen Regeln. Kein Vater würde sonst seine Tochter ermorden, wenn es nicht den starken „religiösen" Beweggrund gäbe. Gerne wird von den Berufs-Appeasern auch noch die beliebte „psychische Unzurechnungsfähigkeit" mit hinzugenommen. Je länger die Probleme unter den Teppich gekehrt werden und man sich weigert, die Lösung des Problems anzugehen, desto mehr Mezgins werden sterben müssen. Und desto stärker wird sich der Politische Islam in unserer Gesellschaft ausbreiten.

Michael Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016

Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit". Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.

https://kopp-report.de/anis-amri-neues-gutachten-ueberfuehrt-die-bundesregierung-der-luege/?cn-reloaded=1&cn-reloaded=1

Stefan Schubert

Anis Amri: Neues Gutachten überführt die Bundesregierung der Lüge

Selbst der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundetages zum Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt zweifelt an der offiziellen Version der Bundesregierung zum schwerwiegendsten islamistischen Terroranschlag in Deutschland. Dieser Umstand setzt dem mehr als skandalbehafteten Amri-Komplex die Krone auf. Nun liegt ein beauftragtes Gutachten vor, das den gesamten, von der Bundesregierung verbreiteten Tatablauf, auf den Kopf stellt und weitere Fragen aufwirft: War Anis Amri gar nicht der Fahrer des Terror-LKWs? Saß Amri »nur« auf dem Beifahrersitz? Welcher IS-Terrorist steuerte dann den LKW? Befindet sich dieser IS-Terrorist noch in Berlin?

»Bei dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche steuerte der islamistische Terrorist Anis Amri am 19. Dezember 2016 gegen 20.00 Uhr einen Sattelzug in eine Menschenmenge auf den Weihnachtmarkt. (…) Durch die Kollision mit dem LKW starben elf Besucher des Weihnachtsmarkts und mindestens 67 Besucher wurden zum Teil schwer verletzt. Das zwölfte Todesopfer war der Speditionsfahrer des LKW.« So lautet die offizielle, staatliche Version des Anschlages und so steht sie auch auf der Seite des regierungskonformen Wikipedia.

Nun hat der Autor mit vielen Insidern der Sicherheitsbehörden gesprochen und die offizielle Version zum Terroranschlag und der »Pannenserie« um Anis Amri längst widerlegt.

Der Komplex ist so umfangreich, dass dieser ein ganzes Buch füllt. Für jeden Interessierten ist *Anis Amri und die Bundesregierung* daher eine »Pflichtlektüre«, so zumindest lautet eine der zahlreichen Rezensionen.

Die größten Vertuschungen und Lügengebilde im Fall Amri betrafen bisher die bis heute von der Bundesregierung behauptete Einzeltäter-Theorie. In der Realität war Anis Amri nicht nur Teil einer IS-Zelle, sondern gleich mehrerer: dem Netzwerk vom obersten deutschen IS-Statthalter Abu Walaa, einem IS-Netzwerk im Ruhrgebiet mit Schwerpunkt Dortmund und der größten IS-Basis in Deutschland – im bunten Berlin. Deren Hauptquartier war die radikal-salafistische Moschee Fussilet 33.

Weiterhin sorgte nicht eine behauptete »Pannenserie« dafür, dass der abschiebepflichtige und mehrfach kriminelle »Flüchtling« nicht abgeschoben wurde oder vor Gericht landete, sondern Geheimdienste und höchste politische Stellen schützten Anis Amri, so die Analyse und das Resümee des Autors. Was sich auf den ersten Blick paradox anhört, ist dem Umstand geschuldet, dass Anis Amri rund um die Uhr von Geheimdiensten überwacht wurde und so für die Dienste zu einer sprudelnden Informationsquelle wurde. Diese Daten galt es zu schützen – und gerade die amerikanischen Dienste nutzten Amris direkte Handy-Kontakte in militärische IS-Camps in Libyen und zu hochrangigen IS-Kommandeuren, um mit den abgefangenen GPS-Ortungen einen massiven Militärschlag vorzubereiten.

Der Untersuchungsausschuss entlarvt die Bundesregierung

Während Merkel der Bevölkerung im Staats-TV eine schonungslose Aufklärung der Hintergründe des Terroranschlages versprach, setzten die Bundesregierung und deren Sicherheitsbehörden im Verborgenen jedoch alle Hebel in Bewegung, um nahezu jegliche Aufklärungsarbeit zu sabotieren. Vorgeladene Zeugen, die keine Aussageerlaubnis erhielten, geschwärzte Aktenordner und die Verheimlichung von wichtigen Fakten. Unter anderem wegen diesem Verhalten wurde trotz einer Mehrheit der Regierungsparteien im Ausschuss ein neues, unabhängiges Gutachten zur Spurenlage im Lkw-Fahrerhaus in Auftrag gegeben.
Das Gutachten des Instituts für Rechtsmedizin der Universitätsklinik Schleswig-Holstein untersuchte DNA-Spuren an Amris Pistole, mit der er den polnischen Lkw-Fahrer Lukasz Urban erschossen haben soll. Die Analyse der Spuren ist von enormer Brisanz. In dem Gutachten heißt es:
»Es kann nicht sicher festgestellt werden, dass die bei Amri sichergestellte Waffe auch die Tatwaffe war, die gegen Urban eingesetzt worden war«. Das Projektil, »das bei der Obduktion Urbans aus dessen Schädel gesichert worden war, war zu deformiert, um eine ballistische Zuordnung zur oben genannten Waffe zu ermöglichen.«
Im Klartext bedeutet das: Kein Gericht der Welt könnte Anis Amri wegen Mordes an dem Lkw-Fahrer verurteilen. Die Spurenlage, die belastbaren Beweise, geben dies schlicht nicht her.

Amri nur Beifahrer? Wer war der IS-Terrorist hinterm Steuer?
Im weiteren Verlauf des Gutachtens platzt regelrecht eine Bombe. Die Einzeltäter-Behauptung der Bundesregierung wird dort als Lüge überführt. Zurückhaltender kann man die Ergebnisse gar nicht benennen. Die Untersuchung der Fahrerkabine nach DNA-Spuren – die DNA vom erschossenen LKW-Fahrer und von Amri liegen ja als Vergleichspuren vor – ist eine Sensation. Die Passage im Gutachten lautet:
» (…) nicht ableitbar, dass eine bestimmte Person (zum Beispiel Amri) den LKW gefahren (…) oder sich lediglich als Beifahrer in der Führerkabine aufgehalten hat.«
Also, keine DNA-Spuren von Amri am Lenkrad, die eine Täterschaft nachweisen oder gar zu einer Verurteilung führen würden. Aber jetzt wird es spannend, das Gutachten fand am Lenkrad eine weitere DNA-Spur, diese bislang unbekannte Person wird im Gutachten als UP2 bezeichnet. Dort heißt es:
» (…) in vergleichbarem Ausmaß DNA-Spuren im Lkw-Führerhaus hinterlassen wie Amri«. Es sei daher »grundsätzlich nicht auszuschließen bzw. verglichen mit Amri nicht weniger oder mehr plausibel, dass UP2 den Lkw gefahren haben kann.«
Das Zwischenfazit lautet:
Keine Alleintäterschaft Amris. Nicht mal das Amri den Lkw-Fahrer erschossen hat und nicht einmal das Amri den Lkw beim Terroranschlag steuerte ist somit als bewiesen anzusehen. Würde Anis Amri noch Leben und in Berlin vor Gericht stehen, die merkelschen Sicherheitsbehörden, die sich längst zu Facebook-Zensoren haben degenerieren lassen, sind nach über fünf Jahren nicht in der Lage, Amris Täterschaft zu beweisen. Was für ein Offenbarungseid und sicherheitspolitisches Desaster.
War Bilal Ben Ammar – IS-Terrorist und Agent des marokkanischen Geheimdienstes DGST – der Attentäter vom Breitscheidplatz?
Wir kommen nun in den Bereich der Spekulation, aber nach der Frage des Attentäters drängt sich ein Tatverdächtiger förmlich auf. Es handelt sich um den engen Amri-Komplizen/Freund Bilal Ben Ammar. Der marokkanische Geheimdienst DGST hatte die deutschen Behörden mehrfach und explizit auf einen zeitnahen Terroranschlag durch Anis Amri hingewiesen. Als Quelle dieser brisanten Information vermuten Terrorermittler aus Berlin Bilal Ben Ammar, wie sie dem Autor im persönlichen Gespräch anvertrauten. Ammar ist zudem tief in die Anschlagsvorbereitungen verstrickt.
Ammar und Amri wurden an dem Tag vor dem Anschlag von Behörden bei einem Treffen in Berlin observiert.
Die Behörden sollen außerdem ein Überwachungsvideo vom Anschlag und den Minuten direkt danach vor der Bevölkerung geheim halten. Darauf soll Ammar zweifelsfrei zu identifizieren sein. Auch wird Ammar verdächtig, unmittelbar nach dem Terroranschlag den Ersthelfer Sascha H. mit einem Kantholz niedergeschlagen zu haben. Sascha H. liegt bis heute im Komma. Worte des Bedauerns und des Mitgefühls sind hierzu von einer Frau Merkel oder einem Bundespräsidenten Steinmeier bisher absolute Mangelware.

Bilal Ben Ammar wurde Tage nach dem Anschlag verhört und dann in einer Nacht-und-Nebel-Aktion – nur neun Tage nach dem verheerendsten islamistischen Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – nach Marokko abgeschoben.
Bei dieser Abschiebung haben höchste politische Entscheidungsträger, auch aus dem direkten Umfeld von Angela Merkel, mitgewirkt. Die genauen Abläufe der Blitzabschiebung des dringend tatverdächtigen IS-Terroristen, ohne jegliche strafrechtliche Aufklärung und Sanktionierung, und die Namen aller beteiligten Personen und Behörden, habe ich im Buch *Anis Amri und die Bundesregierung* für die Nachwelt aufgeschrieben.
Das letzte Lebenszeichen des Amri-Komplizen Bilal Ben Ammar, IS-Terrorist und mutmaßliche Quelle des marokkanischen Geheimdienstes DGST, stammt aus Mai 2019. Nach Angaben tunesischer Behörden ist Ammar im Terror-Gefängnis Mornaguia inhaftiert. Der Grund seiner Inhaftierung ist derzeit unbekannt. Etwaige Bemühungen der Bundesregierung, den dringend tatverdächtigen Terroristen nach Deutschland zu überstellen und hier vor Gericht zu bringen, sind nicht bekannt.
» Zum Telegram-Kanal von Autor Stefan Schubert: *Schuberts Lagemeldung*.
Bestellinformationen:
» Stefan Schubert: *Anis Amri und die Bundesregierung*, 240 Seiten, 19,99 Euro – **hier** bestellen!
» Stefan Schubert: *Vorsicht Diktatur!*, 320 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!
Weitere aktuelle Bücher von Autor Stefan Schubert:
» Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!
» Stefan Schubert: *Die Destabilisierung Deutschlands*, 336 S., 9,99 Euro – **hier** bestellen!
Montag, 08.03.2021

http://www.pi-news.net/2021/03/reutlingen-vier-jugendliche-vergewaltigen-13-jaehriges-maedchen/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Reutlingen: Vier Jugendliche vergewaltigen 13-jähriges Mädchen

11. März 2021

Es ist schon wieder passiert! In Reutlingen (Baden-Württemberg) sollen drei Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren sowie ein 19-Jähriger in einem Gewerbepark eine 13-Jährige vergewaltigt haben. Wie die Staatsanwaltschaft am Donnerstag mitteilte, trafen die vier jungen Männer am Mittwochabend gegen 22.25 Uhr in einer S-Bahn in Richtung Stuttgart auf das Mädchen und ihren 16 Jahre alten Begleiter. An einer Haltestelle sollen die Tatverdächtigen ihre Opfer zum Aussteigen gezwungen und voneinander getrennt haben.
Einer der beiden 17-Jährigen und der 16-Jährige sollen das männliche Opfer dann bedroht und mit einem Schlagstock verletzt haben, während die anderen beiden das Mädchen vergewaltigten und anschließend in eine S-Bahn stiegen und flüchteten.
Dem Freund des Mädchens gelang es schließlich, die Polizei zu alarmieren, die die Gruppe kurze Zeit später am Bahnhof in Kirchheim-Ötlingen festnehmen konnte. Die 13-Jährige wurde leicht verletzt und im Krankenhaus medizinisch versorgt. Die vier Beschuldigten, bei denen es sich um einen 16-jährigen Kroaten, zwei 17-Jährige mit deutscher bzw. italienischer Staatsbürgerschaft sowie einen 19 Jahre alten Deutsch-Türken handelt, wurden noch am Mittwochabend dem Haftrichter vorgeführt und anschließend in eine

Justizvollzugsanstalt eingeliefert. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei dauern noch an.
Erst am vergangenen Donnerstag sollen in Göppingen, ebenfalls in Baden-Württemberg, drei Männer (18, 18, 19) ein elfjähriges Mädchen in eine Wohnung gelockt und vergewaltigt haben. Sie sitzen in U-Haft. *(Quelle: BILD.de)*
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.
Berlin: In Berlin wurde am 22. Februar der 33-Jährige Wisam B. zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren, sechs Monaten Haft wegen besonders schwerer Vergewaltigung, Geiselnahme, Freiheitsberaubung, Körperverletzung. Der Verurteilte stammt aus dem Irak und ist dort angeblich Polizist gewesen. Mit weiteren Mittätern ging er nachts auf die Jagd nach jungen Frauen und zerrte diese in einen SUV. Bild.de berichtet vom Prozess: Sein erstes Opfer am 27. März 2018, die 14-jährige Ex-Freundin seines Bruders. Tatort dessen Wohnung. Es folgten vier weitere… Eine junge Frau, die er in einem Klub kennenlernte, fuhr mit ihm nach Hause – aus Mitgefühl. Um sich weiter von seinem schweren Leben in seiner Heimat erzählen zu lassen… Beim nächsten Mal war der Angeklagte mit einem Mittäter im Auto unterwegs. Zwei Australier hielten es für ein Uber-Taxi. Nachdem der Freund der Frau abgeschüttelt war, wurde auch sie vergewaltigt – auf der Rückbank.
Die Richterin: „Spätestens am 18. Januar 2020 ging es gezielt auf Jagd nach jungen Frauen." Diesmal packten sie zu dritt eine Abiturientin von hinten, zerrten sie in einen SUV würgten und vergewaltigten sie. Erst im Auto. Später in der Wohnung des Angeklagten. Die Richterin sprach von „vier Stunden Hölle", „Todesangst". Und schweren psychischen Folgen. Fünf Wochen später waren sogar vier brutale Vergewaltiger unterwegs. Am Techno-Club „Berghain" ergriffen sie eine 21-Jährige, schoben ihr 3 Ecstasy-Tabletten in den Rachen, fielen immer wieder ungeschützt über sie her. Bevor sie ihr Opfer mit schwersten Genitalverletzungen aus dem Auto warfen, löschten sie alle Standortdaten auf ihrem Mobiltelefon. Die Taten flogen auf, da sich ein Opfer Teile des KfZ-Kennzeichens und Details zur Tatwohnung merken konnte. Desweiteren hinterließen die Täter ihren genetischen Fingerabdruck in Form von DNA. Der Serienvergewaltiger schwieg oder leugnete bei der Verhandlung seine Taten.
Bad Tölz: Anfangs sei auch in der Wohnung noch alles „normal" gewesen. Man habe Bier getrunken und Fotos angeschaut. Als sie dann aber gehen wollte, sei die Stimmung umgeschlagen. Der Angeklagte habe sie überwältigt und zweimal vergewaltigt. Unter Tränen schilderte Daniela R. Details des mehrstündigen Martyriums. „Es war ersichtlich, dass ich das nicht wollte", sagte sie. Das räumte auch der Angeklagte ein: „Sie hat mehrfach Nein gesagt." Auch habe er das Zittern der jungen Frau bemerkt, aber gedacht, ihr sei kalt. Er gab auch zu, Gewalt angewendet zu haben. Als sie am Boden lag, habe er sie gewürgt, sodass sie Angst um ihr Leben gehabt habe, ergänzte Daniela R. Und dann erzählte sie von der Bierflasche, die ihr der 22-Jährige an den Kopf gehalten habe, um zu

verhindern, dass sie mit ihrem Handy Hilfe ruft. Zudem habe er gedroht, dass er sie „auch töten könne". Beides stritt der Angeklagte ab. Darauf, ob das Gericht ihm oder Daniela R. glaubt, könnte es jedoch ankommen: Die Bierflasche stellt nämlich ein gefährliches Werkzeug dar, bei dessen Verwendung sich die Mindeststrafe von zwei auf fünf Jahre erhöht. Er habe an dem Abend viel Alkohol getrunken, gab der junge, aus Eritrea stammende Mann an. Wie viel genau, wisse er nicht mehr. Seit er als 16-Jähriger nach Deutschland gekommen sei, weil er sich ein besseres Leben versprochen und in seinem Heimatland nicht zum Militär habe eingezogen werden wollen, habe er zu viel getrunken. „Ich habe ein Alkoholproblem", sagte er. Sein Alkoholkonsum und seine anfangs schlechten Deutschkenntnisse seien der Grund für seine fünf Vorstrafen seit 2015. Er habe in Deutschland aber auch den mittleren Schulabschluss gemacht und zwei Jahre als Kfz-Mechatronik-Helfer gearbeitet.

Neubrandenburg: Am 26.02.2021 gegen 13:15 Uhr kam es in der Neubrandenburger Südstadt zu einer exhibitionistischen Handlung. Ein 12-jähriges Mädchen befand sich zum Tatzeitpunkt auf dem Nachhauseweg in der Neustrelitzer Straße. Auf Höhe der Bushaltestelle gegenüber des dortigen Rewe-Marktes, bemerkte sie plötzlich eine männlich Person, welche sich in einem Gebüsch unmittelbar neben dem Gehweg befand. Die Person manipulierte hierbei an seinem Geschlechtsteil und schaute dabei in Richtung der Geschädigten. Das geschädigte Mädchen begab sich in der weiteren Folge unverzüglich nach Hause und vertraute sich hier ihrer Betreuerin an, die daraufhin unverzüglich die Polizei informierte. Der unbekannte Tatverdächtige konnte durch die Geschädigte wie folgt beschrieben werden. Er ist ca. 40 Jahre alt, ca. 180 cm groß, von normaler Statur, hat einen dunklen Teint, kurze dunkle Haare und einen dunklen Vollbart.

Schärding: Ein 65-jähriger türkischer Staatsbürger belästigte am 24. Februar 2021 kurz nach 13 Uhr eine 21-jährige Angestellte in einem Geschäft in Schärding. Dabei berührte er sie während einer Verkaufsberatung trotz Zurückweisungen mehrmals am Körper. Das Opfer lief daraufhin zur Filialleitung und meldete den Vorfall. Der Täter flüchtete vorerst, konnte jedoch durch eine sofort eingeleitete Nahbereichsfahndung aufgrund seines Kennzeichens gestellt und festgenommen werden. Er zeigte sich nicht geständig und wird bei der Staatsanwaltschaft Ried im Innkreis angezeigt.

Greven: Am Kirchplatz in Reckenfeld ist es am Montag (15.02.21) gegen 14.15 Uhr zu exhibitionistischen Handlungen durch einen männlichen Unbekannten gekommen. Das meldete eine Zeugin der Polizei. Der Mann soll sich im Beisein der Geschädigten entblößt und in Scham verletzender Weise gezeigt haben. Der Exhibitionist wird wie folgt beschrieben: Er war zwischen 40 und 60 Jahre alt, zwischen 1,75 bis 1,85 Meter groß und von hagerer Statur. Er trug eine graue Jacke sowie eine schwarze Wollmütze. Er hatte ein Herrenrad dabei. Hinten auf dem Rad befand sich Korb, in dem ein violetter Rucksack lag. Der Mann sprach den Zeugenangaben zufolge gebrochen deutsch. Nach den schamverletzenden Handlungen flüchtete er in Richtung Jägerweg.

Hannover: Gestern Nachmittag setzte sich ein 20-jähriger Mann auf seiner Fahrt von Hamburg nach Hannover im IC schräg gegenüber von einer jungen Frau hin. Während der Fahrt steckte er seine Hand in seine Hose und machte masturbierende Bewegungen. Dabei sah er der jungen Frau in die Augen. Als eine Zugbegleiterin zur Fahrausweiskontrolle den Wagen betrat, vertraute sich die Reisende ihr an. Auch ihr sind die eindeutigen Handbewegungen des 20-jährigen Afghanen nicht entgangen. Darüber hinaus konnte er auch keinen Fahrschein vorweisen. Grund genug, um die Bundespolizei am Hauptbahnhof Hannover zu verständigen. Beim Halt des Zuges wurde der Beschuldigte an die

Bundespolizei übergeben. Er wurde wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses und Erschleichen von Leistungen angezeigt.
Gütersloh: Am frühen Dienstagabend (23.02., 18.50 Uhr) kam es in der Buslinie 95, im Bereich Isselhorst, zu einer sexuellen Belästigung durch einen unbekannten jungen Mann. Derzeitigen Ermittlungen zufolge befand sich eine jugendliche Zeugin in dem Bus. Ein bislang unbekannter Mann belästigte die Zeugin, indem er sie gegen ihren Willen anfasste.Die Jugendliche konnte sich der Situation umgehend entziehen und informierte den Busfahrer. Dieser verwies den Mann im Bereich Haller Straße/ Steinhagener Straße des Busses, noch bevor eine Streifenwagenbesatzung eingetroffen war. Der junge Mann konnte wie folgt beschrieben werden: Ca. 20 – 21 Jahre alt und ein südländisches Aussehen.
Aachen: Am Montagabend (22.02.2021) gegen 23 Uhr rempelte ein bislang unbekannter Täter eine Fußgängerin auf dem Gehweg der Peterstraße an und berührte sie unsittlich. Anschließend trat er sie und lief in Richtung Blondelstraße davon. Die Frau wurde leicht verletzt. Eine Fahndung verlief ohne Ergebnis. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Der Täter wird von der Geschädigten wie folgt beschrieben: Männlich, 35 – 40 Jahre alt, ca. 170 cm groß, dunkler Hauttyp, schlanke Statur. Er war mit einer braunen Jacke, einer schwarzen Jeans und Turnschuhen bekleidet und trug einen schwarzen Rucksack bei sich.
Mittenwald/Fürstenwalde: Am Freitagabend (19. Februar) hat die Bundespolizei einen per Untersuchungshaftbefehl gesuchten Pakistaner hinter Gitter gebracht. Der Mann hatte einer Frau nachgestellt und ihr mit der Veröffentlichung von intimen Fotos gedroht. Bundespolizisten überprüften am Grenzübergang Mittenwald einen pakistanischen Staatsbürger als Insasse eines Fernreisebusses aus Bologna. Zwar konnte sich der mittlerweile in Italien wohnhafte Reisende ordnungsgemäß ausweisen, bei der Überprüfung seiner Personaldaten schlug jedoch der Fahndungscomputer an. Gegen den 27-Jährigen lagen zwei Fahndungsnotierungen der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder aus dem Jahr 2018 vor. Der Mann wurde per Aufenthaltsermittlung wegen Zuwiderhandlung gegen vollstreckbare Anordnungen sowie mit Untersuchungshaftbefehl wegen Nachstellung gesucht. Demnach soll der pakistanische Staatsangehörige eine Frau gegen ihren Willen umarmt, geküsst und dabei Selfies aufgenommen und diese anschließend in seinem Facebook-Profil gepostet haben. Der 27-Jährige drohte der Geschädigten immer wieder mit der Verbreitung, unter anderem an ihre Familie, sowie Veröffentlichung von freizügigen Fotos, falls sie den Kontakt zu ihm abbrechen würde. Als Gegenleistung für die Löschung der Aufnahmen verlangte der Pakistaner sogar Sex, was die Frau jedoch ablehnte. Die Bundespolizisten führten den Pakistaner dem Richter beim Amtsgericht Wolfratshausen vor und lieferten den Verhafteten anschließend in die Justizvollzugsanstalt Stadelheim ein.
Marburg: Opfer einer sexuellen Belästigung wurde vergangene Woche eine 16-Jährige aus Weimar. Der Vorfall ereignete sich bereits am vergangenen Donnerstag (18.2.), gegen 19:20 Uhr, im Bahnhof Marburg, in einem abfahrbereiten Nahverkehrszug (Bahnsteig 8). Ein bislang Unbekannter setzte sich neben die junge Frau und manipulierte dabei an seinem Geschlechtsteil. Später stieg er aus und stellte sich vor das Fenster der Jugendlichen und hantierte an seinem entblößten Glied. Anschließend flüchtete der Mann. Die Schülerin erstattete, zusammen mit der Mutter, am nächsten Tag Strafanzeige bei der Polizei in Korbach. Die weiteren Ermittlungen führt die Bundespolizeiinspektion Kassel. Personenbeschreibung: Der Mann hatte kurze, schwarze Haare, blau grüne Augen sowie schwarze, dickere Augenbrauen. Der

Unbekannte ist vermutlich südländischer Herkunft und soll zwischen 27 und 30 Jahre alt gewesen sein. Seine Größe wird auf 1,85 -1,90 m geschätzt.

http://www.pi-news.net/2021/03/emden-dunkelhaeutige-pruegeln-54-jaehrigen-ins-krankenhaus/

KEIN AUFSCHREI DER ÜBLICHEN RASSISMUS-RUFER

Emden: Dunkelhäutige prügeln 54-Jährigen ins Krankenhaus

12. März 2021

Am Sonntag kam es in der Zeit von 2:55 Uhr bis 3:05 Uhr in Emden zu einem Vorfall, bei dem ein 54-jähriger Mann schwer verletzt wurde. Das Opfer ging zur oben genannten zu Fuß durch den Bereich, der parallel zur Bolardusstraße verläuft, als er zwei männliche Personen bemerkte, die ihm entgegenkamen. Als die Unbekannten sich auf gleicher Höhe mit dem Opfer befanden, schlug einer der Täter dem 54-jährigen Mann unvermittelt mehrfach mit der Faust ins Gesicht. Zwei weitere Personen, die sich auf der Bolardusstraße befunden hatten, bemerkten den Vorfall und riefen einen Rettungswagen. Zudem betreuten sie das Opfer, bis der Krankenwagen eintraf. Der 54-Jährige wurde in ein Krankenhaus verbracht, wo er stationär aufgenommen wurde. Bei den unbekannten Tätern handelt es sich um zwei Männer im Alter von 25-35 Jahren, die zwischen 180cm und 185 cm groß sein sollen. Beide Männer sollen eher von dunklem Hauttyp sein, wobei eine Person einen schwarzen Vollbart und Handschuhe trug. Die Polizei in Emden bitten die beiden Helfer und Zeugen sich unter 04921-8910 bei der Dienststelle zu melden.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen" in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Schwarze Grünen-Politiker lassen Ihren „Rassenhaß auf Europäer freien Lauf, ohne dass dies grossartig in den Medien thematisiert wird. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.

Hamburg: Vor dem Amtsgericht St. Georg begann am Donnerstag der Prozess gegen drei Moslems (21-27), die an der Straße Pulverteich einen Anwohner (55) verprügelt und misshandelt haben sollen. Grund: Sie fühlten sich im Gebet gestört, für das sie sich seinen Hauseingang ausgesucht hatten. Die Angeklagten schwiegen. Mohammad N. (24) und Stenio Q. (27) sitzen wegen Fluchtgefahr in Haft. N. wurde schon mal 2017 an der Grenze zur Türkei verhaftet, als er in den Krieg nach Syrien wollte. Der Anwohner: „Sie saßen dicht an dicht vor den Briefkästen. Da kam niemand durch." Er saß in seinem Smart und hupte, weil er sie für Drogensüchtige hielt, die oft dort herumhängen. „Plötzlich wurden beide

Türen aufgerissen und mit allem auf mich eingeprügelt, was zur Verfügung stand.“ Zur Verfügung stand vor allem seine volle Einkaufstasche, so dass er und sein Auto anschließend komplett eingeschmiert waren, u.a. mit Milchreis. Außerdem: Zeh gebrochen, Kleidung kaputt. „Am Schlimmsten aber war, dass ich bespuckt worden bin, sogar in meinen weit geöffneten Mund. Das war für mich wie ein Weltuntergang, ich bin Corona-Risikopatient.“ Prozess geht weiter.
Berlin: Mit Tritten und Stöcken trieben sie ihn aus seinem Zelt und zündeten es an: Ein Obdachloser ist in einer Britzer Parkanlage brutal von Jugendlichen attackiert worden. Nach dem Angriff setzten die drei Täter seine Habe und das Zelt eines weiteren Opfers in Brand! Der Übergriff ereignete sich gegen 20 Uhr in einer Grünanlage an der Gutschmidtstraße hinter dem U-Bahnhof Britz-Süd. Dort wurde der 59-jährige Lette erst mit Fußtritten aus seinem dort aufgestellten Zelt gescheucht und dann mit Stöcken verprügelt. Er ergriff die Flucht. Als er nach einiger Zeit wieder zu seinem Zelt zurückkam, stand es lichterloh in Flammen. Die inzwischen alarmierte Feuerwehr konnte es zwar löschen, von den Habseligkeiten des Opfers blieben allerdings nur ein paar verkohlte Reste übrig. Der Mann wurde verletzt, wollte aber nicht ins Krankenhaus. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung, schließt einen rechtsextremistischen Hintergrund aber aus. Die Täter werden als südländisch beschrieben.
Karlsruhe: Die Bundesanwaltschaft hat am 10. Februar 2021 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden Anklage gegen den syrischen Staatsangehörigen Abdullah A. H. H. erhoben. Der Angeschuldigte ist des Mordes, versuchten Mordes sowie der gefährlichen Körperverletzung (§§ 211, 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Nr. 5, 22, 23 StGB) hinreichend verdächtig. In der nunmehr zugestellten Anklageschrift ist im Wesentlichen folgender Sachverhalt dargelegt: Abdullah A. H. H. stach am 4. Oktober 2020 gegen 21:25 Uhr in der Nähe des Kulturpalastes in Dresden unvermittelt auf zwei Männer im Alter von 55 sowie 53 Jahren ein. Ein Geschädigter erlitt tödliche Verletzungen und verstarb kurze Zeit später im Krankenhaus. Das zweite Tatopfer überlebte den Anschlag schwer verletzt. Der Angeschuldigte handelte dabei aus einer radikal-islamistischen Gesinnung heraus. Die beiden Tatopfer hatte er ausgewählt, um sie als Repräsentanten einer vom ihm als „ungläubig“ abgelehnten freiheitlichen und offenen Gesellschaftsordnung mit dem Tode zu bestrafen. Der Angeschuldigte wurde am 20. Oktober 2020 vorläufig festgenommen. Er befindet sich seit dem 21. Oktober 2020 in Untersuchungshaft, zunächst aufgrund des Haftbefehls des Amtsgerichts Dresden und seit dem 10. November 2020 aufgrund des Haftbefehls des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs vom selben Tage.
Berlin: Ahmad A., genannt ‚Patron Miri‘ hat eine lange Geschichte, der Mann, dessen Asylantrag zweimal abgelehnt wurde, der 22 Mal unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Diebstahl, räuberischer Erpressung, Verstoß gegen das Waffengesetz und Fahrens ohne Führerschein verurteilt wurde. Der Behörden drei verschiedene Versionen über seine Nationalität verkündete, der bei der Justiz unter mindestens neun Aliasnamen bekannt ist, der vier verschiedene Geburtsjahre angegeben hat. Der Mann, von dem nach Ansicht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine „Gefahr für die Allgemeinheit“ ausgeht. Aber Ahmad A. wird nicht abgeschoben, weil er – nach seiner letzten Version – Syrer ist und einen syrischen Pass vorgelegt hat. Nach Syrien schiebt Deutschland aktuell nicht ab. (die ganze Geschichte des „Schutzsuchenden“ kann bei Tagesspiegel.de nachgelesen werden).
Ulm: Der Mann soll seine Tochter für eine „Ungläubige“ gehalten haben, wie ein Sprecher des Gerichts mitteilte. Mit elf Messerstichen soll er im September 2020

in Ehingen (Alb-Donau-Kreis) versucht haben, seine Tochter zu töten, um sie für ihre aus seiner Sicht zu freizügige Lebenseinstellung zu bestrafen. Die junge Frau konnte ihren Vater aber zur Seite stoßen und flüchten. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mann versuchten Mord und gefährliche Körperverletzung zur Last. Die Tochter nimmt an dem Verfahren als Nebenklägerin teil. Vor Gericht schwieg der 60-Jährige zu den Vorwürfen, auch zu seiner religiösen Gesinnung. Angaben zu seiner Staatsangehörigkeit und Lebenssituation wollte er nicht machen. Sein Anwalt schloss jedoch nicht aus, dass er zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Aussage bereit sei.
Rheine: Nach einem Vorfall vom Freitag (26.02.) im Bereich des Ems-Einkaufszentrums an der Lingener Straße/Franz-Kolck-Straße sucht die Polizei Zeugen. Ein 21-jähriger Rheinenser war am Freitag (26.02.) gegen 20:15 Uhr zu Fuß auf der Franz-Kolck-Straße unterwegs. Dort wurde er, eigenen Aussagen zufolge, plötzlich von zwei Männern verfolgt. Der 21-Jährige lief deshalb schneller und stolperte in Höhe der Lingener Straße. Die beiden Unbekannten traten daraufhin auf den am Boden liegenden Rheinenser ein. Als sich ein Pkw näherte, ließen die Täter von ihrem Opfer ab und flüchteten. Die beiden Unbekannten werden wie folgt beschrieben: Sie sind männlich, beide etwa 17 bis 21 Jahre alt und ungefähr 1.75 Meter groß. Beide waren dunkel gekleidet und hatten schwarze, mittellange Haare, die einer von ihnen mit einem Seitenscheitel trug. Die beiden Männer werden als südländisch beschrieben.
Stuttgart: Ein 24-Jähriger hat in den frühen Morgenstunden des gestrigen Sonntags (28.02.2021) Sicherheitskräfte am Stuttgarter Hauptbahnhof geschlagen und beleidigt sowie anschließend Widerstand gegen polizeilichen Maßnahmen geleistet. Die Sicherheitskräfte befanden sich zunächst gegen 01:15 Uhr auf dem Treppenabgang zur S-Bahnebene, als ein bis dahin unbekannter Mann einem der Bahnmitarbeiter auf den Rücken schlug und die Dreier-Streife anschließend beleidigte. Als der 24-Jährige daraufhin am Bahnsteig auf den Vorfall angesprochen wurde, zeigte er sich aggressiv und versuchte kurz darauf einem der Mitarbeiter einen Faustschlag zu versetzen. Einsatzkräfte der Bundespolizei, die sich zum Tatzeitpunkt ebenfalls auf der S-Bahnebene befanden, verhinderten die Tathandlung, brachten den türkischen Staatsangehörigen zu Boden und fesselten ihn. Hierbei wehrte sich der mit fast 1,8 Promille alkoholisierte 24-Jährige fortwährend, indem er versuchte, sich aus der Fixierung der Beamten zu befreien. Die Bundespolizeistreife brachte den einschlägig polizeibekannten Mann im Anschluss auf die Dienststelle.
Hamburg: Nach einem Raubüberfall auf einen 32-jährigen Mann in Wilhelmsburg am Dienstagabend fahndet die Polizei Hamburg nach zwei bislang unbekannten Tätern. Das für die Region Harburg zuständige Raubdezernat des Landeskriminalamtes (LKA 184) hat die Ermittlungen übernommen. Der 32-jährige Rollstuhlfahrer war gerade im Begriff den Wilhelmsburger Inselpark in Richtung Kuckuckshorn zu verlassen, als er plötzlich von hinten von einem Mann umklammert wurde. Ein zweiter Täter agierte währenddessen von vorn. Der 32-Jährige wurde im weiteren Verlauf nach hinten gezogen und stürzte aus dem Rollstuhl heraus auf den Hinterkopf. Nachdem ihm sein Sportbeutel, in dem sich unter anderem Bargeld, ein Portemonnaie und ein Handy befanden, abgenommen worden war, flüchteten die Täter in unbekannte Richtung. Eine Sofortfahndung führte nicht zur Festnahme der Täter. Einer der Täter kann wie folgt beschrieben werden: männlich, 170 -175 cm, 35 – 45 Jahre, kommunizierte mit dem Mittäter auf Arabisch. Der 32-Jährige wurde bei dem Überfall verletzt und für eine Nacht stationär im Krankenhaus aufgenommen.
Gernsheim: Am Freitag, dem 19.02.2021, um 12.20 Uhr befuhr ein Fahrradfahrer verbotswidrig die Fußgängerunterführung am Gernsheimer

Bahnhof von der Bensheimer Straße (Fa. Aldi) kommend, in Richtung Bahnhofstraße. Hierbei stieß er beim Vorbeifahren mit dem Lenker einem Fußgänger in den Rücken, wodurch dieser verletzt wurde. Der Radfahrer hielt kurz an, beleidigte den Fußgänger/Geschädigten und setzte seine Fahrt in Richtung Bahnhofstraße fort. Der Radfahrer ist ca. 25 – 30 J. alt, schlank, südländisches Aussehen, dunkle lockige Haare.

Offenburg: Weil ein aggressiver 26-Jähriger mehrfach die Tür eines Regionalzuges blockierte und dieser dadurch nicht abfahren konnte, verständigte der Zugbegleiter gestern Abend gegen 22:00 Uhr die Bundespolizei. Als die Streife am Bahnsteig eintraf, begab sich der Mann ins Abteil und setzte sich hin. Als der Zugbegleiter sein Ticket kontrollieren wollte, versuchte er ihn anzugreifen, was aber verhindert werden konnte. Da er kein Ticket hatte, wurde er von der Weiterfahrt ausgeschlossen. Weil er sich aber vehement weigerte, musste der Fahrtausschluss durch die Beamten zwangsweise durchgesetzt werden. Den bereits polizeibekannten nigerianischen Staatsangehörigen erwartet nun eine Anzeige.

Ansbach: Am Montagvormittag (22.02.2021) versuchte ein 28-Jähriger eine Tankstelle im Ansbacher Stadtgebiet in Brand zu setzen. Der Ermittlungsrichter erließ Haftbefehl. Gegen 10:30 Uhr beobachtete ein Passant einen Mann, welcher versuchte, aus mehreren Zapfsäulen Kraftstoff auf den Boden einer Tankstelle in der Bahnhofstraße zu schütten. Hierbei gelang es dem Mann lediglich, nur einige wenige Tropfen auf dem Boden zu verteilen. Als er versuchte, diese in Brand zu setzen, sprach der Passant den zunächst Unbekannten an. Daraufhin flüchtete der 28-Jährige. Die alarmierten Streifenbesatzungen der Polizeiinspektion Ansbach führten umgehend umfangreiche Fahndungsmaßnahmen nach dem Flüchtenden durch. Hierbei gelang es, den Mann in einer Gemeinschaftsunterkunft unweit des Tatorts festzunehmen. Das zuständige Fachkommissariat der Ansbacher Kriminalpolizei übernahm die Ermittlungen vor Ort. Im Verlauf der weiteren Sachbearbeitung beleidigte der Mann Polizeibeamte und griff sie in der Dienststelle tätlich an.

Klagenfurt: Seit Anfang des Jahres 2019 führt das Kriminalreferat des Stadtpolizeikommandos Klagenfurt – Suchtmittelkriminalität – Ermittlungen gegen eine afghanisch stämmige Tätergruppe. Dabei konnte dieser Gruppe bislang der Verkauf von 6,5 kg Cannabiskraut und 2500 Stück Ecstasy Tabletten an 110 Endabnehmer, im Alter von 14 – 17, nachgewiesen werden. Der Straßenverkaufswert liegt im sechsstelligen Bereich. Als Haupttäter konnte ein 18-jähriger und 17-jähriger Afghane ausgeforscht werden. Diese beiden besorgten und verteilten die Suchtmittel an sechs Subdealer (15-17 Jahre alt) und verkauften zum Teil auch selbst. Hauptsächlich wurde in den innerstädtischen Parks von Klagenfurt gedealt. Einen Teil des Erlöses überwiesen die Asylwerber nach Afghanistan.

Ilmenau: Am heutigen Morgen kam es gegen 08.00 Uhr zu einem Polizeieinsatz vor dem Hauptbahnhof. Ein Zeuge informierte die Polizei Ilmenau über eine Person, welche Passanten bepöbelnsoll. Die Beamten konnten den amtsbekannten 33-Jährigen (marokkanisch) feststellen. Er versuchte die Beamten zu bespucken und beleidigte sie. Aufgrund seines Verhaltens wurde er in Gewahrsam genommen und zur PI Arnstadt-Ilmenau gebracht. Ein Atemalkoholtest führte zu einem Wert von über 1,4 Promille. Ein Drogentest verlief zudem positiv auf Cannabis. Im Verlauf zeigte sich, dass der Mann zuvor bereits eine 53-Jährige beleidigte. Ihn erwarten nun mehrere Strafanzeigen.

http://www.pi-news.net/2021/03/500-euro-geldbusse-und-bewaehrung-fuer-vergewaltigung-an-15-jaehriger/

ZWEI SYRISCHE "FLÜCHTLINGE" VERGINGEN SICH IM KREIS LÜCHOW-DANNENBERG AN TOCHTER IHRER HELFERIN

500 Euro Geldbuße und Bewährung für Vergewaltigung an 15-Jähriger

13. März 2021

Die Teenagerin half den beiden jungen Männern bei der Integration, gab ihnen sogar Deutsch-Unterricht. Dann vergewaltigen sie die 15-jährige Schülerin. Vier Jahre nach dem Verbrechen stand Annika R. (Name geändert, heute 19) aus Hannover ihren Peinigern gegenüber. Das Amtsgericht Uelzen sprach Mohamad T. (24) und Schadi A. (24) nun (Anfang März) schuldig. Im Sommer 2016 hatte die Tochter einer Flüchtlingshelferin die Unterkunft der Syrer im Kreis Lüchow-Dannenberg besucht. Zunächst tranken sie im Zimmer Tee, dann kippte die Stimmung. Laut Anklage hielt Mohamad T. dem Mädchen plötzlich die Arme fest, während sein Komplize es entkleidete und vergewaltigte. Nach dem Sex-Überfall drohte das Duo: „Wenn du irgendetwas sagst, bringen wir deine ganze Familie um." Erst ein Jahr später, als einer der Täter in ihr Haus ziehen sollte, brach sie ihr Schweigen. Anzeige, Anklage. Im Prozess vor dem Jugendschöffengericht – die Angeklagten waren zum Tatzeitpunkt Heranwachsende – bestritt das bislang unbestrafte Duo die Tat. Urteil: zwei Jahre Jugendstrafe auf Bewährung für Schadi A., 18 Monate für seinen Komplizen, dazu jeweils 500 Euro Geldbuße. Opfer-Anwalt Björn Nordmann: „Für meine Mandantin ist es wichtig, dass das Gericht ihr glaubte. Die vergangenen vier Jahre waren schwer für sie." Die Verteidiger der beiden Männer legten Berufung gegen das Urteil ein. *(Artikel übernommen von BILD.DE)*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen" systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Freiburg: Zweieinhalb Jahre nach der Gruppenvergewaltigung einer jungen Frau in Freiburg sind die Urteile gegen fünf der insgesamt elf Angeklagten rechtskräftig. Drei Revisionen seien zurückgenommen worden, zwei Angeklagte hätten das Urteil schon zuvor akzeptiert, teilte das Landgericht Freiburg am Mittwoch mit. Das Gericht hatte es im Juli vergangenen Jahres als erwiesen angesehen, dass zehn der Männer auf unterschiedliche Weise an der Vergewaltigung der Frau im Herbst 2018 beteiligt waren. … Die Tat hatte sich im Oktober 2018 in der Nähe einer Diskothek ereignet. Sie sorgte auch deshalb für Aufsehen, weil nur einer der Angeklagten einen deutschen Pass hatte.

Karlsruhe: Mittwoch Abend wurde eine 16-jährige Reisende am Karlsruher Hauptbahnhof durch einen 36-Jährigen sexuell belästigt. Auf einem Bahnsteig berührte der Mann die Frau am Gesäß. Sie wies diese Handlung umgehend zurück und stellte den Täter zur Rede. Er entfernte sich daraufhin. Umgehend suchte die Frau Mitarbeiter der Deutschen Bahn auf, um den Flüchtigen zu stoppen. Der Täter konnte sodann in der Bahnhofshalle gestellt werden. Eine zugleich alarmierte Streife der Bundespolizei nahm den Täter vorläufig fest und brachte ihn auf die örtliche Wache um seine Identität zu klären. Ein dort durchgeführter Atemalkoholtest ergab einen Wert von über 1,5 Promille. Nach Abschluss der strafprozessualen Maßnahmen konnte der 36-jährige Afghane seinen Weg fortsetzen.
Salzburg: Der 39-jährige Angeklagte, ein in Salzburg lebender, staatenloser Afrikaner, soll in einer Juninacht 2020 eine 50-jährige Frau in ihrer Wohnung in Salzburg-Lehen stundenlang eingesperrt, sie durch wiederholte Schläge und Tritte gegen Gesicht und Körper massiv verletzt, und das blutüberströmte Opfer dann vergewaltigt haben. Der Staatsanwalt lastete dem bereits 15 Mal – teils auch wegen Gewaltdelikten – vorbestraften gebürtigen Nigerianer absichtliche schwere Körperverletzung, Vergewaltigung und Freiheitsentziehung an.
Leipzig: Die Polizei hat am Mittwoch einen 80-jährigen Mann festgenommen, der vor einer Kita onaniert haben soll, als dort gerade Kinder im Garten spielten. Jugendliche hatten den älteren Syrer (80-Jahre) am frühen Nachmittag am Tatort in der Louis-Fürnberg-Straße im Stadtteil Sellerhausen-Stünz beobachtet und die Polizei alarmiert. „Die hinzugerufenen Beamten konnten den Tatverdächtigen in einer nahegelegenen Gartenanlage feststellen und nahmen ihn zur Durchführung weiterer Maßnahmen mit auf ein Revier", erklärte ein Polizeisprecher. Dem Senior drohen wegen sexueller Handlungen vor Kindern eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren.
Achern: Aufgrund der exhibitionistischen Handlungen eines noch Unbekannten ermitteln nun Beamte der Kriminalpolizei. Wie mittlerweile bekannt wurde, soll der etwa 29 Jahre alte Mann mit dunkler Hautfarbe, schulterlangen krausen Haaren und großer Nase vergangenen Mittwoch zwischen 14:30 Uhr und 14:45 Uhr eine 16-Jährige im Bereich des Bahnhofs in Achern belästigt haben.
Stuttgart-Zuffenhausen: Zu einer exhibitionistischen Handlung ist es am Montagabend (01.03.2021) gegen 21:45 Uhr am Bahnhof Stuttgart-Zuffenhausen gekommen. Nach bisherigen Erkenntnissen soll ein bislang unbekannter Mann vor zwei Mädchen im Alter von 14 und 16 Jahren auf dem Hochbahnsteig an seinem Glied manipuliert haben. Als die beiden Mädchen ankündigten die Polizei zu rufen, flüchtete der Unbekannte über den Bahnsteig in unbekannte Richtung und konnte trotz eingeleiteter Nahbereichsfahndung der Polizei nicht mehr angetroffen werden. Die beiden Minderjährigen wurden im Anschluss durch eine Streife nach Hause verbracht. Der mutmaßliche Täter wird als etwas 25 – 35 Jahre alt, circa 180 cm groß, mit schwarzen kurzen Haaren, einem Bart und vollen buschigen Augenbrauen sowie mit schlanker Statur und südländischem Phänotyp beschrieben.
Geisenheim: Am Freitagvormittag zeigte sich ein unbekannter Mann auf dem Parkplatz einer Schule in der Dr.-Schramm-Straße in Geisenheim einer 61-jährigen Frau in schamverletzender Art und Weise. Die Geschädigte hatte sich gegen 10.30 Uhr auf dem Parkplatz zu ihrem Auto begeben, als sie auf einen Mann aufmerksam wurde, der am Treppenabgang saß und an seinem Geschlechtsteil manipulierte. Die 61-Jährige stieg in ihren Pkw ein und fuhr zunächst vom Parkplatz. Als sie dann nochmal kurz anhielt, habe der Mann plötzlich an ihre Scheibe geklopft und ihr den Mittelfinger gezeigt. Der Exhibitionist soll etwa 18-25 Jahre alt, ca. 1,85 Meter groß sowie dünn gewesen

sein einen dunklen Teint, eine ungepflegte Erscheinung, sowie buschige Augenbrauen gehabt haben.
Gießen: Nach einem Mann, der sich vor einer Frau mit ihren beiden Kleinkindern am Dienstagmittag in der Bahnhofstraße entblößt hat, fahndet die Polizei. Der Unbekannte soll die Frau und ihre Kinder noch beleidigt haben. Er soll 170 Zentimeter groß und dunkelhäutig sein. Er soll gebrochenes deutsch mit einer hohen Stimme gesprochen haben.
Dinslaken: Der Jogger ohne Hose war Freitag längere Zeit in Dinslaken unterwegs. Er wurde von drei Zeugen gesehen und ist der Polizei nur knapp entwischt. Der Jogger ohne Hose war erneut in Dinslaken unterwegs. Der Exhibitionist, der im vergangenen Jahr mindestens sechs Mal Frauen belästigt hat, wurde am heutigen Freitag an der Ecke Claudiastraße/Marthastraße gesehen. Und diesmal ist er nur ganz knapp der Polizei entgangen. … Der Täter war etwa 20 Jahre alt, etwa 1,80 Meter groß und hatte längere Haare. Er trug eine blaue Steppjacke mit Kapuze und später auch eine weiße Jogginghose. Er soll südländisch ausgesehen haben.

https://www.n-tv.de/politik/Corona-Hilfen-an-islamistische-Extremisten-article22423477.html
SONNTAG, 14. MÄRZ 2021
Terrorismusfinanzierung vom Bund
Corona-Hilfen an islamistische Extremisten?
Nach mehreren Betrugsfällen stoppt die Bundesregierung die Auszahlung der Corona-Hilfen. Nun kommt heraus, dass wohl auch Gelder an islamistische Extremisten geflossen sind, die diese in Kriegsgebieten des Nahen Ostens zur Terrorismusfinanzierung genutzt haben sollen.
Unter den Empfängern der Corona-Soforthilfen der Bundesregierung befinden sich einem Medienbericht zufolge offenbar auch islamistische Extremisten. In Einzelfällen bestehe der Verdacht der "direkten Terrorismusfinanzierung", berichtete die "Welt am Sonntag" unter Berufung eine Quelle im Umfeld der Berliner Strafverfolgungsbehörden.
Staatsschutz und Staatsanwaltschaft führen dem Bericht zufolge in Berlin mehr als hundert Ermittlungsverfahren gegen rund 60 Menschen, Moscheevereine und Vereinigungen, die dem islamistischen Spektrum zugerechnet werden. Die Behörden prüfen demnach, ob und in welchem Ausmaß Corona-Soforthilfen kassiert wurden, ohne dass ein Anspruch bestand. In mindestens drei Fällen soll es Hinweise geben, dass Corona-Hilfen in Kriegsgebieten des Nahen Ostens zur Terrorismusfinanzierung genutzt worden seien. Insgesamt liege die Schadenssumme aller verfolgter Fälle bei rund einer Million Euro. 250.000 Euro wurden der Zeitung zufolge bei Durchsuchungen bereits sichergestellt.
Moscheen, Büros und Wohnungen durchsucht
Das Landeskriminalamt (LKA) hatte in den vergangenen Monaten mit einem Großaufgebot an Ermittlern mehrere Moscheen, Büros von Moscheevereinen und Privatwohnungen in Berlin durchsucht. Subventionsbetrug kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren, in schweren Fällen von bis zu zehn Jahren bestraft werden.
In der generellen Debatte um den Betrug mit Corona-Hilfen werden auch Vorwürfe an die Spitze des Finanzministeriums laut. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur soll das Bundeswirtschaftsministerium bereits im vergangenen Herbst bei der Erstellung der Programme zur November- und Dezemberhilfe und jüngst der Überbrückungshilfe III einen automatischen Abgleich mit Daten der Finanzämter als zusätzliche Sicherheitslinie verlangt haben. **Das betrifft etwa den Abgleich von Kontonummer, Umsatzsteuer- und Steuer-ID. Das Finanzministerium habe aber**

mitgeteilt, dass dies "entbehrlich" und zudem nicht zügig umsetzbar sei, hieß es am Freitag in Berlin. Aus dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium waren zunächst keine Stellungnahmen zu erhalten.
Zuvor hatte das Wirtschaftsmagazin "Business Insider" berichtet, dass das Finanzministerium Datenabgleiche trotz wiederholter Warnungen abgelehnt habe, da es den Angaben von Steuerberatern und Anwälten vertraut habe. Das Finanzministerium sei im November und Dezember bis zur Staatssekretärsebene wiederholt vor Betrug gewarnt worden, wenn es bei Anträgen auf Corona-Hilfen wie November- oder Dezemberhilfen keinen automatischen Datenabgleich mit Finanzämtern geben sollte.
Quelle: ntv.de, awi/AFP/dpa

https://www.welt.de/politik/deutschland/article228201629/Subventionsbetrug-Corona-Hilfen-fuer-islamische-Extremisten.html

Corona-Hilfen für islamische Extremisten und Terrorfinanzierung

Von Nikolaus Doll
Ressort Politik

Aufgrund von Betrugshinweisen wurden die Auszahlungen der Corona-Hilfen größtenteils gestoppt. Betrüger haben offenbar unter falschen Angaben mehrere Millionen Euro erbeutet.

In mindestens drei Fällen gibt es Hinweise, dass Corona-Hilfen in Kriegsgebieten des Nahen Ostens zur Terrorismusfinanzierung genutzt worden sind. Allein in Berlin laufen bereits Ermittlungen gegen mehr als 60 Personen und Moscheevereine.

Die Corona-Soforthilfen der Bundesregierung sind nach Informationen von WELT AM SONNTAG auch an islamistische Extremisten geflossen. „In Einzelfällen besteht der Verdacht der direkten Terrorismusfinanzierung", hieß es aus Kreisen der Strafverfolgungsbehörden Berlins gegenüber dieser Zeitung.

Staatsschutz und Staatsanwaltschaft führen derzeit in der Hauptstadt mehr als Hundert Ermittlungsverfahren gegen rund 60 Einzelpersonen, Moscheevereine und Vereinigungen, die dem islamistischen Spektrum zugerechnet werden. Die Behörden prüfen dabei, ob und in welchem Ausmaß Corona-Soforthilfen kassiert wurden, ohne dass ein Anspruch bestand.

Die Ermittler sprechen von „bandenmäßigem Vorgehen". In mindestens drei **Fällen gibt es Hinweise, dass Corona-Hilfen in Kriegsgebieten des Nahen Ostens zur Terrorismusfinanzierung genutzt worden sind. Darüber hinaus haben Angehörige der salafistischen und antisemitischen Vereinigung Jama'atu, die jüngst vom Berliner Senat verboten wurde, und der als Hassprediger bekannte Ahmad Armih Corona-Hilfen erhalten. Auch hier liegt der Verdacht des Subventionsbetrugs vor. Im Umfeld von Jama'atu verkehrte der Attentäter vom Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz, Anis Amri.**

https://www.focus.de/panorama/organisierte-kriminalitaet-288-clan-kriminelle-mehr-als-1000-straftaten-in-berlin_id_13082777.html

Organisierte Kriminalität388 Clan-Kriminelle, mehr als 1000 Straftaten in Berlin

Bernd Thissen/dpa

Montag, 15.03.2021, 06:48

In Berlin sind nach Erkenntnissen der Polizei derzeit 388 Clan-Kriminelle aktiv. Sie sollen im vergangenen Jahr mehr als 1000 Straftaten begangen haben. Die Polizei versucht seit Jahren die Machenschaften der organisierten Kriminalität in der Hauptstadt einzudämmen.

Die Zahlen gehen aus Recherchen des RBB und dem aktuellen "Lagebericht Clankriminalität 2020" des Landeskriminalamts hervor. Das polizeiliche Lagebild bezieht sich demnach ausschließlich auf Mitglieder aus Großfamilien "abgeschotteter arabischstämmiger Strukturen". Mit rund 45 Prozent stellten deutsche Staatsbürger den größten Anteil unter diesen Clan-Kriminellen, gefolgt von libanesischen Staatsbürgern (18 Prozent) und Personen mit ungeklärter Staatsbürgerschaft (16 Prozent).

Rund 95 Prozent der Clankriminellen seien Männer, heißt es in dem Lagebericht weiter. Die meisten (291) fielen als Mehrfach- oder Intensivtäter auf. Besonders häufig seien Verkehrsstraftaten, Drogendelikte und Rohheitsdelikte wie Gewalttaten gezählt worden. Auch Ordnungswidrigkeiten fließen in das "Lagebild Clankriminalität" ein.

Berlin geht stärker gehen organisierte Kriminalität vor

Vor drei Jahren verkündete der Berliner Senat den deutlichen politischen Willen zur Bekämpfung der Clankriminalität in **Berlin**. Inzwischen spiegelt sich das auch in der Polizeiarbeit wieder: So hat sich die Zahl entsprechender Ermittlungsverfahren gegen kriminelle Clanstrukturen im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.

In Clanstrukturen sehe die Polizei bei den Tatverdächtigen "eine eigene Werteordnung und die prinzipielle Ablehnung der deutschen Rechtsordnung". Zwar dominieren "arabischstämmige Tatverdächtige" die Ermittlungsverfahren, viele von ihnen sind aber längst deutsche Staatsbürger.

Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) sagte dazu im vergangenen Jahr dem RBB: "Das ganz Wichtige ist, sie dort zu treffen, wo es weh tut: beim Geld. Die Einziehung von Immobilien war ein schwerer Schlag." Die Wirkung sei, "dass auf der Straße der Respekt zurückkehrt."

Surftipp: **Organisiertes Verbrechen - Abou Chaker, Miri, Remmo, Al-Zein - Infos zu Clankriminalität in Deutschland**

Terroristischen Gefährder mit Clan-Verbindungen abgeschoben

Erst in der vergangenen Woche hat Berlin einen terroristischen Gefährder sowie einen Straftäter mit Kontakten zur Clankriminalität in ihre jeweiligen Heimatländer abgeschoben. Der hoch eingestufte Gefährder, ein Bosnier, sei

wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung verurteilt worden und habe auch im Gefängnis weiter für die Terror-Miliz IS geworben.
Der zweite abgeschobene Mann sei ein Türke mit Verbindungen zu kriminellen Mitgliedern arabischer Strukturen. Er sei wegen Gewalttaten und Drogenhandels aufgefallen und derzeit angeklagt im Zusammenhang mit einer Schießerei. Die Abschiebung erfolgte am Freitag aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit. Für beide Männer gelten langjährige Wiedereinreisesperren.

https://www.n-tv.de/der_tag/Freitag-19-Maerz-2021-article22436075.html
Mann reißt Taube in Heidelberg Kopf ab
In der Heidelberger Innenstadt haben sich verstörende Szenen ereignet. Ein Mann habe einer Taube am Donnerstag auf einem zentralen Platz in der Innenstadt den Kopf abgerissen, teilt die Polizei mit.

- Der 49-Jährige gab demnach an, dass der Vogel sich an seinem Mittagessen zu schaffen gemacht hat.
- Daraufhin habe er das Tier gefangen und enthauptet. Mehrere Zeugen riefen die Polizei. Der Mann, der im Rhein-Neckar-Kreis wohnt, wurde vorläufig festgenommen.
- Sieben Beamten mussten die aufgebrachte Menge beruhigen. Verständlich ...

https://www.n-tv.de/panorama/Daenemark-will-Anteil-nicht-westlicher-Bewohner-deckeln-article22433782.html
DONNERSTAG, 18. MÄRZ 2021

Pläne für WohngebieteDänemark will Anteil "nicht-westlicher" Bewohner deckeln

Auch unter sozialdemokratischer Regierung setzt Dänemark seine Linie in der Migrationspolitik fort. Nun wartet das Kabinett mit einem radikalen Plan auf: Um "Parallelgesellschaften" in Wohnvierteln zu verhindern, soll der Anteil der "Bewohner mit nicht-westlichem Hintergrund" gedeckelt werden.
Die dänische Regierung will mit einer Reihe von Maßnahmen verhindern, dass in ihrem Land "Parallelgesellschaften" entstehen. Dem Innenministerium in Kopenhagen schwebt unter anderem vor, dass der Anteil der "Bewohner mit nicht-westlichem Hintergrund" in zehn Jahren in keinem dänischen Wohngebiet mehr über 30 Prozent liegen soll. Ein entsprechender Vorschlag des Ministeriums soll nun mit weiteren Parlamentsparteien besprochen werden, die schon 2018 bei einer ähnlichen Vereinbarung zusammengearbeitet haben.

Wenn viele Einwanderer nicht-westlicher Herkunft und ihre Nachfahren in bestimmten Gebieten wohnten, steige das Risiko, dass dort religiöse und kulturelle Parallelgesellschaften entstünden, teilte das Ministerium mit. "Wir haben viel zu viele Jahre die Augen vor der Entwicklung verschlossen, die auf dem Weg war, und erst dann gehandelt, als die Integrationsprobleme zu groß geworden sind", erklärte Innenminister KaareDybvad Bek. Die Regierung wolle deshalb daran arbeiten, dass gemischte Wohngebiete geschaffen würden. Zugleich solle der Begriff "Ghetto" aus der entsprechenden Gesetzgebung entfernt werden, weil er irreführend sei.

Dänemark zählt seit Längerem zu den Ländern in Europa, die eine besonders strikte Linie in der Migrationspolitik fahren. Dabei ist es auch unter der Minderheitsregierung der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen geblieben. Sie hatte die dänische Parlamentswahl im Juni 2019 auch dank des Wahlversprechens einer - für Sozialdemokraten eher untypischen - strikten Einwanderungspolitik gewonnen, in der sie viele Vorlagen der konservativen Vorgängerregierung aufnahm. In Wirtschaftsfragen und anderen Bereichen verfolgt Frederiksen dagegen eine linksgerichtete Politik mit Unterstützung von Parteien aus dem linken Lager.

Quelle: ntv.de, cri/dpa

http://www.pi-news.net/2021/03/colorado-moslem-ahmad-alissa-toetet-zehn-menschen-im-supermarkt/

21-JÄHRIGER SYRER HATTE SICH ZUVOR ÜBER "ISLAMFEINDLICHKEIT" BESCHWERT

Colorado: Moslem Ahmad Al-Issa tötet zehn Menschen im Supermarkt

24. März 2021

Der zehnfache Killer und Wrestlingfan Ahmad Alissa (21) aus Arvada, einem Vorort von Denver, wird nach seinem Blutgemetzel in einem Supermarkt in Boulder von Polizisten abgeführt.

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Montag Nachmittag tötete der syrische Moslem Ahmad Al-Issa zehn Menschen in einem Supermarkt in Boulder, nordwestlich von Denver im Bundesstaat Colorado. Darunter den Polizisten Eric Talley, der als erster Beamter am Tatort eingetroffen war. Der Einsatz des 51-jährigen Polizisten wird als „heldenhaft" beschrieben. Eric Talley hinterlässt sieben Kinder und eine Ehefrau.

Der moslemische Killer begann seine Mordserie um 14:30 Uhr Ortszeit auf dem Parkplatz, wo er zwei Menschen mit seiner Waffe erschoss. Dann drang er in den Supermarkt ein, in dem er wahllos auf Menschen feuerte und acht weitere tötete. Die Opfer sind zwischen 20 und 65 Jahre alt. Im Artikel der Schweizer Zeitung „Blick" sind das dramatische Video eines Augenzeugen und Fotos des erschütternden Anschlags zu sehen.

Anzeige

Die britische Dailymail meldet, dass der Killer 21 Jahre alt ist, in Syrien geboren wurde und seit seinem dritten Lebensjahr in den USA lebt. In den vergangenen 18 Monaten habe er in seinen Facebook-Posts seinen „Hass auf Trump" geäußert und sich über Islamfeindlichkeit beschwert. „Rassistische Islamfeinde" würden zudem sein Telefon hacken. Ahmad Al-Issa äußerte sich bei seinen Einträgen auch ausführlich über seinen islamischen Glauben. Außerdem beklagte er, dass er keine Freundin habe. „Meaww.com" berichtet, dass der Moslem in einem Facebook-Post auch behauptete, Maria und Jesus seien Moslems gewesen, da sie Kopftuch getragen und er kein Schweinefleisch gegessen sowie auf Knien gebetet habe. Außerdem meinte Al-Issa, dass

der Killer in der Christchurch-Moschee „kein Einzeltäter" gewesen sei, sondern „das Produkt einer Islamfeindlichkeits-Industrie", die die Menschen „besudele".
Bisher wird noch nicht berichtet, dass Ahmad Al-Issa „Allahu Akbar" oder andere islamische Parolen bei seiner Attacke gerufen hat. Die Freie Welt hat aber Informationen, dass Al-Issa IS-Anhänger gewesen sei und Kirchen sowie die Parteizentrale der Republikaner in Colorado ausspioniert habe. Zudem soll er einen Anschlag auf eine Trump-Demonstration geplant haben. CBS Denver zitiert einen Freund von Ahmad Al-Issa:

> *„Er sprach darüber, wie alle Muslime schrecklich behandelt wurden. Sie wurden nicht wie alle anderen gleich behandelt, nur weil ihre Namen anders geschrieben waren. Man glaube, dass er mit dem IS wäre."*

Auf der High School kämpfte Al-Issa als Wrestler. Wenn er verlor, soll er seinen Kopf auf den Boden geknallt haben. Als er einmal wegen eines verlorenen Kampfes von einem anderen Wrestler geneckt wurde, habe er ihn verprügelt. Bei seiner letzten Niederlage habe der Moslem in der Umkleidekabine gerufen, dass er „jeden töten" werde. Dann habe er das Team verlassen. Seine Familie bezeichnet ihn als „psychisch krank".

Die Todesopfer des islamischen Terroristen Ahmad Al-Issa. Unter ihnen ist auch der örtliche Polizist Eric Talley (3.v.l.u.), der als erster Beamter am Tatort eintraf. Der 51-Jährige hinterlässt sieben Kinder und eine Ehefrau.

2017 wurde Ahmad Al-Issa verhaftet, weil er einen Menschen verprügelte, der sich über seine Rasse lustig gemacht hatte. In einem Facebook-Beitrag vom Juli 2019 schimpfte er:

> *„Ja, wenn diese rassistischen islamfeindlichen Menschen aufhören würden, mein Handy zu hacken und mir ein normales Leben ermöglichen würden, könnte ich es wahrscheinlich."*

Merke: Schuld sind immer die anderen. Bei diesem Killer liegt offensichtlich eine gefährliche Mixtur aus intensiver islamischer Gläubigkeit und einer aggressiven Persönlichkeitsstruktur, gepaart mit Verfolgungswahn, vor.
Auffällig ist, dass bisher weder die ARD Tagesschau noch das ZDF Heute Journal über das Massaker berichten. Nur wenige deutsche Mainstream-Zeitungen greifen das Thema auf. Die Frankfurter Rundschau legt den Schwerpunkt ihres Artikels auf die Waffengesetze in den USA. Die Namen der Opfer werden veröffentlicht, aber beim Täter verschweigt man ihn politisch korrekt und redet nur von einem „21-jährigen mutmaßlichen Täter". Entlarvend auch die Zeit, die ebenfalls schön neutral nur von einem Tatverdächtigen spricht, während bei der Erwähnung des vergangenen Woche in Atlanta stattgefundenen Massakers ein „weißer Tatverdächtiger" genannt wird. Exakt genau so

berichten auch die taz, die Welt, der Focus, die Bild, die FAZ und die Allgäuer Zeitung. Die Deutsche Welle vermeldet eine „sinnlose Tragödie" und verzichtet ebenfalls auf die Beschreibung des Täters. Der Spiegel benennt nur „einen Schützen". Lediglich die Berliner Morgenpost und aol.de veröffentlichen als bisher einzige deutsche Medien den Namen des Mörders. Aol.de bringt zusätzlich ein Video, in dem die Opfer dargestellt werden.
Den absoluten Vogel schiesst aber die Amadeu-Antonio-Stiftung ab, die über ihre Bell-Tower-News bis jetzt unwidersprochen von einem weißen Täter berichtet:

> *In Boulder, Colorado, eröffnete am gestrigen Nachmittag der mutmaßliche weiße Attentäter in einem Einkaufszentrum das Feuer auf Menschen.*

Ein moslemischer dunkelhäutiger Täter aus Syrien und ausschließlich weiße Opfer passen wohl nicht besonders gut ins bevorzugte „Framing" der Mainstream-Medien.

Michael Stürzenberger
PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit". Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.

https://www.focus.de/politik/skandal-in-dresdner-haftanstalt-justizbeamte-zu-gewalt-vorwuerfen-gegen-auslaender-sind-keine-rassisten-oder-nazis_id_13154003.html

"Wir sind weder Rassisten noch Nazis"Ausländische Häftlinge misshandelt? Jetzt wehren sich die Dresdner JVA-Beamten

- FOCUS-Online-Reporter **Göran Schattauer** (Dresden)

Donnerstag, 01.04.2021, 16:08

Gewalt gegen ausländische Häftlinge, rassistische Chat-Nachrichten: Die Recherchen von FOCUS Online zu mutmaßlichen Straftaten durch Beamte der JVA Dresden lösten großen Wirbel aus. **Jetzt packen beschuldigte Justizmitarbeiter über die wahren Zustände im Knast aus – und schildern erschreckende Szenen aus ihrem Job-Alltag.**
Demnächst werden sechs Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalt (JVA) **Dresden** vor Gericht stehen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen gefährliche Körperverletzung vor. Im Jahr 2018 sollen die Männer ausländische Gefangene zu hart angefasst und ihre Taten in einem internen **WhatsApp**-Chat verherrlicht haben. Dabei schlugen sie rassistische und menschenverachtende Töne an.
FOCUS Online hat die **bislang geheimen Chat-Protokolle an diesem Mittwoch öffentlich gemacht** – und damit eine Debatte rund um das Thema Fremdenfeindlichkeit im deutschen Strafvollzug angestoßen. Zugleich wirft der Fall aus Sachsen Fragen zu den generellen Zuständen in unseren Gefängnissen auf:
Wie hart geht es in den Vollzugsanstalten wirklich zu? Unter welchen Bedingungen müssen die Beamten dort arbeiten? Wie wirkt sich der hohe Ausländeranteil (in der JVA Dresden rund 33 Prozent) auf den Alltag in den Gefängnissen aus und welche Konflikte entstehen dadurch?

JVA Dresden: Beamte sollen Ausländer zu hart angefasst haben

FOCUS Online hat gefängnisinterne Dokumente ausgewertet und mit mehreren sächsischen Vollzugsbeamten gesprochen, darunter Beschuldigte aus der JVA Dresden. Die Vorwürfe, ausländische Häftlinge misshandelt und die Taten auf WhatsApp in übelster Weise verherrlicht zu haben, weisen sie zurück.

„Wir sind weder Rassisten noch Nazis“, versicherte ein Justizmann. „Die WhatsApp-Gruppe, die wir damals hatten, war für uns zum Runterkommen, zum Auskotzen, wie Gerede am Stammtisch unter Kollegen eben. Wo man auch mal über den Dienstherrn schimpft und sich über problematische Gefangene austauscht.“

"88 kg auf seinem Kopf": JVA-Beamte feiern Gewalt gegen ausländische Häftlinge in Chat

Chat-Teilnehmer: "Wut über Zustände in Justiz und Politik"

Auf die Frage, warum man einen solchen Chat brauchte, antwortete der Beamte: „Natürlich hatte sich da eine gewisse Wut aufgestaut über die Zustände in der Justiz und über die Politik insgesamt. Vor 2015 war das alles bei uns gar kein Thema. Das ging erst los, als immer mehr ausländische Häftlinge zu uns kamen, gerade aus arabischen und nordafrikanischen Ländern. Wenn man jeden Tag Ärger hat mit solchen Leuten, dann schimpft man natürlich über die. Ein Hund, der ständig getreten wird, beißt irgendwann zurück.“

Der Vollzugsmitarbeiter betonte gegenüber FOCUS Online, der Chat sei privat und damit nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen. „Sicherlich ist da das ein oder andere Wort gefallen, was uns im Nachhinein leidtut. Aber ich sage nochmal: Mit Rassismus oder Rechtsextremismus hat das nichts zu tun.“

"Viele arabische Gefangene resistent gegen gute Worte"

Zur Situation in der Dresdner JVA erklärte er: „Wir behandeln alle Inhaftierten gleich, aber zur Wahrheit gehört eben auch, dass viele arabische Gefangene völlig resistent sind gegen gute Worte und Gespräche. Die machen genau das Gegenteil von dem, was sie sollen: Sie schlagen gegen die Tür, drücken den Notruf, setzen die Hafträume unter Wasser, schneiden sich die Arme auf – bis fast die komplette Anstalt im Alarmzustand ist.“

Verbale und körperliche Angriffe auf Mitarbeiter zählten in der JVA zur traurigen Normalität, so der Beamte. „Bedroht, beschimpft und beleidigt werden wir fast jeden Tag. Hurensohn, Schwein, Schwanz, Nazi, Arschloch, ich ficke Deine Mutter – solche Schimpftiraden auf Arabisch kriegt man ständig an den Kopf geknallt.“

Gefängnis-Beamte haben einen harten und gefährlichen Job

„Auch tätliche Übergriffe kommen oft vor. Mir selbst hat jemand schon ein Essensblech um die Ohren gehauen, ein anderer hat mit den Fäusten nach mir geschlagen.“ Letztens sei ein Kollege von einem Häftling „fast zu Tode gedrückt“ worden. „Der ist jetzt in psychologischer Behandlung. Er wird wohl nie mehr arbeiten können.“ Auch er selbst habe schon ärztliche Hilfe suchen müssen, weil der Job ihn nicht mehr schlafen ließ.

Was Justizvollzugsbeamte bei ihrer täglichen Arbeit erleben, würden vermutlich die wenigsten Menschen aushalten – seelisch wie körperlich. FOCUS Online konnte einige Einsatzmeldungen aus der JVA Dresden einsehen, die auf erschreckende Weise zeigen, was sich hinter den hohen Mauern wirklich abspielt:

Vorfall mit dem Gefangenen Aymen B.

- *„Bei der Eröffnung der Einzelunterbringung reagierte der Gefangene verbal äußerst aggressiv … **Er kam schreiend auf mich zu und drohte Gewalt an. Dann spuckte er gezielt auf meine Person** und kündigte mehrfach an, ‚große Probleme' zu machen."*

Vorfall mit dem Gefangenen Karim T.

- *„Der Gefangene forderte zunächst Tabak, dann die Möglichkeit, mit seiner Familie zu telefonieren. Als ich ihm erklärte, dass dies nicht möglich ist, **wurde er wütend und schlug demonstrativ mit der Faust gegen den Spiegel, danach mit dem Kopf gegen die WC-Tür** … Später schlug der Gefangene mit dem Stuhl gegen die Tür und Sprechanlage … Beim Öffnen des Haftraums stand Karim T. in Drohgebärde vor uns."*

Vorfall mit dem Gefangenen Ali Hassan A.

- *„Der Gefangene Ali Hassan A. schrie mich kurz an … **und stieß mich gegen den Brustkorb nach hinten.** Im Anschluss bewegte er sich erneut auf mich zu. Einen erneuten Angriff konnte ich unmittelbar abwehren. Ein Auslösen des Personenalarms war nicht möglich."*

Weiterer Vorfall mit dem Gefangenen Ali Hassan A.

- *„Bei der Durchsuchung gab der Gefangene Ali Hassan A. eine Rasierklinge aus seinem Mund heraus … Er äußerte, drei weitere geschluckt zu haben. Die Wundversorgung durch die Anstaltsärztin lehnte der Gefangene ab. **Er benutzte sein Blut zum Bemalen des besonders gesicherten Haftraums."***

Vorfall mit dem Gefangenen Mohamed B.

- *„Mir fiel während des Gesprächs auf, dass der Gefangene etwas in seiner rechten Hand hielt. Ich ging einen Schritt auf ihn zu und forderte ihn auf, mir den Inhalt seiner Hand zu zeigen. **Der Gefangene sprang auf und fing an, sich den linken Unterarm zu verletzen.** Ich brachte den Gefangenen sofort zu Boden …"*

Vorfall mit dem Gefangenen Nader F.

- *„Wir forderten Nader F. auf, den Haftraum zu verlassen. **Dieser Aufforderung kam er auch nach Androhung des unmittelbaren Zwangs nicht nach.** Daraufhin verbrachten wir den Gefangenen unter Anwendung von unmittelbarem Zwang in den Vandalen-Haftraum."*

Vorfall mit dem Gefangenen Yusef Z.

- *„Der Gefangene Yusef Z. schrie, dass er sofort in einen anderen Raum will, sonst steche er seine beiden Mitgefangenen ab. Zitat: ‚Ich habe ein Messer! Ich mache das auch in der Nacht!'Yusef Z. wurde aufgefordert, den Haftraum zu verlassen. **Daraufhin machte er eine schnelle Bewegung in Richtung des vor ihm stehenden Tisches, auf dem ein Besteckmesser lag.** Durch unmittelbaren Zwang wurde er zu Boden gebracht."*

Justiz-Mitarbeiter: "Der Vollzug ist relativ weich geworden"

Doch wie kommt es zu solchen Eskalationen? Wie kann es sein, dass JVA-Beamte an ihrem Arbeitsplatz um ihre Gesundheit fürchten müssen – und am Ende wegen mutmaßlicher Verfehlungen auf der Anklagebank landen, im konkreten Fall wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung?

Dazu schilderte der Dresdner Gefängnismitarbeiter ein Beispiel aus dem Alltag. So werde das Mittagessen oft nicht durch eine Klappe gereicht, stattdessen müsse die Zellentür geöffnet werden. Viele Gefangene würden direkt an der Tür warten, was für die JVA-Beamten nicht ungefährlich sei. „Manchmal haben wir Angst, dass es in solchen Situationen zu Übergriffen kommt."

Dass man sich als Beamter solchen Risiken aussetzen müsse, könne er nicht verstehen, sagt der Justiz-Angestellte. „Es wird nicht mehr so durchgegriffen. Der Vollzug ist relativ weich geworden. Der Gefangene kann eigentlich tun und lassen,

was er will. Wenn man versucht, etwas durchzusetzen, wird man verbal oder körperlich angegriffen.“ Die Sanktionen seien „meistens pillepalle“, so der Beamte.

"Man traut sich kaum noch, einen Zugriff zu machen"

All das gehe nicht spurlos an ihm und seinen Kollegen vorbei – und wirke sich auf die tägliche Praxis aus: „Man traut sich kaum noch, einen Zugriff zu machen. Wenn man eine Auseinandersetzung mit einem Gefangenen hatte, wird man sofort gefragt: Haben Sie den Gefangenen provoziert? Kann es sein, dass Sie selbst daran schuld sind? So etwas verunsichert einen natürlich sehr.“

Natürlich habe man die Probleme gegenüber den Vorgesetzten in der JVA mehrmals angesprochen und sogar schriftlich dargelegt. „Es wurde uns dann gesagt: Wir verstehen Ihre Situation. Wir wissen zwar, Sie machen gute Arbeit. Aber wir können es nicht ändern.“ Kein Wunder, dass man sich dann im Stich gelassen fühle, so der Beamte zu FOCUS Online.

Zwar habe er in gewisser Weise Verständnis für die Verantwortlichen der JVA. „Die bekommen ihre Anweisungen vom Justizministerium – und das Ministerium ist Teil der großen Politik. Irgendwie stecken wir da in einer Sackgasse fest.“

Intensivtätern wird "teilweise mehr geglaubt" als uns

Dennoch könne es nicht sein, „dass den Intensivtätern teilweise mehr geglaubt wird als den Beamten, die ein straffreies Leben führen und sich um die Durchsetzung von Regeln und Gesetzen bemühen“. Der Mitarbeiter: „Die Justiz fordert von uns Beamten Loyalität, aber umgekehrt geschieht das nicht. Manchmal haben wir das Gefühl, der Arbeitgeber arbeitet gegen die eigenen Leute.“

Mit seiner Meinung steht der Beamte nicht allein da.

Ein anderer Kollege bestätigte die Darstellungen gegenüber FOCUS Online. So hätten sich die Konflikte innerhalb der JVA Dresden ab 2016 deutlich verschärft – und zwar durch „ausländische oder im Asylverfahren stehende Personen“. Diese hätten sich zum Teil vehement gegen ihre Inhaftierung gewehrt, typischerweise mit Formulierungen wie „Ich darf gar nicht hier sein“ oder „Ihr habt mich illegal hier eingesperrt“. Andere hätten ihre Gewalttaten gerechtfertigt und dabei auf den „religiösen Hintergrund“ verweisen..

Überlastung und Konflikte: schlechte Stimmung im Knast

Zugespitzt habe sich die Situation dadurch, dass die Gefangenen gemeinsam auf einer Station untergebracht wurden. „Das führte zu einer erheblichen Gefahrenlage“, so der JVA-Beamte. So seien Konflikte aus den eigenen Heimatländern „offen ausgetragen“ worden.

Die zunehmenden Spannungen hätten sich auf das gesamte Klima innerhalb der Anstalt ausgewirkt, berichtete der Beamte gegenüber FOCUS Online. Viele Kollegen hätten stark unter dem Personalmangel gelitten und entsprechende Überlastungsanzeigen an die Anstaltsleitung geschrieben, der Krankenstand innerhalb der JVA-Belegschaft sei in die Höhe geschnellt. Andererseits hätten sich Häftlinge zum Teil massiv über Probleme bei der ärztlichen Versorgung beschwert. „Insgesamt“, so der Beamte, „hat sich die Stimmung im Haus immer weiter verschlechtert.“

JVA-Leitung: Sanktionen gegen Gefangene und Mitarbeiter

Gegenüber FOCUS Online bestätigte die Leitung der JVA Dresden, dass es in der Einrichtung zu Übergriffen durch Gefangene auf Mitarbeiter kommt. In solchen Fällen

würden „Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft Dresden erstattet und Strafantrag gestellt“. Außerdem werde gegen die Gefangenen „stets ein Disziplinarverfahren geführt und die jeweils im Einzelfall angemessene Disziplinarmaßnahme ausgesprochen“.
Auch gegen die von der Staatsanwaltschaft angeklagten Beamten hat die JVA Maßnahmen ergriffen – obwohl deren Schuld noch nicht erwiesen ist. Sie wurden vorläufig vom Dienst suspendiert.

http://www.pi-news.net/2021/03/ulm-milde-strafen-fuer-fluechtlinge-nach-gruppenvergewaltigung/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Ulm: Milde Strafen für „Flüchtlinge“ nach Gruppenvergewaltigung

21. März 2021

Im Fall der Gruppenvergewaltigung eines 14 Jahre alten Mädchens hat das Landgericht Ulm am Montag vier Asylbewerber verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Einwanderer aus dem Irak und Afghanistan die Heranwachsende in der Halloween-Nacht 2019 mehrfach vergewaltigt hatten, berichtet die Nachrichtenagentur dpa. Zwei der Angeklagten müssen nun für zwei Jahre und drei Monate in Haft. Einer davon wurde wegen Vergewaltigung und gefährlicher Körperverletzung verurteilt, der andere wegen Vergewaltigung in drei Fällen. Die beiden anderen müssen wegen Vergewaltigung, Beihilfe zur Vergewaltigung und Körperverletzung für je zwei Jahre und zwei Monate ins Gefängnis. Die 17 bis 26 Jahre alten Männer hatten dem Bericht zufolge die meiste Zeit des im Juli 2020 begonnenen Prozesses geschwiegen. Der Vorsitzende Richter wertete es demnach als strafmildernd, daß sie sich gegen Ende des Verfahrens teilweise doch zu den Taten geäußert hatten *(Auszug aus einem Artikel der JUNGEN FREIHEIT)*.
Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Freiburg: Sie sollen 2017 eine Frau in einer Freiburger Wohnung eingesperrt und gemeinsam vergewaltigt haben: Drei Männer stehen wegen dieser und anderer Vorwürfe seit Donnerstagmorgen vor dem Freiburger Landgericht. Noch mehr Brisanz bekommt das Verfahren, weil zwei der drei Beschuldigten bereits wegen einer anderen Gruppenvergewaltigung verurteilt wurden: Im Oktober 2018 waren sie nach Überzeugung des Gerichts an der Vergewaltigung einer damals 18-Jährigen vor einer Freiburger Disco beteiligt *(Über die syrischen „Flüchtlinge“ berichtet die PZ-news.de)*.

München: Am Sonntag, 14.03.2021, gegen 19:40 Uhr, befand sich eine 57-Jährige aus München zu Fuß im Luitpoldpark. In ihrer Zeugenvernehmung äußerte sie, dass sie durch einen unbekannten Täter angerempelt, gepackt und zu Boden gezerrt wurde. Obwohl sie sich gegen die Handlungen des Unbekannten versuchte zu wehren, habe dieser ihre Hose samt Unterhose nach unten gezerrt und an ihr sexuelle Handlungen durchgeführt. Durch Hilferufe machte die 57-Jährige auf sich aufmerksam und so ließ der unbekannte Täter vom weiteren Vorhaben ab, als sich ein Passant näherte. Der unbekannte Täter konnte in unbekannte Richtung fliehen. Fahndungsmaßnahmen nach dem unbekannten Täter verliefen negativ. Durch die Tat wurde die 57-Jährige an Händen und Knien leicht verletzt. Der unbekannte Täter kann wie folgt beschrieben werden: Männlich, 170 cm – 175 cm groß, 20 – 30 Jahre, arabisches Aussehen, schwarz braune Augen, schlank, schwarze, kräftige glatte gegelte Haare, Seitenscheitel, Koteletten, Schnauzer; bekleidet mit dunkler oder schwarzer Jacke, silberfarbene Reißverschlüsse, dunkle oder schwarze Jeans.
Neuss: In der Nacht zu Samstag (6.3.), gegen 1:10 Uhr, erhielten Polizeibeamte Kenntnis von einer Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen an der Kaiser-Friedrich-Straße in der Neusser Innenstadt. Am Einsatzort trafen sie auf einen 26-jährigen Mönchengladbacher und eine 18-jährige Neusserin, die angaben, von zwei unbekannten jungen Männern zuerst beleidigt und dann attackiert worden zu sein. Sie seien im PKW die Kaiser-Friedrich-Straße in Richtung Innenstadt gefahren. Als sie auf Höhe der beiden Unbekannten waren, hätten diese die 18-Jährige sexistisch beleidigt. Der 26-Jährige drehte daraufhin seinen Wagen und fuhr zu den beiden zurück, um diese zur Rede zu stellen. Als er aus seinem Auto ausstieg, soll ihn einer der beiden mit der Faust ins Gesicht geschlagen haben. Zudem sei ihm vom zweiten Tatverdächtigen Pfefferspray ins Gesicht gesprüht worden. Die 18-Jährige, die dazwischen gehen wollte, soll ebenfalls geschlagen worden sein. Anschließend entfernten sich die beiden jungen Männer durch eine Unterführung in unbekannte Richtung. Die beiden Tatverdächtigen wurden von Zeugen als „arabisch" aussehend beschrieben. Sie sollen beide etwa 20 bis 25 Jahre alt gewesen sein, möglicherweise auch jünger.
Neu-Ulm: Ein bislang unbekannter circa 25-jähriger Mann mit dunklen Teint setzte sich im Bus der Linie 5 auf Höhe der Memminger Straße neben eine 14-Jährige, streichelte ihr über die Wange und kniff leicht hinein. Die 14-Jährige schob daraufhin die Hand des Mannes beiseite. Der Täter ignorierte die Zurückweisung und berührte im Anschluss mit der Hand ihren Oberschenkel. Das Mädchen stieß den aufdringlichen Täter von sich und stieg aus dem Bus aus. Nachdem der Vorfall der Polizei gemeldet wurde, suchten Streifen nach dem Mann, konnten ihn aber nicht mehr antreffen. Die Polizeiinspektion Neu-Ulm nahm die Ermittlungen wegen sexueller Belästigung auf.
Nürnberg: Am späten Samstagabend (6.3.) kam es im Stadtteil Eibach zu einem Vorfall, bei dem eine junge Frau sexuell genötigt wurde. Die Kriminalpolizei Nürnberg bittet um Zeugenhinweise. Die junge Frau stieg gegen 22:45 Uhr an der Haltestelle Fürth-Süd in den Bus der Linie 67. Dort traf sie bereits auf den späteren Täter, der sie im weiteren Verlauf beobachtete. An der Haltestelle Nürnberg-Schußleitenweg stiegen beide gegen 23:10 Uhr aus dem Bus aus. Hier sprach sie der Unbekannte erstmals an und fragte sie u. a. nach ihrem Namen. Die Frau gab zu verstehen, dass

sie kein Interesse habe und ging weiter. In der Eibacher Hauptstraße etwa auf Höhe eines Blumenladens griff sie der Unbekannte unvermittelt an, berührte sie unsittlich und belästigte sie weiter. Als die Frau mit der Polizei drohte, ließ der Täter von ihr ab. Die Frau wurde durch den Angriff leicht verletzt und konnte folgende Personenbeschreibung abgeben: ca. 25 Jahre alt, ca. 175 cm groß, kräftige bzw. muskulöse Figur, schwarze Haare, schwarzer gepflegter Vollbart, arabisches Aussehen, bekleidet mit schwarzer Jeans, schwarzer Jeansjacke, grauem Pullover, Turnschuhen, FFP-2-Maske
Stendal: Im Jahr 2018 hatte sich um den Hauptangeklagten Ogur P. eine kleine Clique gebildet. Neben dem 20-Jährigen befanden sich darin nicht nur die Mitangeklagten Ismail A. (20) und Khaldoun R. (17). Auch das spätere Opfer Dustin L. war dabei. Anfänglich sollen alle noch befreundet gewesen sein. Doch das kippte. Die Situation eskalierte erstmals in einer Burger Wohnung im November 2018. Das Opfer soll damals von Ogur P. verprügelt worden sein. Doch das war erst der Auftakt der Misshandlungen. Ein oder zwei Tage später folterten laut Anklage Ogur P. und Ismail A. in einer Wohnung das Opfer mit einem Messer und fügten ihm Schnittwunden zu. Anschließend habe Ogur P. mit dem Handy gefilmt, wie Ismail A. den Jugendlichen vergewaltigte. Im Frühjahr 2019 habe sich die Quälerei im Keller des Hauptangeklagten fortgesetzt. Das Opfer sollte laut Anklage für Schutzgeldzahlungen gefügig gemacht werden. Ogur P. soll den 18-Jährigen aufgefordert haben, sich „von seiner Familie zu verabschieden“. Dabei habe er eine laufende Motorsäge in der Nähe des Halses des Opfers bewegt, um es einzuschüchtern. Alle drei Angeklagten haben den Jugendlichen dann laut Anklage vergewaltigt. Die Taten kamen erst ans Licht, als in einer anderen Sache ein Zeuge der Polizei von dem Fall im März 2020 berichtete.
Henningsdorf: Am Halloweenabend des letzten Jahres wurde eine 14-Jährige am Bahndamm gegen 17.00 Uhr von einem bislang unbekannten Mann angesprochen. Er fragte die Jugendliche, ob sie mit ihm kommen wolle. Das Mädchen lehnte ab und wollte gehen. Daran wurde sie jedoch von dem Mann gehindert. Er hielt sie fest und bedrängte sie. Dabei soll eine Frau vorbeigelaufen sein, die als Zeugin in Frage kommt, jedoch bisher nicht ermittelt werden konnte. Die Frau soll etwa 32 Jahre alt und korpulent sein. Sie hatte schulterlanges, blondes Haar und war an dem Abend mit einer grauen Jacke bekleidet. Der Mann zog die 14-Jährige an die hintere Gebäudeseite der Stadtbibliothek und belästigte sie hier sexuell. Danach ließ er von ihr ab und ließ sie gehen. Auf dem Weg zum S-Bahnhof folgte er ihr noch, dann verschwand er. Von dem Mann konnte inzwischen ein sogenanntes Phantombild erstellt werden. Er soll etwa 1,70 m groß und zwischen 25 und 27 Jahre alt sein. Seine Statur war schlank und eher normal. Am Tatabend trug er einen auffälligen Bart. Sein Haar war kurz und er sprach schlecht Deutsch. Offenbar war er alkoholisiert. Die Bekleidung des Mannes wurde als normal beschrieben, zudem trug er weiße Kopfhörer (möglicherweise AirPods) in den Ohren.
Dresden: Die junge Frau war gegen 6.15 Uhr mit der Linie 42 in Richtung Pennrich unterwegs. Zwischen den Haltestellen Amalie-Dietrich-Platz und Merianplatz stieg ein Mann in die Bahn und stellte sich neben sie. Der Unbekannte sprach die 20-Jährige an und fummelte an seinem Penis herum. Als er dann auch noch seine Hose öffnen wollte, wies ihn eine andere Frau zurecht und drohte, die Polizei zu rufen. Daraufhin verließ der Mann die Bahn am Merianplatz. Er wurde auf rund 30 bis 35 Jahre geschätzt und war circa

1,65 Meter groß. Der Mann hatte ein südländisches Aussehen, schwarze lockige Haare und trug zudem einen kurzen Bart.
Recklinghausen: Am Mittwochabend, um 19.00 Uhr, sprach ein bisher unbekannter Mann einen 17-jährigen Hertener auf dem Dr.-Klausener-Weg an und versuchte die Hand des Jugendlichen in seinen Genitalbereich zu führen. Der 17-Jährige wies den Mann jedoch energisch ab solche Handlungen zu unterlassen, woraufhin sich der Unbekannte entfernte. Der Mann kann wie folgt beschrieben werden: männlich, 1,75m groß, 22-23 Jahre alt, dunkele Hautfarbe, dunkle, krause Haare, Bartansatz, bekleidet mit einer blauen Jeanshose und einer gelben Sweatshirtjacke.
Bonn / Andernach: Die Bundespolizei Trier sucht Zeugen anlässlich eines Vorfalls in der Regionalbahn 25419 zwischen Bonn und Andernach. Am 04.03.2021, 10:30 Uhr nahm ein bisher unbekannter Mann sexuelle Handlungen an seinem Geschlechtsteil vor. Eine in der Nähe sitzende junge Frau fühlte sich dadurch belästigt und verließ daraufhin den Zug. Der Vorfall könnte von mehreren Bahnreisenden wahrgenommen worden sein. Die Geschädigte beschrieb den Tatverdächtigen wie folgt:
Männlich, südländisches Aussehen, ca. 50 Jahre, ca. 160 – 170 cm, kurze schwarze Haare, trug eine schwarze Hose und schwarze Jacke sowie eine OP-Maske.

https://www.n-tv.de/panorama/Jungenbande-jagt-Maedchen-hinterher-article22442770.html
MONTAG, 22. MÄRZ 2021
Sexueller Übergriff in Hamm
Jungenbande jagt Mädchen hinterher
Zwei 15 Jahre alte Mädchen flüchten vor einer Jungenbande. Doch die Gruppe lässt nicht von ihnen ab, umzingelt die Teenagerinnen und alle begrapschen die hilflosen Mädchen. Die Polizei kann die Jugendlichen stellen, doch nur zwei Tage später begehen einige aus der Bande schon die nächste Straftat.
Eine Gruppe Jugendlicher im Alter von 12 bis 15 Jahren soll zwei Mädchen in Hamm bedrängt und begrapscht haben. Die beiden 15-jährigen Mädchen waren nach Angaben der Polizei am vergangenen Freitag in der Innenstadt von der neunköpfigen Gruppe verfolgt und dann umringt worden. Jeder der neun Jungen soll die beiden dann unsittlich berührt haben, wie die Polizei mitteilte. Danach seien die Tatverdächtigen davongelaufen.
Die alarmierte Polizei suchte die Jugendlichen und brachte sie zur Wache. Zwei von ihnen sind 12, zwei 13, vier 14 und einer 15 Jahre alt. Alle seien bereits mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten. Auch auf der Polizeiwache hätten sie sich gegenüber den Beamten "äußerst unangemessen, respektlos und beleidigend" gezeigt, hieß es weiter.
Vier von ihnen wurden bereits gestern erneut auf das Revier gebracht: Die vier Minderjährigen, von denen einer 14, zwei 13 und einer erst 12 Jahre alt ist, sollen einen Busfahrer geschlagen und getreten haben, nachdem er sie wegen Beleidigungen zur Rede stellen wollte. Er wurde leicht verletzt. Gegen die vier aus der Jugendbande wird nun auch noch wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Sie wurden ihren Erziehungsberechtigten übergeben und die Ermittler nahmen Kontakt zum Jugendamt auf.
Quelle: ntv.de, joh/dpa

http://www.pi-news.net/2021/03/wien-afghanischer-fluechtling-wegen-vergewaltigungen-verurteilt/

IMPORTIERTE SEXUELLE GEWALT

Wien: Afghanischer „Flüchtling“ wegen Vergewaltigungen verurteilt

26. März 2021

Der Angeklagte kam 2015 als Flüchtling von Afghanistan nach Österreich, wo er Deutsch lernte und eine Ausbildung machte. Er hatte eine um zwei Jahre jüngere feste Freundin – eine gebürtige Österreicherin, die er als seine Verlobte bezeichnete. Dessen ungeachtet kontaktierte er mit einem gefakten Instagram-Profil über 100 unbekannte Mädchen, gab sich als Fußballer und Model aus und bot Bargeld, iPhones oder AirPods als Gegenleistung für Sex an. „Wenn man länger zusammen ist mit einem Mädchen, wird das langweilig mit der Zeit. Ich bin jung, ich brauche die Abwechslung“, erklärte er dazu nun einem Schöffensenat.

Über 30 Mädchen reagierten und ließen sich auf Konversationen mit dem vermeintlichen Kicker ein. In zumindest fünf Fällen kam es zu Treffen. Weil das Äußere des Angeklagten offensichtlich nicht zu den Fotos passte, mit denen er die Teenager angelockt hatte, behauptete er, er wäre ein Freund des Fußballers und werde sie zu diesem bringen. Sodann begab sich der 22-Jährige mit den Betroffenen jeweils in den Keller eines Abbruchhauses, wo es zu den Vergewaltigungen kam.

Eine 17-Jährige, die spät, aber doch erkannte, dass sie getäuscht worden war, hinderte der Angeklagte an der Flucht, indem er sie an den Schultern packte, gegen die Wand drückte und mit Gewalt sein Vorhaben umsetzte. Eine 15-Jährige stieß er auf eine am Boden liegende Matratze. Eine andere 15-Jährige verleitete er zu Sex, indem er ihr garantierte, sie werde dafür ein iPhone und Bekleidung bekommen. Der 22-Jährige wurde am Mittwoch wegen Vergewaltigung und sexuellen Missbrauchs von Jugendlichen zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt *(Auszug von krone.at).*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Freiburg: Am Freitagabend, 12.03.2021, gegen 23:50 Uhr, soll ein Mann eine Frau in der Freiburger Innenstadt sexuell belästigt haben. Der ihr unbekannte Mann folgte der Frau und sprach sie auf Englisch an, nachdem sie eine Straßenbahn am Bertoldsbrunnen verlassen hatte. Im weiteren Verlauf habe der Mann die junge Frau, auf ihrem Weg in der Bertoldstraße bis zur

Stadtbahnbrücke, mehrmals unsittlich berührt und am Arm festgehalten. Er soll, laut der Geschädigten, eine Gruppe junger Frauen angesprochen und eine von ihnen ebenfalls unsittlich berührt haben. Mehrere Zeugen eilten der Geschädigten zur Hilfe und verständigten die Polizei, welche den Tatverdächtigen festnehmen konnte. Bei dem Tatverdächtigen handelt es sich um einen 25-jährigen tunesischen Staatsangehörigen, der bisher nicht polizeilich in Erscheinung getreten ist.

Tönisvorst-St. Tönis: Am Samstag gegen 16:30 Uhr hat ein bislang unbekannter Mann eine erwachsene Frau sexuell belästigt. Die Frau befand sich mit ihrem Hund auf einem Spaziergang auf einem Feldweg in Nähe der Straße Biwak. Hier kam ihr ein Radfahrer entgegen, der in gebrochenem Deutsch nach dem Weg zum Realmarkt fragte. Während die Frau eine Wegbeschreibung abgab, entblößte der Mann sein Geschlechtsteil und nahm sexuelle Handlungen an sich vor. Der Mann war etwa 30 Jahre alt und ca. 165 cm groß. Er hatte braune Augen und trug eine schwarze Mütze.

Trier: Die Bundespolizei Trier sucht Zeugen anlässlich eines Vorfalls am Haltepunkt Konz Kreuz vom 11.03.2021, 21:10 Uhr. Am Bahnsteig fragte ein bisher unbekannter Mann zwei 47- und 55-jährige Frauen nach der Abfahrt eines Zuges Richtung Trier. Dabei fasste er sich in seine Hose und manipulierte an seinem sichtlich erregten Geschlechtsteil. Daraufhin wandten sich die Frauen ab und stiegen getrennt in die Regionalbahn 5135 Richtung Trier. Auch der Tatverdächtige nutzte die Regionalbahn, stieg jedoch am Hauptbahnhof aus und verschwand in unbekannte Richtung. Der Vorfall könnte von weiteren Bahnreisenden wahrgenommen worden sein. Die Geschädigten beschrieben den Tatverdächtigen wie folgt: Männlich, ca. 25 Jahre, dunkle Hautfarbe, schwarze Haare, dunkel gekleidet, führte Umhängetasche in den Farben weiß/grün mit sich

Gronau: Unsittlich berührt hat ein Unbekannter eine Jugendliche am Donnerstagmorgen in Gronau. Als die Gronauerin gegen 06.50 Uhr auf ihrer Joggingrunde war, folgte ihr ein Mann auf der Gildehauser Straße. Er habe erst Komplimente gemacht, dann aber er gefragt, ob sie Geld durch sexuelle Handlungen verdienen wolle, so die Geschädigte. Anschließend habe der Täter sie gegen eine Hauswand gedrückt und unsittlich berührt. Als sie laut geschrien habe, sei der Mann geflüchtet und auf der Beifahrerseite in einen weißen kleineren Kastenwagen (ohne Beschriftung) gestiegen. Die Fahrzeuginsassen seien über die Gildehauser Straße stadtauswärts gefahren. Die Geschädigte und eine Zeugin beschrieben den südländisch aussehenden Täter wie folgt: circa 25 Jahre alt, circa 1,80 Meter groß, schlanke durchtrainierte sowie sportliche Figur, schwarze an den Seiten kurz rasierte Haare.

Gießen: Die Polizei hat am Dienstag einen 22-jährigen Mann nach exhibitionistischen Handlungen festgenommen. Der Sittenstrolch entblößte sich gegen 15.00 Uhr vor einer 25-jährigen Gießenerin in der Nähe eines Discounters in der Heinrich-Fourier-Straße/Ecke Licher Straße. Polizisten konnten den aus Syrien stammenden Mann noch am Tatort festnehmen. Er ließ sich zur Tat nicht ein.

Rosenheim: Ein 79-Jähriger trat am Dienstagmittag, 09. März 2021, im Bereich eines Fußwegs am Happinger Ausee als Exhibitionist auf und onanierte in Sichtweite von zwei Mädchen. Beamte der Polizeiinspektion Rosenheim konnten den Tatverdächtigen noch vor Ort festnehmen. Die Kripo übernahm die weiteren Ermittlungen.Der 79-jährige Syrer aus Rosenheim befand sich zum Zeitpunkt der Tat am Ufer des Happinger Ausees. Der Mann hatte seine Hose geöffnet und manipulierte offensichtlich an seinem Glied. Die Blickrichtung des 79-Jährigen war dabei in Richtung zweier Mädchen, welche auf der gegenüberliegenden Seite am Ufer ein Picknick machten. Die verständigte Streifenbesatzung der

Polizeiinspektion Rosenheim konnte den mutmaßlichen Täter noch an Ort und Stelle antreffen und vorläufig festnehmen.
Wiesbaden: Montagnacht wurde in Wiesbaden eine junge Frau in Wiesbaden von einem unbekannten Mann sexuell belästigt. Die 22-jährige Frau war gegen 23:00 Uhr zu Fuß in der Schönbergstraße unterwegs. In der Nähe der dortigen Sparkasse wurde sie von einem bisher unbekannten Mann angesprochen. Die Frau beachtete ihn aber nicht und ging weiter. Daraufhin soll sie der Mann von hinten unsittlich berührt haben. Nachdem sie den Täter angeschrien habe, sei dieser in Richtung Dotzheim weggegangen. Eine sofort eingeleitete Fahndung war erfolglos. Der Mann soll etwa 30 Jahre alt, 175-180 cm groß und schlank gewesen sein. Er sprach gebrochenes Deutsch, trug ein schwarzes Basecap, dunkle Oberbekleidung und dunkle Schuhe.
Greiz: Die Kriminalpolizei Gera hat die Ermittlungen zu einer sexuellen Belästigung zum Nachteil einer 17-Jährigen aufgenommen und sucht nach Zeugen. Nach Auskunft der Geschädigten befand sich diese am vergangenen Montag, 01.03.2021, gegen 09:00 Uhr, im Bereich des Greizer Goetheparks. Zwischen der Bruno-Bergner-Straße und dem Bahnhof wurde sie von einem bislang unbekannten Mann angesprochen und um Auskunft gebeten. In der Folge hielt der Unbekannte die junge Frau am Handgelenk fest und berührte sie am Rücken. Nachdem die Geschädigte dem Mann körperlichen Widerstand entgegengebracht hatte, ließ er sie los und entfernte sich in Richtung Bahnhof. Der Unbekannte wurde wie folgt beschrieben: etwa 50-60 Jahre alt, stämmig, 185 cm groß, dunkler Hauttyp, Drei-Tage-Bart (dunkel und grau meliert), dunkel gekleidet.

http://www.pi-news.net/2021/03/dessau-bruttale-attacke-durch-suedlaender-auf-15-jaehrige/

KEIN AUFSCHREI DER ÜBLICHEN RASSISMUS-RUFER

Dessau: Bruttale Attacke durch „Südländer“ auf 15-Jährige

27. März 2021

Ein 15-jähriges Mädchen ist am Freitag in Dessau auf dem Nachhauseweg von der Schule brutal attackiert und verletzt worden.
Ein 15-jähriges Mädchen ist am Freitag in Dessau auf dem Nachhauseweg von der Schule brutal attackiert und verletzt worden. Nun sucht die Polizei nach Zeugen, die gesehen haben, was genau am Freitag, 19. März, gegen 11.30 Uhr auf der Elballee in Ziebigk passiert ist. Gegenüber der MZ hat sich der Vater des Mädchens geäußert. Ihn nehmen die Ereignisse noch immer stark mit. „Meine Tochter war allein auf dem Weg von der Schule nach Hause. Das sind etwa 400 bis 500 Meter“, sagt er. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite seien zwei junge Männer gelaufen, die plötzlich die Fahrbahn überquert und auf seine Tochter zugesteuert seien.
„Sie haben sie ganz unvermittelt angesprungen, so dass sie mit dem Kopf gegen eine Mauer knallte und zu Boden fiel“, schildert Heiko Fuhrmann. „Als sie auf dem Boden lag, haben sie noch gelacht und sind dann weggegangen. Meine Tochter kannte sie nicht und ist nicht nur verletzt, sie hat auch Angst, zu Schule zu gehen.“

Anzeige
Fuhrmann, selbst Arzt, untersuchte seine Tochter, die neben Schürfwunden auch eine Gehirnerschütterung davongetragen habe. „Es muss doch jemand etwas mitbekommen haben", sagt der Vater, der in sozialen Netzwerken noch vor der Polizei einen Zeugenaufruf gestartet hatte.
Die Polizei bestätigt die Angaben des Vaters und grenzt die Tatzeit auf 11.30 bis 11.35 Uhr ein. „Danach entfernten sich die beiden unbekannten Männer zu Fuß in Richtung Friedensschule", sagte eine Polizeisprecherin. Die Täter sollen 17, 18 Jahre alt, 1,75 Meter groß sein und ein südländisches Aussehen haben. Beide waren dunkel gekleidet, einer trug einen Bart. *(Artikel übernommen von mz-web.de)*
Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen" in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Schwarze Grünen-Politiker lassen Ihren „Rassenhaß auf Europäer freien Lauf, ohne dass dies grossartig in den Medien thematisiert wird. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.
Bocholt: Am Mittwochvormittag kam es nach Angaben eines 23-jährigen Bocholters an der Aa-Promenade zwischen dem Theodor-Heuss-Ring und der Nordstraße zu einer Körperverletzung. Gegen 11.00 Uhr sei er von zwei männlichen Personen zunächst in arabischer Sprache angesprochen und dann grundlos angegriffen worden, so der Geschädigte. Im Verlauf der Schlägerei habe er einen Stich, vermutlich mit einem Messer, in den Oberarm erhalten. Erst als eine Zeugin durch lautes Rufen auf sich aufmerksam gemacht habe, hätten die beiden etwa 18 Jahre alten Täter von ihm abgelassen. Er habe danach seine Verletzungen von einem Arzt behandeln lassen. Die Unbekannten waren nach seinen Angaben etwa 180 cm groß und mit schwarzen Jogginganzügen bekleidet. Ein Täter trug zudem eine schwarze Basecap.
Wien: Wer aktuell im Internet nach dem Wiener Traditionsgasthaus Reinthaler in Leopoldstadt sucht, findet neben Reservierungsmöglichkeiten und einer üppigen Speisekarte, auch allerlei Artikel über angebliche Rassismusvorwürfe, was nicht erst aber besonders seit der Black-Lives-Matter-Bewegung Existenzen zerstören kann. Der Vorwurf: Eine Gewerkschafterin soll dort im Juni vergangenen Jahres wegen ihrer Hautfarbe nicht bedient worden sein, was das Gasthaus von Anfang an vehement bestritten hat. Publik wurde die Causa, weil die Autorin Veronika Bohrn-Mena die Behauptung der mit ihr befreundeten Gewerkschafterin über ihren Account auf Twitter (aktuell über 13.000 Follower) verbreitete. So sei ihre Freundin nicht bedient worden, weil sie schwarz sei, behauptete Bohrn-Mena damals, und verlinkte die Homepage des Lokals. Dutzende Personen verbreiteten die schwere Anschuldigung ungeprüft, binnen weniger Stunden braute sich ein gewaltiger Shitstorm über dem Lokal zusammen. Jetzt, rund ein dreiviertel Jahr

später, muss Born-Mena ihre Vorwürfe zurückziehen und sich entschuldigen *(Auszug aus einem Artikel von EXXPRESS.AT).*

Zwickau: Beamte des Zwickauer Polizeireviers wurden Donnerstagmittag in die Ausländerbehörde gerufen, nachdem ein 29-Jähriger während seines Termins aggressives Verhalten an den Tag gelegt hatte. Den wiederholten Aufforderungen der Einsatzkräfte, das Gebäude zu verlassen, kam der Ghanaer nicht nach. Als zwei Beamte ihn zur Tür zu geleiten wollten, riss er sich los, sodass vier Einsatzkräfte anschließend versuchten, den Tatverdächtigen zu fixieren. Dagegen wehrte sich der junge Mann so heftig, dass drei der Polizisten leichte Verletzungen davontrugen, die ambulant behandelt werden mussten. Mithilfe zweier weiterer Beamten gelang es schließlich, den 29-Jährigen zu fixieren und aus dem Gebäude zu bringen. Ein durchgeführter DrugWipe-Test war negativ.

Münster: Drei Unbekannte haben am Donnerstagabend (11.3., 22:40 Uhr) zwei 34 und 35 Jahre alte Männer an der Herwarthstraße überfallen. Die Geschädigten waren in Höhe des Parkhauses Engelenschanze unterwegs, als sie von der Gruppe angegriffen, geschlagen und auf dem Boden liegend getreten wurden. Der Fahrer eines Taxis beobachtete den Vorfall, fuhr auf die Gruppe zu und hupte. Daraufhin rannten die drei Unbekannten in Richtung Engelenschanze davon. Die Opfer zogen sich durch den Angriff Verletzungen am Kopf und den Händen zu. Später stellte der 35-Jährige fest, dass sein Handy nicht mehr in seiner Hosentasche war. Nach Angaben der Geschädigten und des Taxifahrers handelt es sich bei den Tätern um drei Männer mit nordafrikanischem Erscheinungsbild. Die Unbekannten sind etwa 25 Jahre alt und 1,70 Meter bis 1,75 Meter groß. Ein Täter trug einen roten Jogginganzug.

Achen: Das Landgericht Aachen hat am Mittwoch einen irakischstämmigen Mann wegen einer blutigen Messerattacke zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Der 21 Jahre alte deutsche Staatsbürger hatte demnach im vergangenen September in Stolberg bei Aachen einen jungen Mann angegriffen und schwer verletzt. Hintergrund der Tat war laut Gericht, daß die türkischstämmige Familie des Opfers auf einem Plakat der AfD im nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf abgebildet war, berichtet die Deutsche Presse-Agentur. Der als Gefährder eingestufte Täter hatte dies in sozialen Medien verurteilt. Unter anderem versah er das Foto mit dem Zusatz „Gottesleugner". Zudem veröffentlichte der Mann ein Symbol der Terrororganisation Islamischer Staat. Während der Messerattacke rief der Angeklagte „Allahu akbar" *(Auszug aus einem Artikel der JUNGEN FREIHEIT)*.

Berlin: Fast alle abgelehnten Asylbewerber dürfen jetzt in Berlin eine Arbeit annehmen. Innensenator Geisel (SPD) behauptete, sie würden auf dem Arbeitsmarkt dringend gebraucht. Er kann aber nicht nachweisen, dass das auch stimmt. Das wirkt äußerst seltsam, meint Gunnar Schupelius. … SPD, Grüne und Linke haben beschlossen, abgelehnte Asylbewerber möglichst gar nicht mehr abzuschieben, obwohl das nach dem Gesetz vorgeschrieben ist. So steht es schon im Koalitionsvertrag von 2016. Sogar wenn jemand seinen Pass weggeworfen hat, um einer Abschiebung zu entgehen, darf er jetzt eine Arbeit annehmen. Er muss lediglich zusagen, dass er sich um einen neuen Pass bemühen will. Nun werden es immer mehr, die eigentlich gar kein Aufenthaltsrecht bekommen dürften, es aber dennoch bekommen. Also muss eine Erklärung her. Und also wird behauptet, dass man sie alle auf dem Arbeitsmarkt ganz dringend braucht.

Kiel: Die SPD im Kieler Landtag hat eine Bevorzugung für Migranten bei der Vergabe von Arbeitsplätzen in der Landesverwaltung von Schleswig-Holstein gefordert. Bei gleicher Eignung sei eine „vorrangige Auswahl" bei Personen mit ausländischen Wurzeln notwendig, um deren Anteil in der öffentlichen

Verwaltung zu erhöhen, teilte die Fraktion am Mittwoch der Nachrichtenagentur dpa mit. Ziel sei es, daß sich der Anteil der Personen mit Einwanderungshintergrund in der Gesamtbevölkerung in der Verwaltung widerspiegle. Wie genau die Sozialdemokraten Migrationshintergrund definieren, konnte die Fraktion demnach nicht sagen. Sie verwies in ihrem Änderungsantrag zum Entwurf des Integrations- und Teilhabegesetzes allerdings auf eine ähnliche Regelung in Hamburg. Der rot-grüne Senat in der Hansestadt hatte im November mitgeteilt, der Einstellungsanteil junger Personen mit ausländischen Wurzeln liege „nahe am Zielwert von 20 Prozent".

Berlin: Mit der Veröffentlichung von Bildern aus einer Überwachungskamera erhofft sich die Polizei Berlin, Hinweise zu 18 bisher unbekannten Männern zu erhalten, die der gefährlichen Körperverletzung und des schweren Landfriedensbruchs verdächtig sind. Im Zusammenhang mit mehreren gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen tschetschenisch- und arabischstämmigen Personen, griffen mindestens 20 mutmaßlich arabischstämmige Täter am 8. November 2020, gegen 17.30 Uhr, auf dem Hanne-Sobek-Platz am S-Bahnhof Gesundbrunnen zwei Personen mit tschetschenischer Volkszugehörigkeit an. Bei der Gewalttat kam es an jenem Sonntag zu massiven Verletzungen der Geschädigten, wobei auch gefährliche Werkzeuge sowie Hieb- und Stichwaffen verwendet wurden.

Hamburg: Am 09.03.2021 gegen 00.20 Uhr konnten Bundespolizisten nach einem Zeugenhinweis eines Zugbegleiters einen Mann (m.37) beim Verlassen eines Metronom-Zuges im Bahnhof Harburg am Bahnsteig stellen. Der polizeilich bekannte Mann ist verdächtig, in insgesamt sechs Wagen des Zuges auf der Fahrt von Winsen nach Hamburg -Harburg diverse Fenster-und Türscheiben, sowie die Glasflächen von Schaltkästen teilweise großflächig mit einem Feuerzeug zerkratzt zu haben. Dabei wurden Schrift- (zeichen) und Hakenkreuze in die Scheiben gekratzt. Weiterhin soll der Tatverdächtige u.a. Deckenverkleidungen beschädigt haben. Dazu soll der Beschuldigte mit einem Feuerzeug Schriftzeichen sowie Hakenkreuze in die Zugverkleidungen gebrannt haben.

Eisenach: Am späten Sonntagnachmittag ereignete sich am Bleichrasen ein Polizeieinsatz. Nach bisherigen Erkenntnissen kam es zwischen einem 31-jährigen Iraker und einer Gruppe von Personen im Alter zwischen 19 und 58 Jahren (alle deutsch) zu einer Auseinandersetzung. Hierbei nutzte der 31-Jährige einen länglichen, scharfen Gegenstand. Ein 46-Jähriger trug bei dem Geschehen leichte Verletzungen davon. Die genauen Hintergründe und Abläufe sind derzeit noch unklar. Der Tatverdächtige wurde vorläufig festgenommen. Ein Drogenvortest verlief bei ihm positiv auf Amphetamin bzw. Methamphetamin. Die weiteren Ermittlungen führt die Kriminalpolizei Gotha.

Ludwigshafen: Nach einem versuchten Übergriff auf eine 19-Jährige Reiterin am Samstag, dem 20. Februar gegen 15:50 Uhr sucht die Polizei noch Zeugen. Zu diesem Zeitpunkt war die jungen Frau auf ihrem Pferd auf dem Bondorfer Weg von Öschelbronn in Richtung Bondorf unterwegs. Bei dem dortigen Wasserhäuschen kam ihr ihren Angaben zufolge ein Mann zu Fuß aus Richtung Bondorf entgegen, habe sie am linken Bein gepackt und versucht, sie vom Pferd zu ziehen. Das Tier habe dabei den Kopf zur Seite gedreht und den Angreifer in den linken Oberarm gebissen. Daraufhin gelang der 19-Jährigen die Flucht. Bei dem Unbekannten soll es sich um einen etwa 35-55 Jahre alten und 185 cm großen Mann mit dunklem Teint gehandelt haben.

Mölln: Am Donnerstag (04.03.) kam es in einer Sprachschule in Mölln zu einem versuchten Tötungsdelikt zum Nachteil einer männlichen Lehrkraft (44 Jahre). Am Nachmittag des Folgetages (05.03.) ist gegen einen 32-jährigen

Syrer Untersuchungshaftbefehl erlassen worden. Das Amtsgericht Lübeck hat am Freitag, den 5. März 2021 auf Antrag der Staatsanwaltschaft Untersuchungshaftbefehl wegen des dringenden Verdachts des versuchten Totschlags und der gefährlichen Körperverletzung sowie des Haftgrundes der Fluchtgefahr gegen den 32-jährigen erlassen. Der Mann wurde in die JVA Lübeck verbracht. Der Beschuldigte hat auch im Rahmen der Vorführung vor den Haftrichter von seinem Schweigerecht Gebrauch gemacht. Das Tatmotiv ist daher noch unklar und Gegenstand der laufenden Ermittlungen. Nach Angaben des Geschädigten habe dieser den Beschuldigten in der Vergangenheit nur wenige Stunden unterrichtet und sei der weit überwiegende Teil der Deutschstunden durch andere Lehrkräfte erteilt worden.

Raunheim: Weil er zwei unbekannte Männer am Sonntagabend (07.03.), gegen 20.45 Uhr, in einem Linienbus darauf hinwies, nicht mit brennenden Zigaretten den Bus zu betreten, attackierte ihn das Duo anschließend. Die beiden Männer bewarfen den 48-Jährigen zunächst mit einer Bierdose und schlugen anschließend gemeinschaftlich auf den Mann ein. Er wurde leicht verletzt und kam vorsorglich in ein Krankenhaus. Zudem wurde bei der Attacke sein Mobiltelefon beschädigt. Die beiden Angreifer flüchteten nach der Tat. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief bislang ergebnislos. Der Geschädigte beschreibt die Flüchtigen wie folgt: Beide jugendlich mit südländischem Erscheinungsbild.

Frankfurt: Gestern Abend (11.03.21) meldete sich eine Hotelangestellte bei der Polizei, weil sich vor dem Seiteneingang ihres Hotels eine Gruppe junger Männer aufhielt, die gegen die geltenden Coronabeschränkungen verstieß. Als die Beamten hinzukamen, schlug ihnen sofort und anlasslos der Vorwurf des Rassismus entgegen. Gegen 18:40 Uhr traf die Streife am Wiesenhüttenplatz ein. Die Angestellte eines dortigen Hotels hatte zuvor bei der Polizei angerufen, weil fünf junge Männer im Bereich des Seiteneingangs Alkohol tranken, keine Mund-Nase-Bedeckung trugen und sowohl den Abstand untereinander, als auch zu hinein- und hinausgehenden Hotelgästen und -mitarbeitern, unterschritten. Auf Ansprache durch die Hotelmitarbeiter hätte die Gruppe nicht reagiert. Als die Beamten die jungen Männer, die allesamt aus Nigeria stammen, ansprach, wurden sie sofort in englischer Sprache als „racists" beschimpft. Besonders hervor tat sich dabei ein 37-Jähriger. Er äußerte lautstark: „Ich ziehe meine Jacke aus, bevor ihr da was reinsteckt" und „Sie können uns nicht so behandeln, weil wir schwarz sind." Durch sein Verhalten mussten die Beamten den Eindruck gewinnen, als wolle er mit seinen Provokationen gezielt eine Eskalation der Situation herbeiführen. Nachdem weitere Unterstützungskräfte eingetroffen waren, beruhigte sich die Situation aber. Die Polizei stellte die Personalien aller Beteiligten fest und fertigte Ordnungswidrigkeitenanzeigen wegen Verstößen gegen die Coronaverordnungen. Gegen den 37-Jährigen, der sich erst nachdem ihm ein Platzverweis ausgesprochen werden musste, entfernte, wurde zudem ein Strafverfahren wegen Beleidigung aufgrund der unbegründeten und wiederholt erhobenen Rassismusvorwürfe eingeleitet.

Chebli-Ehemann Maarouf war in umstrittene Krankenhaus-Geschäfte verwickelt
Stand: 27.03.2021
Von Lennart Pfahler
Redakteur Nachrichten und Gesellschaft
Nizaar Maarouf und Sawsan Chebli sind ein Powercouple der Hauptstadt. Sie hatten wenig, jetzt haben sie viel. Dazu haben Geschäfte Maaroufs beigetragen, die zweifelhaft sind, wie Recherchen von WELT AM SONNTAG zeigen.

Nizar Maarouf, Geschäftsmann und Ehepartner der Berliner Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales, Sawsan Chebli (SPD), war jahrelang in umstrittene Geschäfte mit Partnern in Golfstaaten verwickelt. Das zeigen Recherchen von WELT AM SONNTAG.

Demnach verdiente Maarouf für die Vermittlung von Patienten für den kommunalen Berliner Krankenhauskonzern Vivantes im Jahr 2008 Provisionen, die laut einem Gerichtsurteil und Gutachten als „sittenwidrig" gelten. In einem Fall zeigen Dokumente, dass Maarouf so 27.000 Euro von Vivantes erhielt. Kurz darauf wurde der ehemalige Medizinstudent Vize-Direktor der Auslandssparte des Klinikkonzerns.

Unter Maaroufs Leitung wurden den Recherchen zufolge zwei Nichten seiner Ehefrau Sawsan Chebli bei Vivantes International eingestellt. Im Sommer 2017 gerieten die beiden Frauen und eine weitere Mitarbeiterin demnach in den Fokus der internen Revision. Zusammen sollen sie über einen längeren Zeitraum Geldbeträge in Höhe von insgesamt mehr als 100.000 Euro von Patientenkonten an sich selbst ausgezahlt haben.

1,5 Milliarden Euro benötigt – Die dramatische Schieflage der Vivantes-Kliniken

Vivantes räumt die Vorgänge grundsätzlich ein. Das Arbeitsverhältnis der Frauen sei beendet worden. Daraufhin habe das Unternehmen seine Compliance-Bestimmungen überarbeitet. Maarouf und Chebli äußerten sich auf Anfrage nicht zu den Vorwürfen.

Maarouf vermittelte zudem im Frühjahr 2020 die beiden CDU-Abgeordneten Nikolas Löbel und Mark Hauptmann an die Geschäftsführung seines damaligen Arbeitgebers Sana. Die dem Krankenhauskonzern von den Abgeordneten angebotenen Geschäfte, im Falle Löbels eine Schutzmaskenbeschaffung gegen Provision, kamen nicht zustande. Löbel und Hauptmann mussten wegen umstrittenen Geschäften mit anderen Partnern später zurücktreten. Maaroufs Anwalt teilte mit, sein Mandant sei für derartige Geschäfte bei Sana nicht zuständig gewesen.

https://www.welt.de/politik/ausland/article229216753/Wegen-Mohammed-Bildern-Proteste-gegen-Lehrer-an-englischer-Schule.html

Wegen Mohammed-Bildern – Proteste gegen Lehrer an englischer Schule

Stand: 26.03.2021 | Lesedauer: 2 Minuten

Seit Tagen gibt es Proteste vor einer Schule in West Yorkshire, zeitweilig musste diese gar geschlossen werden: Ein Lehrer hatte offenbar Karikaturen des Propheten Mohammed im Unterricht behandelt. Nun bekommt der Pädagoge Todesdrohungen.

Für die rund 980 Kinder der Batley Grammar School gab es am Freitag überraschend schulfrei: Zuvor hatten sich rund 50 Menschen zum wiederholten Male vor dem Gebäude versammelt und so die Abläufe massiv behindert.

Nun hat sich auch die britische Regierung in den Streit eingeschaltet: Sie verurteilte die Proteste, die sich explizit gegen einen Lehrer wenden, der an einer Schule Zeichnungen des islamischen Propheten Mohammed gezeigt hatte. „Es ist niemals akzeptabel, Lehrer einzuschüchtern oder ihnen zu drohen", sagte ein Sprecher des Bildungsministeriums.

Der Pädagoge, der an der Grammar School in der Grafschaft West Yorkshire arbeitet, wurde bereits am Donnerstag vom Dienst suspendiert. Wie die „Daily Mail" berichtet, wurde der Mann mit seiner Freundin mittlerweile an einen unbekannten Ort gebracht, weil es auch Todesdrohungen gegen ihn gegeben haben soll. Zuvor wurde offenbar von Kritikern sein Name in den sozialen Medien publiziert.

Muslimischer Geistlicher hielt Reden

Der Mann hatte zu Beginn der Woche im Religionsunterricht Zeichnungen des Propheten Mohammed gezeigt, Berichten zufolge sollen es Karikaturen aus dem französischen Satiremagazin „Charlie Hebdo" gewesen sein. Nach Ansicht der Protestierenden ist das ein Angriff auf den Islam, der Mohammed-Abbildungen ablehnt.

„Fällt der Begriff Islamophobie, wird nur noch geprügelt"

Laut britischen Medienberichten stammt ein Drittel der Schülerinnen und Schüler der Batley Grammar School aus Familien muslimischen Glaubens. Einige Demonstranten, die dafür teils sogar aus anderen britischen Städten angereist waren, hätten sich nicht nur vor dem Gebäude versammelt, sondern auch Parolen und Lieder gesungen. Zudem hätten muslimische Geistliche Reden gehalten, in denen die Entlassung des Mannes gefordert wurde. Ob auch Eltern unter den Protestierern waren, ist hingegen unklar.

Mittlerweile wurde eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle eingeleitet. „Die Art der Proteste, die wir gesehen haben, mit Drohungen und Missachtung der Corona-Beschränkungen, ist vollkommen inakzeptabel und muss aufhören", hieß es vom Bildungsministerium.

.

http://www.pi-news.net/2021/03/nach-mohammed-kritik-lehrer-muss-sich-vor-moslems-verstecken/

GRAMMAR-SCHOOL IN GROSSBRITANNIE

Nach Mohammed-Kritik: Lehrer muss sich vor Moslems verstecken

27. März 2021

Von MANFRED W. BLACK | Erst hat es massive Angriffe auf islamkritische Lehrer in Frankreich gegeben, die einem Mittelschullehrer das Leben gekostet haben. Nun gibt es zahllose scharfe Attacken moslemischer Organisationen auf einen Lehrer einer britischen Grammar School, die zu etwa 70 Prozent von moslemischen Schülern besucht wird.

Schule muss geschlossen werden

Mehrere Tage wurde vor einer Schule im englischen Batley (Grafschaft West Yorkshire) in massiver Form protestiert. Für zwei Tage musste die Grammar School, die von knapp 1000 Schülern besucht wird, sogar geschlossen werden. Ein Lehrer hatte „Charlie-Hebdo-Karikaturen" im Religionsunterricht behandelt, die den Propheten Mohammed in bissiger Form karikieren. „Nun bekommt der Pädagoge Todesdrohungen" („Die Welt").

Der Leiter der Schule, die in etwa mit einem deutschen Gymnasium vergleichbar ist, hatte Mitte der Woche versucht, den Konflikt zu entschärfen. Er bot Schülern und Eltern seine „aufrichtige und vollständige Entschuldigung" an.

Es sei „völlig unangebracht", im Unterricht Bilder zu zeigen, die „tief verletzen" könnten, schrieb der Direktor – und kündigte eine Untersuchung an. Das ging den aufgebrachten Demonstranten allerdings längst nicht weit genug.

Der Lehrer wird suspendiert

Immer wieder wurde in sozialen Netzen zur demonstrativen „Verteidigung der Ehre unseres Propheten Mohammed" vor der Schule aufgerufen. Dort sind militante Lieder gesungen worden. Unmissverständlich forderten die Demonstranten die sofortige Entlassung des Lehrers und eine Beteiligung an der geplanten Untersuchung.

Ein örtlicher Imam, der an den Kundgebungen teilnahm, erklärte in einer Rede, es müsse sichergestellt werden, dass „so etwas nie wieder geschieht".

An den radikalen Demonstrationen beteiligten sich moslemische Eltern, deren Kinder die Schule besuchen. Vor allem aber waren schulfremde Moslems aus der Region angereist, die durch radikale Aufrufe in Sozialen Medien aufgestachelt wurden.

Im Netz waren zu den Demonstrationen auf Bildern und Videos „wütende bärtige Männer zu sehen, die ihre Masken abreißen und laut schreien" („Tagespost").

Wenig später verkündete der Direktor der Grammar School die Suspendierung des Pädagogen. Ob mit Einwilligung des Bildungsministeriums, ist bisher nicht klar. Der Lehrer und seine Freundin sind an einen unbekannten Ort gebracht worden, weil die Behörden offensichtlich um das Leben des Pädagogen fürchten.

Die britische „Free Speech Union" kritisierte, die Schule sei vor einem „Zensur-Mob" eingeknickt.

Wohlfeile Worte aus der Politik

Der Tory-Abgeordnete Sajid Javid übte ebenfalls Kritik am Schulleiter. In Großbritannien dürfe Religion auch „hinterfragt" werden, sagte der frühere Schatzkanzler. „Diese hart errungene Freiheit muss von jeder öffentlichen Institution durchgesetzt werden."

Bildungsminister Gavin Williamsen (Conservative Party) erklärte in London, Schulen seien „frei, das ganze Spektrum von Themen, Ideen und Materialien in ihrem Unterricht zu verwenden, auch wenn sie schwierig oder kontrovers sind – sofern sie der Pflicht zur politischen Ausgewogenheit entsprechen".

Dann kam eine Einschränkung des Ministers: Dies gelte es „mit der Notwendigkeit auszubalancieren, Respekt und Toleranz zwischen Menschen unterschiedlichen Glaubens zu fördern".

Moslems: „Sadistisch verhalten"

Doch auch diese Erklärung war islamischen Vereinigungen nicht genug. Es sei „alarmierend, dass das Bildungsministerium die Spaltung fördert, indem es Eltern und Schüler angreift", erklärte der Vorsitzende der Ramadhan-Stiftung in Manchester, Mohammed Shafiq.

Und die lokale islamische Wohltätigkeitsgruppe „Purpose of Life" („Sinn des Lebens") drohte der Schule, ihre Unterstützung zu entziehen, sofern der Lehrer nicht „dauerhaft beseitigt" werde. Er habe sich „sadistisch verhalten".

Die Vereinigung schrieb – auf den Pädagogen bezogen, der namentlich genannt wurde –: „Auch liberale Demokratien haben Grenzen der Redefreiheit."

Schüler initiieren Petition

Aber es gab auch andere Stimmen. Das berichtet die „Daily Mail". So wurde von Schülern der Grammar School eine Petition gestartet, die schon von weit mehr als 3000 Menschen unterzeichnet worden ist. Hier wird gefordert, dass der Lehrer wieder an seine Schule zurückkehrt. Er sei weder rassistisch noch islamophob.

Die Protestler dagegen hätten sich nicht friedlich verhalten, sondern sogar die Polizei aggressiv angeschrien und Zugänge zur Schule versperrt.

Was in naher Zukunft mit dem Lehrer passiert, ist unklar. Ob und wann seine Suspendierung rückgängig gemacht wird, steht in den Sternen. Die „FAZ" stellt dazu in ihrer Berichterstattung im letzten Satz eines Artikels lakonisch fest: „In Großbritannien gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Skandale um den Einfluss islamischer Gruppen an Schulen."

Die „Junge Freiheit" kommentiert knapp: „Die Unterwerfung unter islamische Vorgaben vollzieht sich schrittweise."

Böse Erinnerungen an Frankreich

Der Streit um den Lehrer in Batley weckt nicht nur in England unheimliche Erinnerungen an den Fall des Lehrers Samuel Paty im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine. Im Oktober 2020 war der Mittelschullehrer von einem 18 Jahre alten tschetschenischen Moslem auf offener Straße enthauptet worden, nachdem Paty Charlie-Hebdo-Zeichnungen in seiner Klasse gezeigt und besprochen hatte.

Wenig später wurde dem Philosophielehrer Didier Lemaire in Trappes (nahe Paris) im Netz nach dem Leben getrachtet, weil er bekannt gemacht hatte, dass in seinem Ort radikale islamische Organisationen immer wieder Juden attackiert und die Kommune weitgehend zu einer Ortschaft gemacht haben, in denen französische Gesetze de facto kaum noch Geltung haben.

Laut Lemaire gelten vielmehr die Normen der Scharia und die Entscheidungen der islamischen „Friedensrichter". Praktisch alle Juden seien aus Trappes geflohen – die meisten nach Israel. Selbst gemäßigte Moslems würden es teils vorziehen, in anderen Ortschaften zu leben.

Didier Lemaire hat aus den Bedrohungen weit reichende persönliche Konsequenzen gezogen, er kündigte kürzlich an, den Schuldienst quittieren zu wollen. Ihm war es wohl auch eine Warnung, dass 2015 islamische Extremisten die Redaktion der französischen Satirezeitung „Charly Hebdo" überfielen und 12 Menschen töteten.

http://www.pi-news.net/2021/02/hamburg-auslaender-bei-kriminalitaet-weit-ueberdurchschnittlich-beteiligt/

GEWALT UND DIEBSTÄHLE MACHEN AM MEISTEN SORGEN

Hamburg: Ausländer bei Kriminalität weit überdurchschnittlich beteiligt

4. Februar 2021

VON MANFRED W. BLACK | Die Atmosphäre an Deutschlands Bahnhöfen wird von Jahr zu Jahr prekärer. Immer wieder müssen sich Reisende den Weg durch einen Pulk betrunkener Männer – und oft auch Frauen – bahnen. Rollstuhlfahrern wird oftmals von Polizeibeamten geraten, sie sollten abends besser nicht im Hauptbahnhof sein, es sei „zu gefährlich".

„Die zunehmende Verrohung der Gesellschaft ist an den Hauptbahnhöfen ganz besonders zu spüren", kommentierte Jörg Radek, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), diese besorgniserregende Entwicklung.

Hamburgs Hauptbahnhof hat nach Gare du Nord europaweit meiste Reisende

Der Hamburger Hauptbahnhof ist Deutschlands wichtigster Bahnhof. Tag für Tag fahren hier 800 Züge des Nah- und Fernverkehrs sowie 1200 S-Bahnen. 550.000 Menschen treffen an dieser Stelle täglich aufeinander. Nur am Gare du Nord in Paris verkehren europaweit mehr Menschen als am Zentralbahnhof in der Hansestadt.

Nicht alle Menschen in den Hallen und an den Gleisen haben freilich ehrliche Absichten. Allein zwischen Juli und Dezember 2020 zum Beispiel wurden am Hamburger Hauptbahnhof 300 Fälle von Gewaltdelikten sowie 572 Diebstähle und ähnliche Taten registriert. Damit liegt der norddeutsche Großstadt-Bahnhof bei Gewalttaten vor den Zentralstationen von Frankfurt am Main (238 Delikte) und Nürnberg (189).

Veröffentlichung der Daten nach AfD-Anfrage

Die meisten Diebstähle auf Bahnhöfen sind in Frankfurt angezeigt worden (744), in diesem Bereich kommt die Hansestadt auf Platz zwei – vor Köln (504). Bei Drogendelikten liegen die zentralen Stationen von Köln, Essen und Düsseldorf in Nordrhein-Westfalen an der Spitze.

Diese Daten hat das Bundesinnenministerium veröffentlicht – nach einer parlamentarischen Anfrage der AfD. Demnach erlitten im Abfragezeitraum auf dem Gelände von Bahnhöfen bundesweit 198 Bundespolizisten bei gewaltsamen Auseinandersetzungen Verletzungen, 35 Beamte konnten ihren Dienst zumindest zunächst nicht fortsetzen.

Zuletzt beleuchtete der „Spiegel" 2017 die Entwicklung der Straftaten auf der Zentralstation Hamburgs innerhalb von fünf Jahren. Danach ist in dieser Zeit dort die Zahl der Delikte um rund ein Drittel gestiegen. Die Zahl der „Rohheitsdelikte" (Angriffe auf Menschen) belief sich hier vor fünf Jahren auf 444 Attacken – 2011 waren es noch 362.

Wie hoch ist die Zahl ausländischer Straftäter?

Das „Hamburger Abendblatt" druckte jetzt zu den Bahnhofs-Straftaten im Jahr 2020 eine Meldung der Nachrichtenagentur „dpa": Ein vergleichsweise hoher Anteil der Täter „hat bei den abgefragten Taten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit: Im Bereich Gewaltdelikte sind es mehr als 40 Prozent, bei Drogendelikten ist es rund ein Drittel, bei Eigentumsdelikten sogar mehr als die Hälfte".

Die Medien erwähnen nicht, dass heute ein großer Teil der kriminellen „Passdeutschen" zwei oder sogar drei Staatsbürgerschaften besitzt, diese Straftäter zählen offiziell als „Deutsche", sind aber keine „Herkunftsdeutsche". In Verlautbarungen etwa des Bundeskriminalamtes (BKA) heißt es inzwischen oft sogar, die größte Gruppe unter den berüchtigten Clan-Mitgliedern hierzulande seien „deutsche Staatsbürger". Das ist – wie so oft – nur die halbe Wahrheit. Fakt ist: Auch diese Mitglieder von „Großfamilien" sind nur „Pass-Deutsche", die aus zugewanderten Familien stammen. Deutsche, „die schon länger hier leben" (Angela Merkel) haben grundsätzlich keinen Zutritt zu den Clan-Gruppierungen, die völlig abgeschottet leben.

http://www.pi-news.net/2021/02/duesseldorf-afrikaner-tritt-auf-schwerbehinderten-deutschen-ein/

ÖFFENTLICHKEITSFAHNDUNG

Düsseldorf: Afrikaner tritt auf schwerbehinderten Deutschen ein

9. Februar 2021

Wer kennt die abgebildete Person auf dem Foto und kann sachdienliche Angaben zu den Personalien und/ oder dem Aufenthaltsort geben?
Ein unbekannter Täter hat einem schwerbehinderten Mann (32) am Samstag, den 21. November 2020, um 14.22 Uhr, im Düsseldorfer Hauptbahnhof mehrmals gegen das Bein getreten. Der Geschädigte musste in ein Krankenhaus und wurde aufgrund von Frakturen operiert. Nun ermittelt die Bundespolizei wegen der Körperverletzung und sucht nach dem Unbekannten.
Begegnet sind sich der gesuchte Tatverdächtige und der 32-jährige Deutsche auf Höhe des Bahnsteiges 7/8 im Haupttunnel des Düsseldorfer Hauptbahnhofes. Der Unbekannte ging mit einem Kind auf dem Arm an dem schwerbehinderten Mann vorbei und drehte sich ohne erkennbaren Grund um, folgte dem Geschädigten, stieß ihn weg und versetzte ihm mit Anlauf drei gezielte Fußtritte gegen das rechte Bein. Daraufhin stürzte der 32-Jährige schreiend zu Boden. Der Tatverdächtige ließ von ihm ab und verließ den Hauptbahnhof. Zeugen alarmierten die Bundespolizei sowie den Rettungsdienst. Der verletzte Mann wurde einem Krankenhaus zugeführt. Es wurden Knochenbrüche diagnostiziert und operiert. Mit Beschluss ordnete das Amtsgericht Düsseldorf die Öffentlichkeitsfahndung mit Lichtbild des unbekannten Tatverdächtigen an. Die Bundespolizei ermittelt wegen der Körperverletzung und bittet die Bevölkerung um deren Mithilfe.
Wer kennt die abgebildete Person auf dem Foto und kann sachdienliche Angaben zu den Personalien und/ oder dem Aufenthaltsort geben? Hinweise zu der Person nimmt die Bundespolizei rund um die Uhr unter der kostenfreien Servicenummer 0800/ 6 888 000 entgegen.
Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen" in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln". Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse" bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „"Ostdeutschland zu weiß ist„. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin" präsentiert.
Hamburg: Am 02.02.2021 gegen 17:30 Uhr wartete ein 54-jähriger deutscher Staatsangehöriger im Bahnhof Hamburg-Harburg auf den ICE 1578 Richtung Stralsund. Ebenfalls am Bahnsteig befand sich ein 24-jähriger somalischer Staatsangehöriger, der grundlos den 54-Jährigen beleidigte, unter anderem zeigte er ihm einen sog. „Stinkefinger". Der Mann folgte ihm in den mittlerweile eingefahrenen Zug. Auch nach Abfahrt dessen setzte er die Beleidigungen fort und drohte ihm Schläge an. Daraufhin suchte der Deutsche die Zugbegleiterin auf und bat sie um Hilfe. Diese informierte sofort die Hamburger Bundespolizei, woraufhin eine Streife zum Gleis 11 entsandt wurde und auf das Eintreffen des ICE wartete. Nach Ankunft wurde der Aggressor von den Beamten „in Empfang genommen", er schien stark alkoholisiert zu sein. Eine Überprüfung seiner Personalien ergab eine Fahndungsnotierung der Staatsanwaltschaft Hamburg zur Ermittlung seines Aufenthaltsortes nach vorangegangener Beleidigung. Auch weiterhin versuchte der Mann zu dem 54-Jährigen zu gelangen, woraufhin ihm Handfesseln angelegt wurden. Jetzt kniete er sich hin und schlug mit dem Kopf bewusst auf den Boden, was die Bundespolizisten sofort unterbanden. Er wurde

dem Revier der Bundespolizei am Hamburger Hauptbahnhof zugeführt. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von über 2,3 Promille. Ein hinzugezogener Amtsarzt bestätigte die Gewahrsamsfähigkeit. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde der Mann wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen ihn wurde u.a. ein Ermittlungsverfahren wegen Nötigung und auch wegen Erschleichens von Leistungen eingeleitet, da er den Zug ohne Fahrkarte benutzte.
München: Er ist ein Koloss von einem Kerl: 1,97 Meter groß, 180 Kilo schwer. Am Montag musste sich der gebürtige Ghanaer Henry Obeng T. (33) vor dem Münchner Landgericht wegen vorsätzlicher Körperverletzung und Beleidigung verantworten. Am 30. November 2018 schubste der Koch (u.a. Brez'n und „Fiedler & Fuchs") ohne Grund mehrere Frauen vor einem Münchner Kaufhaus. Ein Opfer erlitt bei einem Sturz einen Bruch des linken Unterarms und musste eine Woche in der Klinik behandelt werden. Am 6. Februar 2019 stieß er an der U-Bahn-Treppe Marienplatz einen Mann von hinten. Danach trat er das am Boden liegende Opfer noch drei Mal und verletzte ihn leicht an Rippen, Rücken und Kopf. Einen älteren Herren, der zur Hilfe eilte, beleidigte er als „Missgeburt". Eine Erklärung für T.s grundlose Gewaltausbrüche konnte die ihn seit August 2020 behandelnde Diplom-Psychologin nicht liefern. Sie sagte vor Gericht: „Für eine zuerst diagnostizierte Schizophrenie gab es bei unseren Tests und Untersuchungen keine Hinweise." (Artikel übernommen von BILD-ONLINE).
Bremen: Am Samstagabend wurden ein 45 Jahre alter Bremer und seine 39-jährige Freundin von zwei bislang unbekannten Tätern an einer Bushaltestelle in Arbergen angegriffen. Dabei sollen auch ein Schlagstock und ein Messer zum Einsatz gekommen sein. Der 45-Jährige wurde leicht verletzt. Die Polizei sucht Zeugen. Alle Beteiligten waren zuvor als Fahrgäste in einem Bus der Linie 41 in Hemelingen unterwegs. Vorausgegangen war eine Beschwerde des 45-Jährigen bei dem Busfahrer, da ein junger Mann im Bus keinen Mund-Nasen-Schutz trug. Nachdem der Busfahrer den betreffenden Fahrgast darauf aufmerksam machte, kam dieser der Aufforderung nach, setzte eine Maske auf und verließ den Bus an der nächsten Haltestelle. Als das Paar später an der Haltestelle Stackkamp ausstieg, wurde es draußen plötzlich von zwei Männern angegangen. Diese sollen Freunde des jungen Mannes ohne Maske gewesen sein, die im Bus neben ihm saßen. Der 45-Jährige gab an, mit der Faust und einem Schlagstock gegen den Kopf geschlagen worden zu sein, während seine Freundin mit einem Messer bedroht wurde. Die Schläge konnte der Bremer größtenteils abwehren, sodass er nur leichte Verletzungen erlitt. Anschließend flüchteten die Täter schnell zurück in den Bus. Sie sollen etwa 20 Jahre alt sein, mit dunklem Teint und dunklen Haaren. Einer wird als groß und dick beschrieben. Zur Tatzeit war er dunkel gekleidet und mit einem Schlagstock bewaffnet. Sein Komplize wird als kleiner und schlank beschrieben. Er sprach gebrochenes Deutsch und führte ein rotes Messer mit sich.
Würzburg: Im Laufe einer zunächst verbalen Auseinandersetzung in einem Omnibus am Freitag zog ein 19-Jähriger ein Messer und verletzte den Busfahrer leicht an der Hand. Im Rahmen einer großangelegten Fahndung konnten der Tatverdächtige und seine beiden Begleiter vorläufig festgenommen werden. Die weiteren Ermittlungen werden durch die Kripo Würzburg geführt. Etwa gegen 20:50 Uhr ging bei der Einsatzzentrale des Polizeipräsidiums Unterfranken die Mitteilung über eine Auseinandersetzung in einem Bus an der Haltestelle Rennweg ein. Nach ersten Erkenntnissen kam es zwischen einer Personengruppe um einen 19-Jährigen und dem Busfahrer zu einer zunächst verbalen Auseinandersetzung. Im weiteren Verlauf zog der 19-Jährige ein Messer und verletzte den Busfahrer leicht an der Hand. Im Anschluss flüchteten die drei Männer in Richtung Ringpark. Der 33-jährige Busfahrer erlitt glücklicherweise nur

leichte Verletzungen an der Hand und wurde mit dem Rettungsdienst in ein naheliegendes Krankenhaus gebracht. Im Rahmen einer sofort angelegten Fahndung mit mehreren Streifen konnten die drei Männer im Alter von 17, 18 und 19 Jahren bereits nach kurzer Zeit vorläufig festgenommen werden. Die weiteren Ermittlungen wurden in der Folge durch die Kriminalpolizei Würzburg übernommen. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Würzburg wurden die beiden Mittäter, zwei syrische Staatsangehörige im Alter von 17 und 18 Jahren, nach Abschluss der Maßnahmen von der Dienststelle aus wieder entlassen. Der Haupttäter, ein 19-jähriger irakischer Staatsangehöriger, verbrachte die Nacht in der Haftzelle der Würzburger Polizei.

Berlin: Im Prozess gegen den Somalier Joulian M. (33), dem mutmaßlichen Handtaschenräuber vom 19. Juni letzten Jahres in der Grellstraße, erinnerte sich der Steinsetzer an das Horrorszenario: „Mir fiel der Mann schon vorher an der M4-Haltestelle in der Storkower auf. Barfuß, pinkbunte Kleidung. Dazu der Dutt. Ein Paradiesvogel. Und plötzlich holte der doch einen Hammer aus seinem Beutel und schlug damit auf eine Tür der im Anfahren begriffene Bahn ein. Dass die Scheibe zu Bruch. ging.“Der Steinsetzer rief sofort die Polizei. Und behielt den Wüterich weiter im Auge. „Der lief nun die Grellstraße hoch. Ganz locker. Nicht schnell. So, als wäre nichts gewesen.“ Und dann habe sich der Mann plötzlich hinter einer Hecke gebückt. Der Zeuge führte dem Gericht vor, wie dessen Arme fünf, sechs Mal Richtung Boden gingen. „Ich dachte, der versteckt jetzt seinen Hammer.“ Die Rentnerin habe er nicht sehen können. Nicht, wie er sie zu Boden brachte. Nicht, wie er sie brutal mit Fäusten traktierte. Ihr den Oberkiefer brach, eine Gehirnerschütterung und Hämatome zufügte. *(Die komplette Geschichte des „Schutzsuchenden“, der behauptet, die Tat nicht begangen zu haben und jetzt wieder nach Somalia zurück möchte, kann bei BZ-BERLIN.DE nachgelesen werden)*

Wien: Ein 53-jähriger türkischer Staatsangehöriger geriet mit einem 27-jährigen Mann in Streit. Im Zuge dieser Auseinandersetzung soll der 53-Jährige den 27-Jährigen mit einem Messer verletzt haben. Die alarmierten Polizisten konnten den Tatverdächtigen vorläufig festnehmen und das Messer sicherstellen. Das Opfer wurde von der Wiener Berufsrettung notfallmedizinisch versorgt und in ein Spital gebracht.

Suhl: Dienstagnacht (19.01.2021) kam es in der Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Suhler Friedberg zu einem größeren Polizeieinsatz. Der Wachschutz informierte die Beamten, weil ein Mann das Sicherheitspersonal angreifen wollte und durch dieses schließlich festgesetzt werden konnte. Der Unruhestifter sollte im Anschluss im Rahmen des Gewahrsams zur Unterbindung weiterer Straftaten in den Inspektionsdienst gebracht werden. Dies missfiel jedoch seinen Mitbewohnern, die daraufhin mehrere Sachbeschädigungen im Haus begingen. Es gingen Türen und Scheiben zu Bruch. Zudem leerte ein Mann einen Feuerlöscher aus dem Fenster heraus aus. Mit Unterstützungskräften der Bereitschaftspolizei konnte die Lage beruhigt und insgesamt weitere vier Männer in Unterbindungsgewahrsam genommen werden. Die Ermittlungen werden durch den Inspektionsdienst Suhl geführt und die Männer werden nach den Vernehmungen am Dienstagmorgen aus dem Gewahrsam entlassen.

Kassel: Ein 51-jähriger Zugbegleiter der Kurhessenbahn wurde letzte Woche (12.1.) Opfer einer Spuckattacke bei der Fahrscheinkontrolle in Kassel-Wilhelmshöhe. Die Spucker waren zunächst drei unbekannte Männer von denen Ermittler der Bundespolizeiinspektion Kassel gestern (18.1.), mittels Auswertung von Videoaufzeichnungen, zwei eindeutig als Täter identifizieren konnten. Es handelt sich um zwei 18 und 20 Jahre alte, marokkanische Asylbewerber, die nur wenige Stunden vorher als Schwarzfahrer in einem Zug zwischen Gießen und

Kassel aufgefallen waren. Am Gleis 9 stiegen die Männer in eine Regionalbahn in Richtung Kassel-Hauptbahnhof. Alle drei hatten keinen Fahrschein. Sie zeigten lediglich Unterlagen einer Ausländerbehörde sowie der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen vor. Die Männer verhielten sich nach Angaben des Bahnmitarbeiters sehr aggressiv und sollten den Zug verlassen. Der Aufforderung kamen die Unbekannten nur zögerlich nach. Außerdem drohte einer des Trios dem Zugbegleiter mit Gewalt. Als die Schwarzfahrer dann doch ausstiegen, spuckten die Männer dabei auf die Hose und die Schuhe des 51-jährigen Bahnbediensteten. Erst am nächsten Tag (13.1.) erstattete der Schaffner Strafanzeige bei der Bundespolizei. „Ich musste den ekelhaften Vorfall erst verdauen!", sagte der 51-Jährige der Bundespolizei. Der dritte, bisher noch unbekannte, Spucker wird noch gesucht. Personenbeschreibung: Etwa 20-25 Jahre alt, schätzungsweise 175 cm groß, schwarze Haare, bekleidet mit auffälliger, lila Wollmütze, einer dunkelgrünen, langen Winterjacke mit Kapuze und Pelzbesatz sowie mit rötlichen Sportschuhen. Der Mann mit heller Hautfarbe ist vermutlich arabischer Herkunft. Er trug einen grünen Koffer bei sich.
Gießen: Zwei Mitarbeiter der Bahnsicherheit wurden am Samstagmorgen (16.01.), gegen 5 Uhr, Opfer einer Wurfattacke im Bahnhof Gießen. Die Bahnbediensteten blieben zum Glück unverletzt. Ein 20-jähriger Eritreer kam der Aufforderung einen Mund-Nase-Schutz zu tragen nicht nach. Daraufhin forderten die Sicherheitsmitarbeiter den Mann auf den Bahnhof zu verlassen. Der Wohnsitzlose zeigte sich daraufhin uneinsichtig und fing an die Bahnmitarbeiter zu beleidigen. Als diese sich nicht provozieren ließen, bewarf sie der Eritreer zuerst mit seinem Schuh und einem leeren Pizzakarton. Auf dem Bahnhofsvorplatz griff er dann nach einem rund 17 kg schweren Stein und warf auch diesen in Richtung der Sicherheitskräfte, er verfehlte diese jedoch nur knapp. Der Stein beschädigte lediglich einen Abfallbehälter. Danach flüchtete der Steinewerfer Richtung Innenstadt. Kurze Zeit später konnte er jedoch von Beamten der Bundespolizei im Bahnhofsbereich angetroffen werden. Gegen den Asylsuchenden wird nun wegen des Verdachts der versuchten, gefährlichen Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung ermittelt. Die Bundespolizeiinspektion Kassel hat gegen den 20-Jährigen ein Strafverfahren eingeleitet

https://philosophia-perennis.com/2021/02/10/video-migranten-zerlegen-touristen-apartments-auf-gran-canaria/

- **MIGRATION**

Video: Migranten zerlegen Touristen-Apartments auf Gran Canaria

Von

David Berger

10. Februar 20210

(David Berger) Die Sonneninsel Gran Canaria wird derzeit innerhalb kürzester Zeit von einem Traumziel für Touristen aus ganz Europa in ein großes Asyllager für illegal eingereiste Afrikaner verwandelt.
Wie das ganz konkret aussieht, zeigt ein Video, das in den sozialen Netzwerken die Runde macht (Quelle)
Video-Player
00:00
00:32
Quelle: Twitter
Sicherheitskräfte mit Mobiliar beworfen
Das Magazin „Kanarenmarkt" schreibt zu den Hintergründen des Videos:
„Insgesamt vier Migranten, davon drei Minderjährige, wurden am Montag nach einer Auseinandersetzung im Apartmentkomplex „Puerto Bello" in Puerto Rico auf Gran Canaria festgenommen.
Sicherheitskräfte seien zudem von Balkonen mit allen, was die Zimmer zu bieten hatten, beworfen worden. Alles, was nur in Reichweite war, landete auf der Straße. Dabei wurden mehrere Apartments fast vollständig zerstört."
Minderjährig?
In dem Apartment-Komplex, aus dem das Video stammt, seien angeblich Minderjährige mit Migrationshintergrund untergebracht. Dabei gehen Insider und die Regionalregierung der Kanaren davon aus, dass sich etwa die Hälfte der 600 angeblich minderjährigen Migranten, die sich derzeit auf der Insel aufhalten, nur als minderjährig ausgeben, um einer Abschiebung zu entgehen.
Ähnlich katastrophale Zustände erleben derzeit auch die Bewohner Teneriffas.
Dazu mehr bei KANARENMARKT.

http://www.pi-news.net/2021/04/nrw-13-und-ein-14-jaehrige-sollen-frau-vergewaltigt-haben/
WER SIND DIE TÄTER? MEDIEN SCHWEIGEN
NRW: 13- und ein 14-Jährige sollen Frau vergewaltigt haben
8. April 2021
Von MANFRED W. BLACK | Zeitungsmeldungen zufolge haben Ende März in einem Hagener Parkhaus zwei Jungen eine 21-jährige Frau vergewaltigt. Der jüngere Täter ist erst 13 Jahre alt und befindet sich weiterhin auf freiem Fuß. Der andere ist 14 Jahre – er sitzt jetzt in Untersuchungshaft.
Polizei und Medien: Wortkarg
Die Jugendlichen haben der Frau Ende März an einem späten Nachmittag in einem Parkhaus am Hauptbahnhof aufgelauert und sie überfallen. Genaue Informationen hat die zuständige Polizei-Pressestelle bisher nicht mitgeteilt. Etliche Zeitungen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, haben zwar kurz über die Taten berichtet. Auch hier fehlen präzise Einzelheiten zu den Hintergründen. Der „WDR" brachte eine Meldung mit Formulierungen, die die Brutalität der Vergewaltigung eher verharmlosen. Der Sender schrieb wörtlich: „Wie es zu der mutmaßlichen Tat kam und weitere Umstände und Hintergründe ermittelt die

Kriminalpolizei." Weitere Angaben habe „die Polizei mit Hinweis auf das Alter der Tatverdächtigen nicht" gemacht.

Das Boulevardblatt „Bild" berichtete immerhin bei der Schilderung der Tatvorgänge, dass die „zwei Kinder" ihr junges Opfer ausgerechnet direkt über der Hagener Polizei-Hauptwache vergewaltigt haben. Und dass das Opfer nach den Taten halbnackt in die Wache geflüchtet ist, um sich in Sicherheit zu bringen.

Linke: Gegen Senkung der Strafmündigkeits-Grenze

Der „WDR" sorgt sich insbesondere um den jüngeren Schwerkriminellen: „Der 13-Jährige (...) wurde von den Polizisten in die Obhut des Jugendamtes übergeben." Vor wem denn in Obhut genommen, fragt sich der Leser. Gilt hier wieder einmal Täterschutz vor Opferschutz?

Der „Spiegel" weist vorsorglich darauf hin, dass der 13-jährige Vergewaltiger „noch nicht strafmündig" ist. Der bleibt also schon mal von Sanktionen verschont.

An anderer Stelle zitierte das vermeintliche „Sturmgeschütz der Demokratie" (Rudolf Augstein) die „progressive" Theresia Höynck von der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen.

Die Juristin stellt die verwegene These auf, „eine Senkung der Strafmündigkeitsgrenze würde nichts zur Senkung der Kriminalität beitragen". Belege? Null. Erprobt wurde das nie.

„Aus großer Familie"

Wie schon so oft: Nur die „Bild-Zeitung" bringt in einem ihrer Artikel einen geheimnisvollen Hinweis: Zumindest der etwas ältere Täter soll aus einer „großen Familie" stammen. Heutzutage meist ein gängiges Synonym dafür, dass Täter zu einem Clan gehören.

Ethnischer Hintergrund: Unbekannt

Überwachungskameras haben die Vergewaltigungen sogar aufgezeichnet. Die Polizei hat also schon ziemlich genaue Informationen. Sie werden freilich nicht veröffentlicht. „Bild" und zum Beispiel das Portal „Rundbrief-Unna" bezeichnen die Täter als „deutsche Jungen". Das Medienportal aus Unna berichtet, die Verdächtigen hätten keinen Migrationshintergrund.

Trotzdem glauben etliche Menschen, dass die Vergewaltigungen mit migrantischen Tätern zu tun haben könnten. Mancher Bürger fragt sich, warum die Nationalität der Verdächtigen nicht bekannt gegeben wird. Und warum veröffentlicht man nicht zumindest die Vornamen eines Täters? Wie es sonst „Bild" meist tut. Vornamen sind bekanntlich oft aufschlussreich.

„Dicke Polizeiakte"

„Bild" ist zu Ohren gekommen, dass zumindest „der ältere mutmaßliche Täter" (...) bereits eine dicke Polizeiakte" hat. Etwa 50 Straftaten soll er verübt haben. Vor allem Sachbeschädigungen und Einbrüche sind aufgelistet.

Der blutjunge Kriminelle sei „erst seit Kurzem wieder frei, ein Jugendrichter hatte ihn zuvor zu vier Wochen Arrest verurteilt". Es geht also um einen polizeibekannten Täter – um eine Gefahr für die Allgemeinheit. Geschlossene Erziehungsheime? Auch in NRW offenkundig meist ein Fremdwort.

Noch ein Gedanke beschäftigt manchen Beobachter: Bei „geflüchteten" Jugendlichen aus dem Ausland beispielsweise sind die Altersangaben häufig manipuliert. Sie machen sich oftmals um Jahre jünger als sie in Wirklichkeit sind. Zur Überprüfung der Daten fehlen in vielen Fällen die Pässe. Stimmen bei den jetzt in Hagen festgenommenen Heranwachsenden die Altersdaten?

Schuld ist die deutsche Gesellschaft?
Der Anwalt des inhaftierten Jung-Täters von Hagen – er heißt Ihsan Tanyolu – schiebt die Schuld auf die deutsche Gesellschaft: „Ganz offensichtlich hat die Kinder- und Jugendhilfe hier versagt." Sein Mandant sei „durch das Raster gefallen". So kann man es auch darstellen.
So oder so: Die deutschen Behörden sind bei ihrer Aufgabe, den Schutz hiesiger Bürger zu gewährleisten, erneut schmählich gescheitert.

http://www.pi-news.net/2021/04/leverkusen-tierpark-muss-wegen-clan-beerdigung-schliessen/

POLIZEI HAT ANGST, SICH GEGEN HUNDERTE VON TRAUERGÄSTEN DURCHZUSETZEN

Leverkusen: Tierpark muss wegen Clan-Beerdigung schließen

9. April 2021

Von MANFRED W. BLACK | Am Freitag wurde in Leverkusen das verstorbene Oberhaupt der Großfamilie Goman, Adam Goman (61), beigesetzt. Hunderte von Trauergästen aus den Reihen der Sinti und Roma waren bei der Beisetzung anwesend. Das Oberhaupt des Roma-Clans Goman ist offenbar auf einer Intensivstation an oder mit Corona gestorben.
Die Beerdigung – wohl verbunden mit einer entsprechenden, anschließenden Trauerfeier – findet trotz der geltenden Corona-Bestimmungen statt, nach denen solche riesigen Begräbnis-Veranstaltungen streng verboten sind. Erlaubt sind Trauerfeiern im Freien derzeit wegen Corona nur mit 25 Erwachsenen, zusätzlich dürfen lediglich 25 Kinder zugegen sein.

Polizei wird nicht einschreiten

Für Sinti und Roma gelten die Regeln des Staates offenkundig nicht. Sogar der neben dem Friedhof Reuschenberg gelegene Wildtierpark wird wegen der Groß-Beerdigung ganztägig geschlossen. Grund: Friedhof und Tierpark haben eine gemeinsame Zufahrtstraße.
Kommunale Stellen wollen dafür Sorge tragen, dass die Sinti und Roma, die sich selbst privat ganz überwiegend Zigeuner nennen, ungestört ihr Oberhaupt zu Grabe tragen können. Offiziell hieß es, Tierpark und Friedhof wollten „ein Verkehrschaos" verhindern.
Vorsorglich wird die Polizei mit mindestens einer Einsatzhundertschaft vor Ort sein. Nach den bisherigen Erfahrungen werden die Polizisten aber nicht einschreiten. Das will die politische Führung offenkundig nicht.

Erst kürzlich schwere Verstöße

Medienberichten zufolge sind Polizeieinheiten erst am Montagabend auf einer Straße aufmarschiert, an der sich ein Anwesen des Goman-Clans befindet.
Grund: Auf dem Gelände hatten sich rund 80 Menschen versammelt, deswegen war das städtische Ordnungsamt informiert worden. Augenscheinlich hatten die Roma eklatant gegen mehrere Corona-Kontaktbeschränkungen verstoßen.
So recht trauten sich die Polizeibeamten aber nicht, gegen die Menschenmenge vorzugehen. Die Polizei wusste Rat: Die verantwortliche Einsatzleitung wurde den Beamten des Ordnungsamtes übertragen. Doch offenbar weigerten sich die Mitarbeiter des Ordnungsamtes, die zuletzt gegenüber indigenen Deutschen, die gegen die Corona-Maßnahmen verstoßen, immer äußerst konsequent auftreten, einzuschreiten.
Mit gewundenen Worten ist das Verhalten des Ordnungsamtes von der Spitze der Stadtverwaltung am nächsten Tag beschrieben worden:

„Aufgrund der Tatsache, dass bereits eine Vielzahl der Personen an der Wohnanschrift gemeldet sind, sowie einer unübersichtlichen Lage, wurde unter Berücksichtigung der rechtlichen Situation seitens des Kommunalen Ordnungsdienstes [KOD] darauf verzichtet, weitere Unterstützung der Polizei anzufordern."

Windelweiche Erklärung der Stadtverwaltung

Der KOD habe sich dagegen entschieden, „sich in Zusammenarbeit mit der Polizei Zutritt zum Grundstück zu verschaffen". Auf diese Weise sind offenbar auch keinerlei Bußgelder verhängt worden.

Die Versammlung sei vielmehr „von außen aufgelöst worden". Was immer das auch heißen mag. Wie viele Roma dieser Anordnung „von außen" Folge geleistet haben, wurde wohlweislich nicht mitgeteilt.

In der Stadt Leverkusen gibt es bereits sehr lange schwere Kontroversen mit Sinti und Roma.

Der kriminelle Goman-Clan

Die Goman-Familie hat nach dem 2. Weltkrieg rund 20 Jahre vor allem in Wohnwagen auf Lagerplätzen gelebt. In den 80er-Jahren sind der Familie von der Stadt Leverkusen Wohnungen zur Verfügung gestellt worden. Auf Staatskosten.

Kriminelle Zweige der Goman-Großfamilie werden seit langem für zahlreiche organisierte schwere Straftaten verantwortlich gemacht. Der Clan soll unter anderem viele Einbrüche, Diebstähle und Geldwäsche durch Immobilienkäufe organisiert haben.

Die mafiaartig organisierte Großfamilie, die im Kern aus Polen stammt, arbeitet offenkundig auch mit dem „Enkeltrick", durch den in Deutschland bereits tausende – vor allem ältere Menschen – in den Ruin getrieben worden sind.

Mehrjährige Haftstrafe für „Don Mikel"

Im November 2018 beispielsweise verurteilte das Landgericht Köln drei Angehörige „des berüchtigten Goman-Clans zu mehreren Jahren Haftstrafe wegen Trickbetrügerei" („Epoch Times"). Verurteilt wurde auch Michael Goman, den Freund und Feind gern "Don Mikel" nennen.

„Epoch Times" berichtete, dass "Don Mikel" sowie seine Clan-Brüder seit Jahren „von Hartz IV auf Kosten des deutschen Steuerzahlers" gelebt haben, „während sie Rentner um ihr Erspartes bringen und auch nicht vor Gewalt zurückschrecken". Vom Sozialstaat leben auch heute die meisten Familienangehörigen.

https://www.n-tv.de/panorama/Syrer-wollte-Unglaeubige-ermorden-article22484276.html

Zwei Männer niedergestochen: Syrer wollte "Ungläubige" ermorden - n-tv.de (n-tv.de)

MONTAG, 12. APRIL 2021

Zwei Männer niedergestochen

Syrer wollte "Ungläubige" ermorden

In Dresden steht ein junger Mann aus Syrien vor Gericht, der einen Mann in Dresden erstochen und einen weiteren schwer verletzt hat - er hielt sie für Homosexuelle. Im Prozess, der nun begonnen hat, will er schweigen. Doch gegenüber einem Gutachter hat er sich bereits auf irritierende Weise geäußert.

Er wollte als Anhänger des Islamischen Staates in Deutschland Ungläubige töten und dann ins Kalifat auswandern: Ein 21 Jahre alter Syrer muss sich seit diesem Montag am Oberlandesgericht (OLG) Dresden für Mord, versuchten Mord und schwere Körperverletzung verantworten. Seine Opfer waren zwei Männer aus Nordrhein-Westfalen. Ein 55-Jähriger aus Krefeld starb, ein 53-Jähriger aus Köln überlebte schwer verletzt. Der Angeklagte habe die Männer für ein homosexuelles Paar gehalten und sie für die aus seiner Sicht "schwere Sünde" mit dem Tode bestrafen wollen, sagte ein Vertreter der Bundesanwaltschaft zum Auftakt vor dem Staatsschutzsenat. Der Angeklagte kam 2015 als Flüchtling nach Deutschland. 2018 war er vom OLG Dresden wegen Werbung für das Terrornetzwerk Islamischer Staat (IS) zu einer Jugendstrafe verurteilt worden, die nach Angriffen auf Beamte im Gefängnis erhöht wurde. Ende September 2020 wurde er aus der Haft entlassen, am 4. Oktober griff er die beiden Touristen an. Knapp drei Wochen später wurde der 21-Jährige gefasst. Der Beschuldigte selbst will sich im Prozess nicht zu dem Verbrechen äußern und sich "schweigend verteidigen", wie es sein Anwalt ausdrückte. Dennoch wurden schon zu Beginn zahlreiche Details der Tat und ihrer Umstände bekannt. Denn der Arzt und forensische Psychiater Nobert Leygraf aus Münster hatte sich im März stundenlang mit dem Angeklagten in der Justizvollzugsanstalt Dresden unterhalten. Dabei zeigte sich der Syrer auskunftsbereit. **Demnach trug er sich schon in der Haft mit dem Gedanken, "Ungläubige" zu töten. Er bezog sich dabei auf eine Sure aus dem Koran, wonach man auf dem Wege Gottes jene bekämpfen soll, die einen selbst bekämpfen. Am 4. Oktober 2020 betete der Syrer den Angaben zufolge erst in der Moschee. Dann hörte er sich eine Predigt und religiöse Lieder an, um sich so für die Tat zu rüsten. Am Abend fuhr er mit der Bahn in**

Die beiden Touristen wurden nach Darstellung der Bundesanwaltschaft als "Repräsentanten einer vom ihm als 'ungläubig' abgelehnten freiheitlichen und offenen Gesellschaftsordnung" Zufallsopfer. Dem Gutachter hatte er berichtet, die beiden Männer hätten sich an den Händen gehalten. Homosexuelle dürfe man als Feinde Gottes bekämpfen und töten. Denn schließlich habe Gott Frau und Mann geschaffen, um Kinder zu zeugen - so das Weltbild des Angeklagten. Der Angriff erfolgte von hinten. Kurz davor sollen dem 21-Jährigen nach eigenem Bekunden noch einmal Zweifel gekommen sein. Doch durch einen Schwur gegenüber Gott habe er sich verpflichtet gefühlt, die Tat auszuführen. Der Syrer stach fast gleichzeitig auf beide Männer ein, die zu Boden gingen und um Hilfe riefen. Der Täter flüchtete und versteckte sich in einem Haus, erst am Morgen kehrte er in seine Unterkunft zurück. Nach den Worten von Leygraf hatte sich der Beschuldigte bei seinem Gespräch mit ihm nachdenklich und auf eine "irritierende Weise selbstkritisch" zu der Tat geäußert. Denn er machte sich Vorwürfe, nicht stark genug gewesen zu sein. Er habe zwar zugestochen, aber "nicht mit dem Herzen." Auch dass eines der beiden Messer abbrach, wertete als Beleg für mangelnde Stärke. Etwas Falsches habe er in der Tat nicht erkennen können, sagte er dem Gutachter. Einen Fehler sah er lediglich darin, sich vorher nicht mit Vertretern des Kalifats verständigt und dem IS einen Treueschwur geleistet zu haben.

Quelle: ntv.de, vpe/dpa

https://kopp-report.de/die-nigerianische-mafia-infiltriert-deutschland/

Stefan Schubert

Die nigerianische Mafia infiltriert Deutschland

Wie aus einem vertraulichen Bericht des Bundesnachrichtendienstes (BND) bekannt wurde, hat sich durch den Flüchtlingsstrom die nigerianische Mafia in Deutschland festgesetzt und etabliert. Mittlerweile agieren mehrere unterschiedliche und miteinander in Konflikt stehende Mafia-Gruppen in Deutschland. Die bekannteste dieser Banden ist die »Black Axe«, die »Schwarze Axt«, die von internationalen Sicherheitsexperten als eine der brutalsten Mafias weltweit bezeichnet wird.

Dem Spartenkanal ZDFinfo ist eine beeindruckende Reportage gelungen, die der Hauptkanal diese Woche sendete. Während man gefühlt für jede Wortmeldung eines Herrn Laschet, Herrn Söder oder einer Frau Merkel im ZDF umgehend eine Sondersendung baut, wurde diese Dokumentation über schwerkriminelle Afrikaner gegen Mitternacht gesendet. Ein weiterer Kommentar zum ZDF erübrigt sich an dieser Stelle. Nichtsdestotrotz handelt es sich um eine sehr gelungene Reportage.

Besonders in den Bereichen Drogenhandel, Internetbetrug, Menschenhandel und Zwangsprostitution sind die nigerianischen Verbrecher aktiv. Betroffene Frauen schildern, wie sie mit Schlägen, Gewalt und Folter zur Prostitution gezwungen wurden. Andere Schicksale erzählen von brutalen Gruppenvergewaltigungen, die so lange anhalten, bis der letzte Widerstandswille bei den Frauen erloschen ist. Ein ehemaliges Mitglied der Mafia berichtet von einer Frau, die sich weigerte, weiter als Prostituierte zu arbeiten und entsprechend ankündigte, kein Geld mehr an die Gruppe zu zahlen. Die Reaktionen der Mafia-Männer: Sie brachten die Frau um, zerhackten den Körper und verscharrten die Körperteile im Sand.

Die brutale Tat führte zum Ausstieg eines Mafia-Mitglieds, das zur Polizei ging, die Geschichte erzählte und die Namen der Täter nannte. Aufschlussreich ist, wo sich die brutalen Männer nun befinden. Diese wären wegen der polizeilichen Verfolgung in Nigeria nach Deutschland geflüchtet. Diese schockierende Aussage des Mannes belegen zudem die Ausführungen des Autors im *Spiegel*-Bestseller *Die Destabilisierung Deutschlands*, wo mehrfach eindringlich gewarnt wird, dass nicht nur Terroristen, sondern auch Mörder, Vergewaltiger und Berufsverbrecher den Flüchtlingsstrom gezielt nutzen, um nach Deutschland einzuwandern. In der Sekunde des Grenzübertritts werden so Mörder und Flüchtlinge ohne jegliche Überprüfung zum Flüchtling erklärt und erhalten obendrein eine All-Inklusive-Versorgung.

Diese Migrationspolitik seit 2015 kann man nur als suizidal bezeichnen.

Italien bereits im Würgegriff der »Schwarzen Axt«

Ein Blick nach Italien hätte ausgereicht, um auf die drohende Gefahr vorbereitet zu sein und entsprechende Abwehrmechanismen vorzubereiten. Denn die nigerianische Mafia ist dort bereits seit der Flüchtlingswelle in den 1980er-Jahren aktiv. Dort terrorisiert sie ganze Landstriche und Städte, dass selbst die großen italienischen Mafia-Gruppen gezwungen sind, mit den Nigerianern zu kooperieren. Italien, von woher die afrikanischen Kriminellen ihre europäische Expansion betreiben, gilt aktuell als die Machtbastion der »Schwarzen Axt« und weiterer nigerianischer Gruppen. Deutschland ist bereits seit Jahren im Visier der Banden.

Doch nun haben deren Treiben und die wachsenden Zahlen von Gerichtsverfahren in Deutschland solche Ausmaße erreicht, dass ein Verschweigen dieser Gefahr für Politik und Medien kaum noch möglich ist. Wahrscheinlich ist dies auch der Hauptantrieb für die Erstellung der ZDF-Dokumentation gewesen, um sich bei Kritik und Vorwürfen in der Zukunft die Hände in Unschuld waschen und dann auf jene Doku verweisen zu können. Dass diese lediglich gegen Mitternacht unter der Woche auf dem Hauptkanal lief, dürfte dann kaum noch im Bewusstsein sein.

Der Weg nach Europa führt direkt in die Zwangsprostitution

Eine weitere Prostituierte berichtet, wie sie von Schleppern mit falschen Versprechen nach Europa gelockt wurde. Statt einem Job als Kindermädchen oder als Küchenhilfe warten auf die Frauen in Deutschland eine massive Geldforderung der Schlepper von bis zu 60 000 Euro, die es gilt sofort zurückzuzahlen. Sollte die immense Schuldenlast als Druck zur Prostitution nicht ausreichen, kommt es wie oben beschrieben zur Gewaltanwendung. Auch aus Deutschlands Bordellen schildern Zwangsprostituierte Zustände, die an Sklaverei aus dem vergangenen Jahrhundert erinnern.

Mittlerweile ist ein europaweites Netzwerk dieser Banden entstanden, die untereinander in Kontakt stehen und arbeitsteilig vorgehen. Sollte eine Prostituierte fliehen und in einem anderen europäischen Land Unterschlupf suchen, wird deren Bild mit einem Fahndungsaufruf versehen und europaweit per Handy an die kriminellen Mitglieder der Mafia gesendet.
Besonders bedrückend sind die Szenen mit einem ehemaligen Mafia-Mitglied, das nicht nur über den brutalen Mord an einer Prostituierten berichtet, sondern geradezu beiläufig von weiteren Mordtaten erzählt, bei denen die Körper anschließend allesamt zerstückelt und im Sand verscharrt wurden. Sicherheitsexperten gehen von circa fünfzig unterschiedlichen nigerianischen Mafia-Banden aus. Allein mit dem Menschenhandel würden diese 500 Millionen Euro umsetzen – pro Jahr.
In dem geheimen Bericht warnt der BND eindringlich vor diesen Banden und weist ausdrücklich auf die massive Zunahme von Asylbewerbern aus Nigeria hin, was unmittelbar zu einer Stärkung der kriminellen Gruppen führt. Ein Blick in die Asylstatistik der Bundesregierung auf der Seite Bundeszentrale für politische Bildung verdeutlicht die Dimensionen der nigerianischen Einwanderung nach Deutschland.
Über 43 000 Nigerianer haben seit 2016 einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Die Bundesregierung bleibt trotz dieser alarmierenden Hintergründe untätig. Weder wird eine Einwanderung von kriminellen Männern aus Nigeria unterbunden, noch werden diese einer gründlichen Überprüfung unterzogen. Auch ein automatischer Abgleich mit Daten nigerianischer Behörden bleibt aus, so die Informationen des Autors. Wie aktiv und wie brutal diese Banden bereits in Deutschland agieren, belegt eine Häufung von Gerichtsverfahren gegen diese Tätergruppen. Besonders im Ruhrgebiet haben sich die Banden bereits massiv ausgebreitet und organisierte Strukturen geschaffen. Die Gruppen sind streng militärisch organsiert mit einem Führer für jede klar definierte Zone und einem »Vorstand«. Diese sind für einzelne Arbeitsbereiche wie Sicherheit, Logistik, Waffen etc. zuständig.
Während gefühlt jede regierungskritische Seite auf Facebook und YouTube von mehreren Sicherheitsbehörden überwacht und dann zensiert wird, konnten die nigerianischen Banden geradezu ungehindert ihre Strukturen aufbauen. Die nigerianische Mafia droht Deutschlands angeschlagene Sicherheitslage weiter massiv zu verschärfen.
» Zum Telegram-Kanal von Autor Stefan Schubert: *Schuberts Lagemeldung*.
Bestellinformationen:
» Stefan Schubert: *Die Destabilisierung Deutschlands*, 336 S., 9,99 Euro – **hier** bestellen!
» Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!
✘ Jetzt wieder vorrätig: *Ausgeklügelte wie hilfreiche Produkte zur Krisenvorsorge* ✘
Montag, 26.04.2021

http://www.pi-news.net/2021/04/frankreich-anti-rassistischer-krieg-gegen-die-polizei/

Frankreich: Anti-rassistischer Krieg gegen die Polizei

29. April 2021

Von TORSTEN GROß | In Frankreich herrschen nach der Ermordung einer Polizistin in der Stadt Rambouillet im Südwesten von Paris aktuell Wut und Entsetzen. Die 49-jährige Beamtin war vor ihrem Polizeirevier von einem 36 Jahre alten Mann mit einem Messer angegriffen und am Hals tödlich verletzt worden. Der Täter, ein illegal nach Frankreich eingewanderter Tunesier, der seine

Attacke mit »Allah Akbar«-Rufen begleitet haben soll, wurde noch am Ort des Geschehens von einem Kollegen des Opfers angeschossen und erlag wenig später seinen Verletzungen.
Die getötete Polizistin hinterlässt ihren Mann und zwei Töchter im Alter von 13 und 18 Jahren. Da der Mörder als Islamist eingestuft wird, hat die Anti-Terror-Staatsanwaltschaft in Paris die Ermittlungen übernommen.
Staatspräsident Emmanuel Macron bekundete den Angehörigen sein Beileid und versprach – wieder einmal – im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus unerbittlich zu sein.
Innenminister Gérald Darmanin kündigte an, Frankreich werde sich für eine Reform der Freizügigkeitsregeln in der EU sowie »echte Kontrollen« an den europäischen Außengrenzen stark machen.
Auch deutsche Medien haben über den Vorfall berichtet, dabei aber stets betont, dass die Polizistin einem gewalttätigen Islamisten zum Opfer gefallen sei.
Doch diese Sicht des Vorfalls greift zu kurz.
Tatsächlich findet in Frankreich schon seit Jahren ein Kleinkrieg gegen die Polizei statt, der sich vor allem an sozialen Brennpunkten wie den Vorstädten der großen Metropolen, den berüchtigten Banlieues, abspielt, deren Bewohner überwiegend Migrationshintergrund haben. Die Banlieues gelten als Brutstätten von Kriminalität und Gewalt, und – seit dem Anschlag auf die Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo* – auch des Terrorismus.
Eine besondere Problemgruppe stellen dabei nordafrikanische Einwanderer der zweiten Generation dar, die überproportional häufig an Ausschreitungen und Angriffen auf Polizisten beteiligt sind. Das zumindest legen Presseberichte und Aussagen von Polizeibeamten nahe, die allerdings oftmals hinter vorgehaltener Hand getan werden. Denn in Frankreich ist es gesetzlich verboten, die ethnische Herkunft von Straftätern zu erheben. Anders als in Deutschland gibt es dort deshalb keine amtlichen Daten, mit denen der Nachweis geführt werden könnte, dass etwa Migranten aus dem Maghreb gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil eine überproportional hohe Kriminalitätsbelastung aufweisen und auch einen Großteil der Insassen französischer Haftanstalten stellen. Anstatt Roß und Reiter zu nennen und daraus die notwendigen politischen Konsequenzen abzuleiten, wird das Problem unter den Teppich gekehrt, um das multikulturelle Dogma nicht in Frage stellen zu müssen. Entsprechende Bestrebungen gibt es immer mal wieder von linkspolitischer Seite auch in Deutschland, wie aktuell der neue Pressekodex für die Polizei in Baden-Württemberg zeigt, der vorschreibt, dass die Nationalität von Tatverdächtigen nur noch in Ausnahmefällen genannt werden darf.
Zurück nach Frankreich. Dort wurden allein für Januar dieses Jahres 2288 zum Teil brutale Attacken auf Polizeibeamte registriert. In 2020 waren es insgesamt 27.659, mehr als doppelt so viele wie vor 20 Jahren. Für den Zeitraum Mitte März und Anfang Mai 2002 weisen Statistiken des französischen Innenministeriums 79 Vorfälle aus, bei denen Polizisten von Banden gezielt in Hinterhalte gelockt wurden, um sie zu attackieren. Zwischen Januar und Oktober 2020 gab es darüber hinaus mindestens zehn Angriffe auf Polizeireviere sowie täglich mehr als 85 Fälle von »Gewalt gegen Personen in öffentlichen Ämtern«.
Trotz der verschärften Corona-Beschränkungen geht der Kleinkrieg von Jugendgruppen gegen die Polizei auch in der Pandemie weiter. Am 25. Januar wurde in Pantin, einem Vorort von Paris, eine Polizeistreife von mehreren Personen mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen, nachdem

sie zuvor wegen eines angeblichen Notfalls alarmiert worden war. Ähnliche Zwischenfälle wurden im Februar aus Carcassonne in Südfrankreich und Poissy im DépartementYvelines gemeldet. Kampfparolen wie »Tötet sie, tötet sie alle«, die bei solchen Aktionen über die sozialen Netzwerke verbreitet werden, zeigen das hohe Aggressionspotential der Angreifer. Vor wenigen Tagen wurden **Feuerwehrleute, die eine brennende Schule in Lille löschen wollten, mit Feuerwerkskörpern beworfen, um sie an der Arbeit zu hindern. In Tourcoing, einer nordfranzösischen Stadt an der Grenze zu Belgien, kam es mehrere Nächte hintereinander zu Straßenschlachten zwischen Jugendlichen und der Polizei. Berichte über Ausschreitungen und Brandstiftungen gab es auch aus Plaisir, einer Kleinstadt 13 Kilometer westlich von Versailles, sowie aus Aubenas im DépartementArdèche im Süden Frankreichs. Die Gewaltexzesse von Jugendbanden sind also nicht auf den Großraum Paris beschränkt, sondern erstrecken sich über das ganze Land.**

Ein besonders folgenschwerer Vorfall ereignete sich bereits im Jahr 2016. Damals hatten insgesamt sechzehn Jugendliche an einer Straßenkreuzung der Vorstadt La Grande Borne im Süden von Paris Brandsätze in Polizeifahrzeuge geworfen und die Beamten am Aussteigen gehindert. Vier Polizisten, zwei davon Frauen, erlitten schwere Brandverletzungen. Vor einigen Tagen sprach ein Berufungsgericht in Paris acht der Angeklagten frei, bei weiteren fünf wurde das vorinstanzlich verhängte Strafmaß gesenkt. Die Entscheidung des Gerichts löste breite Empörung aus. Der Verteidiger einer der betroffenen Polizistinnen, die noch immer unter den Folgen des Angriffs zu leiden hat, kritisierte ein allgemeines Klima der Straflosigkeit in der französischen Justiz – eine Feststellung, die mitunter immer häufiger leider auch für Deutschland zutrifft!

Unter dem Eindruck des jüngsten Polizistinnen-Mordes in Rambouillet und den Reaktionen der Politik hat der Sprecher der französischen Polizeigewerkschaft Alliance, Grégory Goupil, deutliche Worte gefunden:

> ***»Wir wollen keine schönen Reden, sondern endlich wirksame Maßnahmen. Wir spüren den Hass auf uns Polizisten jeden Tag. Wir brauchen mehr Mittel, um unsere Sicherheit zu verbessern.«***

Valérie Pécresse, Politikerin der bürgerlichen Republikaner und Präsidentin des Regionalrats der Île de France (Großraum Paris), mahnt:

> ***»Die Verbindung zwischen Terrorismus und Einwanderung darf nicht länger geleugnet werden.«***

Ob diese Appelle Gehör finden werden, ist allerdings zweifelhaft. Denn die französische Polizei sieht sich nicht nur mit aggressiven migrantischen Jugendbanden, sondern auch mit fortgesetzten Rassismusvorwürfen des linken Establishments konfrontiert, die ihre Arbeit untergraben. Journalisten, Promis aus der Kulturszene und alle möglichen »Experten« schlagen sich in der veröffentlichten Meinung auf die Seite der Kriminellen. Sie drehen den Spieß um und unterstellen den Sicherheitsbehörden, einen regelrechten »Krieg« gegen in Frankreich lebende Araber und Schwarzafrikaner zu führen.

Begleitet wird dieser Vorwurf durch gezielte Kampagnen, wie sie beispielsweise von der aus Afrika stammenden Links-Aktivistin AssaTraoré gefahren werden, deren Bruder Adama 2016 von der Gendamerie verhaftet worden war und in Polizeigewahrsam verstarb. Obwohl vier amtliche Untersuchungsberichte eine natürliche

Todesursache konstatieren, hält Traoré an der Behauptung fest, dass ihr Bruder von Polizeibeamten getötet worden sei.
Die umtriebige Traoré, die Vorsitzende des von ihr gegründeten »Komitees Gerechtigkeit und Wahrheit für Adama« ist, hat über die Grenzen Frankreichs hinaus Bekanntheit erlangt und wurde 2020 vom US-amerikanischen Nachrichtenmagazin *Time* zur »Beschützerin des Jahres« gekürt.
Ein weiteres prominentes Beispiel ist die Sängerin und Schauspielerin Camélia Jordana, Tochter von Einwanderern aus Algerien. Sie bezichtigte die französische Polizei in einem Fernsehinterview, jeden Tag nur zum Spaß schwarze und arabische Menschen umzubringen. »Die Männer und Frauen, die jeden Morgen in den Vororten zur Arbeit gehe«, so Jordana, würden »aus keinem anderen Grund als wegen ihrer Hautfarbe massakriert.«
Das linke Narrativ, Menschen mit Migrationshintergrund würden nur deshalb in den Fokus der Sicherheitsorgane geraten, weil sie eine andere Hautfarbe hätten – und nicht, weil sie eine überproportional hohe Kriminalitätsbeteiligung aufweisen –, ist nicht nur in Frankreich, sondern bekanntlich auch in Deutschland und den USA verbreitet, wie zuletzt die Kontroverse um den Tod des Afroamerikaners George Floyd gezeigt hat. Selbst der französische Präsident Emmanuel Macron entblödet sich nicht, diesen Vorwurf öffentlich zu vertreten. »Heute ist das Risiko, von der Polizei angehalten zu werden, sehr groß, wenn die Farbe ihrer Haut nicht weiß ist«, sagte Macron dem *Brut Magazin* im Dezember 2020. Verklausuliert unterstellt Frankreichs Staatsoberhaupt damit der eigenen Polizei rassistische Verhaltensmuster!
Bereits 2017 leitete der Défenseur des droits (Verteidiger der Rechte), eine unabhängige französische Verwaltungsbehörde, eine Untersuchung ein, um Beschwerden nachzugehen, wonach die Polizei rassistische, an der Hautfarbe orientierte Identitätsprüfungen vornehme. Im Februar dieses Jahres forderte Behördenleiterin Claire Hédon, Personenkontrollen in »bestimmten Stadtteilen zu verbieten« und »Zonen ohne Identitätsprüfungen« zu schaffen. Die Umsetzung dieser Forderung würde die rechtsfreien Räume, die bereits heute in vielen von Migranten dominierten Wohnvierteln existieren, weiter verfestigen. Ende Januar reichten die Anwälte von sechs Nichtregierungsorganisationen eine Klage gegen den französischen Staat ein, die sich gegen »Gesichtskontrollen« durch die Polizei richtet, also verdachtsunabhängige Überprüfungen von Personen mit nicht-weißer Hautfarbe.
Die von Aktivisten, Teilen der Presse und linken Parteien getragene Anti-Rassismuskampagne verfolgt nicht nur in Frankreich den Zweck, die Polizei einzuschüchtern, um sie davon abzuhalten, Tatverdächtige bestimmter ethnischer Gruppen in den Blick zu nehmen, die in einigen Deliktsbereichen wie z.B. dem Drogenhandel stark überrepräsentiert sind. In Frankreich sehen die Beamten mittlerweile selbst bei physischen Angriffen durch Kriminelle aus dem migrantischen Milieu immer häufiger davon ab, ihr Recht auf Selbstverteidigung durch den Einsatz ihrer Dienstwaffe wahrzunehmen.
Dahinter steht die Furcht, von der veröffentlichten Meinung als »rassistisch« stigmatisiert zu werden.
Die Delegitimierung der Polizei mit Hilfe des Rassismus-Narratives als Ausfluss der Multikulti-Ideologie gefährdet die Innere Sicherheit und damit den Schutz aller Bürger vor Kriminalität. Diese Tendenz zeigt sich nicht nur in Frankreich, wo das Scheitern der »diversen Einwanderungsgesellschaft« trotz großzügiger Einbürgerungen per Geburt besonders deutlich sichtbar ist, sondern zunehmend auch in Deutschland. Sie dürfte sich erheblich verstärken, sollten nach der Wahl

im Herbst die Grünen an der Bundesregierung beteiligt sein oder sogar die Kanzlerin stellen. Denn die Partei hat sich den »Anti-Rassismus« auf die Fahnen geschrieben und widmet dem Thema mehrere Kapitel in ihrem Wahlprogramm. Unter anderem will man der »Gefahr von RacialProfiling« durch verpflichtende Fortbildungsmaßnahmen für Polizisten begegnen und »wissenschaftliche Studien zu Rechtsextremismus und Rassismus in den Sicherheitsorganen« in Auftrag geben. Diese Aussagen der Grünen machen deutlich, wohin die Reise auch in Deutschland gehen soll. Gleichzeitig fordert die Partei eine weite Öffnung der deutschen Grenzen für den Zuzug von »Geflüchteten« und Arbeitsmigranten selbst mit geringer Qualifikation.
Für die Sicherheit der Bevölkerung in Deutschland verheißen diese Pläne nichts Gutes!
Bestellinformationen:
» Stefan Schubert: *Der Bürgerkrieg kommt!*, 352 Seiten, 22,99 Euro
– **hier** vorbestellen!
» Gerhard Spannbauer: *Perfekte Krisenvorsorge*, 264 Seiten, 9,99 Euro
– **hier** bestellen!
X *Jetzt informieren: Ausgeklügelte wie hilfreiche Produkte zur Krisenvorsorge* **X**

(Dieser Beitrag ist zuerst bei KOPP Report erschienen).

http://www.pi-news.net/2021/04/migranten-jagen-eu-abgeordneten-durch-bruessel/

Migranten jagen EU-Abgeordneten durch Brüssel

30. April 2021

Von MANFRED ROUHS | Die Szene ist für bestimmte Brüsseler Stadtteile eigentlich nichts Besonderes: Eine Gruppe junger Männer aus dem Maghreb entdeckt einen gut gekleideten Mit-30er, der sich allein in ihrem Kiez auf die Straße traut. Sein Smartphone gefällt ihnen, also versuchen sie, es ihm abzunehmen. Bei dieser Gelegenheit treiben sie ihr Opfer eine Zeitlang vor sich her.
In diesem Fall aber haben sie einen Europa-Abgeordneten erwischt: Mathias Vanden Borre, Jahrgang 1987, geboren in Schottland, sitzt für die liberal-konservative „Neue Flämische Allianz" im Brüsseler Parlament. Er filmt die Treibjagd auf ihn und ruft die Polizei, die kurze Zeit später auch eintrifft und die Maghrebiner zwar nicht festnimmt, sie aber in die Flucht schlägt.
Vanden Borre, der mehrere Schläge abbekommen hat, wird von seinem Hausarzt für drei Tage krankgeschrieben. Er stellt seine Videoaufnahmen online und schildert in den sozialen Netzwerken, was ihm widerfahren ist:
„Sie haben mich getreten und mir dann ins Gesicht geschlagen. Dann bin ich weggelaufen. Sie verfolgten mich noch eine Weile. Einer von ihnen versuchte, mir den Weg zu versperren und mein Telefon zu schnappen, aber es hat nicht geklappt. Ich konnte die Polizei am Ende der Straße anrufen, und die war ziemlich schnell zur Stelle."
Die „Neue Flämsiche Allianz" hat sich bislang mit Kritik an der belgischen Zuwanderungspolitik eher zurückgehalten. Vanden Borre aber scheint zumindest nachdenklich geworden zu sein und schreibt auf Twitter:

„Ich bin sehr geschockt. Ich wohne hier in der Gegend und habe so etwas nicht erwartet. Schon gar nicht am helllichten Tag. Hoffentlich erwischen sie die Typen bald. Leider ist dies eine tägliche Realität in Brüssel. Ich sehe es als meine Aufgabe an, das anzuprangern.“

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.
https://www.youtube.com/watch?v=YnJ7XfphEC0&t=5s

https://www.spiegel.de/politik/deutschland/islamischer-staat-haftbefehl-gegen-mutmasslichen-geldbeschaffer-erlassen-a-ef31d937-11e5-4dd3-9b42-f1264cf080f8

Bundesanwaltschaft erlässt Haftbefehl gegen mutmaßlichen IS-Geldeintreiber

Er soll Geld für den IS in Deutschland beschafft haben und ein zentrales Bindeglied zur Terrormiliz in Syrien gewesen sein. Der Generalbundesanwalt ermittelt – und hat den Haftbefehl nun erneuert.

30.04.2021, 11.17 Uhr

Die Bundesanwaltschaft geht erneut gegen Anhänger des »Islamischen Staats« in Deutschland vor. Wie die Bundesanwaltschaft mitteilte, wurde nun gegen einen mutmaßlichen Geldbeschaffer für die Terrorvereinigung ein neuer Haftbefehl erlassen. Dem Iraker wird demnach neben der IS-Mitgliedschaft die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat vorgeworfen.

Der Mann soll eine zentrale Rolle bei der Geldbeschaffung für den IS in Deutschland gespielt und Spendensammlungen organisiert haben. Auch soll er Finanzmittler zwischen IS-Unterstützern in Deutschland sowie IS-Mitgliedern in Syrien gewesen sein.

Der Beschuldigte kam Anfang 2016 vom Irak nach Deutschland. Von Juni bis September 2020 soll er mehrfach Geldbeträge mit einem Gesamtvolumen von mindestens 12.000 US-Dollar nach Syrien und in den Libanon transferiert haben, um »Glaubensschwestern« in syrischen Flüchtlingslagern zu versorgen oder für ihre Rückkehr zum IS Schlepper zu bezahlen.

Angeklagter wollte wohl auch für den IS kämpfen

Außerdem sollte laut der Anklagebehörde mit dem Geld ein IS-Kämpfer aus dem Gefängnis befreit werden. Anfang des Jahres wurde der Beschuldigte an der deutsch-schweizerischen Grenze festgenommen. Er war laut Bundesanwaltschaft auf dem Weg nach Syrien oder Afrika, um für die Terrormiliz zu kämpfen.

Der Iraker ist seit seiner vorläufigen Festnahme am 2. Januar in Untersuchungshaft – aufgrund eines Haftbefehls des Amtsgerichts Karlsruhe. Die zwischenzeitlich von der Generalstaatsanwaltschaft München geführten Ermittlungen hat die Bundesanwaltschaft am 29. März übernommen.

fek/dpa

http://www.pi-news.net/2021/04/so-schleusen-tuerkische-behoerden-illegale-nach-deutschland/

So schleusen türkische Behörden Illegale nach Deutschland

29. April 2021

Von MANFRED ROUHS | Ein „grauer Pass" gibt türkischen Behörden die Möglichkeit, auf dem kleinen Dienstweg und ohne die bürokratische Hürde der Beantragung eines Visums einzelnen türkischen Staatsbürgern die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen. Beim „grauen Pass" handelt es sich um einen behördlichen Dienstausweis, der bescheinigt, dass der Inhaber im Auftrag der ausstellenden Gemeinde in Deutschland bestimmte Aufgaben erfüllt. Der deutsche Zoll erkennt solche Dokumente seit Jahren an.

Jetzt aber reift die Erkenntnis, dass damit offenbar – wer hätte das gedacht? – ein umfassender Missbrauch betrieben worden ist. Insbesondere ostanatolische Gemeinden sehen sich dem Verdacht ausgesetzt, die begehrten Dokumente schlicht an jeden zu verkaufen, der dafür Geld auf den Tisch legt. Ein „grauer Pass" soll 6000 bis 8000 Euro einbringen. In einem Fall habe eine Reisegruppe als Gegenleistung für 20 „graue Pässe" einen gebrauchten LKW auf den Hof der Behörde gestellt, berichtet die „Welt".

Türkische Unternehmen in Deutschland schreiben den Angaben zufolge gelegentlich Einladungen zu phantasievoll erfundenen Veranstaltungen in Deutschland an ihre Landsleute, für deren Teilnahme sodann türkische Kommunen die erforderlichen Dienstausweise ausstellen. Die Treffen finden nie statt. Selbst in Coronazeiten fiel offenbar vielen braven deutschen Behördenmenschen nicht auf, dass es sich dabei um Phantasieereignisse gehandelt hat. In anderen Fällen sind Einladungen deutscher Firmen dem Vernehmen nach offenbar schlicht gefälscht worden.

Manche orientalischen Beamten treiben also offenbar im lukrativen Umfang Schindluder mit Briefen und Siegeln, die von deutschen Behörden für voll genommen werden und Türken den Weg nach Deutschland ebnen, die ansonsten nur als Touristen für ein paar Wochen hätten einreisen dürfen. Damit hat ja nun wirklich niemand rechnen können, oder?

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

http://www.pi-news.net/2021/05/frankreich-nach-terror-attacken-waechst-wut-der-sicherheitskraefte/

Frankreich: Nach Terror-Attacken wächst Wut der Sicherheitskräfte

2. Mai 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Freitag, den 23. April wurde eine Polizistin völlig unvermittelt im Polizeirevier der Stadt Rambouillet im Südwesten von Paris erstochen. Von einem tunesischen Moslem, der „Allahu akbar" rief, während er der 49 Jahre alten Mutter von zwei Kindern sein Messer mehrfach in die Kehle stieß. Bevor der Tunesier weiter ins Revier stürmen konnte, griff ein Polizei-Kollege zu seiner Dienstwaffe und erschoss ihn.

„Allahu Akbar" wird in der Berichterstattung vieler Mainstream-Medien über diesen Terror-Anschlag immer noch meist mit „Gott ist groß" übersetzt. Es muss aber heißen „Allah ist am Größten", so wie es auch offiziell im Muezzinruf übersetzt wird.

Damit ist die absolute Vorrangstellung Allahs über allem anderen ausgedrückt. Aus der Sicht des Politischen Islams ist Allah ohnehin der einzige Gott. Dadurch wird allen anderen Religionen das Existenzrecht abgesprochen. Folgerichtig bezeichnet der Koran auch alle Nicht-Moslems als „Ungläubige" .

Die Polizistin Stéphanie kannte ihren Mörder nicht. Sie kam nach ihrer Pause ahnungslos in den Eingangsbereiches des Polizeireviers zurück und wurde dort von dem 36-jährigen Tunesier willkürlich als Opfer ausgewählt. Weil sie Polizistin ist und den demokratischen laizistischen Staat Frankreich repräsentiert. Ihre 13 und 18 Jahre alten Töchter stehen nun ohne ihre Mutter da. Und ihr Ehemann, ein Bäcker, ohne seine Ehefrau.

Die Staatsanwaltschaft präsentierte zwei Tage nach dem Anschlag Einzelheiten zum Tathergang, die auf eine Radikalisierung des Täters im Sinne des Politischen Islams schließen lassen. So sah der Tunesier vor der Tat ein dschihadistisches Video auf seinem Smart Phone. Während der Tat hörte er sich über Kopfhörer Aufrufe zum Dschihad an. Auf seinem Facebook-Profil reagierte der zutiefst gläubige Moslem auf die Ermordung des Lehrers Samuel Paty, indem er „Respekt für den Propheten Mohammed" forderte und zum Boykott französischer Waren aufrief. Zudem beschwerte er sich über die Islamfeindlichkeit der Franzosen.

Dieser tunesische Moslem war 2009 illegal nach Frankreich eingewandert und bekam 2019 einen befristeten Aufenthaltstitel, da er als Lieferfahrer arbeitete. Genauso wie er waren auch die Attentäter der Terrorwelle des vergangenen Herbstes relativ kurz zuvor nach Frankreich eingewandert. Diese Anschläge verliefen parallel zum Prozess gegen Unterstützer des Charlie-Hebdo-Attentats.

Im September 2020 attackierte ein pakistanischer Moslem zwei Journalisten vor der früheren Charlie-Hebdo-Redaktion mit einem Beil, weil er sich über die Karikaturen geärgert habe. Er war drei Jahre zuvor als „unbegleiteter Minderjähriger" aus Pakistan nach Frankreich gekommen.

Im Oktober wurde der Lehrer Samuel Paty von einem 18-jährigen tschetschenischen Moslem geköpft, weil er im Unterricht die Mohammed-Karikaturen im Rahmen der Meinungsfreiheit mit seinen Schülern diskutiert hatte. Die Familie des Tschetschenen hatte 2007 in Frankreich Asyl beantragt.

Zwei Wochen später ermordete ein tunesischer Moslem drei Menschen in einer Kirche in Nizza. Er war erst wenige Tage vor seiner Tat illegal nach Frankreich eingereist.

Polizisten sind immer wieder Angriffsziel des Politischen Islams. Im Oktober 2019 erstach der radikalisierte Moslem Mickael Harpon, der als Verwaltungsangestellter im Polizeihauptquartier in Paris arbeitete, vier seiner Kollegen mit einem Messer.
Im April 2017 tötete der in Frankreich geborene algerischstämmige Moslem Karim Cheurfi auf dem Pariser Champs-Élysées einen Beamten und verletzte zwei weitere. Die Terrororganisation „Islamischer Staat" reklamierte die Tat für sich. Bereits 2003 hatte der Algerier versucht, drei Menschen zu töten, darunter zwei Polizisten, und dafür nur 5 Jahre Haft bekommen.
Im Juni 2016 erstach der pakistanischstämmige Moslem Larossi Abballa in Magnanville westlich von Paris einen Polizisten und dessen Lebensgefährtin, die im Innenministerium arbeitete. Abballa, der sich zuvor zum Islamischen Staat bekannte und wegen „Vorbereitung von Terroranschlägen" vorbestraft war, skandierte bei seinen Morden „Allahu Akbar".
Auch Soldaten sind das Ziel von Angriffen: Im Februar 2017 attackierte ein radikaler Moslem unter „Allahu Akbar"-Rufen mit einer Machete eine Militärpatrouille in der Nähe des Pariser Louvre-Museums und verletzte einen Soldaten schwer.
Im März 2017 griff ein Moslem eine Soldatin am Hauptstadtflughafen Orly an. Bevor er erschossen wurde, rief er, er wolle für „Allah" sterben. Er hatte auch einen Behälter mit Kraftstoff bei sich, den er offensichtlich für seinen Anschlag nutzen wollte.
Im August 2017 hatte ein in Mauretanien geborener Moslem am Eiffelturm gegenüber einer Patrouille von Soldaten sein Messer gezückt und Allahu Akbar" gerufen.
Ebenfalls im August fuhr im Pariser Vorort Levallois-Perret ein Moslem mit seinem Fahrzeug in eine Gruppe Soldaten und verletzte sechs, drei von ihnen schwer.
Laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung wachse unter Frankreichs Sicherheitskräften nun die Wut. Innenminister Gérald Darmanin, der aus einer algerischen moslemischen Familie stammt und den Politischen Islam bereits als den „Todfeind der Republik" bezeichnet hatte, nannte ihn nun als „die größte Gefahr" für das Land. Er müssten nun endlich echte Kontrollen an den EU-Außengrenzen erfolgen.
Die Vorsitzende der Hauptstadtregion, Valérie Pécresse, forderte:

> ***„Die Verbindung zwischen Terrorismus und Einwanderung darf nicht länger geleugnet werden."***

Der Sprecher der Polizeigewerkschaft Alliance, Grégory Goupil, drückte es unmissverständlich aus:

> ***„Wir wollen keine schönen Reden, sondern endlich wirksame Maßnahmen. Wir spüren den Hass auf uns Polizisten jeden Tag. Wir brauchen mehr Mittel, um unsere Sicherheit zu verbessern."***

Marine Le Pen, Vorsitzende der Partei Rassemblement National, forderte, die Einbürgerung von illegalen Einwanderern per Gesetz zu unterbinden. Solche Forderungen stoßen derzeit auf große Zustimmung, da die Sicherheitslage merklich angespannt ist.
An vielen sozialen Brennpunkten gebe es trotz der Corona-Ausgangsbeschränkungen Kleinkriege mit der Polizei, die es laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung selten in die Schlagzeilen schaffen würden. Kurz vor dem Terroranschlag auf die Polizistin seien Feuerwehrleute, die einen Brand in einer Schule in Lille löschen sollten,

mit Feuerwerkskörpern angegriffen und an der Arbeit gehindert worden. In Tourcoing im Norden des Landes lieferten sich Jugendbanden seit mehreren Nächten Straßenschlachten mit der Polizei. Auch aus Plaisir in der Nähe von Paris und aus Aubenas an den Ausläufern des Zentralmassivs gebe es Meldungen von gewalttätigen Ausschreitungen und Brandstiftungen.
Der Unmut in der Polizei sei durch ein mildes Gerichtsurteil jetzt noch gewachsen. 2016 waren Polizisten bei einem Brandanschlag in der berüchtigten Vorstadt La Grande Borne im Süden von Paris nur knapp dem Tod entgangen. Sechzehn Jugendliche hatten an einer Straßenkreuzung Brandsätze in die Polizeiautos geworfen und die Beamten am Aussteigen gehindert. Vier Polizisten, darunter zwei Frauen, erlitten schwere Brandverletzungen.
Vergangene Woche aber sprach das zuständige Berufungsgericht in Paris acht Angeklagte frei, bei fünf in erster Instanz verurteilten Tätern wurde das Strafmaß gesenkt. Bei der Urteilsverkündung haben die Verurteilten die Freigesprochenen und die Polizisten tätlich angegriffen, es kam zu einer Schlägerei im Gerichtssaal.
Der Anwalt Thibault de Montbrial, der eine durch Brandverletzungen gezeichnete Polizistin verteidigte, beklagte das allgemeine Klima der Straflosigkeit. Der Rechtsstaat würde mit diesem Urteil seinen Untergang unterschreiben.
Genau in dieses Bild passt auch das folgende unfassbare Urteil: Die französische Jüdin Sarah Halimi war am 4. April 2017 von einem Moslem aus Mali unter „Allahu Akbar"-Rufen aus ihrer Pariser Wohnung im dritten Stock in den Tod gestürzt worden. Bereits im Dezember 2019 entschied ein Gericht, dass der Täter aufgrund seines Marihuana-Konsums und daraus folgender Wahnvorstellungen schuldunfähig sei und ihm deswegen nicht der Prozess gemacht werden könne. Das oberste ordentliche Gericht lehnte eine Beschwerde dagegen nun am 14. April ab. Der Täter befindet sich derzeit in der Psychiatrie.
Frankreichs Präsident Emmanuel Macron kritisierte diese Entscheidung: Es sollte einen nicht von strafrechtlicher Verantwortung entlasten, dass man Drogen nimmt und dann durchdreht. Er forderte das Justizministerium auf, so schnell wie möglich eine entsprechende Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen.
Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums kommentierte deutlich:

> ***„Man bekämpft Antisemitismus durch Bildung, eine Null-Toleranz-Politik und mit schweren Strafen. Das ist aber nicht die Botschaft, die von der Entscheidung dieses Gerichts ausgeht. Halimi ist eindeutig aus antisemitischen Gründen ermordet worden. Der abscheuliche Mord schadet nicht nur dem Opfer und dessen Familie, sondern dem Sicherheitsgefühl der gesamten jüdischen Gemeinde."***

Unterdessen warnen 20 Ex-Generäle in einem Brandbrief vor einem „Bürgerkrieg" durch Linke und Islamisten. Die Gewalt steige von Tag zu Tag, es gebe keine Zeit mehr zu zögern, sonst würde ein Bürgerkrieg dem wachsenden Chaos ein Ende bereiten und die Zahl der Toten in die Tausende gehen.
Bezeichnenderweise steigt nun der Druck auf die Unterzeichner dieser Warnung. Es werden harte Konsequenzen und scharfe Sanktionen angedroht. Den zutiefst besorgten Militärs wird unter anderem unterstellt, sie hätten einen „Putsch" geplant.

Frankreich ist uns bei der Unterwanderung durch den Politischen Islam um einige Jahre voraus. Ein Blick dorthin sollte uns eine deutliche Warnung sein. Und ein dringender Appell, das Verbot des Politischen Islams intensiv anzugehen.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

http://www.pi-news.net/2021/05/hamburg-kinderbanden-machen-schlagzeilen-wer-sind-die-taeter/

Hamburg: „Kinderbanden“ machen Schlagzeilen – wer sind die Täter?

8. Mai 2021

Von MANFRED W. BLACK | Ganz besondere Überfälle – sogar auf Achtjährige – machen aktuell in Hamburg wieder Schlagzeilen. Die sehr jungen Täter haben es in der Regel auf Geld und Handys abgesehen. Nicht selten werden ihre Opfer brutal verprügelt. Medien nennen diese verbrecherischen Gruppen meist „Kinderbanden“ („Hamburger Abendblatt“). Hintergrundinformationen zu den Räubern fehlen in den meisten Medien völlig.

Praktisch alle dieser Bandenmitglieder kommen aus Familien mit Migrationshintergrund, viele von ihnen gehören zur großen Gruppe der „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“, die aus dem Orient, aus Afrika oder aus Osteuropa ins Land gekommen sind.

Bis zu 8000 Euro Kosten – pro Person und monatlich

„Unbegleitete jugendliche Flüchtlinge“ kosten den hiesigen Staat – je nach Bundesland – wegen der sozialpädagogischen Rundum-Betreuung in besonderen Wohnungen – pro Person zwischen 4000 und 8000 Euro. Monatlich. Allein von diesen ausländischen Jugendlichen gibt es bundesweit weit über 40.000. In Hamburg rund 5000.

Die meisten dieser Minderjährigen sind zwischen 14 und 18 Jahre alt, berichtete der „Deutschlandfunk“. Heißt: Nicht wenige dieser „Jugendlichen“ geben an, jünger als 14 Jahre zu sein. Diese „Kind-Täter“ können in Deutschland immer wieder kriminell aktiv werden, ohne eine ernsthafte Strafe befürchten zu müssen.

Altersangaben dürfen nicht überprüft werden

Anfang Mai schrieb das „Abendblatt“ auf seiner Titelseite über Kinderbanden, die insbesondere rund um den Kiez von Hamburg-St. Pauli andere Kinder überfallen und dort für große Ängste sorgen. Laut Zeugen sollen die Täter oftmals erst zehn oder elf Jahre alt sein. Vielfach ist allerdings schon festgestellt worden, dass diese „Kinder“ in Wirklichkeit erheblich älter sind, als sie angeben. Da angeblich keine Papiere vorhanden sind, können die Altersangaben nicht nachgeprüft werden, weil rechtsmedizinische Altersuntersuchungen in Deutschland für Ausländer in der Regel nicht erlaubt sind.

„Kinder“ überfallen Kinder

„Kinder-Räuber" agieren häufig mit roher Gewalt. In einem Fall waren ihre Opfer, zwei Kinder, erst acht Jahre alt. Der jüngste Überfall auf zwei Achtjährige ereignete sich am 1. Mai ausgerechnet vor der Altonaer „Friedenskirche". Dort hatten „vier Jungen" („Abendblatt") den beiden Jüngeren aufgelauert.
Einem der Opfer wurde in den Bauch geschlagen, dann das Portemonnaie entrissen. Schließlich konnten die beiden Achtjährigen zur nächsten Polizeiwache laufen. Die Beamten leiteten eine Fahndung ein. Freilich wieder einmal erfolglos.
Täter sind polizeibekannt
Ebenfalls am 1. Mai ist ein Zwölfjähriger an einer Skaterbahn in St. Pauli überfallen und beraubt worden. Die Täter hatten das Kind gegen die Wand gedrückt und zehn Euro aus der Geldbörse entwendet. In diesem Ausnahmefall sind ein angeblich 13-Jähriger und ein gerade offiziell 14 Jahre alt gewordener Räuber von Polizeibeamten ermittelt worden.
Diese „Kinder" sind bereits länger polizeibekannt, sie haben schon mehrfach Drogen gekauft und sind mehrere Male mit Messern bewaffnet in der Waffenverbotszone auf dem Kiez erwischt worden.
Die Polizei erklärte, sie schließe nicht aus, dass es weitere Überfälle dieser Art gegeben hat, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht angezeigt wurden.
Polizei und Gerichte machtlos
Polizeisprecher Holger Vehren erklärte, es würden „präventive Maßnahmen" ergriffen werden. Dazu gehörten „sehr eingehende Gespräche" mit den Eltern der ermittelten Täter.
Mit anderen Worten: Polizisten und Staatsanwaltschaften geben sich machtlos. Verantwortlich sind die herrschenden Politiker.
Keine Angaben machte die Polizei zum ethnischen Hintergrund der „Kinderbanden". Ob es sich um „deutsche" Kinder (mit „doppelter Staatsangehörigkeit") handelt – oder um „Kind-Räuber", die aus den Reihen der Sinti und Roma kommen? Die Frage wird von den Journalisten oft nicht einmal mehr gestellt, geschweige denn zu Papier gebracht.
14-Jähriger und 20 Kumpane
In Hamburg-Bergedorf kam es am 4. Mai zu einer Massenschlägerei. Rund 20 Jugendliche schlugen mit großer Brutalität auf eine kleine Gruppe von jungen Männern ein. Der 14-jährige mutmaßliche Haupttäter hatte als Anführer 20 seiner Freunde und Verwandten – im Alter von 14 bis 18 Jahren – herbei telefoniert.
Bei den wilden Attacken wurden sogar „am Boden liegende" Personen „noch erheblich getreten" („Abendblatt").
Hier reagierte die Polizei massiv – mit einem gezielten Schwerpunkteinsatz am nächsten Tag. Der 14-jährige Anführer der Schläger – ein „Deutschkasache, der bei der Polizei als Intensivtäter geführt wird" („Abendblatt") – wurde zusammen mit weiteren sechs Tatverdächtigen festgenommen. Alle sieben Verhafteten sollen noch an anderen Körperverletzungs- und Raubdelikten beteiligt sein.
„Südländische Erscheinung"?
Vor knapp einem Jahr berichtete die „Bild-Zeitung", dass die Rentnerin Gunda W. in der Hansestadt brutal überfallen worden ist – „von einem Kinder-Gangster" („Bild"). Die alte Dame ist auf dem Fahrrad fahrend zu Fall gebracht und ihrer Tasche mit Geldbörse, Schlüsseln und Papieren beraubt worden.

Der Täter war nach Aussage des Opfers erst 12 bis 14 Jahre alt, „von ‚südländischer' Erscheinung" („Bild"), rund 150 cm groß – mit dunklen, kurzen, leicht gewellten Haaren.
Südländische Erscheinung? Eine Umschreibung fast immer für Osteuropäer. Meist aus Bulgarien und Rumänien. Den Begriff „Sinti und Roma" wagt kaum noch jemand zu benutzen. Zu erwähnen, dass Sinti und Roma sich selbst privat meist „Zigeuner" nennen, gilt heute bereits als ketzerisch.

https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/die-clans-die-hisbollah-und-die-schmutzigen-geschaefte-li.3583

Die Clans, die Hisbollah und die schmutzigen Geschäfte

Die Terrorganisation, die beim Al-Kuds-Marsch am Sonnabend gefeiert wird, hat Verbindungen zur organisierten Kriminalität.

Berlin - Am Sonnabend werden in Berlin und anderen europäischen Städten . Der am letzten Sonnabend im Ramadan stattfindende Al-Kuds-Tag geht auf den iranischen Revolutionsführer Ajatollah Chomeini zurück.

Obwohl bei den Demonstrationen immer wieder die libanesische Terrororganisation Hisbollah und ihr Führer Hassan Nasrallah gefeiert werden, sehen sich die deutschen Behörden rechtlich nicht imstande, den Aufmarsch zu verbieten. Schließlich, so ihre Begründung, habe die Europäische Union 2013 nur den militärischen Arm der Hisbollah verboten, nicht aber den "politischen". Dieser darf sich weiter betätigen, Spenden sammeln und Propaganda betreiben. Die Terrororganisation steht auch in Verbindung mit drei libanesischen Clans in Deutschland. Doch weil sie nicht als Ganzes verboten ist, können die deutschen Behörden dieses Netzwerk nur schwer ergründen.

Die Hisbollah hat in Deutschland längst Fuß gefasst

Längst hat die Terrororganisation in Deutschland und Berlin Fuß gefasst:, der von der in Berlin ansässigen Kuds-AG der Islamischen Gemeinden der Schiiten in Deutschland angemeldet wird. Unter den 1 600 Teilnehmern im vergangenen Jahr war auch Sheikh Hassan Sharour. Der schiitische Geistliche soll in der Al-Mustafa-Moschee in Neukölln einen libanesischen Terroristen als Märtyrer glorifiziert haben.

Hisbollah-Anhänger entfalten ihre Aktivitäten auch in einem Neuköllner Mietshaus in der Flughafenstraße, wo eine Wohnung zur Al-Qaem-Moschee umfunktioniert wurde. „Hier handelt es sich um eine libanesische Moschee, die sich klar positiv auf das Regime in Teheran bezieht", konstatiert ein Mitarbeiter der . In der Al-Qaem-Moschee finden wiederholt Hisbollah verherrlichende Veranstaltungen statt – etwa der „Tag des Sieges und der Befreiung im Südlibanon".

Fünfhundert Meter weiter in Neukölln liegt das Islamische Zentrum Imam Riza. Dessen Mitglieder nahmen mehrfach am Al-Kuds-Marsch teil und bewirteten 2018 nach RIAS-Recherchen in ihren Räumen andere Teilnehmer der Veranstaltung. Beim Marsch am Sonnabend werden, wie in früheren Jahren, vermutlich wieder zahlreiche Imame des schiitischen Dachverbandes IGS sein, den die Bundesregierung mit Steuergeld fördert.

Die Unterscheidung in einen militärischen und einen politischen Arm ist künstlich

In anderen Ländern haben es die Hisbollah und ihre Anhänger schwerer. Denn im Gegensatz zu den meisten EU-Ländern unterscheiden Israel, die USA, Kanada, die Golfstaaten und Großbritannien nicht zwischen dem militärischen und dem angeblich politischen Arm. Sie führen die Hisbollah als Ganzes auf ihrer Terrorliste. Tatsächlich bestreitet sogar die Hisbollah selbst, dass es einen politischen und einen militärischen Arm gibt. Sie sieht sich als einheitliche Organisation. Und auch das Bundesverwaltungsgericht erkannte 2015, dass die Hisbollah als eine Organisation zu betrachten sei.

Der von Europa gemachte Unterschied zwischen dem militärischen Arm einer Terroristentruppe und dem politischen Arm sei künstlich, befindet Ron Prosor, ehemals UN-Botschafter und heute Direktor des Abba Eban Instituts der IDC Herzliya Universität. „Der politische Flügel der Hisbollah muss zur Terrororganisation erklärt werden", sagt Prosor der Berliner Zeitung. „Das wird Europas und besonders Deutschlands Bürger schützen und die Kriegsmaschine der Hisbollah im Nahen Osten beeinträchtigen."

Prosor ist mit seiner Forderung nicht allein: Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland verlangt ein vollständiges Hisbollah-Verbot ebenso das Mideast Freedom Forum und die Deutsch-Israelische Gesellschaft. Mit einem Verbot, so Prosor, würden den Verfolgungsbehörden die Mittel in die Hand gegeben, die sie brauchen, um Hisbollah-Mitglieder strafrechtlich zu verfolgen. Dazu zählten das Sperren von Bankkonten, die Beschlagnahme von Vermögen, die Sanktionierung von Unternehmen, die die Hisbollah zur Geldwäsche nutzt, und Sanktionen gegen Mitglieder der Organisation, die sich bislang frei auf Europas Straßen bewegen können, „weil sie nur als Teil des politischen Flügels gelten".

Bei einem Verbot würden 950 Hisbollah-Mitglieder in den Fokus der Terrorfahnder geraten

950 Hisbollah-Mitglieder zählt der Verfassungsschutz bundesweit, davon 250 in Berlin. Sie würden durch ein Verbot sofort in den Fokus der Terrorfahnder geraten. „Die Hisbollah finanziert sich mit Kriminalität, Autoschieberei, Geldwäsche. Deutschland ist für sie ein Rückzugsraum, in dem sie Gelder einwirbt", sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Marian Wendt, der ebenfalls für ein vollständiges Verbot eintritt. Die Hisbollah mache nicht nur Propaganda, sie sei eine militärisch-terroristische, hochkriminelle Organisation.

Erst vor wenigen Wochen verhaftete die Polizei in Brandenburg eine Autoschieber-Bande. Sie hat teure Autos in europäischen Ländern gestohlen und über Polen in den Libanon gebracht. Die verhafteten Polen arbeiteten dem Baden-Württembergischen Landeskriminalamt zufolge mit einem libanesischen Clan zusammen, der in Baden-Württemberg und Berlin-Neukölln ansässig ist. Die Ermittler prüfen, inwieweit die Hisbollah von den Geschäften profitiert.

Denn allmählich wird klarer, dass sich die schiitische Terrororganisation nicht nur durch Zuwendungen aus dem Iran und Spenden finanziert, sondern auch durch weltweiten Drogenhandel und Geldwäsche in Europa und Deutschland. So fanden US-Ermittler, unter anderem von der Drug Enforcement Agency (DEA), heraus, dass die Hisbollah ein weltumspannendes Drogenkartell ist – eine kriminelle Organisation mit Mafiastrukturen. Demnach werden Hisbollah-Gruppen militanten im Libanon, in Syrien und im Jemen unter anderem auf folgende Art finanziert: Gebrauchte Autos aus den USA werden mit Kokain aus Südamerika vollgeladen und dann nach Westafrika, etwa Sierra Leone, Liberia und Ghana, verschifft. Die Autos werden in Afrika verkauft, die Drogen nach Europa geschmuggelt. Die Erlöse aus den Kokain- und Autoverkäufen werden an libanesische Banken überwiesen. Ein Teil geht an die Hisbollah, vom Rest werden neue Gebrauchtwagen gekauft.

US-Behörden setzen Hisbollah-Funktionäre auf die Sanktionsliste

Das israelische Abba Eban Institute untersuchte jetzt die Zusammenhänge zwischen organisierter Kriminalität und der Hisbollah genauer. Die Forscher stellten fest, dass mehrere libanesische Clans direkt mit der Organisation verbunden sind. Besonders aktiv in Deutschland sind laut Abba Eban Institute die Mitglieder der drei schiitischen Großfamilien Chahrour, Berjawi und Balhas. Sie sind in Berlin und Nordrhein-Westfalen ansässig, den Ermittlungen zufolge sind sie tief in Drogenhandel und Geldwäsche verstrickt.

Die deutsche Zelle der Organisation wird den Forschern zufolge von einem Mann angeführt, der in Düsseldorf einen Autohandel betreibt und die Geldwäsche organisieren soll. Dieser untersteht Adham Tabaja, dessen Beiruter Firma das US-Finanzministerium im 2018 auf die Sanktionsliste setzte. Im April dieses Jahres froren die US-Behörden die Finanzen seines Bruders Hassan ein. Die US-Behörden bringen beide mit Drogenhandel und Geldwäsche in Zusammenhang. Adnan Tabaja untersteht Abdallah Safieddine, der zum „politischen Arm" gehört, Gesandter der Hisbollah in Teheran ist und direkter Untergebener von Hisbollah-Chef Nasrallah.

200 Millionen US-Dollar setzt das Drogenkartell nach Einschätzung der US-Behörden jeden Monat um. Den Berliner Terrorexperten Berndt Georg Thamm wundern solche Verflechtungen nicht. „Wie andere Terrororganisationen betreibt auch die Hisbollah gegen Israel eine Dschihad-Ökonomie, wo sie in strafbewehrten Geschäften wie Drogenhandel tätig ist", sagt er.

Clans sind nicht nur in Geldwäsche und Drogenhandel verwickelt

Angesichts solcher Erkenntnisse findet es Remko Leemhuis vom American Jewish Committee unverständlich, dass der Involvierung der Hisbollah in die organisierte Kriminalität und die Verwendung der Gewinne, etwa für die Beteiligung im syrischen Bürgerkrieg, in der deutschen Öffentlichkeit kaum Beachtung geschenkt wird. Die Bundesregierung müsse zwei Maßnahmen ergreifen, fordert er: „Einerseits muss die Hisbollah nach dem Vereinsrecht verboten werden, wie zuvor schon der IS und andere extremistische Organisationen, und Berlin muss sich auf EU-Ebene für eine Gesamtlistung der Hisbollah als Terrororganisation einsetzen."

Die libanesischen schiitischen Clans Chahrour, Berjawi und Balhas in Deutschland sind laut Abba Eban Institute in Deutschland nicht nur in Geldwäsche und Drogenhandel verwickelt. Sie verbreiten auch die Hisbollah-Ideologie über Social-Media-Plattformen oder unterhalten enge Verbindungen mit Moscheen wie etwa dem Imam-Mahdi-Zentrum in Hiltrup, das laut Verfassungsschutz Anlaufstelle von Islamisten ist. Auf ihren Facebook-Seiten protzen sie mit teuren Autos, zeigen sich mit Maschinenpistolen und in Uniform. Dort verbreiten sie Ansprachen ihres religiösen Führers Nasrallah.

Eine der Familien, die auch in Berlin einen Gebrauchtwagenhandel betreibt, ist in Syrien militärisch aktiv. Ein Clanmitglied aus Schaumburg zum Beispiel, starb Mitte 2018 im bewaffneten Kampf in Syrien und wird jetzt als Märtyrer verehrt. Eines ihrer Mitglieder, Chaker Berjawi, ist Politiker im Libanon und präsentiert sich auf Fotos stolz mit einer knüppelbewaffneten Schlägertruppe.

Die Hisbollah handelt nach Erkenntnissen der US-Ermittler nicht nur mit Drogen, sondern ist auch in Waffen- und Warenschmuggel verwickelt. 2014 beschlagnahmte die Polizei in sechs Bundesländern, darunter Berlin, große Mengen Bargeld und Goldmünzen. Im selben Jahr verbot der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) den in Essen ansässigen Verein „Waisenkinderprojekt Libanon", der Zweigstellen in verschiedenen Bundesländern, darunter Berlin, hatte. Laut Innenministerium hatte der Verein zwischen 2007 und 2013 insgesamt 3,3 Millionen Euro für die zur Hisbollah gehörenden, libanesische Schahid-Stiftung gesammelt. Diese finanzierte Familien von Selbstmordattentätern, um so das Anwerben von Terroristen zu erleichtern.

Bundesregierung gegen eine Listung der Hisbollah als Ganzes

„Mit einem Verbot könnten wir zum Beispiel Überweisungen und Mietzahlungen unterbinden, wir könnten die Clanstrukturen und Netzwerke aufklären", sagt der Abgeordnete Marian Wendt. Für das zögerliche Verhalten Deutschlands und der EU hat er kein Verständnis. Diese wollten ihren Einfluss auf den Iran und den Libanon nicht noch weiter einbüßen. Man wolle Türen offen halten. „Das bringt aber nichts. Die Hisbollah wird immer einflussreicher", sagt Wendt.

Lala Süsskind vom Jüdischen Forum ahnt, warum die Regierung zögert: „Die wirtschaftliche Liebe zum Iran." Man wolle die Exporte nicht gefährden. „Deshalb kann ich diese Lippenbekenntnisse gegen Antisemitismus nicht mehr ernst nehmen." Auf eine Anfrage der FDP erklärte die Bundesregierung 2018, es sei wichtig, dass im Libanon ein Dialog mit allen relevanten politischen Kräften und Parteien möglich bleibt. „Dem würde derzeit eine Listung von Hisbollah als Ganzes entgegenstehen."

Das Berliner Landeskriminalamt ist offenbar ahnungslos

Im März wollte der Berliner SPD-Abgeordnete Tom Schreiber von der Senatsinnenverwaltung wissen, welche Erkenntnisse es über Verbindungen zwischen der Neuköllner Al-Qaem-Moschee beziehungsweise zwischen den Familien Berjawi, Chahrour und Balhas zur Hisbollah gibt. Die Verwaltung antworte dünn: Zur Hisbollah liege keine Verfolgungsermächtigung des Bundesinnenministeriums vor. Ahnungslos gibt sich das Berliner Landeskriminalamt: Zu Verbindungen zwischen kriminellen Clans und der Terrororganisation könne man nichts sagen, lässt der Dezernatsleiter ausrichten.

Und so betreiben die Clans weiter ungestört ihre Geschäfte, mit denen sie den Terror gegen Israel finanzieren. Wenn am Sonnabend wieder der Al-Kuds-Marsch über den Kurfürstendamm zieht, gelten strenge polizeiliche Auflagen. Seit 2016 ist den Demonstranten das Zeigen von Hisbollah-Symbolen untersagt. Auch dieses Mal werden sich Teilnehmer nicht daran halten, und die Polizei wird wegen solcher Ordnungswidrigkeiten kaum einschreiten. Zumal im juristischen Sinne keine Terrorgruppe verherrlicht wird, sondern lediglich eine politische Organisation.

http://www.pi-news.net/2021/05/gruppenvergewaltigung-einer-17-jaehrigen-in-berliner-nobelhotel/

Gruppenvergewaltigung einer 17-Jährigen in Berliner Nobelhotel

12. Mai 2021

Vom Luxushotel in den Gerichtssaal: Fünf junge Afrikaner stehen im Verdacht, in Berlin 2019 eine 17-Jährige vergewaltigt zu haben.

Von MANFRED ROUHS | In Berlin müssen sich fünf junge Afrikaner vor Gericht verantworten. Sie stehen im Verdacht, in der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober 2019 eine 17-Jährige vergewaltigt zu haben. Der mutmaßliche Tatort war keine düstere Ecke in einem Vorstadtghetto, sondern eine Suite im Berliner Nobelhotel „Westin Grand", Unter den Linden Ecke Friedrichstraße, Stadtzentrum. Wer dort absteigt, kann sich im Regelfall auch den Escortservice leisten – der im Oktober 2019, vor Corona, durchaus im Normalbetrieb arbeitete.

Die Tatverdächtigen stammen, wenn nicht aus noblem, so doch aus wohlbetuchtem Hause. Die „B.Z." beschreibt sie so:

Werbung von Ad.Style

„Fünf Männer aus der afrikanischen Community auf der Anklagebank. Alle geboren in Deutschland, alle aus gutem Hause. Million A. (20) ist Deutsch-Nigerianer. Oluwatobi Az. (20) Deutsch-Sierraleone. Jermaine G. (20) Deutsch-Togoer. Tita N. (21) Deutsch-Kameruner. Jermaine Az. (20) hat keine zweite Staatsangehörigkeit."

Eine aussagekräftige Beschreibung, aber das „Deutsch-" sollte man vielleicht streichen …

Neben der Tätergruppe und dem Tatort sind weitere Umstände ungewöhnlich. So wurde die Vergewaltigung gefilmt, die Aufnahmen liegen dem Gericht vor. Und es gibt eine Zeugin, eine Freundin des Opfers. Die wurde aber offenbar derart gründlich eingeschüchtert, dass sie bei Gericht von der Polizei vorgeführt werden musste, weil sie nicht freiwillig zum Termin mit den fünf ihr offenbar wohlbekannten Angeklagten erscheinen mochte.

Wir ersparen uns die Frage, wie die Familien der Tatverdächtigen zu Geld gekommen sind. Der Möglichkeiten sind da viele. Zu einem besseren Menschen ist durch das breite Spektrum finanzieller Handlungsmöglichkeiten offenbar keiner der Beteiligten geworden.

Zuwanderungsbefürworter argumentieren oft, die relativ hohe Kriminalität ihrer Schützlinge sei eine Folge sozialer Benachteiligung. Das scheint nicht immer zuzutreffen.

Die Massenmedien halten sich in dem jetzt verhandelten Fall zurück: Außer der „B.Z." hat bislang keine Zeitung, geschweige denn das Fernsehen oder Rundfunk, darüber berichtet.

Ein Urteil ist für Anfang Juli angekündigt. Wir sind gespannt und bleiben am Ball.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet

ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.focus.de/kultur/gesellschaft/folgen-des-nahost-konflikts-dfdf_id_13299126.html
Folgen des Nahost-Konflikts
Juden-Hass unter Muslimen: Warum bei antisemitischen Straftaten die Statistik nicht stimmt
FOCUS-Online-Reporter Axel Spilcker
Gestern, 15.05.2021 | 19:44
Die Frankfurter Professorin Susanne Schröter ist Leiterin des Forschungszentrums Globaler Islam. Sie wirft der Politik vor, den Antisemitismus in muslimischen Gemeinden seit Jahren auszublenden. Im Interview mit FOCUS Online erklärt sie unter anderem, warum die Kriminalstatistik bei antisemitischen Straftaten falsch ist.
FOCUS Online: Frau Professorin Schröter, vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts nehmen die Krawalle und Attacken auf Synagogen hierzulande zu, was erleben wir gerade durch die Proteste ?
Susanne Schröter: Hier bricht sich muslimischer Antisemitismus Bahn, der in der deutschen Öffentlichkeit bisher stets ausgeblendet wurde. Nicht nur im rechtsextremen Bereich grassiert Gewalt und Hetze gegen Juden, sondern auch in muslimischen Communitys erstarkt der Antisemitismus. Dies wird aber unter den Teppich gekehrt.
In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Übergriffe durch Muslime auf Juden in den U-Bahnen, oder auf jüdische Kinder in den Schulen. Aus Furcht vor Attacken verzichten manche Juden inzwischen auf das Tragen religiöser Kleidung in der Öffentlichkeit. Anders als beim Rechtsextremismus, ist diese gefährliche Entwicklung nie wirklich ernst genommen worden.
Was steckt dahinter ?
Schröter: Etliche Kreise in Kultur und Politik sehen Muslime als Opfergruppe an. Dafür steht etwa der Begriff der Islamophobie oder der antimuslimische Rassismus. Ergo können Opfer keine Täter sein. Diese Geisteshaltung wird leider auch durch Wissenschaftler befeuert, die aus der postkolonialen Theorie kommen. Diese Forscher betonen explizit, dass Muslime keine Täter sein können, weil sie Opfer sind. Das ist schon eine abenteuerliche Sicht der Dinge.
„Politikern und Kirchenvertretern ist das Thema zu heiß“
Warum hat die Politik dieses Antisemitismus-Phänomen nicht schon früher aufgegriffen ?
Schröter: Vielen Politikern und auch gerade Kirchenvertretern ist das Thema zu heiß. Da folgt dann immer das Totschlagargument, dass ein öffentlicher Diskurs einzig Wasser auf die Mühlen der AfD schütten würde. Und so rührt man das Problem gar nicht mehr an. Jetzt aber haben wir den Salat, dass unter Muslimen teilweise eine extreme Judenfeindlichkeit vorherrscht. Dabei geht es nicht so sehr um Kritik an den Maßnahmen der israelischen Regierung, sondern eher um eine antisemitische Mischung aus Politik und Religion. Das ist kein neues Phänomen.
Als der Nahostkonflikt 2014 hochkochte, drohten junge Demonstranten auf deutschen Straßen, das Heer des Propheten Mohammed werde wiederkommen und die Juden vernichten. Mit solchen Sprüchen nimmt man Bezug auf die islamische Geistesgeschichte. In manchen Koranversen und Hadithen Mohammeds finden sich Passagen, die Juden und Muslime in ein absolutes Feindschafts-Verhältnis stellen. Die Zuwanderung aus den arabischen Bürgerkriegsländern hat diese antisemitische Haltung hierzulande nochmals verschärft. Wenn man sich mit dem Problem seitens der Politik nicht beschäftigt, dann brodelt es weiter vor sich hin, bis der Kessel überkocht.
Die Polizeistatistik widerspricht allerdings ihrer Analyse, demnach gehen fast 94 Prozent der antisemitischen Straftaten auf das Konto von Rechtsextremisten.

Schröter: Diese Statistik zeichnet ein falsches Bild. Dass die Polizei die antisemitischen Straftaten vor allem rechtsextremistischen Kreisen zuordnet, ist schlicht irreführend. Alle Fälle, bei denen sich kein Täter finden lässt, werden automatisch dem Rechtsextremismus zugeschlagen. Das geschieht etwa in der Hälfte der registrierten judenfeindlichen Delikte. Daher resultiert der eklatante Überhang Richtung Rechts. Diese Statistik widerspricht aber eindeutig den Befragungen jüdischer Opfer. Ich glaube, dass die Strafverfolgungsbehörden hier ziemlich im Dunkeln tappen. Das nimmt man aber nicht zur Kenntnis.

Warum nicht ?

Schröter: Antisemitismus wird hierzulande automatisch dem rechtsextremen Lager zugeschlagen. Zwar ist es unbestreitbar, dass der braune Sumpf eine große Gefahr darstellt. Aber die Judenfeindlichkeit ist auch ein Problem bei Zuwanderern aus muslimischen Ländern. Ein heikles Thema, an dem sich viele nicht die Finger verbrennen wollen, aber nun müssen wir uns dem Problem endlich einmal stellen.

„Islamische Organisationen heizen den Judenhass noch an“

Was kommt da auf uns zu ?

Schröter: Ein paar Betroffenheitsbekundungen seitens der Politik werden nicht ausreichen, um diese antisemitische Strömung verschwinden zu lassen. Die Krawalle und Angriffe auf jüdische Einrichtungen werden immer wieder aufpoppen. Zumal islamische Organisationen den Judenhass auch noch anheizen.

Gastbeitrag von Hassan Geuad - Kritik am radikalen Islam unerwünscht: Wäre ich nicht Betroffener, wäre ich Nazi

Welche Organisationen sind da gemeint ?

Schröter: Zum Beispiel die staatlich gelenkte türkische Religionsbehörde Diyanet nebst dem Dachverband der türkisch-islamischen Religionsvereine in Deutschland Ditib. Auf deren türkischen Heimatseiten läuft gerade eine großangelegte Propaganda gegen Israel und die Juden. Da wähnt man sich plötzlich in einem Heiligen Krieg.

Wie weit verbreitet ist der Antisemitismus im linken Lager ?

Schröter: Seit Jahrzehnten gibt es auch im linken Spektrum einen latenten Antisemitismus. Das geht ja schon zurück auf die Terror-Gruppe RAF in den 70er Jahren und andere linksradikale Bewegungen, die sich mit den militanten Palästinensergruppen verbündet hatten. Da wurden bei Attentaten oder Geiselnahmen mitunter jüdische Opfer eigens herausgefiltert.

Ok, das war einmal, wie sieht es zur Zeit aus ?

Schröter: Ich würde zwei Gruppen von Aktivisten unterscheiden, die sich gegen Israel positionieren. Die eine Gruppe besteht aus ideologischen Hardlinern, die palästinensische Organisationen grundsätzlich als „Befreiungsbewegung“ glorifizieren und Israel das Existenzrecht absprechen. Sie solidarisieren sich selbst mit islamofaschistischen Gruppen wie der Hamas. Man findet diese Akteure vor allem in der BDS-Bewegung, die Israel nebst ihren Bürgern dämonisiert und zum Boykott aufruft. Es handelt sich um überzeugte linke Antisemiten.

Eine zweite Gruppe ist davon angetrieben, sich auf die Seite der vermeintlich Schwachen zu stellen. Es sind oft junge Leute, die primär emotional agieren, aber nur ein rudimentäres Wissen über den Nahost-Konflikt besitzen, der ja nicht gerade einfach zu verstehen ist. Vielleicht würde eine bessere Bildung vor manch einer naiven Parteinahme bewahren. Wenn sie wüssten, dass die Hamas in ihrer Charta nicht nur die Auslöschung des Staates Israel, sondern auch die Vernichtung aller Juden anstrebt, würde vielleicht manch einer ins Grübeln kommen.

Braunschweig: „Geduldeter“ beißt Bahnmitarbeiter in den Kopf

16. Mai 2021

Im Hauptbahnhof Braunschweig kam es zu der verbissenen Attacke des „Schutzsuchenden“ Steward M. (21) aus Liberia. Ein Bahn-Mitarbeiter befindet sich in intensivmedizinischer Behandlung in Hannover, ihm droht der Verlust des Augenlichts. Der Täter kam postwendend wieder auf freien Fuß.

Von JOHANNES DANIELS | Man sollte bekanntlich niemals „die Hand beißen, die einen füttert“. Im Einwanderungsparadies Deutschland dürfte aber auch diese Binse BISS-lang ohne ernsthafte strafrechtliche Konsequenzen für einen illegal eingewanderten und „geduldeten“ Liberianer bleiben:

Am Montagabend kam es im Braunschweiger Bahnhof zu einem weiteren unfassbaren Angriff eines „Schutzsuchenden“ auf pflichtbewusste Bahnmitarbeiter. Der 21-jährige „Asylbewerber“ Steward M. prügelte zunächst auf zwei Sicherheitsmitarbeiter (52, 57) der Deutschen Bahn ein. Der attackierte 57-Jährige wurde unverzüglich in die Medizinische Hochschule nach Hannover gebracht, da der Verlust des Augenlichts drohte. Dem anderen Bahnmitarbeiter biss der Angreifer gezielt in den Kopf. Ein archetypisches Relikt anthropophagischer Migrationsgesellschaften aus dem westafrikanischen Raum.

Täter wieder auf freiem Fuß

Wie die Bundespolizei Hannover mitteilt, hielt sich der 21-jährige „Mann aus Liberia“ ohne Mund-Nasen-Bedeckung im Hauptbahnhof Braunschweig auf und belästigte mehrfach junge Frauen sexuell. Als zwei verantwortungsvolle Bahnmitarbeiter darauf aufmerksam wurden, wiesen sie den kulturellen Bereicherer dezent auf sein Fehlverhalten hin. Doch dieser zeigte sich sichtlich unbeeindruckt. „Immer wieder setzte er anschließend die Maske ab und sprach erneut Frauen an“, so die Schilderungen der Polizei.

Als die couragierten Bahnmitarbeiter dem Liberianer dann ein Hausverbot aussprachen und ihn höflich aus dem Bahnhof geleiten wollten, eskalierte die Situation. Da rastete der Liberianer aus und attackierte die Bahn-Mitarbeiter mit Faustschlägen ins Gesicht. Ein Schlag traf die Brille des älteren Security-Mitarbeiters. Ein Glas splitterte, eine Scherbe drang ins Auge des Opfers. Der Angreifer wütete unvermittelt weiter, dem 52-Jährigen biss er sogar in den Kopf, so die Polizei.

Anschließend nahmen Bundespolizisten den Schläger fest und es wurde ein Verfahren wegen „Verdachts“ der schweren Körperverletzung eingeleitet. Wegen fehlender Ausweisdokumente sei Steward M. laut Polizei sogar im Besitz „einer Duldung“, sein Asylantrag wurde abgelehnt. Außerdem wurde er wegen „Leistungserschleichung zur Aufenthaltsermittlung gesucht“. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wurde der abgelehnte Asylbewerber selbstverständlich unverzüglich auf freien Fuß gesetzt.

Die Staatsanwaltschaft in Braunschweig sah dabei keine Gründe wegen dem biss-chen Gegenwehr des beißwütigen P.o.C., beim Amtsgericht einen Antrag auf U-Haft zu stellen. Auch den aggressiven Liberianer plagen wohl keine Gewissens-Bisse.

Ebenso Heribert Prantls „Süddeutsche Zeitung“: Sie berichtet über den verbissenen Angriff auf Bahnmitarbeiter wie immer harmlos, zahnlos und komplett informationslos:

> *Mann schlägt Bahn-Mitarbeiter: Schwere Augenverletzung*
> *Ein Maskenverweigerer hat zwei 52 und 57 Jahre alte Bahn-Mitarbeiter mit Faustschlägen angegriffen, als diese ihn aus dem Hauptbahnhof Braunschweig bringen wollten. Weil der*

> *Verlust seines Augenlichtes drohte, sei der 57-Jährige nach der Attacke am Sonntagabend in die Medizinische Hochschule Hannover gebracht worden, sagte ein Sprecher der Bundespolizei am Dienstag. Wie es dem im Gesicht Verletzten aktuell gehe, sei ihm nicht bekannt. Der 21 Jahre alte Angreifer hatte den Ermittlungen zufolge zunächst keine Maske getragen und im Bahnhof Frauen belästigt. Als die Sicherheitskräfte ihm Hausverbot erteilt hatten und dieses durchsetzen wollten, soll er sie angegriffen haben. Bundespolizisten nahmen den 21-Jährigen fest und ordneten eine Blutprobe an. Zudem wurde ein Ermittlungsverfahren wegen schwerer Körperverletzung eingeleitet.*

Aus ganz Deutschland werden seit 2015 jährlich über 2500 Attacken auf das Zugpersonal gemeldet. Das entspricht mittlerweile sieben Angriffen pro Tag. Die Bahnmitarbeiter müssen die „Zähne zusammenbeißen", während eine Vielzahl von Intensivtätern von der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft protegiert und vom Steuerzahler finanziert werden (müssen).

https://www.focus.de/kultur/gesellschaft/kommentar-von-hugo-mueller-vogg-deutsche-hisbollah-fans-muessen-wissen-sicherheit-israels-ist-deutsche-staatsraeson_id_13312271.html
Kommentar von Hugo Müller-Vogg
Seehofer verbietet Hisbollah-Vereine - doch auf Judenhass braucht es härtere Antwort
FOCUS-Online-Autor Hugo Müller-Vogg
Gestern, 19.05.2021 | 17:21
Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat drei Vereine aus dem Hisbollah-Umfeld in Deutschland verboten. Das war höchste Zeit. Der Kampf gegen Terroristen-Helfer und muslimischen Antisemitismus ist damit aber noch längst nicht gewonnen. **Die Antwort muss lauten: Wer sein Gastrecht missbraucht, muss Deutschland wieder verlassen.**
Der Terror der radikalislamischen Hamas gegen Israel führt uns nicht nur vor Augen, wie angespannt die Lage im Nahen Osten ist. Er legt zudem auf schockierende Weise offen, dass Antisemitismus und Judenhass in Deutschland weiter verbreitet sind, als zu befürchten war.
Schlimm genug, dass Deutsche jeden Alters im kleinen Kreis wie im Netz ihrem Hass auf Juden freien Lauf lassen. Hinzu kommt der gerade unter muslimischen Migranten verbreitete Antisemitismus. Es sind zurzeit vor allem junge Migranten, die auf unseren Straßen „Scheißjuden" skandieren, israelische Flaggen verbrennen, Synagogen mit Steinen bewerfen und Menschen jüdischer Abstammung attackieren.
In diesen Tagen lässt sich nicht länger leugnen, dass der Kampf der Palästinenser gegen Israel auch auf deutschem Boden ausgetragen wird. Beispielweise sammeln sich wohltätig gebende Vereine bei uns Geld für libanesische Waisenkinder. Hier wird ein caritatives Engagement vorgetäuscht. In Wirklichkeit wollen Organisationen mit so wohlklingenden Namen wie „Deutsch Libanesische Familie", „Menschen für Menschen" oder „Gib Frieden" den Hisbollah-Kämpfern signalisieren: Falls ihr bei eurem „heiligen Krieg" ums Leben kommt, sorgen wir für eure Kinder und Hinterbliebenen. Diese Spendensammelvereine sind also eine Art Hinterbliebenen-Versicherung für Hisbollah-Terroristen.
Rund 1000 Hisbollah-Anhänger und tausende Sympathisanten in Deutschland
Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat diese drei Vereine jetzt verboten. Es war auch höchste Zeit. Doch der Kampf gegen die in Deutschland agierenden Terroristen-Helfer ist schwierig. Unsere Sicherheitsorgane tun sich schwer, die migrantischen Parallelgesellschaften zu durchschauen. Innenminister Thomas de Maizière hatte bereits 2014 den Verein „Waisenkinderprojekt Libanon" verboten. Die jetzt als verfassungswidrigen eingestuften Organisationen hatten aber alsbald die Nachfolge des „Waisenkinderprojekts" angetreten.

Der Verfassungsschutz schätzt die Zahl der bei uns lebenden Hisbollah-Anhänger auf gut 1000, die der Hamas auf 380. Das sind eigentlich überschaubare Personenkreise. Doch die Vielzahl der antijüdischen Proteste und Anschläge der letzten Tage belegen, dass die Zahl der bei uns lebenden Sympathisanten dieser Terroristen ungleich höher ist. Das lässt sich unter anderem daran ablesen, dass die verbotenen Vereine im Laufe der Zeit Millionenbeträge einsammeln konnten.

Muslimische Migranten müssen wissen: Eintreten für die Sicherheit Israels ist Teil der deutschen Staatsräson

Der in Teilen des Zuwanderungsmilieus grassierende Antisemitismus zeigt zweierlei: Erstens haben wir im Zeichen der Humanität zum Teil Menschen bei uns aufgenommen, die aus ihrem Hass auf Juden keinen Hehl machen. Und zweitens ist es in vielen Fällen nicht gelungen, Zuwanderer von unseren Werten zu überzeugen. Das hängt auch damit zusammen, dass einige muslimische Migranten die Freiheiten und sozialen Leistungen, die unser Staat bietet, sehr wohl schätzen, unsere westlichen Werte aber geradezu verachten.

Kurzfristig kann und muss der Staat unsere jüdischen Mitbürger und ihre Einrichtungen schützen, Gewalttäter dingfest machen und bestrafen, verfassungswidrige Aktivitäten unterbinden und entsprechende Strukturen zerschlagen. Das alles ist und bleibt nur ein Kurieren an Symptomen, solange nicht wenige Migranten (neben ebenso verblendeten Deutschen) nicht akzeptieren wollen, dass das Eintreten für die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson ist. Dass dies Kritik an bestimmten Maßnahmen der israelischen Regierung nicht ausschließt, versteht sich von selbst.

Appelle reichen nicht: Importierten Antisemitismus hart ahnden

Heute rächt sich, dass die Bunderegierung, fast alle Parteien und große Teile der Medien bei der unkontrollierten Zuwanderungswelle vor einigen Jahren nicht sehen wollten, dass uns eben nicht nur „Menschen geschenkt" wurden, wie die Grünen-Fraktionsvorsitzende Göring-Eckardt schwärmte. Unter dem Banner der Willkommens-Kultur haben wir zugleich viele Spielarten des aggressiven Antisemitismus importiert.

Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben: Viele bei uns lebende Antisemiten werden niemals unsere Wertvorstellungen übernehmen. Mit Appellen kommen wir da nicht weiter. Wenn wir es mit dem Schutz der deutschen Juden und dem Eintreten für Israel ernst meinen, kann es auf den importierten Antisemitismus nur eine Antwort geben: Wer sein Gastrecht missbraucht, muss Deutschland wieder verlassen.

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/15-ohne-deutschen-pass-22-gleis-schubser-gefasst-76555084.bild.html

15 OHNE DEUTSCHEN PASS

22 Gleis-Schubser gefasst

Immer wieder werden Menschen im Gleisbereich gestoßen – 2020 kam zum Glück keiner ums Leben

Im vergangenen Jahr hat die Bundespolizei nach BILD-Informationen 29 Fälle registriert, bei denen Personen in den Gleisbereich gestoßen wurden.

Die Gleis-Schubser verletzten 21 Personen – zum Glück kam 2020 niemand ums Leben.

▶Auffällig: Von insgesamt 22 gefassten Tatverdächtigen haben laut Bundespolizei 15 Personen keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Zuletzt hatte Mitte April ein Unbekannter eine 17-Jährige am Bahnsteig in Winterhausen (Landkreis Würzburg) auf die Gleise gestoßen. Die junge Frau wurde dabei leicht verletzt.

Am Frankfurter Hauptbahnhof starb 2019 ein achtjähriger Junge, der von einem Migranten aus Eritrea vor einen einfahrenden ICE gestoßen worden war.

Die Bahn hat seitdem die Sicherheitsmaßnahmen erhöht.

http://www.pi-news.net/2021/05/gut-integrierte-araber-brueder-scheitern-bei-berliner-bankueberfall/

„Gut integrierte“ Araber-Brüder scheitern bei Berliner Banküberfall

28. Mai 2021

Von JOHANNES DANIELS | Dieser Geldboten-Überfall im bunten Berlin war ein Schuss ins Knie. Denn nicht immer gewinnen die „gut integrierten“ Berliner Clans beim kriminellen Jihad in der Hauptstadt der Multi-Kulti-Bewegung. So blieben die beiden Sportsfreunde „Jihad“ (Nomen est Omen, 20) und „Mustapha“, 18, beim Shoot-Out mit reaktionsschnellen Geldboten zumindest diesmal nur Zweite Sieger.

Am Mittwochvormittag kam es in der Deutschen Bank-Filiale im Einkaufszentrum Gropius-Passagen in der Johannisthaler Chaussee im Stadtteil Rodow zu einem folgenschweren Raubüberfall für alle Beteiligten. Der Überfall erfolgte gegen 10.20 Uhr im Vorraum der Bank. Laut Polizei haben dabei die beiden Täter einen Geldboten, der gerade im Vorraum Geldautomaten befüllen wollte, mit Reizgas attackiert. Dabei schoss einer der beiden Angreifer mindestens zwei mal auf den Geldboten in Tötungsabsicht, traf aber glücklicherweise nicht. Der Geldbote erwiderte umgehend das Feuer und verletzte dabei gezielt einen der beiden mutmaßlichen Räuber, den 18-jährigen Mustapha schwer an den Beinen.

Erlebnisorientierte Jugendliche

Während der angeschossene junge Araber stark blutend am Tatort festgenommen wurde, konnte sein Komplize Jihad zunächst „flüchten“. Am Abend spürten die Ermittler aufgrund eindeutiger Überwachungsvideos den ebenfalls polizeibekannten Bruder fest. Der angeschossene Räuber wurde im Neuköllner Klinikum auf Kosten des Steuerzahlers notoperiert. Laut Polizei besteht aber keine Lebensgefahr für den „Berliner“. Der Geldbote, der schwere Augenreizungen und einen Schock erlitt, musste ebenfalls im Krankenhaus versorgt werden.

Gegen Gangster-Bruder Jihad W. wurde am Donnerstag Haftbefehl erlassen. Mustapha und Jihad W. werden gemeinschaftlich begangener schwerer Raub und versuchter Mord vorgeworfen, wie eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft am Abend sagte. Auch Jihad W. sitze nun einstweilen in Untersuchungshaft. Nach aktuellen Erkenntnissen der Berliner Morgenpost aus dem Umfeld der Sicherheitsbehörden soll der 18 Jahre alte Mustapha W. einen Bezug zu einer polizeibekannten arabischstämmigen Familie aus dem Clan-Milieu haben. Wer hätte das gedacht …

Der Täter: Ein gut integriertes „Talent“

Der potentielle Mörder Mustapha W. galt im Multi-Kulti-Berlin als großes „Nachwuchstalent in der Boxwelt“. Im April 2018 wurde Fliegengewicht Mustapha W. sogar Deutscher Meister der U17. Doch dann brach „der Junge“ (BILD) aus dem Bezirk Kreuzberg seine Ausbildung zum Fitnesskaufmann ab und „geriet auf die schiefe Bahn“.

Für die wohl ebenfalls steuerfinanzierte Mutter der beiden „jungen Männer“ sind die Vorwürfe der Polizei nicht nachvollziehbar. „Die Polizei hat Jihad abgeholt“, klagt die Kriminellen-Mutter. Doch sie ist von dessen Unschuld überzeugt: „Ich musste ihn gegen 11 Uhr wecken. Als

die Bank überfallen wurde, war er also ganz sicher zu Hause", betont Samia W., 44. Mit ihrem jüngsten Sohn habe sie noch nicht sprechen können. „Ins Krankenhaus durfte ich nicht und nicht einmal mit ihm telefonieren. Ich habe keine Ahnung, was passiert ist und warum" erklärt sie in gewohnter Taqiya-Manier den mitfühlenden Pressevertretern.
„Ich will hier schon lange wegziehen. Hier ist es egal, wie gut die Jungs in der Schule sind oder im Sport. Irgendwann treffen sie hier unweigerlich auf die falschen Freunde" – konstatiert Mutter Samia W. – schuld sind immer die anderen in der neuen Heimat Deutschland.
Talentschmiede Berlin: Schwere Körperverletzung und Gewaltdelikte
Nach BILD-Informationen (hinter der Bezahlschranke) sind beide Söhne polizeibekannt: Mustapha „wegen schwerer Körperverletzung, Jihad fiel mit Gewaltdelikten auf". Die Ermittler versuchen, den Brüdern nun eine Serie von mindestens drei Überfällen nachzuweisen. Die Berliner LKA-Ermittler bitten Zeugen, die den Tathergang beobachtet oder Handy-Aufnahmen gemacht haben, sich über das Hinweisportal der Polizei zu melden.
Im bunten Berlin werden nun die arabischen Brüder Blattschuss eine drastische Jugendstrafe von maximal 24 Monaten – meist im offenen Vollzug – erhalten. Auf Steuerzahlerkosten werden dort bekanntlich auch weiterführende Integrations-, Box-, Musik-, Tanz- und Traumatherapien angeboten.

https://www.pi-news.net/2021/05/allahu-akbar-in-hamburg-polizei-erschiesst-messer-moslem/

„Allahu Akbar" in Hamburg: Polizei erschießt Messer-Moslem

29. Mai 2021

Von MANFRED ROUHS | Die Polizei hat am Freitagabend in Hamburg-Winterhude einen 36-jährigen Libanesen erschossen. Die überregionalen Medien halten sich mit Berichten über den Vorfall zurück, aber es gibt dazu immerhin eine dpa-Meldung, die aufhorchen lässt:
„Bei dem am Freitag bei einem Polizeieinsatz in Hamburg-Winterhude erschossenen Mann handelt es sich um einen 36 Jahre alten Libanesen. (…) Bei der Durchsuchung des Zimmers des 36-Jährigen in einer nahe gelegenen Wohnunterkunft für Geflüchtete hätten die Beamten keine Hinweise auf ein Tatmotiv gefunden. (…)
Der Mann hatte den Erkenntnissen zufolge am Freitagnachmittag mehrere geparkte und fahrende Autos beschädigt, mindestens einen Mann bedroht und mehrfach mit hochgehaltenem Messer ‚Allahu Akbar' (Gott ist groß) gerufen. Weil der Mann mit der Messerklinge in der Hand auch die Beamten bedrohte und sich weder von Pfefferspray noch dem Einsatz eines Tasers stoppen ließ, hatte ein Polizist mehrere Schüsse auf den Mann abgegeben. Sowohl die Beamten als auch eine zufällig vorbeikommende Ärztin leisteten den Angaben zufolge sofort Erste Hilfe. Der Mann starb jedoch noch am Einsatzort an seinen Verletzungen."

Mit dem Tod des Angreifers ist der Horror dieses Vorfalls für die eingesetzten Polizeibeamten aber noch nicht vorbei. Denn das „Hamburger Abendblatt" meldet hinter der Bezahlschranke, dass der Libanese möglicherweise mit AIDS infiziert war und sich deshalb Polizeibeamte in Behandlung befinden.
Der Fall zeigt wieder einmal, welche Gäste sich die deutsche Politik ins Land holt, sie auf Kosten des Steuerzahlers unterbringt, verköstigt, medizinisch versorgt und auf die Bevölkerung loslässt. Und auch, wenn es angesichts der Dramatik der Ereignisse unangemessen erscheinen mag, sei der Hinweis auf den banalen Umstand erlaubt, dass selbstverständlich keiner der Autobesitzer, dessen Fahrzeug der 36-jährige angegriffen hat, vom Staat eine Entschädigung erhalten wird: wer solchen „Gästen" über den Weg läuft, hat in Deutschland einfach nur – Pech gehabt.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

http://www.pi-news.net/2021/06/bundesliga-profi-spielt-mit-falscher-identitaet/

Bundesliga-Profi spielt mit falscher Identität

8. Juni 2021

Von MANFRED ROUHS | Wer bin ich? Wo komme ich her? Wann bin ich wo geboren? Das will offenbar nicht jeder immer so genau wissen. Ein Profifußballer des VfB Stuttgart ist jetzt die Flucht an vorne angetreten und hat öffentlich gemacht, dass er seit zwei Jahren auf deutschen Fußballplätzen unter falschem Namen antritt und auch sein Geburtsdatum falsch ist. Das berichtet der „Spiegel".
Seine Sportfreunde kennen ihn als Silas Wamangituka, geboren 1999 im Kongo. Jetzt heißt es, sein Name sei Silas KatompaMvumpa, geboren 1998. Beim Kongo aber bleibt es – da kommt er offenbar tatsächlich her. Und dort hatte er auch bereits einen Vorlauf als Fußballspieler, von dem er angeblich durch die kreative Umbenennung abgeschnitten werden sollte. Schuld sei ein Spieler-Vermittler, der ihm den Auftritt unter falschem Namen eingebrockt habe.
Sportfunktionäre und Medienleute zeigen das größtmögliche Verständnis für den 22-jährigen Kicker, den der „Spiegel" mit dem Satz zitiert: „Ich habe in den letzten Jahren in ständiger Angst gelebt und mir auch um meine Familie im Kongo große Sorgen gemacht. Es war ein schwerer Schritt für mich, meine Geschichte zu offenbaren."
Falls sich dagegen ein Soldat der Bundeswehr eine falsche Identität als Asylbewerber verschafft, was selbstverständlich nicht rechtens ist, setzt er sich damit dem Verdacht aus, ein Terrorist zu sein und die halbe Bundesregierung beseitigen zu wollen.

Kann es sein, dass die Medien mit zweierlei Maß messen? Hält sich Silas KatompaMvumpa legal in Deutschland auf? – Offensichtlich nicht. Die Legalisierung erfolgt jetzt auf dem kleinstmöglichen Dienstweg nachträglich. Seine Papiere werden schlicht ohne viel Tamtam umgeschrieben. Man könnte bei der Routine, mit der dies vollzogen wird, beinahe annehmen, die machen das öfter!

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

http://www.pi-news.net/2021/06/muenchen-ein-sozi-wacht-in-der-bunten-realitaet-auf/

München: Ein Sozi wacht in der „bunten“ Realität auf

15. Juni 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der SPD-Bundestagsabgeordnete Florian Post demonstrierte in München jahrelang Seite an Seite mit der Antifa gegen die Aufklärung über den Politischen Islam und setzte sich für den Bau des Europäischen Islamzentrums von Imam Idriz ein. Dies lief für ihn unter „Religionsfreiheit“.

Nach zehn Jahren scheint der Sozi aber langsam aufzuwachen. Denn er merkt, dass sich etwas verändert. Und zwar in Schwabing, wo der gebürtige Oberpfälzer auch wohnt. Beispielsweise am Odeonsplatz versammelt sich Abends häufig ein gewaltbereites Klientel, das ihm mehr und mehr missfällt.

Am Sonntag Abend eskalierte es schließlich. Post bekam einen Schlag ab. Er hatte den Fehler gemacht, einen jungen Mann mit Migrationshintergrund zu fragen, was es solle, dass jener einfach eine Flasche auf den Boden geworfen hat. Der schlug ihm als Antwort wuchtig an die Brust. Der begleitende Fotograf von der Bild ging dazwischen. Wenn keine Polizei in der Nähe gewesen wäre, die diese Gegend schon seit einiger Zeit im Auge hat, dann wäre die Situation komplett außer Kontrolle geraten.

Es waren so viele gewaltbereite Personen des gewissen „Klientels“ anwesend, dass die Polizei dem Bundestagsabgeordneten Post und dem Journalistenteam der Bild allen Ernstes riet, die Gegend um den Odeonsplatz zu verlassen. Man könne die Sicherheit nicht mehr garantieren, es seien zuwenig Polizisten da. Damit war dies eine No-Go-Area mitten in München. Am Sonntag Abend.

Am 4. Juni hatte Florian Post bereits einen erlebnisreichen Spaziergang durch Schwabing gemacht. Er ging über die Leopoldstraße, die früher mal eine Flaniermeile und ein Touristenmagnet war. An diesem Freitag Abend fiel ihm offensichtlich zum ersten Mal auf, dass sich dort vieles verändert hat. Und zwar ziemlich drastisch. Nicht zum Guten. Eine

Shisha-Bar nach der anderen. Halbstarke mit Protzgehabe. Einschüchterungen. Belästigungen. Gewalt. Vermüllung. Autorennen. Am Odeonsplatz machte Florian Post Fotos. Sprach mit Polizisten. Und veröffentlichte am nächsten Tag seine Eindrücke auf Facebook, was seitdem die bunten linken Multi-Kulti-Ideologen in der bayerischen Landeshauptstadt zutiefst empört:

> *„Mich schockieren immer noch meine Beobachtungen von gestern Abend. Hatte vorhin lange Gespräche mit Polizeibeamten in München. Sie berichteten mir von zunehmender Respektlosigkeit dieses Klientels gegenüber Polizistinnen und Polizisten. Vor weiblichen Einsatzkräften haben sie oftmals nicht einmal rudimentäre Anstandsformen und lassen sich auch keine Anweisungen geben. Oft passiert es, dass die Beamten bei Platzverweisen provoziert werden mit der Frage: „Und, willst Du mich schlagen, wenn ich nicht gehe?“*
> ***Die Polizei kommt auch mit ihren Einsätzen in München kaum mehr hinterher. Sie braucht deutlich mehr Einsatzkräfte. Und leider bestätigten sie auch meinen Eindruck, dass es sich oftmals um junge Männer mit Migrationshintergrund handelt.***
> ***Am Odeonsplatz gestern Abend war es ausschließlich so. Habe das ca. 40 Minuten beobachtet. Probleme darf man nicht verschweigen, sondern man muss sagen, was ist, um wirksam dagegen vorgehen zu können. Es hat sich eine Parallelgesellschaft entwickelt. Zu späterer Stunde fühlt man sich derzeit auch am Odeonsplatz nicht mehr sicher. Das ist traurig! Aber keinesfalls hinzunehmen. Das Gewaltmonopol hat der Staat und sonst keiner! Die Polizei braucht mehr Unterstützung! Sonst ist es nicht mehr das München, das wir wollen!“***

Der Facebook-Eintrag von Florian Post hat 74 Kommentare. Die meisten beschäftigen sich mit der Frage, ob man das mit dem „Migrationshintergrund“ und dem „Klientel“ so sagen dürfe. Es seien doch schließlich auch „Deutsche“, die sich so verhalten.

Einen Tag später legte Florian Post nach. Einer dieser „jungen Männer“ mit Migrationshintergrund wollte am Odeonsplatz mit seinem Auto wenden, ließ sich dabei von einem Polizeibeamten nicht aufhalten und fuhr ihn einfach um. Post schrieb dazu:

> ***„Alle nachfolgenden Infos habe ich von der Polizei: Bei dem hier genannten „Münchner“ handelt es sich um einen jungen Mann, der die kosovarische Staatsangehörigkeit besitzt, aber in München gemeldet ist, also „Münchner“, ist ja logisch. Er redete erst einen Polizisten dumm an, dass er bitte weggehen soll, weil er mit seinem aufgemotzten 5er BMW wenden wollte und fuhr dabei den Polizisten an. Noch Fragen? Gehört voll zu der von mir beschriebenen Klientel, die sich am Samstag in den frühen Morgenstunden wie eine wild gewordene Horde am Odeonsplatz aufführte und unter anderem mit ihren Autos durch die Stadt raste. Unter anderem neben Polizisten die Reifen rauchen ließen.***
> ***Der Polizist, der mir jetzt diese Auskunft zu dem 24jährigen gab, bestätigte mir klar, dass ein bestimmtes Klientel null Respekt vor uniformierten Einsatzkräften hat. Man kann sich die Realität nicht schön malen! Leider! Ich verlange nun schnelle Gespräche der Stadtverwaltung mit der Polizei, wie man wieder Herr der Lage werden kann! München ist ja angeblich bunt, aber langsam wird’s mir durch eine bestimmte homogene Gruppe zu bunt, vor allem im Benehmen!“***

Dazu verlinkte er einen Artikel der Süddeutschen Zeitung, der diesen skandalösen Vorfall in der üblichen politisch korrekten Vorgehensmethode von allen wichtigen Einzelheiten über den Täter entkernt.
Da handelt es sich um einen 24-Jährigen „Münchner“, der nach einem „Wortgefecht“ den Polizisten angefahren habe, so als ob der Polizist mit seiner möglicherweise herrischen Wortwahl vielleicht selber Schuld gewesen sei, so dass er dann umgefahren wird, auf die Motorhaube fliegt und am Knöchel verletzt wird. Hätte sich der Polizist doch respektvoller und höflicher verhalten, dann wäre das nicht passiert. So

etwas kann einem beim Lesen des SZ-Artikels in den Sinn kommen, wenn man linksideologisch denkt, und genau dieses Denken will die SZ wohl auch bedienen.
Genauso absurd berichtete die Süddeutsche über die Ausschreitungen im Englischen Garten, als Polizisten mit 50 Flaschen beworfen wurden und 19 Beamte Schnittverletzungen sowie Prellungen erlitten. Die Randalierenden werden von der Alpen-Prawda geradezu liebevoll als „Gruppen von Feiernden" bezeichnet. Die „Partyszene" von Stuttgart lässt grüßen.
Vorausgegangen war eine sexuelle Belästigung: Eine 14-jährige Münchnerin wurde gegen ihren Willen von einem „16-jährigen aus Fürstenfeldbruck" begrapscht und umarmt.
Man muss schon etwas suchen, um jenseits der linksgrünen Münchner Mainstream-Presse herauszufinden, wer dieser „16-jährige aus Fürstenfeldbruck" war. Nun, dort befindet sich ein Asylantenheim, da liegt ein gewisser Verdacht nahe. Die Bild liefert als einzige Zeitung in München die Fakten: Der „junge Fürstenfeldbrucker" ist ein Iraker. Was für ein Zufall, aus dem islamischen Kulturkreis, in dem man zu Frauen ein etwas anderes Verhältnis hat, um es vorsichtig auszudrücken. Aber das darf man heutzutage wohl nicht mehr sagen.
Im Zuge der Begrapschung und Belästigung der 14-jährigen entwickelten sich Auseinandersetzungen zwischen zwei Gruppen. Als die Polizei eintraf, um zu schlichten, kam es laut Bayerischem Rundfunk zu „gruppendynamischen Prozessen und Solidarisierungseffekten vieler dort anwesender Personen gegen die Polizei", so dass die „Jugendlichen" daraufhin gemeinsam auf die Einsatzkräfte losgingen. Laut Bild waren es hunderte, die die Polizisten umringten. Der stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Jürgen Ascherl sagt:

> ***„Ich bin entsetzt über das Verhalten unserer Mitbürger und vor allem über diese Aggressivität, die der Polizei hier entgegen schlägt."***

Der stellvertretende Leiter der Pressestelle des Polizeipräsidiums München Damian Kania kommentiert dazu:

> ***„Die Vorfälle gestern hatten eine neue Dimension. Flaschenwürfe gegen Polizeikräfte kennen wir so in München nicht. Ich kann mich nicht erinnern, dass es schon einmal so eskaliert ist. Glasflaschen in Richtung von Menschen zu werfen, ist Irrsinn."***

Aber die Süddeutsche Zeitung lässt einen Polizisten allen Ernstes die Frage stellen:

> *„Haben wir einen Fehler gemacht?"*

Die Polizei scheint plötzlich eine Menge falsch zu machen, denn zwei Wochen vor diesem „Party-Ereignis" kam es im Englischen Garten schon zu einer Massenschlägerei mit bis zu 50 Beteiligten und mehreren Verletzten beim Monopteros. 20 Polizeibeamte und mehrere Rettungswagen waren im Einsatz. Ein 24-Jähriger aus Augsburg erlitt durch Faustschläge und eine auf den Kopf gedroschene Weinflasche ein Schädel-Hirn-Trauma sowie eine Kopfplatzwunde. Er musste zur Behandlung ins Krankenhaus. Mehrere andere erlitten leichte Verletzungen.
Ich selber lebe seit 35 Jahren in München, nicht allzu weit weg vom Englischen Garten. Früher war es ein Ort absoluter Ruhe, Entspannung und Erholung. Niemals habe ich dort auch nur einen Anflug von Aggressionen oder gar körperlichen Auseinandersetzungen erlebt. Überall Musiker und Trommler. Eher hippiemäßig. Love, PeaceandHarmony. Idylle in einer absoluten Wohlfühl-Oase.

Die Bild bezeichnet den Englischen Garten jetzt als „Kampfzone". Und fragt: „Wird das jetzt jedes Wochenende so?"
Woanders in München ist es noch friedlich, wie auch die Bild feststellt. Beispielsweise an der Isar. Dort erholt sich aber immer noch das alte Klientel. Wie früher. Mal schaun, wie lange das auch hier noch so bleibt.
Denn München verändert sich. Wie so viele Städte in Deutschland. Und zwar drastisch, wie Karin Göring-Eckhard von den Grünen sagt. Sie freut sich darüber.

Viele Betroffene eher nicht. Ich auch nicht. Und Florian Post wohl auch nicht. Aber er gerät jetzt in den Fleischwolf linksgestörter Beton-Ideologie.
In der Münchner Abendzeitung empört sich der junge Grüne Stadtrat Dominik Krause in einem Artikel, der die Problem-Brennpunkte Münchens als „Party-Hotspots" schönfärbt. Darin verurteilt er die Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten „aufs Schärfste". Es seien „beschämende Aussagen", dass Post von „jungen Männern mit Migrationshintergrund" gesprochen habe, die die Probleme machten. Krause wörtlich:

> ***„Woran macht Herr Post fest, dass es sich um Migranten handelt? An ihrem Äußeren? Und welche Rolle spielt das?"***

Eindrucksvoller könnte dieser Grüne seine Naivität, Ahnungslosigkeit, Unbedarftheit, Realitätsferne, Weltfremdheit und linksideologische Denkblockiertheit nicht zum Ausdruck bringen. Kleine Nachhilfe, Herr Krause: Man macht es am Verhalten fest. Das Äußere und der spezifische Migrationshintergrund passen dann auffällig oft dazu. Aber das alles hat natürlich nichts mit nichts zu tun.
Dieser Dominik Krause, der bei der Grün-Rosa Liste im Münchner Stadtrat auch noch stellvertretender Fraktionsvorsitzender ist, hatte sich früher jahrelang an unseren kritischen Kundgebungen zum Politischen Islam abgearbeitet und sein „München ist bunt" Schildchen wie eine Monstranz hochgehalten. Man kann dem Dominik nur raten, besser nicht mit seinem Freund händchenhaltend durch gewisse Viertel Münchens zu spazieren. Er könnte sein blaues Wunder erleben, was ihn sehr unsanft aus seinem grünen Wolkenkuckucksheim herausholen würde. Wenn es bei einem blauen Auge bleibt, kann er sich noch glücklich schätzen. Vielleicht würde es sogar bei einem wie ihm den Aufwachprozess beschleunigen.
In typisch grüner Denk- und Sprechverbots-Manier wünscht sich Dominik Krause jetzt auch noch die Disziplinierung dieses SPD-Politikers, der doch tatsächlich die Frechheit besitzt, die Realität so zu beschreiben, wie sie ist. Ohne linksgrüne Brille. Und so fordert Krause in der AZ „eine Distanzierung der Münchner SPD-Spitze".

Florian Post, der auf dem Facebook-Profil von Dominik Krause übrigens neben ihm an einem „München ist bunt"-Banner zu sehen ist, kommentiert die Äußerungen des Grünen so:

> ***„Der Dominik Krause von den Grünen München verurteilt also in der Münchner Abendzeitung meine Aussagen „aufs Schärfste". Interessant! Warum eigentlich? Weil ich geschrieben, was ich selbst gesehen, gefilmt und fotografiert habe? Wie viele Mahnwachen oder Demos hätte er wohl schon organisiert, wenn von Freitag auf Samstag ein Mob von deutschen Hooligans sich am Odeonsplatz so aufgeführt hätte – was ich ebenfalls verurteilen würde – wie die von mir beschriebene recht homogene Gruppe junger Männer? Da werde ich rein gar nichts relativieren und alles jederzeit wieder so sagen, wenn es sich wiederholt! Übrigens: Münchner SPD-Gremien brauchen von einem Grünen weder Tipps noch Hinweise! Und ich schon dreimal nicht! Kümmert euch um euren Laden!"***

Erstaunlich offene Töne. Ausgerechnet von diesem Florian Post, der in der Vergangenheit nicht unbedingt mit Kritik am Politischen Islam oder der unkontrollierten Massenzuwanderung aus fundamental-islamischen Ländern aufgefallen ist. Post demonstrierte lieber gegen unser Bürgerbegehren, das das Europäische Islamzentrum von Imam Idriz verhindern wollte. Er stand fest an der Seite des damaligen Oberbürgermeisters Ude, der dieses Islamzentrum gerne in München gehabt hätte. Bei den vielen Begegnungen, die ich mit ihm bei unseren Kundgebungen auf der Straße hatte, beleidigte er nur und vermied jegliche sachliche Diskussion.

Passenderweise traf ich ihn am 25. Mai 2019 beim „Corso Leopold" genau auf der Straße, wo jetzt diese migrantischen Ausschreitungen stattfanden. Ich wollte damals als PI-NEWS-Journalist herausfinden, welche Position ein SPD-Bundestagsabgeordneter zum Politischen Islam hat. Bezeichnend, wie höhnisch Florian Post lachte, als ich von 100.000 Zuschauern dieses Videos sprach. Es sind übrigens schon fast 160.000 Zuschauer, die diese Selbst-Entlarvung von Post bisher gesehen haben. Aber immerhin wurde er dann doch neugierig und fragte mich bei dem Interview, was es mit dem Begriff Politischer Islam auf sich habe: Das war vor zwei Jahren. Florian Post hat mittlerweile angefangen, den Baum der Erkenntnis hochzuklettern. Er ist sogar schon auf Stufe zwei angekommen. Diese Stufen sind:

> *1. Erkennung des Problems*
> *2. Einordnung des Täterprofils*
> *3. Identifizierung der Ursachen*
> *4. Lösung des Problems*

Florian Post hat erkannt, dass es ein Problem auf Münchens Straßen gibt. Er hat ideologiefrei das Täterprofil eingeordnet. Aber noch ist er nicht zu Stufe drei vorgedrungen: Der Ursache des Problems. Die Struktur, die hinter dem Verhalten dieses „Klientels" steht. Es sind eben nicht allgemein „Migranten", es sind spezielle Migranten. Mit einer geistigen Orientierung, die von einer Ideologie gesteuert wird. Dem Politischen Islam, der eine Herrenmenschen-Einstellung bei gleichzeitiger Abwertung aller Anderen vermittelt. Der Gewalt gegen Andersdenkende und Andersgläubige nicht nur legitimiert, sondern regelrecht fordert. Der Frauen auf eine untergeordnete Stufe stellt, Homosexualität strikt ablehnt und Juden absolut feindlich gegenübersteht.

Wir können Florian Post nur wünschen, dass er auf diesem Baum der Erkenntnis höherklettert und diese Stufe drei erkennt, um die Ursachen den Problemen zuordnen zu können, die er erfreulicherweise mittlerweile wahrnimmt. Um dann zu Stufe vier zu gelangen, der Lösung des Problems: Dem Verbot des Politischen Islams mit all seinen strafrechtlichen, juristischen und politischen Konsequenzen.

Um diese Ideologie letztlich auch aus den Köpfen der Menschen zu bekommen, die diese Probleme verursachen. Und um junge Menschen ohne diese Ideologie aufwachsen zu lassen.
Warum Florian Post jetzt plötzlich den Mund aufmacht, kann natürlich auch damit zu tun haben, dass er nicht mehr auf den aussichtsreichen oberbayerischen Listenplatz 1 der SPD gewählt wurde und sein Wiedereinzug in den Bundestag extrem gefährdet ist. Er versucht nun, sein Bundestagsticket über das Direktmandat im Münchner Norden zu bekommen. Hierzu baut er auf die Unterstützung des früheren Oberbürgermeisters Christian Ude. Vielleicht glaubt er auch, mit diesem Klartext über die Zustände auf Münchens Straßen genügend Wählerstimmen hinter sich vereinen zu können. Nachdem die Probleme mittlerweile so groß geworden sind, dass sie immer mehr Münchner jetzt auch erkennen könnten.
In Dänemark sind die Sozialdemokraten schon deutlich weiter: Sie gehen gegen Parallelgesellschaften vor, betreiben eine restriktive Flüchtlingspolitik, haben ein Asylgesetz beschlossen, das die Unterbringung von Asylsuchenden in Drittländern vorsieht und wollen die Migration beschränken. Zudem will man Flüchtlinge wieder zurück nach Syrien schicken.
In Deutschland dürften sich die linksgrünen Beton-Ideologen in Politik, Medien, Kirchen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und der „Kampf-gegen-Rechts"-Industrie immer schwerer tun, diese Probleme zu beschönigen, zu vertuschen und zu verschweigen. Denn die Zustände beispielsweise in den Großstädten Nordrhein-Westfalens, Hessens und in Berlin sind schon weiter fortgeschritten als in München. Unser Land hat gerade erst angefangen, sich zu verändern. Es werden noch ganz andere Dinge bei diesem Transformationsprozess passieren.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

http://www.pi-news.net/linz-mohammedaner-sticht-pensionaere-ab-fpoe-und-gesellschaft-sind-schuld/

SAAT VON LINKEN UND LÜGENPRESSE GEHT AUF

Linz: Mohammedaner sticht Pensionäre ab – FPÖ und Gesellschaft sind schuld

2. Juli 2017

„Die Gesellschaft" und „die FPÖ" zusammen sind schuld, dass in Österreich ein älteres Ehepaar sterben musste. Und das geht so: Weil ein Mohammedaner sich von der österreichischen Gesellschaft schlecht behandelt fühlte und weil die FPÖ böse sei, wollte er „ein Exempel statuieren". Das sah so aus, dass der seit 1989 im Lande lebende Tunesier zwei ältere Herrschaften (85 und 87 Jahre alt) ganz diversitär mit Messer, Gurt und Holzknüppel aus dem Leben beförderte. Dass die

Rentner mit der Gesellschaft, die ihn angeblich so schlecht behandelte, nur mittelbar und mit der FPÖ überhaupt nichts zu tun hatten, störte bei dieser Mohammedanerlogik nur am Rande.
Die Presse berichtet:
Er habe die Partei und die Gesellschaft für viele negative Erfahrungen verantwortlich gemacht – etwa, wenn er seiner Ansicht nach beim AMS [vergleichbar der deutschen Arbeitsagentur, Anm. PI] nicht gut behandelt wurde oder ihm die Mindestsicherung gekürzt wurde. […]
Wenige Tage vor der Bluttat in Linz soll er den Entschluss gefasst haben, an der Gesellschaft ein Exempel zu statuieren. Als Opfer erkor er den 87-Jährigen und seine 85-jährige Frau aus, bei denen er einen Bezug zur FPÖ zu sehen glaubte, der aber wohl gar nicht bestanden haben dürfte. Die beiden hatten den Tunesier auch nicht schlecht behandelt, sondern ihn sogar finanziell unterstützt.
Laut Pilsl gab der Mann an, dass er wisse, dass die Tat nicht richtig gewesen sei und die beiden Opfer eigentlich nichts für seine Situation konnten. Dennoch habe er beschlossen, sich an der Gesellschaft zu rächen.
Der 54-Jährige arbeitete zuletzt im Geschäft seiner Lebensgefährtin, einer österreichischen Konvertitin, als Lebensmittellieferant mit. Zweimal wöchentlich brachte er Waren zu dem betagten Ehepaar. Am Freitag hatte er unter seiner Schürze einen Gurt, einen Holzstock, ein Messer und einen Benzinkanister versteckt. Zuerst erdrosselte er die arglose Frau, anschließend tötete er den Mann mit dem Messer und dem Stock. Dann legte er Feuer.
Auch das Tierreich hatte sich wohl schon schuldig gemacht ihm gegenüber, sodass er auch da Exempel statuieren musste und bereits aktenkundig geworden war, noch einmal die Presse:
Der Tunesier hatte seit Langem das Gefühl, als Muslim und als Ausländer nicht willkommen zu sein. Hinzu kam, dass er 2011 wegen Tierquälerei angezeigt und auch verurteilt wurde.
Das wahrlich Böse als Perspektive
Der Fall zeigt zweierlei, aus zwei unterschiedlichen Perspektiven. Die Perspektive des Mohammedaners besagt: Nie ist er persönlich für seine Taten verantwortlich, egal was passiert. Schuld sind immer die anderen, so abstrus das auch sein mag. Persönliche Verantwortung, kritische Selbstreflexion, ob man persönlich alles richtig gemacht hat im Leben, fehlen hier völlig (nicht umsonst dürfte ihm die Mindestsicherung gekürzt worden sein).
Die Perspektive „der Gesellschaft": Es liegt an ihr, wenn es bei den illegalen Neubürgern zu Abartigkeiten kommt, so die verbreitete eindimensionale linke Sicht auf die Welt. Wobei eine weiter gehende Differenzierung bestenfalls dahin stattfindet, dass unsere Pseudointellektuellen dann die Gesellschaft noch aufspalten in die Guten (das sind sie selbst) und die Bösen (FPÖ, AfD, Pegida und Pack). Es fällt auf, dass dieses primitive Erklärungsmuster, das besonders Linke im Westen vertreten, sehr kompatibel für Mohammedaner ist, beide lehnen eine persönliche Verantwortung für ihr Leben ab und suchen sich Schuldige, an denen sie dann ihren ganzen persönlichen Selbsthass ausleben können, den sie an Stelle der Selbstachtung entwickelt haben.
Insofern wird auch im linksversifften Deutschland damit zu rechnen sein, dass diese von Linken und Mohammedanern so verstandenen Denkmuster nicht nur „zur Anwendung kommen", sondern auch genauso gerechtfertigt werden wie im Fall von Linz. Das heißt konkret auf Deutschland bezogen: Noch stärker als jetzt schon wird man den Merkelkritischen Teil der Gesellschaft und konkreter die AfD

für alles Schlechte auf dieser Welt verantwortlich machen, so wie früher Hexen oder Juden. Man muss insofern eine entsprechende Steigerung der Propaganda von Politik und willigen Medienhuren erwarten, je näher die Wahl rückt. Auch das zeigt uns der Fall von Linz. Und wie man sieht, geht diese Saat auf.

https://www.focus.de/panorama/welt/grosseinsatz-in-wuerzburg-angriff-in-innenstadt-taeter-gefasst-mehrere-tote_id_13437726.html
Großeinsatz in Würzburg
Bericht: Mutter warf sich zwischen Messerstecher und ihre Tochter - und verlor dabei ihr Leben
Freitagnachmittag, mitten in der Innenstadt von Würzburg: Ein Mann greift mit einem Messer mehrere Menschen an. Es gibt Tote und Verletzte. Der Täter konnte von der Polizei überwältigt werden.

Bei einer Messerattacke in der Würzburger Innenstadt sind am Freitag drei Menschen getötet und mehrere verletzt worden
Der Täter konnte überwältigt werden, Gefahr für die Bevölkerung besteht laut Polizei nicht mehr
Im Überblick: Was wir über die Bluttat wissen - und was nicht
Was wir über den Täter wissen: Beim Messerangreifer von Würzburg handelt es sich um einen 24-jährigen Mann aus Somalia. Er lebt seit fünf Jahren in Deutschland und war zuletzt in einer Obdachlosenunterkunft in Würzburg untergebracht. Bereits vor der Tat vom Freitag war er gewalttätig aufgefallen, weshalb er wenige Tage zuvor in psychiatrische Behandlung eingewiesen worden war. Berichten zufolge wurde sein Asylgesuch abgelehnt, der Mann aber nicht abgeschoben. Seine Duldung lief noch bis Oktober.

Bericht: Mutter warf sich zwischen Messerstecher und ihre Tochter - und verlor dabei ihr Leben
18.11 Uhr: Bei dem Messerangriff am Freitagnachmittag wurden vor allem Frauen verletzt, alle drei Todesopfer waren ebenfalls Frauen. Gegenüber der "Bild"-Zeitung hat sich nun der Sohn einer der Schwerverletzten zu Wort gemeldet. Seine Mutter habe sich mit einer Freundin treffen wollen, berichtet er laut der Zeitung. Nachdem sie Geld geholt hatte, sei draußen schon "Tumult" zu hören gewesen. Als sie zur Tramhaltestelle habe laufen wollen, habe der mutmaßliche Täter zugestochen. "Der Täter hatte etwa 13 Mal auf sie eingestochen und ihre Pulshauptschlagader nur um Millimeter verfehlt", erzählt der 56-jährige Sohn. "Sonst wäre meine Mutter jetzt tot."

Die schwerverletzte Frau sei notoperiert worden und wieder bei Bewusstsein. Ein anderer dramatischer Fall hat sich laut des Berichts im Kaufhaus "Woolworth" abgespielt, in dem der Täter sich die Waffe besorgt hatte. Dort habe sich eine Mutter zwischen den Angreifer und ihre Tocher geworfen, um ihr Leben zu retten. Dabei sei die Mutter allerdings getötet worden, die Tochter wurde schwerverletzt.

Angreifer von Würzburg hatte Duldung bis Oktober
16.22 Uhr: Nach FOCUS-Online-Informationen war die Duldung des Angreifers von Würzburg, die er auf Basis seines subsidiären Schutzstatus erhalten hatte, noch bis Oktober diesen Jahres gültig. Im Falle einer Nicht-Verlängerung der Duldung hätte er dann nach Ablauf abgeschoben werden müssen. Eine Verlängerung der Duldung hängt dabei unter anderem davon ab, wie sich die Lage im Herkunftsland des Geduldeten entwickelt.

16.21 Uhr: Damit endet die Pressekonferenz.

16.19 Uhr: Ob es sich bei den gefundenen Hassbotschaften um IS-Material handelt, kann bisher nicht bestätigt werden, ebenso wie ein Zusammenhang zwischen dem Material und der Tat.

16.14 Uhr: Von den sechs Schwerverletzten seien zwei Personen wieder aus der Klinik entlassen worden. Bei einer Frau bestehe noch immer Lebensgefahr, die restlichen Verletzten sei "ärztlich stabil". Zudem gebe es einen Leichtverletzten. Gestrige Berichte über einen getöteten Mann sei eine "Falscheinschätzung" gewesen.

16.05 Uhr: Man habe den Täter nach seinen psychiatrischen Einweisungen gar nicht festhalten können, da keine Selbstgefährdung oder Gefährdung Anderer vorgelegen hätte. Aber auch diese Einschätzungen würden derzeit überprüft, erklären die Ermittler.

Würzburg: Neue Details zu den Opfern
15.57 Uhr: Kallert gibt nun einige Details zu den Opfern bekannt: Die Todesopfer seien Jahrgang 1939, 1972 und 1996. Im Geschäft seien zudem Frauen mit den Jahrgängen 1964, 1981, 1994 und 2010 verletzt worden. Vor dem Geschäft seien zudem zwei Frauen verletzt worden (Jahrgänge 1974 und 2005). Ob der Täter gezielt Frauen attackiert habe oder ob es Zufall sei, dass alle Opfer weiblich sein, werde derzeit geprüft.

15.55 Uhr: Kühnert erklärt, im Obdachlosenheim sei ein Handy gefunden worden, dass derzeit ausgewertet werde. Diese Auswertung gestaltet sich jedoch "sehr schwierig", da man dafür Dolmetscher benötige. Auch sei "Schriftmaterial mit Hassbotschaften" sichergestellt worden, dieses sei jedoch noch nicht ausgewertet worden.

Würzburg: Auch Polizisten hörten "Allahu Akbar" und "Dschihad"
15.50 Uhr: Zu einem möglichen islamistischen Hintergrund habe es "leichte Hinweise" bei der Vernehmung des Täters gegeben, erklärt Herrmann. Ein abschließendes Ergebnis habe man aber noch nicht. Herrmann betont jedoch, dass sich ein islamistischer Hintergrund und psychiatrische Probleme sich nicht gegenseitig ausschließen. Der Hintergrund sei weiter Gegenstand der Ermittlungen. Kallert ergänzt, dass auch Polizeibeamte die Worte "Allahu Akbar" und "Dschihad" vernommen hätten.

15.48 Uhr: Kallert erklärt nun, wie der Täter nach Würzburg kam: Am 6. Mai 2015 sei er in Chemnitz erstmals gemeldet worden. Nach Stationen in Düsseldorf und Chemnitz sei seit dem 4. September die Stadtverwaltung Würzburg für ihn verantwortlich gewesen. Kühnert erklärt, nach den Attacken in der Filialen habe der Täter noch in der Innenstadt weitere Menschen angegriffen. "Der Tatort zieht sich über eine größere Strecke."

15.47 Uhr: Oberstaatsanwalt Gosselke erklärt, derzeit werde der Schusswaffengebrauch der Polizei geprüft. Bisher gebe es allerdings keinerlei Hinweise darauf, dass der schießende Polizist nicht alles richtig gemacht habe. Das Landeskriminalamt habe die Ermittlungen zu der Messerattacke übernommen.

15.44 Uhr: Polizeipräsident Kallert erklärt nun, wie es weitergeht: Zwei Handys müssten nun zunächst überprüft werden, die man am Abend sichergestellt haben.

Nach Attacke von Würzburg: Am Sonntag soll Gedenkveranstaltung stattfinden
15.41 Uhr: Schuchardt kündigte für den morgigen Sonntag eine Gedenkveranstaltung um 15.30 Uhr an. "Würzburg ist eine friedliche Stadt", sagt Schuchardt.

15.38 Uhr: Nun spricht Oberbürgermeister Christian Schuchardt. Die Tat habe ihn "mitten ins Herz getroffen", insbesondere dadurch, dass Würzburg nun das zweite Mal in einem Jahrzehnt das zweite Mal "Schauplatz einer solchen Tat werde." Dann spricht auch Schuchardt den Einsatzkräften seinen Dank aus. Auch das "couragierte Eingreifen" mehrerer Bürger hätte geholfen, den Täter zu stellen. "Das nötigt einem allergrößten Respekt ab", erklärt Schuchardt.

15.36 Uhr: Staatsanwalt Frank Gosselke erklärt nun, gegen den Täter sei ein Haftbefehl wegen Mordes, versuchten Mordes und Körperverletzung erlassen worden. Mittlerweile befindet sich der Täter in einer Justizvollzugsanstalt, ist also nicht mehr im Krankenhaus. Er habe sich zu der Tat bisher nicht eingelassen.

Schon vor sechs Monaten bedrohte der Messerstecher Mitarbeiter mit einem Küchenmesser
15.33 Uhr: Der Täter befindet sich seit Mai 2015 in Deutschland und steht unter subsidiärem Schutz, erklärt Grüntler. Sein Aufenthalt in Deutschland sei damit legal. Er sei nicht vorbelastet, es seien in diesem Jahr aber einige Verhaltensauffälligkeiten bekannt geworden. Im Januar habe er sich mit Mitarbeitern der Obdachlosenunterkunft gestritten und diese mit einem Messer bedroht. Dabei habe es keine Verletzten gegeben. Daraufhin sei die Einweisung in eine psychiatrische Anstalt veranlasst worden. Auch seien mögliche Straftaten aus dem Jahr 2012 in Somalia geprüft worden. Im Juni habe er zudem einen Menschen in Würzburg belästigt, und sei daraufhin erneut in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen.

15.31 Uhr: Ein möglicher politischer Hintergrund werde nach wie vor geprüft, so Kühnert, und übergibt damit das Wort an die Staatsanwaltschaft in Form von Wolfgang Grüntler, dem zuständigen Staatsanwalt.

15.29 Uhr: "Aktuell laufen die Ermittlungen noch weiter", sagt Kühnert. Er ruft Zeugen auf, sich bei der Polizei zu melden, um insbesondere zu klären, was der Täter vor der Tat getan habe. Dafür weist er auf eine kostenlose Telefonhotline der Polizei sowie ein Medienportal hin, auf dem Videos und Fotos hochgeladen werden sollen.

15.26 Uhr: Nun übernimmt Armin Kühnert, Leiter der Kripo Würzburg. "Die Sichtung der Überwachungskameras ist ein wichtiger Punkt", erklärt Kühnert. Somit habe man "schnell, mit ziemlicher Sicherheit" sagen können, dass es sich um einen Einzeltäter handle.

15.23 Uhr: "Die Betreuung von Opfern und Angehörigen hat einen hohen Stellenwert", erklärt Wilhelm weiter. Dafür seien Betreuungsteams aus ganz Unterfranken zusammengerufen worden, um sich um Opfer und Angehörige zu kümmern.

15.20 Uhr: Damit übergibt Kallert an seinen Vize, Martin Wilhelm, der den Einsatz am Freitagabend geleitet hat. Wilhelm schildert nun, wie die Würzburger Polizei in Lagen wie der am Freitagabend vorgeht. Wichtigstes Ziel sei es, den Täter zu lokalisieren und weitere Straftaten zu verhindern. "Diese höchste Priorität ist es,

möglichst viele Einsatzkräfte an den Tatort zu kriegen." Alle verfügbaren Streifen seien vor Ort gewesen.

15.17 Uhr: Die Identifizierung des Täters habe "etwas gedauert", sagt Kallert. Der Wohnort des Täters sei danach ebenfalls durchsucht worden.

Würzburg: Polizeipräsident schildert Tatablauf
15.15 Uhr: Kallert schildert nun den Ablauf der Tat: Um 17 Uhr habe der Täter das Einkaufshaus betreten und habe sich dort von einer Käuferin zeigen lassen, wo es die Messer gebe. Aus einer Auslage habe er sich dann ein Messer genommen und mehrfach auf eine Verkäuferin eingestochen, die noch am Tatort ihren Verletzungen erlegen sei. Zwei weitere Frauen wurden in dem Kaufhaus getötet, ehe um 17.04 Uhr bei der Polizei der erste Notruf einging, so Kallert weiter. Zwei Minuten später seien die ersten Polizisten am Tatort eingetroffen und hätten den Täter stellen können - auch dank Hilfe der Bürger, die den Täter in die Enge getrieben hätten.

15.12 Uhr: Nachdem Herrmann den Einsatzkräften erneut gedankt hat, übergibt er das Wort an Polizeipräsident Gerhard Kallert. Auch Kallert beginnt sein Statement mit einem Dank an die Einsatzkräfte und die Bürger, die geholfen hätten, den Täter zu stellen.

Phoenix

15.10 Uhr: "Nun laufen die Ermittlungen auf Hochtouren", erklärt Herrmann. Man gehe nach wie vor von einem Einzeltäter aus, das Tatmotiv müsse noch geklärt werden.

15.07 Uhr: Innenminister Herrmann beginnt mit seinem Statement. "Wir sind alle immer noch tief erschüttert", beginnt Herrmann. "Unsere Gedanken sind bei den Verletzten und Angehörigen." Er bedankt sich auch erneut für das schnelle Eingreifen der Polizei, die bereits zwei Minuten nach dem ersten Notruf am Tatort eingetroffen sein.

15.03 Uhr: Die Ermittler sind eingetroffen, nun geht es los. Zunächst gibt es eine Vorstellungsrunde der Teilnehmer, die sich noch zieht.

Pressekonferenz um 15 Uhr: Herrmann und Polizei informieren über Ermittlungsstand
14.45 Uhr: Gleich sprechen Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und die Polizei und Staatsanwaltschaft über den Ermittlungsstand in Bezug auf die Messerattacke. Die Pressekonferenz beginnt um 15 Uhr, FOCUS Online begleitet sie an dieser Stelle im Live-Ticker.

Joachim Herrmann (CSU), Innenminister von Bayern, spricht.
Timm Schamberger/dpa/ArchivbildJoachim Herrmann (CSU), Innenminister von Bayern, spricht.
Ermittler finden Material der Terrormiliz IS im Heim des Würzburg-Messerstechers
13.08 Uhr: Wie die "Bild"-Zeitung nun berichtet, fanden die Behörden in der Mülltonne des Obdachlosenheims, in dem der Messerstecher wohnte, Propagandamaterial der Terrormiliz IS. Der 24 Jahre alte Täter soll es dort entsorgt haben. Wie die Zeitung weiter schreibt, hatte es der Attentäter zudem vor allem auf Frauen abgesehen.

Der Anwalt des Täters, Hanjo Schrepfer, berichtet "Bild", dass sein Mandant noch am Samstag dem Haftrichter vorgeführt werden soll. "Noch ist nicht klar, ob der Richter ins Krankenhaus kommt oder der Festgenommene zum Gericht gebracht wird. Das entscheidet sich gerade bei der Visite. Er ist soweit stabil nach dem Oberschenkeldurchschuss."

Zum Motiv habe sein Mandat keine Angaben gemacht, so der Anwalt. Ein psychiatrische Behandlung sowie Hinweise auf ein islamistisches Motiv, die in seinem Zimmer gefunden wurden, verneinte Schrepfer. "Von einer früheren psychiatrischen Behandlung ist mir nichts bekannt. Bis Mitternacht habe ich nichts davon gehört, dass bei der Durchsuchung seines Zimmers in einer Obdachlosenunterkunft irgendwelche Hinweise auf ein islamistisches Motiv gefunden wurden."

Würzburg-Messerstecher nannte tödliche Attacke seinen "Dschihad"
12.21 Uhr: Inzwischen mehren sich die Hinweise auf ein islamistisches Motiv des Angreifers, auch wenn ein eine psychische Erkrankung als Hintergrund der Tat nach wie vor ebenfalls möglich ist. Aus Sicherheitskreisen hieß es am Samstag, der mutmaßliche Täter habe bei seiner Vernehmung eine Äußerung gemacht, die auf religiösen Fanatismus schließen lasse.

Nach seiner Festnahme soll der Messerstecher von Würzburg etwa erklärt haben, seinen "Dschihad" verwirklicht zu haben, wie der "Spiegel" unter Berufung auf einen internen Behördenvermerk berichtet. Zuvor hatte ein Zeuge berichtet, er haben den Mann "Allahu Akbar" (deutsch: Gott ist groß) rufen gehört. Der Mann war den Behörden bisher aber nicht als extremistisch aufgefallen. Wegen Messer-Delikten sei der 24-jährige Flüchtling dennoch polizeibekannt gewesen, wie der "Spiegel" weiter schreibt. So sei ihm im Januar dieses Jahres wegen Bedrohung ein Messer abgenommen worden. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, die für terroristische Taten zuständig ist, stehe derzeit im Kontakt mit den Behörden.

Hinweise auf Kontakte zu militanten Salafisten gibt es dem Vernehmen nach bisher jedoch nicht. Der Angreifer soll 1997 in der somalischen Hauptstadt Mogadischu geboren sein. Er kam 2015 nach Deutschland. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur erhielt der Somalier subsidiären Schutz.

Der subsidiäre Schutz greift, wenn weder der Flüchtlingsschutz noch die Asylberechtigung gewährt werden können und im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht.

Wuerzburg, Innenstadt, 25.06.2021, Amoklauf in Wuerzburg mit drei Toten und Schwerverletzten Bild: Polizeieinsatz *** W
imago images/HMB-Media
Woolworth äußert sich: "Wir sind zutiefst betroffen"
11.45 Uhr: In einer Stellungnahme gegenüber FOCUS Online äußert sich Woolworth wie folgt: "Wir alle sind heute zutiefst betroffen von dem schrecklichen Vorfall in Würzburg. Gestern hat ein Mann in unserer Filiale mit einem Messer drei Menschen getötet und weitere verletzt, darunter auch eine Kollegin. Wir wünschen ihr eine schnelle Genesung. Auch unser Sicherheitsmitarbeiter, der einen wesentlichen Beitrag zum Schutz unserer Mitarbeiter geleistet hat, wurde leicht verletzt. Ihm danken wir besonders für sein couragiertes Handeln."

Man arbeite eng mit den Sicherheitsbehörden, um die Tat aufzuklären.

Söder nennt Bluttat von Würzburg "Amoklauf"

11.10 Uhr: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat die Bluttat von Würzburg als Amoklauf bezeichnet. Ganz Bayern sei entsetzt über das, was in Würzburg geschehen sei, sagte Söder zu Beginn einer Landesdelegiertenversammlung der CSU am Samstag nach Nürnberg. Söder hatte bereits zuvor Trauerbeflaggung für den Freistaat angeordnet. Es sei ein "schwerer Tag für Bayern", sagte Söder.

Bericht: Täter war abgelehnter Asylbewerber
10.49 Uhr: Laut übereinstimmenden Berichten von BR und einem FAZ-Journalisten war der Messerangreifer von Würzburg ein abgelehnter Asylbewerber. Eine Rückführung des 24-Jährigen nach Somalia fand aber bis dato nicht statt, da das Land laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als "Herkunftsland mit guter Bleibeperspektive" gilt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge darf sich nach Aussagen eines Sprechers aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zu Einzelfällen im Asylverfahren äußern.

Tatort nach Messerattacke abgeriegelt
10.09 Uhr: Am Morgen nach der tödlichen Messerattacke in Würzburg haben Polizisten einen der Tatorte weiter abgeriegelt. An der Fassade des betroffenen Geschäfts legten Menschen Blumen nieder und stellten Kerzen auf. Die Läden und Cafés in unmittelbarer Nähe hatten aber geöffnet, wie Augenzeugen berichteten.

Messerattacke in Würzburger Innenstadt
Karl-Josef Hildenbrand/dpa
Zwei Verletzte schweben noch in Lebensgefahr
08.45 Uhr: Am Tag nach der tödlichen Messerattacke in Würzburg stehen für die Polizei umfangreiche Ermittlungen an. Unklar ist weiterhin das Motiv des mutmaßlichen Täters, der am späten Freitagnachmittag in der Innenstadt offensichtlich wahllos und ohne jegliche Vorwarnung auf Passanten eingestochen haben soll. Drei Menschen starben, mindestens fünf wurden schwer verletzt. Zwei davon schwebten in Lebensgefahr. Wie viele weitere Verletzte es gab, sagte eine Polizeisprecherin am Samstag zunächst nicht. "Die Ermittlungen dauern weiter an."

Zum Zustand der überlebenden Opfer konnte die Sprecherin nichts sagen. Sie kündigte für den Samstagnachmittag eine Pressekonferenz an – Uhrzeit und Ort standen zunächst nicht fest.

Erst vor wenigen Tagen wurde der Messerstecher von Würzburg zwangseingewiesen
Samstag, 26. Juni, 07.16 Uhr: Der Verdächtige war laut Polizei in den vergangenen Monaten bereits gewalttätig gewesen und psychisch aufgefallen. Erst vor einigen Tagen sei er wohl in eine psychiatrische Behandlung eingewiesen worden, sagte Herrmann. Wie die "Süddeutsche Zeitung" berichtet, habe es sich dabei um eine Zwangseinweisung gehandelt. Nach Polizeiangaben lebte der Mann zuletzt in einer Obdachlosenunterkunft. Oberbürgermeister Schuchardt sagte, der Migrant sei seit fünf Jahren in Deutschland gewesen. Welchen Aufenthaltstitel der Verdächtige hatte, war am Abend noch unbekannt.

Messerattacke in Würzburger Innenstadt
Daniel Karmann/dpa
Täter und Opfer kannten sich nicht
Samstag, 26. Juni, 04.20 Uhr: Auch in der Nacht zu Samstag war die Polizei eigenen Angaben zufolge mit zahlreichen Einsatzkräften vor Ort, um die Hintergründe und den Ablauf der Tat zu ermitteln. Gekannt haben sollen sich Täter

und Opfer nicht. Die "Main Post" berichtet unterdessen, es habe bei dem Angriff zehn Verletzte gegeben. Diese Zahl wollte die Polizei zunächst nicht bestätigen. Am Abend und in der Nacht leuchten in der Nähe des Tatorts Kerzen in Gedenken an die Opfer.

Zwei lebensgefährlich Verletzte nach Messerattacke
22.42 Uhr: Bei der Messerattacke von Würzburg sind neben den drei getöteten Menschen mindestens zwei weitere Angegriffene lebensgefährlich verletzt worden. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte am Abend, es sei nicht klar, ob alle der Schwerstverletzten überleben würden Insgesamt seien fünf Menschen schwerstverletzt worden, darüber hinaus habe es weitere Verletzte gegeben. "Wir müssen jetzt hoffen und beten, dass die Schwerstverletzten überleben", sagte er. Zur Identität der Opfer machte er weiter keine Angaben.

22.20 Uhr: Der Verdächtige der Messerattacke hat seine Opfer nach bisherigen Erkenntnissen der Polizei nicht gekannt. „Dem Sachstand nach bestand keine Vorbeziehung zwischen Täter und Opfern“, teilten die Beamten am Freitagabend mit. Der Verdächtige aus Somalia lebte demnach in einer Obdachlosenunterkunft in Würzburg. Er sei durch einen gezielten Schuss aus einer Polizeiwaffe am Oberschenkel verletzt worden. Lebensgefahr bestehe nicht.

Würzburg: Bayerns Innenminister schließt islamistischen Anschlag nicht aus
21.50 Uhr: Bei der Einordnung der Messerattacke von Würzburg schließt Bayerns Innenminister Joachim Herrmann zum jetzige Zeitpunkt einen islamistischen Anschlag nicht aus. "Es gibt jedenfalls Indizien dafür, dass es sich um einen islamistischen Anschlag handeln könnte", sagte der CSU-Politiker am Freitag der Deutschen Presse-Agentur in Würzburg. Ein Zeuge gab Herrmann zufolge an, der Verdächtige habe bei der Tat "Allahu Akbar" gerufen. Das wurde bisher jedoch nicht von der Polizei bestätigt. Laut Polizei war der Täter auch zuvor nicht wegen Islamismus' bekannt.

21.37 Uhr: Der Verdächtige ist nicht wegen Straftaten polizeibekannt, die "Richtung Islamismus bisher hindeuten". Das sagte ein Polizeisprecher am Freitagabend in der Mainstadt. "Wir müssen natürlich alle Erkenntnisse zusammentragen, die es irgendwo gibt." Das werde einige Zeit dauern. Der Verdächtige habe bei den Ermittlern kurze Angaben gemacht. Was genau der 24-jährige Somalier sagte, blieb zunächst unklar.

"Überwiegend Frauen" unter den Opfern - auch kleiner Junge verletzt
21.20 Uhr: Laut einem "Bild"-Bericht hatte der Täter vor der Attacke in einer Woolworth-Filiale nahe des Tatorts nach einem Messer gefragt und mit diesem dann auf seine Opfer eingestochen. "Unter den Opfern sind überwiegend Frauen", sagte Herrmann weiter.

21.18 Uhr: Unter den Verletzten ist laut Bayerns Innenminister Herrmann offenbar auch ein kleiner Junge. Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt sagte, der Täter sei seit fünf Jahren in Deutschland.

Polizei durchsucht Wohnung des Täters - der wird im Krankenhaus vernommen
21.00 Uhr: Herrmann gab zudem bekannt, dass der Täter sich derzeit in einem Würzburger Krankenhaus befinden und von der Polizei vernommen werden würde. Er habe auch bereits Angaben gemacht, welche das seien, sei noch nicht genauer bekannt.

20.47 Uhr: Innenminister Herrmann teilte weiter mit: „Klar ist jedenfalls für den Moment, es sieht nicht danach aus, dass es weitere Täter gibt.“ Es gebe eine Zeugenaussage, dass der Täter mit unglaublicher Brutalität zugestochen habe. Die Polizei durchsuche zurzeit den Wohnraum des Täters.

Herrmann richtete ein großes Dankeschön an Einsatzkräfte und mutige Freiwillige: „Ich möchte mich bedanken bei den Einsatzkräften, auch acht Rettungskräfte waren in Windeseile vor Ort und konnten die Opfer versorgen. Ich habe davor sehr sehr großen Respekt, dass sich Würzburger dem Mann in den Weg gestellt haben.“

Messerattacke in Würzburger Innenstadt
dpa

Würzburg: Täter war polizeilich bekannt und in psychiatrischer Behandlung
20.42 Uhr: Innenminister Herrmann teilte am Abend mit: Der Täter sei in den vergangenen Monaten als "gewaltbereit" aufgefallen und sei erst vor wenigen Tagen in psychiatrische Behandlung eingewiesen worden. Der Mann war polizeilich bekannt.

https://www.focus.de/panorama/welt/mehr-als-20-objekte-werden-durchsucht-razzia-gegen-miri-clan-in-nordrhein-westfalen_id_13430915.html

Mehr als 20 Objekte werden durchsuchtRazzia gegen Miri-Clan in Nordrhein-Westfalen

Donnerstag, 24.06.2021, 09:26

Razzia gegen den Miri-Clan: Mehr als 20 Objekte in Nordrhein-Westfalen werden derzeit durchsucht. Ziel sind vor allem in Dortmund ansässige Mitglieder des Clans. Erst vor zwei Wochen war die Polizei gegen den Al-Zein-Clan in NRW vorgegangen.

Das berichtet die "WAZ". Seit Oktober 2020 sei gegen Mitglieder der Familie ermittelt worden. Der Anlass für die Razzia sind der Verdacht auf bandenmäßigen Handel mit Kokain im zweistelligen Kilo-Bereich sowie mutmaßliche Verstöße gegen das Waffengesetz.

"Das Verfahren läuft bereits seit Oktober 2020", sagte eine Polizeisprecherin zu **"Bild"**. "Heute Morgen fanden in Bochum, **Dortmund** und angrenzenden Städten Durchsuchungsmaßnahmen in mehr als 20 Objekten statt." Auch das SEK sei im Einsatz. Ziel der Durchsuchungen sei es, Drogen und Waffen sicherzustellen, um belastbare Beweise in der Hand zu haben. Ob es bis dato Festnahmen gab, ist nicht bekannt.

https://www.pi-news.net/2021/06/kassel-staatsanwaltschaft-stellt-verfahren-gegen-faustschlaeger-ein/

Kassel: Staatsanwaltschaft stellt Verfahren gegen Faustschläger ein

22. Juni 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Einen gehörigen Teil meiner Arbeitszeit muss ich auf die schriftliche Auseinandersetzung mit Staatsanwaltschaften und Gerichten verwenden. Sowohl für meine Verteidigung gegen zahlreiche diffuse Anzeigen wegen vermeintlicher „Beschimpfung von religiösen Bekenntnissen" oder angeblicher „Volksverhetzung" als auch bei meinen Anzeigen gegen Straftäter aus den Reihen der Gegendemonstranten, die bei unseren BPE-Aufklärungskundgebungen massiv beleidigen, mit Gegenständen werfen oder auch zuschlagen.

Staatsanwaltschaften in ganz Deutschland neigen dazu, Verfahren gegen Straftäter aus dem linken und moslemischen Spektrum einzustellen. Meist werden dabei ein „Mangel an öffentlichem Interesse" und eine „Geringfügigkeit des Vergehens" vorgeschoben. Auch in dem hier vorliegenden Fall.

Bei der in vielerlei Hinsicht denkwürdigen Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa am 31. Oktober des vergangenen Jahres in Kassel wurde unser taiwanisch-stämmiger Ordner Li von einem mutmaßlich albanischen Moslem, der auch noch den Propheten in seinem Namen trägt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Zuvor hatte er zusammen mit einem Bekannten versucht, sich des Mikrofonkabels zu bemächtigen. Die Szene ist im Video *(oben)* zu sehen.

Man erkennt deutlich, dass der Beschuldigte zweimal mit der Faust zuschlug. Einmal traf er Li ins Gesicht, das zweite Mal konnte sich Li gerade noch wegducken. Als Li am Boden lag, näherte sich der Beschuldigte auch noch bedrohlich an und holte mit dem Fuß aus. Nur, weil noch jemand anders vor ihm lag, konnten womöglich ein oder mehrere Tritte gegen den Körper verhindert werden. Unser Ordner stellte natürlich Strafantrag wegen Körperverletzung.

Die Staatsanwaltschaft Kassel stellte das Verfahren aber ein. Gemäß § 45 Abs. 1 Jugendgerichtsgesetz werde von der Verfolgung abgesehen. In diesem §45 Absatz 1 steht:

> *„Der Staatsanwalt kann ohne Zustimmung des Richters von der Verfolgung absehen, wenn die Voraussetzungen des § 153 der Strafprozeßordnung vorliegen."*

In § 153 wiederum ist zu lesen:

> *„Hat das Verfahren ein Vergehen zum Gegenstand, so kann die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständigen Gerichts von der Verfolgung absehen, wenn die Schuld des Täters als gering anzusehen wäre und kein öffentliches Interesse an der Verfolgung besteht."*

Staatsanwältin R. liefert folgende merkwürdige Begründung:

> ***„Von einer Anklageerhebung wird ausnahmsweise abgesehen, weil aufgrund der getroffenen Feststellungen das Verschulden gering ist und ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung nicht gegeben ist.***
> ***Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die beiden Beschuldigten während der Kundgebung mehrfach von dem Michael Stürzenberger verbal angegangen wurden. Ohne diese Provokationen wäre es vermutlich gar nicht zu dem Griff nach dern Mikrofonkabel und der nachfolgenden körperlichen Auseinandersetzung gekommen.***
> ***Die Ordner – auch der Geschädigte – gingen in dieser Situation zu viert sogleich körperlich auf die jugendlichen Beschuldigten vor und trugen damit ebenfalls erheblich zu der Eskalation in Form wechselseitiger Körperverletzungen bei."***

Staatsanwältin R. meint also, dass die bedauernswerten Jugendlichen nur provoziert wurden und bei ihrem Versuch, an unser Mikrofonkabel zu gelangen, doch tatsächlich von unseren Ordnern gehindert wurden.

Als der Beschuldigte unserem Ordner mit der Faust ins Gesicht schlug, kam es doch unverschämterweise zu einer Gegenreaktion des Geschlagenen. Da muss man doch die bedauernswerten Jugendlichen freisprechen.
Im Video *(oben)* ist die Szene in Zeitlupe zu sehen, damit man die Realität von der fiktionalen Darstellung der Staatsanwaltschaft unterscheiden kann. Es ist frei erfunden, dass vier Ordner gegen die Beschuldigten „körperlich vorgingen". Drei Ordner beschränkten sich komplett auf die defensive Sicherung und trugen keineswegs zur „Eskalation", sondern vielmehr zur De-Eskalation bei. Dass sich Li gegen völlig unprovozierte Faustschläge in sein Gesicht wehrte, ist selbstverständlich.
Um den dreisten Vorwurf der Staatsanwaltschaft in Bezug auf meine angeblichen „Provokationen" und mein „verbales Angehen" aus dem Weg zu räumen, sind in dem Video die Szenen der Kundgebung ab dem Eintreffen der beiden zu sehen. Damit klar wird, was sich wirklich abspielte.
Die zwei kamen etwa eine dreiviertel Stunde nach Beginn der Kundgebung. Beide hörten zu, als ich mit einem moslemischen Bürger sachlich über den Politischen Islam diskutierte. Als ich fünf Minuten später anhand eines großen A0-Plakates den Koranvers Sure 9 Vers 29 zitierte, der die Bekämpfung von Christen und Juden fordert, gingen beide mit raschem Schritt bedrohlich auf mich zu. Unmittelbar darauf erfolgte die erste Beleidigung des Beschuldigten:

„Halt die Fresse"

Daraufhin ermahnte ich den Beschuldigten ganz ruhig, zu lernen, sich kritisch mit dem Politischen Islam auseinanderzusetzen und lud ihn ein, alles sachlich zu überprüfen, was wir aus dem Koran zitieren.
Als ich eine Viertelstunde später über die Eroberungsgeschichte des Politischen Islams ab dem Jahr 632 bis ins Mittelalter berichtete, zeigte mir der Beschuldigte in beleidigender Weise den Mittelfinger. Direkt anschließend langte er sich provozierend an sein Geschlechtsteil, was „Fick Dich" bedeutet.
25 Minuten später berichtete ich über den Judenhass des Politischen Islams. Daraufhin sagte mir der Bekannte des Beschuldigten etwas auf albanisch, was vermutlich eine Beleidigung darstellte. Daraufhin erzählte ich, dass uns bei der Kundgebung in Augsburg eine Woche zuvor zwei Kosovo-Albaner besucht hatten, die in der Schweiz leben. Sie waren mit dem Auto extra knapp fünf Stunden gefahren, um uns vor Ort zu unterstützen, da sie unsere Ansichten über den Politischen Islam teilen. Beide hatten sich auch am Mikrofon geäußert. Daraufhin beleidigte mich der Beschuldigte als „Schwanz".
Als ich den beiden Personen aufgrund ihres weiteren andauernden bedrohlichen und aggressiven Auftretens sagte, dass ich es ihnen ansehen würde, dass sie mich im Dunkeln, wenn keine Polizei da wäre, vermutlich gerne schlagen würden, nickte der Beschuldigte zustimmend.
Obwohl ich mehrfach betonte, dass sich unsere Kritik nicht gegen Menschen, nicht gegen Moslems richtet, sondern nur gegen die Ideologie des Politischen Islams, blieben die beiden hochaggressiv. Während ich über das notwendige Verbot des Politischen Islams sprach, damit der Islam säkular und rein spirituell wird, sah ich die beiden an. Sein Bekannter blaffte mich an „Was kuckst Du". Der Beschuldigte rief mir provozierend zu „Komm her" und zeigte direkt vor sich.
Dann beleidigte mich der Beschuldigte zum zweiten Mal mit „Schwanz".
Nachdem ich über die totalitäre und menschenverachtende Ideologie des Kommunismus berichtet hatte, zeigte ich anhand von einschlägigen Koranversen

den Judenhass des Politischen Islams auf. Ein modern eingestellter Moslem wollte bei meiner Kritik am Politischen Islam auch differenzierende Aspekte hören. Die lieferte ich ihm umgehend und sagte, dass die Armen-Abgabe im Islam etwas Positives ist. Außerdem stellte ich den Aspekt der Barmherzigkeit dar, der aber gemäß Koran Sure 48 Vers 29 ausschließlich auf die moslemische Gemeinschaft beschränkt ist. Der Beschuldigte hatte sich währenddessen zusammen mit seinem Bekannten in unmittelbarer Nähe etwa drei bis vier Meter vor mir postiert.
Die beiden besprachen sich und der Bekannte deutete auf das Mikrofonkabel. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass die beiden ausmachten, das Mikrofonkabel zu beschädigen, damit die Reden nicht mehr über die Lautsprecher übertragen werden können. Der Überfall war also ganz offensichtlich geplant. Der Bekannte des Beschuldigten holte sich seinen Rucksack, den er hinter sich an der Wand der Bushaltestelle abgelegt hatte, und hing ihn sich um. Das Signal zum Angriff kam vom Beschuldigten.
Unmittelbar darauf kamen die beiden mit schnellem Schritt auf mich und das Mikrofonkabel zu. Der Bekannte des Beschuldigten bückte sich zum Mikrofonkabel herunter, um es in die Hand zu nehmen. Es war nur der Aufmerksamkeit unserer Ordner zu verdanken, dass die beiden davon abgehalten wurden, das Kabel zu zerstören.
In dem Video *(oben)* ist zu erkennen, dass der Beschuldigten einen Faustschlag gegen mich begann, als ich mich ihm entgegenstellte, den er aber vor meinem Körper abbrach. Als sich unserer Ordner Li vor ihn stellte, schlug der Beschuldigte ihm mit seiner rechten Faust ins Gesicht. Direkt danach führte er mit seiner linken Faust einen zweiten Schlag durch, dem Li nur durch instinktives Abducken ausweichen konnte, sonst wäre er ein zweites Mal im Gesicht getroffen worden. Als Li ihn wegdrängte und dann durch die Attacke des zweiten Angreifers zu Boden ging, stürzte sich der Beschuldigte mit Anlauf auf ihn und holte mit seinem rechten Bein zum Fußtritt aus. Wenn in diesem Moment nicht eine dort stehende Person vor Li zu Boden gerissen worden wäre, dann wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Fußtritt gegen unseren am Boden liegenden Ordner erfolgt.
Hiermit ist per Videobeweis ausführlich und eindeutig dokumentiert, dass sich der Beschuldigte über einen Zeitraum von über einer Stunde andauernd hochaggressiv verhielt, wiederholt beleidigte und gewalttätig wurde, was in schweren Körperverletzungen hätte enden können. Ohne dass eine „Provokation" von mir zugrundelag, denn meine Kritik am Politischen Islam ist begründet, sachlich und faktisch fundiert. Zudem differnziere ich permanent zwischen den Moslems und der Ideologie.
Diese Vielzahl an Straftaten sind keinesfalls als „gering" anzusehen, wie es die Staatsanwältin R. in ihrem Schriftsatz bewertete, und es besteht selbstverständlich im Sinne des Schutzes der Bevölkerung ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung. Eine Nichtverfolgung würde den Beschuldigten geradezu ermuntern, mit seinem aggressiv-gefährlichen Verhalten fortzufahren und wäre zudem ein pädagogisch verheerendes Signal für den mittlerweile 18-jährigen jungen Mann. Daher hat unser Ordner beantragt, das Verfahren gegen den Beschuldigten wieder aufzunehmen.
Gleichzeitig wurde auch mein Strafantrag wegen den diversen Beleidigungen gegen mich in einem parallelen Verfahren mit den gleichen Begründungen eingestellt: Angebliche „Geringfügigkeit" und „mangelndes öffentliches

Interesse“. Auch ich legte Einspruch ein und beantragte die Wiederaufnahme wegen folgender Delikte:

Beleidigung § 185 StGB
Sachbeschädigung § 303 (3) Versuch ist strafbar
Körperverletzung § 223 (2) Versuch ist strafbar

Wir werden über den Fortgang dieser Verfahren weiter berichten. Es ist eminent wichtig, dass die doppelten Standards in der Strafverfolgung beendet werden. Linke und Moslems müssen nach den gleichen Grundsätzen von Staatsanwaltschaften behandelt werden wie rechtskonservative Bürger. Noch steht im Grundgesetz Artikel 3 (1):

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“

Bei der Staatsanwaltschaft Kassel, und nicht nur bei ihr, bin ich mir in dieser Hinsicht beim besten Willen nicht sicher. Und so wird uns die dortige Kundgebung wohl noch lange beschäftigen.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

https://www.n-tv.de/panorama/16-01-Nach-Razzia-in-NRW-Clan-verkaufte-wohl-gefaelschte-Corona-Tests--article21626512.html

16:01 Nach Razzia in NRW: Clan verkaufte wohl gefälschte Corona-Tests +++
Nach einer großen Clan-Razzia unter anderem in Leverkusen wird drei Verdächtigen auch vorgeworfen, Corona-Tests gefälscht zu haben. Unter anderem wird einem der Söhne der Familie Al.-Z. vorgeworfen, gegen Geld negative Coronatestzertifikate ausgefüllt zu haben. Entsprechende Blankoformulare habe man sichergestellt, geht aus einem Bericht an den Rechtsausschuss des Landtags hervor. Der Justizminister nennt in dem Papier auch weitere Details zum mutmaßlichen Sozialbetrug durch die Familie, die in einer Villa in Leverkusen lebte. Sie hätte seit Mai 2015 "in wechselnder Zusammensetzung" beim Jobcenter zu Unrecht Sozialleistungen beantragt und Geschäfte und Vermögen verheimlicht. So hätten sie 400.000 Euro kassiert.

https://philosophia-perennis.com/2021/06/28/wir-schaffen-das-mit-todesfolge/

System Merkel

„Wir schaffen das“ mit Todesfolge

Von

PP-Redaktion

28. Juni 2021

Die Bluttat von Würzburg ist nur die Spitze des Eisbergs. Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold

Nein, dies ist bei aller Betroffenheit und allem Zorn über die Bluttat von Würzburg nicht der Ort für polemische Plattitüden im Stil von „Merkel hat mitgestochen“. Das hat sie natürlich nicht und möglicherweise bedauert sie die Opfer sogar, auch wenn sich ihre öffentlich gezeigte Empathie für einheimische Opfer von Zuwandererkriminalität bislang in sehr engen Grenzen hielt.

Aber die Noch-Bundeskanzlerin hat – und das ist der entscheidende Punkt – billigend in Kauf genommen, dass es als direkte Folge der von ihr veranlassten Grenzöffnung für jedermann zu derartigen Verbrechen an der einheimischen Bevölkerung kommen kann und wird. An Warnungen seitens der Sicherheitsorgane hat es seinerzeit nicht gefehlt, die sie kaltschnäuzig ignorierte, um sich vor den Medien und der Weltöffentlichkeit als Flüchtlingsretterin feiern zu lassen.

Und sie hatte sogar noch die Stirn, die unausweichliche Folge Ihres Handelns als eine Art „alternativlosen“ Tatbestand darzustellen, den die Bevölkerung hinzunehmen habe. So berichteten mehrere Abgeordnete folgendes Aussage Merkels in einer Fraktionssitzung: „Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da.“ (!)

Es ist richtig, dass schwere Verbrechen wie das vom Berliner Breitscheidplatz oder die Bluttat von Würzburg (noch) nicht die Regel sind, aber sie sind sehr wohl die Spitze eines Eisbergs von Zuwandererstraftaten gegen die einheimische Bevölkerung. Gemäß dem eben erschienenen Bundeslagebild „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ wurden allein 2020 41.974 Deutsche Opfer von Gewaltstraftaten mit mindestens einem Zuwanderer als Tatverdächtigen (nur aufgeklärte Fälle). In der umgekehrten Konstellation (wie üblich ohne Berücksichtigung eventuellen Migrationshintergrundes) waren es 11.745 Straftaten, also etwa ein Viertel.

Im Bereich „Straftaten gegen das Leben“ wurden 103 Deutsche Opfer von Tötungsdelikten (inkl. Versuche) und anders als in den Vorjahren verzichtet das BKA nunmehr vorsorglich darauf, die Anzahl der deutschen Opfer von Sexualdelikten anzugeben (2019 waren es immerhin 2.866). Es könnte die Bevölkerung beunruhigen…

Über den Täter (das „mutmaßlich“ kann man in diesem Fall weglassen) ist bislang bekannt, dass es sich um einen 24-Jährigen Somalier handelt, der vor fünf Jahren (also in direkter Folge von Merkels Grenzöffnung für jedermann 2015) nach Deutschland gekommen ist. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, aber wie fast stets in solchen Fällen wurde er dennoch nicht abgeschoben. Selbst der FAZ-Journalist Philip Plickert schreibt hierzu auf Twitter: „Der Täter in #Würzburg war laut Behörden ein abgelehnter Asylbewerber. Wäre er abgeschoben und rückgeführt worden, könnten drei Menschen noch leben.“

Die „Begründung“ für diese Unterlassung ist an Zynismus nicht zu überbieten. Zitat: „Eine Rückführung des 24-Jährigen nach Somalia fand aber bis dato nicht statt, da das Land laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als ‚Herkunftsland mit guter Bleibeperspektive‘ gilt.“ (!)

Um diesen Euphemismus richtig einordnen zu können, muss man wissen, dass das Herkunftsland Somalia gemäß PKS an dritter Stelle der Kriminalitätsbelastung bei den „Straftaten gegen das Leben“ steht und somalische Staatsangehörige 16mal häufiger derartige Verbrechen begehen als Deutsche! Bei Sexualdelikten und Körperverletzungen liegen Somalier mit Rang 6 ebenfalls im Spitzenfeld.

Hier handelt es sich m. E. nicht mehr nur um Behördenversagen, sondern es wurde bewusst und billigend in Kauf genommen, dass besagte Klientel hier in Deutschland weitere Straftaten verübt. In einem Land, das das Leben und die körperliche Unversehrtheit seiner

Bürger schützt, würden die Verantwortlichen im Hinblick auf die dramatischen Folgen ihres Tuns oder besser Unterlassens sofort aus dem Amt entfernt und möglicherweise sogar vor Gericht gestellt.
Natürlich wird in der Bundesrepublik Deutschland nichts dergleichen geschehen, denn hier genießen nicht nur Regierungsmitglieder bis hin zur Bundeskanzlerin Narrenfreiheit, sondern auch die Beamten in den nachgeordneten Behörden, jedenfalls solange die Opfer ihres Versagens „nur" Einheimische sind oder im Jargon der Bundeszentrale für politische Bildung „Kartoffeln".
Bei aller Empörung über das systematische Behördenversagen nicht nur in diesem Fall (ob nun aus Desinteresse, Feigheit oder Angst vor Rassismusvorwürfen), **sollte man jedoch nicht aus dem Auge verlieren, wer das grundsätzliche Problem, nämlich die unkontrollierte Einwanderung von Hunderttausenden Migranten aus tribalistischen Gewaltgesellschaften (wie eben Somalia), politisch verantwortlich ist. Das sind eindeutig die Bundeskanzlerin und die sie tragenden politischen Parteien und Medien, die unter fadenscheinigen Vorwänden das bundesdeutsche Asylrecht bis hin zum Grundgesetz Art. 16a aushebelten und damit eine Zuwanderungswelle auslösten, die nicht nur Multimilliardenkosten verursacht, sondern die eigene Bevölkerung unwägbaren Gefährdungen durch Kriminalität und Terror aussetzt, mit im Extremfall – wie im Fall Würzburg – sogar tödlichen Folgen. Vor diesem Hintergrund erscheint Frau Merkels Dauerparole „Wir schaffen das!" als menschenverachtender Zynismus.**
Quellen:
https://archive.is/NPfWs#selection-3817.231-3817.31

https://philosophia-perennis.com/2021/06/29/migrationsforscher-deutschland-hat-ein-islamismus-problem/

Migrationsforscher: Deutschland hat ein Islamismus-Problem
Von
David Berger
29. Juni 2021

Migrationsforscher Professor Ruud Koopmans hat gegenüber der Bild-Zeitung anlässlich des islamistischen Terroranschlags in Würzburg und der Reaktionen der Bundesregierung erklärt: „Die Verneinung des religiösen Hintergrunds führt dazu, dass das Problem nicht erfolgreich bekämpft werden kann."
Für Koopmans ist klar: Deutschland hat ein Islamismus-Problem – und das liegt auch an der Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung. Laut Koopmans kommen „überwiegend junge Männer aus Ländern, in denen der gewalttätige Islamismus sehr stark verbreitet" sei. Und der Experte stellt weiter fest, dass man die Folgen dieser „explosiven Mischung" bei Terrorattacken wie in Würzburg – aber auch in der Kriminalstatistik sehe. Für den Migrationsforscher ist klar: „Es gibt eine sehr hohe Überrepräsentation dieser Zuwanderergruppe insbesondere bei schweren Gewalt- und Sexualdelikten."
Zuwandererkriminalität im Bereich schwerster Straftaten gegen das Leben

Zudem liegt dem Magazin Focus eine BKA-Analyse vor mit Informationen zur Zuwandererkriminalität im Bereich schwerster Straftaten gegen das Leben: So zählt das Bundeskriminalamt **zwischen 2016 und 2020 insgesamt 2.000 Tötungsdelikte (1.989 aufgeklärte Fälle), bei denen mindestens ein Zuwanderer als Täter ermittelt wurde.**

Zurecht hat Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin der Alternative für Deutschland, dazu bemerkt: „Würzburg hat erneut gezeigt: Merkel hat mit der illegalen Grenzöffnung den islamistischen Terror und zahllose junge Männer importiert, die mit schweren Gewalt- und Sexualdelikten den Alltag in Deutschland verändert haben. Mädchen und Frauen sind, wie in Würzburg, die bevorzugten Opfer dieser von Merkel importierten Tätergruppe. Und ihr Regierungssprecher faselt faktenwidrig etwas von einem „Amoklauf". Lüge und Vertuschung im Vorwahlkampf, um von Merkels historischem Versagen abzulenken."

Durch Merkels Politik gestorben

Auch die drei Frauen von Würzburg seien „mittelbar durch Merkels Politik" gestorben. Derzeit seien mehr als 290 000 Ausländer ausreisepflichtig, die dennoch nicht abgeschoben werden.

Die AfD fordere daher das Ende der fortgesetzten Masseneinwanderung und die sofortige und konsequente Abschiebung von „Gefährdern, Kriminellen und psychisch labilen Islamisten zum Schutze der hier lebenden Menschen, aber auch die konsequente Abschiebung von allen anderen illegal Eingereisten ohne Schutzgrund. Dänemark und Ungarn sollen unsere Vorbilder sein."

https://www.n-tv.de/panorama/Razzia-gegen-Teststation-in-Shisha-Bar-article22656659.html

DONNERSTAG, 01. JULI 2021

Betrugsverdacht nach Anzeige **Razzia gegen Teststation in Shisha-Bar**

Zwei Millionen Euro wollten die Betreiber zweier Teststationen in Köln kassieren. Doch trotz laxer Kontrollen waren ihre Angaben so unplausibel, dass die drei Beschuldigten statt des Geldregens Besuch von der Polizei bekamen. Die Einrichtungen, eine in einer Shisha-Bar, sind jetzt dicht.

Betreiber zweier Corona-Teststationen in Köln stehen unter massivem Betrugsverdacht. Nach den von ihnen eingereichten Unterlagen wären in ihren beiden Teststationen zeitweise bis zu 36 Prozent aller Tests von rund 800 Teststationen in Köln ausgeführt worden, teilte die Polizei mit. Am Vormittag durchsuchte die Polizei in Köln und in Bergheim Wohnungen und Geschäftsräume. Die 25, 26 und 31 Jahre alten Betreiber der Teststationen sollen den Angaben zufolge im Mai und im Juni Unterlagen gefälscht und nicht ausgeführte Tests bei der Kassenärztlichen Vereinigung zur Bezahlung eingereicht haben. Das Verfahren war nach anonymen Anzeigen ins Rollen gekommen. Die Teststationen befanden sich in einer Sisha-Bar in der Innenstadt und im Stadtteil Ehrenfeld.

Meiste Anbieter arbeiten seriös **Spahn nennt Betrug in Teststellen "Sauerei"**

Aufgefallen waren sowohl die Gesamtzahl der zur Bezahlung eingereichten Tests als auch der im Verhältnis zur Gesamtzahl zu hohe Anteil negativer Ergebnisse - bei denen für das Gesundheitsamt gar kein Handlungsbedarf entsteht. Die Auszahlung von annähernd zwei Millionen Euro habe aufgrund der frühzeitigen Ermittlungen verhindert werden können, so die Polizei. Die Ermittler wollen nun anhand der sichergestellten Unterlagen prüfen, wie viele Tests tatsächlich ausgeführt wurden.

Betrug war unvermeidlich **Dasgroße Geschäft der Corona-Testzentren**

Nach Verdachtsfällen auf Abrechnungsbetrug in Corona-Testzentren gelten seit dem 1. Juli strengere Kontrollvorgaben. Eine Verordnung von Gesundheitsminister Jens Spahn sieht vor, dass private Testzentren nur noch nach Einzelprüfung zugelassen werden können. Die Möglichkeit von Sammelabrechnungen für mehrere Teststellen etwa für überregionale Betreiber fällt ebenfalls weg. Die für die Abrechnungen zuständigen Kassenärztlichen Vereinigungen in den Ländern sollen zusätzliche Prüfungen vornehmen, bei Bedarf auch vertiefte oder Prüfungen vor Ort. Teststellenbetreiber müssen ihnen dafür Auskünfte und Dokumentationen bereitstellen.

Zudem wurden die Vergütungen gesenkt. Bisher lagen sie inklusive Sachkosten für das Testmaterial bei bis zu 18 Euro pro Test. Für Sachkosten dürfen statt bis zu 6 Euro nur noch pauschal 3,50 Euro gezahlt werden - der bisherige Höchstbetrag soll "aufgrund der Manipulationsanfälligkeit der tatsächlichen Kosten" wegfallen. Für die Abnahme der Tests sollen künftig 8 Euro vergütet werden. Bisher waren es 12 Euro bei nichtärztlichen Anbietern.

Bundesweit gibt es 15.000 Teststellen verschiedener Betreiber. Der Bund übernimmt seit Anfang März die Kosten für mindestens einen Schnelltest pro Woche. In den Verdachtsfällen geht es darum, dass Anbieter viel mehr Tests abgerechnet haben sollen, als tatsächlich gemacht wurden. Es gab dazu in mehreren Bundesländern staatsanwaltliche Ermittlungen.

Quelle: ntv.de, mau/dpa

http://www.pi-news.net/2021/06/magdeburg-lebensgefaehrliche-messer-attacke-beim-public-viewing/

Magdeburg: Lebensgefährliche Messer-Attacke beim Public Viewing

30. Juni 2021

„Ein Mann" wurde von der Polizei festgenommen. Bei den wenigen derzeit über den Terror-Angriff berichtenden Lokal-Medien ist das Täterbild verpixelt … oder gleich hinter der Bezahlschranke.

Von JOHANNES DANIELS | Unkontrollierte Masseneinwanderung ist Messereinwanderung: Beim „Public Viewing" in einer Bar am Magdeburger Universitätsplatz hat ein 41-jähriger Gewalttäter am Dienstag Abend zwei Sicherheitskräfte mit einem Messer brutal attackiert und einen davon lebensbedrohlich niedergestochen. Einen Dritten versuchte er niederzustechen. In der „Uni-Theke" wurde das EM-Spiel Schweden-Ukraine öffentlich übertragen. Auch der Messertäter – nach ersten internen Angaben „ein Ukrainer" – wollte in die Campus-Kneipe. „Da dieser jedoch nicht die vorgeschriebene Mund-Nasen-Bedeckung trug, wurde ihm der Zutritt zur Lokalität durch zwei 43-jährige Mitarbeiter des eingesetzten Sicherheitsdienstes verwehrt", so eine Magdeburger Polizeisprecherin.

Als die Sicherheitsleute den Täter vom Gelände begleiteten, eskalierte die Situation: Plötzlich zog der Ukrainer ein Messer und stach unvermittelt auf beide ein. Danach flüchtete der „Fluchtsuchende". Ein weiterer Mitarbeiter des Sicherheitsunternehmens nahm die Verfolgung auf, doch auch ihn bedrohte der betrunkene Messerattentäter mit seinem Messer.

Der Security-Mann konnte den Angriff erfolgreich abwehren. Die herbeigerufene Polizei konnte den Täter dann 200 Meter vom Tatort entfernt festnehmen. Die beiden Türsteher kamen schwer verletzt in die Magdeburger Intensivstation. Die Kripo sicherte Spuren, ein Großaufgebot an Polizisten und ein Fährtenhund suchten die Umgebung nach der Tatwaffe ab. Während die Polizisten den Tatverdächtigen seine Rechte verlasen, machte der Angreifer die Bemerkung: *„Wenn der nicht tot ist, komme ich wieder und dann töte ich die".*

„Da der Mann selbst verletzt ist, befindet er sich derzeit in einem Krankenhaus", so ein Polizeisprecher. Die Hintergründe der Tat seien allerdings derzeit noch

nicht geklärt: „Die Ermittlungen wegen versuchten Totschlags und Bedrohung dauern an.“ Im Laufe des Mittwochs wurde der Mann einem Ermittlungsrichter vorgeführt, gegen ihn liegt ein vorläufiger Haftbefehl vor.
Würzburg ist überall! Der Scheinanglizismus „Public Viewing“ ist ein so genannter False Friend und bedeutet im Englischen „Öffentliche Leichenaufbahrung“. Ein sprachliches Missverständnis? Eher nein, denn seit 2015 importierte Merkels sozialistische Einheitspartei und deren willfährige Helfershelfer Millionen „FalseFriends“ mitsamt ihren Messern nach Deutschland.

http://www.pi-news.net/2021/06/immer-wieder-wuerzburg/

Immer wieder Würzburg

30. Juni 2021

Von THOMAS | Die Würzburger Stadtgeschichte der letzten zehn Jahre gleicht einem Blick durch ein Brennglas auf die Zustände und Verwerfungen in der gesamten Bunten Republik. Der „Würzburger Flaggenspuk“ vom 11. Mai 2011 brachte die Stadt erstmals deutschlandweit in die Schlagzeilen, **als die ganze Würzburger Innenstadt festlich mit türkischen Nationalflaggen geschmückt wurde: eine gespenstisch wirkende Szenerie im NS-Stil, Halbmond und Stern dicht an dicht auf allen Straßen, eine verstörende Verbeugung Würzburger Lokalpolitiker vor dem türkischen Nationalismus. Derart pompös „feiern“ ließ man damals den 50. Jahrestag der Ankunft des ersten türkischen Gastarbeiters in Würzburg. Seither gilt der „Würzburger Flaggenspuk“ von 2011 zu Recht als Paradebeispiel für das Kriechertum unseres buntistischen Beamtenstaats, angeblich total anti-nationalistisch, vor dem Nationalismus der anderen.**
2014 überraschte das sonst eher biedere Würzburg dann ausnahmsweise positiv: Die erste Pegida außerhalb Dresdens fand am 17. November 2014 erstaunlicherweise in Würzburg statt (PI-NEWS berichtete). Keine andere Stadt in Deutschland zeigte schneller Solidarität mit Dresden als Würzburg – dies auch als kleine Erinnerung an all jene, die mittlerweile vergessen haben, dass damals auch in zahllosen Städten Westdeutschlands jeden Montag Abend mit viel Begeisterung und Engagement mitspaziert wurde, in Würzburg übrigens tatsächlich jeden Montag bis zum Mai 2015, deutlich länger also als in vielen anderen, sehr viel größeren Städten Deutschlands.
Erstmals zum deutschlandweiten Symbolort für die grausamen Folgen der Merkelschen Massenansiedlung dahergelaufener junger Männer wurde Würzburg am 18. Juli 2016: im Stadtteil Heidingsfeld attackierte ein afghanischer Merkel-Gast eine chinesische Familie mit einer Axt, die erste spektakuläre Bluttat eines illegalen Eindringlings (amtsdeutsch: „Flüchtlings“) seit Merkels Massenansiedlung von 2015. Heute wissen wir: Zahllose weitere Attacken von Merkels Gästen sollten in den nächsten Jahren folgen: Tote, Schwerverletzte, Misshandelte, es klebt

inzwischen reichlich viel Blut an den Händen der größten Kanzlerin aller Zeiten.
Dass sich auch das Alltagsleben in Würzburg wie in vielen anderen deutschen Städten im Zuge der Massenansiedlung spürbar veränderte, dass man in Würzburg, einst Inbegriff spießbürgerlicher Langeweile, spürbar vorsichtig wurde, wenn man spät abends aus dem Haus ging, wurde nach 2015 von der Lokalpresse („Mainpost") natürlich beschwiegen. Kein Thema war das für die lokale Journaille, dass die Menschen in der Stadt zunehmend Angst empfanden, gejubelt wurde in der „Mainpost" lieber über die „gelungene Integration" der sogenannten „Flüchtlinge", auch in Würzburg galt „Heil Merkel!" tagaus, tagein.
Aber im März 2019 kam die bittere Wahrheit dann doch ans Licht: Von den städtischen Behörden sorgsam verschwiegen, hatte schon seit Jahren eine schwerkriminelle Bande aus 52 (!) jugendlichen „Migranten" in dieser kleinen Stadt ihr Unwesen getrieben: Menschen wurden mitten in Würzburg auf offener Straße zusammengeschlagen, getreten und mit vorgehaltenem Messer ausgeraubt, aber bis zum März 2019 war davon kein Wort zu lesen gewesen in der Würzburger Lokalpostille. Erst als sich diese Zustände gar nicht mehr verbergen ließen und das Thema überregional bekannt wurde, erschienen selbst in der „Mainpost" ein paar verhältnismäßig ehrlich geschriebene Berichte über die wahren, finsteren Begebenheiten in der Stadt – Berichte, wie man sie bis dahin nur aus den buntistischen Paradiesen Berlin oder Frankfurt kannte, aber nicht aus dem beschaulichen Würzburg, wo laut „Mainpost" doch alles immer angeblich in Ordnung war.
So total in Ordnung war angeblich alles immer in Würzburg, dass Bürgermeister Christian Schuchardt gleich darauf im Mai 2019, die jugendlichen Straßenschläger waren gerade erst in Haft, Würzburg obendrein zum „Sicheren Hafen" für noch mehr unbekannte Typen aus Afrika und Nahost erklärte und im September 2020 sogar lautstark die Aufnahme der Brandstifter von Moria in Würzburg verlangte. Biedermann und die Brandstifter, wo offensichlicher dürfte sich dieses Drama heutzutage vor aller Augen abspielen als im biederen Würzburg?
Und nun, am 25. Juni 2021, machte Würzburg wieder Schlagzeilen, diesmal sogar weltweit, durch den besonders bestialischen Dreifachmord eines weiteren Merkel-Gastes, und die politische Elite der Stadt vergoss auch diesmal wieder, wie schon 2016 nach dem Axtangriff von Heidingsfeld, ihre Krokodilstränen: „Ich habe geweint", ließ Bürgermeister Christian Schuchardt die Würzburger theatralisch wissen, als sei er nicht informiert über die tatsächlichen Zustände in der Stadt, für deren Schicksal er seit Jahren die Verantwortung trägt, als wüsste er nichts von den tickenden Zeitbomben, die durch Würzburgs Straßen geistern, als hätte er nicht jede Woche die Polizeiberichte auf dem Tisch, die die „Mainpost" den Würzburger Lesern seit Jahr und Tag so beflissen verschweigt.
Tun wird er aber nichts, der weinende Herr Schuchardt, gar nichts, außer dass er auch in Zukunft noch mehr angebliche „Flüchtlinge" nach Würzburg holen wird. Denn nur so, mit der Ansiedlung von noch mehr Somaliern, Afghanen und sonstwelchen legal, illegal, scheißegal dahergelaufenen Gestalten von Sonstwoher, macht man persönlich Karriere in Zeiten der Bunten Republik.
Positive Ausnahme: Die Mahnwache der AfD am Freitag in Gedenken an die Opfer des islamischen Terroranschlags am 25. Juni.

Viel Dunkles also in der Würzburger Geschichte der letzten zehn Jahre, aber auch ein Lichtblick dank der frühen Pegida von 2014, an die in Würzburg heute leider niemand mehr anknüpft. Nach den jetzigen Morden blieb die Stadt stumm. Kein Aufschrei war zu hören, kein kleinster Muckser. Es gab nicht den geringsten Protest gegen die staatliche Ansiedlung solcher kriminellen Typen und die Unwilligkeit der Würzburger Stadtbehören, kriminelle Ausländer abzuschieben. Niemand schrie den Sesselfuzzis im Rathaus eine Philippika entgegen, dass auch in Würzburg jede Menge illegale Eindringlinge ausreisepflichtig sind und der faule, korrupte, hochbezahlte, mit fetten Pensionsansprüchen versorgte Beamtenhaufen in der Stadtverwaltung rein gar nichts tut, um geltendes Recht umzusetzen. Der Sturm auf das Würzburger Rathaus, wo die Schreibtischtäter hocken, blieb aus.
Ganz im Gegenteil: Am Abend nach den Morden stand man in Würzburg schon wieder gemütlich beisammen auf der Mainbrücke und prostete sich zu, mit saurem Silvaner, das Blut der Toten war da noch nicht weggewischt, und ließ sich sein fränkisches Schäufele schmecken mit knusprigen Bratkartoffeln, während im Uni-Klinikum die Schwerstverletzten mit zerschnittenem Hals um ihr Leben rangen, ein kleines Mädchen darunter, dessen Mutter zu den Ermordeten zählte, aber das störte in Würzburg auf der Mainbrücke niemanden, da wurde schon wieder gefeiert, als wäre nichts passiert, da blieb niemandem sein Schäufele im Halse stecken.

https://www.focus.de/panorama/welt/maenner-umzingelten-opfer-gruppenvergewaltigung-in-leipzig-polizei-sucht-taeter-und-bittet-um-mithilfe_id_13473365.html

Männer umzingelten Opfer **Gruppenvergewaltigung in Leipzig: Polizei sucht Täter und bittet um Mithilfe**

Mittwoch, 07.07.2021, 16:31

Eine Männergruppe hat am Dienstag, 8. Juni 2021 (vor Eröffnung der Fußball-EM), eine Frau in Leipzig auf einem verlassenen Gelände vergewaltigt. Die Polizei sucht nach drei Tatverdächtigen und bittet dabei um Hinweise.

Am Dienstag, den 8. Juni 2021, ist eine Frau in Leipzig Opfer eines schweren Verbrechens geworden: Laut Polizei Sachsen haben bislang unbekannte Täter die Frau auf ein verlassenes Grundstück gezerrt und dort zusammen vergewaltigt. Von den Männern fehlt noch immer jede Spur. Um sie noch fassen zu können, bitten die Kriminalbeamten nun um Mithilfe der Bevölkerung und Hinweise zu Tat und Tätern.

Frau auf verlassenem Gelände vergewaltigt

Dem aktuellen Ermittlungsstand zufolge kam das spätere Opfer aus der Innenstadt Leipzigs und lief auf der rechten Seite der Kurt-Schuhmacher-Straße stadtauswärts in Richtung Norden. Es war zwischen 19.30 und 20.00 Uhr, als vor ihr plötzlich die drei unbekannten Männer auftauchten. Sie umringten die Frau und zerrten sie auf ein verlassenes Grundstück in Höhe der Hausnummer 12. Dort wurde die Frau dann von den Tätern gemeinschaftlich vergewaltigt, so der Bericht **der Polizei**.

"Keine Zweifel" an schwerer Straftat

Die schwere Straftat, an der es laut Ermittlern keine Zweifel gebe, sei jedoch erst spät den Beamten gemeldet worden. Aufgrund der anhaltenden Ermittlungen und aus

Gründen des Opferschutzes könne man vorerst keine weiteren Angaben machen, so ein Sprecher der Polizei Sachsen.

Die drei bislang unbekannten Tatverdächtigen werden wie folgt beschrieben:

Täter 1

- etwa 1,80 m groß
- etwa 30 - 40 Jahre alt
- dunkle Haare
- dunkle Augen
- dunklere Hautfarbe
- arabischer Phänotyp
- dunkles Basecap, verkehrt herum getragen
- dunkler OP-Mundschutz
- dunkles T-Shirt
- dunkle Hose
- Flip-Flops ohne Socken

Täter 2

- etwa 1,80 m groß
- etwa 30 - 40 Jahre alt
- dunkle Augen
- dunklere Hautfarbe
- arabischer Phänotyp
- dunkler OP-Mundschutz
- dunkles Basecap
- langärmliges T-Shirt
- Jeans
- dunkle Schuhe
- silberne Kette mit großen runden Gliederteilen

Täter 3

- etwa 1,85 m groß
- etwa 30 - 40 Jahre alt
- dunkle Augen
- dunklere Hautfarbe
- arabischer Phänotyp
- Arme waren sehr behaart
- sprach gebrochen Deutsch
- dunkles Basecap
- dunkler OP-Mundschutz
- dunkelblaues T-Shirt, auf linker Brustseite eine markante lachende gelbe Sonne
- Jeans mit braunem Gürtel und silbern-chrom glänzender Gürtelschnalle

Zeugenaufruf der Polizei

- **Wer hat zum angeführten Zeitpunkt eine infrage kommende Handlung oder Personen mit dieser Beschreibung oder eine Gruppierung wahrgenommen?**
- **Wer hat sich zum angeführten Zeitpunkt dort aufgehalten und wem sind gegebenenfalls im Umfeld Personen mit der oben genannten Beschreibung aufgefallen?**
- **Wer hat am angeführten Ort und zur angegebenen Zeit zufällig Bilder oder Videos (auch im Umfeld des Hauptbahnhofes) gefertigt?**

Zeugen, die Hinweise zu der Tat oder zu den unbekannten Tatverdächtigen geben können, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dimitroffstraße 1 in 04107 Leipzig, Tel. (0341) 966 4 6666 zu melden.

http://www.pi-news.net/2021/07/warum-protestiert-niemand-gegen-die-schreibtischtaeter/

Warum protestiert niemand gegen die Schreibtischtäter?

8. Juli 2021

Von M. SATTLER | In Würzburg schlitzte ein „Immigrant" drei Frauen die Hälse auf, in Leipzig vergewaltigten drei „Immigranten" eine Frau auf offener Straße. Aber die Täter hinter den Tätern, die Schreibtischtäter, die dieses Morden und Vergewaltigen durch „Immigranten" erst möglich machten, sitzen im Würzburger und Leipziger Rathaus: deutsche Beamte, die dort wieder nur ihre Pflicht tun. Wann also wird endlich vor den Rathäusern gegen diese Schreibtischtäter protestiert?

Messermörder, Vergewaltiger, Rauschgifthändler – Kriminalität ist ein Markenzeichen der „Immigration", die in Wahrheit keine Immigration ist, sondern eine gezielte Siedlungspolitik: Mit dem großzügigsten Asylsystem der Welt werden massenhaft ausländische Männer nach Deutschland geholt, egal was sie auf dem Kerbholz haben. Und egal wie sie sich benehmen, alle dürfen bleiben und kriegen Geld. Deutschland soll „bunt" werden, koste es, was es wolle, und für dieses Ziel geht der Staat auch über Leichen.

Befohlen wird diese Politik in Berlin, aber umgesetzt wird sie vor Ort. Die Täter hinter den Tätern sitzen in jedem Rathaus. Es sind nicht nur die „Immigranten", es sind nicht nur die Berliner Politiker, die blutige Hände haben, das Blut klebt an allen Mitbeteiligten im gesamten Apparat. Jeden Tag werden in jedem deutschen Rathaus neue Asylpapiere abgestempelt für die nächste Kolonne. Jeder, der mitstempelt, weiß genau, welche Gefahren damit verbunden sind. Die Führerin im Kanzleramt befiehlt, aber Deutschlands Schreibtischtäter sind auch wieder fleißig am Werk.

Doch die gute Nachricht für diese Täter hinter den Tätern lautet: Keiner zeigt mit dem Finger auf sie. Niemand stellt sich in Würzburg oder Leipzig oder anderswo vor das Rathaus und klagt die Schreibtischmörder, Schreibtischvergewaltiger, Schreibtischdrogenhändler an, die da jeden Tag nichts als ihre ordentliche Abeit tun. Papiere abstempeln und dann die Hände in Unschuld waschen, als hätte man mit den Toten, die dann in Würzburg auf der Straße liegen, und mit den Schmerzensschreien der vergewaltigten Frau in Leipzig, gar nichts zu tun. Man tut ja nur seine Pflicht.

Und solange sich niemand diesen Leuten in den Weg stellt, solange niemand dort protestiert, wo das Unrecht seinen Lauf nimmt, wird alles so weitergehen wie immer. Im Rathaus wird man weiterhin Papiere stempeln, und draußen werden dann die nächsten Menschen von irgendwelchen „Immigranten" abgestochen, vergewaltigt, zur Rauschgiftsucht verführt.

Wann fangen wir endlich an, auf die wahren Täter zu zeigen, die Täter hinter den Tätern, die das Morden und Vergewaltigen und Drogenhandeln durch „Immigranten" mit Hilfe ihrer täglichen Arbeit erst möglich machen? Wann fangen wir endlich an, dort anzuklagen, wo die eigentlichen Täter sitzen?
(Video oben: Schweigemarsch am 7. Juli in Weiden in der Oberpfalz für die Opfer von Würzburg)

https://www.bz-berlin.de/tatort/menschen-vor-gericht/fast-3-millionen-euro-drogengeld-schneekoenige-von-berlin-vor-gericht

Kokainlieferservice

Fast 3 Millionen Euro Drogengeld – „Schneekönige von Berlin" vor Gericht

KARIN HENDRICH

5. Juli 2021 21:09

Es waren einmal drei Brüder. Die machten als „Schneekönige von Berlin" drei Millionen Euro, so steht's geschrieben in ihren eigenen Büchern...

Die Brüder B. hören auf die Namen Mustapha (26), Moussa (24) und Mohamad (18). Wohnen in Lichtenrade bei den Eltern, die stammen aus dem Libanon.

Der Jüngste geht zur Schule, die älteren machten sich selbstständig mit einem Kokainlieferservice: verschlüsselte Kommunikation (Wickr me), mehr als 100 Kunden, Service Mo-Fr 12-24 Uhr, Sa/So bis 3 Uhr, das halbe Gramm 50 Euro. Kuriere fuhren Autos eines Neuköllner Pkw-Händlers.

Der kleine Bruder stieg spätestens Juni 2020 ein. Was sich nicht abstreiten lässt, geben die älteren Brüder zu: 1,2 Kilo Kokain, über 100.000 Euro Drogengeld. Sie sitzen seit 23. September 2020 in U-Haft und jetzt mit Drogen-Kurier Daniel S. (36) vor Gericht. Ihr kleiner Bruder Mohamad kam nach Jugendstrafrecht mit einer Bewährungsstrafe davon. „Ich nahm schon 30 Kilogramm ab in der Haft", beschwert sich Bruder Mustapha.

Laut Anklage wurden „zwei Organizer mit Aufzeichnungen über Einnahmen aus den Jahren 2017 bis 2020 in Höhe von fast 3 Mio. Euro" bei ihnen beschlagnahmt: „Die illegal erwirtschafteten Erlöse wurden u.a. in hochwertige Uhren und Schmuck sowie in den Kfz-Handel investiert. Ein großer Teil der Erlöse floss ins Ausland, insbesondere in den Libanon."

Die Staatsanwaltschaft will mindestens fünf Jahre Knast für die Angeklagten, drei für den Kurierfahrer.

Urteil 14.07.

http://www.pi-news.net/2021/07/das-neue-deutsche-bilderverbot/

Das neue deutsche Bilderverbot

8. Juli 2021

Die bewegende Traueranzeige von Steffis Eltern und Familienangehörigen.

Von WOLFGANG HÜBNER | Seit 2015 ist bekannt, dass Angela Merkel lieber die deutschen Grenzen für hunderttausende Migranten aus aller Welt öffnet als „unschöne Bilder" zu riskieren. Spätestens seit dem terroristischen Berliner Weihnachtsanschlag 2016 wissen wir auch: Bilder von den Opfern islamischer oder migrantischer Gewalttaten in Medien und im Netz sollen nach Möglichkeit, zur Not auch unter Repressionsandrohung, verhindert werden. Begründet wird das in der Regel mit dem Hinweis, es sei Rücksicht auf die Gefühle der Angehörigen zu nehmen. So argumentieren besonders gerne Politiker, die ansonsten gar nicht genug Bilder von sich verbreitet sehen möchten.

Nun ist Rücksicht auf die Gefühle der Angehörigen eines Verstorbenen allemal geboten und zu respektieren. Wenn allerdings in Würzburg etliche Menschen von einem Messermörder angegriffen und dabei drei Frauen einen schrecklichen Tod erleiden, gibt es selbstverständlich nicht nur eine öffentliche Anteilnahme an der Tat, sondern auch ein zutiefst menschliches Interesse an denjenigen, die zu Opfern wurden. Menschen wollen nicht nur eine Zahl erfahren, nämlich die der Ermordeten und Verletzten, sondern auch deren Gesichter sehen, deren Namen kennen.

Das hat nichts mit Sensationsgier zu tun, sondern mit dem Bedürfnis, Betroffenheit und Trauer sinnlich zu intensivieren. Dass Betroffenheit und Trauer sich beim Anblick der Bilder aus Lebzeiten der nun Toten verstärkt, dass auch Wut und Zorn auf die Mordtat damit wächst, ist einer schlichten Tatsache geschuldet: Menschen sind emotionale Wesen. Gerade Politiker leben von Emotionen, spielen damit, manipulieren sie zum eigenen Vorteil. Sie kennen also die Macht der Bilder gut genug, um sie auch zu fürchten. Und sie fürchten offenbar die Bilder der Opfer in Würzburg und anderswo.

Nur so lässt sich erklären, dass die „Polizei Unterfranken" die Verbreitung des Fotos der Traueranzeige für das jüngste, knapp 25-jährige Würzburger Opfer Stefanie W. in den sozialen Netzwerken als „nicht richtig" und „nicht hilfreich" (!!) bezeichnet.
Denn die Anzeige war mit einem Bild der hübschen, lebensfrohen Stefanie versehen. Die Angehörigen waren es also, die ganz bewusst der am Mittwoch beerdigten Stefanie ein Gesicht geben wollten. Das Foto der Anzeige wurde inzwischen millionenfach verbreitet, ebenso das Gesicht einer anderen ermordeten Frau in der BILD-Zeitung.
Für Angela Merkel mag das „nicht hilfreich" sein. Und für den politisch abhängigen Chef der „Polizei Unterfranken" auch nicht. Doch wir Davongekommenen sind dankbar für das Bild. Denn es gibt unserer Trauer ein Gesicht. Wer das fürchtet, verdient unsere Verachtung.

Hübner auf der Buch-
messe 2017 in Frankfurt.
PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt" (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite und seinen neuen Telegram-Kanal erreichbar

http://www.pi-news.net/2021/07/nrw-schwarzfahrender-schwarzafrikaner-schlaegt-auf-zugbegleiter-ein/

Schwarzfahrender Schwarzafrikaner schlägt in NRW auf Zugbegleiter ein

7. Juli 2021

Leider kein Einzelfall. Der weitere Angriff auf einen deutschen Bahnbediensteten ereignete sich kurz nach halb acht am Dienstagabend im S-Bahnhof Essen-Frohnhausen. Ein Angriff von tausenden pro Jahr seit 2015 …
Von JOHANNES DANIELS | Plötzlich wurde dem S-Bahnkontrolleur schwarz vor den Augen: Am Dienstagabend kontrollierte ein Bahnmitarbeiter, 56, einen 34-jährigen „Reisenden" auf der Strecke von Essen nach Mülheim Hauptbahnhof in der S3. Nach der Kontrolle griff dieser den Mitarbeiter zunächst verbal an und anschließend nonverbal mit seinen Fäusten. Die Landespolizei konnte den 34-jährigen illegal eingereisten „Schutzsuchenden" am Haltepunkt Essen-Frohnhausen stellen und an die Bundespolizei übergeben.
Da der steuersubventionierte Nigerianer zuvor keine gültige Fahrkarte vorweisen konnte und zudem keinen Mund-Nasen-Schutz in der S-Bahn trug, wollte der Zugbegleiter die Personalien des Mannes aufnehmen. Währenddessen wurde dem „Mann aus Essen" (und Lagos) erklärt, dass er trotzdem anschließend den Zug in Essen-Frohnhausen zu verlassen hat. Bei der körperlichen

Auseinandersetzung „schubste" der Nigerianer den 56-jährigen Bahnmitarbeiter und schlug anschließend gezielt mit der Faust auf ihn ein.
Bei dem Sturz verlor der Zugbegleiter sein Bewusstsein. Er wurde am Haltepunkt durch einen Notarzt behandelt und anschließend ins Krankenhaus verbracht. Die Bundespolizei leitet nun ein Strafverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung und „Erschleichen von Leistungen" ein. Die durch die illegale Einreise nach Merkel-Land ergaunerten Sozialleistungen des Täters in Höhe von mehreren 10.000 Euro pro Jahr bis in alle Ewigkeit sind damit allerdings nicht gemeint.
Die politisch-korrekte Mainstreampresse schwurbelt herum und verharmlost („vermeintlicher Schwarzfahrer", „der Mann") den weiteren gefährlichen Angriff von Tausenden pro Jahr auf einen deutschen Bahnbediensteten, der nur seine traurige Pflicht tut. Wie zum Beispiel die linke WAZ:

> *Ein vermeintlicher Schwarzfahrer hat bei einer Ticketkontrolle in einer S-Bahn einen Kontrolleur angegriffen und niedergeschlagen. Der 56-Jährige verlor kurzzeitig das Bewusstsein, ein Rettungswagen brachte den Mann in ein Krankenhaus. Welche Verletzungen der 56-Jährige davontrug, ist bislang nicht bekannt.*
> *Der Vorfall ereignete sich gegen halb acht am Dienstagabend am S-Bahnhof Frohnhausen. Hier forderte der Kontrolleur den 34-Jährigen auf, den Zug zu verlassen. Während beide aus der Bahn ausstiegen, soll der Mann den Bahnmitarbeiter geschubst haben, daraufhin stürzte er zu Boden, so ein Sprecher der Bundespolizei.*

http://www.pi-news.net/2021/07/warum-schweigt-merkel-schon-zehn-tage-zu-wuerzburg/

Warum schweigt Merkel schon zehn Tage zu Würzburg?

5. Juli 2021

Aufgrund ihrer Entscheidung der Grenzöffnung von 2015 fühlt sich Merkel den angesiedelten Orientalen ganz besonders eng verbunden: diese Leute sind tatsächlich „ihre" ganz persönlichen Schützlinge – eine äußerst starke emotionale Bindung, die sie immer wieder, beispielsweise durch ihre Selfies, auch öffentlich zum Ausdruck gebracht hat.

Von MARTIN | Am Samstag fragte sogar die Bild-Zeitung, warum Merkel schon seit acht Tagen zu Würzburg schweigt. Und tag24 fragte am selben Tag: „Warum kommen Sie nicht nach Würzburg, Frau Merkel?" Jetzt sind es bereits zehn Tage, aber von der größten Kanzlerin aller Zeiten ist persönlich immer noch kein Wort der Anteilnahme zu hören. Doch für Merkel ist das typisch, wir kennen dieses Verhalten schon von früheren Gewalttaten: Auch nach dem Anschlag auf dem Breitscheidtplatz, nach der Kölner Silvesternacht, dem Axtangriff von Würzburg, dem Mord an Mia V. in Kandel, dem Mord an Susanna F. in Wiesbaden, um nur einige Morde durch ihre Gäste von 2015 beispielhaft herauszugreifen, und selbst nach dem widerlichen Gegröle „Scheiß Juden!" durch Türken und Araber – immer wenn ihre geliebten Schützlinge aus dem Orient Grausamkeiten und Ekelhaftigkeiten in Deutschland begehen, macht Merkel sich rar. Dann lässt sie ihre Sprecher vorgestanzte Platitüden verkünden, aber persönlich bekommt man sie entweder gar nicht oder nur um etliche Tage verspätet zu Gesicht.

Umso flinker tritt sie allerdings vor die Kamera, wenn sich Gewalttaten ereignen, die sich gegen Araber oder Türken richten und bei denen der Täter ein Deutscher ist. Dies kommt bekanntlich nur höchst selten vor, aber nach den Morden von Hanau durch einen psychisch auffälligen Deutschen war sie schon am Folgetag im Fernsehen omnipräsent und fand deutliche Worte des Bedauerns und einer klaren politischen Einordnung der Tat. Da wusste sie offenbar schon am nächsten Tag bestens Bescheid, aus welchen genauen Gründen der Täter geschossen hatte, obwohl auch damals die Ermittlungen gerade erst angelaufen waren.

Bei Merkels Stellungnahmen zu Gewalttaten in ihrem Reich zeigt sich also immer dasselbe Muster: Schnell vor die Kamera, wenn ein Deutscher der Täter und die Opfer Araber oder Türken sind, aber auf Tauchstation gehen, wenn es sich bei den Tätern um Araber, Türken oder Leute aus anderen Ländern des Orients und Afrika handelt. Warum ist das so?

Zum einen gibt es einen politischen Grund: Merkel ist hauptverantwortlich für die größte Massenansiedlung von Orientalen, die es in Deutschland je gab. Der Kontrollverlust von 2015 geht in erster Linie auf ihre persönliche Rechnung. Viele dieser 2015 eingedrungenen Leute aus Nahost und Afrika sind Deutschen und Europäern gegenüber traditionell feindselig eingestellt, sei es aus religiösen Gründen, sei es aus historischen Gründen. Stichworte: Islam, koloniale Verletztheiten, jahrhundertelange türkische Angriffskriege gegen Mitteleuropa. Solche tiefsitzenden historischen oder religiösen Feindseligkeiten streift man mit dem Grenzübertritt nicht einfach ab, die unverhältnismäßig hohe Gewaltbereitschaft der 2015 eingedrungenen Orientalen gegenüber deutschen Indigenen ist daher auch nicht besonders verwunderlich.

Jeder halbwegs gebildete Mensch konnte also schon 2015 leicht vorhersehen, dass mit Merkels Massenansiedlung von Orientalen auch die Gewalt gegen deutsche Indigene mit größter Wahrscheinlichkeit spürbar zunehmen wird – und genau so ist es ja gekommen. Merkel und ihre Clique aber haben eine solche Entwicklung seit 2015 beharrlich abgestritten und die orientalische Massenansiedlung stets als völlig risikolos dargestellt. Und natürlich will man sich im Nachhinein von den Schrecknissen der Realität nicht eines Besseren belehren und politisch vorführen lassen – deshalb duckt man sich weg und tut, als würde es diese nicht geben.

Zum anderen dürfte es noch einen weiteren, eher psychologischen Grund für Merkels Neigung zur Tauchstation geben, insbesondere wenn es sich – wie bei allen eingangs genannten Verbrechen – bei den Tätern um ihre Schützlinge von 2015 handelt. Die Ansiedlung dieser Leute geht bekanntlich unmittelbar auf ihre persönliche Entscheidung zurück: Sie allein hat diese Entscheidung getroffen und anschließend entgegen der geltenden Rechtslage – kein Asyl in Deutschland bei Einreisen aus EU-Ländern – durchgeboxt. Aufgrund dieser Einsamkeit ihrer Entscheidung fühlt sich Merkel diesen 2015 angesiedelten Orientalen natürlich ganz besonders eng verbunden, diese Leute sind tatsächlich „ihre" ganz persönlichen Schützlinge – eine äußerst starke emotionale Bindung, die sie immer wieder, beispielsweise durch ihre Selfies, auch öffentlich zum Ausdruck gebracht hat.

Diese starke persönliche Bindung führt bei Merkel als einer kinderlosen Frau ganz sicher auch zu einer Art von Muttergefühlen: In den von ihr angesiedelten Orientalen dürfte sie zu einem gewissen Grad auch eine erweiterte Ersatzfamilie sehen, da sie selbst eine Familie ja nie gründen konnte. Diese Leute aus dem Orient sind in Merkels femininem Unterbewusstsein gewissermaßen ihre

Ersatzkinder, sie selbst sieht sich diesen „Kindern“ gegenüber in mütterlicher Rolle, und wie jede Mutter ihre Kinder instinktiv gegen alle Anschuldigungen von außen schützt, ganz gleich was diese Kinder angestellt haben, schützt Merkel auch ihre Ersatzkinder von 2015. Nach jedem Mord, jeder Vergewaltigung durch ihre „Kinder“ verschwindet Merkel von der Bildfläche, nicht nur um sich aus der politischen Verantwortung zu stehlen, sondern auch weil sie diese Taten nicht wahrhaben will und weil sie trauert: nicht um die Toten und Vergewaltigten, sondern um ihre geliebten Ersatzkinder, die wieder etwas angestellt haben, was einer enttäuschten Mutter das Herz bricht.

Es ist immer dasselbe Muster, weshalb wir von Merkel nichts hören und sehen, sobald einer ihrer orientalischen Lieblinge wieder gemordet oder vergewaltigt hat. Man kann dies verurteilen und als eines Kanzlers unwürdig, als charakterlose, liderliche Schändlichkeit bezeichnen. Aber vielleicht kann man dieses Verhalten – Merkel ist eine kinderlos gealterte Frau – bis zu einem gewissen Grad auch menschlich verstehen.

http://www.pi-news.net/2021/07/greven-allahu-akbar-afghane-ermordet-35-jaehrigen-streitschlichter/

Greven: Allahu-Akbar-Afghane ermordet 35-jährigen Streitschlichter

5. Juli 2021

Von JOHANNES DANIELS | Der Mordruf „Allahu Akbar“ gehört zu Deutschland. Beim missglückten Versuch, einen Streit in einer kommunalen Unterkunft im münsterländischen Greven in Armin Laschets Mordrhein-Vandalien zu schlichten, ist ein 35 Jahre alter Mann aus Aserbaidschan am Sonntagabend brutal abgestochen und getötet worden. „Tatverdächtig“ ist ein 25 Jahre alter „Asylsuchender aus Afghanistan“. Er hatte sich zuvor mit einem 43-jährigen Deutschen gestritten. Alle drei Beteiligten wohnten vollverpflegt in der „Unterkunft für Geflüchtete, Asylsuchende und Obdachlose“ auf Kosten des deutschen Steuerzahlers.

Laut Zeugenangaben hatte der 25-jährige Afghane beim Morden „Allahuakbar“ gerufen. Der „Fluchtsuchende“ ist danach vom Tatort geflüchtet und versteckte sich in einem nahe gelegenen Feld. Bei der Suche nach ihm kam auch ein Hubschrauber zum Einsatz mit Einsatzkosten von ca. 8000 Euro zu Lasten des Steuerzahlers. Das 35-jährige Messeropfer verstarb nach Polizeiangaben noch vor Ort, der 43-jährige Deutsche wurde schwer verletzt in eine Intensivstation gebracht.

Der afghanische Täter ist im Jahr 2015 wie so viele Täter illegal nach Deutschland eingereist und lebte seit Januar 2018 in der NRW-Einrichtung. Die zuständige Oberstaatsanwältin der Staatsanwaltschaft Münster erklärte vorsorglich, dass der „mutmaßliche Täter“ möglicherweise zum Zeitpunkt der Tat „unter Alkohol- und Drogeneinfluss“ gestanden habe – was erfahrungsgemäß eine Verminderung der Schuldfähigkeit und des Strafmaßes in Deutschland bei bestimmten Tätergruppen nach sich zieht.

Eine Mordkommission wurde eingerichtet, die Ermittlungen zum Motiv des Verdächtigen laufen noch. Als der 35-Jährige aus Aserbaidschan die

Auseinandersetzung wohl schlichten wollte, sei er selbst von dem 25-Jährigen mit einem Messer attackiert worden, berichtete die Staatsanwaltschaft Münster am Montag. „Warum die beiden Männer in Streit gerieten, ist unklar", erklärte der Leiter der Mordkommission, Kriminalhauptkommissar Dirk Bommert.

Ermittelt werde nun „in alle Richtungen"

„Es gibt aktuell jedoch keine Hinweise darauf, dass die Tat politisch motiviert war", betonte der Leiter der Mordkommission. Zeugen hatten allahdings angegeben, dass der 25-Jährige kurz vor dem Angriff „Allahu Akbar" („Gott ist größer") gebrüllt hatte.

Bemerkenswert ist, dass seitens der Staatsbehörden und weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mittlerweile unverzüglich stantepede gleich eine justiziable oder psychosomatische Taterklärung zu den zunehmenden islamischen Morden in den Medien mitgeliefert wird. Alkohol und/oder Drogen sind schuld oder der Täter war stark traumatisiert, oder alles zusammen. Zudem ist die Gesellschaft („WIR") des gastgebenden Landes „schuld", man müsse sich mehr um „Integration und Prävention" bemühen (Horst Seehofer, CSU).

Für die stetig ansteigenden Opfer der importierten „Verwerfungen" hat die verfassungsbrüchige und empathielose „Bundeskanzler*In" dann allerdings nicht einmal ein paar Worte des Bedauerns übrig.

https://www.focus.de/politik/deutschland/prozess-um-vereitelten-anschlag-muenchner-terror-planer-lacht-im-polizeiauto-schade-dass-es-nicht-geklappt-hat_id_13489246.html

Polizistin sagt zu vereiteltem Anschlag au Unheimlicher Terror-Planer von München lachte: "Schade, dass es nicht geklappt hat!"

FOCUS-Online-Reporter **Göran Schattauer**

Dienstag, 13.07.2021, 10:10

Der Afghane Ali Reza K. wollte im Mai 2020 ein Auto kapern und damit auf dem Münchner Marienplatz ein Blutbad anrichten. Im Prozess um den vereitelten Terroranschlag werden nun erschreckende Details bekannt. So griff der psychisch Kranke bereits 2019 zu einem Messer, um jemanden zu erstechen. Ärzte und Sozialpädagogen stuften ihn als "Pulverfass" ein, die Polizei wusste um seine Gefährlichkeit.

Am zweiten Prozesstag um den vereitelten Terroranschlag von **München** im Mai 2020 wurden neue erschreckende Details bekannt. So berichtete eine Polizeibeamtin, dass der beschuldigte Afghane Ali Reza K. während der Fahrt vom Polizeirevier in die Haftanstalt sein Bedauern über das fehlgeschlagene Blutbad äußerte – und dabei lachte!

Außerdem kam ans Licht, dass der heute 26-Jährige bereits im Jahr 2019 zum Messer gegriffen hatte und einen Menschen umbringen wollte. Damals war er in einem Münchner Jugendhaus der Caritas untergebracht.

Prozess um vereitelten Anschlag in München: krasse Details

Der offenbar psychisch schwerkranke Zuwanderer, der mehrfach in Fachkliniken behandelt worden war, wollte am 10. Mai 2020 mit einem PS-starken Auto in die Fußgängerzone zwischen Stachus und Marienplatz rasen und möglichst viele Menschen töten. Das Vorhaben scheiterte, weil es ihm nicht gelang, ein Tatfahrzeug zu kapern. Der mit einem Messer bewaffnete Mann hatte vier Autofahrer an einer roten Ampel abgepasst und versucht, gewaltsam in die Fahrzeuge einzudringen. Zivilpolizisten, die zufällig in der Nähe waren, konnten den Angreifer überwältigen.

Polizistin im Gericht: "Das war mir unheimlich!"

An diesem Montag sagte eine 41 Jahre alte Polizeiobermeisterin aus, die den Beschuldigten gemeinsam mit einem Kollegen am Tattag vom Polizeirevier in die Haftanstalt gebracht hatte. Die Fahrt führte am Stachus vorbei. Dort habe Ali Reza K. aus dem Fenster geblickt, an die Scheibe geklopft und gesagt: **„Da wollte ich reinfahren!“** Dann folgte der unfassbare Satz: **„Schade, dass es nicht geklappt hat!“** Dabei, so die Polizistin vor Gericht, habe der Beschuldigte „gelächelt“.

Ihr 35-jähriger Kollege, der mit im Streifenwagen saß, ergänzte, der Afghane habe unmissverständlich von einem **„Terroranschlag“** gesprochen, bei dem er **„möglichst viele Menschen in den Tod reißen wollte“.** Man habe gemerkt, wie enttäuscht er war, „dass es nicht geklappt hat“. Der Polizist: **„Er erzählte, als sei das alles ganz normal, als würde er übers Kaffeetrinken sprechen.“** Der Beschuldigte habe völlig ruhig und „klar im Kopf“ gewirkt. Laut den Ermittlungen stand er während der Tat nicht unter dem Einfluss von Drogen, **Alkohol** oder Medikamenten.

Dass jemand seine mörderischen Absichten so offen zugibt, ein Scheitern des Blutbads in der Münchner Innenstadt bedauert und dabei auch noch lächelt – auf die beiden Beamten im Streifenwagen wirkte dieses Gebaren zutiefst verstörend. Die Polizistin: **„Das war mir unheimlich!“**

Richter zeigt das Tatmesser - der Afghane nickt stumm

Unheimlich mutet auch die Szene an, als der Vorsitzende Richter mit einiger Mühe ein fest verschnürtes Päckchen öffnet und einen langen Gegenstand herauszieht: Asservat Nummer ÜL 50002/2021 – das Tatmesser! Damit soll Ali Reza K. versucht haben, ein Auto in seine Gewalt zu bringen, welches er dann als „rollende Waffe“ einsetzen wollte. Das Küchenmesser – schwarzer Griff, 20 Zentimeter lange Klinge, einseitig geschliffen – wird vom Richter begutachtet. Nach dem Abtasten der Klinge stellt er fest: „Scharf“ – und wendet sich an den Beschuldigten: **„Herr K., erkennen Sie dieses Messer wieder?“** Der Afghane nickt.

Es ist die einzige nennenswerte Regung des Beschuldigten an diesem Tag. Mit starrer Mine verfolgt der 1,67 Meter große Mann die Ausführungen von Zeugen, Richtern, dem Oberstaatsanwalt und dem psychiatrischen Sachverständigen Matthias Hollweg. Kein Räuspern, kein Drehen des Kopfes, kein

Mundwinkelzucken, kein erkennbares Arbeiten der Gesichtsmuskulatur. Nur das regelmäßige Schließen der Augenlider spricht gegen den Eindruck, im Gerichtssaal säße ein Roboter.

Ex-Heimleiter: "Der schwierigste Klient, den ich hatte"

Dass der Beschuldigte offenkundig psychisch schwerkrank ist und seit längerem unter Wahnvorstellungen leidet, bestätigen am zweiten Verhandlungstag mehrere Zeugen, allen voran der ehemalige Leiter eines Caritas-Jugendhauses in München. In der Einrichtung war Ali Reza K. ab Herbst 2019 für mehrere Monate untergebracht, in einer therapeutischen Gruppe für schwer traumatisierte Flüchtlinge. „Das Klientel ist extrem schwierig", sagte der als Zeuge geladene Sozialpädagoge. **„Und Ali Reza K. war der schwierigste Klient, den ich in 20 Jahren hatte."**

Der frühere Chef des – mittlerweile geschlossenen – Heims erklärte, Ali Reza K. sei direkt aus der geschlossenen Psychiatrie in seine Einrichtung gekommen. **„Wir haben gleich gesehen: Der ist völlig neben der Spur."** Schon bei kleinsten Anlässen sei der Beschuldigte ausgerastet und gewalttätig geworden. Dann habe er den Fernseher im Gemeinschaftsraum zertrümmert oder Papiere verbrannt.

2019: Ali Reza K. will Nachbarn mit Küchenmesser töten

Am 27. September 2019 sei es zu einem besonders dramatischen Zwischenfall gekommen. Bei einem Spaziergang sei Ali Reza K. mit einem Nachbarn des Jugendhauses in Streit geraten, habe sich das Hemd vom Leib gerissen und wollte auf ihn zustürmen. „Daraus ist ein Mordgedanke entstanden", so der Zeuge. Ali Reza K. habe gesagt: „Wenn ich den wiedersehe, bringe ich ihn um!" Tatsächlich griff der Afghane tags darauf in **der Küche** des Jugendhauses ein langes Messer, mit dem er den Nachbarn töten wollte. Ein anderer Jugendlicher aus Afghanistan konnte ihn im letzten Moment zurückhalten. **„Anschließend war Ali Reza K. noch fünf bis sechs Tage im Dauermodus: Den Nachbarn bringe ich um!"**

Natürlich habe die Einrichtung **die Polizei** eingeschaltet, so der Ex-Chef. Doch dort habe man gesagt: **„Das reicht nicht aus, um den Mann in eine psychiatrische Klinik zwangseinweisen zu lassen."** Dafür habe Ali Reza K. schließlich selbst gesorgt, berichtet der Zeuge: Anfang Oktober 2019 fing er den Fahrer ab, der immer Medikamente in die Einrichtung bringt – und schnappte sich zahlreiche Arzneimittel. In seinem Zimmer schluckte er seine komplette Monatsration Tabletten. Er brach zusammen und wurde in die geschlossene Psychiatrie eingewiesen.

Anzeige bei Polizei: "Terroranschlag in Deutschland"

Der Sozialpädagoge der Caritas erklärte vor Gericht, dass Ali Reza K. innerhalb der Einrichtung als „extrem schwieriger Fall" bekannt war und von einer Ärztin sogar als „Pulverfass" bezeichnet wurde. Auch der Polizei war der Afghane ein Begriff, nicht nur wegen des Beinahe-Messerangriffs auf einen Nachbarn des Jugendhauses. Am 21. März 2020 erschien Ali Reza K. auf einer Münchner

Polizeidienststelle und wollte die Entführung seiner Schwester durch die **italienische** Mafia anzeigen. Er sei durch ein Youtube-Video aufgefordert worden, **„einen Terroranschlag in Deutschland zu begehen“,** behauptete er auf dem Revier. Tue er das nicht, würde seine in den **Niederlanden** lebende Schwester „von der Mafia entführt“.

Die Polizisten zweifelten an der Darstellung des Mannes, der auf sie einen verwirrten Eindruck machte. Sie befanden: **„Nach erster Einschätzung des Sachverhalts besteht aktuell keine Gefährdung, weder für die Schwester des Betroffenen noch für die öffentliche Sicherheit.“**

Anwältin Ruth Beer: "Niemand erkannte die Gefahr"

Diese Auffassung mag im konkreten Zusammenhang angemessen und richtig gewesen sein – in der Rückschau, unter Berücksichtigung aller jetzt verfügbaren Informationen, wirkt sie befremdlich. Die Münchner Rechtsanwältin Ruth Beer, die Ali Reza K. als Pflichtverteidigerin vertritt, sagte zu FOCUS Online: **„Es ist tragisch, dass niemand die von Ali Reza K. ausgehende Gefahr erkannt hat, weder die Polizei noch die Behörden oder erfahrene Psychiatrie-Ärzte.“**

Die Juristin will sich nicht anmaßen, Vorwürfe gegen bestimmte Ämter oder Verantwortliche zu erheben. Allerdings hält sie es für „äußerst bedenklich“, dass ihr Mandant trotz der Fülle an Auffälligkeiten und Warnhinweisen **„offenbar nicht als Person eingestuft wurde, die sich und andere Menschen massiv gefährden könnte“.**

Einstiger Kumpel: "Der war in einer anderen Welt"

Dass mit Ali Reza K. etwas nicht stimmte, war freilich vielen Weggefährten klar, die ihn aus Begegnungen etwa im Heim kannten. Ein Landsmann aus Afghanistan berichtete im Prozess, Ali Reza K. habe immer wieder geäußert, die Mafia würde ihn „verfolgen“ und habe seine „Familie getötet“. Der Zeuge: **„Der war in einer anderen Welt.“** Er beschrieb den Beschuldigten als Einzelgänger, der ständig Angstgefühle äußerte und Wert darauf legte, ein Messer bei sich zu tragen – „um sich zu verteidigen“.

Ob die Stichwaffe allein für den Selbstschutz gedacht war, darf bezweifelt werden, denn schon vor dem – letztlich gescheiterten – Terrorangriff drohte er damit, das Messer gegen einen anderen Menschen einzusetzen. Konkret betroffen war ein junger **Serbe**, der Ali Reza K. ein Auto verkauft hatte. Als es im Nachhinein zu Streitigkeiten kam, drohte der Afghane am Telefon: **„Wenn Du nochmal zu mir kommst, dann steche ich Dich ab!“**

Kein anerkannter Flüchtling, aber auch keine Abschiebung

Ali Reza K. war 2011 nach Deutschland gekommen. Als Grund für seine Flucht gab er Gewalt innerhalb seiner Familie an. So sei er vom Vater „grün und blau geschlagen“ worden und habe deswegen schon zwei Mal versucht, sich das Leben zu nehmen. Der Afghane wurde zwar nicht als Flüchtling anerkannt, musste Deutschland aber aufgrund des Abschiebestopps nach Afghanistan auch nicht verlassen. Zwar prüfen die Behörden aktuell, ob demnächst eine Abschiebung möglich wäre, doch das hängt vom Ausgang des Gerichtsprozesses

ab. Denn im Raum steht die dauerhafte Unterbringung in einer psychiatrischen Fachklinik.
Am Ende des zweiten Prozesstages zeigt der Beschuldigte doch noch eine menschliche Regung – als der Richter ihn zur beschlagnahmten Tatwaffe fragt. „Brauchen Sie das Messer noch?“, will er wissen. Ali Reza K. schüttelt kurz den Kopf. Und lacht.
Anschlag in München geplant: Ali Reza K. (36) wollte auf Marienplatz viele Menschen töten

https://www.pi-news.net/2021/07/die-geflickten-hosen-des-wiedergewaehlten-schwedischen-premiers/

Die geflickten Hosen des wiedergewählten schwedischen Premiers

14. Juli 2021

Von ALSTER | War da was? Am 21. Juni war zum ersten Mal in der Geschichte Schwedens ein Ministerpräsident per Misstrauensvotum zu Fall gebracht worden. Nur neun Tage später erhielt der abgewählte Stefan Löfven erneut die nötige Unterstützung/das Vertrauen vom selben Reichstag, um als wiedergewählter Ministerpräsident eine „neue“ Regierung bilden zu können. Am 9. Juli präsentierte der alte und neue Ministerpräsident die neue alte schwedische Regierung.
Die dänische Zeitung BerlingsteTidende beschrieb die tragikomische politische Situation so: „In Schweden näht und flickt der Premierminister seit Jahren seine Hosen. Jetzt sind sie wieder notdürftig geflickt, und der Anblick ist nicht schön.“ Dies ist das dritte Mal, dass eine von Löfven geführte Regierung ihr Amt antritt. Die erste war nach dem Machtwechsel 2014. Die zweite im Januar 2019 nach langwierigen Regierungsverhandlungen nach den Wahlen 2018 (PI-NEWS berichtete ausführlich).
War da doch etwas Neues?
Die linke Unterstützerpartei (Vänsterpartiet, ehemals kommunistische Partei) der rot/grünen Minderheitsregierung hat gemeinsam mit den Oppositionsparteien des bürgerlichen Lagers inklusive der Schwedendemokraten(!), die sogar den Misstrauensantrag gestellt hatten, den Löfven mit 181 zu 168 Stimmen zum Rücktritt gezwungen. Grund für die Abwahl war eine geplante Liberalisierung der Mietpreise. **Die bisherige Regierungskonstellation ist einzig unter dem Druck entstanden, jeglichen Einfluss der erstarkten Schwedendemokraten (17,8 Prozent) auf die Regierungspolitik zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde zwischen den anderen Parteien die historische Übereinkunft vom Januar 2019 erzielt: das sogenannte Januarabkommen. Das Neue: Das Januarabkommen ist tot! Die Linke ist aufmüpfig geworden und die Schwedendemokraten sind nicht mehr ausgegrenzt. Bei seiner jüngsten Wiederwahl stimmten nur 116 Mitglieder für Löfven, 173 stimmten gegen ihn, während sich 60**

enthielten – nur zwei Stimmem fehlten zur endgültigen Ab- oder Neuwahl bei 175 nötigen Gegenstimmen. Gewinner der Regierungskrise waren die Linken und die Schwedendemokraten.
Grassierende islamische Bandenkriminalität und ein Polizistenmord
Während der Politposse wurden die wirklich schweren Herausforderungen des Landes mit der Corona-Krise, der Wirtschaft und vor allen Dingen durch die mit der massiven Einwanderung verbundene gewalttätige Bandenkriminalität in den Hintergrund gedrängt. Alleine in einer Woche unter der Regierungskrise vom 26. Juni bis 2. Juli gab es fünf Mordfälle, acht Mordversuche, zwei Schussverletzungen, elf Messerangriffe, sechs Schießereien, vier Bombadierungen, sechs Brandstiftungen, ein Kidnapping, mehrere Vergewaltigungen, Misshandlungen und Verletzungen von Personen sowie Autobrände und Vandalismus. Besonders erschütterte der Mord an einem jungen Polizisten in Biskopsgården, einem Ghetto-Stadtteil von Göteborg, der seit langem von Gewalt und Bandenkriminalität geprägt ist. Der Polizistenmord wurde mit Jubel und Feuerwerk der Neubürger gefeiert.
Polizist weint vor laufender Kamera: „Wir sind chancenlos"
In einem Interview mit dem schwedischen Nachrichtensender SVT sollte der „Integrationspolizist" Ulf Boström über seine Arbeit im nordöstlichen Göteborg berichten. Göteborg hat einen sehr hohen Anteil nicht-westlicher, zumeist muslimischer Einwanderer. 16 Jahre war er im Amt, und seit Jahren gibt es große wachsende Probleme durch die Islamisierung und Bandenkriminalität. Als er von den Opfern der Erpressung und Drohungen der Banden erzählen musste, konnte er seine Tränen nicht zurückhalten (Video). Er schilderte deren eigenen Rechtssysteme, die Streitigkeiten zwischen Einwohnern lösen, arrangierte Ehen, die erzwungen wurden, um die Macht der Familien zu sichern, und weit verbreitete Gewaltanwendung, um die Kontrolle über ganze Viertel zu behalten. Mittlere und kleine schwedische Unternehmer haben ihre Familien, ihr Unternehmen verloren oder mussten aus Angst, getötet zu werden, ins Ausland ziehen. Es ist eine gigantische Bedrohungskultur. Stefan Löfven hatte diesbezüglich 2015 gesagt: „Wir haben nie den Islam kritisiert und wir werden nie den Islam kritisieren."
Auf einer am 2. Juli abgehaltenen Online-Pressekonferenz zum Mord an dem jungen Polizisten antwortete Stefan Löfven auf die in englisch gestellte Frage, wie die Leute mit ihren Kindern darüber reden sollen: "Ich finde es sehr wichtig, den Kindern Trost zu spenden, es ist nicht so, dass sie bald getötet werden oder so."
Die nächste planmäßige Reichstagswahl in Schweden findet übrigens am 11. September 2022 statt…

https://www.focus.de/politik/deutschland/ermittlungen-wegen-versuchten-mordes-daffd_id_13494089.html
Ermittlungen wegen versuchten Mordes

„Rechter Brandanschlag“ war wohl Betrug: Gastwirt Ali T. narrte sogar Angela Merkel

FacebookAusgebranntes Restaurant "Mangal" in Chemnitz, Besitzer Mehmet Ali T. zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel 2018.

FOCUS-Online-Reporter **Göran Schattauer**

Mittwoch, 14.07.2021, 21:36

Es ist ein Lehrstück über voreilige Politiker-Reaktionen und falsche Verdächtigungen: Ein angeblich „rechter“ Brandanschlag auf ein türkisches Grillrestaurant in Chemnitz 2018 war wohl die Straftat des Besitzers Mehmet Ali T. Jetzt wurde der 49-Jährige, der viele Medien und sogar die Kanzlerin hinters Licht führte, verhaftet. FOCUS Online weiß, wie die sächsischen Fahnder dem Mann auf die Spur kamen.

Am 18. Oktober 2018 gegen 2.20 Uhr ging im sächsischen Chemnitz ein türkisches Restaurant in Flammen auf. Dass bei dem Inferno niemand starb, war Zufall. In den Mietwohnungen über dem lichterloh brennenden Lokal „Mangal“ hielten sich zur Tatzeit 15 Menschen auf. Sie konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, eine Mieterin wurde durch die giftigen Rauchgase leicht verletzt. Sachschaden: rund 500.000 Euro.

Fast noch schneller als die Chemnitzer Feuerwehr reagierte die Polit-Prominenz. Die Chemnitzer Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig (**SPD**) empörte sich: **„Was heute Nacht geschehen ist, ist aufs Schärfste zu verurteilen. Wie hasserfüllt, verantwortungslos und feige müssen diejenigen sein, die so etwas tun?“** Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (**CDU**) sinnierte öffentlich über einen „fremdenfeindlichen, rassistischen Hintergrund‘. Sein Parteikollege und Innenminister Roland Wöller sprach von einer „verabscheuungswürdigen Tat“.

Facebook Gastwirt Mehmet Ali T. mit Sachsens Ministerpräsident Kretschmer und der Chemnitzer Oberbürgermeisterin Ludwig 2018 vor seinem ausgebrannten Restaurant "Mangal".

Brand in Chemnitzer Lokal: Türkischer Besitzer unter Verdacht

Verabscheuungswürdig war die Tat auf jeden Fall. Doch der von den Politikern vermittelte Eindruck, bei dem Brandanschlag handele es sich um das Werk von Rechtsextremisten, ist offenbar falsch. Mittlerweile richtet sich der Tatverdacht gegen zwei Männer, die definitiv keine Neonazis sind.
Es handelt sich um den kurdischen Besitzer des abgebrannten Restaurants Mehmet Ali T. (49) und seinen mutmaßlichen Komplizen Yalcin E. (35). Die beiden Männer wurden am 7. Juli 2021 festgenommen. Gaststätten-Boss Mehmet Ali T. kam sogar in Untersuchungshaft und sitzt derzeit in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Dresden.
Nach Informationen von FOCUS Online ermittelt die Chemnitzer Staatsanwaltschaft gegen das Duo wegen **versuchten Mordes in 15 Fällen in Tateinheit mit besonders schwerer Brandstiftung und Betrug** (Aktenzeichen: 250 Js 31610/20).

Große Anteilnahme: Sogar die Kanzlerin traf Mehmet Ali T.

Wenn es stimmt, was die sächsischen Ermittler bislang herausfanden, dann haben sich Politiker wie Kretschmer und Ludwig nicht mit einem Opfer fremdenfeindlicher Gewalt solidarisiert, sondern - unwissentlich - mit einem mutmaßlichen Kriminellen. Die beiden Volksvertreter hatten Mehmet Ali T. im November 2018 medienwirksam in seinem verkohlten Lokal besucht. **Später schüttelte sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dem Gastwirt mit Migrationshintergrund die Hand, der sich als Opfer des „rechten Terrors" in Chemnitz ausgab.**
Unmittelbar nach dem verheerenden Feuer hatte das „Mangal"-Team Fotos aus dem zerstörten Gastraum bei Facebook gepostet („Leider ist alles abgebrannt") und damit eine Welle der Empörung ausgelöst. Eine Userin schrieb: „Lasst den Menschen, die scheinbar so viel Wut und Hass in sich tragen, nicht die Genugtuung, euch von hier vertrieben zu haben." Ein anderer Nutzer rief zum Kampf gegen „diese elendigen Nazis" auf, die nicht nur für ihn zweifelsfrei als Täter feststanden.

Gastwirt nach Brand: "Hier nicht mehr sicher genug"

Gestreut wurde dieser „Verdacht" vor allem durch einen Mann: „Mangal"-Inhaber Mehmet Ali T. Der **heute 49-Jährige ließ praktisch keine Gelegenheit aus, den Brandanschlag Rechtsextremisten in die Schuhe zu schieben. Schon wenige Stunden nach der Tat sagte er der „Bild"-Zeitung: „Wenn sich herausstellen sollte, dass es wirklich Rechtsextreme waren, werde ich Chemnitz wohl wieder verlassen. Dann ist es mir hier nicht mehr sicher genug."**

Im November 2019 zimmerte die Deutsche Presse-Agentur (dpa) ein rührendes Porträt des türkischen Gastwirts zusammen, der seit 1994 im Raum Chemnitz lebt. Überschrift: „Der Anschlag und die Angst“. Mehmet Ali T., dessen Nachname damals noch voll ausgeschrieben wurde, erklärte dem Reporter seine Haltung zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. Er sagte: „Ich bin mehr als besorgt über die Lage in Deutschland.“ Und natürlich seien die Täter, die sein Restaurant angezündet haben, „im Kreis von Rechtsradikalen zu suchen“.

Mehmet Ali T. rügte Polizei als unfähig - jetzt ist er in Haft

Zugleich übte der Zuwanderer massive Kritik an den Ermittlungsbehörden. „Die Polizei hat gar nichts ermittelt“, schimpfte Mehmet Ali T. angeblich tief frustriert. Zitiert wird er auch mit dem Satz: **„Das macht uns ein bisschen Angst, wenn die Polizei, die uns von unseren Steuergeldern schützen soll, sich so blöd hinstellt.“**

Ganz so „blöd“ wie der türkische Gastarbeiter-Sohn meinte, waren die Ermittler des Landeskriminalamts (LKA) Sachsen offenbar doch nicht. Vor wenigen Tagen, am 7. Juli 2021, legten Polizisten Mehmet Ali T. Handschellen an. Damit endete das offenkundige Märchen von „rechten Anschlag“ in Chemnitz. Jetzt geht es um versuchten Mord und Versicherungsbetrug!

Feuerschaden: 300.000 Euro von der Versicherung kassiert

Nach Informationen von FOCUS Online kassierte Mehmet Ali T. für den Feuerschaden in seinem Restaurant rund 300.000 Euro von der Sparkassen-Versicherung. Das war zwar weniger als der Unternehmer erhofft hatte, aber offenbar genug, um ein neues Lokal außerhalb von Chemnitz zu eröffnen. Sollte sich herausstellen, dass Mehmet Ali T. selbst hinter dem Brandanschlag steckt, dürfte er das Geld zurückzahlen müssen – und für längere Zeit ins Gefängnis kommen.

Wie die Fahnder dem mutmaßlichen Täter und seinem wahrscheinlichen Helfer auf die Spur kamen, konnte FOCUS Online den Ermittlungsakten entnehmen.

Laut den Unterlagen ermittelte die Polizei zunächst, wie es so schön heißt, „in alle Richtungen“, auch das Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum des sächsischen LKA war eingebunden. Die Fahnder standen unter hohem Druck.

"Rechte Hochburg" Chemnitz: Die Tat passte ins Muster

Wenige Wochen vor dem Brand war es in Chemnitz zu Demonstrationen und Ausschreitungen gekommen, an denen auch Rechtsextremisten beteiligt waren. Auslöser war der tödliche Messerangriff auf den Tischler Daniel H. durch zwei Asylbewerber Ende August 2018 am Rande des Chemnitzer Stadtfests. Fortan herrschte eine angespannte Stimmung, die sächsische Großstadt und ihre Bürger gerieten unter eine Art „braunen Generalverdacht“.

Wenn in einem solchen Klima ein türkisches Lokal abbrennt, liegt der Verdacht nahe, dass rechtsextreme Ausländerfeinde dahinterstecken. Sollte dies das Kalkül des türkischen Gastwirts gewesen sein?

Tatsache ist, dass die sächsischen Ermittler keinerlei Anhaltspunkte für eine politisch motivierte Straftat von rechts finden konnten. Da auch ein technischer Defekt ausschied, mussten sie andere Szenarien in Betracht ziehen. Dazu zählten auch Finanzermittlungen rund um Restaurant-Besitzer.

Finanzermittlungen führten Fahnder auf Spur des Gastwirts

Dabei stellte sich heraus, dass Mehmet Ali T. erhebliche Schulden hatte. Waren es zur Eröffnung seines Chemnitzer Lokals noch mehrere Zehntausend Euro, lagen die

Schulden zum Zeitpunkt des Brandes bereits im sechsstelligen Bereich. So zumindest steht es in den Akten.
Versicherungsbetrug als Tatmotiv – bei Wohnungs- und Hausbränden ist das ein „Klassiker“. Auch im Fall des Feuers im „Mangal“ konnten die LKA-Ermittler einen solchen Hintergrund nicht ausschließen.
Fakt ist: Die Täter waren durch ein Fenster in das Lokal eingestiegen, hatten etwa fünf Liter Benzin verschüttet und angezündet. Drei bis heute unbekannte Männer flüchteten in einem roten Kleinwagen (FOCUS Online kennt die genaue Marke) vom Tatort. Die Hypothese der Fahnder: Mehmet Ali T. könnte das Trio angestiftet haben, um Geld von der Versicherung zu erhalten und so einen finanziellen Schub für den wirtschaftlichen Neustart zu erhalten.

Telefonüberwachung und verdeckte Ermittlungen

Aus der Hypothese wurde irgendwann ein Anfangsverdacht. Die LKA-Fahnder erwirkten richterliche Beschlüsse zur Telefonüberwachung und führten verdeckte Ermittlungen. Gut zwei Jahre nach dem Feuer lobte die Polizei im Oktober 2020 für sachdienliche Hinweise zur Tat 10.000 Euro Belohnung aus. Zwar ergab sich daraus keine heiße Spur. Allerdings erhärtete sich der Verdacht gegen Mehmet Ali T. durch die zu diesem Zeitpunkt laufende Telefonüberwachung.

Am Ende waren die Indizien gegen den türkischen Gastwirt so erdrückend, dass die Polizei mit einem richterlichen Beschluss zuschlagen konnte: Restaurant-Boss Mehmet Ali T. wurde am 7. Juli 2021 festgenommen, ebenso wie sein Kumpel und mutmaßlicher Komplize Yalcin E., der aus der Türkei stammt, aber deutscher Staatsbürger ist. Insgesamt drei Objekte in Chemnitz und Frankenberg wurden durchsucht.

Nach Informationen von FOCUS Online hat sich der angebliche Helfer Yalcin E. bei seiner Festnahme spontan zu den Vorwürfen geäußert und dabei den Hauptbeschuldigten Mehmet Ali T. belastet. Der Gastwirt selbst hat sich bisher nicht offiziell eingelassen, sein Verteidiger lehnte eine Stellungnahme gegenüber FOCUS Online ab.

Verdacht: Hat Mehmet Ali T. noch mehr auf dem Kerbholz?

Laut behördlichen Unterlagen, die FOCUS Online einsehen konnte, steht der 49-jährige Unternehmer nicht nur wegen des Brandes in seinem Lokal unter Verdacht. Quasi als Beifang stellten die Kriminalbeamten weitere mögliche Straftaten fest. Dazu zählen unter anderem Betrugsdelikte, Urkundenfälschung und Erpressung.

Seit der dramatischen Ermittlungs-Wende hat sich die Stimmung gegen den einst beliebten Restaurant-Boss gedreht. Auf Facebook findet man diverse Schmäh-Kommentare gegen ihn – und auch die von ihm offenbar getäuschten Politiker bekommen ihr Fett weg.

So kritisiert ein User den sächsischen Ministerpräsidenten für dessen Solidaritäts-Besuch bei Mehmet Ali T., obwohl die Hintergründe der Tat nicht ansatzweise aufgeklärt waren - und fordert eine Entschuldigung gegenüber der Öffentlichkeit: „Herr Kretschmer, wie wäre es mit einer Entschuldigung für die Vorverurteilung für einen angeblich rechtsextremen Anschlag auf das Restaurant?“

https://philosophia-perennis.com/2021/07/16/gran-canaria-migranten-muessen-zerstoertes-ferienobjekt-verlassen/

Gran Canaria: Migranten müssen zerstörtes Ferienobjekt verlassen

Von

David Berger

16. Juli 2021

(David Berger) Nachdem die von minderjährigen Migranten aus Afrika bewohnten Apartmentos Puerto Bello in Mogan auf Gran Canaria durch den extremen Vandalismus ihrer Bewohner praktisch unbewohnbar geworden sind, wurde das Asylzentrum dort nun aufgelöst. Ob es restaurierbar ist oder abgerissen werden muss, ist noch unklar.

Immer wieder haben wir bei PP über die durch den Migrantenansturm auf die Kanaren entstandenen katastrophalen Zustände berichtet. Unter anderem auch über die Lage in Puerto Rico (Mogan) auf Gran Canaria. Dort waren bislang die Apartmentos Puerto Bello ein berüchtigtes Zentrum, in dem angeblich minderjährige Afrikaner auf Staatskosten untergebracht, wüteten.

Schlägereien, Diebstähle, Drogenhandel

Der für gewöhnlich gut unterrichtete „Kanarenmarkt" schreibt dazu: „Weil einige der in den Apartamentos Puerto Bello in Puerto Rico (Mogán) auf Gran Canaria auf Staatskosten untergebrachten minderjährigen Afrikaner glaubten, in ihrem Land zu sein, galt dieser Komplex seit Ende 2020 als berüchtigt.

Schlägereien, Diebstähle und Sachbeschädigungen waren schon fast an der Tagesordnung. Zudem diente das Objekt als Drogenverkaufsstelle. Von dortigen Sicherheitsmitarbeitern zu Hilfe gerufene Polizisten betraten das Objekt nur noch mit Helm und Schild, da sie von den „Schutzsuchenden" immer wieder mit Gegenständen von den Balkonen beworfen worden."

Abriss oder Restauration?

Nach zahlreichen Bürgerprotesten und einer sich immer weiter zuspitzenden Lage wurde das „Ferienzentrum zur Unterbringung minderjähriger Migranten" nun gestern geschlossen. Wohin die Afrikaner verbracht werden, ist unbekannt. Aber auch, ob die Anlage jemals wieder als Urlaubszentrum genutzt werden kann oder ganz abgerissen werden muss, ist noch unklar.

https://philosophia-perennis.com/2021/07/15/messermoerder-von-wuerzburg-kurz-vor-der-tat-wir-sehen-uns-im-paradies-wieder-mutter/

Messermörder von Würzburg kurz vor der Tat: „Wir sehen uns im Paradies wieder, Mutter!“
Von
Michael van Laack
15. Juli 20210

(Michael van Laack) Man muss Verständnis für das bayerische LKA und die Bundesregierung haben. Für die Kriminalstatistik wäre es sehr schlecht, wenn der Dreifachmord von Würzburg als islamistischer Terrorakt gewertet würde. Zumal, da der oberste Dienstherr der Behörde erst am Tag vor der Tat erklärt hatte, es gäbe keine größere Bedrohung für unsere Demokratie als jene von rechts.

Und für die Bundesregierung muss es auch darum gehen, Geld zu sparen: die Corona-Hilfen, der Green Deal, die Migrationskosten. All das hat die Kassen schwer belastet. Wenn die Tat als islamistisch eingestuft würde, hätten Hinterbliebene aber auch traumatisierte Verletzte Anspruch auf ein zusätzliches „Schmerzensgeld“. Wer bitte soll das bezahlen?

Einstufung als Terrorakt politisch nicht gewollt

Das ist ja alles schön und gut, sagte neulich Bundesinnenminister Seehofer. Der Mörder habe „AllahuAkhbar“ gerufen. Aber das würde von Hunderten Moscheen auch zum Gebet gerufen, sei also vergleichbar mit einem Stoßgebet der Katholiken, ein „Gott steh mir bei“ zum Beispiel. Das könne also nicht als Indiz für einen islamischen Hintergrund gewertet werden.

Auch hat der Mörder gegenüber einer Polizistin geäußert, er befinde sich im Dschihad. Aber das habe er vermutlich nur so vor sich hingeplappert. Denn er sei psychisch krank und sich deshalb seiner Worte und deren Wirkung auf voreingenommene Nicht-Muslime kaum bewusst.

Jeder kommt doch irgendwann ins Paradies, oder?

Last but not least: Ja, er hat seiner in Somalia lebenden Mutter wenige Minuten vor der Tat eine Textnachricht von einem seiner zwei sichergestellten Smartphones (nicht schlecht für einen von der Gesellschaft vernachlässigten Obdachlosen, der in Deutschland vor sich hin darben muss) geschickt, die wie folgt lautet:

„Wir sehen uns im Paradies wieder!“ Aber auch das, so meinen LKA und Bundesregierung, würden nur böswillige Menschen in einen radikalislamischen Kontext stellen. Der Mörder könnte damit auch gemeint haben: Es gibt keine Chance dafür, dass ich Dich aus Somalia nach Deutschland nachholen kann, Mutter. Wir werden uns in diesem Leben nicht mehr wiedersehen.

Weiteres angebliches Indiz für nichtislamisches Motiv

Der Täter – so das LKA – schweige sich über sein Motiv aus. Wäre er ein islamischer Terrorist, würde er jedem erzählen, was ihn antreibt, weil er so Anerkennung in der Welt des Terrors gewänne. Sein Schweigen sei ein Zeichen dafür, dass er selbst nicht wisse, warum er gemordet habe. Dies wiederum sei nur bei psychisch-kranken Menschen der Fall.

Auch – so heißt es – würden islamische Terroristen alles daransetzen, nach ihrer Tat getötet zu werden. Aber das habe Abdirahman J. A. nicht getan. Er habe sich fast widerstandlos festnehmen lassen, nachdem er ein paar Polizisten sein Messer „gezeigt“ habe. Großartig, oder? Endlich kennen wir die Wahrheit. Das Gerede vom „islamistischen Terroranschlag“ war wieder nur Nazi-Propaganda und übelste AfD-Hetze mit dem Ziel, die Asylanten und Migranten in Deutschland in ein negatives Licht zu stellen.

Daher mein Vorschlag: Alle anständigen und aufrechten Mitglieder der Zivilgesellschaft, die bekanntlich mehr sind, sollten sich dagegen wenden und zum Gedenken an den Mörder von Würzburg Mahnwachen vor Moscheen und Demos vor AfD-Geschäftsstellen veranstalten, bei denen sie sich aus Solidarität mit Abdirahman J. A und allen Muslimen auf einen Gebetsteppich niederknien, als lediglich die BLM-Unterwerfungsgeste gegenüber dem Kriminellen George Floyd ein wenig erweitern.

https://www.pi-news.net/2021/07/muenchen-is-terrorist-wegen-26-mordversuchen-verurteilt/

München: IS-Terrorist wegen 26 Mordversuchen verurteilt

24. Juli 2021

Von JOHANNES DANIELS | Nur wenige Mainstream-Medien berichten über das am Freitag erfolgte Urteil des Oberlandesgerichts München gegen den IS-Terroristen Muharrem D., der im Jahr 2020 eine Anschlagsserie im oberbayerischen Waldkraiburg verübte und dabei den Tod von mindestens 26 Menschen billigend in Kauf nahm. Allerdings die Neue Zürcher Zeitung und einige türkische Medien.

Die Anklageliste gegen den kurdisch-türkischstämmigen Muharrem D. war außergewöhnlich lang – aber nach bekanntem Muster: Versuchter vielfacher Mord, schwere Brandstiftung, Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz und die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Tat. Die Staatsanwaltschaft München erkannte bei D. „vorsorglich" eine „erheblich verminderte Schuldfähigkeit" und hatte gefordert, der mutmaßliche Täter solle wegen seiner Schizophrenie in einem psychiatrischen Krankenhaus auf Kosten des deutschen Steuerzahlers untergebracht werden.

Türkischstämmiger Täter handelte aus „Türkenhass"

Der heute 27-jährige kurdisch-türkische Muharrem D. hatte zugegeben, für die in vielen bundesweiten Medien Aufsehen erregende Anschlagsserie in Waldkraiburg im letzten Jahr verantwortlich zu sein. Dort wurde zunächst ein „rechter" Tathintergrund aus Fremdenhass allgemein impliziert, so wie die linksextremistische „taz". Der selbsternannte IS-Terrorist hatte unter anderem einen türkischen Gemüseladen angezündet und 26 Menschen in den Wohnungen des Hauses in konkrete Lebensgefahr gebracht. Sie konnten sich nur durch Warnungen von Nachbarn mitten in der Nacht retten.

Muharrem D. beging außerdem Anschläge auf einen Friseursalon, einen Kebab-Imbiss, eine Pizzeria und die „Sultan-Ahmed-Moschee" in Waldkraiburg. Weil dort die Tür nicht aufging, warf er seinen Brandsatz in eine Papiermülltonne direkt am Wohnhaus des Imams, wo der Mann mit seiner Familie schlief. Nur weil die Flammen erloschen, passierte nichts Schlimmeres. Die Staatsanwaltschaft wertete dies als versuchten Mord an der Familie.

Muharrem plante noch viele weitere Taten und Morde

Die rasche Festnahme von D. am 8. Mai 2020 könnte weitere Taten verhindert haben. Als die Polizei zugriff, hatte er Rohrbomben und kiloweise Sprengstoff dabei, die er vorher lange in seinem Auto in einer Tiefgarage in Garching an der Alz gelagert hatte. Vor Gericht räumte der Angeklagte ein, noch ganz andere Taten geplant zu haben: Anschläge auf mehrere Moscheen des Islamverbandes

Ditib, auf das türkische Generalkonsulat in München und die Ditib-Zentralmoschee in Köln.
Laut der Anklage hatte sich D. seit 2017 – Überraschung! – „scheinbar aus dem Nichts" radikalisiert. Er hörte sich salafistische Predigten im Internet an und wurde schnell zum Anhänger der Terrororganisation Islamischer Staat, wie soviel „Schutzsuchende", die das Merkel-Regime seit 2015 in die deutschen Sozialsysteme aus allen archaischen Kulturen der Welt importiert hat. Muharrem entwickelte einen nicht nachvollziehbaren Hass gegen Türken, obschon er selbst türkischer Abstammung ist.

„Das Fundament, auf dem die Schizophrenie aufgesattelt hat"

Der Angeklagte ist nach Gerichtsangaben schizophren. „Ohne die Schizophrenie sind die vom Angeklagten verübten Anschläge in Waldkraiburg nicht denkbar", sagte der Vorsitzende Richter. Sie seien aber „ebenso wenig denkbar ohne die islamistisch-dschihadistische Ideologie". Diese sei „das Fundament, auf dem die Schizophrenie aufgesattelt hat". Seit 2019 besteht bei Muharrem D. eine schizophrene Erkrankung.
In der Urteilsbegründung ging der Richter ausführlich auf die „Kindheit und den Werdegang" des prospektiven Massenmörders ein: Muharrem D. wuchs in Garching auf. Von seinem idyllischen Umfeld in Oberbayern wurde er immer höflich behandelt und als zurückhaltend empfunden. Er sei in einer gut integrierten, kaum religiösen Familie aufgewachsen. Spätestens 2013 habe er sich dann aber dem Salafismus zugewendet. Erst habe er nur mit den IS-Ideologien sympathisiert, seit dem Merkel-Jahr 2015/16 habe er sich dann aber auch damit identifiziert. Er habe sich seitdem als strammer IS-Kämpfer gesehen. Bis 2018 hatte er sich ausschließlich über das Internet radikalisiert. Ab Herbst 2018 zog er für einige Monate nach München, um in der „Al-Salam Moschee", einer laut Richter salafistisch geprägten Moschee, zu wohnen. Im Laufe der Jahre, so der Richter, habe Muharrem D. dann „eine bizarr anmutende Privatideologie" entwickelt – mit einem Hass auf alle türkischstämmigen Menschen. Er habe „kriegsähnliche Zustände" herbeiführen wollen.

Radikal-Islamischer Instagram-Account: Videos von Hinrichtungen

Das Oberlandesgericht München bewertete insbesondere den Instagram-Account des Attentäters. Der Sachverständige bestätigte, dass dieser „eindeutig islamistisch" geprägt gewesen sei. So habe Muharrem D. Videos von Hinrichtungen gepostet. Regelmäßig habe er zudem Geld an die Familie eines IS-Kämpfers in der Türkei überwiesen. Seit 2018 habe er immer wieder mit einschlägig bekannten Münchner Salafisten Kontakt gehabt.
Am 8. Mai 2020 nahm die Polizei den Täter fest – durch Zufall nach einer Fahrkartenkontrolle. Als die Polizei zugriff, hatte er Rohrbomben und kiloweise Sprengstoff dabei, die er vorher lange in seinem Auto in einer Tiefgarage in Garching gelagert hatte. Die Attentate hatte Muharrem D. weitgehend eingeräumt, allerdings entsprechende Planungen bestritten und von „Spontantaten" gesprochen.
Viele der Waldkraiburger Mieter, die nachts vom Brand überrascht wurden, leiden bis heute unter psychischen Problemen. Ein Betroffener erzählt, er habe monatelang im Bett liegend gedacht, er rieche Rauch, es würde brennen. Neben den psychischen Problemen aber gab es für die Opfer auch organisatorische: 27 Menschen mussten nach dem Brand ihr Zuhause verlassen – für Monate. Manche kamen in einer städtischen Notunterkunft unter. Die betroffene Helga Rittersporn erzählte, sie habe zehn Monate lang teils bei ihren Töchtern, teils im Hotel gelebt. Erst dann habe die Hausverwaltung die Wohnung wieder freigegeben. Rittersporn erzählt von einem fünfjährigen Nachbarskind: „Wenn die mich sieht,

sagt sie jedes Mal: Helga, warum war dieser Mann so böse, warum hat dieser Mann das getan?"

„Er hat immer ein Lächeln im Gesicht gehabt"

Der mit einer Milliarden Euro gebührenfinanzierte BR lässt in einem Interview die Eltern und den Fußballtrainer des Terroristen „versöhnlich" zu Wort kommen:

> *„An einem großen Tisch mit Gebäck und Kaffee schlägt der Vater von Muharrem D. die Hände vor das Gesicht. ‚Ich bin total fertig', sagt er. Für ihn und seine Frau sind die Drogen der Grund dafür, dass ihr Sohn Muharrem mutmaßlich die Taten begangen hat […] Gegenüber den Reportern des BR-Politikmagazins Kontrovers zeigen sie offen ihre Gefühle. ‚Das ist ganz schwer', sagt der Vater, der immer wieder weint. Die Mutter versucht, sachlich zu bleiben. Mit am Tisch sitzt auch der ehemalige Fußballtrainer von Muharrem. Er sagt, Muharrem sei ein sehr netter Junge gewesen: ‚Er hat immer ein Lächeln im Gesicht gehabt und jeden Blödsinn mitgemacht. Aber er ist nie wirklich ausfällig geworden.'*
> *Der Vater kann sich noch gut an den Moment erinnern, als er seinen Sohn in einer Münchner Moschee in Sendling entdeckte. ‚Ich sagte zu ihm: Muharrem, so geht das nicht. Schwester und Mama sind draußen. Komm, lass uns miteinander sprechen.' Aber sein Sohn Muharrem habe nicht mitgewollt."*

Der Imam der Moschee wollte nicht über Muharrem D. sprechen. Er bestätigt allerdings, dass er im Prozess als Zeuge vorgeladen ist. Muharrem D. sagte vor Gericht aus, zum Zeitpunkt der Anschläge sei er nicht mehr Herr seiner selbst gewesen. Sein steuerfinanzierter Anwalt Dr. Christian Gerber ging von einer stark verminderten Schuldfähigkeit aus:

> *„Kurz nach seiner Verhaftung gab es schon deutliche Züge einer Psychose. Das hat sich gebessert, aber an seinen Aussagen und Widersprüchen sieht man, dass er krank ist und behandelt werden muss."*

Daher sicher auch das milde Urteil gegen den „sehr netten Jungen" Muharrem: Neuneinhalb Jahre bei psychologisch-forensischer Behandlung und oberbayerischer Tanztherapie.

https://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/tatwaffe-war-ein-messer-mann-52-in-obdachlosenheim-enthauptet-77171620.bild.html?wtmc=twttr.shr
DER TATVERDÄCHTIGE (21) BENUTZTE EIN MESSER
24.07.2021 - 09:21 Uhr
Regen – Bestialische Bluttat in einem Obdachlosenheim in Regen im Bayerischen Wald! Nach BILD-Informationen soll ein psychisch kranker Mann (21) einen Mitbewohner (†52) mit einem Messer enthauptet haben!
Bereits am Montagmorgen wurde das fürchterliche Verbrechen verübt. Das Polizeipräsidium Niederbayern sprach zunächst von einem Gewaltverbrechen, meldete dazu, dass „ein 52-jähriger Mann tot in einer Obdachlosenunterkunft in Regen aufgefunden wurde. Ein Tatverdächtiger wurde festgenommen. Er wurde in ein Bezirkskrankenhaus eingeliefert".

BILD kennt die schrecklichen Hintergründe der Tat. Der Tatverdächtige Mersad T. (21, Name geändert, der Redaktion bekannt) soll demnach seinen Mitbewohner Alex K. (†52) in der Unterkunft nach einem Streit mit einem Messer ermordet, ihm sogar den Kopf abgetrennt haben. Ein Mitarbeiter der Tafel hatte die enthauptete Leiche am Montagmorgen entdeckt.
Wenig später konnte Mersad T. in der Nähe der Unterkunft festgenommen werden. Nach BILD-Informationen ist der Afrikaner schwer psychisch krank, wurde schon mehrfach in der Psychiatrie in Mainkofen (Niederbayern) untergebracht und behandelt. Er ist bereits polizeibekannt wegen Körperverletzungs- und Eigentumsdelikten.
Die Beweggründe für die Tat sind unklar. Eine politische Motivation wird jedoch ausgeschlossen. Ein Sprecher des Polizeipräsidiums Niederbayern wollte sich zu Details der Tat nicht äußern.

http://www.pi-news.net/2021/07/leer-18-jaehrige-von-zwei-syrern-und-einem-iraker-brutal-vergewaltigt/

Leer: 18-Jährige von zwei Syrern und einem Iraker brutal vergewaltigt

27. Juli 2021

Von JOHANNES DANIELS | Nicht alles, was Merkels Gäste zu uns bringen ist wertvoller als Gold. Und nicht alles lässt sich einfach so vertuschen und verklausulieren, wie geplant: In Leer / Niedersachsen wurde in der Nacht zum Samstag ein 18-jähriges Mädchen von zwei Syrern und einem Iraker (18, 20, 21) in eine Wohnung gelockt, brutal geschlagen und dann mehrfach von den „Schutzsuchenden" vergewaltigt. Parallelen zum Fall „Leonie" in Österreich vor 4 Wochen liegen auf der Hand – das übliche Tatmuster.
Zu dem „Übergriff" (Mainstream-Medien) ist es in einem Mietshaus in der Leeraner Südstadt gekommen, wie die Beamten am Montag mitteilten. „Weitere Einzelheiten wollen wir nicht bekannt geben – auch aus Opferschutz", so Polizeisprecherin Frauke Bruns.

Täterschutz hat Vorrang

Die Staatsanwaltschaft erließ am Montag Haftbefehl, die drei Männer kamen aber unverzüglich „gegen Auflagen" auf freien Fuß. Die Personalien der Täter wurden zumindest aufgenommen: „Eine angeordnete Untersuchungshaft für alle drei wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt", hieß seitens der Staatsanwaltschaft und Polizei Leer/ Aurich. Einzelheiten zu den Umständen der Tat sowie zum Zustand des Opfers nannten Polizei und Staatsanwaltschaft „aus ermittlungstaktischen Gründen nicht". Das Opfer war wohl zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort.
Die junge Frau befindet sich in einem kritischen psychischen Zustand. Möglicherweise waren aber auch die Gruppenvergewaltiger aus Syrien und dem Irak „psychisch labil". Jan Wilken, Sprecher der Staatsanwaltschaft Aurich, erklärte gegenüber dem NDR, dass die Gäste der Altparteien und des deutschen Steuerzahlers strafrechtlich mutmaßlich „als Heranwachsende aber unter das Jugendstrafrecht" fielen.
PI-NEWS wird weiter über die weitere Gruppenvergewaltigung in Deutschland berichten.

https://www.focus.de/politik/deutschland/al-zein-clan-mit-finanzanalysen-will-die-polizei-clans-auf-die-schliche-kommen_id_13536551.html

Jagd auf den Al-Zein-Clan: Der Staat zahlte ihm sogar die Protz-Villa

Folge dem GeldDer Staat bezahlte ihnen sogar die Protz-Villa: Task-Force legt Clan-Irrsinn offen

- FOCUS-Online-Reporter **Axel Spilcker**

Mittwoch, 28.07.2021, 15:54

Die Zielpersonen stehen weit oben in der kurdisch-libanesischen Clan-Hierarchie. Im Fachjargon sprechen die Ermittler gegen die organisierte Kriminalität im Landeskriminalamt NRW von „High Value Targets". Nach FOCUS-Online-Recherchen untersuchen Spezialisten einer internen Task-Force seit 2019 die Finanzströme der Clan-Bosse und ihrer Familien.

„Analyse Vermögensstatus krimineller Clanangehöriger" (AVC) nennt sich das Auswerteprojekt. Hinter dem drögen Kürzel steckt eine neue Strategie im Kampf gegen kriminelle Großfamilien, die neben **Berlin**, Bremen und Niedersachsen insbesondere an der Rhein- und Ruhrschiene ihren Machtbereich auszudehnen suchen. Das Projekt ist so geheim, dass sich das LKA mehr als bedeckt hält.

Kampf gegen kriminelle Großfamilien: Folge dem Geld

Neben der Taktik der 1000 Nadelstiche, den ständigen Razzien in einschlägig bekannten Shisha-Bars, Wettbuden und Spielhallen, neben den normalen OK-Verfahren, in denen es um Betrug, Gewaltdelikte oder Drogenhandel geht, haben das LKA und die landesweite OK-Zentralstelle bei der Staatsanwaltschaft in **Düsseldorf** (ZEOS) ein drittes Standbein kreiert: Folge dem Geld, heißt die Devise. Die Neuregelung der Vermögensabschöpfungsgesetze und der Geldwäsche liefert den Strafverfolgern das nötige Instrument, um kriminelle Geldflüsse leichter auszutrocknen. Denn nun muss die Justiz nicht mehr umständlich nachweisen, dass die Vermögenswerte aus einem konkreten illegalen Geschäft stammt. Es kann schon ausreichen darzulegen, dass ein kriminelles Clan-Mitglied, der offiziell vom **Jobcenter** lebt, sich keine Rolex leisten kann.

Und so führten die Finanzanalysen des LKA gemeinsam mit Steuerfahndern in der Task Force zuletzt zur Razzia gegen den Al-Zein-Clan in Leverkusen. Dabei konzentrierten sich die Beamten in Zusammenarbeit mit weiteren Sonderkommissionen in Düsseldorf und Duisburg auf die Abschöpfung des Vermögens zweier führender Al-Zein-Größen: In Leverkusen ging es um den mutmaßlichen ClanchefBadia Al-Zein. Akribisch durchleuchteten die Finanzfahnder Konten und Geldflüsse der Angehörigen rund um den Boss.

Dabei stießen sie auf zahlreiche Ungereimtheiten. Während der größte Teil der Familie offiziell von Hartz-IV-Bezügen lebte, wurde für den drittältesten Sohn Mohamed, 24, eine Legende gestrickt.

Al-Zein-Spross erhält 177.000 Euro als „Darlehen" oder „Geschenk"

Zum Schein arbeitete er seit 2017 bei einem Freund des Vaters als Gebäudereiniger. Auf seinem Konto landeten zunächst sechs dubiose Gehaltsüberweisungen je 2900 Euro. Bis August 2018 kamen 25.800 Euro hinzu. Weitere 15 Bekannte zahlten 177.000 Euro binnen vier Monaten auf das gleiche Konto ein. Stets versehen mit den Vermerken „Darlehen" oder „Geschenk".

Mittels seiner Lohnabrechnungen beantragte Mohamed bei der **Sparkasse** Langenfeld einen Bausparvertrag über eine halbe Million, um eine Villa in Leverkusen-Rheindorf zu erwerben. Später fanden Steuerfahnder heraus, dass die Gehaltsdokumente gefälscht waren, da der Antragsteller gar keine Sozialversicherungsabgaben abführte.

Knapp 2000 Euro der Hartz-IV-Bezüge flossen monatlich als Mietzahlungen an den Sohn

Davon ahnten die Banker aber nichts. Vertrauensselig gewährte das Geldinstitut das Geld. Der Kauf des Anwesens in Leverkusen für insgesamt 650.000 Euro war perfekt. Die Finanzermittler fanden heraus, dass der Sohn die Villa an seinen Vater vermietet hatte. Fassungslos registrierten die Beamten, dass von den insgesamt 5300 Euro, die Clan-Boss Badia Al-Zein und seine neunköpfige Familie monatlich vom Jobcenter bezogen, knapp 2000 Euro an Mietzahlungen an

den Sohn flossen. Der wiederum bediente damit den Bausparvertrag. Über dieses Konstrukt bezahlte der Staat den Häuserkauf der mutmaßlich kriminellen Sippe.

Frau von Al-Zein-Boss verwaltete das Vermögen

Die weiteren Finanznachforschungen zeigten, dass die Frau des Clan-Bosses als eine Art Schatzmeisterin fungierte. Uhren für 30.000 Euro, Nobelkarossen, Bargeldbunker im sechststelligen Bereich – die Mutter von neun Kinder verwaltete die Kasse und entschied über die Investitionen der Familie. Verdeckte Überwachungsmaßnahmen legten nahe, dass die Einkünfte aus einer Vielzahl von Straftaten stammten: Drogenhandel, räuberische Erpressung, Freiheitsberaubung, Gewaltdelikte, Hehlerei und Zinswucher.

Zugleich wurde klar, dass es den Leverkusener Boss Badia Al-Zein, der oft als Friedensrichter agierte, an die Spitze der bundesweit auf 3000 Mitglieder geschätzten Großfamilie drängte. Durch die Ausreise des eigentlichen Oberhaupts Mahmut Uca, genannt „El Presidente“, in die Türkei war ein Machtvakuum entstanden, das sein Sohn nebst einigen Führungsfiguren in Duisburg auszufüllen suchte. Gegen sie läuft nach Informationen dieser Zeitung ein umfangreiches Steuerstrafverfahren. Zu den Einzelheiten wollte die Staatsanwaltschaft Duisburg mit dem Hinweis auf die Geheimhaltungsvorschriften keine Angaben machen.

Auch der älteste Sohn des Leverkusener Bosses Badia Al-Zein soll bei den kriminellen Geschäften mitgemischt haben.

Surftipp: **Clans in Deutschland - Infos zu Abou Chaker, Miri, Remmo, Al-Zein**

Enge familiäre Bande zwischen den Al-Zein-Zweigen

Wie eng die Leverkusener Sippe und Al-Zein-Clanchef Mahmut Uca auch familiär zusammenwirken, beweist folgender Umstand: Laut der Erkenntnisse **der Polizei** sind zwei Söhne aus der Leverkusener Familie mit einer Tochter und einer Nichte von El Presidente liiert.

Am 8. Juni beendete eine Razzia vorläufig die Aufstiegsträume der Leverkusener Sippe. Der mutmaßliche Boss Badia Al-Zein wurde nach einer illegalen Glücksspielnacht in einem Café in Duisburg festgenommen, zwei seiner Söhne erlitten ein ähnliches Schicksal zu Hause in der Bayer-Stadt. Seither sitzen die drei Clangrößen in Untersuchungshaft. Die Beweislage scheint so dicht zu sein, dass die Verteidiger erst kürzlich einer Haftbeschwerde zurückgenommen haben. Es werden nicht die letzten Clan-Häuptlinge sein, die durch die Finanzauswerter im LKA überführt werden.

https://www.focus.de/panorama/kriminalbeamter-im-interview-wie-holland-mafia-in-deutschland-drogen-schmuggelt-und-automaten-sprengt_id_13524954.html

Kriminalbeamter im Interview"Gnade uns Gott": Wie Holland-Mafia in Deutschland Drogen schmuggelt und Automaten sprengtFOCUS-Online-Reporter **Axel Spilcker**

Montag, 26.07.2021, 13:35

Der Mord an dem niederländischen Journalisten Peter de Vries sorgte europaweit für Entsetzen. Der Mord sei die Folge der überbordenden Drogen-Kriminalität in den Niederlanden, die sich bis nach Deutschland erstreckt, sagt der

stellvertretende Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter in NRW, Oliver Huth.
FOCUS Online: Herr Huth, der Journalist Peter R. De Vries wurde erschossen, Fernsehsender werden durch die Organisierte Kriminalität (OK) bedroht, niederländische Syndikate schleusen riesige Drogenmengen über die Rhein-Ruhrschiene nach ganz Deutschland, marokkanische Gangster meist aus dem Raum Utrecht sprengen hierzulande Geldautomaten in die Luft, was passiert da gerade ?
Huth: Das ist die Folge einer verfehlten Sicherheitspolitik in den Niederlanden. Über Jahrzehnte ging es im Nachbarland mit dem Rechtsstaat bergab, weil die Verantwortlichen viel zu wenig in die Sicherheit des Landes investiert haben. Das Organisierte Verbrechen hat sich wie ein Krake ausgebreitet, aber das hat keinen interessiert.
FOCUS Online: Wo liegen die Gründe?
Huth: Gerade in Utrecht existieren Wohngebiete, die Maroccaine Island genannt werden. Von hier aus starten die Geldsprenger-Bande regelmäßig ihre Diebes-Touren nach NRW. In den dortigen Vierteln ist in Sachen Integration viel zu wenig geschehen. Auch wurde der Polizeiapparat sukzessive kaputtgespart. Das Ergebnis dieser Missstände offenbart sich jetzt. Inzwischen bedrohen OK-Strukturen die freiheitliche-demokratische Ordnung im Nachbarstaat. Wenn Personen des Öffentlichen Lebens sich nicht mehr sicher fühlen können, dann schlägt es eigentlich zehn nach zwölf.
Manche Experten vergleichen die Niederlande mit einem Narco-Staat ähnlich wie Kolumbien oder Mexiko, wie ist ihre Meinung?
Huth: Das ist sicherlich übertrieben, **in Mexiko** regieren die Drogen-Syndikate ganze Landesteile, dort machen immer wieder Massenexekutionen Schlagzeilen. Das ist in den Niederlanden nicht der Fall. Dennoch laufen auch im Nachbarland harte Verteilungskämpfe im Drogenmilieu. Da geht es um Millionen-Gewinne, und das ist auch der Grund für die Morde. Wenn Polizei und Justiz diese Entwicklung nicht eindämmen, dann Gnade Gott, was da noch passiert.
Seit Jahren klagen die deutschen Drogenfahnder über eine riesige Drogenschwemme aus dem Nachbarstaat, wie ist derzeit die Lage?
Huth: Nach internen Schätzungen stammen drei Viertel des Rauschgifts auf dem Schwarzmarkt in NRW aus den Niederlanden. Zirka 90 Prozent der synthetischen Drogen kommen aus den chemischen Labors jenseits der Grenze. Das Kokain wird aus Südamerika über die großen Seehäfen in Amsterdam und Rotterdam eingeschmuggelt. Es gibt zahlreiche Banden, die nur damit beschäftigt sind, den Stoff aus den Häfen am Zoll vorbei heraus zu schleusen. Dabei spielen oft Drohungen, Erpressung und Schmiergelder eine große Rolle. Das ist ein Fass ohne Boden.
Da scheint sich eine eigene Drogenmafia etabliert zu haben.
Huth: Das stimmt. Es gibt inzwischen ganze Industriezweige, die sich ganz auf die Produktion von Amphetaminen und Methamphetamin konzentrieren. Unzählige Drogenlabors schießen aus dem Boden. Die Folge davon ist, dass die Umweltkriminalität enorm zunimmt.
Wie sehen die Umweltdelikte aus?
Huth: Für Herstellung synthetischer Drogen braucht es chemische Substanzen. Diese Stoffe sind teils hochgiftig – so etwa Salzsäure. Wenn also ein Kilo Amphetamine in

Deutschland landet, dann kann man genau berechnen, wie viel hochtoxischer Müll bei der Fertigung entstanden ist. Und wir wissen nicht, wo dieser Abfall geblieben ist. Das heißt, dass die Syndikate diese giftigen Überreste irgendwo in der Pampa entsorgen. Manchmal finden sich hier und da mal ein paar Fässer im Wald, aber bisher ist völlig unklar, wo die große Masse gelandet ist. Das ist eine Katastrophe, das kann dazu führen, dass ganze Grundwassergebiete verseucht sind.

Warum sind gerade niederländische Rauschgiftküchen führend in der Produktion synthetischer Drogen?

Huth: Die Grundstoffe werden häufig aus China eingeschmuggelt. Durch die Seehäfen und dem direkten Zugang zum fernöstlichen Markt ist es den Banden ein Leichtes, diese Mittel einzuschleusen. Kontrollen fallen rudimentär aus. Die Organisationen verfügen inzwischen über zahlreiche, versierte Drogenköche, um beispielsweise Meth herzustellen.

Im Duisburger Verfahren gegen eine weitverzweigte Organisation der kalabrischen ´Ndrangheta stellte sich heraus, dass die Mafiosi mit niederländischen Syndikaten zusammenarbeiteten, um Kokain im großen Stil von den Schiffen aus Übersee zu schmuggeln, inwieweit arbeitet die deutsche Unterwelt mit den Nachbarn zusammen ?

Huth: Europol geht in seinem Jahresbericht von etwa 5000 OK-Gruppierungen in der EU aus. Das sind teilweise Mischstrukturen, die zum Beispiel in einem gewissen kriminellen Spektrum ihre Serviceleistungen anbieten. Da gibt es Ableger der albanischen Mafia, die alle Zugänge zu den Seehäfen in Belgien und in den Niederlanden kontrollieren. Diese Gangs haben für die ´Ndrangheta große Koks-Lieferungen aus den Containerschiffen herausgeschleust und an sicheren Orten übergeben. Das ist ein Crime-Lieferservice vom Feinsten. Und dafür zahlt die italienische Mafia auch richtig Geld. Das Kokain wird dann weiter nach Deutschland verfrachtet und geht von dort aus teilweise weiter nach Italien.

Warum reagiert die niederländische Polizei nicht?

Huth: Die Kollegen würden da gerne massiver gegensteuern, aber das ist schwer. Schauen Sie sich einmal die Rechtsprechung dort an. Wenn die deutschen Behörden einen niederländischen Drogendealer überführen, ihn festnehmen und ausliefern lassen, passiert Folgendes: Der Mann wird hier beispielsweise wegen gewerbsmäßigen Drogenhandels zu acht Jahren Haft verurteilt. Auf Grund der Auslieferungsabkommen muss er sofort wieder in seine Heimat überführt werden. Dort herrschen aber ein weitaus milderes Strafmaß bei Rauschgifthändlern. Und so kommt der Großdealer wieder frei. Das ist keine Fantasie, das ist so geschehen.

Ist die Rechtsprechung in den Niederlanden zu lasch?

Huth: Aus meiner Sicht sind in den Niederlanden die Haftstrafen wegen der Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz viel zu niedrig. Während die Täter hier wegen des Verkaufs von einem Kilogramm Kokain oder Heroin sechs bis acht Jahre kassieren, kommen sie in den Niederlanden oft mit zwei Jahren davon. Zugleich besagt eine Bestimmung, dass sie nur ein Drittel der Strafe absitzen müssen. Dieser Passus gleicht einer Gefängnis-Raus-Karte beim Monopoly-Spiel.

Gibt es weitere Gründe für den Vormarsch des Organisierten Verbrechens?

Huth: Ein zweiter Punkt, ist die mangelnde Strafverfolgung. Wer sich nicht sonderlich sorgen muss, verhaftet zu werden, der kann seine illegalen Aktivitäten ungehindert

ausdehnen. Die niederländische Polizei bekämpft die Kriminalität nach einem anderen Strafrechtsprinzip als die deutschen Kollegen. Wenn **die Polizei** hierzulande von einer Straftat erfährt, muss sie in jedem Fall ermitteln. In den Niederlanden ist das anders. Da besteht kein genereller Ermittlungszwang. Gerade im OK-Bereich gibt die Stadt- oder die Gemeindespitze vor, welche Projekte die Ermittler gerade angehen sollen. Da wird etwa ein Budget für den Kampf gegen die illegale Einwanderung aufgelegt, alles konzentriert sich dann auf dieses Phänomen. Der Kampf gegen die Drogenbanden fällt hinten runter. Und so ändert sich beinahe jährlich die Agenda der Kriminalitätsbekämpfung, ohne eine Kontinuität hinein zu bringen.

Heißt das, wenn kein Geld da ist, geht Polizei nicht gegen die großen Verbrecherbanden vor?

Huth: Die staatlichen Ressourcen entscheiden darüber, gegen wen ermittelt wird. Zwar sind die niederländischen Kollegen technisch gesehen viel weiter als die deutschen Kriminalbeamten. Aber vom Ausmaß der OK, die dort um sich greift, reicht die Personaldecke vorne und hinten nicht. Denken Sie nur an die Geldautomatensprenger. Früher unterhielten die niederländischen Behörden sechs Sonderkommissionen, heute gibt es nur noch eine Ermittlungseinheit. Die haben einfach alles zusammen gedampft. Während die deutschen Kripo-Beamten jeden Fall eines gesprengten Geldautomaten bearbeiten.

Aber die Polizei in den Niederlanden weiß doch, woher diese Gangster kommen, warum geschieht nichts?

Huth: Ja, klar, diese Leute kommen aus Utrecht und aus Rotterdam, da müsste man mit großem Ermittlungsbesteck dran. Das aber passiert nicht, weil die Niederländer die nötigen Mittel für diese Fälle einsparen.

Welche Auswirkungen hat die mangelnde Strafverfolgung in den Niederlanden, für das Kriminalitätsaufkommen in Deutschland?

Huth: Leider muss man davon ausgehen, dass die Gewalt wegen der Verteilungskämpfe auch nach NRW herüber schwappt. Große Drogenlabors in der Region Wesel, Cannabis-Plantagen, eine Rauschgiftküche in Ostwestfalen wurden entdeckt. Stets hatten Banden aus den Niederlanden ihre Hand im Spiel. Bei den Geldautomatensprengern fängt es damit an, ein Tatfahrzeug nebst Sprengstoff zu beschaffen. Da sind die Ermittler in Holland schon nicht dabei. Das heißt die deutsche Polizei erhält keine Infos, wer, wie, wo, wann unterwegs ist, um den nächsten Coup zu inszenieren.

Das Problem ist nicht neu, hat die hiesige Politik jahrzehntelang einfach weggeschaut?

Huth: Zumindest sollte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet versuchen, diese bedrohliche Lage regeln. Es gibt beispielsweise die Aachener Erklärung, in der beide Seiten versprochen haben, sich über die Grenzen überschreitende Kriminalität auszutauschen. Gerade bei den Geldautomaten-Sprenger und im Drogenhandel muss die nordrhein-westfälische Regierung die niederländischen Verantwortlichen zum Handeln auffordern. Die Grenzkriminalität nimmt zu. Der Kampf gegen diesen Trend kann nur gelingen, wenn die Niederländer besser mit den deutschen Behörden zusammenarbeiten. Dazu braucht es mehr gemeinsame Ermittlungsgruppen, mehr Informationsaustausch. Und auch den Willen der holländischen Nachbarn endlich gegen diejenigen vorzugehen, die ihren Rechtsstaat bedrohen.

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/neue-schock-zahlen-des-bka-jeden-tag-zwei-gruppen-vergewaltigungen-77243610.bild.html

NEUE SCHOCK-ZAHLEN DES BKA

Jeden Tag zwei Gruppen-Vergewaltigungen

Artikelvon: NIKOLAUS HARBUSCH UND LYDIA ROSENFELDERveröffentlicht am 31.07.2021 - 12:05 Uhr

An jedem einzelnen Tag werden im Durchschnitt zwei Mädchen oder Frauen in Deutschland von Männergruppen vergewaltigt!

DAS ist das schockierende Ergebnis einer BILD-Anfrage an das Bundeskriminalamt (BKA). Demnach wurden im vergangenen Jahr 704 Gruppenvergewaltigungsverfahren gezählt.

Zum Vergleich: 2019 waren es 710 und 2018 nur minimal weniger: 659 Fälle.

Brisant: Jeder zweite Tatverdächtige hatte keine deutsche Staatsangehörigkeit. Häufig kamen die Männer aus islamischen Ländern: Afghanistan, Syrien, Irak.

Besonders Afghanen sind – gemessen an ihrem geringen Bevölkerungsanteil – überproportional stark vertreten. 2018 waren sechs Prozent der Tatverdächtigen Afghanen. In der Gesamtbevölkerung machen sie aber nur 0,3 % aus.

Die meisten von ihnen begingen die Tat noch im laufenden Asylverfahren.

Auch in Leer sollen Flüchtlinge zu Tätern geworden sein. Drei Migranten aus Syrien und dem Irak vergewaltigten und misshandelten mutmaßlich ein Mädchen (16, BILD berichtete).

per Mail versenden

Es wäre kein Einzelfall, wie die BKA-Schockzahlen belegen. Immer wieder werden grausame Übergriffe auf Frauen bekannt. Doch das Problem ist: Es folgt nichts daraus.

Frauenrechtlerin Necla Kelek (63) fordert, die Dinge endlich beim Namen zu nennen: „Die Migrationsforschung muss hinterfragen, wie es passieren kann, dass ein junges Mädchen Opfer von Männern wird, die aus einem anderen Kulturkreis stammen." Dies finde bisher schlicht nicht statt.

„Gruppenvergewaltigungen sind das Grauenhafteste, was einer Frau passieren kann. Wenn die Gesellschaft sie damit allein lässt, wird die Seele fast ausgelöscht", sagt Kelek.

International nennen Soziologen das Phänomen der Gruppenvergewaltigung „Gang Rape".

Quelle: BILD

Rechtsanwalt Alexander Stevens (40), Experte für Sexualstrafrecht: „Hier werden die Opfer mittels brachialer Gewalt sexuell gefügig gemacht."

Kriminologe Christian Pfeiffer (77) sieht ein „immer gleiches Grundmuster" bei den Tätern: „Frustrierte junge Männer, die es nicht schaffen." Diese kämen aus einer Kultur männlicher Dominanz, lebten hier in einer Außenseiterrolle.

„Sie merken, dass sie an Mädchen schlecht herankommen." Aus ihrem Kulturkreis fänden sie hier keine Partnerin, weil nur wenige Frauen geflüchtet sind.

Die Folgen: Frust, Aggression – und im schlimmsten Fall unfassbare Gewalt

https://www.pi-news.net/2021/07/muenchen-15-jaehrige-schuelerin-geschlagen-betaeubt-und-vergewaltigt/

München: 15-jährige Schülerin geschlagen, betäubt und vergewaltigt

31. Juli 2021

Von JOHANNES DANIELS | Eine Schülerin ist am Donnerstagabend in München von einem „Mann" brutal vergewaltigt worden. Das junge Opfer „des Mannes" steht unter Schock und kann sich nach der heimtückischen Tat am Heimstettener See kaum erinnern. Die Schülerin aus dem nördlichen Landkreis München wollte ab 13.00 Uhr mit ca. 150 anderen Schülern ihres Jahrgangs im „Naherholungsgebiet" bei Aschheim ihren erfolgreichen Schulabschluss fröhlich feiern. Doch es kam anders im Merkeljahr 2021:

Unter Schlägen ins Gebüsch gezerrt und betäubt …

Gemäß dem ausnahmsweise recht detaillierten Bericht der Polizei München lernte die minderjährige Schülerin zu einem späteren Zeitpunkt am See einen unbekannten jungen Mann kennen, der sich ebenfalls auf einer Party befand. In den späteren Abendstunden entfernte sie sich schließlich mit dem neudeutschen Gast „etwas von der Feierörtlichkeit, um sich in Ruhe unterhalten zu können". Dort zerrte sie der Mann unvermittelt gegen ihren Willen unter der Anwendung von vielfachen Schlägen in ein Gebüsch – ein bekanntes archaisches Tatmuster in der bunten Republik: Um sein Opfer zu betäuben, flößte er ihr dann eine unbekannte Substanz ein. Danach erfolgte das Sexualverbrechen an dem minderjährigen Mädchen. Danach flüchtete der Pädophile.

Die 15-Jährige lief zu einer Freundin und vertraute sich ihr an. Diese verständigte daraufhin um kurz vor 23.00 Uhr die Polizei. Aufgrund ihres Schockzustandes und wegen des Einflusses der verabreichten Substanz litt die 15-Jährige unter starken Erinnerungslücken.

Der Sexualverbrecher wird von der Polizei München wie folgt beschrieben:

> *„Männlich, ca. 25 Jahre alt, ca. 175 cm groß, südländischer Typ, sehr dunkelbraunes Haar, Haarlänge reicht bis zur Nase, allerdings nur seitlich und nicht ins Gesicht fallend; bekleidet mit weißen Turnschuhen und sprach gebrochenes Deutsch".*

Die Polizei bittet um Mithilfe bei der Aufklärung: Wer hat entsprechende Beobachtungen vor allem im Zeitraum zwischen 21.00 Uhr und 23.00 Uhr machen können, die zur Aufklärung der Tat beitragen können? Insbesondere sind jegliche Hinweise zur Person des Täters äußert hilfreich. Personen, die sachdienliche Hinweise geben können, werden gebeten, sich mit dem Polizeipräsidium München, Kommissariat 15, Tel. 089/2910-0, oder auch jeder anderen Polizeidienststelle in Verbindung zu setzen.

Auch Heribert Prantls bunte „Süddeutsche Zeitung" hilft bei der Aufklärung tatkräftig mit, vergisst aber in der Aufregung ein wichtiges Detail:

> *„Die Kriminalpolizei sucht nach einem etwa 25 Jahre alten, 1,75 Meter großen Mann mit sehr dunkelbraunem Haar, das seitlich bis auf Nasenlänge herabfällt. Er war bekleidet mit weißen Turnschuhen und sprach gebrochenes Deutsch".*

Sogar bei der brutalen Vergewaltigung an einer Minderjährigen bewahrt die „Lügdeutsche Zeitung" noch politisch-korrekte Haltung!

https://www.focus.de/panorama/welt/vorfall-in-berlin-friedrichshain-mehrere-maenner-begrapschen-20-jaehrige-an-gesaess-und-bruesten-und-rauben-sie-aus_id_13548511.html
Vorfall in Berlin-Friedrichshain

Mehrere Männer bedrängen und nötigen 20-Jährige - dann rauben sie sie aus

Sonntag, 01.08.2021, 07:41

Zu einer erschreckenden Tat kam es am Wochenende in Berlin-Friedrichshain. Mehrere Männer bedrängten eine 20-Jährige, als sie zu einer öffentlichen Toilette ging. Sie fassten die Frau gegen ihren Willen an den Brüsten an und raubten ihr die Handtasche.

Mehrere Männer haben eine Frau in Berlin-Friedrichshain sexuell genötigt und ihr die Tasche geraubt. Die 20-Jährige war am Freitagabend mit einer Freundin unterwegs gewesen. Als sie allein zu einer öffentlichen Toilette gegangen sei, hätten sie 10 bis 15 Männer umringt, teilte die Polizei am Samstag mit.

Männer fassten Frau gegen ihren Willen an den Brüsten an

Die Männer hätten begonnen, sie gegen ihren Willen an Gesäß und Brüsten anzufassen und zu küssen. Einer habe ihr die Handtasche entrissen. Die Frau rief um Hilfe. Zeugen verfolgten die Männer und fanden die entleerte Tasche im Gebüsch. Die Polizei nahm später einen 17-Jährigen auf der Warschauer Brücke vorübergehend fest, gegen ihn wird wegen des Verdachts der sexuellen Nötigung und des Raubes ermittelt. Weitere Verdächtige werden gesucht.

HTTP://WWW.PI-NEWS.NET/2021/08/HAMBURG-SECHS-SCHWERE-MESSERANGRIFFE-AN-DREI-TAGEN/

Hamburg: Sechs schwere Messerangriffe an drei Tagen

3. August 2021

Von MANFRED W. BLACK | In Hamburg sind jüngst allein an drei Tagen acht Menschen durch Messerattacken erheblich verletzt worden, vier davon lebensgefährlich.

Seit Sonntag sucht die Polizei nach zwei Männern – bei denen es sich „vom Erscheinungsbild her um 18 – 30 Jahre alte Schwarzafrikaner handeln soll" (Hamburger Abendblatt) –, die im Ortsteil Dulsberg einen 21-Jährigen brutal nieder gestochen haben. Das Opfer musste schwerstverletzt ins Krankenhaus gebracht werden; eine Notoperation rettete sein Leben. Auch der NDR berichtete über die Gewalttat, verzichtete aber, wie auch sonst meist, darauf, die Ethnie der Täter zu nennen.

Einen brutalen Messerangriff gab es zuvor am Sonnabend im Ortsteil Rahlstedt: in einer „Zentralen Erstaufnahmestelle" (Hamburger Abendblatt). Dieser Begriff ist heute eine vernebelnde Formulierung für eine größere „Flüchtlingsunterkunft". Hier wurden zwei Brüder – 19 und 22 Jahre alt – von einem 32-Jährigen mit einem Messer attackiert. Einer der Täter konnte wenig später festgenommen worden, er stand unter Drogeneinfluss. Er fuhr ein Fluchtfahrzeug, das der Polizei

dadurch auffiel, „dass die Kennzeichen nicht zu dem PKW gehörten“ (Abendblatt).
Im Klartext: Das Kfz war gestohlen. Offensichtlich handelt es sich bei den Tatverdächtigen um „Schutzsuchende“ aus dem Ausland.

Blutige Attacken an S-Bahnhof und ZOB

Später sind am Samstagabend aus bisher nicht bekannten Gründen an der S-Bahnstation Mittlerer Landweg (Hamburg-Billwerder) zwei 24 Jahre alte Männer von zwei anderen männlichen Personen angegriffen worden. Eines der beiden Opfer wurde leicht verletzt, dem zweiten Mann ist mehrfach in den Oberkörper gestochen worden, er schwebt in Lebensgefahr. Über die Ethnien der Opfer und Täter gibt es keine offiziellen Angaben. Einer der Messerstecher konnte – auf der Basis von Video-Aufnahmen – mittlerweile festgenommen werden.
Mindestens genauso mysteriös sind die Umstände, unter denen eine 26-jährige männliche Person – auch in der Nacht zum Sonntag – eine lebensgefährliche Stichverletzung im Unterbauch erlitt. Das Opfer ist von Zeugen im Eingangsbereich eines Cafés am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) aufgefunden worden.
Der Schwerverletzte wurde noch am Sonntag notoperiert. Laut Polizei besteht weiterhin Lebensgefahr. Genaue Daten zum Opfer sind nicht veröffentlicht worden, über die Täter ist ebenfalls nichts bekannt. Doch auch hier lassen die Umstände der Tat darauf schließen, dass es sich um Gewalttäter handelt, die aus einer Familie mit migrantischem Status kommen und zu einer kriminelle Bande gehören.

Hamburg 2020: 1111 Übergriffe mit Messern

Ausgerechnet in der Nähe des Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) ist in der Samstagnacht ein weiterer Mann mit einem Messer attackiert und verletzt worden. Das Opfer hatte offenbar den Streit eines Paares schlichten wollen – und wurde flugs selbst Zielscheibe eines Messerangriffs. Dem Opfer ist in den Oberschenkel gestochen worden und musste ins UKE gebracht werden.
Der Täter flüchtete, die Polizei-Dienststellen machten bisher keine näheren Angaben zum Angreifer. Die links orientierte Hamburger Morgenpost brachte dazu einen Artikel – schwieg sich jedoch über die Ethnien der Beteiligten ebenfalls aus. Vor dem Hintergrund ähnlicher Gewalttaten kann man davon ausgehen, dass der Messerstecher kein indigener Deutscher ist.
In der Nacht zum 27. Juli ist am Hamburger Hauptbahnhof ein lebensgefährlich verletzter Mann aufgefunden worden. Das Opfer gibt an, er sei von vier Männern zusammengeschlagen worden, einer der Männer habe mit einem Messer mehrfach auf ihn eingestochen. Rettungssanitäter haben bei dem Opfer „mehrere Stichverletzungen im Oberkörper und eine in der Hand festgestellt“ (Polizei-Presseportal).
Die vier Gewalttäter sollen ein „südländisches Erscheinungsbild“ haben; sie seien, so schreibt die behördliche Pressestelle, „eventuell afghanischstämmig“.
Anscheinend kommen die Täter aus dem „Betäubungsmilieu“. Das ist zumeist eine verschleiernde Formulierung für Drogen-Clans.

Im Jahr 2020 sind in Hamburg insgesamt 1111 Gewalttaten registriert worden, bei denen mit Stichwaffen gedroht oder mit Messern zugestochen wurde. Bei 43 Tötungsdelikten im vorigen Jahr war die Tatwaffe ein Messer.

https://www.n-tv.de/der_tag/Der-Tag-am-Freitag-6-August-2021-article22726754.html

Leiche im Koffer von Berlin nach Bayern: Brüder töten Schwester bei "Ehrenmord"

Zwei Brüder - 22 und 25 Jahre alt - sollen ihre 34-jährige Schwester bei einem sogenannten **Ehrenmord** getötet haben.

- Die zwei Männer sollen die Leiche ihrer Schwester in einem Koffer mit der Bahn zum Wohnort des 25-Jährigen nach Bayern gebracht und dort vergraben haben.
- **Die Mutter zweier Kinder** wurde als vermisst gemeldet. Kurz darauf ergaben sich Hinweise, dass sie einem Tötungsverbrechen zum Opfer gefallen sein könnte.
- Die Männer geraten durch Videoaufnahmen von einem Berliner Fernbahnhof, Funkzellenauswertungen, Zeugenaussagen und weitere Ermittlungserkenntnisse ins Visier der Ermittler, woraufhin die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen sie erwirkte.
- Daraufhin wurde nahe dem Wohnort des 25-Jährigen in Bayern **eine Frauenleiche** gefunden, bei der es sich laut den Ermittlern mutmaßlich um die Schwester der Verdächtigen handelt.
- Eine Obduktion soll die Identität, die Todesursache und Einzelheiten der Tatbegehung klären.

Laut Haftbefehl sollen die Brüder "sich gekränkt gefühlt haben, weil das Leben ihrer geschiedenen Schwester nicht ihren Moralvorstellungen entsprochen hatte". Alle drei Geschwister haben laut den Ermittlern die afghanische Staatsangehörigkeit und kamen vor mehreren Jahren nach Deutschland. Die zwei Männer wurden von Berliner Ermittlern nun festgenommen.

https://philosophia-perennis.com/2021/07/08/bka-bundeslagebild-die-falschen-opfer/

BKA-Bundeslagebild: Die falschen Opfer

Von

David Berger

8. Juli 2021

Wie das BKA unerwünschte Tatbestände aus der Statistik verschwinden lässt. Ein Beitrag von Frank W. Haubold

Seltsam: Zahlreiche Medien haben aus dem unlängst erschienenen BKA-Bundeslagebild „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2020" zitiert und keinem unserer investigativen Journalisten ist der Unterschied in der Rubrik „Täter-Opfer-Beziehungen" zu den Vorjahren aufgefallen?

Noch im Bundeslagebild 2019 stand unter „Fallkonstellation: Zuwanderer/Zuwanderin tatverdächtig – Opfer deutsch" (S. 53) folgender Abschnitt:

„Im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 2.866 Deutsche Opfer einer Straftat mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer und somit 12 % weniger als im Vorjahr (2018: 3.261). Insgesamt waren 73 % der Opfer von Sexualdelikten mit tatverdächtigen Zuwanderern deutsche Staatsangehörige."

Im Bundeslagebild 2020 ist der letzte Abschnitt unter der entsprechenden Rubrik (S.48) jedoch verschwunden! Nur ein Versehen? Wohl eher nicht, denn bei der umgekehrten Konstellation sind die Sexualdelikte weiterhin erwähnt:
„Im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 124 Zuwanderer/Zuwanderinnen Opfer einer Straftat mit mindestens einer/m tatverdächtigen Deutschen."
Offenbar hat man auf Grund der Dominanz von Sexualdelikten mit deutschen Opfern beschlossen, dem Publikum die Details zu ersparen. Schließlich möchte man ungern dokumentieren, dass Deutsche mehr als 20mal so häufig Opfer von Sexualdelikten mit Zuwanderern als Tatverdächtigen werden als umgekehrt. Also weg mit der lästigen Zahl.
Das ist jedoch nicht die erste „Bereinigung" der Statistik in diesem Bereich. Noch im Bundeslagebild 2016 wurden unter der gleichen Rubrik auch sogenannte „Rohheitsdelikte" (das sind zumeist Körperverletzungen) aufgeführt. Der entsprechende Abschnitt (S. 57) lautete:
„4,0 % der Deutschen, die Opfer eines Rohheitsdeliktes/einer Straftat gegen die persönliche Freiheit wurden, waren Opfer einer Straftat, bei der mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger identifiziert wurde (24.350)."
Auch hier zeigte sich eine eindeutige Dominanz gegenüber der umgekehrten Konstellation (4.195), weshalb man sich schon 2017 entschloss, zukünftig auf die Angabe der Opferzahlen in diesem Bereich zu verzichten.
Da das BKA nicht dafür bekannt ist, leichtfertig oder gar schlampig zu arbeiten, bleibt letztlich nur die Option des Vorsatzes beziehungsweise der politischen Einflussnahme übrig. **Dass die Masseneinwanderung aus tribalistischen Gewaltgesellschaften seit der rechtlich umstrittenen Grenzöffnung 2015 Jahr für Jahr mehr als 40.000 Straftaten mit deutschen Opfern verursacht, darunter Tausende Sexualdelikte und Zehntausende Körperverletzungen, soll offenbar möglichst wenig publik werden. Deshalb ist es wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis das BKA die Angaben zu einheimischen Opfern ganz aus der Statistik entfernt. Sie könnten die Bevölkerung beunruhigen...**

http://www.pi-news.net/2021/07/terror-in-muenchen-afghane-plante-marienplatz-massaker/
Terror in München: Afghane plante Marienplatz-Massaker
11. Juli 2021

Von JOHANNES DANIELS | Im Mai 2020 entging München um Haaresbreite einem weiteren Blutbad durch einen illegalen Migranten, worüber die wenigsten Medien berichteten und berichten. **Während sich Altparteien und Asylindustrie über ein weltoffenes „Fachkräfteeinwanderungsgesetz" einig waren, plante Autodschihad-Fachkraft Ali Reza K. seinen bestialischen Anschlag auf unschuldige Menschen im Herzen von München: Der 36-jährige Afghane wollte mit einem gestohlenen PS-starken Audi ein größtmögliches Massaker in der Münchner Fußgängerzone anrichten. Deswegen muss sich das Menschengeschenk seit Freitag vor dem Landgericht München I aber lediglich „wegen versuchten räuberischen Angriffs auf Kraftfahrer in vier Fällen" verantworten.**

Laut „seiner" steuerfinanzierten Anwältin aus der Zuwanderungsindustrie solle K. auch „keinen islamistischen Hintergrund" gehabt haben. **Die Begründung des Täters und „seiner Anwältin" Ruth Beer für das von langer Hand geplante Blutbad: „Weil die Mafia aus Christen besteht, wollte er sich an Christen rächen." Der Afghane war nach dem Narrativ der Anwältin von der Vorstellung getrieben, „seine Familie sei von der italienischen Mafia getötet und seine Schwester sei entführt worden." Laut den überschaubaren Medienberichten über den geplanten Massenmord leide der bekennende Islamist „offenbar an einer psychischen Krankheit" … Parallelen in der Berichterstattung und medialen Reinwaschung von Merkels weiteren tickenden Zeitbomben zum Massaker von Würzburg vor zwei Wochen liegen auf der Hand.**

Mit PS-starkem Audi „möglichst viele Christen töten"

Der teuflische Plan des „Schutzsuchenden": Mit einem 30 cm langen Küchenmesser und einem massiven Schlaghammer attackierte der 36-Jährige am 10. Mai 2020 insgesamt vier Autofahrer in München-Laim, um ein hochmotorisiertes Fahrzeug in Besitz zu bringen um damit unschuldige Ungläubige „durch Überfahren zu töten". Er wollte dann „zwischen Marienplatz und Stachus möglichst viele Christen töten", so die Staatsanwaltschaft, indem er dort nach bekanntem islamischen Dschihad-Muster in die Menschenmenge unschuldiger Passanten rasen wollte.

An der Kreuzung zwischen Zschokke- und Lautensackstraße hatte K. sich gegen 20.40 Uhr abends hinter Bäumen versteckt. Dann zückte er sein 30 Zentimeter langes Küchenmesser und griff den ersten Autofahrer an der Ampel unter lauten „Allahu Akbar"-Rufen an. „Er hat versucht, meine Tür aufzureißen", erklärte der immer noch geschockte Audi-Q3-Fahrer Leopold P. ‚81: „Als ich das verhindern konnte, hat er mit seinem Messer in meine Scheibe gehackt und wurde immer hektischer. Ich drückte sofort aufs Gas, um da wegzukommen. Er rüttelte am Türgriff der Fahrertür, dabei hat er geschrien", berichtete der Zeuge. Zum Zustand des Angreifers sagte er: „Der war außer Rand und Band und ist immer aggressiver geworden." Der Rentner fuhr sofort bei Rot über die Ampel und hat nun wohl einige Punkte in Flensburg, was ihm und seiner Frau zumindest das Leben rettete.

Münchner Autofahrer in Todesangst – Couragierter Verfolger

Als sie die Klinge auf ihre Scheibe zukommen sah, reagierte Dorothea T., 50, instinktiv: „Ich verriegelte sofort von innen meine Fahrertür." Mit Sicherheit hat ihr und ihrer Mutter diese blitzschnelle Reaktion das Leben gerettet. Mutter Georgina, 72, saß auf dem Beifahrersitz: „Wir hatten Todesangst", erinnert sich die Seniorin vor dem Landgericht München.

Danach griff der Mord-Afghane den Audi von Matthias F. an und attackierte diesen mit dem Messer und dem Hammer. „Es war beängstigend. In dem Moment funktioniert man nur noch. Der Schock kam erst hinterher", sagte der junge Mann vor Gericht. Matthias F. suchte auch sofort couragiert Hilfe und verfolgte den angehenden Massenmörder:
Zunächst versuchte Matthias F., seinen Wagen älteren Baujahrs zu versperren, fand aber den Knopf nicht. Deshalb fuhr er an, um dem Angreifer zu entkommen. Nachdem Ali K. bei weiteren Wagen erfolglos blieb, flüchtete er in die Lautensackstraße, Matthias F. heftete sich an seine Fersen. In zehn Metern Abstand rollte er dem Fußgänger hinterher, vorbei an dem Auto einer Zivilstreife, die zufällig in einer Parkbucht nach einem Reifenstecher suchte.
„Heute", sagt Matthias F., „würde ich das nicht mehr so machen"
Als sich die Straße durch einen Poller verengte, schaltete F. die Warnblinkanlage an, stieg aus und folgte dem Mann zu Fuß, der im Hosenbund ein langes Messer stecken hatte. „Heute", sagt Matthias F., „würde ich das nicht mehr so machen."
Die zwei zivilen Polizeibeamten sprachen ihn glücklicherweise an, weil sein Audi quer stand – im Schock war F. vor dem Messermann geflüchtet, der sofort schon wieder sein nächstes Opfer attackierte. Noch vor Ort konnten die zufällig anwesenden Beamten dann den Täter überwältigen: Plötzlich sahen sie den Angreifer sehr schnell an ihrem Wagen vorbeilaufen, an seinem Gürtel hing ein langes Messer. Die Beamten stiegen aus und forderten Ali Reza K. auf, sofort stehenzubleiben und sich hinzulegen. Dabei drohten sie auch den Schusswaffengebrauch an. Erst bei der zweiten Aufforderung reagierte der Attentäter. Die Polizisten fesselten ihn und nahmen ihm das Messer ab.
Gegenüber der Polizei hatte Ali K. sofort ausgesagt, er gehöre zur Terrormiliz Islamischer Staat. Einem Polizisten bestätigte er ausdrücklich mit paschtunischem Täterstolz, während der Tat das obligatorische „Allahu Akbar" gerufen zu haben. Ein Polizist vor Gericht: „Er hat gelächelt."
Allahu Akbar – „Er hat gelächelt"
Über „seine" Strafverteidigerin Ruth Beer räumte Ali K. am Freitag die Attacken auf die Autofahrer zwar ein, wegen „einer Schizophrenie gilt er jedoch als schuldunfähig". Beer stellte zudem wiederholt klar: „Mein Mandant hat keinen islamistischen Hintergrund." Ali Reza K. sitzt seit „dem Vorfall" (tz München) vollversorgt in der Münchener Psychiatrie auf Kosten des deutschen Steuerzahlers.
Interessant an der Berichterstattung über den durch couragierte Deutsche und die zufällig anwesende Polizei verhinderten Mordanschlag ist die milde, fast empathische Berichterstattung der Journalist*Innen im bunten München und das altbekannte geschickt platzierte Narrativ vom psychisch erkrankten Allahu-Akbar-Massenmöder:
Der Focus erklärt seinen wenigen Lesern die Täter-Psychographie per journalistischer Fachdiagnose:

> ***„Jetzt begann der Prozess gegen den psychisch kranken Mann, der aus islamistischen Motiven gehandelt haben soll […] An diesem Freitag begann am Landgericht München der Prozess gegen Ali Reza K., der psychisch krank ist und seit über einem halben Jahr in einer Fachklinik behandelt wird. Er leidet unter einer paranoiden Schizophrenie, hat Wahnvorstellungen. Vieles deutet darauf hin, dass er die Tat im Zustand der verminderten – wenn nicht gar aufgehobenen – Schuldfähigkeit beging. Er war höchstwahrscheinlich nicht in der Lage, das Unrecht der Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln".***

Auch in Würzburg *„soll der Täter ein psychisch kranker Zuwanderer gewesen sein, der während seines Verbrechens „Allahu Akbar" rief – für die Ermittler ein*

Hinweis auf mögliche islamistische Motive. Ob dem wirklich so ist, wird sich noch zeigen – in Würzburg wie in München".

Das auflagenkränkelnde bunte Boulevardblatt „tz München" zeigt aufrichtige Täterempathie:

> *„Er wirkt etwas verwirrt, fast ängstlich. Über Stunden hinweg schaut Ali Reza K. (36) einfach nur geradeaus. Im braunen Wollpullover und kurz geschorenen Haaren sitzt der Angeklagte im Saal A101 des Münchner Landgerichts, einst wurde hier über Jahre hinweg der NSU-Prozess verhandelt. Es ist der größte Verhandlungssaal."*

Und Heribert Prantls Süddeutsche Zeitung trieft in tiefem Mitgefühl für den Schutzsuchenden und lobt seine korrekte Handhabung der FFP2-Schutzmaske im großen Verhandlungssaal:

> *„Sicher scheint bislang nur: Ali K. leidet unter paranoider Schizophrenie. Der Angeklagte wirkt vor Gericht ruhig. Ein junger Mann, am Kopf die Seiten kahlrasiert, in zerrissenen Jeans. Er behält die Schutzmaske während der Verhandlung auf und nimmt sie nur für Sekunden ab, um sich an die Geschädigten zu wenden: „Entschuldigung. Es tut mir leid", kommt es fast mechanisch aus ihm heraus. Dabei blickt er den Zeugen nur kurz ins Gesicht."*

Das Auto als Waffe

Nach diesem Prinzip hatte im Dezember 2016 auch der Berliner Attentäter Anis Amri gehandelt, als er mit einem gestohlenen Lkw in den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz fuhr und dort elf unschuldige Menschen im Namen Allahs tötete. Auch dort war der Täter polizeibekannt.

Eine abschließende Bewertung bleibt dem „renommierten psychiatrischen Gutachter Matthias Hollweg vorbehalten", der den Beschuldigten ausgiebig untersucht hat „und den gesamten Prozess über beobachten wird". Der Gutachter soll nun klären, ob Menschengeschenk Ali Reza K. zum Tatzeitpunkt nur vermindert oder völlig schuldunfähig (!) war.

Die Vorwürfe der weisungsgebundenen Münchener Staatsanwaltschaft beschränken sich zudem lediglich auf „versuchten räuberischen Angriff auf Kraftfahrer" in vier Fällen sowie eine mittelgroße Sachbeschädigung an vier PS-starken Audis mit klimaschädlichem Verbrennungsmotor.

Am 14. Juli entscheidet das Landgericht, ob der illegal sich in Deutschland aufhaltende Afghane Ali Reza K. – der verhinderte Massenmörder von München – „dauerhaft" in der forensischen Psychiatrie mit baldigem offenem Maßregelvollzug, Trauma- und Tanztherapie untergebracht wird.

Oder auch nicht. PI-NEWS wird weiter über den Prozess berichten.

https://www.pi-news.net/2021/08/einfall-des-mittelalters-in-europa/

Einfall des Mittelalters in Europa

7. August 2021

Von MANFRED ROUHS | Schritt für Schritt fällt Afghanistan zurück in die Hände der Taliban. Zu den innenpolitischen Folgen dieser Entwicklung in Deutschland gehört die ansteigende Neigung vieler politischer und medialer Akteure, gegenüber Abschiebungen illegaler Asylbewerber nach Afghanistan skeptisch zu werden und die Aufnahme von Afghanen in unserem Land aus humanitären Gründen einzufordern.

Das ist immer öfter zunächst erfolgreich, geht aber nicht immer gut. Der direkte Sturz aus der mittelalterlichen Welt Afghanistans in die coronagestresste, hektische, umtriebige Welt der Mitteleuropäer bringt offenbar für viele Afghanen einen Kulturschock mit sich, mit dem nicht jeder gut zurechtkommt.
In Berlin versuchte eine 34-jährige zweifache Mutter aus Afghanistan, dem ihr zugedachten muslimischen Frauenbild zu entfliehen. Sie legte den Schleier ab, suchte sich selbst einen Partner und zog fort von ihrer Familie. Dafür bezahlte Maryam H. im Juli 2021 mit ihrem Leben.
Ihre Brüder Seyed und Sayed H., 22 und 25 Jahre jung, konnten die familiäre Schmach, die sie vor dem Hintergrund der ihnen unerträglich erscheinenden Lebensweise ihrer Schwester empfunden haben, nicht länger ertragen. Sie töteten ihre Schwester, fuhren die Leiche in einem großen Koffer unzerstückelt mit der Bahn durch halb Deutschland bis nach Bayern und vergruben sie dort in einem Waldstück.
Wer die deutsche Grenze offen stehen lässt für Zuwanderung aus Afghanistan, der öffnet dem Mittelalter die Türen. Wer Afghanistan nach Deutschland holt, der rettet nicht Afghanistan, er wird Afghanistan – die Weisheit des großen Journalisten Peter Scholl-Latour, zu seiner Zeit bezogen auf Kalkutta, gilt noch immer.
Wer dem tatenlos zusieht, der macht sich mitschuldig!

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.pi-news.net/2021/08/eilmeldung-nantes-kathedrale-brandstifter-toetet-katholischen-priester/

Eilmeldung: Nantes-Kathedrale-Brandstifter tötet katholischen Priester

9. August 2021.

Im Westen Frankreichs, in Saint-Laurent-sur-Sèvre (Departement Vendée), ist der katholische Priester Olivier Maire am Montag von einem ruandischen „Flüchtling" ermordet worden. Der Geistliche sei das Opfer eines „dramatischen Mordes" geworden. FrankreichsInnenminister Gérald Darmanin sicherte den Katholiken des Landes „all seine Unterstützung" zu.
Bei dem Täter handelt es sich um den 39-jährigen Emmanuel Abayisenga, der bereits seit 2012 in Frankreich ist. Aus Justizkreisen hieß es, Abayisenga habe sich am Montag der Polizei gestellt und erklärt, er habe den 60-Jährigen Priester „brutal ermordet".
Wie Franceinfo berichtet, sei Olivier Maire in den Räumlichkeiten einer Missionsbruderschaft entdeckt worden.

Die Parteivorsitzende des Rassemblement National, Marine Le Pen, prangerte „ein vollständiges Versagen des Staates und von Gérald Darmanin" an. „In Frankreich kann man sich also illegal aufhalten, die Kathedrale von Nantes anzünden, nie abgeschoben werden, und rückfällig werden, indem man einen Priester ermordet", erklärte sie auf Twitter.
Emmanuel Abayisenga hatte im vergangenen Jahr gestanden, für die Brandstiftung in der Kathedrale von Nantes am 18. Juli 2020 (PI-NEWS berichtete) verantwortlich gewesen zu sein. Er war im Zuge der Ermittlungen unter richterliche Aufsicht gestellt worden.

http://www.pi-news.net/2021/08/schoemberg-integration-gelungen-gambier-reuessiert-als-parkanweiser/

Schömberg: „Integration gelungen" – Gambier reüssiert als Parkanweiser

2. August 2021

Von JOHANNES DANIELS | Gratulation – fast alles richtig gemacht, und das bereits am ersten Arbeitstag! Trotz vieler leidvoller, blutiger oder auch tödlicher Rückschläge bei den kostenintensiven Integrationsbemühungen der grün-schwarzen Regierung in Baden-Württemberg unter der Ägide des bei den Wählern beliebten Ex-Marxisten/Leninisten Winfried Kretschmann gibt es immer wieder Anlass zur Hoffnung.

So wurde das ehemalige Hotel und Restaurant „Mönchs Lamm" in der idyllischen „Glücksgemeinde" Schömberg im Schwarzwald unlängst zur Asylresidenz und zum „Berufsförderungswerk" für die Schutzsuchenden aus aller Welt umgebaut. Die Kernsanierung und das neue Interior-Design für die Gäste des deutschen Steuerzahlers umfasste aufwändige neue Boden- und Sanitäranlagen, Maler- und Elektroarbeiten, sowie stilgerechtes Interieur in dem bisher durchaus poshen Nobelhotel („Ein echtes Wohlfühlhotel", laut holdaycheck.de). Zusätzlich wurde vom Landkreis Calw sogar eine neue Feuertreppe und umfangreiche Brandschutzmaßnahmen installiert, um den Gästen der Kanzlerin der Herzen ein exquisites und sozialadäquates Wohlfühl-Ambiente in den deutschen Sozialsystemen zu gewährleisten – Refugees welcome über alles in der Welt.

Trotz des mehrstelligen sechsstelligen Sanierungsbeitrags des Steuerzahlers verlief der Brandschutz zunächst nur suboptimal und die Freiwillige Feuerwehr Schömberg musste oft sogar mehrmals die Woche anrücken, weil die willkommenen Hotelgäste mit offenem Feuer in ihren Suiten hantierten. Seit dem „1. April 2017" wurde nun in 23 Zimmern „Teilnehmern an Umschulungsmaßnahmen" durch das Berufsförderungswerk (BfW) Schömberg Kost und Logis geboten. Bereits kurze Zeit später trugen die Migrationsbemühungen der Kretschmann/Strobl-Regierung und die damit verbunden Finanz- und Sachleistungen erste Früchte:

Pflichtbewusstsein gepaart mit Sprachkompetenz und ausgelassener Lebensfreude

Der Umschüler aus dem fernen Gambia erledigte bereits am ersten Arbeitstag seine Aufgabe als Parkanweiser und Concierge umsichtig und mit emotionaler Hingabe. Verantwortungsvoll weist der 33-Jährige auch vermeintliche Falschparker in der Lindenstraße am Kurpark in ihre Grenzen und ermahnt diese in mittelgutem Hochdeutsch. Klimabewusst gibt der Neubürger so manchem CO2-schädlichen Verbrenner auch einen „Römpler" an der Hugo-Römpler-Straße. Nicht nur für die links-bunte Landesregierung ist es eine wahre Freude, die Residenz-Fachkraft bei der Verrichtung der täglichen Arbeit in dem beschaulichen Luftkurort zuzusehen. Garniert mit einem Hauch exotischer Lebensfreude, denn dieses Land soll sich verändern, und zwar drastisch. Es soll auch grüner werden. Laut Polizeibericht des Polizeipräsidiums Pforzheim ging bei der qualifizierten Verrichtung am Montag, dem 26. Juli, ungeschickterweise eine Scheibe der wohl zu völkischen „Volksbank" zu Bruch. Eine Streife des Polizeireviers Calw war vor Ort und brachte den Mann zur weiteren Schulung am Montag vorübergehend ins „Zentrum für Psychiatrie Klinikum Nordschwarzwald" in Hirnau – der renommierten Schwarzwaldklinik für Schwarzafrikaner, mit Chefarztbehandlung von Prof. Dr. Brinkmann persönlich. Einige der Personalien konnten von dem bereits „polizeibekannten" 33-jährigen Gambier dabei „erneut" von der Polizei festgestellt werden.

Bereits polizeibekannter Gambier: „When I wanna kill you" – „Do you wanna die?"

Denn exakt einen Monat vorher, am 26. Juni, konnten die Personalien des Neu-Badeners von der Polizei in Calw ebenfalls festgestellt werden, nachdem der 33-jährige in der „Kulturbahn" auf der Strecke „Nagold bis Calw" über 25 Minuten lang mit Worten wie „Do you wanna die?" die erstaunten Fahrgäste genötigt hatte, wie man auf diesem aussagekräftigen Link deutlich hören kann, denn internationale Kultur ist eine Frage des Stils.

Ein immer noch – besonders nach „Würzburg" – beeindruckte Augenzeuge:

> ***„Über 25 Minuten lang wurde es den Fahrgästen recht mulmig zumute, und sie empfanden eine ständige Bedrohung, als der auf- und abgehende Fahrgast pausenlos solche Sätze schrie, welche so verstanden wurden, wie: „When I wanna kill you" – „Do you wanna die?"; also: „Wenn ich euch killen wollte" – „Wollt ihr denn sterben?" – „Willst du sterben?". In einem günstigen Moment konnte ich immerhin mit zwei kurzen Klicks die Audio-Aufnahme auf meinem Smartphone starten. Der Gambier forderte die Fahrgäste sogar auf, die Polizei anzurufen, doch kein Fahrgast traute sich während dieser angespannten 25 Minuten wirklich ein Handy in die Hand zu nehmen, um die Polizei anzurufen, da man befürchtete, dass dies dem Afrikaner sofort auffallen würde, und dies dann nicht ohne heftigere Gegenreaktionen ausbleiben würde.***
>
> ***Einige gewisse leise zu hörende „Verzweiflungs-Äußerungen" sind auch aus Respekt und zum Schutz jener Fahrgäste deshalb aus dieser Audio-Aufnahme herausgeschnitten".***

Wohl auch, um keine langfristige Sperrung auf Youtube aufgrund politisch inkorrekter Äußerungen zu dem leicht ungeziemenden Verhalten des mitreisenden Kulturbahn-Gastes zu bekommen.

Anzeige nach Morddrohung abgelehnt

Die Aufnahme endet, als die von einem Bediensteten der „schwäbischen Kulturbahn" angerufene Polizeibeamte an der Haltestelle in Calw diesem Ganzen endlich einen Schlusspunkt setzen konnten. Der erstaunte Augen- und Ohrenzeuge weiter:

> ***„Obwohl unsere Kulturbahn-Fahrgemeinschaft bei der Polizei eine Anzeige erstatten wollte, beispielsweise wegen Nötigung, auch durch Vorlage der ungekürzten Audio-Aufnahme, wurde die Erstattung einer Anzeige abgelehnt. Es wurde uns mehrmals erklärt, dass die Personalien***

> ***von dem 33-jährigen Afrikaner gut bekannt sind, es aber für eine Anzeige nicht reicht. Für eine Anzeige – gleichgültig welcher Art – gäbe es nämlich leider keinerlei Grundlagen dafür, und auch keine sonstigen Anhaltspunkte".***

„Glücksgemeinde Schömberg": Verwaltung und Arbeitskreis Asyl bestätigen gelungene Integration

In einer Gemeindesitzung hatte Gemeinderat Joachim Zillinger, CDU, seine „Angst" geäußert, dass sich in der Schutzsuchenden-Residenz „eine Parallelgesellschaft entwickle", er stellte aber auch klar, dass es tüchtige und fleißige Asylbewerber gebe (siehe Video). Die Rede von einer „Parallelgesellschaft" habe jedoch im Arbeitskreis Asyl Schömberg für einige Verstimmung gesorgt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch von zwei Asylbewerbern im Flüchtlingsheim berichtet. Beide hätten über das Arbeitsamt von einer Zeitarbeitsfirma sogar ein Angebot gehabt – allerdings sei es für die Asylbewerber „unmöglich gewesen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln" – beispielsweise der Kulturbahn – rechtzeitig zur Arbeit zu kommen.

Der „Schwarzwälder Bote" erklärt dazu:

> *„Flüchtlinge leiden besonders unter der Corona-Krise. Schließlich müssen sie sich in einer fremden Umgebung zurechtfinden. Besonders wichtig sind in dieser Situation Paten, die im Alltag zur Seite stehen".*

Wegen des hohen Beschäftigungsgrades spricht der Arbeitskreis Asyl von einer „gelungenen Integration", auch wenn es derzeit wegen Corona schwierig sei, Arbeit zu finden. An die große Politik appelliert der Arbeitskreis, integrierte Flüchtlinge mit einer Arbeit nicht abzuschieben. Schömbergs Bürgermeister Matthias Leyn, CDU, lobte die Arbeit des Arbeitskreises Asyl. Die Ehrenamtlichen lösten auch kleine Probleme, damit sie erst gar nicht zu großen würden. Vorbildlich!

Schömberg hat sich als so genannte „Glücksgemeinde" der nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität in Schömberg verschrieben. Das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger liegt den Verantwortlichen „ebenso am Herzen wie die sozial gerechte Weiterentwicklung der Infrastruktur" – Ziel des sich selbst auferlegten „Glückskonzeptes" ist es, nachhaltig die Zufriedenheit und Erfüllungsglück aller Bürger und Neubürger sicherzustellen.

Nach 72 Stunden durfte der gambische Valet-Parking-Manager übrigens die Klinik in Hirsau verlassen und kehrte wieder in die feudale Wohlfühl-Residenz „Mönchs Lamm" zurück, um weiter pflichtbewusst seinen Aufgaben nachzugehen – für die die Facility-Fachkraft von Dr. Angela Merkel auch nach Germoney gerufen wurde.

Ein Glückstag für die nachhaltige und sozial gerechte Glücksgemeinde Schömberg im schönen Schwarzwald.

https://www.focus.de/politik/deutschland/sollen-lieber-konzepte-erarbeiten-l_id_13576462.html

"Sollen lieber Konzepte erarbeiten"Nach Ehrenmord herrscht bei der Polizei Frust über Verhalten der Berliner PolitikFOCUS-Online-Autor **Thomas Schmoll**

Mittwoch, 11.08.2021, 07:49

Nach dem vermutlich aus verletztem Ehrgefühl motivierten Mord zweier Afghanen an ihrer Schwester in Berlin bricht in der Stadtpolitik ein befremdlicher Streit über Begrifflichkeiten aus. Bei der Polizeigewerkschaft hat man dafür kein Verständnis.

Ein Wintertag im Berliner Ortsteil Tempelhof. Hatun Sürücü und ihr Bruder Ayhan hatten soeben heftig gestritten. Trotzdem brachte sie ihn von ihrer Wohnung zur Bushaltstelle. Dort angekommen, fragte der damals 18-Jährige, wie später im Prozess bekannt wurde, seine Schwester: "Bereust du deine Sünden?" Aus seiner kruden Sicht der Dinge heraus wollte er ihr so etwas wie eine letzte Chance geben, sich zu korrigieren. Auch ihre Antwort ist überliefert: „Ich darf fi**, mit wem ich will und wann ich will.“ Weil ihm die Aussage missfiel, zog der junge Mann eine Pistole und schoss seiner fünf Jahre älteren Schwester dreifach in den Kopf – um die Ehre seiner Familie wiederherzustellen.**

Das Verbrechen vom 7. Februar 2005 löste in Deutschland eine heftige Diskussion über Parallelgesellschaften und Wertvorstellungen deutscher muslimischer Familien aus. Denn die Ermittler waren von Beginn an von einem „Ehrenmord“ ausgegangen – und behielten recht. Die in Westberlin geborene Hatun Sürücü hatte ihren Ehemann, einen Cousin, den sie unter Zwang in der Türkei heiraten musste, verlassen, weil er sie schwer misshandelt hatte. Sie floh schwanger zurück nach Deutschland, wo sie als gläubige Muslimin ein freies, selbstbestimmtes Leben führen wollte, wie es für Frauen normal sein sollte. Aber ihre Familie war komplett anderer Auffassung.

"Ehrenmörder" fliehen in die Türkei und entkommen einer Strafe

Im April 2006 verurteilte das Berliner Landgericht Ayhan Sürücü zu einer Jugendstrafe von neun Jahren und drei Monaten. Seine Brüder, die als Mitverschwörer angeklagt waren, wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Es ist bekannt, dass bevorzugt das jüngste männliche Familienmitglied für einen Ehrenmord auserkoren wird, weil es das geringste Strafmaß zu erwarten hat. So könnte es auch im Fall Sürücü gewesen sein. Der Bundesgerichtshof gab der Revision der Staatsanwaltschaft statt, aber da lebten die Brüder schon in der Türkei, wo sie in einem weiteren Prozess ebenfalls ohne Strafe davonkamen.

Am Jahrestag der Ermordung von Hatun Sürücü melden sich stets Organisationen sowie Aktivistinnen zu Wort, die für Menschen- und Frauenrechte kämpfen. Die Statements verurteilen jede Form von Gewalt an Frauen, unterscheiden sich aber immer wieder an einer Frage: Hat die Brutalität mit **dem Islam** zu tun? DaMigra, der Dachverband der Organisationen deutscher Einwanderer, plädierte im Februar „gegen jegliche Form der Kulturalisierung von Gewalt“. Die Bezeichnung von Femiziden als „Familiendrama“, „Beziehungstat“ oder „Ehrenmord“ verschleierten den Blick auf den gemeinsamen Nenner in allen Kulturen der Welt: Frauen und Mädchen begehrten gegen männliche Dominanz, das Patriarchat, auf.

"Übersteigerte Ehrbegriff lässt sich nicht mit unserem Grundgesetz in Übereinklang bringen"

Die in Deutschland aufgewachsene Bloggerin NinveErmagan, Tochter assyrischer Christen, stellte sehr wohl eine Verbindung zwischen der Bluttat und dem islamisch geprägten Kulturkreis der Täter her. Sie schrieb im Gedenken an HatanSürücü im Polit-Magazin „Cicero“: „Dieser Mord zeigt, was Frauen in einem prüden, sexualfeindlichen Kulturkreis erwarten kann, weil sie aufmüpfig sind und sich von einer rigiden Sexualmoral, dem Jungfrauen-, und Keuschheitswahn emanzipieren.“ Auch 16 Jahre nach dem Verbrechen von **Berlin**-Tempelhof sei es „in den patriarchalen und orthodoxen Communities“ zu keinem Umdenken gekommen.

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Sebastian Fiedler, nannte „Ehrenmorde ein Phänomen, das uns bereits seit vielen Jahren besorgt“, Im März sagte er der „Welt am Sonntag“. „Prävention und Intervention sind in diesem Umfeld eine große Herausforderung.“ Der „übersteigerte Ehrbegriff“ in bestimmten Milieus lasse sich „nicht mit unserem Grundgesetz in Übereinklang bringen“.

Berliner Integrationssenatorin sorgt für Empörung

Das jüngste Verbrechen, das in das Muster zu passen scheint, stufte die Berliner Staatsanwaltschat als Ehrenmord ein. Zwei Brüder im Alter von 23 und 25 Jahren, Flüchtlinge aus Afghanistan, stehen in dringendem Tatverdacht, ihre ältere Schwester getötet zu haben, weil die 34-jährige Mutter zweier Kinder nicht so leben wollte, wie es ihren männlichen Verwandten vorschwebt. Der Lebensstil der geschiedenen Frau habe nicht den Moralvorstellungen der Verdächtigen entsprochen, sie hätten aus „gekränktem Ehrgefühl“ gemordet, erklärte laut Staatsanwaltschaft der Haftrichter.

Ungeachtet dessen lehnte die Berliner Integrationssenatorin Elke Breitenbach von der Linkspartei den Begriff „Ehrenmord“ im Fall der zwei Asylbewerber ab. „In Deutschland wird jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Das ist kein Ehrenmord, das ist Femizid“, sagte sie dem „Tagesspiegel“. „Und ich habe leider keine Idee, wie man Männer besser integrieren kann.“ Es gehe nicht um die Herkunft und die Nationalität der Täter, sondern „um die Frage des Geschlechts“.

CDU-Politikerin spricht von "fatalem Signal"

Die Äußerungen sorgten für Empörung. Cornelia Seibeld, integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landesparlament, nannte Breitenbachs Äußerung „verstörend und unangebracht“. Jede Frau habe das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, „ohne von Männern aus traditionellen und religiösen Motiven unter Druck gesetzt und mit dem Tod bedroht zu werden“. Dass sich die Linke-Politikerin zu ihrer Ideenlosigkeit bekenne, sende „ein fatales Signal“.

Die frühere Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, die Regierende Bürgermeisterin in Berlin werden will, sprach von einem „schrecklichen Ehrenmord“. Nur wenn „Zwangsheirat und Ehrenmorde und auch ihre religiösen und kulturellen Hintergründe keine Tabuthemen sind, können wir wirksam gegen die Ursachen vorgehen“, betonte sie.

Gewerkschaft der Polizei übt harsche Kritik an der Politik

Aus der Gewerkschaft **der Polizei** (GdP) kam Kritik ganz anderer Art. Ihr Berliner Landesverband ärgerte sich über den Streit um die Bezeichnung. Sprecher Benjamin Jendro sagte FOCUS ONLINE, die Politik solle lieber Konzepte erarbeiten, „wie derart grauenvolle Taten verhindert werden können“. Es handele sich sowohl um einen Ehrenmord als auch einen Femizid. Die meisten Tötungsverbrechen in Deutschland seien von Herkunft und sozialer Schicht losgelöste Beziehungstaten, etwa aus Eifersucht oder enttäuschter Liebe. „Gleichwohl aber ist es auch kein Geheimnis, dass dem Ehrbegriff in bestimmten kulturellen Kreisen und patriarchalischen Strukturen eine besondere Bedeutung beigemessen wird und Frauen in diesen nicht als gleichberechtigte Menschen gelten“, betonte Jendro. Das widerspreche dem demokratischen Weltbild und den hart erkämpften Grundrechten jedes Menschen, die den allgemeinen Konsens einer Gesellschaft wie der deutschen bilden sollten. Die meisten Menschen hierzulande hätten das unabhängig von ihrer eigenen Herkunft verinnerlicht. „Schubladendenken und Generalverdacht“ seien „absolut unangebracht“.

Breitenbach bemühte sich am Montag um Schadensbegrenzung. Der Deutschen Presseagentur erklärte sie, den Begriff "Ehrenmord“ auch deshalb für unpassend zu halten, weil darin "die Rechtfertigung der Täter" stecke. Dass sie den Begriff „Femizid“ bevorzuge, begründete die Senatorin so: „Bei Mord gibt es keine Ehre.“

https://www.pi-news.net/2021/08/afghanischer-fluechtling-missbraucht-zwei-maedchen-bewaehrung/

Afghanischer „Flüchtling“ missbraucht zwei Mädchen – Bewährung!

14. August 2021

Von MANFRED W. BLACK | Khodai R. kam 2015 als 23-Jähriger aus Afghanistan nach Deutschland – als „Schutzsuchendender". Im September 2018 missbrauchte er viermal ein elfjähriges Kind schwer – in zwei Fällen zusammen mit zwei orientalischen Komplizen. In einem späteren Fall im Jahr 2021 hat der Afghane ein dreizehnjähriges Mädchen zumindest unsittlich berührt.

Der illegal zugewanderte Khodai R. hatte sich in Deutschland nach und nach gleich vier „Aliasnamen" zugelegt. Sein Identitätsschwindel wäre bei den deutschen Behörden wohl gar nicht aufgeflogen, wenn er nicht auch noch zum Sexual-Straftäter geworden wäre.

Im Sommer 2018 machte sich der „Flüchtling" per Internet-Chat an eine elfjährige, behinderte Inklusionsschülerin heran. Im September vereinbarten beide ein erstes Treffen in der Region Hannover. „In einem Wäldchen unweit der S-Bahn-Station Langenhagen fiel der Afghane über sein Opfer her und verging sich an dem Kind" (Freie Welt).

Zu einem Lustobjekt herabgewürdigt

Insgesamt nötigte der afghanische „Schutzsuchende" das junge Mädchen noch zu drei weiteren dieser Treffen, zu zweien lud er großzügig seine 19-jährigen Kumpels Ezatullah N. und Siya A. ein – beides auch „Geflüchtete" aus Afghanistan –, die sich ebenfalls an dem Mädchen vergingen.

Khodai R. gestand, mit der lernbehinderten Inklusionsschülerin bei den drei Treffen Vaginal- und Analverkehr praktiziert zu haben. Bei diesen Taten machen die Täter drei Fotos und ein Video, die anschließend im Internet veröffentlicht wurden. Bei einem Selfie präsentieren sich die Täter mit herausgestreckter Zunge – direkt vor dem minderjährigen Opfer.

Das lernbehinderte Mädchen wurde offensichtlich in extrem übler Weise "auf ein Lustobjekt herabgewürdigt" (Bild-Zeitung). Einmal warf einer der Straftäter nach der Tat auch noch einen Stein auf das wehrlose Opfer.

Prozess erst drei Jahre nach der Tat

Die missbrauchte Inklusionsschülerin wendete sich einige Zeit später an ihre Vertrauenslehrerin, die offenbar die Taten zur Anzeige brachte. Die 36-jährige Mutter des Opfers, eine alleinerziehende Altenpflegerin, erklärte vor Gericht über ihre Tochter: „Sie war vorher ein lachendes Mädchen. Danach nicht mehr." Ihre Tochter, die derzeit in einer therapeutischen Wohngruppe lebt, sei längere Zeit selbstmordgefährdet gewesen, sie habe sich geritzt.

Der Gerichtsprozess gegen Khodai R. fand erst im Februar 2021 statt. Zur Überraschung vieler Beobachter wurde der Hauptangeklagte vom Landgericht Hannover nur zu zwei Jahren Jugendhaft auf Bewährung verurteilt, der Täter verließ den Gerichtssaal also als freier Mann.

Der Angeklagte hatte seine Taten gestanden und sich aus Sicht des Gerichts angeblich in die deutsche Gesellschaft integriert. Die Neue Presse aus Hannover – schon lange betont links positioniert – verstieg sich so zu der mehr als abenteuerlichen Behauptung: „Trotz der abscheulichen Taten sprach mehr für den Angeklagten als gegen ihn."

Die beiden Mitangeklagten wurden gar nicht erst belangt. Sie hatten angegeben, sie hätten das Alter des Opfers nicht gekannt. Deshalb hatte die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen sie eingestellt.

Ein weiteres Mädchen missbraucht

Was die richterliche Entscheidung noch unfassbarer machte: Nur einen Monat vor diesem Prozess hatte sich der afghanische Hauptangeklagte

in einem Dorf im hessischen Gießen an einem weiteren Kind?– erst 13 Jahre alt – vergangen.
Einem Artikel der „Gießener Allgemeinen" zufolge hatte sich Khodai R. in das Kinderzimmer des schlafenden Mädchens geschlichen, dort fasste er das Opfer im Intimbereich an. In diesem Jahr, Ende Juli, gab es für diese Tat einen weiteren Gerichtsprozess – dieses Mal vorm Amtsgericht in Gießen. Der Richter Heiko Kriewald verurteilte den afghanischen Wiederholungstäter zu einem Jahr und acht Monaten Haft. Ins Gefängnis freilich musste der Afghane nicht: Trotz der ersten Bewährungsstrafe die zweite Strafe erneut zur Bewährung ausgesetzt – dieses Mal auf drei Jahre.
Dem Sexualstraftäter ist richterlich zugutegehalten worden, dass er „geständig" war. Auch seine vermeintlich erfolgte „Integration" in die Gesellschaft hierzulande hat sich strafmildernd für den Täter ausgewirkt, der mittlerweile angeblich als Anlagenführer arbeitet. Der Richter kommentierte sein Urteil mit den Worten, dieser Schuldspruch sei für den Täter eine „letzte Chance".
Ist dieser Staat noch ein Rechtsstaat?
Nach Paragraf 54 des Aufenthaltsgesetzes kann ein Sexualstraftäter ab einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr abgeschoben werden. Dass der Täter nicht schon spätestens Anfang 2021 außer Landes verwiesen wurde, war vor Gericht anscheinend kein Thema.
Bild ersuchte nach dem Prozess den Richter Kriewald um Erläuterungen zu seiner Entscheidung, die offenkundig nicht „im Namen des Volkes" gefällt wurde, sondern auf der Basis von individueller linker Rechtsphilosophie. Doch Kriewald ließ die Anfrage zu seinem Urteil unbeantwortet.
Viele Eltern hierzulande – und nicht nur die – werden sich fragen, ob die Bundesrepublik noch ein Rechtsstaat ist oder ob dieser Staat in wichtigen Teilen nicht längst zu einem Unrechtsstaat verkommen ist. Hätte ein deutscher weißer Mann diese Taten begangen, wäre dieser indigene Bürger mit Sicherheit flugs für mehrere Jahre hinter Gitter gegangen.

http://www.pi-news.net/2021/08/kanaren-ansturm-afrikanischer-fluechtlinge-wird-immer-heftiger/

Kanaren: Ansturm afrikanischer „Flüchtlinge" wird immer heftiger

11. August 2021

Von MANFRED W. BLACK | Immer mehr „Asylbewerber" aus Afrika kommen illegal auf die Kanarischen Inseln. Mit 192 Booten landeten im Jahr 2020 dort 23.000 Migranten. Sieben Mal mehr als 2019. In diesem Jahr wird es wohl noch weit höhere Zahlen geben. Das berichtet das Internetportal Kanarenmarkt.
Es gibt zahlreiche Übergriffe durch „Schutzsuchende". In einigen Kommunen gleicht die Situation einem „Pulverfass", schreibt die Madrider Zeitung ElPaís. Doch deutsche Medien informieren kaum über

die desaströse Lage. Wenn doch mal Meldungen über die Masseneinwanderung präsentiert werden, machen sich Journalisten hierzulande keine Sorgen um das Wohl der Spanier, sondern um das vermeintliche „Asylrecht" der "Geflüchteten".

NGOs als emsige „Fluchthelfer"

Erfahrungsgemäß schippern die meisten illegalen Zuwanderer aus Schwarzafrika im letzten Quartal des Jahres auf die spanische Inselgruppe. So ist 2020 die große Mehrheit der „Geflüchteten" in den Monaten September, Oktober und November angelandet: fast 21.000.

Allein in den ersten sieben Monaten des Jahres 2021 wurden rund 7500 neue afrikanische Einwanderer auf den Kanaren registriert, das sind in diesem Zeitraum 160 Prozent mehr als im Vorjahr. Mitte Juli haben sich an einem Tag und auf einen Schlag 223 Afrikaner – die meisten davon Senegalesen – in einem großen Konvoi von fünf größeren Booten von Marokko aus auf die Seereise zu den Kanaren gemacht. Fuerteventura ist etwa 100 Kilometer entfernt vom afrikanischen Kontinent. Ein Teil der Bootsfahrer, die zumeist in der südlichsten und westlichsten Stadt Marokkos starten, erreichte schließlich selbst mit ihren Kähnen eine kanarische Insel.

Ein größerer Anteil der Afrikaner ist in den Gewässern vor den Kanaren von Schiffen der spanischen Küstenwache aufgegriffen worden. Vielsagend schreibt der Kanarenmarkt über die „Geretteten": „Inwiefern sich die Pateras in Seenot befanden, wurde nicht mitgeteilt."

Sehr oft transportieren Schiffe von „Non GovernmentalOrganizations" die „Schutzsuchenden" in die kanarischen Gewässer, im Schlepptau werden alte Boote mitgeführt. In den spanischen Hoheitsgewässern angekommen, veranlassen die NGO-Flüchtlingshelfer die „Flüchtenden", in die oft maroden Kähne umzusteigen. Anschließend funkt das NGO-Schiff, das sich selbst flugs von dannen macht, den spanischen Küstenbehörden, Schiffbrüchige befänden sich in der Nähe der Inseln – in der richtigen Erwartung, dass die spanische Küstenwache schnell alles daran setzt, die „Boots-Flüchtlinge" zu retten und auf eine der kanarischen Inseln zu befördern.

Angst vor Überfremdung und Übergriffen

Nicht selten kommt es nun auf den Kanaren zu Messerstechereien und Massenschlägereien. „In Teilen der Gemeinde San Bartolomé de Tirajana auf Gran Canaria ist die Stimmung in Sachen Migration hoch explosiv" (Kanarenmarkt).

Polizeipatrouillen gibt es offensichtlich nicht genug. Auch spanische Medien berichten – wenn überhaupt – nur sehr unvollständig über die Gewalttätigkeiten, bei denen in diesem Jahr bereits ein Spanier erstochen worden ist. Mehrere indigene Bürger wurden schwer verletzt. Eine spanische Frau soll im Januar „mit Steinen, Schlägen und Tritten malträtiert worden sein" (teneriffa-aktuell). Bei diesen Gewalttaten wurden als Täter eingewanderte „Schutzsuchende"" identifiziert. Anwohner von ElSalobre und Umgebung bemühen sich verstärkt „ihr Eigentum [zu] schützen", sie „werden vom Staat im Stich gelassen" (Kanarenmarkt). Seit dem Einzug der Migranten in das dortige Camp kommen die ortsansässigen Bürger nicht zur Ruhe. Oftmals spitzt sich die Situation mit angeblichen oder tatsächlichen minderjährigen „Schutzsuchenden" zu. „Fast rund um die Uhr streifen einige dieser Afrikaner durch die Straßen und klettern in der Absicht zu stehlen, immer wieder über die Zäune der privaten Häuser und Bauernhöfe", berichtet das kanarische Portal.

Respekt insbesondere vor älteren Menschen und Frauen lassen junge Zugewanderte oftmals missen. Der Respekt scheint „wohl mit dem Pass in Afrika vergessen worden zu sein" (Kanarenmarkt). Mutige Formulierungen, die in anderen Medien der Kanaren nicht zu lesen sind.

Spiegel und DW sorgen sich um die „Geflüchteten"

Der Spiegel berichtete im Juni immerhin, dass sich die Zahl der „Flüchtlinge" auf den Kanaren bis zu diesem Zeitpunkt bereits verdoppelt hatte. Das Hamburger Magazin beschreibt freilich nicht die Ängste vieler Spanier vor Überfremdung und Übergriffen. Vielmehr macht sich der Spiegel große Sorgen um die „Schutzsuchenden": Auf den Kanaren hätten in der Vergangenheit viele Geflüchtete berichtet, „in dem Chaos auf den Inseln keinen Zugang zu ausreichend Informationen und einem Anwalt zu bekommen". Die Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch habe von „ernsthaften Bedenken" gesprochen, „ob das Recht auf Asyl gewahrt werde".

Auch die öffentlich-rechtliche Deutsche Welle (DW) sorgt sich sehr um die schwarzen Zuwanderer. Der Sender berichtet, dass die meisten der Zugewanderten bestrebt sind, das spanische Festland zu erreichen, das rund 1000 Kilometer entfernt von den kanarischen Inseln liegt. Das Fernziel vieler Zugewanderter ist am Ende Deutschland, wo die attraktivsten Sozialleistungen des Staates winken.

Angeblich, sendete die DW, versucht die spanische Regierung aber, afrikanische Migranten auf den Kanaren an einer Weiterreise ins über 1000 Kilometer entfernte spanische Mutterland zu hindern – „das spielt Schleusernetzwerken in die Hände". Ein spanisches Gericht hat allerdings im Mai entschieden, dass diese „Blockade" – so die DW wörtlich – unrechtmäßig sei. Die Regierung in Madrid hat Berufung gegen das Gerichtsurteil eingelegt. Gerichte sind auch in Spanien sehr häufig rechtspolitisch links positioniert – und damit immer für eine Überraschung gut.

https://www.pi-news.net/2021/10/duesseldorf-19-jaehriger-mit-abgebrochener-glasflasche-erstochen/

Düsseldorf: 19-Jähriger mit abgebrochener Glasflasche erstochen

23. Oktober 2021

Der 19-jährige Max (kl. Foto) wurde am letzten Wochenende in der Düsseldorfer Altstadt mit einer abgebrochenen Glasflasche ins Herz gestochen und erlag seinen Verletzungen.

Von MANFRED W. BLACK | „Bei einer Schlägerei am letzten Wochenende in der Düsseldorfer Altstadt ist einem 19-Jährigen mit einer abgebrochenen Glasflasche ins Herz gestochen worden", meldete der WDR, der größte Sender in der ARD, mit eher dürren Worten. Es sei vorher „zu einer Schlägerei zwischen zwei Gruppen gekommen".

Welcher Art waren diese Gruppen? Was war der Anlass zu diesem Streit? Dazu vom WDR kein Wort.

Der Sender schreibt: „Zeugen meldeten dann einen verletzten Mann." Noch vor Ort habe der Rettungsdienst festgestellt, „dass die Verletzungen lebensbedrohlich waren". Das Opfer, das aus Bottrop stammt, „musste noch in der Nacht notoperiert werden". Am Dienstagabend habe die Polizei mitgeteilt, dass der junge Mann seinen Verletzungen erlegen sei.

Das Opfer ist offensichtlich ein Deutscher. Was auffällt, ist die Tatsache, dass über die Ethnie der Täter-Gruppe – wieder einmal – bisher nichts bekannt gegeben worden ist. Obgleich es Zeugen gibt. Und obwohl sich der Täter mittlerweile der Polizei gestellt hat. Dagegen sind über den brutal zu Tode Gekommenen etliche Einzelheiten berichtet worden.

Oft Schlägereien „zwischen Gruppen"

Man muss misstrauisch werden, wenn Berichte zu lesen sind, dass es in dem Areal, wo der junge Bottroper niedergestochen wurde, schon oft und seit längerer Zeit handfeste Auseinandersetzungen gegeben hat.

Erstaunlicherweise sind diese Berichte in aller Regel sehr vage gehalten: Es handele sich immer wieder um unterschiedliche, oftmals auch von weiter her gereiste „Gruppen", die in Streit geraten. Eine typische Umschreibung dafür, dass bereits seit langem insbesondere ausländische „junge Männer" die Altstadt von Düsseldorf unsicher gemacht haben.

Die Rheinische Post (RP) bleibt ebenfalls im Vagen. Die Zeitung nennt keine besonderen Details zum 19-jährigen Täter und keine konkreten Einzelheiten zu den oft wüsten Handgreiflichkeiten in der Düsseldorfer Altstadt. Und schreibt dann überraschender weise: Es lässt „sich bislang kein dringender Tatverdacht gegen den 19-Jährigen begründen".

Aussage gegen Aussage

Der Täter habe zwar „bei der Polizei angegeben, an der körperlichen Auseinandersetzung beteiligt gewesen zu sein". Doch der Gewalttäter „soll ausgesagt haben, vom späteren Opfer angegriffen worden zu sein – und sich gewehrt zu haben".

Die RP berichtet, es habe angeblich aus Ermittler-Kreisen geheißen, die Aussage des Verdächtigen sei „stimmig". Deswegen habe er – nach einer erkennungsdienstlichen Erfassung – die Polizeiwoche als freier Mann verlassen dürfen. Obskurerweise ergänzt die RP freilich, es werde „weiterhin wegen des Verdachts eines Tötungsdelikts ermittelt".

Eine Darstellung, die nachdenklich stimmt. Da es Zeugen der Bluttat gibt, muss man wohl davon ausgehen, dass hier nun „Aussage gegen Aussage" steht. Vielleicht stilisiert sich der Mörder – wie schon so oft in schlimmen Kriminalfällen – jetzt frech als Opfer?

Genauer ist Bild

Präziser informiert die Bild-Zeitung – zumindest in ihrer „Regional-Ausgabe Düsseldorf". Hier kommen sogar die Eltern des Toten zu Wort. Der Erstochene heißt Max, er wäre in einem Monat Vater geworden. Bild: „Mit seiner Verlobten hatte er Pläne geschmiedet, die beiden wollten zusammenziehen."

Die Bild-Zeitung weiß, dass es offiziell mindestens vier weibliche Zeugen der schaurigen Tat gibt: „In Hagen machten am Donnerstag vier Freundinnen bei der Polizei ihre Aussage." Die Frauen „gaben an, den Angriff am Wochenende miterlebt zu haben". „Überall war Blut", berichtete die 17-jährige Lara Milena aus Ennepetal: „Eine Flasche flog, zerschellte."

Daran, wie Max dann getroffen wurde, erinnert sie sich allerdings nicht. „Er hat stark geblutet, ich habe seinen Pullover hochgezogen, die Wunde gesucht."

Lara Milena hat anscheinend Max auf den Rücken gedreht, „ein Freund drückte seinen Pulli auf die Wunde". Max habe „gehustet, der ganze Oberkörper hat sich aufgebäumt". „Gesprochen hat er nicht mehr", so die Zeugin.

Wichtige Zeugen-Beobachtung

Dann berichtet die Boulevardzeitung über eine wichtige Beobachtung der vier Zeuginnen: Laut ihrer Schilderung soll der Tatverdächtige zunächst „eine Flasche nach Max geworfen haben". Gleich darauf wiegelt Bild aber ab: „Was dann passierte, ist bislang aber noch unklar und Teil der Ermittlungen."

Max hatte anscheinend zwei Freunde dabei. Die Angreifer-Gruppe bestand offenbar aus mehr Personen.

Max ist allem Anschein nach zuerst angegriffen worden. Ob er versucht hat, sich zu wehren, wurde nicht bekannt. Anzunehmen ist: Würde es sich bei dem Haupttäter um einen Deutschen handeln, „der schon länger hier lebt" – die Zeitungen des Mainstreams hätten das wohl längst gemeldet, und zwar an auffälliger Stelle.

Der kritische Beobachter gewinnt den Eindruck, dass Polizei und Medien erneut versuchen, den Bürger hinters Licht zu führen. Das ist nichts Neues. Das wird meist versucht, wenn die Täter „Flüchtlinge" aus dem Ausland sind, die jetzt oft mit großer Chuzpe „Schutzsuchende" genannt werden.

https://unser-mitteleuropa.com/letzter-italiener-in-der-klasse-meine-tochter-wird-diskriminiert-weil-sie-christin-ist/

Letzter Italiener in der Klasse: „Meine Tochter wird diskriminiert, weil sie Christin ist

18. 10. 2021

Was passiert, wenn man in seinem eigenen Land zur Minderheit wird?

Ihre Tochter musste die Klasse mit 18 Kindern von Einwanderern teilen. „Sie waren alle unterschiedlicher Herkunft: Rumänen, Marokkaner, Türken, Filipinos, Chinesen, Puertoricaner. Meine Tochter war die einzige Italienerin und wurde von den anderen Kindern ausgegrenzt, denn sie war bei der Freizeitgestaltung die einzige, die sich „integrieren" musste. Und das in Italien…". So entschuldigte sich eine Mutter auf dem italienischen Fernsehkanal Rai3, der sie über den Schulabbruch ihrer Tochter befragt hatte.

„Mein Problem sind nicht die Kinder", erklärte die Frau, „denn alle Kinder sind gleich. Das Problem sind die Eltern und wie sie sie erziehen. Meine Tochter hatte viele Kinder zu sich nach Hause eingeladen, um gemeinsam ihre Hausaufgaben zu machen, aber es gab immer nur ein „Nein", weil sie nicht der gleichen Religion angehörte wie sie. Sie durfte nicht mit anderen Klassenkameraden die Hausaufgaben machen, weil sie nicht derselben Religion angehörte, denn sie war katholisch".

„Wurde sie ghettoisiert?", fragt der Moderator. „Stimmt, die einzigen Freunde, die sie finden konnte, waren in der Sonntagsschule."

Es hätte ihr Schlimmeres passieren können. Wie die englischen Mädchen, die Opfer des Massakers von Rotherham wurden: vergewaltigt von Mitgliedern der Banden pakistanischer Einwanderer, die seit Jahren in Rotherham und im übrigen England Terror verbreiten.

Einer von ihnen, Sageer Hussain, 30 Jahre alt, brüstete sich offen damit, ein rassistischer Islamist zu sein, und erklärte seinem 13-jährigen Opfer, dass „alle weißen Mädchen für Sex gut sind und Huren sind". Was in den letzten Jahren in Rotherham geschehen ist, ist ungeheuerlich, nicht nur wegen der mehr als 1.400 Vergewaltigungen durch 300 pakistanische Einwanderer, sondern auch wegen der Duldung durch die Sozialdienste und die Polizei, die nicht gehandelt haben, weil sie sonst des „Rassismus" beschuldigt worden wären.

Sie alle vergewaltigten weiße Mädchen, die meisten von ihnen in prekären Familienverhältnissen und unter der Obhut von Sozialdiensten. Sie alle waren daran gewöhnt, in multiethnischen Vierteln zu leben, aus denen ihre armen Familien nicht hatten „entkommen" können.

Als sie die Kraft fand, die Vergewaltigungen anzuzeigen, wurde einem der Opfer, das damals 12/13 Jahre alt war und heute 30 Jahre alt ist, nicht geglaubt, und die Polizei von South Yorkshire „verlor" Tage nach der Anzeige die Kleidung, die sie während einer der Vergewaltigungen trug.

Kommentar von VoxNews: Eine derartige „Integration“ ist ein Verbrechen gegen die Zukunft.
Quelle: VoxNews

https://www.pi-news.net/2022/01/berlin-iraker-vergewaltigt-und-verstuemmelt-ex-freundin/

Berlin: Iraker vergewaltigt und verstümmelt Ex-Freundin

18. Januar 2022

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | In Berlin steht gerade der Iraker Omid R. vor Gericht. Für eine unvorstellbar grausame Tat, die er vor zehn Jahren in Deutschlands Hauptstadt einer damals 36 Jahre jungen hübschen Frau antat.
Die Berliner Zeitung nennt sie Banafsheh, aber der Name ist geändert. Da dies ein persischer Name ist, hat sie vermutlich iranische Wurzeln. Sie ließ sich im Jahr 2010 in Berlin mit dem damals 43-jährigen Iraker ein, der durch Heirat einen niederländischen Pass hatte. Er war aber schon damals vorbestraft: wegen Vergewaltigung und versuchtem Totschlag seiner niederländischen Ehefrau.
Nun, Banafsheh hätte gewarnt sein sollen. Sie hielt es auch nur zwei Jahre mit dem Iraker aus. Im Oktober 2012 beendete sie die Beziehung.
Der Iraker raste vor Eifersucht und wollte laut Anklage Rache. Er ging davon aus, nach islamischem Recht mit ihr verheiratet zu sein. Dann hätte sie sich nicht von ihm trennen dürfen. Er sagte ihr: „Wenn ich Dich nicht haben kann, soll Dich keiner haben.“
Omid R. drängte morgens ihre achtjährige Tochter, die zur Schule wollte, im Treppenhaus zurück in die Wohnung und fesselte sie. Ein Ermittler sagte damals, im Oktober 2011, zur Bild: „Wir gehen davon aus, dass die Tochter alles mit ansehen musste.“
Die Berliner Zeitung berichtet, was der Iraker dann alles mit seiner Ex-Freundin anstellte:

> *Er zerrt die Frau an den Haaren in die Küche. Schneidet ihr die Kleider vom Leib. Fesselt sie mit Kabelbindern. Knebelt sie mit Panzerband. Es folgt ein stundenlanges Martyrium mit Vergewaltigungen. Dann zerschneidet er ihren Körper. Er schneidet ihr die Schönheit aus dem Gesicht. Nimmt ihr die Brüste. Zerstört den Schambereich. Dann zwingt er sie, sich anzusehen, was er ihr genommen hat.*

Die bedauernswerte Frau konnte noch mit letzter Kraft ein Fenster erreichen. Die Metalljalousie war ein Stück offen. Ein Radfahrer fuhr vorbei und sah sie. Der Iraker packte sie und sperrte sie zum Sterben ein, geknebelt und gefesselt. Dann verließ er die Wohnung, weil er davon ausging, dass sie jetzt entweder verblutet oder verhungert.
Ihr Glück war, dass der Radfahrer ihren blutigen Kopf gesehen hatte und die Polizei alarmierte. Eine Polizistin erklomm dann mit Hilfe ihres Kollegen die Wohnung. Was sie sah, war schrecklich. Sie berichtete: „Überall war Blut. Die Frau lag gefesselt auf dem Bett. Die weiblichen Attribute fehlten.“ Die Anklage sagt: „Sein Ziel war es, sie ihrer Attraktivität und Weiblichkeit zu berauben.“
Um seiner Festnahme zu entgehen, flüchtete Omid R. erst in die Türkei, dann weiter in den Iran, da es dort ohne Rechtshilfeabkommen keine Auslieferung nach Deutschland gibt. Er kam dort vor Gericht, wohl auch

wegen der Berliner Tat, aber offensichtlich hauptsächlich wegen der Verbreitung pornografischer Bilder. Omid R. wurde im Iran zu siebeneinhalb Jahre Knast und 150 Peitschenhieben verurteilt, kam aber nach sechs Jahren per Gnadenerlass ohne Hiebe raus.
Der Iraker reiste dann vom Iran in die Niederlande. Dort wurde er 2020 verhaftet. Omid R. wehrte sich gegen die Auslieferung nach Deutschland, da er der Meinung war, dass er nicht doppelt bestraft werden dürfe. Er behauptete, dass er die Berliner Tat im Iran schon mit abgesessen habe.
Aber Staatsanwalt Dr. Philipp Hujo widerspricht laut Berliner Zeitung: „Das Doppelbestrafungsverbot beschränkt sich auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes. Ihm droht jetzt lebenslang für den versuchten Mord an der Frau, anschließend die Sicherungsverwahrung." Wir verfolgen den weiteren Verlauf gespannt. Am 27. Januar wird vor dem Gericht in Berlin-Moabit weiterverhandelt, am 8. März soll das Urteil verkündet werden.
Das Opfer und ihre Tochter sind unterdessen aus Deutschland weggezogen, um ein neues Leben anzufangen. Es gehe ihnen den Umständen entsprechend gut, sagt ihr Anwalt. Sie werden per Video als Zeugen gegen den Peiniger aussagen. Banafsheh hat nach diesen schlimmen Verstümmelungen durch den Iraker mehrere Dutzend Operationen hinter sich. Der Berliner Opferbeauftragte Roland Weber sagt der Berliner Zeitung: „Dass sie noch lebt, verdankt sie ihrem unbändigen Lebenswillen, einem aufmerksamen Radfahrer und der überragenden medizinischen Hilfe, die sie in Berlin nach ihrer Befreiung bekam."
Hoffen wir, dass sie diese unfassbare Tortur irgendwann verdrängen und mit ihrer Tochter ein halbwegs glückliches Leben führen kann. Und es bleibt im Weiteren zu hoffen, dass endlich den Ursachen für diese frauenfeindlichen Verhaltensweisen auf den Grund gegangen wird. Sie haben natürlich auch etwas mit der Stellung der Frau im Politischen Islam zu tun.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

https://www.pi-news.net/2022/10/berlin-clan-kriminelle-ueberfallen-feuerwehrwache/

Berlin: Clan-Kriminelle überfallen Feuerwehrwache

17. Oktober 2022

Von MANFRED ROUHS | Dass Rettungskräfte im Einsatz bedrängt, beschimpft oder sogar körperlich angegriffen werden, gehört in manchen deutschen Großstädten zum traurigen Alltag. Die Täter sind oft türkischer oder arabischer Herkunft und handeln aus einem Affekt heraus, also ungeplant und ohne Vorbereitung. Ihnen passt irgendetwas nicht, also schlagen, schimpfen oder rempeln sie in geistiger Umnachtung drauflos.
Was jetzt aber im beschaulichen, gutbürgerlichen Berliner Stadteil Mariendorf geschah, hat eine andere Qualität. Dort überfielen vermummte Kriminelle eine Feuerwehrwache, möglicherweise um Spezialwerkzeug zu rauben. Das berichtet die „Morgenpost", gestützt auf eine Twitter-Meldung der Berliner Feuerwehr.
Tatzeit war der Sonntagabend, und da kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Täter, die einen Feuerwehrmann mit einem

Schraubenzieher bedroht haben, von einer schwachen oder sogar von gar keiner Besatzung in der Feuerwehrwache ausgegangen sind. Clankriminelle sind vor allem an teurem Spezialwerkzeug interessiert, mit dem sich Gitter aufstämmen und Fahrzeuge zerschneiden lassen. Die Feuerwehr benötigt solche Geräte für Rettungseinsätze. Clankriminelle sind damit beispielsweise in Dresden ins historische Grüne Gewölbe eingestiegen. Die Dresdner Täter werden von der Polizei einer arabischen Großfamilie zugerechnet, die in Berlin ansässig ist. Solche Spezialwerkzeuge, deren Wert im fünfstelligen Bereich liegen und die außerdem am freien Markt nur schwer zu beschaffen sind, wurden in der Vergangenheit bereits mehrfach bei der Berliner Feuerwehr gestohlen. Jetzt also belassen es die Clans nicht mehr bei Diebstählen und Einbrüchen, sondern überfallen die Feuerwehrleute in ihrer Wache, um sie auszurauben?
Was muss noch alles geschehen, damit der brave deutsche Michel mit dieser Klientel die Geduld verliert?

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.mopo.de/im-norden/krawall-in-der-kinder-disco-polizei-grosseinsatz-im-norden/
27.2.23
Krawall in der Kinder-Disco: Polizei-Großeinsatz im Norden
Endlich mal ohne die Eltern rausgehen, zu cooler Musik ein paar Runden auf dem Eis drehen, neue Leute kennenlernen: Die Kinder-Disco in der Eislaufhalle „Paradice“ ist seit Jahren ein Event-Klassiker für Bremer Teenies. Doch am Samstag, den 18. Februar, mündete der Abend in massiver Gewalt und einem Großeinsatz der Polizei. Nach Angaben des Veranstalters „Bremer Bäder“ ein bislang einzigartiger Vorfall.
„Der Junge und seine Hilfeschreie gehen mir nicht mehr aus dem Kopf“, sagt Svenja Ehlers, Mutter einer Zwölfjährigen, die an jenem Abend dabei war. Sie und ihr Partner, so schildert es die 35-Jährige gegenüber der „Kreiszeitung“, schützten vor der Halle einen Jungen, der von einem Pulk von 30 bis 40 Jugendlichen bedrängt wurde.
Das Kind sei vor der Gruppe davongerannt und dabei von ein paar Jugendlichen verfolgt worden. „Die hatten ein Messer, die wollten mich abstechen“, soll der Junge völlig verängstigt gerufen haben, als ihn Ehlers und ihr Partner abschirmten. Es war gegen 21.45 Uhr, die Disco war zu diesem Zeitpunkt gerade abgebrochen worden, draußen herrschten Gedränge und eine aggressive Stimmung.
Schlägereien in Bremer Eis-Disco für Kinder
„Es kam zu größeren Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Eislaufhalle“, sagt Franka Haedke, Pressesprecherin der Polizei Bremen gegenüber der MOPO. „Dementsprechend waren wir mit einem Großaufgebot, gut 30 Einsatzkräften, vor Ort, um die Lage zu klären.“ Messer hat die Polizei nicht gefunden.

Der Veranstalter der Kinder-Disco hatte gegen 20.40 Uhr die Polizei gerufen, nachdem die Security-Kräfte vor Ort bereits mehrere Auseinandersetzungen auf der Eisfläche geschlichtet hatten. „Es kam zwischen mehreren Heranwachsenden und Kindern zu einer verbalen Auseinandersetzung und späteren Rangeleien“, sagt Susanne Klose, Pressesprecherin von „Bremer Bäder“, zur MOPO.

Polizei-Großeinsatz bei Bremer Eislaufhalle „Paradice“

Als die Polizei eintraf, war es zwar gerade relativ ruhig, die laut Veranstalter „problematische Stimmung“ aber noch spürbar. Aus Sorge vor einer weiteren Eskalation entschied sich „Bremer Bäder“ gegen 21 Uhr zum Abbruch der Party: Musik aus, Deckenbeleuchtung an.

Das blieb nicht ohne Folgen: „In der Folge kam es immer wieder zu Schlägereien, die von den Einsatzkräften unterbunden wurden“, formuliert es die Polizei nüchtern.

Kinder-Disco in Bremen eskaliert: Mehrere Verletzte

Zwei Minderjährige mussten mit auf die Wache und wurden später ihren Eltern übergeben. Nach dem Abtransport der beiden Tatverdächtigen kochte die Stimmung laut Polizei erneut hoch: „In der Folge kam es auch vor dem Veranstaltungsort zu Schlägereien. Insgesamt wurden mehrere Jugendliche leicht verletzt.“ Das Ende der „Paradice Ice Disco“: mehrere Strafanzeigen wegen Diebstahls, Körperverletzung und gefährlicher Körperverletzung, etliche Platzverweise.

Eine Gewalteskalation, die an die Ausschreitungen in der vergangenen Silvesternacht in vielen Städten denken lässt – denn auch im „Paradice“ soll ein großer, wenn nicht der überwiegende Teil der jugendlichen Störer und Schläger einen Migrationshintergrund gehabt haben. In diesem Punkt decken sich Beobachtungen von Augenzeugen wie Svenja Ehlers und die Angaben der Verantwortlichen des Events.

Der Ärger sei „von Jungen ausgegangen, die nicht Deutsch sprachen“, zitiert die „Kreiszeitung“ den Bäder-Betreiber. „Bei den beiden mit zur Wache genommenen Jungen handelte es sich um zwei 15-jährige syrische Jungen“, bestätigt Polizeisprecherin Haedke gegenüber der MOPO.

Bremer Eislaufhalle will für mehr Sicherheit sorgen

Bremens Sport- und Integrationssenatorin Anja Stahmann (Grüne) kann zum vermuteten Migrationshintergrund der Krawallmacher nichts sagen. Sie wolle der „Kreiszeitung“ zufolge zunächst die Ermittlungen abwarten, forderte aber rückhaltlose Aufklärung: „Es kann nicht sein, dass Familien und Kinder sich in unseren Einrichtungen nicht sicher fühlen.“

Wie geht es nun weiter? „Wir möchten betonen, dass die Sicherheit unserer Gäste und Beschäftigten höchste Priorität genießt und die Tradition der Eisdisco fortbestehen soll“, versichert Klose. „Daher wird es für die nächste Eislaufsaison Änderungen beim Einlass geben.“ Der Veranstalter wolle künftig noch sensibler auf die Stimmung achten und gegebenenfalls gegensteuern. „Die Polizei Bremen wird sich mit den Verantwortlichen der Eislaufhalle zusammensetzen, um die Geschehnisse nachzubereiten beziehungsweise um Hilfestellungen für zukünftige Veranstaltungen zu geben“, so Haedke.

https://philosophia-perennis.com/2021/08/21/sozialwissenschaftlerin-afghanen-bei-sexuellen-delikten-ganz-vorne/

Sozialwissenschaftlerin: Afghanen bei sexuellen Delikten ganz vorne

Von

David Berger

21. August 2021

Eine auffällige Häufung von sexuellen Übergriffen insbesondere von afghanischen Flüchtlingen gegenüber Frauen im Österreich konstatierte schon vor Jahren Cheryl Benard, eine amerikanisch-österreichische Sozialwissenschaftlerin und feministische Autorin. Unser Leserbrief des Monats weist darauf hin.

Cheryl Benard, eine amerikanisch-österreichische Sozialwissenschaftlerin und feministische Autorin, die seit Jahrzehnten mit Flüchtlingen arbeitet, beschrieb in einem Artikel von 2017 die beängstigende Häufung von sexuellen Übergriffen insbesondere von Afghanen gegenüber einheimischen Frauen. Das Thema könnte nun wieder aktuell werden.

Jahrzehnte lang mit Flüchtlingen zusammengearbeitet

I've Worked with Refugees for Decades. Europe's Afghan Crime Wave Is Mind-Boggling.

„Ich habe Jahrzehnte lang mit Flüchtlingen gearbeitet. Die afghanische Kriminalitäts-Welle in Europa ist erschreckend."

„Als 2014 die ersten Flüchtlingswellen nach Westeuropa strömten, reagierten Bürger und Behörden gleichermaßen mit Großzügigkeit und Offenheit.

Aber es gab eine Entwicklung, die nicht erwartet worden war und die nicht toleriert werden konnte: die große und wachsende Zahl sexueller Übergriffe von Flüchtlingen auf einheimische Frauen.

Die meisten dieser Übergriffe wurden von Flüchtlingen einer bestimmten Nationalität begangen: von Afghanen.

Islam als eine der Ursachen

Die Europäer waren den afghanischen Flüchtlingen gegenüber positiv eingestellt. Aber es wurde schnell klar, dass mit diesen jungen afghanischen Männern etwas nicht stimmte, und zwar sehr viel mehr als mit anderen Flüchtlingen, selbst mit solchen aus ebenso rückständigen oder noch rückständigeren, ebenso islamischen und konservativen und wohl auch ebenso frauenfeindlichen Ländern.

Laut einer österreichischen Polizeistatistik verursachen syrische Flüchtlinge weniger als 10 Prozent der Fälle von sexuellen Übergriffen. Afghanen, deren Zahlen vergleichbar sind, sind für die Hälfte aller Fälle verantwortlich."

(Original: In 2014, when waves of refugees began flooding into western Europe, citizens and officials alike responded with generosity and openness.

But there was one development that had not been expected, and was not tolerable: the large and growing incidence of sexual assaults committed by refugees against local women.

Most of the assaults were being committed by refugees of one particular nationality: by Afghans.

Europeans were predisposed to be positive towards Afghan refugees. But it quickly became obvious that something was wrong, very wrong, with these young Afghan men: they were committing sex crimes to a much greater extent than other refugees, even those from countries that were equally or more backward, just as Islamic and conservative, and arguably just as misogynist.

According to Austrian police statistics, Syrian refugees cause fewer than 10 percent of sexual assault cases. Afghans, whose numbers are comparable, are responsible for a stunning half of all cases.)

Bei Anklicken dieses Links bekommen Sie eine Übersicht zu sexuellen Delikten von Afghanen, über die wir in den letzten 5 Jahren berichtet haben:

→ Afghanen – sexuelle Delikte

https://www.n-tv.de/politik/10-55-Taliban-Verdacht-Frankreich-stellt-fuenf-evakuierte-Afghanen-unter-Beobachtung--article22743909.html

IENSTAG, 24. AUGUST 2021

Afghanistan-Liveticker+++ 10:55 Taliban-Verdacht: Frankreich stellt fünf evakuierte Afghanen unter Beobachtung +++

Fünf Afghanen, die nach Frankreich ausgeflogen wurden, stehen wegen mutmaßlicher Nähe zu den militant-islamistischen Taliban unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden. Einer von ihnen sei in Polizeigewahrsam genommen worden, weil er sich nicht an seine Aufenthaltsauflagen gehalten habe, sagte Frankreichs Innenminister Gérald Darmanin dem Sender "Franceinfo". Der Mann habe "offensichtlich eine Verbindung zu den Taliban", habe aber der französischen Armee bei der Evakuierung von Landsleuten und Afghanen geholfen. Die vier anderen Personen, die unter behördlicher Beobachtung stehen, stammen den Angaben zufolge aus dem Umfeld des Manns.

https://unser-mitteleuropa.com/abgeschobener-vergewaltiger-und-dealer-duo-kehren-per-evakuierungsflug-zurueck-stellen-sofort-asylantrag/

Abgeschobener Vergewaltiger und Dealer-Duo kehren per Evakuierungsflug zurück: stellen sofort Asylantrag

25. 08. 2021

Von SVEN REUTH | 2015 wiederholt sich nicht? Von wegen! Nach polizeilichen Erkenntnissen ist es am Flughafen Kabul schon mehreren Straftätern gelungen, mit Evakuierungsflügen von Afghanistan wieder nach Deutschland zu kommen.

Nach Angaben von *Focus Online* stoppte die Bundespolizei am Wochenende drei Männer, die zuvor wegen Straftaten wie Vergewaltigung und Rauschgifthandel aus Deutschland ausgewiesen worden waren. Die afghanischen Straftäter stellten selbstverständlich einen neuen Asylantrag, der nach der Machtergreifung der islamistischen Taliban-Milizen nun deutlich bessere Erfolgsaussichten haben dürfte als zuvor. Zumindest dürften deutsche Gerichte angesichts der Lage des Landes am Hindukusch eine erneute Abschiebung – selbst die eines schwerstkriminellen Sexualstraftäters – ablehnen.

Nur 576 Ortskräfte, aber Hunderttausende Zuwanderer?

In der *Welt am Sonntag* hatte der Journalist Marcel Leubacher unter Berufung auf einen hohen Beamten zuvor schon gemeldet, dass es einem aus Deutschland abgeschobenen Straftäter gelungen sei, mit einem Evakuierungsflug wieder zurückzukehren.

Selbst der Naivste wird über diese Meldungen kaum überrascht sein. Während in Medien und Politik in Dauerschleife von der nun notwendigen Evakuierung der Ortskräfte die Rede ist, wird gleichzeitig verschwiegen, dass deren Zahl laut einer Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 2018 (Bundestagsdrucksache 19/5454) bei gerade einmal 576 liegt. Schon jetzt wird also deutlich, dass das in Afghanistan herrschende und vom Westen verursachte Chaos von der Asyllobby unabhängig von der Frage der Ortskräfte dazu genutzt werden wird, um eine weitere große Zuwanderungswelle in Richtung der EU, vor allem aber nach Deutschland, zu initiieren. Und wieder – auch dazu muss man kein Prophet sein – werden sich wie 2015/2016 auch islamistische Terroristen in die Migrationsströme mischen, um nach Mitteleuropa zu gelangen.

Nächstes Staatsversagen voraus

Das nächste Staatsversagen auf dem Feld der Zuwanderung nimmt jedenfalls schon konkrete Formen an. Die Politik scheint keinen Gedanken daran zu verschwenden, dass Afghanistan ein Land des Mittleren Ostens ist, das keine gemeinsame Grenze mit der EU aufweist. Auch in dem nahöstlichen und vorderasiatischen Zwischenraum zwischen Afghanistan und der EU herrscht größtenteils kein Krieg. Es stellt sich also die Frage, woher nun eigentlich eine Verpflichtung für Deutschland und die EU herrühren soll, in großer Zahl afghanische Flüchtlinge aufzunehmen?

Doch darum geht es – wenn man den Grundtenor der Afghanistan-Berichterstattung in den Medien verfolgt – schon längst nicht mehr. Deutschland hat nichts aus dem Asyl-Tsunami des Jahres 2015 gelernt, hier wird die Massenzuwanderung aus fremden Kontinenten weiterhin zum politischen Selbstzweck verklärt, der Jahr für Jahr unbedingt erfüllt und abgehakt werden muss.

Import von Gewalttätern droht

Welche Kollateralschäden diese Politik in Deutschland selbst hinterlässt, scheint hinterher dann niemanden mehr zu interessieren. Dabei haben gerade Zuwanderer aus Afghanistan in den vergangenen Jahren immer und immer wieder mit den schrecklichsten Bluttaten auf sich aufmerksam gemacht – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich.

So wurde in der Nacht vom 26. auf den 27. Juni dieses Jahres das aus Niederösterreich stammende 13jährige Mädchen Leonie in Wien unter Drogen gesetzt, schwer misshandelt und missbraucht und schließlich erdrosselt. Als Täter wurden vier Afghanen festgenommen, die offiziell zwischen 16 und 23 Jahren alt sind. Alterstests ergaben dann aber, dass der vermeintlich 16jährige Täter laut einem Gutachten schon mindestens 20 Jahre alt ist. Und auch das ist eben bei afghanischen Asylbewerbern wohl eher der Normal- als der Ausnahmefall – fast alle verweisen auf angeblich verlorene oder vernichtete Dokumente und machen sich dann erheblich jünger, als sie wirklich sind.

Neue Betrugswelle droht

So kommen sie in den Genuss einer Einstufung als MUFL (minderjähriger unbegleiteter Flüchtling) und sichern sich dadurch für den Steuerzahler sündhaft teure umfangreiche Leistungen, da ein Minderjähriger Anspruch auf Leistungen nach der Jugendhilfe hat und ein kostspieliges „Gesamtpaket" aus Unterbringung, Ausbildung und Betreuung finanziert bekommt. Im Falle der Begehung schwerster Straftaten wird man außerdem praktischerweise nach Jugendstrafrecht verurteilt.
Aber Grenzen der Belastbarkeit des Sozialsystems oder der natürlichen Ressourcen Deutschlands gibt es für die hiesigen Politiker bekanntlich nicht, wenn es darum geht, eine möglichst unregulierte Massenzuwanderung zu fordern. So ist es dann auch leider nur allzu wahrscheinlich, dass sich das Chaos des Asyl-Tsunamis der Jahre 2015/2016 im Laufe der nächsten Monate wiederholen wird.
Sven Reuth (*1973) ist Diplom-Ökonom und schreibt für COMPACT hauptsächlich zu wirtschaftspolitischen Themen. Seit Januar 2021 ist er zudem Online-Redakteur.

http://www.pi-news.net/2021/08/berlin-vier-maenner-verpruegeln-22-jaehrige-im-treptower-park/

Berlin: Vier Männer verprügeln 22-Jährige im Treptower Park

19. August 2021

Von JOHANNES DANIELS | Es muss nicht immer Kaviar und Champagner sein – oftmals genügt schon ein Tröpfchen Sekt, um die Gemüter von Merkels illegalen Goldstücken zu entzürnen. Nachdem vier „Männer" eine 22-jährige Deutsche im berüchtigten Treptower Park bereits zuvor sexuell belästigten, wurde das Geburtstagskind nach dem Öffnen einer Sektflasche zur Feier des Tages so brutal von den „ungebetenen Gästen" zusammengeschlagen, dass sie schwer verletzt in eine Berliner Intensivstation eingeliefert werden musste. Ein Freund erlitt eine Nasenfraktur und Stiche im Gesicht. Der Vater des Opfers sucht nun privat per Instagram nach den Tätern, da die Berliner Polizei derzeit wohl anderweitige Prioritäten hat.
Die junge Frau feierte mit drei Freunden in der Nacht zu Sonntag im Treptower Park ihren 22. Geburtstag. Beim Öffnen einer Sektflasche wurde dabei „eine Männergruppe" von ein paar Tropfen des Kohlenstoffdioxid-angereicherten Schaumweins (9,5 Gramm menschengemachtes CO2 pro Flasche) benetzt, woraufhin die Situation mit den Neuberliner Kultur-Anreichernden eskalierte. Die Sekt-Hassenden schlugen brutal auf die kleine Geburtstagsgesellschaft ein – danach flüchteten die „Geflüchteten".

Das Geburtstagskind und ein Freund wurden nach der unvermittelten Attacke in ein Krankenhaus eingeliefert. Beide erlitten ein Schädel-Hirn-Trauma, der Freund erhielt zudem eine gebrochene Nase, Trittverletzungen, ein gestauchtes Jochbein sowie mehrere Schnittwunden im Gesicht. Laut Berliner Polizei erlitten die vier Geburtstag-Feiernden „unter anderem Hämatome und Kopfverletzungen". Zuvor soll die junge Frau von den Angreifern mehrmals am Hintern berührt worden sein, so die Polizei.

Vater sucht mit emotionalen Instagram-Post die Täter

Der Vater der jungen Frau, Ingo S., wandte sich am Dienstagabend in einem emotionalen Instagram-Post an die Öffentlichkeit:

„…eine Minute später lag sie bewusstlos am Boden und viele ihrer Freunde und Begleiter waren verletzt und geschockt. Wie aus dem Nichts hagelte es Schläge und Tritte, selbst wenn man schon am Boden lag, wurde nicht von ihnen abgelassen. Freunde, die versuchten zu beruhigen, bekamen von den 4-5 Männern der gut verteilt stehenden Gruppe Faustschläge".

Inzwischen haben mehr als 150.000 Menschen auf „Gefällt mir" geklickt, berichtet BILD. Ingo S. hofft nun, dass sein Post dabei hilft, die Täter zu ergreifen und straf- sowie zivilrechtlich zu belangen. Aufgrund der „Persönlichkeitsrechte der mutmaßlichen Täter" darf BILD dabei das Instagram-Foto nur verpixelt veröffentlichen, denn Täterschutz genießt im Merkel-Deutschland mittlerweile oberste juristische Priorität, insbesondere hinsichtlich bestimmter „Personengruppen".

Trotz der Verpixelung ist unschwer zu erkennen, um welche illustre Männergruppe es sich bei den archaischen „Geburtstagsgästen" handelt.

https://philosophia-perennis.com/2021/08/30/migrantenkrawalle-in-cottbuser-innenstadt/

Migrantenkrawalle in Cottbuser Innenstadt

Von

David Berger

30. August 2021

(David Berger) Mit Latten und Messern attackierten sich gestern am frühen Abend verfeindete Migranten-Gruppen in Cottbus. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen zu den Hintergründen und dem genauen Tathergang dauern bis zur Stunde an.

„Solche Szenen sind unnormal. Wir werden sie niemals als „neue Normalität" akzeptieren. Nicht in Cottbus. Nicht in Brandenburg. Nicht in Deutschland." – so Jean-Pascal Hohm, Vorsitzender der AfD Cottbus.

Unser Tweet des Tages:

Zu den genaueren Hergängen berichtet inzwischen auch die Cottbuser Polizei: Die Polizei wurde am frühen Sonntagabend in die Burgstraße gerufen, da Zeugen von dort eine Schlägerei gemeldet hatten, an der mehrere zunächst unbekannte Männer beteiligt waren. Beim Eintreffen stellten die Beamten zwei Verletzte Männer syrischer Herkunft im Alter von 21 und 27 Jahren fest. Sie wurden zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus gebracht, während gleichzeitig Ermittlungen zum Verdacht der gefährlichen Körperverletzungen eingeleitet wurden. Ersten Aussagen zufolge hatten mehrere Männer mit noch nicht identifizierten Gegenständen auf die beiden Opfer eingeschlagen.
Im Zuge umgehend eingeleiteter Fahndungsmaßnahmen wurden bislang insgesamt vier Tatverdächtige Männer aus Syrien im Alter von 19 bis 29 Jahren in Polizeigewahrsam genommen. Es wurden Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes des schweren Landfriedensbruchs in Verbindung mit gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Gleichzeitig wurden am Tatort durch Kriminaltechniker Spuren und Beweismittel gesichert. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen zu den Hintergründen und dem genauen Tathergang dauern bis zur Stunde an.
Ergänzend zu dem Video hat der Verein Zukunft Heimat Cottbus ein Video veröffentlicht, in dem ein junger Mann mit einem Messer drohend durch die Innenstadt läuft:

https://www.pi-news.net/2021/08/alice-weidel-fuenf-millionen-afghanen-verkraftet-unser-land-nicht/

Weidel: Fünf Millionen Afghanen verkraftet unser Land nicht

22. August 2021

Horst Seehofer rechnet mit fünf Millionen Afghanen, die sich in Kürze auf den Weg nach Deutschland machen. Für unser Land ist das eine völlige Katastrophe – sowohl für die Innere Sicherheit, als auch für unser Sozialsystem.

Um das zu erkennen, muss man sich nur einmal die Zahlen anschauen, die schon jetzt in Sachen „afghanische Asylbewerber" vorliegen: 270.000 Asylbewerber aus Afghanistan leben bereits hier, sie allein sind beispielsweise für 18,1 Prozent der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung verantwortlich.

Gleichzeitig entstehen riesige Sozialkosten. 870 Millionen Euro jährlich werden als Hartz IV allein an afghanische Asylbewerber ausgezahlt, von den viel beschworenen „Fachkräften" fehlt jede Spur.
Warum Deutschland eine solche Einwanderungsbewegung auch an anderer Stelle nicht verkraften kann, wieso Scharia-Parallelgesellschaften

eine Gefahr für unsere Kultur und unsere Freiheit sind, das erfahren Sie in dieser Ausgabe von „Weidels Konter".

http://www.pi-news.net/2021/08/der-politische-islam-bedroht-frauen-auch-in-deutschland/

Der Politische Islam bedroht Frauen auch in Deutschland

30. August 2021

Folge der Islamisierung: An jedem einzelnen Tag werden im Durchschnitt zwei Mädchen oder Frauen in Deutschland von Männergruppen vergewaltigt!

Von SIGI WALKER, BPE | Laut Bundeskriminalamt werden in Deutschland jeden Tag zwei Frauen Opfer einer Gruppenvergewaltigung. Jeder zweite Tatverdächtige hat keine deutsche Staatsangehörigkeit. Häufig kommen die Männer aus islamischen Ländern wie Afghanistan, Syrien, Irak und Pakistan. Viele begehen ihre Taten sogar während des laufenden Asylverfahrens.

Dann gibt es da noch Männer, häufig Migranten, die Frauen verbal belästigen oder im Vorbeigehen auf den verlängerten Rücken schlagen. Die Liste der Angriffe auf Frauen ist bekannt und endlos lang.

Jeder, der beispielsweise in Ägypten in einem öffentlichen Bus gefahren ist, weiß, dass Frauen im Gedränge schon mal schnell zwischen die Beine oder an die Brust gegriffen wird, oder es reibt sich jemand von hinten an einem. Das ist alles bekannt und nicht nur ein ungehöriges Verhalten charakterschwacher Macho-Männer, sondern eben auch Bestandteil des Politischen Islams, um Frauen einzuschüchtern, von der Straße zu vertreiben, „auf ihren Platz zu verweisen" und der männlichen Dominanz gegenüber Frauen sowie der Verachtung gegenüber der westlichen Kultur und den europäischen Männern Ausdruck zu verleihen.

All diese Verbrechen gegen Frauen, aber auch gegen Männer, werden hierzulande sowohl von der Presse als auch von der Politik weitestgehend totgeschwiegen, obwohl es eigentlich einen nationalen Aufschrei geben müsste. Zumal sich doch beide angeblich für die Gleichberechtigung und die sogenannte Emanzipation einsetzen, was angesichts des großen Schweigens nur noch eine Lachnummer ist.

Schon im Koran ist in Sure 33 Vers 59 zu lesen, dass Frauen sich etwas von ihrem Gewand herunterziehen sollen, damit sie erkannt und nicht belästigt werden. Mit anderen Worten, die anderen Frauen können eben auch als Freiwild angesehen werden, was wir auch hierzulande zur Genüge erleben müssen.

In der moslemischen Welt kann zudem das Halten von Sexsklavinnen durchaus üblich sein. Schließlich rechtfertigt der Koran in Sure 70 Vers 30 Sex mit Sklavinnen:

> *Und die, die ihre Sinnlichkeit im Zaum halten, außer gegenüber ihren Gattinnen oder was ihre rechte Hand an Sklavinnen besitzt, denn sie sind hierin nicht zu tadeln.*

Schon der Kriegsherr Mohammed hielt sich einige Sklavinnen als Gattinen, was auch im Koran in Sure 33 Vers 50 festgehalten ist:

> *O Prophet, Wir haben dir zu heiraten erlaubt: deine Gattinnen, denen du ihren Lohn gegeben hast, das, was deine rechte Hand an Sklavinnen besitzt von dem, was Allah dir als Beute zugeteilt hat.*

In der Sira, der Lebengeschichte des Propheten, ist belegt, dass Mohammed diese Erlaubnis von Allah auch praktisch anwendete, beispielsweise nach dem Überfall auf die Banu Mustaliq im Dezember 627 n.Chr.:

> *Nach dem Sieg über die Mustaliq wurden die Frauen, Kinder und der Besitzt als Beute verteilt. Und Aische, die Gattin des Propheten erzählte folgendes: Als der Prophet die Gefangenen als Beute verteilte, geriet die sehr schöne Djuwairiya in den Anteil des ThabitibnQais. Sie wollte sich selber freikaufen und kam deshalb zum Propheten. Aische sagte, dass sie eine Widerwilligkeit gegen sie empfand, da sie wußte, dass der Prophet Djuwairiya mit den selben Augen sehen würde, wie Aischa sie sah. Und Mohammed sagte: Ich werde das Geld für Deinen Freikauf selber bezahlen, und Dich selber heiraten*

Nach dem erfolgreichen Angriff auf die Banu Quraiza, ebenfalls im Jahre 627, wurden alle männlichen geschlechtsreifen Mitglieder dieses Stammes geköpft. Die Frauen waren Kriegsbeute. In der Sira ist beschrieben:

> *Nach der Schlacht ließ der Prophet die Gefangenen im Gehöft der bintHarith einsperren, dann ging er zum Markt von Medina, dort wo er noch heute ist, und befahl, einige Gräben auszuheben. Als dies geschen war, wurden die Quraiza Gruppe für Gruppe geholt und in den Gräben enthauptet. Danach wurden die Kinder, die Frauen und der Besitz unter den Muslimen verteilt. Eine der gefangenen Frauen, Raihanabint Amr, behielt der Prophet für sich selber, und sie blieb in seinem Besitz, bis er starb. Als er ihr vorschlug sie zu heiraten, bat sie ihn, er möge sie lieber als Sklavin in seinem Besitz behalten.*

Mohammed verschenkte auch Frauen aus der Kriegsbeute an seine Anhänger. Im Zuge der Angriffe auf Khaibar ist zu lesen:

> *Eine der Festungen, die fiel, war Qamis. Hier nahm Mohammed einige Frauen gefangen, darunter Safiya und zwei ihrer Cousinen. Safiya nahm der Prophet für sich selber. Dihya vom Stamme Kalb hatte Mohammed gebeten, Safiya ihm zu überlassen. Als Mohammed diese dann aber für sich selber aussuchte, schenkte er dem Dihya die beiden Cousinen. Alle Gefangenen von Khaibar wurden unter den Muslimen verteilt. Der Prophet verbot ihnen aber u.a. Geschlechtsverkehr mit den Schwangeren unter den Gefangenen.*

Mohammed erlaubte seinen Kriegern ausserdem den Geschlechtsverkehr mit Frauen von eroberten Stämmen, was in den Hadithen dargestellt ist. Beispielsweise in Sahih al-Bukhari 4138, Buch 64, Hadith 459:

> *Wir gingen mit dem Boten Gottes gegen die Banu al-Mustaliq und erhielten Gefangene von den arabischen Gefangenen und wir begehrten die Frauen und das Zölibat wurde*

> ***uns schwer, und wir wollten coitusinterruptus (Al-Azl) mit ihnen praktizieren. Und wir sagten: Wie können wir coitusinterruptus praktizieren, ohne vorher den Propheten, der unter uns weilt, zu befragen. Wir befragten ihn darüber und er sagte: Es ist besser für euch keinen coitusinterruptus zu praktizieren, denn wenn jede Seele prädestiniert ist zu existieren, so wird sie existieren.***

Dadurch war der uneingeschränkte Geschlechtsverkehr gestattet. Wenn eine Sklavin davon schwanger wurde, war es eben Allahs Wille. Beschrieben in Sahih Muslim 3384:

> *Jabir b. Abdullah berichtete, dass ein Mensch den Apostel Gottes befragte: Ich habe ein Sklavenmädchen mit dem ich coitusinterruptus (Al-Azl) praktiziere. Darauf antwortet der Bote Gottes: Dies wird nicht verhindern, was Allah beschlossen hat. Darauf antwortete der Mensch: Bote Gottes, das Sklavenmädchen von dem ich sprach, ist schwanger geworden, worauf der Bote Gottes erwiederte: Ich bin der Diener Gottes und sein Bote.*

Wenn Sklavinnen bereits mit Ungläubigen oder Polytheisten verheiratet waren, stellte es ebenfalls kein Hindernis für Geschlechtsverkehr dar. Sahih Muslim 1456, Buch 17, Hadith 41:

> *Abu Said al Khudri berichtete, dass bei der Schlacht von Hanain der Bote Allahs eine Armee zu Autas aussendet, um zusammen mit ihnen zu kämpfen. Nach der Schlacht und nachdem sie Gefangene genommen hatten, schien es, als ob sich die Kämpfer des Geschlechtsverkehrs mit den gefangenen Frauen enthalten wollten, da ihre Ehemänner Polytheisten waren. Da sendete Allah, der Höchste, betreffend dieser Sache herab: „Und Frauen, die schon verheiratet sind, ausser denen, die deine rechte Hand besitzt".*

Das bedeutet, diese Frauen waren den moslemischen Kriegern zum Geschlechtsverkehr erlaubt. Alle Hadithe sind bei sunnah.com nachzulesen.

Die Sklaverei wird in manchen islamischen Ländern bis heute praktiziert. Wikipedia beschreibt im Eintrag „Sklaverei im Islam":

> ***Mohammed und seine Zeitgenossen besaßen, erbeuteten, erwarben, verkauften und befreiten Sklaven oder benutzten Sklavinnen als Konkubinen. Über die Jahrhunderte waren der Sklavenhandel und die Sklavenarbeit wichtige Wirtschaftsfaktoren in der islamischen Welt. Sie wurde erst durch die kolonialistische Einflussnahme der europäischen Staaten, die sich ab dem frühen 19. Jahrhundert bemerkbar machte, schrittweise in den meisten muslimischen Staaten abgeschafft. Bis heute existieren aber in einzelnen mehrheitlich islamischen Ländern sklavereiähnliche Rechtsverhältnisse fort.***

So wurde im Osmanischen Reich 1854/55 auf Druck der europäischen Großmächte ein Edikt zum Verbot des Sklavenhandels erlassen. Daraufhin kam es allerdings zu Protesten u.a. von Händlern im Hedschas (westlicher Teil von Saudi-Arabien, wo sich Mekka und Medina befinden), die das Verbot der Sklaverei als anti-muslimisch verurteilten. Im Auftrag des Scherifen gab der führende Gelehrte von Mekka eine Fatwa heraus, in der die Türken zu Apostaten erklärt wurden, und er rief zum Dschihad gegen sie auf. Als es daraufhin zu einem anti-osmanischen Aufstand kam, wurde der Hedschas in dem osmanischen Erlaß von 1857, der die Sklaverei verbot, ausgenommen.

Da diese Verbrechen an Frauen in Koran, Sira und Hadithe als Normalität hingestellt werden, ist die Verantwortung des Politischen Islams für das diesbezügliche Verhalten nicht weniger

Moslems eben nicht von der Hand zu weisen. Es lässt sich auch nicht durch schöngeistiges Gerede verändern.
Diese Taten des Frauenhasses sind also keine bedauerlichen „Einzelfälle" von „psychisch Kranken", wie immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt wird, sondern sie sind Bestandteil des Programms. Für dieses Klientel sind unsere Gesetze und unser Strafmaß ohnehin nur lächerlich und eine Gesellschaft, die sich weigert, die Frauen des eigenen Landes vor Gewalt zumal von Fremden zu schützen, ist für sie nichts als ein Haufen voller Schwächlinge und/oder ehrloser Hunde. Und weil das so ist, wird die Bevölkerung dieses Landes samt ihrer Ordnungskräfte bestenfalls respektlos, verdeckt agressiv und/oder übergriffig behandelt.
Und obwohl dies viele Politiker wissen, glauben sie in ihrer ideologischen Verblendung und in ihrem Multikultiwahn, der – wie die Geschichtsbücher uns lehren – immer in den eigenen Untergang führt, dass sie dieses Klientel mit Reden vom Humanismus, Menschenrechten, Gleichberechtigung und bunten Fahnen bekehren können. Diese Wahnvorstellung wird auf dem Rücken der einheimischen Frauen ausgetragen, die sie dafür großzügig ans Messer liefern.
Neben Politikern und einer Presse, die nicht Willens sind, die Stimme für die eigene Bevölkerung zu erheben, hat ausserdem ein Konglomerat aus verschiedenen Faktoren zu der katastrophalen Situation in diesem Land geführt: Eine entgleiste Gerichtsbarkeit der internationalen Gerichtshöfe sowie des EuGHs mit seiner obzönen Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtskonvention, die alle schützt, nur nicht die eigenen Bürger der entsprechenden Länder. Wir haben ausserdem einen Wildwuchs an Vereinen, Organisationen, NGOs und Beratern, die versuchen, z.B. mit jahrelangen Prozessen, jedes Asylverfahren mit negativem Ausgang zu verhindern, und wir haben die Sogwirkung durch die sozialen Leistungen.
Aus der Not der einheimischen Bevölkerung heraus, wurde nun in Österreich, das unter dem selben Problem leidet wie Deutschland, zum Schutz der einheimischen Bevölkerung ein Zehn-Punkte-Programm zur Abwehr von Gewalttaten durch Asylanten/Migranten ausgearbeitet, das sinnvoll und effektiv ist und von einem normalen Menschenverstand zeugt, wie z.B:
– Sofortiger Abbruch des Asylverfahrens/Migrantentitels von straffälligen Asylbewerbern/Migranten bei jeder Form einer Straftat und sofortige Ausserlandesbringung.
– Aberkennung des Asylstatus/Migrantentitels bzw. sonstiger Schutztitel bei jeder Form von Straftat und sofortige Ausserlandesbringung.
– Einführung der Sicherungshaft für gefährliche Asylbewerber/Migranten.
– Abschiebungsoffensive auch nach Syrien und Afghanistan.
– Regelmäßige Überprüfung der Aktualität der Fluchtgründe von Asylbewerbern/Migranten.

– Umsetzung von Rückführungszentren in Drittstaaten.
Es wäre dringend zu empfehlen, dass sich Deutschland an dem Vorbild Österreich orientiert, um einen internationalen Paradigmenwechsel zu erreichen. So sollten keine Asylanträge mehr auf europäischem Boden gestellt werden dürfen, ausser von Personen, die aus unmittelbaren Nachbarländern stammen.
Der Inhalt dieses Briefes ging an folgende Politiker:
Olaf Scholz SPD Bundestag
Armin Laschet CDU Landtag NRW
Annalena Baerbok Grüne Bundestag
Christian Lindner FDP Bundestag
Markus Söder CSU
CSU Landtag
Annegret Kramp-Karrenbauer CDU Bundestag
Ralph Brinkhaus CDU
Fraktion CDU/CSU Bund
Wolfgang Kubicki FDP
SPD Fraktion Bund
Parteivorstand SPD Bund
Ruprecht Polenz CDU Bundestag
Steffen Seibert CDU
Günter Krings CDU Mönchengladbach und Berlin
Elmar Brok CDU EU-Parlament
Ursula von der Leyen Europäische Kommission Brüssel
Die Basis Vorstand
Die Frauen – feministische Partei
Links-Fraktion Bund
An alle Politiker erging die Aufforderung zu einer Antwort betreffend der von ihnen geplanten Gegenmaßnahmen. Vom Büro Merkel kam die Antwort, das Schreiben solle an das Ministerium des Inneren gesendet werden, was erfolgte. Horst Seehofer hat diesen Brief somit ebenfalls erhalten.
Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) wird an diesem Thema weiter dranbleiben.

https://www.n-tv.de/politik/Polizei-toetet-Messerstecher-in-Supermarkt-article22782051.html
FREITAG, 03. SEPTEMBER 2021
Terrorangriff in Neuseeland **Polizei tötet Messerstecher in Supermarkt**
Ein Mann kauft in einem neuseeländischen Supermarkt ein Messer und sticht anschließend auf andere Kunden ein. Nur einige Sekunden später können Polizisten den Angreifer erschießen. Die Behörden sprechen von einer Terrorattacke. Ihnen zufolge war der Mann als Extremist bekannt.

In einem Supermarkt in einem Vorort der neuseeländischen Stadt Auckland hat ein Mann sechs Menschen mit einem Messer verletzt. Der Angreifer sei von Sicherheitskräften im Einkaufszentrum Lynnmall in dem Ort New Lynn erschossen worden, teilte die Polizei mit. Die Behörden gehen von einem Terrorangriff aus. Einsatzkräften zufolge sind vier der Opfer schwer verletzt, drei von ihnen sollen in Lebensgefahr schweben. Die Polizei geht bei dem Angreifer von einem Einzeltäter aus.

Verantwortlich für die Tat sei ein "gewalttätiger Extremist", sagte Ministerpräsidentin JacindaArdern bei einer Pressekonferenz. Es handele sich um einen Mann aus Sri Lanka, der seit zehn Jahren in Neuseeland lebte und den Behörden seit 2016 bekannt gewesen sei und unter Beobachtung gestanden habe. Er sei von der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) inspiriert gewesen.

"Was heute passiert ist, war verabscheuungswürdig, es war hasserfüllt, es war falsch", sagte Ardern. Dahinter stecke kein Glauben, sondern "eine Ideologie, die hier von niemandem unterstützt wird". Die Polizei tötete den Angreifer laut Ardern weniger als eine Minute nach Beginn der Attacke.

Die Polizei, die mit einem Großaufgebot und einem Hubschrauber im Einsatz war, sperrte das Gebiet rund um das Einkaufszentrum großräumig ab. Den Angaben zufolge soll der Mann die Tatwaffe in dem Supermarkt gekauft haben, bevor er mit dem Messer auf Anwesende losging. Die Supermarktkette Countdown, zu der Lynnmall gehört, teilte mit, das Management sei wegen des Vorfalls "am Boden zerstört". Erst im Mai hatte es in einem anderen Supermarkt der Kette eine Messerattacke mit fünf Verletzten gegeben.

Quelle: ntv.de, jpe/dpa

http://www.pi-news.net/2021/09/113-millionen-raub-im-gruenen-gewoelbe-was-medien-verschweigen/

113-Millionen-Raub im Grünen Gewölbe – was Medien verschweigen

4. September 2021

Von MANFRED W. BLACK | Ende 2019 haben sechs Schwerverbrecher in spektakulärer Weise im weltberühmten Dresdner Grünen Gewölbe Diamanten und Brillanten im Wert von weit über 100 Millionen Euro geraubt. Gegen die Gangster ist jetzt vor dem Landgericht Dresden Anklage erhoben worden. Darüber hat auch der Deutschlandfunk berichtet.

Was der Sender freilich verschweigt: Die Beschuldigten sind zwar rechtlich deutsche Staatsbürger („Pass-Deutsche"), aber alle haben einen arabischen Migrationshintergrund. Was auch viele Medien verschweigen: Die Angeklagten gehören zum berüchtigten arabischen Remmo-Clan, der seine Zentrale im Berliner Bezirk Neukölln hat.

Die sechs Beschuldigten sind im Alter von 22 bis 27 Jahren. „Die Männer", so schreibt der Deutschlandfunk vernebelnd, „sollen im November 2019 in das historische Gebäude eingebrochen sein und

Schmuckstücke im Versicherungswert von mindestens 113 Millionen Euro gestohlen haben". Von den erbeuteten Juwelen fehle bis heute jede Spur.
Die Schilderung im Deutschlandfunk hört sich fast ein wenig harmlos an, in Wirklichkeit handelt es sich aber um eines der größten Verbrechen in der Kriminalgeschichte Deutschlands.
Der Remmo-Clan hat erneut zugeschlagen
Klarer berichtet aktuell die Bild-Zeitung in ihrer Dresdner Regional-Ausgabe. Es sei Anklage erhoben worden „unter anderem wegen schwerem Bandendiebstahls, Brandstiftung und besonders schwerer Brandstiftung". Die Beschuldigten sollen „alle dem Remmo-Clan angehören".
Die Angeklagten werden beschuldigt, „am 25. November 2019 in das Historische Grüne Gewölbe in Dresden eingebrochen zu sein und 21 Schmuckstücke mit insgesamt über 4300 einzelnen Diamanten und Brillanten im Gesamtversicherungswert von mindestens 113.800.000 Euro entwendet zu haben". Die Räuber hätten einen geladenen Revolver und eine Selbstladewaffe mit Schalldämpfer und Patronenmunition im Kaliber 7,65 mm Browning mit sich geführt.
Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft erklärte dazu: „Nach dem Ergebnis der Ermittlungen sollen die Beschuldigten unmittelbar vor dem Einbruch einen Brand im Pegelhaus an der Augustusbrücke gelegt haben, um die Stromversorgung der Straßenbeleuchtung im Außenbereich des Historischen Grünen Gewölbes zu unterbrechen."
Vor ihrer Flucht nach Berlin setzten die Ganoven noch in Dresden einen Audi S6 in einer Tiefgarage in Brand. Von dem Feuer wurden drei weitere Autos voll erfasst und insgesamt 61 PKWs beschädigt.
Im Gegensatz zum Deutschlandfunk berichtet Bild auch darüber, dass es „neben dem Verlust der kunst- und kulturhistorisch außerordentlich bedeutsamen Schätze" auch große Schäden in Millionenhöhe „am Residenzschloss, am Pegelhaus und an der Tiefgarage" sowie an den „dort abgestellten Autos" gab.
Teils milde Strafen zu erwarten
Vier der sechs Angeklagten befinden sich heute in U-Haft. Zwei der Beschuldigten – 23 und 24 Jahre alt – sitzen derzeit Jugendstrafen wegen ganz anderer Delikte ab. Beide sind vom Landgericht Berlin rechtskräftig wegen Beteiligung am Diebstahl einer Goldmünze aus dem Berliner Bode-Museum im März 2017 verurteilt worden.
Bisher hat sich keiner der arabischen Angeklagten zu den Vorwürfen geäußert. Nach gesundem Menschenverstand ein Indiz dafür, dass sie schuldig sind. Die Bild-Zeitung schreibt, den Beschuldigten drohten Haftstrafen von bis zu 15 Jahren. Was Bild nicht erwähnt ist die Tatsache, dass wahrscheinlich mehrere der Angeklagten vor der Jugendstrafkammer nur vergleichsweise milde Jugendstrafen zu erwarten haben.

Diese Männer sind zwar zur Tatzeit mit über 18 Jahren erwachsen gewesen und durften schon damals ihr Wahlrecht ausüben. Doch erfahrungsgemäß sanktionieren deutsche Richter solche „jungen" Verbrecher gern nach dem liberaleren Jugendstrafrecht. Ob bei den älteren Angeklagten wirklich jeweils die theoretisch denkbare Höchststrafe verhängt wird, ist mehr als fraglich.
So oder so: Es steht zu befürchten, dass zumindest ein paar der Schwerverbrecher nach wenigen Jahren Knast wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Bis dahin ist es anderen Clan-Mitgliedern sicherlich längst gelungen, die bunt-vielfältige Diamanten- und Brillanten-Beute zu Geld zu machen. Dann werden die Gangster, wenn sie sich jeden Tag wieder ihrer Freiheit erfreuen, alle Hände voll zu tun haben, die vielen Millionen Euro auszugeben.
Strategie des Clans wird wohl aufgehen
Es gibt böse Zungen, die behaupten, dass die Führung des Remmo-Clans ganz bewusst sehr junge Familien-Mitglieder für den historischen Raub von Dresden ausgesucht hat. Auch die Araber wissen nur zu gut: Angeblich noch „Heranwachsende" werden von deutschen Richtern in aller Regel nicht zu empfindlichen Gefängnisstrafen verurteilt und können so schon nach ziemlich kurzer Haft mit ihren großen Limousinen – die Clan-Ganoven bevorzugen bei ihren Luxusautos gern die Farbe weiß – über die Straßen der Hauptstadt Berlin brettern. Der deutsche „Rechtsstaat" macht es möglich. Oder anders ausgedrückt: In dubio pro Remmo!

http://www.pi-news.net/2021/09/rumaenen-und-tuerken-pluenderten-im-hochwassergebiet/
Rumänen und Türken plünderten im Hochwassergebiet
1. September 2021
Von MANFRED ROUHS | Nicht nur, aber vor allem Rumänen und Türken sind nach der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz als Plünderer aktenkundig geworden. Das ergibt sich aus einem schriftlichen Bericht des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, den ein Antrag der Düsseldorfer AfD-Landtagsfraktion vom 4. August 2021 ausgelöst hat.
Demnach bilden Rumänen die größte Gruppe der Plünderer, gefolgt von Deutschen und Türken. Zu den Deutschen heißt es allerdings: „Sofern Personen neben der deutschen Staatsangehörigkeit weitere Staatsangehörigkeiten aufweisen, sind sie als deutsche Staatsangehörige in der Tabelle ausgewiesen." – Das ist vielsagend und bedarf offenbar keiner weiteren Erläuterung.
Welche Rumänen es genau waren, die beim Plündern erwischt wurden, können wir dem Bericht leider nicht entnehmen. Aus Rumänien stammen bekanntlich bestimmte mobile ethnische Minderheiten, bei deren Erscheinen im Wohngebiet in früheren Jahren deutsche Hausfrauen die Wäsche von der Leine nahmen, um Verluste zu vermeiden.

Der Rest der Liste liest sich wie das „Who-is-Who" derer, die Merkel & Co. zur kulturellen Bereicherung Deutschlands 2015 eingeladen haben. Ein Teil dieser Klientel scheint sich genau so lange einigermaßen diszipliniert zu verhalten, bis das Licht ausgeht und die Polizei gerade zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt ist, um auf sie aufzupassen.
Was jetzt dringend benötigt wird, ist eine herzzerreißende „Bild"-Geschichte über einen Syrer, der im Flutgebiet ein Kind vor dem Ertrinken gerettet hat – oder vielleicht wenigstens einen Hund? Sonst könnten womöglich all jene in der öffentlichen Gunst schlecht dastehen, die die Politik der offenen Grenzen zu verantworten haben.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.n-tv.de/panorama/Messerstecher-von-Berlin-gilt-als-schuldfaehig-article22789633.html

Mutmaßlich islamistische Tat

Messerstecher von Berlin gilt als schuldfähig

Der 29-Jährige, der einer Landschaftsgärtnerin und einem Passanten in Berlin mehrfach in den Hals gestochen hat, sitzt in U-Haft. Ein Gutachter hält den womöglich islamistisch motivierten Verdächtigen für schuldfähig. Er fällt nicht zum ersten Mal mit einem Islamismusbezug auf.

Nach einem möglicherweise islamistisch motivierten Mordversuch an einer Frau in Berlin gilt der Angreifer zunächst als schuldfähig. Der 29-jährige mutmaßliche Messerstecher sitze in Untersuchungshaft, sagte ein Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft. Ein Gutachter habe den Afghanen untersucht, aber es gebe keine Einweisung in eine psychiatrische Einrichtung. Zur Frage eines islamistischen Motivs werde intensiv ermittelt, sagte der Sprecher. Bei dem Verdächtigen habe es in der Vergangenheit mehrere Vorfälle mit Bezügen zum Islamismus gegeben, etwa "Bekehrungsversuche".

Der Mann soll die 58-jährige Landschaftsgärtnerin am Samstagmittag in einer Grünanlage in Berlin-Wilmersdorf laut Polizei angesprochen haben, weil er sich daran störte, dass sie als Frau arbeitete. Nach der Ansprache soll der 29-Jährige der Frau plötzlich mehrfach mit einem Messer in den Hals gestochen haben. Ein 66-jähriger Mann, der zu Hilfe eilte, wurde von dem Täter ebenfalls durch Stiche in den Hals schwer verletzt.

Was der Täter kurz vor dem Angriff genau zu der Frau sagte, sei noch unklar, so der Sprecher. Die Frau konnte noch nicht befragt werden. Beide Opfer mussten im Krankenhaus operiert werden.
Der Verdächtige wurde noch am Tatort festgenommen. Die Polizei sprach von Hinweisen auf eine psychische Erkrankung des Afghanen, der seit 2016 in Deutschland lebe. Ein Haftbefehl wegen versuchten Mordes und schwerer Körperverletzung wurde erlassen. Am Wochenende hatte es von der Polizei zunächst geheißen, dass eine psychische Erkrankung bei der Tat eine Rolle gespielt haben dürfte.
Quelle: ntv.de, chl/dpa

http://www.pi-news.net/2021/09/oldenburg-afghanischer-frauenmoerder-steht-vor-gericht/

Oldenburg: Afghanischer Frauenmörder steht vor Gericht

14. September 2021

Von MANFRED W. BLACK | Der Afghane Mohammed H. (63) muss sich seit Ende letzter Woche vorm Landgericht Oldenburg wegen eines scheußlichen Mordes verantworten. Der Araber hat vor Gericht gestanden, im März seine 28-jährige Ehefrau in Delmenhorst (Oldenburger Land) umgebracht zu haben. Die Afghanin starb durch 64 Stiche und Schnitte.

Kehle bis zur Wirbelsäule durchgeschnitten

Die Notfallseelsorgerin Barbara S., die vor sechs Monaten am Tatort gewesen ist, erklärte der Bild-Zeitung: „Es war der schlimmste Fall, den ich je erlebt habe." Alles sei „voller Blut" gewesen, sogar im Treppenhaus. Im Haus habe die Seelsorgerin die drei kleinen Kinder des Ehepaares entdeckt, „die herzzerreißend schrien und weinten".
Die Staatanwaltschaft gab nach ihren Ermittlungen zu Protokoll, der Mörder habe bei seiner Tat ein Küchenmesser mitgeführt „und stach 64 Mal auf den Oberkörper und Kopf der Frau ein". Der verantwortliche Staatsanwalt weiter: „Zuletzt schnitt er ihr die Kehle bis zur Wirbelsäule durch."

Radio Bremen berichtet über einen „Mann"

Gewohnt, den Nebelwerfer einzusetzen, wenn es sich bei Gewaltverbrechern um Türken, Schwarze oder Araber handelt, verharmloste der ARD-Sender Radio Bremen die grausame Bluttat, als er vor einem halben Jahr über den Mord berichtete: Der damals 62-jährige Täter habe die Frau „Angaben der Polizei zufolge nach einem Streit mit einem Messer angegriffen und so schwer verletzt, dass sie noch vor dem Eintreffen der Rettungskräfte in der Wohnung verstarb". Während des Tatvorganges „befanden sich laut Polizei drei Kinder in der Wohnung". Sie seien „in Obhut genommen und betreut" [worden].

Dass der Mörder und sein Opfer Afghanen sind, verschwieg Radio Bremen. Der norddeutsche Sender berichtete nur über einen „Mann", der seine Lebensgefährtin in deren Delmenhorster Wohnung erstochen habe.
Die regionale Syker Kreiszeitung hütete sich ebenfalls, die Ethnie des Gewalttäters zu erwähnen. Die Zeitung schrieb in ihrem Bericht über den Mord, „ein 62-jähriger Mann hat am Mittwochmittag gegen 12.30 Uhr seine 28-jährige Lebenspartnerin im Streit vor den Augen von drei Kindern mit einem Messer angegriffen und lebensgefährlich verletzt". Die Frau sei gestorben, „bevor die Rettungskräfte eintrafen".

NDR: Fast Empathie gegenüber dem Mörder

Der Norddeutsche Rundfunk berichtet jetzt – anlässlich des Beginns der Gerichtsverhandlung – auch auf besondere Art. Der Rechtsanwalt des Gewalttäters, so der NDR, habe nun vor Gericht erklärt, „sein Mandant räume ein, für den Tod der Frau verantwortlich zu sein".
Weiter heißt es dort aktuell, kurz vor der Tat sei dem Angeklagten eine gerichtliche Anordnung zugestellt worden, die Wohnung nicht mehr betreten zu dürfen. Trotzdem habe der Mörder die Wohnung der Frau „aufgesucht" – mit dem Ziel, „sie an einer Trennung zu hindern und Oberhand über die gemeinsamen Kinder zu behalten".
Der NDR schreibt, der Täter sei von seiner Ehefrau aufgefordert worden, „die Wohnung zu verlassen, was er nicht befolgte". Nicht ohne Empathie sucht sich der NDR dann bei seiner Berichterstattung in die Seele des Orientalen hineinzuversetzen.
Laut Sender hat „seine Ehefrau ihn daraufhin mit Fäusten auf den Kopf geschlagen". Anschließend habe der Mann „mit einem Messer, das er immer bei sich trage, auf die Frau eingestochen". „Ich war so verwirrt", zitiert der NDR den Mörder. Der Angeklagte „könne sich nicht erklären, was in seinem Kopf passiert ist und nicht erinnern, zugestochen zu haben".

Wird ein Urteil „im Namen des Volkes" gefällt?

Das Landgericht Oldenburg wird sein Urteil wohl am 19. Oktober sprechen. Wenn der NDR nun berichtet, dass der Afghane „immer" ein Messer bei sich getragen habe, ist zu befürchten, dass das Gericht den Mörder nur wegen Totschlags – und nicht wegen Mord – verurteilen wird. Die Begründung dafür könnte lauten – wie es in anderen Fällen auch schon öfter vor Gericht hieß –, der Täter habe im Affekt getötet. Dass auch Afghanen sicherlich im Normalfall nie ein Küchenmesser in der Tasche tragen, könnten die Oldenburger Richter geflissentlich übersehen wollen.
Denn die Erfahrung zeigt: Insbesondere dann, wenn es sich bei den Angeklagten um Muslime handelt, sprechen viele deutsche Landgerichtsräte nicht Recht im Namen des Volkes, sondern auf der Basis ihrer linken Rechtsphilosophie, die nicht Strafen und Abschreckung in den Vordergrund stellt, sondern die „Resozialisierung".
Im Vordergrund steht für diese zumeist auffallend milde gestimmten Richter die Sorge um den Täter, für den man Mitleid hegen müsse, weil er angeblich ein Opfer ungünstiger gesellschaftlicher Verhältnisse geworden ist. Das Schicksal der in diesem Fall grausam ermordeten Mutter und

deren drei Kinder könnte die Oldenburger Landgerichtsrichter womöglich schon bald nicht mehr besonders kümmern.

https://www.pi-news.net/2021/09/hueckelhoven-nrw-tuerke-toetet-nachbarn-mit-samuraischwert/

Hückelhoven (NRW): Türke tötet Nachbarn mit Samuraischwert

14. September 2021

In Hückelhoven / NRW tötete am Sonntag ein „47-jähriger Mann" seinen Nachbarn mit einem Samuraischwert. Vorab: Der Täter war kein Japaner.
Von JOHANNES DANIELS | „Lasst uns dieses Europa gemeinsam verenden!" (Annalena Baerbock, 26.05.2019). Gemäß dem bekannten Wahlspruch der grünen Kanzlerkandidatin ermordete am Sonntagabend in Hückelhoven/ NRW ein 47-Jähriger mit einem Samuraischwert seinen Nachbarn (37). Bei der blutigen Attacke wurde zudem ein 57-Jähriger verletzt.
Gegen 21.15 Uhr schallten plötzlich Schreie aus einem Vierfamilienhaus in einer ehemaligen Bergmannssiedlung in Hückelhoven-Ratheim. In der Wohnung im ersten Stock fanden die alarmierten NRW-Beamten und der Notarzt einen blutüberströmten Mann. Für das türkischstämmige Opfer kam jede Hilfe zu spät – ein weiterer Mann, der ebenfalls von dem Mörder angegriffen wurde, musste von einem Arzt notbehandelt werden.
Der Täter wurde noch in der Wohnung festgenommen. „Die beiden hatten den mutmaßlichen Täter an seiner Wohnungstüre aufgesucht", so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach. Der Hintergrund der brutalen Bluttat ist laut Ermittlern noch offen.
Vorab: Der Mörder war kein japanischer Hobby-Ninja – die Mainstreammedien berichten daher sehr spärlich und meist unter „Regionales / Panorama / Vermischtes".

„Wir hatten alle Angst vor ihm …"

Viele Anwohner der für NRW-Verhältnisse „gepflegten Wohngegend" in Ratheim kennen den Täter gut – er ist wie so oft polizeibekannt: „Es gab bei ihm immer wieder Polizeieinsätze", berichtet eine geschockte Nachbarin: „Er ging regelmäßig auf die Straße, schrie rum, bedrohte Passanten und Anwohner." Manchmal habe er nachts auf einem Stuhl auf dem gegenüberliegenden Gehweg gesessen. „Wir hatten alle Angst vor ihm. Er wirkte wirr und ungepflegt. Wenn ihm jemand zu nahe kam, drohte er sofort", sagt ein Nachbar. Laut Staatsanwaltschaft ist der anatolische Schwertkünstler allerdings nicht vorbestraft. Gegen den Türken wurde zunächst Haftbefehl lediglich „wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung" erlassen.
Zur Klärung der Todesursache wurde am Montag die Obduktion des Opfers angeordnet, berichtet Stefan Lingens, Sprecher der ermittelnden

Staatsanwaltschaft Mönchengladbach, am Montag: „Täter und Opfer kennen sich, sind aber nicht verwandt, sondern Nachbarn."

Chaotische Szenen bei Festnahme – Menschentraube behindert Einsatzkräfte

Nach dem Samurai-Mord spielten sich in der Wohnsiedlung rund um den Tatort, der zur Spurensicherung weiträumig abgesperrt worden war, teilweise chaotische Szenen ab.

So hatte sich schnell eine Menschentraube gebildet, die wild durcheinander rief und Antworten von der Polizei forderte. Teilweise wurden die Einsatzkräfte so stark bedrängt, dass die Feuerwehr den Rettungswagen absichern musste – ein mittlerweile allzu bekanntes Schauspiel im besten Deutschland, das es je gab.

Die WeLT berichtet unter der Rubrik „Panorama" politisch korrekt, aber sogar vor Bezahlschranke, da absolut nichtssagend und Tätersensitiv:

> ***„An der Haustür – Mann, 37, mit Samuraischwert getötet***
> *Wollte er sich nur verteidigen, gab es zuvor einen Streit? Ein 47 Jahre alter Mann soll am Sonntagabend in Hückelhoven im Kreis Heinsberg einen 37-Jährigen mit einem Samuraischwert getötet und einen 57-Jährigen verletzt haben. Die beiden Männer hatten den mutmaßlichen Täter an seiner Wohnungstür in einem Mehrfamilienhaus aufgesucht. Dort sei es dann offenbar unmittelbar zur Tat gekommen, sagte am Montag ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach. Der Hintergrund der Bluttat ist noch offen.*
> *Der 37-Jährige und der 57-Jährige hätten aber keine Waffen bei sich gehabt. Der 47-Jährige wurde festgenommen. Ihm werden Totschlag und gefährliche Körperverletzung zur Last gelegt."*

Was man in einem politisch korrekten dpa-Beitrag alles nicht unterbringen kann, ist durchaus erstaunlich.

https://www.pi-news.net/2021/09/corona-und-kindergeld-rumaenen-erschleichen-sich-rund-881-000-euro/

Corona und Kindergeld: „Rumänen" erschleichen sich rund 881.000 Euro

15. September 2021

Dokumente gefälscht und knapp 900.000 Euro erschlichen: Die Rumänen vor dem Kölner Landgericht.

Von MANFRED W. BLACK | Wegen Urkundenfälschung und Steuerhinterziehung „sitzen sechs Rumänen vor dem Kölner Landgericht" (Bild-Zeitung). Mit gefälschten Dokumenten sollen sie zwischen 2013 und 2020 den hiesigen Staat um insgesamt mindestens 733.000 Euro Kindergeld und 148.000 Corona-Gelder betrogen haben. Der Begriff „Rumänen" ist heute sehr häufig das Synonym für Sinti und Roma, die sich in Osteuropa selbst zumeist „Zigeuner" nennen.

Am Montag wurde der Prozess eröffnet. Es war „ein großes Familientreffen in Saal 210 des Kölner Landgerichts: Auf der Anklagebank sitzen fünf Männer und eine Frau, verschwistert und verschwägert, im Zuschauerraum nehmen weitere Familienmitglieder Platz, einige mit besorgten Blicken“ (Rheinische Post).
Die angeklagten Männer, sie sind zwischen 24 und 38 Jahre alt, und eine 40-jährige Frau sollen durch schweren Betrug enorme Mengen Kindergeld kassiert haben – und das gleich über sieben Jahre.
Einige von den „Rumänen“ haben sogar jeweils mehr als einen Verteidiger. Ständig sind mehrere Dolmetscher im Einsatz. Wahrscheinlich werden zumindest die zahlreichen Rechtsanwälte aus den Mitteln der staatlichen Prozesskostenhilfe (früher „Armenrecht“ genannt) vergütet. Also mit Steuergeldern.

Zeitung spricht verniedlichend von „Schmu“

Die Kölner Boulevardzeitung Express schreibt in ihrer Berichterstattung zunächst verharmlosend davon, den angeklagten „Männern“ aus „Südosteuropa“ werde nur „Schmu“ vorgeworfen. Dass es sich um Rumänen handelt, wird von der bekannt linken Zeitung verschwiegen.
Anschließend berichtet der Express dann aber doch über etliche Fakten, die dem normalen Bürger hierzulande die Sprache verschlagen können. Die Betrüger sollen demnach in den Regionen Köln und Bergheim eklatant auf mehreren Schienen betrogen haben.
Laut Anklage haben die Rumänen in ihrem Heimatort Bewohner angeworben, die dann nach Deutschland eingereist sind. Hier wurde ein Wohnsitz – auch für ihre Kinder – angemeldet und ein Bankkonto eröffnet. Nach Erhalt einer Steueridentifikationsnummer sind diese Strohmänner-Rumänen wieder zurück in ihre Heimat gereist.

Auch Melde- und Schulbescheinigungen gefälscht

Diese Marionetten haben aber vor ihrer Rückreise alle behördlichen Unterlagen bei den Angeklagten belassen, die dann für die Kinder bei deutschen Ämtern Anträge auf Kindergeld stellten. Dabei handelte es sich um Kinder, die wohl zumindest zum Teil real existierten, aber insgesamt gar nicht in Deutschland lebten.
Kamen von einem deutschen Amt Nachfragen, „sollen die Angeklagten sich darum gekümmert haben, so sollen sie unter anderem Melde- und Schulbescheinigungen gefälscht haben“ (Express).
War das Kindergeld auf den Konten eingetroffen, hoben die Angeklagten diese Gelder schnell ab. Auf diese Euro hatten die Strohmänner offenbar keinen Zugriff. „Diese sollen lediglich ein ‚Handgeld‘, einen kleineren Geldbetrag, erhalten haben, während die Angeklagten richtig abgesahnt haben sollen“, schreibt die Kölner Tageszeitung.

Corona: Schwerer Subventionsbetrug

Die Anklagebehörde wirft dem rumänischen Sextett darüber hinaus vor, schweren „Subventionsbetrug“ begangen zu haben. In 34 Fällen sollen die Angeklagten dabei zumeist im Internet Anträge auf Bewilligung von Corona-Soforthilfen gestellt haben. Dabei wurde wahrheitswidrig die

Behauptung aufgestellt, sie gingen einer selbstständigen Arbeit nach, die förderungsfähig sei.
Die Angeklagten sollen auch noch für Verwandte rechtswidrig Corona-Soforthilfen beantragt haben. Insgesamt sind anscheinend Anträge in Höhe von 406.000 Euro gestellt worden. Immerhin sollen deutsche Ämter in 14 Fällen in der Summe 148.000 Euro ausgezahlt haben. Die so erschlichenen Gelder sind allem Anschein zwischen den Angeklagten und anderen Mitgliedern der Familie aufgeteilt worden.
Es ist wohl davon auszugehen, dass so gut wie alle Gelder, die bandenmäßig durch diese schweren Betrugsaktivitäten langjährig eingetrieben wurden, nie wieder auftauchen werden. Den Schaden tragen die Bürger in diesem Land, die tagtäglich ihrer ehrlichen Arbeit nachgehen.

https://www.n-tv.de/politik/Womoeglich-Anschlag-auf-Hagener-Synagoge-vereitelt-article22807096.html
DONNERSTAG, 16. SEPTEMBER 2021
Vier Festnahmen
Womöglich Anschlag auf Hagener Synagoge vereitelt
Nach dem Großeinsatz an einem jüdischen Gotteshaus in Hagen werden mehrere Personen festgenommen. Darunter ist ein 16-Jähriger. Einem Bericht zufolge soll er eine Sprengstoffattacke auf die Synagoge geplant haben.
Die Sicherheitsbehörden haben möglicherweise einen Anschlag auf die Synagoge in Hagen vereitelt. "Durch polizeiliche Einsatzmaßnahmen wurde eine konkrete Gefährdung verhindert", heißt es einer gemeinsamen Presseerklärung der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf und der Polizei Dortmund. Es wird wegen des Vorwurfs der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat ermittelt. Insgesamt wurden vier Personen festgenommen. Die Polizei hatte am Vorabend eine Gefährdungslage gemeldet und die Synagoge abgesichert.
Am Morgen wurde ein 16-jähriger Hagener mit syrischer Staatsbürgerschaft festgenommen. Als seine Wohnung durchsucht wurde, seien drei weitere Menschen angetroffen worden, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul bei einer Pressekonferenz. Auch sie wurden vorläufig festgenommen. "Inwieweit diese Personen tatbeteiligt sind, ist noch Gegenstand der Ermittlungen."
Die Ermittler erklärten, es fänden weitere Durchsuchungen in Objekten in Hagen statt. Die Ermittlungen dienten dazu, einen Tatverdacht zu erhärten oder auszuräumen. Aus Sicherheitskreisen hieß es zudem, der Generalbundesanwalt sei eingeschaltet worden. Nach ntv-Informationen war ein Verdächtiger dem Staatsschutz bereits bekannt.
"Klare Tatzeit, Tatort, und Täter waren benannt"
Reul sprach von einem "sehr ernstzunehmenden und konkreten Hinweis", dass es zu einem Anschlag auf die Synagoge kommen könnte. Dieser "ließ Rückschlüsse auf eine islamistisch motivierte Bedrohungslage zu", erklärte Reul bei einer Pressekonferenz. "Konkret heißt übrigens: Klare Tatzeit, Tatort und Täter waren benannt."

Da es bei dem Hinweis einen klaren Bezug zur Synagoge gegeben habe, sei eine geplante Veranstaltung am Mittwochabend kurzfristig abgesagt und der Polizeischutz vor Ort "deutlich intensiviert" worden. "Nach Räumung und Absuchung der Synagoge - auch mit Sprengstoffhunden - wurden bisher keine gefährlichen Gegenstände in oder im Umfeld der Synagoge festgestellt", sagte Reul.

Der "Spiegel" berichtete, der 16-Jährige soll eine Sprengstoffattacke auf die Synagoge geplant haben. Die Sicherheitsbehörden hätten einen Hinweis eines ausländischen Geheimdienstes erhalten, meldeten "Spiegel" und die "Bild"-Zeitung übereinstimmend. Der Partnerdienst habe vor einem mutmaßlichen Islamisten in Deutschland gewarnt, der sich im Internet verdächtig verhalten habe. Die Ermittlungen hätten zu dem 16-Jährigen geführt. Dieser solle in einem überwachten Chat von einem Sprengstoffanschlag auf eine Synagoge gesprochen haben.

Polizei in stetigem Kontakt mit jüdischer Gemeinde

Am Mittwoch waren Hinweise auf eine mögliche Gefährdungslage in der jüdischen Einrichtung in Hagen eingegangen. Schwer bewaffnete Polizisten umstellten daraufhin die Synagoge. Eine Hundertschaft war im Einsatz, der Bereich um das Gebäude war weiträumig abgesperrt. Ein geplanter Gottesdienst zu Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, wurde kurzfristig abgesagt. Laut Polizeiangaben wurden die Maßnahmen in der Nacht abgeschlossen. "Es konnten vor Ort keine Hinweise auf eine Gefährdung festgestellt werden", teilte die Polizei mit.

Die Polizei befinde sich weiterhin im stetigen Kontakt mit der betroffenen jüdischen Gemeinde. Zusätzlich finde eine enge Abstimmung mit den weiteren jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen statt. Derzeit lägen keine Hinweise auf eine Gefährdung weiterer Einrichtungen vor.

Lambrecht nennt Bedrohung "unerträglich"

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht zeigte sich erschüttert. "Es ist unerträglich, dass Jüdinnen und Juden erneut einer so schrecklichen Bedrohungslage ausgesetzt sind und den Beginn ihres höchsten Festes Jom Kippur nicht friedlich gemeinsam feiern konnten", erklärte sie. Der Vorfall wecke "entsetzliche Erinnerungen an den Anschlag auf die Synagoge in Halle vor zwei Jahren".

Am 9. Oktober 2019 hatte, ebenfalls an Jom Kippur, ein rechtsextremer Attentäter versucht, schwer bewaffnet in die Synagoge in Halle einzudringen und dort ein Massaker unter den versammelten 51 Menschen anzurichten. Als er scheiterte, erschoss er auf offener Straße eine zufällig vorbeilaufende Passantin und später einen jungen Mann in einem Dönerimbiss. Der Täter ist inzwischen wegen zweifachen Mordes und vielfachen Mordversuchs verurteilt.

Die Justizministerin betonte, der Kampf gegen Antisemitismus habe "allerhöchste Bedeutung". Es sei die Pflicht des Staates, "alles zum Schutz von Jüdinnen und Juden zu tun". Dafür brauche es "höchste Wachsamkeit und sofortiges Einschreiten bei Gefährdungen - wie wir es jetzt in Hagen gesehen haben". Es sei jetzt Sache der Polizei und der Justiz, "die Hintergründe dieser sehr ernsten Bedrohungslage aufzuklären".

Quelle: ntv.de, hul/dpa/AFP/rts

http://www.pi-news.net/2021/09/prozess-stuttgart-clankrieg-syrischer-grossfamilien-mit-terror-hintergrund/

Prozess Stuttgart: Clankrieg syrischer Großfamilien mit Terror-Hintergrund

19. September 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Im Hochsicherheitstrakt von Stuttgart-Stammheim hat am 13. September ein aufsehenerregender Prozess begonnen: Zwei miteinander verfeindete syrische Großfamilien hatten sich am 14. Dezember des vergangenen Jahres am helllichten Tag in der Innenstadt Singens, Kreis Konstanz, eine große Schlägerei mit gegenseitigen Angriffen geliefert. Ein Mensch wurde dabei lebensgefährlich verletzt.

Bei dem blutigen Streit hätten sich zunächst mehrere junge Männer geprügelt, später griffen den Angaben nach acht Männer an einer Ampel einen Kleinbus an, zertrümmerten die Autoscheibe, misshandelten drei Opfer und verletzten sie schwer. Einer der drei Businsassen wurde laut Anklage mit einem Messer attackiert und musste notoperiert werden. Ihm war unter anderem eine Beinvene durchtrennt worden. Wenn das Opfer diese Vene nicht noch selber abgeklemmt hätte, dann hätte das noch wesentlich schlimmer ausgehen können, wie Oberstaatsanwalt Ulrich Gerlach feststellt. Die Angreifer sollen in Kauf genommen haben, dass eines der Opfer zu Tode kommt.

Acht Männer, die alle als Flüchtlinge während des Syrien-Krieges nach Deutschland kamen, wurden jetzt von der Staatsanwaltschaft Konstanz wegen versuchten Totschlags, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung angeklagt. Da es sich um ein offensichtlich gewaltbereites Klientel mit großem Anhang handelt, wurde das Verfahren nach Stuttgart-Stammheim verlegt. Um welche Größenordnungen es sich handelt, wurde zu Prozessbeginn deutlich: Zwar verweigern alle acht Angeklagten jegliche Angaben zu den Vorwürfen, aber zumindest drei haben über ihre Lebensverhältnisse ausgesagt. Einer berichtete von seinem Vater, der vier Ehefrauen hat und mit ihnen 48 Kinder zeugte: 25 Jungen und 23 Mädchen.

Das entspricht übrigens exakt den Vorgaben der Scharia, der Gesetzgebung des Politischen Islams, nach der es jedem Moslem gestattet ist, bis zu vier Frauen zu heiraten. Einzige Einschränkung: Er muss in der Lage sein, alle vier zu versorgen. Legitimiert durch den Koran in Sure 4 Vers 3:

> *Und wenn ihr befürchtet, nicht gerecht hinsichtlich der Waisen zu handeln, dann heiratet, was euch an Frauen gut scheint, zwei, drei oder vier. Wenn ihr aber befürchtet, nicht gerecht zu handeln, dann nur eine oder was eure rechte Hand besitzt. Das ist eher geeignet, daß ihr nicht ungerecht seid.*

Mit der Formulierung „was Eure rechte Hand besitzt" sind übrigens Sklavinnen gemeint. Im Politischen Islam ist bis heute die Sklaverei erlaubt, was in einigen fundamental-islamischen Ländern auch entsprechend ausgelebt wird.

Jeder westlich sozialisierte Mann dürfte sich jetzt unweigerlich fragen: Vier Frauen? Wie soll denn das gehen, wenn man schon in einer Beziehung zu zweit jede Menge Ärger, Probleme und Auseinandersetzungen hat. Der Politische Islam hat aber auch dafür die männergerechte Lösung: Der Mann ist der Boss, die Frau hat zu gehorchen, andernfalls setzt es Schläge. Im klassischen Prügelvers Sure 4 Vers 34 ist dies klar geregelt:

> *Die Männer stehen in Verantwortung für die Frauen wegen dessen, womit Allah die einen von ihnen vor den anderen ausgezeichnet hat und weil sie von ihrem Besitz für sie ausgeben. Darum sind die rechtschaffenen Frauen Allah demütig ergeben und hüten das zu Verbergende, weil Allah es hütet. Und diejenigen, deren Widersetzlichkeit ihr befürchtet, ermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlagt sie. Wenn sie euch aber gehorchen, dann sucht kein Mittel gegen sie. Allah ist Erhaben und Groß.*

Auf dieser Basis kann das dann also durchaus funktionieren mit vier Frauen. Die vier haben übrigens auch jederzeit im Ehebett bereit zu sein für ihren Chef. Die jederzeitige sexuelle Verfügbarkeit der Frauen ist in Sure 2 Vers 223 befohlen:

> *Eure Frauen sind euch ein Saatfeld. So kommt zu eurem Saatfeld, wann und wie ihr wollt. Doch schickt Gutes für euch selbst voraus. Und fürchtet Allah und wißt, daß ihr Ihm begegnen werdet. Und verkünde den Gläubigen frohe Botschaft.*

Alles in der offiziellen Koranausgabe von „islam.de" nachzulesen, die vom Zentralrat der Moslems in Deutschland verwaltet wird.

Diese Tatsachen muss man immer wieder aussprechen, da sie sich offensichtlich noch nicht richtig herumgesprochen haben. Vor allem auch nicht in die Köpfe der verantwortlichen Politiker dieses Landes. Was im Koran steht, sind Befehle eines Gottes, weitergeleitet vom Engel Gabriel an den Propheten Mohammed, der es in den Koran diktierte. Aber im Bayerischen Landtag wurde Anfang Juli der Lehrplan für den Islamischen Unterricht verabschiedet, in dem genau dieser Prophet Mohammed mit den gerade beschriebenen Vorgaben für die Ehe allen Ernstes als „Vorbild für das Zusammenleben mit Frauen" dargestellt wird. Die Aufklärungsarbeit über den Politischen Islam ist wichtiger und notwendiger denn je.

Zurück zu den beiden verfeindeten syrischen Großfamilien in Singen: Sie sollen untereinander verwandt und verschwägert sein. Was im Politischen Islam ebenfalls nicht verwundert, denn die Verheiratung von Frauen an ihre Cousins ist durchaus gängige Praxis. Nicht wenige dieser Großfamilien-Clans sind kriminell. Laut Lagebericht des Bundeskriminalamts haben sie in Deutschland regionale Schwerpunkte: Mehr als zwei Drittel aller Ermittlungen erfolgen in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Berlin. Das größte Problem für die Ermittler seien abgeschottete Familienstrukturen.

Das Sahnehäubchen dieser spannenden Geschichte aus 1001er Nacht kommt zum Schluss: Gegen zwei Männer aus der Truppe der Angreifer ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart zusätzlich wegen des Verdachts der Mitgliedschaft oder Unterstützung der Terrormiliz Islamischer Staat in Syrien.

Das wirft auch wieder einmal ein bezeichnendes Licht auf einen Teil der Menschen, die sich aus Syrien den 4000 Kilometer langen Weg zu uns nach Deutschland machen. Wie auch die türkischstämmige Schwester Hatune bestätigt, die sich mit ihrer Stiftung unter anderem in Syrien engagiert, um Menschen in Not zu helfen, sind Moslems mit einer moderaten Einstellung wie beträchtliche Teile der Drusen, Alawiten und Kurden sowie Nicht-Moslems wie Christen und Jesiden froh, dass Baschar al-Assad Regierungschef ist. Denn er hält seine schützende Hand über all diese Menschen und bekämpft die fundamental-radikalen Moslems, die in

Syrien einen Islamischen Staat errichten wollen. Zu jeder Zeit des Syrien-Krieges habe es die Möglichkeit gegeben, innerhalb Syriens aus den umkämpften Gebieten höchstens 50 bis 100 Kilometer weit weg in sichere Gebiete fliehen zu können. Bundesverdienstkreuzträgerin Schwester Hatune teilte der Bürgerbewegung Pax Europa mit, dass insbesondere Christen fest zu dem modern eingestellten Alawiten Assad halten.
Nun darf man sich die berechtigte Frage stellen, wer da eigentlich aus Syrien in den letzten Jahren zu uns gekommen ist. Und warum syrische „Flüchtlinge", die in Deutschland massive Straftaten begehen, nicht wieder in ihr Land zurückgeschickt werden.
Man darf auch gespannt sein, was der Prozess im Hochsicherheitstrakt von Stuttgart-Stammheim noch alles zutage fördert. Es sind acht Verhandlungstage bis Mitte Oktober geplant. Die Bürgerbewegung Pax Europa bleibt an den Entwicklungen dran.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

http://www.pi-news.net/2021/09/hamburg-erneut-suedlaendischer-ueberfall-auf-juden-wahlkaempfer-schweigen/

Hamburg: Erneut „südländischer" Überfall auf Juden – Wahlkämpfer schweigen

21. September 2021

Michael T. wird nach dem Angriff eines gewalttätigen Moslems aus Judenhass schwer verletzt mit einer Trage in eine Klinik gefahren.

Von MANFRED W. BLACK | Seit über sechs Jahren hielten Demonstranten nahe des Hamburger Hauptbahnhofs regelmäßig eine Mahnwache ab. Sie solidarisierten sich mit Israel, schwenkten fröhlich Israel-Flaggen – und wollten so gegen den Judenhass protestieren.

Aber am vergangenen Wochenende tauchten vier junge und militante Männer auf, die Böses im Schilde führten. Erst wurden die fünf Teilnehmer an der Mahnwache wüst beschimpft. Michael T. (60, Name geändert) – er ist Jude – berichtete die Bild-Zeitung: „Sie riefen ‚Free Palestine', ‚Scheiß Juden' und ‚Ich ficke deine Mutter'."

Als T. einen der jungen Männer zur Rede stellte, „lief vermutlich sein Bruder auf mich zu und schlug sofort mit der Faust ins Gesicht. Ich lag blutüberströmt in den Armen meiner Mutter, die zu Hilfe geeilt war." Kommentiert durch bösartiges Gelächter bei den Gewalttätern.

Gebrochenes Nasen- und Jochbein

T.s 79-jährige Mutter, die zur Mahnwache gehörte, erklärte: „Er lag mit blutendem Gesicht dort. Ich dachte, dass sein Auge zerfetzt ist. Er hatte Splitter seiner Brille im Gesicht. Sein Jochbein muss nun operativ aufgefüllt werden. Es ist das Schlimmste, was einer Mutter passieren kann, so etwas mit anzusehen."

Michael T. kam mit einem gebrochenen Nasen- und Jochbein ins Krankenhaus. Er fürchtet, dass sich auch noch die Netzhaut des Auges ablösen könnte. Andreas M. (64), Initiator der Mahnwache, sagte: „Der Antisemitismus kommt nicht mehr nur von links oder

rechts. Er kommt verstärkt auch von muslimischer Seite, das merken wir immer wieder."
Eine sehr zurückhaltende Formulierung, die dem linken Zeitgeist geschuldet ist. Offenkundig kommen – auch in anderen westeuropäischen Staaten – die allermeisten Übergriffe auf Juden längst aus zwei großen Gruppen: Die Täter sind vor allem radikale Moslems und fanatisierte Linke; beide Tätergruppen zählen sich zu den erbitterten Feinden jüdischer Menschen und des Staates Israel.
Unter Experten ist lange schon bekannt: Wenn heute Polizeiorgane antisemitische Übergriffe und Graffiti nicht klar klassifizieren können – die Täter also unbekannt sind –, sprechen Polizisten und „Staatsschützer" gern von rechtsextremistischen Delikten. Selbst klar islamisch begründete Taten werden nicht selten einfach „rechtsextremen Gruppierungen" zugeordnet. So manipuliert man Statistiken – ganz offiziell.
Wie Medien die Tat vernebeln
Der NDR berichtete am Sonntag über die Attacken – und präsentierte nebulöse Formulierungen: „Den bisherigen Ermittlungen zufolge beleidigte ein junger Mann am Sonnabend gegen 14 Uhr zunächst alle Teilnehmenden der Mahnwache aus einer drei- bis vierköpfigen Gruppe heraus antisemitisch." Als der „junge Mann" dann „angesprochen und aufgefordert worden sei, dies zu unterlassen, habe er dem 60-Jährigen mit der Faust ins Gesicht geschlagen, wodurch dieser eine Platzwunde erlitten habe." Der Täter trage offenbar „schwarze, gelockte Haare".
Noch mehr als Nebelwerfer profilierte sich der Focus: Die Polizei fahnde „nach einem bislang unbekannten Mann". Näheres über den Schläger? Fehlanzeige. Dafür hieß es, „der Angreifer" sei „mit seinen Begleitern auf gemieteten E-Rollern in Richtung Steintorbrücke geflüchtet".
Selbst Bild lässt in ihrem Artikel über den brutalen Überfall am Hauptbahnhof erst ziemlich am Schluss deutlich werden, zu welcher Bevölkerungsgruppe die Schwerkriminellen gehören: Die Zeitung schreibt: Jetzt suche der Staatsschutz „den Schläger, der zwischen 18 und 25 Jahre alt sein soll, etwa 1,75 m groß, von ‚südländischer Erscheinung'". Eine sehr oft übliche Formulierung dafür, dass die Täter mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen muslimischen Hintergrund haben.
Judenhass: Im Wahlkampf kein Thema
Immerhin bringt die Bild-Zeitung – allerdings nur in ihrer Hamburg-Ausgabe – zur Sprache, dass dieser „brutale Judenhass auf der Straße" im Bundestags-Wahlkampf erstaunlicherweise „kein Thema" ist. Ob in Hamburg oder im ganzen Bundesgebiet: Keine der staatstragenden Parteien wagt zu sagen, dass mit der grenzenlosen „Zuwanderungspolitik" aus muslimischen Gesellschaften auch Hunderttausende nach Deutschland gekommen sind, die zu den fanatischen Gegnern von Juden und jüdischen Israelis gehören. Die hierzulande mittlerweile allgegenwärtige, extrem links definierte, Political Correctness verbietet es, die Wahrheit zu sagen.

Der Islam-Experte Ahmad Mansour hat die Situation erneut auf den Punkt gebracht. Er sagte, die Spitzenkandidaten der Parteien „betreiben bei manchen Themen die schlechteste Wahlkampfstrategie: Sie schweigen die Probleme tot und ignorieren sie“. Doch wenn man „keine Konzepte für den Alltag entwickelt, wird sich die Lage für Juden in Deutschland nicht verbessern“.

http://www.pi-news.net/2021/09/hamburg-jugendlicher-judenhasser-wirkte-bei-auschwitz-film-mit/

Hamburg: Jugendlicher Judenhasser wirkte bei Auschwitz-Film mit

30. September 2021

Konnte im Film seinen Hass auf Juden wie Michael T. (r.) schon mal üben: In dieser Szene greift Aram A. als „Ali“ einen jüdischen Mitschüler an.

Von MANFRED W. BLACK | Der erst 16-jährige Aram A. aus Berlin hat kürzlich einen deutschen Juden, der an einer Israel-Mahnwache am Hamburger Hauptbahnhof teilgenommen hatte, brutal nieder geschlagen und schwer verletzt (PI-NEWS berichtete). Der attackierte Michael T. lag nach dem Angriff sechs Tage mit einem Joch- und Nasenbeinbruch in einer Klinik und erlitt schwerwiegende Augenverletzungen. Die Hamburger Morgenpost schrieb am Mittwoch, es sei zu befürchten, dass das Opfer auf einem Auge erblinden wird.

Gefasst – aber flugs auf freien Fuß gesetzt

Der brutale Teenager-Schläger, der von drei Jugendlichen begleitet worden war und den das Hamburger Abendblatt als „Deutschen" bezeichnet, flüchtete nach seiner Tat zunächst auf einem E-Roller und wurde tagelang von Ermittlern des Hamburger Landeskriminalamt in der Hansestadt und in Berlin gesucht. Jetzt ist er in der Wohnung seiner Eltern in Berlin-Wedding festgenommen worden.
Doch wie es in Deutschland insbesondere bei ausländischen Tätern und Migranten-Kriminellen mit deutschem Pass fast üblich ist: Aram A. wurde nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt.
Inzwischen sind einige Details über den jugendlichen Rambo bekannt geworden. Die Bild-Zeitung fand heraus, dass der Gewalttäter bei der Berliner Schauspiel-Agentur Kokon (Prenzlauer Berg) unter Vertrag steht.
Ausgerechnet Aram A. drangsaliert Holocaust-Überlebenden
Der Verhaftete wirkte jüngst als Schauspieler mit in einem Cinema-Streifen der Filmproduktionsfirma Mundruczós Proton Cinema. Dieser Film ist in diesem Jahr bei den Filmfestspielen in Cannes (Frankreich) präsentiert worden, er wird demnächst in deutsche Kinos kommen. Titel des Streifens: „Evolution". Pikant: Im Mittelpunkt des Kinofilms steht eine Familie von Holocaust-Überlebenden.
Der größtenteils in Leipzig gedrehte Spielfilm (Regisseur: KornélMundruczó) erhielt von der Mitteldeutschen Medienförderung – eine regionale Filmförderinstitution der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – eine Produktions-Subventionierung in Höhe von 250.000 Euro und von der nordrhein-westfälischen Film- und Medienstiftung einen Low-Budget-Zuschuss von 50.000 Euro.
Schockierend: In diesem Streifen spielt ausgerechnet Aram A. einen jungen Moslem namens „Ali", der in einer Berliner Schule den jüdischen Schüler „Jonas" mobbt und gegenüber seinem Klassenkameraden auch handgreiflich wird. In vielen Szenen geht es immer wieder um krassen Antisemitismus.
Agentur-Chefin geht nur halbherzig auf Distanz
Dorothea Trebs ist Chefin der Agentur Kokon, die den Schläger A. der Filmgesellschaft empfohlen hat. Laut Eigenwerbung vermittelt Kokon „erfahrene Kinder und Jugendliche, die bereits in Kino- und Fernsehproduktionen mitgewirkt haben, sowie neue Talente mit großem Potential".
Nun sagte Trebs zum Fall Aram A., sie „distanziere" sich „ganz klar von antisemitischem Gedankengut". Sie „verachte jegliche Gewalt". Dem betroffenen jüdischen Opfer in Hamburg wünsche sie „schnelle Genesung". Sie werde, was Aram A. angeht, „Konsequenzen ziehen". Allerdings erst dann, „wenn ich Klarheit habe".
Kokon-Leiterin Trebs – sie ist gelernte Grundschullehrerin – hat den Brutalo A. angeblich „als charmanten jungen Mann mit großem Schauspieltalent kennengelernt". Gegenüber der BZ erklärte Trebs, in Filmen sei A. „der perfekte Bösewicht". Dass er so ein großes Aggressionspotenzial habe, „könne sie sich eigentlich nicht vorstellen" (BZ). Sie kenne den Jugendlichen seit

Anfang Januar; „jemand aus einem Berliner Jugendzentrum" habe „ihr den jungen Mann empfohlen".
Jan Krüger ist Leiter des Filmverleihs Port au Prince Film & Kultur, der seine Büros in der Berliner Holzmarktstraße nahe der Spree hat und der den Auschwitz-Film in Kürze in deutsche Lichtspielhäuser bringt. Geschäftsführer Krüger hat nun auch öffentlich Stellung zur Festnahme seines Nachwuchs-Mimen bezogen – mit den Worten: Er „verabscheue jegliche Form von Antisemitismus und Gewalt aufs Schärfste".
Mutter des Schlägers unterstützt die Hisbollah
Aram A. weigert sich gegenwärtig, mit Medien zu sprechen. Seine Mutter, die laut Bild-Recherchen „auf Demonstrationen regelmäßig die radikal-islamische Hisbollah und den syrischen Diktator Baschar al-Assad unterstützt", erklärte freilich, ihre Familie sei „gegen Israel". Aber: „Was mein Sohn getan hat, ist falsch."
Ob Aram A.s muslimische Familie in Berlin zur Gruppe der „Flüchtlinge" gehört, regelmäßig Sozialhilfe bezieht und in Räumlichkeiten wohnt, die der Staat – also der Steuerzahler – zeitlich unbegrenzt bezahlt, ist derzeit nicht bekannt.
Es ist davon auszugehen, dass der Jugendliche A. irgendwann nach den eher milden Normen des Jugendstrafrechts „bestraft" wird. In solchen Fällen verhängen deutsche Gerichte erfahrungsgemäß zumeist mit auffällig großer Nachsicht großzügige Bewährungsstrafen.

http://www.pi-news.net/2021/09/afghane-will-berliner-gaertnerin-schaechten-zwei-schwerverletzte/

Afghane will Berliner Gärtnerin schächten – Zwei Schwerverletzte

5. September 2021.

Von JOHANNES DANIELS | Am Donnerstag erst stellte Außenminister Heiko Maas, SPD, den Taliban und Taliban*Innen 475.000.000 Euro Steuergeld als „humanitäre Hilfe" deklariert in Aussicht. Für diese erkleckliche diplomatische Lösegeldsumme sollen nun noch mehr von den Altparteien dringend benötigte so genannte „Ortskräfte" in die Bundesrepublik importiert werden, darunter weitere Mörder, Terroristen, Kinderschänder und Vergewaltiger – PI-NEWS berichtete ausführlich. Die Auswirkungen der bisherigen „Relocation" von über – nach dem Dublin-Ankommen selbstverständlich illegalen – 300.000 Afghanen bekommt die arbeitende deutsche Bevölkerung tagtäglich immer drastischer zu spüren:

Am helllichten Samstagnachmittag um 13.30 Uhr versuchte ein 29-jähriger „Mann afghanischer Staatsangehörigkeit" im Berliner Ortsteil Wilmersdorf eine dort tätige 58-jährige Landschaftsgärtnerin zu schächten. Gleiches Schicksal erlitt ein couragierter 66-Jähriger, der dem Opfer der Berliner Hindukusch-Ortskraft couragiert zu Hilfe eilte. Bei der brutalen Messerattacke wurden zwei „Werktätige" verletzt, eine davon lebensgefährlich. Die Berliner Ermittler von Staatsanwaltschaft und Polizei prüften nach der Tat sogar einen „islamistischen Hintergrund" – schwächten diesen aber in der darauf folgenden Pressemitteilung unverzüglich ab.

Zunächst sprach der Strenggläubige die Gärtnerin im Bereich einer Grünanlage an der Prinzregentenstraße Ecke Güntzelstraße an, da er sich daran gestört hatte, dass „sie als Frau arbeitete". Anschließend versetzte er ihr unvermittelt mehrere gezielte Messerstiche in den Hals und verletzte sie lebensgefährlich. Ein zu Hilfe eilender 66-jähriger Mann wurde von dem Afghanen ebenfalls durch gezielte Halsstiche schwer verletzt. Beide Opfer wurden sofort in Berliner Intensivstationen eingeliefert, wo sie umgehend operiert wurden.

Die herbei gerufenen Beamten konnten *„den psychisch kranken Mann*" (Mainstream und Polizei Berlin), der 2016 nach Deutschland einwanderte, noch am Tatort festnehmen. Die Erkrankung habe laut Polizei „auch eine Rolle bei der Tat gespielt". Der 29-Jährige soll im Laufe des Sonntags einem Ermittlungsrichter zum Erlass eines vorläufigen Unterbringungsbeschlusses vorgestellt werden. Die Personalien wurden dabei aufgenommen. Die Generalstaatsanwaltschaft und der Polizeiliche Staatsschutz des Berliner Landeskriminalamtes ermitteln laut eigener Aussage „umfassend zu den Einzelheiten der Tat und den Tathintergründen".

Aufgrund der humanitären Lage in Afghanistan wurde von der deutschen Regierung auch die „Abschiebung" von Schwerstkriminellen gestoppt, denn die Sicherheit am Hindukusch wird jetzt in Deutschland verteidigt. Sie bleiben den deutschen Steuerzahler*Innen wohl für immer erhalten, Insha'allah!

http://www.pi-news.net/2021/09/berlin-wilmersdorf-mordversuch-war-muslimisch-motiviert/

Berlin-Wilmersdorf: Mordversuch war muslimisch motiviert

6. September 2021

Von MANFRED ROUHS | Nachdem am Samstagnachmittag ein 29-jähriger Afghane in Berlin einer 58-jährigen Frau mit dem Messer in den Hals gestochen hatte, hagelte es sogleich Beschwichtigungsversuche (PI-NEWS berichtete). Die diesbezügliche Pressemitteilung der Berliner Polizei von Sonntag ist entlarvend. Sie schildert zwar die Tat, verzerrt aber das Motiv des Täters geradezu grotesk:

„Gestern gegen 13.30 Uhr soll ein 29-jähriger Mann afghanischer Staatsangehörigkeit im Bereich einer Grünanlage in Wilmersdorf, Prinzregentenstraße Ecke Güntzelstraße eine dort tätige 58-jährige Landschaftsgärtnerin zunächst angesprochen haben, weil er sich mutmaßlich daran störte, dass sie als Frau arbeitete. Anschließend soll er ihr unvermittelt mehrere gezielte Messerstiche in den Hals versetzt und sie dadurch lebensgefährlich verletzt haben. Ein zu Hilfe eilender 66-jähriger Mann soll von dem Tatverdächtigen ebenfalls durch Halsstiche schwer verletzt worden sein. Beide kamen in Krankenhäuser und verblieben nach Operationen dort stationär.

Der Tatverdächtige konnte von eintreffenden Polizeikräften am Tatort festgenommen werden. Nach jetzigem Ermittlungsstand dürfte eine psychische Erkrankung des seit 2016 in Deutschland aufhältigen Beschuldigten bei der Tatbegehung eine Rolle gespielt haben. Die Generalstaatsanwaltschaft und der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes ermitteln umfassend zu den Einzelheiten der Tat und den Tathintergründen, auch unter dem Blickwinkel eines möglichen islamistisch motivierten Angriffs. Der Beschuldigte soll im Laufe des Sonntags einem Ermittlungsrichter zum Erlass eines Unterbringungsbeschlusses vorgeführt werden."

Jetzt stellt sich heraus: Der Messerstecher Abdul Malik A. (29) ist ein muslimischer Eiferer. Er stach auf sein Opfer ein, weil die 58-Jährige ihrer Arbeit als Gärtnerin nachging – was sie nach seiner religiösen Vorstellung nicht hätte tun sollen.

Schon zuvor hatte er einem Bericht der „Bild"-Zeitung zufolge immer wieder versucht, seine Nachbarn vom Islam zu überzeugen. „Ich sollte arabisch lernen, das sei die wahre Sprache des Propheten", zitiert „Bild" eine Nachbarin. Eine andere Nachbarin zitiert „Bild" mit dem Satz: „Manchmal stand er auf dem Balkon und wollte uns vom Islam überzeugen. Und wir alle würden falsch leben."

Und wer jetzt noch „falsch lebt", der lebt am Ende gar nicht mehr, wenn immer mehr junge Männer von dieser Sorte aus Afghanistan nach Deutschland kommen.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und

stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

http://www.pi-news.net/2021/10/grossrazzia-gegen-muslimisches-hawala-banking/

Großrazzia gegen muslimischesHawala-Banking

6. Oktober 2021

Von MANFRED ROUHS | Bei einer bundesweiten Großrazzia gegen muslimisches Hawala-Banking waren am Mittwochmorgen rund 1400 Polizisten im Einsatz. Sie durchsuchten 81 Wohn- sowie Gewerbeobjekte in 25 Städten in Niedersachen, Bremen und Nordrhein-Westfalen und vollstreckten zehn Haftbefehle.

Den 67 größtenteils aus Syrien stammenden Tatverdächtigen, darunter zwei „islamische Gefährder", wird vorgeworfen, rund 100 Millionen Euro aus kriminellen Aktivitäten – u.a. Drogenhandel – heimlich nach Syrien und in die Türkei verschoben zu haben. Den Beschuldigten sei es dabei größtenteils darum gegangen, sich persönlich zu bereichern. Ein Teil des Geldes sei aber möglicherweise auch terroristischen Milieus zugeflossen, ließen die Ermittler verlauten.

Während die Razzia selbst von den deutschen Massenmedien umfassend thematisiert wird, verschweigen viele Journalisten den organisierten muslimischen Hintergrund der Aktion. In den meisten Berichten kommt der Begriff „Hawala-Banking", also das eigentliche Zielobjekt der gesamten Operation, überhaupt nicht vor. Die meisten Berichte überschreiten dadurch die Grenze zur offenen Desinformation.

Eine Ausnahme macht die „Deutsche Welle", die den Hintergrund der großangelegten Aktion von Polizei und Steuerfahndern offenbar gründlich recherchiert hat und sogar das Hawala-Banking erläutert:

„Das Hawala-System ist in muslimischen Ländern weit verbreitet. Dabei können Kunden gegen eine vergleichsweise geringe Provision (ein bis zwei Prozent) Bargeld ins Ausland überweisen. Das System, dass schon seit Jahrhunderten existiert und seine Wurzeln im Vorderen und Mittleren Osten hat, basiert auf persönlichem Vertrauen der Beteiligten, die oftmals der gleichen Ethnie angehören und habe sich in Regionen mit einem wenig entwickelten Bankensystem herausgebildet, heißt es in einer Analyse des Bundesfinanzministeriums (…) aus dem Jahr 2019. Es erlaube ‚Gelder nahezu ohne jede Möglichkeit der Rückverfolgung zu transferieren'. Das Ministerium schätzt, dass weltweit jährlich rund 200 Milliarden Dollar durch Hawala-Systeme fließen."

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter

Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.focus.de/panorama/razzia-in-nrw-polizei-kommt-geldwaesche-auf-die-spur-weil-chef-der-bande-einen-autounfall-hat_id_24312017.html

Deutsche Islamisten-Bande sackt 4,5 Millionen ein - dann macht Chef fatalen Fehler

- FOCUS-Online-Reporter **Axel Spilcker**

Freitag, 08.10.2021, 09:22

Am Mittwoch gelang den Spezialeinsatzkräften ein Coup in NRW: Bei einer Razzia konnte ein großes Geldwäschenetzwerk ausgehoben werden. Die Täter bewegen sich in der islamistischen Szene. Die Polizei konnte Geld im Wert von 4,5 Millionen Euro sicherstellen.

Von einem „verdammt dicken Ding", sprach NRW-Innenminister Herbert Reul. Sein CDU-Kollege aus dem Justizressort, Peter Biesenbach, nannte die großangelegte Razzia mit 1400 Einsatzkräften am Mittwoch einen „Paukenschlag" gegen die Organisierte Kriminalität (OK).

Teils mit Spezialeinsatzkräften hatten die landesweite Schwerpunkt-OK-Abteilung bei der Staatsanwaltschaft **Düsseldorf ein riesiges Geldwäsche-Netzwerk ausgehoben. Bereits um vier Uhr in der Frühe verhafteten die Ermittler elf Hauptakteure einer Finanzschieber-Connection. Insgesamt stehen 67 Verdächtige auf der Beschuldigtenliste. Dazu zählen 44 Syrer, die im Zuge der Flüchtlingswelle 2015/2016 nach Deutschland gekommen waren.**

Das Netzwerk soll über das orientalischeHawala-Banking 140 Millionen Euro aus kriminellen Geschäfte nach Syrien und in die Türkei verschoben haben. Ein Teil soll Reuls Angaben zufolge in syrische Terror-Kanäle geflossen sein. In dem Zusammenhang wurden zwei islamistische Gefährder und vier weitere als „relevante Personen" eingestufte gewaltbereite Extremisten festgesetzt. Einer von ihnen kämpfte 2013 in Syrien für die Terrorgruppe Al-Nusra.

Islamist führte sich als „Friedensrichter" auf

Seit einiger Zeit hatten die Staatsschützer den Islamisten auf dem Schirm. Der 39-jährige Syrer aus Wuppertal soll sich als eine Art „Friedensrichter" aufgeführt haben. Der Mann habe seine Kampfeinheit aus Syrien

mitgebracht und als Inkasso-Schlägertruppe eingesetzt, hieß es bei einer Pressekonferenz am Nachmittag. Die Clique trat immer dann auf, wenn Mitglieder des Netzwerks Gelder abzweigten.
Laut Telefonüberwachung führten die Bosse einen Sanktionskatalog. „Beim ersten Mal zusammenschlagen, beim zweiten Mal verstümmeln, und beim dritten Mal sollte derjenige umgebracht werden", berichteten die Strafverfolger. Neben der Bildung einer kriminellen Vereinigung laufen in dem Komplex ferner Ermittlungen wegen besonders schweren Raubes, der Geiselnahme, der gefährlichen Körperverletzung und der Nötigung.
Organisierte Kriminalität in NRW: Bei Razzia wurden Vermögenswerte in Höhe 4,5 Millionen Euro sichergestellt
Betroffen von der Durchsuchungsaktion waren unter anderem **Köln**, Bergisch Gladbach, die Ruhrschiene und etliche Städte am Niederrhein und im Aachener Raum. Dabei wurden Vermögenswerte in Höhe von 4,5 Millionen Euro sichergestellt. Zugleich beschlagnahmten die Ermittler Nobelkarossen – so etwa zwei Lamborghinis und ein Porsche.
Seit 2016 sollen zwei syrische Geschäftsmänner im großen Stil die illegalen Geldschiebereien angeboten haben. Dabei handelt es sich nach FOCUS-Online-Informationen um Mustafa Al-Faleh-al-M. und Khaled Al M. genannt Abu Osama. Die „Groß-Hawaladare" sollen laut Staatsanwaltschaft jeweils 60 Millionen Euro in den Nahen Osten verschoben haben. Über Zahlungsbüros in Deutschland und den Niederlanden wurde das Geld eingesammelt.
Die gleiche Summe zahlten Gewährsleute in Syrien oder der Türkei an Vertraute der Einzahler wieder in bar aus. Der Ausgleich erfolgte über Geldkuriere oder aber über Strohfirmen, die Rechnungen für vermeintliche Warenlieferungen aus dem Orient beglichen. Verrechnet wurden die Summen via WhatsApp. Auf diese Weise konnten die verbotenen Geldtransfers nicht zurückverfolgt werden.
Kokaingeschäfte und Betrug
Teilweise überwiesen einfache syrische Migranten ihren Verwandten in der Heimat kleinere Beträge. Um Großkunden aber soll sich Hawala-Chefbanker Kahled Al M. persönlich gekümmert haben. Mitunter stammten die Einzahlungen in bis zu sechsstelliger Höhe aus Kokaingeschäften. Oft schickte der Boss gleich zwei Männer los, um die Zahlungsbüros abzufahren. Das Vieraugen-Prinzip schützte vor Diebstahl.
Zugleich stehen die 80 Prozent Beschuldigten unter Betrugsverdacht, weil sie zu Unrecht Sozialleistungen bezogen hatten. Auf die Spur der Bande kamen die Ermittler durch einen Unfall. Auf der A61 nahe der holländischen Grenze war ein SUV an einer Ausfahrt von der Fahrbahn abgekommen. In dem Auto saßen zwei Personen, darunter der Groß-Hawaladar Khaled Al M..
Die **Polizei** entdeckte in seinem Wagen einen Turnbeutel mit 300.000 Euro. In

der Folgezeit versuchte der Besitzer verzweifelt der Herkunft des Geldes einen legalen Anstrich zu verleihen. Die Polizei aber forschte tiefer und wurde fündig.

https://www.pi-news.net/2021/10/britischer-konservativer-david-amess-durch-messerstiche-ermordet/

Britischer Konservativer durch Messerstiche von Somalier ermordet

15. Oktober 2021

Von MANFRED ROUHS | Der 69-jährige konservative britische Parlamentsabgeordnete David Amess ist bei einer Bürgersprechstunde in einer Kirche in der Grafschaft Essex durch Messerstiche eines 25 Jahre alten Somaliers getötet worden. Der Täter wurde sofort von der Polizei festgenommen. Laut „The Times" untersuche die Polizei eine mögliche Verbindung zu Islamisten.

Der Tod von David Amess sei „ein schwerer Schlag für den demokratischen Prozess", twitterte der frühere Ukip-Vorsitzende Nigel Farage. Er sei ermordet worden, „während er seiner Arbeit als Abgeordneter nachging".

KeirStarmer, Vorsitzender der mit den Konservativen konkurrierenden Labour-Partei, bewertete den Mord als „entsetzlich und zutiefst schockierend".

Die britische Öffentlichkeit reagiert entsetzt auf den mutmaßlich islamistisch motivierten Mord. Sky-Reporter Martin Brunt berichtet laut einer Twitter-Meldung, dass der Somalier zwölf Mal auf den Tory-Politiker eingestochen haben soll. Amess gehörte dem Parlament seit 1983 an. Er hinterlässt eine Frau und fünf Kinder.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.n-tv.de/panorama/Kongsberg-Todesopfer-wurden-erstochen-article22872748.html
MONTAG, 18. OKTOBER 2021

Täter warf Pfeil und Bogen weg

Kongsberg-Todesopfer wurden erstochen

Bei der Gewalttat im norwegischen Kongsberg erregte eine der Waffen des geständigen Täters Aufsehen: Pfeil und Bogen. Nun ist klar: Die Todesopfer wurden mit einem scharfen Gegenstand erstochen. **Die genaue Art des Gegenstand nennen die dänischen Ermittler aus gutem Grund nicht.**

Die fünf Todesopfer des Anschlags im norwegischen Kongsberg sind nicht durch Pfeil und Bogen getötet worden, sondern wurden erstochen. Bei seinen Angriffen habe der Täter "irgendwann Pfeil und Bogen weggeworfen oder verloren", sagte Polizeiinspektor Per Thomas Omholt vor Medienvertretern. Seine Opfer habe er dann mit einem "scharfen Gegenstand" erstochen, darunter auch eine 52-jährige Deutsche.

Der Täter, ein 37-jähriger Däne, hat gestanden, am vergangenen Mittwoch in Kongsberg im Südosten Norwegens fünf Menschen getötet und drei weitere verletzt zu haben. Dabei schoss er unter anderem mit Pfeil und Bogen um sich. Insgesamt hatte er mit Pfeil und Bogen den Angaben zufolge auf mehr als zehn Menschen gezielt.

Laut Omholt hat der Täter seine Opfer offenbar wahllos getötet. In einer Straße habe der 37-jährige Mann dann die fünf Menschen mit zwei Stichwaffen getötet - manche in ihren eigenen vier Wänden, andere draußen im Freien. Um was für Stichwaffen es sich handelte, ließ Omholt offen, um Zeugen nicht zu beeinflussen.

Psychische Probleme im Vordergrund

Nach seinen Angaben gehen die Ermittler inzwischen davon aus, dass der Täter in erster Linie psychische Probleme hat. Die Hypothese, er sei zum Islam konvertiert und habe sich radikalisiert, habe sich hingegen weiter "abgeschwächt".

Unter den fünf Todesopfern der Gewalttat im norwegischen Kongsberg war auch eine Deutsche. "Wir müssen leider bestätigen, dass unter den Opfern eine seit längerem in Norwegen lebende deutsche Staatsangehörige ist", hatte ein Sprecher des Auswärtigen Amts vor wenigen Tagen bestätigt. Weitere Details zu Alter oder Lebensumständen der Frau nannte er nicht. Zuvor hatte die norwegische Polizei mitgeteilt, dass es sich bei den Toten um vier Frauen im Alter von 52, 56, 75 und 78 Jahren sowie einen 75-jährigen Mann handelt.
Quelle: ntv.de, mpe/AFP/dpa

https://www.welt.de/vermischtes/article234767770/Thueringen-Muslim-raeumt-Kirche-aus-und-zerstoert-religioese-Symbole.html

Muslim räumt Kirche aus und zerstört religiöse Symbole

Stand: 11:46 Uhr
Quelle: pa/Ulrich Baumga/Ulrich Baumgarten

Weil sie nicht seiner Weltsicht entsprechen, hat ein Muslim in Thüringen Gegenstände aus einer Kirche geräumt und teilweise beschädigt. Auch ein historisches Kruzifix ist dabei zerstört worden.

Ein aus Afghanistan stammender Mann hat Einrichtungsgegenstände aus der evangelischen Frauenbergkirche im thüringischen Nordhausen entfernt und zum Teil beschädigt. Der 25-jährige Muslim habe für sein Handeln „religiöse Gründe“

angeführt, sagte Pfarrer Klemens Müller am Montag in Nordhausen dem Evangelischen Pressedienst (epd) und bestätigte damit entsprechende Medienberichte.
Der in der vergangenen Woche angerichtete Schaden lässt sich aus Sicht des Pfarrers noch nicht beziffern. Allerdings wiege der ideelle Verlust wohl schwerer. So sei ein Kruzifix zerschlagen worden, das nach der Bombardierung Nordhausens im Zweiten Weltkrieg aus den Trümmern gerettet worden war. Die im 12. Jahrhundert als St. Maria errichtete Frauenbergkirche gilt als das älteste Gotteshaus in der Kreisstadt im Südharz.
Die Kirche sei in der Sommerzeit bis Ende Oktober geöffnet, hieß es. Ob der Gemeindekirchenrat an dieser Tradition festhalte, müsse nun neu entschieden werden. Allerdings gebe es eine Tendenz, das Prinzip des offenen Hauses nicht aufzugeben.
Der Pfarrer geht von einer Einzeltat aus. „Ich hatte nicht den Eindruck, dass der junge Mann sein Tun von Anfang bis Ende logisch durchdacht hatte“, sagte der Geistliche. Zur Rede gestellt sei der Afghane überhaupt nicht aggressiv aufgetreten, habe aber auf seiner Weltsicht beharrt.

epd/laj

https://unser-mitteleuropa.com/oesterreich-erschreckende-zunahme-der-auslaenderkriminalitaet/

Österreich: Erschreckende Zunahme der Ausländerkriminalität

04. 11. 2021

Der Anteil an ausländischen Tätern ist in Relation zur Gesamtkriminalität erschreckend hoch. Weiters zeigt die Statistik, dass die Kriminalitätsrate bei jenen Nationalitäten, die aktuell tausendfach illegal nach Österreich einreisen, ebenfalls alarmierend hoch ist.
Österreich ist offenbar nicht nur ein Eldorado für Sozial- und Wirtschaftsflüchtlinge, sondern auch für viele Kriminelle. **Wie die Zahlen des Innenministeriums beweisen, gab es im Jahr 2020 insgesamt 276.344 ermittelte Tatverdächtigen in Österreich. Davon sind 109.161 ausländischer Herkunft.**
„Das heißt die Fremdenkriminalität hat einen erschreckend hohen Anteil an der Gesamtkriminalität, in der die Fremdenkriminalität sogar inkludiert ist“, analysierte der FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer. **Nicht zu vergessen ist, dass nur jene als Fremde einberechnet werden, die keinen österreichischen Pass haben. Das so viel bedeutet wie, dass der Anteil der bereits eingebürgerten Ausländer in dieser Statistik nicht berücksichtigt wird.**

Regierung unternimmt nichts gegen ungebremsten Einmarsch Illegaler

Die Regierung scheint von dieser erschreckenden Datenlage aber keinesfalls berührt zu sein. Nach wie vor unternimmt die ÖVP-Grüne Koalition nicht ausreichend viel gegen die tausenden Illegalen die jährlich nach Österreich kommen – und das obwohl – diese Gruppe zehn Prozent der Kriminalitätsbelastung ausmachen.

Die meisten Asylanträge werden von Syrern, Afghanen, Marokkanern, Somalis und Irakern gestellt. Von den insgesamt fast 117.000 Personen, wurden 11.533 im Jahr 2020 als Tatverdächtige geführt.

„Wenn man sich diese Daten vor Augen führt, muss dem letzten Toleranzromantiker klar werden, dass illegale Einwanderung und die Sicherheit in Österreich untrennbar miteinander verbunden sind. In Anbetracht der explodierenden Einwanderungszahlen und des zunehmenden Einwanderungsdrucks muss endlich das Asylrecht ausgesetzt und die Grenzen müssen für illegale Einwanderer komplett dicht gemacht werden", forderte Amesbauer und ergänzte: „Das Maß ist voll. Die österreichische Bevölkerung will das nicht mehr und hat das Recht darauf, dass ihre Heimat geschützt wird – und Punkt!"

Dieser Beitrag erschien zuerst auf *ZURZEIT* unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

https://www.n-tv.de/politik/Die-meisten-Schleuser-leben-in-Deutschland-article22922850.html

DONNERSTAG, 11. NOVEMBER 2021

Tausende Migranten sitzen derzeit bei eisigen Temperaturen im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen fest. Wer hat sie dorthin gebracht? Ein vertrauliches Dokument der EU-Kommission nimmt die Identität der Schleuser in den Blick.

Die Mehrzahl der festgenommenen Schleuser, die Migranten aus Belarus bei der Flucht in die Europäische Union unterstützen, lebt angeblich in Deutschland. Das berichtet die "Welt" unter Berufung auf ein internes vertrauliches Dokument der EU-Kommission mit dem Titel "Situationsbericht: Migrations- und Flüchtlingslage".

"Die meisten der berichteten Fälle" betreffen demnach die Festnahme von Fahrern, "die es irregulären Migranten (meistens aus Syrien, aber auch aus Afghanistan, Iran, Irak, Kuwait und Jemen) ermöglichen, in gemieteten Pkw durch Polen nach Deutschland zu gelangen". Meistens seien die Fahrer aus Drittstaaten wie dem Iran, dem Irak, Syrien oder Türkei, "die in Deutschland wohnen", berichtet die "Welt" unter Berufung auf das EU-Dokument.

Unter den festgenommenen Menschenschmugglern seien aber auch Belarussen gewesen, die im Besitz eines polnischen Schengen-Visums waren,

und in den Niederlanden lebende Syrer. Laut Bericht der EU-Kommission gelten Deutschland und Finnland als Hauptziele der Migranten, die sich derzeit an der polnischen EU-Außengrenze befinden.

Belavia fliegt Migranten ab Istanbul

Dem EU-Dokument zufolge transportiere die belarussische Fluggesellschaft Belavia in Zusammenarbeit mit Turkish Airlines auf vier bis sieben Flügen pro Woche Migranten von Istanbul nach Minsk, schreibt die "Welt" weiter. Dabei fänden jeweils 180 Passagiere Platz. Auch die Zahlen irakischer und syrischer Bürger, die über Dubai nach Minsk fliegen, steige an. Die Fly Dubai Airline starte täglich von Dubai nach Minsk. Auch eine syrische private Fluglinie sei laut dem Dokument beteiligt: "Cham Wing Airlines, eine syrische private Fluglinie, führt weiterhin offenbar Charterflüge von Damaskus nach Minsk durch", zitiert die "Welt" aus dem Dokument.

Demnach werde möglicherweise auch bald ein russischer Flughafen wichtig für die Schleuser. Der Flughafen von Pskow könne in der Lage sein, Flüge aus Belarus, der Türkei und Ägypten abzufertigen. Von dort aus könnten die Migranten dann versuchen, ins Baltikum - und damit auf europäischen Boden - zu gelangen.

Im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen sitzen derzeit Tausende Migranten bei eisigen Temperaturen fest. Die EU wirft dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko vor, absichtlich Migranten aus dem Nahen Osten in die EU-Staaten Lettland, Litauen und Polen zu schleusen, um auf diese Weise Vergeltung für Brüsseler Sanktionsbeschlüsse zu üben. Viele der Migranten hoffen offenbar auf Weiterreise nach Deutschland.

Quelle: ntv.de, ino/AFP

https://www.pi-news.net/2021/11/oslo-psychisch-kranker-messerstecher-ruft-allahu-akbar/

Oslo: „Psychisch kranker“ Messerstecher ruft Allahuakbar

11. November 2021

In Oslo hat am Dienstag ein „Mann“ versucht, Mitmenschen auf offener Straße abzustechen. **Er litt unter der (insbesondere unter Moslems weit verbreiteten) Krankheit, Mitmenschen auf offener Straße abzustechen und dabei seinen Gott zu preisen („Allahuakbar“). Wie üblich in solchen Fällen (in Norwegen und in Deutschland), wohnte der Mann bislang vollversorgt in einer Psychiatrie. Und zwar schon seit 2019 „wegen eines ähnlichen Vorfalls“.**

Bis vor zwei Tagen. „Am Montag war er für kurze Zeit beurlaubt worden“, schreibt die NZZ. Diese kurze Zeit war immerhin ausreichend für ihn, sich ein Messer zu besorgen und auf seine Weise erneut missionarisch tätig zu werden.

Wie schon erwähnt scheint diese psychische Krankheit besonders Moslems zu befallen. Ein Gendefekt im Körper kann dabei kaum

die Ursache sein, da die Religion (mithin die Krankheit) ja nicht biologisch vererbt wird. Sie wird in Moscheen gelehrt und findet sich im Koran wieder. Hier müsste also nachgehakt und nachgefragt werden, wie es zum häufigen Terror als Symptom dieser Krankheit kommt. A propos Terror. Den sieht die norwegische Polizei konsequenterweise hier natürlich nicht, wie die NZZ weiter berichtet:

> *Die Polizei hat nach eigenen Angaben keinen Hinweis auf ein Terrormotiv. «Dies ist eine Person, die uns schon vorher bekannt war und eine Geschichte hat», sagte ein Polizeisprecher bei einer Pressekonferenz. «Und auf dieser Grundlage sehen wir keine Hinweise auf eine Terrortat, gleichzeitig schliessen wir nichts aus.»*

Wer solche „Ärzte" hat, braucht sich über die Verbreitung der „Krankheit" nicht zu wundern. Im vorliegenden Falle ist allerdings eine weitere Tat definitiv ausgeschlossen. Wie das geht, steht im NZZ-Artikel.

https://www.pi-news.net/2021/11/syrischer-zug-messerstecher-anhaenger-des-islamischen-staates/

Syrischer Zug-Messerstecher Anhänger des Islamischen Staates

16. November 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | **Es war schon sehr verdächtig, dass bereits einen Tag nach dem Anschlag des syrischen Zug-Messerstechers ein Gutachter der Staatsanwaltschaft im bayerischen Neumarkt per Schnellverfahren eine angebliche „paranoide Schizophrenie" attestierte, weswegen der Moslem „schuldunfähig" sei. Alles nur aufgrund der Aussagen des Attentäters, er sei „krank" und bräuchte „Hilfe".**
Islamistenjäger Irfan Peci analysierte die Polizei-Pressekonferenz kritisch *(im Video oben enthalten)* und kam zu der klaren Feststellung, dass hier eine absolute Farce ablief. Wie von der Staatsmacht gewünscht, soll der Politische Islam aus solchen Anschlägen möglichts herausgehalten werden, wenn es nur irgendwie geht. So wurde dann auch in Neumarkt die Begriffsneuschöpfung geboren, dass wohl kein „islamistisch-terroristischer Motivationshintergrund" vorliege.
Eine Woche nach dem Anschlag berichtete die Neue Zürcher Zeitung, dass der erfahrene Tübinger Gerichtsgutachter Peter Winckler ernsthafte Zweifel an dieser Beurteilung habe. Das Verhalten des Angreifers spräche gegen eine psychische Erkrankung und eine vermeintliche Schuldunfähigkeit des sogenannten „Flüchtlings".
Die Rufe von Abdalrahman A. im Zug „ich bin krank, ich brauche Hilfe!" würden nicht dem Verhalten einer akuten Schizophrenie entsprechen. Zu den eindrücklichsten Eigenheiten akuter

schizophrener Krankheitsbilder gehöre, dass der Patient objektiv völlig bizarre und realitätsferne Dinge äußere, zugleich aber felsenfest von diesen überzeugt sei. Er sei eben nicht in der Lage, den Wahnsinn, den er produziere, als Krankheitssymptomatik einzustufen.

Am Dienstag, zehn Tage nach der Zug-Attacke, fiel das sorgsam aufgebaute Psycho-Kartenhaus dann vollends in sich zusammen. Wie der Spiegel zuerst meldete, seien bei dem syrischen Moslem Propagandavideos der Terror-Organisation Islamischer Staat gefunden worden. Die Generalstaatsanwaltschaft München habe zudem mitgeteilt, dass Inhalte auf dem Facebook-Account des 27-jährigen Moslems ebenfalls in diese Richtung deuten würden.

Der Bericht der Bild-Zeitung zeigt interessanterweise, dass sich Polizisten mittlerweile auf die vielen Messerstecher eingestellt haben, die in den vergangenen Monaten auffällig oft wahllos auf Menschen einstechen. Die Beamten tragen Kettenhemden, die über die Beine reichen, und haben lange Holzlatten, um die Messerstecher auf Distanz zu halten.

Es ist regelrechter Irrsinn, dass der Täter Abdalrahman A. in einem Studentenwohnheim in Passau wohnte. Und das trotz des statistisch weit erhöhten Anteils von sogenannten „Flüchtlingen" in der Kriminalitätsstatistik. Aber man will natürlich keinen Generalverdacht haben. Es sind ja schließlich nicht alle so.

Dieser syrische „Flüchtling" drang im Jahr 2014 nach dem 4000 Kilometer langen Weg über ein halbes Dutzend sichere Drittländer nach Deutschland ein, um vermeintlich Schutz vor „politischer Verfolgung" zu bekommen. Der damals 20-jährige Moslem aus Damaskus nahm unser Gastrecht, unsere Hilfe und unsere finanzielle Unterstützung in Anspruch. Und bekam alles. Obwohl Damaskus in all den sogenannten „Kriegsjahren" eine relativ sichere Stadt war, in der es mit seinen Straßencafes und belebten Märkten ähnlich aussieht wie in München oder Hamburg, wurde er 2016 als „Flüchtling" anerkannt.

Auf halber Zugstrecke zwischen Regensburg und Nürnberg stand der 27-jährige „Schutzsuchende" im Wagen fünf plötzlich auf, zog sein Messer und stach unvermittelt und wuchtig auf den Kopf eines 26-jährigen Fahrgastes ein, verletzte ihn schwer. Danach rammte er sein Klappmesser mit einer Klingenlänge von acht Zentimetern einem 60-jährigen Reisenden in Kopf und Körper. Einen weiteren 60-Jährigen verletzte er ebenfalls. Anschließend ging er in Wagen vier, wo er einem 39-Jährigen in den Körper stach.

Einige Fahrgäste bewaffneten sich. Eine Frau zückte ihr Haarspray. Der Zugführer stellte sich mit einem Feuerlöscher dem Messerstecher entgegen. Andere Passagiere schrieen:

> ***„Da ist ein Messerstecher. Alles nach hinten."***

Manche Reisende wurden in der Panik fast umgerannt. Eine Bundespolizistin, die in Zivil mit dem Zug reiste, setzte einen Notruf ab.

Der Lokführer stoppte den Zug auf dem kleinen Bahnhof von Seubersdorf bei Neumarkt. Dort stürmten Polizisten in Wagen vier, überwältigten den Messerangreifer und nahmen ihn sofort fest. Die Messer-Attacke war beendet.

Die Neue Zürcher Zeitung erwähnt in ihrem Interview mit dem Gerichtsgutachter Winckler, dass sich in den Leserkommentaren unter Medienberichten über den Fall sehr viele Menschen ähnlich kritisch geäußert hätten. Winckler antwortete:

> ***„Zu Recht. Wenn beispielsweise jemand, dem in einem forensischen Kontext womöglich eine Strafe droht, seinem Gutachter erzählt, er habe Halluzinationen, dann muss das misstrauisch machen. Zum Wesen der Halluzination gehört, wie gesagt, dass der Betroffene diese nicht als Halluzination einstufen kann. Für den schizophren Kranken ist eine Stimme, die er hört, unmittelbare Realität. Der sagt nicht «Ich habe Halluzinationen», sondern guckt zur Steckdose und fragt entrüstet: «Warum kommen da Stimmen raus?» Das Gleiche gilt im Prinzip auch für die Mitteilung: «Ich bin krank.»“***

Es gibt auch noch mehr Sachverhalte, die stutzig machten: Einen Tag vor der Attacke soll der Syrer seinen Job verloren haben. Das könnte seine Wut über die seiner Meinung nach womöglich „ungerechte ungläubige Gesellschaft“ erhöht haben, so dass dies zusammen mit der Ideologie des Islamischen Staates den blutigen Anschlag auslöste. In psychiatrischer Behandlung soll Abdalrahman A. jedenfalls nie zuvor gewesen sein. Vielmehr sei er einmal mit einem „kleineren Betrugsdelikt“ polizeilich auffällig geworden.

Äußerst seltsam war auch, dass der Vater des Messerstechers, Mohamad Muhyiddin A., verhaftet wurde. Er lebt in Marl in Nordrhein-Westfalen. Am Abend der Messer-Attacke seines Sohnes rammte ein Sondereinsatzkommando um 21 Uhr die Wohnungstür im siebten Stock des Hochhauses in Marl auf. Wie die Bild-Zeitung beschreibt, splitterte das Holz und im selben Augenblick stürmten schwer bewaffnete Elite-Polizisten mit Maschinenpistolen im Anschlag in die Wohnung. Der Vater wurde noch in der Nacht verhört.

Andere Familienangehörige leben in Thüringen. Auch dort wurden Durchsuchungen vorgenommen.

Der Messerstecher dürfte sich jetzt wohl nicht mehr allzulange in der psychiatrischen Klinik in Regensburg befinden. Dort hatte man sich bestimmt rührend um den armen „psychisch Kranken“ gekümmert, der sicher noch vom vermeintlichen „Krieg“ in Damaskus traumatisiert sei und unsere Hilfe benötige.

Jetzt geht es wohl schnurstracks in die Untersuchungshaft, wo er auch hingehört. Hoffentlich wird nicht noch ein ganz schlauer Gerichtspsychologe beauftragt, irgendein „Traumata“ oder eine „psychische Störung“ bei dem radikal-islamischen Terroristen zu finden. Wenn man es sich so aus Terroristensicht überlegt, wäre das eigentlich eine ganz clevere Vorgehensweise: die Strategen und Attentatsplaner des Islamischen Staates könnten ganz geschickt Attentäter rekrutieren, indem sie ihnen sagen: Führt den Messer-Dschihad aus, greift korankonform Ungläubige an, verbreitet Schrecken und Terror, damit sie eingeschüchtert werden und sich der Herrschaft des Poltischen Islams nicht mehr in den

Weg stellen. Wenn Ihr dabei getötet werdet, dann kommt Ihr ins Paradies zu den 72 Jungfrauen mit ewigen Freuden. Falls Ihr aber verhaftet werdet, erzählt den Ungläubigen, dass Ihr psychisch krank seid und Hilfe braucht. Die naiven Götzendiener glauben das nämlich, kümmern sich um Euch, Ihr kommt in eine psychiatrische Klinik, werdet rundumversorgt und müsst nicht ins Gefängnis.

Die Parallelen zum Fall Würzburg sind unübersehbar: Dort wurde der Attentäter, der auch noch Allahu Akbar beim Töten rief, der unmittelbar nach der Tat von seinem „Beitrag zum Dschihad" sprach und der seiner Mutter per Textnachricht mitteilte, dass er bald ins Paradies käme, was eindeutig für den Terror-Anschlag eines Märtyrers spricht, auch flugs zum „psychisch Kranken" erklärt und mithilfe des besten Strafverteidigers von Würzburg als vermeintlich „schuldunfähig" erklärt. Es scheint übergeordnet ein großes Interesse daran zu bestehen, solche Terror-Anschläge keinesfalls mit dem Politischen Islam in Verbindung zu bringen. Die Motive seitens der derzeit Regierenden sind klar: In der Bevölkerung soll keine negative Stimmung gegenüber „Flüchtlingen" aufkommen, damit die Massenmigration ungestört weiter laufen kann. Zudem soll der Politische Islam nicht weiter in den Fokus der kritischen medialen Berichterstattung kommen, damit keine Unruhe im Volk wegen der zunehmend bedrohlichen Sicherheitslage aufkommt. Angesichts von eintausend akuten radikal-islamischen Gefährdern, denen die Sicherheitsdienste jederzeit einen Terror-Anschlag zutrauen, und mindestens 12.000 bekannten aktiven Sympathisanten aus der salafistischen Szene könnten mehr und mehr Bürger ernste Bedenken bekommen, was letztlich auch der AfD Zuspruch bei Wählern bringen würde. Damit Ruhe im Karton ist, sollen möglichst viele der zahlreichen Attentate in die Psycho-Kiste geschoben werden. Die Rolle der daran beteiligten psychiatrischen „Sachverständigen" kommt auch Irfan Peci bemerkt äußerst seltsam vor, was er in dem Video (oben) darlegt.

Die gesamte Maschinerie aus Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Gutachter hatte im Fall des syrischen Zug-Messerstechers offensichtlich ganz bereitwillig das Psycho-Stöckchen des Attentäters aufgegriffen, weil es geradezu erwünscht ist. Man will aus den bereits beschriebenen Gründen den Politischen Islam möglichst aus solchen Anschlägen heraushalten.

Zum Schluss seien den Ermittlern und psychiatrischen Gutachtern in der Oberpfalz noch die Tipps des Tübinger Gerichtsgutachter Peter Winckler nahegelegt. Im Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung antwortet er auf die wichtige Frage, woran er es erkennen könne, dass jemand schwindelt:

> *„Ein typisches Phänomen, das man nicht willentlich simulieren kann, sind die formalen Denkstörungen, die bei schweren psychiatrischen Krankheitsbildern regelhaft auftreten. Wenn jemand eine ausgeprägte halluzinatorische oder wahnhafte Symptomatik hat, darüber aber stimmig und detailreich berichtet, dann kann das ein Indiz für einen Schwindel sein."*

Die Neue Zürcher Zeitung wollte dann noch wissen, wann bei formalen Denkstörungen ein Krankheitsbild vorliege. Winckler sagt:

> *„Das merken Sie schnell. Solche Menschen sind nicht mehr in der Lage, klare Sätze zu formulieren. Da brechen Gedanken plötzlich ab, oder es geht mitten im Satz plötzlich um etwas ganz anderes. Ein gesundes Gehirn bekommt so etwas gar nicht hin. Als ich noch an der Universität tätig war, haben wir Jura-, Medizin- und Psychologiestudenten Aufnahmen von Patienten mit formalen Denkstörungen vorgespielt und sie dann aufgefordert, diese nachzuahmen. Das hat keiner hinbekommen.“*

Es gilt nun, die weiteren Entwicklungen aufmerksam zu beobachten. Bezeichnend ist, dass den Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 13. November in Deutschland nur die Bild-Zeitung aufgegriffen hatte. Für die linksgrün-orientierten Medien passte diese Meldung ganz offensichtlich nicht ins gewünschte „Framing“.
Auch in diesem Fall hatte Islamistenjäger Irfan Peci mal wieder von Anfang an das richtige Gespür. Sein YouTube-Kanal „Islamistenjäger“ liegt mit derzeit knapp über 9000 Abonnenten noch kurz unter der Fünfstelligkeit. Wer ihn also noch nicht abonniert hat, die klare Empfehlung der Bürgerbewegung Pax Europa: Dieser sachkundige und erstklassige Aufklärer verdient jede Form der Unterstützung.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

https://www.welt.de/politik/deutschland/plus235168402/Clans-Geduldete-Kriminalitaet.html?

Geduldete Kriminalität

Von Alexander Dinger
Redakteur Investigation und Reportage

Wenn Straftäter ohne deutsche Staatsbürgerschaft ihre Identität verschleiern, kann der Staat sie nicht abschieben – trotz Ausweisungsbescheid. Mehrere Fälle zeigen, dass so aus den Kriminellen von damals die Clan-Größen von heute werden. Die Polizeigewerkschaft fordert nun die Reaktivierung einer alten Spezialgruppe.

Verdunkelte Fenster, schusssichere Westen und Spezialkräfte der Polizei: Hinter Panzerglas sitzt Nasser Rammou, 44. Trotz anderer Schreibweise

gehört er zum bekannten Remmo-Clan, der für zahlreiche Verbrechen verantwortlich gemacht wird. Mit ausdruckslosem Gesicht verfolgt er vor dem Landgericht Berlin die Verlesung der Anklage in einem der aktuell größten EncroChat-Verfahren Deutschlands. In dem geknackten Messenger-Dienst organisierten Kriminelle über Jahre ihren Drogen- und Waffenhandel.

Eigentlich aber sollte Rammou gar nicht hier sein, in diesem Gerichtssaal, an jenem Tag Anfang November 2021. Bereits 1996 wurde er ausgewiesen. Doch weil er Deutschland nicht verließ, wurde aus dem Kriminellen von damals eine der bekanntesten Clan-Größen Berlins von heute.

Nasser Rammou ist kein Einzelfall. Ob Ahmad A. „Patron" Miri oder Mahmoud „Elpresidente" Al-Zein – auffällig oft scheitert der Staat daran, notorisch Kriminelle abzuschieben. Immer aus dem gleichen Grund: **Angeblich sind viele Clan-Mitglieder, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, staatenlos. Die Polizeigewerkschaft fordert nun die Wiedereinführung einer speziellen Ermittlungsgruppe, die sich damit befasst, die wahre Identität von Menschen herauszufinden.**

Nasser Rammous Abschiebung scheitert seit 25 Jahren, weil er selbst angibt, staatenlos zu sein, obschon er im Libanon geboren ist. In einem Schreiben der Berliner Ausländerbehörde aus dem Jahr 1996 wird er aufgefordert, das Land zu verlassen. Doch es passierte nichts. Obwohl die Behörde schon damals vorhersagte, was sich mittlerweile bestätigt hat: Rammou ist ein Problem für den Rechtsstaat. „Aufgrund Ihres gesetzwidrigen Verhaltens ist die Überwachung Ihrer Ausreise aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich" , heißt es in dem Dokument, das WELT AM SONNTAG einsehen konnte. Dadurch, so die Begründung, solle verhindert werden, dass er weitere Straftaten begehe. Rammou war wegen Drogenhandels, Beleidigung und Sachbeschädigung verurteilt worden und saß zu jener Zeit im Gefängnis. **Die Berliner Ausländerbehörde kommt schon damals zu dem Schluss, Rammous Verhalten sei „in hohem Maße verantwortungs- und gewissenlos sowie sozialschädlich". Die Beamten attestieren ihm „eine mangelnde Integration in den hiesigen Kulturkreis" sowie „mangelnde Reflexionsmöglichkeit, um das bisherige gezeigte Verhalten zu verändern". Der dreiseitige Brief endet mit den Worten: „Ihr gesetzwidriges Verhalten erfordert aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Ihre Ausweisung." Sie habe den Zweck, andere Ausländer vor vergleichbarem rechtswidrigem Verhalten abzuschrecken.**

17 Duldungen

Inzwischen hat Nasser Rammou allerdings die 17. Duldung. Im aktuellen Verfahren geht es wieder um Drogengeschäfte im großen Stil – und den mutmaßlichen Handel mit Kriegswaffen. So sei nun einmal die Rechtslage, erklärt der Sprecher der Berliner Innenverwaltung, Martin Pallgen, die Situation. „Wenn jemand keinen Pass hat und die Staatsangehörigkeit nicht geklärt ist,

wohin wollen Sie die Person dann abschieben?", fragt er. Und weiter: „Welchen Flieger wollen Sie buchen, und in welches Land soll der fliegen?" Das Dilemma lasse sich auf eine Formel bringen: Wenn man abschiebe, brauche man auch einen Staat, der die Person aufnehme.

Staatenlose Personen wie Nasser Rammou, die aufgefordert worden sind, das Land zu verlassen, haben eine Duldung. Diese niedrigste Stufe der Aufenthaltsmöglichkeit verlängert sich regelmäßig, solange ein Abschiebehindernis wie etwa Passlosigkeit weiter besteht. „Die Behörden prüfen regelmäßig, ob sich an der Lage etwas verändert hat. Gibt es keinen Grund mehr, der einer Abschiebung im Wege steht, kann eine Duldung sofort aufgehoben werden", sagt Pallgen.

Dass Rammou kein Einzelfall ist, zeigt auch das Beispiel Ahmad A. Der vielfach vorbestrafte Spross des Miri-Clans erhielt Anfang dieses Jahres bereits seine 27. Duldung – und sitzt aktuell wieder im Gefängnis. A. kam angeblich 1989 mit seinen Eltern aus dem Libanon nach Deutschland. Der Asylantrag von Ahmad A. wurde bereits 1992 abgelehnt – abgeschoben werden konnte er wegen fehlender

Seit einigen Jahren gibt A. an, dass er aus Syrien stamme. Die Behörden kennen von ihm aber mehrere Identitäten, Geburtsjahre und Herkunftsländer. Solange sie nicht klären können, welche stimmt, kann er nicht abgeschoben werden – und weiter in Deutschland Straftaten begehen. Die Akte von Ahmad. A. hat mittlerweile mehr als 20 Eintragungen. Er wurde verurteilt wegen räuberischer Erpressung, Diebstahl und Körperverletzung. In den sozialen Medien inszenierte sich Ahmad „Patron" Miri, wie er sich dort nennt, als Pate der Hauptstadt mit engen Verbindungen ins Rap-Milieu. 2017 nahm er eine Single mit dem Titel „Berlin ist meine Bitch" auf. Mehr Verachtung für den Staat geht kaum.

Spezialgruppe aufgelöst

In Berlin, Hochburg der deutschen Clan-Szene, hat sich früher eine gemeinsame Ermittlungsgruppe (GE) bei der Polizei um die Feststellung von Identitäten gekümmert. Die Einheit war 2000 gegründet worden, um die wahre Herkunft von Straftätern zu ermitteln. Die Arbeit der Einheit war überaus erfolgreich: Sie ermittelten die wahre Identität von 42 Menschen, die dann abgeschoben wurden. Zudem seien 45 Schwerkriminelle durch den Druck, den die Arbeit der GE „Ident" aufbaute, freiwillig ausgereist. Doch 2008 beschloss der damalige Polizeipräsident, die Einheit aufzulösen und sie in einen anderen Bereich zu integrieren. Kritiker sagen, dass ihre Schlagkraft damit verpuffte. Es gibt einige im Sicherheitsapparat, die dieser Einheit hinterhertrauern. Der Sprecher der Gewerkschaft der Polizei, Benjamin Jendro, fordert die Wiedereinführung der GE „Ident". Diese Truppe habe in vielen Fällen die wahre Identität von notorisch Kriminellen ermitteln können. Irgendwann sei ihre Arbeit aber nicht mehr politisch opportun gewesen. Stattdessen

habe man in Berlin auf freiwillige Ausreisen gesetzt. „Wir dürfen jetzt nicht wieder die gleichen Fehler machen", sagt Jendro. Denn bei allen Größen der organisierten Kriminalität sei eine Entwicklung erkennbar. Schwerkriminelle werden nicht erst mit 40 zum Straftäter. „Bei denen, über die wir heute reden, hat sich eine Entwicklung abgezeichnet. Die früheren Intensivtäter sind die Clan-Größen von heute", sagt Jendro. Aber selbst wenn es die Einheit wieder geben sollte, wäre das Problem nicht gelöst. Experten gehen davon aus, dass zwei Drittel der Clan-Mitglieder die deutsche Staatsbürgerschaft haben und nicht ausgewiesen werden können. Das bekannteste Beispiel ist die Clan-Größe Arafat Abou-Chaker, der wie viele seiner Verwandten in Deutschland geboren ist.

Manchmal immerhin führt der Druck, den Behörden jahrelang aufbauen, zum Erfolg. So wie im Fall von Mahmoud „Elpresidente" Al-Zein, der 1983 als angeblich staatenloser Kurde nach Deutschland eingereist war. Die Behörden glaubten hingegen, dass er die libanesische und türkische Staatsbürgerschaft besitzt. Nach der Ablehnung seines Asylantrags 1984 wurde er wegen Passlosigkeit geduldet.

An der Aufklärung seiner Identität hatte er nie Interesse. Al-Zein wurde fast 70-mal als Tatverdächtiger erfasst, zwölfmal verurteilt, saß mehrere Jahre im Gefängnis. Immer wieder spielte er bewusst mit dem Image als Clan-Boss. Vergangenes Jahr veröffentlichte er sogar ein Buch. Titel: „Der Pate von Berlin". Anfang des Jahres verließ er die Bundesrepublik, freiwillig.

https://www.pi-news.net/2021/11/hamburg-nach-gruppenvergewaltigung-bleiben-12-tatverdaechtige-auf-freiem-fuss/

Hamburg: Nach Gruppenvergewaltigung bleiben 12 Tatverdächtige auf freiem Fuß

4. November

Zwölf junge Männer haben im September 2020 im Hamburger Stadtpark eine 15-Jährige vergewaltigt. Zu den Tätern gehören zwei 21-jährige Schwarze, die von der Bild-Zeitung als "Hamburger" bezeichnet werden.

Von MANFRED W. BLACK | Vor etwa einem Jahr haben zwölf „junge Männer" – der jüngste ist 17, die ältesten sind 21 Jahre alt – im Hamburger Stadtpark ein 15-jähriges Mädchen vergewaltigt. Zweieinhalb Stunden lang.

Rund 14 Monate hat das Hamburger Landeskriminalamt intensiv ermittelt. Es wurden auch Wohnungen durchsucht und Handys beschlagnahmt. Jetzt hat sich herausgestellt, dass die zuständige Hamburger Staatsanwaltschaft bisher nur einen einzigen Haftbefehl ausgestellt hat; dieser Verdächtige ist aber nach kurzer U-Haft wieder auf freien Fuß gesetzt worden.
Mehr noch: Offenbar sind die meisten der jugendlichen Täter – auch wegen völlig obskurer neuer EU-Richtlinien für Heranwachsende – nicht einmal vernommen worden. Alle Täter laufen frei herum. Darunter sind zwei sogenannte Intensivtäter.

Unheilvolle Rolle von EU-Richtlinien

Ein Gerichtstermin liegt in weiter Ferne. Obwohl die Beweislage gegen die mutmaßlichen Vergewaltiger offenbar erdrückend ist. Eine Sprecherin der Hamburger Staatsanwaltschaft erklärte zum aktuellen Stand der Ermittlungen jetzt: „Wir prüfen nun, ob und weswegen wir Anklage erheben." Die Bild-Zeitung kommentiert das Statement mit einem Wort: „Unfassbar!"
Einige Medien – wie der Focus, der NDR und t-online – berichten zwar über die aktuelle Erklärung der Staatsanwaltschaft, sie verschweigen aber die ethnische Zugehörigkeit der Verdächtigen. **Nach Erkenntnissen der AfD sind mindestens zehn der mutmaßlichen Vergewaltiger Migranten.**

Was geschah vor einem Jahr?

Die Stadtpark-Anlagen in der Hansestadt umfassen ein riesiges Gelände mit großen Wiesen und größeren Waldarealen. In diesem Stadtpark, „der Leib und Seele gesund macht" (NDR), hatte das vergewaltigte Mädchen mit Freunden und Bekannten einen Geburtstag gefeiert, später jedoch den Anschluss an die Gruppe verloren. Deswegen irrte die Minderjährige allein durch die Parks. Da stieß sie auf eine Gruppe junger Männer im Alter von 17 bis 21 Jahren. Diese Männer erkannten offenbar schnell den hilflosen Zustand des Mädchens, sie zogen das Opfer ins Gebüsch und missbrauchten es nacheinander mehrere Male.
Bevor die Männer flüchteten, sollen sie das Mädchen auch noch ausgeraubt haben. So wurde ihr Handy, ihre Monatskarte und ihr Portemonnaie gestohlen. Die mutmaßlichen Täter sollen mit großer Chuzpe sogar direkt nach den Vergewaltigungen versucht haben, das Diebesgut noch im Stadtpark zu verkaufen.

Beteiligt waren zwei Schwarze, ein Pole und acht weitere Migranten

Die Polizei-Ermittler haben zwölf Tatverdächtige ermitteln können, darunter sind auch zwei Zwillingsbrüder. Zu den mutmaßlichen Tätern gehören zwei 21-jährige Schwarze, die von der Bild-Zeitung als Hamburger bezeichnet werden. Einer der Schwarzen heißt James M., angeblich ein Azubi. Der Pole Arsen K. (19) soll die Taten auch gefilmt haben.
Weitere mutmaßliche Vergewaltiger heißen einer Meldung des Hamburger Abendblattes zufolge: Amirhossein N. (17), Hasan A. (20) und Arvin A. (20). Sie sollen das Mädchen in einer ersten

Phase missbraucht haben. Dann sind Ahmed F. (21), Djulian A. (19) und Tom M. (20) herbei telefoniert worden, sie haben sich in einer zweiten Phase an der Minderjährigen vergangen.
Nach Informationen der Bild-Redaktion haben Ermittler des LKAs neun fremde DNA-Spuren am Körper der 15-Jährigen festgestellt, die den Verdächtigen zuzuweisen sind.
Krude Erklärungen der Justiz
Trotzdem hat die zuständige Oberstaatsanwältin Liddy Oechtering erklärt, es fehle bisher ein dringender Tatverdacht beziehungsweise ein anderer Haftgrund wie etwa Flucht- oder Verdunkelungsgefahr. Der Gerichtssprecher Kai Wantzen meint vielsagend dazu: Generell unterliege „die Untersuchungshaft bei Jugendlichen besonders strengen Anforderungen".
Nach Ansicht der Hamburger Staatsanwaltschaft, die der umstrittenen grünen Justizsenatorin Anna Gallina untersteht, sagen DNA-Spuren noch nichts über eine mögliche Schuld eines Verdächtigen aus.
EU-Richtlinien: Vernehmungen von „Heranwachsenden" oft unmöglich
Dass bisher nach Informationen des Hamburger Abendblattes fast alle der Beschuldigten nicht einmal von der Polizei vernommen worden sind, ist offenbar nicht zuletzt auf das Europäische Parlament zurückzuführen, das 2019 mit Mehrheit eine „Kinder-Richtlinie" verabschiedet hat.
Diese Richtlinie besagt, dass Polizisten Jugendliche und Heranwachsende nicht befragen dürfen, ohne dass ein Verteidiger dabei ist. Das gilt aberwitziger Weise sogar für solche Fälle, dass Aussagen die Betroffenen entlasten würden.
Das Problem: Die Bestellung eines Pflichtverteidigers ist zeitintensiv, da die Staatsanwaltschaft sowie das zuständige Gericht eingeschaltet werden müssen und dem Verteidiger zunächst Akteneinsicht zu gewähren ist. So werden Ermittlungen auf „kriminelle" Weise von jungen Tatverdächtigen – und ihren potentiellen Verteidigern – gern verschleppt.
„Im Namen des Volkes"?
Der Richter Thorsten Schleif (Amtsgericht Dinslaken), der 2019 das Buch „Ein Richter deckt auf, warum unsere Justiz versagt" veröffentlicht hat, kritisierte die Entscheidungen seiner Hamburger Kollegen, formulierte seine Kritik aber doch eher vorsichtig: „Sollte die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Vergewaltigung erheben, muss sie sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht gegen alle zwölf einen Haftbefehl beantragt zu haben."
Theoretisch sollen Richter und Staatsanwälte ihre Arbeit „im Namen des Volkes" verrichten. In der Praxis arbeiten große Teile der Justiz heutzutage freilich eher auf der Basis ihrer individuellen, ausgeprägt linkslastigen Rechtsphilosophie. Diese „progressive" Rechts-Ideologie, die von Institutionen der EU noch erheblich gestärkt wird, hat viel Verständnis für die Täter – insbesondere dann, wenn es sich um Migranten handelt.

Die Interessen der Opfer bleiben dagegen allzu oft auf der Strecke. Ein „Rechtsstaat" entwickelt sich so zu einem Unrechtsstaat.

https://www.focus.de/panorama/welt/in-dueren-razzia-gegen-islamisten-clique-eduard-k-scharrte-neue-dschihad-generation-um-sich_id_24378571.html

"Neue Dschihad-Generation entsteht"Im Wald übten Eduard K. (22) und seine jungen Eiferer schon den "heiligen Krieg"

FOCUS-Online-Reporter Axel Spilcker

Samstag, 30.10.2021, 18:51

Das Schaubild in den Räumen des Staatsschutzes der Kölner Polizei glich einem Stern. Über ein Jahr lang hatten die Ermittler im Präsidium alle brisanten Kontakte einer Islamisten-Gruppe aus Düren zur gewaltbereiten Extremistenszene in Deutschland und halb Westeuropa zusammengetragen.

Die Verbindungslinien zu Dschihadisten in zahlreichen anderen Bundesländern erinnerten an einen großen Himmelskörper. Die aufwändigen Nachforschungen der Ermittlungsgruppe (EG) „Stern" förderten ein besorgniserregendes Bild zu Tage.

Nach FOCUS-Online-Informationen hatte sich in Düren offenbar eine militante Szene radikal-islamischer Salafisten rund um den 22-jährigen Konvertiten Eduard K. gebildet. Die siebenköpfige Kerntruppe junger Eiferer trainierte für den Kampf gegen die Ungläubigen (Kuffar). Observationsteams beobachteten die mutmaßlichen Sympathisanten der Terror-Miliz „Islamischer Staat" (IS) bei zwei Übungen in einem Waldstück bei Düren.

Trainingsanleitungen aus IS-Anschlagsvideos

Gezielt warfen die jungen Männer Ende November 2020 Äxte in Bäume oder maßen sich im Messerkampf. Die Trainingsanleitungen sollen aus IS-Anschlagsvideos stammen. Kilometerlange Märsche und das Übernachten in der kalten Wildnis standen ebenfalls auf dem Programm. Beinahe täglich trafen sich die Verdächtigen im Alter zwischen 16 und 22 in einer Garage in Düren.

Neben Box- und Schießtraining mit einer Schreckschusspistole legten die Salafisten ihren Teppich aus, um zu beten. Anschließend schwärmte die Radikalen-Riege über den „Heiligen Krieg gegen die Kuffar". Dort soll der islamistische Gefährder Eduard K. das Leben in einem Kalifat nach der Sharia (islamische Gesetzessammlung), angepriesen haben. Ahnungslos, dass heimlich installierte Kameras und Mikrofone alles aufnahmen, spielte man Hardcore-Nasheeds (islamische Gesänge) über den Dschihad ab.

Razzia in Niedersachsen und NRW

Am Donnerstagmorgen schlug die EG „Stern" im Auftrag der landesweiten Schwerpunktabteilung gegen Terrorismus der Düsseldorfer Generalstaatsanwaltschaft zu. 330 Polizeibeamte durchsuchten Objekte in Düren, gleichzeitig durchleuchteten niedersächsische Kollegen die Räume zweier einschlägig bekannter Extremisten in Salzgitter. Auf Grund von Querverbindungen zur Dürener Zelle seien „Mobiltelefone und Datenträger sichergestellt worden", teilte ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Celle mit.

Gegen die Beschuldigten aus NRW und Niedersachsen ermitteln die Strafverfolger wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Bei einem der Beschuldigten fand sich ein Live-Video über das Training mit der Axt auf seinem Handy.

Neue Dschihad-Generation

Der Fall belegt aus Sicht des Leitenden Kölner Kriminaldirektors Klaus-Stephan Becker einmal mehr, „dass derzeit eine neue Dschihad-Generation hierzulande entsteht." Mit Blick auf die Razzia in Düren oder den geplanten Anschlag durch einen 16-jährige Syrer in Hagen konstatiert Becker, „dass die Akteure immer jünger werden, die Szene hat kein Nachwuchsproblem".

Zudem hätten Erfolge der Taliban in Afghanistan die Szene geradezu aufgestachelt. Ähnlich wie bei der Migrationswelle 2015 aus Syrien und dem Irak fürchtet der Kölner Kripo-Chef, dass Terroristen über den neuerlichen Flüchtlingsstrom vom Hindukusch unentdeckt nach Deutschland einsickern könnten. „Das islamistische Terrorisiko ist noch nicht vorbei", betont Becker. Zumal die Nachforschungen der Kölner Polizei gegen die Dürener Gruppe ein riesiges Islamisten-Netzwerk enthüllten, in dem zahlreiche Protagonisten unter Terrorverdacht stehen.

Islamisten-Netzwerk

Die Geschichte begann im Jahr 2019. Seinerzeit hatte die Kölner Polizei vier Verdächtige aus Düren im Zuge der Gefahrenabwehr für zwei Wochen im Langzeitgewahrsam festgesetzt. Zwei von ihnen arbeiteten seinerzeit auf einer Baustelle in der Kölner City. Belauschte Telefonate legten den Verdacht nahe, dass man ein Attentat in der Innenstadt beabsichtigte. So gab es Treffen mit einer hessischen Extremisten-Truppe, die einen Autobombenanschlag geplant haben soll. Die Staatsschützer fürchteten, dass die Kölner Lichter oder der Christopher Street Day das Ziel sein könnten.

Zu den festgesetzten Islamisten aus Düren zählte auch Eduard K. Nachdem die Vier wieder freikamen, weil sich der Verdacht nicht erhärten ließ, avancierte der deutsche Konvertit in Düren zu einer charismatischen Figur. Mit 17 auf dem Gymnasium zum Islam übergetreten, spielte er den Erkenntnissen zufolge Ende 2019/Anfang 2020 eine führende Rolle, neue Anhänger zu gewinnen. Alarmiert stellte der Aachener Staatschutz fest, dass der Kreis um K. bis zum Frühling 2020 etwa 30 Jugendliche und junge Männer mit der Salafisten-Ideologie indoktrinierte. Der jüngste Rekrut war gerade einmal 15 Jahre alt.

Deutscher Konvertit Eduard K.

Eduard K. gerierte sich als Experte in islamischen Glaubensfragen, parlierte die Koran-Suren auf arabisch und setzte zu Hause ein erzreaktionäres Regiment durch. Seine Frau durfte nur vollverschleiert aus dem Haus, schuldete ihm unbedingten Gehorsam. Selbst, wenn es die Fenster zu putzen galt, musste sie Handschuhe tragen, damit niemand von außen ihre Haut sehen konnte.

Auch knüpfte die Dürener Zelle zahlreiche Beziehungen zum Who is Who der westeuropäischen islamisch-terroristischen Garde: Zur tadschikischen Terror-Connection Takim etwa, deren Mitglieder sich derzeit vor dem Düsseldorfer Staatsschutzsenat wegen einem Mordversuch gegen einen Islam-Kritiker oder Anschlagspläne mit Drohnenbomben auf US-Militärstützpunkte verantworten müssen.

Hochbrisanter Islamisten-Zirkel

Bereits im Sommer 2020 exerzierten Mitglieder der Dürener Gruppe mit islamistischen Gefährdern aus dem Raum Braunschweig/Salzgitter Messerattacken. Auch hier führt die Spur in einen hochbrisanten Zirkel: Einer der niedersächsischen Protagonisten stand fünf Jahre zuvor im Mittelpunkt von Terrorwarnungen, die zur Absage des Länderspiels gegen die Niederlande in Hannover führte. Die Linien auf dem Schaubild des gewaltbereiten Netzwerks nahmen zu.

Bei den Nachforschungen gegen die Dürener Verdächtigen nutzten die Kölner Ermittler alle verdeckten Maßnahmen, die Richter möglich machten: Telefone wurden angezapft, Autos und Wohnungen verwanzt, Überwachungskameras installiert und die regen Reisebewegungen auch über internationale Grenzen hinweg beobachtet.

Dabei registrierten die Ermittler Verbindungen zu den militanten Milieus in Hamburg, Berlin, Ludwigshafen oder nach Ostdeutschland. Stets kamen die Dürener mit bekannten Dschihadistenzusammen. So etwa mit hessischen Radikalen, die im Verdacht standen, das Radrennen rund um den Henniger Turm für ihre Attacken zu benutzen.

Salafisten-Community

Oft ging es ins Ausland: Zur Extremistenszene nach Brüssel, Lüttich oder ins belgische Verviers, nach Wien, Graz oder zur berüchtigten Salafisten-Community ins schweizerische Winterthur.

Im Oktober 2020 stellte sich hoher Besuch aus der Alpenrepublik ein. Mit einem weiteren Mitstreiter kam der eidgenössische Besar D. zu den „Brüdern" nach Düren. Bis heute wissen die rheinischen Strafverfolger nicht, was den Islamisten in den Aachener Raum führte.

Fakt ist, dass der Besucher in das Wiener Attentat vom 2. November mit vier Toten und 22 Verletzten involviert sein soll und kurz nach dem Terrorakt in Haft ging.

Dürener Fall

Längst wurde der Dürener Fall im bundesweiten Gemeinsamen Terrorzentrum (GTAZ) in Berlin behandelt. Seit dem Versagen der Sicherheitsbehörden im Fall des Berliner Attentäters Anis Amri reagiert die deutsche Terrorabwehr besonders sensibel, wenn es um die Aufklärung einer derart gut vernetzten Islamisten-Clique ging, die immer wieder vom IS und dem Dschihad schwärmte.

Im Frühjahr 2021 sprachen die GTAZ-Experten noch von einem Top-Fall. Dann aber tat sich nichts Nennenswertes mehr. Die Kampfübungen wurden eingestellt, man verhielt sich auffällig ruhig. Somit ist noch unklar, ob die Dürener Beschuldigten bereits konkrete Anschlagspläne verfolgten. Durch die Razzia und die Auswertung beschlagnahmter Handys und Datenträger erhoffen sich die Behörden nun Antworten.

FOCUS-Online-Interview mit Herbert Reul

Im Interview mit FOCUS Online äußert sich NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) zu der Razzia in Düren.

Herbert Reul (CDU) Innenminister von Nordrhein-Westfalen, äußert sich auf einer Pressekonferenz.

Oliver Berg/dpa Herbert Reul (CDU) Innenminister von Nordrhein-Westfalen, äußert sich auf einer Pressekonferenz.

FOCUS Online: Herr Minister Reul, wie schätzen Sie die Razzia gegen die Dürener Islamistengruppierung ein ?

Herbert Reul: Da muss man vorsichtig sein, da die Ermittlungen in diesem Fall noch laufen. Klar ist, dass die Anschlagsgefahr in Deutschland und in NRW unverändert groß ist. Der Fall in Düren zeigt, dass man diese Szene sehr ernst nehmen muss. Wenn da Menschen unterwegs waren, die eine Islamisten-Gruppe gebildet und Kampftrainings durchgeführt haben, die diverse Kontakte ins islamistisch-terroristische Spektrum innerhalb Deutschlands und im Ausland hatten, dann ist das schon besorgniserregend.

Und auch, wenn wir am Ende keine konkreten Hinweise auf einen geplanten Anschlag finden sollten, dann war es trotzdem gut, dass der polizeiliche Staatsschutz eingeschritten ist. Wir handeln bevor es zu spät und sind hier äußerst wachsam.

Derzeit wird meist über die Terrorgefahr durch Rechts- und Linksextremisten gesprochen, ist darüber die gewaltbereite Islamisten-Szene in Vergessenheit geraten?

Reul: Für uns stellen alle drei Felder ernstzunehmende Bedrohungen dar. Zwar ist die Zahl militanter Linksextremisten nicht ganz so groß, aber die Qualität ist ernst zu nehmen. Bei den Rechtsextremisten stellen wir eine deutliche Zunahme gerade unter jungen gewaltbereiten Männern fest, beim Islamismus handelt es sich oft um gefährliche Einzeltäter; nicht selten haben sie sich im Internet radikalisiert.

Der Hagener Fall, bei dem ein 16-jähriger Jugendlicher einen Sprengstoffanschlag auf die örtliche Synagoge verüben wollte, ist das Muster schlechthin. Der Tatverdächtige wurde über soziale Netzwerke von einem Mentor in den Bau einer Bombe eingewiesen. Wir können froh sein, dass unsere Sicherheitsbehörden sorgfältig aufpassen, und uns auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten hilft, geplante Attentate zu verhindern. Deshalb ist diesmal zum Glück nichts passiert, aber ich will auch nicht verschweigen, dass jederzeit etwas geschehen könnte.
"Manchmal auch ein Stück Zufall"
Dass die Behörden den Hagener Anschlagsplaner verhindert haben, war reiner Zufall muss einem dies nicht zu denken geben?
Reul: Mittlerweile ist es recht einfach, sich mit ein paar Klicks eine Anleitung zum Bau eines Sprengkörpers aus dem Netz herunterzuladen. In diesem Fall war es ja auch so, dass der Beschuldigte keine Probleme hatte, einen Experten aus dem Ausland zu finden, der ihn in der Herstellung unterrichtet hat.
Das ist sicher manchmal auch ein Stück Zufall, dass die hiesigen Behörden darauf aufmerksam werden und eingreifen. Gleichzeitig profitieren wir immer wieder von der ausgezeichneten Zusammenarbeit aller Akteure; man ist im ständigen Austausch, das hilft ungemein. Am Ende kann man die Vorbereitung solcher Taten angesichts der Flut der Chats und Bewegungen im Netz allerdings nicht völlig unterbinden.

https://www.pi-news.net/2021/10/tagesthemen-gluecklicher-fluechtling-nach-boesem-push-back/

Tagesthemen: Glücklicher Flüchtling nach bösem Push-Back

23. Oktober 2021

Ausgehend von einem Symbolbild – oder besser gesagt Propagandabild – an der polnischen Grenze widmeten sich die Tagesthemen am Freitag (ab Minute 22:19) den so genannten „Push-Backs". Sie besagen, dass in ein Land drängende illegale Einwanderer von den Verteidigern wieder zurückgedrängt werden. Und dies, obwohl sie laut Tagesthemen-Moderatorin Caren Miosga „eigentlich das verbriefte Recht haben, in Polen um Asyl zu bitten".
Wie böse das Verteidigen der eigenen Grenzen („insbesondere Kroatien und Griechenland") ist und das Zurückdrängen derjenigen, die sie gewaltsam überwinden wollen (wie gerade an der polnischen Grenze), erklärte die Propagandaschau anschließend mit Bezug auf eine „Flüchtlingsgruppe, die aus dem Irak nach Griechenland gelangte und dort einen Albtraum erlebte."

Die „Flüchtlinge“ wären am westlichen Peloponnes [also nach einer Fahrt von etlichen hundert Kilometern!! Anmerkung PI-NEWS] an Land gegangen. Sie waren gerade auf dem Weg aus der Türkei in die EU und hatten dann vor der Küste einen Motorschaden gehabt, so die Tagesthemen. Dorfbewohner hätten die Flüchtenden mit Essen und trockener Kleidung versorgt, doch kurz darauf waren sie dann plötzlich verschwunden. Ein Fall für die Deutschen.
Sie recherchierten vor Ort folgende Horrorgeschichte: Heimlich wären die „Flüchtlinge“ auf ein Schlauchboot gesetzt worden, das vier Tage und Nächte lang mit einem Strick durchs Wasser gezogen wurde, bis ein „großes Schiff“ die Insassen aufnahm. Das brachte sie zusammen mit anderen dorthin zurück, von wo sie gekommen waren, also Richtung sichere Türkei. Vor der Küste dort wurden sie wieder in Schlauchboote gesetzt und mussten zurückfahren. Die Handys hatte man ihnen abgenommen.
Hauptzeuge dieser Horrorgeschichte ist Lazo Muhamad Hasan (Minute 24:29), der nun wieder in Erbil sei. Erbil? Das war ja der Ausgangspunkt von Lazo Hasans „Flucht“ gewesen. Wie verfolgt er dort war und ist, lässt sich an seinem Gruß aus der Stadt erkennen. Mit fröhlicher Miene lacht er in die Kamera, die in einem durchaus angenehmen Zimmer aufgebaut ist. Ganz so verfolgt scheint er in Erbil im Nordirak dann doch nicht zu sein. Und sehr schlecht scheint es ihm dort auch nicht zu gehen.
Lazo Muhamad Hasan: zurück am Ausgangspunkt seiner „Flucht“ in Erbil

https://www.pi-news.net/2021/10/die-psychiatrisierung-des-pfeil-und-bogen-terroristen-in-norwegen/

Die Psychiatrisierung des Pfeil und Bogen-Terroristen in Norwegen

23. Oktober 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der dänische Islam-Konvertit Espen Andersen Bråthen lief am 13. Oktober mit Pfeil und Bogen sowie Messern bewaffnet durch die norwegische Kleinstadt Kongsberg, 80 km südwestlich von Oslo (PI-NEWS berichtete).

Kurz nach 18 Uhr begann er mit seinen Pfeilattacken auf Passanten. Menschen liefen in Panik, um ihr Leben fürchtend, laut schreiend umher. Eine Polizeistreife der 28.000 Einwohner zählenden Kleinstadt stellte den Terroristen bereits sechs Minuten später. Zu dem Zeitpunkt war noch kein Opfer tödlich verletzt. Der Moslem schoss mit seinen Pfeilen auf die Polizisten. Aber da in Norwegen die Polizei unbewaffnet auf Streife ist, mussten sich die Beamten erst zurückziehen, Schutzwesten anlegen und Pistolen

aus den in den Einsatzfahrzeugen abgeschlossenen Tresoren holen, bevor sie wieder eingreifen konnten.
In der Zwischenzeit konnte der Attentäter unbehelligt fünf Menschen töten und drei verletzen, zwei davon schwer. Ein Polizist, der in zivil in einem Supermarkt einkaufen war, wurde von einem Pfeil in den Rücken getroffen, der neun Zentimeter in seine Schulter eindrang. Er lief damit auf die Straße und rief laut, um die Menschen in der Nähe zu warnen.
Eine halbe Stunde, nachdem der Moslem begonnen hatte, durch das Zentrum von Kongsberg zu ziehen und an fünf Orten Menschen zu attackieren, wurde er von der zurückgekehrten und endlich bewaffneten Polizeistreife festgenommen.
Mittlerweile haben die Ermittlungen ergeben, dass der Täter bei seinen Angriffen irgendwann Pfeil und Bogen weggeworfen oder verloren habe. Zuvor habe er mit seinen Pfeilen insgesamt auf mehr als zehn Menschen geschossen. Die fünf Getöteten wurden mit zwei verschiedenen scharfen Gegenständen erstochen. Einige habe der Terrorist auf der Straße getötet, andere bis in ihre Wohnungen verfolgt.
Vier der fünf Toten sind Frauen. Eine davon kommt aus Deutschland: Andrea Meyer wurde in Hamburg geboren, lebte aber schon seit vielen Jahren in Norwegen. Früher war sie mit einem norwegischen Metal-Star verheiratet.
GunMarith Madsen, 78 Jahre alt, war Künstlerin und hatte in ganz Norwegen zahlreiche Ausstellungen. Auch die 56-jährige Hanne MeretheEnglund war Künstlerin und im ganzen Ort bekannt. Sie besaß eine Galerie, arbeitete mit Keramik und gab hinter ihrem Haus große fröhliche Sommerfeste.
Gunnar ErlingSauve und Liv Borge, beide 75 Jahre alt, waren ein Paar. Sie hatten sich erst vor wenigen Jahren kennengelernt und genossen ihr spätes Liebesglück. Sie machten gerne große Reisen und genossen ihr Leben als verliebte Rentner. Jetzt sind sie alle tot.
Der 37-jährige Täter ist Sohn einer Dänin und eines Norwegers. Laut eigener Aussage konvertierte er vor Jahren zum Islam. In einem Video aus dem Jahr 2017 sprach er bereits eine deutliche Warnung aus:

> ***„Ich bin ein Bote. Ich komme mit einer Warnung. Ist es das wirklich, was Ihr wollt? Und an alle, die es sich gut machen wollen: Es ist soweit. Seid Zeuge, dass ich Moslem bin."***

Deutlicher kann man kaum warnen. Die Polizei teilte einen Tag nach dem Attentat mit, sie habe mehrere Warnungen erhalten, dass sich Espen Andersen Bråthen im Lauf der Jahre radikalisiert habe. Die Polizei bestätigte auch, dass er ein moslemischer Konvertit ist. Ein Freund von Bråthen warnte die Polizei bereits 2017 vor dem Terroristen, den er als „tickende Zeitbombe" einschätze. Er sagte der Polizei:

> ***„Ich hoffe wirklich, dass ihr aufpasst, bevor Leben verloren geht."***

Diese eindringliche Warnung wurde offensichtlich von der Polizei nicht richtig ernst genommen. Wie so oft, wenn es um den Islam geht.
Seit 2020 durfte sich der Moslem seiner Familie nicht mehr nähern, die wegen Morddrohungen eine einstweilige Verfügung gegen ihn erwirkt hatte. Der Islam-Konvertit wollte zwei seiner Verwandten umbringen, darunter seinen Vater.
Aber jetzt beginnt auch bei diesem Fall in Norwegen das, was nach den meisten Terror-Anschlägen durch Islamisten abläuft: Der Versuch, vom Politischen Islam als Tatmotiv abzulenken und das Ganze alleine auf eine psychische Störung zu schieben. Schließlich soll ja in der Öffentlichkeit keine negative Grundstimmung gegenüber dem Islam erzeugt werden, denn das würde ja „Vorurteile" schüren und noch dazu den „rechten" Parteien Wasser auf die Mühlen geben. Das gleiche Vorgehen wie jetzt auch bei dem somalischen Messermörder von Würzburg.
Der Tagesspiegel meldet sogleich freudig:

> ***„Die Hypothese, er sei zum Islam konvertiert und habe sich radikalisiert, habe sich hingegen weiter abgeschwächt."***

Bei einer Pressekonferenz drei Tage nach dem Attentat verkündete Polizeiinspektor Per Thomas Omholt, dass es „Hinweise" gebe, dass der Verdächtige „nicht wirklich zum Islam konvertiert sei". „Neuere Erkenntnisse" würden den selbsterklärten Übertritt von Espen Andersen Bråthen „immer weniger glaubwürdig" erscheinen. Der 37-jährige Däne habe sich „nicht an die in dieser Kultur und Religion üblichen Traditionen" gehalten.
Wie die Polizei das wohl herausgefunden hat? Vielleicht haben die Beamten den Konvertiten ja gefragt, ob er fünf mal am Tag bete, kein Schweinefleisch esse, keinen Alkohol trinke, nur halal-geschächtetes Fleisch verzehre, nach dem Aufwachen seine Hände immer drei Mal reinige, die Toilette immer mit dem linken Fuß zuerst betrete, dabei bete „Ich suche Zuflucht bei Allah vor dem verfluchten Satan", auf der Toilette in Richtung Mekka sitze, sich dabei nur mit der linken Hand reinige und die Toilette nur mit dem rechten Fuß verlasse.
Vielleicht fragten sie ihn ja auch, ob er der Meinung sei, dass Hunde unreine Tiere seien, er sich niemals einen Hund als Haustier halten würde und ob er auch der Meinung sei, dass ein schwarzer Hund der Teufel sei. Vielleicht meinen die Polizisten ja, wenn er all diese „in dieser Kultur und Religion üblichen Traditionen" nicht bestätigen oder durchführen würde, er gar kein richtiger Moslem sein dürfte.
Ganz seltsam ist aber die Mitteilung der Polizei, dass der Täter „aufgrund seines Gesundheitszustandes noch nicht vernehmungsfähig" sei. Wie also kommt die Polizei in Norwegen darauf, dass er „kein richtigerMoslem" sei und der Politische Islam nicht sein Tatmotiv unterstützte?

Andererseits wird gemeldet, dass er die faktischen Vorfälle bestätigt habe, aber keine Strafschuld erkenne. Also scheint ja bereits schon eine Vernehmung abgelaufen zu sein. Fragen über Fragen in einem äußerst merkwürdigen Verfahren.
Dass Espen Andersen Bråthen kein normal tickender Mensch ist und dass er psychische Probleme hat, dürfte aufgrund seiner Lebensweise unstrittig sein. Aber vielleicht fand er ja im Islam etwas, das ihn in seinen Psychosen bestärkte. Er konnte sich damit möglicherweise als angeblich verfolgter Außenseiter fühlen, der daher auch die Berechtigung habe, sich dafür zu rächen. Ein Opfer der scheinbar ungerechten Umwelt. Um dann mit den Dschihad-Koranbefehlen wie „Tötet die Ungläubigen, wo immer Ihr sie findet" auf Jagd auf die aus seiner Sicht bösen Menschen gehen und so seinen Frust ablassen zu können.
Genau so klingt auch seine Video-Botschaft aus dem Jahr 2017. Ein völlig frustrierter Mensch mit Psychosen auf Rachefeldzug. Ausgestattet mit dem Rüstzeug des Politischen Islams. Dass er dann bei seinem Rachefeldzug mit Pfeil und Bogen unterwegs war, ist auch kein Zufall.
Der Islamistenjäger Irfan Peci, der selber in seiner Jugendzeit ein radikaler Moslem war, der dschihadistische Botschaften verbreitete, informiert in seinem Video vom 14. Oktober, dass Pfeil und Bogen im Islam einen großen Stellenwert haben und in der Tradition des Propheten Mohammed stehen.
Der Prophet Mohammed hat, um das Gebiet des heutigen Saudi-Arabiens zu erobern, 79 Kriegszüge und Schlachten geführt. Bei gut der Hälfte war er selber aktiv mit dabei. Um seine Anhänger zu todesverachtendem Einsatz anzuspornen, hat er ihnen nicht nur im Falle ihres eigenen Todes das Paradies mit 72 willigen Jungfrauen versprochen. Er nahm ihnen auch das schlechte Gewissen beim Töten, indem er ihnen sagte, dass es Allah sei, der durch ihre Hände töte. Sure 8 Vers 17:

> ***„Nicht ihr habt sie getötet, sondern Allah hat sie getötet. Und nicht du hast geworfen, als du geworfen hast, sondern Allah hat geworfen, und damit Er die Gläubigen einer schönen Prüfung von Ihm unterziehe. Gewiß, Allah ist Allhörend und Allwissend."***

Der Terror-Anschlag von Kongsberg reiht sich ein in Dutzende solcher Anschläge in Europa. Alleine von 2015 – 2019 fanden 40 Terror-Anschläge des Politischen Islams statt, bei denen 393 Menschen getötet und 1216 verletzt wurden. Solange die offene Diskussion um die Gefährlichkeit des Politischen Islams unterdrückt wird, geht dieser Terror unvermittelt weiter. Die CSU hat in ihrem Leitantrag „Politischer Islam" aus dem Jahr 2016 formuliert:

> ***„Die Religion des Terrors ist der Politische Islam"***

Aber seitdem die CSU diesen Leitantrag bei ihrem Parteitag am 4.11.2016 beschlossen hat, wurde das Thema von dieser Partei nicht mehr öffentlich angesprochen. Dieser Leitantrag schimmelt in der Schublade der CSU vor sich hin. Genauso wie alle anderen etablierten Parteien scheut sie die öffentliche Diskussion über dieses heiße Thema. Daher muss Druck aus der Bevölkerung kommen. Wir von der Bürgerbewegung Pax Europa sind ein Bestandteil dieses Drucks.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

https://www.pi-news.net/2021/12/islam-woche-8-anschlag-hamburg-25-000-afghanen-nach-deutschland/

Islam-Woche #8: Anschlag Hamburg / 25.000 Afghanen nach Deutschland

13. Dezember 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Weihnachten steht vor der Tür, und „Islamistenjäger" Irfan Peci zeigt in seinem achten Wochenrückblick auf, **dass auch in diesem Jahr diverse radikale Islam-Prediger wieder Hetze gegen das christliche Fest betreiben. Es sei ein Fest der „Ungläubigen", man dürfe nicht daran teilnehmen, selbst gratulieren sei strengstens verboten. Nur eine Ausnahme gestatten selbst Salafisten: das Weihnachtsgeld annehmen. Beim Geld zeigt anscheinend selbst die größte religiöse Strenge eine gewisse „Toleranz". Auch Geschenke dürfe der Moslem annehmen, allerdings unter der Voraussetzung, dass der Moslem nicht mitfeiere und auch nicht selbst zurückschenke. Diese Meldung landet bei Irfan Peci auf Platz vier seines Rückblicks.**

Auf Zypern erschoss ein 32-jähriger Syrer zwei russische Urlauberinnen und vergrub sie anschließend. Er habe Arbeiten an dem Haus durchgeführt, in dem sich die beiden aufhielten. Berichten zufolge sollen sich die beiden Russinnen über ihn lustig gemacht haben, was der Auslöser für den Doppelmord gewesen sein soll. Hier sehe man laut Peci, was passieren könne, wenn vor allem ungläubige Frauen das Ehrgefühl von gläubigen Moslem verletzen würden. Platz drei.

Die EU plant, 40.000 Afghanen aufzunehmen, und Musterschüler Deutschland will gleich 25.000 davon haben. Die moslemische Massenmigration laufe also auf mehreren Wegen unkontrolliert weiter. Scheinbar legal, wie in diesem Fall, oder illegal, wie über das Mittelmeer, die Balkanroute oder Weißrussland. Aber mit der neuen Bundesregierung mache es ohnehin keinen Unterschied mehr, ob legal oder illegal, denn illegale Migranten könnten laut Koalitionsvertrag genauso wie legale in

Deutschland bleiben und bereits nach wenigen Jahren deutsche Staatsbürger werden. Platz zwei.

Den Spitzenplatz des Wochenrückblicks belegt die Verhinderung eines islamisch motivierten Anschlags in Hamburg (PI-NEWS berichtete). Der 20-jährige Marokkaner Abdurrahman C. habe mit Waffe, Handgranate und einer Bombe, die mit mehreren Hundert Schrauben und Muttern gefüllt gewesen wäre, einen Anschlag in der Hansestadt geplant. Dass er wohl kein Einzeltäter sei, zeige die Durchsuchung von 16 Kontaktpersonen in mehreren Bundesländern, darunter auch in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Dem Verfassungsschutz sei Abdurrahman C. schon länger als erweiterter Kontakt von radikalen Moslems in Hamburg bekannt gewesen. Der „Sprenggläubige" war regelmäßiger Besucher der Taqwa-Moschee an der Anzengruberstraße in Hamburg-Harburg, die als Nachfolger der berüchtigten Al-Kuds-Moschee am Steindamm gelte, die wegen ihrer Rolle um die Terrorpiloten von 9/11 geschlossen wurde, wie auch Harburg Aktuell berichtet. Dort sei auch der Vater von Abdurrahman C. schon in der Zeit vor 9/11 engagiert gewesen.

Der marokkanische Moslem habe sich ausgiebig mit Waffen, Sprengstoff und Giften beschäftigt, wie sichergestellte Datenträger zeigten. Auch habe er sich mit Anschlagsplanungen, dem islamistischen Dschihad und dem Märtyrertod auseinandergesetzt. Dieser Fall zeige laut Peci, dass es in Hamburg weiterhin eine starke und gefährliche Islamisten-Szene gebe, die teilweise auch auf das Umfeld der 9/11-Attentäter zurückgehe, gegen die der damalige Innensenator Hamburgs und jetzige Bundeskanzler Olaf Scholz „herzlich wenig" unternommen habe. Sogar ein Jahr nach 9/11 habe er noch in Abrede gestellt, dass es „keine große Gemeinschaft von militanten Extremisten" in Hamburg gegeben habe, es gebe „nicht sehr viel islamistischen Extremismus". Irfan Peci zeigt in seinem Video hierzu *(oben)* einen Ausschnitt aus einer ZDF-Dokumentation, die die absurden Aussagen von Scholz belegt.

Der Kanal „Islamistenjäger" von Irfan Peci hat mittlerweile 9900 Abonnenten. „Projekt 10.000" rückt also in erreichbare Nähe. Wer den Kanal noch nicht auf YouTube abonniert hat, bitte nachholen, damit dieser wichtige Aufklärungskanal so langsam den Stellenwert erhält, der ihm gebührt.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

https://www.pi-news.net/2021/12/celle-mann-attackiert-frau-mit-axt-polizei-und-medien-verschleiern/

Celle: „Mann“ attackiert Frau mit Axt – Polizei und Medien verschleiern

17. Dezember 2021

Von MANFRED W. BLACK | In der niedersächsischen Heidestadt Celle hat sich eine furchtbare Bluttat ereignet. Die zuständige Polizei-Dienststelle weigert sich freilich, Angaben zur ethnischen Zugehörigkeit von Opfer und Täter zu machen. Fast alle Medien berichten kaum oder gar nicht über die brutale Axt-Attacke.

Die Polizei-Inspektion Celle hat eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der mit auffallend dürren Worten über den schrecklichen Axt-Angriff auf eine „Ehefrau“ berichtet wird: „Am Dienstagnachmittag erschien ein 53 Jahre alter Mann bei der Polizei in Celle, er berichtete dort, dass seine Ehefrau in der gemeinsamen Wohnung in der Neustadt liege und vermutlich tot sei.“ Weiter heißt es dort: Die eingesetzten Polizeibeamten hätten „in der Wohnung kurz darauf eine schwer verletzte Frau“ vorgefunden.

Bei der Verletzten handele es sich „um die 55 Jahre alte Ehefrau des Meldenden, die im Anschluss ins Krankenhaus gebracht wurde“. Erste Ermittlungen und die Spurenlage am Tatort hätten Hinweise auf ein „versuchtes Tötungsdelikt“ ergeben.

Es gebe einen „begründeten (…) Tatverdacht gegen den Ehemann des Opfers“. Und: „Die Polizei nahm den Mann vorläufig fest.“ Nähere Angaben zum Tathergang, zum Tatinstrument sowie zur „Ehefrau“ oder zum „Ehemann“? Fehlanzeige bei der Polizei-Pressestelle.

Nur die halbe Wahrheit

Diese behördliche Mitteilung ist – wenn überhaupt – nur die halbe Wahrheit. Die wenigen Medien – wie die Bild-Zeitung, der NDR oder die Zeit –, die über die Gewalttat berichten, bringen dazu nur sehr kleine Nachrichtenartikel.

Echt den Vogel schießt die Wochenzeitung Die Zeit ab. Sie formuliert im Internet zu den Tatvorgängen eine Schlagzeile, die den Axt-Angriff sogar eher noch verniedlicht: „Polizei nimmt 53-Jährigen fest – wollte er seine Frau töten?“ Nähere Einzelheiten? Kein einziger Satz.

Diese Medien schreiben an der Realität weit vorbei. In Wirklichkeit handelt es sich um ein ungewöhnlich grausames „Delikt“: Der Ehemann hat mehrfach mit einer Axt so brutal zugeschlagen, dass sein Opfer schwerstverletzt in ein nahe gelegenes Krankenhaus eingeliefert werden musste, die Frau schwebte noch am Donnerstag in Lebensgefahr. Ob sie

überlebt und ob sie für immer durch den Axt-Angriff gezeichnet und gehandicapt sein wird, ist nicht bekannt.

CZ: Regionalzeitung nähert sich der Wahrheit

Einzig das Regionalmedium Cellesche Zeitung (CZ) bemüht sich, die Wahrheiten zumindest anzudeuten. Die CZ schreibt, der 53 Jahre alte Mann habe bei der Polizei „in gebrochener deutscher Sprache" mitgeteilt, „dass seine Ehefrau in der gemeinsamen Wohnung im Stadtteil liege und vermutlich tot sei".

„Gebrochene deutsche Sprache"? Ein versteckter, aber klarer Hinweis darauf, dass es sich bei dem Brutalo-Täter um einen Ausländer – vermutlich einen „Flüchtling" – handelt.

Dann ist bei der CZ zu lesen: Die Ermittlungsrichterin des Amtsgericht Celle habe „auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen den (…) Ehemann wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung erlassen". Ihm werde „vorgeworfen, seiner Ehefrau im Verlauf eines Streits mit der stumpfen Seite einer Axt mehrfach auf den Kopf geschlagen zu haben".

Der Beschuldigte sei bereits wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft, teilte dazu der zuständige Oberstaatsanwalt Lars Janßen mit. Der Täter habe sich im Beisein eines Anwalts bisher nicht vor der Untersuchungsrichterin äußern wollen .

Polizei: Keine Auskunft über Ethnien

Auch auf persönliche Nachfrage verweigerte die Celler Polizei-Pressesprecherin, Hauptkommissarin Birgit Insinger, strikt eine Auskunft darüber, zu welcher Ethnie Täter und Opfer gehören. Die fadenscheinige Begründung lautete am Donnerstag: Die ethnische Zugehörigkeit habe nichts mit der Tat zu tun.

Wie in vielen ähnlich gelagerten Fällen fragen sich freilich etliche Bürger in der Heidestadt, warum solche Schwerkriminelle, die eine große Gefahr für Stadt und Land sind, nicht flugs in das Land ausgewiesen werden, woher sie ursprünglich als angebliche „Schutzbedürftige" eingewandert sind.

Ebenfalls stellt sich die Frage, ob die Polizei-Inspektion Celle, als sie nur sehr unvollständig über das „versuchte Tötungsdelikt" Bericht erstattet hat, sich deswegen so wortkarg verhielt, weil es dementsprechende politische Weisungen höherer Dienststellen oder des Innenministeriums in Hannover erhalten hat, das von SPD-Minister Boris Pistorius geleitet wird.

Wer hat den Maulkorb verhängt?

Leider ist davon auszugehen, dass es diesbezüglich sogar grundsätzliche Anordnungen aus dem Landeskabinett von Niedersachsen gibt, dessen Chef Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) ist. Das sind gefährliche Entwicklungen, die wenig zu tun haben mit dem Grundgesetzartikel über die Meinungs- und Pressefreiheit, die theoretisch in der geltenden Verfassung in Artikel 5 Absatz 1 gewährleistet ist.

Heißt es doch dort im Grundgesetz wörtlich: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die

Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."
Verfassung und Verfassungswirklichkeit driften offensichtlich in der Bundesrepublik zunehmend auseinander. Nicht auszuschließen ist, dass der Täter, der „gebrochen Deutsch spricht", in absehbarer Zeit von irgendeinem „Gutachter" als „nicht schuldfähig" erklärt und alsbald in die – vergleichsweise komfortable – forensische Psychiatrie verbracht wird. Abschreckung für potentielle Totschläger und Mörder sieht anders aus.

https://www.pi-news.net/2021/12/tuerkische-hochzeits-folklore-gefaehrdet-menschenleben/

Türkische Hochzeits-Folklore gefährdet Menschenleben

24. Dezember 2021

Vor 13 Jahren lobte die damalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), die Türken in Deutschland mit folgenden Worten: „Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind eine Bereicherung für uns alle."
Sie mag dabei an die ausufernden Hochzeiten gedacht haben, die bei Türken einen noch weit höheren Stellenwert haben als bei Deutschen. Das darf man loben, das ist korrekt.
Diese Lebensfreude schlägt bei Türken, anders als bei Deutschen, allerdings bereits vorher auf der Fahrt vom Standesamt zum Ort des Feierns durch. Während Deutschstämmige mit ihren Autos hupend durch die Ortschaft fahren, vielleicht noch mit ein paar klappernden Konservendosen unter dem Brautauto, ist dies für die andere Gruppe definitiv zu wenig. Wer sich an Äußerlichkeiten orientiert, braucht es größer. Der NDR beschreibt, wie ein (türkischer?) Autokorso aussieht:

Werbung von Ad.Style

Mit leuchtenden Warnblinkern und 50 Kilometern pro Stunde sind am Wochenende mindestens acht Autos im Korso über die A2 bei Hannover gefahren. Laut Polizei sorgte das für gefährliche Situationen.
Ersten Zeugen war der Hochzeitskorso demnach am Sonnabendnachmittag in Richtung Dortmund zwischen den Anschlussstellen Herrenhausen und Garbsen aufgefallen, wie die Polizei am Montag mitteilte. Andere Fahrende hätten deshalb stark abbremsen und mitunter überholen müssen.

Der Polizeibericht spricht von „mehreren brenzligen Situationen", die die Fahrer durch ihre gefährliche Fahrweise herbeigeführt hätten. Die „hochmotorisierten Fahrzeuge" werden dabei genau aufgelistet, nämlich sechs Mercedes Benz, ein Porsche, ein VW. Auch über die Fahrer erfahren wir eine Menge Details, nämlich zu jedem einzelnen das exakte Alter, akribisch aufgelistet im Polizeibericht:
Die acht männlichen Fahrer sind 24, 26, 27, 27, 27, 27, 28 und 34 Jahre alt. Ein weiterer Fahrer eines weißen Pkw mit hannoverschem Kennzeichen flüchtete mit seinem Fahrzeug. Die Polizei entließ die Kontrollierten sukzessive nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen.
Was aber weder die Polizei noch der NDR aussprechen mögen, ist, dass es sich bei den „Männern" vermutlich um Türken handelt. Diese waren in der Vergangenheit immer wieder auf der A2 mit ihrer „Lebensfreude aufgefallen, bei der sie Leben und Gesundheit der anderen Autofahrer gefährdeten, zum Beispiel hier oder hier.
In der Regel begründen sowohl die staatshörigen Medien wie der NDR als auch die Polizei diese Sprachregelung des Vertuschens damit, dass die Straftaten nichts mit der Nationalität der Täter zu tun hätten. Deutsche würden also genauso oft Autobahnen in einer Mischung aus kindlichem Leichtsinn, ausufernder Dummheit und überheblicher Arroganz blockieren. Die Angabe der zufällig häufigeren Türken würde also „Vorurteile" beflügeln. Ist es wirklich so? Wenn man bei Google die Stichwörter „Neue Presse türkische oder kurdische hochzeit" eingibt, kann man einen Blick hinter die Bezahlschranke werfen und sehen, wer es denn dieses Mal war. Überraschung?

https://www.pi-news.net/2021/12/auto-attentaeter-von-wisconsin-ein-nation-of-islam-anhaenger/

Auto-Attentäter von Wisconsin ein „Nation of Islam"-Anhänger?

21. Dezember 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Vor genau einem Monat fuhr in der Kleinstadt Waukesha im US-Bundesstaat Wisonsin der farbige Darrel Brooks mit seinem roten SUV vorsätzlich in eine vorweihnachtliche Straßenparade und tötete dabei sechs Menschen, darunter einen achtjährigen Jungen. Über 60 Menschen verletzte er, 20 davon schwer.

Während sich in deutschen Medien das Framing absurderweise darauf beschränkte, dass „ein Auto in eine Menschenmenge fuhr" und sogar von einem „Unfall" berichtet wurde, wobei der Fahrer angeblich „auf der Flucht" vor was auch immer gewesen sein soll, erfuhr man in US-Medien, was sich wirklich abgespielt hatte. Jenseits des linksgrünen Wunschdenkens, bei dem es natürlich nicht sein darf, dass ein Farbiger mit Absicht in einen fröhlichen Weihnachtsumzug rast und dabei ausschließlich weiße Menschen tötet.

Der 39-jährige Darrel Brooks begann seine kriminelle „Karriere" bereits mit 17, als er wegen schwerer und vorsätzlicher Körperverletzung eine dreijährige Bewährungsstrafe erhielt. Aber bereits 2002 und 2003 wurde er wegen diverser Vergehen erneut straffällig, so dass er im Gefängnis landete. 2005 zog er nach Nevada und vergewaltigte ein minderjähriges Mädchen, das daraufhin schwanger wurde. Obwohl ihm ein Kontaktverbot zu dem Mädchen auferlegt wurde, rief er sie mit einer gestohlenen Telefonkarte an und belästigte sie an einer Bushaltestelle. So landete er wieder im Gefängnis, aber nur für 129 Tage. Brooks wurde daraufhin in Nevada offiziell als Sexualstraftäter registriert.

Zwischen 2009 und 2011 saß Brooks wegen einer Reihe von Verbrechen im Gefängnis, darunter Widerstand gegen Beamte, Strangulation und versuchte Erstickung. Während einer Verkehrskontrolle sprang ein Polizist aus Milwaukee in Brooks' Auto, aus Angst, er würde überfahren, denn Brooks fuhr einfach los, während der Polizist mit ihm sprach. Im Auto rang der Beamte um die Kontrolle über das Lenkrad. Schließlich gelang es ihm, das Auto zu stoppen und die Schlüssel abzuziehen. Brooks rannte davon und versteckte sich in einem Kinderspielhaus, wo er aufgegriffen und in Gewahrsam genommen wurde. Ein kleiner Vorgeschmack auf das, was Brooks später noch mit seinem Auto anrichten würde.

2016 wurde Brooks erneut festgenommen, weil er sich nicht als Sexualstraftäter registriert hatte. Im Juli 2020 feuerte er während eines Streits um ein Handy mit einer Waffe auf seinen Neffen. Die Beamten fanden bei Brooks eine gestohlene Beretta 9-mm-Pistole und eine durchsichtige Plastiktüte mit drei mehrfarbigen Methamphetamin-Drogenpillen darin.

Er wurde in zwei Fällen wegen rücksichtsloser Gefährdung der Sicherheit zweiten Grades und des Gebrauchs einer gefährlichen Waffe angeklagt und angewiesen, sich von seinem Neffen und seiner Mutter fernzuhalten. Brooks drohten 10 Jahre Haft wegen des Verbrechens. Aber als das Gericht ihm aufgrund eines Rückstands an Fällen und COVID-19-bedingten Verzögerungen kein schnelles Verfahren garantieren konnte, wurde er im Februar 2021 freigelassen. Gegen eine lächerlich niedrige Kaution von 500 Dollar – ein verhängnisvoller Fehler der Gutmenschen-Justiz.

Anschließend ging Brooks nach Georgia, wo er etwas mehr als drei Monate nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wegen familiärer Gewalt festgenommen wurde.

Von dort kehrte er nach Wisconsin zurück, wo seine Vorliebe für Gewalt wieder aufkeimte, als er seine Ex-Freundin im Motel angriff und ihr das

Handy aus der Hand schlug. Dann verfolgte er sie mit seinem Ford Escape, als sie zu fliehen versuchte. Er holte sie an einer Tankstelle ein und forderte sie auf, in sein Auto zu steigen. Als sie sich weigerte, schlug er ihr ins Gesicht und überfuhr sie dann mit seinem Fahrzeug, wobei die Frau Verletzungen im Gesicht davontrug. Ihre Lippe war angeschwollen, sie hatte Blut im Gesicht und Reifenspuren am linken Hosenbein. Das nächste Warnzeichen, was Brooks mit seinem Auto anzurichten gewillt ist. Die Ex-Freundin berichtete später der Polizei, dass Brooks ihr mehrmals gedroht hatte, sie zu töten, und zuvor versucht hatte, sie zu ersticken. Der Grund: Eifersucht und Kontroll-Versuche.
Brooks wurde wegen rücksichtsloser Gefährdung der Sicherheit und ordnungswidrigem Verhalten angeklagt, erhielt jedoch eine „unangemessen niedrige" Kaution von nur 1.000 US-Dollar. Der Bezirksstaatsanwalt ließ ihn frei, eine erneut verhängnisvolle Fehlentscheidung, die nur drei Wochen später sechs Menschenleben kostete und zu schwerwiegenden Verletzungen von 60 weiteren Menschen führte.
Kurz bevor Brooks in die Weihnachtsparade raste, hatte er eine weitere „häusliche Auseinandersetzung" mit seiner Ex-Freundin. Als Brooks daraufhin vermutlich wutschnaubend wegfuhr, steuerte er auf die Weihnachtsparade zu, durchbrach Barrikaden und pflügte sich durch die Teilnehmer der Veranstaltung. Er soll dabei „keine Emotionen im Gesicht" gehabt haben, wie die Polizei mitteilte. Seine Fahrweise habe keinen Zweifel daran gelassen, dass er absichtlich Menschen umfuhr.
Von all dem hat man in deutschen Medien nichts erfahren. Sobald klar war, dass es ein farbiger Täter war, klinkte sich die Gutmenschen-Presse aus. Keine Frage, was los gewesen wäre, wenn ein weißer Rassist in eine Freudenfeier von Schwarzen hineingerast wäre und dabei getötet hätte: tagelange Sondersendungen rund um die Uhr, Verurteilung von Rassismus und Rechtsextremismus in 24-Stunden-Dauerschleifen. Aber so: Schweigen im Walde.
Doch es geht noch weiter, und da setzt auch das Video-Gespräch mit dem Islam-Experten Irfan Peci *(oben)* an: Offensichtlich hatte Brooks über die „FivePercent Nation"-Bewegung eine Verbindung zur „Nation of Islam".
Die freie Journalistin Laura Loomer untersuchte die Veröffentlichungen von Darrel Brooks in den sozialen Medien und sicherte sie, bevor dessen Seiten abgeschaltet wurden. Brooks hatte eine Vielzahl von entlarvenden Inhalten gepostet, unter anderem Rassismus gegen Weiße und Verehrung von Malcom X, dem langjährigen Aushängeschild der „Nation of Islam", sowie der Bewegung „FivePercent Nation" die sich auch als eine Art schwarz-moslemische Elite ansieht. Lommer titelt ihren aufsehenerregenden Artikel:

> ***„Exklusiv: Darrell Brooks gehört zur Sekte der Schwarzen Vorherrschaft des Islam, die als „Fünf-Prozent-Nation" bezeichnet wird, und beging den Auto-Jihad"***

Dabei verlinkt sie auch die gesicherten Postings und Videos von Darrel Brooks. Eine wahre Fundgrube an schwarzem Rassismus

und Verherrlichung der „Nation of Islam". Es finden sich dort sogar Antisemitismus und Sympathie für Hitlers Abneigung gegen Juden.
Auch der bekannte Islamkritiker Robert Spencer hat dieses hochbrisante Thema in einem Beitrag für den Geller Report aufgegriffen. In dem Video *(oben)* mit Irfan Peci sind die wichtigsten Postings von Darrel Brooks illustrierend eingeblendet. Staatsanwältin Susan Opper hatte dem Kommissar des Waukesha County Court, Kevin Costello, während der ersten Anhörung von Brooks gesagt:

> ***„Es gibt keine Worte, um das Risiko zu beschreiben, das dieser Angeklagte für unsere Gemeinde darstellt."***

Wenn sie zu dem Zeitpunkt gewusst hätte, dass Brooks auch noch Verbindungen zu den Bewegungen „FivePercent Nation" und „Nation of Islam" hat, würde sie dieses Risiko noch viel höher bewerten.
Es bleibt zu hoffen, dass US-Medien diese Tatsachen während des Prozesses thematisieren. Im Idealfall greift es dann auch hierzulande ein Mainstream-Medium wie beispielsweise die Bild-Zeitung auf. Ähnlich wie den Fall von NemiEl-Hassan, was ebenfalls Irfan Peci aufdeckte und durch den öffentlichen Druck der Bild-Zeitung dann auch Wirkung zeigte. Leider bleiben viele dieser wichtigen Fakten bisher in dem noch kleinen Feld der Freien Medien und Islamkritiker hängen.
Genauso wie die Auto-Attacke von Noah Green, der am Karfreitag dieses Jahres am Washingtoner Capitol ebenfalls eine Sperre durchbrach und zwei Polizeisten überfuhr, was einer nicht überlebte. Anschließend stieg Green mit einem Messer bewaffnet aus und rannte auf weitere Polizisten zu, die ihn erschossen. Auch Noah Green war ein Anhänger „Nation ofIslam", wie US-Medien und PI-NEWS berichteten. In deutschen Mainstream-Medien kein Wort davon.
Noch weiter zurück liegen die Sniper-Morde von zwei Schwarzen in Washington und Virginia, die 2002 mit einem Scharfschützengewehr aus einem Auto heraus mindestens zehn Menschen erschossen. Einer der beiden, John Muhammad, war zum Islam konvertiert. Sein 17-jähriger Kumpan hatte ebenfalls Dschihad-Phantasien, die er auch noch im Gefängnis zu Papier brachte. Beide waren sie Anhänger der „Nation of Islam". Auch dies ist in dem Gespräch mit Irfan Peci *(Video oben)* thematisiert.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

https://www.pi-news.net/2021/12/muenchen-16-jaehriger-aegypter-ersticht-17-jaehrigen-gymnasiasten/

München: 16-jähriger Ägypter ersticht 17-jährigen Gymnasiasten

22. Dezember 2021

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am 10. Dezember, einem Freitag Spätnachmittag, ist der 17-jährige Gymnasiast Alex zusammen mit einer gleichaltrigen Freundin an einem belebten Platz in München unterwegs. Sie treffen auf den 16-jährigen Ägypter Mostafa S. und dessen irakischen Begleiter. Es kommt zu einem lautstarken Streit mit Handgemenge. Der Ägypter zieht sein Messer und sticht es dem 17-jährigen Schüler in die Brust – mitten ins Herz.

Alex schleppt sich noch etwa zehn Meter weiter, bis er zusammenbricht. Sein Herz setzt aus. Ersthelfer können ihn wiederbeleben. Im Krankenhaus kämpfen die Ärzte um sein Leben. Am frühen Samstag Morgen verliert Alex diesen Kampf leider. Er ist tot.

Am Donnerstag, 16. Dezember wurde der ägyptische Mörder in der Wohnung seiner Eltern verhaftet. Der Begleiter lief zu diesem Zeitpunkt noch frei herum. Die Polizei richtete am 17. Dezember einen Appell an ihn: „Melden Sie sich, bevor wir vor Ihrer Tür stehen."

Die Ermittlungen waren bereits weit fortgeschritten. Am 19. Dezember stellte sich der Komplize dann der Polizei. Ein 15-jähriger „Deutsch"-Iraker.

Dieser Mord ist schrecklich, fürchterlich für Familie, Angehörige und Freunde, zudem völlig sinnlos. Aber nur einer von vielen, die in diesen Zeiten ähnlich verlaufen. Aus meiner Sicht ist er aber aus sieben Gründen etwas Besonderes:

Erstens: Der Tatort liegt in meiner Umgebung. Wenn die Einschläge näherkommen, ist man noch betroffener.

Zweitens: Das Opfer ist ein Schulkollege und Freund des Sohnes eines bayerischen Landtagsabgeordneten, den ich gut kenne.

Drittens: Es macht zutiefst betroffen, wenn ein junger Schüler, der von seinen Eltern an ein Privat-Gymnasium geschickt wurde, um einmal im Leben erfolgreich sein zu können, von einem zugewanderten Menschen aus dem Nahen Osten wegen eines Streites getötet wird.

Viertens: Der Mord soll aus niederen Beweggründen erfolgt sein. Es ging offensichtlich um einen Hasch-Verkauf. Allerdings ist das Dealer-Käufer-Verhältnis anders, als man es in diesem Fall erwartet: Es ist Alex, der dem Ägypter und seinem Begleiter bereits zwei Tage zuvor etwas Marihuana verkauft habe. Dabei sollen sie einen größeren Handel abgemacht haben,

der dann am Freitag stattfinden sollte. Der Ägypter und sein Begleiter hätten aber nicht zahlen wollen. Bei dem daraus entstandenen Streit zückte der Ägypter sein Messer und stach zu.
Staatsanwältin Juliane Grotz erläutert laut Süddeutscher Zeitung:

> *„Die beiden Tatverdächtigen haben an Betäubungsmittel gelangen wollen, ohne dafür zu bezahlen. Sie haben ihre eigenen finanziellen Interessen über das Lebensrecht des Geschädigten gestellt.“*

Bei einer Verurteilung nach dem Jugendstrafrecht drohen den Tätern bis zu zehn Jahre Haft. Wie wir unsere „Richter:Innen“ kennen, dürfte die tatsächliche Verurteilung letztlich weit darunter liegen. Schließlich handelt es sich bei dem Täter um einen jugendlichen „Schutzbedürftigen“ aus Arabien, der die vollumfängliche Fürsorge, Toleranz, Verständnis und Willkommenskultur der deutschen Gesellschaft brauche – so will es zumindest der derzeitige linksgrüne Zeitgeist.
Fünftens: Der 16-jährige Ägypter, der als zweijähriger nach München kam, ist einschlägig polizeibekannt und hat in seiner Akte bereits 14 Delikte stehen.
Sechstens: In München häufen sich solche Messer-Attacken dramatisch. Auszüge der Stich-Liste alleine der vergangenen fünf Monate:
Anfang Dezember wurden sechs Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren festgenommen, teilweise mit doppelter Staatsangehörigkeit, wohnhaft in Stadtvierteln mit hohem Migrationsanteil, die Ende Oktober einen 18-Jährigen Italiener am U-Bahnhof Karl-Preis-Platz attackiert und ihn mit einem Messer lebensgefährlich am Oberkörper verletzt haben sollen.
Ende November hat eine achtköpfige Gruppe Jugendlicher einen 15- und einen 16-Jährigen im Olympiapark ausgeraubt und dabei mit einem Messer bedroht.
Anfang November stieß ein 18 Jahre alter Schüler in Bogenhausen seinem gleichaltrigen Drogendealer mehrfach in den Rücken.
Ende Oktober wurde eine 14-jährige in Bogenhausen im Schlaf von einem 17-jährigen erstochen.
Mitte Oktober bekam ein 16-Jähriger bei einem Streit zwischen mehreren Beteiligten am Stachus einen Stich in den Oberarm.
Ende September verletzte in Straßlach ein 17-Jähriger mit seinem Messer einen 23-Jährigen aus Nordrhein-Westfalen an Hals und Brust schwer.
Ende Juni gerieten in Riem zwei Gruppen Jugendlicher aneinander. Dabei wurde ein 20-Jähriger so schwer mit einem Messer an einer Arm-Arterie verletzt, dass Lebensgefahr bestand.
Siebtens: Das achselzuckende Wegschauen, Tolerieren, Beschönigen, Verharmlosen und Leugnen muss ein Ende haben. Auf allen Ebenen hat die Politik Null-Toleranz-Maßstäbe zu setzen, begleitet von entschlossenem Durchgreifen der Polizei und konsequent harten Urteilen der Strafjustiz. Sonst werden wir in Deutschland in einem Strudel aus Gewalt, Töten und Terror versinken.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

https://philosophia-perennis.com/2022/01/07/schweden-bandengewalt-und-eine-neue-premierministerin/

Schweden: Bandengewalt und eine neue Premierministerin

Von

PP-Redaktion

7. Januar 2022

In sechs von sieben Polizeidistrikten setzen Banden 12-jährige Kinder für ihre kriminellen Aktivitäten ein, darunter den Verkauf von Drogen und den Transport von Waffen. Ein Gastbeitrag von Judith Bergmann.

Schwedens neue Premierministerin, die Sozialdemokratin Magdalena Andersson, die zuvor Finanzministerin war, hat eine gewaltige Aufgabe vor sich: Den Umgang mit der ständig wachsenden Bandengewalt und mit Schussabgaben in schwedischen Städten. Ihr Vorgänger, Stefan Löfven, konnte das exponentielle Wachstum der Schussabgaben während seiner siebenjährigen Amtszeit nicht eindämmen. Das schwedische Parlament wählte Andersson im November knapp zur Nachfolgerin von Löfven, nachdem Löfven im August seinen Rücktritt angekündigt hatte.

„Schweden ist ein fantastisches Land, aber wir stehen vor einer Reihe ernsthafter Probleme", sagte Andersson. „Ich habe vor, jeden Stein umzudrehen, um die Rassentrennung zu durchbrechen und das Gewaltverbrechen zurückzudrängen, das Schweden heimsucht..."

Schweden bricht seit Jahren neue Kriminalitätsrekorde

Schweden steht vor weit mehr als einem „ernsten Problem". Schweden bricht seit Jahren neue Kriminalitätsrekorde, weigert sich aber, offen über den Zusammenhang zwischen Migration und Bandengewalt zu sprechen. Diese Zurückhaltung kann auf eine Kombination aus politischer Korrektheit und Schwedens Angst zurückzuführen sein, seinen eigenen erklärten Ehrgeiz, die „humanitäre Supermacht der Welt" zu sein, zu verfehlen. Bereits 2019 bezeichnete der Vorsitzende der

Oppositionspartei *Moderaterna*, Ulf Kristersson, die Situation als „extrem für ein Land, das sich nicht im Krieg befindet".

Lange Zeit galt jede öffentliche Diskussion über die Zusammenhänge zwischen Migration und steigender Kriminalität und Bandengewalt als Tabu. Die Veröffentlichung von Statistiken zu diesem Thema wurde abrupt beendet, nachdem der schwedische Nationale Rat für Kriminalprävention (*Brå*) sie zweimal veröffentlicht hatte – 1996 und 2005. 2017 weigerte sich der damalige Justizminister Morgan Johansson, Statistiken über den ethnischen Hintergrund der Kriminellen in Schweden zu veröffentlichen; er sagte, sie seien irrelevant. Eine Mehrheit der Parlamentsabgeordneten unterstützte seine Meinung. Privat durchgeführte Recherchen zu diesem Thema wurden einfach ignoriert. Als jedoch Schussabgaben zu alltäglichen Ereignissen wurden, bei denen immer mehr unschuldige Passanten verstümmelt und getötet wurden, wurde das Unaussprechliche zunehmend zum Diskussionsthema.

Eng mit dem Problem der Migration verbunden

„Es ist heute kein Geheimnis mehr, dass ein Großteil des Problems der Banden- und organisierten Kriminalität mit den Schussabgaben und Explosionen mit der Migration nach Schweden in den letzten Jahrzehnten verbunden ist", schrieb der Polizeichef von Göteborg, Erik Nord, im Mai in einem Kommentar.

„Wenn man wie ich die Möglichkeit hat, die Dinge auf individueller Ebene zu verfolgen, sieht man, dass im Prinzip jeder, der schießt oder in Bandenkonflikten erschossen wird, aus dem Balkan, dem Nahen Osten, Nord- oder Ostafrika stammt."

Im August veröffentlichte der Schwedische Nationale Rat für Kriminalprävention (*Brå*),in einer kompletten Kehrtwende, die widerspiegelt, wie sehr sich die Stimmungen in Schweden seit 2017 verändert haben, zum ersten Mal seit 16 Jahren einen neuen Bericht mit Statistiken zum ethnischen Hintergrund von registrierten Straftätern, und schrieb dazu:

„Die Verteilung der registrierten Straftaten auf Personen mit einheimischem und nicht-einheimischem Hintergrund ist oft Gegenstand von Diskussionen. Der Schwedische Nationale Rat für Kriminalprävention (Brå) hat zuvor zwei Forschungsstudien zu diesem Thema veröffentlicht, aber seit der Veröffentlichung der jüngsten Studie (2005), die sich auf die registrierte Kriminalität im Zeitraum 1997–2001 konzentrierte, sind mehrere Jahre vergangen. Seit 2001 hat die Zuwanderung nach Schweden zugenommen und die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung hat sich verändert. Die aktuelle Studie wurde vor diesem Hintergrund initiiert, mit dem Ziel, die Wissensbasis über Straftaten bei Personen mit einheimischem und nicht-einheimischem Hintergrund zu aktualisieren und zu verbessern."

Der Bericht sagte:

„Das Risiko, als Täter registriert zu werden, ist bei in Schweden geborenen Personen mit zwei nicht im Inland geborenen

Elternteilen am größten, gefolgt von im Ausland geborenen Personen … Das Risiko, als Tatverdächtiger registriert zu werden, ist 2,5-mal so hoch bei im Ausland geborenen Personen, als es bei Personen, die in Schweden mit zwei im Inland geborenen Elternteilen geboren wurden, ist. Für Personen, die in Schweden mit zwei nicht im Inland geborenen Elternteilen geboren wurden, ist das Risiko etwas mehr als dreimal so hoch."

Schweden hat laut einer im Mai veröffentlichten Vergleichsstudie von Brå zu Schussabgaben in Europa die höchste Zahl tödlicher Schussabgaben pro Million Einwohner. Schweden ist außerdem das einzige Land in Europa, in dem die Zahl der tödlichen Schussabgaben seit dem Jahr 2005 zugenommen hat. Im Jahr 2020 wurden bei 366 Schussabgaben 47 Menschen getötet und 117 verletzt. Für das Jahr 2021 waren bis November bereits 42 Menschen getötet worden und es gab 290 Schießereien. Laut Brå:

Zahl der Tötungsdelikte extrem hoch

„Die Zahl der Tötungsdelikte durch Schusswaffen ist in Schweden im Vergleich zu anderen europäischen Ländern mit etwa 4 Todesfällen pro Million Einwohner und Jahr sehr hoch. Der Durchschnitt für Europa liegt bei etwa 1,6 Todesfällen pro Million Einwohner. Keines der anderen in die Studie einbezogenen Länder verzeichnete einen Anstieg, der mit dem in Schweden vergleichbar ist. Stattdessen wurde in den meisten dieser Länder ein kontinuierlicher Rückgang sowohl bei der Gesamtmordrate als auch bei der Zahl der Tötungsdelikte durch Schusswaffen beobachtet."

Im Jahr 2019 schätzte die Polizei, dass das Problem noch viele Jahre anhalten wird. „Wir gehen davon aus, dass dies [Schüsse und extreme Gewalt] in den besonders gefährdeten Gebieten fünf bis zehn Jahre andauern könnte", sagte der Nationale Polizeikommissar Anders Thornberg im Jahr 2019. „Drogen sind in der Gesellschaft etabliert und werden von normalen Menschen gekauft. Es gibt einen Markt, um den sich die Banden weiter streiten werden".

„Forschungen zeigen", so Brås Bericht, „dass die Zunahme tödlicher Waffengewalt in Schweden stark mit kriminellen Umgebungen in gefährdeten Gebieten zusammenhängt."

Die schwedische Polizei hat die gleiche Schlussfolgerung gezogen: „Gefährdete Gebiete sind ein Zentrum der organisierten Kriminalität", schrieb kürzlich die schwedische Polizei. „Kriminelle in gefährdeten Gebieten exportieren Kriminalität in andere Teile des Landes".

Die schwedische Polizei definiert „gefährdete Gebiete" als „geografisch begrenzte Gebiete, die durch einen niedrigen sozioökonomischen Status gekennzeichnet sind und in denen die Kriminellen Auswirkungen auf die lokale Gemeinschaft haben".

Laut dem neuesten Bericht über gefährdete Gebiete, der am 3. Dezember von der schwedischen Polizei veröffentlicht wurde, gibt es 61 solcher Enklaven. Einige dieser Gebiete werden nach Angaben der schwedischen

Polizei als „besonders gefährdete Gebiete" eingestuft, die noch größere Probleme aufweisen**. Diese seien gekennzeichnet durch „systematische Drohungen und Gewalttaten" insbesondere gegen Zeugen von Straftaten, nahezu unmögliche Arbeitsbedingungen für die Polizei und „parallelgesellschaftliche Strukturen, Extremismus wie etwa systematische Verletzungen der Religionsfreiheit oder starke fundamentalistische, die Menschenrechte einschränkende Einflüsse und Freiheiten, Personen, die reisen, um an Kampfhandlungen in Konfliktgebieten teilzunehmen, [und] eine hohe Konzentration von Kriminellen." Man kann sie auch als No-Go-Zonen bezeichnen.**

In Schweden mit einer Bevölkerung von etwa 10 Millionen leben 556.000 Menschen in den 61 gefährdeten Gebieten, was 5,4 % der schwedischen Bevölkerung ausmacht, laut dem Bericht „Fakten über den Wandel – ein Bericht über die 61 gefährdeten Gebiete Schwedens". **Drei von vier Einwohnern der gefährdeten Gebiete haben einen ausländischen Hintergrund; die häufigsten Geburtsländer sind Syrien, die Türkei, Somalia, Polen und der Irak. Wie viele Einwohner mit ausländischem Hintergrund in einem gefährdeten Gebiet leben, ist dem Bericht zufolge unterschiedlich. In fünf der gefährdeten Gebiete des Landes beträgt der Anteil der Einwohner mit ausländischem Hintergrund 90 % oder mehr: Rosengård in Malmö, Hovsjö in Södertälje, Fittja in Botkyrka, Rinkeby/Tensta in Stockholm und Hjällbo in Göteborg. In Schweden leben etwa 2,5 Millionen Menschen mit ausländischem Hintergrund; 16,2 % von ihnen, so der Bericht. leben in gefährdeten Gebieten. In einer aktuellen Pressemitteilung schrieb die schwedische Polizei: „Der Hauptgrund für die Entwicklung der Schussabgaben und Explosionen ist die Situation in gefährdeten Gebieten, in denen sich die Bewohner von Kriminellen bedroht fühlen, wo offener Drogenhandel herrscht und wo Kriminelle mancherorts parallele soziale Strukturen geschaffen haben."**

Schwedens neue Premierministerin hat angekündigt, endlich härtere Strafen zu verhängen, um die Banden abzuschrecken.

„Für Bandenvergehen werden noch härtere Strafen verhängt", kündigte Anderson in ihrer ersten Erklärung zur Regierungspolitik am 30. November an.

„Es sollte nicht möglich sein, Zeugen mit Drohungen zum Schweigen zu bringen, sondern sie sollten die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um ihre Pflicht sicher zu erfüllen. Es wird einfacher, Personen festzunehmen, die schwerer Straftaten verdächtigt werden… Wer mehrere Straftaten begeht, sollte härter bestraft werden. **Verkürzte Strafen für Jugendliche im Alter von 18 bis 20 Jahren, die schwere Straftaten begehen, werden abgeschafft. Die Strafen sollten die Schwere der Straftaten besser widerspiegeln, auch wenn die Täter noch jung sind."**

Sogar Kinder in Bandengewalt involviert

Verkürzte Haftstrafen für Jugendliche waren ein großes Hindernis beim Umgang mit den Problemen, da junge Menschen zu den vorherrschenden Treibern von Bandengewalt gehören, die inzwischen sogar Kinder umfasst.
In sechs von sieben Polizeiregionen setzen Banden 12-jährige Kinder für ihre kriminellen Aktivitäten ein, darunter den Verkauf von Drogen und den Transport von Waffen. In den Städten Stockholm und Göteborg gibt die Polizei Berichten zufolge an, dass Hunderte von Kindern an kriminellen Handlungen für Banden beteiligt sind. Nach Angaben der schwedischen Geheimdienstchefs hat die Rekrutierung von Kindern in den letzten Jahren zugenommen, und einigen Experten zufolge rekrutieren kriminelle Banden jetzt Kinder ab acht Jahren.
Im August verhaftete die Polizei in der Stadt Kristianstad drei Teenager im Alter von etwa 15 Jahren, weil sie auf zwei Männer und eine 60-jährige Frau – die zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort waren – geschossen und sie schwer verletzt hatten. „Das ist leider Routine geworden", sagte eine Mitarbeiterin aus der Gegend. „Wenn es in der Nacht Schussabgaben gegeben hat, gibt es normalerweise am nächsten Tag weitere Schussabgaben … Man hat Angst, in die Schusslinie zu kommen."

*

Judith Bergman, Kolumnistin, Anwältin und Politologin, ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute. Hier erschien ihr Beitrag auch zuerst. Übersetzung Daniel Heiniger.

https://unser-mitteleuropa.com/schockierende-szenen-aus-mailand-dutzende-sex-attacken-auf-italienerinnen-durch-nordafrikaner/

Schockierende Szenen aus Mailand: Dutzende Sex-Attacken auf Italienerinnen durch Nordafrikaner

09. 01. 2022

Armee von Nordafrikanern besetzt Mailand: Gruppenvergewaltigungen vor einer Kirche

Ein Appell an die Frauen, die in der Silvesternacht in Mailand von Horden von Nordafrikanern belästigt wurden, keine Angst zu haben und Anzeige zu erstatten. Und eine Anklage gegen die zu vielen Versäumnisse und das Schweigen derer, die es „zugelassen haben, dass ein Heer von Einwanderern in Mailand ankam und über sie herrschte". So drückte es Riccardo De Corato, lombardischer Stadtrat für Sicherheit, Einwanderung und lokale Polizei, aus.

„Ich appelliere an alle Mädchen und Frauen, die in der Silvesternacht während der Feierlichkeiten vor dem Dom und in den umliegenden Straßen Gewalt, Missbrauch und sexuelle Belästigung durch Gruppen von jungen Ausländern, insbesondere Nordafrikanern, erlitten haben. Habt keine Angst und zeigt an, was ihr erlitten habt", sagte De Corato und betonte, dass „die Staatsanwaltschaft, die auf den wertvollen Beitrag der stellvertretenden

Staatsanwältin Maria Letizia Mannella zählen kann, die sich mit den heikelsten Fällen von Gewalt gegen Frauen befasst hat, eine hervorragende Arbeit bei der Identifizierung der Täter dieser Gruppenverbrechen leistet“.
Für De Corato kommen „die Erklärungen des Bürgermeisters Sala, der sich erst nach sieben Tagen zu dem Vorfall geäußert hat, und die des Ministers Lamorgese, der offensichtlich nicht wusste, wie er die Polizeidienststellen in Mailand in der Silvesternacht effizient verwalten sollte, zu spät“. Für den Regionalrat ist es „inakzeptabel, dass sich diese Vorfälle auf der Piazza Duomo, dem am stärksten kontrollierten und videoüberwachten Platz Italiens, ereignet haben, auch aus Gründen des Terrorismus“. „Die Zahl der Agenten, die ich schon seit einiger Zeit anprangere, reichte nicht aus, um die Masse der nordafrikanischen Kriminellen zu bekämpfen, die ungestört agierten. Aber all dies“, so De Corato, „war vorhersehbar und es wurde nichts unternommen.
„Was gedenken Sala und Lamorgese zu tun, damit sich so etwas nicht wiederholt?“, fragte der FdI-Vertreter und betonte, dass „diese kriminellen Handlungen die Folge des Scheiterns der Integrationspolitik der linken Mitte sind, die es ermöglicht hat, dass ein Heer von Einwanderern nach Mailand kommt, die regieren und Verbrechen begehen, ohne die Konsequenzen zu fürchten. „Wo sind die Feministinnen der linken Mitte angesichts dieser barbarischen Taten, die von jungen maghrebinischen Männern an Frauen begangen werden? Warum sind sie still? Und die Kirche hat nichts zu sagen zu der sexuellen Gewalt, die vor dem Dom stattfand, der den Katholizismus in der ganzen Welt repräsentiert? Wie es der Zufall will, wurden heute zwei Taschendiebe, die es auf einen älteren Mann abgesehen hatten, im Hauptbahnhof festgenommen. Wer sind sie? Zwei illegale Algerier, 21 und 27 Jahre alt. Was machen diese Kriminellen in unserer Stadt?“, schloss De Corato.
Glaubt jemand von Ihnen, dass hinter diesen ethnischen Vergewaltigungen nicht auch ein rassistischer Hintergrund steckt? Und glauben Sie, dass es ein Zufall ist, dass sie sowohl in Köln als auch in Mailand vor Kirchen stattfanden, die Symbole des Christentums sind?

https://www.pi-news.net/2022/01/macheten-blutbad-in-spanien/

Macheten-Blutbad in Spanien

13. Januar 2022

Von MANFRED ROUHS | Zwei Afrikaner haben am Donnerstag im spanischen Molina de Segura einem Spanier aufgelauert und ihn mit Macheten angegriffen. Das berichtet die örtliche Polizei. Der 33-Jährige erlitt eine Halbamputation der Hand sowie erhebliche Schnittverletzungen an Rücken, Armen und Beinen.
Nachbarn, die zufällig Zeugen der Bluttat wurden, haben Teile des Angriffs gefilmt und die Aufnahmen bei YouTube veröffentlicht. Das Material sollte man schnell sichern, bevor es gelöscht wird …
Nach Berichten spanischer Medien sollen sich die Männer gekannt haben. Die Einzelheiten ihrer Beziehung zueinander sind aber bislang nicht publik geworden.

Mehrere Passanten, die sich am Ereignisort in einer Bar aufhielten, eilten dem Mann zu Hilfe und retteten ihm dadurch wahrscheinlich das Leben. Es gelang ihnen sogar, den Angreifern eine Machete wegzunehmen und sie zu sichern. Die beiden Afrikaner, 32 und 24 Jahre alt, wurden bei dem anschließenden Handgemenge mit den Passanten ebenfalls verletzt und von der Polizei festgenommen.
Der 33-Jährige schwebt mittlerweile nicht mehr in Lebensgefahr. Die Ärzte sind spanischen Medienberichten zufolge optimistisch, seine Hand retten zu können.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.welt.de/politik/ausland/article106347585/Wie-reiche-Tuerken-den-deutschen-Staat-ausnehmen.html

Wie reiche Türken den deutschen Staat ausnehmen

Veröffentlicht am 21.05.2012 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Boris Kálnoky

Sozialhilfe in Deutschland, Yachten in der Türkei: Reiche Türken prellen EU-Länder offenbar um Millionen Euro. Bislang kamen solche Betrüger oft ungeschoren davon. Das könnte sich jetzt ändern.

Die Behörden in Deutschland und Holland gehen davon aus, dass Sozialhilfebetrug durch eigentlich relativ wohlhabende Bürger türkischer Herkunft weit verbreitet ist.

Es funktioniert so: In Deutschland (oder Holland, Österreich, Schweiz, Belgien) gibt man sich bedürftig und beantragt Sozialhilfe, weil man mittellos sei – besitzt aber in Wirklichkeit erhebliche Vermögenswerte in der Türkei, insbesondere Immobilien.

"Wir gehen davon aus, dass es ein weiter verbreitetes Problem ist, aber quantifizierbar ist das nicht, es gibt dazu keine Statistiken", sagt ein deutscher Diplomat in Istanbul. (Anm. der Red.: Die Personen und Behörden in diesem Artikel wollen aufgrund der Brisanz des Themas nicht namentlich genannt werden).

Aufgeklärt werden solche Fälle fast nie. Jedenfalls nicht mit den Methoden der deutschen Dienststellen. "Wir bekommen immer wieder Hinweise aus der Bevölkerung zu konkreten Fällen", sagt der Diplomat.

Und er beschreibt, was dann passiert: Der Amtsweg, der direkt an einer Wand endet. "Wir müssen dann immer über diplomatische Kanäle um Rechtshilfe der türkischen Behörden ersuchen. Die wird grundsätzlich abgelehnt, unter diversen Begründungen, unter anderem damit, dass der mutmaßliche Tatbestand – Inanspruchnahme von Sozialhilfe, obwohl man Immobilien besitzt – in der Türkei nicht strafbar sei."

Niederländisch-türkische Mitarbeiter als Detektive

Warnung vor vielfachem Sozialbetrug durch Asylbewerber

Der Kriminalbeamte Ulf Küch kritisiert Sozialbetrug durch Asylsuchende. Sie legen sich mehrere Identitäten zu und kassieren im Schnitt 10.000 Euro. Eine Sonderkommission verfolge mehr als 300 Fälle in Niedersachsen.

Quelle: Die Welt

Zwar habe man versucht, direkt beim Katasteramt zu recherchieren. "Aber wenn die fragen, in wessen Auftrag wir forschen, dann sagen wir das natürlich ganz offen, und dann wird uns sofort der Zugriff verweigert – wir werden dann an Ankara verwiesen." So weit, so deutsch.

Die Niederlande hingegen experimentieren schon seit Längerem mit aggressiveren Methoden. In den letzten Wochen startete ein pfiffiger Test – mit durchschlagendem Erfolg. Aber auch schon davor waren die Niederländer näher am Ball.

"In den letzten Jahren versuchte die Botschaft in Ankara den langen und meist aussichtslosen Amtsweg zu umgehen, indem man niederländisch-türkische Mitarbeiter sozusagen als Detektive einsetzte", sagt ein holländischer Spezialist.

Die Mitarbeiter, sprachlich und äußerlich nicht von örtlichen Türken zu unterscheiden, wurden in Nachbarschaften entsandt, in denen Immobilienbesitz von Sozialhilfeempfängern vermutet wurde. "Zum Beispiel im Nobelbadeort Bodrum an der Ägäis-Küste", sagt der Holländer. "Sie fragten dann in der Nachbarschaft herum, wem dieses oder jenes Haus gehört".

Das war gelegentlich sogar erfolgreich, solche Erkenntnisse sind vor Gericht aber nur begrenzt verwertbar, es ist zudem eine recht aufwendige Methode. Andere Versuche bestanden darin, örtliche türkische Rechtsanwälte von Holland aus zu engagieren, um die Kataster einzusehen.

Rechtsanwälte können grundsätzlich und ohne weitere Rechtfertigung Einblick erhalten. Aber die Vorgehensweise führte oft zu Verständnisproblemen, sprachlich sowie von der Sache her.

Ein einfacher Kniff löst jetzt das Problem: Ein erfahrener holländischer Mittelsmann arbeitet vor Ort in der Türkei mit den Rechtsanwälten zusammen. Er kennt die Gesetze, spricht die Sprache, und versteht, worum es geht.

Ein erster Test der neuen Methode war in den vergangenen Wochen sofort erfolgreich. Binnen kürzester Zeit stellte sich heraus, dass der Verdächtigte, ein Türke, der wegen vorgeblicher Mittellosigkeit Sozialhilfe erhielt, in Wirklichkeit Immobilien im Wert von 300.000 Euro besitzt. Die müsste er laut Gesetz erst veräußern und das Geld für seinen Unterhalt verbrauchen, bevor er in Holland zum Empfang von Sozialhilfe berechtigt wäre.

Sozialbetrug: Holland plant systematisches Vorgehen

"Noch vor ein paar Jahren wäre die Recherche sehr viel schwerer gewesen", sagt der holländische Fachmann. "Da waren die türkischen Kataster noch dezentral, und man hätte von Fall zu Fall in alle möglichen Provinzen reisen müssen." Im Zuge der rapiden Modernisierung und Digitalisierung in der Türkei wurden die Kataster jedoch zentralisiert. "Jetzt kann man auf einen Blick alles erfahren."

In Holland – wie in Deutschland – sind die Gemeinden für die Sozialhilfe zuständig, und das Experiment betrifft vorerst nur eine große holländische Gemeinde. Es dauerte Monate, bis alles gründlich besprochen und vereinbart war und die konkreten Recherchen begannen. Eine Ausweitung dieses Ansatzes auf ganz Holland dürfte noch Jahre in Anspruch nehmen. Aber ein Anfang ist gemacht; nun will man systematischer vorgehen. Anfang Juni ist eine Strategiebesprechung in Holland geplant, mit Vertretern der Gemeinde, der Mittelsleute in der Türkei und der Polizei. Ziel ist es, Sozialhilfe für Betrüger zu stoppen, die erschlichenen Summen zurückzufordern, und die Täter vor Gericht zu bringen.

Deutschland will holländische Methode kopieren

Nachdem "Welt Online" die holländische Seite mit deutschen Diplomaten in Kontakt brachte, hörte man deutscherseits interessiert zu, und will nun prüfen, ob das auch für Berlin eine denkbare Vorgehensweise wäre. Vielleicht wäre es für eine ganze Reihe von Ländern interessant, etwa auch für Österreich und die Schweiz.

Völlig unklar ist, ob der Sozialhilfebetrug in Deutschland oder Holland umfassender organisiert ist – ob es nur einzelne Antragsteller sind, die individuell Sozialhilfe erschleichen. Denkbar ist jedenfalls, dass dahinter zuweilen auch ein organisiertes Vorgehen steht, etwa auf Klan-Basis oder im Rahmen religiöser Bruderschaften.

Eins dürfte jedoch klar sein: Europäische Staaten haben in Zeiten der Krise ein gesteigertes Interesse daran, den Missbrauch von Sozialleistungen aktiver zu bekämpfen.

https://www.pi-news.net/2022/01/tommy-robinson-ueber-seinen-neuen-film-the-rape-of-britain/

Tommy Robinson überseinenneuen Film „The Rape of Britain“

19. Januar 2022

Der britische Islamkritiker Tommy Robinson ist aufgrund seines Mutes und seiner Entschlossenheit, junge englische Vergewaltigungsopfer gegen die Untätigkeit und Angriffe von Polizei, Justiz, Politik und Medien zu verteidigen, heute einer der prominentesten politisch Verfolgten in Europa. Am Montag sprach Robinson mit Kara McKinney von OneAmerica News über seinen neuen Film „The RapeofBritain“ („Die Vergewaltigung Britanniens“), der am 29. Januar in Telford und online auf GETTR uraufgeführt wird.

Das Schockierendste an der Recherche zu seinem Film sei „die Anzahl der beteiligten Männer“ gewesen, sagte Robinson. „Tausende junge Mädchen wurden entführt, vergewaltigt, an andere Männer weitergereicht, gefoltert und geschlagen. Und der Grund, warum die Polizei die Täter nicht festnahm, war, dass sie Angst hatten, Rassisten genannt zu werden.“

Zwei Prozent der britischen Bevölkerung sind Pakistaner, „aber sie sind verantwortlich für 90 Prozent der Gruppenvergewaltigungen

– was man eigentlich als Vergewaltigungs-Dschihad bezeichnet sollte", so Robinson.
In der ersten Stadt, die Robinson untersuchte, Telford, waren nur 1,7 Prozent der Bevölkerung Muslime. In über 1000 Vergewaltigungsfällen identifizierte die Polizei 200 beteiligte Männer. „Über 20 Prozent der muslimischen Männer hatten junge englische Frauen vergewaltigt."
Robinson: „Die einzigen zwei englischen Städte, für die wir Zahlen haben, sind Rotherham und Telford. Die Behörden halten die Zahlen unter Verschluss. Rotherham hat eine muslimische Bevölkerung von 3,7 Prozent. Dort wurden 1400 Mädchen vergewaltigt. In Telford liegt die muslimische Bevölkerung bei 1,7 Prozent. Dort waren es 1000 Opfer. Wir haben einhundert Städte gefunden, in denen solche Kinderschänderbanden operieren."
In Telford wurden von 200 identifizierten Vergewaltigern nur elf strafrechtlich verfolgt. „Das erste Opfer, das wir entdeckt haben, wurde nach einer Gruppenvergewaltigung schwanger. Sie hat abgetrieben. Sie war 13. Sie hat einen der Täter identifiziert, die Polizei hat den Mann verhaftet, und seine DNA stimmte mit der des toten Babys 100 Prozent überein. Trotzdem wurde der Mann nicht strafrechtlich verfolgt", so Robinson.
„In diesen Banden vergewaltigen Väter und Söhne Mädchen gemeinsam", erklärte Robinson. „Wenn diese Banden verhaftet werden, sind es Brüder und Cousins. Sie teilen sich junge 12- oder dreizehnjährige weiße Engländerinnen mit ihren Familienmitgliedern. Diese Leute haben eine Denkweise, die wir von keiner anderen Volksgruppe kennen", sagte Robinson. „Wenn wir das nicht thematisieren, sondern totschweigen, werden wir das nie verhindern."
Wenn Opfer zur Polizei gehen, sagt Robinson, werden sie ignoriert und dann von den Tätern eingeschüchtert. Über Silvester „mussten wir mit 40 Mann nach Telford, um die Familie eines der Opfer zu beschützen und in Sicherheit zu bringen", so Robinson. „Die Polizei lässt diese Menschen absichtlich in Gefahr, damit es nie zur Anklage kommt."

https://unser-mitteleuropa.com/asylpolitik-in-daenemark-es-gibt-auch-grundvernuenftige-sozialdemokraten/
Asylpolitik in Dänemark: Es gibt auch grundvernünftige Sozialdemokraten
27. 01. 2022
DÄNEMARK – Das bekannte Diktum in William Shakespeares Drama „Hamlet", nämlich Something is rotten in thestateofDenmark (dt. Es ist etwas faul im Staate Dänemark) trifft in unseren Tagen wohl nicht zu. Im

Gegenteil: Über das nordische Königreich hört man wohltuend gute Nachrichten.

Beispielsweise die Anmietung einer Strafvollzugsanstalt im Kosovo. Justizminister Nick Hækkerup spricht Klartext: Dies ist ein deutliches Signal an Menschen aus Drittstaaten, die ausgewiesen werden sollten: Eure Zukunft ist nicht in Dänemark, und ihr sollt deshalb nicht dort eure Haftstrafe absitzen.

Oder der Plan, angebliche Flüchtlinge in Hinkunft gar nicht mehr ins Hoheitsgebiet einreisen zu lassen, sondern das Asylverfahren außerhalb der Landesgrenzen abzuwickeln.

Vorbildlich ist auch die Absicht, ins Land geflüchtete Syrer in deren Heimat abzuschieben, weil angesichts der dortigen – stabil friedlichen – Lage keinerlei Schutzbedarf bestehe.

Der Clou daran: All diese Sachen werden von einer sozialdemokratischen Regierung durchgeführt. Das Kabinett der Ministerpräsidentin Mette Frederiksen verfügt zwar über keine parlamentarische Mehrheit, kann sich freilich in Sachen Sicherheit, Asyl und Kriminalität auf die Unterstützung von Abgeordneten patriotischer Gruppierungen stützen.

Integrationsministers ist Sohn eines äthiopischen Einwanderers

Der 41-Jährige Mattias Tesfaye erblickt als Sohn eines politischen Flüchtlings aus dem christlichen Äthiopien in Aarhus das Licht der Welt, fügt sich vorbildlich ein (nach der Pflichtschule als Maurerlehrling) und bekleidet seit 2019 das Amt des Integrationsministers. In einem Gespräch mit der „Neuen Zürcher Zeitung" (NZZ, Druckausgabe vom 21. Januar 2022, Seite 32: Das Asylsystem ist ein Teil des Problems) vertritt Tesfaye Standpunkte, die an Klarheit und Hausverstand kaum zu überbieten sind. Der Sozialdemokrat steht für die wohl härteste Einwanderungspolitik Europas.

Natürlich überbieten sich Lohnschreiber und die sogenannte Zivilgesellschaft in Gestalt steuergeldgemästeter NGO mit Warnrufen und Schreckensnachrichten. Die rote Regierung in Kopenhagen, so der Tenor der medialen Lemminge, untergrabe europäische Werte, betreibe eine rassistische Politik. Für die Kritiker ist Dänemark ein refugiumpeccatorum, also ein Hort der Sünder wider den politisch-korrekten Zeitgeist.

Mattias Tesfayes Gedankengänge sind erfrischend vernünftig. Hier ein paar Originalzitate aus dem Mund des schlaksigen jungen Ressortchefs:

„Falls die Migration nicht unter Kontrolle ist – und sie war es nicht ab den 1980er-Jahren – zahlen Schlechtverdiener und schlecht gebildete Leute den höchsten Preis für eine Integration, die nicht funktioniert. Es sind nicht die reichen Quartiere, die am meisten Kinder integrieren müssen. Vielmehr sind es die Gebiete, in denen die klassischen sozialdemokratischen Wähler leben."

Über das Jahr 2015:

„Ich war geschockt über die vielen Asylbewerber, die nach Dänemark, Schweden oder Deutschland kamen."

Über die Flüchtlinge:

„Die Hälfte der Asylbewerber in Europa ist in keiner Weise schutzbedürftig, und es sind mehrheitlich junge Männer. Wenn sie

(nicht, m.Z.) abgelehnt werden, verursacht das einen Haufen Probleme und Kosten.“

Über die Nationalität der Eingereisten:

„Wenn wir analysieren, welche Gruppen von Migranten zu einem nachhaltigen Wohlfahrtsstaat beitragen, sehen wir, dass wir keine Probleme mit Leuten aus Thailand, China oder Indien haben. Sie sind Nettozahler für die dänische Wirtschaft.“

Über mohammedanische Zuwanderer:

„Wichtiger **[Anm.:als die Kriminalitätsrate; Anm.]** ***ist die mangelnde kulturelle Integration: die Bereitschaft, demokratische Werte zu leben, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu akzeptieren oder dass eine Religion niemals über dem Gesetz steht. Oder dass Jugendliche heiraten können, wen immer sie wollen.“***

Also, ganz unter uns: So ein Integrationsminister wie Mattias Tesfaye würde auch unserer Heimat guttun.

https://www.tagesschau.de/investigativ/falsche-polizisten-101.html

Kriminalität von Clans

Mindestens 120 Millionen Euro erbeutet

Stand: 08.02.2022 06:15 Uhr

Mindestens 120 Millionen Euro haben falsche Polizisten seit 2018 in Deutschland erbeutet. Den Betrug organisieren auch Mitglieder eines arabisch-türkischen Clans, wie Recherchen von report München und rbb24 zeigen.

Von Fabian Mader und Lisa Wreschniok, BR, sowie Olaf Sundermeyer, rbb

Der Prozess, der derzeit an der großen Strafkammer des Landgerichts im türkischen Izmir gegen 81 mutmaßliche Betrüger aus Deutschland und der Türkei läuft, könnte ein beispielhafter Erfolg bei der schwierigen justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit beider Länder werden. Den Angeklagten wird die "Gründung einer Organisation zur Begehung von Verbrechen" vorgeworfen sowie Betrug und Geldwäsche von Vermögenswerten aus Straftaten. Es geht um organisierten Telefonbetrug nach der Masche der sogenannten falschen Polizisten, mit der aus Callcentern in Izmir zumeist ältere Menschen in Deutschland um ihr Vermögen gebracht wurden.Betrüger geben sich dabei am Telefon als Polizisten aus und berichten etwa von Einbrüchen in der Nachbarschaft. So bringen sie Menschen dazu, ihnen ihr Vermögen zu übergeben, um es angeblich in Sicherheit zu bringen. Dabei nutzten sie das "Call ID Spoofing“. Mit dieser Vorgehensweise erscheint bei dem Angerufenen eine vorgetäuschte, in diesem Fall deutsche Rufnummer im Display.

Angehörige eines Clans gehören zu DrahtziehernEine Umfrage von report München und rbb24 Recherche unter den 16 Landeskriminalämtern hat ergeben, dass kriminelle Banden mit der Betrugsmasche zwischen 2018 und 2020 bundesweit Geld, Schmuck und Gold im Wert von mindestens 120 Millionen Euro erbeuteten. Demnach wurden in dem Zeitraum mehr als 154.000 Fälle registriert, davon waren die Täter in gut 10.500 Fällen erfolgreich. Fachleute gehen jedoch davon aus, dass der Schaden und die Zahl der Opfer noch wesentlich

höher sind: Zahlreiche Betroffene dieser Masche würden den Betrug aus Scham nicht zur Anzeige bringen. Ferner wird diese Betrugsmasche erst seit 2018 auch bei allen Landeskriminalämtern ausgewiesen, obwohl schon 2015 in Deutschland die ersten Fälle bekannt wurden.Die Haupttäter der Izmir-Bande sind drei Männer aus dem Umfeld des türkisch-arabischen Miri-Clans aus Nordrhein-Westfalen und Bremen, die gemeinsam mit anderen Mitgliedern ihrer Großfamilie und weiteren Mittätern seit spätestens 2016 systematisch ihre Opfer in Deutschland abgezockt haben sollen. Die Hunderte Seiten umfassende Anklageschrift, die report München und rbb24 Recherche vorliegt, weist 24 Betrugsfälle aus, bei denen der Weg der Beute von den Opfern in Deutschland bis nach Izmir nachverfolgt werden konnte - mehr als fünf Millionen Euro. Es ist das erste Mal, dass in einem derart groß angelegten Verfahren gegen Callcenterbetrüger in der Türkei, die sich ihre Opfer in Deutschland suchten, verhandelt wird.

Opfer könnten entschädigt werden

Neben der Kriminalpolizei in München, bei der die Fäden zusammenliefen, waren weitere Landeskriminalämter an den Ermittlungen beteiligt. Ihnen gilt der Schlag gegen den Izmir-Clan nur als Ausschnitt eines umfangreichen Tatkomplexes mit einem noch größeren Netzwerk an Kriminellen und Mittätern, die aus Izmir und weiteren Städten in der Türkei agieren.Der Kopf der in Izmir angeklagten Bande soll ein Mehrfachtäter aus dem Miri-Clan sein, der vor zehn Jahren vor einem Prozess wegen Einbruchdiebstahls aus dem Haftraum des Bremer Landgerichts geflohen war und sich anschließend in die Türkei absetzte. Die türkische Staatsanwaltschaft weist ihm bzw. weiteren Familienangehörigen mehrere Immobilien nach, darunter ein Hotel im Badeort Çeşme. Sie hat Vermögen der Bande im Wert von insgesamt 105 Millionen Euro beschlagnahmt. Nach Auskunft der türkischen Richtergewerkschaft könnten daraus nach einer Verurteilung der Bandenmitglieder durch das Gericht in Izmir deren Opfer in Deutschland entschädigt werden.**Oliver Huth, Landesvorsitzender beim Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in NRW, sieht in der Anklage einen Durchbruch bei der bislang schwierigen Polizeizusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei. Wegen der eingeschränkten Rechtshilfe sei das Land bislang ein sicheres Exil für Straftäter aus Deutschland gewesen.**

Die Aussagekraft des kürzlich vom BKA publizierten Lagebilds zu dem Problem ist begrenzt.

Täter nutzen Vertrauen ausHans-Peter Chloupek, Leiter der Arbeitsgruppe Phänomene bei der Polizei München, verweist im Zusammenhang mit dem Prozess in Izmir auf die Traumatisierung der Opfer hin, nachdem sie im hohen Alter durch die Bande häufig um ihr Lebensvermögen gebracht worden seien. Bei den Ermittlungen wurde deutlich, wie geschickt die Tatverdächtigen agieren. Sie nutzen skrupellos das Vertrauen ihrer Opfer in die Polizei aus. Auch im Fall einer Frau, der besonders tragisch ist. Sie verkaufte ihr Haus für drei Millionen Euro und erwarb von einem Großteil des Geldes Diamanten und eine Uhr, um diese einem Abholer der falschen Polizisten aus Berlin zu übergeben. Sie dachte, sie würde damit einem Polizisten helfen, der angeblich als Geisel genommen wurde. Der Abholer wurde zwar ergriffen, die Diamanten sichergestellt, aber das Haus war weg.Auch weist die Opferliste der angeklagten Bande mindestens zwei Todesfälle auf, die auf den Betrug zurückzuführen sein sollen: In einem Fall geht die Staatsanwaltschaft von Selbstmord als Folge des Vermögensverlusts aus. In einem zweiten Fall hatte der Hausarzt eines der Betroffenen, ein weit über 80-jähriger Mann, bereits bei einem Gerichtsverfahren gegen die Abholer in Deutschland ausgesagt, dass sein Patient aus gesundheitlichen Gründen durch die Folgen des Betrugs verstorben sei.

Geldtransfer per Hawala-Banking

In sämtlichen Fällen sind die Ermittler der Spur des Geldes bis nach Izmir gefolgt: Unter anderem aus Wuppertal, wo Abholer der Bande Geld, Gold und Schmuck bei einem Juwelier abgegeben haben sollen, einer Einzahlstelle eines Hawala-Netzwerks - einem inoffiziellen Banken-System auf Vertrauensbasis, das oft zur Geldwäsche genutzt wird. Ohne dass Geld physisch das Land gewechselt hat, soll der entsprechende Wert bei einer Auszahlstelle des Hawala-Systems in Izmir an die Bande ausgezahlt worden sein.DetlevBoßbach, Dezernatsleiter beim LKA in NRW, geht davon aus, dass der größte Teil der Beute neben dem klassischen Schmuggel als Personentransport per Flugzeugen oder Auto vor allem über Hawala-Banking in die Türkei gelangt sei. Nach Informationen von report München und rbb24 Recherche prüfen die LKA in NRW und Bremen derzeit, ob einzelne Mitglieder des Miri-Clans auch in Deutschland Beute aus diesen Betrugsdelikten gewaschen haben. Bei der Kriminalpolizei in München und beim LKA in NRW laufen bereits Anschlussverfahren gegen organisierte Banden von falschen Polizisten aus dem Umfeld des Miri-Clans.

Die Betrugsmasche „Falsche Polizisten“

Das ARD-Politikmagazin report München berichtet in seiner Sendung am 08. Februar 2022 um 21.45 Uhr über die Recherchen. Der Film "Der Izmir Clan - Beutezug durch Deutschland" steht ab 17 Uhr in der ARD-Mediathek bereit.

https://www.pi-news.net/2022/02/fake-brandanschlag-kretschmer-sollte-sich-bei-chemnitzern-entschuldigen/

Fake-Brandanschlag: Entschuldigt sich Kretschmer bei Chemnitzern?

8. Februar 2022

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) besuchte den Tatort und zeigte sich zusammen mit dem mutmaßlichen Brandstifter Ali Tulasoglu (l.) tief betroffen.

An diesem Dienstag begann in Chemnitz der Prozess gegen den mutmaßlichen Brandstifter Ali Tulasoglu (PI-NEWS berichtete). Das Gericht wirft dem Türken vor, sein Restaurant „Mangal" 2018 in Chemnitz angezündet zu haben, um die Versicherungssumme zu kassieren. Dabei soll er auch den Tod von 15 Hausbewohnern in Kauf genommen haben. Der Angeklagte machte damals „Rechtsradikale" für die Tat verantwortlich und gab vor, Chemnitz aus Sicherheitsgründen verlassen zu wollen. Daraufhin besuchte CDU-Ministerpräsident Kretschmer das ausgebrannte Lokal und bestärkte das Narrativ vom ausländischen Opfer und rechten Tätern.

Der Chemnitzer AfD-Landtagsabgeordnete, Dr. Volker Dringenberg, erklärt dazu:

„Ich erwarte vom CDU-Ministerpräsidenten eine Entschuldigung an alle Chemnitzer. Kretschmer hat mit seinem Handeln den Eindruck verstärkt, Chemnitz sei eine rechtsradikale und ausländerfeindliche Stadt. Diese Vorverurteilung hat Chemnitz und ganz Sachsen großen Schaden zugefügt."

Auch die damalige Kanzlerin Angela Merkel ließ sich bei einem Besuch in Chemnitz pflichtbewusst mit Ali Tulasoglu ablichten:

Ali Tulasoglu mit Angela Merkel.

https://www.pi-news.net/2022/02/689-tage-einwanderungshaft-australien-zeigt-wie-es-geht/

689 Tage Einwanderungshaft: Australien zeigt, wie es geht

16. Februar 2022

Von MANFRED ROUHS | Wer nach Australien einwandern möchte, kann das gerne versuchen. Sobald er die Grenze überschritten hat, wandert er zunächst einmal für durchschnittlich 689 Tage in Einwanderungshaft. In acht Fällen soll die Inhaftierung sogar zehn Jahre lang gedauert haben. So berichtet es der „Stern" unter Berufung auf Human Rights Watch.

Die Einwanderungshaft ist eine offensichtlich gute und sinnvolle Sache. Denn zunächst einmal überprüfen die australischen Behörden die Identität des Einreisewilligen, und zwar gründlich. War das erfolgreich, dann überprüfen sie in Zusammenarbeit mit den Behörden im Land des Einwanderungswilligen, ob er etwas auf dem Kerbholz hat. Falls ja, tritt er umgehend die Heimreise an.

Zudem behält sich Australien das Recht vor, Menschen die Einreise zu verweigern, die schlicht in Australien nicht benötigt werden. Dauert die Prüfung länger – ja, dann dauert sie eben. Der Betroffene darf gerne nach Hause telefonieren und jedem, der es hören will, mitteilen, wie schlecht er behandelt wird. Und er darf jederzeit heimkehren.
Wer es nach langer Inhaftierung geschafft hat, australischen Boden zu betreten, kann sich nicht in eine soziale Hängematte legen. Er ist vielmehr darauf angewiesen, selbst für seinen Lebensunterhalt zu sorgen.
Australien legt offenbar großen Wert darauf, in der Liste jener Länder, die attraktiv sind für Armutsmigration, den letzten Platz zu belegen. „Rassismus" kann man den Australiern dabei nicht vorwerfen. Denn sie behandeln ausnahmslos alle Migrationswilligen gleich. Niemand wird bevorzugt oder benachteiligt.
Die Internetseite auswandern-info.com schreibt über deutsche Australien-Migranten:
„Im Jahr 2020 wanderten offiziell 1.599 Deutsche nach Australien aus und 2.019 kamen wieder in ihre Heimat zurück. Innerhalb der 10 Jahre von 2010 bis 2019 emigrierten offiziell 33.542 Deutsche nach Australien und 26.462 zogen nach Deutschland zurück."
Wer es anderswo in der Welt nicht schafft, der schafft es meist auch in Australien nicht. **Und viele Australier stehen bis heute hinter den Worten ihres Bildungsministers Dr. Brendan Nelson aus dem Jahr 2005:**
„Einwanderer, nicht Australier, müssen sich anpassen. Akzeptieren sie es, oder verlassen sie das Land. Ich habe es satt, dass diese Nation sich ständig Sorgen machen muss, ob sie einige Individuen oder deren Land beleidigt. Seit den terroristischen Anschlägen auf Bali spüren wir einen zunehmenden Patriotismus bei der Mehrheit der Australier."
Wäre es nicht schön, wenn auch wir Deutschen Minister hätten, die sich so äußern?

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.pi-news.net/2022/02/islam-woche-17-hetz-video-gegen-juden-anschlagsplaene-koeln-und-berlin/

Islam-Woche #17: Hetz-Video gegen Juden / Anschlagspläne Köln und Berlin

21. Februar 2022

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | In seinem 17. Islam-Wochenrückblick hat Irfan Peci wieder vier Ereignisse herausgesucht, die in der vergangenen Woche die Islamisierung besonders gut kennzeichnen. Auf Platz vier setzt er den Bonner **Imam Ensar Isik von der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), der im Mai 2021 auf der Plattform Instagram in einem einstündigen Video massive Hetze gegen Israel, Juden und Zionisten betrieb. Israel würde einen „Völkermord" gegen die „Palästinenser" betreiben, „genau wie es damals in Deutschland auch passiert ist mit den Juden." Der islamische „Geistliche" stellte den Nahost-Konflikt also allen Ernstes auf eine Stufe mit dem sechsmillionenfachen Mord an den Juden im Holocaust. Aber seine unfassbare Hetz-Propaganda, die eigentlich klar den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt, aber bei einem radikalen Moslem ganz offensichtlich nicht geahndet wird, geht noch weiter:**

Die „Weltordnung" dieser Juden sei „bekannt", sie würden sich als „goldene Rasse" sehen, die „Muslime töten und massakrieren müssen"." Isik behauptete weiter, dass Juden ihre Kinder ab dem Alter von vier Jahren „zur Eroberung der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem erziehen" würden. Sie wollten „den Weltuntergang einleiten". Israel erkennt der Milli Görüs-Imam ganz offensichtlich nicht als Land an, denn er setzt es in seinem Video mit den Fingern in Anführungszeichen.

Imam Isik sagt, dass „wir", also er und seine moslemischen Glaubensgenossen, „nicht gegen das Judentum" seien, aber „gegen Zionisten", und „leider" seien „99,9 Prozent der Zionisten Juden und bekennen sich zum Judentum".

Nachdem die Zeitung „Welt" die IGMG auf das Video hinwies, rudert die Islamische Organisation zurück. Generalsekretär Bekir Altas erklärte, er habe das Vidoe nicht gekannt, die Aussagen seien antisemitisch und inakzeptabel. Der Imam sei „angehalten" worden, die weitere Verbreitung des Videos zu unterbinden. Inzwischen sei das Video gelöscht und der Imam mit sofortiger Wirkung von allen seinen Aufgaben entbunden worden. Der IGMG-Regionalverband habe ein Disziplinarverfahren eingeleitet und arbeitsrechtliche Schritte würden geprüft. In einem „anberaumten ersten Gespräch" habe sich der Imam „für seine Ausfälle entschuldigt" und „seine Aussagen bedauert". Es sei „nicht seine Absicht" gewesen, er habe in seiner freien Rede jedoch „unüberlegte Aussagen" getätigt.

Ob diese Lippenbekenntnisse glaubhaft sind, darf mehr als bezweifelt werden. Wie die Welt berichtet, schätzt Eren Güvercin, Mitgründer der liberalen moslemischen Alhambra-Gesellschaft, die Aussagen von Imam

Isiks nicht als „Betriebsunfall" ein, sondern sie wären ganz auf der Linie des Milli Görüs-Gründers Necmettin Erbakan. Der hatte beispielsweise 2006 gefordert, dass Milli Görüs „die Menschheit von diesen Kindermördern und rassistischen Imperialisten befreien" müsse. Milli Görüs habe laut Güvercin „ein grundsätzliches Problem mit Antisemitismus". Erbakan werde „bis heute verehrt".
Auch Volker Volker Beck, Ex-Grünen-Bundestagsabgeordneter und Lehrbeauftragter für Religionspolitik an der Ruhr-Universität Bochum, schätze die IGMG weiter „unter dem Einfluss der Ideologie Erbakans", sie habe sich „nie von Erbakan und seinen Lehren gelöst". Isiks Video sei „ganz auf der Linie von Erbakan". Beck warnt:

> *„Wunschdenken ist im Umgang mit islamischen Organisationen fehl am Platz."*

Dies sollte man allen Politikern ins Stammbuch schreiben, die sich mit Islam-Organisationen auseinandersetzen. Bisher herrschten hier grenzenlose Naivität, Gutgläubigkeit, Vertrauensseligkeit und eben Wunschdenken vor.
Auf Platz drei setzt Irfan Peci einen 17-jährigen türkischstämmigen radikalen Moslem aus Kerpen, der offensichtlich in Köln einen Terror-Anschlag durchführen wollte. Die Kölner Polizei hatte ihn seit 2020 im Visier und wegen ihm eine Ermittlungsgruppe eingerichtet, weil sich der junge Moslem über soziale Netzwerke zunehmend radikalisiert und Kontakte zu Extremisten im Raum Hannover geknüpft habe. Der fundamentale Allah-Gläubige wurde nun festgenommen, die Generalstaatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.
Irfan Peci stellt fest, dass die Abstände zwischen den Anschlägen und den versuchten Anschlägen immer kürzer werden und dies den Mainstream-Medien kaum noch eine Schlagzeile wert sei. Es wirke so, als ob zumindest die mediale Öffentlichkeit den Terror mittlerweile als etwas Gegebenes akzeptiert, das nun wohl zum Alltag gehöre.
Platz zwei belegt die infolge eines US-Spezialeinsatzes erfolgte Tötung des IS-Kalifen Abu Ibrahim al-Hashimi al-Qurashi, der sich aufgrund der ausweglosen Situation selbst in die Luft gesprengt hatte und dabei etliche Familienmitglieder, darunter Frauen und Kinder, mit in den Tod riss. Insgesamt soll es sich um 13 Tote handeln. Laut Peci gibt es dabei ein sehr interessantes Detail: dieser Kalif versteckte sich in der Region Idlib an der Grenze zur Türkei, die lange Zeit von der durch die Türkei unterstützten syrischen Streitkräfte kontrolliert wurde. Die Türkei habe auch rund ein Dutzend Beobachtungsposten in dieser Region. Entweder müsse sich die Türkei nun Inkompetenz oder die Deckung des IS-Führers vorwerfen lassen, was laut Frankfurter Rundschau auch der der Nahost-Experte und Direktor des Syrien-Programms am Middle East Insitute, Charles Lister, so sieht.
Farhad Shami, ein Sprecher der SDF, kommentiert noch deutlicher:

> ***„Gibt es irgendeinen Zweifel daran, dass die Türkei Gebiete in Nordsyrien in eine sichere Zone für Daesh (ISIS)-Führer verwandelt hat?"***

Laut Peci sei dies nicht das erste Mal, dass die Türkei den IS unterstützt habe. Und über die DITIB, die in Deutschland fast 1000 Moscheen betreibe, würde die radikal-islamische Türkei unter Erdogan die Islamisierung Deutschland weiter vorantreiben.
Auf Platz eins landet ein weiterer vereitelter Terror-Anschlag in Deutschland. In Berlin steht gerade ein 29-jähriger Syrer vor Gericht, der sich ab 2019 mit konkreten Anschlagsplänen befasst haben soll. Die Anklage geht davon aus, dass er „möglichst viele Menschen töten" wollte. Der mutmaßliche Terrorist reiste 2014 als „Flüchtling" ein und erhielt eine Aufenthaltserlaubnis. Im Frühjahr 2019 soll er sich in einer Chat-Gruppe mit Anhängern des Islamischen Staates immer wieder intensiv über den Bau von Bomben informiert haben. Es ging um Plastiksprengstoff, Paket- und Magnetbomben, Kalaschnikow-Sturmgewehre und Maschinenpistolen. Laut Berliner Zeitung soll der syrische Moslem im August und September 2019 dann Chemikalien wie Aceton und Wasserstoffperoxidlösung gekauft haben. Substanzen, die zur Herstellung des hochexplosiven Sprengstoffs Triacetontriperoxid (TATP) benötigt werden, das auch bei den Terroranschlägen in Paris benutzt wurde. Erst durch Warnungen eines ausländischen Geheimdienstes sei die Polizei auf die Spur des Syrers gekommen. Am 19.11.2019 stürmte die Spezialeinheit GSG 9 der Bundespolizei die Neubauwohnung des Moslems in der Nähe des Rathauses Schöneberg im Berliner Westen und verhaftete ihn.
Irfan Peci betont, wie richtig die Warnungen über all die Jahre waren, keine Massen von sogenannten „Flüchtlingen" aus fundamental-islamischen Ländern unkontrolliert über die Grenzen nach Deutschland zu lassen. Natüürlich würden dies Terrorgruppen nutzen, um ihre Anhänger in unser Land einzuschleusen, die dann hier Anschläge verüben sollen. Getreu der koranischen Anweisung „Werft Schrecken in die Herzen der Ungläubigen".
Staat sich nur isoliert auf den „Kampf gegen Rechts" zu beschränken, sollte die deutsche Regierung die Ressourcen auf den Kampf gegen den Politischen Islam und seinen Terror lenken.
Wer täglich mit weiteren wichtigen Infos über die Islamisierung versorgt werden möchte, abonniere den Telegram-Kanal von Irfan Peci, der bereits über 10.000 Follower hat. Und auch vom neuen offiziellen Telegram-Kanal der Bürgerbewegung PAX EUROPA, der kurz davor ist, die 1000er-Schwelle zu überschreiten.

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.

https://unser-mitteleuropa.com/fluchtbericht-vergewaltigungen-durch-arabische-schwarzafrikanischen-asylanten-ukrainische-behoerden-setzen-frauen-im-niemandsland-aus/

Fluchtbericht: Vergewaltigungen durch arabische, schwarzafrikanischen Asylanten – ukrainische Behörden „setzen“ Frauen im Niemandsland „aus“

03. 03. 2022

Das Interview führte unser Ungarnkorrespondent Elmar Forster

Warum sind Sie aus der Ukraine geflüchtet ?
Wir sind geflüchtet, weil es für mich und meine beiden Kinder ab der zweiten Hälfte der vorigen Woche absolut **lebensgefährlich** wurde. In meiner **Heimatstadt** gibt es einen **Militärflughafen**. Über diesen wurden jahrelang Soldaten transferiert. Der Flughafen liegt nur wenige Kilometer von unserer Wohnung entfernt. Er wurde Donnerstag früh von einigen Lenkwaffen zerstört. Der Einschlag der **Raketen** ließ die Erde erbeben. Wir erlebten die Raketen, als wären sie unmittelbar im Vorgarten eingeschlagen. Zur selben Zeit kamen weißrussische Truppen mit Panzern an den Grenzen unserer Stadt an.
Warum Sind Sie nach Österreich geflüchtet ?
Wir sind nach Österreich geflohen, weil **Verwandte hier** leben und wir hier sicher und versorgt sind. Die Entscheidung ist allerdings **nicht leicht gefallen**, da mein Sohn in der Ukraine zur Schule geht und meine Tochter an der Universität studiert. Weiters war ich auch noch in die Pflege meiner Großmutter involviert, die jetzt nur mehr von meiner Mutter und meiner Tante bewältigt werden kann. Ich bin sehr in **Sorge um meine Eltern** und Verwandten.
Wie haben Sie die Flucht erlebt ? Wann haben Sie den Entschluss gefasst zu fliehen ?
Die Flucht war ein **Martyrium**. Ein Verwandter brachte uns mit dem Auto möglichst nahe an die **polnische Grenze**. Allerdings wurde er von **ukrainischen Ordnungskräften** weit vor der Grenze zurückgewiesen, da wehrfähige Männer das Land nicht verlassen dürfen. Wir wurden also „**ausgesetzt**“ und mussten eine weite Strecke **zu Fuß** gehen, vermutlich an die **30 Kilometer**. Wir waren zwei Tage unterwegs, mussten uns natürlich unseres gesamten Gepäcks entledigen. Auf dem Weg trafen wir viele **Frauen**, die teilweise sehr erschöpft, manche am **Zusammenbrechen** waren, weil sie **kleine Kinder**, manche sogar Wickelkinder schleppen mussten. Wir halfen ihnen, so gut es ging. Während des Marsches hatten wir nichts zu trinken. Wir waren daher glücklich, als wir schließlich ohne Probleme über die polnische Grenze kamen, wo man uns sofort sehr **herzlich** in Empfang nahm und bestens erstversorgte. Einen herzlichen Dank an unsere **christlichen polnischen Freude** und Nachbarn!

Die Regierung Selinskyi hat unter der Zivilbevölkerung Waffen verteilt… War diese Aktion sinnvoll oder ist nicht sogar gefährlich für die innere Sicherheit ?

Die **Verteilung von Waffen** an die Zivilbevölkerung war **richtig** und sehr effektiv. Die Verteidigung von Kiew und anderen Städten wäre ohne diese Maßnahme ansonsten längst zusammengebrochen. Putin hatte sich einen Blitzkrieg vorgestellt – eine völlige Fehleinschätzung! In seiner Rede vom 21. Februar hatte er jeden einzelnen Ukrainer beleidigt und herausgefordert. Er erhält jetzt die Antwort. Die Ukraine wird auf diese Weise nicht erobert werden. Die innere Sicherheit ist durch den Angriff der russischen Elite zerstört worden. Sie hat die **Ukraine** in ein **Trümmerfeld** verwandelt. Die Russen haben es aber nicht geschafft, die **Brudervölker** der **Ukrainer und Russen** zu Feinden zu machen. Selbstverteidigung ist jedenfalls immer legitim!

In den Westen sickern langsam Berichte durch, dass die Ukrainekrise auch von arabischen und afrikanischen Flüchtlingen als Tribbrett-Flüchtlinge missbraucht wird…

Die Horrorgeschichten über das Verhalten mancher muslimischer Flüchtlinge sind leider die Wahrheit. Ich habe das selbst erlebt: Auf unserer Flucht trafen wir auf größere Truppen syrischer, maghrebinischer schwarzafrikanischer junger Männer. Sie wurden nach 2015 in der Ukraine aufgenommen, erhielten ein Stipendium für die Unis Kiew, Charkow und Liviv/Lemberg und wurden jahrelang durch die Ukraine versorgt.

Auf unserer Flucht trafen wir auf eine Gruppe solcher Männer. Sie beschimpften uns als Wungläubige Schlampen, unreine Kreaturen und von Allah verfluchtes Gesindel"…Dann stellten sie sich uns dabei in den Weg. Da wir uns nicht beeindrucken ließen, öffneten einige ihre Hosen und kündigten an, uns vergewaltigen zu wollen. Wir, die Frauen, hakten uns beieinander ein, damit keine herausgerissen und separiert werden konnte. Ich hatte Todesangst, die Kinder schrien – aber wir schafften es, Gott sei Dank, unsere Angreifer in die Flucht zu schlagen.

Wir sind dankbar, in Österreich herzlich aufgenommen zu werden. Wir werden sicher ganz fleißig mitarbeiten, wo es möglich sein kann. Natalia Ich entbiete allen Lesern von „Unser Mitteleuropa" einen herzliche Gruß…

https://www.pi-news.net/2022/03/video-junge-dynamische-menschen-auf-dem-weg-nach-europa/

Video: Junge, dynamische Menschen auf dem Weg nach Europa

3. März 2022

Von MANFRED ROUHS | Die jungen, dynamischen Menschen in diesem Video sind am 2. März 2022 gegen jenen Grenzzaun angerannt, der in der spanischen Enklave Melilla ihre afrikanische Heimat von Europa trennt. Nach spanischen Medienberichten waren an der Aktion rund 1200 Personen beteiligt.

Die gute Nachricht lautet: 850 haben es nicht geschafft, den Grenzzaun zu überwinden. Die schlechte Nachricht ist: Etwa 350 waren erfolgreich, befinden sich jetzt auf EU-Gebiet und werden von den Spaniern wohl größtenteils an andere Mitgliedsstaaten der Union weitergereicht.

Die hier gezeigten Filmaufnahmen entstanden hinter dem Zaun, also auf spanischem Boden. Sie zeigen also jene Afrikaner, die kurz vorher den Zaun erfolgreich und ohne Gegenwehr spanischer Grenzbeamter überwunden haben, was bei einigen von ihnen leichte, blutige Blessuren erklärt.

Man muss nicht Mathematik studiert haben, um den genauen Anteil der Frauen, Kinder und alten Menschen unter ihnen berechnen zu können. Schauen Sie sich die Bilder an: Er liegt exakt bei Null Prozent.

Einer der lebensfrohen jungen Männer trägt ein Fan-Trikot des FC Bayern München. Bei dem erahnen wir, wo er hin will.

Bemerkenswert ist auch die Kletterpartie im letzten Drittel des Filmberichtes. Da hatte es einer der Afrikaner bis hoch oben auf den Grenzzaun geschafft, aber dann verließ ihn offenbar der Mut, als es darum ging, auf der spanischen Seite herunterzuklettern. Ihm half der spanische „Grenzschutz" mit einer Leiter aus – wohlgemerkt für den Abstieg nicht auf der afrikanischen, sondern auf der spanischen Seite.

Ein solcher „Grenzsschutz" macht in Afrika gute Reklame für Reisen nach Europa. Das hätten US-Amerikaner, Chinesen oder Russen an ihrer Grenze sicher anders geregelt.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.n-tv.de/panorama/In-Neukoelln-entscheidet-sich-Deutschlands-Zukunft-article23158357.html

Gewalt, Selbstjustiz, Verachtung"In Neukölln entscheidet sich Deutschlands Zukunft"

06.03.2022, 16:09 Uhr

Falko Liecke, seit mehr als einem Jahrzehnt Stadtrat in Berlin-Neukölln, nennt den Bezirk "Brennpunkt Deutschland". So heißt auch das Buch des CDU-Politikers, über das ntv.de mit ihm gesprochen hat. Es ist harter Tobak. So sagt er: "In Neukölln halten kriminelle Migranten und politisch Radikale die Polizei für Freiwild."

ntv.de: Sie beschreiben Neukölln als "Brennpunkt Deutschland", in dem sich die Zukunft der Republik entscheide. Wie kommen Sie darauf?

Falko Liecke: Falls Sie damit meinen, die These sei zu steil - ist sie nicht. Mein Herz hängt an Neukölln, ich lebe und arbeite gerne dort. Genau deshalb mache ich mir umso mehr Sorgen um den Bezirk. Die gesellschaftliche Entwicklung ist verheerend. Ich erlebe es täglich auf der Straße und in der U-Bahn, wenn ich Drogenabhängige und Obdachlose sehe. Die Zunahme an Verwahrlosung, Armut, fehlgeschlagener Integration, Gewalt, Selbstjustiz, politischem und religiösem Extremismus ist allgegenwärtig.

Übertreiben Sie da nicht?

Nein. Staatsverachtung und Autoritätsverlust zeigt sich überall. Polizisten, die in Neukölln ihren Dienst tun, leben gefährlich. Kein Beamter wird sich in Uniform mit dem Rücken zum Eingang in ein Café setzen. Das ist zu riskant.

Kriegen Sie das auch persönlich ab?

Beschimpft und beleidigt werde ich ständig, nicht nur in den sozialen Medien. Das Auto meiner Frau, die Polizistin in Neukölln ist, wurde abgefackelt. Mitglieder eines libanesischen Clans haben mir auf der Straße klarzumachen versucht, dass nicht Staat und Gesellschaft in "ihrem" Teil von Neukölln das Sagen hätten, sondern nur sie selbst. "Pass auf deine Kinder auf. In Neukölln gibt es leicht mal einen Toten", ließ mich einer wissen. Selbst von Kindern aus einem der Clans habe ich so was in der Art schon zu hören bekommen. Noch vor wenigen Jahren wäre ich nie auf die Idee gekommen, daheim aus den Fenstern zu schauen, welches Auto vor der Tür steht. Das mache ich jetzt ständig, schon wegen meiner Frau. Ich möchte nicht der nächste Walter Lübcke sein.

Wenn man Ihr Buch liest, ahnt man, warum Menschen Sehnsucht nach Autoritäten haben, der starken Frau, dem starken Mann. Was denken Sie darüber?

Die Angst der Menschen vor sozialem Abstieg kann ich gut verstehen. Aber die Sache mit dem "starken Mann" sollten wir schön bleiben lassen. Russland zeigt gerade, wie das endet.

Was brauchen wir dann?

Für mich kann "starker Mann" nur starker Staat heißen. Wir müssen die Akzeptanz steigern, dass der Staat das Gewaltmonopol hat, Polizei und Justiz das Recht konsequent anwenden und umsetzen. Diesem Grundsatz muss wieder Geltung verschafft werden. In Neukölln halten kriminelle Migranten und politisch Radikale die Polizei für Freiwild.

Sie schreiben in Ihrem Buch Sätze wie: "Wenn fast ein ganzer Kiez auf unsere Gesellschaft und ihre Regeln spuckt, wird es schwer." Warum die drastische Wortwahl?

Es hat keinen Sinn, die Missstände zu verniedlichen oder zu beschönigen. In Neukölln erleben wir das, was wir, wenn wir nicht aufpassen, in ein paar Jahren überall in Deutschland haben. Wir müssen Armut und organisierte Kriminalität entschlossen bekämpfen, offen über die negativen Folgen von Einwanderung, den Islamismus und politischen Extremismus reden, was daraus erwächst, nämlich Staats- und Demokratieverachtung. Neukölln hat viele schöne Seiten. Die werden aber mit in den Strudel des Niedergangs gerissen. Deshalb müssen wir handeln.

Was ist Ihrer Meinung nach das größte Problem?

Es gibt nicht nur eins, es gibt viele Hauptprobleme.
Nennen Sie die beiden wichtigsten.
Wenn ich zwei hervorheben müsste, dann die organisierte Kriminalität durch Clans und die Bildung, die ein Trümmerhaufen ist - trotz aller Bemühungen. Beides gilt für ganz Berlin, in Neukölln ist es aber besonders eklatant. Die Pandemie hat die Situation verschärft. In vielen Familien war kein Homeschooling möglich, es fehlt an gutem Internet und Technik, die Eltern sprechen ungenügend Deutsch, die Kinder leben mit sechs, sieben Geschwistern in einer kleinen Wohnung, da ist nichts mit Unterricht. Die Kids lassen ihren Frust auf die Straße ab. Um die Kinder müssen wir uns kümmern, sonst werden sie durch einen Mangel an Bildung Abgehängte der Gesellschaft von Morgen sein.
Was also tun?
Wenn wir eine verlorene Generation verhindern wollen, müssen wir massiv in Schulen und Sozialarbeit investieren, finanziell und personell. Wir brauchen hier die besten Lehrer. Klar, es fehlt an Geld. Trotzdem müssen wir dringend etwas unternehmen. Sonst landen viele Kinder in Armut, werden kriminell oder radikale Islamisten.
Und gegen die Clans?
Vorsicht! Es geht nicht gegen "die Clans". Es geht gegen Clankriminalität. Wer als Clanmitglied nicht kriminell ist oder von der Kriminalität profitiert, interessiert mich gar nicht. Um gegen die kriminellen Teile der Clans anzukommen, müssen endlich alle Behörden aufwachen. Polizei und Justiz reicht nicht aus. Jobcenter, Gewerbeamt, Ordnungsämter, Kfz-Zulassungsstellen, Familiengerichte, Jugendämter und so weiter. Sie alle müssen mitmachen und dürfen sich nicht weiterhin unzuständig fühlen.
Sie sagen, der Islamismus, insbesondere der staatlich gestützte, sei eine große Gefahr für die Demokratie.
Man denkt bei Islamisten immer an lange Bärte, Sprengstoffgürtel und Kalaschnikow. Die viel größere Bedrohung ist aus meiner Sicht aber der legalistische Islamismus ...
... also der Versuch, auf dem Koran fußende Regelungen über den privaten Bereich hinaus in der deutschen Gesellschaft zu etablieren - aber gewaltfrei …
Genau. Nicht etwa, weil sie Gewalt ablehnen. Im Gegensatz zu gewalttätigen Islamisten sind sie nur der Meinung, dass diese schleichende Unterwanderung erfolgreicher ist. Und sie haben recht.
Also funktioniert das nach Ihrer Auffassung?
Die nutzen die offene Gesellschaft, die Religions- und Meinungsfreiheit, um langfristig einen islamisch geprägten Staat zu etablieren. Und sie haben Zeit, denken strategisch und gewinnen Schritt für Schritt immer mehr Einfluss in Medien, Parteien und Gesellschaft. Die werden unsere Freiheiten so lange ausnutzen, bis sie sie abschaffen können.
Beobachten Sie das oder glauben Sie das?
Die Gefahr durch den legalistischen Islamismus wird von Sicherheitsbehörden landauf, landab beschrieben. Es hört nur niemand wirklich zu. Und das, obwohl wir es im Alltag erleben.
Wo zum Beispiel?
Hass gegen Homosexuelle und Verachtung westlich geprägter Frauen zeigt sich doch vielfach. Zum Beispiel darin, dass in Neukölln Regenbogenflaggen in Jugendeinrichtungen heruntergerissen und vermeintlich muslimische Lehrerinnen in Hosen als Huren beschimpft werden. Das gehört bei manchen Bevölkerungsteilen zur familiären DNA und richtet sich fundamental gegen unsere freiheitlichen Werte.

Sie sprechen in diesem Zusammenhang von "Kopftuchaktivistinnen". Was ist schlimm am Kopftuch?
Nicht jede Frau mit Kopftuch ist eine Islamistin. Aber Aktivistinnen, die bewusst das Kopftuch zur Schau stellen, machen sich für einen fundamentalen, antifeministischen und politischen Islam stark, der im Widerspruch zu unserer Verfassung steht.
Gibt es diese Aktivistinnen in Neukölln?
Frauen und Mädchen ohne Kopftuch werden in Teilen Neuköllns von der lauten Minderheit der Befürworter eines radikalen Islam massiv unter Druck gesetzt. In einer Grundschule nahe der Neuköllner Al-Nur-Moschee, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, tragen Mädchen schon ab acht, neun Jahren Kopftuch. Es ist absurd, dass Vereine und Verbände aus dem Bereich des politischen Islam vom Land Berlin mit Unsummen gefördert werden.
Der Linke-Abgeordnete Ferat Kocak wirft Ihnen "rassistische Hetze gegen Muslime" vor. Sie haben zur Wahl von Ricarda Lang und Omid Nouripour zu den neuen Vorsitzenden der Grünen getwittert: "Ich wünsche ein fröhliches 'Allahu Akbar'." Haben Sie vielleicht ein grundsätzliches Problem mit Muslimen?
Wissen Sie, den Herrn Koçak darf man nicht ernst nehmen, sonst hat man schon verloren. Der stellt sich auch am Tag des Einmarsches von Putin in die Ukraine hin und fordert den Abzug aller NATO-Truppen aus Osteuropa. Anderen Leuten Rassismus vorwerfen ist sein Geschäftsmodell.
Das kann man aber von Frau Lang oder Herrn Nouripour nicht sagen.
Der Tweet tut mir leid, er war nicht so klug, ich habe ihn gelöscht und Herrn Nouripour um Entschuldigung gebeten, falls ihn das verletzt hat. Rassismus wird mir seit Jahren von Linken immer wieder vorgeworfen, wenn ihnen nichts weiter einfällt. Auch, dass ich ein Hans-Georg Maaßen sei. Im Gegensatz zu Herrn Maaßen mache ich aber seit Jahren aktiv Politik, gehe die Probleme vor Ort an und grenze mich strikt von der AfD ab. Ich rede nur klipp und klar über die Probleme ...
... die andere nicht sehen? Oder nicht sehen wollen?
Grüne, Linke und Teile der SPD ignorieren diese Probleme seit Jahren. Oder beschönigen sie. Die Linke in Neukölln hält ja sogar Razzien in Shisha-Bars und Spätverkaufsstellen für rassistisch. Dabei wissen wir, dass sie Anlaufstationen und Drogenverkaufsstellen organisierter Krimineller sind.
Sie sagen: Neukölln ist erst der Anfang. Was meinen Sie damit?
Was wir in Neukölln erleben, ist immer nur der Vorläufer von dem, was irgendwann überall in Deutschland kommen kann und vielerorts auch wird. Ich bin sicher: In Neukölln entscheidet sich Deutschlands Zukunft. In meinem Buch meckere ich nicht permanent und erzähle auch nicht nur, was schiefläuft. Ich will aufrütteln und berichte von Beispielen, wie es besser laufen, wie Verbrechen bekämpft und ein Abdriften Jugendlicher in Kriminalität verhindert werden kann.
Sie sind seit mehr als einem Jahrzehnt Stadtrat in Neukölln. Da tragen Sie Mitverantwortung für die Misere.
In gewisser Weise kann man das so sehen. Trotzdem kann ich guten Gewissens sagen: Ich habe alles versucht, was möglich ist, erst recht während der Pandemie. Die Probleme sind viel zu groß für die Kommunalpolitik. Die Landesregierung lässt Neukölln seit Jahren im Stich und kümmert sich lieber um die hippen Bezirke wie Prenzlauer Berg und Friedrichshain - wo die Wähler der Grünen leben.
Mit Falko Liecke sprach Tilman Aretz
Quelle: ntv.de

https://www.bild.de/regional/duesseldorf/duesseldorf-aktuell/duesseldorf-ukrainerin-18-von-zwei-weiteren-fluechtlingen-vergewaltigt-79453682.bild.html

AUF DÜSSELDORFER HOTELSCHIFF

Ukrainerin (18) von zwei Flüchtlingen vergewaltigt

14.03.2022 - 22:56 Uhr

Berlin/Düsseldorf – **Diese Tat macht wütend und fassungslos: In einer Düsseldorfer Flüchtlingsunterkunft wurde eine junge Frau vergewaltigt! Nach BILD-Informationen handelt es sich bei dem Opfer um eine 18-jährige Ukrainerin.**

Mehr zum dem Fall sehen Sie am Dienstag bei BILD im TV.

Das Verbrechen ereignete sich nach BILD-Informationen am 6. März: Auf dem Hotelschiff „Oscar Wilde", das derzeit auch als Unterkunft für Flüchtlinge aus der Ukraine dient, soll eine 18-jährige Ukrainerin Opfer eines sexuellen Übergriffs geworden sein. Sie soll nacheinander von zwei Männern aus dem Irak und Nigeria (37 und 26 Jahre alt) misshandelt worden sein.

Beide sollen auch die ukrainische Staatsbürgerschaft besitzen. Die Polizei hat Ermittlungen wegen des „Verdachts der Vergewaltigung" eingeleitet. Dabei soll u.a. auch geklärt werden, wie die beiden mutmaßlichen Täter an den ukrainischen Pass gekommen sind.

Jeden Tag flüchten Zehntausende aus der Ukraine; viele von ihnen suchen in Deutschland Sicherheit. Zum Tatzeitpunkt sollen etwa 25 Flüchtlinge neben zahlenden Hotelgästen auf dem Schiff gewohnt haben. Die Beschuldigten sind derzeit in U-Haft. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf bestätigte am Montag die Recherchen auf BILD-Anfrage.

Politiker sind schockiert und empört! Unionsfraktionsvize Andrea Lindholz (51) zu BILD: „Die Polizeibehörden müssen mit der Kontrolle von Unterkünften konkret für den Schutz ukrainischer Frauen sorgen. Der Düsseldorfer Fall verpflichtet uns zu sofortigem Handeln."

Der Chef der Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, zu BILD: „Politik sollte jetzt alles dransetzen, dass sich solche schrecklichen Vergewaltigungsfälle, wie auf dem Hotelboot in Düsseldorf, nicht häufen. Harte und schnelle Bestrafung mit anschließender Abschiebung ist die einzige Sprache, die solche Täter verstehen."

Nach BILD-Informationen stoßen Polizisten im Grenzgebiet immer öfter auf Flüchtlinge, die nicht direkt aus der Ukraine stammen, sondern z. B. aus Afrika.

https://unser-mitteleuropa.com/berlin-schutzzonen-fuer-weibliche-kriegsfluechtlinge-an-bahnhoefen-von-polizeigewerkschaft-gefordert/

Berlin: „Schutzzonen" für weibliche Kriegsflüchtlinge an Bahnhöfen von Polizeigewerkschaft gefordert

22. 03. 2022

Wie unsere Redaktion bereits am 9.März im Artikel „Zuhälter ‚kümmern' sich in Berlin um ankommende weibliche Flüchtlinge" berichtete, sind in Deutschland ankommende echte Flüchtlinge, also in erster Linie Frauen aus Ukraine, bereits am unmittelbar nach ihrer Ankunft im Visier von zwielichtigen Figuren. Nun versucht man das Problem in den Griff zu bekommen. EPOCH TIMES schreibt dazu wie folgt:

Um ukrainische Flüchtlinge vor Menschenhändlern und Sexualstraftätern zu schützen, fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Einrichtung von „Schutzzonen" in den Bahnhöfen. Der für die Bundespolizei zuständige GdP-Vorsitzende Andreas Roßkopf sagte der „Rheinischen Post" (Dienstagsausgabe): „Wir und die anderen Behörden müssen die ersten sein, die eine Registrierung und eine Abklärung vornehmen."
Die Bundespolizei habe inzwischen festgestellt, dass Kriminelle sehr gezielt auf junge Frauen und Kinder zugingen, bevor die Beamten überhaupt in Kontakt mit den Flüchtlingen kämen, sagte Roßkopf. „Wir brauchen deshalb dringend Schutzzonen in den Bahnhöfen", forderte er. „Danach kann man die Menschen auch gezielt Freunden oder Bekannten zuführen."
Die Bundespolizei sei mit der derzeitigen Situation ausgelastet, sagte der GdP-Chef. Derzeit seien an den Bahnhöfen, an denen die Flüchtlinge ankämen, 650 Beamte mehr als üblich im Einsatz. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte am Wochenende eine hohe Polizeipräsenz auf Bahnhöfen angekündigt, um Ukrainerinnen vor Übergriffen von Menschenhändlern und Sexualstraftätern zu schützen.
Auch die europäische Polizeibehörde Europol warnte vor Menschenhändlern. Diese würden sich als „Freiwillige" ausgeben, erklärte die Behörde am Montag. „Kurzfristig besteht das größte Risiko darin, dass Kriminelle unter dem Vorwand, Transport, kostenlose Unterkunft, Arbeit oder andere Formen der unmittelbaren Unterstützung zu versprechen, potenziell Opfer anvisieren", warnte Europol. Neben Bahnhöfen würden sie sich auch auf Grenzübergänge, Aufnahmezentren und Busbahnhöfe konzentrieren. Zudem tummelten sie sich in Freiwilligengruppen im Netz.

https://journalistenwatch.com/2022/03/23/wieder-tote-verletzte/

Wieder Tote und Verletzte: Messernder Somalier in Mainz und ein mutmaßlicher Ehrenmord

23. März 2022

Erneut sind Menschen zu Opfern eines messernden mutmaßlichen Flüchtlings geworden. In Mainz verletzte ein 32 Jahre alter Somalier mindestens drei Männer. Einer von ihnen landete mit lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus. Der Täter konnte nur durch Schüsse gestoppt werden.

Ein Mann aus Somalia griff in der Mainzer Innenstadt vor einer Fahrschule mehrere Menschen mit einem Messer an und verletzte sie. Ein 48-Jähriger sei dabei am Dienstagnachmittag lebensgefährlich verletzt worden – mindestens zwei andere Männer im Alter von 28 und 48 Jahren hätten leichte Verletzungen erlitten, erklärten Staatsanwaltschaft und Polizei.
Die Opfer hatten Glück im Unglück. Ein Polizist, der in der Nähe einen Verkehrsunfall aufgenommen habe, habe das Geschehen mitbekommen und sei sofort herbei geeilt: „Er konnte den Angriff nur durch den Einsatz seiner Schusswaffe unterbinden und gab mehrere Schüsse ab“, heißt es laut RND in der Presseerklärung der Ermittler. Der 32-jährige Somalier soll dabei verletzt worden sein. Durch wie viele Schüsse und wie schwer ist bisher nicht bekannt. Er liege im Krankenhaus und werde bewacht, heißt es.
Die Ermittler schließen einen terroristischen Hintergrund aus, sie vermuten einen Beziehungsstreit hinter der Bluttat. Die Polizei ermittelt wegen eines versuchten Tötungsdelikts.

Im Frankfurter Raum griff ein 41-jähriger Mann am Samstagabend zum Messer. Auf der A661 stach er mehrfach auf seine Ex-Frau ein. Sein Opfer verstarb am Sonntag im Krankenhaus an ihren schweren Verletzungen.
Gegen 20.15 Uhr habe der Mann laut Polizei das Auto der 40 Jahre alten Frau zunächst in Höhe des Preungesheimer Dreiecks mit seinem Fahrzeug ausgebremst und dann auf seine Ex-Frau eingestochen. Der mutmaßliche Täter wurde noch vor Ort festgenommen und sitzt seither in Untersuchungshaft. Durch die umfangreichen Spurensicherungsmaßnahmen, kam es zeitweise zu Sperrungen und Verkehrsbeeinträchtigungen auf der A661. Die ermordete Frau wird wahrscheinlich ihren Platz in der Liste der Ehrenmorde.de finden. (MS)

https://journalistenwatch.com/2022/03/21/sieh-ice-messerattacke/
Sieh an: ICE-Messerattacke bei Regensburg war islamistisch motiviert
21. März 2022
Regensburg – Da hat man sich solche Mühe gegeben, diesen islamischen Terrorangriff unter „psychisch gestörte Tat“ zu verharmlosen. Doch es hat alles nichts genützt:
Die Messerattacke eines Syrers auf Passagiere eines ICE zwischen Nürnberg und Regensburg am 6. November ist offenbar doch islamistisch motiviert gewesen. Das berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf die Ermittler. Zunächst war der 27-jährige Täter als psychisch gestört bezeichnet und in einer psychiatrischen Klinik untergebracht worden.
Der Fall ist laut Zeitung bereits vom Generalbundesanwalt in Karlsruhe übernommen worden, der für die Verfolgung von Terroranschlägen zuständig ist. Nach der offiziellen Zählung der Sicherheitsbehörden gilt die Messerattacke im ICE nun als einziger vollendeter islamistischer Anschlag in Bayern im vergangenen Jahr. Am 6. November hatte der Syrer Abdalrahman A. im ICE ein Messer mit acht Zentimeter langer Klinge gezückt und scheinbar wahllos auf Passagiere eingestochen, vier von ihnen wurden teils schwer verletzt, bevor Polizeibeamte den Täter überwältigen konnten.

Eine erste psychologische Begutachtung des Mannes sofort nach der Tat hatte Anhaltspunkte für eine paranoide Schizophrenie ergeben. Im Laufe der Unterbringung in der Klinik mehrten sich hieran jedoch Zweifel. Bei der umfangreichen Auswertung zahlreicher Smartphones und Laptops stießen die Ermittler der Kriminalpolizeiinspektion Oberpfalz sowie der Bayerischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus bei der Generalstaatsanwaltschaft München zudem auf Propagandamaterial der Terrormiliz „Islamischer Staat".
Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen soll Abdalrahman A. alleine gehandelt haben. 145 Videos der Terrormiliz IS, die er gespeichert und teilweise auch selbst bearbeitet hatte, sprechen aber für ein ideologisches Motiv. Auch ist es den Ermittlern nach Informationen der SZ gelungen, einen Bekannten des mutmaßlichen Täters ausfindig zu machen, der bezeugt, Abdalrahman A. habe vor der Tat in einer Passauer Moschee über seine Absichten für den „Dschihad" gesprochen.
Der Fall dürfte demnächst das für Staatsschutzdelikte zuständige Oberlandesgericht München beschäftigen.
Man sollte wirklich mal sämtliche Fälle der Vergangenheit, in der „Gutachter" einen Dachschaden festgestellt haben, noch mal überprüfen. Das Ergebnis würde allerdings nicht Viele überraschen. (Mit Material von dts)

Wochenblatt Nordheide 22. Januar 2022,24

Landesweit 2.377 Fälle: Polizei registriert mehr Messerangriffe

(ts). Die Zahl der Straftaten mit Stichwaffen in Niedersach¬sen hat zugenommen: Im Jahr 2020 registrierte die Polizei lan-desweit 2.377 Fälle - im Jahr 2019 sind es 2.218 gewesen. Das geht aus der Antwort des Niedersächsischen Innenministeriums auf eine Anfrage des Abgeordneten Christopher Emden (fraktions-los) im Niedersächsischen Land-tag hervor. Im Landkreis Harburg kam es laut Innenministerium im Jahr 2020 zu 85 Messerattacken - das sind 22 mehr als im Vor¬jahr. In einem Fall endete ein Messerangriff tödlich. Im Land-kreis Stade registrierte die Polizei im Jahr 2020 insgesamt 56 Mes¬serangriffe - das sind sechs mehr als im Vorjahr. Zwei Menschen kamen dabei zu Tode, im Vorjahr war es einer. Messerangriffe im Sinne der polizeilichen Kriminalstatistik sind solche Tathandlungen, bei denen der Angriff mit einem Messer unmittelbar gegen eine Person angedroht oder ausgeführt wird. Das bloße Mitführen eines Mes¬sers reicht hingegen für eine Erfas¬sung als Messerangriff nicht aus.

https://journalistenwatch.com/2022/04/02/scharia-aufruf-gruppenvergewaltigung/
Scharia-Aufruf nach Gruppenvergewaltigung einer 16-Jährigen
2. April 2022

Eine 16-jährige Österreicherin wurde am Linzer Hauptbahnhof Opfer einer Gruppenvergewaltigung. Über eine Stunde vergingen sich vier Migranten an dem Mädchen. Ein Schild am Tatort fordert nun Frauen auf – ganz im Sinn des islamischen Schariarechts – freizügige Kleidung zu vermeiden und Kopfbedeckung zu tragen.
Am vergangenen Mittwoch durchlitt eine weiteres Opfer die migrantische Hölle. Eine 16-jährige Österreicherin wurde in der Nähe des Linzer Hauptbahnhofs von vier Migranten überfallen.
Die 14 bis 15-jährigen Täter – allesamt polzeibekannte Afghanen und Iraner – sollen das Mädchen über eine Stunde lang gemeinschaftlich vergewaltigt haben. Wie die Krone-Zeitung berichtete, ist es nur einem Zufall zu verdanken, dass das Opfer nach über einer Stunde dem migrantischen Terror entrissen werden konnte: Ein Beamter der Fremdenpolizei war auf dem Weg zu Toilette, als er in der Nähe des Linzer Hauptbahnhofs verdächtige Stimmen hörte. Er holte Verstärkung. Kurz darauf vernahmen die Polizisten Schreie und öffneten eine Notausgangstür zu einem Treppenhaus. Dort überraschten sie vier teilentblößte jugendliche Migranten, die über einem am Boden liegenden Mädchen knieten. „Die Auffindungssituation war so dramatisch, dass von einem Verbrechen ausgegangen werden musste“, so ein Sprecher der Landespolizeidirektion. Die Täter flüchteten. Drei von ihnen konnten – teils mit heruntergelassener Hose – festgenommen werden. Der noch minderjährige Vergewaltigungsimport muss auch in Österreich keine harte Bestrafung oder gar die Ausweisung befürchten. Das offenbar schwer traumatisierte Opfer wurde zur klinischen Untersuchung ins Krankenhaus gebracht.
Während die österreichischen Grünen bemüht sind, im unerträglichen Gutmenschenton die Tat herunterzuspielen und bereits klarstellten, dass die Tat “nicht politisch instrumentalisiert“ werden dürfe, zeigt ein Schild, das am Linzer Hauptbahnhof aufgehängt wurde, dass auch Österreich in weiten Teilen bereits islamisiert ist. Laut dem Schild gilt auf den Bahnsteigen künftig die Scharia. Auf den vom Portal Heimat-Kurier veröffentlichten Schilder ist zu lesen: “Aufgrund gehäufter Übergriffe am Bahnhofsgelände, können wir Ihre Sicherheit bis auf weiteres nicht mehr gewährleisten.” Junge Frauen werden aufgefordert, das Bahnhofsgelände nur in Begleitung zu betreten und freizügige Kleidung zu vermeiden. Der islamische Aufruf: Mädchen sollen “Kopfbedeckung” tragen. Wie das Portal berichtet, sei der ÖBB laut einer Stellungnahme nicht für die Schilder verantwortlich und habe umgehend deren Entfernung veranlasst.
Nicht nur Deutschland hat aufgrund einer verbrecherischen Migrationspolitik die Sicherheit seiner Bevölkerung verspielt. Österreich steht diesem Irrsinn in keiner Weise nach. (SB)

https://unser-mitteleuropa.com/italien-moslem-aus-bangladesch-schaendet-kathedrale-von-parma/
Italien: Moslem aus Bangladesch schändet Kathedrale von Parma
09. 04. 2022

Bei dem Täter handelt es sich um einen ausländischen Staatsbürger aus Bangladesch, der bereits wegen Verunstaltung, Verunreinigung und Beschädigung von historisch und künstlerisch wertvollem Eigentum sowie wegen Hehlerei angezeigt worden ist.
Die Person, die für den schweren Akt des Sakrilegs gegen die Portale der Kathedrale und des Baptisteriums von Parma, die vier Türen der Abtei St. Johannes, die zwei Türen der alten Apotheke von St. Johannes und einen Eingang zum Priesterseminar der Diözese Parma verantwortlich ist, wurde identifiziert.
Mit Hilfe der Bilder des städtischen Videoüberwachungssystems gelang es der örtlichen Polizei, alle Phasen der Zerstörungen zu rekonstruieren, die auch andere Teile des historischen Zentrums betrafen.
Der Verantwortliche, der ihnen bereits von anderen Vorfällen bekannt ist, wird bald gefunden und verhaftet werden", so Cristaino Casa, Stadtrat für Sicherheit in Parma. Am bedauerlichsten ist jedoch, dass dieses, wie auch andere Verbrechen, hätte vermieden werden können. Es hätte genügt, wie ich seit 10 Jahren sage, dass diejenigen, die schwere Straftaten gegen Menschen oder, wie in diesem Fall, gegen Sachen begehen, daran gehindert werden, weiterhin durch die Straßen unserer Städte zu streifen. Deshalb muss der Staat mit entsprechenden Gesetzen eingreifen. Je früher sie dies tut, desto besser für alle".
Quelle: VoxNews

https://www.pi-news.net/2022/05/massenvergewaltigungprozess-in-hamburg-gestartet-medien-verschweigen-wichtige-tatsachen/

Massenvergewaltigungprozess in Hamburg gestartet – Medien verschweigen wichtige Tatsachen

11. Mai 2022

Von MANFRED W. BLACK | Ein Gruppenvergewaltigungs-Prozess in Hamburg macht bundesweit Schlagzeilen: Seit Dienstag müssen sich elf junge Männer vor dem Landgericht verantworten. Den Angeklagten wird vorgeworfen, eine 15-Jährige im Hamburger Stadtpark gemeinschaftlich missbraucht und von den Vergewaltigungen auch Videos gedreht zu haben.

Vorsitzende Richterin sorgt sich um die Angeklagten

Zum Erstaunen vieler Bürger in der Hansestadt ist dieser Prozess erst rund 20 Monate nach den Sexual-Straftaten eröffnet worden, obwohl die Beweislage schon kurz nach den Taten erdrückend war (PI-NEWS berichtete).

Eine Sprecherin der Hamburger Staatsanwaltschaft hatte zum Stand der Ermittlungen noch im November 2021 erstaunlicherweise erklärt: „Wir prüfen nun, ob und weswegen wir Anklage erheben." Damals kommentierte die Bild-Zeitung dieses Statement der Anklagebehörde mit einem Wort: „Unfassbar!"
Der Prozess findet nicht öffentlich statt. Das Gericht erklärte dazu, zwar bestehe in der Öffentlichkeit ein „erhebliches Interesse" an dem Verfahren. Wichtiger sei aber der Schutz des jungen Opfers – und der Angeklagten. Die Vorsitzende Richterin Anne Meier-Göring sorgt sich offenbar jetzt um die Beschuldigten, denn es gebe „Hassbotschaften" und „Vorverurteilungen", „die die Menschen erfahren haben" (Hamburger Abendblatt).
Namen der Angeklagten werden nicht genannt
Fast alle Zeitungen, Radios und TV-Sender, die jetzt über den Prozessauftakt berichten, verschweigen konsequent die Tatsache, dass mindestens zehn der Angeklagten Migranten sind und dass alle Täter – mit einer Ausnahme – nach den Taten nicht einen Tag in Untersuchungshaft saßen. Die Namen aller Beschuldigten sind bekannt, doch sie werden grundsätzlich von den Medien nicht genannt – nicht einmal die Vornamen. Von „elf jungen Männern" (Der Spiegel) ist immer wieder nebulös die Rede.
Insgesamt zweieinhalb Stunden haben die Täter ihr Opfer gepeinigt. Zu den mutmaßlichen Tätern gehören zwei Schwarze, die vor Monaten von einzelnen Medien als „Hamburger" bezeichnet wurden. Einer der Schwarzen heißt James M., er soll damals angeblich Azubi gewesen sein. Arsen K., ein Pole, hat allem Anschein nach die Taten auch gefilmt.
Einem Artikel des Hamburger Abendblattes vom November 2021 zufolge haben Amirhossein N., Hasan A. und Arvin A. das Mädchen in einer ersten Phase missbraucht. Dann sind Ahmed F., Djulian A. und Tom M. herbei telefoniert worden, sie vergingen sich in einer zweiten und dritten Phase an der Minderjährigen. Wie viele der Angeklagten „Flüchtlinge" sind, ist nicht bekannt.
Von Reue keine Spur
Reumütiges Verhalten zeigten die Angeklagten – heute im Alter von 18 bis 22 Jahren – zum Prozessbeginn durchweg nicht. Neun der Beschuldigten wollen jede Aussage zur Sache verweigern. Die Bild-Zeitung hat das so formuliert: „Statt Reue zeigen sie vor Gericht: Sonnenbrillen, 1000-Euro-Jacken – und den Fotografen den Stinkefinger."
Ein Angeklagter wird bezichtigt, Beihilfe zur Vergewaltigung geleistet sowie dabei mit dem Handy jugendpornografische Videos gedreht zu haben. Diesen Video-Vorwurf erhebt die Staatsanwaltschaft auch gegen einen anderen Täter, dem außerdem vorgeworfen wird, dem Vergewaltigungsopfer seine Handtasche mit Wertsachen gestohlen zu haben.
Die Vergewaltigungen haben sich am 19. September 2020 nach einer Party auf der Festwiese des Stadtparks – inmitten der Hansestadt – ereignet. Die Anklage geht davon aus, dass das

Opfer stark alkoholisiert am späten Abend auf einen der Angeklagten getroffen ist. Dieser habe sie in ein Gebüsch geführt, wo die Vergewaltigungen – zumindest teilweise unter Anwendung erheblicher Gewalt – stattfanden.

Videos sind verschwunden – Spermaspuren gesichert worden

Die aufgenommenen Videos liegen der Polizei anscheinend heute nicht vor. Allerdings haben Ermittler seinerzeit neun verschiedene Spermaspuren an dem jugendlichen Opfer gefunden und gespeichert. Bei Wohnungs- und Hausdurchsuchungen stellten Beamte Kleidung und Handys sicher, es wurden auch Speichelproben der Verdächtigen genommen. Dadurch hatte die Kriminalpolizei ziemlich schnell erdrückende Beweise gegen die Täter in der Hand.

Weil fast alle Angeklagten zu inhaltlichen Aussagen nicht bereit sind, wird nun auch das Opfer vor dem Landgericht befragt werden müssen. Das Gericht erklärte, dass insgesamt 42 Prozesstage geplant sind – bis Dezember 2022.

https://www.mopo.de/hamburg/gruppenvergewaltigung-im-stadtpark-so-startet-der-prozess
Video vom Prozessauftakt

/?reduced=true
Aktueller Bericht

https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/hamburger-prozess-zu-gruppenvergewaltigung-beginnt-18020204.html
Aktueller Bericht

https://www.welt.de/regionales/hamburg/article237985495/Gerichte-Elf-Maenner-werden-wegen-Vergewaltigung-im-Hamburger-Stadtpark-angeklagt.html
Ausnahme von der Regel: Aktueller Bericht nennt – teils – Ross und Reiter

https://www.pi-news.net/2021/11/hamburg-nach-gruppenvergewaltigung-bleiben-12-tatverdaechtige-auf-freiem-fuss/
Bericht von 2021

https://www.pi-news.net/2022/05/aachen-prueffall-islamismus-sticht-auf-bahnreisende-ein/

Aachen: „Prüffall Islamismus“ sticht auf Bahnreisende ein

13. Mai 2022

76

Polizisten führen am Morgen des 13. Mai 2022 einen 31-jährigen Iraker ab, der in der Aachener Regionalbahn auf Mitreisende eingestochen und dabei fünf Menschen verletzt hat.

Von MANFRED ROUHS | Freitag, der 13., frühmorgens in einer Aachener Regionalbahn: Ein 31-jähriger Iraker sticht wahllos auf Fahrgäste ein. Zufällig sitzt ein 60jähriger Bundespolizist in der Bahn, der zusammen mit zwei weiteren Mitreisenden den Angreifer überwältigt. Fünf offenbar willkürlich ausgewählte Opfer und der Täter selbst werden verletzt.

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) beschwichtigt: „Bei allem, was wir bisher wissen, müssen wir von einer Amok-Tat ausgehen." So berichtet es der „Focus".

Dabei hätte es Reul von Amts wegen besser wissen können, wenn er wollen würde. Denn der Messerstecher war bereits 2017 als Bewohner eines Asylbewerberheims aufgefallen. Damals passte er sein Erscheinungsbild den Geboten des Koran an, einschließlich Rauschebart. Er galt als „Prüffall Islamismus" – durfte aber selbstverständlich in Deutschland bleiben.

Reul und die polizeilichen Ermittler sind sich allerdings nicht sicher, ob die Bluttat des Irakers irgendetwas mit dem Islam zu tun hat. Man soll ja keine voreiligen Schlüsse ziehen. Und auf gar keinen Fall die Öffentlichkeit verunsichern. Wenn die Leute plötzlich in jedem Araber mit Islamistenbart einen potentiellen Messerstecher sehen, wo kommen wir denn da hin?

Politik und Journaille geben sich offenbar uneinsichtig bis zum Schluss. Sie können und wollen nicht erkennen, welche Folgen die Politik der offenen Grenzen für die innere Sicherheit in Deutschland hat.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

16. Mai 2022

Von MANFRED ROUHS | Die Zahl der Fälle, in denen Männer mit Zuwanderungshintergrund auf andere Menschen einstechen und diese dadurch töten oder verletzen, scheint immer mehr zuzunehmen. Wie kann das sein? Warum sind das so viele? Und was bedeutet das für unser aller Sicherheit?

Der 31-jährige Bahn-Messerstecher von Aachen wandert in die Psychiatrie. Das meldet der „Spiegel". Mit dem Islam hat die Tat des Irakers nichts zu tun, weiß das Blatt:

„Als Ursache sei mit großer Wahrscheinlichkeit ein psychotisches Erleben des Beschuldigten anzunehmen. Hinweise auf einen Terrorhintergrund oder eine religiöse Radikalisierung des Verdächtigen hätten sich nicht ergeben, betonte die Staatsanwaltschaft."

Nicht viel anders sieht es aus mit dem Messerstecher von Würzburg, der drei Menschen getötet hat. „Stimmen in seinem" Kopf zwangen dem Somalier nach seinem eigenen Bekunden die Tat regelrecht auf. Auch er sei schuldunfähig, meldet die „Welt".

In der Wohnung des 27-jährigen Syrers, der im vergangenen Winter in der Oberpfalz vier Menschen mit Messerstichen verletzt hat, wurde zwar ein Propagandavideo des Islamischen Staates gefunden, wie der „Bayerische Rundfunk" berichtete. Aber auch dieser Täter gehört mittlerweile zu den „immer mehr Schuldunfähigen", mit denen wir in Deutschland mittlerweile leider zu tun haben, wie uns ebenfalls der „Bayerische Rundfunk" wissen lässt.

Auch im Verfahren gegen den 23-jährigen Cayan K. aus Hilden, der auf einen 25-jährigen eingestochen hat, geht es um die Einweisung in die Psychiatrie. Das berichtet die „Bild"-Zeitung.

Was haben alle Fälle gemeinsam? – Die Täter sind männlich, relativ jung, migriert und muslimisch. Das scheint irgendwie eine gute Voraussetzung zu sein, um in Deutschland seine Zurechnungsfähigkeit im rechtlichen Sinne einzubüßen.

Wie wäre es, wenn wir ab sofort keine Verrückten mehr nach Deutschland einreisen lassen? Besser an der Grenze untersuchen als nach der ersten Tat! Aber da werden ja bislang noch nicht einmal von jedem Einreisewilligen auch nur die Personalien aufgenommen …

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.pi-news.net/2022/05/toedlicher-raubueberfall-in-berlin-multikulti-trio-vor-gericht/

Tödlicher Raubüberfall in Berlin: Multikulti-Trio vor Gericht

18. Mai 2022

Von MANFRED W. BLACK | Über ein spektakuläres Verbrechen, das für einen Berliner Reihenhausbesitzer tödlich endete, haben Medien in der Hauptstadt mehrfach berichtet. Wenn es um die Täter ging, war in der Regel nur nebulös von „drei Männern" die Rede.

Drei Verbrecher haben im März vorigen Jahres einen 57-jährigen Deutschen in seinem Haus am Berliner Wannsee überfallen und auf grausame Weise getötet. Die Einbrecher waren Monate später gefasst worden und standen seit Dezember 2021 als Angeklagte vor dem Berliner Landgericht.

Die beteiligten Ethnien werden verschwiegen

Anfang der Woche sind die Urteile gefällt worden.

Der Tagesspiegel schrieb dazu: „Nach dem tödlichen Raubüberfall (…) sind drei Männer zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden." **Zu welchen Ethnien die brutalen Einbrecher gehören, verschwieg die größte Berliner Tageszeitung geflissentlich.**

In der Nacht zum 23. März vorigen Jahres waren die drei Angeklagten über die Terrassentür in das Reihenhaus eingebrochen. Kurz zuvor hatte der Hauptbeschuldigte angeblich über seine 32-jährige Freundin gehört, dass es dort einen „Tresor mit Goldbarren" gebe, erklärte das Gericht in seiner Urteilsbegründung. Der Verbrecher beschloss daraufhin, einen gezielten Raubüberfall zu begehen. Zwei seiner Bekannten gewann er dazu als Komplizen.

Schädel eingeschlagen

Das Gericht beschrieb den Verlauf des tödlichen Einbruchs. Als die Terrassentür mit einem Stein eingeschlagen wurde, sei der schwerkranke und abgemagerte Hausbesitzer, der allein in seinem Hause lebte, in das Treppenhaus gegangen; der 32-jährige Haupttäter habe das Opfer sofort „mit unglaublicher Brutalität" – vor allem mit einer Druckluftpistole – attackiert.

Der Schläger habe vergeblich in Erfahrung bringen wollen, wo sich der Tresor befindet. Schließlich sei dem Bewohner der Schädel eingeschlagen worden.

Von lebenslanger Haft verschont

„Der Hauptangeklagte wurde wegen Mordes verurteilt", schrieb Radio Berlin-Brandenburg. Dann präzisierte der Sender: „Aufgrund seiner Drogensucht wurde die lebenslange Haftstraße auf elf Jahre herabgesetzt."

Das Landgericht ist einem Sachverständigen-Gutachten gefolgt und von einer erheblich verminderten Schuldfähigkeit des Verbrechers

ausgegangen. Das Gericht ordnete deswegen die zumindest vorübergehende Unterbringung des Mörders in einer Entziehungsanstalt an.
Gegen die beiden anderen Angeklagten – 28 und 29 Jahre alt – ergingen wegen besonders schweren Raubes und gefährlicher Körperverletzung jeweils sechs Jahre Haft. Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor für die Täter Haftstrafen von acht bis 14 Jahren beantragt. Das jetzt gefällte Urteil ist noch nicht endgültig rechtskräftig.

Das Verbrecher-Trio stammt aus drei Ländern

Es ist der BZ und der Bild-Zeitung zu verdanken, dass über die verurteilten Täter genauere Fakten bekannt wurden. In den Boulevardzeitungen war jetzt zu lesen, dass der 32-jährige Mörder ein Türke ist. Der 28-jährige Verbrecher kommt aus Bosnien, der 29-jährige Einbrecher ist Mazedonier.

Ob es sich bei dem mörderischen Verbrecher-Trio um muslimische „Flüchtlinge" und um Sozialhilfeempfänger handelt, ist nicht bekannt.

Die besondere Tragik bei diesem bestialischem Mord: Die Täter hatten bei ihrem folgenschweren Einbruch nur 150 Euro Bargeld und ein wenig Schmuck erbeutet. Der Tresor, der im Keller stand – und der leer war –, ist von den Verbrechern nicht gefunden worden.

https://unser-mitteleuropa.com/frauen-belaestigt-behinderte-beraubt-randale-skandal-bei-champions-league-finale-in-paris-durch-gewalttaetige-migranten/

Frauen belästigt, Behinderte beraubt: Randale-Skandal bei Champions-League-Finale in Paris durch gewalttätige Migranten

31. 05. 2022

Champions-League-Finale, Belästigung von Fußballerfrauen durch Afrikaner-Banden

Stade de France: von den 129 aufgegriffenen und festgenommenen Personen waren nur 16 Briten und 1 Spanier. Alle anderen, die große Mehrheit, sind „Einheimische", neue Franzosen oder illegale Einwanderer

Julia Vigas, die Ehefrau von ThiagoAlcántara, war in das Chaos verwickelt, das vor dem Champions-League-Finale vor dem Stade de France ausbrach, und teilte in den sozialen Medien ihre Erfahrungen und die anderer Angehöriger von Liverpool-Spielern mit:

„Ich kommentiere solche Dinge nicht gerne, aber dieses Mal muss ich es tun. Das Finale war ein absoluter Albtraum, und es geht nicht um Fußball, denn das, was passiert ist, geht weit über das Ergebnis hinaus. Aufgrund

des Mangels an Organisation und Sicherheit erlebten wir viele Momente der Angst. ***Wir wurden ständig von Diebesbanden bedroht, die versuchten, uns auszurauben und sich ohne Eintrittskarte ins Stadion zu schleichen. Aus diesem Grund blieben viele Fans außerhalb des Stadions. Die Polizei schoss mit Tränengas auf Familien und Fans, einige von ihnen wurden sogar verprügelt. Sie waren alle unschuldig. Aus diesem Grund mussten wir zu unserer eigenen Sicherheit eskortiert werden. Es muss etwas getan werden, so etwas darf bei keiner Veranstaltung passieren, und wir fordern, dass jemand die Verantwortung übernimmt. Es hätte viel schlimmer kommen können.“***

Migranten raubten sogar Behinderte aus

Die Beamten vor Ort wurden dann Zeuge von wiederholten und noch nie dagewesenen Diebstahlszenen, ohne dass sie eingreifen konnten, da es viele waren. Lokale Kriminalität war ebenfalls vorhanden, aber keineswegs dominant. Eines war sicher: Taschendiebe kamen in großer Zahl, um Bargeld, Geldbörsen oder Telefone zu stehlen, manchmal sogar von Sehbehinderten oder Rollstuhlfahrern. Nach ihren Angaben gab es so viele Diebstähle in flagranti, dass sie nicht alle festnehmen konnten. Also sammelten sie die Telefone ein und gaben sie zurück, wenn sie konnten. Sie sahen auch einen blinden Mann und einen Mann im Rollstuhl, deren persönliche Gegenstände gestohlen worden waren“.

Die überwiegende Mehrheit der Polizeigewahrsamnahmen wurde ohne Folgemaßnahmen eingestuft. Auf Anfrage von TF1info teilte die Staatsanwaltschaft von Bobigny am Montag mit, **dass in ihrem Zuständigkeitsbereich in der Nacht zum Samstag 48 polizeiliche Festnahmen vorgenommen wurden und dass eine beträchtliche Anzahl der polizeilichen Festnahmen Minderjährige betraf. „Die überwiegende Mehrheit wurde abgewiesen – Täter unbekannt oder Verfahren nicht ordnungsgemäß – und kein einziges Sorgerechtsverfahren gegen Minderjährige führte zu einer Überweisung.**

Ein spanischer Abgeordneter (Vox) sagte:

„Ich gebe hier wieder, was mir ein Bekannter gesagt hat, der mir immer sagt, dass wir dazu neigen, die Einwanderung zu sehr zu kriminalisieren: „Was ich heute in Paris erlebt habe, hat mich anders denken lassen als Vox. Wir wurden von arabischen Diebesbanden überfallen. Die Polizei hat nichts unternommen. Unbeschreiblich. Sie haben uns zweimal angegriffen. Uns geht es gut, aber wir sind traumatisiert. Auf dem Weg hinein und hinaus. Mit 9- und 5-jährigen Kindern. Sie haben unsere Party ruiniert.“

Ein im Stade de France anwesender Fan:

„Ich bin Einwanderer in Spanien und habe mich immer für die Einwanderung eingesetzt, aber was wir gestern Abend in Paris erlebt haben, war ein Horror für unsere Familie und alle Fans. Hunderte afrikanischer Pariser griffen die Fans an und verhöhnten uns, weil sie uns in Panik sahen. Es war Rassismus, gegen Europäer.“

Anwesende Fans und Journalisten von AFP stellten zudem vor dem Spiel fest, dass Jugendbanden und nicht identifizierte lokale Fußballfans versuchten, ohne Eintrittskarten in das Stadion zu gelangen.
„Ich war schon bei vielen Champions-League-, Europapokal- und Weltmeisterschaftsfinals dabei. Was im Stade de France passiert, habe ich noch nie gesehen. Es gibt Gruppen von Franzosen rund um das Stadion, die die Fans angreifen und bestehlen. Ich spreche nicht vom Hörensagen, ich habe es mit eigenen Augen gesehen", sagt der spanische Journalist Sergio Santos.
Quellen: VoxNews

https://www.pi-news.net/2022/05/islam-woche-26-schule-in-bayern-verbietet-shorts-wegen-moslems/

Islam-Woche #26: Schule in Bayern verbietet Shorts wegen Moslems

31. Mai 2022

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Für seinen 26. Islam-Wochenrückblick hat „Islamistenjäger" Irfan Peci wieder vier Ereignisse herausgesucht, die besonders kennzeichend für die fortschreitende Islamisierung Deutschlands und Europas stehen.
Auf Platz vier setzt er eine Video-Dokumentation über Asylbewerber aus Schweden, in der sich ein Syrer brüstet, zwei Frauen zu haben. Eine erkennbar linksgestrickte Schwedin, vermutlich Sozialarbeiterin, erklärt dabei voller Verständnis und Toleranzbewusstsein, wie viel Arbeit eine moslemische Frau doch zu bewältigen habe. Da sei es doch gut, wenn es dann noch eine zweite Frau gebe.
Peci zeigt in seinem Video *(oben)* Ausschnitte von diesem Gespräch mit den Syrern. Die moslemische Frau gibt erkennbar eingeschüchtert zu, dass sie nichts zu sagen habe und natürlich von ihrem Mann auch nicht gefragt wurde, ob er eine zweite Frau heiraten könne. Gemacht wird, was er sagt, was auch ein weiterer Syrer bestätigt. Eine dritte Frau sei bereits in Planung, es soll eine Schwedin werden. Bezahlt wird selbstverständlich alles vom schwedischen Sozialstaat. Ähnliche Fälle gibt es hierzu auch in Deutschland, wobei diese Moslems bis zu vier Frauen mit entsprechend vielen Kindern haben.
Platz drei belegt die Zusicherung der Bundesregierung von 1,05 Milliarden Euro für Syrien. Mit dem Geld sollen die „Lebensperspektiven der Menschen in Syrien und den vom Syrien-Krieg stark betroffenen Nachbarländern, die Millionen Geflüchtete aufgenommen haben, verbessert werden", heißt es hierzu in der Presseerklärung des Bundesentwicklungsministeriums und des Auswärtigen Amtes. Die Lebensperspektiven der bedürftigen

Menschen in Deutschland, beispielsweise im Ahrtal, müssen dem gegenüber selbstverständlich zurückstecken.
Platz zwei: ein Afghane ermordete mitten in Berlin seine Ehefrau und Mutter ihrer sechs Kinder. Der Moslem schnitt ihr im Stadtteil Pankow auf offener Straße die Kehle durch. „Grund": Sie wollte ihn verlassen. Für viele Anhänger des Politischen Islams kommt dies einem Todesurteil gleich. Die Schwester der brutal Ermordeten erhebt nun Vorwürfe gegen die Polizei, da trotz drei Strafanzeigen wegen häuslicher Gewalt nichts Durchgreifendes gegen den Afghanen unternommen und seine Frau auch nicht unter Schutz gestellt worden sei. Von dem Afghanen wusste man nicht einmal, wo er wohnhaft ist, weswegen im Vorfeld auch keine Gefährderansprache durchgeführt werden konnte. Der Moslem konnte nur gefasst werden, da er wieder an seinen Tatort zurückkehrte. Die Anklage lautet nun kultursensibel auf „Totschlag", nicht auf Mord.
Platz eins: Eine bayerische Realschule in Ebersberg bei München erlässt eine „züchtige" Kleiderordnung für Mädchen, um Moslems nicht zu verärgern. Kurze Kleider oder Shorts sind ab sofort untersagt. Diese Kleidung sei „aus Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen nicht angebracht". Man stehe für eine "weltoffene Gesellschaft", sagt die Schulleitung.
Das Framing „weltoffen" bedeutet natürlich, auf die Anforderungen des Politischen Islams einzugehen, wie auch Irfan Peci feststellt. Wenn die deutsche Gesellschaft immer mehr von sich aufgibt, damit sich Moslems nicht beschweren, dann wird man früher oder später in einem Islamischen Staat aufwachen.
Der Telegram-Kanal von Irfan Peci ist für islamkritisch Interessierte eine wichtige Informationsquelle. Seine Reportagen, Berichte, Recherchen, Studien, Livestreams, Videos und Interviews verfolgen bereits knapp 12.000 Abonnenten.

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA (BPE) klärt seit 2003 über den Politischen Islam auf. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte vermittelt die BPE der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen. Zur Unterstützung dieser wichtigen Arbeit kann man hier Mitglied werden. Abonnieren Sie auch den offiziellen Telegram-Kanal.

1. Juni 2022
38

Gruppenvergewaltiger vor Gericht. Das Thema steht offenbar mit der Zuwanderungsproblematik in einem engen Zusammenhang. Von MANFRED ROUHS | Im vergangenen Jahr 2021 sind täglich in Deutschland in etwa zwei Fällen Frauen von einer Gruppe von Männern vergewaltigt worden. Das hat die Bundesregierung Ende Mai 2022 auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner (AfD) mitgeteilt.

Den Angaben zufolge handelte es sich um 677 aktenkundig gewordene Fälle, in denen Männer eine Gruppenvergewaltigung verübt haben. Davon konnten nur 462 Fälle aufgeklärt werden.

In 47 von 100 Fällen waren die ermittelten Täter Ausländer. Nicht erfasst ist deren ethnische Zugehörigkeit. Deutsche Behörden können keine Angaben dazu machen, wie groß der Anteil derjenigen Gruppenvergewaltiger ist, die einen deutschen Pass besitzen, aber nicht deutscher Herkunft sind.

Brandner sieht einen Bezug des Themas zur Zuwanderungsproblematik: *„Außerdem handelt es sich auch hier um importierte Kriminalität und Kriminelle, liegt doch der Anteil allein der erfassten nichtdeutschen Tatverdächtigen bei 47 Prozent und das bei einem Ausländeranteil in Deutschland von rund 13 Prozent. Dabei weist die Bundesregierung selbst darauf hin, dass Tatverdächtige, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit noch weitere besitzen, als nur-deutsch eingestuft würden. Der tatsächliche Ausländeranteil bei den Tätern liegt daher wohl weit über 50 Prozent. Bundesinnenministerin Faeser sollte sich endlich dieser Thematik annehmen und entschieden dafür kämpfen, dass es solche Zustände nicht mehr in Deutschland gibt.“*

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.pi-news.net/2022/06/haushaltsdebatte-curio-haelt-innenministerin-faeser-spiegel-vor/

Haushaltsdebatte: Curio hält Innenministerin Faeser Spiegel vor

2. Juni 2022
Bei der heutigen Haushaltsdebatte hat der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dr. Gottfried Curio, die Haushaltsdebatte zum Etat des Innenministeriums für eine Generalabrechnung mit Nancy Faeser genutzt unhd sie mit ihrer Misswirtschaft konfrontiert.
Während sie nach Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden mit dem Mikroskop sucht und bereits Kindergartenkinder in ihren ‚Kampf gegen rechts' einspannen will, blendet sie über ihr Mikroskopieren völlig aus, von wo die Kriminalität hierzulande laut offizieller Statistik überproportional ausgeht: von Ausländern aus muslimischen Ländern und insbesondere von in den letzten Jahren illegal Immigrierten.
Aber auch die linksextremen Gewalttaten, die laut Statistik zur politisch motivierten Kriminalität die der Rechtsextremen übersteigen, passen nicht in ihre Propaganda. Während Clans, Gefährder und Antifaschisten links liegen gelassen werden, bemüht sich Faeser lieber darum, dass deutschlandweit möglichst viele Regenbogenflaggen vor Dienstgebäuden wehen und möchte zudem den Begriff der Heimat „positiv umdeuten".
„Frau Heimatministerin, wenn Sie etwas für unsere Heimat tun wollen: Schließen Sie die Grenze, schieben Sie die Illegalen ab und schmeißen sie endlich die Linksextremen aus den besetzten Häusern", so Curio.

https://unser-mitteleuropa.com/schande-von-italien-massenvergewaltigung-an-maedchen-in-zug-durch-30-nordafrikaner/
Schande von Italien: Massenvergewaltigung an Mädchen in Zug durch 30 (!) Nordafrikaner
07. 06. 2022
Der Kreis um die Bande vom Gardasee, die mindestens fünfzehn minderjährige italienische Mädchen vergewaltigt hat, schließt sich. Nach der Anzeige von fünf Mädchen im Alter von 16 und 17 Jahren (drei in Mailand und zwei in Pavia, die am 2. Juni von einem Ausflug nach Gardaland zurückkehrten) meldeten sich zehn weitere Mädchen, die angeblich im Zugkonvoi belästigt worden waren, und beschrieben der Polizei die Kleidung und einige körperliche Merkmale der Angreifer. Sehr nützliche Informationen, die bald zur Identifizierung und Verhaftung der Täter des brutalen Überfalls führen könnten, wobei sich die Ermittlungen auf die Lombardei konzentrieren. Die Polizei bestätigte bereits, dass alle bisher ausgeforschten Täter Ausländer bzw. Migranten mit italienischem Pass sind.
Es sind mindestens dreißig junge Männer, alle nordafrikanischer Abstammung. Sie stiegen am Bahnhof von Peschiera del Garda in

den Regionalzug nach Mailand ein, nachdem es auf TikTok am Tag der Republik in Peschiera del Garda unter dem Motto „Afrika erobert Peschiera" zu Handgreiflichkeiten, Schlägereien und Vandalismus gekommen war.
Die Ermittler haben die Videos der Bahnhofskameras erworben: Sie zeigen nicht die Phasen der Gewalt, aber sie filmen die Menschenmenge im Bahnhof und vor allem im Zug.
Es stellt sich auch die Frage, warum der Zug abfahren durfte und unter welchen Sicherheitsbedingungen, angesichts der Überfüllung und der Anwesenheit von betrunkenen und unkontrollierten Afrikanern, die rauchten und auf den Sitzen herumsprangen.
Im Regionalzug 2640 Verona-Mailand wurden die Jugendlichen umringt, an ihren Geschlechtsteilen berührt und beschimpft: „Weiße Frauen steigen hier nicht ein". Vor lauter Angst riefen sie nicht die 112 an, sondern ihre Eltern, die den Alarm auslösten, und flüchteten beim ersten Halt, sobald der Zug anhielt.
Vergewaltigungen in Peschiera: „Wir fühlen uns afrikanisch, nicht italienisch: Wir müssen uns irgendwie Luft machen"
Peschiera wird Afrika:
„Ja, ich fühle mich afrikanisch, marokkanisch und sicher nicht italienisch. Ich bin nicht dumm. Ich weiß, wie die Italiener uns sehen, und ehrlich gesagt, ziehe ich es vor, an meiner Herkunft festzuhalten"
Dies ist ein Auszug aus einer beunruhigenden Reportage von Karima Moual in der Repubblica. Eine Reise unter jungen Nordafrikanern der zweiten Generation, die für Italiener und Italien nur Schuldgefühle, Ressentiments und Wut übrig haben. Immer wieder werden Italiener für Aggressionen und Schikanen verantwortlich gemacht. Wenn minderjährige Mädchen beleidigt und belästigt wurden, sind die Italiener dafür verantwortlich. Dies geht aus dieser Untersuchung über das Unbehagen einer Generation von Einwandererkindern hervor, die nichts als Ressentiments gegenüber dem Land hegen, in dem sie leben. Die von schönen Seelen erträumte Integration ist nachweislich gescheitert.
Gewalt an der Peschiera, nordafrikanische Jungen rechtfertigen ihre Altersgenossen
Hier einige Passagen:
„Kann es sein, dass der Scheinwerfer nur dann aufleuchtet, wenn das Chaos ausbricht? Werden sie erst jetzt auf die Wut und Gewalt aufmerksam, die viele Jungen ausleben? Aber niemand hat jemals Mitleid mit uns gehabt: von dem Moment an, als man uns in die schlimmsten Viertel warf, um uns möglicherweise alle zusammenzutreiben und uns noch besser als Einwanderer, Afrikaner auf Lebenszeit, zu identifizieren. Am Ende haben sie es geschafft. Sie haben es geschafft, uns glauben zu machen, dass wir mehr Afrikaner als Italiener sind. Ich verstehe also nicht, was die ganze Aufregung soll". So spricht ein junger Mann aus Mailand, Stadtteil San Siro. Er fährt fort: *Aber siehst du dich nicht um,*

Schwester? Wir sind für sie (d.h. die Italiener, Anm. d. Red.) *nur der Abschaum, und von diesen verfallenen Wohnblöcken können sich nur wenige träumen. Kleinere Raubüberfälle und Deals sind für viele Jungen jetzt normal*".
Von Mailand bis Rom ändert sich der Diskurs nicht: Ein 18-jähriger Afrikaner, der in Tor Bella Monica lebt, rechtfertigt die Ereignisse von Peschiera mit Unbehagen. So machen sie ihrer Wut ein wenig Luft, wie es in dem Bericht heißt. Wie in Barriera di Torino:
„Ich bin kein Opfer. Ich weiß einfach, dass ich gehen muss, um das zu bekommen, was mir zusteht. Weil mir hier sowieso niemand etwas geben wird. Wissen Sie, wie oft die Polizei mich angehalten hat, nur weil ich wie ein Maghrebiner aussehe? Ich könnte genauso gut ein echter Drogendealer sein".
Das sind erschütternde Worte, und man muss sich vor so viel Wut fürchten, die sich nicht einmal verbirgt: Sie – schreibt Moual – bevorzugen Afrika, die Realität, in der ihre Eltern geboren wurden; und Afrika haben sie in Peschiera mit dem Wutausbruch gegen die italienischen Mädchen, die beleidigt und schwer belästigt wurden, neu erschaffen. Der Autor schreibt: *„Man muss nur mit ihnen reden, sich ein wenig in ihre Köpfe hineinversetzen. Man muss diese Belästiger verstehen, denn „sie stehen im Zentrum eines echten Generationskonflikts mit der Kultur und den Traditionen ihrer Eltern; andererseits befinden sie sich in einem Identitätskonflikt mit dem Land, in dem sie geboren und aufgewachsen sind*".
Quelle: VoxNews

https://www.youtube.com/watch?v=EPxz-rAix8I&t=1s
https://www.pi-news.net/2022/06/fast-jede-nacht-knallen-geldautomaten/

Fast jede Nacht knallen Geldautomaten

8. Juni 2022

Fast jede Nacht wird im Schnitt irgendwo in Deutschland ein Geldautomat gesprengt oder zumindest angegriffen. Die Zahl der Sprengungen ist in diesem Jahr sogar noch angestiegen. Bis zum 30. Mai gab es bereits allein in Nordrhein-Westfalen 91 Angriffe auf Geldautomaten, gezählt werden dabei Sprengungen und Sprengungsversuche. Borken ist in dieser Zahl also noch nicht einmal enthalten.

Mehr Zusammenarbeit der Behörden scheint nötig. Denn geht es so weiter, drohen allein im größten deutschen Bundesland NRW so viele Sprengungen und Sprengversuche wie noch nie. Im Gesamtjahr 2020 registrierte das Landeskriminalamt (LKA) den bisherigen Rekordstand von 176 Taten, 2021 gab es 150 Fälle. Kommt es 2022 weiterhin jeden Monat zu 18 Attacken wie bisher im Schnitt, würden es zum Jahresende nahezu 220 sein.
Ähnlich ist die Situation in Pistorius' Heimatland Niedersachsen: Bis Anfang Juni gab es dort 33 Angriffe auf Geldautomaten. Im Gesamtjahr 2021, dem bisherigen Höchststand, erfasste das dortige LKA 55. Obendrein steigen die erbeuteten Summen. Für 2020 bezifferte das Bundeskriminalamt den Beuteschaden von gut 400 Attacken auf rund 17 Millionen Euro, 2019 waren es 15 Millionen Euro gewesen.
Nicht nur die Zahl und das Ausmaß der Attacken wachsen, sie werden auch immer brutaler. Zwar kommen die Täter nicht immer an die Scheine aus den Automaten, doch die Wucht der Sprengungen ist groß. Sie zerstören auch Teile der Gebäude, in denen sich die Filialen von Banken und Sparkassen im Erdgeschoss befinden sowie in den oberen Etagen häufig Wohnungen. Laut LKA NRW sind in manchen Fällen Feuerwehr und Statiker nötig, um zu beurteilen, ob für die betroffenen Gebäude Einsturzgefahr bestehe.
Der Grund dafür: Die Täter nutzen inzwischen fast immer festen Sprengstoff, im Fachjargon „Explosivstoffe" oder konkreter „Blitz-Knall-Körper" genannt. Bis 2018 sprengten sie die Geldautomaten meist mit Hilfe von Gas, was weniger große Schäden anrichtete.
Besonders viele Angriffe auf Geldautomaten gibt es in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Das LKA NRW geht davon aus, dass der Großteil der Taten von einer mehreren Hundert Mann starken kriminellen Szene aus den Niederlanden verübt wird. Die Täter stammten überwiegend aus marokkanisch-niederländischen kriminellen Gruppen, „die vorwiegend in und um Utrecht, Rotterdam und Amsterdam leben"…
(Original-Auszüge aus einem aktuellen Artikel im Handelsblatt! Ohne Kommentar.)

https://www.youtube.com/watch?v=IS0ZOdPjZSE
https://unser-mitteleuropa.com/zensurpresse-verschweigt-nordafrikanischer-lampedusa-fluechtling-vergewaltigt-maedchen-mitten-in-nizza/
Zensurpresse verschweigt: Nordafrikanischer Lampedusa-Flüchtling vergewaltigt Mädchen mitten in Nizza

09. 06. 2022

Illegale Lampedusa-Flüchtlinge

Erst nach vier Wochen sickert langsam auch außerhalb französischer Medien ein neuer erschreckender Fall von Multikulti-Vergewaltigung durch:

Ein 26-jähriger, über den süd-italienischen Immigrations-Hotspot Lampedusa illegal eingewanderter, obdachloser Tunesier, wurde wegen Vergewaltigung angeklagt und in Untersuchungshaft genommen. (figaro)

In Seitenstraße des Garrbaldiplatzes

Er soll eine englische Touristin bereits am 11. Mai 2022 kurz nach 5 h früh auf dem bekannten Garibaldiplatz im Hafenviertel verfolgt und dann in der Rue Arson 5 vergewaltigt haben. Der Täter konnte mit Hilfe von Überwachungskameras festgenommen werden, die abscheuliche Tat wurde filmisch dokumentiert. (fdesouche)

Einwanderungs-Kriminalität explodiert auch in Frankreich

So wurde auch in Isere ein Franzose von drei illegalen Migranten fast zu Tode geprügelt, nachdem er diese als Einbrecher in seiner Wohnung vorgefunden hatte. Anstatt zu fliehen, versuchten die Kriminellen, den Besitzer zu vertreiben und schlugen ihn zusammen. Die Migranten wurden später verhaftet, eine große Anzahl von Drogen wurde gefunden. Der jüngste war erst 16 Jahre alt. (Origo)

Auch in Frankreich werden verurteilte kriminelle Migranten aufgrund ultraliberaler Gesetze nicht ausgewiesen.

https://unser-mitteleuropa.com/eilt-messer-attacke-an-grundschule-naehe-stuttgart/

EILMELDUNG: Messer-Attacke an Grundschule nähe Stuttgart + UPDATE 12:05 Uhr + „Dunkelhäutiger“ Täter

10. 06. 2022

bty

+++ UPDATE 12:05+++

Aktualisierte Täterbeschreibung:

ca 30 bis 35 Jahre alt – dunkelhäutig – ca 175 Zentimeter groß – schlank – leichter Bartansatz am Kinn – schwarze Jeanshose und schwarzes Oberteil mit weißer Aufschrift

Bei der verletzten Frau soll es sich um eine Lehrerin handeln. An der Schule soll es eine Pfingstferien-Betreuung gegeben haben

+++11:15 Uhr +++

Nach fast drei Stunden nach dem ersten Notruf dauert der Einsatz der Polizei weiterhin an. Folgende Täterbeschreibung ist durchgesickert: Lange Haare, Vollbart, dunkle Kleidung. Sein Alter wird auf 30 Jahre geschätzt. Der Mann ist weiterhin flüchtig, womöglich bewaffnet und könnte sich noch in der Schule aufhalten. (heidelberg24)
+++ ERSTMELDUNG +++
Laut Bild ist es heute Freitagmorgen im Bereich einer Grundschule in Esslingen zu einer Messer-Attacke durch einen unbekannten Mann gekommen. Dieser fügte einer Frau und einem Mädchen (7) schwerste Stichverletzungen zu…
Wie immer heißt es: Der Täter ist flüchtig. Das Motiv der Tat ist unbekannt…

https://philosophia-perennis.com/2022/06/11/brutale-vergewaltigung-und-schwere-gewalt-taeter-festgenommen/
Brutale Vergewaltigung und schwere Gewalt: Täter festgenommen
Von
David Berger
11. Juni 2022
(David Berger) Der brutale Sextäter („schlank, gepflegt, schwarz“) aus dem Kölner Raum, nach dem die Polizei seit Tagen suchte, ist nun festgenommen worden. Ihm werden Vergewaltigung und schwere Körperverletzung an mehreren Frauen vorgeworfen.
Angesichts einer versuchten Vergewaltigung einer Mitarbeiterin eines Kölner Krankenhauses, bei der die Frau schwer verletzt wurde, zitierte der „Kölner Stadtanzeiger“ vor einigen Tagen die Polizei:
Viele der von einem Asylbewerber oder Migranten verursachten Straftaten sind vermeidbare Straftaten, denn vielen dieser Personen hätte man die Einreise und den Aufenthalt nicht gestatten müssen. […] Das grundlegende Problem hinter der Straftat eines Migranten ist die politische Verantwortung dafür. (Hans-Georg Maaßen)
„Der als schlank und gepflegt beschriebene Unbekannte soll schwarz und 25 bis 30 Jahre alt sein, kurze schwarze Haare haben und zur Tatzeit mit einer dunklen Hose sowie einem schwarzen T-Shirt mit weißem Tierkopf im Brustbereich bekleidet gewesen sein. Zudem soll er eine schwarze Umhängetasche, einen hellen Kapuzenpullover sowie eine schwarze Basecap bei sich getragen haben.“
Nun wurde der Mann (20), der diese Tat vermutlich begangen hat, festgenommen und die Polizei berichtet von einem weiteren Verbrechen, dass er kurz danach beging: „Die Polizei Rhein-Erft-Kreis hat am Donnerstagmittag (9. Juni) in Kerpen-Balkhausen einen Mann (20) vorläufig festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, am Samstagnachmittag (4. Juni) eine Frau in Kerpen-Brüggen brutal vergewaltigt zu haben. Zudem besteht der dringende Verdacht, dass der Festgenommene ebenfalls für eine versuchte Vergewaltigung in einem Krankenhaus in Köln verantwortlich ist.

Videoaufzeichnungen des Supermarkts
Das Amtsgericht Köln hat gegen den Beschuldigten auf Antrag der Staatsanwaltschaft Köln bereits heute Haftbefehl erlassen. Eine polizeiinterne Fahndung mit einem Lichtbild des Täters hatte schnell zu seiner Identifizierung geführt. Ein Bezirksdienstbeamter der Polizei Rhein-Erft-Kreis hatte den zuständigen Kriminalbeamten den entscheidenden Hinweis auf den nunmehr Festgenommenen gegeben.
Nach derzeitigem Sachstand befand sich die Geschädigte am Samstag gegen 17 Uhr in Kerpen-Brüggen in einem Supermarkt. Mit ihren Einkäufen ging die Frau nach Hause und öffnete die Wohnungstür. Im Hausflur soll ein Mann sie um Hilfe gebeten haben, dem sie kurz zuvor schon in dem Geschäft begegnet war. Als die Geschädigte die Tür schließen wollte, habe sich der Täter mit Gewalt Zugang zur Wohnung verschafft. Dort habe der Angreifer die Frau attackiert. Trotz deren heftigster Gegenwehr sei es dem Mann gelungen, ein Sexualverbrechen auszuführen. Erst als ein Angehöriger der Geschädigten zur Hilfe eilte sei der Täter in unbekannte Richtung geflüchtet.
Hinzugerufene Polizisten nahmen sofort die Fahndung nach dem Flüchtigen auf. Zudem sicherten die Beamten die Videoaufzeichnungen des Supermarkts, die Kriminalbeamte später für die polizeiinterne Fahndung nutzten."

https://unser-mitteleuropa.com/nordafrikanischer-migrantenterror-am-gardasee/
Nordafrikanischer Migrantenterror am Gardasee +UPDATE 16.06.2022+ Verheerende Berichterstattung der Zensurpresse
16. 06. 2022

Sexuelle Übergriffe, Gewalt: Horror am Gardasee

+++ UPDATE v. 16.6.2022 +++

Verheerende Berichterstattung der deutschen Zensurpresse

Deja-vue Kölner Silvestervergewaltigungen 2015 / 16

Als wäre die Zeit medienpolitisch stehen geblieben… Als hätten die deutschen Medien die Corona-Lockdowns für einen wohligen Dornröschenschlaf genutzt, um dann endlich wieder in der heilen Multi-Kulti-Buntwelt aufzuwachen. – Doch so wie damals, bei den Silvestervergewaltigungen in Köln 2015/16, war der Schock vor dieser toxisch-männlichen Fremdkulturgewalt so groß, dass das withfull-thinking in das übliche Ver-schweigen mündete. Welches dann doch, wegen unabhängiger Blogger schließlich an die Öffentlichkeit gelangen musste.

Das Resume ist also – so wie damals – verheerend

„Mehr als eine Woche ist vergangen, bis in den etablierten Medien des deutschen Meinungsspektrums die Vorfälle am Gardasee zum Thema wurden. Am Wochenende schaffte es dann ein Hashtag wie #Gardasee sogar in die Twitter-Trends. Die vermeintliche Party am Gardasee war in

Wirklichkeit ein abgesprochener Mob von auf Krawall gebürsteten … (und) eskalierte nicht nur vor Ort. Noch in den Zügen folgten die Belästigungen gegen junge Italienerinnen.
Es ist das zweite traumatische Erlebnis nach der Mailänder Silvesternacht. Ähnlich wie damals gibt es nun wieder eine große Debatte über gescheiterte Integration. Doch es gibt einen großen Unterschied.
In Peschiera wurde mehr zerstört als in Mailand. Das bürgerliche, konservative und rechte Spektrum hat sich bisher mit der Fantasie anästhesiert, dass die Städte verloren seien, aber man ja auf dem Land gut leben könnte: Sollen doch die Brennpunkte vor die Hunde gehen, bauen wir uns woanders unsere Exile auf. In Peschiera hat dieser fromme Wunsch sein Ende erfahren. Nordafrikaner, die in Mailand leben, können in einer halben Stunde in die Provinz, um Krawall zu machen. Peschiera ist – wie der Großteil der Gardasee-Umgebung – traditionell eher konservativ geprägt, in Venetien dominiert die Lega die Politik seit Jahren.

Nach dem Gardasee sollte Riccione folgen

In Riccione, dem gehobeneren Badeort bei Rimini, wollten Migranten ähnlich wie in Peschiera zuschlagen. „Peschiera war nur das Warmmachen – sehen wir, wie es in Riccione wird", textete ein Migrant zu einem TikTok-Video mit marokkanischer Flagge. Sicherheitskräfte würgten die Szenen im Voraus ab. Wenigstens hat man erkannt, dass nach dem Hölleneinbruch von Peschiera ein Exempel statuiert werden muss. Nach zwei Jahren Corona rücken die Hypotheken der Vergangenheit wieder in den Vordergrund." (wallstreetjournal, tichyseinblicke)

Deutsche Verharmloser-Gutmenschen-Presse

Erschreckend auch, dass *„es bereits der zweite Vorfall dieser Art in Italien in jüngerer Zeit ist. Doch Migrantenverbände bemühen sich, die Schuld nicht bei den Straftätern, sondern in der Integrationspolitik des Landes zu suchen."* (cicero)

„Der Bayerische Rundfunk kritisierte etwa Salvini dafür, die Vorfälle ´politisch auszuschlachten, und räumte dann weiträumigen Platz für eine Migrantenvertreterin ein, die sich über die Ausländerfeindlichkeit der Italiener beklagte. Sie entschuldigte die sexuellen Übergriffe mit der ´Kraft des Rudels´, das aus ´Unzufriedenheit´ heraus agiere. Anders als bei Salvini ordnet der BR diese Äußerungen nicht als das ein, was sie sind: nämlich Verharmlosungen und Täter-Opfer-Umkehr. Stattdessen stellt man sogar eine Reform des Staatsbürgerrechts in den Vordergrund – so, als lösten sich damit Vergewaltigungen in der Luft auf. Selbst im offenkundigen Moment des Versagens muss das Ereignis noch in die richtige Richtung gedreht werden." (wallstreetjournal, tichyseinblicke)

„ ‚Bagy-Gangs´verbreiten Angst und Schrecken´"

Ein unrühmlicher Klassiker dieser Gefälligkeits-Anbiederungspresse beim linken Multi-Kulti-Zeitgeist leistete sich noch heute, am 16.6.2022, die deutsche Morgenpost, indem sie wieder auf die klassischen Zensurmethoden zurückgriff: Auswahl und Gewichtung. Das deutsche Boulevardblatt ließ einfach die Fremdmigranten- zur Jugend-Gewalt zusammenstreichen: „Mehr als 2000 junge Leute randalieren am Gardasee und belästigen Mädchen: Tausende Jugendliche reisen in einen

Ferienort am Gardasee, randalieren, greifen Touristen an und belästigen Frauen."
Die Wirklichkeit schaut so aus…:
+++ 15.06.2022 +++
Deutsche Mainstream-presse bricht Schweigen
So wie damals bei dem Silvester-Vergewaltigungsreigen in Köln 2015 / 16 bricht die deutsche Presse nur zögerlich ihre Multi-Kulti-Schweige-Tabu:
„Inzwischen hat der Vorfall heftige politische Diskussionen in Italien ausgelöst – auch, weil unzählige Frauen von Männern aus dem Mob massiv begrapscht und belästigt wurden." (Bild)
„Nicht schweigen über muslimische jugendliche Männer" (Bild-Kommentar)
„Es ist immer wieder ein Schock – aber längst keine Überraschung mehr. Die Ausschreitungen in der Kölner Silvesternacht 2015, in Stuttgart 2020 und nun am Gardasee folgen dem gleichen Muster.
Jugendliche Männer aus muslimischen Ländern prügeln und randalieren in Ländern, die ihnen Zuflucht geboten haben und sie finanziell absichern.
Sie belästigen Frauen, die sie als Freiwild begreifen und attackieren Polizisten, Vertreter unseres Staates, vor denen sie keinen Respekt haben.
Das ist nicht nur ein Integrationsproblem. Das ist ein Sicherheitsproblem für unsere Gesellschaft.
Wer das Problem nicht einmal offen anspricht, tut der Idee von Multikulti-Zusammenleben keinen Gefallen Im Gegenteil: Wenn die demokratischen Parteien nichts gegen dieses Phänomen tun, treiben sie Millionen Wähler in die Arme gefährlicher Populisten."
+++ 13.06.2022 +++
Manipulationspresse: „Mega-fete als Versammlung hunderter Jugendlicher" (Vorarlberger Nachrichten, APA)
bty
Also: Bei einer so dreisten Wirklichkeits-Manipulation durch das offizial-föderalistische Medienorgan des Landes Vorarlberg, die Voralberger Nachrichten, darf man sich nicht mehr wundern, wenn man an das Schimpfwort „Lügenpresse" denken mag…:
„Eine **Versammlung hunderter Jugendlicher**, die zu einem **Fest auf einem Strand** in Peschiera del Garda am Gardasee zusammengekommen waren, ist Anfang Juni in eine riesige **Schlägerei ausgeartet**.
Die fast 2.000 Jugendlichen waren einem Aufruf auf der Internetplattform TikTok gefolgt und hatten sich auf dem Strand versammelt. Nach dem Diebstahl einer Brieftasche kam es zu einer Schlägerei, bei der zwei Personen Messerstiche erlitten, wie lokale Medien berichteten.
Die **Polizei** griff ein, um den Strand räumen. Dabei **schlugen** sie mit Schlagstöcken auf mehrere der Anwesenden **ein**.
Einige Bürger berichteten von Diebstählen durch **Jugendliche**, die sich an dem Treffen beteiligt hatten. Autos wurden beschädigt. Vandalenakte wurden in Peschiera und am Bahnhof beklagt. Ein Zug aus Verona musste 30 Minuten lang halten, weil einige **Jugendliche** die Schienen blockiert hatten. Zeugen berichteten von **Jugendbanden**, die auf Autodächer stiegen und Lenker belästigten. Fünf Mädchen erstatteten außerdem

Anzeige wegen sexueller Belästigung. Szenen der Vandalenakte wurden aufgenommen und in sozialen Netzwerken gepostet.“ (Vorarlberger Nachrichten)

Kein Wort von den (nord-)afrikaischen Multikulti-Rassisten und Sexisten

- Kein Wort von den Urhebern, nämlich (nord-) afrikanischen Jugendlichen und ihrem abgrundtiefen Multikultikulit-Hass und – Seximsus, kein Wort von Vergewaltigungen… (siehe unten).

Vorarlberger Medienagentur im Einflussbereich des ÖVP-Wirtschaftsbund-Korruptionsfalles

„Eine Mediaagentur, an der sowohl der Wirtschaftsbund-Direktor als auch der Medienunternehmer Eugen Russ (von der Ländle-Monopol-Zeitung „Vorarlberger Nachrichten“: Anmerkung) beteiligt sind. Die Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft verschwimmen bis zur Unkenntlichkeit.“ (UM berichtete, Profil, siehe auch VOL)

In Italien ist die linke Welcome-Klatscher-Utopie längst zu einem fortgesetzten Multikulti-Alptraum entartet. Italien wird von randalierenden Jugendlichen „Babygangs“, vor allem (nord-)afrikanischer Herkunft, geradezu überschwemmt.

Dieses Mal traf es den beliebten Gardasee-Badeort Peschiera del Garda. Ca. 1500 Jugendliche hatten sich über TikTok unter der rassistischen Parole: „Wir sind gekommen, um Peschiera zurückzuerobern“, organisiert hatten. Und zwar ausgerechnet am italienischen Nationalfeiertag. Die traurige Bilanz: Angegriffene Touristen, sexuelle Übergriffe, ausgeartete Partys. Erschreckende Videoclips machen derzeit die Rund in den sozialen Netzwerken: Die Ausschreitungen lösten in Italien prompt eine Debatte über misslungene Integration aus.

Viele der großteils nordafrikanischen Jugendlichen zwischen 12 – 20 Jahren sollen per Zug aus norditalienischen Städten, etwa Mailand, Brescia und Bergamo, angereist sein.

„Tag des Krieges erlebt“

Schockierte Augenzeugen aber auch Polizeiakten berichten von multikulturellem Rassismus und Sexismus. Grölende Rufe wurden skandiert: „Das hier ist Afrika“ oder „Weiße Frauen haben hier nichts zu suchen“. Schließlich artete die organisierte Strandparty unter starkem Alkohol- und Drogeneinfluss aus: Der Jugendmob blockierte Straßen, sprang auf Autos, eine Zuglinie wurde blockiert. Restaurantinventar wurde zerstört, Schaufenster zerstört. Es kam zu Massenschlägereien und Messerstechereien. Polizisten wurden mit Steinen und Flaschen beworfen. Erst nach einigen Stunden löste sich der Mob auf.

Frauen brachen in Tränen aus

Laut der Tageszeitung „La Repubblica“ sollen mindestens fünf 16- und 17-jährigen Frauen im Zug sexuell belästigt worden sein. Danach erstatteten noch zehn weitere Frauen Anzeige.

Aber es kam auch zu sexuellen Übergriffen auf Frauen. Verängstigte Frauen berichteten: „„Es war voll, es war sehr heiß. Wir sollten aus dem Zug aussteigen. Aber sie hinderten uns daran, indem sie den Alarm

auslösten. Wir sind durch mehrere Waggons gelaufen, und auf dem Weg haben sie uns überall angefasst", berichtet eines der Opfer: „Ich brach in Tränen aus und hatte eine Panikattacke." (oe24, krone)

Polizisten attackiert

Immer wieder waren laute Rufe, wie „Das ist Afrika" zu hören, dazu schwenkten die Migranten Flaggen aus ihren afrikanischen Herkunftsländern. Herbeigerufene Polizisten wurden mit Steinen und Flaschen beworfen. Erst nach einigen Stunden löste sich der Mob auf.

Lesen Sie auch unseren **ERSTBERICHT** zu den Nafri-Exzessen am Gardasee:

https://www.pi-news.net/2022/06/fast-jede-nacht-knallen-geldautomaten/

Fast jede Nacht knallen Geldautomaten

8. Juni 2022

13

Die Geldautomaten-Täter nutzen inzwischen fast immer festen Sprengstoff, im Fachjargon „Explosivstoffe" oder konkreter „Blitz-Knall-Körper" genannt.

Fast jede Nacht wird im Schnitt irgendwo in Deutschland ein Geldautomat gesprengt oder zumindest angegriffen. **Die Zahl der Sprengungen ist in diesem Jahr sogar noch angestiegen. Bis zum 30. Mai gab es bereits allein in Nordrhein-Westfalen 91 Angriffe auf Geldautomaten, gezählt werden dabei Sprengungen und Sprengungsversuche. Borken ist in dieser Zahl also noch nicht einmal enthalten.**

Mehr Zusammenarbeit der Behörden scheint nötig. Denn geht es so weiter, drohen allein im größten deutschen Bundesland NRW so viele Sprengungen und Sprengversuche wie noch nie. Im Gesamtjahr 2020 registrierte das Landeskriminalamt (LKA) den bisherigen Rekordstand von 176 Taten, 2021 gab es 150 Fälle. Kommt es 2022 weiterhin jeden Monat zu 18 Attacken wie bisher im Schnitt, würden es zum Jahresende nahezu 220 sein.

Ähnlich ist die Situation in Pistorius' Heimatland Niedersachsen: Bis Anfang Juni gab es dort 33 Angriffe auf Geldautomaten. Im Gesamtjahr 2021, dem bisherigen Höchststand, erfasste das dortige LKA 55. Obendrein steigen die erbeuteten Summen. Für 2020 bezifferte das Bundeskriminalamt den Beuteschaden von gut 400 Attacken auf rund 17 Millionen Euro, 2019 waren es 15 Millionen Euro gewesen.

Nicht nur die Zahl und das Ausmaß der Attacken wachsen, sie werden auch immer brutaler. Zwar kommen die Täter nicht immer an die Scheine aus den Automaten, doch die Wucht der Sprengungen ist groß. Sie zerstören auch Teile der Gebäude, in denen sich die Filialen von Banken und Sparkassen im Erdgeschoss befinden sowie in den oberen Etagen häufig Wohnungen. Laut LKA NRW sind in manchen Fällen Feuerwehr und Statiker nötig, um zu beurteilen, ob für die betroffenen Gebäude Einsturzgefahr bestehe.
Der Grund dafür: Die Täter nutzen inzwischen fast immer festen Sprengstoff, im Fachjargon „Explosivstoffe" oder konkreter „Blitz-Knall-Körper" genannt. Bis 2018 sprengten sie die Geldautomaten meist mit Hilfe von Gas, was weniger große Schäden anrichtete.
Besonders viele Angriffe auf Geldautomaten gibt es in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. **Das LKA NRW geht davon aus, dass der Großteil der Taten von einer mehreren Hundert Mann starken kriminellen Szene aus den Niederlanden verübt wird. Die Täter stammten überwiegend aus marokkanisch-niederländischen kriminellen Gruppen, „die vorwiegend in und um Utrecht, Rotterdam und Amsterdam leben"...**
(Original-Auszüge aus einem aktuellen Artikel im Handelsblatt! Ohne Kommentar.)

https://www.n-tv.de/politik/Wie-ein-Tag-am-Gardasee-zum-Horrortrip-wurde-article23402608.html
Sexuelle Belästigung
Wie ein Tag am Gardasee zum Horrortrip wurde
Von Andrea Affaticati, Mailand16.06.2022, 12:16 Uhr

Ein Rave in der Ortschaft Peschiera am Gardasee endet mit Übergriffen und Tumulten, fünf minderjährige Mädchen werden im Zug sexuell belästigt. Die italienische Politik entrüstet sich wie immer und geht rasch zum Alltag über. Den 2. Juni werden die fünf Mädchen, alle zwischen 16 und 17 Jahre alt, die nach einem Tag im Freizeitpark "Gardaland" in Peschiera del Garda in den Zug Richtung Mailand stiegen, sicher nie mehr vergessen. Eines der Mädchen erzählte ein paar Tage später den Medien: "Schon am Bahnsteig waren irrsinnig viele Menschen und auch im Zug, darunter viele nordafrikanische Jugendliche, vor allem Marokkaner. Sie waren es auch, die die Notbremse gezogen haben. Wir haben es mit der Angst zu tun bekommen und versucht, uns weiter durch die Menschenmenge zu drängen. Dabei wurden wir bedrängt

und betatscht, am Po, an den Beinen, an den Hüften. Mir ist schlecht geworden, ich habe zu weinen angefangen und eine Panikattacke bekommen. Die Jungs und Mädchen aus der Gang haben uns zugerufen, wir seien Weiße, Privilegierte, dürften gar nicht im Zug sein. Und dann haben sie uns immer wieder den Weg versperrt."

Irgendwann schaffte es eine von ihnen, ihren Vater zu benachrichtigen. "Ich habe zuerst die Polizei in Peschiera angerufen", erzählte dieser dann. "Die haben mir gesagt, ich müsste mich an die Notrufnummer 112 wenden. Habe ich gemacht, bekam aber als Antwort, die Bahnpolizei sei dafür zuständig. Ich war unglaublich wütend und hatte eine Mordsangst um meine Tochter. Sie hatte mir gesagt, viele der Jugendlichen, die sie bedrängten, seien betrunken. Also habe ich mich ins Auto gesetzt und bin Richtung Gardasee gefahren." Mittlerweile war es aber einem der Passagiere, ein Mann mit ebenfalls afrikanischem Migrationshintergrund, gelungen, sich durch die Menge zu boxen und den Mädchen zu helfen. Beim nächsten Halt in Desenzano stiegen sie aus.

Randale und sexuelle Belästigung

Unruhen am Gardasee beschäftigen auch Rom

Seitdem ermittelt die Polizei gegen 30 Verdächtige, mehr oder weniger im gleichen Alter wie die bedrängten Mädchen. Sie alle sollen im Raum Mailand zu Hause und zum Großteil minderjährig sein. Mehr weiß man auch zwei Wochen nach dem Vorfall nicht, trotz einer ziemlich genauen Personenbeschreibung seitens der Mädchen, die am Tag danach Anzeige erstatteten.

Sieht man die Bilder und vor allem die Videos auf TikTok, die am 2. Juni in Peschiera del Garda gedreht wurden, stellen sich aber ein paar alles andere als beiläufige Fragen. Denn an diesem Tag lief in der Ortschaft am Gardasee von Anfang an alles schief.

Der 2. Juni ist in Italien Nationalfeiertag; am 2. Juni 1946 entschied sich die Mehrheit der Italiener für die Republik. Der Tag wurde als Datum für einen Rave mit dem Namen "Africa in Peschiera" gewählt und über TikTok bekannt gemacht. Wer genau zu diesem Treffen eingeladen hat, weiß man nicht. Die Bürgermeisterin von Peschiera del Garda, OriettaGaiulli, informierte die Sicherheitsbehörden schon Ende Mai über die Planungen, da ein solches Treffen bereits im vergangenen Jahr stattgefunden hatte. Sie wies dabei auch auf das TikTok-Video hin. Ihre Bitte um mehr Sicherheitskräfte blieb jedoch unbeantwortet.

Die Ruhe vor dem nächsten Ansturm

An jenem Juni-Tag machten sich also Hunderte von Jugendlichen, vor allem aus dem Veneto und der Lombardei, auf den Weg zum Strand von Peschiera. Irgendwann begannen Tumulte und Schlägereien. **Was der Auslöser war, ist ebenfalls noch ungeklärt - angeblich der Versuch, eine Handtasche zu stehlen, wie man auf einer Videoaufzeichnung sehen kann. Die Situation eskalierte. Ein Strandbetreiber erzählt von einer jungen Frau, die durch Messerstiche verletzt wurde, und von zwei Jugendlichen, denen Flasche auf den Kopf geschlagen wurden. Erst das Einschreiten von Polizisten in Kampfmontur brachte wieder Ruhe. Wie man aber im Nachhinein feststellen musste, handelte es sich um die Ruhe vor dem nächsten Ansturm.**

*Datenschutz

Hat man die Geschehnisse des Tages im Kopf und sieht man sich Videos vom Bahnhof in Peschiera an jenem Nachmittag an, stellt sich unweigerlich die Frage, warum überhaupt so viele Leute in einen Zug gelassen wurden. Die Antwort ist simpel: Vollgestopfte Züge aus Badeorten, gleich ob am See oder am Meer, die man

von einer Großstadt in ein paar Stunden erreicht, sind leider keine Ausnahme. Auf die Idee, dass die Jugendlichen, die vorher am Strand randaliert hatten, im Zug nicht nur brav Platz nehmen würden, scheint niemand gekommen zu sein.

Salvini fordert Herabsetzung der Strafmündigkeit

Die Ereignisse von Peschiera haben die italienische Politik wie immer in diesen Fällen schnell zu mehr oder weniger leeren Solidaritätsbekundungen oder eigennützigen Erklärungen veranlasst. So beteuerte Debora Serracchiani, die Vorsitzende der Demokraten im Abgeordnetenhaus: "Gewalt gegen Frauen ist immer strickt zu verurteilten, gleich woher der Täter kommt, aus welchem Land, aus welcher Kultur, ob er alleine oder von anderen angestachelt gehandelt hat. Er muss zur Rechenschaft gezogen werden. Und es muss gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass sich jedes Mädchen, jede Frau im Recht sieht, solche Vorkommnisse anzuzeigen."

Für Vito Comencini, Abgeordneter der nationalpopulistischen Lega, zeigen dieser Ereignisse, dass das von den Demokraten geforderte Gesetz des Ius Soli, mit dem es möglich wäre, minderjährigen Kindern ausländischer Eltern, die in Italien geboren sind und schon einen Schulzyklus absolviert haben, die italienische Staatsbürgerschaft schneller zu verleihen, nicht umsetzbar ist. "Ich frage mich, wie manche Politiker noch von Integration sprechen können, wenn die jungen Protagonisten dieser Taten einwandfrei bezeugen, dass sie in die entgegengesetzte Richtung gehen", sagte Comencini.

Lega-Chef Matteo Salvini sprach wiederum von ausländischen "Baby Gangs" und forderte für bestimmte Straftaten eine Herabsetzung der Strafmündigkeit: "Denn die Mitglieder dieser Banden wissen, dass sie, solange sie minderjährig sind, nichts riskieren. Und wenn, dann nur Sozialstunden."

Mittlerweile liegt das dramatische Erlebnis der Mädchen zwei Wochen zurück und es heißt, dass mindestens weitere fünf Mädchen dasselbe in diesem Zug erlebten. Die Politik hat sich aber längst von diesem Thema verabschiedet. Wobei das Thema Gewalt gegen Frauen brandaktuell ist. Allein seit Jahresbeginn wurden über zwanzig Frauen von ihren Lebensgefährten beziehungsweise Männern ermordet, zuletzt gestern. "Italien hält Rekord an Frauenmorden", meldete ein Südtiroler Nachrichtenportal im vergangenen Jahr. Um gegen diese Gewalt anzukämpfen, müsste man sich zuallererst um die Jugendlichen kümmern, gleich welcher Herkunft, Hautfarbe oder Religion.

Quelle: ntv.de

https://www.pi-news.net/2022/06/vor-gericht-clan-erschleicht-sich-massenweise-sozialgelder/

Vor Gericht: Libanesen-Clan erschleicht sich massenweise Sozialgelder

20. Juni 2022

Von MANFRED W. BLACK | Badia Al-Zein (47), genannt Buddy, steht seit Mittwoch zusammen mit sechs anderen Clan-Mitgliedern als Angeklagter vor dem Düsseldorfer Landgericht. Der millionenschwere gebürtige Libanese, der in Deutschland offiziell als staatenlos und als „Flüchtling“

gilt, ist hierzulande seit vielen Jahren nie einer regulären Arbeit nachgegangen.

Millionen-Vermögen offenbar illegal gescheffelt

Die Staatsanwaltschaft hat gegen das islamische Familienoberhaupt Badia, seine Frau Hajere (43), die gemeinsamen Söhne Merhen (27), Sehmus (29) und Mohamed Abdelouhab (25) sowie Tochter Melek (22) und Schwiegertochter MajolaMelake (28) Anklage erhoben – wegen gewerbsmäßigen und bandenmäßigen Betruges. Es geht primär um Sozialhilfe-Betrug.

Badia Al-Zein hat offenbar mit seiner Großfamilie illegal vom deutschen Staat mindestens 456.000 Euro Hartz-IV bezogen – die bewohnten Gratis-Sozialwohnungen noch gar nicht mitgerechnet. Al-Zeins soll mit seinem Clan insgesamt im Rahmen „von illegalen Geschäften ein Millionenvermögen gescheffelt haben" (Bild-Zeitung).

Dem „Flüchtling" Badia Al-Zein sind bisher anscheinend nie relevante Straftaten nachgewiesen worden. Erst 2019 stand der Libanese in Essen vor Gericht – wegen eines Überfalls auf ein Lokal. Aus Mangel an Beweisen wurde er frei gesprochen.

Anklageschrift: 127 Seiten

Stundenlang hat die Staatsanwaltschaft zu Beginn des jetzigen Prozesses vor dem NRW-Gericht eine Anklageschrift verlesen, die 127 Seiten umfasst. Den Staatsanwälten zufolge stellte der Clan zu Unrecht 26 Anträge auf Gewährung von Sozialleistungen. Dabei verschwiegen die Angeklagten ihr immenses Vermögen.

„Sie trugen etwa teuren Schmuck und Kleidung der Marke ‚Dolce & Gabbana', fuhren nicht zugelassene Luxus-Autos" (Bild). Der Staatsanwalt: „Voraussetzung für den Empfang von Sozialleistungen waren nie gegeben. Sie waren stets in der Lage, einen luxuriösen Lebensstil zu führen."

Weitere Anklagevorwürfe beziehen sich vor allem auf Geldwäsche, Erpressung, Steuerhinterziehung, Entführung und schwere Körperverletzung.

Bekannt ist auch, dass einige nicht inhaftierte Familienmitglieder in einer pompösen Villa wohnen, die in jüngster Zeit für hunderttausende Euro saniert wurde. Die Herkunft der Gelder ist unklar.

Immer wieder nur Bewährungsstrafen

Sohn MerhenEl Zein ist bereits als Jugendlicher wegen räuberischer Erpressung und versuchten Totschlags zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Schon sechs Jahre später kam der damals 22-Jährige trotz mehrerer Drogendelikte wiederum mit einer Bewährungsstrafe davon.

Jetzt sitzt der Filius des Clan-Chefs erneut in U-Haft. Die Vorwürfe unter anderem: Banden- und gewerbsmäßiger Betrug, Geldwäsche, Geiselnahme, erpresserischer Menschenraub und gefährliche Körperverletzung.

3000 Clan-Mitglieder
Der Al-Zein-Clan zählt mit etwa 3000 Angehörigen „zu den führenden Großsippen hierzulande“ (Focus). Die allermeisten Familienmitglieder finanzieren – offiziell – ihr Leben durch Sozialhilfe. Sie leben durchweg in Sozialwohnungen, die vom Staat – also vom Steuerzahler – bezahlt werden.
Die Sozialgelder sind für viele Clan-Mitglieder nur zusätzliches Taschengeld; die teilweise enormen Haupteinkünfte stammen aus dunklen Kanälen, die der Staat zumeist nicht in der Lage ist zu identifizieren.

https://www.pi-news.net/2022/06/massenschlaegerei-in-berliner-freibad/

Massenschlägerei in Berliner Freibad

20. Juni 2022
143

Wer in deutschen Großstädten das Freibad aufsucht, darf mit Abenteuern und einem spannenden Kräftemessen rechnen, aber nicht mit Erholung. Von MANFRED ROUHS | Im als gutbürgerlich geltenden Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf ist der Ausländeranteil in den letzten Jahren offiziell auf 29 Prozent angestiegen. Zehlendorf ist von dieser Verschiebung in der

Bevölkerungszusammensetzung weniger betroffen als Steglitz, wo die Situation nicht ohne Auswirkungen auf den Lebensalltag der Bevölkerung bleibt.

Am 19. Juni 2022 waren die Besatzungen von 13 Streifenwagen der Berliner Polizei im Einsatz, um eine Massenschlägerei im Steglitzer Sommerbad am Insulaner in den Griff zu bekommen. Das berichtet die „Berliner Zeitung". Den Angaben zufolge waren an der Auseinandersetzung rund 100 junge Männer beteiligt, die sich zunächst harmlos mit Wasserpistolen bespritzt hatten. Daraus entwickelte sich sodann eine handfeste Massenschlägerei, in deren Rahmen mindestens eine Person mit einem Messer verletzt worden ist. Die Schnittwunden mussten im Krankenhaus behandelt werden.

Kein einziger der am 20. Juni 2022 zu dem Vorfall veröffentlichten Medienberichte spricht den multi-kulturellen Hintergrund des Vorfalls an. Aber Handyfotos aus dem Freibad vom Tag des Geschehens, die in den sozialen Netzwerken die Runde machen, sprechen Bände.

„Warum gehst Du eigentlich nie ins Freibad?", fragt rhetorisch ein Twitter-Nutzer. Ein Foto vom Gemenge im Freibad am Insulaner genügt als Antwort.

Der brave Michel weicht zurück aus dem öffentlichen Raum. Er darf die einschlägige Infrastruktur zwar noch bezahlen, aber nutzen kann er sie mit vertretbarem Risiko nicht mehr. Politik und Massenmedien reden und schreiben sich unterdessen Verhältnisse schön, die von immer mehr Menschen als unerträglich empfunden werden.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/135303/Coronatestzentren-Untreueverdacht-gegen-KV-Berlin?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427
Coronatestzentren: Untreueverdacht gegen KV Berlin
Dienstag, 21. Juni 2022

Newsletter abonnieren

Berlin – **Im Zusammenhang mit gefälschten Abrechnungen in Coronatestzentren ermittelt das Landeskrimi-nalamt (LKA) wegen des Verdachts der Untreue gegen den Vorstand der Kas-sen-ärztlichen Vereinigung Berlin (KV Berlin).** Die Berliner Staatsanwalt-schaft will nun prüfen, ob ein Anfangsverdacht besteht, sagte Sprecher Se-bastian Büchner. Von der KV Berlin hieß es, der Vorstand weise den Vorwurf „auf das Schärfste zurück".

Die KV Berlin ist in der Coronapandemie auch für die Abrechnung der Teststellen und Prüfung auf „Plausibi-li-tät und Auffälligkeiten" zuständig. Rund 590 Millionen Euro zahlte die KV Berlin nach eigenen Angaben bis-lang (Stand: 21. Juni) an Steuergeld aus. In der Prüfung befände sich noch die Auszahlung weiterer 81 Millio-nen Euro.

Zu Spitzenzeiten gab es rund 1.500 Coronateststellen in Berlin, die laut Senat nur „sporadisch" kontrolliert wurden. Polizei und Staatsanwaltschaft äußerten sich in dem Spiegel-Beitrag entsetzt darüber, wie einfach die Behörden den Kriminellen den Betrug gemacht hätten.

Sie ermitteln bisher in rund 380 Verdachtsfällen gegen Betreiber wegen Betrugsverdacht. Die angenommene Schadenssumme sollte schon vor Monaten mindestens 24 Millionen Euro betragen, inzwischen dürfte sie weitaus höher liegen. Die zuständigen Ermittler vom LKA und der Staatsanwaltschaft sagten dem Spiegel, die KV Berlin habe der Polizei keinerlei Verdachtsfälle übermittelt.

Die KV Berlin teilte hingegen mit, seit Beginn der Abrechnung im Frühjahr 2021 habe man „eng mit den Ber-liner Ermittlungsbehörden zusammengearbeitet und alles dafür getan, beim Aufdecken von betrügerischen Teststellenbetreibern zu unterstützen und Schaden abzuwenden".

Ein bestimmter Prozentsatz der ausgezahlten Summe für die Tests bleibt als Gewinn bei der KV. Nach deren Angaben lag dieser zunächst bei 3,5 Prozent, inzwischen liegt er laut KV bei 2,5 Prozent. Der Verwaltungs-kostensatz sei unterschiedlich berechnet worden, erklärte eine Sprecherin.

In ganz Deutschland wurden an die kommerziellen Betreiber der Teststationen 10,5 Milliarden Euro ausge-zahlt. Ermittler gehen von einer Betrugssumme von mindestens einer Milliarde bis hin zu 1,5 Milliarden Euro aus. Auf die Spur kam die Berliner Kripo den Betrügern vor allem über Geldwäscheanzeigen von Banken, de-nen plötzliche Zahlungen über zehntausende oder hunderttausende Euro auf das Konto von Kioskbetreibern auffielen.

Hauptkommissarin Susann Langner schildert in dem Film den Fall eines polizeibekannten Verdächtigen, der seine kleinen Kioske als Teststellen anmeldete und 800 bis 1.000 Tests pro Tag in den winzigen Läden angab. Bis zu 240.000 Euro habe der Mann pro Monat kassiert, manche Monate seien doppelt abgerechnet worden. Die Betrugssumme betrage mutmaßlich mehrere Millionen Euro, hohe Beträge seien oft direkt ins Ausland überwiesen worden.

Ein anderer Betreiber rechnete laut Polizei in einem seiner Zentren 245 Tests an einem Tag ab, in seinem Computer fand die Polizei nur 4 Tests. Bei einem Verdächtigen geht die Polizei von 20.000 bis 30.000 zu viel abgerechneten Tests aus – pro Monat.

Die KV Berlin zahlte 1,4 Millionen Euro an den Mann aus. Eine kleine Teststelle vergab viele Gruppentermine. 60 Menschen sollen demnach zeitgleich um 9 Uhr getestet worden sein, und schon um 9.02 Uhr soll die nächste Gruppe von 60 Menschen gekommen sein. Kassiert wurden mehrere Millionen Euro.

Jörg Engelhard vom Landeskriminalamt (LKA) sagte dem Spiegel: „Es ist so ähnlich, als habe man eine Dru-cker-presse im Keller stehen, mit der man das Geld selbst drucken

kann.“ Sein Kollege Jochen Sindberg sagte in die Kamera: „Wir haben schon die Augen aufgerissen und gesagt, wie ist es möglich, dass die Hürden so gering sind, um diese Zahlungen zu erhalten.“ Und Hauptkommissarin Langner meinte: „Wenn ich sehe, wie das Geld rausgeworfen wurde und wie leicht es war zu betrügen, finde ich das schon ziemlich bitter.“ © dpa/aerzteblatt.de

https://philosophia-perennis.com/2022/07/12/zuwandererkriminalitaet-weiterhin-auf-hohem-niveau/

Zuwandererkriminalität weiterhin auf hohem Niveau

Von

PP-Redaktion

12. Juli 2022

Mehr als 40.000 Deutsche wurden 2021 Opfer von Gewaltstraftaten. Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold.

Medial weitgehend unbeachtet erschien dieser Tage das BKA-Bundeslagebild „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ für das Jahr 2021.

Die gute Nachricht ist, dass die Zahl der tatverdächtigen Zuwanderer gegenüber dem Vorjahr von 136.588 auf 127.489 gesunken ist (-6,7%). Hier ist allerdings von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen, da die Statistik nur die aufgeklärten Fälle enthält, bei denen ein oder mehrere Tatverdächtige ermittelt wurde.

Erhebliche Zahlen- und Begriffsverwirrung

Die weniger gute Nachricht ist, dass dies immerhin 7,1 Prozent aller Tatverdächtigen sind, während der Bevölkerungsanteil der entsprechenden Klientel je nach Quelle zwischen 2,2 und 2,3 Prozent liegt. In diesem Bereich herrscht im Übrigen eine erhebliche Zahlen- und Begriffsverwirrung, denn während das BKA von „Zuwanderern“ spricht, hat sich die Politik für den wohlklingenderen Terminus „Schutzsuchende“ entschieden. Auch die Zahlen differieren, denn die Bundesregierung geht in einer offiziellen Verlautbarung von etwa 1,84 Millionen Schutzsuchenden aus, während das Statistische Bundesamt 1,93 Millionen ausweist.

Interessant ist das krasse Missverhältnis zwischen tatsächlich Asylberechtigten gemäß Art. 16a GG (43.684) und der oben genannten Gesamtzahl, die sich überwiegend aus einer hohen Zahl von anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten ergibt.

„Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung"

Noch einmal überproportional ist der Anteil tatverdächtiger Zuwanderer in den Bereichen Straftaten gegen das Leben (12,8 Prozent aller Tatverdächtigen), Vermögens- und Fälschungsdelikte (9,6%), Diebstahl (9,1%), Rohheitsdelikte (8,4%) und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (7,6%).

Auf die Herkunftsländer der Tatverdächtigen bezogen ergibt sich auch 2021 das gewohnte Bild: **Während bei den zuwanderungsstärksten Ländern (Syrien, Afghanistan, Irak) der Tatverdächtigenanteil geringer ist als der Zuwandereranteil, wurde bei den Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien) sowie anderen afrikanischen Herkunftsländern (Somalia, Gambia, Nigeria, Guinea) eine weit überproportionale Zahl von Tatverdächtigen registriert. Auch Georgien fällt in dieser Beziehung schon seit Jahren unrühmlich auf, ohne dass die Politik die notwendigen Konsequenzen zieht. Zwar hatte der Bundestag Georgien und die Maghreb-Staaten mit Mehrheit zu „sicheren Herkunftsländern" erklärt, aber die grünen Paten importierter Krimineller (anders kann man das ideologisch motivierte Verhalten der Bündnisgrünen nun einmal nicht deuten) verhinderten inzwischen schon wiederholten Mal im Bundesrat die Umsetzung.**

Während die Mehrzahl der mutmaßlich von Zuwanderern verübten Delikte leicht rückläufig ist, fällt im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung eine deutliche Steigerung von 20,8 Prozent auf (von 5.719 auf 6.906). Auch die Zahl der registrierten Tatverdächtigen in diesem Bereich stieg um 20 Prozent (von 5.185 auf 6.224). Eine konkrete Aufschlüsselung auf einzelne Delikte (z. B. Vergewaltigung) findet sich im Bundeslagebild nicht.

Deutsche Staatsbürger häufiger Opfer von Gewaltstraftaten als umgekehrt

Im Bereich der Täter-Opfer-Beziehung bot sich auch 2021 das inzwischen leider schon gewohnte Bild, wonach deutsche Staatsbürger weitaus häufiger Opfer von Gewaltstraftaten von Zuwanderern werden als umgekehrt. Zitat: „Unter den insgesamt 83.426 Opfern von Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern/Zuwanderinnen befanden sich 40.593 Deutsche und damit 3,3 % weniger als im Vorjahr (2020: 41.974). Der Anteil der deutschen Opfer lag somit bei 48,7 % (2020: 47,2 %)." Umgekehrt wurden 11.107 Zuwanderer Opfer einer Straftat mit mindestens einem deutschen Tatverdächtigen.

Durchaus dramatisch stellt sich diesbezüglich die Entwicklung im Bereich der Straftaten gegen das Leben dar. Hier fielen 140 Deutsche entsprechenden Delikten zum Opfer (2020: 103), was einer Steigerung von 35,9 Prozent entspricht. Davon wurden 18 Personen Opfer einer vollendeten Tat (2020: 12). Umgekehrt wurden 42 Zuwanderer Opfer von Taten, an denen mindestens ein

Deutscher beteiligt war (2020: 46). Davon wurden drei Personen Opfer einer vollendeten Tat (2020: 6).
Bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 2.496 Deutsche Opfer einer Tat mit mindestens einem/einer tatverdächtigen Zuwanderer/Zuwanderin (2020: 2.543). Umgekehrt wurden 120 Zuwanderer Opfer einer entsprechenden Straftat mit mindestens einem tatverdächtigen Deutschen. Das entspricht einem Verhältnis von 20,8 zu 1!

Reich der Propagandamärchen

Fazit: Dass die seit 2015 politmedial verbreitete Behauptung „Flüchtlinge nicht krimineller als Deutsche" ins Reich der Propagandamärchen zu verweisen ist, wird heute kaum noch bestritten. Mehr als nur bedenklich ist jedoch der Umstand, dass trotz bekannter Schwerpunkte (Herkunftsländer, Deliktgruppen) politisch wenig bis nichts unternommen wird, um die eigenen Bürger vor Zuwandererkriminalität zu schützen.

Das betrifft sowohl den seit 2015 im Grunde nicht vorhandenen Schutz der Staatsgrenzen, die Einstufung zu sicheren Herkunftsländern als auch die Abschiebung von Straftätern. Den Preis bezahlen die gesetzestreuen Bürger, Deutsche wie Migranten, die Jahr für Jahr Opfer von Zuwanderern verübten Gewaltstraftaten werden.

https://unser-mitteleuropa.com/sollte-multikulti-massenvergewaltigung-an-wehrloser-frau-in-vorarlberg-vertuscht-werden/

Sollte Multikulti-Massenvergewaltigung an wehrloser Frau in Vorarlberg vertuscht werden? +UPDATE 22h+ Auch Caritas war Mitwisser

13. 07. 2022

Vertuschung?

+++UPDATE 19:55+++

Auch Caritas war Mitwisser

Wie die Vorarlberger Nachrichten berichten, fand die Vergewaltigung in einem ambulant betreuten Obdachlosenheim der Voralberger Caritas statt. (vol) Diese meldete sich erst heute zu Wort.

Von ELMAR FORSTER | Der Vertuschungsverdacht-Verdacht drängt sich aus mehrerlei Gründen auf: Die Tat soll sich bereits im Februar ereignet haben, wie die Krone vermutet. Außerdem existiert – laut exxpress – keine Pressmitteilung über den – offenbar in dem für das grün mitregierten Ländle – darüber.

Auch in Vorarlberger Justizkreisen sind Anwälte, die den Fall erst seit ein paar Tagen kennen, irritiert: Nämlich, dass über dieses mutmaßliche Verbrechen nicht in den Medien berichtet wurde. Dass es also keine

Presseaussendung zu den Festnahmen der Afghanen gegeben habe: "Es ist doch nicht die Aufgabe von Polizeidienststellen, mit dem Verschweigen von bestimmten Kriminalfällen Politik zu betreiben." – wie in Jurist gegenüber ‚exxpress' verlautete.

Erschütternde Details

Fünf Afghanen sind dringend der Gruppenvergewaltigung an einer psychisch beeinträchtigen Frau tatverdächtig. Gegen vier davon wurde bereits Untersuchungshaft verhängt, über einen fünften wird derzeit noch entschieden (express). Erst nach Enthüllungen der Zeitschrift express ging die Vorarlberger Staatsanwaltschaft aus der Deckung und bestätigt über deren Sprecher Dr. Heinz Rusch: "Ja, es läuft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des sexuellen Missbrauchs an einer wehrlosen Person."

Schweigen der Staatsanwaltschaft

Keine Auskunft wurde über die Verletzungen des Opfers bekannt gegeben. Außerdem könne die Justiz weder etwas darüber sagen, wie es dem Vergewaltigungsopfer gehe, noch zu den mutmaßlichen Tätern, die alle Asylberechtigte sein sollen.

Ähnliche Multikulti-Gruppenvergewaltigung mit Todesfolge vor einem Jahr in Wien

Erst im Juni des Vorjahres wurde die erst 13-jährigen Leonie in Wien von vier afghanischen Migranten (im Alter zwischen 16 und 23 Jahren) mutmaßlich gruppen-vergewaltigt. Die Schülerin wurde nach ihrem Tod auf einem Grünstreifen in Wien-Donaustadt entsorgt.

Wusste der Grüne Gesundheitsminister Rauch Rauch darüber?

Sehr unwahrscheinlich übrigens, dass der jetzige Grüne Gesundheitsminister Rauch über den Fall nichts wusste. War er doch von 2014 – 2022 Umweltschutzlandesrat in der Vorarlberger Landesregierung. Erst seit 8. März ist er Gesundheitsminister. Und auch Katharina Wiesflecker kann als Grüne Sozial- und Frauen-Landesrätin nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Anscheinend sorgen sich beide in Zusammenhang mit der Grünen Justizministerin Zadic lieber um den Ausbau der Vorarlberger Abtreibungskliniken als um Vergewaltigungsopfer. (Presse) Was aber auch einer gewissen Logik nicht entbehrt…

David Berger
23. Juni 2022

(David Berger) „Ich würde mit meinen drei Enkeln nicht ins Freibad gehen" – so der oberste Chef aller Bademeister Deutschlands, der Präsident des Verbandes der Bademeister, Peter Harzheim.

Nach der eindrucksvollen Schlägerei in einem Berliner Freibad am vergangenen Wochenende, hat sich nun der Präsident des Verbandes der Bademeister, Peter Harzheim in der „Bildzeitung" zu der Umwandlung unserer Freibäder in Nogoareas Stellung genommen.

Familien besser draußen bleiben

Der seit fast einem halben Jahrhundert als Bademister tätige Harzheim sagt ganz offen, er könne Familien derzeit nicht empfehlen, an Wochenenden ins Freibad zu gehen. Er habe „selbst drei kleine Enkelkinder – wenn ich mit denen da hereingehen würde, würde ich schlicht unverantwortlich handeln!"

Im Hinblick auf die zahlreichen Schläger mit Migrationshintergrund, die auf dem Video, das einen Teil der Schlägerei am Berliner Insulaner wiedergibt, urteilt Harzheim: „Wenn ich das sehe, graut es mir. Diese Personen, die ich dort sehe, haben keinen Respekt vor den Leuten. Das kann so nicht weitergehen."

Polizei, Politik und Justiz versagen

Die Bäder sollten ihr Publikum daher besser vor-sortieren, fordert der Präsident des Verbandes der Bademeister. Wie das konkret aussehen könnte, ist freilich schwierig zu beantworten… Hier ist ein Riesenstress mit der Politik und der derzeitigen Justiz vorprogrammiert.

Aber auch diese kommen bei Harzheim nicht gut weg: „Es kann nicht sein, dass die Menschen, die dort Straftaten begehen, nach zwei Stunden wieder freigelassen werden. (…). Die Politik verschließt die Augen vor den Problemen und lässt uns im Stich."

https://www.n-tv.de/panorama/250-Menschen-bedraengen-Polizei-in-Berliner-Freibad-article23425793.html

Beamte klärten Körperverletzung250 Menschen bedrängen Polizei in Berliner Freibad

27.06.2022, 15:22 Uhr

Kinder bespritzen Gäste des Neuköllner Columbiabads mit Wasser, es kommt zu einer handfesten Auseinandersetzung. Als Rettungskräfte und die Polizei

den Vorfall klären wollen, werden sie von einer großen Menschenmenge bedrängt. Der einzige Ausweg: die sofortige Räumung des Bades.
In einem Berliner Freibad hat es erneut eine größere Auseinandersetzung gegeben - diesmal mit bis zu 250 Menschen. Ausgangspunkt war am Sonntagnachmittag eine Warteschlange an der Wasserrutsche des Sommerbads im Bezirk Neukölln, wie die Polizei mitteilte. Dabei sollen eine 21-Jährige und ihre Begleiter gegen ihren Willen von mehreren Kindern mit Wasserpistolen bespritzt worden sein.
Daraufhin soll es zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung gekommen sein, in die sich ein Mann im Alter zwischen 35 und 40 Jahren einmischte. Auch er soll der 21-Jährigen eine Wasserpistole unmittelbar vor das Gesicht gehalten und abgedrückt haben. Daraufhin soll sie ihn angespuckt und er ihr mit dem Spielzeug ins Gesicht geschlagen haben.
Alarmierte Rettungskräfte versorgten die Frau, deren Nase nach dem Schlag stark blutete, und stellten einen Nasenbeinbruch fest. Zudem wurde die Polizei zum Neuköllner Columbiabad gerufen. Während diese den Vorfall aufnahm, kam es plötzlich zu Tumulten. Bei diesen wurden die eingesetzten Kräfte sowie das Sicherheitspersonal des Freibads von bis zu 250 Badegästen bedrängt.
Tatverdächtiger wird nicht identifiziert
Da eine Vielzahl von Menschen die Anweisungen des Freibadpersonals missachtete, ließ der Schichtleiter des zuständigen Sicherheitsdiensts das Bad mit sofortiger Wirkung schließen. Alle Badegäste wurden aufgefordert, das Gelände zu verlassen, was nicht alle befolgten. Erst mit dem Eintreffen von weiteren Beamten beruhigte sich die Lage. Das Bad wurde vorzeitig geschlossen. Der Mann, der die 21-Jährige geschlagen haben soll, konnte nicht mehr ausfindig gemacht werden. Die Ermittlungen - unter anderem zur gefährlichen Körperverletzung und zum Landfriedensbruch - dauern an.
Erst kürzlich hatte es einen ähnlichen Vorfall in einem Berliner Freibad gegeben: Am Wochenende zuvor gipfelte das Spritzen mit Wasserpistolen in einem Sommerbad im Ortsteil Steglitz in einer Schlägerei von etwa hundert Menschen. Die Berliner Bäderbetriebe kündigten daraufhin an, sich für das nun zurückliegende Wochenende besser rüsten zu wollen. So sollten unter anderem mehr Sicherheitskräfte eingesetzt werden.
Quelle: ntv.de, als/AFP

https://unser-mitteleuropa.com/multikulti-messerstecherei-in-kressbronn-am-bodensee-fordert-einen-toten/
Multikulti-Messerstecherei in Kressbronn am Bodensee fordert einen Toten +UPDATE+ APA zensuriert Täterherkunft
27. 06. 2022
+++ Update v. 27.06.2022 / 11:40 Uhr+++

Aus 32-jährigem Nigerianer wird „31-Jähriger"
Mittlerweile haben auch die „Vorarlberger Nachrichten", der österreichische Staatsfunk ORF und andere Medien die Täterherkunft

gemäß Regeln der „Austria Presse Agentur“ (APA) politisch korrekt zensuriert: „Ein 31-Jähriger soll in einer Asylbewerberunterkunft am Bodensee auf mehrere Menschen eingestochen und dabei einen Mann getötet haben.“ (VOL)
Statt Täterherkunft haben „tragische“ Migrantenschicksale Priortät, z.B.:
ORF: „Ertrunkene Migranten auf Lesbos“ – Kressbronner Messerstecher wird zensuriert
„Badende Urlauber haben auf einem Strand der griechischen Insel Lesbos zwei Leichen entdeckt. Bei den beiden Männern handle es sich um Migranten, berichteten heute griechische Medien. Auch die Küstenwache bestätigte den Vorfall. Die beiden Männer kamen vermutlich ums Leben, als sie versuchten, die Meerenge zwischen der türkischen Westküste und Lesbos zu überqueren.“ (ORF, online seit 8:25 Uhr)
Nur kurz war der zensurierete APA-Text unter „Chronik“ gelistet. Mittlerweile ist er dort schon wieder entsorgt.
bty
Erstartikel
Mutmaßlicher Täter ist Nigerianer
bty
Von ELMAR FORSTER | Der mutmaßliche Täter aus Nigeria soll am Sonntagabend gegen 22 Uhr einen 38-jähriger Mann aus Syrien erstochen haben. Die Tat ereignete sich in einer Asylbewerberunterkunft in Kressbronn am Bodensee (BW). Mindestens fünf weitere Füchtlinge wurden teils schwer verletzt, deren Zustand wird als kritisch eingestuft, berichter die *Schwäbische Zeitung*.
bty
Der Syrer starb an den Verletzungen noch vor Ort. Ein Schwerverletzter wurde mit einem Rettungshubschrauber ins Krankenhaus geflogen. Vier weitere Verletzte brachten Rettungswagen in ein Klinikum.
Laut Auskunft der Polizei soll der Täter an mehrere Zimmer geklopft haben und wahllos auf Anwesende eingestochen haben. Der mutmaßliche Messerstecher wurde vor dem Gebäude widerstandslos festgenommen.
Messerstecherei mit Zufallsopfer kein Einzelfall
Erst wenige Wochen ist der Messerangriff an einer Grundschule in Esslingen her: Ein siebenjähriges Mädchen und eine 61 Jahre alte Betreuerin wurden durch Messerstiche schwer verletzt.

Terroranschlag auf Osloer Schwulen-Club: Täter ist aus dem Iran stammender Terrorist

Von

David Berger

25. Juni 2022

0

(David Berger) Bei einem Angriff auf Menschen, die vor dem bekanntesten Gay-Nachtclub im norwegischen Oslo den „Pride" feierten, wurden zwei Menschen getötet und mehr als 10 Personen schwer, zum Teil lebensgefährlich verletzt. Der mutmaßliche Täter ist ein aus dem Iran stammender, der Polizei und dem Geheimdienst bekannter Terrorist.

Update 25.06.22, 11.10 h: Die Polizei geht – so französische Medien – inzwischen bei dem Anschlag von einem „terroristischen Akt" aus: „Der mutmaßliche Täter der Schießerei, bei der zwei Menschen ums Leben kamen und 21 verletzt wurden, darunter zehn schwer, ist **ein 42-jähriger Norweger iranischer Herkunft, der den internen Geheimdiensten bekannt ist und bei der Osloer Polizei im Bereich der Terrorismusbekämpfung geführt wird".** (Quelle) Daher liegt auch hier muslimsicher Fanatismus als Motiv mehr als nahe.

Die deutschen Medien – von der Bild bis zur Tagesschau verschwiegen dieses Detail sehr lange, teilweise tun sie das noch immer, so etwa der „Deutschlandfunk". Eine SPD-Politikerin behauptet gar, es sei ein Anschlag Rechter gewesen.

Eine für staatliche Akteure und die Zivilbevölkerung besondere Bedrohung steht die

aktuell zu beobachtende Kooperation, Interaktion und teilweise gar Fusion der Phänomenbereiche transnationaler Drogenschmuggel und -handel und transnationaler islamistischer Terrorismus dar (Dr. Stefan Goertz)

Laut Washington Post sagte ein Polizeisprecher ebenfalls, dass die psychische Verfassung des Verdächtigen nun untersucht werde. So will man sich – mit der auch in Deutschland stark verbreiteten Methode – eine Hintertür offenlassen, um nicht von einem islamischen Terroranschlag sprechen zu müssen.

Zumal man ausdrücklich auf Drogendelikte hinweist, um die die Polizei wusste. Was dabei die breite Öffentlichkeit nicht weiß: Die Polizei ist in der Regel bei diesen Delikten nicht an Junkies interessiert, sondern an den Dealern. Längst weiß man, dass v.a. der aus der orientalischen Welt stammende Terrorismus im Drogenhandel ein wichtiges Standbein hat.

Islam-Aktivisten rufen zur Solidarität mit Muslimen auf

Hier gibt es ein erstes Foto des mutmaßlichen Täters (bei der Festnahme) Quelle: Twitter

Der bekannte Islam-Kritiker Ahmad Mansour fragt angesichts des Terrorakts: „Wie lange will Europa noch Islamismus und dessen Gefahren ignorieren?"
Erste queere Islam-Aktivisten rufen bereits dazu auf, nun unsere Solidarität mit den Muslimen zu bekunden:

AfD-Politikerin richtet sich an alle „Regenbogenkämpfer"

Die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst hat anlässlich des Massakers von Oslo auf Facebook ein Wort an alle Regenbogenkämpfer gegen Rechts gerichtet:
„Wir sind nicht gegen euch. Wir haben nur genug von der bunten Propaganda in der Schule, in der Kita, beim Sport, im Fernsehen, im Kika usw. Zumal sie sich völlig realitätsfern verknüpft im blinden Hass auf die einzige Opposition, die klar Farbe zu folgenden Problemen bekennt:
Wir haben die Männer nicht zu hunderttausenden zu uns einreisen und sie auch ohne Asylgrund bleiben lassen, von denen euch einige nach dem Leben trachten. Wir KRITISIEREN das nur. Die Zuwanderungspolitik und die Tatsache, dass der öffentliche Raum immer unsicherer wird. Gerade auch für Andersliebende und Andersgläubige. Denkt mal drüber nach."

*

Bericht 25.06.22 8h: In Oslo feiern Homosexuelle an diesem Wochenende den sog. „Pride" (in Deutschland CSD genannt), daher war selbst der Platz vor dem Club „London Pub" mit zahlreichen Menschen gefüllt. Videos, die derzeit in den sozialen Medien kursieren, zeigen neben einem Blick auf die Straße, bei dem man die Schüsse hören kann, in Panik fliehende und schreiende Menschen, abgesperrte Straßen, v.a. Rettungskräfte und Polizei vor dem „London Pub".
„Es gab viele, die weinten, die schrien, Verletzte, die schrien, Menschen, die aufgebracht und verängstigt waren – sehr, sehr verängstigt – und Gäste, die drinnen auf dem Boden lagen, weil sie sehr verängstigt waren". So Marcus Nybakken, 46 (Foto l. (c) Screenshot YT) der in den London Pub zurückkehrte, den er kurz vor Beginn der Schießerei verlassen hatte, um den Verletzten zu helfen.

Menschen verlassen panikartig den Tatort

Die Tat muss sich demnach kurz nach Mitternacht heute Morgen ereignet haben. Ein Zeuge berichtet: „Ich sah, wie ein Mann mit einer Tasche hereinkam, eine Waffe herausnahm und zu schießen begann." Daraufhin sollen die Menschen in Panik aus dem Club gestürmt sein. Der Mann soll mehr als 20 Schüsse abgegeben haben.

2 Tote

Die Polizei definierte heute Morgen um 1.50 h den Vorfall als so genannten Plivo-Vorfall, d.h. als eine Attacke, die sich durch „länger andauernde, lebensbedrohliche Gewalt" auszeichnet. Norwegens Ministerpräsident Jonas Garstohre hat den Angriff als „grausamen und schockierenden Angriff auf unschuldige Menschen" verurteilt.

Erinnerungen an islamistischen Anschlag auf Gay-Club in Orlando

Bei dem festgenommenen Mann soll es sich um einen bereits polizeibekannten Täter handeln, der mit Hilfe der Passanten noch am Tatort festgenommen werden konnte.

Während die deutschen Mainstreammedien wie üblich berichten, dass das Motiv des Täters noch völlig unklar sei, erinnern sich viele Menschen an das Massaker von Orlando, das ebenfalls im Juni, im Jahr 2016 auf einen Club für Homosexuelle stattfand: Damals tötete der Islamist Omar Mir SeddiqueMateen 49 Menschen und verletzte 53 schwer.
Der Oslo-Pride, der dieses Jahr seinen 50. Geburtstag feiern wollte, wurde soeben abgesagt.

https://www.pi-news.net/2022/07/neustrelitz-16-jaehriger-afghane-vergewaltigt-elfjaehrige-bewaehrung/

Neustrelitz: 16-jähriger Afghane vergewaltigt Elfjährige – Bewährung!

20. Juli 2022

Von MANFRED W. BLACK | Die Süddeutsche Zeitung (SZ) hat wieder einmal einen Nachrichtenartikel veröffentlicht, der zwar rundum keine Falschmeldung darstellt, aber – offensichtlich aus links-ideologischen Gründen – nur die halbe Wahrheit bringt.

Die SZ schreibt: Sechs Monate nach der Vergewaltigung eines elfjährigen Mädchen in Neustrelitz (Mecklenburgische Seenplatte) sei jetzt „der Fall rechtskräftig abgeschlossen". Wie ein Sprecher des zuständigen Amtsgerichtes am Dienstag erklärt habe, „wurde der jugendliche Täter zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde".

Süddeutsche Zeitung lügt

Das Amtsgericht Waren habe „den Mann des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger und der Vergewaltigung schuldig gesprochen". „Den Mann"? Die SZ lügt zumindest an dieser Stelle: Bei dem Täter handelt es sich nämlich nicht um einen „Mann", sondern um einen Jungen: einen erst 16-jährigen Täter.

Die SZ schreibt weiter über das Gericht: „Wegen des jugendlichen Alters der Beteiligten sei der Fall nicht öffentlich verhandelt worden." Der angebliche „Mann und das Mädchen sollen sich lose gekannt haben". Der Vergewaltiger sei „nach dem Vorfall in U-Haft genommen worden".

„Vorfall"? So kann man einen schwerwiegenden Kriminalfall auch unverantwortlich verniedlichen.

Große Empörung

Die Realitäten zu diesem abscheulichen Vergewaltigungs-„Fall" sind schlimmer, als die SZ offenbar wahrhaben will.

Rechtspolitisch verheerend ist es, dass der zuständige Staatsanwalt gegen dieses Urteil, das in Mecklenburg-Vorpommern große Empörung ausgelöst hat, keine Rechtsmittel einlegen will.

Ebenso fatal sind weitere Fakten, die die SZ einfach verschweigt: Der angeblich 16-Jährige ist ein „Flüchtling" aus Afghanistan.

Noch schlimmer: Der Täter behauptet nachwievor, keine Ausweispapiere zu besitzen, deswegen haben angebliche „Experten" ihn – nicht zuletzt auf der Grundlage der Behauptungen des Afghanen – auf 16 Jahre „geschätzt".

Das heißt: Der afghanische Vergewaltiger könnte womöglich auch schon 17, 18 oder 19 Jahre alt sein. Allem Anschein nach haben die vermeintlichen „Experten" darauf verzichtet, den Täter von medizinischen Fachleuten eingehend untersuchen zu lassen, die nach speziellen Knochen- und Gelenkanalysen sehr wohl in der Lage sind, ziemlich präzise Altersanalysen anzustellen.

Präzise Altersbestimmungen: Politisch verpönt

Solche genauen Altersbestimmungen sind aber seit Jahren in Deutschland aus politischen Gründen verpönt: Diese Analysen könnten, so meinen linke Rechtspolitiker, als „ausländerfeindlich" ausgelegt werden.

Dieses außergewöhnlich milde Urteilstellt ist praktisch fast eine Einladung an junge „Flüchtlinge" aus dem Orient, aus Afrika oder aus Asien dafür, Mädchen oder junge Frauen hierzulande brutal zu vergewaltigen.

Nach diesem „Bewährungs"-Urteil – und etlichen anderen, vergleichbaren deutschen Gerichtsentscheidungen – weiß insbesondere jeder ausländische Täter, dass in der Bundesrepublik zumindest jüngere Vergewaltiger aus dem Ausland kaum eine Strafe zu befürchten haben.

Auf diese Weise kann man auch den Rechtsstaat aus den Angeln heben. Und zwar ganz „legal".

https://www.pi-news.net/2022/07/asperg-17-jaehrige-bestialisch-ermordet-presse-verschweigt-taeterherkunft/

Asperg: 17-Jährige bestialisch ermordet – Presse verschweigt Täterherkunft

19. Juli 2022
189
Von MANFRED W. BLACK | Im Kreis Ludwigsburg ist die 17-jährige Schülerin Tabitha E. ermordet worden. Seit dem 12. Juli galt das Mädchen aus dem Ort Asperg als vermisst. Die Leiche der Ermordeten ist nun am Klärwerk Leudelsbach gefunden worden, nur wenige Kilometer entfernt vom Heimatort der Schülerin. Der Fundort liegt abgelegen und war schwer zu finden.
Zuvor hatte die Polizei öffentlich nach Tabitha gefahndet und um Hinweise aus der Bevölkerung gebeten. Auch der Bruder der Ermordeten und Tabithas Sportverein – wo die Schülerin als Betreuerin in der Turnabteilung tätig war – hatten Suchaufrufe in sozialen Netzwerken veröffentlicht.

Was Zeitungen verschweigen

Jetzt ist der vermutliche Mörder festgenommen worden. Über die Festnahme des 35-jährigen Verdächtigen haben auch große Regionalzeitungen berichtet. Was tunlichst verschwiegen wurde: die Staatsangehörigkeit des Täters.

Die Stuttgarter Nachrichten (StN) und die Stuttgarter Zeitung (StZ) zum Beispiel veröffentlichten eher nebulös geschriebene Artikel. „Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft teilt zudem mit, dass bereits am Samstag ein 35 Jahre alter Verdächtiger festgenommen worden sei" (StN). Weiter heißt es dort: „Aufgrund der Gesamtumstände gehen die Ermittler davon aus, dass Tabitha E. Opfer eines Tötungsdelikts wurde."

Der „Tatverdächtige" sei am Sonntag auf Antrag der Staatsanwaltschaft einem Haftrichter vorgeführt worden. „Dieser setzte den Haftbefehl in Vollzug und wies den 35-Jährigen in eine Justizvollzugsanstalt ein."

Allein Bild-Zeitung berichtet über syrische Herkunft des Täters

Kein klares Wort zu diesem „Tatverdächtigen" bei den beiden Zeitungen, die in Baden-Württemberg zu den größten Medien des Landes zählen. Dabei wissen Polizei und Journalisten längst Genaueres über den Täter: Es ist ein Ausländer, der aus dem Orient nach Deutschland kam. Allem Anschein als „Schutzsuchender", der als vermeintlicher „Flüchtling" schon vor geraumer Zeit in die Bundesrepublik gekommen ist.

Allein die Bild-Zeitung hat sich in dieser Woche zweimal getraut, Ross und Reiter zu nennen. Allerdings eher in Kurzform. Bild schrieb am Montag, dass der Täter offenbar ein „35-jähriger Syrer aus der Region" ist. Die Wohnung des Tatverdächtigen sei inzwischen durchsucht worden, „sein BMW 320 beschlagnahmt".

Nun hat ein Richter Haftbefehl erlassen. „Die Beweise sind also erdrückend" (Bild).

Der Syrer äußert sich nicht

Die ermordete Tabitha war kein Zufallsopfer. Einem Bild-Artikel vom Dienstag zufolge kannte der Mörder sein Opfer schon seit längerem.

Häufig, so erklären Nachbarn des Syrers, ist das Mädchen schon zu Gast bei ihm gewesen.
Nähere Informationen zu bekommen, ist derzeit schwierig. Der Syrer schweigt zu den schweren Vorwürfen, die ihm gemacht werden. In der Regel ein sicheres Indiz dafür, dass der Festgenommene schuldig ist.

https://philosophia-perennis.com/2022/07/20/columbiabad-oder-islamabad-die-party-geht-weiter/

Berlin-Neukölln: Baden unter Polizeischutz

20. Juli 2022
103
Von MANFRED ROUHS | **Elf Verletzte meldete am Dienstag die Leitung des Columbia-Freibads im multi-kulturellen Berliner Problembezirk Neukölln. Dass es nicht noch mehr sind, ist auch den gesunden Fluchtreflexen der Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes geschuldet. Sie stürmten in den Aufsichtsturm der Rettungsschwimmer und schlossen sich dort ein, als eine Gruppe bewaffneter junger Araber auf sie zu rannte. Das berichtet der „Tagesspiegel".**
Die Verantwortlichen geben sich zerknirscht, wissen aber offenb**ar** auch nicht so recht, wie es weitergehen soll. „Die Auseinandersetzungen im Sommerbad Neukölln haben ein Ausmaß erreicht, wie wir es bisher nicht kannten", zitiert die Zeitung den Vorstandschef der Berliner Bäder-Betriebe, Johannes Kleinsorg, und: „Diese Gewalt macht uns sehr betroffen."
Mit Betroffenheit alleine wird das Problem kaum in den Griff zu bekommen sein. Die öffentlichen Bäder sind keine private Discoveranstaltung mit Türstehern, die potentielle Problempersonen schon am Eingang ohne Angabe von Gründen abweisen können. Wer 5,50 Euro für eine Eintrittskarte aufbringen kann, darf rein – falls er nicht schon Hausverbot hat.
Und selbst das ist im Gedränge kaum zu überprüfen. Ist der Feind einmal in der Burg, kann der Badetag zum Katz- und Maus-Spiel mit ungewissem Ausgang werden. Keine schöne Perspektive für einen sommerlichen Familienausflug.
Aber faktisch auch nicht mehr als die Spitze des Eisberges. Denn im Herbst und im Winter, wenn die Freibäder geschlossen haben, sind die Gewohnheitsschläger nicht verschwunden, sondern schleichen statt durchs Schwimmbad um die Häuser, um anderswo für Vollbeschäftigung bei der Polizei zu sorgen.

Das Problem kocht in der Badesaison hoch, besteht aber ganzjährig. Und es würde schnell kleiner werden, falls die öffentliche Hand Sozialleistungen nur noch an deutsche Staatsbürger auszahlen würde und nicht mehr an jedermann, der sich in Deutschland aufhält.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://journalistenwatch.com/2022/07/21/ueberraschung-migranten-deutsche/

Überraschung! Migranten eben doch gewalttätiger als Deutsche!

Eine Auswertung des Bundeskriminalamtes zu Täter-Opfer-Konstellationen zwischen Deutschen und Zuwanderern bei schweren Straftaten dokumentiert das, was man seit Jahren klar und deutlich sehen kann: Kommt es zu Gewalttaten ist in den meisten Fällen der Zuwanderer der Täter und die deutsche Kartoffel das Opfer.

Jeden Tag aufs Neue kann man es im besten Deutschland, das wir je hatten, lesen, sehen und evtl. am eigenen Leib erfahren. Nun steht es auch schwarz auf weiß im kürzlich erstellten **Lagebericht des Bundeskriminalamtes (BKA) zur „Kriminalität im Kontext der Zuwanderung". Wenn im Weltauffanglager, sprich Deutschland zu Gewalttaten zwischen jenen, die schon länger hier leben und Zuwanderern kommt, ist in den meisten Fällen der Zuwanderer der Täter und der Deutsche das Opfer. Als „Zuwanderer" definiert das BKA alle Personen mit Aufenthaltsstatus Asylbewerber, Schutzberechtigter, unerlaubt aufhältig und geduldet.**

In dem BKA-Lagebild wird auf Grundlage der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) unter anderem eine Auswertung von Täter-Opfer-Fallkonstellationen vorgenommen. Und zwar nur für den Bereich schwerer Straftaten, zu denen ein Tatverdächtiger ermittelt werden konnte – also solche Fälle, die polizeilich überhaupt gemeldet und dann auch aufgeklärt und an die Staatsanwaltschaft übergeben wurden.

Das Lagebild ist schlicht erschreckend und zeigt, welche verbrecherische Migrationspolitik zum Nachteil der Deutschen betrieben wird. Wie unter anderem die Welt berichtet, gab es 2021 im untersuchten Bereich der „Straftaten gegen das Leben, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit" 40.593 deutsche Opfer von Taten, zu denen ein Zuwanderer als tatverdächtig ermittelt wurde.

Demgegenüber wurden 11.107 Zuwanderer Opfer einer solchen Straftat durch einen deutschen Tatverdächtigen.
Dem Lagebild zufolge fielen 2021 in der schwersten Deliktgruppe Mord und Totschlag „140 Deutsche einer Straftat zum Opfer, an der mindestens ein tatverdächtiger Zuwanderer beteiligt war. Davon wurden 18 Personen Opfer einer vollendeten Tat.“ Bei den übrigen Fällen überlebte das Opfer also. Andersherum wurden „42 Zuwanderer Opfer von Taten, an denen mindestens ein Deutscher beteiligt war. Davon wurden drei Personen Opfer einer vollendeten Tat.“ Im Bereich der „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ wurden 2496 Deutsche Opfer einer Straftat eines tatverdächtigen Zuwanderers. Umgekehrt wurden 120 Zuwanderer Opfer eines Deutschen.
Nicht differenziert ausgewiesen beim Lagebild der Anteil jener, die per nachgeschmissener Einbürgerung als Deutsche gelten, sprich einen Migrationshintergrund besitzen. Als Deutsche gelten in der PKS alle Personen, die ausschließlich oder auch über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Beispielsweise haben laut dem Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) drei Viertel der Mitglieder sogenannter Clans in der Hauptstadt schon eine deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Dahinter stehen nicht nur über die Jahre vereinfachte Einbürgerungen, sondern auch das unter Rot-Grün vor 20 Jahren geänderten Staatsangehörigkeitsrechts. Seither erhalten hier geborene Kinder von zwei Ausländern den deutschen Pass ab Geburt, falls ein Elternteil legal seit acht Jahren im Land lebt. „Weil beispielsweise in kriminellen „Clans“ die Mütter sehr selten straffällig werden und deswegen meist eine Aufenthaltserlaubnis haben, werden die Kinder dann automatisch zu deutschen Staatsbürgern, egal ob sie sich mit Deutschland und als Deutsche identifizieren oder nicht“, berichtet die Welt auffällig offen über den Wahnsinn der deutschen Migrationspolitik.

https://www.focus.de/politik/deutschland/terroristen-gruss-auf-dem-rollfeld-is-gruss-am-duesseldorfer-flughafen-drei-mitarbeiter-fliegen-raus_id_121027616.html

Tiktok

Freitag, 22.07.2022, 06:37

Drei Mitarbeiter einer Firma am Düsseldorfer Flughafen sind mit sofortiger Wirkung entlassen worden. Der Grund: In einem Tiktok-Video ist zu sehen, wie die drei während der Arbeit den Gruß der Terrororganisation IS in die Kamera zeigten.

Sie stehen auf dem Rollfeld des Düsseldorfer Flughafens. Drei Männer, gelbe Westen, gute Laune. Sie grüßen für ein Video in die Kamera. Doch der Gruß, den sie machen, ist keine beiläufige Geste. Es ist der Gruß der Terrororganisation IS. Er kostet sie ihren Job.

IS-Gruß am Düsseldorfer Flughafen: „Mit sofortiger Wirkung gesperrt“

Wie die **„Bild“-Zeitung** berichtet handelt es sich bei den drei Männern um in Deutschland geborene deutsche Staatsangehörige. Eine Sprecherin der Bundespolizei sagte dem Blatt: „Anhand des Bildmaterials zu den Personen wurden alle drei als Mitarbeiter einer vom Flughafenbetreiber und Luftfahrtunternehmen beauftragten Firma identifiziert.“ Und weiter: „Es wurden mit sofortiger Wirkung die Flughafenausweise gesperrt, sodass sichergestellt ist, dass jeglicher Zutritt zu Sicherheitsbereichen des Flughafens ausgeschlossen ist.“ Die “Bild"-Zeitung schreibt, dass auch der Staatsschutz Ermittlungen aufgenommen habe. Ein Sprecher der Düsseldorfer **Polizei** sagt gegenüber der Zeitung, man habe mit zwei der drei Männer „Gefährderansprachen durchgeführt“. Der Dritte sei im Urlaub. Man beobachte ihn allerdings weiter.

https://www.pi-news.net/2022/07/flughafen-duesseldorf-wdr-verschleiert-hintergruende-der-is-mitarbeiter/

Flughafen Düsseldorf: WDR verschleiert Hintergründe der IS-Mitarbeiter

24. Juli 2022

61

Mitten in der Ferienzeit posierten vor kurzem drei Mitarbeiter des Düsseldorfer Flugplatzes an einem Koffer-Rollband für ein skandalträchtiges Internet-Foto.

Von MANFRED W. Black | Mitten in der Ferienzeit posierten vor kurzem drei Mitarbeiter des Düsseldorfer Flugplatzes an einem Koffer-Rollband für ein skandalträchtiges Internet-Foto (PI-NEWS berichtete). Sie reckten jeweils einen Zeigefinger gen Himmel – ein unmissverständliches, international bekanntes Sympathie-Zeichen für den IS und seinen weltweiten islamischen Terror.

Kurz darauf berichteten zwar etliche Medien über diesen Skandal. Fast alle verschleierten aber die Identität der IS-Anhänger. Vielmehr täuschten etliche Zeitungen ihre Leser sogar dadurch, dass sie schrieben, bei den Terror-Sympathisanten handele es sich um „deutsche Staatsbürger", die in „Deutschland geboren" seien.

Das ist freilich – wenn überhaupt – nur die halbe Wahrheit.

WDR schießt den Vogel ab

Den Vogel dabei abgeschossen hat der Westdeutsche Rundfunk (WDR). Der größte Sender in der ARD machte gar keine näheren Angaben über die IS-Anhänger.

Mehr noch: Der WDR, der speziell für NRW zuständig ist, veröffentlichte im Gegensatz zu den meisten anderen Medien auch kein Foto des Airport-Trios, obgleich zu dieser Zeit längst vielfach im Internet eine aufschlussreiche Aufnahme dieser „IS-Freunde" (Bild-Zeitung) kursierte.

Das Verhalten der öffentlich-rechtlichen Düsseldorfer Rundfunk- und Fernsehanstalt war offenbar eine gezielte Vertuschungsmaßnahme – ist doch auf dem Foto unschwer zu erkennen, dass die Drei einen orientalischen Hintergrund haben.

Nur Bild nennt Ross und Reiter

Einzig die Bild-Zeitung (Schlagzeile: „Islamisten-Alarm auf dem Rollfeld") scheute sich nicht, die Namen der drei „deutschen Staatsangehörigen" zu nennen: Es sind Mohamed A. R. (19 Jahre), Hamit A. (20) und Serhat I. (20).

Offensichtlich stammt die Dreier-Gruppe aus arabischen Familien, die vermutlich einst als angebliche „Flüchtlinge" in die Bundesrepublik gekommen sind und bald – wie es heutzutage hierzulande meist üblich geworden ist – als „Deutsche" eingebürgert wurden.

https://unser-mitteleuropa.com/fast-taegliche-messerattacken-frankreich-auf-dem-weg-zum-staatsbankrott/

Fast tägliche Messerattacken: Frankreich auf dem Weg zum Staatsbankrott?

22. 07. 2022

Es gibt nicht nur die Hitzewelle. **Innerhalb von sieben Tagen erfasste eine Welle von Messerangriffen Frankreich auf sehr brutale Weise. Angers, Metz und Rennes letzte Woche, dann Rouen gestern, wo ein armer Mann in einem Restaurant unter den schockierten Blicken der Gäste niedergestochen wurde. Wird dieser Sommer 2022 nicht nur von einem Hitzerekord geprägt sein, sondern auch von diesem traurigen Rekord? Innenminister Gérald Darmanin hält sich jedoch bedeckt. Diese Messerangriffe treffen mittlerweile jeden: den unglücklichen Nichtraucher, der dem Schläger, der ihn um eine Zigarette bittet, keine geben kann; den Passanten, der einen als zu stark empfundenen Blick mit seinem Leben bezahlt; den mutigen Rugbyspieler, der versucht, eine Frau zu verteidigen, die Opfer sexueller Belästigung geworden ist, wie in Angers. Die immer wiederkehrenden Messerangriffe in den Städten des Landes sind ein starkes Symbol für die zunehmende Dritte Welt in Frankreich und zeigen etwas anderes: das offensichtliche Versagen des Staates, seine Bevölkerung zu schützen.**

Eine gescheiterte Justiz

Die Justiz ist die dritte hoheitliche Funktion des Staates und soll eine steinerne Mauer gegen die Kriminalität bilden. Für Pierre-Marie Sève, Direktor des Instituts für Justiz, der telefonisch erreichbar war, ist diese Aufgabe nicht mehr gewährleistet. **„Die Justiz macht ihre Arbeit aus zwei Gründen nicht mehr: erstens aus ideologischen Gründen und zweitens aus Mangel an Mitteln", sagt er. „Derzeit gehen Kleinkriminelle nicht mehr ins Gefängnis. Zum einen, weil es keinen Platz mehr gibt, zum anderen aber auch, weil viele Richter unter ideologischen Verzerrungen leiden, die sie glauben lassen, dass eine Inhaftierung keine angemessene Lösung ist. Das schafft Raum für eine viel zu lasche Justizinstitution!"**

Die jüngsten Fälle von Messerstechereien deuten auch darauf hin, dass Migranten bei diesen Angriffen überrepräsentiert sind. Nicht ganz so justiziabel wie andere, scheinen Migranten aus Ländern, in denen eine Kultur der Gewalt herrscht, die französische Justiz weder zu fürchten noch zu verstehen. Pierre-Marie Sève bestätigt dies: „Die Justiz in Frankreich ist das Erbe einer Kultur. Menschen aus Ländern wie Afghanistan, in denen eine Ehebrecherin gesteinigt wird und Dieben die Hände abgehackt werden, fühlen sich völlig ungestraft, wenn sie in Frankreich wegen einer Körperverletzung kaum zu einer Bewährungsstrafe verurteilt werden! Die französische Justiz kann mit diesen Leuten nicht umgehen".

Die französische Justiz leidet unter einem geringeren Budget als ihre italienischen, spanischen, belgischen und deutschen Nachbarn, aber sie

wird auch von einer laxen Politik untergraben, die von Magistraten angewandt wird, die oft mit dem Kult des „Täter-Opfer-Verhältnisses" vertraut sind.

Ist der Schutz der Franzosen noch eine Priorität für den Staat?

Diese Frage stellt sich. 1988 schätzte das Innenministerium die Zahl der Angriffe (vorsätzliche Körperverletzung) auf 40.000 pro Jahr. Im Jahr 2021 zählte das gleiche Ministerium 350.000 im Zeitraum von Januar bis Juni. Der Alltag der Franzosen, insbesondere der Stadtbewohner, ist in eine Spirale der Gewalt geraten, die einen echten Rückschritt bedeutet. Bei nicht weniger als 120 Messerstechereien pro Tag ist es mehr als legitim, die Fähigkeit des französischen Staates, Sicherheit zu gewährleisten, in Frage zu stellen, obwohl es sich um eine hoheitliche Aufgabe handelt.

https://unser-mitteleuropa.com/berlin-mann-stoesst-frau-gegen-einfahrende-s-bahn-nach-einvernahme-wieder-frei/

Berlin: „Mann" stößt Frau gegen einfahrende S-Bahn, nach Einvernahme wieder frei!

24. 07. 2022

BERLIN – Während in Deutschland bereits Meldestellen eingerichtet werden, wo man in Blockwartmanier Personen denunzieren soll, die noch „unter der Strafbarkeitsgrenze" verbal „auffällig" werden, ist das immer mehr in Mode kommende Stoßen von Frauen in oder vor einfahrenden Zügen offensichtlich mittlerweile ein Kavaliersdelikt. Anders ist nicht zu erklären, dass so ein S-Bahn-Schubser nach der polizeilichen Einvernahme gleich wieder „seine Wege gehen" kann, wie die *Berliner Zeitung* berichtete.

Der „Mann" schubste auf dem Bahnhof Berlin-Gesundbrunnen am Freitag eine Frau gegen eine einfahrende S-Bahn. Zuvor sagte sie dem „mutmaßlichen" Täter, dass sie kein Interesse an ihm habe. Das hätte sie besser nicht sagen sollen, speziell wenn so ein „Mutmaßlicher" dem gebenedeiten Kreis der Bereicherer angehört. Das hört so einer nicht gern, wenn Frauen so mit ihm reden. Da hat man schon Verständnis aufzubringen, wenn die Polizei kultursensibel reagiert und solche Leute mit Glacéhandschuhen anfasst. Und gleich wieder laufen lässt – wie gerade in Berlin.

Der „Mann" der die 22-Jährige auf dem Bahnhof Berlin-Gesundbrunnen seitlich gegen eine Waggon einer einfahrende S-Bahn gestoßen hat, konnte nach einer Personenbeschreibung des Opfers, das glücklicherweise unverletzt blieb, „vorläufig in Gewahrsam" werden. Zuvor habe der Täter noch „volksverhetzende Sprüche" von sich gegeben. Man kann davon

ausgehen, dass es kein Deutscher war, der „volksverhetzende Sprüche“ in Kombination mit Gewalttätigkeiten von sich gab. So einer wäre rasch für mehrere Jahre im Gefängnis gelandet und mit Sicherheit nicht sofort wieder auf freiem Fuß.

https://www.pi-news.net/2022/07/wie-lauten-die-typischen-vornamen-deutscher-straftaeter/

Wie lauten die typischen Vornamen „deutscher“ Straftäter?

27. Juli 2022

63

Fakten spielen keine Rolle: Die Einschätzung, Ausländer seien um ein Vielfaches krimineller als Deutsche, gilt offiziell als rechtsradikal.

Von MANFRED ROUHS | Die Deutschen des 21. Jahrhunderts halten sich mehrheitlich für bestens informiert. Viele lesen noch eine Tageszeitung, mehr als 90 Prozent konsumieren das Fernsehen und eine bunte Vielfalt verschiedenster Onlinemedien. Dass sie dabei – zumindest teilweise – mit einer Scheinwelt konfrontiert werden, glauben die wenigsten von ihnen. Allerdings sind Unschärfen, ja regelrechte Dunkelzonen der massenmedialen Berichterstattung in bestimmten Bereichen so augenfällig geworden, dass sie sich kaum noch verbergen lassen. Zum Beispiel, wenn es um Reizthemen geht wie die Ausländerkriminalität.

„Die Behauptung, Ausländer seien um ein Vielfaches krimineller als Deutsche, gehört zum Repertoire rechtsradikaler Propaganda“, heißt es ganz offiziell bei der aus Steuergeldern finanzierten „Bundeszentrale für politische Bildung“. Folgerichtig darf eine Darstellung, die davon ausgeht, Ausländer seien im weit größeren Umfang kriminell als Deutsche, in den Massenmedien nicht vorkommen. Denn ansonsten wären ja die Massenmedien ein Bestandteil „rechtsradikaler Propaganda“.

Vor mehr als 30 Jahren war die Ausländerkriminalität in Deutschland weniger weit verbreitet als heute und doch schon präsent genug, um einem klugen Kopf Anlass zu geben, hierfür sechs Ursachen ausfindig zu machen:

- die soziale Schichtung der Ausländergruppen
- abweichende Wertvorstellungen und kulturelle Gepflogenheiten
- Ghettobildungen bei ihrer Ansiedlung
- ungünstige Lebens- und Entwicklungsbedingungen gerade junger Ausländer, deren familiäre Erziehung oft den Wertorientierungen ihres jeweiligen Heimatlandes entspricht
- hohe Arbeitslosenquote, insbesondere jugendlicher Ausländer

- religiöse und ideologlsche Konfliktstoffe, die viele Ausländer aus ihren Heimatländern mitbringen.

Hierbei handelt es sich nicht um ein Zitat aus einer rechtsradikalen Kampfschrift. Sondern um einen Auszug aus der Niederschrift der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden im Oktober 1988, Seite 15, bei der es sich nach heutigen Maßstäben ganz offensichtlich um eine rechtsradikale Zusammenrottung gehandelt hat.

Aber manchmal, ganz selten, schimmert auch aus offiziellen Darstellungen die Wahrheit durch. Beispielsweise, wenn es nicht um die Kriminalität von Menschen geht, die offiziell als Ausländer in der Statistik auftauchen – sondern um die Kriminalität vermeintlicher Deutscher.

Eine weite Online-Verbreitung ist einer Antwort der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Markus Wagner (AfD) zu den Vornamen „deutscher" Tatverdächtiger im bevölkerungsreichsten Bundesland im Jahr 2021 zu wünschen. Diese Vornamens-Liste sagt mehr als 1000 Worte.

Die Wahrheit ist offenbar mehr oder weniger offiziell rechtsradikal. Ob sie sich wohl durchsetzen wird? – Das hängt nicht nur, aber auch von uns ab: Sorgen wir doch bitte alle nach Kräften für ihre Verbreitung!

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 17. Wahlperiode Drucksache 17/16185 29.12.2021 Datum des Originals: 29.12.2021/Ausgegeben: 05.01.2022 Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 6156 vom 1. Dezember 2021 des Abgeordneten Markus Wagner AfD Drucksache 17/15796 Zuständigkeiten der Polizei auf und in Bahnhöfen in Nordrhein-Westfalen Vorbemerkung der Kleinen Anfrage Zu den ersten drei Bahnhöfen mit den bundesweit höchsten Zahlen an ermittelten Drogendelikten zählen die Hauptbahnhöfe Köln, Essen und Düsseldorf.1 Bei Verstößen gegen das Waffengesetz sieht es deutschlandweit kaum anders aus. Hier rangiert Köln ebenfalls vor Essen.2 Zu viele Bürger fühlen sich in unseren Bahnhöfen beziehungsweise in deren umliegenden Bereichen nicht mehr sicher. Es sind Angsträume geworden, die bei den Reisenden zu einem latenten Gefühl der Bedrohung beitragen.3 Der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe muss auch mit einer hohen Polizeipräsenz begegnet werden. Dadurch wird nicht nur die Anzahl der Straftaten reduziert, sondern auch das Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt. Um unsere Bahnhöfe sicherer zu machen, müssen sich die Polizei Nordrhein-Westfalen und die Bundespolizei systematisch

besser verzahnen, um gemeinsam konsequent Straftaten verfolgen zu können. Die Komplexität liegt darin, dass für Kontrollen auf dem Bahnhofsvorplatz die Polizei Nordrhein-Westfalen zuständig ist, während die Bundespolizei als Bahnpolizei nur auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes tätig sein darf. Der Minister des Innern hat die Kleine Anfrage 6156 mit Schreiben vom 29. Dezember 2021 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Verkehr beantwortet. 1 Drs. 19/32018 Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe und Züge im ersten Halbjahr 2021 2 Drs. 19/32018 Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe und Züge im ersten Halbjahr 2021 3 https://www.soester-anzeiger.de/lokales/soest/angstraum-soester-bahnhof-kriminalitaet-letzten-wochengestiegen-13370942.html LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN - 17. Wahlperiode Drucksache 17/16185 2 Vorbemerkung der Landesregierung Eine landesweite Erhebung in allen Kreispolizeibehörden zur Erstellung einer belastungsbezogenen Rangfolge aller Bahnhöfe und zur detaillierten Beantwortung der weiteren Fragestellung ist mit einem vertretbaren Aufwand und binnen der zur Beantwortung der Kleinen Anfrage vorgegebenen Frist nicht möglich. Insofern wurde die Erhebung auf die fünf größten Bahnhöfe in Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf, Köln, Essen, Dortmund und Duisburg) beschränkt. Da die Begrifflichkeit Bahnhofsumfeld nicht legaldefiniert ist, wurden bei der Erhebung der Einsatzzahlen neben dem Hauptbahnhof auch Bahnhofsvorplätze und angrenzende Straßenzüge berücksichtigt. 1. Welches sind die zehn nordrhein-westfälischen Bahnhöfe mit den meisten Polizeieinsätzen im Bahnhofsumfeld im Zeitraum vom 01. Januar 2021 bis heute? Bei den nachfolgenden Zahlen handelt es sich ausschließlich um Zahlen der Landespolizei, die sich auf den Auswertezeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 30. November 2021 beziehen: · Hauptbahnhof Düsseldorf: 1422 Einsätze · Hauptbahnhof Köln: 1047 Einsätze · Hauptbahnhof Essen: 811 Einsätze · Hauptbahnhof Dortmund: 781 Einsätze · Hauptbahnhof Duisburg: 523 Einsätze 2. Welche Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten wurden im Zuständigkeitsbereich der Polizei Nordrhein-Westfalen an diesen Bahnhöfen begangen? (Bitte Tatverdächtige, Vorstrafen der Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen, Vornamen deutscher Tatverdächtiger und sonstige polizeilichen Erkenntnisse über die Tatverdächtigen nennen) Als Datenbasis für die Beantwortung der Frage nach den Straftatbeständen dient die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Sie wird nach bundeseinheitlich festgelegten Regeln erstellt. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss aller kriminalpolizeilichen Ermittlungen und führt zu einem zeitlichen Versatz zwischen Bekanntwerden der Straftat und der statistischen Erfassung. Die Auswertung bezieht sich auf den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 30. November 2021. Daten des laufenden Jahres sind in der PKS nicht qualitätsgesichert. Durch Nacherfassungen und fachliche Korrekturen können sich Veränderungen ergeben. Verfahren in der Zuständigkeit der Bundespolizei wurden in der Auswertung nicht aufgenommen. Örtlich berücksichtigt wurden die Hauptbahnhöfe der Städte Köln, Essen, Düsseldorf, Duisburg und Dortmund, deren Vorplätze sowie angrenzende Straßenbereiche, soweit dort Fälle mit einem Bahnhofsbezug festgestellt wurden. Die Anlagen 1 bis 5 weisen getrennt nach den Städten die Anzahl der erfassten Straftaten aufgeschlüsselt nach Delikten, die Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten, die Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen und die Vornamen der deutschen Tatverdächtigen aus. Daten zu Ordnungswidrigkeiten, zu Vorstrafen von Tatverdächtigen sowie zu sonstigen polizeilichen Erkenntnissen werden in der PKS nicht erfasst. LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN - 17. Wahlperiode Drucksache 17/16185 3 3. An welchen dieser oder anderer Bahnhöfe ist der Bundespolizei entsprechend § 65 Absatz 1 BPolG kooperationsrechtlich eine Zuständigkeit nach § 3 BPolG auf Arealen eingeräumt, die rechtlich nicht zum Gebiet der Eisenbahnen des

Bundes gehören? Außerhalb der originären gefahrenabwehrenden Zuständigkeit erfolgt ein Einschreiten der Bundespolizei im Zuständigkeitsbereich der Polizei Nordrhein-Westfalen auf Grundlage des § 65 Abs. 1 Gesetz über die Bundespolizei (BPolG) i. V. m. § 9 des Gesetzes über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen (POG NRW). Darüber hinaus besteht zwischen der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin und dem Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen eine „Zusammenarbeitsvereinbarung zur Bewältigung von Einsätzen aus besonderem Anlass". Diese enthält Regelungen zur Führung und Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Bewältigung von Ein- sätzen aus besonderem Anlass. Deliktsfelder der „Straßenkriminalität" werden von dieser Zusammenarbeitsvereinbarung nicht berücksichtigt. 4. Übernimmt die Polizei Nordrhein-Westfalen auf Gebieten, die rechtlich zu Flächen der Eisenbahnen des Bundes gehören, anstelle der Bundespolizei, die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung im Sinne von § 3 BPolG? Ja. 5. Wenn Frage 4 mit „ja" beantwortet wird: In welchen Bahnhöfen aus welchem Grund? (bitte rechtliche Grundlage angeben) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte des Landes Nordrhein-Westfalen können grundsätzlich auf Rechtsgrundlage des § 64 BPolG i. V. m. § 8 POG NRW auf Gebieten, die rechtlich zu Flächen der Eisenbahn des Bundes gehören, tätig werden. Eine Differenzierung der Bahnhöfe erfolgt hier nicht. In der Kreispolizeibehörde Köln wurden darüber hinaus die Zuständigkeitsgrenzen für den Bereich der Bahnhofsvorplätze des Kölner Hauptbahnhofes im Rahmen einer Zuständigkeitsvereinbarung klar festgelegt. Eine Zuständigkeitsübernahme im Sinne der Anfrage geht damit nicht einher. Darüber hinaus wird auf Gebieten, die rechtlich zu Flächen der Eisenbahnen des Bundes gehören, die Polizei Nordrhein-Westfalen in folgenden Fällen tätig, wenn die zuständige Bundespolizeibehörde die erforderlichen Maßnahmen nicht rechtzeitig treffen kann: • zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr • zur Verfolgung von Straftaten im Sinne des § 12 Abs. 1 BPolG auf frischer Tat • zur Verfolgung und Wiederergreifung von aus dem Gewahrsam der Bundespolizei Entwichenen. Abschließend ist festzuhalten, dass auf Grundlage des Erlasses des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2018, 413-60.10.04 in den Kreispolizeibehörden Dortmund, Düsseldorf, Essen und Köln quartalsmäßig gemeinsame Schwerpunkteinsätze in den Zuständigkeitsbereichen der Bundespolizei und der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen stattfinden. Die Zielrichtung der gemeinsamen Schwerpunkteinsätze ist die Stärkung des Sicherheitsgefühls von Nutzern des öffentlichen Personenverkehrs sowie die Vereitelung und Verfolgung von Straftaten. Darüber hinaus haben alle Kreispolizeibehörden die Möglichkeit, eigenständig Einsätze und Kontrollen in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei zu planen und durchzuführen. Eine Kontrolle dieser Einsätze erfolgt nicht. Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle ..... Straftaten insgesamt 2 069 111710 Vergewaltigung § 177 Abs. 6 Nr. 1, 2 StGB (ohne Schl. 111730) 1 111830 Sex. Übergriff an Widerstandsunfähigen im bes. schw. Fall § 177 Abs.2 Nr.1, Abs.4 i.V.m. Abs.6 Nr.2, Abs.7,8 Nr.2 StGB 1 114000 Sexuelle Belästigung § 184i StGB 5 132020 Erregung öffentlichen Ärgernisses § 183a StGB 1 143010 Sonstige Verbreitung pornografischer Schriften (Erzeugnisse) gemäß § 184 StGB 1 145000 Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen §184k StGB 1 210010 Sonstiger Raub § 249 StGB 1 210040 Räuberischer Diebstahl § 252 StGB 3 210050 Sonstige räuberische Erpressung § 255 StGB 1 212050 Räuberische Erpressung gegen sonstige Zahlstellen oder Geschäfte § 255 StGB 1 216010 Handtaschenraub gemäß § 249 StGB 1 217010 Sonstiger Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 249 StGB 8 217020 Sonstiger schwerer Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 250 StGB 1 222010 Sonstige Tatörtlichkeit bei gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB 11 222110 Gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB auf Straßen,

Wegen oder Plätzen 28 224000 Vorsätzliche einfache Körperverletzung 64 225000 Fahrlässige Körperverletzung § 229 StGB 1 231279 Entziehung Minderjähriger § 235 StGB 1 232279 Sonstige Nötigung 1 232300 Bedrohung § 241 StGB 10 300010 Sonstiger "Einfacher" Diebstahl 41 300210 "Einfacher" Diebstahl von Mopeds und Krafträdern 1 300310 "Einfacher" Diebstahl von Fahrrädern 4 300500 "Einfacher" Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 11 318500 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl in/aus Gaststätten und Kantinen von unbaren Zahlungsmitteln 3 326000 Sonstiges - (einfacher) Ladendiebstahl 3 350000 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen von sonstigem Gut 2 390000 Sonstiger "Einfacher" Taschendiebstahl 21 390500 Sonstiger "Einfacher"Taschendiebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 30 400010 Sonstiger besonders schwerer Fall des Diebstahls 7 400310 Diebstahl von Fahrrädern - besonders schwerer Fall 33 400320 "Schwerer" Diebstahl von Fahrrädern gem. §§ 244 Abs. 1 Nr. 1 und 2, 244a StGB 2 417010 Diebstahl in/aus Hotels (ohne Fälle des "klassischen Hoteldiebstahls") - besonders schwerer Fall 1 450010 Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen - besonders schwerer Fall 1 490010 Taschendiebstahl - besonders schwerer Fall 1 490510 Taschendiebstahl von unbaren Zahlungsmitteln - besonders schwerer Fall 1 511300 Warenbetrug 1 515001 Beförderungserschleichung 26 515079 Sonstiges Erschleichen von Leistungen 4 516200 Betrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungskarten ohne PIN (Lastschriftverfahren) 12 516300 Computerbetrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungskarten mit PIN §263a StGB 2 516510 Betrug mittels rechtwidrig erlangter Daten von Zahlungskarten § 263 StGB 1 Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 516520 Computerbetrug mittels rechtswidrig erlangter Daten von Zahlungskarten §263a StGB 1 516910 Betrug mittels rechtwidrig erlangter sonstiger unbaren Zahlungsmitteln § 263 StGB 2 517100 Leistungsbetrug 1 517220 Leistungskreditbetrug § 263a StGB 1 517510 Computerbetrug (sonstiger) § 263a Abs. 1 und 2 StGB 2 518310 Kontoeröffnungsbetrug 1 518400 Zechbetrug 1 518910 Sonstige weitere Betrugsarten § 263 5 530079 Unterschlagung sonstiger Güter/Sachen gem. §§ 246, 247, 248a StGB -ohne von Kfz 19 531000 Unterschlagung von Kfz 1 540001 Sonstige Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB 9 540006 Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen 1 540007 Fälschung von Gesundheitszeugnissen 2 540010 Missbrauch von Ausweispapieren 2 551010 Geldfälschung (einschl. Vorbereitungshandlung) §§ 146 außer Abs. 1 Nr. 3, 151, 152 StGB 3 552010 Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß §§ 146 Abs. 1 Nr. 3, 151, 152 StGB StGB 3 610079 Sonstige Erpressung 1 620006 Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen, Abzeichen 1 620014 Verstoß gegen Weisungen während der Führungsaufsicht 4 621110 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 113, 115 StGB 7 621120 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 114, 115 StGB 3 622100 Hausfriedensbruch § 123 StGB 13 624079 Vortäuschen einer sonstigen Straftat 2 632079 Sonstige Hehlerei § 259 StGB 2 633000 Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte § 261 StGB 2 655100 Körperverletzung im Amt § 340 StGB 4 673010 Beleidigung ohne sexuelle Grundlage 33 673110 Beleidigung auf sexueller Grundlage 4 674119 Sonstige Sachbeschädigung an Kfz 3 674311 Sonstige Sachbeschädigung durch Graffiti auf Straßen, Wegen oder Plätzen 3 674319 Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 3 674321 Gemeinschädliche Sachbeschädigung durch Graffiti auf Straßen, Wegen oder Plätzen 1 715040 Straftat nach dem Kunsturheberrechtsgesetz 1 716433 Inverkehrbringen nicht zugelassener Arzneim., ill. Handel o. Abgabe von verschr-pfl. Arzneim. gem. §§ 96 5, 95 (1) 4 3 716460 Straftaten nach

dem AMG gemäß § 95 (1) 2, 3, 5, 5a 1 720002 Versammlungsgesetz 2 720011 Straftaten gemäß § 4 Gewaltschutzgesetz 3 725110 Unerlaubte Einreise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 Aufenthaltsgesetz 47 725120 Unerlaubte Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz 6 725520 Straftaten gegen § 85 Asylgesetz 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 725711 Unerlaubter Aufenthalt ohne unerlaubte Einreise 86 725712 Unerlaubter Aufenthalt n. unerlaubter/ungekl. Einreise (hinreichende Konkretisierung d. Grenzübertritts nicht möglich) 764 725720 Unerlaubter Aufenthalt nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz 5 725800 Einreise oder Aufenthalt trotz Versagung des Freizügigkeitsrechts gemäß Par. 9 Freizügigkeitsgesetz/EU 10 725900 Sonstige Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz 4 726200 Straftat nach dem Waffengesetz 17 726300 Straftat nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz 1 731100 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Heroin 27 731202 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Kokain 14 731601 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form 129 731602 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tablettenbzw. Kapselform (Ecstasy) 14 731701 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in Pulver- oder flüssiger Form 5 731702 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in kristalliner Form (Crystal) 1 731800 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 414 731900 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 5 732110 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Heroin 1 732810 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 5 732820 Schmuggel (§ 29 BtMG) - von Cannabis und Zubereitungen 1 733100 Illegale Einfuhr in nicht geringer Menge (§ 30 Abs. 1 Nr. 4 BtMG) - von Heroin 1 733601 Unerlaubte Einfuhr in nicht geringer Menge (§ 30 BtMG) - von Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver-/flüssiger Form 1 733702 Illegale Einfuhr in nicht geringer Menge (§ 30 Abs. 1 Nr. 4 BtMG) - von Methamphetamin in kristalliner Form (Crystal) 1 734210 Verstöße gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 1 BtMG 1 734220 Verstöße gemäß § 30a BtMG 1 734811 Illegale(r) Abgabe und Besitz in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Heroin 1 734812 Illegale(r) Abgabe und Besitz in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Kokain einschl. Crack 1 734816 Unerlaubte Abg. u. Besitz in n. ger. Menge (§ 29a BtMG) v. Amphetamin/Methamph. u. s. Deriv. in Pulver- /flüssiger Form 1 734817 Illeg.(r) Abg. u. Bes. in n. geringer Menge (§ 29a BtMG) v. Amphetamin/Methamph.u. d. Deriv. in Tabl./Kapself.(Ecstasy) 2 734818 Illegale(r) Abgabe und Besitz in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Cannabis und Zubereitungen 1 734826 Unerlaubter Handel in nicht geringer Menge von Amphetamin/Methamphetamin u. Derivate in Pulver- oder flüssiger Form 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger ..... Straftaten insgesamt 1 721 111830 Sex. Übergriff an Widerstandsunfähigen im bes. schw. Fall § 177 Abs.2 Nr.1, Abs.4 i.V.m. Abs.6 Nr.2, Abs.7,8 Nr.2 StGB 1 114000 Sexuelle Belästigung § 184i StGB 4 132020 Erregung öffentlichen Ärgernisses § 183a StGB 2 210040 Räuberischer Diebstahl § 252 StGB 3 210050 Sonstige räuberische Erpressung § 255 StGB 1 216010 Handtaschenraub gemäß § 249 StGB 1 217010 Sonstiger Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 249 StGB 2 217020 Sonstiger schwerer Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 250 StGB 1 222010 Sonstige Tatörtlichkeit bei gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB 15 222110 Gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB auf Straßen, Wegen oder Plätzen 34 224000 Vorsätzliche einfache Körperverletzung 56 225000 Fahrlässige Körperverletzung § 229 StGB 1 231279 Entziehung Minderjähriger § 235 StGB 2 232300 Bedrohung § 241 StGB 9 300010 Sonstiger "Einfacher" Diebstahl 5 300310 "Einfacher"

Diebstahl von Fahrrädern 1 300500 "Einfacher" Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 2 326000 Sonstiges - (einfacher) Ladendiebstahl 3 390000 Sonstiger "Einfacher" Taschendiebstahl 8 390500 Sonstiger "Einfacher"Taschendiebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 1 400310 Diebstahl von Fahrrädern - besonders schwerer Fall 2 400320 "Schwerer" Diebstahl von Fahrrädern gem. §§ 244 Abs. 1 Nr. 1 und 2, 244a StGB 1 490010 Taschendiebstahl - besonders schwerer Fall 1 490510 Taschendiebstahl von unbaren Zahlungsmitteln - besonders schwerer Fall 1 515001 Beförderungserschleichung 25 515079 Sonstiges Erschleichen von Leistungen 4 516200 Betrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungskarten ohne PIN (Lastschriftverfahren) 2 518310 Kontoeröffnungsbetrug 1 518400 Zechbetrug 1 518910 Sonstige weitere Betrugsarten § 263 5 530079 Unterschlagung sonstiger Güter/Sachen gem. §§ 246, 247, 248a StGB - ohne von Kfz 5 531000 Unterschlagung von Kfz 1 540001 Sonstige Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB 9 540006 Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen 1 540007 Fälschung von Gesundheitszeugnissen 2 540010 Missbrauch von Ausweispapieren 2 551010 Geldfälschung (einschl. Vorbereitungshandlung) §§ 146 außer Abs. 1 Nr. 3, 151, 152 StGB 3 552010 Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß §§ 146 Abs. 1 Nr. 3, 151, 152 StGB StGB 3 610079 Sonstige Erpressung 1 Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 620006 Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen, Abzeichen 1 620014 Verstoß gegen Weisungen während der Führungsaufsicht 4 621110 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 113, 115 StGB 7 621120 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 114, 115 StGB 3 622100 Hausfriedensbruch § 123 StGB 10 624079 Vortäuschen einer sonstigen Straftat 3 632079 Sonstige Hehlerei § 259 StGB 2 633000 Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte § 261 StGB 3 655100 Körperverletzung im Amt § 340 StGB 3 673010 Beleidigung ohne sexuelle Grundlage 26 673110 Beleidigung auf sexueller Grundlage 3 674119 Sonstige Sachbeschädigung an Kfz 2 674311 Sonstige Sachbeschädigung durch Graffiti auf Straßen, Wegen oder Plätzen 1 674319 Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 1 715040 Straftat nach dem Kunsturheberrechtsgesetz 1 716433 Inverkehrbringen nicht zugelassener Arzneim., ill. Handel o. Abgabe von verschr-pfl. Arzneim. gem. §§ 96 5, 95 (1) 4 1 716460 Straftaten nach dem AMG gemäß § 95 (1) 2, 3, 5, 5a 1 720002 Versammlungsgesetz 2 720011 Straftaten gemäß § 4 Gewaltschutzgesetz 1 725110 Unerlaubte Einreise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 Aufenthaltsgesetz 47 725120 Unerlaubte Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz 6 725520 Straftaten gegen § 85 Asylgesetz 1 725711 Unerlaubter Aufenthalt ohne unerlaubte Einreise 84 725712 Unerlaubter Aufenthalt n. unerlaubter/ungekl. Einreise (hinreichende Konkretisierung d. Grenzübertritts nicht möglich) 757 725720 Unerlaubter Aufenthalt nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz 5 725800 Einreise oder Aufenthalt trotz Versagung des Freizügigkeitsrechts gemäß Par. 9 Freizügigkeitsgesetz/EU 9 725900 Sonstige Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz 4 726200 Straftat nach dem Waffengesetz 17 726300 Straftat nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz 1 731100 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Heroin 26 731202 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Kokain 14 731601 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form 118 731602 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) 15 731701 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in Pulver- oder flüssiger Form 5 731702 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin

in kristalliner Form (Crystal) 1 731800 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 398 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 731900 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 5 732110 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Heroin 1 732810 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 5 732820 Schmuggel (§ 29 BtMG) - von Cannabis und Zubereitungen 2 733100 Illegale Einfuhr in nicht geringer Menge (§ 30 Abs. 1 Nr. 4 BtMG) - von Heroin 1 733601 Unerlaubte Einfuhr in nicht geringer Menge (§ 30 BtMG) - von Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver-/flüssiger Form 2 733702 Illegale Einfuhr in nicht geringer Menge (§ 30 Abs. 1 Nr. 4 BtMG) - von Methamphetamin in kristalliner Form (Crystal) 1 734210 Verstöße gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 1 BtMG 1 734220 Verstöße gemäß § 30a BtMG 1 734811 Illegale(r) Abgabe und Besitz in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Heroin 1 734812 Illegale(r) Abgabe und Besitz in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Kokain einschl. Crack 1 734816 Unerlaubte Abg. u. Besitz in n. ger. Menge (§ 29a BtMG) v. Amphetamin/Methamph. u. s. Deriv. in Pulver- /flüssiger Form 1 734817 Illeg.(r) Abg. u. Bes. in n. geringer Menge (§ 29a BtMG) v. Amphetamin/Methamph.u. d. Deriv. in Tabl./Kapself.(Ecstasy) 2 734818 Illegale(r) Abgabe und Besitz in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Cannabis und Zubereitungen 1 734826 Unerlaubter Handel in nicht geringer Menge von Amphetamin/Methamphetamin u. Derivate in Pulver- oder flüssiger Form 2 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Staatsbürgerschaft Anzahl Tatverdächtiger Afghanistan 166 Ägypten 7 Albanien 31 Algerien 147 Angola 3 Argentinien 1 Aserbaidschan 1 Äthiopien 8 Bangladesch 7 Benin 2 Bosnien und Herzegowina 7 Brasilien 2 Bulgarien 6 Burkina Faso 2 China, Volksrepublik 10 Côte d'Ivoire 6 Deutschland 548 Dominikanische Republik 1 Dschibuti 1 Ecuador 1 El Salvador 1 Eritrea 20 Finnland 1 Frankreich 1 Gambia 7 Georgien 20 Ghana 12 Griechenland 3 Großbritannien und Nordirland 1 Guinea 41 Guinea-Bissau 3 Indien (einschl. Sikkim) 13 Irak 65 Iran Islamische Republik 42 Italien 11 Jamaika 1 Jemen 1 Kamerun 6 Kasachstan 1 Kolumbien 1 Kosovo 2 Kuwait 1 Lettland 1 Libanon 2 Libysch Arabische Dschamahirija (Libyen) 28 Litauen 2 Mali 7 Marokko 130 Mauretanien 2 Staatsbürgerschaft und Anzahl der Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Staatsbürgerschaft Anzahl Tatverdächtiger Staatsbürgerschaft und Anzahl der Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Moldau 4 Mongolei 1 Montenegro 1 Nepal 1 Nicaragua 1 Niger 2 Nigeria 15 Nordmazedonien 8 ohne Angabe 1 Pakistan 16 Paraguay 1 Peru 1 Polen 28 Portugal 2 Rumänien 12 Russische Föderation 3 Sambia 1 Saudi Arabien 1 Senegal 3 Serbien 11 Sierra Leone 1 Slowakische Republik 2 Somalia 16 Spanien 3 Staatenlos 3 Sudan (ohne Südsudan) 8 Syrien, Arabische Republik 36 Tadschikistan 2 Tansania, Vereinigte Republik 1 Thailand 1 Togo 3 Tschad 3 Tschechische Republik 3 Tunesien 36 Türkei 26 Turkmenistan 1 Ukraine 7 Ungarn 1 Ungeklärt 18 Usbekistan 1 Venezuela 4 Vereinigte Staaten von Amerika 1 Vietnam 48 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Aaron 1 Abbas Jasim Mohammed 1 Abbou 1 Abd Lmalak 1 Abdakedh 1 Abdalhalim 1 Abdel Elrahim 1 Abdel Illah 1 Abdel-Rahman 1 Abdelali 1 Abdelhakim 1 Abdelilah 1 Abdelkader 2 Abdelkarim 1 Abdellah 3 Abdellatif 1 Abdelmadjid 1 Abdenour 1 Abdirisak 1 Abdisaban 1 Abdisalim 1 Abdkadre 1 Abdolali 1 Abdoulaye 3 Abdoulaye Ka 1 Abdouramane 1 Abdrahim 1 Abdul 1 Abdul Hamid 1 Abdul Karim 1 Abdul Parwez 1 Abdul Quadir 1 Abdul Rahman 2 Abdulahi 1 Abdulai 1 Abdulghani 1 Abdulhamed 1 Abdulkader 1 Abdulkafi 1 Abdullah 9 Abdullah Adnan 1 Abdulqader 1 Abdulrahman 1 Abdulsatar 1 Abisen 1 Abraham Alexander 1 Abukar 1 Achmed 1 Achoer 1 Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf

Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Adam 2 Adama 1 Adel 3 Adil 5 Adnambahder 1 Afghani 1 Afife 1 Ahcene 1 Ahmad 8 Ahmadi 1 Ahmadullah 1 Ahmed 9 Ahmed Chakib 1 Ahmed Chaouch 1 Ahmed Imad Ahmed 1 Ahrafe 1 Akash 1 Akif 1 Akin 1 Ala 1 Alaa 2 Aladin 1 Alaedin 1 Alain Vinicius 1 Alami 1 Alamien 1 Alanso 1 Alard Remprecht 1 Albashir Hilal 1 Alejandro 1 Aleksandar 1 Aleksi 1 Alem Selamawit 1 Alen 1 Alex 2 Alex Mark 1 Alexander 6 Alexander Stefan 1 Alexandre 1 Alexeen 1 Alfa 1 Alfred 1 Ali 12 Ali Hama 1 Ali Sardar 1 Alias 1 Alien 1 Alina Joy 1 Alina Michelle 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Alina Stefanie 1 Alireza 3 Alisher 1 Aliuo 1 Alper 1 Alpha 2 Alpha Omar 1 Alpha Ousmane 1 Altaf 1 Altan Osman 1 Altin 1 Aly 1 Amadou 1 Aman 1 Amanda 1 Amanullh 1 Ameer 1 Amel 1 Amena 1 Amer 1 Amet 1 Amin 3 Amine 5 Amine Ben Neji 1 Aminullah 1 Amir 2 Amir Abubakr Ali 1 Amir Hossein 2 Amirali 1 Amit 1 Amrit 1 Andre 4 Andre Wolfgang 1 Andre Zain 1 Andreas 3 Andri 1 Andria 1 Andrzej Adam 1 Andrzej Maciej 1 Anes 2 Angela 1 Angelina 2 Anh Hung 1 Anis 2 Anisse 1 Anna Lena 1 Anne 1 Ansuman 1 Antoni 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Antoni Frank 1 Antonina 1 Antonio 1 Anver 1 Anwar 1 Anyam Tebi 1 Aoued 1 Aquila Hezekiah 1 Arben 1 Aref 1 Arin 1 Ariyan 1 Arkadiusz 1 Arnold Marco 1 Arthur 1 Arthur Philipp 1 Aryak 1 Asan Farhad Hashim 1 Asis 1 Aslan 1 Assia 1 Atanas Emilov 1 Atilla 1 Aurelien 1 Avdica 1 Awalu 1 Awet 1 Aybek Cihan 1 Aylaz 1 Ayman 2 Aymen 4 Ayoub 5 Aziza 1 Azize-Kader 1 Azizurehman 1 Azubair 1 Azzedine 1 Ba Ky 1 Baba Ali 1 Babak 1 Bachir 1 Badir Jens 1 Badr 1 Badr Eddine 2 Bah 1 Bahador 1 Bahez 1 Bahti 1 Bakhtiyar 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Bakur 2 Balahwal 1 Balvir 1 Baqir 1 Baran 1 Barcolline 1 Bartosz Jakub 1 Basam 1 Bashir Ahmad 1 Basilia 1 Bastian Christian 1 Baugma 1 Bayan 2 Behrouz 1 Bektaş 1 Belal 1 Belkeir 1 Belkheir 1 Bellel 1 Ben Xbka 1 Benardo 1 Benas Abdalla Hama 1 Benedikt 1 Benedikt Michael 1 Benjamin Daniel Frederic 1 Benjamin Dominik 1 Benjamin Rouven 1 Bertha Asly 1 Bestun 1 Bianca 1 Bilal 8 Bilal Abdalla Ahmed 1 Bilegsaikhan 1 Bilel 2 Bin 1 Binyam 1 Bircan 1 Birgit Isabel 1 Björn 3 Bniam 1 Bodo 1 Boubacar 2 Bounabidochoh 1 Boutiyara 1 Brandon-Joel 1 Bruno Ricardo 1 Can 1 Carlos Fernando 1 Carmen Elisabeth 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Carsten Hans Wilhelm 1 Catalina Aleyna 1 Cedric Dominic 1 Cesar Manuel 1 Chadi 1 Chamso 1 Chantal 2 Cheick Ahmed Tidiane 1 Cheik Siraman 1 Chemce Eddine 1 Chenar Sarhad Abdalla 1 Cheyenne Kira 1 Chinh 1 Chouaib 1 Chris Lutz 1 Christa 1 Christian 5 Christian Giovanni Raphael 1 Christian Peter 1 Christian Wilhelm 1 Christoph Marcus Benjamin 1 Christoph Michael 1 Christopher Marlon 1 Claudia 1 Clemens Julian 1 Cong Linh 1 Cong Minh 1 Constantin 2 Corin Brian 1 Costel 1 Cris Rinerdy 1 Dalil 1 Damian Grzegorz 1 Daniel 9 Daniel David 1 Daniel Jürgen 1 Daniel Mark 1 Daniel Nico 1 Daniel Rodrigo 1 Daniel-Boris Paul 1 Danny Jürgen 1 Darya Dara Mamand 1 David 3 David Michael 1 Davoud 1 Dawid 2 Deniel Paul 1 Denis 1 Denise Ivonn 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Deniz 1 Dennis 8 Dennis Alex 1 Dennis Josef 1 Denny 1 Detlef Hermann Peter 1 Devris 1 Diallo 1 Diamant 1 Dila 1 Dimitar 1 Dimitri 1

Dimitrios 1 Diohaz 1 Dirk 2 Djaffer 1 Djemile 1 Djoulde 1 Dogukan 1 Dominik 3 Dominik Enrico 1 Dominik Tobias 1 Donald 1 Duc 1 Dustin 1 Dwayne Meikel 1 Dzheyhan 1 Ebenizer Oluwole 1 Ebran 1 Edin 1 Eduard 2 Edwin Giovanni 1 Egor 1 Ehis John 1 El Houcine 1 Elaf 1 Elias 2 Elmahdi 1 Elmandi 1 Elovis 1 Elson 1 Emad 1 Emal 1 Emanuel 1 Emanuel Andreas Charlotte 1 Emery 1 Emilyan Haidar Agha 1 Emrah 2 Emran 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Endri 1 Enea 1 Eneo 1 Enes 1 Eni 1 Enkelejda 1 Enrico 2 Enrico Dominic 1 Enrico Manuel 1 Erdal 1 Erik 1 Ertan Yasin 1 Esat 1 Esmaeil 1 Esmail 1 Ewelina Marlena 1 Ezel 1 Ezuldeen Ahmed Azeez 1 Fabian 1 Fabian Jose 1 Fabio 1 Fabiol 1 Fadi 1 Fahim 1 Faisal 2 Faouzia 1 Farah 1 Fardin 1 Farhad 2 Farouk 2 Farshad 1 Fatanor 1 Fateme 1 Fathi 1 Fatih 1 Fatima 4 Fatjon 1 Fatmir 1 Fawaz Salah 1 Faycal 2 Feiez Ahmad 1 Fereydon Farhat 1 Ferhad 1 Ferhat 1 Filippo 1 Firas 1 Florin 2 Florin Michael 1 Fouad 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Fouade 1 Frank 1 Frank Heinz 1 Fredy Rafael 1 Fuaad 1 Fuad 1 Gabriel 1 Gabriele 1 Georg Anton 1 Georg Peter 1 George 1 Georgi Nikolov 1 Gernot 1 Ghaith 1 Gia Bao 1 Gianfranco Antonio Lucas 1 Giao 1 Gina Aleksandra 1 Giorgi 3 Giovanni 1 Gjergj 1 Gocha 1 Goran 1 Grigore 1 Griseld 1 Guido 2 Gülcan 1 Günter Walter 1 Guo Yong 1 Habib 1 Habibrahman 1 Hadi 2 Hafda 1 Haidar Agha Baiz 1 Hakan 2 Hakim 2 Hakmin 1 Halid 1 Halil 1 Hamad 1 Hamaz 1 Hamda 1 Hamid 5 Hamidullah 2 Hamoud 1 Hamsa 1 Hamza 9 Hanan 1 Hani 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Hans 1 Hans Daniel 1 Hanzi 1 Hao 1 Harald 1 Hardi 1 Haruna 1 Hasan 1 Hashem 1 Hassan 2 Hassan Raza 1 Hassem 1 Hatem Hamed Abdel Razek 1 Hatwar 1 Haukar 1 Hawa 1 Haytam 1 Hedayat 1 Heike 1 Heinz 1 Heinz Daniel 1 Heithem 1 Heni 1 Henri Tapani 1 Henrik Arne 1 Herman 1 Hicham 2 Hiran 1 Ho Trong 1 Hoang 1 Hoang Tuan 1 Horst 1 Hoshang Samad Rahman 1 Hosni 1 Hosnia 1 Hossain 1 Hossam Din 1 Hossein 2 Houssem Eddine 2 Hoy 1 Huizi 1 Humaira 1 Hussain 1 Hussein 1 Hussein Ahmad Hassoon 1 Hussein Shir 1 Huy 1 Ian Lars 1 Ibrahim 6 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Ibrahim Mamoud 1 Ibrahima Adama 1 Ibsa 1 Idrees 1 Idrif 1 Idris 2 Igor 1 Ilias 1 Ilir 1 Ilyas 3 Imad 1 Imalchan 1 Iman 1 Immanuel Alexander 1 Innocent 1 Irakli 1 Irene 1 Iris 1 Irnes 1 Is-Eldin 1 Islam 1 Ismael 3 Ismail 3 Ismail Semi 1 Ismatulla 1 Issami 1 Iuri 1 Jacqueline Patricia 1 Jacques Benjamin 1 Jagjeet 1 Jahany 1 Jamal Marvin 1 Jan 2 Jan-Philip 1 Janik 1 Janina Michelle 1 Janina Nicole 1 Jaouad 1 Jasmin 3 Jason 2 Javed 1 Jawaher 1 Jean Luca Gerd 1 Jean Marius 1 Jemal 1 Jennifer-Sue 1 Jens 1 Jeremie 1 Jérémie Vincent 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Jesser 1 Jiangang 1 Jing Jun 1 Jiyan 1 Joachim 1 Joana Morena 1 Joanna Jadwiga 1 Joel Patrick 1 Johanne Maria Christiane 1 Jolanta Marzena 1 Jonas 1 Jonny Brume 1 Jörg 2 Jose Didier 1 Joseph 1 Joshua 2 Juan Carlos 1 Juksel 1 Julia 2 Julia Rebecca 1 Julian 2 Julie 1 Jumakhan 1 Juri 1 Justin 4 Justin Christopher Thomas 1 Justin Ricky Michael 1 Jutta Charlotte Maria 1 Kabinet 1 Kadidjatou 1 Kadir 1 Kai 1 Kai Axel Lothar 1 Kai Wilhelm 1 Kalil 1 Kamal 1 Kamal Preet 1 Kamel 1 Kamil Pawel 1 Kanokchai 1 Karamjit 1 Karim 4 Karin 1 Karl-Heinz 1 Karwan 1 Karwan Qader 1 Karwan Talib Hassan 1 Kavaldi 1 Kave 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Kazhinm

Baraaziz Mohammed 1 Kazim 2 Keivan 1 Ken Guido 1 Kenan 1 Kerstin 1 Keveen Ernst Rolf 1 Kevin 7 Kevin Ioannis 1 Kevin Leon 1 Kevin-Halil 1 Keyvan 1 Khadar 1 Khadhy 1 Khadigeh 1 Khadija 1 Khadim Hossein 1 Khairullah 1 Khaled 3 Khalid 2 Khalid Khan 1 Khalil 4 Khan 1 Khojaabdulhadi 1 Kholidjon 1 Khoshoradze 1 Khosro 1 Kibrom 1 Kilian Patrice 1 Kim Michael 1 Kisito Jean-Louis 1 Klaus Peter 1 Klaus-Peter 1 Koba 1 Kobra 1 Kofi 1 Kolja Andreas 1 Konstantin Vladimirovitsch 1 Koray 1 Kostiantyn 1 Kouassi Noel 1 Koussay 1 Krbak 1 Kristi 1 Kristijan 1 Kristijan Boris 1 Krzysztof 1 Kwabena 1 Laith 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Lakhal 1 Lamine 3 Lars Thomas 1 Le Van 1 Lea Antonia 1 Lea Mariann 1 Leandro Jose 1 Ledjan 1 Ledjon 1 Ledu 1 Lee-Ann 1 Leon 4 Leon Michael 1 Leonardo 1 Leonhard 1 Leoni-Roberta 1 Lester Alberto 1 Li Ming 1 Lilava 1 Lilia 1 Lilo 1 Lingxian 1 Linh 1 Lion 1 Lisa 1 Lissa Nadine 1 Loi 1 Lotfi 1 Lucas 1 Lucijano 1 Lucky Innocent Dino 1 Lucy 1 Lukas 2 Lukas Helmut 1 Lukas Marc 1 Lukasz 2 Luke Samuel Darius 1 Lutz Stefan 1 Lydia Marie 1 Mabtom 1 Mac Williams 1 Mahasan 1 Mahboba 1 Mahdi 2 Maher 1 Mahir 2 Mahmood 1 Mahmoud 1 Mahmud 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Mahmut 1 Mahn 1 Mahoi 1 Mahrez 1 Mai Chi 1 Maik 3 Majid 1 Makrane 1 Makuntima-Kay-Ci 1 Malik 2 Malik Giuseppe 1 Mamadou 3 Mamadou Bachir 1 Mamadou Baila 1 Mamadou Baillo 1 Mamadou Bobo 1 Mamadou Cellou 1 Mamadou Hady 1 Mamadou Saliou 1 Mamoudou 1 Mandeep 1 Manfred Peter 1 Manh 1 Mansor 1 Mansour 1 Manuel 1 Manuel Rene 1 Marc 1 Marc Thomas 1 Marcel 6 Marco 3 Marcus 3 Marcus Frank 1 Marek 2 Maria 1 Maria Christina Johanna 1 Marian 1 Mariglendo 1 Marina 1 Marine 1 Mario 2 Marius 1 Mariusz 1 Marko 1 Markus 2 Markus Joachim 1 Maroofkhil 1 Martin 1 Martin Josef 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Marvin Hugo 1 Marwan 1 Marwane 2 Maryan 1 Masen 1 Mashael Hajaj A 1 Masoud 1 Massoud 1 Masud 1 Mateusz 1 Mathieu Mohamad 1 Matiullah 1 Matteo 1 Matthias 1 Maurice 2 Maxim 1 Maximilian 4 Maximilian Josef 1 Maximilian Maurice 1 Mayada Samir Ramadan 1 Maysam 1 Mebrahtu 1 Mecit Mehmet 1 Mehdi 2 Mehmedalija 1 Mehmedoud 1 Mehmet 1 Mehran 1 Mehtab 1 Mekhrubonsho 1 Melih 1 Metin 1 Michael 8 Michael Andreas 1 Michael Horst Wilhelm 1 Michael Paul 1 Michael Peter 1 Michael Rüdiger 1 Michal 2 Michel 1 Michele Manuel 1 Michelle 1 Mikail 1 Mike 3 Mikel Dieter Johannes 1 Milad 1 Minad 1 Ming 1 Mingi Glody 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Minkaila 1 Miran 1 Mirco 2 Miriam Linda Ireen 1 Mirijeta 1 Mirko 1 Miroslaw Robert 1 Mirwis 1 Mohadeseh 1 Mohamad 11 Mohamad Ali 1 Mohamad Hosin 1 Mohamd 1 Mohamed 30 Mohamed Abdelhadi Mousa Mohame 1 Mohamed Ali 1 Mohamed Amine 2 Mohamed Asif 1 Mohamed Rashid 1 Mohamed Riyad 1 Mohamed Said 1 Mohammad 6 Mohammad Farzad 1 Mohammad Javad 2 Mohammad Mahdi 1 Mohammad Mehdi 1 Mohammad Salar 1 Mohammadi 1 Mohammed 10 Mohammed Alaribi Asmaeil 1 Mohammed Aziz 1 Mohammed Haidar Agha 1 Mohammed Khalleefah Abraheem 1 Mohmad 1 Mohommad Ali 1 Mohsin 2 Mojtaba 1 Momin 1 Monday 1 Morad 1 Moritz 1 Morlaye 1 Morteza 1 Moses 1 Mossaab 1 Mostafa 1 Mostapha 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Mouad 1 Mouhmed Abdel Raouf 1 Mouloud 1 Mourad 1 Mourssalou Bohdah 1 Mousa 1 Moussa 4 Moustapha 1 Mouyinatou 1 Mowaid 1 Muhamad Ibrahim 1 Muhamed 1

Muhammad 4 Muhammad Faiz 1 Muhammad Saqiele 1 Muhammed 1 Muhammed Ali 1 Munib 1 Musa 1 Musaffar 1 Musawik 1 Mushvig 1 Mustafa 4 Mustafa Shafici 1 Mutwakil 1 Muzamir 1 Nabil 1 Naci 1 Nader 1 Nadine 1 Nadir 1 Naima Fatiha 1 Najib 1 Najibullah 1 Nando 1 Nannette Chantal 1 Narges 1 Naser 1 Nasirkhan 1 Nasreddine 1 Nassim 1 Nassir Hussein 1 Natalie 1 Natanael 1 Nathanael 1 Nawid 2 Nbaqeba 1 Ndjai 1 Ndombe Tony 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Nebil 2 Nedaa Ali Elzarif Yassein 1 Nedjai 1 Nejirwan 1 Nelka 1 Ngoc Sang 1 Nico 5 Nico Rolf 1 Nico-Pasqual 1 Nicolae 1 Nicolai 1 Nicole 1 Nidhal 1 Nigar 1 Nihat 1 Niklas 5 Niklas Peter Gotthard 1 Nikolaos 1 Nikoloz 1 Nils 1 Nimatulla 1 Nizamuddin 1 Noah 1 Noah Elias 1 Noah Martin 1 Nodar 1 Noradi 1 Norbert Paul 1 Norman 3 Norollah 1 Nour 1 Nour Islam 1 Nourullah 1 Nova Alina 1 Nurudine 1 Nurul 1 Nurullah 2 Nuur 1 Okan 1 Okan Tamer 1 Oko Odonor 1 Oleg 1 Olga 1 Olion 1 Oliver 1 Omar 6 Omar Emhemed Khalifa 1 Omer 1 Omid 2 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Opeyemi Felix 1 Orkun 1 Osama 1 Osama S.T. 1 Ossama 1 Ouassim 1 Oumar 1 Oumarou 1 Oussama 3 Ozan 1 Ozar 1 Ozman 1 Pablo Vinicius 1 Paolo 1 Parwana 1 Parwiz 1 Pascal 1 Pascal Rene 1 Patric Thomas 1 Patrice 1 Patrick 6 Patrick Bodo 1 Patrick Daryl 1 Patryk 1 Paul 1 Paul Moritz 1 Pauline 1 Paulo Roberto 1 Pawel 1 Pawel Wojciech 1 Peter 2 Peter Hurley 1 Peter Matthias 1 Petram 1 Philip 1 Philip-Tobias 1 Philipp 3 Piero 1 Pierre Pascal 1 Pjeter 1 Prince 1 Prince Andy 1 Qiang 1 Quang Bay 1 Quasay 1 Quoc Hung 1 Quoc Tam 1 Qurban 1 Rabia 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Rachid 4 Rachida 1 Radosav 1 Rafe 1 Rafi 1 Rafik 1 Rafiullah 1 Rafoussatane 1 Rahimullah 1 Rahman Gul 1 Rahmon 1 Rainer 1 Ralf 1 Ram 1 Raman 1 Ramazan 1 Rame 1 Ramzy 1 Rashed 1 Rashid 2 Rasieb Ferosuddin 1 Rawof 1 Raya 1 Rayan 2 Raza 1 Razvan 1 Rebecca Sabrina 1 Reda 4 Redouane 2 Renato-Snesko 1 Rene 2 Reza 1 Ribwar 1 Richard 1 Rico 1 Rida 3 Riyadh Ramadan Omar 1 Rizai 1 Rizgar 2 Robel 1 Robert 2 Robert Michal 1 Robert-Romeo 1 Robertas 1 Robertino Giovanni 1 Robin 3 Robin Björn 1 Rodrigue 1 Rohullah 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Rolf 1 Rolf Jürgen 1 Roman Fabian 1 Ronny 1 Rosen 1 Roussel Nzadimamba 1 Ruslan 1 Ruslan Antonovyc 1 Ryan Sebastian 1 Ryane 1 Saber 2 Sabri 1 Sabrina Vanessa 1 Sabukan 1 Sadio 1 Sadou 1 Sae 1 Safar 1 Safi 2 Safi Ahmad 1 Sagar 1 Sahabir 1 Sahel Rana 1 Said 4 Saiid 1 Saka 1 Salah 2 Salahdine 1 Salem 1 Salen 1 Salifu 1 Salim 2 Salman 1 Salome 1 Salvatore 1 Sama 1 Samad 1 Saman 1 Samantha 2 Sameh 1 Samet 1 Sami 2 Sami Fatih 1 Sami Mohamed 1 Samir 1 Samir Adnan 1 Samira 1 Samsul 1 Sandra 2 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Sankoun 1 Santos 1 Saoula 1 Sara 1 Sarah 1 Sarah Catherina 1 Sarah Sabrina 1 Sarbast 1 Sardar 1 Saria 1 Sasa 1 Sascha 1 Sascha Hans-Jürgen 1 Sascha Karsten 1 Sascha Sajad Ali 1 Sathiyajeevan 1 Satvinder 1 Sayed Navid 1 Sayed Zaki 1 Schad 1 Sebastian 8 Sebastian Benedikt 1 Sebastian Dominik 1 Sebastian Krzysztof 1 Sedat 1 Seddiki 1 Seedia 1 Sefutalah 1 Seifeddine 1 Sekou 1 Sekou Nalou 1 Selemon 1 Sergej 2 Serkan 1 Seyd-Jarad 1 Seyed Ramin 1 Shakeb 1 Shameran 1 Shamkhan 1 Sharo 1 Shauqat 1 Sheraz 1 Sherjan 1 Shero 1 Shevan 1 Shir Hussain 1 Shirali 1 Shirwan 1 Si Mohammed 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im

Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Sibel 1 Sidali 1 Sidibe 1 Sidick 1 Sima 1 Simo 1 Simon 1 Simon Alexander 1 Simon Felix Robin 1 Simon Joseph 1 Simon Luis 1 Sivwan 1 Siwan 1 Skerdilajd 1 Slawomir 1 Sleman 1 Smail 1 Sofiane 2 Solemani 1 Solomon 1 Somaya 1 Somum 1 Soufaine 1 Soufian 1 Souleymane 1 Soulymane 1 Srwa 1 Stefan 4 Stefan Georg 1 Stefanie 2 Stephan 1 Stephen 1 Stephen Uzoma 1 Steven 1 Sunday 1 Susanne Gabriele 1 Sven 4 Sven Joachim 1 Sven Michael 1 Svetoslav Asenov 1 Swen 1 Tabasum 1 Taha Mishaal 1 Tahrawi 1 Tamer 1 Tanja 1 Taouss 1 Taref 1 Tarek 2 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Tarik 1 Tat Thanh 1 Taulant 1 Tawab 1 Tazegol 1 Teklu 1 Tengiz 1 Teodoro 1 Tesfit 1 Teuta 1 Thai 1 Thair 1 Thanh Binh 1 Thanh Tu 1 Theodoros 1 Thi 1 Thi Hong 1 Thi Thuy 1 Thiero 1 Thomas 1 Thomas Jürgen 1 Thorsten 1 Thorsten Heiko 1 Tien Anh 1 Tim 5 Tim Julian 1 Timo 3 Timo Tamer 1 Timotei 1 Timur 1 Tina Diana 1 Tino Sascha Renaldo 1 Tobias 1 Tobias Andreas 1 Tobias Marcel 1 Tolga 1 Tom 2 Tomas 1 Tomasz 1 Tomasz Stanislaw 1 Toms 1 Tonbils 1 Torsten 1 Torsten Frank 1 Tran Khac 1 Tri Quang 1 Trong Ha 1 Tuan Kiet 1 Udo 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Umut 1 Unbekannt 3 Uwe Johannes 1 Valentin 1 Valeriya 1 Van 1 Van Chuong 1 Van Duong 1 Van Hai 1 Van Mau 1 Van Nghia 1 Van Thanh 1 Van Thong 1 Van Thuan 1 Van Toan 1 Vary 1 Vasile 1 Vasile-Alexandru 1 Vasilika 1 Vau Vi 1 Veledin 1 Velija 1 Vida 1 Viktor 1 Viktoria Bernadette 1 Vincent Malte Gerhard 1 Virginia 1 Vitalij 1 Vjollca 1 Vladimir 1 Vladyslav 1 Vlasta 1 Volker 1 Volodymyr 1 Wahab 1 Wahida 1 Waled 1 Walid 5 Waliuallah 1 Wanja 1 Wasli 1 Werner Ernst 1 Wojciech 1 Wolfgang 1 Xhuljano 1 Yacin 1 Yacine 1 Yaghoub 1 Yahtbuba 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 1 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Köln im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Yahya 1 Yakouba 1 Yanick Nwachan 1 Yasin 2 Yasir 1 Yasmin 1 Yassin 1 Yassine 3 Yaya 1 Yeltem 1 Youcef Islem 1 Younes 2 Yousaf 1 Yousef Yasser 1 Youssef 5 Yuhui 1 Yunus 1 Yuriy 1 Yusef 1 Yusfa 1 Yussuf 1 Yusuf 1 Yves Sebastian 1 Yves-Dennis 1 Yvonne Christine 1 Yvonne Kaba 1 Zachari Cabdiasiis Cali 1 Zahaib 1 Zahidullah 1 Zahra 1 Zainedin 1 Zakaria 3 Zaki 1 Zanyar 1 Zarghan 1 Zbigniew 1 Zeinab 1 Ziane 1 Ziarmal 1 Zohir 1 Zohra 1 Zouhair 1 Zurab 1 Zviad 1 6 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle ..... Straftaten insgesamt 967 112120 Sexuelle Nötigung § 177 Abs. 5, 9 StGB 1 114000 Sexuelle Belästigung § 184i StGB 4 131200 Exhibitionistische/sexuelle Handlungen vor Kindern § 176 Abs. 4 Nr. 1 StGB 1 131500 Vollzug des Beischlafs mit einem Kind oder Vornahme einer ähnlichen sexuellen Handlung nach § 176a Abs. 2 Nr. 1 StGB 1 133100 Sexueller Missbrauch von Jugendlichen gegen Entgelt § 182 Abs. 2 StGB 1 210010 Sonstiger Raub § 249 StGB 3 210040 Räuberischer Diebstahl § 252 StGB 3 217010 Sonstiger Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 249 StGB 4 217050 Sonstige räuberische Erpressung auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 255 StGB 2 222010 Sonstige Tatörtlichkeit bei gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB 16 222110 Gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB auf Straßen, Wegen oder Plätzen 12 224000 Vorsätzliche einfache Körperverletzung 60 225000 Fahrlässige Körperverletzung § 229 StGB 3 232201 Nötigung im Straßenverkehr gemäß § 240 Abs. 1 StGB 2 232300 Bedrohung § 241 StGB 6 232410 Nachstellung (Stalking) gem. § 238 StGB Abs. 1 StGB 1 300010 Sonstiger "Einfacher" Diebstahl 38 300310 "Einfacher" Diebstahl von Fahrrädern 3 300500 "Einfacher" Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 8 325000 "einfacher" Diebstahl i/a Kiosken, Warenh., Verkaufsr., SB-Läden, Schaufenster, - kästen, Vitrinen (o. LaDi) 1 325500 "einfacher" Diebstahl i/a Kiosken, Warenh., Verkaufsr., SB-Läden, Schaufenster, Vitr. (o. LaDi) v. unb.

Zahlungsmitteln 3 326000 Sonstiges - (einfacher) Ladendiebstahl 18 350000 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen von sonstigem Gut 1 390000 Sonstiger "Einfacher" Taschendiebstahl 37 390500 Sonstiger "Einfacher"Taschendiebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 22 400010 Sonstiger besonders schwerer Fall des Diebstahls 2 400310 Diebstahl von Fahrrädern - besonders schwerer Fall 4 416010 Diebstahl in/aus Hotels als "klassischer Hoteldiebstahl" - besonders schwerer Fall 1 425010 Diebstahl i/a Kiosken, Warenh., Verkaufsr., SB-Läden, Schauf./-kästen und Vitrinen (o.LaDi) - besonders schwerer Fall 1 426010 Ladendiebstahl - besonders schwerer Fall 1 511211 Weitere Arten des Warenkreditbetruges § 263 StGB 1 511300 Warenbetrug 7 515001 Beförderungserschleichung 41 516200 Betrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungskarten ohne PIN (Lastschriftverfahren) 3 516300 Computerbetrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungskarten mit PIN §263a StGB 1 516510 Betrug mittels rechtwidrig erlangter Daten von Zahlungskarten § 263 StGB 2 516520 Computerbetrug mittels rechtswidrig erlangter Daten von Zahlungskarten §263a StGB 2 516910 Betrug mittels rechtwidrig erlangter sonstiger unbaren Zahlungsmitteln § 263 StGB 1 517100 Leistungsbetrug 2 Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 517210 Leistungskreditbetrug § 263 StGB 3 517510 Computerbetrug (sonstiger) § 263a Abs. 1 und 2 StGB 1 518910 Sonstige weitere Betrugsarten § 263 2 530079 Unterschlagung sonstiger Güter/Sachen gem. §§ 246, 247, 248a StGB -ohne von Kfz 29 540001 Sonstige Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB 5 540008 Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse 2 540009 Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse 4 540010 Missbrauch von Ausweispapieren 1 552010 Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß §§ 146 Abs. 1 Nr. 3, 151, 152 StGB StGB 2 620001 Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten 1 620013 Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln 4 620014 Verstoß gegen Weisungen während der Führungsaufsicht 3 621110 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 113, 115 StGB 1 621120 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 114, 115 StGB 2 632079 Sonstige Hehlerei § 259 StGB 1 655100 Körperverletzung im Amt § 340 StGB 1 670024 Gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr 1 673010 Beleidigung ohne sexuelle Grundlage 33 673110 Beleidigung auf sexueller Grundlage 1 674011 Sachbeschädigung durch Graffiti ohne Schl. 674111 u. 674311 1 674019 Sonstige Sachbeschädigung ohne Schl. 674119 u. 674319 6 674111 Sachbeschädigung durch Graffiti an Kfz 1 674119 Sonstige Sachbeschädigung an Kfz 3 674312 Sonstige Sachbeschädigung durch Feuer auf Straßen, Wegen oder Plätzen 1 674319 Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 3 715040 Straftat nach dem Kunsturheberrechtsgesetz 1 716433 Inverkehrbringen nicht zugelassener Arzneim., ill. Handel o. Abgabe von verschr-pfl. Arzneim. gem. §§ 96 5, 95 (1) 4 1 716460 Straftaten nach dem AMG gemäß § 95 (1) 2, 3, 5, 5a 10 720011 Straftaten gemäß § 4 Gewaltschutzgesetz 1 725110 Unerlaubte Einreise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 Aufenthaltsgesetz 1 725120 Unerlaubte Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz 1 725520 Straftaten gegen § 85 Asylgesetz 2 725711 Unerlaubter Aufenthalt ohne unerlaubte Einreise 67 725712 Unerlaubter Aufenthalt n. unerlaubter/ungekl. Einreise (hinreichende Konkretisierung d. Grenzübertritts nicht möglich) 79 725720 Unerlaubter Aufenthalt nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz 3 725900 Sonstige Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz 6 726100 Straftat nach dem Sprengstoffgesetz 1 726200 Straftat nach dem Waffengesetz 15 731100 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit

Heroin 23 731201 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Crack 1 731202 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Kokain 12 731300 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit LSD 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 731400 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit NPS 4 731601 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulveroder flüssiger Form 65 731602 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tablettenbzw. Kapselform (Ecstasy) 5 731703 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform 1 731800 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 220 731900 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 6 732810 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 4 732910 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 1 734811 Illegale(r) Abgabe und Besitz in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Heroin 1 734828 Illegaler Handel in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Cannabis und Zubereitungen 1 740002 Straftat nach dem Hundeverbringungs- und -einfuhrbeschränkungsgesetz 1 743020 Straftat nach dem Tierschutzgesetz 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger ..... Straftaten insgesamt 689 114000 Sexuelle Belästigung § 184i StGB 2 131500 Vollzug des Beischlafs mit einem Kind oder Vornahme einer ähnlichen sexuellen Handlung nach § 176a Abs. 2 Nr. 1 StGB 1 133100 Sexueller Missbrauch von Jugendlichen gegen Entgelt § 182 Abs. 2 StGB 1 210010 Sonstiger Raub § 249 StGB 2 210040 Räuberischer Diebstahl § 252 StGB 3 217010 Sonstiger Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 249 StGB 2 217050 Sonstige räuberische Erpressung auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 255 StGB 1 222010 Sonstige Tatörtlichkeit bei gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB 15 222110 Gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB auf Straßen, Wegen oder Plätzen 12 224000 Vorsätzliche einfache Körperverletzung 46 225000 Fahrlässige Körperverletzung § 229 StGB 2 232201 Nötigung im Straßenverkehr gemäß § 240 Abs. 1 StGB 1 232300 Bedrohung § 241 StGB 5 232410 Nachstellung (Stalking) gem. § 238 StGB Abs. 1 StGB 1 300010 Sonstiger "Einfacher" Diebstahl 6 300310 "Einfacher" Diebstahl von Fahrrädern 3 326000 Sonstiges - (einfacher) Ladendiebstahl 18 390000 Sonstiger "Einfacher" Taschendiebstahl 4 390500 Sonstiger "Einfacher"Taschendiebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 1 400310 Diebstahl von Fahrrädern - besonders schwerer Fall 2 425010 Diebstahl i/a Kiosken, Warenh., Verkaufsr., SB-Läden, Schauf./-kästen und Vitrinen (o.LaDi) - besonders schwerer Fall 1 426010 Ladendiebstahl - besonders schwerer Fall 1 511300 Warenbetrug 4 515001 Beförderungserschleichung 29 516520 Computerbetrug mittels rechtswidrig erlangter Daten von Zahlungskarten §263a StGB 1 517100 Leistungsbetrug 2 517210 Leistungskreditbetrug § 263 StGB 1 518910 Sonstige weitere Betrugsarten § 263 1 530079 Unterschlagung sonstiger Güter/Sachen gem. §§ 246, 247, 248a StGB - ohne von Kfz 7 540001 Sonstige Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB 4 540008 Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse 2 540009 Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse 4 540010 Missbrauch von Ausweispapieren 1 552010 Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß §§ 146 Abs. 1 Nr. 3, 151, 152 StGB StGB 2 620001 Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten 1 620013 Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln 3 620014 Verstoß gegen Weisungen während der Führungsaufsicht 3 621110 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 113, 115 StGB 1 Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger Anzahl der Tatverdächtigen

aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 621120 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 114, 115 StGB 2 632079 Sonstige Hehlerei § 259 StGB 1 670024 Gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr 1 673010 Beleidigung ohne sexuelle Grundlage 29 673110 Beleidigung auf sexueller Grundlage 1 674011 Sachbeschädigung durch Graffiti ohne Schl. 674111 u. 674311 1 674019 Sonstige Sachbeschädigung ohne Schl. 674119 u. 674319 5 674119 Sonstige Sachbeschädigung an Kfz 1 674319 Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 2 716433 Inverkehrbringen nicht zugelassener Arzneim., ill. Handel o. Abgabe von verschr-pfl. Arzneim. gem. §§ 96 5, 95 (1) 4 1 716460 Straftaten nach dem AMG gemäß § 95 (1) 2, 3, 5, 5a 10 720011 Straftaten gemäß § 4 Gewaltschutzgesetz 1 725110 Unerlaubte Einreise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 Aufenthaltsgesetz 1 725120 Unerlaubte Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz 1 725520 Straftaten gegen § 85 Asylgesetz 2 725711 Unerlaubter Aufenthalt ohne unerlaubte Einreise 66 725712 Unerlaubter Aufenthalt n. unerlaubter/ungekl. Einreise (hinreichende Konkretisierung d. Grenzübertritts nicht möglich) 79 725720 Unerlaubter Aufenthalt nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz 3 725900 Sonstige Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz 5 726100 Straftat nach dem Sprengstoffgesetz 1 726200 Straftat nach dem Waffengesetz 15 731100 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Heroin 21 731201 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Crack 1 731202 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Kokain 10 731300 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit LSD 1 731400 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit NPS 4 731601 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form 63 731602 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) 5 731703 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform 1 731800 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 208 731900 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 6 732810 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 3 732910 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 1 734811 Illegale(r) Abgabe und Besitz in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Heroin 1 734828 Illegaler Handel in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Cannabis und Zubereitungen 1 740002 Straftat nach dem Hundeverbringungs- und -einfuhrbeschränkungsgesetz 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Staatsbürgerschaft Anzahl Tatverdächtiger Afghanistan 23 Ägypten 1 Albanien 11 Algerien 37 Benin 1 Brasilien 1 Bulgarien 3 China, Volksrepublik 3 Deutschland 362 Eritrea 2 Frankreich 1 Gambia 1 Georgien 12 Ghana 13 Griechenland 2 Guinea 10 Indien (einschl. Sikkim) 1 Irak 7 Iran Islamische Republik 9 Italien 1 Jamaika 1 Jordanien 1 Kamerun 2 Kenia 2 Kolumbien 1 Kongo, Demokratische Republik 1 Kosovo 3 Kroatien 2 Libanon 2 Liberia 1 Libysch Arabische Dschamahirija (Libyen) 6 Litauen 2 Marokko 24 Moldau 1 Niederlande 3 Nigeria 8 Nordmazedonien 3 ohne Angabe 3 Pakistan 2 Polen 15 Rumänien 9 Russische Föderation 6 Senegal 1 Serbien 6 Somalia 4 Spanien 1 Sri Lanka 1 Sudan (ohne Südsudan) 1 Staatsbürgerschaft und Anzahl der Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Staatsbürgerschaft Anzahl Tatverdächtiger Staatsbürgerschaft und Anzahl der Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Syrien, Arabische Republik 33 Tadschikistan 1 Thailand 1 Tschad 1 Tschechische Republik 1 Tunesien 10 Türkei 13 Ukraine 5 Ungeklärt 5 Usbekistan 1 Vereinigte Staaten von Amerika 1 Vietnam 4 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Abdallah 1 Abdel Kader 1 Abdelhakim 1 Abdelkader 1 Abdellah 1 Abderaouf 1 Abderazak 1 Abdul Karim

1 Abdul Salam 1 Abdul Wahid 1 Abed Al Naser 1 Abukar 1 Adam Stanislaw 1 Adam Waldemar 1 Adrianno 1 Afrim 1 Agnieszka Wioletta 1 Ahmad 1 Ahmad Ali 1 Ahmad Hassian 1 Ahmad Wali 1 Ahmed 3 Ahsan 1 Akashdeep 1 Akin 1 Aksel Aydanov 1 Aksiyan 1 Alaa 2 Alaaedin 1 Alan Pawel 1 Alesten 1 Alexander 3 Algirdas 1 Ali 7 Ali Abdelaziz 1 Ali Mansour 1 Ali Reza 1 Alia 1 Alim 1 Alseny 1 Amadou Tidiane 1 Amarjot 1 Amin Mohamed Hussein 1 Amine 1 Amir 1 Amjad 1 Ammar 1 Ana Katharina 1 Anas 2 Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Andre 1 Andre Alexander 1 Andre Jose 1 Andreas 1 Andreas Conrad 1 Andrej 1 Andres Felipe 1 Andrzej Piotr 1 Andy Herrmann 1 Angelika 1 Angelina 1 Angelo 1 Ani 1 Anna 2 Annas 1 Ansgar Boris Jassir 1 Antonjo 1 Anwarr Sadat 1 Archili 1 Arnold 1 Asad 1 Ayhan 1 Aymen 1 Ayoub 2 Ayoub Abraham 1 Aziz 1 Baba 1 Bajram 1 Balou Mohammed 1 Ban Hani 1 Bartosz 1 Basel 1 Bashir 1 Basil 1 Belkheir 1 Ben 1 Ben Felix 1 Benjamin 3 Benjamin Kwame 1 Benrguig 1 Benuda 1 Beppo Branislaw 1 Besnik 1 Bilal 2 Brahim 2 Bruno Ricardo 1 Bülent 1 Caglar 1 Cagri 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Carsten Bernd Ewald 1 Cedric 1 Celina 1 Cem Adem 1 Cemil 1 Chanel-Susan 1 Charles-Jan 1 Chatchadapha 1 Chimanya 1 Chmssdine 1 Chris Patrick 1 Christian 9 Christian Alexander 1 Christian Can 1 Christina-Hildegard 1 Christoph 1 Coby 1 Colin Siegfried 1 Constantin 1 Cynthia Egiehi 1 Daniel 4 Daniel Ralf 1 Daniel Roland Klaus 1 Daniela 1 David Karsten 1 Davod 1 Dawid 1 Dehran 1 Dejan 2 Denise Andrea Maria Felicitas 1 Deniz 1 Deniz Jaron 1 Dennis 3 Diab 1 Diamond 1 Diego 1 Dieter 2 Dilgash Badal Khirmish 1 Djavid 1 Dnya 1 Dominik 2 Dorina 1 Dustin 1 Dylan 1 Ebenezer 1 Ebrahim 1 Eisaa 1 Elias 1 Elis 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Elliot Roland Ludewig 1 Elvis 1 Emirson 1 Emrullah 1 Engin 1 Enrico 2 Enrico Joel 1 Epstathios 1 Eren 1 Esmatulla 1 Esmir 1 Fabian 1 Faisal 1 Fardin 1 Felix Ferdinand 1 Ferhat 1 Firdavs 1 Fitim 1 Floriaan Sylvain Georg 1 Florian 1 Florina-Victoria 1 Floris Alexander 1 Francesco 1 Frank 1 Frauke 1 Frhad 1 Frinwei Solange 1 Frozan 1 Gabriel 1 George-Cătălin 1 German Javier 1 Gezim 1 Ghaith 1 Ghassen 1 Gideon 1 Giga 1 Gino 1 Giorgi 2 Gjulfidan 1 Golshah 1 Gregor Paul 1 Grzegorz 2 Grzegorz Sebastian 1 Guido 1 Gulit 1 Gustavo Miguel 1 Habibeh 1 Hajar 1 Hajie 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Hamdi 1 Hamid Jafar 1 Hamsa 1 Hamza 1 Hamza Amar 1 Hamzeh 1 Hani 1 Hans Jürgen 1 Hans-Christian 1 Haouari 1 Haritos 1 Hassan 1 Hassanatou 1 Hayder Salam 1 Haytam 1 Heinz Georg 1 Hendrik 1 Hichan 1 Hisa 1 Hung 1 Hussain 1 Hussein 1 Ilyes 1 Ingo 1 Islem 1 Ismail 1 Jamail 1 Jamie Richard Jan 1 Jan 3 Jan Lucas 1 Janis Joel 1 Jaqueline 1 Jasmin Elaine Roxanne 1 Jason Janne 1 Jason Marcel 1 Jasur 1 Javad 1 Javakhishvili 1 Jennifer 3 Johan René 1 Jonathan 1 Jörg 2 Joseph 1 Joshua 1 Jovana 1 Joy Marie 1 Jude Chibunna 1 Julia Elzbieta 1 Julian 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Julian Alexander 1 Jwan 1 Kailda 1 Kaj Michael 1 Kamal 1 Kamil Sebastian 1 Karem 1 Karim 3 Karsten 1 Katrin 1 Kay 1 Kelly 1 Kevin 11 Kevin Sascha 1 Kevin-Marcel 1 Kevin-Peter 1 Khaled Mohamed Ahmed 1 Khalil 1 Khalil Jama 1 Kibrom 1 Kiymet 1 Klaus 1 Klaus-Peter 1 Klodiana 1 Kokanko 1 Kristina 1 Krystyna Lucja 1 Kwadwoh Samuel 1 Lars 1 Laurentu-Mircea 1 Leilani 1 Leon 5 Leon Duncan 1 Leonardo Giuseppe 1 Lothar

Alexander 1 Louis 1 Luca Tom 1 Lucas Benjamin 1 Lucky 1 Lukas 2 Lukas Holger 1 Macky 1 Maen Abed Alhameed Omar 1 Magd Islam 1 Magdalena 1 Mahamed 1 Mahdi 1 Mahir 1 Mahmoud 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Makram Ben Mohamed 1 Malik Marlon 1 Mamadou 2 Mamadou Teli 1 Manfred 1 Manfred Reinhard 1 Mania 1 Manuela 1 Mara 1 Marc-Andre 1 Marcel 5 Marcel Jens 1 Marcel Mike Walter 1 Marcin 1 Marco 3 Marco Andre 1 Marco Wolfgang 1 Marcus 1 Marek 1 Marie 1 Marijo 1 Mario 2 Mario-Darius 1 Marius 3 Mark 1 Markus 4 Markus Axel 1 Martin 1 Martin Andreas 1 Marvin 1 Mary Njeri 1 Mathieu Luzolo - Kidoma 1 Matthias 1 Maurice 1 Maurice Brian 1 Max Karl-Heinz Klaus 1 Maximilian 1 Maximilian Marcel 1 Maximilian Wilhelm 1 Mbaye 1 Melina Lea 1 Mesut 1 Michael 4 Michael Manuel 1 Michael Patrick 1 Michael Peter Herbert Oliver 1 Michaela 1 Michel 1 Michelle 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Miguel 1 Miguel-Angel 1 Mike 3 Mikheil 1 Ming 1 Mirco 1 Mirko 1 Mirko Hubert 1 Mohamad 2 Mohamad Amine 1 Mohamad Fayez 1 Mohamd 1 Mohamed 7 Mohamed Ben Ali 1 Mohamed Najem 1 Mohamed Noor 1 Mohammad 2 Mohammad Kabir 1 Mohammad Kazem 1 Mohammad Rahman 1 Mohammed 2 Mohammed Abdulbasit Abdulhamed 1 Mohmad Amine 1 Morad 1 Morad Man 1 Mostafa 1 Mounir 2 Mousa 1 Mousii 1 Muaz 1 Muhammed 2 Muhammed Emin 1 Munaf Adu 1 Murat Can 1 Murugathas 1 Mustafa 1 Mzia 1 Nabil 1 Nadine Denise 1 Nadine Gerda Brigitte 1 Naim 1 Nam 1 Nesheddine 1 Niamatullah 1 Nico 2 Nico Leon 1 Nihad 1 Nikolaj 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Nina 1 Nizamettin 1 Nurudeen 1 Okhan 1 Olad Yaxye 1 Olcay 1 Oleksii 1 Olga 1 Oliver 1 Omar 5 Oumar Bailo 1 Oussama 2 Pascal 3 Pascal Björn 1 Patricia Larissa 1 Patrick 4 Patryk Jerzy 1 Paul 1 Paulina 1 Pawel Alexej 1 Petar 2 Peter 4 Peter Alfred 1 Peter Friedrich 1 Pharell Joel 1 Phil 1 Philipp 1 Philipp Sebastian 1 Pierre 1 Pius 1 Przemysław Tomasz 1 Qais Ullah 1 Rabar 1 Rachib 1 Rachid 1 Radet Kumar 1 Rahmatullah 2 Ralf 2 Ramona Rebekka 1 Raphael 1 Raya 1 Rayko Filipov 1 Raymond Michael 1 Rebecca Vanessa 1 Regimantas 1 Reiner 1 Relu-Andrei 1 Rene Patrick 1 Rexhep 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Robert 1 Robin 2 Robin Maximilian 1 Rojda 1 Rolf 1 Roman 1 Roman Marikovic 1 Romona Rashicka 1 Rosario Mario 1 Russell Osei 1 Ryane 1 Sadete 1 Sahih 1 Said 1 Saidabdaziz 1 Sait 1 Sajjad 1 Salam Farman Hassan 1 Salim 3 Samantha 1 Samir 1 Sandra 1 Sarah 1 Sarah Isabelle 1 Sarah Ramona 1 Saran 1 Sascha 4 Sascha Marc 1 Sascha Markus 1 Sascha Michael 1 Sebastian 2 Sebastian Dominik 1 Sedal 1 Selemon 1 Semja 1 Serdar 1 Sergey 1 Sergio 1 Serhat 1 Seyed Taghi 1 Seyedaliabbas 1 Shahin 1 Shota 1 Shuang 1 Sid-Ahmed 1 Simon 1 Simone 1 Slawomir 1 Sorin-Stelian 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Souhail 1 Stefan 2 Stephan 1 Stephen 1 Steven 1 Stien Finn 1 Sven 2 Sven Manfred 1 Svenja 1 Swen 2 Tahere 1 Tanja 1 Tapa Kûrievič 1 Tayfun 1 Tea 1 Thessy 1 Thi Phuong 1 Thomas 4 Thomas Peter 1 Thorsten 4 Thorsten Christopher 1 Till Elian 1 Tim 2 Tim Dietmar Bahadir 1 Timo 1 Timo Niels 1 Tobias 3 Tomas 1 Tomasz 1 Toni Daniel 1 Tristan 1 Tyler Kimani 1 Ulf 1 Umut 2 Valentin 2 Varena Maria Elisabeth 1 Vera Vanessa 1 Viet 1 Viktor 3 Vilson 1 Vlad-Andrei 1 Wahid 1 Waldemar Krzysztof 1 Wanja 1 Wari Dinah 1 Wiebke 1 Wilhelm 1 Winfried 1 Xia 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 2 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen

und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Essen im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Yahya 1 Yakub Abdullah Edriss 1 Yannick Johannes 1 Yasemin 1 Yassin 2 Yassine 1 Yaw 1 Yegor 1 Yevhenii 1 Yilmaz 1 Youri 1 Youssef 2 Yusuf 1 Zahid 1 Zhuzho 1 Zoe 1 Zoubair 1 4 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle ..... Straftaten insgesamt 1 516 112110 Sexueller Übergriff § 177 Abs. 1, 2 (ohne Nr. 1), 9 StGB 1 114000 Sexuelle Belästigung § 184i StGB 7 131300 Sexuelle Handlungen gemäß § 176 Abs. 4 Nr. 2 StGB 1 132010 Exhibitionistische Handlungen § 183 StGB 4 132020 Erregung öffentlichen Ärgernisses § 183a StGB 1 140010 Ausübung der verbotenen Prostitution § 184f StGB 1 210010 Sonstiger Raub § 249 StGB 3 210040 Räuberischer Diebstahl § 252 StGB 4 210050 Sonstige räuberische Erpressung § 255 StGB 1 217010 Sonstiger Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 249 StGB 4 217050 Sonstige räuberische Erpressung auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 255 StGB 1 222010 Sonstige Tatörtlichkeit bei gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB 10 222110 Gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB auf Straßen, Wegen oder Plätzen 15 224000 Vorsätzliche einfache Körperverletzung 52 232201 Nötigung im Straßenverkehr gemäß § 240 Abs. 1 StGB 1 232279 Sonstige Nötigung 3 232300 Bedrohung § 241 StGB 9 232410 Nachstellung (Stalking) gem. § 238 StGB Abs. 1 StGB 4 300010 Sonstiger "Einfacher" Diebstahl 44 300310 "Einfacher" Diebstahl von Fahrrädern 3 300500 "Einfacher" Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 13 316000 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl in/aus Hotels als "klassischer Hoteldiebstahl" 1 325000 "einfacher" Diebstahl i/a Kiosken, Warenh., Verkaufsr., SB-Läden, Schaufenster, - kästen, Vitrinen (o. LaDi) 1 326000 Sonstiges - (einfacher) Ladendiebstahl 15 345000 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl in/aus überwiegend unbezogenen Neu- und Rohbauten, Baubuden und Baustellen 2 350000 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen von sonstigem Gut 1 373000 "Einfacher" Diebstahl von Betäubungsmitteln aus Krankenhäusern 1 390000 Sonstiger "Einfacher" Taschendiebstahl 58 390500 Sonstiger "Einfacher"Taschendiebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 28 400010 Sonstiger besonders schwerer Fall des Diebstahls 4 400310 Diebstahl von Fahrrädern - besonders schwerer Fall 46 400510 Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln - besonders schwerer Fall 1 436005 Sonstiger Tageswohnungseinbruch in dauerhaft genutzte Privatwohnung 1 445010 Diebstahl in/aus überwiegend unbezogenen Neu- und Rohbauten, Baubuden und Baustellen - besonders schwerer Fall 1 511211 Weitere Arten des Warenkreditbetruges § 263 StGB 1 511300 Warenbetrug 5 515001 Beförderungserschleichung 20 515079 Sonstiges Erschleichen von Leistungen 1 516200 Betrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungskarten ohne PIN (Lastschriftverfahren) 15 516300 Computerbetrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungskarten mit PIN §263a StGB 4 516510 Betrug mittels rechtwidrig erlangter Daten von Zahlungskarten § 263 StGB 1 Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 516520 Computerbetrug mittels rechtswidrig erlangter Daten von Zahlungskarten §263a StGB 2 516910 Betrug mittels rechtwidrig erlangter sonstiger unbaren Zahlungsmitteln § 263 StGB 4 517100 Leistungsbetrug 4 517210 Leistungskreditbetrug § 263 StGB 3 518910 Sonstige weitere Betrugsarten § 263 3 530079 Unterschlagung sonstiger Güter/Sachen gem. §§ 246, 247, 248a StGB -ohne von Kfz 35 531000 Unterschlagung von Kfz 1 540001 Sonstige Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB 19 540003 Verändern von amtlichen Ausweisen 1 540007 Fälschung von Gesundheitszeugnissen 1 540009 Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse 5 540010 Missbrauch von Ausweispapieren 3 552010 Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß §§ 146 Abs. 1 Nr. 3, 151, 152 StGB StGB 4 552020

Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß §§ 147, 151, 152 StGB (nach gutgläubigem Erwerb) 1 553110 Gebrauch falscher Zahlungskarten ohne Garantiefunktion, Schecks und Wechsel 1 553120 Gebrauch falscher Zahlungskarten mit Garantiefunktion 1 620006 Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen, Abzeichen 1 620013 Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln 5 621110 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 113, 115 StGB 15 621120 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 114, 115 StGB 2 622100 Hausfriedensbruch § 123 StGB 1 624079 Vortäuschen einer sonstigen Straftat 2 632079 Sonstige Hehlerei § 259 StGB 4 633000 Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte § 261 StGB 1 655100 Körperverletzung im Amt § 340 StGB 1 670007 Falsche Verdächtigung 1 670024 Gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr 1 670025 Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr 2 673010 Beleidigung ohne sexuelle Grundlage 15 673030 Verleumdung ohne sexuelle Grundlage 3 673110 Beleidigung auf sexueller Grundlage 2 674111 Sachbeschädigung durch Graffiti an Kfz 2 674119 Sonstige Sachbeschädigung an Kfz 5 674311 Sonstige Sachbeschädigung durch Graffiti auf Straßen, Wegen oder Plätzen 1 674319 Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 8 674329 Sonstige gemeinschädliche Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 1 678010 Ausspähen von Daten gem. 202a StGB 1 678030 Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten gem. § 202c StGB 1 715010 Straftat nach dem Markengesetz 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 716100 Straftat nach dem Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch 2 725110 Unerlaubte Einreise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 Aufenthaltsgesetz 2 725120 Unerlaubte Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz 2 725210 Einschleusen von Ausländern gemäß § 96 Abs. 1 und 4 Aufenthaltsgesetz 1 725520 Straftaten gegen § 85 Asylgesetz 1 725711 Unerlaubter Aufenthalt ohne unerlaubte Einreise 46 725712 Unerlaubter Aufenthalt n. unerlaubter/ungekl. Einreise (hinreichende Konkretisierung d. Grenzübertritts nicht möglich) 332 725720 Unerlaubter Aufenthalt nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz 9 725800 Einreise oder Aufenthalt trotz Versagung des Freizügigkeitsrechts gemäß Par. 9 Freizügigkeitsgesetz/EU 6 725900 Sonstige Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz 11 726200 Straftat nach dem Waffengesetz 13 731100 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Heroin 19 731202 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Kokain 28 731300 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit LSD 2 731601 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulveroder flüssiger Form 59 731602 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tablettenbzw. Kapselform (Ecstasy) 24 731702 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in kristalliner Form (Crystal) 3 731800 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 362 731900 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 16 732120 Schmuggel (§ 29 BtMG) - von Heroin 1 732212 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Kokain 5 732612 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) 2 732810 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 12 732910 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 2 734818 Illegale(r) Abgabe und Besitz in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Cannabis und Zubereitungen 1 742010 Straftat nach dem Infektionsschutzgesetz 2 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger ..... Straftaten insgesamt 1 130 112110 Sexueller Übergriff § 177 Abs. 1, 2 (ohne Nr. 1), 9 StGB 1 114000 Sexuelle Belästigung § 184i StGB 6 131300 Sexuelle

Handlungen gemäß § 176 Abs. 4 Nr. 2 StGB 1 132010 Exhibitionistische Handlungen § 183 StGB 4 132020 Erregung öffentlichen Ärgernisses § 183a StGB 1 140010 Ausübung der verbotenen Prostitution § 184f StGB 1 210010 Sonstiger Raub § 249 StGB 1 210040 Räuberischer Diebstahl § 252 StGB 3 210050 Sonstige räuberische Erpressung § 255 StGB 1 217010 Sonstiger Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 249 StGB 2 217050 Sonstige räuberische Erpressung auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 255 StGB 1 222010 Sonstige Tatörtlichkeit bei gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB 13 222110 Gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB auf Straßen, Wegen oder Plätzen 20 224000 Vorsätzliche einfache Körperverletzung 47 232279 Sonstige Nötigung 2 232300 Bedrohung § 241 StGB 7 232410 Nachstellung (Stalking) gem. § 238 StGB Abs. 1 StGB 2 300010 Sonstiger "Einfacher" Diebstahl 14 300310 "Einfacher" Diebstahl von Fahrrädern 1 316000 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl in/aus Hotels als "klassischer Hoteldiebstahl" 1 325000 "einfacher" Diebstahl i/a Kiosken, Warenh., Verkaufsr., SB-Läden, Schaufenster, -kästen, Vitrinen (o. LaDi) 1 326000 Sonstiges - (einfacher) Ladendiebstahl 16 345000 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl in/aus überwiegend unbezogenen Neuund Rohbauten, Baubuden und Baustellen 1 373000 "Einfacher" Diebstahl von Betäubungsmitteln aus Krankenhäusern 1 390000 Sonstiger "Einfacher" Taschendiebstahl 10 400010 Sonstiger besonders schwerer Fall des Diebstahls 3 400310 Diebstahl von Fahrrädern - besonders schwerer Fall 5 400510 Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln - besonders schwerer Fall 2 436005 Sonstiger Tageswohnungseinbruch in dauerhaft genutzte Privatwohnung 1 511211 Weitere Arten des Warenkreditbetruges § 263 StGB 1 511300 Warenbetrug 3 515001 Beförderungserschleichung 16 515079 Sonstiges Erschleichen von Leistungen 1 516510 Betrug mittels rechtwidrig erlangter Daten von Zahlungskarten § 263 StGB 1 517100 Leistungsbetrug 3 517210 Leistungskreditbetrug § 263 StGB 3 518910 Sonstige weitere Betrugsarten § 263 2 530079 Unterschlagung sonstiger Güter/Sachen gem. §§ 246, 247, 248a StGB - ohne von Kfz 2 531000 Unterschlagung von Kfz 1 540001 Sonstige Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB 19 540003 Verändern von amtlichen Ausweisen 1 Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 540009 Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse 4 540010 Missbrauch von Ausweispapieren 2 552010 Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß §§ 146 Abs. 1 Nr. 3, 151, 152 StGB StGB 3 552020 Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß §§ 147, 151, 152 StGB (nach gutgläubigem Erwerb) 1 553110 Gebrauch falscher Zahlungskarten ohne Garantiefunktion, Schecks und Wechsel 1 620006 Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen, Abzeichen 1 620013 Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungsund Nothilfemitteln 6 621110 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 113, 115 StGB 16 621120 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 114, 115 StGB 2 622100 Hausfriedensbruch § 123 StGB 1 624079 Vortäuschen einer sonstigen Straftat 2 632079 Sonstige Hehlerei § 259 StGB 7 670007 Falsche Verdächtigung 1 670024 Gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr 1 670025 Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr 1 673010 Beleidigung ohne sexuelle Grundlage 12 673030 Verleumdung ohne sexuelle Grundlage 2 673110 Beleidigung auf sexueller Grundlage 1 674119 Sonstige Sachbeschädigung an Kfz 4 674319 Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 5 715010 Straftat nach dem Markengesetz 2 716100 Straftat nach dem Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch 3 725110 Unerlaubte Einreise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3

Aufenthaltsgesetz 2 725120 Unerlaubte Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz 2 725520 Straftaten gegen § 85 Asylgesetz 1 725711 Unerlaubter Aufenthalt ohne unerlaubte Einreise 46 725712 Unerlaubter Aufenthalt n. unerlaubter/ungekl. Einreise (hinreichende Konkretisierung d. Grenzübertritts nicht möglich) 328 725720 Unerlaubter Aufenthalt nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz 9 725800 Einreise oder Aufenthalt trotz Versagung des Freizügigkeitsrechts gemäß Par. 9 Freizügigkeitsgesetz/EU 5 725900 Sonstige Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz 11 726200 Straftat nach dem Waffengesetz 13 731100 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Heroin 18 731202 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Kokain 26 731300 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit LSD 2 731601 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form 58 731602 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) 23 731702 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in kristalliner Form (Crystal) 3 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 731800 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 328 731900 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 15 732120 Schmuggel (§ 29 BtMG) - von Heroin 1 732212 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Kokain 4 732612 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) 1 732810 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 13 732910 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 2 734818 Illegale(r) Abgabe und Besitz in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG von Cannabis und Zubereitungen 1 742010 Straftat nach dem Infektionsschutzgesetz 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Staatsbürgerschaft Anzahl Tatverdächtiger Afghanistan 46 Ägypten 5 Albanien 21 Algerien 72 Äthiopien 1 Belgien 2 Bosnien und Herzegowina 1 Brasilien 5 Bulgarien 14 China, Volksrepublik 4 Côte d'Ivoire 1 Deutschland 399 Ecuador 1 Eritrea 7 Frankreich 1 Gambia 4 Georgien 9 Ghana 16 Griechenland 8 Guinea 46 Guinea-Bissau 3 Indien (einschl. Sikkim) 10 Irak 28 Iran Islamische Republik 25 Israel 1 Italien 12 Jemen 1 Kasachstan 1 Kenia 1 Kolumbien 3 Kongo 1 Kongo, Demokratische Republik 1 Korea, Republik 2 Kosovo 5 Kroatien 3 Lettland 5 Libanon 8 Libysch Arabische Dschamahirija (Libyen) 13 Litauen 3 Mali 3 Marokko 57 Mauretanien 1 Moldau 1 Niederlande 3 Nigeria 15 Nordmazedonien 8 ohne Angabe 3 Pakistan 11 Staatsbürgerschaft und Anzahl der Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Staatsbürgerschaft Anzahl Tatverdächtiger Staatsbürgerschaft und Anzahl der Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Papua-Neuguinea 1 Peru 1 Polen 25 Portugal 2 Rumänien 20 Russische Föderation 10 Sambia 2 Serbien 16 Sierra Leone 4 Simbabwe 1 Singapur 1 Slowakische Republik 3 Slowenien 1 Somalia 9 Spanien 6 Staatenlos 1 Sudan (ohne Südsudan) 1 Südsudan 1 Syrien, Arabische Republik 46 Thailand 1 Togo 2 Tschechische Republik 2 Tunesien 13 Türkei 32 Ukraine 10 Ungarn 6 Ungeklärt 14 Usbekistan 1 Venezuela 2 Vereinigte Staaten von Amerika 1 Vietnam 2 Weißrussland (Belarus) 2 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Aaron Leon 1 Aaron-Alexander 1 Abd Ala 1 Abdejelil 1 Abdel Hadi 1 Abdelatif 1 Abdelfattah 1 Abdelghnai 1 Abdelhak 1 Abdelhakim 1 Abdelkader 2 Abderrahim 1 Abdessamad 1 Abdilatif Abdulahi 1 Abdlatif 1 Abdou Hallah 1 Abdoulaye 3 Abdourahamane 1 Abdourahmane 1 Abdulah 1 Abdulkerim 1 Abdullah 2 Abdullahamid Mohamed Ali 1 Abdullahi 1 Abdulmuein 1 Abdulraham 1 Aboubacar 2 Aboubakaressdik 1 Aboubaker 1 Abraham Brian 1 Achraf 1 Adam 1 Adel 2 Adnan Haider 1 Adrian 2 Afsana 1 Ahmad 4 Ahmad

Mojer 1 Ahmed 5 Ahmed Adnan 1 Ahmed Chakib 1 Ahmed Salah Mohammad 1 Albert 1 Albin 1 Aleks 1 Alessandro 1 Alex 1 Alexander 6 Alexander Stephen 1 Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Alexandra Hermine 1 Alexandros 1 Alexis 1 Ali 5 Ali Abbas 1 Ali Kanber 1 Ali Reza 1 Ali Zaid Khalaf 1 Alina 1 Alireza 1 Alishan 1 Alivi 1 Aljoscha Gabriel Lucian 1 Alpha 2 Alpha Oumar 1 Alsaiah 1 Alseny 2 Amadou 1 Amar 1 Amime 1 Amin 2 Amin Djafar 1 Amina 1 Amine 2 Amir 2 Ammar 1 Ana Maria 1 Ana-Maria 1 Anaad 1 Anastasios Sotirios 1 Anasthasia 1 Andre 3 Andre Zain 1 Andreas 2 Andreas Helmut Heinz Waldemar 1 Andrii 2 Andrzej Slawomir 1 Aness 1 Aneta 1 Angel 1 Angela 1 Angela Marianne 1 Angelina 1 Angelique Angelina 1 Angelo 1 Anis 1 Anna Magdalena 1 Anne Wangui 1 Ante 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Anthony James Uchenna 1 Antonio 1 Antonio Fernando 1 Antonius Robertus 1 Arab Jan 1 Ariana 1 Arinze 1 Arkadiy 1 Arman 1 Armend 1 Arnaud Brice 1 Aron Leonhard 1 Artur 1 Artur Andrzej 1 Arturs 1 Askin 1 Astrid 1 Atef 1 Athanasios 1 Avni 1 Awat Ayad 1 Axel 1 Ayad Mohammed Ali 1 Aylin Ceylan 1 Ayoob 1 Ayoub 1 Azeddine 1 Azim 1 Aziz 1 Azizullah 1 Ba Omer Ba 1 Bab 1 Bachir 1 Badr 1 Bahaloul 1 Bahdar 1 Bahdiyar 1 Bahez 1 Baker Adnan Abdullah 1 Balazs Lajos 1 Barane 1 Bashir 1 Basir Ahmad 1 Bassim 1 Bastian 1 Baturay 1 Beatrice Dol 1 Beatriz-Amparo 1 Bedour 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Belfakir 1 Belma 1 Ben Jaballah 1 Benjamin 4 Benjamin Siegfried 1 Besart 1 Betty-Sue 1 Bfreen 1 Bianca 1 Bilal 5 Björn Paul Dieter 1 Bogoljub 1 Bojan 1 Bonhyun 1 Boubacar 1 Brahim 1 Braveen 1 Brisilda 1 Bujar 1 Bünyamin 1 Can 1 Can-Marc 1 Carl Conrad Alexander 1 Carlo 1 Carmelo Antony 1 Carmen 1 Casandra Ioana 1 Cemal 1 Cenk 1 Cesar Augusto 1 Çetin Özgür 1 Chahrazad 1 Chakip 1 Chance Mackenzie 1 Chao 1 Charandeep 1 Chems Eddine Saide 1 Chiara Gioia 1 Chiara Michelle 1 Christian 5 Christian Peter 1 Christian Alexander Adnan 1 Christina 1 Christoph Jan 1 Christopher Robert 1 Claudia Simone 1 Cristian-Viorel 1 Cristina 1 Dalibor 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Dalila Mnjalla 1 Dan-Dumitru 1 Dane Vincent 1 Daniel 3 Daniel Jerome 1 Daniel Jose 1 Daniel Walter 1 Daniela Andrea 1 Dany Natalino 1 Darian Evin 1 David 2 Dejan Marco 1 Delyan Siykov 1 Dengis 1 Denial 1 Denis 3 Deniz 3 Denizhan 1 Dennis 4 Dennis Martin 1 Dennis Nana 1 Dennis Thomas 1 Denys 1 Derman 1 Derya 1 Devansh 1 Dicki 1 Dirk 3 Dirk Michael 1 Dmitar 1 Dmitry 1 Dogu 1 Domenico Mounir Gerardo 1 Dominick Mike 1 Dominik 2 Dominik Viktor 1 Donat 1 Duezali 1 Duha 1 Dzmitry 1 Ebrima 1 Eda Deniz 1 Edgar 1 Edgaras 1 Edgars 1 Edmont 1 Eisa 1 Ekrem 1 El Amine 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 El Hadj Amadou 1 El Mehdi 1 El Mustapha 1 Elena 1 Elhadj Amadou 1 Elhadj Oumar 1 Elia 1 Elias Gracjan 1 Elmekkaoui 1 Elson 1 Elvis 2 Elyssa 1 Emelie Marie 1 Emil 1 Emilio 1 Emin 1 Emir 1 Emma 1 Emmanuel 2 Enerst Osita 1 Enfeng 1 Engin 1 Eraj 1 Eren 1 Ergis 1 Erich 1 Ernest 1 Ervin 1 Erzen 1 Esmir 1 Ethem Orcun 1 Eunjin 1 Eva-Marie Natalie 1 Fabian 2 Fabian Lucas 1 Fadi 1 Faisal 2 Famar 1 Fan 1 Fardina 1 Farid Ahmad 1 Fateh 1 Fatih 1 Faycal 1 Faysal 1 Fernando Henrique 1 Festus Chinedu 1 Fethi 1 Feti 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der

deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Filippos 1 Fily 1 Firas 1 Florentina 1 Florian 4 Florian Alexander 1 Frank 3 Franz-Eugen 1 Freh Bengabon 1 Friedhelm 1 Ftahi 1 Fynn 1 Gabriel 1 Gabriel Ionut 1 Georgios 1 Gerrit Christopher 1 Ghaith 1 Gideon Igiowo 1 Giorgi 3 Golam Reza 1 Golet 1 Gospodin 1 Grzegorz Przemyslaw 1 Guiseppe 1 Gustavo Adolfo 1 Hadi 2 Hady Zeid 1 Haidar 1 Haitham 1 Hakim 2 Hamid 1 Hamit 1 Hamza 2 Hamza-Bibbo 1 Hani 1 Hans Arthur Valentin 1 Haoni 1 Happy 1 Harzi 1 Hassam 1 Hassibullah 1 Hatem Osman 1 Hatim 1 Hayder Ali Hayder 1 Heike 1 Helio Manuel 1 Hemin 1 Hermann 1 Hichem 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Hidir 1 Hilwan 1 Holger Johannes 1 Homam 1 Hosin 1 Hossein 1 Hussein 1 Hussin 1 Ibrahim 4 Ibrahima 5 Idris 2 Igli 1 Ik 1 Ilker 1 Imad 1 Innocent 1 Ioana-Andreea 1 Ionut 1 Iran 1 Irfan 1 Irina 1 Isaac 2 Isam 1 Islam 1 Ismael 1 Ismail 2 Ivan 1 Jaan Pierre 1 Jacek Sylwester 1 Jacqueline 1 Jaggy 1 Jahad 1 Jakob 1 Jakob Richard 1 Jakub 1 Jalal 1 Jamal 1 Jamshidifar 1 Jan 2 Jana 1 Jannick 1 Jannis 1 Jaqueline 1 Jasmin 1 Jason Justin Leon 1 Jason Michael 1 Jawad 1 Jean-Marc 1 Jean-Pierre 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Jefferson 1 Jens 1 Jerome Mike 1 Jihad 1 Jiraphan 1 Joel 1 Joelle 1 Johannes Martin 1 Johao David 1 John 2 Jonas Sebastian Markus 1 Jonathan 1 Jordan Thomas 1 Jörg-Andreas James 1 Jose 1 Joshua 3 Joshua Johannes 1 Josue 1 Jude 1 Julia 2 Julian 3 Julius Kurt 1 Jürgen 1 Justin 3 Justus 1 Justus Ralf 1 Kada 1 Kadec 1 Kai 1 Kai Matthias 1 Kai Uwe 1 Kalcho 1 Kamaradin 1 Kameran 1 Karim 4 Karina 1 Karl-Heinz 1 Karol Piotr 1 Kasim 1 Kaspars 1 Kaveh 1 Kawa 1 Kemal 1 Kenan 1 Kevin 2 Kevin Dirk 1 Kevin Markus 1 Kevin Patrick 1 Kevin-Mike 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Keziban 1 Khalid 2 Khattab O Hussein 1 Kibrom 1 Kjazim 1 Klajdi 1 Klara Maria 1 Koba 1 Kofi 1 Konstantin 1 Kristina 1 Kushtrim 1 Kwabena 1 Kwadwo 1 Kwaku 1 Laari 1 Lakhdar 1 Lakhwant 1 Lamine 1 Lars 1 Latif-Erol 1 Lea 1 Lechoslaw Tomasz 1 Leila 1 Leith 1 Lenka 1 Leon 1 Leon Noah 1 Leon-Yves 1 Leonardo 1 Leonora 1 Lina 1 Lingshuang 1 Loredana-Crenguta 1 Luay 1 Lubomir 1 Luca 1 Luca Ernesto 1 Lucas Colin 1 Lukas 3 Lukasz Stanislaw 1 Lukasz Waldemar 1 Ly 2 M-Haitham 1 Maciej 1 Maciej Grzegorz 1 Mahammad 1 Mahiudden 1 Mahmoud 2 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Mahmud 1 Maksim 1 Mamadaou 1 Mamadi Kefing 1 Mamadou 4 Mamadou Bailo 1 Mamadou Lamarana 1 Mamadou Oury 1 Manfred Otto Josef 1 Mani 1 Manpreet Singh 1 Manuel 2 Manuel Friedel Bernhard 1 Marc 1 Marcel 2 Marcel Damian 1 Marcel Pierre 1 Marco 1 Marcus 1 Marcus Eric 1 Marek 1 Maria 1 Marian-Alexandru 1 Marie Sonja 1 Mario 1 Mario Wolfgang 1 Marisabel 1 Marius 1 Mariusz 1 Mariusz Adam 1 Mariusz Tomasz 1 Marjan 2 Mark Robin 1 Marko 1 Markus 5 Markus Antonio 1 Markus Axel 1 Marouone 1 Martin 5 Martin Sylvester 1 Marvin 1 Marwan Rezegh Mohamed 1 Mary Abena 1 Mateusz 1 Mateusz Szymon 1 Mathias Alan 1 Matilda Hristova 1 Matin 2 Matthias 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Maurice-Jerome 1 Mauro 1 Max 1 Max Karl-Heinz Klaus 1 Maximilian 2 Maximilian Carsten 1 Maximilian Hasan 1 Maximilian Sebastian 1 Meftah 1 Mehdi 1 Meikel 1 Mergim 1 Merit 1 Mesut 1 Mevan 1 Mhd Emad 1 Michael 4 Michael Alexander 1 Michelle 1 Mike 3 Milad 1 Mina 1 Minoza 1 Miracle 1 Mirco 1 Miroslawa Malgorzata 1 Mirwais 1 Misam

1 Misrata 1 Moahmmed 1 Mohamad 5 Mohamad Ali 1 Mohamad Boudias 1 Mohamad Odai 1 Mohamad Samer 1 Mohamed 18 Mohamed Abdi Kadar 1 Mohamed Amine 1 Mohamed Bohyi 1 Mohamed Hedi Amin 1 Mohamed Salhe 1 Mohamed Sghaier 1 Mohamed-Mehdi 1 Mohamed-Salim 1 Mohamede 1 Mohammad 8 Mohammad Aly 1 Mohammad Issa 1 Mohammad Reza 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Mohammad Sadegh 1 Mohammadali 1 Mohammed 5 Mohammed Abd Al Latif 1 Mohammed Mustafa Albasheer 1 Mohammed Mustafa Ali 1 Mohammed-Amine 1 Momodoulamin 1 Monaim 1 Monica 1 Monika Marzena 1 Monir 1 Morteza 1 Mostafa 1 Mouamad 1 Moudjibou Ogoudele 1 Mouhamad Ayoub 1 Mouhamed Amine 1 Mouhamed Ammar 1 Mounir 2 Mousa 1 Moussa 2 Moustafa 1 Mpoyi Norman 1 Muhamad 1 Muhammad 1 Muhammad Usman 1 Muhammat 1 Muhammed 2 Muharrem 1 Muhmad 1 Mundher Raheem 1 Munir Ghazi 1 Murtagi 1 Mustafa 3 Nabil 1 Naceur 1 Nadim 1 Nadir 1 Naeem Immanuel 1 Nafisa 1 Naief 1 Naim 1 Najib 1 Nalan 1 Nana Sarpong 1 Nassiro 1 Natasia 1 Nathaniel 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Navneet 1 Nawid 1 Nazif 1 Nick Nicolaj 1 Nico 2 Nikola 2 Nils 1 Nils Colin 1 Nizar 1 Noah Nnaemeka 1 Noel 1 Noel Siddhart 1 Noman 1 Norbert 1 Norbert Joszef 1 Obinna Callistus 1 Oleksii 1 Oliver Dieter 1 Oliver Erich 1 Oliwier Adam 1 Omar 2 Omar Said Mahmoud 1 Ömercan 1 Oscar Eduardo 1 Osman 1 Otmar 1 Oumar 1 Oussama 1 Özcan 1 Paolo 1 Parsa 1 Patrick 6 Patrick Daniel 1 Patrick Dominik 1 Patrick Gerald 1 Patrick Justin 1 Patrick Michael 2 Paul 1 Paul Luis 1 Paul Alexander 1 Paul Clemens 1 Pauline 1 Pawel 1 Petar 1 Peter 2 Philipp Noah 1 Philipp Ulrich Ralf 1 Phillip 1 Pierre 2 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Piotr Daniel 1 Precious 1 Prince 2 Rachid 2 Raffaele 1 Rahmona 1 Raibel Joisquel 1 Raid 1 Rakach 1 Ralf 1 Rama 1 Ramadan 2 Ramadan Saber Aschur 1 Ramin 1 Ramon 1 Rashed 1 Rashid 1 Rashwinder 1 Rasim 1 Raul Codrin 1 Rawand 1 Rayan 1 Rayane 1 Raza 1 Rebecca Prempeh 1 Rejland 1 Renaldo 1 Rene 3 Reshad 1 Rexhep 1 Reza 2 Ricardo 1 Ricardo Johannes 1 Richard 1 Rick 1 Rihad 1 Rizvan 1 Robert 3 Robert Guenter 1 Robert Jacek 1 Roberto 1 Robin 1 Robin Rolf 1 Rocco 1 Rolf 1 Romina Maria 1 Rouane Hacene 1 Rozalia 1 Ryad 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Saba 1 Saber 1 Sabri 1 Sabrina Vanessa 1 Sageb 1 Said 1 Saida Ahmed 1 Saidabdaziz 1 Saif Eddine 1 Saifon 1 Saifulai 1 Sakina Carlotta 1 Salah 1 Salar 1 Salem 1 Saleman Olis 1 Salifou Youssauf 1 Salifu 1 Salim 2 Saliou 1 Sallah 1 Sally 1 Samettin 1 Samia 1 Samil 1 Samir 2 Samsom 1 Samuel 1 Samy Mohamed 1 Santino Miraldo 1 Sara 1 Sara Irma P 1 Sarah 2 Sascha 4 Sascha Helmut 1 Sascha Marco 1 Sascha Viktor 1 Savaş Kağan 1 Sebastian 3 Sebastian Marcin 1 Sedahmed 1 Sehmus 1 Sekou Oumar 1 Selemon 1 Selim 1 Selina 3 Sepi Makanxi 1 Serdar 1 Sergej 2 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Serhii 1 Serhiy 1 Servet 1 Setareh 1 Sett 1 Severdzan 1 Seydhussain 1 Shabnam 1 Shafiqullah 1 Shahin 1 Shahla Amin Aziz 1 Shahzaib Ahmed 1 Sharifullah 1 Shayan 1 Shiar 2 Silke 1 Silviu-Nelu 1 Simon 1 Sinan 1 Sofian 2 Sohailkhan 1 Solomon 1 Sonia 1 Sorin-Stelian 1 Soufian 4 Soufiane 1 Stanislav 3 Stefan 1 Stefan Karl Friedrich Philipp George Art 1 Steffan 1 Stella Sophia 1 Stephan 1 Stoycho 1 Sufian 1 Sukjeet 1 Sükrü Erkan 1 Sulai 1 Susanne 1 Suzana 1 Sven 2 Sven Uwe 1 Tahereh 1 Tajmohammad 1 Talal 1 Talih 1 Tanja Maria 1 Tanya

1 Tarik 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Tavon Gamal 1 Tayeb 1 Tekin 1 Teklebrahan 1 Tereza 1 Théophile Damien Laurent 1 Thiago 1 Thierno 1 Thierno Aboubacar 1 Thierno Yaya 1 Thire 1 Tim 6 Tim Ludwig 1 Timon 1 Timur 1 Tino Matthias 1 Tobias 1 Tobias Max Friedrich 1 Toktam 1 Tolga 1 Tom 1 Tomasz 1 Toni Georgiev 1 Toumi 1 Tsotne 1 Tülin 1 Udo Joachim 1 Ulrich Frank 1 Unbekannt 1 Usein 1 Utku Ferhat 1 Uzoma Michael 1 Vakhtang 1 Valerij Sumuelovic 1 Van Kiem 1 Vanessa 1 Vasile-Alberto 1 Vasili 1 Vasyl 1 Victor 1 Victoria 1 Vie 1 Viktor 1 Viktoria 1 Vishnu Krishnan 1 Vitalijus 1 Vladica 1 Vladimir 2 Vladimirs 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 3 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Düsseldorf im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Voka 1 Volker 1 Vyacheslav 1 Waeel 1 Wafa 1 Wahhab Razzaq Hammood 1 Wail 1 Walid 1 Walter Vladimir 1 Waniis 1 Wassim 1 Wazir Khan 1 Wolter 1 Xiuli 1 Yacine 2 Yakup Klaus 1 Yaroslav 1 Yasin 1 Yassine 3 Yazan 2 Yordan Boychev 1 Youcef 2 Younes 2 Youssef 2 Yury 1 Zakarea 1 Zakaria 3 Zambek 1 Zemra 1 Ziad 1 Zindin 1 Zohal 1 Zohreh 1 Zoltán 1 Zouhair 1 Zulbi 1 4 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle ..... Straftaten insgesamt 493 112120 Sexuelle Nötigung § 177 Abs. 5, 9 StGB 1 114000 Sexuelle Belästigung § 184i StGB 1 131100 Sexuelle Handlungen gemäß § 176 Abs. 1 und 2 StGB 1 131700 Sonstiger schwerer sexueller Missbrauch von Kindern gemäß § 176a StGB 1 132010 Exhibitionistische Handlungen § 183 StGB 2 143230 Besitz oder sich Verschaffen von Kinderpornographie gemäß § 184b Abs. 3 StGB 1 210010 Sonstiger Raub § 249 StGB 2 210020 Sonstiger schwerer Raub § 250 StGB 1 210040 Räuberischer Diebstahl § 252 StGB 2 216010 Handtaschenraub gemäß § 249 StGB 1 217010 Sonstiger Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 249 StGB 2 222010 Sonstige Tatörtlichkeit bei gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB 5 222110 Gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB auf Straßen, Wegen oder Plätzen 8 224000 Vorsätzliche einfache Körperverletzung 9 232279 Sonstige Nötigung 1 232300 Bedrohung § 241 StGB 2 300010 Sonstiger "Einfacher" Diebstahl 11 300500 "Einfacher" Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 3 318500 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl in/aus Gaststätten und Kantinen von unbaren Zahlungsmitteln 1 325000 "einfacher" Diebstahl i/a Kiosken, Warenh., Verkaufsr., SB-Läden, Schaufenster, -kästen, Vitrinen (o. LaDi) 1 325500 "einfacher" Diebstahl i/a Kiosken, Warenh., Verkaufsr., SB-Läden, Schaufenster, Vitr. (o. LaDi) v. unb. Zahlungsmitteln 1 350500 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen von sonstigem Gut von unbaren Zahlungsmitteln 1 390000 Sonstiger "Einfacher" Taschendiebstahl 6 390500 Sonstiger "Einfacher"Taschendiebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 11 400310 Diebstahl von Fahrrädern - besonders schwerer Fall 22 450010 Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen - besonders schwerer Fall 5 450510 Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen von unbaren Zahlungsmitteln - besonders schwerer Fall 1 511300 Warenbetrug 2 515001 Beförderungserschleichung 65 516200 Betrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungskarten ohne PIN (Lastschriftverfahren) 1 516920 Computerbetrug mittels rechtwidrig erlangter sonstiger unbarer Zahlungsmittel § 263a StGB 1 518910 Sonstige weitere Betrugsarten § 263 4 530079 Unterschlagung sonstiger Güter/Sachen gem. §§ 246, 247, 248a StGB -ohne von Kfz 7 540001 Sonstige Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB 12 540006 Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen 1 540007 Fälschung von Gesundheitszeugnissen 3 540008 Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse 2 540009 Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse 2 552010 Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß §§ 146 Abs. 1 Nr. 3, 151, 152 StGB StGB 1 Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt

nach Delikten am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 621110 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 113, 115 StGB 2 621120 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 114, 115 StGB 2 673010 Beleidigung ohne sexuelle Grundlage 12 674119 Sonstige Sachbeschädigung an Kfz 5 674319 Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 1 674329 Sonstige gemeinschädliche Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 1 716431 Inverkehrbringen von bedenklichen Arzneimitteln (AMidillegV) 1 720002 Versammlungsgesetz 1 725120 Unerlaubte Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz 1 725711 Unerlaubter Aufenthalt ohne unerlaubte Einreise 6 725712 Unerlaubter Aufenthalt n. unerlaubter/ungekl. Einreise (hinreichende Konkretisierung d. Grenzübertritts nicht möglich) 87 725720 Unerlaubter Aufenthalt nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz 1 725800 Einreise oder Aufenthalt trotz Versagung des Freizügigkeitsrechts gemäß Par. 9 Freizügigkeitsgesetz/EU 1 725900 Sonstige Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz 2 726200 Straftat nach dem Waffengesetz 6 731100 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Heroin 7 731201 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Crack 1 731202 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Kokain 6 731300 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit LSD 1 731601 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form 24 731602 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tablettenbzw. Kapselform (Ecstasy) 3 731703 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform 1 731800 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 107 731900 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 3 732212 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Kokain 1 732713 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Methamphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform 1 732810 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 3 732820 Schmuggel (§ 29 BtMG) - von Cannabis und Zubereitungen 1 734220 Verstöße gemäß § 30a BtMG 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger ..... Straftaten insgesamt 357 131100 Sexuelle Handlungen gemäß § 176 Abs. 1 und 2 StGB 1 132010 Exhibitionistische Handlungen § 183 StGB 2 210010 Sonstiger Raub § 249 StGB 2 210020 Sonstiger schwerer Raub § 250 StGB 6 210040 Räuberischer Diebstahl § 252 StGB 2 216010 Handtaschenraub gemäß § 249 StGB 1 222010 Sonstige Tatörtlichkeit bei gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB 6 222110 Gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB auf Straßen, Wegen oder Plätzen 8 224000 Vorsätzliche einfache Körperverletzung 5 232279 Sonstige Nötigung 1 232300 Bedrohung § 241 StGB 2 300010 Sonstiger "Einfacher" Diebstahl 3 325000 "einfacher" Diebstahl i/a Kiosken, Warenh., Verkaufsr., SB-Läden, Schaufenster, -kästen, Vitrinen (o. LaDi) 1 450010 Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen - besonders schwerer Fall 1 515001 Beförderungserschleichung 53 518910 Sonstige weitere Betrugsarten § 263 4 530079 Unterschlagung sonstiger Güter/Sachen gem. §§ 246, 247, 248a StGB - ohne von Kfz 2 540001 Sonstige Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB 7 540006 Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen 1 540007 Fälschung von Gesundheitszeugnissen 2 540008 Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse 1 540009 Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse 2 552010 Inverkehrbringen von Falschgeld gemäß §§ 146 Abs. 1 Nr. 3, 151, 152 StGB StGB 1 621110 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 113, 115 StGB 2 621120 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 114, 115 StGB 2 673010 Beleidigung ohne sexuelle Grundlage 9 674319 Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 1 716431 Inverkehrbringen von bedenklichen Arzneimitteln (AMidillegV) 3 720002 Versammlungsgesetz 3 725120 Unerlaubte

Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz 1 725711 Unerlaubter Aufenthalt ohne unerlaubte Einreise 6 725712 Unerlaubter Aufenthalt n. unerlaubter/ungekl. Einreise (hinreichende Konkretisierung d. Grenzübertritts nicht möglich) 80 725720 Unerlaubter Aufenthalt nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz 1 725800 Einreise oder Aufenthalt trotz Versagung des Freizügigkeitsrechts gemäß Par. 9 Freizügigkeitsgesetz/EU 1 725900 Sonstige Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz 2 726200 Straftat nach dem Waffengesetz 5 731100 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Heroin 7 731202 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Kokain 5 731300 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit LSD 1 Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 731601 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form 22 731602 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) 3 731703 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform 1 731800 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 107 731900 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 3 732713 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Methamphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform 1 732810 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 1 732820 Schmuggel (§ 29 BtMG) - von Cannabis und Zubereitungen 1 734220 Verstöße gemäß § 30a BtMG 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Staatsbürgerschaft Anzahl Tatverdächtiger Afghanistan 8 Ägypten 2 Albanien 8 Algerien 17 Angola 2 Armenien 1 Bangladesch 1 Belgien 1 Brasilien 2 Bulgarien 1 Deutschland 166 Ecuador 1 Eritrea 3 Frankreich 1 Gambia 3 Georgien 1 Ghana 4 Griechenland 1 Guinea 3 Indien (einschl. Sikkim) 1 Irak 6 Iran Islamische Republik 1 Israel 1 Italien 1 Jordanien 1 Kirgisistan 1 Kolumbien 1 Kosovo 2 Kroatien 5 Lettland 1 Libanon 4 Libysch Arabische Dschamahirija (Libyen) 4 Marokko 18 Niederlande 3 Nigeria 5 Nordmazedonien 2 Österreich 1 Pakistan 3 Polen 10 Portugal 1 Rumänien 5 Russische Föderation 1 Serbien 4 Somalia 3 Sudan (ohne Südsudan) 2 Syrien, Arabische Republik 18 Tadschikistan 2 Tschad 1 Staatsbürgerschaft und Anzahl der Tatverdächtigen am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Staatsbürgerschaft Anzahl Tatverdächtiger Staatsbürgerschaft und Anzahl der Tatverdächtigen am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Tunesien 4 Türkei 9 Ungeklärt 8 Usbekistan 1 Vietnam 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Abanob Eid Anwar Farag 1 Abdel Kader 1 Abderahman 1 Abdessamad 1 Abdulai 1 Abdullah 1 Abdulrahim 1 Abubakar Sadik 1 Ademola 1 Adrian Youssouf 1 Ahlam 1 Ahmad 2 Ahmad Wessam 1 Ahmed 3 Ahmed Tunahan 1 Ahmet 1 Ahsan 1 Aiman 1 Alexander 1 Alexander Thomas 1 Alexandra Lydia Isolde 1 Ali 1 Ali Hassan 1 Alpha Omar 1 Amin 1 Amine 2 Anas 1 Anastasija 1 Andreas 1 Andreas Conrad 1 Andy Thomas Christopher 1 Anthony Chukwuemeka 1 Arayik 1 Arbiel 1 Ari Abdullah Mohammed 1 Artur 1 Asad 1 Ashraf 1 Aya 1 Ayoub 1 Azem Sebastian 1 Balen Sami Omer 1 Barnabas 1 Bartek 1 Benjamin Dennis 1 Bernd 1 Bernd Karl 1 Bilal 2 Blessed 1 Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Bojan 1 Braveen 1 Can 1 Christian 1 Christopher Robin 1 Corina-Diana 1 Daljit 1 Damian 1 Damian Lukas 1 Daniel 3 Daniela Gabriele 1 David 3 Dawid 1 Decio Jose 1 Dejan 1 Denis 1 Dennis 1 Devrim 1 Djant Esprit 1 Dominik 3 Dorjan 1 Dropi 1 Dževat 1 Edrisa 1

Elhamuddin 1 Emanuell 1 Enayatullah 1 Endrit 1 Enis 1 Erdit 1 Erturul 1 Eslam 1 Ezzat 1 Fabian 1 Fabio Timo 1 Faisal 1 Farenk Alcosa 1 Farid 1 Farouk Eddine Kamel 1 Farrukh 1 Fidan 1 Fihima 1 Finn Christoph 1 Firooz 1 Floramt 1 Florian 2 Florin 1 Francisco 1 Frank Peter 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Gerlinde 1 German Andres 1 Geronimo 1 Glenn 1 Gregor 1 Guido 1 Hamse 1 Hamza 1 Hassan 2 Hawari 1 Hayri 1 Hazem 1 Heba 1 Heiko 1 Himidan 1 Horst 1 Houari 1 Hussin 1 Ibrahim 2 Ifreke 1 Igors 1 Indira Ana Mevla 1 Ivan 2 Ivan Krasimirov 1 Jan 1 Jan Michael Sebastian 1 Jan Patrick 1 Jardina 1 Jasmin Verena 1 Jawad 1 Jonas 2 Jonathan 1 Jude 1 Julian 1 Juliano Ludwig 1 Julien Sebastian 1 Justin 3 Justin Andreas 1 Justin Fabian 1 Kader 1 Kamel 1 Karina 1 Karsten 2 Karwan 1 Kastriot 1 Katja Josefine 1 Kerstin 1 Kevin 3 Kevin Dennis Detlef 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Khalid 1 Kibrom 2 Kim Angelina 1 Klaustin 1 Krzysztof 1 Labbes 1 Laid 1 Lars Stephan Manfred 1 Laura-Marie 1 Lenuta 1 Leon 4 Leon Emanuele 1 Leonardo 1 Lhbib 1 Lida 1 Loay 1 Luka 1 Mahdi 2 Maik 1 Malik 1 Malual 1 Manuel Maximilian 1 Manuel Rene 1 Marc 1 Marcel 1 Marcel Dogan 1 Marcello 1 Marcelo 1 Marcin 1 Marcin Leszek 1 Marco 3 Marco Günter 1 Marcus 1 Marek Jozef 1 Margarethe Anna 1 Marius 1 Mariusz Andrzej 1 Markus 1 Marouane 1 Martin 1 Martins 1 Marvin Wilfried 1 Mateo 1 Matthias 1 Maurice 1 Maurice Pascal 1 Mehdi 2 Mehmet 1 Melih 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Melisa 1 Michael Scott 1 Michał 1 Michel 1 Mike 1 Milan 1 Miriam Jutta 1 Mirjan 1 Mobin 1 Mohamad 1 Mohamed 5 Mohamed Iheb 1 Mohamed Nizar 1 Mohammad 1 Mohammad Hassan 1 Mundo 1 Musab 1 Mustafa 2 Mzda Mustafa Mohammed 1 Nabil 1 Najeem 1 Nando 1 Nasar 1 Neilos 1 Nick 1 Nico 3 Niko Emanuel 1 Nikola 1 Nils 1 Nima 1 Niyazi 1 Noorid 1 Omar 1 Orhan 1 Osama 1 Osman 1 Ossama 1 Pascal 2 Pascal Martin 1 Patrick 1 Patrick Justin 1 Paul Marek 1 Paula Franziska 1 Peter Petrus Hendrikus Albertus 1 Philip 1 Pierre 1 Pouria 1 Przemysław 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Qusae 1 Radisa 1 Ramadan 1 Ramadan Fouzie Ramadan 1 Ramzi 1 Raphael 2 Raphael Kwabena 1 Rebekka Ursula 1 Rene 2 Ricardo 1 Richard 1 Robert 1 Robizoni 1 Roj 1 Roman 1 Sabine 1 Sabrina Christina 1 Sabrina Vanessa 1 Said 1 Salah 1 Sami 1 Sarvinoz 1 Sascha 1 Saverio Giovanni 1 Sean Liam 1 Sergei 1 Severdzan 1 Shanaz 1 Shiar 1 Shodibeg 1 Siad 1 Sid Ahmed 1 Simon 1 Solizhon 1 Sorin-Stelian 1 Souleyman 1 Stefan 1 Stefan Günther 1 Steffen 1 Stephan 1 Sulejman 1 Sven 1 Sven Peter 1 Tereza 1 Therno 1 Thorsten Hilmar 1 Till 1 Timo 2 Tobias 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 4 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Duisburg im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Tobias Oliver 1 Tomasz Henryk 1 Tunay Ferhat 1 Tyll Florian 1 Tyrese 1 Umut 1 Umutcan 1 Urim 1 Van Tuan 1 Veysel 1 Victor 1 Victory 1 Wesam 1 Wojciech Mikolaj 1 Wolfgang Hans Stefan 1 Wolfgang Peter 1 Yacine 1 Yassin 1 Yassine 1 Yassy Adrianus Bernard 1 Yusuf 1 Yusuf Eren 1 Zumrije 1 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle ..... Straftaten insgesamt 1 174 020010 Totschlag § 212 StGB 1 111710 Vergewaltigung § 177 Abs. 6 Nr. 1, 2 StGB (ohne Schl. 111730) 2 112120 Sexuelle Nötigung § 177 Abs. 5, 9 StGB 1 114000 Sexuelle Belästigung § 184i StGB 2 131100 Sexuelle Handlungen gemäß § 176 Abs. 1 und 2 StGB 1 131300 Sexuelle Handlungen gemäß § 176 Abs. 4 Nr. 2 StGB 1 132010 Exhibitionistische Handlungen § 183 StGB 2 143100 Verbreitung pornografischer Schriften

(Erzeugnisse) an Personen unter 18 Jahren § 184 Abs. 1 Nr. 1, 2, 5 StGB 1 210010 Sonstiger Raub § 249 StGB 1 210020 Sonstiger schwerer Raub § 250 StGB 1 210040 Räuberischer Diebstahl § 252 StGB 4 210050 Sonstige räuberische Erpressung § 255 StGB 2 217010 Sonstiger Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 249 StGB 6 217020 Sonstiger schwerer Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 250 StGB 1 217050 Sonstige räuberische Erpressung auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 255 StGB 2 222010 Sonstige Tatörtlichkeit bei gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB 7 222110 Gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB auf Straßen, Wegen oder Plätzen 30 224000 Vorsätzliche einfache Körperverletzung 33 232100 Freiheitsberaubung § 239 StGB 1 232201 Nötigung im Straßenverkehr gemäß § 240 Abs. 1 StGB 4 232279 Sonstige Nötigung 1 232300 Bedrohung § 241 StGB 6 232410 Nachstellung (Stalking) gem. § 238 StGB Abs. 1 StGB 1 239110 Handel z. Zw. d. Ausbeutung b. Ausübung d. Prostitution, d. Vornahme sex. Handlungen §232 StGB 1 300010 Sonstiger "Einfacher" Diebstahl 26 300310 "Einfacher" Diebstahl von Fahrrädern 2 300500 "Einfacher" Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 3 326000 Sonstiges - (einfacher) Ladendiebstahl 1 350500 Sonstiges - "einfacher" Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen von sonstigem Gut von unbaren Zahlungsmitteln 1 390000 Sonstiger "Einfacher" Taschendiebstahl 18 390500 Sonstiger "Einfacher"Taschendiebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 10 400010 Sonstiger besonders schwerer Fall des Diebstahls 2 400310 Diebstahl von Fahrrädern - besonders schwerer Fall 18 425010 Diebstahl i/a Kiosken, Warenh., Verkaufsr., SB-Läden, Schauf./-kästen und Vitrinen (o.LaDi) - besonders schwerer Fall 1 511211 Weitere Arten des Warenkreditbetruges § 263 StGB 1 511300 Warenbetrug 2 515001 Beförderungserschleichung 14 515079 Sonstiges Erschleichen von Leistungen 1 516200 Betrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungskarten ohne PIN (Lastschriftverfahren) 1 516510 Betrug mittels rechtwidrig erlangter Daten von Zahlungskarten § 263 StGB 3 516520 Computerbetrug mittels rechtswidrig erlangter Daten von Zahlungskarten §263a StGB 1 Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 516910 Betrug mittels rechtwidrig erlangter sonstiger unbaren Zahlungsmitteln § 263 StGB 4 517210 Leistungskreditbetrug § 263 StGB 1 518910 Sonstige weitere Betrugsarten § 263 5 522000 Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt § 266a StGB 2 530079 Unterschlagung sonstiger Güter/Sachen gem. §§ 246, 247, 248a StGB -ohne von Kfz 21 540001 Sonstige Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB 1 540006 Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen 1 540009 Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse 1 540010 Missbrauch von Ausweispapieren 2 563000 Verletzung der Buchführungspflicht § 283b StGB 1 620013 Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln 1 621110 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 113, 115 StGB 5 621120 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 114, 115 StGB 4 630020 Strafvereitelung 2 632079 Sonstige Hehlerei § 259 StGB 3 670025 Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr 1 673010 Beleidigung ohne sexuelle Grundlage 16 673030 Verleumdung ohne sexuelle Grundlage 2 673110 Beleidigung auf sexueller Grundlage 1 674119 Sonstige Sachbeschädigung an Kfz 9 674319 Sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 3 674329 Sonstige gemeinschädliche Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen 1 712200 Insolvenzverschleppung § 15a InsO 2 715010 Straftat nach dem Markengesetz 3 716460 Straftaten nach dem AMG gemäß § 95 (1) 2, 3, 5, 5a 1 720002 Versammlungsgesetz 1 720011 Straftaten gemäß § 4 Gewaltschutzgesetz 1 720079 Straftat nach sonstigen strafrechtlichen Nebengesetzen 3 725110 Unerlaubte Einreise

gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 Aufenthaltsgesetz 12 725120 Unerlaubte Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz 3 725520 Straftaten gegen § 85 Asylgesetz 8 725711 Unerlaubter Aufenthalt ohne unerlaubte Einreise 83 725712 Unerlaubter Aufenthalt n. unerlaubter/ungekl. Einreise (hinreichende Konkretisierung d. Grenzübertritts nicht möglich) 122 725720 Unerlaubter Aufenthalt nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz 7 725800 Einreise oder Aufenthalt trotz Versagung des Freizügigkeitsrechts gemäß Par. 9 Freizügigkeitsgesetz/EU 1 725900 Sonstige Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz 74 726200 Straftat nach dem Waffengesetz 13 731100 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Heroin 11 731202 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Kokain 19 731601 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulveroder flüssiger Form 75 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Fälle Anzahl der Fälle aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 731602 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tablettenbzw. Kapselform (Ecstasy) 25 731703 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform 1 731800 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 373 731900 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 14 732212 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Kokain 2 732612 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) 3 732810 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 8 734510 Abgabe, Verabreichung oder Überlassung von Betäubungsmitteln an Minderjährige § 29a Abs. 1 Nr. 1 BtMG 2 734816 Unerlaubte Abg. u. Besitz in n. ger. Menge (§ 29a BtMG) v. Amphetamin/Methamph. u. s. Deriv. in Pulver- /flüssiger Form 1 734817 Illeg.(r) Abg. u. Bes. in n. geringer Menge (§ 29a BtMG) v. Amphetamin/Methamph.u. d. Deriv. in Tabl./Kapself.(Ecstasy) 1 734826 Unerlaubter Handel in nicht geringer Menge von Amphetamin/Methamphetamin u. Derivate in Pulver- oder flüssiger Form 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger ..... Straftaten insgesamt 908 020010 Totschlag § 212 StGB 3 111710 Vergewaltigung § 177 Abs. 6 Nr. 1, 2 StGB (ohne Schl. 111730) 1 114000 Sexuelle Belästigung § 184i StGB 1 131100 Sexuelle Handlungen gemäß § 176 Abs. 1 und 2 StGB 1 132010 Exhibitionistische Handlungen § 183 StGB 2 210040 Räuberischer Diebstahl § 252 StGB 3 210050 Sonstige räuberische Erpressung § 255 StGB 2 217010 Sonstiger Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 249 StGB 3 217020 Sonstiger schwerer Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 250 StGB 2 217050 Sonstige räuberische Erpressung auf Straßen, Wegen oder Plätzen § 255 StGB 1 222010 Sonstige Tatörtlichkeit bei gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB 10 222110 Gefährliche Körperverletzung gemäß § 224 StGB auf Straßen, Wegen oder Plätzen 25 224000 Vorsätzliche einfache Körperverletzung 28 232100 Freiheitsberaubung § 239 StGB 1 232201 Nötigung im Straßenverkehr gemäß § 240 Abs. 1 StGB 3 232279 Sonstige Nötigung 1 232300 Bedrohung § 241 StGB 5 232410 Nachstellung (Stalking) gem. § 238 StGB Abs. 1 StGB 1 239110 Handel z. Zw. d. Ausbeutung b. Ausübung d. Prostitution, d. Vornahme sex. Handlungen §232 StGB 1 300010 Sonstiger "Einfacher" Diebstahl 7 300310 "Einfacher" Diebstahl von Fahrrädern 2 300500 "Einfacher" Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln 1 390000 Sonstiger "Einfacher" Taschendiebstahl 4 400310 Diebstahl von Fahrrädern - besonders schwerer Fall 4 511211 Weitere Arten des Warenkreditbetruges § 263 StGB 1 515001 Beförderungserschleichung 14 515079 Sonstiges Erschleichen von Leistungen 1 516510 Betrug mittels rechtwidrig erlangter Daten von Zahlungskarten § 263 StGB 2 517210 Leistungskreditbetrug § 263 StGB 1 518910 Sonstige weitere Betrugsarten § 263 5 522000 Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt § 266a StGB 1 530079 Unterschlagung

sonstiger Güter/Sachen gem. §§ 246, 247, 248a StGB - ohne von Kfz 6 540006 Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen 1 540009 Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse 1 540010 Missbrauch von Ausweispapieren 1 563000 Verletzung der Buchführungspflicht § 283b StGB 1 620013 Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln 1 621110 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 113, 115 StGB 5 621120 Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen gem. §§ 114, 115 StGB 4 630020 Strafvereitelung 2 Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Schl.-Zahl Straftat Anzahl Tatverdächtiger Anzahl der Tatverdächtigen aufgeschlüsselt nach Delikten am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 632079 Sonstige Hehlerei § 259 StGB 3 670025 Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr 1 673010 Beleidigung ohne sexuelle Grundlage 17 673030 Verleumdung ohne sexuelle Grundlage 1 673110 Beleidigung auf sexueller Grundlage 1 674119 Sonstige Sachbeschädigung an Kfz 2 712200 Insolvenzverschleppung § 15a InsO 2 715010 Straftat nach dem Markengesetz 1 716460 Straftaten nach dem AMG gemäß § 95 (1) 2, 3, 5, 5a 1 720002 Versammlungsgesetz 1 720011 Straftaten gemäß § 4 Gewaltschutzgesetz 1 720079 Straftat nach sonstigen strafrechtlichen Nebengesetzen 6 725110 Unerlaubte Einreise gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 Aufenthaltsgesetz 12 725120 Unerlaubte Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz 3 725520 Straftaten gegen § 85 Asylgesetz 6 725711 Unerlaubter Aufenthalt ohne unerlaubte Einreise 76 725712 Unerlaubter Aufenthalt n. unerlaubter/ungekl. Einreise (hinreichende Konkretisierung d. Grenzübertritts nicht möglich) 121 725720 Unerlaubter Aufenthalt nach Ausweisung/Abschiebung gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz 7 725800 Einreise oder Aufenthalt trotz Versagung des Freizügigkeitsrechts gemäß Par. 9 Freizügigkeitsgesetz/EU 1 725900 Sonstige Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz 57 726200 Straftat nach dem Waffengesetz 13 731100 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Heroin 11 731202 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Kokain 17 731601 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Pulver- oder flüssiger Form 63 731602 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin und seinen Derivaten in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) 22 731703 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - Methamphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform 1 731800 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 342 731900 Allgemeiner Verstoß (§ 29 BtMG) - mit sonstigen Betäubungsmitteln 14 732212 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Kokain 2 732612 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Amphetamin in Tabletten- bzw. Kapselform (Ecstasy) 3 732810 Illegaler Handel (§ 29 BtMG) - mit Cannabis und Zubereitungen 13 734816 Unerlaubte Abg. u. Besitz in n. ger. Menge (§ 29a BtMG) v. Amphetamin/Methamph. u. s. Deriv. in Pulver- /flüssiger Form 1 734817 Illeg.(r) Abg. u. Bes. in n. geringer Menge (§ 29a BtMG) v. Amphetamin/Methamph.u. d. Deriv. in Tabl./Kapself.(Ecstasy) 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Staatsbürgerschaft Anzahl Tatverdächtiger Afghanistan 28 Ägypten 3 Albanien 8 Algerien 67 Aserbaidschan 5 Bangladesch 1 Bosnien und Herzegowina 5 Brasilien 1 Bulgarien 3 Burkina Faso 4 China, Volksrepublik 1 Côte d'Ivoire 1 Deutschland 389 Eritrea 3 Frankreich 1 Gambia 7 Georgien 3 Ghana 5 Griechenland 2 Guinea 78 Irak 16 Iran Islamische Republik 4 Israel 1 Italien 3 Kamerun 1 Kenia 1 Kongo 1 Kongo, Demokratische Republik 1 Kosovo 1 Kroatien 2 Lettland 2 Libanon 5 Liberia 1 Libysch Arabische Dschamahirija (Libyen) 8 Litauen 3 Mali 3 Marokko 47 Mauretanien 1 Niederlande 1 Nigeria 17 Nordmazedonien 3 ohne Angabe 3 Österreich 1 Pakistan 3 Polen 20 Portugal 2 Ruanda 1 Rumänien 23 Staatsbürgerschaft und Anzahl der Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage

6156 Anlage 5 Staatsbürgerschaft Anzahl Tatverdächtiger Staatsbürgerschaft und Anzahl der Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Russische Föderation 1 Senegal 1 Serbien 8 Sierra Leone 3 Slowakische Republik 1 Somalia 5 Spanien 14 Sri Lanka 2 Staatenlos 1 Sudan (ohne Südsudan) 3 Syrien, Arabische Republik 28 Tadschikistan 1 Togo 2 Tunesien 10 Türkei 20 Uganda 1 Ukraine 2 Ungarn 3 Ungeklärt 8 Venezuela 1 Vietnam 2 Weißrussland (Belarus) 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Abdalhamide 1 Abdallah 1 Abdel Ilah 1 Abdelali 1 Abdelaziz 1 Abdelkarim 2 Abdelkrim 1 Abderrahmane 1 Abdikani 1 Abdoul Karim 2 Abdul-Khan 1 Abdulganiyu 1 Abdulkarim 1 Abdullah 1 Abdulrahim 1 Abeeb 1 Abili 1 Abou 2 Abubakar 1 Abukar 1 Achraf 2 Adam 1 Adda 1 Adil 1 Adnan 1 Adramane 1 Adrian 3 Adrian Patryck 1 Adriano 1 Afrim 1 Ahamed 2 Ahmad 5 Ahmad Jawed 1 Ahmadou Tidianiou 1 Ahmed 5 Ahmed Waleed 1 Ahsan 1 Ajit 1 Alagie 2 Alan 1 Alchahed 1 Aleksander 1 Alessandro 1 Alex 1 Alex Thibaut 1 Alexander 4 Alexander Charles 1 Alexandra 1 Alhassane 1 Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Ali 4 Ali Bab 1 Ali Jan 1 Ali-Kerem 1 Alilo 1 Aliou 2 Alireza 1 Alper 1 Alperen Enes 1 Alpha 2 Alpha Ousmane 2 Altayeb 1 Amadou Mouctar 1 Amadou Oury 1 Amadou Tidiane 1 Amadououry 1 Amer 1 Amerd 1 Amin 2 Amine 1 Ana Doina 1 Anabel 1 Anakin-Mike 1 Anas 3 Anasse 1 Andrea 1 Andreas 8 Andreas Francesco Günter 1 Andreas Roland 1 Andrei 1 Anika 1 Anis 1 Aniss 1 Anna 1 Antonio 1 Anwar 1 Arab 1 Aram 1 Arkadius Maximilian 1 Arkadiusz 1 Arkaduisz Jaroslaw 1 Armando 2 Armin 1 Arndt-Malte Asmus Till 1 Artak 1 Arthur 1 Ashikur 1 Ashraf 1 Assil 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Augustin 1 Austin 1 Avdo 1 Awat Noori 1 Ayah 1 Ayhan 1 Aymen 1 Aynur Firdovsi 1 Ayuob 1 Ayyoub 1 Azeddine 1 Azedin 1 Azem 1 Azzeddine 1 Bader 1 Badr El Din 1 Badri 1 Bahram 1 Barbaros 1 Bardhyl 1 Baris 1 Bartosz Grzegorz 1 Bastian 1 Bekir 1 Ben 1 Benjamin 2 Benjamin Udo Botho 1 Bernd 2 Besiki 1 Besim 1 Bianca 1 Bilal 3 Björn 1 Bogdan Edward 1 Boualam 1 Boubacar 2 Buba 1 Bubacarr 1 Burak 1 Celina 1 Cendrim 1 Cennet 1 Chris Rudolf 1 Christian 1 Christian Jorge 1 Christian Michael 1 Christian Wolfgang 1 Christina 1 Christopher 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Christopher Rudolf 1 Clint 1 Cristian 1 Csaba 1 Cynthia 1 Damian 1 Damian Maximilian 1 Damiano Adriano 1 Danico Džou 1 Daniel 5 Daniel Andrzej 1 Daniel Mathias 1 Daniela 1 Danny 2 Danny Marcel 1 Dario Nikola 1 David 1 Daviti 1 Dawid 1 Dembo 1 Demush 1 Denis 1 Dennis 7 Dennis Lucas 1 Denny 1 Destiny 1 Diallo 2 Diana 1 Dirk 1 Djallal 1 Djamel 1 Dlkash 1 Dogukan 1 Dominik 2 Dominik Sebastian 1 Dung 1 Dževad 1 Edris 1 Eli 1 Elias 2 Elkhirni 1 Elsedik 1 Elvis 1 Elyssa 1 Emad 2 Emanuel Ioan 1 Emilio Antonio 1 Emin 2 Emircan 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Emram 1 Emre 2 Endurance 1 Enes 1 Erdal 1 Erik Maximilian 1 Esther 1 Etienne Morris 1 Eugenia 1 Fabian Mike Rüdiger 1 Fabienne 1 Fabio 1 Fabrizzio 1 Fahd 1 Fahmin 1 Falk 1 Falk Elias 1 Famany 1 Faruk 2 Fathi Mahamad 1 Fatih 1 Fatmir 1 Fayssal 1 Fekir 1 Feth Eddine 1 Firas 1 Florian 1 Florian Pascal 1 Florica 1 Florin 2 Fouad 1 Frank 1 Gharfar 1 Gheorghe-Niculai 1 Ghit 1 Gianluca 1 Gianluca Giovanni 1 Gift 1 Gina Maria 1 Gökhan 1 Govinda Marcel 1 Grigore-Daniel 1 Gunars 1 Günther 1 Habib 2 Hamid 1 Hamza 3 Hamze 1 Hane 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname

Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Hani 1 Hans Joachim 1 Hasan 1 Hassan 1 Hassan Mohammed 1 Hawjin 1 Haydar 1 Hazhar Jaza 1 Heinz Walter Hugo 1 Heinz-Marco 1 Heithem 1 Helmut 2 Hendrik 1 Hossein 1 Husam Safaa 1 Huseyin Alp 1 Hussein 1 Ibrahim 10 Ibrahim Sory 1 Ibrahima 7 Ibrahime 2 Ibrar 1 Icyes 1 Idries 1 Idris 1 Idrissa 2 Ijaz Ahmad 1 Ilias 1 Iliass 1 Illoul 1 Ilona 1 Ilyas 1 Ines 1 Ionel-Augustin 1 Irfan 1 Irina 1 Isabell 1 Ismail 3 Ismeta 1 Issa 1 Jacob 1 Jakub 1 Jalal 1 Jamal 1 Jan 2 Jan Luca 1 Jan Niklas 1 Jan Patrick 1 Jan-Niklas 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Jan-Pascal 1 Jana 2 Janis 1 Jasmin 1 Jasmine Zena 1 Jason Alexander 1 Jason Maurice 1 Jens 1 Jeremy 1 Jerome Constantin 1 Jerome Junior 1 Jessika 1 Jilani-Abdelkarim 1 Jimoh 1 Joachim 1 Joel Leon 1 Jona Luca 1 Jona Wolfgang Markus 1 Jonas 1 Jonathan 1 Joniy 1 Jose 1 Jose Manuel 1 Joseph Alejandro 1 Joshua 1 Joshua Conner 1 Jovan 1 Juan Carlos 1 Judith Marie 1 Juergen 1 Julian 1 Juliana 1 Justin 2 Justin Robert Bozidar 1 Justin Sascha 1 Justus Max 1 Kai 1 Kambiz 1 Kamill 1 Karim 4 Katharina Maria 1 Katja 1 Kazim 1 Kemal 1 Kenny 1 Kerem 1 Kerim Malik 1 Kestutis 1 Kevin 4 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Kevin Maurice 1 Kevin Michael 1 Keywan 1 Khaled 2 Khalil 1 Khalil Jama 1 Kharroubi 1 Kilian 1 Kimberley 1 Kingsley 1 Klisman 1 Kokanko 1 Koray 1 Krim 1 Kunaseelan 1 Kwane 1 Kyriakos 1 Lamine 2 Lara-Sofie 1 Lars 2 Lassana 1 Lasse 1 Lasse Peter Christian 1 Lee Jason 1 Leon 5 Leon Joshua 1 Leon Noel 1 Leon Rene 1 Leonard 1 Leslaw Sebastian 1 Levi-Lee 1 Lin 1 Lina Maite 1 Linda Hadi 1 Linus Justus Victorius 1 Lisa-Marie 1 Liviu 1 Louda 1 Luca Dirk 1 Lucky 1 Luis 1 Luis Ferdinand 1 Lukas 1 Lukas Joel Maurice 1 Lukas Sebastian 1 Luke 1 Lwiz 1 Mahmoud 1 Mahmoud Waled 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Mahmut 1 Makena 1 Maline 1 Malte Maximilian 1 Mamadou 4 Mamadou Aliou 3 Mamadou Alpha 2 Mamadou Bobo 1 Mamadou Djouma 1 Mamadou Moussa 1 Mamodou 1 Mamud 1 Manuel 1 Marc 1 Marc Andre 1 Marc Kevin 1 Marc Robin 1 Marcel 3 Marcel Tobias 1 Marco 3 Marco Xavier 1 Marek Andrzej 1 Mariame Bouchra 1 Marie-Theres 1 Mario 1 Marius 1 Marius Claudemir 1 Mariusz Andrzej 1 Mark 1 Mark Dieter 1 Markus 1 Martin 1 Marvin 1 Marvin Christian Jason Steven 1 Marwe 1 Mateusz 1 Matleo 1 Matthias 2 Matthias Karsten Heinz 1 Mattias 1 Mattis Ruben 1 Maurice Andre 1 Maurice Karim 1 Maurice Noel 1 Maximilian 2 Maximilian Toni 1 Meik 1 Melanie Silvia 1 Melih 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Melvin-Noel 1 Michael 7 Michael Paddy Matthew 1 Michaela 1 Michal Lukasz 1 Miguel 1 Mihai 1 Mika Tim 1 Mike 1 Mike David 1 Mikel 1 Milan 1 Milosz 1 Miloud 1 Minka 1 Minte 2 Mira 1 Mirel 1 Mitica 1 Mohamad 4 Mohamed 23 Mohamed Amine 1 Mohamed Borhane 1 Mohamed Mohummed 1 Mohamed Nasr Hassan Ahmed 1 Mohammad 1 Mohammad Faisel 1 Mohammad Nour 1 Mohammed 4 Mohammed Islam 1 Mohammed Taleb 1 Mokonen 1 Montasar Dragan 1 Mootaz 1 Morad 1 Mosa 1 Moses 2 Mouhammad 1 Mourad 1 Mousa 1 Mrabet 1 Muhamad 1 Muhammad 1 Muhammed 1 Murtadha Ali Kasls 1 Musab 1 Mustafa 3 Mustafa Görkem 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Mustapha 1 Nadine Geneviève 1 Nadir 1 Naim 1 Nazar 1 Nazim 1 Nele 1 Nelly 1 Nick 1 Nico 4 Nicolai Andreas 1 Niklas 2 Niklas Alexander 1

Nikola Ewa 1 Nikolaos 1 Nikolija 1 Noah Francesco 1 Nour Isllem 1 Obehi 1 Ogün 1 Okba 1 Okoro 1 Olesja Elena 1 Olga 1 Oliver 1 Olson 1 Omar 3 Osman 2 Othmane 2 Oualid 1 Oubeid 1 Oumar 2 Ousman 1 Ousmane 6 Oussama 2 Özkan 1 Pascal 1 Pasqual Tayeb 1 Patrick 2 Patrick Sven 1 Patryk 1 Patryk Stanisław 1 Paul 2 Paul Anton 1 Paul Gerrit 1 Pechri 1 Peter 2 Philip 2 Philipp 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Pia 1 Pia-Maria 1 Pierre 1 Rabah 1 Rabeh 1 Rachid 1 Racim 1 Radia 1 Rafal Adrian 1 Rahim 1 Rainer 1 Ramadane 1 Ramatulai 1 Ramazah 1 Rami 3 Ramin 1 Ramzan 1 Rawi 1 Rayissa 1 Reda 1 Rene 3 Rene Alexander 1 Resat 1 Riadh 1 Ricardo 1 Ricardo Jorge 1 Ricardo-Douglas 1 Riduan 1 Rita 1 Robeal 1 Robert Thomas 1 Robin 1 Robin Rolf 1 Rogers 1 Rohid 1 Roman 1 Romina Maria 1 Romualds 1 Rudolf 1 Ruslan 1 Ryane 1 Sabrina Vanessa 1 Sadam 1 Sadou 2 Sahand 1 Sahin-Emrah 1 Sahir 1 Said 1 Saidou 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Salem 1 Salih 1 Salim 1 Salionme 2 Salmi 1 Sami 1 Samia 1 Samir 2 Samir Hussein 1 Samuel 1 Samy 1 Sandra Ramona 1 Sara Denisa 1 Sara Hikmat 1 Sarah 2 Sarah Farina 1 Saria 1 Sascha 2 Sascha Manfred 1 Sascha Ömür 1 Sascha Siegfried 1 Saskia 1 Sebastian 3 Sebastian Ionut 1 Sebastian Mario 1 Selina 1 Semra 1 Sergej 2 Serif 1 Serkan 1 Servan 1 Servet 1 Shafiullah 1 Shwana Hilai 1 Sifatulah 1 Silvia 1 Simon Alexander Siegfried Ndiata 1 Sivaruban 1 Sofian 1 Sofie Songül 1 Soima 1 Soraya-Anna 1 Sören Jaan 1 Sorin-Daniel 1 Soufian 1 Soufian Ben Tayeb 1 Stefan 3 Stefan Frank 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Stephen Igho 1 Steven 1 Steven Quentin 1 Stevie 1 Steward 1 Suad 1 Sven 3 Sven Andrew 1 Szymon 1 Taha 1 Tahar 1 Taher 1 Tahir 2 Tamas-Levente 1 Tanja 1 Tatjana 2 Tavon Gamal 1 Thang 1 Theophilus 1 Thierno 2 Thierno Ousmane 2 Thierno Yaya 1 Thomas 1 Thorsten 2 Thorsten Adalbert 1 Till 1 Till Marcel 1 Tim 5 Timon 1 Tobias 2 Tom Darius 1 Tom Jonathan 1 Torben 1 Torsten 1 Tristan 2 Tunahan 1 Tuncay 1 Uche 2 Usama 1 Valentin 1 Viktor 1 Viktors 1 Vitali 1 Vitalij 1 Vladimir 1 Volkan 1 Vural 1 Wajdi 1 Wali 1 Quelle: PKS NRW Kleine Anfrage 6156 Anlage 5 Vorname Anzahl Tatverdächtiger Vornamen und Anzahl der deutschen Tatverdächtigen am Hbf Dortmund im Berichtszeitraum 01.01.2021 bis 30.11.2021 Waxie 1 Werner 1 Wilhelm 1 Wissem 1 Wladimir 1 Xaver 1 Yahya 1 Yasid 1 Yasleisy 1 Yener 1 Yevhen 1 Yino-Murtez Baskim 1 Yosf 1 Youcef 1 Younes 1 Younus 1 Yusuf 1 Zafer 1 Zakaria 2 Zaman Ali Hussein 1 Zinodin 1 Zoheir Tarek Kheir-Allah 1 Zohir 1 Zsolt 1 3 Quelle: PKS NRW

https://www.pi-news.net/2022/07/nrw-messerstecher-vor-gericht-medien-verschleiern-herkunft-des-taeters/

NRW: Messerstecher vor Gericht – Medien verschleiern Täterherkunft

26. Juli 2022

Unter anderem vor dieser Moschee in der berüchtigten Dortmunder Nordstadt versuchte der Afghane Salahuddin B. einem Mann ein Messer in den Bauch zu rammen.
Von MANFRED W. BLACK | Vor dem Dortmunder Schwurgericht steht seit Mittwoch als Angeklagter „ein Mann" (Ruhr-Nachrichten), der vor wenigen Wochen einen Bürger in NRW mit einem Messer lebensgefährlich verletzt hat. „Der Dortmunder" – so nennt der Lokalsender Radio 91.2 den Gewaltverbrecher – hat auch einen Polizeiarzt und einen Vollstreckungsbeamten körperlich attackiert.
Seltsamerweise verschweigen fast alle Medien, dass es sich bei dem Messerstecher um einen Afghanen handelt, der in Deutschland Asyl beantragt hatte, dessen Antrag von den zuständigen Behörden aber abgelehnt worden war.
Diese Medien, die ihre Leser und Zuhörer über die wahren Hintergründe des gefährlichen Gewalttäters im Unklaren lassen, spekulieren aber bereits darüber, dass der Angeklagte wohl nicht zurechnungsfähig sei – und deswegen wahrscheinlich nicht etwa Gefangener einer Justizvollzugsanstalt, sondern Patient eines Psychiatrischen Krankenhauses werden könnte.
Als Asylbewerber abgelehnt
Radio 91.2 schreibt dazu: „nach einer lebensgefährlichen Messerattacke auf offener Straße steht ein psychisch kranker Dortmunder wegen Mordversuchs vor Gericht". Der 27-jährige Täter „soll im Februar in Lütgendortmund einen Passanten angegriffen haben".
Das Leben des Opfers habe „nur per Not-Operation gerettet werden" können. Die Messerstiche hätten „Bauch, Leber und Darm verletzt".
Wenige Stunden zuvor soll der Messerstecher bereits einen Bekannten in der Dortmunder Hanif-Moschee angegriffen haben. Dieses Opfer hat aber offenbar die Stiche mit den bloßen Händen abwehren können, der Attackierte erlitt allerdings schwere Abwehrverletzungen. „Der Moment der Todesangst" macht „ihm bis heute zu schaffen" (Bild-Zeitung).
Selbst entlassen
Nach dieser Attacke war der Afghane in die Forensik eingewiesen worden. Dort konnte er sich jedoch eigenartigerweise wenig später „selbst entlassen" (Bild). Kurze Zeit darauf sollte der Messerstecher von der Polizei festgenommen werden.
Doch dieser Festnahme suchte sich der Afghane zunächst handfest zu entziehen. Einem anwesenden Polizeiarzt schlug der Gewalttäter mit der Faust ins Gesicht, „bei der Verkündigung des Haftbefehls mussten ihn vier Justizbeamte festhalten", schreibt die Bild-Redaktion Ruhrgebiet.
Die Bild-Zeitung hat sich nicht gescheut, den Namen des Täters zu nennen, den die anderen Medien gern unter den Tisch fallen lassen

wollen, damit Bundesbürger ob der herrschenden „Flüchtlings"-Politik nicht verunsichert werden.

Fall für die Forensik?

Der Messerstecher heißt Salahuddin B., sein Asylantrag war zwar vom Ausländeramt schon vor längerer Zeit abgelehnt worden. Aber die Behörde erklärte den Afghanen – so wie es fast immer in solchen Fällen hierzulande gemacht wird – flugs zu einer „geduldeten" Flüchtlings-Person, die fortan vollumfänglich in den Genuss der Sozialleistungen des hiesigen Staates gekommen ist.

Vor dem Schwurgericht erklärte der zuständige Staatsanwalt Henner Kruse das, was Staatsanwaltschaften in solchen Fällen oft erklären: Der Gewalttäter leide „unter einer paranoid-halluzinatorischen Psychose", er sei „für die Allgemeinheit gefährlich".

Ausweisung: Unwahrscheinlich

Damit ist schon eine wichtige Vorentscheidung gefallen. Der Messerstecher wird wohl über kurz oder lang in eine Forensische Psychiatrie verbracht werden. Ob der er jemals in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert werden wird, ist mehr als fraglich.

Eher ist damit zu rechnen, dass der Afghane, der einst angeblich als politischer „Schutzsuchender" nach Deutschland gekommen ist, sich mittelfristig wieder als „freier Mann" in der hiesigen Gesellschaft bewegen kann, der Tag für Tag vom Sozialstaat gut versorgt wird – einschließlich einer adäquaten Wohnung.

Nicht zu erwarten ist jedoch, dass der Schwerkriminelle nach Afghanistan ausgewiesen wird. Eine solche Maßnahme wäre – so sagt der links-grüne Zeitgeist – „ausländerfeindlich".

Like

https://philosophia-perennis.com/2022/07/29/von-islamisten-abgeschlachtet-sechs-jahre-spaeter-gedenken-wir-pater-hamel/

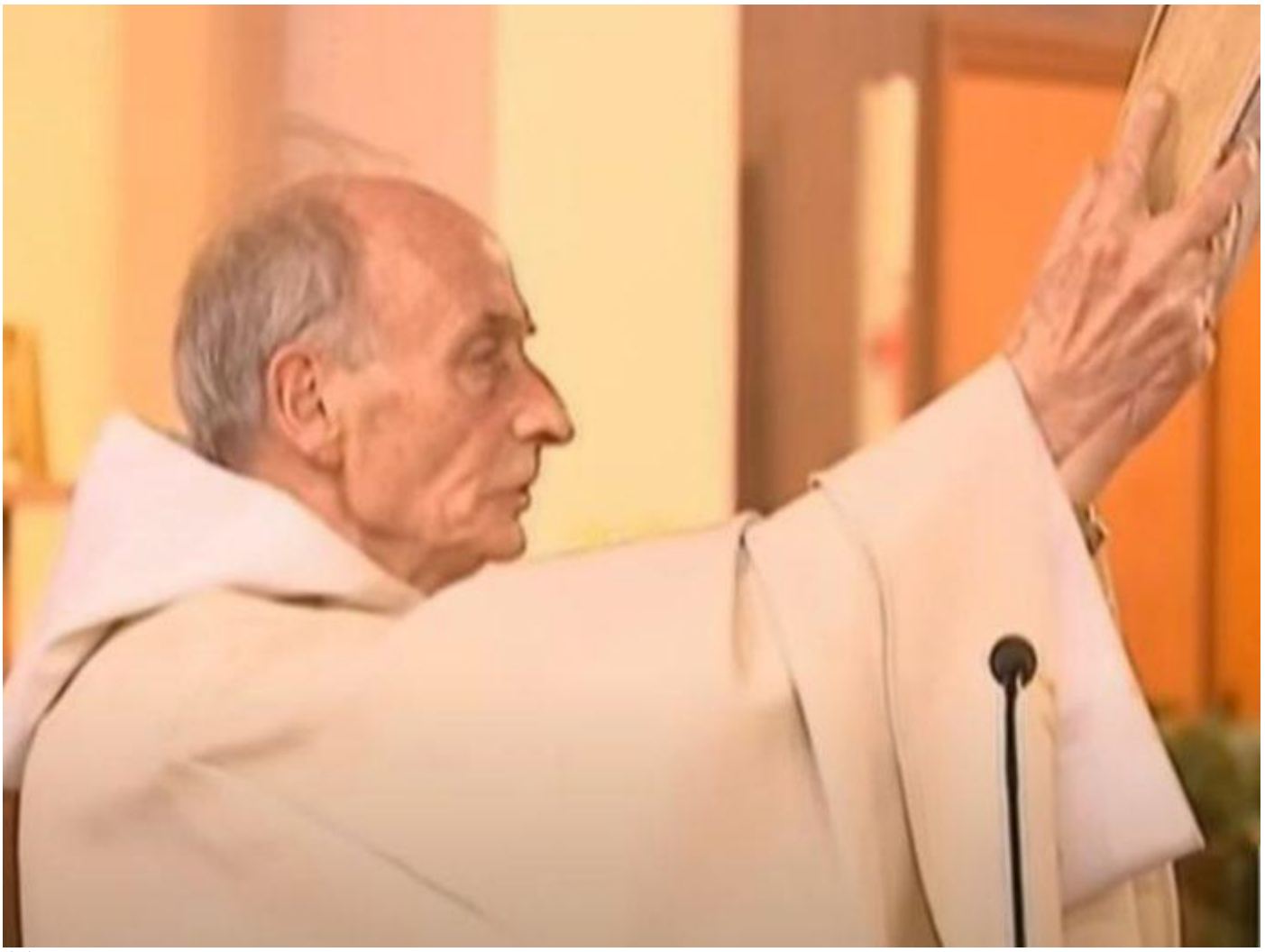
Von Islamisten abgeschlachtet – Sechs Jahre später: Gedenken wir Pater Hamel

Von

PP-Redaktion

-

29. Juli 2022


(c) Screenshot YT

Pater Hamel starb vor sechs Jahren als Märtyrer, dem in odiumfidei von zwei fanatischen Muslimen die Kehle durchgeschnitten wurde, wie früher, wie bei den ersten Christen. Wir sollten ihn nicht vergessen. Es heißt, dass einige Besucher für ihn beten. Ich denke hingegen, dass wir ihn bitten sollten, für uns zu beten, heute noch mehr als vor sechs Jahren…
Es ist ein kleines Dorf auf dem Land, nicht weit von Rouen entfernt: Saint-Étienne-du-Rouvray. Pater Jacques Hamel hatte sein ganzes Leben in dieser Gegend verbracht: Er s29tammte aus Darnétal, war mit sechs Jahren Ministrant in der Kirche Saint-Paul in Rouen und trat mit vierzehn in das Kleine Seminar ein, bevor er nach Algerien geschickt wurde.
Seine Schwester, die später Ordensfrau wurde, bezeugt, dass er sich trotz seiner Leistungen während des Militärdienstes immer weigerte, Offizier zu werden, „um nicht den Befehl geben zu müssen, andere Menschen zu töten“. Zwischen seiner Priesterweihe 1958 und seinem Tod diente er ausschließlich in der Erzdiözese Rouen und gehörte sogar – eine grausame Ironie des Schicksals – dem interkonfessionellen Komitee an, das der Erzbischof nach den Anschlägen vom November 2015 ins Leben gerufen hatte. Ein demütig dem lieben Gott dargebotenes Leben, ohne Hoffnung auf eitlen Ruhm oder große Leistungen: ein Leben stiller Heiligkeit, wie es Tausende in Frankreich in der Generation von Pater Hamel gab.

Bei der hl. Messe das Martyrium erlitten

An jenem Morgen feierte er die Messe für fünf Personen: ein Ehepaar aus der Gemeinde und drei Schwestern. Zwei „Dschihadisten“, in Wirklichkeit zwei radikalisierte Versager (wie in den meisten Fällen), betraten die Kirche in Saint-Étienne-du-Rouvray und riefen „Allahu Akbar“. Ihre Namen verdienen es nicht, hier genannt zu werden. Alles an ihnen war unecht: Sprengstoffgürtel, Handgranaten, Waffen, Kleidung, Glauben im Baukastensystem – leider alles außer den Messern. Nachdem sie die Gläubigen um sich geschart hatten, gingen sie auf Pater Hamel zu, der sie mit seinen 85 Jahren furchtlos apostrophierte. Die beiden Mörder zwangen einen der Gemeindemitglieder, einen 80-Jährigen, dazu, das Aufschlitzen der Kehle von Pater Hamel zu filmen, dessen letzte Worte zweimal lauteten: „Geh weg, Satan!“ Die Polizei war relativ schnell am Ort des Geschehens und erschoss die beiden. Jacques Hamel wird „mit durchschnittener Kehle“ aufgefunden – „massakriert“ wäre der richtige Ausdruck. Er hatte insgesamt achtundzwanzig Messerstiche erlitten. Die Polizei in der Region hatte Informationen erhalten, dass in dem Dorf ein Anschlag geplant war. Die muslimischen Behörden des Dorfes hatten ihre Moschee auf einem Grundstück errichtet, das ihnen von der Erzdiözese für einen symbolischen Euro überlassen worden war: Sie drückten ihre Überraschung aus, räumten aber ein, dass einige Salafisten manchmal zu den Predigten kamen. Nach einem medialen und religiösen Aufruhr (insbesondere über die Möglichkeit eines Seligsprechungsprozesses) fällt die Geschichte wie ein Soufflé wieder in sich zusammen.

Das Gewissen Frankreichs erschüttert

Ist sechs Jahre später noch etwas von diesem Attentat übrig, das damals das Gewissen Frankreichs erschüttert hatte? Nicht viel. Wird es in der sogenannten Mainstream-Presse ein paar Worte dazu geben? Wir hoffen es. Hier und da kann man lesen, dass in den kommenden Jahren ein Zentrum für Pilger geplant ist. Auf der Website von France 3 régions kann man sich sogar das Programm der Gedenkfeiern am Dienstag, den 26. Juli, beschaffen: Demnach folgt auf die Messe eine republikanische Zeremonie für Frieden und Brüderlichkeit vor der gleichnamigen Stele und anschließend ein Glas der Freundschaft im soziokulturellen Zentrum Georges-Déziré. Ich erfinde nichts. **Zittere, Daesch! Wir werden deinen Hass mit unseren neumodischen Zeremonien im Stil der Dritten Republik besiegen; wir werden deine Intoleranz mit unserem Kir, unseren Plastikbechern und unseren Monster-Munch-Schüsseln zurückschlagen!**

Pater Hamel starb als Märtyrer, dem in odiumfidei die Kehle durchgeschnitten wurde, wie früher, wie bei den Ursprüngen. Wir sollten ihn nicht vergessen. Es heißt, dass einige Besucher für ihn beten. Ich denke hingegen, dass wir ihn bitten sollten, für uns zu beten, heute noch mehr als vor sechs Jahren…

Der Beitrag erschien zuerst bei „Unser Mitteleuropa“.

https://unser-mitteleuropa.com/40-kriminelle-afghanen-kaperten-evakuierungsflieger-nach-deutschland-zuvor-abgeschobene-schwerverbrecher-dabei/

40 kriminelle Afghanen kaperten Evakuierungsflieger nach Deutschland: zuvor abgeschobene Schwerverbrecher dabei

07. 08. 2022

BERLIN/KABUL (dts) – Vierzig Straftäter aus Afghanistan sind im August vergangenen Jahres an Bord der Evakuierungsflieger von Kabul aus nach Deutschland gelangt. Das berichtet das Nachrichtenmagazin „Focus" unter Berufung auf interne Berichte für den Bundestags-Untersuchungsausschuss, der den chaotischen Abzug von Soldaten, Diplomaten und afghanischen Ortskräften aus dem zentralasiatischen Land prüft.

Die kriminellen Afghanen seien erst nach der Landung in Deutschland identifiziert worden, so „Focus". Sechs Männer seien mit deutschen Haftbefehlen gesucht und umgehend in Untersuchungshaft gebracht worden. Ihnen werden Vergewaltigung, Drogenhandel und Unterstützung terroristischer Gruppen vorgeworfen. Der Großteil der ausgeflogenen vorbestraften Afghanen sei bereits vor Jahren aus Deutschland abgeschoben worden, berichtet „Focus" weiter.

Sie stellten gleich nach Landung neue Anträge auf Asyl. Den internen Ausschuss-Berichten zufolge sollen sich die Männer am Flughafen Kabul mit Gewalt Zugang zu den Evakuierungsfliegern verschafft haben. Für die Rettung von zirka 100 Deutschen, die sich im vergangenen August außerhalb des Flughafengeländes aufhielten, soll die Bundesregierung den Taliban ein hohes Schutzgeld gezahlt haben, berichtet „Focus" unter Berufung auf Berliner Sicherheitskreise. Mit Hilfe der USA sei mit den islamistischen Milizen einStillhalteabkommen vereinbart worden, um die Hubschrauber-Einsätze der Bundeswehr-Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK) nicht zu gefährden.

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums wollte auf „Focus"-Anfrage Geldzahlungen weder bestätigen noch dementieren. „Aus Gründen der operativen Sicherheit" mache man keine Aussagen zum militärischen Vorgehen, hieß es.

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/136761/Zahlreiche-Angriffe-in-Berliner-Krankenhaeusern?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Zahlreiche Angriffe in Berliner Krankenhäusern

Donnerstag, 18. August 2022

Berlin – Krankenpflegekräfte und Rettungssanitäter werden in oder vor Berliner Krankenhäusern immer wie-der angepöbelt, bedroht und auch angegriffen und verletzt. Im vergangenen Jahr zählte die Statistik der Polizei 160 entsprechende Fälle, davor waren es 145 und auch im laufenden Jahr lagen Ende Juli bereits 84 solcher Taten vor. Das geht aus einer Antwort des Senats auf eine CDU-Anfrage hervor.

Am häufigsten werden Krankenpflegekräfte von Patienten oder deren Verwandten oder Freunden angegan-gen. Unter den 104 entsprechenden Taten im vergangenen Jahr waren 69 Körperverletzungen, 22 Bedrohun-gen, 12 sonstige Taten und ein versuchtes Tötungsdelikt. Feuerwehrleute waren elf Mal Opfer, sonstige Rettungskräfte 45 Mal.

Bei wie vielen Fällen Banden- oder Clankriminalität im Spiel war und wie viele „tumult-artige Zusammenrot-tungen" es in solchen Fällen gab, konnte die Polizei nicht beantworten, weil es dazu keine statistische Erfas-sung gab.

Einige Fälle sind aus den vergangenen Jahren bekannt, in den sich Dutzende oder mehr Verwandte eines verletzten oder getöteten Kriminellen in aggressiver Stimmung vor Krankenhäusern versammelten.

Die Gesamtzahlen aller Polizeieinsätze in und vor Krankenhäusern sind beträchtlich größer. Im vergangenen Jahr lag sie bei knapp 8.000 – mehr als 20 pro Tag.

Fast 600 Einsätze gab es allein im Krankenhaus Friedrichshain, rund 500 im Klinikum Neukölln und 480 im Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge in Lichtenberg. Das Urban-Krankenhaus in Kreuzberg kam auf mehr als 400 Einsätze und das Hedwig-Krankenhaus in Mitte auf 390. © dpa/aerzteblatt.de

https://unser-mitteleuropa.com/syrer-schlaegt-juden-bei-mahnwache-zusammen-opfer-auf-einem-auge-blind-bewaehrung/

Syrer schlägt Juden bei Mahnwache zusammen: Opfer auf einem Auge blind – Bewährung

11. 08. 2022

Foto: ToNic-Pics / pixabay.com

Ein Mann demonstriert bei einer Mahnwache für Israel und wird zusammengeschlagen. Der Prozess gegen zwei Jugendliche fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Nun hat das Gericht zwei Kuschelurteile gefällt: Bewährung!

HAMBURG – Es war ein besonders brutaler Angriff, so schildert es das Opfer später: An einem Septembertag 2021 war ein Deutscher mit jüdischen Wurzeln mit drei anderen Mitstreitern vor dem Saturn in der Mönckebergstraße in Hamburg. Sie hielten eine Mahnwache und forderten mit Plakaten eine klare Haltung gegen Antisemitismus. Plötzlich näherten sich drei „Jugendliche", zwei Jungen und ein Mädchen, der Gruppe. Die Jungen riefen „Scheiß Israel" und „Free Palästina" und beschimpften die

Teilnehmer der Mahnwache übel, so schildert es das Opfer gegenüber der *WELT*.

Als der heute 61-Jährige fragte, was das solle, wurde er brutal niedergeschlagen. Die Bilanz der Bereicherung: Jochbeinbruch, Brillensplitter bohrten sich ins Auge, eine komplizierte Verletzung entstand. „Ich bin praktisch blind, sehe auf dem rechten Auge nur noch hell und dunkel", sagt das Opfer.

Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Interessant die Wertigkeit der Straftaten und die versuchte „Eindeutschung" der Verbrecher. Wir zitieren aus der WELT:

„Die Staatsanwaltschaft warf den Angreifern, zwei 15 und 17 Jahre alten Brüdern mit syrischen Wurzeln, in der Anklage vor, Versammlungsteilnehmer antisemitisch beleidigt zu haben, der 17-Jährige war zudem wegen schwerer Körperverletzung angeklagt. Die Verhandlung fand nach dem Jugendgerichtsgesetz statt und war nicht öffentlich."

Wenn mir einer ein Auge ausschlagen würde, wäre es mir ziemlich egal, ob das mit einer „Beleidigung" einherging, die hier offensichtlich im Vordergrund steht.

Kuschelurteil

Das Gericht stellte als Ausgangspunkt der Konfrontation bei den Angeklagten eine „pauschale abwertende Haltung gegenüber Israel, Menschen aus Israel und Menschen, die sich mit Israel solidarisieren, fest", so der Gerichtssprecher. Na sowas, wer hätte gedacht, dass Schutzsuchende aus dem Orient so grauslich denken.

Der 17-Jährige wurde wegen schwerer Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung zu einer Jugendstrafe von 1 Jahr und 4 Monaten verurteilt, deren **Vollstreckung zur Bewährung** ausgesetzt wurde. Außerdem wurden als Bewährungsauflagen die Erbringung gemeinnütziger Arbeit zur Erwirtschaftung einer Schadenswiedergutmachung und ein Anti-Gewalttraining angeordnet. Der 15-jährige Schutzsuchende wurde der Beleidigung schuldig gesprochen. Ihm wurden erzieherische Weisungen zur Tataufarbeitung in Gesprächen mit der Jugendgerichtshilfe und zur Erbringung gemeinnütziger Arbeit zur Erwirtschaftung einer Schadenswiedergutmachung erteilt, so das Gericht. Vermutlich wird sich ein ganzer Stab Psychologen mit diesen Leuten die nächste Zeit zu beschäftigen haben.

Wäre es nicht auch für den Steuerzahler günstiger, die Herrschaften statt dem „Anti-Gewalttraining" nach Syrien zu repatriieren. Dort könnten sie dann ihre Intifada-Ambitionen ausleben, anstatt diese Konflikte nach Deutschland zu importieren. Brauchen wir wirklich solche Figuren im Land?

Das harte Urteil ist „wegweisend"!

Hocherfreut über das Urteil ist Hamburgs Antisemitismusbeauftragter Stefan Hensel, denn es sei „wegweisend" für Taten dieser Art. Er sehe eine „enorme Relevanz" der Rechtsprechung in diesem Zusammenhang:

„Das Urteil ist ein klares Zeichen an alle antisemitischen Gewalttäter und Gewalttäterinnen, dass ihr Handeln nicht ohne Konsequenzen bleiben wird."

Welche Konsequenzen bitte, für das blindschlagen eines 61-Jährigen? Die lächerliche Bewährungsstrafe etwa?

Besonders schutzbedürftige Angeklagte könnten „eingeschüchtert" werden

Hensel möchte in Zukunft als Antisemitismusbeauftragten in Verfahren dieser Art stärker „struckturell" eingebunden werden. Doch dies untersagte das Gericht und führte rechtliche Bedenken an. Eine der Begründungen hört sich schier abenteuerlich an. Und jetzt liebe Leser, halten Sie sich an: Jugendliche Angeklagte sind gesetzlich besonders schutzbedürftig, die Anwesenheit von Beobachtern könne einschüchtern und dem „erzieherischen Auftrag" entgegenlaufen.

https://unser-mitteleuropa.com/7-131-messerangriffe-in-nrw-seit-jan-2021-dank-kulturwandel-unter-jugendlichen/

7.131 Messerangriffe in NRW seit Jan. 2021 dank „Kulturwandel" unter „Jugendlichen"

09. 08. 2022

Dass es in erster Linie „Jugendliche" oder „Heranwachsende" bzw. „Männer" sind, die auch unbeteiligte Passanten gerne mal „Messer machen", wird mittlerweile als irgendwie „normal" zur Kenntnis genommen. **Allen in NRW waren es 7.131 „Straftaten mit dem Tatmittel Stichwaffe" vom 1. Januar 2021 bis 30. Juni 2022 in NRW. So die neuesten Zahlen, die NRW-Innenminister Herbert Reul (69, CDU) vorlegt. Im Klartext: Pro Tag gab es durchschnittlich gut 13 (!) Messerattacken in NRW. Und es werden mehr.**

„Allgemeinen Kulturwandel unter den Jugendlichen"

Und endlich wissen wir auch, warum dem so ist. Selbst wenn wir es auch bisher wussten, jetzt dürfen wir es auch aussprechen, um nicht gleich als „rassistisch", „ausländerfeindlich" oder als „Nazi" eingestuft zu werden: Der Grund ist ein „allgemeinen Kulturwandel unter den Jugendlichen" klärt uns der Vizelandeschef von NRW der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Michael Maatz gegenüber BILD auf. Dort liest man auch entschuldigend, dass lt. Maatz die Jungbereicherer es vielfach cool finden, wenn sie ein Messer dabei haben „und sind sich oft gar nicht bewusst, dass ein einziger Stich damit tödlich sein kann". Wie unschuldig die Kleinen.

Problembewusstsein schaffen mit „validen Zahlen"

Da tut eben Aufklärung not, denn

„Die Zahl ist sehr, sehr hoch. Wir müssen alles dafür tun, damit das weniger wird"* so Maatz und *„Ziel müsse es sein, ein

Problembewusstsein zu schaffen, um von der ‚Protzerei und Angeberei mit Messern' wegzukommen".
Gäbe es da nicht noch einen effektiveren Lösungsansatz um das Problem mit Sicherheit loszuwerden: Nämlich die Messerstecher en bloc „wegzubekommen" – am besten per Oneway-Ticket in die Länder aus denen sie „schutzsuchend" einst zu uns „flüchteten".
Inzwischen müssen wir uns mit den beruhigenden Aussagen des Polizeigewerkschafts-Vizes begnügen, der schlussfolgert, dass generell die Erhebung der Straftaten mit Stichwaffen sinnvoll seien, *„denn nur mit validen Zahlen kann ich eine Situation seriös erkennen und entsprechend reagieren*".
Die Botschaft, dass „entsprechend reagiert" werden wird, hört man gern', allein es fehlt der Glaube.

https://www.pi-news.net/2022/08/usa-moslem-sticht-salman-rushdie-auf-offener-buehne-nieder/

USA: Moslem sticht Salman Rushdie auf offener Bühne nieder

13. August 2022

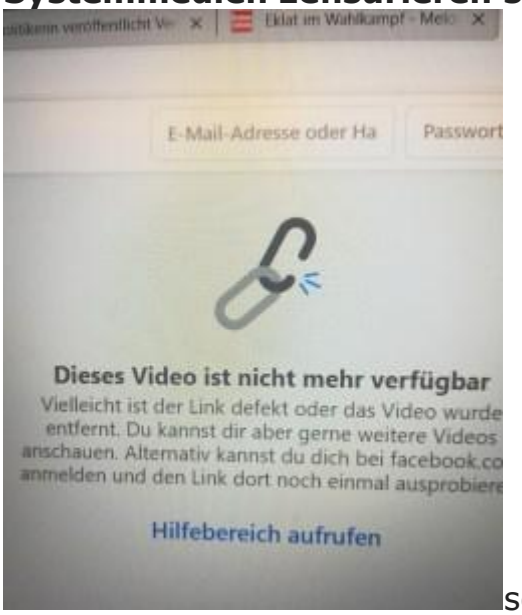
Am Freitag stach der 24-jährige Hadi Matar (Bild re. oben), bei einer Lesung im County New York, mehr als zehn Mal auf Salman Rushdie, den Autor der "Satanischen Verse" ein.
Seit mehr als 30 Jahren lebt der indisch-britische Schriftsteller Salman Rushdie mit der Gewissheit, jederzeit und überall auf seinen islamischen Mörder treffen zu können. 1988, nach der Veröffentlichung seines Romans „Die satanischen Verse", erließ der damalige oberste Führer des Irans, Ayatollah Khomeini, eine Fatwa, ein islamisches Edikt, in dem er die Moslems aufforderte, den Schriftsteller wegen Blasphemie zu töten. Es ist immer noch ein Kopfgeld von rund 3,3 Mio. Dollar auf den mittlerweile 75-Jährigen ausgesetzt.
Am Freitag um etwa 10.45 Uhr (Ortszeit) war es soweit. Schon kurz nachdem Salman Rushdie im Bildungszentrum der Chautauqua Institution, in der gleichnamigen Kleinstadt nahe Jamestown im County New York, die Bühne betreten hatte stürmte der **24-jährige Hadi Matar, ein schiitischer Moslem auf die Bühne und stach auf den Autor ein. Er verletzte Rushdie, ganz nach moslemischer Art, u.a. schwer am Hals. Für diese islamisch-„ehrenwerte" Tat war Matar mehr als 600 km von Fairview in New Jersey zum Ort der Lesung gefahren und hatte sich eine Eintrittskarte für das Literaturfestival gekauft.**

Nach Aussage von Maj Eugene Staniszewski von der New Yorker Polizei stürzten sich Zuschauer und Mitarbeiter der Institution unmittelbar auf Matar und griffen ihn an. Ein anwesender Polizist und ein stellvertretender Sicherheitsbeamter des Büros des örtlichen Sheriffs griffen ebenfalls sofort ein und verhafteten den islamischen Hassgläubigen noch vor Ort. Ein Arzt aus dem Publikum leistete erste Hilfe, bis der Schwerverletzte in ein Krankenhaus geflogen werden konnte, wo er notoperiert wurde.
Ein ebenfalls anwesender Reporter der US-Nachrichtenagentur Associated Press berichtete, **Matar habe etwa 10 bis 15 Mal auf Rushdie eingeschlagen oder gestochen**.
Rushdies Agent Andrew Wylie erklärte später, der Autor sei an ein Beatmungsgerät angeschlossen worden, die Aussichten seien nicht gut. „Salman wird wahrscheinlich ein Auge verlieren; die Nerven in seinem Arm wurden durchtrennt und seine Leber wurde angestochen", so Wylie.
Obwohl Hadi Matar Anhänger der „Islamischen Revolutionsgarde Irans" (IRGC) sein soll sagte der offenbar auf political correctnes getrimmte Polizeisprecher Staniszewski: „Wir haben derzeit keinen Hinweis auf ein Motiv", berichtet die „New York Post„ Aber sicher doch, der moselmische Messerattentäter ist mit Sicherheit einfach nur ein armer, psychisch kranker Mann, dem man keine Schuld für diese Tat geben könne. Egal wieviel Blut fließt, Hauptsache ist, man verletzt nie und niemals die Befindlichkeiten des Islams und seiner Anhänger.

https://unser-mitteleuropa.com/italienische-welcome-linke-ueber-giorigia-melonis-video-veroeffentlichung-entsetzt-nicht-ueber-multikulti-vergewaltigung/
Italienische Welcome-Linke über Video entsetzt – nicht über Multikulti-Vergewaltigung +Update 23.8.22+ (VIDEO)
23. 08. 2022
screenshotdav
Von Elmar Forster
+++ UPDATE v. 23.08.2022 +++
Verpixeltes Schock-Video lässt Vergewaltigung erkennen
Aufgrund der Nachfrage unserer Leser…: In einem kurzen und verpixelten Zusammenschnitt kann man die schreckliche Vergewaltigung erahnen: Dabei sind die Bewegungen des (als verschwommener weißer Punkt wahrzunehmenden) Vergewaltigers zu erkennen
Hier der Link:

Piacenza, il video dellostupro. Melonicontro Letta: „Non te lo consento“ – Libero Quotidiano

Erst-Artikel v. 22.8.2022
Rechtspolitikerin Melonie postet Schockvergewaltigung

Man ist eigentlich unschlüssig darüber… Was einen mehr entsetzen soll…: Die Verneblungs-Heuchelei der italienischen Linken zu einer jener unzähligen Multi-Kulti-Vergewaltigungen im Gefolge eines entfesselten Open-Border-Fanatismus, oder das Sexual-Verbrechen selbst: In dem Video ist zu sehen, wie ein 17-jähriger schwarzer Asylwerber aus Guinea eine 55-jährige Ukrainerin auf einer offenen Straße wie ein räudiger Hund vergewaltigt.
Die Vergewaltigung hatte in der norditalienischen Stadt Piacencza Sonntagfrüh stattgefunden und wurde von einem Augenzeugen gefilmt, der auch die Polizei verständigte, was schließlich zur Festnahme des Sexualverbechers führte.
Systemmedien zensurieren sofort


screenshot
So wurde sehr schnell aus den Berichten die verpixelte Vergewaltigung zensuriert…
Sozialist Letta: „Ausländerfeindliche Wahlkampfpropaganda“
So warf der sozialdemokratische Parteichef, Enrico Letta, der rechtsnationalen Parteiführerin GiorgiaMeloni vor, dass sie „dramatische Nachrichten“ zur ausländerfeindlichen Wahlkampfpropaganda missbrauche. Das Orwell’scheFraming („Krieg ist Frieden. Unwissenheit ist Stärke. Sklaverei ist Freiheit.““ in „1984“) ist eigentlich unerträglich: „Respekt für die Menschen muss an allererster Stelle stehen“, so Letta. In choreographierter Eintracht wohl aus schlechtem Gewissen und Angst vor den bevorstehenden Wahlen am 25. September stimmten andere Mitte-links-Politiker in das vorgetäuschte Betroffenheitsgeheule ein.
Lega-Chef Salvini geht in die Offensive

Freilich ist diese linke Manipulation leicht zu widerlegen:„Im Video ist das Opfer nicht zu erkennen und die Aufnahme wurde von der Website einer großen nationalen Zeitung entnommen", so Meloni. Auch der Chef der rechts-nationalen Lega und Ex-Innenminister, Matteo Salvini, kündigte demonstrativ einen Solidaritätsbesuch am Ort des schrecklichen Sexual-Verbrechens, in Piacenza, zur Unterstützung der Frau. Und um gleichzeitig auf die überproportionale steigende Migrations-Kriminalität hinzuweisen.

Umfrage-Hoch der Rechtsparteien – Forderung nach „Seeblockade" gegen Migranten

Alle Rechtsparteien befinden sich derzeit in einem Umfragehoch, was die etablierten Links-Systemmedien nervös macht. Immer wieder warnt Meloni im Wahlkampf vor der „Islamisierung" Europas und stellte eine italienische „Seeblockade" vor gegen die afrikanischen Migranten auf dem Mittelmeer in Aussicht, sollte sie die Wahlen gewinnen.

Das Rechtsbündnis von MelonisFratellid'ItaliaSalvinis Lega und der von Forza Italia (FI) von Ex-Premier Silvio Berlusconi hat laut Umfragen beste Chancen auf einen Wahlsieg. Melonis Partei könnte könnte auf rund 24 Prozent als stärkste Einzelpartei kommen, sodass die Rechtspolitikerin derzeit aussichtsreichste Kandidatin für das Amt der Regierungschefin ist.

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt.
Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://www.pi-news.net/2022/08/prozessauftakt-syrer-wollte-frau-mit-fleischerbeil-beine-abhacken/

Prozessauftakt: Syrer wollte Frau mit Fleischerbeil Beine abhacken

19. August 2022

Sohil a. (Foto l.) wollte seiner Frau die Beine abhacken, damit sie „für Männer unattraktiv" wird.

Von ALEX CRYSO | Ein weiteres Stück bunter Folklore mitten in Deutschland. Dieses Mal aus Obertshausen bei Hanau: Dort soll ein 59-jähriger Syrer mit dem Namen Sohil A. versucht haben, seiner Frau Meiray mit dem Fleischerbeil die Beine abzuhacken.

Der Plan: Er habe sie entstellen wollen, um sie für Männer unattraktiv zu machen. Eine Tötungsabsicht steckte jedoch wohl keine dahinter. Beide leben seit einiger Zeit getrennt von einander. Dennoch vermochte es der temperamentvolle Südländer wohl nicht akzeptieren, dass es andere Kerle geben könnte, die seiner Angetrauten Avancen machen oder das diese ein selbstbestimmtes Leben führt.

Meiray, die ebenfalls aus Syrien stammt, hatte sich Ende 2020 von Sohil A. getrennt und wohnte seither in einem Frauenhaus. Daraufhin folgte eine Messerattacke von Sohil A. gegen seine Gattin, weshalb das Frankfurter Amtsgericht im April letzten Jahres veranlasste, dass er einen Sicherheitsabstand von 50 Metern einhalten muss.

Die Sache mit dem Fleischerbeil ereignete sich jedoch nicht allzu lang darauf, nämlich am Nachmittag des 28. August 2021: Am Bahnhof von Obertshausen schlug der Syrer mit dem besagten Utensil mehrfach auf die Beine seiner damals 44-jährigen Gattin ein. Ein Arzt und eine Krankenpflegerin, die sich zufällig am Ort befanden, konnten erste Hilfe leisten.

Sohil A. wurde nur einen Tag später in Rodgau-Jügesheim festgenommen. Er habe seiner Frau die Schönheit nehmen wollen, gestand er im Rahmen des Prozessauftaktes am Montag im Landgericht Darmstadt. Dort muss er sich nun wegen versuchten Mordes verantworten.

Hingegen wird Meiray ihren rechten Fuß nie wieder heben und senken können. Insgesamt neun Monate befand sie sich in der Reha und in diversen Kliniken. Nach ungefähr einem halben Jahr Steh- und Gehtraining konnte das Opfer ein paar 100 Meter mit dem Stock zurücklegen.

https://unser-mitteleuropa.com/fluechtling-vergewaltigt-kind-bewaehrung-nach-kuschelurteil-details-zur-verhandlung/

„Flüchtling“ vergewaltigt Kind – Bewährung nach Kuschelurteil – Details zur Verhandlung

29. 08. 2022

NEUSTRELITZ (Mecklenburg-Vorpommern) – Ein „Jugendlicher" fiel über ein 11-jähriges Mädchen im Schlosspark her und vergewaltigte sie so brutal, dass sie später in die Notaufnahme eines Krankenhauses gebracht werden musste. Sechs Monate später wird er verurteilt: ein Jahr Haft auf Bewährung. Der Vater des Mädchens ist auch Wochen später fassungslos: „Das ist ein Witz", sagte er gegenüber rtl.de. RTL NEWS führt ein Gespräch mit ihm. Hier die wichtigsten Passagen seiner mehr als berechtigten Empörung:

„Wissen Sie, wenn Sie einem neugeborenen Baby in die Augen sehen, da ist ein Glanz drinnen, ein Leuchten. Dieses Leuchten ist bei meiner Tochter weg. Es kommt nicht mehr wieder. Egal, was ich machen würde", sagt Mark S. im Gespräch mit RTL.

Vater musste Gerichtssaal verlassen

Der Prozess war damals, wegen des jugendlichen Alters der Beteiligten, unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt worden. Mark S. ist deswegen noch immer wütend. Er musste damals mit seiner Ex-Partnerin den Gerichtssaal verlassen.

„Damals wollte ich meinem Kind Beistand leisten, weil meine Tochter in Gegenwart des Täters aussagen musste", erinnert er sich, „ein Kind braucht immer Sicherheit". Doch bleiben durfte nur eine Mitarbeiterin des Jugendamts. „Mir kam das so richtig abgekatert vor", sagt S. Auch, weil mehrere Zeugen nicht gehört wurden. Was genau dort passiert ist, wisse er bis heute nicht. Details wurden unter Verschluss gehalten.

Vom Urteil erfuhr S. später von der Anwältin via Telefon. „Das ist ein Witz, meine kleine Tochter", kommentiert er noch heute. „Es ist alles zerstört. Das ist nicht mehr dieses fröhliche Mädchen."

Vergewaltiger als MUFL klassischer Asylbetrüger

Der Vergewaltiger zählt zu der Sorte von „Flüchtlingen" die von ihren Eltern als „Ankerkind" in die Wunschdestination Deutschland als Vorhut geschickt werden um den späteren „Familiennachzug" zu ermöglichen. Meist ist es der Robusteste den man „flüchten" läßt. Dass man nie genau weiß wie alt so ein MUFL (minderjähriger unbegleiteter Flüchtling) ist gehört natürlich zur Betrugsmasche solcher Leute.

Im konkretem Fall handelt es sich um einen unbegleiteter Flüchtling aus Afghanistan, dessen Alter von Experten auf 16 Jahre geschätzt wurde, Als „Entschuldigung" für seine abscheuliche Tat führte der Bereicherer an, das Alter seines Opfers falsch geschätzt zu haben. Er dachte, sein Opfer sei 13 Jahre alt, erklärt S. „Ich habe die Anwältin dann angeschaut und gesagt, dass das doch keine Rolle spiele…", sagt er. Ja, möchte man meinen. Bei Leuten aus gewissen Kulturkreisen schon und bei heimischen Gerichten offenbar auch. Anders lässt sich das Kuschelurteil nicht erklären.

Anwalt: Mädchen hätte wissen müssen, was auf sie zukommt

Nachdem der Täter das Mädchen damals unter einem Vorwand in den Schlossgarten in Neustrelitz lockte, hätte es nach Ansicht des Anwalts wissen müssen, was auf sie zukommt. „Sein Anwalt sagte dann nur prompt, sie hätte wissen müssen, was auf sie zukommt. Welches

elfjährige Mädchen denkt soweit", fragt der Vater entsetzt. „Sie möchte raus spielen, was jedes Kind so macht. Ich finde das eine bodenlose Frechheit."
„Wissen müssen?" Komisch, wo doch alle Menschen gleich lieb sind. Eine diesbezügliche Vorsicht ist „rechts" und „rassistisch". Vorsichtig werden viele Leute erst, wenn das Leben ihnen einsprechende Lektion erteilt. Wie dem armen Mädchen.
Der Vater fuhr mit seine Tochter in die Notaufnahme. Bei der Untersuchung sei dann festgestellt worden, dass es eine Penetration gegeben habe. Das Problem damals: Da seine Tochter nach der Tat blutete, hatte ihre ältere Schwester sie abgeduscht, ohne sich etwas dabei zu denken. Das habe die Beweisführung schwieriger gemacht. Gerade so, als ob es da noch was zu beweisen gäbe.

Wichtiger Hinweis:
Wie unsere Leser wissen, bringen wir derartige Beiträge nicht, um die Verhaltensweise gewisser „Personengruppen" aufzuzeigen, sondern nur in Verbindung mit Begleitumständen, wie Kuschelurteile oder Duldung derartiger Leute durch Behörden bzw. Gerichte oder Polizei. Der Kriminelle ist eben kriminell und wenn man solche Leute massenweise ins Land lässt bzw. duldet, sollte man sich nicht über das „artspezifische" Verhalten solcher Personen wundern, sondern nur über den laschen und liederlichen Umgang mit derartigen Elementen.
Auf **dokumentationsarchiv.com** wurde bereits nach dem Urteil darüber berichtet. Dort sind auch eine Fülle derartige Vorkommnisse und mehr aufgelistet. Als Behelf für künftige Historiker, wenn es einmal gilt, auch dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte aufzuarbeiten, wie die Autoren der Seite meinen.

https://unser-mitteleuropa.com/schoene-neue-multikulti-welt-schweden-migranten-verpruegeln-gay-pride-drag-queen/
Schöne neue LGBTQ-Multikulti-Welt +UPDATE v. 1.9.+ Sex-Revolution frisst sich selbst: Anti-Trans-Leben in Konfrontation mit Pro-Transen
01. 09. 2022

+++ UPDATE v. 01.09.2022 +++

LGBTQ-Sex-Revolution frisst sich selbst: Anti-Trans-Lesben in Konfrontation mit Pro-Transen
Inner-LBTGQ-Rassismus
Verwirrende, geradezu groteske Szenen spielten sich während der Pride-Parade im walisischen Cardiff ab. Das Ungeheuerliche: Die walisische Polizei hatte eine Lesben-Gruppe von einer Pride-Parade in Cardiff des Platzes verwiesen. Grund: Sie wären angeblich *„in eine Konfrontation"* mit Pro-Trans-Demonstranten geraten – wie Demokrata.hu schrieb.

„Transaktivismus löscht Lesben aus."
In einem Twitter-Video fordert die Polizei die Mitglieder der lesbischen Organisation *„Getthe L Out UK*" auf, die Pride-Parade verlassen. Die Lesben-NGO ist nämlich folgender politisch-in-korrekten Meinung: Dass nämlich der *„Transaktivismus Lesben auslöscht, zum Schweigen bringt und diejenigen unter ihnen dämonisiert, die es wagen, ihre Meinung zu sagen*".
„Was immer du bist… Sie verursachen Konflikte."
Ein eifriger Polizist sah darin aber ein schweres Konfliktpotential: Diese Lesben-*„Gruppe schafft einen Konflikt zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen.*" Worauf eine Lesbe antwortete*: „Wir sind Lesben, und das ist Cardiff-Pride*". Der Polizist ließ das nicht gelten: *„Was auch immer du bist… Sie verursachen derzeit Konflikte. Wir werden Sie um der öffentlichen Sicherheit willen von der Straße holen.*" Die Lesbe war – angesichts so offenem Inner-LGBTQ-Rassismus baff: „Verstehe ich das richtig? Dass Lesben von einer LGBT-Parade verdrängt werden?" Darauf der Lesben-unbeherzte Polizist erneut: *„Ja, genau das ist passiert … für die Sicherheit, für Ihre Sicherheit… für die Sicherheit anderer… Wir können am Straßenrand weiter über die Gründe sprechen.*"
Lesben „offiziell nicht registriert"
Die Eifersüchteleien innerhalb der Pride-Organisatoren zeugen aber nicht gerade von demokratischem Dissens: Habe doch die Lesben-Organisation den Marsch gestört, weil sie nicht offiziell registriert waren.
Erst-Artikel v. 13.08.2022
Schweden: Migranten verprügeln Gay-Pride-Drag-Queen (Video)
Von ELMAR FORSTER | Auf dem Video ist zu sehen…: Zuerst wird eine Art Drag-Queen, die mit einem Megafon wahrscheinlich Gay-Pride-Parolen in die Menge ruft, von zwei arabisch aussehenden Migranten brutal auf den Kopf geschlagen und dann auch mit einer Flüssigkeit beschüttet. Danach flüchtet sie fluchtartige vom Podium und muss von mehreren Polizisten vor den Arabern voller multikulti- toxischer Männlichkeit geschützt werden.
„LGBTQ-Hasser abschieben" löst Proteste aus
Schließlich meldete sich auch Schwedens Mitte-Rechts-Partei, „Die Gemäßigten", zu Wort: „Migranten, die Mitglieder der LGBTQ-Community angreifen, müssen abgeschoben werden." Der politisch-halb-korrekte Vorschlag („Schweden darf niemals zu einem Zufluchtsort für repressive Werte werden. Daher sollte jeder, der kein schwedischer Staatsbürger ist und für Angriffe auf LGBTQ-Personen verurteilt wird, abgeschoben werden.") löste umgehende Reaktionen in den sozialen Medien aus. Und zwar wegen dieser – in Wirklichkeit die Einheimischen diskriminierenden – Äußerungen. Der Tenor war: Warum sollen nur gewalttätige Anti-LGBTQ-Migranten abgeschoben werden ? Denn eigentlich sollte „jeder, der wegen schwerer Gewaltverbrechen verurteilt wird, bestraft und abgeschoben

werden.“ – so ein Kommentator: „Ist es in Ordnung, Menschen anzugreifen, die keine LGBTQ-Menschen sind?“, fragte ein anderer.
Schließlich schwant den „Gemäßigten“ Böses: „In einer modernen Demokratie wie Schweden sollte das klar sein, aber das ist es heute wohl nicht.“
Rechte Parteien gegen Massenmigration
Früher nämlich hatten sich die „Gemäßigten“ noch allgemein gegen Massenmigration ausgesprochen und 2018 auf neue Gesetze gedrängt, um jeden in den dicht besiedelten No-Go-Zonen des Landes zu bestrafen, der als sogenannter „moralischer Polizeibeamter“, also als Sittenpolizist, fungiert.
Ob das noch möglich ist ? „Es gibt Menschen, die sich entscheiden, die Freiheit der Frauen in Schweden einzuschränken. Sie werden mit Gefängnis und in einigen Fällen mit Ausweisung bestraft“, sagte der gemäßigte Politiker Tomas Tobé damals.
Aber die rechten Schwedendemokraten haben radikalere Vorschläge gemacht, einschließlich der Forderung nach der Abschiebung und Rückführung von Syrern, Afghanen und Somalis, die mit hohen Arbeitslosenzahlen konfrontiert sind und sich in Schweden nicht integrieren wollen.
Wahlen am 11. September
Meinungsumfragen zufolge sollen die „Gemäßigten“ 20,3 Prozent und die „Schwedendemokraten“ auf 17,7 Prozent erhalten. Allerdings sollen auch die Sozialdemokraten 28,7 Prozent erreichen, wie 888.hu berichtete (vadhajtasokwww.vadhajtasok.hu/2022/08/12/migransok-vertek-a-pride-reszvevoit-svedorszagban-video)

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt.
Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://unser-mitteleuropa.com/italien-wo-die-afrikanisierung-europas-bereits-vollzogen-wurde-bewohner-verzweifelt/

Italien: Wo die Afrikanisierung Europas bereits vollzogen wurde – Bewohner verzweifelt

06. 09. 2022

NEAPEL – Die Anwohner der Via Pietro Antonio Lettieri, einer kleinen Straße an der Grenze zwischen dem Corso Garibaldi und dem BorgoSant'AntonioAbate, wissen Bescheid: Seit Monaten prangern sie die absolut unzumutbaren Bedingungen an, die durch die Anwesenheit eines von „Nicht-EU-Bürgern" geführten soziokulturellen Vereins und eines Nachtclubs entstehen.

„Wildes Nachtleben"

Die Bürger haben sich darüber beschwert, dass sich die Via Lettieri praktisch jeden Tag ab dem späten Nachmittag und sehr oft bis zum ersten Morgengrauen in eine Open-Air-Disco verwandelt, in der sich Ausländer auf der Straße vergnügen, alkoholische Getränke konsumieren und eine Art „movidaselvaggia" (wildes Nachtleben) schaffen. Nicht selten kommt es gerade wegen des veränderten psychischen Zustands der alkoholischen Getränke zu Schlägereien, die in Maxi-Schlägereien ausarten. Letzte Woche, so berichteten Bürger, waren nicht weniger als drei Streifen der Staatspolizei nötig, um eine Schlägerei zu beenden, und sie mussten hart arbeiten, um die Ruhe wiederherzustellen.

„Gesetz des Dschungels"

Was wie ein „einfaches" Problem der Bewohnbarkeit eines Viertels aussieht, ist ein weiteres Alarmsignal für ein Gebiet, das zunehmend außer Kontrolle gerät und in dem ein wahres Gesetz des Dschungels zu herrschen scheint. Die zunehmende Zahl der von Ausländern betriebenen Einrichtungen – oft als Lebensmittelgeschäfte „getarnte" Vergnügungsstätten – hält nicht nur die Öffnungs- und Schließungszeiten nicht ein, sondern erfüllt häufig nicht einmal die Mindestanforderungen an die Zugänglichkeit, wie die von der Stadtpolizei verhängten Kontrollen, Bußgelder und Schließungen belegen.

Bürger bespuckt und mit Gegenständen beworfen

In der Via Lettieri hat die gleichzeitige Präsenz von zwei Lokalen, die von Dutzenden von „Nicht-EU-Bürgern" frequentiert werden, wiederholt zu Reibereien mit Bürgern geführt, die es „gewagt" haben, die Einhaltung der Nachtruhe zu fordern. Wehe dem, der rebelliert: Wer in der Vergangenheit versucht hat, sich von seinem Balkon oder aus dem Fenster zu lehnen, um zur Ruhe zu kommen, wurde beschimpft, bespuckt und sogar mit Gegenständen beworfen.

Grenze des Erträglichen überschritten

Die Situation in der Via Lettieri hat die Grenze des Erträglichen überschritten. In den letzten Tagen haben die Stadträte Enrico Cella und Gennaro Albanese, ein offizielles Schreiben den Kommandeur der Stadtpolizei Ciro Esposito geschickt, in dem darum bitten, die Kontrollen in dem Gebiet zu verstärken und vor allem die heikle Vergabe von Genehmigungen für kommerzielle Aktivitäten zu intensivieren.

Bürger müssen sich verbarrikadieren und „falsches Willkommen"

Es kann nicht sein, dass die Anwohner einer ganzen Straße durch zwei Veranstaltungen, die jede Nacht Dutzende von Menschen anziehen, in Geiselhaft genommen werden", prangert Enrico Cella an, „die die Via Lettieri in eine Open-Air-Disco verwandeln. Im Sommer, wenn die Hitze die Menschen zwingt, ihre Fensterläden offen zu halten, wird das Problem noch verstärkt und zwingt die Bewohner, sich in ihren Häusern zu verbarrikadieren, um sich auszuruhen. Dieses Problem sollte keineswegs unterschätzt werden, denn es ist ein Problem, das von Woche zu Woche größer wird, und die Befürchtung, dass immer mehr pseudokulturelle Vereinigungen entstehen, die dann nichts Kulturelles an sich haben, ist nicht unbegründet. Jeden Tag", so der Abgeordnete des vierten Parlaments weiter, „erhalten wir Dutzende von Berichten, Videos und Audios von Einwohnern, die nicht mehr wissen, wohin sie sich wenden sollen, damit ihre Rechte geachtet werden.
Es genügt zu sagen, dass die Polizei letzte Woche eingreifen musste, um eine Schlägerei zwischen betrunkenen „Nicht-EU-Bürgern" zu beenden. Solche Fälle häufen sich, und wir fragen uns, wie es möglich ist, all diese Genehmigungen zu erteilen, ohne auf das Gebiet und die Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die inzwischen sogar das Recht auf Schlaf verloren zu haben scheint, im Namen eines falschen Willkommens, das die Neapolitaner in diesen Gegenden nur dazu bringt, woanders hinzuziehen.
Quelle: *VOX*

https://unser-mitteleuropa.com/afghanischer-allahu-akbar-bruellender-messermann-sticht-wahllos-auf-reisende-ein-video/

Afghanischer „Allahuakbar" brüllender Messermann sticht wahllos auf Reisende ein (VIDEO)

09. 09. 2022

dav

Der herum brüllende Mann soll gestern gegen 18 Uhr auf zwei Reisende am Bahnhof Ansbach (Bayern) eingestochen haben. Zuvor sei er, mit mehreren Messern bewaffnet, auf einem Parkplatz auf- und abgegangen. Passanten setzen dann einen Notruf ab. (BILD)
Nach schnell eintreffender Polizeistreife soll der Angreifer auf die Beamten losgegangen sein. Diese schossen ihn schließlich nieder. Der mutmaßliche Täter verstarb noch an der Stelle.

„Gott ist groß!"

Eine Zeugin gab an, dass der Messer-Mann „Allahuakbar" gerufen haben soll. Die Formulierung „Gott ist groß" und wird allgemein von Islamisten bei Terror-Anschlägen skandiert.

Die Polizei sperrte den Tatort großräumig ab. Aufgrund des raschen Eingreifens konnte wohl ein Blutbad verhindert werden. Die beiden Verletzten wurden glücklicherweise nur leicht verletzt.

Täter polizeibekannter afghanischer Krimineller

Nach BILD-Informationen handelt es sich bei dem 30-Jährigen um einen Afghanen, der 2015 nach Deutschland eingereist ist und schon mehrfach wegen Drogendelikten und Körperverletzung polizeibekannt ist. Der Schutzsuchende lebte in Ansbach.

Verzweifeltes Herumeiern vor offensichtlichen Tatsachen

„Ob ein terroristischer oder islamistischer Hintergrund vorliege, könne man aber noch nicht bestätigen. ‚Es wird aber intensiv geprüft.'", berichtet aktuell die WELT. Dort ist auch noch immer nur von einem 30-jährigen „Mann" die Rede, der da zustach und brüllte. Dass es sich bei diesem „Mann" um ein kriminelles Goldstück handelt, dass hier frei herumlaufen durfte, bringt man offensichtlich schwer über Lippen (oder gar nicht). Eine derart „vorsichte" Gebarung, wenn es um die Berichterstattung geht, war seinerzeit in Ostblockstaaten üblich. Da rückte man mit der unangenehmen Wahrheit auch nur scheibchenweise heraus, offenbar immer erst nach Rücksprache. Man wollte ja nichts „riskieren".

https://www.pi-news.net/2022/09/bremen-blutjunge-muslime-attackieren-transsexuelle-medien-vernebeln/

Bremen: Blutjunge Muslime attackieren Transsexuelle

8. September 2022

Eine muslimische Jugendbande hat in einer Bremer Straßenbahn eine Transfrau angegriffen, prügelte sie krankenhausreif.

Von MANFRED W. BLACK | Einen weiteren Fall von massiver homophober Gewalt von Muslimen hat es am vergangenen Samstag in Bremen gegeben. Opfer wurde dort in einer Straßenbahn eine 57-jährige transsexuelle Frau. Sie ist von „Jugendlichen" – so heißt es vernebelnd in den Medien – massiv körperlich angegriffen worden.

Bis heute werfen die Medien des Mainstreams Nebelkerzen, wenn es darum geht, Informationen über die ethnische Zugehörigkeit der jugendlichen Schläger von der Weser zu bekommen.

Mit Fäusten ins Gesicht geschlagen

Ein Bremer Polizeisprecher erklärt dazu: Eine „knapp 15-köpfige Gruppe beleidigte die 57-Jährige sofort als ‚Scheißtranse' und riss ihr die Perücke vom Kopf". „Anschließend wurde sie von einem Jugendlichen mehrfach mit beiden Fäusten ins Gesicht geschlagen."

Und: „Seine Begleiter feuerten den Angreifer dabei lautstark an." Der Haupttäter soll angeblich erst etwa 15 Jahre alt sein.
Die gewalttätige Jugendgruppe türmte nach der Tat. Die Frau kam mit ernsten Gesichtsverletzungen bis Mittwoch in eine Klinik.
Ob das Opfer bleibende Schäden davon tragen wird, ist bisher nicht bekannt.

Was FR, Vox und Radio Bremen verschweigen

Die Frankfurter Rundschau (FR) und der TV-Sender Vox haben sehr ausführlich über die Attacke berichtet. Doch darüber, welchen Ethnien die jungen Schläger angehören, schweigen die beiden Medien.
Noch seltsamer informierte der Fernsehsender Radio Bremen in seiner Journal-Sendung „Butenun Binnen". Die Redaktion, die zur ARD gehört, gibt zwar indirekt zu, genauere Informationen über die jungendlichen Bandenmitglieder zu haben, schränkt dann aber eher scheinheilig ein: „Dazu gibt es keine gesicherten Informationen."
Die Bild-Zeitung, so Radio Bremen, habe berichtet, „dass eine Kiosk-Verkäuferin die Täter-Gruppe kennt und sie offenbar als bedrohlich wahrnimmt".
Dass es sich bei den Tätern um eine in der Bremer „Neustadt bekannte Gruppe handelt, bestätigte die Polizei auf Anfrage nicht". Aktuell werte „die Polizei die Videos der Überwachungskameras aus".

ARD verbreitet falschen Optimismus

Der ARD-Sender versucht dann Optimismus zu verbreiten: Sollten die verdächtigen „Jugendlichen bereits in der Vergangenheit straffällig geworden sein, könnten sie (…) schnell identifiziert werden". Dann lügt der Sender: Dem Täter drohten angeblich „bis zu zehn Jahre Gefängnis"; die Polizei stufe die Tat in der Straßenbahn „als gefährliche Körperverletzung ein".
Das klingt wie blanker Hohn: In Wirklichkeit werden minderjährige Täter in Deutschland grundsätzlich nicht zu empfindlichen Haftstrafen verurteilt – muslimische schon gar nicht.

Was hat Bild tatsächlich berichtet?

Tatsächlich hat die Bild-Zeitung über die Prügelattacke in Bremen wesentlich genauer berichtet, als es die ARD glauben machen will. Bild nennt sogar indirekt die Ethnien, zu denen die jugendlichen Schläger gehören.
Die Zeitung schreibt am 7. September in ihrer Druckausgabe, eine Kiosk-Verkäuferin kenne „die Gruppe von zehn bis 15 Jugendlichen, etwa 14 Jahre alt, die kurdisch und arabisch sprechen".
Die Gang ist der Verkäuferin schon öfter aufgefallen: „Zuletzt stoppten sie einfach so die Straßenbahn. Ein Mann warf sie raus, doch sie kamen wieder, beschimpften und bedrohten ihn. Die fühlen sich stark in der Gruppe. Wenn man sie nicht stoppt, werden die weitermachen."

Lückenpresse oder Lügenpresse?

Weiter sagte die Kiosk-Beschäftigte, die meisten Menschen in der Gegend wollten „sich bei Konflikten mit der Bande raushalten".

Einige Menschen im Stadtviertel hätten sogar „Angst, dass ihnen etwas passiert". Das sei offensichtlich „ein großes Problem".
Mit anderen Worten: Die jugendliche Bande ist quartiersbekannt, sie hat offenbar schon oft Bewohner terrorisiert. Dass Medien darüber nichts berichten und mit Informationen dazu hinter dem Berg halten, ist ein Skandal – und ein weiterer Hinweis darauf, dass der mediale Mainstream heute – besonders wenn es um Ausländerkriminalität geht – nichts anderes ist als eine „Lückenpresse".
Wenn freilich Zeitungen oder Fernsehsender wichtige Informationen immer wieder gezielt verschweigen, müssen sie damit rechnen, auch als Lügenpresse bezeichnet zu werden.

https://www.pi-news.net/2022/09/toetungsdelikte-in-deutschland-welchen-anteil-haben-auslaender/

Tötungsdelikte in Deutschland: Welchen Anteil haben Ausländer?

16. September 2022

Von MANFRED W. BLACK | Welche Verbrechen versetzen Menschen am ehesten in Angst und Schrecken? Ohne Zweifel – das sind Mord und Totschlag. Über die Frage, ob Ausländer als Täter hierzulande weit überproportional an Morden und anderen Verbrechen gegen das Leben beteiligt sind, erhitzen sich leicht die Gemüter. Nun gibt es dazu neue aufschlussreiche Zahlen – für 2020 und 2021.

Berlin: Sehr viele Ausländer an Tötungsdelikten beteiligt

Im Stadtstaat Berlin hat es – Zahlen des Bundeskriminalamtes zufolge – allein im Jahr 2020 offiziell erfasste 125 Tötungsdelikte gegeben. Wobei die Dunkelziffer hoch ist. Denn Mord und Totschlag werden in einer Vielzahl von Fällen gar nicht als Tötungsdelikte erkannt.
67 der gefassten Mörder und Totschläger waren 2020 in Berlin deutsche Staatsbürger, 58 zählten zu den nicht-deutschen Tätern. Ausländer sind also weit überproportional an diesen Verbrechen beteiligt gewesen. Denn offiziell waren 2020 laut Berliner Stadtentwicklungsbehörde 15,5 Prozent der Menschen in der Hauptstadt Ausländer.

Pass-Deutsche und Ausländer

Wobei der Begriff „Ausländer" schwammig definiert ist: Unter diese Kategorie fallen nicht die vielen „Pass-Deutsche", die zwar eingebürgert wurden, aber migrantische Wurzeln haben; hierzu gibt es leider keine genauen Zahlen.
Selbst in berüchtigten Clan-Familien Berlins, in denen schwere Kriminalität weit verbreitet ist, sind offenbar durchweg etwa 80 Prozent der Familienmitglieder eingebürgert worden. Vielfach besitzen diese Clan-Zugehörigen eine doppelte Staatsbürgerschaft.

Diese Familienmitglieder gelten juristisch als Deutsche, ihre ethnische Präferenz gilt aber in den allermeisten Fällen Arabern, Afrikanern, Kurden oder Türken. Nicht selten sind die ethnischen Hintergründe – zumindest den deutschen Behörden – nicht transparent.

Kriminelle in Hamburg: Die Hälfte sind Ausländer

Neuere Statistiken sind jetzt für den Stadtstaat Hamburg veröffentlicht worden. Laut „Polizeilicher Kriminalstatistik" (PSK) für die Hansestadt wurden im Jahr 2021 insgesamt 121 Tatverdächtige ermittelt, die schwere Straftaten „gegen das Leben" begangen hatten – die sich also des Mords oder des Totschlags schuldig gemacht haben.

Von den dringend Verdächtigen waren 59 Nicht-Deutsche (48,8 Prozent) und 62 Deutsche. Auch in Hamburg sind dabei die Bürger nicht statistisch erfasst worden, die zwar als Eingebürgerte registriert wurden, aber Migranten sind.

Im Jahr 2021 betrug der Ausländeranteil in Hamburg – laut Statista – 17,2 Prozent. Diese Quote belief sich in Deutschland insgesamt auf 13,1 Prozent. Dass diese Zahlen die Realitäten bei weitem nicht abbilden, ist auch hier klar.

Denn in allen deutschen Bundesländern gilt: Viele der heutigen deutschen Staatsbürger sind zwar eingebürgert, haben aber migrantischen Hintergrund.

Ausländische Schwer-Kriminalität viermal so hoch

Bezüglich der offiziellen „Tatverdächtigen-Belastungszahlen" – hier wird die Zahl der Tatverdächtigen auf 100.000 Einwohner einer bestimmten Bevölkerungsgruppe berechnet – gibt es interessante Fakten für Hamburg: „Vier von 100.000 Deutschen und 20 von 100.000 Nicht-Deutschen standen 2021 unter Verdacht, Straftaten gegen das Leben begangen zu haben" (Hamburger Morgenpost).

Diese Schwer-Kriminalität ist also unter Ausländern fünfmal so hoch wie unter Deutschen (die vielen „Pass-Deutschen" wiederum nicht mit berechnet).

Das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) veröffentlichte Statistiken, nach denen 2019 etwa 21,2 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund hatten, das entspricht 26 Prozent der Bevölkerung in deutschen Privathaushalten. Mehr als die Hälfte davon sind laut BAMF inzwischen offiziell deutsche Staatsangehörige (52,4 Prozent).

Linke suchen nach Entschuldigungen

Linke Kriminologen und Journalisten versuchen oft, die Zahlen in ihrem Sinne politisch einseitig zu interpretieren. Es geht der Linken darum, die unter ausländischen Menschen weit überproportional verbreitete Kriminalität zu entschuldigen oder zu verharmlosen.

Der Sprecher der Hamburger Polizei, Florian Abbenseth, hat erst vor wenigen Wochen in der Hamburger Morgenpost sogar um Verständnis für schwer kriminelle Ausländer geworben: „Allein wenn wir daran denken, wo sie häufig intergebracht sind – sie wohnen ja nicht in den guten

Gegenden, sondern da, wo es sich ballt, wo leichter an Drogen heranzukommen ist und eine größere Verwahrlosung in den Stadtteilen herrscht."
Da sei „die Kriminalitätsquote insgesamt natürlich höher". Dass hier sogar links positionierte Staatsrepräsentanten versuchen, selbst Mord und Totschlag zumindest teilweise mit vermeintlich zu beengten Wohnverhältnissen zu entschuldigen suchen, scheint grotesk.

Für Deutsche Kriminelle fehlt das Verständnis

Das sind absurde Thesen, die im links-grünen Senat der Hansestadt vertreten werden, die mit den gesellschaftlichen Realitäten kaum oder gar nichts zu tun haben. Deutschen Bürgern, die nur durchschnittlich oder unterdurchschnittlich verdienen, brächte man kaum Verständnis entgegen, wenn sie überdurchschnittlich schwer kriminell würden.

Auch die Journaille, die bundesweit mindestens zu zwei Dritteln von links-grünen Redakteuren und Autoren dominiert wird, sucht immer wieder krampfhaft nach Entschuldigungsgründen, wenn davon die Rede ist, dass Ausländer sehr stark – und viel mehr als deutsche Bürger – an schweren Verbrechen gegen das Leben beteiligt sind.
Diese ideologisch begründeten Versuche, Statistiken zur schweren Gewaltkriminalität falsch zu interpretieren, ändern freilich nichts an den harten Fakten. Und die sind beunruhigend.

https://www.pi-news.net/2022/09/hamburg-mammut-drogenprozess-medien-nennen-keine-namen/

Hamburg: Mammut-Drogenprozess – Medien nennen keine Namen

23. September 2022

Muss für zwölf Jahre ins Gefängnis - der Hauptangeklagte Mehmet S.

Von MANFRED W. BLACK | Nach dem bisher größten Drogenprozess in der Geschichte der Hansestadt hat das Hamburger Landgericht die Urteile für sieben Angeklagte gefällt, die in den Medien stets nur als „die Männer" bezeichnet werden. Die Drogen-Schwerverbrecher, die offenbar zu einem vielfältig strukturierten, mafiaartig organisierten Clan gehören, kommen nun bis zu zwölf Jahre ins Gefängnis.

Wie in den meisten anderen, ähnlich gelagerten Fällen: Richter und Journalisten – etwa vom NDR, von der Welt oder vom Hamburger Abendblatt – sind bis heute auffällig bestrebt, nähere Hinweise zum persönlichen Hintergrund und vor allem zur ethnischen Herkunft der Verurteilten zu vermeiden.

Nur das Alter der Angeklagten wird genannt. Zum Verlauf des Prozesses ist aber sonst in vielen Einzelheiten berichtet worden.

Hauptangeklagter hat frühzeitig gestanden

So schreibt der NDR: „Für den Hauptangeklagten unter den 28 bis 60 Jahre alten Männern stand die Höchststrafe im Raum: 15 Jahre Gefängnis." Die habe er aber „durch ein Geständnis abgewendet".
Nun kommt er für zwölf Jahre hinter Gitter. Wenn er nicht schon nach acht Jahren wegen „guter Führung" vorzeitig wieder in die Freiheit entlassen wird.
Die sechs anderen angeklagten Männer haben Haftstrafen zwischen 45 Monaten und zehn Jahren bekommen.

Drei Tonnen Kokain geschmuggelt

Offenbar haben insgesamt zehn „Männer" einer Drogenbande mehr als drei Tonnen Kokain aus Südamerika über den Hamburger Hafen nach Norddeutschland geschmuggelt. Drei dieser Hochkriminellen werden noch in einem anderen Prozess vor Gericht gestellt.

Der Straßenverkaufswert des geschmuggelten Kokains ist auf etwa 300 Millionen Euro geschätzt worden. „Die Bandenmitglieder fungierten als ‚Tür', wie es im Jargon heißt: Sie brachten die Container aus dem Hafen, nahmen die Drogen aus ihrem Versteck zwischen Reis und Ananas und verkauften sie" (NDR).

Ein ganzes Jahr hat der Gerichtsprozess gedauert. Die Angeklagten waren vor zwei Jahren im Verlauf einer Großrazzia festgenommen worden.

Hinter vorgehaltener Hand

Nur die Bild-Zeitung hat in ihrem jüngsten – allerdings erstaunlich kurz gehaltenen – Artikel zumindest den Vornamen des 41-jährigen Hauptangeklagten genannt: Er heißt Mehmet.

Ein Name, der in arabischen Ländern und in der Türkei weit verbreitet ist. Bild schreibt über ihn: „Der massige Glatzkopf war Chef einer Bande".

Alle anderen Namen der Angeklagten verschweigt auch die Bild-Zeitung. Nur durch sorgfältige Recherchen gelingt es, ein wenig Licht in dieses namentliche Dunkel zu bringen.

Schon im Vorfeld der Festnahmen sind drei der jetzt Verurteilten in Hamburg vor wenigen Jahren auffällig geworden – vor allem durch eine Schießerei in der Fischbeker Heide (Hamburg-Harburg).

Arabische Wurzeln

Damals kursierten insbesondere drei Namen. Ihaab El R., Nader H. und Serkan G. sind damals in die Hände der Polizei gefallen. Sie haben allem Anschein nach libanesische und ägyptische Wurzeln und leben als Migranten teils schon in der dritten Generation in Deutschland.

Clan-Mitglieder besitzen heutzutage durchweg – oft neben einer weiteren Staatsangehörigkeit – die deutsche Staatsbürgerschaft, die in der Bundesrepublik inzwischen leicht zu erlangen ist.

Marokkaner beherrschen Drogenszene

Die Drogenszene wird in Westeuropa derzeit weitgehend von Marokkanern beherrscht. Besonders in den Niederlanden wächst die Macht der sogenannten „Mocro Maffia" ständig. „Jährlich soll die Bande zwischen 20 und 30 Menschen auf offener Straße liquidieren lassen" (Focus).

„Ihr Netzwerk reicht bis nach Deutschland", schreibt das Münchener Magazin. Die Hafenstadt Hamburg ist hierzulande ein besonders wichtiger Standort – auch für den Drogenschmuggel.

https://unser-mitteleuropa.com/rekord-schutzsuchender-91-straftaten12-identitaeten-asyl-vor-16-jahren-abgelehnt-bissiger-afrikaner-noch-immer-da/

Rekord-Schutzsuchender: 91 Straftaten,12 Identitäten, Asyl vor 16 Jahren abgelehnt, bissiger Afrikaner noch immer da

19. 09. 2022

Der Afrikaner Koffi G. (51) oder wie immer er auch heißen mag ist ein Paradebeispiel für den laschen Umgang mit kriminellen Asylbetrügern, die wiederholt brandgefährlich in Erscheinung treten, die Behörden narren und die man trotzdem nicht loswerden kann (oder will).

Seit über 20 Jahren in Deutschland „aktiv"

Der Mann aus Togo wurde zumindest per „nicht öffentlichen Fahndung" gesucht, bisherige Festnahmen blieben allerdings ohne Konsequenzen. Die Verantwortlichen ließen ihn immer und immer wieder laufen. Und immer wieder konnte der verhaltensgestörte Drogenabhängige seine Potentiale entfalten. Das einzig Positive bei diesem Mann ist sein HIV-Befund.

Die Vorwürfe, ein Streifzug durch das Strafgesetzbuch: Hausfriedensbruch, Diebstahl, Raub, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung, gefährliche Körperverletzung, Drogenhandel, Betrug. Koffi G. nutzte 12 verschiedene Falschnamen. Und all das hatte null Konsequenzen, so BILD am SONNTAG. Immerhin wurde der Asylantrag des 1999 Eingereisten 2006 abgelehnt, ebenfalls ohne Konsequenzen.

Opfer betrogen, vergewaltigt oder gebissen

In der genannten Zeitung findet sich eine kleine Aufstellung der Aktivitäten des schwarzen Mannes, was einem so passieren könnte, würde man in den Genuss einer Bereicherung durch den Schutzsuchenden kommen:

Am 16. August wurde Koffi G. nach Belästigung von Touristen in Koblenz (Rheinland-Pfalz) wegen Widerstand gegen Polizisten festgenommen – und freigelassen.

Am Frankfurter Hauptbahnhof bedrohte Koffi G.erst zwei Kinder, am Tag darauf biss er einen Mann in den Oberarm.

Am 17. August bedrohte der Mann in einer Toilette am Frankfurter Hauptbahnhof zwei Kinder (11 und 12) mit einem Rasierer. Nach einer

Nacht im Gewahrsam lehnte eine Staatsanwältin ab, überhaupt einen Haftantrag zu stellen.

Am 18. August randalierte er wieder am Frankfurter Hauptbahnhof, biss einen Mitarbeiter der DB-Sicherheit in den Oberarm. **Das Opfer musste operiert werden**. Der Täter saß einen Tag in Polizeigewahrsam. Diesmal wurde U-Haft beantragt und vom Ermittlungsrichter abgelehnt.

Psychiatrie statt Gefängnis und das freiwillig

Offenbar hatte Koffi G. erklärt, er werde sich freiwillig in die Psychiatrie begeben. Das tat er natürlich nicht, floh einem mehr – und blieb bis vergangene Woche verschwunden. Erst nach Anfrage von BamS zu dem Fall hatte die Staatsanwaltschaft Frankfurt/M. Anfang September einen sogenannten Unterbringungsbefehl erlassen, denn es lägen Gründe dafür vor, „dass der Beschuldigte bei Tatbegehung nicht in der Lage war, das Unrecht seines Handelns zu erkennen und einzusehen". Die übliche Masche eben, wenn es gilt, kriminelle „Schutzsuchende" zu entkriminalisieren. Und ein probates Mittel solche Figuren nicht abschieben zu können.

Auf **dokumentationsarchiv.com** sind auch eine Fülle derartige Vorkommnisse und mehr aufgelistet. Als Behelf für künftige Historiker, wenn es einmal gilt, auch dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte aufzuarbeiten, wie die Autoren der Seite meinen.

https://www.pi-news.net/2022/09/kein-hartz-iv-fuer-muslimischen-geldverschieber/

Kein Hartz IV für muslimischen Geldverschieber

26. September 2022

Wer Hawalal-Geld verschiebt und vorrätig hält, verliert in Deutschland den Anspruch auf soziale Transferleistungen.

Von MANFRED ROUHS | In Deutschland muss allehand passieren, bevor einer muslimischen Familie die Sozialleistungen gestrichen werden. Die Hürden dafür liegen hoch. Im Falle eines Mannes in Nordrhein-Westfalen waren sie überschritten bei einem Bargeldfund in Höhe von EUR 16.300 im Rahmen einer Hausdurchsuchung.

Der Mann wandte sich mit einem Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung gegen die Sozialbehörde an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, von dem er begehrte, den an ihn gerichteten Fluss von Sozialleistungen wieder in Gang zu setzen. Damit scheiterte er, und zwar bereits – wie erst jetzt bekannt wurde – am 08.07.2022, (Az. L 7 AS 752/22 B ER).

Das berichtet die Legal Tribune Online.

Der Fall war nicht ganz so unproblematisch, wie es auf den ersten Blick scheint, denn die 16.300 Euro gehörten offenbar nicht dem Muslim persönlich oder seiner Familie. Seine Wohnung wurde durchsucht aufgrund des Verdachts, er sei eine wichtige Figur im weltweiten Hawala-Geldtransfersystems, in dessen Rahmen weltweit jährlich von Muslimen Milliardenbeträge am offiziellen Banksystem vorbei verschoben werden. Ein fünfstelliger Geldbetrag ist da keine hohe Summe, sondern wohl eher die Tagesbarschaft.
Der Fall deutet an, wie sich das illegale Geldsystem offenbar in Deutschland finanziert: Seine Träger treten nach außen als brave, mittellose Familienväter auf und lassen ihren Lebensunterhalt vom Staat finanzieren. Ihre zusätzlichen Einnahmen aus Hawala-Gebühren vereinnahmen sie steuerfrei.
Das weltweit verschobene Hawalal-Geld dient großen und kleinen, guten und bösen Dingen: Von der Bezahlung einer lebensnotwendigen medizinischen Versorgung über Hochzeit und Hausbau bis zur Anschaffung von Kalaschnikows und Kassam-Raketen. Für Hawalal-Geld gilt muslimisches, kein weltliches Recht. Der Staat und seine Organe blicken da nicht durch.
Wer auf dem Boden seines Landes eine muslimische Parallelwelt duldet, muss wissen, dass der das staatsferne und unkontrollierte muslimische Finanzwesen mit zur Migration einlädt. Und dagegen nützt es nichts, hier und da mal eine Wohnung zu durchsuchen: Denn Millionen Muslime in Europa machen beim Hawalal-Geldtransfersystem mit.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.pi-news.net/2022/09/11-millionen-ukrainer-in-deutschland-546-000-in-der-sozialhilfe/

1,1 Millionen Ukrainer in Deutschland – 546.000 in der Sozialhilfe

24. September 2022

Von MANFRED W. BLACK | Schon 1,1 Millionen Ukrainer leben derzeit – in der Regel als Geflüchtete – in der Bundesrepublik. Davon beziehen mindestens 546.000 die deutsche Sozialhilfe.

Was in bundesrepublikanischen Medien flächendeckend verschwiegen wird: Zumindest 30.000 der jetzt aus der Ukraine Zugewanderten sind gar keine Ukrainer, sondern vor allem erstaunlicherweise Araber.

An den Grenzen der Belastbarkeit

Gravierende Zahlen hat zu dieser Gesamtthematik jüngst vor allem die WELT recherchiert. Längst ist der deutsche Sozialstaat an die Grenzen seiner Belastbarkeit gekommen.

Zumal zusätzlich wieder massenhaft „Flüchtlinge" primär aus arabischen Regionen in die Bundesrepublik strömen, wo aus Sicht vieler Ausländer „Milch und Honig fließen".

Niemand wagt mehr, Prognosen für die Zukunft zu stellen. Bereits jetzt sehen sich einige Bundesländer nicht mehr in der Lage, neue Zuwanderer aufzunehmen.

550.000 Ukrainer beziehen deutsche Sozialhilfe

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurden im August „546.000 ukrainische Staatsangehörige in der Grundsicherung für Arbeitsuchende gezählt". Von diesen Sozialhilfe-Beziehern sind rund 355.000 im erwerbsfähigen Alter. Zum Vergleich: Recherchen der Welt zufolge haben vor Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar „nur" ungefähr 17.000 Ukrainer von staatlicher Grundsicherung in Deutschland gelebt.

Diese Sozialhilfe-Empfänger beziehen gratis Geld, Wohnung, Krankenversorgung sowie Leistungen zum Beispiel für Möbel und Kleidung. Für eine vierköpfige Familie zahlt der hiesige Steuerzahler so weit über 2.000 Euro. Monatlich.

Wohnungsmarkt und Schulen sind überlastet

Derzeit sind insgesamt etwa 1,1 Millionen Ukrainer – darunter viele Kinder und Jugendliche – im bundesrepublikanischen Ausländerzentralregister (AZR) registriert. Ein Teil der Zugezogenen ist zumindest vorübergehend bei hiesigen Verwandten oder Freunden untergekommen.

Für alle anderen stellt der deutsche Staat die Unterkünfte – nicht selten auch in überteuerten Wohnungen und Häusern.

Die meisten der schulpflichtigen jungen Ukrainer besuchen inzwischen deutsche Schulen, wo sich deswegen ein empfindlicher Lehrermangel bemerkbar macht.

Missbrauch der Sozialhilfe

Insgesamt beobachten die deutschen Behörden erhebliche Fluktuationen bei den Ukraine-Flüchtlingen. Viele kommen – andere gehen, zumindest für kürzere Zeit.

Die quantitativen Veränderungen werden aber in aller Regel erst nach oft längeren Verzögerungen in den offiziellen Statistiken dokumentiert.

Neuerdings gehen viele Gerüchte, dass etliche Ukrainer zwar offiziell in der Bundesrepublik leben, aber de facto zumindest

längere Zeit auch in der Ukraine. Vermutlich vorzugsweise in den großen Regionen, die nicht vom Krieg betroffen sind.
Beobachter vermuten mittlerweile einen Missbrauch der deutschen Sozialhilfe nicht unerheblichen Umfangs.

Viele sind „Aufstocker"

Einen offiziellen Arbeitsplatz haben bisher erst relativ wenige Ukrainer in der Bundesrepublik gefunden, drei Viertel davon sind Frauen. Die aktuellen offiziellen Zahlen beziehen sich auf den Monat Juni, als insgesamt 95.000 ukrainische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gezählt wurden.

Viele von ihnen sind aber nur Teilzeit-Beschäftigte, die große Mehrheit arbeitet als „Helfer", die eher zu den Hilfsarbeitern zählen. Von denen sind etliche „Aufstocker", sie beziehen neben ihrem relativ niedrigen Gehalt auch noch staatliche Sozialleistungen – zum Beispiel Wohngeld.

Sozialhilfe für zahlreiche Nicht-Ukrainer aus der Ukraine

Neben den Ukrainern gibt es etwa 30.000 Nicht-Ukrainer, die mittlerweile aus der Ukraine nach Deutschland „geflüchtet" sind und jetzt in der Bundesrepublik zumindest einen befristeten Aufenthaltstitel erhalten haben.

Diese Nicht-Ukrainer aus der Ukraine – meist sind es Araber –, erhalten hierzulande auch „einen Schutztitel, ohne ein Asylverfahren zu durchlaufen" (Die Welt): Sie dürfen damit seit dem 1. Juni in die „normale" Grundsicherung wechseln, die auch einheimische Arbeitslose sowie anerkannte Asylbewerber erhalten.

Ausgewiesen wird niemand

Sehr viele Nicht-Ukrainer aus der Ukraine – sie sind durchweg männlich – geben jetzt vor, in Deutschland studieren zu wollen.

Durchweg haben diese „Geflüchteten", die offenbar in ihrer ganz großen Mehrheit „Wirtschaftsflüchtlinge" sind, aber kaum oder gar keine Deutschkenntnisse.

Diese große Gruppe von Zuwanderern darf trotzdem erst mal sechs Monate in der Bundesrepublik bleiben – bei vollen Sozialleistungen des deutschen Staates –, angeblich um Deutsch zu lernen.

Für jeden Experten ist klar, dass auch nach diesem halben Jahr praktisch niemand in sein eigentliches Herkunftsland abgeschoben wird. Im Zweifelsfall bleiben grundsätzlich diese „Geflüchteten" ebenfalls in Deutschland – offiziell als „Geduldete", de facto als Sozialhilfeempfänger zeitlich unbegrenzt.

https://www.nzz.ch/feuilleton/ruud-koopmans-das-heutige-asylsystem-ist-marode-ld.1704811

Ruud Koopmans: «Es gibt kein Migrationssystem in der Welt, das so tödlich ist wie das europäische»

Der Soziologe Ruud Koopmans war einst links-grüner Aktivist und glaubte an die niederländische Multikulti-Politik. Heute gehört er zu den schärfsten Kritikern der europäischen Migrationspolitik. Im Interview spricht er über Bevölkerungswachstum, Tote im Mittelmeer und warum wir oft die falschen Leute aufnehmen, statt echten Flüchtlingen zu helfen.

Benedict Neff, Lucien Scherrer

29.09.2022, 05.30 Uhr

Herr Koopmans, die Schweiz wird bald 9 Millionen Einwohner zählen, allein dieses Jahr könnten bis zu 200 000 Menschen einwandern, Flüchtlinge, Arbeitsmigranten. Sollte uns das Sorgen bereiten?

Relevant ist die Nettozuwanderung. Wo viele einwandern, wandern meistens auch viele aus.

Vor dem Ukraine-Krieg betrug die Nettozuwanderung etwa 60 000 Personen im Jahr.

Da sind wir also schon bei einem Drittel. Das Zweite ist die Frage, wie hoch das natürliche Wachstum ohne die Zuwanderung wäre. In Deutschland würde die Bevölkerung ohne Zuwanderung stark schrumpfen. In den Niederlanden ist es anders, da wäre die Entwicklung relativ stabil ohne Migration. Wenn Migration zu schnellem Wachstum führt in einem Land, das dicht besiedelt ist, führt das zu starkem Druck auf den Wohnungs- und den Arbeitsmarkt. Da stellt sich die Frage: Wie viel Nettozuwanderung kann man verkraften, ohne dass dies die ansässige Bevölkerung zu viel belastet?

Zuwanderung, so hört man oft, ist ein Gewinn, auch finanziell. Stimmt das?

Das kann man weder pauschal bejahen noch verneinen. Das hängt von der Situation des Landes und der Zusammensetzung des Migrationsstroms ab. Allgemein kann man sagen, dass es für Europa nicht stimmt. Vor allem stimmt es nicht für die Zuwanderung von ausserhalb des europäischen Wirtschaftsraumes. Die Zuwanderung aus Drittstaaten, das zeigen viele Studien, ist im günstigsten Fall ein Nullsummenspiel. In den meisten Berechnungen ist sie ein Kostenfaktor. Meist geht es um Flüchtlinge oder um Heiratsmigration. Das sind in der Regel eher schlecht ausgebildete Leute. Aus Ländern, die eine grosse, wenn nicht gar die grösstmögliche kulturelle Distanz zu Europa haben.

In der Schweiz kamen 2021 die meisten Asylsuchenden aus Afghanistan, der Türkei, Eritrea und Algerien. Sprechen Sie diese Länder an?

Ja, das grösste Gefälle gibt es zwischen den Ländern Nordwesteuropas und den Ländern der Subsahara und des Nahen Ostens. Kein anderer Teil der Welt ist kulturell so weit entfernt von uns. Die Kombination von niedriger Bildungsqualifikation und kultureller Distanz führt dazu, dass diese Migranten oft nur schwer in den Arbeitsmarkt integrierbar

sind. Die Frauen leben in patriarchalen Strukturen und dürfen nicht arbeiten. Viele beziehen Sozialleistungen und tragen damit auch nicht in positivem Sinne zur Gesellschaft und zur Wirtschaft bei.

Bei welchen Werten sehen Sie die grösste Differenz?

Ich beziehe mich auf die World Values Survey, diese Umfragen gibt es seit den 1970er Jahren. Es geht vor allem um Werte, die mit dem Verhältnis der Geschlechter, mit sexueller Freiheit, mit Meinungsfreiheit, mit der Religion, der persönlichen Autonomie zu tun haben. Das gilt für muslimische Länder in Afrika und den Nahen und Mittleren Osten. Zu China oder Vietnam oder den osteuropäischen Ländern sind die Differenzen geringer als beispielsweise zu Pakistan und Marokko. Das macht die Integration einfacher.

Die Probleme bei der Integration sind schon lange bekannt. In Schweden scheint die migrantische Bandenkriminalität ausser Kontrolle, Frankreich diskutiert seit Jahren über islamistische Agitation in Schulen, No-go-Zonen und Terrorismus. Allerdings wurden diese Phänomene lange verdrängt. Wie müsste man sie Ihrer Meinung nach angehen?

Die Ansätze in Europa sind sehr unterschiedlich, auch historisch. Frankreich hatte einen assimilationistischen Ansatz, alle sollten Franzosen werden und Französisch sprechen, Religion Privatsache sein. Grossbritannien, Schweden oder die Niederlande hatten einen multikulturellen Ansatz, jeder soll seine eigene Kultur pflegen, denn, so dachte man, gerade das sei gut für die Integration. In Deutschland wollte man lange gar nicht erkennen, dass man ein Einwanderungsland ist. Man hat gehofft, dass die Leute wieder zurückgehen, was sie bekanntlich nicht getan haben. Man kann jedoch nicht sagen, dass der eine Ansatz besser war als der andere.

Das Resultat war also immer ähnlich, egal, was man getan hat? Gibt es kein Modell, das besser funktioniert?

Nein, und ich habe mich lange mit vergleichenden Studien befasst. Der multikulturelle Ansatz hat sicher nicht funktioniert, deshalb sind Grossbritannien, die Niederlande und Schweden auch von ihm abgekommen. Auch das französische Modell ist gescheitert, man musste einsehen, dass Religion sehr wohl eine Rolle spielt. Integrationserfolge hängen weniger von der Integrationspolitik, sondern massgeblich von der Zusammensetzung der Migration ab.

Es gibt doch auch Länder, die eine offene Migrationspolitik betreiben, ohne dass sie wegen Bandenkriegen Schlagzeilen machen, Kanada zum Beispiel.

Ja, Kanada wird immer wieder als leuchtendes Beispiel gelungener Integrationspolitik genannt. Der Erfolg kommt jedoch nicht von der Integrationspolitik, sondern von der Einwanderungspolitik. Man gibt sich zwar multikulti, aber an der Pforte wird extrem streng selektiert. Da kommt man nur hinein, wenn man hohe Bildungsqualifikationen hat und andere Kriterien erfüllt. Kanada hat zudem den Vorteil, dass es weit entfernt ist von den Krisenherden der Welt. Es gibt kaum Menschen, die spontan an der Grenze auftauchen. Stattdessen werden sie in Flüchtlingslagern ausgesucht, man klärt ab, ob sie die Sicherheit

gefährden, ob sie überhaupt Anspruch auf Asyl haben. Man macht all das im Voraus, was in Europa erst passiert, wenn die Leute eingewandert sind. Logisch, funktioniert die Integration besser.

Was Sie beschreiben, ist in Europa schwieriger umzusetzen, weil die geopolitische Lage anders ist, aber auch die Skrupel viel höher sind. Sie haben ja auch das Wort Selektion benutzt, das historisch belastet ist. Was würde denn passieren, wenn Italien sagte, wir nehmen nur Ukrainer, aber keine Somalier, weil die sich nicht integrieren?

Einem Somalier würde es leichterfallen, sich in einem muslimischen Land zu integrieren als in Westeuropa. Leider ist die Lage in der Welt so, dass auch die reichen muslimischen Länder kaum bereit sind, andere aufzunehmen, wir sehen das im Fall von Syrien, dem Irak und Jemen. Diese Länder sind umgeben von ultrareichen Ölstaaten, aber die nehmen keinen einzigen Flüchtling auf. Die ganze muslimische Welt beklagt sich immer über das Schicksal der Rohingya, aber ich glaube nicht, dass Länder wie Saudiarabien oder die Türkei grosse Kontingente aufgestellt haben, um diese Leute aufzunehmen.

Aber die Türkei hat rund vier Millionen Syrer aufgenommen.

Ja, weil die Leute einfach über die Grenze geflohen sind, genauso wie die Ukrainer nach Polen geflohen sind. Doch es stimmt, die Türkei war grosszügig, Jordanien auch. Aber was ich sagen wollte: Für Somalier gibt es nicht viele Alternativen, deshalb grenzt es an Rassismus, wenn man in Europa sagen würde: Wir nehmen nur Christen. Man muss auch sehen: 90 Prozent aller Flüchtlinge werden in den Nachbarländern aufgenommen.

In Frankreich ist schon vieles aus dem Gleichgewicht geraten. Können Sie sich vorstellen, dass ein Land an einen Punkt gelangt, wo es sagt: Jetzt können wir nicht noch mehr Migranten aus Nordafrika aufnehmen, weil es die Sicherheit des Landes gefährdet?

Ich glaube, dass man das lösen kann, ohne dass man nach Religion oder Herkunft unterscheidet. Wenn es um die Wirtschaftsmigration geht, reicht es, eine kluge Politik zu verfolgen, wie jene in Kanada. Da darf man auch selektiv sein und das Eigeninteresse betonen.

Das klingt einfach. Aber im Mittelmeer ertrinken jedes Jahr Tausende Menschen, in Kanada ertrinken sie nicht. Der moralische Druck ist also viel grösser, zudem kann man schlecht zwischen Wirtschaftsmigranten und Flüchtlingen unterscheiden. Die meisten dürfen bleiben, weil man sie nicht zurückschicken kann.

Das Problem ist, dass wir zu 90 Prozent ungesteuerte Migration haben. Nach geltendem Recht müssen wir die Asylanträge prüfen, viele werden abgelehnt, werden aber in irgendeiner Form geduldet, man kann jahrelang prozessieren, Dokumente wegschmeissen oder behaupten, man sei minderjährig. In Kanada ist es genau umgekehrt, da sind 90 Prozent der Migration gesteuert. Dazu habe ich gerade ein Buch geschrieben, das im Februar herauskommt. Es heisst «Die Asyllotterie». Da geht es genau um die Frage, wie man die Asylpolitik so umgestalten kann, dass sie für beide Seiten Gewinn bringt: Die

europäischen Länder erhalten mehr Leute, die sie brauchen und integrieren können, Arbeitsmigranten mehr Möglichkeiten und echte Flüchtlinge mehr Schutz.

Das klingt gut. Aber wie soll das umgesetzt werden?

Das geht nicht ohne Kooperation mit Drittstaaten ausserhalb Europas. Zuerst müssen wir uns fragen, was wir diesen Ländern anbieten können. Zum Beispiel legale Wege für Wirtschaftsmigration oder die Aufnahme von Flüchtlingskontingenten. Es gibt zwar mit Ländern wie Marokko bereits Rücknahmeabkommen, aber die Umsetzung klappt meistens nicht. **Wenn aber ein Land oder auch die ganze EU den Marokkanern sagt, wir geben jedes Jahr so und so vielen Bürgern ein Arbeitsvisum, dafür müsst ihr abgewiesene Asylbewerber zurücknehmen, wäre das eine Grundlage.**

Das heutige System ist für Marokko doch viel attraktiver: Junge Männer zwischen 15 und 27 Jahren, für die es zu Hause keine Arbeit gibt, kommen nach Europa. Das heisst: Heute kann Marokko Probleme nach Europa auslagern, in Ihrem Modell würde es gute Arbeitskräfte verlieren.

Sie dürfen nicht unterschätzen, dass Auswanderung für diese Länder auch eine wichtige Einnahmequelle ist. Die Regierungen wollen, dass Leute auswandern: Migranten überweisen Geld an ihre Familien, subventionieren Dörfer, beteiligen sich an Unternehmen. Das ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Ländern wie Senegal, Nigeria oder Marokko. Deshalb wird die Kontrolle irregulärer Migration nur funktionieren, wenn man den betroffenen Länder und ihren Bürgern andere Migrationswege eröffnet. Das Prinzip wäre, ungewollte, ungesteuerte Zuwanderung durch gewollte, gesteuerte Zuwanderung zu ersetzen. Auch bei der Fluchtmigration: Aufnahme von grösseren Kontingenten, aber kein Anspruch mehr auf Asyl für irreguläre Asylbewerber. Die Asylverfahren müsste man in Drittstaaten durchführen, wie das Grossbritannien und Dänemark planen.

Beide Staaten stossen mit ihren Plänen auf massiven Widerstand, Politiker und Vertreter afrikanischer Länder kritisieren sie als rassistisch, Gerichte halten sie für rechtswidrig.

Das stimmt, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat das im Fall von Grossbritannien und Rwanda gestoppt, aber das heisst nicht, dass es in anderen Ländern nicht möglich wäre, etwa in Tunesien, Senegal oder Albanien. Es gibt keine grundsätzlichen rechtlichen Hindernisse gegen die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten. **Das internationale Flüchtlingsrecht besagt nicht, dass jemand das Recht hat, in Deutschland, Italien oder der Schweiz Asyl zu beantragen.**

Aber es gibt internationale Standards, die eingehalten werden müssen.

Wenn uns Tunesien zusichert, dass Asylverfahren nach diesen Standards durchgeführt werden, sehe ich keine Probleme. Vor allem würde es den Strom irregulärer Flüchtlinge massiv reduzieren. Nur wenige werden sich noch auf den Weg machen, wenn sie wissen, dass sie zwar Flüchtlingsschutz bekommen können, aber in Tunis oder Tirana, nicht in Berlin oder Zürich. Mittels Kontingentaufnahmen könnte man sich zudem auf die am meisten bedrohten Menschen konzentrieren, Familien mit kleinen Kindern, Angehörige

von verfolgten Minderheiten wie die Jesiden. Jene, die man aufnimmt, könnten sogleich mit Sprachkursen und Arbeitsmarktintegration beginnen, ohne jahrelanges Warten.

Aus Ländern wie Nigeria dürfte dann niemand mehr kommen?

Auch hier müssen wir durch kluge Rücknahmeabsprachen mit Nigeria irreguläre Migration durch Arbeitsmigration ersetzen. Nigerianer werden in Europa als Problem-Migranten wahrgenommen, weil sie als Asylbewerber meistens abgelehnt werden. Sie verharren jahrelang in Duldungssituationen, oder sie gehen in die Illegalität, manche verfallen in die Kriminalität, die Frauen in die Prostitution. In den USA dagegen sind viele Nigerianer hochgebildet, sie haben sogar ein höheres Durchschnittseinkommen.

Die Kooperation mit Drittstaaten setzt gute Beziehungen voraus. Gerade hier hapert es. Der türkische Präsident Erdogan etwa missbraucht Migranten als politisches Druckmittel. Brauchte es nicht auch einen effektiveren Grenzschutz?

Grenzschutz kann das Problem nicht lösen. Denn im heutigen System gibt es keinen legalen Weg, jemanden daran zu hindern, an den europäischen Grenzen Asyl zu beantragen. **Die einzige Antwort, die wir momentan auf die Erpressung durch Diktatoren wie Erdogan, Lukaschenko und Putin haben, sind sogenannte Pushbacks an der Grenze oder auf hoher See.**

Sie meinen, wenn Grenzwächter Migranten an der Einreise hindern oder ihre Boote abdrängen, etwa in der Ägäis.

Ja, und das ist ein klarer Verstoss gegen das Flüchtlingsrecht. Es hat auch nicht dazu geführt, dass die Flüchtlingsströme wesentlich abnehmen, im Gegenteil, es sterben immer noch Tausende Leute jedes Jahr. Das ist ein grausames Massensterben. Es gibt kein Migrationssystem in der Welt, das so tödlich ist. Wir sprechen von mehr als 20 000 Toten in den letzten zehn Jahren. Das heutige System ist schlecht in jeder Hinsicht. Schlecht aus Gesichtspunkten der Integration, schlecht aus Sicherheitsgründen, weil es Kriminalität fördert, und es ist schlecht für die Migranten selbst, weil Menschen, die tatsächlich verfolgt sind, eine gefährliche Reise antreten müssen und viele der Hilfebedürftigsten es niemals nach Europa schaffen können.

Politisch wird die Umsetzung Ihrer Ideen nicht einfach, zumal es Hunderte Anwälte, Aktivisten und Politiker gibt, die illegale Migration legitimieren.

Ja, es wird viel Widerstand geben, NGO werden Sturm laufen, Asylanwälte auch. Die wären ja brotlos, oder sie müssten nach Tunesien ziehen, wenn sich meine Vorschläge durchsetzen. Ich zähle aber darauf, dass es einen Kompromiss gibt zwischen Konservativen und Progressiven. Die Konservativen müssten anerkennen, dass die Migration nicht begrenzt, sondern umgesteuert wird. Die Progressiven, dass es eine gesteuerte und selektive Migration braucht. Beide müssen über ihren Schatten springen. Einig sind sich immerhin alle, dass das Asylsystem marode ist.

Die deutsche Regierung hat angekündigt, dass sie den Familiennachzug erleichtern, die Einbürgerungen fördern, die Sozialleistungen erhöhen und Sanktionen abschaffen will,

selbst wenn sich jemand nicht um Arbeit bemüht. Nach mehr kontrollierter Migration klingt das nicht.

Wenn man andere Aspekte nicht ändert, ja. Mit dem existierenden Asylsystem wird Deutschland damit noch attraktiver. Die Regierung hat eine Abschiebungsoffensive angekündigt, aber die wird ins Leere laufen. Denn abgewiesene Asylbewerber wissen: Ich kann tun, was ich will, und man kann mich nicht loswerden.

Schweizer und deutsche Russland-Appeaser behaupten derzeit, dass Putins Krieg eine grosse Fluchtwelle aus Afrika auslösen werde, weil die Getreidelieferungen aus der Ukraine blockiert sind. Ist das Propaganda oder ein realistisches Szenario?

Ich glaube, das ist tatsächlich eine russische Strategie, nicht erst seit dem Überfall auf die Ukraine. Als Lukaschenko letztes Jahr Migranten an die EU-Grenze schickte, haben die Russen auch mitgemischt, Aussenminister Lawrow war sehr aktiv, übte Druck auf Europa aus, die Leute hereinzulassen. Das war eine reine Destabilisierungsoffensive. Putin hat es auch schon in Norwegen und Finnland versucht, wo plötzlich Tausende Asylsuchende auftauchten, aus einer Sicherheitszone Russlands, in die sonst kein Mensch kommt. Auch bei der Bombardierung Aleppos, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, könnten solche Überlegungen eine Rolle gespielt haben. Diese Drohungen wirken, weil seit 2015 nichts passiert ist und wir nach wie vor keine wirksame Strategie gegen massenhafte Migration in das Asylsystem haben.

Sie haben die Kriminalität angesprochen, die häufig als Argument gegen Migration angeführt wird: mehr Zuwanderung gleich mehr Kriminalität. Was sagen Sie als Statistikexperte dazu?

Es ist sonnenklar, auch wenn das von vielen Wissenschaftern verneint wird: Migranten aus Drittstaaten sind überproportional stark in den Kriminalitätsstatistiken vertreten. Und dies nicht nur bei Ladendiebstahl, sondern vor allem bei schweren Gewalttaten. Da geht es um Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Raub. In Deutschland liegt die Überrepräsentierungsrate von Flüchtlingen bei schweren Gewalttaten bei einem Faktor 5 bis 6. Das heisst natürlich nicht, dass die meisten Flüchtlinge Schwerverbrecher sind.

Zudem dürfte die Überrepräsentation auch damit zusammenhängen, dass junge Männer übervertreten sind, die generell mehr auffallen.

Ja, aber das erklärt nur einen Teil der Überrepräsentierung. Die starke Vertretung junger Männer ist eine Folge des heutigen Asylsystems. Es geht vor allem um Asylbewerber aus Ländern mit einer niedrigen Anerkennungsrate oder um jene, die nur einen Duldungsstatus haben. In der Kriminalitätsstatistik spiegelt sich die Untauglichkeit des heutigen Asylsystems. Wir lassen Leute herein, für die das Recht gar nicht gedacht ist, und die verursachen dann auch noch die meisten Probleme. Die Syrer sind in der deutschen Kriminalitätsstatistik zwar auch überrepräsentiert, aber lange nicht so wie Nigerianer, Afghanen und Marokkaner.

Welche Rolle spielen die Religion und der kulturelle Hintergrund?

Bei bestimmten Arten von Delikten spielt das eine Rolle, vor allem bei Sexualdelikten. Leute aus islamischen Ländern sind hier stark übervertreten. Das hängt mit Vorstellungen über Sexualität und die Rolle der Frau zusammen.

In Deutschland hat kürzlich ein Tschetschene lesbische Frauen beschimpft und einen Transmann getötet. 2021 hat ein Islamist in Dresden einen Homosexuellen erstochen. Gemäss deutschen Statistiken schlagen Rechtsextreme am häufigsten zu, die meisten Taten werden jedoch gar nicht zugeordnet. Gibt es einen Zusammenhang zwischen homophoben Attacken und Migration?

Das ist so. In Münster und Dresden waren die Täter Flüchtlinge aus islamischen Ländern. Die Studien aus Deutschland sind wenig aussagekräftig, in anderen Ländern wie den Niederlanden hat man das detaillierter untersucht. In Amsterdam etwa geht der weitaus grösste Teil der gewalttätigen Angriffe – wir sprechen hier nicht von Beleidigungen oder Beschimpfungen – von Tätern aus islamischen Ländern aus. In Wien kam eine Studie zu ähnlichen Schlüssen.

Sie beschäftigen sich seit Jahren mit Islamismus, sind Anfang der 1990er Jahre aus der grün-linken Partei der Niederlande ausgetreten, weil der damalige Vorsitzende «Die Satanischen Verse» von Salman Rushdie verbieten lassen wollte. Hat sich in den letzten 30 Jahren etwas getan im Umgang der Linken mit Islamismus?

Nicht viel . . .

Sie seufzen.

Ja, das muss man leider feststellen. Vermutlich haben Sie das Buch gelesen von Salman Rushdie, in dem er beschreibt, wie er im Stich gelassen wurde, als diese Fatwa gegen ihn ausgesprochen wurde. Dies nicht nur von linker Seite. Auch viele britische Konservative haben sich gegen ihn gestellt und gesagt, er sei selber schuld. Von Leuten, die sich «progressiv» nennen, würde man allerdings mehr erwarten. Das ist leider bis zum heutigen Tag so, auch wenn es Ausnahmen gibt, etwa Cem Özdemir von den deutschen Grünen.

In der SPD dagegen pflegen einige eine auffällige Nähe zu Islamisten. Der Bundestagsabgeordnete Helge Lindh etwa hofiert islamistische Verbände wie die türkische Ditib.

Die SPD ist in Sachen Islamismus klar das grösste Problem in Deutschland. Da gehen die Islamisten ein und aus, etwa jene vom Zentralrat der Muslime in Deutschland. Dessen Mitglieder haben Verbindungen zu den rechtsextremen Grauen Wölfen, zur Muslimbruderschaft und zum iranischen Regime. Der Umgang der SPD mit den Islamisten ist genauso problematisch wie jener mit den Russen.

Was sagen Sie dazu, dass diese Partei in Deutschland den Kanzler stellt?

Ja, das ist dramatisch (lacht). Zum Glück sind die Grünen in der Regierung und steuern das zumindest in der Russland-Frage ein bisschen in die gute Richtung.

Sie waren in einem Expertenkreis zum politischen Islam, Nancy Faeser hat angekündigt, dass die Gruppe aufgelöst werde. Anerkennt die deutsche Regierung die Gefahr nicht, die vom Islamismus ausgeht?

Offiziell sagt man das natürlich nicht. Man sagt, man schätze unsere Arbeit, wolle sich dem Thema auch künftig widmen. Implizit ist es aber eine politische Entscheidung.

Inwiefern?

Während der Expertenkreis zum Islamismus nach nur einem Jahr geschlossen wurde, wurde der Expertenkreis zu «Muslimfeindlichkeit» um ein drittes Jahr verlängert. Damit meine ich nicht, dass Muslimfeindlichkeit kein Problem ist. Aber der Islamismus ist global gesehen eine grössere Gefahr als der Rechtsextremismus. Der Islamophobie-Diskurs wird von genau jenen Islamisten gefüttert, die die SPD hofiert. Dass man diese Verbindungen untersucht, ist kaum im Interesse der SPD.

Sie haben gesagt, das Asylsystem sei marode, darin seien sich alle einig. Allerdings ist es schon seit Jahren marode, und wenig hat sich getan. Sehen Sie Ansatzpunkte, dass sich Europa der Problematik wirklich annimmt? Oder anders gefragt: Verbinden Sie mit Ihrem Buch irgendwelche Hoffnungen?

Na ja, man soll die Hoffnung nie aufgeben (lacht). Die AfD oder die extreme Linke werde ich wohl nicht erreichen, aber hoffentlich die moderaten Kräfte. Aber ja, wahrscheinlich greifen beide Seiten heraus, was sie gerne hören möchten. Die Rechten werden sich auf das Kapitel zur Kriminalität stürzen, die Linken werden sagen: Das ist ein Rassist, der Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremisten, leitet, er ist islamophob, und den Rest lesen wir gar nicht erst. Wenn ich aber die Hoffnung verloren hätte, würde ich nicht mehr arbeiten. Wenn man nur ein kleines bisschen in die richtige Richtung schiebt, ist schon etwas gewonnen.

Ruud Koopmans, 1961 in Uithoorn geboren, ist Soziologe und forscht seit Jahren zu Migration, Integration und Islamismus. Er leitet die Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Seit 2013 ist er Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Koopmans hat zahlreiche Aufsätze geschrieben, 2019 ist sein Buch «Das verfallene Haus des Islam» erschienen. Er gehört zu den meist zitierten Sozialwissenschaftern in Europa, seine Beiträge lösen regelmässig Kontroversen aus.

https://www.pi-news.net/2022/10/heute-tag-der-opfer-der-bunten-republik-9/

Heute: Tag der Opfer der Bunten Republik

2. Oktober 2022

Aktionsform der IB, um auf die Opfer von Migrantengewalt hinzuweisen.

Von M. SATTLER | Wie jeden ersten Sonntag im Oktober gedenken wir auch heute wieder der von Immigranten getöteten, vergewaltigten, misshandelten indigenen Deutschen. Die „Bunte Republik Deutschland" ist ein blutiges Land: Immigrantengewalt gegen deutsche Indigene zählt zu den gesellschaftlichen Markenzeichen des real existierenden Buntismus. Wer sich mit der erschreckenden Datenlage im Detail beschätigen will, dem seien die alljährlichen BKA-Lageberichte empfohlen.

„Gewalt beginnt mit Worten": Diese alte Weisheit trifft auch auf Immigrantengewalt zu. Wer indigene Deutsche als „Kartoffeln" beschimpft, überschreitet somit zugleich die erste Schwelle zur Gewalt: Er will Menschen herabwürdigen, ihnen das Menschliche nehmen, denn das Menschliche wirkt hemmend. Als „Kartoffel" aber wird der Mensch zum Ding, zu einer Erdknolle, die man mit Messern bearbeiten kann, auf die man eindreschen kann, bis sie zu Brei geschlagen ist. Wer es sich zu eigen macht, deutsche Indigene als „Kartoffeln" zu bezeichnen, sieht daher auch in der Leiche im Straßengraben, dem von „jungen Männern mit Immigrationshintergrund" abgestochenen oder totgeschlagenen Indigenen, letztlich keinen gleichwertigen Menschen, sondern nur ein nicht-menschliches Wesen, ein Ding, eine „Kartoffel". So wird das Töten dieses Menschen verharmlost, verkleinert: eine „Kartoffel" zu zerschlagen, das macht doch nichts.

Wer solche Worte für Menschen benutzt, wird auch in den zahllosen vergewaltigten indigenen deutschen Frauen nur

„Kartoffeln" sehen. Genau wie bei der Immigrantengewalt gegen indigene deutsche Jungen und Männer weist die sexuelle Immigrantengewalt gegen indigene deutsche Frauen klare Anzeichen von ethnopolitischer Systematik auf. Indigene deutsche Frauen sexuell auszunutzen, unter Umständen auch mit Gewalt, gilt besonders in moslemischen Immigrantenfamilien als gesellschaftlich tolerierter und gebilligter Bestandteil des männlichen Reifeprozesses: Der junge Mann soll seine Erfahrungen machen mit der wertlosen Indigenen, der „Kartoffel" da in seinem Bett, bevor er die heiratswürdige Jungfrau aus dem Heimatland ehelicht.

Eine solche Haltung ist letztlich reiner Sexualfaschismus, wobei die Frau der eigenen Nation und Religion als schützenswert und unantastbar gilt, die indigene Deutsche hingegen als wertlose Hure. Einen Menschen aufgrund seiner ethnischen Abstammung sexuell auszubeuten und dann, wie von Anfang an geplant, nach Gebrauch wegzuwerfen, eine Frau aufgrund ihrer Abstammung zu bepöbeln, zu befummeln, ihr sexuelle Gewalt anzutun – in der Sichtweise der Täter werden all diese sexualfaschistischen Abscheulichkeiten durch das Wort „Kartoffel" zu bloßen Kavaliersdelikten: Das weibliche Opfer war ja nur eine indigene Deutsche, ein nutzbarer Gegenstand, ein Stück „Kartoffel".

Am heutigen Tag der Opfer der Bunten Republik sollten wir daher nicht nur der Opfer gedenken, sondern auch ein Wort an die Täter richten – und zwar an den gesamten Kreis der Täter. Denn Täter sind ja nicht nur diejenigen Immigranten, die letztlich zugetreten, zugestochen oder eine indigene deutsche Frau missbraucht haben. Es sind all jene, die solche herabwürdigenden, entmenschlichenden Worte wie „Kartoffeln" als Bezeichnung für indigene Deutsche in die Welt setzen, benutzen und widerspruchslos tolerieren. Und diese Mittäter, Mitmörder, Mitvergewaltiger treiben sich bekanntlich nicht nur ganz unten in der Gosse, in schummrigen Spielhöllen und Shisha-Bars herum, sondern diese Täter hinter den Tätern sitzen auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft.

Dazu gehören Lehrer, die absichtlich weghören, wenn ein indigenes deutsches Kind mal wieder als „Kartoffel" beschimpft wird, dazu gehören Richter, die solche Beleidigungen nicht ahnden, dazu gehören Journalisten, die es nicht wagen, solche Formen täglicher Hassrede öffentlich anzuprangern, dazu gehören all jene Mitglieder des Deutschen Bundestags, wenn sie verbale Hetzer, die Worte wie „Kartoffeln" für indigene Deutsche verwenden, quasi als Zeichen ausdrücklicher Billigung sogar in höchste staatliche Spitzenämter befördern. All diese Leute haben Blut an ihren Händen.

Gedenken wir daher am heutigen Tag der Opfer der Bunten Republik der zahllosen indigenen deutschen Opfer einer blutbesudelten

Immigrationspolitik – und zeigen wir mit dem Finger auf die Täter. Alle Täter.

https://www.pi-news.net/2022/10/massenmedien-verschleiern-die-bluttat-von-oggersheim/

Massenmedien verschleiern die Bluttat von Oggersheim

19. Oktober 2022

Von MANFRED ROUHS | Die deutschen Massenmedien scheinen häufig wie im Gleichschritt zu marschieren und zu berichten. Die Themen sind in Presse, Rundfunk und Fernsehen identisch, die Inhalte ähnlich – und manchmal ist sogar die Bebilderung reihum dieselbe.

Immer weniger sogenannte „Vollredaktionen" recherchieren noch irgendetwas selbst. Viele Medienunternehmen verlassen sich auf Agenturmeldungen wie z.B. diejenigen der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Die stellte noch am Abend des 18. Oktober 2022 – durchaus zeitnah am Tag der Tat, als aber bereits alle Fakten des spektakulären Macheten-Massakers von Ludwigshafen-Oggersheim bekannt waren – die blutigen Ereignisse folgendermaßen dar:

„Tödliche Messer-Attacke in Ludwigshafen!
In der rheinland-pfälzischen Stadt hat ein Mann mehrere Menschen mit einem Messer angegriffen und zwei Männer im Alter von 20 bzw. 35 Jahren getötet. Eine weitere Person sei bei der Tat im Stadtteil Oggersheim schwer verletzt worden, berichtete eine Sprecherin des Polizeipräsidiums Rheinpfalz am Dienstag.
Der 25 Jahre alte mutmaßliche Täter sei wenig später von einer Polizeistreife in einem Drogeriemarkt gestellt worden. In dem Markt verletzte der Mann einen 27-Jährigen mit einem großen Messer schwer. Bei der Festnahme sei der Mann angeschossen und schwer verletzt worden.
Die Hintergründe der Tat sind noch völlig unklar. ‚Wir ermitteln in alle Richtungen', sagte die Sprecherin des Polizeipräsidiums. Wie Polizei später mitteilte, ist der Täter ein somalischer Staatsangehöriger. Ob es einen Zusammenhang zwischen Nationalität und Tat gebe, sei noch unklar, sagte der Polizeisprecher. Zum Motiv sei noch nichts bekannt. ‚Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen.'"

Tatsächlich hatte ein somalischer Muslim mit einer Machete zwei Menschen ermordet und einen dritten schwer verletzt, weil ihm der Zugang zu seinen Kindern verwehrt wurde. Seine Opfer wählte er offenbar willkürlich aus. Einem der beiden Männer, die starben, trennte er mit der Machete eine Hand ab. Die Polizei schoss den Täter nieder.

Es handelte sich also um ein spektakuläres Gewaltverbrechen, bei dem offenbar der hemmungslose Hass des Mörders auf die Menschen in seiner Umgebung als offensichtlicher Ausdruck seiner kulturellen Fremdheit im Mittelpunkt stand. Genau diesen Zusammenhang werden aber die meisten deutschen Medienkonsumenten nicht erfahren, weil er massenmedial nicht vermittelt wird.
Der öffentliche Umgang mit dieser Tat ist ein handfester Medienskandal, der wieder einmal deutlich macht, wie dringend der Medienbetrieb der Korrektur durch eine unabhängige Gegenöffentlichkeit bedarf. Gäbe es diese unabhängige Gegenöffentlichkeit nicht, dann würde im Namen einer durchideologisierten Volkspädagogik noch mehr verschleiert werden.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://philosophia-perennis.com/2022/10/19/ludwigshafen-merkels-blutiges-erbe-lebt-fort/

Ludwigshafen: Merkels blutiges Erbe lebt fort

BY**DAVID BERGER**
19. OKTOBER 2022
3594

(David Berger) Der Messerterror von Ludwigshafen hat unangenehme Erinnerungen an die Zeit Merkels wieder wach werden lassen, deren letzte Regierungsjahre ganz vom täglichen Terror, meist geprägt vom Migrationshintergrund der Täter, geprägt waren. Zugleich zeigt sich: das System Merkel ist lebendiger denn je – nun in seiner extremisierten Form.

Nach dem tödlichen Messerangriff in Ludwigshafen (deutsches Bundesland Rheinland-Pfalz) hat die Polizei erste Details zum Tatablauf veröffentlicht. Der mutmaßliche Täter erstach zunächst zwei 20 und 35 Jahre alte Männer, wie ein Sprecher der Polizei sagte. Auf der Flucht habe er dann in einem Drogeriemarkt einen 27-Jährigen mit einem großen Messer schwer verletzt.

Täter ist Somalier – Opfer Deutsche

Der 25-jährige Verdächtige sei somalischer Staatsangehöriger. Ob es einen Zusammenhang zwischen Nationalität und Tat gebe, sei noch unklar, sagte der Polizeisprecher. Zum Motiv sei noch nichts bekannt. „Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen."
Bei den drei Opfern handele es sich nach bisherigen Erkenntnissen um Deutsche. Das 27-jährige Opfer sowie der mutmaßliche Täter, der von der Polizei angeschossen worden war, sind nach Angaben des Polizeisprechers außer Lebensgefahr. – soweit der Bericht bei „Unser Mitteleuropa".

„Allahu Akbar"-Rufe

Die „Junge Freiheit" ergänzt: „Der somalische Messerangreifer, der am Dienstag zwei Menschen in Ludwigshafen ermordete, hat vor der Tat „Allahu Akbar" gerufen.
Der 25jährige Afrikaner trennte bei der Bluttat einem Opfer eine Hand ab, berichtete der Spiegel unter Berufung auf Sicherheitskreise. Ein weiterer Mann wurde bei der Attacke verletzt, bevor die Polizei den Täter niederschießen konnte.
Vor der Tat habe der Somalier versucht, seine bei seiner Ex-Freundin lebenden Kinder zu besuchen. Als ihm das nicht gelang, sei er ausgerastet und habe laut Bild-Zeitung vor der Wohnung mit einer Machete gedroht und herumgeschrien.
Anschließend tötete er demnach seine beiden Opfer. Dabei soll es sich um zwei Maler handeln. Dann rannte er in einen Drogeriemarkt und verletzte sein drittes Opfer schwer.
Derzeit liegt der verletzte somalische Angreifer in einem Krankenhaus. Er soll nun dem Haftrichter vorgeführt werden."

Ins System Merkel zurückversetzt

Nach einer scheinbaren Ruhephase, die freilich nur darin begründet ist, dass die Mainstreammedien über einfache Messerattacken gar nicht mehr berichteten, scheinen wir nun in die Regierungszeit Merkels zurückversetzt. Ja noch mehr, wir spüren einmal mehr, wir sehr das System Merkel weiter besteht bzw. nur extremisiert wurde.
Als ich gestern Abend diese Nachrichten las, fiel mir eine Rede ein, die ich vor einigen Jahren in Cottbus hielt und die m.E. nichts an Aktualität eingebüßt hat:

https://unser-mitteleuropa.com/system-medien-zensieren-demonstrationen-gegen-mutmasslichen-multi-kulti-foltermord-in-frankreich/
Medien-Zensur gegen mutmaßlichen Multi-Kulti-Foltermord in Frankreich +UPDATE 21.10.+ Politik unter Druck
21. 10. 2022

+++ UPDATE 18:25 +++

Politik gerät unter Druck mit ihrer Kuschel-Migrations-Politik

Diese will nun Maßnahmen gegen illegale Einwanderung verschärfen. Bekennt geworden ist nämlich, dass sich die Mordangeklagte in der vergangenen Woche illegal im Land aufgehalten hatte und bereits im August zur Ausreise aufgefordert worden war.

Marine Le Pen gedenkt

Hunderte Menschen hatten am Donnerstagabend trotz Quasi-Nachrichtensperre der Systemmedien das laxe Fallmanagement der Behörden kritisiert. Vertreter des rechten Nationalen Blocks, angeführt von Marine Le Pen, gedachten des 12-jährigen ermordeten Mädchens. Auch andere Parlamentsparteien reagierten auf den Mord: „Wir alle haben eine kollektive Verantwortung, das ganze Land", sagte Aurélien Pradié, von den Republikanern. Nun würden die notwendigen Abschiebe-entscheidungen vollstreckt.

Laut Jérôme Guedj, ein Vertreter der Sozialistischen Partei, sollte zwar die Einwanderungspolitik diskutiert werden, nicht aber direkt im Schatten einer solchen Tragödie, da sie das Urteil verzerren könnte.

Illegale Duldung der Mordverdächtigen

Die in Algerien geborene, 24-jährigen Mordverdächtige, Dahbia B., kam 2016 legal mit einem Studentenvisum nach Frankreich und wurde 2018 Opfer von Gewalt in einer Intimpartnerschaft. Am 21. August wurde sie mit abgelaufenen französischen Papieren am Pariser Flughafen festhalten. Da sie aber nicht vorbestraft ist, wurde zur freiwilligen Ausreise innerhalb von 30 Tagen aufgeforrdet. Laut Polizeiquellen wäre aber nicht bekannt, ob sie von der Möglichkeit einer aufschiebenden Berufung Gebrauch gemacht hätte.

Laut Ermittlern hätte die Verdächtige zunächst ihre Tat zugegeben zugegeben, dann aber wieder bestritten. Überdies zeigte sie keine Empathie für das Opfer und sagte, dass auch „sie auch vergewaltigt wurde und auch ihre Eltern sterben" gesehen hätte. Obwohl sie an an psychischen Problemen leiden soll, gibt es aber keine Hinweise darauf, dass sie jemals in Frankreich behandelt worden wäre.

Vor dem Pariser Haus, drückten viele Menschen ihr Beileid für Lolas Tod aus, indem sie Blumen, Plüschtiere und Botschaften ablegten. (euronews)

ERST-ARTIKEL vom 21.10.2022

System-Medien-Zensur zu mutmaßlichem Multi-Kulti-Folter-Mord

Unfassbarer Foltermord

Wie UM bereits berichtete, wurde die Leiche der 12-jährigen Lola in einem Koffer im 19. Arrondissement von Paris gefunden. Ihre Hände und Füße waren gefesselt, sie wurde gefoltert, eine 0 und eine 1-Stelle war in ihre Haut geschnitten. Schließlich wurde ihr die Kehle durchgeschnitten. Die Polizei nahm vier Verdächtige fest, Überwachungskameras hatten sie überführt: Dahbia B, Amine K, Friha B und Rachid N. Alle vier waren illegale Migranten aus Algerien.

Ganz Frankreich erschüttert – Keine „White-Live-Matters"-Bewegung

Gerade deshalb wird die Heuchelei der politisch korrekten Eliten deutlich: Denn es gibt keine Fußballer, die sich für Lola niederknien, keine „White Lives Matter"-Bewegung agitiert, Mainstream-Medien zensieren den Vorfall, und selbst Politiker erwähnen ihn nicht…

Demo in Lyon – Eric Zemmour meldet sich

Nur Eric Zemmour, ein französischer Politiker und ehemaliger Präsidentschaftskandidat, äußerte sich zur Schande: „Wenn Emmanuel Macron keine Verantwortung für Lola übernehmen will, kann er nicht Präsident der Republik sein. Wenn er sich weigert, die Franzosen zu verteidigen, verliert er jede Legitimität. Das ist die Grundlage unseres Sozialpaktes." Zemmour bekundete seinen Respekt vor den Emotionen von Lolas Familie, und präzisierte: „Aber wenn wir schweigen, wird es in 3 Tagen einen anderen Fall geben. Wir kennen das Tempo und die medialen Methoden."

Auch Stimmen wurden laut, die französischen Fußballer sollten für das kleine Mädchen niederknien… Und: Ob das Leben des kleinen Mädchens nicht genauso viel wert sei wie das von George Floyd?

Demo in Paris

Die Demo-Teilnehmer in Paris versammelten sich am Place Denfert-Rochereau. Die Gedenkfeier begann mit einer Schweigeminute.

Eric Zemmour trat ebenfalls bei der Veranstaltung auf.

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampgane verteidigt.
Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://www.pi-news.net/2022/10/koeln-auslaenderamt-mitarbeiterin-komplizin-syrischer-schleuser/

Köln: Ausländeramt-Mitarbeiterin Komplizin syrischer Schleuser

22. Oktober 2022

Eine Mitarbeiterin des Kölner Ausländeramtes soll Menschen aus Syrien Bescheinigungen und Reisepässe gegen Bezahlung ausgestellt haben.

Von MANFRED W. BLACK | Ermittler der Polizei sind in Nordrhein-Westfalen gegen eine mutmaßliche syrische Schleuserbande

vorgegangen. Die kriminelle Gruppe soll widerrechtlich Ausweise an ausländische angebliche „Flüchtlinge" verkauft haben. Die gefälschten Papiere kamen ursprünglich offensichtlich aus dem Kölner Ausländeramt – von einer dortigen deutschen Bediensteten.
Die deutsche Beschuldigte ist – neben drei Syrern – bei einer Razzia in Köln, Gelsenkirchen und im Raum Limburg festgenommen worden. Sie soll seit 30 Jahren – zuletzt als Gruppenleiterin – in der Behörde gearbeitet haben.
Bei den Durchsuchungen, bei denen rund 250 Polizeibeamte des Bundes und des Landes NRW beteiligt waren, sind rund 12.000 Euro, mehrere Mobiltelefone, Laptops, Computer und etliche Ausweisdokumente beschlagnahmt worden.
Kölner Stadtanzeiger verschleiert Herkunft der Schleuser
Der Spiegel berichtet unter Bezug auf eine AFP-Meldung relativ detailliert über die Schleuserbande: „Die überwiegend aus Syrien stammenden Beschuldigten sollen Ausländern dabei geholfen haben, nach Deutschland einzureisen."
Der Kölner Stadtanzeiger verschweigt dagegen geflissentlich, dass die Schleuserbande nahezu ausschließlich aus Syrern besteht und spricht geheimnisvoll nur von „insgesamt elf Tatverdächtigen**". Syrische Kriminelle sollen beim Dumont-Blatt offenbar nicht ins rechte Licht gerückt werden. Es wird verschleiert, dass es einer syrischen, professionellen Bande gelungen ist, eine deutsche Angehörige des Ausländeramtes dazu zu verleiten, Papiere zu fälschen.**
Ausführlich informiert der Stadtanzeiger dagegen über die deutsche Beschuldigte, der vorgeworfen wird, gefälschte Ausweisdokumente – Fiktionsbescheinigungen und Reisepässe für Ausländer – ausgestellt und den anderen Beschuldigten gegen Bezahlung überlassen zu haben. Es heißt, die Frau habe 3500 Euro für jede Fiktionsbescheinigung und 4500 Euro pro falschem Reisepass erhalten.
Asylbewerber entsorgen eigene Papiere
Die gefälschten Papiere sollen über Mittelsmänner ins Ausland geliefert worden sein. Mit diesen Schein-Papieren, so heißt es, hätten die Zuwanderer beim Verlassen ihres Heimatlandes fälschlicherweise ein Aufenthaltsrecht in Deutschland vorweisen können.
Wie es bei „Asylbewerbern" sehr häufig der Fall ist: Vor Betreten der Bundesrepublik sollen die vermeintlichen „Flüchtlinge" die eigenen Originalpapiere entsorgt haben. Bisher hat die Bundespolizei mindestens 26 solcher Betrugsfälle festgestellt, die wahrscheinlich nachgewiesen werden können. Die Ermittlungen der deutschen Behörden dauern an. Vielleicht werden noch weitere Verdächtige verhaftet.
Die Anfrage des Kölner Stadtanzeigers bei der Ausländerbehörde, ob bei der Kommunalverwaltung im Zuge der Ausstellung von Dokumenten des Amtes nach dem Vier-Augen-Prinzip gearbeitet wird, damit keine Pässe

unkontrolliert ausgestellt werden können, ließ die Stadt Köln bisher unbeantwortet.

https://whttps://www.focus.de/politik/deutschland/ahmad-mansour-ueber-den-politischen-islam-in-frankreich-sehen-wir-was-uns-in-deutschland-in-10-jahren-droht_id_167849192.Html

ww.pi-news.net/2022/10/aachen-migranten-schlagen-baggerfuehrer-zum-krueppel-milde-strafe/

Aachen: Migranten schlagen Baggerführer zum Krüppel – milde Strafe

23. Oktober 2022

Baggerführer Gerhard Diek (M.) zwischen seinen Peinigern Abdurrahman Ü. (l.) und Evrim K. (r.).

Von MANFRED W. BLACK | **Das Opfer eines brutalen Gewaltangriffs kann nicht mehr sprechen oder alleine gehen, immer wieder hat der heute 65-jährige Gerhard Diek epileptische Anfälle. Grund: Er ist vor wenigen Jahren von Migranten in unmenschlicher Art nieder geschlagen worden.**

Jetzt erst standen die beiden Täter vor einem Aachener Gericht. Das Urteil der Richter ist beschämend, es schreit gen Himmel. Ob die Revision zu einem gerechten Urteil führen wird, steht in den Sternen.

In Kung-Fu-Art

Die Gewalttat, die das Opfer zum Invaliden gemacht hat, hat sich vor rund vier Jahren ereignet. **Am 8. Juni 2018 wollte Gerhard Diek vor einem Kiosk in Alsdorf einen handfesten Streit unter mehreren „jungen Männern" (Bild-Zeitung) schlichten.**
Ein Angreifer aus dieser Gruppe hat Diek daraufhin in Kung-Fu-Art mit großem Schwung gegen die Brust getreten. Diek stürzte bei der Attacke mit dem Kopf rückwärts auf den Asphalt und erlitt einen Schädelbruch.
Sprechen kann das Opfer nicht mehr
Gerhard Diek wurde mehrfach operiert, er kann seit der Attacke nicht mehr sprechen. Das Gewaltopfer ist jetzt meistens auf einen Rollstuhl angewiesen und wurde zu einem Pflegefall.
Als der Strafprozess gegen die beiden Angeklagten begann, konnte Diek seine Tränen nicht mehr zurückhalten – er weinte im Gerichtssaal.
Nur noch halber Kopf
Als Diek 2018 nach dem schweren Angriff operiert wurde, war ein großer Teil seines Gehirns schon abgestorben, die abgestorbenen Gehirnteile mussten operativ entfernt werden. Seit diesen Operationen hat der ehemalige Baggerfahrer aus Alsdorf nur noch einen halben Kopf. Auf den ersten Blick sieht er jetzt aus wie ein Zombie.
„Mein Mann sitzt nur noch im Rollstuhl oder liegt auf der Couch", erklärte seine Ehefrau Silvia (53). „Aber ich gebe ihn nicht ins Heim. Ich pflege ihn bis zuletzt."
Sehr niedrige Haftstrafe – auf Bewährung
Jetzt sprach das Aachener Landgericht sein Urteil gegen die beiden 29-jährigen Gewalttäter. Zur Überraschung aller Beobachter des Prozesses kamen die Brutalo-Schläger wegen gefährlicher Körperverletzung mit einem Urteil davon, das das Opfer verhöhnt.
Die Männer kamen mit einer Haftstrafe von sechs Monaten – auf Bewährung – davon. Der Vorsitzende Richter ist der Ansicht, man könne letztendlich nicht genau sagen, wer Diek getreten hat.
Was dieses Urteil noch skandalöser macht: Die Schläger müssen lediglich einen Bruchteil des von der Staatsanwaltschaft geforderten Schmerzensgeldes bezahlen: nur „60.000 Euro für ein zerstörtes Leben!" (Bild-Zeitung).
Nun will Silvia Diek Revision gegen das Landgerichtsurteil Urteil einlegen: „Ich hoffe, dass mein Mann ein neues Urteil noch erlebt."
Wer sind die Täter?
Die Süddeutsche Zeitung (SZ) hatte seinerzeit eher nebulös über die Gewalttat berichtet. Die SZ schrieb wenige Tage nach der Tat eher verharmlosend: „Bei einer Auseinandersetzung in Alsfeld ist ein Mann schwer verletzt worden."
„Mehrere Menschen" (SZ) seien festgenommen worden. Genaue Angaben zum Tathergang und zu den Angreifern suchte der Leser damals schon vergeblich.

Auch die Bild-Zeitung hat nun darauf verzichtet, die Gewalttäter näher zu beschreiben. Ihre Namen sind im Artikel-Text gar nicht erst erwähnt worden.
Immerhin hat Bild aber Fotos der Brutalos, zur Illustration des Textes, veröffentlicht. In den Foto-Unterschriften werden die Namen der Schläger aufgeführt: Abdurrahman Ü. und Evrim K. – so heißen die Angreifer mit Migrationshintergrund.
Tatsachenberichte gelten schnell als ausländerfeindlich
Die Frage, ob die Gewalttäter heute als „Flüchtlinge" oder „Flüchtlingskinder" von Sozialhilfe und in Gratis-Wohnungen des Sozialamtes leben – und das vielleicht schon seit langer Zeit –, wird auch bei Bild weder gestellt noch beantwortet.
Solche Fragen zu stellen, gilt heutzutage in der Bundesrepublik als „ausländerfeindlich". Die bundesrepublikanischen Bürger leben so im Tal der Ahnungslosen. Sie wissen größtenteils gar nicht, was sich alles tagtäglich ereignet – in ihrem Land, das offiziell noch Deutschland heißt.
Diese Bundesrepublik leidet nicht unter Ausländerfeindlichkeit, sondern unter einer teils ausgeprägten Deutschen-Feindlichkeit; dafür sprechen auch die immer zahlreicheren Messer-Attacken durch – meist muslimische – Ausländer auf Menschen, die schon länger hier leben.

https://unser-mitteleuropa.com/afghane-vergewaltigt-schwedin-wirft-sie-in-grube-und-steinigt-sie/
EXKLUSIV gegen Medienzensur: Afghane vergewaltigt Schwedin, wirft sie in Grube und steinigt sie +UPDATE+ VIDEO
24. 10. 2022
+++UPDATE 17:04+++
Video von der Grube und der Helikopter-Bergung
ERST-ARTIKEL
Schwerverletzte in 24m tiefen Mine vorgefunden
6 Monate wurde dieses abscheuliche Multi-Kulti-Verbrechen in der Systempresse verheimlicht: Bereits am 22. April dieses Jahres wurde eine Frau schwer verletzt in einem 24 Meter tiefen Minenloch in der schwedischen Gemeinde Norberg von Passanten aufgefunden. Mittels eines Helikopters konnte die Frau gerettet und ins Krankenhaus überstellt werden – wie Friatider berichtete.
Schließlich erhärtete sich der polizeiliche Verdacht, dass die Frau Opfer einer Straftat geworden war. Die Ermittlungsmaßnahmen wegen versuchten Mordes und Vergewaltigung führten zu dem Verdächtigen.

Schwere Vergewaltigung, versuchter Mord, Steinigung
Am 22.10.2022 schließlich wurde der 41-jährige Afghane Taher Amini wegen schwerer Vergewaltigung und versuchten Mordes verurteilt. Nach der Vergewaltigung soll er die Frau in das 24 Meter tiefe Minenloch geworfen und zweimal versucht haben, sie zu steinigen, wo er sie schließlich zurückließ.
Die Frau hatte großes Glück, weil es – laut Gericht – „äußerst unwahrscheinlich" gewesen wäre, dass man sie überhaupt vorfand. Sie blutete und war zum Zeitpunkt ihrer Rettung erkältet. Mehr als ein paar Tage hätte sie im Minenloch nicht überlebt, so ein Arzt.
DNA-Sperma vorgefunden
Die Angaben der Frau wurden vom Gericht als glaubwürdig eingeschätzt und durch andere Beweise gestützt – wie die Staatsanwalt anführte. Der Afghane gab keine Erklärung dazu ab, dass sein Sperma im Körper der Frau gefunden worden war und sich deren DNA in dessen Unterhose befunden hatte. Außerdem wurde sein Mobiltelefon an nahen Sendemasten registriert.
Lebenslange Haft
Die Verbrechen soll zudem geplant gewesen sein, und der Mordversuch sollte die Vergewaltigung verbergen. Angesichts der Leiden des Klägers Opfer wurde die Höchststrafe angewendet in Bezug auf als wäre das Opfer gestorben. Laut Richter Johan Alvner wurde lebenslange Haft ausgesprochen.

https://www.pi-news.net/2022/10/lola-wurde-nur-12-jahre-alt/

Lola wurde nur 12 Jahre alt

24. Oktober 2022

Von MANFRED ROUHS | Das war Lola. Sie wurde 12 Jahre alt. Ihr lebloser Körper ist am 16. Oktober 2022 in Paris aufgefunden worden, nachdem vier Algerier sie vergewaltigt, gefoltert sowie ermordet haben und danach versuchten, sie zu enthaupten. Die Leiche war in einem Koffer zusammengequetscht.
Friede sei mit ihrer Seele!
Am 20. Oktober 2022 nahmen in der französischen Hauptstadt rund 20.000 Menschen an einem Trauermarsch für Lola teil (Video oben). Das Schicksal des Kindes bewegt in unserem Nachbarland die Öffentlichkeit. In Deutschland dagegen herrscht peinliches Schweigen – für „Tagesschau" und „Heute" gibt es den Fall Lola nicht. Auch dem Rundfunk ist er kaum eine Silbe wert, und deutsche Zeitungen nahmen von dem dramatischen Verbrechen nur ganz am Rande Notiz.

Die in den Massenmedien überall in West- und Mitteleuropa dominierenden Befürworter des Multi-Kulturalismus und der offenen Grenzen sehen eine solche Untat nicht gerne im Fokus des öffentlichen Interesses. Ihre Entscheidungsträger leben nicht da, wo Lola, die Tochter eines Hausmeisters, ihr kurzes Leben zubrachte: in den urbanen Ballungszentren Seite an Seite mit den Zuwanderern. Ihre Toleranz speist sich aus ihrem Abstand zu den Problemen.
Diese weltoffene, kosmopolitische Anti-Elite sieht ihre eigenen Kinder nicht dem Risiko ausgesetzt, abgezockt, geschlagen, getreten und herumgeschubst zu werden. Oder sogar, wie im Extremfall Lola, vergewaltigt und ermordet zu werden. Ihr Gutmenschentum ist ebenso wohlfeil wie arrogant.
Den Preis für ihre weltfremde Haltung zahlen andere.
Im Iran riskieren in diesen Tagen Frauen ihre Freiheit und ihr Leben, um dem Kopftuchzwang des Mullah-Regimes zu entfliehen. In Köln dagegen genehmigt zur gleichen Zeit die Stadtverwaltung der DITIB-Großmoschee den öffentlichen Muezzinruf per Lautsprecher. Damit gibt sie den staatlichen türkischen Trägern dieser von ihrem Bau an umstrittenen Großmoschee Gelegenheit, einen Teil des öffentlichen Raums in Deutschland für den Islam abzustecken und zu beanspruchen.
So ähnlich verhielten sich die Serben 1690 im Kosovo, dessen muslimische Besiedelung sie zuließen. 300 Jahre später wurden ihre letzten Nachfahren aus der Region vertrieben.
Wann wird Europa wach werden aus diesem Alptraum?

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.pi-news.net/2022/10/rushdie-auf-einem-auge-erblindet-medien-verschweigen-hintergruende/

Rushdie auf einem Auge erblindet – Medien verschweigen Hintergründe

25. Oktober 2022

Von MANFRED W. BLACK | Der islamkritische Schriftsteller Salman Rushdie ist Mitte August von einem Mann angegriffen und niedergestochen worden (PI-NEWS berichtete). Jetzt erklärte Rushdies Literaturagent

Andrew Wylie, dass Rushdie durch die heimtückische Attacke das Sehvermögen auf einem Auge verloren hat. Außerdem kann Rushdie als Folge des Anschlags eine Hand nicht mehr bewegen.
Interessant ist, dass überregionale deutsche Medien über Wylies Erklärung berichten, aber geflissentlich verschweigen, dass der Attentäter arabischer Herkunft ist und Rushdie umbringen wollte, weil der Autor sich in Veröffentlichungen dezidiert kritisch zum radikalen Islam positioniert hat.
Viele deutsche Tageszeitungen – zum Beispiel die WELT, die BILD oder das Magazin STERN – schleichen in ihren aktuellen Nachrichtenartikeln zum Fall Rushdie um die Wahrheit herum wie die Katze um den heißen Brei.

Nicht mal die halbe Wahrheit

Die Welt beispielsweise schreibt zu dem Attentat nur, „der 24-jährige, inhaftierte Attentäter hat in einem Zeitungsinterview Khomeini gepriesen und erklärt, er möge Rushdie nicht". Nicht gemocht? Der Attentäter hat Rushdie gehasst, als sei er der Teufel selbst.

Der Iran, so ist in der Welt weiter zu erfahren, habe erklärt, „nichts mit dem Attentat zu tun zu haben". Diese Lüge lässt die Zeitung einfach so stehen – ohne sie zu kommentieren oder inhaltlich einzuordnen. Viele (flüchtigen) Leser werden so annehmen, die verlogenen Behauptungen des Iran entsprächen den Tatsachen. In Wirklichkeit ist das nicht einmal die halbe Wahrheit.

Tatsächlich gilt der Attentäter – sein Name lautet Hasi M. – als fanatischer Moslem und als überzeugter Anhänger der islamischen Terrororganisation Hisbollah. Und in Wirklichkeit hat der islamisch geführte Staat Iran – unter seinem islamischen Führer Ruhollah Musawi Chomeini – bereits 1989 zur Ermordung Rushdies wegen seines Romans „Die satanischen Verse" aufgerufen und dem Mörder sogar eine Belohnung in Höhe von mindestens einer Million US-Dollar versprochen.

Englische Zeitungen sind ehrlicher

In anderen europäischen Ländern sind die Zeitungen da ehrlicher. So schrieb gleich nach dem Attentat auf Rushdie die britische Daily Mail, dass der gefälschte Führerschein des Attentäters auf den falschen Namen „Hassan Mughniyah" ausgestellt ist und dass es bekannt sei, dass sowohl der Vor- als auch der Nachname mit der islamischen Terror-Organisation Hisbollah in Verbindung gebracht werden müsse.

Denn „Mughniyeh" ist der Familienname des Hisbollah-Terrorführers Imad Mughniyeh, der 2008 bei einer CIA-Operation mit einer Autobombe in Syrien getötet worden ist. Mughniyeh galt als einer der meistgesuchten Terroristen der Welt und als führendes Mitglied im Nachrichtendienst der libanesischen Terror-Organisation Hisbollah.

Das Nachrichtenportal „The Daily Beast" berichtete, dass es sich bei Hadi M. um einen „sehr hingebungsvollen Muslim" handelt. Warum wird das

heute von den Medien des deutschen Mainstreams nicht einmal mehr angedeutet?

Der Mantel des Schweigens

Über die Motive etlicher Zeitungen, den Mantel des Schweigens über die Hintergründe des Attentats auf Rushdie zu legen, braucht man nicht lange zu rätseln. Viele Medienredakteure haben heutzutage Angst davor, von linken Gazetten als „islamfeindlich" abgestempelt zu werden.

Auch heute möchte die islamische Führung in etlichen Staaten am liebsten alle dezidierten Islamkritiker mundtot machen. Deswegen ist es auch kein Zufall, dass gegenwärtig die iranische Staatsführung selbst solche weiblichen Religionskritiker einkerkern oder umbringen lässt, deren „Verbrechen" darin besteht, dass sie das islamische Kopftuch nicht „vorschriftsgemäß" tragen wollen.

https://www.pi-news.net/2022/10/garmisch-messer-attacke-auf-frau-br-verschweigt-hintergruende/

Garmisch: Messer-Attacke auf Frau – BR verschweigt Hintergründe

27. Oktober 2022

Von MANFRED W. BLACK | Der Bayerische Rundfunk (BR) meldete Mitte der Woche, „nach der Gewalttat in Garmisch-Partenkirchen, bei der eine 21-Jährige lebensgefährlich verletzt wurde, hat die Polizei einen 28-Jährigen festgenommen". Laut Polizei Oberbayern Süd hätten ihn die „Fahnder (...) in 2000 Metern Höhe auf dem Osterfelderkopf" festgenommen.

Das aber war allenfalls die halbe Wahrheit. Wichtige Einzelheiten zum Hintergrund des skrupellosen Gewalttäters, die etlichen Polizisten und Journalisten in Bayern durchaus bekannt sind, verschweigt der bayerische ARD-Sender geflissentlich bis heute. Warum wohl?

Lebensgefährlich verletzt

Tatsächlich war am Dienstagmorgen eine junge Frau in der Hofeinfahrt eines Mehrfamilienhauses in Garmisch-Partenkirchen bewusstlos – und lebensgefährlich verletzt – aufgefunden worden. Eine umgehend

„eingeleitete Großfahndung nach dem Täter mit Unterstützung eines Hubschraubers blieb zunächst erfolglos“ (BR).

Am Abend hatte die Polizei aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts München zwei Fotos eines Mannes veröffentlicht, der als dringend tatverdächtig gilt. Die Öffentlichkeitsfahndung brachte innerhalb weniger Stunden das erhoffte Ergebnis.

BR: Kein Täter-Foto

Interessanterweise hat aber zum Beispiel der bayerische TV-Sender genau diese Fotos nicht veröffentlicht. Die Aufnahmen hätten jedoch der Bevölkerung erste wichtige Rückschlüsse auf den Brutalo ermöglicht.

Aufgrund der anderweitig in der Öffentlichkeit präsentierten Fotos konnte nach einem Hinweis aus der Bevölkerung der gesuchte 28-jährige Gewalttäter festgenommen werden. Wie ein Sprecher des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd erklärte, wurde „der Mann“ (BR) auf dem 2.050 Meter hohen Osterfelderkopf gegen 23.30 Uhr im Bereich der Bergstation verhaftet.

Angaben: Fehlanzeige

Auch nach der Festnahme ließ die ARD einfach weiter alle näheren Angaben zum Gewalttäter unter den Tisch fallen. Offensichtlich sollen die Fernsehzuschauer im Freistaat Bayern und darüber hinaus nicht erfahren, wer der Täter ist, der um ein Haar sein Opfer umgebracht hätte.

Ebenfalls t-online und der Merkur veröffentlichten – wenn überhaupt – nur verpixelte Aufnahmen, auf denen niemand wirklich zu erkennen war.

Bild nennt Ross und Reiter

Erst die Bild-Zeitung hatte den Mut, Genaueres über den Gewalttäter zu veröffentlichen. Demnach hat der Täter, der erst die junge Frau abgepasst und in einem Vorgarten nieder gemetzelt hatte, wenig später eine Wirtshausbestellung in Auftrag gegeben. Er bestellte „in aller Seelenruhe auf einem Bergrestaurant in 2000 Meter Höhe Bratwurst mit Pommes“ (Bild).

Der Täter heißt Shadi B. und ist ein jordanischer – vermeintlicher – „Flüchtling“.

Das Opfer – sie heißt Alina – und der Täter kennen sich, sie wohnen in derselben Flüchtlingspension im Herzen von Garmisch-Partenkirchen. Alina, die aus der Ukraine nach Deutschland geflohen ist, war, als die Tat sich ereignete, auf dem Weg zu einem Hotel, in dem sie als Zimmermädchen arbeitet.

Dass der beschuldigte jordanische Zuwanderer arbeitet, ist nicht bekannt.

Ein deutscher Gastwirt, der den Gewalttäter der Polizei meldete, hatte den Araber auf Such-Fotos erkannt. Der Wirt sagte dazu der Bild-Zeitung, der Täter sei ihm „aufgefallen wegen der eigenartigen Bestellung so früh am Morgen“. Am Nachmittag gegen 15 Uhr sei der junge Mann nochmals in das Bergrestaurant gekommen und habe wieder Bratwurst bestellt.

Täterschutz vor Opferschutz
Ohne die Veröffentlichung der Fahndungsfotos hätte die Polizei den Täter womöglich nie gefunden. Trotzdem weigern sich immer wieder Polizeiführungen und vor allem links-grün positionierte Journalisten, Fahndungsfotos in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Begründung: Die Intimsphäre des Gesuchten könnte beschädigt werden.
Von den Opfern ist dann gar nicht erst die Rede. Deren „Intimsphäre" ist vielen Führungs-Polizeibeamten und der „progressiv" orientierten Journaille offenbar egal. Täterinteressen gelten mehr als die Bedürfnisse der Mehrheits-Bürger. Auf Kosten grundlegender Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung.

https://unser-mitteleuropa.com/wien-willkommensstadt-fuer-vergewaltiger-dritte-vergewaltigung-binnen-weniger-tage/
Wien: Willkommensstadt für Vergewaltiger – Dritte Vergewaltigung binnen weniger Tage
29. 10. 2022
29.10.: 22-Jährige in Park vergewaltigt

„Erneut soll es in Wien zur Vergewaltigung einer jungen Frau gekommen sein." – wie Krone berichtet. Dieses Mal wurde eine 22-Jährige in der Nacht auf Samstag, 29.10., im Martin-Luther-King-Park in Favoriten, (einem Stadtteil mit der höchsten Migranten-Dichte) von einem Unbekannten von hinten attackiert und zu Boden gerissen. Danach vergewaltigte der Täter die Frau.
Laut Polizeiangaben ereignete ereignete sich das Verbrechen gegen Mitternacht. Die 22-Jährige spazierte durch den Park, da sie Kopfschmerzen hatte. Schließlich hätte sich der Täter offenbar von hinten seinem Opfer genähert. Dann attackierte er die Frau, riss sie zu Boden und vergewaltigte sie. Um dann die Flucht zu ergreifen-
Nach der Tat alarmierte das Opfer die Rettung, diese wiederum die Polizei. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach dem Täter blieb vorerst erfolglos. Nach Opfer-Angaben der 22-Jährigen handelt es sich bei dem Angreifer um einen 20 bis 30 Jahre alten Mann „mit dunklem Teint".
Serie von Vergewaltigungen mit mutmaßlichen Multi-Kulti-Tätern
27.10.: 18-Jährige in Park vergewaltigt
In der Nacht auf Donnerstag, 27.10. sll ein Unbekannter eine 18 Jahre alte Frau in Wien-Liesing bedroht und vergewaltigt haben. Die Frau soll laut Polizei-Angaben bereits im Bus belästigt und anschließend verfolgte

worden sein. Im Fridtjof-Nansen-Park in Liesing soll er sie dann gepackt, geschlagen und vergewaltigt haben.
Der Tatverdächtige ist etwa 20 Jahre alt, 1,75 Meter groß und ausländischer Herkunft sein.

25.10.: 18-Jährige auf U-Bahn-Toilette vergewaltigt -12-Jährige standen „Schmiere"

Bereits am Dienstag, 25.10. soll eine 18-Jährige in einer WC-Anlage am Wiener Praterstern mutmaßlich sexuell missbraucht worden sein. Die Polizei konnte mittlerweile zwei Verdächtige (beide sind erst zwölf Jahre alt) identifizieren. Die beiden Burschen sollen während der Tat „Wache gestanden" sein.

https://www.pi-news.net/2022/10/hamburg-fluechtlinge-bekommen-mehr-geld-als-deutsche-rentner/

Hamburg: „Flüchtlinge" bekommen mehr Geld als deutsche Rentner

31. Oktober 2022

Von MANFRED W. Black | Allein im September 2022 strömten offiziell 3336 Zuwanderer neu in die Hansestadt Hamburg, die sich allesamt als „Flüchtlinge" bezeichnen. Rund 2000 Menschen davon geben an, direkt aus der Ukraine geflüchtet zu sein.
Doch erfahrungsgemäß sind mindestens zehn Prozent dieser Ukraine-Flüchtlinge gar keine Ukrainer, sondern Zuwanderer aus anderen Ländern, vor allem aus arabischen Staaten. Die Mehrheit in dieser Gruppe gibt vor, keine Papiere zu besitzen. Das macht eine zuverlässige Zuordnung unmöglich. Nirgendwo wird heutzutage mehr gelogen als auf den Ausländerämtern.

Offenkundige Betrugsabsichten

Denn angeblich keine Papiere zu besitzen, ist zumeist ein Zeichen dafür, dass die betreffende Person beabsichtigt, staatliche Institutionen zu betrügen. 1336 der im September nach Hamburg „Geflüchteten" sind nicht aus der Ukraine angereist, sondern aus aller Welt. Mehrheitlich aus dem muslimischen Nahen Osten
Sie beantragen „politisches Asyl". Obwohl die meisten eindeutig Wirtschaftsflüchtlinge sind – und überwiegend keine Ausweispapiere haben.

40 Prozent dieser Einreisenden, die als geflüchtete Menschen registriert worden sind, sobald sie den Begriff „Asyl" genannt haben – in welcher Sprache auch immer –, „waren Afghanen, es folgen Syrer und Iraner" (Welt am Sonntag / Hamburg-Ausgabe).

Schon Messehalle umgewidmet

Der Stadtstaat Hamburg hat praktisch keine Aufnahmekapazitäten mehr für tatsächliche oder scheinbare Flüchtlinge. Sogar auf den Arealen der Hamburger Messe ist schon mindestens eine große Halle zur Flüchtlings-Notunterkunft umgewidmet worden, ebenso wie ein ehemaliger großer Supermarkt.
Martin Helfrich, Pressesprecher der Hamburger Sozialbehörde, erklärt, dass die Stadt mit einem weiterem Zustrom rechnet, obgleich die Aufnahmekapazitäten längst erschöpft sind.
Helfrich sagt, eher scheinheilig: „Wir haben leider wenig Optionen und müssen alles, was uns zur Verfügung steht, auch tatsächlich nutzen."

Privaträume sollen herhalten

Auf die Idee, öffentlich vorzuschlagen, mindestens zum Beispiel solche Zuwanderer, die nach ihrem Grenzübertritt behaupten, keine Papiere zu besitzen, an den Grenzen zurückzuweisen und in die (EU-)Länder umzuleiten, aus denen die vermeintlich Geflüchteten gekommen sind, kommt der Mediensprecher nicht.
Täte er es doch, wäre er sicherlich über Nacht die längste Zeit – gut dotierter – Pressesprecher gewesen.
Yvonne Ehnert, Sprecherin des Hamburger Sozialunternehmens f&w (Fördern und Wohnen), erklärt: „Alles ist bei uns gerade auf die Suche nach Flächen ausgerichtet." Man suche in allen Bereichen und bitte auch Privatpersonen und Unternehmen mit Gewerbeflächen um Unterstützung.

Kosten sind zweitrangig

Mittlerweile ist die Stadt dazu übergangen, im großen Umfang Hotels anzumieten. Eines der ersten Hotels war schon im Frühjahr das ehemalige Sofitel am Alten Wall. Es wird nun – angeblich nur für ein Jahr – zur Unterbringung der Geflüchteten genutzt, 865 Plätze stehen hier bereit. Doch längst ist dazu eine „Vielzahl weiterer Hotels gekommen" (Welt am Sonntag). Bis zum ersten Quartal 2023 soll zum Beispiel das NAG Boarding House in Wandsbek mit Zuwanderern belegt werden. Kosten spielen offenbar kaum noch eine Rolle.

Sozial-Industrie boomt

Das Personal, dass für „Geflüchtete" zur Betreuung bereit steht, wird ständig aufgestockt. Die „Sozial-Industrie" verzeichnet immer größere Heerscharen von Mitarbeitern.
Ein „unbegleiteter Flüchtling", der als „Minderjähriger" in die Hansestadt gekommen ist, wird rund um die Uhr sozialpädagogisch – also von Erziehern, Sozialpädagogen und Sozialarbeitern sowie Psychologen – betreut.
Das kostet. Ein einziger dieser angeblichen jugendlichen Migranten, die mehrheitlich ohne Ausweise ins Land gekommen sind, kostet die Stadt Hamburg über 5000 Euro monatlich.

Wo Milch und Honig fließen

Irgendwann werden auch Eltern und Verwandte nachkommen – in das Land, wo Milch und Honig fließen.
Längst gehen den Institutionen, die für die Betreuung der Zuwanderer zuständig sind, die Mitarbeiter aus: Bei dem Sozialunternehmen Fördern &

Wohnen zum Beispiel – es beschäftigt an 160 Standorten rund 1700 Mitarbeiter – sind jetzt auf der Webseite 50 Stellen ausgeschrieben worden.

Ein erwachsener Zuwanderer kostet den Stadtstaat auf Dauer im Monat rund 1100 bis 2000 Euro. Für den laufenden Lebensunterhalt, Wohnung, Heizung, Möbel, medizinische Versorgung, Bekleidungszuschüsse, Sprach- und Integrationsseminare sowie Dolmetscherrechnungen. Für die Kosten kommt der Staat auf – also der Steuerzahler.

Im Vergleich: Eine deutsche Rentnerin bekam 2021 im Durchschnitt monatlich eine Rente in Höhe von 856,05 Euro netto überwiesen. Obgleich sie Zeit ihres Lebens in diesem Land gearbeitet und Abgaben für ihre Sozialversicherung geleistet hat.

Attraktive Sozialhilfe

Wenn sich die phänomenalen Kosten wenigstens rechnen würden. Doch von den hunderttausenden „Flüchtlingen", die allein 2015 als „Einwanderer" nach Deutschland gekommen sind, befinden sich offiziellen Angaben zufolge über 80 Prozent immer noch in der Sozialhilfe. Und da wird sich auch kaum noch etwas ändern.

Regelmäßig Rundum-Sozialleistungen zu beziehen (und gegebenenfalls einer Schwarzarbeit nachzugehen), ist für sehr viele Zuwanderer viel attraktiver als für den Mindestlohn regulär zu arbeiten. Freilich wagt niemand mehr, das auch laut zu sagen.

Der deutsche Michel ist ahnungslos

Aber die Medien des Mainstreams, die in ihren Redaktionen durchweg von links-grün positionierten Journalisten dominiert sind, schreiben über solche Zusammenhänge nichts. Der deutsche Michel ist ahnungslos.

Gut informiert über die Leistungen des hiesigen Sozialstaates sind hingegen die meisten „Flüchtlinge". Sie haben vielfältige Nachrichten über ihre Handys erhalten. Schon in ihrem Heimatland.

Auch darüber, welche Institutionen in der Bundesrepublik anzusprechen sind, wenn man als Ausländer – zeitlich praktisch unbegrenzt – in den Genuss der sozialstaatlichen Leistungen kommen will.

Kommt noch das jähe Erwachen?

Der linke deutsche Bürger will auch gar nichts von den verheerenden Missständen wissen. Kritische Zahlen könnten das eigene Wohlbefinden beeinträchtigen.

Kommt dann eines Tages doch noch das jähe Erwachen, will niemand von den katastrophalen Entwicklungen gewusst haben.

https://www.pi-news.net/2022/11/eskalation-der-kuerbiskoepfe-halloween-randale-erschuettert-oesterreich/

Eskalation der Kürbisköpfe: Halloween-Randale erschüttert Österreich

1. November 2022

Von ALEX CRYSO | **Erinnerungen an die Kölner Silvesternacht 2015/16, aber auch an die Stuttgarter Partyszene werden wach. Mit dem einen Unterschied, dass die Gewaltausartungen zum diesjährigen Halloween gleich drei österreichische Städte erfasst haben: Neben Linz wurden auch Wien und Salzburg zum Szenario von Massenrandalen und ausuferndem Zerstörungswahn.**
Wie nun bestätigt, hatte ein Großteil der Täterschaft einen Migrationshintergrund: Etwa 50 Prozent stammen aus Syrien und Afghanistan, 30 Prozent sind anderweitige Ausländer und nur 20 Prozent gelten als Österreicher. Innenminister Gerhard Karner meinte dazu: „Diese Straftaten sind Ausdruck einer zutiefst antidemokratischen Einstellung zu unseren rechtsstaatlichen Haltungen und Werten!"
Neben einem Sicherheitsgipfel soll auch ein sofortiges Asylaberkennungsverfahren eingeleitet werden. Michael Gruber, Landesparteisekretär der FPÖ, bezeichnete die Ausschreitungen als deutliche „Rechnung für die verfehlte und verschlafene Migrationspolitik von Bundeskanzler Nehammer und Innenminister Karner!"
Ähnlich wie bei der Stuttgarter Eventnacht erfolgten die Verabredungen erneut über die Smartphone-Kommunikationsdienste und Online-Plattformen wie TikTok. Bereits am Vortag sollen die Randale dort mehrfach angekündigt worden sein. „In Linz gibt es am Montag nicht Halloween, sondern Krieg", hieß es in einem der Kommentare. Jemand anderes wollte sogar ein „Athena 2.0" veranstalten – als Anspielung an den gleichnamigen Netflixfilm, der vom Straßenkrieg zwischen der Polizei und Jugendlichen in einem Pariser Vorort handelt.
Am Abend attackierten dann rund 200 Jugendliche Passanten am Linzer Taubenmarkt mit Böllern. Die Stimmung wurde immer weiter angeheizt, bis schließlich 170 Beamte vor Ort eintrafen, von denen am Ende zwei verletzt wurden. 130 Anzeigen wurden aufgenommen, neun Personen verhaftet, zumal der Verdacht auf schwere gemeinschaftliche Gewalt und eine massive Ordnungsstörung bestand.
Pyrotechnische Gegenstände wurden auf die Oberleitung der Straßenbahn geworfen, weshalb der Storm aufgrund akuter Lebensgefahr für die Fußgänger zeitweise abgeschaltet werden musste. Die Auseinandersetzung mit der Polizei wurde durch fliegende Glasflaschen und Steine mehrfach gesucht. Bei einer Party im Bezirk Amstetten gab es zudem 25 Verletzte bei einer Reizgasattacke. Gegen drei Uhr war der Einsatz beendet.
Parallel dazu kam es in Salzburg zu einem weiteren Großeinsatz der Polizei. Entlang des Marko-Feingold-Stegs im Zentrum hatten zwei Personengruppen mehrfach Böller in die Menschenmenge geworfen. Noch heißer ging es in Wien zur Sache, wo die Ordnungshüter drei Mal in verstärkter Personenzahl ausrücken musste: Neben einem zerstörten

Müllcontainer und einer demolierten Telefonzelle zeigte sich eine weitere Jugendgruppe aggressiv und unbelehrbar der Polizei gegenüber.
Die Medien berichten zudem von einer weiteren Eskalation in der Sonnwendgasse in Wien-Favoriten. Oe24 erwähnte ferner eine 20-köpfige Personengruppe, die auf zwei Männer eingeprügelt hatte. In Klagenfurt, eigentlich schon Stadt Nummer vier, soll eine Gruppe von weiteren 20 Jugendlichen vor einem Haus randaliert und dem Besitzer mit Mord gedroht haben, weil man trotz mehrfachen Bettelns keine Süßigkeiten bekommen hatte.

https://unser-mitteleuropa.com/migranten-halloween-randale-mit-200-jugendlichen-in-linz-video/
Migranten-Revolte mit 200 Jugendlichen in Linz (VIDEO) +UPDATE 02.11.+ Erneut Ausschreitungen in Linz
02. 11. 2022

+++ UPDATE 02.11 – 12:00 +++
Erneut Ausschreitungen in Linz – „Wendepunkt erreicht"
Auch gestern, Dienstagabend ab etwa 16h kam es in der Linzer Innenstadt wieder zu Ausschreitungen durch Jugendliche mit großteils Asyl- und Migrationshintergrund. Laut Polizei haben Jugendliche Böller auf Passanten geworfen. Bei Eintreffen der Polizei flüchteten die Täter.
Im Einsatz waren Dutzende Polizeistreifen. Sie nahmen 53 Identitätsfeststellungen vor und sprachen fünf Wegweisungen aus. Zudem setzte es drei Organmandate und vier Anzeigen nach dem Pyrotechnikgesetz. Der Einsatz dauert bis 21.45 Uhr.
„Versagen der Migrationspolitik"
Erste Zeitungskommentatoren sprechen vom…
„Versagen der österreichischen Migrations- und Integrationspolitik auf allen Ebenen. Horden von jungen Männern – viele davon Asylwerber aus Afghanistan, Syrien und Tschetschenien – haben eine Spur der Verwüstung durch Österreichs Städte gezogen, die an die berüchtigte Silvester-Nacht in Köln erinnert. Dass die Politik jetzt einmal mehr Konsequenzen verspricht, ist zu wenig. Es braucht endlich Taten und keine leeren Ankündigungen." (oe24)
Erste Vorschläge sind die „Aberkennung des Asylstatus im Schnellverfahren". Alles in allem würde…
„das allein aber nicht reichen: Die Krawall-Nacht muss zu einem Wendepunkt in der Asylpolitik führen. Statt populistischer Worthülsen (ÖVP) und überschießender Willkommenskultur (Grüne) muss die Regierung endlich die Grenzen lückenlos sichern."
Außerdem wird die Zurückweisung von „99 % der Asylwerber" gefordert. Ansonsten drohe „uns ein zweites 2015." (oe24)

+++ UPDATE 21:30 +++
„Athena"-Gewalt-Film inspirierte die Linzer Asyl-Migranten

Der Inhalt des Films in Kürze: Er „schildert eine allzu aktuelle Geschichte über Polizeikorruption, gewalttätige Proteste und das Zusammentreffen von Nationalismus und persönlicher Verantwortung." (TheNews)
Fragt sich nur, was freiwillig nach Österreich Asylierte zu solchen Hass-Gewalt-Fantasien gegen einen demokratischen Staat bringt, der ihnen Sicherheit oder zumindest Rundumversorgung gibt.

Österreichs Traum-Männlein-Asyl-Politik

Gleichzeitig zeigen die erschreckenden Vorkommnisse aber auch die völlig naive Unbedarftheit der österreichischen Politik und der dem Innennministerium untergeordneten Geheimdienst – frei nach dem Motto: „Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis."
„Die Straftaten der vergangenen Nacht sind Ausdruck einer zutiefst antidemokratischen Einstellung zu unseren rechtsstaatlichen Werten und Haltungen", verurteilte Innenminister Gerhard Karner die Ausschreitung. Er habe Landespolizeidirektor Andreas Pilsl und Stadtpolizeikommandant Karl Pogutter beauftragt, einen Sicherheitsgipfel mit dem Linzer Bürgermeister einzuberufen, um „die Situation zu analysieren und die notwendigen Ableitungen zu treffen", so Karner. (oe24)

Verlogene Heuchelei des Grünen Regierungspartners

Außerdem zeigt sich im tönenden Schweigen die totale Heuchelei des Grünen Regierungspartners, und des Grünen Bundespräsidenten Van der Bellen, die ja alle für die Open-Border-Welcome-Politik ideologisch hauptverantwortlich sind.

+++ UPDATE 13:30 +++

ORF-Staatsfunk verschleiert Migrations-Herkunft

Wörtlich heißt es in der Schlagzeile:
„Ausschreitungen in der Halloween-Nacht: In der Nacht auf Dienstag ist es im Zusammenhang mit Halloween-Feierlichkeiten zu schweren Zwischenfällen gekommen. In Linz lieferten sich rund 200 vorwiegend junge Männer eine Straßenschlacht mit der Polizei." (ORF)
Erst, wenn man auf ooe.ORF.at weiterklickt, erfährt man – und auch erst im Untertext – von der Herkunft der Täter: „Laut Polizei handelt es sich vorwiegend um Jugendliche mit afghanischem und syrischem Hintergrund" – wobei dann wieder politisch-korrekt relativivisiert wird: „aber auch um junge Österreicher, die sich zum Feiern am Taubenmarkt trafen."
Grob unrichtig folgende Banalisierung des Geschehens: Dass nämlich „nach den ersten Böller-Zündungen die Situation aus dem Ruder gelaufen sein dürfte. Von einer geplanten Aktion geht die Polizei am Dienstagmorgen nicht mehr aus." (ORF)

Kultuhass-Ausschreitung auf TikTok geplant

Längst war schon klar, dass die ganze Aktion von langer Hand geplant war: „Linzer Halloween-Krawalle waren geplant. Die rund 200 jungen Männer suchten gezielt die Auseinandersetzung mit der Polizei. (oe24)

ERST-Artikel vom 01.11.2022

Wie die KRONE berichtet, kam es in der Nacht auf Allerheiligen in der Linzer Innenstadt zu einer stundenlangen Randale von 200 großteils

Migranten-Jugendlichen: Diese bewarfen Passanten und Polizisten mit Böllern und auch Glasflaschen. 130 Anzeigen sowie neun Festnahmen wurden durchgeführt.

Migranten-Revolte wie in den französischen Banlieus

Die Randale nahm sogar direkt Bezug dau: Denn auf TikTok wurde 19 Stunden vorher zu einem „Athena 2.0" in Linz aufgerufen – ein Netflix-Film über einen Straßenkrieg in einem französischen Banlieu zwischen Jugendlichen und der Polizei.

Von 21 Uhr bis 3:30 schwerste Auseinandersetzungen gegen die Polizei

Bereits ab 21h warfen Jugendliche Böller teilweise unkontrolliert in die Menschenmenge und schossen Feuerwerkskörper auf die elektrischen Oberleitungen der Straßenbahn. Um 21.30 Uhr kippte die Stimmung dann total, die Polizei wurde massiv bedrängt.

Auch die Beamten wurden mit Böllern und Glasflaschen beworfen. Der Straßenbahnverkehr kam zum Erliegen. Der Einsatz dauert bis 3.30 Uhr früh an, wobei insgesamt 170 Polizisten aus verschiedenen Einheiten aus halb Oberösterreich eingezogen wurden, und welcher mit einer Einkesselung der Randalierer endete.

Täter hauptsächlich Migranten und Ausländer

Die Zusammensetzung der Jugendlichen zeigt, dass hauptsächlich ausländische Migranten ihren Kulturhass auslebten: Laut Polizei waren 50% Ausländer, 20% eingebürgerte Migranten und 30% Österreicher oder EU-Ausländer. Unsgesamt gab es 130 Anzeigen wegen schwerer gemeinschaftlicher Gewalt sowie neun Festnahmen.

Passantenaussagen zufolge soll es sich augenscheinlich um Dutzende junge Männer mit Migrationshintergrund handeln, die ganz offensichtlich zur Multikulti-Randale abgesprochen hatten.

FPÖ-Sicherheitsrat Raml erklärte treffend: „Dass unkontrollierte Zuwanderung viele gravierende Probleme mit in unsere Stadt bringt." Um sich dann „angesichts der aktuellen Asylsituation ganz klar gegen die Aufnahme weiterer Asylwerber in der Landeshauptstadt" auszusprechen. (Krone)

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampgane verteidigt.
Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/messerattacke-schwarzfahrer-sticht-auf-kontrolleur-ein-81791558.bild.html
SYRER (23) IN U-HAFT
Von: THOMAS FISCHER
31.10.2022 - 20:29 Uhr
Dresden (Sachsen) – Brutale Messer-Attacke auf einen Fahrkarten-Kontrolleur (34) in Dresden-Nickern.
Sonntag, kurz nach 12 Uhr gerät ein 23-jähriger Syrer in der Buslinie 66 in eine Fahrkarten-Kontrolle. Wie BILD erfuhr, soll der Mann für sich und sein Fahrrad, was er dabei hatte, kein Ticket gelöst haben. Die Folge: zweimal 60 Euro wegen Schwarzfahrens.
Der Mann wird des Busses verwiesen, fährt mit seinem Rad weg – kommt aber zurück. Anschließend soll er den Reifen des Busses zerstochen haben.
Der Kontrolleur konfrontierte ihn, es soll zur Rangelei gekommen sein. Dabei soll der 34-Jährige von dem 23-Jährigen niedergestochen worden sein.
Das Messer-Opfer kam ins Krankenhaus, soll mittlerweile außer Lebensgefahr sein. Der Tatverdächtige flüchtete zunächst, wurde dann aber geschnappt.
Am Montag wurde Nour J. (bislang nicht polizeibekannt) dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Oberstaatsanwalt Jürgen Schmidt (47): „Der erließ Haftbefehl wegen versuchten Totschlags."

https://unser-mitteleuropa.com/wiesbaden-10-koepfige-suedlaender-gruppe-belaestigt-bus-fahrgaeste-mehrere-personen-durch-pfefferspray-verletzt/
WIESBADEN: **10-köpfige Südländer-„Gruppe" belästigt Bus-Fahrgäste – mehrere Personen durch Pfefferspray verletzt**
07. 11. 2022
Busse in Wiesbaden werden immer öfter Tatort migrantischer Gewalttäter. Der Terror, dem die Bevölkerung durch eine bestimmte Sorte Migranten ausgesetzt ist, nimmt immer unerträglichere Formen an. Jetzt greifen ganze Horden sogar Fahrgäste in Bussen an, wie am Freitag in Wiesbaden.
Anpöbelungen und sexuelle Belästigung
Eine etwa zehnköpfige Gruppe junger Männer stieg am Freitagbend an der Haltestelle "Hochheimer Markt" in den Bus der Linie 68. Während der Fahrt nach Kastel pöbelten die jungen Männer mehrere Fahrgäste an. Parallel wurde eine Frau aus Ginsheim-Gustavsburg von einem der Männer sexuell belästigt. Der Täter berührte die 48-Jährige mehrfach auf unsittliche Weise berichtet *wiesbadenaktuell.de*.
Als die „Gruppe" gegen 21:25 Uhr an der Haltestelle „Bahnhof Kastel" den Bus verließ, schien der Spuk beendet. Jedoch drehte einer der „jungen

Männer“ sich plötzlich um und ging zum Bus zurück. Durch die noch geöffnete Tür sprühte der Täter Pfefferspray in den Fahrgastraum und flüchtete anschließend mit dem Rest der Gruppe.

Mehrere Fahrgäste verletzt – Täter mit „südländischem Erscheinungsbild“

Vier Fahrgäste erlitten hierbei leichte Atemwegsreizungen. Sie wurden vom alarmierten Rettungsdienst behandelt. Eine sofort eingeleitete Fahndung der Polizei nach der Tätergruppe, blieb erfolglos. Die „Jugendlichen“ sollen durchwegs von südländischem Erscheinungsbild gewesen sein.

Kein Einzelfall: Mehre Angriffe auf Busfahrer in Wiesbaden

Die geschilderte Attacke im Bus keineswegs ein “Einzelfall“. In Wiesbaden werden immer häufiger Busfahrer von Fahrgästen beleidigt oder angegriffen. Wie dem Magazin *brummionline.com* zu entnehmen ist, gab es von Januar bis Ende September 2022 gab es laut der Wiesbadener Verkehrsgesellschaft ESWE Verkehr 25 dokumentierte Angriffe auf das Buspersonal. Das seien schon jetzt mehr als im kompletten vergangenen Jahr. Es habe Beleidigungen und Pöbeleien gegeben, der Großteil allerdings seien körperliche Angriffe gewesen, berichtet Pressesprecher Micha Spannaus.

Einem Busfahrer sei ins Gesicht gespuckt worden. In einem anderen Fall habe ein Fahrgast den Busfahrer am Hemdkragen gepackt, obwohl die Busfahrer seit der Corona-Pandemie sogar hinter einer Trennscheibe sitzen, so Spannaus. Zweimal seien sogar Waffen im Spiel gewesen.

Stimmung in Wiesbadener Bussen angespannt

Zusätzlich zu den dokumentierten Fällen kämen auch „kleinere“ Beleidigungen durch Fahrgäste, die oft gar nicht offiziell von den Busfahrern gemeldet würden, erklärt Spannaus. Generell sei die Stimmung unter den Fahrgästen seit einiger Zeit angespannt.

Deeskalationstraining gehört zur Ausbildung

Zur Ausbildung des Bus- und Kontrollpersonals gehöre schon seit Jahren ein Deeskalationstraining, ergänzt Martin Pächer, Bereichsleiter für den Busbetrieb. In Rollenspielen lernen die Auszubildenden zum Beispiel, wie sie am besten reagieren, wenn ein Fahrgast sie beleidigt. Ruhig bleiben sei die Devise. „Busfahrer und Busfahrerinnen sind für viele Menschen ein Ventil. Die Fahrgäste lassen an ihnen ihre Gereiztheit aus“ heißt es. Komisch, dass es vor der verordneten „Buntheit“ derartige „Fahrgäste“ nicht gegeben hat.

https://www.pi-news.net/2022/11/tuerkengewalt-in-nuernberg-taeter-posiert-mit-waffe-auf-instagram/

Türkengewalt in Nürnberg: Täter posiert mit Waffe auf Instagram

7. November 2022

Von ALEX CRYSO | Seit ein paar Wochen überschlagen sich wieder die Meldungen von regelmäßigen „Einzelfällen", wobei auch dieses Stück türkischer Folklore auf deutschem Boden nicht unerwähnt bleiben sollte. Dabei wird unser Land erneut zum Austragungsort innerkultureller Spannungen und Konflikte gemacht. Dass es sich bei allen drei Beteiligten – ein Täter und zwei Opfer – um Türken handelt, lässt erneut tief blicken, wie sehr die Integration gescheitert ist, während unsere Kuscheljustiz bestimmt auch für solche Individuen ein warmes Plätzchen übrig hat.

Es ist Montagabend Ende Oktober 2022 in der Nürnberger Südstadt: Dort gerät Mert Fahri Akin mit Özgür S. und Orhan T. wegen des Verkaufs einer Shisha-Bar in einen lautstarken Streit. Anscheinend waren alle drei Geschäftsführer oder zumindest Geschäftspartner in Bezug auf die besagte Lokalität. Nach dem Verkauf der Bar ging es um die Aufteilung des Geldes, was zu einer heftigen Auseinandersetzung führte. Akin zog darauf seine Waffe, tötete Özgür S. und verletzte Orhan T. schwer. Seitdem ist der 28-jährige Todesschütze auf der Flucht. Interessanterweise waren sowohl Akin als auch Orhan T. über die Ukraine nach Deutschland gekommen, wo sie sich illegal aufhielten. Die Tat selbst ereignete sich auf offener Straße.

In einem Akt der Selbstdarstellung publizierte Akin zudem Photos auf Instagram, die ihn beim Hantieren mit der Schusswaffe zeigen. Die öffentliche Verhöhnung eines der Opfer erfolgte außerdem. Ferner soll der 28-Jährige bis vor Kurzem noch wegen eines weiteren Gewaltverbrechens im Gefängnis gesessen haben. Weitere Taten Akins gelten demnach als nicht ausgeschlossen. Die Witwe des Todesopfers erwartet unterdessen das zweite gemeinsame Kind.

Dabei hat auch der Nürnberger Süden längst seinen Ruf als besonders bunt und vielfältig inne. Der Anteil an Migranten ist hoch und dementsprechend auch die Quote an schweren Verbrechen. Schon allein die Straßenbilder sind mittlerweile so trostlos wie überall in Deutschland: Eine Dönerbude jagt die nächste, hinzu gesellen sich Zockerhöllen, Callby-Shops, Ramschläden, türkische Bäcker und Billigfriseure. Nicht nur der deutsche Einzelhandel wird regelrecht verdrängt, auch die Deutschen selbst suchen immer mehr ihr letztes Bisschen Heil im Wohnortswechsel. Die wenigen verbliebenen Einheimischen berichten von katastrophalen Zuständen. Vergleiche mit der Bronx – dem berühmt-berüchtigten New Yorker Ghetto – werden gezogen. „Ich habe mittlerweile immer Angst, wenn ich in der Südstadt unterwegs bin. Abends traue ich mich nicht mehr raus

und alleine schon gar nicht", meinte eine namentlich nicht genannte Nürnbergerin im Internet.
Die lokalen Zeitungen berichten jedoch lieber von der „verängstigten türkischen Gemeinschaft" ihrer Stadt anstatt zu fordern, endlich die Grenzen dicht zu machen und kriminelle Ausländer mit aller Härte zu bestrafen.

https://unser-mitteleuropa.com/justizskandal-somalischer-doppelmoerder-von-oggersheim-hat-2021-schon-einmal-zugestochen-statt-haft-auf-freiem-fuss/

Justizskandal: Somalischer Doppelmörder von Oggersheim hat 2021 schon einmal zugestochen – statt Haft auf freiem Fuß

05. 11. 2022

LUDWIGSHAFEN – Nach den tödlichen Messerattacke in Oggersheim sind neue Details zum afrikanischen Doppel-Mörder durchgesickert. Demnach hatte der 25-jährige Schutzsuchende bereits 2021 einen Mann niedergestochen.

Auch rund zwei Wochen nach der brutalen Messerattacke in Ludwigshafen-Oggersheim mit zwei Toten sitzt der Schock in der Bevölkerung und vor allem bei den Angehörigen der Opfer noch immer tief! Jetzt sind neue alarmierende Details zum mutmaßlichen Täter (25), der wegen zweifachen Mordes, versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung in U-Haft sitzt, bekannt geworden, berichtet *LUDWIGSHAFEN 24*.

Es war so, wie in solchen Fällen leider üblich, dass derartige illegal eingewanderte Verbrecher bereits vor ihrer finalen Tat polizei- bzw. gerichtsbekannt waren. So auch das Goldstück, das zwei Passanten brutal ermordet hat.

Der 25-Jährige hat bereits im Mai 2021 einen anderen Mann mit einem Schraubenzieher angegriffen und verletzt. Doch sein Verfahren wegen Körperverletzung vor dem Neustadter Amtsgericht ist unter Auflagen zunächst eingestellt worden, wie der *SWR* berichtet.

Sozialstunden offenbar nicht geleistet

Dass der polizeibekannte Somalier, der im Jahr 2015 als anerkannter „Flüchtling" nach Deutschland gekommen ist und zuletzt in einer Unterkunft in Neustadt wohnte, die ihm auferlegte Sozialstunden offenbar nicht geleistet hat, versteht sich von selbst. Damit hat er nach Angaben einer Gerichtssprecherin gegenüber dem *SWR* gegen die Auflagen des Gerichts verstoßen. Na und? Diese Verbrecher genießen doch Narrenfreiheit. Unter normalen Umständen würde so eine Figur umgehend abgeschoben

werden. Aber das wäre ja „rassistisch" und „inhuman". Tote und Schwerverletze, die Folge dieser „Humanität" sind, nimmt man hierzulande in Kauf. Die anständigen Leute, denen das nicht passt, sind „Ausländerfeinde" oder am Besten gleich „Nazis".
Und noch etwas: Einen terroristischen Hintergrund für das Gemetzel schließen die Ermittler nach „derzeitigem Kenntnisstand" nach wie vor aus. Dass der Bereicherer vor der Tat vor der Tat „Allahu akbar" („Gott ist groß") brüllte, spielt dabei keine Rolle. Das soll ja bei „schuldunfähigen" Gottesfürchtigen nicht das erste Mal passiert sein.
Auf **dokumentationsarchiv.com** sind auch eine Fülle derartige Vorkommnisse bezüglich dem laschen Umgang mit derartigen Verbrechern und mehr aufgelistet. Als Behelf für künftige Historiker, wenn es einmal gilt, auch dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte aufzuarbeiten, wie die Autoren der Seite meinen.

https://dokumentationsarchiv.com/

https://unser-mitteleuropa.com/allahu-akbar-terrorist-kuendigt-in-bruessel-tat-an-staatsanwalt-laesst-in-frei/
Start Aktueller Beitrag „Allahu Akbar"-Terrorist kündigt in Brüssel Tat an – Staatsanwalt lässt in frei…

„Allahu Akbar"-Terrorist kündigt in Brüssel Tat an – Staatsanwalt lässt in frei - „Die Geduld besiegter Völker"
11. 11. 2022
Von ELMAR FORSTER | Die Hintergründe dieses islamistischen Terrors machen fassungslos und sind rational kaum mehr zu erklären. Denn in ähnlicher Form sind sie zu Hunderten in den Willkommens-Ländern vorgefallen… Wir liefern eine kurzen Erklärungsansatz.
Ein Polizist getötet, zwei verletzt
Gestern Donnerstagabend wurden in Brüssel, in der Nähe des Nordbahnhofs, ein Polizist getötet und zwei weitere verletzt. Ein extremistischer Islamist hatte sie mit dem Ausruf „Allahu akbar!" angegriffen. Der Messermann wurde schließlich von einem der Streifenpolizisten unschädlich gemacht.
Terror-Staatsanwaltschaft ermittelt

Laut „La Libre Belgique" (LlB) sei eine Untersuchung zu den Umständen des Anschlags eingeleitet. – so Sarah Durant, eine Sprecherin der Brüsseler Staatsanwaltschaft.
Der Vorfall wird von der Terror-Bundesstaatsanwaltschaft behandelt werden: „Angesichts des Profils des Verdächtigen beziehen sich die eingeleiteten Ermittlungen auf einen mutmaßlichen Terroranschlag" – fügte die Zeitung hinzu. (mandiner)

Betroffenheits-Rhetorik

Somit aber, und zusammen mit der üblichen Betroffenheits-rhetorik, etwa durch die belgische Innenministerin Annelies Verlinden, scheint dann aber auch alles wieder den gewohnten Gang gehen zu können. Jene bezeichnete den Vorfall auf Twitter als ein „schreckliches Drama" und sprach den Angehörigen des Opfers – wie immer in solchen Fällen – ihr Beileid aus.
Schlimmstenfalls werden noch Teddybären abgelegt werden.

Terrortat auf Polizeistation angekündigt – Staatsanwaltschaft belässt Täter auf freiem Fuß

Die Tragödie der Tragödie besteht darin: Der Täter soll nach Informationen von „LIB" bereits zuvor auf der Polizeiwache vorgeladen worden sein. Nach seiner Anhörung hatte er angekündigt, dass er später am Tag Polizeibeamte angreifen würde. Darüber gibt es sogar eine offizielle Aufzeichnung auf der Polizeistation, die ihn danach wieder auf freien Fuß setzte. Daraufhin richteten Polizeibeamte an die belgische Staatsanwaltschaft das Ansuchen, den späteren Messermann in psychiatrische Behandlung aufzunehmen. Ihr Antrag wurde vom erstinstanzlichen Richter abgelehnt.

„Die Tugend besiegter Völker ist die Geduld – nicht die Resignation." (Oswald Spengler)

Man kann – wie gesagt – dieses hundertfache Versagen westlicher Willkommensjustiz rational nur erklären, indem man dahinter die Übereinkunft mit einer (Soros-)Einwanderungs-Agenda erblickt und / oder aber auch die Resignation eines Europas, das sich in seinen Niedergang und in seine Eroberung durch Fremdkulturen aus dem arabischen und afrikanischen Raum ergeben hat.

Post-kolonialistischer Schuld-Komplex

Gespenstisch diesbezüglich aber eine historische Rückschau auf die ehemaligen Kolonial-Weltmächte, die jetzt in einem Schuldkomplex ihren eigenen Niedergang zelebrieren:
„Vor 100 Jahren haben manche richtig gesagt: Wir werden bei der Bestattung derjenigen dabei sein, die uns zu Grabe tragen wollten." (Orbán) – „Heute gibt es keine Tschechoslowakei, kein Jugoslawien und keine Sowjetunion, kein britisches, kein französisches Reich mehr. Und was von ihnen übriggeblieben ist, dreht sich jetzt **in der multikulturellen Umklammerung ihrer rachsüchtigen Kolonien."**

Hintergründe der Flüchtlingskrise

UM-Autor Elmar Forster hat diesbezüglich mehrere Tiefen-Analysen vorgelegt:

„**Archaische Multikulti-Verbrechen – Sehnsucht nach dem „Herz der Finsternis**"
Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampgane verteidigt.
Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://www.pi-news.net/2022/11/wien-auslaendische-drogenhaendler-vergewaltigen-elf-und-14-jaehrige/

Wien: Ausländische Drogenhändler vergewaltigen Elf- und 14-Jährige

13. November 2022

Symbolbild.

Von ALEX CRYSO | Auch bei unseren österreichischen Nachbarn herrscht nur noch Asyl-Chaos und eine unkontrollierte Migrantenflut. Die Auswirkungen davon bekommen die wirklich Schwächsten der Gesellschaft wie immer als Erstes zu spüren.

Derzeit stehen ein 17-jähriger und ein 18-jähriger Jugendlicher aus dem Wiener Stadtteil Meidling in dem dringenden Verdacht, zwei junge Österreicherinnen im Alter von gerade mal elf und 14 Jahren vergewaltigt zu haben. Fast schon überflüssig zu sagen, dass es sich bei den beiden Tätern erneut um Ausländer handelt. Der Volljährige stammt aus dem Irak, beim anderen wird der berühmte „Migrationshintergrund" angegeben.

Am Donnerstagnachmittag waren die Mädchen dem 18-Jährigen in dessen Wohnung gefolgt, um dort Drogen zu kaufen. Dort befand sich bereits der 17-Jährige, als es zu den Übergriffen kam. Schon am Vortag hatten die beiden Mädchen von dem Iraker eine Ecstasy-Tablette erhalten und konsumiert.

Um an weiteren Stoff ranzukommen, kontaktierten sie den Dealer abermals. In dessen Wohnung soll es dann zwischen dem 17-Jährigen und der 14-Jährigen zunächst zu einvernehmlichem Geschlechtsverkehr gekommen sein, bevor der Jugendliche das Mädchen zu weiteren sexuellen Handlungen nötigte. Unterdessen wurde die Elfjährige vom dem 18-Jährigen vergewaltigt und sexuell missbraucht.

In letzter Not konnten die beiden Opfer aus der Wohnung fliehen und die Polizei verständigen. Die beiden Triebtäter wurden nur kurze Zeit später festgenommen, wobei sich der 17-Jährige schon wieder auf freiem Fuße befindet.

https://www.pi-news.net/2022/11/2020-fast-20-000-messerattacken-in-deutschland-medien-schweigen/

2020 fast 20.000 Messerattacken in Deutschland – Medien schweigen

15. November 2022

Einer von vielen Fällen, die tagtäglich in Deutschland passieren: In Berlin-Reinickendorf rennt ein Jugendlicher nach einer Messer-Attacke (rot umkreist) über den Gehweg, vorbei an einem Spätkauf. Dort wird er von einer Überwachungskamera gefilmt.

Von MANFRED W. BLACK | **Noch nie hat es so viele Messerangriffe in Deutschland gegeben wie in den Jahren nach 2015. Jetzt meldet der Focus, dass es allein 2020 fast 20.000 Messerattacken gab, bei denen nahezu 100 Menschen zu Tode kamen.**

Über die allermeisten Messerangriffe schweigen sich die Medien aus. Besonders gern lassen sie im Regelfall das unter den Tisch fallen, was der Focus vorsichtig so ausgedrückt hat: „Migranten sind in dieser Statistik überproportional vertreten."

Klarer formuliert: Zumeist sind die Messerstecher Ausländer. Oder „Deutsche" mit einem ausgeprägten Migrationshintergrund. Allein in den letzten Tagen sind vier brutale Messerangriffe bekannt geworden, die heutzutage in Deutschland gang und gäbe sind.

Mit zwei Messern

Im sächsischen Riesa (Bezirk Dresden) griff „ein Mann" – so wird in der Regel in den Medien des linksgrün dominierten Mainstreams der Täter vernebelnd genannt – sogar Polizisten mit zwei Messern an.

Zuvor hatten Polizeibeamte versucht, den Angreifer zu beruhigen, als der in seiner Wohnung lautstarke Randale machte und seine Nachbarn in Angst und Schrecken versetzte.

Als sich die Lage immer mehr zuspitzte, mussten die Beamten sogar die Unterstützung der sächsischen Polizei-Spezialeinheit „LebEL" (lebensbedrohliche Einsatzlagen) anfordern, um Herr der Lage werden zu können.

Verschwiegen: Libyscher Hintergrund

Bevor das Sonderkommando eintraf, ist „der Mann" plötzlich aus der Wohnung gestürzt und mit gezückten Messern auf einen Beamten zugelaufen.

Ein 33-jähriger „Polizist feuerte daraufhin mit seiner Pistole auf den Mann", schrieb der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR). Der Randalierer wurde schwer verletzt und in ein Leipziger Krankenhaus gebracht.
Was der MDR schlicht verschweigt: Der Messer-Angreifer ist ein Libyer. Vermutlich ein „Flüchtling", der vermeintlich in Deutschland „Schutz" gesucht hat – und schon länger von Sozialhilfe lebt.

Harburg: Heimtückischer Mordversuch

Auf dem belebten Marktplatz „Sand" in Hamburg-Harburg ist ein junger Mann – von hinten – mit einem Messer brutal niedergestochen worden. Er kam – lebensgefährlich verletzt – in ein Krankenhaus. Der Täter flüchtete.
Medien wie der Norddeutsche Rundfunk wussten dazu zu berichten, „dass sich die beiden Männer kannten". Einen sehr wichtigen Zeugenhinweis verschweigt aber der NDR: Der Messerstecher war nach den Beobachtungen etlicher Zeugen ein „Südländer" (Bild-Zeitung).
Es wird vermutet, dass es sich hier um Auseinandersetzungen zwischen hochkriminellen (arabisch-muslimischen) Clans handelt – deren Mitglieder heutzutage in ihrer großen Mehrheit hierzulande eingebürgert sind und mehrheitlich offiziell staatliche Sozialhilfe beziehen.

Berlin: Messerstecher gesucht

In Berlin fahndet die Polizei nach zwei „Jugendlichen" (Bild-Zeitung), die durch mindestens einen Messerstich einen Gerüstbauer lebensgefährlich verletzt haben, nachdem es zwischen dem deutschen Arbeiter und den Angreifern – die von einer 16-Jährigen begleitet wurden – zum Streit gekommen war.
Einer der Tatverdächtigen ist nach Aussagen von Zeugen 14 bis 16 Jahre alt, er trug „dunkle kurz gegelte Haare mit Seitenscheitel" (Bild). Der andere Tatverdächtige soll 13 bis 16 Jahre alt sein, er hatte „schwarze Haare zum Zopf gebunden, schulterlang, wellig" (Bild-Zeitung).
Diese spezifischen Täterbeschreibungen sind – im Sinne der links orientierten Political Correctness – übliche Umschreibungen dafür, dass es sich bei den Tatverdächtigen um Osteuropäer, Araber, Türken oder Schwarze handelt.

Oranienburg: Pfleger erstochen

In Berlin-Oranienburg ist der Behinderten-Pfleger Mohammed D. in der Oberhavelklinik verstorben. Er war kurz vorher Opfer einer Messerattacke geworden.
Als einer der Verdächtigen gilt Metehan K., der bei Vernehmungen teils widersprüchliche Angaben gemacht hat und in dessen Auto Drogen gefunden wurden.

https://philosophia-perennis.com/2022/11/18/tod-des-transmannes-nicht-importierte-homophobie-sondern-aggressive-stimmung-sollen-schuld-sein/

Tod des Transmannes: Nicht importierte Homophobie, sondern „aggressive Stimmung“ sollen schuld sein

18. NOVEMBER 2022

Wie Bluttaten importierter Totschläger kurz nach der Tat von Gutachtern relativiert und verharmlost werden und oft mit Freispruch oder milden Strafen enden. Steckt ein psychologisches Phänomen dahinter? Ein Gastbeitrag von Klaus Lelek.

Das Entsetzen nach dem Tod des 25jährigen Transmannes Malte C., der am 27. August (Christopher Street-Day) nach einer CSD-Versammlung in Münster von einem mutmaßlich homophoben Tschetschenen brutal auf das Pflaster geprügelt wurde, war groß. Wie zu erwartet sind bereits jetzt bei der Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft Münster mildere Töne zu hören, die den Täter zum großen Teil entlasten.

Laut WELT hat der Mann aus Tschetschenien gegenüber einer von der Staatsanwaltschaft beauftragten Gutachterin zu Protokoll gegeben, nicht einmal „ansatzweise“ feindlich gegenüber Homosexuellen“ zu sein. Daraufhin kam die „Expertin“ zu dem Schluss, dass die Prügelattacke durch „Alkohol ausgelöste aggressive Stimmung und Gewaltbereitschaft“ ausgelöst wurde. Ein Freispruch hängt geradezu in der Luft.

„Lesbische Huren“ und „Scheiß Lesben“

Die kurz nach der Bluttat ausgelöste Debatte über „Querfeindlichkeit“ scheint vom Tisch. Sätze wie „zutiefst erschüttert“ parteipolitische Makulatur. Was genau am 27. August in Münster geschah, lässt sich mühelos und lückenlos in allen Medien verfolgen.

Demnach soll der 20jährige Angeklagte aus der streng nach den Regeln der Scharia lebenden Kaukasusrepublik am Rande der CSD-Versammlung zwei Frauen zunächst sexuell beleidigt und anschließend als „lesbische Huren“ und „Scheiß Lesben“ beschimpft haben. Sogar die kulturtypischen, im Kaukasus weit verbreiteten Morddrohungen gegen die Familien der beiden Frauen wurden ausgesprochen. Als der 25jährige Transmann einschritt, um den bedrängten Frauen zu helfen, wurde er sofort brutal attackiert. Nach einem heftigen Schlag mitten ins Gesicht verlor er – ähnlich wie Marcus Hempel – das Bewusstsein und stürzte auf den Hinterkopf.

Ebenfalls nach einem harten Schlag gegen den Kopf starb vor fast drei Jahren in Augsburg auf einem Weihnachtsmarkt ein Feuerwehrmann, der gleichfalls mit einem jungen Migranten in Streit geraten war. Sein Schädel wurde regelrecht zertrümmert. Nach Schlägen und Tritten gegen den Kopf hauchte auch Niklas P. an der Uferpromenade von Bad Godesberg sein Leben aus.

Die Liste ist lang und würde den Artikel sprengen. Man müsste ihn als E-Book veröffentlichen. Ebenso lang wie die Liste der Opfer, ist die Liste der Freisprüche oder milden Urteile. Sowohl im Fall von Marcus Hempel als auch im Fall von Niklas P. erfolgte ein Freispruch. Im Gegenzug wurde der Vater von Markus Hempel von der Polizei zu einer „Gefährderansprache" vorgeladen, weil er in sozialen Netzwerken immer wieder den Tod seines Sohnes thematisiert hatte. Auch im Fall des totgeprügelten Feuerwehrmannes drehte sich das Blatt schnell zu Gunsten des Täters. Wie man einem Artikel der Süddeutschen entnehmen kann, beklagte sich der Oberbürgermeister kurz nach der Tat vor allem über „den Hass" und die „Hetzte" in seiner Stadt. Das Bundesverfassungsgericht sorgte dafür, dass ein Teil der Schlägergruppe nach nur drei Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Hauptangeklagter Halid S. erhielt viereinhalb Jahre… Nie gestellt wurde die Frage, ob man für einen so tödlichen Schlag oder Tritt gegen den Kopf, der wie alle Fälle lückenlos zeigen, enorm präzise ist, eine gute Kampfsportausbildung oder zumindest Training braucht. Noch mehr drängt sich die Frage auf, ob das Trainieren von tödlichen Schlägen nicht bereits als Vorbereitung zu einer schweren Straftat gewertet werden kann. Ähnlich wie das Horten von Sprengstoff, oder sogar nur das Streamen einer Bombenbauanleitung, das, wie jüngste Fälle zeigen, bereits zu langer U-Haft führen kann. Ohne dass dabei auch nur ein Tropfen Blut geflossen, geschweige denn irgendwer zu Schaden kam.

Islamistischer Hintergrund ausgeschlossen, die „Nazis" sind schuld

Auch die Gutachterin, die im Fall des erschlagenen Transmannes, trotz der eindeutig querfeindlichen Beleidigungen keine ausschlaggebende „Homophobie" sieht, befindet sich nach flüchtigen Recherchen in bester Gesellschaft. Nach der brutalen Attacke eines Somaliers, der mit dem Kampfschrei „Alu al Akbar" einem 75jährigen Rentner 2019 vor dem Offenburger Bahnhof die Kehle zertrat, attestierte ihm ein Gutachter eine „paranoide Schizophrenie", was eine Verurteilung unmöglich macht. Der Rentner verstarb bereits 2020 nach einem einjährigen Siechtum und qualvollen Todeskampf. Ein ähnliches Gutachten bewahrte auch den Messerangreifer von Würzburg – gleichfalls Somalier – vor den Gefängnismauern. Ebenso wurde ein „islamistischer Hintergrund" ausgeschlossen.

Neben dem Entsetzen über die Tat mischten sich auch der Chor der Relativierer ein, allen voran die FR, die berichtet, der Messerangreifer sei laut einer Journalistin der „Deutschen Welle" in Chemnitz von Neonazis angegriffen worden. Da dieser Abschnitt unter der Überschrift „Motiv und Tathintergründe" steht, bekommt er ein besonderes Geschmäckle. Auch die jüngste Messerattacke in Ludwigshafen – schon wieder ein Somalier – hat nicht nur für Entsetzen gesorgt, sondern auch für Entsetzen über jene, die inzwischen solche Fälle nicht mehr als Einzelfälle betrachten. Wie schon in Kandel geht die Angst um, „Rechte" könnten die Bluttat, „instrumentalisieren."

Doch wie kann man etwas „instrumentalisieren“, das längst zum Alltag gehört und – um beim Ausdruck „Instrument“ zu bleiben – wie ein tödliches Uhrwerk abläuft? Warum hat man in linksgrünen Kreisen mehr Angst vor den Kritikern einer gescheiterten Integrationspolitik, die keine bunte Multikultur schafft, sondern eher eine Monokultur mit eigenen Gesetzen und Wertvorstellungen als vor Messerangreifern und prügelnden Banden, die längst einige Gegenden in No-Go-Areas verwandelt haben? Warum verlieren selbst Angehörige von Opfern, wie der Bruder, der durch einen marokkanischen LKW-Fahrer vergewaltigte und ermordeten Sophia Lösche, kein böses Wort über den Täter und warnen im Gegenzug vor einer „Instrumentalisierung durch Rechtspopulisten“, wie man auf der Medienplattform Nordbayern nachlesen kann…?

Warum Linke Menschen lieben, die uns töten wollen?

Die Antwort könnte an einem psychologischen Phänomen liegen, dass man als „kollektives Stockholmsyndrom“ bezeichnen kann. Wie ich bereits vor mehr als 10 Jahren in meinem Klassiker geschrieben habe, hinterlassen muslimische Fanatiker, wie die Massenmörder von Paris, aber auch eingewanderte Messerstecher und Totschläger, in unserem kollektiven Bewusstsein einen Schaden, der viel größer ist als das angerichtete Unheil selbst. **Kurz nach dem ersten Schrecken blasen die Mainstream-Medien wieder in ihre Beschwichtigungshörner, versuchen die Täter als irregeleitete, radikalisierte schwarze Schafe aus der Herde der friedliebenden Muslime herauszufiltern oder ihre Taten als „paranoide“, aber keinesfalls kultur- oder religiös motiviert zu definieren. Dieser Reflex erinnert beinah an eine misshandelte Frau, die Schläge ihres Partners bereits vollkommen in ihr Leben integriert hat und ihn sogar noch vor Gericht verteidigt. Im schlimmsten Fall sogar sich selbst für die Misshandlungen verantwortlich macht. Man bezeichnet ein solches Verhalten auch als „Sympathie mit dem Aggressor“.**

Statt auf entschlossenen Widerstand stoßen die Täter tatsächlich bei Richtern und Sozialarbeitern auf Verständnis und Milde. Gleichgeschaltete Medien schreiben rührende Geschichten. Aus Tätern werden Märtyrer, aus Opfern sogar Täter. Jeder, der wie die alternativen Medien oder Regierungs-Kritiker den Finger in die Wunde legt, ist sofort Nazi und Ausländerfeind.

Das Stockholmsyndrom geht auf eine Geiselnahme in einer Bank 1973 in Schweden zurück, in dessen Verlauf sich die Bankangestellten mit den Geiselnehmern verbrüderten. Dabei entwickelten sie sogar eine größere Angst gegenüber der Polizei als gegenüber ihren Peinigern. Besuchten diese sogar im Gefängnis, baten um Gnade!

Verfolgt man unter diesen Gesichtspunkt die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland – Stichwort „Spaltung“ – so ist es **tatsächlich gelungen mit massiver importierter Gewalt, die als normale „Kriminalität“ oder Einzelfall verdrängt wird, das Bewusstsein herrschender Eliten zu formen und zu prägen und bei gleichzeitiger Vernichtung der Meinungsfreiheit kollektiv in allen Bereichen zu verankern. Unter diesem Aspekt bekommt jener Satz von Göring-**

Eckhard „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch und ich freue mich drauf“, einen tieferen Sinn. Man könnte auch sagen: Es wird sich nicht nur ändern, es wird in spätestens zwanzig Jahren in seiner jetzigen Form größtenteils verschwunden sein.

https://www.pi-news.net/2022/11/hildesheim-vermeintlicher-affekt-mord-eines-angeblichen-deutschen/

Hildesheim: Vermeintlicher Affekt-Mord eines angeblichen „Deutschen“

3. November 2022

Auch am zweiten Verhandlungstag erinnerten Angehörige von Esra (l.), die auf dem Weg zum Scheidungsanwalt von ihrem Mann Hüseyin C. (r.) niedergemetzelt wurde, mit zahlreichen großen Porträtfotos an die getötete zweifache Mutter.

Von MANFRED W. BLACK | Derzeit steht ein brutaler Mörder vor dem Hildesheimer Landesgericht. Verfechter der Political Correctness sind schnell bei der Hand, den brutalen Messerstecher zumindest teils zu entschuldigen.

Pressestellen und Zeitungen sprechen von einem angeklagten „Deutschen“, bei dem die Verteidigung flugs unterstellt, der Angeklagte habe nur in einem bedauerlichen „Affekt“ getötet.

Dass auch in diesem Mordfall von einer länger geplanten Tat ausgegangen werden muss und dass der erbarmungslose Gewalttäter, der 13 mal zugestochen hat, einen ausgeprägten Migranten-Hintergrund aufweist – er wurde in der Türkei geboren und heißt Hüseyin C. –, wird in den Medien durchweg unterschlagen.

Der NDR spricht geheimnisvoll nur von einem „37-Jährigen“, der sich verantworten müsse. Halbwahrheiten pur.

„Spontane Tat“?

Am zweiten Prozesstag in Hildesheim hat sich der wegen Mordes angeklagte Hüseyin C. aus Wathlingen (Kreis Celle) erstmals selbst zu seinen tödlichen Messerstichen auf seine Ehefrau geäußert. Aus Sicht des Familienvaters war der Mord eine „spontane Tat“.

Denn er will die tödlichen Messerstiche auf seine langjährige Partnerin Esra nicht geplant haben. Im Gegenteil: Mit dem Küchenmesser in seiner Bauchtasche habe er eigentlich sich selbst umbringen wollen – „so verzweifelt sei er gewesen“, schreibt die Cellesche Zeitung (CZ).

Immer wieder zugestochen

Eine deutsche Seniorin hat damals den brutalen Mord in der Nähe des niedersächsischen Burgdorf beobachtet. Sie sagt heute als Zeugin, der Mann habe „mit einem Messer mit langer Klinge mehrmals ausgeholt und auf die Frau eingestochen" (CZ).
Die Seniorin hat damals mehrmals „laut um Hilfe gerufen" (CZ) – aber das konnte den brutalen Rache-Mord nicht verhindern, den Journalisten und Richter nun gern – scheinbar vornehm – als Femizid bezeichnen.
Laut Anklage hat der in der Türkei geborene Mörder, der als Müllwerker bei einem Abfallzweckverband gearbeitet hatte, seine 35-jährige Ehefrau Anfang Mai an ihrem geparkten Auto an der Feldstraße in Burgdorf (Region Hannover) abgepasst. Die junge Frau hatte einen Anwaltstermin wahrnehmen wollen, um sich scheiden zu lassen.
Der Angeklagte attackierte das Opfer „mit mindestens 13 Messerstichen" (CZ). Die Mutter von zwei jugendlichen Söhnen starb infolge massiver Organverletzungen knapp eine Stunde später im Rettungswagen.
Angeklagter bricht in Tränen aus
Am zweiten Prozesstag hat sich Hüseyin C. zum ersten Mal selbst in der Öffentlichkeit zu den tödlichen Messerstichen geäußert. „Unter Tränen", schreibt die CZ. Aus Sicht des Familienvaters war es angeblich eine spontane Tat.
Er will die vielen tödlichen Messerstiche auf seine langjährige Partnerin nicht geplant haben. Mit dem Küchenmesser in seiner Bauchtasche habe er eigentlich sich vielmehr selbst umbringen wollen – „so verzweifelt sei er gewesen" (CZ).
Der Täter bedauere „zutiefst und ehrlich", seine Ehefrau getötet zu haben. „Jeden Tag fühle ich im Knast Verzweiflung und unbeschreibliche Trauer, auch wenn ich an meine Kinder denke."
Staatsanwalt spricht von „Heimtücke"
Die Staatsanwaltschaft sieht das hingegen anders. Sie spricht von Mordmerkmalen und niedrigen Beweggründen. Der Türkischstämmige habe seine Ehefrau für ihre Trennung von ihm bestrafen wollen. „Durch die Trennung habe er sein Ansehen in der Öffentlichkeit beschädigt gesehen".
Während der Gerichtsverhandlung weinten einige Zuschauerinnen. Auch am zweiten Verhandlungstag erinnerten Angehörige der Ermordeten mit zahlreichen großen Porträtfotos an die getötete zweifache Mutter.
Und wie schon beim Prozessauftakt ist der Angeklagte aus dem Besucherbereich des Sitzungssaals von einzelnen Personen beschimpft worden. Der Vorsitzende Richter, Rainer von der Lippe, suchte zu beschwichtigen: „Man tut der Verstorbenen keinen Gefallen, wenn man uns hier nicht in Ruhe verhandeln lässt."
„Äußerungen nicht glaubhaft"
Die Nebenanklage-Anwältin Antje Heister, die die vier Schwestern der Ermordeten vertritt, erklärte: Es werde „jetzt versucht, gegen

die Mordmerkmale anzugehen und die Tat als Affekttat darzustellen". „Das deckt sich aber nicht mit Zeugenaussagen." Die Rechtsanwältin hält die Äußerungen des Angeklagten „nicht für glaubhaft".

Der Prozess, der im Hildesheimer Landgericht unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen stattfindet, wird fortgesetzt. Welches Urteil den Angeklagten erwartet, ist derzeit unklar. Schlimmstenfalls wird der Mörder – aus psychischen Gründen – als nicht schuldfähig erklärt.

Solche „Schuldunfähigkeits-Urteile" hat es bekanntlich bei ausländischen Gewalttätern – besonders muslimischen – schon oft gegeben.

https://www.pi-news.net/2022/11/trotz-festnahmen-sprengungen-von-geldautomaten-reissen-nicht-ab/

Trotz Festnahmen: Sprengungen von Geldautomaten reißen nicht ab

2. November 2022

Diese Filiale der Sparkasse in der Viersener Venloer Straßer ist bereits wiederholt in die Luft gejagt worden. Immer öfter schließen jetzt Bankfilialen dauerhaft, wenn sich herausstellt, dass sie nicht gegen nächtliche Sprengungen verteidigt werden können.

Von MANFRED ROUHS | Am frühen Morgen des 2. November 2022 zerriss eine Explosion die nächtliche Stille an der Venloer Straße im rheinischen Viersen. Sie zerstörte wieder einmal den Geldautomaten im dortigen Vorraum der städtischen Sparkasse. Geld sollen die Täter keines erbeutet haben. Es gelang ihnen, unerkannt zu entkommen. So berichtet es die Polizei in einer Pressemitteilung.

Meldungen dieser Art sind nicht selten. Ein Presseportal hat dazu eine Rubrik „Blaulicht" eingerichtet, die landauf, landab, aber mit einem klaren Schwerpunkt in den an die Niederlande angrenzenden Teilen Deutschlands über Automatensprengungen berichtet: Rhein-Erft-Kreis, Mönchengladbach, Düren, Gotha, Coesfeld, Wuppertal, Offenbach, Heilbronn, Harburg, Münster, Steinfurt, Dortmund und Osnabrück – überall kracht es.

Hinzu kommen viele weitere Automatensprengungen, die nur regional erwähnt werden. Also dort, wo sie sich nicht verschweigen lassen. In einigen Fällen führen die Sprengungen zur Filialschließung, wie beispielsweise bei einer Filiale der Berliner Sparkasse, zu der ein Regionalmagazin schreibt: „Die Filiale bleibt für immer geschlossen – das steht jetzt fest. Der Mietvertrag der Berliner Sparkasse läuft in Kürze aus.

Der Neuaufbau dieser Filiale wäre demnach unwirtschaftlich und würde sich im sechsstelligen Bereich befinden.“
Bemerkenswert ist die nach wie vor hohe Schlagzahl solcher Angriffe, nachdem die deutsche und die niederländische Polizei vor gut einem Jahr nach eineinhalbjähriger Ermittlungsarbeit 23 Marokkaner festgenommen hat, die von den Niederlanden aus in Deutschland Geldautomaten gesprengt und geplündert haben (PI-NEWS berichtete). Seither ist die Handlungsfähigkeit der marokkanischen Clans offenbar eher größer als kleiner geworden. Der volkswirtschaftliche Schaden für Deutschland ist immens und die Polizei dem Anschein nach machtlos.
Die Niederlande sind ganz offenbar für Automatensprenger immer noch ein sicheres Hinterland. Und solange der deutsche und der niederländische Politikbetrieb weiterhin davon ausgehen, das Problem mit Nadelstichen statt mit dem Kärcher angehen zu können, dürfte sich daran absehbar nichts ändern.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://unser-mitteleuropa.com/niederlande-mann-fackelt-unterkunft-fuer-junge-fluechtlinge-ab-verdaechtiger-araber-festgenommen/

Niederlande: „Mann“ fackelt Unterkunft für „junge Flüchtlinge“ ab – verdächtiger Araber festgenommen
21. 11. 2022

Bei einem Großbrand, der in einem Wohnkomplex in Amsterdam Nieuw-West wütete, wurde eine Person verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Wie schwer die Verletzungen sind, ist noch nicht klar, sagte ein Sprecher der Feuerwehr.
Das Feuer setzte eine Menge Rauch frei, der in der weiten Umgebung zu sehen ist. Die Feuerwehr rät daher den Bewohnern, Fenster und Türen geschlossen zu halten und die Lüftung abzuschalten. Nach Angaben des Sprechers waren zahlreiche Fahrzeuge, auch von der Feuerwehr Kennemerland, im Einsatz, um das Feuer zu löschen. Auch ein Trauma-Hubschrauber wurde angefordert.
Das Feuer brach in der Voetbalstraat in Slotervaart aus. Dort befindet sich das so genannte „Startblok Riekerhaven", ein Wohnprojekt für junge Flüchtlinge, die gerade eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben (Statusinhaber), berichtet *nieuws.nl*. Nach Angaben von NH News wird davon ausgegangen, dass das Feuer gelegt worden ist, berichtet *telegraaf.nl*. Die Polizei hat einen „Mann" wegen des Verdachts auf Brandstiftung festgenommen, meldet *amsterdamfox.com*. Angeblich soll es sich bei diesem „Mann" um einen 27-jährigen Araber handeln.

Übersetzung des Tweets:

Arabische Migranten haben in Amsterdam ihre öffentlich finanzierten Unterkünfte in Brand gesetzt, nachdem ihre Forderungen nach einer besseren Unterbringung von den niederländischen Behörden abgelehnt worden waren.

https://www.pi-news.net/2022/11/berliner-gruenen-politiker-bezichtigt-polizisten-des-rassismus/

Berliner Grünen-Politiker bezichtigt Polizisten des Rassismus

21. November 2022

Kadir Sahin soll im Auto während der Fahrt mit dem Handy hantiert haben und fühlt sich von zwei Berliner Polizisten, die ihm deshalb 100 Euro Geldstrafe und einen Punkt in Flensburg aufgebrummt haben, rassistisch beleidigt.

Von MANFRED ROUHS | Der grüne Berliner Bezirkspolitiker Kadir Sahin hat zwei Polizisten angezeigt, von denen er sich rassistisch beleidigt fühlt. Der skurrile Vorfall ist ein Lehrstück für den Einsatz der Rassismus-Keule in Konflikten aller Art in- und außerhalb der Politik – denn die beiden Beamten haben sich offenbar nicht wirklich etwas zu Schulden kommen lassen.

Es war noch Sommer, als der 35-jährige Neuköllner Bezirksverordnete mit seinem PKW in Berlin unterwegs war. Auf dem Beifahrersitz seines Fahrzeugs saß ein kleiner Junge. Zwei Polizisten beobachteten Sahin beim Hantieren mit einem Smartphone. Sie stoppten ihn, und es setzte eine Knolle: 100 Euro Geldbuße plus einen Punkt in Flensburg.

Zudem aber sollen die Beamten den in der Berliner Öffentlichkeit völlig unbekannten kommunalen grünen Mandatsträger Kadir Sahin gefragt haben, ob er schon einmal polizeilich in Erscheinung getreten sei. Der habe sich daraufhin entrüstet gezeigt und gefragt: „Wissen Sie eigentlich, wer ich bin?" So berichtet es die „B.Z.".

Und er beließ es nicht bei der Entrüstung, sondern stellte einen Strafantrag gegen die beiden Polizisten, weil er sich durch die Frage, ob er schon einmal polizeilich in Erscheinung getreten sei, rassistisch beleidigt gefühlt haben will. Die Logik hinter diesem Strafantrag lautet: Menschen mit Migrationshintergrund müssen sich solche bösen Fragen anhören, Biodeutsche nicht.

Dabei hätte man gerade von Kadir Sahin mehr Gelassenheit erwarten dürfen, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens ist der gute Mann Lehrer an einem Berliner Gymnasium. Dieser Beruf ist nur etwas für Männer mit Nerven dick wie Stahlseile. Wer sensibel ist, stürzt sich als Lehrer in Berlin früher als später in die Spree.

Zweitens ist er Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde in Berlin und weiß genau, dass die Welt nicht schwarz-weiss ist. Die in Berlin lebenden Türken schätzt er als „einen pluralen Haufen mit entsprechenden Konflikten" ein. Und er fordert: „Wir dürfen Konflikte aus der Türkei nicht in Deutschland austragen."

Hätte er auch noch Karl Schmitt gelesen, dann wüsste er um die Bedeutung der Unterscheidung zwischen Freund und Feind und er würde verstehen, dass die Berliner Polizei auf's Große und Ganze gesehen eben gerade nicht sein Feind ist. Und er würde seinen blödsinnigen Strafantrag nebst den unsinnigen Rassismus-Vorwürfen zurückziehen.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.bild.de/regional/mecklenburg-vorpommern/mecklenburg-vorpommern-news/tunesier-stach-zu-warum-wurde-die-tat-verschwiegen-81972426.bild.html

INTENSIVTÄTER AUS TUNESIEN STACH ZU

Warum wurde dieser Messerangriff verschwiegen?

Von: SVEN HADON

17.11.2022 - 16:40 Uhr

Schwerin – Wenn ansatzweise der Verdacht besteht, dass ein Zuwanderer Opfer einer schweren Straftat geworden ist, gibt es sofort eine Pressemitteilung. Auch die Betroffenheitsbekundungen der Parteien lassen dann nicht lange auf sich warten ...

Am Abend des 27. Oktober kam es auf dem zentralen Marienplatz in Schwerin ebenfalls zu einer schweren Straftat – allerdings war der Täter hier ein Zuwanderer. Ein Tunesier (32) hatte einem Algerier (22) ein Messer in den Rücken gerammt und schwer verletzt. Eine polizeiliche Mitteilung darüber blieb hier allerdings aus. Die Staatsanwaltschaft hatte den Pressevorbehalt. Die Öffentlichkeit erfuhr folglich nichts!

Ein Zufall ließ den Fall dann Tage später aber doch noch bekannt werden. Der Landtagsabgeordnete Martin Schmidt (34, AfD) hatte Blutlachen, Rettungs- und Polizeiwagen vor Ort beobachtet und in der Folge eine Anfrage an Innenminister Christian Pegel (48, SPD) gestellt. Der habe den Vorfall dann eingeräumt, so Schmidt. Und ist empört: „Eine Messerstecherei, auf einem der meistfrequentierten Plätze Schwerins – und kein Wort davon in der Presse? Es ist ungeheuerlich, dass hier offenbar versucht wird, Zuwanderer-Kriminalität zu vertuschen."

Claudia Lange, Sprecherin der Staatsanwaltschaft Schwerin, weist das zurück: „Es verhält sich keineswegs so, dass der Sachverhalt vertuscht werden sollte. Er wurde ja auf Anfrage durch uns mitgeteilt." Aber wer soll nach etwas fragen, von dem er nichts weiß? Es sei so, erläutert Lange weiter, dass die Staatsanwaltschaft grundsätzlich immer dann den Pressevorbehalt erkläre, wenn sie derart involviert sei, dass sie zum Beispiel über einen Haftantrag entscheiden müsse.

Was im konkreten Fall tatsächlich passierte! Gegen den Tunesier wurde wegen gefährlicher Körperverletzung ein Haftbefehl erlassen!

Das Pikante daran ist: Bei dem Inhaftierten handelt es sich um Intensivtäter Bilel Z. (32), dessen kriminelle Karriere bereits zum Politikum geworden ist. Der Tunesier wurde abgeschoben, reiste wieder ein, tauchte unter, wurde kurzzeitig verhaftet, schnell wieder entlassen, raubte und klaute munter weiter. Als er in der Asylbewerber-Erstaufnahmestelle in Stern Buchholz schließlich im Februar 2021 einem Landsmann mit der Rasierklinge das Gesicht aufschlitzte, stellte die AfD kurz darauf eine Kleine Anfrage an die Landesregierung, um Auskunft über die Umstände seiner illegalen Wiedereinreise zu erhalten.

Die Antwort wurde jedoch auf Empfehlung des Innenministeriums nie veröffentlicht. Wegen „schutzwürdiger personenbezogener Daten" des Tunesiers, deren Veröffentlichung sein „Recht in schwerwiegender Weise verletzten" würde, hieß es offiziell.

Der Dauer-Asylbewerber wusste so viel Nachsicht auszunutzen. Nach der Rasierklingen-Attacke und anderer Körperverletzungen tauchte er einfach mal wieder unter, um einer eventuellen Festnahme zu entgehen. Erst in diesem Frühjahr wurde der Schutzsuchende aufgrund eines europäischen Haftbefehls in der Schweiz gefasst und zurückgebracht.

https://www.welt.de/politik/ausland/article242338055/Grenze-zu-Ungarn-Schuesse-bei-Zusammenstoessen-zwischen-Migranten-in-Serbien.html#Comments

Schüsse bei Zusammenstößen zwischen Migranten in Serbien

Stand: 25.11.2022 | Lesedauer: 2 Minuten

Am Donnerstag sollen Migranten in der serbischen Stadt Horgos nahe der Grenze zu Ungarn aufeinander geschossen haben, ein 20-Jähriger erlitt Schusswunden in der Brust. Die Polizei stellte Schusswaffen sicher und nahm mehrere Personen fest.

In der serbischen Stadt Horgos nahe der Grenze zu Ungarn sind bei Zusammenstößen zwischen Migranten Schüsse gefallen. Serbische Medien berichteten, auf Bildern von Überwachungskameras sei zu sehen, wie große Gruppen von Männern mit automatischen Waffen am Donnerstagabend durch Horgos in Richtung Grenze gezogen seien.

Die Polizei teilte am Freitag mit, Einwohner hätten berichtet, Migranten schössen aufeinander. Sie habe einen 20-Jährigen mit Schusswunden in der Brust gefunden und mehrere Personen festgenommen.

„Personen wurden identifiziert"

Die Polizei erklärte, sie fahnde nach allen, die an den Schüssen beteiligt gewesen seien. Außerdem suche sie Beteiligte an Schleuseraktionen. Auch Drohnen seien im Einsatz. Grenzpolizeichef Mile Jandric sagte später: „Die Personen, die an der gestrigen Schießerei beteiligt waren, wurden identifiziert." Die Polizei habe etwa 600 Migranten gefunden und Schusswaffen sichergestellt.

Die Zahl der Migranten, die versuchen, über den Balkan nach Westeuropa zu kommen, hat in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen. Schätzungen zufolge kampieren

Hunderte an der serbisch-ungarischen Grenze und versuchen immer wieder, den Grenzzaun zu überwinden, häufig mithilfe von Schleusern.
Oft werden sie von der ungarischen Polizei zurückgedrängt und brauchen Monate, um nach Westeuropa zu gelangen. Die meisten von ihnen kommen aus Afghanistan und Syrien, andere aus anderen Teilen des Nahen Ostens und Asiens sowie aus Afrika.
AP/jr

https://unser-mitteleuropa.com/neues-von-der-neuen-normalitaet-afrikaner-in-italien-jagen-und-verspeisen-hauskatzen/
Neues von der „neuen Normalität“: Afrikaner in Italien jagen und verspeisen Hauskatzen
24. 11. 2022
Eine der vielen „neuen Normalitäten“ durch den demographischen Wandel und die Völkerwanderung in Europa ist das Ausleben archaischer und barbarischer Bräuche der Einwanderer in ihren neuen Gastländern. In Italien wird es zum Beispiel zusehends zu einem Problem, dass Schwarzafrikaner Jagd auf Hauskatzen von Italienern machen. Ein exemplarischer Fall aus der italienischen Stadt Palermo:
Die Entdeckung der Polizisten von Palermo ist makaber. Ein Mann wurde dabei erwischt, wie er in seinem Auto mit Messer und Gabel eine Katze aß. Er hatte das Tier zuvor getötet und gekocht. Es ist eine schier unglaubliche Szene, der sich die Polizeibeamten in der Via dell’Arsenale in der Gegend von Cantieri gegenübersehen, nachdem einige Anwohner ein Eingreifen gefordert hatten. Anwohner hatten gesehen, wie eine Person mehrere Katzen jagte, bevor er eine fangen konnte. Es handelte sich um einen jungen Ghanaer, der wegen Tierquälerei identifiziert und angezeigt wurde. Eine Szene, die einem in die Magengrube schlägt, wenn man nur daran denkt.
Katze gegrillt und verspeist – Mitten auf der Straße
Es war gegen Mitternacht, als ein Anruf bei der Notrufnummer 112 eintraf: Nach Rekonstruktionen soll der junge Mann die Katze eingefangen, mit einem Messer getötet und in Stücke geschnitten haben. Er baute neben einem Lieferwagen ein behelfsmäßiges Feuer auf und benutzte es zur Zubereitung des Tieres. Danach verflüchtigte sich der Afrikaner in ein altes verlassenes Auto, um die „Mahlzeit“ zu konsumieren.
Nach der Entwaffnung und Identifizierung führten die herbeigerufenen Polizeibeamten mit Hilfe der Spurensicherung die Kontrollen und Feststellungen durch. Die Verkehrspolizei hingegen kümmerte sich darum, das von der Gemeinde mit der Bergung und Entsorgung des Tierkadavers beauftragte Unternehmen zu kontaktieren.

Der junge Ghanaer wurde für einen Datenaufnahme zur Einwanderungsbehörde in der Via San Lorenzo gebracht. Nach Abschluss der Verfahren wurde die Akte an die Staatsanwaltschaft zur Klärung des weiteren Vorgehens mit dem Jungen übermittelt. Nach jüngsten Erkenntnissen ist der Afrikaner illegal in Italien aufhältig.
Quelle: VoxNews

https://www.pi-news.net/2022/11/marokkaner-aufstand-in-bruessel/

Marokkaner-Aufstand in Brüssel

28. November 2022

Von MANFRED ROUHS | Den unerwarteten 2:0-Erfolg der marokkanischen Fußball-Nationalmannschaft am Sonntag gegen Belgien nahmen marokkanische Fußballfans zum Anlass für umfangreiche Ausschreitungen in Brüssel und anderen flämischen sowie niederländischen Städten. Sie setzten Autos in Brand, zündeten Böller, verwüsteten ganze Straßenzüge und griffen Polizisten an.

Die sinnlose Randale begann als Freudenfest über den marokkanischen Fußball-Erfolg. Als dann die feiernden marokkanischen jungen Männer Polizisten bemerkten, griffen sie unvermittelt an und entwickelten wilde Straßenschlachten.

Dieses Szenario wiederholte sich an verschiedenen Orten, ohne dass die randalierenden Gruppen Kontakt oder Zeit gehabt hätten, um sich abzusprechen. In ihnen sitzt offenbar ein tiefer Hass gegen die europäische Mehrheitsgesellschaft, ihre staatlichen Institutionen und die Polizei als deren öffentliche Repräsentanz. Die aufgestaute Frustration und Aggression brauchte dann offenbar nur einen auslösenden Funken, um sich zu entladen.

In Brüssel ging eine Hundertschaft der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Randalierer vor, nachdem sie Autos auf's Dach gedreht, E-Scooter zerstört und Schaufensterscheiben eingeworfen hatten. Dabei wurden mehrere Menschen verletzt, darunter ein Journalist, der offenbar von einem Böller getroffen worden war.

Etwa ein Dutzend Marokkaner sollen festgenommen worden sein. Ansonsten konzentrierte sich die Polizei darauf, die an das Ausschreitungsgebiet angrenzenden Straßen und die dazugehörigen Metrostationen abzusperren.

Auch im Staate Belgien ist also die Polizeistrategie im Umgang mit dem zugewanderten Gewaltpotential grundsätzlich defensiv. Dass ein solches Vorgehen von den einschlägigen Problempersonen als ein Zeichen von

Stärke gewertet wird, das zur Umkehr anhält, darf getrost bezweifelt werden.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://unser-mitteleuropa.com/wien-willkommensstadt-fuer-vergewaltiger-dritte-vergewaltigung-binnen-weniger-tage/

Wien: Willkommensstadt für Vergewaltiger +UPDATE 2.12.2022+ „Vergewaltiger-Bande macht Jagd auf Frauen“

02. 12. 2022

sdr

+Update vom 02.12.2022+

„Vergewaltiger-Bande macht Jagd auf Frauen“

Oe24 berichtet davon, dass die Wiener Polizei mittlerweile in zwei Fällen zu einer versuchten Massenvergewaltigung im Multikulti-Bezirk Favoriten ermittelt.

Der erste Fall soll sich Samstagnacht auf den 19. November ereignet haben: Drei Männer lauerten damals (in der Franz-Koci-Gasse um 2.30 Uhr) einer 20-Jährigen auf und versuchten sie in ein Gebüsch zu zerren. Allerdings kam es nicht zu einer (Gruppen-)Vergewaltigung, weil das mutmaßliche Vergewaltiger-Trio durch das plötzliche Vorübergehen einer Passantin davonlief.

Nur knapp zwei Wochen danach ereignete sich ein ähnlicher Überfall auf eine junge Frau (in unmittelbarer Nähe in der Jura-Soyfer-Gasse – beide Adressen befinden sich zwischen Kurpark Oberlaa und der Per-Albin-Hanson-Siedlung): In der Nacht auf Donnerstag wurde eine 18-jährige Frau, um 1.15 Uhr, von zwei unbekannten Tätern im Durchgang einer Wohnhausanlage angegriffen. Aufgrund ihrer vehement Gegenwehr ergriffen die Sextäter die Flucht.

Sex-Angriff mit FFP-Maskierung

Mittlerweile grassiert allerdings in Wien die „Angst, dass eine Vergewaltigerbande umgeht“. (oe24) Die dunkel gekleideten Männer waren mit FFP-Masken vermummt. Mehrere Spuren von ihnen wurden gesichert.

ERST-Artikel vom 29.11.2022

29.10.: 22-Jährige in Park vergewaltigt

„Erneut soll es in Wien zur Vergewaltigung einer jungen Frau gekommen sein." – wie Krone berichtet. Dieses Mal wurde eine 22-Jährige in der Nacht auf Samstag, 29.10., im Martin-Luther-King-Park in Favoriten, (einem Stadtteil mit der höchsten Migranten-Dichte) von einem Unbekannten von hinten attackiert und zu Boden gerissen. Danach vergewaltigte der Täter die Frau.

Laut Polizeiangaben ereignete ereignete sich das Verbrechen gegen Mitternacht. Die 22-Jährige spazierte durch den Park, da sie Kopfschmerzen hatte. Schließlich hätte sich der Täter offenbar von hinten seinem Opfer genähert. Dann attackierte er die Frau, riss sie zu Boden und vergewaltigte sie. Um dann die Flucht zu ergreifen-

Nach der Tat alarmierte das Opfer die Rettung, diese wiederum die Polizei. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach dem Täter blieb vorerst erfolglos. Nach Opfer-Angaben der 22-Jährigen handelt es sich bei dem Angreifer um einen 20 bis 30 Jahre alten Mann „mit dunklem Teint".

Serie von Vergewaltigungen mit mutmaßlichen Multi-Kulti-Tätern

27.10.: 18-Jährige in Park vergewaltigt

In der Nacht auf Donnerstag, 27.10. sll ein Unbekannter eine 18 Jahre alte Frau in Wien-Liesing bedroht und vergewaltigt haben. Die Frau soll laut Polizei-Angaben bereits im Bus belästigt und anschließend verfolgte worden sein. Im Fridtjof-Nansen-Park in Liesing soll er sie dann gepackt, geschlagen und vergewaltigt haben.

Der Tatverdächtige ist etwa 20 Jahre alt, 1,75 Meter groß und ausländischer Herkunft sein.

25.10.: 18-Jährige auf U-Bahn-Toilette vergewaltigt -12-Jährige standen „Schmiere"

Bereits am Dienstag, 25.10. soll eine 18-Jährige in einer WC-Anlage am Wiener Praterstern mutmaßlich sexuell missbraucht worden sein. Die Polizei konnte mittlerweile zwei Verdächtige (beide sind erst zwölf Jahre alt) identifizieren. Die beiden Burschen sollen während der Tat „Wache gestanden" sein.

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampgane verteidigt.

Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://unser-mitteleuropa.com/buergermeister-von-triest-schlaegt-alarm-einwanderer-zerstoeren-alles-was-ihnen-in-die-finger-kommt/

Bürgermeister von Triest schlägt Alarm: Einwanderer zerstören alles, was ihnen in die Finger kommt (Fotos)

01. 12. 2022

Illegale Migranten · Foto: MTI / Paqui Sánchez

Die Verwüstungen, die Migranten seit einiger Zeit ungestraft in Triest anrichten, haben ein Ausmaß angenommen, das der Bürgermeister der Stadt, Roberto Dipiazza, nicht länger hinnehmen will. Und das aus Gründen, die in einem auf Facebook geposteten Video festgehalten sind, welches den grundlosen und ungerechtfertigten Vandalismus festhält. Sanitäre Anlagen sind zerstört, Schmutz ist überall verstreut und aufgehäuft. Beschädigte Installationen und Denkmäler, demontierte Türen, usw. Und der Bürgermeister der mindestens ebenso entmutigt wie empört ist, unterstreicht dies in dem Video mit deutlichen Worten, indem er verzweifelt sagt: „Alles, sie haben alles zerstört, und jetzt kann ich nichts für sie tun…".

Selbst Zelte werden bereichert.

Migranten verwüsten Pfadfinderlager

Das Video spricht eine deutliche Sprache. Und er zeigt die Schäden, die die Migranten im Pfadfinderlager in Prosecco im Karst von Triest angerichtet haben, wo, wie der Bürgermeister selbst in den Aufnahmen veranschaulicht, einige Toiletten und verschiedene Möbelstücke zerstört wurden; und wo überall Müllhaufen und Müllfetzen zu sehen sind. Diese Sequenzen, die in ihrer Abfolge von den Worten des Bürgermeisters Dipiazza kommentiert werden, lösen in Triest derzeit Schock und Empörung aus.

Und so kann man nicht wirklich verstehen, warum die in Triest empfangenen Migranten auf den Bildern, die von den Zerstörungen berichten und implizit ihre Rechtfertigung zur Schau stellen, nur Verachtung für ihr Gastland ausdrücken. Arroganz. Und Unhöflichkeit. Eine Botschaft, die Bürgermeister Dipiazza – wenig überraschend – zu der abschließenden Frage veranlasst: „Warum müssen wir das Geld der italienischen Bürger ausgeben? Warum müssen wir denjenigen helfen, die sich so verhalten? Warum müssen wir uns andere Orte suchen, um sie unterzubringen, wenn sie dann alles zerstören?“

Detail am Rande: Die italienischen Behörden nehmen die von Frankreich zurückgewiesenen illegalen Einwanderer zurück und beteiligen sich aktiv an der Ausreiseblockade, während die slowenischen Behörden sich weigern, die in Triest ankommenden illegalen Einwanderer zurückzunehmen, und ein italienisches Gericht im Gegenteil die Zurückweisung in dem EU-Grenzland verboten hat. Italien ist also in der Mitte gefangen. Quelle: VoxNews

https://www.pi-news.net/2022/11/deutschland-wird-serienvergewaltiger-uzman-a-nicht-los/

Deutschland wird Serienvergewaltiger Uzman A. nicht los

30. November 2022

Uzman A. hat in Deutschland zwei Frauen vergewaltigt und eine dritte ausgeraubt. In der Sicherheitsverwahrung wird er dem deutschen Steuerzahler lebenslang auf der Tasche liegen, falls die Behörden nicht doch noch einen Weg finden, seine Nationalität zu ermitteln. An dieser Aufgabe sind sie bisher 15 Jahre lang gescheitert.

Von MANFRED ROUHS | Während der Berliner Politikbetrieb Möglichkeiten auslotet, durch erleichterte Einbürgerungen Anreize für weitere Zuwanderungswellen zu schaffen, tut sich der deutsche Justizbetrieb weiterhin schwer im Umgang mit solchen Zuwanderern, die schon da sind und die sich bei uns besonders skrupellos aufführen. Dazu gehört der 36-jährige Uzman A., der nicht abgeschoben werden kann, weil er sich weigert, Angaben über seine Nationalität zu machen.

Uzman A. ist ein unangenehmer Zeitgenosse. Im Jahr 2007 soll er aus Pakistan über Indien ins nordrhein-westfälische Morsbach

geflüchtet sein. Dort stellte er einen Asylantrag, der aber wegen widersprüchlicher Angaben zu seiner Herkunft abgelehnt wurde. Ausgewiesen wurde er nicht, weil seine Staatsbürgerschaft unbekannt ist – zur Auswahl stehen sowohl Pakistan als auch Indien. Mit den Botschaften beider Länder konnte in den immerhin 15 Jahren, die sich deutsche Behörden mit Uzman A. befassen, offenbar keine Klärung herbeigeführt werden.

Im Jahr 2009 soll A. nach einem Bericht der „Bild"-Zeitung in Bonn wahllos bei einer Studentin geklingelt, sie mit einem Messer bedroht und vergewaltigt haben. Das Blatt zitiert ihn mit der Äußerung: „Ich wollte einer Frau wehtun, die ein liederliches Leben führt."

Das klingt eher nach Pakistan als nach Indien, eher nach Islam als nach Hinduismus.

Uzman A. soll danach in Dessau untergetaucht sein und dort einer Frau 1.000 Euro geraubt haben. Dem folgte im Jahr 2013 eine Verurteilung durch das Landgericht Bonn wegen beider Taten zu neun Jahren und zehn Monaten Haft, die er bis zu seiner Freilassung größtenteils abgesessen hat.

Im März 2022 wird er in Bonn von der Polizei laufen gelassen, nachdem er einen Zigarettenautomaten geknackt hatte. Sofort danach wiederholte er, was er im Jahr 2009 schon einmal getan hat: Er klingelte bei einer Studentin, die er diesmal gleich mehrfach vergewaltigt.

Jetzt macht zwar das zuständige Strafgericht Nägel mit Köpfen und verurteilt den Wiederholungstäter zu zehn Jahren Haft mit anschließender Sicherheitsverwahrung. Was aber nur zur Folge hat, dass er dem deutschen Steuerzahler für unbestimmte Zeit auf der Tasche liegt.

Denn die Behörden wissen ja immer noch nicht, ob Uzman A. Inder oder Pakistaner ist. Was seine Abschiebung auch nach drei Verbrechen an Frauen nach wie vor ausschließt.

Vorgänge dieser Art sind in klassischen Einwanderungsländern wie den USA oder Australien unbekannt. Dort lässt man Menschen, die nicht wissen, woher sie kommen, gar nicht erst einreisen. Und zumindest die US-Dienste müssen bei der Befragung verdächtiger Personen irgendetwas anders machen als die deutsche Polizei: Fälle, in denen Ausländern in US-Haft nicht wieder eingefallen wäre, aus welchem Land sie stammen, sind bislang nicht bekannt geworden.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://unser-mitteleuropa.com/bw-messer-attacke-vor-schule-zwei-kinder-schwer-verletzt-mann-festgenommen/

BW: Messer-Attacke vor Schule – „Mann“ festgenommen +UPDATE 14:50+ 14-jähriges Mädchen tot

05. 12. 2022

Bild: shuterstock

+++ UPDATE 14:50 +++

14-jähriges Mädchen tot

Eines der beiden Mädchen, das von dem „Mann“ auf dem Weg zur Schule niedergestochen wurde, ist an den Verletzungen gestorben. Das berichtet der „SWR“ und beruft sich auf Informationen der Polizei.

+++ UPDATE 13:00 +++

Irrtum oder Maulkorb?

Hieß es in der Erstmeldung auf BILD noch:

„Der Täter flüchtete in ein Wohnhaus, scheinbar handelte es sich dabei um eine Flüchtlingsunterkunft. Ob er dort wohnhaft ist, ist bislang unklar… “

So heißt es dort jetzt:

„Erste Annahmen, dass es sich bei dem Wohnhaus um eine Flüchtlingsunterkunft handelt, können zunächst nicht bestätigt werden.“

Anmerkung d. Red.:

Eventuell wohnen in dem Haus tatsächlich „Flüchtlinge“. Man will dem Haus vermutlich deshalb den Status einer „Flüchtlingsunterkunft“ absprechen, damit dies nicht auf „offizielle“ Flüchtlingsunterkünfte abfärbt. Das könnte nämlich die „Begeisterung“ der Bevölkerung gegenüber derartigen Unterkünften schmälern. Es ist anzunehmen, dass man den „Vorfall“ als die Tat eines „Schuldunfähigen“ herunterspielen will und wird, der halt rein zufällig dort wohnte. Warten wir ab.

+++ Erstmeldung +++

Baden-Württemberg: Ein unbekannter Mann hat zwei Kinder (13 und 14) mit einem Messer attackiert und schwer verletzt. Danach flüchtete er in ein Wohnhaus, wo er von der Polizei festgenommen wurde.

Das Verbrechen ereignete sich in Oberkirchberg, einem Ortsteil von Allerkirchberg nahe Ulm. Der „Mann“ hat zwei Mädchen gegen 7.30 Uhr auf dem Weg zur Schule attackiert. haben. Die verletzen Kinder wurden in ein Krankenhaus gebracht.

Die Polizei ortete den Messerstecher in einem Haus, wo sich auch noch weitere Personen aufhielten. Das SEK stürmte daraufhin das Haus und nahm drei Personen fest.

Updates folgen

https://unser-mitteleuropa.com/bw-messer-attacke-vor-schule-zwei-kinder-schwer-verletzt-mann-festgenommen/

Mädchen-Mord: +UPDATE+ gleichgeschaltete Mainstream-Medien ziehen wortgleich über AfD und Alice Weidel her

06. 12. 2022

Bild: shuterstock

+++ UPDATE v. 06.12.2022 01:00 Uhr +++

Mord wird instrumentalisiert: Gleichgeschaltete System-Medien ziehen wortgleich über AfD und Alice Weidel her

Vor dem Hintergrund des abscheulichen Mordes an einer Schülerin fällt den Mainstream-Medien nichts Besseres ein, als die Bluttat gegen die AfD und besonders gegen Alice Weidel zu instrumentalisieren.

Kein Wort in den „Qualitätsmedien" über die gescheiterte Migrationspolitik, kein Wort wie man im Vorfeld gegen derartige Kriminelle vorgehen sollte und kein Wort darüber, ob es vielleicht sinnvoll wäre, den weiteren Zuzug derartiger Elemente zu stoppen bzw. rückabwickeln.

Wortgleich und gleichgeschaltet

Dafür liest man quer durch den gleichgeschalteten Blätterwald wortgleich einen Appell, an die Bevölkerung, die tödliche Fehlentwicklung ja nicht falsch zu interpretieren. Gerade so, als ob derartige Morde völlig überraschend passieren und nicht vorhersehbar wären. Als Gipfelpunkt der Unverschämtheit berichtet das Gros der Mainstream-Medien **wortwörtlich**, somit also von Oben auf Zuruf **gleichgeschaltet** folgendes:

„Die Polizei bat in der Mitteilung darum, „keinen Generalverdacht gegen Fremde, Schutzsuchende oder Asylbewerber allgemein zu hegen oder solchem Verdacht Vorschub oder Unterstützung zu leisten". AfD-Politiker wie die Bundestagsfraktionschefin Alice Weidel wiederum thematisierten in Stellungnahmen genau diesen Aspekt."

Offensichtlich ist das alles, was die ferngesteuerten Schreiberlingen dazu mitzuteilen haben.

Hier eine kleine (unvollständige) Auswahl der „Vielfalt" der Berichterstattung:

Quelle: Screenshot Google bei Suche nach der betreffenden Textstelle

+++ UPDATE 20:20 +++

ZDF berichtet über Mädchenmord an letzter Stelle – „Mann" ist Eriteer

Dass es sich bei den Täter um einen „Schutzsuchenden" handelt, war uns und unseren Lesern von Anfang an klar. Wäre der Täter ein Deutscher gewesen, wäre nämlich die mediale Berichterstattung gänzlich anderer Natur.

Und da wären wir schon beim Thema: Nachdem sich dieser weitere Mord natürlich nicht verschleiern lässt, muss wohl oder übel darüber berichtet werden. Und wenn schon, dann an letzter Stelle z.B. gerade in der ARD-Tagesschau. Zuvor gab es für uns viel Wichtigeres und Aktuelleres zu hören, z.B. dass ein Dimitri sich in der Ukraine um Opfer der Russen kümmert, auch eine Svetlana kam da zu Wort.

+++ UPDATE 14:50 +++

14-jähriges Mädchen tot

Eines der beiden Mädchen, das von dem „Mann" auf dem Weg zur Schule niedergestochen wurde, ist an den Verletzungen gestorben. Das berichtet der „SWR" und beruft sich auf Informationen der Polizei.

+++ UPDATE 13:00 +++

Irrtum oder Maulkorb?

Hieß es in der Erstmeldung auf BILD noch:

„Der Täter flüchtete in ein Wohnhaus, scheinbar handelte es sich dabei um eine Flüchtlingsunterkunft. Ob er dort wohnhaft ist, ist bislang unklar… "

So heißt es dort jetzt:

„Erste Annahmen, dass es sich bei dem Wohnhaus um eine Flüchtlingsunterkunft handelt, können zunächst nicht bestätigt werden."

Anmerkung d. Red.:

Eventuell wohnen in dem Haus tatsächlich „Flüchtlinge". Man will dem Haus vermutlich deshalb den Status einer „Flüchtlingsunterkunft" absprechen, damit dies nicht auf „offizielle" Flüchtlingsunterkünfte abfärbt. Das könnte nämlich die „Begeisterung" der Bevölkerung gegenüber derartigen Unterkünften schmälern. Es ist anzunehmen, dass man den „Vorfall" als die Tat eines „Schuldunfähigen" herunterspielen will und wird, der halt rein zufällig dort wohnte. Warten wir ab.

+++ Erstmeldung +++

Baden-Württemberg: Ein unbekannter Mann hat zwei Kinder (13 und 14) mit einem Messer attackiert und schwer verletzt. Danach flüchtete er in ein Wohnhaus, wo er von der Polizei festgenommen wurde.

Das Verbrechen ereignete sich in Oberkirchberg, einem Ortsteil von Allerkirchberg nahe Ulm. Der „Mann" hat zwei Mädchen gegen 7.30 Uhr auf dem Weg zur Schule attackiert. haben. Die verletzen Kinder wurden in ein Krankenhaus gebracht.

Die Polizei ortete den Messerstecher in einem Haus, wo sich auch noch weitere Personen aufhielten. Das SEK stürmte daraufhin das Haus und nahm drei Personen fest.

Updates folgen

Bitte unterstützen Sie unseren Kampf für Freiheit und Bürgerrechte.
Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber „CORONA-DIKTATUR? NEIN DANKE" portofrei und gratis! Details hier.

66 Kommentare

1. **jeanluc** 06. 12. 2022 Beim 12:27

Etwas anderes können diese Lumpen auch nicht.
Sie sind verdorben bis ins Mark. Sie müssen fürchten,
nicht aufgehängt zu werden.
Noch schlimmer jedoch sind diejenigen im Volk, die diese
***** ins Parlament gewählt haben.
Ihr könnt jetzt nie mehr sagen: Wie haben das alles nicht gewusst,

wir haben das nicht gewollt.
Schämt euch !!! Ihr habt mitgemacht. Über Jahre hinweg !
Antwort

2. **Vasco da Gama** 06. 12. 2022 Beim 11:02

Von unseren Rundfunkgebühren: Böhmermann bezeichnet Frauen als „Scheißhaufen"
www.pleiteticker.de/von-unseren-rundfunkgebuehren-boehmermann-bezeichnet-frauen-als-scheisshaufen/
„Frauenhass auf Kosten des Gebührenzahlers: Nachdem nicht-linke Journalisten und Politiker von Jan Böhmermann zuletzt auf eine Fahndungsliste gesetzt wurden, holt der „Satiriker" zum nächsten Schlag unter die Gürtellinie aus: Jede Frau, die überzeugt ist, dass es nur zwei Geschlechter gibt, sei transfeindlich, eine „turd" – ein „Scheißhaufen".
1
Antwort

3. **.TS.** 06. 12. 2022 Beim 10:53

Ein Generalverdacht ist nur ein Verdacht, keine Verurteilung.
Und rein nüchtern statistisch betrachtet ist der Generalverdacht mehr als begründet, obwohl dort die „Paßdeutschen mit Migrationsvordergrund" nicht mal enthalten sind und i.d.R. auch nicht weiter nach kulturellem und ethnischem Hintergrund aufgeschlüsselt wird.
Das ist nicht schön, aber daß es überhaupt zu dieser auffälligen statistischen Häufung kommen konnte und weiterhin kommt ist das Werk anderer Parteien und Vorsitzender – insbesondere derer von IM Erika und ihrer weiterhin andauernden Herrschaft des Unrechts.
Nach den Opfern der Taten schadet das denen am meisten die sich anständig verhalten und eben wegen solchen Schwerkriminellen aus ihrer ursprünglichen Heimat ausgewandert sind.
Das ist den willkommenswoken Wahnsinnigen aber völlig egal da es nicht in ihre Agenda passt.
1
Antwort

4. **Mitteleuropa gehört uns Mitteleuropäern** 06. 12. 2022 Beim 10:24

Wie einfallslos, diese verfluchten Presse-Heinis! Überall der gleiche, die AfD diffamierende Satz; mehr bekommen die wirklich nicht zuwege, diese Schmierfinken!
Im Übrigen: Im Mittelalter kannte man den sogenannten Pranger.
6
Antwort

5. **Adam Rhau** 06. 12. 2022 Beim 9:23

Wie Martin Sellner mitteilte, wählten in der betreffenden Gemeinde 1/3 der Wähler grün. Eine Mitschuld dieser Leute ist wohl nicht von der Hand zu weisen…
5
Antwort

6. **Volker** 06. 12. 2022 Beim 8:04

Beide Mädchen (Ece S. (14) und Nerea M. (13)) haben einen türkischen Hintergrund, schauen wir mal wie die türkische Community darauf reagiert!
5
Antwort

7. **Volker** 06. 12. 2022 Beim 7:48

Demnächst wird auch dieser Mörder die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen. Dann heißt die Schlagzeile: „Deutscher erstach Mädchen auf dem Schulweg."
Die wahren Mörder sitzen seit Jahrzehnten in der Regierung.
6
Antwort

8. **Prof. Königstein** 06. 12. 2022 Beim 1:50

Das Mädchen wollte wohl von der primitiven Anmache dieser niederen DNA mit IQ-63 nichts wissen. Da ist er durchgedreht dieser Eritreea-Primat. Links-rot-grün-bekiffte Polit-Deppen haben Planet der Affen aus Deutschland gemacht. Die sind Schuld an diesem Mord. Figuren die per Amtseid geschworen hatten Schaden von Deutschland abzuwenden fügen unglaublichen Schaden HINZU. Die Wut wird immer stärker in Deutschland und Wut erzeugt ENERGIE. ENERGIE die sich gegen euch richten wird ihr VOLKSMÖRDER.
43
1
Antwort

- **Hubert Kaah** 06. 12. 2022 Beim 6:52

Tiefrotbraungrüne pädophile Mörder-Dreckschweine im „Deutschen Volksverrätertag" im schwulen Berlin!
Ich gratuliere dem „deutschen" Volke ob seines Kriechertums, gekennzeichnet von Wahrnehmungsdefiziten, Unendlichem Fehlbetrages an Widerstandsfähigkeit, Drang zur Selbstvernichtung sowie Unfähigkeit, seinen wahrhaftigen Status zu erkennen (u.a. das niemals untergegangene Deutsche Reich zu reorganisieren), gemeinsam und entschlossen das schmarotzende Gesocke in Berlin, auch die Stasi IM Erika, den Spahn, den Lauterbach … und Brüssel, u.a. die vdL zu vernichten und so der selbstzerstörerischen Agenda entgegen zu treten.
Ist es dazu schon zu spät? Haben wir noch den Willen, den Mut und die Kraft dazu? Oder hat die erzwungene Genmanipulation ihr Übriges dazu getan? Ich frage hier alle in der Runde!!
5
Antwort

- **Volker** 06. 12. 2022 Beim 7:33

„… Planet der Affen aus Deutschland gemacht."
Bitte keine tollen Tiere beleidigen! Jedes dieser Tiere hat einen höheren IQ als diese Mörder und ist jedem „Politiker" aus den Altparteien hoch überlegen.
7
Antwort

9. **famd** 06. 12. 2022 Beim 0:43

Man muss sich das mal vor Augen führen, zwei kleine Mädels wollten zur Schule. Ein Tag wie jeder andere sollte es werden, die Familien hatten ihre Gedanken sicher schon für die Weihnachtszeit und die Mädels hatten sich bestimmt auf dieses Fest gefreut…
Offen gesagt, ich war dem Weinen nahe… das wäre vermeidbar gewesen, eine grausame sinnlose Tat von Viehzeug.
Und nur wegen einer Drecksau als Innenministerin und dem Schweinepack der Links-Grün-Sozen musste wieder ein Mensch sterben? Und dann kommt im Öffentlich-Rechtlichen die Warnung, man solle diese Tat nicht als Argument gegen alle Migranten verwenden?
Ich wiederhole es knallhart: Unsere Politiker sind Dreckschweine! Und dieser Faeser wünsche ich das sehr langsame Erscheinen des Lichtes am Ende des Tunnel – mit den Schmerzen der Eltern, die wahrscheinlich noch vom Staatsschutz eingeschüchtert werden.
48
Antwort

- **.TS.** 06. 12. 2022 Beim 3:15

Da muß ich doch sehr widersprechen: Kein einziges Borstentier würde sich dazu herablassen sich freiwillig in derartig verkommenen eigenen Schleim zu suhlen.
Noch dazu sehen diese Tiere durchaus possierlich aus, während es insbesondere bei der Bindenmonsterin noch kein adäquates Wort gibt um derart umfassende innere wie äußere Abscheulichkeit auch nur annähernd zu beschreiben.
6
Antwort

- **Mitteleuropa gehört uns Mitteleuropäern** 06. 12. 2022 Beim 10:28

Wieviel Blut an den Händen von Politikern wie Merkel, Faeser und vielen weiteren klebt, das geht auf keine Kuhhaut mehr. In einem Staat, der von Bürgern mit gesundem Menschenverstand bevölkert ist, wären diese Politiker samt der importierten Verbrecher schon lange zum Teufel gejagt worden!
6
Antwort

10. **Marc Damlinger** 06. 12. 2022 Beim 0:10

Schwerverletzt: „Mann" schießt in Berlin auf offener Straße auf Ex-Freundin. Identität des Täters ist der Polizei bekannt, wird aber nicht mitgeteilt: www.berliner-zeitung.de/news/auf-offener-strasse-mann-schiesst-in-schoeneberg-auf-ex-freundin-und-fluechtet-li.294417
24
Antwort

- **famd** 06. 12. 2022 Beim 10:58

Polizei, Medien und Politiker arbeiten mit der Soros-Foundation eng zusammen. Ziel: Auslöschung der indigenen Bevölkerung – Schaffung von Lebensraum für afrikanische Penis-geplagte Mörder.
3
Antwort

11. **Horst Handke** 05. 12. 2022 Beim 21:15

Die größte Gefahr in Germoney lauert von räächts. Jetzt muß der Kampf gegen räächts intensiviert werden.

29

7

Antwort

12. **Marc Damlinger** 05. 12. 2022 Beim 19:30

Polizei warnt nach Messer-Mord an Schülerin vor Hass gegen Asylanten und Schutzsuchen: aktuell.meinestadt.de/ulm/polizeimeldungen/841521

23

1

Antwort

- **Frau xy** 05. 12. 2022 Beim 20:46

Das ist mittlerweile Standard bei den Taten unserer Importe.
Als Nächstes wird die psychische Störung des Täters festgestellt. Es ist zum K o t z e n.

52

Antwort

  - **Pauline** 05. 12. 2022 Beim 22:02

Richtig! Wäre es ein Deutscher gewesen (ohne Migru-Hintergrund) – und das Opfer möglicherweise ein Flüchtlingsmädchen, wäre das Geschrei riesig – Brennpunkte, Sondersendungen im TV. So aber muss es möglichst verschleiert und heruntergespielt werden. Da bietet sich zuerst einmal die „Schuldunfähigkeit" des Täters an. Ein bewährtes Muster hier.
Das Ganze erinnert an die Messermorde in Würzburg an 3 Frauen -und sechs schwer Verletzten, darunter ein 11-jähriges Mädchen, das bei dieser Attacke seine Mutter verloren hatte. Der Würzburger Oberbürgermeister ließ die Bevölkerung wissen, dass er „geweint" habe – und ließ den Täter auf Kosten des Steuerzahlers natürlich durch die beste Anwaltskanzlei in W. vertreten. Ich habe NICHT gelesen, dass er auf einer Beerdigung der Opfer war – so weit geht „Wir haben Platz" nicht!

36

Antwort

  - **famd** 06. 12. 2022 Beim 1:16

Dieses Dreckspack unserer woken Regierung haben kein Gewissen – es sind Mordgehilfen der schlimmsten Art. Es hätten ihre Kinder sein können – doch die werden mit Bodyguard in die Schule gebracht oder sind im abgeschirmten Internat. Weit und breit keine Spur von diesem multikulturellen Viehzeug, die mit nur Mord und Schande gelebt hatten. Diese Komplizin des Teufels – diese Naci Faeser – sie sagte kürzlich: „Es gibt keine Probleme mit Migranten".
Es kocht langsam hoch. Die Wut auf die Medien – diesen Mord auch noch unter Sonstiges verharmlosen. Dreckschweine und Mörder regieren Deutschland.

29

Antwort

  - **Hubert Kaah** 06. 12. 2022 Beim 6:58

Es hätten die Kinder der Politschmarotzer sein müssen!! Nicht können oder sollen. MÜSSEN!!!
2
1
Antwort

- **Chursachse** 05. 12. 2022 Beim 21:47

Aber sicher! Es wird auch wieder Hetztiraden geben, da diese abscheuliche Tat von rechten Gruppierungen instrumentalisiert werden könnte! – Aber was denn sonst!?!!! Selbstverständlich werde ich auch diesen „Einzelfall" instrumentalisieren!
Im Übrigen: Hass schüren die, die Deutsche totschlagen, nicht die, die das kritisieren! (-;
31
Antwort

- **asisi1** 06. 12. 2022 Beim 3:27

Und ich ware die Deutschen vor deutschen Politikern, der Justiz und Polizei. Diese teuren Einrichtungen haben mit unserewr Sicherheit nichts zu tun. Es sind beamtete Parasiten, welche nur ohne anzuecken in Pension gehen wollen!
Um es hier einigermaßen lebenswert zu machen, müssten wir ca. 80% dieser Brut enikerkern!
2
Antwort

13. **Blubb** 05. 12. 2022 Beim 19:26

Wisst ihr was mich noch mehr aufregt als diese (erneute) Sache an sich? Ich habe versucht mir kurz den Video-Bericht von Blöd-TV dazu anzusehen. Nach 5 Sekunden musste ich den Unsinn wieder ausmachen. Der erste Satz lautete: „Ein Mann hat zwei Grundschüler … angegriffen." Also, es geht mir hier wirklich nicht mal mehr um den „Mann". Aber fälllt vielleicht mal EINEM Menschen auf, daß ein Kind im Alter von 13 und/oder 14 KEIN Grundschüler mehr ist? Die vermischen einfach Tatort mit Opfern und lesen den Unsinn so vor. Sehr respektvoll, was die Opfer angeht. Der Tatort: Gegenüber einer Grundschule. Und es gibt mehr als 1000 Kommentare unter dem Video. Keine von den Leuchten hat das gemerkt. Was ist das? Sind eigentlich alle nur noch bescheuert?
45
Antwort

- **Lilly** 05. 12. 2022 Beim 22:12

Ja, die sind nur noch bescheuert und ziehen ihr Sternchen-Gender-Ding bei „Grundschüler" auch ganz bewusst nicht durch, obwohl es sicher kein Zufall war, dass es (wieder) ein Mädchen getroffen hat, das jetzt nicht mehr lebt.
23
Antwort

- **Monika Ebner** 06. 12. 2022 Beim 1:11

Nein, es sind nicht alle bescheuert. Mir ist das sofort aufgefallen, aber ich bin davon ausgegangen dass man „Hauptschüler" meinte.

Ich denke aber dass die Tat an sich für Empörung und Aufregung sorgen sollte, und nicht eine solch mutmaßliche Verwechslung von Worten.
14
Antwort

- **Blubb** 06. 12. 2022 Beim 5:06

Mit Sprache wird Realität erschaffen, das ist kein Unfall. Egal ob „Mann, Impfung, Booster, Pandemie, Krise", es wird benutzt. In diesem Falll regen sich alle Wahnsinnig auf (Ist NICHt falsch, das will ich nicht sagen, der Punkt kommt jetzt…) und man kann hinterher mit dem Finger auf uns zeigen und sagen: Guck mal, den doofen Nazis kann man auch alles erzählen, selbst wenn das Kind erst zwei Jahre alt gewesen wäre, sie hätten das mit dem Grundschüler geglaubt. UND das Opfer wird auch nicht ernst genommen, so es tatsächlich (was ich nicht unbedingt glaube) ein Sprachunfall war. Ich halte es eher für einen Idiotentest, auf Kosten der Opfer. Mal sehen was die Medien den Leuten ungefiltert alles an Scheiße erzählen können. Übrigens sind die Schweizer Medien deutlich offener, oder hat sonst mal ein deutsches Medium erwähnt, daß das „Mädchen" auch Migrationshintergrund hat? Ich frage für einen Freund. Und nein, keine Ahnung ob sie auch aus Eritrea kam, das stand da dann nicht.
1
Antwort

14. **Jürgen Schwerdt** 05. 12. 2022 Beim 19:25

Seit wann sind Grundschülerinnen 13 oder 14 Jahre alt??
Bei solch seltsamen Informationen und mageren Fakten erlaube zumindest ich mir keine Bewertung des Vorfalls und fände es gut, wenn sich andere mit ihren Kommentaren da ebenfalls noch (!) zurückhalten würden.
17
7
Antwort

- **Lilly** 05. 12. 2022 Beim 22:20

Den Wunsch nach Zurückhaltung können auch Sie sich auch hier getrost sparen.
Wenn es sich um eine Psyop handeln sollte, müsste man nur die Schule in dieser Kleinstadt aufsuchen, an der Amokalarm oder auch keiner geherrscht haben soll – denn bei den beiden Opfern muss es sich um Schülerinnen dieser Schule gehandelt haben und die zwei gibt bzw. gab es entweder oder nicht.
Das ist an und für sich schon ein sehr us-amerikanisches Stroytelling, aber das ist nur der Frame und ich halte jeden in Ehren, der auch hier genau prüft. Nur leider ist es gar nicht abwegig, was hier geschehen ist, weil massenhaft menschen- und insbesondere frauenfeindliche Männer ins Land geholt wurden.
Sollte es gelogen sein, muss die Absicht dahinter darin bestehen, einen heißen Bürger-Migrantenkrieg zu entfachen. Auch das ist durchaus denkbar.
12

2
Antwort

- **Hubert Kaah** 06. 12. 2022 Beim 7:01

Es gäbe auch keine Zurückhaltung seitens der Medien, wenn es ein „deutscher Täter" und/ oder von rächts gewesen wäre. Warum also Zurückhaltung üben?!
Antwort

15. **Elvira Sonnentag** 05. 12. 2022 Beim 19:05

Die ermöglichenden Verbrecher heißen hier vermutlich Merkel, Scholz, Baerbock, Habeck, Faeser, Lindner. Regierende Internazis ohne Grenzen, mit grenzenlosem Hass auf integre Völker, ob Deutsche, Chinesen, Katarer oder Russen.
42
Antwort

16. **Marc Damlinger** 05. 12. 2022 Beim 18:49

Laut RTL handelt es sich beim Täter um einen Eritreer.
19
Antwort

17. **Marc Damlinger** 05. 12. 2022 Beim 18:35

„Mann" sticht auf Ehefrau ein und verletzt sie schwer: www.soester-anzeiger.de/nordrhein-westfalen/mann-ehefrau-messerangriff-wickede-35-jaehrige-schwer-verletzt-polizei-dortmund-mord-totschlag-versucht-lebensgefahr-91955473.html
15
Antwort

18. **Monika Ebner** 05. 12. 2022 Beim 18:35

In Fällen wie diesem, wo der Täter ohne Zweifel feststeht, plädiere ich uneingeschränkt für die Wiedereinführung der Todesstrafe.
Was wird es stattdessen geben?
20 Verhandlungstage, wobei man von vornherein weiß was am Ende dabei heraus kommt -
SCHULDUNFÄHIG wegen blablabla…..
Untermauert und bestätigt von „Experten"
Spart euch doch den ganzen Zirkus und bringt ihn gleich in die Kuschelklapse, wo er sowieso bis auf weiteres landen wird, bis man ihn wieder auf die schon länger hier lebenden loslässt.
Verdammt nochmal !
36
Antwort

- **asisi1** 06. 12. 2022 Beim 3:30

Den hat sicherlich ein deutscher Richter schon x mal wieder laufen gelassen. Da die Sozialprognose auf gut lautet!
Ach, der Richter hatte auch die BLM und die Bunte Binde um.
1
Antwort

19. **Hildegard** 05. 12. 2022 Beim 18:32

…….und es könnte jeden Tag jeden x-Beliebigen von uns genauso treffen – egal wo!!!

Frohe Weihnachten – Jesus lebt und- „mein ist die Rache" spricht der Herr …
27
Antwort

- **Pauline** 05. 12. 2022 Beim 22:07

GENAU – in diesem Land ist man nicht mehr sicher, man muss Angst haben. Nur unsere sog. „Elite", die in gepanzerten Luxuslimousinen durch die Gegend gefahren wird – auf Kosten der kl. Leute und des Steuerzahlers – muss sich keine Sorgen machen!
15
Antwort

- **Hubert Kaah** 06. 12. 2022 Beim 7:04

Na aber! Die fahren nicht immer in gepanzerten Limousinen rum. Manchmal auch mit dem Fahrrad, wenn es um medienträchtiges Geheuchel geht.
1
Antwort

20. **Marc Damlinger** 05. 12. 2022 Beim 18:28

Düsseldorf: Polizei räumt alle Weihnachtsmärkte – Akute Bedrohungslage: www.derwesten.de/region/weihnachtsmarkt-duesseldorf-drohung-bombe-gefahr-rathaus-polizei-id300337930.html
14
Antwort

21. **Rene Gator** 05. 12. 2022 Beim 17:55

Ich bin zutiefst betroffen: Ein 14 Jähriges Kind, gerade am Anfang ihres jungen Lebens stehend, ist ein weiteres Opfer der von unserer ReGIERung eingeladenen ‚Schutzsuchenden' geworden.
Natürlich schwurbeln und framen sich die Mainstream-Medien den Vorfall möglichst antirassistisch zurecht: Aus der Flüchtlingsunterkunft wird eine ‚Wohnhaus', aus dem Versorgungsfordernden wird der übliche ‚EinMann' und anstatt Ross und Reiter zu benennen fabuliert man darüber, ob das Tatwerkzeug wirklich ein Messer war. Mein Hass auf diese Medien ist grenzenlos, diese gekauften, links-grünen Journu77en müsste man [hier stand strafrechtlich relevanter Inhalt nach §130 StGB].
In zwei, drei Tagen wird kein Mainstream-Medium noch ein Wort über den Vorfall verlieren. Mich würde es echt interessieren, wie die Berichterstattung aussehen würde, wenn mal ein Deutscher ein 14jähriges, muslimisches Kopftuchmädchen messert. Ob dann auch wieder so schnell Ruhe im Blätterwald einkehrt – oder ob dann auch noch Jahre später regelmäßig an das Opfer erinnert werden würde. Es würde Demostrationen, Gedenkveranstaltungen und Spendenaktionen geben, noch mehr Mittel würden für ‚den Krampf gegen Räääachts' bereitgestellt und die üblichen Politdarsteller würden wieder versuchen, die Vorratsdatenspeicherung durchzudrücken. Aber leider war das Opfer nur eine deutsche Kartoffel, lebensunwertes Leben in den Augen der links-grünen Deutschlandhasser. Also Schwamm drüber und noch mehr Migranten ins Land holen. ICH PLATZE VOR WUT!!!
44

Antwort

- **doci** 06. 12. 2022 Beim 8:00

naja, für die türkischen Opfer der NSU vor zwanzig und mehr Jahren wird immer noch offiziell und presserummelgleich alle Jahre gedacht und es werden Straßen und Plätze nach denen benannt ....
Ist ja auch was anderes – .... ist ja auch gegen räääääächts …
1
Antwort

22. **Kostas** 05. 12. 2022 Beim 16:47

Unfassbar was in diesem Land los ist Ein 14 jähriges Mädchen ist von Merkels Gaeste ermordet haben. Sicher psychisch labil und nix mit nix zu tun. Wahrscheinlich wollte er das Mädchen vergewaltigen 7bd es dann abgestochen. So einen pathologischen Hass der Gruenen Khmer auf das Land, ist weltweit einmalig. Die groessten Feinde sind hinter den Mauern und heissen Deutsche Buerger. Das kleine Unschuldige Mädchen wurde noch leben, wenn die Bürger was in der Birne hätten. Pfui, Pfui und nochmals Pfui
58
4
Antwort

- **Marc Damlinger** 05. 12. 2022 Beim 19:34

@Kostas
Auch die erstochene 14-Jaehrige war Merkels Gast und hatte Migrationshintergrund. Siehe oben meinestadt.de
13
1
Antwort

- **Elisa** 06. 12. 2022 Beim 6:07

Mal sehen ob es dann Lichterketten und Trauerreden und Tatortbesuche von Naenncy und Steingeier gibt.
Ups, es war ein Einmann, als werden sie dazu Schweigen.
1
Antwort

23. **BRD Bunzel** 05. 12. 2022 Beim 16:24

Aber Hauptsache es wird in den Medien weiter darüber Diskutiert, ob sich der Wolf in Deutschland wieder ansiedeln darf.
Das kann nämlich gefährlich sein, auch für Kinder.
42
2
Antwort

- **BRD Bunzel** 05. 12. 2022 Beim 16:29

Und hoffentlich hatten die beiden Mädchen und der Mann einen Mund-Nasenschutz auf.
Zum messern muss der Sicherheitsabstand unterschritten werden.
Gar nicht auszudenken, wenn sich da jemand infiziert hat.
28
2
Antwort

- **Ishtar** 05. 12. 2022 Beim 18:28

Auch ganze Existenzen von Schäfern wurden schon durch diese Rudel vern.chtet.
Der Wolf ist kein Knuddeltierchen – das ist ein Raubtier und wenn die Horde im Blütrausch ist, dann fetzt es die gesamte Schafsherde.
Also ich kann darauf verzichten, beim Spaziergang mit Wolfsrudeln konfrontiert zu werden.
Aber die Verharmlosung der tierischen Raubtiere geht suggestiv vermutich mit der Verharmlosung der menschlichen Raubtierbestien einher.
Meines Erachtens.
12
3
Antwort

24. **asisi1** 05. 12. 2022 Beim 15:04

Den haben deutsche Richter wahrscheinlich schon hunderte mal wieder laufen gelassen.
Es besteht keine Gefahr für die Bevölkrerung, steht auf seinem Freispruch!
57
Antwort

- **Blubb** 05. 12. 2022 Beim 16:49

He, nicht so Vorlaut, immerhin handelt es sich um ein armes, von Krieg, Flucht, Hunger und Fachwissen verwirrtes Opfer. Der muss doch behandelt werden, damit wir ihn wieder in unsere offene, bunte Gesellschaft intergrieren können und er sich weiter frei ausleben kann.
Also, ein Schmerzensgeld für das arme Opfer muss da schon drin sein, wegen Hate-Speech, Rassismus und all dem anderen Kram. ich meine, wenn wir mal KONSEQUENT darüber nachdenken, dann haben wir Deutschen doch alle das Messer geführt. Irgendwie so was. Ich haue mir noch ein paar mal mit der Pfanne auf den Kopf, das hilft bei der richtigen Interpretation der Sache.
37
Antwort

  - **Elisa** 06. 12. 2022 Beim 6:17

Genau @ Blubb, nur noch ordentliche Schlaege auf den Hinterkopf, helfen bei der richtigen Interpretation und dazu viel Alkohol.
Vermutlich wurde der bedauernswerte unmuendige Mittelmeer Schlauchboot Tourist von den poesen Hauptschulmaedchen vom Besuch der Grundschulklasse abgehalten und gemobbt.
In seiner Verzweiflung, vom Lernen abgehalten zu werden, musste er einfach zu seinem Brotzeitmesser greifen, dass er im Buecherranzen hatte.
Antwort

25. **Angelique Simon** 05. 12. 2022 Beim 13:57

Wieder so ein Krieger Allahs, der beim Anblick von unverhüllten Mädchen durchdrehte.
Dann wird er ja bald zum Bauchpinseln ins Irrenhaus kommen, wo er viele seiner Kollegen wiederfindet, schließlich ist „geistig verwirrt" eine sehr häufige Krankheit bei Moslems.

68
Antwort
26. **ricarda fett** 05. 12. 2022 Beim 13:57
der wollte doch nur um deren hand anhalten…
nur sind in diesen asylkulturen 13 oder 14 jh.
weiber schon fast zu alt und störrisch um den
besitzer zu wechseln.
47
Antwort
27. **Frau xy** 05. 12. 2022 Beim 13:43
Steht denn die Diagnose psychisch gestört schon fest?
49
2
Antwort
- **Mathias 65** 05. 12. 2022 Beim 13:53

@Frau xy
Die Diagnose vermutlich noch nicht, aber das Resultat des kommenden Befundes: „schuldunfähig".
58
Antwort
  - **Chursachse** 05. 12. 2022 Beim 14:06

…zumindestens dann „haftunfähig"! (-;
36
Antwort
  - **Blubb** 05. 12. 2022 Beim 16:53

Aber absolut alimentierfähig und nicht abschiebbar!
32
Antwort
- **raesonierer** 05. 12. 2022 Beim 15:54

natürlich, was denn sonst!!!
20
Antwort
- **Lilly** 05. 12. 2022 Beim 18:38

Tja, ich wüsste, was ich zu tun hätte, obwohl ich selber gar kein Mann bin und eigentlich auch keiner werden will. Aber wenn die alle in die innere Migration flüchten, um auf ihren Pseudoleben hängen zu bleiben, von denen ihnen am Ende sowieso nichts übrig bleibt, dann muss wohl sogar das die Mama, die Schwester, die Tochter erledigen, wobei sich eindeutig fragt, wozu die ganzen Söhne hier denn überhaupt geboren wurden..
9
Antwort
  - **Elisa** 06. 12. 2022 Beim 6:32

Die Mama's haben ihre Soehne so islamverwirrt erzogen, wie sie es selbst sind und sind doch noch stolz darauf, wenn sie durch ihre reiche Kinderschar ihr Gastland islamisieren und uebernehmen.
Sie sind es die, die ihre Soehne zu diesen , ueberheblichen stolzen verzogenen kleine Prinzen im Sinne dieser brutalen Religions erziehen, Spaetestens wenn diese Prinzen dann 10- bis12 J. alt werden , sind diese

dann nicht mehr integrierbar.
Diese Weiber haben auch keine Probleme, wenn sich ihre Soehne vor der Ehe mit den in ihren Augen westlichen N****n ausleben, nur heiraten oder Kinder kriegen mit denen, sollen sie nicht, dafuer gibts die Braeute aus der Heimat.
1
Antwort

28. **Chursachse** 05. 12. 2022 Beim 13:20

„Isch mach Disch Messa!"
Dieser Spruch ist in dieser von kriminellen Ausländern überrannten BRD schon Ganz und Gebe! (-;
56
Antwort

29. **Monika Ebner** 05. 12. 2022 Beim 13:07

„Zur Tat selbst gibt es noch kein Motiv" lt. Blöd Zeitung.
Ich könnte die Antwort geben, aber mich fragt ja keiner.
57
Antwort

- **Mathias 65** 05. 12. 2022 Beim 13:56

Bitte kein Motiv nennen, das könnte Sie wegen „Verhetzung" vor Gericht bringen. Es genügt der Verweis auf ein Buch.
48
Antwort

- **Angelique Simon** 05. 12. 2022 Beim 14:00

Der Koran gibt hier Antwort und eine Christin aus dem Iran:ansage.org/an-alle-naiven-islamophilen-appell-einer-iranischen-christin/
24
Antwort

- **Ishtar** 05. 12. 2022 Beim 18:35

Überall verbreiten. – Exakt wie sie es darlegt schaut es doch schon lange hier aus und dafür werden die m. E. auch fürstlichst ali mentiert von denen, die Teutscheland und die Teutschen m. E. t.t sehen wollen.
Meines Erachtens.
10
Antwort

- **Bibi** 05. 12. 2022 Beim 19:00

Die Antwort auf den Koran gibt der Talmud.
11
Antwort

30. **Ishtar** 05. 12. 2022 Beim 12:47

Der sukzessive Gew.lt-Dsch.h.d.
Meines Erachtens.
30

https://www.focus.de/politik/meinung/ein-kommentar-von-ulrich-reitz-nach-maedchen-mord-brauchen-wir-klare-kante-keine-lametta-sprache_id_180434447.html
Ein Kommentar von Ulrich Reitz

Nach Mädchen-Mord brauchen wir klare Kante, keine Lametta-Sprache

FOCUS-online-Korrespondent Ulrich Reitz
Mittwoch, 07.12.2022, 06:53

Bundesinnenminister Nancy Faeser hätte sofort nach Illerkirchberg fahren müssen, wo ein Mädchen mit Migrationshintergrund wohl von einem Asylbewerber ermordet und eine andere schwer verletzt wurde. Hier sind fünf Gründe, weshalb.

Es ist nicht nur eine schreckliche, verstörende Bluttat. Was an der Ermordung des 14-jährigen Mädchens in Illerkirchberg eminent politisch ist, liegt auf der Hand.

Nämlich: Die Ermordete hieß Ece Sarigül und war eine Alevitin. Die Eltern der Verstorbenen, die der alevitischen Gemeine in Ulm angehören, veröffentlichten selbst ein Foto ihrer Tochter. **Aleviten leben in ihrer großen Mehrheit undogmatisch, sie lehnen das islamische Gottesgesetz, die „Scharia“ rundheraus ab. Sie dürfen Schweinefleisch essen und tragen keine Kopftücher. In ihren „Cem“-Häusern beten Frauen und Männer gemeinsam, anders als in sunnitischen Moscheen.**

Faeser setzt gerne Zeichen - aber nicht in Illerkirchberg

Will sagen: Man kann davon ausgehen, dass Ece Sarigül in Deutschland voll integriert war. Allein deshalb wäre es die Pflicht von Bundesinnenministerin Nancy Faeser gewesen, sofort nach Illerkirchberg zu fahren – vielleicht gerade als sozialdemokratische Politikerin. Faeser setzt gerne „Zeichen“, das jüngste mit der One-Love-Binde, die sie trug, als sie in Katar neben Fifa-Boss Gianni Infantino saß.

Es wäre ein solches „Zeichen“ gewesen, umgehend nach Illerkirchberg zu fahren, um dort deutlich zu machen, dass es die Aufgabe der deutschen Mehrheitsgesellschaft ist, Einwanderer zu schützen. Es ist definitiv die Grundaufgabe eines Staates, seine Bürger zu schützen. Einwandererkinder wie Ece Sarigül gehören zur deutschen Gesellschaft, haben also denselben Anspruch, vom deutschen Staat beschützt zu werden.

Türkische Botschafter war da - die Tat ist hochpolitisch

Es gibt aber einen weiteren Grund, weshalb Faeser nach Illerkirchberg hätte fahren müssen. Rund drei Millionen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund leben in Deutschland. Es ist die größte Migrantengruppe in der Bundesrepublik. Die Zahl der Aleviten ist nicht genau bekannt, aber es gibt stabile Schätzungen. Die gehen davon aus, dass mindestens 500.000 der in Deutschland lebenden Türkischstämmigen Aleviten sind. Für diese große Gruppe wäre es wichtig gewesen, Faeser hätte ihnen mit ihrer Anwesenheit ein „Zeichen“ der persönlichen Anteilnahme gegeben. Es wäre auch eine Anerkennung ihrer eigenständigen Existenz in Deutschland gewesen.

Heute war der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl vor Ort, aber auch der türkische Botschafter Basar Sen. Es war ein hochpolitischer Besuch – der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan macht schließlich regelmäßig deutlich, dass er die in Deutschland lebenden Türken als „seine Leute" ansieht – und dass Deutschland für die hier lebenden Türken nicht da ist.

Ausdrücklich warnte der Autokrat die hier lebenden Türken vor „Assimilation", gemeint war, sich allzu sehr in Deutschland zu integrieren. Nancy Faeser hätte mit ihrer Anwesenheit auch der Türkei gegenüber zeigen können, dass sie das als deutsche Innenministerin völlig anders sieht, zumal viele Türken in Deutschland seit Jahrzehnten hier leben und einen Anteil am „Wirtschaftswunder" haben – die ersten kamen mit dem deutsch-türkischen Anwerbe-Abkommen 1961.

Das war übrigens der Startschuss für eine geregelte Einwanderungspolitik nach deutschen Interessen – Wirtschafts- und Wohlstandsinteressen. Der Startschuss für diese Art von Einwanderungspolitik fällt also nicht erst jetzt, unter der Ampelregierung, er fiel 60 Jahre früher, unter einem christdemokratischen Bundeskanzler: Konrad Adenauer.

Tat ist das maximal mögliche Zeichen von Desintegration
Zurück nach Illerkirchberg. **Der Täter, jedenfalls bestehen daran offenbar keine polizeilichen Zweifel, ist ein Asylbewerber aus Eritrea, der in Deutschland seit etwa sechs Jahren lebt. Einen anderen Menschen in dem Land zu ermorden, das einen als Gastland beherbergt, ist das maximal mögliche Zeichen von Desintegration.**

Ein Asylbewerber, der einen Mord begeht, hat auch nach der Genfer Flüchtlingskonvention seinen Asylanspruch verwirkt – was in der Debatte um das Asylthema fast immer unter den Tisch fällt. Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer hat gerade darauf hin- und auf Immanuel Kant verwiesen.

Palmer wird in einem langen Facebook-Post zum Fall in Illerkirchberg grundsätzlich: „Die Zurückweisung eines Hilfesuchenden, der ein Minimum an Achtung für den Helfenden vermissen lässt, ist eine notwendige Grenzziehung, die uns in allen sozialen Kontexten schon die Selbstachtung gebietet. Auch unser Staat muss diese Selbstachtung unter Beweis stellen, wenn er das Vertrauen, das ihm Bürgerinnen und Bürger entgegenbringen, dauerhaft rechtfertigen will."

Jedenfalls: Ob psychisch krank oder nicht – dazu wird nun ein Gutachten angefertigt – der Täter hat in Deutschland nichts verloren, er hat auch keine zweite Chance verdient. Und auch dies hätte Nancy Faeser durch ihre Anwesenheit in Illerkirchberg demonstrieren müssen.

„Chancenaufenthaltsrecht" - Lametta-Sprache
Faeser betreibt einen Paradigmenwechsel in der Ausländerpolitik, sie will zurück zu einer Willkommenskultur. Abgelehnte Asylbewerber, von denen mehrere Hunderttausend noch in Deutschland leben, weil sie hier geduldet werden, also Schutz vor Abschiebung genießen, sollen einen regulären Aufenthaltstitel bekommen. Faeser nennt das, in inzwischen üblich gewordener Lametta-Sprache, „Chancenaufenthaltsrecht". Ausländer, die länger als fünf

Jahre hier leben, sollen einen deutschen Pass bekommen können – und ihren alten Pass nicht abgeben müssen.

Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung ist aber auch von Abschiebungen die Rede, die hier politisch korrekt „Rückführungen“ genannt werden. Den zwischen den Koalitionsparteien vereinbarten „Rückführungsbeauftragten“, der mehr Abschiebungen möglich machen soll, gibt es aber noch nicht. Was den Liberalen Wolfgang Kubicki zu der Feststellung bringt, Faeser kümmere sich nur um das, was linken Sozialdemokraten und Grünen ein Anliegen sei.

Auch diesen Eindruck hätte Faeser längst korrigieren müssen – schon im eigenen Interesse. So aber ist ihre selbst gewählte Abwesenheit in Illerkirchberg von erheblicher Lautstärke. Es handelt sich um ein dröhnendes Schweigen.

https://www.pi-news.net/2022/12/nrw-vorweihnachtliches-gewalt-geschenk-taeter-fluechtig/

NRW: Vorweihnachtliches Gewalt-Geschenk – Täter flüchtig

7. Dezember 2022

24

Am 2. Advent hat es am Centro-Markt in Oberhausen ein vorweihnachtliches Erleben gegeben, das sich kein nordrhein-westfälischer Bürger gewünscht hat.

Von MANFRED W. BLACK | „Schlemmen, bummeln, erleben & viel mehr!“ So wird in Oberhausen (NRW) für den dortigen riesigen weihnachtlichen Centro-Markt am „Platz der Guten Hoffnung“ geworben. Doch am 2. Advent hat es dort ein vorweihnachtliches Erleben gegeben, das sich kein nordrhein-westfälischer Bürger gewünscht hat.

Eher scheinheilig berichtet das regionale Westfalenblatt über einen Mordversuch – auf der Basis einer Meldung der in Deutschland allgegenwärtigen Nachrichtenagentur dpa. Die Zeitung schreibt allerdings – wenn überhaupt – nur die halbe Wahrheit.

Westfalenblatt: Nebulöser Bericht

„Bei einer Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen Jugendlicher“ sei „in Oberhausen ein 17-Jähriger durch Stiche lebensgefährlich verletzt worden“ (Westfalenblatt). „Der junge Mann“ sei „nach seiner Einlieferung in ein Krankenhaus am Samstagabend notoperiert und befindet sich mittlerweile außer Lebensgefahr, wie die Polizei am Sonntag mitteilte“.

Nun habe die Polizei „eine Mordkommission eingerichtet, die wegen eines versuchten Tötungsdelikts ermittelt".

Wer sind die Täter?

Wer sind die Täter? Wer sind die Opfer? Nix – kein Satz und keine Silbe in der Zeitung! Der Westfalenblatt-Leser muss sich, um die Hintergründe zumindest etwas zu verstehen, anderweitig informieren.

Tatsächlich sind die Tatverdächtigen nach Angaben der Polizei geflüchtet. „Einer der Tatverdächtigen soll laut Zeugenaussagen südländisches Aussehen, rasierte Haare und ein schwarzes Basecap getragen haben" (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Die gesuchte Person ist ungefähr 19 Jahre alt und circa 1,80 Meter groß.

Im Klartext: Der Gewalttäter ist ein Ausländer, wahrscheinlich ein Araber oder ein Türke. Womöglich ein „Flüchtling" aus dem Nahen Osten, der angeblich vor den Gewalttaten in seinem Heimatland geflüchtet ist, um hierzulande Zuflucht zu finden.

Wahrscheinlich wohl versorgt durch den hiesigen Sozialstaat – auf Kosten des Steuerzahlers in Deutschland.

Die Polizei berichtet genauer

Die Presseabteilung des Polizei-Präsidiums Essen schildert die Attacken vom 3. Dezember etwas genauer. Danach ist es um 19:30 Uhr auf der Centroallee / Am Luise-Albertz-Platz „zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen von Jugendlichen gekommen, in dessen Verlauf zwei von ihnen Stichverletzungen erlitten".

Ein 17-Jähriger – ein Deutsch-Türke – sei lebensgefährlich verletzt und später in einem Krankenhaus notoperiert worden. Mittlerweile soll das Opfer „außer Lebensgefahr" sein. Bei diesem Gewaltangriff wurde außerdem ein 15-Jähriger – ebenfalls ein Deutsch-Türke – leicht verletzt. Die Tatverdächtigen flüchteten.

Die zuständige Polizei-Pressestelle hat am 6. Dezember 2022 mitgeteilt, es gebe bisher zu den Gewalttaten noch „keinen neuen Erkenntnisstand". Die Messerstecher sind also bisher nicht gefasst worden.

https://www.pi-news.net/2022/12/bayerischer-landtag-verweigert-schweigeminute-fuer-ermordete-ece/

Bayerischer Landtag verweigert Schweigeminute für ermordete Ece

8. Dezember 2022

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag hatte eine Schweigeminute für ermordete Ece S. beantragt, die jedoch von den Altparteien abgelehnt wurde.

Die schreckliche Bluttat von Illerkirchberg, bei der die 14-jährige Ece S. von einem afrikanischen Asylforderer erstochen und ein 13-jähriges Kind schwer verletzt wurde, erschüttert die Republik. Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag hatte daher eine Schweigeminute für die Plenarsitzung am 6. Dezember beantragt, die jedoch von den Altparteien abgelehnt wurde.

Hierzu äußert sich Christoph Maier, remigrationspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Verfassung, Recht und Migration:

„Bundesweit berichten Medien von dem traurigen und zugleich empörenden Verbrechen von Illerkirchberg. Zahlreiche Politiker und andere Vertreter der Bürgerschaft melden sich zu Wort. Der Fall hat bundesweite Bedeutung. Dennoch verweigert der Bayerische Landtag eine Schweigeminute für die Opfer, obwohl eine solche angemessen wäre."

Zum Vergleich: Im Jahr 2015 hatte der Landtag in einer Schweigeminute derjenigen Migranten gedacht, die auf ihrem Weg nach Europa ums Leben kamen. „Einen Trauerakt für die Opfer von Illerkirchberg, ein Ort, der unmittelbar an Bayerisch-Schwaben grenzt, verweigern die Altparteien aber schändlicherweise", kritisiert Maier.

43 Prozent aller Tatverdächtigen bei den Delikten Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen sind Ausländer – bei einem Anteil an der Wohnbevölkerung von gerade einmal 13 Prozent. 55,9 Prozent aller Messerangriffe gehen auf das Konto von Nichtdeutschen. Die Gruppe der Asylbewerber stellt 24,5 Prozent aller Tatverdächtigen in diesem Bereich dar. Über 2000 Tötungsdelikte, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde, zählten Polizeibehörden seit dem Jahr 2016.

Die AfD fordert ein würdiges Gedenken der Opfer und Konsequenzen aus den Fällen, die längst keine Einzelfälle, sondern ganz offensichtlich strukturell bedingt sind. Christoph Maier: „Ein ‚Weiter so' darf es nach Chemnitz, Kandel, Würzburg, Illerkirchberg, und, und, und nicht geben!"

https://www.pi-news.net/2022/12/celle-maenner-vergewaltigen-24-jaehrige-und-urinieren-auf-sie/

Celle: „Männer" vergewaltigen 24-Jährige und urinieren auf sie

15. Dezember 2022

Cenk D. (23, l.) und Atilla B.(21) stehen derzeit in Celle vor Gericht.
Von MANFRED W. BLACK | Eine junge Frau aus Bergen (Landkreis Celle) hat Furchtbares erleben müssen. Sie ist gleich von zwei „Männern" – so heißt es in der Celleschen Zeitung (CZ) nebulös – auf bestialische Weise geschlagen, vergewaltigt und bespuckt worden; darüber hinaus haben die Sexualverbrecher ihre Taten gefilmt – und auf ihr Opfer uriniert.
Nun stand das schwer kriminelle Duo vor der 4. Großen Jugendkammer des Landgerichts Lüneburg. Der Vorsitzende Richter Michael Herrmann spricht von einem „fürchterlichen Martyrium", das die deutsche 24-jährige Maike P. (Name geändert) hat erleiden müssen.

Zeitung verschweigt ethnischen Hintergrund

Die CZ berichtete mehrmals ausführlich über den Prozess, in dem jetzt das Urteil gefällt worden ist. Die Zeitung bemüht sich jedoch auffällig, die Ethnie der Sexual-Straftäter zu verbergen.
Einer der Täter, der 21-jährige Cenk D. – die Zeitung nennt ihn einen „Hamelner", weil der Verbrecher an der Weser „wohnhaft" ist – muss nun womöglich für fünf Jahre ins Gefängnis.

CZ nennt älteren Täter einen „Kumpel"

Die CZ schreibt eher verharmlosend, sein „zwei Jahre älterer Kumpel" – er heißt Attila B. und ist 24 Jahre alt – müsse wahrscheinlich sieben Jahre in eine Justizvollzugsanstalt (JVA). Sicher ist das freilich nicht.
Denn die Verteidiger haben flugs Rechtsmittel eingelegt. Es ist zu befürchten, dass am Schluss des Berufungsprozesses ein erheblich milderes Urteil beschlossen wird.
Die Täter sind allerdings am letzten Tag des Prozesses in Lüneburg festgenommen worden – wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr. Sie kommen – vielleicht nur vorläufig – in Untersuchungshaft.

Medien berichten nur die halbe Wahrheit

Fast alle Zeitungen, die über den Prozess in Lüneburg berichten, verschweigen tunlichst, dass die brutalen Gewaltverbrecher keine indigenen Deutschen sind.
Die Wahrheit lautet: Attila B. ist – einer Meldung der Bild-Zeitung zufolge – Türke. Dass er in die Türkei ausgewiesen werden müsste, davon ist keine Rede – weder vor Gericht noch in den Medien.
Cenk D. ist Deutsch-Türke, also juristisch Deutscher mit Migrations-Hintergrund. Ob beide – wie es in ähnlichen Fällen oft der Fall ist – seit längerer Zeit als „Flüchtlinge" hier in Deutschland auf Kosten des Sozialstaates (also des Steuerzahlers) leben, ist nicht bekannt.

https://www.news4teachers.de/2022/12/brandbrief-einer-grundschule-taegliche-angriffe-auf-personal-treten-schlagen-beissen/

Brandbrief einer Grundschule: „Tägliche Angriffe auf Personal (treten, schlagen, beißen)“

14. Dezember 2022154

BREMEN. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die Schulpolitik in der Stadt Bremen kritisiert. „Es kann kein weiter so geben, die Belastungsgrenzen sind längst erreicht und vielerorts überschritten“, sagte die GEW-Landessprecherin, Barbara Schüll, am Mittwoch anlässlich einer Personalversammlung von Beschäftigten von Bremer Schulen. 2500 bis 3000 Beschäftigte haben Schüll zufolge an der Veranstaltung teilgenommen. Die Überlastungsanzeige einer Brennpunkt-Grundschule in Bremen-Nord, über den die „Bild“-Zeitung unlängst berichtete, hatte die Dramatik der Situation anschaulich gemacht.

Kinder von der ersten bis zur vierten Klasse terrorisierten die Schule, seien nicht zu bremsen – so zitiert „Bild“ aus der von 43 Pädagoginnen und Pädagogen unterzeichneten Überlastungsanzeige. Die Beleidigung „Hurensohn“ gegenüber dem Personal sei an der Tagesordnung. Es gebe zudem „tägliche Angriffe von Schülern auf Personal (treten, schlagen, beißen), immer öfter werden ganze Räume verwüstet, Kinder hauen ab, weigern sich zurückzukommen.“

Im Protokoll-Auszug eines pädagogischen Mitarbeiters zu einem Schüler heiße es: „Verweigert die Arbeit komplett, fängt an, Stühle zu werfen. (…) Beleidigt Lehrpersonal sowie Mitschüler mit ‚Ich ficke eure Mütter in den Mund‘. (…) Schlägt die Schüleraufsicht mit der Faust in den Brustkorb!“ Die eigentlich zweizügige Ganztagsschule müsse dreizügig arbeiten – und es sollten noch mehr Kinder kommen. Dass viele bei der Einschulung kein Deutsch sprächen, mache die Situation umso schwieriger.

An vielen Schulen in Bremen seien die Bedingungen nicht länger tragbar – meint nun die GEW. „Ob Verkürzung der Zeit im Ganztag, große Klassen, bei dem der Einzelne kaum noch gesehen werden kann, Personalmangel, fehlende Zeit, um Absprachen im Team zu treffen, Schule in Containern, nicht fertig gestellte Um- und Ausbauten oder marode Räume, es fehlt an Wertschätzung gegenüber den Schüler:innen und den Kolleg:innen.“ Diese Lern- und Arbeitsbedingungen führen dazu, dass der Lern-, Lebens- und Arbeitsort Schule zu andauerndem Stress führe. Und dieser mache krank.

„Wir wollen Bedingungen haben, die unsere schöne Arbeit als Pädagog*innen unterstützen, statt sie im täglichen Kleinklein zu verhindern“

Fehlende Investitionen in den vergangenen Jahrzehnten hätten zu katastrophalen Zuständen in den Bildungseinrichtungen geführt, heißt es in einer Mitteilung der Gewerkschaft. Für sogenannte Bindungsarbeit, insbesondere in den Grund- und Oberschulen, fehle die Zeit, wodurch kein gutes Lernklima entstehen könne, heißt es in der Mitteilung. Die Folge sei, dass viele Kinder ohne hinreichende Grundbildung im Lesen, Schreiben und Rechnen seien. Das habe zum Ergebnis geführt, dass es mehr und mehr Jugendliche ohne Schulabschluss gebe.

„Wir wollen mitbestimmen und Schule gestalten, inklusive Strukturen durch eine hohe Qualität fördern, kleine Klassen mit ausreichend Personal, eine förderliche Umgebung z. B. große Bibliotheken und gute Schulbauten u.v.m. Kurz und gut: Wir wollen Bedingungen haben, die unsere schöne Arbeit als Pädagog*innen unterstützen, statt sie im täglichen Kleinklein zu verhindern. Hierfür müssen wir uns bei der Politik Gehör verschaffen.“

News4teachers / mit Material der dpa

https://www.pi-news.net/2022/12/sachsen-cdu-und-afd-stimmen-gemeinsam-gegen-asylmissbrauch/

Sachsen: CDU und AfD stimmen gemeinsam gegen Asylmissbrauch

16. Dezember 2022

Vor nicht allzu langer Zeit hatte noch der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz getönt: „Mit mir wird es eine Brandmauer zur AfD geben!" Merz vollmundig: „Wer mit der AfD kooperiert, dem droht ein Parteiausschlussverfahren."

Von MANFRED W. BLACK | Im CDU-Bundesverband gibt es Ärger. Haben es doch die Christdemokraten in Bautzen (Sachsen) gewagt, für einen Antrag der AfD zu stimmen, in dem es darum geht, solche ausländischen „Flüchtlinge" nicht mehr materiell zu unterstützen, deren Asylantrag hierzulande – auch wegen angeblich fehlender Ausweispapiere – von den zuständigen Behörden rundum offiziell abgelehnt worden ist.

Darüber haben jetzt die WELT (Schlagzeile: „In Sachsen geht die CDU auf Konfrontation mit Parteichef Merz") und der MDR (Überschrift: „Kritik an Bautzener CDU wegen Zustimmung zu AfD-Antrag") berichtet. Der linke Berliner Tagesspiegel sieht die Christdemokraten gar in der Bundesrepublik „in Bedrängnis".

Merz plädierte für „Brandmauer"

Vor nicht allzu langer Zeit hatte noch der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz getönt: „Mit mir wird es eine Brandmauer zur AfD geben!" Merz vollmundig: „Wer mit der AfD kooperiert, dem droht ein Parteiausschlussverfahren."

Jetzt zeigt sich angesichts der aktuellen schweren gesellschaftlichen Krisen, dass insbesondere CDU-Kreisverbände in Ostdeutschland nicht viel von solchen Bundes-Verboten par ordre du mufti halten. Doch der Reihe nach.

Wer hat die Mehrheit im Landkreis?

Die AfD-Fraktion hat im Bautzener Kreistag zusammen mit der CDU eine klare Mehrheit – mit 58 von 97 Sitzen. Werden noch die Fraktionsmitglieder der Freien Wähler dazu gezählt, dann verfügt die rechts-konservative Mehrheit über etwa 70 Prozent der Sitze. Dabei ist die Fraktion die FDP (noch) nicht mitgezählt.

Die SPD-Fraktion kommt auf acht Stimmen, die Grünen auf fünf. Mit der Mehrheit von AfD und CDU ist vor wenigen Tagen beschlossen worden, künftig ausreisepflichtige oder abgelehnte Asylanten die staatliche finanzielle Unterstützung zu verweigern.

In diesem Beschluss heißt es, nur solche Personen aus dem Ausland sollen staatliche Leistungen erhalten, „die über eine geklärte Identität verfügen, Maßnahmen der Aufenthaltsbeendigung nicht rechtsmissbräuchlich verhindern und intensive Integrationsbemühungen vorweisen".

Was denken die Bürger?
Diese Entscheidung überrascht zumindest etliche ostdeutsche Bürger keineswegs. Meinen doch insbesondere viele Ostdeutsche, dass abgelehnte Asylanten keinen Anspruch darauf haben sollten, in Deutschland zu bleiben und staatlicherseits versorgt zu werden. Handelt es sich ja in etlichen Fällen bei solchen abgelehnten Asylbewerbern sogar um Straftäter oder gar Gefährder, die den Terrorismus unterstützen. Diese zugewanderten Ausländer finanziell zu unterstützen, „ist ein Schlag ins Gesicht für all jene, die einer Arbeit nachgehen und sich an die Gesetze halten" (Freie Welt).
Falsch, weil es von der AfD kommt?
In den Augen des politischen und medialen Mainstreams ist das besonders Pikante an der nunmehr beschlossenen Änderung der lokalen Asyl-Vorschrift, dass der Antrag dazu von der Alternative für Deutschland in den Kreistag eingebracht worden ist.
Nach dieser Kreistags-Entscheidung sind die Grünen regelrecht schockiert. Ihr Fraktionsmitglied Jonas Löschau schimpft voller Wut auf Twitter von einem „Dammbruch". Aus seiner Sicht ist es geradezu polit-kriminell, dass die Christdemokraten ihr Plazet einem Antrag der AfD gegeben haben.
Grüne: Nur die halbe Wahrheit
Das ist jedoch – wenn überhaupt – nur die halbe Wahrheit. Fakt ist vielmehr, dass die CDU auch in Sachsen erklärt hat, keine Zusammenarbeit mit der AfD anzustreben. In diesem Fall aus dem Kreis Bautzen haben die christdemokratischen Kommunal-Abgeordneten lediglich einem einzelnen Antrag der AfD-Fraktion zugestimmt. Deswegen schaltet die CDU-Landesspitze von Sachsen nicht auf Konfrontation mit ihrem christdemokratischen Kommunalverband. Für den Landesvorsitzenden Michael Kretschmer kommen Sanktionen für die Parteifreunde in Bautzen nicht in Frage – vielleicht auch deswegen, weil die dortigen CDU-Kollegen „offensiv zu ihrem Kurs" stehen (Die Welt).
Schon öfter gab es Abstimmungen mit der AfD
Tatsächlich sind gemeinsame Abstimmungen anderer Parteien mit der AfD auf lokaler oder regionaler Ebene durchaus nicht ganz ungewöhnlich – zumindest nicht im Osten Deutschlands.
Nicht nur die CDU, sondern auch die SPD, die FDP und sogar die Linke haben sich in Einzelfragen der Politik in den Städten und Gemeinden bisweilen mit der AfD zusammengetan, um politische Anträge durchzubringen. Und bisweilen „schwappt dies hoch bis auf die Landesebene" (Die Welt).
Anfang Februar 2020 ist in Thüringen – zumindest für ein paar Tage – der FDP-Politiker Thomas Kemmerich im dritten Landtags-Wahlgang mithilfe der Stimmen von AfD und CDU zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Und im Dezember 2020 haben Christdemokraten und AfD-Abgeordnete in Sachsen-Anhalt gemeinsam Front gemacht gegen die Erhöhung des obligatorischen Rundfunkbeitrags.

https://www.pi-news.net/2022/12/braunschweig-26-jaehriger-aus-burundi-vergewaltigt-zehnjaehrige/

Braunschweig: 26-Jähriger aus Burundi vergewaltigt Zehnjährige

21. Dezember 2022

Erst durch die Veröffentlichung dieses Phantombild wurden der Öffentlichkeit wichtige Einzelheiten über den Täter und sein schweres Verbrechen auf dem Baustellengelände am Mittelweg in Braunschweig bekannt.

Von MANFRED W. BLACK | Im niedersächsischen Braunschweig hat „ein Mann" (Braunschweiger Zeitung) am 5. Dezember ein erst zehnjähriges Mädchen vergewaltigt. Nach einer längeren regionalen Großfahndung gelang es jetzt der Polizei, „einen 26-Jährigen" zu verhaften, schreibt die Regionalzeitung nebulös, die zur Funke-Medien-Gruppe gehört. Der „Mann" hatte das Mädchen nicht nur brutal missbraucht, sondern drohte auch damit, sie umzubringen.

Fahndungs-Foto führt zur Festnahme

Zunächst hatte der Gewaltverbrecher das Mädchen auf heimtückische Art vermeintlich um Hilfe gebeten, da ihm angeblich diverse Gegenstände zu Boden gefallen seien. Dann jedoch, berichtet das Braunschweiger Polizeipräsidium, griff „er nach dem Mädchen und zog sie auf ein Baustellengelände".

Auffällig: Die Braunschweiger Zeitung verschweigt nach der Festnahme des Täters – wie fast alle anderen Medien auch – die wahre Identität des Festgenommenen.

Unmittelbar nach der Tat lief das Mädchen in großer Panik nach Hause. Hier erfuhr die Mutter von dem eklatanten Verbrechen, das

einige Zeitungen nun stets eher beschönigend „Missbrauch" nennen. Die Polizei wurde informiert, sie fahndete sofort mit großem Personaleinsatz nach dem Vergewaltiger. Doch die Fahndung blieb zunächst etliche Tage erfolglos.
Erst eine Phantombild-Veröffentlichung des Täters, die die Staatsanwaltschaft und das zuständige Amtsgericht Braunschweig in diesem besonderen Ausnahmefall genehmigt hatten, um „auch auszuschließen, dass es zu weiteren Taten kommt", wurden der Öffentlichkeit wichtige Einzelheiten über dieses schwere Verbrechen bekannt.
Täter: Schwarzer aus Burundi
Jetzt ist der Täter tatsächlich verhaftet worden. Darüber hat nun auch die Braunschweiger Zeitung einen weiteren Nachrichtenartikel veröffentlicht. Obgleich zuvor sogar mit dem Phantombild des Verbrechers tagelang öffentlich gefahndet worden war und obschon selbst das Braunschweiger Polizeipräsidium nunmehr offiziell von einem Tatverdächtigen „aus Burundi" spricht, präsentiert die Zeitung jetzt kein Foto des Verbrechers.
Die Braunschweiger Zeitung lässt ebenfalls unter den Tisch fallen, dass der Vergewaltiger ein Schwarzer aus Ostafrika ist. Der kam als angeblich „Schutzsuchender" aus dem ostafrikanischen Burundi und lebt hier seit längerer Zeit auf Kosten des Sozialstaates – also des hiesigen Steuerzahlers. Auch die Helmstedter Zeitung verschweigt mit großer Chuzpe den afrikanischen Hintergrund des Schwerverbrechers.
Warum schweigen die Medien?
Die längst flächendeckend gescheiterte linke Politik der unbegrenzten „Flüchtlings"-Zuwanderung aus weiten Teilen dieser Welt könnte langsam aber sicher von immer mehr Bundesbürgern in Frage gestellt werden. Das will der linksgrüne Mainstream in Medien und Politik mit aller Macht verhindern. Deswegen werden zu dieser grundlegenden Problematik ständig relevante Tatsachen verheimlicht.
Das Tragische dabei: der deutsche Michel, der – wenn überhaupt – nur Mainstream-Medien verfolgt, merkt es meist nicht. Oder will es nicht merken. Der Glaube an die medial allerorten verbreitete linke Ideologie verhindert in den meisten Fällen, dass sich Bürger mit kritischen Fakten zur Ausländerpolitik auseinandersetzen.

Montpellier: Selbstjustiz-Rache-Orgie durch Marokkaner an französischen Roma (Videos)

17. 12. 2022

Die schlimmsten Albträume zur linken Dystopie der Multikulti-Ideologie werden wahr:***nu

In Frankreich scheitert der Staat, indem er sein Machtmonopol gegen multikulturelle Randgruppen nicht mehr durchsetzen kann, um Recht und Sicherheit zu gewähren. Dieses Machtvakuum okkupieren dann archaisch geprägte Multikulti-Gemeinschaften als Staaten im Staate… Indem jene gleichzeitig das in westlichen Demokratien (historisch lang und schmerzhaft) erkämpfte Fundament der Gewaltenteilung (Legislative, Judikative, Exekutive) an sich reißen und durch eine archaisch-altbiblische Aug-um-Auge-Rachejustiz ersetzen.

300 Marokkaner verwüsten Roma-Viertel – Versuchter Lynchmord

In der Donnerstag-Nacht (16.12. 2022) griffen ca. 300 Marokkaner mehrere Romaviertel in Montpellier an. Einige waren mit AK-47-Kalaschnikows bewaffnet. Eine Person, der die Kehle durchgeschnitten wurde, überlebte und wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Ein weiterer Mann wurde entführt, sein Aufenthalt ist ungewiss.

Der Anlass: Autofahrer fuhr marokkanischen Jungen zu Tode

Nachdem es anlässlich des französischen WM-Sieges gegen Marokko in ganz Frankreich zu Multikulti-Unruhen gekommen war, eskalierten diese im südfranzösischen Montpellier tragisch: Marokkaner griffen ein Auto an und wollten eine, auf einem Auto befestigte, französische Nationalflagge herunterreißen. Dann stieg der Fahrer aufs Gas, fuhr mehrere Marokkaner an, darunter der 14-jährige Aymen, welcher kurz danach verstarb.

Archaische marokkanische Lynch-Rache-Orgie

Die Maghrebiner vermuteten den Fahrer in einer Zigeunerkolonie im Stadtteil Mosso, worauf sie dann auf eigene Faust eine Hausdurchsuchung in Angriff nahmen. Ca. 300 Personen unternahmen zudem eine Strafexpedition in mehrere Zigeunerkolonien. Dabei schrien sie:

„Allahu Akbar! Wir werden eure Zigeunermütter ficken."

Vor Ort wurden Wohnungen verwüstet, eine Person auf Lynchjustiz-Art gefangen genommen. Einem Einheimischen wurde die Kehle durchschnitten. Der gefolterte Mann liegt inzwischen im Krankenhaus. (vadhajtasok)

Video zeigt Unfassbares

Bereits am 15. Dezember erschien in den sozialen Medien ein Video der „Razzia" :

Einer Zigeunerfamilie wird von 300 bewaffneten Männern verfolgt, zwei Häuser wurden in Brand gesteckt. Daraufhin fliehen die Romas mit ihren Fahrzeugen aus Montpellier – wie wie Yaka Maraval, ein Sprecher der Zigeunergemeinschaft mitteilte:

Dabei soll es sich um regelrechte archaische Strafexpeditionen gehandelt habe, welche auf das Eigentum von Zigeunerfamilien in Mosson-la Paillade abzielten. Bereits 24 Stunden nach dem tragischen Autounfall mit Todesfolge sollen Zigeuner terrorisiert worden sein, insbesondere Kinder. Ein Video soll dokumentieren…

„wie ein Mann entführt und gewaltsam in den Kofferraum eines Autos gesteckt wurde. Wo ist er? Seine Eltern dachten, er sei in seinem Zimmer."
Maraval kündigte an, dass er und andere Mitglieder der Roma-Gemeinde in die Präfektur Herault gehen würden: „Weil wir Angst vor der nächsten Nacht haben."
Yaka Maraval weiter: „Eine Horde mit Kalaschnikows bewaffneter Jugendlicher drang in die „Jupiter-Residenz" ein, brach die Tür einer der Wohnungen auf, plünderte die Möbel und setzten sie in Brand. Sie zündeten ein Auto an und flohen dann."

Roma-Selbstjustiz-Gegenwehr

Danach eskalierte der Multi-Kulti-Konflit weiter: Die Romae von Figuerolles bewaffneten sich, um die angegriffenen Familien zu schützen. Danach kehrten die maghrebinischen Angreifer um.
Maraval weiter:
„Die Situation ist unhaltbar. Wir wollen keinen Krieg. Die schreckliche Tat des jungen Mannes (des Amokfahrers: Anmerkung) kann doch nicht zu Rache an der gesamten Romagemeinschaft führen. Wir fühlen mit dem Schmerz der Familie des Teenagers."
Der französische Blogger Damien Rieu fasste die Situation perfekt zusammen.
„Um das beispiellose Ausmaß an Omerta in Montpellier vollständig zu erkennen, stellen Sie sich vor, französische Milizen hätten eine Gemeinde X oder Y von einer französischen Stadt aus terrorisiert und verfolgt… Und dann Stadt von Anti-Terroristen und der NATO überfallen".

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt.
Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://www.pi-news.net/2022/12/muenchen-14-jahre-haft-fuer-ice-messermann/

München: 14 Jahre Haft für ICE-Messermann

23. Dezember 2022

Von MANFRED ROUHS | Still und heimlich hat das Oberlandesgericht München jenen 28-jährigen Messermann, der im November 2021 in einem ICE im Raum Nürnberg auf Reisende einstach und dabei „Allahu akbar"

gerufen hatte, zu 14 Jahren Haft verurteilt. Das berichtet die „Legal Tribune Online“. Der 23. Dezember 2022 war als Datum für dieses Urteil offenbar volkspädagogisch klug gewählt. Das Urteil geht im Weihnachtsrummel unter und ist den Massenmedien bestenfalls eine Randnotiz wert.

Dabei war der Prozess durchaus – auch juristisch – spannend. Denn die Verteidigung argumentierte geschickt und setzte ihren Mandanten als psychisch gestörtes, armes Opfer widriger Verhältnisse in Szene. Der anklagende Generalbundesanwalt dagegen ging von einem religiös motivierten dschihadistischen Hintergrund der Tat aus und forderte lebenslange Haft. Die wäre nach der üblichen bundesrepublikanischen Justizpraxis allerdings nach 15 Jahren spätestens zu Ende gewesen – so dass die 14 Jahre am Antrag der Anklagebehörde recht nahe dran sind.

Zweifellos hat, zumindest abstrakt, ein Stück weit auch die Verteidigung recht: Alle Dschihadisten sind irgendwie psychisch gestört. Da der Begriff des muslimischen Dschihadismus aber weit gefasst ist und unter ihn eindeutig nicht nur mörderische Attentäter fallen, liefe die Feststellung, alle Anhänger des Dschihad seien irre, auf die Psychiatrisierung eines erheblichen Teils aller Anhänger der Weltreligion des Islam hinaus. So weit mochte das Gericht offenbar nicht gehen.

Stattdessen taten die Richter das, was sie in Fällen dieser Art meistens tun: Sie folgten der Einschätzung eines psychiatrischen Gutachters, der den in Palästina geborenen und in Syrien aufgewachsenen Mann für im rein medizinischen Sinne voll zurechnungsfähig erklärte. **Und dessen Aufgabe es nicht war, einzuschätzen, ob möglicherweise der muslimische Dschihadismus insgesamt als Geisteskrankheit einzuordnen sei.**

Niemand weiß, wie groß die Zahl der Dschihadisten ist, die unter uns leben. Folgerichtig werden uns und der Justiz Abgrenzungsfragen dieser Art noch eine ganze Zeit lang erhalten bleiben.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.n-tv.de/ticker/Schweden-befindet-sich-in-einer-sehr-ernsten-Lage-article23799410.html

Regierungschef Ulf Kristersson

"Schweden befindet sich in einer sehr ernsten Lage"
21.12.2022, 13:45 Uhr
Schwedens neuer Regierungschef Ulf Kristersson hat in seiner ersten Weihnachtsansprache ein düsteres Bild vom Zustand seines Landes gezeichnet. "Schweden befindet sich in einer sehr ernsten Lage", sagte der konservative Politiker am Mittwoch. Er verwies dabei auf die globale Klimakrise und drei aus seiner Sicht parallel verlaufende Krisen: **die innerschwedische Sicherheitskrise mit ständigen Schusswaffenverbrechen**, die äußere Sicherheitskrise mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die Energiekrise.
Der 58-Jährige äußerte sich gerade mit Blick auf die tödliche Schusswaffengewalt in seinem Land besorgt. Kein anderes Land in der EU habe in der Hinsicht auch nur annähernd ein solch starkes Problem wie Schweden, sagte er. Im Ausland wird Schweden gemeinhin als friedlich und harmonisch wahrgenommen.
Von Jahresanfang bis Mitte Dezember habe es 378 Schusswaffenvorfälle gegeben, bei denen 60 Menschen getötet und 104 verletzt worden seien. In Dänemark und Norwegen seien es im Vergleich dazu nur jeweils vier Tote und in Finnland zwei gewesen. In Södertälje bei Stockholm seien in diesem Jahr bislang so viele Menschen erschossen worden wie in ganz London. Vor allem junge Menschen würden getötet und töteten, fast immer im Rahmen organisierter krimineller Gangs und fast immer mit ausländischem Hintergrund, sagte er.
Quelle: ntv.de, dpa

https://www.pi-news.net/2022/12/nrw-milde-urteile-gegen-mitglieder-des-al-zein-clans/
NRW: Milde Urteile gegen Mitglieder des Al-Zein-Clans

NRW: Milde Urteile gegen Mitglieder des Al-Zein-Clans

27. Dezember 2022

Von MANFRED W. BLACK | Manchmal ist die Polizei nicht nur tüchtig, sondern hat auch Glück. Ermittlungsbehörden konnten fünf arabischen Gangstern aus Leverkusen viele schwere Straftaten nachweisen. Nun stand der berüchtigte muslimische Al-Zein-Clan monatelang vor Gericht. Die Bande hatte etliche Jahre in purem Luxus gelebt – und trotzdem auch noch die Chuzpe, hunderttausende Euro Sozialhilfe (Hartz IV) vom Jobcenter zu kassieren (PI-NEWS berichtete).
Auch der WDR konnte dieses Mal den ethnischen Hintergrund der Verbrecherbande nicht verschweigen; zu oft ist in NRW schon über den bekannten Clan berichtet worden. So schreibt der WDR – in einem auffällig kurzen Bericht –, „fünf Mitglieder des deutsch-libanesischen Familienclans" seien „wegen Schutzgelderpressung, Geldwäsche, Geiselnahme und bandenmäßigen Sozialbetrugs verurteilt" worden.

127 Seiten Anklageschrift

Mehr noch: Den Angeklagten wurden in wechselnder Beteiligung auch erpresserischer Menschenraub, gefährliche Körperverletzung und Steuerhinterziehung vorgeworfen. Die Anklageschrift umfasst

insgesamt 127 Seiten. Noch kurz vor Weihnachten hat das Landgericht Düsseldorf sein Urteil gefällt, das alle Beobachter freilich in ziemliches Erstaunen versetzte.
In den USA würde zumindest der Chef einer solchen Schwerverbrecher-Bande wohl 80 Jahre Gefängnis aufgebrummt bekommen. Selbst die Süddeutsche Zeitung – sonst stets mit einem großen linken Herzen für muslimische Straftäter – prognostizierte eine 15-jährige Strafe für den Clan-Boss.
Im Juni 2021 hatte die Polizei mit Sondereinheiten – sogar ein Panzer der Bereitschaftspolizei wurde eingesetzt – die Millionenvilla der libanesischen Großfamilie in Leverkusen gestürmt. Razzien gab es zeitgleich noch in anderen Orten.
Das 47-jährige Familienoberhaupt Badia (Spitzname: „Buddy") Al-Zein und etliche weitere Clan-Angehörige sind damals zunächst festgenommen worden. Al-Zein saß anschließend einige Monate in U-Haft.
Sozialgeld floss in Strömen
Nun muss der Clan-Chef demnächst – nur – für sechs Jahre hinter Gitter. Wenn das Urteil rechtskräftig werden sollte. Zwei seiner Söhne – Sehmus Al-Zein (30) und Merhen Al-Zein (28) – müssen jeweils lediglich für drei Jahre in Haft.
Bei einem weiteren Sohn und der Ehefrau von Badia Al-Zein wurden die Haftstrafen sogar zur Bewährung ausgesetzt. Die einschlägigen Verfahren gegen eine Tochter und eine Schwiegertochter des Bandenoberhaupts sind bereits vorher wegen angeblicher „geringer Schuld gegen Auflagen eingestellt" worden.
Ihre hochherrschaftliche Villa hatte die Bande in Schein-Mietwohnungen umgewandelt. Mehrere „mittellose" Familienmitglieder wohnten dort vermeintlich zur Miete und bezogen so durch Betrug insgesamt mindestens 463.000 Euro (Hartz IV) vom staatlichen Jobcenter.
Die entsprechenden Antragsformuliere für die Sozialhilfe sind, so berichten Medien, oft unvollständig und falsch ausgefüllt worden. Doch das störte die Beamten nicht. Sie gaben vor Gericht an, sie hätten geglaubt, die Antragsteller beherrschten einfach die deutsche Sprache nicht. Fehler und Lücken in den Papieren sind so oftmals bewusst übersehen worden. Das Sozialgeld floss trotzdem in Strömen. Auch später erfolgten lange Zeit keinerlei Kontrollen.
Absprachen zwischen den Staatsanwälten und den Angeklagten
Bei den Verhaftungen wurde bei der Bande sehr viel Bargeld sichergestellt. Der Clan weigerte sich jedoch, die Herkunft des Bar-Vermögens in Höhe von mehreren hunderttausend Euro offenzulegen. Sanktioniert wird in Deutschland ein solches Verhalten von Kriminellen nicht.
Vor der entscheidenden Gerichtsverhandlung hat es Absprachen zwischen den Staatsanwälten und den Angeklagten gegeben. Zu solchen Absprachen neigen Clan-Gangster und Juristen oft, wenn die Schuld der Verbrecher offensichtlich geworden ist: Die Banditen gestehen zügig ihre

Verbrechen und erhalten dafür später milde Strafen – oft auch noch auf Bewährung.

So auch in diesem Fall. Die angeklagten „Familienmitglieder" spazierten vor Eröffnung der Verhandlung seelenruhig und selbstbewusst in den Gerichtssaal – „nach einer Absprache und gegen 80.000 Euro Kaution waren sie inzwischen auf freiem Fuß" (Bild-Zeitung).

Bald wieder frei?

Das Clan-Oberhaupt Badia Al-Zein trug eine Gucci-Jogginghose, deren Preis Beobachter auf mindestens 800 Euro schätzten, und einen schwarzen Daunenmantel. Zwei Begleiter machten ihrem Bandenchef den Weg auf den Fluren frei – und schlugen nebenbei ungehindert aggressiv und demonstrativ auf die Kameras zweier Fernsehjournalisten.

Bei der ersten Gerichtsverhandlung hatte Al-Zein sich noch feiern lassen – und sogar „Kusshände geworfen" (Bild). Jetzt hat der Clan-Boss das Urteil ohne große Regung auf genommen. Natürlich geht er davon aus, nur einen Teil seiner sechsjährigen Haftstrafe wirklich absitzen zu müssen.

https://unser-mitteleuropa.com/herz-der-finsternis-video-belegt-archaischen-multikulti-meuchel-lynch-mord-in-koeln/

„Herz der Finsternis": VIDEO belegt archaischen Multikulti-Lynch-Mord in Köln

25. 12. 2022

Diese Aufnahmen einer Überwachungskamera sind jetzt nach 9 Monaten aufgetaucht: Mitten in Deutschland wird ein serbischer Familienvater von 30 Männern einer Großfamilie auf offener Straße, am helllichten Tag massakriert. Grund: Der Serbe hatte jene Großfamilie im Internet beleidigt. Diese unfassbar archaische Tat geschah am 10. März 2022.

Dabei stoppen etwa 30 Männer den 37-Jährigen, als mit seinem PKW durch eine ruhige Straße in Köln-Höhenberg fuhr. Ein anderer zieht durch das geöffnete Fenster den Zündschlüssel. Zwei weitere Männer kommen dazu, zerren den 37-Jährigen aus dem Wagen, schlagen, treten ihn – teils mit einem Hammer – und stechen insgesamt 17 Mal auf ihn solange ein, bis er zusammenbricht. Schließlich erliegt er seinen Verletzungen im Krankenhaus.

Beleidigung von Großfamilie in Live-Stream

Der Serbe hatte am Tag vor dem Lynch-Mord mittels Live-Stream eine Großfamilie in Köln aus Übelste bedroht und beleidigt.

Großteils erfolglose Fahndung

Unmittelbar nach dem Lynchmord ergriffen die Täter zunächst zu Fuß die Flucht, stiegen dann aber in mehrere Autos. Auf Basisi des Videomaterials fahndete die Polizei einige Wochen später insgesamt nach 18 Tatverdächtigen. Doch trotz mehreren Razzien in verschiedenen Wohnungen und Flüchtlingsheimen konnte kein einziger von ihnen mehr angetroffen – wie der „Kölner Stadt-Anzeiger" berichtete.

Staatsanwaltschaft: Lynchmord aufgrund von Familienzugehörigkeit

Nun steht ein 31-Jähriger (Staatsbürgerschaft Bosnien-Serbien) wegen der brutalen Lynch-Attacke vor dem Kölner Landgericht, zwei weitere mutmaßliche Täter sitzen in Untersuchungshaft. Allerdings sollen sie nicht die Hauptverdächtigen sein.

Die unfassbare Anklage der Staatsanwaltschaft: Der Angeklagte habe...

...„mit seiner Familie beschlossen, den Geschädigten allein aufgrund seiner Familienzugehörigkeit zu töten. Hieran sollten sich alle Mitglieder der Großfamilie des Angeklagten beteiligen." (Express)

Archaische Vernichtungs-Phantasien: „Kakerlaken", „Hand-Abhacke-Fleischermesser"

Das Kölner Strafgericht zeigte auch Auszüge aus dem Schmäh-video, welches der Tat vorausgegangen war. Es ist auch ein bizarr-erschreckendes Dokument der Rückkehr der „Herz der Finsternis" in ehemalige Rechtsstaaten:

Dabei beleidigte ein kräftig gewachsener Mann mit Kapuzenpulli die Toten jener Kölner Großfamilie. Die noch lebenden Familienmitglieder bedroht er schließlich mit Gewalt und Tod. Auch der Bruder des späteren Opfers spricht dabei wild drohend, mit dem Zeigefinger in die Kamera seines Mobiltelefons.

Die primitiv-archaisch Macho-Tirade wird dabei live via facebook gestreamt: „Ich bin der richtige Löwe", sagt er. Gleichzeitig beschimpft der Mann seine Feinde als „armselige Kakerlaken". Indem er ein Bier nach dem anderen trinkt und sich zwischendurch eine Portion Pommes genehmigt. Danach gönnt er sich eine Verdauungszigarette und singt minutenlang ein Lied.

Drohung mit Fleischermesser

Mit einem mächtigen silbernen Fleischerbeil in der Hand (nach eigenen Angaben in Japan hergestellt) droht er einem Clanmitglied aus der Kölner Großfamilie, dass er ihm eigenhändig damit die Hand abhacken werde:

„Und dann gebe ich sie Dir in die andere Hand, damit Du sie auch mal halten kannst."

Darauf folgt ein diabolisches Lachen:

„Und dann schneide ich dir die andere auch noch ab."

Er folgt eine schnelle Hackbewegung. Und weiter:

„Siehst Du, wie schnell das geht?"

Doch damit nicht genug... Seiner Überzeugung nach würden noch viele abgeschnittenes Hände und Füße folgen. Dann hält er eine

Pistole in die Kamera: „Schau mal!", zieht das Magazin zum Beweis, dass es geladen ist: „Das ist eine Tschechische, 7,62 Millimeter", und erklärt weiter: Viele dächten, dass er sich „nicht auskennt mit Pistolen. Aber mein Vater hat mir den Umgang mit Waffen beigebracht."
Fünf-stündiges Wahnsinns-Video
Weiters brüstet er sich damit: Dass er in sechs Monaten trainiert habe, wofür andere zehn Jahre bräuchten. Immer wieder fordert der Glatzköpfige mit Bart und glasigen Augen seine Zuschauer auf, den Stream zu teilen und zu verbreiten.
Die Folge: „Am nächsten Nachmittag ist dann sein Bruder, der dem Vernehmen nach kaum noch Kontakt zu ihm hatte und Vater zwei kleiner Töchter war, tot. Erschlagen und abgestochen von einem Mob auf einer Straßenkreuzung in Höhenberg." (Kölner Rundschau) Der Prozess wird in Kürze fortgesetzt.
Sehnsucht nach der Rückkehr des „Herz der Finsternis'" (Joseph Conrad)
Freilich kratzen all diese archaischen Multikulti-Verbrechen nur an der Oberfläche. Denn seit der „Refjutschie"-Crisis-2015 hat sich in den Multikulti-Wohlfahrts-Gesellschaften eine geradezu frappierende Nonchalance und Abstumpfung, selbst gegenüber den archaischsten Verbrechen eingespielt.
„Ein 18-jähriger Tschetschene soll einen Geschichtslehrer auf offener Straße enthauptet haben. Er veröffentlichte ein Bild von der Tat und schrieb in einem Tweet, er habe das Opfer 'im Namen Allahs hingerichtet', weil es ‚den Propheten Mohammed beleidigt' hatte." (Krone , Bild, 16.10.2010)
„Einen langen Krieg ertragen wenige, ohne seelisch zu verderben; einen langen Frieden erträgt niemand." (Oswald Spengler: „Der Untergang des Abendlandes")
Dieser kulturhistorische Befund des berühmten Geschichtsphilosophen Oswald Spengler („Der Untergang des Abendlandes", 1919–22) führt nun, am Ende der Kulturperiode des Abendlandes, zu einer Re-Anarchisierung der einst christlichen Gesellschaften. Es ist aber auch eine Sehnsucht nach Regression aus dem Antriebe eines gewaltigen Zivilisations-hasses...
UM-Autor Elmar Forster hat diesbezüglich eine kultur-soziologische Dekadenztheorie beschrieben. Im Jänner erscheint (nach seinem Bestseller „Ungarn: Freiheit und Liebe -Plädoyer für eine verleumdete Nation und ihren Kampf um Wahrheit") im Gerhard-Hess-Verlag eine kulturhistorische Analyse zum jetzigen Untergang des christlichen Abendlandes.

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt.

Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://www.pi-news.net/2022/12/hamburg-drei-sexuelle-uebergriffe-ndr-verschweigt-wichtige-fakten/

Hamburg: Drei sexuelle Übergriffe – NDR verschweigt wichtige Fakten

13. Dezember 2022

Von MANFRED W. BLACK | **In den Hamburger Stadtteilen Lurup und Eidelstedt sind am Wochenende auf offener Straße innerhalb kurzer Zeit gleich drei Frauen Opfer sexueller Übergriffe geworden. Der NDR spricht in seiner Berichterstattung nebulös von „offenbar sexuell motivierten Angriffen".**
Aus welchem Milieu der mutmaßliche Täter vermutlich stammt? Dazu kommt vom ARD-Sender kein einziges Wort.
Mainstream-Medien vertuschen Hintergründe
Der NDR berichtet, dass nun die Polizei nach „Zeuginnen und Zeugen" suche. In Lurup habe „ein Mann" am Freitagabend zunächst eine 18-jährige Frau attackiert. Als das Opfer lautstark schrie, sei der Täter geflüchtet.
Wenig später, so der norddeutsche Sender weiter, habe wahrscheinlich der selbe Täter in der Nähe „eine 22-Jährige unsittlich" berührt. Und am nächsten Abend sei es zu einem erneuten Übergriff in Eidelstedt durch den schon zuvor in Erscheinung getretenen Mann gekommen.
Die betroffene Frau habe sich „laut" gewehrt, auch in diesem Fall sei der Täter geflüchtet. Weitere Sätze zu Zeugen-Hinweisen, die längst bekannt sind? Fehlanzeige bei der linksgrün dominierten ARD.
„Südländisches Erscheinungsbild"
In Wahrheit ist bekannt – das berichtet in diesem Ausnahmefall sogar die linke Hamburger Morgenpost, die sonst sehr bemüht ist, alles zu verschweigen, was man negativ über Ausländer im allgemeinen und Flüchtlinge im besonderen auslegen könnte –, dass der gesuchte „Mann" ein „südländisches Erscheinungsbild" hat, etwa 20 bis 30 Jahre alt sowie ungefähr 1,80 Meter groß ist und einen Mund-Nasen-Schutz getragen hat.
„Südländisches Erscheinungsbild": Eine bekanntlich heute oft übliche Formulierung dafür, dass der gesuchte Straftäter

vermutlich in den Reihen von („geflüchteten“) Ausländern zu suchen ist, die arabischer oder afrikanischer Herkunft sind.
Dass ausgerechnet der öffentlich-rechtliche Rundfunk – in diesem Fall die zweitgrößte Sendeanstalt der ARD, der NDR – nicht erwähnt, dass der gesuchte Gewalttäter sehr wahrscheinlich ein „Südländer“ ist, überrascht nicht all zu sehr.
Unter den Mainstream-Medien in Deutschland versuchen nicht zuletzt ARD und ZDF immer wieder gezielt zu vertuschen, dass insbesondere bei schweren Gewalttaten unter den Tätern ausländische Männer – zumeist angeblich geflüchtete „Schutzsuchende“ – weit überproportional vertreten sind.

https://www.pi-news.net/2022/12/hamburg-messerstecherei-in-st-georg-ndr-vertuscht-hintergruende/

Hamburg: Messerstecherei in St. Georg – NDR vertuscht Hintergründe

30. Dezember 2022

5

Einen Tag vor Heiligabend hat es in Hamburg-St. Georg eine lebensgefährliche Auseinandersetzung zwischen „drei Männern“ gegeben (Symbolbild).

Von MANFRED W. BLACK | Einen Tag vor Heiligabend hat es in Hamburg-St. Georg eine lebensgefährliche Auseinandersetzung zwischen „drei Männern“ (Norddeutscher Rundfunk) gegeben. Einer „der Kontrahenten“, schreibt der NDR jetzt – erst mit einiger Verspätung –, soll einem 36-jährigen ein Messer in die Brust gerammt haben. „Die Angreifer“ (NDR), die offenbar aus dem Drogenmilieu stammen, sind anschließend geflüchtet.

Dass dieses hoch kriminelle Milieu im Ortsteil St. Georg seit langer Zeit von Schwarzen und Arabern dominiert wird, erwähnt der öffentlich-rechtliche Sender nicht.

Nach der Messer-Attacke blutete das Opfer stark, „der Mann“ – vermutlich auch schwarzer oder arabischer Herkunft – konnte aber noch eine Polizeistreife auf der Straße um Hilfe bitten. Ein Rettungswagen brachte den Schwerverletzten ins Krankenhaus.

Präzise Hinweise auf die Täter? Die sucht der Bürger beim ARD-Sender – wie schon so oft – vergeblich. Der NDR beschränkt sich gezielt darauf, nur vage Hinweise auf die Gewalttäter zu veröffentlichen: Demnach sollen sie „schwarz gekleidet“ gewesen sein.

Mehr Infos gibts beim Staatsrundfunk nicht. Der Bürger soll nicht erkennen, dass die Drogen-Subkultur von Migranten beherrscht wird, die zumeist mit großer Chuzpe auch noch volle Sozialleistungen des Staates, also des Steuerzahlers, beziehen.

Wer sind die Messerstecher?

In Ermittlerkreisen ist freilich längst bekannt: Einer der Angreifer soll etwa 30 Jahre alt sein und ein „südländisches Erscheinungsbild" haben. Auch der zweite Täter ist von „südländischer Erscheinung". Diese (Tarn-)Formulierungen, die die Hamburger Morgenpost veröffentlicht hat, sollen verdecken, dass die Messerstecher allem Anschein nach aus dem – meist gewaltbereiten – afrikanischen oder arabischen Milieu stammen.

Die Hamburger Mordkommission und die Abteilung für Kapitaldelikte der Staatsanwaltschaft ermitteln jetzt wegen des versuchten Tötungsdelikts. Die Polizei sucht Zeugen des Messerangriffs.

https://unser-mitteleuropa.com/migrantische-silvesterbraeuche-massenvergewaltigung-minderjaehriger-in-wien-rakten-und-boeller-gegen-sanitaeter-und-feuerwehr-in-berlin/

Migrantische Silvesterbräuche: Massenvergewaltigung Minderjähriger in Wien, Raketen und Böller gegen Sanitäter und Feuerwehr in Berlin (UPDATE)

01. 01. 2023

In Berlin haben sich bereits einen Tag vor Silvester hunderte Migranten „warm gemacht" für die Silvesternacht, indem Raketen und Böller auf Passanten und vorbeifahrende Autos geschossen wurden – wir berichteten.

— UPDATE —

Silvesterrandale durch Migranten auch in Zypern

Migranten in Zypern begrüßen das neue Jahr mit einer massiven Schlägerei in den Straßen von Larnaca. Nach Angaben der Polizei kam es am Samstagabend zu einer Schlägerei mit etwa 60 Personen. Doch als die Behörden am Tatort eintrafen, hatten die Banden von durchwegs jugendlichen Migranten das Gebiet bereits verlassen.

Gatestone berichtete kürzlich über die Migranteninvasion in Zypern, die von der islamischen Türkei orchestriert und als Waffe eingesetzt wird:

Die Republik Zypern, die zu 36 % illegal von der Türkei besetzt ist, hat zunehmend mit einer massiven Welle illegaler Migration aus der Türkei, dem Nahen Osten und Afrika zu kämpfen.

Zypern hat inzwischen die höchste Zahl von Asylanträgen pro Kopf der Bevölkerung aller EU-Länder. **Nach Angaben der zypriotischen**

Behörden machen Asylbewerber inzwischen fast 5 % der Inselbevölkerung aus.

Die Regierung behauptet, dass die Türkei diese illegale Einwanderungskrise inszeniert, da die meisten Migranten, die nach Zypern kommen, aus der Türkei einreisen. Berichten zufolge fliegen sie von Istanbul oder Ankara in den türkisch besetzten Norden Zyperns, werden dann in den freien, südlichen Teil der Republik Zypern geschleust und können von dort aus nach EU-Recht Asyl beantragen.

Auch in Wien „Silvestermord"

In Wien gab es nicht nur eine Vergewaltigung und diverse Angriffe von jugendlichen Migranten auf die Polizei (etwa in Favoriten und Floridsdorf), sondern auch einen „Silvestermord" in der Neujahrsnacht. Am Montag wurde die Leiche eines 74-Jährigen aufgefunden, wobei er „tödliche Verletzungen im Kopf- und Brustbereich aufwies, die auf das Vorliegen eines Fremdverschuldens hindeuten."

Düsseldorf: Frau in Silvesternacht erstochen

Eine Frau wurde am Silvesterabend bei einer Auseinandersetzung in einer Wohnung in Düsseldorf getötet. Ein 33 Jahre alter „Mann" soll aus bisher ungeklärter Ursache auf die Frau eingestochen und sie getötet haben.

Frankreich „jubelt" über weniger Randale und Autobrände

In Frankreich waren nichgt weniger als 90.000 Polizisten (!) im Einsatz, um Randalen und Ausschreitungen der üblichen Verdächtigen vorzubeiugen. Nun jubelt man von poltischer Seite: der Jahreswechsel sei in der Summe „friedlich und ohne große Vorfälle" verlaufen.

Dennoch wurden fast 700 (!) Autos in Brand gesteckt. Das seien 21 Prozent weniger ausgebrannte Autos als beim vorherigen Jahreswechsel gewesen, sagte Innenminister Gerald Darmanin dem Sender BFMTV. Die Polizei sei konsequent gegen Unruhestifter vorgegangen, landesweit habe es 490 Festnahmen gegeben.

Krawalle in Belgien, Schießerei in Salzburg und Mailand

In Belgien kam es ebenso zu fast schon traditionellen Ausschreitungen durch Einwanderer. Allein in der Hauptstadtregion Brüssel nahm die Polizei in der Silvesternacht rund 160 Personen fest, wie die belgische Nachrichtenagentur Belga berichtete. In Antwerpen habe es ebenfalls mehrere Dutzend Festnahmen gegeben. Hintergrund waren auch hier Angriffe auf Rettungen, Polizei und Passanten. In einem Fall konnte ein Rettungsdienst einer aus dem Fenster gefallenen Person nicht zur Hilfe kommen (!), weil Migranten den Wagen mit Raketen beschossen.

In Salzburg kam es vor einer Diskothek zu einer Massenschlägerei mit rund 30 Beteiligten. Ein rumänischer Security schoss dabei mit einer Schreckschusspistole mehrmals in die Luft.

In Mailand wurde ein 25-Jähriger bei den Feiern durch einen Pistolenschuss verletzt. In Neapel wurde ein 16-Jähriger von einer Kugel getroffen, während er auf dem Balkon der Wohnung eines Onkels Silvester feierte.

Machetenangriff in New York

Ein „junger Mann" hat am Silvesterabend unweit des New Yorker Times Square drei Polizisten mit einer Machete verletzt. Die Beamten nahmen

den 19-Jährigen nach einem Schuss in die Schulter fest, wie die New Yorker Polizei zu Neujahrsbeginn in einer Pressekonferenz erklärte. Die Polizei sprach von einem „grundlosen Angriff" auf einer Straße nahe einer der größten Silvestersausen der Welt: Den Angaben nach hatte sich der Mann außerhalb des für die Feier abgesperrten Bereichs in Manhattan einem Beamten genähert und versucht, ihm mit der langen Klinge auf den Kopf zu schlagen. Dann sei er auf zwei weitere Polizisten losgegangen.

Muslimisches Neujahrsbaby in Österreich

Fast schon ebenso traditionell, kommt das Neujahrsbaby in Österreich erneut aus einer muslimischen Familie. Die Eltern heißen Ahmet und Aynur, auf Fotos aus dem Krankenhaus ist die Mutter mit Kopftuch zu sehen.

Vergewaltigung in Wien – Bürgerkrieg in Berlin

Nun kommen erste erschreckende – aber leider vorhersehbare – Details aus der vergangenen Silvesternacht ans Tageslicht. In Wien wurde im Stadtpark ein minderjähriges Mädchen (17 Jahre) von drei „Männern" vergewaltigt. Freundinnen entdeckten das Opfer und alarmierten die Polizei. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei den Tätern – sofern sie je gefasst werden – um die üblichen Verdächtigen aus dem islamischen Kulturkreis handeln dürfte.

In Berlin wurden wiederum Blauchlichtorganisationen massiv angegriffen. Rettungswagen, Sanitäter und auch die Feuerwehr bekam die geballte Ladung migrantischer Wut ab. Fotos und Videos zeigen, wie Raketen für massive Schäden an Einsatzfahrzeugen und Gebäuden anrichteten. Die „Jugendlichen" errichteten teils Barrikaden, gingen mit Eisenstangen auf Unbeteiligte los und warfen Böller auf die angerückten Polizisten. Die Polizei traute sich teils nicht einmal aus ihren Einsatzwägen.:

Videos zeigen auch, wie Autos lichterloh brennen oder mehrere Migranten Waffen in die Luft halten und dabei jubelnd herumschießen:

Die Berliner Feuerwehr berichtete auf Twitter:

„Unsere Einsatzkräfte melden den Beschuss mit Pyrotechnik von mehreren Einsatzstellen. Ein Löschfahrzeug der Feuerwache Urban wurde an einer Einsatzstelle in der Hermannstraße in #Kreuzberg so massiv beschädigt, dass es außer Dienst gehen muss."

https://www.pi-news.net/2023/01/wie-falsche-vaeter-den-deutschen-sozialstaat-schroepfen/

Wie falsche Väter den deutschen Sozialstaat schröpfen

2. Januar 2023

Von MANFRED ROUHS | Deutsche Beamte verteilen im Dienst des Sozialstaates Geld in alle Welt, das nicht ihr eigenes ist. Das Ausmaß der Sorglosigkeit, das sie dabei immer wieder an den Tag legen, irritiert auch hartgesottene Gemüter. Ein für den deutschen Staat besonders kostspieliges Verfahren zur finanziellen Rundumversorgung und Einbürgerung von Zuwanderern basiert auf falschen Vaterschaftserklärungen mittelloser deutscher Männer.
Fatina Keilani erklärt in der „Neuen Züricher Zeitung", wie es gemacht wird:
„Ein mittelloser Mann – zu finden an der örtlichen Trinkhalle – bekommt 5000 bis 20 000 Euro bar auf die Hand und willigt im Gegenzug ein, das Kind einer ausländischen Mutter als das seinige anzuerkennen. Der Mann hat keine weiteren Verpflichtungen, denn bei ihm ist offiziell ja nichts zu holen. Er muss nur einmal mit aufs Jugend- oder Standesamt, zum Amtsgericht oder Notar.
Durch sein Vaterschaftsanerkenntnis bekommt die Kindsmutter – oft ist sie kinderreich – Anspruch auf Sozialleistungen in Deutschland, und zwar für sich und ihre sämtlichen Kinder. Das anerkannte Kind erhält zudem die deutsche Staatsbürgerschaft.
‚Im Durchschnitt sind es fünf Personen, die mit einer einzigen missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennung in das deutsche Sozialsystem kommen', sagt Tobias M. (Name geändert), Mitarbeiter der Sozialbehörde einer westdeutschen Stadt. Der Bürgermeister dieser Stadt, deren Einwohnerzahl mit gut 300 000 etwa der eines Berliner Bezirks entspricht, sagt: ‚Das kostet uns hier jährlich fünf Millionen Euro.' Seine Stadt ist nur eine von vielen, in denen das so läuft. Der Staat zeigt sich machtlos."
Ihr Schluss-Satz schlägt dem Fass den Boden aus: „Der Staat zeigt sich machtlos." Womit sie zwar vollkommen recht hat. Aber, um Himmels willen, warum denn nur?
Manches in der Politik ist kompliziert und undurchsichtig. Anderes ist dagegen einfach. So wie z.B. die Auflösung eines solchen Betrugssystems in Wohlgefallen.
Dafür wäre es lediglich erforderlich, der Anerkennung einer Vaterschaft mit ihren weitreichenden rechtlichen und finanziellen Folgen einen medizinischen Test vorzuschalten. Der kostet rund 200 Euro und könnte ohne weiteres von den beiden Antragstellern bezahlt werden. Er hätte unter amtsärztlicher Aufsicht zu erfolgen.
Eine solche Maßnahme würde die Zahl der Missbrauchsfälle von einem Tag auf den nächsten auf Null absenken. Der Fiskus würde jedes Jahr immense Geldsummen einsparen.
Die aktuelle Regelung stützt sich auf den § 1592 des deutschen Bürgerliches Gesetzbuches (BGB), der bestimmt: „Vater eines Kindes ist der Mann, der die Vaterschaft anerkannt hat." Das BGB stammt aus dem Jahr 1900, also aus einer Zeit, in der der Irrsinn der heutigen deutschen Verhältnisse noch nicht absehbar war. Die Regelungen zur Vaterschaft wurden aber auch schon einige Male geändert. Es wäre gesetzgeberisch ein Leichtes, an die Stelle der

voraussetzungslosen Anerkennung die genetische Wahrheit der Vaterschaft zu setzen.
Aber dafür fehlt etwas sehr Wichtiges: Der politische Wille.
Bereits in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Januar 2005 fragte der CDU-Bundestagsabgeordnete Roland Gewalt die Bundesregierung:
„Welche Informationen hat die Bundesregierung seit Januar 2001 von den Innenministern der Länder über Vaterschaftsanerkennungen erhalten, bei denen – erstens – das Kind nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hatte und die Mutter zur Ausreise verpflichtet war und es – zweitens – Hinweise gibt, dass die Anerkennung nur zum Schein erfolgte, also nicht aufgrund tatsächlicher leiblicher Abstammung oder zumindest sozial-familiärer Beziehung, sondern aus sachfremden Gründen, insbesondere zur Erlangung von Rechtsansprüchen auf Sozialleistungen oder Aufenthaltstitel?"
Er bekam folgende Antwort:
„Die Bundesregierung hatte von den Ländern Verdachtshinweise erhalten, dass deutsche Männer – zumeist solche, die Sozialhilfe beziehen – gegen Bezahlung die Vaterschaft von Kindern ausreisepflichtiger Ausländerinnen bewusst wahrheitswidrig anerkennen würden, um den Müttern der somit deutschen Kinder zu einer Aufenthaltserlaubnis zu verhelfen. Die Innenministerkonferenz hatte dieses Problem am 6. Dezember 2002 erörtert und beschlossen, durch eine bundesweit bei den Ausländerbehörden durchzuführende Datenerhebung zu empirischen Erkenntnissen über die Zahl der Verdachtsfälle zweckwidriger Vaterschaftsanerkennungen zu gelangen."
Dank der Datenerhebung wissen wir jetzt, dass recht häufig mittellose deutsche Männer durch die Scheinanerkennung von Vaterschaften die fällige Ausreise von sozial bedürftigen Müttern mit Kindern verhindern – im untersuchten Jahr geschah dies in 1449 von 1700 Fällen. Die übrigen 251 Mütter waren offenbar schlecht organisiert.
Seither schaut der Berliner Politikbetrieb dem bunten Treiben tatenlos zu.
Wessen Interessen dient dieser Politikbetrieb? – Denen des deutschen Volkes ganz offensichtlich nicht!

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.focus.de/politik/deutschland/koeln-bochum-essen-duisburg-die-brutale-boeller-bilanz-aus-den-nrw-grossstaedten_id_182164455.html

Bochum, Essen, Duisburg

Die brutale Böller-Bilanz aus den NRW-Großstädten

FOCUS-online-Reporter Axel Spilcker

Mittwoch, 04.01.2023, 21:47

Duisburg, Essen, Bochum: Auch in NRW haben Böller-Angreifer an Silvester für Chaos gesorgt. Die vorläufige Schadensbilanz zeichnet ein erschreckendes Bild über die Täter: Viele hatten wie auch in Berlin offenbar einen Migrationshintergrund.

Die Youtube-Videos aus der Silvesternacht wirken verstörend. In Bonn lockt ein zirka 40-köpfiger Mob Polizeibeamte in eine gezielte Falle. Müllcontainer brennen. Feuerwehrleute eilen herbei. Böller und Steine fliegen auf die Retter. Erst Beamte einer Einsatzhundertschaft können die Lage beruhigen. Das Gros der Randalierer flüchtet. Nach FOCUS-online-Informationen wird einzig ein 19-Jähriger aus der Gruppe vorübergehend festgesetzt.

Zur gleichen Zeit brüllen junge Männer in Duisburg-Marxloh „Allahu Akbar", als ein Rettungswagen mit Blaulicht vorbeifährt. Erneut schießen Böller hinterher. „Hurensöhne, Hurensöhne", gellt es durch das überwiegend von türkischen Zuwanderern bewohnte Viertel. Mülltonnen und Europaletten geraten in Brand, Straßenbahnschienen werden beschädigt.

Reul: „Bei den Randalierern hatten wir es überwiegend mit jungen Männern in Gruppen zu tun, häufig mit Migrationshintergrund"

Einige Kilometer weiter hasten Einsatzkräfte in den Problem-Bezirk Hochheide. Hier lebt jeder fünfte Einwohner ohne deutschen Pass, nicht miteingerechnet jene Männer und Frauen mit Migrationshintergrund.

Gegen 22.30 Uhr eilt die Polizei zum Bürgermeister-Bongartz-Platz. Größere Gruppen beschießen sich mit Feuerwerkskörpern. Teilweise treffen die Geschosse völlig unbeteiligte Schaulustige. Die Beamten erwartet ein Hagel von Steinen, Böllern und Flaschen.

Sozialer Brennpunkt Hochfeld: Ein abgehängtes Viertel. Gegen ein Uhr brennen E-Scooter. Polizei und Feuerwehr rasen zum Tatort. Mit Pyros attackieren Chaoten einen Wagen der Löschgruppe. Vier Tage danach zeigt sich ein Polizeisprecher immer noch fassungslos: „Wir als Polizei sind es mittlerweile gewohnt, das ganze Jahr über beleidigt oder angegriffen zu werden, aber dass Rettungskräfte, die Leuten helfen wollen, derart angegangen werden, ist ein No Go."

Gerade die Bundeshauptstadt gerät zum Jahreswechsel zur Kapitale der Gewalt. Doch auch in Duisburg, Bonn und Frankfurt/Main entwickeln sich die Straßen in etlichen Problemvierteln zum Kampfgebiet. Allein NRW meldete landesweit knapp 260 vorübergehende Festnahmen, 42 Polizisten wurden verletzt. Innenminister Herbert Reul (CDU) konstatierte: „Bei den Randalierern hatten wir es offenbar ganz überwiegend mit jungen Männern in Gruppen zu tun, häufig mit Migrationshintergrund."
Bochum: Mob beschießt Beamte, als die zwei Männer festsetzen wollen
In Bochum feuerten ein 26-jähriger Mann und ein Jugendlicher mit einer Schreckschusspistole auf ein gegenüberliegendes Haus. Während der Festnahme sammelte sich eine 300 Personen starke Gruppe und schoss Böller auf die Beamten ab, um den Zugriff zu verhindern. Die Dortmunder Polizei konnte angesichts der aufgeladenen Stimmung das Böllerverbot in der Innenstadt zeitweilig nicht durchsetzen.

Silvester-High-Noon in den Problembezirken der hiesigen Großstädte. In einem Clip erklärt etwa ein junger Mann volltrunken: „Wir sind Frankfurt, die Polizei kann uns mal am Arsch lecken." In Düsseldorf posieren Männer an einem Schild mit der Aufschrift „Böllerverbotszone" mit ihren Raketen. „Alle Ausländer haben Geburtstag", brüllt ein junger Migrant in die Kamera.

Der öffentliche Diskurs in den Tagen danach konzentriert sich zum Teil darauf, das Böllerverbot auszuweiten. Susanne Schröter, Ethnologin und Leiterin des Forschungszentrums Globaler Islam, bezeichnet „die Forderung für ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver, weil man das eigentliche Problem nicht benennen und angehen möchte." Nach Angaben der Professorin an der Frankfurter Goethe-Universität erlebe man seit Jahren, „dass gewalttätige junge Männer mit migrantischem Hintergrund im öffentlichen Raum die Staatsmacht herausfordern. Und das nicht nur zu Silvester."

Duisburg, Essen, Hagen, Köln: Das Gros der Angreifen hat offenbar Migrationshintergrund
FOCUS online hat zahlreiche Polizeibehörden in NRW nach ihren Erkenntnissen aus der Silvesternacht befragt. Im sozialen Brennpunkt Altenhagen etwa hatten zirka 20 Böller-Chaoten die Polizei nebst Feuerwehr hinter einer Barrikade brennender Mülltonnen mit Pyrotechnik angegriffen. Vier junge Männer mussten zeitweilig ins Hagener Polizeigewahrsam. Bei ihnen handelt es sich um zwei Deutsch-Türken und zwei Deutsch-Tunesier. Eine Ermittlungsgruppe fahndet nun nach dem Rest der Randalierer.

In Duisburg wertet eine Kommission Videomaterial aus den sozialen Netzwerken aus. Auch hier deutet nach Angaben eines Behördensprechers vieles daraufhin, dass vor allem Randalierer mit Migrationshintergrund eine große Rolle spielten. In Essen-Bergmannsfeld hatten etwa 60 Personen Polizei und Feuerwehr in eine Falle gelockt. Erst durch den Schutz einer Einsatzhundertschaft konnten Wehrtrupps eine brennende Mülltonne nach der anderen löschen.

Am Essener Wasserturm beschossen 200 bis 300 Leute die Einsatzkräfte. Die Polizei geht davon aus, dass ein Großteil der Störer aus dem türkischen oder arabischen Raum kommt.

Allein in Köln stammen zwölf der 21 Delinquenten aus arabischen sowie nordafrikanischen Staaten, zwei der neun Deutschen verfügten offenbar über einen Migrationshintergrund.

Faeser: „Wir haben in deutschen Großstädten ein großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund"
Nun fordert auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein Umdenken: „Wir haben in deutschen Großstädten ein großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund, die unseren Staat verachten, Gewalttaten begehen und mit Bildungs- und Integrationsprogrammen kaum erreicht werde"«, sagte Faeser den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Daraus müsse der Rechtsstaat Konsequenzen ziehen. So etwa „gewaltbereiten Integrationsverweigerern in unseren Städten klar die Grenzen aufzeigen: mit harter Hand und klarer Sprache – aber ohne rassistische Ressentiments zu schüren."

Ihr NRW-Amtskollege Herbert Reul (CDU) will voraussichtlich am Donnerstag einen vorläufigen Bericht über die derzeitigen Erkenntnisse zu den Vorfällen veröffentlichen.

https://www.focus.de/politik/deutschland/kommentar-von-ulrich-reitz-berlin-mal-ganz-ehrlich-was-wenn-es-da-nichts-mehr-zu-integrieren-gibt_id_182045984.html
Kommentar von Ulrich Reitz
Mal ganz ehrlich: Was, wenn es da nichts mehr zu integrieren gibt?
Teilen
FOCUS-online-Korrespondent Ulrich Reitz
Mittwoch, 04.01.2023, 10:03
Jenseits wohlfeiler Empörungs-Bekundungen: Was sind die Lehren aus der Berliner Krawallnacht zu Silvester? Man hätte auch gern gewusst, ob gerade eine neue staatsfeindliche Kaste entsteht: Migrantische Autonome, für die der deutsche Staat nur ein williges Opfer ist.

Es ist eine dieser hilflosen Ersatzdiskussionen, mit denen das politische Establishment seinen entsetzten Bürgern Sand in die Augen streut. Was hilft denn bitte ein Böllerverbot, wenn sich ein junges, männliches, autonomes Subproletariat nonchalant mit Steinen, Stangen und Feuerlöschern bewaffnet, um auf Polizisten und Feuerwehrleute loszugehen?

Franziska Giffey kündigt „Konsequenzen" an. Welche? Eine Ausweitung der Böllerverbotszonen in der Stadt, sagt sie. Interessant ist, was die Regierende Bürgermeisterin dieser unregierbar gemachten Stadt nicht sagt: Hier ist mein Plan, um Recht und Ordnung in der ganzen Stadt wiederherzustellen.

Böller-Krawalle in Berlin: Was, wenn es da nichts mehr zu integrieren gibt?
CDU-Landeschef Kai Wegner fordert, diese „Verbrechen" konsequent aufzuklären und zu ahnden. Richtiger mit seiner Analyse liegt da schon der innenpolitische Sprecher der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus: „Der Berliner Senat hat es seit Jahrzehnten versäumt klarzustellen, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt", sagt Björn Jotzo. Seit „Jahrzehnten" soll wohl heißen: Die CDU hat es auch nicht besser gemacht.

Jens Spahn spricht angesichts der Randale von „ungeregelter Migration“ und „gescheiterter Integration“. Die richtig schmerzhafte Frage stellt der Fraktionsvize der Union im Bundestag aber nicht: Was, wenn es da nichts mehr zu integrieren gibt?

Weil, wie sein nordrhein-westfälischer CDU-Parteifreund aus dem Europaparlament, Dennis Radtke, analysiert, „wir es in einigen Vierteln, quer durch Deutschland, mit einem Mix aus gescheiterter Integration, Armut, Arbeitslosigkeit, Frust und Ablehnung des Systems zu tun haben.“ CDU-Sozialpolitiker Radtke nennt die Mischung „hochexplosiv“.

Die Chaoten randalierten nicht nur in Berlin. Sondern auch in Paris, gerade wieder, am zweiten Weihnachtstag. Von dort kennt man das Szenario schon länger – die Klasse der Abgehängten aus den hässlichen Vorstädten, den Banlieues, in denen Franzosen nicht mehr leben wollen, verschaffen ihrer blinden Wut auf den Staat krachend Luft – dann brennen die Autos und Staatsordner von Polizei und Feuerwehr werden mit brennenden Mülltonnen in Fallen gelockt, wo sie dann so richtig attackiert werden.

Lesen Sie auch zum Thema: Willkommen in der „failed city“! In Berlin versagt der Rechtsstaat
Es handelt sich bei diesem oft migrantischen Mob um eine sehr kleine Minderheit
Wie auf der Hermannstraße, wo 25 vermummte Gewalttäter ein Löschfahrzeug der „Freiwilligen Feuerwehr“ angriffen – Asoziale gegen Ehrenamtler, so war in der Silvesternacht auf der Neuköllner Magistrale die asymmetrische Schlachtordnung. **Migranten sagen lachend in laufende Kameras, sie kämen aus einem Krieg, was sie hier erlebten, sei damit nicht zu vergleichen.**

Zum Schutz der Ausländer und eingewanderter Inländer muss man sagen: Es handelt sich bei diesem oft migrantischen Mob um eine Minderheit, eine sehr kleine sogar, manche sind die für diese Gesellschaft verlorenen Kinder ihrer längst integrierten Eltern. Das hat seine ganz eigene Tragik. Wer sich in migrantischen Milieus aufhält, ob nun in Berlin, in Hamburg oder im Ruhrgebiet, der weiß: Wer Stimmen sammeln will für einen härteren Staat, der endlich durchgreift, den Mob wegsperrt oder gleich abschiebt, der muss sein Mikrophon nur einmal hierhinein halten.

„Die machen alles kaputt, was wir uns hier aufgebaut haben“ – diesen Satz hört man oft beim „Späti“ in Neukölln
„Die machen alles kaputt, was wir uns hier aufgebaut haben“ – diesen Satz hört man oft, ob beim „Späti“ in den engen Straßen von Neukölln oder am Busbahnhof in Mülheim, an Orten, wo Deutsche längst in der Minderheit sind. Und Jungmänner aus Afrika und dem Nahen Osten die Szenerie dominieren. Dass die meisten Täter aus dem Migrantenmilieu stammen, sagt vom politischen Spitzenpersonal offen nur Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul.

Auf die von der Deutschen Polizeigewerkschaft geforderte „schonungslose politische Aufklärung der Geschehnisse auch hinsichtlich der Herkunft der Täter“ wird man wohl vergeblich warten. Was soll man von „Aufklärung“ erwarten, wenn die Berliner Polizeiführung ihre Beamten anweist, nur noch von „Westasiaten“ zu reden, und nicht

mehr von „Südländern“. Weil sie sonst beim Rot-Rot-Grünen Senat unter Rassismus-Verdacht geraten könnten.

Was „Westasien“ anbelangt, so weiß man jetzt, wo es liegt: Östlich vom Bezirk Tempelhof/Schöneberg und westlich von Treptow/Köpenick. Ob sich der neue Name für Neukölln wohl durchsetzen wird? Und was sagen eigentlich die Westasiaten, laut Vereinte Nationen: Vorderasiaten, dazu, wenn sie in Berlin derart diskriminiert werden?

Lesen Sie auch: Warum alle 103 Berliner Böller-Angreifer wieder auf freiem Fuß sind
Bedingungen und Dauer - Untersuchungshaft: Was Sie zur U-Haft in Deutschland wissen sollten

Die politische Linke schweigt dröhnend über das, was in Berlin passiert ist

Ende der Ironie, aber: Zum tieferen Verständnis der Vorkommnisse einige Zeilen aus der Reportage, die der Autonomen-Poet Sebastian Lotzer auf der linksradikalen Blog-Plattform „non-copyriot.com“ über die Berliner Silvesternacht verfasste:

„Jeder, der wissen wollte, wusste, was passieren wird. Wer auf den Straßen dieser Stadt unterwegs ist, sich außerhalb seiner Wohlfühlblase bewegt, sich mit proletarischen Jugendlichen unterhält, wusste, dass die Nacht der Abrechnung gekommen war. Fast drei Jahre Pandemie Ausnahmezustand, überall Schikanen, Repressionen und Bullen, jetzt die nächste solidarische Anstrengung der Gesellschaft, alle haben Opfer für den gerechten Krieg aufzubringen. Da wo die Kohle am Monatsende eh nicht reicht, reicht sie nicht mal mehr für den halben Monat. Der alltägliche Rassismus der Bullen, die Armut, der du nur entkommst, wenn du dir auf kreative Art und Weise dein Geld jenseits der bürgerlichen Spielregeln verdienst. Du bist der Abschaum der Gesellschaft, bildungsfern hört sich anders an als asoziales Milieu, meint aber dasselbe.“

Die politische Linke schweigt dröhnend über das, was in Berlin und andernorts wirklich passiert ist. Sozialdemokraten, Linke und Grüne haben ihre Opferkult-Erzählung parat, sie wiederholen sie ohne Unterlass: Sie erzählen von der Diskriminierung VON Migranten. Kein Wort hört man von ihnen zur Diskriminierung DURCH Migranten.

Der deutsche Staat ist für diese Leute einfach nur schwach

Eine verantwortungsvolle Bundesregierung würde anders reden. Nicht vom „Einwanderungsland Deutschland“, dessen Auch-Folgen man zum Jahreswechsel studieren konnte. Sondern von Grenzen der Migration. Von unerwünschter Einwanderung, von unkontrollierter Migration, von der Bekämpfung migrantischer Kriminalität und davon, wie man einem asozialen Subproletariat überhaupt noch beikommen kann.

Der deutsche Staat ist für diese Leute einfach nur schwach. Ein potentielles Opfer. In Berlin erleben sie es gerade wieder – alle 100 Festgenommenen sind erst einmal wieder auf freiem Fuß. In einem wehrhaften Staat hätte es das nicht gegeben.

Von den Reichsbürgern hört man einstweilen nichts mehr. Von den anderen Staatshassern wird man indes wieder hören. In Berlin spätestens in der Nacht zum 1. Mai.

https://www.focus.de/kultur/medien/ausschreitungen-an-silvester-zensierten-tagesthemen-feuerwehrmann-weil-der-ueber-migranten-sprach_id_182150010.html

Ausschreitungen an Silvester

Zensierten „Tagesthemen“ Feuerwehrmann, weil der über Migranten sprach?

Teilen

In der Silvesternacht kam es in mehreren deutschen Städten zu massiven Ausschreitungen. Die Täter: größtenteils Jugendliche Anfang 20 mit Migrationshintergrund. In den „Tagesthemen“ suchte man diese Feststellung am 2. Januar allerdings vergebens.

Polizei und Rettungskräfte wurden mit Böllern und Raketen beschossen, teilweise sogar mit Schreckschusspistolen und Steinen angegriffen. Ein Feuerwehrwagen wurde von einem geworfenen Feuerlöscher so stark beschädigt, dass er außer Dienst gestellt werden musste.

Polizei: Täter größtenteils Jugendliche Anfang 20 mit Migrationshintergrund

Die Täter, so bestätigt es mittlerweile auch die Polizei: Größtenteils Jugendliche um die 20 Jahre alt, die allermeisten mit Migrationshintergrund. Genau das erklärte auch ein Feuerwehrmann, der am Tag nach der Silvesternacht vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Berlin interviewt wurde. In den „Tagesthemen“ um kurz nach 11 in der ARD suchte man diese Aussage allerdings vergebens. Stattdessen wurde nach einem kurzen Interviewausschnitt wieder zurück auf die Szenerie geschnitten.

Anders in der „Abendschau“ des rbb. Dort wurde ein längerer Ausschnitt des Interviews gezeigt. Feuerwehrmann Baris Coban darf hier aussprechen: „Das waren keine Linksautonome, die gegen das System sind, das waren größtenteils Jugendliche mit Migrationshintergrund und das sage ich, obwohl ich selber einen Migrationshintergrund habe.“

Ließ die ARD das Wort „Migrationshintergrund“ mit Absicht weg?

Warum ist das passiert? Dafür gibt es drei mögliche Erklärung. Erstens: Während die „Tagesthemen“ im Normalfall nur rund 20 Minuten Sendezeit haben, kann sich der rbb zehn Minuten länger Zeit für seine Berichterstattung lassen. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, dass der kritische Ausschnitt des Interviews in der „Tagesthemen“-Sendung weggeschnitten wurde. Zweitens: Zum Sendungszeitpunkt des „Tagesthemen“-Beitrags lagen noch keine offiziellen Täterinformationen durch die Polizei vor, weshalb sich die Redaktion möglicherweise mit Spekulationen zurückhalten wollte. **Die dritte Möglichkeit: Das Wort „Migrationshintergrund“ wurde mit Absicht aus dem Beitrag der „Tagesthemen“ geschnitten.**

Ausschreitungen in der Silvesternacht: Graf Lambsdorff von ARD schockiert

So sieht es indes der FDP-Bundestagsabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff. Auf Twitter schreibt er: „Bin sprachlos. Habe geglaubt, ARD und ZDF hätten ihre Lektion von Köln 2015 gelernt. Stattdessen Bericht zu Silvesternacht exakt wie damals. Alle sehen eine unerfreuliche Realität, Tagesthemen schneiden sie raus.“

https://www.n-tv.de/politik/Berliner-Polizei-korrigiert-erneut-Silvesterstatistik-article23851892.html

Zwei Drittel doch nicht Deutsche

Berliner Polizei korrigiert erneut Silvesterstatistik

18.01.2023, 08:49 Uhr

Seit den Angriffen auf Beamte in der Silvesternacht diskutiert Deutschland über Alter und Herkunft der Verdächtigen. Die Berliner Polizei gab zunächst an, dass es sich dabei um 37 Festgenommene handele, von denen zwei Drittel Deutsche seien. Nun korrigiert sie die Angaben.

Nach den Angriffen auf Einsatzkräfte und Beamte in der Silvesternacht hat die Berliner Polizei eine bereinigte Statistik vorgelegt. Demnach waren die meisten Verdächtigen, die wegen Angriffen auf Polizei und Feuerwehr festgenommen wurden, doch nicht mehrheitlich deutsche Staatsbürger, berichtet der "Tagesspiegel". Zunächst hieß es, dass zwei Drittel der 37 festgenommenen Personen deutsche Staatsbürger und die meisten unter 21 Jahren alt gewesen wären.

Lagebild kommt auf 300 Angriffe

Silvesterattacken in fast allen Bundesländern

In einer überarbeiteten Statistik ist nun von 37 Festgenommenen die Rede, davon 36 Männer und eine Frau. 12 der 37 Verdächtigen haben die deutsche, davon 9 eine doppelte Staatsbürgerschaft, wie ein Sprecher der Zeitung sagte. Die andere 25 Festgenommenen hätten eine andere Nationalität. Von den insgesamt 37 Festgenommenen seien 14 unter 18 Jahre alt, 12 zwischen 18 und 25 Jahre alt, 10 Personen über 25 Jahre alt und 7 über 36. Insgesamt liegen laut "Tagesspiegel" 126 Strafanzeigen wegen Angriffen auf Einsatzkräfte vor - 77 auf die Polizei und 49 auf die Feuerwehr. Dabei geht es in 81 von 126 Fällen um Angriffe mit Pyrotechnik und Böllern, in 15 um Schreckschusswaffen und in 30 Fällen um Beschädigung von Einsatzfahrzeugen und Liegenschaften von Polizei und Feuerwehr. Teilweise liegen dem Bericht zufolge mehrere Anzeigen gegen Verdächtige vor, weshalb ein Fall nicht gleich einen Angriff bedeute.

Giffey plant härtere Mittel gegen Jugendgewalt

Der Grund für die Korrektur der Zahlen sind offenbar Probleme mit der statistischen Erfassung zwischen den verschiedenen Teilen der Behörde. Zunächst war das Landeskriminalamt involviert, dann wurde die Direktion 4 im Südwesten Berlins zentral mit allen Silvestertaten der Stadt betraut - "zwecks einheitlicher Ermittlungsführung".

Kurz nach den Angriffen in der Silvesternacht auf Beamte war zunächst von 145 Festgenommenen die Rede gewesen. Diese Zahl wurde wenige Tage später auf 38 Verdächtige korrigiert, die im Zusammenhang mit Angriffen auf Polizei und Rettungskräfte festgenommen wurden, wovon zwei Drittel als deutsche Staatsbürger angegeben wurden.

Quelle: ntv.de, vmi

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/krankenhaus-zahl-der-gewaltdelikte-steigt/ar-

BB1gX2ER?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=25be016e95f545c7a2b5833321ee980e&ei=10

Krankenhaus: Zahl der Gewaltdelikte steigt

Seit 2019 kam es zu 20 Prozent mehr Gewalttaten in klinischen Einrichtungen. Das ergab eine SPIEGEL-Anfrage bei den Landeskriminalämtern. Die Zahlen steigen überall – mit einer Ausnahme.

In deutschen Krankenhäusern kommt es immer häufiger zu Gewaltdelikten wie Körperverletzung und Raub. **Bundesweit stieg die Zahl sogenannter Rohheitsdelikte in medizinischen Einrichtungen seit 2019 um 20 Prozent auf 6894 Taten im Jahr 2022, wie eine SPIEGEL-Umfrage bei allen 16 Landeskriminalämtern ergab.**

In Berlin, wo in der Silvesternacht ein Video für Schlagzeilen gesorgt hatte, in dem zu sehen war, wie ein Patient und seine Brüder in der Ambulanz einer Klinik einen Arzt und einen Pfleger attackierten, liegen bereits Zahlen für 2023 vor. Hier stieg die Zahl der Gewalttaten um 51 Prozent.

Nur in Bayern gingen die Zahlen zurück

Auch in anderen Bundesländern ist der Anstieg der Rohheitsdelikte teilweise drastisch. Das Saarland verzeichnete einen Zuwachs um 67 Prozent, Bremen um 55 Prozent. In Niedersachsen stieg die Zahl um 46 Prozent auf 559 Taten, in Sachsen-Anhalt um 31 Prozent auf 406 Fälle. In Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, stieg die Zahl der Gewalttaten um 29 Prozent auf 1571 Delikte.

In fast allen 13 Bundesländern, die seit 2019 Zahlen zu Rohheitsdelikten in Krankenhäusern erheben, ist die Tendenz steigend. Mit einer Ausnahme: Bayern. Dort sank die Zahl entsprechender Straftaten um 11 Prozent. Der Grund: Im Vergleichsjahr 2019 gab es im Freistaat relativ viele Gewalttaten in medizinischen Einrichtungen – 1190 Fälle. Ein Jahr zuvor waren es dagegen nur 771 Fälle gewesen. Seit 2019 sinken die Zahlen in Bayern langsam wieder. Zuletzt waren es 1059 Rohheitsdelikte.

Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen weisen Gewalttaten in Krankenhäusern erst seit 2020 gesondert aus und sind deshalb nicht berücksichtigt. Nicht alle Bundesländer erheben die Zahlen einheitlich, und der Tatort wurde nicht immer erfasst. Unklar ist auch, wer Opfer der Straftaten war. Befragungen in Ländern ergaben jedoch, dass medizinisches Personal immer wieder Gewalt erlebt.

https://www.focus.de/politik/meinung/focus-kolumne-von-jan-fleischhauer-auslaenderfeindlichkeit-kannten-wir-jetzt-lernen-wir-inlaenderfeindlichkeit-kennen_id_260268635.html

FOCUS-Kolumne von Jan Fleischhauer

Ausländerfeindlichkeit kannten wir. Jetzt lernen wir Inländerfeindlichkeit kennen

FOCUS-Magazin-Kolumnist Jan Fleischhauer

Samstag, 31.08.2024, 08:50

Die Regierung sagt nach Solingen: Wirklich etwas ändern? Alles zu kompliziert! **Dabei ist die Lösung relativ einfach: Das Parlament schafft das Asylrecht ab und ersetzt es durch kontrollierte Einwanderung**.
Der große Gesellschaftsbeobachter Frank Schirrmacher wies vor 16 Jahren in einem Kommentar für die „FAZ" auf ein Phänomen hin, das ihm neu erschien und das in der aufgeklärten Öffentlichkeit nicht die Beachtung gefunden hatte, von dem er, der Herausgeber fand, dass es ihm gebührte.
Schirrmacher war aufgefallen, dass in den Polizeiberichten deutscher Großstädte ein Typus von Gewalttat auftauchte, der sich der statistischen Zuordnung entzog, weil er in keine der herkömmlichen Kategorien passte. Die Täter waren junge Männer türkischer oder arabischer Herkunft, die Tatorte die zufällige Begegnungsstätte des öffentlichen Nahverkehrs – ein Bus, ein U-Bahn-Wagen, eine Haltestelle –, die unversehens zum Schauplatz individueller Terrorakte wurden. Der Anlass war meist nichtig, ein zu langer Blick, ein falsches Wort. Die Gewalt selbst zügellos. Wer bei einer solchen, mit unverminderter Körperkraft ausgeführten Attacke sein Leben behielt, konnte von Glück sagen. Die Taten geschahen scheinbar grundlos, aber nicht willkürlich. Es gab eine Voraussetzung, um zum Opfer zu werden: Man musste Deutscher sein. „Du Deutscher" oder „Scheiß Deutscher" war die verbale Signatur der Gewaltausbrüche.
Es kann einen überall treffen
„Uns war historisch unbekannt, dass eine Mehrheit zum rassistischen Hassobjekt einer Minderheit werden kann", schrieb Schirrmacher, um dann eindringlich fortzufahren: „Dort, wo wir es bemerken, sind nicht ‚Auswüchse' zu beobachten, sondern hat der Übergang stattgefunden – jedenfalls spricht unendlich viel mehr für die Vermutung, es handele sich um eine Entwicklung, um Tendenzen, die auf Dauer angelegt sind, wenn nichts geschieht."

Wir sind nicht länger auf Vermutungen angewiesen, ob wir uns am Anfang oder Ende einer Entwicklung befinden. Was Schirrmacher beschrieb, muss heute als Alltagserscheinung bezeichnet werden.

Nahezu wöchentlich erreichen uns Nachrichten von Angriffen auf Menschen, die dem entsprechen, was sich die Täter unter einem normalen Deutschen vorstellen. Und die Gewalttaten beschränken sich nicht mehr auf die Transiträume des öffentlichen Lebens.

Es kann einen überall treffen: auf einer Parkbank, beim Joggen. Nicht einmal der Aufenthalt in der Menge schützt einen verlässlich. Dass der Polizeichef von Solingen die Bürger darauf hinweist, dass jeder wissen müsse, ob er ein Volksfest oder ein Fußballspiel besuchen wolle, ist eine akkurate Beschreibung der neuen Wirklichkeit.

Warum wird Solingen als Zäsur empfunden? Es ist die Beiläufigkeit der Tat, die erschreckt. Jemand nimmt ein handelsübliches Messer, Klingenlänge fünfzehn Zentimeter, und sticht auf die Besucher eines Stadtfestes ein. So ein Messer findet sich in jeder Schublade.

Solingen fungiert als Kumulations- und Umschlagpunkt
Der Täter zeigt, soweit man weiß, auch keine psychischen Auffälligkeiten. Die deutsche Gesellschaft hat sich ihm gegenüber

großzügig erwiesen. Sie hat ihn ernährt und mit einer Unterkunft versorgt, als er Not litt. Sie hat darüber hinweggesehen, dass er widersprüchliche Angaben machte, als er das Land betrat. Sie hat seinem Wort geglaubt. Zum Dank hat er sechs Menschen verletzt, davon drei so schwer, dass sie auf der Stelle tot waren.

Aber reicht das als Erklärung für die anhaltende Beschäftigung mit der Tat? Ich glaube, Solingen fungiert als Kumulations- und Umschlagpunkt, darin liegt die Bedeutung. Wir werden nach diesem Anschlag anders über Inländerfeindlichkeit reden, als wir es vorher getan haben.

Ich erinnere mich, wie ich im Juni auf X erstmals auf das Phänomen des Messerangriffs stieß. Eine Frau war von hinten in Hals und Kopf gestochen worden, während sie am Mainufer auf einer Bank saß. Der Täter: ein 19-jähriger Afghane, der sich der ihm unbekannten Frau mit einem Cuttermesser genähert hatte. Dann las ich am selben Tag von einem Angriff auf eine Joggerin im westfälischen Schermbeck, dann von einer Messerattacke in einer Regionalbahn in Saarbrücken. Aber in den Medien, die ich konsultiere, um mich auf dem Laufenden zu halten: bestenfalls Randgeschichten. So als wären die Angriffe nicht weiter beachtenswert.

Ich weiß noch, wie ich dachte: Vielleicht ist es ein Zufall, dass ich an einem Tag von gleich drei Vorfällen lese. Man bildet sich manches ja auch nur ein. Aber wie sich zeigt, habe ich mir nichts eingebildet.

Versagen bedeutet, dass man sich bemüht hat, etwas zu ändern

Kognitive Dissonanz nennt die psychologische Wissenschaft das Unwohlsein, das aus der Gleichzeitigkeit von zwei Wahrnehmungen entsteht, die nicht zueinander passen. Weil das menschliche Hirn darauf trainiert ist, Spannungen abzubauen, suchen wir nach einem Weg, den Widerspruch aufzuheben. Der einfachste Weg besteht darin, eine der beiden Wahrnehmung als unzutreffend auszublenden.

Nach den Erklärungen führender Politiker zu urteilen, hat sich die Bundesregierung dazu entschieden, die Wahrnehmungsblockade zu verteidigen. Die Innenministerin erklärt, die Gesellschaft müsse jetzt zusammenstehen. Der Bundespräsident appelliert an die Bürger, Ruhe zu bewahren. Der Kanzler wünscht sich vom Gericht eine harte Strafe, so als läge ein Justiz- und kein Politversagen vor.

Wobei von Versagen zu sprechen, ja schon eine Beschönigung ist. Versagen bedeutet, dass man sich bemüht hat, etwas zu ändern, aber dabei leider gescheitert ist. Tatsächlich erleben wir seit Jahren den Rückzug der Politik aus jeder Form der Verantwortung. Man spricht den Angehörigen sein Beileid aus, man versichert, dass für Terror kein Platz in Deutschland sei. Aber wenn es konkret werden soll, findet man vor allem Gründe, warum gegen das, was helfen könnte, rechtliche Hürden stehen.

Die Leute haben relativ realistische Vorstellungen, was Politik leisten kann und was nicht. Nur politische Phantasten können annehmen, dass morgen niemand mehr zum Messer greift, weil die Einwanderungsbestimmungen neugeregelt wurden. Im günstigsten Fall verringert man die Wahrscheinlichkeit weiterer Anschläge. Im realistischsten Szenario sorgt man dafür, dass die Zahl der Angriffe nicht noch weiter zunimmt, **indem man zum ersten Mal genauer hinsieht, wen man ins Land lässt.**

Große Parteien halten am Asylrecht fest

Die Lösung liegt auf der Hand, sie ist sogar relativ einfach. Zwei Drittel der im Bundestag vertretenen Abgeordneten einigen sich darauf, das

Asylrecht in seiner jetzigen Form abzuschaffen und durch eine Aufnahmegarantie für eine näher zu bestimmende Zahl von Flüchtlingen zu ersetzen.

Was bei Gründung der Bundesrepublik als humanitäre Geste für politisch Verfolgten gedacht war, ist heute das größte Hindernis auf dem Weg zu einem modernen Einwanderungsrecht. Als die Verfassungsväter den Asylparagrafen ins Grundgesetz schrieben, hatten sie keine Vorstellungen, dass man in Kabul für 3000 Dollar eine Reise nach Deutschland organisieren kann.

Die Anerkennungsquote als politisch Verfolgter liegt bei vielen Herkunftsländern bei nicht einmal zwei Prozent. Dennoch halten die großen Parteien am Asylrecht fest. Es könnte sich ja unter den Antragstellern jemand befinden, der wirklich politische Verfolgung erleidet. Dafür nehmen sie in Kauf, dass jedes Jahr viele Menschen einen Schutzstatus erhalten, die in den großen Einwanderungsländern wie Kanada oder den USA nie eine Chance hätten.

Wer einmal im Land ist, dessen Bleibe-Chancen stehen gut

Auch der Attentäter von Solingen ist über den Asylparagrafen ins Land gekommen, so wie Hunderttausende Flüchtlinge mit ihm. Selbstverständlich wurde sein Antrag abgelehnt, so wie ebenfalls bei Hunderttausenden, was aber nicht dazu führte, dass er Deutschland hätte verlassen müssen. Wer einmal im Land ist, dessen Bleibe-Chancen stehen gut, daran werden auch alle Diskussionen über mehr Abschiebungen nichts ändern.

Ein begleiteter Charterflug nach Bulgarien oder die Türkei summiert sich auf 20.000 Euro, pro Person. Man muss kein Mathegenie sein, um sich auszurechnen, dass dieses niemals ein reguläres Ausreiseverfahren sein kann. Zumal ja noch nicht einmal sichergestellt ist, dass die Abgeschobenen nicht wenige Monate später wieder in Deutschland auftauchen.

Am Sonntag wurde die Vorsitzende der Partei, die den Kanzler stellt, gefragt, welche Lehren die Regierung aus dem Anschlag von Solingen ziehe. Dass man im Grunde keine Lehren ziehen könne, lautete ihre Antwort. Ich mag mich irren, aber ich glaube nicht, dass dies gut ausgehen wird – nicht für die SPD und nicht für das Land.

Lesen Sie hier alle Kolumnen von Jan Fleischhauer .

Über den Autor
Jan Fleischhauer
Susanne Krauss Jan Fleischhauer
Die Leser lieben oder hassen ihn, gleichgültig ist Jan Fleischhauer den wenigsten. Man muss sich nur die Kommentare zu seinen Kolumnen ansehen, um einen Eindruck zu bekommen, wie sehr das, was er schreibt, Menschen bewegt. 30 Jahre war er beim SPIEGEL, Anfang August 2019 wechselte er als Kolumnist zum FOCUS.

Fleischhauer selbst sieht seine Aufgabe darin, einer Weltsicht Stimme zu verleihen, von der er meint, dass sie in den deutschen Medien unterrepräsentiert ist. Also im Zweifel gegen Herdentrieb, Gemeinplätze und Denkschablonen. Vergnüglich sind seine Texte allemal – vielleicht ist es dieser Umstand, der seine Gegner am meisten provoziert.

Sie können unserem Autor schreiben: Per Mail an j.fleischhauer@focus-magazin.de oder auf Twitter @janfleischhauer.

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/156752/Erneut-Uebergriffe-auf-Krankenhauspersonal-in-der-Silvesternacht?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427
Erneut Übergriffe auf Krankenhauspersonal in der Silvesternacht
Montag, 6. Januar 2025

Ina Czyborra (SPD), Berliner Senatorin für Gesundheit, Wissenschaft, Pflege und Gleichstellung /picture alliance, Carsten Koall
Berlin – In der Silvesternacht ist es in Berlin erneut zu Übergriffen auf das Personal in Kliniken ge-kommen. Das bestätigte die Senatsverwaltung für Gesundheit dem Deutschen Ärzteblatt auf Nachfrage.

Demnach meldeten 35 der 38 Notfall-krankenhäuser 23 Fälle „verbaler oder körperlicher" Angriffe von Patienten auf Ärzte und Pflegekräfte. Die Zahlen stammen aus einer Erhebung der Senatsverwaltung. Zu gegebenenfalls erstatteten Anzeigen liegen keine Informationen vor.

Berlins Gesundheitssenatorin Ina Czyborra (SPD) sagte dem Tagesspiegel, der ebenfalls berichtete, zu der höhe der Fälle, dass das „bedauerlicherweise das Normalmaß" sei.

Die Senatsverwaltung wies auch auf die Zahl der Verletzten durch Feuerwerkskörper hin. Nach den bisherigen Erhebungen der Senatsverwaltung für Gesundheit sind 363 Patientinnen und Patienten in Berlin durch Feuerwerk verletzt worden. 52 von ihnen mussten stationär aufgenommen werden.

Der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK) hatte sich bereits vor dem Jahres-wechsel dafür ausgesprochen, dass privates Silvesterfeuer-werk in Deutschland verboten werden sollte.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) haben heute zwei Petitionen für ein Böllerverbot an das Bundesinnenministerium überreicht. Mehr als 1,9 Millionen Menschen haben laut GdP die beiden Petitionen bereits unterschrieben, die an Staatssekretärin Juliane Seifert (SPD) übergeben wurden.

„Die Böllerei an Silvester verursacht immense Schäden. Zahlreiche Menschen werden auch mit legalen Böllern jedes Jahr verstümmelt, schwer verbrannt oder sogar getötet", sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. „Gegen die chaotischen Zustände zum Jahreswechsel hilft nur ein generelles Böllerverbot."

„Wenn weit mehr als eine Million Menschen für eine Gesetzesveränderung unterschreibt, kann auch verantwort-liche Politik das nicht mehr einfach wegatmen und zur Tagesordnung übergehen", sagte GdP-Landes-chef Stephan Weh GdP.

Es geht um ein komplettes Pyrotechnikverbot für den Privatgebrauch. Ziel ist der Schutz von Mensch, Tier und Umwelt. In der vergangenen Silvesternacht waren bundesweit fünf Menschen durch Böller ums Leben gekommen, es gab viele Verletzte, darunter auch Kinder. Auch Polizisten wurden verletzt.
Reinhardt: Gewalt gegen medizinisches Personal gesamtgesellschaftlich ächten
Bundestag: Strafrechtsverschärfungen bei Angriffen gegen Rettungsdienst beraten
„Wir haben diese Petition als Berliner GdP ins Leben gerufen, um unsere Kolleginnen und Kollegen vor Gewalt durch Pyrotechnik zu schützen und freuen uns über die große Unterstützung“, so Weh weiter.

Gestartet worden war die Sammlung bereits nach Böllerexzessen vor zwei Jahren. Über den Jahreswechsel stieg die Zahl der Unterschriften stark. „Jedes Jahr Anfang Januar wird darüber geredet, viel versprochen, aber nichts gegen diesen Wahnsinn getan. Ehrlich gesagt können wir diese Mitleidsbekundungen aus dem politischen Raum nicht mehr hören, wenn sich an den Rahmenbedingungen nicht endlich etwas ändert“, sagte Weh.

Bundeskanzler Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser (beide SPD) sprachen sich beide bereits gegen ein Böllerverbot aus. © dpa/bee/may/aerzteblatt.de

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/156901/Klinikpersonal-attackiert-Angeklagte-Brueder-gestehen?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427
Klinikpersonal attackiert: Angeklagte Brüder gestehen
Mittwoch, 15. Januar 2025
Berlin – Weil sie in einem Klinikum in Berlin-Lichtenberg einen Arzt und einen Pfleger attackiert haben sollen, stehen zwei Brüder vor dem Amtsgericht Tiergarten. Die Anklage lautet auf tätlichen Angriff auf Hilfeleistende einer Notaufnahme sowie auf Körperverletzung.

Ein Arzt habe eine blutende Platzwunde an der linken Augenbraue erlitten, ein Krankenpfleger unter anderem eine Gehirnerschütterung. Die 21 und 26 Jahre alten Angeklagten gestanden Gewalt durch Faust-schläge und baten um Entschuldigung.

Die beiden Angeklagten sowie ihr 17-jähriger Bruder waren laut Ermittlungen am 1. Januar 2024 um 0.40 Uhr in der Notaufnahme des Sana Klinikums erschienen – der 21-Jährige hatte sich nach seinen Angaben bei ihrer Silvesterfeier an einem Glas geschnitten. Nach einer Erstversorgung der Wunde an der Hand mit einem Druckver-band habe er auf einen Arzt warten sollen, der gerade einen anderen Notfallpatienten behandelte.

Lautstark hätten die Brüder sofortige Behandlung verlangt, sagte ein 33-jähriger Krankenpfleger im Prozess. Weil die Situation immer aggressiver wurde, habe er den Arzt informiert. Als er den jüngsten Bruder aus dem Raum schieben wollte, habe ihm dieser die Hände weggeschlagen.

„Wir versuchten, die Situation zu beruhigen“, schilderte der 43-jährige Arzt als Zeuge. Als er einen der Männer auf den Flur geschoben habe, sei er durch den Verletzten von hinten attackiert worden. Ihn habe ein Faust-schlag im Gesicht getroffen, ein Kollege sei

gegen eine Wand geschubst worden und zu Boden gegangen. Die Angreifer hätten gedroht: „Wir machen euch platt!“. Gegen ihn seien auch Todesdrohungen ausgesprochen worden.

Der 21-Jährige hatte über seinen Verteidiger erklärt, er sei erheblich alkoholisiert gewesen und habe „mög-licher-weise die Situation verkannt und gedacht, ein Bruder werde angegriffen“. Der 26-Jährige sprach von einem Can-na-biskonsum in der Silvesternacht. Er habe sich „aufheizen lassen und auch einen Faustschlag abgegeben“. Es tue ihm unendlich leid.

Mitangeklagt war auch der 17-Jährige. Das Verfahren gegen ihn wurde allerdings abgetrennt und vorläufig ein-gestellt, weil er unbekannten Aufenthalts sei. Möglicherweise halte er sich in Serbien auf, hieß es am Rande. Zu einem Urteil im Fall der älteren Brüder könnte es am 11. März kommen. © dpa/aerzteblatt.de

https://www.n-tv.de/politik/Silvesterattacken-in-fast-allen-Bundeslaendern-article23851504.html

Lagebild kommt auf 300 Angriffe

Silvesterattacken in fast allen Bundesländern

18.01.2023, 01:19 Uhr

In der Silvesternacht gab es bundesweit fast 300 Angriffe auf Polizei und Feuerwehr. Eine Umfrage bei den Innenministerien ergibt, dass nur in einem Bundesland gar keine Attacken auf Einsatzkräfte stattfanden. Berlin ist dabei unrühmlicher Spitzenreiter. Während das offizielle Lagebild der Bundesregierung auf sich warten lässt, gibt es rund zwei Wochen nach den Silvester-Angriffen auf Einsatzkräfte erstmals eine bundesweite Zählung. Laut einer Umfrage des "Tagesspiegel" kam es deutschlandweit zu mindestens 282 Attacken auf Polizei und Feuerwehr. Das berichtet die Zeitung mit Verweis auf die 16 Innenministerien der Länder.

Die höchste Zahl an Angriffen gab es demnach in Berlin. Hier bestätigte die Polizei inzwischen 102 Fälle, davon 59 angezeigte Angriffe gegen Polizisten und 43 gegen Feuerwehr und Rettungsdienste. In Niedersachsen bestätigte das Innenministerium demnach Angriffe auf 42 Einsatzkräfte, ebenfalls 42 Einsatzkräfte wurden in der Silvesternacht in Nordrhein-Westfalen verletzt. In Bayern kam es laut dem Innenministerium zu 34 Attacken auf Einsatzkräfte. Auch Hamburg meldete in der Silvesternacht mit 19 Angriffen verhältnismäßig viele Attacken, schrieb das Blatt.

In allen anderen Bundesländern gab es einstellige Attacken auf Einsatzkräfte: In Sachsen wurden in der Silvesternacht neun Polizisten verletzt, die meisten laut Innenministerium ohne Fremdeinwirkung durch Böller. In Borna, wo es angeblich Krawalle gegeben hatte, die sich später als übertrieben herausstellten, wurde ein Polizeiwagen demoliert. In Schleswig-Holstein kam es zu acht Angriffen auf Polizisten, in Sachsen-Anhalt zu sechs, in Rheinland-Pfalz zu drei, Thüringen, Brandenburg und Bremen zu je zwei, in Mecklenburg-Vorpommern wurde eine Polizistin verletzt. Aus dem Saarland teilte eine Ministeriumssprecherin mit: "Im Saarland gab es - auch in den Vorjahren - weder "Silvester-Krawalle" noch vergleichbare Szenarien. Es wurden auch keine Einsatzkräfte mit Böllern angegriffen."

Hessen und Baden-Württemberg wollen keine Zahlen nennen
Einige Bundesländer wie Hessen und Baden-Württemberg wollten keine Zahlen der Angriffe auf Einsatzkräfte nennen, weshalb die tatsächliche Zahl der Angriffe mutmaßlich höher ausfällt. Denn auch in diesen Bundesländern wurden Angriffe gemeldet. In Hessen etwa kam es zu Angriffen auf Polizei und Feuerwehr in Frankfurt am Main, Wiesbaden und Offenbach, wie aus Einsatzmeldungen der Polizei hervorgeht. Einzelne Angriffe gab es auch im baden-württembergischen Kehl und in Mannheim.
Der sächsische Innenminister Armin Schuster sagte dem "Tagesspiegel": "Die Vorkommnisse aus der Silvesternacht in Berlin sollten nicht bundesweit verallgemeinert werden." Jetzt sei eine konsequente Strafverfolgung und schnelle Verurteilung der Täter wichtig. "Eine Lagebewertung zu Tätern und deren Gewalttätigkeiten erscheint mir aktuell wichtiger als voreilige Diskussionen um ein bundesweites Böllerverbot, denn die meisten Menschen gehen verantwortungsvoll mit Feuerwerkskörpern zum Jahreswechsel um", sagte der CDU-Politiker.
Das Lagebild der Bundesregierung steht indes noch aus. Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte vier Tage nach Silvester, die Krawalle hätten ein Schlaglicht auf das Problem der gescheiterten Integration von Migranten geworfen. "Wir haben in deutschen Großstädten ein großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund, die unseren Staat verachten, Gewalttaten begehen und mit Bildungs- und Integrationsprogrammen kaum erreicht werden", sagte die SPD-Politikerin den Funke-Zeitungen. Faesers Ministerium kündigte eine detaillierte Bilanz zu den Vorgängen der Silvesternacht an - und zur Nationalität der Tatverdächtigen.
Quelle: ntv.de, mau

https://journalistenwatch.com/2024/03/13/migranten-quaelen-12-jaehrigen-angst-die-eigenen-kinder-in-diesem-land-aufwachsen-zu-lassen/

Migranten quälen 12-Jährigen: Angst, die eigenen Kinder in diesem Land aufwachsen zu lassen

Das, was auf einem Handyvideo zu sehen ist, ist kaum zu ertragen: Ein 12-jähriger blonder Junge kniet vor seinem Migranten-Peiniger. Man

sieht seine Angst in seinem Tränen verschmierten Gesicht. Und dann wird einmal mehr demonstriert, was eine verantwortungslose Migrationspolitik diesem Land angetan hat. AfD-Bundestagsabgeordnete Götz Frömming spricht sich für die Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze aus und fordert, dass zu prüfen sei, „inwieweit die Täter samt ihrer Familien abgeschoben werden können“.

Der Täter, ein mutmaßlich türkischstämmiger Migrant, sagt zu dem vor ihm knienden 12-Jährigen: „Du hast meine Mutter beleidigt“. Als er das unter Zwang bejaht, schlägt der Migrant, immer wieder ins Türkische verfällt, boxt ihm brutal ins Gesicht und zieht ihn an den Haaren. Immer und immer wieder. Der Türke hört auch nicht auf, als sein Opfer ihn um Verzeihung anfleht. Dann wird er gezwungen aufzustehen und wird heftig von seinem Peiniger gewürgt. In den Videos ist unter anderem zu hören, wie einer der beteiligen Jungen auf Türkisch zum Täter sagt: „Mach nicht.“ Aufgehalten wird der jugendliche Gewaltimport jedoch nicht. Als dieser sein Opfer schließlich gehen lässt, ruft der ihm – ebenfalls auf Türkisch – hinterher: „Verpiss dich!“

Werbung

Der Vorfall ereignete sich nach Angaben bereits am 14. Februar. Sechs Tage später informierten die Erziehungsberechtigte des Opfers die Polizei. Wie die „Bild“ recherchierte, passten fünf Kinder den 12-jährigen Jungen nach der Schule in schleswig-holsteinischen Uetersen ab. Während der türkisch-sprechende Täter das Kind demütigte und misshandelte, standen drei weitere Jungen und ein Mädchen dabei. Mindestens einer filmte die Gewalttat mit seinem Smartphone.

Einmal mehr wird es so sein, dass der Täter- bei ihm soll es sich ebenfalls um einen 12-jährigen Migranten handeln, ungeschoren davon kommt, da dieser nach dem Gesetz noch nicht strafmündig sind.“ Die Polizei habe „den Vorfall an das zuständige Jugendamt weitergeleitet mit dem Hinweis auf ein straffällig gewordenes Kind“. Dieses verhängt jedoch grundsätzlich keine Maßnahmen im Sinne von Sanktionen oder Strafverfolgung. Es wird – auch im aktuellen Fall – vonseiten des Jugendamtes unter anderem Gespräche mit Beteiligten geführt sowie professionell pädagogisch geschulte Helfer eingesetzt. Das wars.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Götz Frömming schreibt auf dem Kurznachrichtendienst X, dass zu prüfen sei, „inwieweit die Täter samt ihrer Familien abgeschoben werden können“.

In den Kommentarbereichen formt sich langsam die Erkenntnis, wohin dieses Land durch eine existenzvernichtende links-grüne Politik geführt wurde:

“Widerwärtig. Was ist nur aus unserem Land geworden. Wem gehören unsere Strassen ?Wie lange wollen wir noch zuschauen ? Meine größte Angst, das es mein Kind trifft. Diese Bande würde nie wieder ein anderes Kind quälen.”

“Dies ist ja nicht der erste Bericht dieser Art. Mittlerweile liest man es und weiß, es passiert eigentlich nichts weiter. Es wird sich nichts, aber auch gar nichts zum positiven ändern. Es werden nicht weniger Kinder Opfer dieses Klientel werden, es werden nur immer mehr und mehr. Dann gibt es vielleicht ein paar Stuhlkreise, warum es so ist, warum die Täter so handeln und wie man diese Benachteiligten auffangen kann. Wer immer noch der Meinung ist,

dass unser Land dadurch Bereicherung erfährt, dem ist nicht mehr zu helfen. Mittlerweile ist es eh nicht mehr umkehrbar und alles nimmt mit Hilfe der Politik seinen Lauf. Dazu kann man sich gerne andere Länder anschauen. Vorher/Nachher..”
(SB)

https://www.pi-news.net/2023/01/bayern-buerger-suchen-schutz-vor-algerischem-schutzsuchenden/

Bayern: Bürger suchen Schutz vor algerischem „Schutzsuchenden“

7. Januar 2023

Von MANFRED W. BLACK | Der Freistaat Bayern ist in heller Aufregung: Die Polizei sucht fieberhaft nach dem Frauen-Mörder Rachid Chouakri (40), dem es ausgerechnet in einem Regensburger Amtsgericht gelungen ist, seinen Bewachern zu entkommen.

In einem „Anwaltszimmer“ wollte der Schwerverbrecher ohne Zeugen mit seinem Anwalt sprechen. Der Antrag wurde genehmigt. Im Besprechungsraum sprang der Häftling, der keine Fesseln trug, einfach durch das Parterre-Fenster ins Freie. Hinter vorgehaltener Hand äußern sich Regensburger Juristen entsetzt. So sagte der Anwalt Shervin Ameri der Bild-Zeitung, er habe noch nie gesehen, dass im dortigen Anwaltszimmer ein Gespräch mit Angeklagten stattgefunden hat. „Es ist bekannt, dass das Fenster nicht verschließbar und es ein leichtes ist, dort rauszuspringen, ohne sich zu verletzen.“

ARD-Sender setzt allem die Krone auf

Bundesweit haben Medien über die spektakuläre Flucht berichtet – dabei jedoch etliche wichtige Hintergrund-Fakten gezielt unter den Tisch fallen lassen.

Der medialen Unterschlagung von relevanten Tatsachen setzt ausgerechnet der Bayerische Rundfunk (BR) die Krone auf, der in seiner längeren Berichterstattung sogar das unerwähnt lässt, was sonst fast alle deutschen Medien mittlerweile schreiben: dass der gemeingefährliche Mörder ein Algerier ist.

Der Freistaat Bayern hat einen neuen Justizskandal. Doch es gibt noch etliche andere gewichtige Hintergrund-Fakten, über die weder der BR noch andere Medien berichten.

Unter falschen Namen in den Sozialstaat

Der arabische Mörder ist vor etwa 20 Jahren illegal nach Deutschland gekommen – mit seinem jüngeren Bruder Sid Ali. Beide reisten unter falschen Namen ein und beantragten Asyl. Der Asylantrag der „Schutzsuchenden" wurde zwar offiziell nicht genehmigt, aber die Behörden gewährten ihnen als „Geduldete" das volle deutsche Sozial-Rundum-Paket, dessen Attraktivität weltweit seinesgleichen sucht.

Neben den laufenden Geldern für den Lebensunterhalt erhielt Chouakri vom hiesigen Staat eine Sozialwohnung zugewiesen – passenderweise gleich neben dem Nürnberger Justizpalast. Chouakris Bruder wurde Bewohner einer sozialpädagogischen Jugendhilfeeinrichtung, wo die Sorglos-24-Stunden-Betreuung den Steuerzahler pro Person rund 5000 Euro kostet. Monatlich.

Brüder erwürgen Kiosk-Besitzerin

Schon nach kurzer Zeit profilierte sich der „Schutzsuchende" R. Chouakri als Schwerkrimineller. Nach etlichen anderen Straftaten ermordete der Moslem im Jahr 2011 die 76-jährige deutsche Kiosk-Besitzerin Frieda Hoose: Bei dem Raubmord hielt der jüngere Bruder das Opfer fest, während der ältere die Frau so lange würgte, bis sie tot war.

Wohl auch dank glücklicher Zufälle gelang es der bayerischen Polizei ziemlich schnell, das mörderische Duo zu fassen.

2013, als der Algerier vor dem Nürnberger Schwurgericht stand, stellte der Vorsitzende Richter fest: „Der Angeklagte hat eine steile Karriere vom Ladendieb über Räuber zum räuberischen Erpresser bis zum Mörder hingelegt." Obwohl der Araber immer wieder, meist durch Raubüberfälle, straffällig wurde, kam lange Zeit keine deutsche Behörde auf die Idee, den Orientalen in seine Heimat abzuschieben.

Noch fehlt jede Spur des Mörders

Der zur Tatzeit erst 16-jährige Bruder kam nach dem Mord mit einer achtjährigen Jugendstrafe davon. Der Ältere erhielt dagegen eine lebenslange Haftstrafe mit besonderer Schwere – und noch zusätzlich 8,5 Jahre für einen Überfall auf eine Sekretärin der Schule, an der Chouakri zeitweise als Hilfshausmeister gearbeitet hatte.

Wären die Algerier gesetzmäßig zumindest nach deren ersten Straftaten abgeschoben worden, hätte der Raubmord nicht passieren können.

Die Fahndung nach dem entflohenen Frauenmörder läuft bundesweit auf Hochtouren. Aber es fehlt bisher jede Spur des Algeriers. Beim Polizeipräsidium Regensburg läuten längst die Alarmglocken: „Sprechen Sie den Flüchtigen nicht an, sondern verständigen Sie die Polizei. Der Mann könnte gewalttätig reagieren", warnt die oberpfälzische Pressestelle.

https://www.focus.de/politik/deutschland/bedrueckende-erkenntnisse-lehrerin-erstochen-studie-enthuellt-wie-viel-gewalt-paedagogen-erleben_id_182947262.html

„Bedrückende Erkenntnisse“

Lehrerin erstochen - Studie enthüllt, wie viel Gewalt Pädagogen erleben

FOCUS-online-Reporter Axel Spilcker

Freitag, 13.01.2023, 20:39

Im westfälischen Ibbenbüren wurde ein Lehrerin erstochen, offenbar von einem ihrer Schüler. Der Fall wirft die Frage auf, mit wie viel Gewalt Lehrkräfte konfrontiert sind. Eine Studie kommt zu einem erschreckenden Ergebnis.

Dienstag, früher Nachmittag. Die Deutschlehrerin Sabine K., 55, sitzt allein in einem Klassenzimmer der „Kaufmännischen Schule Tecklenburger Land“ im westfälischen Ibbenbüren.

Die Lehrstätte bietet diverse Abschlüsse bis hin zum Abitur oder Berufen an. Es ist kurz vor 15 Uhr, als sich der 17-jährige Schüler Sinan Y. dem Raum nähert. Am Morgen hatte der Jugendliche einen eintägigen Schulverweis erhalten.

Offenbar gehörte er zu den Problemfällen in der Lehranstalt. Die späteren Ermittlungen werden ergeben, dass Sinan Y. wiederholt Lehrer und Lehrerinnen beschimpft haben soll.

Haftbefehl gegen Teenager wegen Totschlags

An jenem Nachmittag will der junge Mann seine Klassenlehrerin zur Rede stellen. Er hat ein Messer dabei. Was dann geschieht, gehört noch zu jenem Teil, den die Mordkommission der Polizei und der Staatsanwaltschaft Münster aufhellen müssen.

Klar scheint, dass der aufgebrachte Schüler in völliger Rage auf die zweifache Mutter Sabine K. einsticht. Die wehrlose Frau stirbt noch am Tatort. Anschließend wählt der Tatverdächtige den Notruf und informiert die Polizei. Widerstandlos lässt er sich abführen. Die Staatsanwaltschaft erwirkt gegen den Teenager einen Haftbefehl wegen Totschlags. Die Obduktion des Leichnams ergibt laut der Anklagebehörde, dass zahlreiche Stiche das Opfer verbluten ließen.

An der Schule herrscht Fassungslosigkeit. Schüler stellen Kerzen und Teelichter im Gedenken an das Opfer auf. Der Schulbetrieb ist zunächst einmal unterbrochen.

In der Aula wird ein Trauerort eingerichtet. Ein Kondolenzbuch für die getötete Lehrerin liegt aus. Der Tatort sowie die entsprechende Etage bleiben während der Ermittlungen gesperrt.

Die Justiz kann den Vorwurf noch auf Mord heraufstufen

NRW-Schulministerin Dorothee Feller spricht bei einem Besuch der Schule den Kolleginnen und Kollegen der Getöteten ihre Anteilnahme aus. „Diese Tat lässt mich und uns alle tief betroffen und erschüttert zurück“, sagt die CDU-Politikerin.

In ihrer Trauer werde die Schulgemeinde nicht alleingelassen, unterstrich die Ministerin. Auch ein Notfallteam der Schulpsychologie stehe den Betroffenen zur Seite.

Bislang schweigt der Beschuldigte zum Tathergang als auch zu seinem Motiv. Vermutlich muss ihn ein unbändiger Hass auf sein Opfer und die Schule zur Tat getrieben haben. Laut Oberstaatsanwalt Martin Botzenhardt ist der Schüler nicht bei der Münsteraner Justiz aktenkundig.

Zunächst einmal laufen die Ermittlungen unter Totschlagsverdacht. Allerdings kann die Justiz den Vorwurf immer noch auf Mord heraufstufen, sollten etwa die kriminaltechnischen Untersuchungen zum Beispiel das Merkmal der Heimtücke nahelegen.

Ganz gleich. Nach Jugendstrafrecht liegt das Höchstmaß in beiden Fällen bei zehn Jahren.
Studie zeigt: Cybermobbing gegen Lehrkräfte soll massiv zunehmen
Seit Langem beklagen die Berufsverbände zunehmende Gewaltausbrüche gegen Lehrkräfte. Erst im November 2022 stellte die Lehrergewerkschaft eine neue Studie vor, in der ein größerer Teil der 1300 befragten Schulleiter „bedrückende Erkenntnisse" zum Thema Gewalt gegen pädagogisches Personal schildern.
Laut dem Bundesvorsitzenden des Verbands Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, berichten zwei Drittel der Direktoren über Beleidigungen, Bedrohungen oder Belästigungen in den vergangenen fünf Jahren.
2018 waren es noch 48 Prozent. Auch nehme das Cybermobbing gegen die Lehrkräfte massiv zu.
Ein Drittel der Schulen meldet gewalttätige körperliche Angriffe auf Pädagogen. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen registrierte die Studie gar in knapp der Hälfte der befragten Lehranstalten körperliche Attacken.
Betroffen sind den Angaben zufolge insbesondere Förder- und Sonderbildungsstätten, aber auch Haupt-, Real- und Gesamtschulen. 69 Prozent der Schulleitungen beklagen bundesweit den Lehrkräftemangel, ein Drittel moniert die hohe Arbeitsbelastung, und etwa 25 Prozent bemängeln die Probleme bei der Inklusion und der Integration Geflüchteter.
Zehntklässler wollte mit Rohrbomben Blutbad anrichten
Immer wieder sorgen gewaltbereite Schüler für Schlagzeilen. Derzeit muss sich der heute 17-jährige Martin M. (Name geändert) vor dem Düsseldorfer Staatsschutzsenat wegen eines geplanten rechtsextremistischen Anschlags auf seine Schule in Essen verantworten.
Mit Rohrbomben wollte der Zehntklässler unter verhassten Lehrern und Mitschülern ein Blutbad anrichten. Bei der Festnahme entdeckten die Staatsschützer 16 Selbstlaborate, bei denen nicht mehr viel fehlte, um sie zu zünden.
In seinen Pamphleten faselte M. von seinem unbändigen Hass und vom Untergang der weißen Rasse. Eines seiner Vorbilder war der Massenmörder Anders Breivik, der auf der norwegischen Insel Utoya 69 Schüler und Schülerinnen tötete.
Auch Tim K., der 17-jährige Amokläufer aus Winnenden, gehörte zu seinen Vorbildern. Am 11. März 2009 hatte der Amokläufer schwerbewaffnet in seiner Realschule zehn Schüler und Schülerinnen sowie drei Lehrerinnen erschossen.
Später tötete er sich selbst. Offenbar fühlte sich K. durch Mitschüler gemobbt und drehte durch. Die Pistole, eine Beretta 92, hatte der Teenager seinem Vater gestohlen.
Mordkomplott gegen ungeliebten Chemielehrer
Zehn Jahre später schmiedeten drei Jugendliche ein Mordkomplott gegen einen ungeliebten Chemielehrer an der Martin-Luther-King-Gesamtschule in Dortmund.
Im Mai 2019 versuchen ihn die drei Schüler unter einem Vorwand in einen benachbarten Garagenhof zu locken, um ihm mit Hämmern den Schädel zu zertrümmern.
Einer von ihnen sollte einen Schwächeanfall auf einem Parkplatz vortäuschen, um den Pädagogen aus der Schule in die tödliche Falle zu lotsen. Der Jüngste der drei hatte diesen Plan ausgeheckt.

Der damals 16-jährige Schüler hatte sich über die schlechte Note in Chemie geärgert. Der Lehrer hingegen befürchtete Schlimmes und zog sich rechtzeitig zurück.
Von dem Mordkomplott erfuhr der Pädagoge allerdings erst an einem Elternsprechtag durch einen Hinweis eines Klassenkameraden der Verschwörer.

Der Hauptangeklagte wurde zu drei Jahren Jugendhaft wegen versuchten Mordes verurteilt, ein Komplize erhielt eine Arreststrafe, der dritte im Bunde wurde freigesprochen, weil er von der Tat noch rechtzeitig zurücktrat. Im April 2022 hob der Bundesgerichtshof den Freispruch auf. Der Fall muss noch einmal neu verhandelt werden.

https://www.focus.de/politik/deutschland/integration-in-der-schule-das-problem-gibt-es-da-brauchen-wir-nicht-drumherum-reden_id_182863600.html

Integration in der Schule

Lehrerverband zu Merz-Tirade: „Wir haben ein Integrationsproblem“

FOCUS-online-Redakteurin Mirjam Moll

Freitag, 13.01.2023, 20:48

Heinz-Peter Meidinger (Jahrgang 1954) ist seit 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbands. Der Schulleiter des Gymnasiums im niederbayerischen Deggendorf war von 2003 bis 2017 Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands. Der frühere Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung studierte Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Philosophie in Regensburg. Meidinger ist verheiratet und hat eine Tochter.

Der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz sieht Probleme in den Schulen mit Blick auf Schüler mit Migrationshintergrund. Aber ist sein Pauschalurteil nicht zu hart? Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, erkennt auch ein Integrationsproblem.

FOCUS online**: Friedrich Merz sprach in der Sendung von Markus Lanz von „einem veritablen Problem mangelnder Integration junger Menschen, überwiegend aus der arabischen Welt“. Das beginne schon in den Schulen, wenn sich „Väter die Belehrung insbesondere von Lehrerinnen ihrer Söhne, den kleinen ‚Paschas‘, verbitten – da fängt es an“. Pauschalisiert er damit nicht zu sehr?**

Heinz-Peter Meidinger: Die Äußerungen sind sicher teilweise Wahlkampfgetöse und zu pauschal. Die Formulierung ist streitbar, **aber dass wir grundsätzlich ein Integrationsproblem haben, ist unbestritten. Insbesondere im schulischen Bereich.**

Es gibt also häufiger Konflikte mit Eltern, die sich über Lehrerinnen beschweren, weil die ihre Söhne zurechtweisen?

Meidinger: Was Merz gesagt hat, ist zwar nicht der Regelfall. Aber das Problem gibt es, da brauchen wir nicht drumherum reden. Es gibt Eltern, die dann die Schule aufsuchen, die männliche Schulleitung wohlgemerkt, um sich beschweren, weil sie die Autorität weiblicher Lehrkräfte nicht anerkennen. Das Problem gibt es schon lange, nicht nur an Berliner Schulen. Von dort hat es schon vor Jahren einen Hilferuf von betroffenen Lehrerinnen gegeben.

Welche Probleme schildern die Lehrer in Ihrem Verband im Umgang mit Schülern mit Migrationshintergrund?

Meidinger: Wenn solche Probleme entstehen, dann wenden sich Lehrer meist direkt an den Personalrat oder einen Rechtsschutz, dort herrscht eine totale Verschwiegenheitspflicht. Insofern gibt es über diese Probleme wenig Transparenz, auch weil Lehrer sich vielfach nicht trauen, überhaupt Hilfe zu suchen und an die Öffentlichkeit zu gehen. Deshalb bekommt das Thema bislang auch nicht den Stellenwert, den es verdient hätte.

Hatten Sie selbst einmal so ein Erlebnis?

Meidinger: Als Schulleiter im Bayerischen Wald habe ich auch ab und zu Konflikte mitbekommen, auch patriarchalische Familienstrukturen, dass Lehrerinnen in ihrer Autorität nicht akzeptiert wurden. Allerdings kam das an einem Gymnasium seltener vor. Es ist einfach schwierig, wenn Kinder mit Migrationshintergrund Probleme haben, insbesondere, wenn sie aus strenggläubigen islamischen Ländern kommen.

Lehrerin über Islamismus an deutschen Schulen

Warum?

Meidinger: Dann beginnt das Problem schon, mit manchen Eltern in Kontakt zu kommen, um darüber zu sprechen, wie man das Kind am besten fördern kann. Weil es in solchen Familien oft ein Misstrauen gegen öffentliche Stellen gibt, wohl geprägt von den Erfahrungen im eigenen Land. Offene Gespräche darüber, woran es liegt, dass das Kind nicht so gut mitkommt in der Schule, welche Umstände zu Hause herrschen oder gar einen Hausbesuch zu machen, ist dann kaum möglich.

Welche Erfahrungen haben die Mitglieder Ihres Verbands gemacht?

Meidinger: Ja. Als vor einigen Jahren ein Lehrer in Frankreich auf offener Straße ermordet wurde, haben sich mehrere Lehrer bei mir gemeldet und geschildert, dass es auch bei uns aus der islamisch-fundamentalistischen Community heraus zu aggressivem Verhalten von Schülern gegen Lehrer, aber auch seitens der Eltern gegen Lehrer kommt.

Wie äußert sich das?

Meidinger: Lehrer werden bedroht und beschimpft. Aber es geht auch darum, dass Druck gemacht wird, dass es keine Klassenarbeiten während der Ramadan-Zeit geben dürfe, dass Mädchen nicht beim Sportunterricht teilnehmen müssen, dass bestimmte Themen im Unterricht nicht stattfinden sollen. Das sind Probleme, die nicht nur an Brennpunktschulen da sind.

Wie kann man das lösen?

Meidinger: Einerseits sollte man natürlich immer zu überzeugen versuchen, andererseits darf man bei Regelverstößen und unzumutbaren Forderungen auch nicht zurückweichen.

Welche Probleme sehen Sie bei der schulischen Ausbildung von Kindern mit Migrationshintergrund?

Meidinger: Es gibt eine IQB-Studie über deutsche Grundschüler, die zeigte, dass ein Fünftel nicht einmal die Mindeststandards erreicht, die in dieser Stufe erreicht sein sollte. Das Ergebnis ist allerdings noch viel desaströser, was Kinder mit Migrationshintergrund angeht. Das bedeutet miserable Chancen auf einen guten Schulabschluss. Da müssen wir etwas machen.

Was kann und muss die Politik tun?

Meidinger: Der ungleichen soziale und ethnischen Verteilung von Kindern auf Schulen muss entgegengewirkt werden. Wenn einerseits 30 Prozent der Grundschulen über 90 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund haben, 30 Prozent der Grundschulen aber unter zehn Prozent, dann stimmt etwas nicht.

Welche Folgen hat es für den Unterricht, wenn viele Kinder mit Migrationshintergrund in einer Klasse sind?

Meidinger: Das hat enorme Auswirkungen, wie Studien auch belegen. Wenn zu Hause kein Deutsch gesprochen wird – und das ist derzeit bei 80 Prozent der ersten Migrationsgeneration der Fall - dann haben die Kinder enorme Probleme, dem Unterricht zu folgen. Dann muss der Unterricht langsamer werden: mit Folgen für alle. Außerdem findet so kein Kontakt zu deutschen Kindern und damit auch keine Integration statt.

Wie gehen die Eltern der Kinder mit Migrationshintergrund damit um, wenn ihre Kinder in solchen Klassen untergebracht werden? Fürchten sie nicht, dass ihre Kinder dann weniger Chancen haben?

Meidinger: Ja, so ist es. Eltern deutscher Kinder wehren sich gegen gemischte Klassen – aus Angst, die Bildung ihres Kindes könnte darunter leiden. Aber auch die Eltern der Zuwanderungsfamilien sehen große Probleme für ihre Kinder, wenn sie an der Schule unter sich bleiben. Es geht nicht darum, eine gesetzliche Quote festzulegen, wohl aber darum das Problem wahrzunehmen und gegenzusteuern.

Woran denken Sie da?

Meidinger: Etwa, Wohnungen anders zu verteilen, statt ganze Wohnquartiere, in denen dann nur noch Migranten leben. Dass die Verteilung der Kinder mit Migrationshintergrund besser wird. Wenn ein Kind aber mit mangelnden sozialen Kontakten zu deutschsprachigen Kindern aufwächst, wird es benachteiligt sein. Eine bessere Verteilung in einer Großstadt wie Berlin, die ein sehr gutes öffentliches Verkehrsnetz hat, ist beispielsweise problemlos möglich. Ob ein Kind dann drei Stationen mit der S-Bahn fährt oder eine, spielt doch keine Rolle. Aber es kann integrations- und lernförderliche Zusammensetzung der Klassen bewirken.

Wie kann es gelingen, die Kinder besser vorzubereiten?

Meidinger: Das Zauberwort heißt verpflichtende vorschulische Sprachförderung. Es gibt ein Bundesland, dass das richtig macht – das ist Hamburg. Da gibt es Sprachtests bei Vierjährigen. Bei den Kindern, die große Sprachdefizite aufweisen, die bekommen eine verpflichtende Sprachförderung – entweder in den Kitas oder in eigens organisierten Förderkursen. Hamburg hat bei der Grundschulstudie keinen Leistungsabfall zu verzeichnen, auch nicht bei den Kindern mit Migrationshintergrund.

Solche Sprachtests gibt es doch aber auch in anderen Bundesländern…

Meidinger: Ja, aber die Teilnahme ist dort nicht verpflichtend und wenn Defizite festgestellt werden, gibt es auch keine verpflichtende Teilnahme, bestenfalls ein Angebot. Das Hamburger Beispiel sollte Schule machen. Auch der Blick über die Grenzen hilft: Schweden betreibt eine ausgezeichnete vorschulische Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund. Ich habe dort Schulen besucht. Da wird großer Wert darauf gelegt, dass Kinder Schwedisch sprechen, wenn sie in die Schule kommen. Diese Kinder haben dann auch eine Chance.

Die Idee ist ja gut, aber gibt es für solche Sprachförderungen auch genug Personal?

Meidinger: Das Personalproblem ist da, sicher. Aber das kann nicht der Grund sein, dass man die Hände in den Schoß legt. Sind die Defizite einmal da, kann die Schule das während der Schulzeit k a u m leisten, sie auszugleichen. Sie kann sie bestenfalls etwas reduzieren. Fakt ist: Die Unterschiede zwischen den leistungsschwachen und leistungsstarken Kindern nehmen grundsätzlich zu, wenn sie einmal da sind. Deshalb kommt die schulische Förderung solcher Kinder einfach zu spät.

https://www.pi-news.net/2023/01/medien-verheimlichen-hintergruende-zu-messermord-an-deutschlehrerin/

Medien verheimlichen Hintergründe zu Messermord an Deutschlehrerin

12. Januar 2023

Von MANFRED W. BLACK | **Ein erst 17-jähriger Kolleg-Schüler hat am Dienstag nach Unterrichtsschluss seine 55-jährige Deutschlehrerin Sabine K. in Ibbenbühren (NRW) mit mehreren Messerstichen ermordet. Jetzt sickern Hintergrundinformationen durch.**

Immer noch halten aber alle Mainstream-Medien die Ethnie des Mörders geheim – nur die Bild-Zeitung nennt den Namen des Messerstechers: Sinan Y. Der Name ist arabischer Herkunft, der vor allem unter Albanern und Türken häufig ist. Wörtlich übersetzt bedeutet Sinan: „Die (eiserne) Speerspitze". Der Name kommt in muslimischen Kreisen häufig als Familienname vor.

Täter „ein klassischer Typ Großkotz"

Im aktuellen Ibbenbürener Mordfall hat der jugendliche Messerstecher offenbar in der Vergangenheit kontinuierlich Probleme in der Schule gehabt. Aus Kollegiums-Kreisen sickerte durch, dass „Sinan ein klassischer Typ Großkotz" gewesen sei, der nach dem Motto „mir kann keiner was" durchs Leben ging. Er soll wiederholt mit Lehrerinnen und Lehrern – aber wohl auch mit Schülern – erhebliche Kontroversen gehabt haben. Daraufhin hatte

die Schulleitung dem Jugendlichen am Dienstagmorgen einen eintägigen Schulverweis erteilt.
Am Nachmittag war Sinan Y. dann nach der achten Stunde mit einem Messer in die „Kaufmännische Schule Tecklenburger Land" zurückgekommen und suchte gezielt nach seiner Lehrerin. Im fünften Stock fand er Sabine K., eine Mutter von zwei erwachsenen Kindern, allein im Klassenzimmer und stach mehrfach brutal auf sie ein. Nach der Tat rief Sinan Y. um 14.51 Uhr selbst den Polizei-Notruf an und ließ sich wenig später „von Einsatzkräften widerstandslos festnehmen" (Polizei Steinfurt).

Erst kürzlich Tankstellenpächter niedergestochen

Der Mord von Ibbenbüren ist umso auffälliger, als erst am 30. November 2022 ein angeblich „psychisch kranker 43-Jähriger den Pächter einer Tankstelle im nur 15 Kilometer südöstlich von Ibbenbühren gelegenen Langerich niedergestochen hat" (Süddeutsche Zeitung). Auch hier versuchte der linksgrün dominierte Medien-Mainstream, die ethnischen Hintergründe der Tat zu verbergen.

https://philosophia-perennis.com/2023/01/11/migrantengewalt-es-faengt-schon-mit-den-kleinen-paschas-an-merz-bei-lanz/

Merz bei „Lanz": „Leute, die eigentlich in Deutschland nichts zu suchen haben"

BY**DAVID BERGER**
11. JANUAR 2023

(David Berger) Migrantengewalt beginnt nicht erst, wenn der Kalender Silvester schreibt oder Böller verfügbar sind. Sie wird den „kleinen Paschas", erzogen in arabisch geprägten Parallelgesellschaften, geradezu anerzogen. Friedrich Merz wird mit dieser Aussage, gestern bei Markus Lanz getätigt, erneut für Aufregung sorgen.

„Ich denke, wir haben in Deutschland über zu viel Zeit, zu viele Jahre lang weggeschaut." – so Friedrich Merz gestern Abend in der ZDF-Sendung „Markus Lanz". Und noch deutlicher: „Wir sprechen hier über Leute, die eigentlich in Deutschland nichts zu suchen haben".

Die Rolle des Migrationshintergrunds bei der Aufarbeitung der Gewaltexzesse in der letzten Silvesternacht dürfe man nicht negieren: „Wir haben es mit einem veritablen Problem mangelnder Integration junger Menschen zu tun".

Kleine Paschas

Dabei gehöre er nicht zu „denen, die pauschal sagen: Diejenigen, die hier als Ausländer leben, sind nicht integriert. Das ist Unsinn.“ Das Problem der Gewalt beginne nicht erst, wenn Böller bereit stehen und die Silversterglocken läuten: „Sprechen Sie mal mit Lehrerinnen und Lehrern in den Grundschulen, was die jeden Tag erleben, auch an verbaler Gewalt. Und dann wollen sie diese Kinder zur Ordnung rufen und die Folge ist, dass die Väter in den Schulen erscheinen und sich das verbitten, insbesondere, wenn es sich um Lehrerinnen handelt, dass sie ihre Söhne, die kleinen Paschas, da mal etwas zurechtweisen. Da fängt es an.“

Video-Player

00:00
01:48

Generell solle man hier nicht einfach undifferenziert von Ausländern reden: „Das sind überwiegend Jugendliche aus dem arabischen Raum, die nicht bereit sind, sich hier an die Regeln zu halten, die Spaß daran haben, diesen Staat herauszufordern“.

Einfluss des Islam?

Dass dabei der Begriff „Islam“ oder „islamisch geprägte Kultur“ nicht fällt, verwundert vermutlich keinen. Dabei ist gerade die Frage der durch den Islam geprägten Kulturen und gewalttätigen wie frauenfeindlichen Milieus eine, die man nicht wird ausklammern können, wenn man dem Problem an der Wurzel beikommen möchte.

Derzeit werden unter Bundestagsabgeordneten Wetten abgegeben, wie lange es dauert bis sich Merz – unter dem Druck der gleichgeschalteten Nannymedien – für seine Aussage entschuldigen wird. Andere sind hoffnungsvoller. So fragt ein Twitter-User: „Hat Merz jetzt seine Eier wiedergefunden?“ Und Hans-Georg Maaßen, selbst CDU-Mitglied urteilt: „Endlich einmal eine klare Aussage von Merz zur Migrantengewalt in Deutschland.“

„Sprechen Sie mal mit Lehrerinnen!“

Hier können Sie die gesamte Sendung sehen:

https://www.pi-news.net/2023/01/hh-afd-politiker-blutig-geschlagen-medien-unterschlagen-hintergruende/

HH: AfD-Politiker blutig geschlagen – Medien unterschlagen Hintergründe

14. Januar 2023

Von MANFRED W. BLACK | Der Hamburger AfD-Bezirksabgeordnete Politiker Marc-Manuel Kunstmann – der Sohn der Schauspielerin Doris

Kunstmann – ist während einer Busfahrt im Stadtteil Billstedt unvermittelt von zwei Männern angegriffen und schwer verletzt worden.
In einem Youtube-Interview erklärte der Fraktionsvorsitzende der AfD in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, er habe am 6. Januar auf der Heimfahrt Musik gehört, als er völlig überraschend – also ohne eine erkennbaren Grund – einen Schlag ins Gesicht bekommen habe.
Kunstmann sagte, er habe mit blutendem Gesicht den Fahrer des Busses gebeten, die Polizei zu rufen. Der habe jedoch nur die die Tür des Fahrzeuges geöffnet und ihn zum Aussteigen aufgefordert – „möglicherweise, so Kunstmann (...), weil er durch den ersten Schlag seine Maske verloren hatte und in Hamburgs Nahverkehrs weiter Maskenpflicht herrscht" (Die Welt).
Polizei greift ein
Kunstmann sei ausgestiegen, aber auf der Fahrbahn hätten die Angreifer weiter auf ihn eingeschlagen. Auf der Straße habe er, so Kunstmann, selbst den Notruf gewählt, aber die Angreifer hätten ihn weiterhin körperlich attackiert.
Beamte in zwei zufällig vorbeifahrenden Polizeistreifenwagen hätten das Gewaltgeschehen beobachtet und seien ihm sofort zur Hilfe geeilt. Auf diese Weise sei es möglich gewesen, die beiden Gewalttäter sogar festzunehmen.
Die Tageszeitung Die Welt hat – erst am 12. Januar – über das Geschehen einen längeren Artikel veröffentlicht. Doch ähnlich wie andere Zeitungen des Mainstreams ließ die Welt wichtige Hintergründe der Angriffe unter den Tisch fallen.
Medien: Kein Wort über die „Südländer"
Gegen den Busfahrer hat Kunstmann nach eigener Aussage eine Anzeige wegen unterlassener Hilfestellung erstattet. Im Zuge der Ermittlungen erklärte inzwischen ein Hochbahn-Sprecher, der Fahrer des Busses habe nicht ermittelt werden können, „weil die angegebene Straße nicht stimme" (Die Welt). Eine überraschende Aussage: Zumindest die beteiligten Polizeibeamten wissen natürlich genau um den Ort des Geschehens, den der Abgeordnete der AfD womöglich in der Dramatik der Ereignisse nicht genau hatte angeben können.
Noch etwas überrascht. Mehrere Zeitungen – zum Beispiel die Tageszeitung Die Welt – haben über die Angriffe auf den AfD-Bezirksabgeordneten zwar ziemlich genaue Artikel veröffentlich, aber eine entscheidende Aussage von Marc-Manuel Kunstmann einfach unter den Teppich gekehrt: Der Abgeordnete hat dezidiert erklärt, bei den Angreifern handele es sich zweifelsfrei um „Südländer", die ihn, Kunstmann offenbar als Politiker der AfD erkannt hätten.
Laut Polizei sind die Schläger etwa 30 Jahre alt.
Ähnliche Attacken hat es schon 2021 gegeben
Dieser Überfall erinnert fatal an den 12. Dezember 2021, als zwei mutmaßliche Linksextremisten den mecklenburg-vorpommerschen Landtagsabgeordneten Michael Meister vor seinem Haus körperlich angegriffen haben.

Sie waren dem Politiker in den Rücken gesprungen und hatten gerufen riefen: „Du AfD-Nazischwein". Bis heute ist dieser Angriff nicht aufgeklärt worden.
Ebenso wenig konnte die Polizei die Gewalttäter ermitteln, die die Windschutzscheibe von Meisters Auto kurz vor der Landtagswahl am 26. September 2021 eingeschlagen hatten.

Mainstream-Politiker schweigen

Die System-Parteien haben damals zu Angriffen auf den Politiker Meister geschwiegen. Auch zu den Attacken gegen den Abgeordneten Kunstmann schweigen die Parteien des Mainstreams.

Wie groß wäre wohl der Aufschrei bei den herrschenden Parteien gewesen, wenn zum Beispiel ein SPD-Politiker von politisch extremen Tätern attackiert worden wäre?

Nur die AfD äußerte sich jetzt nach dem Überfall auf ihren Parteifreund Kunstmann. Der Hamburger Landesvorsitzende Dirk Nockemann erklärte: „Ich erwarte, dass dieser Überfall zeitnahe strafrechtliche Konsequenzen hat." Denn AfD-Mitglieder seien „kein Freiwild".

https://www.pi-news.net/2023/01/hh-syrer-vergeht-sich-an-74-jaehriger-medien-unterschlagen-hintergruende/

HH: Syrer vergeht sich an 74-Jähriger – Medien unterschlagen Hintergründe

16. Januar 2023

Von MANFRED W. BLACK | Eine 74 Jahre alte Frau ist kürzlich vor ihrer Wohnungstür an der Hamburger Hufnerstraße (Barmbek-Süd) von einem 28-Jährigen „sexuell attackiert und geschlagen worden" (Hamburger Morgenpost). Inzwischen werden immer mehr Details zu dem Verbrechen bekannt. Die Mopo hat darüber einen Nachrichtenartikel gebracht.
Die linke Boulevardzeitung verschweigt allerdings wichtige und grausame Details der Tat in Barmbek und kehrt relevante Hintergrundfakten zu dem Sexualstraftäter einfach unter den Teppich.
Die Mopo schreibt eher verharmlosend über die schweren Attacken, die der Täter seinem Opfer zugefügt hat: „Auch in der Wohnung schlug er weiter erheblich auf sie ein und versuchte, sexuelle Handlungen an ihr vorzunehmen."

Mehrere Gesichtsknochen gebrochen

In Wirklichkeit hat sich der Täter gegenüber der älteren Dame eher wie eine Bestie verhalten. Tatsächlich klingelte er an der Wohnung der Seniorin in einem Mehrfamilienhaus in Barmbek. Als die 74-jährige Ruheständlerin die Tür geöffnet hatte, schlug ihr der schlanke Mann sofort auf höchst brutale Weise immer wieder ins Gesicht, brach ihr dabei mehrere Gesichtsknochen – und wollte sie vergewaltigen.

Nachbarn waren aufgrund der Schreie des Opfers glücklicherweise aufmerksam geworden, sie eilten der Frau zur Hilfe und sprühten Pfefferspray auf den Triebtäter.
Mit diesen Reaktionen hatte der Täter offenbar nicht gerechnet, er flüchtete auf den Dachboden des Hauses. Dort konnte die alarmierte Polizei den Verbrecher festnehmen.
Opfer ist nun stark sehbehindert
Bei der Festnahme verhielt sich der Gewalttäter so aggressiv, dass er auf eine Trage geschnallt werden musste. Nur so konnten Polizei und Feuerwehr den angeblichen „Schutzsuchenden" bändigen und auf die Straße transportieren.
Die Frau ist so schwer im Gesicht verletzt worden, dass ihre Sehkraft wahrscheinlich auf Dauer erheblich **eingeschränkt ist.**
Ermittlungen der Polizei haben ergeben: Der Gewalttäter soll bereits am Neujahrstag eine 20-Jährige überfallen und zumindest versucht haben, auch diese Frau zu vergewaltigen.
Ermittlungsbeamte gehen davon aus, dass der Festgenommene noch für weitere Gewalttaten im norddeutschen Raum verantwortlich ist.
Syrischer „Flüchtling"
Was die Mopo und der mediale Mainstream durchgehend verschweigen? Der Gewaltverbrecher kommt aus Syrien, „Aeddin A." ist sein Name, wie die Bild-Zeitung in ihrer Regionalausgabe Hamburg berichtet.
Der Schwerverbrecher hat bis vor kurzem noch in Lüneburg als vermeintlicher „Flüchtling" zur Miete gewohnt. Sicherlich auf Kosten des deutschen Sozialstaates.
Seine damalige Unterkunft zündete der syrische Gewalttäter an – und flüchtete anschließend nach Hamburg-St. Georg. Hier wohnte er offenbar in einem Hotel – wiederum wohl auf Kosten des hiesigen Steuerzahlers.
Dass die Behörden den Triebtäter anscheinend nicht als kriminellen „Lüneburger" erkannt haben, hängt vermutlich damit zusammen, dass die meisten „Schutzsuchenden" aus arabischen und afrikanischen Ländern behaupten, angeblich keine Papiere zu besitzen.
Wo Milch und Honig fließen
So können die vermeintlich „Geflüchteten" ihre Namen und ihre Herkunft ohne Schwierigkeiten gegenüber den deutschen Behörden fälschen. Doch auch ohne Ausweispapiere bekommt jeder ausländische angebliche „Schutzsuchende" von den deutschen Behörden umgehend eine Unterkunft zugewiesen, gleichzeitig werden die ersten Sozialgelder für den laufenden Lebensunterhalt zur Verfügung gestellt. Es muss nur das Zauberwort „Asyl" genannt werden.
Viele Araber und Afrikaner müssen längst den Eindruck gewonnen haben, dass in Deutschland Milch und Honig fließen. Jedenfalls für Ausländer, die behaupten, politisch Verfolgte zu sein.

Für die – zeitlich in keiner Weise begrenzten – immensen Kosten kommt der hiesige Steuerzahler auf.

https://www.pi-news.net/2023/01/spektakulaerer-geldraub-in-saarlouis-medien-unterschlagen-hintergruende/

Spektakulärer Geldraub in Saarlouis – Medien unterschlagen Hintergründe

17. Januar 2023

Von MANFRED W. BLACK | Ein blutiger Überfall im saarländischen Saarlouis macht seit Tagen in Deutschland und Frankreich Schlagzeilen. Ausgerechnet am Freitag, den 13. Januar, haben Gangster einen Geldtransporter mit Hilfe eines plötzlich quergestellten PKWs gestoppt. Das Transportfahrzeug wurde gesprengt, mehrere Autos brannten aus. Die Polizei war schnell zur Stelle, es kam zu einem Schusswechsel, der Fahrer des Geldtransporters und mehrere Polizeibeamte wurden verletzt. Einer der Beamten ist angefahren worden, als er sich einem Fluchtfahrzeug in den Weg stellen wollte.

Augenzeugen berichteten dem Saarländischen Rundfunk (SR), dass die Banditen den Geldtransporter „vorne mit Keilen blockierten, während sie einen Sprengsatz unter das Heck des Fahrzeugs schoben und zur Detonation brachten".

So wurden die Panzertüren geknackt. Den Geldräubern gelang es, mindestens zwei Millionen Euro zu erbeuten und dann „mit PS-starken Wagen in Richtung französische Grenze" (Der Spiegel) zu fliehen. Etwa sechs Millionen Euro sind anscheinend in den Flammen aufgegangen.

Deutsche Medien verheimlichen die Namen der Gangster

Doch jetzt ist es Spezialkräften der französischen Polizei überraschenderweise gelungen, fünf der beteiligten Gangster an verschiedenen Orten im Großraum Paris festzunehmen. Einem Bericht der französischen Sonntagszeitung Le Journal du Dimanche zufolge sind in Épinay-sur-Seine drei Verdächtige festgenommen worden, in Saint-Denis ein weiterer und der fünfte in Deuil-la-Barre. Bei den verhafteten Gangstern sind durch Fahnder noch 500.000 Euro sowie etliche Schusswaffen sichergestellt worden.

Viele deutsche Medien haben über den brutalen Überfall detailliert berichtet. Allen voran der Spiegel, der ARD-Sender SR und RTL. Doch während französische Zeitungen etliche persönliche Details über die Schwerkriminellen veröffentlicht haben, lassen fast alle deutschen Medien ihre Leser im Dunklen, wenn es darum geht,

Namen und ethnische Hintergründe der international agierenden, mafiös organisierten Bandenmitglieder zu nennen.
Die Welt und die Bild-Zeitung bilden die Ausnahmen von der Regel. „Bei mindestens zweien soll es sich um Größen aus dem kriminellen Milieu handeln: Abdelkrim L. (56), Spitzname ‚der Kleine Abdel', und Loïc D. (44), genannt ‚Lolo'" (Bild-Zeitung). Als weiteren Verdächtigen benennt das Blatt einen Araber, der den Namen Khaled A. trägt.
Hiesige Zeitungen vertuschen die Wahrheit
Der schon ältere verhaftete Schwerkriminelle Abdelkrim L. ist in Frankreich in Fachkreisen bekannt, er gilt als Repräsentant einer Mafia-Organisation in Paris. Er wurde schon 2005 wegen eines Überfalls auf einen Geldtransporter, bei dem es einen Toten gegeben hat, zu einer 22-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt.
Liest man die Namen der verhafteten Geldräuber, wird das klar, worüber deutsche Zeitungen grundsätzlich nicht mehr zu schreiben wagen: Bei den Gangstern handelt es sich durchweg um Schwerkriminelle mit arabischem, vor allem marokkanischem Hintergrund, die anscheinend in der Regel die französische (Zweit-)Staatbürgerschaft besitzen. Auch in Frankreich kommen Ausländer relativ leicht in den Besitz französischer Pässe.
Große Teile des französischen schwerkriminellen Bandenwesens werden längst durch Migranten beherrscht. Dass deutsche Medien diese wichtigen Fakten seit Jahr und Tag aus linksideologischen Gründen der Political Correctness unter den Tisch fallen lassen, schreit gen Himmel.

https://journalistenwatch.com/2023/01/17/verurteilter-vergewaltiger-aus-illerkirchen-dank-kretschmann-untergetaucht-nun-ist-er-halt-weg/

Verurteilter Vergewaltiger aus Illerkirchen dank Kretschmann untergetaucht: Nun ist er halt weg

Das Dorf Illerkirchen kommt nicht zur Ruhe. Der verurteilte afghanische Vergewaltiger, der nach Verbüßung seiner Strafe ausgerechnet wieder in dem kleinen schwäbische Ort untergebracht worden war, ist weg. Er kam zuletzt seiner Meldepflicht nicht mehr nach und wurde auch in seiner Wohnung nicht mehr angetroffen, informierten nun die zuständigen Behörden.

Der Afghane war wegen der Beteiligung an der Vergewaltigung eines 14-jährigen Mädchens in der Halloween-Nacht 2019 in einem Flüchtlingsheim in Illerkirchberg zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Als er entlassen wurde, wurde er ausgerechnet in dem Ort des Verbrechens wieder untergebracht. Die Empörung war groß, als das herauskam. Nun ist der verurteilte Täter offenbar untergetaucht. Bei einer Kontrolle sei festgestellt worden, daß er sich nicht mehr in seiner Wohnung

aufhalte. Er sei daher vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben worden, teilte eine Sprecherin des Regierungspräsidiums laut Welt mit: „Die wiederholte Verletzung der Meldepflicht bei der Polizei stellt grundsätzlich eine Straftat dar. Eine Strafanzeige wurde diesbezüglich bereits gestellt“, erklärte sie weiter.

Der Bürgermeister des Ortes gab an, er sei gezwungen worden, den verurteilten Afghanen erneut in seiner Gemeinde unterzubringen.“Die eigentliche Lösung wäre die Abschiebung. Die zweitbeste, ihn woanders unterzubringen“, so die Meinung des parteilosen Bürgermeisters Markus Häußler. Er sei regelrecht entsetzt gewesen, als ihm mitgeteilt wurde, er hätte den Afghanen erneut in seiner Gemeinde zu beherbergen. Das Regierungspräsidium Tübingen hatte vor der Haftentlassung beschlossen, eine räumliche Beschränkung für den Alb-Donau-Kreis zu verhängen. Eine Unterbringung in einem anderen Landkreis war nach Angaben des Landratsamt deswegen nicht möglich, alle infrage kommenden Gemeinden hatten sich geweigert, den verurteilten Afghane bei sich unterzubringen, berichtet die Schwäbische.

Der Fall hatte bundesweit für Aufregung gesorgt. Sogar Baden-Württembergs Justizministerin Marion Gentges (CDU) hatte sich in einem Brief an Bundesinnenministerin Nancy Faser (SPD) dafür ausgesprochen, den verurteilten Afghanen in seine Heimat abzuschieben. Doch der amtierende grünen „Fluchthelfer“-Ministerpräsident Winfried Kretschmann gab an, eine Abschiebung sei schon aus rein technischen Gründen unmöglich, weil in Afghanistan angeblich unter den gegenwärtigen Bedingungen gar keine Flugzeuge landen könnten. Auch für die Bundesregierung ist Abschiebung von verurteilten Gewalttätern keine Option. Wegen der „Sicherheitslage“ setzte sie die Abschiebungen in das Land aus.

Für den Normalbürger ist es hingegen durchaus immer noch möglich, nach Kabul zu reisen. Unter anderem bieten die Fluggesellschaften Turkish Airlines und Emirates Flüge von Deutschland nach Kabul an. Die Flüge starten beispielsweise von den Flughäfen Frankfurt/Main, Hamburg, München oder Berlin-Brandenburg. Angebote ab 300 Euro sind ohne Probleme zu finden. Ein Angebot, daß natürlich nicht für verurteilte ausländische Straftäter gilt. (MS)

https://journalistenwatch.com/2023/01/17/und-wieder-einmal-ein-mann-schleudert-16-jaehrige-aufs-gleis/

Und wieder einmal: „Ein Mann“ schleudert 16-Jährige aufs Gleis

Bereits vor einer Woche – den Mainstreammedien war der Vorfall keine Schlagzeile wert – ereignete sich eine schreckliche Attacke auf einem Bahnhof in NRW: „Ein Mann“ packt ein 16jähriges Mädchen, schleudert es ins Gleisbett und drückte es dann auf die Schienen. Um wen es sich bei dem „Mann“ handelt ist somit ebenso treffsicher zuordnen, wie die nachfolgende Verbringung des Täters.

Die Tat geschah bereits am Sonntag, 8. Januar. Bisher hatte nur das lokale Internetportal *Ausblick am Hellweg* über den Angriff berichtet. Dazu hieß es: „Zeugen

einer schockierenden Attacke wurden am Sonntagnachmittag, 8. Januar, Reisende im Bahnhof von Altena [Nordrhein-Westfalen]. Ein junges Mädchen wurde von einem ihr wildfremdem Mann von hinten gepackt und mit voller Wucht auf die Gleise geschleudert“. Und weiter: „Ein Polizeisprecher schildert die folgenden Schrecksekunden: ‘Vor den Augen anderer Fahrgäste packte er sie von hinten an beiden Armen und warf sie auf das Gleis 1. Er sprang oder fiel ebenfalls auf die Schienen und hielt die junge Frau auf dem Boden fest.‘ Zwei Zeugen sprangen sofort hinterher und befreiten das Mädchen. Der Angreifer – als sei nichts gewesen – kletterte wieder auf den Bahnsteig, nahm seinen abgestellten Koffer in die Hand und stieg zurück in den Zug.“ Bahn-Mitarbeiter konnten den „Mann aus Nürnberg“ – so die Titulierung der Polizei für den mutmaßlichen Täter, festhalten, bis die Polizei kam und ihn festnahm.

Spätestens ab dieser Stelle dürfte für die Mehrheit der Mainstreamkonsumenten – insofern sie von dieser Gewalttat Kenntnis erlangten – um wen es sich beim „Mann aus Nürnberg“ handelt. Und richtig: Auf Nachfrage des Portals teilte die Polizei mit, dass es sich um einen syrischen Staatsangehörigen handelt. Die Begründung, warum die Herkunft des mutmaßlichen Täters vorab nicht genannt wurde: „Zu polizeilichen Vorerkenntnissen machen wir aus Datenschutzgründen wie gewohnt keine Angaben“, so der Polizeisprecher.

Einem bekannten Muster folgend, verwundert dann auch die Information nicht, dass der unter Drogen gestandene importierte Gewalttäter nicht in ein Gefängnis, sondern in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wurde.

Die Polizei ermittelt anscheinend dennoch wegen gefährlicher Körperverletzung, gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr und Beleidigung. Das 16jährige Mädchen, bei dem es sich offenbar um ein „Zufallsopfer“ handelt, musste vom Rettungsdienst vor Ort behandelt werden. (SB)

https://www.welt.de/vermischtes/article243390013/Baden-Wuerttemberg-Drogenrazzia-in-Asylunterkuenften-rund-150-Beamte-im-Einsatz.html?source=puerto-reco-2_ABC-V17.5.C_test_default_users_no_history

Drogenrazzia in Asylunterkünften – rund 150 Beamte im Einsatz

Stand: 24.01.2023 | Lesedauer: 2 Minuten

Beamte im Einsatz (Symbolbild)

In Baden-Württemberg hat ein Großaufgebot an Polizeikräften Wohnungen und Asylunterkünfte an mehreren Orten durchsucht. Die Beamten waren auf der Suche nach Drogen. Sichergestellt wurden Amphetamine, Marihuana und Kokain.

Bei einer großen Drogenrazzia in Wohnungen und Asylunterkünften in Baden-Baden sowie im Landkreis Rastatt (Baden-Württemberg) haben am Dienstag rund 150 Polizeikräfte mehrere Objekte durchsucht. Es gehe um den Verdacht des gewerbsmäßigen Handels mit Betäubungsmitteln in Asylunterkünften, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Baden-Baden. Auch private Wohnungen seien seit dem frühen Morgen gegen 6.00 Uhr durchsucht und Amphetamine, Marihuana und Kokain sichergestellt worden – in welchen Mengen, war zunächst nicht bekannt.

Die Ermittlungen laufen dem Behördensprecher zufolge seit vergangenem Jahr. „Wir haben festgestellt, dass Personen in die Unterkünfte hineingegangen und mit Drogen wieder herausgekommen sind“, sagte er. Auch habe man wiederholt Personen mit Drogen erwischt, die diese eigenen Angaben zufolge in den Unterkünften gekauft hätten. Auch mit Ecstasy-Tabletten sei gehandelt worden.
Zehn mutmaßliche Drogenhändler, darunter eine Frau, seien identifiziert und davon einige am Morgen bereits vorläufig festgenommen worden. Vor allem in der Wohnung der Frau wurden den Angaben zufolge größere Mengen an Drogen sichergestellt. Nach weiteren Beschuldigten werde gesucht.

Verdächtige bereits polizeibekannt

Ein Teil der Verdächtigen sei in der Vergangenheit bereits durch Gewalttaten aufgefallen, wie es weiter hieß. Auch Spezialkräfte seien deshalb vor Ort gewesen. In die mehrmonatigen verdeckten Ermittlungen war den Angaben zufolge auch das Landeskriminalamt eingebunden.

https://journalistenwatch.com/2023/01/26/nach-der-juengsten-zug-messerattacke-das-elendige-verharmlosen-verleugnen-und-verdraengen-geht-weiter/

Nach der jüngsten Zug-Messerattacke: Das elendige Verharmlosen, Verleugnen und Verdrängen geht weiter

Die gestrige Messerattacke eines staatenlosen Palästinensers, der sich, ohne ersichtlichen Grund seit 2014 in Deutschland aufhält,
zeigt abermals den ganzen Wahnsinn der deutschen Migrationspolitik, dem nun wieder neun Menschen darunter zwei Tote zum Opfer fielen. Politiker heucheln mit den immer gleichen Phrasen Mitgefühl, betreiben die Politik, die zu diesen ständigen Gewaltorgien führen, immer weiter. „*Der Messerangriff in einem Regionalzug ist eine erschütternde Nachricht. All unsere Gedanken sind bei den Opfern dieser furchtbaren Tat und ihren Familien*“, twitterte Bundesinnenministerin Nancy Faeser, wobei sie darauf achtete, dass die Aussage nicht kommentiert werden kann. Ähnlichen Unsinn gaben der schleswig-holsteinische Ministerpräsident und Merkel-Jünger Daniel Günther und seine Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack von sich. Besonders absurd: Heute morgen kündigte – passend zu den Ereignissen – SPD-Quotenphänomen Sawsan Chebli das Erscheinen ihres neuen Buches „Laut“ an – mit folgenden Worten: „*Aus einem Traum wurde Realität. Mein Buch, kommt am 29.3. Musste immer wieder dahin gehen, wo’s wehtut. Es geht um Hass im Netz u. unsere Demokratie, um meine Shitstorms u. was sie mit Euch allen zu tun haben*“, teilt sie auf Twitter mit, und schlüpfte damit in die Opferrolle, die ihr einziges politisches Kapital ist. Den Vogel schießt dabei der Untertitel des Buches ab: „*Warum Hate Speech echte Gewalt ist und wie wir sie stoppen können*„.

Cheblis Borniertheit

Echte Gewalt? Schneidet Hate Speech Hälse auf, durchtrennt Schlagadern, richten Blutbäder in Zügen, Kaufhäusern, Bahnhofsvorplätzen und Fußgängerzonen an?? Abgesehen davon, dass im Falle Cheblis die von ihr beklagten Shitstorms praktisch

ausnahmslos auf ihr unsägliches Geschwätz selbst zurückzuführen sind und sie unter „Hass“ jegliche Kritik wahlweise an sich oder der Migrationspolitik versteht: Wer ein Buch mit solch einer zynischen Buchuntertitelung just an dem Tag bewirbt, an dem die „*echte Gewalt*“ der kriminellen Masseneinwanderung nach Deutschland wieder einmal ihren Tribut gefordert hat, zeigt damit nicht nur gänzliche Empathielosigkeit, sondern staunenswerte Dummheit. Danke für nichts, Sawsan!

Der zwangsfinanzierte ÖRR tat reflexartig alles, Täterhintergrund und Fluchtzusammenhang zu verwässern und leugnen. Der zur ARD gehörende Norddeutsche Rundfunk (NDR) verschwieg nicht nur die Herkunft des Messer-Palästinensers, weil diese angeblich „*nicht relevant*“ sei und „*zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung oder zu Fehlinterpretationen*“ führe, sondern betonte sogleich, es sei wichtig, „*unsere Seiten*“ (gemeint waren die Social-Media-Präsenz und Webauftritte des Senders) „*von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu befreien*“. Dies sei „*keine Zensur, sondern Erhalt der Demokratie*“, hieß es allen Ernstes und ironiefrei.

Die Verschleierung des Täterhintergrundes

ARD und ZDF tun in Wahrheit alles, um zu verhindern, dass ein Zusammenhang zwischen den Messermorden und der seit 2015 anhaltenden Massenmigration hergestellt wird. Dieser drängt sich jedoch von selbst auf – **da es ausschließlich Migranten aus dem arabisch-islamischen Raum sind, die diese Massaker, sowohl in Zügen als auch in Innenstädten, immer wieder verüben. Jedenfalls ist kein Fall bekannt, in dem Chinesen, Vietnamesen oder Polen mit Messern und Macheten durch Deutschland ziehen, hier auf die Bewohner ihres Gastlandes einstechen und dabei religiöse Parolen brüllen. Die „Allahu-akbar“-Messermetzler jedoch sind längst ein Massenphänomen, doch permanent wird ein „extremistischer Hintergrund“ in aller Regel ausgeschlossen. Lieber erklärt man die Täter in aller Eile für psychisch krank und lässt sie in einer Anstalt verschwinden**.

Allein 2020 gab es unfassbare 20.000 Messerangriffe in Deutschland. Rund 40 Prozent davon wurden von „Nicht-Deutschen” verübt – was weniger über die vermeintliche Messergewalt-Affinität der für die restlichen 60 Prozent verantwortlichen „Deutschen“ aussagt als vielmehr darüber, wieviele „Menschen mit Migrationshintergrund” inzwischen das Paß-Attribut „Deutscher“ tragen – denn das kulturelle Phänomen der „westasiatischen“ und auch afrikanischen Gewaltsozialisation verschwindet nicht mit dem Wechsel der (oder, besser, dem Erwerb einer zusätzlichen) Staatsbürgerschaft. Wobei ohnehin nur zehn von 16 Bundesländern überhaupt die entsprechenden Zahlen erheben.

Versagen der Justiz

Als die Berliner CDU die Bekanntgabe der Vornamen der wegen der Gewaltexzesse an Silvester verhafteten Verdächtigen verlangte, überschlugen sich linke Politiker und ihre Hofmedien mit den üblichen Rassismusvorwürfen; der Berliner Senat verweigerte die Herausgabe der Namen unter Berufung auf den Datenschutz.

Das Versagen der Justiz ist dabei ebenso eklatant, wie das von Politik und Medien: Auch der mutmaßliche Messermörder vom Mittwoch ist nämlich mehr als einschlägig vorbestraft. Mindestens zwölf Straftaten gehen auf sein Konto, unter anderem Bedrohung, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Ladendiebstahls und sexueller Belästigung. Am 19. Januar saß er noch in Haft, weil er ein Jahr zuvor bei einer Essensausgabe für Wohnungslose auf einen Mann eingestochen und ihm „potenziell lebensbedrohliche“ Verletzungen

zugefügt hatte. Aber Haftstrafen scheinen in diesem Land obsolet zu sein, wenn man nicht gerade Steuern hinterzieht oder die Zahlung des Rundfunkbeitrags verweigert. Auch der mutmaßliche Zugattentäter vom Mittwoch muss nicht mit der längst überfälligen Abschiebung rechnen, schon allein, weil er staatenlos ist. Er wird dem deutschen Steuerzahler sein Leben lang auf der Tasche liegen, egal, wie es mit ihm weitergeht. (TPL)

https://www.welt.de/politik/ausland/plus243443631/Hawala-Methode-Dieses-Netzwerk-ermoeglicht-Terroristen-Geldwaesche-in-Europa.html?

Dieses Netzwerk ermöglicht Terroristen Geldwäsche in Europa

Von **Christine Kensche**
Nahost-Korrespondentin

In der muslimischen Welt wird Geld häufig mit der „Hawala"-Methode überwiesen. Milliarden fließen ohne Aufzeichnung um den Globus. Nach WELT-Informationen wurde ein neues Netzwerk entdeckt. Der Kopf des Schattenbank-Systems, Ahmed A., könnte Anschläge auf westliche Staatsbürger unterstützen.

Eine Frau betritt ein kleines Lebensmittelgeschäft in Madrid. Sie reicht einen Umschlag über die Theke, darin 5000 Euro in bar und ein Notizzettel mit einem Zahlencode. Wenig später in einem Flüchtlingscamp bei Smara in der Westsahara, zwischen Marokko und Algerien. Ein Mann klopft an den Metallverschlag eines Computershops. Ein Händler mit Schnurrbart und himmelblauem Umhang öffnet ihm. Der Mann nennt ihm einen Zahlencode und bekommt daraufhin einen Umschlag gereicht, darin 700.000 Dinar in bar.

So kann man sich das Geschäft von Ahmed A. vorstellen. Die beschriebenen Händler in Spanien und der Westsahara, von denen es Bilder in sozialen Medien gibt, sind seine Angestellten. Ahmed A. ist der Kopf eines Schattenbank-Systems, das Europa mit Afrika und dem Nahen Osten verbindet.

Völlig anonym

Das funktioniert in diesem Fall so: Binnen Stunden wird ein in Europa eingezahlter Betrag in Westafrika ausgezahlt – ohne, dass sich das Bargeld wirklich bewegt hat. Ohne, dass die Herkunft des Geldes, der Name des Senders oder der des Empfängers registriert wurden. Die Kundin und der Händler in Madrid haben ihrem jeweiligen Gegenpart in der Westsahara lediglich den Zahlencode übermittelt, das Passwort für die „Überweisung". Die Transaktion läuft völlig anonym ab. Die Vermittler kassieren dafür einige Prozent Provision.

Diese Methode wird Hawala genannt, Arabisch für Wechsel oder Zahlungsanweisung. Ein altes, muslimisches Überweisungssystem, das allein auf Vertrauen basiert. Wenn

man so will, eine Art Western Union aus dem Orient. Nur, dass die Geldströme an jedweder Finanzaufsicht vorbeigehen.

Hawala ist eine gute Methode für Migranten, um schnell Geld an ihre Verwandten in der Heimat zu schicken, in der es teilweise kein funktionierendes Bankensystem gibt. Einerseits. Andererseits ist es Alptraum jedes Finanzermittlers. Denn ihre Anonymität machen Hawala-Netzwerke zum bevorzugten Instrument für Mafia-Banden, die damit etwa Drogengeld waschen. Und für Terrororganisationen, die damit Anschläge finanzieren.

200 Milliarden US-Dollar, schätzt das Bundesfinanzministerium, fließen jedes Jahr durch diese Schattenbanken um die Welt. In Deutschland ist diese Zahlungsmethode erst seit dem Jahr 2018 strafbar. Für die Geldtransfers bräuchten die Pseudobanken eigentlich eine Lizenz als Zahlungsdienstleister der Finanzaufsicht Bafin. Polizisten werden inzwischen in Hawala geschult, um den Netzwerken besser auf die Schliche zu kommen.

„Europa ist Dreh- und Angelpunkt“

Doch weil in diesen auf jahrhundertealten Traditionen beruhenden Systemen so gut wie nichts schriftlich festgehalten wird, ist es schwer, sie überhaupt zu entdecken. „Europa mit seinen vielfältigen Migrantengemeinden, die Hawala aus ihrer Heimat kennen, ist ein Dreh- und Angelpunkt dieser Netzwerke“, sagt ein früherer Abteilungsleiter eines westlichen Geheimdienstes, der auf Terrorfinanzierung spezialisiert ist. In eineinhalb Jahren Ermittlungsarbeit haben er und ein Rechercheteam das Hawala-Netzwerk von Ahmed A. aufgespürt. Der Kopf der Bande sitzt in Spanien.

In dieser Woche wurden die gesammelten Informationen an die Finanzabteilung der Guardia Civil übergeben. WELT konnte exklusiv Einsicht in die Unterlagen nehmen. „Tires“ heißt demnach das Netzwerk, das Ahmed A. und sein Geschäftspartner Azman M., ein alter Studienfreund, hochgezogen haben. Beträge bis zu 50.000 Euro könne er jederzeit überall vermitteln, so prahlte er. Und er sei dabei, zu expandieren, um noch höhere „Überweisungen“ tätigen zu können. A. studierte in Libyen und lebt seit dem Jahr 2007 in Spanien. Er hat sich auf illegale Geldtransfers von Europa nach Westafrika und umgekehrt spezialisiert. Er und sein Geschäftspartner sitzen in Spanien, ein Verwandter von A. arbeitet von Algerien aus. Sie haben gute Kontakte zur algerischen Armee.

Die Finanzermittler stießen auf Hawala-Überweisungen mit „Tires“ aus zahlreichen europäischen Ländern, darunter Deutschland, Belgien, Frankreich und Großbritannien, wie auch aus den Golfstaaten in die Westsahara. Zudem gab A. selbst an, er könne jederzeit Bargeld aus und in den Libanon verschieben.

Die Filialen seiner Schattenbank sind die Besitzer unauffälliger Geschäfte wie Gemüseläden, Metzger oder Computershops. „Hawaladare“ werden die Personen genannt, bei denen Kunden Geld einzahlen können oder ausgezahlt bekommen. Zudem haben Ahmed A. und Azman M. laut der Ermittlungen private Konten bei verschiedenen europäischen Banken eröffnet, auf die ihre Kunden Geldbeträge überweisen können, die an anderer Stelle bar ausgezahlt werden – und umgekehrt. Das ist besonders günstig für Kriminelle, die ihr durch Straftaten erworbenes Bargeld waschen können, in dem sie es etwa im Libanon oder in Algerien anonym bar einzahlen, um dann in Europa unauffällig per Banküberweisung ihre Geschäfte zu tätigen. Der Bestand an Bargeld der „Hawaladare“ in Europa, Afrika und Nahost gleicht sich untereinander aus – oder wird bei Bedarf durch Schmuggel von Bargeld, Schmuck oder teure Uhren ausbalanciert.

Visitenkarten mit dem Namen „Tires“ und der Anpreisung von „Computer Services“ sowie „Geldwechsel“ auf Arabisch entdeckten die Ermittler in der Region in und um die Westsahara. Bei Terrorismus-Experten löst dieser Fund Alarm aus. Denn diese Region ist durchsetzt mit Ablegern von Al-Qaida bis Islamischer Staat.
Vor allem ein wichtiger Akteur dehnt seinen Einfluss in Westafrika und darüber hinaus aus: Iran, der größte staatliche Sponsor von Terroristengruppen weltweit. Die zentrale Strategie der islamischen Diktatur ist es, über schiitische Gemeinden im Ausland kulturellen, politischen und militärischen Einfluss zu nehmen. Ideal dafür geeignet, lokale Milizen für den vermeintlichen Kampf gegen den „kolonialistischen Westen“ zu gewinnen, sind instabile und arme Regionen. In Afrika gibt es davon mehr als genug.
Marokko beschuldigt die iranische Regierung, Milizen in der Westsahara zu unterstützen, die eine Unabhängigkeit der Region fordern und gegen marokkanische Sicherheitskräfte kämpfen. Polisario-Mitglieder in der Westsahara sollen von Teheran mit Boden-Luft-Raketen und Drohnen versorgt worden sein. Die mit Iran verbündete Hisbollah habe Camps in Algerien errichtet, in der sie Polisario-Kämpfer ausbilde.
Die Frente Polisario kämpft seit Mitte der 1970er-Jahre um die Unabhängigkeit der Westsahara. Im Jahr 2020 erkannte der damalige US-Präsident Donald Trump den Anspruch Marokkos auf die Westsahara an – im Gegenzug für ein Friedensabkommen Marokkos mit Israel, Irans Erzfeind. Das hat Marokkos Ansehen im arabischen Raum verschlechtert und die Region in den Fokus der iranischen Stellvertreter-Strategie gerückt.
Sicherheitskreise gehen davon aus, dass Terrorattacken gegen westliche Staatsbürger auf afrikanischem Boden zunehmen werden. Aufgrund der vergleichsweise schlechten Sicherheitssituation sind sie dort leichter durchzuführen als etwa in Europa. Die Ausbildung und Unterstützung lokaler Milizen kostet aber viel Geld. Iran hat durch die westlichen Sanktionen keinen direkten Zugang zum internationalen Finanzsystem. Die im Libanon beheimatete Hisbollah steht vor dem Problem, dass der Bankensektor in der libanesischen Wirtschaftskrise teils kollabiert ist und ihre eigenen Finanzinstitute ebenfalls mit Sanktionen belegt wurden. Außerdem wollen sie ihre Terrorismus-Finanzierung in Afrika so gut es geht verschleiern. Deshalb greifen sie auf Hawala-Netzwerke zurück.
Es ist bisher nicht bewiesen, dass das Hawala-Netzwerk „Tires“ von der Hisbollah genutzt wird. Die anfänglichen Ermittlungen deuten jedoch darauf hin. Wer Geld in die Westsahara transferieren will, kommt an Ahmed A. und seinen „Hawaladaren“ kaum vorbei. Und dass er eine positive Haltung gegenüber Iran, Hisbollah und den Polisario-Kämpfern pflegt, macht Ahmed A. auf seiner eigenen Facebook-Seite deutlich. Dort ist er mit Vertretern der Miliz aus der Westsahara befreundet und auch mit Verbindungsleuten zwischen Frente Polisario und Hisbollah.
Mehrfach bekundete Ahmed A. seine Sympathie für Iran. Dieser „stand seinen Verbündeten in den dunkelsten Zeiten zur Seite und befindet sich im Würgegriff“, schreibt er. Gemeint sind wohl die westlichen Sanktionen gegen das Regime in Teheran – die durch Hawala-Banking umgangen werden können.

https://www.focus.de/panorama/welt/messerattacke-im-zug-von-kiel-nach-hamburg-zeuge-beschreibt-messerattacke-im-zug-dann-tauchte-er-bei-uns-auf_id_184021077.html

Zwei Tote bei HamburgZug-Angreifer saß bis sechs Tage vor Tat in U-Haft - wegen Messerattacke auf Obdachlosen

FOCUS online/WochitKeine Videoüberwachung im Regionalzug - Polizei sucht Zeugen

Donnerstag, 26.01.2023, 13:14

Das Wichtigste

- Bei einer Messerattacke in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg sind am Mittwoch zwei Menschen getötet und sieben Personen verletzt worden.
- Ein Mann ist vor der Ankunft im Bahnhof Brokstedt mit einem Messer auf Reisende losgegangen.
- Der Verdächtige ist polizeibekannt und wurde verhaftet.
- Der mutmaßliche Angreifer war der 33-jährige staatenlose Palästinenser Ibrahim A.

Bürgermeister von Brokstedt fuhr gerade aus dem Ort, als die Tat passierte

13.08 Uhr: Auch Brokstedts Bürgermeister, Clemens Preine (CDU), ist schockiert von der Tat. Gegen 15 Uhr fuhr er aus dem Ort, als ihm plötzlich etliche Polizei- und Feuerwehrautos entgegenkamen.

„Als ich dann am Tatort ankam, waren die Beamten in den weißen Anzügen schon da und haben die Spuren gesichert“, erklärt Preine. Ob Bewohner aus seinem Ort in dem Zug saßen oder verletzt wurden, wüsste er nicht.

Derweil lobt Preine die Hilfsbereitschaft der Ansässigen. „In der Bäckerei wurde sich um die Mitreisenden und Verletzten gekümmert“, so Preine. Auch das Bürgerhaus habe trotz Betriebsferien die Türen geöffnet und den Betroffen wie Helfern Kaffee und einen warmen Unterschlupf geboten. „Der Ort steht zusammen. Das verarbeiten wir schon“, ist sich Brokstedts Bürgermeister sicher.

Mittlerweile ist bekannt, dass bei der Messerattacke eine 16-Jährige und ein 19-Jähriger ums Leben gekommen sind. „Viele Jugendliche müssten im Zug gewesen sein, es passt zeitlich.“ Auch einige Jugendliche aus Brokstedt fahren mit dem Zug, um zur Schule nach Neumünster zu kommen.

Angesichts der Berichte über die Vorstrafen des mutmaßlichen Täters, fragt sich CDUler Preine, ob Deutschland nicht zu lasch mit ihm umgegangen ist. „Da muss man sich einige Fragen stellen“, so Preine. Auch, wenn „der Geist nicht ganz in Ordnung ist.“

Verdächtiger von Brokstedt saß zuletzt wegen Körperverletzung in U-Haft

11.13 Uhr: Der 33 Jahre alte Mann, der in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg zwei Menschen getötet und mehrere verletzt haben soll, wird voraussichtlich noch am Donnerstag einem Haftrichter in Itzehoe

vorgeführt. Der Beschuldigte befinde sich nicht mehr in ärztlicher Behandlung, sondern im Gewahrsam der Polizei, teilte die Polizei mit.
Die Hintergründe der Tat seien weiterhin unbekannt. Der 33-Jährige befand sich den Angaben zufolge wegen einer Körperverletzung bis vor kurzem in einer Hamburger Justizvollzugsanstalt. Von 20. Januar 2022 bis zum 19. Januar 2023, sechs Tage vor der Tat, saß der Mann in Untersuchungshaft. Das berichtet „Spiegel" und beruft sich auf die Aussage eines Gerichtssprechers.
Demnach habe der Mann am 18. Januar 2022 vor einer Essensausgabe für Wohnungslose mehrfach auf einen anderen Mann eingestochen. Dabei habe er zuvor offenbar große Mengen
Heroin, Kokain und Alkohol konsumiert. Dann fügte er dem anderen Mann „potenziell lebensgefährliche Verletzungen" zu.
Weil das Urteil in diesem Fall noch nicht rechtskräftig sei, kam der Mann nicht in Strafhaft, sondern blieb in Untersuchungshaft. Weil die verhängte Strafe vor wenigen Tagen nahezu das verhängte Strafmaß erreicht hatte, habe eine Richterin am Landgericht am 19. Januar entschieden, den Mann noch am selben Tag freizulassen, da die Haft als „unverhältnismäßig" bewertet wurde.

Ermittler: Keine Hinweise auf terroristischen Hintergrund bei Attacke

11.04 Uhr: Im Fall des Angriffs in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg, bei dem ein Mann am Mittwoch zwei Menschen getötet und mehrere verletzt hat, gibt es Ermittlern zufolge keine Hinweise auf einen terroristischen Hintergrund. Das sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Itzehoe, Peter Müller-Rakow der Deutschen Presse-Agentur am Donnerstag.

Keine Videoüberwachung im Regionalzug - Polizei sucht Zeugen

10.49 Uhr: In dem Regionalzug von Kiel nach Hamburg, in dem ein Mann am Mittwoch zwei Menschen getötet und mehrere verletzt hat, gab es nach Polizeiangaben keine Videoüberwachung. Die Polizei hat eine Telefonnummer für Zeugen eingerichtet und bittet Mitfahrer des Zuges, die noch nicht mit der Polizei gesprochen haben, sich unter **+49 4821 602 2002** zu melden. Unter der Nummer sei zudem ab sofort das Bürgertelefon erreichbar, teilte die Polizei am Donnerstag mit.

Todesopfer der Messerattacke im Zug sind 16-Jährige und 19-Jähriger

10.14 Uhr: Bei den Todesopfern der Messerattacke in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg am Mittwoch handelt es sich um eine 16 Jahre alte Jugendliche und einen 19 Jahre alten Mann. Das sagte Schleswig-Holsteins Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) am Donnerstag in Kiel.

Messerangriff in Zug Todesopfer sind ein Mann und eine Frau

08.56 Uhr: Bei den beiden Opfern des tödlichen Angriffs in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg handelt es sich um einen Mann und eine Frau. „Die Opfer sind einmal weiblich und einmal männlich. Alles weitere folgt im Laufe des Tages", sagte eine Sprecherin der Polizei am Donnerstag in Itzehoe. Die Identität

der beiden Toten sei ebenfalls geklärt. „Da werden wir heute sicher auch was sagen." Der Zustand und die Schwere der Verletzungen der übrigen Opfer war am Morgen zunächst unklar.

„Er hat erst im anderen Zugabteil gewütet, dann tauchte er bei uns auf"

Donnerstag, 26. Januar, 07.03 Uhr: Gegenüber der „**Bild**"-Zeitung hat ein Augenzeuge die schreckliche Messerattacke im Regionalzug bei Brokstedt beschrieben. „Ich hatte Todesangst", sagte der 61-jährige Mann der Zeitung. „Er hat erst im anderen Zugabteil gewütet, dann tauchte er bei uns auf, hob das Messer. Ein Reisender warf einen Koffer auf ihn", beschreibt er die Szene.

Bericht: Ibrahim A. werden mindestens zwölf Straftaten vorgeworfen

21.50 Uhr: Dem festgenommenen Tatverdächtigen Ibrahim A. wurden einem „Spiegel"-Bericht zufolge in der Vergangenheit mindestens zwölf Straftaten vorgeworfen. Darunter seien mindestens zweimal gefährliche Körperverletzung, ein sexueller Übergriff, Bedrohung und der Missbrauch von Scheckkarten. Die meisten Straftaten habe er in Euskirchen begangen, so ein „Welt"-Bericht.

Man ermittle auch zu einem möglichen extremistischen Hintergrund oder einer möglichen psychischen Erkrankung, so die Polizei. Die Staatsanwaltschaft Itzehoe ermittelt wegen Mordverdacht.

Mutmaßlicher Täter soll noch vor einer Woche in U-Haft gewesen sein

20.40 Uhr: Bei dem mutmaßlichen Angreifer handelt es sich nach FOCUS-online-Informationen um den 33-jährigen Ibrahim A.. Er wurde im Gaza-Streifen geboren und ist staatenloser Palästinenser. Er soll FOCUS-online-Informationen zufolge eine sogenannte Fiktionsbescheinigung haben. Zuvor war in Berichten von einem männlichen Syrer die Rede.

Der Mann habe sich noch bis vor einer Woche in Untersuchungshaft befunden. Darüber hatte die „Welt" zuerst berichtet. Er soll mehrfach wegen Sexual- und Gewaltdelikten polizeilich bekannt gewesen sein. Er sei 2014 nach Deutschland gekommen und habe zunächst in NRW, dann in Schleswig-Holstein gelebt. Zuletzt im Raum Kiel. 2016 habe er subsidiären Schutz bekommen, jedoch sei dem „Spiegel" zufolge ein Rücknahmeverfahren dieses Titels eingeleitet.

Hilfetelefon nach Messerattacke eingerichtet

20.28 Uhr: Nach dem Messerangriff hat die Landesregierung von Schlesiwg-Holstein ein Hilfetelefon für Betroffene eingerichtet. Darauf wies Landesjustizministerin Kerstin von der Decken (CDU) am Mittwoch hin. „Ich bin absolut schockiert über die Ereignisse in Brokstedt. Mein tiefes Mitgefühl gilt den Opfern und deren Angehörigen."

Polizei: 120 Menschen zum Zeitpunkt der Attacke im Zug

20.00 Uhr: Zum Zeitpunkt der tödlichen Messerattacke sind rund 120 Menschen in dem Zug gewesen. Das sagte eine Sprecherin der Polizei in Itzehoe am Mittwochabend. „Das muss ein sehr großes Chaos gewesen sein." Nach dem Angriff wurden etwa 70 Zeugen von der Polizei befragt und betreut. Wie ein dpa-

Reporter am Abend berichtete, wurde der Zug Stunden nach der Tat vom Bahnhof in Brokstedt weggefahren.

Günther entsetzt über Messerattacke im Zug

19.41 Uhr: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther hat schockiert auf die tödliche Messerattacke in einem Zug nördlich von Hamburg reagiert. Der **CDU-Politiker** sprach am Mittwochabend in Kiel von einer schrecklichen und sinnlosen Tat, die zwei Menschen das Leben gekostet habe. „Schleswig-Holstein trauert - das ist ein furchtbarer Tag“, sagte Günther. Er denke an alle, die trauerten und um die Verletzten bangten.

Mann bei Festnahme geistig verwirrt - Aufenthaltsgenehmigung war „blutverschmiert“

18.45 Uhr: Nach ersten vorläufigen Erkenntnissen war der mutmaßliche Angreifer jedoch zuvor nicht als Extremist aufgefallen. Wie aus Sicherheitskreisen zu erfahren war, sei er bei der Festnahme geistig verwirrt gewesen. Laut „Bild“ konnte sein Alter auf der vorläufigen Aufenthaltsgenehmigung zunächst nicht gelesen werden, da sie blutverschmiert gewesen sei.

Zeugen hielten den Tatverdächtigen fest

18.32 Uhr: Eine Polizeisprecherin ergänzte, dass auf Benachrichtigung der Zug gestoppt wurde, worauf sich das Geschehen auf den Bahnsteig verlagert habe. Auf dem Bahnsteig sei der Täter festgesetzt worden. Zeugen hätten den Angreifer festgehalten. Nach Angaben der Polizei Itzehoe gelang es den Zeugen unmittelbar nach der Tat, den Verdächtigen zu stoppen, bis die Einsatzkräfte am Bahnhof in Brokstedt eintrafen. Der Mann, der mittelschwer verletzt sei, wurde demnach in ein Krankenhaus gebracht.

Eine Sprecherin der Polizei in Itzehoe sagte, die Lage sei noch unübersichtlich. Zum Zustand der Verletzten ließen sich keine genauen Angaben machen. „Die Hintergründe sind noch unklar, ebenso wie die Identitäten der Geschädigten“, teilte eine Polizeisprecherin mit.

„Meine Tochter sah, wie ein Mensch vor ihr auf jemanden eingestochen hat“

18.08 Uhr: Eine Frau aus Bad Bramstedt wartete wenige Meter entfernt vom Bahnhof auf ihre Tochter. Die 18 Jahre alte Studentin war mit dem Zug auf dem Rückweg von der Uni in Kiel. „Sie hat gesehen, wie ein Mensch vier Reihen vor ihr auf jemanden eingestochen hat„, sagte die Mutter. Sie könne derzeit noch nicht mit ihrer Tochter sprechen, nur schreiben, sagte die sichtlich bewegte Frau. Die Tochter warte noch darauf, bei der Polizei eine Aussage zu machen. Die junge Frau sei zwar unverletzt. “Ich glaube aber, es geht ihr schlecht. Was sind das für Menschen, die so etwas machen?“, sagte die Mutter.

Strecke zwischen Wrist und Brokstedt gesperrt

16.30 Uhr: Der Zugverkehr zwischen Flensburg und Hamburg sowie Kiel und Hamburg beeinträchtigt. Die Strecke zwischen Wrist und Brokstedt sei derzeit gesperrt, teilte eine Sprecherin der Deutschen Bahn am Mittwochabend mit. Die **Deutsche Bahn** schrieb am Abend: „Den Angehörigen der Opfer gehört

unser tiefes Mitgefühl. Den Verletzten wünschen wir eine baldige und vollständige Genesung.“

Zwei Tote und mehrere Verletzte bei Messerangriff in Zug in Schleswig-Holstein

Ursprungsmeldung: Bei einer Messerattacke eines Manns auf Passagiere in einem Regionalexpress von Kiel nach Hamburg sind in Schleswig-Holstein am Mittwoch zwei Menschen getötet worden. Mehrere Menschen seien zudem verletzt worden, sagte ein Sprecher der Bundespolizei in Flensburg. Das Landesinnenministerium in Kiel sprach von fünf Verletzten. Der Angreifer wurde am Bahnhof Brokstedt festgenommen.

Wie FOCUS-online-Reporter Malte Arnsperger erfuhr, ging um 14.58 Uhr der erste Notruf ein. Es wurde darin gemeldet, dass eine Person mit Messer in dem Zug nach Brokstedt unterwegs sei, und es eine verletzte Person gebe. Um 15.16 Uhr wurde dann in einem zweiten Notruf gemeldet, dass der Täter an den Händen verletzt sei und der Zug sich jetzt im Bahnhof Brokstedt befinde. Um 15.18 Uhr war die Bundespolizei laut FOCUS-online-Informationen vor Ort.

Foto: Jonas Walzberg/dpaEinsatzkräfte vom Rettungsdienst sind am Bahnhof Brokstedt im Einsatz.

Um 15.30 Uhr meldeten die Einsatzkräfte, dass zwei Personen verstorben seien und es fünf Verletzte gab. Um 15.40 Uhr hatte die Kripo den Fall übernommen. Die schleswig-holsteinische Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) äußerte sich betroffen: „Es ist ganz furchtbar. Wir sind alle völlig erschrocken und entsetzt, dass sowas passiert ist“, sagte sie dem NDR.

https://www.focus.de/panorama/welt/toetete-zwei-menschen-im-zug-schon-drei-mal-griff-ibrahim-a-menschen-mit-dem-messer-an-und-kam-immer-wieder-frei_id_184098557.html

Tötete zwei Menschen bei HamburgSchon drei Mal griff Ibrahim A. Menschen mit Messer an

dpa

- FOCUS-online-Reporter **Axel Spilcker**

Donnerstag, 26.01.2023, 12:59

Ibrahim A. tötete in einem Zug nördlich von Hamburg zwei Menschen, verletzte weitere Fahrgäste. Seine Strafakte ist lang. Wie FOCUS online erfuhr, attackierte er bereits drei Mal Menschen mit einem Messer.

Ibrahim A., 33, stach am Mittwoch offenbar wahllos auf die Fahrgäste im Regionalzug RE70 von **Hamburg** nach Kiel ein. Ein 16-jähriges Mädchen und ein 19-jähriger junger Mann starben, sieben weitere Passagiere wurden verletzt, ehe mutige Reisende nebst Beamten der Bahnpolizei den Amokläufer nahe Brokstedt (Schleswig-Holstein) stoppen konnten.

Nach FOCUS-online-Informationen ist es bereits das dritte Mal, dass der staatenlose Palästinenser mit dem Messer andere Menschen attackierte.

2016: Ibrahim A. attackiert Mann mit Messer

In Bad Münstereifel etwa wurde Ibrahim A. im Jahr 2016 einschlägig aktenkundig. Laut der Staatsanwaltschaft Bonn schlug er einen Widersacher gleich mehrfach und schnitt ihm mit einem Messer ins Gesicht. Das Amtsgericht verurteilte den Mann zu einem Jahr auf Bewährung. Zuletzt saß er monatelang in Hamburg in Untersuchungshaft.

Laut einer Justizsprecherin soll er in Hamburg im Januar 2022 in zwei Fällen Personen angegriffen haben. Zum einen in einer Obdachlosenhilfe und zum anderen nahe einer Drogenhilfe-Einrichtung. Die erste Tat ereignete sich den Angaben zufolge am 18. Januar 2022 in der Schlange vor einer Essensausgabe für Wohnungslose. Ibrahim A. geriet mit einem Mann in Streit, er schlug und stach mehrfach auf den Widersacher ein. Das Opfer wurde lebensgefährlich verletzt. Seinerzeit berichtete A., dass er im Vorfeld große Mengen Kokain, Heroin und Alkohol konsumiert habe.

2022: Ibrahim A. wanderte nach zwei Angriffen in Untersuchungshaft

Vor einer Drogenhilfe-Stelle ging A. eine andere Person um Rauschgift an. Als der Mann ihm nichts gab, schlug der Palästinenser ihn nieder, zückte sein Messer und hieb ihm den Messerknauf auf den Kopf. Am 20. Januar 2022 wanderte der Tatverdächtige in Untersuchungshaft.

Das Amtsgericht Sankt Georg verurteilte den Mann am 18. August zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und einer Woche wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen und wegen Diebstahls. Gegen den Schuldspruch legte sein Anwalt Berufung. Das Verfahren läuft noch vor dem Hamburger Landgericht. Am 19. Januar kam Ibrahim A. aus dem Untersuchungsgefängnis frei. Die zuständige Strafkammer begründete diesen Schritt damit, dass der 33-jährige Palästinenser einen Großteil der Strafe bereits abgesessen habe. Eine weitere Inhaftierung sei unverhältnismäßig.

Der Zugmörder ist seit 2014 in Deutschland. An Heiligabend 2014 reiste er nach FOCUS-online-Informationen nach Deutschland ein. Im Jahr darauf stellte er in NRW einen Asylantrag. Nachdem er 2016 einen subsidiären Aufenthaltsstatus erhielt, zog er zunächst nach Euskirchen. Später dann leitete die zuständige Ausländerbehörde ein Rücknahmeverfahren ein.

Etliche Verfahren wurden mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt

Immer wieder wurde A. ein Fall für Polizei und Justiz. Seit 2015 füllte er mit zwölf Taten die Kriminalakten in Euskirchen, Bonn und Köln.

Ladendiebstahl, Missbrauch von Scheckkarten, sexuelle Nötigung, gefährliche Körperverletzung, Bedrohung und Drogendelikte lauten die Vorwürfe. Etliche Verfahren wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Diebstahl und weiterer gewaltsamer Attacken wurden mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt.
2018 kassierte Ibrahim A. wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz eine Geldstrafe in Höhe von 1350 Euro, zuvor hatte er eine geringfügige Zahlung wegen Ladendiebstahls leisten müssen. 2020 sprach ihn das Amtsgericht wegen des Verdachts der Körperverletzung erneut frei.
Die Einträge erinnern an einen drogensüchtigen Kleinkriminellen mit einem Hang zur Gewalt, die am gestrigen Mittwoch im Zug mit der Kennziffer RE 70 zu einem Blutbad führte. Bisher ist unklar, was den Palästinenser zu seiner Tat bewegte. Kurz nach den Geschehnissen teilten die Behörden mit, dass der Messerstecher einen verwirrten Eindruck gemacht habe. Stand er zum Zeitpunkt des Amoklaufes unter Drogen? Ein islamistisches Motiv ist bisher nicht bekannt, obwohl die Polizei in alle Richtungen ermittelt. In NRW, so war zu erfahren, liegen gegen Ibrahim A. bisher keine Staatsschutzerkenntnisse vor.

https://journalistenwatch.com/2023/02/06/brokstedt-messerkiller-verglich-sich-letzten-sommer-im-knast-mit-anis-amri-und-kam-trotzdem-frei/

Brokstedt-Messerkiller verglich sich letzten Sommer im Knast mit Anis Amri – und kam trotzdem frei

In Deutschland braucht man sich über die preisgegebene und wegerodierte innere Sicherheit nicht mehr zu wundern – wenn islamistische Killer, die aus ihrer Radikalisierung selbst keinen Hehl machten, trotzdem auf freiem Fuss sind: Am 25. Januar ermordete der Palästinenser Ibrahim A. in einem Regionalzug mutmaßlich zwei Menschen und verletzte fünf weitere teils schwer. **Die Tat ist im heutigen Deutschland mittlerweile ebenso alltäglich, wie der Versuch, sie so schnell wie möglich aus den Schlagzeilen zu verbannen, damit die Migrationspolitik nicht zum Thema wird. Dass es sich bei diesem Fall höchstwahrscheinlich sogar um die Nachahmung des Terroranschlags am Berliner Breitscheidplatz von 2016 handelt, wurde nun durch Personalakten des Hamburger Gefängnisses bekannt, in dem der mutmaßliche Täter inhaftiert war. Dort verglich er sich ausdrücklich mit dem damaligen Attentäter Anis Amri.**
„Es gibt nicht nur einen Anis Amri, es gibt mehrere, ich bin auch einer", habe er im August 2022 laut Angaben der Justizbehörde zu Bediensteten gesagt. Die Äußerung sei in einem sogenannten Wahrnehmungsbogen in der Gefangenenpersonalakte festgehalten worden. Ein Gefängnismitarbeiter hörte ihn zudem beim Hofgang „*vor sich hinstammeln: „Großes Auto, Berlin, das ist*

***die Wahrheit*“. Gegenüber einem weiteren Bediensteten äußerte er auf dem Weg zum Hof gleich zweimal, ob dieser auch „unter die Reifen“ wolle.**

Angeblich sei A.’s Extremismus „nicht aufgefallen“

Während der Untersuchungshaft sei Ibrahim A. zudem mehrfach verbal aggressiv und unangemessen aufgefallen, wie die Behörde weiter mitteilte. Weitere Äußerungen mit extremistischem Bezug seien nicht aufgefallen. Auch As übriges Verhalten sei insoweit unauffällig gewesen. Noch wenige Tage vor dem Massaker war er psychiatrisch beurteilt worden, ohne dass man dabei besondere Auffälligkeiten festgestellt hatte.

Man fragt sich, was die „Experten“ eigentlich unter „besonderen Auffälligkeiten“ verstehen? Der mehrfach vorbestrafte Ibrahim A., der schon allein deshalb nicht auf freiem Fuß hätte sein dürfen, abgesehen davon, dass es keinen nachvollziehbaren Grund dafür gibt, warum er sich überhaupt in Deutschland befindet, erklärt offen und vor Zeugen, dass auch er ein Anis Amri, also ein Attentäter sei. Auch sonst macht er Anspielungen auf ein großes Auto und Berlin. Amri war mit einem Wagen in eine Menschenmenge gerast. Das alles führte bei den Behörden und Psychologen jedoch offenbar keine Sekunde zu Besorgnis. Dass A. den Namen Amri und die Art von dessen Terroranschlag auswendig im Kopf hatte, wurde jedenfalls nicht als Auffälligkeit gewertet. Stattdessen ließ man ihn wieder auf die Menschheit los. Dies mussten zwei Menschen mit ihrem Leben bezahlen.

https://www.bz-berlin.de/archiv-artikel/kind-10-von-grundschuelern-auf-klassenfahrt-vergewaltigt

31.08.2018, 20:47 Uhr

In Schloss in Brandenburg

Kind (10) von Grundschülern auf Klassenfahrt vergewaltigt

Die Lehrerinnen und Erzieher bekamen von der Tat nichts mit. Zwei Mitschüler hielten das Opfer fest. Der Haupttäter (10) war schon vorher verhaltensauffällig. Die Berliner Schule schaltet die Polizei ein

Es klang alles so großartig: Übernachten in einem Schloss, Klettern, Bootsfahrt, Waldspiele. Für einen zehnjährigen Schüler aus Berlin wurde die Klassenfahrt in die Uckermark zu einem Albtraum. Er wurde von drei Viertklässlern vergewaltigt!

Kurz vor den Sommerferien ging es für 38 Mädchen und Jungen nach Schloss Kröchlendorff. Die Betreiber dort sind bekannt für ihre Erlebnis-Pädagogik. Motto: „Aus Mitschülern werden Teams.“ Kein Supermarkt, kein Kino liegt in der Nähe, die Umgebung ist Natur pur.

Für Zehnjährigen kündigte sich das Unheil an

Für den Zehnjährigen hatte sich das Unheil angekündigt. „Wir f* dich heute“, zischten ihm seine Peiniger tagsüber zu. Aber er schwieg. Abends wurde es bitterer Ernst: Zwei Elfjährige hielten den Jungen fest. Ein Zehnjähriger aus seiner Klasse vergewaltigte ihn.**

Zwei unbeteiligte Mitschüler haben alles beobachtet. Die drei Lehrerinnen und ein Erzieher bekamen nichts mit.

„Ich bin entsetzt über diesen schockierenden Fall. Es muss alles getan werden, um das geschädigte Kind und die Familie zu unterstützen“, sagte Bildungssenatorin Sandra Scheeres (48) zur B.Z.

Lesen Sie auch: Junge (10) auf Klassenfahrt vergewaltigt – Polizei ermittelt nicht mehr gegen den Täter (10)
Bildungssenatorin Sandra Scheeres
Schule liegt in einem sozialen Brennpunkt
Erst anderthalb Wochen später vertraute sich ein Freund des Opfers einem Sozialarbeiter seiner Schule an. Sie liegt in einem sozialen Brennpunkt. Immer wieder kommt es auch in der Schule zu Gewalt. Selbst Schulanfänger haben wenig Respekt vor Lehrern, reden in Fäkalsprache. Jedes siebte Kind kommt nur unregelmäßig zur Schule.

Nachdem die Vergewaltigung intern bekannt wurde, informierte die Schule umgehend Eltern und Polizei. Die Täter wurden bis zum Ferienbeginn vom Unterricht ausgeschlossen. In Anwesenheit von Stadtrat und Klassenlehrer verständigten sich alle: Kein Täter darf an seine alte Schule zurückkommen. Schulverweis!

Senatorin Scheeres: „Alle Kräfte haben hier zusammen gearbeitet: Schulpsychologie, Schulleitung, Jugendamt und Polizei, um den Fall aufzuarbeiten. Keiner der Täter geht mehr in die Schule. Dafür haben wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft.“

Zehnjähriger Afghane war schon vor dem Fall verhaltensauffällig
Für die beiden elfjährigen Mittäter (ein Syrer, ein Afghane) wurden inzwischen andere Schulen in anderen Bezirken gefunden.

Und was passiert mit dem Haupttäter, der sogar noch einen Monat jünger ist als das Opfer? Die Ermittlungsbehörden haben haben keine medizinische Altersfeststellung angeordnet. Der Junge ist erkennbar noch Kind und damit strafunmündig.

Der zehnjährige Afghane, der auch im Iran gelebt hat, hatte vor der Tat schon immer wieder andere Mitschüler gehauen oder sich ihnen in den Weg gestellt. Er war also schon verhaltensauffällig. Laut seiner Klassenlehrerin allerdings nicht sexuell und nicht dem späteren Opfer gegenüber.

Das Jugendamt des Bezirks hat bei der Kinderschutzambulanz der Charité ein psychologisches Gutachten bestellt. Denn die Behörden gehen davon aus, dass der Täter keine normale Schule mehr besuchen kann. Und auch das Opferkind will jetzt nach B.Z.-Informationen nicht mehr in seine alte Klasse zurück.

Lesen Sie auch: Junge (10) auf Klassenfahrt vergewaltigt – Polizei ermittelt nicht mehr gegen den Täter (10)

https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-01/attentat-spanien-kirchen-andalusien-tote-verletzte-glaeubige-terror?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.bing.com%2F

Toter und Verletzte bei Machetenangriff in zwei spanischen Kirchen

Ein bewaffneter Mann in Andalusien tötet in zwei Kirchen einen Messdiener und verletzt einen Priester und weitere Gläubige. Die Staatsanwaltschaft geht von Terror aus.

26. Januar 2023, 2:00 UhrQuelle: ZEIT ONLINE, dpa, AP, as38 Kommentare

Ein bewaffneter Angreifer hat in zwei spanischen Kirchen einen Messdiener mit einer Machete getötet und vier Menschen verletzt. Unter den Verletzten sei ein Priester, berichteten der staatliche Fernsehsender RTVE und andere spanische Medien unter Berufung auf die Polizei. Der mutmaßliche Angreifer sei kurz darauf festgenommen worden. Die Staatsanwaltschaft habe nach den Bluttaten im südspanischen Algeciras ein Ermittlungsverfahren wegen Terrorverdachts eingeleitet, schrieb die Zeitung El País.

Die Leiche des Kirchendieners wurde den Berichten zufolge auf einem öffentlichen Platz vor einer Kirche der Stadt in Andalusien gefunden. Bei dem Verdächtigen handele es sich um einen 25-jährigen Marokkaner. Der Mann war Augenzeugen zufolge mit dem Ruf "für Allah" in die Kirche San Isidro eingedrungen und forderte die Menschen auf, sich zum Islam zu bekennen, wie die Zeitung elDiario.es berichtete. Den anwesenden Priester habe er mit der Machete verletzt. Drei Frauen hätten aus der Kirche flüchten können und aus einem nahe gelegenen Friseurladen die Polizei alarmiert.

Anschließend sei der Täter dem Bericht zufolge zu der nur 200 Meter entfernten Kirche La Palma gelaufen, wo er Geistliche bedroht habe. Der dortige Messdiener habe sich ihm entgegengestellt und ihn bis auf die Straße verfolgt, wo ihn der Angreifer dann tödlich verletzt habe, schrieb elDiario.es weiter. Kurz darauf sei der mutmaßliche Täter von der Polizei festgenommen worden. Er sei weder vorbestraft noch anderweitig polizeibekannt gewesen.

Der regionale Regierungschef der autonomen Gemeinschaft Andalusien, Juanma Moreno, verurteilte das Verbrechen auf Twitter, rief zugleich aber zu Besonnenheit auf, während "die Fakten untersucht werden". Er versicherte, dass "Intoleranz niemals einen Platz in unserer Gesellschaft haben wird".

https://www.welt.de/politik/deutschland/article243492005/Bundespolizei-Zahl-der-Messerangriffe-in-Zuegen-und-Bahnhoefen-hat-sich-verdoppelt.html

Zahl der Messerangriffe in Zügen und Bahnhöfen hat sich verdoppelt

Stand: 14:15 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Die Zahl der Straftaten in Zügen und an Bahnhöfen ist im Jahr 2022 um rund 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Fast 400.000 Straftaten hat die Bundespolizei verzeichnet. Die Zahl der Gewalttaten mit Messern - wie in Brokstedt - hat sich mehr als verdoppelt.

Der Mord an zwei jungen Fahrgästen bei Hamburg ist nur ein Beispiel für die Gewalttaten, die in Deutschland täglich im Zugverkehr begangen werden. **Eine Auswertung der Bundespolizei zeigt, dass die Zahl der Straftaten im Nahverkehr deutlich gestiegen ist – vor allem die Attacken mit Messern.**

Die Bundespolizei hat im Jahr 2022 insgesamt 398.848 Straftaten in Zügen und auf Bahnhöfen registriert. Das ist eine Steigerung von zwölf Prozent, wie die „Bild am Sonntag" aus einer Statistik der Bundespolizei zitiert. 14.155 wurden als Körperverletzungen eingeordnet.

Ausschließlich in Zügen kam es demnach zu 82 Messerangriffen, 2021 waren es noch 44. An Bahnhöfen und Haltestellen waren es sogar 254, im Vorjahr noch 122. Daneben gab es 33 Angriffe mit Reizstoffen, was ein Plus von sechs Vorfällen ausmacht.

Die Übergriffe mit „sonstigen gefährlichen Werkzeugen" wie Baseballschlägern lagen bei 97 Fällen, sieben mehr als im Jahr davor. Angriffe mit Waffengewalt – etwa mit Pistolen – sind dagegen nur leicht angestiegen, von drei auf fünf. Die Anzahl der Sexualstraftaten erhöhte sich wiederum deutlich von 697 auf 857.

Insgesamt wurden fünf Personen im Jahr 2022 getötet – im Jahr 2021 nur zwei. Daneben gab es 6747 Verletzte, im Jahr zuvor waren es nur 4138.

Auffällig dabei ist der Einsatz von Messern. Der Polizeilichen Eingangsstatistik (PES) zufolge wurde 2022 insgesamt gegen 71 Tatverdächtige wegen Gewaltstraftaten mit Messereinsatz in Zügen ermittelt – 36 davon waren „Nicht-Deutsche". 2021 waren es sechs von 25.

Unter Delikten wie schwerer Körperverletzung, Raub, Mord und Totschlag lag der Anteil von „Nicht-Deutschen" bei den Tatverdächtigen bei 55,5 Prozent.

Trotz der alarmierend wirkenden Zahlen ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2021 noch Corona-Maßnahmen galten, der Reiseverkehr also nicht in dem Maße genutzt wurde wie in den Jahren zuvor. Dafür wurde 2022 wegen des bundesweiten 9-Euro-Tickets überdurchschnittlich mehr mit der Bahn gereist und der öffentliche Nahverkehr genutzt. So stieg die Zahl der Passagiere im Fernverkehr um 20 Prozent, die im Nahverkehr sogar um 53 Prozent.

Die erhöhte Personenanzahl bei der Beförderung korreliert allerdings nicht mit dem Anstieg der registrierten Gewalttaten.

Nach der tödlichen Messerattacke von Brokstedt übt die Union nun scharfe Kritik an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Diese sagte zu „BamS": „Ich verstehe jeden, der sich fragt, warum dieser Gewalttäter so schnell wieder freikam und ob alles getan wurde, um zu prüfen, ob er eine Gefahr für andere war. Dieser Frage muss sich die Justiz stellen. Genauso muss genau geprüft werden, ob er hätte ausgewiesen werden können – so schwierig das gerade bei Staatenlosen rechtlich ist."

Die FDP wiederum sieht die Probleme als Hinterlassenschaft der Vorgängerregierung: „Dass der Tatverdächtige trotz vieler Vorstrafen nicht in Haft und noch im Land war, zeigt, dass es erhebliche Defizite beim Aufenthaltsrecht und den Rückführungen aus der Ära Merkel gibt", sagte FDP-Innenexperte Manuel Höferlin. Zudem liege die Zuständigkeit für Rückführungen bei den Ländern.

Ob eine erhöhte Polizeipräsenz solche Angriffe verhindern könnte, insbesondere mit Hinblick auf die aktuelle Statistik der Bundespolizei, bleibt fraglich. Darauf sagte Innenministerin Faeser zwar, dass sie mehr Sicherheit in Zügen wolle. Jedoch wisse sie auch, dass mit den aktuellen Ressourcen nicht alle der 27.000 Züge sicherer gemacht werden könnten. Trotzdem fordere sie mehr Unterstützung.

https://www.pi-news.net/2023/01/schwedische-imame-in-prostitution-und-menschenhandel-verwickelt/

Schwedische Imame in Prostitution und Menschenhandel verwickelt

31. Januar 2023

Von ALEX CRYSO | Auf der Kanzel predigen sie die Trennung der Geschlechter und die Minderwertigkeit der Frau, doch im stillen Kämmerlein sieht es schon wieder ein wenig anders aus: **Erst kürzlich sind in Schweden zwei Imame sowie zwölf schiitische Funktionäre entlassen worden. Der Grund: Bereits im letzten Jahr hatten die islamischen Hassprediger den käuflichen Sex als zeitlich begrenzte, sogenannte „Vergnügungsehe" abgesegnet und dafür auch noch Geld genommen.**

Der Vorwurf des Menschenhandels steht ebenfalls im Raum. Der Dachverband der schiitischen Gemeinden in Schweden (ISS) zog die Reißleine, bezeichnete die Vorkommnisse jedoch als „Einzelfall", so der Verbandssprecher Haider Ibrahim. Dabei ist die Prostitution seit 1998 nicht mehr legal in Schweden.

Neben der Suspendierung wurden zwischenzeitlich auch alle staatlichen Mittel für die schiitischen Gemeinden in Schweden eingefroren. Dabei gilt die Mut'a-Ehe oder auch „Vergnügungs- und Zeitehe" innerhalb der Zwölfer-Schiiten als zulässig. Hier können Männer, die nicht willens sind zu heiraten oder auch nicht über die entsprechenden Mittel verfügen, eine Ehe mit vertraglich vorgeschriebenem Ende eingehen, wobei die Frau eine gewisse „Besoldung" erhält.

Der Mann darf schon verheiratet sein, muss seine regulär angetraute Ehefrau allerdings nicht über die Zeitehe in Kenntnis setzen. Oftmals unterliegt diese Verbindung der absoluten Geheimhaltung. Im übrigen Islam ist diese Beziehung jedoch nicht erlaubt: In Saudi-Arabien steht darauf sogar die Todesstrafe, weil die Zeitehe mit der Prostitution gleichgesetzt wird.

Das Verhältnis Schwedens zum Islam steht nicht nur seit der Koranverbrennung unter keinem guten Stern. In den Großstädten sorgen muslimische Banden für dauerhafte bürgerkriegsähnliche Zustände. Außerdem blockiert die Türkei den geplanten NATO-Beitritt der Skandinavier.

https://journalistenwatch.com/2023/02/02/blut-monat-januar-kein-tag-ohne-messerattacken/

Blut-Monat Januar: Kein Tag ohne Messerattacken

Im ersten Monat dieses Jahres ist kein einziger Tag vergangen, an dem nicht mindestens eine Messer-Attacke Deutschland erschütterte. Hinzu kommt eine massiv steigende Opferzahl von Totschlag, Raub und Bedrohung.

Dieses Land wurde von politisch Verantwortlichen nicht nur zur finanziellen Ausplünderung , sondern regelrecht zum „Abschlachten". Der erste Monat dieses Jahres zeigt, wohin die blutige Reise geht:

An jedem Tag im Januar wurde mindestes eine Messer-Attacke verübt. Medial aktuell bespielt, die Messerattacke in einem Regionalzug in Schleswig-Holstein mit zwei Toten und mehreren Schwerverletzten, wo ein staatenloser Palästinenser ohne festen Wohnsitz sich in der vergangenen Woche durch den Zug metzelte. Verdeckt von dieser „Einzeltat": die ungeheuerliche Migrantengewalt, über die politisch Verantwortliche seit Jahren mit einem Achselzucken hinwegsehen. **Die aktuellsten Zahlen, veröffentlichte am Wochenende von der Bundespolizei, zeigen, dass die Bevölkerung dieses Landes zum Abschlachten freigegeben wurde: 2022 registrierten die Ermittler allein auf Bahnhöfen, in Zügen und an Flugplätzen 336 Messer-Attacken. Doppelt so viel wie 2021.**

Die Bild-Zeitung veröffentlicht eine Zusammenfassung des Blutmonats Januar:

1. Januar, Todes-Rätsel von Gleis 2: Am Neujahrstag suchen Kripo-Beamte Spuren am Bahnhof Gunzenhausen (Bayern). Einen Tag zuvor wurde Ex-Boxchampion Liridon B. (23) hier erstochen. Die Polizei rätselt: Mord oder doch ein Suizid?

2. Januar, im Nacken verletzt: Gegen 16 Uhr greift ein Türke (45) einen Italiener (52) in der S-Bahn 5 in Ludwigsburg (Ba.-Wü.) mit einem Messer an, verletzt ihn im Nackenbereich. Beide kommen ins Klinikum.

3. Januar, Messermann festgenommen: Um 23.55 Uhr raubt ein Maskierter (18) einen Mann (50) am Bahnhof in Reken (NRW) mit einem Messer aus, verletzt ihn. Der Täter kann festgenommen werden.

4. Januar, Messer in Bauch: Gegen 5.45 Uhr attackiert eine fünf- bis siebenköpfigen Gruppe in einer Parkanlage in Gelsenkirchen (NRW) einen Mann (21). Ein Angreifer rammt dem Opfer das Messer in den Bauch, verletzt ihn schwer.

5. Januar, Frau rastet aus: Gegen 19.40 Uhr bedroht eine Frau (19) am Bahnhof Berlin-Lichtenberg zwei Reisende mit einem Obstmesser (5 cm Klinge). Die Bundespolizei greift ein.

6. Januar, Bruder ersticht Schwester: In Weisendorf (Bayern) hat Teenager Dennis S. (17) seine Schwester Robyn (14) im Streit erstochen, ihre Mutter schwer verletzt.

7. Januar, Obdachloser verletzt: Gegen 20.20 Uhr sticht ein Mann (31) unvermittelt auf einen Wohnungslosen (41) in Darmstadt (Hessen) ein. Die Fahndung nach dem Täter bleibt zunächst ohne Erfolg.

8. Januar, Bekannten erstochen: In Landshut (Bayern) kommt es zwischen drei Bekannten auf einer Straße zum Gerangel. Dabei ersticht ein 46-Jähriger einen 33-Jährigen. Der Täter stellt sich später.
9. Januar, Freundin niedergemetzelt: Um 21.15 Uhr meldet André W. (39) der Polizei in Mühlhausen (Thüringen), dass sein Nachbar (45) auf seine Freundin (27) einsticht. Als sie flieht, zerrt der Täter sie zurück.
10. Januar, Lehrerin ermordet: Um 14.51 Uhr ruft ein Jugendlicher (17) in Ibbenbüren (NRW) die Polizei, gesteht den Messer-Mord an seiner Lehrerin (55). Stunden zuvor hatte er einen Schulverweis kassiert.
11. Januar, Polizist attackiert: Um 22.45 Uhr greift ein Ungar (28) ohne festen Wohnsitz einen Polizisten (34) in der Altstadt von München an, zielt mit dem Messer auf dessen Hals. Angriff abgewehrt.
12. Januar, Teenie (15) sticht auf Bekannten ein: Ein 15-Jähriger sticht in Eberswalde (Brandenburg) auf einen Jugendlichen (15) ein, verletzt ihn am Rücken schwer. Klinik! Gegen den Messerstecher wird wegen eines versuchten Tötungsdelikts ermittelt.
13. Januar, Angriff in Wohnung: Ein 34-Jähriger wird in seiner Wohnung in Dortmund mit einem Messer attackiert und lebensgefährlich verletzt worden. Der Täter (25) flüchtete zunächst, stellt sich später.
14. Januar, Raub im Supermarkt: Gegen 20 Uhr stürmt ein maskierter Messer-Mann in den Supermarkt in Eschweiler (NRW), verletzt eine Mitarbeiterin (50) und erbeutet mehrere hundert Euro aus der Kasse.
15. Januar, Randale mit Messer: Ein 30-Jähriger in einem Geschäft im Dortmunder Hauptbahnhof, die Bundespolizei konnte gerade noch einen Angriff auf einen Mitarbeiter verhindern. Bei der Durchsuchung fanden die Beamten in der Tasche des Randalierers ein Einhandmesser auf.
16. Januar, Kopfhörer geraubt: Gegen 18.45 Uhr bedrohen zwei Räuber einen Jugendlichen (18) in Lübbecke (NRW) mit einem Messer, klauen Bargeld und Kopfhörer. Das Opfer wird mit dem Messer an der Hand verletzt.
17. Januar, Streit zwischen Männern: Gegen 23 Uhr geraten mehrere Männer in Wetterau (Hessen) in Streit. Ein 23-Jähriger wird niedergestochen, die Angreifer fliehen unerkannt.
18. Januar, Streit um Zigarette: Gegen 21.45 Uhr fordert ein Mann (24) in Sigmaringen (Ba.Wü.) eine Zigarette, es kommt zum Streit und er sticht zu. Sein Opfer (22) wird an Bauch und Unterarm verletzt.
23. Januar, mit Messer und Pfefferspray: Um 23.10 Uhr droht ein Mann (44) dem Personal einer Spielothek in Gütersloh (NRW) mit einem Messer, setzt Pfefferspray ein. Zwei Verletzte!
25. Januar, Mord im Regionalzug: Kurz vor 15 Uhr tötet der staatenlose Palästinenser Ibrahim A. (33) im RE 70 in Brokstedt (Schleswig-Holstein) die Teenager Ann-Marie (17) und Danny (19) mit einem Messer, verletzt sieben weitere Menschen.
27. Januar, Kind (13) mit bedroht: Gegen 13.30 Uhr droht ein Junge (14) in Stuttgart-Untertürkheim einem 13-Jährigen mit einem Messer, fordert Geld. Aus Angst händigte das Opfer Geld und Süßigkeiten aus.
28. Januar, Femizid in Berlin: Gegen 12.15 Uhr greift ein bislang unbekannter Mann eine Frau (26) in Berlin-Neukölln mit dem Messer an, sticht zwölfmal auf sie ein. Sie überlebt schwer verletzt
29. Januar, Ex-Freundin attackiert: Gegen 16.20 Uhr rammt ein Mann (43) aus Ghana seiner Ex (35) in Hamburg-Barmbek ein Messer in den Rücken. Sie kommt schwer verletzt in die Klinik, der Angreifer flieht.

Bei der Mehrzahl der aufgeführten Delikte sind Migranten die Täter. Während sogenannte Schutzsuchende, die mit dem Geld der Steuerzahler alimentiert werden, diesen zum Dank ihre Messer in die Körper rammen, bestreiten gemeingefährliche Politikgestalten wie die linksradikale Innenministerin Faeser nach wie vor, dass die Massenmigration von kulturfremden, mehrheitlich muslimischen jungen Männern damit in unmittelbarem, direktem Zusammenhang steht.
Ohne Unterlass wird dieses Land jedoch weiter mit potentiellen Verbrechern geflutet, die Asyl-Einwanderung hat ein neues Rekordhoch erreicht: Mehr als die Einwohner zweier Großstädte sind 2022 nach Deutschland eingewandert. Bei den Asylbewerbern handelt es sich fast ausschließlich Personen aus islamischen Ländern. Nur 2015 und 2016 kamen noch mehr. Nicht mitgezählt sind dabei die rund eine Million Ukrainer, die im vergangenen Jahr nach Deutschland flüchteten. Sie sind von der Pflicht, einen Asylantrag zu stellen, befreit.
Es ist Zeit, endlich zu verstehen, dass hinter jedem migrantischen Messer-Täter ein Politiker steht, der ihn nach Deutschland eingeladen hat. (SB)

- Weiterlesen hier >>>

https://journalistenwatch.com/2023/01/31/was-fuer-ein-gemeingefaehrlicher-irrsinn-afghanischer-kinderschaender-kann-nicht-abgeschoben-werden/

Schöne Bescherung von der Bundesregierung (Foto: lllonajalll/Shutterstock)

Was für ein gemeingefährlicher Irrsinn: Afghanischer Kinderschänder kann nicht abgeschoben werden

Er ist 35. Er ist Afghane. Und er vergewaltigt Kinder. Trotz mehrfachem, schwerem sexuellem Missbrauch , trotz bereits erfolgter Abschiebung ist der Merkel-Gast wieder da und vergewaltigt weiter. Auch nach Verbüßung seiner aktuellen Haftstrafe wird das Goldstück nicht etwa – um die hiesige Bevölkerung vor diesem gemeinen Kinderschänder endlich zu schützen – abgeschoben. Danke, Frau Faeser.
Den 35-jährige Afghanen Y. schwabble es aufgrund von Angela Merkels Einladung an die muslimische und afrikanische Welt bereits 2015 über mehrere Grenzen sicherer Ländern über tausende Kilometer hinweg nach Deutschland. Hier angekommen, vom deutschen Steuerzahler rundumversorgt, missbraucht das Merkel-Goldstück dann einen sechsjährigen Jungen und achtjähriges Mädchen schwer – am Körper des Jungen wurden Sperma-Spuren festgestellt. Y. wird vom Landgericht Landau im März 2018 zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im Februar 2021 soll der afghanische Kinderschänder tatsächliche abgeschoben werden, die Bundespolizei bringt den Sexualstraftäter mit einem Abschiebeflieger nach Kabul.
Ende 2022 ist der Kindervergewaltiger schon wieder zurück in Deutschland. Wie die Bild berichtet, „flüchtet“ Y. von Afghanistan kommend über den Iran, die Türkei und Griechenland nach Albanien, Kroatien, Slowenien und von dort nach Italien und die Schweiz um dann seelenruhig und bis dahin unbehelligt mit der grenzüberschreitenden Straßenbahnlinie 8 vom Schweizerischen Basel ins baden-württembergische Weil am Rhein einzureisen.

Dort fällt der kinderschändende afghanische Zugvogel bei der Passkontrolle auf. Da sich der Merkel-Gast nicht ausweisen kann, wird er auf das Revier mitgenommen- und bingo! – in der Akte des afghanischen Kindervergewaltigers ist eine siebenjährige Einreisesperre, die mit der Abschiebung verhängt worden war – die Frage, warum so ein menschlicher Abschaum überhaupt jemals wieder nach Deutschland einreisen darf, bleibt unbeantwortet – vermerkt, wie auch eine unverbüßte Haftstrafe von 50 Tagen, weil seine Abschiebung aus der Haft heraus erfolgt war. Y. sitzt mittlerweile wieder im Gefängnis. Und dies bis zum 13. Februar. **Spätestens hier beginnt klar zu werden, in welchem kranken Land wir mittlerweile leben und von welchen gemeingefährlichen Gestalten wir regiert werden. Denn: Mitte Februar könnte der afghanische Kinderschänder als freier Mann aus dem Gefängnis spazieren und sich auf die Suche nach seinen nächsten Opfern begeben. Eine Abschiebung braucht diese Gestalt nicht zu fürchten. Auch eine Rückschiebung in die Schweiz ist nur dann möglich, wenn die Schweiz so doof ist und den afghanischen Kinderschänder zurücknimmt. Das von der linksradikalen SPD-Funktionärin Faeser geführte Innenministerium bestätigt, dass Y. nicht an seinem islamischen Hinter gepackt und in sein Heimatland Afghanistan verbracht werden kann, da „die Bundespolizei derzeit die Länder nicht bei Abschiebungen nach Afghanistan unterstützt“.**
Fast noch irrer ist es, wenn Unionsfraktions-Vize Andrea Lindholz, also ein Politiker jener Fraktion, die unter ihrer Deutschlandvernichterin Merkel maßgeblich für die existenzvernichtenden Zustände verantwortlich ist, nun herumkritisiert: „Seit einem Jahr warten wir auf die angekündigte Rückführungsoffensive der Ampel, aber es passiert nichts. Angesichts der Gewalttäter, die in Deutschland ohne Aufenthaltsrecht leben und schwerste Verbrechen begehen, wäre es enorm wichtig, endlich mehr Rückführungen zu vollziehen. Faeser sollte einfach weniger reden und mehr handeln.“ Die Ampel müsse endlich ihre „Geisterfahrt“ beenden. (SB)

https://www.pi-news.net/2023/02/gelsenkirchen-multikulti-teenagerbande-raubt-jugendliche-aus/

Gelsenkirchen: Multikulti-Teenager-Bande raubt Jugendliche aus

6. Februar 2023

65

Von MANFRED ROUHS | Sie sind 13 bis 15 Jahre alt und begehen seit Monaten in Gelsenkirchen eine schwere Straftat nach der anderen. Bis zum 6. Februar 2023 sind 117 Fälle polizeibekannt geworden. Häufig geht es um Raubüberfälle auf Gleichaltrige, denen Kleidungsstücke, elektronische Geräte und Bargeld abgenommen wird und die zudem in vielen Fällen geschlagen, bedroht und gedemütigt wurden.
Die jugendlichen Kriminellen sind dabei sogar bewaffnet. Einmal setzten sie einen Hammer ein. Das berichtet die „WAZ“.
Die Räuber sind genauso multi-kulturell, wie es halb Gelsenkirchen ist. Einer der Haupttäter, ein 15-jähriger Pole, wurde jetzt von der Polizei

verhaftet. Die Taten werden in den Medien überregional gar nicht und regional nur mit abgeschalteter Kommentarfunktion erwähnt. Die teils türkische, teils arabische, teils osteuropäische Herkunft der Jugendbande wird totgeschwiegen.
Was sich da in Gelsenkirchen breitgemacht hat, geschieht anderenorts mit zwei oder drei beteiligten Tätern und Opfern und landet in keiner Statistik. Das „Abziehen" jüngerer oder gleichaltriger Jugendlicher ist für sozial deklassierte Migrantenkinder ein Volkssport. Die Betroffenen wissen sich häufig nicht zu wehren. Ihnen fehlt der Zusammenhalt und die in deutschen Großstädten mittlerweile offenbar notwendig gewordene Kampferfahrung.
Die Taten geschehen oft am hellichten Tage, beispielsweise direkt nach der Schule. Schläger und Geschlagene kennen sich häufig persönlich, mit der Folge, dass die Opfer aus Angst vor Repressalien darauf verzichten, zur Polizei zu gehen oder Eltern und Schulleitung zu informieren.
Eine breite öffentliche Anteilnahme, die ihnen den Rücken stärken könnte, gibt es nicht. Politik und Massenmedien haken die Taten als „Einzelfälle" ab.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://unser-mitteleuropa.com/naechste-eskalationsstufe-migranten-horden-ueberfallen-senioren-nafris-in-biberach-treten-schlagen-rauben/

Nächste Eskalationsstufe: Migranten-Horden überfallen Senioren – Nafris in Biberach treten, schlagen, rauben

30. 01. 2023

Der Druck, der auf der Bevölkerung aufgrund einer völlig unkontrollierten Massenmigration von kriminellen Elementen lastet, wird immer unerträglicher. Selbst in Kleinstädten, fernab von No-go Areas in „bunten" Metropolen, sind nicht einmal betagte Bürger vor brutalen Schlägertypen aus aller Herren Länder sicher. Hier ein aktuelles Beispiel dazu:

BIBERACH | In der Nacht von Samstag auf Sonntag war in der Biberacher Innenstadt eine oder zwei Gruppen „Jugendlicher/junger Männer" unterwegs, die Passanten angriffen und Geld forderten.

Schwere Kopfverletzung – Täter mit „südländischem Aussehen"

Gegen 21 Uhr wurde in der Breslaustraße ein 74-Jähriger von einer Gruppe heraus durch einen „jungen Mann" von hinten umklammert und zu Bode gestoßen. Ihn niederdrückend forderte der Angreifer sein Geld. Aus bisher nicht bekannten Gründen ließ der Täter plötzlich ab und die Gruppe flüchtete ohne Beute. Der Angreifer trug eine gelbe Jacke und hatte südländisches Aussehen. Der Senior lief blutüberströmt zu Hause auf und wurde mit Verdacht auf eine schwere Kopfverletzung in die Klinik gefahren.

Gegen Beine und Bauch getreten – Täter mit „nordafrikanischem Aussehen"

Vermutlich die gleiche Gruppierung griff gegen 21.30 Uhr in der Rollinstraße einen 66-jährigen Mann an. Er wurde mit Füßen gegen Beine und Bauch getreten und sein Geld gefordert. Die Gruppe aus ca. 10 Personen hatte dem Opfer nach nordafrikanisches Aussehen. Ihr Bandenmitglied mit der gelben Jacke kam nach der ersten Attacke nochmals zurück um einen zweiten Angriff zu starten. Es wurde kein Geld erbeutet.

Schlag und Tritt und Gegröle – Täter mit „indischem Aussehen"

In der Waaghausstraße wurde ein ebenfalls 74-Jähriger von einer ca. 6 bis 7 „Männer" starken Gruppe angesprochen und sein Geld gefordert. Ein ca. 20–25-jährige Täter schlug unvermittelt mit der Hand in Richtung des Seniors. Der war aber so agil, dass er dem Schlag und auch einem danach folgenden Tritt eines zweiten Täters ausweichen konnte. Dem Senior gelang die Flucht, ohne Verletzungen zu erleiden. Der erste Schläger trug einen grauen Jogginganzug und hatte indisches Aussehen. Der zweite Täter hatte ebenfalls indisches Aussehen und war ca. 25 Jahre alt und dunkel gekleidet. Der Rest der Gruppe stand nebenbei und kommentierte das Geschehen mit Gegröle und Geschrei.

Täter mit „südländischen Aussehen" nach Festnahme „Deutscher"

Um 22 Uhr wurde ein 16-Jähriger in der Breslaustraße von dem Täter mit der gelben Jacke angesprochen und Geld gefordert. Er verpasste ihm eine Ohrfeige. Auf Pfiff kamen plötzlich weitere Täter hinzu und attackieren den Jugendlichen. Sie entwenden ihm eine Tasche. Im Zuge der Fahndung wurde der Täter mit der gelben Jacke festgenommen. Es handelt sich um einen 15-jährigen Deutschen, der der Polizei seit einigen Jahren bekannt ist. Die Ermittlungen zu den Mittätern dauern an.

Es ist aufgrund der unterschiedlichen Beschreibung der Beteiligten auch noch nicht klar, ob nicht gleich zwei Gruppierungen bereicherten.

Quelle: Presseportal – Polizeipräsidium Ulm

https://www.pi-news.net/2023/02/fachkraefte-im-einsatz-mann-entfuehrt-misshandelt-und-geld-erpresst/

„Fachkräfte“ im Einsatz: Mann entführt, misshandelt und Geld erpresst

11. Februar 2023

Die Fachkräfte Khosro T. und Bernardo A. überwältigten am 23. Januar in Frankfurt einen 41-jährigen Mann und fesselten und misshandelten ihn.

Von ALEX CRYSO | Deutschland entwickelt sich immer mehr zur Hochburg abartiger, ausufernder und absurder Kriminaldelikte, die beim normalen Menschen nur noch Kopfschütteln und blankes Entsetzen hervorrufen. Der nächste Einzelfall kommt aus Saarbrücken, wo die Fachkräfte Khosro T. (polizeibekannt) und Bernardo A. zuschlugen.

Bereits am 23. Januar dieses Jahres überwältigten die beiden am frühen Abend einen 41-jährigen Mann in Frankfurt, um ihn nach Saarbrücken in ein Haus mit Shisha-Bar und Tattoo-Studio zu verschleppen. Im dortigen Keller wurde das Opfer an einen Stuhl gefesselt, misshandelt und geschlagen, um so einen sechsstelligen Eurobetrag zu erpressen.

Gegen 22.30 Uhr drangen die Hilfeschreie des Mannes aus dem Belüftungsschacht, weshalb ihn die städtische Berufsfeuerwehr aus dem verschlossenen Raum befreien konnte. Das Opfer musste in ein Krankenhaus gebracht werden.

Ob Khosro wohl durchdrehte, weil ihm eine große Fußballerkarriere verwehrt blieb? Der 45-jährige spielte früher beim 1. FC Saarbrücken II in der Oberliga-Südwest und betrieb zuletzt ein Fitness-Studio im Stadtteil St. Johann. Dort soll er nur einen Tag nach der Tat die zweite Mannschaft trainiert haben, so der Fanclub „Trainingsgruppe FCS“.

Abseits vom Rasen und aller sportlicher Leistungen machte Khosro bereits 2008 von sich reden, in dem er eine behördliche Vernehmung per Sprung aus dem Fenster des Polizeireviers kurzerhand beendete, sich dabei die Verse brach, jedoch für mehrere Monate untertauchen konnte.

Bernardo arbeitete hingegen über viele Jahre als Gastronom und war auch schon in der RTL-Dokureihe „Nachbarschaftsstreit“ zu sehen. Im Gegensatz zu Khosro gilt Bernardo als noch nicht offiziell straffällig. Beide Täter konnten mittlerweile verhaftet werden. Als Motivlage werden „Geldstreitigkeiten“ angegeben.

https://www.pi-news.net/2023/02/kassel-serientriebtaeter-kamil-a-vergewaltigte-schwangere-auf-friedhof/

Kassel: Serientriebtäter Kamil A. vergewaltigte Schwangere auf Friedhof

Kassel: Serientriebtäter Kamil A. vergewaltigte Schwangere auf Friedhof

13. Februar 2023

Auf dem Hauptfriedhof in Kassel hat Kamil A. mehrere Menschen - unter anderem eine schwangere Frau - vergewaltigt.

Von ALEX CRYSO | Insgesamt soll der 29-jährige „Deutsche" innerhalb von wenigen Monaten fünf Menschen vergewaltigt haben, wobei neben drei weiteren Frauen auch ein Mann dabei ist. Nun sitzt Kamil A. in Untersuchungshaft.

Bereits von Klein auf scheint die Integration nicht viel genützt zu haben. Obwohl er im nordhessischen Kassel auf die Welt kam, Deutsch angeblich zu seiner Muttersprache wurde und er in das mitteleuropäische System hineinwuchs, wurde der Täter bereits im Alter von zwölf Jahren zum ersten Mal straffällig: Unter anderem wegen diverser Sexualdelikte, bewaffneten Diebstahls, Körperverletzung und räuberischer Erpressung.

Vor Gericht wird sich Kamil demnächst für zehn weitere Delikte verantworten müssen, fünf davon sind die besagten Vergewaltigungen. Alle Taten fanden im Zeitraum Februar bis Juli 2022 statt. Vor allem das Umfeld des Hauptfriedhofs im Norden Kassels wurde zum beliebten Revier des 29-jährigen.

Bei den ersten beiden Vergewaltigungen schwindelte der Täter unter anderem eine Notsituation vor, um so in die Wohnungen der weiblichen Opfer zu gelangen. Beim nächsten sexuellen Missbrauch verging er sich an einer 70-jährigen Rentnerin. Dann folgte die Vergewaltigung der schwangeren Frau auf dem Friedhof, wobei Kamil seinem Glück erneut mit allerhand Gewalt auf die Sprünge half. Sein jüngstes Opfer war erst 19 Jahre alt, das Älteste 84. In einer Disco machte sich Kamil schließlich über einen Mann her, in dem er ihn auf die Toilette gestoßen und ihn zu sexuellen Handlung unter der Anwendung von körperlicher Gewalt gezwungen hatte.

Am 9. Juli 2022 wurde der Intensivtäter endlich festgenommen. An jenem Tag hatte der Moslem wohl sogar zwei weitere Straftaten begangen: Zunächst entwendete er einer 80-jährigen Rentnerin gewaltsam die Handtasche, dann verfolgte er eine 70-jährige Frau auf dem Friedhof, um sie ebenfalls zu vergewaltigen und auszurauben. Obwohl die Speichelproben und die Täterbeschreibung passten, wurde Kamil zunächst wieder frei gelassen.

Dass Kamil einen eineiigen Zwillingsbruder hat, der in Basel lebt, erschwerte die Ermittlungen, weil man die Zwillings-DNAs angeblich nicht unterscheiden konnte. Am 4. August 2022 erfolgte die weitere, nun endgültige Festnahme.

https://www.focus.de/finanzen/news/tickende-zeitbombe-niederschmetterndes-urteil-ueber-deutschlands-migrationspolitik_id_180457845.html
Kaum Fachkräfte und schlechte Aufnahme

US-Zeitung fällt niederschmetterndes Urteil über Deutschlands Migrationspolitik

Donnerstag, 15.12.2022, 11:57

Das „Wall Street Journal“ übt herbe Kritik an der deutschen Integrationspolitik laut. Besonders bei der Weiterbildung gebe es große Defizite. Gleichzeitig sei der Lohn zu niedrig und Anfeindungen für Migranten deutlich spürbar.

Vernichtendes Urteil über die Berliner Migrationspolitik aus den USA. Die vielen Migranten würden den akuten Fachkräftemangel im Land um keinen Deut lindern, schreibt die einflussreiche Wirtschaftszeitung „Wall Street Journal“. Vielmehr würden die Zuwanderer eher zum Anstieg der Verbrechensstatistiken beitragen und dem deutschen Staat auf der Tasche liegen.

Im Gegensatz zu den USA sei Deutschland offenbar nicht imstande, Arbeit für seine vielen Neuankömmlinge zu finden, heißt es in einem aktuellen Artikel der konservativen Tageszeitung. Das sei umso paradoxer, als die mächtigste Wirtschaftsnation Europas in den kommenden elf Jahren sieben Millionen zusätzliche offene Stellen haben werde. Das Blatt bezieht sich auf Schätzungen von Ökonomen, wonach bis 2035 rund sieben Millionen Deutsche in Rente gehen werden.

Über Jahre hinweg seien Massen an Ausländern nach Deutschland gekommen: “jedes Jahr vergleichbar mit den Einwohnerzahlen großer Metropolen”, so die Zeitung. “Nach jahrelangen Rekord-Einwanderungen ist inzwischen jeder Sechste in Deutschland im Ausland geboren.” In den USA, dem Land der Einwanderer, trifft dies auf jeden siebten Menschen zu.

Weiterbildung für Flüchtlinge unzureichend

Doch die Zuwanderer könnten den jährlichen Bedarf von 400.000 zusätzlichen ausgebildeten Arbeitskräften in Deutschland nicht decken, heißt es weiter. Laut Statistiken führe nur ein Drittel der rund 800.000 arbeitsfähigen Syrer und Afghanen in Deutschland eine steuerpflichtige Tätigkeit aus.

Im Unterscheid zu den USA betrage die Arbeitslosenquote unter Ausländern in Deutschland zwölf Prozent. Diese stehe in starkem Kontrast zur Quasi-Vollbeschäftigung unter Deutschen.

Das Hauptproblem laut „Wall Street Journal“: Viele Geflüchtete seien für den deutschen Arbeitsmarkt mit seinen hochqualifizierten Stellen nicht ausreichend geschult. Und gleichzeitig treibe die Regierung deren Weiterbildung nur äußerst schwerfällig voran. Auch Sprach- und Integrationskurse hätten lange Wartelisten.

Nach Flüchtlingsrückgang nun mehr als 2015

Zwar plane Berlin für das kommende Jahr ein auf Punkte basierendes Migrationssystem nach australischem und kanadischem Vorbild, heißt es. Die Hoffnung dahinter sei es, mehr ausländische Fachkräfte ins Land zu locken.

Doch das Blatt gibt sich skeptisch: Deutschland werde zweifelsohne weiterhin “riesige Zahlen von Asylbewerbern sehen, die nicht einstellbar sind.” Und diese Menschen würden “auch weiter die Reihen der Sozialhilfeempfänger füllen und Kriminalitätsstatistiken erhöhen – wo sie ohnehin schon überproportional vertreten sind”.

Nach einem Flüchtlingsrückgang während der Pandemie schnellen die Zahlen nun wieder in die Höhe, wird erklärt. Dies liege am Ukraine-Krieg sowie steigender Migration aus dem Nahen Osten, Afrika und Afghanistan. Allein in der ersten Jahreshälfte kamen über eine Million Menschen nach Deutschland, schildert die Zeitung ihren Lesern – mehr als 2015 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise. Weiter erfahren die Amerikaner: Die Hälfte aller deutscher Unternehmen müssten wegen Kräftemangels ihre Geschäfte zurückschrauben oder ins Ausland verlagern.

3200 Ukrainer bei der DB interviewt, nur 65 eingestellt

Als Beispiel nennt der Bericht auch die Deutsche Bahn: Um Stellenlücken älterer Deutscher zu füllen, die in Rente gehen, rekrutiere man aktuell in über zehn Ländern, so Kerstin Wagner von der DB-Personalgewinnung im Wall Street Journal. Nahezu ein Viertel aller Neueinstellungen kämen aus dem Ausland. Man habe mit 3200 Geflüchteten gesprochen – doch nur magere 73 aus der Ukraine eingestellt. Einzig 3,5 Prozent der neuen Bahn-Angestellten kommen aus Flüchtlingsländern wie Syrien oder der Ukraine.

Das großes Hindernis: Den Menschen würden die notwendigen Abschlüsse fehlen. Selbst nach aufwendigen Fortbildungs- und Sprachkursen falle es vielen Arbeitswilligen nach wie vor schwer, in Deutschland eine Stelle zu finden.

In amerikanischen Leserkommentaren ist von "tickenden Zeitbomben" die Rede: Nach diesem Artikel könne man sogar den alarmierenden Anstieg von Rechtsextremisten begreifen, heißt es unter anderem.

Niedrige Löhne und hohe Steuern

Andere Nutzer wiederum beklagen die vergleichsweise niedrigen Löhne in Deutschland: "Als Softwareingenieur in den USA war mein Einkommen deutlich höher. Wieder zuhause in Deutschland verdiente ich dann 50 Prozent weniger und zahlte gleichzeitig viel mehr Steuern. Also bin ich wieder nach Amerika zurück."

Andere Social Media-Usern beklagen, dass die Deutschen Ausländern das Einleben schwer machten. Im Gegensatz zu Neuankömmlingen in den USA müssten sich Ausländer in Deutschland auch nach vielen Jahren und zahllosen Sprachkursen immer wieder anhören: "Du bist nicht von hier."

Nahles will Ausländern besseren Start ermöglichen

Die Bundesregierung hatte Ende November ein Gesetz auf den Weg gebracht, bei dem es um die Regelung von Zuwanderung geht. So beschloss sie Eckpunkte für ein Gesetz, mit dem Fachkräfte aus dem Ausland einfacher nach Deutschland kommen und hier arbeiten dürfen. Nach Angaben von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) könnte das parlamentarische Verfahren im Januar beginnen.

Ausländische Fachkräfte müssen aus Sicht der Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, einen leichteren Start im Job bekommen. **Mit 1,14 Millionen Zuwanderern im vergangenen Jahr sei Deutschland nach den englischsprachigen Staaten das beliebteste Land, sagte sie. Allerdings seien 750.000 auch wieder ausgewandert. Regelungen für den Nachzug von Familien seien „sehr schwierig". Andere Fachkräfte verließen Deutschland, weil ihre Qualifikationen zu lange nicht anerkannt worden seien. „**Die Zuwanderer müssen bei uns aber eine neue Heimat finden", betonte Nahles.

Zwar sei ein geplantes Gesetz für eine leichtere Einwanderung von Fachkräften zu begrüßen; es blieben aber Herausforderungen. Es brauche Erleichterungen für den Sprachnachweis, die Vergabe von Visaterminen im Konsulat, die Anerkennung von Berufsabschlüssen und die Betreuung durch die kommunalen Ausländerbehörden. „Es gibt viele Hürden im System, die wir wegräumen müssen, damit eine bessere Integration gelingt", sagte Nahles; sonst könnten Lücken auf dem Arbeitsmarkt nicht geschlossen werden.

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung fehlen bis 2035 rund sieben Millionen Fachkräfte. Es sei daher wirtschaftlich dringend geboten, Fachkräfte auch aus dem Ausland anzuwerben, hatte Heil seinerzeit betont. Ansonsten seien Sicherheit und Wohlstand nicht gesichert.

https://www.focus.de/panorama/welt/rund-40-wuetende-personen-gewalttaetiger-angriff-auf-einsatzkraefte-der-polizei-in-trier_id_186042049.html
FOCUS online40 Menschen greifen Polizisten an - fünf Beamte verletzt
Freitag, 17.02.2023, 12:35

Das Wichtigste

- **In Trier ist es in der Nacht zu schockierenden Szenen gekommen.**
- **Rund 40 Menschen sind, unter anderem mit Eisenstangen bewaffnet, auf Polizisten losgegangen.**
- **Fünf Beamte wurden verletzt, außerdem drei Zivilisten.**

Faeser: Angriff in Trier „zeigt nichts als rohe Gewalt"

12.35 Uhr: Mit Entsetzen hat die Bundesregierung auf den brutalen Angriff von Diskobesuchern auf Polizeibeamte in Trier reagiert. „Sich zusammenzurotten und mit Eisenstangen und Flaschen auf Einsatzkräfte loszugehen, zeigt nichts als rohe Gewalt, die mit aller Härte verfolgt und geahndet werden muss", sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Freitag. Sie dankte den Beamten, die eingeschritten waren, um ihre Kolleginnen und Kollegen zu schützen.
Die gesamte Bundesregierung verurteile diesen Gewaltausbruch auf das Schärfste, sagte der stellvertretende Regierungssprecher Wolfgang Büchner in Berlin. Der Vorfall zeige, dass es gut gewesen sei, das Strafrecht in Bezug auf Gewalt gegen Einsatzkräfte verschärft wurde, zuletzt 2017. Das Recht müsse jetzt mit aller Konsequenz durchgesetzt werden.

GdP-Chef Kopelke: „Tumultlagen sind inzwischen Alltag in der Polizeiarbeit"

12.27 Uhr: Nach den Angriffen auf Polizeibeamte bei einer Weiberfastnachtsfeier in Trier hat der Chef der Polizeigewerkschaft GdP die Gewalttaten verurteilt und den verletzen Beamten gute Besserung gewünscht. „Die Angriffe stehen in einer Reihe mit den Ausschreitungen in der Silvesternacht in vielen deutschen Städten", sagte der GdP-Vorsitzende Jochen Kopelke dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Wieder ist Alkohol im Spiel, wieder ist es mit Weiberfastnacht ein Feiertag, an dem viele geplant über die Stränge schlagen. Im Schutze der Dunkelheit braucht es dann nur noch einen Auslöser, dass die Stimmung umschlägt."
Solches Verhalten trete aber leider nicht allein zu besonderen Anlässen auf, sagte Kopelke dem RND: „Diese gruppendynamischen Prozesse beobachten

wir nicht nur an Feiertagen, solche Tumultlagen können jeden Tag auftreten. Menschen rotten sich zusammen, provozieren, denken: ‚Wir sind stärker als der Staat, wir können uns alles erlauben'. Das ist inzwischen Alltag in der Polizeiarbeit."
Er appellierte an die Gerichte, harte Strafen gegen ermittelte Gewalttäter zu verhängen. „Solches Verhalten kann hart bestraft werden, aber der Ermittlungsaufwand ist jedes Mal groß. Die Ermittler müssen eine große Anzahl von Handyvideos sichten, die nach unserem Aufruf bei der Polizei eingehen", sagte Kopelke dem RND. „Und wenn solche Fälle dann vor Gericht kommen, erwarten wir als Polizeigewerkschaft, dass die Richter das Strafmaß auch voll ausschöpfen. Leider passiert das oft nicht: Wegen des Alkoholpegels wird dann verminderte Schuldfähigkeit angenommen."
„Secret Club" äußert sich zu Mob-Angriff
11.57 Uhr: Der Trierer „Secret Club", vor dem sich der Angriff auf die Polizisten in der Nacht auf Freitag ereignete, hat sich am Mittag zu dem Vorfall geäußert. In einer Pressemitteilung heißt es:
„Wir sind schockiert von dem Gewaltausbruch der gestern Abend in unmittelbarer Nähe zu unserem Club stattgefunden hat. Eine nicht hinnehmbare Eskalation von Gewalt gegenüber der Polizeibeamtinnen und -beamten, welche Tag und Nacht für uns alle im Einsatz sind. Wir tolerieren Gewalt in keinster Form und werden alles erdenklich mögliche tun um bei der Aufklärung behilflich zu sein. Solltet ihr Zeuge sein und / oder Videoaufnahmen gemacht haben, so meldet euch bitte bei uns oder der Polizei. Die Polizei wird ein Hinweisportal eröffnen und dies über eine offizielle Pressemitteilung kommunizieren. Unsere Gedanken sind bei den verletzten Beamtinnen und Beamten und deren Familien!"

dpaTrier: Eine Vodka-Flasche steht nach einem Polizeieinsatz auf einem Parkplatz. Nach einem Streit haben rund 40 Menschen in der Nacht zum Freitag eine Gruppe von Polizisten angegriffen.
Dreyer: „Wer die Polizei angreift, greift jeden von uns an – und er greift unseren Staat an"
11.50 Uhr: Nach dem Angriff einer Menschenmenge auf Polizeibeamte vor einer Diskothek in Trier (Rheinland-Pfalz) verurteilte Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) die Tat und kündigte schnelle Ermittlungen an. Dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND/Freitag) sagte sie: „Wer die Polizei angreift, greift jeden von uns an und er greift unseren Staat an. Der unfassbare Gewaltausbruch gegen die Polizei in Trier wird für die Täterinnen und Täter schwere Folgen haben. Ich wünsche den verletzten Polizisten und Polizistinnen rasche Genesung. Die ganze Polizeifamilie soll wissen, dass die Landesregierung an ihrer Seite steht und nicht ruhen wird, bis die Tat aufgeklärt ist."
Dreyer rief Augenzeugen zur Mithilfe auf: „Ich bin mir sicher, dass in meiner Heimatstadt und in ganz Rheinland-Pfalz die Menschen diesen Gewaltexzess gegen Polizisten und Polizistinnen, die jeden Tag buchstäblich den Kopf für

unsere Sicherheit hinhalten, verurteilen“, sagte sie dem RND. „Ich bitte daher alle, die gestern Abend die Tat beobachtet haben, melden Sie sich bei der Polizei in Trier. Wir müssen und wir werden die Gewalttäter fassen und bestrafen.“
Die Tat geschah in der ersten Nacht der „tollen Tage“ auf einer Weiberfastnachts-Party. Dreyer sagte dem RND: „Die Straßenfastnacht hat gerade erst angefangen. Ich appelliere an alle, die fröhlich und sicher feiern wollen: ‚Respekt bitte‘ gegenüber denen, die für unsere Sicherheit sorgen“, so die Ministerpräsidentin. „Das gilt genauso für Einsatzkräfte und Sicherheitspersonal. Wir dürfen als Gesellschaft nicht wegschauen, deswegen bitten wir Jeden und Jede um Mithilfe.“

Insgesamt acht Verletzte, davon fünf Polizisten

11.55 Uhr: In einem Pressestatement hat die Polizei in Trier ein Update zu den Vorkommnissen gegeben. Demnach sind die fünf verletzten Polizisten alle wieder aus dem Krankenhaus raus. Zwei von ihnen seien durch das eingesetzte Pfefferspray verletzt worden, drei durch Angriffe aus der Gruppe. Außerdem gibt es drei durch Pfefferspray verletzte Zivilisten. Welche Rolle die drei Verletzten bei dem Angriff gespielt haben, ist unklar. Ob die Gruppe aus 40 Menschen, die die Polizisten angriff, zuvor im Club war, ist unklar. „Das ist auch ein Ort in Trier, wo man sich außerhalb des Clubs trifft“, sagte ein Sprecher der Polizei. Alkohol dürfte bei den Vorkommnissen eine Rolle gespielt haben, heißt es weiter. Ob es die entscheidende Rolle gewesen sei, werde nun ermittelt.

Ebling: Täter haben sich ohne erkennbaren Grund zusammengerottet

11.40 Uhr: Bei dem Angriff in Trier hat sich nach Einschätzung von Innenminister Michael Ebling "eine große Anzahl von Menschen ohne erkennbaren Grund zusammengerottet, um Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei der Ausübung ihrer Tätigkeit zu schädigen, gewaltsam gegen sie vorzugehen". „Diese Enthemmung ist erschreckend, die Skrupellosigkeit macht auch mich wütend“, sagte der SPD-Politiker am Freitag in Mainz. Es sei davon auszugehen, dass sich die Täter grundlos zusammengefunden hätten. „Diese Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte werden wir selbstverständlich nicht dulden.“ Die Täter würden die gesamte Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.

„Ich verurteile diese Gewalt gegen die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auf das Schärfste.“ Mit dem „schnellen Nachziehen von Kräften“ habe die Brutalität unterbunden werden können. „Die Polizei hatte dann die Situation auch in den Griff bekommen.“

Christian Baldauf: „Täter müssen nun schnellstmöglich die Härte unseres Rechtsstaates zu spüren bekommen“

10.30 Uhr: Der Landesvorsitzende der CDU in Rheinland-Pfalz, Christian Baldauf, hat nach dem Vorfall in Trier von einer „neuen Form der Gewaltexzesse“ gesprochen. „Bestimmte Gruppen haben völlig den Respekt vor unseren Polizeibeamten und anderen Einsatzkräften verloren.“ Er

fordert: „Die Täter müssen nun schellstmöglich die Härte unseres Rechtsstaates zu spüren bekommen."
Die Polizei ermittelt nun wegen des Verdachts auf Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, schweren Landfriedensbruchs und versuchter Gefangenenbefreiung.
Gewerkschaft der Polizei: „Wir verurteilen die Gewalt aufs Schärfste"
10.14 Uhr: Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Rheinland-Pfalz äußerte sich erschüttert über die hohe Gewaltbereitschaft. „Gruppenbezogene Gewalt ist kein Einzelphänomen, wir haben das zuletzt an Silvester erlebt, sehen es oft bei Fußballspielen und werden es auch wieder bei anderen Feierlichkeiten erleben müssen", sagte die stellvertretene GdP-Landeschefin Stefanie Loth in Mainz. Der Umgangston in der Gesellschaft werde „immer schlimmer". Polizei und Justiz bräuchten mehr Personal, um schnell und konsequent zu arbeiten.
Innenminister von Rheinland-Pfalz verurteilt Attacke auf Polizisten
09.23 Uhr: Der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling hat die Angriffe auf Polizeibeamte in Trier bei einem Einsatz scharf verurteilt. „Die Brutalität und Enthemmtheit der Attacken in Trier macht fassungslos und wütend", sagte der SPD-Politiker in Mainz. „Für die weitere Aufklärung des Angriffs hat das Polizeipräsidium Trier eine sogenannte Besondere Aufbauorganisation eingerichtet und ermittelt mit starken Kräften."
„Die Täter sollen die ganze Härte des Gesetzes spüren", sagte der Innenminister. „Wir haben heute Nacht ohne konkreten Anlass eine Solidarisierung gegen Einsatzkräfte der Polizei erlebt, die wir so bislang nicht kannten." Glücklichen Umständen und dem schnellen Nachführen von Unterstützungskräften sei es zu verdanken, dass die eingesetzten Beamtinnen und Beamten durch den massiven Bewurf nicht noch schwerwiegender verletzt worden seien.
Rund 40 Menschen greifen Polizisten an - mehrere Beamte verletzt
06.35 Uhr: Bei einem gewalttätigen Angriff während eines Polizei-Einsatzes in Trier sind in der Nacht zu Freitag rund 40 Menschen unter anderem mit Eisenstangen und Glasflaschen auf Polizisten losgegangen. Mindestens fünf Beamte seien dabei verletzt worden, teilte ein Sprecher der Polizei am Morgen mit. Zwei Männer im Alter von 42 und 21 Jahren wurden in Gewahrsam genommen, weitere Personen sind flüchtig.
Zuvor war die Polizei um kurz nach Mitternacht wegen einer mutmaßlichen Körperverletzung zu einer Diskothek in Trier-West gerufen worden. Aufgrund der aufgeheizten Stimmung und der großen Zahl alkoholisierter Menschen hätten sich mehrere Streifenwagen auf den Weg gemacht. Während der Aufnahme des Sachverhalts hätten einige umstehende Personen angefangen, die Beamten anzugreifen. Diese konnten den Angriff „mit massiver Kraftanstrengung" unter dem Einsatz von Pfefferspray abwehren konnten, so die Polizei.
Etwa zur gleichen Zeit hätten sich rund 40 Personen zusammengerottet, um die Beamten zu attackieren. „Mit Eisenstangen, Glasflaschen, Besen

und Schaufeln“ seien die Polizisten attackiert worden. Ein Mann habe sogar einen Einkaufswagen in Richtung der Beamten geschleudert. „Für die Einsatzkräfte, die zahlenmäßig unterlegen waren, entstand so eine lebensgefährliche Situation“, hieß es weiter. Erst als ein Beamter zwei Warnschüsse in die Luft abgegeben habe, habe sich die Lage beruhigt und die Polizisten konnten die verletzten Kollegen evakuieren.
„Einen solchen Gewaltausbruch gegen Einsatzkräfte habe ich in meiner Zeit als Leiter der Polizeiinspektion Trier noch nicht erlebt“, sagte Polizeidirektor Christian Hamm in einer Pressemitteilung am frühen Freitagmorgen. „Es hat sich eine Gruppe von Gewalttätern regelrecht zusammengerottet, um die Polizei lediglich aufgrund ihrer Anwesenheit anzugreifen und zu verletzen.“ Fünf Beamte hätten ihren Dienst aufgrund von Verletzungen nicht fortsetzen können.
Die Polizei ermittelt nun wegen des Verdachts auf Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, schweren Landfriedensbruchs und versuchter Gefangenenbefreiung.

https://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart-aktuell/ulm-nach-angriff-auf-polizisten-vier-festnahmen-einer-ist-erst-13-82929956.bild.html?t_ref=https%3A%2F%2Fm.bild.de%2Fregional%2Fstuttgart%2Fstuttgart-aktuell%2Fulm-nach-angriff-auf-polizisten-vier-festnahmen-einer-ist-erst-13-82929956.bildMobile.html

EIN VERDÄCHTIGER IST ERST 13 JAHRE ALT
Männer prügelten Polizisten in Klinik – vier Festnahmen
18.02.2023 - 08:55 Uhr
So jung und trotzdem so unfassbar brutal!
Ulm (Baden-Württemberg) – Am Mittwoch (8. Februar) war ein Polizist privat gegen 1.20 Uhr in Ulm unterwegs. Von dort alarmierte er per Handy die Notrufzentrale, meldete vier Männer, die sich verdächtig verhielten. Der Polizist wurde beim Telefonieren entdeckt – und niedergeschlagen, obwohl er sich als Polizist zu erkennen gab.
Noch bevor seine Kollegen am Tatort eintrafen, sollen die Verdächtigen den 25-Jährigen angegriffen haben. Die Angreifer flüchteten anschließend unerkannt.
► Der Beamte kam mit schwersten Kopf- und Gesichtsverletzungen in eine Klinik. Lebensgefahr!
Jetzt hat die Polizei das Brutalo-Quartett!

Bei ihnen handelt es sich um einen 18-Jährigen mit deutscher und türkischer Staatsangehörigkeit, einen 23 Jahre alten Türken und einen 24 Jahre alten Serben. Sie wurden festgenommen – ein Richter schickte sie später in U-Haft.
Unglaublich: Ein weiterer Verdächtiger, der festgenommen wurde, ist erst 13 Jahre alt! Der syrische Junge ist nach der Feststellung seines Alters seinen Erziehungsberechtigten übergeben worden, weil er nicht strafmündig sei, so die Polizei.
Wie die Ermittler den Tatverdächtigen auf die Spur kam, ist unklar. Der verletzte Polizist ist sich inzwischen auf dem Weg der Besserung.
GEWERKSCHAFT NACH ATTACKE GESCHOCKT
„Menschenverachtung“
Nach dem brutalen Angriff auf einen Polizisten ist die Gewerkschaft der Polizei erschüttert.
Gewerkschaft der Polizei schockiert
„Die Verrohung, Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei hat sich in dem tragischen Fall von Ulm erneut von seiner schlimmsten Seite gezeigt“, sagte Thomas Mohr, Vize-Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei.
Ein Polizist, der seine Pflicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wahrgenommen habe, sei Opfer brutaler und massiver Gewalt geworden

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/schock-zahlen-ueber-abschiebungen-so-viele-kriminelle-migranten-kamen-wieder-ins-82941300.bild.html?t_ref=https%3A%2F%2Fm.bild.de%2Fpolitik%2Finland%2Fpolitik-inland%2Fschock-zahlen-ueber-abschiebungen-so-viele-kriminelle-migranten-kamen-wieder-ins-82941300.bildMobile.html

SCHOCK-ZAHLEN ÜBER ABSCHIEBUNGEN
So viele straffällige Migranten kamen zurück ins Land
Von: NIKOLAUS HARBUSCH
18.02.2023 - 09:59 Uhr
Einreise-Sperren für kriminelle Ausländer funktionieren nicht bei offenen Grenzen!
DAS haben die Fälle der abgeschobenen und wieder eingereisten afghanischen Sexualstraftäter Bahram S. (24) und Meisam Y. (22) der ganzen Republik vor Augen geführt.
BILD stellte der Bundespolizei nun ganz einfache Fragen: Wie groß ist das Problem? Wie viele ausländische Straftäter kamen wieder ins Land, obwohl sie außer Landes gebracht worden waren?

Mehr als 6000 Abgeschobene zurück in Deutschland
Die Schock-Antwort: Zwischen 2020 und 2022 wurden in Deutschland 6495 Ausländer gefasst, die gegen ihr Einreise- und Aufenthaltsverbot verstoßen haben.
Die Zahlen sind alarmierend, denn sie steigen dramatisch an: 2020 waren es 1614 Fälle, 2021 bereits 2074 Fälle (+ 28,5 Prozent) und im vergangenen Jahr 2807 Aufgriffe (+ 35,3 Prozent). Im Januar 2023 zählten die Bundespolizisten schon 184 Fälle.
Die Dunkelziffer: mutmaßlich noch viel höher. Zuletzt erfolgten zwei Drittel der Festnahmen bei grenzpolizeilichen Fahndungen.

CDU-Innenexperte Stefan Heck: „Diese Zahlen offenbaren die enormen Lücken bei Faesers Sicherheitspolitik."
Er fordert: „Am Ende helfen nur wirksame Kontrollen an den Grenzen gegen illegale Wiedereinreisen."

https://www.pi-news.net/2023/02/was-so-alles-falsch-laeuft-in-deutschland-der-fall-bahram-s/

Was so alles falsch läuft in Deutschland – der Fall Bahram S.

16. Februar 2023

Bahram S. vergewaltigte eine Schülerin und wurde nach Afghanistan abgeschoben. Nun ist er wieder in Deutschland!
Den folgenden Focus-Artikel von heute haben wir hier fast komplett in Sätzen / Sinneinheiten untereinander aufgeschrieben. Man kann an ihm recht gut ablesen, wie es um den Zustand der Bundesrepublik Deutschland bestellt ist, insbesondere in Hinblick auf die innere Sicherheit.
Die Leser bitten wir, für jede Einheit einmal die Überlegung anzustellen, ob das aus deutscher Sicht
( ) in Ordnung
( ) nicht in Ordnung ist, oder ob es sich so einfach
( ) nicht einordnen lässt.
Um die Diskussion zu erleichtern, haben wir die einzelnen Einheiten durchnummeriert:

1. ***Im August 2017 vergewaltigte der heute 24-jährige Bahram S. eine 16-jährige Schülerin in München.***
2. ***Das Amtsgericht München verurteilte ihn in der Folge zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis.***
3. ***Nach knapp anderthalb Jahren wurde S. dann nach Afghanistan abgeschoben. Dazu wurde er mit einer siebenjährigen Einreisesperre belegt.***
4. ***Nur: Er ist wieder da. Wie die „Bild"-Zeitung berichtet, tauchte der Afghane Anfang Februar 2023 in Frankreich auf. Er verlangte Asyl. Frankreich wollte den Mann daraufhin nach Deutschland überstellen.***

5. ***Deutschland lehnte ab.***
6. ***Bahram S. reiste trotzdem ein.***
7. ***Am vergangenen Donnerstag, so die „Bild" weiter, tauchte er in einem Hamburger Migrationsamt auf. […]***
8. ***Dort der Fauxpas: Die Identität von S. wurde nicht richtig festgestellt. Die „Bild"-Zeitung zitiert einen Behördensprecher: Ein „individueller Fehler, sodass die Ausschreibung zur Fahndung nicht festgestellt wurde". S. konnte sich frei bewegen.***
9. ***Wenige Stunden später wurde er im ICE von Hamburg nach Hannover ohne Fahrschein angetroffen.***
10. ***Hier wurden die Personalien überprüft.***
11. ***S. wurde wegen illegaler Einreise festgenommen und sitzt nun laut „Bild" in der JVA Hannover seine Reststrafe ab.***

Soweit der Focus-Artikel über Bahram S. und wie die deutschen Behörden bzw. die deutsche Politik mit ihm umgeht und er mit ihnen. Eine Auflösung, wie viel hier falsch läuft, liefern wir nicht mit, der gesunde Menschenverstand, so vorhanden, reicht dafür vollkommen aus.
Zu gewinnen gibt es auch nichts, außer vielleicht der Erkenntnis, wie tief wir in diesem Land schon gesunken sind…

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/141153/Haftstrafe-nach-Betrug-mit-Coronatestzentren?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Haftstrafe nach Betrug mit Coronatestzentren

Montag, 20. Februar 2023

Berlin – Das Berliner Landgericht hat einen 46-Jährigen zu drei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt, der mit erfundenen Coronatestzentren über eine halbe Million Euro erschwindelte. Die Strafkammer sprach *Zoran S.* heute des besonders schweren Betrugs schuldig, wie das Gericht mitteilte.

Der in der Hauptstadt lebende Mann hatte sich den Feststellungen der Kammer zufolge im November 2021 in Baden-Württemberg als Betreiber von Coronateststellen registrieren lassen. Für diese rechnete er im Dezem-ber 2021 und Januar 2022 Testungen und Sachkosten bei der Kassenärztliche Vereinigung Berlin ab und erlangte so knapp 650.000 Euro – die Testzentren existierten jedoch nicht.

In einer Situation, die für uns alle nicht gut gewesen sei, habe der Angeklagte die Krankenkassen geplündert, sagte der Vorsitzende Richter demnach in seiner Urteilsbegründung. ***Es müsse jedoch auch berücksichtigt werden, dass dem 46-Jährigen die Tatbegehung besonders leicht gemacht worden sei – es habe nahezu keine Überprüfung durch die zuständigen Behörden gegeben.***

Das Gericht ordnete neben der Freiheitsstrafe die Einziehung der Taterträge an. Mit ihrem Urteil lag die Straf-kammer unter der Forderung der Staatsanwaltschaft, welche viereinhalb Jahre Haft beantragt hatte. Der Ver-tei-diger plädierte hingegen auf eine Freiheitsstrafe von höchstens drei Jahren und fünf Monaten. © afp/aerzteblatt.de

https://www.pi-news.net/2023/02/koerperverletzung-diebstahl-und-raub-sind-an-der-tagesordnung/

„Körperverletzung, Diebstahl und Raub sind an der Tagesordnung“

25. Februar 2023

Obwohl Deutschland derzeit einen Rekord-Zuzug von sogenannten Flüchtlingen erlebt, will der Bund den Ländern und Kommunen zunächst nicht mehr Geld zur Verfügung stellen. PI-NEWS hat sich mit Daniel Freiherr von Lützow, dem kommunalpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, über die explosive Lage in vielen Gemeinden unterhalten.

PI-NEWS: Wie bewerten Sie die Ergebnisse des sogenannten Flüchtlingsgipfels, zu dem Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) unlängst geladen hatte?

DANIEL FREIHERR VON LÜTZOW: Ich bin fassungslos. Die Landkreise sollen immer mehr Migranten aufnehmen, der Bund stellt aber nicht mehr Geld zur Verfügung. Gleichzeitig halten sich in Brandenburg fast 5000 vollziehbar ausreisepflichtige Asylanten auf. Dies kostet den Steuerzahler im Jahr zwei Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der gesamte Haushalt für ein Jahr beträgt in Brandenburg zwölf Milliarden Euro.

Ein parteiloser Landrat warnte unlängst, es werde im ersten Halbjahr 2023 „unschöne Bilder geben mit Flüchtlingen in Containern und Sporthallen“. Ist die Lage tatsächlich schon wieder so dramatisch?

In Brandenburg haben mittlerweile vier Landkreise einen Aufnahmestopp ausgerufen. In drei weiteren Landkreisen wird die Forderung nach einem Aufnahmestopp immer lauter. Auch in meinem Heimatkreis Teltow-Fläming sind seitens der Landrätin von der Linkspartei bereits die ersten Gespräche geführt worden, um auch wieder Turnhallen als Unterkünfte nutzen zu können. Mein persönliches Fazit: Wenn die Kapazitäten erschöpft sind, dann geht nichts mehr und dann hat die Landesregierung sofort einen landesweiten Aufnahmestopp zu verhängen.

Sie fragen bei der Landesregierung regelmäßig die Kriminalitätsstatistik ab. Im Fall der Stadt Cottbus ist Ihnen dadurch eine brisante Entwicklung aufgefallen.

Tatsächlich ist das eingetreten, was wir 2015 schon prognostiziert haben, eine exorbitante Massierung von Bandenbildung und Migrantenkriminalität. Allein in Cottbus wurden in nur drei Monaten 29 Übergriffe registriert, die als „deutschenfeindlich“ eingestuft wurden. Wir reden hier nicht von Beleidigungen und Ähnliches, sondern über schwerste Gewalttaten von meist

minderjährigen Migranten an deutsche Staatsbürger, bei denen es um Raub und schwere Körperverletzung geht.
In letzter Zeit kommen auch aus der Stadt Prenzlau immer öfter Berichte über schwere Gewalt durch Ausländer.
In Prenzlau sind Körperverletzung, Diebstahl und Raub mittlerweile an der Tagesordnung. Gleichzeitig zeigt sich die Ordnungsmacht weitgehend machtlos. Auch hierbei wird extrem verschleiert. Geht es um die Täter, dann wird oftmals von Bürgern der russischen Föderation gesprochen. Tatsächlich handelt es sich um keine russischen Bürger im eigentlichen Sinne, sondern um Tschetschenen.
Daniel Freiherr von Lützow, wir bedanken uns für das Gespräch!

https://journalistenwatch.com/2023/03/02/gruener-endsieg-deutschlands-innenstaedte-veroeden-und-verelenden-endgueltig/

Grüner Endsieg: Deutschlands Innenstädte veröden und verelenden endgültig

Ob in Hamburg oder Frankfurt, Zentren der Städte haben häufig bei ihren Hauptbahnhöfen den Ausgangspunkt, von denen aus es in die Innenstädte geht. Heute lässt sich nun feststellen, dass das Elend, welches Ostzonen-Kanzlerin Angela Merkel über das Land brachte, sich dort leider besonders gut besichtigen lässt.

Von Hans S. Mundi

Eine immer noch verantwortungslose Bundesregierung gibt jetzt hierzu noch einen tieferen Einblick in die fatalen Ergebnisse grob fahrlässiger Politik – seit fast zwei Jahrzehnten. Zentralbahnhöfe wandeln sich zu Zentralkloaken, hier hängen Abgehängte herum, rennen Psychos bei allen Temperaturen mit freiem Oberkörper und manchmal auch nicht angeleinten Pitbulls im Gefolge durch die Menge. Auf uralten Matratzen sitzen stillende Mütter aus fernen Ländern, in schmutzigen Kleidern, während irgendwo in einer Seitengasse Blut vom Messer spritzt und die Putzdienste herausgeschlagene Zähne zusammenfegen. Reste von Joints, gebrauchte Spritzen und sonstiges „Geschirr“ der Drogensüchtigen sowie einfach irgendwie auf Fluren entsorgte Windeln oder Menstruationsbinden sind das passende Symbolbild des „Neuen Deutschland“ unter ökolinker Korrekthegemonie. Wie sagte der Top-Journalist Peter Scholl-Latour doch einst noch: „Wer Kalkutta zu **sich ins Land holt, der wird Kalkutta!“ Deutschland schafft sich ab? Deutschland gibt sich den Rest!**
Ihre Bundesregierung informiert soeben: Mehr als 23.000 Gewaltdelikte und 529 verletzte Polizeibeamte zählte unsere Bundespolizei im vergangenen Jahr (2022) an deutschen Bahnhöfen. Beunruhigend dabei noch folgender, faktenbasierter Hinweis: Es häufen sich drastisch Gewalt- und Eigentumsdelikte, aber nicht mehr nur an den größten Bahnstationen der Bundesrepublik, nein, Elend und Chaos ziehen in Richtung Provinz, hin zu Städten aller Größenordnungen. Was aber verschwiegen wird: Es ist das

haarsträubende Ergebnis einer unkontrollierten Zuwanderungspolitk, welche Kriminelle, Gescheiterte und Ungebildete aus aller Welt direkt anlockt und ihnen ein goldenes Paradies verspricht. Sie vor allem prägen das kaputte Bild mit Migrationshintergrund – überwiegend und von jedem einsehbar.
In den Medienberichten zu dieser neuen Statistik des Grauens lässt sich der Absturz ins Asoziale nun nicht mehr (wie allgemein üblich!) verschleiern. Das klingt dann bei „n.tv“ so: „Wie aus Angaben der Bundesregierung hervorgeht, gehörte beispielsweise der Nürnberger Hauptbahnhof 2022 zu den drei Bahnhöfen, an denen die Bundespolizei die meisten Sexualdelikte, Gewaltverbrechen und Eigentumsdelikte erfasst hat. Am Hauptbahnhof in Dortmund wurden im gleichen Zeitraum mehr Waffendelikte und Straftaten im Zusammenhang mit Drogen registriert, als an jedem anderen deutschen Fernbahnhof. Auch der Düsseldorfer Hauptbahnhof zählt laut Bundesregierung bei diesen zwei Deliktgruppen zu den am stärksten belasteten Bahnhöfen.“ https://www.n-tv.de/panorama/Diese-Bahnhoefe-sind-besonders-kriminell-article23952451.html
Selbst also Städte wie das beschaulich-fränkische Nürnberg, fest in Rot-Grüner Hand, bekommen nun die Ernte der politischen Aussaat kräftig zu spüren. Deutsche Asylantenschiffe treffen ihre Schleuserkumpelboote weiterhin auf dem Mittelmeer um dort die heisse Asylfracht auf Steuerzahlers Kosten abzuholen und in dieses Land zu versetzen. Legal, illegal, scheissegal, Deutschland verrecke! Rotfront!
„Mehr als 23.000 Gewaltdelikte stellte die Bundespolizei nach eigenen Angaben 2022 an deutschen Bahnhöfen und in Zügen fest. Der Hauptbahnhof von Hannover landete bei der Zahl der Gewaltdelikte im vergangenen Jahr auf dem zweiten Platz – nach Hamburg und vor Nürnberg – und belegte bei den Waffendelikten Platz drei. Die meisten Eigentumsdelikte und Sexualstraftaten stellte die Bundespolizei den Angaben zufolge am Kölner Hauptbahnhof fest. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort weiter mitteilte, wurden 529 Polizistinnen und Polizisten der Bundespolizei im vergangenen Jahr an Bahnhöfen und in Zügen verletzt, davon waren 68 Beamte dienstunfähig.“ https://www.n-tv.de/panorama/Diese-Bahnhoefe-sind-besonders-kriminell-article23952451.html
Polizei, Hilfs- und Rettungsdienste sind – absolut pervers!!! – zum Abschuß politisch freigegeben, Baden-Württembergs Grüne Schwarzwaldregierung etwa kümmert sich lieber mehr um die offen zur Schau gestellte Kennungszeichnungspflicht der „Bullen“ als um deren Leib und Wohl und Sicherheit. Wie sangen doch die Linken früher schon: „High sein, frei sein, Terror muss dabei sein!“ Auf einen Joint, Herr Veggy-Özdemir! Doch nicht genug des anwachsenden Elends mitsamt seinen Verwerfungen und seiner primitiven Gewalt. Unsere Innenstädte geben im Rahmen politischer Grünreligiosität zunehmend ihren Geist auf. Die Citys veröden und ein anwachsender Leerstand bei Läden und Einkaufsmeilen kündet von einem erzwungenen Umbruch, der in etwa so hirnrissig war und immer noch ist, wie die toxisch-grüne Bekämpfung der heimischen Automobilindustrie. Grün wirkt: Waren einst Marktplätze schon dem Namen nach der zentrale Handelsort in den Städten, kamen etwa die Bauern aus dem Umland um auf den Märkten in den Städten ihre Waren anzubieten, ist davon heute höchstens noch der Teilzeit-Wochenmarkt übrig geblieben.
Ansonsten dominiert die fahrradige Tristesse. Wegen der Verbannung der PKWs hat sich der gesamte Handel für den täglichen Bedarf längst weitgehend in die Vorstädte oder Aussenbezirke zu den Discountern hin bewegt. Alte Menschen oder große Familien können ihren Bedarf (auch mit dem Lastenfahrrad) kaum noch im

unmittelbaren Umfeld der Cities decken. Der Leerstand kündet von einer Zwickmühle im Quadrat: Hohe bis überhöhte Mietpreise in den Innenstädten für die Geschäfte und deren Betreiber werden nun auch noch durch verteuerten Strom und inflationäre Preisentwicklungen sowie u.a. gestörte Lieferketten getoppt. Das Budget in den deutschen Haushalten wurde flankierend auch noch durch die giftgrüne Energiepolitik enorm geschröpft, im Land der Trinkgeld-Renten und fiskalischer Raubzüge übelster Steuer-Art lohnt das Arbeiten immer weniger, das Geld der Bürger wird immer knapper und steht immer weniger zur freien Verfügung.
Denn es bleibt immer weniger Kohle übrig, was Einzelhandel und Gastronomie längst mit voller Härte als Endpunkt logischerweise erwischt. Bei Aldi steht man hingegen Schlange, woanders ist alles viel zu teuer, Ausgehen und Verreisen ist nicht mehr. So sehen die deutschen Fahrradstädte nun auch zunehmend aus. Grün wirkt. Das Elend wird immer elendiger. Im Gefolge einer Verarmung der Bevölkerung breitet sich aber das importierte Reich des schwarzen Geldes, der illegalen Machenschaften und des unkrontollierten Betriebes „orientalischer Art“ zunehmend aus. Der deutsche Hotelier verschwindet, der Metzger verläßt seinen angestammten Laden, Handwerksbetriebe zieht es ins Ausland, kleinere Werkstätten schließen, der alteingesessene Landgasthof schließt für immer (auch dank der teils verbrecherischen Corona-Zwangsmaßnahmen gegen die Gastronomie!), der Winzer mit seiner Straußenstube überlebte den letzten Lockdown nicht mehr. Und überall dort erblühen Shisha Bars, „italienisch-pakistanische Pizza und Pasta“, selbst in Dörfern gibt es teils schon mehr Dönerbuden als Bäckereien – oder eben weithin sichtbar zunehmender Leerstand.
Hilflos in Grün: Die Stadt Offenburg will dem Leerstand nun als „Mieter“ begegnen. Die Verschwendung von Steuergeldern ist bekanntlich liebstes Hobby der durchgeknallten deutschen „Berufspolitiker“, weshalb man in der Stadt des legendären „Salmen“ den Einzug der „städtischen Innovationsagentur Innenstadt“ in ein leerstehendes Gebäude auf Steuerzahlers Kosten planen soll. Luschtig, wie der Badenser sagt. Denn derart „innovative“ Innenstadtplanung brachte dort unlängst eine peinlich-unsägliche „Gestaltungsfibel“ hervor, welche größte Kritik auslöste. Eine (vermutlich ökolinks gestrickte Freiburger) Agentur hatte darin vom Blumenkübel über das Aussenmobiliar bis zu den Sonnenschirm ALLES komplett vereinheitlicht und wollte dieses als Verwaltungsvorschrift für die Stadt Offenburg und deren City-Lokalitäten durchbringen. Der Inhaber eines Eiscafés fühlte sich deswegen übelst an die DDR erinnert, äußerte dieses im Gemeinderat – und wurde von der ökolinken Gesinnungsmeute entsprechend niedergeblökt. Deutsche Jagdszenen anno Eins nach Merkel. Auch hier wirkt die Vergrünung einer Stadt fundamental abgründig. Gab es hier, wie andernorts auch, vor gar nicht so langer Zeit noch viele Kneipen und kleine Bühnen für Musiker, lebte alles in schönster Kleinteiligkeit und auch Gemüse und Getränke sah man noch in der Hauptstraße, ist hier nun fast alles nur noch Mode, Frisör, Optiker, Dönerbude – wenigstens Drogeriemärkte bieten noch etwas Alltägliches mit ihren austauschbaren Kettenfilialen an. Aus und vorbei mit einstiger deutscher Individual-Idylle, auch und gerade in den vormals blühenden, lebendigen deutschen Städten – bevor die Tempo 30-Gesinnungsterroristen kamen.
Das politische Programm der rotgrünen Bekenntniseiferer schuf das Abbild einer städtischen Tragödie. Niemand mag das noch wollen, das Flair geht verloren, rette sich, wer kann, kein Tempo mehr in der City. Keine moderne Raserei mehr erlaubt. Innenstädte zu Friedhöfen! Durch Geisterstädte rollen bald nur noch bekiffte Özdemir-Jünger auf ihren Rädern und essen auf stillgelegten Strassen mitgebrachte Möhren. Der letzte Senior hat längst den Ort des Schreckens und der tödlichen Einöde verlassen, nur die Wähler der Grünen knutschen ihre Fahrräder vor lauter

Glück – und lutschen Insekteneis am Stil. Und fahren dann am Wochende mit dem im Parkhaus versteckten SUV aufs Land um sich dern Kofferaum beim Discounter vollzuladen. Im grünen Lügenlicht verbrennt unsere Welt.

https://journalistenwatch.com/2023/03/05/schweden-messer-islamist-sticht-10-jaehriges-maedchen-nieder/

Schweden: Messer-Islamist sticht 10-jähriges Mädchen nieder

Was die „bunte Bereicherung“ der Gesellschaft anbelangt, übertrifft der einstige sozialdemokratische Musterstaat Schweden mittlerweile sogar Deutschland: Explodierende Kriminalität durch Einwandererbanden, Clans und Parallelmilieus haben die Bewohner der Großstädte zu Fremden im eigenen Land gemacht. Bluttaten von Islamisten sind an der Tagesordnung: Gestern traf es ein 10-jähriges Mädchen in Göteborg.

Von Daniel Matissek für Auf1.info

Das aus den Niederlanden stammende Mädchen hatte seine Großeltern in Schweden besucht und war am Freitag gerade mit seiner Großmutter in der Stadt unterwegs, als sich ein 36-jähriger, wohl arabischstämmiger Mann unter „Allahu akbar”-Rufen auf das Kind stürzte und mehrfach auf es einstach. Die Großmutter wurde leicht verletzt, das schwer verletzte Mädchen überlebte glücklicherweise und befindet sich im Krankenhaus. Sein Zustand sei stabil. Der Angreifer konnte von mehreren Passanten überwältigt und bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten werden.

„Psychisch kranker“ Täter

Es soll um einen Migranten handeln, der mehrfach vorbestraft und – welche Überraschung – „psychisch krank” ist; ein Muster, das man aus Deutschland nur allzu gut kennt. Und wie Deutschland bezahlt auch Schweden seine wahnhaft-blauäugige Einwanderungspolitik mit immer neuen Mordopfern und dem Kontrollverlust über Teile des eigenen Landes.

Was das Ausmaß der Brutalität von Migrantenbanden betrifft, liegt Schweden sogar – noch -vor Deutschland: In Städten wie Malmö oder Stockholm bekämpfen sich Clans mit AK 47-Gewehren und Handgranaten. In der Stadt Linköping sprengten Kriminelle, vermutlich im Rahmen eines Bandenkrieges, sogar ein Haus in einer Wohngegend in die Luft. Bereits 2020 bezeichnete Vize-Polizeichef Mats Löfvingdie Kriminalität der Migrantenclans, deren Zahl er auf landesweit 40 bezifferte, als *„Systembedrohung“*. Bereits vor 10 Jahren, zwei Jahre vor Merkels „Flüchtlings”-Flutung, hatte es in Schweden bürgerkriegsähnliche Bandenausschreitungen gegeben, die fast eine Woche lang anhielten.

Bandenkriminalität außer Kontrolle

Die Banden seien *„eindeutig mit dem Ziel nach Schweden gekommen, organisiert und systematisch Kriminalität zu betreiben“*, sagte Löfving über die Situation, und warnte, das die Einwandererclans sogar über nicht unerhebliche politische Macht verfügen würden: Im April letzten Jahres **kam es über Ostern in mehreren schwedischen Städten zu massiven Ausschreitungen, nachdem die**

islamkritische Partei „Strams Kurs“ angekündigt hatte, bei jeder ihrer Kundgebungen einen Koran zu verbrennen. Bei den Krawallen wurden 26 Polizisten und 14 weitere Personen verletzt.
Die Hälfte der geplanten Veranstaltungen von „Strams Kurs” konnte daraufhin nicht stattfinden. Hilflos rief die damalige Ministerpräsidentin Magdalena Andersson dazu auf, die „*Meinungsfreiheit*” zu respektieren – und das in einem Land, das so viel auf seine Toleranz und unbedingte Redefreiheit gibt. Dass überhaupt ausgerechnet Schweden, das sich damit brüstete, eine *„humanitäre Supermacht“* zu sein, kriegsähnliche Migrantenkrawalle an der Tagesordnung sind, ist Folge einer naiven Politik, die seit den 1970er Jahren im Grunde jeden ins Land ließ.

Status eines Entwicklungslandes

Mit „Erfolg“: Neben der Explosion der Zuwandererkriminalität leiden auch die Sozialsysteme unter der Bevölkerungsveränderung: 2021 lag die Arbeitslosenquote der im Ausland geborenen Personen bei 20 Prozent, bei im Inland geborenen bei unter fünf Prozent. Die Migration bringt also auch hier keinerlei wirtschaftlichen Nutzen, sondern führt nur zu immer höheren Sozialausgaben.
Bereits 2017 hatte ein Bericht der UNO konstatiert, dass Schweden sich seit 2010 immer mehr dem Status eines Entwicklungslandes annähert. Die viel zu lange praktizierte „Weltoffenheit“ und die zu spät – und zu zögerlich – vollzogene Kursänderung werden daran nichts mehr ändern können. Dasselbe wird Deutschland blühen.

Migration „bereichert” nur die Einwanderer

Immerhin ist Schweden schon einen Schritt weiter: Die Osterausschreitungen von 2022 führten zu einem solchen Unmut in der schwedischen Bevölkerung, dass ein rechts-konservatives Bündnis die Wahlen gewann und Andersson zurücktreten musste. Ein ähnlicher Effekt steht in Deutschland noch aus; offenbar waren die Silvester-Krawalle hier noch nicht lehrreich genug.
Am Beispiel Schwedens zeigt sich: Die einzigen, für die die in Europa praktizierte Form der Einwanderung eine „Bereicherung“ darstellt, sind die Einwanderer selbst; für die aufnehmende Gesellschaft bedeutet sie eine unerträgliche Belastung sowie den Verlust von Wohlstand, Sicherheit, Heimat, Identität – und schlimmstenfalls des Lebens.

https://journalistenwatch.com/2023/03/06/spassorientierte-jugendliche-randalieren-in-hamburg/

Spaßorientierte Jugendliche“ randalieren in Hamburg

Versprochen wurden ihnen kostenlose Markenklamotten. Nachdem sich jedoch herausstellte, dass es sich um eine Fake-Meldung handelte und die Frustrationsgrenze dieser „spaßorientierten Jugendlichen“ sehr weit untern angesiedelt ist, schlugen sie kurzer Hand mit Flaschen und Böllern auf Polizisten ein.
Die Szenen erinnerten an die vergangenen Silvesternächte, als „Jugendliche“ Polizeibeamte, aber auch Rettungssanitäter und Feuerwehrleute attackierten.

Die Angreifer – überwiegend Jugendliche und junge Männer mit Migrationshintergrund.
Versprochen wurde ihnen angeblich von einem Markenlabel kostenlose Markenklamotten. Nachdem sich herausstellte: Alles Fake, formulierten „Jugendliche“ in der Hamburger Innenstadt am Sonnabend ihren Frust darüber in einem „Streit mit der Polizei „. Die Polizei habe, so die Welt, mit massivem Kräfteeinsatz, diversen Hundeführern und 20 zusätzlichen Streifenwagen versucht, die „Lage in den Griff und die Jugendlichen von der Straße zu bekommen, auch weil Busse teilweise nicht mehr durchkamen. Erst nach einiger Zeit sei es gelungen, die „Jugendlichen“ zum Verlassen der Straße zu bewegen. Zwei Polizisten seien durch Böller- und Flaschenwürfe leicht verletzt worden, hätten aber ihren Dienst fortsetzen können. Einige der „Jugendlichen“ seien in Gewahrsam genommen worden.
„Die Polizei der sozialdemokratisch regierten Stadt spricht beschönigend von „spaßorientierten Jugendlichen“, so Stefan Schubert, Erfolgsautor Buchautor und ehemaliger Polizist, in einem Facebook-Kommentar. Schubert stellt fest: „Und wie nennt es ein wehrhafter Rechtsstaat, wenn Randale außer Kontrolle geraten? „Spaßorientierte Jugendliche“ seien unterwegs gewesen, wie es in einer Mitteilung der Polizei hieß. Das erinnert an die Randale in Frankfurt, als während der Corona-Pandemie 800 Jugendliche randalierten und die Polizei von einer „Partyszene“ als Tätern sprach. In links geführten Städten herrscht eine blühende sprachliche Phantasie, wenn es darum geht, den Themenkomplex Jugendliche, Gewalt und Migration zu verniedlichen“, so Schubert.
Bilder aus dem Internet zeigen, was eine verantwortungslose Migrationspolitik mitten in dieser Gesellschaft herangezüchtet wurde:

https://unser-mitteleuropa.com/muenchen-allahu-akbar-und-scheiss-juden-jugendliche-attackieren-kirche-und-poebeln-glaeubige-an/
München: „Allahu Akbar“ und „Scheiß-Juden“ – „Jugendliche“ attackieren Kirche und pöbeln Gläubige an
14. 03. 2023
Die Paul-Gerhardt-Kirche in München.
MÜNCHEN – Eine „Gruppe Jugendlicher“ warfen während des Gottesdienstes einer evangelisch-lutherischen Glaubensgemeinschaft eine Fensterscheibe einer Kirche im Münchener Stadtteil Laim ein. Doch damit nicht genug der Bereicherung: Die „fünf bis sechs Jugendliche“ griffen die Besucher beim Verlassen der Kirche am Samstagabend verbal an. Neben den etwa 50 Gläubigen wurde auch der Pfarrer beschimpft.

„Allahu Akbar" und „scheiß Juden"
Laut *BILD* wurden neben den üblichen „Allahu Akbar" Religionshuldigungen auch „scheiß Juden" skandiert, bevor die künftigen Pensionszahler dann flüchteten. Ermittlungen der Polizei laufen. Das online-Magazin *rosenheim24.de* findet es „bemerkenswert", dass die Hasstiraden und Gewaltattacke ausgerechnet bei einem evangelisch-lutherischen Gottesdienst stattfanden. Offensichtlich ist man dort leicht verwirrt, dass eine derartige Bereicherung nicht vor einem evangelischen Gotteshaus halt macht, wo doch gerade diese Religionsgemeinschaft keine Gelegenheit auslässt, die Willkommenskultur solchen Elementen gegenüber zu fördern.
Dass diese Aktion natürlich als weiterer „rechter" antisemitischer Vorfall in die Statistik einfließt und indirekt uns untergejubelt wird, versteht sich von selbst. Und wer die Auffassung vertritt, dass derartige Figuren umgehend repatriiert werden sollen, ist natürlich ein „Ausländerfeind", „Rassist" oder gleich ein „Nazi".

https://www.pi-news.net/2023/04/muenchen-laim-hintergrund-von-jugendbande-wird-verschwiegen/

München-Laim: Hintergrund von Jugendbande wird verschwiegen

3. April 2023

In München-Laim sorgen Jugendbanden derzeit für Schrecken
Der Münchner Merkur berichtet am Montag von einer neuen Studie über Jugendbanden in Augsburg, Nürnberg und München, die 2021 in Erscheinung traten:
In München stand dabei eine Jugend-Bande im Fokus, die in Laim aktiv ist. Von der Gang und ihren damals 32 Mitgliedern gingen 124 nachweisliche Straftaten alleine im Jahr 2021 aus. „Ihr Ziel ist es, möglichst schnell Geld zu machen", sagt Michael Laumer vom Landeskriminalamt (LKA), der die Studie betreute.
Dabei gehen die Bandenmitglieder äußerst brutal vor. Eine ihrer Maschen: räuberische Erpressung. Die Gruppen bedrohten dabei meist Gleichaltrige, teils sogar mit dem Tod, damit sie ihnen ihre Kleidung oder Wertsachen geben. Daneben spielten bei den untersuchten Gruppen aller Städte auch Verbrechen wie Drogenhandel, Gewaltdelikte oder Einbrüche eine Rolle.
Über die 32 Mitglieder weiß man also ziemlich genau Bescheid. Der Merkur nennt im weiteren Verlauf des Artikels eine Menge weiterer Einzelheiten über die Münchner Gruppe aus Laim:
Die Mitglieder sind fast alle männlich. 2021 gab es in der Laimer Bande nur ein aktives weibliches Mitglied. Und: Die Jugendlichen waren überwiegend zwischen 16 und 18 Jahre alt. Ihr Motiv: „Statuserhöhung,

Prestigegewinn und Gruppenzugehörigkeit", sagt Laumer. Die überwiegende Zahl der Täter komme aus prekären Verhältnissen, ihre schulischen Leistungen seien schwach. Den einzigen Weg, schnell an Geld zu kommen, sähen sie in der Kriminalität. Das Problem trifft nicht nur ärmere Schichten, so Laumer: „Ein sehr kleiner Teil der Mitglieder lässt sich als Wohlstandsverwahrloste bezeichnen." Also Jugendliche aus gut situierten Haushalten, die jedoch wenig Zuwendung erfahren haben.
Nur eines erfährt man an keiner Stelle: Welchen „Hintergrund" oder „Migrationshintergrund" haben die „Jugendlichen", die da so wenig Zuwendung erfahren haben und die nicht wissen, dass man auch durch Arbeit zu Geld kommen kann? Vielleicht hilft ein drei Wochen alter Vorfall weiter, der sich in der Paul-Gerhardt-Kirche in München-Laim abgespielt hat und von BILD berichtet wird:
Am Samstagabend haben ca. sechs Jugendliche einen Pfarrer und rund 50 Kirchbesucher nach einem Gottesdienst in der evangelisch-lutherischen Paul-Gerhardt-Kirche beschimpft und sich abfällig über deren Religion geäußert.
Sie schrien vor der Münchner Kirche an der Mathunistraße „Allahu Akbar" (Allah ist der Größte) und „Scheiß Juden" und flüchteten anschließend. Bereits während der Messe gab es einen lauten Knall. Die Bande hatte mit einem Stein ein Fenster eingeworfen.
Die Paul-Gerhardt-Kirche befindet sich im Wirkungskreis der oben beschriebenen Gruppe, die so verzweifelt nach Statusgewinn und Prestige sucht und ansonsten nur schwache Leistungen in der Schule aufweisen kann. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich hier um ein und dieselbe Subkultur handelt. Nur Aufklärung gibt der Münchner Merkur darüber nicht. Sie werden wissen, warum.

https://www.pi-news.net/2023/04/duesseldorf-nigerianer-uriniert-auf-obdachlose-und-filmt-die-tat/

Düsseldorf: Nigerianer uriniert auf Obdachlose und filmt die Tat

1. April 2023

Ein 18-jähriger Nigerianer hat in der Nacht zum Freitag in Düsseldorf auf mehrere Obdachlose uriniert und ein Video davon gemacht (Symbolbild).
Von ALEX CRYSO | Traumatisiert? Schutzsuchend? Oder einfach nur darauf aus, in unserem Gastgeberland mal wieder hemmungslos die Sau raus zu lassen, weil man ja den gutmenschlichen Rückhalt von Politik, Justiz und einer selbstentfremdeten Gesellschaft genießt?
In Düsseldorf wurde in der Nacht auf Freitag auf abstoßende Weise demonstriert, wie es ist, wenn es wirklich gegen die Schwächsten der Gesellschaft geht: Im Bereich der Bismarckstraße nahe dem

Hauptbahnhof urinierte ein 18-jähriger Nigerianer auf mehrere Obdachlose und filmte seine Tat auch noch mit dem Smartphone.
Der Täter war in Begleitung mit zwei weiteren nicht näher definierten Bekannten an einer Gruppe Wohnungsloser vorbeigelaufen, als er den dringenden Harndrang verspürte, sich über lebenden Menschen entleeren zu müssen.
Angeblich wurde der Nigerianer von einem der Obdachlosen zuvor angepöbelt, wobei auch hier die näheren Begleitumstände nicht genannt wurden. Der Afrikaner revanchierte sich auf die stammestypische Art und pinkelte mehrere Personen an.
Als einer der Obdachlosen mit der erhobenen Bierflasche auf den Nigerianer losging, zückte dieser eine Schusswaffe und eilte mit seinen Begleitern von dannen. Noch in der selben Nacht konnte der 18-Jährige mit doppelter Staatsbürgerschaft und Wohnsitz in Hamburg von der Polizei dingfest gemacht werden.
Auf der Wache beleidigte er mehrere Beamte, wurde aggressiv und sprach Drohungen aus. Die Pinkelattacke selbst wurde von der Polizei als „äußert erniedrigend gegenüber Obdachlosen" eingestuft.

https://unser-mitteleuropa.com/kriminalstatistik-2022-widerlegt-multikulti-propaganda/

Kriminalstatistik 2022 widerlegt Multikulti-Propaganda +UPDATE+ Mutter vor Kindern in Berliner Bus abgestochen
31. 03. 2023

+++UPDATE 07.04.2023+++

Messerattacken passieren „Alle Tage" (Ingeborg Bachmann)

„Der Krieg wird nicht mehr erklärt,
sondern fortgesetzt. Das Unerhörte
ist alltäglich geworden."

„Heimtückischer Mordversuch im Bus!" (Bild)
„Eine junge Mutter (33) ist vor den Augen ihrer beiden Töchter niedergestochen und lebensgefährlich verletzt worden. Der Täter ist auf der Flucht, offenbar ist die Frau ein Zufallsopfer."
In der links-grünen Multikulti-Willkommens-Hochburg Berlin
Lapidar wird vermerkt: Die Messerattacke wäre „beinahe tödlich" gewesen, geschehen in einem der gelben stätischen BVG-Busse der Linie 327 in Richtung Schönholz kurz nach 17h.
Der nüchtern berichtete Ablauf der Tat:

„Eine Mutter steigt mit ihren zwei Töchtern (sieben und neun Jahre) in den Bus am Leopoldplatz (Wedding)“ (Bild)

„Der Held bleibt den Kämpfen fern.“ (Bachmann)

„Der Schwache ist in die Feuerzonen gerückt.
Die Uniform des Tages ist die Geduld.“

„Da sitzt der Täter schon im Bus.“ (Bild)

„Dann kommt es unvermittelt zum Angriff. Mit über dem Kopf gezogener Kapuzenjacke stößt der Mann die beiden Mädchen zur Seite und sticht auf ihre Mutter ein.

Insgesamt siebenmal trifft er sein argloses Opfer. Messerstiche verletzen Herz, Lunge und Bauch der Mutter. Fahrgäste eilen ihr zu Hilfe. Der Messerstecher bricht ab. An der Haltestelle Nauener Straße flieht er aus dem Bus.“ (Bild)

Die schwerst und lebensgefährlich verletzte 33-jährige Mutter wird notoperiert. Die OP soll zehn Stunden bis 4 Uhr morgens gedauert haben. Sie befindet sich mittlerweile aber wieder außer Lebensgefahr.

„**Wenn der Feind unsichtbar geworden ist.**“ (Bachmann)

Die Hoffnung…

„…wird verliehen, wenn nichts mehr geschieht,
wenn das Trommelfeuer verstummt, wenn der Feind unsichtbar geworden ist.“ (Bachmann)

„Unklar. Woher der Hass?“ (Bild)

„Unklar ist, warum der Mann mit so viel Hass die junge Mutter töten wollte.“

Denn „Hinweise auf eine Beziehungstat“ gäbe es laut Staatsanwaltschaft nicht. Und dann wieder die Bestätigung der Kriminalstatistik 2022, welche in direktem Zusammenhang mit der Multikulti-Willkommens-Kultur steht: „Der **Täter: südländischer Typ**, ist weiter auf der Flucht.“ (Bild)

Nachsatz: „Polizei sucht Hinweise und Zeugen“

„Flucht vor den Fahnen“ der Political Correctness

§Der Stern der Hoffnung wird verliehen für die Flucht vor den Fahnen, für die Tapferkeit vor dem Freund, für den Verrat unwürdiger Geheimnisse und die Nichtachtung jeglichen Befehls.“ (Ingeborg Bachmann, 1953)

ERST-Artikel 31.3.2023

Groteske links-grüne Multikulti-Realitätsverweigerung

„Die Anzahl von Messer-Attacken ist zwar gestiegen, jedoch eher gering.“

Jahrelang seit 2015 verweigerte sich eine linke Refjutschie-Propaganda dem Realzustand einer gewalt-affinen Fremdkultur-Kakotopie: „*Von einem ‘dramatischen Anstieg von Messer-Attacken‘*“ könne *nämlich „allgemein nicht die Rede sein*“. Obwohl *„die Anzahl solcher Delikte zwar gestiegen*“ wäre, wäre *„dieser Anstieg jedoch eher gering.*“ (Die Soros-Fakten-Checker von „correctiv“)

Mittlerweile wohl entsorgte, links-grüne Multikulti-Fanatikerinnen revidierten damals nämlich sogar das Selbstverteidigungs-Recht: So empörte sich nämlich allen Ernstes die deutsche Grünen-Politikerin

Renate Künast (aufgrund einer erfolgten Multi-Kulti-Einbürger*er-Axt-Attacke) darüber, *„dass die Polizei den Angreifer erschossen*" hätte: *„Wieso konnte der Angreifer nicht angriffsunfähig geschossen werden???* Fragen*!*"
Ins selbe Horn stieß die Ex-Grünen-Chefin Simone Peter, sich penetrant darum bemühend, einen euro-zentristischen Kollektiv-Schuld-Komplex am Köcheln zu halten: Unterstellte sie doch der Kölner Polizei ‚racial profiling' gegenüber verdächtigen NAFRI
„1000 Personen wurden alleine aufgrund ihres Aussehens überprüft!"
(Peter)

Neueste Kriminals-Statstik offenbart linke Willkommens-Propaganda

Lange acht Jahre nach Merkels Willkommens-Imperativ widerlegt die neueste Kriminalstatistik diese links-grüne Willkommenspropaganda: Offenbar scheut sich nun alt-linke SPD-Willkommenspolitikerin und Innenministerin Nancy Faeser (SPD) vor der neuen bundesweite „Polizeilichen Kriminalstatistik 2022" (PKS) . Denn laut BILD wäre eine Präsentation durch Faeser schon gestern fällig gewesen. Der „Welt am Sonntag" liegt jene aber bereits vor.
Im Jahr 2022 kam es zu einem Anstieg von 11,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 5,628 Millionen Straftaten. Somit liegt die Anzahl aller begangenen Delikte sogar um 3,5 Prozent höher als vor dem Jahr der Corona-Pandemie (2019).

Folge anti-autoritärer Erziehung: Anstieg der Kinder-Kriminalität

Die Statistik zeigt auch einen erschreckend sprunghaften Anstieg von Kinderkriminalität. Besonders alarmierend. – Wohl eine jahrzehntelange Spätfolge der antiautoritären Erziehung und der Toleranz-Kuschelpolitik. 2022 wurden 93 095 Kinder als Tatverdächtige geführt, ein gewaltiges Plus von 35,5 Prozent. Und auch in diesem Fall ist die Zahl deutlich höher als vor der Corona-Pandemie (2019: 72 890). Hinzu kommen 189 149 tatverdächtige Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren (2019: 177 082). Die häufigsten Kinder- und Jugenddelikte waren: Diebstahl, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Rauschgiftdelikte.
Polizeigewerkschafter Ostermann ist besorgt:
„Wenn wir auf die jüngsten schrecklichen Gewalttaten blicken, dann stellen wir fest, dass die Täter immer jünger werden. Es ist eine besorgniserregende Entwicklung, die uns keine Ruhe lassen darf!" (BILD)
Erst vor Kurzem sorgte der Mord an der 12-jährigen Luise in Freudenberg (Nordrhein-Westfalen), verübt von gleichaltrigen Mitschülerinnen mit 75 Messerstichen für großes Entsetzen.

Zuwanderungs-Kriminalität steigt

Mit einem Plus von 10,7 Prozent verglichen zu 2021 stieg die Zahl der Tatverdächtigen insgesamt auf 2,093 Millionen! Besonders auffällig: 783 876 davon besaßenn keine deutsche Staatsangehörigkeit, was einem Plus von 22,6 Prozent entspricht.
Darunter befanden sich 310 062 Zuwanderer (plus 35 Prozent) – mit dem offiziellen BKW-Status als„Asylbewerber", „Schutzberechtigter", „unerlaubt aufhältig" oder „geduldet".

Der Vize-Chef der Bundespolizeigewerkschaft Manuel Ostermann (32) bringt des bisher von linken Multikulti-Phantasten geleugnete Zusammenhang auf den Punkt:
„Auch im Zusammenhang mit der Migrationskrise wird das Problem steigender Gewalttaten deutlich. Die Statistik spricht da eine erschreckende aber deutliche Sprache."
Ostermann warnt:
„Nichtstun oder halbherzige politische Maßnahmen dürfen hier nicht die Antwort sein."

Zunahme bei Messer-Attacken

Besonders deutlich wird das bei einem gerade durch die Zuwanderung importierten Tötungsdelikt: den Messerattacken: Im Vergleich zu 2019 erfolgte eine Zunahme von um 8,9 Prozent auf 197 202 Fälle. Interessant: Messer-Attacken werden erst seit 2020 statistisch erfasst.
Und auch bei gefährlichen sowie schwere Körperverletzung erfolgte ein Plus von 8,7 Prozent auf 144 663 Fälle. Darunter befanden sich 8 160 Messerangriffe. Im Vorjahr 2021 waren es rst 7 071 gewesen. Bedenklich auch immer mehr Verstöße gegen das Waffengesetz: 33 685 (plus 6,4 Prozent).

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt.
Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://www.focus.de/panorama/erzieherin-packt-aus-du-mir-nix-sagen-du-deutsch-zoff-mit-migranten-jungs-im-kindergarten_id_190115478.html

Erzieherin packt aus„Du mir nix sagen, du deutsch!": Zoff mit Migranten-Jungs im Kindergarten

FOCUS-online-Chefreporter Göran Schattauer
Dienstag, 11.04.2023, 07:40

CDU-Chef Friedrich Merz wies in der Vergangenheit bereits auf Probleme durch Migranten-Kinder in unseren Schulen hin - und wurde für seine Wortwahl („kleine Paschas") heftig kritisiert. Doch schon in Kindergärten herrschen zum Teil unfassbare Zustände. Eine Erzieherin über Respektlosigkeit, Rohheit und Bedrohungen.

Die Informantin will lieber anonym bleiben. Der Name der Einrichtung, in der sie bis vor kurzem gearbeitet hat, darf nicht genannt werden. Der Grund ist einfach: „Meine früheren Kolleginnen haben Angst, richtig Angst." Keine von ihnen wolle den Mund aufmachen, weil das vermutlich „böse Konsequenzen" hätte.

Tatsächlich geht es um ein hochbrisantes, auch politisch heikles Thema, über das in Deutschland bislang kaum gesprochen wird: Kinder aus Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien, die in Kindergärten immer größere Probleme machen.

Im März 2022 hatten von den rund 2,63 Millionen Kindergarten-Kindern zwischen drei und sieben Jahren rund 820.500 einen Migrationshintergrund, also knapp ein Drittel (31,2 Prozent).

Migrationsanteil in Kitas bei 31,2 Prozent, oft weit höher

In einigen Einrichtungen etwa im Rhein-Main-Gebiet, in Teilen Baden-Württembergs oder in den Ballungsräumen Nordrhein-Westfalens liegt der Anteil von Kindern mit mindestens einem ausländischen Elternteil weitaus höher – zum Teil bei deutlich über 70 Prozent. Die Auswirkungen auf den Alltag von Kindern und Kita-Mitarbeitenden sind mitunter erheblich.

Eine Erzieherin aus Baden-Württemberg wandte sich an FOCUS online, um über ihre Erfahrungen zu sprechen. Vor wenigen Monaten reichte sie nach jahrelanger Tätigkeit ihre Kündigung ein, weil sie die Situation in ihrer Kindertagesstätte nicht länger ausgehalten hat.

Mittlerweile arbeitet sie in einer anderen Einrichtung, in der es weit weniger schlimm zugeht als in dem Brennpunkt-Kindergarten, in dem sie sich am Schluss „wie eine Wärterin" gefühlt hat.

Ihre Schilderungen erinnern an Aussagen von CDU-Chef Friedrich Merz im Zusammenhang mit den Silvesterkrawallen.

„Kleine Paschas": CDU-Chef Merz über Probleme in Schulen

Merz hatte im Januar 2023 beklagt, dass Lehrerinnen und Lehrer von vielen Schülern insbesondere aus „Migrantenfamilien" nicht mehr respektiert würden. Der Christdemokrat sprach von „kleinen Paschas" und stellte fest: „Wir haben in den Schulen erhebliche Probleme."

CDU-Chef Friedrich Merz erntete für seine Äußerung zu kleinen Paschas viel Kritik

Probleme gibt es nicht nur in Schulen. Probleme gibt es offenbar schon in vielen Kindertagesstätten.

„In der Einrichtung haben 80 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund oder sind Flüchtlingskinder", sagt die Erzieherin über ihre alte Arbeitsstätte. Das führe immer wieder zu Konflikten.

„Viele Kinder sind belastet durch Kriegs- und Fluchterfahrungen, ob sie aus Syrien kommen, aus Afghanistan, Irak oder dem Iran", so die Informantin. Deutschland sei für sie ein fremdes Land. Eine andere Sprache, eine andere Kultur, andere Regeln. Sich in dieser neuen Welt einzuleben, sei schwer. Das beginne schon bei der Verständigung.

Wenn Sie Ihre Erfahrungen in Kindergärten oder Schulen schildern wollen, schreiben Sie uns gerne unter mein-bericht@focus.de , Betreff: „Flüchtlinge".

Kita-Erzieherin packt aus: „Getreten, geschlagen, gebissen"

„Die Kinder werden zu uns in die Einrichtung geschickt, ohne dass sie auch nur ein Wort Deutsch können. Ihre Eltern sprechen auch kein Deutsch", so die Erzieherin zu FOCUS online. Das sei nicht nur bei Flüchtlingskindern so, sondern zum Teil auch bei Migranten-Kindern, die schon in der zweiten Generation hier leben.

Viele Streitereien mit deutschen Kindern würden auf „sprachlichen Missverständnissen" beruhen, meint die Erzieherin. „Wenn ich die Sprache nicht verstehe, dann weiß ich auch nicht, welche Regeln ich befolgen muss."

Fast zwangsläufig komme es zu Auseinandersetzungen und Aggressionen. „Da wird getreten, geschlagen, gebissen. Sie nehmen anderen Kindern die Spielzeuge weg, manchmal wandern die Sachen auch in den eigenen Rucksack und werden mit aller Kraft verteidigt."

Die Erzieherinnen bemühten sich redlich, die Wogen zu glätten und den Kindern den Alltag zu erleichtern. „Oft geht es nur mit Zeichensprache und Bildkarten. Dann zeigt man ihnen, dass wir in den Garten gehen oder was sie anziehen sollen." Manchmal würden die Erzieherinnen auch zum Handy greifen, um mit Google Translate „irgendwas zu übersetzen".

Ausländischen Kindern beizubringen, Deutsch zu verstehen und zu sprechen, sei schwierig und kräftezehrend, sagt die Frau, „speziell bei Kindern aus dem arabischen Raum".

Lesen Sie auch: Unser Kita-System ist auf die vielen Migranten-Kinder nicht vorbereitet

Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund: Viel Ärger

Zwar gehöre das mittlerweile mehr oder weniger zu den Standardaufgaben von Erzieherinnen. „Aber eigentlich wäre es sinnvoll, wenn die Kinder zumindest ein paar grundlegende Worte könnten." Denn die Zeit und die Energie, die man in die Vermittlung von Sprache stecke, fehle an anderer Stelle.

Doch nicht nur sprachliche Barrieren machten vielen Kita-Mitarbeitenden zu schaffen. Auch das Verhalten einiger Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund bringe sie zur Verzweiflung.

Die Erzieherin nennt ein paar Beispiele:

Wenn Mädchen und Jungen neu in den Kindergarten kommen, gibt es eine Eingewöhnungsphase. Dabei wird das Kind im Beisein eines Elternteils über mehrere Wochen hinweg Schritt für Schritt in sein neues Kita-Leben eingeführt. Mutter oder Vater sind also mit im Kindergarten.

„Die Eingewöhnungsphase wurde von den meisten Eltern mit Migrationshintergrund nicht akzeptiert. Die Kinder sind einfach durch den Eingang geschoben worden, Tür zu, und die Eltern sind schnell weggerannt."

Ähnliche Vorfälle habe es bei Notbetreuungen im Kindergarten etwa während der Corona-Pandemie gegeben. An diesen Tagen durften eigentlich nur Kinder kommen, deren Eltern in Berufen der kritischen Infrastruktur arbeiten. „Die haben ihre Kinder trotzdem zu uns gebracht – von morgens bis zur Schließung und sogar darüber hinaus. Ohne Entschuldigung. Ohne Verständnis. Obwohl die Eltern nicht gearbeitet haben."

„Die fühlen sich stark, weil sie in der Mehrheit sind"

Die Erzieherin berichtet auch von unschönen Szenen zwischen Eltern mit Migrationshintergrund und Eltern, die aus Deutschland stammen. So hätten Ausländer deutsche Eltern vor der Einrichtung „abgepasst, beschimpft und beleidigt". Sie würden ihre Kinder schlecht erziehen und seien schuld an vielen Problemen im Kindergarten.

„Die fühlen sich stark, weil sie in der Mehrheit sind", sagt die Erzieherin. „Die drehen den Spieß um. Nicht wie man es in der Presse oft liest: Die bösen Deutschen beschimpfen die Ausländer. Nein, hier ist es genau umgedreht!"

Auch sie selbst sei schon Opfer von Beleidigungen und Ehrverletzungen geworden. So hätten Kinder ausländischer Herkunft selbstbewusst gesagt: „Du mir nix sagen, du deutsch!" Das habe sie schockiert.

Von einer türkischen Erzieherin ließen sich die Kinder sehr wohl etwas sagen. Und von Männern, egal ob jung oder alt. „Aber wir Deutschen sind meistens außen vor, gerade die Frauen", schimpft die Erzieherin. Fehlende Anerkennung, kein Respekt, abwertende Sprüche – „so etwas ist leider an der Tagesordnung".

Einmal stand „der ganze Clan" vor Tür des Kindergartens

Auch mit Eltern solcher Kinder sei sie schon aneinandergeraten, erklärt sie. „Ich bin von einem Vater bedroht worden, weil ich es gewagt hatte, bei ihm anzurufen und ihn darum zu bitten, sein krankes Kind abzuholen." Der Mann, ein Syrer, habe angekündigt, er werde sie „nachts erwischen".

Einmal habe sogar „der ganze Clan" vor der Tür des Kindergartens gestanden, „die gesamte Familie mit fünf jungen Männern". Die Erzieherin: „Das war eine Drohgebärde: Wehe, Du rufst nochmal an, weil das Kind abzuholen ist!"

Zwar habe sie nie die Polizei eingeschaltet, dafür aber ihre Vorgesetzen informiert. „Die Leitung hat gesagt: Da können wir auch nichts machen. Bei uns ist die Klientel halt so, da müssen wir sehr vorsichtig sein."

Unter den schwierigen Bedingungen hätten sie und andere Erzieherinnen sehr gelitten. „Das System macht alle kaputt. Meine Kolleginnen werden oft krank. Das ist der hohen Arbeitsbelastung geschuldet." Und am Ende des Tages stehe man ausländischen Eltern gegenüber, die einem ins Gesicht sagen, man sei „einfach nur zu faul, um seinen Job zu machen".

„Bei einigen schlägt das in aggressives Verhalten um"

Die Schilderungen der Erzieherin mögen drastisch sein, vielleicht sogar extrem. Möglicherweise haben andere Einrichtungen ganz andere, positive Erfahrungen mit Migranten- und Flüchtlingskindern gemacht.

Allerdings erreichten FOCUS online ähnliche Berichte aus Niedersachsen, Bremen und Bayern. Auch dort kommt es nach Aussagen von Erzieherinnen und Eltern zu teilweise massiven Problemen mit Kindern aus Zuwanderer-Familien.

Beispielhaft sind die Erfahrungen einer Frau, die in einer niedersächsischen Großstadt als Einzelfallhilfe arbeitet. Sie kümmert sich gezielt um verhaltensauffällige Kinder und versucht, sie in Kindergartengruppen zu integrieren. Sie sagt: „Wenn Kinder sich aufgrund der Sprachbarrieren nicht mitteilen können, fühlen sie sich ausgegrenzt und werden unzufrieden. **Bei einigen schlägt das in aggressives Verhalten um."**

Sie berichtet von einem Jungen, der andere Kinder „gehauen, am Kopf hochgehoben und geschüttelt hat". Solche Gewalttaten hätten den Rest der Gruppe verunsichert und verängstigt und auch die Eltern beunruhigt. „Die negativen Auswirkungen auf das Klima im Kindergarten waren unübersehbar."

Erzieherinnen am Ende: „Ihre Toleranz ist aufgebraucht"

Für Kita-Mitarbeitende sei der Umgang mit Kindern aus Zuwanderer-Familien oft mühsam und kraftraubend, erklärt die Mitarbeiterin gegenüber FOCUS online. „Die zeitaufwändigen Bemühungen, den Kindern zumindest etwas Deutsch beizubringen, führen dazu, dass die anderen Kinder auf der Strecke bleiben. Aber die müssen auch betreut und gefördert werden."

Verschärft werde die Situation durch massive Personalsorgen in vielen Einrichtungen. Sie habe in einem Kindergarten gearbeitet, in dem zwei Erzieherinnen für 26 Kinder zuständig waren. „Das finde ich puren Wahnsinn."

Die Folgen beschreibt sie so: „Viele Erzieherinnen und Erzieher haben gar nicht mehr die Geduld, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, die durch Kinder mit Migrationshintergrund entstehen. Ihre Toleranz ist aufgebraucht."

Sie kenne viele Kolleginnen, die anfangs offen waren für neue Kulturen und die sich darauf gefreut hatten, Kinder anderer Herkunft in das deutsche Kita-System einzugliedern. Doch mittlerweile würden sich immer mehr von ihnen fragen: „Wofür machen wir das, wenn der Dank von der anderen Seite eh nicht da ist?"

Expertin Birgit Riedel: Klagen „sicherlich berechtigt"

Birgit Riedel vom Deutschen Jugendinstitut in München befasst sich intensiv mit dem Thema Betreuung und Erziehung von Kindern in Kindertageseinrichtungen. Gegenüber FOCUS online sagte sie, die erschütternden Schilderungen der Erzieherinnen seien „sicherlich berechtigt".

Riedel: „Ich kenne solche Berichte auch und will sie nicht kleinreden." Allerdings dürfe man nicht vergessen, dass aufgrund

des teilweise drastisch bemerkbaren Fachkräftemangels „Kindertageseinrichtungen ohnehin bereits in vielen Fällen an ihrem Limit sind und die Sprachbarrieren hier allenfalls verschärfend hinzukommen".
Die Expertin weiter: „Wichtig ist, den Erziehern und Erzieherinnen den Rücken zu stärken, zum Beispiel durch die generelle gesellschaftliche Aufwertung des Berufs, aber auch durch Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz, um solchen Situationen souverän und reflektiert begegnen zu können."

https://www.welt.de/regionales/hamburg/article244734076/Am-Jungfernstieg-Jugendliche-duellieren-sich-mit-Messern-mitten-in-Hamburgs-Wohnzimmer.html
HAMBURG
AM JUNGFERNSTIEG
Jugendliche duellieren sich mit Messern – mitten in „Hamburgs Wohnzimmer"
Stand: 13.04.2023 | Lesedauer: 2 Minuten
Mehrere junge Leute trafen sich laut Polizei am Montagabend mitten in Hamburgs Zentrum. Eine Festnahme eskalierte, zwei Polizeibeamte werden verletzt. Bei einer der Festgenommenen finden die Polizisten eine Machete.
Zwischen mehreren Jugendlichen hat es in Hamburg eine Auseinandersetzung gegeben, wobei zwei Polizisten verletzt wurden, nachdem ein 19-jähriger Afghane bei seiner Festnahme Widerstand leistete. Laut der Polizei trafen sich die Jugendlichen am Montagabend mit Stichwaffen am Jungfernstieg, um sich zu duellieren. Drei Menschen wurden festgenommen.
Nähere Angaben zu dem Geschehen waren zunächst nicht bekannt, am Dienstagnachmittag verschickte die Polizei dann eine längere Pressemitteilung.
Passanten hätten demnach die Polizei verständigt, am Ballindamm würde sich eine Person mit einem Messer aufhalten. Ein Beamter hätte dann einen Mann mit „blutbefleckten Händen" angetroffen, so die Polizei. Bei seiner Festnahme leistete der Mann erheblichen Widerstand und beleidigte die Einsatzkräfte mehrfach. Der 19-Jährige trat einen 35-jährigen Polizisten so gegen das Knie, dass dessen Kniescheibe heraussprang.
Die Begleiterin des 19-Jährigen Afghanen wehrte sich ebenfalls, sie soll ein Fahrrad auf die Beamten geworfen haben. Bei ihr fanden Polizisten, wie es in der Mitteilung heißt, eine Machete. Weitere Personen pöbelten gegen die Einsatzkräfte, die Polizei

musste dutzende Beamte einsetzen, um die Situation zu beruhigen. Auch die Bundespolizei musste eingreifen.

8160 Messerangriffe

Vor einigen Wochen stellte Bundesinnenministerin Nancy Faeser die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für 2022 vor. Die Statistik weist 5,628 Millionen Straftaten auf – ein Anstieg um 11,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die gesamte Gewaltkriminalität stieg, verglichen mit dem Vor-Corona-Jahr 2019, um 8,9 Prozent auf 197.202 Fälle.

Bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung verzeichnet die PKS ein Plus von 8,7 Prozent auf 144.663 Fälle. Darunter waren 8160 Messerangriffe (2021: 7071). Solche Attacken werden erst seit 2020 erfasst. Zudem wurden mehr Verstöße gegen das Waffengesetz (33.685, plus 6,4 Prozent) registriert.

8160 Messerangriffe – Und deutlich mehr minderjährige Täter

Auffällig hoch ist der Anstieg bei tatverdächtigen Kindern (93.095, plus 35,5 Prozent). Das sind auch deutlich mehr als 2019 (72.890). Zudem weist die Statistik 189.149 tatverdächtige Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren aus (2019: 177.082).

https://www.pi-news.net/2023/04/duesseldorf-massenschlaegerei-in-luxushotel-wer-sind-die-taeter/

Düsseldorf: Massenschlägerei in Luxushotel – wer sind die Täter?

17. April 2023

39

In der Lobby des Düsseldorfer Hyatt-Hotel waren am Samstag-Nachmittag etwa 20 Personen von zwei Großfamilien mit südosteuropäischen Wurzeln - sprich: Zigeuner - aufeinander losgegangen.

Von MANFRED W. BLACK | Mehrere Medien berichten aktuell über eine Massenschlägerei in einem Düsseldorfer Hotel am Samstag. Auch der Focus präsentiert einen längeren Nachrichtenbeitrag. Die Rede ist hier zwar wörtlich von gewalttätigen „Familien". Aber der Text bleibt immer dann nebulös, wenn es um den Kern der Sache geht.

Das Münchner Magazin wird seinem eigenen früheren Leitspruch (Markwort: „Fakten, Fakten, Fakten!") wieder einmal untreu: Die Zeitschrift des Burda-Verlags unterschlägt wesentliche Fakten, die nicht zur allgegenwärtigen linksgrünen Political Correctness passen.

Selbst den Namen des vornehmen Hotels, das Hyatt Regency Düsseldorf, in dem die Schlägereien und der schwere Raub stattfanden, lässt der Focus unter den Tisch fallen. Der Focus schreibt, an der Schlägerei in der Hotellobby, bei der am Samstag auch viel Mobiliar beschädigt worden ist,

seien rund 20 Menschen beteiligt gewesen. Mindestens „ein Mann", so das Magazin, ist ernsthaft verletzt worden.
Ein Großaufgebot der Polizei sei ziemlich schnell zur Stelle gewesen. Einige Personen, die in die Schlägereien verwickelt waren, hätten flüchten können; nach ihnen sei auch mit einem Hubschrauber gefahndet worden. Offenbar aber bisher vergeblich.

Vier Männer festgenommen

Aber Polizeibeamte konnten noch vier andere Männer festnehmen, die verdächtigt werden, im Verlauf der handfesten Auseinandersetzungen einem der Beteiligten eine größere Geldsumme geraubt zu haben.
Bei der Überprüfung der Schläger stießen die Polizeibeamten auch auf eine Frau, die per Haftbefehl gesucht wurde. Sie war an der Schlägerei zuvor offenbar nicht direkt beteiligt. Gerüchte über einen Schusswechsel in dem Hotel hat die Polizei bisher nicht bestätigt.

Sinti und Roma

Genauere Angaben darüber, wer die Verhafteten sind, sucht der Leser beim Focus vergeblich. Die Zeitschrift spricht zwar von beteiligten „Familien", vermeidet aber den Begriff, den andere Medien – allerdings nur im Ausnahmefall – benutzen: den der „Großfamilien".
Nur die Bild-Zeitung (Regionalausgabe Düsseldorf) nennt Ross und Reiter: Das Blatt spricht von „Großfamilien" aus dem „südosteuropäischen Raum". Eine heute bisweilen übliche Umschreibung dafür, dass es sich hier um rivalisierende Gruppen von Sinti und Roma handelt, die sich selbst privat häufig gern „Zigeuner" nennen.

Der berüchtigte Goman-Clan

Bild schreibt, eine der Schläger-Gruppen sei der berüchtigte Goman-Clan gewesen. Das Blatt verzichtet jedoch an dieser Stelle darauf, diese Leverkusener Großfamilie näher zu beschreiben.
Dabei ist allseits bekannt, dass der hoch kriminelle Goman-Clan zu den gefährlichsten nordrhein-westfälischen Großfamilien gehört. Dieser Clan, der mehrheitlich offiziell von der Sozialhilfe lebt, scheut sich auch nicht, gezielt ältere Rentner auszurauben.
Dass Medien es heutzutage auch dann nicht wagen, Sinti und Roma beim Namen zu nennen, wenn sie an schweren Verbrechen beteiligt sind, lässt tief blicken: Die Meinungs- und Pressefreiheit scheint im heutigen Deutschland häufig nur noch auf dem Papier zu bestehen.

wold/dpa

https://pleiteticker.de/bundesregierung-367-abgeschobene-afghanen-kehrten-zurueck-nach-deutschland/

Bundesregierung: 367 abgeschobene Afghanen kehrten zurück nach Deutschland

am 17. April 2023

- **Bundesregierung: 367 zuvor abgeschoben Afghanen sind seit 2020 wieder nach Deutschland eingereist**
- **darunter befinden sich hochwahrscheinlich auch rechtskräftig verurteilte Vergewaltiger und Gewalttäter**
- **insgesamt 31.000 illegale Einreisen aus Afghanistan wurden seit 2020 registriert**

Ziemlich genau jeden dritten Tag kehrt ein zuvor abgeschobener Afghane trotz Einreiseverbot zurück nach Deutschland. 367 solcher Fälle registrierte die Bundesregierung seit 2020. Diese Tatsache ergibt sich aus einer Anfrage der AfD-Abgeordneten Matthias Helferich, die *Pleiteticker.de* vorliegt.

367 Fälle seit 2020: Konkret heißt es in der Antwort des Ministeriums: „Insgesamt lagen bei 367 unerlaubt eingereisten und aufhältigen afghanische Staatsangehörigen im vorgenannten Zeitraum (2020-2023) Verstöße gegen ein gesetzliches Einreise- bzw. Aufenthaltsverbot vor." 367 Fälle von schon abgeschobenen Flüchtlingen mit Einreiseverbot, die einfach so wieder zurückkehren: Man kann nicht mehr von Einzelfällen sprechen.

Abschiebung nicht grundlos: Die Zahl ist brisant, denn es ist durchaus anzunehmen, dass sich unter den illegal Wiedereingereisten zahlreiche Gewalt- oder Sexualstraftäter befinden, die jetzt wieder unbehelligt nach Deutschland kommen. Der deutsche Staat schiebt nahezu niemanden ab, faktisch wird nach Afghanistan seit März überhaupt nicht mehr abgeschoben – wenn dann eigentlich nur (Schwerst-)kriminelle. Es ist davon auszugehen, dass sich unter den 367 Zurückgekehrten zahlreiche schwere Straftäter befinden. Genaue Auskunft gab das Ministerium dazu nicht.

In den letzten Monaten wurden einige Fälle bekannt, in denen bereits straffällig gewordene afghanische Migranten, die deswegen abgeschoben wurden, nach Deutschland zurückkehrten. *Pleiteticker.de* berichtete im Februar etwa über den in Deutschland lebenden Bahram S., der in München eine 16-jährige vergewaltigte und nach seiner Abschiebung einfach über die Schweiz wieder zurückkehrte. (Pleiteticker.de berichtete)

Ebenfalls brisant ist die Gesamtzahl: Insgesamt registrierte man 31.000 illegale Einreisen in den drei Jahren aus Afghanistan. Allein seit 2020 sind offiziell mehr als 141.000 Afghanen nach Deutschland gekommen – das bedeutet mehr als jeder Fünfte von ihnen reiste illegal ein.

In der Antwort heißt es: „Auf der Grundlage der Polizeilichen Eingangsstatistik der Bundespolizei (PES) und für die Monate März und April 2023 auf der Grundlage eines Sondermeldedienstes der Bundespolizei kann zudem mitgeteilt werden, dass die Bundespolizei und die mit der Überwachung des grenzpolizeilichen Verkehrs beauftragten Behörden im Zeitraum von Januar 2020 bis zum 4. April 2023 im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung insgesamt 31.262 unerlaubt eingereiste afghanische Staatsangehörige festgestellt haben."

https://www.bild.de/bild-plus/regional/frankfurt/frankfurt-aktuell/frankfurter-rechtsanwalt-in-u-haft-uenal-k-soll-kopf-von-schleuser-bande-sein-83556370.bild.html

FRANKFURTER RECHTSANWALT IN U-HAFT

Ünal K. soll Kopf von Schleuser-Bande sein

K. ist unter anderem Vorstandsmitglied der Islamischen Gemeinschaft. Jetzt sitzt er in U-Haft.

Foto: Privat

Von: MICHAELA STEUER

14.04.2023 - 17:00 Uhr

Der Frankfurter Rechtsanwalt Ünal K. (50), soll Kopf einer Schleuserbande sein. Der Vorwurf der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt wiegt schwer: Verdacht des Einschleusens von Ausländern!

https://www.welt.de/politik/deutschland/plus244845804/Anklage-Wie-sich-der-NRW-Islamberater-als-mutmasslicher-Hochstapler-entpuppte.html?

Vom Islamberater der NRW-Regierung zum mutmaßlichen Hochstapler

Stand: 17.04.2023 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Lennart Pfahler

Redakteur Investigation und Reportage

WELT-Recherchen hatten enthüllt, dass die Landesregierung in Düsseldorf sich jahrelang in heiklen Fragen von einem mutmaßlichen Hochstapler beraten ließ. Nun hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Mann erhoben. Der Betrug ist offenbar noch weitreichender als bislang bekannt.

Er beriet jahrelang das nordrhein-westfälische Ministerium für Schule und Bildung in heiklen Fragen. Nun hat die Staatsanwaltschaft Duisburg laut WELT-Informationen Anklage gegen den vermeintlichen Wissenschaftler Ahmet Ü. erhoben. **Der Vorwurf: Urkundenfälschung, unbefugter Gebrauch akademischer Grade und Betrug in insgesamt 29 Fällen.**

Ü. hatte sich als ausgewiesener Experte für Islamfragen und türkischen Sprachunterricht präsentiert und spätestens seit 2010 – erst als pädagogischer Mitarbeiter und dann als externer Berater – für das Ministerium gearbeitet. Zudem trat er bei Dutzenden Fachkonferenzen auf und gab Interviews als Experte für den interkulturellen Austausch und die türkische Politik.

Im Schulministerium war Ü. unter anderem an den Gesprächen mit dem umstrittenen türkischen Islamverband Ditib beteiligt. In der Folge der Beratungen wurde Ditib im Mai 2021 in die neu gegründete Kommission für den islamischen Schulunterricht des Landes aufgenommen. Ditib ist ein direkter Ableger der obersten türkischen Religionsbehörde Diyanet, die direkt Präsident Recep Tayyip Erdogan untersteht.

Recherchen von WELT AM SONNTAG hatten im Sommer 2021 aufgedeckt, dass Ü. gegenüber dem Ministerium und gegenüber der Universität Duisburg-Essen, wo er an einer Habilitation arbeitete, falsche Angaben gemacht hatte. So führte Ü. unter anderem einen Doktortitel, obwohl er nie promoviert hatte. Auch Angaben, die Ü. öffentlich über angebliche Publikationen, erhaltene Stipendien und einen Job beim Bundespräsidenten gemacht hatte, entpuppten sich als Falschangaben.

„Erdogan-Wähler in Deutschland sehen Europa und ‚den Westen' als Feind"

Nun zeigt sich: Der Betrug von Ü. begann offenbar schon sehr viel früher. Bereits im Jahr 2000, so die Anklage, habe Ü. unter Vorlage eines gefälschten Zeugnisses bei dem Schulamt der Stadt Duisburg als Lehrkraft beworben. Er wurde angestellt. Neun Jahre später soll der falsche Lehrer sich bei der Bezirksregierung Düsseldorf als Studienrat im Beamtenverhältnis beworben haben. Im Zuge des Bewerbungsprozesses habe er gefälschte Zeugnisse über das Bestehen der Ersten sowie der Zweiten Staatsprüfung vorgelegt. Wieder hatte die Bewerbung Erfolg.

Bewerbung voller Falschangaben

2017 wagte Ü. den Schritt aus dem Klassenzimmer an die Universität. Auf Abordnung des Schulministeriums bewarb er sich an der Universität Duisburg-Essen. Lehrer mit wissenschaftlichem Interesse können sich über eine solche Abordnung an Hochschulen versetzen lassen, um zusätzliche Qualifikationen zu erlangen. Dabei, so der Vorwurf, soll Ü. ein gefälschtes Zeugnis über das Bestehen der Zweiten Staatsprüfung und eine gefälschte Dissertationsbescheinigung vorgelegt haben.

WELT konnte Teile der Bewerbung einsehen. Darin stellte Ü. sich als „verbeamtete Lehrkraft auf Lebenszeit" vor und schrieb: „Die beruflichen und akademischen Voraussetzungen der Stellenausschreibung erfülle ich." Angehängt seien Kopien seiner Zeugnisse. Auf rund 20 Seiten listete Ü. teils fingierte Publikationen sowie wohl tatsächlich gehaltene Vorträge auf, etwa im Jahr 2012 zum Thema „Die Einführung des islamischen Religionsunterrichts" vor einem Landtagsausschuss.

Im Jahre 2019 legte Ü. laut Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft erneut gefälschte Zeugnisse vor – diesmal bei einer Bewerbung am Orient-Institut in Istanbul. Ein Jahr später bewarb er sich bei der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen als Lehrbeauftragter für die Module Politikwissenschaft und Soziologie. Gegenüber Kollegen an der Universität Duisburg-Essen behauptete er, hier eine Professur innezuhaben.

Als Betrug wertet die Staatsanwaltschaft, dass Ü. als Lehrer arbeitete und in ein Beamtenverhältnis eintrat, obwohl er wusste, dass er den Job nicht ausüben durfte. Denn Ü. fehlte laut Anklage die formale Qualifikation. Dennoch habe er „die entsprechenden Gehalts- und Besoldungszahlungen sowie Unterrichtsvergütungen vereinnahmt", erklärt die Staatsanwaltschaft. Für Ü. gilt bis zum Abschluss des Verfahrens die Unschuldsvermutung.

Der Fall wirft viele Fragen auf: Wieso fiel jahrelang niemandem die mutmaßliche Hochstapelei auf? Welche Prüfinstanzen gibt es in Ministerien und Universitäten – und warum haben sie versagt? Schließlich hätte etwa eine einfache Nachfrage bei der Goethe-Universität in Frankfurt am Main ergeben, dass Ü. hier – anders als behauptet – nie eine Dissertation geschrieben hat. Der Fall könnte sich zu einem Politikum ausweiten.

Denn ungeklärt ist, welchen Einfluss Ü. in seiner langen Laufbahn beim Schulministerium auf politische Prozesse nahm – und aus welchen Motiven. Eine Anfrage dieser Zeitung nach dem Informationsfreiheitsgesetz hat das Ministerium auch nach Ablauf der Bearbeitungsfrist nicht beantwortet. Im Mai 2021 hatte ein Sprecher auf WELT-Anfrage mitgeteilt, Ü. habe das Ministerium „in Fragen des Islams und zur Bildung und Arbeit der Kommission für den islamischen Religionsunterricht" beraten.

Ü. bestreitet Funktion bei Ditib

Dass Ü. dabei ausgerechnet zu Ditib enge Kontakte pflegt, sorgte schon während seiner Zeit beim Schulministerium unter Kennern für Skepsis. In Medienberichten ab Beginn der 2000er-Jahre trat Ü. als „Vorsitzender von Ditib" in Duisburg oder als „Gründungsvorsitzenden" von Ditib im Stadtteil Wanheimerort auf. In einem TV-Interview mit dem türkischen Sender TRT wurde er noch 2007 als „Delegationsmitglied" von Ditib bezeichnet. Auf Anfrage von WELT stritt er im Mai 2021 ab, eine Vorstandsfunktion innegehabt zu haben.

Das islamische Bestattungsunternehmen Al-Schahbaa in Berlin, dessen Inhaber Pässe von Toten an Schleuser verkauft hat (Archivfoto)

ISLAMISTISCHE BEZÜGE

Steuergelder für Projekte mit radikalen Imamen – gezahlt von der Berliner Regierung

Gut dokumentiert sind derweil nicht nur sein enger Kontakt zu der Religionsgemeinschaft (erst vor zwei Monaten trat Ü. erneut in einem Video von Ditib als Experte auf), sondern auch sein reger Austausch mit dem türkischen Generalkonsulat und dem Amt für Auslandstürken (YTB), das dem türkischen Außenministerium untersteht. Im Jahr 2013 wurde Ü. in einer Publikation des YTB sogar zeitweise als „Beiratsmitglied" gelistet. Arbeitete der mutmaßliche Hochstapler also gleichzeitig für ein deutsches Ministerium und den türkischen Staat?

Eine Anfrage von WELT dazu und zu den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft ließ sein Verteidiger inhaltlich unbeantwortet.

https://unser-mitteleuropa.com/macheten-amok-lauf-in-duisburg-schwerverletze-in-lebensgefahr/
Duisburg: Macheten-Gemetzel – Täterbeschreibung liegt vor (hier im Artikel)
19. 04. 2023

+++ Update v. 19.04.2023 +++

Mittlerweile (mit Stand von Mittwoch, 19. April, 10.20 Uhr) liegt der Polizei eine vorläufige Beschreibung des mutmaßlichen Täters vor. Er wird wie folgt beschrieben:

- der mutmaßliche Täter wird als circa 30 Jahre alt beschrieben
- südländisches Erscheinungsbild
- circa 1,80 Meter groß
- normale Statur
- langer Vollbart
- bekleidet gewesen sei er mit einem dunklen langärmligen Pullover sowie einer dunklen Hose
- außerdem soll er eine schwarze Kappe mit nach vorne gedrehtem Schirm getragen haben

+++ Erstmeldung v. 18.04.2023 +++

Ein oder zwei, mit Messern oder sogar Macheten, bewaffnete Männer haben in der Duisburger Innenstadt auf mindestens vier Männer eingestochen. Den Tätern sollen die Flucht gelungen sein. Die Bevölkerung wurde von der Polizei dazu aufgefordert die Innenstadt zu meiden.
Die Polizei geht von einer Amok-Tat aus. Mehrere Streifenwagen und Spezialeinsatz-Kommandos sind am Tatort. Über den Straßen kreiste ein Polizeihubschrauber, berichten Zeugen.
Laut BILD soll sich die Bluttat in einer Umkleidekabine der Fitnessstudio-Kette „John Reed" begonnen haben. Dort sollen der oder die Täter auf die Opfer (zwischen Anfang 20 und Anfang 30 Jahre alt) brutal eingestochen haben. Mindestens vier Männer wurden dabei schwer verletzt, zwei schweben möglicherweise sogar in Lebensgefahr. Mehrere Notärzte und Rettungswagen sind im Einsatz.
Der Hintergrund oder Auslöser für den Angriff sei momentan noch völlig unklar.

https://unser-mitteleuropa.com/schoene-neue-multkulti-welt-bandenkriege-zwischen-muslimen-und-hindus-in-leicester/

Schöne neue Multikulti-Welt: +UPDATE 19.04.+ Hildesheim: Wüste Familien-Clan-Schlägerei

19. 04. 2023

+UPDATE 19.04.+

Hildesheim: Familien-Clan-Schlägerei

Am Montagabend kam es in Hildesheim (Niedersachsen) auf offener Straße zu einer unfassbareb Massenschlägerei mit etwa 35 Clan-Familienmitgliedern.

Die Beteiligten schlugen dabei gegenseitig wild aufeinander ein, werfen sich zu Boden und treten immer wieder gegen Autotüren. Auch eine Person mit blutverschmiertem Gesicht ist zu sehen.

Der Auflauf löste einen Polizei-Großeinsatz aus. Ein Polizist wurde dabei schwer verletzt.

Auslöser: 18-Jähriger fährt auf Personen zu

Der Auslöser soll gewesen sin: Ein 18-Jähriger soll mit seinem Wagen auf zwei Menschen zugefahren sein, erfasste die Personen jedoch nicht, prallte aber gegen mehrere geparkte Autos – so die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung".

Daraufhin sollen etwa 15 Männer aus einem nahe gelegenen Haus gerannt sein und auf den BMW eingetreten haben. Dabei schlugen sie mit Fäusten durch das geöffnete Dachfenster und versuchten, die Insassen des Wagens herauszuzerren.

Der wütende Mob ließ sich aber auch nicht durch die Polizei aufhalten. Laut Polizei soll es sich um einen Familien-Clan-Streit gehandelt haben. Über die beteiligten Nationalitäten gäbe es bisher keine Information. Zu sehen sind aber auch Frauen mit Kopftüchern und langen, wallenden Gewändern.

Video-Player

00:00
01:51

+UPDATE 17.04.+

Schweden: Bewaffnete befreien verurteilten armenischen Mörder aus Polizeigewahrsam

Ein wegen Mordes verurteilter 17-Jähriger wurde von maskierten Männern mittels Waffen, am Donnerstag während eines Gefangenentransporst in die Justizvollzugsanstalt, in der Nähe von Stockholm befreit. Er war wegen Mordes zu 2 Jahren und 11 Monaten verurteilt worden.
Dem Teenager gelang dabei die Flucht, die Suche nach ihm blieb bisher erfolglos. Laut „Aftonbladet" dürfte sich der Armenier aber ins Ausland abgesetzt haben.
Der Teenager hatte im März 2022 einen 54-jährigen Vater von drei Kindern in einem Fitnessstudio in Stockholm versehentlich erschossen: Er hatte jenen mit einem rivalisierenden Bandenmitglied verwechselt. Schon damals war er nach der Tat zurück nach Armenien geflohen, und wurde nach seiner Rückkehr nach Schweden verhaftet.
Dies ist aber nicht der erste Fall: Erst im Februar befreiten Bandenmitglieder unter ähnlichen Umständen einen 20-jährigen „Jugendlichen", der wegen versuchten Mordes verurteilt worden war.

+++ UPDATE v. 13.04.2023 +++

Straßburg: Tschetschene liegt nach Nordafrikaner- und Türken-Attacke im Koma

Im Straßburger Stadtteil Neuhof griffen etwa dreißig Personen zwei tschetschenische Jugendlichet (15 und 17 Jahre) an: Wie in dem Video zu sehen, wird ein bewusstloser Jugendlicher bespuckt und beleidigt.
Die Veröffentlichung des grausamen Filmmaterials sollte die tschetschenische Gemeinschaft einschüchtern. Aus Versehen wurde aber die Handykamera auf eine, nun durch die Tschetschenen, enttarnte Person gerichtet.

Selbstjustiz

Der verprügelte junge Tschetschene liegt derzeit im Koma. Mutmaßlich soll der Lynch-Täter türkischer Herkunft in die Türkei geflohen sein. Mitglieder der tschetschenischen Gemeinschaft suchen nun aber aktiv nach ihm.

LE QUARTIER DE NEUHOF EST SOUS CONTROLE.
LES INVESTIGATIONS VONT POURSUIVRE LES JOURNÉES SUIVANTES JUSQU'À CE QUE TOUS LES COUPABLES SOIENT CONNUS. PIC.TWITTER.COM/4H2T5PETJG
— . (@BERZLOOY) APRIL 11, 2023

+++ UPDATE v. 03.12.2022 +++

Nach WM-Aus für Serben: Ausschreitungen mit „Tötet die Albaner"-Rufen in Wien

Das war selbst der lnken, politisch-korrekten österreichischen Journalistin Tschinderle etwas zu viel, was sie umgehend zu einem Twitter-Statement veranlasste:

Was war passiert?

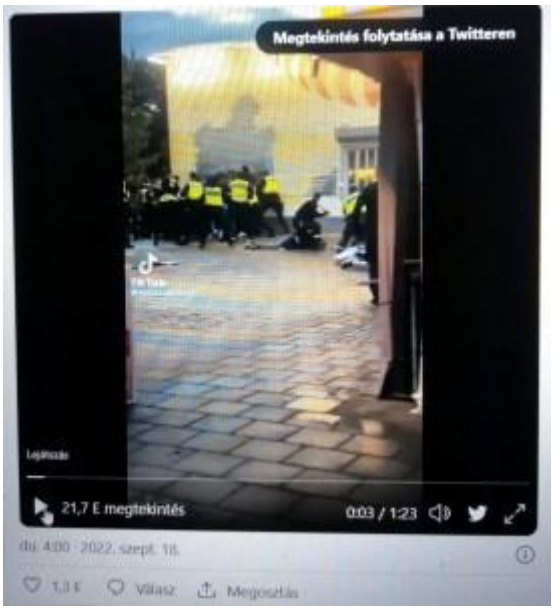
Die WM-Niederlage der serbischen Nationalmannschaft gegen die Schweiz (2:3) in Katar führte am Freitagabend im Wiener Mutikulti-Vorzeige-Bezirk Ottakring zu Ausschreitungen mit rassistisch-volksverhetzenden Untertönen, sogar Flaschen wurde auf die Einsatzkräfte geschmissen.

So versammelten sich gegen 22 Uhr ca. 150 serbische Fußball-Anhänger auf der Ottakringer Straße, blockierten die Fahrbahn und zündeten Pyrotechnik. Die Polizei rückte zu einem Großeinsatz aus. De umliegenden Straßen musste kurzzeitig abgesperrt werden, weil sich der Mob Richtung Inenstadt bewegte.

+++ UPDATE v. 21.09.2022 +++

Eritreische Multikulti-Randale auch in Stockholm

Dass in der schwedischen Hauptstadt Stockholm regimetreue Eritreer mit Regimegegnern aneinander gerieten, ist ein erneutes Negativ-Musterbeispiel für das unkontrollierte Migration: Ein innerafrikanischer Konflikt wird importiert und destabilisiert die Gesellschaft des Ziellandes.



Hier der Twitter-Link.

ERST-Artikel

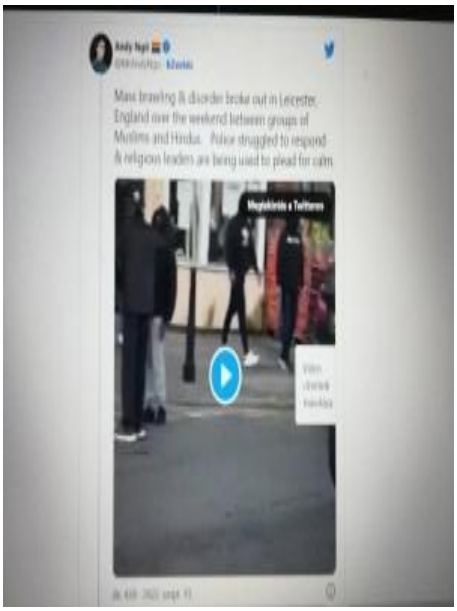
Randale und Ausschreitungen in Leicester

Letztes Wochenende kam es in der altehrwürdigen englischen Metropole Leicester zu Zusammenstößen zwischen muslimischen und hinduistischen Gemeinschaften. 15 Personen wurden daraufhin von der Polizei festgenommen. Seit Wochen ist die Stimmung zwischen den beiden Multikulti-Clans angespannt, auch wegen eines Cricket-Spiels zwischen Indien und Pakistan Ende August.

Hier der Twitter-Link

Multi-Kulti-Hass-Diffamierung auf Social-Media

Der Bürgermeister der Stadt, Peter Soulsby, machte gefälschte Postings die in den sozialen Medien dafür verantwortlich, welche die Spannungen weiter schüren. Gegenüber BBC sagte er: Eine Reihe von Beiträgen hätten entweder sehr verzerrt oder völlig falsch berichtet.



Hier der Twitter-Link
Darin wurde behauptet: Mitglieder verschiedener Gemeinschaften hätten Gräueltaten gegen religiöse Stätten und religiöse Menschen begangen. Dies führte dann zu einer unangekündigten Demonstration am Samstagabend, gefolgt von Zusammenstößen.

Anti-muslimische Hindu-parolen

Ein Video zeigte eine Gruppe hinduistischer Männer in der „Green Lane Road", wo sich viele muslimische Geschäfte befinden.

Importierte Multi-Kulti-Probleme aus Indien

Der „Guardian" stellt fest: Die Spannungen zwischen den hinduistischen und muslimischen Gemeinschaften hätten sich insbesondere verschärft, seitdem Indiens Premierminister Narendra Modi das säkulare System seines Landes untergraben hätte und eine Reihe von Schritten unternommen wurden, um die Situation der muslimischen Minderheit zu verschlechtern.

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt.
Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://www.kreiszeitung.de/lokales/bremen/jugendliche-auf-beutezug-bremen-92199169.html

Jugendliche auf Beutezug durch Bremen und die Region

Erstellt: 20.04.2023, 04:56 Uhr
Von: Elisabeth Gnuschke
KommentareTeilen

Der Bremer Hauptbahnhof ist einer der Kriminalitätsschwerpunkte in Bremen. Im Fokus von Bundespolizei und Polizei stehen derzeit Gruppen von unbegleiteten minderjährigen Ausländern, die auf Beutezug in Bremen und dem Umland sind. © dpa/Schuldt

Auf Beutezug durch Bremen und die Region: Mehrere Gruppen mit minderjährigen Ausländern beschäftigen Bundespolizei und Polizei. Manche sind erst 13 - und damit strafunmündig.

Bremen – Raubüberfälle, Antanzdelikte, Einbrüche (auch in eine Apotheke in Verden) und anderes mehr sollen auf das Konto von minderjährigen Ausländern gehen, die auf Beutezug durch Bremen und „umzu“ sind. Die Jungen beschäftigen sowohl Polizei als auch Bundespolizei, wie beide bestätigen.

Jugendgruppen auf Beutezug in Bremen: Überfälle, Antanzdelikte und Diebstähle

Die derzeitige Lage erinnert an die Flüchtlingswelle 2015/2016, als unzählige Delikte auf das Konto von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (Uma) gingen. Auch damals gab es große Diskussionen, viel Unmut in der Bevölkerung. Die rot-grüne Regierung wollte die Situation nach Druck von außen mit massiven Polizeikontrollen und einer geschlossenen Einrichtung für kriminelle Jugendliche in den Griff bekommen. Die Einrichtung kam nie zustande. Irgendwann beruhigte sich die Lage. Vor etlichen Monaten ploppte das Thema wieder auf. Überfälle, Antanzdelikte und Diebstähle nahmen in hohem Maße zu, auch am helllichten Tag, mitten in der Stadt und rund um den Hauptbahnhof. Die Beschreibungen der Täter ähnelten sich, etliche Verdächtige wurden gefasst, auch dank einer speziellen Ermittlungsgruppe in der City. Im Dezember 2022 meldete das Innenressort „polizeiliche Ermittlungserfolge gegen minderjährige und heranwachsende ausländische Straftäter“. Sie seien für eine „nicht unerhebliche Zahl“ von Diebstählen verantwortlich, sagte damals Innensenator Ulrich Mäurer (SPD). Er sprach von „strukturiertem und gemeinschaftlichem Vorgehen“ und nannte Zahlen: „Auffällig ist, dass eine nicht unerhebliche Zahl dieser Straftaten auf das Konto von rund 130 jungen unbegleiteten Ausländern geht. Ihnen werden 699 Tatbeteiligungen zugeordnet.“ Als Herkunftsländer führte er Algerien, Marokko und Tunesien an. Die Verdächtigen seien um die 20 Jahre alt und „arbeiteten“ in wechselnder Besetzung.

Aktuell stehen verschiedene Jugendgruppen im Fokus von Polizei und Bundespolizei. Bereits mehrfach aufgefallen sind nach Angaben von Bundespolizeisprecher Holger Jureczko zwei marokkanische Brüderpaare, 13 und 14 Jahre alt, sowie eine Gruppe von acht Algeriern und Albanern im Alter von 15 bis 17 Jahren, die sich auf ihren Beutezügen abwechselten.

Bundespolizei: Junge Täter streifen auf der Suche nach Opfern durch Bahnhof und Züge

Die „Arbeitsweise“ der jungen Täter: Laut Jureczko streunen sie auf der Suche nach Opfern durch den Bahnhof, treten zunächst durchaus freundlich auf, umarmen ihr Opfer wie alte Kumpel (Antanztrick) und nutzen den Druck auf den Körper, um die Geldbörse zu stehlen. Oder aber sie gehen die Opfer brutal an, treten und schlagen sie. Durch Videoaufnahmen kennen die Polizisten Vorgehensweise und „Pappenheimer“, erwischen die Jungen auch stets aufs Neue – und müssen sie fast immer gleich wieder laufen lassen. Mittlerweile treiben ein, zwei weitere

Jugendgruppen ihr Unwesen, doch zu ihnen sind den Ermittlern noch zu wenig Hintergründe bekannt, sagte Jureczko.

Wer sind die Opfer der jungen Täter?

Wer sind die Opfer? Nun, so Jureczko, gezielt Männer, die allein unterwegs sind, insbesondere nachts alkoholisiert aus einer Kneipe kommen. Der Sprecher fasst es so zusammen: „Die Täter gehen regelrecht auf Streife. Wenn"s aus ihrer Sicht passt, schlagen sie zu.“ So auch in Zügen ins Umland. Beispiel Verden: Die Bundespolizisten erwischten die Diebe im Zug, die dann nach der Festnahme die EC-Karte des jungen Opfers fallenließen, um diese loszuwerden.

Auch Polizeisprecherin Franka Haedke bestätigte auf Nachfrage, dass wieder eine „sehr strafauffällige Gruppe unbegleiteter minderjähriger Ausländer im Fokus der Ermittler“ stehe. Auf deren Konto gehe eine Vielzahl von Eigentumsdelikten in Bremen und der Region, darunter Antanzdiebstähle. Polizei, Bundespolizei, Sozialbehörde und Amtsvormund befänden sich im ständigen Austausch, um Jugendgewalt zu stoppen. So sei ein 14-Jähriger (aus der marokkanischen Gruppe), der mit seinem 13-jährigen Bruder mehrfach durch Einbrüche in Bremen und dem Umland aufgefallen sei, in Untersuchungshaft gekommen. Der strafunmündige Bruder habe daraufhin Bremen wohl verlassen, sei aber inzwischen zurückgekehrt.

Präventionstipp von Polizei und Bundespolizei

Wie können sich Menschen vor Überfällen schützen? Haedke rät dazu, Handy und Geldbörse nie lose in der Hosentasche zu tragen, sondern in einer verschließbaren Innentasche. Man sollte möglichst wenig Bargeld mitnehmen, nicht auf die Frage nach der Uhrzeit hereinfallen und alkoholisiert statt zu Fuß besser mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Taxis den Heimweg antreten. Jureczko mahnt zur Vorsicht in Zügen, wenn Jugendliche durch die Reihen laufen und ständig nach links und rechts schauen, obwohl die Bahn leer ist. „Die Hand wenigstens aufs Gepäck legen, das Notebook festhalten, das Handy bereithalten, bei Auffälligkeiten den Platz wechseln, die Nähe des Zugbegleiters suchen, Öffentlichkeit herstellen und für Distanz sorgen“, rät der Bundespolizist. Die beiden bekannten Jugendgruppen seien ebenso in der Stadt wie auch in Zügen Richtung Verden, Syke, Twistringen und Bremerhaven unterwegs. Er geht davon aus, dass längst nicht alle Taten angezeigt werden.

Jugendliche auf Beutezug: Bremer Sozialressort sieht Strafverfolgungsbehörde gefordert

Das grüne Sozialressort sieht bei schweren Straftaten wie Raub die Strafverfolgungsbehörde gefordert. Bei den anderen Fällen bemühe man sich, die Jugendlichen mit einem abgestuften Instrumentarium und persönlicher Bindung zu erreichen, so Sprecher Bernd Schneider. Aber in einer Einrichtung einsperren dürfe man sie ohne richterlichen Beschluss nicht. Die Behörde sehe dennoch nicht hilflos bei auffälligen Jugendlichen zu, betonte Schneider. Er räumte jedoch auch ein: „Es ist aber eine Illusion zu glauben, dass das in jedem Einzelfall gelingt; es gibt Menschen, die verbringen einen großen Teil ihres Lebens hinter Gittern – und solche Karrieren können schon in der Kindheit anfangen.“

Kriminalität in Bremen: Tatverdächtige sind überwiegend männlich

Die Polizeiliche Kriminalstatistik führt für 2022 im Land Bremen 22 807 Tatverdächtige auf, davon 17 678 männlich (2021: 22 889), bei 79 713 notierten Straftaten.

In der Stadt Bremen sind es 18 420 Tatverdächtige, davon 14 400 männlich (2021: 18 755), bei 66 206 Straftaten. Unter 21 Jahre sind in Bremen 4 395 Verdächtige (davon 3 444 Jungen) – ein erheblicher Anstieg zu 2021 mit 3 791, zumal es in dem Jahr trotz Corona mehr Verdächtige insgesamt gab. 2 251 Verdächtige waren 2022 im Alter von 21 bis 25 Jahren (2021: 2 354). Die

Statistik führt für die Stadt Bremen bei den 18 420 Tatverdächtigen 8 490 nicht-deutsche (also ohne deutschen Pass) auf (2021: 8 077), davon sind 7 055 männlich. Auffällig ist die hohe Zahl an Gewaltdelikten in dieser Gruppe: 2 266 (davon 1 950 männlich) sogenannte Rohheitsdelikte führt die Statistik an, dazu gehören unter anderem Raub, Überfälle, räuberische Erpressungen und mehr. An verschiedenen Arten von Körperverletzungen sind 1 682 notiert. Von den nicht-deutschen Tatverdächtigen sind laut Polizei 2 238 keine 21 Jahre alt. Die Gruppe der 21- bis 25-Jährigen umfasst den Angaben zufolge 1 232 (männlich: 1 073), unter 14 sind 221.

Niedersachsen und das Bundeskriminalamt mit Holger Münch, dem früheren Bremer Innen-Staatsrat an der Spitze, hatten offensiv ähnliche Auffälligkeiten zur Jugendkriminalität und zu jungen ausländischen Verdächtigen aufgeführt und sich besorgt gezeigt – nicht so Bremen, wo am 14. Mai gewählt wird.

CDU und FDP zu kriminellen Jugendgruppen: „So kann es nicht weitergehen"

Konsequenzen gegen Jugendbanden verlangt die Opposition. Sowohl CDU als auch FDP forderten, systematische Wiederholungstäter der Gerichtsbarkeit zuzuführen. Marco Lübke, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, beklagte eine „völlig verfehlte Innen-, Justiz- und Integrationspolitik". Man müsse sich „ehrlich machen", die Jugendbanden setzten sich nachweislich zum übergroßen Teil aus unbegleiteten minderjährigen Ausländern (Uma) zusammen. Die Unterbringung und Betreuung der jungen Menschen bleibe weit hinter den selbstgesetzten Standards zurück. „Mit Folgen: Jugendliche werden zu Straftätern, kehren aus dem Arrest direkt wieder auf die Straße zurück und bestehlen Passanten, brechen in Apotheken und Geschäfte ein." Die CDU fordert ein schärferes Ortsgesetz am Bahnhof und ein „Haus des Jugendrechts" mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe. Lübke: „So kann es nicht weitergehen."

Angesichts der Gefahrenlage lasse der rot-grün-rote Senat nicht nur die Bürger, sondern auch die Polizisten im Regen stehen, sagte die innenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Birgit Bergmann. Die Beamten müssten sich „von den Tätern dreist ins Gesicht lachen lassen". Bremen müsse endlich Hilfseinrichtungen für kriminelle Jugendliche schaffen. Außerdem müsse der Rechtsstaat die Möglichkeiten des Jugendstrafrechts nutzen.

https://www.pi-news.net/2023/04/duisburg-syrischer-fitnessstudio-messerstecher-festgenommen/

Duisburg: Syrischer Fitnessstudio-Messerstecher festgenommen

23. April 2023

In NRW ist in der Nacht zum Sonntag ein Syrer von einem schwer bewaffneten Spezialeinsatzkommando festgenommen worden.

Von MANFRED W. BLACK | In NRW ist in der Nacht zum Sonntag ein Syrer von einem schwer bewaffneten Spezialeinsatzkommando festgenommen worden, der am Dienstagabend in einem Duisburger Fitnessstudio vier Menschen mit einem Messer oder einem Macheten-ähnlichen Stichwerkzeug angegriffen und schwer verletzt hat. Nach der Attacke schwebt immer noch ein Opfer in Lebensgefahr.

Auch die ZEIT oder der WDR berichten über die Festnahme. Grundlage der Nachrichtenartikel ist eine Meldung der Nachrichtenagentur dpa. Hier wird zwar erwähnt, dass es sich bei dem Festgenommenen offenbar um einen 26-jährigen syrischen Staatsbürger handelt. Dass der Verhaftete ein „Flüchtling" ist – der sich hierzulande als „Asylbewerber" schon seit einiger Zeit in einer Sozialwohnung einquartiert hat und vollumfänglich von der staatlichen Sozialhilfe lebt –, wird aber wohlweislich unterschlagen.
Der Gewalttäter, der offenbar alleine handelte, hatte in einem „John Reed"-Fitness-Studio, das in der Schwanenstraße gelegen ist, auf die vier Männer eingestochen. Nach dem Messerstecher war seit Freitag auch mit Fotos aus einer Überwachungskamera gefahndet worden.
Nachbarn des mutmaßlichen Täters haben den Syrer auf den Fahndungsfotos erkannt und die Polizei verständigt. Ein weiterer Beweis dafür, dass es – wenn Aufnahmen zum Täter vorliegen – wichtig ist, nach brutalen Gewalttätern öffentlich schnell auch mit Fahndungsfotos zu suchen.

https://www.focus.de/panorama/messerattacke-in-fitnessstudio-duisburg-sek-hund-ueberwaeltigte-syrer-seine-reaktion-laesst-ermittler-raetseln_id_192082354.html
Messerattacke in FitnessstudioSEK-Hund überwältigte Syrer (26) - seine Reaktion lässt Ermittler rätseln
FOCUS-online-Reporter Axel Spilcker
Dienstag, 25.04.2023, 16:56
Eine Woche nach der blutige Attacke in einem Duisburger Fitnessstudio sitzt ein 26-jähriger Syrer als Tatverdächtiger in Haft. Ein islamistisches Motiv wird nicht ausgeschlossen. Jetzt werden erstaunliche Details seiner Verhaftung durch ein Spezialeinsatzkommando bekannt.
Bei der Messerattacke in einem Duisburger Fitnessstudio mit vier Schwerverletzten vor einer Woche könnte es sich um einen islamistisch motivierten Terroranschlag handeln. Bei der Festnahme des 26-jährigen syrischen Tatverdächtigen in seiner Wohnung fanden die Ermittler auf seinem Handy extremistische Dateien und Videos. Zudem wurden Dokumente mit dschihadistischem Inhalt sichergestellt.
Die zentrale Terrorabteilung bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf hat inzwischen das Verfahren übernommen. Der Beschuldigte sitzt laut einer Pressemitteilung vom Dienstag wegen versuchten Mordes in Untersuchungshaft. Ein 21-jähriges Opfer schwebt immer noch Lebensgefahr.

Duisburg: Tatverdächtiger fiel 2018 bereits auf, Verfahren wurden eingestellt

Wie FOCUS online erfuhr, gehen die Strafverfolger von einem Einzeltäter aus. Bisher schweigt der Mann. Folglich versuchen die Ermittler das Tatmotiv anhand von Indizien zu ergründen. Neben einem Terroranschlag schließen sie auch eine Amoktat durch einen psychisch kranken Täter nicht aus. Vor dem Hintergrund soll der syrische Asylberechtigte zu seinem Geisteszustand begutachtet werden.

Bisher sei der Beschuldigte „im Jahr 2018 in zwei Fällen wegen geringfügiger Vermögensdelikte aufgefallen", hieß es. Beide Verfahren wurden eingestellt. Staatsschutzerkenntnisse liegen derzeit nicht vor.

Vor einer Woche war der mutmaßliche Islamist in das Fitnessstudio nahe dem Duisburger Rathaus eingedrungen. In der Umkleidekabine kam es zu einem lautstarken Disput mit einem der Besucher. Daraufhin stach der 26-Jährige auf den jungen Mann ein. Aufgeschreckt durch das Getöse eilten drei weitere Sportler dem Opfer zur Hilfe. Sie wurden ebenfalls niedergestochen.

Bei Festnahme biss Polizeihund den Syrer - der zeigte kaum Regung

Anschließend flüchtete der Angreifer. Auf einem veröffentlichten Bild aus einer Überwachungskamera konnten zwei Bekannte den Tatverdächtigen identifizieren. Nach ihrem Hinweis wurde er in der Nacht zum Sonntag festgesetzt. Dabei schickte das Spezialeinsatzkommando nach FOCUS-online-Informationen einen Hund vor, der den Gesuchten gebissen hat, um ihn außer Gefecht zu setzen.

Erstaunlicherweise zeigte der Mann keine sonderliche Reaktion. Womöglich ein Hinweis darauf, dass der Beschuldigte sich entweder in einer seelischen Ausnahmesituation befand, in dem er Schmerzen kaum spürte oder unter Drogen stand. Ein entsprechender Test soll Aufschluss bringen.

Sollte sich der Verdacht in Richtung Terrorakt erhärten, wäre dies der erste erfolgreiche islamistische Anschlag in NRW seit den Sikh-Tempel-Bombern im Jahr 2016 in Essen mit drei Verletzten. **Danach deckten die Staatsschützer etliche Terror-Pläne auf. Etwa durch eine tadschikische Zelle, die mit Drohnenbomben und Pistolen ein Blutbad anrichten wollte oder jenem tunesischen Rizin-Bomber aus Köln, der 2019 auf Geheiß der Terror-Miliz „Islamischer Staat" (IS) hunderte Menschen vergiften wollte.**

Zuletzt gerieten zwei Iraner in Castrop-Rauxel unter Verdacht, ebenfalls im Namen des IS Giftanschläge ausgeheckt zu haben. Der jüngere Bruder sitzt immer noch im Untersuchungsgefängnis.

NRW: Islamistenszene schrumpft - das ist laut Reul aber „kein Grund zur Entwarnung"

Als NRW-Innenminister Herbert Reul kürzlich den neuen Landesverfassungsschutzbericht vorstellte, meldete der CDU-Politiker einen Rückgang der gewaltbereiten Islamisten von 780

auf 600 Personen. Der Schwund in der Szene sei allerdings kein Grund zur Entwarnung, sagte Reul. „Die Terrorgruppen rekrutieren offenbar gezielt psychisch auffällige Einzelgänger, von denen eine große Gefahr ausgeht“, warnte Reul.
Der Fall scheint nach ersten Erkenntnissen wie eine Blaupause zu dieser Schlussfolgerung zu passen.
Vor dem Hintergrund forderte Marc Lürbke, stellvertretender Vorsitzender der FDP Landtagsfraktion NRW, die schwarz-grüne Landesregierung auf, den „Zusammenhang von Krieg und Flucht als Ursache von psychischen Erkrankungen, Gewaltbereitschaft und Radikalisierung endlich viel stärker zum Thema machen. Wer diesen Zusammenhang aus ideologischen Gründen ausblendet, gefährdet die Sicherheit aller Bürger in NRW“.
Zudem stellte der Oppositions-Politiker einen möglichen Zusammenhang mit einem weiteren Mordfall in den Raum, „bei dem ein Mann in der Duisburger Altstadt an Ostern mit einem ähnlich großen Messer brutal getötet wurde. Der Innenminister muss zu diesen Fragen am Donnerstag im Innenausschuss Rede und Antwort stehen.“

https://www.bz-berlin.de/deutschland/visa-skandal-im-auswaertigen-amt
25.04.2023, 14:32 Uhr
Ministerium akzeptierte gefälschtes Papier
Visa-Skandal im Auswärtigen Amt von Annalena Baerbock
Außenministerin Annalena Baerbock Foto: Kay Nietfeld/Pool via AP
210😒24❤
Von Nikolaus Harbusch
Im Auswärtigen Amt von Annalena Baerbock (42, Grüne) ist ein Streit um die Visa-Vergabe an einen Afghanen ausgebrochen!
Die Rechtsabteilung zofft sich mit der Visa-Stelle in Islamabad (Pakistan), weil die Beamten vor Ort sich weigern, einem angeblich aus Afghanistan geflüchteten Mann ein Visum zur Einreise nach Deutschland zu erteilen: Mohammad Ali G. hatte den Diplomaten einen gefälschten Ausweis vorgelegt und soll die Visa-Gebühren laut Recherchen des „Cicero“ mit Falschgeld bezahlt haben!
BILD stieß bei Recherchen zu dem Fall auf eine brisante Weisung der Rechtsabteilung an die Visa-Stelle in Pakistan, Mohammad Ali G. nach Deutschland zu lassen. Darin heißt es: „An der Identität des Antragstellers bestehen (…) eigentlich keine Zweifel, falscher Pass hin oder her (…)“.
In Islamabad sehen die Diplomaten, bei denen der Mann vorstellig geworden war, das völlig anders, weil er die Botschaft „vorsätzlich getäuscht“ habe. Sie glauben Mohammad Ali G. überhaupt nichts mehr. Es gebe „erhebliche Zweifel“ am behaupteten Alter (eher 20 als 14 Jahre), seiner Herkunft (er spricht pakistanischen und nicht afghanischen Dialekt) und am vermeintlichen Flüchtlingsschicksal (er trägt teure westliche Kleidung).

Diese Mail dokumentiert den Streit:
Gesendet: Freitag, 9. Dezember 2022 03:31
Liebe Frau XXX,*
vielen lieben Dank, ich habe den Fall jetzt nach meinem Urlaub übernommen, da ich auch damals in der mündlichen Verhandlung mit dem Bruder war. Die Anwältin hat jetzt mitgeteilt, dass der Pass damals – wie auch vom Bruder schon geschildert – mit dem Nachbarn besorgt worden sei, weil der Nachbar den AST (Antragsteller) mit nach PAK (Pakistan) nehmen wollte und sich „um die Dokumente kümmerte". Der AST erinnert sich, „dass die Computer damals nicht richtig funktioniert hätten und der Fingerabdruck direkt auf den Pass gedruckt werden musste." – Eine abenteuerliche Geschichte, aber in AFG (Afghanistan) dürfte sowas jedenfalls nicht undenkbar sein, jedenfalls auch kein (falscher) Pass auf Zuruf, weil der Nachbar Geld auf den Tisch gelegt hat. Zur Folge: An der Identität des AST bestehen nach der ausführlichen Befragung des Bruders in der mündlichen Verhandlung eigentlich keine Zweifel, falscher Pass hin oder her, zumal wir auf AFG Personenstandsdokumente ja sowieso nicht viel zählen, aus dem genau diesem Grund.
Vor dem Hintergrund, dass wir in der mündlichen Verhandlung neben diversen Fotos vom AST (die allen Beteiligten glaubhaft erschienen) auch die ausführliche Geschichte bekommen haben, die ebenfalls glaubhaft war und sich alle im Raum einig waren, dass in diesem besonderen Fall eine Visumerteilung der richtige Weg ist, möchte ich trotz des falschen Passes an der Weisung zur Visumerteilung festhalten, da durch den falschen Pass die „Geschäftsgrundlage" des gerichtlichen Vergleichs nicht entfällt, da es wie geschildert m.E. keine Überraschung ist, dass ein AFG Pass falsch ist – zumal wir die Fälschung eigentlich früher hätten erkennen müssen, da uns der Pass schon einmal vorlag (wir sind deshalb mit diesen Bedenken auch „zu spät" dran).
Falls noch nicht bekannt, habe ich Ihnen das Protokoll der mündlichen Verhandlung angehängt.
Sofern Sie da weiterhin Bauchschmerzen haben, können wir auch gerne telefonieren (morgen Freitag ab mittags Berliner Zeit, Montag ab mittags Berliner Zeit oder ab Dienstag ganztägig möglich).
(Von BILD anonymisiert)
Der CDU-Bundestagsabgeordnete Knut Abrahahm (57, selbst langjähriger deutscher Diplomat) ist entsetzt: „Wer trotz eines falschen Passes eine Visumserteilung anweist, überfährt rote Ampeln und schadet allen Afghanen, die in Gefahr sind und sich korrekt verhalten. Damit wird auch das Vertrauen in das Vorgehen des Auswärtigen Amts bei Visaentscheidungen für Afghanen tief erschüttert."
Unfassbar: Aus Regierungskreisen hieß es gegenüber BILD, dass Mohammad Ali G. „mit absehbarem Erfolg" auf Familienzusammenführung geklagt habe. „Die jetzigen Fragen zur Ausstellung eines Passersatzdokuments werden derzeit im Zuge des Antrags auf Ausstellung eines Reiseausweises für Ausländer geprüft."
Tatsächlich war in Berlin vor Gericht ein Mann aufgetaucht, der behauptete, der Bruder von Mohammad Ali G. zu sein. Er hatte den Richtern erzählt (Protokoll liegt BILD vor): „Wir telefonieren eigentlich nur wenig miteinander. Mein Bruder wird dann immer so traurig. Er weint und will nach Deutschland."
Staatsanwaltschaften agieren lustlos

Im Fall Mohammad Ali G. hat die Bundespolizei am 17. Januar 2023 die polizeilichen Ermittlungen gegen seinen angeblichen Bruder in Deutschland aufgenommen und die Ermittlungsakte bereits am 24. Januar 2023 an die Staatsanwaltschaft Berlin übergeben. Nach Auskunft eines Sprechers soll Mohammad Ali G. „unrichtige Angaben" gemacht und eine „falsche eidesstattliche Versicherung" abgegeben haben.
Seither spielen die beteiligten Staatsanwaltschaften „Schwarzer Peter" und schieben die heikle Akte hin und her. Am 31. Januar 2023 wurde die Ermittlungsakte von der Staatsanwaltschaft Berlin (255 Js 76/23) an die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder, Zweigstelle Eberswalde (200 Js 2713 / 23) weitergereicht. Eberswalde, lehnte die vollständige Übernahme des Vorganges ab und schickte die Akte am 3. März 2023 wieder nach Berlin. Dort soll nun „über die weiteren Bearbeitungsmodalitäten" entscheiden werden.

https://www.pi-news.net/2023/04/horror-zahlen-aus-nrw-acht-vergewaltigungen-pro-tag/

Horror-Zahlen aus NRW: Acht Vergewaltigungen pro Tag!

25. April 2023

Allein in NRW, dem Bundesland von CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst (r.), sind im vergangenen Jahr 2949 Vergewaltigungen angezeigt worden. Die Dunkelziffer dürfte noch weitaus höher liegen.

Eine parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen zeigt die Folgen der Massenmigration schonungslos auf: 2949 Vergewaltigungen sind im vergangenen Jahr allein in Nordrhein-Westfalen angezeigt worden, erklärt das Innenministerium in seiner Antwort auf die AfD-Anfrage. Rechnerisch sind das mehr als acht Vergewaltigungen pro Tag. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl massiv um fast 600 Fälle angestiegen. Den Tausenden von Frauen, die dank der offenen Grenzen Unbeschreibliches erleben mussten, half keine „Armlänge Abstand", die einst von der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker empfohlen wurde.

Auch die Zahl der Gruppenvergewaltigungen (Vergewaltigungen mit mehr als einem Täter) ist faktisch explodiert – von 172 im Jahr 2021 auf 246 im Jahr 2022 (plus 43 Prozent). Das CDU-geführte NRW-Innenministerium unter der Leitung von Herbert Reul will es nur nicht so nennen, weil der Begriff „Gruppenvergewaltigung" rechtlich nicht verankert ist.

Aus der Kriminalstatistik gehe schließlich nicht hervor, ob es zwei, drei oder mehrere Täter waren – sondern nur, ob es mehrere waren. Unabhängig von der CDU-Bezeichnungspraxis weiß aber jeder Mensch, der mit offenen Augen auf die Situation in Deutschland blickt, was hier für eine Entwicklung im Gange ist.

Und zwar auch und insbesondere dank der CDU, die ihrer heuchlerischen Kritik an den Zuständen der Einwanderungs- und Sicherheitspolitik seit

Jahrzehnten keine konsequenten Taten folgen lässt. In Nordrhein-Westfalen stellt die CDU nicht nur den Innenminister, sondern auch den Ministerpräsidenten. Sie hätte also alle Möglichkeiten, um endlich konsequente Abschiebungen umzusetzen und Kriminalität wirksam zu bekämpfen.
Doch in Nordrhein-Westfalen gilt das Gleiche wie in allen anderen CDU-regierten Bundesländern: In Wahlkampfzeiten spielt sich die CDU zwar als Garant der Inneren Sicherheit auf, doch in ihrem tatsächlichen politischen Handeln unterwirft sie sich stets den Grünen und der SPD. Mit furchtbaren Folgen für unzählige Frauen, deren Schicksal im Zuge eines zynischen CDU-Machtkalküls in Kauf genommen wird.

https://www.focus.de/panorama/welt/bluttat-in-duisburg-bericht-tatverdaechtiger-wollte-opfer-enthaupten-generalbundesanwalt-uebernimmt_id_191465753.html
Bluttat in DuisburgBericht: Tatverdächtiger wollte Opfer enthaupten - Generalbundesanwalt übernimmt
Freitag, 28.04.2023, 15:21
Nach dem blutigen Angriff in einem Fitnessstudio in Duisburg ist der 26-jährige Tatverdächtige in Untersuchungshaft. Inzwischen geht die Staatsanwaltschaft von „Zufallsopfern" und einer Amoktat aus. Der Generalbundesanwalt übernimmt den Fall.

Tatverdächtiger soll versucht haben, Opfer zu enthaupten - Generalbundesanwalt übernimmt Fall
14.55 Uhr: Im Fall der Bluttat in einem Fitnessstudio in Duisburg hat nun der Bundesgeneralanwalt Peter Frank die Ermittlungen übernommen. Das berichtet der „Spiegel" und beruft sich auf Informationen seiner Sprecherin. Demnach seien einige Beweismittel und Spuren mittlerweile ausgewertet worden, die „Anhaltspunkte für eine islamistische Tatmotivation" offenbaren. Wegen der besonderen Bedeutungen des Falls sei nun die Bundesgeneralanwaltschaft zuständig.

Nach Informationen der Zeitung gebe es Hinweise darauf, dass der Tatverdächtige in Duisburg versucht hat, sein Opfer zu enthaupten. Es gibt derzeit auch Vermutungen, dass der Tatverdächtige wenige Tage zuvor einen anderen Mann mit einem Messer attackiert und tödlich verletzt hat.

Fitnessstudio-Angreifer schweigt weiter - Motive unklar
14.11 Uhr: Der Verdächtige der blutigen Attacke in einem Duisburger Fitnessstudio schweigt in der Untersuchungshaft. Seine mutmaßlichen

Tatmotive seien damit weiter unklar, sagte der NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am Donnerstag im nordrhein-westfälischen Innenausschuss. Das Schweigen des Verdächtigen sei „untypisch für einen Attentäter, der seine Tat einordnen will" und auch für einen Amoktäter, der aus seiner Sicht nichts mehr zu verlieren habe.

Texte und Bilder, die bei dem 26-Jährigen gefunden wurden, deuteten auf den ersten Blick auf einen islamistischen Bezug, sagte Reul. Aber auch die Tatausübung passe nicht zu einem Anschlag oder einer Amoktat. Der Täter habe nicht im Eingang des Studios zugestochen, sondern sei dazu erst in die Umkleidekabine gegangen. Danach habe er ruhig das Gebäude verlassen und keine weiteren Angriffe gestartet.

Duisburger Fitnessstudio-Attacke - DNA-Spur führt zu weiterer Tat
Donnerstag, 27. April, 12.56 Uhr: Nach der Messerattacke in einem Duisburger Fitnessstudio hat eine DNA-Spur des Tatverdächtigen zu einer möglichen weiteren Bluttat geführt. Bei der DNA-Untersuchung sei ein Zusammenhang des mutmaßlichen Islamisten auch zu einer Tat in Duisburg vom Osterwochenende festgestellt worden, bei der ein 35-Jähriger Partygast erstochen worden war, sagte Generalstaatsanwalt Holger Heming am Donnerstag der Deutschen Presse-Agentur.

Das Opfer habe zahlreiche Stich- und Schnittwunden erlitten, denen es einige Stunden später erlegen sei. Durch eine Auswertung gefundener molekulargenetischer Spuren am Tatort und an den Schuhen des 26-Jährigen bestehe nun auch wegen dieser Tat ein dringender Tatverdacht. Zu molekulargenetischen Spuren gehören beispielsweise Blut, Speichel oder Haare. Der bereits bestehende Haftbefehl wegen versuchten Mordes solle nun um die Tat erweitert werden. Weitere Details nannten die Ermittler nicht.

Ermittler vermuten islamistischen Terror-Hintergrund bei Bluttat in Duisburg
14.04 Uhr: Im Fall der Bluttat in Duisburg gibt es mittlerweile neue Informationen über den Tatverdächtigen. FOCUS online erfuhr, dass bei der Generalstaatsanwaltschaft die Abteilung Terrorismus-Bekämpfung den Fall übernommen hat. Demnach haben die Ermittler auf dem Handy des Tatverdächtigen Fotos, Videos und schriftliches Material mit islamistischem Hintergrund gefunden. RTL berichtete zuerst darüber. Der Tatverdächtige soll nun psychiatrisch begutachtet werden.

Spezialeinheiten der Polizei hatten den Verdächtigen in der Nacht zum Sonntag nach Hinweisen von zwei Bekannten des Mannes in seiner Duisburger Wohnung in der Nähe des Tatorts festgenommen.

Wende im Fall Duisburg: Staatsanwaltschaft sieht doch Zeichen für eine Amoktat
Dienstag, 25. April, 10.04 Uhr: Erneute Wende im Fall der blutigen Attacke in einem Duisburger Fitnessstudio mit vier Schwerverletzten: Die Staatsanwaltschaft sieht nun doch Zeichen für eine Amoktat. „Wir gehen eher davon aus, dass es sich bei allen vier um Zufallsopfer handelt", so Staatsanwältin Jill Anne Felicia McCuller.

Das ergebe sich insbesondere aus Angaben von Geschädigten, nach denen keiner von ihnen den mutmaßlichen Täter gekannt habe. Zunächst sei man davon ausgegangen, dass einer Person der Angriff gegolten habe.

„Amok hört sich so ganz schlimm an. Letztlich ist es das, das wahllose Aussuchen der Opfer ohne bestimmte Gründe", sagte die Staatsanwältin. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" hatte zuvor berichtet, dass inzwischen einiges auf eine Amoktat hindeute.

Polizei prüft Verbindung zu Mordfall in Duisburg
13.49 Uhr: Am Montag ist der mutmaßliche Fitnessstudio-Angreifer aus Duisburg wegen dreifachen versuchten Mordes und zweifacher gefährlicher Körperverletzung in Untersuchungshaft gekommen. Kurz darauf berichtet die „Bild"-Zeitung, dass die Polizei derzeit mit Hochdruck die Verbindungen zu einem möglichen weiteren Fall prüft: mit Verdacht auf Mord.

Ein 35-jähriger Mann wurde in der Nacht zum Ostersonntag in der Duisburger Altstadt getötet. Der Tatort: Nur 200 Meter von dem Wohnhaus des Tatverdächtigen im Fitnessstudio-Fall entfernt. Das besagte Fitnessstudio ist 150 Meter weit weg. Der alarmierte Rettungsdienst stellte am Körper des Mannes laut Polizei eine „erhebliche Anzahl von Stich- und Schnittwunden" fest und brachte ihn in ein Krankenhaus. Auf den 35-Jährigen wurde laut Obduktionsbericht mindestens zwölfmal mit einem großen Messer eingestochen. Wenige Stunden später verstarb der Mann in der Klinik.

Sein Vater zur „Bild": „Der Arzt hat mir gesagt, dass er solch schlimme Verletzungen noch nie zuvor gesehen hat. Der Täter hat meinen Sohn wahrscheinlich von hinten umklammert und dann immer wieder in seinen Bauch gestochen. Die Parallele zum Angriff im Fitnessstudio: Ein großes Messer als Tatwaffe. In seiner Wohnung wurden zwei Messer gefunden, die als mögliche Tatwaffen in Frage kommen. Diese werden nun auch auf DNA-Spuren überprüft.

Verdächtiger nach Bluttat in Duisburger Fitnessstudio in U-Haft

Montag, 24. April, 12.46 Uhr: Nach der blutigen Attacke in einem Duisburger Fitnessstudio ist der 26-jährige Tatverdächtige wegen versuchten Mordes in Untersuchungshaft gekommen. Das entschied ein Haftrichter am Montag, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Der Mann habe bei der Vorführung von seinem Schweigerecht Gebrauch gemacht und sei anwaltlich vertreten, sagte eine Sprecherin der Behörde.

Bluttat in Duisburger Fitnessstudio: Verdächtiger vor Haftrichter
17.35 Uhr: Sechs Tage nach der blutigen Attacke in einem Duisburger Fitnessstudio wird ein 26-jähriger Tatverdächtiger an diesem Montag einem Haftrichter vorgeführt. Der Tatvorwurf lautet unter anderem versuchter Mord. Bei dem Angriff am Dienstagabend waren vier Menschen mit einer Hieb- und Stichwaffe schwer verletzt worden - ein 21-Jähriger schwebt noch immer in Lebensgefahr.

Bislang ist der Syrer, der nach Angaben von Polizei und Staatsanwaltschaft im April 2016 einen Asylantrag in Deutschland gestellt hatte, polizeilich nicht in Erscheinung getreten.

Spezialeinheiten der Polizei hatten den Tatverdächtigen in der Nacht zum Sonntag nach Hinweisen von zwei Männern in seiner Wohnung in Duisburg festgenommen. Dabei wurden zwei Messer sichergestellt, die nach Einschätzung der Ermittler als Tatwaffe infrage kommen. Motiv und weitere Hintergründe der Tat lagen am Sonntag noch im Dunkeln.

Festnahme! SEK schnappt Angreifer aus Duisburger Fitnessstudio
Sonntag, 10.26 Uhr: Nach der Attacke in einem Fitnessstudio in der Duisburger Innenstadt ist in der Nacht zum Sonntag ein Tatverdächtiger festgenommen worden. Dabei handelt es sich um einen 26-jährigen syrischen Staatsbürger, wie die Staatsanwaltschaft Duisburg auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mitteilte. Zuvor hatte die „Bild" berichtet.

Demnach hätten Nachbarn den Mann erkannt und daraufhin die Polizei alarmiert. Der Verdächtige sei vor der Attacke nicht polizeilich aufgefallen, heißt es weiter. Die Wohnung liege in der Nähe des Fitnessstudios, in dem die Attacke stattfand.

Fotos nach Fitnessstudio-Attacke: Viele Hinweise, keine heiße Spur
Samstag, 22. April, 13.35 Uhr: Vier Tage nach der Attacke in einem Duisburger Fitnessstudio mit vier Schwerverletzten haben die Ermittler inzwischen zahlreiche Hinweise erhalten. Obwohl seit Freitag auch Fotos von einer Überwachungskamera in der Öffentlichkeitsfahndung eingesetzt werden, gibt es bislang allerdings „noch keine weiterführende Spur". Das teilte die Duisburger Staatsanwältin Jill Mc Culler am Samstag auf Anfrage der Deutschen Presse Agentur in Düsseldorf mit. Die Relevanz der Hinweise für die Ermittlungen werde fortlaufend ausgewertet.

Die Ermittler hatten am Freitag Fotos einer Überwachungskamera aus dem Umfeld des Studios veröffentlicht. Zu sehen ist ein etwa 25 bis 35 Jahre alter Mann mit schwarzem Vollbart, der sich zu Fuß vom Tatort weg bewegt. Mehrere Zeugen haben laut Polizei den auf den Fotos zu erkennenden Mann unabhängig voneinander als Tatverdächtigen identifiziert. Bei dem Angriff am Dienstagabend waren vier Menschen mit einer Hieb- und Stichwaffe schwer verletzt worden.

Der 21-Jährige, gegen den sich die Attacke nach derzeitigem Ermittlungsstand gezielt gerichtet haben soll, schwebte nach Angaben der Staatsanwältin am Samstag weiter in Lebensgefahr. Von drei weiteren Opfern, die nicht direktes Ziel des Angriffs gewesen sein sollen, seien zwei 24-Jährige „weiterhin im Krankenhaus, aber nicht in Lebensgefahr", berichtete Mc Cullen. Lediglich ein 32-jähriger Verletzter habe bislang aus der Klinik entlassen werden können.

Überwachungskamera zeigt Tatverdächtigen - Belohnung für Zeugen
Freitag, 21. April, 16.08 Uhr: Bei der Fahndung nach dem Täter, der am Dienstagnachmittag (18. April) in einem Fitnessstudio auf der Schwanenstraße vier Personen schwer verletzt hatte, gehen die Ermittler der Duisburger Mordkommission jetzt mit Fotos von Überwachungskameras an die Öffentlichkeit.

Eine Überwachungskamera vor dem Fitnessstudio in Duisburg hat den Tatverdächtigen aufgenommen. Die Polizei hofft jetzt auf weitere Hinweise.
dpa/Polizei NRW Eine Überwachungskamera vor dem Fitnessstudio in Duisburg hat den Tatverdächtigen aufgenommen. Die Polizei hofft jetzt auf weitere Hinweise.
Weil es in dem Sportstudio keine Videoüberwachung gibt, hat die Kripo im Umfeld des Tatortes nach Überwachungskameras gesucht. Hier wurde sie unter anderem auf der Münzstraße fündig, wo entsprechendes Bildmaterial aufgezeichnet worden war und sichergestellt wurde. Unabhängig voneinander haben mehrere Zeugen bestätigt, dass es sich bei einer hier erfassten Person um den Tatverdächtigen handelt, der sich offensichtlich nach der Tat zu Fuß in Richtung Steinsche Gasse entfernte.

Die Fotos und Videosequenzen sind im Fahndungsportal der Polizei (polizei.nrw/fahndung/103996) eingestellt. Der gesuchte Mann soll etwa 25 bis 35 Jahre alt sein und eine normale Statur haben. Er trug zur Tatzeit einen schwarzen, ungepflegten Vollbart. Bekleidet war er mit einer schwarzen Jacke, blauer Jeanshose und schwarzen Schuhen mit weißem Sohlenrand. Er trug eine schwarze Baseballkappe mit nach vorne gedrehtem Schirm und führte einen dunklen Rucksack mit sich.

Wer den Tatverdächtigen sieht, sollte umgehend die Polizei unter dem Notruf 110 verständigen und den Mann nicht ansprechen. Die Staatsanwaltschaft Duisburg hat für Hinweise, die zur Ergreifung des

Täters führen, eine Belohnung in Höhe von 2.000 Euro ausgesetzt. Zeugen, die Hinweise zur Identität oder zum Aufenthaltsort des Tatverdächtigen geben können, werden gebeten, sich mit der Duisburger Mordkommission unter der Rufnummer 0203 2800 in Verbindung zu setzen. Nach wie vor ist es auch möglich, im Internet Hinweise digital zu übersenden: nrw.hinweisportal.de. Für die Ermittler sind auch Handyfotos oder -videos von Interesse, die Sportler möglicherweise im Laufe des Dienstags (18. April) im John-Reed-Fitnessstudio gemacht haben - auch Selfies, bei denen möglicherweise im Hintergrund etwas zu erkennen ist.

Eines der Tatopfer (21) schwebt immer noch in Lebensgefahr, eine weitere verletzte Person (32) wurde aus dem Krankenhaus entlassen. Die Ermittlungen dauern an.

Drei Tage nach Attacke in Fitnessstudio fehlt immer noch jede Spur vom Angreifer
Freitag, 21. April, 09.48 Uhr: Knapp drei Tage nach der Attacke in einem Duisburger Fitnessstudio ist der Tatverdächtige weiter auf der Flucht. „Die Identität steht weiterhin nicht fest. Wir wissen aber, wie er aussieht", sagte ein Polizeisprecher am Freitagmorgen. Der Mann sei wohl von einer Kamera gefilmt worden. Die Ermittler planen demnach eine Öffentlichkeitsfahndung, bei der ein Foto des etwa 30 Jahre alten Verdächtigen veröffentlicht werden soll.

Attacke in Duisburger Fitnessstudio richtete sich gezielt gegen 21-Jährigen
Donnerstag, 14.16 Uhr: Die blutige Attacke in einem Duisburger Fitnessstudio vom Dienstagabend richtete sich „gezielt" gegen eines der Opfer, einen 21-jährigen Mann. Diesen aktuellen Ermittlungsstand teilte die Duisburger Mordkommission am Donnerstag mit. Der Mann sei bei dem Angriff mit einer Hieb- oder Stichwaffe sehr schwer verletzt worden und schwebe weiter in Lebensgefahr, so die Polizei. Der etwa 30 Jahre alte Angreifer ist laut Polizei weiter auf der Flucht.

„Wir tun alles dafür, dass das nicht mehr lange so bleibt", sagte ein Polizeisprecher. Es würden weiter Spuren im Studio gesichert und Gäste vernommen. Die Polizei werte auch Videoaufnahmen aus dem öffentlichen Raum aus - etwa von der Bus- und Straßenbahnhaltestelle Duisburg-Rathaus direkt gegenüber des Fitnessstudios. „Irgendwie muss der Täter ja dahin- und wieder weggekommen sein", sagte der Sprecher. Ermittelt werde auch weiterhin, ob der Mann die Tat geplant hatte oder sich die Attacke spontan aus einem Streit ergab.

Die drei anderen Opfer im Alter von 24, 24 und 32 Jahren, die laut den Ermittlungen nicht direktes Ziel des Angriffes waren, sind außer Lebensgefahr.

Comedian Abdelkarim trainierte noch kurz vor Messerangriff in Duisburger Fitnessstudio

20.21 Uhr: Vier Menschen wurden am Dienstagabend bei einer Messerattacke in einem Duisburger Fitnessstudio schwer verletzt. Der bekannte Comedian Abdelkarim teilte nun auf Instagram, dass er selbst noch kurz vorher in dem Studio trainierte. Im Internet verbreitete sich bereits am Dienstagabend schnell das Gerücht, dass der Stand-Up-Comedian unter den Verletzten gewesen sei, da dieser regelmäßig in dem „John Reed"-Studio trainiere. „Mir geht es gut", versicherte er am Mittwoch jedoch seinen Followern. „Ich war zwar gestern beim Sport, aber ich habe das Fitnessstudio circa 20 Minuten vor dem Angriff verlassen", schreibt er auf Instagram. Er sei in Gedanken bei den Verletzten. Der Angriff sei „nicht in Worte zu fassen".

Fitnessstudio-Opfer berichten, wie bärtiger Mann in Umkleide wortlos zustach
15.30 Uhr: Einen Tag nach der brutalen Messerattacke in einem Duisburger Fitnessstudio konnten nun drei der vier Opfer vernommen werden. Sie berichten von einem bärtigen Mann, der in der Umkleidekabine aufgetaucht sei und wortlos mit einem langen Messer zugestochen habe.

https://unser-mitteleuropa.com/sieben-jahre-nach-2015-fluechtlingskrise-eskaliert-erneut/
Flüchtlingskrise eskaliert +UPDATE 30.4.+ Asylanten in Ö und D: 70% Analphabeten, 2/3 arbeitslos
30. 04. 2023

+UPDATE 30.4.+
Sozial-Notstand in Ö und D unter Asylanten: 70% Analphabeten, 2/3 arbeitslos

Sowohl in den Österreich als auch in Deutschland hat sich sieben Jahre nach der Willkommens-Hysterie ein Multikulti-Dystopie in der sozialen Realität festgesetzt.

Österreich: 70 % Analphabeten

In Österreich kann ein Großteil der Asylbewerber weder lesen noch schreiben: Laut aktuellen Zahlen des „österreichischen Integrationsfonds" (ÖIF) waren sieben von zehn Einwanderern im Jahr 2022 Analphabeten, vor allem Syrer und Afghanen. Was den Sozialstaat belastet und somit die Selbsterhaltungsfähigkeit beinahe unmöglich macht.

Und auch Integrationsprojekte zwischen ÖIF und mehreren große Unternehmen (wie SPAR, Österreichische Post, Mediaprint, Foodora und ISS Facility-Management) sind in Wirklichkeit nur Beschwichtigungs-Aktivismus: Dass etwa die Unternehmen die Migranten während der Deutscheinheiten direkt vor Ort über konkrete Einstiegsmöglichkeiten und Jobangebote für Personen mit geringen Deutschkenntnissen informieren.

Deutschland: Schwerste Migrantionskrise seit 2015

Und auch Deutschland, EU-weit Migrations-Zielland Nummer eins, steckt in der größten Migrationskrise seit 2015. Im vorigen Jahr 2022 wurden 217 000 Erst-Asylanträge gestellt. Im ersten Quartal 2023 waren es bereits 80 978 Anträge und 19 627 festgestellte illegale Einreisen.

Nun schlägt der renommierte Migrationsforscher Ruud Koopmans (62) Alarm: Der Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität Berlin zieht in seinem neuen Buch „Asyl-Lotterie" schonungslose Bilanz über das europäische Asylsystem. (Bild)

Von falschen Sozialanreizen der Ampelregierung ist da die Rede. Viele Migranten kämen nämlich nur wegen der Sozialleistungen. Was auch Statistiken der „Bundesagentur für Arbeit" belegen: Asylsuchende aus den Top-8-Asylherkunftsländern verbleiben zunehmend langzeitarbeitslos. Wobei die Arbeitslosenunterstützung etwa für syrische oder afghanische Verhältnisse sehr hoch ist. Hinzukommen noch die finanziellen Familienunterstützungen, welche man mit ungelernter Arbeit kaum verdienen kann.

Die Statistik ist katastrophal:

„Von denen, die seit 2015 zu uns kamen, haben bisher ein Drittel einen Job, von dem sie sich selbst und ihre Familie unterhalten können." (Koopmanns)

Und auch die Zukunftsaussichten gleichen einem Teufelskreis:

„Migration steigert immer die Tendenz zu noch mehr Migration. Dadurch dass Migranten aus einem Land in ein bestimmtes Zielland ausgewandert sind, begeben sich Folgemigranten auf demselben Weg dorthin. Ob legal oder illegal. Migration führt zu noch mehr Migrationsdruck."

+UPDATE 12.4.+

Italien: Hilfloser Notstand – Ungarn: Effektives „Grenz-Jäger"-Regime

Italien hat nach einem weiteren starken Anstieg der illegalen Migration über die Osterfeiertage einen sechsmonatigen nationalen Notstand

ausgerufen – wie der Minister für Katastrophenschutz, Nello Musumeci, am Dienstag mitteilte. (mandiner)
Als erste Maßnahme werden somit fünf Millionen Euro finanzielle Sondermittel freigegeben.
„Wir sind uns bewusst, wie ernst das Migrationsphänomen ist, das in diesem Jahr um etwa 300 Prozent zugenommen hat. Allerdings muss klargestellt werden, dass der Ausnahmezustand das Problem nicht lösen kann, was nur durch durch ein bewusstes und verantwortungsvolles Eingreifen der EU geschehen kann."
– betonte der Minister.
Die Ausnahmeregelung sieht u.a. bürokratische Verfahrens-Erleichterungen zur Einrichtung neuer Aufnahmezentren vor.
„Wir leben in einem Ausnahmezustand, der das staatliche institutionelle System völlig belastet. Die süditalienischen Regionen allein können diese Notlage nicht bewältigen."
- betonte Musumeci.
Die völlige Hilflosigkeit zeigt sich daran:
„Es ist entscheidend, dass Europa endlich handelt: Jahrelang hat es parliert, aber keinen Finger gerührt. Nun ist es aber an der Zeit, dass die EU beweist, dass sie tatsächlich eine Union ist. Und Solidarität mit Migranten ist nicht nur die Aufgabe Italiens, Spaniens, Griechenlands oder Maltas."
- sagte der stellvertretende Ministerpräsident Matteo Salvini.

Rund zweitausend Migranten auf Lampedusa

Während der Osterferien, von Freitag bis Montag, sind etwa zweitausend Migranten auf der die Insel Lampedusa von mehr als vierzig Lastkähnen aus an Land gegangen. 38 Menschen sind bei Schiffsunglücken vor der Küste Tunesiens und in maltesischen Hoheitsgewässern ums Leben gekommen, 18 Menschen gelten noch immer als vermisst.
Das Aufnahmezentrum auf Lampedusa ist hoffnungslos überfüllt: Die Einrichtung mit einer Aufnahmekapazität bis zu 400 Personen, beherbergt derzeit rund 1800 Migranten.
Nach Angaben des italienischen Innenministeriums haben in diesem Jahr bisher mehr als 28.000 illegale Einwanderer die Küsten Italiens erreicht. Das ist mehr als das Vierfache der Zahl von rund illegalen 6.900 Asylwerbern aus dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.
Und die einzigen, die sich freuen, sind die Schleuser-NGOs:

Ungarns Antwort: „Grenz-Jäger-„Einheiten

Effektiver geht dagegen Ungarn mittels eigens geschaffener „Grenz-Jäger"-Einheiten vor: Allein zwischen Freitag und Sonntag wurden 600 Grenzverletzer aufgegriffen – wie das Nationale Polizeipräsidium am Montag mitteilte.
Laut Polizeistatistik wurden allein am Freitag 217 illegale Ausländer abgefangen und durch den temporären Sicherheitszaun über die Grenze zurück eskortiert, 170 waren es am Samstag und 205 am Sonntag.
Acht Grenzverletzer wurden auch im Inland festgenommen, gegen sie wird nun ein Einwanderungs-Strafverfahren eröffnet. In der vergangenen Woche wurden 1373 Grenzverletzer abgefangen und quer durch das Land

eskortiert. In der Woche vom 27. März bis zum 2. April waren 1159 Menschen.

+++UPDATE 20.03.+++

Schweiz: 49 Personen für Flüchtlingsunterkunft in Obdachlosigkeit gekündigt

Acht Jahre nach dem Beginn der Willkommenskultur frisst dieselbe ihre Befürworter, Mitläufer oder Dulder. Und es bewahrheitet sich, dass Immigrationskulturen sich immer die autochthone Ursprungskultur einverleiben:

Diese bittere Erkenntnis müssen nun im schweizerischen Kanton Aargau 49 Mieter machen: Ihnen wurden die Wohnungen gekündigt, weil das gesamte Haus eine Asylunterkunft werden soll. Eines der Opfer outete sich nun unter Tränen. So wurde laut „Blick" etwa der 5-köpfigen Familie Adams, Mutter Julia (39), ihrem Ehemann Michael (42) und ihren drei Kindern Norina (8), Johannes (6), Finja (3) gekündigt. Die Familienmutter gesteht unter Tränen:

„Die Kündigung haben wir Mitte der letzten Woche bekommen. Wir waren geschockt. Unsere Kinder waren dabei, als der Brief kam. Alle haben geweint".

Zur „Entschuldigung", dass die Mieter durch die Gemeindeverwaltung vor vollendete Tatsachen gestellt worden sind, gibt Departementsvorsteher Jean-Pierre Gallati (SVP) Fehler zu und bat „die Betroffenen und den Gemeinderat von Windisch um Entschuldigung". Bei der Eignungsprüfung der Liegenschaft habe der Kantonale Sozialdienst den Auswirkungen der Kündigungen keine Beachtung geschenkt. Man sei sich nicht bewusst gewesen, dass es sich um größere Wohnungen gehandelt habe, in denen Familien leben.

Verantwortlich für die Kündigungen soll die private Firma „1drittel Aleph AG", mit Firmensitz in Wollerau im Kanton Schwyz sein.

Hilflos stemmt sich nun die Stadtpolitik, 49 Personen vor der Obdachlosigkeit zu bewahren.

+++UPDATE 07.03.+++

Tausende obdachlose Migranten auf den Straßen von Brüssel (VIDEO)

Seit Monaten schlafen Asylsuchende auf den Straßen von Brüssel, während sich die Migrationskrise in der Stadt weiterhin zuspitzt – wie **Euronews** am Dienstag berichtete. Seit Monaten leben die Menschen in provisorischen Zelten auf der Straße, während sie darauf warten, im überlasteten belgischen Einwanderungssystem registriert zu werden. Die meisten von ihnen kommen aus Afghanistan, Syrien und der Subsahara. Viele von ihnen hätten nicht einmal Zugang zu Essen und einer sauberen Dusche.

Und das alles mitten im Herzen der EU. Wobei sich die EU-Institutionen sich nur wenige Kilometer entfernt befinden. Auch „Ärzte ohne Grenzen" erwartet in absehbarer Zeit keine Lösung.

Denn mit der wärmeren Jahreszeit soll es zu einem weiteren Flüchtlingszustrom kommen.
Zudem wird eine Verschärfung des Asylproblems erwartet: Denn die meisten EU-Staats- und Regierungschefs, einschließlich des belgischen Premierministers Alexander De Croo, denken darüber nach, *„wie man Menschen davon abhalten kann, nach Europa zu kommen, anstatt denen zu helfen, die bereits hier sind".*

+++ UPDATE 19.02. 2023 +++

Grüner Landrat: „Es bricht alles zusammen"

Jens Marco Scherf, Grüner Landrat in Miltenberg in Unterfranken fordert eine Abkehr von der bisherigen Willkommenskultur und will Zäune an der EU-Außengrenze.

„Kein Wohnraum mehr"

Seiner Meinung bricht die Aufnahme-Infrastruktur zusammen, auch wegen der zunehmenden „Ablehnung der Bevölkerung."
„Wir haben 50 dezentrale Flüchtlingsunterkünfte im Landkreis. Die sind voll. Wir brauchen aber jede Woche ein oder zwei neue Unterkünfte. Wir brauchen ein bis zwei Häuser, die wir anmieten können. Wir finden aber keine mehr. Die Bereitschaft in den Gemeinden, weitere Geflüchtete aufzunehmen, nimmt rapide ab."

„Können Menschen nicht mehr betreuen"

„Es ist nicht nur kein Wohnraum da, sondern die Kindergärten sind voll und die Schulen auch. Wir können die Menschen, die zu uns kommen, einfach nicht mehr betreuen."

„Großer Widerstand"

Somit verblieben aber nur mehr Notunterkünfte. Mittlerweile gebe es einen „großen Widerstand in der Bevölkerung". (focus) Auch wegen der Überlastung des Wohnungsangebotes und gescheiterten Integration:
„Da bricht alles zusammen, der Wohnraum ist einfach nicht da, und das absehbare Fiasko wird durch den Familiennachzug dann noch gesteigert… Wir überschreiten unsere Leistungsgrenzen…
Wir müssen auch integrieren. An unserer Berufsschule sind 1800 Schüler, davon 175 Geflüchtete. Wir haben keine Lehrer für noch mehr."

„Unmenschliche und zynische Flüchtlingshilfe"

So „legen die Menschen einen Fluchtweg über Tausende von Kilometern zurück, es gibt Schlepperbanden, Kriminalität, vielfältige Gefahren." Was letztlich aber dazu geführt hat, dass „so wenig Alte, kaum Frauen und wenige Kinder ankommen."

„EU-Außengrenze schützen"

Weil alles in Wirklichkeit „das Gegenteil von humanitärer Hilfe ist", sollten laut Scherf „nah an den Krisenregionen" Asylanträge gestellt werden.
„Es muss möglich sein, die EU-Außengrenze zu schützen, wenn es hilft auch mit einem Zaun und mit legalen Zugängen. Das ist doch normal. Wir müssen doch wissen, wer zu uns einreist.
Dazu müssen wir die Menschen an der Außengrenze registrieren und nicht erst, wenn sie hier sind. Wir leben in der EU von der Freizügigkeit, wir werden dieses hohe Gut nur aufrechterhalten, wenn wir die Außengrenzen unter Kontrolle haben."

Große Zustimmung
Scherf spricht von 98 Prozent Zustimmung welche er mittels Zuschriften erhielt.
„Landräte und Bürgermeister sind froh, dass ich die Probleme so anspreche. Sie sind auch froh, dass ich als Grüner sachlich darüber rede".
Grüne Partei gespalten
„Bei denen, die kommunalpolitisch verankert sind oder die einen realistischen Blick auf die Probleme haben, herrscht große Unterstützung. Einem kleineren Teil meiner Partei, fällt es aber schwer, sich von ihrem geschönten Blick auf die Wirklichkeit zu verabschieden."
+++ UPDATE 22.12.2022 +++

ÖSI-Innenminister lässt sich erpressen: Flüchtlings-Hungerstreiks-Ankündigung

Der österreichische Innenminister Gerhard Karner gerät wegen der Eskalation der Flüchtlingskrise immer mehr in rhetorische Panik. Mangels eigener Ideen und Durchsetzungsfähigkeit blickt er verschämt in die Schweiz, frei nach dem Motto: „Geteiltes Leid ist halbes Leid."
Schweiz als Vorbild
Denn weil auch in Helvetien die 100.000er-Grenze bei den Asylanträgen längst überschritten ist, wurde dort das UNHCR-Flüchtlings-Ansiedelungs-Programm (Resettlement) ausgesetzt. Was aber nur die prekäre Situation in Vorarlberg weiter zuspitzen wird. Bis März 2023 sollen in der Schweiz nur mehr rund 1.000 Personen aufgenommen werden. (oe24)
Neue Rhetorik-Ente: „Asylstopp!"
Eine solche Rhetorik-Blase zum Kalmieren der lethargisch-nörgelnden österreichischen Bevölkerung setzte etwa der Wiener ÖVP-Chef Karl Mahrer in eine warme Büroluft: Zuerst müsste die Außengrenze geschützt werden. In der Folge sollten dann Asylanträge ausschließlich in Staaten mit EU-Außengrenzen wie Bulgarien, Ungarn oder Italien gestellt werden. Eine klassisch österreichische Devise: „Heiliger Antonius, verschon unser Haus zünde andere an."
Würde doch alles EU-Recht widersprechen. Und es ist kaum vorstellbar, dass Karner sich zu einem Alpen-Orban mausern wird.
„EU tut nichts!"
Immerhin haben aber (nach 7 Jahren Flüchtlingskrise) die österreichischen Offiziellen etwas Fundamentales erkannt. Weshalb Karner seine Forderungen hochoffiziell der EU-Kommission vorgelegt hat. Zum x-ten Male freilich: erfolglos.
ÖVP-Traum-Weiblein erwacht: „Asylsystem ist kaputt"
Mittlerweile scheint sich auch die blutjunge ÖVP-Jugend-Staatssekretärin Claudia Plakolm (ÖVP) um die Zukunft des sozialen Friedens und das Ungleichgewicht der zukünftigen demographischen Entwicklung zu sorgen. Und zwar wegen einem seit 2015 offensichtlichem Faktum:
Wonach knapp 99 Prozent der unter 18-jährigen Asylwerber in Österreich männlich sind. Der Staatssekretärins logische Schlussfolgerung:
„Allein an dieser Zahl erkennt man, wie kaputt das Asylsystem ist."
(Krone)

So etwa, dass von den bis Oktober 2022 in Österreich 90.000 Asylanträgen, 74 Prozent von Männern gestellt wurden.
Immerhin zieht aber die jugendlich engagierte Plakolm schon die richtigen Vergleiche:
„Wir haben mehr Asylanträge von unter 18-jährigen Burschen, wie wir Volksschul= kinder im gesamten Burgenland beziehungsweise Einwohner in Zell am See haben. Das geht sich nicht mehr aus."
„Enorme Flüchtlingsströme werden kommen" (Krone)
Allein: Mit diesem düsteren Szenario kommt Plakolm freilich sieben Jahre zu spät. Und deren Verweis auf den Fünf-Punkte-Plan ihres Parteifreundes, dem alten, weißen, aber kaum weiser gewordenen Mann, Innenminister Karner, wird keinen Flüchtling vom illegalen Grenzübertritt nach Österreich abhalten, wo jene dann vom Welcome-Service Bundesheer betreut werden.
„Wir müssen die unkontrollierte Migration nachhaltig stoppen. Gerade im Bereich Jugend wird deutlich, wie wenig das System funktioniert und was für verheerende Folgen es hat."
Genau so gut könnte Plakolm die Forderung erheben: „Nieder mit den Alpen' Freie Sicht bis zum Mittelmeer!"
Die Realität: Flüchtlinge erpressen mit Hungerstreiks-Ankündigung
Somit bekommen die Flüchtlinge, die bisher in Großzelten im sterischen Grenzort Spielfeld untergebracht waren, feste Unterkünfte.
Österreichs Willkommens-Medium, der öffentlich rechtliche Sender ORF atmet – wohl auch im Sinne der konservative-grünen Regierungskoalition – auf:
„Hungerstreik abgewendet: Ein Teil der in der „Wartezone" untergebrachten Menschen hat am Mittwoch einen Hungerstreik angekündigt – und noch bevor er begonnen hat, ist er abgewendet worden" (ORF)
Nichts offenbart die offiziöse ÖVP-Hardliner-Rhetorik-Ente mehr als dieser Umstand: Dass nämlich die österreichische Regierung, seit sieben Jahren, in Sachen Flüchtlingspolitik eine von Soros-NGOs getriebene ist:
Hatten doch am Mittwochnachmittag insgesamt 20 Flüchtlinge (!) am Grenzübergangs-Parkplatz eine nicht angemeldete (!) Kundgebung abgehalten. Bereits nach rund einer Stunde löste sich diese wieder auf.
Pro-Willkommens-Propaganda des ORF
„Rund 30 in Spielfeld untergebrachte Geflüchteten versammelten sich. Sie kommen großteils aus Kriegs- und Krisengebieten in Syrien und dem Irak und wollen – unterstützt von ehrenamtlichen Helferinnen des Vereins „Border Crossing" – mit einer Protestkundgebung und einem Hungerstreik auf ihre Situation aufmerksam machen. Omar, einer der betroffenen Geflüchteten, dazu: ‚Ich komme aus Syrien, aus dem Krieg, und sitze bereits seit 15 Tagen hier im Zelt fest. Ich möchte nur darum bitten, dass ich noch vor Weihnachten in eine feste Unterkunft darf.'" (ORF)
Pro-Welcome-NGO „Border Crossing Spielfeld" organisiert
Alles wird wie immer nach demselben „Refjugee-Welcome"-Muster ausgeführt, wie in einem Drehbuch der Soros-Organisation

„Welcome2EU“: Laut Flüchtlingsinitiative „Border Crossing Spielfeld“ hätten Flüchtlinge ‚keine „Forderungen‘ gestellt, sondern lediglich Bitten geäußert. Sie seien aufgrund der Ungewissheit und Kälte beunruhigt. Derzeit müssen sie etwa nach dem Duschen über ein Freigelände zurück ins Zelt gehen.“ (Krone)

„Harter Asyl-Kurs geht nur ohne Grüne“ (oe24)

Die ganz banale Wahrheit trauen sich in Österreich freilich nur wenige anzusprechen: Dass etwa ÖVP-Kanzler Karl Nehammer mit dem Schengen-Veto gegen Bulgarien und Rumänien sowie seiner Knallhart-Ansage, Zäune um die EU-Außengrenze zu bauen, zwar „aufhorchen“ ließ. Doch:

„Wie glaubwürdig ist Nehammers Hardliner-Auftritt in Brüssel, wenn er zeitgleich in Wien mit den Grünen in einer Koalition sitzt, die von einer Asyl-Krise trotz 100.000 Anträgen im heurigen Jahr nichts wissen wollen. Solange die Grünen jede Gesetzesverschärfung im Kampf gegen illegale Migration torpedieren, wird bei diesem Thema -leider – nichts weitergehen.“ (oe24)

Weihnachtsfrieden in Österreich dürfte es jedenfalls keinen mehr geben…

+++ UPDATE 22.12.2022 +++

Familienvater verstorben

Gestern Mittwoch wurden die lebenserhaltenden Geräte im Beisein der Angehörigen abgeschaltet.

Hilflose und unfähige Politik

Die österreichische Politik reagiert auf den erschreckenden Fall unfähig bis heuchlerisch mit der ewigen Ankündigungs-Rhetorik, welche den Multikulti-Sexual-verbrechen nur Vorschub leistet:

Die letzten erschreckenden **Schlagzeilen** dazu:

„16-Jähriger soll 13-Jährige in Wien vergewaltigt haben“ (DiePresse)

„Frau in Innsbruck auf offener Straße von Afghanen beschimpft und geschlagen“ (Krone)

Hier noch eine **unvollständige Sammlung** von Multikulti-Übergriffen seit 2015:

„Innsbruck; Mädchen starb an Schlafmittel: Zwei Syrer angeklagt“ (Krone)

„Syrer vergewaltigte ukrainischen Mädchen und bleibt auf freiem Fuß“ (exxpress)

„Zwei Syrer sollen zwei Mädchen auf Home-Party vergewaltigt haben“ (oe24)

„Bewährungsstrafe für Afghanen an 11-jährigem Mädchen“ (Tichys Einblicke)

„Fünf Afghanen sollen Obdachlose in Vorarlberger Flüchtlingsheim vergewaltigt haben“ (ORF)

usw.…

+++ UPDATE 21.12.2022 +++

Syrischer Flüchtling schlägt Familienvater hirntot

Auch am dritten Tag nach dem schrecklichen Schläger-Vorfall vor einer Diskothek im Burgenland, mit mutmaßlichem Multikulti-Flüchtlingshintergrund, „löst das tragische Schicksal eines Familienvaters (42) in ganz Österreich Bestürzung aus“. (Krone)

Noch sind nicht alle kriminologischen Details, etwa die Tatwaffen, geklärt: Die Polizei suchte das Umfeld des Tatortes nach einem vermuteten Schlagring oder einem Aschenbecher ab, welche der Angreifer benutzt haben soll.

Totschlag-Anlass: Burgendländische Alko-Flegelei?

Nun wird dieser mögliche Tathergang überprüft: Das bereits hirntote Opfer, Jürgen T., habe „sich gegenüber einer Jugendlichen in der Disco ungebührlich verhalten" (Krone) . Daraufhin habe ihn ein junger Gast zur Mäßigung aufgefordert und dafür „eine Watsche" erhalten. Der mutmaßliche Täter habe daraufhin auf den 42-Jährigen eingeschlagen.
Die Polizei geht davon aus, dass womöglich neben dem Hauptverdächtigen ein zweiter Gast auf Jürgen T. eingeschlagen haben könnte. Auch ein zweiter Schwerverletzter ist zu beklagen: Dieser ist wollte dem Opfer wohl zu Hilfe kommen und dann erlitt einen Nasen- und Jochbeinbruch.

Tatverdächtiger: 18-jähriger 2015er-Flüchtling mit Aufenthaltsrecht in Österreich

Die polizeilichen Ermittlungen konzentrieren sich auf einen 18-Jährigen Hauptverdächtigen: Einen Syrer, wohnhaft seit der Flüchtlingskrise 2015 mit seiner Familie im österreichischen Bezirk Neunkirchen (Niederösterreich): Er soll am Samstag mit einem Freund und einem Mädchen in die Disco nach Schattendorf gefahren sein.
Prekäres Detail: Der syrische Dachdecker- und Spenglerlehrling, soll ausgebildeter Kampfs- und Hobbys-Boxer sein. Er ist nicht geständig.

Wogen gehen hoch im einstigen Muster-Welcome-Land

Viele Gerüchte verbreiten sich derzeitig. Unstrittig hingegen ist: Der Patient wurde mittlerweile für hirntot erklärt. Vermutlich hat Jürgen T. durch einen „wuchtigen Schlag einen Herzstillstand erlitten". Denn: Nach Eintreffen und während der Reanimation der Ersthelfer dürfte dessen Gehirn bereits nicht mehr mit Sauerstoff versorgt worden sein.

Österreichs unendlich langer, schmerzhaft-masochistischer Abschied von der Welcome-Kultur

So bekannte noch am Beginn der Flüchtlingskrise, im Sommer 2015, der österreichische Kardinal Schönborn stolz: „Es ist keine Schande, wenn unser Land bei den Flßchtlingen einen besseren Ruf hat als andere. Einen guten Ruf in Humanität zu haben, dafür brauchen wir uns nicht zu schämen." (ORF)
Langsam aber passiert genau das: Viele schämen sich mittlerweile für diese heillos naive Multikulti-Naivität:
„Wie oft muss es noch derartige Vorfälle geben, bis der ÖVP-Innenminister endlich handelt und das Asylrecht aussetzt sowie bauliche Maßnahmen zum Schutz der Grenze setzt?" – wie FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz in einer Aussendung feststellte. (oe24)

+++ UPDATE 13.12.2022 +++

„Wie in Guantanamo“

Mag sein, dass das Asylunter-Camp in Frankenburg „eng, stickig, schmutzig“ und mit 300 Männern überbelegt ist. Willfährig jedenfalls transportiert ein österreichisches Boulevardmagazin die doch etwas manipulative Einstellung der sich selbst eingeladen Habenden: „Wir werden hier gehalten wie Tiere, das ist ein Gefängnis, wie in Guantanamo, unmenschlich ist das, das ist nicht Österreich.“ (oe24)
Außerdem gäbe es zudem keine Intimsphäre, kaum Abwechslung. – Man fragt sich: Sind die jetzt auf der Flucht in einen Freizeitpark?
Und auch Frankenburgs ÖVP-Bürgermeister Weber ist sich sicher: Aufgrund der zu hohen Belegung von zulässigen 100 Personen „muss da rasch etwas unternommen werden.“

Plötzlich ist Multikulti ein Problem

Etwas grotesk auch die versteckte Argumentationslinie des Welcome-Artikels: Wären doch „300 junge (!) Männer hier untergebracht. – Davor wurde freilich seit 2015 dauernd gewarnt. Und dann sind plötzlich die verschiedenen Nationalitäten – „Viele Ethnien und Religionen auf engstem Raum. Meist Syrer, Afghanen, Pakistani“ der Grund für rassistische Spannungen. Und das in einer Welcome-EU, die seinen Bürgern eine kunterbuntes Multikulti-Wohlfahrt mittels Diversity-Ideologie auferlegt hat.
Was ist also die Ursache für solche Zustände? Dass Österreich mit seinen Aufnahmekapazitäten zu klein oder der Pull-Effekt aus der Dritten Welt zu groß ist?
„Die Betten dicht an dicht in der Halle. Nur durch dünne Leintücher als Vorhänge bis zum Boden getrennt. Jeder Ton hallt.“

Multukulti-Schlägerei wegen gestörter Nachtruhe

Auf alle Fälle müssen sich die verschieden Flucht-Nationalitäten spinnefeind, und auch nicht gerade rücksichtsvoll gegeneinander sein: In der Nacht hatten nämlich einige Syrer gelärmt. Was freilich unter überwiegend jungen Testosteron-Männern nicht unüblich ist. Die Afghanen wollten hingegen Nachtruhe… Schließlich jedenfalls sei Samstag „völlig erbost“ die Stimmung eskaliert. Ein Syrer hätte „wie ein Vogel“ gepfiffen. Daraus wurde dann eine veritable Schlägerei zwischen 40 jungen

Männern, welche nur mittels „Polizeistreifen mit Hunden" getrennt werden konnte. Die Frage, „wer begonnen hat, ist offen" – kann dann aber ja ein Kriseninterventionsteam schlichten. Denn: „Die Stimmung ist angespannt wie in einem Druckkochtopf." – Das klingt explosiv…

Lang her: Österreich mit dem besten Ruf unter Refugees (Kardinal Schönborn)

Lang vorbei auch das Muster-Welcome-Image Österreichs, welches längst heillos überfordert ist, etwa mit einem „Hygiene-Problem: Nur acht Duschen und Toiletten. Beides verschmutzt."

„Es ist aber auch keine Schande, wenn unser Land bei den Flüchtlingen einen besseren Ruf hat als andere. Einen guten Ruf in Humanität zu haben, dafür brauchen wir uns nicht zu schämen." (Kardinal Schönborn, August 2015)

+++ UPDATE 11.12.2022 +++

Von der Welcome- zur Angst-Kultur

„Die Bewohner" der österreichischen Gemeinde „Kirchberg" in der Steiermark „haben einfach Angst" – wie die Krone berichtet.

Pflegenotstand

Sieben Jahre nach der Welcome-Kultur ist die Stimmung endgültig gekippt: Denn bereits in einem Monat sollen die ersten Flüchtlinge im ehemaligen Pflegezentrum Kindberg untergebracht werden.

Was die prekäre Lage des österreichischen Gesundheitssystems ziemlich auf den Punkt bringt: Schließung von Pflegeheimen und Krankenstationen aufgrund Personalmangels.

Krone fragt ängstlich:

„Viele der Flüchtlinge könnten ärztliche Betreuung benötigen. Sind Mediziner und Krankenhäuser darauf vorbereitet? Wie ist die Stimmung in der Bevölkerung?"

Aufgeheizte Adventstimmung in Kirchberg

So habe *„es erst kürzlich eine Protest-Aktion gegeben. Und auch politisch tut sich einiges: Kommenden Freitag will FPÖ-Chef Herbert Kickl anlässlich einer Kundgebung sich um Wählermaximierung kümmern. Was ihm wohl gelingen könnte. Denn „der Zorn der Bevölkerung gegen die geplante Asyl-Einrichtung im ehemaligen Landespflegezentrum richtet sich vor allem gegen ÖVP-Innenminister Gerhard Karner, der der Stadt das Heim aufs ‚Auge' gedrückt hat.*" (Krone)

So was nennt man die Arroganz der Macht, gepaart mit politischer Handlungsunfähigkeit: „Ich hatte nie Kontakt mit ihm." – wie der rote Bürgermeister Christian Sander kleinlaut eingestehen muss. Nachsatz: Er wäre sehr „sehr verärgert".

Einwanderungskritische FPÖ laut Umfrage an erster Stelle

Die nüchternen Zahlen haben es in sich:

„Ihr blaues Wunder erlebt die heimische Innenpolitik aktuell: Die FPÖ liegt weiterhin auf Platz 1, kratzt mit 29 % aber nun sogar an der 30-%-Marke" – ein stetiger Aufwärtstrend seit drei Wochen. Danach folgt die SPÖ mi 25 %, die ÖVP stagniert bei 21 %. Weit abgeschlagen die liberalen Neos (10 %, –2) und die Grünen (9 %, –1 — Vergleich: Letzte Nationalratswahl ca 14%)." (oe24)

Nun aber wäre auch eine inks-liberal-grüne Koalition wie in Deutschland unmöglich. An der FPÖ kommt derzeit niemand mehr vorbei…

Politische Radikalisierung
Erst vor ein paar Tagen titelte oe24 panisch:
„Aktivisten der Gruppierung ‚Letzte Generation für Remigration', ein Teil der rechtsradikalen Gruppierung „Die Österreicher", haben sich am Donnerstag in der Einfahrt der Flüchtlings-Erstaufnahmestelle Traiskirchen festgeklebt."
Caritas Steiermark: „Gute Betreuung und Freizeitgesaltung"
Nur die Caritas lebt noch zur Zeit des Welcome-Euphemismus:
*„Die Flüchtlingshäuser der Caritas Steiermark beherbergen Asylwerber*innen im Rahmen der Grundversorgung im Auftrag des Landes Steiermark.*
*In den Flüchtlingshäusern der Caritas wird Wert auf eine gute Betreuung der Bewohner*innen gelegt. Primäre Betreuungsaufgaben in den Häusern sind Beratung, Hilfe bei der Bewältigung des Alltages, Abklärung von Perspektiven und Unterstützung bei Behördenkontakten. Nach Möglichkeit werden Deutschkurse organisiert und verschiedene Aktivitäten zur Freizeitgestaltung angeboten."* (Caritas)
+++ UPDATE 25.10.2022 – 20:15 +++
Widerstand in Österreich wächst
Trotz Willkommenskultur-Durchhalte-Parolen – etwa vom österreichischen ÖVP-Integrationslandesrat Wolfgang Hattmannsdorfer – und der üblichen Problemlösungs-Inkompetenz, wonach „es jetzt Solidarität unter den Gemeinden braucht", sind sich selbst diese Berufs-Politiker mittlerweile bewusst: Dass „es dann einen Widerstand gibt bei einem Quartier für 30 bis 40 Personen, dann wird es schwierig!" (ORF)
Denn die Bevölkerung vor Ort will keine Zustände wie 2015 mehr erdulden: Mittlerweile lassen schon ein paar Flüchtlingszelte, etwa vor dem Asyl-Erstaufnahmezentrum Thalham in St. Georgen im Attergau (Bezirk Vöcklabruck) „die Wogen hochgehen". Denn „immer noch weigern sich viele Gemeinden Flüchtlinge aufzunehmen" – etwa die kleine Gemeinde Hirschbach im Mühlkreis (Bezirk Freistadt) mit ihrem Widerstand gegen ein abgeschiedenes Quartier für etwa 60 Flüchtlinge in einer ehemaligen Diskothek.
Oberösterreichische Gemeinde will Aurobahn blockieren
Und will die Gemeinde St. Georgen ausgerechnet morgen am Nationalfeiertag die Westautobahn A1 blockieren. Mit einer ähnlichen Aktion hatte man 2015 Erfolg: Damals wurden die Flüchtlingszelte wieder abgebaut. (ORF)
Bevölkerung verunsichert
Grundlos ist der Protest jedenfalls nicht: St. Georgens Bürgermeister Ferdinand Aigner (ÖVP) berichtet von menschenunwürdigen Verhältnissen für die Asylwerber. Etwa dass Asylwerber des Nachts frieren. Mittlerweile seinen – laut Schätzung des Bürgermeisters – alle 17 Zelte, in denen je acht Personen untergebracht werden können, voll.

Mittlerweile wären „durch die erhöhte Anzahl an Flüchtlingen auch sehr viele junge Männer im Ort unterwegs". Was freilich für die Wahrnehmung der Bevölkerung sehr ungut." (ORF)

+++ UPDATE 17:00 +++

System-Medien und -Politiker in Panik: Von Burgenland bis Berlin „Alarmstimmung"

Mittlerweile ahnen es fast alle: Dass sich gerade die Flüchtlingskrise-2015 selbst in den Schatten stellt: „Immer mehr Flüchtlinge wollen nach Europa und strömen über die Grenze nach Ungarn." (oe24)

Systemmedien und ihr Mitleids-Narrativ

Und trotz alledem bedienen System-Medien immer noch das alte Mitleids-Narrativ von den armen, gedemütigten Refugees: „Viele wurden immer wieder von der ungarischen Polizei auf teilweise gewalttätige Art und Weise zurückgejagt. Viele sind krank, einige sterben – so wird mir berichtet – auch an Unterkühlung und Krankheiten. Auch Mohammed aus Afrika hat ein eitriges Bein und kann nur schwer gehen." (oe24)

Und die Mitleidstour endet schließlich so: „Sie wollen nur weg von der Heimat, in ein besseres Leben. Und in die EU…" (oe24)

„Massiv verunsicherte Bevölkerung im Burgenland"

Dass die Verantwortlichen seit 2015 nichts dazu gelernt haben, zeigt folgender Umstand: „Viele der Flüchtlinge wissen gar nicht, dass sie in Österreich oder anderen EU-Ländern kein Asyl bekommen werden." Das ganze Versagen der Politik kriegen dann zuerst die Bürgermeister zu spüren, weil die „Bevölkerung massiv verunsichert ist" (Krone) Und zwar mit Recht: Denn „allein in der Vorwoche sind 3484 Menschen illegal über die burgenländische Grenze" gekommen – was in Gesamtsumme für heuer etwa 63.500 Flüchtlingen entspricht, in etwa der Größenordnung von St. Pölten.

Fragt sich nur, warum die Österreicher vor zwei Wochen einen grünen Open-Border-Politiker zum Bundespräsidenten gewählt haben.

„Berlin am Ende seiner Kapazität"

Dasselbe Theater auch weit entfernten ro-rot-grün regierten Berlin, wo mittlerweile die SPD-Bürgermeisterin Franziska Giffey nur mehr „Alarm" schlagen kann (Welt) „Große Städte" seien nämlich mittlerweile „am Ende ihrer Kapazität – vor allem Berlin, das am attraktivsten ist." (Welt) – zeigte sich die Ex-Welcome-Klatscherin beunruhigt.

Immerhin beherrscht Giffey aber seit 2015 Grundrechnungsarten. Denn „die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine wird stark steigen, wenn die Russen weiterhin ukrainische Energieinfrastruktur bombardieren." Und überdies gäbe es auch „bereits eine große Zahl afghanischer und syrischer Migranten in der deutschen Hauptstadt." Aha…

+++ UPDATE vom 23.10.2022 +++

Wie dramatisch die Lage ist, ventilieren mittlerweile auch eingefleischte Open-Border-Systemmedien:

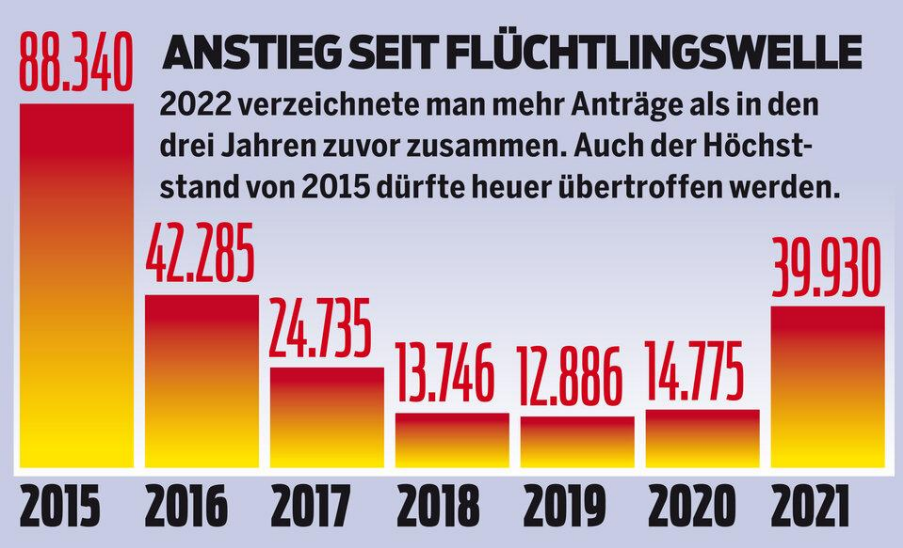
DEUTSCHLAND

„Wir schaffen das nicht mehr!" – Wie lange halten die Städte den Zustrom von Flüchtlingen noch aus? (BILD)

„In diesen Tagen werden Erinnerungen an 2015 wach. Schon wieder bauen Städte Zelte auf, um ankommende Flüchtlinge zu versorgen, schon wieder ein abscheulicher Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft, schon wieder die höchste Flüchtlingszahl seit Jahrzehnten.
Aktueller Zwischenstand: 1,14 Millionen. So viele Menschen sind seit Jahresbeginn nach Deutschland gekommen." (BILD)

ÖSTERREICH

„2022 wird Asyl-Rekordjahr: Heuer 100.000 Anträge? Rekord von 2015 dürfte überschritten werden." (oe24)



© TZ ÖSTERREICH

„Im Schnitt suchten somit knapp 8.000 Menschen pro Monat heuer in Österreich um Schutz an. Sollte dieses hohe Niveau anhalten, dürfte der Rekord von 2015 – damals waren es 88.340 – mit rund 96.000 Anträgen deutlich überschritten werden. Was abgelehnte und eingestellte Asyl-Verfahren angeht, ist 2022 bereits ein Rekordjahr: Mit insgesamt 40.299 solcher Verfahren." (oe24)

+++ UPDATE vom 21.10.2022 +++

System-Medien in Panik: „Neue Flüchtlingskrise befürchtet – Knallhart-Konzept für die Balkan-Route!"

Selbst eingefleischte Welcome-Systemmedien sehen mittlerweile rot und fordern unter einem 180-Grad-Wende-Wording: „Kampfansage an die skrupellosen Menschenschmuggler!" Der Grund für das neue Antiflüchtlings-Framing ist so aktuell wie damals 2015 freilich schon längst: „Steigen doch die Flüchtlingszahlen über die Balkan-Route rasant (19 160 irreguläre Einreisen im September – doppelt so viele wie im Vorjahresmonat)." – wie Bild plötzlich penibelst alarmiert.

Ultra-linke SPD-Open-Border-Innenministerin Faeser sorgt sich plötzlich

Nancy Faeser weiß sich keinen anderen Rat mehr: Sie „lud deshalb zum Krisengipfel." Mit einem für sie wohl bitteren „Ziel der 16 EU-Innenpolitiker und Vertreter der Westbalkan-Staaten: die illegale Zuwanderung stoppen, Chaos wie 2015/16 verhindern." – Orban hat also Recht behalten.

Verwechslung von Ursache und Wirkung

Freilich verwechseln die zuständigen EU-Politiker Ursache und Wirkung: Indem sie „knallharte Jagd auf die Drahtzieher" versprechen. – Welche so naive Polit-tröpfe wie der österreichische ÖVP-Innenminister Gerhard Karner im „Kampf gegen die Schleuser" sehen. – Vom Soros-Flüchtlingsplan (Welt) hat er sicher noch nie was gehört… Oder? Aber immerhin kann Karner plötzlich rechnen: „Wir haben allein in diesem Jahr 480 Schleusern das Handwerk gelegt. Einer von ihnen, ein Rumäne, war für 30 000 illegale Einreisen verantwortlich."
Gerade schwindelig wird es dem an der inneren Sicherheit Österreichs versagenden Politiker bei den „astronomische Summen". Denn für arme Refugees „kostet die Balkanroute ab Belgrad aktuell 3000 bis 5000 Euro." (Bild)

Serbien ist schuld! Nicht Soros!

BILD weiß „Brisant"es zur Ursachenforschung: Stehe doch „Serbien unter Verdacht, Flüchtlinge aus Ländern wie Indien oder Tunesien durch Visa-Freiheit anzulocken, die bequem per Flugzeug kommen." Mittlerweile hoffen auch bisher Under-Cover-Wellcome-Politiker, wie Karner, dass Belgrad seine Zusage, die Verschärfung der Visa-Regeln noch 2022 durchsetzen möge.
Nun müssten Karner und Faeser auf des Österreichers Erkenntnis („Solange die EU-Außengrenzen nicht geschützt sind, gibt es keine Alternative. Die Zeit des Durchwinkens ist vorbei.") nämlich Taten folgen lassen. Niemand hindert(e) sie nämlich daran ihr Militär zur Grenzsicherung an Ungarns Südgrenze zu verschicken. Denn eines ist selbst BILD mittlerweile klar: „Ein Kern-Problem: die noch immer unklare Rolle der EU-Grenz- und Küstenwache Frontex."

Wer gab wohl nur die „Knallhart"-Linie durch?

Welche nun die willfährigen Systemmedien vorgeben…
„Das unterscheidet Deutschland im Jahr 2022 schon mal von der Merkel-Regierung, die 2015 den Dingen einfach ihren Lauf ließ. Mit dem Bankrott-Argument, dass sich Deutschlands 3000-Kilometer-Grenze ohnehin nicht schützen lasse." (Bild)

+++ UPDATE vom 13.10.2022 +++

Österreichs Flüchtlingssystem vor dem Kollaps

4 Tage nach Wahl des grünen Bundespräsidenten

Pünktlich nach der erfolgreichen Wahl des grünen Bundespräsidenten und bekannten Pro-Refugee-Welcomers, van der Bellen, lässt der österreichische ÖVP-Innenminister Gerhrad Karner die ungeschminkte Wahrheit aus dem Sack:

„Zeltlager werden kommen"

Das Ergebnis der dritten Landesflüchtlingsreferentenkonferenz mit Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) und Flüchtlingskoordinator Andreas Achrainer zeichnet dasselbe dramatische Bild wie auch in Deutschland: Das Flüchtlingsaufnahmesystem steht vor dem Kollaps. Deshalb wird auch der Aufbau von Zeltlagern erwogen, und das knapp vor dem Winter.

Ausflüchte: Putin ist schuld!

Als einer der vorgeschobenen Gründe muss Putin herhalten: „Das flächenmäßige Bombardement Putins auf die Ukraine und eine

Torschlusspanik der Schleppermafia." Deshalb erwarte man in den nächsten Wochen einen starken Anstieg ukrainischer Flüchtlinge: „Wir haben 91.000 Menschen in der Grundversorgung, 56.000 davon aus der Ukraine." (Karner)

Serbien ist schuld!

Herhalten muss nun auch der Balkan für die verfehlte Flüchtlingspolitik der EU und Österreichs: Karner spricht von „Torschlusspanik der Schlepper", verursacht durch die geplante Verschärfung der Visaregeln durch Serbien per Ende des Jahres. Das Problem ist dem Innenminister aber seit langem bekannt – und auch noch mehr: Dass nämlich das Gros der klassischen Welcome-Refuges aus Ländern (Nordafrika, Bangladesch, Indien…) kommt, für die es so gut wie keine Asylgründe gibt.

Das Boot ist doch voll

Während bei der letzten Flüchtlingskrise 2015 noch die Devise galt: „Das Boot ist noch lange nicht voll." (Ex-Flüchtlingskoordinator Christian Konrad) – ist jetzt Ernüchterung angesagt. Das Spätsommermärchen der Welcome-party ist over… Karner wusste natürlich längst von der dramatischen Situation: Denn die Plätze sind gerade in der Bundesbetreuung voll. Flüchtlingskoordinator Achrainer kleinlaut: „Wir weisen seit Monaten darauf hin, dass wir mit den Kapazitäten an unseren Grenzen sind." Alles reine Beschwichtigungsrhetorik: Etwa dass man die von der Bundesbetreuung betreuten Einrichtungen seit zweieinhalb Jahren von 13 auf 28 Einrichtungen erweitert habe. Auch die nüchterne Statistik zeichnet ein katastrophales föderalistisches Versagen: So wären „rund 8.000 Menschen aktuell in Bundesbetreuung, 5.600 davon zu Verfahren zugelassen und könnten schon in die Betreuung der Länder." Leider aber weigern sich die Bundesländer.

Denn die intensive Suche nach neuen Quartieren wäre nicht ausreichend genug gewesen – so Achreiner. Auch das neue Ziel des obersten Flüchtlingsbetreuers zeichnet eine düstere Prognose: „Mein oberstes Prinzip ist, Obdachlosigkeit vermeiden. Aber wir haben die Kapazitäten nicht mehr. Menschen, die in Österreich sind, müssen aber gut versorgt werden. Wenn die Zahl hoch bleibt, müssen wir andere Formen finden und werden nicht um Zelte herumkommen, wenn wir in den Ländern nicht zusätzliche Quartiere bekommen."

Dramatisch auch die Situation für besonders gefährdete Flüchtlingsgruppen: Familien mit Kindern, allein reisende Frauen. Denn: Die Zeltlager wären ausschließlich für männliche, allein reisende Flüchtlinge vorgesehen.

Alles steht übrigens noch in den Sternen: Es könnten keine seriösen Angaben zu dem Wann und Wo dieser Zeltlager gemacht werden. Immerhin malt aber Karner schon ein Menetekel an die Wand: Nämlich Bilder und Situationen, wie 2015 zu verhindern. (Agenturberichte)

Was will Karner von der aggressiven deutschen Pro-Welcomer-Innenministerin Faeser (SPD) **?**

Wozu also der sinnlose Lärm? Dass sich nämlich heute Karner mit der deutschen Innenministerin Nancy Faeser und EU-Flüchtlingskommissarin Ylva Johannson trifft, um über die Situation auf europäischer Ebene zu

beraten – wie es im diplomatischen Appeasement-Jargon salbungsvoll heißt.
Ach ja, ganz vergessen: Der Grüne Welcomer-BP van der Bellen wurde übrigens auch von der ÖVP als Spitzekandidat promotet…
„**Der Bundespräsident, ein verschlagener und verlogener Banause…**" (Thomas Bernhard)
…„der Kanzler ein piffiger Staatsverschacherer." (Th. Bernhard: „Heldenplatz" 1988)

+++ UPDATE v. 03.10.2022 +++

Folgetreffen in Belgrad und Wien geplant

Der ungarische Ministerpräsident Orban wies darauf hin, dass dieses erste Eröffnungstreffen eines von mehreren sein wird. Alle drei Länder, Ungarn, Österreich und Serbien, wären sehr stark von illegaler Migration betroffen und würden darunter „leiden". Indem diese drei Länder ihre eigenen Grenzen schützen, tun sie das auch für ganz Europa. Ungarn würde alle Verpflichtungen aufgrund seiner Schengen-Mitgliedschaft erfüllen. Ein zweites Treffen soll in Belgrad stattfinden, zur Realisierung konkreter Schritte. Das dritte Treffen findet dann in Wien statt.

Grenz-Schutzwall möglichst weit nach Süden verschieben

Außerdem müsse die Grenz-Verteidigungslinie so weit wie möglich nach Süden verschoben werden, welche sich jetzt aber noch an der serbisch-ungarische Grenze befindet. Obwohl die ganze Welt zur Zeit zwar andere Probleme hätte – wie etwa Energiekrise, Ukraine-Krieg und -Sanktionen – werde aber „viel Energie, Vitalität und Geld im Kampf gegen die Migration verbraucht", was er als „heroisch" bezeichnete. Weil aber nach wie vor trotzdem das Problem Migration nicht genügend beachtet werde, hätte Ungarn dieses Gipfeltreffen initiiert. Außerdem wäre Ungarn von zwei Seiten betroffen: aus dem Osten aufgrund des Ukraine-Krieges und aus dem Süden aufgrund der „kontinuierlichen Belagerung der Grenze".
Laut Orbán ist die Situation entlang des Westbalkanroute die ernsteste aller europäischen Migrationsrouten, wo bereits „Schmuggler scharfe Waffen gegeneinander und gegen Grenzschutzbeamte einsetzen".

Drei Forderungen

1. Verschiebung des Verteidigungs-Walls so weit wie möglich nach Süden. Zuerst an die serbisch-mazedonische Grenze.
2. Alle illegalen Migranten müssen wieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Was die EU umsetzen müsse.
3. Sogenannte Flüchtlings-Hotspot sollten außerhalb Europas eingerichtet. Was aber aufgrund einer Gesetzesänderung schwierig wäre, weil die Debatte diesbezüglich zum Stillstand gekommen ist.

Vucic: „Wollen kein Flüchtlings-Hotspot werden"

Der serbische Präsident Aleksandar Vucic dankte Orban für den „außergewöhnlichen Empfang" und sagte: Orban habe immer den Mut und die Kraft, wichtige regionale Fragen anzusprechen. Außerdem kämen viele russische Flüchtlinge nach Serbien, zurzeit bereits 17.000. Sie sollen eine einjährige Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Österreichischer Bundeskanzler: „Ich unterstütze die Abschiebung durch die EU"

Laut Karl Nehammer ist auch Österreich sehr stark betroffen, auch wenn es selbst keine EU-Außengrenze hat. So seien bereits 70.000 Pakistaner und 80.000 Ukrainer aufgenommen worden. Migration ist für Österreich ein Sicherheitsthema, das auch die soziale Stabilität bedroht. Deshalb solle eine enge Zusammenarbeit mit der serbischen Polizei gegen die Menschenschmuggler aufgebaut werden. Deshalb müssten also die nordmazedonischen Behörden unterstützt werden, die aber über die Kompetenz und das Fachwissen in dieser Frage verfügen. Nehammer betonte: Er unterstütze nachdrücklich die Abschiebung durch die EU.

+++ UPDATE v. 30.09.2022 +++

Ungarisch-österreichisch-serbischer Migrations-Krisen-Gipfel in Budapest

Dieser soll am kommenden Montag in Budapest stattfinden: Das Hauptthema ist das gemeinsame Vorgehen gegen illegale Migration – wie Bertalan Havasi, stellvertretender Staatssekretär für die Pressestelle des Premierministers, am Donnerstag gegenüber MIT bestätigte

Laut Nachrichtenagenturen gab der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer am Mittwoch gegenüber Reportern bekannt, dass er sich nächste Woche mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban und dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic treffen werde, um über Migration zu diskutieren. Er sagte, alle drei Länder wollten das organisierte Verbrechen und den Schmuggel bekämpfen, um so den und den Migrationsdruck an den Grenzen zu verringern.

+++ UPDATE v. 28.09.2022 +++

Hilflose Placebo-Panik: Österreich vor Grenzkontrollen zur Slowakei

Das österreichische Innenministerium macht es Tschechien nach: Ab Donnerstag-Mitternacht Null Uhr werden an der österreichisch-slowakischen Grenze wieder Grenzkontrollen durchgeführt. Begründung: Anhaltende und eskalierende Schlepperaktivitäten.

Tschechien hat bereits heute Mittwoch mit Kontrollen zur Slowakei begonnen. Deshalb möchte – oder besser: kann nun – wohl auch der österreichische Innenminister Gehard Karner (ÖVP) nicht mehr nachstehen, indem er daraufhin im ORF-Staatsfernsehen (gegen Brüssel immer als unangenehm geltende) Grenz-Aktion ankündigte.

„Reagieren, bevor die Schlepper reagieren": „Weiße Kastenwägen"

Des Ministers Satz offenbart blanke Hilflosigkeit. Die Maßnahme: In erster Linie sollen dabei sogenannte Schlepperfahrzeuge – „das sind meist weiße Kastenwägen" – überprüft würden – ist natürlich völlig grotesk und wirkungslos. Denn die Migranten werden ja umgehend ins österreichische Asylsystem weiter gereicht. Trotzdem hält der österreichische Innenminister die Bevölkerung weiterhin zum Narren: „Wir haben bereits an der Grenze zu Ungarn und zu Slowenien umfangreiche Maßnahmen gesetzt. Jetzt wird die Polizei auch an der Grenze zur Slowakei kontrollieren. Wir müssen schneller sein als die Schlepper." (Karner).

Vorbild Ungarn

Slowenische Links-Regierung baute Grenzzaun bereit im Juni ab

Darob verliert freilich der Brüssel-servile Innenminister kein Wort. Zur Auffrischung der geostrategischen Grenzlage seien dem Innenminister geographisches Schulwissen inklusive einer Landkarte beigeschoben: Ungarn hat Außengrenzen zu folgenden Staaten, die auf der sogenannten West-Balkan-Flüchtlingsroute liegen, insgesamt nämlich 2009 km. Davon grenzen an Österreich 366, an die Slowakei 515, an die Ukraine 103, an Rumänien 443, an Serbien 151, an Kroatien 329 und an Slowenien 102 km.

Hier die **Lagebeurteilung** durch UM **an der slowenischen Grenze vom 15.7.2022**:
Die slowakische Innenministerin Tatjana Bobnar sagte zum Auftakt des Abrisses: „Der Zaun kann Migration nicht stoppen. Aber er hat viele Tragödien verursacht, als die Flüchtlinge versuchten, ihn zu umgehen. Und viele starben im Kolpa-Fluss."Bobnar bekräftigte damit Sloweniens Kehrtwende in der Migrationspolitik hin zu mehr Solidarität mit Migranten. Der Zaun wäre nur eine Übergangslösung gewesen und nunmehr inakzeptabel, ein fester Bestandteil des Grenzschutzes des Landes zu werden.

2015 als Schutz gegen Flüchtlingsmassen

Der Zaun sollte 2015 als Reaktion auf die Flüchtlingskrise verhindern, dass illegale Einwanderer aus Kroatien nach Slowenien gelangten. Der 51 km lange Teil des Zauns wird nun von der slowenischen Armee demontiert, während die restlichen 143 km von einer Privatfirma abgebaut werden.

„Schwerer Fehler"

Die rechte Opposition sieht darin einen schweren Fehler: Wäre doch der Entscheidung weder eine Analyse der Sicherheitslage noch eine Bewertung durch Experten vorausgegangen.

Österreichs Grenzschutz bedroht

Allein ein kurzer Überblick über die Grenzsituation zeigt, dass sich durch den Abriss vor allem der Migrationsdruck auf Österreichs Grenzen massiv verstärken wird.

Serbische Polizei beschlagnahmt Waffen von Flüchtlingen

Und alles zu einer Zeit, wo etwa die serbische Polizei am Donnerstag im Rahmen einer groß angelegten Operation große Mengen an Waffen, Munition und Messern von Migranten beschlagnahmt hatte – wie das serbische Innenministerium mitteilte. (vadhajtasok) Insgesamt wurden drei Maschinengewehre, ein Gewehr, vier Pistolen, 12 verschiedene Messer sowie Macheten, Äxte, Boxer und 182 Schuss verschiedener Kaliber konfisziert. Weiters Drogen und sechs gefälschte Ausweise.
Der serbische Innenminister Aleksandar Vulin kündigte ein entschiedenes polizeiliches Vorgehen an:
„Serbien wird nicht zulassen, dass Kriminelle aus Asien auf seinem Territorium operieren. Serbien ist kein Parkplatz für Migranten und wird nicht zulassen, dass unser Leben in irgendeiner Weise von Kriminellen bedroht wird, die mit dem Elend der Menschen handeln."

Nach offiziellen Angaben halten sich derzeit etwa 6.000 illegale Einwanderer in Serbien auf. Diese werden nun versuchen, die EU über Österreich zu erreichen – unter Umgehung Ungarns, das für seine massiven Grenzschutz bei den illegalen Migranten gefürchtet ist.

Ungarn verstärkt Grenzregime

Ungarn errichtete als erstes Land 2015 einen Grenzzaun zu Serbien und Kroatien. Laut Ministerpräsident Viktor Orbán belagern weiters Hunderttausende von Migranten die ungarische Grenze. Und das Land sieht sich zur Selbsthilfe ermächtigt:

„Da die Europäische Union uns weiterhin nicht hilft, muss Ungarn allein seine Südgrenze schützen. Die Regierung hat somit beschlossen, eine Grenzjagdtruppe bis September einzurichten."

+++ UPDATE v. 22.09.2022 +++

Burgenländische Sozialisten: Österreichische Regierung soll mit Orbán über dramatische Migrationssituation verhandeln

„Sie kommen in Gruppen !"

Die Lage ist so dramatisch, dass langsam auch die ehemaligen sozialistischen Welcome-Klatscher nicht mehr weiter wissen: Allein letzte Woche wurden 3.000 illegale Migranten aufgegriffen, sodass die burgenländische Bevölkerung verunsichert wäre. An Spitzentagen sollen sogar bis zu 700 Aufgriffe stattfinden. Auch der österreichische Boulevard schlägt langsam panische Töne an, die an Alien-Filme erinnern: „Flüchtlinge: Sie kommen in Gruppen über die Grenze." (oe24) Am besten ziehen in der Alpenrepublik dann immer noch katholische Vergleiche: So sei „es zugegangen wie bei einer Fronleichnam-Prozession. Gruppen von 40 bis 60 Menschen marschieren in der Dunkelheit ungestört über die grüne Grenze" – so der entsetzte oe24-Reporter.

„Überraschte Ösi-Soldaten"

Doch „trotz der konstanten Belastung" blieben „die Bundesheerler motiviert". Obwohl jeder weiß: Mit der Heerestauglichkeit ist es nicht weit her: „Nach einer gewissen Zeit setzt selbst bei den sehr engagierten Soldaten Erschöpfung ein, da der Ansturm einfach nicht abnehmen will." (oe24) Die Realität: In den veralteten Bundesheer-Pfadfinder-Zelten schlafen Grundwehr-Bubies, die am frühen Morgen Energiedrinks eintanken. Vermutlich fürchten sie sich vor den durchtrainierten Überlebenskünstlern aus dem Nahen und Mittleren Osten…

„Bewohner verzweifelt"

Besonders in den Grenzbezirken Neusiedl, Oberpullendorf und Oberwart wären „Anrainer und Regionalpolitiker immer verzweifelter": Oft würden „sich die Geflüchteten in Garagen oder Gärten verstecken, Bushaltestellen werden als Schlafstellen genutzt."

„Von der Politik im Stich gelassen"

In einem offenen Placebo-Brief forderten nun 55 sozialdemokratische Lokalpolitiker, dass sowohl ÖVP-Chef Nehammer als auch das ÖVP-geführte Innen- und Verteidigungsministerium endlich wirksame Maßnahmen gegen die illegale Migration ergreift sollen. Doch die die Regierung würde den Kopf in den Sand stecken – wie Neue Kronen Zeitung berichtete.

„Orban solls richten !"
Wien solle sofortige Verhandlungen mit Orbán aufnehmen… Seltsame Töne sind nun plötzlich aus den Mündern der ehemaligen SPÖ-Welcome-Partei zu vernehmen: Ungarn hätte nämlich auf einmal die Pflicht, die EU-Außengrenze zu sichern. Ebenfalls ein linkes Tabu wird nun gebrochen: Die Einrichtung von Asylzentren außerhalb der EU.
Die Forderung zusätzlicher Polizei- und Militärkräfte zum Schutz der österreichischen Grenze ist lächerlich und sinnlos: Fungieren diese ja nicht anders als eine Willkommens- und Verteilerbehörde.
Natürlich hindert die feministisch-angehauchte Verteidigungsministerin Tanner niemand daran, ein paar Tausend gut ausgebildete Soldaten mit ein paar Dutzend Schützenpanzer an den ungarischen Grenzwall Richtung Serbien zu schicken…
ÖVP gibt Schwarzen Peter zurück
Typisch für die österreichische Asylpolitik: Wären es ja gerade die Sozialdemokraten auf nationaler und europäischer Ebene, die Verfahrenszentren außerhalb der EU verhindern. Demnach solle „SPÖ-Landeshauptmann Doskozil seine Parteifreunde in Wien und Deutschland davon überzeugen, dass es in der Asylfrage eine härtere Linie braucht", erklärte ÖVP-Politiker Fazekas.
+++ UPDATE v. 21.09.2022 +++
Welcomerin SPD-Innenministerin Faeser „in Sorge"
„Deutlich mehr Flüchtlinge auf der Balkanroute"
Der ultralinken deutschen SPD-Innenministerin Nancy Faeser „bereitet die deutlich steigende Zahl an Flüchtlingen, die über den Balkan nach Deutschland kommen, Sorge" (Welt) – wie die radikalen Welcomerin über diverse System-Medien ventilieren ließ: So hätte die Migration über Serbien nach Deutschland wieder deutlich zugenommen.
„Hilferuf aus Sachsen"
Gleichzeitig bestätigte sie auch einen Hilferuf aus dem Bundeslands Sachsen – und kündigt Gespräche mit der serbischen Regierung an, frei nach der Devise. Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis.
„Warum auf einmal jetzt ?"
Was sie aber seit 2015 immer noch nicht versteht: „Warum die Migration auf einmal so zugenommen hat". (Welt) – Aha… Langsam scheint sich Faeser der Weisheit eines Hamlets zu bedienen: „Die Welt ist aus den Fugen…"
Faeser realitätsbewusst: „Wir sehen verstärkte Migration über Tschechien, über Österreich – auch nach Deutschland." Hamlet: „Und Schmach und Gram, dass ich sie einzurichten kam: „Ich habe mit meinen beiden Kolleginnen und Kollegen darüber schon gesprochen, was wir gemeinsam auch tun können." (Faeser)
„Wir beobachten schon seit zwei Wochen."
Immerhin beobachte Faeser das ungebührliche Verhalten illegaler Migranten schon länger, nämlich „schon seit zwei Wochen. Und wir sind schon am Handeln, um dort die Bewegung auch umzulenken." Aha… Bisher galt doch immer: „Kein Mensch ist illegal."

Leider wird aber die Volksweisheit „Heiliger Sankt Florian. Verschon‘ unser Haus, zünd andere an.“ – nicht funktionieren… Das schwant auch Faeser: „Wir haben bislang noch ausreichend Kapazitäten, aber es ist sehr knapp.“ Die Arbeitskreise tagen also munter weiter: „Deswegen habe sie auch die kommunalen Spitzenverbände in ihr Ministerium eingeladen, um über das weitere Vorgehen zu sprechen.“ Viel Erfolg also noch beim Umleiten der Migrantenverbände…

+++ UPDATE v. 18.09.2022 +++

Schwedische Studie: 8 von 10 Flüchtlinge uraub(t)en im Heimatland

Das, worüber schon relativ schnell nach der Flüchtlingskrise-2015 viele Medien berichteteten: Dass nämlich die Schutzsuchenden dort „Urlaub machen, wo sie angeblich verfolgt werden“ (Welt oder krone)..,
…hat jetzt eine schwedische Studie belegt: Denn 79 Prozent von ihnen kehrten in ihr Geburtsland zurück, um dort Urlaub zu machen. Die Novas-Umfrage richtete sich an 1050 im Ausland geborene Personen, die Befragung fand zwischen dem 18. und 24. August statt. (bulletin.nu)
Werfen wir eine Blick nach Deutschland, wo natürlich „Flüchtlinge“ sich ebenfalls von der anstrengenden Schutzsuche trotz all-inklusive-Versorgungspacket in ihrer Heimat erholen wollen:

Seit Jahren geduldet: Urlaub in Syrien und Afghanistan

Wie die deutsche Bundesagentur nach Recherchen der *Welt am Sonntag* bereits 2016 (!) bestätigte, gab es damals schon bekannte Fälle, wo anerkannte Asylwerber, die sogar eine Arbeitslosenunterstützung (Hartz-IV) erhalten, einfach so in ihr Heimatland fahren, um sich dort mit deutschem Geld einen schönen Lenz zu machen. Also Personen aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan, die in Deutschland Asyl erhalten hatten, fliegen in ihre alte Heimat, verbringen dort ein paar schöne Wochen und kehren erholt und entspannt wieder nach Deutschland zurück um weiter und mit neuer Kraft „Schutz zu suchen“.

Aus „Datenschutzgründen“ bleibt Urlaubsort geheim

Die Regelung für Deutschland ist schon seit jahren folgende: Hartz-IV-Empfänger (Arbeitslose) dürfen drei Wochen pro Jahr ortsabwesend sein, ohne dass das Arbeitslosengeld gekürzt wird. Wo man sich während dieser Ortsabwesenheit (Urlaub) aufhält, braucht man dem Staat nicht bekanntzugeben. Man müsse nur sagen, dass und wie lange man fort ist. Für eine Ortsangabe, wo man sich während des Urlaubs befindet, fehlt in Deutschland die gesetzliche Grundlage.
Selbst wenn ein Betreuer einer Arbeitsagentur herausfinden würde, dass sein Klient etwa eine Urlaubsreise nach Syrien plane, müsste der Betreuer aufgrund des Datenschutzes diese Information geheim halten. Doppelter Schutz für Schutzsuchende sozusagen.

+++ ERST-Artikel vom 15.9.2022 +++

Flüchtlingskrise eskaliert erneut

16.9.2022: Ungarn gewinnt die „Schlacht bei Röszke“

Manchmal sind „Jubiläen“ unerbittlich und beängstigendes Menetekel zugleich. Der ungarische Ministerpräsident Orban erinnerte gestern

auf facebook an den Höhepunkt der gewaltsamen Flüchtlings-Invasion an der serbisch-ungarischen Grenze – und an den Wendepunkt aus ungarischer Sicht: Am 16.09.2022, „vor sieben Jahren fand die Schlacht von Röske statt. Die Südgrenze unseres Landes wurde von Tausenden illegaler Einwanderer belagert. Wir haben die ungarischen Grenzen verteidigt und tun dies seither jeden Tag."
Hier ein youtube-Video zum Grenzsturm… Und meine Analyse „Fake-News und Flüchtlingskrise-Krise"

„Demnächst wird hier alles belegt sein, und was dann?" (Spiegel)

Selbst das Pro-Flüchtlings-Blatt, der Spiegel, sorgt sich: „Rund eine Million Ukrainevertriebene wurden seit Kriegsausbruch in Deutschland registriert, zusätzlich kommen wieder mehr Geflüchtete aus anderen Staaten. Insbesondere der Blick nach Österreich lässt die Behörden bangen. (Spiegel) Mit anderen Worten: „Die Länder warnen vor den Grenzen der Aufnahmefähigkeit."

„Die Lage hoffnungslos, aber nicht ernst."

Aufgrund dieser geheimen österreichischen Staatsdoktrin ging einst schon das mächtige Habsburgerreich den Bach der Geschichte hinunter. Doch halten sich Mentalitäten hartnäckig… Denn seit 2015 gibt es von österreichischer Seite keinen Willen, etwas diesbezüglich zu ändern…

„Polizei schickt Asylsuchende quer durchs Land, viele stranden oder verschwinden" (Standard)

Die Reaktion österreichischer Behörden auf den erneuten Flüchtlingsansturm, ist ein partielles Staatsversagen und erinnert an das berühmte Zitat des Journalisten Peter-Scholl-Latour: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, retten nicht Kalkutta. Sondern wird selbst Kalkutta." – Derzeit erlebt man das in Innsbruck, wo „Geflüchtete um Essen und warme Kleidung betteln. Sie wurden ohne Versorgung von Ostösterreich für ihre Erstbefragung in den Westen geschickt." (Standard)

Bekannt geworden ist aus der Habsburgermonarchie auch die typisch österreichisches Staats-Agenda des „Weiterwurschtelns": „Eine Gruppe junger Männer … aus Syrien, Afghanistan und Indien, wurden vor wenigen Tagen im Burgenland von der Polizei aufgegriffen, mit einem Zugticket ausgestattet" und nach Innsbruck „zu einem Gebäude im Wald direkt hinter dem Gefängnis geschickt." (Standard) – Entgeistert fragt sich nun selbst das österreichischen Willkommens-Blatt, der Standard: „Aber wieso?"

Bundes-Asyl-Quartiere überfüllt

Aus einem einfachen Grund: Seit Anfang des Jahres explodieren die Asylantragszahlen mit mehr als 60.000. Die Entlastungs-Strategie der burgenländischen Behörden im Osten des Landes, mit seiner Grenze zu Ungarn, greift auf eine weitere altbekannte Habsburger-Agenda zurück: Für sogenannte Erstbefragungen kutschiert man die aufgegriffenen Flüchtlinge (per behördlichem Erlass von Anfang August) nun „nicht mehr mit Bussen zur Befragung", sondern erlaubt ihnen die eigenständige Anreise". (Standard) – Wohl weil es weniger Aufsehen um hässliche Bahnhofsbilder produziert.

„Wohltemperierte Unzufriedenheit"

Und so wie damals in der Habsburgermonarchie wird das Problem nun also einfach ignoriert und über das ganze Land verteilt. Damals lautete nämlich die offizielle Staatsdoktrin zur „Lösung" des Nationalitenkonfliktes: Man müsse diese Nationalitäten nur in einer „wohltemperierten Unzufriedenheit" halten. Der Rest ist bekannt…

Bettelnde Flüchtlinge auf Innsbrucks Straßen

Benachbarte Wohlstandsbürger-Anrainer der Justizanstalt Innsbruck berichten Schauerliches: So seien Flüchtlinge „zu ihren Häusern gekommen und hätten um ein Stück Brot oder eine warme Jacke gebettelt…" (Standard) Die umgehend alarmierte Polizei verhielt sich hilflos: Denn weil Campieren auf dem Gelände ja behördlich verboten ist, hätten die hoffnungslos Schutzsuchenden u.a. "in der Unterführung vor dem Gefängnis geschlafen und gegen die Kälte ein Feuer gemacht." – Ist verständlich…

Die Aussage des Chefs der Tiroler Fremdenpolizei, Harald Baumgartner, ist eine Mischung aus Zynismus und Resignation: Würden doch die „Menschen bei der Befragung mit Wasser versorgt" und könnten „bei Bedarf auch ein Essen anfordern" – es wäre aber „keine reguläre Verpflegung vorgesehen". Denn bis zur Aufnahme in die Grundversorgung sind sie tagelang auf sich selbst verwiesen, welches sie in Eigenverantwortung mit Gratis-Zugticket ansteuern müssen. Fahren sie dann aber zum nächstgelegene Aufnahmezentrum in Salzburg, werden sie von dort wieder zurück in den Osten, nach Traiskirchen oder Baden, verschickt.

„Ertsaufnahmezentrum Traiskirchen überfüllt"

Hier angekommen, erwarten dann die Schutzsuchenden „Riesenschlangen vor der Essenausgabe", Befund: „Die Asyllage in Österreich spitzt sich zu." (oe24) Somit freilich ist „Asylzentrum an der Kapazitätsgrenze" angekommen: Flüchtlingshelfer sprechen mittlerweile von 2.500 Untergebrachten – laut halboffiziellen Zahlen sind es mindestens aber 1.800. (ORF) Mittlerweile soll es keine Schlafplätze mehr geben.

Der Traiskirchner Bürgermeister nimmt das hässliche Wort „Massenlager" in den Mund: „Menschen werden wie Zahlen behandelt", und: „Menschen müssen auf dem Gehsteig schlafen, und Kinder sind in der Früh am Schulweg mit Obdachlosigkeit konfrontiert." (ORF) Besonders skandalös seiner Meinung nach: „Neuankommende, die eigentlich Plätze in anderen Bundesländern hätten, werden mit Taxis nach Traiskirchen gebracht."

Inder kommen per Flugzeug

Auffällig viele Inder sollen vor Ort sein. Der Grund: Per Flugzeug können sie visumsfrei nach Serbien einfliegen. Den Rest der Reise in den gelobten Westen organisieren Schlepper und rekrutieren gewaltige Profite (inklusive Flugticket kostet alles um die 10.000.- EUR)

Viele Refjugees tauchen einfach unter

So wurden in den vergangenen zwei Wochen rund 7000 Asylanträge gestellt, aber nur etwas 500 zusätzliche Aufnahmen für Grundversorgungsbezieher registriert. Eine beunruhigende Zahl in Hinblick auf die öffentliche Sicherheit…: Sind die Chancen auf Asyl etwa für

Migranten aus Nordafrika oder Indien gleich Null… Österreich hat also die Kontrolle über die Flüchtlinge einfach aufgegeben.

Hilflose Tiroler Behörden vor dem erwarteten ÖVP-Landtagswahl-Desaster

Ein Teufelskreis des jahrelangen Wegschauens schließt sich: Die Bundesquartiere sind überfüllt sind, die Länder kommen aber ihren Flüchtlings-Aufnahmeverpflichtungen aus populistischen Gründen nicht nach. Für die in Tirol (mit den Grünen regierende) ÖVP zeichnet sich ein Wahldesaster für der 25. September ab: Sie soll nunmehr auf 26 % zurückfallen (Minus 18%) fallen. Und auch der rege Revival-Willkommens-Aktivismus der Grünen (Wahlumfrage: Minus 3% auf insgesamt 8%) ist längst gescheitert – nämlich am „Vorschrift-ist-Vorschrift"-Bürokratismus: Etwa die rührigen Samariter-Versuche des Grünen Innsbrucker Gemeinderats Mesut Onay, nämlich seine Schutzsuchenden in einem Flüchtlingsheim unterzubringen…: Diesen fehlt nämlich der offizielle Status. Dann bleibt nur noch die (überfüllte) Notschlafstelle.

Staatliche Verschwörungstheorien machen die Runde

So streute Traiskirchen SPÖ-Bürgermeister Andreas Babler auf Twitter in einem Video an ÖVP-Innenminister Karner den „Verdacht", dass jener die Situation aus reinem parteipolitischem ÖVP-Kalkül heraus eskalieren" gelassen hätte: Nämlich um das Thema Flucht und Migration in Österreich hoch zu treiben und von Regierungsversagen … abzulenken." – So hilflos wie 2015 blieb dann auch des Bürgermeisters Forderung zur „bessere Umverteilung der Flüchtenden" – und hilflos auch des Innenministers Begründung: Nämlich der „aktuell hohen Zahlen an illegaler Migration aus wirtschaftlichen Gründen".

UM warnte seit Monaten

Immerhin ist sich der Innenminister aber mittlerweile des Ernstes der Lage bewusst: Dass nämlich doch derzeit „die Lage an der EU-Außengrenze Ungarn-Serbien besonders schlimm" wäre. Von dort sickern nämlich beunruhigende Nachrichten durch: Weil „immer mehr Migranten aus Rumänien kommen, beschloss die rumänische Grenzpolizei, die operativen Einheiten zu verstärken." (vadhajtasok)

Die österreichischen Maßnahmen zur Eindämmung der erneuten Flüchtlings-Invasion muten freilich immer noch lächerlich-rührend an: Man habe – so Innenminister Karner – zusätzliche 20 Polizisten aus Österreich an die Grenze entsendet". Grotesker Befund: „Weil wir sehen, dass das erfolgreich ist". (oe24)

Hier unsere Serie „Migrationsdruck an Österreichs Grenze eskaliert" auf UM.

„Ungarn – Der Verteidiger der christlichen Zivilisation" (Papst Pius II, 1456)

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt.

Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von**

17,80.- (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

https://unser-mitteleuropa.com/berlin-zwei-maedchen-in-evangelischer-schule-von-erwachsenem-niedergestochen/
Berlin: Messerattentat in Schule durch „psychisch kranken Erwachsenen“ +UPDATE+
Kommt „Berhan S.“ aus „strenggläubiger Familie“?
04. 05. 2023

+++ UPDATE v. 22:42 Uhr +++
Mittlerweile haben auch andere Medien unsere Recherchen bestätigt. Auf BILD wurde ein Foto des mutmaßlichen Täters gepostet (Quelle: Facebook).
++ +UPDATE v. 17:08 Uhr +++
Kommt der „deutscher“ Täter aus „strenggläubiger Familie“?
Inzwischen wissen wir, um wen es sich bei den Messerstecher handelt. Der „38-Jährige“ ist „Deutscher“ mit türkischem Migrationshintergrund und kein unbeschriebenes Blatt. Der wegen verschiedenen Delikten Vorbestrafte ist (natürlich) psychisch krank und landet deshalb (natürlich) nicht im Gefängnis, sondern in der Psychiatrie.
Wie von unserer Redaktion schon vermutet wäre es für den Mainstream (natürlich) unangenehm eingestehen zu müssen, dass der gute Mann am Ende erwa „religiös“ ist. (siehe unsere Befürchtung im Update weiter unten).
Bleiben wir bei den Mainstreammedien und „arbeiten“ uns von heute bis in die Vergangenheit durch. Beginnen wir mit dem ***Tagesspiegel* von heute**:
Die Schlagzeilevon heute:
„Messerangriff auf Schülerinnen in Berlin-Neukölln: Täter soll in Psychiatrie – wohl wegen Drogenkonsums krank“
und weiter:
„Die Staatsanwaltschaft Berlin sieht beim Täter Berhan S. Anhaltspunkte für eine psychische Erkrankung infolge von Drogenkonsum …“
Und jetzt werfen wir einen Blick in den ***Tagesspiegel* vor 14 Jahren**:
„01.09.2009
*Nach der Messerattacke auf eine 24-Jährige am Sonnabend in Kreuzberg erhebt die Mutter des Opfers schwere Vorwürfe gegen deren Lebensgefährten. Er soll es gewesen sein, der ihre Tochter niedergestochen und geschlagen hat. Er tyrannisiere sie seit Jahren. Aus Angst vor der **streng gläubigen türkischen Familie** ihres Lebensbefährten habe ihre Tochter sich bislang nicht getraut, sich von dem Mann zu trennen. Wie in einer Teilauflage berichtet, haben die Ermittler Zweifel an dem, was sich angeblich am Samstagabend in der*

Wohnung am Mehringplatz abgespielt haben soll. Das Opfer, Sonja S. – eine Deutsche, deren Mutter Türkin ist – sagte aus, es habe an der Tür geklingelt. Als sie öffnete, habe ein schwarz maskierter Mann sie wortlos niedergestochen. Ihr Lebensgefährte, ***Berhan S****. sei in der Wohnung gewesen und habe die Polizei gerufen. Sonja S. kam in eine Klinik.*
‚Seit Jahren wird meine Tochter von ihrem Freund verprügelt', sagte die Mutter, Gürsel S., dem Tagesspiegel. Das Paar habe eine gemeinsame Tochter (1). ‚Das Kind ist jetzt bei seiner Familie', sagte sie. Ihre Tochter habe ***Berhan S****. als 17-Jährige kennengelernt. Schon vor fünf Jahren habe der Mann Sonja S. während ihres Praktikums in einem Kosmetiksalon ‚grün und blau geschlagen', schildert sie.* ***‚Doch er und seine streng gläubige Familie haben ihr immer wieder gedroht, sie und mich umzubringen, wenn sie bei der Polizei aussagt'****, behauptet die Mutter. Nach Tagesspiegel-Informationen ist Berhan S. polizeibekannt: Elf Anzeigen wegen Bedrohung, mehrerer Nötigungen, Körperverletzungen und Beleidigungen stehen in seiner Akte …"* (Hervorhebungen durch Red.)

War es derselbe Bernhan S.?

Die Polizei und auch die Behörden wissen das natürlich, verrät es uns jedoch nicht. Deshalb sehen wir uns an, was die ***BZ*** **am 30.08.2008** dazu schreibt:

„ … Die Ermittler gehen von einem Beziehungsdrama aus. Aber wer ist der Täter? Ein ehemaliger Liebhaber oder sogar der Freund, der während der Tat in der Wohnung war?
Opfer Sonja S. lebt mit ihrem türkischen Freund ***Berhan (24)*** *und der gemeinsamen Tochter (1) am Mehringplatz. Sie hat der Polizei die Version mit dem Maskenmann erzählt. Doch die Familie der jungen Frau hat einen schlimmen Verdacht, hält den Freund für den Täter.*
‚Das kann nur er gewesen sein', sagt ihre Mutter Gürsel S. (43). ‚Er schlägt sie seit acht Jahren, schließt sie zu Hause ein und hat ihr sogar verboten, eine Ausbildung zu machen.' Über zwanzig Anzeigen habe Gürsel S. wegen seiner Gewalttätigkeit gegen Berhan S. erstattet."

Damals war Berhan demnach 24 Jahre alt. Das kommt gut hin, wenn der „Deutsche" jetzt 38 Jahre alt ist.

Und täglich grüßt der Einzelfall

Im Zuge des Herunterspielens diese „isch mach dich Messer" spricht man natürlich sofort wieder von einem „Einzelfall". Lesen wir wieder in der *Tagesspiegel* – Ausgabe von heute:

„Der Messerangriff war aus Sicht des Senats ein „absoluter Einzelfall und eine Tragödie". Den Angriff hätte man nach aktuellem Wissensstand nicht verhindern können, sagte eine Sprecherin der Senatsbildungsverwaltung am Donnerstag. Der Schutz vor Angriffen, so gut man ihn überhaupt gewährleisten könne, sei an Berliner Schulen sehr gut vorhanden. Der Fall vom Mittwoch sei aber nach derzeitigem Stand nicht zu verhindern gewesen. Das Personal an Berliner Schulen sei für Notfälle dieser Art geschult. ‚Ein Restrisiko wird man niemals ausschließen können'", so die Sprecherin. …

Doch, liebe Frau Sprecherin, das wäre zu verhindern gewesen, wenn man religiös angehauchte polizeibekannte Messerstecher aus dem Verkehr

zieht oder besser noch, solche Figuren umgehend repatriiert und nicht die Staatsbürgerschaft nachschmeist!

+++ UPDATE v. 15:36 Uhr +++

Heiteres Herkunftstraten: Wer ist „Berhan S." ?

Die Vernebelungstaktik des politisch korrekten Neu-prechs zu wird immer grotesker:

Bei dem Täter soll es sich um einen gewissen, für einen authochthonen Deutschen mit 38 Jahren, doch eher unüblichen Vornamen (1 von 100.000) handeln: Berhan S.

Der Zusatz der Staatsanwaltschaft: „ein Deutscher, der in Berlin geboren ist und lebt" schließt zumindest nicht aus, dass er Migrationshintergrund haben könnte.

Nach Informationen des „Tagesspiegel" soll er in der Vergangenheit bereits wegen anderer Delikte aufgefallen, darunter Beleidigung, Diebstahl und Leistungserschleichung (mit anderen Worten: Sozialdienstleistungsbetrug), weiters: (gefährliche) Körperverletzung, Leistungserschleichung, Betäubungsmitteldelikten und Sachbeschädigung.

Weil Recherchieren noch nicht verboten ist:

„Der Name kommt aus dem osmanischen Reich." (firstname)

Hier die Beschwichtigungs-Reaktionen des politische korrekten Berlin:

+++ UPDATE v. 04.05.2023 – 11:08 Uhr +++

„38-Jähriger"

Die Angaben zur Nationalität oder Staatsbürgerschaft des Täters werden weiterhin vernebelt:

Es soll sich um einen „38-Jährigen" handeln, der gegen 15 Uhr über den Zaun der Schule geklettert ist, um die Mädchen im Garten zu attackieren.

Wie zu erwarten gewesen, gehen die Behörden von keiner religiös motivierten Tat aus. (Bild, BZ)

Wer ist der Täter?

Nachdem bis dato nichts über die Herkunft des Täters zu erfahren war ist Folgendes klar:

- Wäre er ein eingewanderter „Schutzsuchender", würde man nicht sich bis jetzt nicht in Schweigen hüllen (können) – denn das würde die Frage aufwerfen, warum man das tut. Zu offensichtlich wäre das „Schweigen".
- Wäre er ein „lupenreiner" Deutscher, hätte man das natürlich sofort mit großer Begeisterung hinausposaunt. Das wäre wohl zu „schön" für die pathologischen Selbsthasser auf das eigen Volk gewesen, um es zu verschweigen.
- Die Schlussfolgerung: Vermutlich ein „Deutscher" mit Migrationshintergrund.

Die „Gefahr" für den Mainstream:

Falls dieser womöglich „religiös" war, würde man das dann – Staatsbürgerschaft hin, Herkunft her" wohl entsprechend zuordnen (müssen). Will man das verhindern? Vermutlich ja! Warten wir ab.

+++ ERST-Artikel 03.05.2023 +++

Zwei Mädchen in evangelischer Schule von „psychisch krankem Erwachsenem" niedergestochen

Zu einer erneuten schrecklichen Messerattacke ist es heute Nachmittag in Berlin in der evangelischen Schule in der Mainzer Straße in Berlin-Neukölln gekommen:
Zwei Mädchen im Alter von sieben und acht Jahren wurden brutal niedergestochen. Eines von ihnen schwebt in Lebensgefahr, das andere ist schwer verletzt. Sie wurden per Helikopter ins Krankenhaus geflogen. Zahlreiche Kinder mussten die Tat mitansehen und sind traumatisiert. Bei dem festgenommen Täter soll es sich nach bisherigen ominösen Angaben um einen „psychisch kranken Erwachsenen" handeln. Er soll am Tatort auf das Eintreffen der Polizei gewartet haben. Ein religiöses oder politisches Motiv kann laut Bildungssenatorin „vermutlich" ausgeschlossen werden. Der Hintereingang der Schule wurde bis 17 Uhr von der Polizei abgesperrt. Verzweifelte Eltern standen vor dem Haupteingang und warten auf ihre Kinder. (bz)

https://www.pi-news.net/2023/05/neukoelln-medien-verschleiern-hintergruende-ueber-berhan-s/

Neukölln: Medien verschleiern Hintergründe über Berhan S.

6. Mai 2023

41

Berhan S. ist bei Justiz und Polizei mehrfach aktenkundig. Die Fälle liegen teils mehr als zehn Jahre zurück.

Von MANFRED W. BLACK | **Wohl nicht zufällig hat der 38-jährige Berhan S. zwei Mädchen in der Evangelischen Kirche von Berlin-Neukölln niedergestochen (PI-NEWS berichtete). Die Kinder hatten friedlich zusammen gespielt.**

Der Gewalttäter stach einer Achtjährigen in den Hals und einer Siebenjährigen mehrfach in den Oberkörper. Beide Kinder haben die Messerattacken nur knapp überlebt.

Name und Aussehen sprechen Bände

Die Mainstream-Medien wollen ihren Lesern weismachen, bei dem Messerstecher handele es sich um einen „Deutschen". Doch bei genauerer Recherche stellen sich die Dinge anders dar.

Der Vorname des Gewalttäters, der von den meisten Medien verheimlicht wird, lautet Berhan: ein Name, der afrikanisch-äthiopischen Ursprungs ist. Das Foto von Berhan S. spricht Bände: Typisch „deutsch" sieht der Gewalttäter jedenfalls nicht aus. Eher zum Beispiel äthiopisch.

Vermutlich hat Berhan S., der angeblich in Deutschland geboren ist, afrikanisch-äthiopische Wurzeln – und womöglich sogar zwei Staatsbürgerschaften. Wie es bei sehr vielen Zuwanderern heutzutage möglich und üblich ist.

Neuesten Schätzungen zufolge sind etwa 50 Prozent der äthiopischen Bevölkerung muslimisch. Viele Muslime dort stehen

Christen alles andere als friedlich gegenüber. „In der jüngsten Vergangenheit haben blutige Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen an dem früheren harmonischen Bild gekratzt" (Deutsche Welle). Die Angreifer sind in aller Regel Muslime.

Mehrfach wegen Gewaltdelikten vorbestraft

Was auch kaum ein Medium berichtet: Der Messerstecher von Neukölln ist mehrfach vorbestraft – wegen Körperverletzungen, Drogendelikten, Sachbeschädigungen und Schwarzfahrens. 2009 soll er auf seine damalige Freundin (24) eingestochen haben.

Auf die Idee, solche kriminellen „Geflüchteten" aus aller Welt in das jeweilige Heimatland auszuweisen, kommt hierzulande kein Richter und kein Politiker aus den herrschenden Parteien. Im Gegenteil: **Jetzt hatte der zuständige Staatsanwalt die Chuzpe, sogar öffentlich zu erklären: „Es gab keine Erkenntnisse, dass er zu Gewalttaten neigt."**

Lügt dieser Anklagevertreter – oder hat er keine Ahnung von dem, was er offiziell erklärt?

Statt Knast wieder psychiatrische Station?

Schon jetzt argwöhnen etliche Beobachter, dass der Messerstecher kaum oder gar nicht bestraft wird. Oft wird ein solcher Täter – insbesondere dann, wenn er aus dem Ausland kommt – in eine psychiatrische Klinik verbracht. Auf unbestimmte Zeit.

Dort lebt es sich zumindest besser als in einer weniger komfortableren Justizvollzugsanstalt. **Über die sehr hohen Kosten der Unterbringung in der Psychiatrie machen sich nur wenige Juristen und Journalisten einen Kopf: Denn der Staat zahlt ja anstandslos. Also der Steuerzahler, der tagtäglich seiner offiziellen Arbeit nachgeht.**

https://www.pi-news.net/2023/05/frankfurt-vater-droht-15-jaehrigen-schiedsrichter-zu-koepfen/

Frankfurt: Vater droht, 15-jährigen Schiedsrichter zu köpfen

8. Mai 2023

Screenshot: Offensichtlich islamischer Vater droht 15-jährigem Schiedsrichter der C-Jugend ihn zu köpfen, weil die Mannschaft seines Sohnes verloren hatte.

Bei einem Pokalspiel der C-Jugend des FC Kalbach 1948 gegen Germania Enkheim am 1. Mai in Frankfurt eskalierte ein wegen Gewalt- und anderer Straftaten polizeibekannter, augenscheinlicher Mihigru-Vater (pol. korrekt: „mit internationaler Herkunft") völlig und ließ raus, was in seiner Unkultur gegenüber „Feinden" so üblich ist.

Nach der Niederlage des FC Kalbach, der Mannschaft seines Sohnes, rannte der 48-Jährige, der schon während des Spiels durch lautstarkes Pöbeln gegen die minderjährigen Schieds- und Linienrichter aufgefallen war, auf das Spielfeld und drohte einem 15-jährigen Schiedsrichter damit, ihn zu köpfen. Die Schiedsrichtervereinigung Frankfurt (SRVGG) lud ein Video des Vorfalls auf Instagram hoch.

Es sollen die Sätze: „Ich köpfe dich. Ich f… deine Mutter", gefallen sein. Schon davor soll der Mann Sätze wie: „Ihr Hurensöhne, seid ihr blind?", gerufen haben. Also ganz entsprechend dem, was wir von dieser Klientel leider mittlerweile schon gewöhnt sind. Sogar Betreuer der unterlegenen Mannschaft gaben an, man kenne derartiges Verhalten des aggressiven Täters schon.

Der Mann wurde wegen Bedrohung und Störung des öffentlichen Friedens angezeigt. Die Polizei ermittelt nun.

Aus Erfahrung ist aber wohl kaum davon auszugehen, dass dem bereits vorbestraften Aggressor ernstzunehmende Konsequenzen drohen, auch nicht, wenn seitens des FC Kalbach 1948, dem Kreisfußballausschuss, dem Kreisjugendausschuss sowie vom Kreissportgericht „spürbare Konsequenzen" gefordert werden.

https://www.pi-news.net/2023/05/santa-fu-drogenhaendler-aufgeflogen-wer-sind-die-dealer/

Santa Fu: Etliche Drogenhändler aufgeflogen – wer sind die Dealer?

7. Mai 2023

34

In der JVA Santa fu wurden am Donnerstagmorgen 13 Zellen von Mitgliedern der Schmuggler-Bande durchsucht – darunter Schwergewichte der Organisierten Kriminalität.

Von MANFRED W. BLACK | Die JVA Santa Fu ist in ganz Deutschland bekannt. Nun hat die Justizvollzugsanstalt in Hamburg-Fuhlsbüttel erneut deutschlandweit Schlagzeilen gemacht: Ausgerechnet hinter den beeindruckenden Mauern der JVA haben etliche Häftlinge über viele Monate einen schwungvollen Drogenhandel betrieben.

Nun ist der Rauschgifthandel aufgeflogen: Hunderte von Beamten aus Justiz und Polizei – aus drei Bundesländern – haben Großrazzien durchgeführt: in zwei Vollzugsanstalten und in zahlreichen privaten Wohnungen und Häusern.

13 Häftlinge handelten mit Rauschgift

Gefilzt wurden nicht nur viele Zellen in Santa Fu und in der JVA Glasmoor (Norderstedt), sondern ebenfalls zwölf Privat-Domizile in Hamburg, Barsbüttel, Hasloh (Schleswig-Holstein) sowie in Hollern-Twielenfleth (Niedersachsen).

Mindestens 13 männliche Gefängnis-Insassen werden von Ermittlern beschuldigt, als Auftraggeber oder sogenannte Läufer am illegalen Santa Fu-Handel mit Kokain, Haschisch, Marihuana und Spice beteiligt gewesen zu sein. Der Drogenschmuggler-Bande gehören summa summarum mehr als 20 Verbrecher im Alter von 19 bis 48 Jahre an, nicht alle sitzen derzeit ein.

Doch wer sind die Rauschgift-Händler, die sich bei ihren Geschäften hinter Gittern sicher fühlten?

t-online verschweigt Hintergründe

Den Beamten gelang es bei den Durchsuchungen, vielerlei Betäubungsmittel (Kokain, synthetische Cannabinoide, Haschisch und Amphetamine) sowie rund 8.000 Euro Bargeld zu beschlagnahmen. „Die Ermittlungen gegen insgesamt 24 verdächtigen Männer im Alter von 19 bis 48 Jahren dauern an", schreibt das Nachrichtenportal t-online.

Aber das linksgrün orientierte Portal verschweigt geflissentlich, dass die Drogenhändler offensichtlich ganz überwiegend Ausländer sind – oder „Deutsche" mit ausländischen Wurzeln.

Einer der Hauptverantwortlichen ist Mehmet S., der eine zwölfjährige Haftstrafe wegen Drogenschmuggels absitzt. Das ins

Gefängnis geschmuggelte Rauschgift wurde offenbar auf Gefängnisfluren und in zahlreichen Zellen gedealt.

Santa Fu-Bande gegründet

Zusammen mit einem Komplizen hatte S. innerhalb der Strafanstalt eine Bande gegründet, die die Rauschgift-Güter in Empfang nahm, die vorher vor allem in Containern zwischen Bananen aus Ecuador versteckt waren und via Burchardkai in Hamburg angelandet worden sind.

Zu dem Drogen-Netzwerk gehörten auch Männer, die im Hamburger Hafen gearbeitet haben: Die Schauerleute sorgten lange Zeit für einen ziemlich reibungslosen Ablauf der Drogentransporte. Vor allem Jason B. – einer der Hauptbeschuldigten – schmuggelte Drogen ins Hochsicherheits-Gefängnis Santa Fu.

Nachdem B. aufgeflogen war – offenbar hat ihn ein Zellen-Nachbar verraten -, packte er als Kronzeuge aus: Er verriet die Machenschaften der „Knast-Mafia" (Bild-Zeitung) an die Ermittlungsbehörden.

Als Kronzeuge hat er aus Sicherheitsgründen die Hansestadt Hamburg mittlerweile dauerhaft verlassen müssen, er lebt nun an einem geheimen Ort. Jason B. schwebt fortan wohl in Lebensgefahr.

Als primäre Rauschgifthändler fungierten in Santa Fu neben Mehmet S. der Hells Angel Wassim El-Ch. (er sitzt derzeit 4,5 Jahre Haft ab), Ismajl Z. (vier Jahre Gefängnis) und der „Drogen-Baron" (Bild) Rocky Feliz G. (sieben Jahre Haft).

BDK: Kriminalität und Resozialisierung im Gefängnis – das passt nicht

Jan Reinecke, in Hamburg Vorsitzender des Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), zieht aus der Razzia in Santa Fu seine eigenen Schlüsse: „Die Ermittlungen und heutigen Durchsuchungsmaßnahmen zeigen, dass der gute und richtige Grundgedanke der Resozialisierung von verurteilten Straftätern bei Berufsverbrechern der Organisierten Kriminalität ins Leere läuft."

Die Haft, so Reinecke, werde von Schwerkriminellen dazu genutzt, neue Verbindungen und Vertriebswege in der Rauschgiftszene zu erschließen – oder sich darüber auszutauschen, was man das nächste Mal besser machen könnte, damit man nicht erwischt wird.

Reinecke fügte hinzu: „Insofern ist die Haftanstalt für Rauschgiftkriminelle auch als Lehranstalt im negativen Sinne zu verstehen."

Mehrere Verdächtige schon wieder auf freiem Fuß

Einige der mutmaßlichen Rauschgift-Dealer, die am Donnerstag in ihren privaten Domizilen unerwarteten Besuch von Polizeibeamten erhalten haben, sitzen nun vorerst in U-Haft.

Die anderen sind „mangels Haftgründen" (Hamburger Abendblatt) schon unmittelbar nach den Durchsuchungen wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

https://www.pi-news.net/2023/05/sindelfingen-doppelmord-bei-mercedes-medien-verschweigen-ethnischen-hintergrund/

Sindelfingen: Doppelmord bei Mercedes – Medien verschweigen ethnischen Hintergrund

11. Mai 2023

Der Vorfall ereignete sich gegen 7.45 Uhr in der Halle 56 bei laufender Produktion. Die Polizei stellte die mutmaßliche Tatwaffe sicher.

Von MANFRED W. BLACK | Am Donnerstagmorgen sind auf dem Gelände des Mercedes-Werks in Sindelfingen (Baden-Württemberg) zwei Menschen erschossen worden. Der 53-jährige Mörder ist festgenommen worden. „Das Tatmotiv ist bislang unklar", schreibt der Südwestrundfunk (SWR). Wie fast alle anderen regionalen und überregionalen Medien, die über den Doppelmord berichten, verschweigt der SWR die beteiligten Ethnien. „Nach Angaben der Polizei ereignete sich der Vorfall gegen 7:45 Uhr in der Halle 56 bei laufender Produktion", berichtet der ARD-Sender in eher verharmlosender Form. Dort wird die Mercedes S-Klasse produziert.

ARD: Kaum Angaben über türkischen Doppelmörder

Ein 44-jährigerWerksangehöriger ist auf dem Werksgelände tödlich und ein weiterer schwer verletzt worden. Der Schwerverletzte erlag kurz darauf seinen Verletzungen.

Der SWR schreibt dazu, die Polizei habe kurz nach den Schüssen einen 53-jährigen Tatverdächtigen festgenommen und die mutmaßliche Tatwaffe sicher gestellt. Genaue Angaben zum Mörder sind beim ARD-Sender weder zu hören noch zu lesen.

Über etliche Stunden bildete die WELT die Ausnahme von der Regel und nannte Ross und Reiter. Das Nachrichtenportal schrieb um 14.20 Uhr: „Nach Informationen von WELT aus Polizeikreisen ist der mutmaßliche Schütze Türke." Bei dem Doppelmörder soll es sich demnach „um einen Gegner des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan handeln". Auch die beiden Ermordeten sind offenbar türkische Staatsbürger. Die WELT fügt etwas nebulös hinzu: „Ob die Tat politisch motiviert war, ist allerdings unklar."

https://www.pi-news.net/2023/05/berlin-juden-schlaeger-aram-a-hat-auch-maedchen-vergewaltigt/

Berlin: „Juden-Schläger" Aram A. hat auch Mädchen vergewaltigt

13. Mai 2023

Jetzt ist herausgekommen: Der Schläger Aaram A., der im Jahr 2021 einen älteren deutschen Juden wegen einer Israelfahne attackierte, hat sich eines weiteren schweren Verbrechens schuldig gemacht: Ihm wird vorgeworfen, vor ganz kurzer Zeit auch ein Mädchen vergewaltigt zu haben.

Von MANFRED W. BLACK | Der Fall machte schon vor rund 18 Monaten Schlagzeilen: Der damals erst 16-jährige Aram A. aus Berlin hat einen älteren deutschen Juden, der am 18. September 2021 an einer Israel-Mahnwache am Hamburger Hauptbahnhof teilgenommen hatte, brutal nieder geschlagen und schwer verletzt (PI-NEWS berichtete).

Der so attackierte Michael T. lag nach dieser Attacke sechs Tage mit einem Joch- und Nasenbeinbruch in einer Klinik, er erlitt schwerwiegende Augenverletzungen: Michael T. ist auf einem Auge fast völlig erblindet.

Der Grund für den schwerwiegenden Angriff: der damals 61-jährige Michael T. hatte mit einer israelischen Flagge auf der Mönckebergstraße für das Existenzrecht Israels und gegen Judenhass demonstriert.

Michael T., dessen jüdischer Großvater seinerzeit das KZ nur knapp überlebte, begegnete seinem Peiniger nach diesem Überfall auch noch zweimal vor Gericht: einige Monate nach der Tat vor dem Amtsgericht und vor wenigen Tagen vor dem Berufungsgericht.

Auch noch ein Mädchen missbraucht

Nach der Attacke in Hamburg war der Angreifer Aram A. von einem Hamburger Amtsgericht zunächst zu einer Gefängnisstrafe von 16 Monaten verurteilt worden – allerdings auf Bewährung. **Gegen dieses extrem milde Urteil hatte der Gewalttäter mit großer Chuzpe jedoch Berufung eingelegt. Jetzt hat die richterliche Berufungsinstanz, das Hamburger Landgericht, ihr Urteil gefällt. Der Täter ist nunmehr zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden – freilich wiederum auf Bewährung. Außerdem muss der Schläger 60 Stunden Sozialarbeit leisten und ein Anti-Gewalt-Training absolvieren.**

Mehrere Zeitungen – zum Beispiel die Hamburger Morgenpost – berichteten über die beiden Gerichtsverhandlungen, verschwiegen aber den ethnischen Hintergrund des Gewaltverbrechers.

Syrische Wurzeln werden verschwiegen

Informationen der Bild-Zeitung zufolge (Regionalausgabe Hamburg) hat Aram A. kürzlich auch noch ein junges Mädchen in Berlin vergewaltigt. Nähere Informationen zu diesem neuerlichen Verbrechen verweigert die Berliner Staatsanwaltschaft bisher – unter Verweis auf das „niedrige Alter" des Täters.

Auch die Berliner Verteidigerin des heute 18-jährigen Verbrechers – Jessica Grimm, die auf Berufungs- und Revisionsverhandlungen spezialisiert ist – will sich bisher zu den neuerlichen Vorwürfen bezüglich ihres Mandanten nicht äußern.

Zu vermuten ist, dass „der Juden-Schläger“ (Bild) bald erneut vor Gericht gestellt wird. Ob er dann wiederum lediglich eine Bewährungsstrafe erhält, lässt sich derzeit nicht sagen.
Was fast alle Medien bisher verschweigen: Der junge Verbrecher hat syrische Wurzeln. Ob er als „Flüchtling“ in die Bundesrepublik kam, ist bisher unklar.

https://www.pi-news.net/2023/05/mitteleuropa-im-bann-der-einzelfaelle/
Mitteleuropa im Bann der „Einzelfälle“
13. Mai 202329
Von MANFRED ROUHS | Im Internet kursieren zahlreiche Videofilme, die handfeste Konflikte in mitteleuropäischen Großstädten zeigen. Oft sind sie undatiert oder aus dem Zusammenhang gerissen – und deshalb für jede seriöse journalistische oder politische Bewertung unbrauchbar. Wir zeigen Ihnen hier sieben Fälle von 2023, die wir sachlich, örtlich und zeitlich genau einordnen können.

Das erste Video wird seit dem 10. Mai 2023 in den Niederlanden öffentlich diskutiert. Es entstand in der südholländischen Gemeinde Pijnacker-Nootdorp. Die Zeitung „De Telegraaf“ schreibt dazu, die Angreifer seien 13, 14 und 15 Jahre alt. Demnach wären sie als Jugendliche anzusehen und nicht voll schuldfähig.

Das zweite Video zeigt eine Massenschlägerei in Hildesheim am 17. April 2023. Daran waren nach Angaben der Polizei 35 Personen beteiligt. Es handelte sich offenbar um Mitglieder verfeindeter Familienclans.

Am 7. März 2023 wurde bei Twitter ein Video veröffentlicht, das einen Konflikt in der Hamburger Fußgängerzone zeigt. 20 Streifenwagen der Polizei waren im Einsatz, es gab 48 Platzverweise – und gerade einmal drei Festnahmen.

Die Silvesternacht 2022/23 hatte viele Gesichter. Unser viertes Video, aus Frankfurt a.M., zeigt eines davon.

In Berlin war Silvester allerdings noch schlimmer. Wie schlimm, lässt das fünfte Video erahnen.

Einige hundert Kilometer weiter westlich ist es nicht besser. Das sechste Video zeigt Brüssel bei Nacht im Februar 2023.

Besonders dramatisch war der Neujahrstag 2023 im rheinischen Euskirchen. Hier gingen rund 40 Personen aufeinander los. Einige von

ihnen waren mit Messern und Macheten bewaffnet. Erst als ein Polizist einen Warnschuss in die Luft abgab, zerstreute sich die Menge, wie unser siebtes Video zeigt.

Ja, hier war die Polizei der Retter in der Not. Rainer Wendt, der Vorsitzender ihrer größten Gewerkschaft, erklärt im achten Video auf eine Frage des ehemaligen Regierenden Berliner Bürgermeisters Frank Henkel hin den übergeordneten Zusammenhang zwischen den vielen einzelnen Gewalttaten.

Wann finden endlich solche mahnenden Stimmen Gehör?

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://journalistenwatch.com/2023/05/16/drei-junge-maenner-pruegeln-in-s-bahn-auf-familie-ein/

Drei junge "Männer" prügeln in S-Bahn auf Familie ein

Drei "junge Männer" schlagen in einer Berliner S-Bahn auf eine Familie ein. Weil einer der "jungen Männer" sein Handy am Tatort verloren hatte, konnte die Bundespolizei nun endlich einmal einen Ermittlungserfolg vermelden.

In einer S-Bahn der Linie Berliner S-42 konnte eine Familie am vergangenen Sonntagnachmittag am eigenen Leib die Segnungen der bundesdeutschen Migrationspolitik erleben**. Der verbalen Auseinandersetzung zwischen einer dreiköpfigen "Jugendgruppe" und der Familie folgte stehenden Fußes die brutale Antwort. Wie die BZ berichtet, habe das Trio auf die Familienmitglieder mit brutaler Gewalt eingeschlagen, bevor sie beim Halt am S-Bahnhof Frankfurter Allee flüchteten.**

Die migrantische Bereicherung fasst die Polizei mit den Worten zusammen: Ein 55-Jähriger und ein 26-Jähriger erlitten Schürfwunden im Gesicht, eine 47-Jährige hatten die Angreifer mehrfach durch Faustschläge am Kopf getroffen. Beim Eintreffen der Einsatzkräfte wurde die Frau ohnmächtig, sie wurde ins Krankenhaus verbracht.

Da jedoch einer der Gewaltimporte bei der Prügelattacke sein Handy am Tatort verloren hatte, gelang es der Bundespolizei, alle Tatverdächtigen in kurzer Zeit zu identifizieren. Der wahninnige Ermittlungserfolg unserer Polizei: Im Verlauf des Abends erschienen mehrere Personen im Bundespolizeirevier Berlin-Lichtenberg, um das verlorene Handy abzuholen. **Dabei konnten drei syrische Staatsangehörige im Alter von 18 und 19 Jahren als Tatverdächtige wiedererkannt und namhaft gemacht werden.**

Die Stimmung in der Bevölkerung spiegelt sich aktuell in den BZ-Kommentaren wider:

Ich habe es so satt.
Ihr könnte den Terminus “Syrer” ruhig in die Überschrift einbauen, damit wir das nicht überlesen…
Da haben und die Schutzbedürftigen aber wieder richtig schön bereichert. Zum Glück kommen immer mehr! Weiter so, das Land wird immer lebenswerter mit den ganzen Goldstücken!
“drei syrische Staatsangehörige”…na Glückwunsch was muss noch passieren bis die Politik endlich aufwacht?!?!
Sind dann blöd und versuchen, das während der Prügelei verlorene Handy bei der Polizei wieder abzuholen Und Journalisten wundern sich, dass in Bremen 10% der Stimmen an eine Partei „Bürger in Wut“ gehen.
Bevor ich wieder bei Twitter gesperrt werde formulieren heute so,,, ich freue mich täglich sehr auf Neuigkeiten unserer neuen fleißigen Fachkräfte die bei uns ihre Kultur frei ausleben dürfen, wir sollten uns ihrer Kultur mal anschließen um unsere Gastfreundschaft zuzeigen
“WIR SCHAFFEN DAS!” Ja, sehen wir… Großartige Leistung. Wir gehen vor die Hunde….
Alltag in Buntland ! Ihr habt es so gewollt !
Feige nicht nur beim Übergriff, nee, dann laufen die schnell weg, die feigen B……! usw. usw. usw.
(SB)

https://www.pi-news.net/2023/05/gruenes-gewoelbe-raub-milde-gerichtsstrafen-kaum-oeffentliche-kritik/

Grünes Gewölbe-Raub: Milde Gerichtsstrafen – kaum öffentliche Kritik

17. Mai 2023

48

Migrantenbonus: Nach fast 50 Verhandlungstagen kommen die sechs angeklagten Mitglieder des Remmo-Clans nun mit zum Teil milden Strafen und wegen eines Justiz-Deals vorerst frei.

Von MANFRED W. BLACK | Vor über einem Jahr verübten Banditen einer Großfamilie einen der spektakulärsten Kunstdiebstähle in Deutschland. Nun ist nach einem langen Prozess und einem eher umstrittenen Deal zwischen Gericht und Verteidigung das Urteil des Dresdner Landgericht ergangen.

Der Kunstraub aus dem Grünen Gewölbe am 25. November 2019 hatte auch international Schlagzeilen gemacht. Die Täter erbeuteten 21 Schmuckstücke aus Diamanten und Brillanten im Wert von über 1,6 Millionen Euro, und die Verbrecher verursachten zusätzlich einen Schaden in Millionenhöhe dadurch, dass sie einen Stromkasten und ein Fluchtauto in Brand gesetzt hatten, um Spuren zu verwischen.

Seit Ende Januar 2022 standen die Einbrecher im Alter zwischen 24 und 29 Jahren vor Gericht. Sie gehören allesamt zum bekannten arabisch-stämmigen Berliner Remmo-Clan, sie waren im Zuge von Razzien festgenommen worden.

SZ verschweigt wichtige Fakten

Ziemlich blauäugig schreibt der linke Berliner Kurier dazu: Vier von ihnen hätten „vor Gericht ihre Beteiligung an dem Einbruch zugegeben und Reue gezeigt".

Die Süddeutsche Zeitung (SZ) berichtet in einem längeren Artikel, dass die „fünf Männer" (SZ) zu Haftstrafen zwischen vier Jahren und vier Monaten sowie sechs Jahren und drei Monaten verurteilt worden sind.

Das sächsische Gericht hat sie am Dienstag der besonders schweren Brandstiftung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung, Diebstahls

mit Waffen, Sachbeschädigung und vorsätzlicher Brandstiftung schuldig gesprochen.

Die SZ bringt es in ihrer Berichterstattung freilich das Kunststück fertig zu verschweigen, dass die Schwerverbrecher Araber sind. Mit großer Chuzpe unterschlägt das linksgrüne Münchner „Leitmedium" auch die Nachnamen der Schwerverbrecher: Bei der SZ wird aus dem berüchtigten Namen „Remmo" einfach „R."

Immer wieder Remmo

Ohne den viel diskutierten Deal hätte den Clan-Mitgliedern ein Freiheitsentzug von bis zu 15 Jahren gedroht. Auf der Anklagebank saßen sechs Männer aus der Großfamilie Remmo, die heute zwischen 24 und 29 Jahre alt sind; ihnen ist nachgewiesen worden, dass sie den berüchtigten Goldmünzen-Diebstahl aus dem Bode-Museum 2017 haben.

Einer der Angeklagten wurde freigesprochen: Er hatte für die Tatzeit ein Alibi, das ein Krankenhaus ausgestellt hat.

Die Zwillingsbrüder Abdul Majed und Mohamed Remmo, ihr älterer Bruder Ahmed Remmo, ihre Cousins Rabieh Remmo und Wissam Remmo sowie Bashir Remmo hatten zu Beginn des Prozesses noch beharrlich geschwiegen. Doch Ende 2022 kam dann die Wende: Einige der Räuber legten Geständnisse ab, und sie gaben einen Teil der Beute zurück.

Berliner Bürger sind irritiert

Dieses Vorgehen sollte sich erheblich strafmildernd auswirken. Der Haken an der Sache: Nur 18 der insgesamt 21 geraubten Schmuckstücke tauchten wieder auf – und dies auch noch teils erheblich beschädigt.

Was wohl kaum ein rechtschaffender Berliner Bürger noch verstehen kann: Die Banditen bekommen vorerst „Haftverschonung mit Verkündung des Urteils, da sie bereits seit bis zu zweieinhalb Jahre in U-Haft sitzen" (Bild-Zeitung). Die noch abzusitzende Haft „können sie später in Wohnortnähe antreten und verbüßen" (Bild).

Kritik von der Linken und der AfD

Der „Deal" zwischen Gericht und Verteidigung hat einen faden Beigeschmack, „wenn man bedenkt, wie viel Schaden die Täter angerichtet und dass sie mindestens mit ihrer Brandstiftung in der Tiefgarage Menschenleben gefährdet haben", sagte der Linke-Fraktionschef im sächsischen Landtag, Rico Gebhardt.

Der AfD-Abgeordnete Thomas Kirsten kritisierte: „Kriminelle Clans gehen in Sachsen auf Raubzug, liefern im Anschluss brav einen Teil der Beute wieder ab und werden dafür mit Zugeständnissen verhätschelt."

Nur Bild reagiert mit beißendem Spott

Als fast einzige Zeitung hat die Bild-Zeitung jetzt mit beißendem Spott auf die Urteile von Dresden reagiert. Bild prognostiziert, dass der verurteilte Gewaltververbrecher Mohamed Remmo bei „guter Führung" in der JVA schon nach zweiundhalb Jahren wieder auf freiem Fuß sein könnte.

Auch rechnet die Zeitung damit, dass die anderen Häftlinge aus dem Remmo-Clan bald nach ihrem Haftantritt zu Freigängern avancieren könnten: Dann bräuchten sie sich im „offenen Vollzug" zumindest am Tage nicht im Gefängnis aufzuhalten.

https://www.pi-news.net/2023/05/afd-abgeordneter-bent-lund-in-schleswig-holstein-niedergestochen/

AfD-Abgeordneter Bent Lund in Schleswig niedergestochen!

22. Mai 2023

Am Abend des 18. Mai wurde ein heimtückischer Mordanschlag auf einen AfD-Politiker des neu gewählten Kreistages im Kreis Schleswig-Flensburg verübt.

Am Abend des 18. Mai wurde ein heimtückischer Mordanschlag auf einen AfD-Politiker des neu gewählten Kreistages im Kreis Schleswig-Flensburg verübt. Der Kenntnisstand auf Seiten des Verfassers ist wie folgt:

Am Abend des Vatertags versuchte eine aus zwei Männern und einer Frau bestehende Tätergruppe aus dem Umfeld eines Schleswiger Clans mit Migrationshintergrund den AfD-Politiker Bent Lund, ebenfalls aus Schleswig stammend, aus einem Mercedes-SUV heraus mitsamt dessen Motorrad von der Straße abzudrängen. Als das nicht gelang, folgten die Täter dem Opfer bis vor dessen Haustür. Unter der Androhung ihn „kaltmachen" zu wollen, sprühte man dem Opfer Pfefferspray ins Gesicht. In der Folge hielt einer der Männer das Opfer fest, während der andere mehrfach auf Herrn Lund einzustechen versuchte. Herrn Lund gelang es, vier Stichversuche abzuwehren, wurde aber durch einen fünften schwer getroffen. Das Messer drang im Bereich des Schulterblatts 8cm tief in den Körper ein und verfehlte nur knapp das Herz.Lund wurde sogleich mit einem Notarztwagen in die Helios-Klinik in Schleswig transportiert und ärztlich versorgt. Die Staatsanwaltschaft geht von lebensbedrohlichen Verletzungen aus. Lund verließ trotz seiner Verletzungen auf eigenen Wunsch die Klinik, aus Sorge um seinen 16-jährigen Sohn, der sich weiter alleine in der gemeinsamen Wohnung befand. Auch gegen diesen werden von Seiten des Täterkreises nach Erklärung Dritter Morddrohungen erhoben.

Zur Zeit befindet sich der Sohn an einem sicheren Ort und wird geschützt. Aufgrund des Mordanschlags auf seinen Vater und der gegen ihn

ausgesprochenen Morddrohungen ist der 16-Jährige traumatisiert und befindet sich in psychologischer Behandlung.
Die Täter befanden sich am Freitag noch in Polizeigewahrsam. Nachdem zuerst die lokale Polizei von einer „Nachbarschaftsstreitigkeit" ausging, sind nach Erlangen einer weiterführenden Kenntnislage nunmehr sowohl die Kriminalpolizei wie auch der Staatsschutz in die Sache involviert. Die Ermittlungen dauern an.
Zwischenzeitlich hat das Amtsgericht Schleswig reagiert und auf Antrag Lunds und dessen Sohnes einen nicht anfechtbaren Beschluß nach §1 Gewaltschutzgesetz gegen zwei der Tatverdächtigen erlassen. Bei Verstoß gegen die darin erlassenen Auflagen droht ein Ordnungsgeld in Höhe von 250.000 Euro ersatzweise Haft. Zusätzlich ist die Strafbarkeit bei Verstoß festgestellt.
Zur Vorgeschichte: Bereits in den Wochen vor der Tat sind Personen aus dem Umfeld des Opfers und dessen Besucher mehrfach von Mitgliedern aus dem Clan als „Nazis" verbal attackiert worden. So auch am Abend vor der Tat, als eine mehrköpfige Personengruppe zuerst Herrn Lund die Zufahrt zu seiner Wohnung versperrte und diese nur widerwillig freigab. In der Folge kam es vor dem Haus zu einem Handgemenge mit Verletzungen auf beiden Seiten. Dabei lag das Kräfteverhältnis bei zehn zu zwei (zehn männliche und weibliche Personen mit Migrationshintergrund auf der einen, und Lund nebst seinem Sohn auf der anderen Seite). Videos der Tat sind dem Verfasser wie auch der Polizei bekannt.
Anläßlich eines Klinikbesuches am Abend trafen die Protagonisten erneut aufeinander. Dabei kam es zu Pöbeleien vonseiten der Migranten gegen Lund und dessen Begleiter. Auch hier wurden erneut Drohungen gegen Herrn Lund ausgesprochen. Das Klinikpersonal musste die Polizei verständigen.
Aus Sicht des Verfassers ist hier von einer schweren politischen Straftat in Tateinheit mit vorsätzlicher, versuchter Tötung (Mordabsicht) auszugehen. Inwieweit eine Berichterstattung in den Medien des shz durch einen, wohl eher „Aktivisten" denn Journalisten, des Flensburger Tageblatts zur Vergiftung des politischen Klimas beigetragen hat, mag im Auge des Betrachters liegen.
(Pressemitteilung der AfD-Fraktion Schleswig-Holstein)

https://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-aktuell/afd-politiker-in-schleswig-auf-der-strasse-niedergestochen-84020562.bild.html
HAFTBEFEHL GEGEN IRAKER

AfD-Politiker auf der Straße niedergestochen
Von: THOMAS KNOOP
22.05.2023 - 20:48 Uhr
Schleswig (Schleswig-Holstein) – Blutige Attacke auf einen AfD-Politiker: Der Schleswiger Kreistagsabgeordnete Bent Lund ist niedergestochen worden.
Das bestätigt Oberstaatsanwalt Bernd Winterfeldt gegenüber BILD. Demnach wurde der Politiker „am Abend des 18. Mai 2023 in Schleswig im Rahmen einer körperlichen Auseinandersetzung mit einem Messer verletzt".
Ein Iraker (31) wurde als Täter festgenommen. Ein Richter erließ Haftbefehl wegen Wiederholungsgefahr. Der Vorwurf ist gefährliche Körperverletzung.
Messer soll nur knapp das Herz verfehlt haben
Laut AfD war Lund auf seinem Motorrad unterwegs. Zwei Menschen in einem Mercedes-SUV hätten versucht, ihn von der Straße abzudrängen. Als das nicht gelang, seien sie dem Politiker bis zu dessen Haustür gefolgt. Dann sollen die Angreifer ihrem Opfer Pfefferspray ins Gesicht gesprüht und mehrfach auf ihn eingestochen haben.
Das Messer sei acht Zentimeter tief eingedrungen, habe Lunds Herz nur knapp verfehlt.
Der Lokalpolitiker kam mit einem Notarztwagen in die Helios-Klinik in Schleswig. Später entließ er sich auf eigenen Wunsch selbst – angeblich aus Sorge um seinen Sohn (16), der sich allein in der gemeinsamen Wohnung befand und auch gefährdet sei.
Jan Petersen-Brendel, designierter Fraktionschef der AfD-Fraktion im Kreistag Schleswig-Flensburg: „Aufgrund des Mordanschlags auf seinen Vater und der gegen ihn ausgesprochenen Morddrohungen ist der 16-Jährige traumatisiert und befindet sich in psychologischer Behandlung."
Oberstaatsanwalt Bernd Winterfeldt: „Der Hintergrund der Auseinandersetzung ist unklar und gegenwärtig Gegenstand der noch andauernden Ermittlungen."

https://www.pi-news.net/2023/05/bremen-15-jaehriger-ukrainer-zwingt-minderjaehrige-zur-prostitution/

Bremen: 15-jähriger Ukrainer zwingt Minderjährige zur Prostitution

26. Mai 2023

Ein erst 15 Jahre alter Jugendlicher aus der Ukraine soll in Bremen ein ebenfalls ukrainisches minderjähriges Mädchen zur Prostitution gezwungen haben (Symbolbild).

Von ALEX CRYSO | *„Was wollt Ihr später einmal werden, wenn Ihr groß seid? Drogendealer? Langzeitarbeitslose? Bankräuber? Zuhälter?*" Längst sind die alten Witze, in denen junge Ausländer nach ihrer Zukunft in Deutschland gefragt werden, von der Realität überholt worden.

Jüngstes Beispiel: Ein gerade mal 15-jähriger Ukrainer aus Bremen, der eine minderjährige Landsmännin zur Prostitution gezwungen haben soll und auch des Menschenhandels angeklagt wird. Innerhalb weniger Monate sollen sich im Frühjahr dieses Jahres sieben Personen an der Geschädigten sexuell vergangen haben.

Am Mittwoch hatte die Polizei mehrere Wohnungen in Bremen durchsucht, um bei vier Männern diverse Beweismittel sicherzustellen. Insgesamt wird gegen sieben Personen wegen sexuellen Missbrauchs von Jugendlichen sowie Zwangsprostitution ermittelt. Der 15-jährige galt in der Angelegenheit jedoch als federführend.
Ansonsten herrscht auch hier die alte Leier vor: Als „Schutzsuchender" nach Deutschland kommen, das ganze Leben lang nur Stütze kassieren und im Deutschkurs durchfallen während die Verbrecherkarriere wie am Schnürchen funktioniert.
Früh übt sich mittlerweile wohl auch bei den Ukrainern, von denen wir über eine Million im Land haben. Das traurige Kapitel der minderjährigen Straftäter wird unterdessen nahtlos fortgesetzt.

https://www.pi-news.net/2023/05/wegen-handy-foto-telekom-mitarbeiter-von-tuerken-hingerichtet/

Wegen Handy-Foto: Telekom-Mitarbeiter von Türken hingerichtet

27. Mai 2023

Abdulsamet Y. (r.) erschoss den Telekom-Mitarbeiter Christian Nolte (l.) in der Tiefgarage eines Hochhauses.

Von MANFRED W. BLACK | Der Mord war wie eine Hinrichtung. Die Ermittler rätselten lange. Erst nach Wochen gelang es

Spezialkräften der Polizei, den heimtückischen Täter und seinen Helfer festzunehmen.
Welcher Ethnie die Festgenommen angehören und dass sie offenbar „polizeibekannt" – also wohl Gewohnheitsverbrecher – sind, berichtet fast kein Medium. Auch die Namen der Festgenommenen werden gezielt unter Verschluss gehalten.
Die linke Frankfurter Rundschau zum Beispiel schreibt: „Kräfte des SEK nahmen einen 26-jährigen Dortmunder und einen 29-jährigen Wittener fest." Das ist aber nicht einmal die halbe Wahrheit.
Sieben Schüsse
Vor zweieinhalb Monaten ist das 58-jährige männliche Opfer tot in einer Bochumer Tiefgarage gefunden worden. Ganz in der Nähe der Ruhr-Universität wurde der Mann am 7. März durch sieben Schüsse getötet. Der Sachbearbeiter der Telekom hatte auf dem Fahrersitz seines geparkten Autos – einem Audi TT – gesessen, als er von hinten hingerichtet wurde.
Für Hinweise zur Ergreifung der Täter hatte die Staatsanwaltschaft zunächst eine Belohnung von 5000 Euro ausgesetzt. Allerdings ohne Erfolg.
Eine eher nichtige Streitsache
Ein paar Tage vor dem Mord, am 3. März, hatte es einen eher unwichtigen Streit auf einem Supermarkt-Parkplatz in Dortmund gegeben: Abdulsamet Y. (26), so heißt der spätere – türkische – Täter, bemerkte angeblich, dass der Telekom-Angestellte Christian Alfred Nolte – aus welchen Gründen auch immer – ein Handyfoto von ihm geschossen hatte. Y., der offenbar zumindest in Teilzeit als Pizzafahrer gearbeitet hat, rief den Notruf an und wollte wissen, ob solche Aufnahmen erlaubt seien.
Das allein sei nicht verboten, hieß es bei der Polizei. Das beruhigte den Anrufer aber nicht: „Der Türke schmiedete offenbar einen unfassbar perfiden Mordplan" (Bild-Zeitung).
Täter verfolgt sein Opfer
Nach dem Streit Anfang März setzte sich der wütende Y. in sein Kombi-Fahrzeug und verfolgte den Handy-Fotografen Christian Nolte – bis zu seiner Arbeitsstelle. Dort gab es erneut eine Auseinandersetzung. Nolte weigerte sich – nach Aussage des Mörders – angeblich, das vermeintlich gefertigte Foto zu löschen.
Nichtsahnend ging der Telekom-Angestellte vier Tage später zu seinem grauen Audi, der in der Tiefgarage eines Hochhauses stand. Nolte hatte kaum den Motor gestartet, als Schüsse knallten – abgefeuert aus einer 9mm-Viking-Pistole.
Jetzt erklärte der zuständige Staatsanwalt Philipp Rademacher*:* „Fünf Schüsse fielen durch das Heck des Wagens." Anschließend, so Rademacher, „ging der Täter zur Seitenscheibe und gab zwei weitere Schüsse durch das zerschossene Seitenfenster ab, um sicherzugehen, dass das Opfer verstirbt".
Erst 13 Stunden später fand ein Zeuge die Leiche, der Motor des Audi lief immer noch.

Das Handy führt zum Täter

Zum Mordopfer sagte Staatsanwalt Rademacher: Der Getötete habe eher als ein Einzelgänger gegolten und „als ein Mann, dem die Einhaltung von Recht und Ordnung wichtig war".

Abdulsamet Y. selbst brachte die Ermittler auf die richtige Spur. Durch den „Notruf" kam die Polizei auf die Handynummer des Todesschützen – das Mobilelefon war zur Zeit der Schüsse ganz in der Nähe des Tatorts eingeloggt.

Nach der Festnahme fanden Polizisten nicht nur die Tatwaffe, sondern auch einen Porsche-Schlüssel. Den dazugehörigen Cayenne hatte Y. offenbar am 21. Dezember 2022 in Dortmund gestohlen.

Abdulsamet Y. war im vorigen Jahr nach einer Unfallflucht zu einer Strafe von 50 Tagessätzen verurteilt worden. Aktenkundig wurde Y. auch durch eine Urkundenfälschung.

Mysteriöser Mord eines Deutschen-Hassers

Der 29-jährige Helfer des Mörders heißt Rivan S., er wurde in Witten (Ennepe-Ruhr-Kreis) verhaftet. Ihm wird Beihilfe zum Mord vorgeworfen. S. hatte den Todesschützen nach dem Tiefgaragen-Mord abgeholt.

Der türkische Mörder war anscheinend ein Deutschen-Hasser, das geht aus abgehörten Telefongesprächen hervor.

Was den Mord noch mysteriöser macht: Das vermeintliche Parkplatz-Foto wurde seltsamerweise bei dem Opfer nie gefunden. Auch das berichtet nahezu kein Medium. Hat der Telekom-Angehörige Christian Nolte womöglich gar kein Foto von seinem Mörder geschossen – sondern nur so getan, als habe er fotografiert?

https://unser-mitteleuropa.com/pro-erdogan-tumulte-in-d-und-oe-absage-an-unsere-demokratie-gruener-deutsch-tuerkischer-minister-oezdemir-videos/

Pro-Erdogan-Tumulte in D und Ö: „Absage an unsere Demokratie" (grüner deutsch-türkischer Minister Özdemir) (VIDEOS)

29. 05. 2023

Özdemir kritisiert demokratisches Wahlverhalten der Deutschtürken

Dass der ober-grüne deutsche Landwirtschaftsminister und türkischstämmige Cem Özdemir kein Freund von Recep Tayyip Erdogan ist, ist bekannt. Somit ist er jetzt auch „*mächtig angefressen*" – wie BILD flankierte. Indem der gelernte Sozialarbeiter das demokratische „*Wahlverhalten von Türken in Deutschland scharf kritisiert*", welches so gar nicht in dessen politisches Wunschdenken passt (ca. 67 Prozet stimmten für Erdogan)

Özdemir interessiert sich deshalb brennend dafür…

…"*was in Deutschland los ist, wo die Anhänger von Erdogan feierten, ohne für die Folgen ihrer Wahl einstehen zu müssen.*"

In welchem Land lebt der Naiv-Grüne Özdemir eigentlich?

Erinnert er sich nicht mehr an die Pro-Erdogan-Demo in Köln vor sieben Jahren mit 50.000 Teilnehmern aus „*Frauen, Kindern und Faschisten*", welche „*für Erdogan jubelten und beteten und ihn wie einen Pospstar feierten*"? (Tagesspiegel)

Denn bereits im Februar 2008 hatte Erdogan anlässlich eines Deutschlandbesuchs von seinen Auslandstürken gefordert:

„*Integriert euch, aber assimiliert euch nicht.*" (faz)

Und erst 2017 rieft Erdogan die europäischen Türkinnen zu „Gebärmaschinen" (links-feministische Einschätzung) auf:

„*Habt fünf Kinder, nicht drei. Ihr seid Europas Zukunft.*" (Spiegel)

Wenn der Grüne bemängelt, dass die hier lebenden Türken wenig von sich assimilieren begeistert sind, ist ihm wohl nicht klar, dass Leute , die noch geradeaus denken können, sich nicht „Werten" unterwerfen wollen, wo man in Personen, die nicht wissen, ob sie ein Männchen oder Weibchen sind, die Krönung der Schöpfung zu erblicken hat.

„Wir müssen reden" – solange Grüne nicht kritisert werden

Der liberal-grüne Özedmir will also vor allem eins, was Grüne bisher immer gerne taten:

„*Darüber wird zu reden sein!*"

Mit einer gerade für links-grüne Gutmenschen typisch elitären Einstellung: Dass nämlich viele Menschen in der Türkei den Erdogan-Sieg durch Armut und Unfreiheit bezahlen müssten:
„Sie sind zurecht wütend."
Warum wollen gr0ne Minister nicht über die „Öko-Diktatur"-Deutschland reden? Wovor nämlich erst kürzlich der ober-grüne deutsche Wirtschaftsminister *„Habeck Angst"* (BILD) Angst hatte:
Während einer Sitzung der „Bundestagsausschüsse für Wirtschaft/Klima und Energie" hatte Habeck nämlich die radikale Beschneidung des Fragerechts von Oppositions-Abgeordneten durchgesetzt. Indem zu den skandalösen Vorgängen in seinem Ministerium („Trauzeugen-Affäre") Habeck nämlich nicht so befragt werden durfte, dass er konkret auf jede Frage hätten antworten müssen.

Von Wien bis Berlin: Tumultartige Pro-Erdogan-Kundgebungen

In Wien nämlich (die Österreich-Türken stimmten mit 73 Prozent pro Erdogan) kam es nämlich gestern Nacht im Multikulti-Bezirk Favoriten zu tumultartigen Pro-Erdogan-Kundgebungen: Der Verkehr brach zusammen, ein Krankenwagen steckte fest, die Polizei war vor Ort.
Außerdem wurden der verbotene faschistische „Wolfsgruß" der türkischen rechtsextremen „Grauen Wölfe" gezeigt und „Allahu Akbar"-Rufe skandiert.

Dasselbe Bild mit stinkenden und lärmenden Hupkonzert-Autokorsos bot sich in Berlin, Hamburg oder Duisburg: Diese wären aber laut Özdemir keine Feiern harmloser Anhänger eines etwas autoritären Politikers:
„Sie sind eine nicht zu überhörende Absage an unsere pluralistische Demokratie und Zeugnis unseres Scheiterns unter ihnen. Übersehen geht nicht mehr." So aber fürchte er sich, dass „Ultranationalismus und Fundamentalismus sich nun noch stärker durch neue Imame aus Ankara hierzulande verbreiten würden."
Erinnerts sich Özdemir nicht mehr an die türkischen Jubel-Autokoros vor vier Jahren in Berlin anlässlich des vorletzten Erdogan-Sieges?
Und nin wieder dasselbe Bild.

Multikulti- und Welcome-Kultur gescheitert

So aber hat nun der links-grüne Fantast Özedmir endgültig das Scheitern der Multikulti-Kultur erkannt. Obwohl: Dass was er mit seiner grünen Willkommenskultur-2015 angestoßen hat, lässt hupende und nicht grünkonforme Autokorsos geradezu als lächerlichen Kindergartenumzug erscheinen.
Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt.
Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>
In Kürze erscheint im Gerhard-Hess-Verlag das neue Buch von Elmar Forster:

https://journalistenwatch.com/2023/05/30/badesaison-eroeffnet-jugendliche-verpruegeln-junge-mutter-vor-ihren-kindern-nach-randale-im-freibad/

Badesaison eröffnet: "Jugendliche" verprügeln junge Mutter vor ihren Kindern nach Randale im Freibad

Ein untrügliches Zeichen dafür, dass die Badesaison im besten Deutschland, das wir je hatten, eröffnet ist: Eine Gruppe von "Jugendlichen" sorgte in einem Freibad im Kreis Kaiserslautern für Randale. Als eine junge Mutter die Teenager zurechtwies, passten die Jugendlichen die Frau ab und verprügelten sie vor den Augen ihrer kleinen Kinder.

In einem Freibad im rheinland-pfälzischen Enkenbach-Alsenborn randalierte eine Gruppe "Jugendlicher". Wie die Polizei später mitteilte, **belästigten die fünf oder sechs Teenagern am Sonntag immer wieder Besucher des Freibads. Eine junge Mutter zeigte Courage, schritt ein und wies die "Jugendlichen" zurecht. Das wurde ihr zum Verhängnis. Denn als sie mit ihren beiden kleinen Kindern das Freibad verlassen wollte, wurde sich von der Truppe verfolgt. Vor dem Eingang des Freibades stellten sie die junge Frau und schlugen ihr mit der Faust ins Gesicht. Die kleinen Kinder der Frau standen dabei, und mussten mit ansehen, wie ihre Mutter verprügelt wurde**

Ihr Ehemann, der die Hilferufe seiner Frau hörte und hinzueilte, konnte die "Jugendlichen" zurückdrängen. Als ein Zeuge die Polizei verständigte, ergriffen die "Jugendlichen" die Flucht.

Während die Beamten auf Hinweise aus der Bevölkerung hoffen, um die im Polizeibericht nicht näher beschriebenen "Jugendlichen" zu finden, scheint den allermeisten Bürgern in diesem wunderbaren Land bereits klar zu sein, um wen es sich bei den Prügeljugendlichen, die keinerlei Skrupel haben, eine junge Mutter vor den Augen ihrer Kinder zu verprügeln, handelt:

Aus dem Kommentarbereich des Focus, der ebenfalls über die Attacke berichtete:

Werbung

Immer diese rechts ausgerichteten Jugendlichen. Da muss Nancy endlich eingreifen.
Da werden wohl Hans Peter und Karl Heinz wieder Schuld sein, wenn es wieder so eine gute Täterbeschreibung gibt. Es kotzt einen nur noch an. Gott sei Dank bei uns aufm Dorf gibt es sowas nicht. War u.a. einer der Gründe warum wir aus einer Großstadt im Westen aufs Dorf in den Osten gezogen sind. Hier ist die Welt noch in Ordnung und die eigenen Kinder können einigermaßen normal aufwachsen.
„Ein Land, in dem wir gut und gerne leben."
Schön, die Freibad Saison ist eröffnet. Interessant ist, dass man schon weiß, welche Leute das sind. Auch ohne Namen.

Die „Kartoffeln" müssen halt vorsichtig sein – in ihrem Land

Die Politik, Polizei & Justiz haben die Situation nicht mehr unter Kontrolle. Wir brauchen dringend einen Systemwechsel und Stopp der Zuwanderung verbunden mit einer groß angelegten Rückführung – kurz: Wir brauchen die Alternative.
Vor lauter Klimawandel und Weltrettung sieht man nicht mehr, was in unserem Land abgeht. Die nächste Wahl kommt bestimmt.

https://www.pi-news.net/2023/05/hamburg-streit-um-ein-zigarettenetui-und-eine-powerbank/

Hamburg: Streit um ein Zigarettenetui und eine Powerbank

31. Mai 2023

War es nicht bei uns früher auch so? Ein silbernes Etui mit Zigaretten wird in einer Hamburger Kneipe vergessen und bleibt auf dem Tisch liegen. Bankkaufmann Meier behauptet, es sei seines, Bäckermeister Brecht ebenfalls.
Zahnarzt Meinhardt sagt, es sei sein Etui und auch der Dipl.-Ingenieur Wut, der hier kurz sein Feierabendbier trank, Raucher, wie alle anderen, will sein Eigentum wiedererkennen. Alle haben ihre Skatrunde dabei, manche sind mit Gattin zugegen. Die Männer schwören auf selbige, dass es ihr Etui ist, mit den Zigaretten, manche schwören bei Gott, dass es so sei.
Als Bankkaufmann Meier es in der Hand behält und nicht den anderen Besitzern zurückgibt, versuchen die, mit Gewalt an ihr rechtmäßiges Eigentum zu gelangen. Es entsteht eine Massenschlägerei mit bis zu 100 Gästen, die Polizei muss mit einem Großaufgebot anrücken. So war das in den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren.
Heute ist es nicht anders. Derselbe Personenkreis, bestehend aus lauter Fachkräften, die wir für unsere Rente brauchen, geriet in Hamburg-Harburg über eine Powerbank in Streit, wie t-online berichtet:
In der Flüchtlingsunterkunft Schlachthofstraße in Harburg ist es zu einer Massenschlägerei am Dienstagabend gekommen. Das berichten ein Reporter vor Ort und das „Hamburger Abendblatt".
Demnach rückte die Polizei zu der Auseinandersetzung, an der wohl bis zu 100 Personen beteiligt waren, mit einem Großaufgebot an. Grund der Eskalation gegen 22.30 Uhr soll der Streit um eine Powerbank gewesen sein, berichtete ein Reporter.
Die vor allem jungen Männer stritten sich, dann flogen die Fäuste und Stuhlbeine. Aber auch Pfefferspray und Messer kamen zum Einsatz. Fünf Personen sollen verletzt worden sein. Wie viele Einsatzkräfte genau vor Ort waren, war zunächst unklar.
Kurz vor Mitternacht rückten die letzten Polizisten und der Rettungsdienst wieder ab. Vorläufige Festnahmen gab es offenbar nicht. In der Harburger

Flüchtlingsunterkunft war es zuletzt immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen.
Wie man sieht, sind es nur Vorurteile, mit denen Flüchtlingen heutzutage begegnet wird. Sie seien anders, überwiegend junge Männer, sie kämen aus gewaltaffinen Herkunftsländern ohne eine in unserem Sinne zivilisierte Tradition. Über Kleinigkeiten würden die gut Ausgebildeten in Streit geraten und sich mit Stuhlbeinen und anderen Hilfsmitteln die Köpfe einschlagen oder mit Messern aufeinander losgehen. Nein, nein, nein. Menschen überall auf der Welt sind gleich und benehmen sich ähnlich. Die Flüchtlinge von heute sind so wie unsere Vorfahren früher. Da gibt es fast keinen Unterschied.

https://journalistenwatch.com/2023/06/02/erfolg-erfolg-dresden-soko-iuventus-schnappt-junge-pruegel-migranten/

Erfolg! Erfolg! Dresden Soko "Iuventus" schnappt junge Prügel-Migranten

Der Soko "Iuventus", eingerichtet um "kriminelle Jugendgruppen" in Dresden "das Handwerk zu legen", vermeldet Vollzug: Die Soko schnappte am Donnerstag doch tatsächlich drei gemeingefährliche Prügel-Migranten, die den deutschen Dämmerschlafschafen von Mainstreammedien weiterhin als "Jugendliche" verkauft werden.

Drei dieser "Jugendlichen" wurden am Donnerstag dem Haftrichter am Amtsgericht Dresden dem Haftrichter vorgeführt. Wie die Bildzeitung berichtet, ermittelt Staatsanwaltschaft und Polizei gegen den Russen Denis I. , den Weißrussen Amar S. und den Syrer Bahaaedin O. . Alle drei sollen 17-jährig sein und wurden wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs, des schweren Raubes und der gefährlichen Körperverletzung von der Soko "Iuventus" (Jugendliche) dingfest gemacht.

„Den Beschuldigten wird vorgeworfen, am 18. März 2023 gegen 20:45 Uhr mit mindestens 14 weiteren, teilweise noch unbekannten Tätern im Bereich der Elbwiesen in der Nähe der Hundeschule in Dresden-Tolkewitz auf drei Jugendliche (15, 15 und 16 Jahre) eingeschlagen und eingetreten zu haben", so der zuständige Dresdner Oberstaatsanwalt laut der Bild. Konkret wurde einem der angegriffenen 15-jährigen Schüler mit einer Glasflasche auf den Kopf geschlagen und das Handy geraubt haben. Die Opfer erlitten erhebliche Verletzungen im Kopfbereich.

Kaum überraschend: Alle drei Beschuldigten sind bereits wegen eines ähnlichen Angriffs angeklagt. Nach Bild-Informationen wurde der Haftbefehl gegen das Schätzelchen aus Russland unter Meldeauflagen außer Vollzug gesetzt. Der syrische Gewaltimport Bahaaedin O. wird in einem besonders gesicherten Jugendheim untergebracht, um ihm eine U-Haft im Gefängnis zu ersparen. Denis I. wurde vorerst in die Jugendhaftanstalt Regis-Breitingen gebracht.

Seit Dezember des letzten Jahres ermittelt die 17-köpfige Sonderkommission Iuventus in Dresden gegen "Jugendgewalt", nachdem in der FDP-regierten sächsischen Hauptstadt immer mehr Straftaten von "Jugendgruppen" registriert wurden. Die Zahl dieser Taten hat sich von 2021 bis 2022 verdreifacht.
Der öffentlich-rechtliche Staatsfunker MDR berichtete bereits zur Soko Iuventus bereits mehrfach und ausführlich und schaffte es tatsächlich, kein einzige Mal das Wort "Migrant", "Flüchtling" oder "Ausländer" zu erwähnen, sondern gaukelt dem deutschen Dämmerschlafschafen vor, dass sich Peter, Jonas und Jens in sogenannten "Jugendgruppen" zusammenschließen um andere Jugendliche mit brutaler Gewalt und unter Einsatz von Waffen "abzuziehen".
(SB)

https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/22-gruppenvergewaltigungen/

Kriminalität in Deutschland

Gruppenvergewaltigungen auf Rekordhoch — Wollen wir so leben?

- 23. Mai 2023
- Zita Tipold

Die Zahl der Gruppenvergewaltigungen hat 2022 ein Rekordhoch erreicht. Opfer wurden meist deutsche Frauen. Sie sind einer rücksichtslosen Politik ausgeliefert, bei der die heimische Bevölkerung am Ende der Prioritätenliste steht. Ein Kommentar von Zita Tipold.

Manchmal sind Männer wirklich zu beneiden. Zum Beispiel wenn sie sich nach einer durchzechten Nacht gelassen zur nächsten U-Bahn-Station schlendern, um daheim nur noch erschöpft ins Bett zu fallen. Bei Frauen ist das völlig anders. Das mulmige Gefühl in der Magengrube breitet sich in der Sekunde aus, in der man den Heimweg antreten muß. Plötzlich wirken die Straßen nicht nur dunkel, sondern zappenduster. Jedes Geräusch läßt einen hellhörig werden und selbst der arme Kerl, der vielleicht nur ohne Hintergedanken hinter einem läuft, wird nun unablässig auf Lauftempo und Abstand geprüft. Immer wieder kreist da der Gedanke: „Was ist, wenn jetzt etwas passiert?"

Viele Frauen haben sich für diesen Fall längst eine Überlebensstrategie zurechtgelegt. Manche setzen auf den Haustürschlüssel. Eine andere Methode ist das Telefonat mit der besten Freundin. Wäre es nicht so traurig, könnte man fast darüber lachen.

Zahl der Gruppenvergewaltigungen auf Rekordhoch

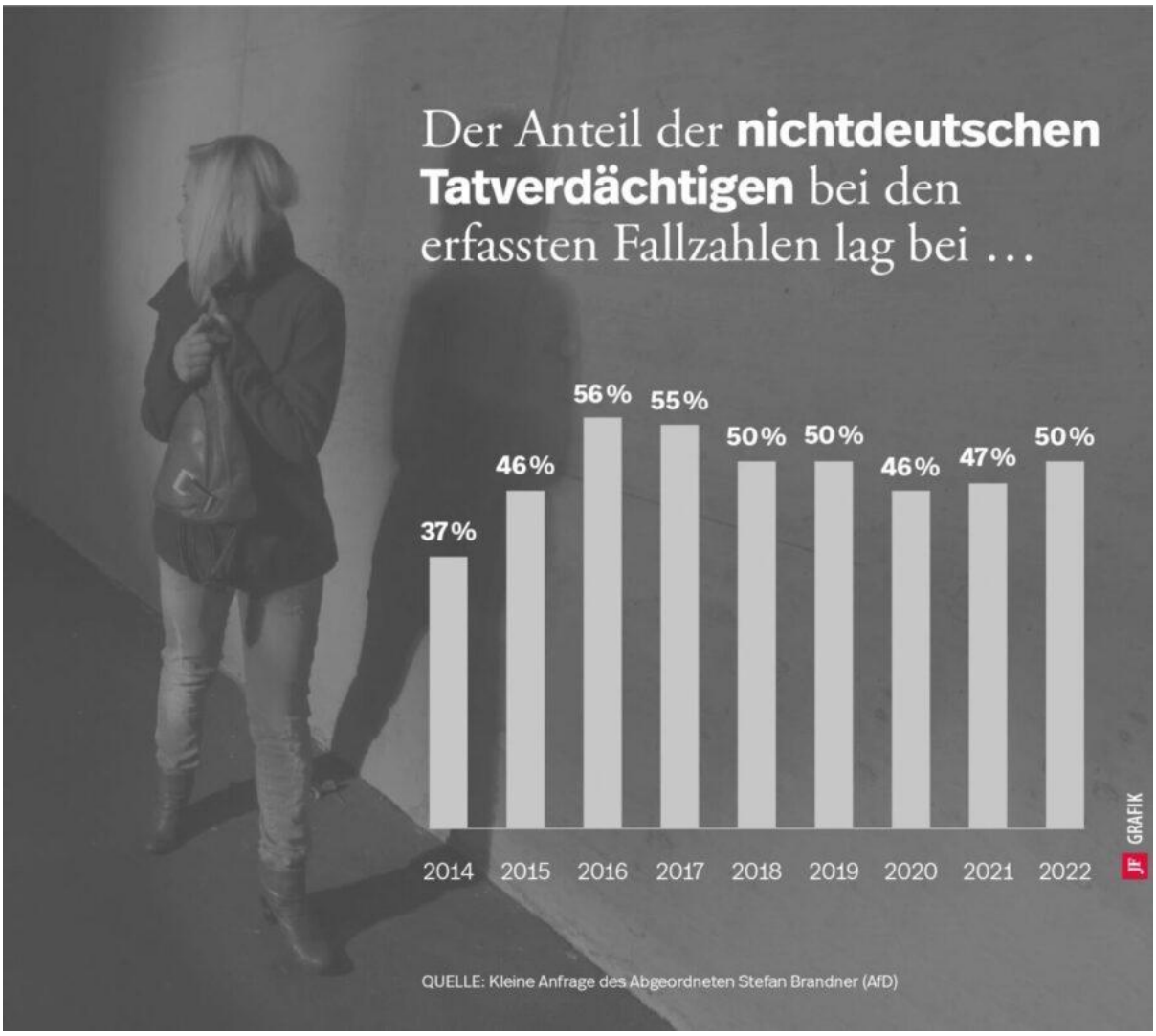
Es ist weder irrationale Paranoia noch emotionale Überdramatisierung. Es ist schlichtweg die Erkenntnis: Auf deutschen Straßen ist man als Frau oft nicht mehr sicher. **So hat etwa die Zahl der Gruppenvergewaltigungen im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht, wie eine Anfrage des**

AfD-Abgeordneten Stephan Brandner ergab. Insgesamt 789 solcher Taten verzeichneten die deutschen Behörden 2022. Das sind rechnerisch mehr als zwei pro Tag.

Wohlgemerkt: Es geht dabei nur um jene sexuellen Übergriffe mit mehr als einem Täter. Gruppenvergewaltigungen sind eines dieser Phänomene, die vermehrt seit dem Flüchtlingszustrom von 2015 auftreten und nun in der Schublade der tragischen Einzelfälle abgeheftet wurden. „Deutsche vergewaltigen ja auch." Na dann. Den stärksten Zuwachs an solchen Delikten hatte es von 2015 zu 2016 gegeben. Damals sprang der Wert von 400 auf 749 gemeldete Taten.

Die Opfer sind meist deutsche Frauen

Obwohl Ausländer nur rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, ermittelte die Polizei im vergangenen Jahr (wenn auch knapp) mehr migrantische Tatverdächtige als Deutsche bei Gruppenvergewaltigungen. Ein möglicher Migrationshintergrund ist bei den mutmaßlichen deutschen Tätern noch nicht einmal herausgerechnet. Insgesamt stehen deutsche und nicht-deutsche Staatsbürger sich etwa 50 zu 50 gegenüber.



Von den Verdächtigen ohne deutschen Paß stammten die meisten fast jedes Jahr seit 2015 aus Syrien und Afghanistan. Mit diesem Wissen hat sich die Politik längst mitschuldig gemacht. Sie hat es versäumt, das Wohl der eigenen Bürger über das Wohl ausländischer Bürger zu stellen. Es sind vor allem deutschen Frauen, die dafür den Preis zahlen müssen. Sie machen den absoluten Großteil der Opfer bei Gruppenvergewaltigungen aus. Möglichkeiten sich zu schützen, gibt es quasi keine.

Deutschland war nicht schon immer so

Das mußte beispielsweise Emma S. 2019 am eigenen Leib erleben. Die damals 15jährige war in einer Septembernacht in ein Gebüsch gelockt und von elf Männern vergewaltigt worden. Arsen K. und Fares L. (damals 19 und 20 Jahre alt) filmten noch dazu die Tat.

Die Ausreden nach solchen brutalen Vorfällen sind fast so unerträglich wie die Taten selbst. Nein, Deutschland war nicht schon immer so. Wer spätestens in den 90ern geboren wurde, weiß, daß es einmal anders war. Es war eine Jugend, in der man im Sommer bis spät in die Nacht mit Freunden beiden Geschlechts sorglos am Lagerfeuer sitzen und später ohne Furcht nach Hause gehen konnte.

Grenzen dichtmachen und abschieben!

Auch damals gab es freilich schon Kriminalität. Die Anzahl und die Intensität von Sex-Taten hat sich aber so stark verändert, daß sich auch das Bewußtsein verschoben hat. Statt womöglich leicht naiver Gelassenheit dominiert jetzt die Angst. Bahnfahren wird für Frauen zur kontinuierlichen Nervenprobe. Von Anträgen heiratswilliger Afrikaner in gebrochenem Englisch über arabischstämmige junge Männer, die ein höfliches Nein nicht akzeptieren, ist alles dabei. Wer den besonderen Kick Demütigung sucht, muß nur einmal nachts als Frau alleine an einer größeren Männergruppe am Berliner Bahnhof Zoo vorbeilaufen. Die Sprüche und Blicke sind quasi vorprogrammiert. Wollen wir wirklich so leben?
Wäre die Politik am Wohlergehen von Frauen interessiert, bliebe ihr eigentlich nur eine Möglichkeit: Grenzen dichtmachen, ausländische Straftäter unablässig abschieben, deutsche zu hohen Strafen verurteilen. Wer einem Menschen das Leben zerstört, hat den Anspruch auf den Schutz seines eigenen im Gastland verwirkt.
Es gibt keine moralische Pflicht, für Bewohner anderer Länder ein unabsehbares Sicherheitsrisiko auf sich zu nehmen. Dafür, die eigenen Leute zu beschützen aber schon. Daß die Regierung trotz der Rekordzahl an Gruppenvergewaltigung der Tatsache, daß Ausländer dabei massiv überrepräsentiert sind, immer noch nicht handelt, zeigt am Ende nur, wo sie deutsche Staatsbürger in ihrer Prioritätenliste einordnet: nämlich ganz unten.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/mann-begrabscht-frau-und-masturbiert-vor-ihren-augen/ar-AA1c43Zf?ocid=msedgntp&cvid=a301b101c7d44b48b9af127c5ba3f650&ei=38
Mann begrabscht Frau und masturbiert vor ihren Augen
Artikel von T - Online • Gestern um 09:03

Fotofahndung
Mann begrabscht Frau und masturbiert vor ihren Augen

Mann begrabscht Frau und masturbiert vor ihren Augen© T - Online

Die Bundespolizei fahndet mit einem Foto nach einem Mann, der eine Frau sexuell belästigt haben soll: Er soll sie begrabscht und anschließend masturbiert haben.

Ein Mann soll eine Frau sexuell belästigt haben. Am 10. Januar 2023 war die 24-jährige Frau gegen 9.10 Uhr am Essener Hauptbahnhof unterwegs. An der Treppe zum Bahnsteig 9 wurde sie dann von einem Unbekannten angegangen. Der Verdächtige soll der Frau an den Oberschenkel, an das Gesäß und schließlich in den Intimbereich gefasst haben.

Danach flüchtete der Tatverdächtige zunächst, kehrte jedoch zu der Frau zurück, die aufgelöst auf den Treppenstufen Platz genommen hatte. Dann soll er seinen Penis entblößt und vor den Augen der 24-Jährigen masturbiert haben. Als das Opfer aufstand, flüchtete der Unbekannte dann endgültig über den Südausgang des Hauptbahnhofs in Richtung Osttunnel. Zum Zeitpunkt der Tat war der Mann mit einer schwarzen Jogginghose mit weißen Streifen, schwarzen Turnschuhen und einer grauen Jacke mit schwarzen und dunkelgrauen Details bekleidet. Hinweise zu dem Gesuchten nimmt die Bundespolizeiinspektion Dortmund unter der Nummer 0800/6888000 und an jeder Dienststelle der Polizei entgegen.

Verwendete Quellen:

- presseportal.de: Mitteilung der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin vom 2. Juni 2023
- bundespolizei.de: 10. Januar 2023: Sexuelle Belästigung – Hauptbahnhof Essen, Treppenaufgang Bahnsteig 9

https://www.pi-news.net/2023/06/auto-hasser-von-hamburg-gefasst-syrer-zertruemmerte-245-fensterscheiben/

Auto-Hasser von Hamburg gefasst: Syrer zertrümmerte 245 Scheiben

2. Juni 2023

64

Nach einem Randale-Streifzug wurde der syrische Autohasser in Hamburg-Rissen gefasst. In der Nacht zu Freitag hatte er noch mal neun Autos beschädigt (Symbolbild).

Von ALEX CRYSO | Wir wissen es schon lange: Der allgemeine Fachkräftemangel grassiert, doch sorgen Massenimporte aus den rückständigen Ländern, wo ein dramatischer Prozentsatz weder lesen noch schreiben kann, für baldige Abhilfe. Auch sind Fleiß und Effizienz keine rein deutschen Eigenschaften: Insgesamt 245 Autoscheiben zertrümmerte ein syrischer Zuwanderer, der der Stadt Hamburg auf der Tasche liegt.

Über fast einen Monat lang, im Mai dieses Jahres, zog der 31-Jährige regelmäßig mit dem Hammer los, um straßenweise die Scheiben geparkter Pkws zu zertrümmern. Der Sachschaden geht mittlerweile in die Hunderttausende. Sogar einen Beinamen hat man der unverzichtbaren Fachkraft schon verpasst: „Der Auto-Hasser von Hamburg". Nun wurde der Mann endlich festgenommen.

Dabei hatte der Syrer bereits neun weitere Fahrzeuge beschädigt, bevor es an der Polizei lag, um endlich zuschlagen zu können. Der Moslem führte bei der Verhaftung eine verbotene Messer/Schlagring-Kombination bei sich. Vor allem den Hamburger Westen machte der Schutzsuchende in aller Regelmäßigkeit unsicher. Angeblich war er zuvor schon des Öfteren beim Fahren ohne Führerschein erwischt worden, der Autoschlüssel wurde schließlich konfisziert und nicht mehr herausgegeben. Der Vandalismus war demnach die Antwort einer brüskierten Moslemseele, so die Vermutung. Vergeltung auf syrisch, 245 kaputte Autoscheiben sind das Resultat der neuen kulturellen Vielfalt.

Prognose: Auch diese unverzichtbare Fachkraft wird vor Gericht freigesprochen. Oder wandert erst mal in die Psychiatrie, wo es für sehr lange keine Therapieplätze gibt, weil die Einrichtungen hoffnungslos überfüllt und überfordert sind. Den Freigang, von dem er nie wieder zurückkehrt, um irgendwo anonym unterzutauchen, nutzt der arme Migrant dann für neuen Vandalismus oder noch ganz andere Dinge…

https://journalistenwatch.com/2023/06/08/schleuserbande-bestach-auslaenderamts-mitarbeiter-in-grossem-stil-garantiert-kein-einzelfall/

Schleuserbande bestach Ausländeramts-Mitarbeiter in großem Stil: Garantiert kein Einzelfall

Die seit acht Jahren betriebene millionenfache Massenmigration ist für die deutsche Gesellschaft zwar ein zerstörerisches Verlustgeschäft, für die daran beteiligten Schleuser jedoch eine einzige Goldgrube. Seit Dienstag steht eine mutmaßliche Schleuserbande in Köln vor Gericht, der vorgeworfen wird, **zwischen Januar und Oktober 2022 Syrer mit gefälschten Reisedokumenten ausgestattet zu haben, damit diese nach Deutschland einreisen konnten. Die vier Angeklagten zwischen 26 und 60 Jahren waren bei einer Razzia im Oktober festgenommen worden. Darunter ist auch eine Mitarbeiterin im Kölner Ausländeramt, die gleich zum Prozessauftakt ein umfassendes Geständnis ablegte.**

Für die von ihr gefälschten Dokumente soll sie über 140.000 Euro (!) kassiert haben. Sie selbst besteht jedoch darauf, dass es nur 15.000 Euro gewesen seien. Dazu habe sie noch ein Handy und ein Parfüm der Marke Opium von einem Mitangeklagten bekommen. Dieser habe anfangs nur ein gefälschtes Dokument gewollt, dann aber immer mehr von ihr gefordert, wobei er ihr auch „schöne Augen gemacht" und mit ihr geflirtet habe. Die 60-Jährige bekundete ihre Reue für die Taten, durch die sie „mit einem Schlag" alles zerstört habe, was sie sich mühsam aufgebaut hatte.

Vortäuschung von Aufenthaltsrechten

In dem Fall geht es um insgesamt (!) 37 Taten. Spätestens zu Jahresbeginn sollen die Angeklagten sich zusammengetan haben, um nicht nur, aber vor allem Syrern auf dem Luftweg die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen. Dabei sollen sie die entsprechenden Flüge gebucht, die Migranten begleitet und die erforderlichen Dokumente ausgestellt haben. Sinnigerweise werden die Verlängerungen einer Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis, die bis zur Entscheidung über den Antrag ausgestellt werden, als „Fiktionsbescheinigungen" bezeichnet. Die Angeklagte soll in mindestens 37 Fällen an deren Erstellung mitgewirkt und auch Reisepässe zur Verfügung gestellt haben.

Dafür soll sie jeweils 3500 bis 4000 Euro erhalten haben. Mit den Dokumenten wurde ein Aufenthaltsrecht vorgetäuscht. Die von der Anklage als „schleusungswillige Personen" bezeichneten Migranten vernichteten die Unterlagen nach ihrer Ankunft in Deutschland und beantragten dann Asyl. Dabei zahlten sie Tausende Euro an die Schleuser. Dass so etwas in diesem Ausmaß möglich war, wobei der Kölner Fall wahrlich nicht der einzige sein dürfte, ist auch und gerade einer völlig außer Kontrolle geratenen Migrationspolitik zu verdanken, die solche Zustände überhaupt erst möglich macht. Daran hat sich bis heute nichts geändert. (TPL)

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/seit-zwei-monaten-wurde-der-syrische-christ-t%C3%A4glich-auf-einer-parkbank-gesehen/ar-AA1ciw9L?ocid=msedgntp&cvid=a23262a0c56447ea8d3c331b550285f5&ei=27

WELT
Seit zwei Monaten wurde der syrische Christ täglich auf einer Parkbank gesehen
Artikel von Martina Meister • Vor 3 Std.
Ein 32-jähriger Flüchtling aus Syrien attackiert in der ostfranzösischen Stadt Annecy Kleinkinder. Laut Medienberichten schwebt auch ein 22 Monate alter deutscher Junge in Lebensgefahr. Seinen ersten Asylantrag stellte der Täter vor zehn Jahren. Was bisher bekannt ist.
Einstimmig verurteilt die politische Riege in Frankreich die Messerattacke, bei der ein Syrer am Donnerstagmorgen vier Kleinkinder und zwei Erwachsene auf einem Spielplatz in der ostfranzösischen Stadt Annecy (40 Kilometer von Genf entfernt, d. Red.) teils lebensgefährlich verletzt hat. Auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sprach von einer „unmenschlichen und verachtenswerten Tat".
Vor allem das Alter der Opfer sorgt für Entsetzen. Bei dem jüngsten Kind soll es sich nach Informationen des Fernsehsenders CNews um einen 22 Monate alten deutschen Jungen handeln. Das älteste Kind ist nach Auskunft der Oberstaatsanwältin von Annecy drei, die beide anderen sind zwei Jahre alt, auch englische und niederländische Kinder sind unter den Opfern. Alle vier Kleinkinder schweben in Lebensgefahr, so die Staatsanwältin, die ein „sichtbares terroristisches Motiv" bislang nicht bestätigte.

Der 32 Jahre alte Angreifer, der Syrer Abdalmasih H., wurde noch am Tatort festgenommen. **Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hat er seit zehn Jahren den Status eines anerkannten Flüchtlings in Schweden. Trotzdem habe er im November auch in Frankreich einen Antrag auf Asyl gestellt, in dem er sich als „syrischer Christ" definiert – was sein Vorname Abdalmasih zu bestätigen scheint, der sich als „Diener Christus" übersetzen lässt.**
Ein im Park beschäftigter Angestellte gab zu Protokoll, er habe den meist schwarz gekleideten Mann seit zwei Monaten beobachtet, wie er täglich Platz auf einer Parkbank nahm und lange verweilte. „Er hat nie gesprochen", sagte der Zeuge der Regionalzeitung „Le Dauphiné".
„Sich an Kindern zu vergreifen, heißt, das Abscheuliche zu verüben", schrieb Erziehungsminister Pap Ndiaye. Verurteilungen auf Twitter wie Schweigeminuten im Parlament gehören in Frankreich inzwischen zum traurigen Ritual. Obwohl der Täter vorgibt, Christ zu sein, wurde die Tat von kleinen Teilen der Öffentlichkeit als islamistischer Terrorismus verurteilt.
Rechtsextremisten hatten am Abend zu einer Demonstration aufgerufen. Sie benutzen den Begriff „Francocide", Franzosenmord, den der Rechtspopulist und glücklose Präsidentschaftskandidat Éric Zemmour geprägt hat. „Ich hasse alle Linken", schrieb der rechtsextreme Essayist Julien Rochedy auf Twitter. Ziel der „Gutmenschen" sei es, „unsere Abwehrkräfte zu schwächen und uns alle Krankheiten aufnehmen zu lassen, die

uns töten können". Wie der ehemalige Vorsitzende der Jugendvereinigung des „Front National" instrumentalisiert auch die identitären Bewegung die Tat. Oppositionspolitikerin Marine Le Pen blieb dagegen sachlich und sprach von einem „mit einem Messer bewaffneten Individuum".

Erst im Oktober hatte der Mord der 12-jährigen Lola für eine nationale Schockwelle gesorgt, weil die Hauptverdächtige algerische Staatsbürgerin ist, für die zum Zeitpunkt des Mordes ein Abschiebebescheid vorlag. Aus Regierungskreisen heißt es, man bedauere, dass die Verschärfung des Asyl- und Einwanderungsgesetzes seit Herbst letzten Jahres vertagt wurde, weil man damit Kritikern die Luft aus den Segeln hätte nehmen können. Die Regierung hatte einen entsprechenden Gesetzesvorschlag seit September immer wieder verschoben. Doch ein schärferes Gesetz hätte in diesem Fall nichts geändert. Der Syrer ist als anerkannter Flüchtling regulär in Frankreich eingereist.

https://unser-mitteleuropa.com/eu-asylsystem-zeitbombe-fuer-messer-schlaefer-am-beispiel-abdalmasih-h-zensur-video-aus-frankreich/
EU-Asylsystem: Zeitbombe für Messer-Schläfer am Beispiel Abdalmasih H. (ZENSUR-VIDEO aus Frankreich)
10. 06. 2023

Der Schutz- und Asylsuchende Abdalmasih H während der Bereicherung. | Screenshot Video

„UM" berichtete ausführlich über den syrischen Asylanten-Messerstecher in Frankreich:
„ZENSUR-VIDEO: Syrischer Asylant messert in F sechs (!) 3-jährige Kinder nieder"
Doch ist dieser tragische Vorfall ein Musterbeispiel für das Versagen des derzeitigen EU-Asylsystems, elches entgegen aller Vernunft erneut die obligatorische Neuansiedlung von Migranten beschlossen hat.

2015 / 16: Schweden vor dem Asyl-Kollaps

Abdalmasih H. kam im November 2013 nach Schweden, wo er sich in der syrischen Christengemeinde der Stadt Trollhättan niederließ, mit damals fünfzigtausend Einwohnern.
Nachdem Schweden 2015 mit der Ankunft von 163.000 Asylsuchenden vor dem Kollaps stand, beshloss im Juni 2016 das schwedische Parlament, keine Daueraufenthaltstitel mehr auszustellen, sondern gewährte nur mehr für drei Jahre einen vorübergehenden Schutzstatus für Asylsuchende.

Die unglaubliche Asyl-Biographie des syrischen Messerstechers

Dieser unsichere Status betraf nun auch von Abdalmasih H. Er studierte dann Schwedisch und Englisch an einer extra für Ausländer geschaffenen Organisation. Zum ersten Mal erhielt er wegen Asyl-Sozialbetrugs (indem er gleichzeitig Arbeitslosengeld und Stipendien bezogen hatte) eine bedingte Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe.
Wegen seiner angeblich christlichen Religion konnte er aber nicht von den Sicherheitsbehörden überwacht werden. Der Verdacht drängt sich zumindest auf, dass er ein christliches Glaubensbekenntnis nur als Schutzbehauptung vorgeschoben hatte.
2019 scheiterte Abdalmasih H. mit seinem Versuch, die schwedische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Obwohl er 2018 eine Syrerin heiratete, welche bereits im Besitze der schwedischen Staatsbürgerschaft war. Mit dieser Frau hatte er eine gemeinsame Tochter. Und auch in den folgenden Jahren wurde ihm die Staatsbürgerschaft aufgrund seiner Erwerbslosigkeit verweigert.
Schließlich siedelt er Ende 2022 allein, ohne seine Familen nach Frankreich, und zwar auf legalem Wege: Obwohl der schwedische subsidiäre Schutzstatus keine Pässe gewährt, aber die Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums gilt. Sein Asylantrag vom 28. November 2022 in Frankreich wurde aber im April 2023 abgelehnt, weil er ja eine Aufenthaltserlaubnis in Schweden hatte.

Amok-Tat vier Tage nach negativem Asylbescheid

Diesen elektronisch ausgestellten Negativbescheid erhielt er am 4. Juni, vier Tage bevor er Amok lief.

EU-Asylstem: Eine Zeitbombe für Amok-Schläfer

Das „Institut für Migrationsforschung" dazu:
Allein im Jahr 2022 wurden in den EU-Ländern 881.000 Asylanträge gestellt, von denen „nur" 384.000 positiv bewertet wurden. Weil also diese Überzahl nur mehr einen vorübergehenden, aber unsicheren Schutzstatus für zwei oder drei Jahre erhält, können die Migranten nicht mehr langfristig planen.

Allerdings gibt es aber auch für diese teilweise auch traumatisiert-zerrütteten und entwurzelten Extrem-Persönlichkeiten aus Kriegsgebieten keine soziale oder psychologische Betreuung. Falls dies überhaupt etwas bewirken könnte.
Weil aber sog. Bagatelldelikte trotzdem nicht zum Verlust des Flüchtlings- oder subsidiären Schutzstatus führen, haben Gesetze keine abschreckende Wirkung mehr. Und selbst bei schweren Delikten ist eine Abschiebung ausgeschlossen, wenn das Heimatland des Migranten als „gefährliches Land" eingestuft wird.
Und: Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte können sich in der Regel innerhalb des Schengen-Raums frei bewegen – wie das „Institut für Migrationsforschung" betont.

___
Dieser Artikel erschien in Erstveröffentlichung bei Magyar nemzet, unserm Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION#######

https://www.pi-news.net/?author=0
Ist der Messer-Syrer von Annecy doch kein Christ, sondern Moslem?
14. Juni 2023
4

Dass der Messersyrer von Annecy "fanatischer Christ" war, wurde von den

Mainstreammedien rauf und runter gespielt. Nun enthüllt Robert Spencer auf "Jihadwatch",dass es sich bei dem Täter um einen syrischen Moslem namens "Selwan Majd" handeln soll.
Am vergangenen Donnerstag sorgte der barbarische Messer-Anschlag im französischen Annecy für Entsetzen, beim dem ein Syrer auf vier kleine Kinder im Alter von 22 Monaten bis drei Jahren und zwei Erwachsene einstach. Wie durch ein Wunder überlebten alle Opfer die grauenhafte Tat, bei der der Täter mit unfassbarer Brutalität sogar Säuglinge und Kleinkinder vorsätzlich ermorden wollte, was selbst im terrorerprobten Europa neue Maßstäbe des Horrors setzte.
Aller Erfahrung nach musste man zunächst davon ausgehen, dass es sich beim Täter um einen Moslem handelte – denn Anschläge mit Messern oder Macheten von Angehörigen dieser Religion sind in Ländern wie Frankreich, Deutschland, England oder Schweden, die jahre- und jahrzehntelang ihre Grenzen bedenkenlos offenhielten, und dies in Deutschland immer noch tun, seit Jahren fast schon an der Tagesordnung.
Umso mehr hellten sich die bedripsten Mienen der promigrantischen Multikulti-Gutmenschenjournalisten dann jedoch auf, als es hoffnungsfrohes zu berichten gab: Es wurde nämlich bekannt, dass der Annecy-Attentäter "syrischer Christ" war – und eben kein Moslem. Ätschibätsch! Auch Christen schwingen also das Messer und die Macheten! Die „Welt" textete: „Wenn ein Christ im Namen von Christus tötet". Dies bezog sich auf Augenzeugenberichte, wonach der Täter zweimal auf Englisch „Im Namen von Jesus Christus" gerufen haben soll.

Kritische Beobachter stutzig

Genau dieses in arabischem Akzent geäußerte Bekenntnis, das nicht recht zum Tatmotiv und zum Gesamtauftreten des Täters zu passen schien, machte jedoch kritische Beobachter stutzig. Und tatsächlich verbreiten sich derzeit im Netz Berichte ausländischer Medien, die darauf hindeuten, dass der Mann in Wahrheit sehr wohl Moslem ist: Unter anderem von in Frankreich und Deutschland lebenden syrischen Landsleuten soll er auf den zahlreichen Bildern und einem kursierenden Tatvideo als ein Migrant namens Selwan Majd erkannt worden sein, der aus dem Norden Syriens stamme. Von dort aus sei er unter dem Namen Abd El-Messih Hanoun mit falschen Papieren in die Türkei eingereist, wo er einer Schwedin vorgaukelt habe, er sei ein zum Christentum konvertierter ehemaliger Moslem auf der Flucht vor religiöser Verfolgung.
In Schweden habe "Majd" die blauäugige Flüchtlingshelferin unter falschen christlichen Namen geheiratet und sei mit ihr nach Schweden gelangt. Dort hätten ihm die schwedischen Behörden jedoch, unter anderem wohl aufgrund von biographischen Unstimmigkeiten und Zweifeln an seiner Geschichte, die Erteilung der Staatsbürgerschaft verweigert. Seine Frau habe sich später von ihm getrennt. Daraufhin sei er weitergezogen nach Frankreich, wo er dann Hilfe bei einer Kirche gesucht hatte. Dort wurden Gemeindemitarbeiter jedoch ebenfalls bald misstrauisch. Französische Syrer, die ihn nach seiner Schreckenstat wohl als Majd erkannt hatten, erklärten, er habe seit längerem (wie auch bei seinem Verbrechen) nur

deshalb ein Kreuz getragen und sich als Christ ausgegeben, um seine terroristische Natur zu verbergen.

Als Christen getarnte Islamisten-Schläfer und Taqiya sind nichts Neues

Ob diese Angaben stimmen, ist derzeit noch unklar – sie entbehren zumindest nicht eines hohen Maßes an Plausibilität und Glaubwürdigkeit. Fakt ist: Die "Christen-Masche" ist gerade unter verdeckten dschihadistischen "Flüchtlings"-Invasoren eine altbekannte und beliebte Methode – und dass angesichts der laxen europäischen Einwanderungspraxis unzählige Schläfer über Jahre hinweg in alle aufnahmewilligen EU-Länder in unbekannter, aber hoher Zahl eingedrungen sind, ist seit vielen Jahren eine gesicherte Tatsache. Zudem existiert im Islam bekanntlich die Praxis der „Taqiya", die das Verleugnen des eigenen Glaubens als "Notlüge" oder zur Verstellung erlaubt. Es wäre also nicht nur kaum verwunderlich, sondern geradezu logisch, wenn sich der Täter von Annecy gezielt als Christ ausgegeben hätte, um seine wahren Absichten zu verbergen (und dabei praktischerweise auch noch das Christentum zu diskreditieren). Eine Bestätigung der Berichte bleibt nun abzuwarten – und ebenso, ob die Haltungsmedien ihre triumphierenden Meldungen vom diesmal "christlichen" Messertäter dann ebenso konsequent korrigiert werden… *(Quelle: Jouwatch)*

https://www.pi-news.net/2023/06/messerattacke-auf-sylt-weitere-200-schutzsuchende-einquartiert/

Messerattacke auf Sylt – weitere 200 „Schutzsuchende" kommen

13. Juni 2023

Von MANFRED W. BLACK | Am Mittwoch „eskalierte ein heftiger Streit zwischen mehreren Personen in der Hafenstraße in List auf Sylt – auf blutige Art und Weise", berichtet die Bild-Zeitung. Doch das Springerblatt unterlässt es, Ross und Reiter zu nennen. Die Zeitung schreibt nur indirekt, dass es sich bei den Gewalttätern allem Anschein nach um Migranten handelt, die offiziell hierzulande „Schutzsuchende" genannt werden.

Und sie unterlässt auch jeden Hinweis darauf, dass sich in Westerland auf Sylt ein Hochhaus befindet, in dem „Flüchtlinge" aus aller Welt logieren.

Jetzt ist bekannt geworden, dass staatlicherseits geplant ist, etlichen weiteren „Geflüchteten" auf der Insel freie Kost und Logis zu ermöglichen.

Frau bangt um das Leben ihres Lebensgefährten
Noch ungenauer informiert die links von der SPD positionierte Hamburger Morgenpost: „Ein heftiger Streit zwischen mehreren Leuten in der Hafenstraße in List auf Sylt endete in einer gewalttätigen Auseinandersetzung." Wer die „Auseinandersetzung" begonnen hat? Darüber schweigt sich die Mopo aus.
Es wird gesagt, dass die „jungen Männer" (Mopo) das deutsche Paar an einer Bushaltestelle zunächst beleidigt und dann auch tätlich angegangen haben.
Die Folgen umschreibt die Morgenpost so: „Die Situation eskalierte und plötzlich wurde ein Messer gezückt." Wer das Messer zückte, berichtet das Blatt nicht. Seltsam nur, dass lediglich der junge Deutsche schwere Stichverletzungen im Gesicht und im Brustbereich erlitt.
Bevor noch die Polizei und Rettungskräfte eintrafen, sollen „beide Männer" die Flucht ergriffen haben. „Die Rettungskräfte brachten den Verletzten dann in ein Krankenhaus", ist in der Morgenpost zu lesen. Dass seine Lebensgefährtin um sein Leben bangt – das ist der Mopo kein einziges Wort mehr wert.
„Dunkles Haar"
Nun sucht die Polizei nach den Gewalttätern, die von der Hamburger Morgenpost nebulös so beschrieben werden: „Einer der jungen Männer sei zwischen 16 und 18 Jahren alt, habe dunkles und kurzes Haar, sei 1,60 bis 1,65 Meter groß und lediglich mit Boxershorts bekleidet."
Der andere Täter „sei vermutlich zwischen 16 und 23 Jahre alt, habe die gleiche Größe wie sein Komplize, ebenfalls dunkles und kurzes Haar und trug einen hellen Jogginganzug".
Gezielte, nebulöse Umschreibungen dafür, dass es sich bei den Messerstechern um Orientale oder Schwarze handelt.
Hochhaus für „Flüchtlinge"
Gar nicht erwähnen die Medien, die über die Messerangriffe berichten, dass auf der Insel Sylt weit über 100 Geflüchtete in einem Hochhaus an der Danziger Straße 4 in Westerland leben. Bis spätestens zum Ende des Jahres sollen nun mindestens 200 weitere „Schutzsuchende" auf der Insel einquartiert werden.
Wo diese untergebracht werden sollen, ist völlig unklar. Auf der Insel herrscht jedenfalls schon seit langer Zeit eine große Wohnungsnot. Viele Menschen, die täglich auf der Insel arbeiten, übernachten bereits jetzt auf dem Festland, weil sie sich eine Unterkunft auf Sylt längst nicht mehr leisten können.
Aber für die arbeitenden Menschen hierzulande, die brav ihre Steuern – auch für die Zuwanderer aus aller Welt – zahlen, macht sich die herrschende Politik bekanntlich nur wenig Sorgen.

https://www.pi-news.net/2023/06/messer-opfer-von-brokdorf-begeht-selbstmord/

Messer-Opfer von Brokstedt begeht Selbstmord

15. Juni 2023

55

Ein weiteres Opfer des Messerangriffs von Brokstedt, die lebensbedrohlich verletzte 54-Jährige Frau aus Schleswig-Holstein, nahm sich fünf Monate nach der Tat von Ibrahim A. selbst das Leben (Einsatzkräfte vom Rettungsdienst am 25. Januar am Bahnhof Brokstedt).

Von MANFRED W. BLACK | Am 25. Januar hat der 33-jährige palästinensische „Schutzsuchende" Ibrahim A. im Regionalzug Hamburg-Kiel die Schülerin Ann-Marie (17) und ihren Freund Danny (19) erstochen sowie vier weitere Fahrgäste mit einem Messer schwer verletzt (PI-NEWS berichtete). Nun beging eine 54-jährige Frau, die aufgrund der Schwere ihrer erlittenen Stich-Verletzungen lange im künstlichen Koma gelegen hatte, Selbstmord.

Die Frau soll schon vor den Messerangriffen unter Depressionen gelitten haben. Experten meinen, dass die bestialischen Messer-Attacken die Psyche dieses Opfers sicherlich zusätzlich massiv beeinträchtigt haben: Schon eine psychisch recht stabile Person erleide durch das Miterleben solcher blutigen, grausamen Morde zumindest vorübergehend schweren seelischen Schaden.

Scholz und Faeser reagieren auf ihre Art

Eigenartig hatten einige Politiker unmittelbar nach dem Doppelmord reagiert. Der Vater der erstochenen Ann-Marie hat schwere Vorwürfe gegen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erhoben, die mit keiner Zeile kondoliert haben soll.

Olaf Scholz (SPD) sagte in einem Interview ohne große Empathie für die deutschen Toten und die Schwerverletzten überraschend wortkarg: Ihm tue es leid, dass „die jungen Leute" ums Leben gekommen sind. Die Namen der Ermordeten wollten ihm nicht über die Lippen kommen.

Faeser, die derzeit auch als sozialdemokratische Spitzenkandidatin im hessischen Wahlkampf agiert, wartete kürzlich in Berlin anlässlich der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern, die am 14. Juni begonnen hat, mit einer besonderen Überraschung auf: „Ich werde nächste Woche bei der Innenministerkonferenz ein generelles Messerverbot in Zügen und im gesamten öffentlichen Nahverkehr vorschlagen."

Sie sei „für ein Verbot, damit strikter kontrolliert und schlimme Gewalttaten verhindert werden können".

Kritische Fragen

Die Berliner Zeitung (BZ) kommentierte diese Forderung kritisch: Dieses öffentlichkeitswirksame Verlangen „nach einem

Messerverbot in der Bahn wirkt hilflos. Wie sollte das kontrolliert werden?"
Die BZ weiter: „Viel wichtiger wäre es, zu ergründen, wer eigentlich mit dem Messer zusticht und warum das immer häufiger geschieht."
Doch diese Fragen zu stellen, trauen sich die Politiker der Systemparteien zumeist nicht.
Die Frage nach den Tätern wird in der Politik besonders dann nicht gestellt, wenn die Mörder „Geflüchtete" sind. Die BZ: „Da steht bei den Innenministern der sprichwörtliche Elefant im Raum, also eine Tatsache, von der alle wissen, über die aber niemand sprechen will."
Zahlen sprechen Bände
Allein die Zahlen der Kriminalstatistik für Berlin sprechen Bände. Hier hat die Polizei im Jahr 2022 insgesamt 3317 Messerangriffe registriert. 2428 Tatverdächtige sind ermittelt worden, 1234 von ihnen hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit.
Das war also mehr als die Hälfte. Statistisch wurden dabei die Messerstecher nicht erfasst, die zwar „deutsche Staatsbürger", aber Migranten sind.
Im Vergleich: Ende 2022 betrug der offizielle Ausländeranteil an der Bevölkerung in Berlin 24,3 Prozent. „Umgerechnet wurden also im Fall der Messerangriffe doppelt so viele Ausländer zum Täter als deutsche Staatsangehörige" (BZ).
Die Tageszeitung vergisst dabei darauf hinzuweisen, dass relativ viele Gewalttäter, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, als Ausländer eingebürgert wurden oder Kinder von Eingebürgerten sind.

https://ansage.org/gar-nicht-symbadisch-karlsruhe-wird-zur-neuen-hochburg-der-sexualverbrechen/
GAR NICHT "SYMBADISCH": KARLSRUHE WIRD ZUR NEUEN HOCHBURG DER SEXUALVERBRECHEN
Von
Alex Cryso
17. Juni 2023
Die badische Stadt Karlsruhe, immer die drittgrößte Baden-Württembergs, kennt man für nicht allzu viel: Den Bundesgerichtshof etwa oder den Zweitligsten KSC. Doch neuerdings muss sich die knapp 314.000 Einwohner zählende Kommune im Südwesten den Vorwurf gefallen lassen, eine echte Hochburg in Sachen Sexualverbrechen zu sein: Laut der

Polizeilichen Kriminalstatistik ist die Anzahl an Vergewaltigungen, Missbrauchsfälle, Belästigungen und anderen Übergriffen im letzten Jahr um 67 Prozent angestiegen und somit förmlich explodiert; auch die Straftaten insgesamt stiegen steil an. Wie immer sind dabei die Migranten aus Schwarzafrika und den islamischen Ländern ganz vorne mit dabei: Über die Hälfte aller Delikte wurde von Zuwanderern ohne deutschen Pass begingen. Insgesamt ist auch die Kriminalitätsrate in Karlsruhe um 23,2 Prozent emporgeschnellt. Damit muss die badische Großstadt zu den gefährlichsten Städten in Deutschland überhaupt gerechnet werden. Derweil werden 51 Prozent aller Sexualverbrechen in Karlsruhe von Migranten verübt. 45,9 Prozent aller Gesamtverbrechen haben fremdländische Beteiligung. Insgesamt 24.656 Straftaten wurden alleine im Jahr 2022 in Karlsruhe registriert. Vermutlich dürfte die Dunkelziffer weitaus höher liegen. Vor allem Raubüberfälle, aber auch die Gruppengewalt ist immer mehr im Kommen. Viele der Täter sind enorm jung, manche nicht mal volljährig. Offiziell hat Karlsruhe einen Migrantenanteil von 38,4 Prozent. Und dass es in Zeiten, in denen das Gros der Zugreisten aus Italien, Kroatien, China oder Spanien stammte, weitaus ruhiger und friedlicher bei uns zuging, wird wohl niemand mehr bestreiten wollen.

"Spitzenreiter" im Ländle dank Problemzuwanderung

Was die Sexualstraftaten anbelangt, konnte Karlsruhe sogar dem nicht weit entfernten Offenburg, das lange Zeit als badischer Hotspot galt, inzwischen den Rang ablaufen. Doch auch in Freiburg im Breisgau ist die Situation nicht besser: Hier wird man der Migrantenhorden schon gar nicht mehr Herr. Selbst die Polizei ist machtlos. Die extrem grüne Stadt im Süden des Schwarzwaldes hat sich über Jahrzehnte hinweg ihre auf falschem Liberalismus basierenden Problem selbst herangezüchtet: In den Sommermonaten werfen sich deutsche Frauen schwarzen Asylbewerbern an den Hals, während sich ausländische Banden gnadenlos bekämpfen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl gilt die eigentlich malerische Universitätsstadt als die kriminellste Kommune in ganz Baden-Württemberg.

Im ebenfalls badischen Pforzheim ist man schon so weit, dass der linksgrüne Lifestyle allerschlimmste Gemüts- und Geistesstörungen in Form von extremer Verblödung, akutem *Brain Drain* – Wegzug der Akademiker und Eliten – und bekloppter Infantilität auslöst. Flächendeckende Verarmung und eine ebensolche Selbstaufgabe gelten als kultisch-kranke Gegenströmung zum verhassten Kapitalismus. Ganze Stadtteile verwahrlosen und überfremden. Pforzheims einzige "Zukunft" wird – wie letztlich die Deutschlands – nur noch auf die Namen Ali, Nasrollah und Tolgay hören, wenn der Trend nicht umgekehrt wird.

Dieser Beitrag erschien auch auf beischneider.

https://www.pi-news.net/2023/06/stade-clan-erleichtert-chemiekonzern-um-20-mio-euro/

Stade: Clan erleichtert Chemiekonzern um 20 Mio. Euro

18. Juni 2023

46

Am frühen Donnerstagmorgen, um sechs Uhr, hatten schwer bewaffnete Polizeikräfte mit dem Polizei-Panzerwagen „Survivor", unterstützt von zahlreichen Spezialeinsatzkräften, ein Villenareal in Fredenbeck im Kreis Stade gestürmt.

Von MANFRED W. BLACK | „Eine Diebesbande soll beim Hamburger Kupferhersteller Aurubis über Jahre edelmetallhaltige Zwischenprodukte gestohlen und damit Erlöse im Wert von rund 20 Millionen Euro erzielt haben", berichtet die Süddeutsche Zeitung (SZ). Die Hamburger Staatsanwaltschaft habe deshalb am „am Donnerstag mehr als 30 Objekte in Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hessen durchsuchen lassen".

Polizei und Staatsanwaltschaft teilten dazu mit, dass als Täter „Männer" zwischen 28 und 60 Jahren verdächtigt werden. Sie sollen über Jahre mehrere Tonnen edelmetallhaltige Nebenprodukte der Kupferproduktion auf dem Gelände der Aurubis gewerbsmäßig entwendet zu haben.

Viele andere Medien, auch Radiostationen des NDR, berichten über die mafiaartig organisierten Täter aus einer Großfamilie, schweigen sich aber darüber aus, zu welchen Ethnien die Banditen gehören.

Polizei entdeckt 200.000 Euro Bargeld – und etliche Waffen

Am frühen Donnerstagmorgen, um sechs Uhr, hatten schwer bewaffnete Polizeikräfte mit dem Polizei-Panzerwagen „Survivor", unterstützt von zahlreichen Spezialeinsatzkräften, ein Villenareal in Fredenbeck im Kreis Stade gestürmt, in dem die meisten Banditen wohnen. Als zwei große Bluthunde auf die Polizisten zuliefen, sind sie von den Beamten erschossen worden.

Die Beamten haben neben etlichen Speichermedien zehn Fahrzeuge, 20 hochwertige Uhren, über 200.000 Euro Bargeld, mehrere scharfe Schusswaffen und Munition sowie Teile des Diebesgutes beschlagnahmt.

Was Medien verschweigen

Die SZ – als ein führendes Blatt der linksgrünen deutschen Medienszene – lässt geflissentlich unter den Tisch fallen, dass es sich bei der kriminellen Großbande um einen Clan handelt, der eindeutig ausländische Wurzeln hat.

Man muss schon länger recherchieren, um wenigstens annähernd herauszubekommen, wer die Schwerkriminellen sind, die auf einem Luxus-Anwesen in Fredenbeck (knapp 6000 Einwohner) residieren. Fündig wird man schließlich zumindest teilweise bei der Bild-Zeitung (Regionalausgabe Hamburg).

Es gibt mindestens zwölf dringend Verdächtige, sechs von ihnen sind festgenommen worden. Einige haben bei der Aurubis AG

(früher: Norddeutsche Affinerie) offiziell gearbeitet – und dabei regelmäßig über mehrere Jahre Neben- und Abfallprodukte der Kupfer-Produktion auf der Hamburger Veddel abgezwackt. Dabei ging es vor allem um Anoden-Staub, Rohsilber – und Gold.
Der Chef heißt Mahmut C.
Als Kopf der Bande identifizierten Polizisten der Abteilung Organisierte Kriminalität den 36-jährigen Mahmut C., der sich in Fredenbeck – rund 60 Kilometer von Hamburg entfernt – einen luxuriösen Wohnsitz zugelegt hatte. Zwei der Verhafteten halten sich, als Ausländer, illegal in Deutschland auf.
Viele Bürger im Kreis Stade sind ob der Tatsache tief besorgt, dass Großfamilien mit Migrationshintergrund sich nun auch schon in kleineren Städten und sogar in Dörfern niederlassen, um ihren verbrecherischen Geschäften nachzugehen.
Ob es Staatsanwaltschaft und Polizei gelingen wird, den jetzt festgesetzten Verbrechern ihre fortwährenden schweren Diebstähle gerichtsfest nachzuweisen, bleibt abzuwarten.

https://journalistenwatch.com/2023/06/19/bundesregierung-luegt-statt-8-000-waren-es-mehr-als-21-000-messerangriffe/
Bundesregierung lügt: Statt 8.000 waren es mehr als 21.000 Messerangriffe
Das Staatsversagen dieser links-grünen Regierungstruppe zeigt in ihrem Ausmaß immer deutlicher und immer blutiger. Um diese zu verschleiern, geht die Bundesregierung nun zu offenen Lügen über. Denn: Die wahre Zahl der Messerangriffe soll offenbar nicht bekannt werden. Statt 8.000, wie zahlreiche staatstreuen Medien kolportieren, gab es im vergangenen Jahr mehr als 21.000 Messerangriffe in Deutschland.
BKA-Präsident Holger Münch präsentierte vor zwei Monaten zusammen mit der Linksradikalinsti-Genossin Innenministerin Faeser die PKS für das Jahr 2022. Was bei dieser Show dem dummdoofen Wahlvolk präsentiert wurde, scheint – nett gesagt – geschönt worden zu sein. Um es klar zu sagen: Um das Staatsversagen dieser links-grünen Deutschlandvernichtertruppe zu kaschieren, wurde über die tatsächliche Zahl von Messerangriffe in Deutschland gelogen.
Die Daten zur Messergewalt sind, so berichtet es TE, nicht in allen Bundesländern gleich vollständig. Am meisten jedoch schockiert: Das Ausmaß der Messerangriffe in Deutschland ist schlichtweg nicht bekannt. "Trotz zahlloser Kriminalstatistiken von Bund und Ländern, Städten und Regionen kennen wir die wahre Zahl der

Messerangriffe nicht, um von Messerstraftaten zu schweigen", so TE.

Faesers Taschenspielertrick mit den zwei Deliktgruppen

In einem Bericht der Innenministerkonferenz zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2022 sei von 8.160 Messerangriffen bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung die Rede. Diese Zahl wird seither in verschiedensten, vornehmlich staatsnahen bis staatstreuen Medien als die Zahl der Messerangriffe in Deutschland kolportiert. Jedoch sei das nicht die ganze Wahrheit, die die Innenminister der Länder im April unters dummdoofe Wahlvolk brachten. Im selben Bericht wird daneben noch eine weitere „Messerangriff-Zahl" genannt, nämlich die „Messerangriffe bei Raubdelikten".

Und die lagen 2022 bei 4.195 Taten. Kurz den Taschenrechner gezückt ergeben 8.160 Messerangriffe bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung plus 4.195 Messerangriffe bei Raubdelikten in Summe blutige 12.355 Messerdelikte. Macht also fast 34 Taten am Tag bundesweit. Wühlt man sich durch alle durch der Landeskriminalämter bekannten Zahlen für Messerangriffe des vergangenen Jahres in den betreffenden Bundesländern hindurch und zählt diese zusammen, dann erhält man eine Zahl von über 21.000 Messerangriffen in ganz Deutschland. Macht 60 Messerattacken pro Tag!

TE bemerkt – neben einer detaillierten Auflistung der Messerattacken pro Bundesland – zum einen dazu, dass es sich bei dieser Zahl von 21.000 Messerangriffen um die Untergrenze des Phänomens handle, weil einige Länder nicht sehr offen mit den Zahlen umgehen und man fragen kann, warum einige „Messertaten" nicht relevant genug sind, um als Angriffe geführt zu werden. Zum anderen: Das BKA darf offenbar nicht alle Zahlen nennen. Denn: Auch die Summe der beiden – angeblich nur 12.355 Messertaten im Jahr bundesweit – kann nicht stimmen, weil die Länderzahlen anderes zeigen. Auf Nachfrage bestätigt das BKA, dass hier Kategorien weggelassen wurden und auch nicht genannt werden können.

Würde man über alle berichten, gäbe es nichts anderes mehr in der Zeitung

Eine Gesamtzahl der Messerangriffe in Deutschland soll demnach nicht an die Öffentlichkeit kommen, so TE. Und die Formulierungen aus dem BKA lassen nur einen Schluss zu: Ein Maulkorb wurde verhängt. Zahlen, die auf Länderebene in einer Art Salamitaktik herausgegeben werden, sollen in der Summe verschwiegen werden. Die Gesamtzahl der Angriffe mit dem Tatmittel Messer – wozu natürlich auch die Androhung des Zustechens gehört – liegt nicht bei 12.355, sondern fast doppelt so hoch. Die Ampel versucht das tatsächliche Ausmaß zu vertuschen.

(SB)

https://journalistenwatch.com/2023/06/19/fluechtlingsjublerin-laedt-29-jaehrigen-afghanen-in-familie-ein-der-messert-sie-und-ihre-17-jaehrige-tochter-nieder/

Flüchtlingsjublerin lädt 29-jährigen Afghanen in Familie ein: Der messert sie und ihre 17-jährige Tochter nieder

Mit ganz weit geöffneten Armen nahm sie den hereingeflüchteten Afghanen Fuwad O. mitten in ihrer Familie auf. Diese verantwortungslose Flüchtlingsjublerei bezahlte die zweifache Mutter beinahe mit ihrem und dem Leben ihrer 17-jährigen Tochter.

Der Afghane Fuwad O. kam 2015 auf Einladung Angela Merkels nach Deutschland hereingeflüchtet und wird seit 2017 geduldet. Im Flüchtlingsfreudentaumel folgte die heute 36-jährige Altenpflegerin Bettina A. dem leuchtenden Beispiel und nahm den mutmaßlich heute 29Jährigen – genaues Alter ist, wie Tausendfach – einmal wieder nicht bekannt – in die Mitte ihrer Familie auf und konfrontierte durch ihr verantwortungsloses Tun somit auch ihre heute 17-jährige Tochter mit einem Mann aus dem archaischen, frauenverachtenden muslimischen Kulturkreis.

Gegenüber der Bildzeitung berichtet die Bettina A., wie lieb und nett doch Fuwad immer war. Da der erwachsene afghanische Mann durch die Mutter Zugang zur Tochter bekam, war Fuwad auch in deren Clique präsent. Im Oktober des vergangenen Jahres musste die zweifache Mutter und die an den Afghanen herangeführte Tochter jedoch erfahren, was Muslim Fuwad O. unter Gastfreundschaft versteht: Bettina A. berichtet gegenüber der Bild: „Das war nichts Ungewöhnliches. Bei uns übernachteten häufiger Freunde meiner Tochter. Fuwad war in der Clique von Sarah, besuchte uns oft und war immer sehr freundlich. Wir haben ihn daher wie einen Freund in unserer Familie aufgenommen.“ Fuwad habe sich an diesem Tag aber von dem angeblich ach so höflichen jungen Mann in einen hasserfüllten Menschen verwandelt.

Als Bettina A. Schreie aus dem Zimmer ihrer Tochter hörte und hineinrannte, stand der ach so freundliche Fuwad mit einem Küchenmesser da und hatte bereits schon dreimal auf ihre Tochter eingestochen. Den Versuch, ihre Tochter zu retten, quittierte O. damit, dass ihr der Afghane laut Anklage der Staatsanwaltschaft 13 Mal das Messer in den Körper rammt. Erst als der blutüberströmten Tochter die Flucht zum Nachbarn gelang, soll der migrantische Messerstecher abgehauen sein.

Das Motiv: Anscheinend Eifersucht. Kurz vor der Tat soll die damals 16-Jährige dem Merkel-Gast eine Abfuhr erteilt und ihm gesagt haben, dass sie bereits eine Beziehung zu einem anderen Jungen hätte.

Seit Mai steht der muslimische Messerschwinger wegen zweifachen versuchten Mordes aus Heimtücke vor dem Landgericht in Frankenthal.

Seit der Tat leidet die Tochter unter Panikattacken und Angstzuständen und kann nicht mehr in die Schule gehen. Die flüchtlingsaffine Mutter konnte bei der fünfstündigen Notoperation gerade noch gerettet werden, kann aber seither nicht mehr arbeiten, da sie ebenfalls unter Angstzuständen leidet. Ihre rechte Hand ist seither taub. Des Weiteren haben Mutter und Tochter Angst, dass sich die Freunde des afghanischen Frauenabstechers an ihnen rächen könnten. Weder hier noch in der Zeit nach der Tat hätten sie Hilfe erhalten, beklagt Bettina O. Es habe Monate gedauert, bis sie oder ihre Tochter einen Therapieplatz bekommen haben. “Zudem mussten wir noch das Tagesgeld in der Klinik sowie den Krankentransport von insgesamt 160 Euro bezahlen.“ Ihre Klage: „So geht man doch mit Opfern einer Straftat nicht um!“ Traurig ist das Opfer einer

verbrecherischen Migrationspolitik, die als Nebenklägerin im Prozess gegen den Afghanen auftritt, dass ihr einst umsorgter und in die Familie aufgenommener Afghane sie beim Prozessauftakt nicht mal angeschaut habe und auch keine Entschuldigung über seine muslimischen Lippen kam.

Das könne mutmaßlich daran liegen, dass es ihm nicht leid tut, zwei ungläubige Frauen abgestochen zu haben. Die Mutter sollte sich indes fragen, wie sie es normal finden konnte, dass ein mutmaßlich 29-jähriger Afghane in die Clique ihrer 17-jährigen Tochter drängt – und einen erwachsenen Mann auch noch bei ihrer Tochter übernachten zu lassen. Der Grund dafür könnnte, wie Anabel Schunke in einem Twitterbeitrag schreibt, sein, dass dieser Generation von Frauen alle Urinstinkte abtrainiert wurden. "Das kann doch nicht wahr sein! Wie ich immer sage: Filme wie „Nur eine Frau" oder auch „Nicht ohne meine Tochter" sollten Pflicht an den Schulen sein. Stattdessen wird den Mädchen beigebracht, dass alle Kulturen gleich sind. Ich kann nur jeder Frau raten: Macht einen großen Bogen um diese Typen! Lasst euch nicht einlullen!"

Ob die links-radikale Innenministerin Nancy Faeser solche Taten meint, wenn sie die steigende Gewalt an Frauen aktuell bejammert?

(SB)

https://unser-mitteleuropa.com/gewalttaetige-und-nicht-triebgesicherte-schutzsuchende-jungmaenner-verunmoeglichen-zunehmend-besuch-von-baedern-video/

Gewalttätige und nicht triebgesicherte schutzsuchende Jungmänner verunmöglichen zunehmend Besuch von Bädern (Video)

20. 06. 2023

Welche Grüne*innen und sonstige Gutmensch*innen möchten sich in dieser bunten Runde nicht bereichern lassen?

Nun rächt sich die Annahme, dass sich auch junge Männer aus uns völlig fremden Kulturkreisen in öffentlichen Bädern zivilisiert und kultiviert verhalten werden. Gleich vorweg: Man kann diesen Rabauken keinen Vorwurf machen, denn die sind halt so – nicht umsonst dürfen sich Frauen aus deren Herkunftsländern nur verhüllt in der Öffentlichkeit präsentieren, denn dort kennen die ihre Pappenheimer. Und folgerichtig gibt es dort eigene Badetage nur für Frauen. Dort weiß man auch, wie gegen Gewalttäter und sonstige Kriminelle vorzugehen ist.

Nicht jedoch bei uns – hier glauben naive Träumer*innen aus reißenden Wölfen liebliche Lämmchen formen zu können. In öffentlichen Badeanstalten werden wir zunehmend Zeugen dieser fatalen gutmenschlichen Fehleinschätzung.

Hier nur einige aktuellen Beispiele von heute und gestern bzw. vorgestern, die den Weg in die Öffentlichkeit fanden:

t-online.
Nachrichten für Deutschland

Suchbegriff eingeben

Gewalt gegen Frauen?

Celler Badeland wegen randalierenden Jugendlichen vorzeitig geschlossen

19.06.2023 -

Bis zu 20 Jugendliche sollen im Badeland Celle andere Badegäste angegriffen und belästigt haben. Das Schwimmbad wurde vorzeitig geschlossen.

Im Badeland Celle ist es am Sonntag zu mindestens einer Körperverletzung gegenüber einem Badegast und Bedrohungen gegenüber den Schwimmmeistern gekommen. Schließlich sei die Situation dermaßen eskaliert, dass die Verantwortlichen das Schwimmbad für alle Badegäste unter Begleitung der Polizei schlossen. Das sagte ein Sprecher der Polizei Celle am Montag, berichtet t-online.de

***

TAG24

ÜBERGRIFF IN SCHWIMMBAD: JUNGE MÄNNER FASSEN MÄDCHEN UNTER WASSER AN UND BEDRÄNGEN SIE

19.06.2023

MÖNCHENGLADBACH - In einem Schwimmbad in Mönchengladbach ist es zu unschönen Szenen gekommen: Mehrere Jugendliche sollen dort eine Gruppe von jungen Mädchen bedrängt und belästigt haben.

Wie ein Polizeisprecher am Montag mitteilte, seien Ermittlungen gegen drei Jugendliche (17) und zwei junge Erwachsene (19) eingeleitet worden. Die Gruppe junger Verdächtiger soll demnach am Sonntagnachmittag im Vitusbad in Mönchengladbach eine Gruppe von sechs Mädchen im Alter zwischen zwölf und 13 Jahren bedrängt und belästigt haben. […] Fünf der jungen Männer seien afghanischer Herkunft. Einer stamme aus Rumänien, so die Ermittler, berichtet tag24.de

***

Fuldaer Zeitung

Auf Verweis aus Freibad folgt Angriff auf Sicherheitsdienst - zwei Männer festgenommen

Erstellt: 19.06.2023 Aktualisiert: 20.06.2023, 07:10 Uhr

Nachdem drei Männer aus einem Freibad in Hanau geworfen wurden, kamen sie mit „Verstärkung" zurück und schlugen auf die Sicherheitsdienst-Mitarbeiter ein. Die Polizei sucht nun Zeugen.

Hanau – Nach einem schwerwiegenden Zwischenfall am Sonntagabend (18. Juni) im Heinrich-Fischer-Bad in Hanau ermittelt die Polizei und bittet um Zeugenhinweise. Die Beamten konnten zwei Tatverdächtige festnehmen. Es geht um Raub sowie gefährliche Körperverletzung, berichtet die Polizei aus dem Main-Kinzig-Kreis, berichtet die fuldaerzeitung.de

***

Bild

ZWEI MÄNNER FESTGENOMMEN

Wieder Mädchen in Stuttgarter Bad belästigt

Über Pfingsten sieben Frauen begrabscht

STUTTGART - Es ist schon wieder passiert! Im Stuttgarter Inselbad wurden vier Mädchen begrabscht!

Zum dritten Mal innerhalb kürzester Zeit kam es im Stuttgarter Inselbad zu widerlichen Übergriffen auf junge Frauen. Am Sonntag sollen zwei Männer (20 und 25) vier Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren unsittlich berührt haben.

Verdächtige müssen DNA-Probe abgeben

Die Mädchen waren am Sonntagabend gegen 19 Uhr im Familienbecken des Freibads. Eine Gruppe von zehn Männern soll sich genähert haben. Aus dieser Gruppe sollen zwei Männer schließlich die Mädchen berührt haben, heißt es im Polizeibericht.

Nach BILD-Informationen sollen sie die Mädchen an den Brüsten und jeweils im Hüftbereich berührt haben. […] berichtet bild.de
***

TAG 24

PRÜGELATTACKE IM SCHWIMMBAD: 30 JUGENDLICHE GEHEN AUF VIER WACHMÄNNER LOS

20.06.2023 13:25

Von Jenefer Flach

Berlin - Wieder einmal gab es eine Schlägerei, ausgelöst durch Jugendliche, in einem öffentlichen Sommerbad im Stadtteil Pankow. Einige Täter konnten geschnappt werden.

Am Montagabend gegen 19.15 Uhr kam es im Sommerbad Pankow in der Straße Am Schlosspark zu einem Streit zwischen zwei Schwimmmeistern und zwei Jugendlichen (14, 16).
Besucher vor Ort sagten der Polizei später, dass circa 30 weitere Jugendliche sich in dem Konflikt einschalteten, sodass vier Sicherheitsmitarbeiter dazugeholt werden mussten. Es kam zu einer Massenschlägerei, bei der ein 39-jähriger Wachmann verletzt wurde, aber hinterher nicht ärztlich versorgt werden wollte berichtete tag24.de
***

Saarbrücker Zeitung

nd Nachrichten Blaulicht Sport Leben

„Geschlagen, getreten, gekratzt“ – wüste Schlägerei im Freibad in Saarlouis

Deutsche und französische Kollegen wollen künftig enger zusammenarbeiten. Der erste Besuch führte in mehrere Freibäder und in die Saarlouiser Innenstadt. Ein Vorfall im Saarlouiser Steinrausch-Bad zeigt, wieso das wichtig ist. Von Robert Claus

19.06.2023, 19:03 Uhr

Im Saarlouiser Steinrausch-Bad ist es am Samstag, 17. Juni, nach Angaben der Polizei zu einer wüsten Schlägerei zwischen vier Mitarbeitern des privaten Sicherheitsdienstes der Einrichtung und drei jugendlichen Badegästen – einer von ihnen ein 17-jähriger Franzose – gekommen. Zusammen mit zwei Mitarbeitern des kommunalen Ordnungsdienstes der Stadt waren insgesamt neun Menschen in das Handgemenge involviert. „Es wurde geschlagen, getreten und gekratzt. Dabei wurden fünf Menschen leicht verletzt", berichtet Polizeichef Zimmer. […]
berichtet saarbruecker-zeitung.de
***

Strittiger Beitrag

WDR behauptet, dass Klimawandel schuld an Gewalt in Freibädern ist

Ein WDR-Beitrag über den Klimawandel und Extrem-Hitze hat in diesem Zusammenhang auch die Ausschreitungen in Berliner Freibädern im vergangenen Sommer thematisiert. Die Vorfälle seien auch „ein Effekt des heißen Sommers", heißt es dort. Außerdem wird die Frage gestellt, ob „wir uns im Zusammenhang mit dem Klimawandel und den steigenden Temperaturen auf mehr Aggressionen einstellen müssen".
[…]
Auch wurde eine Debatte über die Herkunft der Täter geführt – einige hatten einen Migrationshintergrund, berichtet focus.de
Anm. der Red. zum focus-Artikel:
Na sowas! „einige" hatten einen Migrationshintergrund – wer hätte sich das gedacht?

Gesendet: Freitag, 23. Juni 2023 um 11:21 Uhr
Von: "AfD-Fraktion Hamburg" <blaueranker@afd-fraktion-hamburg.de>
An: m.schroeter-kunhardt@gmx.de
Betreff: Blauer Anker: Freie und Messerstadt Hamburg
in der Bürgerschaftssitzung am Mittwoch ging es nicht nur wegen der sommerlichen Temperatur hitzig zu. Die Linksfraktion hatte zur Aktuellen Stunde die vermeintliche Abschreckung für Migranten an der EU-Grenze angemeldet („Kein Mensch ist illegal"). Aber der „große Asylkompromiss", wie er von der Ampel-Regierung verkauft wird, ist eher ein Kompromiss auf minimaler Ebene. Die deutsche Innenministerin Faeser wollte diesen Kompromiss schon im Vorfeld aushebeln und afghanische und syrische Flüchtlinge ausnehmen. Damit wäre diese Regelung komplett

leergelaufen. Wir werden sehen, dass diese Neuregelung von der deutschen Politik genauso ignoriert werden wird, wie die „Asylbeschränkungen", die 1993 als großer Kompromiss gefeiert wurden.

Freie und Messerstadt Hamburg
Tag für Tag lesen wir in Hamburg schreckliche Meldungen. Nachrichten wie „Macheten-Mann greift Nachbarn an" (Bild), „56-Jähriger verblutet nach Messerattacke" (Abendblatt) oder „Zwei Verletzte nach Messerangriff vor Shisha-Shop in Wandsbek" (NDR) sind an der Tagesordnung. Für Rot-Grün sind das Einzelfälle. Dabei sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. 2022 gab es laut Polizeilicher Kriminalstatistik 1.127 Messerstraftaten. In 312 Fällen wurde das Messer eingesetzt, 815 Mal wurde damit gedroht. Dass es inzwischen eine gesonderte Erfassung von Straftaten mit dem Messer gibt, ist der AfD zu verdanken. Schon 2018 forderten wir dies und seit 2019 wird das Messer als Tatwaffe in der PKS gesondert erfasst. Die Forderung nach Nennung der Täterherkunft wurde nicht umgesetzt. Dabei wäre nur so eine zielführende Prävention möglich.

Clankriminalität in Hamburg
Dass insbesondere migrantische Milieus ein hohes Gewaltpotenzial aufweisen und häufig zu Messern und Schusswaffen greifen, ist ein offenes Geheimnis. Derartige Gewalt hat seit 2015 massiv zugenommen. Was wir nicht erst seit Merkel und der Asylkrise 2015 erleben, sind Multikulti-Parallelgesellschaften und kriminelle Clans. Davon konnten wir uns im Ruhrgebiet vor wenigen Tagen ein Bild machen. Es herrschte ein regelrechter Clan-Krieg. Mit Messern und Macheten gingen Mitglieder einer syrischen und einer libanesischen Familie in Castrop-Rauxel aufeinander los. Auch in Hamburg und Umland machen sich Clans breit. Letzte Woche wurden zahlreiche Durchsuchungen und Haftbefehle vollstreckt, elf Tatverdächtige sollen sich als Bande zusammengeschlossen und über Jahre hinweg rund 20 Millionen Euro erbeutet haben.

https://unser-mitteleuropa.com/frauen-als-freiwild-muslimische-migranten-banden-terrorisieren-griechische-inseln-polnische-hotelfrau-zu-tode-vergwealtigt/

Frauen als Freiwild: Muslimische Migranten-Banden terrorisieren Griechische Inseln – Polnische Hotelfrau zu Tode vergewaltigt

26. 06. 2023

In Griechenland mehren sich die Meldungen über absolute Ausnahmezustände auf diversen Inseln, an denen größtenteils muslimische Migranten anlanden und dann dort ihr Unwesen treiben. Der

tragische Fall der auf der Insel Kos zu Tode vergewaltigten polnischen Hotelfachfrau Anastazja Rubińska dürfte dabei nur die Spitze des Eisbergs sein.

Migranten-Bande vergewaltigte Polin zu Tode

Rubińskas Leiche wurde vor wenigen Tagen von Einwohnern in einem Plastikbeutel gefunden. Der Körper war schwer misshandelt, die Polin wurde vermutlich mehrfach vergewaltigt und brutal ermordet, so die Obduktion. Die Täter sind fünf muslimische Männer aus Bangladesch und Pakistan. Rubińska arbeitete in einem Hotel nicht unweit des mutmaßlichen Tatortes.

Auf Anordnung des polnischen Justizministers sind vergangenen Dienstag zwei Staatsanwälte aus Polen auf die Insel Kos gereist. „Es laufen intensive Verhandlungen mit der griechischen Staatsanwaltschaft und dem Justizministerium, um deren Zustimmung zur Teilnahme an Verfahrensaktivitäten zu erhalten und sich umgehend mit den bisher gesammelten Beweisen vertraut zu machen", teilte der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro am Mittwoch mit.

Doch die Jagd von muslimischen Migranten-Banden nach westlichen Frauen in den „Urlaubsparadiesen" ist längst die Regel, und keine Ausnahme.

Frau entkam knapp Massenvergewaltigung

Eine 30-jährige Frau erzählte griechischen Medien, dass es auf der Insel Kos eine organisierte Gruppe von Migrantenmännern gibt, die sich an jungen Frauen vergreifen, und offenbarte, dass sie selbst nur knapp entkommen ist.

Die Frau, die nur als Maria bekannt ist, meldete sich nach dem tragischen Fall von Rubińska und erzählte, dass nur wenige Meter von der Stelle entfernt, an der die Leiche der 27-jährigen Polin gefunden wurde, eine Person, die im Zusammenhang mit diesem Mordfall von Interesse ist, versucht hat, sie zu vergewaltigen. Sie warnte außerdem vor einem weit verbreiteten Problem auf der griechischen Insel, bei dem Männer mit Migrationshintergrund „Jagd auf Frauen" machen.

Ihre Erinnerung an die versuchte Vergewaltigung war, dass jemand während eines nächtlichen Ausgehabends etwas in ihr Getränk getan hatte. Ihr Körper schien gelähmt zu sein, obwohl ihr Verstand klar funktionierte. Es gelang ihr, dem pakistanischen Mann zu entkommen, und sie ist erleichtert, dass sie nicht das Schicksal der jungen Frau ereilt hat, die nur wenige Tage später dort ermordet wurde.

Maria beschuldigte die örtliche Polizei, auf ihre Versuche, sie zu erreichen, passiv reagiert zu haben, und erklärte, dass sie die Insel nun in Richtung ihrer Heimatstadt verlassen habe.

Afghane und Pakistani vergewaltigten Schwangere

Bereits im Jahr 2021 wurde ein schier unglaublicher Bericht über ähnliche Zustände in Griechenland veröffentlicht. Damals wurde eine im dritten Monat schwangere Frau von einem Afghanen spät Abends vergewaltigt. Als die Frau Hilfe bei drei pakistanischen Männern suchte, brachten diese sie in ihre Wohnung in Athen und vergewaltigten sie dort ebenfalls.

https://philosophia-perennis.com/2023/06/08/gewalt-gegen-homosexuelle-70-prozent-der-tatverdaechtigen-sind-auslaender/

Gewalt gegen Homosexuelle: 70 Prozent der Tatverdächtigen sind Ausländer

Impressionen vom Kölner CSD (c) David Berger

BY**DAVID BERGER**

8. JUNI 2023

Eine AfD-Anfrage beim Senat zu den Tätergruppen von homophober Gewalt in Hamburg hat nun aufgedeckt: 70 Prozent der Tatverdächtigen bei Hassgewalt gegen homosexuelle Menschen sind Ausländer (Drucksache 22/12015).

Eine Senatsantwort auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Dirk Nockemann deckt für das Jahr 2022 auf, dass 20 Gewaltdelikte gegen homosexuelle, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen aktenkundig wurden.

Ross und Reiter klar benennen

Von den 20 Tatverdächtigen besitzen zehn Personen keinen deutschen Pass, bei vier weiteren Personen ist die Staatsangehörigkeit ungeklärt. 70 Prozent der Tatverdächtigen bei homophober Hassgewalt sind Ausländer (Drucksache 22/12015).

Dazu der Fraktionschef Dirk Nockemann:

„Ich erwarte, dass derartige Straftaten bei allen Tätern konsequent verfolgt und geahndet werden. Aber es müssen auch Ross und Reiter klar benannt werden. Wer als Ausländer hier lebende Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung angreift, der hat sein Gastrecht verwirkt und muss die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen."

Statt Gender-Gaga: Kümmert euch um die wirklichen Sorgen der Menschen

An dieser Stelle sei noch einmal an mein Statement im Bundestag vor zwei Wochen angemahnt. wo ich davor warnte dies zu negieren und dafür von den Politikern der Altparteien auf übelste Weise beschimpft wurde:

https://www.compact-online.de/migranten-aufstand-frankreich-im-chaos/

Bürgerkrieg in Frankreich

30. Juni 2023

Von MANFRED ROUHS | Der Tod eines 17-jährigen Nordafrikaners in Nanterre, einem westlichen Vorort von Paris, hat tagelange, umfassende Ausschreitungen seiner Landsleute in vielen französischen Großstädten

ausgelöst. 40.000 Polizisten stehen dagegen in einem Einsatz, der immer noch anhält. Sie versuchen, die Randalierer durch Ausgangssperren und massives öffentliches Auftreten in Schach zu halten.
Das misslang bislang gründlich. Autos und Gebäude gingen in Flammen auf. Eher durch Glück als durch die Umsicht der Beteiligten gab es keine weiteren Todesopfer.
Der eine junge Mann, der in Nanterre durch Schüsse aus einer Polizeiwaffe gestorben war, fuhr einen PKW, obwohl er keinen Führerschein hatte. Videoaufnahmen zeigen, wie ein Polizist auf ihn schoss, nachdem er das Fahrzeug beschleunigt hatte in der offensichtlichen Absicht, sich der Kontrolle zu entziehen.
Nachdem die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen Totschlags gegen den Polizisten eingeleitet hat, dürfte in Frankreich künftig ein polizeiliches Durchgreifen gegen Personen, die ohne Führerschein ein Fahrzeug steuern, kaum noch möglich sein. Der Staat zieht sich – auch in Frankreich – offenbar immer mehr zurück von seiner Aufgabe, eine öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, die zumindest vom nordafrikanischen Teil derjenigen Menschen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Frankreich haben, offenbar nicht anerkannt wird. Krankreich zeigt uns: Ist erst ein Kipp-Punkt überschritten, dann können auch Zehntausende Polizisten die Implosion der öffentlichen Ordnung nicht mehr aufhalten.
Was den Franzosen ihre Nordafrikaner sind, das sind und Deutsche unsere Türken und Araber. Wir wissen nicht wirklich, wie es mit ihnen weitergeht. Und mancher ahnt Böses.
In Frankreich erleben wir in diesen Tagen eine Eskalation, die auch uns in Deutschland jederzeit einholen kann. Da herrscht im öffentlichen Raum mit einem Mal wie in vormoderner Zeit das Recht des Stärkeren.
Das lehrt uns vor allem eines: Wehe dem, der schwach ist!

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

Mit vielen smartphone-AUfnahmen
https://unser-mitteleuropa.com/nach-toedlichen-polizeischuessen-schwere-ausschreitungen-und-brandschatzung-in-paris-video/
Unfassbare Ausschreitungen in Frankreich +UPDATE 01.07.+ „Anfang eines Bürgerkrieges“ – (Exklusiv-Videos)

01. 07. 2023

+++ UPDATE v. 01.07.2023 +++
Einwander-Mobs greifen Weiße an (Videos)
Polnischer Ministerpräsident kritisiert Ausschreitungen…
… und bringt sie in Zusammenhang mit der zugellosen EU-Migrationspolitik:
„Unser Plan ist ein Europa der sicheren Grenzen – Sicherheit und öffentliche Ordnung – das sind die Werte, mit denen alles andere beginnt!"
Nur langsam thematisieren die Mainstremamedien die unangenehme Nachricht einer Multikulti-Dystopie. Der österreichische Propaganda-Sender ORF versteckte die bürgerkriegsähnlichen Unrugen noch in einer Unterrubrik „Weitere Unruhen in Frankreich". Mittlerweile werden auch dort die Migranten-Krawalle nicht mehr kleingeredet.

Auch die deutsche „BILD" erkennt langsam den Ernst der Lage:

Franzosen eingeschüchtert und verängstigt
Zemour: „Anfangsphase eines Bürgerkrieges"

„Wir befinden uns in der Anfangsphase eines Bürgerkriegs. Dies ist ein ethnischer Krieg. Wir sehen deutlich, dass es sich um einen Rassenkrieg handelt. Wir sehen, welche Kräfte beteiligt sind. Wir brauchen jemanden, der standhaft und zäh ist… Das Problem ist vor allem die Zahl der Einwanderer."
Bordeaux: Einwanderunsg-Mob greift grundlos einen weißen Passanten an…
Die Randalierer plünderten ein Waffengeschäft im Zentrum von Marseille und nahmen einige Jagdgewehre mit:

Ganz Frankreich wurde gestern Nacht von einer unfassbaren Gewalt-Welle überzogen. Die Mainstremamedien schweigen. Hier einige Eindrücke:
Kirche wird verwüstet – Priester bewusstlos geschlagen
Meinung eines Franzosen:
„Es ist eine Sünde, uns zu zwingen, mit Menschen zusammenzuleben, die uns anzünden wollen."
Eine französische Bürgerwehr organisiert sich:
Lyon: Polizeistation in Brand gesetzt:

+++ UPDATE 30.06.2023 - 18:30 +++
Halb Frankreich in Flammen, Macron relaxt beim Konzert

Die Arrioganz westlicher EU-Eliten ist nicht mehr nachvollziehbar: Der französische Präsident tanzte auf einem Konzert, Während es rund um die Hauptstadt zu wüsten Multikulti-Gewaltorgien kam besuchte der französische Präsident zusammen mit seiner Frau ein Elton John-Konzert in der Hauptstadt.

Orte mit Ausschreitungen in Frankreich

+++ UPDATE v. 30.06.2023 - 10:47 +++

Übergreifen auf Brüssel – Weitere Gewaltnacht in Frankreich

Seit Dienstag griffen die Multikulti-Unruhen auch auf die belgische Hauptstadt über: Zehn Menschen wurden festgenommen – wie belgische Zeitungen mitteilten (DeStandaard). Dabei wurden Autos in der Brüsseler Innenstadt zerstört und angezündet, Pflastersteine wurden auf öffentliche Verkehrsmittel geworfen, Scheiben von Bussen gingen zu Bruch.

Öffentlicher Verkehr eingestellt

Der öffentliche Nahverkehr kam im Innenbezirk der belgischen Hauptstadt zum Erliegen. Auch die U-Bahn-Station „Anneessens“ wurde geschlossen, nachdem ein einfahrender Zug angegriffen worden war.

Hauptsächlich jungen Menschen mit Multikulti-Hintergrund griffen Polizisten mit Pflastersteinen und anderen Gegenstände an. Laut einer Polizeisprecherin kursierten in den sozialen Medien Aufrufe zur Teilnahme an den Unruhen.

Hier der link zu m Video

Weitere Gewaltnacht in Frankreich

Am Donnerstagnachmittag nahmen nach Polizeiangaben 6200 Menschen an einem Protestmarsch zum Gedenken an den getöteten Jungen im Pariser Vorort Nanterre teil.

Am frühen Abend brach dann erneut das Chaos aus. Randalierer errichteten Barrikaden, zündeten pyrotechnische Sprengsätze, setzten Autos in Brand. Die Polizei setzte Tränengas ein.

Video zeigt Todesschüsse des Polizisten

Auch „BBC" berichtete von den Zusammenstößen zwischen Hunderten von Randalierern und der Polizei, wobei bis 03:00 Uhr Ortszeit landesweit 421 Personen festgenommen wurden.

Auch in anderen Städten Frankreichs wurden in Schaufenster zerstört. In Marseille wurde eine Bibliothek verwüstet, Barrikaden wurden errichtet. In einem östlichen Pariser Vor von wurde der Eingan eines Rathauses in Brand gesetzt.

In Nanterre, kritzelten die Jugendlichen *„Wir rächen Nahel"* auf Gebäude. Auf der Hauptstraße wurden Fahrzeuge in Brand gesetzt. In mehreren Teilen von Paris kam es zu Plünderungen: Ein Nike-Laden wurde demoliert, mit Schlagstöcken bewaffnete Jugendliche stürmten eine Apotheke, griffen eine McDonalds-Filiale, einen Geldautomaten und andere Geschäfte im Norden von Montreuil an. Die Polizei reagierte mit Tränengas.

Polizist habe in Notwehr gehandelt

Unterdessen ließ der verhaftete Polizist, welcher die tödlichen Schßsse abgegeben hatte, über seinen Anwalt mitteilen, er hätte in Notwehr gehandelt, weil er um sein Leben fürchtete.

+++ UPDATE 29.06.2023 +++

Unruhen greifen auf auf ganz Frankreich über

Am Rande der französischen Hauptstadt Nanterre bewarfen Demonstranten die Polizei mit Feuerwerkskörpern und setzten Autos in Brand. Auch in Lille und Toulouse kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten, ebenso in Amiens, Dijon und Essonne – wie ein Polizeisprecher verlautbarte.
In Nizza wurden zwei Polizeistationen und Streifenwagen mit Feuerwerkskörpern angegriffen. Die Randalierer errichteten Barrikaden und legten Brände. In Mons-en-Baroeul, in der Nähe von Lille, verwüsteten Demonstranten das Büro des Bürgermeisters und griffen eine Polizeistation im nahe gelegenen Roubaix an.
Auch französische Medien berichteten über zahlreiche Vorfälle rund um Paris. Videos aus sozialen Medien zeigten Demonstranten, wie sie Feuerwerkskörper auf das Rathaus von Montreuil in der Nähe von Paris abfeuerten.

Innenministerium nervös

Das Innenministerium mahnte zur Ruhe und mobilisierte zweitausend Polizisten in der Region Paris.
Die Lage ist durchaus ernst:
- „BFMTV" zitierte Polizeiquellen: Mehreren Polizeistationen in Paris *„ging die Munition aus*". Laut französischer Polizei hätten die aktuellen Unruhen das Niveau von 2005 erreicht haben. Damals wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Die Rede ist von einer möglichen Ausgangssperre für Cnews.
Der französische Präsident Emmanuel Macron berief eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats des Landes ein.

Polizist wegen vorsätzlicher Tötung inhaftiert

Im französischen Parlament wurde am Mittwoch eine Schweigeminute zum Gedenken an das „kindliche Opfer" Nahel M. eingelegt. Gegen den 38-jährigen Polizisten, der den Teenager erschossen hatte, wurde wegen vorsätzlicher Tötung ermittelt.

Der Pariser Polizeichef Laurent Núñez verteidigte den mutmaßlichen Mörder mit den Worten:
„Er ist ein erfahrener Polizist, dem seine Vorgesetzten vertrauen."
Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hielt Nahel M. sein Auto auf Aufforderung der Polizei nicht an.

Hitzige innenpolitische Debatte

Der französische Präsident Emmanuel Macron verurteilte den Tod des Jungen am Mittwoch und nannte ihn unerklärlich und unentschuldbar. Eric Zemmour verurteilte die Worte des französischen Präsidenten.
„Menschenrechts"-Gruppen haben jedoch wiederholt davor gewarnt, dass „Rassismus systemisch" in Frankreichs Strafverfolgungsbehörden ist, was Präsident Macron zuvor bestritten hat.
Die Familie des Jungen reichte eine Beschwerde gegen die Polizei wegen Totschlags, Beihilfe zum Totschlag und Meineids ein, so ihr Anwalt. Seiner Meinung nach würden Videoaufnahmen eindeutig beweisen, wie ein Polizist den jungen Mann erschoss.
Die Mutter des Opfers rief für heute Donnerstag auf TikTok zu einer Kundgebung in Nanterre auf. uf alle zu einer Trauerfeier nach Nanterre ein.
„Kommt alle! Wir werden eine Rebellion für meinen Sohn beginnen!"

+++ ERST-Artikel v. 28.6.2023 +++

Frankreich kommt nicht zur Ruhe und erwirkt zusehends den Anschein eines failed state, der in einem Teufelskreis von Multikulti- / Jugendunruhen und Polizeigewalt versinkt.
Nun wird gegen einen französischen Polizisten wegen Totschlags ermittelt, nachdem er einen 17-jährigen Jungen im Pariser Vorort Nanterre erschossen hatte. Der Mann war einer polizeilichen Aufforderung, sein Auto anzuhalten, nicht nachgekommen – wie die Staatsanwaltschaft dem „Guardian" mitteilte.
Schon kurz nach dem Vorfall setzten Banden Barrikaden und Mülltonnen in Brand, zertrümmerten eine Bushaltestelle und warfen Feuerwerkskörper auf die Polizei, die mit Tränengas und Streugranaten reagierte. Neun Personen wurden festgenommen.
Wie explosiv die Stimmung in Frankreich ist, zeigt sich an einem Rekord von 13 Todesfällen durch Polizeischüsse bei Verkehrskontrollen im vergangenen Jahr. Dies ist nun der zweite tödliche Vorfall im Jahr 2023.

„KATAKLYPSE NOW: 100 Jahre Untergang des Abendlandes** (Spengler) **Dekonstruktion der Political Correctness."

Das Buch ist im Gerhard-Hess-Verlag erschienen und **direkt bei Elmar Forster** postalisch (inkl. Widmung) zum Preis von **26,90 EUR** (inkl. Porto und persönlicher Widmung)
unter <ungarn_buch@yahoo.com> **bestellbar**. Es wird demnächst auch im Buchhandel und bei Amazon erhältlich sein.

https://journalistenwatch.com/2023/07/01/buergerkrieg-in-frankreich-multikulti-muendet-in-anarchie-und-gewalt-und-das-steht-auch-uns-bevor/

Bürgerkrieg in Frankreich: "Multikulti" mündet in Anarchie und Gewalt – und das steht auch uns bevor

Was von den deutschen Medien verharmlosend als „Krawalle" oder „Unruhen" in Frankreich bezeichnet wird, ist in Wahrheit ein regelrechter Krieg arabischer Migranten gegen das Land, indem sie leben. Zum dritten Mal hintereinander wütete ein Mob geradezu brandschatzend im ganzen Land. Es gab mehr als 1.300 Verhaftungen und 2.350 (!) Brände. Das alles, weil ein 17-Jähriger nordafrikanischer Herkunft bei einer Polizeikontrolle erschossen wurde. Die Opferrolle scheint, wie bei George Floyd vor drei Jahren, auch hier wieder klar – dabei wäre es vor noch 10 Jahren als normale und selbstverschuldete Konsequenz eines eklatanten Fehlverhaltens gewertet worden, wenn man bei einer Polizeikontrolle, der man sich gewaltsam widersetzt, zu Tode kommt.

Dieser hatte in seinen jungen Jahren bereits ein beeindruckendes Vorstrafenregister mit nicht weniger als 15 Einträgen angehäuft, darunter Drogendelikte, Versicherungsbetrug und das Fälschen von Nummernschilder. Erwischt wurde er beim Fahren ohne Führerschein, zuvor hatte er sich bereits fünf Mal Polizeikontrollen widersetzt, einmal davon erst am Morgen seines Todes. Genau wie nach dem Tod von George Floyd in den USA, wird auch hier ein notorischer Krimineller vom links-medialen Milieu und natürlich der eigenen ethnischen Gruppe posthum zum Helden und unschuldigen Opfer eines bösartigen, rassistischen Staates stilisiert. Fußballstar Kylian Mbappé hatte von einem „kleinen Engel" gefaselt, bevor er überhaupt etwas über die Hintergründe des Geschehens wissen konnte.

Unmenschen vs. Sündenböcke

Das französische Parlament legte eine Gedenkminute ein, linke Politiker und Medien überschlugen sich mit Kritik an dem Polizisten, der den tödlichen Schuss abgegeben hatte. Dabei handelt es sich jedoch um einen vielfach ausgezeichneten, bislang völlig tadellosen Beamten, der nun zum Unmenschen und Sündenbock gemacht wird, obwohl er wusste, dass er einem gefährlichen Jugendkriminellen gegenüberstand. Und angesichts der Gewaltexplosion fiel Präsident Emmanuel Macron, der am Mittwoch umgehend in den Chor derer eingestimmt hatten, die den Polizisten verdammten, nichts Besseres ein, als soziale Medien und Videospiele für die in seinem Land wütende Barbarei verantwortlich zu machen. Außerdem appellierte er an die Eltern, ihren außer Rand und Band geratenen Nachwuchs an die Kandare zu nehmen. Seinen dreitägigen Staatsbesuch in Deutschland verschob er, verzichtete bislang aber auf die Ausrufung des nationalen Notstands. Dafür mobilisierte Innenminister Gérald Darmanin 45.000 Sicherheitskräften im ganzen Land. Zudem wurden in den am stärksten betroffenen Regionen Feste und Versammlungen abgesagt. In ganz Frankreich dürfen Busse und Straßenbahnen ab 21 Uhr nicht mehr fahren, der Verkauf von Feuerwerkskörpern, von Benzinkanistern sowie entzündlichen und chemischen Produkten soll verhindert werden.

In Deutschland wird es schlimmer kommen

Die Zustände in Frankreich zeigen ein Land, das sich de facto in Geiselhaft seiner migrantischen Bevölkerung befindet. Nach den zahllosen Morden und Gewalttaten durch Zuwanderer hat die (noch) Mehrheitsbevölkerung nicht aufbegehrt, sondern sich brav in ihr Schicksal gefügt. Wenn ein Krimineller aus den eigenen Reihen stirbt, legen vorwiegend

Nordafrikaner das Land in Schutt und Asche. Dieses Schicksal steht auch Deutschland bevor, dessen völlig wahnsinnige Migrationspolitik mittlerweile die aller anderen Länder Europas und der Welt in den Schatten stellt. Denn Fakt ist: In Merkel- bzw. heute Faeserdeutschland, dank der linksgrün beförderten Dauerflutung mit kulturfremden gewaltaffinen Problemmigranten, wird das, was in Frankreich geschieht, bald ebenfalls Alltag sein.
Mit einem gravierenden Unterschied: Deutschland wäre völlig wehrlos gegenüber diesen brandschatzenden Horden. Die hiesige Polizei ist noch mehr als im Nachbarland geistig, moralisch und waffen- wie ausrüstungstechnisch kastriert, und wer ihren robusten Einsatz fordert, ist Nazi und Diskriminierer. Deshalb könnten aufgewiegelte Mobs und bewaffnete Versionen der "Party- & Eventszene", einen Auslöser vorausgesetzt, hierzulande völlig hemmungslos plündern und morden, ohne dass jemand sie aufhält.
Sozialarbeitergequatsche in Medienfeuilletons, Kulturbetrieb, Politik und Pädagogikbetrieb sorgen für tiefstes Verständnis und werden die passenden Storys dazu liefern, der "Klimawandel" oder die rassistische weiße Restbevölkeurng seien dafür verantwortlich. (DM)

https://philosophia-perennis.com/2023/06/30/frankreich-wir-sind-muslime-wir-haben-das-recht-euch-zu-toeten/

Frankreich: „Wir sind Muslime, wir haben das Recht euch zu töten!"

BY**DAVID BERGER**
30. JUNI 2023

(David Berger) In Frankreich spitzt sich die bürgerkriegsähnliche Situation immer weiter zu. Besonders in Nanterre zeigt sich dabei die antisemitische, extrem gewalttätige und vom fanatischen Islam geprägte Mentalität der afroarabischen Aufständischen.

„Allah Akbar, wir sind Muslime, wenn die Polizei uns tötet, haben wir das Recht zu töten, so steht es im Koran geschrieben! Wir werden euch noch schlimmer machen als 2005 wir werden nicht aufhören!"
…so der Mann in diesem Video:
Video-Player
00:00
00:45

Innenminsterin Faeser will gegen Islamfeindlichkeit vorgehen

Zeitgleich hat Innenministerin Faeser gestern wissen lassen, dass sie fest entschlossen sei, gegen Islamfeindlichkeit vorzugehen: „Ein von der Bundesregierung eingesetzter Expertenrat sieht Rassismus gegenüber Muslimen und pauschale Islamfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet. „Dagegen müssen wir vorgehen", sagt Bundesinnenministerin Nancy Faeser zur Muslimfeindlichkeit in Deutschland"

https://journalistenwatch.com/2023/07/03/nicht-nur-frankreich-brennt-migrantenkrawalle-kommen-in-der-schweiz-und-belgien-an/

Nicht nur Frankreich brennt: Migrantenkrawalle kommen in der Schweiz und Belgien an

Die als "Proteste" geframten bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen von Migrantenhorden schwappen nun von Frankreich in die Schweiz und nach Belgien. Es ist unübersehbar: Nun ist die Rechnung für eine verantwortungslose Politik und das jahrzehntelange Abwenden von der Selbstzerstörung, die aus der Masseneinwanderung und Islamisierung auf unseren Kontinent getragen wurde, fällig.

Nicht nur in unzähligen Städten Frankreich tobt sich der Migrantenmob unter der "Rechtfertigung", benachteiligt und diskriminiert zu werden, aus und demonstriert einmal mehr, wie unintegrierbar Menschen aus dem islamischen Kulturkreis in westliche Gesellschaften sind. **Auch die Schweiz meldet nun erste Migrantenkrawalle. So im Stadtzentrum von Lausanne. Dort haben sich – wie es der Schweizer Staatsfunk SRF formuliert -"als Echo auf die Unruhen in Frankreich" mehr als hundert "Jugendliche" versammelt. Es kam laut einer Polizeimitteilung zu Sachbeschädigungen an Geschäften. So wurden, ganz im Stil des französischen Migrantenterrors, Schaufenster zerschlagen und Eingangstüren von Einzelhandelsgeschäften zertrümmert.**

Die Bilder des marodierenden Migrantenmobs im Schweizerischen Lausanne sind von jenen aus Frankreichs Städten nicht zu unterscheiden:

Auch in der hoch islamisierten belgischen Hauptstadt Brüssel kam es zu "Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Ordnungskräften", das bodenlose Framing des Boulevardblatts Stern. Nach Angaben der belgischen Nachrichtenagentur Belga wurden etwa 30 Menschen festgenommen, ein Großteil davon waren Minderjährige. Im Plauderton erzählt der Stern weiter, dass "Jugendliche" sich ein "Katz-und-Maus-Spiel" mit den Ordnungskräften geliefert hätten und es wohl am Rande des "Ringelpietz mit Anfassen" zu mehreren Bränden gekommen sei. Ach ja, die "Auseinandersetzungen" waren derart heftig, dass die Brüsseler Verkehrsgesellschaft auf Twitter mitteilte, Teile des öffentlichen Personennahverkehrs einstellen zu müssen.

Geert Wilders, rechtskonservativer niederländischer Politiker der PVV, formuliert die grausame Realität auf Twitter mit den Worten:

"Frankreich, Belgien, die Schweiz, es hört nicht auf. Wir zahlen den Preis für jahrelanges Abwenden von der Selbstzerstörung, die aus der Masseneinwanderung und Islamisierung unseres Kontinents resultiert. Das Auslachen, Verteufeln und Ignorieren von Parteien wie der PVV, die seit fast 20 Jahren davor warnen und zur Bekämpfung dieser Misere gegründet wurden, fordert nun seinen Tribut. Politiker wie Rutte, Macron, Merkel und andere sind mit ihrem Missmanagement unbegrenzt offener Grenzen, krankhaftem Kulturrelativismus und fehlender Zwangsassimilation sowie harter Unterdrückung von Kriminellen mitverantwortlich dafür, dass Europa zunehmend in Flammen steht."

(SB)

https://www.pi-news.net/2023/07/frankreich-tod-eines-17-jaehrigen-wer-war-nahel-m-wirklich/

Frankreich: Tod eines 17-Jährigen – wer war Nahel M. wirklich?

5. Juli 2023

12

Der Tod des 17-jährigen Nahel M. löste schwere Krawalle in Frankreich aus. Wer war der Junggangster, der in den MSM gerne als "Junge" verharmlost wird und wer sind seine "Rächer"?

Von MANFRED BLACK | Die Bild-Zeitung titelte kürzlich: „Frankreich steht in Flammen!" Das scheint nur wenig übertrieben. Tatsächlich erschüttern schwere gewalttätige Krawalle, die teils auch radikal antisemitisch ausgerichtet sind, viele Städte in der Republik. Die extremen Ausschreitungen, Plünderungen und Brandschatzungen haben seit Tagen teils bürgerkriegsähnliche Ausmaße erreicht. Hunderte von Polizeibeamten sind verletzt worden.

Den weit über 40.000 eingesetzten Polizisten und Feuerwehrleuten ist es über eine Woche lang nicht gelungen, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Wer sind die Gewalttäter, die mittlerweile zu Hunderttausenden das Land in eine schwere Krise gestürzt haben? Wer war der Jugendliche, dessen Tod nun gewalttätige Anarchisten auf französischen Straßen angeblich rächen wollen?

Wird in diesen Tagen der visionäre Roman „Die Unterwerfung" des französischen Autors Michel Houellebecq auf schlimme Art bestätigt?

Oft ohne Führerschein gefahren

Auslöser der extremen Unruhen war der Tod eines Jugendlichen in Nanterre, einem Vorort von Paris: Der 17-jährige Nahel M. ist bei einer Polizei-Verkehrskontrolle ums Leben gekommen, als er sich der Überprüfung durch Fahrerflucht entziehen wollte.

Dieser „Junge", wie es in zahlreichen Zeitungen verharmlosend heißt, war keineswegs ein „Unschuldsengel". Obgleich die Anwältin der Familie M. treuherzig und öffentlichkeitswirksam immer wieder versichert, dass das Strafregisterauszug von Nahel M. „rein" sei.

Drogenmissbrauch und Versicherungsbetrug

Oft schon hat sich M., der algerisch-sizilianische Wurzeln hat, Kfz-Polizeikontrollen jeweils durch eine abenteuerliche Fahrerflucht entzogen. Seit 2021 sei er mindestens fünfmal von der Polizei kontrolliert worden, wobei er sich immer wieder einer sogenannten „refus d'obtempérer" (Verweigerung der Zusammenarbeit) schuldig machte. Dass M. gar keinen Führerschein hat, verschweigen nahezu alle deutschen Medien.

Fast alle Zeitungen hierzulande lassen auch unter den Tisch fallen, dass M. ebenfalls mehrfacher Drogenmissbrauch, Versicherungsbetrug und die Nutzung falscher Kfz-Nummernschilder vorgeworfen wird. Die Bild-Zeitung ist eine Ausnahme von der Regel.

2022 wurde Nahel einem Jugendrichter vorgeführt, der ihm eine „erzieherische Maßnahme" aufbrummte – primär wohl wegen Autofahrens ohne Führerschein. Erst wenige Tage vor seinem Tod war er Berichten zufolge wegen eines ähnlichen Delikts festgenommen worden, er sollte im September vor einem Jugendgericht erscheinen.

Ausbildungsweg: „Chaotisch"

Nahel M. ist als Einzelkind von seiner Mutter aufgezogen worden, er arbeitete als Lieferfahrer für Imbissbuden (Pizzen und Kebab) und spielte offenbar in einem Rugby-Team bei den „Pirates of Nanterre".
Nahels Ausbildungsweg wird von einzelnen Medien „als chaotisch beschrieben". Er besuchte eine Berufliche Schule in Suresnes, nicht weit von seinem Wohnort entfernt. Er habe sich offiziell zum Elektriker ausbilden lassen wollen, heißt es bei der BBC.
Nach sechs Monaten hatte der Lehrling aber keine Lust mehr, seine Ausbildung fortzuführen, „seither schwänzt er fast alle seine Kurse" (Nachrichtenportal Watson.ch).
Seine schulischen Leistungen waren insgesamt sehr „schlecht, weshalb er an einem Integrationsprogramm für Jugendliche mit schulischen Problemen teilgenommen hatte", heißt im Newsdienst „20min.ch".

Woher kommt der Mercedes AMG?

Nahel M. und seine algerische Mutter, die ebenfalls als Auslieferungsfahrerin arbeitet, lebten in eher bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Auch deswegen stellt sich die Frage, woher Nahel M. den exklusiven kanariengelben Mercedes A-Klasse-AMG mit polnischem Kennzeichen hatte, der neu weit über 70.000 Euro kostet und den M. bei seiner letzten Überprüfung durch die Polizei gefahren hat.
Zu dieser Frage schweigen sich fast alle Medien ebenfalls aus. Misstrauische Beobachter sprechen hinter vorgehaltener Hand von Diebstahl. Was die Wahrheit ist, weiß niemand.

Die allermeisten Gewalttäter haben Migrationshintergrund

Nahezu kein Medium beschreibt die Hunderttausenden von Gewalttätern ehrlich näher, die nun vorgeben, den Tod von Nahel M. rächen zu wollen und die Frankreich derzeit in seinen Grundfesten erschüttern.
Dabei weiß praktisch nahezu jeder in der Nachbarrepublik, dass die Krawallmacher durchweg jüngere – oftmals sogar noch minderjährige – Gewalttäter mit Migrationshintergrund sind. Sie haben in ihrer großen Mehrheit arabische Wurzeln, ihre Familien stammen zu einem großen Teil aus dem algerischen Raum.
Dass es heutzutage fast keine Zeitung wagt, diese Tatsachen zu benennen, spricht Bände. „Die Unterwerfung" (Michel Houellebecq) lässt grüßen.

https://www.pi-news.net/2023/07/frankreich-kann-in-deutschland-nicht-passieren-eine-fallstudie/

„Frankreich kann in Deutschland nicht passieren" – eine Fallstudie

4. Juli 2023

68

Die verhängnisvolle Fahrzeugkontrolle mit gezogenen Waffen in Frankreich. Danach schoss ein Polizist auf den pöbelnden 17-Jährigen.

Frankreich, also vergleichbare Empörung und Krawalle, können in Deutschland nicht passieren, meinen hierzulande Politiker. Ob das so stimmt, kann vielleicht an dem vorliegenden Fall diskutiert werden, der sich am Sonntag in Bremen zugetragen hat. Der Polizeibericht führt dazu folgendes aus:

Bei einer Verkehrskontrolle in den Industriehäfen griffen ein Ehepaar und ihr erst siebenjähriges Kind am Sonntagmittag Einsatzkräfte an und verletzten diese so schwer, dass diese nicht mehr dienstfähig waren. Was die beiden 32 Jahre alten Streifenpolizisten zu diesem Zeitpunkt noch nicht wussten: Gegen die 26 Jahre alte Ehefrau lag ein Haftbefehl vor. Der Polizeistreife fiel zunächst im Bereich der Togostraße der Wagen mit sechs Insassen auf. Sowohl ein Erwachsener, als auch drei Kinder waren nicht ordnungsgemäß angeschnallt, woraufhin das Auto gestoppt wurde. Dabei pöbelten die Insassen die Polizisten an. Bevor es dann zu einer Kontrolle kommen konnte, griff der 27-jährige Beifahrer die Einsatzkräfte unvermittelt an. Seine 26-jährige Ehefrau und auch ein erst siebenjähriger Sohn solidarisierten sich mit dem Vater und griffen die Polizeistreife von hinten an. Mit Hilfe von Unterstützungskräften gelang es, die Familie zu überwältigen und zu fixieren. Bei einer Überprüfung wurde festgestellt, dass gegen die 26-Jährige ein offener Haftbefehl vorlag. Während der Siebenjährige und weitere Kinder in die Obhut der Großeltern gegeben wurden, wurden die Eltern nun an einem Revier vorgeführt. Dort musste der 26-Jährigen eine Spuckschutzmaske angelegt werden, da sie noch mehrfach versuchte, Polizisten zu bespucken. Weitere Maßnahmen wurden veranlasst und das Jugendamt informiert.

Zuerst einmal darf man vermuten, dass die Kontrollierten eher nicht Schmidt oder Meier hießen. Biodeutsche heiraten in der Regel später, wenn überhaupt. Auch hat eine deutsche Ehefrau eher selten schon 3 Kinder, wenn sie 26 Jahre alt ist. Nimmt man noch die Angriffe wie auch die Spuckattacken der Furie hinzu, so drängt sich der Verdacht auf, dass es sich eher um eine nichtdeutsche, nichtsdestotrotz bekannte Bevölkerungsgruppe in unserem Lande handelte. Dass die Polizei keine Angaben zur Herkunft macht, stützt diesen Verdacht.

Trotz des tätlichen – und nach den Wirkungen zu folgern – heftigen Angriffs auf die Polizisten gab es hier keine Toten. Vielleicht weil keine Waffe im Anschlag war bei den Polizisten? Sind deutsche Polizisten vielleicht „ziviler" als ihre französischen Kollegen? Oder weniger „rassistisch"? Kamen sie nicht auf die Idee, das Auto mit Schusswaffe abgesichert zu kontrollieren, weil sie dort eine Familienidylle vorfanden, ein Bild des Friedens, mit den lieben Kleinen? Die Diskussion solcher Fragen kann zu einer Bestandsbestimmung führen, ob und inwieweit Deutschland von Zuständen wie in Frankreich noch entfernt ist.

https://www.pi-news.net/2023/07/entfuehrt-und-vergewaltigt-fatih-a-peinigt-jugendliche-ueber-tage-hinweg/

Entführt und vergewaltigt: Fatih A. peinigt Jugendliche über Tage hinweg

4. Juli 2023

Von ALEX CRYSO | Das schwäbische Marbach am Neckar, die Geburtsstadt von Friedrich Schiller, dem großen deutschen Dichter und Denker, wurde kürzlich zum Schauplatz eines unfassbaren Verbrechens, das einmal mehr in unmittelbarem Zusammenhang mit gescheiterter Integration und der Multikulti-Lüge steht.

Wie erst jetzt bekannt gegeben wurde, konnte bereits am vergangenen Mittwoch ein 37-jähriger Mann, türkischer Abstammung mit Namen Fatih A. am Marbacher Bahnhof festgenommen werden. Der Migrant steht im Verdacht, eine 18-Jährige über Tage hinweg bei sich gefangen gehalten und dort mehrfach vergewaltigt zu haben.

Insgesamt drei Tage lang hatte das unvorstellbare Martyrium angedauert. Es begann am 26. Juni auf einem Spielplatz in der Türlenstraße, im nicht allzu weit entfernten Stuttgart gegen 14.30 Uhr, also am helllichten Tag inmitten einer deutschen Großstadt. Der sogenannte „Deutschtürke" habe sich dort an sein Opfer herangemacht und eingeschüchtert, um es dann in seine Marbacher Wohnung zu verschleppen. Dort hielt Fatih A. die junge Frau unter Drohungen fest, um sich mehrfach an ihr zu vergehen. Bei gemeinsamen Ausgängen wurde die 18-Jährige wohl auch noch dazu genötigt Lebensmittel zu stehlen. Die Jugendliche gilt gemeinhin als psychisch labil. Andere Quellen berichten davon, dass sie unter Drogen gesetzt wurde und auch, dass ein bekanntschaftliches Verhältnis zwischen den beiden bestand. Einmal mehr ist die Fachkraft nicht nur polizeibekannt, sondern auch noch mehrfach vorbestraft, wegen Körperverletzung und Rauschgiftdelikten musste der Mann auch schon Haftstrafen verbüßen.

https://www.afd.de/einzelfallticker/

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/als-sie-daten-aufnahm-clan-mitglieder-verpr%C3%BCgeln-frau-bei-nachtschicht-im-krankenhaus/ar-AA1dBqM6?ocid=msedgntp&cvid=57bddd80062546609dc68f894ab6d8bc&ei=8

Als sie Daten aufnahm - Clan-Mitglieder verprügeln Frau bei Nachtschicht im Krankenhaus

Artikel von FOCUS Online • Gestern um 16:37

© dpa/Daniel Reinhardt

Eine 41-jährige Krankenhausangestellte wird während ihrer Nachtschicht in einem Hamburger Krankenhaus von Besuchern angegriffen und niedergeschlagen. Die Gruppe gehört zu einer Großfamilie, die einen Verwandten besuchen wollte.

Während ihrer Nachtschicht wurde eine 41-jährige Frau, die im Asklepios-Krankenhaus in Hamburg-Wandsbek arbeitet, plötzlich angegriffen und niedergeschlagen. Nach Informationen der „Bild"-Zeitung erschienen gegen 3.15 Uhr mehrere Männer im Alter von 33 bis 58 Jahren und eine 33-jährige Frau. Die Gruppe gehörte demnach zu einem Clan und sorgte sich um ihren Verwandten, der nach einem Herzinfarkt im Krankenhaus lag.

„Entsetzlich, dass Menschen, die anderen helfen wollen, angegriffen werden"

Als die Krankenhausmitarbeiterin an der Patientenaufnahme die Daten aufnehmen wollte, wurde sie von der Clan-Gruppe dem Bericht zufolge beschimpft und angegriffen. Zeugen alarmierten die Polizei, die mit mehreren Streifenwagen vor Ort war. Das Opfer gibt an, bewusstlos gewesen zu sein und klagt über Schmerzen am Hinterkopf.

„Es ist entsetzlich, dass Menschen, die jeden Tag ihr Bestes geben, um anderen zu helfen und Leben zu retten, verbal und körperlich angegriffen werden", wird ein Sprecher des Krankenhauses zitiert.

Zwei Männer und die Frau flüchteten in ihrem Auto. Obwohl das Kennzeichen des Wagens bekannt ist, blieb die Fahndung bislang erfolglos.

https://www.pi-news.net/2023/07/messermorde-in-bad-hoenningen-dresden-hamburg-wir-sind-tolerant/

Messermorde in Bad Hönningen, Dresden, Hamburg – wir sind tolerant

9. Juli 2023

Von CLAUDIO MICHELE MANCINI* | Wieder einmal wird Deutschland von einem blutigen Wochenende überschattet. Zwei tödliche Messerangriffe und mehrere Schwerverletzte. **In Dresden wird ein 40-jähriger Mann in der Straßenbahn nicht einfach nur erstochen. Der Angreifer (ausnahmsweise) aus**

Somalia stammend, metzelte seinen Kontrahenten mit sieben Stichen nieder und bedrohte anschließend andere Fahrgäste.
In Bad Hönningen verstarb eine Frau bei einer Messerattacke, weil sie einem Bekannten zu Hilfe eilen wollte, der zuvor von einem bewaffneten „Angreifer" -, bislang noch unbekannter Herkunft-, angefallen worden war. In Hamburg-Heimfeld geht „ein Mann" in einem Hinterhof mit gezücktem Messer auf einen anderen los. Das Opfer erliegt kurze Zeit später seinen schweren Verletzungen. In allen Fällen konnte die Polizei den jeweiligen Täter festnehmen. Fest steht, in allen Fällen war der Täter „ein Mann".
Alleine letzte Woche zählte man in Deutschland mehrere Dutzend Messerangriffe auf Passanten und unschuldige Bürger. In fast allen Fällen waren Täter mit Migrationshintergrund beteiligt – auch das ist unstrittig. Noch vor zehn Jahren war ein Messerangriff so außergewöhnlich, dass nahezu in allen Medien tagelang darüber berichteten wurde und sämtliche Zeitungen füllten. Jetzt rangieren die täglichen Bluttaten in unseren Medien unter „Vermischtes" und schaffen es kaum noch auf die erste Seite einer Tageszeitung.
Sorgte die offizielle, auf höchste Anweisung hin geschönte Statistik aus dem letzten Jahr mit etwas über 5.000 der Messerattacken bereits für zunehmende Fremdenfeindlichkeit und erhebliche Vorbehalte gegenüber sogenannten Migranten, verschlägt es einem die Sprache bei den plötzlich aufgetauchten, realistischen Zahlen.
Im letzten Jahr, so geht es aus dem neuesten Kriminalbericht hervor, wurden mehr als 21.000 Messerangriffe dokumentiert – also knapp 60 Übergriffe und Anschläge täglich. Und stets wird bei diesen blutigen Übergriffen der Begriff „Einmann" verwendet, um die Herkunft der Täter erst einmal zu verschleiern. Vermutlich will man die deutsche Bevölkerung vor ihren eigenen, emotionalen Reaktionen „schützen", – nicht, dass sie sich aus schierer Verzweiflung darüber, was aus Deutschland geworden ist, etwas Schlimmes antun.
Und immer dann, wenn Politiker glauben, sie hätten eine perfekte Strategie zur Verdeckung eigener, dramatischer Fehlleistungen entwickelt, entlarven sie sich nach kurzer Zeit mit beispielloser Inkompetenz. Das beweist die verantwortungslose Informationspolitik hinsichtlich einer nicht mehr hinnehmbaren Kriminalitätsrate bei unseren hilfesuchenden Sozialgästen. Das Mauern, Verschweigen, Zurechtbiegen und Verschleiern seitens der Regierung und den Behörden bewirkt das genaue Gegenteil, insbesondere was die Stimmungslage hinsichtlich der weiterhin ungebremsten Zuwanderung angeht. [..]
Messerattacken, Überfälle, Raubzüge und Vergewaltigungen sind inzwischen so häufig, dass Politiker standardisierte Betroffenheitsbekundungen in sechs verschiedenen Ausführungen griffbereit in ihren Schreibtischschubladen eingeordnet haben, um je nach Schwere, Ausmaß und Folgen der Taten mit entsprechend passenden Verlautbarungen an die Öffentlichkeit gehen können. Das macht sich gut und man wirkt eloquent. Es darf halt nur kein Laschet im Hintergrundbild eines TV-Senders auftauchen, der plötzlich in Gelächter ausbricht.
„Einmann" – es ist die gängige Bezeichnung für muslimische Angreifer, deren Identität von den Polizeibehörden zurückgehalten oder verschleiert wird. „Einmann" ist seit 5 Jahren die gängige Metapher „für Menschen, die tolerant sind bis aufs Messer", die Anwesenheit deutscher Frauen auf unseren Straßen oder in Schwimmbädern prinzipiell als sexuelle Provokation empfinden und in aller Regel nicht aus Deutschland stammen. [..]

„Hintergründe nicht bekannt. Polizei ermittelt noch. Vermutlich ein psychisch labiler Einzeltäter. Nichts Genaues weiß man nicht." Lächerlich ohnegleichen. Natürlich könnte man lapidar auf die kulturellen Unterschiede zwischen Christen und Muslime hinweisen, die es schon seit Jahren gewohnt sind, sich gegenseitig in die Luft zu sprengen oder gerne mal jemanden köpfen. Überdies sind auch Frauen-Steinigungen dort sehr beliebt, in Düsseldorf, Gelsenkirchen oder Herne eher verpönt. Trotzdem sollte man hierzulande kein Aufheben darum machen, wenn ab und zu ein schwarz gekleideter Bärtiger mit buschigen Augenbrauen, stechenden Augen und geladenem Sturmgewehr durch unsere Einkaufspassagen rennt oder wie vor einem Jahr in Offenburg, eine Arztpraxis betritt und einen Mediziner abschlachtet. Sie sind halt einfach anders als wir. [..]
Man kann sich zurücklehnen und die Ergebnisse der Ermittlungen auch in Hamburg, Dresden oder Bad Hönnigen abwarten. Überraschungen wird es nicht geben. Normalerweise mutiert ein traumatisierter, 30-jähriger, jugendlicher Muslim nach Ablauf von zwei Tagen zum bekannten Gefährder, der vor wenigen Tagen aus der Untersuchungshaft vorübergehend entlassen und auf freien Fuss gesetzt wurde. Nach einem weiteren Tag erfahren wir, dass er seit sechs Monaten polizeibekannt war und seit seiner Ankunft in Deutschland 12-mal straffällig geworden ist. Ab dann durchläuft er im Stundentakt eine Metamorphose vom radikalisierten Islamisten zum aktiven ISIS-Mitglied, der seit zwei Jahren gar nicht mehr im Land hätte sein dürfen. Dann dauert es durchschnittlich drei Wochen, bis endlich durchsickert, dass besagter Einzeltäter vor vier Jahren in Afrika einem Dutzend Dorfbewohnern den Hals durchgeschnitten und sich anschließend in Baden-Württemberg unter 17 verschiedenen Identitäten angemeldet hat, um in Deutschland einigermaßen würdig über die Runden zu kommen. Nun ja, das Leben bei uns ist halt teuer. Ich habe das Toleranzgeschwurbel gründlich satt. [..]
(Den ganzen Text kann man bei „Mancinis Scharfblick" lesen.)

---

* *Claudio Michele Mancini wurde kurz nach Kriegsende als Sohn einer deutschen Mutter und eines italienischen Vaters geboren und wuchs in der Provinz Verbania am Lago Maggiore auf. 1964 machte er auf einer Klosterschule sein Abitur, studierte in München Psychologie und arbeitete danach als Dozent und Unternehmensberater in Frankreich, Italien, Deutschland und den USA. Im Jahr 2003 erschien seine Satiren-Sammlung Finsterland. Bekannt wurde er durch sein Romandebüt Infamità.*

https://unser-mitteleuropa.com/nach-toedlichen-polizeischuessen-schwere-ausschreitungen-und-brandschatzung-in-paris-video/

Ausschreitungen in Frankreich +UPDATE 11.07.+ Mehrheit der Franzosen: „Gescheiterte Migrationspolitik" und „für Migrationsbeschränkung"

11. 07. 2023

+UPDATE 11.07.+

Mehrheit der Franzosen: „Gescheiterte Migrationspolitik und „für Migrationsbeschränkung"

Im Gegensatz zur französischen Regierung sieht die Bevölkerung sehr wohl einen stringenten Zusammenhang zwischen Migration und den bürgerkriegsähnlichen Unruhen.

Nach den gewalttätigen Ausschreitungen und Plünderungen fordert die überwiegende Mehrheit der Franzosen eine strengere Einwanderungspolitik sowie härtere Strafen für die Familien jener jungen Menschen, die in Vandalismus verwickelt sind – so eine (von „Odoxa-Backbone Consultink" im Auftrag von „Le Figaro" am 6.7.2023) veröffentlichten Umfrage.

„Einwanderungsbeschränkungen, Sanktionen bis zum Entzug der Staatsbürgerschaft"

71 Prozent der Befragten fordern Einwanderungsbeschränkungen, 78 Prozent finanzielle Sanktionen für Eltern von gewalttätigen Minderjährigen. 75 Prozent wollen sogar automatisch die französische Staatsbürgerschaft entzogen sehen. 59 Prozent möchten bereits ab Herbst Gesetze zur Begrenzung der Migration verabschiedet wissen und sehen die jüngsten Ereignisse als ein Versagen der Migrationspolitik.

Großteils arabische Jugendliche der zweiten oder dritten Migranten-Generation

Tatsächlich sind die meisten an den Unruhen Beteiligten, Jugendliche zwischen 14–17 Jahren, also Einwanderer der zweiten oder dritten Generation. Und Videoaufnahmen beweisen, dass vor allem Menschen mit nicht-europäischem Hintergrund sich an den Plünderungen beteiligten. Außerdem sind die meisten der geplünderten Kaufhäuser Discounter in ärmeren Stadtvierteln.

Angst, Wut, Verwirrung

Trotzdem ist das Vertrauen in die Polizei mit 64 Prozent nach wie vor relativ hoch. Allerdings wird aber die Reaktion der Regierung auf die Unruhen schlecht beurteilt: Nur 27 Prozent der Befragten gaben an, die Reaktion der Regierung wäre angemessen oder ausreichend gewesen. Besonders demoralisierend: Angst (89 Prozent), Wut (84 Prozent) und Verwirrung (77 Prozent) stehen ganz oben auf der Liste der Emotionen im Zusammenhang mit den Unruhen.

+++ UPDATE v. 02.07.2023 – 17:30 +++

Muslimischer Lynchmob brandschatzt Privathaus eines Bürgermeisters

Vincent Jeanbrun, Bürgermeister von L'Haÿ-les-Roses und Sprecher der französischen Republikanischen Partei, bestätigte den Angriff am Sonntagmorgen laut „Le Figaro" in einem inzwischen gelöschten Tweet. Im Haus befanden sich seine Frau und seine Kinder (fünf und sieben Jahre alt), die unter Schock standen und verletzt wurden.

Der Angriff ereignete sich, als Jeanbrun außer Haus im Rathaus war. Dann versammelte sich eine Lynch-Mob vor seiner Wohnung in Val-de-Marne. Der Mob fuhr mit einem Auto in das Gartentor und steckte das Haus in Brand. Jeanbruns Frau gelang zwar gerade noch die Flucht mit ihren Kindern. Sie wurden jedoch auf der Flucht verletzt und danach in ein Krankenhaus gebracht.

„Versuchter Mord"

Innenminister Gérald Darmanin, leitete eine *„Untersuchung wegen versuchten Mordes" ein.*
Der Präsident der Republikaner, Eric Ciotti, der sich an den Ort des Angriffs begab, sprach von einem *„zusätzlichen Maß an Horror*".
Auffallend auch, dass die politische Linke die Schreckenstat weitgehend totzuschweigen versucht.

Skandal: Innenminister spricht von einer „ruhigeren Nacht"

„Eine neue Etappe in der Entfesselung der Gewalt wurde letzte Nacht überschritten. "
- sagte Jordan Bardella, Präsident des „Rassemblement National" mit deutlicher Kritik an der zuvor erhobenen Beschwichtigungsaussage des Innenministers:
Dieser hatte in einem Tweet gegen 3 Uhr morgens von einer *„ruhigeren Nacht dank des entschlossenen Handelns der Polizei*" gesprochen.
Die Ex-Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour und Marine Le Pen hingegen sprachen von einem neuen *„Meilenstein*" der Gewalt.

Philosoph Pasacal: „Tiefe Ablehnung des französischen Staates durch die Linke angeheizt"

Seiner Meinung nach offenbart sich eine tiefe Ablehnung des französischen Staates in all seinen Institutionen, die zum Teil durch die hetzerischen Reden einer bestimmten Linken angeheizt wird. (LeFigaro)

+++ UPDATE v. 02.07.2023 – 08:59 +++

Pater Francis Palle, ein 80-jähriges Mitglied der Saint-Vincent-de-Paul-Kongregation wurde am Donnerstag, den 29. Juni, in Saint-Étienne (Loire) gewaltsam angegriffen.

Mehrere Araber streckten ihn nieder und schlugen auf ihn ein, selbst während er wehrlos auf dem Boden lag. Danach stahlen sie ihm auch noch sein Mobiltelefon und sein Portemonnaie.
Der Priester wurde ins Krankenhaus gebracht.
Weil der Priester äußerlich in zivil unterwegs war und der Vorfall sich in einer menschenleeren Straße ereignete, wird angenommen, dass es sich um einen vorsätzlichen Angriff handelte.
Am selben Tag wurde auch der Pfarrer von Notre-Dame du Perpétuel Secours in Puteaux, Hauts-de-Seine, angegriffen, als er zu seiner Kirche ging.

https://unser-mitteleuropa.com/wc-schock-afro-trio-raubt-41-jaehrigen-waehrend-verrichten-der-notdurft-am-klo-aus/
WC-Schock: Afro-Trio raubt 41-Jährigen während Verrichten der Notdurft am Klo aus
10. 07. 2023

Wer sagt denn, dass sich Schutzsuche, Bereicherung und das Verrichten der Notdurft nicht unter eine Hut bringen lässt? Dass so etwas im „bunten" Deutschland durchaus klappen kann, beweist ein makabrer Vorfall auf einer Toilette in Stuttgart. Hier der Polizeibericht dazu:

Mit Schusswaffe und Messer ausgeraubt
STUTTGART-Mitte – In der Nacht zum Sonntag (08.07.2023) wurde ein 41-jähriger Mann in der Klettpassage bedroht und ausgeraubt.
Der Geschädigte befand sich gegen 22.00 Uhr in einer öffentlichen Toilette in der Klettpassage und wurde beim Verrichten der Notdurft von drei unbekannten Männern angesprochen. Einer der Täter bedrohte ihn mit einer Schusswaffe, die zwei anderen Täter zeigten dem Geschädigten jeweils ein Messer und forderten ihn auf, seine Bauchtasche auszuhändigen. Aufgrund der Bedrohungssituation kam der Geschädigte der Aufforderung nach und schloss sich dann in einer Toilettenkabine ein.
Alle drei Täter haben dunkle Hautfarbe und sind zirka 180 bis 190 Zentimeter groß. Ein Messerträger trug ein gelbes T-Shirt und eine grüne Hose. Ein Messerträger trug ein gelbes T-Shirt und eine grüne Hose. Der zweite Messerträger war bekleidet mit einer Jeanshose, einem dunklen T-Shirt und trug eine weiße Basecap. Der Täter mit der Schusswaffe hatte eine Glatze, war mit einem weißen T-Shirt und einer kurzen hellen Hose bekleidet.
Quelle: **Polizeipräsidium Stuttgart**

https://unser-mitteleuropa.com/taegliche-migranten-gewalt-kein-sommer-mehr-wie-damals-ausser-in-polen-und-ungarn/

Tägliche Migranten-Gewalt: Kein Sommer mehr wie damals – außer in Polen und Ungarn (Videos)

09. 07. 2023

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

„BILD": Zwischen Willkommens-Agenda und Gewaltrealität

Die deutsche BILD scheint hin und her gerissen zwischen trotziger Verteidigung und Weiterführung der EU-Willkommens-Agenda:

„Polen-Premier wettert gegen Frankreich: Krasses Video verhöhnt Politik der offenen Grenzen:

Polen hatte sich an die Seite Ungarns gestellt, das sich seit jeher weigert, Flüchtlinge aus anderen Kulturkreisen aufzunehmen… Beide Länder blockierten eine Einigung, die neben besserem Grenzschutz und Asyl-Verfahren an den EU-Außengrenzen auch ein solidarisches Verteilsystem vorsah." (BILD)

Wohl aus gutem Grund: Denn selbst BILD kommt nicht mehr umhin, über die alltägliche Migrantengewalt im öffentlichen Raum berichten zu müssen:

Görlitz: „Unfassbare Gewaltszenen gegen 3.30 Uhr" und „Angriff auf die Diskothek"…

…wo *„gerade eine Abitur-Abschlussfeier stattgefunden*" (Bild) hatte. Etwa 20 Personen sollen zunächst Gäste beleidigt und dann mit herumliegenden und abgebrochenen Flaschen angegriffen haben – wie die Polizei berichtete. Die Nationalitäten der Täter passen freilich so gar nicht ins Weltbild der links-grünen Willkommens-Fantasten: nämlich syrische, türkische, irakische und libanesische Männer im testosteron-schwangeren Alter von 19 bis 35 Jahren.

Insgesamt wurden durch die mutwillige Schlägerei fünf Personen verletzt. Ermittelt wird nun wegen Sachbeschädigung (von etwa 3500 EUR) und schweren Landfriedensbruches.

Köln: Drei südländische Phänotypen „prügeln Radfahrer fast zu Tode" (BILD)

Die mutmaßlichen Täter
Dieser abscheuliche Angriff ereignete sich vor 10 Tagen. Das Trio ist flüchtig.

Chemnitz: Multikulti-Schlägereien

Und auch die Chemnitzer Innenstadt gilt als Kriminalitätsschwerpunkt mit *„Trinkgelagen und brutalen Auseinandersetzungen. Ständig muss die Polizei eingreifen.*" (Bild) Bei den Multikulti-Schlägereien darf natürlich auch der Messereinsatz nicht fehlen:
„Migranten prügeln sich – ein Mann liegt am Boden, ein anderer beugt sich über ihn. Dann rennt einer der Schläger davon – in seiner Hand ein Messer." (Bild)

Chemnitz: Eritreer mit Multi-Vorstrafenregister schlägt behinderten Rollstuhlfahrer

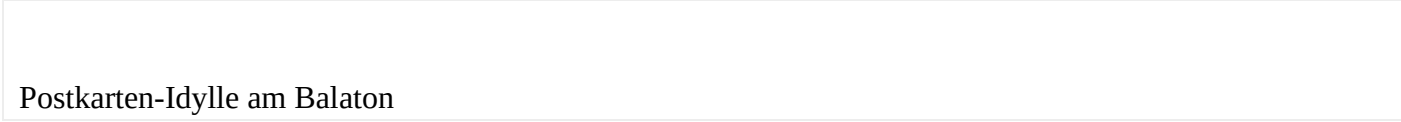
Bereits vor eineinhalb Jahren schlug ein eritreischer Flüchtling, in Ausbildung als Koch, *„wegen zwei Flaschen Schnaps einem Rollstuhlfahrer mit Down-Syndrom auf den Kopf*". (Bild)
Doch war der Eritreer der Justiz gegenüber kein Unbekannter:
Mit 2,1 Promille Alkoholgehalt hatte er schon zuvor an parkenden Motorrädern 2000 Euro Schaden angerichtet, wobei die Versicherung nicht für den Schaden aufkam. Laut Zeugenaussage eines Polizisten habe der Nordafrikaner einer weiblichen Polizistin zudem…
…*„unverschämt angeboten, sich mit ihr im Nachgang zum Geschlechtsverkehr zu treffen.*" (Bild)

Deutsche Kuscheljustiz unverbesserlich

Die deutsche Kuscheljustiz beeindruckte das alles nicht besonders: Der Angeklagte wurde wegen vorsätzlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung zu einer lächerlichen Geldstrafe von 1080 Euro (90 Tagessätze zu je 12 Euro) verurteilt. Nachsatz:
„Die milde Strafe sei vor allem eine Chance für den vorbestraften Eritreer (u. a. 13 mal Diebstahl, versuchte Körperverletzung, tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigung)."#
Und außerdem habe er sich ja *„in seinem Schlusswort doch noch entschuldigt – und will nun Koch werden.*" (Bild)

Willkommens-Agenda-Journalisten nur neidisch?

Dieser Eindruck erhärtet sich nämlich zusehends: Wenn deutsche Gesinnungsjournalisten mit dem ganz normalen Alltag in Polen und Ungarn konfrontiert werden. Wo Frauen – wie eh und je, nach wie vor – völlig unbehelligt in erotischen Bikinis an Ungarns Badestränden sonnenbaden, weil sie von einheimischen Männern mit Respekt behandelt werden.



Postkarten-Idylle am Balaton

youtu.be/l7yccVqXE_c

Skandal: Polnischer Ministerpräsident zieht Zusammenhang zwischen Migration und Gewalt

Weil aber genau diesen logischen Zusammenhang zwischen Migration und Gewalt der polnische Ministerpräsident thematisierte, schäumt BILD.

„Jetzt fühlt sich Morawiecki bestätigt. Bereits am Rande des EU-Gipfels hatte er in jedes Mikrofon gesagt, er wolle keine Verhältnisse wie in den Pariser Vorstädten: 'Jeder kann sehen, welche Risiken es gibt, wenn eine Welle illegaler Migranten nach der anderen in ein Land kommt.'" (BILD)

Warum wollen Gewalt-Migranten nicht nach Polen oder Ungarn?

Das mehr als 3.6 Millionen Mal angeklickte Video versuchte dann der BILD-Willkommens-Journalist mit einem einseitig-absurden Open-Border-Posting zu entkräften:

„Ein User weist den Regierungschef darauf hin, dass die meisten Randalierer französische Staatsbürger sind, die mit ihren Pässen frei durch Europa reisen können – und überall arbeiten. Provokante Frage: 'Was werden Sie tun, wenn die nach Polen ziehen? '" (BILD)

Die Frage lässt sich einfach beantworten:

Erstens käme von diesen Schläger-Migranten keiner auf die Idee nach Polen oder Ungarn umsiedeln zu wollen. Weil dort keine Kuscheljustiz sondern drakonische Strafen auf sie warten. Und außerdem gibt es dort nicht die Möglichkeit, den ungarischen oder polnischen Staat mittels irrsinniger Sozialunterstützungen wie etwa in Deutschland oder Österreich auszusacken. Weil man dort für seinen Lebensunterhalt selber, und zwar durch anständige Arbeit aufkommen muss.

Ein Sommer wie damals in Ungarn und Polen

Hier zur Erinnerung noch einmal das Video des polnischen Ministerpräsidenent über den ganz normalen Alltag – für deutschen Augen und Ohren mittlerweile ein Dokument wie von einem fremden Stern. Denn ein Alltagsleben in Ruhe und Frieden gibt es in der West-Migrations-EU schon lange nicht mehr – dank linker Verachtung für Ordnung und Recht durch vorsätzliche Migrations-Politik:

In dem Twitter-Video des polnischen Regierungschefs Morawiecki (PiS-Partei) sieht man zunächst..

…*„die schlimmsten Rauch- und Randale-Bilder aus französischen Städten. Brennende Autos, geplünderte Läden. Ein Schreckensszenario.*" (Bild)

Und dann die – für BILD – skandalöse Darstellung einer weitgehend friedlichen polnischen Realität:

„Dazwischen geschnitten: polnisches Bullerbü. Beschauliche Städtchen. Ein Mädchen, das in Warschau Blumen aussucht. Eine Familie beim Sommerpicknick."
Denn „*Ein Europa der sicheren Grenzen*" verachten freilich links-grün instruierte Journalisten aufs Letzte:
„Die Botschaft – ein kräftiges Klopfen auf die eigene Schulter – vermittelt sich eigentlich von selbst.
Doch damit sie wenige Monate vor der Wahl in Polen auch der Letzte versteht, werden am Ende Schriftzüge eingeblendet: 'Wir wollen keine solchen Szenen auf polnischen Straßen'. Und: ‚Sicherheit des polnischen Volkes an erster Stelle'".

„Familien-Büllerbüh" in Polen

Aber gerade das wollen die linken EU-Willkommens-Agenda-Politiker nicht: Dass das Volk an erster Stelle steht…
Als Draufgabe noch ein kleiner Schwenk nach Österreich:
Wien: Südländischer Phänotyp schlägt mit Holzstock zu

„*Der Tatverdächtige*" hatte bei einem Imbisstand…
…„*einen Holzstock, der mit einem Draht und einem Karabiner versehen war, aus einem Mistkübel geholt und dem Opfer damit mehrmals auf den Kopf geschlagen haben.*" (oe24)

https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-polizei-jugendkriminalitaet-neuperlach-messestadt-riem-1.6003593
Polizei:
Münchens Brennpunkte der Jugendgewalt
6. Juli 2023, 15:26 Uhr
Die Polizei zeigt sich beunruhigt über das Ausmaß der Attacken.
Macheten-Angriff, Gefangenenbefreiung, Attacken sogar auf Einsatzkräfte: In zwei Stadtteilen häufen sich immer brutalere Delikte. Die Polizei will dagegen vorgehen.
Von Martin Bernstein
In Neuperlach und in der benachbarten Messestadt Riem nimmt die Jugendkriminalität zu - und sie wird immer brutaler: versuchte Gefangenenbefreiung, gezielter Beschuss von Einsatzkräften in der Neujahrsnacht, Sprengstoffdetonation vor einer Polizeiinspektion, Hochhäuser, die von einem eigenen Sicherheitsdienst geschützt werden, zuletzt ein Macheten-Angriff auf zwei Jugendliche. Vergleiche mit der aktuellen Situation in Frankreich findet Andreas Franken gleichwohl völlig unangebracht.
Und auch von Jugendbanden mag der Pressesprecher der Polizei nicht reden, obwohl es sie auch in München gibt. Doch dass Riem und Neuperlach zwar keine Problemviertel sind, es dort aber sehr wohl Probleme mit gewalttätigen Jugendlichen gibt, räumt inzwischen auch die Münchner Polizei ein. Nicht selten wird sie selbst zur Zielscheibe von Attacken. Jetzt will sie mit einem

dreiwöchigen Schwerpunkteinsatz im Münchner Südosten gegensteuern - nicht zum ersten Mal, wie am Donnerstag zu erfahren war.
Bereits während der Osterferien gab es einen solchen Einsatz der örtlichen Inspektionen und des Präsidiums. Damals noch weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. "Da dieser Wirkung zeigte, indem die Straftaten unter jungen Leuten zurückgingen", so die Polizei, soll das Konzept jetzt vom kommenden Dienstag an erneut umgesetzt werden. Diesmal sozusagen im Rampenlicht.
Einheiten der Bereitschaftspolizei werden dabei sein, die Diensthunde- und die Reiterstaffel, viele junge Beamtinnen und Beamte, von denen man sich ein "differenziertes und transparentes" Auftreten verspricht. Und auch die Experten vom Kommissariat für Prävention und Opferschutz werden Präsenz zeigen - an vier Tagen vor den beiden Einkaufszentren Riem-Arcaden und Pep.
In den beiden Stadtteilen gebe es keine regelrechten Gangs mit "harten, festen Strukturen", sagt Polizeisprecher Franken. Die Polizei beschreibt aber "Mehrfach- und Intensivtäter, darunter im Einzelfall auch Kinder", sie spricht von "gruppendynamischen Prozessen". Und Franken gibt zu: "Die Intensität lässt uns schon aufhorchen." Bei den Raubstraftaten geht es dabei nach Polizeiangaben oft um "jugendtypische" Beute: Kopfhörer, Mobiltelefone, teure Jacken - darauf haben es die Angreifer abgesehen. Besonders auffallend: "Die Taten werden auch gefilmt und die Täter inszenieren sich auf Social Media."
© SZ/dac

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/zu-hoher-krankenstand-wegen-schl%C3%A4gereien-erstes-freibad-geschlossen/ar-AA1dHX8q?ocid=msedgntp&pc=ENTPSP&cvid=7b359a486327403caa66add266ca532f&ei=12

Zu hoher Krankenstand wegen Schlägereien! Erstes Freibad geschlossen
Artikel von dpa, BK • Gestern um 10:58
Die vielen Schlägereien in Berlins Freibädern haben erste Konsequenzen. Das Columbiabad in Berlin-Neukölln bleibt geschlossen. Die Mitarbeiter sind wegen er Auseinandersetzungen nicht mehr arbeitsfähig.

Wegen des hohen Krankenstands der Mitarbeiter bleibt das Columbiabad in Berlin-Neukölln auch am Dienstag geschlossen. Das Bad könne nicht betrieben werden, sagte eine Mitarbeiterin der Pressestelle der Berliner Bäder-Betriebe am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur. Eingeschränkte Öffnungszeiten gelten derzeit im Kombibad Mariendorf. Dort öffne das Sommerbad noch bis zum 16. Juli nur von 12 Uhr bis 20 Uhr. An den Vormittagen bleibe es geschlossen, hieß es.
Das Columbiabad in Neukölln wurde am frühen Sonntagabend zum wiederholten Mal frühzeitig geschlossen und geräumt. Grund sei eine Auseinandersetzung von Jugendlichen mit Beschäftigten des Bades und Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes gewesen, hieß es am Montag von den Berliner Bäder-Betrieben (BBB).
Der Chef der Bäderbetriebe, Johannes Kleinsorg, hatte sich besorgt gezeigt: „Die Menge der Vorfälle und das Verhalten einiger Badegäste stellen für unsere sehr engagierten Mitarbeitenden in den Bädern in der Summe eine extreme Belastung dar. Das ist auf Dauer so nicht tragbar.“ Nach solchen Vorfällen steige die Krankenquote stark an. Das

Columbiabad war bereits am Montag aufgrund eines hohen Krankenstandes geschlossen geblieben.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/43-j%C3%A4hrige-in-fu%C3%9Fg%C3%A4ngerzone-vergewaltigt-passanten-gehen-weiter/ar-AA1dLC25?ocid=msedgntp&cvid=a995160426fe401c90c779065f5bb923&ei=26

43-Jährige in Fußgängerzone vergewaltigt – Passanten gehen weiter

Artikel von Claudia Zehrfeld • Vor 1 Std.

Hildesheim

© T - Online

Ein Unbekannter hat am vergangenen Wochenende eine Frau vergewaltigt. Die Tat ereignete sich mitten in der Innenstadt.

In der Hildesheimer Innenstadt ist eine 43-Jährige vergewaltigt und verletzt worden. Der Vorfall ereignete sich bereits in der Nacht zum vergangenen Samstag, wie die Polizei am Dienstag mitteilte. Der unbekannte Täter konnte demnach flüchten.

Nach dem derzeitigen Ermittlungsstand sprach der Täter das Opfer gegen 2.30 Uhr an. Die beiden Personen befanden sich zwischen dem Café an der Ecke zur Almsstraße und dem Kaufhaus in der Straße "Hinter dem Schilde". Anschließend brachte der Mann die 43-Jährige gewaltsam zu Boden. Er schlug die Frau, zog ihr die Kleidung aus und verging sich sexuell an ihr.

Passanten gingen einfach weiter

Eine Anwohnerin, die Lärm gehört hatte, schaute aus dem Fenster. Sie ging zunächst davon aus, dass sich zwei Männer prügeln würden. Deshalb alarmierte sie die Polizei und sprach Passanten in der Fußgängerzone an, die jedoch weitergingen.

Als ein Streifenwagen kam und der Täter diesen erblickte, ließ er von der Frau ab und lief weg. Ein Polizist nahm die Verfolgung des Mannes auf, verlor ihn aber in der Jacobistraße aus den Augen. Die Polizei ermittelt nun wegen eines Sexualdelikts und einer Körperverletzung gegen den Unbekannten.

Vergewaltigung in der Innenstadt: Polizei sucht Zeugen

Der Mann wird als etwa 1,75 bis 1,80 Meter groß beschrieben. Er ist etwa 30 bis 35 Jahre alt und dunkelhäutig.

Weitere Zeugen, die Hinweise zur Tat, zum Täter oder dessen Fluchtweg geben können, werden dringend gebeten, sich bei der Polizei Hildesheim zu melden. Sie ist unter der Telefonnummer 05121/939-115 zu erreichen.

Verwendete Quellen:

- presseportal.de: Mitteilung der Polizeiinspektion Hildesheim vom 11. Juli 2023

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/in-oberbayern-mehrfach-vorbestrafter-vergreift-sich-auf-bahnfahrt-an-einer-zehnj%C3%A4hrigen/ar-AA1dLZOK?ocid=msedgntp&cvid=c702c82a8f7e4c12ae54af8ded952a54&ei=7

In Oberbayern - Mehrfach Vorbestrafter vergreift sich auf Bahnfahrt an einer Zehnjährigen
Artikel von FOCUS Online • Vor 1 Std.

Auf einer Bahnfahrt nach Dorfen, Oberbayern, ist eine zehnjährige Schülerin von einem 28-Jährigen sexuell belästigt worden. Erste Ermittlungen ergaben, dass es sich bei dem Täter um einen mehrfach Vorbestraften handelt, der aktuell eine Duldung in Deutschland besitzt.
#
Die „Bild" berichtet am Mittwoch, eine zehnjährige Schülerin sei am Freitag während einer Fahrt mit der Regionalbahn 40 nach Dorfen (Oberbayern) von einem 28-jährigen Mitfahrer sexuell belästigt worden. Beobachtern zufolge setzte sich der Mann neben die Schülerin und streichelte ihr mehrfach gegen ihren Willen über die nackten Beine und das Knie. Dabei soll er geschrien und gestöhnt haben.
Türkischer Imbisskoch rettete das Mädchen
Die Polizei berichtet, das Mädchen habe versucht, sich zu entfernen. Der Täter habe das Mädchen verfolgt – zunächst durch die Bahnwaggons und nachher sogar am Ankunftsort Dorfen. Das Kind habe mit seiner Tante in einem türkischen Imbiss Schutz gesucht.
Schließlich sei es der 22-jährige Koch der Imbissbude, Abdi Sahin, gewesen, der sich dem Täter stellte. Bis zur Ankunft der Polizeibeamten habe er Tante und Tochter verteidigt.
„Das war Ehrensache", sagt Sahin, der erst vor einem Jahr aus der Türkei eingewandert ist. „So wurde ich erzogen."
Täter war alkoholisiert
Ersten Ermittlungen zufolge handelt es sich bei dem Täter für die Behörden um keinen Unbekannten: Unter seinem Namen sind bereits Eintragungen wegen Eigentums-, Gewalts- und Betäubungsmittelstraftaten gemacht worden. Derzeit lebt der gebürtige Somalier „vollziehbar ausreisepflichtig" in Deutschland. Beim jüngsten Vorfall soll er angetrunken gewesen sein.
Die rechtlichen Konsequenzen des Vorfalls sind noch unklar. Die Staatsanwaltschaft gab zunächst bekannt, „mit Hochdruck" weiter zu ermitteln. Der Verdächtige befände sich aber nicht in Untersuchungshaft. Die Polizei suche nach Zeugen.
Chef-Gewerkschafter der Polizei nennt Vorgehen der Staatsanwaltschaft „grob fahrlässig"
Generell ist für Straftaten in Bahnhöfen die Bundespolizei zuständig. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft hält das aktuelle Vorgehen für falsch. Es sei „gut möglich", dass von dem Täter „immer weitere Gewalttaten" ausgingen. „Mir ist absolut schleierhaft, warum hier nicht U-Haft mit anschließender Abschiebehaft angeordnet wurde", sagte er der „Bild". „Das ist grob fahrlässig.

https://www.nius.de/Leben/frauen-fliehen-vor-dem-freibad-hier-erzaehlen-sie-warum/14822eba-aa64-4fa9-8b4e-6da11f7281c2

Frauen fliehen vor dem Freibad! Hier erzählen sie, warum...
Für viele Frauen ist das Freibad ein Ort, an dem sie sich wie Freiwild fühlen.
14.07.2023
ANABEL SCHUNKE
GIOVANNA WINTERFELDT
MARC SIERZPUTOWSKI
Ganz Deutschland redet über die zunehmende Gewalt in Freibädern. Meist geht es dabei um Randale, Rudelbildung, Massenschlägereien unter jungen Männern, die mit großer Regelmäßigkeit einen Migrationshintergrund haben. Was in der Debatte um das neue Normal in deutschen Freibädern oft vergessen wird, ist die Situation der weiblichen Badegäste. Frauen müssen nicht nur gewaltsame Auseinandersetzungen am Beckenrand fürchten – sondern auch sexuelle Belästigungen in ihrer gesamten Bandbreite.
In den meisten deutschen Medien spielt das Thema jedoch kaum noch eine Rolle. Anders als bei Massenschlägereien existieren in der Regel auch keine Handyvideos, die blöde Anmachen, anzügliche Blicke oder gar sexuelle Übergriffe auf Frauen dokumentieren würden.
Viele von ihnen meiden das Freibad inzwischen ohnehin schon. Nicht wenige Frauen haben bereits unangenehme Erfahrungen machen müssen. Öffentliche Erfahrungsberichte gibt es, aus Angst vor Rassismusvorwürfen, aber kaum. Strafanzeigen werden bei „kleineren" Vergehen, wie Po-Grapschern, kaum gestellt. Dazu kommt: Nicht alles, was unangenehm ist, ist auch strafbar. Doch offensives Anstarren, aufdringliche Flirtversuche und eine aggressive Grundatmosphäre reichen für viele Frauen voll und ganz aus, um dem Freibad fernzubleiben.
Rettung Badesee – hier erzählen Frauen NIUS, wie sie aus dem Freibad vertrieben wurden:
Play Video
Die Freibad-Flucht der Frauen – ein unterschätztes Phänomen, dem wir von NIUS Raum geben wollen. Wir haben Stimmen von Frauen gesammelt, sie gefragt, wie es ihnen im Freibad ergeht und warum viele dem Freibad schon den Rücken gekehrt haben. Die Antworten zeichnen ein verheerendes Bild und offenbaren, dass Frauen mit ekligen Anmachen, Männern, die sich in Umkleiden schleichen, mit Grapschern und schlimmeren Belästigern einfach alleingelassen werden – und auf diese Weise quasi zum Rückzug gezwungen werden.
Katja: „Hier in Darmstadt gab es im Mühltalbad auch zwei Polizeieinsätze. Leider finde ich dazu nichts in den Polizeiberichten. **Gestern war das Bad gefühlt in afrikanischer Hand**. Meine Freundin fühlte sich so unwohl, dass sie mit ihrem Kind das Bad verließ."
Sarah: „Genau wegen dieser Gruppen, die vornehmlich aus Migranten bestehen, gehe ich schon seit Jahren nicht mehr schwimmen. Wenn man in Düsseldorf im Maghreb-Viertel schon in Jeans und Shirt sexuell belästigt wird, hat man da keine Lust drauf. **Wegen all diesem Scheiß ziehe ich nun ins Hochsauerland.**"
„Von muslimischen Jungs begrapscht"
Lisa: „Also ich war mal im Freibad und mich hat die ganze Zeit so ein Typ angestarrt. Also schon unangenehm. Und **dann habe ich gesehen, wie sich**

ein Zelt in seiner Buchse aufstellte. Ich mein, ich kann doch bitte irgendwo sein und auch einen Bikini tragen, ohne, dass jemand meint, er müsse sich daran aufgeilen."
Judith: „Ich bin schon 99 in Berlin im Prinzen- und Columbiabad unter Wasser **von muslimischen Jungs im Intimbereich begrapscht** und bin anschließend auch noch hämisch von ihnen ausgelacht worden. Das war die **Erniedrigung für Frauen „ohne Ehre",** die es wagten, sich im Schwimmbad mit Bikini aufzuhalten. Gehe seitdem nicht mehr dorthin und war ansonsten vielleicht drei Mal in anderen Freibädern. Das Problem mit der sexuellen Gewalt gegen Frauen gibt es also schon ganz lange, nur wird es durch die Masse an Einwanderern immer sichtbarer."
„Arabisch aussehende Männer in der Umkleide"
Tanja: „Wir hatte **Männer in der Frauenumkleide**. Nach einem netten Hinweis, dass die Männer hier falsch seien, wurde nur gesagt, dass sie sich als Frau fühlen und deswegen hier richtig sind. **Es waren die arabisch aussehende Männer. Mir reicht nun die Gartendusche."**
Alexander: „Ich schreibe dir stellvertretend für meine 14-jährige Tochter, die mit ihren Freundinnen nicht mehr ins Freibad ein Hannover gehen will, weil sie sich dort **wie Freiwild** fühlen. Ausschließlich **Zuwanderer, die meist nur gebrochenes Deutsch und Arabisch sprechen, stellen den Mädels nach**. Einmal fühlten sie sich derart bedroht, dass ich sie dort abgeholt habe und wir die Fahrräder erst am nächsten Tag geholt haben. Eine Freundin hat Gott sei dank genug Platz im Garten, ihre Eltern haben jetzt einen Pool aufgestellt. So fühlen sich die Mädels und auch wir Eltern besser." Immer wieder müssen Freibäder geräumt werden.
„Ich gehe nur noch in den Rentner-Bereich"
Annie: „**Ich gehe nur noch an kleine Badeseen in den Bereich, wo die Rentner sind**. Ich werde lieber 2-3 Minuten vom 60-jährigen Hans-Jörg abgecheckt, als von 5-10 jungen Männern mit Migrationshintergrund, die nicht aufhören, zu gucken, eine offensichtliche Abwehrhaltung nicht akzeptieren und auch noch **heimlich Bilder machen**. Das mit den Bildern ist mir fast jedes Mal passiert und jedes Mal habe ich mich zu Hause schlecht gefühlt, weil ICH ins Freibad gegangen bin! Dabei habe ich doch als Frau das Recht, ohne Angst alleine in ein Schwimmbad gehen zu können."
Melanie: „Mein Mann ist Bademeister in einem recht großen Freibad. Mittlerweile haben wir die Abmachung, dass er mir regelmäßig schreiben soll, damit ich weiß, dass es ihm gut geht. Ich bin auch Bademeisterin, aber **ich kann das alles nicht mehr**. Es macht keinen Spaß. Ich liebe meinen Job, aber die Zustände werden immer schlimmer. Wir überlegen schon länger, zu kündigen und irgendwo hinzuziehen, wo die Welt noch ansatzweise in Ordnung ist und man keine Sorge um seine Gesundheit haben muss."
Britta: „Ich bin in Berlin aufgewachsen und habe in den Sommerferien gefühlt im Freibad gelebt. Da wurde wenn überhaupt mal am Sprungturm gedrängelt. Ich bin froh, dass wir heute strandnah leben und nicht **Russisch-Roulette in den öffentlichen Schwimmbetrieben** spielen müssen.
„Frauen in Vollverschleierung auf der Liegewiese"
Bianca: „Ich bewege mich schon seit Jahren nicht mehr sicher. Vor allem abends und nachts gehe ich nicht mehr durch meine Heimat. **Ins Freibad gehe ich auch nicht mehr**."
Julia: „Meine kleine Tochter (2,5) und ich gehen aus anderen Gründen nicht mehr ins Freibad. Seit der Zuwanderung haben wir so viele Migrantenfamilien hier, die mit ihren 4-9 Kindern kommen. **Die Mütter sitzen in Vollverschleierung auf der Decke und bedienen die Männer, während die**

Kinder ohne jegliche Deutschkenntnisse auf die Menschheit losgelassen werden. Und da is die Krux. Die **Kinder klauen sich Spielzeug ohne zu fragen oder schubsen kleinere Kinder ins Wasser**. Auch Erwachsene sind denen total egal. Ich habe zu einem 10-jährigen Jungen, nachdem er mich bestimmt das 5. mal nassgespritzt hat, gesagt, er soll doch bitte damit aufhören, aber sie verstehen dich null, lachen dich aus und machen fröhlich weiter. Auf sowas habe ich keinen Bock und dann bekommen die auch noch den super vergünstigten Preis für Asylbewerber und wir zahlen das Dreifache."

„Bad von Männern mit Migrationshintergrund übernommen"

Lene: „Ich bin eine Frau aus dem Essener Süden: Der Norden ist ja ohnehin eine **No-Go-Area für Frauen ohne Verschleierung**, aber leider ist das zentrale Freibad hier im Süden. Früher bin ich immer nur mit Handtuch ins Bad gegangen, den Haustürschlüssel um den Hals. So konnten sie mir maximal das Handtuch klauen. Mittlerweile gehe ich dort gar nicht mehr hin. Die **Stimmung ist angespannt, die Hygienevorschriften werden nicht eingehalten und man fühlt sich einfach unsicher**. Der Raum Freibad wurde komplett von Männern mit scheinbarem Migrationshintergrund übernommen."

Claudia: „Ich gehe mit meinen zwei Kindern momentan nicht mehr ins Freibad, weil ich Angst vor sexuellen Übergriffen auf mich und meine Kinder habe. Auch in unserem Freibad sind immer sehr viele Asylbewerber. Mich schreckt das ab und ich fühle mich nicht mehr sicher und wohl. Passier ist mir noch nichts, aber ich **fühle mich schon durch die sehr unangenehmen und oft penetranten Blicke der Männer bedrängt.**"

Anne Kathrin: „Ich habe zwei kleine Kinder und wir gehen nicht mehr ins Freibad aus **Angst vor solchen Ausschreitungen**. Eigentlich schade, weil meine Töchter Wasser lieben!"

Als „deutsche Schlampe" bezeichnet

Jenna: „Schon damals in den 90ern, als man sich noch relativ frei bewegen konnte, ist man als blondes Mädchen in Berlin nicht in bestimmte Freibäder gegangen. Dazu zählten eigentlich geschlossen die Freibäder in Neukölln und Kreuzberg, zum Teil Schöneberg. Warum? **Angaffen, anfassen, in der Mädchen-Dusche/WC verstecken, um zu geiern, gleichzeitig Beschimpfungen als deutsche Hure, wenn man Unwillen bezüglich dieser Anmachen gezeigt hat. Manchmal wurde auch offen und frei kommuniziert: "Ich will dich in den A.... f...., du deutsche Schlampe"** und so weiter. Nein, es waren nicht Pedro, Sergio oder Pascal, sondern Ali and Muhammed. Das ist auch nicht vorurteilsbehaftet, sondern basiert auf Erfahrungswerten. Und das eben damals schon in den 90ern. Meine Kinder würde ich nun niemals in solche Freibäder lassen. Das Aggressionspotential ist unfassbar hoch und ich möchte sie dem nicht ausgesetzt wissen."

Johanna: „Ich war seit Jahren nicht mehr im Freibad. Weil ich beim letzten Mal 5 Sekunden im Wasser war und **mir mein Oberteil runtergezogen wurde und ich oben ohne da stand**."

Thomas B.: „Ich bin zwar selbst keine Frau, habe aber drei Töchter. Als ich in Dortmund in einem Schwimmbad einer meiner Töchter das Schwimmen beibringen wollte, kam es zu einer unschönen Begegnung. Ein Jugendlicher der nicht gut Deutsch sprach, ungefähr 13/ 14 Jahre alt, sprang mit Anlauf in das Nichtschwimmerbecken, in dem wir uns befanden. Er traf meine Tochter am Rücken, und ich versuchte sofort die Lage zu klären, **woraufhin sich in Sekundenschnelle eine Traube von seinen Freunden bildete, und meine Tochter und mich bedrängte. Einer versuchte, mich ins Becken zu schubsen, mit meiner Tochter an der Hand, die eingeschüchtert war und**

weinte. Zum Glück kamen dann Angestellte dazu, sonst wäre die Situation sicher eskaliert."

https://journalistenwatch.com/2023/07/15/na-sowas-gruppenvergewalter-auf-mallorca-haben-migrationshintergrund/

Na sowas: Gruppenvergewaltiger auf Mallorca haben Migrationshintergrund

Gegen sechs "Deutsche" sind auf Mallorca schwere Vorwürfe erhoben worden. Die Polizei ermittelt wegen einer Gruppenvergewaltigung einer 18-Jährigen. Die "Deutschen" sollen das Verbrechen mit dem Handy gefilmt haben. Ein Richter entscheidet nun, ob die "Deutschen" in Untersuchungshaft müssen.

Sechs Urlauber aus Deutschland wird auf Mallorca wegen einer möglichen Gruppenvergewaltigung ermittelt. Die sechs "Deutschen" befinden sich aktuell in einem Gerichtsgebäude. Zum Tathergang teilte die Polizei mit, einer der sechs "Deutschen" habe in der Nacht auf Donnerstag in der Partyhochburg am Ballermann eine junge Deutsche kennengelernt. Beide hätten in einem Hotelzimmer einvernehmlichen Sex gehabt.

Später sei die Frau von einigen der fünf "deutschen" Freunde des Mannes vergewaltigt worden. Die Frau habe schließlich fliehen können und mithilfe des Hotel-Rezeptionisten die Polizei alarmiert, die fünf der Männer am Donnerstagmorgen um 3.40 Uhr festnahm. Der sechste Verdächtige war am Freitag festgenommen worden, berichten deutsche Mainstreammedien mit Verweis auf „Última Hora".

Was „Última Hora" berichtetet, jedoch unsere links-woke Journaille wiederum nicht: Die "Deutschen" um die es hier geht und die wegen eines grauenhaften Verbrechens, einer Gruppenvergewaltigung einer jungen Frau, verhaftet wurden, haben laut spanischen Medien ausnahmslos türkischen Migrationshintergrund. Die Medien dort bezeichnen die Verdächtigen inzwischen als „La manada alemana" (Spanisch für: das deutsche Rudel). Übrigens nicht das erste Mal, das so etwas auf Mallorca passiert ist.

La Policía Nacional ha encontrado vídeos en los móviles de los turistas germanos

Die deutsche „Herde“ hat die Vergewaltigung des 18-jährigen Mädchens derselben Nationalität in einem Hotel in Platja de Palma aufgezeichnet. Ermittler der Nationalpolizei haben mehrere Videos auf den Mobiltelefonen der sechs Häftlinge gefunden , die zwischen 21 und 23 Jahre alt und türkischer Herkunft sind.

La Policía Nacional ha realizado una inspección en el hotel de Playa de Palma donde ocurrieron los hechos. | **Alejandro Sepúlveda**

Guillermo Esteban | Palma | 14/07/23 16:04 | Actualizado a las 17:06

6

La 'manada' alemana grabó la violación a la joven de 18 años y de la misma nacionalidad en un hotel de la Platja de Palma. Los investigadores de la Policía Nacional han encontrado varios vídeos en los teléfonos móviles que intervinieron a los seis detenidos, de entre 21 y 23 años y origen turco.

2019 hatte unsere Qualitätspresse ein ganz ähnliches Verschleierungsspiel durchgezogen. Auch damals waren vier “Deutsche” wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung einer Deutschen am Ballermann in Untersuchungshaft genommen worden. Und auch damals hatten die “Deutschen” einen türkischen Migrationshintergrund.

Der aktuelle Fall schlägt in Spanien laut Bild hohe Wellen. Wie spanische Medien berichten, ist die Zahlen von Gewaltverbrechen durch ausländische Touristen im Jahr 2023 im ganzen Land sprunghaft angestiegen.

(SB)

https://journalistenwatch.com/2023/07/16/buntes-heidelberg-zwei-vergewaltigungsfaelle-drei-fluechtlinge-in-u-haft/

Buntes Heidelberg: Zwei Vergewaltigungsfälle – Drei "Flüchtlinge" in U-Haft

Die Verbrechen im Migrationsbesoffenen "Sicheren Hafen" Heidelberg ereigneten sich am 1. und 8. Juli – die Opfer: 17 und 22-jährige junge Frauen. Die mutmaßlichen Täter: Drei sogenannte "Flüchtlinge" die nun wegen dringendem Vergewaltigungsverdacht in Untersuchungshaft sitzen.

Zwei junge Frauen wurden in der Studentenstadt Heidelberg – woke und grün wie alle Studentenstädte in diesem kaputten Land- gegen 5 Uhr von einem 22-Jährigen angesprochen. Die beiden Frauen „unterbanden das Gespräch höflich", so die Ausführung der Staatsanwaltschaft – und trennten sich von dem "jungen Mann". Die gleichaltrige Frau und späteres Opfer nahm die Straßenbahn. Der Mann folgte ihr in die Bahn. Nach dem Ausstieg am Bahnhof Dossenheim wurde die Frau von ihrem späterer Peiniger wieder angesprochen, er versuchte sie dann zu küssen. Abermals wies die junge Frau den Angreifer ab, worauf dieser immer aggressiver wurde. Er verfolgte sein Opfer, lauerte sie dann in einem Hinterhof auf und vergewaltigte sie. Die Schrei wurde von Anwohner bemerkt, die sich dem Tatort näherten, worauf der Vergewaltiger flüchtete, nicht ohne sich vorher noch das Mobiltelefon seines Opfers zu bemächtigen. Nach sofortig eingeleiteter Polizeifahndung konnte der "junge Mann" in der Groß-Flüchtlingsunterkunft Patrick-Henry-Village gestellt werden.

Eine Woche später dann wurde das Leben eines 17-jähigen Mädchens durch eine verbrecherische Migrationspolitik zerstört. Diese begab sich nach dem Feuerwerk-Event „Heidelberger Schlossbeleuchtung" gegen 1 Uhr auf dem Heimweg. Obwohl die Stadt noch voller Menschen war, wurde die 17-Jährige von zwei Männern (18/19) angesprochen, die ihr dann auf Fahrrädern folgten. Die junge Frau lief davon, versteckte sich hinter einem Baum. Dort wurde sie jedoch von ihreen Peinigern entdeckt und zu Boden geworfen. Die Schilderung der Staatsanwaltschaft: „Gemeinschaftlich hielten der 18- und 19-Jährige die 17-Jährige fest und nahmen an der Geschädigten gegen ihren heftigen Widerstand sexuelle Handlungen vor." Mit mutiger Gegenwehr schaffte es die 17-Jährige, die beiden in die Flucht zu schlagen.

Werbung

Und auch in diesem Faller zeigte sich, dass es sich bei den Tätern um sogenannte "Flüchtlinge" handelt, die in der vom Steuerzahler berappten Unterkunft Patrick-Henry-Village leben. Die beiden Merkel-Gäste sitzen aktuell wegen gemeinschaftlicher Vergewaltigung in verschiedenen Gefängnissen in Untersuchungshaft.

Ob sich die links-woke Flüchtlingsjublertruppe, die 2018 mit Ratsbeschluss Heidelberg zum ‚Sicheren Hafen" und sich damit solidarisch mit den Zielen der, von Kritikern als

“Mittelmeerschlepper” bezeichneten selbsternannten Seeenotretter “Seebrücke” erklärt haben, sich von den zerstörten Leben der beiden jungen Frauen in ihrem verantwortungslosen Tun beeindrucken lassen, darf bezweifelt werden. (SB)

https://www.bild.de/regional/nuernberg/nuernberg-news/bluttat-am-nuernberger-hauptbahnhof-syrer-28-greift-polizisten-mit-glasflasche-a-84738102.bild.html

Syrer (28) greift Polizisten mit abgebrochener Glasflasche an
Täter rief „Allahu akbar“

Von: OLIVER GROTHMANN UND RENÉ GARZKE
19.07.2023 - 14:17 Uhr

Schwere Gewalttat am Nürnberger Hauptbahnhof: Am Dienstagabend hat ein Syrer (28) mit einer abgebrochenen Glasflasche mehrere Polizisten angegriffen.
Drei Beamte erlitten Schnittverletzungen, ein 23-Jähriger ist deshalb bis auf Weiteres nicht mehr dienstfähig.
Die Mordkommission ermittelt wegen versuchten Totschlags!
Außerdem werde geprüft, ob die Tat einen islamistischen Hintergrund hatte, so die Ermittler. Denn: Der Mann rief während seines Angriffs mehrfach „Allahu akbar“ (deutsch: Gott ist groß). Bislang habe sich der Islamismus-Verdacht nicht bestätigt, so die Polizei. Unter anderem wurde dazu seine Wohnung durchsucht.
► Am Mittwoch soll der Angreifer einem Haftrichter vorgeführt werden, der über eine mögliche U-Haft entscheidet.
Der Mann habe sich nach seiner Festnahme nicht geäußert, hieß es. Den Beamten sei nicht aufgefallen, dass er etwa unter Drogen- oder Alkoholeinfluss gestanden hätte. Eine Blutentnahme wurde dennoch angeordnet.
Ein Zeuge hatte die Polizei um 18.25 Uhr alarmiert, weil ein Mann an der Straßenbahninsel vor dem Hauptbahnhof Passanten anpöbelte. Außerdem hantierte er mit einer abgebrochenen Glasflasche.

https://www.bild.de/regional/nuernberg/nuernberg-news/hauptbahnhof-nuernberg-alle-vier-sekunden-eine-straftat-83078256.bild.html

HAUPTBAHNHOF NÜRNBERG
Alle vier Stunden eine Straftat

Von: PETER LAUSCHMANN
03.03.2023 - 07:25 Uhr

Nürnberg – Was ist bloß mit unserem Bahnhof los? Es ist amtlich, dass er einer der gefährlichsten Deutschlands ist!
Laut Bundesregierung (auf Anfrage der AfD-Fraktion) gehörte der Nürnberger Hauptbahnhof 2022 zu den drei Bahnhöfen, an denen die Bundespolizei die meisten Sexualdelikte, Gewaltverbrechen und Eigentumsdelikte erfasst hat (BILD berichtete).

Und das, obwohl er nicht zu den am stärksten frequentierten Bahnhöfen Deutschlands zählt. Nach Fahrgastzahlen liegt der Nürnberger Hauptbahnhof nicht mal in den Top Ten.
2250 Straftaten wurden 2022 dort begangen, 548 davon Gewaltdelikte, 992 Diebstähle und 40 Sexualstraftaten. Das bedeutet alle vier Stunden eine Straftat. 2021 waren es noch 1575 Taten.
Sarah (23) arbeitet in einem Laden im Bahnhof. Sie berichtet: „Das wundert mich nicht. Man hört ständig Streitereien, angeschnorrt werden ist Standard. Meine Pausen verbringe ich außerhalb des Bahnhofs".
Nürnbergs OB Marcus König (42, CSU) reagiert zurückhaltend. „Die Stadt Nürnberg vertraut auf die Arbeit der Polizei und des Sicherheitspersonals der Bahn", antwortet die Pressestelle auf BILD-Anfrage.
Die Bahn als Bahnhofs-Betreiber spielt das Thema herunter. „Gemessen an der Zahl der Reisenden, Passanten und Besucher ist das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, sehr gering", heißt es gegenüber BILD.
Gewalt sei ein „gesamtgesellschaftliches Problem. Mehr Konflikte und Übergriffe gibt es im öffentlichen Verkehr leider genauso, wie bei Polizeien, Feuerwehren und Rettungsdiensten".
Und die Polizei? Beruft sich auf die besondere Situation in der Noris. Ein Sprecher zu BILD: „Nürnberg hat im Unterschied zu anderen Großstädten nur einen Bahnhof. Der wird mehr als anderswo auch als Einkaufsbahnhof genutzt. Und schließlich ist der Nürnberger Hauptbahnhof der einzige in Deutschland, in dem es eine Disko gibt".

https://unser-mitteleuropa.com/multi-kulti-bereicherung-durch-bootsfluechtlinge-vater-mit-kinderwagen-mit-messer-bedroht-frau-aus-bus-gepruegelt/

Multi-Kulti-Bereicherung durch „Bootsflüchtlinge": Vater mit Kinderwagen mit Messer bedroht, Frau aus Bus geprügelt

21. 07. 2023

Eine halbe Million illegaler Migranten macht sich derzeit von Afrikas Nordküste aus auf den Weg nach Europa – wir berichten exklusiv. Die Segnungen dieser Art der Kulturbereicherung werden von den ersten Stunden der Anlandung für die Einheimischen spürbar. Gerade in Spanien und Italien.
Vater mit Messer bedroht – Frau aus Bus geprügelt
In Barcelona wurde ein Vater vor seinem Kinderwagen von einer Gruppe dunkelhäutiger Migranten bedroht. Einer hat ein Messer und wedelt damit vor dem Mann herum. Vermutlich das tapfere Verhalten und die fehlende Angst vor der Bande verhinderte Schlimmeres. Denn die Afrikaner lassen von dem Spanier wieder ab.
In Mailand wurde wiederum ein Linienbus von einer Migrantengruppe gestürmt. Der Grund ist unklar. Jedoch ist zu sehen, wie eine unbeteiligte und wehrlose Frau aus dem Bus geprügelt wird. Sogar auf ihren Kopf wird getreten.

https://unser-mitteleuropa.com/sieben-jahre-nach-2015-fluechtlingskrise-eskaliert-erneut/

Flüchtlingskrise eskaliert +UPDATE 29.07.+ Lampedusa erstickt unter Illegalen (Videos)

29. 07. 2023

+++ UPDATE v 29.07.2023 +++
Lampedusa erstickt unter Illegalen (Videos)
Die Einwohner der italienischen Insel Lampedusa sind mittlerweile über den Reputationsschaden der Insel durch die Migrationskrise so verzweifelt, dass sie die illegalen Einwanderer sogar schon vor Journalisten verstecken.

LAMPEDUSA NOW. THERE ARE MORE AFRICANS THAN ITALIANS ON THE ISLAND. THE ETHNIC REPLACEMENT DESIRED BY GIORGIA MELONI PROCEEDS UNABATED. SHE MUST BE STOPPED AND TRIED FOR HIGH TREASON T.CO/TS2DEFAWKG PIC.TWITTER.COM/ZOJITV3KGZ
— RADIOGENOVA (@RADIOGENOVA) JULY 27, 2023

Und auch Italiens neue Mitte-Rechts-Regierung unter Meloni bekommt die Situation nicht in den Griff. Seit Anfang des Jahres sind 87.000 illegale Einwanderer in Italien angekommen, Bis Ende des Jahres wird wohl ein weiterer Migrationsrekord gebrochen.
++++ UPDATE v. 30.4.2023 +++
Sozial-Notstand in Ö und D unter Asylanten: 70% Analphabeten, 2/3 arbeitslos

Sowohl in den Österreich als auch in Deutschland hat sich sieben Jahre nach der Willkommens-Hysterie ein Multikulti-Dystopie in der sozialen Realität festgesetzt.

Österreich: 70 % Analphabeten

In Österreich kann ein Großteil der Asylbewerber weder lesen noch schreiben: **Laut aktuellen Zahlen des „österreichischen Integrationsfonds" (ÖIF) waren sieben von zehn Einwanderern im Jahr 2022 Analphabeten, vor allem Syrer und Afghanen. Was den Sozialstaat belastet und somit die Selbsterhaltungsfähigkeit beinahe unmöglich macht**.

Und auch Integrationsprojekte zwischen ÖIF und mehreren große Unternehmen (wie SPAR, Österreichische Post, Mediaprint, Foodora und ISS Facility-Management) sind in Wirklichkeit nur Beschwichtigungs-Aktivismus: Dass etwa die Unternehmen die Migranten während der Deutscheinheiten direkt vor Ort über konkrete Einstiegsmöglichkeiten und Jobangebote für Personen mit geringen Deutschkenntnissen informieren.

Deutschland: Schwerste Migrantionskrise seit 2015

Und auch Deutschland, EU-weit Migrations-Zielland Nummer eins, steckt in der größten Migrationskrise seit 2015. Im vorigen Jahr 2022 wurden 217 000 Erst-Asylanträge gestellt. Im ersten Quartal 2023 waren es bereits 80 978 Anträge und 19 627 festgestellte illegale Einreisen.

Nun schlägt der renommierte Migrationsforscher Ruud Koopmans (62) Alarm: Der Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität Berlin zieht in seinem neuen Buch „Asyl-Lotterie" schonungslose Bilanz über das europäische Asylsystem. (Bild)

Von falschen Sozialanreizen der Ampelregierung ist da die Rede. Viele Migranten kämen nämlich nur wegen der Sozialleistungen. Was auch Statistiken der „Bundesagentur für Arbeit" belegen: Asylsuchende aus den Top-8-Asylherkunftsländern verbleiben zunehmend langzeitarbeitslos. Wobei die Arbeitslosenunterstützung etwa für syrische oder afghanische Verhältnisse sehr hoch ist. Hinzukommen noch die finanziellen Familienunterstützungen, welche man mit ungelernter Arbeit kaum verdienen kann.

Die Statistik ist katastrophal:

„Von denen, die seit 2015 zu uns kamen, haben bisher ein Drittel einen Job, von dem sie sich selbst und ihre Familie unterhalten können." (Koopmanns)

Und auch die Zukunftsaussichten gleichen einem Teufelskreis: „Migration steigert immer die Tendenz zu noch mehr Migration. Dadurch dass Migranten aus einem Land in ein bestimmtes Zielland ausgewandert sind, begeben sich Folgemigranten auf demselben Weg dorthin. Ob legal oder illegal. Migration führt zu noch mehr Migrationsdruck."

+UPDATE 12.4.+

Italien: Hilfloser Notstand – Ungarn: Effektives „Grenz-Jäger"-Regime

Italien hat nach einem weiteren starken Anstieg der illegalen Migration über die Osterfeiertage einen sechsmonatigen nationalen Notstand ausgerufen –

wie der Minister für Katastrophenschutz, Nello Musumeci, am Dienstag mitteilte. (mandiner)
Als erste Maßnahme werden somit fünf Millionen Euro finanzielle Sondermittel freigegeben.
„Wir sind uns bewusst, wie ernst das Migrationsphänomen ist, das in diesem Jahr um etwa 300 Prozent zugenommen hat. Allerdings muss klargestellt werden, dass der Ausnahmezustand das Problem nicht lösen kann, was nur durch durch ein bewusstes und verantwortungsvolles Eingreifen der EU geschehen kann."
– betonte der Minister.
Die Ausnahmeregelung sieht u.a. bürokratische Verfahrens-Erleichterungen zur Einrichtung neuer Aufnahmezentren vor.
„Wir leben in einem Ausnahmezustand, der das staatliche institutionelle System völlig belastet. Die süditalienischen Regionen allein können diese Notlage nicht bewältigen."
- betonte Musumeci.
Die völlige Hilflosigkeit zeigt sich daran:
„Es ist entscheidend, dass Europa endlich handelt: Jahrelang hat es parliert, aber keinen Finger gerührt. Nun ist es aber an der Zeit, dass die EU beweist, dass sie tatsächlich eine Union ist. Und Solidarität mit Migranten ist nicht nur die Aufgabe Italiens, Spaniens, Griechenlands oder Maltas."
- sagte der stellvertretende Ministerpräsident Matteo Salvini.
Rund zweitausend Migranten auf Lampedusa
Während der Osterferien, von Freitag bis Montag, sind etwa zweitausend Migranten auf der die Insel Lampedusa von mehr als vierzig Lastkähnen aus an Land gegangen. 38 Menschen sind bei Schiffsunglücken vor der Küste Tunesiens und in maltesischen Hoheitsgewässern ums Leben gekommen, 18 Menschen gelten noch immer als vermisst.
Das Aufnahmezentrum auf Lampedusa ist hoffnungslos überfüllt: Die Einrichtung mit einer Aufnahmekapazität bis zu 400 Personen, beherbergt derzeit rund 1800 Migranten.
Nach Angaben des italienischen Innenministeriums haben in diesem Jahr bisher mehr als 28.000 illegale Einwanderer die Küsten Italiens erreicht. Das ist mehr als das Vierfache der Zahl von rund illegalen 6.900 Asylwerbern aus dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.
Und die einzigen, die sich freuen, sind die Schleuser-NGOs:
Ungarns Antwort: „Grenz-Jäger-„Einheiten
Effektiver geht dagegen Ungarn mittels eigens geschaffener „Grenz-Jäger"-Einheiten vor: Allein zwischen Freitag und Sonntag wurden 600 Grenzverletzer aufgegriffen – wie das Nationale Polizeipräsidium am Montag mitteilte.
Laut Polizeistatistik wurden allein am Freitag 217 illegale Ausländer abgefangen und durch den temporären Sicherheitszaun über die Grenze zurück eskortiert, 170 waren es am Samstag und 205 am Sonntag.
Acht Grenzverletzer wurden auch im Inland festgenommen, gegen sie wird nun ein Einwanderungs-Strafverfahren eröffnet. In der vergangenen Woche wurden 1373 Grenzverletzer abgefangen und quer durch das Land eskortiert. In der Woche vom 27. März bis zum 2. April waren 1159 Menschen.

+++ UPDATE v. 20.03.2023 +++

Schweiz: 49 Personen für Flüchtlingsunterkunft in Obdachlosigkeit gekündigt

***nu

Acht Jahre nach dem Beginn der Willkommenskultur frisst dieselbe ihre Befürworter, Mitläufer oder Dulder. Und es bewahrheitet sich, dass Immigrationskulturen sich immer die autochthone Ursprungskultur einverleiben:

Diese bittere Erkenntnis müssen nun im schweizerischen Kanton Aargau 49 Mieter machen: Ihnen wurden die Wohnungen gekündigt, weil das gesamte Haus eine Asylunterkunft werden soll. Eines der Opfer outete sich nun unter Tränen. So wurde laut „Blick" etwa der 5-köpfigen Familie Adams, Mutter Julia (39), ihrem Ehemann Michael (42) und ihren drei Kindern Norina (8), Johannes (6), Finja (3) gekündigt. Die Familienmutter gesteht unter Tränen: „Die Kündigung haben wir Mitte der letzten Woche bekommen. Wir waren geschockt. Unsere Kinder waren dabei, als der Brief kam. Alle haben geweint".

Zur „Entschuldigung", dass die Mieter durch die Gemeindeverwaltung vor vollendete Tatsachen gestellt worden sind, gibt Departementsvorsteher Jean-Pierre Gallati (SVP) Fehler zu und bat „die Betroffenen und den Gemeinderat von Windisch um Entschuldigung". Bei der Eignungsprüfung der Liegenschaft habe der Kantonale Sozialdienst den Auswirkungen der Kündigungen keine Beachtung geschenkt. Man sei sich nicht bewusst gewesen, dass es sich um größere Wohnungen gehandelt habe, in denen Familien leben.

Verantwortlich für die Kündigungen soll die private Firma „1drittel Aleph AG", mit Firmensitz in Wollerau im Kanton Schwyz sein.

Hilflos stemmt sich nun die Stadtpolitik, 49 Personen vor der Obdachlosigkeit zu bewahren.

+++ UPDATE v. 07.03.2023 +++

Tausende obdachlose Migranten auf den Straßen von Brüssel (VIDEO)

Seit Monaten schlafen Asylsuchende auf den Straßen von Brüssel, während sich die Migrationskrise in der Stadt weiterhin zuspitzt – wie **Euronews** am Dienstag berichtete. Seit Monaten leben die Menschen in provisorischen Zelten auf der Straße, während sie darauf warten, im überlasteten belgischen Einwanderungssystem registriert zu werden. Die meisten von ihnen kommen

aus Afghanistan, Syrien und der Subsahara. Viele von ihnen hätten nicht einmal Zugang zu Essen und einer sauberen Dusche.
Und das alles mitten im Herzen der EU. Wobei sich die EU-Institutionen sich nur wenige Kilometer entfernt befinden. Auch „Ärzte ohne Grenzen" erwartet in absehbarer Zeit keine Lösung.
Denn mit der wärmeren Jahreszeit soll es zu einem weiteren Flüchtlingszustrom kommen.
Zudem wird eine Verschärfung des Asylproblems erwartet: Denn die meisten EU-Staats- und Regierungschefs, einschließlich des belgischen Premierministers Alexander De Croo, denken darüber nach, *„wie man Menschen davon abhalten kann, nach Europa zu kommen, anstatt denen zu helfen, die bereits hier sind".*

+++ UPDATE 19.02. 2023 +++

Grüner Landrat: „Es bricht alles zusammen"

Jens Marco Scherf, Grüner Landrat in Miltenberg in Unterfranken fordert eine Abkehr von der bisherigen Willkommenskultur und will Zäune an der EU-Außengrenze.

„Kein Wohnraum mehr"

Seiner Meinung bricht die Aufnahme-Infrastruktur zusammen, auch wegen der zunehmenden „Ablehnung der Bevölkerung."
„Wir haben 50 dezentrale Flüchtlingsunterkünfte im Landkreis. Die sind voll. Wir brauchen aber jede Woche ein oder zwei neue Unterkünfte. Wir brauchen ein bis zwei Häuser, die wir anmieten können. Wir finden aber keine mehr. Die Bereitschaft in den Gemeinden, weitere Geflüchtete aufzunehmen, nimmt rapide ab."

„Können Menschen nicht mehr betreuen"

„Es ist nicht nur kein Wohnraum da, sondern die Kindergärten sind voll und die Schulen auch. Wir können die Menschen, die zu uns kommen, einfach nicht mehr betreuen."

„Großer Widerstand"

Somit verblieben aber nur mehr Notunterkünfte. Mittlerweile gebe es einen „großen Widerstand in der Bevölkerung". (focus) Auch wegen der Überlastung des Wohnungsangebotes und gescheiterten Integration:
„Da bricht alles zusammen, der Wohnraum ist einfach nicht da, und das absehbare Fiasko wird durch den Familiennachzug dann noch gesteigert… Wir überschreiten unsere Leistungsgrenzen…
Wir müssen auch integrieren. An unserer Berufsschule sind 1800 Schüler, davon 175 Geflüchtete. Wir haben keine Lehrer für noch mehr."

„Unmenschliche und zynische Flüchtlingshilfe"

So „legen die Menschen einen Fluchtweg über Tausende von Kilometern zurück, es gibt Schlepperbanden, Kriminalität, vielfältige Gefahren." Was letztlich aber dazu geführt hat, dass „so wenig Alte, kaum Frauen und wenige Kinder ankommen."

„EU-Außengrenze schützen"

Weil alles in Wirklichkeit „das Gegenteil von humanitärer Hilfe ist", sollten laut Scherf „nah an den Krisenregionen" Asylanträge gestellt werden.
„Es muss möglich sein, die EU-Außengrenze zu schützen, wenn es hilft auch mit einem Zaun und mit legalen Zugängen. Das ist doch normal. Wir müssen doch wissen, wer zu uns einreist.
Dazu müssen wir die Menschen an der Außengrenze registrieren und nicht erst, wenn sie hier sind. Wir leben in der EU von der Freizügigkeit, wir werden

dieses hohe Gut nur aufrechterhalten, wenn wir die Außengrenzen unter Kontrolle haben."

Große Zustimmung

Scherf spricht von 98 Prozent Zustimmung welche er mittels Zuschriften erhielt.

„Landräte und Bürgermeister sind froh, dass ich die Probleme so anspreche. Sie sind auch froh, dass ich als Grüner sachlich darüber rede".

Grüne Partei gespalten

„Bei denen, die kommunalpolitisch verankert sind oder die einen realistischen Blick auf die Probleme haben, herrscht große Unterstützung.

Einem kleineren Teil meiner Partei, fällt es aber schwer, sich von ihrem geschönten Blick auf die Wirklichkeit zu verabschieden."

+++ UPDATE 22.12.2022 +++

ÖSI-Innenminister lässt sich erpressen: Flüchtlings-Hungerstreiks-Ankündigung

Der österreichische Innenminister Gerhard Karner gerät wegen der Eskalation der Flüchtlingskrise immer mehr in rhetorische Panik. Mangels eigener Ideen und Durchsetzungsfähigkeit blickt er verschämt in die Schweiz, frei nach dem Motto: „Geteiltes Leid ist halbes Leid."

Schweiz als Vorbild

Denn weil auch in Helvetien die 100.000er-Grenze bei den Asylanträgen längst überschritten ist, wurde dort das UNHCR-Flüchtlings-Ansiedelungs-Programm (Resettlement) ausgesetzt. Was aber nur die prekäre Situation in Vorarlberg weiter zuspitzen wird. Bis März 2023 sollen in der Schweiz nur mehr rund 1.000 Personen aufgenommen werden. (oe24)

Neue Rhetorik-Ente: „Asylstopp!"

Eine solche Rhetorik-Blase zum Kalmieren der lethargisch-nörgelnden österreichischen Bevölkerung setzte etwa der Wiener ÖVP-Chef Karl Mahrer in eine warme Büroluft: Zuerst müsste die Außengrenze geschützt werden. In der Folge sollten dann Asylanträge ausschließlich in Staaten mit EU-Außengrenzen wie Bulgarien, Ungarn oder Italien gestellt werden. Eine klassisch österreichische Devise: „Heiliger Antonius, verschon unser Haus zünde andere an."

Würde doch alles EU-Recht widersprechen. Und es ist kaum vorstellbar, dass Karner sich zu einem Alpen-Orban mausern wird.

„EU tut nichts!"
Immerhin haben aber (nach 7 Jahren Flüchtlingskrise) die österreichischen Offiziellen etwas Fundamentales erkannt. Weshalb Karner seine Forderungen hochoffiziell der EU-Kommission vorgelegt hat. Zum x-ten Male freilich: erfolglos.
ÖVP-Traum-Weiblein erwacht: „Asylsystem ist kaputt"
Mittlerweile scheint sich auch die blutjunge ÖVP-Jugend-Staatssekretärin Claudia Plakolm (ÖVP) um die Zukunft des sozialen Friedens und das Ungleichgewicht der zukünftigen demographischen Entwicklung zu sorgen.
Und zwar wegen einem seit 2015 offensichtlichem Faktum:
Wonach knapp 99 Prozent der unter 18-jährigen Asylwerber in Österreich männlich sind. Der Staatssekretärins logische Schlussfolgerung:
„Allein an dieser Zahl erkennt man, wie kaputt das Asylsystem ist." (Krone)
So etwa, dass von den bis Oktober 2022 in Österreich 90.000 Asylanträgen, 74 Prozent von Männern gestellt wurden.
Immerhin zieht aber die jugendlich engagierte Plakolm schon die richtigen Vergleiche:
„Wir haben mehr Asylanträge von unter 18-jährigen Burschen, wie wir Volksschul= kinder im gesamten Burgenland beziehungsweise Einwohner in Zell am See haben. Das geht sich nicht mehr aus."
„Enorme Flüchtlingsströme werden kommen" (Krone)
Allein: Mit diesem düsteren Szenario kommt Plakolm freilich sieben Jahre zu spät. Und deren Verweis auf den Fünf-Punkte-Plan ihres Parteifreundes, dem alten, weißen, aber kaum weiser gewordenen Mann, Innenminister Karner, wird keinen Flüchtling vom illegalen Grenzübertritt nach Österreich abhalten, wo jene dann vom Welcome-Service Bundesheer betreut werden.
„Wir müssen die unkontrollierte Migration nachhaltig stoppen. Gerade im Bereich Jugend wird deutlich, wie wenig das System funktioniert und was für verheerende Folgen es hat."
Genau so gut könnte Plakolm die Forderung erheben: „Nieder mit den Alpen' Freie Sicht bis zum Mittelmeer!"
Die Realität: Flüchtlinge erpressen mit Hungerstreiks-Ankündigung
Somit bekommen die Flüchtlinge, die bisher in Großzelten im sterischen Grenzort Spielfeld untergebracht waren, feste Unterkünfte.
Österreichs Willkommens-Medium, der öffentlich rechtliche Sender ORF atmet – wohl auch im Sinne der konservative-grünen Regierungskoalition – auf:
„Hungerstreik abgewendet: Ein Teil der in der „Wartezone" untergebrachten Menschen hat am Mittwoch einen Hungerstreik angekündigt – und noch bevor er begonnen hat, ist er abgewendet worden" (ORF)
Nichts offenbart die offiziöse ÖVP-Hardliner-Rhetorik-Ente mehr als dieser Umstand: Dass nämlich die österreichische Regierung, seit sieben Jahren, in Sachen Flüchtlingspolitik eine von Soros-NGOs getriebene ist:
Hatten doch am Mittwochnachmittag insgesamt 20 Flüchtlinge (!) am Grenzübergangs-Parkplatz eine nicht angemeldete (!) Kundgebung abgehalten. Bereits nach rund einer Stunde löste sich diese wieder auf.
Pro-Willkommens-Propaganda des ORF
„Rund 30 in Spielfeld untergebrachte Geflüchteten versammelten sich. Sie kommen großteils aus Kriegs- und Krisengebieten in Syrien und dem Irak und wollen – unterstützt von ehrenamtlichen Helferinnen des Vereins „Border Crossing" – mit einer Protestkundgebung und einem Hungerstreik auf ihre Situation aufmerksam machen. Omar, einer der betroffenen Geflüchteten,

dazu: ‚Ich komme aus Syrien, aus dem Krieg, und sitze bereits seit 15 Tagen hier im Zelt fest. Ich möchte nur darum bitten, dass ich noch vor Weihnachten in eine feste Unterkunft darf.'" (ORF)

Pro-Welcome-NGO „Border Crossing Spielfeld" organisiert

Alles wird wie immer nach demselben „Refjugee-Welcome"-Muster ausgeführt, wie in einem Drehbuch der Soros-Organisation „Welcome2EU": Laut Flüchtlingsinitiative „Border Crossing Spielfeld" hätten Flüchtlinge ‚keine „Forderungen' gestellt, sondern lediglich Bitten geäußert. Sie seien aufgrund der Ungewissheit und Kälte beunruhigt. Derzeit müssen sie etwa nach dem Duschen über ein Freigelände zurück ins Zelt gehen." (Krone)

„Harter Asyl-Kurs geht nur ohne Grüne" (oe24)

Die ganz banale Wahrheit trauen sich in Österreich freilich nur wenige anzusprechen: Dass etwa ÖVP-Kanzler Karl Nehammer mit dem Schengen-Veto gegen Bulgarien und Rumänien sowie seiner Knallhart-Ansage, Zäune um die EU-Außengrenze zu bauen, zwar „aufhorchen" ließ. Doch:

„Wie glaubwürdig ist Nehammers Hardliner-Auftritt in Brüssel, wenn er zeitgleich in Wien mit den Grünen in einer Koalition sitzt, die von einer Asyl-Krise trotz 100.000 Anträgen im heurigen Jahr nichts wissen wollen. Solange die Grünen jede Gesetzesverschärfung im Kampf gegen illegale Migration torpedieren, wird bei diesem Thema -leider – nichts weitergehen." (oe24)

Weihnachtsfrieden in Österreich dürfte es jedenfalls keinen mehr geben…

+++ UPDATE v. 22.12.2022 +++

Familienvater verstorben

Gestern Mittwoch wurden die lebenserhaltenden Geräte im Beisein der Angehörigen abgeschaltet.

Hilflose und unfähige Politik

Die österreichische Politik reagiert auf den erschreckenden Fall unfähig bis heuchlerisch mit der ewigen Ankündigungs-Rhetorik, welche den Multikulti-Sexual-verbrechen nur Vorschub leistet:

Die letzten erschreckenden **Schlagzeilen** dazu:

„16-Jähriger soll 13-Jährige in Wien vergewaltigt haben" (DiePresse)

„Frau in Innsbruck auf offener Straße von Afghanen beschimpft und geschlagen" (Krone)

Hier noch eine **unvollständige Sammlung** von Multikulti-Übergriffen seit 2015:

„Innsbruck; Mädchen starb an Schlafmittel: Zwei Syrer angeklagt" (Krone)

„Syrer vergewaltigte ukrainischen Mädchen und bleibt auf freiem Fuß" (exxpress)

„Zwei Syrer sollen zwei Mädchen auf Home-Party vergewaltigt haben" (oe24)

„Bewährungsstrafe für Afghanen an 11-jährigem Mädchen" (Tichys Einblicke)

„Fünf Afghanen sollen Obdachlose in Vorarlberger Flüchtlingsheim vergewaltigt haben" (ORF)

usw.…

+++ UPDATE v. 21.12.2022 +++

Syrischer Flüchtling schlägt Familienvater hirntot

Auch am dritten Tag nach dem schrecklichen Schläger-Vorfall vor einer Diskothek im Burgenland, mit mutmaßlichem Multikulti-Flüchtlingshintergrund, „löst das tragische Schicksal eines Familienvaters (42) in ganz Österreich Bestürzung aus". (Krone)

Noch sind nicht alle kriminologischen Details, etwa die Tatwaffen, geklärt: Die Polizei suchte das Umfeld des Tatortes nach einem vermuteten Schlagring oder einem Aschenbecher ab, welche der Angreifer benutzt haben soll.

Totschlag-Anlass: Burgendländische Alko-Flegelei?

Nun wird dieser mögliche Tathergang überprüft: Das bereits hirntote Opfer, Jürgen T., habe „sich gegenüber einer Jugendlichen in der Disco ungebührlich verhalten" (Krone) . Daraufhin habe ihn ein junger Gast zur Mäßigung aufgefordert und dafür „eine Watsche" erhalten. Der mutmaßliche Täter habe daraufhin auf den 42-Jährigen eingeschlagen.

Die Polizei geht davon aus, dass womöglich neben dem Hauptverdächtigen ein zweiter Gast auf Jürgen T. eingeschlagen haben könnte. Auch ein zweiter Schwerverletzter ist zu beklagen: Dieser ist wollte dem Opfer wohl zu Hilfe kommen und dann erlitt einen Nasen- und Jochbeinbruch.

Tatverdächtiger: 18-jähriger 2015er-Flüchtling mit Aufenthaltsrecht in Österreich

Die polizeilichen Ermittlungen konzentrieren sich auf einen 18-Jährigen Hauptverdächtigen: Einen Syrer, wohnhaft seit der Flüchtlingskrise 2015 mit seiner Familie im österreichischen Bezirk Neunkirchen (Niederösterreich): Er soll am Samstag mit einem Freund und einem Mädchen in die Disco nach Schattendorf gefahren sein.

Prekäres Detail: Der syrische Dachdecker- und Spenglerlehrling, soll ausgebildeter Kampfs- und Hobbys-Boxer sein. Er ist nicht geständig.

Wogen gehen hoch im einstigen Muster-Welcome-Land

Viele Gerüchte verbreiten sich derzeitig. Unstrittig hingegen ist: Der Patient wurde mittlerweile für hirntot erklärt. Vermutlich hat Jürgen T. durch einen „wuchtigen Schlag einen Herzstillstand erlitten". Denn: Nach Eintreffen und während der Reanimation der Ersthelfer dürfte dessen Gehirn bereits nicht mehr mit Sauerstoff versorgt worden sein.

Österreichs unendlich langer, schmerzhaft-masochistischer Abschied von der Welcome-Kultur

So bekannte noch am Beginn der Flüchtlingskrise, im Sommer 2015, der österreichische Kardinal Schönborn stolz: „Es ist keine Schande, wenn unser Land bei den Flßchtlingen einen besseren Ruf hat als andere. Einen guten Ruf in Humanität zu haben, dafür brauchen wir uns nicht zu schämen." (ORF)

Langsam aber passiert genau das: Viele schämen sich mittlerweile für diese heillos naive Multikulti-Naivität:

„Wie oft muss es noch derartige Vorfälle geben, bis der ÖVP-Innenminister endlich handelt und das Asylrecht aussetzt sowie bauliche Maßnahmen zum Schutz der Grenze setzt?" – wie FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz in einer Aussendung feststellte. (oe24)

+++ UPDATE 13.12.2022 +++

„Wie in Guantanamo"

Mag sein, dass das Asylunter-Camp in Frankenburg „eng, stickig, schmutzig" und mit 300 Männern überbelegt ist. Willfährig jedenfalls transportiert ein österreichisches Boulevardmagazin die doch etwas manipulative Einstellung der sich selbst eingeladen Habenden:

„Wir werden hier gehalten wie Tiere, das ist ein Gefängnis, wie in Guantanamo, unmenschlich ist das, das ist nicht Österreich." (oe24)

Außerdem gäbe es zudem keine Intimsphäre, kaum Abwechslung. – Man fragt sich: Sind die jetzt auf der Flucht in einen Freizeitpark?

Und auch Frankenburgs ÖVP-Bürgermeister Weber ist sich sicher: Aufgrund der zu hohen Belegung von zulässigen 100 Personen „muss da rasch etwas unternommen werden."

Plötzlich ist Multikulti ein Problem

Etwas grotesk auch die versteckte Argumentationslinie des Welcome-Artikels: Wären doch „300 junge (!) Männer hier untergebracht. – Davor wurde freilich seit 2015 dauernd gewarnt. Und dann sind plötzlich die verschiedenen Nationalitäten – „Viele Ethnien und Religionen auf engstem Raum. Meist Syrer, Afghanen, Pakistani" der Grund für rassistische Spannungen. Und das in einer Welcome-EU, die seinen Bürgern eine kunterbuntes Multikulti-Wohlfahrt mittels Diversity-Ideologie auferlegt hat.

Was ist also die Ursache für solche Zustände? Dass Österreich mit seinen Aufnahmekapazitäten zu klein oder der Pull-Effekt aus der Dritten Welt zu groß ist?

„Die Betten dicht an dicht in der Halle. Nur durch dünne Leintücher als Vorhänge bis zum Boden getrennt. Jeder Ton hallt."

Multukulti-Schlägerei wegen gestörter Nachtruhe

Auf alle Fälle müssen sich die verschieden Flucht-Nationalitäten spinnefeind, und auch nicht gerade rücksichtsvoll gegeneinander sein: In der Nacht hatten nämlich einige Syrer gelärmt. Was freilich unter überwiegend jungen Testosteron-Männern nicht unüblich ist. Die Afghanen wollten hingegen Nachtruhe… Schließlich jedenfalls sei Samstag „völlig erbost" die Stimmung eskaliert. Ein Syrer hätte „wie ein Vogel" gepfiffen. Daraus wurde dann eine veritable Schlägerei zwischen 40 jungen Männern, welche nur mittels „Polizeistreifen mit Hunden" getrennt werden konnte. Die Frage, „wer begonnen hat, ist offen" – kann dann aber ja ein Kriseninterventionsteam

schlichten. Denn: „Die Stimmung ist angespannt wie in einem Druckkochtopf.“ – Das klingt explosiv…

Lang her: Österreich mit dem besten Ruf unter Refugees (Kardinal Schönborn)

Lang vorbei auch das Muster-Welcome-Image Österreichs, welches längst heillos überfordert ist, etwa mit einem „Hygiene-Problem: Nur acht Duschen und Toiletten. Beides verschmutzt.“

„Es ist aber auch keine Schande, wenn unser Land bei den Flüchtlingen einen besseren Ruf hat als andere. Einen guten Ruf in Humanität zu haben, dafür brauchen wir uns nicht zu schämen.“ (Kardinal Schönborn, August 2015)

+++ UPDATE v. 11.12.2022 +++

Von der Welcome- zur Angst-Kultur

„Die Bewohner“ der österreichischen Gemeinde „Kirchberg“ in der Steiermark „haben einfach Angst“ – wie die Krone berichtet.

Pflegenotstand

Sieben Jahre nach der Welcome-Kultur ist die Stimmung endgültig gekippt: Denn bereits in einem Monat sollen die ersten Flüchtlinge im ehemaligen Pflegezentrum Kindberg untergebracht werden.

Was die prekäre Lage des österreichischen Gesundheitssystems ziemlich auf den Punkt bringt: Schließung von Pflegeheimen und Krankenstationen aufgrund Personalmangels.

Krone fragt ängstlich:

„Viele der Flüchtlinge könnten ärztliche Betreuung benötigen. Sind Mediziner und Krankenhäuser darauf vorbereitet? Wie ist die Stimmung in der Bevölkerung?“

Aufgeheizte Adventstimmung in Kirchberg

So habe *„es erst kürzlich eine Protest-Aktion gegeben. Und auch politisch tut sich einiges: Kommenden Freitag will FPÖ-Chef Herbert Kickl anlässlich einer Kundgebung sich um Wählermaximierung kümmern. Was ihm wohl gelingen könnte. Denn „der Zorn der Bevölkerung gegen die geplante Asyl-Einrichtung im ehemaligen Landespflegezentrum richtet sich vor allem gegen ÖVP-Innenminister Gerhard Karner, der der Stadt das Heim aufs ‚Auge‘ gedrückt hat.*“ (Krone)

So was nennt man die Arroganz der Macht, gepaart mit politischer Handlungsunfähigkeit: „Ich hatte nie Kontakt mit ihm.“ – wie der rote Bürgermeister Christian Sander kleinlaut eingestehen muss. Nachsatz: Er wäre sehr „sehr verärgert“.

Einwanderungskritische FPÖ laut Umfrage an erster Stelle

Die nüchternen Zahlen haben es in sich:

„Ihr blaues Wunder erlebt die heimische Innenpolitik aktuell: Die FPÖ liegt weiterhin auf Platz 1, kratzt mit 29 % aber nun sogar an der 30-%-Marke“ – ein stetiger Aufwärtstrend seit drei Wochen. Danach folgt die SPÖ mi 25 %, die ÖVP stagniert bei 21 %. Weit abgeschlagen die liberalen Neos (10 %, –2) und die Grünen (9 %, –1 — Vergleich: Letzte Nationalratswahl ca 14%).“ (oe24)

Nun aber wäre auch eine inks-liberal-grüne Koalition wie in Deutschland unmöglich. An der FPÖ kommt derzeit niemand mehr vorbei…

Politische Radikalisierung
Erst vor ein paar Tagen titelte oe24 panisch:
„Aktivisten der Gruppierung ‚Letzte Generation für Remigration', ein Teil der rechtsradikalen Gruppierung „Die Österreicher", haben sich am Donnerstag in der Einfahrt der Flüchtlings-Erstaufnahmestelle Traiskirchen festgeklebt."
Caritas Steiermark: „Gute Betreuung und Freizeitgesaltung"
Nur die Caritas lebt noch zur Zeit des Welcome-Euphemismus:
*„Die Flüchtlingshäuser der Caritas Steiermark beherbergen Asylwerber*innen im Rahmen der Grundversorgung im Auftrag des Landes Steiermark.*
*In den Flüchtlingshäusern der Caritas wird Wert auf eine gute Betreuung der Bewohner*innen gelegt. Primäre Betreuungsaufgaben in den Häusern sind Beratung, Hilfe bei der Bewältigung des Alltages, Abklärung von Perspektiven und Unterstützung bei Behördenkontakten. Nach Möglichkeit werden Deutschkurse organisiert und verschiedene Aktivitäten zur Freizeitgestaltung angeboten."* (Caritas)
+++ UPDATE v. 25.10.2022 – 20:15 +++
Widerstand in Österreich wächst
Trotz Willkommenskultur-Durchhalte-Parolen – etwa vom österreichischen ÖVP-Integrationslandesrat Wolfgang Hattmannsdorfer – und der üblichen Problemlösungs-Inkompetenz, wonach „es jetzt Solidarität unter den Gemeinden braucht", sind sich selbst diese Berufs-Politiker mittlerweile bewusst: Dass „es dann einen Widerstand gibt bei einem Quartier für 30 bis 40 Personen, dann wird es schwierig!" (ORF)
Denn die Bevölkerung vor Ort will keine Zustände wie 2015 mehr erdulden: Mittlerweile lassen schon ein paar Flüchtlingszelte, etwa vor dem Asyl-Erstaufnahmezentrum Thalham in St. Georgen im Attergau (Bezirk Vöcklabruck) „die Wogen hochgehen". Denn „immer noch weigern sich viele Gemeinden Flüchtlinge aufzunehmen" – etwa die kleine Gemeinde Hirschbach im Mühlkreis (Bezirk Freistadt) mit ihrem Widerstand gegen ein abgeschiedenes Quartier für etwa 60 Flüchtlinge in einer ehemaligen Diskothek.
Oberösterreichische Gemeinde will Aurobahn blockieren

Und will die Gemeinde St. Georgen ausgerechnet morgen am Nationalfeiertag die Westautobahn A1 blockieren. Mit einer ähnlichen Aktion hatte man 2015 Erfolg: Damals wurden die Flüchtlingszelte wieder abgebaut. (ORF)

Bevölkerung verunsichert

Grundlos ist der Protest jedenfalls nicht: St. Georgens Bürgermeister Ferdinand Aigner (ÖVP) berichtet von menschenunwürdigen Verhältnissen für die Asylwerber. Etwa dass Asylwerber des Nachts frieren. Mittlerweile seinen – laut Schätzung des Bürgermeisters – alle 17 Zelte, in denen je acht Personen untergebracht werden können, voll.

Mittlerweile wären „durch die erhöhte Anzahl an Flüchtlingen auch sehr viele junge Männer im Ort unterwegs". Was freilich für die Wahrnehmung der Bevölkerung sehr ungut." (ORF)

+++ UPDATE v. 17:00 Uhr +++

System-Medien und -Politiker in Panik: Von Burgenland bis Berlin „Alarmstimmung"

Mittlerweile ahnen es fast alle: Dass sich gerade die Flüchtlingskrise-2015 selbst in den Schatten stellt: „Immer mehr Flüchtlinge wollen nach Europa und strömen über die Grenze nach Ungarn." (oe24)

Systemmedien und ihr Mitleids-Narrativ

Und trotz alledem bedienen System-Medien immer noch das alte Mitleids-Narrativ von den armen, gedemütigten Refugees: „Viele wurden immer wieder von der ungarischen Polizei auf teilweise gewalttätige Art und Weise zurückgejagt. Viele sind krank, einige sterben – so wird mir berichtet – auch an Unterkühlung und Krankheiten. Auch Mohammed aus Afrika hat ein eitriges Bein und kann nur schwer gehen." (oe24)

Und die Mitleidstour endet schließlich so: „Sie wollen nur weg von der Heimat, in ein besseres Leben. Und in die EU…" (oe24)

„Massiv verunsicherte Bevölkerung im Burgenland"

Dass die Verantwortlichen seit 2015 nichts dazu gelernt haben, zeigt folgender Umstand: „Viele der Flüchtlinge wissen gar nicht, dass sie in Österreich oder anderen EU-Ländern kein Asyl bekommen werden." Das ganze Versagen der Politik kriegen dann zuerst die Bürgermeister zu spüren, weil die „Bevölkerung massiv verunsichert ist" (Krone) Und zwar mit Recht: Denn „allein in der Vorwoche sind 3484 Menschen illegal über die burgenländische Grenze" gekommen – was in Gesamtsumme für heuer etwa 63.500 Flüchtlingen entspricht, in etwa der Größenordnung von St. Pölten.

Fragt sich nur, warum die Österreicher vor zwei Wochen einen grünen Open-Border-Politiker zum Bundespräsidenten gewählt haben.

„Berlin am Ende seiner Kapazität"

Dasselbe Theater auch weit entfernten ro-rot-grün regierten Berlin, wo mittlerweile die SPD-Bürgermeisterin Franziska Giffey nur mehr „Alarm" schlagen kann (Welt) „Große Städte" seien nämlich mittlerweile „am Ende ihrer Kapazität – vor allem Berlin, das am attraktivsten ist." (Welt) – zeigte sich die Ex-Welcome-Klatscherin beunruhigt.

Immerhin beherrscht Giffey aber seit 2015 Grundrechnungsarten. Denn „die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine wird stark steigen, wenn die Russen weiterhin ukrainische Energieinfrastruktur bombardieren." Und überdies gäbe es auch „bereits eine große Zahl afghanischer und syrischer Migranten in der deutschen Hauptstadt." Aha…

+++ UPDATE vom 23.10.2022 +++

Wie dramatisch die Lage ist, ventilieren mittlerweile auch eingefleischte Open-Border-Systemmedien:

DEUTSCHLAND

„Wir schaffen das nicht mehr!" – Wie lange halten die Städte den Zustrom von Flüchtlingen noch aus? (BILD)

„In diesen Tagen werden Erinnerungen an 2015 wach. Schon wieder bauen Städte Zelte auf, um ankommende Flüchtlinge zu versorgen, schon wieder ein abscheulicher Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft, schon wieder die höchste Flüchtlingszahl seit Jahrzehnten.

Aktueller Zwischenstand: 1,14 Millionen. So viele Menschen sind seit Jahresbeginn nach Deutschland gekommen." (BILD)

ÖSTERREICH

„2022 wird Asyl-Rekordjahr: Heuer 100.000 Anträge? Rekord von 2015 dürfte überschritten werden." (oe24)

© TZ ÖSTERREICH

„Im Schnitt suchten somit knapp 8.000 Menschen pro Monat heuer in Österreich um Schutz an. Sollte dieses hohe Niveau anhalten, dürfte der Rekord von 2015 – damals waren es 88.340 – mit rund 96.000 Anträgen deutlich überschritten werden. Was abgelehnte und eingestellte Asyl-Verfahren angeht, ist 2022 bereits ein Rekordjahr: Mit insgesamt 40.299 solcher Verfahren." (oe24)

+++ UPDATE v. 21.10.2022 +++

System-Medien in Panik: „Neue Flüchtlingskrise befürchtet – Knallhart-Konzept für die Balkan-Route!"

Selbst eingefleischte Welcome-Systemmedien sehen mittlerweile rot und fordern unter einem 180-Grad-Wende-Wording: „Kampfansage an die skrupellosen Menschenschmuggler!" Der Grund für das neue Antiflüchtlings-Framing ist so aktuell wie damals 2015 freilich schon längst: „Steigen doch die Flüchtlingszahlen über die Balkan-Route rasant (19 160 irreguläre Einreisen im September – doppelt so viele wie im Vorjahresmonat)." – wie Bild plötzlich penibelst alarmiert.

Ultra-linke SPD-Open-Border-Innenministerin Faeser sorgt sich plötzlich

Nancy Faeser weiß sich keinen anderen Rat mehr: Sie „lud deshalb zum Krisengipfel." Mit einem für sie wohl bitteren „Ziel der 16 EU-Innenpolitiker und Vertreter der Westbalkan-Staaten: die illegale Zuwanderung stoppen, Chaos wie 2015/16 verhindern." – Orban hat also Recht behalten.

Verwechslung von Ursache und Wirkung

Freilich verwechseln die zuständigen EU-Politiker Ursache und Wirkung: Indem sie „knallharte Jagd auf die Drahtzieher" versprechen. – Welche so naive Polit-tröpfe wie der österreichische ÖVP-Innenminister Gerhard Karner im „Kampf gegen die Schleuser" sehen. – Vom Soros-Flüchtlingsplan (Welt) hat er sicher noch nie was gehört… Oder? Aber immerhin kann Karner plötzlich rechnen: „Wir haben allein in diesem Jahr 480 Schleusern das Handwerk gelegt. Einer von ihnen, ein Rumäne, war für 30 000 illegale Einreisen verantwortlich."

Gerade schwindelig wird es dem an der inneren Sicherheit Österreichs versagenden Politiker bei den „astronomische Summen". Denn für arme Refugees „kostet die Balkanroute ab Belgrad aktuell 3000 bis 5000 Euro." (Bild)

Serbien ist schuld! Nicht Soros!

BILD weiß „Brisant"es zur Ursachenforschung: Stehe doch „Serbien unter Verdacht, Flüchtlinge aus Ländern wie Indien oder Tunesien durch Visa-Freiheit anzulocken, die bequem per Flugzeug kommen." Mittlerweile hoffen auch bisher Under-Cover-Wellcome-Politiker, wie Karner, dass Belgrad seine Zusage, die Verschärfung der Visa-Regeln noch 2022 durchsetzen möge. Nun müssten Karner und Faeser auf des Österreichers Erkenntnis („Solange die EU-Außengrenzen nicht geschützt sind, gibt es keine Alternative. Die Zeit des Durchwinkens ist vorbei.") nämlich Taten folgen lassen. Niemand hindert(e) sie nämlich daran ihr Militär zur Grenzsicherung an Ungarns Südgrenze zu verschicken. Denn eines ist selbst BILD mittlerweile klar: „Ein Kern-Problem: die noch immer unklare Rolle der EU-Grenz- und Küstenwache Frontex."

Wer gab wohl nur die „Knallhart"-Linie durch?

Welche nun die willfährigen Systemmedien vorgeben…

„Das unterscheidet Deutschland im Jahr 2022 schon mal von der Merkel-Regierung, die 2015 den Dingen einfach ihren Lauf ließ. Mit dem Bankrott-Argument, dass sich Deutschlands 3000-Kilometer-Grenze ohnehin nicht schützen lasse." (Bild)

+++ UPDATE v. 13.10.2022 +++

Österreichs Flüchtlingssystem vor dem Kollaps

4 Tage nach Wahl des grünen Bundespräsidenten

Pünktlich nach der erfolgreichen Wahl des grünen Bundespräsidenten und bekannten Pro-Refugee-Welcomers, van der Bellen, lässt der österreichische ÖVP-Innenminister Gerhrad Karner die ungeschminkte Wahrheit aus dem Sack:

„Zeltlager werden kommen"

Das Ergebnis der dritten Landesflüchtlingsreferentenkonferenz mit Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) und Flüchtlingskoordinator Andreas Achrainer zeichnet dasselbe dramatische Bild wie auch in Deutschland: Das Flüchtlingsaufnahmesystem steht vor dem Kollaps. Deshalb wird auch der Aufbau von Zeltlagern erwogen, und das knapp vor dem Winter.

Ausflüchte: Putin ist schuld!

Als einer der vorgeschobenen Gründe muss Putin herhalten: „Das flächenmäßige Bombardement Putins auf die Ukraine und eine Torschlusspanik der Schleppermafia." Deshalb erwarte man in den nächsten Wochen einen starken Anstieg ukrainischer Flüchtlinge: „Wir haben 91.000 Menschen in der Grundversorgung, 56.000 davon aus der Ukraine." (Karner)

Serbien ist schuld!

Herhalten muss nun auch der Balkan für die verfehlte Flüchtlingspolitik der EU und Österreichs: Karner spricht von „Torschlusspanik der Schlepper", verursacht durch die geplante Verschärfung der Visaregeln durch Serbien per Ende des Jahres. Das Problem ist dem Innenminister aber seit langem bekannt – und auch noch mehr: Dass nämlich das Gros der klassischen Welcome-Refuges aus Ländern (Nordafrika, Bangladesch, Indien…) kommt, für die es so gut wie keine Asylgründe gibt.

Das Boot ist doch voll

Während bei der letzten Flüchtlingskrise 2015 noch die Devise galt: „Das Boot ist noch lange nicht voll." (Ex-Flüchtlingskoordinator Christian Konrad) – ist jetzt Ernüchterung angesagt. Das Spätsommermärchen der Welcome-party ist over… Karner wusste natürlich längst von der dramatischen Situation: Denn die Plätze sind gerade in der Bundesbetreuung voll. Flüchtlingskoordinator Achrainer kleinlaut: „Wir weisen seit Monaten darauf hin, dass wir mit den Kapazitäten an unseren Grenzen sind." Alles reine Beschwichtigungsrhetorik: Etwa dass man die von der Bundesbetreuung betreuten Einrichtungen seit zweieinhalb Jahren von 13 auf 28 Einrichtungen erweitert habe. Auch die nüchterne Statistik zeichnet ein katastrophales föderalistisches Versagen: So wären „rund 8.000 Menschen aktuell in Bundesbetreuung, 5.600 davon zu Verfahren zugelassen und könnten schon in die Betreuung der Länder." Leider aber weigern sich die Bundesländer. Denn die intensive Suche nach neuen Quartieren wäre nicht ausreichend genug gewesen – so Achreiner. Auch das neue Ziel des obersten Flüchtlingsbetreuers zeichnet eine düstere Prognose: „Mein oberstes Prinzip ist, Obdachlosigkeit vermeiden. Aber wir haben die Kapazitäten nicht mehr. Menschen, die in Österreich sind, müssen aber gut versorgt werden. Wenn die Zahl hoch bleibt, müssen wir andere Formen finden und werden nicht um Zelte herumkommen, wenn wir in den Ländern nicht zusätzliche Quartiere bekommen."

Dramatisch auch die Situation für besonders gefährdete Flüchtlingsgruppen: Familien mit Kindern, allein reisende Frauen. Denn: Die Zeltlager wären ausschließlich für männliche, allein reisende Flüchtlinge vorgesehen.

Alles steht übrigens noch in den Sternen: Es könnten keine seriösen Angaben zu dem Wann und Wo dieser Zeltlager gemacht werden. Immerhin malt aber

Karner schon ein Menetekel an die Wand: Nämlich Bilder und Situationen, wie 2015 zu verhindern. (Agenturberichte)

Was will Karner von der aggressiven deutschen Pro-Welcomer-Innenministerin Faeser (SPD) **?**

Wozu also der sinnlose Lärm? Dass sich nämlich heute Karner mit der deutschen Innenministerin Nancy Faeser und EU-Flüchtlingskommissarin Ylva Johannson trifft, um über die Situation auf europäischer Ebene zu beraten – wie es im diplomatischen Appeasement-Jargon salbungsvoll heißt.

Ach ja, ganz vergessen: Der Grüne Welcomer-BP van der Bellen wurde übrigens auch von der ÖVP als Spitzekandidat promotet…

„**Der Bundespräsident, ein verschlagener und verlogener Banause…**" (Thomas Bernhard)

…„der Kanzler ein piffiger Staatsverschacherer." (Th. Bernhard: „Heldenplatz" 1988)

+++ UPDATE v. 03.10.2022 +++

Folgetreffen in Belgrad und Wien geplant

Der ungarische Ministerpräsident Orban wies darauf hin, dass dieses erste Eröffnungstreffen eines von mehreren sein wird. Alle drei Länder, Ungarn, Österreich und Serbien, wären sehr stark von illegaler Migration betroffen und würden darunter „leiden". Indem diese drei Länder ihre eigenen Grenzen schützen, tun sie das auch für ganz Europa. Ungarn würde alle Verpflichtungen aufgrund seiner Schengen-Mitgliedschaft erfüllen. Ein zweites Treffen soll in Belgrad stattfinden, zur Realisierung konkreter Schritte. Das dritte Treffen findet dann in Wien statt.

Grenz-Schutzwall möglichst weit nach Süden verschieben

Außerdem müsse die Grenz-Verteidigungslinie so weit wie möglich nach Süden verschoben werden, welche sich jetzt aber noch an der serbisch-ungarische Grenze befindet. Obwohl die ganze Welt zur Zeit zwar andere Probleme hätte – wie etwa Energiekrise, Ukraine-Krieg und -Sanktionen – werde aber „viel Energie, Vitalität und Geld im Kampf gegen die Migration verbraucht", was er als „heroisch" bezeichnete. Weil aber nach wie vor trotzdem das Problem Migration nicht genügend beachtet werde, hätte Ungarn dieses Gipfeltreffen initiiert. Außerdem wäre Ungarn von zwei Seiten betroffen: aus dem Osten aufgrund des Ukraine-Krieges und aus dem Süden aufgrund der „kontinuierlichen Belagerung der Grenze".

Laut Orbán ist die Situation entlang des Westbalkanroute die ernsteste aller europäischen Migrationsrouten, wo bereits „Schmuggler scharfe Waffen gegeneinander und gegen Grenzschutzbeamte einsetzen".

Drei Forderungen

1. Verschiebung des Verteidigungs-Walls so weit wie möglich nach Süden. Zuerst an die serbisch-mazedonische Grenze.
2. Alle illegalen Migranten müssen wieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Was die EU umsetzen müsse.
3. Sogenannte Flüchtlings-Hotspot sollten außerhalb Europas eingerichtet. Was aber aufgrund einer Gesetzesänderung schwierig wäre, weil die Debatte diesbezüglich zum Stillstand gekommen ist.

Vucic: „Wollen kein Flüchtlings-Hotspot werden"

Der serbische Präsident Aleksandar Vucic dankte Orban für den „außergewöhnlichen Empfang" und sagte: Orban habe immer den Mut und die Kraft, wichtige regionale Fragen anzusprechen. Außerdem kämen viele

russische Flüchtlinge nach Serbien, zurzeit bereits 17.000. Sie sollen eine einjährige Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Österreichischer Bundeskanzler: „Ich unterstütze die Abschiebung durch die EU"

Laut Karl Nehammer ist auch Österreich sehr stark betroffen, auch wenn es selbst keine EU-Außengrenze hat. So seien bereits 70.000 Pakistaner und 80.000 Ukrainer aufgenommen worden. Migration ist für Österreich ein Sicherheitsthema, das auch die soziale Stabilität bedroht. Deshalb solle eine enge Zusammenarbeit mit der serbischen Polizei gegen die Menschenschmuggler aufgebaut werden. Deshalb müssten also die nordmazedonischen Behörden unterstützt werden, die aber über die Kompetenz und das Fachwissen in dieser Frage verfügen. Nehammer betonte: Er unterstütze nachdrücklich die Abschiebung durch die EU.

+++ UPDATE v. 30.09.2022 +++

Ungarisch-österreichisch-serbischer Migrations-Krisen-Gipfel in Budapest

Dieser soll am kommenden Montag in Budapest stattfinden: Das Hauptthema ist das gemeinsame Vorgehen gegen illegale Migration – wie Bertalan Havasi, stellvertretender Staatssekretär für die Pressestelle des Premierministers, am Donnerstag gegenüber MIT bestätigte

Laut Nachrichtenagenturen gab der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer am Mittwoch gegenüber Reportern bekannt, dass er sich nächste Woche mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban und dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic treffen werde, um über Migration zu diskutieren. Er sagte, alle drei Länder wollten das organisierte Verbrechen und den Schmuggel bekämpfen, um so den und den Migrationsdruck an den Grenzen zu verringern.

+++ UPDATE v. 28.09.2022 +++

Hilflose Placebo-Panik: Österreich vor Grenzkontrollen zur Slowakei

Das österreichische Innenministerium macht es Tschechien nach: Ab Donnerstag-Mitternacht Null Uhr werden an der österreichisch-slowakischen Grenze wieder Grenzkontrollen durchgeführt. Begründung: Anhaltende und eskalierende Schlepperaktivitäten.

Tschechien hat bereits heute Mittwoch mit Kontrollen zur Slowakei begonnen. Deshalb möchte – oder besser: kann nun – wohl auch der österreichische Innenminister Gehard Karner (ÖVP) nicht mehr nachstehen, indem er daraufhin im ORF-Staatsfernsehen (gegen Brüssel immer als unangenehm geltende) Grenz-Aktion ankündigte.

„Reagieren, bevor die Schlepper reagieren": „Weiße Kastenwägen"

Des Ministers Satz offenbart blanke Hilflosigkeit. Die Maßnahme: In erster Linie sollen dabei sogenannte Schlepperfahrzeuge – „das sind meist weiße Kastenwägen" – überprüft würden – ist natürlich völlig grotesk und wirkungslos. Denn die Migranten werden ja umgehend ins österreichische Asylsystem weiter gereicht. Trotzdem hält der österreichische Innenminister die Bevölkerung weiterhin zum Narren: „Wir haben bereits an der Grenze zu Ungarn und zu Slowenien umfangreiche Maßnahmen gesetzt. Jetzt wird die Polizei auch an der Grenze zur Slowakei kontrollieren. Wir müssen schneller sein als die Schlepper." (Karner).

Vorbild Ungarn

Slowenische Links-Regierung baute Grenzzaun bereit im Juni ab

Darob verliert freilich der Brüssel-servile Innenminister kein Wort. Zur Auffrischung der geostrategischen Grenzlage seien dem Innenminister geographisches Schulwissen inklusive einer Landkarte beigeschoben: Ungarn hat Außengrenzen zu folgenden Staaten, die auf der sogenannten West-Balkan-Flüchtlingsroute liegen, insgesamt nämlich 2009 km. Davon grenzen an Österreich 366, an die Slowakei 515, an die Ukraine 103, an Rumänien 443, an Serbien 151, an Kroatien 329 und an Slowenien 102 km.

Hier die **Lagebeurteilung** durch UM **an der slowenischen Grenze vom 15.7.2022**:
Die slowakische Innenministerin Tatjana Bobnar sagte zum Auftakt des Abrisses: „Der Zaun kann Migration nicht stoppen. Aber er hat viele Tragödien verursacht, als die Flüchtlinge versuchten, ihn zu umgehen. Und viele starben im Kolpa-Fluss."Bobnar bekräftigte damit Sloweniens Kehrtwende in der Migrationspolitik hin zu mehr Solidarität mit Migranten. Der Zaun wäre nur eine Übergangslösung gewesen und nunmehr inakzeptabel, ein fester Bestandteil des Grenzschutzes des Landes zu werden.
2015 als Schutz gegen Flüchtlingsmassen
Der Zaun sollte 2015 als Reaktion auf die Flüchtlingskrise verhindern, dass illegale Einwanderer aus Kroatien nach Slowenien gelangten. Der 51 km lange Teil des Zauns wird nun von der slowenischen Armee demontiert, während die restlichen 143 km von einer Privatfirma abgebaut werden.
„Schwerer Fehler"
Die rechte Opposition sieht darin einen schweren Fehler: Wäre doch der Entscheidung weder eine Analyse der Sicherheitslage noch eine Bewertung durch Experten vorausgegangen.
Österreichs Grenzschutz bedroht
Allein ein kurzer Überblick über die Grenzsituation zeigt, dass sich durch den Abriss vor allem der Migrationsdruck auf Österreichs Grenzen massiv verstärken wird.
Serbische Polizei beschlagnahmt Waffen von Flüchtlingen
Und alles zu einer Zeit, wo etwa die serbische Polizei am Donnerstag im Rahmen einer groß angelegten Operation große Mengen an Waffen, Munition und Messern von Migranten beschlagnahmt hatte – wie das serbische Innenministerium mitteilte. (vadhajtasok) Insgesamt wurden drei Maschinengewehre, ein Gewehr, vier Pistolen, 12 verschiedene Messer sowie Macheten, Äxte, Boxer und 182 Schuss verschiedener Kaliber konfisziert. Weiters Drogen und sechs gefälschte Ausweise.
Der serbische Innenminister Aleksandar Vulin kündigte ein entschiedenes polizeiliches Vorgehen an:
„Serbien wird nicht zulassen, dass Kriminelle aus Asien auf seinem Territorium operieren. Serbien ist kein Parkplatz für Migranten und wird nicht

zulassen, dass unser Leben in irgendeiner Weise von Kriminellen bedroht wird, die mit dem Elend der Menschen handeln."
Nach offiziellen Angaben halten sich derzeit etwa 6.000 illegale Einwanderer in Serbien auf. Diese werden nun versuchen, die EU über Österreich zu erreichen – unter Umgehung Ungarns, das für seine massiven Grenzschutz bei den illegalen Migranten gefürchtet ist.

Ungarn verstärkt Grenzregime

Ungarn errichtete als erstes Land 2015 einen Grenzzaun zu Serbien und Kroatien. Laut Ministerpräsident Viktor Orbán belagern weiters Hunderttausende von Migranten die ungarische Grenze. Und das Land sieht sich zur Selbsthilfe ermächtigt:
„Da die Europäische Union uns weiterhin nicht hilft, muss Ungarn allein seine Südgrenze schützen. Die Regierung hat somit beschlossen, eine Grenzjagdtruppe bis September einzurichten."

+++ UPDATE v. 22.09.2022 +++

Burgenländische Sozialisten: Österreichische Regierung soll mit Orbán über dramatische Migrationssituation verhandeln

„Sie kommen in Gruppen !"

Die Lage ist so dramatisch, dass langsam auch die ehemaligen sozialistischen Welcome-Klatscher nicht mehr weiter wissen: Allein letzte Woche wurden 3.000 illegale Migranten aufgegriffen, sodass die burgenländische Bevölkerung verunsichert wäre. An Spitzentagen sollen sogar bis zu 700 Aufgriffe stattfinden. Auch der österreichische Boulevard schlägt langsam panische Töne an, die an Alien-Filme erinnern: „Flüchtlinge: Sie kommen in Gruppen über die Grenze." (oe24) Am besten ziehen in der Alpenrepublik dann immer noch katholische Vergleiche: So sei „es zugegangen wie bei einer Fronleichnam-Prozession. Gruppen von 40 bis 60 Menschen marschieren in der Dunkelheit ungestört über die grüne Grenze" – so der entsetzte oe24-Reporter.

„Überraschte Ösi-Soldaten"

Doch „trotz der konstanten Belastung" blieben „die Bundesheerler motiviert". Obwohl jeder weiß: Mit der Heerestauglichkeit ist es nicht weit her: „Nach einer gewissen Zeit setzt selbst bei den sehr engagierten Soldaten Erschöpfung ein, da der Ansturm einfach nicht abnehmen will." (oe24) Die Realität: In den veralteten Bundesheer-Pfadfinder-Zelten schlafen Grundwehr-Bubies, die am frühen Morgen Energiedrinks eintanken. Vermutlich fürchten sie sich vor den durchtrainierten Überlebenskünstlern aus dem Nahen und Mittleren Osten…

„Bewohner verzweifelt"

Besonders in den Grenzbezirken Neusiedl, Oberpullendorf und Oberwart wären „Anrainer und Regionalpolitiker immer verzweifelter": Oft würden „sich die Geflüchteten in Garagen oder Gärten verstecken, Bushaltestellen werden als Schlafstellen genutzt."

„Von der Politik im Stich gelassen"

In einem offenen Placebo-Brief forderten nun 55 sozialdemokratische Lokalpolitiker, dass sowohl ÖVP-Chef Nehammer als auch das ÖVP-geführte Innen- und Verteidigungsministerium endlich wirksame Maßnahmen gegen die illegale Migration ergreift sollen. Doch die die Regierung würde den Kopf in den Sand stecken – wie Neue Kronen Zeitung berichtete.

„Orban solls richten !"
Wien solle sofortige Verhandlungen mit Orbán aufnehmen… Seltsame Töne sind nun plötzlich aus den Mündern der ehemaligen SPÖ-Welcome-Partei zu vernehmen: Ungarn hätte nämlich auf einmal die Pflicht, die EU-Außengrenze zu sichern. Ebenfalls ein linkes Tabu wird nun gebrochen: Die Einrichtung von Asylzentren außerhalb der EU.
Die Forderung zusätzlicher Polizei- und Militärkräfte zum Schutz der österreichischen Grenze ist lächerlich und sinnlos: Fungieren diese ja nicht anders als eine Willkommens- und Verteilerbehörde.
Natürlich hindert die feministisch-angehauchte Verteidigungsministerin Tanner niemand daran, ein paar Tausend gut ausgebildete Soldaten mit ein paar Dutzend Schützenpanzer an den ungarischen Grenzwall Richtung Serbien zu schicken…
ÖVP gibt Schwarzen Peter zurück
Typisch für die österreichische Asylpolitik: Wären es ja gerade die Sozialdemokraten auf nationaler und europäischer Ebene, die Verfahrenszentren außerhalb der EU verhindern. Demnach solle „SPÖ-Landeshauptmann Doskozil seine Parteifreunde in Wien und Deutschland davon überzeugen, dass es in der Asylfrage eine härtere Linie braucht", erklärte ÖVP-Politiker Fazekas.
+++ UPDATE v. 21.09.2022 +++
Welcomerin SPD-Innenministerin Faeser „in Sorge"
„Deutlich mehr Flüchtlinge auf der Balkanroute"
Der ultralinken deutschen SPD-Innenministerin Nancy Faeser „bereitet die deutlich steigende Zahl an Flüchtlingen, die über den Balkan nach Deutschland kommen, Sorge" (Welt) – wie die radikalen Welcomerin über diverse System-Medien ventilieren ließ: So hätte die Migration über Serbien nach Deutschland wieder deutlich zugenommen.
„Hilferuf aus Sachsen"
Gleichzeitig bestätigte sie auch einen Hilferuf aus dem Bundeslands Sachsen – und kündigt Gespräche mit der serbischen Regierung an, frei nach der Devise. Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis.
„Warum auf einmal jetzt ?"
Was sie aber seit 2015 immer noch nicht versteht: „Warum die Migration auf einmal so zugenommen hat". (Welt) – Aha… Langsam scheint sich Faeser der Weisheit eines Hamlets zu bedienen: „Die Welt ist aus den Fugen…"
Faeser realitätsbewusst: „Wir sehen verstärkte Migration über Tschechien, über Österreich – auch nach Deutschland." Hamlet: „Und Schmach und Gram, dass ich sie einzurichten kam: „Ich habe mit meinen beiden Kolleginnen und Kollegen darüber schon gesprochen, was wir gemeinsam auch tun können." (Faeser)
„Wir beobachten schon seit zwei Wochen."
Immerhin beobachte Faeser das ungebührliche Verhalten illegaler Migranten schon länger, nämlich „schon seit zwei Wochen. Und wir sind schon am Handeln, um dort die Bewegung auch umzulenken." Aha… Bisher galt doch immer: „Kein Mensch ist illegal."
Leider wird aber die Volksweisheit „Heiliger Sankt Florian. Verschon' unser Haus, zünd andere an." – nicht funktionieren… Das schwant auch Faeser: „Wir haben bislang noch ausreichend Kapazitäten, aber es ist sehr knapp."
Die Arbeitskreise tagen also munter weiter: „Deswegen habe sie auch die

kommunalen Spitzenverbände in ihr Ministerium eingeladen, um über das weitere Vorgehen zu sprechen." Viel Erfolg also noch beim Umleiten der Migrantenverbände…

+++ UPDATE v. 18.09.2022 +++

Schwedische Studie: 8 von 10 Flüchtlinge uraub(t)en im Heimatland

Das, worüber schon relativ schnell nach der Flüchtlingskrise-2015 viele Medien berichteteten: Dass nämlich die Schutzsuchenden dort „Urlaub machen, wo sie angeblich verfolgt werden" (Welt oder krone)..,
…hat jetzt eine schwedische Studie belegt: Denn 79 Prozent von ihnen kehrten in ihr Geburtsland zurück, um dort Urlaub zu machen. Die Novas-Umfrage richtete sich an 1050 im Ausland geborene Personen, die Befragung fand zwischen dem 18. und 24. August statt. (bulletin.nu)
Werfen wir eine Blick nach Deutschland, wo natürlich „Flüchtlinge" sich ebenfalls von der anstrengenden Schutzsuche trotz all-inklusive-Versorgungspacket in ihrer Heimat erholen wollen:

Seit Jahren geduldet: Urlaub in Syrien und Afghanistan

Wie die deutsche Bundesagentur nach Recherchen der *Welt am Sonntag* bereits 2016 (!) bestätigte, gab es damals schon bekannte Fälle, wo anerkannte Asylwerber, die sogar eine Arbeitslosenunterstützung (Hartz-IV) erhalten, einfach so in ihr Heimatland fahren, um sich dort mit deutschem Geld einen schönen Lenz zu machen. Also Personen aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan, die in Deutschland Asyl erhalten hatten, fliegen in ihre alte Heimat, verbringen dort ein paar schöne Wochen und kehren erholt und entspannt wieder nach Deutschland zurück um weiter und mit neuer Kraft „Schutz zu suchen".

Aus „Datenschutzgründen" bleibt Urlaubsort geheim

Die Regelung für Deutschland ist schon seit jahren folgende: Hartz-IV-Empfänger (Arbeitslose) dürfen drei Wochen pro Jahr ortsabwesend sein, ohne dass das Arbeitslosengeld gekürzt wird. Wo man sich während dieser Ortsabwesenheit (Urlaub) aufhält, braucht man dem Staat nicht bekanntzugeben. Man müsse nur sagen, dass und wie lange man fort ist. Für eine Ortsangabe, wo man sich während des Urlaubs befindet, fehlt in Deutschland die gesetzliche Grundlage.
Selbst wenn ein Betreuer einer Arbeitsagentur herausfinden würde, dass sein Klient etwa eine Urlaubsreise nach Syrien plane, müsste der Betreuer aufgrund des Datenschutzes diese Information geheim halten. Doppelter Schutz für Schutzsuchende sozusagen.

+++ ERST-Artikel vom 15.9.2022 +++

Flüchtlingskrise eskaliert erneut

16.9.2022: Ungarn gewinnt die „Schlacht bei Röszke"

Manchmal sind „Jubiläen" unerbittlich und beängstigendes Menetekel zugleich. Der ungarische Ministerpräsident Orban erinnerte gestern auf facebook an den Höhepunkt der gewaltsamen Flüchtlings-Invasion an der serbisch-ungarischen Grenze – und an den Wendepunkt aus ungarischer Sicht: Am 16.09.2022, „vor sieben Jahren fand die Schlacht von Röske statt. Die Südgrenze unseres Landes wurde von Tausenden illegaler Einwanderer belagert. Wir haben die ungarischen Grenzen verteidigt und tun dies seither jeden Tag."

Hier ein youtube-Video zum Grenzsturm… Und meine Analyse „Fake-News und Flüchtlingskrise-Krise"

„Demnächst wird hier alles belegt sein, und was dann?" (Spiegel)

Selbst das Pro-Flüchtlings-Blatt, der Spiegel, sorgt sich: „Rund eine Million Ukrainevertriebene wurden seit Kriegsausbruch in Deutschland registriert, zusätzlich kommen wieder mehr Geflüchtete aus anderen Staaten. Insbesondere der Blick nach Österreich lässt die Behörden bangen. (Spiegel) Mit anderen Worten: „Die Länder warnen vor den Grenzen der Aufnahmefähigkeit."

„Die Lage hoffnungslos, aber nicht ernst."

Aufgrund dieser geheimen österreichischen Staatsdoktrin ging einst schon das mächtige Habsburgerreich den Bach der Geschichte hinunter. Doch halten sich Mentalitäten hartnäckig… Denn seit 2015 gibt es von österreichischer Seite keinen Willen, etwas diesbezüglich zu ändern…

„Polizei schickt Asylsuchende quer durchs Land, viele stranden oder verschwinden" (Standard)

Die Reaktion österreichischer Behörden auf den erneuten Flüchtlingsansturm, ist ein partielles Staatsversagen und erinnert an das berühmte Zitat des Journalisten Peter-Scholl-Latour: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, retten nicht Kalkutta. Sondern wird selbst Kalkutta." – Derzeit erlebt man das in Innsbruck, wo „Geflüchtete um Essen und warme Kleidung betteln. Sie wurden ohne Versorgung von Ostösterreich für ihre Erstbefragung in den Westen geschickt." (Standard)

Bekannt geworden ist aus der Habsburgermonarchie auch die typisch österreichisches Staats-Agenda des „Weiterwurschtelns": „Eine Gruppe junger Männer … aus Syrien, Afghanistan und Indien, wurden vor wenigen Tagen im Burgenland von der Polizei aufgegriffen, mit einem Zugticket ausgestattet" und nach Innsbruck „zu einem Gebäude im Wald direkt hinter dem Gefängnis geschickt." (Standard) – Entgeistert fragt sich nun selbst das österreichischen Willkommens-Blatt, der Standard: „Aber wieso?"

Bundes-Asyl-Quartiere überfüllt

Aus einem einfachen Grund: Seit Anfang des Jahres explodieren die Asylantragszahlen mit mehr als 60.000. Die Entlastungs-Strategie der burgenländischen Behörden im Osten des Landes, mit seiner Grenze zu Ungarn, greift auf eine weitere altbekannte Habsburger-Agenda zurück: Für sogenannte Erstbefragungen kutschiert man die aufgegriffenen Flüchtlinge (per behördlichem Erlass von Anfang August) nun „nicht mehr mit Bussen zur Befragung", sondern erlaubt ihnen die eigenständige Anreise". (Standard) – Wohl weil es weniger Aufsehen um hässliche Bahnhofsbilder produziert.

„Wohltemperierte Unzufriedenheit"

Und so wie damals in der Habsburgermonarchie wird das Problem nun also einfach ignoriert und über das ganze Land verteilt. Damals lautete nämlich die offizielle Staatsdoktrin zur „Lösung" des Nationalitenkonfliktes: Man müsse diese Nationalitäten nur in einer „wohltemperierten Unzufriedenheit" halten. Der Rest ist bekannt…

Bettelnde Flüchtlinge auf Innsbrucks Straßen

Benachbarte Wohlstandsbürger-Anrainer der Justizanstalt Innsbruck berichten Schauerliches: So seien Flüchtlinge „zu ihren Häusern gekommen und hätten um ein Stück Brot oder eine warme Jacke gebettelt…" (Standard) Die umgehend alarmierte Polizei verhielt sich hilflos: Denn weil Campieren auf dem Gelände ja behördlich verboten ist, hätten die

hoffnungslos Schutzsuchenden u.a. "in der Unterführung vor dem Gefängnis geschlafen und gegen die Kälte ein Feuer gemacht." – Ist verständlich…
Die Aussage des Chefs der Tiroler Fremdenpolizei, Harald Baumgartner, ist eine Mischung aus Zynismus und Resignation: Würden doch die „Menschen bei der Befragung mit Wasser versorgt" und könnten „bei Bedarf auch ein Essen anfordern" – es wäre aber „keine reguläre Verpflegung vorgesehen". Denn bis zur Aufnahme in die Grundversorgung sind sie tagelang auf sich selbst verwiesen, welches sie in Eigenverantwortung mit Gratis-Zugticket ansteuern müssen. Fahren sie dann aber zum nächstgelegene Aufnahmezentrum in Salzburg, werden sie von dort wieder zurück in den Osten, nach Traiskirchen oder Baden, verschickt.

„Ertsaufnahmezentrum Traiskirchen überfüllt"

Hier angekommen, erwarten dann die Schutzsuchenden „Riesenschlangen vor der Essenausgabe", Befund: „Die Asyllage in Österreich spitzt sich zu." (oe24) Somit freilich ist „Asylzentrum an der Kapazitätsgrenze" angekommen: Flüchtlingshelfer sprechen mittlerweile von 2.500 Untergebrachten – laut halboffiziellen Zahlen sind es mindestens aber 1.800. (ORF) Mittlerweile soll es keine Schlafplätze mehr geben.
Der Traiskirchner Bürgermeister nimmt das hässliche Wort „Massenlager" in den Mund: „Menschen werden wie Zahlen behandelt", und: „Menschen müssen auf dem Gehsteig schlafen, und Kinder sind in der Früh am Schulweg mit Obdachlosigkeit konfrontiert." (ORF) Besonders skandalös seiner Meinung nach: „Neuankommende, die eigentlich Plätze in anderen Bundesländern hätten, werden mit Taxis nach Traiskirchen gebracht."

Inder kommen per Flugzeug

Auffällig viele Inder sollen vor Ort sein. Der Grund: Per Flugzeug können sie visumsfrei nach Serbien einfliegen. Den Rest der Reise in den gelobten Westen organisieren Schlepper und rekrutieren gewaltige Profite (inklusive Flugticket kostet alles um die 10.000.- EUR)

Viele Refjugees tauchen einfach unter

So wurden in den vergangenen zwei Wochen rund 7000 Asylanträge gestellt, aber nur etwas 500 zusätzliche Aufnahmen für Grundversorgungsbezieher registriert. Eine beunruhigende Zahl in Hinblick auf die öffentliche Sicherheit…: Sind die Chancen auf Asyl etwa für Migranten aus Nordafrika oder Indien gleich Null… Österreich hat also die Kontrolle über die Flüchtlinge einfach aufgegeben.

Hilflose Tiroler Behörden vor dem erwarteten ÖVP-Landtagswahl-Desaster

Ein Teufelskreis des jahrelangen Wegschauens schließt sich: Die Bundesquartiere sind überfüllt sind, die Länder kommen aber ihren Flüchtlings-Aufnahmeverpflichtungen aus populistischen Gründen nicht nach. Für die in Tirol (mit den Grünen regierende) ÖVP zeichnet sich ein Wahldesaster für der 25. September ab: Sie soll nunmehr auf 26 % zurückfallen (Minus 18%) fallen. Und auch der rege Revival-Willkommens-Aktivismus der Grünen (Wahlumfrage: Minus 3% auf insgesamt 8%) ist längst gescheitert – nämlich am „Vorschrift-ist-Vorschrift"-Bürokratismus: Etwa die rührigen Samariter-Versuche des Grünen Innsbrucker Gemeinderats Mesut Onay, nämlich seine Schutzsuchenden in einem Flüchtlingsheim unterzubringen…: Diesen fehlt nämlich der offizielle Status. Dann bleibt nur noch die (überfüllte) Notschlafstelle.

Staatliche Verschwörungstheorien machen die Runde

So streute Traiskirchen SPÖ-Bürgermeister Andreas Babler auf Twitter in einem Video an ÖVP-Innenminister Karner den „Verdacht", dass jener die Situation aus reinem parteipolitischem ÖVP-Kalkül heraus eskalieren" gelassen hätte: Nämlich um das Thema Flucht und Migration in Österreich hoch zu treiben und von Regierungsversagen … abzulenken." – So hilflos wie 2015 blieb dann auch des Bürgermeisters Forderung zur „bessere Umverteilung der Flüchtenden" – und hilflos auch des Innenministers Begründung: Nämlich der „aktuell hohen Zahlen an illegaler Migration aus wirtschaftlichen Gründen".

UM warnte seit Monaten

Immerhin ist sich der Innenminister aber mittlerweile des Ernstes der Lage bewusst: Dass nämlich doch derzeit „die Lage an der EU-Außengrenze Ungarn-Serbien besonders schlimm" wäre. Von dort sickern nämlich beunruhigende Nachrichten durch: Weil „immer mehr Migranten aus Rumänien kommen, beschloss die rumänische Grenzpolizei, die operativen Einheiten zu verstärken." (vadhajtasok)

Die österreichischen Maßnahmen zur Eindämmung der erneuten Flüchtlings-Invasion muten freilich immer noch lächerlich-rührend an: Man habe – so Innenminister Karner – zusätzliche 20 Polizisten aus Österreich an die Grenze entsendet". Grotesker Befund: „Weil wir sehen, dass das erfolgreich ist". (oe24)

Hier unsere Serie „Migrationsdruck an Österreichs Grenze eskaliert" auf UM.

„Ungarn – Der Verteidiger der christlichen Zivilisation" (Papst Pius II, 1456)

In seinem neuesten Buch analysiert unser Korrespondent Elmar Forster die kulturhistorischen Ursachen jener abendländisch-christlichen Kulturkrise, an der auch Sinéad O'Connor zerbrochen ist

https://www.pi-news.net/2023/07/550-000-fluechtlinge-in-deutschland-gelten-als-psychisch-krank/

550.000 Flüchtlinge in Deutschland gelten als „psychisch krank"

30. Juli 2023

Einer der 550.000 "psychisch Kranken": Der Messermörder von Würzburg habe bei seinen Taten "Stimmen in seinem Kopf" gehört, die ihn angewiesen hätten, sich in einem Kaufhaus ein Messer zu beschaffen.

Von ALEX CRYSO | Rund zwei Millionen Flüchtlinge leben offiziell in Deutschland – rund ein Viertel davon (also etwa 550.000) gelten als psychisch krank. Damit dürfte der Grundstein für die nächsten Gruppenvergewaltigungen, Freibad-Eskalationen oder Messermorde mehr als nur gelegt sein.

Der Psychopath wohnt gleich um die Ecke, um dabei auch noch mit deutschen Steuermitteln gepflegt und gehätschelt zu werden. Haben wir ohnehin nicht schon längst genügend terroristische Gefährder und abschiebepflichtige Kriminelle im Land, so wird die Zahl der heimlich tickenden Zeitbomben auch auf diese Weise immer größer.Ermittelt hat diese Zahl der Migrationsbeauftragte der Regierungsbehörde, Dr. Joost Butenop. Dieser meinte, dass etwa eine halbe Millionen Asylanten eine Therapie benötigen, weil sie unter echten psychischen Problemen leiden. Unglücklicherweise wären diese auf den ersten Blick nicht immer zu erkennen, zumal der mentale Zustand bei der Einreise gar nicht kontrolliert werde.

Laut einer Studie leiden jedoch 50 Prozent aller Asylsuchenden an Depressionen, 46 Prozent an Schlaflosigkeit, 38 Prozent an der posttraumatischen Belastungsstörung PTBS und 35 Prozent an Panikattacken. Auch „Stimmen im Kopf" vernimmt so manche Fachkraft. Schizophrenie, Paranoia oder Halluzinationen werden als weitere mentale Krankheiten genannt. In den psychosozialen Zentren werden derzeit rund 25.000 Flüchtlinge behandelt. Diejenigen, die immer noch frei rumlaufen, bezeichnet man gerne schon mal als die „Axtmänner der Zukunft".

In den meisten Fällen wird eine Therapie erst dann in Anspruch genommen, wenn erneut das Küchenmesser zum Einsatz kam. Während man landauf, landab darüber klagt, dass Behandlungsplätze zu dünn gesät sind oder immer rarer werden, kommen die Täter trotz schwerer Vergehen schon nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß. Einige nutzen den Freigang, um sofort wieder rückfällig zu werden oder kehren zur Therapie nicht mehr zurück.

Freiwillige Behandlungen werden speziell von arabischen Männern so gut wie gar nicht in Anspruch genommen, weil psychische Erkrankungen in deren Heimat als unmännlich gelten. Hierzulande winken freilich massive Haftverkürzungen und jede Menge gutmenschliches Mitleid.

https://www.pi-news.net/2023/07/dresden-syrer-schwaenzt-festnahme-und-prozess/

Dresden: Syrer „schwänzt" Festnahme und Prozess

31. Juli 2023

Bekanntermaßen „bereichern" ja viele der angeblich bei uns Schutz Suchenden unsere Kultur, mithin auch unsere Sprache. Ein solches Beispiel lieferte jetzt ein 32-jähriger Syrer, vermutlich ein Linguist, der dem Wort „schwänzen" eine weitere, ganz neue Bedeutung hinzufügte. Denn er schwänzte nicht nur seinen Prozess wegen Körperverletzung, aus dem er sich ganz offensichtlich nichts machte.

Nein, er machte sich auch bei seiner Festnahme zwei Jahre vorher entsprechend über die Polizisten lustig, indem er ihnen nicht den Mittelfinger, sondern sein Geschlechtsteil entgegen hielt, als sie seinen Ausweis sehen wollten.

Tag24 berichtet:

Die Polizei kam zu einem Einsatz in ein Hochhaus an der Michelangelostraße. Dort soll Odae zuvor in einer Wohnung eine Frau mit Glasaschenbecher und Metallstange verprügelt haben. Als die Beamten ankamen, lag Odae im Bett. Statt der erbetenen Papiere präsentierte er den Polizisten sein entblößtes Geschlechtsteil, forderte

sie zum Sex auf und polterte: „Ihr seid doch keine Männer! Ich zerstöre Deutschland.“ Die Polizisten nahmen ihn zur Blutentnahme mit – nicht ohne massive Gegenwehr.
Der Syrer erhielt jetzt eine Strafe von elf Monaten auf Bewährung. Wie sehr ihn das beeindruckte, wissen wir nicht, denn, wie gesagt, er erschien nicht zu seinem Prozess. Bleibt die Frage, wie sehr sich ein Volk noch erniedrigen lassen muss, bevor es solche Zustände ändert.
(Spürnase „Wernergerman“)

https://journalistenwatch.com/2023/08/05/vertuschung-tunesier-lockt-15-jaehrige-in-halle-in-wohnung-und-vergewaltigt-sie/

Vertuschung? Tunesier lockt 15-jährige in Halle in Wohnung und vergewaltigt sie

In Halle hat ein 29-jähriger “Mann” eine 15-jährige Schülerin in eine Wohnung gelockt und vergewaltigt. Die Polizei gab den Vorfall bislang nicht bekannt. Liegt es daran, dass der Täter wieder einmal, wie unzählige Male vorher, ein Massenmigrant ist?

Die grauenhafte Tat soll sich laut der Mitteldeutschen Zeitung (MZ), die hinter der Bezahlschranke darüber berichtet, bereits am Mittwochnachmittag ereignet haben. Der 29-jährige mutmaßliche Täter soll das 15-jährige Mädchen zunächst in Halle in einen Wohnung gelockt haben. Dort habe sich der “Mann” dann an der Jugendlichen vergangen.

Warum aber haben die zuständigen Behörden das Verbrechen bislang nicht öffentlich gemacht? Wollten die Behörden verschweigen, welche Nationalität der mutmaßliche Vergewaltiger besitzt? Denn auf Nachfrage bestätigte die Staatsanwaltschaft, dass es sich bei dem festgenommenen 29-jährigen Verdächtigen wieder einmal, wie unzählige Male vorher, um einen Gewaltimport handelt. Im Fall der Vergewaltigung des 15-jährigen Mädchens, das mutmaßlich ihr Leben lang darunter wird leiden müssen, um einen Tunesier.

Ebenso sparsam, wie die Behörden mit der Auskunft, dass es sich einmal mehr um einen Merkel-Gast handelt, umgehen, halten die Vertuscher es mit Informationen zum Tathergang. Wie das beklagenswerte Opfer einer verbrecherischen Migrationspolitik nach ihrem Martyrium entkommen konnte, wo und wann der mutmaßliche Vergewaltiger gefasst wurde, diese Informationen hält die Polizei gegenüber der Bevölkerung geheim. Die Rechtfertigung: Polizei und Staatsanwaltschaft würden “zum Schutze des minderjährigen Opfers” keine weiteren Details bekannt geben.

Nach Informationen der „MZ“ soll sich das Opfer noch immer abgeschirmt in einem Krankenhaus befinden.
Der tunesische Vergewaltigungsimport hat indes beste Chancen, halbwegs ungeschoren mit seiner Tat davon zu kommen. Wie sein Frauenschinderkollegen, der afghanische “Flüchtling” Mohammad M. aus Regensburg, welcher nach seinem Heimaturlaub festgenommen, aber dann trotz sexueller Belästigung, Nötigung und Vergewaltigung einer Jugendlichen von einem Richter wieder laufen lassen wurde. (SB)

#
https://www.focus.de/politik/meinung/die-focus-kolumne-von-jan-fleischhauer-als-deutsch-tuerkin-die-wahrheit-ueber-integration-anspricht-wird-es-in-islamkonferenz-still_id_200898814.html
Die FOCUS-Kolumne von Jan Fleischhauer
Als Deutsch-Türkin die Wahrheit über Integration anspricht, wird es in Islamkonferenz still
FOCUS-Magazin-Kolumnist Jan Fleischhauer
Samstag, 05.08.2023, 10:02
Es heißt, wir hätten ein Integrationsproblem. Das stimmt nicht. Wir haben kein Problem mit Chilenen, die zu uns kommen. Oder Südkoreanern. Oder Vietnamesen. Auch nicht mit Finnen, Thailändern oder Chinesen.

Der Hamburger Senat hat Auskunft zur Lage der afghanischen Flüchtlinge in der Hansestadt gegeben. Der Anlass war eine Kleine Anfrage in der Bürgerschaft, wie viele der Afghanen, die in den vergangenen Jahren nach Hamburg gekommen sind, einer regulären Arbeit nachgehen und wie viele von staatlicher Stütze leben.
Das ist die Auskunft des Senats: Von den insgesamt 28.485 Afghanen, die Stand 2022 in Hamburg lebten, waren 6761 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 9027 bezogen Hartz IV beziehungsweise Bürgergeld, wie Hartz IV jetzt heißt. 4124 erhielten Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz, 2071 Sozialhilfe.
Ich habe mir die Resonanz angesehen. SPD und Grüne, die in Hamburg die Regierung stellen, wollen es nicht so genau wissen. Und auch die CDU zeigt nur mäßiges Interesse. Es ist wie so oft in die Migrationsdebatte: Man verschließt lieber die Augen und hofft, dass sich die Probleme von selbst erledigen. Das Ganze funktioniert ein bisschen wie magisches Denken: aus den Augen, aus dem Sinn. Leider ist der Realität durch Magie nur schwer beizukommen.
Auch in Hamburg werden händeringend Arbeitskräfte gesucht. Jeder, der sich nützlich machen will, findet eine Beschäftigung. Es mag also gute Gründe geben, warum ein Großteil der afghanischen Flüchtlinge keinen Job hat. An mangelnden Angeboten liegt es allerdings nicht.
Es heißt, wir hätten ein Integrationsproblem. Dem würde ich entschieden widersprechen. Wir haben kein Problem mit Chilenen, die zu uns kommen. Oder Südkoreanern. Oder Vietnamesen. Auch nicht mit Finnen, Thailändern oder Chinesen.
Wir haben ein Problem mit Zuwanderern aus türkischen, afghanischen und arabischen Familien.
Wir haben kein Problem mit Deutsch-Chinesen

Es gibt nicht nur deutliche Hinweise, dass hier die Zahl derjenigen, die von staatlicher Unterstützung abhängen, am höchsten ist. Fast immer, wo jemand mit einem sogenannten Migrationshintergrund über die Stränge schlägt, landet man ebenfalls in diesem Kulturkreis. Ich habe noch nie von den Deutsch-Chinesen gehört, die in Freibädern andere Badegäste belästigen. Oder den Deutsch-Malaien, die zu Silvester marodierend durch ihr Stadtviertel ziehen.

Was ist schiefgelaufen? Die erste Generation von Einwanderern, die vornehmlich aus der Türkei kam, bestand aus hart arbeitenden Menschen. Dass Deutschland zum Wohlstandsparadies wurde, verdanken wir auch dem Einsatz von Hatice, Ali und Mustafa. Es gab immer mal wieder die Idee, ein Denkmal des unbekannten Gastarbeiters zu errichten. Ich wäre sofort dafür. Diese Leute haben verdient, dass man sich ihrer Lebensleistung erinnert.

Aber irgendwann sind die Dinge aufs falsche Gleis geraten. Das Eigenartige ist, dass gerade in muslimischen Familien normalerweise viel Wert auf Respekt und Höflichkeit gelegt wird. Niemand in der Türkei oder Syrien oder Marokko käme auf die Idee, den Lehrer zu beschimpfen, weil er eine schlechte Note bekommen hat, oder sich mit den Ordnungskräften anzulegen, wenn ihn der Hafer sticht. Ich habe im Gegenteil bei meinen Reisen durch die muslimische Welt die Menschen dort immer als besonders freundlich und rücksichtsvoll erlebt.

Wir machen etwas falsch in Deutschland

Eine Erklärung wäre, dass aus Ländern wie Marokko vor allem die Troublemaker zu uns kommen. Die andere wäre, dass wir in Deutschland etwas falsch machen. Ich neige zu letzterer Erklärung. Ich glaube, dass wir falsch abgebogen sind, als wir den Leuten einzureden begannen, dass die Verhältnisse schuld sind, wenn sich der Sohnemann zum Tunichtgut entwickelt.

Ich war drei Jahre lang Mitglied der Deutschen Islamkonferenz. Keine Ahnung, wem ich die Einladung zu verdanken hatte, aber eines Tages rief ein freundlich klingender Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums an und fragte, ob ich Zeit und Interesse hätte, als Journalist meine Erfahrungen einzubringen.

Man muss sich die Islamkonferenz wie eine lange Therapiesitzung vorstellen, bei der jeder ausführlich beschreibt, welches Unrecht ihm als Mitglied einer ethnischen Minderheit in Deutschland widerfährt oder widerfahren kann. Der Dialog bestand darin, sich gegenseitig zu versichern, wie sehr Ausländer und ihre Nachfahren in Deutschland benachteiligt sind. So verliefen dann auch die Sitzungen eher einseitig. Die eine Hälfte schilderte das Migrantenschicksal, die andere Hälfte saß da und schaute betroffen.

In Islamkonferenz wurde es still

Nur einmal kam es zu einem unschönen Zwischenfall, als eine junge Deutsch-Türkin das Wort ergriff, Professorin für Wirtschaftsrecht an der Hochschule Anhalt in Bernburg, wie ich den Tagesunterlagen entnahm. Sie sei es leid, dass der kulturelle Unterschied ständig als Entschuldigung diene, morgens nicht mit den Kindern aufzustehen und nach der Schule die Hausaufgaben zu vernachlässigen. „Es gibt eine latente Akzeptanz in der türkischen Community für Eltern, die ihre Kinder schlecht erziehen, sie finden Verständnis, das sie nicht verdienen", sagte sie.

Es wurde sehr still im Raum. Der Sitzungsleiter, ein Herr Frehse aus der Grundsatzabteilung des Innenministeriums, guckte betreten in seine Papiere und regte dann eine Kaffeepause an. Wie ich später erfuhr, stammte die Professorin aus einer Gastarbeiterfamilie aus dem Wedding, der Vater Arbeiter in einer

Schokoladenfabrik, die Mutter ebenfalls am Band, vier Mädchen, alle Abitur, sie die jüngste Professorin, die bis dato in Deutschland einen Lehrstuhl erhalten hatte.

Ich hätte es spannend gefunden, mehr darüber zu erfahren, wie sie es geschafft hatte, sich nach oben zu kämpfen. Aber dazu kam es nicht.

Beim nächsten Mal war sie nicht mehr dabei.

Was kann man tun? Es hilft nichts, fürchte ich, wir müssen noch einmal ans Bürgergeld ran. Solange wir Menschen in Aussicht stellen, dass sie genau so viel Geld haben werden, wenn sie nicht arbeiten, müssen wir uns nicht wundern, wenn sie sich gegen Arbeit entscheiden.

Ich weiß, die armen Kinder! Das ist das Argument, das unweigerlich kommt, wenn man über die Höhe der Sozialhilfe redet: Wollt ihr denn die armen Kinder im Stich lassen?

Die Wahrheit ist: Die Zahl bedürftiger Kinder hat sich dramatisch reduziert, und zwar seit 2015 um ein Drittel. Dass die Zahl der minderjährigen Hartz IV-Empfänger dennoch bei zwei Millionen stagniert, liegt daran, dass die Ankunft von Flüchtlingsfamilien den Rückgang im Inland überlagert.

Unsere Nachsicht wird uns als Dummheit ausgelegt

Es ist ohnehin ein Irrglaube, dass mehr staatliche Hilfe mehr Chancengleichheit bedeuten würde. Jeder Sozialarbeiter kann einem sagen, wo das zusätzliche Geld bleibt: Nicht in Büchern und Filzstiften. Ich weiß, das klingt furchtbar klischeehaft, aber das Klischee ist ja auch deshalb Klischee, weil es einen wahren Kern hat.

Wir erwarten Dankbarkeit. Wir denken, dass unsere Großzügigkeit mit Wohlverhalten vergolten wird. Wenn der arme Migrant schon nicht arbeitet, weil er sich durchgerechnet hat, dass es sich nicht lohnt, soll er sich im Gegenzug wenigstens unauffällig verhalten.

Aber so läuft das nicht. Wir braven Deutschen können uns nicht vorstellen, dass uns unsere Nachsicht als Dummheit ausgelegt wird. In der Welt zwischen Sonnenallee und Karl-Marx-Straße wird ein Staat, der sich an der Nase herum führen lässt, nicht bewundert, sondern verachtet.

Wer dem Faulenzer Geld gibt, obwohl der über zwei gesunde Hände verfügt, gilt nicht als vernünftig, sondern als deppert. Leute wie Katrin Göring-Eckardt sind hier eine Lachnummer, über die man den Kopf schüttelt. Wer sich ausnutzen lässt, hat es nicht besser verdient – das ist die Logik der Straße. Im Zweifel haut man ihm noch einen über den Kopp, weil Schwäche verachtet wird. Und definitiv als schwach gilt, wer sich an der Nase herumführen lässt.

Vielleicht sollten wir etwas arabischer werden. Wenn schon Einwanderung, dann richtig. Ich habe eine Vorstellung davon, wie ein Deutsch-Araber auf jemand reagieren würde, der ihn auszunutzen versucht. Sagen wir es so: Die Antwort wäre so handfest, die könnte man auf keinem Grünen-Parteitag posten.

Unerträgliche Multi-Kulti-Toleranz: Afghanischer Vergewaltiger kommt frei

04. 08. 2023

Der verurteilte Multikulti-Vergewaltiger war vor dem Regensburger Jugendschöffengericht auffallend kooperativ und geständig: Gab doch der afghanische Flüchtling Mohammad M. offenherzig zu, fünf junge Frauen belästigt, befummelt, und eine von ihnen – für ihr abweisendes Verhalten – vergewaltigt zu haben…
Dafür darf nun der 23-Jährige den Gerichtssaal als freier Mann verlassen.
„Musterbeispiel für gelungene Integration"
Die kaum fassbare Begründung des deutschen Kuschel-Justiz-Richters: Mohammad wäre…
… *„eigentlich ein Musterbeispiel dafür, wie man in Deutschland gut ankommen kann."*
- so dessen Verteidiger Christian Reiser gegenüber **„Bild"** . Und auch der zweite Anwalt Jörg Meyer war voll des lobenden Verständnisses:
„Er ist im Prinzip voll integriert."
Mohammad M. war 2015 nach Deutschland geflüchtet, soll dort dann tatsächlich seinen Hauptschulabschluss mit 1,0 gemacht haben. – Was vielleicht nicht gerade für den Bildungsstand deutscher Jugendlicher spricht…
Schließlich absolvierte er noch eine Ausbildung zum Anlagenmechaniker. Dann arbeitete er noch bei einem örtlichen Heizungsbauer. – Was ihn mittlerweile schon als fleißigen

Musterjugendlichen auszeichnet: Gehört er doch immerhin nicht zu den knapp 600.000 sogenannten „Neets", welche sich *„not in education, employment or Training*" befinden. (UM berichtete) Und außerdem: Mohammad spielte bei einem Fußballverein. Die deutschen Teammitglieder können sich dann also ein Beispiel an dessen sex-krimineller Biographie nehmen.

Als Multikulti-Entschuldigung für sein frauenfeindliches Verhalten musste dann noch die bewusstseinsverändernde Droge Alkohol herhalten:

„Betrunken wurde Mohammad M. ein anderer Mensch" (focus)

Was aber in der Regel auch mit fast jedem Bio-Deutschen geschieht. Man möge diesbezüglich nur ein paar deutsche Dorffeste besuchen:

„Doch wenn er trank, war er ein anderer Mensch." (focus)

Nur: Bei Angehörigen aus dem arabischen Kulturkreis greift dann unwillkürlich größte Multikulti-Nachsicht. Weiß doch jedes Schulkind, dass man dort keine Erfahrung mit der West-Droge Alkohol besitzt. Die Charakteränderung bei Mohamed sah dann so aus:

Mulit-Sex-Verbrechen: Nötigung zum Oralverkehr, Vergewaltigung…

Am 13. April 2019 küsste und befummelte er ein Mädchen unter der Kleidung auf einer Parkbank in der Nähe des Hauptbahnhofes. Schließlich ließ er von ab, weil sie ihn wegdrückte. Dann setzte er sich zu einem anderen 16-jährigen Mädchen, die ihn ebenfalls mehrfach zurückwies. Daraufhin vergewaltige er die damals 19-Jährige.

Ein Musterbeispiel für negatives Lernen im Multikulti-Toleranz-Deutschland:

Im Herbst desselben Jahres nötigte er eine Frau zum Oralverkehr mitten im öffentlichen Raum – an einer Bahnunterführung: Die Frau gab wegen seines aggressiven Verhaltens nach.

Für schuldbewusste deutsche Luschies kaum nachvollziehbar: Reicht doch mittlerweile ein sehnsüchtiger Blick nach dem anderen Geschlecht zu femoistischen Hass-Orgien wie: „Fick dich ins Knie!"

Doch bei Mohammad gab es das alles nicht: Im Winter 2021 betatschte er eine Bekannte in seiner Wohnung. Im darauffolgenden Winter bedrängte und küsste er sie erneut. Anfang 2022 berührte er eine betrunkene Bekannte, die bei ihm schlief, mehrfach mit seinem Penis.

Festnahme nach Rückkehr von Heimat-Busuch in Afghanistan

Ein weibliches Opfer musste sich schließlich jahrelang wegen der verheimlichten Erfahrungen in Therapie begeben. Denn erst Jahre später fasste sie Mut, Mohammad M. anzuzeigen. Schließlich wurde Mohammad im Januar 2023 bei der Rückkehr aus der Unterbrechung der „Schutzsuche" nach einem Heimat-Besuch (!) in Afghanistan am Flughafen München festgenommen und in U-Haft überführt.

Vergewaltigungsopfer nahm Entschuldigung nicht an

Die sechs Monate Gefängnisaufenthalt und das umfassende Geständnis stimmten den deutschen Richter multi-kulti-nachsichtig.

Flankiert wurde alles noch durch ein anderes weibliches Verständnis-Opfer: Wäre doch Mohammad nüchtern ein ganz anderer Mensch gewesen. – Darüber könnten freilich aber ganz allgemein die unzähligen weiblichen Opfer mit autochthonen deutschen Schläger-Partnern, aus deutschen Frauenhäusern, berichten.

Aber Mohammad A. zeigte sich nicht nur einsichtig, sondern auch großmütig: Schlug er doch einen Täter-Opfer-Ausgleich von 2.500 Euro vor und bekam u.a. deshalb eine Strafe von 22 Monaten auf Bewährung.
Vermutlich dürfte die Strafe aber keine allzu große Abschreckung darstellen: Verhängt wurde das übliche Anti-Aggressionstraining und die Auflage, nicht mehr als 0,5 Promille Blutalkohol intus haben zu dürfen.
Alles in allem ist somit aber die heile Multi-Kulti-Willkommens-Gesellschaft wieder im Lot geblieben. Mohammads Anwalt affirmativ:
„Das Urteil vom Jugendschöffengericht ist nicht ungewöhnlich, weil bei Heranwachsenden der Erziehungsgedanke im Vordergrund steht."
Nur das weibliche Vergewaltigungsopfer wurde in ihrem Trauma alleingelassen. Die junge Frau wies die Zahlung zurück und nahm die Entschuldigung nicht an. Mittlerweile ist ein solches Verhalten in Deutschland schon extrem couragiert: Gilt sie doch als eine Ausgeburt an Femo-Rassismus.
Rechtfertigungs-Komplex deutscher Linksmedien
Geradezu empört zeigte sich der deutsche „Spiegel": Denn ganz im Gegenteil…
…*„spazierte der Mann also nicht wie behauptet ‚als freier Mann aus dem Gerichtssaal', sondern wurde zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und zehn Monaten verurteilt, ausgesetzt zur Bewährung. Zudem muss der Täter mehrere Auflagen erfüllen.*"
Außerdem würde er sich doch *„unter besonderer Beobachtung des Gerichts*" befinden:
Denn bei Verstößen gegen die drei-jährige Bewährungszeit könne…
…*„diese verlängert und im schlimmsten Fall widerrufen werden. Dann müsste der Täter in Haft*."
Zusatz:
„Eine Bewährungsstrafe ist nicht nichts."
- wie die Theresia Höynck, weibliche (!) Professorin für Kinder- und Jugendrecht an der Uni Kassel, nachlegte. Denn..
… *„Während der Bewährungszeit müsse nicht viel passieren, damit die Jugendstrafe doch fällig werde."* (Spiegel)
Nachsatz: *„Eine Bewährungsstrafe ist nicht nichts!"* – eine Vergewaltigung durch einen Multikulti-2015-er-„Flüchtling" aber anscheinend doch – fast nichts…

https://www.msn.com/de-de/reisen/nachrichten/fahrt-musste-gestoppt-werden-mann-bedroht-mitreisende-im-zug-mit-dem-tod/ar-AA1eYiL3?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=2b9fd45a512b44d3be4d19a1d7381dc0&ei=49
Fahrt musste gestoppt werden: Mann bedroht Mitreisende im Zug mit dem Tod
Der Fahrgast habe von einer Bombe gesprochen und auch den Koran erwähnt. Gegen seine Festnahme soll er sich heftig gewehrt haben. Gefährliche Gegenstände hatte er aber nicht dabei.
Die Polizei hat in Syke bei Bremen einen 24-Jährigen aus einem Zug geholt, der lautstark andere Reisende mit dem Tod bedroht haben soll. Der Mann habe sich am Dienstagnachmittag derartig heftig gegen seine Festnahme gewehrt, dass ihn

vier Beamte aus dem Zug tragen mussten, teilte die Bundespolizei in Bremen mit. Gefährliche Gegenstände hatte er aber nicht dabei.
Die Beamten berichteten, der junge Mann habe auf der Fahrt von Osnabrück nach Bremen lautstark gesagt, dass alle anderen Reisenden im Zug getötet werden müssten, außerdem habe er von einer Bombe und dem Koran gesprochen. Ein Mitreisender wählte den Angaben nach daraufhin den Notruf, so dass die Polizei den Zug im Bahnhof Syke stoppte. Gegen den Mann wurden Strafverfahren wegen Bedrohung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte eröffnet. (dpa)

https://journalistenwatch.com/2023/08/09/auch-am-gardasee-eine-tragoedie-mit-ankuendigung-frau-hose-heruntergerissen-und-zu-tode-gepruegelt/

Auch am Gardasee eine „Tragödie mit Ankündigung“: Frau Hose heruntergerissen und zu Tode geprügelt

Auch Italien hat seine “Tragödien mit Ankündigung”. Am vergangenen Wochenende prügelte ein polizeibekannter Nigerianer eine 61-jährige Frau in einem Park in Rovereto unweit des Gardasees zu Tode. Mutmaßlich hatte das Opfer versucht, sich einer Vergewaltigung durch den Migranten zu widersetzen.

Die Prügelattacke soll laut Polzeiangaben über Minuten hinweg gedauert haben. Das Opfere: Eine 61-jährige Frau, die sich in den späten Abendstunden auf dem Weg zu ihrer Mutter durch den Nikolajevka-Park im Stadtzentrum im italienischen Rovereto unweit des Gardasees befand.

Anwohner eines nahen Mehrfamilienhauses vernahmen laute Schreie und beobachteten, wie ein Mann über das Opfer gebeugt immer und immer wieder auf ihr Gesicht einschlug. Minutenlang soll sich der Gewaltakt hingezogen haben, bis der Angreifer aufgrund des Eingreifens mehrerer Passanten von seinem Opfer abließ und flüchtete. Die 61-Jährige, deren Hosen heruntergestreift waren, wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie ihren schweren Verletzungen erlag und verstarb.

Wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtet, handelt es sich bei dem Täter, der kurze Zeit später gefasst werden konnte, um eine 40-jährigen Nigerianer ohne festen Wohnsitz. Dass in Italien die Behörden und politisch Verantwortlichen in ganz ähnlich fahrlässiger Weise mit der Gesundheit und Leben ihrer Bürger umgehen, beweist der Umstand, dass es sich bei dem Gewaltimport aus Nigeria um einen polizeibekannten Kriminellen handeln soll. Bereits vor einem Jahr soll er im Rahmen einer

Gewaltepisode auffällig geworden sein. Damals randalierte der Afrikaner und griff Passanten an.
Ebenfalls in nichts von dem hierzulande stattfindenden Schmierentheater zu unterscheiden, jedoch mit dem “kleinen Unterschied”, dass sich der italienische Innenminister – im Gegensatz zu seiner linksradikalen deutschen Amtskollegin – zumindest zu Wort meldet, wenn die kulturfremde Massenmigration wieder einmal ein Opfer einfordert. In bereits bekannten Worthülsen verpackt, sprach Italiens Innenminister Matteo Piantedosi in einer ersten Reaktion von einer “barbarischen Tat”. Er wolle eine genaue Aufklärung des Sachverhalts, so der Piantedosi in einer Presseerklärung mit. Es soll auch geklärt werden, ob im Vorfeld etwas schiefgelaufen ist und die Tat womöglich hätte verhindert werden können. Der Bürgermeister von Rovereto, Francesco Valduga, besuchte am Sonntag den Tatort und sprach der Familie des Opfers sein Beileid aus. Auch er zeigte sich hoch schockiert und erklärte, es müsse geprüft werden, ob diese Tat verhindert hätte werden können.
Die lokale, konservative Lega forderte indes den Rücktritt von Valduga. Sie warf ihm Versäumnisse vor. Er könne nicht für die Sicherheit in der Stadt sorgen, so die Feststellung.
(SB)

https://journalistenwatch.com/2023/08/09/afghanischer-aussenbezirk-germanislam/

Afghanischer Außenbezirk Germanislam

Es vergeht kein Tag in Deutschland, ohne Nachrichten aus Absurdistan. Gestern onaniert ein Afghane vor zwei schlafenden Frauen in Rostock, Mecklenburg Vorpommern, ein israelischer Besucher wird vor 2 Tagen, von Araber in Berlin-Kreuzberg zusammengeschlagen, ein Syrer verprügelte gestern eine 27- Jährige Frau und verletzt sie schwer, Vorgestern sticht ein Eritreer einen Landsmann nieder, der kurz darauf verstirbt. Jeden Tag erreichen uns Nachrichten über solche oder ähnliche Vorfälle in Deutschland. Doch eine Migrantengruppe fällt dabei besonders auf; die Afghanen.

Von Kian Kermanshahi

Martin Hess, stellvertretender innenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, hatte bereits 2021 an die Bundesregierung eine Kleine Anfrage zu Kriminalitätsfeldern an Bahnhöfen und Zügen gestellt. Die Antwort der Bundesregierung bestätigt die Annahme, dass Afghanen, deren Bevölkerungsanteil

Ende 2020 0,33 Prozent betrug, im ersten Halbjahr 2021 unter den Tatverdächtigen deutlich überrepräsentiert gewesen sind.
Er konstatierte, dass "bei Sexualdelikten Afghanen 4,5 Prozent der Tatverdächtigen aus machen, 9,5 Prozent der Personen, die verdächtigt wurden, Menschen ins Gleisbett gestoßen zu haben, waren im ersten Halbjahr 2021 afghanische Staatsbürger. Weiter sagte Hess, dass die hohe Kriminalitätsbelastung afghanischer Asylzuwanderer nicht tabuisiert werden darf. Dieser Trend scheint sich auch im Jahr 2023 nicht verändert zu haben. Nun ereignete sich wieder ein Vorfall unter vielen, mit Bezug zu einem afghanischen Flüchtling.
Wie die Bild heute berichtete, hat der 26- jährige Afghane Adnan Q, gegen eine Summe von 6500 Euro, die damalige 13-Jährige Cousine Ava B., mit dem Einverständnis des Vaters, in einem Flüchtlingsheim geheiratet. Der ungelernte Analphabet, der 2015 nach Deutschland kam und sich seit dem als Reinigungskraft durchschlägt, wollte seine heute 16 Jahre alte Cousine zwingen, die Heirat mit ihm anzuerkennen. Er lauerte ihr öfter auf, schlug und bedrängte sie, da sie offenbar die Heirat mit ihm nicht vollziehen wollte. Das Brautgeld, auch "Mahar" genannt, wurde zwischen dem Vater des Mädchens und Adnan Q, ausgehandelt. Jetzt landete der Fall vor ein deutsches Gericht.
Die Jugendrichterin Julia Trinte-Schoeps stellte richtig fest, als sie fragte „ob man eine Frau kaufen kann, wenn man Geld hinblättert, um sie zu heiraten". Der 26 Jährige Afghane erwiderte darauf, „dass solche Bräuche in Afghanistan so gemacht werden und das er dies auch in Deutschland so beobachtet habe, den schließlich legte er noch nach, und sagte, "dass er doch nicht der einzige sei, der so handle." Adnan fordert das Geld nun zurück, doch die Richterin macht deutlich, dass er dieses Geld nicht zurückbekommen kann, da der Kuhhandel zwischen Vater und Adnan Q, nach deutschem Recht, überhaupt nicht rechtsgültig war.
Aus der Afghanistan PEW Befragung, die zu Zeiten außerhalb der Taliban Herrschaft durchgeführt wurde, stellte man den Afghanen Fragen zur Haltung gegenüber Frauen, Islam, religiösen Strafen usw. Bei der Umfrage in Afghanistan kamen dann folgende Ergebnisse heraus:

- **99% der Afghanen sagen, sie wollen die Scharia.**
- **96% sagen, dass es eine Pflicht ist, andere zum Islam zu konvertieren.**
- **94 % sagen, dass die Ehefrau immer verpflichtet ist, ihrem Ehemann zu gehorchen.**
- **85% sagen, dass die Steinigung wegen Ehebruchs ein Muss ist.**
- **79% sagen, dass der Tod wegen Apostasie notwendig ist.**
- **39 % halten Selbstmordattentat für gerechtfertigt.**

BILD: PEW Studie- Afghanistan – Islam

Bei solchen hohen Prozentsätzen, und das wiederhole ich Mantraartig seit einigen Jahren, nehmen wir garantiert Jihadis und potenzielle Jihadis in unsere Mitte auf. Perfekte erzogene Patriarchen und hausgemachte Frauenverachter. Wie pervers müssen unsere Politiker sein, Menschen aus islamischen Diktaturen nach Deutschland kommen zu lassen die nie gelernt haben, wie man in einer Zivilgesellschaft lebt und unter denen garantiert solche sind, die gelernt haben den Westen zu hassen und Frauen zu missachten. Eine weitere Unsitte ist in Afghanistan weit verbreitet, diese "Tradition" nennt sich "Bacha Bazi." Es sind Kinder, zumeist männliche Kinder oder Jugendliche, die vor erwachsenen Männern in Afghanistan tanzen und dabei Frauenkleider tragen. Nicht selten werden diese Kinder und Jugendlichen nach ihren Auftritten sexuell missbraucht.

Es ist daher Wahnsinn, massenweise Afghanen ins Land zu holen, die angeblich "für den Westen" gearbeitet haben, während wir alle Wissen, dass sie devote und rückständige Muslime sind, die insgeheim die Taliban feiern. Diese afghanischen Flüchtlinge, die jetzt kommen, sind nichts anderes als Taliban Light oder Taliban Hardcore, die willentlich oder unwillentlich die Agenda der Islamisierung in die nicht-muslimischen Länder tragen werden.

Ein ehemaliger Afghanistan-Kommandant warnte 2012 vor Aufnahme vieler sogenannter "Ortskräfte": "Sie verachten uns, die sogenannten „afghanischen Sicherheitskräfte" bestehen aus Muslimen, die *null* islamische Argumente gegen ihre frommeren Glaubensgenossen in den Taliban haben und die noch weniger Argumente haben, warum sie gegen ihre Glaubensbrüder kämpfen sollten und daher keinen Kampfgeist in sich haben , die Talibanmilizen zu bekämpfen.

Tausende afghanische Muslime aus einer perfekt funktionierenden patriarchalischen Kultur werden täglich in den Westen gebracht. Der Altkanzler Helmut Schmidt äußerte 2013 in einem Spiegelinterview, also 2 Jahre vor der großen angekurbelten Merkelschen Migrationswelle, dass er sehr skeptisch über die Aussicht sei, muslimische Migranten oder die islamische Kultur in die deutsche Gesellschaft zu

integrieren und betonte das mit den Worten: “Bei den Türken, bei den Leuten aus dem Libanon und den islamischen Staaten insgesamt.”
QUELLEN:

- Heimatkurier
- www.politikversagen.net

https://www.pi-news.net/2023/08/48-koerperverletzungen-und-sexuelle-uebergriffe-in-berliner-freibaedern/

48 Körperverletzungen und sexuelle Übergriffe in Berliner Freibädern

11. August 2023

Von ALEX CRYSO | Pack die Badehose ein und das kleine Messerlein: Schon jetzt hat es die aktuelle Freibadsaison wahrlich in sich. Alleine in den Berliner Badeanstalten wurden bislang 48 sexuelle Übergriffe und Körperverletzungen gezählt. Die Delikte in ganz Deutschland sind dabei gar nicht mitgerechnet. Obwohl der trübe Sommer bisweilen für leere Rasenflächen und Schwimmbecken gesorgt hatte, liegt das Niveau schon jetzt auf dem des gesamten Vorjahres. Mit einbezogen sind dabei sämtliche Vorfälle, die sich ab Mai bis Mitte Juli ereignet haben.

Im gesamten Vorjahr zählte die Polizei insgesamt 57 solcher Straftaten, 2019 kam es zu 71 Delikten, 2018 zu 77 Übergriffen in den Berliner Freibädern. Während der Corona-Hysterie hatte der Lockdown freilich für einen massiven Rückgang gesorgt. Vor allem die Monate Juni und Juli 2023 war die Hochphase für alle Messerstecher und Fummler. Als Hotspots werden das Columbiabad in Neukölln, das Prinzenbad in Kreuzberg, das Sommerbad in Pankow, das Freibad Seestraße in Wedding, das Strandbad Plötzensee und das Olympiabad genannt. Während der Berliner Senat zirka 1,5 Millionen Euro in die Sicherheit investiert aber weiterhin keine Grenzen schließen will, gelten 29 „Männer“ und sechs „Frauen“ als mutmaßliche Täter. 82 schriftliche Hausverbote wurden erteilt. Als häufigste Konfliktursache wurden eskalierende Privatstreits, sexuelle Belästigungen, Auseinandersetzungen mit dem Sicherheitspersonal sowie Verteidigungsaktionen verschiedener Art genannt.

Erst vor wenigen Wochen demonstrierte die Migrantifa, eine kulturell vielfältige Tochterorganisation der linksextremen Terrororganisation Antifa, vor dem Prinzenbad gegen ein verstärktes Polizeiaufkommen. Mitglieder der Roten Hilfe waren ebenfalls vor Ort. Wie immer wurde mit dem üblichen Anti-Rassismus-Geschwätz um sich geworfen. Dabei hatte ein Berliner Bademeister vor Kurzem bestätigt, dass Juden und Frauen schon längst zum Freiwild erklärt wurden. Gegen die Mitarbeiter in den Freibädern werde schon mal eine saftige Morddrohung ausgesprochen. Selbiger Angestellter erklärte zudem, dass es sich bei 80 Prozent aller Badegäste um junge Araber handle – um dem zu ergänzen, es wären angeblich ach so „frustrierte Kids mit Migrationshintergrund direkt aus dem Bezirk“.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/18-j%C3%A4hriger-mit-messer-niedergestochen/ar-AA1fd5Kx?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=692995cb5e804ac5a789628b918e83e7&ei=10

18-Jähriger mit Messer niedergestochen

Artikel von dpa

Ein Streifenwagen der Polizei steht mit Blaulicht an einem Einsatzort.

Ein Streifenwagen der Polizei steht mit Blaulicht an einem Einsatzort.

© Christophe Gateau/dpa/Symbolbild

Auf der Frankfurter Zeil ist in der Nacht zu Sonntag ein 18-Jähriger von einem noch unbekannten Mann mit einem Messer niedergestochen worden. Das Opfer sei aus einer Gruppe heraus beleidigt worden, teilte die Polizei mit. Bei einem anschließendem Wortgefecht habe der Unbekannte das Messer gezogen und den 18-Jährigen am Oberkörper verletzt. Anschließend sei die Gruppe geflüchtet. Die Fahndung sei bislang erfolglos geblieben. Der Verletzte musste mit einem Rettungswagen in eine Klinik gebracht werden. Bei dem Messerstecher soll es sich um einen etwa 16 Jahre alten Jugendlichen handeln. Ermittelt werde wegen eines versuchten Tötungsdeliktes.

https://www.pi-news.net/2023/08/celle-16-jaehriger-is-kaempfer-drohte-mit-deutschlandweiten-anschlaegen/

NRW: 16-jähriger IS-Kämpfer drohte mit deutschlandweiten Anschlägen

14. August 2023

58

Ein 16-jähriger Jugendlicher steht unter dem Verdacht, eine Serie von alarmierenden telefonischen Drohungen verübt zu haben, darunter die Ankündigung potenzieller Anschläge auf Weihnachtsmärkte in Düsseldorf.

Von ALEX CRYSO | Steht uns das nächste Multikulti-Sommermärchen um eine muslimische Fachkraft, die dank Integration und genügend rotgrünem Puderzucker zur unverzichtbaren Bereicherung wurde, ins Haus?

Eine reife Leistung hat ein 16-Jähriger aus Osnabrück allerdings tatsächlich vollbracht: Im Dezember letzten Jahres schaffte es der vermeintliche Attentäter, dass die Düsseldorfer Polizei sämtliche Weihnachtsmärkte in der Innenstadt räumen musste. Mit einer ganzen Serie an telefonisch losgelassenen Anschlagsdrohungen wurde die Stadt so massiv unter Druck gesetzt, so dass die Behörden zu diesen einschneidenden Vorsichtsmaßnahmen veranlasst wurden.

Dabei waren die Düsseldorfer Weihnachtsmärkte längst nicht die einzigen Anschlagsziele: Zwischen Oktober und Dezember 2022 meldete sich der Jugendliche mehrfach über den Notruf der Polizei, um mit schweren Terrorakten und weiteren Verbrechen zu drohen. Unter anderem sollte ein Lkw in den Düsseldorfer Weihnachtsmarkt hineinrasen, eine Bombe am Frankfurter Flughafen detonieren, ein Amoklauf eine Schule in Münster erschüttern sowie

eine Geißelnahme mit der Erschießung der Opfer in Bremerhaven bei Nichtzahlung der Lösegeldforderung stattfinden.
Weitere Bombenanschläge sollten in einem Heidelberger Mehrfamilienhaus und in Köln stattfinden. Im Namen des Islamischen Staates (IS) war von einer blutigen Tat in Dresden die Rede. Und im westfälischen Wesseling wurde ein Suizidanschlag angedroht.
Die Anrufe wurden von den jeweiligen Polizeidienststellen immer ernst genommen und lösten umfangreiche Einsätze aus. Über die Hintergründe des 16-Jährigen ist noch nichts bekannt. Er soll vor dem Jugendschöffengericht des Amtsgerichts in Osnabrück zur Verantwortung gezogen werden. Im Deutschland des Jahres 2023 befindet sich auch dieser mental höchst fragwürdige „Tatverdächtige" momentan noch auf freiem Fuße.

https://unser-mitteleuropa.com/brutale-folter-vergewaltigung-durch-migrant-schockiert-ganz-frankreich/

Brutale Folter-Vergewaltigung durch Migrant schockiert ganz Frankreich

14. 08. 2023

Bild: shutterstock.com

Ein neuer „Akt der Barbarei" schockiert derzeit ganz Frankreich. In Cherbourg wurde eine 29-jährige Frau von einem 18-jährigen muslimischen Mann Names „Oumar" vergewaltigt und brutal angegriffen. Ob die Frau den Angriff überlebt, ist derzeit ungewiss. Politiker zeigen sich empört, wobei die Linke sofort wieder die „Rassismus-Karte" spielt

Mit Besenstiel fast zu Tode vergewaltigt

Der vorbestrafte Moslem Oumar, er soll bereits seine 4-Jährige Schwester sexuell belästigt haben !(), brach in das Haus des Opfers ein und verprügelte dieses brutal. Anschließend verging sich der Migrant an der Frau mehrmals und vergewaltigte sie zudem mit einem 75 cm langen Besenstiel derart schwer, dass die Ärzte nun um ihr Leben kämpfen.

Die Ärzte diagnostizierten eine Perforation des Dickdarms, des Dünndarms, Bauch- und Zwerchfells. Dazu einen Pneumothorax und Rippenbrüche. Die Frau wurde dermaßen zugerichtet, dass im Krankenhaus eine psychologische Abteilung für das Personal eingerichtet wurde. Wie *France Bleu* berichtet, waren einige Pfleger über den Zustand des Opfers so schockiert, dass sie in Tränen ausbrachen.

Keine Reue bei Täter – Politik reagiert verhalten

Der Wiederholungstäter zeigte bei den ersten Polizeieinvernahmen keinerlei Reue oder Mitleid mit seinem Opfer. Sogar die Ermittler sprachen von einem ausnahmslos grausamen Fall, denn sie selten zuvor erlebt haben.

Die Politik reagiert lediglich von der „rechten Seite“ umgehend auf das unfassbare Verbrechen. „Mut dem 29-jährigen Opfer, dem inzwischen x-ten Opfer in Frankreich, das durch die Barbarei zerstört wird “, twitterte Jordan Bardella, Präsident des Rassemblement National (RN).
Ähnlich äußerte sich Eric Zemmour von Reconquête:
„Ich träume von einem Frankreich, in dem eine junge Frau nicht Gefahr läuft, ins Koma zu fallen, nachdem sie von Oumar, dem Wiederholungstäter, in ihrem eigenen Haus ausgeraubt, vergewaltigt und schrecklich gefoltert wurde.“
Oliver Fauvre, der erste Sekretär der Parti Socialiste (PS) hingegen schrieb:
„Ein Verbrecher muss für seine Verbrechen verurteilt werden, egal ob er Oumar, Francis, Michel, Emile, Guy oder Patrice heißt. Barbarei, Perversion, Laster haben weder Hautfarbe noch Nationalität. Eine abscheuliche Tat zu verwenden, um zu unterstellen, dass Einwanderer Vergewaltiger sind, ist rassistisch.“

https://journalistenwatch.com/2023/08/17/bunte-vielfalt-in-der-polizei-tuerkischstaemmiger-kommissar-ueberfaellt-geldtransport/

“Bunte Vielfalt” in der Polizei: Türkischstämmiger Kommissar überfällt Geldtransport

Der erst jetzt bekannt gewordene Überfall eines türkischstämmigen Hauptkommissars der Berliner Polizei auf einen Geldtransporter vor einem knappen Monat offenbart ein grundlegendes Problem in Deutschland: Die Verharmlosung und Schönfärberei von wachsenden kriminellen Strukturen in deutschen Sicherheitsbehörden durch eine auf “Vielfalt” und “Buntheit” fixierte Politik treibt immer absurdere Blüten.

Im konkreten Fall hatte sich der Polizist frech in Dienstkleidung und mit seiner Dienstpistole präsentiert, dem Fahrer des Geldtransporters namens Bülent L.Handschellen angelegt, ihn in den Polizeiwagen gesetzt und zusammen mit einem Komplizen, dessen Fahrzeug ausgeraubt. Dabei erbeutete er 57.000 Euro und mehrere Mobiltelefone. Nicht ohne selbstironischen Humor, stellte er dem Opfer auch noch ein polizeiliches Sicherstellungsprotokoll aus – allerdings ohne das gestohlene Geld darauf zu vermerken. Den Geldtransport hatte er unter den Vorwand einer, wie es in der offiziellen Mitteilung heißt, „ordnungsgemäßen polizeilichen Maßnahme“ gestoppt.

Vor Unterwanderung seit langem gewarnt

Die Dienstausrüstung und andere Beweismittel wurden bei einer Wohnungsdurchsuchung am Montag beschlagnahmt. Trotz Haftbefehl befindet sich der Mann noch auf freiem Fuß. So schnell kommt man in diesem Land eben nicht mehr hinter Gitter, wenn man nicht gerade gegen die Regierung protestiert oder falsche Maskenatteste ausstellt. Immerhin darf er für die Dauer der Ermittlungen seinen Dienst nicht ausüben. Diesen versieht er bei der Fachdienststelle AGIA (Arbeitsgebiet interkulturelle Aufgaben), die unter anderem für Straftaten wie illegale Einreise, illegale Prostitution und Handel mit unverzollten Zigaretten zuständig ist. Ob der Beschuldigte aus privaten oder dienstlichen Quellen von dem Geldtransport erfuhr, ist derzeit Gegenstand der Ermittlungen.
Angesichts der Verhältnisse, nicht nur, aber besonders in Berlin, wäre es nicht verwunderlich, wenn Bülent L. Kontakte zu Kriminellen hätte: Denn seit Jahren warnen Experten davor, dass kriminelle arabische Großfamilien Justiz und Verwaltung im ganzen Land gezielt infiltrieren und beeinflussen. Ein Ausbilder der Berliner Polizeiakademie erklärte schon 2017, die Hälfte der Anwärter seien Araber und Türken. Diese seien keine Kollegen, sondern „der Feind in unseren Reihen." Dies scheint sich nun zunehmend zu bewahrheiten. (TPL)

https://unser-mitteleuropa.com/wien-willkommensstadt-fuer-vergewaltiger-dritte-vergewaltigung-binnen-weniger-tage/

Wien: Willkommensstadt für Vergewaltiger und Messerer +UPDATE+ Abgeschobener Tunesier-Vergewaltiger wieder eingereist

17. 08. 2023

+++ UPDATE vom 17.08.2023 +++
Angeklagter mutmaßlicher Tunesier-Vergewaltiger reiste nach Abschiebeung wieder ein
Die Unfähigkeit österreichischer (Strafverfolgungs-)Behörden in Sachen Migrantengewalt zeigt sich am Beispiel der Vergewaltigung einer 24-jährigen Frau durch einen 26-jährigen Tunesier. (UM berichte, siehe folgender Artikel) Mittlerweile hat zwar die Staatsanwaltschaft Wien beim Landesgericht für Strafsachen Anklage gegen den Täter eingebracht: Verhandlungstermin 12. September.
Doch hatte sich der Tunesier einfach nicht um staatliche Justizentscheidungen geschert: War er doch mangels Aufenthaltsberechtigung zuvor schon ein Mal aus Österreich abgeschoben worden. Im Vorjahr reiste er dann wieder illegal ein, diesmal überhaupt ohne Papiere. Weswegen auch eine Identitätsfeststellung nicht vorgenommen werden konnte. Bis zuletzt ging er

auch weder einer geregelten Beschäftigung nach, noch hatte er einen offizielle Meldeadresse.
Außerdem bestreitet er den Vorwurf der Vergewaltigung und spricht von „einvernehmlichem Sex".

+++ UPDATE vom 21.03.2023 +++

Starker Zorro schreitet gegen mutmaßlichen Tunesier-Vergewaltiger ein

Acht Jahre, nachdem sich Wien stolz zur Willkommensstadt deklariert hatte, ist die Stadt endgültig anders geworden. Plötzlich sind wieder starke Männer Helden wie damals, die zarte Frauen in der Nacht vor Vergewaltigern schützen:
„Zeuge griff. ein. Timo R. trieb Vergewaltiger in die Hände der Polizei." (Krone)
Und auch der Boulevard weiß, dass „die Vergewaltigung einer 26-Jährigen am Wochenende in Wien weit über die Stadtgrenzen für tiefe Bestürzung sorgte". (Krone)

Zorro des Post-Feminismus

Nun wird ein bulliger, durchtrainierter Mann, Timo R., wie ein Zorro des Postfeminismus gefeiert: Hat er doch „den mutmaßlichen Vergewaltiger verfolgt und dafür gesorgt, dass er verhaftet wurde." (Krone)
Der Boulevard liefert gleich ein Exklusivgespräch am schaurigen Tatort der Vergewaltigung nach, noch einmal schaurig die Fakten rezitierend – zunächst bemüht durch das Opfer- und Leidens-Klischee einer weiblichen Wehrlosen, die sich seit 2015 immer noch nicht der neuen Frauengewalt-Umwelt angepasst hat:
„Marie (Name geändert) war feiern, sie hat getanzt, sie fühlte sich wohl und sicher. Doch der Heimweg der 26-Jährigen endete in einem Martyrium – in der Hölle. Die junge Wienerin wurde brutal vergewaltigt."
Somit aber ist auch eine alte Forderung der Feministen endgültig wieder obsolet geworden:
„Wir Frauen holen uns die Nacht zurück."
Angedeutet wird auch die Gleichgültigkeit und – daraus resultierend- die Tatsache, dass eine „Alleine-ohne-starke-männliche -Begleitung" – in den Augen potentielle Vergewaltiger – offenbar „Umher-streunende" sexuelles Freiwild wird:
„20 bis 30 Menschen standen nur einen Steinwurf des Tatortes am Leipziger Platz nahe der U-Bahn-Station Jägerstraße entfernt. Maria lag nackt am Boden, sie schrie um ihr Leben, ihr Peiniger ließ nicht von ihr ab." (Krone)
Doch dann tauchte Zorro, der Retter postmoderner Frauen auf:
„Bis er kam. Timo R., 28 Jahre alt."
Krone gegenüber spricht er von übernatürlichem „Schicksal", …
… „dass er um fünf Uhr Früh noch mit seiner Freundin unterwegs war. Und dann plötzlich diese wehrlose Frau, die von einem Tunesier (24) malträtiert wird."
Anscheinend muss im Post-Welcome-Wien erst ein starker junger Mann, grün-linken Postfeministinnen die simple Wahrheit via „Krone" mitteilen:
„Er hat das Leben eines Menschen zerstört." (Timo R.)
„Alles ok!" (Vergewaltiger)

Unfassbar auch die frauenverachtende Selbstsicherheit, mit der Multikulti-Vergewaltiger sich des anderen Geschlechts – mitten im öffentlichen Raum – an-eigenen.
Denn selbst, als *„wir ihr zugeschrien haben, ob sie Hilfe braucht, kreischte der Fremde auf ihr: 'Alles ok!*" (Krone)
Obsolet im Multi-Kulti-Post-Welcome-Wien auch der ehemals männerverachtende Spruch:
„Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad."
Gott sein Dank war ein trainierter Fußballtrainer, Timo R. zugegen, der „auszuckte". Denn *„ein Blick von ihm genügte offenbar, und der Nordafrikaner ergriff die Flucht. Timo startete eine Hetzjagd via Handy im Dauerkontakt mit den Einsatzkräften, während er dem Täter nachsprintete*".

„Unschuldig"

Immerhin darf sich der mutmaßliche Multikulti-Vergewaltiger aber recht gute Chancen ausrechnen, aus der ganzen Angelegenheit relativ unbeschadet herauszukommen: Denn „der Verdächtige beteuert seine Unschuld." Und wahrscheinlich reißen sich schon Österreichs bestes Star-Verteidiger um seinen Fall…

+++ UPDATE vom 02.12.2022 +++

57-Jähriger Serbe lockte Frau nach Wien, sperrte sie ein, vergewaltigte sie

Zunächst hätte ein 57-Jähriger Serbe einer 45-Jährigen Landsfrau vor etwa einem Monat in Wien ein besseres Leben versprochen. Danach nahm er ihr den Reisepass und die Bankomatkarte ab und sperrte sie in seiner Wohnung ein. Dann soll es immer wieder zu körperlicher bzw. sexueller Gewalt gekommen sein. Schließlich gelang der Frau diesen Mittwoch die Flucht, der Mann wurde festgenommen – wie die Wiener Polizei am Donnerstag berichtete.

Flucht durch Zufall

Erst vor etwa zwei Wochen konnte die Frau erstmals die Wohnung verlassen, um für den Serben zu arbeiten. Die 45-Jährige gab an, dass sie für den Streu-LKW-Fahrer schwere Säcke tragen hätte müssen. Nach ihrem langen Martyrium konnte die Serbin den Wohnungsschlüssel an sich nehmen und flüchtete in einer Supermarktfiliale, vertraute sich dort einer Angestellten an, die dann die Polizei verständigte.
Der Beschuldigte bestreitet die Vorwürfe. Gegen ihn wurde ein Betretungs- und Annäherungsverbot ausgesprochen. (Krone)
In ähnlichen Fällen wurde oft den mutmaßlichen Vergewaltiger recht gegeben, weil sie auf „einvernehmlichen Sex" plädierten. So wurden etwa 2018 zwei Vergewaltiger freigesprochen. (wochenblick)

+++ UPDATE v. 30.04.2023 +++

Algerier Hände und Füße abgehackt

Das kaum fassbare Verbrechen, das sich vor einer Woche, mitten in Wien vor einer U-Bahnstation abgespielt hatte, erinnert an frühzivilisatorische Strafexekutionen alt-sumerischer Feldherrn gegen besiegte Völker:
Bis zu zehn Männer sollen einen 31-jährige Algerier am Boden fixiert und mit zwei Macheten regelrecht zerstückelt haben.

Zensur an Macheten-Mord durch das offizielle links-grün-liberale Wien

Bisher hatte das offizielle links-grün-liberale Wien und die ihm unterstellten Polizeibehörden versucht, den bestialischen Straf-Mord zu vertuschen: Offenbart er doch in aller Deutlichkeit das Versagen der 2015-er-Willkommenkultur, welche zu rechtsfreien Räumen mit archaischen Lynchmorden geführt hat.
Gleichzeitig zeigt sich daran eine erschreckende Erosion der freien medialen Berichterstattung: Denn erst durch einen Hinweis aus „vertraulicher Quelle" an oe24 wurde der Fall publik.

Bei lebendigem Leib zu Tode zerstückelt

In der Nacht auf Freitag, 21.4.2023 um 1 Uhr Früh, attackierten bis zu zehn Männer einen 24-jährigen Algerier am Bahnsteig der U6-Station „Jägerstraße", vor den Augen wartender U-Bahn-Passagiere, indem sie den Nordafrikaner zunächst verprügelten. Dieser versuchte noch über die Rolltreppe nach draußen zu flüchten, wo er dann aber eingeholt wurde.
Die Mord-Gang fixierte den 31-Jährigen zunächst am Boden: Dann hackten zwei Macheten-Messerer dem wehrlos vor dem U-Bahn-Eingang Liegenden, Hände und Füße, teilweise bis zur Gänze, ab. In der Zwischenzeit prügelte die restliche Gang auf den Algerier ein, welcher schließlich unter dem immensen Blutverlust kollabierte.
Danach flüchtete die Gang. Das Opfer verstarb noch im Krankenhaus.
Mysteriös auch: Bisher konnte nur ein 24-jähriger Algerier als mutmaßlicher Täter festgenommen werden: Er war bei einer Flucht in den Donaukanal ins Wasser gesprungen und von den Beamten verhaftet worden, nachdem sie ihn aus dem Wasser fischten. Er zeigte sich „nicht geständig".

Straf-Gericht unter Drogendealern

Die regelrechte Hinrichtung muss eine Bestrafungsaktion im Drogenmilieu mit abschreckender Wirkung gewesen sein: Wird doch der Tatort in der Jägerstraße von tschetschenischen Gangs kontrolliert. Wobei das Gebiet des Donaukanals als abgestecktes Drogenrevier für (Nord-)Afrikaner und Afghanen gilt.
Zur Erinnerung: Der Multikulti-Gruppen-Vergewaltigungs-Mord an der 13-jährigen Leonie hatte ebenfalls hier mit einem Ecstasy-Kauf seinen furchtbaren Anfang genommen. (Kurier)

Keine Einzeltat

Ähnlich bestialische Messer-Attacken gehören in Wien mittlerweile schon zum Multikulti-Alltag. Die jüngsten Fälle:
✸ Nur eine Woche später sollen drei Unbekannte, am Freitag 28.4., gegen 23.00 Uhr einen 21-Jährigen Syrer in Wien-Ottakring mit einem Messer attackiert haben, als er auf ein Taxi wartete. (oe24)
✸ Am Dienstagabend, 25.4., wurde in der U-Bahnstation Margaretengürtel ein Mann mit einem Messer lebensgefährlich niedergestochen. Der festgenommene Tatverdächtige soll aus dem Suchtgiftmilieu stammen.

Macheten-Mann will vor Präsidentschaft-Kanzlei mit Politikern sprechen

So wurde ein 33-jähriger, mit einer Machete bewaffneter Österreicher, am Dienstagvormittag, 25.4., am Wiener Ballhausplatz vor der Präsidentschaftskanzlei durch das Anti-Terrorkommando Wega festgenommen:
„Mehrfach hatte er bei seiner Einvernahme angegeben, dass er lediglich mit Politikern habe sprechen wollen." (oe24)

https://www.pi-news.net/2023/08/hamburg-afghane-uebergiesst-an-tankstelle-menschen-mit-benzin/

Hamburg: Afghane übergießt an Tankstelle Menschen mit Benzin

18. August 2023

Hier wurden zwei Menschen mit Benzin übergossen: „Danach hätte ein zufälliger Funke genügt, um eine Katastrophe auszulösen."

Von MANFRED ROUHS | Mittlerweile muss Einiges passieren, bevor die an Horrormeldungen aller Art gewöhnte deutsche Öffentlichkeit aufhorcht. Am Donnerstagmorgen war es wieder einmal so weit: An einer Jet-Tankstelle im Hamburger Stadtteil Langenhorn übergoss ein 31-jähriger Afghane zwei Menschen mit Benzin und zerrte sodann eine der beiden Personen, eine 35-jährige Frau, in sein Fahrzeug und brauste mit ihr davon.

Die Polizei sperrte den Tatort ab, und anhand des KFZ-Kennzeichens begannen Ermittlungen, die schnell erfolgreich waren. Einen Tag später stand folgendes fest:

Sorgefrei lächeln: Schluss mit Mundgeruch!
Weiterlesen

Werbung von Ad.Style

Der Afghane war mit der 35-jährigen bekannt, die seine Beifahrerin war, als er sein Fahrzeug auftankte. Das Paar geriet in Streit. Der Mann übergoss die Frau mit Benzin. Ein 52-jähriger Mitarbeiter der Tankstelle versuchte, einzuschreiten. Dagegen wehrte sich der Afghane, indem er auch ihn mit Benzin übergoss. – Danach hätte ein zufälliger Funke genügt, um eine Katastrophe auszulösen. Stattdessen bezahlte der Afghane das Benzin und fuhr mit der Frau ins Unbekannte davon. Sie alarmierte nicht die Polizei und wurde am Freitag von den Beamten unversehrt aufgefunden. So schildert es die „Bild"-Zeitung.

Auch deutsche, christliche oder atheistische Männer rasten aus und greifen ihre Partnerinnen an. Aber nur selten greifen sie dabei zu potentiell tödlichen, gemeingefährlichen Mitteln. Eine Zunahme absoluter Grenzüberschreitungen gehört zu den typischen Merkmalen von Gesellschaften, denen jede verbindende moralische Orientierung verlorengeht. Und genau diesen Status quo hat das multi-kulturelle Deutschland unserer Tage längst erreicht.

Wer dem weiter politisch tatenlos zuschaut, gefährdet Menschenleben. Schluss damit!

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://unser-mitteleuropa.com/schock-videos-aus-belgien-marokkaner-jugendliche-quaelen-einheimische-kinder-videos/

Schock-Videos aus Belgien: Marokkaner-Jugendliche quälen einheimische Kinder (VIDEOS)

18. 08. 2023

Erneut sorgt ein Video in sozialen Medien für Entsetzen, das die blanke Gewalt und den Hass von Migranten-Jugendlichen gegenüber meist wehrlosen (und in der Unterzahl befindlichen) einheimischen Kindern und Jugendlichen zeigt. Diesmal erreicht uns ein Video aus Belgien.

Migranten zwingen Einheimischen, ihnen die Füße zu küssen.

Darauf zu sehen ist ein Rudel von marokkanischen Jugendlichen, die einen weißen Jungen drangsalieren, verprügeln und ihn vor laufendern Kamera zwingen, ihnen die Füße zu küssen! Begleitet wird die Tat von verächtlichem Gelächter und rassistischen Beschimpfungen. In den Mainstream-Medien wurde bislang freilich nicht über diesen anti-weißen Rassismusskandal berichtet: Nachdem Kinder in Belgien gezwungen werden, an islamistischen Unterwerfungsritualen in der Schule teilzunehmen, werden sie mit dem „bürgerlichen Kafirismus" und den Freuden der Zakat-Zahlung vertraut gemacht, die allesamt ein wesentlicher Bestandteil des Lebens als neue Minderheit in einer globalistischen multikulturellen Gesellschaft sind. In einem weiteren Video ist zu sehen, wie ein einheimischer Jugen von einer weiteren Migranten-Bande verprügelt wird:

Und auch den einheimischen Mädchen geht es an den Kragen. Weibliche Migranten-Banden machen gezielt Jagd auf weiße Mädchen:

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/mit-schlagst%C3%B6cken-und-reizgas-junge-m%C3%A4nner-in-der-dresdner-neustadt-verpr%C3%BCgelt/ar-AA1fvDhA?ocid=msedgntp&cvid=6bd73f6292d044e5ad7c546cfddcdec8&ei=33

Mit Schlagstöcken und Reizgas: Junge Männer in der Dresdner Neustadt verprügelt

Bei einem Angriff auf der Alaunstraße in Dresden sind in der Nacht zum Sonntag ein 22-Jähriger schwer und ein 21-Jähriger leicht verletzt worden. Die Polizei hat zwei Verdächtige gestellt.

Dresden. Eine etwa zehnköpfige Gruppe hat in der Nacht zum Sonntag zwei Männer im Alter von 21 und 22 Jahren in der Dresdner Neustadt angegriffen. Wie die Polizei am Sonntagmorgen mitteilte, wurden die beiden gegen 23.30 Uhr auf der Alaunstraße mit Schlägen, Tritten sowie dem Einsatz von Schlagstöcken und Reizgas angegriffen.

Der 22-Jährige erlitt schwere Verletzung und musste in ein Krankenhaus gebracht werden. Der 21-Jährige wurde leicht verletzt. Ihm raubten die Täter Portmonee und Handy.
Im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen konnte die Polizei zwei Tatverdächtige stellen. Gegen den 28-jährigen Tunesier und den 23 Jahre alten Algerier laufen nun Ermittlungen wegen schweren Raubes. (SZ/sr)

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/jugendliche-werden-aus-taubenheimer-schwimmbad-verwiesen/ar-AA1fzgij?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=3bed4d9dbecb415c801c9a8ed3f801e4&ei=16
Jugendliche werden aus Taubenheimer Schwimmbad verwiesen
Weil sie negativ auffiel, wurde eine Gruppe Jugendlicher aus dem Bad verwiesen. Beim Gehen wird eine der Beteiligten handgreiflich.
© dpa
Sohland/Spree. Am Sonnabendnachmittag, 19. August 2023, wurden eine Gruppe Jugendliche aus dem Schwimmbad in Taubenheim verwiesen. "Die Jugendlichen verhielten sich offenbar provokativ und missachteten Baderegeln", berichtet Anja Leuschner von der Pressestelle der Polizeidirektion Görlitz. Nach mehreren Ermahnungen habe eine Verantwortliche die Gruppe des Bades verwiesen.
Erst nach wiederholten Aufforderungen begaben sich die Jugendlichen schließlich zum Eingang. Dabei seien diverse Beleidigungen gefallen und an der Kasse des Bades hätten die jungen Leute ihr Geld zurückgefordert. "Eine Mitarbeiterin wurde dabei mit der flachen Hand von einer Beteiligten geschlagen", berichtet die Polizeisprecherin. Anschließend verständigten die Geschädigten die Polizei. Diese nahm die Ermittlungen zu dem Sachverhalt auf. (SZ)

https://unser-mitteleuropa.com/schoene-neue-multkulti-welt-bandenkriege-zwischen-muslimen-und-hindus-in-leicester/

Schönes neues Multikulti: +UPDATE 21.08.+ 20-jähriger Afghane vergewaltigt 18-Jährigen stundenlang in Münchner U-Bahn-Station

21. 08. 2023

+++ UPDATE v 21.08.2023 +++

20-jähriger Afghane vergewaltigt 18-Jährigen stundenlang in Münchner U-Bahn-Station

Auch BILD spricht von einer *„widerliche(n) Tat an einem Münchner U-Bahnsteig*". Und tatsächlich ist das Sexualverbrechen so unfassbar wie alltäglich geworden, im Multikulti-Post-Willkommens-Deutschland:

Erschreckende Gleichgültigkeit von anderen U-Bahn-Benutzern

Dabei wurde ein 18-jähriger Mann stundenlang, mitten im öffentlichen Raum vergewaltigt. Und zwar ohne dass ihm jemand der vielen selbstcouragierten Werte-Mitbürger zu Hilfe gekommen wäre. Auch die U-Bahn-Security soll mehrfach auf Korntollgang gewesen sein. Der Vergewaltiger war übrigens selber ein 20 Jahre alter männlicher Täter.

Das Opfer hatte sich am Samstag, den 19. August gegen 1 Uhr, stark alkoholisiert allein am U-Bahnsteig Max-Weber-Platz auf dem Heimweg von einer Feier gemacht. Weil er zu betrunken war, um sich zu wehren, nahm der Täter laut Polizei *„sexuelle Handlungen an ihm*" vor. Erst in den frühen Morgenstunden ließ der Täter von dem 18-Jährigen ab, stahl ihm noch als Draufgabe das Mobiltelefon und flüchtete.

Erst im Laufe des nächsten Tages informierte das Opfer die Polizei und erstattete Anzeige. Bei dem Täter dürfte es sich nicht gerade um den Hellsten gehandelt haben: Denn dessen Aufenthaltsort konnte durch Ortung seines Mobiltelefons ermittelt werden.

Feiges Verschweigen und Zensieren der linken Mainstream-Presse

Während FOCUS zwar über die Herkunft des Opfers zu berichten weiß (ein polnischer Sprachschüler, wird die Herkunft des Täters durchgehend in anderen Medien (RTL, Süddeutsche, Merkur, etc.) verschwiegen. Nur Bild macht daraus keinen Hehl mehr.

„Der Tatverdächtige, ein 20-jähriger Afghane mit Wohnsitz in München, sitzt jetzt in U-Haft."

+++ UPDATE v. 20.08.2023 +++

Nordafrikanischer Asylant vergewaltigt Frau mitten auf Schweizer Straße

Laut Angaben der örtlichen Schweizer Polizei soll am Mittwoch, den 16. August 2023, gegen Mitternacht eine Bürgerin auf einen Mann und eine Frau, beide teilweise unbekleidet, mitten auf der Straße in Neuenburg / Neuchâtel aufmerksam geworden sein.

Als Reaktion auf die Hilferufe der Frau wurde die Gendarmerie alarmiert, welche dann den mutmaßlichen Vergewaltiger festnahm, obwohl dieser ins Gebüsch flüchtete, um sich zu verstecken.

Am nächsten Tag wurde der Täter dem Staatsanwalt vorgeführt, welcher ein Strafverfahren gegen ihn einleiteteinleitete und die Untersuchungshaft beantragte.

Das Opfer wurde zur medizinischen Versorgung in die Notaufnahme gebracht.

Der mutmaßliche Vergewaltiger ist ein dreißigjähriger Nordafrikaner, der erst kürzlich im Asylzentrum in Boudry registriert wurde.

Asylzentrum in Boudry

+++ UPDATE v. 19.04.2023 +++

Hildesheim: Familien-Clan-Schlägerei

Am Montagabend kam es in Hildesheim (Niedersachsen) auf offener Straße zu einer unfassbaren Massenschlägerei mit etwa 35 Clan-Familienmitgliedern. Die Beteiligten schlugen dabei gegenseitig wild aufeinander ein, werfen sich zu Boden und treten immer wieder gegen Autotüren. Auch eine Person mit blutverschmiertem Gesicht ist zu sehen.

Der Auflauf löste einen Polizei-Großeinsatz aus. Ein Polizist wurde dabei schwer verletzt.

Auslöser: 18-Jähriger fährt auf Personen zu

Der Auslöser soll gewesen sin: Ein 18-Jähriger soll mit seinem Wagen auf zwei Menschen zugefahren sein, erfasste die Personen jedoch nicht, prallte aber gegen mehrere geparkte Autos – so die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung".

Daraufhin sollen etwa 15 Männer aus einem nahe gelegenen Haus gerannt sein und auf den BMW eingetreten haben. Dabei schlugen sie mit Fäusten durch das geöffnete Dachfenster und versuchten, die Insassen des Wagens herauszuzerren.

Der wütende Mob ließ sich aber auch nicht durch die Polizei aufhalten. Laut Polizei soll es sich um einen Familien-Clan-Streit gehandelt haben. Über die beteiligten Nationalitäten gäbe es bisher keine Information. Zu sehen sind aber auch Frauen mit Kopftüchern und langen, wallenden Gewändern.

Video-Player

00:00
01:51

+++ UPDATE v. 07.04.2023 +++

Schweden: Bewaffnete befreien verurteilten armenischen Mörder aus Polizeigewahrsam

Ein wegen Mordes verurteilter 17-Jähriger wurde von maskierten Männern mittels Waffen, am Donnerstag während eines Gefangenentransporst in die Justizvollzugsanstalt, in der Nähe von Stockholm befreit. Er war wegen Mordes zu 2 Jahren und 11 Monaten verurteilt worden.

Dem Teenager gelang dabei die Flucht, die Suche nach ihm blieb bisher erfolglos. Laut „Aftonbladet" dürfte sich der Armenier aber ins Ausland abgesetzt haben.

Der Teenager hatte im März 2022 einen 54-jährigen Vater von drei Kindern in einem Fitnessstudio in Stockholm versehentlich erschossen: Er hatte jenen mit einem rivalisierenden Bandenmitglied verwechselt. Schon damals war er nach der Tat zurück nach Armenien geflohen, und wurde nach seiner Rückkehr nach Schweden verhaftet.

Dies ist aber nicht der erste Fall: Erst im Februar befreiten Bandenmitglieder unter ähnlichen Umständen einen 20-jährigen „Jugendlichen", der wegen versuchten Mordes verurteilt worden war.

+++ UPDATE v. 13.04.2023 +++

Straßburg: Tschetschene liegt nach Nordafrikaner- und Türken-Attacke im Koma

Im Straßburger Stadtteil Neuhof griffen etwa dreißig Personen zwei tschetschenische Jugendlichet (15 und 17 Jahre) an: Wie in dem Video zu sehen, wird ein bewusstloser Jugendlicher bespuckt und beleidigt.

Die Veröffentlichung des grausamen Filmmaterials sollte die tschetschenische Gemeinschaft einschüchtern. Aus Versehen wurde aber die Handykamera auf eine, nun durch die Tschetschenen, enttarnte Person gerichtet.

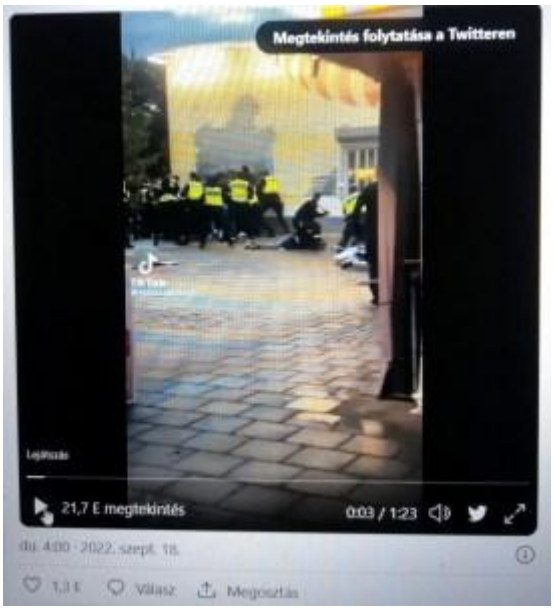
Selbstjustiz

Der verprügelte junge Tschetschene liegt derzeit im Koma. Mutmaßlich soll der Lynch-Täter türkischer Herkunft in die Türkei geflohen sein. Mitglieder der tschetschenischen Gemeinschaft suchen nun aber aktiv nach ihm.

LE QUARTIER DE NEUHOF EST SOUS CONTROLE.
LES INVESTIGATIONS VONT POURSUIVRE LES JOURNÉES SUIVANTES JUSQU'À CE QUE TOUS LES COUPABLES SOIENT CONNUS. PIC.TWITTER.COM/4H2T5PETJG — . (@BERZLOOY) APRIL 11, 2023

+++ UPDATE v. 03.12.2022 +++
Nach WM-Aus für Serben: Ausschreitungen mit „Tötet die Albaner"-Rufen in Wien

Das war selbst der lnken, politisch-korrekten österreichischen Journalistin Tschinderle etwas zu viel, was sie umgehend zu einem Twitter-Statement veranlasste:
Was war passiert?
Die WM-Niederlage der serbischen Nationalmannschaft gegen die Schweiz (2:3) in Katar führte am Freitagabend im Wiener Mutikulti-Vorzeige-Bezirk Ottakring zu Ausschreitungen mit rassistisch-volksverhetzenden Untertönen, sogar Flaschen wurde auf die Einsatzkräfte geschmissen.
So versammelten sich gegen 22 Uhr ca. 150 serbische Fußball-Anhänger auf der Ottakringer Straße, blockierten die Fahrbahn und zündeten Pyrotechnik. Die Polizei rückte zu einem Großeinsatz aus. De umliegenden Straßen musste kurzzeitig abgesperrt werden, weil sich der Mob Richtung Inenstadt bewegte.
+++ UPDATE v. 21.09.2022 +++
Eritreische Multikulti-Randale auch in Stockholm
Dass in der schwedischen Hauptstadt Stockholm regimetreue Eritreer mit Regimegegnern aneinander gerieten, ist ein erneutes Negativ-Musterbeispiel für das unkontrollierte Migration: Ein innerafrikanischer Konflikt wird importiert und destabilisiert die Gesellschaft des Ziellandes.



Hier der Twitter-Link.

ERST-Artikel

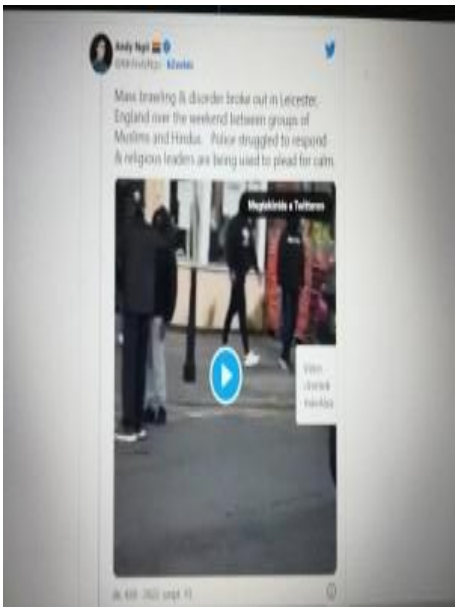
Randale und Ausschreitungen in Leicester

Letztes Wochenende kam es in der altehrwürdigen englischen Metropole Leicester zu Zusammenstößen zwischen muslimischen und hinduistischen Gemeinschaften. 15 Personen wurden daraufhin von der Polizei festgenommen. Seit Wochen ist die Stimmung zwischen den beiden Multikulti-Clans angespannt, auch wegen eines Cricket-Spiels zwischen Indien und Pakistan Ende August.

Hier der Twitter-Link

Multi-Kulti-Hass-Diffamierung auf Social-Media

Der Bürgermeister der Stadt, Peter Soulsby, machte gefälschte Postings die in den sozialen Medien dafür verantwortlich, welche die Spannungen weiter schüren. Gegenüber BBC sagte er: Eine Reihe von Beiträgen hätten entweder sehr verzerrt oder völlig falsch berichtet.



Hier der Twitter-Link
Darin wurde behauptet: Mitglieder verschiedener Gemeinschaften hätten Gräueltaten gegen religiöse Stätten und religiöse Menschen begangen. Dies führte dann zu einer unangekündigten Demonstration am Samstagabend, gefolgt von Zusammenstößen.

Anti-muslimische Hindu-parolen

Ein Video zeigte eine Gruppe hinduistischer Männer in der „Green Lane Road", wo sich viele muslimische Geschäfte befinden.

Importierte Multi-Kulti-Probleme aus Indien

Der „Guardian" stellt fest: Die Spannungen zwischen den hinduistischen und muslimischen Gemeinschaften hätten sich insbesondere verschärft, seitdem Indiens Premierminister Narendra Modi das säkulare System seines Landes untergraben hätte und eine Reihe von Schritten unternommen wurden, um die Situation der muslimischen Minderheit zu verschlechtern.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/58-j%C3%A4hrige-an-stra%C3%9Fenbahnhaltestelle-vergewaltigt/ar-AA1fISMD?ocid=msedgntp&cvid=7ff74a4caa414027adde357975af8425&ei=12

58-Jährige an Straßenbahnhaltestelle vergewaltigt

Artikel von Matti Hartmann •

58-Jährige an Straßenbahnhaltestelle vergewaltigt

Die Frau wartete laut Polizei auf die Tram. Plötzlich kam ein Mann und zerrte sie in eine angrenzende Grünanlage.

Die Polizei Leipzig hat einen 22 Jahre alten Mann festgenommen. Er soll am frühen Freitagmorgen vergangener Woche eine 58-Jährige an der Straßenbahn-Haltestelle Angerbrücke in Leipzig-Altlindenau vergewaltigt haben.

Wie die Polizei am Donnerstag mitteilte, wartete die Frau gegen 2 Uhr auf eine Tram. Sie habe versucht sich zu wehren, doch dem Täter sei es gelungen, sie unter Gewalteinwirkung in eine Grünanlage in der Jahnallee zu zerren. Dort habe der Mann die Frau trotz Gegenwehr vergewaltigt.

Polizei Leipzig: 22-Jähriger an Tatort festgenommen
Ein Zeuge, der auf das Geschehen an der Jahnallee aufmerksam geworden sei, habe die Polizei gerufen. "Noch im Bereich der Haltestelle konnte ein 22-Jähriger durch Polizeibeamte des Polizeireviers Leipzig-West gestellt werden", heißt es in der Mitteilung der Beamten vom Donnerstag.
Die zuständige Bereitschaftsstaatsanwältin der Staatsanwaltschaft habe die vorläufige Festnahme angeordnet. Später am Freitag (18. August) habe der zuständige Ermittlungsrichter des Amtsgerichtes Leipzig auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl erlassen.
Der Beschuldigte sitzt laut Polizei seit Freitagnachmittag in einer Justizvollzugsanstalt in U-Haft. Die Ermittlungen des zuständigen Fachkommissariats wegen Vergewaltigung und Körperverletzung dauern an. Die Kriminalpolizei sicherte vor Ort umfangreich Spuren.
Der Fall weckt Erinnerungen an eine Tat im Jahr 2022. Damals war eine 20-Jährige nachts gegen 21.30 Uhr am Eutritzscher Zentrum aus einer Straßenbahn der Linie 16 ausgestiegen. Ein Mann folgte ihr, überwältigte sie und vergewaltigte sie mehrfach. Der Mann wurde Ende 2022 zu neun Jahren Haft und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt.
Verwendete Quellen:
・polizei.sachsen.de: Mitteilung der Polizei Leipzig vom 24. August 2023

https://journalistenwatch.com/2023/08/25/schuldunfaehiger-neukoellner-schul-messerstecher-macht-der-islam-psychisch-krank-oder-ist-er-selbst-die-krankheit/

“Schuldunfähiger” Neuköllner Schul-Messerstecher: Macht der Islam psychisch krank – oder ist er selbst die Krankheit?

Ein Kommentar von Daniel Matissek

Ein 38-jähriger “Berliner”, der aus einer streng muslimischen türkischen Familie stammt, stach im Mai auf dem Schulhof der Evangelischen Schule Neukölln mit einem Küchenmesser auf zwei 7- und 8-jährige Mädchen ein und verletzte sie lebensgefährlich; wie durch ein Wunder überlebten beide. Jetzt, dreieinhalb Monate später, folgte auch schon die wenig überraschende Reaktion der weltoffenen Hauptstadtjustiz: Es wird keine Anklage geben und demnach auch kein Urteil. Denn das, was man eingedenk der juristischen “Würdigung” praktisch aller von muslimischen und islamistischen Attentäter der letzten Jahre auch in diesem Fall hätte blind prophezeien können, trat genau so ein: Der Mann ist – na was wohl – “schuldunfähig”, wie ein “vorläufiges psychiatrisches Gutachten“ ergeben habe.

Genauso lief das Spiel zuvor in hunderten Fällen. Etwa bei dem Afghanen Abdul Malik A., der 2021 die Gärtnerin Regina G. in Wilmersdorf köpfen wollte: Obwohl er nachweislich islamistisch indoktriniert war, attestierte ein Berliner Gericht ihm „paranoide Schizophrenie“ und folglich “Schuldunfähigkeit”. Und als der Syrer Abdalrahman A. ebenfalls 2021 im ICE bei Passau durchdrehte und auf drei Passagiere wie irre einstach, wurde er prompt ebenfalls für “psychisch krank” erklärt (erst später wurde dann durch andere Gutachter doch auf Schuldfähigkeit erkannt).

Faktische Straffreiheit und Nichtaufarbeitung begangener Verbrechen

Der Neuköllner Fall steht also in besten “buntesdeutschen” Tradition. Berhan S.,so der Name des verhinderten Schulmächenkillers, habe sich zum Tatzeitpunkt aufgrund einer psychischen Erkrankung in einem psychotischen Zustand befunden, fasst Gunnar Schupelius in der “B.Z.” den gutachterlichen Befund der Staatsanwaltschaft resigniert zusammen. Das heißt für S., wie praktisch, dies: Gehen Sie nicht über los, gehen Sie nicht ins Gefängnis – sondern begeben Sie sich auf Steuerzahlerkosten in die Vollversorgung der nächsten Psychiatrie! Solange wenigstens, bis dann irgendwann ein ebenso wohlwollender anderer Gutachter eine Heilungs- und positive Sozialprognose ausstellt und die nächsten Opfer zur Schlachtbank geführt werden können.
Wer migrationsstämmig und vorzugsweise mohammedanisch sozialisiert ist und in Stressituationen zum Messer greift, der kann hierzulande nicht nur mit faktischer Straffreiheit und Nichtaufarbeitung der von ihm begangenen Verbrechen rechnen; er profitiert auch von einem stupenden Kultur- und Religionsbonus, die inzwischen fester Bestandteil des Gewohnheitsrechts in Willkommensdeutschland ist – und die gutachterliche Einstufung als unzurechnungs- und damit nicht schuldfähig automatisch zu implizieren scheint. Und obwohl derartige Greueltaten praktisch nie von Christen, von Juden, von Hindus oder Buddhisten begangen werden und zudem (so wie bei dem Somalier, der zwei Handwerker in Ludwigshafen bestialisch am helllichten Tag abstach, oder bei diversen islamistischen Terroranschlägen) offen von hörbaren “Allahu Akbar”-Stoßgebeten der erregten Täter flankiert werden: Die Religion des Friedens hat natürlich nichts nie etwas damit zu tun. Sehr wohl aber “psychische Vorerkrankungen”, “Traumatisierungen” und sonstige exkulpierende Begleitumstände.

Welche “Stimmen” wurden da gehört?

Bei Bergan S. sollen es, laut Staatsanwaltschaft, „Stimmen” gewesen sein, die er gehört habe, ehe er auf die Grundschülerinnen losging. Welche Stimmen waren das? Die von Christian Wulff vielleicht, dass der Islam zu Deutschland gehört? Oder die von Sawsan Chebli, dass sich Muslime gegen ihre “zunehmende rassistische Diskriminierung” dringend auflehnen müssen? Oder war es die des Propheten, die ihm befahl, die beiden christlichen Schülerinnen

zu töten? Es spielt letztlich keine Rolle, weil: “psychisch krank” – und das bedeutet: Übergang zur Tagesordnung.
Dass Berhan S. überhaupt frei herumlief und seine Tat begehen konnte, war ebenfalls der toleranzbesoffenen Kuscheljustiz in einem seinerseits psychisch zutiefst gestörten Deutschland zu verdanken. **Bereits 2009 hatte er in Kreuzberg seine damals 24-jährige Lebensgefährtin niedergestochen, nachdem er sie zuvor jahrelang erniedrigt und gefoltert hatte. Die junge Frau und ihre Eltern waren von S. und dessen türkischer Familie zuvor wiederholt mit dem Tod bedroht worden, sollten sie zur Polizei gehen. Weder dieser Fall noch die seither elf Strafanzeigen wegen Bedrohungen, Nötigungen, Körperverletzungen und Beleidigungen, die S.’ seither anhäufte, schienen jedoch irgendeinen Berliner Gutachter zur Diagnose einer psychischen Erkrankung veranlasst zu haben. Wozu auch? Da ging es schließlich um nichts, es waren alles “Kavaliersdelikte”. Erst jetzt aber, wo S. mit dem Mordanschlag auf zwei junge Mädchen erstmals lebenslanger Knast drohte, wird plötzlich die Psycho-Karte aus dem Hut gezaubert. Und die bestallten “Experten” befinden, wie von ihnen erwartet wird**.

Offene Fragen

Viele Fragen, schreibt Gunnar Schupelius, bleiben gleichwohl offen: “Wurde Berhan S. von der Polizei beobachtet? Welche Rolle spielt seine religiöse Indoktrination? Warum hörte er seine Stimmen vor einer christlichen Schule? Und auch diese Frage muss immer wieder gestellt werden: Wo verläuft die Grenze zwischen psychischer Krankheit und religiösem Wahn?”
Genau dieser letzte Aspekt ist der entscheidende: Angesicht der auffallenden Koinzidenz von islamistischer oder streng muslimischer Prägung und der Prävalenz, im öffentlichen Raum durchzudrehen und zum Messer zu greifen, stellt sich doch die Frage, **ob der Islam selbst die tatursächliche Psychose ist – oder ob der muslimische Glauben der Täter ihre Gewaltausbrüche erst erleichtert oder gar triggert.**
Die spezielle Form der “Rechtspflege” und der Umgang mit den Tätern, die Gerichte und Staatsanwaltschaften mit ihrer faktischen Strafvereitelung und Medizinalisierung der Delikte in Deutschland an den Tag legen, lassen jedenfalls nur den Schluss zu, dass es sich beim Islam um eine potenziell gemeingefährliche Weltanschauung handeln muss, die entweder Psychopathen hervorbringt – oder sie zum Handeln verleitet. Wäre das aber nicht ein klarer Fall von struktureller Islamophobie? Über diesen Widerspruch sollte man besser nicht offen nachdenken – man könnte sonst ja zu den Ewiggestrigen gehören, die “mit der Moderne fremdeln” (Joachim Gauck), oder outet sich als Angehöriger der 20 Prozent braunen Bodensatzes in Deutschland.

redaktion@ansage.org.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/messerangriff-im-wald-paar-lebensgef%C3%A4hrlich-verletzt/ar-AA1fQmwL?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=dee4f8bfaf6d40f6b6c423034e52f4c9&ei=11

Messerangriff im Wald: Paar lebensgefährlich verletzt

Artikel von dpa •1 Min.

Ein Ermittler steht am Tatort in einem Waldstück.© BeckerBredel/dpa

Bei einem Messerangriff in einem Waldstück im Saarland sind zwei Menschen lebensgefährlich verletzt worden. Ein 23 Jahre alter Verdächtiger sei in der Nähe des Tatorts festgenommen worden, teilte die Polizei in Saarbrücken am Sonntag mit. Die Polizei wurde demnach am Samstagabend gegen 19.20 Uhr alarmiert, die Tat geschah in der Nähe eines Schützenhauses in Karlsbrunn.

Die 44-Jährige und der 47-Jährige aus Frankreich waren den Ermittlungen zufolge zu Fuß in einem Waldstück unterwegs. Sie seien demnach zufällig auf den Tatverdächtigen gestoßen, der sie unvermittelt angegriffen und auf sie eingestochen habe. Das Paar sei lebensgefährlich verletzt worden. Per Rettungshubschrauber seien die beiden in Krankenhäuser gebracht worden und würden derzeit behandelt, berichtete die Polizei am Sonntagnachmittag.

Motiv und genauer Tathergang seien noch unklar, erklärte die Polizei. Der Tatverdächtige habe sich widerstandslos festnehmen lassen. Die Polizei sprach von einem versuchten Doppelmord. Am Sonntag wurde Haftbefehl gegen den Mann erlassen. Er kam nach Polizeiangaben in die Justizvollzugsanstalt Saarbrücken.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/taxifahrer-in-berlin-wegen-10-euro-get%C3%B6tet-t%C3%A4ter-vor-gericht-t%C3%B6ten-ist-eine-gute-sache/ar-AA1fWJWv?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=ef16812291304804a73f0f2f3c23f7ee&ei=8

Taxifahrer in Berlin wegen 10 Euro getötet – Täter vor Gericht: „Töten ist eine gute Sache“

Artikel von Laurenz Cushion •

Im Saal 701 des Kriminalgerichts Moabit halten gegen 11 Uhr hörbar alle Anwesenden den Atem an. Der 24 Jahre alte Angeklagte hatte soeben tatsächlich gesagt: „Töten ist eine gute Sache.“ Gesagt hat er das im Verhör der Berliner Polizei mit zwei Beamten und einem Dolmetscher. Die Aufzeichnung wird am Dienstag auf dem großen Bildschirm für Besucher und Prozessbeteiligte noch einmal abgespielt. Den Vorwurf, einen Taxifahrer in Berlin erstochen zu haben, gesteht der Angeklagte schon gleich zu Beginn der Aufzeichnung.

Am frühen Morgen des 6. April dieses Jahres, Gründonnerstag kurz vor Ostern, war der 49-jährige Taxifahrer schwer verletzt von einem Passanten in Grunewald gefunden worden. Er leistete sofort Erste Hilfe, doch der Taxifahrer starb noch am Vormittag im Krankenhaus. Zur Trauerfeier für den Vater eines 14-jährigen Sohns und einer 22-jährigen Tochter in der Sehitlik-Moschee in Berlin-Neukölln kamen neben der Familie auch viele Berliner Taxifahrer.

Noch bevor der Angeklagte den schlimmen Satz über das Töten sagt, erzählt er von seiner Flucht aus Tunesien im Jahr 2011. Er war er 13 Jahre alt, als er mit entfernten Verwandten auf Lampedusa in Italien angekommen war. Diese habe er seit dem nicht mehr gesehen. Über Frankreich gelangte er nach Belgien, wo er bis Anfang des Jahres lebte.
Um die „außergewöhnliche Einstellung" des Angeklagten gegenüber Menschenleben möglicherweise erklären zu können, fragen die Beamten nach den Hintergründen seiner Flucht als Siebtklässler und ob er in Tunesien Opfer von Gewalt geworden war. Bei beiden Fragen gab der Beschuldigte an, die Antworten seien zu privat.
Stumm auf der verglasten Anklagebank sitzend, schaut auch der mutmaßliche Täter am Dienstagvormittag sich selbst im Video bei der Aussage zu. Seine Verteidigerin hatte gesagt, ihr Mandant wolle vorerst nicht aussagen. Er habe die Taten bereits mehrfach gestanden. **Später in der Aufzeichnung berichtet der Beschuldigte, er sei in Lüttich in den Zug eingestiegen. Sein eigentliches Ziel wäre erst mal Dänemark auf dem Weg nach Oslo, Norwegen gewesen. Der Angeklagte hatte zwei Tage zuvor in Belgien eine Frau umgebracht.**
Beim Umsteigen auf dem Weg nach Berlin, erzählt der Angeklagte, habe er schon an einem Bahnhof zwischen 4 und 5 Uhr am Morgen des 6. April versucht, jemanden zu finden. Er habe das letzte Mal am vorherigen Tag um 12 Uhr gegessen. „Als ich ausgestiegen bin, hatte ich Hunger", sagt er,„ich wollte jemandem Geld wegnehmen, ihn töten." Er habe allerdings auf den Straßen niemanden gefunden, obwohl „jeder" infrage käme. Um im Zug nach Geld oder Essen zu fragen, sei er zu stolz gewesen.
Die vernehmenden Beamten unterstellten im Video dem mutmaßlichen Täter, dass er „einen Kick" durch das Töten bekomme. Schließlich hatte er erklärt, die neuen Schuhe, die er bei seiner Festnahme in Flensburg trug, in einem Lidl geklaut zu haben. Weshalb habe er nicht bei Lidl auch Bananen oder sonstige Lebensmittel geklaut, fragt ein Beamter, statt einen Menschen zu töten? Der Angeklagte sagt: „Wenn man etwas haben will, dann muss man töten."
Die Kinder des Taxifahrers und seine Schwester sind im Prozess Nebenkläger. Einer ihrer Anwälte sagt am Rande der Verhandlung: „Diese Tat macht aus, dass sie wie aus dem Nichts aus absolutem Zufall geschehen ist, da stellen sich viele Fragen." Das Gericht erteilte nach Verlesung der Anklage den rechtlichen Hinweis, dass auch die Unterbringung des Angeklagten in einem psychiatrischen Krankenhaus in Betracht komme.
Die Frau in Belgien und der Berliner Taxifahrer sind mit demselben Messer ermordet worden. Dieses, erzählt der Beschuldigte, habe er in seiner Jackentasche bereitgehalten, als der Taxifahrer ihn zur Brahmstraße in Berlin-Grunewald brachte. Den Ort hatte er schon im Zug auf der Karte aufgrund der großen Grünfläche herausgesucht. Die beiden hätten auf Englisch kommuniziert. Im Video sagt er: „Ich warte darauf, dass er anhält, um ihn zu töten." Dann erzählt er von den grausamen Details des Mordes.
Den Weg in die Gewalt habe er in Belgien gefunden, zumindest behauptet er das. Dort habe der 24-Jährige lang Kokain verkauft, dazu sagte er: „Dieser Weg ist umgeben von Mördern." Für ihn folge daraus, dass Töten eben „eine gute Sache" sei. Er habe diesen Weg gewählt, bis er sterbe. Auf die Frage, ob er weiterhin töten würde, sagt er: „Jetzt bin ich ja im Gefängnis, ich glaube, ich werde es aussetzen."
Erst gegen Ende des Videos beschreibt er den Moment, als der Taxifahrer das Auto verlassen hatte und er allein im Auto war. Er fand nur zehn Euro vor. Zu der Frage, ob er damit zufrieden gewesen sei, sagte er: „Es hat gereicht, um

meinen Bauch vollzumachen und weiterzufahren.“ Mit dem Geld habe er sich Chips und Capri-Sonne gekauft. Am 5. September geht es weiter in dem Prozess, das Urteil ist für den 29. September angesetzt.

https://journalistenwatch.com/2023/08/31/marrokaner-schlaegt-30-jaehrigen-blind-nachdem-er-einer-jungen-frau-zur-hilfe-gekommen-ist/

Marrokaner schlägt 30 Jährigen blind, nachdem er einer jungen Frau zur Hilfe gekommen ist

Lasst uns Vielfalt feiern! Natürlich kommt es im ganzen Westen hin und wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in Kneipen, Pubs und Bars. In diesem Fall hatte der muslimische Migrant jedoch einem Mädchen im Nachtclub Drogen zugesetzt und reagierte dann mit extremer Gewalt, als er erwischt wurde. Obwohl keines dieser Verhaltensweisen einen ausschließlichen Bezug zu irgendetwas Islamischem hat, ist Aissam D. aus einem kulturellen Milieu nach Deutschland gekommen, in dem Frauen, insbesondere nicht-muslimische Frauen, abgewertet werden und Gewalt unter bestimmten Umständen als eine von Gott gesegnete Reaktion angesehen wird. Das bedeutet, dass solche Vorfälle in naher Zukunft in Deutschland und ganz Europa häufiger auftreten werden.

Ein Muslimischer Migrant hat einem Mann, der ein Mädchen beschützen will, ein Glas ins Gesicht gerammt und den Helfer blind gemacht.

Tony B. ist eines der unzähligen Opfer von deutschen Politikern, die eine unkontrollierte Massenmigration von Menschen aus zivillosen und islamischen Kulturen ermöglichen und fördern. Weil er in einer München Bar ein Mädchen vor einem Faeser-Gast beschützen wollte, rammte er ihm ein Glas ins Gesicht. Jetzt ist der junge Mann auf dem linken Auge blind, das andere sieht kaum noch. Die Nacht des 30. April im Münchner Nachtclub Milchbar wird der 30-Jährige nie vergessen. Wie es dazu kam, dass sein „Babygesicht“ – von seinen Freunden wegen seiner weichen Gesichtszüge so genannt – nun von Narben übersät ist, warum er auf einem Auge völlig das Augenlicht verloren hat und auf dem anderen kaum noch sieht, warum er darunter leidet und Panikattacken bekommt, berichtet Tony B. folgendermaßen: „Meine Freundesgruppe, die dort war, hat

mir erzählt, dass ich den Kerl dabei erwischt habe, wie er einer jungen Frau Tropfen ins Glas gegeben hat, und ich ihn daraufhin zur Rede gestellt habe, dann stritten wir verbal."
Laut Videoaufnahme war Tony B. in ein Gespräch verwickelt, während der Täter ein Glas auf den Mann richtete und Ihm mit voller Wucht ins Gesicht schlug. Tony B. brach zusammen und lag in einer riesigen Blutlache, bis die Rettungskräfte eintrafen.
Bei dem Angriff durchbohrten mehrere Glasscheiben seine Augen. Tränensäcke und das rechte Augenlid waren durchtrennt. Die Ärzte im Krankenhaus „Rechts der Isar" mussten stundenlang die Scherben entfernen. Anschließend versetzten sie den Patienten in ein künstliches Koma.

Seitdem erlebt er den nicht enden wollenden Albtraum von Arztbesuchen, Entschädigungsverhandlungen und Blindheit. Dem jungen Mann geht es derzeit sehr schlecht. Seine einzige Hoffnung: dass das rechte Auge wieder sehen kann – eine rettende Operation im September, steht bevor. In Menschenmengen litt er seit dem Anschlag unter massiven Panikattacken.

Angeklagt ist der 41-jährige Marokkaner Aissam D. Die Münchner Polizei ermittelt nicht nur gegen die Gewalteinwirkung, sondern auch gegen Tony wegen Körperverletzung; er soll dem Marokkaner einen Kopfstoß verpasst haben. Für die Menschen in seinem Umfeld sind das Vorwürfe, die sie nicht nachvollziehen können.
Der Schrecken für B. besteht jedoch nicht nur darin, dass er lebenslang entstellt sein wird, fast sein Augenlicht verloren hat und unter Panikattacken leidet. Der Rechtsstreit um Schmerzensgeld steht erst am Anfang. Tony: „Wir waren offen dafür, ein Angebot zur Schmerzensgeldzahlung anzunehmen und damit zu akzeptieren, dass der Täter eine mildernde Prämie für die Verurteilung erhält." Nur noch perverser: Aissam D. und seine Anwälte boten B. 10.000 Euro als Entschädigung an. „Laut Entschädigungstabelle stehen mir für ein verletztes Auge 25.000 Euro zu, für ein blindes deutlich mehr. Da sind die massiven Narben in meinem Gesicht und das Koma, die gebrochene Schulter, das Trauma usw." Zudem wird er voraussichtlich sein Leben lang nicht mehr arbeiten können.
„Ich bin schockiert über dieses ‚Angebot' und empfinde es ehrlich gesagt eher als Beleidigung", sagt B., der durch die Veröffentlichung seinen Druck auf den Angreifer erhöhen und auf sein Schicksal aufmerksam machen möchte.

Wann erkennen unsere Bürger endlich die Gefahr, die von menschen ausgeht, die aus gewalttätigen Kulturen kommen, wo nur das Faustrecht und das Auge um Auge, gilt?

https://unser-mitteleuropa.com/hessen-17-millionen-euro-fuer-freiwillige-rueckkehr-an-migranten-bezahlt-viele-gleich-wieder-da/

Hessen: 1,7 Millionen Euro für freiwillige Rückkehr an Migranten bezahlt – viele gleich wieder da

01. 09. 2023

KROKO | Das alte Box-Gesetz „They never come back" traf nicht auf jeden entthronten Camp in dieser Sportart zu. Der erste, der diese Regel brach, war der Schwegewichtsboxer Floyd Patterson, der das berühmt-berüchtigte ungeschriebene Gesetz widerlegte. Bei unseren illegalen Einwanderern, die nach erfolgter Abschiebung oder freiwilliger Ausreise plötzlich wieder hier ihr „Comeback" feiern, geht die Zahl der Zurückgekommenen allerdings in die Hunderte, wenn nicht sogar in die die Tausende.

1,7 Millionen für freiwillige Rückkehr

Aus einer Antwort des Innenministeriums auf Anfrage der AfD geht hervor, dass von 1019 bis 2022 aufgrund einer vom Land Hessen gezahlten Unterstützung 1775 Migranten freiwillig in ihr Heimatland zurückgekehrt sind. Die von Hessen gezahlte Summe gibt das Ministerium für den Zeitraum mit rund 1,7 Millionen Euro an. Haupt-Ausreiseland: Irak mit 275 Menschen in den Jahren 2019 bis 2022. Dahinter: Albanien mit 202 und der Iran mit 171 Menschen, berichtet bild.de.

Die Geldvernichtung nennt „REAG/GARP-Programm" von Bund und Ländern. Voller Name: „Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany/Government Assisted Repatriation Programme" (deutsch: „Reintegrations- und Emigrations-Programm für Asylsuchende in Deutschland/Regierungsunterstütztes Rückführungs-Programm"). Man darf getrost davon ausgehen, dass die Bearbeitung dieser Fälle mit Sicherheit auch noch eine Batzen Geld verschlingt.

Ausreise mit Bumerang-Effekt

Wer nun glaubt, dass der Fall damit erledigt ist, täuscht sich gewaltig. Denn von den 152 der 1775 Personen, die das „Ausreisegeld kassierten, sind offiziell 152 schon wieder, oder noch immer hier. Das sind somit beinahe 10 Prozent – von der Dunkelziffer wollen wir gar nicht erst reden. Denn, dass ein Gutteil der Herrschaften dann erneut einen Asylantrag mit einer anderen Identität stellt, liegt wohl auf der Hand. Eine Win-win-Situation für Asylbetrüger und Gutmenschen, die bekanntlich von derartigen Elementen nicht genug bekommen können.

Aber es gibt auch Positives darüber zu berichten. Ganze sechs (!) Personen kamen der Rückzahlungsforderung nach und hätten bis Ende Juni das Geld erstattet. Und da soll bloß wer sagen, es sind alles Betrüger, die da so illegal hereinkommen.

https://ansage.org/wirbel-in-italien-die-nigeria-mafia-kann-unmoeglich-boese-sein/

WIRBEL IN ITALIEN: DIE NIGERIA-MAFIA KANN UNMÖGLICH BÖSE SEIN!

Von
Jürgen Stark
-
8. September 2023

Unlängst zeigte mir ein jüngerer Freund und Kollege einen schockierenden Video-Clip aus einem afrikanischen Land. Da war eine sandige Strasse am Rande eines Marktes zu sehen, auf der eine Gruppe von „*Persons of Colour*“ einen Mann zusammenschlug, ihm einen Autoreifen um den Hals legte, mit einer brennbaren Flüssigkeit übergoss und anzündete. Trotz gellender Schreie gingen die Passanten acht- und wortlos vorbei. Kaum eine Reaktion. Dann der grausame Höhepunkt: Als das traurige Opfer schon regelrecht verkohlt zu sehen war, nahm einer der Täter ein Messer, schnitt vom Opfer ein Stück Fleisch vom Körper – und aß dieses genüsslich. Auch das ist Afrika today.

Es gibt wohl inzwischen hunderte solcher Schock-Videos im Netz auf bestimmten Folter-Kanälen, wo sich die Bestie Mensch in aller ihren Abgründen und ihrer Abartigkeit bestaunen lässt. Dabei finden sich immer wieder Beispiele von schier brutalstem Sadismus vom afrikanischen Kontinent; Bilder, die Zustände zeigen, die wir als jenseits vor jeglicher Zivilisation verorten würden.

Der Entwicklungshilfe-Skandal um den Massenmörder und „König“ von Uganda, Idi Amin, wurde auf den Seiten des entsprechenden Ministeriums inzwischen gelöscht. Dieser Mann vertilgte seine Feinde auf. Er bekannte sich offen zum Menschenfressen, das selbstverständlich auf dem afrikanischen Kontinent eine sehr lange Tradition hat. Kannibalismus ist dort eine Tatsache. Punkt.

Wenn es die “Deutsche Welle” sagt, ist es etwas anderes, als wenn es Meloni sagt

Die “Deutsche Welle” (DW) ist ein deutscher TV-Sender, der sich selbst als „*internationale Informationsanbieterin und unabhängiges Medienunternehmen*“ beschreibt. In 32 Sprachen wird hier ausgestrahlt, vernetzt, teils dialogisch telemedial kommuniziert. Der Sender gilt als seriös und gut informiert, vor allem seine Reportagen sind überall in Europa gern gesehen. **Wenn also dieser Sender eine 23-jährige Juliet aus Nigeria porträtiert und erzählen lässt, dann ist das verdammt authentisch. Wie viele andere junge Frauen hoffte diese auf ein besseres Leben in Europa. Was folgte, war eine Odyssee durch die Sahara und übers Mittelmeer und schließlich ein Aufgreifen durch Kriminelle. Als sie Europa erreichte, begann der Horror**

erst so richtig: Sie geriet in die Fänge der nigerianischen Mafia, welche sich nicht nur in Italien, sondern vor allem auch in Deutschland (!) dank der aktiven Beihilfe der Seenotschlepper mächtig ausbreitet und inzwischen insbesondere auch in der hiesigen Unterwelt gefürchtet ist. Juliet wurde brutal gezwungen, als Prostituierte zu arbeiten. Den DW-Reportern erzählte ein gewisser „David" – der früher selbst zu der organisierten afrikanischen Kriminalität gehörte, dann ausstieg und heute im Untergrund lebt – Interna aus einer der brutalsten mafiösen Verbindungen der Welt von heute. In dem Beitrag heißt es auch: *„Experten zufolge ist die nigerianische Mafia eine kriminelle Organisation, die schnell wächst. Oft macht sie die Drecksarbeit für die italienischen Mafiaclans, die sich nur allzu gerne in den Hintergrund zurückziehen. So auch in dem idyllisch gelegenen Städtchen Castel Volturno an der Mittelmeerküste."* Die *„Nigerianische Axt"*, wie der üble Clan auch weltweit genannt wird, ist Realität. Und dass diese afrikanischen Banden zu den gefährlichsten globalen kriminellen Untergrundrundorganisationen gehören, ebenfalls. Das ist Punkt zwei.

Kannibalismus-Wahrheiten: Rassismus!

Nun zu Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni: Zuerst wurde der kleine Aufreger aus dem tiefen Süden bei uns verschwiegen. Der Inhalt war brisant. Dann aber ließ sich für die politisch korrekte Einfältigkeitspresse das Erscheinen von zwei Büchern in Italien zu den genannten Themen – Kannibalismus und den Erscheinungsformen der nigerianischen Mafia – doch noch nutzen, um sämtliche -Ismus-Keulen herauszuholen und um damit auf die von Linken ungeliebte Meloni einzudreschen. Dabei verhaspelte sich die ökologisch reine deutsche „Qualitätspresse" erheblich – und schoss mal wieder hundert Eigentore. **Es ging um Bücher. Das erste Buch lieferte in den Sommerferien laue Schlagzeilen: Der hochdekorierte Armee-General Roberto Vannacci hatte in seiner Schrift *„Il mondo al contrario"* als 55-jähriger Ex-Fallschirmjäger mit der *„verkehrten Welt"* – so der Buchtitel – abgerechnet: Mit der *„Schwulen-Lobby"*, den radikalen Feministinnen und kriminellen "Migrant*innen" ging er hat ins Gericht.**

Statt Italien dankbar zu sein, so Vannacci, würden letztere mit Drogen handeln und vergewaltigen. *„Ich beanspruche für mich das Recht, meinen Hass und meine Geringschätzung öffentlich ausdrücken zu dürfen"*, schreibt der ultrarechte General. Vannaccis oberster Vorgesetzter, Verteidigungsminister Guido Crosetto, fackelte nicht lange und bezeichnete das Buch als *„persönliche Wahnvorstellungen eines Generals"*, die das Heer, die Landesverteidigung und die Verfassung in Misskredit brächten. Prompt wurde Vannacci von seinem Posten als Chef des Instituts für Militärkarten abgesetzt. Hier wurde es kurios: Denn Crosetto wiederum ist Mitbegründer der von Giorgia Meloni angeführten Partei *„Fratelli d'Italia"* und politischer Vertrauter der Regierungschefin. Sein striktes Vorgehen gegen Vannacci mit den Methoden der eigentlich

von Linken praktizieren Cancel-Culture verwundert allerdings insofern nicht weiter, als sich auch Meloni selbst, ganz im Widerspruch zu ihren Wahlkampfankündigungen, zu einer regelrechten Migrationsbefürworterin verwandelte und inzwischen eher linksglobalistische Politik betreibt.

Nicht sein kann, was nicht sein darf…

Dank Crosettos Intervention schien die Sache durch zu sein. Doch dann entdeckten die Medien noch ein zweites Buch mit dem Titel „*Mafia Nigeriana*" aus dem Jahre 2019, Co-Autorin: Giorgia Meloni – zusammen mit dem Publizisten, Impfgegner und Psychiater Alessandro Meluzzi. Der Inhalt: Meloni und Meluzzi sprachen in der literarischen Formulierung ihrer Abneigung gegen kriminelle Clans und Vergewaltigerhorden unter anderem von „*90 bis 100 Kilo schweren, riesigen Nigerianern, die unsere Sicherheitskräfte angreifen*". Diese seien alle „*durchtrainiert und potenzielle Mörder*" und würden von italienischen Richtern "*nach ihrer Verhaftung immer gleich wieder auf freien Fuß gesetzt.*" Es gibt in der Tat eine Menge „*People of Colour*", die auch als Preisboxer arbeiten könnten, und in allen Banden des organisierten Untergrunds ist körperliche Fitness ein Überlebensprogramm. Gehen Sie mal in Berlin-Neukölln in ein Fitnessstudio; dort können sie an gut besuchten Tagen gemeinsam mit rund 1.000 Jahren ausgeurteilten Haftstrafen trainieren.

Für die organisierte mediale Empörung war damit gesorgt; es hagelte – auch bei uns – Verrisse wie „*abstruseste Passagen*" oder "*rassistische Verschwörungstheorie*". Dass die Autorin tatsächlich nur die Wahrheit sagte, das ging vor allem den deutschen Merkel- und nun Ampel-Medien entschieden zu weit. **Sie unterstellen Meloni und Meluzzi nun, der „*Nigeria-Mafia*" Kannibalismus vorzuwerfen. Das wäre in etwa so, als würde man einer Currywust den Curry vorwerfen. So heißt es dann kopfschüttelnd etwa: „*Im Visier des Autoren-Duos ist insbesondere die Ethnie der Yoruba, auf deren Wochenmärkten Menschenfleisch verkauft werde, wobei die 'Kadaver der Weißen' besonders nachgefragt würden. Und: Die nigerianische Mafia habe nicht nur den Drogenhandel Italiens unter Kontrolle, sondern auch den Handel mit Organen: Dieser erfolge entlang der Autostrada del Sole, die Nord- mit Süditalien verbindet.*" Es darf eben nicht sein, was ist – obwohl Letzteres sogar bei bei jedem deutschen Dorfbullen Allgemeinwissen ist. Und die gefährliche Mafia aus Nigeria? Sie ist auch in Deutschland "*here to stay*"! Und dank Faeser darf und wird sie auch zu bleiben. Übrigens: Auch ein wenig googeln könnte hilfreich sein… Denn auch Organhandel ist Fakt. Das wäre dann Punkt drei.**

Bald auch bei uns? In Belgien brennen Schulen wegen Sexualerziehungs-Programm
Wegen des übergriffigen Sexualerziehungs-Programms brennt bereits die sechste Schule in Belgien. Der "Protest" kommt maßgeblich aus der muslimischen Parallelgesellschaft Belgiens und dürfte die Islamverliebten Wookys in eine Zwickmühle bringen.
Bekopftuchte Muslimas beklagen seit geraumer Zeit laut und vernehmlich das belgische Sexualkunde-Programm "Evras" und fordern in Demonstrationen im Wallonien, eine der drei Regionen des Königreichs Belgiens: "Keine Sexualität vor der Pubertät". Bei dem Programm handelt es sich um einen obligatorischen vierstündigen Unterricht für Schüler im Alter von 11 bis 12 und 15 bis 16 Jahren, der ihnen helfen soll, ihr Beziehungs- und Sexualleben zu entwickeln. Das Programm gibt es laut dem Spiegel schon seit Jahren und ist für alle Altersgruppen verfügbar, war aber bisher nicht verpflichtend. In diesem Jahr aber müssen rund 100.000 Schüler in der Föderation Wallonien-Brüssel an den beiden Schulungen teilnehmen. Also auch die muslimischen Schüler. Mehrere muslimische Vereinigungen haben das Programm in einer gemeinsamen Erklärung verurteilt und behaupten, dass es die "Hypersexualisierung" von Kindern fördert.
Dass das Programm auf keinerlei Gegenliebe trifft, zeigt sich unter anderem daran, dass dort in Folgen nun bereits die sechste Schule in Flammen aufgegangen ist. Nach Angaben der Behörden wurden in einigen der Schulen Protestschilder gegen das sogenannte Evras-Programm entdeckt. Lokalen Medien zufolge wurden zwei weitere Schulen in der Stadt Lüttich, ebenfalls in Wallonien, verwüstet.
Belgiens linksliberaler Premierminister Alexander De Croo spult die üblichen Worthülsen ab und brabbelt nach dem letzten Brandanschlag: "In einer Demokratie wie der unseren werden wir niemals zulassen, dass unsere Schulen zur Zielscheibe werden. Wir leben in einem Land der Toleranz, und Toleranz bedeutet, dass wir eine Debatte führen und unterschiedliche Standpunkte vertreten können, aber das darf niemals zu Gewalt führen, insbesondere nicht an Orten, die von unseren Kindern besucht werden."
Eigentlich nur noch eine Frage der Zeit, bis sich der Clash of Culture auch an deutschen Schulen offenbart. Das dekadente woke Volk hierzulande dürfte dann jedoch in seiner irren Zwickmühle zwischen Islamverliebtheit und Gendermainstreaming feststecken.
(SB)

https://www.gmx.net/magazine/panorama/26-beamte-stuttgart-verletzt-integrationsbeauftragter-meldet-wort-38639796
26 Beamte in Stuttgart verletzt - Integrationsbeauftragter meldet sich zu Wort
Aktualisiert am 17.09.2023, 11:29 Uhr
© dpa
Verletzte Beamte und Videos mit brutalen Szenen: Das ist die traurige Bilanz der Ausschreitungen am Stuttgarter Römerkastell am Rande eines Eritrea-Treffens. Nach massiven Ausschreitungen am Rande eines Eritrea-Treffens in Stuttgart will die Stadt zeitnah mit den betroffenen Gruppierungen Kontakt aufnehmen. "Wir werden nächste Woche sofort mit den in Stuttgart ansässigen Vereinen das Gespräch suchen", teilte der städtische Integrationsbeauftragte Gari Pavkovic am späten Samstagabend mit.
"Unsere Linie in den regelmäßigen Gesprächen mit den verschiedenen Migrantenorganisationen ist, dass wir in Stuttgart keine Auseinandersetzungen und Ausschreitungen zu den Konflikten in den Herkunftsländern dulden."
In Stuttgart war es am Samstagnachmittag am Rande einer Eritrea-Veranstaltung zu heftigen Ausschreitungen gekommen. Bis zu 200 Personen hätten Polizisten mit Steinen, Flaschen und Holzlatten angegriffen, teilte ein

Polizeisprecher mit. 26 Beamte seien verletzt worden, sechs davon seien im Krankenhaus behandelt worden, hieß es in einer Mitteilung aus der Nacht auf Sonntag.

Polizei kesselte 200 Personen in Stuttgart ein

Die Polizei kesselte am Abend 200 Personen ein, um ihre Personalien aufzunehmen und Platzverweise auszusprechen. Sie würden alle des schweren Landfriedensbruchs beschuldigt, sagte ein Sprecher am Abend. Kurz vor Mitternacht waren immer noch Personen eingekesselt. In der Nacht teilte die Polizei mit, dass der Einsatz beendet und sich die Gruppen aufgelöst hätten. Festgenommen wurde nach Angaben eines Sprechers niemand.

Auslöser war nach Polizeiangaben eine Veranstaltung des Verbands eritreischer Vereine in Stuttgart und Umgebung. Die Vereine sympathisierten mit der Regierung in Eritrea, sagte der Polizeisprecher. Oppositionelle und Regimegegner hätten sich versammelt und seien am Stuttgarter Römerkastell auf die Beamten und Teilnehmer des Treffens losgegangen. Die Polizei wehrte sich mit Schlagstöcken und Pfefferspray gegen die Angreifer. Kräfte wurden aus umliegenden Polizeipräsidien und der Bundespolizei beordert. Auch mit dem Hubschrauber wurden Polizisten eingeflogen.

Von welcher der beiden Gruppen wie viel Gewalt ausging, war zunächst unklar. Wer den ersten Stein geworfen hat, müsse noch ermittelt werden, aber der Anziehungspunkt sei die Veranstaltung gewesen, sagte der Sprecher. Die Polizei will am Sonntag (12.00 Uhr) vor Ort Presse-Statements abgeben.

Keine Gründe für Verbot des Eritrea-Treffens

Für das Eritrea-Treffen gab es nach Ansicht der Stadt keine Gründe für ein Verbot. "Versammlungen im geschlossenen Raum sind nicht anmeldepflichtig", teilte die Landeshauptstadt am Samstagabend mit. "Es lagen keine Gründe für ein Verbot der heutigen Eritrea-Veranstaltung vor." Die Stadt Stuttgart werde Konsequenzen aus den Ermittlungsergebnissen der Staatsanwaltschaft ziehen.

Im Juli war es bereits in der hessischen Stadt Gießen zu Ausschreitungen bei einem Eritrea-Festival gekommen. Mindestens 26 Polizisten wurden verletzt, als Gegner der Veranstaltung Sicherheitskräfte mit Stein- und Flaschenwürfen attackierten und Rauchbomben zündeten. Die Beamten hatten unter anderem Schlagstöcke gegen sie eingesetzt. Die Organisatoren des Events in Gießen standen der umstrittenen Führung des ostafrikanischen Landes nahe. In Stockholm kam es im August bei einem Eritrea-Festival zu gewalttätigen Ausschreitungen mit mehr als 50 Verletzten. (dpa/vit)

Korrektur: In einer früheren Version dieses Artikels wurde berichtet, dass es Festnahmen gegeben habe. Richtig ist, dass es laut Polizeisprecher keine Festnahmen gegeben hat (Stand: 17. September 2023, 4 Uhr).

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/brutaler-angriff-auf-wiesn-besucher-mann-39-auf-hacker-pschorr-stra%C3%9Fe-schwer-verletzt/ar-AA1gSUDz?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=8083b40b8c724e00b99625c0ad0ff254&ei=12

Brutaler Angriff auf Wiesn-Besucher: Mann (39) auf Hacker-Pschorr-Straße schwer verletzt

Artikel von Elisa Buhrke
© IMAGO/Alexander Pohl
Ein 39-jähriger Wiesn-Besucher wird durch einen unvermittelten Schlag schwer verletzt. Die Polizei ermittelt und sucht nach sechs Tatverdächtigen.

München - Ein Abend auf dem Oktoberfest endete für einen 39-jährigen Münchner mit einem Krankenhausaufenthalt. Der Mann wurde am Sonntag, 17. September, gegen 21 Uhr in der Matthias-Pschorr-Straße durch einen plötzlichen Schlag zu Boden gestreckt. Die Täter sind bislang unbekannt, teilte das Polizeipräsidium München am Montag mit. Durch den Sturz erlitt der Wiesn-Besucher schwere Verletzungen und musste stationär im Krankenhaus behandelt werden.

Mann nach Wiesn-Besuch brutal zusammengeschlagen – Polizei sucht Täter
Der Verletzte konnte keine genauen Angaben zum Tathergang oder zu den Tatverdächtigen machen. **Aufgrund von Videomaterial einer Sicherheitskamera des Festgeländes konnte das Fachkommissariats 24 Hinweise auf sechs männliche Tatverdächtige ausmachen. Alle Männer sind etwa 1,80 Meter groß, rund 20 Jahre alt, von kräftiger Statur und südländischem Aussehen. Die Tatverdächtigen beschreibt die Polizei wie folgt:**
Mann in München schwer verletzt: Bitte um Hinweise
Die Polizei bittet um Mithilfe: Wer hat am besagten Abend im Bereich des Fahrgeschäfts „Rio Rapidos" in der Matthias-Pschorr-Straße Beobachtungen gemacht, die mit dem Vorfall in Verbindung stehen könnten? Zeugen und Personen, die sachdienliche Hinweise geben können, werden gebeten, sich beim Polizeipräsidium München, Kommissariat 24, unter der Telefonnummer 089/2910-0 oder bei jeder anderen Polizeidienststelle zu melden.
Dieser Artikel wurde mithilfe maschineller Unterstützung bearbeitet und vor der Veröffentlichung von der Redakteurin Elisa Buhrke sorgfältig geprüft.
tz.de/muenchen.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/lesbisches-paar-von-jugendlichen-zusammengeschlagen/ar-AA1gWRNh?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=3f13f198516e4ba282290e2ad37d97c8&ei=12
Lesbisches Paar von Jugendlichen zusammengeschlagen
Zwei 27 und 39 Jahre alte Frauen liefen am Montagabend Hand in Hand durch eine Straße in Berlin-Neukölln. Sie wurden von einer Gruppe Jugendlicher angepöbelt, ein Jugendlicher schlug auf eine Frau ein. Der Staatsschutz ermittelt.
Ein vermutlich lesbisches Paar ist in Berlin-Neukölln von Jugendlichen angepöbelt, angegriffen und zusammengeschlagen worden. Die beiden Frauen im Alter von 39 und 27 Jahren wurden dabei am Montagabend schwer verletzt und in ein Krankenhaus eingeliefert, wie die Polizei am Dienstag mitteilte. Der Staatsschutz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung mit homosexuellenfeindlichem Hintergrund.
Die beiden Frauen gingen demnach gegen 21 Uhr Hand in Hand durch die Ederstraße nahe der Sonnenallee, als ihnen die Gruppe von fünf bis

sechs Jugendlichen entgegenkam und sie angepöbelt haben soll. Es kam zum Streit, dann schlug einer der Jugendlichen der 39-Jährigen mit der Faust ins Gesicht.
Sie stürzte und erlitt Knochenbrüche im Gesicht. Die 27-Jährige folgte dem Angreifer und wurde ebenfalls mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen, bis sie auf den Boden stürzte. Sie erlitt Verletzungen am Kopf und Oberkörper. Die Jugendlichen flohen.

https://www.pi-news.net/2023/09/fallbeispiel-agrippabad-koeln-migrantenanteil-am-sexuellen-missbrauch/

Fallbeispiel Agrippabad Köln: Migrantenanteil am sexuellen Missbrauch

18. September 2023

Beim Schwimmen im Außenbecken des Kölner Agrippabads ist ein 13-jähriges Mädchen von Irakern, Syrern und Türken sexuell missbraucht worden.
Gerne wird von der (etablierten) Politik das Narrativ gepflegt, Ausländer seien nicht krimineller als einheimische Deutsche. Dasselbe verbreiten die Medien und zum Teil auch die Polizei. Dass insbesondere die Verteilung von Gewalt- und Sexualdelikten ein anderes Bild ergibt, wird dabei unter den Teppich gekehrt.
An folgendem Beispiel aus Köln lässt sich die „Verteilung" von sexuellem Missbrauch gut studieren. Ausnahmsweise nennt die Presse, hier Der Westen, einmal nicht nur das Alter, sondern auch die Herkunft der Täter. Die Widerlinge, acht an der Zahl, umringten im Kölner Agrippa-Bad in Köln eine 13-Jährige, um ihren Spaß an ihr zu haben:
Ein 13-jähriges Mädchen musste am Sonntag im Agrippabad furchtbare Taten über sich ergehen lassen. Laut der Polizei Köln haben acht junge Männer die Teenagerin in dem Schwimmbad bedrängt und im Außenbecken der Einrichtung sexuell missbraucht.
Die Tatverdächtigen, die zwischen 16 und 26 Jahren alt sein sollen, sollen die 13-Jährige demnach am Sonntagabend in dem Becken zuerst umringt und dann hoch geworfen haben. Beim Untertauchen soll ein 16-Jähriger aus der Männergruppe dem Mädchen in die Bikinihose gegriffen haben.
Dem Mädchen gelang es, sich aus der Einkreisung zu befreien, der Bademeister verständigte die Polizei. Diese konnte die Tatverdächtigen festnehmen, hier zuerst einmal das Alter:
Nach bisherigen Erkenntnissen der Polizei Köln sind drei der Tatverdächtigen 16 Jahre alt, drei sind 21 Jahre alt und jeweils ein Mann ist 22 Jahre und 26 Jahre alt. Zusammen gegen ein Mädchen, das allein ist, der Abschaum kommt aus diesen Ländern:
– Der Tatverdächtige, der dem Mädchen in die Bikinihose gegriffen haben soll, ist 16 Jahre alt und ein in Köln lebender Iraker.
– vier Tatverdächtige haben die syrische Staatsbürgerschaft und
– drei der Männer die türkische.
Deutsche sind in diesem Falle von perverser Frauen- und Mädchenverachtung nicht dabei. Würde die These stimmen, dass Ausländer entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Altersklasse an

(Sexual-)Delikten beteiligt sind, so würde unsere jugendliche Bevölkerung aus 50 Prozent Syrern, aus 12,5 Prozent Irakern und aus 37,5 Prozent Türken bestehen.
Warum haben keine Deutschen mitgemacht, ähnlich wie in der Silvesternacht 2015, in der ein ähnliches Klientel allein auffällig wurde, so wie hier?
An der Sprache kann es nicht liegen. Während sich die Araber vermutlich in ihrer Sprache verständigen konnten, war dies mit den beteiligten Türken wohl eher nicht der Fall. Man wird sich in Deutsch ausgetauscht und amüsiert haben. Was verband sie dann, neben der Sprache? Es ist eine ähnliche Sozialisation und eine ähnliche Grundlage dieser Sozialisation, die im Glauben der Menschen liegt. Ausnahmsweise erlauben wir uns hier einmal, „das Wort" nicht zu nennen, es liegt auf der Hand.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/nach-gruppenvergewaltigung-in-berlin-tatverd%C3%A4chtige-sind-abgelehnte-asylbewerber/ar-AA1h34WW?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=8a88d629accb4dd59ffd556cd93167ca&ei=28

Nach Gruppenvergewaltigung in Berlin: Tatverdächtige sind abgelehnte Asylbewerber

Artikel von Denis Zielke

Berlin - **Nach einer Gruppenvergewaltigung im berüchtigten Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen drei Männer erhoben. Nun kommen neue, schockierende Details ans Licht.**
Wie die "Neue Zürcher Zeitung (NZZ)" unter Berufung auf den Schriftsatz berichtet, handelt es sich bei den drei mutmaßlichen Tätern um Asylbewerber, deren Antrag schon vor Jahren abgelehnt wurde. Demnach hätten sie vom Aufenthaltsstatus nicht mehr in Deutschland sein dürfen und längst ausreisen müssen.
Den Afrikanern, die zur Dealerszene in dem Kriminalitätshotspot gezählt werden, wird gemeinschaftliche Vergewaltigung, gefährliche Körperverletzung und schwerer Raub vorgeworfen.
Das war passiert: In der Nacht zum 21. Juni waren eine 28-jährige Frau und ihr Mann (27) im Görlitzer Park. Dort wollten sie dem Bericht nach Marihuana kaufen. Zuvor sollen sie ein Schmerzmittel geschluckt haben.
Die damals 27-Jährige habe zudem Ecstasy genommen. Gegen vier Uhr morgens sei ihnen dann Kokain angeboten worden. Nach dem Konsum auf einer Parkbank sei das Paar aus Georgien zu einer abgelegenen Ecke im Görlitzer Park gegangen, wo es intim wurde.

Plötzlich umzingelten fünf Männer die Eheleute. Einige hielten den Mann fest, schlugen zudem auf ihn ein und entrissen ihm eine Bauchtasche mit 1200 Euro. Währenddessen vergewaltigen Mittäter die heute 28 Jahre alte Frau.

Vergewaltigung im Görlitzer Park: Beschuldigte sind polizeilich bekannt

Zwar konnte das Ehepaar die mutmaßlichen Täter nicht identifizieren, aber es wurden laut "NZZ" Spermaspuren der drei beschuldigten Männern an der 28-Jährigen gefunden. Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft ist daher erwiesen, dass sie sexuelle Handlungen an der Frau vornahmen.

Bei den Angeschuldigten handelt es sich um Osman B. (21) aus Somalia, Boubacar B. (etwa 22) aus Guinea mit vier Alias-Identitäten und Mountaga D. (22), ebenfalls aus Guinea. Sie sind alle polizeilich bekannt und aktenkundig. Die Männer sitzen derzeit in U-Haft.

Die Polizei hatte lange Zeit über den Vorfall nichts vermeldet - aus "ermittlungstechnischen Gründen", wie es hieß. Im Anschluss entzündete sich erneut eine hitzige Debatte um den Görlitzer Park.

Der Berliner Senat fordert nun eine nächtliche Schließung des Geländes.

https://www.pi-news.net/2023/09/nuernberg-anlauf-dann-sprung-gegen-kopf-des-opfers/

Nürnberg: Anlauf, dann Sprung gegen Kopf des Opfers

Von
PI
-
25. September 2023

Deutsche junge Männer treten nur selten in Gruppen in der Öffentlichkeit auf. Zum einen, weil es nicht unseren Lebensgewohnheiten entspricht, zum anderen, weil wir gefühlt schon in der Minderheit sind. Es gibt einfach nicht mehr so viele junge – deutsche – Männer.

Bei den eingeschwemmten Ethnien sieht das diametral anders aus. Wenn dazu noch ein unglaubliches Maß an Primitivität und Gewaltbereitschaft von der Gruppe mitgeführt wird, die auf ein einzelnes Opfer trifft, dann geschieht folgendes:

Die Polizei in Nürnberg fahndet nach acht jungen Männern. Sie sollen einen 27-Jährigen an einer Haltestelle der U-Bahn brutal angegriffen haben.

Der Vorfall ereignete sich gegen 1 Uhr im U-Bahnhof Opernhaus. Nach einem verbalen Streit wurde der 27-Jährige von mehreren Angreifern zu Boden geschubst. Einer der Täter nahm dann mehrere Meter Anlauf und

sprang dem Opfer mit voller Wucht gegen den Kopf, wie das Polizeipräsidium Mittelfranken am Sonntag mitteilte. […]
Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und sucht nach Zeugen, die Angaben zu den Tätern machen können. Sie sollen laut Polizei alle jung und afrikanischer Herkunft sein. Eine genauere Beschreibung liegt nicht vor.
Eine genaue Beschreibung der Politiker, die das zu verantworten haben, liegt vor. Bei der Hessen- und der Bayernwahl: Abwählen!

https://unser-mitteleuropa.com/polizist-lebensgefaehrlich-verletzt-in-klinik-bissiger-pruegel-afrikaner-sofort-wieder-frei/

Polizist lebensgefährlich verletzt in Klinik – bissiger Prügel-Afrikaner sofort wieder frei

25. 09. 2023

Ein Schutzsuchender aus Gambia schlägt in Tübingen mir einem Fahrradschloss auf Passanten ein, leistet der eintreffenden Polizei Widerstand. Dabei verletzt er einen Polizisten so schwer, dass dieser in Lebensgefahr schwebt. Der Täter ist bereits wieder auf freiem Fuß, weil angeblich keine Flucht- und Verdunklungsgefahr besteht.
Von DAVID BERGER | Unter anderem wegen des Verdachts des Widerstands, des tätlichen Angriffs gegen Vollstreckungsbeamte in einem besonders schweren Fall und wegen gefährlicher Körperverletzung ermitteln die Staatsanwaltschaft Tübingen und das Kriminalkommissariat Tübingen seit Mittwochnachmittag gegen einen 32-jährigen Mann. Diesem wird zur Last gelegt, mehrere Passanten beleidigt und bedroht sowie massiven Widerstand gegen die hinzugerufenen Einsatzkräfte geleistet zu haben. Zwei Polizeibeamte wurden dabei verletzt und mussten vom Rettungsdienst in eine Klinik gebracht werden.

Lebensgefährlich verletzt

Den derzeitigen Ermittlungen zufolge hielt sich der 32-Jährige gegen 17.50 Uhr auf einem Parkplatz in der Europastraße auf, wobei er drei Passanten beleidigt, bedroht und mit einem Fahrradschloss nach diesen geschlagen haben soll. Verletzt wurde hierbei niemand. Den Anweisungen der in der Folge hinzugerufenen Polizeibeamten der Bundespolizei sowie des Polizeireviers Tübingen leistete der aggressive Mann keine Folge und versuchte, sich der Identitätsfeststellung zu entziehen und mit dem Fahrradschloss nach ihnen zu schlagen. Im angrenzenden Gleisbett wurde der 32-Jährige schließlich vorläufig festgenommen. Gegen die Maßnahme leistete der Mann massiven Widerstand, sodass er von mehreren Einsatzkräften überwältigt, zu Boden gebracht und geschlossen werden musste.

Gleich mehrere Bisse

Ein 43-jähriger Beamter der Bundespolizei wurde nach den bisherigen Ermittlungen von dem Beschuldigten bei der Festnahme umgestoßen. Dadurch stürzte er auf den Rücken und verletzte sich hierbei schwer. Der Verletzte musste unter zeitweiser Lebensgefahr vom Rettungsdienst in eine Klinik eingeliefert und dort notoperiert werden. Ein weiterer, 22 Jahre alter Beamter der Bundespolizei wurde durch Bisse des 32-Jährigen derart verletzt, dass er zur ambulanten operativen Behandlung ebenfalls in eine Klinik gebracht werden musste. Auch er konnte seinen Dienst nicht fortsetzen.

Sofort wieder auf freiem Fuß

Bis er sich gegebenenfalls vor Gericht verantworten muss, befindet sich der Beschuldigte, bei dem es sich um einen gambischen Staatsangehörigen handelt, wieder auf freiem Fuß.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf **PHILOSOPHIA PERENNIS**, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

https://www.pi-news.net/2023/09/migrantengewalt-in-schweden-zwei-woertchen-wahrheit-der-tagesschau/

Migrantengewalt in Schweden: Zwei Wörtchen Wahrheit der Tagesschau

Von

PI

30. September 2023

Die Tagesschau sah sich am Freitag genötigt, darüber zu berichten, wie viele Tote es dieses Jahr in Schweden bereits durch kriminelle ausländische Banden gibt.

In Schweden sind die kriminellen Banden ausländischer Einwanderer derart außer Kontrolle geraten, dass die schwedische Regierung nun das Militär zu Hilfe ziehen will. Eine Meldung, die sich kaum von deutschen Staatsmedien verschweigen lässt. Auch die Tagesschau sah sich am Freitag genötigt, ausführlich darüber zu berichten, wie viele – auch unbeteiligte – Tote es dieses Jahr bereits zu beklagen gibt. Dass es „Migranten" sind, die dort wüten, wird verschämt am Rande mit zwei kleinen Worten erwähnt, die wir im Zitat hervorgehoben haben (Minute 11:30):

Seit mehreren Jahren schon hat Schweden große Probleme mit kriminellen Banden. Zuletzt erschütterte eine regelrechte Welle der Gewalt mit mehreren Todesopfern das skandinavische Land. Unter den Toten waren auch Minderjährige und Unbeteiligte. Schwedens Ministerpräsident Kristersson hat sich deswegen heute mit den Chefs von Polizei und Armee getroffen und will künftig das Militär gegen kriminelle Banden einsetzen.

[Bericht von Christian Blenker] Der Tatort nur wenige Meter von einem Sportplatz entfernt. Als hier am Mittwochabend ein 18-Jähriger erschossen wird,

trainieren gerade viele Kinder. Die vergangenen Wochen sind ein neuer Höhepunkt in der schwedischen Kriminalgeschichte. Allein im September kamen 12 Menschen durch Bandengewalt ums Leben. [Anwohnerin] „Wir wissen, dass hier Drogen verkauft worden sind. Wir sind also nicht wirklich überrascht, dass so etwas hier passiert. Wir machen uns Sorgen, wo es als nächstes geschieht."
Seit Jahren bekriegen sich in Schweden mehrere Gangs. Es geht um Revierkämpfe im Geschäft mit Drogen. Die Täter oft minderjährig, ***mit Migrationshintergrund****, und bereit für ein paar tausend Euro zu töten.*
So viel Wahrheit im Bericht ihres Mitarbeiters war dann wohl doch etwas zu viel. Die Nachrichtenmacher beeilten sich in den Tagesthemen, die unbequeme Wahrheit etwas abzumildern. Aus dem „Migrationshintergrund" in der Tagesschau wird dort nun im neuen Framing „auch mit Migrationshintergrund" (23:20).
Und um den schlechten und unerwünschten Eindruck noch etwas mehr abzumildern, lässt der ARD-Korrespondent Christian Blenker in den Tagesthemen noch einen Kriminologen zu Wort kommen, der die Taten der Täter mit deren Benachteiligung in der schwedischen Gesellschaft entschuldigt (und damit indirekt zugibt, dass es sich doch eher um Migranten als um indigene Schweden handelt, Minute 23:38):
„Wir haben ein strukturelles Problem mit einer sehr starken Ausgrenzung ethnischer Gruppen. Viele dieser Jungs werden in einer Gegend angesprochen und rekrutiert, in der sie oft keine bessere Wahl sehen, als Mitglied einer dieser Gangs zu werden."
Auch wir in Deutschland haben ein strukturelles Problem mit der Ausgrenzung ethnischer Gruppen. Sie werden aus den Nachrichten ausgegrenzt und aus der Wahrheit, wenn diese negativ ist. Wenn die Wahrheit doch einmal aus Versehen durchrutscht, wie am Freitag in der Tagesschau, dann wird sie umgehend in der nächsten Nachrichtensendung relativiert und in einem neuen Framing eingeordnet, so wie es der herrschenden politischen Meinung entspricht. So war es am Freitag beispielhaft in Tagesschau und Tagesthemen zu sehen.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/32-j%C3%A4hrige-im-m%C3%BCnchner-implerpark-vergewaltigt-polizei-nimmt-tatverd%C3%A4chtigen-fest/ar-AA1hwp0k?ocid=msedgntp&cvid=05d01510b4ae48feabc25b28c5c1866d&ei=17
32-Jährige im Münchner Implerpark vergewaltigt – Polizei nimmt Tatverdächtigen fest
Artikel von Manuel Rank •2 Std.

In Lokal kennengelernt
32-Jährige im Münchner Implerpark vergewaltigt – Polizei nimmt Tatverdächtigen fest

POLIZEIDURCHSUCHUNG IM HUFHAUS IN ILFELD© Bereitgestellt von tz
Im Lokal lernt eine Frau aus Fürstenfeldbruck einen Mann kennen. Er zerrt sie in den Implerpark, küsst sie gegen ihren Willen und vergewaltigt sie.
München – Eine 32-jährige Frau ist in der Nacht auf Sonntag im Implerpark in München gegen ihren Willen geküsst und vergewaltigt worden. Wie die Polizei am Sonntag, dem 1. Oktober, mitteilte, war die Frau mit Wohnsitz im Landkreis Fürstenfeldbruck gegen 1.50 Uhr mit einem 28-jährigen Mann auf der Implerstraße unterwegs. Sie hatte den Mann den Angaben zufolge in einem Lokal kennengelernt und kurz zuvor die Gaststätte mit anderen gemeinsamen Bekannten verlassen.
Als die Frau zusammen mit dem 28-Jährigen auf Höhe des Implerparks ging, schob der Mann sie unvermittelt in den Park hinein. Er küsste sie laut Polizeiangaben auf einer Parkbank gegen ihren Willen und begrabschte sie. Dann sei es zu einer Vergewaltigung gekommen, teilte die Polizei mit. Die Frau wehrte sich dagegen. Sie konnte sich von ihm losreißen und rannte aus dem Park.
Beamte nehmen Tatverdächtigen fest – Polizei München ermittelt
Die 32-Jährige bat dann vorbeikommende Personen um Hilfe, die sofort die Polizei alarmierten. Die Beamten nahmen den 28-Jährigen noch in unmittelbarer Nähe des Tatorts fest. Die Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums München ermittelt. Im Laufe des Tages werde über die Haftfrage entschieden, hieß es. Einen Monat zuvor wurde ein 18-Jähriger in der U-Bahn-Station Max-Weber-Platz vergewaltigt. Ein gestohlenes Handy brachte die Polizei auf die Spur eines Verdächtigen.

https://www.focus.de/panorama/welt/ausloeser-soll-kinder-streit-gewesen-sein-fuenf-erwachsene-stuermen-auf-mallorca-in-schule-und-verpruegeln-jungen_id_219749485.html

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/familie-st%C3%BCrmt-schule-und-verpr%C3%BCgelt-minderj%C3%A4hrigen-sch%C3%BCler-auf-mallorca/ar-AA1hNPGD?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=7082193bbfe64b27ac288321384c8492&ei=17

Familie stürmt Schule und verprügelt minderjährigen Schüler auf Mallorca

12 Std.

In einer "Racheaktion" stürmen fünf Erwachsene eine Schule und verprügeln den Jungen. Er soll sich zuvor mit dem Sohn und Bruder der Angreifer gestritten haben.

Palma. Eine Familie hat auf Mallorca eine Schule gestürmt und einen minderjährigen Schüler verprügelt. Es habe sich um eine "Racheaktion" gehandelt, weil das Opfer sich zuvor mit dem Sohn bzw. Bruder der Angreifer gestritten haben soll, berichteten die Zeitungen "Diario de Mallorca" und "Última Hora" unter Berufung auf die Behörden der spanischen Mittelmeerinsel. Die fünf erwachsenen mutmaßlichen Täter seien am Freitag festgenommen worden. Die mallorquinischen Behörden bestätigten auf Anfrage diese Berichte.

Die ungewöhnliche Attacke ereignete sich den Medienberichten zufolge am Mittwoch an einer Sekundarschule in Can Pastilla an der Playa de Palma unweit des "Ballermann". Mitten im Schulbetrieb sei die Familie in die Schule geplatzt. Auf dem Flur seien die Angreifer auf den von ihnen gesuchten Jungen gestoßen und hätten auf ihn eingeprügelt. Einige Lehrer hätten sich in den Klassenzimmern eingeschlossen, andere hätten versucht, schlichtend einzugreifen, hieß es. Das Opfer, das zwischen zwölf und 14 Jahre alt sein soll, sei mit Faustschlägen und Tritten attackiert worden und mit verschiedenen Verletzungen ins Krankenhaus gekommen.

Die Angreifer hätten nach der Attacke die Flucht ergriffen. Sie seien aber bald von der Polizei identifiziert und ausfindig gemacht worden. Die Festgenommenen würden der Verursachung öffentlicher Unruhe beschuldigt. Drei von ihnen werde zudem Körperverletzung zur Last gelegt. Die Attacke wurde von den Überwachungskameras der Schule gefilmt und von einigen Medien Mallorcas veröffentlicht. (dpa)

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/brutaler-angriff-in-k%C3%B6ln-t%C3%A4ter-schneidet-opfer-22-einmal-mit-dem-messer-durch-das-gesicht/ar-AA1hhT3E?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=ae98df92209d427ba193091eaba549fd&ei=17
Brutaler Angriff in Köln: Täter schneidet Opfer (22) „einmal mit dem Messer durch das Gesicht“
Artikel von Niklas Brühl (nb)

Am 10. Mai 2023, einem Mittwoch, ist es in der Zwischenebene der KVB-Haltestelle Ebertplatz zu einem brutalen Messerangriff gekommen.
Nun, über vier Monate später, sucht die Polizei mit Fotos einer Überwachungskamera nach dem immer noch flüchtigen Täter.
Kölner Polizei sucht nach Messer-Angreifer vom Ebertplatz
Am Tattag kam es gegen 8 Uhr morgens zu der blutigen Auseinandersetzung. Laut Ermittlungen der Polizei stritt der Täter mit einem 22-jährigen Mann – in Folge des Streits ging der Gesuchte mit einem Messer auf seinen Kontrahenten los.
Laut Darstellung der Polizei schnitt der Gesuchte seinem Opfer „einmal mit einem Messer durch das Gesicht.“ Er flüchtete dann zu Fuß vom Ebertplatz in unbekannte Richtung.

Nach der Tat im Mai 2023 soll der Täter sofort geflüchtet sein. Polizei Köln© Polizei Köln
Am Tattag trug der Mann einen grauen Pullover und eine blaue Jeans. Außerdem hatte er einen roten Regenschirm dabei. Mehr Fotos des Gesuchten gibt es hier. Hinweise zur Identität des Tatverdächtigen oder zum Tatgeschehen nimmt das Kriminalkommissariat 51 unter der Rufnummer 0221-229-0 oder per E-Mail an poststelle.koeln@polizei.nrw.de entgegen.

https://www.bz-berlin.de/deutschland/experten-warnen-haben-hunderttausende-antisemiten-reingelassen
12.10.2023, 11:35 Uhr
Eskalation auch bei uns?

Experten warnen: „Haben Hunderttausende Antisemiten reingelassen“
Pro-palästinensische Demonstranten in Duisburg
Von Frank Schneider und Sebastian Geisler

Die Aufnahmen sorgen für Entsetzen. In Deutschland feiern Menschen, augenscheinlich aus dem migrantischen Milieu, ganz offen die barbarischen Terrortaten in Israel, sprechen sogar in TV-Kameras, dass sie die Anschläge der Hamas gutheißen.
Offensichtlich haben die Hamas-Terroristen Sympathisanten und Anhänger in unserem Land. Hass gegen Juden auf unseren Straßen!
Der Staatsschutz spricht allein in Nordrhein-Westfalen von 150 „Anhängern“ der Hamas, dazu gut 200 Sympathisanten, geht von einem vierstelligen Mobilisierungspotenzial aus. Doch DAS sind nur die erfassten Fälle. Der Judenhass ist weitverbreitet.

Bereits Samstagabend löste die Polizei eine Versammlung von Israel-Hassern auf der Sonnenallee auf
Ethnologin Susanne Schröter (66, Direktorin des Forschungszentrum Globaler Islam an der Goethe-Universität Frankfurt) zu BILD: „Wir haben ein riesiges Problem. Wir haben Hunderttausende Menschen mit antisemitischem Weltbild nach Deutschland reingelassen, die in ihren Herkunftsländern mit dieser menschenverachtenden Ideologie aufgewachsen sind. Diese haben sie bei der Einreise in unser Land mitgebracht. Die Folgen sehen wir in diesen Tagen auf unseren Straßen.“

Bedeutet: ein riesiges Gefährdungspotenzial für die Sicherheit von Juden in Deutschland!
Ein weiteres großes Problem, das Schröter sieht: „Der importierte Antisemitismus ist in Deutschland lange verharmlost und relativiert worden. Linke Kreise haben ihn durch ihre Darstellung Israels als angeblichen ‘Apartheidstaat‘ und ihr Gerede vom ‚Siedler-Kolonialismus‘ befördert – bis hinein in unsere Universitäten. Bei diesem Schulterschluss wiederholt sich eine unheilvolle Allianz zwischen Kräften in Deutschland und in Nahost. In der Zeit des Nationalsozialismus haben palästinensische Islamisten mit den Nazis zusammengearbeitet.“

Das Bundeskriminalamt schreibt in einer Lage-Einschätzung, die BILD vorliegt: „Im Zuge einer zu erwartenden israelischen Gegenoffensive entfaltet vornehmlich der Phänomenbereich religiöse Ideologie eine hohe Gefährdungsrelevanz.“

„So ist insbesondere mit demonstrativen Aktivitäten in Verbindung mit verbalen Unmutsbekundungen vor israelischen Einrichtungen sowie Gebetshäusern, insbesondere in Berlin zu rechnen.“
„Darüber hinaus sind Sachbeschädigungen nicht nur mittelbar, sondern auch unmittelbar im Nahbereich israelischer Einrichtungen einzukalkulieren sowie bei zufälligem Aufeinandertreffen der beiden ‘Lager’ körperliche Auseinandersetzungen einzukalkulieren.“

Ein leitender Staatsschützer zu BILD: „Nach dem schrecklichen Terrorangriff der Hamas wird Israel im Gazastreifen massiv gegen die Hamas vorgehen, das wird auch dort zu vielen Toten führen. Diese Bilder wird die Terrororganisation natürlich für sich nutzen, es ist sogar zu befürchten, dass sie gezielt auch Opfer instrumentalisieren wird, Kinder und Frauen möglicherweise sogar als lebendige Schutzschilde benutzt. Diese schlimmen Bilder werden zu einer sehr hohen Emotionalisierung und damit auch Solidarisierung in der muslimischen Welt führen."

Hinweise auf konkrete geplante Anschläge in Deutschland gebe es aktuell nicht.

Klar ist: Die Sicherheitslage in Deutschland kann sich nach Einschätzung der Staatsschützer stündlich ändern. Es herrsche „im muslimischen Milieu eine extreme Unruhe und Anspannung".

Die Terrororganisation Hamas versucht bereits, ihre Anhänger weltweit zu mobilisieren und aufzuwiegeln. Es kursieren Aufrufe für „Aktionen" an diesem Freitag. Was genau das für Deutschland bedeutet, können die Sicherheitsbehörden noch nicht sagen.

Für das Wochenende sind bundesweit zahlreiche Solidaritätskundgebungen von Palästinenser-Sympathisanten angemeldet. Allein in Nordrhein-Westfalen sind am Samstag in Köln, Düsseldorf und Aachen Demonstrationen mit insgesamt mehreren Hunderten Teilnehmern geplant.

„Flächenbrand auf Deutschlands Straßen"
Zur Lage in Deutschland sagt er: „Das Problem sind in Deutschland nicht die wenigen bekannten Hamas-Unterstützer, die sind eigentlich eher nur Spenden-Sammler. Das Problem ist, und das sehen wir ja schon durch unzählige Beiträge bei Social Media, dass viele gerade zugewanderte Muslime nicht nur Verständnis für den verheerenden Terrorangriff haben, sondern ihn sogar befürworten, sich regelrecht darüber freuen."

Seine Warnung: „Wenn jetzt Israel in den Gazastreifen einmarschiert, könnte das zu einem Flächenbrand auch auf Europas und damit auch Deutschlands Straßen führen."

„Sogar Terroranschläge sind nicht auszuschließen"
Weiter sagt der Staatsschützer: „Es könnte während oder nach Demonstrationen zu spontanen Angriffen auf Synagogen oder jüdische Einrichtungen kommen. Es könnten auch kleine konspirative Gruppen gezielt solche Einrichtungen angreifen. Betroffen sind da besonders Regionen wie Berlin, Hamburg, das Rhein-Ruhr-Gebiet und der Frankfurter Raum. Je nach weiterer Entwicklung sind sogar Terroranschläge nicht auszuschließen."

„Wir werden sozusagen durch die Entwicklung im Nahen Osten ferngesteuert."

Hinzu komme, dass der Iran diese Eskalation wolle, der iranische Geheimdienst erst vor Monaten in Deutschland Angriffe auf Synagogen in NRW befohlen habe.

Ein Problem: „Es könnten auch radikale Muslime gewalttätig werden, die wir bislang überhaupt nicht auf dem Schirm haben. Aus einer Gruppe heraus könnten sich plötzlich Dynamiken entwickeln, die wir nicht voraussehen können", warnt der Staatsschützer.

Angriffe auf israelische Ziele in Deutschland möglich
Auch das Bundeskriminalamt warnt: „Insbesondere bei einem über einen längeren Zeitraum andauernden Konflikt dürfte es zu einer Vielzahl von Aufrufen auf dschihadistischen Propagandakanälen an allein/eigenständig handelnde Personen oder (Kleinst-)Gruppen kommen, Angriffe auf israelische Ziele in Deutschland bzw. in Europa durchzuführen."

Und weiter: „Es muss in Betracht gezogen werden, dass bereits radikalisierte Einzelpersonen oder (Kleinst-)Gruppen ihren Fokus nun verstärkt auf israelische Sicherheitsinteressen in Deutschland oder Europa richten."

„Werden sofort hart einschreiten"
Und auch Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (71, CDU) warnt in BILD: „Wir müssen wachsam bleiben. Judenhasser glauben auch bei uns in Deutschland daran, jetzt Auftrieb zu bekommen. Sie irren sich gewaltig."

Reul kündigt an: „Unsere Demokratie hält die Versammlungsfreiheit aus – aber Hetze und Antisemitismus werden wir konsequent unterbinden und sofort hart einschreiten. Ein besonderes Augenmerk haben wir auf unsere jüdischen Einrichtungen. Der Schutz unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist theoretische und praktische Staatsräson."

https://de.euronews.com/2023/10/14/messerattacke-auf-lehrer-in-arras-frankreich-verhangt-hochste-terrorwarnstufe
Messerattacke auf Lehrer in Arras: Frankreich verhängt höchste Terrorwarnstufe
Zuerst veröffentlicht am 14/10/2023 - 10:27•Zuletzt aktualisiert 10:33
Präsident Macron rief zur Geschlossenheit auf und erhöhte Schutz der Schulen in Frankreich. Laut Innenminister Darmanin besteht ein Zusammenhang zwischen Anschlag und dem Aufflammen des Konflikts in Nahost.
Frankreich hat nach der tödlichen Messerattacke eines Islamisten in einer Schule die höchste Terrorwarnstufe verhängt. Präsident Macron versprach bei einem Besuch im nordfranzösischen Arras, für die Sicherheit an Frankreichs Schulen zu sorgen.

Ein islamistisch radikalisierter junger Mann hatte am Freitag einen Lehrer mit einem Messer getötet und drei weitere Menschen schwer verletzt. Die Polizei nahm den Angreifer fest.

Xavier Bertrand, Präsident des Regionalrats der Region Haut de France sagte: "Wir sind das Land, in dem die größte Gefahr besteht, eine der größten Gefahren. Wir wissen, dass islamische Terroristen in unserem Land bereits zugeschlagen haben und weiter zuschlagen werden, wenn wir nicht die notwendigen Maßnahmen ergreifen."

"Kein Versagen der Sicherheitsbehörden "

Laut Frankreichs Innenminister Gerald Darmanin besteht einen Zusammenhang zwischen dem Anschlag und der jüngsten Eskalation in Nahost. Die Staatsanwaltschaft für Terrorismus-bekämpfung hat Ermittlungen wegen Mordes und versuchten Mordes mit terroristischem Hintergrund aufgenommen.

Der 20 Jahre alte Täter habe während seines Angriffs auf Arabisch "Gott ist groß" gerufen, teilte Antiterrorstaatsanwalt Jean-François Ricard mit. Schüler kamen bei der Attacke nicht zu Schaden, die Klassen verschanzten sich in ihren Klassenräumen und harrten dort längere Zeit aus, bis es Entwarnung gab.

Neben dem Angreifer seien weitere Personen festgenommen worden, sagte Ricard. Nach Medienberichten befinden sich darunter der ebenfalls radikalisierte ältere Bruder des Täters, eine Schwester, die Mutter und ein Onkel.

Der Angreifer stammt aus Tschetschenien. Wie Innenminister Darmanin in den Abendnachrichten auf TF1 sagte, sei der in Russland geborene Täter seit kurzem in einer Datei für radikalisierte Personen geführt und seit einigen Tagen abgehört worden. Zuletzt sei er am Donnerstag - also einen Tag vor der Attacke - von der Polizei intensiv kontrolliert worden, es sei aber keine konkrete Bedrohung festgestellt oder eine Waffe gefunden worden. "Es war ein Wettlauf gegen die Zeit", sagte der Minister. Von einem Versagen der Sicherheitsbehörden könne keinesfalls gesprochen werden.

Familie des Angreifers sollte 2014 abgeschoben werden

Wie die Zeitung "Le Parisien" unter Verweis auf die Behörden berichtete, sei der ältere Bruder des Angreifers bereits 2019 wegen der Vorbereitung eines Anschlags festgenommen und als Mitglied einer terroristischen Organisation zu einer Haftstrafe verurteilt worden.

Die insgesamt siebenköpfige Familie, die 2008 nach Frankreich kam, hätte demnach eigentlich bereits 2014 abgeschoben werden sollen, weil ihr kein Asyl zustand. Verbände vor Ort verhinderten das in letzter Minute, wie die Zeitung berichtete. Wie Darmanin sagte, hätte der Angreifer nach aktuellem Recht trotz seiner Radikalisierung nicht abgeschoben werden können, weil er im Alter von weniger als 15 Jahren nach Frankreich gekommen war.

Der Anschlag ereignte sich fast auf den Tag genau drei Jahre nach der Ermordung des französischen Geschichtslehrers Samuel Paty durch einen islamistischen Angreifer.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/mitarbeiterin-springt-aus-dem-fenster-ex-patient-18-sticht-in-hamburger-praxis-auf-zahnarzt-ein/ar-AA1iBNnW?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=cdec224118fb48bca8577c1beac7c0e8&ei=10

Mitarbeiterin springt aus dem Fenster - Ex-Patient (18) sticht in Hamburger Praxis auf Zahnarzt ein

In Hamburg betritt ein 18-Jähriger am Freitag die Praxis seines ehemaligen Zahnarztes. Dort zückt er ein Messer und sticht mehrmals auf den Mediziner ein. Der Arzt wird schwer verletzt, eine Mitarbeiterin rettet sich mit einem Sprung aus dem Fenster. Der Täter wird gefasst.

Ein 18-Jähriger soll am Freitagmittag mehrmals auf seinen ehemaligen Zahnarzt in dessen Praxis in Hamburg mit einem Messer eingestochen und diesen schwer verletzt haben. Die Polizei konnte eigenen Angaben zufolge den Ex-Patienten festnehmen.

Zahnarzt schwer verletzt - Mitarbeiterin rettet sich mit Sprung aus Fenster

Nach ersten Ermittlungen der Polizei war es in der Praxis zu einem Streit zwischen dem 45-jährigen Arzt und dem 18-Jährigen gekommen. Dabei habe der junge Mann ein Messer gezogen. Die Angestellten der Praxis im Bezirk Bergedorf alarmierten die Polizei und der Tatverdächtige konnte kurz darauf festgenommen werden.

Der 45-jährige Mediziner wurde schwer an Kopf und Hals verletzt und in ein Krankenhaus gebracht. Wie die „Bild" von einem Polizeisprecher erfuhr, soll er jedoch nicht lebensgefährlich verletzt sein. Der Tatverdächtige und eine Praxismitarbeiterin, die sich durch einen Sprung aus einem Fenster im ersten Obergeschoss in Sicherheit bringen wollte, wurden leicht verletzt. Auch sie wurden medizinisch versorgt. Die Ermittlungen zu dem Vorfall dauern an.

https://journalistenwatch.com/2023/10/21/muslimische-bedrohung-nimmt-zu-berliner-lehrer-trauen-sich-nicht-zur-arbeit/

- **Oktober 21, 2023**
- **10:30**
- **Von: Bettina Sauer**

Muslimische Bedrohung nimmt zu: Berliner Lehrer trauen sich nicht zur Arbeit

Sie melden sich krank oder haben panikartige Angst, in die Arbeit zu gehen: Berliner Lehrer sind mit offenem Judenhass konfrontiert und werden immer häufiger von muslimischen Schülern und Eltern bedroht. In fünf Berliner Bezirken hoffen Schulen derweilen auf Wachschutz.

Dass ihnen das widerfährt wird, was ihrem Kollegen am Abbe-Gymnasium im islamisierten Berliner Stadtteil Neukölln angetan wurde, davor haben immer mehr Berliner Lehrkräfte pure Angst. Nachdem der Pädagoge einen 14-jährigen Arabboy daran hindern wolle, den barbarischen Angriff der islamischen Hamas auf Israel mit einer Palästinenser-Fahne und einem Palituch um den arabischen Hals laut und ausgiebig zu feiern, griff der 15-jährige Araberkumpel des migrantischen Fahnenschwenkers den 61jährigen Lehrer an und verpasste ihm einen Kopfstoß. Danach habe die jugendliche Bereicherung den Pädagogen in den Bauch getreten, so dass dieser umfiel und liegen blieb. An der, durch muslimische Migration hoch bereicherten Schule patrouilliert bereits eine Security.

Zwei Bombendrohungen gab es an der Carl-von-Ossietzky-Schule im muslimisch dominierten Stadtteil Kreuzberg am ersten Schultag nach dem Hamas-Angriff auf Israel. Einen geplanten Flashmob auf dem Schulhof der B.-Traven-Schule im Stadtteil Spandau als Pro-Palästina-Bekundung wurde von der Polizei unterbunden. Zudem versuchen Israelhasser sich Zugang zu Schulen zu verschaffen oder warten am Ausgang der Schulgebäude, um die Schüler direkt anzusprechen oder Flyer zu verteilen.

Bei der zuständigen Berliner Bildungssenatorin, der CDU-Funktionärin Katharina Günther-Wünsch, deren Partei durch ihr unsägliche Migrationspolitik für diese Zustände ursächlich verantwortlich ist, indem seit Jahrzehnten Menschen ins Land gelassen wurden, deren Kultur und Religion nicht demokratiekompatibel ist, wertet die Situation an Schulen in der Hauptstadt als „äußerst angespannt“. Günther-Wünsch gibt die Erschrockene und jammert an die Bildzeitung hin: „Es ist bedrückend, was wir für E-Mails bekommen von Schulleitungen und Pädagogen. Es fängt an mit Schmierereien, Aushängen und Ausrufen. Es endet bei konkreten Bedrohungen von Schülern und Eltern gegenüber Pädagogen.“

Während in den sozialen Medien den Lehrkräften geraten wird, einfach zustreiken und nicht mehr in die muslimisierten Schulen zu gehen, erinnern andere daran, dass

es gerade Lehrkräfte sind, die zum Stammwählerpotential der links-woken, Islam verliebten Grünen gehören.

(SB)

https://www.focus.de/panorama/am-helllichten-tag-frau-will-kinder-abholen-und-wird-von-maennern-vergewaltigt_id_242426235.html
Dieser Beitrag erschien durch Kooperation mitMopo
In HamburgAm helllichten Tag: Frau will Kinder abholen – und wird von Männern vergewaltigt
Am helllichten Tag: Frau will Kinder abholen – und wird von Männern vergewaltigt
Donnerstag, 09.11.2023, 18:37
Sie wollte nur ihre Kinder abholen, wird dann von zwei Männern abgefangen und vergewaltigt – und das am helllichten Tag. Die Polizei sucht nach einem Sexualdelikt an der Weusthoffstraße (Heimfeld) dringend Zeugen.
Die 29-Jährige war Dienstag gegen 11.45 Uhr auf dem Weg zur Schule, als sie von zwei Männern angesprochen wird: Der eine ist etwa 40 bis 50 Jahre alt, um die 1,70 Meter groß, hat graue Haare, einen Oberlippenbart, zwei zusammenführende Augenbrauen („Monobraue") und einen dunklen Kapuzenpulli an.
Vergewaltigung in Hamburg: So sehen die Täter aus
Der andere ist etwa zehn Jahre jünger, deutlich größer (bis zu 1,85 Meter), muskulös, hat ein ovales Gesicht mit einer frischen, schorfigen Wunde an der Nase und ein Tattoo auf einem Unterarm. Auch er ist dunkel gekleidet. Beide sollen laut Polizei arabisch gesprochen haben. Im weiteren Verlauf sollen die Männer die Frau auf das Schulgelände gedrängt haben. Im Bereich einer Treppe soll einer die Frau festgehalten haben, während der andere sich an ihr sexuell verging. Danach ließen sie von der Frau ab und flüchteten.
Die 29-Jährige erstattete Anzeige. Nun ermitteln die Beamten der Fachdienststelle für Sexualdelikte (LKA 42). Sie suchen dringend Zeugen, die Hinweise zur Tat bzw. zu den Tätern geben können. Entsprechendes an: Tel. 040 4286-56789 oder an jede Wache.
Das Original zu diesem Beitrag "Am helllichten Tag: Frau will Kinder abholen – und wird von Männern vergewaltigt" stammt von Mopo.
Hamburger Morgenpost

https://journalistenwatch.com/2023/11/09/so-ein-tag-so-wunderschoen-wie-heute-messerrepublik-deutschland/
So ein Tag, so wunderschön wie heute…: Messerrepublik Deutschland

Neben dem islamischen Terror, der sich wieder vermehrt in Deutschland breit macht, gibt es natürlich noch den alltäglichen Messerterror, den wir nicht vergessen sollten, weil er von der Politik sträflich vernachlässigt wird. Es sind ja aber auch nur die "Normalbürger", die unter dieser Gewalt leiden müssen. Die Politiker sind gut geschützt:

In der Frankfurter Innenstadt und in Sachsenhausen kam es in der Nacht auf Sonntag innerhalb weniger Stunden bei Messerattacken zu vier Verletzten und zwei Festnahmen. In zwei Fällen ermittelt die Polizei wegen versuchter Tötungsdelikte, durch orientalische Messerstecher.

…

Ein Streit zwischen drei Personen im Augsburger Stadtteil Haunstetten ist am Montagabend eskaliert. In einer Wohnung eines Mehrfamilienhauses stach ein 34-Jähriger auf einen 50-jährigen Mann mit einem Messer ein. Der Mann musste mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden. Eine alarmierte Polizeistreife nahm den 34-jährigen Tatverdächtigen noch vor Ort widerstandslos fest. Gegen ihn wurde sofort Haftbefehl erlassen.

…

Eine Gruppe von vier jungen Männern hat am Samstagabend auf dem Berliner Alexanderplatz zwei 18-Jährige attackiert. Dabei ist einer der Jugendlichen durch einen Messerstich lebensgefährlich verletzt worden. Er kam ins Krankenhaus und wurde notoperiert. Vorausgegangen war der Auseinandersetzung ein Streit in den sozialen Medien. Die mutmaßlichen Täter flüchteten, die Polizei konnte aber einen 25-Jährigen festnehmen, der sich in der Nähe befand und von Zeugen wiedererkannt wurde. Nach der erkennungsdienstlichen Behandlungen konnte er den Polizeigewahrsam wieder verlassen.

Im Hamburger Stadtteil Billstedt ist bei einem Streit mit einem 27-jährigen Syrer ein 52-jähriger Mann schwer verletzt worden. Die 38-jährige Schwägerin des Opfers versuchte noch, die Männer zu trennen, dabei schlug der Syrer ihr mit einem Gegenstand gegen den Kopf und verletzte sie. Dann zückte er ein Messer und brachte seinem Gegner lebensgefährliche Schnittverletzungen bei. Danach flüchtete der Täter in seine Wohnung. Der 52-Jährige kam ins Krankenhaus, wurde dort notoperiert. Die Polizei fahndete mit Hochdruck nach dem Täter, er konnte am nächsten Morgen an einem Bahnhof festgenommen werden. Gegen ihn ermittelt nun die Mordkomission.

…

Im Frankfurter Bahnhofsviertel hat ein 46-Jähriger am Sonntagmorgen einen Taschendieb erwischt und zur Rede gestellt. Der 33-jährige Täter zog sich zunächst zurück, tauchte dann mit einem Begleiter wenige Minuten später wieder auf, die beiden warfen mit Glasflaschen auf ihr Opfer. Außerdem zog der 17-jährige Begleiter des Diebs ein Messer und verletzte den 46-Jährigen am Oberarm. Der flüchtete in einen Kiosk und wartete dort auf die Polizei, welche die Tatverdächtigen noch vor Ort festnehmen konnte. Das Messer wurde bei ihnen sichergestellt.

…

Am späten Montagabend ist ein 23-jähriger Ägypter in seiner Hamburger Wohnung von einem 29-jährigen Landsmann mit einem Messer angegriffen worden. Er verschanzte sich in einem Nebenzimmer und alarmierte die Polizei. Die rückte mit mehreren Streifenwagen, Rettungskräften und einem Hundeführer an. Bei ihrem Eintreffen stand der Täter auf dem Balkon der Wohnung und konnte in ein Gespräch verwickelt werden. Unterdessen verschafften sich Einsatzkräfte Zutritt zur Wohnung und konnten den 29-jährigen Ägypter überwältigen. Laut Medienberichten hält er sich illegal in Deutschland auf.

https://unser-mitteleuropa.com/wien-willkommensstadt-fuer-vergewaltiger-dritte-vergewaltigung-binnen-weniger-tage/

Wien: Willkommens-Stadt für Vergewaltiger und Messerer +UPDATE 08.11.+
Illegaler Algerier vergewaltigt 92-Jährige in Heim
08. 11. 2023

+++ UPDATE v. 08.11.2023 +++

Illegaler Algerier vergewaltigt 92-Jährige in Heim
Die Tat macht fassungslos:
Schrecklicher Angriff auf eine Seniorin kurz nach Asylantrag.
Nicht nur junge Frauen und Mädchen werden in Europa durch unverantwortliche, ideologisch verblendete linke (und andere) Politiker in große Gefahr gebracht. Auch in Altersheimen herrscht Angst vor unerwarteten Übergriffen durch Neuankömmlinge. Diese „Bereicherung" der europäischen Gesellschaft hat eine ältere Frau in Wien am eigenen Leib erfahren. Anfang Oktober ereignete sich ein Verbrechen, das in seiner Brutalität selbst hartgesottene Kriminelle schockiert hätte.
Ein illegaler 23-jähriger Algerier ohne Papiere betrat einfach ein Altersheim und überfiel eine 92-jährige Frau brutal in ihrem eigenen Zimmer. Er beraubte und vergewaltigte das Opfer nur wenige Tage, nachdem sie einen Asylantrag gestellt hatte. …
Wie berichtet, wurde im Heim „Haus des Lebens" im vierten Wiener Gemeindebezirk „eine 92-jährige Frau am helllichten Tag in ihrem Zimmer Opfer sexueller Gewalt. Nach der Vergewaltigung stahl der Täter ihren Schmuck, riss das Telefonkabel heraus und sperrte das Opfer ein!"
Die verletzte Rentnerin wurde erst nach einem Anruf ihres besorgten Sohnes freigelassen, der seine Mutter nicht erreichen konnte. Derzeit gibt es jedoch keine Besucherregistrierung oder andere Überwachungs- oder Sicherheitsmaßnahmen im Haus.…
Erst vier Wochen nach diesem grausamen Verbrechen konnten die Ermittler der nationalen Kriminalpolizei den Verdächtigen anhand von DNA-Treffern identifizieren. Festnehmen mussten sie den 23-Jährigen allerdings nicht: Er saß bereits wegen mehrerer Autoeinbrüche in Linz hinter Gittern!
Bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung gab der Algerier an, sich nicht mehr an die Vergewaltigung zu erinnern, weil er in einem „Pillenrausch" war. Deshalb wisse nicht mehr viel. Den schockierenden Überfall verübte der illegal eingereiste junge Mann übrigens nur wenige Tage nach seinem Asylantrag. Er tat dies, als er in Wien beim Ladendiebstahl erwischt wurde ….
Diese Bereicherung Europas nimmt mit dem ständigen Zustrom neuer Migranten täglich zu.
+++ UPDATE v. 28.08.2023 +++
Skelettierter Obdachloser mit abgetrenntem Kopf aufgefunden
Im 10. Wiener Bezirk wurde im Naherholungsgebiet Wienerberg, in dichtem Gestrüpp, nur unweit eines Wanderweges, in einem Schlafsack die kopflose und bereits skelettierte Leiche eines Obdachlosen gefunden. Diese lag rücklings in einer etwa 50 Zentimeter tiefen Kuhle, wo der Stadtstreicher üblicherweise übernachtete.
Obwohl die Leiche des 40 – 45-Jährigen bereits durch wild lebende Tiere verunstaltet war, erhärtete sich schnell der Verdacht auf Fremdweinwirkung. Der Kopf des Toten lag abgetrennt meterweit vom Körper entfernt. Und: In der Schädeldecke des Mannes klaffte ein münzgroßes Loch.

Die Wiener Polizei erneut von einem Mord durch brutale äußere Gewalteinwirkung aus:
„Die Verletzung des Knochens weist auf massive Gewaltanwendung hin, von einem Unfall ist nicht auszugehen." (krone)

+++ UPDATE v. 20.08.2023 +++

Obdachlosen-Killer ein Teenie-Jugendbande?

In Wien macht sich unter den Obdachlosen große Verunsicherung breit. Und auch innerhalb der Sozialarbeiterszene ist man beunruhigt:
„So etwas war noch nie da."
- so eine Sozialarbeiterin.
Als erste hilflose Maßnahme wurden die Übernachtungsplätze deutlich erhöht. Obdachlose, die trotzdem im Freien übernachten (müssen), lassen die Schuhe an – um schneller flüchten zu können.

Drei Opfer – 2 Tote

Der Beginn der blutigen Angriffsserie mit einem Messer war Anfang Juli: Damals wurde um 7.40 Uhr am Morgen ein Ungar erstochen auf einer Parkbank aufgefunden. Nur zehn Tage überlebte eine 51-jährige Obdachlose gegen 3.40 Uhr mehrere Stich- und Schnittverletzungen schwer verletzt. Das bisher letzte Opfer erlag im Spital seinen schweren Verletzungen: Der 55-Jährige wurde gegen 02.00 Uhr am Straßenrand des Hernalser Gürtels sitzend, mit mehreren Einstichen aufgefunden worden.
Mittlerweile geht die Polizei davon aus, dass es sich um ein oder dieselben Täter handeln muss. Die Gemeinsamkeiten: „Modus operandi, Stichwaffe, Uhrzeit." (oe24)

Berlin Weihnachtsfeiertag 2016: Obdachloser von Asylanten angezündet

Auf alle Fälle scheinen sich die Täter in ihrem Hass zusehend als Frust- und Aggressionsventil die Wehrlosesten in der Gesellschaft auszusuchen:
So sollen in der Nacht zum ersten Weihnachtsfeiertag 2016 sieben Asylanten (sechs Syrer, ein Libyer) versucht haben, im U-Bahnhof Schönleinstraße einen auf einer Bank schlafenden Obdachlosen anzuzünden. Der Mann blieb unverletzt, weil Passanten eingriffen. (Focus)

+++ UPDATE v. 17.08.2023 +++

Angeklagter mutmaßlicher Tunesier-Vergewaltiger reiste nach Abschiebung wieder ein

Die Unfähigkeit österreichischer (Strafverfolgungs-)Behörden in Sachen Migrantengewalt zeigt sich am Beispiel der Vergewaltigung einer 24-jährigen Frau durch einen 26-jährigen Tunesier. (UM berichte, siehe folgender Artikel)
Mittlerweile hat zwar die Staatsanwaltschaft Wien beim Landesgericht für Strafsachen Anklage gegen den Täter eingebracht: Verhandlungstermin 12. September.
Doch hatte sich der Tunesier einfach nicht um staatliche Justizentscheidungen geschert: War er doch mangels Aufenthaltsberechtigung zuvor schon ein Mal aus Österreich abgeschoben worden. Im Vorjahr reiste er dann wieder illegal ein, diesmal überhaupt ohne Papiere. Weswegen auch eine Identitätsfeststellung nicht vorgenommen werden konnte. Bis zuletzt ging er auch weder einer geregelten Beschäftigung nach, noch hatte er einen offizielle Meldeadresse. Außerdem bestreitet er den Vorwurf der Vergewaltigung und spricht von „einvernehmlichem Sex".

+++ UPDATE v. 21.03.2023 +++

Starker Zorro schreitet gegen mutmaßlichen Tunesier-Vergewaltiger ein

Acht Jahre, nachdem sich Wien stolz zur Willkommensstadt deklariert hatte, ist die Stadt endgültig anders geworden. Plötzlich sind wieder starke Männer Helden wie damals, die zarte Frauen in der Nacht vor Vergewaltigern schützen:
„Zeuge griff. ein. Timo R. trieb Vergewaltiger in die Hände der Polizei." (Krone)
Und auch der Boulevard weiß, dass „die Vergewaltigung einer 26-Jährigen am Wochenende in Wien weit über die Stadtgrenzen für tiefe Bestürzung sorgte". (Krone)

Zorro des Post-Feminismus

Nun wird ein bulliger, durchtrainierter Mann, Timo R., wie ein Zorro des Postfeminismus gefeiert: Hat er doch „den mutmaßlichen Vergewaltiger verfolgt und dafür gesorgt, dass er verhaftet wurde." (Krone)
Der Boulevard liefert gleich ein Exklusivgespräch am schaurigen Tatort der Vergewaltigung nach, noch einmal schaurig die Fakten rezitierend – zunächst bemüht durch das Opfer- und Leidens-Klischee einer weiblichen Wehrlosen, die sich seit 2015 immer noch nicht der neuen Frauengewalt-Umwelt angepasst hat:
„Marie (Name geändert) war feiern, sie hat getanzt, sie fühlte sich wohl und sicher. Doch der Heimweg der 26-Jährigen endete in einem Martyrium – in der Hölle. Die junge Wienerin wurde brutal vergewaltigt."
Somit aber ist auch eine alte Forderung der Feministen endgültig wieder obsolet geworden:
„Wir Frauen holen uns die Nacht zurück."
Angedeutet wird auch die Gleichgültigkeit und – daraus resultierend- die Tatsache, dass eine „Alleine-ohne-starke-männliche -Begleitung" – in den Augen potentielle Vergewaltiger – offenbar „Umher-streunende" sexuelles Freiwild wird:
„20 bis 30 Menschen standen nur einen Steinwurf des Tatortes am Leipziger Platz nahe der U-Bahn-Station Jägerstraße entfernt. Maria lag nackt am Boden, sie schrie um ihr Leben, ihr Peiniger ließ nicht von ihr ab." (Krone)
Doch dann tauchte Zorro, der Retter postmoderner Frauen auf:
„Bis er kam. Timo R., 28 Jahre alt."
Krone gegenüber spricht er von übernatürlichem „Schicksal", …
… „dass er um fünf Uhr Früh noch mit seiner Freundin unterwegs war. Und dann plötzlich diese wehrlose Frau, die von einem Tunesier (24) malträtiert wird."
Anscheinend muss im Post-Welcome-Wien erst ein starker junger Mann, grün-linken Postfeministinnen die simple Wahrheit via „Krone" mitteilen:
„Er hat das Leben eines Menschen zerstört." (Timo R.)
„Alles ok!" (Vergewaltiger)
Unfassbar auch die frauenverachtende Selbstsicherheit, mit der Multikulti-Vergewaltiger sich des anderen Geschlechts – mitten im öffentlichen Raum – an-eigenen.
Denn selbst, als *„wir ihr zugeschrien haben, ob sie Hilfe braucht, kreischte der Fremde auf ihr: ´Alles ok!*" (Krone)
Obsolet im Multi-Kulti-Post-Welcome-Wien auch der ehemals männerverachtende Spruch:
„Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad."
Gott sein Dank war ein trainierter Fußballtrainer, Timo R. zugegen, der „auszuckte". Denn *„ein Blick von ihm genügte offenbar, und der Nordafrikaner ergriff die Flucht. Timo startete eine Hetzjagd via Handy im Dauerkontakt mit den Einsatzkräften, während er dem Täter nachsprintete*".

„Unschuldig"

Immerhin darf sich der mutmaßliche Multikulti-Vergewaltiger aber recht gute Chancen ausrechnen, aus der ganzen Angelegenheit relativ unbeschadet herauszukommen: Denn „der Verdächtige beteuert seine Unschuld." Und

wahrscheinlich reißen sich schon Österreichs bestes Star-Verteidiger um seinen Fall…

+++ UPDATE v. 02.12.2022 +++

57-Jähriger Serbe lockte Frau nach Wien, sperrte sie ein, vergewaltigte sie

Zunächst hätte ein 57-Jähriger Serbe einer 45-Jährigen Landsfrau vor etwa einem Monat in Wien ein besseres Leben versprochen. Danach nahm er ihr den Reisepass und die Bankomatkarte ab und sperrte sie in seiner Wohnung ein. Dann soll es immer wieder zu körperlicher bzw. sexueller Gewalt gekommen sein. Schließlich gelang der Frau diesen Mittwoch die Flucht, der Mann wurde festgenommen – wie die Wiener Polizei am Donnerstag berichtete.

Flucht durch Zufall

Erst vor etwa zwei Wochen konnte die Frau erstmals die Wohnung verlassen, um für den Serben zu arbeiten. Die 45-Jährige gab an, dass sie für den Streu-LKW-Fahrer schwere Säcke tragen hätte müssen. Nach ihrem langen Martyrium konnte die Serbin den Wohnungsschlüssel an sich nehmen und flüchtete in einer Supermarktfiliale, vertraute sich dort einer Angestellten an, die dann die Polizei verständigte.

Der Beschuldigte bestreitet die Vorwürfe. Gegen ihn wurde ein Betretungs- und Annäherungsverbot ausgesprochen. (Krone)

In ähnlichen Fällen wurde oft den mutmaßlichen Vergewaltiger recht gegeben, weil sie auf „einvernehmlichen Sex" plädierten. So wurden etwa 2018 zwei Vergewaltiger freigesprochen. (wochenblick)

+++ UPDATE v. 30.04.2023 +++

Algerier Hände und Füße abgehackt

Das kaum fassbare Verbrechen, das sich vor einer Woche, mitten in Wien vor einer U-Bahnstation abgespielt hatte, erinnert an frühzivilisatorische Strafexekutionen alt-sumerischer Feldherrn gegen besiegte Völker:

Bis zu zehn Männer sollen einen 31-jährige Algerier am Boden fixiert und mit zwei Macheten regelrecht zerstückelt haben.

Zensur an Macheten-Mord durch das offizielle links-grün-liberale Wien

Bisher hatte das offizielle links-grün-liberale Wien und die ihm unterstellten Polizeibehörden versucht, den bestialischen Straf-Mord zu vertuschen: Offenbart er doch in aller Deutlichkeit das Versagen der 2015-er-Willkommenkultur, welche zu rechtsfreien Räumen mit archaischen Lynchmorden geführt hat.

Gleichzeitig zeigt sich daran eine erschreckende Erosion der freien medialen Berichterstattung: Denn erst durch einen Hinweis aus „vertraulicher Quelle" an oe24 wurde der Fall publik.

Bei lebendigem Leib zu Tode zerstückelt

In der Nacht auf Freitag, 21.4.2023 um 1 Uhr Früh, attackierten bis zu zehn Männer einen 24-jährigen Algerier am Bahnsteig der U6-Station „Jägerstraße", vor den Augen wartender U-Bahn-Passagiere, indem sie den Nordafrikaner zunächst verprügelten. Dieser versuchte noch über die Rolltreppe nach draußen zu flüchten, wo er dann aber eingeholt wurde.

Die Mord-Gang fixierte den 31-Jährigen zunächst am Boden: Dann hackten zwei Macheten-Messerer dem wehrlos vor dem U-Bahn-Eingang Liegenden, Hände und Füße, teilweise bis zur Gänze, ab. In der Zwischenzeit prügelte die restliche Gang auf den Algerier ein, welcher schließlich unter dem immensen Blutverlust kollabierte.

Danach flüchtete die Gang. Das Opfer verstarb noch im Krankenhaus. Mysteriös auch: Bisher konnte nur ein 24-jähriger Algerier als mutmaßlicher Täter

festgenommen werden: Er war bei einer Flucht in den Donaukanal ins Wasser gesprungen und von den Beamten verhaftet worden, nachdem sie ihn aus dem Wasser fischten. Er zeigte sich „nicht geständig".

Straf-Gericht unter Drogendealern

Die regelrechte Hinrichtung muss eine Bestrafungsaktion im Drogenmilieu mit abschreckender Wirkung gewesen sein: Wird doch der Tatort in der Jägerstraße von tschetschenischen Gangs kontrolliert. Wobei das Gebiet des Donaukanals als abgestecktes Drogenrevier für (Nord-)Afrikaner und Afghanen gilt.

Zur Erinnerung: Der Multikulti-Gruppen-Vergewaltigungs-Mord an der 13-jährigen Leonie hatte ebenfalls hier mit einem Ecstasy-Kauf seinen furchtbaren Anfang genommen. (Kurier)

Keine Einzeltat

Ähnlich bestialische Messer-Attacken gehören in Wien mittlerweile schon zum Multikulti-Alltag. Die jüngsten Fälle:

✸ Nur eine Woche später sollen drei Unbekannte, am Freitag 28.4., gegen 23.00 Uhr einen 21-Jährigen Syrer in Wien-Ottakring mit einem Messer attackiert haben, als er auf ein Taxi wartete. (oe24)

✸ Am Dienstagabend, 25.4., wurde in der U-Bahnstation Margaretengürtel ein Mann mit einem Messer lebensgefährlich niedergestochen. Der festgenommene Tatverdächtige soll aus dem Suchtgiftmilieu stammen.

Macheten-Mann will vor Präsidentschaft-Kanzlei mit Politikern sprechen

So wurde ein 33-jähriger, mit einer Machete bewaffneter Österreicher, am Dienstagvormittag, 25.4., am Wiener Ballhausplatz vor der Präsidentschaftskanzlei durch das Anti-Terrorkommando Wega festgenommen: „Mehrfach hatte er bei seiner Einvernahme angegeben, dass er lediglich mit Politikern habe sprechen wollen." (oe24)

+++ UPDATE v. 21.03.2023 +++

Starker Zorro schreitet gegen mutmaßlichen Tunesier-Vergewaltiger ein

Acht Jahre, nachdem sich Wien stolz zur Willkommensstadt deklariert hatte, ist die Stadt endgültig anders geworden. Plötzlich sind wieder starke Männer Helden wie damals, die zarte Frauen in der Nacht vor Vergewaltigern schützen:

„Zeuge griff. ein. Timo R. trieb Vergewaltiger in die Hände der Polizei." (Krone)

Und auch der Boulevard weiß, dass „die Vergewaltigung einer 26-Jährigen am Wochenende in Wien weit über die Stadtgrenzen für tiefe Bestürzung sorgte". (Krone)

Zorro des Post-Feminismus

Nun wird ein bulliger, durchtrainierter Mann, Timo R., wie ein Zorro des Postfeminismus gefeiert: Hat er doch „den mutmaßlichen Vergewaltiger verfolgt und dafür gesorgt, dass er verhaftet wurde." (Krone)

Der Boulevard liefert gleich ein Exklusivgespräch am schaurigen Tatort der Vergewaltigung nach, noch einmal schaurig die Fakten rezitierend – zunächst bemüht durch das Opfer- und Leidens-Klischee einer weiblichen Wehrlosen, die sich seit 2015 immer noch nicht der neuen Frauengewalt-Umwelt angepasst hat:

„Marie (Name geändert) war feiern, sie hat getanzt, sie fühlte sich wohl und sicher. Doch der Heimweg der 26-Jährigen endete in einem Martyrium – in der Hölle. Die junge Wienerin wurde brutal vergewaltigt."

Somit aber ist auch eine alte Forderung der Feministen endgültig wieder obsolet geworden:

„Wir Frauen holen uns die Nacht zurück."

Angedeutet wird auch die Gleichgültigkeit und – daraus resultierend- die Tatsache, dass eine „Alleine-ohne-starke-männliche -Begleitung" – in den Augen potentielle Vergewaltiger – offenbar „Umher-streunende" sexuelles Freiwild wird:
„20 bis 30 Menschen standen nur einen Steinwurf des Tatortes am Leipziger Platz nahe der U-Bahn-Station Jägerstraße entfernt. Maria lag nackt am Boden, sie schrie um ihr Leben, ihr Peiniger ließ nicht von ihr ab." (Krone)
Doch dann tauchte Zorro, der Retter postmoderner Frauen auf:
„Bis er kam. Timo R., 28 Jahre alt."
Krone gegenüber spricht er von übernatürlichem „Schicksal", …
… „dass er um fünf Uhr Früh noch mit seiner Freundin unterwegs war. Und dann plötzlich diese wehrlose Frau, die von einem Tunesier (24) malträtiert wird."
Anscheinend muss im Post-Welcome-Wien erst ein starker junger Mann, grün-linken Postfeministinnen die simple Wahrheit via „Krone" mitteilen:
„Er hat das Leben eines Menschen zerstört." (Timo R.)
„Alles ok!" (Vergewaltiger)
Unfassbar auch die frauenverachtende Selbstsicherheit, mit der Multikulti-Vergewaltiger sich des anderen Geschlechts – mitten im öffentlichen Raum – an-eigenen.
Denn selbst, als *„wir ihr zugeschrien haben, ob sie Hilfe braucht, kreischte der Fremde auf ihr: 'Alles ok!"* (Krone)
Obsolet im Multi-Kulti-Post-Welcome-Wien auch der ehemals männerverachtende Spruch:
„Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad."
Gott sein Dank war ein trainierter Fußballtrainer, Timo R. zugegen, der „auszuckte". Denn *„ein Blick von ihm genügte offenbar, und der Nordafrikaner ergriff die Flucht. Timo startete eine Hetzjagd via Handy im Dauerkontakt mit den Einsatzkräften, während er dem Täter nachsprintete*".
„Unschuldig"
Immerhin darf sich der mutmaßliche Multikulti-Vergewaltiger aber recht gute Chancen ausrechnen, aus der ganzen Angelegenheit relativ unbeschadet herauszukommen: Denn „der Verdächtige beteuert seine Unschuld." Und wahrscheinlich reißen sich schon Österreichs bestes Star-Verteidiger um seinen Fall…
+++ UPDATE v. 02.12.2022 +++
57-Jähriger Serbe lockte Frau nach Wien, sperrte sie ein, vergewaltigte sie

Zunächst hätte ein 57-Jähriger Serbe einer 45-Jährigen Landsfrau vor etwa einem Monat in Wien ein besseres Leben versprochen. Danach nahm er ihr den Reisepass und die Bankomatkarte ab und sperrte sie in seiner Wohnung ein. Dann soll es immer wieder zu körperlicher bzw. sexueller Gewalt gekommen sein. Schließlich gelang der Frau diesen Mittwoch die Flucht, der Mann wurde festgenommen – wie die Wiener Polizei am Donnerstag berichtete.
Flucht durch Zufall
Erst vor etwa zwei Wochen konnte die Frau erstmals die Wohnung verlassen, um für den Serben zu arbeiten. Die 45-Jährige gab an, dass sie für den Streu-LKW-Fahrer schwere Säcke tragen hätte müssen. Nach ihrem langen Martyrium konnte die Serbin den Wohnungsschlüssel an sich nehmen und flüchtete in einer Supermarktfiliale, vertraute sich dort einer Angestellten an, die dann die Polizei verständigte.
Der Beschuldigte bestreitet die Vorwürfe. Gegen ihn wurde ein Betretungs- und Annäherungsverbot ausgesprochen. (Krone)

In ähnlichen Fällen wurde oft den mutmaßlichen Vergewaltiger recht gegeben, weil sie auf „einvernehmlichen Sex" plädierten. So wurden etwa 2018 zwei Vergewaltiger freigesprochen. (wochenblick)

+++ UPDATE v. 02.12.2022 +++

„Vergewaltiger-Bande macht Jagd auf Frauen"

Oe24 berichtet davon, dass die Wiener Polizei mittlerweile in zwei Fällen zu einer versuchten Massenvergewaltigung im Multikulti-Bezirk Favoriten ermittelt.

Der erste Fall soll sich Samstagnacht auf den 19. November ereignet haben: Drei Männer lauerten damals (in der Franz-Koci-Gasse um 2.30 Uhr) einer 20-Jährigen auf und versuchten sie in ein Gebüsch zu zerren. Allerdings kam es nicht zu einer (Gruppen-)Vergewaltigung, weil das mutmaßliche Vergewaltiger-Trio durch das plötzliche Vorübergehen einer Passantin davonlief.

Nur knapp zwei Wochen danach ereignete sich ein ähnlicher Überfall auf eine junge Frau (in unmittelbarer Nähe in der Jura-Soyfer-Gasse – beide Adressen befinden sich zwischen Kurpark Oberlaa und der Per-Albin-Hanson-Siedlung): In der Nacht auf Donnerstag wurde eine 18-jährige Frau, um 1.15 Uhr, von zwei unbekannten Tätern im Durchgang einer Wohnhausanlage angegriffen. Aufgrund ihrer vehement Gegenwehr ergriffen die Sextäter die Flucht.

Sex-Angriff mit FFP-Maskierung

Mittlerweile grassiert allerdings in Wien die „Angst, dass eine Vergewaltigerbande umgeht". (oe24) Die dunkel gekleideten Männer waren mit FFP-Masken vermummt. Mehrere Spuren von ihnen wurden gesichert.

ERST-Artikel v. 29.11.2022

29.10.: 22-Jährige in Park vergewaltigt

„Erneut soll es in Wien zur Vergewaltigung einer jungen Frau gekommen sein." – wie Krone berichtet. Dieses Mal wurde eine 22-Jährige in der Nacht auf Samstag, 29.10., im Martin-Luther-King-Park in Favoriten, (einem Stadtteil mit der höchsten Migranten-Dichte) von einem Unbekannten von hinten attackiert und zu Boden gerissen. Danach vergewaltigte der Täter die Frau.

Laut Polizeiangaben ereignete ereignete sich das Verbrechen gegen Mitternacht. Die 22-Jährige spazierte durch den Park, da sie Kopfschmerzen hatte. Schließlich hätte sich der Täter offenbar von hinten seinem Opfer genähert. Dann attackierte er die Frau, riss sie zu Boden und vergewaltigte sie. Um dann die Flucht zu ergreifen-

Nach der Tat alarmierte das Opfer die Rettung, diese wiederum die Polizei. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach dem Täter blieb vorerst erfolglos. Nach Opfer-Angaben der 22-Jährigen handelt es sich bei dem Angreifer um einen 20 bis 30 Jahre alten Mann „mit dunklem Teint".

Serie von Vergewaltigungen mit mutmaßlichen Multi-Kulti-Tätern

27.10.: 18-Jährige in Park vergewaltigt

In der Nacht auf Donnerstag, 27.10. sll ein Unbekannter eine 18 Jahre alte Frau in Wien-Liesing bedroht und vergewaltigt haben. Die Frau soll laut Polizei-Angaben bereits im Bus belästigt und anschließend verfolgte worden sein. Im Fridtjof-Nansen-Park in Liesing soll er sie dann gepackt, geschlagen und vergewaltigt haben.

Der Tatverdächtige ist etwa 20 Jahre alt, 1,75 Meter groß und ausländischer Herkunft sein.

25.10.: 18-Jährige auf U-Bahn-Toilette vergewaltigt -12-Jährige standen „Schmiere"

Bereits am Dienstag, 25.10. soll eine 18-Jährige in einer WC-Anlage am Wiener Praterstern mutmaßlich sexuell missbraucht worden sein. Die Polizei konnte mittlerweile zwei Verdächtige (beide sind erst zwölf Jahre alt) identifizieren. Die beiden Burschen sollen während der Tat „Wache gestanden" sein.

Oktober 2015: „Flüchtlinge willkommen": Zehntausende Teilnehmer bei Wiens Groß-Demo

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/deutsche-werden-h%C3%A4ufiger-opfer-von-zuwanderern-als-umgekehrt/ar-AA1jMxpH?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=a95f38e4f2c149f78b729020696d4ea5&ei=20

Deutsche werden häufiger Opfer von Zuwanderern als umgekehrt

Seit Jahren wird vor einer grassierenden Ausländerfeindlichkeit gewarnt – und wie diese zur Bedrohung für Migranten werde. Zahlen des Bundeskriminalamts wecken daran nun Zweifel. Die Kriminalstatistik offenbart ein anderes Bild.
© Bereitgestellt von WELT
Viele Wissenschaftler und Journalisten warnen seit Jahren vor grassierender Ausländerfeindlichkeit und einer Bedrohung der Migranten durch die tendenziell nach rechts rückenden Deutschen. Zahlreiche Studien und Erfahrungsberichte betroffener Zuwanderer stützen diese These.

Doch eine Auswertung des Bundeskriminalamtes (BKA) weckt Zweifel am Ausmaß der beklagten Zustände. Denn falls sie in der festgestellten Massivität bestünden, müsste sich das eigentlich auch in der Kriminalstatistik widerspiegeln. Und zwar so, dass mehr Angriffe von Deutschen auf Migranten verzeichnet sein müssten, als umgekehrt. Das ist aber nicht der Fall. **Vielmehr geht die Gewalt zwischen Zuwanderern und Bundesbürgern überwiegend von Ersteren aus, wie das kürzlich veröffentlichte Lagebild „Kriminalität im Kontext der Zuwanderung" zeigt.**
Mit diesen Analysen versucht das Amt seit 2016, jene Ausländer gesondert zu erfassen, die in den vergangenen Jahren als Schutzsuchende ins Land gekommen sind. Als Zuwanderer definiert das BKA sowohl alle Asylbewerber als auch Schutzberechtigten sowie solche Ausländer, die sich unerlaubt im Land aufhalten oder geduldet sind.

Auf Grundlage der Polizeilichen Kriminalstatistik 2022 (PKS) nimmt das Lagebild eine Auswertung von Täter-Opfer-Konstellationen vor. Und zwar nur für den Deliktbereich schwerer Straftaten, zu denen Tatverdächtige ermittelt werden konnten – also nur Fälle, die polizeilich aufgeklärt wurden. Im untersuchten Bereich, der vor allem Straftaten gegen das Leben, Körperverletzungs- und andere Rohheitsdelikte umfasst, gab es 47.923 deutsche Opfer bei Taten, zu denen Zuwanderer als tatverdächtig ermittelt wurden – 18 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Demgegenüber wurden 2022 indes 12.061 Zuwanderer Opfer eines deutschen Tatverdächtigen.

Dem Lagebild zufolge fielen in der schwersten Deliktgruppe Mord und Totschlag „258 Deutsche einer Straftat zum Opfer, an der mindestens ein tatverdächtiger Zuwanderer beteiligt war. Davon wurden 38 Personen Opfer einer vollendeten Tat." In den übrigen Fällen überlebte das Opfer also. Indes wurden im vergangenen Jahr in diesem Bereich „89 Zuwanderer Opfer von Taten, an denen mindestens ein Deutscher beteiligt war. Davon wurden fünf Personen Opfer einer vollendeten Tat."

Die Kriminalitätsdaten zeigen: Wenn es in Deutschland im vergangenen Jahr zwischen Deutschen und Zuwanderern zu Gewalt kam, waren meistens Letztere die Täter und die Deutschen Opfer. Bei diesen Termini gilt es allerdings einiges zu beachten. Denn das BKA definiert wie geschildert als „Zuwanderer" nur solche mit Aufenthaltsstatus Asylbewerber, Schutzberechtigter, unerlaubt aufhältig und geduldet. Das entspricht jenem Teil der in Deutschland lebenden Ausländer, der von Politikern und Journalisten gemeinhin als Flüchtlinge oder Geflüchtete bezeichnet wird. **In dieser Gruppe sind allerdings auch die abgelehnten und noch nicht anerkannten Asylbewerber enthalten, die statistisch häufiger straffällig werden als die anerkannten Flüchtlinge. Unterschiede gibt es auch zwischen den Herkunftsnationalitäten der Straffälligen. Die im Schnitt am wenigsten straffällige Gruppe sind die Ukrainer. Der Anteil dieser rund eine Million Flüchtlinge, die ohne Asylverfahren einen Schutztitel erhielten, lag 2022 laut BKA-Lagebild bei 35,3 Prozent aller Zuwanderer. Sie stellten aber nur 6,5 Prozent aller als Tatverdächtige zu Straftaten ermittelten Zuwanderer. Bei den Migranten aus dem Maghreb (Algerien, Marokko, Tunesien) „verhält es sich entgegengesetzt", heißt es in der Untersuchung. Diese stellen 0,6 Prozent aller Zuwanderer, aber 8,5 Prozent aller tatverdächtigen Zuwanderer.**

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 1,92 Millionen Tatverdächtige zu Straftaten ermittelt, darunter 612.000 Ausländer (31,9 Prozent) inklusive der 143.000 Zuwanderer gemäß der BKA-Definition (7,4 Prozent). Die Nicht-Deutschen sind also, wie auch schon in den Vorjahren, in der Kriminalstatistik stark überrepräsentiert. Und dies, obwohl in die Statistik Taten von Doppelstaatlern ausschließlich als „deutsch" eingehen.

Eingebürgerte, die einmal als Flüchtlinge anerkannt wurden, etwa viele Syrer oder Türken, dürfen in der Bundesrepublik ihre alte Staatsangehörigkeit behalten. Die Ampel-Koalition will dies bald generell allen Ausländern bei Einbürgerung erlauben. Zudem sollen hier geborene Kinder von Ausländern den deutschen Pass schon ab Geburt bekommen, falls zumindest ein Elternteil bereits fünf Jahre im Land lebt.

https://www.pi-news.net/2023/11/pforzheim-geldautomaten-sprenger-verursachen-geisterfahrer-crash/

Pforzheim: Geldautomaten-Sprenger verursachen Geisterfahrer-Crash
Von
PI
11. November 2023
In der Nacht von Freitag auf Samstag haben drei Männer mit nordafrikanischem Hintergrund einen Geldautomaten gesprengt und anschließend einen Verkehrsunfall mit drei Schwerverletzten verursacht.
Von ALEX CRYSO | Wiernsheim bei Pforzheim: Dort haben in der Nacht auf Samstag drei Männer mit niederländischer Staatsbürgerschaft, aber nordafrikanischem Migrationshintergrund, einen Geldautomaten gesprengt, um dann auf der Autobahn A6 nördlich bei Heilbronn einen Verkehrsunfall mit drei Schwerverletzten zu verursachen.
Die Tat ereignete sich gegen 2 Uhr – um zirka 2.40 Uhr hatte die Polizei die Verfolgung aufgenommen. Dabei wurde einer der Streifenwägen gerammt, bevor die Beamten zwei der Täter auf dem Rastplatz Bauernwald festnehmen konnten, weil sie zu Fuß flüchten wollten.
Dem Dritten gelang es zwar, mit dem Pkw zu entkommen, um dabei jedoch entgegen der Fahrtrichtung wieder auf die Autobahn zu gelangen. Nur kurz darauf stieß der Flüchtige frontal mit einem Kleintransporter zusammen, in dem zwei unbeteiligte Männer (45, 47) saßen. Eines des Fahrzeuge geriet in Brand und musste gelöscht werden. Alle drei Beteiligten wurden schwer verletzt.
Weil sich in dem Fluchtauto zudem Sprengstoff befand, musste ein Entschärfungsteam des LKA an den Unfallort. Eine weitere Einsatzgruppe zur 3D-Tatortvermessung wurde ebenfalls hinzu gezogen. Von zweien der Automatensprenger konnte der Migrationshintergrund bislang nachgewiesen werden.
Bereits vor der Festnahme soll es zu irrsinnigen Spur- und Richtungswechseln gekommen sein, um zunächst in Richtung Sinsheim/Mannheim entkommen zu wollen, dann jedoch kurzfristig in Richtung Nürnberg abzubiegen, um bereits hier schon zum ersten Mal die entgegensetzte Fahrtrichtung zu geraten. Die A6 musste nach dem Drama für längere Zeit beidseitig gesperrt werden.

https://www.pi-news.net/2023/11/fluechtlinge-reagieren-auf-schlechter-werdende-willkommenskultur/
Flüchtlinge reagieren auf schlechter werdende Willkommenskultur
Von
PI
11. November 2023
So genannte „Flüchtlinge", die in Deutschland „Schutz suchten", werden ihres Lebens nicht froh. Da sind sie vorgeblich vor Krieg und Verfolgung geflohen und sehen sich in Deutschland widrigen, unangenehmen Umständen ausgesetzt. Drei Beispiele aus der vergangenen Woche, wie schlecht das Leben in Sicherheit in Deutschland sein kann und wie die Flüchtlinge darauf reagierten:
1. Verbot, Alkohol mit ins Flüchtlingsheim zu nehmen (Regensburg)

Bei dem Vorfall am Mittwochabend hatte der Sicherheitsdienst einem 18 Jahre alten Bewohner den Zutritt zur Unterkunft verweigert, weil der Tunesier laut Polizei Alkohol mit in die Unterkunft nehmen wollte. Es kam zum Streit, bei dem der 18-Jährige den Mitarbeiter angegriffen haben soll. Beide wurden dabei verletzt.
Daraufhin kam den Angaben zufolge ein bislang unbeteiligter 30-jähriger Tunesier dazu. Dieser soll einen mehrere Kilo schweren Gegenstand auf den Sicherheitsdienstmitarbeiter geworfen haben. Daraufhin soll auch der 18-Jährige etwas geworfen haben.
Die beiden Bewohner wurden am Donnerstag dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Dieser erließ Untersuchungshaftbefehle.
2. Zu lautes Kindergeschrei (Ascheberg / Coesfeld)
Ein Mann hat Rettungskräfte angegriffen, die einem schwer verletzten Kind in einer Flüchtlingsunterkunft in Ascheberg (Kreis Coesfeld) helfen wollten. Der 37 Jahre alte mutmaßliche Angreifer, der auch in der Unterkunft lebt, fühlte sich durch das weinende Kind in seiner Ruhe gestört und ging auf die Sanitäter los, wie die Polizei am Samstag mitteilte.
Einer von ihnen stellte sich angesichts des schreiend und beleidigend näher kommenden Manns schützend vor seine Kollegin, die das Kind gerade notversorgte. Daraufhin habe der Angreifer dem Helfer in die Rippen geschlagen und ihn gegen einen Türrahmen gestoßen, sodass er eine Kopfverletzung erlitt und nach dem Vorfall am Freitagabend im Krankenhaus versorgt werden musste. Feuerwehrleuten gelang es, die Situation zu beruhigen und den alkoholisierten Mann zur Räson zu bringen. Ihn erwartet eine Strafanzeige, wie es hieß.
Das vier Jahre alte Kind hatte zuvor eine schwere Augenverletzung durch einen Laternenstab erlitten, wie mitgeteilt wurde. Die Sanitäter hatten aufgrund der Verletzung zusätzlich einen Notarzt angefordert.
3. Zu wenig Geld (Balve, Sauerland)
Die Nerven liegen blank im Rathaus: Seit 2015 bemüht man sich hier, die stetig wachsende Zahl von Flüchtlingen unterzubringen. Im Bürgerbüro können sich die Geflüchteten mit ihren Anliegen an die Mitarbeiter wenden. „Aber solch ein Verhalten geht nicht – unsere Leute wurden beschimpft und bedroht", empörte sich Bürgermeister Hubertus Mühling (CDU) am Mittwochabend in der Ratssitzung. […]
„Ein nicht anerkannter Flüchtling mit Duldungsstatus trat in dieser Woche sehr aggressiv auf, um sein Anliegen durchzusetzen." Das ihm zustehenden Geld habe ihm nicht gereicht, er habe mehr eingefordert. „Der Mann hatte dabei etwas so Aggressives und Bedrohendes gegenüber unseren Mitarbeitern, dass wir ihm ein Hausverbot bis April erteilt haben."
Unser Asylrecht, das den hier genannten Flüchtlingen ihren Aufenthalt in Deutschland ermöglicht, ist eine Reaktion darauf, dass unsere jüdischen Landsleute in der Nazizeit häufig größte Schwierigkeiten hatten, Schutz vor Verfolgung zu finden. Es ist kaum vorstellbar, dass auch nur ein einziger dieser jüdischen Verfolgten damals ein ähnlich anmaßendes und primitives Verhalten an den Tag legte.

https://philosophia-perennis.com/2023/11/01/bka-bericht-dramatischer-anstieg-der-zuwandererkriminalitaet/

BKA-Bericht: Dramatischer Anstieg der Zuwandererkriminalität

BY**PP-REDAKTION**

1. NOVEMBER 2023

48.000 Deutsche wurden 2022 Opfer von Gewaltstraftaten. Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold.

Mit deutlicher Verspätung und medial weitgehend unbeachtet erschien am 18. Oktober das BKA-Bundeslagebild „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" für das Jahr 2022. Die Gründe für die verspätete Veröffentlichung dürften kaum im fachlichen Bereich liegen, zumal die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) seit Monaten vorliegt. Wahrscheinlicher ist ein Zusammenhang mit dem Termin Landtagswahlen in Bayern und Hessen (8. Oktober), vor dem man die Wähler nicht mit schlechten Nachrichten irritieren wollte.

Zahl tatverdächtiger Zuwanderer um 11,9 Prozent gestiegen

Immerhin ist die Zahl der tatverdächtigen Zuwanderer 2022 gegenüber dem Vorjahr von 127.489 auf 142.721 gestiegen (+11,9 %). Dabei ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen, da die Statistik nur die aufgeklärten Fälle enthält, bei denen ein oder mehrere Tatverdächtige ermittelt wurde. Auf Zuwanderer entfallen 7,4 Prozent aller Tatverdächtigen bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 3,4 Prozent.

Der ebenfalls deutlich gestiegene Bevölkerungsanteil von Asylsuchenden und Geflüchteten resultiert nicht nur aus Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine (etwa 1 Million), sondern auch aus deutlich gestiegenen Asylbewerberzahlen aus Afghanistan (+54,8 %), Syrien (+39,2 %) und der Türkei (+ 273,8 %).

Insbesondere letzteres hat deutliche Folgen für die Kriminalitätszunahme in allen Bereichen, während der Anteil der Zuwanderer aus der Ukraine an den Tatverdächtigen weit unter dem Anteil sonstiger „Schutzsuchender" liegt.

Noch einmal überproportional ist der Anteil tatverdächtiger Zuwanderer in den Bereichen Straftaten gegen das Leben (10,6 Prozent aller Tatverdächtigen), Vermögens- und Fälschungsdelikte (9,7 %), Diebstahl (10,6 %), Rohheitsdelikte (8,2%) und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (7,7 %).

Auffällige Steigerungen der Straftaten gegenüber dem Vorjahr finden sich in den Bereichen Diebstahl (+41,4 %!). Rohheitsdelikte (+13,1 %) und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (+9,4 %). Letztere umfassen unter anderem 1.133 Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe im besonders schweren Fall.

Straftaten gegen das Leben

Im Bereich der Täter-Opfer-Beziehung bot sich auch 2022 das inzwischen leider schon gewohnte Bild, wonach deutsche Staatsbürger weitaus häufiger Opfer von Gewaltstraftaten von Zuwanderern werden als umgekehrt. Zitat: „Unter den insgesamt 93.217 Opfern von Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern/Zuwanderinnen befanden sich 47.923 Deutsche und damit 18,1 % mehr als im Vorjahr (2021: 40,5934). Der Anteil der deutschen Opfer lag somit bei 51,4 % (2021: 48,7 %)." Umgekehrt wurden 12.061 Zuwanderer Opfer einer Straftat mit mindestens einem deutschen Tatverdächtigen.

Besonders dramatisch stellt sich einmal mehr die Entwicklung im Bereich der Straftaten gegen das Leben dar. Hier fielen 258 Deutsche

entsprechenden Delikten zum Opfer (2021: 140), was einer Steigerung von 84,3 Prozent entspricht! Davon wurden 27 Personen Opfer einer vollendeten Tat (2021: 29). Umgekehrt wurden 89 Zuwanderer Opfer von Taten, an denen mindestens ein Deutscher beteiligt war (2021: 42). Davon wurden fünf Personen Opfer einer vollendeten Tat (2020: 6).
Bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 1.109 Deutsche Opfer einer Tat mit mindestens einem/einer tatverdächtigen Zuwanderer/Zuwanderin (2021: 2.496). Umgekehrt wurden 164 Zuwanderer Opfer einer entsprechenden Straftat mit mindestens einem tatverdächtigen Deutschen. Das entspricht trotz des deutlichen Rückgangs (dessen Genese allerdings zu hinterfragen ist) immer noch einem Verhältnis von 6,8 zu 1.
Auf die Herkunftsländer der Tatverdächtigen bezogen haben sich die Verhältnisse auch 2022 kaum verändert: Während bei den zuwanderungsstärksten Ländern (Syrien, Afghanistan, Irak) der Tatverdächtigenanteil in etwa dem Zuwandereranteil entspricht, wurde bei den Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien) sowie anderen afrikanischen Herkunftsländern (Nigeria, Gambia) eine weit überproportionale Zahl von Tatverdächtigen registriert. Auch Georgien fällt in diesem Bereich schon seit Jahren unrühmlich auf, ohne dass die Politik die notwendigen Konsequenzen zieht. Die Zuwachsraten sind teilweise dramatisch: Georgien +68,4 %, Moldau: +44 %, Tunesien +39,5 %, Algerien +22,5 %. Ähnlich kriminalstatistisch auffällig sind auch Zuwanderer aus Serbien und Albanien.
Rot-grüne Politiker als Paten importierter Krimineller
Zwar hatte zwischenzeitlich der Bundestag Georgien und die Maghreb-Staaten mit Mehrheit zu „sicheren Herkunftsländern" erklärt, aber die rot-grünen Paten importierter Krimineller verhinderten inzwischen schon wiederholten Mal im Bundesrat die Umsetzung. Auch der jüngste halbherzige Versuch, wenigstens Georgien und Moldau zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, wurde erst dieser Tage im Bundesrat behindert und verzögert.
Es erübrigt sich, noch einmal auf die seit 2015 politmedial verbreitete Propagandabehauptung „Flüchtlinge nicht krimineller als Deutsche" einzugehen. Wer derartiges heute noch glaubt oder gar weiterverbreitet, macht sich inzwischen nur noch lächerlich. Dennoch versucht auch der BKA-Bericht, die dramatische Entwicklung zu relativieren. Zitat: „Dieses (erhöhte Kriminalitätsaufkommen) muss jedoch zum einen im Lichte des verhältnismäßig deutlich größeren Anstiegs der Anzahl in Deutschland aufhältiger Geflüchteter und zum anderen auch unter Berücksichtigung des ebenfalls gestiegenen Gesamtkriminalitätsaufkommens gesehen werden."
Nein, das muss es eben nicht, denn die durch den Ukrainekrieg deutlich gestiegenen Flüchtlingszahlen haben kaum etwas mit dem Kriminalitätsanstieg zu tun. Es ist und bleibt ein Skandal, dass trotz bekannter Schwerpunkte (Herkunftsländer, Deliktgruppen) politisch und behördlich kaum etwas unternommen wird, um die eigenen Bürger vor Zuwandererkriminalität zu schützen. Das betrifft sowohl den seit 2015 im Grunde nicht mehr vorhandenen Schutz der Staatsgrenzen, die Einstufung zu sicheren Herkunftsländern als auch die Abschiebung von Straftätern. Den Preis bezahlen die gesetzestreuen Bürger, Deutsche wie Migranten, die Jahr für Jahr Opfer von Zuwanderern verübten Gewaltstraftaten werden.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/in-asylbewerberheim-pl%C3%B6tzliche-attacke-auf-security-mitarbeiter/ar-AA1k6l7O?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=d95b93ab15bd414a82975a0e64812901&ei=23

In Asylbewerberheim: Plötzliche Attacke auf Security-Mitarbeiter

Artikel von Wolfgang Schnetz •

Ein Security-Mitarbeiter wurde laut Polizei Neufahrn am Donnerstagvormittag vom Bewohner einer Asylbewerberunterkunft in Eching niedergeschlagen.

Eching – Eine Streifenbesatzung der PI Neufahrn war wegen eines Streits zwischen zwei Bewohnern in die Asylbewerberunterkunft gerufen worden: „Ein Security-Mitarbeiter zeigte den beiden Beamten das entsprechende Zimmer. Ein 19-jähriger Mann öffnete die Tür und schlug dem Sicherheitsmann unvermittelt mit der Faust ins Gesicht, sodass dieser bewusstlos zu Boden ging", heißt es im Pressebericht. Die Streifenbesatzung musste daraufhin den jungen Mann „zu Boden bringen und ihn anschließend fesseln."

Hohes Polizeiaufgebot

Sofort wurde von den Beamten Erste Hilfe am Security-Mitarbeiter geleistet und der Rettungsdienst verständigt. Im weiteren Verlauf der Aufnahme vor Ort wurden die Beamten immer wieder von Familienmitgliedern des 19-Jährigen bedrängt. Zwei Männer versuchten zudem, den 19-Jährigen zu befreien: „Nur durch ein hohes polizeiliches Kräfteaufgebot konnte die Situation beruhigt werden." Der 19-Jährige wurde zur PI Neufahrn gebracht. Ihn erwartet nun eine Strafanzeige wegen vorsätzlicher Körperverletzung. Die beiden anderen Männer bekommen ebenfalls eine Strafanzeige wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Der Security-Mitarbeiter wurde zur medizinischen Versorgung und Beobachtung ins Klinikum gebracht.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/mehr-als-3500-straftaten-in-deutschland-seit-hamas-angriff/ar-AA1ketOi?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=48aa26f86c0640afb1ffb2481fd32ab5&ei=13

Mehr als 3500 Straftaten in Deutschland seit Hamas-Angriff

3532 Straftaten sind seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel in Deutschland registriert worden – knapp 500 Delikte davon bislang als antisemitisch. In Bezug auf die Hamas und deren Unterstützer sagte Faeser: „Wir bekämpfen diese widerwärtige Terrorpropaganda."

Bundesinnenministerin Nancy Faeser dpa/Britta Pedersen

Bundesinnenministerin Nancy Faeser dpa/Britta Pedersen

© Bereitgestellt von WELT

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind in Deutschland nach Auskunft von Bundesinnenministerin Nancy Faeser 3532 Straftaten registriert worden. Dies seien vorläufige Zahlen, sagte die SPD-Politikerin am Montag in Berlin nach einem Besuch des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum, in dem sich die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern austauschen.

Seevetal: Solarfirma bietet in 2023 unglaubliches Solarkomplettpaket
Seevetal: Solarfirma bietet in 2023 unglaubliches Solarkomplettpaket
Anzeige
Sicher in die Zukunft
Wie viele dieser Straftaten einen antisemitischen Hintergrund haben, lasse sich erst zeitversetzt beurteilen, sagte der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Holger Münch. Bislang seien knapp 500 klar antisemitische Delikte bekannt, dabei gebe es einen großen Anteil ausländischer und religiöser Ideologie. In die Kategorie religiöse Ideologie fällt demnach vor allem der Islamismus. Sachbeschädigungen spielten bei den Straftaten mit etwa 30 Prozent eine herausragende Rolle, sagte Münch. Volksverhetzung mache etwa 15 Prozent aus und geschehe häufig auch online. „Die Zahl der Gewaltstraftaten ist im mittleren dreistelligen Bereich. Auch das ist hoch." Der Schwerpunkt liege hier auf Widerstandsdelikten im Zusammenhang mit propalästinensischen Veranstaltungen und hier insbesondere in Berlin. „Hier konzentrieren sie sich auf die unfriedlichen Demonstrationen."

https://www.freilich-magazin.com/welt/frankreich-migranten-stuermen-privates-dorffest-17-verletzte-ein-toter

Frankreich: Migranten stürmen privates Dorffest – 17 Verletzte, ein Toter

In einer französischen Ortschaft feierten Jugendliche ihren Winterball, bis fremde und ungebetene Gäste Einlass verlangten. Als ein Sicherheitsmann den Zutritt verhindern wollte, kam es zu einer gewalttätigen Eskalation.

Redaktion (bw)
/
21.11.2023

In der Nacht vom 18. auf den 19. November drangen in der Ortschaft Crépol im Département Drôme im Südosten Frankreichs uneingeladene Jugendliche von außen in den Festsaal eines privaten Winterballs ein und griffen aus bislang unbekannten Gründen zahlreiche Personen mit Messern an. Einem 16-jährigen Mitglied des Rugby Club Romanais Péageois soll die Kehle durchgeschnitten worden sein, zwei weitere Jugendliche wurden lebensgefährlich verletzt. Insgesamt gab es 17 Verletzte. Einem Wachmann sollen im Zuge des Angriffs die Finger abgetrennt worden sein. Videos in den Sozialen Medien zeigen als Angreifer vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund. Im Netz kursiert eine Bildgrafik, die den Bericht eines Augenzeugen wiedergeben soll: „Es war ein Blutbad. Jugendliche aus der Siedlung umstellten den Festsaal und stachen

blindlings auf die Leute ein. Dem Türsteher wurden die Finger abgehackt. Einem Jugendlichen, der am Boden lag, wurde eine Herzmassage verpasst".

Werbung
Die Ermittlungen der Grenobler Kriminalpolizei wurden „wegen bandenmäßigen Mordes und Mordversuchs" aufgenommen. Französische Politiker der Rechten beklagten auf Twitter eine Zunahme antifranzösischer Angriffe. Stéphane Ravier, der dem rechten Präsidentschaftskandidaten Zemmour zugerechnet werden kann, warnte vor weiteren Angriffen. Die französische Aktivistin Alice Cordier schrieb: „Hörst du das Gebrüll dieser wilden Soldaten auf dem Land? Sie kommen direkt in deine Arme, um deinen Söhnen, deinen Gefährten, die Kehle durchzuschneiden!".
Die Gemeinde Crépol liegt 18 km nördlich von Romans-sur-Isère und hat 532 Einwohner.

https://philosophia-perennis.com/2023/11/22/migranten-stuermen-privates-dorffest-17-verletzte-ein-toter/
Migranten stürmen Dorffest – 17 Verletzte, ein Toter
(c) Twitter/ X
BY**PP-REDAKTION**
22. NOVEMBER 2023
3955
„Der Angriff hatte eine Dimension der Eroberung. Das nächste Mal werden sie in die Häuser eindringen." (Mathieu Bock-Côté)
„Wir wollen einfach Weiße abstechen", brüllten sie, nachdem sie dem Türsteher die Finger abhackten – Das kleine Dorf Crépol im Département Drôme mit nicht einmal 600 Einwohnern wurde Schauplatz eines unglaublichen Gemetzels, als eine bewaffnete Gruppe von „Jugendlichen in Jogginghosen" (FAZ) eine Privatparty stürmte. Ein 16-jähriger Jugendlicher wurde getötet, dem Türsteher die Finger abgehackt.
In einer französischen Ortschaft feierten Jugendliche ihren Winterball, bis fremde und ungebetene Gäste, genauer Mitglieder einer afro-arabischen Migrantenbande, Einlass verlangten. Als ein Sicherheitsmann den Zutritt verhindern wollte, kam es zu einer gewalttätigen Eskalation.
16-Jährigem die Kehle durchgeschnitten.
In der Nacht auf den 19. November drangen in der Ortschaft Crépol im Südosten uneingeladene Jugendliche in den Festsaal eines privaten Winterballs ein und griffen aus zahlreiche Personen mit Messern an. Einem 16-jährigen Mitglied des Rugby Club Romanais Péageois soll die Kehle durchgeschnitten worden sein, zwei weitere Jugendliche wurden lebensgefährlich verletzt.
Insgesamt gab es 17 Verletzte. Einem Wachmann sollen im Zuge des Angriffs die Finger abgetrennt worden sein. Videos in den Sozialen Medien zeigen als Angreifer vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund. Im Netz kursiert eine Bildgrafik, die den Bericht eines Augenzeugen wiedergeben soll: „Es war ein Blutbad. Jugendliche aus der Siedlung umstellten den Festsaal und stachen blindlings auf die Leute ein. Dem Türsteher wurden die Finger abgehackt."
Weiterlesen auf freilich-magazin.de
Addendum: Video des Angriffs

Nichts für schwache Nerven ist ein jetzt veröffentlichtes Video, das den Angriff der Bande zeigt:
Ein Video de

Die folgenden vier Meldungen stammen alle vom 23. November 2023 und zeigen die Psychopathologie des Islam und seiner Anhänger:

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/angst-vor-schwedischen-verh%C3%A4ltnissen-wie-skandinavien-gegen-clankriminalit%C3%A4t-vorgeht/ar-AA1krIr5?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=e887f1de54474d2fad4cc871881a97a9&ei=11

Angst vor „schwedischen Verhältnissen": Wie Skandinavien gegen Clankriminalität vorgeht

Artikel von Peter Sieben •
1 Std.
Bandenkriege

Angst vor „schwedischen Verhältnissen": Wie Skandinavien gegen Clankriminalität vorgeht

In Schweden eskaliert die Bandenkriminalität. Die Nachbarländer betrachten das Land als warnendes Beispiel. Dort habe man vor allem einen großen politischen Fehler begangen, sagen Experten.

Oslo – Schweden scheint so perfekt, dass es manchmal fast nervt: Das Land hat die glücklichsten Einwohner, tolle Designer, mit dem Geld klappt's auch prima und dann haben sie zu allem Überfluss auch noch eine sympathische Königsfamilie, die jeder liebt. Schweden ist immer wieder Vorbild, in vielen Punkten. Wenn man allerdings in Norwegen von „schwedischen Verhältnissen" spricht, dann heißt das nichts Gutes, weiß Tobias Etzold, der am Norwegian Institute of International Affairs (Nupi) in Oslo forscht: „Schwedische Verhältnisse will man hier unbedingt vermeiden." Denn damit ist eine gefährliche Entwicklung gemeint, die in kaum einem europäischen Land so gravierend ist wie in Schweden.

Hotels Wernigerode - Jetzt das ideale Hotel finden - trivago.de
Anzeige
www.trivago.de/Hotel/Preisvergleich

Gewalt durch Clankriminalität eskaliert in Schweden: 13-Jähriger stirbt nach Kopfschuss

Denn in Schweden eskaliert die Gewalt durch kriminelle Clans. Auf den Straßen gibt es regelrechte Bandenkriege, im Jahr 2022 wurden so viele Menschen in Schweden durch Schüsse getötet, wie nie zuvor. Sehr oft hatten Opfer und Täter Verbindungen zum Clan-Milieu. Im September wurden im Umland der Hauptstadt Stockholm und der Unistadt Uppsala innerhalb von wenigen Tagen sieben Menschen erschossen. Ein Fall, der besonders erschütterte: die Ermordung des erst 13 Jahre alten Milo. Die Täter hatten ihm in den Kopf geschossen.

Clans mit kurdisch-libanesischen und somalischen Wurzeln beherrschen die Banden-Szene

In Schweden beherrschen vor allem Clans mit libanesisch-kurdischen Wurzeln, die in den 1980er Jahren nach Schweden kamen, und somalische Banden die Szene. Die heutige Situation sei das Ergebnis einer jahrzehntelangen Entwicklung, sagt Nupi-Experte Tobias Etzold. „Schweden hat im Vergleich zu den anderen nordischen Ländern eine andere Migrationspolitik gehabt. Es galt lange eine sehr offene Willkommenskultur." Die Einwanderung wurde über Jahre nur sehr wenig gesteuert – und damit wurden viele Menschen, die als Geflüchtete kamen und wenig Perspektiven hatten, sich selbst überlassen.

Tobias Etzold forscht am Norwegian Institute of International Affairs in Oslo.© Bereitgestellt von Merkur

Ghettoisierung im Umland schwedischer Großstädte: „Politik hat wenig dagegengewirkt"

Schweden gelte den anderen nordischen Ländern in diesem Punkt als warnendes Beispiel dafür, was passieren könne, wenn man Migration nur wenig steuere, so Etzold: „Ein Problem in Schweden sind die sehr hohen Mieten und der begrenzte Wohnraum in den Städten. Viele Migranten, die sich das nicht leisten konnten, waren gezwungen, in die Vorstädte zu ziehen." In Schweden gibt es nur wenige Ballungsräume, viele siedelten sich im Umfeld der größeren Städte an. „Das alles hat zu einer Ghettoisierung geführt, die Politik hat wenig dagegengewirkt", so Etzold.

Haare sprießen
Anzeige
super-deals247.com

In Dänemark und Norwegen gibt es kaum Clankriminalität

In den Nachbarländern sieht das anders aus. Clankriminalität wie in Schweden kennt man dort kaum. „Dänemark und auch Norwegen haben immer schon eine restriktivere Migrationspolitik gehabt. Und man achtet hier sehr darauf, ankommende Menschen eher zu verteilen, damit eben keine Ghettoisierung stattfindet." Vor allem Dänemark fährt seit Jahren einen sehr harten Kurs bei der Einwanderung: Es gibt nur selten Familiennachzug, Asylbewerber bekommen oft nur Sachleistungen und müssen in Sammellagern ausharren, bis über die Asylanträge entschieden ist. Die dänische Bevölkerung begrüßt den Kurs, Kritik kommt indes unter anderem immer wieder von der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR und der EU-Kommission, die das Vorgehen Dänemarks zuletzt als „egoistisch" und „kontraproduktiv" bezeichnet hatte.

Polizei in Schweden testet neue Modelle im Kampf gegen kriminelle Clans

Abseits der politischen Debatten arbeiten Schwedens Sicherheitsbehörden an Lösungen. So will Schwedens Ministerpräsident Ulf Kristersson gar Militärkräfte im Kampf gegen die Clans einsetzen. Unterdessen will die Polizei direkte Kontakte zu den Oberhäuptern der Clans aufbauen, erklärte Erika Hallenbo von der Polizei in Göteborg bei einem Kongress zum Thema Clankriminalität in Düsseldorf. „Wir wollen den Clan-Chefs klarmachen: Wir wissen, wer du bist und was du machst", so Hallenbo. Gleichzeitig wolle man so die Strukturen verstehen lernen und in eine aktive Kommunikation mit den Clans treten. Außerdem setzt Schweden mehr auf Prävention. Dabei dient das NRW-Projekt „Kurve kriegen", das vor allem Jugendliche aus dem kriminellen Milieu holen soll, als Vorbild: In mehreren Städten, darunter auch Göteborg, ist ein ähnliches Projekt unter dem Namen „Rätt Kurva" („richtige Kurve") gestartet.

Transparenzhinweis: Ippen.Media wurde von der norwegischen Botschaft in Berlin nach Oslo eingeladen.

https://www.focus.de/panorama/welt/in-dublin-messerangriff-auf-offener-strasse-drei-kinder-und-zwei-erwachsene-verletzt_id_251347585.html
Nach Messerangriff auf Frau und KinderAusschreitungen in Dublin - Busse und Polizeiautos in Flammen
Donnerstag, 23.11.2023, 22:39
Mehrere Kinder und eine Frau werden in der irischen Hauptstadt von einem Angreifer durch Stiche verletzt. Später kommt es zu schweren Ausschreitungen, bei denen Busse und Polizeiautos in Brand gesetzt werden. Die Polizei sieht Rechtsextreme hinter den Krawallen.

Die irische Hauptstadt Dublin ist am Donnerstag von einer Bluttat mit mehreren Verletzten - darunter drei Kindern - und anschließend von schweren Krawallen erschüttert worden.

Tatverdächtiger wurde festgenommen
Ein fünfjähriges Mädchen und eine Frau waren bei einem Messerangriff am Nachmittag schwer verletzt worden, wie der irische Rundfunksender RTÉ berichtete. Das Mädchen musste Berichten zufolge notoperiert werden. Zwei weitere Kinder erlitten leichtere Verletzungen. Ein Tatverdächtiger, der noch vor Ort festgenommen wurde, soll ebenfalls ernste Verletzungen davongetragen haben.

Am Abend kam es dann zu schweren Ausschreitungen in der Dubliner Innenstadt, bei denen RTÉ zufolge mehrere Busse und ein Polizeiauto angezündet wurden. Zudem seien Polizisten angegriffen und mit Flaschen beworfen worden. Auf Videos, die in sozialen Medien kursierten, war zu sehen, wie ein Geschäft geplündert wurde.

Übergriffe von rechtsextremen Hooligans
Ein Polizeisprecher machte rechtsextreme Hooligans für die Übergriffe verantwortlich, die schwere Gewalttaten begingen. „Wir ziehen Verstärkung heran, um das zu bewältigen", sagte der Sprecher laut RTÉ. Einem Reporter des britischen Nachrichtensenders Sky News zufolge sollen Hunderte, teils vermummte Menschen an den Krawallen beteiligt gewesen sein.

Vorausgegangen war der Messerangriff am frühen Nachmittag, bei dem den Berichten zufolge ein Mann die Kinder attackiert haben soll, als sie sich vor einer Krippe in einer Schlange aufstellten. Bei der verletzten Frau soll es sich um eine Mitarbeiterin der Krippe handeln, die dazwischengegangen war, um die Kinder zu schützen. Mehreren Passanten gelang es demnach, den Mann zu überwältigen und bis zum Eintreffen der Polizei festzuhalten.

Angriff auf Frau und drei Kinder
Der Vorfall hatte sich um kurz vor 14.00 Uhr (Ortszeit, 15.00 Uhr MEZ) am Parnell Square East im Zentrum der irischen Hauptstadt ereignet. Einem Polizeisprecher zufolge wurden zunächst keine weiteren Verdächtigen im Zusammenhang mit der Tat gesucht. Ein Motiv war zunächst nicht bekannt, von einem terroristischen Hintergrund ging die Polizei aber nicht aus.

Regierungschef Leo Varadkar hatte sich schockiert gezeigt über den Messerangriff. Er dankte den Rettungskräften, die schnell am Tatort gewesen seien. Justizministerin Helen McEntee sprach von einem „entsetzlichen Angriff auf drei unschuldige Kinder und eine Frau".

EU-Ratspräsident Charles Michel schrieb auf der Plattform X, er sei „entsetzt über den schrecklichen Angriff in Dublin". Varadkar könne in dieser schwierigen Zeit auf die volle Solidarität der EU zählen. Die Präsidentin des Europaparlaments, Roberta Metsola, teilte mit, dass sie an alle Verletzten und ihre Familien denke.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/motiv-unklar-drei-menschen-in-hildesheim-mit-messer-verletzt-tatverd%C3%A4chtiger-gefasst/ar-AA1kr678?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=e887f1de54474d2fad4cc871881a97a9&ei=46

Motiv unklar - Drei Menschen in Hildesheim mit Messer verletzt - Tatverdächtiger gefasst

Artikel von afp •

6 Std.

In Hildesheim soll ein 37-Jähriger drei Menschen mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt haben.

Die Polizei nahm am späten Donnerstagabend nach mehrstündiger Suche in der Fußgängerzone Hoher Weg einen Tatverdächtigen fest. Bisherigen Ermittlungen zufolge betrat der Mann gegen 17.30 Uhr einen Kiosk in der Steuerwalder Straße. Hier soll er den 69-jährigen Kioskbetreiber und dessen 56-jährige Lebensgefährtin mit einem Messer attackiert haben.

Der Kioskbetreiber wurde dabei leicht verletzt, seine Lebensgefährtin erlitt schwere Verletzungen. Der Tatverdächtige soll sich im Anschluss mit einem Fahrrad in Richtung Bahnhof entfernt haben.

Später wurde bekannt, dass der Tatverdächtige zuvor bereits am Hildesheimer Hauptbahnhof einen Mann angegriffen und leicht verletzt haben soll. Das Opfer fuhr bis Hannover, bevor es die Polizei über den Vorfall informierte. Die Hintergründe der Taten waren zunächst unklar, die Ermittlungen dauerten an.

https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/kriminalit%C3%A4t-zahl-der-gewaltdelikte-steigt-stark-an-bka-sieht-bezug-zu-fl%C3%BCchtlingen/ar-AA1kpNRI?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=e887f1de54474d2fad4cc871881a97a9&ei=59

Kriminalität: Zahl der Gewaltdelikte steigt stark an – BKA sieht Bezug zu Flüchtlingen
Artikel von Neuerer, Dietmar •
13 Std.

Die Kriminalität nimmt wieder zu, und zwar deutlich, wie aktuelle Zahlen zeigen. Der Wegfall der Corona-Maßnahmen könnte eine Rolle spielen, aber auch die hohe Zuwanderungsrate.

Die Sicherheitsbehörden in Deutschland haben im ersten Halbjahr 2023 eine deutliche Zunahme der Gewaltkriminalität registriert. Die Fallzahlen seien um rund 17 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen, teilte das Bundeskriminalamt (BKA) am Donnerstag mit.
Das BKA wertet den Befund der entsprechenden Sonderauswertung zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) als eine „Trendumkehr", die Sorge bereite. BKA-Präsident Holger Münch erklärte, die Entwicklung sei „nicht mehr mit einem Nachholeffekt nach den pandemiebedingten Rückgängen erklärbar".
Der Anstieg der Fallzahlen sei „besorgniserregend, weil wir nicht wissen, wo es hingeht". Der langfristige Abwärtstrend scheine beendet. Die erhobenen Zahlen bildeten zwar nur das erste Halbjahr ab, ließen aber einen allgemeinen Trend erkennen.

Die Behörde nennt mehrere Ursachen für die deutliche Zunahme der Gewaltkriminalität, zu der unter anderem schwere Körperverletzung, Raub und Mord zählen. Ein zentraler Faktor sei die Migration mit einer aktuell hohen Zuwanderungsrate. „Es ist davon auszugehen, dass viele Schutzsuchende mehrere Risikofaktoren aufweisen, die Gewaltkriminalität wahrscheinlicher machen", teilte das BKA mit. Dazu gehörten die Lebenssituation in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie wirtschaftliche Unsicherheit und Gewalterfahrungen.
Besonders auffällig sind die Verdächtigenzahlen bei nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen. In dieser Personengruppe stellten die Behörden im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022 einen Anstieg der Tatverdächtigen um 37 Prozent fest. Bei Deutschen dieser Altersgruppe betrug der Anstieg zwölf Prozent.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei nichtdeutschen und deutschen Erwachsenen. Das BKA legt allerdings Wert auf die Feststellung, dass sich die Zahlen zu Nichtdeutschen relativieren, wenn man sie im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung betrachtet. Dann ist der Anstieg an Gewaltdelikten, verglichen mit deutschen Tatverdächtigen, nahezu gleich.

Kommunen mit der Flüchtlingsunterbringung am Limit

Viele Kommunen sind mit der Unterbringung von Geflüchteten am Limit. Trotzdem bewegt sich das Migrationsgeschehen auf hohem Niveau. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sind in den ersten zehn Monaten dieses Jahres in Deutschland rund 287.000 Asylanträge gestellt worden, darunter etwa 267.000 Erstanträge. Damit stieg die Zahl der Menschen, die in Deutschland erstmalig Schutz beantragt haben, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 67,5 Prozent.

Doch mit den hohen Zuwandererzahlen allein lässt sich der starke Anstieg der Gewaltkriminalität nicht erklären. Das BKA nennt als weiteren Faktor wirtschaftliche und soziale Belastungen. Erstmals seit Jahren werde die Inflation in der Bevölkerung als „wesentliches Problem" wahrgenommen, so die Behörde. „Dies korreliert mit der Zahl der Gewaltdelikte."

In ökonomisch schwächeren Regionen fallen demnach die Fall- und Verdächtigenzahlen höher aus. Hinzu kämen Belastungen im sozialen Bereich, erklärte das BKA weiter. „Insbesondere Kinder und Jugendliche haben mit erhöhten psychischen Belastungen als Folge der Corona-Maßnahmen zu kämpfen, was sich auch auf ihre Anfälligkeit, Straftaten zu begehen, auswirken kann."

Auch in der Aufhebung von Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sieht das BKA eine Ursache für hohe Kriminalitätszahlen. Diese Maßnahmen hatten irreguläre Grenzübertritte erschwert. Zudem hatten die Menschen in Deutschland in den Jahren 2020 und 2021 mehr Zeit als sonst in der heimischen Wohnung verbracht.

Faeser mahnt auch auf die gesellschaftlichen Ursachen zu schauen

Dadurch habe es „weniger Tatgelegenheiten" gegeben. Das habe sich dann mit dem Wegfall der letzten coronabedingten Einschränkungen im Frühjahr 2023 geändert. Seitdem sind die Menschen wieder mehr unterwegs.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) betonte, Kriminalität könne nicht allein mit Strafrecht erfolgreich bekämpft werden. „Wenn wir das Problem an der Wurzel packen wollen", dann müsse auch auf gesellschaftspolitischen Ursachen geschaut werden.

Nach den Worten von Münch hat sich die Zahl der Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität binnen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Diese Zunahme zeige „die Zuspitzung politischer und gesellschaftlicher Spannungen – teilweise bin hin zu einer versuchten Delegitimierung des Staates und seines Gewaltmonopols".

Mögliche Treiber einer solchen Entwicklung seien die aktuell vielfältigen Unsicherheits- und Stressfaktoren, mit denen die Gesellschaft in Zeiten multipler internationaler Krisen konfrontiert werde, erläuterte Münch.

Islamist enthauptete Samuel Paty: Frankreich verhandelt nach Lehrer-Mord gegen Teenager

Vor gut drei Jahren ermordet ein radikalisierter 18-Jähriger den französischen Lehrer Samuel Paty, weil dieser im Unterricht über eine Mohammed-Karikatur spricht. Nach der Attacke kommt heraus, dass Schüler den Täter mit Informationen versorgten. Nun müssen sie sich vor Gericht verantworten.

Vor dem Mord an Samuel Paty war dieser bereits wegen der Aggressivität gegen seine Person besorgt.© picture alliance / abaca

Die Enthauptung des französischen Lehrers Samuel Paty durch einen radikalisierten 18-Jährigen hatte Frankreich vor gut drei Jahren tief erschüttert. Von Montag an müssen sich sechs Minderjährige im Zusammenhang mit dieser Tat vor einem Jugendgericht verantworten. Den Täter hatte die Polizei erschossen. Das Verfahren findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Der 47 Jahre alte Paty wurde ermordet, nachdem er in einer Unterrichtsstunde zum Thema Meinungsfreiheit umstrittene Mohammed-Karikaturen gezeigt hatte. Paty hatte es seinen Schülerinnen und Schülern freigestellt, den Raum zu verlassen, falls sie diese nicht sehen wollten. Diese Vorsichtsmaßnahme wurde ihm zum Verhängnis.

Frankreich klagt 14 Menschen nach Mord an Lehrer an

Eine damals 13 Jahre alte Schülerin - die an dem Tag gar nicht zum Unterricht erschienen war - erzählte ihrem Vater davon. Dieser wiederum verbreitete ein Video, in dem er behauptete, Paty habe gezielt muslimische Schüler aus der Klasse geschickt, um den anderen erniedrigende Darstellungen Mohammeds zu zeigen. Die Schülerin ist nun wegen Verleumdung angeklagt und muss im Fall einer Verurteilung mit bis zu zweieinhalb Jahren Haft rechnen.

Jungen beschrieben Täter Aussehen des Lehrers

Die Hetzkampagne in den Onlinediensten hatte ihren Lauf genommen und den 18 Jahre alten Abdulach Ansorow erreicht. Dieser war mit fünf Jahren aus Russland nach Frankreich gekommen, hatte zu dem Zeitpunkt eine Aufenthaltserlaubnis und war seit mehreren Monate radikalisiert. Den Lehrer kannte er nicht.

Weiterer Lehrer fürchtet um sein Leben

Am letzten Schultag vor den Herbstferien lauerte Ansorow dem Lehrer auf. Er nahm die Hilfe mehrerer Jungen in Anspruch, die ihm beschrieben, wie Paty aussah und wo er gewöhnlich nach der Schule lang ging. Für diese Dienste soll der Täter mehrere Hundert Euro bezahlt haben. Fünf Jungen, die damals 14 oder 15 Jahre alt waren, sind nun angeklagt wegen krimineller Vereinigung zur Vorbereitung einer schweren Gewalttat.

Neben den sechs Minderjährigen müssen sich in einem weiteren Verfahren auch acht Erwachsene vor Gericht verantworten. Zu ihnen zählen zwei Freunde des Täters, die ihn beim Waffenkauf und auf dem Weg zum Tatort begleitet haben sollen. Sie sollen nach dem Willen der Staatsanwaltschaft wegen Beihilfe zum terroristischen Mord angeklagt werden, da sie von der dschihadistischen Einstellung des Täters wussten. Ihnen drohen lebenslängliche Haftstrafen.

"Verbrechen ist Ergebnis vieler strafbarer Aktionen"

Der Vater der angeklagten Schülerin und ein weiterer Mann, die in Onlinediensten die Polemik gegen Paty angefacht hatten, sollen sich wegen Bildung einer kriminellen terroristischen Vereinigung vor Gericht verantworten. Unter den erwachsenen Angeklagten ist auch eine zum Islam konvertierte Frau, die mit dem russisch-tschetschenischen Täter über X in Kontakt stand.
Die Anklageschrift der Anti-Terror-Staatsanwaltschaft umfasst 541 Seiten. "Auch wenn Abdulach Ansorow allein gehandelt hat, ist das Verbrechen das Ergebnis einer Reihe von strafbarer Aktionen", heißt es darin. Paty sei vor der Tat "sehr besorgt" gewesen mit Blick auf "das Ausmaß und die Aggressivität der Polemik".
Fast auf den Tag genau drei Jahre nach dem Mord an Paty hatte ein weiterer tödlicher Angriff eines jungen Dschihadisten auf einen Lehrer das Land erschüttert. Der ebenfalls aus Russland stammende 20 Jahre alte Mohammed M., der sich zum Dschihadismus bekannte, erstach in Arras den Geschichtslehrer Dominique Bernard. Er wurde festgenommen und ließ durch seinen Anwalt mitteilen, dass er sich im Prozess äußern wolle.

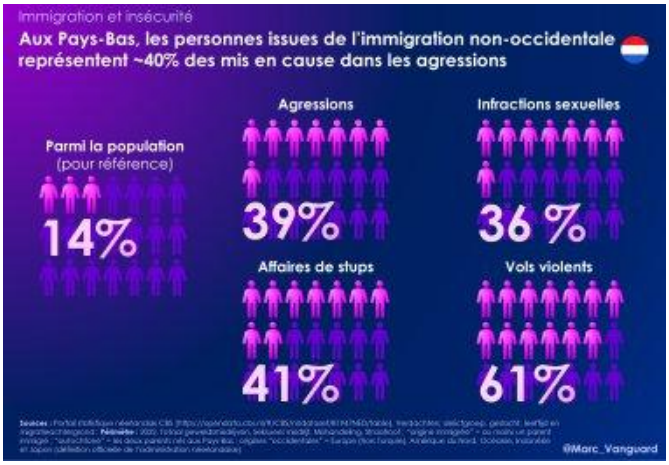
https://unser-mitteleuropa.com/nl-kriminalitaets-statistik-migranten-extrem-ueberrepraesentiert-groteske-linke-realitaets-verweigerung/
NL-Kriminalitäts-Statistik: Migranten extrem überrepräsentiert – Groteske linke Realitäts-Verweigerung
25. 11. 2023

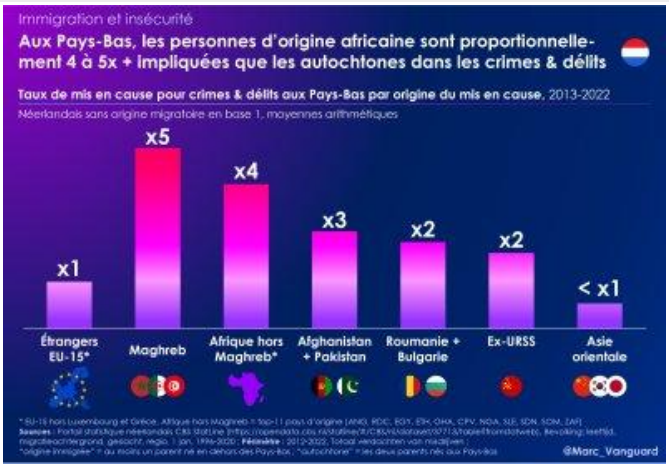
Niederländische Kriminalitätsstatistik widerlegt Willkommens-Propaganda

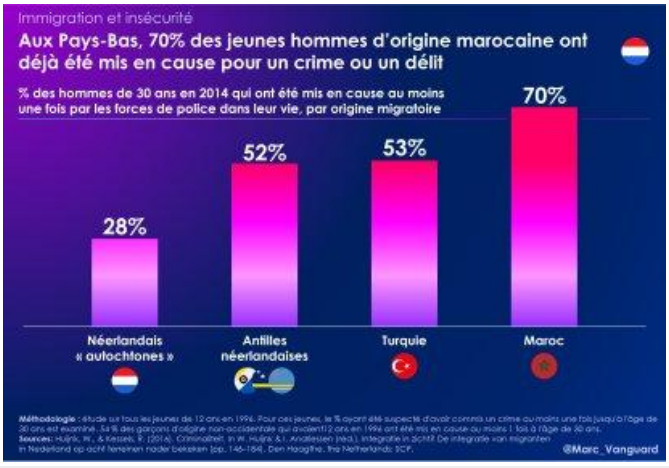
Die niederländische Polizei veröffentlichte Kriminalitätsdaten nach Herkunft (≠ Staatsangehörigkeit), aus denen brisante Ergebnisse hervorgehen:

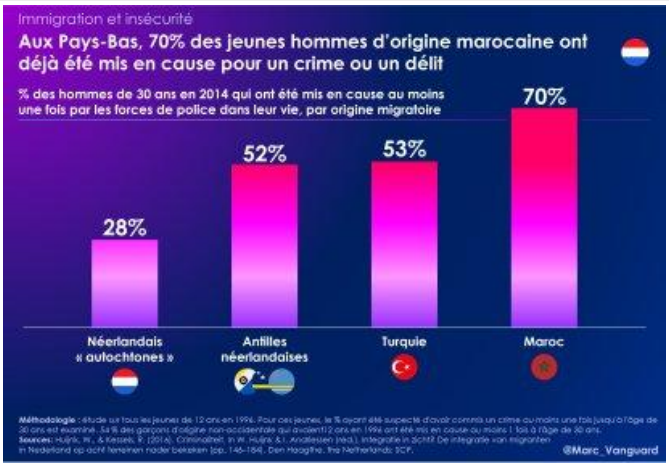
Einwanderer und Nachkommen außereuropäischer Einwanderer sind alarmierend überrepräsentiert.

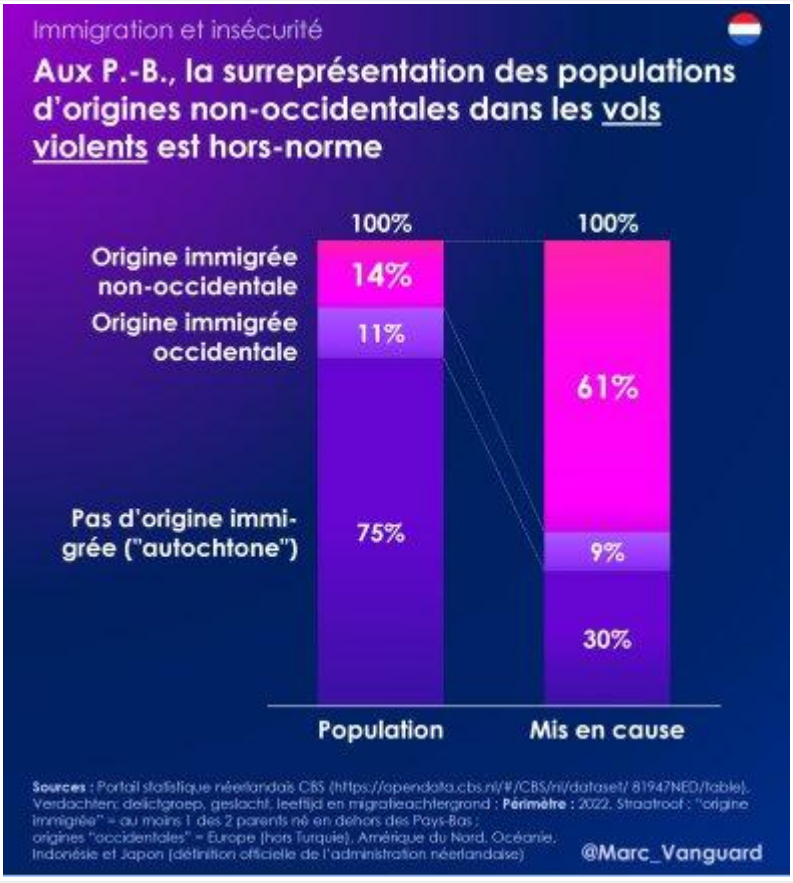
„Nicht-westliche" Einwanderer machen zwar nur 14 % der niederländischen Bevölkerung, belegen aber aus einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Angeklagten:



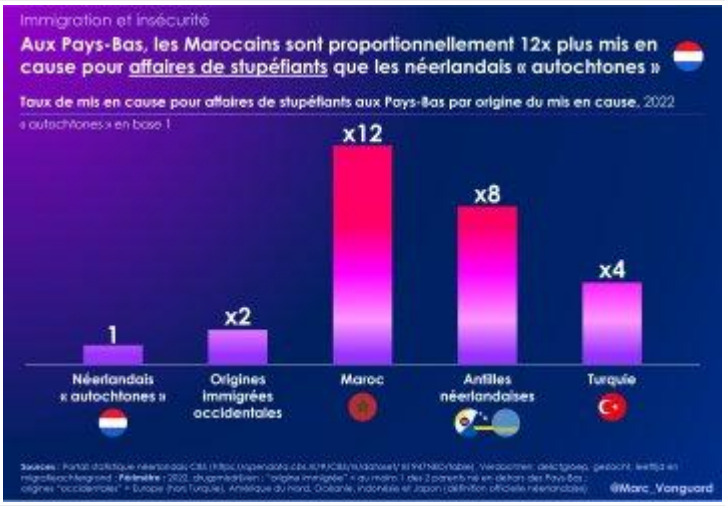




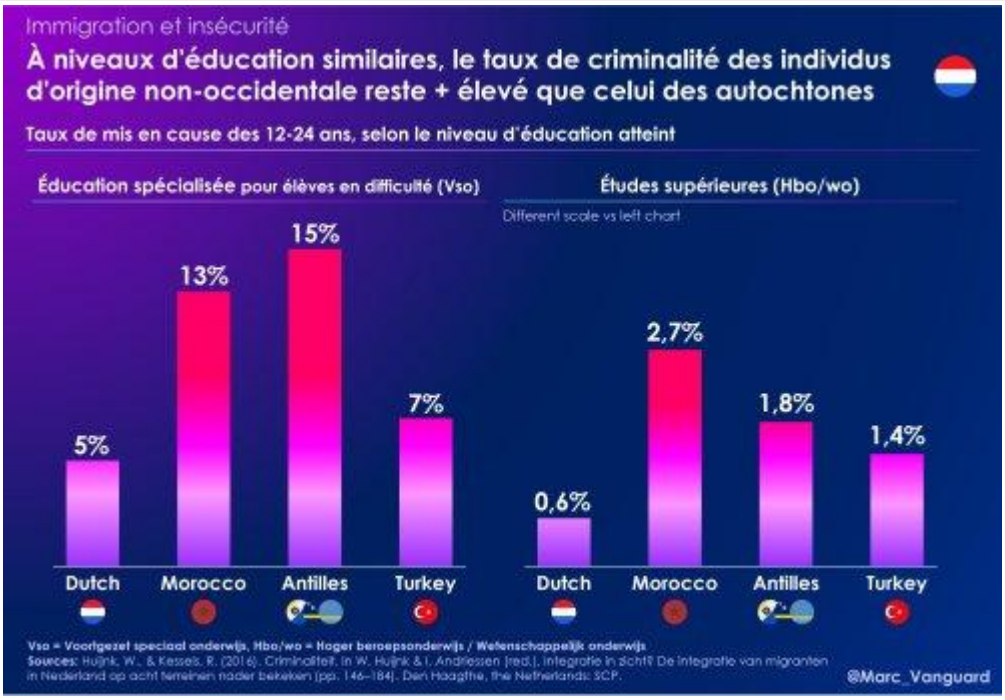




Die Niederlande werden vom Drogenhandel zersetzt
Die marokkanische Mocro-Mafia tötet immer wieder Journalisten und Anwälte und verübt sogar Bombenanschläge.


Immigration et insécurité
Aux Pays-Bas, les Marocains sont proportionnellement 12x plus mis en cause pour affaires de stupéfiants que les néerlandais « autochtones »
Taux de mis en cause pour affaires de stupéfiants aux Pays-Bas par origine du mis en cause, 2022
« autochtones » en base 1
1
x2
x12
x8
x4
Néerlandais « autochtones »
Origines immigrées occidentales
Maroc
Antilles néerlandaises
Turquie
@Marc_Vanguard

Immigration et insécurité
Aux P.-B., le taux de mis en cause des Marocains pour conduite sous emprise d'alcool ou de stups est 3x + haut que celui des «autochtones»
Taux de mis en cause pour conduite sous emprise d'alcool ou de stups aux P.-B. par origine, 2022
« autochtones » en base 1
1
x1
x3
x4
x2
Néerlandais « autochtones »
Origines immigrées occidentales
Maroc
Antilles néerlandaises
Turquie
@Marc_Vanguard


Immigration et insécurité
À niveaux d'éducation similaires, le taux de criminalité des individus d'origine non-occidentale reste + élevé que celui des autochtones
Taux de mis en cause des 12-24 ans, selon le niveau d'éducation atteint
Éducation spécialisée pour élèves en difficulté (Vso)
Études supérieures (Hbo/wo)
Different scale vs left chart
5%
13%
15%
7%
0,6%
2,7%
1,8%
1,4%
Dutch
Morocco
Antilles
Turkey
Dutch
Morocco
Antilles
Turkey
Vso = Voortgezet speciaal onderwijs, Hbo/wo = Hoger beroepsonderwijs / Wetenschappelijk onderwijs
Sources: Huijnk, W., & Kessels, R. (2016). Criminaliteit. In W. Huijnk & I. Andriessen (red.), Integratie in zicht? De integratie van migranten in Nederland op acht terreinen nader bekeken (pp. 146–184). Den Haag/the, the Netherlands: SCP.
@Marc_Vanguard

Willkommens-Propaganda: „Systemischer Rassismus"
Wie üblich bei solch desaströsen Ergebnissen, welche gegen die Willkommenskultur spricht, wird angeblicher „systemische Rassismus" der niederländischen Polizei dafür verantwortlich gemacht. Die Realität spricht eine andere Sprache: Ist es doch statistisch nicht möglich die Zahlen in so hohen Maße zu fälschen.
Groteske Realitätsverweigerung durch „Diskurs des Grotesken im Neuen Testament"
„Die Anzahl von Messer-Attacken ist zwar gestiegen, jedoch eher gering."
So berichtet das Soros-Faktenchecker-Team „Correctiv" allen Ernstes:
„Von einem 'dramatischen Anstieg von Messer-Attacken'" könne *nämlich „allgemein nicht die Rede sein".* Obwohl *„die Anzahl solcher Delikte zwar gestiegen"* wäre, wäre *„dieser Anstieg jedoch eher gering."* (correctiv)
Sogar das Selbstverteidigungs-Recht wird relativiert: Allen Ernstes empörte sich die deutsche Grünen-Politikerin Renate Künast (aufgrund einer erfolgten Multi-Kulti-Einbürger*er-Axt-Attacke), *„dass die Polizei den Angreifer erschossen"* (Stern) hätte:
„'Wieso konnte der Angreifer nicht angriffsunfähig geschossen werden???? Fragen*!'"* (Focus)
Und auch die Ex-Grünen-Chefin S. Peter bemühte penetrant einen euro-zentristischen Kollektiv-Schuld-Komplex: Indem sie der Kölner Polizei ‚racial profiling' gegenüber verdächtigen NAFRIs vorwarf:
„1000 Personen wurden alleine aufgrund ihres Aussehens überprüft!" (Peter)
Denn: Potentielle Vergewaltiger sind immer nur autochthone Weiße Macho-Schweine!

…

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/berlin-mann-w%C3%BCrgt-seniorin-kommt-nach-festnahme-frei-und-vergewaltigt-frau/ar-AA1kyhKY?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=3dac55572968 4f879774ca490be29fa8&ei=12
Berlin: Mann würgt Seniorin, kommt nach Festnahme frei und vergewaltigt Frau
Artikel von lex
Ein 25-jähriger Geflüchteter, der am Freitag eine 78-jährige Seniorin in ihrer Wohnung brutal gewürgt hat, soll einen Tag später ein Sexualdelikt begangen haben. Nach Angaben der Polizei soll der Syrer am späten Samstagnachmittag eine Frau in einer Flüchtlingsunterkunft im Berliner Ortsteil Lichterfelde vergewaltigt haben.
Die beiden dicht aufeinanderfolgenden Taten bringen die Staatsanwaltschaft in Erklärungsnot. Denn wie die B.Z. berichtet, soll der Verdächtige nach seiner Festnahme auf Geheiß der zuständigen Staatsanwältin nicht dem Haftrichter vorgeführt, sondern auf freien Fuß gesetzt worden sein.

Der junge Mann soll laut Polizeiangaben nach seiner Freilassung in der Flüchtlingsunterkunft eine Bewohnerin an der Tür zu ihrem Zimmer überwältigt haben. Er habe die Frau ins Zimmer gezerrt, die Tür versperrt und sich dann an ihr sexuell vergangen. Da das Opfer laut um Hilfe schrie, wurden

andere Bewohner auf die Tat aufmerksam. Ihnen gelang es, die Tür zu öffnen, woraufhin der 25-Jährige, der ebenfalls dort wohnen soll, aus dem Gebäude flüchtete.

Ziemlich genau 24 Stunden zuvor soll er in Moabit eine 78-Jährige in einem Wohnhaus an der Bremer Straße angegriffen haben. Er hatte demnach an der Tür der Frau geklingelt. Als die Seniorin öffnete, habe er sie in ihre Wohnung gedrängt, sie in einen Schwitzkasten genommen und gewürgt. Auch hier wurden weitere Bewohner des Hauses auf die Hilferufe der Frau aufmerksam. Mehrere Nachbarn eilten ihr zur Hilfe, konnten sie aber laut Polizeiangaben nur mit großem Kraftaufwand aus dem Griff des 25-

Als er aus dem Gebäude rannte, entwendete er laut Polizei eine Flasche Schnaps, die ein Passant auf einer Sackkarre hatte. Der Bestohlene konnte den Mann einholen und sich seine Spirituose zurückholen. Kurz darauf konnten Polizisten den Verdächtigen auf der Wiebestraße festnehmen, wobei er massiven Widerstand geleistet haben soll. Ob der Angriff auf die Seniorin ebenfalls sexuell motiviert war, sei weiterhin Bestandteil der Ermittlungen, so die Polizei.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/neun-m%C3%A4nner-wegen-vergewaltigung-in-hamburg-zu-haft-verurteilt/ar-AA1kF51R?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=f88fdde7d10d4bc5a182d6fd5d6ad615&ei=10
Neun Männer wegen Vergewaltigung in Hamburg zu Haft verurteilt
Artikel von RP ONLINE •
16 Min.
Hamburg. Im September 2020 wird eine 15-Jährige im Hamburger Stadtpark von mehreren jungen Männern vergewaltigt. Nach fast 100 Verhandlungstagen spricht eine Jugendkammer am Landgericht neun Angeklagte schuldig.

Die Angeklagten stehen neben ihren Anwälten im Prozess um Vergewaltigung einer Jugendlichen im Stadtpark im Sitzungssaal im Strafjustizgebäude und halten sich Aktenordner vor das Gesicht. Zehn junge Männer im Alter von 19 bis 23 Jahren sollen im September 2020 eine damals 15-Jährige im Stadtpark vergewaltigt haben.
Die Angeklagten stehen neben ihren Anwälten im Prozess um Vergewaltigung einer Jugendlichen im Stadtpark im Sitzungssaal im Strafjustizgebäude und halten sich Aktenordner vor das Gesicht. Zehn junge Männer im Alter von 19 bis 23 Jahren sollen im September 2020 eine damals 15-Jährige im Stadtpark vergewaltigt haben.
Im Prozess um eine Gruppenvergewaltigung im Hamburger Stadtpark hat das Landgericht am Dienstag neun junge Männer zu Haftstrafen verurteilt. Ein zehnter Angeklagter wurde freigesprochen. Die Jugendstrafen von ein bis zwei Jahren für acht Angeklagte wurden zur Bewährung oder der sogenannten Vorbewährung ausgesetzt. Nur ein 19-Jähriger bekam eine härtere Strafe, und zwar zwei Jahre und neun Monate Haft ohne Bewährung. Ein elfter Angeklagter war bereits am 5. April dieses Jahres freigesprochen worden.
Computer-Fehler reparieren - PC Cleaner© (Download) - PC Optimizer Kostenlos
Computer-Fehler reparieren - PC Cleaner© (Download) - PC Optimizer Kostenlos

Anzeige
PC Help Soft
Die Verurteilten im Alter zwischen 19 und 23 Jahren vergewaltigten nach Überzeugung des Gerichts im September 2020 eine damals 15-Jährige. Die Jugendliche hatte am Abend eine Party auf der Festwiese des Stadtparks besucht. In der Corona-Zeit hatte sich die Grünanlage zu einem beliebten Treffpunkt entwickelt. Die Nebenklägerin sei mit mindestens 1,6 Promille alkoholisiert gewesen, erklärte die Vorsitzende Richterin. Zunächst hätten vier der Angeklagten die Jugendliche in ein Gebüsch geführt und gegen den erkennbaren Willen der 15-Jährigen sexuelle Handlungen an ihr vorgenommen. Einer von ihnen stahl ihr dabei das Handy und das Portemonnaie.

Jetzt RP ONLINE Newsletter Stimme des Westens kostenlos bestellen

Danach hätten zwei andere Angeklagte den verwirrten Zustand des Mädchens ausgenutzt und es ebenfalls vergewaltigt. Als die 15-Jährige erneut über die Festwiese irrte, lief sie einem weiteren jungen Mann in die Arme, der sie missbrauchte. Schließlich gingen die drei übrigen Angeklagten mit der Jugendlichen in ein Gebüsch. Allerdings sei nicht sicher, dass alle drei sie vergewaltigt hätten. Darum sprach das Gericht einen 23-Jährigen frei. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Neue Wärmepumpenheizung - inkl. Montage & Fördergelder
Neue Wärmepumpenheizung - inkl. Montage & Fördergelder
Anzeige
Thermondo
Das Gericht entsprach im Wesentlichen der Strafforderung der Staatsanwaltschaft. Die insgesamt 20 Verteidiger hatten für alle Angeklagten Freispruch gefordert. Der Prozess hatte am 10. Mai vergangenen Jahres begonnen. Er dauerte 68 Verhandlungstage, das Gericht hörte 96 Zeugen und mehrere Sachverständige. „Das war ein Mammut-Indizienprozess, bei dem lange nicht klar war, was in der Nacht vom 19. zum 20. September 2020 geschehen war“, sagte die Vorsitzende Richterin Anne Meier-Göring.

https://www.anwalt.de/rechtstipps/wie-hoch-ist-die-strafe-fuer-vergewaltigung-177-stgb-erklaert-vom-fachanwalt-fuer-strafrecht-199353.html
Wie hoch ist die Strafe für Vergewaltigung? § 177 StGB erklärt vom Fachanwalt für Strafrecht
31.03.2022
2 Minuten Lesezeit
(514)

Die polizeiliche Kriminalstatistik weist knapp 9.000 registrierte Vergewaltigungstaten für das Jahr 2020 aus. Grund genug sich mit dem Straftatbestand und den Konsequenzen auseinanderzusetzen. Das Sexualstrafrecht ist in den letzten Jahren stark in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Es wurden nicht nur die Strafen deutlich verschärft, sondern auch die Hürden des Tatbestands abgesenkt.

Welche Strafe droht nun, wenn man wegen einer Vergewaltigung verurteilt wird?
Der § 177 Absatz 6 StGB sieht für eine Vergewaltigung eine **Freiheitsstrafe von 2 Jahren bis zu 15 Jahren vor.**

Durch die hohe Mindeststrafe ist es fast ausgeschlossen, dass eine Freiheitsstrafe noch zur Bewährung ausgesetzt werden kann. Die Grenze für eine Bewährung liegt genau bei 2 Jahren, also der Mindeststrafe des Delikts.

Bei einem Ersttäter ohne Vorstrafen, wo die Tat im Rahmen einer persönlichen Beziehung begangen wurde, liegen die Strafen in der Praxis zwischen zwei Jahren 6 Monaten und drei Jahren 6 Monaten. Bei einem Fremdtäter, dass heißt ein Täter der mit dem Opfer in keiner persönlichen Beziehung steht, und je nach Verletzungsbild des Tatopfers, sind hier aber auch Strafen im Bereich ab 5 Jahren aufwärts möglich.

Was sind die Voraussetzungen einer Vergewaltigung?
Strafbar macht sich, wer gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person mit dem Opfer den Beischlaf vollzieht oder ähnliche sexuellen Handlungen vornimmt, die mit dem Eindringen in den Körper verbunden sind.

Muss man bei Aussage gegen Aussage nicht freigesprochen werden?
Im Sexualstrafrecht haben wir es häufig mit sogenannten Aussage gegen Aussage Konstellationen zu tun. Zu meist gibt es einen Beschuldigten und das vermeintliche Tatopfer mit ganz unterschiedlichen Aussagen zu dem was passiert sein soll. Doch führt diese Ausgangslage nicht zu einem sicheren Freispruch. **Der Bundesgerichtshof hat erhöhte Anforderungen an die Würdigung der Zeugenaussage gestellt, die durch die Instanzgerichte beachtet werden müssen. In der Praxis führt es dazu, dass es am Ende daruaf ankommt, wem das Gericht glauben möchte. Begründen kann man die Entscheidungen als Gericht in beide Richtungen**

https://dejure.org/gesetze/StGB/177.html

Strafgesetzbuch

Besonderer Teil (§§ 80 - 358)

13. Abschnitt - Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 - 184l)

§ 177
Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung
(1) Wer gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt oder von ihr vornehmen lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen an oder von einem Dritten bestimmt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.
(2) Ebenso wird bestraft, wer sexuelle Handlungen an einer anderen Person vornimmt oder von ihr vornehmen lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen an oder von einem Dritten bestimmt, wenn

1. der Täter ausnutzt, dass die Person nicht in der Lage ist, einen entgegenstehenden Willen zu bilden oder zu äußern,

2. der Täter ausnutzt, dass die Person auf Grund ihres körperlichen oder psychischen Zustands in der Bildung oder Äußerung des Willens erheblich eingeschränkt ist, es sei denn, er hat sich der Zustimmung dieser Person versichert,

3. der Täter ein Überraschungsmoment ausnutzt,

4. der Täter eine Lage ausnutzt, in der dem Opfer bei Widerstand ein empfindliches Übel droht, oder

5. der Täter die Person zur Vornahme oder Duldung der sexuellen Handlung durch Drohung mit einem empfindlichen Übel genötigt hat.

(3) Der Versuch ist strafbar.
(4) Auf Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr ist zu erkennen, wenn die Unfähigkeit, einen Willen zu bilden oder zu äußern, auf einer Krankheit oder Behinderung des Opfers beruht.
(5) Auf Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr ist zu erkennen, wenn der Täter

1. gegenüber dem Opfer Gewalt anwendet,

2. dem Opfer mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben droht oder

3. eine Lage ausnutzt, in der das Opfer der Einwirkung des Täters schutzlos ausgeliefert ist.

(6) 1In besonders schweren Fällen ist auf Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren zu erkennen. 2Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn

1. der Täter mit dem Opfer den Beischlaf vollzieht oder vollziehen lässt oder ähnliche sexuelle Handlungen an dem Opfer vornimmt oder von ihm vornehmen lässt, die dieses besonders erniedrigen, insbesondere wenn sie mit einem Eindringen in den Körper verbunden sind (Vergewaltigung), oder

2. die Tat von mehreren gemeinschaftlich begangen wird.

(7) Auf Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren ist zu erkennen, wenn der Täter

1. eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt,

2. sonst ein Werkzeug oder Mittel bei sich führt, um den Widerstand einer anderen Person durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt zu verhindern oder zu überwinden, oder

3. das Opfer in die Gefahr einer schweren Gesundheitsschädigung bringt.

(8) Auf Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren ist zu erkennen, wenn der Täter

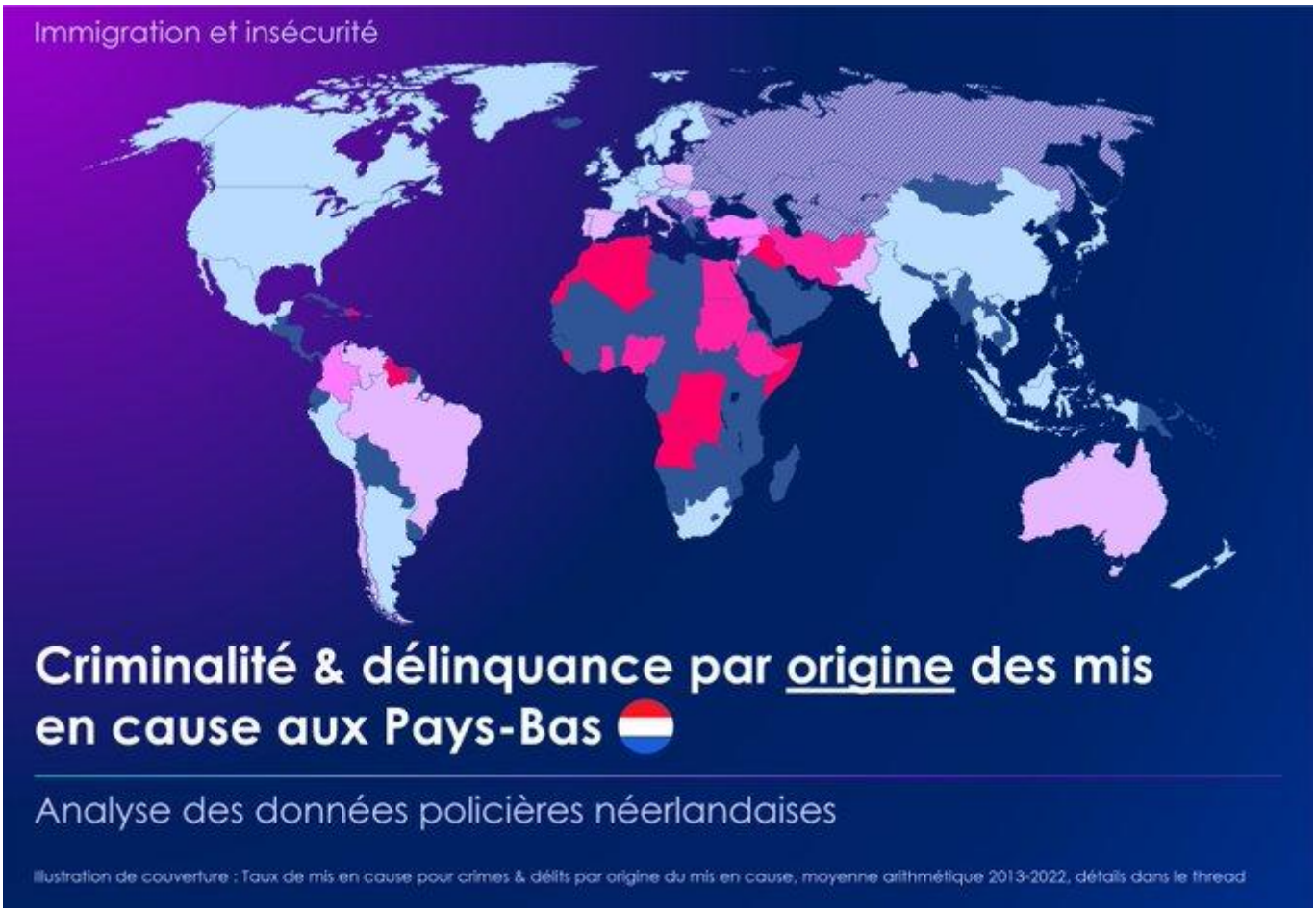
1. bei der Tat eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug verwendet oder

2. das Opfer

    a) bei der Tat körperlich schwer misshandelt oder

    b) durch die Tat in die Gefahr des Todes bringt.

(9) In minder schweren Fällen der Absätze 1 und 2 ist auf Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren, in minder schweren Fällen der Absätze 4 und 5 ist auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen der Absätze 7 und 8 ist auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren zu erkennen.

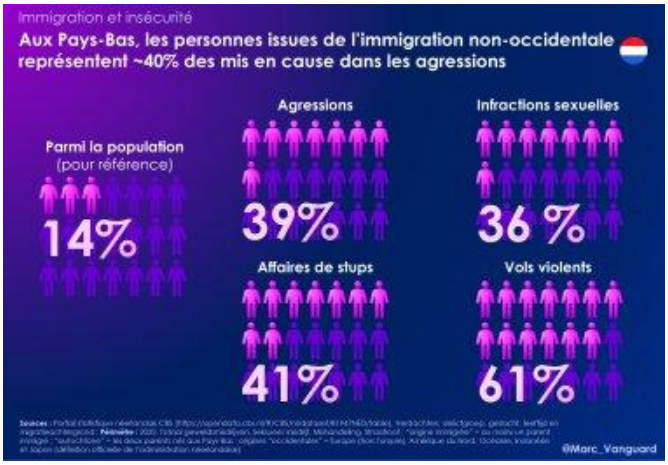


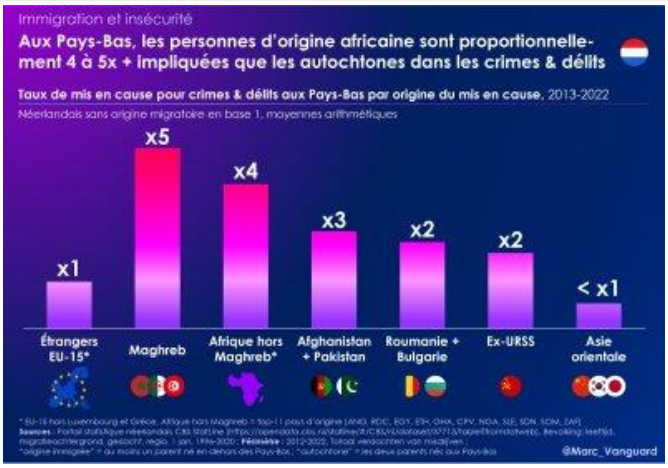
Niederländische Kriminalitätsstatistik widerlegt Willkommens-Propaganda

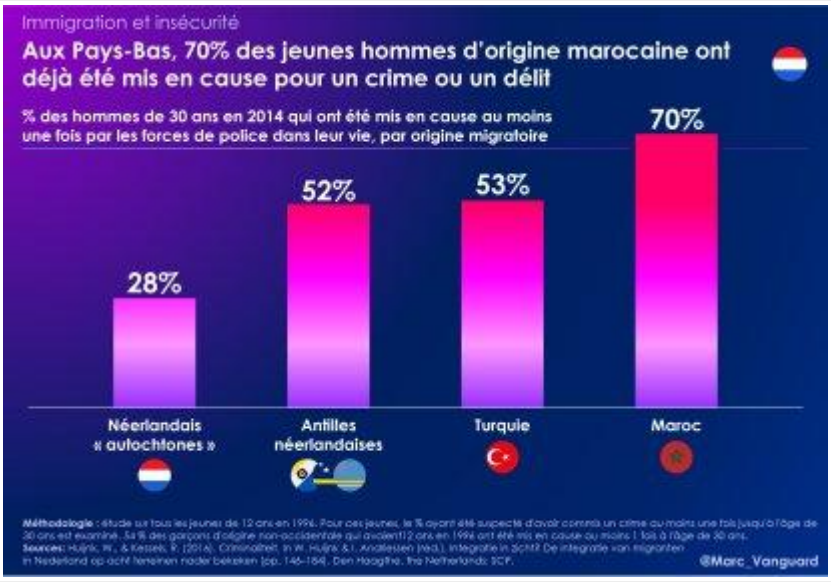
Die niederländische Polizei veröffentlichte Kriminalitätsdaten nach Herkunft (≠ Staatsangehörigkeit), aus denen brisante Ergebnisse hervorgehen:

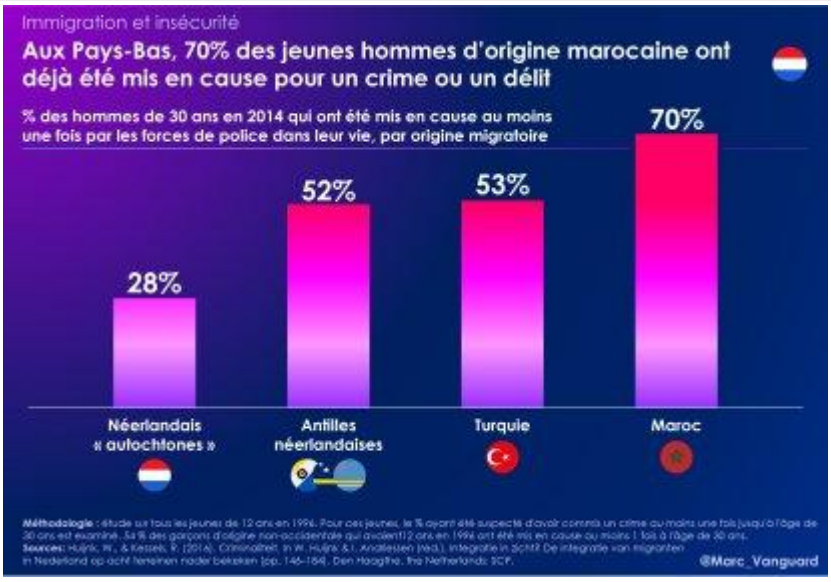
Einwanderer und Nachkommen außereuropäischer Einwanderer sind alarmierend überrepräsentiert.

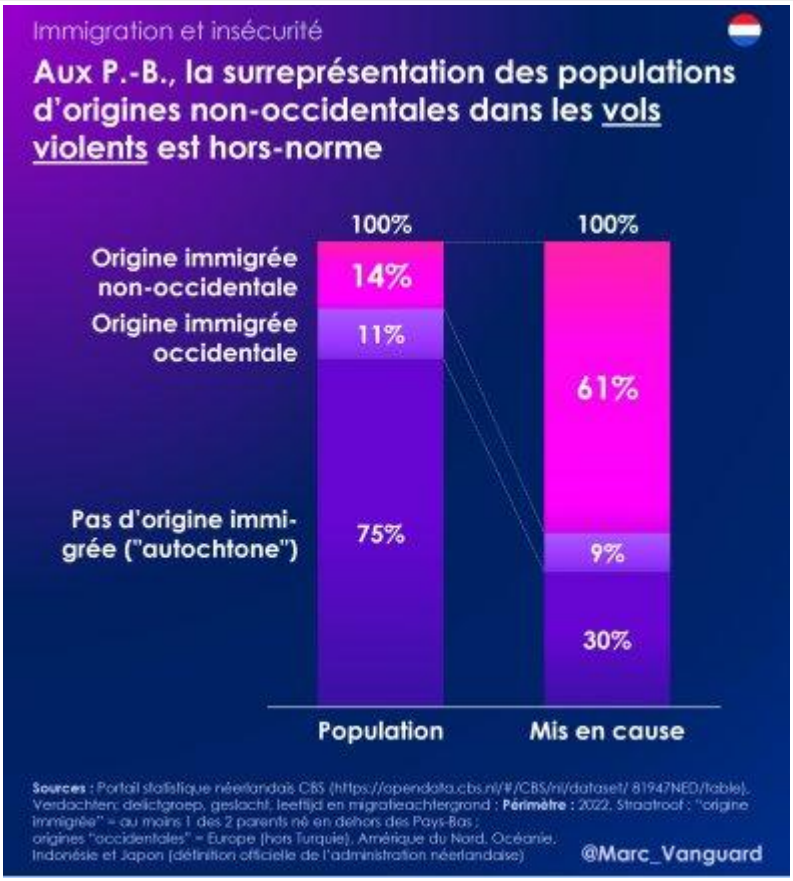
„Nicht-westliche“ Einwanderer machen zwar nur 14 % der niederländischen Bevölkerung, belegen aber aus einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Angeklagten:




Immigration et insécurité
Aux Pays-Bas, les personnes d'origine africaine sont proportionnelle-ment 4 à 5x + impliquées que les autochtones dans les crimes & délits
Taux de mis en cause pour crimes & délits aux Pays-Bas par origine du mis en cause, 2013-2022
Néerlandais sans origine migratoire en base 1, moyennes arithmétiques
x1
x5
x4
x3
x2
x2
< x1
Étrangers EU-15*
Maghreb
Afrique hors Maghreb*
Afghanistan + Pakistan
Roumanie + Bulgarie
Ex-URSS
Asie orientale
@Marc_Vanguard

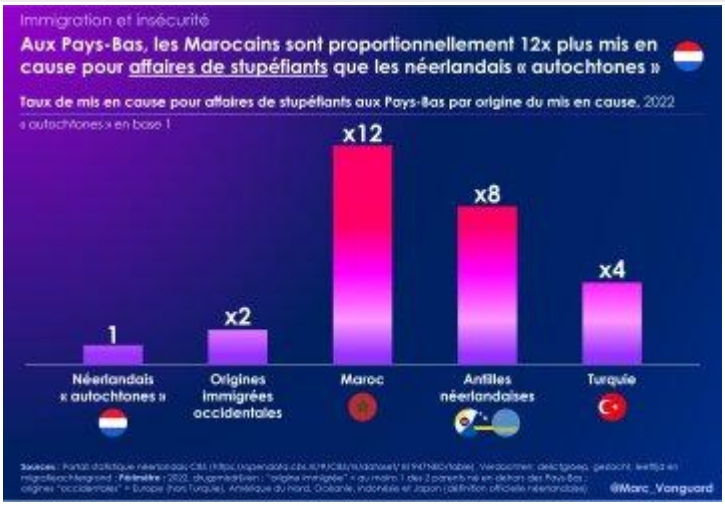

Immigration et insécurité
Aux Pays-Bas, 70% des jeunes hommes d'origine marocaine ont déjà été mis en cause pour un crime ou un délit
% des hommes de 30 ans en 2014 qui ont été mis en cause au moins une fois par les forces de police dans leur vie, par origine migratoire
28%
52%
53%
70%
Néerlandais « autochtones »
Antilles néerlandaises
Turquie
Maroc
Méthodologie : étude sur tous les jeunes de 12 ans en 1996. Pour ces jeunes, le % ayant été suspecté d'avoir commis un crime au moins une fois jusqu'à l'âge de 30 ans est examiné. 54 % des garçons d'origine non-occidentale qui avaient 12 ans en 1996 ont été mis en cause au moins 1 fois à l'âge de 30 ans.
Sources: Huijnk, W., & Kessels, R. (2016). Criminaliteit. In W. Huijnk & I. Andriessen (red.), Integratie in Schrift De integratie van migranten in Nederland op acht terreinen nader bekeken (pp. 146-164). Den Haag/the, the Netherlands: SCP.
@Marc_Vanguard

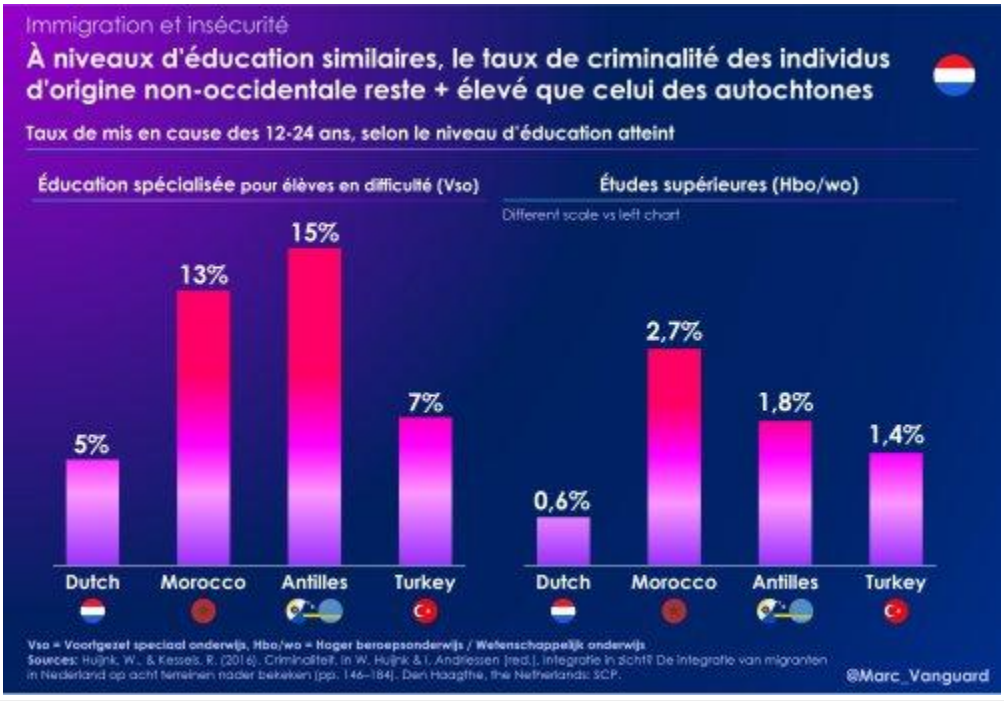

Immigration et insécurité
Aux Pays-Bas, 70% des jeunes hommes d'origine marocaine ont déjà été mis en cause pour un crime ou un délit
% des hommes de 30 ans en 2014 qui ont été mis en cause au moins une fois par les forces de police dans leur vie, par origine migratoire
28%
52%
53%
70%
Néerlandais « autochtones »
Antilles néerlandaises
Turquie
Maroc
Méthodologie : étude sur tous les jeunes de 12 ans en 1996. Pour ces jeunes, le % ayant été suspecté d'avoir commis un crime au moins une fois jusqu'à l'âge de 30 ans est examiné. 54 % des garçons d'origine non-occidentale qui avaient 12 ans en 1996 ont été mis en cause au moins 1 fois à l'âge de 30 ans.
Sources: Huijnk, W., & Kessels, R. (2016). Criminaliteit. In W. Huijnk & I. Andriessen (red.), Integratie in Schrift De integratie van migranten in Nederland op acht terreinen nader bekeken (pp. 146-164). Den Haag/the, the Netherlands: SCP.
@Marc_Vanguard



Die Niederlande werden vom Drogenhandel zersetzt

Die marokkanische Mocro-Mafia tötet immer wieder Journalisten und Anwälte und verübt sogar Bombenanschläge.





Willkommens-Propaganda: „Systemischer Rassismus“
Wie üblich bei solch desaströsen Ergebnissen, welche gegen die Willkommenskultur spricht, wird angeblicher „systemische Rassismus“ der niederländischen Polizei dafür verantwortlich gemacht. Die Realität spricht eine andere Sprache: Ist es doch statistisch nicht möglich die Zahlen in so hohen Maße zu fälschen.
Groteske Realitätsverweigerung durch „Diskurs des Grotesken im Neuen Testament“
„Die Anzahl von Messer-Attacken ist zwar gestiegen, jedoch eher gering.“
So berichtet das Soros-Faktenchecker-Team „Correctiv“ allen Ernstes:
„Von einem ’dramatischen Anstieg von Messer-Attacken‘“ könne *nämlich „allgemein nicht die Rede sein“.* Obwohl *„die Anzahl solcher Delikte zwar gestiegen“* wäre, wäre *„dieser Anstieg jedoch eher gering.“* (correctiv)
Sogar das Selbstverteidigungs-Recht wird relativiert: Allen Ernstes empörte sich die deutsche Grünen-Politikerin Renate Künast (aufgrund einer erfolgten Multi-Kulti-Einbürger*er-Axt-Attacke), *„dass die Polizei den Angreifer erschossen“* (Stern) hätte:
„‚Wieso konnte der Angreifer nicht angriffsunfähig geschossen werden???? Fragen!‘“ (Focus)

Und auch die Ex-Grünen-Chefin S. Peter bemühte penetrant einen euro-zentristischen Kollektiv-Schuld-Komplex: Indem sie der Kölner Polizei ‚racial profiling' gegenüber verdächtigen NAFRIs vorwarf:
„*1000 Personen wurden alleine aufgrund ihres Aussehens überprüft!*" (Peter)
Denn: Potentielle Vergewaltiger sind immer nur autochthone Weiße Macho-Schweine!

Grotesker Christlicher Schuldkomplex

„Christlicher Umgang mit Schuld: Man muss immer bei sich selbst beginnen, nie beim anderen."
Grundlage dafür ist ein 2000 Jahre verinnerlichter ur-christlicher Schuld-Komplex. Dieser hat aber nun in einer undurchsichtig-globalisierten Welt, mit Massen-Zu-Zug fremder Kulturen, grotesk-wahnhafte Züge angenommen hat:
„*Die Welt ist voller Schuld… Die Pointe eines christlichen Umgangs mit Schuld besteht darin, dass man immer bei sich selbst beginnen muss, nie beim anderen. Nicht vom anderen fordern, sondern sich selber öffnen, sich entblößen, den ersten Schritt gehen – im Vertrauen, dass das der einzige Weg ist, der die Kraft hat, das Hin und Her von Schuld, Wut, Hass und Rache zu durchbrechen.*" (Linzer Kirchenzeitung)
Die Basis dafür bildet das christliche Schuldbekenntnis:
„*Ich habe gesündigt in Gedanken, Worten und Werken durch meine Schuld, durch meine Schuld, durch meine große Schuld.*"

Statistik-Fälschung zur Flüchtlings-Kriminalität

Doch in einem realitäts-enthobenen Sozial-Wohlfahrts-Paradies lässt sich sogar dieser Selbst-Aufopferungs-Trend noch steigern. So „*fälsche*" (WAZ) etwa das Bundeskriminalamt Statistiken zur Flüchtlings-Kriminalität aus politischen Gründen (behauptet etwa Die Bochumer Polizistin Kambouri). – Die häretisierte Säkularisierung des urchristlichen Schuld-Ideologems führt nun aber zu einer groteskesten Reaktion: Das (von Selbstkasteiungs-Schuldkomplexen erschütterte) Post-68er-Femo-Individuum sucht die Ursache für Refjutschie-Gewalt nun bei sich selbst:
„*Deutsche Kriminologen mahnen als Mittel gegen Gewalttaten eine bessere Vorbeugung* (!) *ein. … Wie etwa … Sport und Betreuungskonzepte.*" (ORF, FAZ)
Mein Vorschlag: Vielleicht sollten doch die Gut-Mensch-innen gleich mit den Refjutschies joggen gehen: Im dunklen Grünen! Doch vorher besser: „*Schwanz ab!*" (Femo-Slogan)

Regressions-Sehnsucht: Das archaische Multikulti-Paradies

Dahinter verbirgt sich aber eine regressive Sehnsucht zurück in einen vor-schuldbewussten biblisch-paradiesischen Urzustand:
„*Und Gott machte die Tiere auf Erden und sah, dass es gut war.*" (Buch Genesis)
Dieses friedlich-paradiesische Miteinander wird nun erneut evoziert:
„*Kein Mensch ist illegal! Refjutschies are welcome here!*"
Anstelle jener Schöpfungs- tritt nun die globalisierte Multi-Kulti-Idylle – unter der Schirmherrschaft eines westeuropäischen Nany-Wohlstands-Vollversorgungsstaats als säkularisiertem Garten Eden. In Wirklichkeit soll mit diesem postmodern-irrwitzigen Kulturbruch aber nur das Ur-Trauma menschlicher Existenz (welches sich in der modernen Massengesellschaft ins Unermessliche steigerte) rückgängig gemacht werden – jenes der Vereinzelung und der Vertreibung aus dem Paradies:
„*Da wies ihn Gott aus dem Garten Eden … und trieb Adam aus.*" (Genesis)

„Umwertung aller Werte" (Nietzsche)

Das einzige freilich, was diesem postmodernen Open-Arms-Friedensreich zuwider spricht, ist die Realität: So stiegt die Zahl registrierter Gewalttaten (zwischen 2014 -16 in Niedersachsen) zwar um 10,4 % und betraf zu 92,1 % männliche Refjutschies. (ZEIT) Doch ist der logische Schluss daraus:
„*Migranten fallen somit deutlich häufiger … auf, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht.*" – ebenda)
Freilich multi-kulti-irrelevant: Weshalb „*sich* (also) *das Urteil, Flüchtlinge seien pauschal krimineller, nicht fällen lässt.*" Auch hätten „*die Ergebnisse*" nämlich absolut „*nichts mit dem Thema Flucht per se zu tun.*"
„*Handle es sich* (doch) *um junge Männer in jener Altersspanne, in der Menschen verstärkt straffällig seien.*" (Faz)

Genau aus diesem Grund haben im 30-Jährigen Krieg wild-gewordene Söldner-Truppen halb Europa mit Vergewaltigungs-Orgien überzogen. Und wurden dabei auch noch von ihren Weibern im nachfolgenden Tross unterstützt.
Doch ist nicht die postmodern-politisch-korrekte Wellcome-Wirklichkeit beängstigend, sondern die böswillige Interpretation dieser Wirklichkeit durch Bös-Menschen:
„Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen auf Erde, die guten Willens sind.“ (Lukas)
Dieser Wider-Logik zufolge nämlich…
…*„würden Gewaltdelikte von Flüchtlingen … mindestens doppelt so oft angezeigt wie die deutscher Täter.“*
Haupt-Schuld-These: Etwa…
„die Unterbringung von Flüchtlingen unterschiedlicher Herkunft und Religion in beengten Unterkünften, was Gewalt begünstige.“ (Faz)
Sehr intolerant diese Multi-Kultis übrigens… – Eine nächste Relativierer-Granate wird gezündet:
„Syrer, Iraker und Afghanen würden deutlich seltener straffällig – Menschen aus Marokko, Algerien und Tunesien dagegen besonders oft. … Bei 1/3 der Opfer handle es sich um andere Flüchtlinge. (Ebenfalls) *bei 90 % der Tötungsdelikte.“ (ebda*)
Ab jetzt argumentieren sogar Gut-Menschen rassistisch.
Für diesen ur-christlich-naiven Wahn vom Welcome-Klatscher-Guten-Willen nimmt man sogar den kulturellen Kreuzigungs-Tod masochistisch in Kauf:
„Welches ist das beste Mittel, den guten Willen lebenslänglich zu bewahren?“ – *„Antwort: Fürchte niemanden und nichts als dich selbst, deinen Eigensinn, deine Eigenliebe. Verleugne dich selbst, damit du ungehindert dem Weg der Gnade folgen magst.*“(katholischglauben.info)

https://www.n-tv.de/politik/Messerangreifer-toetet-deutschen-Touristen-in-Paris-article24574547.html
"Allahu Akbar"-Ruf am EiffelturmMesserangreifer tötet deutschen Touristen in Paris
02.12.2023, 23:42 UhrArtikel anhören

Messerattacke in der Nähe des Eiffelturms: Wegen des Kriegs in Gaza gilt in Frankreich eine erhöhte Terrorwarnung.
(Foto: REUTERS)

Folgen auf:
In einer Touristengegend von Paris geht ein polizeibekannter Islamist mit Messer und Hammer auf Passanten los. Ein junger Deutscher stirbt, zwei weitere Menschen werden verletzt. Polizisten nehmen den Angreifer in der Nähe des Eiffelturms fest.
Bei einer mutmaßlich terroristischen Messerattacke in Paris ist ein junger deutscher Tourist getötet worden. Wie der französische InnenministerGérald Darmanin und die Staatsanwaltschaft in der Nacht mitteilten, handelt es sich bei dem Todesopfer um einen 1999 auf den Philippinen geborenen Deutschen. Der Täter, der als Islamist bekannt war und bei der Tat "Allahu Akbar" (Gott ist groß) gerufen haben soll, verletzte zudem zwei weitere Menschen. Er wurde festgenommen.

Die Messerattacke hatte sich am Samstagabend in der Nähe des Pariser Eiffelturms ereignet. Der Täter habe ein ausländisches Touristenpaar angegriffen, sagte Innenminister Gérald Darmanin bei einer Besichtigung des Tatorts vor Journalisten. "Ein deutscher Tourist, der auf den Philippinen geboren wurde, starb durch die Stiche." Seine Begleiterin blieb demnach körperlich unversehrt, habe aber einen Schock erlitten.
Darmanin führte aus, ein Taxifahrer sei eingeschritten. Der Angreifer sei daraufhin über eine Seine-Brücke auf die andere Flussseite gelaufen und habe dort weitere Menschen angegriffen. Dem Innenminister zufolge wurde ein um die 60 Jahre alter Franzose verletzt. Außerdem habe der Angreifer einen ausländischen Touristen mit einem Hammer verletzt. Die Nationalität des verletzten Touristen teilte der Innenminister nicht mit. Nach Angaben aus Polizeikreisen soll der Angreifer bei seiner Tat "Allahu Akbar" (Gott ist groß) gerufen haben. Der 1997 geborene Franzose wurde mit einem Taser ausgeschaltet und festgenommen. Ihm wird Mord und versuchter Mord zur Last gelegt. Die nationale Anti-Terror-Staatsanwaltschaft zog die Ermittlungen an sich.
Wegen Anschlagsplanung zu vier Jahren Haft verurteilt

POLITIK13.11.23
Le Pen ist dabei, Macron nicht100.000 marschieren in Paris gegen Judenhass
Laut Innenminister Darmanin war der Angreifer vorbestraft. Der junge Mann sei 2016 wegen der Planung eines anderen Angriffs zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Nach seiner Tat habe er angegeben, er könne es nicht ertragen, dass Muslime in "Afghanistan und Palästina" getötet würden. Der Gaza-Krieg führt in Frankreich mit seiner großen muslimischen Minderheit zu verstärkten Spannungen. Aus Polizeikreisen hieß es zudem, der in Frankreich geborene Täter iranischer Abstammung habe unter psychischen Problemen gelitten und sei als radikaler Islamist bekannt gewesen.
Ein Augenzeuge, der während der Tat in einer Bar in der Nähe gewesen war, schilderte, er habe Hilferufe gehört und Menschen wegrennen sehen. Ein Mann "mit einem Hammer in der Hand" habe einen anderen Mann angegriffen, der daraufhin gestürzt sei. Nach "fünf bis zehn Minuten" sei dann die Polizei eingetroffen.
Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sprach den Angehörigen des deutschen Todesopfers im Onlinedienst X sein "Beileid" aus. Premierministerin Elisabeth Borne erklärte auf X: "Wir werden dem Terrorismus nicht klein beigeben." Zugleich lobte sie "den Mut und die Professionalität unserer Sicherheits- und Rettungskräfte" bei dem Einsatz gegen den Angreifer. Auch Darmanin hob auf X das "mutige" Eingreifen der Polizei hervor.
Seit Gaza-Krieg höchste Terroralarmstufe

PANORAMA13.10.23
Verdächtiger in GefährderkarteiAngreifer tötet Lehrer an französischer Schule
Vor zwei Monaten wurde für Frankreich die höchste Alarmstufe für die Gefahr von Attentaten ausgerufen, nachdem an einer Schule im nordfranzösischen Arras ein radikalisierter Ex-Schüler einen 57-jährigen Lehrer erstochen und drei weitere Mitarbeiter verletzt hatte. Der 20-jährige, aus dem russischen Inguschetien stammende Täter hatte zuvor der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) die Treue geschworen.
In Paris hatte es in den vergangenen Jahren mehrfach ähnliche Taten gegeben wie die am Samstagabend. Im Mai 2018 hatte ein in Tschetschenien geborener russisch-französischer Angreifer einen Passanten mit einem Küchenmesser getötet und vier weitere Menschen verletzt, bevor die Polizei ihn tötete. Der IS reklamierte die Tat für sich. Im Februar 2017 hatte ein Ägypter Sicherheitskräfte in der Nähe des Louvre mit einer Machete angegriffen und dabei "Allah Akbar" gerufen. Er wurde im Juni 2021 zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt.
Quelle: ntv.de, mau/AFP

https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/schutz-vor-islamisten-erstes-eu-land-setzt-militaer-im-inland-ein-86310018.bild.html

Schutz vor IslamistenDänemark setzt Militär im Inland ein!

03.12.2023 - 17:57 Uhr

Die islamistische Gefahr wird immer größer!

Die Kräfte der Polizei reicht in Dänemark nicht mehr aus, um israelische und jüdische Einrichtungen zu schützen. Jetzt muss die Regierung das Militär in der eigenen Hauptstadt einsetzen, um die Sicherheit von Juden zu gewährleisten.

Ab dem 6. Dezember werden die dänischen Streitkräfte die Polizei dabei unterstützen, unter anderem die israelische Botschaft sowie die Synagoge in Kopenhagen zu sichern. „Die terroristische Bedrohung in Dänemark ist ernst“, sagte Verteidigungsminister Troels Lund Poulsen.

CDU warnt vor Erdogan-PlanIslamisten gründen eigene Partei
Steht in Deutschland die Gründung einer islamistischen Partei bevor? DAS fürchtet die CDU.

Die Polizei sei wegen der Palästinenser-Proteste und rechtsextremer Aktionen schon jetzt ausgelastet und bekomme deshalb Unterstützung von Einheiten der Armee.

Wie in vielen Ländern Europas kam es nach dem Hamas-Überfall auf Israel zu großen Islamisten-Protesten, bei denen sich die Demonstranten mit den Terroristen solidarisierten und hemmungslos gegen Juden hetzten.

Besonders schockierend: Im Zentrum Kopenhagens schwenkten Demonstranten die Flagge der Islamisten-Organisation Hizb ut-Tahrir, deren Ziel die Errichtung eines Kalifats ist. „Allahu Akbar“ (Gott ist groß), brüllten sie und riefen zum „Dschihad“ auf – zum Krieg gegen alle Ungläubigen.

Justizminister Peter Hummelgaard (40) teilte mit, mit der jüdischen Gemeinde über die Bedrohung gesprochen zu haben, die den Schutz durch die Armee sehr begrüße. „Es macht einen riesigen Eindruck“, so der Minister.

Von Dänemarks 5,9 Millionen Einwohnern sind etwa 250 000 Muslime und 7000 Juden. Die sozialdemokratische Regierung verfolgt seit Jahren einen strengen Migrationskurs, der zu den härtesten Europas zählt. Dennoch gibt es auch in Dänemark ein Problem mit Islamismus.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/jugendliche-in-waldst%C3%BCck-vergewaltigt-es-passierte-auf-dem-schulweg/ar-AA1l8piA?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=3c3d31629b1841248d37a810f415ffd4&ei=9
Jugendliche in Waldstück vergewaltigt – es passierte auf dem Schulweg

Kreis Mettmann

Jugendliche in Waldstück vergewaltigt – es passierte auf dem Schulweg

Ein unbekannter Täter hat eine Jugendliche in Hilden (NRW) auf ihrem Schulweg abgefangen und vergewaltigt. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Hilden – In der Stadt Hilden (Kreis Mettmann in NRW) ist es am Montag, dem 27. November 2023, zu einer Vergewaltigung gekommen. Das teilt die Polizei Mettmann am 7. Dezember mit. Das Opfer, eine Schülerin, wurde auf ihrem Schulweg von einem bislang unbekannten Mann abgefangen,

körperlich attackiert und in einem nahegelegenen Waldstück vergewaltigt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet die Öffentlichkeit um Mithilfe.
Vergewaltigung in Hilden (Kreis Mettmann) – Beschreibung des mutmaßlichen Täters

- männlich
- Anfang 20
- etwa 1,90 Meter groß
- breit gebaut
- dunkler Vollbart (ohne Schnauzer)
- schwarze Jacke, schwarze Hose, schwarze Handschuhe
- hatte ein „südländisches Erscheinungsbild“

Die Schülerin war gegen 7:25 Uhr mit ihrem Fahrrad auf einem Seitenweg an der Händelstraße/Ecke Karlrobert-Kreiten-Straße unterwegs, als ihr ein Mann den Weg blockierte. Gezwungen, vom Rad zu steigen, wurde sie unvermittelt von dem Mann ins Gesicht geschlagen. Der Täter betäubte sie und verschleppte sie in ein Waldstück nahe der Autobahnbrücke der A3 an der Straße „Am Flausenberg“. Dort kam sie wieder zu sich. Laut Aussage des Opfers kam es in dem Waldstück zu einer Vergewaltigung.
Täter flüchtete nach Vergewaltigung in Richtung Autobahnbrücke – Polizei sucht Hinweise
Anschließend ließ der Täter von ihr ab und flüchtete in Richtung der Autobahnbrücke. Trotz sofortiger Fahndung konnte aber kein Tatverdächtiger ausfindig gemacht werden. Die Polizei hat ihre Präsenz in dem betroffenen Bereich verstärkt und führt umfangreiche Ermittlungen durch.
Außerdem bittet die Polizei um Mithilfe: Wer hat den Vorfall möglicherweise beobachtet oder kann mit weiteren Informationen die Ermittlungen unterstützen?
Hinweise nimmt die Polizei in Hilden jederzeit unter der Rufnummer 02103 898-6410 entgegen.
Bereits im September hatte die Polizei im Kreis Unna wegen einer versuchten Vergewaltigung ermittelt. *(ots/mo) Der Redakteur hat diesen Artikel verfasst und anschließend zur Optimierung nach eigenem Ermessen ein KI-Sprachmodell eingesetzt. Alle Informationen wurden sorgfältig überprüft.*

https://www.focus.de/panorama/welt/eisblock-attacken-und-beschimpfungen-ausschreitungen-bei-krampusumzug-30-jugendliche-stuermen-veranstaltung_id_259480300.html
https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/eisblock-attacken-und-beschimpfungen-ausschreitungen-bei-krampusumzug-30-jugendliche-st%C3%BCrmen-veranstaltung/ar-AA1leRvD?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=3f6141972910423bbc8fcb72a1765a04&ei=15
Eisblock-Attacken und Beschimpfungen - Ausschreitungen bei Krampusumzug: 30 Jugendliche stürmen Veranstaltung
Bei einem traditionellen Krampusumzug in Südtirol ist es zu Ausschreitungen gekommen. Rund 30 Jugendliche und junge Erwachsene sollen gezielt zu der Veranstaltung angereist und dort gewalttätig geworden sein.
Der Krampus ist eine Schreckgestalt des Adventsbrauchtums, die den Nikolaus begleitet. Er ist im Ostalpenraum verbreitet, wo auch Krampusumzüge zur Tradition gehören. Bei einem Krampuslauf in Naturns in Südtirol ist es nun zu Zwischenfällen gekommen. Wie „ Südtirolnews “ berichtet, sei die Veranstaltung von einer Gruppe „ausländischer Randalierer“ gestürmt worden. Etwa 30 Jugendliche und junge Erwachsene seien gezielt zu der Veranstaltung gekommen und dort gewalttätig geworden, auch ein Dorfpolizist sei angegriffen worden.
Breathtaking Views Of City - Plan Your Family Getaway Now - Munich Accommodation
Breathtaking Views Of City - Plan Your Family Getaway Now - Munich Accommodation
Anzeige
Adina Apartment Hotels

Auch der Obmann der Naturnser Krampusse, Martin Huber, bestätigte die Vorfälle. Die Krampusse seien mit Eisblöcken beworfen und beschimpft worden, hätten sich aber zurückgehalten und den Ordnungskräften das Feld überlassen. Diese hätten dann für Sicherheit gesorgt.

Bürgermeister warnt vor Politisierung
Der Bürgermeister von Naturns, Zeno Christanell, erklärte gegenüber „Südtirolnews“, dass die Vorkommnisse zwar ernst zu nehmen, aber im richtigen Kontext zu sehen seien. Der Krampusumzug sei gut organisiert gewesen und von mehreren hundert Zuschauern besucht worden. Eine Gruppe Jugendlicher aus dem Raum Meran habe zwar für Unruhe gesorgt, die Krampusse und die örtliche Polizei hätten aber gut reagiert und die Situation unter Kontrolle gehalten.

Bürgermeister Christanell warnte vor einer Politisierung der Vorfälle. Die betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, meist Kinder aus Migrantenfamilien, seien bereits italienische Staatsbürger. Ausweisungsforderungen seien daher unangebracht.

https://journalistenwatch.com/2023/12/09/islamistische-gaza-hilfsmitarbeiter-sogar-zu-radikal-fuer-aufnahme-in-deutschland-wen-haben-wir-da-jahrelang-finanziert/
Islamistische Gaza-Hilfsmitarbeiter sogar zu radikal für Aufnahme in Deutschland: Wen haben wir da jahrelang finanziert?
Die Ampel-Regierung kann es zwar gar nicht erwarten, auch noch Migranten aus dem Gazastreifen nach Deutschland zu importieren – muss aber die Erfahrung machen, dass ihre Schützlinge dermaßen radikal sind, dass die Sicherheitsbehörden Alarm schlagen. Rund die Hälfte der 200 palästinensischen Mitarbeiter deutscher Organisationen, die in Ägypten vom Verfassungsschutz befragt wurden, hätten eine „extremistisch-antisemitische Gesinnung gezeigt, hieß es. In vergleichbaren Fällen liege die Quote rund zehn Mal niedriger. Das Auswärtige Amt bestätigte laut „Focus“, dass „eine sehr niedrige Anzahl von Lokalbeschäftigten inklusive ihrer Familienangehörigen aus Gaza ausreisen“ konnte.
Wegen der Sicherheitsinterviews gehe es für viele jedoch von Ägypten aus nicht weiter. Selbst Nancy Faesers Innenministerium musste einräumen: „Die Quote derjenigen Personen, die nach umfassender Prüfung keine Aufnahme in Deutschland erwarten können, ist hier im Vergleich zu anderen Verfahren, in denen Personen aufgenommen werden, deutlich erhöht.“ **Wer wollte, hätte dies freilich längst wissen können. Laut Umfragen unterstützen bis zu 85 Prozent der Palästinenser, sowohl im Gazastreifen als auch im Westjordanland das Hamas-Massaker in Israel vom 7. Oktober.**
Verdeckte Terrorfinanzierung Deutschlands
Dies zeigte sich auch in der brutalen Behandlung, die den israelischen Geiseln im Gazastreifen, darunter Alte, Kranke und Kinder, seitens der Zivilbevölkerung zuteilwurde. Es kann also eigentlich nicht überraschen, dass sich ein hohes Maß an Judenhass bei den Mitarbeitern deutscher Organisationen zeigte. Der Psychologe und Islam-Experte Ahmad Mansour warf daher zurecht die Frage auf, mit wem Deutschland dort eigentlich in den letzten Jahren zusammengearbeitet habe. Wenn die, denen man Geld gab, sogar für die Ampel zu radikal sind, um in Deutschland Aufnahme zu finden, ist dies das Eingeständnis, dass man verdeckte Terrorfinanzierung betrieben hat.
An dieser Schlüsselfrage zeigt sich aber auch, was dabei herauskäme, wenn man die unzähligen muslimischen Migranten, die unkontrolliert und ohne jegliche Befragung zu ihren Ansichten, jeden Tag über die sperrangelweit offenen Grenzen strömen. Deren Antworten dürften sich kaum von denen unterscheiden, die die Palästinenser geben, wobei der Antisemitismus so tief in ihnen verwurzelt ist, dass sie es nicht einmal für nötig halten, ihn zu verbergen, um sich die Einreise nach Deutschland zu verschaffen. Die knapp 100 von ihnen, die nun (vielleicht) nicht weiterreisen dürfen,

sind nur ein winziger Bruchteil dessen, was hier jeden einzelnen Tag ins Land kommt, ohne dass es Besorgnis bei den offiziellen Stellen auslösen würde. (TPL)

https://amp.focus.de/panorama/welt/bei-brand-in-oesterreichischer-asylunterkunft-jugendliche-belaestigen-feuerwehrfrauen-bei-brand-in-asylunterkunft-in-oesterreich_id_259532766.html

Bei Brand in österreichischer Asylunterkunft

Jugendliche belästigen Feuerwehrfrauen - 15 werden nun verlegt

Gestern, 29.12.2023 | 16:55

In Österreich kam es bei einem Löscheinsatz vor einer Asylbewerberunterkunft zu verstörenden Zwischenfällen. Jugendliche tanzten und grölten, Feuerwehrfrauen wurden bedrängt. Sieben Polizeistreifen waren im Einsatz. Nun gibt es Konsequenzen.

Update vom 29. Dezember: Nun werden erste Konsequenzen gezogen: Wie „krone.at" berichtet, werden 15 Bewohner verlegt, 13 nach Kärnten, zwei nach Wien. Die Bundesbetreuungsagentur BBU, die die Unterkünfte betreibt, will das Betreuungspersonal aufstocken.

Hauptverantwortlich soll ein 16-Jähriger mit psychischen Problemen sein. Er soll die zahlreichen Fehlalarme ausgelöst haben.

Jugendliche belästigen Feuerwehrfrauen bei Brand in österreichischer Asylunterkunft

Im oberösterreichischen Steyregg ist es in der Nacht auf Donnerstag nach Informationen des österreichischen Nachrichtenportals „ oe24 “ zu schweren Störungen bei einem Feuerwehreinsatz gekommen. Als die Feuerwehr wegen eines brennenden Müllcontainers vor einer Asylunterkunft zu Hilfe gerufen wurde, seien die Einsatzkräfte von jugendlichen Bewohnern der Unterkunft massiv bedrängt und am Löschen gehindert worden. Dem Bericht zufolge war dies bereits der vierte Feuerwehreinsatz in der Unterkunft innerhalb weniger Tage.

Feuerwehr-Einsatzleiter: „Jugendliche tanzten und grölten“

Beim Eintreffen war laut des Berichts der Feuerwehr gleich ersichtlich, dass ein Abfallcontainer in Vollbrand stand und die Bewohner der Asylunterkunft um den Brandherd tanzten. Eine ungehinderte Zufahrt zum Brandherd war für die Feuerwehr demnach nicht möglich.

Laut Einsatzleiter Rudolf Breuer und dem Kommandanten der Feuerwehr Urfahr, Christian Breuer, hätten die Asylwerber sie nicht nur am Löschen gehindert, sondern sogar um die Flammen getanzt. „Es waren unglaublich viele Jugendliche da, die herumgeschrien und getanzt haben“, wird Breuer von „oe24“ zitiert.

Weibliche Feuerwehrleute bei Einsatz bedrängt

Die Situation eskalierte derart, dass zusätzlich sieben Polizeistreifen inklusive Polizeidiensthunde an den Einsatzort beordert werden mussten, um die Lage unter Kontrolle zu bringen. Nach dem Eintreffen der Polizei zogen sich die Bewohner der Einrichtung zurück, so dass die Feuerwehr ihre Löscharbeiten beenden konnte.

Besonders beunruhigend für die Feuerwehrführung war laut Bericht, dass die weiblichen Mitglieder der Feuerwehr von den Asylbewerbern besonders stark bedrängt wurden. Dies führte dazu, dass die Feuerwehrführung die Frauen der Einsatzgruppe anwies, sich zwischen den beiden großen Löschfahrzeugen aufzuhalten.

https://www.mopo.de/im-norden/kirche-bedroht-jetzt-sagt-sie-termine-ab/

Kirche bei Hamburg bekommt Drohbriefe: Gemeinde sagt Kindertermine ab
Weil eine Kirche in Geesthacht wiederholt bedroht wurde, sagt sie jetzt Termine mit Kindern ab. Die Drohungen könnten etwas mit dem Nahostkonflikt zu tun haben. Weihnachtsgottesdienste sollen zwar stattfinden, allerdings mit einer Einschränkung – und selbst Polizeischutz ist wahrscheinlich!

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/148293/Angriffe-auf-Einsatzkraefte-im-Vorfeld-von-Silvester-thematisiert?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Angriffe auf Einsatzkräfte im Vorfeld von Silvester thematisiert

Donnerstag, 28. Dezember 2023

Berlin – In den vergangenen Jahren hat es nicht nur zu Silvester immer wieder Angriffe auf Einsatzkräfte wie Rettungsdienst, Feuerwehr oder auch die Polizei gegeben. In diesem Jahr werden schon im Vorfeld die Stimmen laut, die davor warnen. Eine Umfrage des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Gesetzlichen Unfallversicherung zeigt, dass das Problem weit verbreitet ist.

Demnach gaben 49,5 Prozent der befragten Frauen und Männer im ehrenamtlichen Feuerwehrdienst an, in den vergangenen zwei Jahren Gewalt in Form von Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätlichen Angriffen erlebt zu haben.

Am häufigsten berichteten die Befragten von Beschimpfungen und Beleidigungen. Tätliche Angriffe seien deutlich seltener. Mehr als einem Drittel (35,9 Prozent) sei während eines Einsatzes angedroht worden, mit einem Fahrzeug angefahren zu werden. 14 Prozent gaben an, mit Feuerwerkskörper beworfen worden zu sein. 16 Prozent sagten, sie seien über die sozialen Medien beleidigt oder beschimpft worden.

Trauriger Alltag

Die Online-Befragung ist den Angaben zufolge die erste bundesweite Befragung zu Gewalterfahrungen von ehrenamtlichen Einsatzkräften. Mehr als 6.500 Feuerwehrleute haben demnach von Anfang November bis Mitte Dezember teilgenommen.

„Die Zahl erlebter Gewaltvorfälle gegen Einsatzkräfte ist zu hoch – und mittlerweile trauriger Alltag“, sagte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Karl-Heinz Banse. Viele Betroffene erstatteten nach wie vor keine Anzeige bei der Polizei, weil sie nicht glaubten, dass ihr Anliegen ernst genommen werde.

80 Prozent der Befragten haben laut Umfrage vor allem Respektlosigkeit und mangelnde Wertschätzung als schlimm empfunden. Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, Stefan Hussy, sagte dazu: „Respektlosigkeit und Aggression gegenüber Einsatzkräften sind keine Bagatellen.“

Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) und die Deutsche Gesellschaft für Handchirurgie (DGH) riefen zu einem friedlichen Miteinander in der Silvesternacht auf. „Die Notaufnahme-kapazitäten weiter unter Druck zu setzen, indem Helfende absichtlich verletzt werden, ist grauenhaft“, sagte Steffen Ruchholtz, stellvertretender DGOU-Präsident.

Konsequente Bestrafung notwendig

Politik und Verbände mahnten ein härteres Durchgreifen an. „Es braucht mehr Respekt vor Anderen und konsequentes Bestrafen derjenigen, die sich nicht an die Spielregeln halten. Hinter jeder Uniform steckt ein Mensch“, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU). Die Hemmschwelle, „Menschen in Uniform anzugreifen und zu verletzen“, sei stetig gesunken, sagte er. „Das ist nicht hinnehmbar.“

Banse, nannte solche Taten einen Angriff gegen den Staat. Auch er forderte von der Gesellschaft mehr Respekt gegenüber Einsatzkräften. „Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass diejenigen, die das tun, auch mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden. Da hapert es noch", sagte er.
Bundesweite Zahlen zu Übergriffen im zu Ende gehenden Jahr liegen noch nicht vor. Vom bayerischen Innenministerium hieß es bereits: „Es gibt aber wohl einen weiteren Anstieg der Fallzahlen beim Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte**." In Rheinland-Pfalz wurden nach Angaben des Landesinnenministeriums im ersten Halbjahr dieses Jahres 2.151 Einsatzkräfte als Opfer von Gewaltdelikten erfasst.**
Demnach waren dort 2.023 Polizeibeamte betroffen. Bei der Feuerwehr seien 16 und unter den sonstigen Rettungsdiensten 112 Opfer in den ersten sechs Monaten erfasst worden. Bei den Zahlen handelt es sich laut dem Ministerium um Opfer von in diesem Zeitraum abgeschlossenen Ermittlungsverfahren. Der Tatzeitpunkt könne deshalb auch vor 2023 liegen. 2022 gab es insgesamt mehr als 4.300 Betroffene.
Gewalttaten nehmen weiter zu
Niedersachsen rechnete mit einer Zunahme von Gewalttaten in diesem Jahr. Laut Innenministerium verzeich-net das Bundesland bei Angriffen auf die Polizei mit Stand Ende Oktober ein Plus im unteren dreistelligen Bereich im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt. In Berlin ging die Polizei für 2023 zuletzt von etwa 15 Prozent mehr Angriffen auf Polizisten und 30 Prozent mehr auf Feuerwehrleute im Vergleich zum Vorjahr aus.
Vor dem Jahreswechsel wird das Thema erneut breit diskutiert. Hintergrund sind massive Angriffe auf Ein-satzkräfte in der Silvesternacht vor einem Jahr. Erst im Juni war ein junger Mann in Berlin zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden, weil er nach Überzeugung des zuständigen Amtsgerichts absichtlich einen Böller in Richtung eines Polizisten geworfen hatte.
Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik sagte, die Qualität der Angriffe auf Einsatzkräfte im vergangenen Jahr sei neu, „etwa wenn Rettungskräfte in mutmaßliche Hinterhalte gelockt und angegriffen wurden".
„Bei Teilen der Jugendlichen ist das Leben als Krimineller ein offenbar erstrebenswerter Lebensentwurf", sagte der Vize-Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hamburg, Lars Osburg. Dies zeige sich im Auftreten der Jugendlichen gegenüber der Polizei. Zudem diene Gangsta-Rap kriminellen Banden zur Rekrutierung neuer Mitglieder. „Wir wiederholen unsere These, dass sogenannter Gangsta-Rap einen erheblichen Teil zu dieser Entwicklung beiträgt", sagte er.
Für die Johanniter-Unfall-Hilfe in Niedersachsen steht fest: Jeder Angriff sei einer zu viel. Im Laufe dieses Jahres sei aber kein Anstieg von Angriffen gegen Einsatzkräfte zu verzeichnen gewesen. Der Verein hofft, dass die Öffentlichkeitskampagnen der vergangenen Monate griffen und den Menschen im Bewusstsein bleibe, dass Retter nie Ziel körperlicher Angriffe sein dürfen.
Beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Wiesbaden werden Einsatzkräfte nach Angaben einer Sprecherin geschult, in solchen Situationen deeskalierend zu wirken. „Sie wissen auch, wann sie sich zurückziehen und die Polizei rufen sollten." Das Innenministerium in Wiesbaden teilte mit: „Im Rahmen der Aus- und Fortbildung werden Polizistinnen und Polizisten auf derartige Angriffe vorbereitet." © hil/dpa/afp/may/aerzteblatt.de

https://www.focus.de/panorama/koeln-wien-und-madrid-im-visier-von-is-terroristen-so-gott-will-wird-es-bombe-bald-geben-neue-hinweise-zu-islamisten-anschlag-auf-koelner-dom_id_259536955.html
Köln, Wien und Madrid im Visier von IS-Terroristen„Wann führen wir den Anschlag durch?" Neue Hinweise zu geplantem Attentat in Köln.
FOCUS-online-Reporter Axel Spilcker

Samstag, 30.12.2023, 14:23
Deutsche Ermittler haben neue Details zu einem geplanten islamistischen Anschlag in Köln herausgefunden. Einer der Terroristen war offiziell bei deutschen Missionaren gemeldet. FOCUS online hat Einblick in das brisante Material bekommen.

Der Hinweis auf eine Terror-Zelle aus Zentralasien erfolgte Anfang Februar 2023 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Abhörmaßnahmen hatten auf die Spur von zwei Chatpartnern geführt, die im Auftrag der Terror-Miliz „Islamischer Staat" in der afghanischen Region Khorasan, abgekürzt „ISPK", so viele Ungläubige wie möglich töten wollten. Über Telegram erkundigte sich der Turkmene Ata A. mit dem Kürzel @saffah_777 bei seinem Chatpartner Abdusamad A.: „Wann führen wir hier einen Anschlag durch?" Ob der „Scheikh" nicht im Namen des ISPK ein Attentat organisieren könne?, wollte er wissen.

Terrorist hieß bei Telegram „Blutvergießer"
Abdusamad A., ein 29-jähriger Tadschike, der mit seiner Frau in die niederländische Stadt Breda unter falscher Flüchtlingslegende eingereist war, beruhigte seinen Mitstreiter aus dem nordrhein-westfälischen Ennepetal. Er möge noch abwarten. Das Gespräch aus dem Sommer 2022 führte zu umfangreichen Ermittlungen durch das Bundeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft.

Allein der Telegram-Account mit dem Namen „Saffah" ließ die Staatschützer aufhorchen. Aus dem Arabischen übersetzt bedeutet das Wort: „Killer oder Blutvergießer." Es sollten noch weitere fünf Monate vergehen, ehe die Ermittler in den Niederlanden sowie in NRW zuschlugen und neun Tatverdächtige nach einer großangelegten Razzia am 7. Juli verhafteten.

Islamist im Haus von deutschen Missionaren gemeldet
FOCUS online konnte Vermerke einsehen, die eine hochaktive Terror-Gruppe dokumentieren. Im Umfeld tauchte etwa der 30-jährige Mukhammadrajab B. auf. Bei einer Fahrzeugkontrolle auf der A3 an der Raststätte Urbacher Wald wurde der Tadschike vor neun Monaten als Beifahrer in einem Opel Zafira lokalisiert. Den Wagen nutzte meist ein Helfer der ISPK-Terrortruppe.
B. war im saarländischen Sankt Wendel im Haus der Steyler Missionare gemeldet. Wie sich nun herausstellte, soll sich der Islamist mit jenen drei Terrorverdächtigen in Wien ausgetauscht haben, die an Silvester offenbar Anschläge auf den Stephansdom, in Madrid und auf den Kölner Dom geplant hatten. So soll er mit einem Komplizen aus Wien auch die Sicherheitsvorkehrungen im Kölner Dom ausgespäht haben.

Nach der Festnahme kurz vor Weihnachten setzte ein saarländischer Haftrichter den Verdächtigen wieder auf freien Fuß. B. fuhr zu Freunden nach Wesel. Dort legten ihm Spezialeinsatzkräfte Handschellen an. Ein Amtsrichter folgte dem Antrag, den 30-Jährigen über den angeblich geplanten Anschlag an Silvester hinaus in Polizeigewahrsam zu nehmen.

Für einen konkreten Tatverdacht reichen die Beweise derzeit nicht aus. Bisher sei auch völlig ungewiss, wie der Terrorakt in Wien, Madrid und Köln konkret ablaufen sollte, heißt es aus NRW-Sicherheitskreisen.

„Kalifatsbrigaden" planen Anschläge gegen deutsche Juden
Klar ist, dass die Anschlagsgefahr laut BfV-Präsident Thomas Haldenwang so hoch ist wie lange nicht mehr. Insbesondere der ISPK, die einflussreichste Terror-Filiale der selbst ernannten Kalifatsbrigaden, ruft seit Jahren zu Anschlägen gegen „die Kreuzritter und Juden" auf. Die Kommandeure rekrutieren für ihre Missionen insbesondere Dschihadisten aus Zentralasien. Mit falschen Papieren oder Fluchtgeschichten reisen diese Zellen verstärkt nach Deutschland ein, um Asylanträge zu stellen.

Im Mai des vergangenen Jahres verurteilte der Düsseldorfer Staatsschutzsenat ein fünfköpfiges überwiegend tadschikisches Kommando zu Haftstrafen zwischen vier und neuneinhalb Jahren. Die

Angeklagten hatten Bombenanschläge mit Drohnen auf US-Militärbasen in Deutschland geplant. Auch wollten sie einen Islamkritiker aus Neuss ermorden. Zudem verfügte die Gruppe über weitreichende Beziehungen zur militanten Islamistenszene in Österreich.

Islamisten erschleichen sich Aufenthaltsstatus über erfundene Flucht-Story
Nach dem Fehlschlag des ersten Terror-Kommandos sickerte die zweite Truppe im Februar 2022 nach Deutschland ein. Dieses Mal führte der Weg über die Ukraine und Polen. Ähnlich wie die Vorgänger erschlichen sich die Mitglieder mit erfundenen Geschichten über Folter und Gefängnis einen Aufenthaltsstatus.

Dabei hatte der mutmaßliche Kopf der Gruppe, Abdusamad A., genannt „der Sheikh", bereits zwei Jahre zuvor mit zwei Anführern von ISPK-Unterstützerzellen das Vorgehen erörtert, um in Europa ein Blutbad anzurichten. Entsprechende Erkenntnisse lieferte der Bundesnachrichtendienst (BND).

In der Folgezeit reiste A. in die Ukraine. Dort beteiligte er sich an den Vorbereitungen zu einem Attentat auf ein jüdisches Neujahrsfest, das zwischen dem 18. und dem 20. September 2020 in der Stadt Uman stattfinden sollte. Das Komplott flog auf.

In der Ukraine musste der Sheikh zunächst einen Hausarrest absitzen, ehe er fliehen konnte. Ein weiteres Mitglied der Gruppe soll in Syrien in einem IS-Lager einen Gefangenen enthauptet haben. Zudem bestanden Kontakte zu zwei ISPK-Mitgliedern, die wegen eines geplanten Anschlags in Straßburg verhaftet worden waren.

Internetseiten strenggläubiger deutscher Juden im Visier der Islamisten
In Deutschland verhielt sich die Gruppe unauffällig. Sheikh Abdusamad A. erteilte aus dem holländischen Breda die Befehle. Bereits im März 2022 entdeckten die niederländischen Staatsschützer auf seinem Handy Anleitungen zum Bombenbau. Ein Jahr danach forderte er den zweiten Anführer aus Ennepetal auf, automatische Schusswaffen „für drei deutsche Brüder zu beschaffen". Sein Gefolgsmann bekundete: „Bald wird es eine Bombe geben, so Gott will." Auch klickte die Gruppe Seiten an, die über den Tagesablauf strengreligiöser Juden informierten.

Bomben-Chemikalien in Baumärkten gekauft
Überdies besuchte man in NRW Bau- und Flohmärkte. Hier interessierten sich die Mudschahedin (islamistische Kämpfer) vor allem für Sanitärbedarf sowie Chemikalien, um Pools zu reinigen und Schädlinge zu bekämpfen. Alles Dinge, die sich als Basisstoffe für die Herstellung von Sprengstoffsätzen eigneten. Bei Observationen beobachteten die Staatsschützer konspirative Treffen in Bonn, Berlin, Düsseldorf, Gelsenkirchen oder in Amsterdam. Im Gruppenchat kursieren Fotos von Koffern mit Plastiktaschen, gefüllt mit einer farblosen Flüssigkeit.

IS-Witwen an Islamisten in Deutschland vermittelt
Neben Anschlagsplänen sammelte die ISPK-Clique in NRW-Städten über Moscheevereine Spenden zum Freikauf von IS-Gefangenen in kurdischen Lagern in Syrien. Dabei soll auch ein bereits wegen Terror-Propaganda einschlägig verurteilter Hassprediger aus Herne eine wichtige Rolle spielen. „Geld für die Schwestern im Gefängnis", lautete die Parole. Weitere Sammelstellen fanden sich in Moscheevereinen in Köln und Düsseldorf.

Auch aus dem so genannten „Haus des Geldes", der Finanzverwaltung des ISPK am Hindukusch, flossen Mittel. Zudem vermittelte die Zelle IS-Witwen an Islamisten in Deutschland. Ein Mitglied der Gruppe heiratete laut dem BND die ukrainische Dschihadistin Khatidche Z. nach islamischem Ritus. Vor neun Jahren hatte sie sich dem IS in Syrien angeschlossen. Drei Ehemänner starben in Gefechten, ehe die Witwe mit ihren sechs Kindern kurdischen Freischärlern in die Hände fiel und im berüchtigten Gefangenenlager „Al Hawl" interniert wurde.

In dem Camp zählte die Mutter zur Hardcore-IS-Fraktion, erzog ihre Kinder streng nach der Dschihad-Doktrin. Vor zwei Jahren kam die Extremistin mit ihren Nachkommen frei. Am 24. März 2022 reiste die IS-Anhängerin nebst ihren Kindern in Deutschland ein. Zunächst lebte sie mit ihrem neuen Mann in Münster, später in Bielefeld. Im Zuge der Razzia Anfang Juli 2023 gegen die zentralasiatische Terror-Zelle des Sheikhs wanderte die 38-jährige Ukrainerin neben ihrem Partner ebenfalls in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft wirft Khatidche Z. Mitgliedschaft in der ausländischen IS-Terrororganisation vor.

In der Islamistengruppe in Deutschland zählte einzig die Sharia
Ausgelesene Chatnachrichten belegen ein radikal-islamisch salafistisches Weltbild in dem Extremistenzirkel. Die Terror-Zelle folgte insbesondere radikalen Predigern wie Abu Muhamed al Madani. Den Dschihad habe er längst angenommen, bekundete eines der Mitglieder, „aber die Religion hatte ich nicht tief verstanden." In der Gruppe zählte einzig die Sharia (islamische Gesetzessammlung) als Richtschnur, die Demokratie lehnte man ab.

So haderte einer der beiden Anführer damit, eine Geldbuße an die Najas (den Unrat) zu begleichen, weil er über eine rote Ampel gefahren sei. Denn ungläubige Nichtmuslime (Kufar) gelten als „unrein", die nur durch einen Märtyreranschlag in NRW vernichtet werden können. „Mein Tod soll nach Düsseldorf kommen", erklärte ein Terrorverdächtiger via Chatnachricht seiner Frau.

https://journalistenwatch.com/2023/12/30/feministische-innenpolitik-seit-2015-wurden-7-000-frauen-opfer-sexueller-uebergriffe-durch-merkel-gaeste/
Dezember 30, 2023
Von: Kurschatten
"Feministische Innenpolitik": Seit 2015 wurden 7.000 Frauen Opfer sexueller Übergriffe durch Merkel-Gäste
Die unaufhörliche Massenzuwanderung von Menschen, die in aller Regel weder Papiere noch einen Asylgrund vorweisen können, kostet den deutschen Steuerzahler nicht nur Abermilliarden, sie wird auch mehr und mehr zu einer täglichen Gefahr für Lein, Leben und Besitz**. Aktuelle Zahlen des Bundeskriminalamts (BKA) für das Jahr 2022 zeigen, dass sich unter den insgesamt 93.217 Opfern von Straftaten mit tatverdächtigen Migranten 45.294 Deutsche befanden und damit 11,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil der deutschen Opfer lag bei 48,6 Prozent. 120 Deutsche fielen einer Straftat aus dem Bereich Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen zum Opfer, an der mindestens ein Migrant beteiligt war. Bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gab es 2.729 deutsche Opfer.**
Die Zahl der Diebstahlsdelikte mit mindestens einem tatverdächtigen Migranten stieg auf 74.858. Im Jahr davor waren es 52.929. Dies entspricht einem Zuwachs von unglaublichen 41,4 Prozent. Der Anteil der Diebstahlsdelikte an der Gesamtzahl der registrierten Straftaten mit tatverdächtigen Migranten lag bei 27,6 Prozent. In 47.065 Fällen von Körperverletzung war mindestens ein Migrant beteiligt, ein Anstieg um 12,3 Prozent gegenüber 2021. Im Vorjahr 2022 gab es 12.000 gemeldete Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung. Von den rund 10.000 Tatverdächtigen waren 6366 Deutsche und 3679 Nichtdeutsche. Migranten machten 1155 der Tatverdächtigen aus.
Araber und Muslime weit überrepräsentiert
Besonders extrem und verstörend: Seit 2015 wurden mindestens 7.000 Frauen Opfer sexueller Übergriffe durch Migranten. Und dabei handelt es sich nur um die Fälle, die überhaupt angezeigt

wurden. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Der Anteil der Asylmigranten an der Gesamtbevölkerung betrug 2022 weniger als 2,5 Prozent. Bei Mord, Totschlag und Vergewaltigung sind sie jedoch extrem überrepräsentiert, vor allem die jungen Männer aus dem arabisch-islamischen Raum, die den Großteil der Migranten bilden. Dies versteht die Ampel wohl unter „feministischer Innenpolitik".

Bei alledem verwendet das BKA die irreführende Bezeichnung „Zuwanderer". Tatsächlich handelt es sich um illegale Migranten. Schon ihr bloßer Aufenthalt in Deutschland ist also eine Straftat. Seit Angela Merkels wahnwitziger Grenzöffnung von 2015 existiert dieser Straftatbestand jedoch faktisch nicht mehr. Deutschland steht jedem offen, wer einmal hier ist, kann davon ausgehen, für immer bleiben zu können. Dank der Ampel-Regierung werden die Einbürgerungen rapide beschleunigt, auch und gerade, um die explodierende Kriminalitätsstatistik zu manipulieren. Aus Nancy Faesers Innenministerium kam auf Anfrage der „Neuen Zürcher Zeitung" nur die erbärmliche Antwort: „Diese Taten sind abscheulich. Das gilt unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen." Jede dieser Taten gelte es aufzuklären und „mit der vollen Härte des Rechtsstaates zu ahnden". Dieses Geschwätz ist eine Ohrfeige für jedes Opfer dieser staatlich geförderten Gewaltorgie. Es handelt sich um einen beispiellosen Vorgang, dass eine Regierung ihr Land mit gemeingefährlichen illegalen Migranten flutet und die eigene Bevölkerung zum Freiwild macht. Um den Wahnsinn perfekt zu machen, ist Faeser, die qua Amt für die Sicherheit der Deutschen verantwortlich ist, nicht nur die Hauptverantwortliche für diese Tragödie, sie relativiert und verschleiert sie auch noch, indem sie die deutsche Staatsbürgerschaft verramscht. Das Ganze ist mittlerweile eine kriminelle Verschwörung gegen das eigene Volk. (TPL)

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/schweden-wie-das-land-zum-schauplatz-blutiger-bandenkriege-wurde/ar-AA1mggCu?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=be5a6a8ca2684eba9382e64c52bb8562&ei=12

Schweden: Wie das Land zum Schauplatz blutiger Bandenkriege wurde

Artikel von Niklas Franzen

In den allermeisten europäischen Ländern sinkt die Mordrate. Nicht so in Schweden. In dem wohlhabenden Land explodieren Bomben; immer mehr Menschen sterben an Schusswunden. Wie konnte es so weit kommen – und was hilft?

Franco Villarreal beugt sich vor, steckt seinen Finger in das Einschussloch. Er stochert, drückt, stopft. Doch es hilft nichts, das Blut läuft in Strömen. Der Arm ist nicht echt, er ist aus Plastik. Durch eine kleine Flasche wird rote Farbe zur Einschussstelle gepumpt.

Villarreal, gebürtiger Chilene und Lehrer, ist an einem bitterkalten Sonntag in das Stockholmer Kulturzentrum »Värmeverket« gekommen. Das ehemalige Heizwerk liegt im Westen der schwedischen Hauptstadt. In einem lichtdurchfluteten Raum sitzen gut ein Dutzend Teilnehmer auf Matten, auch einige Kinder sind da. Heute lernen sie hier, was bei Schießereien zu tun ist, wie man Schusswunden versorgt. Es sind Rollenspiele für den Ernstfall. »Es macht mir Angst, dass wir mittlerweile in Schweden solche Fähigkeiten brauchen.«

Die Gruppe »Gatans Förband«, was übersetzt Straßenverband bedeutet, organisiert die Workshops. Bei schweren Blutungen sei es wichtig, sich mit dem ganzen Gewicht auf die Wunde zu stemmen, sagt Pär Plüschke, und demonstriert das an einem Kollegen. Seit vielen Jahren engagiert sich Plüschke, 46, hochgewachsen, in seiner Nachbarschaft. Er bezeichnet sich als progressiven Prepper – ein Mensch, der zwar nicht an Verschwörungstheorien glaubt, sich aber trotzdem auf Katastrophen vorbereitet. Eine solche erlebte Plüschke am 10. April 2022.

An jenem Tag wartet er gerade in einer Pizzeria auf seine Bestellung. Plötzlich knallte es. Er blickte nach draußen, sah einen jungen Mann auf dem Asphalt liegen und stark bluten. Plüschke rief den Notarzt, rannte nach draußen. »Es war herzzerreißend, seine Freunde zu sehen.« Sie brüllten einfach

nur. »Bleib bei uns, bleib bei uns.« Mit der Situation waren sie völlig überfordert. Der junge Mann starb noch vor Ort. Am nächsten Tag traf Plüschke die Jungs bei einer Gedenkveranstaltung wieder und bot ihnen an, sie in Erster Hilfe zu schulen. So entstand die Idee: ein Seminar für die Versorgung von Schusswunden, von Nachbarn für Nachbarn. Regelmäßig finden die Workshops nun statt. Das Interesse sei groß.

Denn Schweden hat ein Problem: In dem skandinavischen Land eskaliert die Bandenkriminalität. Allein im September 2023 starben elf Menschen bei Schießereien, darunter ein 13-Jähriger. Viele Täter sind ebenfalls fast noch Kinder, auch Unbeteiligte starben im Kugelhagel. In den Zeitungen kann man von Bombenanschlägen lesen, die ganze Häuserzeilen wegreißen. Schweden, einst eines der sichersten Länder der Welt, hat heute die zweithöchste Todesrate durch Schusswaffen in Europa. Während die Mordrate fast überall auf dem Kontinent rückläufig ist, steigt sie in Schweden. Es gilt die höchste Terrorwarnstufe. Wie konnte es so weit kommen?

Um das zu verstehen, muss man in Gebiete wie Tensta fahren. Der Stadtteil liegt im Nordwesten Stockholms; viele Menschen mit Migrationshintergrund leben hier. Zwischen den grauen Häuserblocks und Fußballplätzen spielte sich Faysa Idles altes Leben ab. Sie wuchs in einer somalischen Familie auf, fünf Geschwister, Mutter mit drei Jobs. Im Café eines Luxushotels erzählt Idle, 25, davon, wie sie zwischen die Fronten geriet.

Kaum jemand habe sich damals vorstellen können, dass die Situation so eskalieren würde. Damals, das war vor 2015. Tensta sei ein guter Ort zum Leben gewesen, sagt sie. Doch dann zog die Gewalt den Stadtteil in ihren Strudel. Idles Bruder war ein bekannter Bandenchef. »Die anderen Gangs benutzten mich, um an ihn heranzukommen.« Einmal schlugen ein paar Gangster sie zusammen. 2015 wurde ihr bester Freund erschossen, drei Jahre später ihr ältester Bruder. »Wenn Menschen um einen herum sterben, verliert man sein Sinngefühl. Man hasst das Leben.« Weil sie nicht weinen konnte, habe sie begonnen zu schreiben. Im September 2023 erschien ihr autobiografischer Roman »Ett ord för blod« (Ein Wort für Blut). »Das hat mich wieder zum Leben erweckt.«

Die rasant gestiegene Gang-Gewalt in Schweden spiegelt Verschiebungen in der Welt des organisierten Verbrechens: Anstelle einiger großer Banden mit klaren Hierarchien ist die Szene heute zersplittert, gibt es viele kleinere Gruppen. Oft schließen sich einfach ein paar Freunde aus dem gleichen Wohnblock zusammen und steigen ins Geschäft ein: Heute ist es leichter, große Drogenmengen im Ausland zu bestellen und dann weiterzuverkaufen, denn auch global betrachtet hat sich die Szene diversifiziert.

In den schwedischen Vororten werden aus ehemaligen Kindheitsfreunden nicht selten erbitterte Feinde, die in unterschiedlichen Gangs gegeneinander kämpfen. Auch in Idles Viertel war das so. »Sie hassen sich, weil sie sich früher einmal geliebt haben«, sagt sie. Mittlerweile sei so viel Blut geflossen, dass man keinen Frieden mehr schließen könne. Auch, weil der Ehrenkodex der alten Gangster nicht mehr gilt und selbst Familienangehörige ermordet wurden. In sozialen Medien prahlen die jungen Männer mit ihren Taten. Die Gen Z spielt Krieg.

Was die Gewalt in Schweden zusätzlich anheizt: Seit den Balkan-Kriegen gibt es viele Waffen in dem nordeuropäischen Land. Außerdem sind die Strafen für Gewaltverbrechen niedriger als andernorts. Um die Strafmündigkeit zu umgehen, werden immer jüngere Täter losgeschickt. Teenager werden so zu Mördern.

In Faysa Idles Leben gab es einen Wendepunkt. 2020, die Hochzeit ihres Bruders, außerhalb von Stockholm. Plötzlich brach Panik auf der Tanzfläche aus, denn eine Nachricht hatte die Runde gemacht: Drei schwer bewaffnete Jugendliche waren ganz in der Nähe von der Polizei gestoppt worden. »Sie waren auf dem Weg, um uns zu töten.« Auf die ganze Familie waren Kopfgelder ausgesetzt. Sie habe sich gefragt, ob auch ihr Bruder fähig wäre, unschuldige Menschen zu töten? Sie musste raus, ihr altes Leben hinter sich lassen. Idle zog um, beendete Freundschaften, kehrt kaum noch nach Tensta zurück. Heute lebt sie an einer geheimen Adresse. »Das tut mir im Herzen weh, aber es muss so sein.«

Für viele linke Schweden hängt die Gewalteskalation auch mit hausgemachten Problemen zusammen. Im Ausland gilt das Land noch als sozial gerechter Wohlfahrtsstaat, dabei baut es seit vielen Jahren Sozialleistungen ab, die Armut nimmt zu. Laut einer Oxfam-Studie ist Schweden inzwischen eines der ungleichsten Länder der Welt.

Im Zentrum von Stockholm leben fast nur weiße Schweden, in der Vorstadt überwiegend Migranten, so sieht es in vielen Städten aus. Auch Idle, die mit ihrem Buch eine Debatte über Integration auslöste, meint: Es gibt zwei Schwedens. Sie habe sich nie als Teil der Mehrheitsgesellschaft gefühlt. Von Lehrern bekam sie zu hören: Aus dir wird eh nichts! Viele ihrer Freunde finden keine Jobs, trotz Abschluss. Doch erklärt das, warum Jugendliche mit Kalaschnikows losziehen, um ihre Nachbarn zu töten?

Für Richard Jomshof ist die Antwort auf diese Frage klar: Multikulturalismus und Massenimmigration seien schuld. Der 54-Jährige mit dem akkuraten Seitenscheitel sitzt in einem Büro im Reichstagsgebäude. Jomshof ist Politiker der rechtsradikalen Partei Schwedendemokraten und Vorsitzender des Justizausschusses. Jomshof ist für Provokationen und markige Sprüche bekannt. Im Juli bezeichnete er den Propheten Mohammed als »Kriegsherrn, Massenmörder, Sklavenhändler und Räuber«.

Darüber dass sich viele Migranten über Diskriminierung beschweren, kann Jomshof nur lachen. Schweden sei eines der Länder, in denen es am wenigsten Rassismus gebe. Der Großteil der Probleme allerdings hätte mit dem Zuzug von Menschen aus dem Nahen Osten angefangen, sagt er.

Tatsächlich sind 85 Prozent derjenigen, die an tödlichen Schießereien beteiligt waren, im Ausland geboren oder haben einen ausländischen Elternteil. Doch wer trägt die Schuld? Der Staat oder die Neu-Schweden? Nicht die Herkunft mache junge Menschen anfällig für Kriminalität, sagen Experten, sondern sozioökonomische Faktoren. Jomshof sieht das anders***. »Wir geben ihnen Schulen, wir geben ihnen Wohnungen, wir geben ihnen Essen. Das Hauptproblem ist kulturell bedingt, sie wollen nicht Teil unserer Gesellschaft sein.« Nicht alle Migranten seien gleich, sagt er, er selbst habe Freunde aus dem Ausland. Aber eins stehe fest: Um die Kriminalität effektiv zu bekämpfen, müsse die Einwanderung gestoppt werden.***

Seit der letzten Wahl im September 2022 ist seine Partei endgültig im Mainstream angekommen: Die Schwedendemokraten holten die zweitmeisten Stimmen. Im Oktober 2022 kam die bürgerliche Minderheitsregierung unter Ulf Kristersson von der Moderaten-Sammlungspartei an die Macht. Jomshofs Partei ist zwar nicht Teil der Regierung, diese ist im Parlament aber auf Rechtsaußen angewiesen – und das spiegelt sich im politischen Diskurs wider: Im September richtete sich Premierminister Ulf Kristersson mit einer Ansprache an sein Volk. »Schweden hat noch nie zuvor so etwas gesehen«, sagte er über die Gang-Gewalt. Bei seinem Amtsantritt hatte er versprochen, die »inländischen Terroristen« zu jagen und das sogenannte Tidö-Abkommen vorgestellt. Es sieht unter anderem eine radikale Verschärfung der Einwanderungsgesetze und eine harte Hand gegen Kriminalität vor. Sieht so die Lösung für Schwedens Probleme aus?

Therese Shekarabi stapft durch den Schnee, vorbei an Wohnblocks und kleinen Geschäften. Am Gürtel hängt gut sichtbar eine Pistole. Die 46-Jährige mit den stechend blauen Augen ist Polizistin in einem Stadtteil, der es landesweit zu Bekanntheit brachte: Rinkeby. Es war einer der ersten Orte, wo »der Konflikt« eskalierte. Bis nach Tensta, wo Faysa Idles aufwuchs, ist es nicht weit. Früher lebten hier viele Studenten. In den 1980 und 1990 Jahren zogen die weißen Schweden weg – und mit ihnen die Geschäfte und Dienstleistungen.

Auf dem Platz vor der U-Bahn bleibt sie stehen. Ein älterer Mann kommt vorbei. »Hey Jama!« Hände schütteln, ein kurzes Gespräch. Dann muss er weiter, zum Gebet in die Moschee. »Sein Sohn wurde erschossen«, sagt Shekarabi. »Wir haben viel mit der Familie gearbeitet.«

Vor drei Jahren wurde mitten im Viertel eine Polizeistation eröffnet. Obwohl sie einer Festung gleicht, sieht das Konzept Bürgernähe vor. Sozialarbeiterinnen sind hier stationiert. Die Polizei kooperiert außerdem mit Schulen und der Sozialbehörde. Die Ergebnisse könnten sich sehen lassen, meint Shekarabi. Rinkeby sei zwar immer noch ein Utsatt område, ein gefährdetes Gebiet. So bezeichnen die Schweden Gegenden mit hohen Kriminalitätsraten und soziale Problemen. »Aber wir sehen einen positiven Trend.« Es sei gelungen, die offene Drogenszene loszuwerden, die Schießereien seien zurückgegangen, die Bewohner arbeiteten mittlerweile besser mit der Polizei zusammen.

Aber ein Wundermittel für die ganze Stadt gebe es nicht. »Jeder Konflikt ist anders.« Und immer noch sei das Misstrauen gegenüber der Polizei groß. Das hängt auch damit zusammen, dass in

Schweden nur 25 Prozent der Mordfälle mit Schusswaffen aufgeklärt werden. Eine Studie der Stadtteilorganisation Folkets Husby zeigt, dass nicht-weiße Bewohner überdurchschnittlich häufig durchsucht werden. ***Eine weitere Meldung dürfte die Situation nicht gerade entspannt haben: Premierminister Kristersson dachte laut darüber nach, das Militär bei der Gangbekämpfung einzusetzen. Die Sprengstoff-Expertise des Militärs könnte sicherlich hilfreich sein, meint Shekarabi. Aber sollten Soldaten in Rinkeby patrouillieren, wäre das »eine Katastrophe.«***
Auch der Stadtteil-Aktivist Pär Plüschke glaubt nicht, dass mehr Repression das Problem lösen wird. Mit seiner Gruppe setzt er auf andere Wege, auf »solidarische Nachbarschaftsstrukturen«. Auch wenn sie mit ihren Erste-Hilfe-Kursen eher Symptome bekämpfen als Ursachen. »In Krisensituation sind wir Menschen unser bester Schutz. Je mehr wir wissen, desto besser können wir uns gegenseitig helfen.« Wie wichtig die Vorbereitung für den Ernstfall ist, wird nur einen Tag nach dem Workshop im alten Heizwerk deutlich.
Hägersten, ein typisches Stockholmer-Mittelschicht-Viertel. Am Abend leuchtet Weihnachtsschmuck in den Fenstern, Eltern ziehen ihre Kinder auf Schlitten hinter sich her. Nur noch eine Blutspur im Schnee erinnert an das, was hier wenige Stunden zuvor geschah. Mit mehreren Schüssen wurde ein junger Mann niedergestreckt. Mitten am Tag. Passanten eilten herbei, leisteten Erste Hilfe. Der Mann überlebte.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/angriffe-auf-einsatzkr%C3%A4fte-in-mehreren-nrw-st%C3%A4dten-sch%C3%BCsse-in-gelsenkirchen/ar-AA1mijyv?cvid=3c13010b24df425ab5745045ec365424&ocid=winp2fptaskbarhover&ei=9&sc=shoreline
Angriffe auf Einsatzkräfte in mehreren NRW-Städten – Schüsse in Gelsenkirchen
Artikel von Benjamin Stroka •
Silvesterbilanz in NRW

Angriffe auf Einsatzkräfte in mehreren NRW-Städten – Schüsse in Gelsenkirchen
In Duisburg und Solingen sind Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr mit Raketen und Böllern attackiert worden. Die Silvesterbilanz für NRW im Überblick.

Duisburg/Solingen – Die Silvesternacht ist nach bisherigen Erkenntnissen in den meisten NRW-Städten aus polizeilicher Sicht verhältnismäßig ruhig verlaufen. „Der überwiegende Großteil der Bürgerinnen und Bürger verhielt sich vorbildlich“, teilte beispielsweise die Polizei aus Dortmund am Neujahrsmorgen (1. Januar) mit. In einigen Städten gab es aber dennoch Ausschreitungen und **Angriffe auf Einsatzkräfte in NRW, vor allem in Solingen und Duisburg.**
Feuerwehr und Polizei in Solingen mit Raketen und Steinen attackiert
In Solingen war die Feuerwehr in der Nacht zunächst wegen einer brennenden Matratze zur Hasselstraße gerufen worden. Dabei kam es laut Angaben der Polizei zu massiven Übergriffen auf die Einsatzkräfte, berichtet wa.de. Die Feuerwehr zog sich daraufhin zunächst zurück, um auf die Polizei zu warten. Als diese eintraf, wurden auch die Polizisten mit Raketen, Böllern und Steinen attackiert. Es wurde Verstärkung aus den umliegenden Städten Wuppertal und Remscheid angefordert. Laut Angaben des WDR wurde der Wohnblock komplett abgeriegelt.
Bei den Angreifern soll es sich um eine Gruppe von 30 bis 40 Personen im Alter von 20 bis 30 Jahren gehandelt haben, teilte die Polizei am Morgen mit. Die Feuerwehr konnte die Brände schließlich löschen. Die Polizei suchte noch im Laufe der Silvesternacht im Bereich der Hasselstraße nach mutmaßlichen Täterinnen und Tätern. Man erwog offenbar auch, Wohnungen zu

durchsuchen, berichtet die dpa. Festnahmen gab es bislang nicht. Es wird gegen Unbekannt ermittelt.

Einsatzkräfte in Duisburg mit Feuerwerk beschossen
Auch in Duisburg gab es in der Nacht Übergriffe auf Einsatzkräfte. In den Stadtteilen Marxloh und Hochheide wurden um kurz nach Mitternacht Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst mit Feuerwerkskörpern beschossen, teilte die Polizei auf X mit. Es gab laut Polizeiangaben zwei Festnahmen und Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung.

Ob Einsatzkräfte verletzt wurden, war am Neujahrsmorgen noch unklar. Nähere Angaben zu mutmaßlichen Tätern oder einem genauen Tathergang machte die Polizei bislang nicht.

Feuerwehr in Bergheim mit Böllern beworfen
In Bergheim (Rhein-Erft-Kreis) wurde die Feuerwehr beim Löschen eines brennenden Balkons kurz vor Mitternacht mit Böllern attackiert. „Während der gesamten Einsatzdauer musste die Feuerwehr durch starke Polizeikräfte abgesichert werden, da es immer wieder zu Böllerwürfen aus Personengruppen heraus in die Einsatzstelle kam", berichtet ein Feuerwehrsprecher. Verletzte Einsatzkräfte gab es nach bisherigen Erkenntnissen aber nicht.

Schüsse bei Familienstreit in Gelsenkirchen
Einen größeren Polizeieinsatz gab es um kurz nach Mitternacht zudem in Gelsenkirchen. Dort ist laut Polizeiangaben offenbar ein Familienstreit eskaliert. Es kam zu einer Massenschlägerei. Zudem wurden auch Schüsse aus einer scharfen Waffe und einer Schreckschusswaffe abgefeuert, teilte die Polizei am frühen Morgen mit. Dabei wurden zwei Personen verletzt, einer von ihnen durch einen Schuss. Beide kamen in Krankenhäuser. „Kein Beteiligter befand sich in Lebensgefahr", so die Polizei. Nähere Angaben zu den Hintergründen gab es bislang nicht. Die Polizei bittet um Zeugenhinweise.

16 Verletzte bei Kellerbrand in Essen
Bereits am Silvesterabend war die Feuerwehr in Essen im Großeinsatz. Dort wurden bei einem Kellerbrand im Stadtteil Frohnhausen insgesamt 16 Personen verletzt, darunter neun Erwachsene und sieben Kinder. Die Feuerwehr musste laut eigenen Angaben mehrere Menschen über Drehleitern aus dem Gebäude retten, weil das Treppenhaus bereits stark verraucht war.

„Alle Patienten wurden nach Abstimmung mit dem leitenden Notarzt der Stadt Essen in verschiedene Kliniken transportiert", berichtet ein Feuerwehrsprecher. Die Brandursache ist noch unklar. Die Polizei hat entsprechende Ermittlungen aufgenommen. (bs/ots)

https://journalistenwatch.com/2024/01/01/silvesterluege-2023-24-alles-super-nix-passiert-friede-freude-eierkuchen/#google_vignette

- **Januar 1, 2024**
- **20:00**
- **Von: Kurschatten**

Silvesterlüge 2023/24: Alles super, nix passiert, Friede – Freude – Eierkuchen!
Man hätte blind darauf wetten können: kaum ist die Silvesternacht in Berlin mit einer neuerlichen Horrorbilanz vorbei, wird die Öffentlichkeit für dumm verkauft und in Beschwichtigung eingelullt, zum Glück sei dank des erfolgreichen Polizeikonzepts und massiven staatlichen Aufgebotsalles glatt

gegangen. **Was wir erleben, ist die nächste große Verharmlosung und Lüge des politmedialen Komplexes, um die katastrophale Realität zu verleugnen und vor allem diejenigen, namentlich die AfD, nicht noch zu bestätigen oder gar zu stärken, die als einzige den Finger in die Wunde legen und die Zustände benennen. Sie dürfen kein Recht behalten, denn dann würden sie noch mehr welcher Zulauf bekommen – Superwahljahr 2024 mit alleine drei ostdeutschen Landtagswahlen wäre das systemgefährdend.**

Also lässt man die üblichen Hofschranzen und ihr Zitierkartell schönrednerische und grotesk verharmlosende Aussagen über bundesweite neuerliche Abgründe von Landfriedensbruch und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit tätigen, die begierig medial verbreitet werden – obwohl das, was ich in der letzten Nacht zutrug, ohne die noch weitaus präsente Erfahrung des Vorjahres – und rein für sich betrachtet – mindestens eben so schockierend war. **Man setzt auf Abstumpfung und versucht minimale Abschwächungen auf gleichbleibend hohem Niveau, die zeigen, dass das Problem unvermindert fortbesteht, als "Erfolg" zu verkaufen.**

Sand in die Augen gestreut

Die "Süddeutsche Zeitung" (SZ) streut ihren Lesern unter der Schlagzeile "War was?" mit folgender Unterüberschrift Sand in die Augen: "Die befürchtete Silvester-Randale in Berlin ist ausgeblieben – dank massiver Polizeipräsenz". Und aus Sicht des zuständigen Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Andreas Roßkopf (das ist der, der immer als euphemistisch-beschwichtigender Konterpart zum Chef der rivalisierenden Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, aufgeboten wird), seien "die Einsätze der Bundespolizei in der Silvesternacht …. weitgehend zufriedenstellend verlaufen". Denn: "Die Einsatzverläufe waren in allen Bereichen der Bundespolizei ruhiger als erwartet und befürchtet", so Roßkopf . Die Bundesbereitschaftspolizei sei zur Unterstützung der Landespolizeien mit starken Kräften gerade in Berlin und Köln eingesetzt worden. **"Zufrieden"ist man hier also mit Angriffen auf Polizeibeamte im Minutentakt, 15 verletzten Polizisten, 300 Festnahmen und in die Millionen gehendem Sachschaden. Molotowcocktails, Unmassen teils illegale Böller, Straßensperren. Das also bewertet die SZ als "ausgebliebene Randale".**

Roßkopfs wahlweise an Volksverhöhnung oder Selbstbetrug grenzender Befund geht noch weiter: Zwar seien Sicherheitskräfte aus den Menschenmengen heraus mit Silvesterböllern beworfen und mit Feuerwerksraketen beschossen worden, aber "dank der massiven Anzahl an Einsatzkräften konnte dies immer wieder sehr schnell unterbunden werden". Zum Glück habe es bei den eingesetzten Beamten "kaum Verletzte" gegeben. "Darüber sind wir sehr froh." Soso. "Froh" ist man also. Mit diesem Framinh, mit dieser Gehirnwäsche beginnt das neue Jahr faktisch genau so, wie das alte geendet hat, wie Boris Reitschuster treffend kommentiert.

Extreme Ausschreitungen bagatellisiert

Auch anderswo kam es in Deutschland zu extremen Ausschreitungen. In Hannover wurden zahlreiche Feiernde körperlich attackiert, es kam zwischen Migrantengruppen zu Auseinandersetzungen. In Köln berichtete "WDR aktuell: "Nachdem bereits Heiligabend ein 30-jähriger Tadschike wegen Terrorverdachts in Gewahrsam genommen wurde, hat die Kölner Polizei gestern Nacht drei weitere Verdächtige gefasst. Die Gruppe soll geplant haben, in Köln Anschläge mit einem Auto zu verüben." Und der "Nius"-Newsticker und Nachrichtenseiten der Sozialen Medien vermeldeten Übergriffe und Straftaten fast im Minutentakt.

Nachdem der Linksstaat im Vorjahr versucht hat, die Silvesterkrawalle zu post-corona-bedingten Frustausbrüchen vor allem "deutschen" Tätern (Passdeutsche und Doppelstaatsbürger übertünchen kulturelle und identitäre Brüche) umzudichten und aus fast 300 Straftaten gerade einmal lausige 16 Verurteilungen (alle ohne Freiheitsstrafe) resultierten, scheint die Strategie dieses Jahr so auszusehen, dass man die eigene Kapitulation als Triumph verkauft. Die, die diese Verlogenheit pflegen, würden im Fall eines neuen 9/11, bei dem diesmal nur 2.900 statt 3.000 Menschen den Tod fänden, vermutlich auch von einer "zufriedenstellenden" Entwicklung reden, weil sie die Situation ja gegenüber letztem Mal "gebessert" habe. Die Frage zudem, in welchem anderen Land Europas und auf der Welt es eigentlich so zugeht wie bei uns – außer vielleicht in Israel, wo man sich an die täglich abgefangenen oder teilweise auch einschlagenden Hamas-Raketen gewöhnt hat, stellt schon gar niemand mehr.

"Alles im Griff"

Auch “Bild” reiht sich fatalerweise in den “Erleichterungsjournalismus” ein und titelt heute: „Alles im Griff“. Die Polizei habe “die Lage im Griff” gehabt: “Mehr als 4000 Beamte zeigten Randalierern und Gewalttätern in der Hauptstadt, wo es lang geht – für rund 300 Personen in die Zelle!“ Das also soll normal sein? **Und welche “Personen” waren das, die da verhaftet wurden? Wieder “Deutsche”? Was ist mit der großangelegten Pyro-Attacke vom Alexanderplatz, was mit dem Angriff auf ein Polizeifahrzeug mit einer Kugelbombe, das daraufhin demoliert wurde? Wie eigentlich stellen “Bild” & Co. nicht die entscheidende Frage, wie es letzte Nacht wohl – nicht nur in Berlin, auch anderswo in Deutschland – ausgesehen hätte, wenn nicht ein solch martialisches, früher nicht ansatzweise notwendiges Massenaufgebot von Polizei und geradezu paramilitärischen Kräften aufgeboten worden wäre? Dass es trotz einer Vervielfachung der Hauptstadt-Einsatzkräfte zu diesen Schreckenszahlen kam, beweist ja eigentlich nur, dass das Problem in Wahrheit noch größer geworden ist. Und es wird auch die nächsten Jahre immer mehr zunehmen – weil sich die Voraussetzungen nicht ändern, sondern im Gegenteil das gesellschaftliche Klima durch anhaltend importierte Gewalt der Parallelmilieus immer mehr verroht und explosiver wird.**
Nochmals Reitschuster: “Was für eine unglaubliche Manipulation – neudeutsch ‘Framing’!
(…) Offen gestanden weiß ich gar nicht mehr, was schlimmer ist. Die Zustände in den großen Städten, insbesondere in Berlin, wo ein vor allem migrantisch geprägter Mob sich im gefühlten Kriegszustand mit der Polizei befindet und Angst und Schrecken verbreitet. Oder die Art und Weise, wie unser polit-medialer Komplex diese unsäglichen Zustände schönredet und verdrängt?”
Unglaubliche Manipulation
Fakt ist: Für Frauen, Juden und auch unbeschwert feiernde Einzelpersonen werden deutschlandweit immer mehr No-Go-Areas und ganze Stadtteile als “Stammlande” der Parallelmilieus und Aufmarschgebiete der “Party- und Eventszene” zum lebensgefährlichen Pflaster. Die Devise der Politik, die diese Zustände erzeugt und ermöglicht hat, lautet offenbar: Haltet euch einfach dort fern, dann passiert nichts**. Statt “Armlänge Abstand” also am besten ganz zuhause bleiben, scheint die pragmatische Devise zu sein. Den Mob einfach machen lassen und seinen Beirut-Gaza-Flair verströmen lassen – und schon gibt es keine Probleme mehr in Buntdeutschland! Der niedersächsische AfD-Politiker Stephan Bothe spricht offen an, was dabei – wie auch mit der verharmlosenden Berichterstattung über das angeblich gut überstandene, “friedfertige” Silvester – das große Problem ist: “Nur mit derartigem Aufgebot, so zeigt sich, lassen sich die alljährlichen bürgerkriegsartigen Zustände halbwegs eingrenzen. Die Nacht des unbeschwerten Feierns ist zu einem Angstdatum geworden.”**
Genau das ist der Punkt. Wer es normal findet, dass Weihnachtsmärkte nur noch hinter Merkelpollern und Volksfeste nur noch mit MG-bewaffneten Polizeipatroiullen, Bombensuchkommandos und anwesenden Einsatzfahrzeugen stattfinden können und die so erzeugte “Friedlichkeit” als Erfolg feiert, der ist bereits “angekommen” in diesem neuen Deutschland. Bothe fand übrigens auch noch ein paar deutliche Worte zu der unverschämten Forderung aus vor allem just jenen Parteien, die uns diese endbereicherten Zustände beschwert haben, die Risiken durch ein Verbot von Feuerwerkskörpern zu mindern (und damit die friedliche Mehrheit für das kriminelle Fehlverhalten zugewanderter militanter Asozialer zu bestrafen): “Da hilft auch kein Böllerverbot. Es würde vor allem jene treffen, die harmlos und friedlich ins neue Jahr feiern möchten. Die Randalierer würde es nicht abhalten. Es zeigt sich, dass sich dieses Land auch aufgrund der Massenzuwanderung aus muslimischen Kulturkreisen massiv verändert hat. Das gilt für Silvester aber auch für die Terrorgefahr, die unsere Weihnachtszeit überschattet hat. Hier muss die Politik endlich klar erkennen, wer die Täter sind und wer für den gesellschaftlichen Wandel verantwortlich ist.“
Anabel Schunke brachte es in einem Tweet auf den Punkt:

Anabel Schunke
@ainyrockstar

De facto leben wir in einem Land, in dem es hingenommen wird, dass bestimmte Straßen, Plätze und nahezu ganze Bezirke für Frauen an Silvester und zum Teil auch zu anderen Zeitpunkten, zur No-Go-Area geworden sind. Das gilt längst nicht mehr nur für Stadtteile wie Neukölln in Berlin, sondern selbst für die Zeil im Herzen Frankfurts oder andere öffentliche Plätze.

Aber es geht auch nicht darum, welche Orte es sind und ob man dort überhaupt Silvester feiern wollen würde. Es geht um etwas viel Grundsätzlicheres: Es muss für jeden möglich sein.

Es spielt keine Rolle, ob es die Sonnenallee in Neukölln ist oder die Straße in einer kleinen Ortschaft.

Es muss für jeden möglich sein, sich frei in Deutschland an Silvester und an jedem anderen Tag bewegen zu können. Und bis vor wenigen Jahren war es das auch. Ich kann mich jedenfalls an kein Silvester vor 2015 erinnern, an dem man sich gefragt hat, ob man an bestimmten Orten Silvester feiern kann, ohne konkrete und begründete Angst um seine körperliche Unversehrtheit haben zu müssen.

Vieles davon gilt mittlerweile auch für Männer. Nach den Frauen sind auch viele deutsche Männer mittlerweile zu solchen Anlässen aus dem öffentlichen Raum verschwunden.

Seit acht Jahren schreibe ich nun über diese Okkupation, über die Verdrängung der Deutschen von den öffentlichen Plätzen in ihrem eigenen Land.

Das hat weder etwas mit Sicherheit noch mit Freiheit zu tun. Beides ist jedoch konstitutiv für das Fortbestehen einer liberalen Demokratie.

Translate post

1:44 PM · Jan 1, 2024 · **90.8K** Views

157 409 2.9K 43

(Screenshot:Twitter)

Eingedenk der Erfahrungen nach dem Vorjahressilvester entwarf Schunke ebenfalls eine Art Matrix über den in Deutschland mittlerweile üblichen Ablauf der Silvester-Debatte (auch wenn er sich nun, erweitert um die neue Strategie der Abwiegelung und Verharmlosung, in leicht variierter Form darstellt):

1. **Empörung ("Volle Härte des Gesetzes") und Feststellung, dass junge Migrantenmänner den öffentlichen Raum eingenommen haben**
2. **Feststellung von Links, dass das Problem Männer an sich sind und ohnehin die meisten Täter "Deutsche" seien**
3. **Vornamendiskussion, Kritik an Einbürgerungen und Asylpolitik**
4. **4. Diskussion wird von Links als rassistisch gebrandmarkt, Friedrich Merz sagt irgendwas mit „kleinen Paschas" und rudert dann wieder zurück**
5. **5Debatte läuft nach 1-2 Wochen spätestens aus, alles bleibt wie es ist, weil sonst rassistisch, CDU wird für härtere Law-and-Order-Politik gewählt und verhängt dann Winter-Abschiebestopp**
6. **Nächstes Jahr dann Panzer in Berlin, aber war schon immer so und hat nichts mit Migration zu tun.**

Übrigens ist es für eine abschließende Bilanz der Silvesternacht noch zu früh: Noch könnte es nämlich in Berlin zu einem gewaltsamen Nachspiel kommen. Wie "Bild" heute berichtet, wurde nämlich eine 15-jährige Tochter des Clan-Bosses Issa Remmo bei einem schweren Unfall im Berliner Stadtteil Buckow von einem Polizeiauto (!) angefahren und verletzt. " Der Unfall ereignete sich kurz nach Mitternacht in der Straße Alt-Buckow, als die Familie gegen 0.15 Uhr auf dem Bürgersteig und auf der Fahrbahn Feuerwerk zündete. Ein Polizeiwagen einer Einsatzhundertschaft fuhr mit Blaulicht und Martinshorn durch die Straße. In Höhe der Remmo-Villa erfasste der schwere Mercedes-Transporter dann das Mädchen", so die Zeitung. Wenn das mal nicht – nach alter Clanväter Sitte – nach Rache riecht… (TPL)

https://www.focus.de/panorama/aufnahmen-aus-neujahrsnacht-in-berliner-krankenhaus-aggressive-brueder-schlagen-arzt-und-pfleger-k-o_id_259548399.html

Aufnahmen aus Neujahrsnacht

In Berliner Krankenhaus: Aggressive Brüder schlagen Arzt und Pfleger zu Boden

Es sind Bilder, die schockieren. Wie auf einer Überwachungskamera des Sana-Klinikums in Lichtenberg zu sehen ist, griffen am Neujahrsabend mehrere männliche Täter unvermittelt das Pflegepersonal in der Notaufnahme an.

Das Klinikum selbst hat die Echtheit der Aufnahme gegenüber FOCUS online bestätigt.

Zu sehen ist, wie drei Männer mit dunklen Haaren - mutmaßlich Brüder - zunächst aggressiv auf das Pflegepersonal einreden, bevor dann zwei von ihnen zuschlagen und so einen Arzt und einen Pfleger jeweils am Kopf verletzen. Den beiden Verletzten geht es laut Krankenhaus mittlerweile besser: „Sie befinden sich nicht mehr in ärztlicher Behandlung und sind aktuell nicht im Dienst."

Krankenhaus nimmt Stellung: „Sind fassungslos über solch tragische Ereignisse"

Grund des Angriffs war mutmaßlich ein Streit um die Wartezeit in der Notaufnahme, wie die „Berliner Morgenpost" berichtet. „Wir bringen deine Familie um" und „Wir schlitzen dir die Kehle auf", sollen die aufgebrachten Männer dem Arzt laut „Bild" gedroht haben. Von Seiten des Klinikums heißt es gegenüber FOCUS online: „Wir sind sehr dankbar dafür, dass drei couragierte Angehörige einer Patientin selbstlos eingegriffen und die Situation gemeinsam mit unserem Team deeskaliert haben."

Zudem wolle man künftig das Sicherheitskonzept überarbeiten und den Wachschutz ausweiten: „Wir sind fassungslos über solch tragische Ereignisse. Es ist uns unbegreiflich, wie unsere Helfer bei ihrer lebensrettenden Arbeit angegriffen werden.“ Das Sana-Klinikum wies zudem daraufhin, dass die Aufnahme von einer unbekannten Quelle verbreitet worden sei.
jsm / wgr

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/am-hermannplatz-in-berlin-neuk%C3%B6lln-auf-hebr%C3%A4isch-unterhalten-und-von-zwei-arabischen-m%C3%A4nnern-angegriffen/ar-AA1myiTC?ocid=msedgdhp&pc=LCTS&cvid=18fd0e66769c4b1986078b8abf5329fe&ei=18
Am Hermannplatz in Berlin-Neukölln: Auf Hebräisch unterhalten und von zwei arabischen Männern angegriffen
In der Nacht zu Samstag haben zwei Männer eine Frau und einen Mann angegriffen, die sich auf Hebräisch in einem Fast-Food-Restaurant unterhielten. Der Staatsschutz ermittelt.

Fullscreen button
Die weiteren Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung übernahm der Staatsschutz des Landeskriminalamtes.
Die weiteren Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung übernahm der Staatsschutz des Landeskriminalamtes.
© Foto: IMAGO/Future Image
Am Hermannplatz in Berlin-Neukölln ist es in der Nacht zu Samstag zu einer körperlichen Auseinandersetzung in einem Fast-Food-Restaurant gekommen. Das gab die Berliner Polizei am Samstagnachmittag bekannt. Ersten Erkenntnissen zufolge, könnte Auslöser für den Streit gewesen sein, dass sich eine 27-Jährige und ihr 24-jähriger Begleiter auf Hebräisch unterhielten.
Am Nachbartisch sollen sich den Angaben zufolge zwei Männer in arabischer Sprache unterhalten haben. Als diese mitbekamen, in welcher Sprache sich die 27- und der 24-Jährige verständigten, soll sich einer der Männer abfällig gegenüber den beiden geäußert haben. Diese sollen ihn daraufhin aufgefordert haben, damit aufzuhören. Als Reaktion soll der Mann ein alkoholisches Getränk in ihre Richtung ausgeschüttet und einen Stuhl genommen haben, mit dem er nach der Frau schlug.
Die Frau habe den Angriff mit ihren Armen abwehren können, hieß es weiter. Als sich ihr Begleiter schützend vor sie stellen wollte, soll ihm der Mann mit der Faust ins Gesicht geschlagen haben. Anschließend sollen der Angreifer und sein Begleiter in Richtung Sonnenallee geflüchtet sein. Die Frau habe nach dem Angriff über Schmerzen an ihren Armen, der Mann über Schmerzen im Gesicht geklagt, wie die Polizei mitteilte. Beide lehnten eine ärztliche Behandlung ab. Die weiteren Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung übernahm der Staatsschutz des Landeskriminalamtes.

(Tsp)

https://www.focus.de/panorama/prozess-um-vergewaltigung-im-goerlitzer-park-georgierin-koennte-aus-deutscher-botschaft-in-tiflis-per-video-aussagen_id_259555161.html
Massenvergewaltigung in Görlitzer ParkEin Angeklagter hat seit 2016 elf Aliasidentitäten in Deutschland
Sonntag, 07.01.2024, 16:56
Im Juni soll eine 27-Jährige im Görlitzer Park vergewaltigt worden sein. Die Politik nutzte den Fall für eine härtere Gangart. Jetzt müssen sich drei abgelehnte Asylbewerber vor dem Landgericht verantworten.
Dieser Prozess könnte für den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) zum Test werden – nämlich, ob eine Sicherheitsdebatte befeuert und vorschnell Schlüsse zum Görlitzer Park gezogen wurden, bevor annähernd alle Fakten auf dem Tisch liegen.
Sieben Monate nach einer mutmaßlichen Gruppenvergewaltigung im Park müssen sich drei Männer ab 18. Januar vor dem Landgericht verantworten. Acht weitere Prozesstage sind bis März geplant.
„Görli“ ein „Symbol für falsch verstandene Toleranz“
Wegner hatte infolge des Falls eine neue Härte angekündigt, 30 Millionen Euro sollen in Repression und Prävention fließen, bis Ende März soll Baustart für einen Zaun um den Görli sein. Die prekären Zustände dort – Drogen, Gewalt und Verwahrlosung – waren bekannt.
Angeklagt sind drei Männer aus dem Drogen- und Dealermilieu, die abgelehnten Asylbewerber sitzen in Untersuchungshaft: der 21 Jahre alte Somalier Osman B., der 22-jährige Boubacar B. aus Guinea und Mountaga D., 22 Jahre alt und aus Guinea-Bissau.
Vorgeworfen wird ihnen besonders schwere Vergewaltigung, gefährliche Körperverletzung und besonders schwerer Raub.
Spermaspuren im Körper des Opfers gefunden
Für die Staatsanwaltschaft ist die Sache klar. Eine 27-jährige Studentin, Mutter zweier Kinder, und ihr Ehemann, beide Georgier, waren am 21. Juni gegen 5 Uhr im Park unterwegs, kauften dort Kokain, wurden intim. Mehrere Dealer sollen das Paar umringt haben.
Zwei sollen den Georgier mit Stöcken traktiert und 1200 Euro aus seiner Bauchtasche gestohlen, andere sich an der Frau vergangen haben. Von Osman B., der die Tat bestreitet, wurden Spermaspuren im Körper des Opfers gefunden, von den anderen auf ihrem Slip.
Einer der Angeklagten: Osman B. und zehn weitere Identitäten
Osman B., seit 2016 mit zehn weiteren Aliasidentitäten in Deutschland, ist bei der Polizei mit Drogendelikten, Gewalttaten, Raub und Diebstahl bekannt. Im Bundeszentralregister gibt es sieben Einträge, zwei Verfahren wegen gefährlichen Gewaltdelikte wurden in Sachsen-Anhalt nach Jugendrecht eingestellt.
Die anderen beiden schweigen zur Tat. Boubacar B., seit 2017 in Deutschland mit vier Aliasidentitäten und erloschener Aufenthaltsgestattung, hat neun Einträge im Bundeszentralregister. Es ist als Brennpunkttäter eingestuft, soll regelmäßig Marihuana und Kokain konsumiert haben und ist mehrfach wegen Drogenhandels verurteilt.
„Wichtig ist vor allem ein nüchterner Ton, statt das sogenannte gesunde Volksempfinden zu bedienen.“ Mirko Röder, Verteidiger eines Angeklagten.
Mountaga D. lebte im betreuten Wohnen. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, sein Aufenthalt aber geduldet. Er fiel mit Gewaltdelikten und Drogenhandel auf, Staatsanwaltschaft und Justiz sahen von einer Strafverfolgung wegen Geringfügigkeit ab.
Das Opfer ist wieder in Georgien
Das Problem am Fall: Die Anklage beruht vor allem auf Aussagen des Opfers, die sich teils widersprachen, so bei der Täter-Beschreibung. Zudem sah sie sich nach ersten Befragungen für weitere außer Stande.
Das Paar reiste zurück nach Georgien und ist für die Ermittler dort schwer zu erreichen. Die Frau wird vom Berliner Opferbeauftragten Roland Weber in der Nebenklage vertreten.
Kommt sie nicht zur Aussage nach Berlin, könnte es eine Vernehmung per Video aus der deutschen Botschaft in Tiflis geben. Reist sie an, ist eine Videovernehmung aus einem anderen Saal im Gericht angedacht. Die Gutachten, ob die Angeklagten ob ihres regelmäßigen Drogenkonsums schuldfähig sind, stehen auch noch aus.

Die Angeklagten werden von je einer Anwältin und einem Anwalt vertreten. Mirko Röder, Verteidiger von Boubacar B., warnt vor Vorverurteilung und politischer Instrumentalisierung.
„Wichtig ist vor allem ein nüchterner Ton, statt das sogenannte gesunde Volksempfinden zu bedienen“, sagt Röder. „Es wird ein ganz seriöses Verfahren nach den Regeln der Strafprozessordnung durchgeführt – und unter strenger Prämisse der Unschuldsvermutung als tragender Säule eines fairen Verfahrens.“
Von Alexander Fröhlich

https://ansage.org/kartoffeldeutscher-von-migranten-rasern-krankenhausreif-gepruegelt/

“KARTOFFELDEUTSCHER” VON MIGRANTEN-RASERN KRANKENHAUSREIF GEPRÜGELT

- von Bundschuh-Patriot
- -
- 08. Januar 2024

Zwei „*Südländer*“ – den Begriff verwendet interessanterweise sogar “Bild“, die über den Fall berichtete – sind am Freitag mit 110 Stundenkilometern durch Hamburg gerast. Unter anderem dem 58-jährigen Fotografen Klaus B., der auf dem Rückweg von seinen hochbetagten Eltern ist, überholen und schneiden sie in der Wandsbeker Chaussee. “*Der Golf-Fahrer rast wie ein Irrer, wechselt wild die Fahrbahn, bremst andere Autofahrer aus*”, so die Zeitung.

Der über diese Fahrweise schockierte Klaus B. macht daraufhin einen fatalen Fehler, den man im besten Deutschland aller Zeiten besser nicht machen sollte. An einer roten Ampel, wo die migrantischen PS-Rowdys im Rückstau warten müssen, “*fährt er sein Fenster runter und spricht den Fahrer auf sein Fehlverhalten an.*” Keine gute Idee: die beiden Bereicherungsneubürger steigen aus dem Wagen, “*schlagen über 30 Mal durch das geöffnete Fenster auf den Kopf von Klaus B. ein. Danach treten*

sie gegen seine Autotür, beschädigen den BMW massiv." Der Mann landet mit erheblichen Kopfverletzungen im Krankenhaus.

So berichtete "Bild" über den Fall (Screenshot:Bild)

30 Schläge und Tritte durch das offene Autofenster – das ist also die Quittung für ein derart ungebührliches, vor Gericht vermutlich als latent rassistisch einzustufendes Verhalten eines alten weißen Mannes, der jungen dunklen Zukunfts-"Deutschen" die Missachtung der StVO vorwirft, nachdem sie ihn zuvor in Lebensgefahr gebracht haben. Das, was die beiden halbstarken "*Südländer*" hier abzogen, ist dank einer weltoffenen und toleranten Justiz kein Einzelfall; Raser und Totraser sind in Deutschland quasi Normalität. "Bild" resümiert: "*Aggressive Pöbelei, Stinkefinger, riskante Überholmanöver – Alltag auf Deutschlands Straßen.*"

Ich nehme an, mit seinen Verletzungen ist Klaus B. noch glimpflich davongekommen – immerhin lebt er ja noch. Aber das grüne Vordenkpersonal hat uns ja darauf vorbereitet auf diese neuen Regeln und "*Bedingungen des Zusammenlebens*", die "*jeden Tag aufs Neue ausgehandelt*" werden müssen. Die wichtigste neue Regel lautet: Kartoffeln haben die Fresse zu halten und mit demütig gesenktem Blick die Straßenseite zu wechseln, wenn die neuen Herren ausreiten.

Autor: Redaktion, Markus Kink

https://journalistenwatch.com/2024/01/06/waehrend-bischoefe-gegen-rechtsextremismus-predigen-neue-details-ueber-geplanten-islam-terror-von-koeln/

- **Januar 6, 2024**
- **18:00**
- **Von: Kurschatten**

Während Bischöfe gegen Rechtsextremismus predigen: Neue Details über geplanten Islam-Terror von Köln

Nur mit sehr viel Glück konnten in Köln und Wien an Weihnachten und Silvester wieder einmal verheerende islamistische Terroranschläge verhindert werden. Und während ausgerechnet im wegen Terrorgefahr gesperrten Kölner Dom (und anderswo) in Predigten vor der "Bedrohung des Rechtsextremismus" gewarnt wird, offenbaren die Ermittlungen das Ausmaß der Abgründe der eigentlichen, verzweifelt heruntergespielten oder verschwiegenen Gefahr im Land. Laut „Bild" geht aus dem Antrag auf Sicherungsgewahrsam gegen die Verdächtigen aus Tadschikistan hervor, dass eine „Weihnachtsveranstaltung mit hochrangigen Politikern" und dann an Silvester am Kölner Dom ein Auto voller Bomben in eine Menschenmenge gesteuert werden sollte. Der Wagen sei von einem Mann mit türkischen Wurzeln und sechsfachen Vater besorgt worden, der in einem vierstöckigen Haus wohne, in dem unten eine Moschee sei. Der Wagen und der vorgesehene Fahrer konnten bislang nicht ausfindig gemacht werden.

Zudem besteht der Verdacht, dass ein weiterer Anschlag in Madrid geplant war. Der mutmaßliche Kopf der Terrorbande „Islamischer Staat in der Provinz Khorasan (ISPK)", Mukhammadrajab B., habe dort „bislang unbekannte Örtlichkeiten erkundet", heißt es in dem Antrag. Am Kölner Dom hatte er diese Vorbereitungen offenbar bereits abgeschlossen. Am 8. Dezember hatte er sich mit Islamisten in Wien getroffen und den Prater und den Stephansdom ausspioniert. Einen Tag später reiste er nach Istanbul, um sich dort mit einem Unbekannten, möglicherweise dem Drahtzieher der Anschläge zu treffen. Am 19. Dezember befand er sich dann wieder auf Erkundungstour in Wien. Bundesnachrichtendienst und Bundeskriminalamt gehen davon aus, dass eine Weihnachtsveranstaltung mit hochrangigen Politikern im Stephansdom das Ziel war.

Direkte Anschlagsweisung aus Afghanistan

Mukhammadrajab B., der am 23. Dezember in Sankt Wendel (Saarland) festgenommen wurde, erhielt bereits im Mai 2023 eine „direkte Anweisung vom ISPK aus Afghanistan für Anschläge in Köln". Anfang Dezember hatte er sich einem Islamisten getroffen, der wiederum von einem Terror-Scheich beglückwünscht wurde, „dass er sich entschieden habe, sich in das Paradies aufzumachen". Aus Ermittlerkreisen hieß es, dies sei „das klare Zeichen, dass er die Zusage gegeben hat, als Selbstmordattentäter zu sterben". Die Methodik weise viele Parallelen zur achtköpfigen Tadschiken-Terrorzelle „Buran", die seit Sommer in U-Haft sitzt. Auf deren Handys wurden Videos und Fotos von einem „Jahrmarkt, der sich gemäß seiner Aussage in Köln befindet", entdeckt. In einem Chat schrieb einer der Verdächtigen: „Heute und morgen sind bei den

Nadschasen (übersetzt: Dreck) Feiertage“. Mit „Dreck“ sind Christen gemeint. Auch der Jahrmarkt war genau gefilmt worden.
Hier zeigt sich also, dass immer ausgeklügeltere Terroranschläge geplant werden. Dass Köln, Wien und vielleicht Madrid diesem Alptraum entgingen, ist nur glücklichen Umständen zu verdanken. An ernsthafte Gegenmaßnahmen ist natürlich nicht zu denken. **Die Ampel-Regierung tut nicht das Geringste, um den unaufhörlichen Zustrom muslimischer Migranten auch nur minimal zu reduzieren. Wie viele Terroristen und Sympathisanten jeden Tag nach Deutschland strömen oder dies in den letzten acht Jahren seit Angela Merkels Grenzöffnung für die ganze Welt bereits getan haben, weiß kein Mensch. Deutschland und auch Österreich, das den Migrationswahnsinn ebenfalls mitgemacht hat, wissen de facto nicht mehr, wer sich auf ihrem Territorium aufhält. Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis es zu katastrophalen Terroranschlägen kommt.** (TPL)

https://www.nzz.ch/international/asyl-und-sexualverbrechen-tausende-frauen-opfer-von-fluechtlingen-ld.1769909

Mindestens 7000 Frauen sind in Deutschland seit 2015 Opfer sexueller Übergriffe von Flüchtlingen geworden

Durch die fast ungebremste Migration junger Männer wanderten zahlreiche Sexualstraftäter ein. Die CDU will auch deswegen die Asylzahlen senken – die Grünen schweigen zu dem Thema.

Beatrice Achterberg, Berlin07.01.2024, 17.31 Uhr 7 min

Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums wird statistisch gesehen jede siebte Frau in ihrem Leben Opfer schwerer sexualisierter Gewalt (Symbolbild).

Yara Nardi / Reuters

Die irreguläre Migration nach Deutschland wirkt sich negativ auf die Sicherheit im öffentlichen Raum aus. Besonders betroffen sind Frauen und Mädchen. Zusätzlich zu der Gewalt, die sie ohnehin durch Inländer erfahren, sind sie durch Sexualverbrecher gefährdet, die mit der Asylmigration ins Land kamen.
Das zeigen die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik. In den Jahren 2015 bis 2022 gab es mehr als 8590 angezeigte Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen durch Zuwanderer. Unter dem Begriff «Zuwanderer» erfasst das Bundeskriminalamt (BKA) Menschen, die über das Asylsystem nach Deutschland gekommen sind. Über 90 Prozent der Opfer von Sexualdelikten sind weiblich.
In einem Beitrag für die NZZ beschreibt der Migrationsforscher Ruud Koopmans die Risiken der europäischen Asylpolitik. Koopmans sieht dringenden Reformbedarf, um das Sterben im Mittelmeer und in der Sahara zu beenden. Aber auch für die einheimische Bevölkerung der Zielländer sei irreguläre Einwanderung gefährlich, sagt der Migrationsexperte.

Die meisten Vergewaltigungsopfer sind Deutsche

Tausende Frauen in Deutschland hat sie die sexuelle Unversehrtheit gekostet. Koopmans schreibt, dass zwischen 2017 und 2020 über 3000 Frauen einer Vergewaltigung durch einen oder mehrere Flüchtlinge zum Opfer fielen. Die meisten von ihnen sind deutsche Staatsangehörige.

Flüchtlinge sind als Tatverdächtige bei Vergewaltigungen stark überrepräsentiert

Fallzahlen «Vergewaltigung und sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff» in Deutschland
Vergewaltigungen insgesamt
davon Vergewaltigungen mit mind. einem tatverdächtigen Zuwanderer
02 0004 0006 0008 00010 00012 000201520162017201820192020202120222
Im Jahr 2022 betrug der Anteil der Asylmigranten an der Gesamtbevölkerung weniger als 2,5 Prozent.
Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik; Bundeskriminalamt: Kriminalität im Kontext von Zuwanderung
NZZ / bta.

Als Zuwanderer gelten im seit 2015 jährlich durch das BKA herausgegebenen Bundeslagebild «Kriminalität im Kontext von Zuwanderung» Menschen mit dem Aufenthaltsstatus «Asylbewerber», «Schutzberechtigte und Asylberechtigte» sowie Asylsuchende mit einer Duldung und auch solche, die sich unerlaubt im Land aufhalten.

BKA nutzt irreführenden Begriff

Nicht jede einzeln angezeigte Vergewaltigung entspricht einem weiblichen Opfer. Ein sexueller Übergriff kann, beispielsweise im Fall einer Gruppenvergewaltigung, mehrere Täter haben, so dass die Zahl der weiblichen Opfer etwas unter der Fallzahl liegt.

Wie viele Frauen genau Opfer einer Vergewaltigung, sexuellen Nötigung oder eines sexuellen Übergriffs werden, ist nicht öffentlich einsehbar. Der NZZ liegen aber die Zahlen einer Sonderauswertung des BKA für das Bundesinnenministerium vor.

Sie zeigen, dass seit 2017 jährlich mehr als 1000 Frauen einen sexuellen Übergriff durch Zuwanderer erlebt haben. Man kann also von mindestens 7000 weiblichen Opfern seit dem Krisenjahr 2015 ausgehen.

Der vom BKA verwendete Begriff der «Zuwanderer» ist insofern irreführend, als er verschleiert, dass es sich um irreguläre Migration handelt. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist eher von Flüchtlingen die Rede. Migrationsexperten sprechen bei Asylbewerbern, die aus Afrika nach Europa kommen, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern, von «Wirtschaftsmigranten».

Weniger als 2,5 Prozent der Bevölkerung sind Asylmigranten

Auch im Kontext sind die Zahlen brisant. Im Jahr 2022 gab es laut der Polizeilichen Kriminalstatistik fast 12 000 gemeldete Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung. Von den gerundet 10 000 Tatverdächtigen waren 6366 Deutsche und 3679 Nichtdeutsche. Zuwanderer machten 1155 der Tatverdächtigen aus. Sie sind damit überrepräsentiert bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, gemessen an ihrem geringen Bevölkerungsanteil.

Denn der Anteil von Asylmigranten lag 2022 bei weniger als 2,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Sie sind nicht nur bei Vergewaltigungen, sondern auch bei anderen Gewaltdelikten wie Mord und Totschlag stark überrepräsentiert.

Asylmigranten bei Gewaltdelikten immer noch stark überrepräsentiert

Anteil der Asylmigranten (ohne Ukrainer)[1] an allen Tatverdächtigen im Jahr 2022 und 2021, in Prozent

2022

2021

Gewaltkriminalität gesamt1212,5Mord und Totschlag[2]12,716,3Vergewaltigung und sexuelle Nötigung11,513,1Raubdelikte15,414,6Gefährliche und schwere Körperverletzung11,712,3

[1] Flüchtlinge aus der Ukraine müssen kein Asylverfahren durchlaufen. Im Jahr 2022 beantragten nur 705 Asyl.

[2] sowie Tötung auf Verlangen.

Der Anteil der Asylmigranten an der Gesamtbevölkerung beträgt weniger als 2,5 Prozent. Junge Männer sind in dieser Gruppe im Vergleich zur restlichen Bevölkerung überrepräsentiert.

Quellen: BKA, Bundestag

NZZ / sih.

Beim Straftatbestand Vergewaltigung gibt es ein gewaltiges Dunkelfeld. Experten gehen davon aus, dass nur 20 Prozent aller Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zur Anzeige gebracht werden. Der Kriminologe Christian Pfeiffer sagte der «Tagesschau», dass die niedrige Zahl an verurteilten Vergewaltigern daher komme, dass «85 Prozent der Frauen keine Anzeige machen, und dann gibt es auch keine Verurteilungen». Übergriffe im eigenen Zuhause, in der Familie und in der Partnerschaft werden meist nicht angezeigt.

Seit 2015 kommen vor allem junge Männer

Wer denkt, dass der hohe Anteil an jungen, alleinstehenden Männern bei der Migration eine Ursache für die vielen Sexualdelikte ist, liegt richtig. Während in der Gesamtbevölkerung 49 Prozent männlich sind (und viele älter oder jünger sind als der durchschnittliche Asylmigrant), machen, ohne Ukrainer, Männer etwa zwei Drittel der irregulären Zuwanderer aus. Doch das allein erklärt die Überrepräsentation bei Straftaten nicht.

Fast 70 Prozent der Asylmigranten sind Männer

Zahl der jährlichen Erstanträge auf Asyl (ohne Ukrainer)[1] mit männlichem Antragsteller, in Prozent

2015201620172018201920202021202202040608010 0

[1] Flüchtlinge aus der Ukraine müssen kein Asylverfahren durchlaufen.

Quelle: Bamf

NZZ / sih.

Bei Vergewaltigungen sticht die Überrepräsentation männlicher Flüchtlinge geradezu hervor. Im Jahr 2020 waren Flüchtlinge mit 14 Prozent um das Fünffache bei begangenen Vergewaltigungen überrepräsentiert, wie Koopmans in seinem Buch «Die Asyl-Lotterie» schreibt. Bei Sexualdelikten insgesamt – dazu gehört auch sexuelle Belästigung und sexueller Missbrauch – sind sie 3,3-mal so häufig tatverdächtig, wie ihr Anteil an der Bevölkerung vermuten liesse.

Gründe dafür sind sowohl die eigenen Gewalterfahrungen der Männer in ihrer Kindheit und Jugend, die Gewalt für sie wie ein legitimes Mittel erscheinen lassen, als auch die teilweise archaischen Strukturen in ihren Herkunftsländern.

Das Herkunftsland spielt eine Rolle

Islamisch geprägte Länder wie Afghanistan, Iran und Syrien sind – im Gegensatz zu westlichen Nationen – gekennzeichnet durch ihre patriarchale Struktur. Frauen und Mädchen werden systematisch herabgesetzt und als Menschen zweiter Klasse behandelt. Auch die Frauen in Flüchtlingsunterkünften oder auf dem Weg nach Europa sind der Gefahr ausgesetzt und als Alleinreisende oft schutzlos.

Im Jahr 2022 stellten Syrer laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) 33 Prozent der Asylanträge. Als Bürgerkriegsflüchtlinge bekommen sie fast

immer subsidiären Schutz bescheinigt. Obwohl sich in Teilen Syriens die Lage beruhigt hat, rät das Auswärtige Amt von Ausschaffungen noch immer ab.

Die meisten Asylbewerber in Deutschland kamen auch 2022 aus Syrien

Erstanträge auf Asyl im Jahr 2022 (ohne Ukrainer)[1] nach Herkunftsland der Antragsteller
0 Asylanträge70 976
Keine Daten
1
1
Seit mehreren Jahren stammen die meisten Asylbewerber aus Syrien und Afghanistan.
Kartengrundlage: © Natural Earth
Daten und Methodik
[1] Ukrainische Flüchtlinge müssen kein Asylverfahren durchlaufen. Nur 705 von rund einer Million haben im Jahr 2022 einen Erstantrag gestellt.
Quelle: Bamf
NZZ / sih.

In der Kriminalstatistik macht sich der Unterschied bei den Herkunftsländern stark bemerkbar. Koopmans hält fest, dass Syrer nicht zweimal so häufig, wie es bei den gesamten Straftaten der Fall ist, sondern dreimal so oft eines Sexualdeliktes verdächtigt werden. Migranten aus Afghanistan und Pakistan – beides Länder mit sehr hoher Geschlechterungleichheit – sind ebenfalls als Tatverdächtige gerade bei Sexualdelikten stark vertreten.

CDU fordert Ausschaffungen nach Syrien und Afghanistan

Die NZZ hat alle Parteien, die mit Fraktionen im Bundestag vertreten sind, nach einer Stellungnahme zu den Fallzahlen gefragt. Trotz mehreren Anfragen, auch an Abgeordnete des Innenausschusses, gab es keine Reaktion der Grünen.

Der CDU-Abgeordnete Christoph de Vries, Mitglied des Innenausschusses, hält fest: «Es ist unübersehbar, dass das Risiko für Frauen, Opfer einer Vergewaltigung oder eines anderen Sexualdelikts in Deutschland zu werden, durch die Asylmigration aus dem arabischen Raum und den Maghrebstaaten in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat.»

Die Asylzahlen müssten dauerhaft gesenkt und Straftäter konsequent abgeschoben werden – auch nach Syrien und Afghanistan –, fordert der CDU-Politiker. Der Schutz von Frauen müsse «Vorrang vor dem Schutz von Sexualstraftätern und anderen Kriminellen haben».

Bundesinnenministerium nennt Taten «abscheulich»

Es sei nicht hinnehmbar, dass «Frauen öffentliche Plätze wie am Jungfernstieg in Hamburg in den Abendstunden zunehmend meiden, weil sie dort von jungen Flüchtlingen regelmässig belästigt werden», sagte der Christlichdemokrat der NZZ. De Vries fordert, dass «sich Grüne und SPD, die gewöhnlich für Frauenquoten und gendergerechte Sprache lauthals ihre Stimme erheben, auch an dieser Stelle für den Schutz von Frauen engagieren».

Die FDP-Abgeordnete Ann-Veruschka Jurisch sagte ebenfalls, es sei nicht hinnehmbar, wenn Asylbewerber das «Gastrecht missbrauchen und Straftaten begehen, insbesondere auch Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung». Die Liberale verweist auf das «Rückführungsverbesserungsgesetz» der Ampelkoalition: «Die neuen Regelungen zielen darauf ab, die Abschiebung von Straftätern zügig umzusetzen.»

Konfrontiert mit den Zahlen, antwortet das von der Sozialdemokratin Nancy Faeser geführte Bundesinnenministerium: «Diese Taten sind abscheulich. Das gilt

unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen.» Jede dieser Taten gelte es aufzuklären und «mit der vollen Härte des Rechtsstaates zu ahnden», sagte ein Sprecher der NZZ.

AfD-Co-Chefin Weidel findet Fallzahlen «unfassbar»

Die Co-Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), Alice Weidel, nennt die Zahlen «unfassbar». Der NZZ sagte Weidel: «Hinter jedem Fall steht ein schreckliches persönliches Schicksal.» Frauen in Deutschland müssten aufgrund des «politisch gewollten Kontrollverzichts» um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten. Der «überproportionale Anteil von ‹Flüchtlingen› unter den Tatverdächtigen» bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sei «das erschreckende Ergebnis der unverantwortlichen Politik der offenen Grenzen seit 2015», kritisierte Weidel.

Wie auch das Bundesinnenministerium fordert die AfD-Co-Chefin die «ganze Härte des Rechtsstaats» und darüber hinaus eine anschliessende Abschiebung für verurteilte Täter. Nicht eine «falsch verstandene Toleranz gegenüber den ausländischen Straftätern, sondern der Schutz der eigenen Bürger» sollte künftig im Vordergrund stehen, sagte Weidel.

Täter sind oft polizeibekannt

Der Erste stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Bundespolizeigewerkschaft, Manuel Ostermann, sagte der NZZ: «Die Täter sind nicht selten polizeibekannt und geniessen in Deutschland aber einen temporären Schutzstatus.» Bei Migranten, auch solchen mit subsidiärem Schutz, die rechtskräftig verurteilt worden seien, solle die Abschiebung sofort vollzogen werden, fordert Ostermann.

Wenn keine Identitätsdokumente vorlägen, die nötig seien, um eine Person auszuschaffen, wäre eine Abschiebehaft mit der Dauer von bis zu sechs Monaten gesetzlich möglich, erklärt Ostermann. «Wer Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung begeht, der darf in Deutschland kein Bleiberecht haben.»

Der Bundespolizist sagte ausserdem: «Wir erleben in Deutschland insbesondere für Frauen einen kollektiven Freiheitsverlust.» Es sei «keine Seltenheit, dass Frauen öffentliche Plätze oder Festivitäten meiden, weil die objektive und subjektive Gefahr, Opfer einer Gewalttat zu werden, stetig steigt».

Viele Verbrechen wären vermeidbar gewesen

Der Migrationsforscher Ruud Koopmans schreibt in seinem Buch «Die Asyl-Lotterie»: «Die Opfer, von denen in diesem Kapitel nur eine kleine Minderheit erwähnt wurde, hatten nicht einfach das Pech, zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort gewesen zu sein.» Viele der Leidensgeschichten wären vermeidbar gewesen, hätte Deutschland eine andere Migrationspolitik gehabt, lautet Koopmans' Schlussfolgerung.

Es ist eine Konsequenz der Politik der offenen Grenzen seit 2015, verantwortet durch die ehemalige Kanzlerin Angela Merkel, die Tausende Frauen in Deutschland dieser Gefahr ausgesetzt hat. Doch auch nach dem Ende der Ära Merkel ist keine Besserung in Sicht. In einem Sommerinterview sagte Innenministerin Faeser: «Wir müssen das Europa der offenen Grenzen retten.» Die Frage bleibt nur, welchen Preis das hat.

https://journalistenwatch.com/2024/01/10/das-totale-staatsversagen-zahl-der-straftaten-an-berlins-schulen-erreicht-neuen-hoechststand/

Januar 10, 2024

- **Von: Bettina Sauer**

Das totale Staatsversagen: Zahl der Straftaten an Berlins Schulen erreicht neuen Höchststand

Die vorläufige Kriminalitätsstatistik für 2023 ist ein weiteres Dokument des staatlichen Totalversagens: Wieder gibt es einen deutlichen Anstieg bei Gewalttaten in Berlin. Besonders in "Flüchtlingsheimen" und bei "Jugendlichen" sind die Zahlen massiv gestiegen. Um welche "Jugendliche" es sich dabei handelt, das wird von der Politik in immer größerem Ausmaß versucht, zu verwischen.

Einen deutlichen Anstieg an Gewalttaten im vergangenen Jahr wurden bei den sogenannten Rohheitsdelikten registriert. Vorläufigen Zahlen zufolge stiegen diese im letztes Jahr um etwa zwölf Prozent im Vergleich zu 2022 (8846 Fälle) an: „Wir werden leider erneut einen Zehn-Jahreshöchstwert erreichen", so das Bedauern der Berliner Polizei gegenüber der dpa. Das schlussendliche Dokument des Staatsversagen mit konkretem Zahlenwerk wir in der offiziellen Kriminalstatistik im Frühjahr veröffentlicht.

Unter den Taten waren vor allem sogenannte Straftaten gegen die persönliche Freiheit (+ 17 Prozent) wie Nötigungen und Bedrohungen. Auch im Deliktfeld Raub und Körperverletzung sind die Zahlen um etwa zehn Prozent gestiegen. „Auffallend ist auch die Entwicklung von Taten im schulischen Kontext", bemerkt die Polizei. **Der Irrsinn, der auf den Schulhöfen im besten Deutschland, das wir je hatten, tobt: Nach einem Höchststand bei benannten Straftaten an Schulen 2022 ging die Zahl der registrierten Delikte noch einmal um knapp zwölf Prozent in die Höhe. Im Zuge des "Nahostkonflikts" kam es an Schulen zu mehreren, teils gewalttätigen Auseinandersetzungen, heißt es so harmlos wie nur irgend möglich formliert. Auf gut Deutsch: Der Nachwuchs der aus den muslimischen Shitholes dieser Welt den Weg nach Deutschland gefunden hat, tobt sich mit seinem Islam immanenten Judenhass an staatlichen Schulen aus.**

Um maximale Relativierung bemüht, heißt es dazu, dass es nicht ganz klar sei, ob es viel mehr Gewalt an Schulen gab oder ob nur mehr Fälle von Lehrern oder Eltern bei der Polizei angezeigt wurden.

Auch die Gewalt von "jugendlichen Gruppen" stieg an. Nach angeblich einem jahrelangem Rückgang soll es 2022 einen Anstieg von fast 25 Prozent (2255 Fälle) gegeben haben. Im vergangenen Jahr kamen dann nochmals weitere 13 Prozent hinzu. Vor allem im Sommer kam es zu mehreren – man achte auf das Framing! – "Prügeleien zwischen Jugendlichen in Schwimmbädern". Hier soll mutmaßlich suggeriert werden, dass Jan und Paul sich 2023 noch öfters in Berlins Freibädern auf die Biokartoffel-Gosche gekloppt haben.

Viel mehr Gewalttaten wurden im vergangenen Jahr dann auch in den, vom Steuerzahler finanzierten Unterkünften von sogenannten "Flüchtlingen" erfasst. Hier schnellte die Gewalt der "Schutzsuchenden" im vergangenen Jahr um knapp 50 Prozent in die Höhe. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der dort rundumversorgten Kostgänger um etwa 21 Prozent an.

Ein eklatanten Anstieg auch bei unseren Messerkünstlern: Messer wurden bei Überfällen, Raubtaten und Auseinandersetzungen noch häufiger benutzt oder mit ihnen gedroht, heißt es in dem vorläufigen Dokument. 2023 stellte die Polizei in dem Bereich einen erneuten Höchststand fest. 2022 wurden 3317 Taten mit Messern gezählt, 2023 waren es etwa 3550 (+ 7 Prozent). In früheren Jahren lagen die Zahlen unter der Marke von 3000, wobei unklar ist, was unter die Umschreibung "frühere Jahre" fällt.

Im Deliktfeld Einbrüchen ebenfalls ein massiver Anstieg. Darunter waren mehr Einbrüche in Speicher und Keller (+ 46 Prozent), mehr Einbrüche in Wohnungen (+ 36 Prozent) und mehr Autodiebstähle (+ 36 Prozent) sowie mehr Ladendiebstähle (+ 18 Prozent). Letztere dürften real noch weitaus höher liegen, ist doch nach der medialen Hinrichtung des Regensburger Edeka-Leiters, der öffentlich machte, dass Asylbewerber regelrechte Raubzüge durch seinen Laden unternehmen, davon auszugehen, dass viele dieser Delikte eben nicht mehr gemeldet werden.

Das politisch zu verantwortende Totalversagen für 2023 in die Statistik gekippt: Die Zahl aller erfassten Straftaten stieg 2023 laut Berliner Polizei erneut um etwa drei Prozent auf 535.000 (2022:

519.817 erfasste Fälle). Dass die Dunkelziffer um den Faktor X höher liegt ist ebenso klar, wie das anstehende, schamlose Relativieren von politisch Verantwortlichen.

https://www.einprozent.de/blog/asylfakten/bka-belegt-deutsche-opfer-fremde-taeter/3149

BKA belegt: deutsche Opfer, fremde Täter
13. NOVEMBER 2023

Aktuell erregt die BKA-Auswertung für das Jahr 2022 mit dem Titel „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ viel Aufsehen. **Im Fokus stehen die 47.923 deutschen Opfer, die allein im Jahr 2022 Opfer von „Zuwanderern“ geworden sind. Doch um welche Taten geht es genau und mit welchen statistischen Tricks wird gearbeitet**? Eine Analyse.

Was ist ein „tvZ“?

Im BKA-Dokument geht es um sogenannte tvZ-Straftaten – also um Straftaten durch „tatverdächtige Zuwanderer“. Für das BKA sind „Zuwanderer“ jene Menschen, die den Status als „Asylbewerber“, „Schutzberechtigte“, „Asylberechtigte“ oder „Kontingentflüchtling“ erhalten haben, eine „Duldung“ besitzen oder mit einem „unerlaubten Aufenthalt“ registriert wurden. In dieser Zuwandererstatistik werden auch die 1.005.815 Ukrainer (Stand: Dezember 2022) berücksichtigt, die in den Asylstatistiken ansonsten ignoriert werden.

„Flüchtlinge“, die eine doppelte Staatsbürgerschaft ihr Eigen nennen, und bei denen eine die der Bundesrepublik ist, werden als Deutsche gezählt und in der Statistik ignoriert. Dies betrifft vor allem Syrer und Türken.

Zuwanderer werden krimineller

Im Jahr 2022 gab es 612.438 nichtdeutsche Tatverdächtige – Migranten mit deutschem Pass werden, wie erwähnt, ignoriert. Von diesen 612.438 Nichtdeutschen waren 142.721 tatverdächtige Zuwanderer (tvZ). Das bedeutet, **dass die hier aufgeführten Zahlen nur einen Teil des Problems und nur die Straftaten im Zusammenhang mit „Zuwanderern“ abbilden.**

Die fremden Täter

Für 2022 werden 39.508 „tatverdächtige Zuwanderer“ in der Kategorie „Diebstähle“ aufgeführt, 369 bei „Straftaten gegen das Leben“, 51.930 werden wegen „Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit“ gelistet, 6.827 wegen „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ und 19.615 aufgrund von Rauschgiftdelikten.

Dabei fallen manche Nationalitäten als hochkriminelle Mehrfachstraftäter, also als „Mehrfachtatverdächtige Zuwanderer“ (Beamtendeutsch), besonders ins Gewicht: So sind 60 Prozent der Algerier „mehrfachtatverdächtig“, außerdem 52,8 Prozent der Marokkaner, 50,3 Prozent der Libyer, 50,1 Prozent der tunesischen und 48,5 Prozent der georgischen Täter.

Mord und Totschlag

Allein 2022 gab es 332 aufgeklärte Fälle von „Straftaten gegen das Leben“, an denen Zuwanderer beteiligt waren. Zudem 225 Fälle von Totschlag, 80 Morde und sieben fahrlässige Tötungen. Dabei wurden 258 Deutsche Opfer einer solchen Straftat. 38 Deutsche kamen dabei um.

Vergewaltigung und Missbrauch von Kindern

Im letzten Jahr wurden 7.554 „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ festgestellt. Dabei handelt es sich um sexuelle Nötigung, Vergewaltigung, den sexuellen Missbrauch von Kindern und Kinderpornografie. **Wichtig: Auch hier werden nur die aufgeklärten Fälle aus dem Jahr 2022 gezählt!**

Eine Auswahl:

Sexuelle Belästigung – 1.829 Taten
Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexuellee Übergriffe im besonders schweren Fällen, einschließlich mit Todesfolge – 1.133 Taten.
Sexueller Missbrauch (u.a. von Kindern und Jugendlichen) – 1.257 Taten

Von den „Verdächtigen" waren 1.915 Syrer, 1.103 Afghanen, 838 Iraker, 195 Iraner, 182, Somalier, 175 kamen aus Eritrea und 173 aus Pakistan.
Körperverletzungen, Nötigung, Raub und Erpressung
Unter „**Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit**" werden laut BKA insbesondere Körperverletzungsdelikte und Raubstraftaten sowie alle versuchten und vollendeten Straftaten gegen die persönliche Freiheit, darunter u. a. Freiheitsberaubung, erpresserischer Menschenraub, Nötigung und Bedrohung zusammengefasst.

Hier gab es im letzten Jahr 66.907 aufgeklärte (!) Fälle, begangen durch 51.930 tatverdächtige Zuwanderer.

Auch hier zeigt sich bei den „Tatverdächtigen" das gleiche Bild auf den ersten drei Plätzen: 12.794 Syrer, 6.041 Afghanen, 4.047 Iraker.

Eine Auswahl:

Körperverletzung – 47.065 Taten
Bedrohung – 12.024 Taten
Nötigung – 1.984 Taten
Raub, räuberische Erpressung – 4.377 Taten
Diebstähle
In diesem Straftatbereich wurden im letzten Jahr 74.858 aufgeklärte Fälle durch 39.508 Täter erfasst. Hiervon waren 50.777 Ladendiebstähle, 1.516 Wohnungseinbrüche und 2.361 Straftaten waren Taschendiebstahl.
Hier zeigt sich eine andere Zusammensetzung der Täter. Platz eins belegen Syrer mit 4.950 „tatverdächtigen Zuwanderern", dann folgen Ukrainer mit 4.332 Personen, Georgier mit 4.013 Tatverdächtigen, dann 3.416 Algerier, 2.213 Moldauer, 2.066, Marokkaner, 2.021 Afghanen, 1.648 Iraker und 1.312 Tunesier.
Weniger rechte Straftaten – mehr fremde Täter
Das BKA-Dokument muss zudem einräumen, dass rechte politisch motivierte Straftaten, die bekanntlich bewusst unkorrekt erfasst werden, zum wiederholten Male gesunken sind. Gab es 2021 noch 2.060 als „rechts" erfasste Straftaten, waren es im letzten Jahr nur noch 1.894. Viele davon waren Gesinnungsstraftaten wie „Volksverhetzungen" oder Propagandadelikte. Es gab im letzten Jahr 305 rechte Gewaltdelikte, zumeist Körperverletzungen. Also erheblich weniger als die 332 Fälle von „Straftaten gegen das Leben", die alleine durch Zuwanderer begangen wurden und bei denen es um Mord und Totschlag geht.

Das BKA bestätigt einen Trend, den jeder in unserer Gesellschaft wahrnehmen kann. Die illegale Massenmigration macht Deutschland gefährlicher und unsicherer. Fremde aus dem Nahen Osten führen die Statistiken bei Mord, Totschlag, Vergewaltigungen und Missbrauch an. Gleichzeitig werden immer mehr Deutsche Opfer migrantischer Übergriffe, während gleichzeitig die rechten Straftaten sinken.

Wenn wir wissen wollen, was die unkontrollierte Migration mit unserem Land macht, dann müssen wir uns nur diese – bereits durch die Zählweise des BKA geschönten – Zahlen anschauen. Sie zeichnen ein Bild eines kaputten Landes, das sich ganz bewusst zum Opfer fremder Krimineller gemacht hat.

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/148931/Immer-mehr-Gewalttaten-in-Berliner-Krankenhaeusern?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Immer mehr Gewalttaten in Berliner Krankenhäusern

Montag, 29. Januar 2024

Berlin – Angriffe und Drohungen gegen Sanitäter und Pflegekräfte in Berliner Krankenhäusern haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. **194 Fälle von Körperverletzungen und Übergriffen registrierte die Polizei im vergangenen Jahr. Das waren deutlich mehr als 2022 mit 162 solcher Taten.**

Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) sagte heute im Innenausschuss, in fünf Jahren sei die Zahl der Poli-zeieinsätze in und vor Kliniken um 40 Prozent gestiegen. „Das ist eine Entwicklung, die mich sehr besorgt. Sie steht sinnbildlich für eine Gesamtentwicklung: Aggression und Gewalt gegenüber denjenigen, die diese Stadt am Laufen halten."

Ein per Video dokumentierter Angriff an Silvester auf einen Arzt und zwei Pflegekräfte in einer Lichtenberger Notaufnahme hatte für großes Aufsehen und Empörung gesorgt. Dieser Film zeige die zunehmende Aggres-sion und „massive Brutalität", so Spranger. „Die Polizei muss immer häufiger in und an Krankenhäusern ein-schreiten, um Konflikte zu schlichten."

Der Tagesspiegel berichtete am vergangenen Samstag, aus den Kliniken heiße es, die meisten Einsätze fän-den in den Rettungsstellen statt. Oft spielten betrunkene Patienten, psychiatrische Fälle und aggressive Groß-familien eine Rolle.

Spranger sagte weiter, leider sei das ein Problem in ganz Deutschland. Neben Angriffen auf Krankenhausper-sonal würden sich auch andere Berufsgruppen mit zunehmender Gewalt konfrontiert sehen, Lehrer, Polizisten, Feuerwehrleute und Mitarbeiter von Verkehrsbetrieben und Ordnungsämtern.

Weil Abgeordnete der Linken in dem Zusammenhang lange Wartezeiten in den Notaufnahmen kritisierten, erwiderte Spranger: „Auch wenn man mal länger warten muss, eins darf nie geduldet werden: Gewalt gegen Ärzte, Pfleger oder andere Patienten." Viele Vorfälle hätten auch mit Drogen und Alkohol zu tun. Aber man könne nicht vor jedes Krankenhaus automatisch einen Polizeiwagen stellen, antwortete Spranger auf Fragen nach mehr Schutz.

Dazu hatte Gesundheitssenatorin Ina Czyborra (SPD) kürzlich dem Tagesspiegel gesagt: „Wir müssen die Sorge haben, dass aus Angst davor, bedroht zu werden, nicht immer nach medizinischen Kriterien entschieden wird, sondern vielleicht doch mal jemand vorgezogen wird." Dabei ging es um aggressive Verwandte bestimmter Patienten.

aerzteblatt.de

- **Nach Angriff auf Personal:** Berliner Klinik weitet Wachschutz aus
- **Silvesternacht:** Lauterbach verurteilt Übergriff auf Klinikpersonal
- **Krankenhäuser:** Zahl der Gewaltdelikte gestiegen

Polizeipräsidentin Barbara Slowik sagte, Angriffe in Krankenhäusern seien leider nicht nur zu Silvester ein Problem, sondern ganzjährig. Die Kliniken seien sehr unterschiedlich betroffen. „Da gibt es eine große Streu-ung. Viele sind gar nicht betroffen, andere sehr stark." Lösungen und Prävention müssten daher sehr indivi-duell sein.

Zu einer Gesamtzahl von knapp 12.000 Einsätzen der Polizei in und rund um die Berliner Krankenhäuser betonte Slowik, dass in dieser Zahl auch

Verkehrsunfälle, Diebstähle, Ordnungswidrigkeiten und weitere kleinere Delikte enthalten seien, die mit den Krankenhäusern wenig zu tun hätten.
Feuerwehrchef Karsten Homrighausen sagte, oft begännen die Probleme schon bei der Annahme der Notrufe unter der Nummer 112. Dort würden Anrufer aggressiv sein, die Gewalt drücke sich anfangs verbal aus und ende dann konkret und real gegenüber den Sanitätern**. Im Durchschnitt zähle die Feuerwehr in den letzten Jahren 150 bis 200 Angriffe auf Rettungskräfte. Dazu käme noch eine hohe Dunkelziffer, weil viele Sanitäter nicht alle Vorfälle anzeigen würden. © dpa/aerzteblatt.de**

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/schule-in-nrw-lehrerin-warnt-vor-islam-fanatikern-immer-mehr-sch%C3%BCler-sind-radikale-muslime/ar-BB1hIrA6?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=5c68531f47424309b4247eecfcd2a8e6&ei=6

Schule in NRW: Lehrerin warnt vor Islam-Fanatikern! „Immer mehr Schüler sind radikale Muslime“

Geschichte von Metin Gülmen

Sie erhebt die Stimme, will vor Zuständen in den Schulen in NRW warnen, die vor allem in Brennpunktschulen stattfinden – in Deutschland aber wohl keine Einzelfälle sind! **Studien von Lehrerverbänden über die Verdreifachung von Gewalt gegenüber Lehrkräften bestätigen, was sie sagt.**

Birgit Ebel unterrichtet in Herford (NRW) Geschichte und Deutsch an einer Gesamtschule mit rund 720 Schülern. Sie weiß genau, was an Schulen in Sachen Gewalt und Verrohung an Schulen in NRW geschieht – und schlägt Alarm! Denn neben dieser zunehmenden Gewalt (DER WESTEN berichtete) warnt sie jetzt vor immer mehr radikalen Islam-Fanatikern, die auf andere Schüler einwirken.

Schule in NRW: Lehrerin warnt vor Islam-Fanatikern!

Ebel offen: „Nach meiner Einschätzung gab es nie zuvor ein solches Bekenntnis zum radikalen Islam von Schülern wie aktuell. Es ist eine nie dagewesene Art und Weise, mit der auch gezielt wir Lehrkräfte konfrontiert werden. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober hat das noch weiter zugenommen.“ Haben NRW und Deutschland ein Islamismus-Problem an Schulen? Es sei eine neue Dimension, dass Kinder und Jugendliche „Free Palestine“ auf die Tafeln schreiben und auf Pro-Palästina-Demos mitlaufen. Das seien oft Teenager im Alter zwischen 12 und 15 Jahren, die sich von islamistischen Hassbotschaften beeinflussen lassen und dann selbst auf Social Media Hetze und Lügen verbreiten.

Lehrerin warnt vor islamistischen Influencern auf Instagram und Tiktok

Die Lehrerin, die Mitglied bei den Grünen ist: „Das kommt andauernd vor. Seit letztem Oktober äußern sich sogar sonst stille Schüler und auch Schülerinnen. Sie haben zwar keinerlei Ahnung vom Nahost-Konflikt, aber eine Meinung. Da kommt pubertäre Provokationsneigung mit zunehmender islamistischer und antisemitischer Propaganda zusammen. Es entsteht eine ganz üble Stimmung, die letztlich unsere Demokratie gefährdet, wenn wir da nicht gegensteuern. Sie wollen mit ihren Ansichten auch gezielt uns Lehrkräfte provozieren oder reden dubiosen Islamismus-Influencern von Instagram und Tiktok nach.“

Sie selbst sei wegen ihrer Solidarität zu Israel und ihrem Engagement bei der Kurdischen Gemeinde Deutschlands und ihrer jahrelangen Aufklärungsarbeit über den radikalen Islam häufig Zielscheibe im Netz, oft angestiftet von islamistischen Influencern: „Ich habe mich im November gewundert, als plötzlich meine Schüler zu mir kamen und sagten: ‚Frau Ebel, Sie sind viral!‘ Dabei werden Fotos von mir geteilt, ich werde als angebliche Islam-Hasserin beleidigt und als rassistisch diffamiert. Ich wurde sogar bedroht.“ Sie erstattete Anzeige, war sogar beim Polizeilichen Staatsschutz.

„Immer mehr Schüler sind radikale Muslime“

Es sei längst die unausgesprochene Wahrheit, dass immer mehr Schüler „radikale Muslime“ seien und andere beeinflussen, so Ebel. Und das nicht nur in Herford oder NRW, sondern in ganz Deutschland. Es gebe sogar jüngere Schüler, die auf Schulhöfen laut „Hamas, Hamas“ schreien und für Sittenregeln der Scharia sind.

Schule in NRW: Lehrerin schlägt Gewalt-Alarm! „Werden als Huren beschimpft“

Schule in NRW: Wollen immer mehr Muslime Gebetsräume? Ministerium im Blindflug

NRW: Lehrerin packt aus – so schlimm ist das Islamismus-Problem an deutschen Schulen wirklich

Was sie völlig paradox findet: „Gerade in Gesamtschulen brechen die streng muslimisch erzogenen Mädchen aus ihrer Welt aus, schminken sich, ziehen sich anders an. Außer, sie haben einen Bruder oder Cousin an der Schule, der sie kontrolliert, beleidigt oder bedroht.“

Trotz der Probleme macht Birgit Ebel ihren Job gern. Die Pädagogin stellt klar: „Es sind ja auch letztlich die vielen lieben Schüler, vor allem auch Lernwillige in der Oberstufe und die Mädchen, die mich motivieren. Die Aufklärungsarbeit über Extremismus ist wichtiger denn je. Deshalb fahre ich jeden Tag fröhlich zur Schule.“

https://www.welt.de/vermischtes/plus248418556/Probleme-an-Schulen-Bei-solcher-Radikalisierungs-Propaganda-muss-man-als-Lehrerin-staendig-gegensteuern.html?

„Bei solcher Radikalisierungs-Propaganda muss man als Lehrerin ständig gegensteuern“

Veröffentlicht am 08.11.2023 | Lesedauer: 11 Minuten

Von Anna Kröning, Kerstin Rottmann

Lehrerin Birgit Ebel kämpft an ihrer Gesamtschule in Herford (NRW) täglich gegen Judenhass und Islamismus, die von der dortigen Szene ausgehen. Sie wurde als Rassistin beschimpft, von vielen Schülern aber umso mehr geschätzt. Mit WELT sprach sie über das Versagen politischer Präventionsangebote.

Seit nunmehr 15 Jahren unterrichtet Birgit Ebel die Fächer Deutsch und Geschichte an einer Gesamtschule in Herford (NRW). Kein einfaches Unterfangen: Die Stadt machte in den vergangenen Jahren immer wieder Schlagzeilen wegen radikaler Islamisten. **Allein aus Herford sollen 2013 bis zu zwölf junge Männer nach Syrien und in den Irak ausgereist sein, um dort für den Islamischen Staat zu kämpfen. Dazu liefern sich verfeindete ethnische Gruppen im Zentrum der 67.000-Einwohner-Stadt immer wieder Revier- und Verteilungskämpfe**.

Eine explosive Mischung, die auch Schulen und Ausbildungsstätten nicht unberührt lässt.

Als Privatperson engagiert sich Ebel seit Jahren gegen Extremismus. Als Lehrerin wiederum kümmert sie sich um Jugendliche, die Flucht- und Migrationserfahrung haben. Rund ein Drittel ihrer Schüler sind muslimisch, kommen aus Bosnien, Kosovo, der Türkei, dem Irak, Syrien, Pakistan, Tschetschenien oder Afghanistan. Außerdem unterrichtet sie kurdische Jugendliche und Schüler einer jesidischen Community.

WELT: Frau Ebel, 85 bis 90 Prozent Ihrer Schüler haben Migrationshintergrund – wie waren die Reaktionen auf den Angriff der Hamas auf Israel und die aktuellen Eskalationen?

Birgit Ebel: Wenn man genau hinhört, bekommt man schon mit, dass die Jugendlichen, die einen arabischen oder türkischen Migrationshintergrund haben, sich an Palästina orientieren, selbst wenn sie hier geboren sind. Rufe wie „Hamas, Hamas“ oder „Free Palestine“ hört man auch gelegentlich, teils auch als bewusste Provokation. Deutsch-einheimische Schüler und Schülerinnen sind kaum noch da, die besuchen vorzugsweise Gymnasien.

WELT: Gibt oder gab es nach dem Anschlag der Hamas vom 7. Oktober in Israel akute Maßnahmen Ihrer Schule?

Ebel: Es herrschte in der Tat die Sorge, dass es an den Schulen Randale wegen Israel und Palästina geben könnte. Das Thema war tagelang in der Presse, und das nordrhein-westfälische Bildungsministerium hatte vorsorglich eine Rundmail an alle Schulen geschickt. Die Lokalpresse wandte sich dann auch an die örtlichen Schulleitungen und fragte nach, wie es an den ersten Tagen verlief. Tenor der Artikel: Es sei eher kein Problem oder überhaupt kein Thema gewesen. Ich persönlich kann das nicht bestätigen.
WELT: Wie reagieren Sie im Klassenzimmer auf die politischen Ereignisse?
Ebel: Meine Zwölftklässler wurden selbst aktiv. Sie nannten gleich nach den Ferien am 16. Oktober den Angriff auf Israel als mögliches Thema für gerade anstehende Schreibprojekte. Sie waren auch darüber informiert, dass es an Berliner Schulen deswegen Prügeleien, und Angriffe auf Lehrkräfte und anderswo Bombendrohungen gab. Deshalb habe ich unter anderem den Nahost-Konflikt als Wahlthema aufgenommen. Die Schüler können dabei zwischen Essay, Statement, Rollenspielen oder fiktiven Interviews wählen.
***nu
LESEN SIE AUCH
Lehrer unter Druck: Juliane Schmidt (l.), Alexandra Mai (Name geändert, will anonym bleiben), Mehmet Can
LEHRER ZU ANTISEMITISMUS
„Ein Achtjähriger sagte zu mir: ‚Juden sind Schweine, keine Menschen'"
WELT: Wie behandeln Sie mit einer so vielfältigen Schülerschaft politischen Themen wie Islamismus?

Ebel: Ich mache das auf Wunsch der Schüler häufig. Die kurdischstämmigen und darunter jesidischen Schülerinnen und Schüler wissen aufgrund ihrer eigenen Verfolgungsgeschichte heraus, dass die Hamas mit dem IS zu vergleichen ist. Sie können islamistische Propaganda einordnen, auch deshalb, weil ich im aktuellen Unterricht immer alles bespreche, was auf der politischen Bühne stattfindet. Insbesondere jesidische, kurdische Schüler oder auch alevitische Schüler kann man an dem Punkt durchaus abholen, weil die sensibilisiert sind und beispielsweise auch Erdogan kritisch sehen. Diese Schüler sind dann auch empfänglich für Informationen und Kritik, da sie ja auch immer wieder mit den durch Moscheen beeinflussten Kindern und Jugendlichen Konflikte haben.

„Israel wird als Terrorstaat dämonisiert"
WELT: Wie verbreitet sind antisemitische Äußerungen?

Ebel: Ich bin mit vielen Lehrkräften auch anderer Schulen im Austausch. Alle berichten, dass „Du Jude" in den Schulen eines der beliebtesten Schimpfwörter ist, dass der Holocaust geleugnet und Israel als angeblicher Terrorstaat dämonisiert wird. Bei einer Mahnwache zur Solidarität mit Israel in Herford versuchte kürzlich eine Gruppe Zwölfjähriger zu stören. Das Erschreckende war, dass ich die Gesichter kannte. Wobei die meisten Schüler doch keinen einzigen Juden persönlich kennen oder jemals einem begegnet sind, weil sie ja schon in zweiter, dritter Generation hier in Deutschland leben. Ich selbst habe in den Jahren, in denen ich hier unterrichte, nur zwei oder drei Mal Jugendliche erlebt, die von sich gesagt haben, dass sie jüdische Vorfahren oder Verwandte haben. Aber sie könnten es ja auch gar nicht wagen, zu sagen, dass sie jüdisch sind.

WELT: Sie sind Geschichtslehrerin – aber historisches Wissen und die Kenntnis über die deutsche Vergangenheit könnte doch auch in anderen Fächern vermittelt werden. Wie schätzen Sie das in der Praxis ein?

Ebel: Man kann diese Themen ab der neunten Klasse vermitteln, in der Oberstufe sowieso. Zumal es inzwischen viel Material gibt, auch für andere Fächer wie etwa für den Deutsch-Unterricht, zum Beispiel Jugendromane wie „Die Welle" oder „Dschihad online" von Morton Rue mit fächerübergreifendem Begleitmaterial. Geschichte als sehr politisch geprägtes Fach eignet sich

natürlich besonders gut zur Behandlung aktueller Fragen und für die notwendige Demokratiepädagogik.

WELT: Erleben Sie Bedrohung aus der Elternschaft?

Ebel: Bei allem sind das sogenannte Kontroversitätsgebot und die „Multiperspektivität“ einzuhalten, daran orientiere ich mich. Doch es gibt manchmal Beschwerden, etwa von türkischstämmigen Erdogan-Anhängern. Und von solchen, die mit der verfassungsfeindlichen AKP-Lobbyorganisation UID und den Grauen Wölfen, sympathisieren. Diese machen bekanntlich wegen unliebsamen Themen sogar Druck auf Schulbuchverlage.

WELT: Sie unterrichten in der Kleinstadt Herford, die bundesweit durch islamistische Strömungen von sich reden macht. In welchem Umfeld wachsen die Jugendlichen auf?

Ebel: Neben Islamisten sind vor allem rechtsextremistische Graue Wölfe erkennbar aktiv, dazu gibt es etliche Konvertiten bis hin zu bekannten Radikal-Salafisten. Wir haben hier Moscheen mit einem äußerst fragwürdigen Programm – mit Hetze gegen Kurden, gegen so genannte Ungläubige, auch Hetze gegen Israel und Juden steht auf der Tagesordnung. Es gab in den vergangenen Jahren eine Serie von Skandalen (WELT hatte berichtet).

Unter anderem hatte der palästinensische Hassprediger Ibrahim Abou Nagie aus Köln mit seiner europaweiten „Lies!“-Kampagne hier ein Koran-Lager. 2014 erfolgte ein Messerangriff der hiesigen Salafistenclique auf einen jesidischen Imbissbesitzer, 2018 fand in der Ditib-Moschee eine Inszenierung mit 20 Kindern in Kampfuniformen und Holzgewehren statt. 2013 reiste fast ein Dutzend junger Männer aus Herford in das IS-Terrorgebiet aus. Ein tschetschenischer Gefährder, der hier seit 2001 als geduldeter Flüchtling lebt, soll sie angeworben haben. Bei solcher islamistischer Radikalisierungspropaganda muss man als Lehrerin ständig gegensteuern.

LESEN SIE AUCH
Die DITIB-Moschee in Herford darf Freitags zum Gebet rufen. Längst nicht allen Anwohnern gefällt das
MOSCHEESTREIT IN HERFORD
„Allahu Akbar“ – Wenn der Ruf des Muezzins zur psychischen Belastung wird

WELT: Ist der große Einfluss, den Elternhäuser, Moscheeverbände, aber auch soziale Medien und TV-Sender wie Al Jazeera haben, überhaupt noch zu kontern?

Ebel: Davon bin ich überzeugt. Ich kann das als Lehrerin leisten, ich habe mich eingearbeitet und ich mache das alles gratis. Außer dem Zuspruch der Jugendlichen bekomme ich nichts zurück. Und dennoch ist vieles möglich. Mit kurdischen und anderen Jugendlichen spreche ich über Kurdistan, auch über die PKK, Sexismus, über ihre Erfahrungen mit Rassismus und Islamismus. Im Unterricht schreiben wir Statements und Texte, Gedenkreden etwa zur Ermordung von Samuel Paty, zur ermordeten kurdischen Studentin Jina (Mahsa) Amini im Iran. Wir machen Rollenspiele und simulieren Talkshows. Bei all dem ist mir der Perspektivwechsel wichtig, wenn die Jugendliche beispielsweise in die Rolle von Polizisten, Journalisten, Politiker, Frauenrechtlerinnen oder Flüchtlingshelfer schlüpfen können.

WELT: Das klingt, als wäre Ihre Arbeit freiwillig und nicht in der Schulstruktur oder den Lehrplänen verankert?

Ebel: Ich bin an unserer Schule wohl die einzige Lehrerin, die solche Aspekte so offen und beständig mit den Schülern bespricht. Viele Lehrkräfte – und das gilt für alle Schulen – sind eher unsicher,

jedoch kann man ihnen das kaum zum Vorwurf machen. Wir kriegen viel zu wenig Unterstützung vom Ministerium, den Schulbehörden, Schulaufsichten und den Schulleitungen. Mit mehr Rückendeckung würden sich auch andere Kollegen stärker engagieren und nicht bundesweit einzelne wie ich. Das Alleinstellungsmerkmal macht mich gewissermaßen zur Zielscheibe für Unterstellungen und abstruse Beschwerden, etwa dass ich „rassistisch“ oder eine „rechtsextreme Muslimhasserin“ sei.

LESEN SIE AUCH
Rund 400 Mitglieder der Partei „Die Rechte“ nehmen am 1. Mai 2019 in Duisburg an einer Kundgebung teil
ERMITTLUNGEN EINGESTELLT
Wenn „Judenpack“ für die Staatsanwaltschaft weder Volksverhetzung noch Beleidigung ist
WELT: Wie gehen Sie mit solchen Vorwürfen um?

Ebel: Ich bin eine linke feministische Grüne und eine Frauen- und Menschenrechtsaktivistin. Ich bekämpfe jeden Extremismus. Wegen haltloser Beschwerden musste ich mehrfach zur Schulaufsicht. Gegen Unterstellungen verschiedener Seiten nahm ich mir schon mehrere Male einen Anwalt. Scheinbar soll ich schweigen und zermürbt werden. Das wird aber ganz sicher nicht gelingen. Ich bin bestens mit ausgewiesenen Experten vernetzt und bekam immer viel Solidarität. Aber eher von außerhalb.

WELT: Wie halten Sie das aus, die Kritik, und auch die Angriffe?

Ebel: Ich bin kein ängstlicher Typ und wohne auch nicht vor Ort. Das würde ich schon ein bisschen gruselig finden, zumal mein Auto schon von Unbekannten rundherum verkratzt wurde. Es gibt immer zumeist jüngere Schüler, mit denen man wegen schlechter Noten Ärger hat. Die rächen sich dann gerne mal. Gerät man dann an Jungen ohne Impulskontrolle, und mit solchen haben wir es an den Schulen ja ständig zu tun, könnte schon etwas passieren. 2018 war das schlimmste Jahr. Da hat mir ein zwölfjähriger Tschetschene gedroht, dass mich sein Bruder aus der Security-Szene beobachten und verprügeln würde. Das fand ich schon bedenklich, zumal er tatsächlich schon mal auf meiner Facebookseite geschrieben hatte und zur Salafistenszene gehört. 2022 habe ich drei Schüler wegen Bedrohung und Beleidigung angezeigt.

https://www.emma.de/artikel/eine-lehrerin-wehrt-sich-337413

EINE LEHRERIN WEHRT SICH!

Birgit Ebel problematisierte den "Schande"-Selbstmord einer türkischen Schülerin - und soll nun dafür eine Strafe von 5.000 Euro zahlen. Kann das sein? Es sei "üble Nachrede" befand eine Richterin, dass Ebel in der Klasse das Mobbing kritisierte. Und welche Rolle spielte die Moschee nebenan?

10. Januar 2020

von Chantal Louis

Am 26. September 2019 flattert Birgit Ebel ein Strafbefehl über 5.000 Euro ins Haus. Zunächst versteht die Bielefelder Lehrerin, die an einer Schule in Herford Deutsch und Geschichte unterrichtet, gar nicht, worum es überhaupt geht. Als sie es schließlich begreift, ist sie zunächst fassungslos, dann wird sie „unheimlich wütend“.

Eine Richterin vom Amtsgericht Herford hat Birgit Ebel der „üblen Nachrede“ für schuldig befunden. Anzeige erstattet hatten die türkischen Eltern eines Mädchens. Die 17-Jährige hatte sich am 13. Januar 2019 in Herford vor einen Zug geworfen, ihr Leben war nicht mehr zu retten. Knapp zwei Wochen -später, am 25. Januar, postet Birgit Ebel einen Text auf Facebook. Darin schreibt sie unter anderem: „Ich frage mich, wie diejenigen, die sich durch ihr Handeln mitschuldig an dem Suizid des Mädchens gemacht haben, mit dieser Katastrophe klarkommen.“ Um diesen Post geht es.

DAS MÄDCHEN WURDE GEMOBBT, ALS SCHLAMPE UND HURE BESCHIMPFT

Birgit Ebel kannte das Mädchen nicht. Aber sie hatte gehört, was passiert war, denn das hatte sich auch an ihrer Schule wie ein Lauffeuer herum-gesprochen. **Die 17-Jährige war auf einer Silvesterparty fotografiert worden: Drei Jungen hatten an der offensichtlich betrunkenen jungen Frau sexuelle Handlungen vorgenommen, die man wohl als sexuelle Übergriffe bezeichnen muss. Das Foto ging von Handy zu Handy, das Mädchen wurde als „Schlampe“ und „Hure“ beschimpft. Die Familie des Mädchens erfuhr sehr wahrscheinlich erst an jenem 13. Januar von dem Foto. Denn an diesem Tag kam es zum Streit. Das berichtet eine enge Freundin des Mädchens, eine ehemalige Schülerin, die Ebel kannte. „Sie hat mir erzählt, dass sie am 13. Januar einen panischen Anruf der Mutter bekommen habe. Die Mutter fragte, ob sie wüsste, wo ihre Tochter sei. Es habe einen schlimmen Streit gegeben und sie habe nun Angst, dass die Tochter sich etwas antun könnte.“**

Die muslimische Familie des Mädchens hängt ganz offensichtlich einer erzkonservativen Ausrichtung des Islam an. Sie frequentiert die örtliche Ditib-Moschee, in der auch die Trauerfeier für das Mädchen stattfand. Die Moschee war im April 2018 bundesweit in die Schlagzeilen geraten: Kleine Jungen in Kampfanzügen waren bei einer Feier zum 102. Jahrestag der Schlacht von Gallipoli (in der das Osmanische Reich 1916 die Alliierten im Ersten Weltkrieg besiegte) mit Waffen--Attrappen durch die Moschee marschiert und hatten Krieg gespielt. Am Ende lagen einige von ihnen „tot“ als Märtyrer unter der türkischen Flagge, während sie von kleinen Mädchen mit Kopftüchern „betrauert“ wurden.

Lokalpolitiker waren entsetzt, bezeichneten die Aktion als „der Integration absolut abträglich“. Der Paderborner Bundestagsabgeordnete und CDU--Vizevorsitzende Carsten Linnemann erklärte, der Vorfall zeige, dass „Parallelgesellschaften nicht nur existieren, sondern dass sie sich auch verfestigen“. Auch Birgit Ebel kritisierte das Kriegs-spektakel in der Moschee scharf. „Diese Art nationalistischer Aufstachelung kommt auch zu uns an die Schulen“, erklärte sie.

Bereits im Sommer 2014 hat die Lehrerin, aktiv bei Terre des Femmes und Mitglied der Grünen, die Initiative „extremdagegen“ gegründet: ein Deradikalisierungs-Projekt gegen die Agitation der Salafisten, die auch in Herford erfolgreich ihr Unwesen treiben. Dank ihres unermüdlichen Engagements gilt Ebel bundesweit als kundige Islamismus--Expertin – und ist als solche so manchen in Herford und anderswo ein Dorn im Auge. Zu denen dürfte auch die besagte DITIB-Moschee gehören.

DIE PÄDAGOGIN BESPRICHT DEN FALL IM UNTERRICHT MIT IHREN SCHÜLERINNEN

In ihrem Facebook-Post vom 25. Januar erwähnt Ebel, dass die Trauerfeier dort stattgefunden hat. Und sie schreibt: „In einer Gesellschaft und Kultur, die so derartig absurd mit Sexualität und vorehelicher Sexualität umgeht, die so frauenfeindlich ist und die vielbeschworene Jungfräulichkeit bis zur Ehe einfordert, sind Mädchen und Frauen faktisch in einer permanent lebensbedrohlichen Situation.“

Als Birgit Ebel an diesem Tag in die Schule geht, hat sie Ausdrucke ihres Textes dabei. In einer zwölften Klasse behandelt sie gerade Kleists „Die Marquise von O“, die Geschichte einer jungen Frau, die durch eine Vergewaltigung schwanger und von ihren Eltern verstoßen wird. Am Ende heiratet sie den Vergewaltiger, um ihre Ehre zu retten. Die Pädagogin findet es naheliegend, den Selbstmord des Mädchens als aktuelles Beispiel für Frauenfeindlichkeit und Doppelmoral mit ihren SchülerInnen zu besprechen.

Ebel redet mit ihren SchülerInnen auch über den tragischen Fall von Amanda Todd: Die 15-jährige Kanadierin hatte sich 2012 das Leben genommen, nachdem sie mit Nacktbildern im Internet

zunächst erpresst und dann von ihren MitschülerInnen gemobbt worden war. Nach der Stunde -sammelt sie die Zettel wieder ein.
In der Lokalpresse wird die Richterin jedoch behaupten, die Lehrerin habe an ihrer Schule „Flugblätter verteilt". „Das stimmt einfach nicht" widerspricht Ebel. Dennoch steht es so im West-falen-Blatt, das am 18. Oktober über die „Flugblatt-Aktion" der Lehrerin berichtet – ohne je die Betroffene selbst dazu gefragt zu haben.
Als Birgit Ebel nach den Herbstferien wieder in die Schule kommt, wird sie von feixenden muslimischen Schülern empfangen. „Na, Frau Ebel, wie war's im Knast?" Und in den sozialen Medien wird die Forderung nach einer Kündigung der Lehrerin laut.
SOLL HIER EINE UNBEQUEME STIMME ZUM SCHWEIGEN GEBRACHT WERDEN?
Doch es melden sich auch viele andere solidarische Stimmen zu Wort, darunter prominente Herforder Politiker und solche, die Justiz und Presse scharf kritisieren, wie etwa der Vorsitzende des Bielefelder Integrationsrats, Mehmet Ali Ölmez. „Ich weiß aus eigener Erfahrung nur zu gut, was geschieht, wenn man in diesen Zeiten Kritik an der Türkei, am fundamentalistischen Islam und der oft fragwürdigen Praxis vieler Moscheen formuliert", schreibt Ölmez. „Es folgen massive verbale Angriffe, zuweilen Anzeigen und Kampagnen per Unterschriftenlisten und im Internet. Dasselbe tritt ein, wenn man über Frauenunterdrückung, Zwangsheirat, ausgeübten Fastenzwang, Verschleierung von Frauen, das Kinderkopftuch, die repressive Sexualerziehung und ein falsches Verständnis von ‚Familienehre' und ‚Schande' spricht oder schreibt. Mein Rücktritt wurde bereits mehrfach durch feindselig motivierte Kampagnen gefordert."
Ein weiterer Leserbrief-Schreiber stellt sich die Frage, „inwieweit die DITIB die Anzeige gegen die Pädagogin forciert hat". Und ein weiterer schreibt: „Für mich hat das ein Geschmäckle, als solle hier eine unbequeme, weil ehrliche Stimme zum Schweigen gebracht werden." Und ein dritter: „Diese Frau ist ein Vorbild in Sachen Zivilcourage. Ich hoffe sie lässt sich nicht den Mund verbieten."
Das hat Birgit Ebel nicht vor. Sie findet es ungeheuerlich, dass dieser Post, „in dem ich noch nicht mal einen Namen genannt habe, nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt sein soll!". Gegen den Strafbefehl hat sie Einspruch eingelegt. Der Termin für die Gerichtsverhandlung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

https://www.gmx.net/magazine/panorama/deutschland-drehscheibe-internationalen-captagon-handels-39179138

Von Duftkerzen zu Drogen: Wird Deutschland zur Drehscheibe im internationalen Captagon-Handel?

Aktualisiert am 03.02.2024, 19:07 Uhr

Von

Adrian Arab

Die arabische Halbinsel wird seit Jahren mit Captagon aus Syrien und dem Libanon überschwemmt. In den vergangenen Monaten wurde die Droge auch bei Razzien in Deutschland gefunden – und das Bundeskriminalamt warnt vor der steigenden Bedeutung des Amphetamins. Welche Rolle spielt Captagon in Deutschland? Und was hat der syrische Diktator Assad damit zu tun?

Mehr Panorama-News

Monatelang hatten die Beamten des Zollfahndungsamtes (ZFA) Essen Telefone abgehört, Lieferlisten gecheckt und Warenströme durchleuchtet. Am 7. Oktober klickten dann die Handschellen**. Vier Syrer wurden an diesem Herbsttag im Raum Aachen verhaftet, nachdem die Fahnder in einem Garagenkomplex an der Autobahn rund 300 Kilogramm der Droge Captagon entdeckt hatten –**

versteckt zwischen 16 Tonnen Sand. Gemeinsam mit Funden an den Flughäfen Köln/Bonn und Leipzig/Halle lasten die Behörden dem Quartett den Schmuggel von 460 Kilogramm des Amphetamins an. Straßenverkaufswert: Rund 60 Millionen Euro.

Dass die Syrer in das Fadenkreuz der Ermittler gerieten, ist wohl aufmerksamen Zollbeamten am größten deutschen Frachtflughafen Leipzig/Halle zu verdanken. Sie wurden beim Durchleuchten eines Pakets, das zur Ausfuhr nach Saudi-Arabien gedacht war, misstrauisch. Statt Duftkerzen, wie es der Lieferschein auswies, fanden die Beamten bei genauerem Hinsehen mehrere Pakete mit Captagon. Dass das Bundeskriminalamt (BKA) nach dem Ausheben eines Drogenlabors in Regensburg, bei dem Rohstoffe für die Produktion von rund drei Tonnen des Amphetamins lagerten, zuletzt um verschärfte Wachsamkeit gebeten hatte, dürfte in diesem Zusammenhang geholfen haben.

EU-Behörde warnt vor steigender Attraktivität der EU als Umschlagplatz

Im Vergleich zu den Mengen an Captagon, die jedes Jahr vor allem per Luft- und Seefracht umgeschlagen werden, sind die in Leipzig, Aachen oder Regensburg gefundenen Mengen zwar mickrig. **So schätzt das auf Syrien spezialisierte Center for Operational Analysis and Research (COAR), dass allein aus Syrien – dem größten Produktionsland von Captagon – jährlich Mengen mit einem Straßenverkaufswert von mindestens 3,46 Milliarden US-Dollar exportiert werden. Dennoch warnt das BKA vor der wachsenden Bedeutung Deutschlands als Umschlagplatz für Lieferungen in den Nahen Osten. Ein aktueller Bericht der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) untermauert diesen Befund. Darin heißt es, dass zwischen 2018 und 2023 rund 127 Millionen Tabletten (rund 1,7 Tonnen) an Captagon in EU-Mitgliedstaaten gefunden wurden. Den größten Fund gab es dabei mit 84 Millionen Tabletten 2020 im italienischen Salerno. Was die Behörden außerdem besorgt: Zunehmend werde Captagon auch in Europa hergestellt, vor allem in illegalen Labors in den Niederlanden.**

Eine Ursache für den Transit über Europa ist, dass die Behörden in Saudi-Arabien – dem Hauptimporteur von illegalen Captagon-Lieferungen – bei Containern aus dem Libanon und Syrien – den beiden Hauptproduktionsländern – inzwischen genauer hinschauen. Schmuggler nehmen daher den Umweg über Europa in Kauf, wo die Droge mit sogenannter Tarnware umgepackt wird und dann per Flugzeug oder Schiff nach Saudi-Arabien und in benachbarte Länder geliefert wird.

Das ist teurer, angesichts der enormen Marge, die bei der Produktion von Captagon erzielt wird, aber trotzdem ein lukratives Geschäft. "Um die Herkunft der Tabletten zu verschleiern, werden sie häufig über europäische Häfen transportiert, bevor sie in ihrem eigentlichen Bestimmungsland ankommen", heißt es in einer Stellungnahme des BKA.

Die geschärfte Aufmerksamkeit der Behörden in Saudi-Arabien liegt vor allem daran, dass die arabische Halbinsel schon seit Jahren von Captagon überschwemmt wird. Zwar haben fast alle Länder in der Region strenge Drogengesetze für diejenigen, die beim Handel erwischt werden. Das hat bislang aber nicht verhindert, dass vor allem junge Männer nach der vermeintlichen Lifestyle-Droge süchtig sind.

Nach Zahlen des saudischen Innenministeriums sind rund 200.000 Menschen in dem Land abhängig. Die Dunkelziffer dürfte die offiziellen Zahlen bei weitem überstiegen, was sich etwa daran ablesen lässt, dass allein auf Saudi-Arabien zwischen 2015 und 2019 mehr als 45 Prozent der weltweiten Beschlagnahmungen entfielen.

Captagon gilt als "Kokain des kleinen Mannes"

Bei Konsumenten ist Captagon, dessen Wirkung auf das Nervensystem ähnlich ist wie die von Amphetaminen wie Ecstasy oder Meth, vor allem aufgrund des günstigen Verkaufspreises beliebt. Als Psychostimulans kann die auch als "Kokain des kleinen Mannes" bezeichnete Droge zu Euphorie, erhöhter Wachsamkeit und gesteigerter körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit führen, zugleich soll sie aber starke Nebenwirkungen haben. Von Halluzinationen, Angstzuständen oder Herz-Kreislauf-Beschwerden ist die Rede. Das ist mithin ein Grund, warum der Verkauf in den meisten westlichen Staaten bereits in den 1980er-Jahren verboten wurde.

Seitdem hat sich die Produktion der weißen Pille immer weiter gen Osten verlagert. In den 80er-Jahren zuerst auf den Balkan, nach Bulgarien und in die Türkei. Nach der Jahrtausendwende dann nach Libanon und Syrien. **Besonders Syrien, das von Diktator Bashar al-Assad regiert wird, hat sich**

seit dem Bürgerkrieg 2011 zu so etwas wie dem Drogenstaat des Nahen Ostens entwickelt und gilt nach Schätzungen der britischen Regierung als Ursprungsort für rund 80 Prozent des weltweiten Captagons.

Ein Grund dafür ist ausgerechnet die desolate Wirtschaftslage des Landes: Zur Herstellung von Captagon braucht man weder große Kenntnisse noch komplizierte Labore, sondern lediglich eine Dragee-Maschine, wie sie auch bei der Gummibärchen-Herstellung genutzt wird**. Welche Bedeutung Captagon damit für die syrische Wirtschaft hat, lässt sich zum Beispiel daran erkennen, dass die exportierte Menge fast einem Drittel der gesamten syrischen Wirtschaft entspricht und die legalen Exporten des kriegsgebeutelten Landes übersteigt.**

Die Behauptung des syrischen Regimes, man habe mit dem Geschäft nichts zu tun, ist daher unglaubwürdig. De facto gehört der Captagon-Handel inzwischen zu den lukrativsten Einnahmequellen der Assad-Regierung.

Denn als Diktator Bashar al-Assad im Mai vergangenen Jahres nach zwölf Jahren Ausschluss wieder in die Arabische Liga, eine Art arabischer EU, aufgenommen wurde, vermuteten politische Beobachter dahinter auch einen Kuhandel zwischen den Staaten der arabischen Halbinsel und Syrien. Diese hätten sich vorher von Assad zusichern lassen, dass dieser im Gegenzug für die Aufnahme sowie gegen eine Zahlung von vier Milliarden Dollar die Captagon-Schwemme unterbindet. Wie Bloomberg berichtet, könnte Assad dieses politische Faustpfand auch in Europa einsetzen. So sollen Diplomaten warnen, dass Assad EU-Staaten in Zukunft bewusst mit Captagon überschwemmen könnte, um damit die Lockerung von Sanktionen zu erpressen.

Captagon könnte im Israel-Krieg eine Rolle spielen

In Syrien und der arabischen Welt spielt Captagon auch noch eine weitere, weitaus dunklere Rolle. Denn es sind bei weitem nicht nur junge Menschen in Ryad, Dubai oder Jeddah, die sich an der Wirkung von Captagon erfreuen. Bekannt ist seit langem, dass auch Kämpfer des Islamischen Staates (IS), der Al-Nusra-Front oder der Freien Syrischen Armee (FSA) mit dem Verkauf gute Einkünfte erzielen und ihre Kämpfer gleichzeitig aufputschen.

Das brachte der vermeintlichen Lifestyle-Droge auch den Namen "Dschihadisten-Droge" ein. Nach Angaben der israelischen Armee sollen nun auch Elitetruppen der Terrorgruppe Hamas bei dem Massaker an Israelis am 7. Oktober dieses Jahres Captagontabletten bei sich getragen haben. Beweise dafür gibt es aber bislang nicht.

Deutschland, so das BKA, wird hauptsächlich als Transitland für Captagon genutzt. Bislang gibt es keine Indikatoren, dass die Droge hierzulande auch bei Konsumenten auf dem Vormarsch sei. Das liegt allerdings auch an den fehlenden Lagebildern zum Konsum der Droge in Deutschland. Die Antwort des Bundesdrogenbeauftragten auf eine Anfrage des ZDF zeigt, dass man zumindest wachsam ist: Es sei wichtig, "auch migrantische und nicht-deutschsprachige Communities mit Präventions- und Suchthilfeangeboten zu erreichen".

Verwendete Quellen

- Schriftliche Antwort auf eine Anfrage an das Bundeskriminalamt (BKA)
- Schriftliche Antwort auf eine Anfrage an die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD)
- Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD): Captagon trafficking and the role of Europe
- Foundation For Defense of Democracies: Hamas Killers in Israel Reportedly Fueled by Captagon
- Bloomberg: 'Poor Man's Cocaine' May Threaten Europe Next
- Bundeskriminalamt: Bericht zu Captagon-Handel in Europa
- Atlantic Council: Can Arab League states 'get something' for readmitting Assad?
- ZDF.de: Die Bürgerkriegs-Droge erreicht Deutschland

Gesendet: Freitag, 16. Februar 2024 um 10:44 Uhr
Von: "AfD-Fraktion Hamburg" <blaueranker@afd-fraktion-hamburg.de>
An: m.schroeter-kunhardt@gmx.de
Betreff: Blauer Anker: AfD siegt vor Gericht gegen grünen Verfassungsbrecher!
der AfD Hamburg im Bezirk Nord gelang ein beachtlicher Erfolg vor Gericht! Nach Überzeugung des Verwaltungsgerichts verstieß der grüne Bezirksamtsleiter Michael Werner-Boelz am 24. März 2022 in einer Sitzung der Bezirksversammlung gegen das Neutralitätsgebot. Er bezeichnete die AfD als „Bruder im Geiste von Herrn Putin“ und als „Feinde der Demokratie, des Pluralismus und der Meinungsfreiheit“. Laut Gericht ist dies ein klarer Neutralitätsverstoß.

Grüner Verfassungsbrecher muss zurücktreten
Das Gericht hat dem grünen Bezirksamtsleiter diesen Verfassungsbruch nicht durchgehen lassen und der AfD-Klage vollumfänglich Recht gegeben. Herr Boelz hat seine Amtspflicht auf erhebliche Weise missbraucht, um gegen die AfD zu agitieren. Der Rücktritt von Verfassungsbrecher Boelz ist nun unausweichlich. Auch einem grünen Bezirksamtsleiter steht es als Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg nicht zu, im Kommunalparlament parteipolitische Hetze zu betreiben.

Liebe Leser, aufgescheucht von der Politik und Medien demonstrieren zigtausende Bürger gegen die AfD. Auf den Zug springt nun die klimafanatische Bewegung „Fridays for Future“ auf. Sie haben für den 25. Februar eine Demonstration in Hamburg angekündigt. Wofür steht nochmal diese Organisation? An dieser Stelle möchte ich auf unsere Veranstaltung am 29. Februar mit Dr. Vosgerau hinweisen. Er war einer der Teilnehmer und wird im Rathaus – anders als das Hetzportal Correctiv – faktenbasiert und wahrheitsgemäß über das sogenannte Geheimtreffen von Potsdam berichten.

Ihr Thomas Reich

Energie- und haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion Hamburg

thomas.reich@afd-hamburg.de
Schmiedestr. 2, 20095 Hamburg

Fraktion im Dialog mit Dr. Vosgerau

Am Donnerstag, 29. Februar, um 20.00 Uhr spricht der promovierte Jurist Dr. Ulrich Vosgerau im Hamburger Rathaus zum Thema:

„Was passierte in Potsdam wirklich? Ein Teilnehmer berichtet!“

Dr. Ulrich Vosgerau ist Rechtsanwalt und Privatdozent. Von 2006 bis 2018 lehrte er an der Universität zu Köln unter anderem zu Grundrechten und Staatsorganisationsrecht. Er ist Mitglied des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) und Mitglied der CDU.

Dr. Vosgerau war einer der Teilnehmer des privaten Treffens von Potsdam, an dem Mitglieder der AfD, CDU und Unternehmer zusammenkamen. Aus dem Privattreffen wurde durch das Denunziationsportal „Correctiv“ ein sogenanntes Geheimtreffen fingiert. Infolgedessen wurde das Treffen mit der Wannseekonferenz gleichgesetzt. Correctiv behauptete wahrheitswidrig, die AfD hege „Deportationspläne“. Das Potsdamer Treffen war der Startschuss einer nie dagewesenen

medialen Hetzjagd gegen die AfD. Weite Teile von Medien, Politik, Gewerkschaften und Vereinen verbreiteten die Behauptungen von Correctiv.

Sie sind herzlich eingeladen! Anmeldungen mit Angabe des Vor- und Nachnamens sind erforderlich per Mail oder unter 040/42831-2518.
Bürgerschaftsleben

Grote kann es nicht lassen! Immer wieder verstößt der SPD-Innensenator gegen das Neutralitätsgebot mit unzulässigen Angriffen auf die AfD. Die Correctiv-Schmutzkampagne zum Anlass nehmend, unterstellt Andy Grote der AfD völlig wahrheitswidrig verfassungsfeindliche Ziele: „Eigentlich sollen diese Menschen (mit Migrationsbiographie) eben nicht mehr in Deutschland sein, sie sollen vertrieben werden, gezwungen werden das Land zu verlassen, und zwar unabhängig von ihrer deutschen Staatsangehörigkeit, die ihnen aberkannt wird.“ Die Anschuldigungen des Senators sind ungeheuerlich. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann entgegnete mit einer persönlichen Erklärung auf die Anschuldigungen und die Neutralitätspflichtverletzungen des Senators: „Wir sehen uns wieder einmal vor Gericht!“ .

Zur Rede geht es HIER.

Die konstruierte Correctiv-Schmutzkampagne von Potsdam nehmen Altparteienpolitiker zum Anlass, für eine Hexenjagd auf die AfD. Dazu gehört in Hamburg SPD-Fraktionschef Dirk Kienscherf, der in der Bürgerschaft behauptete: „Die brutale Abschiebung und Deportation von Millionen von Menschen. Das ist keine Lüge, das sind Ihre Pläne!“ Der Parlamentarische Geschäftsführer Krzysztof Walczak reagiert auf die böswilligen Märchen: „Anständige Demokraten gehen nicht auf Demos, die auf einer falschen Tatsachengrundlage basieren.“ Und Walczak weiter: „Dieses linke Hetzportal arbeitet ganz bewusst an der Grenze zur Legalität, hat schon in der Vergangenheit für Falschbehauptungen juristische Niederlagen erlitten und wird auch in diesem Falle mit den Lügen nicht durchkommen!“

Zur Rede geht es HIER.

Die AfD wehrt sich vehemeht gegen die Turbo-Einbürgerung. Dazu der Fraktionschef und innenpolitische Sprecher Dirk Nockemann: „Die Ampel will den deutschen Pass schon nach drei Jahren verramschen. Das lehnen wir entschieden ab. Die Staatsbürgerschaft muss am Ende einer nachweislich erfolgreichen Integration stehen – und nicht an den Anfang gestellt werden. Diese sogenannte Reform ist ein Aufbauprogramm für Parallelgesellschaften."

Zur Rede geht es HIER.
Blaue Gegenöffentlichkeit

Die Hamburger Polizei stellte kürzlich die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2023 vor. Die Gesamtstraftaten lagen 2023 bei rund 234.241 Fällen, 2022 lagen sie noch bei 211.239 Fällen – das entspricht einem Anstieg von 10,9 Prozent. Insbesondere der Bezirk Mitte sticht negativ hervor. Der Anstieg an Straftaten beträgt hier 25 Prozent. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen liegt bei 49,6 Prozent. Der Migrationshintergrund wird nicht erfasst. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann meint:
„Die Kriminalitätszahlen sprechen eine deutliche Sprache. Über 234.000 Gesamtstraften bedeuten rund 640 Straftaten pro Tag! Rot-Grün lässt Hamburg zu einem Epizentrum der Kriminalität in Norddeutschland verkommen. Nur wer alle Probleme anpackt, kann Herr der Lage werden. Die massive Ausländerkriminalität wird totgeschwiegen – dabei hat die Hälfte aller Tatverdächtigen keinen deutschen Pass und der Migrationshintergrund wird nicht einmal erfasst. Wir brauchen endlich eine Abschiebeoffensive für ausländische Straftäter!“

Eine AfD-Anfrage zu den Versicherungsschäden in Asylunterkünften zeigt, dass die Gebäudeversicherer hohe Versicherungsprämien erhalten. Die von F&W (Fördern und Wohnen) betriebenen öffentlich-rechtlichen Unterkünfte kosten jährlich 2,3 Millionen Euro an Versicherungsprämie – zuzüglich einer Selbstbeteiligung von 1.500 Euro pro Fall. Die Prämie für die Versicherung des Mundsburg-Towers zählt extra und schlägt darüber hinaus mit monatlich 4.300 Euro zu Buche. AfD-Fraktionsvize Dr. Alexander Wolf sagt.
„2023 waren in den Unterkünften von F&W allein 17 Schäden durch Feuer und Leitungswasser zu verzeichnen. Ganz offensichtlich stufen die Versicherungsunternehmen die Asylunterkünfte als brandgefährlich ein. Die Prämie ist mit 2,3 Millionen Euro exorbitant hoch. Erstaufnahmen hingegen sind nur gegen Feuer und Sturm versichert – Vandalismus hingegen nicht. Deshalb musste der Steuerzahler für ‚Instandsetzungsarbeiten' hier 2022 die Summe von 300.000 Euro aufbringen. Diese Kosten sind dem Bürger nicht mehr zuzumuten. Wir brauchen eine stringente Migrationspolitik und eine Rückführungsoffensive."

Diese Woche stellte die Schulsenatorin die Hamburger Schuljahresstatistikvor. Dazu erklärt der schulpolitische Sprcher Dr. Alexander Wolf: „Hamburgs Schulklassen müssen einen großen Zulauf durch ungebremste Migration verarbeiten. Darunter leidet die Unterrichtsqualität, wie Bildungsvergleichstests dramatisch aufzeigen. Der Weg der Schulbehörde, diese Probleme durch teure Förderprogramme und Leistungsabsenkungen zu kaschieren, ist eine Täuschung. Eine Trendumkehr kann nur durch eine Migrationspolitik mit Maß und Verstand sowie durch eine Rückbesinnung auf das schulische Leistungsprinzip gelingen."
Gewalt in Hamburg explodiert – selbst in Krankenhäusern!
Die Hamburger Polizei stellte vergangene Woche die Kriminalstatistik 2023 vor. Die Gesamtstraftaten lagen 2023 bei rund 234.241 Fällen, 2022 lagen sie noch bei 211.239 Fällen – das entspricht einem Anstieg von 10,9 Prozent. **Erschreckend hoch ist die Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte. Insgesamt wurden 3.495 Opfer erfasst – das sind rund 30 Prozent mehr als 2022.**
Selbst in Krankenhäusern steigt die Gewalt – das belegt unsere Kleine Anfrage. In den vergangenen fünf Jahren kam es insgesamt zu 169 tätlichen Angriffen in Krankenhäusern. Dabei gab es allein im Jahr 2023 70 Fälle von physischer Gewalt gegen Krankenhauspersonal im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE). Dort steigt die Gewalt seit Jahren. Waren es im Jahr 2019 bloß drei Fälle von Gewalt so stieg sie im Jahr 2022 bereits auf 34 Fälle an. Nun sind es sogar 70! Wir verurteilen die körperlichen Angriffe auf Ärzte, Pflegepersonal und Rettungskräfte auf das Schärfste. Der Senat muss das Krankenhauspersonal – unsere Lebensretter – in den Krankenhäusern besser vor Gewalttätern schützen.

https://unser-mitteleuropa.com/131455

Köln: 216 Mio. Euro für Securitys in Asylunterkünften

VonRedaktion

FEB 21, 2024 #Clans, #Köln, #Millionenunkosten, #Securitys, #Sicherheitsdienste

KÖLN – Die Stadt Köln will in den nächsten fünf Jahren 216 Millionen Euro in die Bewachung von Asylunterkünften investieren. Die davon profitierenden Sicherheitsunternehmen reiben sich bereits die Hände – dabei stellen sie selbst ein zunehmendes Sicherheitsrisiko dar. Bereits 2016 warnte der Chef der Polizeigewerkschaft vor der Unterwanderung durch kriminelle Migrantenclans.

Dieses Jahr wird für Sicherheitsunternehmen in Deutschland wohl neue Umsatzrekorde bringen. Alleine die Stadt Köln will 216 Millionen Euro in die Bewachung von Asylquartieren investieren, wie eine aktuelle Ausschreibung zeigt. Für die Dauer von fünf Jahren sollen ab Juli rund 160 Asylheime und ihre Anrainer geschützt werden**. Pro Jahr sind dafür 43,32 Millionen Euro ausgeschrieben. Geld, das in Zeiten von Inflation, Teuerung und sich abzeichnender Wirtschaftskrise die deutsche Bevölkerung gut gebrauchen könnten.**

Über 40 Millionen jährlich

Doch mit der Ersetzungsmigration holt man sich Sicherheitsprobleme ins Land, die man nun nicht mehr in den Griff bekommt. So heißt es in der Ausschreibung, dass *„die Aufrechterhaltung und Herstellung von Ordnung und Sicherheit in den Einrichtungen, das Erkennen und Abwenden von Gefahren und Schäden in und an Gebäuden und Gesamtanlagen sowie der Schutz von Leib, Leben, Gesundheit und Eigentum der Bewohnenden und des vor Ort eingesetzten Personals“* die Hauptaufgaben des Sicherheitsdienstes seien. Weniger verklausuliert formuliert: Die Migranten zerlegen regelmäßig Unterkünfte, fechten ethnokulturelle Konflikte und attackieren das Personal.

Das Geschäft Bevölkerungsaustausch

Doch derartige Ausgaben in Millionenhöhe gibt es nicht nur in Köln. So wurden Ende letzten Jahres horrende Summen aus Hessen, Bayern und Sachsen-Anhalt bekannt. Rechnet man die Kosten der Stadt Köln sowie Hessen, Bayern und Sachsen-Anhalt überschlagsartig auf ganz Deutschland hoch, endet man schnell bei Beträgen in Milliardenhöhe. Ein Geldregen, den es ohne die fortwährende Ersetzungsmigration schlicht nicht gäbe. Sicherheitsunternehmen sind damit ein fester Bestandteil der bundesrepublikanischen Migrationsindustrie.

Das Sicherheitsrisiko Sicherheitsdienst

Doch viele Sicherheitsunternehmen stellen mittlerweile selbst ein Sicherheitsrisiko dar, wie umfassende Recherchen des *Heimatkuriers* zeigen. Denn die Verbindungen oft migrantisch geführter Sicherheitsdienste reichen nicht selten in Clanstrukturen oder islamistische Netzwerke hinein. So wird der Dienst vor dem Asylheim nicht nur für Profit genutzt, sondern auch, um beispielsweise Asylanten für den eigenen Clan oder kriminelle Machenschaften zu rekrutieren. Schon 2016 warnte der Chef der Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt: „*Sie waschen ihr Geld, indem sie es in Immobilien investieren, die sie dann in Flüchtlingsunterkünfte umwandeln. Und in diese Flüchtlingsunterkünften schleusen sie dann sogar noch Sicherheitsfirmen ein, die von ihnen gesteuert werden.*“ Bereits damals seien 300 Fälle bekannt gewesen, in denen Clans über Sicherheitsdienste Flüchtlinge direkt in Heimen angeworben hätten.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf **heimatkurier.at**

https://m.focus.de/finanzen/behoerden-koennen-nichts-machen-jonathans-deutsch-afrikanische-familie-kostet-die-steuerzahler-1-5-mio-jaehrlich_id_259703525.html

Behörden können nichts machen

Jonathans deutsch-afrikanische Familie kostet die Steuerzahler 1,5 Mio. jährlich

Gestern, 25.02.2024 | 21:34

Ein Deutscher mit nigerianischem Migrationshintergrund kassiert Hunderttausende Euro Sozialleistungen pro Jahr. Doch die Behörden können nur zusehen – und weiterzahlen.

Aus seiner Masche macht Jonathan A. keinen Hehl. Als wolle er dem deutschen Steuerzahler spotten, veröffentlicht er stattdessen in sozialen Medien regelmäßig als „Mr. Cash Money" (dt.: „Herr Bargeld") Eindrücke aus seinem steuerfinanzierten Luxusleben. Mal zeigt er seinen Fuhrpark nebst 3er-BMW, Mercedes-SUV oder Audi-Limousine. Mal filmt er sich dabei, in seiner alten Heimat Nigeria Geldscheine an Menschenmassen auszuteilen.

Die Quelle von Jonathans Reichtum ist den deutschen Behörden längst bekannt. Im ARD-Magazin „Kontraste" schildern Experten im Detail, wie Jonathan nach und nach Vaterschaften mit afrikanischen Frauen unterschiedlichster Nation anerkennen lässt. Da Jonathan über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügt, erhalten alle seine formalen Kinder und deren Mütter automatisch Aufenthaltsberechtigungen in Deutschland – und das Recht auf finanzielle Hilfeleistungen durch den deutschen Staat.

Mehr als 1,5 Millionen Euro kostet die mittlerweile 94-köpfige Familie von Jonathan die Bundesrepublik – und damit die deutschen Steuerzahler – jährlich.

Mehr als 20.000 Euro kassiert Jonathan monatlich – und gibt sie für sich selbst aus

Ermittlungen der Polizei hätten gezeigt, dass Jonathan das Geld für seine Familien – mehr als 20.000 Euro pro Monat – zwar annehme. Er leite es allerdings so gut wie nie an seine Frauen und Kinder weiter, berichtet die „Bild" .

Im Gegenteil: Von seinen Frauen scheine Jonathan eine Art Gebühr für ihr Aufenthaltsrecht zu erhalten, sodass sein Einkommen noch über den summierten Sozialhilfeleistungen liege. Lediglich einer seiner Frauen, die zwei Kinder habe, scheine er 388 Euro im Monat zu überweisen.

Trotz all dieser Erkenntnisse seien den Behörden allerdings die Hände gebunden: Einmal anerkannte Vaterschaften könnten laut deutschem Gesetz nicht mehr aberkannt werden. Selbst in Extremfällen wie nach nachgewiesenem Kindesmissbrauch bleibe die Vaterschaft erhalten.

Scheinväter holen Kinder nach Deutschland

Ein Einzelfall soll dieser aber nicht sein. Schon 2017 - aus diesem Jahr stammen die letzten Zahlen zu missbräuchlich anerkannten Vaterschaften - soll sich der jährliche Schaden dadurch laut „Bild" auf über 150 Millionen Euro belaufen haben. Der Gesamtschaden durch Sozialbetrug in Deutschland pro Jahr wird laut „Bild" zufolge sogar auf 113 Milliarden Euro geschätzt.

Das ist aber nur teilweise korrekt. Laut ZDF ist die Zahl zwar korrekt, bezieht aber den Abgabenbetrug mit ein. Während sich der Schaden laut deren Berechnung aus dem Jahr 2023 durch Sozialbetrug auf 20,5 Milliarden Euro beläuft, sind zwei weitere Posten noch größer. Klassische Steuerhinterziehung (38,4 Milliarden Euro) und Steuer-/ Sozialversicherungsbetrug wegen Schwarzarbeit (54,1 Milliarden Euro) sorgen für einen noch größeren Schaden.

In Deutschland wird eine gravierende Gesetzeslücke ausgenutzt, um Aufenthaltstitel und Sozialleistungen zu erschleichen. Männer erkennen Vaterschaften für Kinder aus dem Ausland an, mit denen sie nicht verwandt sind. Dies führt dazu, dass diese Kinder und ihre Mütter ein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten. Ein Umstand, der nicht nur den Behörden, sondern auch den Sozialkassen zu schaffen macht, wie „tagesschau.de" berichtet.

Überlastete Ämter

Deutsche Ausländerbehörden stehen einer steigenden Zahl von Verdachtsfällen gegenüber, wobei insbesondere Frauen aus Westafrika und dem Westbalkan betroffen sind. Ohne ein einheitliches Personenstandsregister sind die Überprüfungsmöglichkeiten von Standesämtern begrenzt, was die Feststellung erschwert, wie viele Kinder bereits von einem Mann anerkannt wurden.

Axel Boshamer von der oberen Ausländerbehörde der Bezirksregierung Arnsberg äußert sich besorgt über einen „systematischen Missbrauch der Vaterschaftsanerkennung". Gegenüber der „Tagesschau" erklärte er, dass durch Scheinvaterschaften Personen, die normalerweise keine Aussicht auf einen Verbleib in Deutschland haben, gegen Bezahlung Aufenthaltsrechte erlangen.

Die Anerkennung einer Vaterschaft gegen Geld, um Aufenthaltsrechte zu ermöglichen, ist nicht direkt strafbar. Ein Fall in Berlin, der derzeit vor Gericht verhandelt wird, beschäftigt sich mit dieser Problematik. Eine Bande soll Vaterschaftsanerkennungen arrangiert haben, um Frauen aus Vietnam ein Bleiberecht zu verschaffen.

Staatliche Kosten und fehlende Gesetzesanpassung

Obwohl Gesetzesentwürfe zur Schließung dieser Lücke bisher gescheitert sind, drängen Justizministerien und Ausländerbehörden auf eine Gesetzesanpassung. Das Bundesjustizministerium hat einen neuen Gesetzentwurf angekündigt, allerdings ohne einen festen Termin zu nennen.

Durch eine Gesetzeslücke ist es möglich, dass Standesämter, Jugendämter und Konsularbeamte Vaterschaften anerkennen, ohne effektiv einen Missbrauch kontrollieren zu können.

https://beischneider.net/2024/03/16/migranten-und-jugendgewalt-eskaliert-zwei-drittel-aller-abschiebungen-scheitern/

Migranten- und Jugendgewalt eskaliert – zwei Drittel aller Abschiebungen scheitern

Alex Cryso

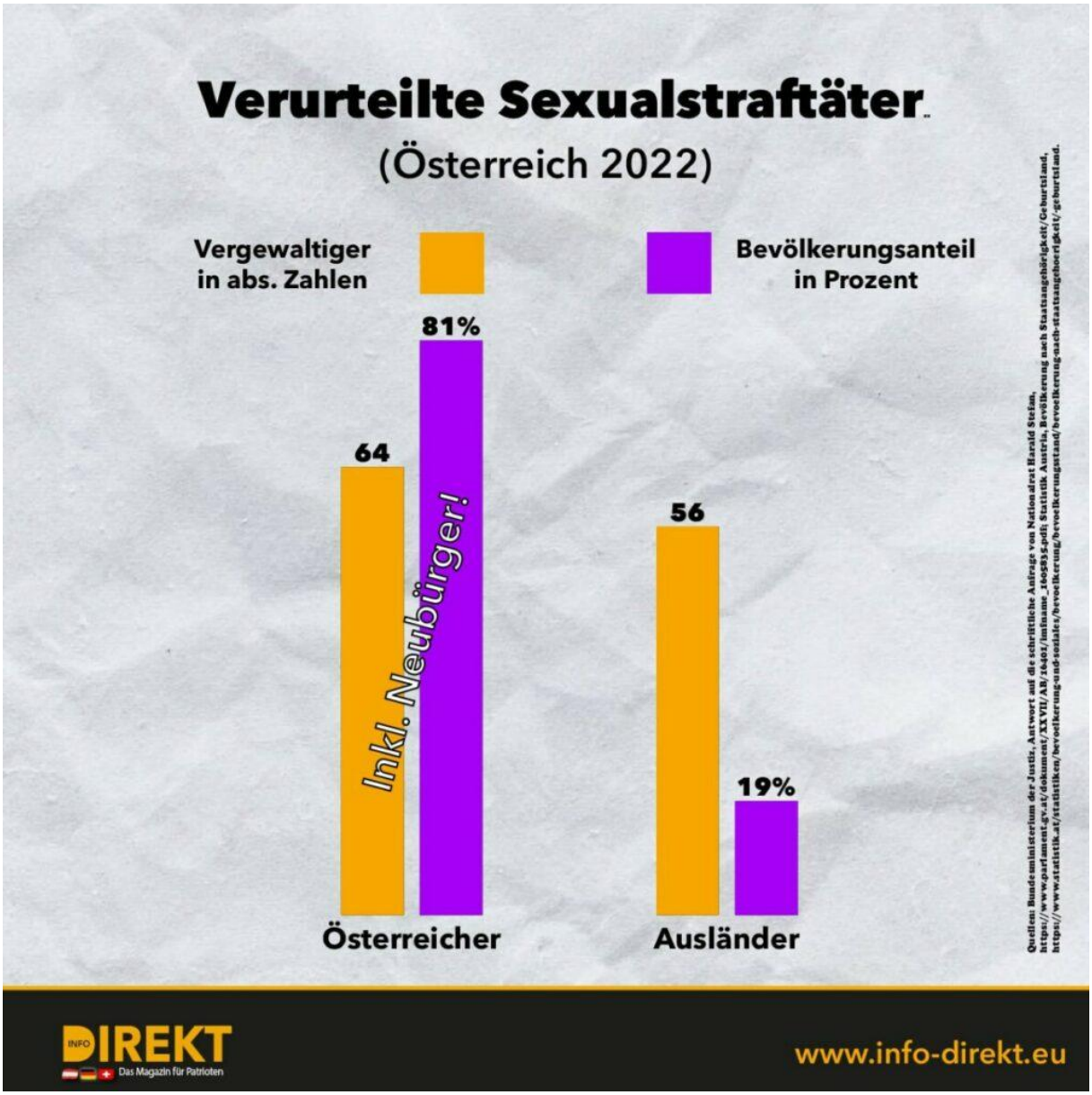
16. März 2024

Selbst die Bild-Zeitung begreift es langsam: „Das Leben in Deutschland wird immer gefährlicher!“ Zwei Drittel aller Abschiebungen scheitern. Und während alles den Bach runtergeht, läuft die Verblödungsmaschinerie unermüdlich weiter, um den Bürger klein und dumm zu halten, bis es eines Tages das ganz böse Erwachen gibt. Gehirnwäsche statt freies Denken – die Verursacher der ganzen Misere werden schon wissen, warum. Fakt ist, dass die Gewalt von Seiten der Jugend und der Migranten geradezu explodiert. Politiker, die uns gebetsmühlenartig einredeten, das habe alles nichts mit dem Islam zu tun, geraten immer mehr in Erklärungsnot. Sachsen-Anhalts Innenministerin Tamara Zieschang (CDU) gibt sich dennoch erschüttert: „Es gilt, kriminellen Karrieren frühzeitig entgegen zu wirken. Jugendliche müssen viel früher an die Hand genommen und zu einem sozial adäquaten Verhalten bewegt werden.“ Das Problem ist, dass wir diese weinerlichen Sprüche in- und auswendig kennen, in denen solche Probleme auf der sozialen Schiene gelöst werden, was sich jedoch als Trugschluss und linkes Wunschdenken erweist.

Wo man auch hinblickt, explodieren die Zahlen in jedem Bundesland. Bis zu elf Prozent Zuwachs bei der Kriminalitätsrate sind 2023 zum Teil verzeichnet worden: Hamburg vermeldete ein Plus von 10,9 Prozent, Brandenburg 9,4 Prozent, Sachsen-Anhalt 8,6 Prozent und Hessen 7,8 Prozent. **Allgemein wurden 20 Prozent mehr Straftaten von Unter-14-Jährigen begangen als noch im Jahr 2022.** Allein in Sachsen-Anhalt waren dies 17409 registrierte Verbrechen. Mit 116 Prozent hat sich die Zahl der Gewalttaten durch Migranten dort geradezu verdoppelt. **In Niedersachsen gingen die Delikte mit einer Anzahl von 68874 der Unter-21-Jährigen regelrecht ins Astronomische. In Hessen konnte mit 25913 Delikten durch Zuwanderer ebenfalls eine dramatische Zunahme verzeichnen. Gemeinhin haben sich die antisemitischen Straftaten verdreifacht.** Die bundesdeutsche Aufklärungsquote lässt derweil zu wünschen übrig: Vorne liegt Rheinland-Pfalz 64,5 Prozent, gefolgt von Hessen mit 63,2 Prozent und Niedersachsen mit 62,5 Prozent.

Doch anstatt für geschlossene Grenzen zu sorgen, spielen die Politiker lieber das Volk gegeneinander aus oder malträtieren die Gehirn mit einer nie da gewesenen Verblödungsoffensive. **Dabei sind deutsche Betroffene in der absoluten Mehrheit: 2022 gab es laut dem BKA offiziell 47923 deutsche Opfer bei den „Einzelfällen", was einem Plus von 18 Prozent entspricht. Gegen 1,92 Millionen „Tatverdächtige" wurde im selben Jahr ermittelt.** Dass ausgerechnet SPD-Kanzler Olaf Scholz in ganz

großem Stil abschieben will, mutet nicht mal mehr wie ein schlechter Witz an – rund 31300 geplante Abschiebungen konnten im letzten Jahr aus diversen Gründen nicht durchgeführt werden.



Abermals beweist man in Österreich, dass wir mit dieser ausufernden Problematik nicht alleine sind: Bei unseren Nachbarn schockierte zuletzt eine ganze Reihe an brutalen Morden und Vergewaltigungen das Land – nun steht der nächste „Einzelfall“ Gewehr bei Fuß: **Bereits im Januar soll ein gerade mal 14-jähriger Ukrainer bei Kärnten eine 11-Jährige vergewaltigt haben. Sein 13-jähriger Freund, ebenfalls ein Kriegsflüchtling aus der Ukraine, hatte die Tat wie so üblich mitgefilmt.**

https://www.focus.de/panorama/welt/in-wien-prozess-um-gruppenvergewaltigung-verdaechtiger-lacht-opfer-im-gericht-aus_id_259786283.html

In WienProzess um Gruppenvergewaltigung - Verdächtiger lacht Opfer (13) im Gericht aus
Ein Blaulicht leuchtet unter der Frontscheibe eines Einsatzfahrzeugs der Polizei.
Lino Mirgeler/dpa/Symbolbild Ein Blaulicht leuchtet unter der Frontscheibe eines Einsatzfahrzeugs der Polizei.
Donnerstag, 21.03.2024, 22:40
In einem schockierenden Vorfall im Wiener Gerichtsgebäude wurde eine 13-jährige Schülerin, die Opfer einer Gruppenvergewaltigung geworden sein soll, vom einem der mutmaßlichen Täter ausgelacht. Der Junge hatte nach seiner Befragung den Gerichtssaal eigentlich verlassen sollen.

Die 13-jährige Schülerin, die laut Anklage zwischen Februar und Juni 2023 als Zwölfjährige von einer Jugendbande vergewaltigt wurde, sollte am Donnerstag vor Gericht zu den Vorfällen befragt werden.

Wie der Anwalt des Mädchens, Sascha Flatz, gegenüber RTL erklärte, brach sie jedoch weinend zusammen, weshalb die Anhörung abgebrochen wurde. Nach dem traumatischen Erlebnis im Saal wartete einer der 17 Tatverdächtigen im Gebäude und verspottete das Mädchen.

Unfassbares Verhalten eines Tatverdächtigen
Wie „RTL“ berichtet, lachte der mutmaßliche Täter, als er die 13-Jährige sah, höhnisch, ohne ein Wort zu sagen. Das Opfer sei zutiefst erschrocken gewesen, gerade den Jugendlichen zu erblicken, der sie in einem Treppenhaus missbraucht haben soll.

Der Vorfall stellt eine gravierende Missachtung der gerichtlichen Anordnung dar, wonach die Tatverdächtigen streng vom Opfer getrennt bleiben sollten, um weiteres Leid zu vermeiden.

Aussage des Opfers vorerst unterbrochen
Die 13-Jährige konnte aufgrund ihres emotionalen Zusammenbruchs nur zu drei bereits bekannten Fällen aussagen. Die entscheidenden Fakten blieben ungenannt. Die Fortsetzung der Befragung ist für den nächsten Gerichtstermin am 26. April angesetzt, bei dem das Mädchen auch zu den Vorfällen in einem Hotelzimmer aussagen soll.

https://journalistenwatch.com/2024/03/24/migrantengewalt-im-deutschen-amateurfussball-tuerken-kicker-schlagen-schiedsrichter-zusammen/
Migrantengewalt im deutschen Amateurfußball: Türken-Kicker schlagen Schiedsrichter zusammen
Während der Deutsche Fußball Bund (DFB) während der Europameisterschaft wieder einmal mit politischer Unterstützung eine gigantische Anti-Rechts-Kampagne – unter anderem mit antirassistischen Eckfahnen –
veranstalten wird, eskaliert die Migrantengewalt im Fußball immer weiter. Im hessischen Hattersheim wurde zum Ende des Kreisoberliga-Spiels zwischen den Clubs Türk FC Hattersheim und TuS Hornau ein 16-jähriger Schiedsrichter attackiert, weil er beim Stand von 3:2 einen Freistoß für Hornau gepfiffen hatte, der zum Ausgleich führte. Bei mehreren Spielern von Türk Hattersheim brannten daraufhin alle Sicherungen durch „Ich wurde von etlichen Spielern des Türk FC Hattersheim in das Tor geschubst, sodass ich nicht mehr flüchten konnte. In dieser Bedrängnis bekam ich drei Faustschläge ab“, erklärte der jugendliche Schiedsrichter. Zunächst sei er von hinten an den Haaren gezogen worden, „sodass mein Kopf ausgesprochen schmerzhaft nach hinten gezogen wurde“. Dann

wurde er ins Tor gestoßen, wo mindestens zwei Spieler auf ihn einschlugen. Er habe Schläge gegen Unterkiefer, Schulter und Brust bekommen. Zudem sei er als ‚Hurensohn', ‚Wichser', ‚Arschloch', ‚Spast' und ‚Missgeburt' beleidigt worden.
Erst als zwei Hornau-Spieler eingriffen, konnte er fliehen „und schloss sich bis zum Eintreffen der Polizei in der Schiedsrichterkabine ein", wie die Polizei mitteilte. Es werde nun „wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung ermittelt. Wer von beiden Spielern welche Tat begangen hat, ist Gegenstand der Ermittlungen". Laut „Bild" handelt es sich um Emin Y. und Mehmet A., die mit ihren 35 bzw. 27 Jahren wesentlich älter als ihr Opfer sind. Hornau-Co-Trainer Dirk Schröpfer berichtet: „Es ist eskaliert, obwohl der Schiedsrichter regelkonform gepfiffen und nichts falsch gemacht hat."

Auch jüdische Vereine in zunehmender Gefahr

Erol Türkel, Sportlicher Leiter bei Türk Hattersheim, erklärte: „Der Verein in Person von mir hat sich bereits nach Spielabbruch beim Schiedsrichter entschuldigt, in einem langen guten und konstruktiven Telefonat gestern Abend auch ein weiteres Mal." Die Spieler würden jedoch „keinerlei Aussagen treffen, da hier aktuell Strafanzeigen und Ermittlungen laufen". Dies ist mitnichten ein Einzelfall. Die Gewalt im Amateur-Fußball eskaliert immer weiter. Während der DFB, wie der Rest des Landes, einen Kampf gegen die nicht existierende rechte Gefahr führt, musste er zugleich einräumen, dass die Zahl der Gewalt- und Diskriminierungsvorfälle in der Spielzeit 2022/23 im Vergleich zur Vorsaison von 5847 auf 6224 und die Zahl der Spielabbrüche von 945 auf 961 gestiegen ist. Für einen Großteil dieser Gewaltexplosion sind die archaischen Prägungen der mehrheitlich muslimischen Migranten verantwortlich, die diese auch im Sport ausleben. Auch der Antisemitismus im Fußball steigt immer weiter an.
Spieler jüdischer Vereine schweben in ständiger Gefahr angriffen zu werden, übelste Beleidigungen von den Rängen und durch Gegenspieler sind ohnehin längst an der Tagesordnung. Anstatt diese katastrophale Entwicklung anzugehen oder auch nur beim Namen zu nennen, veranstaltet der DFB - im Zusammenspiel mit dem Linksstaat- jedoch lieber Antirassismus-Festspiele und präsentiert pinkfarbene Trikots, um das neue bunte Paradies-Deutschland zu feiern, in dem man zu leben glaubt. Die gegenteilige Realität bekommen immer mehr Menschen jeden Tag am eigenen Leib zu spüren.

https://www.pi-news.net/2024/03/alarmierend-gewaltexplosion-an-deutschen-schulen/

Alarmierend: Gewaltexplosion an deutschen Schulen

Von

PI

25. März 2024

Von HANS-PETER HÖRNER | Das Phänomen ist bekannt. Es ist auch nicht neu. Neu daran ist allerdings die signifikante Zunahme von Gewalt an deutschen Schulen und die ebenfalls zunehmende Verrohung in Auftreten und Sprache bei Schülern.
Die Zahl der Gewaltdelikte steigt, während die Schülerzahlen zwar ebenfalls ansteigen, jedoch nicht in demselben Maße. Schläge, Tritte und sexuelle Übergriffe sind leider keine Seltenheit mehr. Landeskriminalämter und Bildungsministerien haben Tausende solcher Vorfälle registriert, wie aus einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur hervorgeht. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2022 rund 5.400 Gewaltdelikte gemeldet. Neuere Zahlen stehen noch aus, aber in den letzten Wochen kam es wiederholt zu größeren Polizeieinsätzen an Schulen.
In mehreren Bundesländern ist die Zahl der erfassten Gewaltdelikte im Vergleich zur Zeit vor der Corona-Pandemie gestiegen, teils sogar deutlich. Zum Beispiel ergab die Statistik des Landesinnenministeriums in Nordrhein-Westfalen einen Anstieg um mehr als die Hälfte zwischen 2019 und 2022. Auch in anderen Bundesländern zeigt sich ein ähnliches Bild: Baden-

Württemberg verzeichnete laut Landesinnenministerium 2.243 Gewaltfälle, Sachsen 1.976, Bayern 1.674 Fälle vorsätzlicher leichter Körperverletzung, und in Brandenburg sprach die Polizei von 910 Rohheitsdelikten. In Berlin gibt es durchschnittlich an jedem Schultag mindestens fünf Polizeieinsätze, und im Jahr 2022 wurden 2.344 Fälle von Körperverletzung registriert. Für 2023 wird eine erneute deutliche Steigerung erwartet. Interessanterweise werden solche Vorfälle fast nie von den Schulen oder der Polizei der Öffentlichkeit mitgeteilt.
Auch in Thüringen und Niedersachsen stiegen die Zahlen von Körperverletzungen und anderen Gewalttaten von 321 in 2022 auf 561 im Jahr 2023 an. In Rheinland-Pfalz, einem der angeblich sichersten Bundesländer, gab es ebenfalls einen Anstieg an angezeigten Gewalttaten an Schulen im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt wurden 2023 3.247 Straftaten im Zusammenhang mit Schulen oder Schulgebäuden erfasst. Davon fallen 1.317 in die Kategorie Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Das sind 176 oder 15,4 Prozent mehr als 2022.
Trotz zahlreicher Polizeieinsätze sind tödliche Vorfälle selten, aber **die Zahl der Verletzten variiert je nach Bundesland. In Niedersachsen stieg die Gesamtzahl der Opfer im schulischen Kontext von rund 2.630 im Jahr 2022 auf etwa 3.270 im Jahr 2023. Und die Zahl der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit stieg von 2022 um rund 520 Fälle auf 2.680 im Jahr 2023. In die Kategorie fallen Taten wie Raub, Bedrohung und Körperverletzungen.**
Trotz vieler Polizei-Einsätze kommen tödliche Fälle selten vor – ach ja, wie beruhigend. Zahlen zu Verletzten schwanken je nach Größe der Bundesländer. Kaum Auskunft geben die Landesstatistiken, ob Polizisten zum Beispiel Waffen sichergestellt haben. **In Sachsen sind es 2022 insgesamt 15 Waffen gewesen, 42 Messer, 43 Steine und Pyrotechnik. Der Vorsitzende des Allgemeinen Schulleitungsverbandes Deutschlands, Sven Winkler, stellt gegenüber dpa fest: „Wir haben bemerkt, dass mehr Waffen zur Schule mitgenommen werden als früher." Etliche Schulleiter sehen mit Sorge, dass die Schüler immer mehr Waffen in die Schulen schmuggeln. Unklar ist dabei, ob die Schüler die Waffen mit sich führen, selbst Gewalt ausüben wollen oder sich zu schützen versuchen. Sven Winkler stellt jedoch fest, dass der Umgangston zwischen Kindern und Jugendlichen in der Schule rauher geworden sei**
Offiziell sieht man viele Gründe für Gewalt – wird der entscheidende Grund ignoriert?
Die Bildungsverantwortlichen machen Faktoren wie „Defizite in der Selbststeuerung und geringes Selbstwertgefühl, aber auch familiäre und soziale Ursachen wie Gewalterfahrungen in der Familie oder Akzeptanz sowie soziale Normen und Werte und die jeweilige Akzeptanz in der Gruppe der Gleichaltrigen" als Gewaltanwendungsursache aus. Gewaltverherrlichung in den Medien und im Internet begünstigen aggressives Verhalten wohl ebenfalls, und das ist mit Sicherheit unstrittig.
Das gesellschaftliche Klima, das sich in den Schulen widerspiegelt, hat sich allerdings insgesamt verändert. In verblüffend untypischer Ehrlichkeit hat nun der bayerische CSU-Innenminister Joachim Herrmann mal Tacheles geredet und verlautbart: „Hauptgrund für den Anstieg an Straftaten ist die Zuwanderung." Herrmann ergänzt: „Das ist ein bundesweiter Trend, für den vor allem Ausländer und Zuwanderer verantwortlich sind", sagte er vor der Presse. Es sei klar, dass vor allem Ausländer und insbesondere zugewanderte Flüchtlinge den Anstieg der Kriminalitätslage verursacht hätten: „Die Kriminalstatistik macht deutlich, dass sich die unkontrollierte Zuwanderung auch negativ auf die Sicherheitslage auswirkt." Die bayerische Kriminalstatistik belegt im vergangenen Jahr, dass auf 100.000 Bewohner 4.361 Straftaten kamen. Dieser Anstieg um 2,4 Prozent gegenüber 2022 wird allerdings durch Gewalt an den bayerischen Schulen getoppt. Während die Gewaltkriminalität um 4,7 Prozent, die häusliche Gewalt um 5,9 Prozent zunahm, stieg die Anzahl der Gewaltdelikte an Schulen in Bayern um satte 24,5 Prozent deutlich.
Auswege?
Ob es die sogenannte intensiver voran zu treibende Demokratiebildung ist – also natürlich im rot-grünen Orwell-Sprech der „Kampf gegen rechts" – oder die vermehrte Anwesenheit von Schulpsychologen oder die stärkere Präsenz von Sicherheitsdiensten, die die Gewalttendenz an deutschen Schulen einbremsen sollen, bleibt ungewiss. **Das Problem ist wahrscheinlich nur mit dem Ziehen der Wurzel zu lösen: Verabschiedung vom Multi-Kulti-Experiment in den Klassenzimmern, deutsche Sprachpflicht, Rückführung Straffälliger, kein Überfluten der Schulen mit kulturfremden Einwanderern und auch ukrainischen Flüchtlingen.**

Hans-Peter Hörner (AfD), Jahrgang 1951, studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre sowie Biologie. Nach seinem Studium war er über vier Jahrzehnte als Berufsschullehrer tätig. Seit 2021 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. Themenschwerpunkt: Bildungspolitik und Petitionen.

https://reitschuster.de/post/meine-familie-kann-den-deutschen-staat-ohne-scham-ausnehmen/
Meine Familie kann den deutschen Staat ohne Scham ausnehmen“Eine Clan-Aussteigerin redet Klartext

- **VERÖFFENTLICHT AM 29. Mrz 2024**

Von Daniel Weinmann

Latife Arab ist fünf Jahre alt, als sie mit ihrer Familie aus dem Süden der Türkei nach Deutschland auswandert. „Almanya“ gilt als gelobtes Land – ein Land, in dem sich die arme Familie ein besseres Leben verspricht als in den Bergen Anatoliens. **Hartnäckig hält sich das Gerücht, dass in „Almanya“ auch Nichtstun mit Geld belohnt wird. Um keine Abschiebung zu riskieren, reisen die Arabs mit gefälschten Pässen ein, die sie zur Sicherheit noch am Flughafen in Deutschland die Toilette hinunterspülen.**
Schon damals erweist sich die Bundesrepublik als Wohlfahrts-Dorado für Migranten. Das Motto: je mehr Kinder, desto mehr Sozialtransfers gilt ebenso wie heute. Neun Kinder bringt Latifes Mutter zur Welt. Eine kluge Strategie, denn jede weitere Geburt führt nicht nur zu zusätzlichen Überweisungen aus der Staatskasse, sondern schützt die Familie vor der Abschiebung. Jede Mark, die übrig bleibt, fließt zurück in die alte Heimat, um noch mehr Mitgliedern des Familienclans die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen.
Nach acht Monaten im Flüchtlingsheim erhält die Familie trotz des noch nicht genehmigten Asylantrags eine Wohnung. „Das hielt meine Eltern nicht davon ab, immer dreistere Forderungen zu stellen – und den deutschen Staat, sie zu erfüllen“, schreibt Latife Arab in ihrem Mitte März im Heyne-Verlag erschienenen Buch „Ein Leben zählt nichts – als Frau im arabischen Clan: Eine Insiderin erzählt“.
Die Deutschen als Nazis zu bezeichnen machte sich bezahlt
Die Biografie, die schon jetzt zu den „Spiegel“-Bestsellern zählt, gibt Einblick in die Macht der Clans und das Versagen des deutschen Staates. Innenansichten in ein kriminelles System, das sich „ungehindert ausbreiten konnte in Deutschland“ – begünstigt durch Strukturen, die parallel zur Gesellschaft existieren. Um sich zu schützen, schreibt Arab unter Pseudonym und lebt an einem unbekannten Ort.
Die 44-Jährige hat Angst, von ihrer Großfamilie aufgespürt zu werden. Der Clan stehe für Menschenhandel, Schutzgelderpressung, Drogengeschäfte, Raub und Geldwäsche. Vor der Polizei habe man keinen Respekt, über allem stehe die Ehre der Familie. „Ich spiele mit meinem Leben“, schreibt sie der „Neuen Zürcher Zeitung“. Doch sie kann nicht mehr schweigen.
Als Mädchen ist sie innerhalb ihrer Familie nur eine billige Arbeitskraft. Die Kinder werden von den Eltern geschlagen. Der Clan wird zunehmend krimineller: Schutzgelderpressung, Drogengeschäfte und auch Menschenhandel sind an der Tagesordnung. Ihr Vater sitzt mehrfach in U-Haft, wird aber nicht verurteilt. Einmal muss Latife als Kurier Geld überbringen, das bündelweise an ihren Körper geklebt wird.
Die illegal erwirtschafteten Gelder fließen wahlweise in die Türkei, um weitere Familienmitglieder in die Bundesrepublik zu locken. Oder es dient zur Finanzierung von Wohnungen. Man könne den deutschen Staat „ohne Scham ausnehmen und verlachen“, zitiert die „NZZ“ die Buchautorin. Sie fragt sich, wie jemand vierzig Jahre Sozialhilfe beziehen könne, ohne dass dies jemand hinterfrage

– und gibt sich selbst die Antwort: „Ich erinnere mich an Situationen, in denen meine Mutter auf dem Sozialamt die Nazi-Karte zog.“ Die Deutschen als Nazis zu titulieren zahlte sich offenbar aus. Mit 16 wird sie aus der Schule genommen, ohne Abschluss. Als 17-Jährige wird ihr hartes Leben zur Leidensgeschichte: Sie wird zwangsverheiratet und muss Schläge, Erniedrigungen und Sex zum Zweck, möglichst schnell schwanger zu werden, ertragen. Zu Hilfe kommt ihr niemand, auch nicht der deutsche Staat. „Hätte es eine Behörde gewagt, sich meinen Eltern entgegenzustellen, drohten diese mit ihren hoch bezahlten Anwälten“, blickt die Geschundene zurück. Sie bekommt schließlich drei Kinder. Zweimal versucht die Familie, Latife umzubringen, weil sie sich nicht kritiklos in ihre Rolle fügt. 2003, berichtet sie, habe sie vor den Augen der Polizei den Versuch eines Ehrenmordes überlebt.

Eine entfernte Cousine hatte sich 2008 gegen ihre Kultur und Religion und für ein westliches Leben entschieden – und wurde an einer Autobahnraststätte getötet. Nach vielen Jahren des Martyriums und mehreren vergeblichen Fluchtversuchen, schafft es Latife, ihrem Clan zu entkommen. Sie hat den Ausstieg geschafft, muss sich nun aber für den Rest ihres Lebens vor ihrer Familie verstecken. Latife Arabs Geschichte klingt kaum glaublich. Doch der Heyne-Verlag bürgt für ihre Authentizität, bestätigt durch Medien, die Teile des Buchs überprüfen ließen**. Es ist bezeichnend für dieses Land, dass Menschen unbemerkt in einem System bleiben können, das unseren Gesetzen entgegensteht – und diesen Staat ausnehmen wie eine Weihnachtsgans.**

https://unser-mitteleuropa.com/135396
Belgien: Türken-Kurden-Krieg – Polizei machtlos (Video)
VonRedaktion Ungarn
APR 3, 2024 #Belgien, #Multikultigewalt, #Türken - Kurden

Eine Woche Gewalt-Anarchie in Limburg
Tagelang ging der Provinz Limburg nichts mehr, und die Polizei traute sich einzugreifen.
Es war eine einer Woche, in welcher sich der besorgniserregende Einfluss der ultranationalistischen türkischen “Grauen Wölfe” wie die Untätigkeit der belgischen Behörden

zeigte – in Limburg, zu einer Hochburg türkischer Nationalisten – mit ca. einem Drittel der 450.000 belgischen Auslandstürken.

Konvoi mit kurdischer Großfamilie angegriffen

Der Multikulti-Krieg begann am Abend des 24. März in Heusden-Zolder, als ein Konvoi von acht bis zehn Autos auf dem Rückweg aus Leuven anlässlich des kurdischen "Newroz"-Festes, angegriffen wurde. In den Fahrzeugen befanden sich Mitglieder einer kurdischen Großfamilie, allesamt Flüchtlinge aus Syrien, welche beschimpft und geschlagen wurden.

Mittlerweile existieren zwei gegensätzliche Darstellungen: Türkische, von Ankara unterstützte Nationalisten, sprechen von Provokation durch "*PKK-Terroristen*" ("Arbeiterpartei Kurdistans"). Die Kurden freilich, in der Region eine Minderheit, sprechen von einem brutalen "*rassistischen Angriff*" und "*Lynchversuch*" der rechtsextremen türkischen "Grauen Wölfe".

Kurden unter Schock

Ein kurdisches Geschwisterpaar Memo, ein 30-jähriger Kurde und seine Schwester, stehen noch immer noch unter Schock und suchten lieber in Brüssel Unterschlupf:

"*Wir kommen aus Afrin, Syrien, und wir haben ein normales Leben geführt, mit unserer Kultur. Bis 2018, als die Türkei die Region … besetzte. Wir waren gezwungen, aus unserer Heimat zu fliehen.*"

– so der junge Mann. Dieses Gebiet in Nord-Syrien beherrschen nun pro-türkische islamistische Milizen. Die ganze kurdische Großfamilie sei deswegen nach Europa geflohen, im guten Glauben,…

…"*wir wären hier in einem freien Land, in dem wir unsere Newroz-Kultur und -Traditionen leben könnten. Das wurde uns im Integrationskurs gesagt, als wir ankamen. Aber ich wusste nicht, dass hier die Türkei ist.*"

– so dessen resignative Einschätzung.

Industrieregion Hesuden-Zolder als Klein-Anatolien

Heusden-Zolder in der Region Limburg, in Flandern, ist eine ehemaligen Industrieregion an der belgisch-niederländischen Grenze. Hier erhält man entlang der Koolmijnlaan, der "Allee des Kohlenbergwerks", wegen der vielen türkischen Geschäfte und Lokale einen Bazar-Flair vom Bosporus und Anatolien. Man kann hier sogar 24-karätige Goldsteaks essen, genau wie in Dubai…

Weil die türkischen Einwanderer ihre Lebensweise, ihre religiösen und politischen Bindungen mit, verschärfen sich immer mehr die Spannungen zwischen Türken und Kurden.

Paramilitärische Kämpfer der "Grauen Wölfe" übernehmen Exekutiv-Fuktionen

So kam es, dass in Heusden-Zolter in der Abenddämmerung Trupps junger, ganz in Schwarz gekleidete und bewaffneter Kämpfer der "Grauen Wölfe", Straßensperren errichtetet und in Selbst-Justiz die Fahrzeuginsassen kontrollierten. In Gent bezeichnet sich eine Gruppe etwa als "Genter Spezialeinheiten", mit dem Code der türkischen Eliteeinheiten der Anti-Terror-Polizei, welche in den Regionen Kurdistans stationiert sind. (vadhajtasok, Bede Zsolt)

https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/gastbeitrag-polizist-zu-messer-attacken-wir-kennen-die-t%C3%A4ter-und-m%C3%BCssen-uns-ehrlich-machen/ar-BB1l80mU

Gastbeitrag von Manuel Ostermann –

Polizist zu Messer-Attacken: "Viele Täter sind Migranten - müssen uns ehrlich machen"

Geschichte von Von Gastautor Manuel Ostermann

In Baden-Württemberg hat ein gebürtiger Syrer ein Mädchen mit einem Messer schwer verletzt. Doch was sagen die Statistiken über solche Angriffe aus? Wer sind die Täter und vor allem, wie kann man die Situation entschärfen?

Wenn man die Berichterstattung verfolgt, dann vergeht kaum ein Tag ohne ein Gewaltdelikt mit dem Tatmittel Messer. Bevor man dieses Themenfeld jedoch beleuchtet, ist es wichtig zu sagen, dass das Bundeskriminalamt (BKA) erst 2020 begonnen hat, „Messerangriffe“ bundesweit als Phänomen zu erfassen.
Ein langfristig valides Lagebild und eine fundierte wissenschaftliche Studie über dieses Phänomen sind somit zunächst nicht möglich, aber sehr wohl ist eine klare Tendenz erkennbar, die einen stetigen Anstieg aufzeigt. **8160 Taten allein im Bereich der gefährlichen oder schweren Körperverletzung im Jahr 2022 mit Messer als Tatwaffe bedeuten eine Steigerung von 15,4 Prozent zu 2021 (7071).**
Gefahr in Deutschland nimmt zu
Dort sind etwa Raubdelikte mit Messer, von denen es 4.195 Fällen in 2022 gab, also 1135 Fälle mehr als im Vorjahr, noch gar nicht mit aufgeführt. Bundesweit werden wir für 2023 eine weitere deutliche Steigerung erfahren , das scheint sicher. Einige Bundesländer haben mit der Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik 2023 bereits gezeigt, dass es eine weitere traurige Steigerung bei Messerangriffen zu verzeichnen gibt.
Wir müssen also erkennen, dass die Gefahr für Leib und Leben in Deutschland stetig zunimmt, wenn auch im Vergleich zu Ländern wie den USA natürlich immer noch auf einem geringen Niveau. Wenn wir über das Tatmittel Messer reden, dann reden wir nämlich in jedem Fall über eine konkrete Gefahr für Leib und Leben. Ein Messerangriff ist nicht nur kaum abzuwehren, ein solcher Angriff endet oftmals mit lebensbedrohenden Verletzungen oder führt sogar zum Tod.
Auch bei den Tatverdächtigen zeichnet sich ein klares Bild ab. Es sind überwiegend Männer, die Messerangriffe verüben. Überproportional vertreten sind dabei die nicht-deutschen Tatverdächtigen, die weit über 40 Prozent ausmachen und auch hier ist die Tendenz stark ansteigend.
Insbesondere muss man hier über Tatverdächtige aus den Asylhauptherkunftsländern reden, denn auch hier liegen die Fakten auf dem Tisch. Ein weiteres Phänomen sind tatverdächtige Minderjährige und Heranwachsende.
Der Rechtsstaat muss handeln
Während bei deutschen Minderjährigen und Heranwachsenden die Zahlen rückläufig sind, sind bei nicht-deutschen in diesem Bereich die Zahlen stetig steigend. Wir erleben also ein Phänomen, welches sich zwar ungleich, aber dennoch durch alle Altersgruppen zieht. Wenn wir ein Fazit ziehen, dann können wir festhalten, dass Deutschland beim Tatmittel Messer ein ernsthaftes Problem hat.
Die Problembeschreibung ist natürlich die eine Sache, aber was wir brauchen, ist eine Problemlösung. Auf komplexe Probleme gibt es in der Regel keine einfachen Antworten, was jedoch nicht bedeutet, das dieses Problem nicht einzudämmen ist und genau das auch umgehend geschehen muss.
Das fängt einfach an: Wir müssen uns politisch ehrlich machen. Ja, der im Verhältnis überwiegende Teil der Tatverdächtigen sind Migranten. In Deutschland sind wir Weltmeister im Tabuisieren und Ignorieren aus Angst in falsche Ecken gestellt zu werden. Dieses Verhalten löst aber keine Probleme. Im Gegenteil, denn dieses Verhalten schafft erst Probleme.
Es sollte nicht nur eine moralische, sondern vor allem eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit sein, dass Straftäter, die hier Schutz suchen und derartige Straftaten begehen, Deutschland umgehend zu verlassen haben. Nach Rechtskraft des Urteils sind wir es den in Deutschland friedlich lebenden Menschen jeglicher Herkunft schuldig, diese Straftäter aus der Abschiebehaft heraus schlussendlich abzuschieben, und zwar ohne die Perspektive, erneut nach Deutschland einzureisen.
„Unsere Zukunft wurde auf Menschen im Ehrenamt abgewälzt“
Das bedingt auch die Ausweitung von Abschiebehaftplätzen, die Schaffung der Zuständigkeit für die Bundespolizei und die Installierung von bundeseigenen Abschiebehaftplätzen.
Ein weiterer Punkt, welcher uns vollumfänglich um die Ohren fliegt ist der „Schlanke Staat“. Nein, ich meine ausdrücklich nicht den Bürokratieabbau, denn hier sind wir ebenfalls kläglich gescheitert.
Ich meine u.a. das jahrelange Kaputtsparen der sozialen Infrastruktur. Die Politik hat es billigend in Kauf genommen, dass wir unsere gesamte soziale Infrastruktur in ein Trümmerfeld verwandelt

haben. Die Menschen, die im öffentlichen Dienst und in Ehrenamt arbeiten, machen das mit unglaublicher Leidenschaft und vor allem mit beispielloser Leidensfähigkeit.
Nicht auszudenken, was in Deutschland los wäre, wenn wir nicht auf so aufopferungsvolle Menschen zählen könnten. Ich meine ausdrücklich nicht die Politik damit, denn genau die ist es, die sich den Anstieg der Gewaltkriminalität auch mit dem Tatmittel Messer ganz oben auf die Fahne schreiben darf.
Es darf doch niemandem wundern, wenn bei Jugendämtern, Schulen, Kitas, Bildungseinrichtungen, Förderprogrammen, Jugendangeboten, sozialen Einrichtungen und diversen anderen Trägern der Rotstift angesetzt wird, diese Einsparungen auch massive Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und Heranwachsende hat.
Unsere Zukunft wurde schlicht allein gelassen und die Verantwortung auf die aufopferungsvollen Menschen im öffentlichen Dienst und im Ehrenamt abgewälzt. Gruppendynamische Prozesse, Schutzbewaffnung und die Rolle von Social Media sind insbesondere bei jungen Menschen ein tragendes Element. All das erleben wir in unseren Schulen und bei der Lösung dieses Problems stehen unsere Pädagogen ziemlich allein auf weiter Flur.
Politik muss mehr Ressourcen bereitstellen
Natürlich betrifft dieses politische Versagen auch unsere Justiz und unsere Staatsanwaltschaften, denn ohne ausreichend Richter, Staatsanwälte und Verwaltungsmitarbeiter dauern Verfahren unverhältnismäßig lange. Aber es kann eben nur so schnell abgearbeitet werden, wie auch Personal zur Verfügung steht.
In Deutschland wird schon aufgrund unserer Verfassung akribisch auf ein ordnungsgemäßes rechtsstaatliches Verfahren geachtet. Diese Tatsache zeichnet Deutschland unter anderem aus, es bedarf aber eben auch ausreichend personelle und materielle Ressourcen. Ressourcen, die Politik offensichtlich nicht willens ist bereitzustellen.
Um dem Trend mit dem Tatmittel Messer sowohl präventiv als auch repressiv umzuwenden, braucht es selbstverständlich auch unsere Sicherheitsbehörden. Ich kann hier ausdrücklich sagen, wenn die Sicherheitsbehörden nicht vernünftig personell, materiell und gesetzlich ausgestattet sind, dann kann keine Kehrtwende erreicht werden. Die Sicherheitsbehörden erleben gerade politisch besonders viel Misstrauen anstatt Vertrauen.
„Kein Polizist greift gerne zur Dienstwaffe“
In Zeiten, in der unserer inneren Sicherheit besondere Bedeutung zukommt, setzt man weiter auf Sparkurs und von fehlenden modernen gesetzlichen Befugnissen möchte ich erst gar nicht anfangen. Gerade beim Tatmittel Messer - und ich beschrieb die Gefahr für Leib und Leben bereits - braucht die Polizei „Adressatengerechte Ausstattung“. Die Schusswaffe als Ultima Ratio darf nicht die abschließende Lösung sein.
Fakt ist: Kein Polizist würde bei einem Messerangriff in den körperlichen Kontakt gehen, wenn dieser vermeidbar ist. So wird es gelehrt und genau so ist es auch aus Eigensicherungsgründen richtig.
Fakt ist auch, kein Polizist greift gerne zur Dienstwaffe. Die Lösung wäre, die flächendeckende Einführung des Distanz-Elektroimpulsgerätes. Aber auch hier wird aus völlig unverständlichen ideologischen und teilweise haushälterischen Gründen eine Beschaffung verschleppt oder gar verhindert.
Auch die Nutzung einer Teilautomatisierung bei der Videoanalyse könnte Abhilfe schaffen. In Deutschland jedoch stellt man völlig unbegründet den Datenschutz über den Opferschutz.
Insgesamt gibt es bei den Sicherheitsbehörden eine Menge zu tun und ich sage es mit großem Selbstvertrauen:
Würde die Politik so arbeiten wie unsere Sicherheitsbehörden, dann hätten wir deutlich weniger Probleme in Deutschland. Wir dürfen zur Eindämmung des Phänomens aber nicht nur auf die politischen Verfehlungen schauen, sondern müssen auch kritisch auf diejenigen schauen, bei denen unsere Kinder ihre wesentliche Prägung erfahren - im Elternhaus.
Ein Bündel an Maßnahmen

Es sind nicht die Sicherheitsbehörden, die einen erzieherischen Auftrag haben. Es ist in erster Linie das Elternhaus, denn hier wird das Leitbild erstellt und geprägt. Das hat jedoch schon was von der Quadratur des Kreises, denn genau hier fängt ein „sozial schlanker“ und damit schwacher Staat an. Womit wir wieder beim Anfang der Probleme wären und genau hier muss Politik endlich in der Realität ankommen. Wir müssen also ein Bündel an Maßnahmen treffen und Strukturen, welche durch politische Verfehlungen gefestigt wurden, aufbrechen:

- Die Verantwortung des Elternhauses
- Aufbau der sozialen Infrastruktur
- Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Dienst
- Stärkung des Ehrenamtes
- Personelle und materielle Stärkung der Justiz und der Staatsanwaltschaften
- Personelle, materielle und gesetzliche Stärkung der Sicherheitsbehörden
- Opferschutz vor Datenschutz
- Ausweitung der Abschiebehaftplätze
- Die Zuständigkeit für die Bundespolizei im eigenen Zuständigkeitsbereich
- Installierung bundeseigener Abschiebehaftplätze
- Politische Willenserklärung für eine echte Kehrtwende hin zum starken Staat

Selbstverständlich ist diese Aufzählung nicht lückenlos und wird zu ergänzen sein. Wir sehen allein bei der Aufzählung, wie groß und tiefgreifend das Problem Tatmittel Messer ist. Die Politik gibt allzu gerne ihre Erfolge bekannt, aber beim Versagen schweigt man und genau das passierte in Deutschland und passiert auch weiterhin.
Es wird geschwiegen und ignoriert und sollte es dann doch zu einem Skandal werden, dann schiebt man die Verantwortung ab. Nicht selten in einer pietätlosen Art und Weise auf die Sicherheitsbehörden. Wir erleben in Deutschland ein Gewaltpotenzial, welches ungeahnte Dimensionen annimmt und der Höhepunkt ist längst nicht in Sicht.
Wir erleben das Resultat dieser Gewalt auf unseren Straßen. Wir wissen, wer die meisten Tatverdächtigen sind, aber verschweigen es. Dieses Schweigen führt zu weiteren Eskalationen und schlussendlich ist es die Gesellschaft, die in „Haft“ genommen durch einen kollektiven Freiheitsverlust, welcher durch Angst entsteht.
Wir müssen aufhören, das offensichtliche zu ignorieren und sollten der Gewalt in Deutschland endlich den rechtsstaatlichen Kampf ansagen. Tatmittel Messer ist kein neues Phänomen, aber ein Phänomen, welches uns komplett aus dem Ruder läuft. Jetzt liegt es tatsächlich an der Politik eine Kehrtwende einzuleiten und wiederhole mich hier gerne - wir sind es den friedlichen Menschen in Deutschland schuldig.

https://www.focus.de/panorama/welt/eine-analyse-von-ulrich-reitz-deutschland-du-hast-ein-problem-nicht-mit-auslaendern-aber-mit-kriminellen-auslaendern_id_259834972.html
Eine Analyse von Ulrich Reitz
Deutschland, du hast ein Problem - besonders mit drei kriminellen Gruppen
FOCUS-online-Korrespondent Ulrich Reitz
Montag, 08.04.2024, 19:16
Die Ausländerkriminalität in Deutschland steigt. Drei Tätergruppen sorgen für besonders erschreckende Zahlen. **Wie wird das Bundesinnenministerin Nancy Faeser jetzt erklären?**
41 Prozent der Tatverdächtigen in Deutschland sind inzwischen Ausländer und man kann feststellen: Diese Statistik lügt. In Wahrheit ist es mit der Ausländerkriminalität noch schlimmer.
Kriminalität: Auffällig sind Menschen aus muslimisch geprägten Ländern

Denn Doppelstaatler, eingebürgerte Ausländer mit deutschem Pass, werden, falls kriminell, in der Regel als Deutsche gezählt. Dafür werden EU-Bürger bei „Ausländerkriminalität“ mitgezählt. Und Ostasiaten. Und Ukrainer. Diese – großen – Gruppen sind aber bei der Kriminalität nicht „auffällig“, wie es im Polizeijargon heißt. Andere Gruppen sind es dafür umso mehr.

Was bedeutet: **Deutschland hat kein Problem mit Ausländern – sondern mit bestimmten Ausländern, dafür ein großes. Jung und leider immer jünger, männlich, arm, ungebildet, meistens aus muslimisch geprägten Ländern: das ist die toxische Mischung, die die Kriminalität in Deutschland in immer höhere Höhen treibt – auf inzwischen 5.940.667 Straftaten, so viele wie nie waren es im vergangenen Jahr. Deshalb nimmt die Kriminalität mit der illegalen Einwanderung auch zu, denn die findet nicht aus der Ukraine statt, sondern aus Syrien, der Türkei und Afghanistan.**

Die Asyl-Einwanderung, kombiniert mit den Duldungen nach der Genfer Flüchtlingskonvention, treibt auch die Sozialkosten. In Westdeutschland haben inzwischen mehr als Zweidrittel aller Bürgergeldempfänger einen Migrationshintergrund (in Ostdeutschland sind es knapp die Hälfte).

Über diese Zusammenhänge zwischen Migration, Kriminalität und Sozialkosten zu sprechen, weigert sich der rotgrüne Teil der Ampelkoalition bisher.

Frau Ministerin, öffnen Sie endlich die Augen und lösen Sie unser Ausländerproblem

Ob das anders wird, wenn Bundesinnenministerin Nancy Faeser an diesem Dienstag die Polizeiliche Kriminalstatistik vorstellt**? Die sozialdemokratische Ministerin hat schon einmal, im November, eingeräumt, die Gesellschaft werde gewalttätiger. Es ist aber nicht „die Gesellschaft“, deren Gewalttätigkeit zunimmt, sondern es ist der eingewanderte Teil dieser Gesellschaft. Die Kriminalität von Deutschen hat um nur ein Prozent zugenommen im Jahr 2023.**

Innere Sicherheit ist ein zentrales Bürgerrecht, und sollte man Faeser raten wollen, müsste man ihr zurufen: „Frau Ministerin, öffnen Sie endlich die Augen und lösen Sie unser Ausländerproblem“. Ihr Demokratiefördergesetz, mit dem sie einen Rechtsextremismus bekämpfen will, den sie mit Hilfe ihres Verfassungsschutzpräsidenten Haldenwang offenkundig immer schwammiger definiert, wird jedenfalls an der zunehmenden Ausländerkriminalität nichts ändern.

Integration kann natürlich gelingen

Und weil jetzt wieder viele – von ganz rechts besonders – behaupten, die Integration sei gescheitert: Wer beim Griechen, beim Italiener, oder beim Vietnamesen Essen und beim Türken Obst und beim Iraker im Kiosk Bier kaufen geht, wird auch nicht finden, dass „Multikulti gescheitert“ ist. Allerdings ist jene rotgrüne Ideologie gescheitert, die von automatisch gelingender Integration ausgeht, wenn die Einwanderungsgesellschaft nur genug Mühe gibt, Migranten zu integrieren.

Eingewanderte oder einwandernde Kriminalität ist eines der letzten großen innenpolitischen Tabus in Deutschland. Das dürfte es allerdings nicht länger bleiben. Schon hat Faesers CDU-Innenminister-Kollege Herbert Reul für das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen angekündigt, die Ausländerkriminalität fortan viel stärker in den Blick zu nehmen**. Und Faeser niedersächsische Innenministerin und Parteifreundin Daniela Behrens stößt inzwischen ins gleiche Horn: mit Corona-„Nachholeffekten“ sei jedenfalls der drastische Kriminalitätsanstieg um 7,3 Prozent insgesamt und bei Ausländern um 17,8 Prozent, kaum zu erklären.**

<u>Notwendige Debatte um Strafmündigkeit</u>

<u>Schaut man auf die Altersverteilung der Tatverdächtigen, so sind drei Zahlen besonders erschreckend , auch, weil sie eine düstere Zukunftsaussicht erahnen lassen: Die Zahl der tatverdächtigen Kinder stieg um mehr als 30 Prozent. Dahinter verbergen sich Kriminalitäts-Phänomene wie von ihren Eltern zum Drogenhandel oder Diebstahl losgeschickte Kinder, die noch keine 14 Jahre alt sind und daher auch noch nicht strafmündig.</u>

Weshalb NRW-Innenminister Reul schon laut über eine Absenkung der Strafmündigkeit nachdenkt – zu Recht: Denn hinter der Strafmündigkeit steckt der menschenfreundliche, aber auch naive Gedanke, dass ein 13-Jähriger noch nicht wissen könne, was Recht ist und was Unrecht. Eine üble Rolle beim Anstieg der Kinderkriminalität spielen soziale Netzwerke, wie Tiktok. Dort teilten Kinder Gewaltvideos, in denen es etwa als schick und männlich dargestellt wird, Bettler anzugreifen.

In der nächsten Gruppe, der Jugendlichen zwischen 14 bis 18 Jahren, sieht es genauso schlimm aus: Hier stieg die Zahl der Tatverdächtigen binnen nur eines Jahres um 31,4 Prozent, was bedeutet: Um

16.674 Jugendliche. Bei den Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren stieg die Zahl Tatverdächtiger um 27,4 Prozent.
Rechnet man die absoluten Zahlen der tatverdächtigen Kinder und Jugendlichen zwischen 0 bis 21 Jahre zusammen, kommt man auf eine knappe halbe Million, die die deutschen Straßen – und Schulhöfe - unsicher machen.
Ausländerkriminalität ist auch ein Problem für Ausländer selbst
Das hat enorme soziale Probleme zur Folge, in den Erstaufnahme-Einrichtungen, aber auch an den Schulen – Lehrer und Sozialarbeiter berichten immer öfter darüber, auch in Talkshows. Und je mehr eine älter gewordene Gesellschaft, aufgewachsen mit dem Gedanken, inneren Frieden für selbstverständlich zu halten, sich mit dem Gegenteil auseinandersetzen muss, desto mehr steigt deren Unzufriedenheit – oder Empörung. Die steigende Unsicherheit ist kein Zufall, sondern Folge politischer Entscheidungen.
Ausländerkriminalität ist auch ein Problem für Ausländer selbst, die in Deutschland integriert sind und ihr Leben mit Arbeit selbst finanzieren. Nimmt die Kriminalität unter syrischen Migranten zu, geraten auch integrierte Syrer unter „Generalverdacht". Will sagen: Wenn Politik die Kriminalität nicht adressiert, sondern verschweigt oder wegdefiniert, hilft sie nicht den in Deutschland friedlich lebenden Ausländern, sondern schadet ihnen.
Man braucht in der aufgeladenen Diskussion auch nicht auf die AfD als Feindbild zurückzugreifen, nach dem Motto: Diskutieren wir nicht darüber, wird es am Ende nur den Rechtsradikalen nutzen. Es ist erst einmal nicht vorrangig, wem es parteipolitisch nutzt, abgesehen davon, dass man es auch nicht so genau wissen kann. Es dürfte auch Sahra Wagenknecht noch nutzen. Wichtiger ist ein Problem anzugehen, das die Deutschen mittlerweile mit deutlichem Abstand zum Klimawandel ganz nach oben priorisiert haben.
Die meisten Menschen wissen längst, dass es sich bei Messerangriffen wie zuletzt in Wangen durch einen syrischen Flüchtling mit holländischem Pass auf ein vierjähriges Mädchen nicht um einen „Einzelfall" handelt; sondern um den kleinen Teil eines leider großen Ganzen. Die Leute fragen sich auch wie es sein kann, dass ein in ein europäisches Land Eingebürgerter sich offenbar in einem Asylbewerberheim im Allgäu anmelden kann – und nicht umgehend abgeschoben wird in sein zweifellos sicheres Herkunftsland, die Niederlande.
Grüner Widerspruch
Was Abschiebungen angeht, sieht es gerade nicht so gut aus. Manfred Weber, der Chef der Christdemokraten im Europaparlament, sagt, die Abstimmung über das Gemeinsame Europäische Asylrecht stünde auf des Messers Schneide. Weil neben den Rechts- und den Linksradikalen in dieser Woche auch die Grünen dagegen stimmen wollten.
Was perfide wäre, denn: In Deutschland haben die Grünen der Novelle, tatsächlich einer Mini-Verschärfung, die nur den kleinsten Teil der Asylbewerber mit Abschiebungen an den Außengrenzen bedroht, zugestimmt. In Europa planen sie nun ein Nein. Man kann das für einen Widerspruch halten, als Grüne in Berlin anders zu reden als in Brüssel und Straßburg. Was, wenn es grüne Strategie ist?
Die Unzufriedenheit der Deutschen mit ihrer Bundesregierung liegt inzwischen ausweislich dem jüngsten ARD-Deutschlandtrend bei 80 Prozent. Das ist der politische Hintergrund, vor dem Nancy Faeser an diesem Dienstag über die Kriminalität in Deutschland vortragen wird.

https://www.focus.de/politik/analyse-von-ulrich-reitz-auslaenderkriminalitaet-wir-muessen-jetzt-ueber-den-islam-reden-frau-faeser_id_259839168.html
Analyse von Ulrich Reitz
Zu viel ist zu viel! Wir müssen jetzt über den Islam reden, Frau Faeser
FOCUS-online-Korrespondent Ulrich Reitz

Dienstag, 09.04.2024, 19:16

Mehr Zuwanderung führt zu mehr Kriminalität, sagt Nancy Faeser (SPD). Nicht nur die Bundesinnenministerin, auch der grüne Minister Cem Özdemir sagt über die Ausländerkriminalität einen bemerkenswerten Satz. Der führt zu dem weißen Elefanten im Raum.

Die Einwanderung, vor allem die Migration aus islamischen Staaten, hat Deutschland unsicherer gemacht. Bundesinnenministerin Nancy Faeser bestätigte den grundsätzlichen Zusammenhang von Einwanderung und steigender Kriminalität in ungewohnter Offenheit: Steigende Migration führe zu mehr Straftaten, „dieser Zusammenhang ist richtig", sagte sie bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) .

, GleichFür die Deutsche Polizeigewerkschaft zeigen die hohen Kriminalitätszahlen „das in Zahlen gegossene sicherheitspolitische Scheitern der Politik", wie ihr Vize Manuel Ostermann sagte.

Der Chef des Bundeskriminalamts, Holger Münch, antwortete auf die Frage, bei welchen Herkunftsländern die Kriminalität besonders hoch sei, mit: Georgien (wegen Organisierter Kriminalität), die Maghreb-Länder Marokko, Algerien und Tunesien sowie die Länder Zentralafrikas. Migranten aus Syrien und Afghanistan seien zwar nicht besonders auffällig, aber von ihnen kämen eben viele, was bedeutet: Syrer und Afghanen leisten sich weniger Straftaten als etwa Algerier und Marokkaner, ihre Zahlen bewegen sich im Schnitt. Allerdings ist der hoch.

Ein Problem, das Deutschland sich über die Asyl-Einwanderung ins Land holt

Hier die Zahlen: Ausländer sind für 41 Prozent der Straftaten in Deutschland verantwortlich. Zieht man die ausländerrechtlichen Verstöße ab, weil sie Deutsche nicht begehen können, bleiben immer noch 34,4 Prozent. Der Ausländer-Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt 15 Prozent. Sie sind also weit überdurchschnittlich kriminell.

Die Kriminalität bei den „Zuwanderern" stieg laut PKS stark – um 29,8 Prozent. Zuwanderer, das sind: Asylbewerber, Geflüchtete und illegal Eingereiste. Deren Hauptherkunftsländer waren im vergangenen Jahr die Türkei, Syrien und Afghanistan, alle drei islamisch. 30 Prozent mehr Migrantenkriminalität – das zeigt, wie groß das Problem ist, das Deutschland sich über die Asyl-Einwanderung aus islamischen Ländern ins Land holt.

Wobei: Derzeit sinken die Zahlen, sogar um rund 20 Prozent, was Faeser sich auf ihr Konto gutschreibt. Den von ihr veranlassten Grenzkontrollen und dem verschärften Abschiebegesetz. Besonders bedenklich allerdings: Die Verrohung in der Gesellschaft nimmt zu, die „Zündschnüre", von denen NRW-Innenminister Herbert Reul spricht, vor allem bei Jugendlichen werden kürzer. Besonders auffällig auch in diesen Gruppen: ausländische Jugendliche.

Hier die Zahlen: Bei den Kindern bis 14 Jahren nahm die Zahl der tatverdächtigen Deutschen um 2,8 Prozent zu, die der Ausländer hingegen um 30,9 Prozent. Bei den Jugendlichen deutscher Herkunft stieg die Zahl der Tatverdächtigen um ein Prozent, bei denen ausländischer Herkunft waren es 31,4 Prozent. Die Kriminalität bei den heranwachsenden Deutschen bis 21 Jahre nahm sogar um 4,2 Prozent ab, bei den Ausländern in dieser Gruppe nahm sie hingegen um 27,4 Prozent zu.

Ausgerechnet bei den Grünen bricht ein brisanter Streit über die Ausländerkriminalität aus

Die Integration in Deutschland stoße an ihre „Leistungsgrenze", bilanzierte der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen, im Namen aller 16 Landes-Innenminister. Die Schlussfolgerung des CDU-Manns: „Wir dürfen nicht weiter dem Zufall überlassen, wer zu uns kommt."

Hinter diesem Zitat verbirgt sich ein großer Vorwurf, denn wenn es der „Zufall" ist, der festlegt, wer nach Deutschland kommen kann, ist es eben nicht die politische Verfolgung, die laut Grundgesetz als einziger Grund einen Asylrechtsanspruch rechtfertigt. Stübgens glasklare Schlussfolgerung: Ohne „spürbare Verringerung" der Migration werde es auch bei der Kriminalität nicht besser werden.

Der Zusammenhang ist laut Stübgen klar, er drückte es bürokratisch so aus: „Bei hoher Migrationsdynamik lässt das Integrationsgelingen nach." Das heißt: Je mehr Migranten kommen, desto geringer sind die Integrationschancen und desto höher steigt die Kriminalität." Nötig sei darum eine „Obergrenze" bei den Flüchtlingen. Die lehnt die Ampelkoalition rigoros ab.

Nun zu den Ursachen für die steigende Ausländerkriminalität, über die aktuell ein brisanter Streit ausgebrochen ist. Und zwar ausgerechnet bei den Grünen:

Cem Özdemir, grüner Minister mit türkischem Migrationshintergrund, kommentierte die gestiegene Ausländerkriminalität so: „Wer nach Deutschland kommt, um Schutz zu suchen und hier straffällig wird, kann keine Nachsicht erwarten. Der muss unser Land wieder verlassen. Das kann man auch nicht als soziales Problem bagatellisieren.“ Der letzte Satz ist ein grüner Traditionsbruch – und führte sofort zu einer heftigen Reaktion:

„Dass es vor allem soziale Probleme sind, ist keine Bagatellisierung. Was sollen es denn sonst für Probleme sein?“ Das fragte Erik Marquardt. Der Europapolitiker ist Mitglied des Parteirats der Grünen – und führte den Widerstand bei den Grünen gegen das Gemeinsame Europäische Asylrecht an – gegen die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, die diese Europäische Lösung schon aus Gründen der außenpolitischen Staatsräson befürwortet. Marquardt verlor – und gab seinen Widerstand trotzdem nicht auf.

Özdemirs Anspielung auf das „kulturelle Gepäck“, das jeder Migrant nach Deutschland mitbringt

An diesem Mittwoch stimmt das Europäische Parlament über das Gemeinsame Europäische Asylrecht (Geas) ab. Diese Abstimmung steht nach Einschätzung des Chefs der Christdemokraten im Europaparlament, Manfred Weber (CSU), auf Messers Schneide. Grund: Erik Marquardt und die Grünen wollen dagegen stimmen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser nannte das Geas am Tag vor dieser Abstimmung „ungeheuer wichtig“.

Scheitert es, scheitert mit diesem Projekt Europa selbst bei dem Versuch, eine Minimalverschärfung des Asylrechts zu beschließen. Dies hätte, so die Befürchtung aller demokratischen Parteien, massive Auswirkungen auf die Europawahl, die im Juni ansteht. Man kann die Frage von Erik Marquardt beantworten, und zwar so:

BKA-Chef Münch nennt als „kriminogene Faktoren“ Armut, Bildung und Gewalterfahrung. Es sind soziale Begründungen für Ausländerkriminalität. Özdemir sagt, allein darauf zu gucken, reiche nicht, sei sogar eine Bagatellisierung. Es ist eine Anspielung des grünen Ministers auf das „kulturelle Gepäck“, das jeder Migrant nach Deutschland mitbringt. Hier der Grund, weshalb das ein Tabubruch ist:

Die politische Linke von Linkspartei über SPD und Grüne nimmt Desintegration von Migranten zur Kenntnis, wenn auch widerwillig, führt das Versagen bei der Integration aber auf soziale Ursachen zurück. Damit bürdet sie – seit Jahrzehnten – der Einwanderungsgesellschaft und nicht den Migranten die Integrationslast auf.

In der deutschen Migrationsdebatte ist der Islam der weiße Elefant im Raum

Dieses Denken fußt auf dem Historischen Materialismus – eine marxistische Denkfigur, die alle gesellschaftlichen Konflikte auf soziale Ursachen zurückführt. Das mündet dann in eine Migrationspolitik, deren Erfolg sich an der Zahl der Integrationskurse und der damit beauftragten Sozialarbeiter bemisst. Dahinter steht der Glaube, kulturelle Prägungen ließen sich durch Sozialarbeit nivellieren. Es handelt sich offensichtlich um einen Irrglauben.

Wie prägend und negativ sich der islamische Glaube bei Migranten auswirkt, dazu gibt es hervorragende wissenschaftlich fundierte Literatur. Etwa die daten- und zahlenreiche Studie des Berliner Migrationsforschers Ruud Koopmanns über das „Verfallene Haus des Islam“. Die von Münch benannten „kriminogenen Faktoren“ Armut, schlechte Bildung und Gewalterfahrung haben laut Koopmanns Forschung allesamt ihre Ursache im islamischen Glauben.

Denn: Der stellt den Koran über die Wissenschaft, was hart bildungsfeindlich ist. Den Mann über die Frau, was Frauen in einer untergeordneten Stellung festnagelt und Männer in ihrem patriarchalischen Weltbild, beides Minusfaktoren für gesellschaftliche Emanzipation und Aufstieg. Der Islam stellt den Heterosexuellen über den Homosexuellen. Und Moslems über Christen und Juden, die er „Ungläubige“ nennt, was rassistisch ist, man kann es auf Pro-Palästina-Demonstrationen studieren.

Muslimisch dominierte Ausländerkriminalität, dieses Migrationsphänomen, liest sich bei Koopmanns daher so: „Es ist die Sozialisation in einer religiösen Kultur, in der Antisemitismus weit verbreitet ist, Homosexualität als Todsünde gilt und Frauen männlichen Familienmitgliedern gehorchen müssen, die den Nährboden für gewaltsame Entgleisungen bildet. Auch dieses Gepäck ist leider mit der Migration mitgekommen.“

In der deutschen Migrationsdebatte ist der Islam der weiße Elefant im Raum.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/berlin-neuk%C3%B6lln-gruppe-stoppt-rettungswagen-im-einsatz-polizei-verschweigt-den-fall-zun%C3%A4chst/ar-BB1lEz0q?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=7d80142fd2914a32cbeb76e77c410529&ei=24
Berlin-Neukölln: Gruppe stoppt Rettungswagen im Einsatz – Polizei verschweigt den Fall zunächst
In Berlin-Neukölln hat eine Menschenmenge einen Rettungswagen zum Anhalten gezwungen. Die Gruppe wollte, dass die Sanitäter zwei Männer mit Stichwunden ins Krankenhaus fahren. Die Polizei hatte den Vorfall zunächst verschwiegen.

Berlin-Neukölln: Gruppe stoppt Rettungswagen im Einsatz – Polizei verschweigt den Fall zunächst
Berlin-Neukölln: Gruppe stoppt Rettungswagen im Einsatz – Polizei verschweigt den Fall zunächst
© Monika Skolimowska / dpa
Ein Rettungswagen brachte am Donnerstagabend eine Person mit Blaulicht ins Krankenhaus, da sprangen im Berliner Stadtteil Neukölln Dutzende Menschen auf die Straße und stoppten den Wagen. Ihr Ziel: Der Wagen sollte zwei Opfer einer Messerstecherei mitnehmen. Die Berliner Feuerwehr bestätigte den Vorfall im Berliner Innenausschuss.

Die Polizei hatte am Freitag zunächst nur von dem Streit mit Verletzten berichtet, nicht aber davon, dass der Rettungswagen angehalten wurde. Demnach seien ein 21-Jähriger in den Bauch, ein 29-Jähriger in den Po gestochen worden, beide seien von einem zufällig vorbeikommenden Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht worden.
DER SPIEGEL fasst die wichtigsten News des Tages für Sie zusammen: Was heute wirklich wichtig war - und was es bedeutet. Ihr tägliches Newsletter-Update um 18 Uhr. Jetzt kostenfrei abonnieren.

Nun stellt sich heraus, dass der Rettungswagen zwar zufällig vorbeikam, aber eigentlich schon belegt war, als er in der Reuterstraße vor einem Lokal gestoppt wurde. Etwa 50 Männer seien auf die Straße gesprungen, heißt es von der Feuerwehr. Die Sanitäter hätten umgehend die Polizei gerufen, dann aber die insgesamt drei Patienten im Krankenhaus angeliefert. Tätlich angegriffen worden seien die Sanitäter nicht. Aber durch die »Masse der Personen auf der Fahrbahn wurde der Wagen zum Anhalten gezwungen«.

Innensenatorin Iris Spranger (SPD) sagte, das sei ein »unwahrscheinliches Ding, das muss ich wirklich auch sagen«. Sie fügte hinzu: »Dann erwarte ich auch, dass solche Fälle sehr klar kommuniziert werden.« Die Berliner Tageszeitung »B.Z.« hatte als Erste über den Vorfall berichtet.

Laut Polizei hatte es in der Bar in der Reuterstraße einen Streit zwischen drei Männern in einer Kneipe gegeben. Immer mehr Männer hätten eingegriffen. Dann sei es zu den Stichen gekommen. Ein 34-jähriger Mann wurde als mutmaßlicher Täter festgenommen.

https://www.pi-news.net/2024/04/gruppenvergewaltigung-in-rostock/
Gruppenvergewaltigung in Rostock
Von
15. April 2024
31
Einsatzkräfte der Polizei untersuchen die Rostocker Wallanlagen auf Hinweise.
Von MANFRED ROUHS | Jeden Tag werden in Deutschland in etwa 20 bis 30 Fällen Frauen von Männern vergewaltigt. Dabei handelt es sich selbstverständlich nur um die offiziellen, angezeigten Fälle, die Eingang in die Statistik gefunden haben. Oft ist nach einer solchen Tat für die betroffenen Mädchen und Frauen ihr bisheriges, normales Leben vorbei.
Selbstverständlich können die Massenmedien nicht täglich bundesweit über 20 bis 30 Vergewaltigungsfälle berichten. Was würde wohl sonst auch beim Leser, Zuschauer und Zuhörer für ein Eindruck über die Verhältnisse in unserem Land entstehen?
Und wie verheerend wäre der öffentliche Eindruck erst, wenn dann auch noch die hohe Quote an migrantischen Tätern erwähnt werden würde? Das liefe auf eine Art Dauerwerbung für die AfD hinaus. Also gibt es eine solche Berichterstattung nicht.
Aber ab und zu rutscht etwas durch, wie jetzt im Falle einer Gruppenvergewaltigung an drei 14-jährigen Mädchen, begangen in den Rostocker Wallanlagen frühabends um 18:30 Uhr von „sechs jungen Männern". Eine solche spektakuläre Untat mitten in der Stadt bei Tageslicht lässt sich nicht so einfach unter den Teppich kehren.
Die „Bild"-Zeitung schreibt dazu:
Die 14-Jährige soll bei den Beamten ausgesagt haben, dass es sich bei den Männern um Ausländer handele. Sie sollen zwischen 19 und 25 Jahre alt sein.
Wenn man seine 14-jährige Tochter nicht mal mehr vor 19 Uhr im Stadtzentrum zusammen mit zwei gleichaltrigen Freundinnen durch eine öffentliche Grünanlage laufen lassen kann, was geht dann überhaupt noch? Oder soll in allen Parks an jeder Ecke die Polizei stehen? Falls ja, wer kann das bezahlen?
Ober wäre es vielleicht klüger, das multi-kulturelle Gesamtkonzept zu überdenken und integrationsunwillige Menschen und Kriminelle schleunigst nach Hause zu schicken?

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/in-deutschland-abgelehnter-asylbewerber-soll-rentner-um-pal%C3%A4stinas-willen-ermordet-haben-angeklagter-bestreitet-tat/ar-BB1lEiFr?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=ea3bcce75062475c82da9b23f9facc93&ei=37
In Deutschland abgelehnter Asylbewerber - Soll Rentner „um Palästinas willen" ermordet haben - Angeklagter bestreitet Tat
Geschichte von FOCUS Online

In Deutschland abgelehnter Asylbewerber - Soll Rentner „um Palästinas willen“ ermordet haben - Angeklagter bestreitet Tat
Geschichte von FOCUS Online
Ein offenbar in Deutschland abgelehnter Asylbewerber steht in Großbritannien vor Gericht. Der 45-Jährige soll einen Rentner ermordet haben.
In Großbritannien muss sich Ahmed Ali A., ein abgelehnter Asylbewerber aus Deutschland, vor Gericht verantworten. Er soll einen Rentner „um Palästinas willen“ ermordet haben. Das berichtet „The Telegraph“.
Staatsanwalt: 45-Jähriger tötete „aus Rache“
Der 45-jährige Mann lebte laut Aussage seines Mitbewohners zum Tatzeitpunkt in einer Wohngemeinschaft mit drei anderen Asylbewerbern in Hartlepool im Nordosten Englands. „The Telegraph“ zitiert aus den Gerichtsakten, dass Ahmed Ali A. zunächst versucht habe, seinen Mitbewohner Javed Nouri im Schlaf zu töten. A. sah in Nouri einen „Abtrünnigen“, da dieser vom Islam zum Christentum konvertiert war.
Nach dem erfolglosen Angriff auf Nouri lief A. auf die Straße und stieß dort „zufällig“ auf den 70-jährigen Terence Carney. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft habe A. ihn „aus Rache für das, was er für die Tötung von Kindern durch Israel hielt“ erstochen.
Angeklagter soll Mitbewohner eingeschüchtert haben
Nouri sagte den Ermittlern, dass A. ihm offenbart habe, sein Asylantrag in Deutschland sei abgelehnt worden. Daraufhin sei er nach Großbritannien gekommen. Laut „The Telegraph“ soll A. in der Unterkunft, in der er mit Nouri lebte, als strenger Muslim aufgefallen sein.
Er sei gegen den Konsum von Alkohol gewesen und habe sogar die Mitbewohner wegen eines Biers zur Rede gestellt, das im Kühlschrank vergessen worden war. Nouri berichtete zudem, dass A. begonnen habe, ein Messer zu tragen und die anderen Mitbewohner einzuschüchtern.
Ahmed Ali A. bestreitet, Carney ermordet zu haben und in zwei Fällen Polizeibeamte angegriffen zu haben. Der Prozess wird fortgesetzt.

https://philosophia-perennis.com/2024/04/15/regensburger-asylzentrum-gewaltexzesse-wegen-halskette-mit-kreuz/
Regensburger Asylzentrum: Gewaltexzesse wegen Halskette mit Kreuz
BY**DAVID BERGER**
15. APRIL 2024
(David Berger) In einer Asylunterkunft in Regensburg ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen. Die Regensburger Polizei berichtet offiziell so darüber:
„In den späten Mittwochabendstunden wurde dem Sicherheitsdienst einer Regensburger Asylunterkunft ein Streit zwischen mehreren Personen mitgeteilt. Demnach soll ein Bewohner negativ auf das Tragen eines religiösen Symbols angesprochen worden sein. Als der Sicherheitsdienst den Streit schlichten wollte wurden die alkoholisierten Aggressoren gewalttätig und warfen mit Gegenständen nach dem Sicherheitspersonal.
Sechs Security-Mitarbeiter verletzt
Mehrere herbeigerufene Polizeistreifen beruhigten die Situation und nahmen sechs Personen vorläufig fest. Bei fünf Personen erging auf Antrag der Staatsanwaltschaft Regensburg durch einen Ermittlungsrichter Untersuchungshaftbefehl.
Diese müssen sich zum Teil wegen dem Tatvorwurf des besonders schweren Landfriedensbruchs und der gefährlichen Körperverletzung verantworten. Sechs Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes wurden bei dem Vorfall verletzt, wovon sich drei in ambulante Behandlung begaben.“ – soweit der offizielle Bericht der Polizei.
„Religiöses Symbol“ war Kruzifix

Was hier nicht klar wird (klar werden soll?): Der Grund für die schweren Ausschreitungen war die Tatsache, dass einer der Asylbewerber ein Kreuz an seiner Halskette getragen hatte. Die Mehrheit der Asylheimbewohner, die dem Islam anhängen, provozierte dieses christliche, im christlichen Abendland ganz fundamentale Symbol so sehr, dass es zu tumultartigen Auseinandersetzungen kam.
Zunächst griffen etwa 30 Bewohner das Security-Personal des Ankerzentrums an, das den Christen in Schutz nehmen wollt: „Aus der Gruppe heraus griffen fünf Migranten mit Flaschen und Stühlen an, auch Fäuste flogen. Ein Angreifer soll laut einem Bericht der Mittelbayerischen Zeitung sogar ein Messer gezückt haben … Die Polizei war mit mehreren Streifen im Einsatz, um die Situation zu beruhigen." (Quelle)
Die Festgenommenen sollen alle aus Tunesien stammen.
Terror gegen Christen vorprogrammiert
Dieser Vorfall ist kein Einzelfall: immer wieder kommt es in den Asylunterkünften zu Gewaltexzessen gegen Nicht-Muslime. Stellen wir uns einfach vor, solche „Schutzsuchende" sollten den künstlichen Lebensbereich ihres Ankerzentrums verlassen und in einer Stadt wie Regensburg, die in fast jeder Straße von der christkatholischen Verankerung der Stadt zeugt, umherlaufen. Hier scheinen doch zahlreiche neue Terrorakte gegen Christen und christliche Symbole sowie Kult- und Kulturstätten geradezu vorprogrammiert!

https://unser-mitteleuropa.com/136220
Ursachen der explodierenden Migrantenkriminalität (Teil 2): „Schuldunfähigkeit"
VonRedaktion
APR 16, 2024 #Messerstecher, #Migrantengewalt, #schuldunfähig
In Teil 2 unserer neuen Serie „Ursachen der explodierenden Migrantenkriminalität" wollen den Umstand, dass eine gewisse Sorte von Kriminellen als „schuldunfähig" eingestuft werden anhand eines Doppelmordes thematisieren, der vermeidbar gewesen wäre, wenn der vor der Tat bereits schwer kriminelle Messerstecher nicht als „ungefährlich" auf freien Fuß gesetzt worden wäre.
Dass der Mann sich in Deutschland illegal aufhielt, rundet das Bild ab. Ist aber irgendwie bereits Normalität, so unter dem Motto: jetzt ist er halt da. Und normal ist inzwischen auch, wenn besonders gläubige Allahu Akbar-Rufer wahllos auf Passanten einstechen. Nicht oft, aber immer öfter. Und allesamt werden durch die Bank dann als "schuldunfähig" eigestuft. So darf beispielsweise der 26-jährige Somalier, der 2018 einen Arzt in Offenburg in dessen Praxis mit 30 (!) Messerstichen erstochen hat (und seine Assistentin schwer verletzte) sich wieder frei und unbeaufsichtigt in der Öffentlichkeit bewegen. Beim Prozess 2019 wurde er wegen Schulunfähigkeit freigesprochen und landete deshalb statt im Gefängnis in der geschlossene Psychiatrie. Jetzt ist er offensichtlich "geheilt" – vermutlich hat niemand, außer ein paar grüne Spinner, das Bedürfnis, den 2015 hier eingetrudelten "Schutzsuchenden" zufällig zu begegnen.
Das online-Magazin **journalistenwatch.com**, unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION berichtete vor ein paar Tagen über den hier eingangs erwähnten Fall, der kaum zu glauben ist. Hier der Bericht:
Natürlich wieder "schuldunfähig":
Palästinenser wegen Messermord im Regionalzug vor Gericht
Im schleswig-holsteinischen Itzehoe steht derzeit der staatenlose Palästinenser Ibrahim A. vor Gericht, weil er im Januar letzten Jahres in einem Zug ein jugendliches Paar ermordete und vier weitere Passagiere schwer verletzte. Dabei hatte er völlig wahllos und blindwütig auf seine Opfer eingestochen, von denen sich eines ein halbes Jahr später das Leben nahm.
Wie immer, wenn ein Migrant eine derartige Gewaltorgie verübt, steht in Deutschland die Frage der Schuldfähigkeit im Raum, die in aller Regel mit nein beantwortet und der Täter dann in die nächste

Psychiatrie abgeschoben wird. **Obwohl zumindest die Staatsanwaltschaft A. für schuldfähig hält und ihm vorwirft, aus Frust über einen für ihn nachteiligen Termin bei der Kieler Ausländerbehörde gehandelt zu haben, verfolgt die Verteidigung die probate Strategie einer psychischen Störung ihres Mandanten – obwohl dieser selbst im Verhör bekräftigte, geistig gesund zu sein.**
Der Fall Ibrahim A. ist exemplarisch für den Wahnsinn der deutschen Migrationspolitik:

- Er kam 2014 nach Deutschland und stellte einen erfolglosen Asylantrag, hält sich aber immer noch im Land auf.
- Zudem war er bereits vorbestraft und saß bis sechs Tage vor der Tat noch in der Hamburger Justizvollzugsanstalt Billwerder ein.
- Der Arzt, der ihn dort betreute, sagte auch im Mordprozess als Zeuge aus. Im Gefängnis hatte er A. attestiert, dass es keine Gefahr der Fremd- oder Eigengefährdung gebe. Aufgrund dessen war er freigelassen worden und konnte seine Mordtaten begehen.

Gutachter: An "Psychose" gelitten
Nun hält es der Psychiater plötzlich für möglich, dass A. zum Tatzeitpunkt unter einer "Psychose" gelitten haben könnte. Diese Farce zeigt einmal mehr, was von dieser Zunft zu halten ist, die migrantische Gewalttäter oft binnen Stunden nach ihren Taten für schuldunfähig erklärt, wo solche Untersuchungen sonst oft Wochen und Monate dauern können.

- **Zudem wird bei alledem komplett ausgeklammert, dass A. bereits 2022 im Gefängnis mehrfach Andeutungen über terroristische Absichten machte. Unter anderem sagte er zu einem Wärter: „Es gibt nicht nur einen Anis Amri, es gibt mehrere: Ich bin auch einer!"**
- **Überdies verübte er mehrere gewaltsame Übergriffe auf das Gefängnispersonal.**

So oder so hätte er nie und nimmer freigelassen werden dürfen. Nun darf man gespannt sein, ob das Gericht der Staatsanwaltschaft folgt oder ob es einem Psychiater mit fragwürdiger Kompetenz, der erhebliche Mitverantwortung für die Toten und Verletzten trägt, die A. auf dem Gewissen hat, am Ende auch noch gelingt, das Gericht von As vermeintlicher Schuldunfähigkeit zu überzeugen und ihm die Haft zu ersparen. Das Ende des Prozesses ist für den 26. April angesetzt. (TPL)

https://www.welt.de/regionales/hamburg/article251208258/Gutachter-Angeklagter-im-Brokstedt-Prozess-ist-schuldfaehig.html
Gutachter: Angeklagter im Brokstedt-Prozess ist schuldfähig
Stand: 27.04.2024 | Lesedauer: 3 Minuten
Im Prozess um tödliche Messerstiche im Regionalzug in Brokstedt geht es um die Schuldfähigkeit des Angeklagten. Die Erkenntnisse des psychiatrischen Gutachters könnten großen Einfluss haben.
Der psychiatrische Gutachter im Mordprozess um die Messerattacke im Regionalzug in Brokstedt hält den Angeklagten für schuldfähig. Er sehe zwar psychotische Symptome, aber keine Psychose bei Ibrahim A., sagte Professor Arno Deister am Donnerstag vor dem Landgericht Itzehoe. Bei dem 34-jährigen Palästinenser liege eine schwere posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) vor. Die Bedingungen der Paragrafen 20 und 21 des Strafgesetzbuches für Schuldunfähigkeit oder verminderte Schuldfähigkeit seien aber nicht erfüllt. Zwar liege eine seelische Störung vor. Aber: «Ich sehe keine Beeinträchtigung der Einsichtsfähigkeit». Auch liege keine Aufhebung der Steuerungsfähigkeit vor. Es gehe um eine «ziemlich komplexe Fragestellung». Das Gutachten des Psychiaters ist wichtig für die Entscheidung der Großen Strafkammer.
Der Gutachter sagte, er sehe bei Ibrahim A. bereits zu Beginn der Haft in Hamburg im Januar 2022 eine PTBS. Ibrahim A. habe den Unterlagen zufolge Gewalterfahrungen in Gaza gemacht, wo er aufgewachsen ist. Im Verlauf der Haft entwickelten sich nach Deisters Angaben psychotische Symptome, die vorher nicht vorhanden waren. «Diese Symptome können Teile von ganz

verschiedenen Krankheiten sein.» Es gebe Anhaltspunkte für eine emotionale Abgestumpftheit. Mit zunehmender Haftdauer habe sich die PTBS weiter entwickelt. Die Diagnose einer psychotischen Erkrankung könne zum Zeitpunkt der Entlassung aus der Haft in Hamburg kurz vor der Tat in Brokstedt aber nicht gestellt werden.
Der Mediziner berichtete ausführlich über drei Gespräche mit dem Angeklagten, beginnend 14 Tage nach der Tat vom 25. Januar 2023 in der Justizvollzugsanstalt Neumünster. **Der heute 34 Jahre alte Palästinenser habe im ersten Gespräch gesagt, «ich höre keine Stimmen». Im zweiten Gespräch zwei Wochen später habe er dann aber von Klopfgeräuschen in der JVA berichtet. «Die reden mit mir aus der Heizung» Außerdem habe er gesagt, «die draußen stehen, spucken auf mich, die haben gesagt, du musst dich umbringen». Der Angeklagte habe über Drogenkonsum berichtet. Es seien etwa ein Gramm Kokain und ein halbes Gramm Heroin pro Tag gewesen. Bei einer späteren Sitzung** habe Ibrahim A. dann gesagt, er wolle keine weiteren Gespräche.
Ibrahim A. steht seit Juli 2023 vor Gericht, weil er am 25. Januar 2023 im Regionalzug von Kiel nach Hamburg ein Messer gezogen und auf Fahrgäste eingestochen hat. Der Angeklagte streitet die Taten nicht mehr ab. Zu Beginn der Hauptverhandlung hatte er sich noch als unschuldig bezeichnet. Bei dem Angriff starben zwei junge Menschen, vier Fahrgäste wurden schwer verletzt.
Im Laufe des Prozesses hatten mehrere Psychiater, die mit Ibrahim A. in der Untersuchungshaft vor und nach der Tat gesprochen hatten, von ihrer Verdachtsdiagnose einer Psychose beim Angeklagten berichtet. **Die Staatsanwaltschaft hält den Palästinenser für voll schuldfähig. Er habe aus Frustration über einen für ihn erfolglosen Termin bei der Ausländerbehörde in Kiel gehandelt. Die Verteidigung ging dagegen während des gesamten Prozesses von einer psychischen Erkrankung des Angeklagten aus und forderte seit Monaten seine Verlegung von der Untersuchungshaft in eine psychiatrische Klinik.**
Ibrahim A. war den Erkenntnissen zufolge 2014 aus dem Gazastreifen nach Deutschland gekommen und habe zunächst in Nordrhein-Westfalen gelebt. Später sei er nach Kiel gezogen, weil er am Meer leben wollte, wie er es aus Gaza gewohnt gewesen sei, zitierte Deister aus Unterlagen. Ibrahim A. arbeitete unter anderem auf Baustellen und als Paketbote.
Bislang sind Verhandlungstermine bis zum 15. Mai angesetzt.
dpa-infocom GmbH

https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Gutachter-im-Brokstedt-Prozess-Kein-Hinweis-auf-Schuldunfaehigkeit,brokstedt410.html
Gutachter im Brokstedt-Prozess: Kein Hinweis auf Schuldunfähigkeit
Stand: 25.04.2024 20:41 Uhr
Im Verfahren um die Messerattacke in einem Regionalzug bei Brokstedt hat der psychiatrische Sachverständige sein Gutachten vorgestellt. Demnach sind die Bedingungen für eine Schuldunfähigkeit oder verminderte Schuldfähigkeit nicht erfüllt.
von Friederike Schneider
Schon seit Prozessbeginn steht vor allem eine Frage im Vordergrund: Ist der Angeklagte, der im Januar 2023 in einem Regionalzug bei Brokstedt (Kreis Steinburg) zwei Menschen getötet und mehrere zum Teil schwer verletzt haben soll, psychisch krank und damit möglicherweise schuldunfähig? Mit Spannung wurde deshalb das Gutachten des psychiatrischen Sachverständigen Arno Deister erwartet.
Gutachten: Angeklagter zur Tatzeit einsichts- und steuerungsfähig
Der Experte sieht bei dem Angeklagten keine Anhaltspunkte dafür, dass er zum Tatzeitpunkt schuldunfähig oder vermindert schuldfähig war. Der Psychiater führte aus, dass es keine Hinweise für eine krankhafte seelische Störung zur Tat gegeben habe, auch gebe es keine Anhaltspunkte für

eine verminderte Intelligenz. Zwar litt der Angeklagte laut dem Gutachten an einer schweren posttraumatischen Belastungsstörung, sei aber einsichts- und steuerungsfähig gewesen.
Aus Sicht des Gutachters gibt es außerdem keine Voraussetzungen für eine Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus. Auch die Verlegung in eine Erziehungsanstalt wegen eines Drogenkonsums sehe er eher nicht, da keine schwere Abhängigkeit erkennbar sei. Weiter sagte Deister, dass es schwierig sei, zu bewerten, ob eine Sicherungsverwahrung nötig sei. Er komme zu dem Schluss, dass ein gewisser Hang zu Straftaten im Sinne der gesetzlichen Regelung zur Sicherungsverwahrung besteht, eine Gefährlichkeit für die Allgemeinheit also nicht ausgeschlossen sei.

Angeklagter litt an posttraumatischer Belastungsstörung

Deister vermutet, dass Ibrahim A. schon vor seiner Inhaftierung in Hamburg rund ein Jahr vor der Tat in Brokstedt an einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) litt, ausgelöst durch seine Erlebnisse in Palästina und auch der Flucht. Dafür gebe es zahlreiche Hinweise. Zu diesem Zeitpunkt - also im Januar 2022 - sieht Deister die Kriterien für eine psychiatrische Erkrankung nicht erfüllt.

Psychotische Symptome einer PTBS

Während seiner Haft in Hamburg entwickelten sich laut dem Gutachter bei dem Angeklagten dann zunehmend psychotische Symptome wie halluzinierte Geräusche oder Stimmen. Zudem habe sich der 34-Jährige bedroht und verfolgt gefühlt - auffällig sei dabei, dass sich das oft auf Situationen bezog, die mit Erinnerungen an Palästina in Verbindung gebracht werden können. Dazu komme auffälliges Verhalten und Aggressivität. Dies unterstreicht laut Deister die PTBS-Diagnose.
Die Inhaftierung habe retraumatisierend gewirkt die Symptome verstärkt. Eine psychotische Störung damals lässt sich laut Deister aber weiterhin nicht diagnostizieren. Zum Zeitpunkt der Haftentlassung und auch zur Tatzeit war die Posttraumatische Belastungsstörung nach Angaben des Gutachters so schwer, dass sie als seelische Störung anzusehen sei - sie hat nach Ansicht von Deister aber nicht die Einsichts- und Steuerungsfähigkeit aufgehoben.

Drogenkonsum ja, aber ohne Auswirkungen auf den Tatzeitraum

Weiter heißt es in dem Gutachten, es gebe bei Ibrahim A. keine Anhaltspunkte für eine starke Drogenabhängigkeit. Zwar wiesen medizinische Untersuchungen darauf hin, dass der Angeklagte kurz vor dem Tattag Drogen wie Kokain oder Morphine konsumiert hatte. Eine Haaranalyse zeigt zudem, dass in den Monaten vor der Tat unregelmäßig verschiedene Substanzen wie Amphetamine, Opiate oder Morphine eingenommen wurden. Nachweislich wurde auch Methadon zugeführt. Diese Substanzen hätten in der Menge aber seiner Ansicht nach nicht zu einer Beeinträchtigung zur Tatzeit geführt, so Deister.
Der Gutachter sprach auch die Methadon-Behandlung in der JVA Billwerder an. Deister geht nicht von einer starken Drogenabhängigkeit des Angeklagten aus, dieser habe immer wieder bewiesen, dass er einige Zeit ohne Drogen auskomme und auch das Methadon immer wieder weggelassen. Es sei aber nicht ausreichend geprüft worden, ob und wie viel des Substitutionsmittels er gebraucht hätte. Zudem sei zu wenig unternommen worden, um eine korrekte Weiterbehandlung nach der Haftentlassung sicherzustellen.

Anwalt von Ibrahim A. hält Gutachten für solide - hat aber noch Fragen

Der Verteidiger des Angeklagten, Björn Seebach, kritisierte gegenüber NDR Schleswig-Holstein, dass der Gutachter zwar eine PTBS bestätigte, aber davon ausgeht, dass die Störung keine Auswirkungen während des Tatzeitraums gehabt habe. Weiter betonte Seebach, das Gutachten sei nicht abgeschlossen - es gebe noch viele Fragen zu den Ausführungen Deisters. Er selbst wolle am Freitag konkret zu der vom Gutachter ausgeschlossenen Psychose nachhaken.

Dass die Richter dem Gutachten letztlich nicht folgen werden, glaubt der Anwalt nicht. Dies komme zwar hin und wieder vor, "davon würde ich hier aber nicht ausgehen. Das schien mir doch sehr solide zu sein", so der Verteidiger.

JVA-Mediziner diagnostiziert akute psychotische Störung

Um sich ein Bild von dem Angeklagten zu machen, hatte der Gutachter unter anderem drei Gespräche mit ihm in der JVA Neumünster - danach wollte sich Ibrahim A. plötzlich nicht mehr äußern.

Außerdem hat der psychiatrische Sachverständige den Prozess von Anfang an verfolgt. Das Gericht hatte zahlreiche Zeuginnen und Zeuginnen geladen, die auch explizit zum psychischen Zustand des Mannes befragt wurden. Auch am Donnerstag sagte zuerst erneut ein Arzt aus der JVA Neumünster aus. Er schilderte - wie schon mehrere Zeuginnen und Zeugen zuvor - dass der Angeklagte in Haft extrem auffällig war. Der Mediziner bezeichnete den 34-Jährigen als "psychotisch eingebunden" und erlebte ihn nach eigenen Angaben als unruhig, fordernd und aggressiv.

Zudem berichtete er von seltsamem Lachen, bizarrem Verhalten, Selbstgesprächen und möglichen Halluzinationen. In dem Moment sei das für ihn ausreichend gewesen, um eine akute psychotische Störung zu diagnostizieren, der Angeklagte sei auch mit Medikamenten behandelt worden.

Insgesamt habe er den Angeklagten aber nur sporadisch erlebt und keine wirklichen Gespräche mit ihm geführt, so der Zeuge. Außerdem sei ihm durch andere JVA-Mitarbeitende zugetragen worden, dass der Angeklagte selbst den Wunsch geäußert habe, in eine forensische Abteilung verlegt zu werden - das habe ihn gewundert, sagte der Mediziner.

Mehrere Psychiater hielten Angeklagten für psychisch auffällig

Neben dem Mediziner aus der JVA Neumünster und weiteren Psychiatern wurden unter anderem Mitgefangene des Angeklagten befragt sowie medizinische Angestellte und andere Mitarbeitende von Haftanstalten, die den Mann zum Teil bereits vor seiner Tat in Brokstedt erlebt hatten, als er in der JVA Billwerder in Hamburg einsaß. Auch Mitarbeitende der Wohnungslosen- oder aus der Flüchtlingshilfe, die den Angeklagten betreut hatten, sollten Angaben dazu machen, wie sie ihn wahrgenommen hatten. Ebenso wurden die Zeuginnen und Zeugen der eigentlichen Tat, aber auch diejenigen, die dem Täter vorher am Tag begegnet waren, befragt, wie sich der Mann verhalten habe.

Stimmen gehört, randaliert, provoziert

Dabei wurde unter anderem mehrfach genannt, dass der Mann in Haft Stimmen und Klopfen gehört und in seinen Zellen randaliert habe. Außerdem sei er zum Teil abwesend gewesen, dann aber wieder überdreht und launisch. Teilweise soll er auch geglaubt haben, dass er abgehört oder bedroht werde. Auch der Verteidiger hatte bereits mehrfach deutlich gemacht, dass er seinen Mandanten für psychisch krank hält und hatte darum gebeten, dass dieser schon während des Prozesses in einer Psychiatrie untergebracht wird.

Ein Mitgefangener sowie ein JVA-Beamter äußerten jedoch auch die Vermutung, dass der Angeklagte mit seinem Verhalten bewusst provozieren wollte oder versucht habe, auf eine andere Station verlegt zu werden, um von dort zu fliehen. Am Tattag selbst wurde er als ruhig, fokussiert und emotionslos beschrieben.

Angeklagter: "Die wollen, dass ich krank bin"

Der Angeklagte selbst hält sich für psychisch gesund. Sowohl in Gesprächen mit Psychiatern während seiner Haftzeiten, aber auch im Prozess selbst sagte er mehrfach, er sei nicht krank. Auch in den Gesprächen mit Gutachter Deister hatte er abgestritten, Stimmen oder Klopfen zu hören, wenn niemand da sei. Auf Nachfrage dazu sagte er demnach Dinge wie: "Die wollen, dass ich krank bin".

https://www.t-online.de/region/hamburg/id_100305812/brokstedt-prozess-mann-stach-27-mal-auf-17-jaehrige-ein.html

Sachverständige schildern Details

Brokstedt-Prozess: Mann stach 27 Mal auf 17-Jährige ein

Von

dpa

Aktualisiert am 19.12.2023
Immer wieder stach ein Mann in einem Regionalzug bei Brokstedt im Januar 2023 auf seine Opfer ein. Vor Gericht schilderten nun medizinische Sachverständige die Verletzungen.
Medizinische Sachverständige haben im Mordprozess um die tödliche Messerattacke in einem Regionalzug bei Brokstedt über die Verletzungen der Opfer berichtet. Die Leiche der getöteten 17-Jährigen habe 27 Stichverletzungen aufgewiesen, sagte ein Oberarzt des Rechtsmedizinischen Instituts des UKE Hamburg am Dienstag vor dem Landgericht Itzehoe. Für den Tod unmittelbar relevant gewesen seien ein Stich in den Oberkörper, der die Lunge verletzt habe, sowie ein Stich in den Oberschenkel, bei dem eine Arterie verletzt wurde. Einige weitere Verletzungen seien oberflächlich gewesen, bei anderen hätte ein nur geringfügig anderer Verlauf ebenfalls tödlich sein können. "Für eine aktive Abwehr fanden sich keine Anhaltspunkte", sagte der Professor. Aus dem Verletzungsbild sei kein zeitlicher Ablauf der Tat abzuleiten.
Bilder von Verletzungen werden gezeigt: Angeklagter schaut weg
Der angeklagte Ibrahim A. verfolgte die Verhandlung weitgehend unbeteiligt. Auch als die Sachverständigen Bilder von Verletzungen erläuterten, blickte er nur selten auf den Bildschirm. Meist schaute der zum Tatzeitpunkt 34 Jahre alte Mann auf den leeren Tisch vor sich.
Die Staatsanwaltschaft wirft Ibrahim A. vor, am 25. Januar 2023 in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg bei Brokstedt Fahrgäste mit einem Messer angegriffen zu haben. Zwei junge Menschen starben, eine 17 Jahre alte Frau und ihr zwei Jahre älterer Freund. Vier weitere Menschen – zwei Frauen und zwei Männer – erlitten erhebliche Verletzungen. **Nach Überzeugung der Anklagebehörde handelte der Angeklagte aus Frust über einen für ihn erfolglosen Behördentermin in Kiel. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mann Mord vor.**
Angreifer biss Mann in die Nase
Bei einem der Überlebenden, einem heute 22-Jährigen, der dem Täter letztlich das Messer aus der Hand schlagen konnte, berichtete eine Assistenzärztin des Rechtsmedizinischen Instituts von neun bis zehn Schnitt- und Stichverletzungen. Einige seien oberflächlich gewesen, andere auch tiefer. Außerdem sei die Nase durch einen Biss des Angreifers verletzt worden, sagte die Medizinerin.
Der Prozess mit bereits mehr als 20 Verhandlungstagen und mehr als 60 Zeugen soll nach bisheriger Planung bis in das Frühjahr hinein fortgesetzt werden.
Verwendete Quellen
Nachrichtenagentur dpa

https://www.pi-news.net/2024/05/verschleierung-der-taeter-herkunft-17-jaehriger-aus-husum/
Verschleierung der Täter-Herkunft: „17-Jähriger aus Husum“
9. Mai 2024
Wenn man von „den Rheinländern“ spricht oder von „den Norddeutschen“, von Münchnern oder Hanseaten, dann verbindet man damit immer eine lokale, spezielle Mentalität und Kultur. Jemand, der dort aufgewachsen ist, nimmt sie in sich auf, er gehört dazu.
Wenn nun also ein schwerkrimineller Jugendlicher als „Husumer“ bezeichnet wird, dann wird damit assoziiert, dass er eben von dort stammt und nicht von woanders her.
Die Wirkung ist eine doppelte: Ausländische Straftäter werden verfremdet, sodass der unerwünschte (faktengestützte) Eindruck vermieden wird, arme „Flüchtlinge“ würden sich unzivilisiert oder gar barbarisch benehmen. Das wäre gegen die herrschende deutsche Staatsdoktrin seit Merkel.

Umgekehrt wird durch die „Einbürgerung“ der Eindruck vermittelt, dass Kriminalität überall vorkommt und nicht kulturspezifisch ist („Unsere machen das auch.“). So ein „Husumer“ wird im Focus genannt:

Ein 17-Jähriger aus dem nordfriesischen Husum fällt seit Jahresbeginn immer wieder durch Straftaten auf. Bald muss er sich wohl vor Gericht verantworten. […]

Bedrohung, Diebstahl und Hausfriedensbruch listet die Staatsanwaltschaft Flensburg auf Anfrage von FOCUS online als Vergehen auf. […]

Die Polizeidirektion Flensburg spricht von Rohheits- und Eigentumsdelikten des 17-Jährigen. Unter Rohheitsdelikten versteht man zum Beispiel Raub und Körperverletzung.

Im genannten Artikel wird immer wieder auf die Herkunft auf Husum hingewiesen, damit der oben genannte Effekt erzielt. Hier eine Aufstellung der Varianten:

- ein 17-Jähriger aus dem nordfriesischen Husum
- ein 17-Jähriger aus Husum
- der Husumer (3 x)
- der 17-Jährige (2 x)
- der Teenager
- der Jugendliche

Würde es nicht immer wieder Lücken in der Berichterstattung geben oder Blätter, die Klartext reden, wie die früher verfemte BILD, so würde die Wahrheit nie ans Licht gelangen und die Regierungspropaganda funktionieren. BILD stellt den „Husumer“ als das vor, was er ist, als einen Flüchtling aus Syrien, der seine Umwelt terrorisiert, mit Bild, noch vor der Bezahlschranke.

https://www.focus.de/panorama/gewaltwelle-in-unseren-zuegen-schlachtfeld-regionalzug-bahn-mitarbeiter-schliessen-sich-aus-angst-vor-asylbewerbern-ein_id_259930077.html

Gewalt in Thüringer Regionalzügen„Schlachtfeld“ Zug: Bahn-Mitarbeiterinnen schließen sich aus Angst vor Migranten ein

„Schlachtfeld“ Zug: Bahn-Mitarbeiterinnen schließen sich aus Angst vor Migranten ein

FOCUS-online-Chefreporter **Göran Schattauer**

Freitag, 10.05.2024, 08:47

Beleidigungen, Drohungen, Messerangriffe: In Nahverkehrszügen sind Mitarbeiterinnen der Bahn zunehmend Angriffen von Fahrgästen ausgesetzt. Haupttäter laut Gewerkschaft: Junge Asylbewerber. Für das Personal in Thüringen sei der Job „teilweise lebensgefährlich“.

Es sind Schilderungen, die sprachlos machen, die Wut auslösen. Erschreckende Szenen, wie sie Lokführer und Zugbegleiter in Thüringen nahezu jeden Tag erleben: verbale und körperliche Gewalt, Beleidigungen, Bedrohungen, Messerangriffe.

Bei den Tätern soll es sich in den meisten Fällen um junge Asylbewerber handeln.

„Ich habe pro Woche im Durchschnitt drei Mitarbeiter zur Rechtsberatung bei mir im Erfurter Büro sitzen. Sie wurden überfallen, angespuckt, beleidigt, bedroht oder geschubst“, sagt Steffi Recknagel im Gespräch mit FOCUS online. Die 55-Jährige leitet die Geschäftsstelle der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) in Thüringen.

Überfall: Zugbegleiterin von hinten „die Luft abgedrückt“

„Der schlimmste Fall war, dass eine Zugbegleiterin mit dem Messer bedroht worden ist“, berichtet Recknagel. Eine andere sei von hinten angegriffen worden – „ihr wurde die Luft abgedrückt“. Bei weiteren Vorfällen wurden Mitarbeiterinnen „geohrfeigt“, „getreten“, „an der Jacke gezogen“ und „total aggressiv“ angeherrscht. Es seien Sätze gefallen wie „Du als Frau hast mir gar nichts zu sagen!“

Probleme gebe es auf etlichen Strecken in Thüringen, sagt die Gewerkschafterin, aber auf dem knapp 50 Kilometer langen Abschnitt zwischen der Landeshauptstadt Erfurt und dem im Süden des Freistaats gelegenen Suhl sei es „extrem“.

Grund: In Suhl befindet sich die Thüringer Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge mit mehreren Hundert Asylbewerbern vorwiegend aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. Viele von ihnen fahren regelmäßig mit dem Zug nach Erfurt und zurück.

„Ich selbst fahre die Strecke Erfurt-Suhl täglich“, erklärt Steffi Recknagel gegenüber FOCUS online. „Und ich muss es leider so sagen: Es sind meistens junge Männer aus der Erstaufnahmeeinrichtung, die sich in unseren Bahnen komplett danebenbenehmen. Die sind immer in Gruppen unterwegs und fühlen sich gemeinsam stark.“

Wer die Zuwanderer auf deutsche Regeln und Gesetze hinweist oder versucht, einem in Bedrängnis Geratenen zu helfen, müsse mit Gegenwind rechnen. „Letztens wurde ein Fahrgast, der sich eingeschaltet hat, ebenfalls bedroht“, berichtet die Gewerkschafterin. „Wenn etwas während der Fahrt passiert, ist es mittlerweile so, dass sich der eine oder andere sagt: Ich gucke da jetzt lieber weg, bevor ich das nächste Opfer bin.“

Gewerkschafterin: “Unsere Leute haben Angst, große Angst“

Sogar das Bahn-Personal geht Konflikten lieber aus dem Weg. „Es ist teilweise lebensgefährlich. Unsere Leute haben Angst, große Angst“, so Steffi Recknagel zu FOCUS online. „Wir haben Mitarbeiter, die sagen: Wenn diese Gruppen im Zug sind, dann kontrolliere ich keine Fahrkarten. Dann bleibe ich vorne beim Lokführer oder schließe mich in meiner Kabine ein, bis ich einen sicheren Bahnhof habe und die ausgestiegen sind.“

Zwar seien mittlerweile in vielen Zügen Sicherheitskräfte im Einsatz, doch das reiche bei weitem nicht aus, so Recknagel. Erstens gebe es zu wenige Security-Mitarbeiter. „Außerdem können die kaum mehr tun, als die Leute am nächsten Bahnhof rauszuschmeißen.“

Die Täter würden dann in der Regel von der Polizei mitgenommen und verhört, kämen aber sofort wieder frei. „Eine Woche später haben wir dieselben Leute wieder im Zug sitzen und das Ganze wiederholt sich“, kritisiert die EVG-Geschäftsstellenleiterin. „Es passiert nichts, es passiert einfach nichts.“

Der Gewerkschafterin zufolge hätten sowohl private Unternehmen wie die Erfurter Bahn oder Abellio mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen, aber auch die Deutsche Bahn. „Die Süd-Thüringen-Bahn, die auch die Strecke Erfurt-Suhl-Meiningen fährt, hat sich jetzt mit einem Hilferuf an die Politik gewandt.“

Recknagel meint einen vierseitigen Brandbrief, den der Betriebsrat des Unternehmens mit Sitz in Meiningen an Thüringens Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke) geschickt hat. Das Schreiben vom 15. März 2024 liegt FOCUS online vor.

Es ist ein Dokument, das erschreckt und aufrüttelt.

Brandbrief an Thüringer Regierung: „Keine Einzelfälle“

In klaren, laut den Autoren „nicht unbedingt“ politisch korrekten Worten prangert die Mitarbeitervertretung die Sicherheitslage in den Nahverkehrszügen auf der Strecke Erfurt-Suhl-Meiningen an. Diese sei „dramatisch“ und habe eine „teilweise mehr als bedrohliche“ Entwicklung genommen.

Hauptverantwortlich für die Übergriffe seien „Personen mit Migrationshintergrund“ aus dem Asylbewerberheim in Suhl. Der Betriebsrat: „Wir reden weder von Ausnahmen noch den berühmt-berüchtigten ‚Einzelfällen‘, es geht vielmehr um nahezu alltägliche Vorfälle.“

Viele der Störenfriede hätten keine gültigen Tickets und eigenen Angaben zufolge auch kein Geld, um sich Fahrscheine zu kaufen. Bei Kontrollen verhielten sie sich aggressiv. Neben Schlägen und Tritten würden Kolleginnen „sexistisch beleidigt und auf ekelhafte Weise angespuckt“.

Einige der Zuwanderer hätten schon die Hosen heruntergelassen und den Bahn-Mitarbeiterinnen ihre Geschlechtsteile gezeigt.

Dem Betriebsrat zufolge käme es auch „zu Gewaltexzessen unter den Mitgliedern dieser Personengruppe selbst“. In der Folge mussten auf freier Strecke Notbremsen gezogen oder die Türen notentriegelt werden. Anschließend habe die junge Zugführerin das „Schlachtfeld

Fahrgastraum“ betreten müssen, um die Technik zu bedienen, damit die Bahn überhaupt weiterfahren konnte.
„Unsere Kollegin musste unter Todesangst und mit einem stark durch menschliches Blut verunreinigten Triebwagen die Fahrt bis zum Bahnhof Suhl fortsetzen“, heißt es in dem Brandbrief. „Über die seelischen Folgen bei unserer noch recht jungen Kollegin und den Fahrgästen brauchen wir angesichts der Szenen, welche aus einem Bürgerkriegsgebiet hätten stammen können, an dieser Stelle nicht reden!“
Ehemänner fahren im Zug mit, um ihre Frauen zu schützen
Als weiteres „abstoßendes Beispiel“ führen die Autoren eine Szene auf dem Bahnhof der Kleinstadt Zella-Mehlis an.
Dort musste sich eine Kollegin „schützend vor zwei junge Mädchen stellen, welche von Mitgliedern der genannten Personengruppe stark belästigt wurden“. Daraufhin sei sie „derart bedroht und in Panik versetzt“ worden, dass sie „in wilder Flucht über die Gleise den Rückzug antreten musste, um nicht Opfer direkter körperlicher Gewalt zu werden!“
Der Betriebsrat betont: „Wir reden hier von einer Mutter zweier Kinder, welchen wir nicht erklären wollen, warum ihre Mutter im Krankenhaus liegt oder gar nicht mehr nach Hause kommt!“
Die Lage sei inzwischen so dramatisch, dass sogar Ehemänner ihre bei der Bahn arbeitenden Frauen im Zug privat begleiten, um sie „zu beschützen!“
In dem Hilferuf an Thüringens Ministerpräsident Ramelow kritisieren die Autoren, Politiker in Bund und Ländern würden immer wieder von „Integration“ und „Toleranz gegenüber Migranten“ sprechen. Sie kontern:
„Wie können Sie erwarten, dass Bürger dieses Landes der praktizierten Flüchtlingspolitik offen gegenüberstehen, wenn diese – praktisch täglich, und nicht nur im ÖPNV! – Zeugen derartiger Gewalt, Verrohung und absoluter Verachtung unserer Gesetze und Gesellschaft … werden müssen?“
Die meisten Täter hätten nicht den geringsten Respekt vor dem deutschen Staat und der deutschen Polizei. Wie sollten sie dann Respekt haben vor den Servicemitarbeitern der Süd-Thüringen-Bahn und den eingesetzten Sicherheitskräften, fragt der Betriebsrat. Die Vorstellung sei „ein absoluter Witz“.
Rechts? „An dieser Stelle muss Klartext gesprochen werden!“
Schließlich fordern die Autoren die Regierungsverantwortlichen auf, „diese skandalösen Zustände zeitnah zu entschärfen beziehungsweise abzustellen“. Man sehe die Politiker in der Pflicht, denn: „Wer, wenn nicht Sie, hat diese Zustände ursächlich geschaffen?“
Natürlich seien sie sich darüber im Klaren, dass sie mit ihren Schilderungen „in eine bestimmte politische Ecke gedrängt“ und als „ausländerfeindlich“ oder gar als „rechtsextrem abgestempelt“ werden könnten, so die Schreiber. „Aber an dieser Stelle muss Klartext gesprochen werden!“
Die Mahnung, die sich wie ein Lauffeuer in Medien und sozialen Netzwerken verbreitete, zeigte Wirkung.
Ende April trafen sich Vertreter des Bahnunternehmens, der Bundespolizei und des Thüringer Verkehrsministeriums. Sie vereinbarten, das Sicherheitspersonal auf der Strecke Erfurt-Suhl zu verstärken. Das Land sagte zu, die Kosten dafür zu übernehmen. Außerdem will man nun alle drei Monate zusammenkommen und ein „Sicherheitskonzept“ erarbeiten.
Politik verspricht Unterstützung, doch Zweifel bleiben
Ob sich die Probleme damit aus der Welt schaffen lassen? Bahn-Gewerkschafterin Steffi Recknagel hegt Zweifel. „Die Politik hat zwar Verständnis gezeigt und Unterstützung versprochen, aber wir wollen jetzt endlich Tatsachen sehen!“ Noch sei überhaupt nicht klar, wann das zugesagte Geld kommt und wie viele zusätzliche Security-Mitarbeiter auf der Problem-Strecke eingesetzt werden können.
Recknagel wünscht sich, dass die Sicherheitskräfte „mehr Handhabe“ bekommen. Zusätzlich fordert sie eine „konsequente Strafverfolgung“ der Täter. Denn was sich in den Thüringer Zügen derzeit abspiele, sei ein Spiegelbild der Verhältnisse in unserer Gesellschaft. „Das kann nicht einfach so abgetan werden.“

https://www.welt.de/vermischtes/kriminalitaet/article251614396/Polizei-erfasst-Rekordwert-an-religioes-motivierten-Straftaten-Plus-203-Prozent.html

Plus von 203 Prozent – Dramatischer Anstieg an religiös motivierten Straftaten

Stand: 14:38 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Plus von 203 Prozent – Dramatischer Anstieg an religiös motivierten Straftaten

Der Krieg in Nahost hinterlässt auch in Deutschland Spuren. Das zeigen neue Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität. Insbesondere die religiös motivierten Straftaten steigen massiv an.

Quelle: WELT TV

Der Krieg in Nahost hinterlässt auch in Deutschland Spuren. Das zeigen neue Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität. Insbesondere die religiös motivierten Straftaten steigen massiv an. Ein anderes Thema hat sich dagegen fast erledigt.

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat es in Deutschland einen massiven Anstieg politisch motivierter Straftaten im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt gegeben. Die Zahl der polizeibekannten Taten aus diesem Kontext betrug mit 4369 im vergangenen Jahr mehr als das Siebzigfache der 61 Delikte des Vorjahrs, wie aus der am Dienstag in Berlin von Bundesinnenministerium und Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichten Statistik zur politischen Kriminalität hervorgeht.

Insgesamt 1927 dieser Taten gelten als antisemitisch, die allermeisten davon wurden ab dem 7. Oktober begangen. Mehr als die Hälfte der knapp 4400 Taten ordnet die Polizei dem Bereich „ausländische Ideologie“ zu. Sie sieht also Anhaltspunkte dafür, dass eine aus dem Ausland stammende nichtreligiöse Ideologie entscheidend für die Tat war.

Die Zahl der polizeibekannten politisch motivierten Straftaten hat mit 60.028 Delikten 2023 den höchsten Stand seit der Einführung der Statistik 2001 erreicht, mit einem leichten Zuwachs von weniger als 2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In 3561 Fällen handelt es sich um Gewalttaten, knapp 12 Prozent weniger als 2022.

Es handelt sich bei der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität um eine Eingangsstatistik. Das heißt, Taten werden dann erfasst, wenn sie der Polizei bekannt werden – es gibt also ein Dunkelfeld. Mehrfachzählungen sind möglich, wenn Delikte in mehr als eine Kategorie (Phänomenbereich) fallen.

Propaganda, Sachbeschädigungen, Beleidigungen

Den Löwenanteil der Straftaten machten mit einem Drittel Propagandadelikte aus, also zum Beispiel das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Das können etwa Abzeichen wie der SS-Totenkopf sein oder Parolen. Auf Platz zwei folgten Sachbeschädigungen (15,50 Prozent), gefolgt von Beleidigungen (13,95 Prozent) und Volksverhetzungen (12,77 Prozent). Danach kommen Nötigungen und Bedrohungen sowie Verstöße gegen das Versammlungsrecht.

Erheblich angestiegen ist die Zahl der im oder mit Hilfe des Internets begangenen politisch motivierten Straftaten auf 15.488 – eine Zunahme um 60,08 Prozent. Eine sprunghafte Zunahme gab es insbesondere in den Bereichen religiöse sowie ausländische Ideologie. Den größten Anteil machten hier allerdings die rund 7000 Taten aus dem rechten Spektrum aus.

Die Zahl polizeibekannter politisch motivierter Straftaten ist um fast 12 Prozent gegenüber 2022 gesunken. Die 1270 Taten aus dem rechten Spektrum machen hier den Großteil aus, gefolgt von 916 Taten aus dem linken Spektrum. Zu den Gewalttaten gehören Körperverletzungen, aber auch 17 versuchte und drei vollendete Tötungsdelikte.

Insgesamt 1759 Menschen und damit mehr als im Vorjahr (plus 5,96 Prozent) haben durch politisch motivierte Gewalt einen gesundheitlichen Schaden davongetragen. Die meisten dieser Taten geschahen aus rechten Motiven.

Auch mehr Hass auf vermeintlich Fremde

Deutlich zugelegt (um 47,63 Prozent) hat die Hasskriminalität mit insgesamt 17.007 Fällen. Gemeint sind Taten, bei denen jemand aus Vorteilen gegen bestimmte Gruppen gehandelt hat.

Dabei kann eine Tat mehrfach in der Statistik auftauchen, wenn die Polizei von mehr als einem Motiv ausgeht. Die weitaus größte Gruppe bilden mit 15.087 „fremdenfeindliche“ Taten, die meist in den Phänomenbereich rechts fallen. Die Statistik führt getrennt auch „ausländerfeindliche“ Motive an, hier geht es gezielter um die tatsächliche oder vermutete Nationalität. Ebenfalls weit verbreitet sind antisemitische und rassistische Motive.
Straftaten gegen Religionsgemeinschaften haben sich auf 7029 mehr als verdoppelt, meistens traf es dabei religiöse Repräsentanten. Um mehr als ein Viertel ist hingegen die Zahl der Taten gegen den Staat und seine Vertreter gesunken, auf 15.050. Doch ganz so erfreulich, wie es den Anschein hat, ist diese Entwicklung nicht, denn zugleich hat die Zahl der Delikte gegen Menschen, die sich politisch engagieren oder ein staatliches Amt ausüben, erheblich zugenommen (um 29,12 Prozent auf 6508). Häufig haben diese Menschen demnach Beleidigungen, Nötigungen oder Bedrohungen und Propaganda erlebt. Die politische Motivation bleibt unklar, denn die allermeisten Taten fallen in den Bereich „sonstige Zuordnung“. Das heißt, die Polizei konnte sie weder rechts oder links noch bei ausländischer oder religiöser Ideologie verorten. Die Zahl der Delikte gegen die Polizei, auch die der Gewaltdelikte, ist gesunken.

Wegfall der Corona-Auflagen senkt Straftaten

Die Aktionen von Gruppierungen wie der Letzten Generation – die ihre Straßenblockaden inzwischen aufgegeben hat – schlagen sich auch in der Statistik nieder. Insgesamt 3303 Taten aus den Feldern Klima oder Umweltschutz zählte die Polizei 2023, fast eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr. Mehr als drei Viertel der Delikte ordnete sie dem linken Spektrum zu. Häufig ging es um Sachbeschädigungen und Nötigung oder Bedrohung.

Ein großes Plus wurde bei den religiös motivierten Straftaten registriert: Hier verbuchte das Bundeskriminalamt eine Zunahme um gut 203 Prozent auf 1458 Straftaten 2023 im Vergleich zu 481 im Jahr zuvor. Häufig geht es um Volksverhetzung, die Androhung von Straftaten oder Sachbeschädigungen. Die meisten der 94 Taten „mit Terrorismusqualität“ fielen ebenfalls in diesen Bereich.

BKA und Innenministerium schreiben von einer „anhaltend hohen Gefährdungslage durch den islamistischen Extremismus/Terrorismus“. Die Bundesrepublik stehe unverändert „im unmittelbaren Zielspektrum terroristischer Organisationen“ wie des Islamischen Staats (IS) oder Al-Kaida und deren Ablegern. Die „anhaltend hohe Gefahr“ für dschihadistisch motivierte Gewalttaten bestehe daher weiterhin fort. Man habe es derzeit vor allem mit Einzeltätern oder kleinen Gruppen zu tun, deren Taten oftmals von Terrorgruppen für ihre Propaganda vereinnahmt worden seien. „Zusätzlich tatmotivierend könnten die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten wirken, die dazu geeignet sind, eine hohe Gefährdungsrelevanz auf die Sicherheitslage in Deutschland zu entfalten.“

5 NACH 12

Mit dem Wegfall der Corona-Auflagen haben sich politisch motivierte Straftaten in diesem Zusammenhang weitgehend erledigt. Die Polizei registrierte im vergangenen Jahr 1662 Delikte nach 13 988 Taten im Jahr davor.

Anzeige

Etwas weniger als die Hälfte der im Vorjahr erfassten Straftaten (46,85 Prozent) konnte aufgeklärt werden, bei den Gewalttaten lag die Quote mit 63,35 Prozent höher. Als aufgeklärt zählen nur Fälle, bei denen es bis zum 31. Januar des Folgejahres mindestens einen namentlich bekannten Tatverdächtigen gibt.

GdP fordert Stärkung von Polizei und Justiz

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert mit Blick auf die Zunahme politisch motivierter Straftaten eine erhebliche personelle Stärkung von Sicherheitsbehörden und Justiz. „Wir erleben immer mehr, dass völlig unterschiedliche politische Gruppen Gewalt zu einem legitimen Mittel der politischen Auseinandersetzung erklären, wenn es um die Durchsetzung der eigenen Ziele geht“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke der Nachrichtenagentur dpa.
Kopelke drang unter anderem auf die konsequente Entwaffnung von Extremisten, eine bessere digitale Vernetzung der Polizeien, eine gut funktionierende Verfolgung von Hass und Hetze in Online-Medien, eine schnell arbeitende Justiz und mehr politische Bildung. „Mit den richtigen

Rahmenbedingungen und Instrumentarien muss uns um unsere Demokratie nicht bange sein. Aber der Staat muss seine Verpflichtung, die Demokratie zu schützen, endlich ernst nehmen.“
Der Gewerkschafter forderte von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), das nötige Geld zur Verfügung zu stellen. Die derzeit ausgesendeten Signale gingen aber in die entgegengesetzte Richtung, was er für „grundfalsch“ halte, so Kopelke.
dpa/Reuters/krott

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/es-war-mord-urteil-im-prozess-gegen-radeberger-afghanen-gefallen/ar-BB1mUGZZ?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=1b3f15e7f1cb42b19ed2b8d6f0889e81&ei=17
Es war Mord: Urteil im Prozess gegen Radeberger Afghanen gefallen
15 Std. • 5 Minuten Lesezeit
Das Landgericht Görlitz ist überzeugt: Der zuletzt in Radeberg lebende Afghane hat die Mutter seiner drei Kinder ermordet. Wie die Strafe ausfällt und was der Verteidiger ankündigt.
Radeberg. Der Ehemann ist der Mörder - im Radeberger Mordprozess hat das Landgericht Görlitz am Donnerstagmittag das Urteil verkündet. Das Gericht unter Vorsitz von Richter Theo Dahm ist davon überzeugt, dass der 32-jährige Afghane für den Tod seiner damals 27-jährigen Frau in der gemeinsamen Radeberger Wohnung verantwortlich ist.
Am Abend des 11. Juni 2023 hat er sie laut Überzeugung des Gerichts im Schlafzimmer der gemeinsamen Wohnung von hinten heimtückisch mit einem Schal erdrosselt, weil sie sich von ihm trennen und er nicht dulden wollte, dass sie außerhalb der Ehe weiterlebt. Die drei kleinen Kinder des Paares waren zu dem Zeitpunkt in der Wohnung, bekamen die Tat selbst aber offenbar nicht mit. Dass die junge Mutter stranguliert worden war, hatte der Obduktionsbericht wenige Tage nach der Tat zweifelsfrei festgestellt.
Für den Mord hat das Landgericht den Angeklagten zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Binnen einer Woche kann Revision eingelegt werden. Das wiederum hat der Bautzener Verteidiger Andreas Suchy bereits angekündigt. In seinem Plädoyer hatte er einen Freispruch beantragt. Das sagte er auf Sächsische.de-Nachfrage, nachdem die Plädoyers unter Ausschluss der Öffentlichkeit gehalten worden waren.

Verwandtes Video: Anwalt im Reichsbürger-Prozess: "Keine Straftaten festzustellen" (AFP Videos (German))
Auch interessant:
- Sachsens Polizei gibt Entwarnung: Entlaufener Bulle ist erlegt
- Sachsen im Superwahljahr - jetzt anmelden für unseren Politik-Newsletter
- Das Wichtigste aus Sachsens Wirtschaft: Jetzt für kostenlosen Newsletter anmelden

Gericht: keine Zweifel an der Schuld des Angeklagten
"Auch wenn es keine starken Beweismittel wie ein Geständnis, Zeugen oder Videoaufnahmen gibt, sind wir in der Zusammenschau aller Indizien ohne Zweifel davon überzeugt, dass der Angeklagte einen Mord begangen hat", sagte Richter Theo Dahm am Donnerstag. Der Angeklagte habe ein Motiv gehabt, die Tat sei geplant gewesen, er habe die Möglichkeit zur Tat gehabt und es gebe keine Anzeichen für einen anderen Täter, führte Dahm über 50 Minuten lang aus, wie das Gericht zu dem Urteil kam.
Geschlossen wurde die Ehe zwischen dem Angeklagten und dem Opfer in Afghanistan, als das Opfer noch im jugendlichen Alter war. Drei Kinder wurden geboren, 2021 kam die Familie nach Deutschland. Der Mann hatte in seiner Heimat für die Bundeswehr gearbeitet. Hier war die Ehe dann

in einer tiefen Krise, wie der gesicherte Chatverkehr zwischen beiden beweist, den Dahm in großen Auszügen noch einmal vortrug.
Dazu gab es offenbar handgreifliche Auseinandersetzungen mit gegenseitigen Anzeigen, Aufenthalten im Frauenschutzhaus und mehr. Endgültig getrennt hatte sich die Frau aber nicht – ohne Deutschkenntnisse und mit drei kleinen Kindern. Kurz vor der Tat wurden die Nachrichten fordernder und auch drohender. Am 6. Juni 2023 setzte der Angeklagte seiner Frau eine Vier-Tages-Frist für ihre Rückkehr zu ihm. Sie antwortete ihm aber die ganze Zeit über mit einem Nein. Am fünften Tag starb die 27-Jährige.

Service-Rundfunkbeitrag.de**Seevetal: Einfacher Rundfunkbeitrag online**
Anzeige

Döner-Scharade mit Kindern für mögliches Alibi

Auch den Tattag arbeitete das Gericht genau auf: So hatte sich das Opfer am 11. Juni noch mit ihrem vermeintlichen Liebhaber in Dresden getroffen, ihr Ehemann fuhr ihr hinterher. Als sie zurück in Radeberg war, habe der Angeklagte seine Frau in einer Zeitspanne von knapp einer Stunde im Schlafzimmer erdrosselt, während die Kinder in der Wohnstube Youtube-Videos auf seinem Handy schauten und offenbar nichts merkten.
Womit die Frau erdrosselt wurde, ist nicht ganz klar. Der Täter könnte einen Schal benutzt haben, der im Schlafzimmer gefunden wurde, oder etwas anderes, was er danach entsorgte. Jedenfalls, so ist das Gericht überzeugt, führte der Angeklagte nach seiner Tat eine Scharade auf, um sich ein Alibi zu verschaffen. Er ging mit seinen Kinder Döner holen, hob zuvor bei der Sparkasse Geld ab, wissend, dass das auf Video festgehalten wird.
Nach seiner Rückkehr "fand" er dann seine erdrosselte Frau, ließ auch die Kinder mitleiden und rief nur 90 Sekunden nach seinem Eintreffen die Polizei. Der eintreffende Polizist hatte vor Gericht zwar ausgesagt, noch einen schwachen Puls und Atem bei der Frau gespürt zu haben, das Gericht zweifelt aber daran, dass dem tatsächlich so war. Und dass der Angeklagte auf seinem Handy wenige Tage vor der Tat Suchanfragen wie "Killing professional no evidence" (professionell töten ohne Beweis) und ähnliche gestartet hatte, spricht laut Dahm dafür, dass er die Tat geplant hatte.
Für einen Alternativtäter gebe es zudem keinen greifbaren Anhaltspunkt, führte Richter Dahm weiter aus. Es sei schon allein deshalb unwahrscheinlich, weil ein solcher Täter ja hätte ahnen müssen, dass der Angeklagte die Wohnung gegen 20 Uhr am Abend mit den Kindern noch einmal für eine halbe Stunde verlässt. Aber auch sonst gebe es keinerlei Hinweis wie Handydaten oder andere Spuren.
Die Verurteilung wegen Mordes sei die logische Folge, eine besondere Schwere der Schuld wurde vor allem deshalb geprüft, weil das Einbeziehen der Kinder besonders widerwärtig sei. Letztlich wurde aber keine besondere Schwere festgestellt. Der Afghane wird also für 15 Jahre im Gefängnis bleiben, bis er die Chance auf eine Entlassung bekommt.

Verteidiger will in Revision gehen

Trotz all dieser vorgetragenen Indizien hält Verteidiger Andreas Suchy seinen Mandanten für nicht des Mordes überführt: "Die ganze Anklage stützt sich auf Indizien und Hypothesen. Und eine Indizienkette muss geschlossen sein. In diesem Fall ist sie das nicht", begründet Suchy seinen Antrag auf Freispruch. So wäre der Schal als Tatwerkzeug zwar geeignet, aber es gäbe keinen Beweis, dass sein Mandant es auch war. Und auch den vom Gericht geschilderten Zeitablauf hält Suchy für nicht zutreffend. "Erst seine Frau, die Mutter seiner Kinder, erdrosseln und dann mit den Kinder Döner holen gehen, als sei nichts passiert, wer macht denn so was?", fragt Suchy.

- Mehr Nachrichten aus Radeberg, Ottendorf-Okrilla, Arnsdorf und Wachau lesen Sie hier.

Ein Revisionsgrund aus Sicht des Verteidigers sei der Ausschluss der Öffentlichkeit während der Aussage des vermeintlichen "Liebhabers" des Opfers. Der Angeklagte, der früher für die Bundeswehr in Afghanistan gearbeitet hat und als gut integriert galt, hatte einem anderen Landsmann ein Tat-Motiv unterstellt. Der Mann soll eine Affäre mit seiner Frau gehabt haben. Das Opfer hätte diese jedoch beenden wollen und von dem Mann 8.000 Euro zurückgefordert.

Darum wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen

Dass für die Aussage des Mannes die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden musste, begründete der Richter Theo Dahm so: "Der vermeintliche Liebhaber wollte nicht öffentlich aussagen, als im

Zuschauerraum die afghanische Verwandtschaft des Opfers saß." Und über möglichen Sex mit ihr müsse er eben nicht öffentlich sprechen. So regelt es das Gerichtsverfassungsgesetz (§ 171b). Weil der Zeuge den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragt hatte, habe das Gericht so verfahren müssen. Der Ausschluss der Öffentlichkeit müsse dann zwingend auch für die Schlussvorträge und das letzte Wort des Angeklagten erfolgen. Hätte das Gericht gegen diese Regel verstoßen, könne dies zu einer Komplettaufhebung des Urteils führen.

Auch spannend:

https://www.welt.de/politik/ausland/article251666230/Freiweillige-Ausreise-So-nutzen-Migranten-Rueckkehrhilfen-gezielt-aus.html

Wie Migranten finanzielle Rückkehrhilfen in großem Stil missbrauchen

Stand: 05:04 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Carolina Drüten**

Korrespondentin für Türkei, Griechenland, Balkan

Statt Abschiebungen forciert die Bundesregierung freiwillige Ausreisen und bietet Rückkehrern dafür Anreize. Wie interne Dokumente zeigen, wird das ausgenutzt: Migranten reisen gezielt ein, um Fördergelder zu erhalten. Länder schlagen Alarm – vor allem eine Gruppe steht im Fokus.

Abschiebungen sind teuer, mühsam und misslingen oft. Die Bundesregierung setzt deshalb auf die freiwillige Ausreise von Migranten – **und fördert dies finanziell. Pro Person können mehrere Tausend Euro in bar und Sachleistungen zusammenkommen. Doch das Angebot wird offenbar missbraucht.**

Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) liegen Hinweise auf gezielten Missbrauch von Förderprogrammen zur freiwilligen Rückkehr durch türkische Migranten vor. Mehrere Bundesländer und Beratungsstellen haben in den vergangenen Monaten Alarm geschlagen. Das geht aus internen Dokumenten hervor, die WELT AM SONNTAG vorliegen. Bayern, Niedersachsen und Hessen bestätigten die Hinweise auf Anfrage.

Speziell türkische Staatsbürger reisen offenbar eigens nach Deutschland ein, um mit ihrer Rückkehr Finanzhilfen zu erhalten. Demnach lassen sich auffällig häufig Menschen aus der Türkei, die in Deutschland eine Asylabsicht äußern, kurz nach ihrer Ankunft über eine geförderte Ausreise beraten – wenige Monate, Wochen oder sogar Tage nach der Einreise. Mitunter, ohne ein offizielles Schutzgesuch gestellt zu haben.

Deutschlands Abschiebe-Problem

Mehrere Bundesländer berichteten dem BAMF, dass die Personen oft genau über mögliche Fördergelder informiert seien. Sie „fordern diese regelrecht ein", hieß es in einer internen Mitteilung. Das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen teilte mit, im Zusammenhang mit einer erhöhten Anzahl türkischer Antragsteller mit kurzer Aufenthaltsdauer in Deutschland seien Bayerns Beratungsstellen „sensibilisiert, auf eine etwaige zweckwidrige Inanspruchnahme von Förderleistungen besonders zu achten".

Niedersachsen gab an, seit dem zweiten Quartal 2023 sei „insbesondere die Zahl der freiwilligen Ausreisen mit einer sehr kurzen Verweildauer in Niedersachsen deutlich gestiegen". Es handele sich dabei „überwiegend um Männer im Alter von 19-45 Jahren". Man habe das BAMF unterrichtet. Hessens Innenministerium ließ wissen, in Rückkehrberatungsstellen seien vermehrt missbräuchliche Förderantragstellungen aufgefallen.

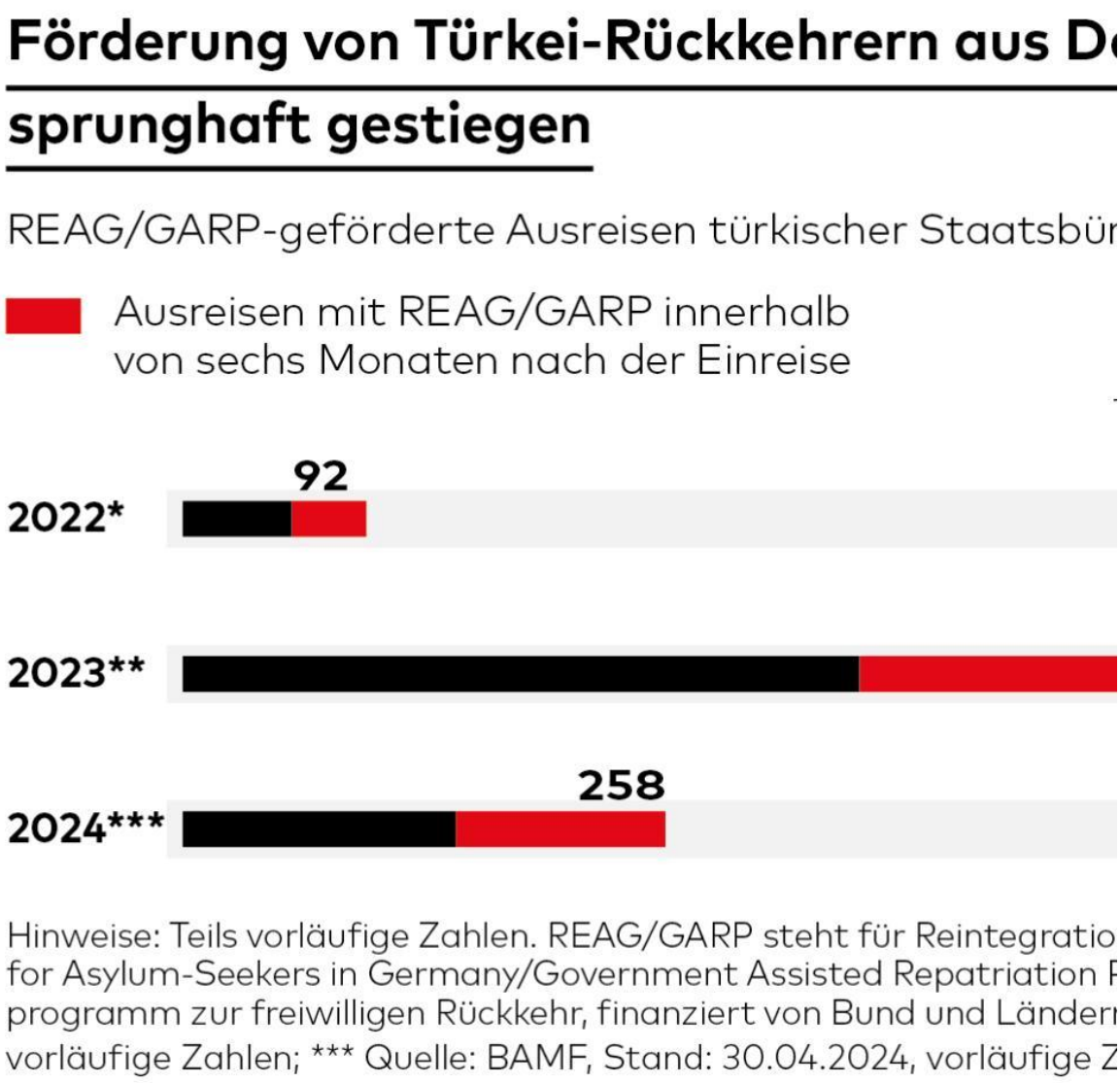
Darauf deuteten „eine sehr kurze Aufenthaltsdauer in Deutschland vor Beantragung der Rückkehrförderung, der Verzicht auf eine Asylantragstellung bzw. die unmittelbare Rücknahme des Antrags sowie widersprüchliche Angaben zum Zweck der Einreise und des Aufenthaltes sowie zu den Gründen der Rückkehr“ hin.

Zahl geförderter türkischer Staatsbürger sprunghaft angestiegen

Die zuständige Senatsverwaltung aus Berlin meldete als einzige Stelle konkrete Zahlen zu mutmaßlichem Betrug. Demnach wurde 2023 in 17 Fällen türkischer Staatsbürger offensichtlicher Missbrauch festgestellt (gegenüber 106 geförderten Ausreisen), im laufenden Jahr waren es bisher fünf. Andere Bundesländer verwiesen an die Bundesbehörde oder gaben an, keine eigenen Erkenntnisse zu haben.

Dabei geht es vorrangig um Leistungen unter REAG/GARP, einem von Bund und Ländern finanzierten Hilfsprogramm zur freiwilligen Rückkehr. Es richtet sich unter anderem an Flüchtlinge, abgelehnte Asylbewerber und ausreisepflichtige Ausländer, aber auch an Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution. **Die Zahl türkischer Staatsbürger, die darüber gefördert ausreisen, ist sprunghaft gestiegen. Sie wuchs von 226 im Jahr 2022 auf 1616 im Jahr 2023. Dieses Jahr waren es bislang 586 (Januar bis April), teilte eine Sprecherin des BAMF mit.**

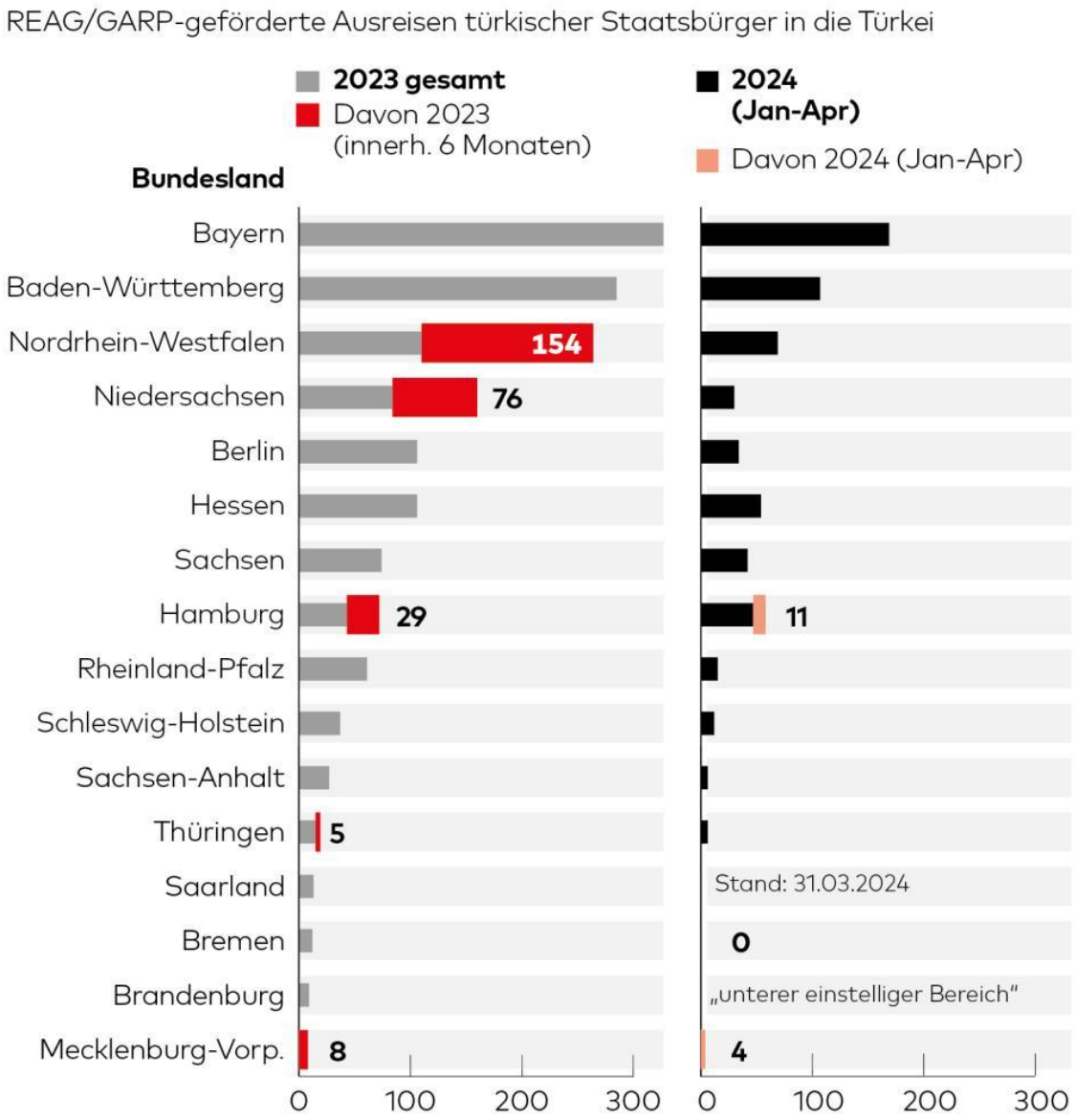
Im vergangenen Jahr verließ knapp die Hälfte dieser Rückkehrer (48,5 Prozent) Deutschland innerhalb von sechs Monaten nach der Einreise. Aktuell liegt der Anteil bei rund 42,7 Prozent. Die höchsten Werte für dieses und letztes Jahr verzeichneten Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, wie eine Abfrage in allen 16 Bundesländern ergab.



Quelle: Infografik WELT

Die Beträge unterscheiden sich nach individueller Situation. Voraussetzung ist, dass die Menschen mittellos sind. Ein förderfähiger türkischer Erwachsener erhält unter REAG/GARP 200 Euro Reisebeihilfe und 1000 Euro Starthilfe. Eine frühe Rückkehr, etwa bei vorzeitigem Verzicht auf ein Asylgesuch oder innerhalb von zwei Monaten nach Asylentscheid, wird mit 500 Euro gefördert. Diese bis zu 1700 Euro werden bei der Ausreise bar ausgezahlt. Mit der sogenannten StarthilfePlus des Bundes kommen sechs Monate nach der Rückkehr 400 Euro hinzu. In der Türkei, wo der Mindestlohn 17.002 Lira (umgerechnet rund 488 Euro) beträgt, ist das viel Geld.

Zusätzlich kann das Förderprogramm EURP (vormals JRS) der EU-Grenzschutzagentur Frontex in Anspruch genommen werden. Es gewährt freiwilligen Rückkehrern eine Kurzzeithilfe von 615 Euro pro Person als Sachleistung oder bar, etwa für den Flughafentransfer und die Weiterreise.



Quelle: Infografik WELT

Bis zu zwölf Monate nach der Rückkehr folgt eine Langzeitunterstützung für Sachleistungen wie Wohnhilfe, Bildungsmaßnahmen, Unterstützung bei einer Geschäftsgründung oder psychosoziale Hilfe im Gegenwert von 2000 Euro. Nach Informationen von WELT AM SONNTAG wurden 2023 für Deutschland die EURP/JRS-Anträge von 573 türkischen Staatsbürgern bewilligt. Sie standen damit an zweiter Stelle der meist geförderten Nationalitäten (nach Irakern). Die meisten entfielen auf Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Feststellung von Betrug „zeitintensiv und aufwändig“

Grundsätzlich sind finanzielle Anreize zur freiwilligen Ausreise aus deutscher Sicht gut investiert, denn die Unterbringung und Versorgung von Migranten und Flüchtlingen ist ungleich teurer. Ebenso Abschiebungen, die zudem selten auf Anhieb gelingen. Die Starthilfen soll die Menschen unterstützen, sich in ihren Heimatländern eine nachhaltige Existenz aufzubauen, indem sie zum Beispiel ein kleines Geschäft gründen. Dies trägt dazu bei, Fluchtursachen zu bekämpfen.

Allerdings verfehlen die Maßnahmen ihr Ziel, wenn sie missbraucht werden. In solchen Fällen entfallen Starthilfe und sonstige Gelder; ein Taschengeld von 50 Euro ist möglich. In wie vielen Fällen 2023 und 2024 Rückkehrhilfen versagt oder nur in vermindertem Umfang gewährt wurden, werde statistisch nicht erfasst, teilte das BAMF mit. Jeder Fall unterliege einer Einzelfallprüfung – ein aus Sicht der Bundesländer mühsamer Prozess.

LESEN SIE AUCH

MIGRATION

Warum so viele Türken Asyl in Deutschland beantragen

Anzeige

Auf einem Formular können die dortigen Rückkehrberater vermerken, wenn sie einen Betrug vermuten. Die letzte Entscheidung aber liegt beim BAMF, das eine kurze Aufenthaltsdauer allein für unzureichend hält, um möglichen Missbrauch festzustellen. Die Bundesbehörde verlangt eine vertiefte Begründung, die „zeitintensiv und aufwändig" sei.

Diese Kritik findet sich in einem Protokoll eines im April eigens zu dem Thema abgehaltenen Treffens, an dem unter anderem Vertreter der Länder, des BAMF und des Bundesinnenministeriums teilnahmen. „Einige Beratende entschließen sich auch, das Kreuz bei zweckwidriger Inanspruchnahme nicht zu setzen, um dadurch Diskussionen und möglichen Konflikten mit den Rückkehrenden zu entgehen", heißt es weiter.

Einige Länder plädieren für eine deutschlandweit einheitliche Regelung und eine grundsätzliche Kürzung von Förderleistungen für Türkei-Rückkehrer. Nach wie vor ungelöst ist die Frage, ob frühe Ausreisen gefördert oder geahndet werden sollen. Zum einen will man keine Anreize zum längeren Verbleib in Deutschland schaffen. Zum anderen wird eine geringe Aufenthaltsdauer als Indiz für Missbrauch gesehen – weil fraglich ist, ob überhaupt reintegriert werden muss, wer sein Heimatland erst kürzlich verlassen hat.

KLAUS GEIGER

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/jugendkriminalit%C3%A4t-in-%C3%B6sterreich-die-schutzgeld-teens-podcast/ar-BB1n2wCY?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=56f48ee744c24fe5a69652e5a8b47b88&ei=46

Jugendkriminalität in Österreich: Die Schutzgeld-Teens - Podcast

Geschichte von Lucia Heisterkamp

In Wien steht eine Jugendbande vor Gericht. Die Mitglieder sollen ein Stadtviertel terrorisiert haben. Der Prozess bietet Einblicke in eine Parallelwelt, von der die meisten Österreicher nichts ahnen.

Sie brechen in einen Handyshop ein, mit Messern und Macheten. Sie werfen einen selbstgebastelten Molotowcocktail durch die Tür. Dem Ladenbesitzer überreichen sie einen Brief mit der Forderung, er solle 25.000 Euro zahlen, sonst drohten weitere Attacken.

Zehn Jugendliche im Alter zwischen 14 und 21 Jahren machen im Herbst 2023 den Wiener Stadtteil Meidling unsicher. Sie erpressen Schutzgeld, klauen Autos, schlagen fremde Menschen krankenhausreif. Die jungen Männer haben tschetschenische, bosnische und russische Wurzeln, sie kommen aus Somalia, Syrien oder der Türkei. Ihr Treffpunkt ist ein Park in Meidling, dort schmieden sie ihre Pläne.

Vor einem halben Jahr wurde die Schutzgeldbande geschnappt, am Wiener Landesgericht hat nun der Prozess gegen sie begonnen. Er bietet Einblicke in eine Parallelwelt junger Männer, die sich um Perspektivlosigkeit, Gewalt und Einschüchterung dreht.

Im Podcast »Inside Austria« erzählen wir die Geschichte der Schutzgeld-Teens aus Wien. Wir wollen wissen, wer diese Jugendlichen sind und was sie dazu bringt, Geschäfte zu überfallen und Menschen zu erpressen. Wir fragen nach, ob die Meidlinger Gruppe ein Einzelfall ist und wie kriminell Österreichs Jugend tatsächlich ist.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/gruppenvergewaltigungen-in-berlin-so-schlimm-ist-es-wirklich/ar-BB1nbCyN?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=2d196cdd3aa04130804d6190d4cb85b6&ei=25

Gruppenvergewaltigungen in Berlin: So schlimm ist es wirklich

111 Fälle von Vergewaltigungen in Berlin durch mehr als einen Täter sind im vergangenen Jahr von der Polizei registriert worden. Die Zahl aus der Kriminalstatistik lag damit etwas höher als in den vergangenen Jahren, als sie zwischen 89 und 106 schwankte. Das geht aus einer Antwort des Senats auf eine Anfrage der AfD hervor. Die „Bild“-Zeitung hatte berichtet.

Die meisten der 111 Opfer waren in der Altersgruppe 14 und 15 Jahre (18 Opfer). Zudem gab es 10 Opfer im Alter von 16 und 17 Jahren und 13 in der Gruppe der 18- bis 20-Jährigen. Die meisten Taten geschahen in Wohnungen und Mietshäusern (41), aber auch in Parks (16).

Von den 106 ermittelten mutmaßlichen Tätern waren 25 jünger als 18 Jahre alt. 28 Verdächtige waren zwischen 18 und 24 Jahren alt. **Der Anteil der Verdächtigen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit lag bei 54 Prozent. Im Vorjahr waren es 65 Prozent, davor 44 und 51 Prozent.**

Relevante Dunkelziffer bei Sexualstraftaten

Insgesamt wurden in der Statistik der Polizei im vergangenen Jahr 1151 Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen in besonders schweren Fällen erfasst. Die Polizei geht bei Sexualdelikten und Vergewaltigungen von einer relevanten Dunkelziffer aus, weil viele Opfer sich aus Scham oder Angst vor dem Täter nicht an die Polizei wenden. Über diese Taten mit mehreren Verdächtigen schrieb der Senat: „Hierbei muss es sich nicht zwingend um *Gruppenvergewaltigungen* handeln.“ Das Bekanntwerden der Taten „ist deutlich von der Anzeigebereitschaft der Opfer abhängig und der konkrete Tatablauf häufig sehr individuell“.

Lesen Sie auch: Straftaten mit Messern in Berlin: Was über die Täter bekannt ist

In Deutschland sorgen immer wieder Fälle mutmaßlicher Gruppenvergewaltigungen für Schlagzeilen. Besonders große Empörung hatte ein Fall aus Hamburg im September 2020 ausgelöst, bei dem eine damals 15-Jährige in einem Park unter Alkoholeinfluss innerhalb kurzer Zeit von mehreren Männern vergewaltigt wurde. In einem Prozess wurden neun Männer zu Haftstrafen verurteilt, zum Teil legten sie Revision ein. In Berlin waren zuletzt drei Männer wegen einer mutmaßlichen Gruppenvergewaltigung im Görlitzer Park angeklagt. Laut Anklage sollen die Männer im Juni 2023 ein Ehepaar überfallen und die damals 27 Jahre alte Frau vergewaltigt haben. Der Prozess platzte zunächst, weil die Frau nicht vor Gericht erschien. *dpa*

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/straftaten-mit-messern-in-berlin-was-%C3%BCber-die-t%C3%A4ter-bekannt-ist/ar-BB1naHEn?ocid=BingNewsSearch

Straftaten mit Messern in Berlin: Was über die Täter bekannt ist

Von 2575 Verdächtigen zu Straftaten mit Einsatz eines Messers in Berlin waren im vergangenen Jahr rund 1000 Menschen, die nur die deutsche Staatsangehörigkeit hatten. Rund 1370 Menschen hatten eine andere Nationalität, etwa 200 Menschen eine weitere und die deutsche Staatsangehörigkeit. Das geht aus einer Antwort des Senats und der Berliner Polizei auf eine AfD-Anfrage zur Kriminalitätsstatistik hervor.

Zu einem Migrationshintergrund der mutmaßlichen Täter, die nach der Statistik meistens Männer sind und zu einem Teil auch männliche Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, wurde nichts gesagt, der Senat gab auch keine Antwort auf die Frage nach den 20 häufigsten Vornamen der deutschen Verdächtigen. Dadurch wäre die Gefahr der Identifizierung zu hoch, hieß es zur Begründung.

In bestimmten Milieus ist es angesagt, ein Messer dabei zu haben

Die Zahlen zum Einsatz von Messern waren in den vergangenen Jahren gestiegen. In der Kriminalstatistik erfasste die Polizei im vergangenen Jahr 3482 Fälle zum Thema „Messerangriff". Dazu zählen auch zahlreiche Taten, bei denen mit einem Messer gedroht, es aber nicht eingesetzt wurde. Im Jahr 2022 waren es 3317 registrierte Straftaten, bei denen Messer eine Rolle spielten, 2021 waren es 2777 und im Jahr 2020 knapp 2600 Fälle.

Zu den Ursachen des Anstiegs schreibt der Senat, es gebe den Zusammenhang mit der Mitnahme von Messern. So hatten in den vergangenen Jahren Untersuchungen festgestellt, dass es in manchen Kreisen angesagt sei, ein Messer dabei zu haben. Und die Polizei weist darauf hin, dass in der Folge diese Messer bei Streitigkeiten auch gezückt würden. Laut Senat geht es auch um die „allgemeine Entwicklung der Gewaltkriminalität" und der Vermittlung von Sozialkompetenz. *dpa*

ABER WER KEINE DER VIELEN KRIMINELLEN AUSLÄNDER MEHR IN DEUTSCHLAND HABEN WILL, WIRD IN DEUTSCHLAND von der linken Einheitspresse mit Namen und Bild deutschlandweit verbreitet, geächtet und durch Entlassung ruiniert m.Z.

https://unser-mitteleuropa.com/139064

Wachmann-Killer gefasst: Afro-Transfrau-Flüchtling war Bewohner der Asylunterkunft

VonRedaktion

JUN 1, 2024 #Asylheim, #Luxushotel, #Mörder, #transfrau, #Wachmann

Transfrau-Flüchtling ersticht Wachmann in zu Asylunterkunft umfunktioniertem Luxushotel. Mehr als jeder andere Fall zeigt die Ermordung eines syrischen Wachmanns einer Asylunterkunft in Potsdam den gesamten grausigen Wahnsinn der links-woken Ideologie, der hier in all seinen Aspekten zusammenkommt.

Bei dem Täter handelt es sich um eine „Transfrau", sprich: einen Mann in Frauenkleidern, aus Südafrika. Am Donnerstagmorgen hatte er den Wachmann niedergestochen, der später im Krankenhaus starb. Der mutmaßliche Täter, der einige Stunden später in einem Supermarkt seine Rechnung nicht zahlen wollte, sprach dann am Nollendorfer Platz in Berlin-Schöneberg selbst Polizisten an, weil er transphob beleidigt worden sei. Die Beamten nahmen den Mann zunächst nicht fest, da bei Opfern in der Regel keine Personenabfrage vorgenommen wird. Später kamen ihm Zivilbeamte auf die Spur, bevor er dann festgenommen wurde.

Im Klartext: ein Mann, der sich als Frau fühlt und kurz zuvor einen Mord begangen hat, ruft selbst die Polizei, weil er sich „transphob" beleidigt fühlt! Sofern er verurteilt wird, hat er auch noch beste Aussichten, in einem Frauengefängnis untergebracht zu werden. Noch vor seinem Inkrafttreten am 01. November, fordert das „Selbstbestimmungsgesetz" der Ampel also bereits das erste Opfer.

Sanssouci-Schlosshotel als Tatort

Tiefenschärfer lässt sich die geballte Idiotie, die Deutschland und weite Teile der westlichen Welt in ihrem Würgegriff hält, nicht mehr ausdrücken, als es hier durch die Ereignisse selbst geschehen ist. Was dabei in den Hintergrund tritt, ist der Umstand, dass sich die Asylunterkunft auch noch im Park von Sanssouci, dem Schloss des Preußenkönigs Friedrich des Großen befindet, einem weltbekannten Symbol deutscher Kultur. In den Medien ist meist nur von einem Mord in Potsdam die Rede. Dass der Tatort das Schlossgarten-Hotel von Sanssouci war, wird dabei unterschlagen. Dabei handelt es sich um eine renommierte Luxusunterkunft, in deren „anspruchsvollem Ambiente" sich „der Glanz preußischen Barocks spiegelt", wie es in einer Werbeanzeige hieß. Das Hotel füge sich in die historischen Bauwerke und Parks ein, „ohne auf modernen Komfort zu verzichten". Liebevoll gestaltete, individuelle Zimmer wie das Bordürenzimmer oder das Wildrosenzimmer ließen „insbesondere die Herzen von Romantikern höher schlagen".

Schutz suchen und relaxen – das Beste ist gerade gut | Bildquelle: [Potsdam-Hotels-Schlossgarten-Hotel-am-Park]

Die einzigartige Lage im Potsdamer Villenviertel und vis-à-vis des malerischen Parks von Sanssouci mache das Hotel, so weiter, „zu einer Oase der Entspannung“. Diese Zeiten sind jedoch vorbei: Mittlerweile sind dort jedoch, für vermutlich exorbitante Kosten, überwiegend Ukrainer untergebracht, die von einem Syrer bewacht wurden, der wiederum einer „Transfrau“ aus Südafrika zum Opfer fiel, die die Polizei rief, um Anzeige wegen Transfeindlichkeit zu erstatten! Besser lässt sich gar nicht mehr demonstrieren, zu welch einem perversen und mörderischen Irrenhaus dieses Land geworden ist. (TPL)

Dieser Beitrag erschien zuerst auf journalistenwatch, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

https://www.welt.de/politik/deutschland/plus251917070/Extremismus-und-Terrorismus-Der-individuelle-Nutzen-ist-das-Gefuehl-moralischer-Ueberlegenheit.html

„Extremisten fühlen sich in Bezug auf ihre Lebensrealität ungerecht behandelt“

Stand: 13:10 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten

Ricarda Breyton

Von Ricarda Breyton

Politikredakteurin

Die forensische Psychiaterin Nahlah Saimeh hat mehr als 800 Gewalttäter in Gerichtsverfahren und in der Haft begutachtet. Sie erklärt, was Menschen psychologisch zu extremistischen Attentätern werden lässt – und was es mit der Zunahme von Gruppenvergewaltigungen auf sich hat.

Nahlah Saimeh, 58, arbeitet als forensische Psychiaterin in Düsseldorf. Sie erstellt unter anderem Gutachten zur Schuldfähigkeit und Kriminalprognosen bei Entlassung aus der Haft. Über ihre Arbeit hat sie mehrere Bücher veröffentlicht.

WELT: Frau Saimeh, in Mannheim hat ein afghanischer Attentäter auf brutale Weise einen Polizisten erstochen, wohl aus islamistischen Motiven. Was geht in Menschen vor, die aus extremistischem Hass mit dem Messer auf andere Leute einstechen?

Nahlah Saimeh: Aktuelle Fälle kommentiere ich nicht. Allgemein gilt: Personen, die anfällig für extremistische Ideologien sind, pflegen Ungerechtigkeitserzählungen, seien es individuelle, gesellschaftliche oder global bezogene. Die Menschen fühlen sich in Bezug auf ihre Lebensrealität ungerecht behandelt, nicht gesehen und in ihren Bedürfnissen nicht ernst genommen. Alle extremistischen Ideologien arbeiten mit solchen Narrativen, denen nach dieser Lesart nur radikal und gewalttätig abgeholfen werden kann. Sie sagen: „Wir kennen die Ursache für Dein Leiden. Und wir beseitigen die Verursacher Deines Leidens."

WELT: Oft heißt es, die Täter seien im Vorfeld „völlig unauffällig" gewesen. Wächst die Bereitschaft zu extremer Gewalt schleichend? Oder ist sie „angelegt"?

Saimeh: Wenn Sie eine schwere Gewalttat planen, werden Sie ja im Alltag nicht sonderlich auffallen wollen. Und ein Einzeltäter muss sich ja mit niemandem absprechen. **Als Psychiater wissen wir, dass jeder Mensch im Grunde vier basale Grundbedürfnisse hat: Wir brauchen sichere Bindungen. Wir wollen Teilhabe, und wir wollen die Umwelt verstehen, in der wir leben, streben also nach Orientierung und Sicherheit. Außerdem wollen wir Leid vermeiden. In diesen Zeiten rasanter, großer gesellschaftlicher und globaler Umbrüche sind Sicherheit und Orientierung bedroht. Es entstehen Angst und dann Wut.**

Alle Feindbilder arbeiten mit Dehumanisierung, dem Aberkennen des Mensch-Seins und nutzen Wut als Treibstoff für Aktion. Und dann gibt es auch keine Tötungshemmung mehr. Das ist Terror.

WELT: Nun wird nicht jeder, der sich in einer Umbruchsituation befindet, zum Gewalttäter. Sind die Täter psychisch krank?

Saimeh: In den meisten Fällen sind extremistische Gewalttäter nicht psychisch krank. Am ehesten trifft das tatsächlich für Einzeltäter zu. Man darf Extremismus und Terrorismus nicht als psychiatrisches Problem betrachten. Das wäre ein fataler Fehler.

Um es klar zu sagen: Es gibt Menschen, die sind einfach gewalttätig. Sie bejahen Gewalt, und sie begeistern sich für Gewalt. Dann gibt es Menschen, die nur im Zusammenhang mit schweren psychischen Krankheiten gewalttätig werden. Andere sind eigentlich gegen Gewalt, finden aber situativ Gründe für Gewalt. Und wieder andere sind mit ihrer Lebenssituation überfordert, denken Sie zum Beispiel an häusliche Gewalt.

„Schwieriger wird es bei Menschen mit Intelligenzminderung, einem IQ von deutlich unter 70"
WELT: Die meisten Menschen dürften eine enorme Abscheu davor empfinden, einem anderen Menschen derart Gewalt anzutun. Kann diese Abscheu auch bei psychisch gesunden Menschen einfach so „ausgeschaltet" werden?

Saimeh: Das war in der Geschichte immer so und ist auch heute so: Wenn Sie einer Ideologie anhängen, die Ihnen vermittelt, dass alle Probleme gelöst werden, wenn man bestimmte Gruppierungen, die für das Elend der Welt verantwortlich gemacht werden, eliminiert – also tötet –, dann geben Sie sich selbst eine Legitimation zum Töten. Das Töten wird zu einem vermeintlich moralischen Akt umdefiniert. Das ist ja das Perverse. Attentate zielen auf Feindbilder, konkrete oder symbolische.

WELT: Die Geschichte zeigt, dass jede extremistische Ideologie Gewalttäter hervorgebracht hat: der Linksextremismus die RAF, der Rechtsextremismus unter anderem den NSU, der Islamismus den sogenannten Islamischen Staat. Warum gibt es einen Nährboden dafür?

Saimeh: Die Grenze zwischen Aktivismus und Extremismus verläuft da, wo Gewaltanwendung als Notwendigkeit betrachtet wird. Die faktische Gewalt-Ausübung ist dann Terrorismus. Alle

extremistischen Ideologien legitimieren Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele. Sie bringen dann Gruppierungen hervor, die das in die Tat umsetzen. Das ist eine logische Konsequenz.

Für die Hinwendung zum Islamismus gibt es sehr unterschiedliche Gründe. Wenn wir auf die Einzelperson schauen, dann sind es häufig Menschen, die sich nach ganz festen, klaren und nicht hinterfragbaren Regeln für ihr eigenes Leben sehnen. Und die Gruppierungen werben auch mit einer Art sozialstaatlicher Versorgung, sodass gerade auch Menschen sich dort aufgehoben fühlen, die durch eine prekäre Lebenssituation immense Wut aufstauen und den Halt in ihrem Leben verloren haben.

„Zeigt, welch tiefe Spuren der politische Islam bereits hinterlassen hat“
WELT: Und beim Rechtsextremismus und Linksextremismus?

Saimeh: Alle extremistischen Ideologien von jeder Seite machen sich verunsicherte Bedürfnisse von Menschen zunutze und antworten mit extrem auf Schwarz-Weiß-Logik zugeschnittenen Lösungsvorschlägen, die aber im Kern immer darauf hinauslaufen, andere Menschen zu eliminieren. Die Ideologien unterscheiden sich nur in der Definition ihrer Feindbilder, ihrer vermeintlichen metaphysischen Legitimation und in den Gesellschaftsutopien.

Der individuelle psychologische Nutzen ist Identitätsstiftung über ein gemeinsames Narrativ, Vermittlung von radikaler Selbstwirksamkeit, Sicherheit und natürlich das Gefühl moralischer Überlegenheit. All diese Ideologien geben Menschen das Gefühl, an einer Bewegung teilzunehmen, die viel größer ist als man selbst. Und es geht immer um die Etablierung einer monokulturellen Gesellschaft, sei es ethnisch, sei es religiös, sei es ökonomisch.

WELT: Sie haben nicht nur Extremisten begutachtet, sondern auch viele Sexual-Gewalttäter. Es gibt hier in den vergangenen Jahrzehnten eine interessante Entwicklung: Auf der einen Seite nehmen schwere Gewalttaten wie Sexualmorde ab. Auf der anderen Seite werden aber zunehmend Vergewaltigungen angezeigt, darunter Gruppenvergewaltigungen. Wie ordnen Sie das ein?

Saimeh: **In den 70er-Jahren gab es 60 bis 70 Sexualmorde pro Jahr. In den letzten zehn Jahren liegen die Zahlen je Jahr fast durchweg im einstelligen Bereich. Der jahrelange Rückgang sexueller Gewalt insgesamt hat auch mit der Zunahme des Unrechtsbewusstseins zu tun. Das Strafrecht wurde in den letzten 25 Jahren zunehmend verschärft. Und sexuelle Gewalt ist in Gesellschaften mit hoher Gleichberechtigung der Geschlechter niedrig. Wir haben jetzt das Problem, dass mit den Gruppenvergewaltigungen im öffentlichen Raum ein spezieller Kriminalitätsbereich seit Jahren im Verhältnis deutlich ansteigt.**

WELT: Woran liegt das?

Saimeh: Mit der Frage stechen Sie in ein Wespennest, bei dem es viele unterschiedliche Risikofaktoren gibt und das Menschen begreiflicherweise in Rage bringt. Gruppenvergewaltigungen bei aus dem Ruder laufenden Partys sind das eine Problem. Dann haben wir noch das Thema mit den K.-o.-Tropfen. **Ein anderes Problem sind solche Taten im öffentlichen Raum mit Tätern, die offenbar ein Problem mit einem zeitgemäßen Geschlechterrollen-Verständnis haben.**

Damit hier klar ist: Risiken aufzeigen, heißt Gefahren einordnen. Nur wenn Sie Gefahren kennen, können Sie sicherheitspolitisch handeln. Mit Rechtfertigung hat das gar nichts zu tun. Wer sexuelle Gewalt rechtfertigt, begibt sich gedanklich auf die Täter-Seite. Punkt.

WELT: **Die Statistik zeigt, dass rund die Hälfte der Männer, die einer Gruppenvergewaltigung verdächtigt werden, Deutsche sind. Überproportional vertreten sind bei der anderen Hälfte Syrer,**

Afghanen, Iraker. Sie haben in der Vergangenheit gesagt, dass ungesteuerte Migration ein „Risikofaktor“ für solche Übergriffe sein könne. Was meinen Sie damit?

Saimeh: Die Zahlen passen zu dem, was ich eben ausgeführt habe. Überall da, wo es ein Spannungsfeld von Männlichkeitsbild und Kultur gibt, nimmt sexuelle Gewalt zu. Und dann kommen hier noch weitere Faktoren hinzu. Aus der transkulturellen Psychiatrie weiß man, dass ungeordnete Migrationsbewegungen die Gefahr von Suchterkrankungen und schweren psychischen Erkrankungen erhöhen. Der Wegfall von sozialer Kontrolle und Struktur im Leben befördert Kriminalität. Und wenn man dann im Grunde unsere Gesellschaft zugleich verachtet, hat man eine brisante Mischung.

Und dann gibt es, wie bei allen Gruppen-Delikten, auch noch die Gruppendynamik selbst. Das sind Risikofaktoren, zu denen sich Politik und Gesellschaft verhalten müssen.

WELT: Wie sollen Politik und Gesellschaft reagieren, um Risiken zu minimieren?

Saimeh: Sexuelle Gewalt sind Straftaten. Ob nun als Einzeltäter oder in der Gruppe: Hier ist der Rechtsstaat gefragt. Und bei Vergewaltigern weiß man aus der Kriminologie, dass diese Männer häufig auch schon wegen anderer Straftaten wie Drogendelikten und Körperverletzungsdelikten aufgefallen sind. Vergewaltiger sind in der Regel dissoziale Straftäter. Gewaltbereite, hochgradig antisoziale Männer jeder Nationalität sind einander übrigens ähnlich und teilen mitunter auch ziemlich ähnliche Vorstellungen zum Verhältnis der Geschlechter.

Was mir Sorge macht, ist die große Wut und der Hass, der uns in so vielen Diskussionen um die Ohren fliegt. Ich halte das für eine Folge des Mangels an Selbstwirksamkeit im Leben. Jeder Mensch will ein Sinn erfüllendes, selbstwirksames Leben leben. Wir wollen alle die Erfahrung machen, unser Leben nach unseren persönlichen Wünschen weitgehend gestalten zu können, und müssen das trotzdem mit realen Rahmenbedingungen abgleichen. Wenn Selbstwirksamkeit verloren geht, entsteht große Frustration, die zu Hass und Gewalt führt. Zur Selbstwirksamkeit gehört zum Beispiel Arbeit und Wertschätzung.

https://philosophia-perennis.com/2024/06/08/schutzsuchende-erstechen-polnischen-soldaten-an-grenze-und-behindern-helfer/

„Schutzsuchende“ erstechen polnischen Soldaten an Grenze und behindern Helfer

BY

PP-REDAKTION

8. JUNI 2024

Ruhe in Frieden, Matuesz. Du warst ein Held, als du Polens Grenzen verteidigt hast.

([Unser Mitteleuropa])

Eine Gruppe „Schutzsuchender“ hat einen polnischen Soldaten ermordet. Dieses Video zeigt, wie die Migranten große Äste und andere Gegenstände auf polnische Soldaten werfen, die einem Soldaten, der kurz zuvor von den Migranten niedergestochen wurde, Erste Hilfe leisten.

Sie hatten ein Messer an einem langen Ast befestigt und ihn damit durch die Wand erstochen.

Wie im Video zu sehen ist, taten sie später alles in ihrer Macht Stehende, um andere Soldaten daran zu hindern, dem verwundeten Soldaten Erste Hilfe zu leisten.

Soldat in Klinik verstorben

Nachdem der Soldat jetzt im Krankenhaus gestorben ist, fordern polnische Soldaten und Grenzschützer eine Gesetzesänderung, die es ihnen endlich erlaubt, in lebensbedrohlichen

Situationen Gummigeschosse oder sogar scharfe Munition gegen solcherart aggressive Verbrecher einzusetzen.
Trägt Donald Tusz Mitschuld?
Thomasz Fröhlich dazu:
„Der von einem Migranten niedergestochene polnische Grenzsoldat Mateusz Sitek ist auch deshalb gestorben, weil die neue polnische Regierung von Donald Tusk es de facto verboten hat, an der polnisch-weißrussischen Grenze als ultima ratio auch von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Sollen Grenzsoldaten Schusswaffen nur zur Dekoration tragen? Wir wissen, wer hierzulande für die Aussage, daß es legitim sei, beim Grenzschutz im absoluten Ernstfall auch von Schusswaffe Gebrauch zu machen, seit Jahren durch den Dreck gezogen wird. Womöglich hätte aber genau das das Leben von Mateusz Sitek retten können. Nun ist er im Alter von 21 Jahren seinen Verwundungen erlegen.“

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/schon-wieder-ist-der-tatverd%C3%A4chtige-ein-afghane-ein-mann-hat-in-frankfurt-eine-frau-mit-einem-cuttermesser-attackiert/ar-BB1o4slw?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=2370d86ac77f4173840f6c18695f1557&ei=28

Schon wieder ist der Tatverdächtige ein Afghane: Ein Mann hat in Frankfurt eine Frau mit einem Cuttermesser attackiert

Geschichte von Beatrice Achterberg, Berlin

Es ist ein Angriff, der die Debatte um Zuwanderung aus und Ausschaffungen nach Afghanistan weiter anheizen könnte. Am Montag hat ein 19-jähriger Afghane laut Polizeiangaben eine ihm unbekannte 41-jährige Frau am Frankfurter Mainufer mit einem Messer attackiert und schwer verletzt. Der tatverdächtige Afghane befindet sich in Untersuchungshaft.

Was war passiert? Laut derzeitigem Ermittlungsstand der Polizei sass die Frau am frühen Nachmittag auf einer Parkbank am Mainufer, als sich der mutmassliche Täter unbemerkt von hinten näherte. Er griff die Frau an der Schulter und stach plötzlich mehrfach mit einem Cuttermesser auf ihren Kopf- und Halsbereich ein.

Tatverdächtiger Afghane ist in Untersuchungshaft

Die Frau konnte sich aus dem Griff des unbekannten Angreifers befreien und einige Meter flüchten. Doch als sie stolperte und zu Boden fiel, holte der 19-Jährige sie laut Angaben der Polizei ein und stach erneut mehrfach auf sie ein. Durch ihre Schreie wurden Zeugen aufmerksam und eilten zum Tatort. Daraufhin liess der Tatverdächtige von der Frau ab und flüchtete. Die Zeugen leisteten erste Hilfe und alarmierten die Polizei.

Der Flüchtige wurde kurz darauf von der Polizei aufgegriffen. Er hatte sich in einem Gebüsch in der Oskar-von-Miller-Strasse versteckt. Die Polizei nahm ihn vorläufig fest und stellte das Cuttermesser sicher.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat am Dienstag einen Haftbefehl wegen des Verdachts des versuchten Mordes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung beantragt. Das Amtsgericht Frankfurt am Main hat diesen am selben Tag erlassen.

CDU-Politiker Spahn: Deutschland ist gewalttätiger geworden

Die Opposition plädiert angesichts der Gewalttaten, an denen Asylmigranten beteiligt sind, für eine strengere Migrationspolitik. Der Vize-Unions-Vorsitzende Jens Spahn sagte der NZZ: «Das Muster ist leider immer wieder dasselbe: Jemand, der nie hätte ins Land kommen oder gar hier bleiben sollen, begeht eine schwere Gewalttat. Irreguläre Migration aus gewaltgeprägten Ländern hat unser Land gewalttätiger gemacht.»

Spahn fordert, die irreguläre Migration «endlich» zu beenden, jegliche Abschiebehindernisse zu beseitigen, die Polizei zu stärken und den «Integrationsdruck» zu erhöhen. Sollte die demokratische Mitte keine Lösungen finden, würden radikalen Kräfte noch stärker werden, sagt der Christlichdemokrat warnend.

Der Co-Vorsitzende der Grünen, Omid Nouripour, bezeichnete die Tat auf seinem X-Profil als «abscheulich». Der Täter müsse zur Verantwortung gezogen und die Hintergründe zügig geklärt werden, so der Grünenpolitiker.

Führen die Messerangriffe zum politischen Kurswechsel?

Die Tat in Frankfurt am Main ruft das Attentat von Mannheim am 31. 5. in Erinnerung, das bundesweit für Fassungslosigkeit sorgte. Bei einer öffentlichen islamkritischen Veranstaltung griff ein angeblich 25-jähriger Afghane erst den Aktivisten Michael Stürzenberger mit einem Messer an, dann verletzte er einen anwesenden Polizeibeamten. Der 29-jährige Polizist Rouven L. starb wenige Tage später.

Nur wenige Tage nach dem Tod des Mannheimer Polizisten soll ein 22-jähriger Afghane auf der Ostseeinsel Rügen mehrere Polizeibeamte mit einem langen Messer attackiert haben. Vor dem Angriff soll er AfD-Wahlplakate mit einem Messer abgeschnitten haben.

Seit dem tödlichen Attentat von Mannheim mehren sich Forderungen, einen Kurswechsel in der Migrationspolitik umzusetzen und unter anderem Afghanistan zum sicheren Herkunftsland zu erklären. In einer Regierungserklärung Anfang Juni sagte Kanzler Olaf Scholz mit Bezug auf das Mannheimer Attentat, dass «solche Straftäter» abgeschoben gehören, auch wenn sie aus Syrien und Afghanistan stammen.

Afghanische Asylbewerber sind gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung bei Straftaten gegen das Leben überrepräsentiert, wie Zahlen des Bundeskriminalamts zeigen. Das heisst, sie werden häufiger straffällig, als ihr Bevölkerungsanteil vermuten lassen würde. Dagegen fallen Flüchtlinge aus der Ukraine vergleichsweise selten als tatverdächtige Zuwanderer auf – obwohl seit dem russischen Angriffskrieg mehr als eine Million Ukrainer und Ukrainerinnen nach Deutschland kamen.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/other/albtraum-f%C3%BCr-sicherheitsbeh%C3%B6rden-wer-sind-die-messer-t%C3%A4ter-nrw-lagebild-zeigt-die-d%C3%BCstere-realit%C3%A4t/ar-BB1o9Zec?ocid=BingNewsSerp

Albtraum für Sicherheitsbehörden - Wer sind die Messer-Täter? NRW-Lagebild zeigt die düstere Realität

Geschichte von Von FOCUS-online-Reporter Axel Spilcker

Die Messergewalt in Deutschland rückt nach dem Attentat von Mannheim in den Fokus der Öffentlichkeit, die Sicherheitsbehörden sind alarmiert. NRW hat kürzlich genauere Zahlen zu den Tatverdächtigen vorgelegt.

Die Videobilder zur Attacke des mutmaßlichen Islamisten Sulaiman Ataee (25) am 31. Mai wirken bei den deutschen Sicherheitsbehörden nach. Immer wieder saust das große Messer des Afghanen auf seine Opfer kurz vor der Kundgebung des Islamkritikers Michael Stürzenberger nieder. Von hinten sticht der Täter dem Polizisten Rouven L. in den Hals. Der Beamte stirbt ein paar Tage später. Bundesweit macht sich großes Entsetzen über die wohl islamistisch motivierte Tat breit. Mit Blick auf die am Freitag startende Fußballeuropameisterschaft stellen solche Messerattacken den worst case dar.

Albtraum für Sicherheitsbehörden

„Der Fall ist ein Albtraum“, erklärt ein hochrangiger Staatsschützer aus NRW. „Der Täter war den Sicherheitsbehörden nicht bekannt, niemand bekam mit, wie sich der Afghane radikalisierte, dagegen ist schwer etwas zu machen.“ Solche Extremisten fliegen unter dem Sicherheitsradar. Es sind jene einfachen Attentate mit Stichwaffen durch unauffällige Einzeltäter, die auf der Liste möglicher Anschlagsszenarien der Terror-Abwehr ganz oben stehen. Seit Jahren rufen die Terror-Miliz „Islamischer Staat“ als auch Al Qaida zu Messerangriffen gegen die „Ungläubigen“ (Kuffar). Ein syrischer IS-Anhänger wurde kürzlich zu einer lebenslangen Haftstrafe in Duisburg verurteilt. Der 27-jährige Maan D. hatte einen türkischstämmigen Mann erstochen und vier Männer in einem Fitnessstudio schwer verletzt. „Ich wollte so viele Menschen töten wie möglich und dann als Märtyrer sterben“, erklärte D. im Prozess. Anfang Dezember 2023 starb ein deutscher Tourist durch Messerstiche eines vorbestraften Islamisten in Paris. Die Beispiele ließen sich problemlos fortführen.

NRW: Messerattacken steigen um 22,4 Prozent

Abseits politisch motivierter Taten steigt die Messergewalt republikweit extrem an. Allein die Zahl der Attacken mit Stichwaffen in Nordrhein-Westfalen ist deutlich gestiegen. Das geht aus einem Bericht hervor, den NRW-Innenminister Herbert. Reul (CDU) auf SPD-Anfrage vor einer Woche im Innenausschuss des Landtags vorstellte. **Demnach kletterte die Zahl im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2022 um 22,4 Prozent von 5081 auf 6221 Fällen.**

NRW, das Messerland, auf diesen Nenner könnte man die alarmierenden Ergebnisse bringen. Dabei sei allerdings einschränkend gesagt, dass kaum ein anderes Bundesland in einem eigenen Lagebild das Kriminalitätsphänomen so exakt ausleuchtet. Wie FOCUS online aus Polizeikreisen erfuhr, wird der neue Bericht über die wachsende Messergewalt in den kommenden Wochen

veröffentlicht. Darin werden die jeweiligen Kreispolizeibehörden auch die Motive der Täter, ihre Herkunft und die unterschiedlichen regionalen Problemlagen beschreiben und analysieren.

Zunehmende Verwendung von Messern bei Auseinandersetzungen

Jeder dritte der 5700 erfassten Tatverdächtigen, die 2023 an Rhein und Ruhr erfasst wurden, zählte keine 21 Jahre. Fast 87 Prozent waren männlich. Fast jeder zweite Beschuldigte besaß keinen deutschen Pass. Der aktuelle Report listet 2992 deutsche Staatsangehörige unter den Verdächtigen auf. Wobei der jeweilige Migrationshintergrund nicht erfasst ist. Folglich fällt auch der Deutsche-Türke Mert V. in diese Kategorie. Der 15-jährige Intensivtäter soll als mutmaßlicher Anführer einer Bande mit einem 14-jährigen Deutsch-Griechen und zwei minderjährigen Syrern zwei ukrainische Basketballer im Februar am Bahnhof in Oberhausen erstochen haben. Auf Platz zwei der Messerstecher-Liste stehen syrische Tatverdächtige (469), gefolgt von türkischen (298), irakischen (159) und rumänischen (152) Angreifern.

Mitunter spielen auch psychische Probleme eine Rolle. Im Januar 2023 rastete der Palästinenser Ibrahim A. in einem Regionalzug bei Brokstedt (Schleswig-Holsetin). In seiner Raserei erstach er ein junges Paar, und verwundete vier Reisende zum Teil schwer. In der Hauptverhandlung hatte ein Gutachter dem Täter eine posttraumatische Belastungsstörung (PTSB) attestiert - ausgelöst durch seine Erlebnisse in Palästina und die Flucht. Das Gericht folgte dieser Einschätzung in seinem Urteil. Dennoch lege diese Diagnose keine psychiatrische Erkrankung nahe. Vielmehr handele es sich um eine seelische Störung, so die Schwurgerichtskammer. Die PTSB habe nicht die Einsichts- oder Steuerungsfähigkeit des Täters beeinflusst. Ibrahim A. kassierte eine lebenslange Haftstarfe. Auch stellte das Landgericht die besondere Schwere der Schuld fest. Das heißt, der Mörder kommt nicht nach 15 Jahren frei.

„Wo früher die Fäuste flogen, greifen junge Menschen heutzutage zum Messer“

Besorgt beobachten die Sicherheitsbehörden, dass bei Auseinandersetzungen vermehrt Stichwaffen ins Spiel kommen. „Immer öfter werden Messer mitgeführt und diese kommen auch immer öfter zum Einsatz“, berichtet Michael Mertens, Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW. Gerade unter jungen Männern kursiert meist der Spruch, dass man das Messer einzig mitgenommen habe, um sich zu verteidigen. Der NRW-Innenminister sorgte sich bereits im vorigen Jahr im FOCUS-online-Interview, „dass die Gewaltaffinität offenbar gerade bei Kindern zunimmt. Die Wahrnehmung ist doch: Wo früher die Fäuste flogen, greifen junge Menschen heutzutage zum Messer oder treten nochmals auf einen wehrlosen Gegner ein“. An dieser Einschätzung hat sich nichts geändert.

Laut dem jetzigen NRW-Bericht waren 31,1 Prozent der mehr als 8000 Messer-Opfer jünger als 21 Jahre und überwiegend männlich (76,5 Prozent). Deutsche Geschädigte (4.956) überwiegen, gefolgt von syrischen (475), türkischen (349), irakischen (174) und polnischen Opfern (161). Bei drei Prozent der Attacken (198) handelte es sich um Tötungsdelikte.

Diskussion über strafrechtliche Bewertung von Messerangriffen

Die Werte riefen die NRW-Opposition auf den Plan. Die SPD-Abgeordnete Christina Kampmann forderte den Landesinnenminister zum Handeln auf. Die zunehmenden Angriffe mit Stichwaffen seien eine brandgefährliche Entwicklung, so Kampmann. „Der Landesregierung ist es bisher nicht gelungen, diese Entwicklung in den Griff zu bekommen.“

Dabei stand die Forderung im Raum, dem niedersächsischen Beispiel zu folgen. Hannover hatte eine Gesetzesnovelle in den Bundesrat eingebracht. Demnach sollen sämtliche Springmesser bundesweit sowie Stichwaffen mit feststehender Klinge schon ab sechs Zentimetern Klingenlänge verboten werden. NRW sollte diese Initiative unterstützen, forderte der FDP-Innenexperte Marc Lürbke: „Wir brauchen endlich konsequente Abschreckung, die auch Wirkung zeigt“, mahnte der Abgeordnete. Messer hätten auf Feiern, Volksfesten, Schulhöfen und in Zügen nichts verloren. Die vielzitierte „Strafe auf dem Fuße“ sei in NRW angesichts einer völlig überlasteten Justiz vielfach schlicht Fehlanzeige. Überall, wo möglich, sollten beschleunigte Verfahren greifen.

Forderung nach Schutzmaßnahmen

Es ist nicht das Instrumentarium des Innenministeriums, dass diese Probleme lösen wird, zitierte die Deutsche Presse-Agentur die Parlamentarierin Julia Höller. Die Grünen-Politikerin verwies auf intelligentere Schutzmaßnahmen. So etwa auf die Initiative des Dortmunder Polizeipräsidenten, der Intensivtätern das Tragen von Messern in der Öffentlichkeit verbieten will. Zudem hat die NRW-

Polizei gerade auf neuralgischen Feiermeilen oder kriminell hochbelasteten Plätzen in der Kölner City oder der Düsseldorfer Altstadt Waffenverbotszonen eingerichtet. „Allerdings ist der personelle Aufwand enorm, um in diesen Zonen umfangreiche Kontrollen durchzuführen, deshalb kann dieses Modell nicht flächendeckend in allen Städten zum Tragen kommen“, heißt es in NRW-Polizeikreisen.

Verschärftes Waffenrecht und strafrechtliche Bewertung

Landesinnenminister Reul hegt gegen ein verschärftes Waffenrecht keine Bedenken. Dies werde aber nicht reichen, erklärt der Minister im Innenausschuss. Schon jetzt drohten bei Verstößen in den Waffenverbotszonen in NRW bis zu 2000 Euro Bußgeld. 4000 Menschen seien kontrolliert worden. Zudem sei er als Innenminister nicht für zügigere Gerichtsverfahren zuständig.

Der AfD-Abgeordnete Markus Wagner regte an, Messerangriffe strafrechtlich immer als Mordversuch zu werten, weil der Tod des Opfers in Kauf genommen werde. Denn allzu oft stufen Staatsanwaltschaft und Gerichte im bevölkerungsreichsten Bundesland den Tatvorwurf vom Totschlags- oder Mordversuch auf gefährliche Körperverletzung herunter, sobald das Opfer den Angriff überlebt. Ganz gleich, ob und welche gesundheitlichen Geschädigten durch die Attacke davon tragen.

https://www.gmx.net/magazine/panorama/messer-attacke-em-party-details-taeter-opfern-39776184

Messer-Attacke bei EM-Party: Details zu Täter und Opfern

Aktualisiert am 15.06.2024, 15:26 Uhr

Ein Mann attackiert auf einer privaten EM-Party in Sachsen-Anhalt mehrere Menschen. Zuvor soll er einen jungen Mann erstochen haben. Der Angreifer selbst wird von Beamten erschossen. Viele Fragen sind offen.

Schock kurz nach dem Anpfiff auf einer privaten Public-Viewing-Party: Ein Mann hat in Wolmirstedt in Sachsen-Anhalt am Freitagabend mehrere Menschen bei einem kleinen EM-Fest angegriffen und drei von ihnen schwer verletzt.

Beamte erschießen bei Einsatz mutmaßlichen Angreifer

Polizisten haben bei einem Einsatz in Wolmirstedt nördlich von Magdeburg am Freitagabend einen Mann erschossen. Dieser hat vorher die Beamten angegriffen. © dpa / Thomas Schulz/dpa

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Magdeburg soll er zuvor bereits in einer nahe gelegenen Plattenbausiedlung einen Mann erstochen haben. Der Angreifer wurde am Freitagabend von alarmierten Beamten erschossen. Hintergründe der Tat und die Identität des Angreifers waren am Samstagmittag zunächst unbekannt. Das Innenministerium wollte sich im Laufe des Tages äußern.

Medienberichten zufolge soll es sich bei der Tatwaffe um ein Messer handeln. Wie die Staatsanwaltschaft der Deutschen Presse-Agentur mitteilte, handelt es sich bei dem Erstochenen um einen jungen Mann. Nach der Tat in einer Plattenbausiedlung sei der Angreifer an einer privaten Party in einer Einfamilienhaussiedlung in der Nähe vorbeigekommen und habe dort mehrere Menschen unvermittelt attackiert. Die Gruppe schaute sich im Grundstück gemeinsam das EM-Auftaktspiel Deutschland gegen Schottland an.

Mann greift Polizisten an und wird erschossen

Laut "Magdeburger Volksstimme" soll der Angreifer bereits zuvor in der gegenüberliegenden Kleingartenanlage Menschen mit einem Messer bedroht haben. Augenzeugen hatten die Polizei informiert. Medienberichten zufolge sollen die Beamten gegen 21.30 Uhr in der Einfamilienhaussiedlung eingetroffen sein, zu dem Zeitpunkt stand es beim Fußballspiel bereits 2:0 für das DFB-Team.

Als der Mann die alarmierten Beamten angriff, schossen diese laut Polizei auf den Angreifer. Der Mann starb nach Angaben der Staatsanwaltschaft später im Krankenhaus an den Schussverletzungen.

Erste Details zu Täter und Opfern

Sachsen-Anhalts Innenministerin Tamara Zieschang hat bestürzt gezeigt. "Ich bin zutiefst entsetzt über den unberechenbaren und schrecklichen Angriff. Meine Gedanken sind bei den Opfern und allen Beteiligten, die nicht nur körperliche, sondern auch psychische Schäden davontragen", sagte die CDU-Politikerin am Samstagnachmittag. Zieschang wünschte den Opfern eine schnelle Genesung. Die Innenministerin verwies darauf, dass die Polizeipräsenz im Land nach dem Vorfall erhöht wurde. Zudem liefen "umfangreiche und konzentrierte" Ermittlungen.

Ein 27-Jähriger soll laut Polizei am Freitagabend zunächst einen 23 Jahre alten Landsmann aus Afghanistan mit einem "messerähnlichen Gegenstand" angegriffen und so schwer verletzt haben, dass dieser wenig später starb. Anschließend war der Mann auf ein Privatgrundstück in einer Einfamilienhaussiedlung eingedrungen und hatte drei Menschen verletzt, zwei von ihnen schwer. Die Menschen hatten sich Medienberichten zufolge getroffen, um gemeinsam das EM-Eröffnungsspiel Deutschland gegen Schottland zu schauen. Bei dem Angriff seien eine 50 Jahre alte Frau und ein 75 Jahre alten Mann aus Deutschland schwer verletzt worden. Zudem habe ein 56 Jahre alter Deutscher leichte Verletzungen erlitten.

Als der Mann auch die alarmierten Polizeibeamten angriff, schossen diese auf den Angreifer - der 27-Jährige starb den Angaben zufolge kurz darauf im Krankenhaus.

"Schock sitzt bei uns noch immer tief", sagen Nachbarn

Wolmirstedt ist eine rund 12 000 Einwohner zählende Kleinstadt nördlich von Magdeburg. Am Samstagvormittag deutete laut Augenzeugenberichten in der gepflegten und als ruhig geltenden Einfamilienhaussiedlung nichts mehr auf die Ereignisse des Vorabends hin.

Nachbarn berichten von Schüssen, die sie am Abend gehört hatten. "Der Schock sitzt bei uns noch ziemlich tief", sagt ein Ehepaar. Am Abend habe das Paar selbst Fußball geschaut, als sie zwei Schüsse hörten. "Das zweite Tor war gerade gefallen, wir dachten, dass jemand vor Freude einen Böller losgelassen hat2, sagte der Mann. Als sie aus dem Fenster schauten, hätten sie den Rettungsdienst gesehen und einen Mann, der in der Nähe einer Auffahrt gelegen habe. Er sei kurz darauf abgedeckt worden. (dpa/tha)

https://www.pi-news.net/2024/06/bochum-syrischer-koranlehrer-wegen-kindesmissbrauchs-vor-gericht/

Bochum: Syrischer Koranlehrer wegen Kindesmissbrauchs vor Gericht

15. Juni 2024

Zahed K. soll in Bochum sechs Mädchen missbraucht haben, die zum privaten Koranunterricht in seine Wohnung kamen.

Von WOLF M. SCHNEIDER | Ein Bochumer Koranlehrer steht seit Mittwoch wegen elf Fällen sexuellen Missbrauchs von weiblichen Schülern vor dem Landgericht Bochum. Das berichten Radio Bochum und eine sehr kleine Zahl von Medien des Mainstreams in NRW.

Wenn man allerdings nähere Informationen über den Täter, der den Koran und die arabische Sprache unterrichtete, bekommen will – insbesondere die Ethnie und den Namen des Täters sowie nähere Einzelheiten der Tatvorgänge –, muss man schon zur Bild-Zeitung greifen.

In zwei Privatwohnungen sollen die Missetaten geschehen sein

Der 30-jährige Zahed K. soll Kinder privat in seiner Wohnung in Bochum-Günnigfeld unterrichtet haben. In dieser und in einer weiteren Bochumer Wohnung hat sich der Syrer offenbar unter

anderem an sechs Kindern erheblich vergriffen. Zur Tatzeit waren die Opfer noch kleine Kinder – erst fünf bis neun Jahre alt.
Mindestens elfmal soll sich der Mann seit dem Jahre 2018 an Schülerinnen in seinen Wohnungen vergangen haben. „Mal griff er ihnen laut Anklage an den Po, mal gab er ihnen einen Zungenkuss“ (Bild). Zwei Mädchen haben auf Polizeidienststellen angegeben, dass sie sich halb nackt hinzuknien hatten, während der Lehrer die Grundschulkinder unsittlich berührte.

Auch rohe Gewalt im Spiel

Die Staatsanwältin Natalja Silbernagel erklärte dazu: „In einem Fall nahm er die sexuelle Handlung unter Anwendung von Gewalt vor.“ Über die Dunkelziffer ließ sich die Juristin nicht aus.
Die Anwälte von Zahed K. kündigten an, dass ihr Mandant möglicherweise bei einem der kommenden Verhandlungstage Angaben zu den Taten machen will. „Nach seiner Festnahme hat er bestritten, den Kindern etwas angetan zu haben“, sagte einer der Anwälte.
Der Angeklagte soll zumindest einen Zeugen bedroht haben, als verschiedene Gerüchte vom widerlichen Treiben beim Religionsunterricht die Runde in der Stadt Bochum machten. Verwandte der betroffenen Mädchen stellten den Koranlehrer wütend zur Rede. Im Landgericht waren strenge Personenkontrollen beim Einlass angeordnet.

https://www.pi-news.net/2024/06/gruppenvergewaltigung-was-wurde-aus-den-taetern-von-illerkirchberg/

Gruppenvergewaltigung: Was wurde aus den Tätern von Illerkirchberg?

14. Juni 2024

Das Asylbewerberheim von Illerkirchberg musste 2023 nach heftigen Bürgerprotesten geschlossen und abgerissen werden. Dem waren eine Vergewaltigung 2019 und ein Mord 2022 vorausgegangen.
Von MANFRED ROUHS | Am 31. Oktober 2019 lockten fünf Asylbewerber aus Afghanistan, dem Iran und dem Irak ein 14-jähriges Mädchen in das Asylbewerberheim von Illerkirchberg in Baden-Württemberg. Sie machten ihr Opfer mit K.o.-Tropfen gefügig und vergewaltigten die Minderjährige danach abwechselnd stundenlang. Drei Jahre später erschütterte ein Mord in Illerkirchberg an einem anderen Mädchen ganz Deutschland und schlug in den Medien hohe Wellen.
Alle Täter der Vergewaltigung – im Alter zwischen 15 und 27 Jahren – wurden gefasst, vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt. Keiner von ihnen ist in Deutschland als Asylbewerber anerkannt worden. Folgerichtig hat auch keiner von ihnen in Deutschland ein Aufenthaltsrecht.
Der älteste Täter, ein Afghane, ist mittlerweile 31 Jahre alt. Er saß zwei Jahre regulär in Haft. Dann kam er kurzzeitig in Abschiebehaft, um danach geduldet und – in Illerkirchberg – wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden.
Selbstverständlich wird er, auf Kosten des deutschen Steuerzahlers, nach wie vor anwaltlich beraten. Und er muss – auch nach den Floskeln deutscher Politiker als Reaktion auf den Polizistenmord in Mannheim – nicht befürchten, nach Afghanistan abgeschoben zu werden. Stattdessen fordert er, der deutsche Steuerzahler möge ihm doch bitte innerhalb Deutschlands einen Umzug in eine Region bezahlen, in der er nicht ständig von bösen Deutschen, die seinen persönlichen Hintergrund kennen, unangenehm angesprochen wird.
Rechtsanwalt Christoph Käss aus Ulm, der die Interessen des Afghanen vertritt, macht eine gute Arbeit und fordert für seinen arbeits- und mittellosen Klienten:
„Mein Mandant darf nicht arbeiten, er ist verpflichtet, in dem Ort, in dem ihn jeder kennt, zu wohnen. Er wird überall angefeindet. Wenn die Leute ihn dort sehen, dann beschimpfen sie ihn als Verbrecher, spucken ihm vor die Füße und fordern ihn auf, endlich aus Deutschland abzuhauen.“
Das berichtet der „Focus“.
Der Fall macht sprachlos: Was ist aller Welt motiviert die bundesdeutsche politische Klasse, einen abgelehnten, seit Jahr und Tag erwerbslosen Asylbewerber ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland

sogar noch nach einer von ihm verübten Vergewaltigung zu alimentieren? Was muss noch passieren, bevor die Verantwortlichen für eine solche absurde Asylpolitik endlich abgewählt werden?

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/interview-viele-afghanen-waren-schon-in-der-heimat-kriminell-und-sind-vor-strafverfolgung-nach-europa-gefl%C3%BCchtet/ar-BB1ovxB3?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=6c25330c94314e38acbb015173fdf0c6&ei=24

INTERVIEW - «Viele Afghanen waren schon in der Heimat kriminell und sind vor Strafverfolgung nach Europa geflüchtet»

Geschichte von Fatina Keilani, Berlin

Herr Luthe, in der deutschen Kriminalstatistik sind Afghanen überrepräsentiert, und gerade in den letzten Tagen scheinen sich Messerdelikte von Afghanen zu häufen. Nun sind Afghanen ja vermutlich nicht per se krimineller als andere Menschen. Gibt es für diese Häufung eine Erklärung?

Viele Afghanen, die wir hier als Flüchtlinge mit offenen Armen aufnehmen, sind Straftäter und waren das auch schon in ihrer Heimat. Deswegen fliehen sie ja. Ich schätze den Anteil auf deutlich über 50 Prozent. Wir helfen ihnen also im Grunde dabei, sich der Strafverfolgung im Heimatland zu entziehen. Das ist eine schwierige Wahrheit: Wir verstecken in Deutschland auch Mörder und Vergewaltiger und alimentieren sie grosszügigst. Hier in Deutschland begehen sie dann weitere Straftaten.

Heute diskutieren die Innenminister auf ihrer Konferenz in Potsdam über die Frage, ob man Schwerkriminelle nach Syrien und Afghanistan abschieben soll.

Zunächst einmal: Afghanistan möchte die jungen Männer schon seit 2015 gern zurückhaben. Das hat man faktisch unmöglich gemacht, weil unsere Aussenpolitik nicht interessengeleitet ist, sondern auf Bärbockigkeit beruht: Mit den Taliban reden wir nicht. Wenn man nun aber einen Afghanen abschieben will, braucht er einen Pass. Dafür muss man natürlich mit den dortigen Behörden zusammenarbeiten. Wir sind die einzige deutsche NGO, die noch in Afghanistan ist, und wir haben schon vor drei Jahren angeboten, das Tazkira-Verfahren zu übernehmen. Tazkira ist die dortige Geburtsurkunde, die jeder braucht, um einen Pass zu bekommen. Wir haben in zwanzig Provinzen Regionalbüros. Aber das will keiner. Derzeit werden keine Pässe und auch keine Tazkiras ausgestellt.

Warum agiert Deutschland auf diesem Gebiet so selbstschädigend?

Diese Flüchtlinge sind ungeheuer nützlich. Die Asylindustrie verdient prächtig daran, das lässt sich an den Milliardensummen ablesen, die dafür ausgegeben werden.

***nu

Und dafür nimmt die Politik es in Kauf, die deutsche Gesellschaft zu destabilisieren, und lässt die eigene Bevölkerung buchstäblich ins Messer laufen? Das ist ein schwerer Vorwurf.

Offensichtlich ist es aber so. Und schauen Sie einmal, wie viele illegale Grenzübertritte allein letzte Woche verhindert wurden, nachdem man endlich einmal mit dem Kontrollieren der Grenzen angefangen hatte. Wir haben 1400 illegale Grenzübertritte innerhalb von einer Woche festgestellt. Wenn wir das hochrechnen, was wir dringend einmal machen sollten, kann man sich leicht vorstellen, was in den letzten Jahren passiert ist. Innerhalb einer Woche wurden 173 Haftbefehle vollstreckt und 900 der 1400 unerlaubten Einreisen verhindert.

Marcel Luthe, 46, hat keine Scheu, sich unbeliebt zu machen. Als Berliner Landtagsabgeordneter reichte er eine Unzahl parlamentarischer Anfragen ein; ihm ist auch zuzurechnen, dass die Berliner Wahl wiederholt werden musste. Mit seinem Buch «Sanierungsfall Berlin» trat er der Landesregierung auf die Füsse. Aus seiner Partei, der FDP, trat er aus, nachdem diese ihn aus der Fraktion ausgeschlossen hatte, weil das Vertrauen zerrüttet sei. Während der Corona-Pandemie gründete er die massnahmenkritische Good-Governance-Gewerkschaft. Luthe ist Vizepräsident der NGO deutsch-afghanische Gesellschaft.

Otto.de**FACKELMANN Hängeschrank Finn Badmöbel Push-To-Open, Beige, Ast-Eiche - Ast-Eiche**
Anzeige

Nochmals zur Migration nach Deutschland. Es wird immer noch von vielen behauptet, es gebe keine Pull-Faktoren, die Leute kämen nicht wegen der hiesigen Sozialleistungen.

Es gibt auf jeden Fall viele Push-Faktoren. Zum Beispiel brauchen die Afghanen seit Jahren eine Energieversorgung, und sie haben sogar alles im Land, was man dafür braucht: Gas und Kohle. Sie könnten sich wunderbar selbst versorgen. Aber man ermöglicht ihnen nicht, ein Kraftwerk zu bauen. Man hilft ihnen auch nicht, wegen der Taliban. Wegen einer Regierung, für die die Leute nichts können, lässt man in seiner deutschen Hybris die Afghanen ohne Strom. Man lässt sie auch im Winter hungern. Kein Wunder, dass viele sich woandershin durchschlagen.

Die Chinesen wären da vermutlich anders. Sie machen Geschäfte mit Afrika nach dem Motto «Wir bauen dir Strassen und Eisenbahnen, du gibst uns Bodenschätze»; vermutlich würden sie das auch mit den Taliban machen und Kraftwerke bauen?

Davon ist auszugehen, und das ist schlau. Afghanistan ist eines der reichsten Länder der Erde, was Ressourcen angeht. Es sitzt auf den grössten Kupfervorkommen der Welt. Es hat die zweitgrössten Vorräte an seltenen Erden. Wandel durch Handel, sage ich nur. Unsere Aussenpolitik ist dämlich und schadet uns. Und man muss auch sagen: Die Baerbocks dieser Welt haben keinen Respekt vor anderen Kulturen und verstehen gar nicht, wie das afghanische Volk funktioniert. So kommen wir auch zu der Messerthematik zurück.

Otto.de**Gartentrends Bankauflage In Blau, 60% Baumwolle/40% Polyester - 110x5,5x42cm (Bxhxt), Blau**
Anzeige

Das ist ein interessanter Schwenk. Erzählen Sie.

Massgebend ist im Selbstbild der allermeisten Afghanen der Ehrenkodex der Paschtunen, Paschtunwali. Der afghanische Mann ist verpflichtet, die Ehre seiner Familie immer zu verteidigen. Dazu gehört auch die Ehre der Frau. Die schützt er mit allen Mitteln, mit seinem Leben, insbesondere gegen Invasoren. Das ist das Kernthema der Afghanen, die Unabhängigkeit von äusseren Mächten. Ist jetzt eine Person aus der Familie vom «Bösen» infiziert worden, so macht sie der ganzen Familie Schande. So kommt es zu Tötungen wie etwa der des 15-jährigen Mädchens in Worms, dessen Leiche am Montagabend gefunden wurde. Das ist keine islamistische Tat, wie das manchmal zum Beispiel bei Türken gesehen wird, sondern eine Tat aus kultureller Prägung.

Wie ist dann der Messerstich zu erklären, mit dem kürzlich in Mannheim ein junger Polizist getötet wurde? Oder der Stich in den Hals einer Frankfurterin vor einigen Tagen, die einfach auf einer Bank sass und dem Messerstecher nichts getan hatte?
Da sind wir wieder bei einer Asylpolitik, die nicht zwischen echten politisch Verfolgten oder Gefährdeten – etwa afghanischen Journalistinnen – und Verbrechern auf der Flucht unterscheidet. Letztere begehen schon qua Disposition Straftaten, hätten aber meist gar nicht erst einreisen dürfen.
Wie könnte eine Lösung aussehen, oder zumindest ein Schritt dorthin?
Ein erster Schritt wäre es, nicht nur die in Deutschland wieder straffällig gewordenen Straftäter, sondern sämtliche Afghanen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, aus Deutschland abzuschieben. Zudem: Integration ist eine Bringschuld, und Deutschland muss diese Leistung von den Menschen, die hier leben wollen, verlangen.
Die meisten der hier lebenden Afghanen sind integriert, sie kamen vor Jahren und haben sich etwas aufgebaut, Firmen gegründet, sind Ärzte und Ingenieure. Unsere Mitglieder schämen sich für diese Straftäter und das Bild, dass Afghanen Kriminelle sind. Diese Verbrecher schaden allen Afghanen.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/gera-mehr-als-20-migrantische-jugendliche-qu%C3%A4len-14-j%C3%A4hrigen-virales-video/ar-BB1oAzTR?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=7f938d828a7c43f3b6d8ed30ac0fbcef&ei=19
Gera: Mehr als 20 migrantische Jugendliche quälen 14-Jährigen – virales Video
Geschichte von Nathan Giwerzew
Gera-Bieblach, 11. Juni: **Mehrere Jugendliche schlagen immer wieder auf einen 14-Jährigen ein, der auf einer Parkbank sitzt. Sie lachen, beleidigen das Opfer mit Schimpfwörtern wie „Wichser". Einige von ihnen malträtieren den Jungen mit Faustschlägen, einer tritt ihn auch noch, während er sich wegduckt und die Hände vors Gesicht hält. Jemand filmt die Szene. Kurz nachdem das Video in den sozialen Medien auftaucht, leitet die Polizei Ermittlungen ein. Dann kommt heraus: Die Tatverdächtigen sind afghanischer und syrischer Herkunft, das Opfer ist Deutscher. Zuerst berichtet darüber die Bild-Zeitung.**
Die Polizei Gera bestätigt gegenüber der Berliner Zeitung den Vorfall, der sich demnach am 11. Juni gegen 18.15 Uhr ereignet hat. „Die Ermittlungen laufen seit Anfang vergangener Woche", sagt ein Polizeisprecher. Insgesamt **habe die Polizei mehr als 20 Tatverdächtige im Alter zwischen zwölf und 15 Jahren ausfindig machen können. Die Beamten ermitteln unter anderem wegen des Verdachts der Körperverletzung, der Bedrohung, Beleidigung, Nötigung, unterlassenen Hilfeleistung und der Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen.**
In dem Video lassen die Jugendlichen erst dann vom Opfer ab, als sich Passanten der Parkbank nähern. Laut Polizei sollen „zurückliegende Rivalitäten unterschiedlicher Personengruppierungen mit verschiedenen Nationalitäten" der Grund für die Auseinandersetzung sein. Nach Polizeiangaben wurde das Opfer leicht verletzt.
Brisant: Vier der Verdächtigen sind erst zwölf und 13 Jahre alt, also noch nicht strafmündig – denn das Jugendstrafrecht greift erst ab 14 Jahren. Eine Rechtslage, die die AfD nun ändern will. In einem ersten Statement zur Gewalttat in Gera teilte der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner mit, eine Herabsetzung des Alters der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre sei „zwingend erforderlich, um diesen zunehmend häufig zu beobachtenden Taten endlich Herr zu werden".
Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) teilte derweil im Welt-Fernsehsender mit, zuerst müsse der Sachverhalt aufgeklärt werden und dann werde eine Reaktion folgen – „mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaats". Er appellierte, der Polizei und den Sicherheitsbehörden „mal etwas Zeit zu geben", damit sie ergründen könnten, „was da eigentlich passiert ist".
Wenn sich herausstelle, dass es sich bei den Tatverdächtigen um Asylbewerber oder deren Kinder handle, müsse man sich auch die Frage stellen: „Wie geht man jetzt damit um?" Das Video nannte Maier „schlimm, fürchterlich und völlig inakzeptabel".

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/152310/Coronaimpfarzt-erscheint-nicht-zum-Prozessauftakt?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Coronaimpfarzt erscheint nicht zum Prozessauftakt

Donnerstag, 20. Juni 2024

Nürnberg – **Ein wegen Betrugsverdachts angeklagter Coronaimpfarzt ist nicht zum Prozessauftakt erschienen. Die Hauptverhandlung sei ausgesetzt worden, teilte eine Sprecherin des Landgerichts in Nürnberg heute mit. Dem Gericht habe der Angeklagte am Morgen telefonisch mitgeteilt, dass er sich bereits seit einiger Zeit in Ägypten befinde.**

Die Generalstaatsanwaltschaft habe beantragt, einen Haftbefehl gegen den 38-Jährigen wegen Fluchtgefahr zu erlassen, sagte die Gerichtssprecherin. Die Kammer werde dies nun beraten**. Der Mediziner war während der Coronapandemie zwischen März 2021 und Dezember 2022 als Impfarzt in verschiedenen Impfzentren in Bayern tätig. Vorwurf: Vorgetäuschte Leistungen abgerechnet.**

Die für Betrug und Korruption im Gesundheitswesen zuständige Generalstaatsanwaltschaft in Nürnberg wirft dem Mann vor, in der Zeit in 18 Fällen nicht erbrachte Leistungen und Fahrtkosten abgerechnet zu haben. Durch erfundene Einsätze in weit entfernten Impfzentren soll er besonders hohe Fahrtkosten und durch vorgetäuschte Dienste am Wochenende höhere Pauschalen veranschlagt haben. Außerdem soll er bei Impfungen mehr Arbeitsstunden angegeben haben, als er tatsächlich geleistet habe.

Der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern soll dadurch ein Schaden von rund 640.000 Euro entstanden sein. Die falschen Angaben machte der Beschuldigte laut Generalstaatsanwaltschaft über ein Online-Portal, das voll automatisierte Abrechnungen ermöglichte. Deshalb lautet der Vorwurf: Computerbetrug. © dpa/aerzteblatt.de

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/nrw-gruppe-streift-durch-park-und-schl%C3%A4gt-brutal-auf-passanten-ein-einer-schwebt-in-lebensgefahr/ar-BB1oJu7D?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=1ee2821ad9a94749920931946915ee92&ei=11

NRW: Gruppe streift durch Park und schlägt brutal auf Passanten ein – einer schwebt in Lebensgefahr

Geschichte von Charmaine Fischer

Schrecklicher Vorfall in Bad Oeynhausen (NRW)! Hier streifte eine Gruppe durch den Kurpark – und prügelte auf wehrlose Passanten ein! Nicht zu fassen: Ein 20-Jähriger kämpft jetzt mit schweren Kopfverletzungen um sein Leben.

Dieser Fall aus Bad Oeynhausen (NRW) macht einfach nur sprachlos und wütend: In der Nacht auf Sonntag (23. Juni), gegen 1.30 Uhr, sind ein 19-Jähriger aus Porta Westfalica leicht und ein 20-jähriger Mindener durch eine irre Schlägertruppe lebensgefährlich verletzt worden.

Brutale Attacke in NRW-Park

In dem Park soll es zunächst zu Streitigkeiten zwischen den beiden Verletzten und einer Gruppe von etwa zehn unbekannten Männern gekommen sein. Die Personengruppe schlug und trat auf die beiden Männer ein.

Dann wurde es immer schlimmer: Ein unbekannter Tatverdächtiger zog den 20-Jährigen von der Gruppe weg, prügelte wie von Sinnen weiter auf ihn ein. Als Zeugen die Polizei riefen, flüchtete die Gruppe zu Fuß in Richtung Innenstadt.

Die Gruppe wird wie folgt beschrieben: Circa zehn Personen, männlich, südländisch, etwa 19 bis 20 Jahre alt, teilweise mit Trainingsanzügen der Marke Adidas bekleidet. Der unbekannte Tatverdächtige, welcher auf den 20-jährigen Mindener einprügelte, kann wie folgt beschrieben werden: Männlich, südländisch, circa 20 Jahre alt, circa 1,76 Meter groß, Oberlippen- und Kinnbart, neonorangene Trainingsjacke der Marke Adidas.

Polizei hat einen dringenden Appell

Die Verletzten kamen ins Krankenhaus. Grausam: Beim 20-jährigen Mindener besteht aufgrund multipler schwerster Kopfverletzungen akute Lebensgefahr!
Die Ermittlungen zu Körperverletzungen und dem versuchten Totschlag in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung werden durch die Staatsanwaltschaft Bielefeld, zusammen mit der Mordkommission „Palais“ des Polizeipräsidiums Bielefeld durchgeführt. Die Staatsanwaltschaft Bielefeld und die Polizei Bielefeld appellieren an die Tatverdächtigen, sich freiwillig zu stellen.
Hier können Augenzeugen sich melden
Im unmittelbaren Umfeld des Kurparks fanden zur Tatzeit größere Veranstaltungen statt. Die Polizei bittet darum, dass Personen, die das Tatgeschehen beobachtet haben oder die Angaben zur Identität oder dem Aufenthaltsort der Tatverdächtigen machen können, sich bei einer nahegelegenen Polizeidienststelle oder der Mordkommission „Palais“ unter der Nummer 0521/545-0 melden.

https://www.msn.com/de-de/gesundheit/other/harz-wanderer-in-aufruhr-gleich-zwei-verbrechen-sorgen-f%C3%BCr-angst/ar-BB1oCwEg?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=473d1271eb554c72b159b8fb5ed13431&ei=19
Harz-Wanderer in Aufruhr! Gleich zwei Verbrechen sorgen für Angst
Geschichte von Christopher Kulling
Im Harz geht die Angst um. Zumindest lassen zwei Meldungen aufhorchen.
Wanderer dürften dieser Tage mit einem mulmigen Gefühl durch den Harz laufen.
Harz: Duo überfällt Wanderin
Tatsächlich sind sie aus Sicht von Kriminellen „weiche Ziele“: Wanderer, die bestenfalls allein unterwegs sind. Zwei von ihnen sind in den letzten Tagen zum Opfer geworden, was offenbar viele Harz-Fans umtreibt, wenn man sich mal in den sozialen Medien umschaut. Hier sind die Fälle ein großes Thema. Wanderer sollten gut auf sich aufpassen und am besten nicht allein loslaufen, heißt es unter anderem warnend.
Aber, was war überhaupt passiert? Am Dienstag (18. Juni) haben zwei Unbekannte eine Wanderin im Harz ausgeraubt. Laut Polizei hatte die 54-Jährige am Morgen am Zanthierplatz in Ilsenburg eine Pause gemacht und gerade die Wanderkarte studiert, als sich die Täter – eine Frau und ein Mann – von hinten anschlichen und sie attackierten. Unter anderem zogen sie der Frau aus Lübeck an den Haaren und bedrohten sie mit einem Messer. Die verängstigte Wanderin gab ihren Peinigern dann ihren Schmuck im Wert von 3.000 Euro sowie noch 2.000 Euro Bargeld. Sie erlitt einen Schock und alarmierte die Polizei.
Harz: Shooting wird zum Albtraum
Das ist eigentlich schon schlimm genug. Das Besondere an dem Fall ist aber, dass sich nur vier Tage vorher eine ähnliche Tat im Harz abgespielt hatte. Keine 30 Kilometer weiter, diesmal in Niedersachsen. An der Eckertalsperre. Am Freitag (14. Juni) bedrohten zwei Männer einen 26-Jährigen ebenfalls mit einem Messer, berichtete die Polizei Bad Harzburg. Der junge Mann wollte Fotos und Videos machen. Die Täter zwangen den 26-Jährigen, ihnen sein Kamera-Equipment zu geben, plus Bargeld und Schmuck. Das Ganze hatte einen Wert von rund 13.000 Euro.
In beiden Fällen suchen die Beamten nach Zeugen, die Hinweise zu den Überfällen im Harz machen können. Gleichzeitig prüfen die Ermittler sicher, inwiefern die beiden Taten zusammenhängen könnten.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/fanmeile-in-stuttgart-drei-verletzte-nach-messerstecherei-syrer-festgenommen/ar-BB1oZQqO?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=fbe7e13e65b5439cb09bf4e287732a47&ei=67

Fanmeile in Stuttgart: Drei Verletzte nach Messerstecherei, Syrer festgenommen

Geschichte von AFP/BLZ

Nach einer Auseinandersetzung mit einem Messer in der Fanzone in Stuttgart hat die Polizei einen 25 Jahre alten Tatverdächtigen festgenommen. Der Mann aus Syrien soll nach Angaben der Behörden beim Public Viewing auf dem Schlossplatz während der EM-Partie zwischen der Türkei und Tschechien (2:1) drei Männer verletzt haben, bestätigte ein Polizeisprecher der Berliner Zeitung Diese mussten vom Rettungsdienst in Krankenhäuser gebracht werden.

Einsatzkräfte hatten am Mittwochabend in der Fanzone eine Auseinandersetzung bemerkt. Dabei sei ersten Ermittlungen zufolge auch ein Messer eingesetzt worden. Der Schlossplatz war kurzfristig abgesperrt. Es habe aber „keine akute Gefährdungslage“ vorgelegen, so die Polizei. Es sei ein Hinweisportal eingerichtet worden, in dem Zeugen ihre Bilder, Videos und Hinweise hochladen können.

https://philosophia-perennis.com/2024/06/25/wuerzburg-25-juni-2021-wir-duerfen-niemals-vergessen/

Würzburg 25.Juni 2021: Wir dürfen niemals vergessen!

BY**PP-REDAKTION**

25. JUNI 2024

Heute vor drei Jahren, am 25. Juni 2021 griff ein Somalier in der Innenstadt von Würzburg mehrere Menschen mit einem Messer an. Der Mann, der 2015 als Asylbewerber nach Deutschland kam, tötete bei dem Angriff drei Frauen und verletzte fünf weitere Menschen schwer. Ein Gastbeitrag von Yvonne Kussmann.

Der Täter war bereits vor diesem Angriff mehrfach auffällig und griff auch zuvor bereits Menschen mit einem Messer an. Man ließ ihn immer wieder laufen, weil man annahm, es ginge keine Gefahr von ihm aus. Wochen vor der Tat sollte der Somalier neuerlich begutachtet werden, ein Betreuungsverfahren wurde eingeleitet. Weil man den Mann aber mehrfach nicht antraf und er auch Termine nicht einhielt, unternahm man… nichts.

„Das war mein persönlicher Dschihad“

Und so nahmen die schrecklichen Dinge ihren Lauf. Wir alle haben sicherlich noch die unfassbar schrecklichen Bilder vor Augen. Obwohl dem Somalier zuvor bescheinigt wurde, dass kein Gefährdungspotenzial von ihm ausgeht und er kurz nach der Tat gegenüber einer Polizeibeamtin gesagt haben soll, dass dieser Angriff sein persönlicher Dschihad gewesen sei, attestierten ihm im folgenden Prozess zwei Gutachter, dass von ihm eine Gefahr ausgehen würde, er aber schuldunfähig sei.

Der Fall zeigt auch gut auf, wie von Seiten des Staates schäbig mit den Opferangehörigen solcher Taten umgegangen wird. Taten, die nur geschehen konnten aufgrund der seit 2015 anhaltenden, unkontrollierten Masseneinwanderung. An diesem Tag starb neben der 25 Jahre alten Stefanie und der 82 Jahre alten Johanna auch die 49 Jahre alte Christiane. Sie war Lehrerin und zum Zeitpunkt der Tat mit ihrer damals 11 Jahre alten Tochter in der Stadt. Der Somalier griff beide an, Christiane wurde beim Versuch, ihre Tochter zu schützen, getötet.

Auch das Mädchen wurde schwer verletzt, durch drei Messerstiche in den Nacken. Zur Familie von Christiane gehörten noch ihr Mann und ihr Sohn Andras. Die zwei lebten noch in Brasilien. Die Familie war aber gerade dabei, nach Deutschland zu ziehen, weil es hier sicherer sei, so dachten sie. Mutter und Tochter waren bereits in Deutschland, Vater und Sohn wollten kurze Zeit später nach kommen. Aber es sollte bald nichts mehr so sein, wie es vorher war. **Nach der Tat kamen Vater und**

Sohn Andras auch nach Deutschland, damit das Mädchen hier weiter zur Schule gehen kann. Vom Staat erhielten sie keine Unterstützung. Sie müssen zu dritt in einer kleinen Zwei-Zimmerwohnung leben.
Andras und der Vater teilen sich ein Zimmer. Andras hat in Brasilien Informatik studiert. Damit er hier weiter studieren darf, musste er erst ein Jahr lang einen Sprachkurs absolvieren. Die Familie hatte nichts, als Vater und Sohn nach Deutschland kamen. Kein Auto, keine finanziellen Mittel. Und sie bekamen auch nichts. Zwar hat ein privater Verein Spenden für die Tochter gesammelt. Darauf dürfe sie aber größtenteils erst zugreifen, wenn sie volljährig ist. Man hat die Familie einfach allein gelassen.
Freispruch für den somalischen Täter
Auch mit dem Freispruch für den Somalier, wegen einer paranoiden Schizophrenie und der Einweisung in eine psychiatrische Klinik hadert die Familie sehr. Kurz nach dem Prozess sagte der Sohn des Opfers:
„Ich als Opfer und als Mensch habe meine Meinung dazu und sehe schon, dass es einen Beschuldigten gibt und eine Tat gab. Und jemandem muss die Schuld zugewiesen werden. Aber das kann ich leider nicht und muss damit leben. Der Täter, wenn er in eine psychiatrische Klinik geht – er wird alles haben, was jemand träumt zu haben, hier in Deutschland. Er wird zu essen bekommen und er wird einen Platz haben zum Schlafen… Und die Frage, die ich stelle: Ist das gerecht? Sind die Konsequenzen gerecht?“
Wir dürfen niemals vergessen.
Mehr zur Gastautorin hier (X) und hier (Aktuell informiert).

https://unser-mitteleuropa.com/140764
Gruppenvergewaltigung im Rückblick: Ein doppelter Justiz-Skandal
VonRedaktion
JUN 25, 2024 #Gruppenvergewaltigung, #Justizskandal
Eine Karikatur wird wahr! Eine 20-jährige Hamburgerin wurde in diesen Tagen wegen empörter Äußerungen auf Whatsapp gegenüber einem an der Hamburger Gruppenvergewaltigung Beteiligten zu Gefängnishaft verurteilt, wohin gegen seinerzeit gegen die überführten Gruppenvergewaltiger vom Hamburger Landgericht folgendes Skandalurteil erging: Für einen 23jährigen Angeklagten Freispruch, für einen 19-jährigen Iraner Jugendhaft von zwei Jahren und neun Monaten und für die restlichen acht Täter Bewährungsstrafen von ein bis zwei Jahren. D.h. alle Vergewaltiger, bis auf einen, sind weiterhin auf freiem Fuß – ein Freifahrtschein für solche “Migrantenbanden” zur Verübung von Vergewaltigungen!
Eine Karikatur wird wahr!
Hier ein **Bericht** über den Hamburger Gruppenvergewaltigungsprozess aus den Ketzerbriefen Nr. 242/243, der zeigt, wie das Gericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit den ach so jungen Sensibelchen umgegangen ist und wie realistisch die Karikatur ist, die Sie im folgenden Artikel finden.
Und darunter noch einmal der **Artikel** aus UNSER MITTELEUROPA über die skandalöse Verurteilung einer jungen Frau, die es (leichtsinnigerweise) gewagt hatte, im Zusammenhang mit einem abscheulichen Vergewaltigungsverbrechen einen der gebenedeiten “Schutzsuchenden”, der an der Gruppenvergewaltigung beteiligt war, zu beleidigen.
Justizskandal Nr. 1

Das Urteil im Hamburger Gruppenvergewaltigungsprozeß oder:
“Zehn junge Männer, ein Mädchen, kaum Beweise”
Nach **über drei Jahren** ist im Gruppenvergewaltigungsprozeß in Hamburg nun das Urteil gesprochen. Wie bereits in den Ketzerbriefen 234 berichtet, ging es in diesem Prozeß um eine am 20. September 2020 verübte Gruppenvergewaltigung an einer 15-Jährigen im Hamburger Stadtpark, an der elf Täter beteiligt waren. Das Opfer, welches den Anschluß an eine Geburtstagsparty verloren hatte und im Park herumirrte, war stark alkoholisiert und deshalb völlig wehrlos. Sie wurde mehrmals ins Gebüsch gezerrt (laut Unisonopresse *“ins Gebüsch geführt”*) und von neun Männern über zweieinhalb Stunden in Etappen vergewaltigt; außerdem wurde das Mädchen ausgeraubt und mit dem Handy gefilmt – es gab zwei *“unwiderruflich gelöschte”* Videos über die Tat, die offensichtlich so *“unwiderruflich”* gelöscht waren, daß man dies unermüdlich betonen mußte. **Obwohl die beim Opfer gesicherten Spermaspuren neun Tätern eindeutig zugeordnet werden konnten, wurde erst nach über einem Jahr und nur durch Druck der Öffentlichkeit unsere Justiz aktiv, und nach weiteren sieben Monaten begann der Prozeß.**
Die Orchestrierung der sogenannten Berichterstattung bis zur Urteilsverkündung verriet Routine. Ab dem 11.5.2022, d.h. mit Prozeßbeginn am 10.5.2022, erfuhr man kein Sterbenswörtchen mehr über den Prozeß aus der Wahrheitspresse, obwohl ungefähr 60 Personen ständig über 68 Verhandlungstage im Gerichtssaal anwesend waren und insgesamt fast 100 Zeugen (trotz eindeutiger Beweise!) befragt wurden. Auch wenn der Prozeß wegen der ach so jungen Sensibelchen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, ist dies ein Grad an Verschwiegenheit, die jeder Verschwörung zur Ehre gereicht hätte – damit sollte natürlich die öffentliche Aufmerksamkeit an dem Fall eingeschläfert werden (was aber nicht ganz gelang, s.u.). **Das eiserne Schweigen wurde im April 2023 kurzzeitig unterbrochen, um zu berichten, daß ein “wegen Beihilfe zur Vergewaltigung und Herstellung jugendpornographischer Inhalte” angeklagter 20-jähriger Ägypter freigesprochen wurde, weil seine Anwesenheit beim mutmaßlichen Tatgeschehen “nicht sicher feststellbar” gewesen sei.** Dann trat wieder einmütiges Schweigen ein, von dem wir nun Anfang November 2023 endgültig, mit der Ankündigung des Urteils für den 28. November, erlöst wurden.
Kommen wir also zum Urteil. **Die Verhandlung fand unter der einschlägig bekannten Vorsitzenden Richterin Anne Meier-Göring vor der Jugendkammer des Landgerichts Hamburg statt. Die Urteilsverkündung ergab für einen 23-jährigen Angeklagten Freispruch (vielleicht wurde er ja versehentlich ins Gebüsch geführt), ein 19-jähriger Iraner wurde zu einer Jugendhaft von zwei Jahren und neun Monaten und die restlichen acht Täter zu Bewährungsstrafen von ein bis zwei Jahren verurteilt, d.h. alle, bis auf einen, sind weiterhin auf freiem Fuß.**
Übrigens forderten die 20 (!) Anwälte, ebenfalls nicht überraschend, Freispruch für ihre Goldstücke, da “die Männer gedacht hätten, daß die Fünfzehnjährige den Sex mit ihnen gewollt habe” und außerdem hätten “die jungen Männer nun mal unter Testosteron gestanden”.
Nun fragt man sich natürlich, warum es für dieses Urteil 68 Verhandlungstage, 96 Zeugen und 20 Rechtsanwälte brauchte, denn daß die völlig reuelosen Täter behaupteten, die Tat sei “einvernehmlich” geschehen, dürfte ja keine Überraschung gewesen sein. Dieser “Einvernehmlichkeit” wurde, zumindest bei der Vergewaltigung durch die ersten vier Angeklagten, widersprochen, da, wie es hieß: *“die Jugendliche laut Urteil nach einer Party ›erhebliche alkoholbedingte Ausfallerscheinungen‹ hatte und sich ›enthemmt‹ gezeigt*

***habe.*[1] *Das hätten zunächst vier der Angeklagten ausgenutzt. In einem Gebüsch sei es ohne den Einsatz von Drohungen oder körperlicher Gewalt, aber ›erkennbar gegen den Willen‹ des Mädchens* [letzteres hatte ein Zeuge ausgesagt, der das ›unwiderruflich gelöschte‹ Video vor der Löschung gesehen hatte; daran war also nicht zu rütteln, d.A.], *zu sexuellen Handlungen gekommen."* Wie muß man sich das nun wieder vorstellen? Ein vierfacher Sexualverkehr, "erkennbar gegen den Willen" des Mädchens – landläufig auch "Vergewaltigung" genannt –, aber ohne Einsatz körperlicher Gewalt? Außerdem war vor Prozeßbeginn in der Wahrheitspresse durchaus von Mißhandlungen u.ä. die Rede.[2] *"Später hätten die weiteren Beschuldigten die erhebliche Einschränkung der Willens- und Äußerungsfähigkeit der Jugendlichen ausgenutzt und ebenfalls an sichtgeschützten Stellen zu mehreren Zeitpunkten sexuelle Handlungen an ihr vorgenommen. Jeweils sei ein entgegenstehender Wille der Geschädigten nicht unbedingt erkennbar gewesen, so das Gericht«".*[3] Was für eine Farce, was für ein Zynismus! Man könnte wohl eher von einer Opfer-Täterverdrehung sprechen! Aber in den 19 Monaten Verhandlungsdauer konnten (leider, leider) die einzigen eindeutigen Beweise, nämlich die erstaunlich stiefmütterlich behandelten DNA-Nachweise für neun Angeklagte, nicht weggequatscht werden.

Also mußte irgendwann das (längst geschriebene) Urteil gesprochen werden. *"Daß das Urteil so ausgefallen ist, sorgt bei vielen für Unverständnis. Sie empfinden es als zu milde. Der Grund für die vergleichsweise niedrigen Strafen liegt im* ***Jugendstrafrecht***."[4] Wer hätte das gedacht?! **Darauf** war doch der ganze Prozeß von Anfang an ausgelegt. **Die Sensibelchen wurden sofort als Heranwachsende eingestuft, die nach Jugendstrafrecht zu beurteilen seien (sofern sie bei der Tat überhaupt zwischen 18, aber noch nicht 21 Jahre alt waren), wären die Burschen nach allgemeinem Strafrecht und nicht nach Jugendstrafrecht verurteilt worden, hätten für die Heranwachsenden Gefängnisstrafen zwischen zwei und 15 Jahren verhängt werden müssen, zumal die Tat auch noch *gemeinschaftlich* begangen wurde; merkwürdigerweise hat man von letzterem bislang kein Sterbenswörtchen vernommen.**

Auch die Nationalität der Täter bleibt weiterhin im dunkeln. Vier der Angeklagten sind "nach Angaben des Senats Deutsche", vier haben die armenische, afghanische, kuwaitische und montenegrinische Staatsangehörigkeit, zwei sind unsicherer Nationalität – und laut anderen Quellen sind sechs in Hamburg und die übrigen vier in Polen, dem Iran, Kuwait und Libyen geboren; tja, und dann ist da noch der freigelassene Ägypter… (man könnte auch, wie das österreichische *RTV Privatfernsehen*, einfach von "Migrantenbande" sprechen; übrigens auch das einzige Medium, das den Mumm aufbrachte, sofort von einem "unglaublichen Urteil" zu sprechen)[5]. Aber wenn noch nicht einmal die Nationalität angegeben werden kann bzw. darf, warum soll dann ausgerechnet das behauptete Alter der Täter stimmen? Vier der Täter mit Bewährungsstrafen werden über die nächsten sechs Monate noch "beobachtet" ("Vorbewährung"), dann soll angeblich über die endgültige Bestrafung entschieden werden. Die acht Täter mit Bewährungsstrafen müssen je 60 Stunden gemeinnützige Arbeit ableisten, mit deren "Lohn" das Opfer "entschädigt" werden soll, was *summa summarum* bei 8 mal 60 Stunden und geschätzten 15 Euro Stundenlohn die gewaltige "Entschädigungs"summe von 7200 Euro ergibt (falls sie denn arbeiten). Soviel ist das Leben einer 15-

Jährigen in diesem Staate also wert – anspucken alleine reicht nicht, das Opfer wird noch in den Schmutz getreten.
Die Empörung nach diesem Urteil war verständlicherweise groß. Die Unisonopresse gab sich anfangs "neutral", aber angesichts der verbalen Verzweiflungs- und Wutausbrüche gegen Meier-Göring, die nach der Urteilsverkündung die *Sozialen Medien* überfluteten, entrüstete sich "die Arme" dagegen, gemeinsam mit dem sich mit ihr solidarisch erklärenden und "über diesen gezielten Angriff auf den Rechtsstaat" (gemeint sind die Kommentare in den *Sozialen Medien*!) "bestürzten" Hamburger Richterverein. Die Empörung in der Bevölkerung ist offenbar so groß, daß ein "Strafrechtsexperte" dringend "erklären" mußte, "warum das [Urteil] kein Skandal ist".
Eine NDR-Gerichtsreporterin und Rechtsjournalistin (!) behauptete gar kackfrech, daß nach altem Sexualstrafrecht alle Täter hätten freigesprochen werden müssen, da eine damals als Vergewaltigung einzustufende Tat die Gewalt voraussetzte – wo es für den einfachen Menschenverstand einfach ist, soll es schwiiiierig werden: *"Die Männer… haben bei den Vergewaltigungen keine Gewalt angewandt, sondern es perfide ausgenutzt, daß das Mädchen betrunken und verstört war und aus Angst alles über sich ergehen ließ. So ein perfides Vorgehen ist überhaupt erst strafbar, seit das Sexual-Strafrecht 2016 reformiert wurde*."[6] Bedauerlicherweise konnte uns auch diese Dame nicht erklären, wie man sich eine auch noch so »perfide« Vergewaltigung ohne Gewalt oder Drohung vorzustellen hat, und dies neunmal – die ersten vier Mal bezeugterweise *gegen* den Willen des Mädchens – und durch für sie völlig Unbekannte und über zweieinhalb Stunden! Aber die Dame setzt, wie alle Dröhner, auf Verwirrung, Verunsicherung und Einschüchterung. Trotzdem war die Vehemenz der Proteste weiterhin größer als erwartet:
"Die aktuell verbreiteten Haßbotschaften, die den Boden einer sachlichen Auseinandersetzung bei Weitem verlassen haben und in vielen Fällen den strafrechtlich relevanten Bereich erreichen, haben allerdings in Intensität und Massenhaftigkeit ein neues, besorgniserregendes Ausmaß angenommen."
Im übrigen seien in den drei Jahren seit der Vergewaltigung die meisten der sich durchgehend auf freiem Fuß befindlichen Täter nicht mehr straffällig geworden. "Es gab seitdem nur vereinzelt Vorfälle, wie Beleidigung, Cannabis-Besitz und Fahren ohne Führerschein." Und Christen seien auch unter ihnen…
Na dann…
Daß dieses Urteil ein Freifahrtschein für die "Migrantenbanden" zur Verübung von Vergewaltigungen darstellt, bedarf wohl keiner näheren Erläuterung mehr.
PS: Tage nach dem Urteil zerriß sich die Pressemeute das lose Maul über die *"kochende Volksseele"* und des Volkes *"puren Unverstand"*, welches noch nicht einmal wisse, daß ein Schweigen noch lange kein "Nein" sei, den Fall nur nach seinem Bauchgefühl beurteile und beim Jugendrecht sowieso nicht durchblicke. Und dieses Volk maße sich nun ein eigenes Urteil an, obwohl es die ganzen 68 Verhandlungstage nicht im Gerichtssaal anwesend gewesen sei! (Zur Erinnerung: Die Öffentlichkeit war ausgeschlossen.) Man frage sich, wer hier ein Unrechtsbewußtsein hat?!
Ursula Leitner
Justizskandal Nr. 2

Der unfassbare Fall hatte in Deutschland große Empörung ausgelöst, sowohl wegen seiner Brutalität als auch wegen der milden Strafen gegen die Vergewaltiger.

Aufgrund des hier unter Justizskandal Nr. 1 angeführten Urteile war eine junge Frau aus Hamburg über dieses unfassbare Gerichtsurteil so empört, dass sie an einen der Täter schrieb: Er sei ein "*ehrloses Vergewaltigungsschwein*". Die Frau wurde nun vom Gericht verurteilt.

Gefängnisstrafe für Beleidigung eines Vergewaltigers

Der 20-jährigen Hamburgerin droht ein Wochenende im Gefängnis, nachdem sie laut Auffassung deutscher Richter, einem kriminellen Gruppenvergewaltiger "*hasserfüllte*" Kommentare geschrieben haben soll. Die Frau ist aber nur eine von 140 Personen, gegen die wegen "*beleidigender Kommentare*" gegen die Vergewaltiger ermittelt wird – wie „mandiner" unter Berufung auf „The Publica" berichtet.

Serien-Vergewaltiger raubten Handy und Geldbörse

Die Männer vergewaltigten bekanntlich abwechselnd das Mädchen und nahmen ihr Portemonnaie und ihr Handy ab, bevor sie von ihr abließen. Traumatisiert und verwirrt durch den ersten Angriff und unfähig, um Hilfe zu rufen, wurde das Mädchen ein zweites Mal von zwei anderen Männern angegriffen, die ihren verletzlichen Zustand ausnutzten.

Die Angreifer riefen in der Zwischenzeit andere Männer zur Vergewaltigung auf, indem sie fröhlich mitteilten: Ein weiblicher Teenager befände sich allein in dem dunklen Park ohne Augenzeugen. Das Mädchen wurde dann noch ein drittes Mal von einem einzelnen Mann und ein viertes Mal von drei anderen Männern in einem Busch vergewaltigt.

Schließlich gelang es dem Mädchen, sich zu befreien und wegzulaufen, obwohl sie von ihren Vergewaltigern verfolgt wurde. Passanten erkannten ihren traumatisierten Zustand verständigten dann sofort die Polizei.

Zunächst wurden insgesamt elf Männer angeklagt, zwei wurden aber aufgrund fehlender DNA-Beweise schnell wieder freigesprochen. Von neun Männern konnte dann aber die Polizei deren Sperma am Körper des Opfers identifizieren.

Erschrecken aber auch: Die Videos der ersten und dritten Vergewaltigung wurden von den Angreifern aufgenommen und über WhatsApp mit Freunden geteilt, dann aber wieder gelöscht, bevor der Fall vor Gericht verhandelt werden konnte. Zeugen, die das Filmmaterial gesehen hatten, bevor es gelöscht wurde, sagten aus, dass es eindeutig sexuelle Gewalt zeigte.

Trotz DNA- und WhatsApp-Beweisen wurden acht der neun verurteilten Männer auf Bewährung freigelassen Schließlich sickerten Identität und Telefonnummer eines der Männer durch.

Empört schickte dann eine 20-jährige Hamburgerin per WhatsApp eine Nachricht an oben erwähnte Telefonnummer. Die namentlich nicht genannte Frau bezeichnet ihn als einen „ehrlosen Vergewaltiger" und einen "ekelhaften Bösartigen". Sie fügte hinzu: "Schämen Sie sich nicht, wenn Sie sich in den Spiegel schauen?"

Vergewaltiger erstattet Anzeige wegen „Beleidigung"

Daraufhin reichte der Vergewaltiger eine Beschwerde bei der Polizei ein, und die Frau wurde wegen des Versendens beleidigender Nachrichten angeklagt. Die Frau wurde nun verurteilt und muss für ihre Äußerungen ein Wochenende im Gefängnis verbringen. Die Frau entschuldigte sich vor Gericht für ihre Kommentare und sagte, sie habe "reflexartig" gehandelt, nachdem sie die ekelhaften Details des Falles gehört hatte.

Doch laut Hamburger Abendblatt ist diese Frau nicht die Einzige, die wegen Beleidigung von Vergewaltigern verurteilt wird. Die Hamburger Behörden ermitteln

Berichten zufolge gegen 140 Personen wegen “Beleidigung, Bedrohung oder anderweitiger Diskriminierung” von Bereicherern im Stadtpark.
[1] Erinnert das nicht an die Freiburger Frau RA Oetjen, die dem Opfer vorwarf, es hätte sich »gebärdet wie eine Löwin und nach Schwänzen verlangt«? Nachzulesen in**: Beate Skaleé (Hrsg.), Der Freiburger Gruppenvergewaltigungsprozeß – das ausführliche Dokument der Schande für Deutschland und die EU, Ahriman 2020.**
[2] Z.B. in der FAZ »… teilweise unter Anwendung von Gewalt soll es zu sexuellen Handlungen gekommen sein«, 10.5.2022, https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/hamburger-prozess-zu-gruppenvergewaltigung-beginnt/
[3] https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/maedchen-im-hamburger-stadtpark-in-gruppen-vergewaltigt-neun-maenner-verurteilt-19345644.html, 28.11.2023
[4] https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/kriminalitaet/vergewaltigung-hamburg-stadtpark-richter-urteil-100.html, 30.11.2023
[5] https://www.youtube.com/watch?v=f3gUwmOcMqE
[6] https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Kommentar-Stadtpark-Urteil-ist-ein-Erfolg-kein-Skandal.hamburgkommentar884.html, 2.12.2023

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/frankreich-m%C3%A4nner-schlagen-88-j%C3%A4hriger-zahn-aus-nur-weil-sie-j%C3%BCdin-ist/ar-BB1ppQee?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=2d8c33196f7e4fbdb935e90a9deef126&ei=35

Antisemitismus in Frankreich

Männer schlagen 88-Jähriger Zahn aus – nur weil sie Jüdin ist

Eine alte Frau wird von zwei Männern attackiert und zu Boden gestoßen. Der Fall macht in Frankreich Schlagzeilen. Das Opfer ist Großmutter einer Knesset-Abgeordneten.

Ein weiterer Fall von Antisemitismus erschüttert Frankreich: Medienberichten zufolge ist eine 88 Jahre alte Frau in der Kleinstadt Saint-Brice-sous-Forêt vor den Toren von Paris hinterrücks von zwei Männern niedergeschlagen worden. Sie sagte aus, die Täter hätten offenbar ihren Davidstern gesehen, den sie an einer Kette um den Hals trug. Die beiden Männer hätten sie zu Boden gestoßen. Einer der Täter soll so heftig zugeschlagen haben, dass die Frau einen Zahn verlor.

Täter riefen: "Das ist es, was du verdienst"

Dann hätten die beiden Männer das am Boden liegende Opfer noch in den Rücken getreten und als "dreckige Jüdin" und "dreckige alte Frau" beschimpft. "Das ist es, was du verdienst", sollen sie dabei gerufen haben.

Die Tat ereignete sich den Berichten zufolge am 24. Juni. Am 1. Juli erstattete die 88-Jährige demnach Anzeige, wohl auf Drängen des Präsidenten des regionalen Verbandes der jüdischen Gemeinden. Jetzt wurde der Fall öffentlich – und auch die Enkelin der Frau hat sich eingeschaltet.

Enkelin: Antisemitismus heißt Gewalt, Vergewaltigung und Mord

Sharren Haskel ist Abgeordnete der Knesset, des israelischen Parlaments. "Frankreich, ein Land, das für seine Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit

bekannt ist, versäumt es, seine jüdischen Bürger zu schützen", schrieb sie im rechtskonservativen Nachrichtenmagazin "Causeur". Der gewalttätige Angriff auf ihre Großmutter sei "kein Einzelfall, sondern Teil eines allgegenwärtigen und wachsenden Trends antisemitischer Gewalt, der das Land erfasst hat".

In einer Erklärung gegenüber israelischen Medien sagte Haskel laut der englischsprachigen "Times of Israel", die beiden Täter seien "arabische Schläger" gewesen. Der Antisemitismus sei in Frankreich seit dem 7. Oktober unerträglich geworden und die französische Regierung ignoriere und erlaube die Verbreitung von Ritualmordlegenden. Infolgedessen leide die jüdische Gemeinschaft unter Gewalt, Vergewaltigung und Mord.

Zwölfjähriges Mädchen in Paris vergewaltigt

Erst Mitte Juni hatte in Paris ein besonders drastischer Fall von mutmaßlichem Antisemitismus zu einem Aufschrei geführt: Ein zwölfjähriges jüdisches Mädchen war der Staatsanwaltschaft zufolge von Gleichaltrigen vergewaltigt und antisemitisch beschimpft worden. Zwei der drei Verdächtigen wurden unter anderem wegen Gruppenvergewaltigung angeklagt und in Haft genommen. Gegen einen dritten Beschuldigten wurde ebenfalls Anklage erhoben, er kam jedoch nicht in Haft und soll sich auch nicht an der Vergewaltigung beteiligt haben.

Unter den mutmaßlichen Tätern ist auch der Ex-Freund des Mädchens. Er soll aus Rache gehandelt haben, nachdem er herausgefunden hatte, dass das Mädchen Jüdin ist – was sie ihm nicht gesagt hatte.

Verwendete Quellen:

- lefigaro.fr: "Val-d'Oise: une femme de 88 ans porte plainte pour avoir été rouée de coups et traitée de 'sale juive'" (Französisch)
- leparisien.fr: "Val-d'Oise: une octogénaire dit avoir été agressée et traitée de 'sale juive', une enquête ouverte" (Französisch)
- causeur.fr: "La France doit affronter son antisémitisme croissant" (Französisch)
- timesofisrael.com: "88-year-old grandmother of Israeli MK beaten in France, called 'dirty Jew'" (Englisch)

https://www.pi-news.net/2024/07/40-prozent-der-deutschen-fuehlen-die-unsicherheit/

40 Prozent der Deutschen fühlen die Unsicherheit

5. Juli 2024

40 Prozent der Deutschen fühlen sich im öffentlichen Raum unsicher. Tendenz: Steigend.

Von MANFRED ROUHS | Es steht nicht gut um die innere Sicherheit in Deutschland. **Die polizeiliche Kriminalstatistik für 2023 wies rund 9000 Messerstraftaten aus, also etwa 25 am Tag. Sie hat zudem 761 sogenannte Gruppenvergewaltigungen erfasst, also etwas weniger (MEHR m.Z.) als zwei täglich.** Da kann einer Frau, die abends allein eine dunkle Unterführung passieren muss, durchaus mulmig zumute sein.

Und das sind nur die offiziellen Zahlen. Wie viele Straftaten und Straftatversuche werden Jahr für Jahr nicht angezeigt? Das weiß niemand. Danach fragt kein Institut.

Nach jeder einschlägigen Straftat steigt nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch bei jedem Menschen in ihrem persönlichen Bekanntenkreis einschließlich des Umfelds innerhalb ihrer jeweiligen Reichweite in den sozialen Netzwerken das Gefühl der Unsicherheit. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang der Eindruck, den Wohnungseinbrüche bei den Opfern hinterlassen.

8323 Fälle waren es offiziell in 2023. Wer seine Wohnung aufgebrochen und durchwühlt vorfindet und bestohlen wird, kann nachts nicht mehr gut schlafen. Er verrammelt Fenster und Türen.
Die größte Sorge vieler Menschen im etablierten Politikbetrieb ist nun aber keineswegs das Ansteigen der Kriminalität an und für sich. Sondern das schwindende Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. „40 Prozent der Deutschen fühlen sich im öffentlichen Raum unsicher“, schlagzeilt die „Welt“, gestützt auf eine Studie von Infratest Dimap, die diese Zeitung zusammen mit den ARD-„Tagesthemen“ in Auftrag gegeben hat.
Im Rahmen der hier offiziös geführten Debatte taucht die Kriminalitätsbekämpfung als originäres Ziel staatlichen Handelns bestenfalls am Rande auf. Das Thema wird angegangen wie eine pädagogische Aufgabe. Nicht Messerstecher und Vergewaltiger scheinen das Problem zu sein, sondern Menschen, die befürchten, möglicherweise Opfer von Messerstechern und Vergewaltigern zu werden.
Und die Zuwanderungspolitik als wesentliche Ursache der Kriminalitätsentwicklung wird noch nicht einmal erwähnt. Mit keiner Silbe!

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://unser-mitteleuropa.com/141427

Junge Französin: “Ich lebe in ständiger Angst vor Migranten aus Nordafrika”

VonRedaktion Ungarn

Eine junge Französin stellte auf “X” eine eindrucksvolle Schilderung, wie sich ihr vormals friedliches Leben durch die Massenmigration drastisch verändert hat. Und sie hofft auf einen “richtigen” Wahlausgang. Der Beitrag wurde vom französischen Blogger Damien Rieu in den sozialen Medien geteilt.

26-jähriges Mädchen, blond: “Leben in Lyon immer unerträglicher”

“*Ich bin Lili R., 26 Jahre alt, ein französisches, helläugiges blondes Mädchen. Ich habe immer im sechsten Arrondissement von Lyon gelebt, dem bürgerlichsten Viertel Lyons, und mein Alltag in dieser Stadt wird immer unerträglicher.*

Ich erzähle Ihnen das, weil ich noch vor zehn Jahren nachts immer mit meinen Freunden ausgehen konnte, ohne gestört, beleidigt, verfolgt oder erstochen zu werden. Lassen Sie es mich klar sagen: Sie können stechen. Vor drei Jahren wurden ein Freund von mir und zwei Freunde auf dem Heimweg von einer Bande von Männern umringt. Sie standen um sie herum und stahlen einem von ihnen das Handy. Beide versuchten, mich und meinen Freund zu verteidigen, der trotz seines Rugbyspieler-Körperbaus in den Arm gestochen wurde, nachdem er seinen Hals geschützt hatte, den sie ins Visier genommen hatten. Sie versuchten, ihm die Kehle aufzuschlitzen.

Ich für meinen Teil werde regelmäßig verfolgt: Sie beleidigen mich, weil ich nicht antworte oder weil sie es nicht mögen, wenn ich sage, dass ich einen Freund habe. Immer mehr Menschen pfeifen mir nach wie Hunde oder schreien mich aus der Ferne an. Das ist mir im letzten Jahr vielleicht dreißig Mal passiert.

“Belästigungen durch junge Einwanderer aus Nordafrika”

Wir haben vor sechs Monaten einen Welpen adoptiert. Eines Abends nahm mein Freund diesen um 21 Uhr nach draußen, und drei junge Leute versuchten, diesen ihm zu stehlen. Seitdem gehen wir abends nur Pfefferspray noch in meiner Tasche. aus Wir gehen damit um unser Haus herum, gleich um unseren Block. In der Nähe befinden sich drei Geschäfte. Es gibt immer Männer, die herumlungern,

herumstehen, schreien, Drogen nehmen und Menschen, insbesondere Frauen, belästigen. All diese Aktivitäten werden von eingewanderten Männern durchgeführt, Männern aus Nordafrika. Kein weißer Mann hat mich jemals so behandelt wie sie.
Bin ich rassistisch, weil mein Alltag durch die Einwanderung so geworden ist? Ist meine Realität, mein tägliches Leben, rassistisch? Bin ich nicht genauso legitim wie jeder andere, wenn ich all diese traumatische Gewalt unter dem Vorwand verurteile, dass es sich um eine Tat von Männern mit ausländischem oder Migrationshintergrund handelt? Ich möchte klarstellen, dass es nicht nur erwachsene Männer sind, sondern auch Minderjährige mit Migrationshintergrund.
"Ich habe Angst"
Jetzt – vor etwa vier Jahren – hat sich mein Lebensstil, ob zu Hause oder auf der Straße, verändert und ich habe mich an diese Unsicherheit angepasst. Jetzt lebe ich mit Pfefferspray in meinem Auto, mit einem Taser und einer Schreckschusspistole. Wir haben ein Doppelschloss an unserer Haustür angebracht. Wir haben eine Überwachungskamera in unserer Wohnung. Ich habe ein Ersatzpfefferspray in meinem Portemonnaie. Ich betrete nie ein Gebäude, ohne beide Seiten meiner Straße zu überprüfen, um zu sehen, ob mir jemand folgt. Ich weigere mich, Blickkontakt zu halten, weißt du, wer… Ich gehe ständig auf die andere Seite, wenn sie mir entgegen kommen. Nach 21 Uhr verlasse ich mein Haus nicht mehr alleine, oder man bringt mich regelmäßig nach Hause. Ich übernehme den Versand aus allen erdenklichen Gründen nicht mehr. Ich weigere mich, einen Fuß in bestimmte Gegenden von Lyon zu setzen. Ich bekomme Angst, wenn ich allein zu Hause bin. Ich habe Angst, wenn ich auf der Straße bin.
Jetzt habe ich ständig Angst. Ich will diese Zukunft nicht für meine Kinder – die es glücklicherweise noch nicht gibt -, und ich verstehe diejenigen nicht, die nicht sehen, dass Frankreich wegen der Einwanderer zu einer Wiege der Unsicherheit wird, für Frauen, aber auch für Männer.
Also für Ihre Zukunft und die Ihrer Kinder oder zukünftigen Kinder: Wählen Sie richtig!"

https://www.msn.com/de-de/gesundheit/other/wir-haben-kapituliert-hessische-stadt-k%C3%A4mpft-mit-drogenproblem-es-ist-nicht-frankfurt/ar-BB1pvJBb?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=73c5cf23236b4f22934950e91b88d386&ei=35
„Wir haben kapituliert": Hessische Stadt kämpft mit Drogenproblem – Es ist nicht Frankfurt
Geschichte von Ulrike Pflüger-Scherb •
Drogenhandel und Prügel

„Wir haben kapituliert": Hessische Stadt kämpft mit Drogenproblem – Es ist nicht Frankfurt
Anwohner des Lutherplatzes in Kassel beschweren sich über die Zustände. Offener Drogenhandel und Prügeleien gehörten dort zum Alltag.
Kassel – Der Lutherplatz in Kassel soll sich verändern. Zuletzt nahm die Kritik an den Zuständen dort massiv zu – Reaktionen blieben nichts aus. So haben die Mitarbeiter der Diakoniestationen die Räumlichkeiten auf dem Lutherplatz am 6. Juni bereits verlassen. Den Umzug hatte Martin Müller, bis vor kurzem Geschäftsführer der Diakoniestationen der Evangelischen Kirche in Kassel, bereits im
Grund: Der Platz habe sich wegen der Drogen- und Trinkerszene im Laufe der Jahre zu einer No-Go-Area entwickelt. „Der Platz ist vollständig in der Hand der

Drogenszene. Wir haben kapituliert", fasste es Müller vor einem halben Jahr zusammen.

Lutherplatz in Kassel „vollständig in der Hand der Drogenszene"

Gegenüber unserer Zeitung hatten sich zuletzt auch immer wieder Anwohner über die Zustände auf dem Lutherplatz geäußert und bitterlich beschwert. Sie haben auch an Oberbürgermeister Sven Schoeller geschrieben. Eine Anwohnerin, die hier seit knapp 50 Jahren wohnt, fragte, warum die Kirche und die Stadt Kassel kein Platzverbot für die Szene ausspreche. Eine andere Anwohnerin, die seit 2008 von ihrem Balkon auf den Platz blickt, stellte die Frage, warum es kein Alkoholverbot gebe. Sie berichtete, dass die Szene von Tag zu Tag größer werde. Im Jahr 2016 habe sie noch mit ihrem Sohn auf dem Platz Fußball spielen und viele schöne Stunden dort in der Natur verbringen können. So etwas sei heute überhaupt nicht mehr denkbar. Man müsse Angst haben, dass man angepöbelt, beschimpft oder angebettelt werde.

„So richtig extrem ist es nach Corona geworden", sagte die Anwohnerin. Als sie **kürzlich mit ihrem Sohn durch den Park zum Einkaufen in den Rewe-Markt gelaufen sei, habe er sie gefragt, warum der Mann auf der Bank sich eine Spritze setzt. Sie habe ihrem Sohn erklärt, dass der Mann krank sei. Das sei aber nicht die einzige Frage, die ihr Sohn beantwortet haben wollte. „Warum trinken die so viel Bier? Warum ist es so dreckig? Warum macht der Mann groß an dem Baum?"**

Kein Tag ohne Auseinandersetzungen am Lutherplatz in Kassel

Die Frau berichtete, dass die Frauen und Männer der Szene ihre Fäkalien ganz offen hinterlassen. Die historischen Grabsteine würden als Toilette oder zur Zubereitung von Drogen benutzt, im besten Fall noch als Sitzmöbel. Dabei handele es sich auf dem Lutherplatz um Kassels ältesten Friedhof. Es sollte doch eigentlich ein Ort zum Verweilen sein und die Lebensqualität in der Innenstadt steigern.

Von Erholung könnten die Anwohner nur träumen. Stattdessen sei es auf dem Platz oft sehr laut, mitunter dauere das Remmidemmi bis 23 Uhr. Die Frau berichtete, dass kein Tag vergehe, an dem nicht irgendwelche Auseinandersetzungen und Prügeleien auf stattfinden würden. In ihren Keller sei schon mehrfach in der kalten Jahreszeit eingebrochen worden. Die Täter hätten dort Spritzen und Reste von Drogen hinterlassen. Sie habe die Polizei angerufen und gefragt, was sie damit machen soll. Sie habe nur die Antwort bekommen, dass sie alles wegwerfen soll. (use)

Dortmund: BMW-Fahrer (19) rast Jungen (11) tot – dann haut er ab in die Türkei (msn.com)

Dortmund: BMW-Fahrer (19) rast Jungen (11) tot – dann haut er ab in die Türkei

Geschichte von Leonie-Laeticia Groß und Alexander Keßel

Am Samstagabend (29. Juni 2024) ereignete sich in Dortmund ein schwerer Unfall, bei dem zwei Kinder von einem Auto angefahren wurden. Die Geschwister (11 und 15 Jahre alt) wurden dabei schwer verletzt. Der mutmaßliche Unfallfahrer soll sich inzwischen in die Türkei abgesetzt haben.

Der 11-Jährige schwebte nach dem Unfall in Lebensgefahr. Am Donnerstag teilte die Polizei mit, dass der Junge es nicht geschafft hat. Bereits am Dienstag sei das Unfallopfer im Krankenhaus verstorben.

Dortmund: Schwerer Verdacht gegen Fahrer
Nach Angaben der Polizei ereignete sich der Unfall gegen 21 Uhr auf Höhe der Stadtbahnhaltestelle Zeche Minister Stein. Hier gingen die Geschwister über eine grüne Fußgängerampel, um die Evinger Straße zu überqueren. Plötzlich tauchte ein 3er-BMW auf, der die Kinder mitten auf der Straße erfasste.
Der 11-Jährige erlitt daraufhin eine schwere Kopfverletzung und wurde in das Klinikum Nord gebracht. Die 15 Jahre alte Schwester wurde nach dem Unfall in die Kinderklinik eingeliefert. Kurz nach dem Ereignis sei obendrein ein Rettungshubschrauber ausgerückt. Die Kinder wurden jedoch mit dem Rettungswagen abtransportiert.
Die Polizei hatte den Unfallwagen sichergestellt und Ermittlungen gegen den Fahrer (19) aufgenommen. Nach ersten Ermittlungen soll der junge BMW-Fahrer nicht nur zu schnell unterwegs gewesen sein, sondern auch eine rote Ampel überfahren haben.
Zeugen hatten diesen Verdacht schon kurz nach dem Unfall zu Protokoll gegeben. Sie teilten der Polizei mit, dass die beiden Kinder definitiv bei grün über die Ampel gelaufen seien, bestätigte Staatsanwalt Dombert gegenüber DER WESTEN. Weitere Ermittlungen, wie unter anderem eine Blutkontrolle, sollen Auskunft über einen möglichen Alkohol- oder Drogeneinfluss geben. Das Ergebnis der Untersuchung stehe noch aus, so Dombert.
Wie die „Ruhrnachrichten“ wenige Tage nach dem schrecklichen Vorfall berichten, soll sich der mutmaßliche Totraser in die Türkei abgesetzt haben. „Wir gegen davon aus, dass der Tatverdächtige sich nun auf der Flucht befindet und verschleiern möchte, dass er am Steuer saß“, sagt Staatsanwalt Henner Kruse.

https://www.bild.de/regional/niedersachsen/niedersachsen-feuer-im-asylheim-ein-toter-polizist-44-in-lebensgefahr-668bc630bdb18e1605d7cb37
Explosion im Asylheim! Ein Toter, 2 Polizisten in Klinik
08.07.2024 - 17:52 Uhr
Buchholz – Feuer-Schock in einer Flüchtlingsunterkunft in Buchholz (Landkreis Harburg)!
Am Montagmorgen sollen Polizisten wegen eines Streites dort angerückt sein. Die Situation eskalierte, ein Bewohner hantierte mit einer brennbaren Flüssigkeit, die plötzlich explodierte. Erst stand ein Zimmer in Flammen, dann brannten mehrere Wohncontainer.
Ein Polizist schwer verletzt, tote Person gefunden
Noch ist die Lage in der Anlage an der Bremer Straße in Buchholz sehr unübersichtlich. Etwa 20 Rettungswagen sind schon am Einsatzort. Auch Rettungshubschrauber sind eingesetzt worden.
Die Feuerwehr ist mit einem Großaufgebot angerückt, löscht die Brände. Insgesamt soll es 20 Verletzte geben. Acht von ihnen mussten in Krankenhäuser gebracht werden. Ein Mann, vermutlich der Brandstifter, kam im Feuer um. Bei ihm soll es sich um einen Äthiopier handeln.
Auch der Rettungshubschrauber ist zum Brandort geflogen
Flüchtling entzündet brennbare Flüssigkeit
Auch die Polizei ist mit diversen Streifenwagen vor Ort. Wie es genau zu dem Großbrand gekommen ist, muss jetzt ermittelt werden.
Brandermittler sind an einem Feuer-Container im Einsatz
Ersten Angaben zufolge haben Sozialarbeiter gegen 11 Uhr einen komischen Geruch festgestellt und die Polizei alarmiert. In der Unterkunft nahmen sie Benzingeruch wahr. Als ein Oberkommissar das Zimmer dann überprüfen wollte, zündete der Bewohner die brennbare Flüssigkeit an. In dem Gebäude kam es dadurch zu einer Explosion.

Die Unterkunft geriet infolgedessen in Vollbrand. Es wurden mehrere Personen teils schwer verletzt, darunter auch der Polizist. Im Gebäude wurde zudem eine leblose Person gefunden, die Identität steht noch nicht fest.
Die Verletzten wurden vor Ort versorgt und in umliegende Kliniken gebracht. Auch der stark verbrannte Polizeibeamte befindet sich bereits in einer Klinik. Aktuell sind alle verfügbaren Kräfte von Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei am Ereignisort im Einsatz.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/gewaltdelikte-im-mk-und-l%C3%BCdenscheid-ausl%C3%A4nder-%C3%BCberrepr%C3%A4sentiert/ar-BB1q9U1N?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=7ded88e2c9664f3c92d8601432417d16&ei=27

Gewaltdelikte im MK und Lüdenscheid: Ausländer überrepräsentiert

Geschichte von Jan Schmitz

Nicht-deutsche Tatverdächtige sind in der Kriminalitätsstatistik im Märkischen Kreis und in Lüdenscheid unter anderem bei Gewaltdelikten überrepräsentiert. Die Zahl der Straftaten ist im Vergleich zu Großstädten allerdings geringer.

Lüdenscheid/Düsseldorf – „Wir müssen über Ausländerkriminalität sprechen. Ich benenne lieber Dinge, wie sie sind, als dass ich sie aussitze. Das füttert die Falschen", betonte NRW-Innenminister Herbert Reul Ende März bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik. **Anlass für diese Aussage war, dass in der Statistik nicht-deutsche Tatverdächtige in vielen Deliktgruppen laut Reul „deutlich überrepräsentiert" waren.**

Gewaltdelikte im MK und Lüdenscheid: Ausländer überrepräsentiert

Nach Angaben des Innenministers war der Ausländer-Anteil bei Taschendiebstahl (80,1 Prozent), Wohnungseinbruchsdiebstahl (47,3 Prozent), Raubdelikten (45,7 Prozent), Straftaten gegen das Leben (41,6 Prozent) sowie gefährlichen und schweren Körperverletzung (40,3 Prozent) deutlich höher als der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Der Blick des CDU-Ministers richtete sich bei seinem Statement vor allem gen Ruhrgebiet, wo die Bekämpfung ausländischer Clankriminalität einen Schwerpunkt in seiner Amtszeit darstellt. Wie aber ist die Situation im Märkischen Kreis beziehungsweise in der Kreisstadt Lüdenscheid?

Auf Anfrage teilte Polizeisprecher Lukas Borowski mit, dass bezogen auf alle Straftaten der Anteil der Nicht-Deutschen an den Tatverdächtigen deutlich unter dem Landesschnitt liege. In ganz NRW hätten demnach fast 40 Prozent der Tatverdächtigen keinen deutschen Pass (39,1 Prozent), im Märkischen Kreis liege der Anteil dagegen bei 31,31 Prozent, in Lüdenscheid bei 33,66 Prozent – und das, obwohl der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung hier deutlich höher ist als in anderen Regionen. In Lüdenscheid haben 14 794 Bürger demnach keinen deutschen Pass (2022). Das entspricht einem Ausländeranteil von 20,6 Prozent und ist damit in etwa so hoch wie in Dortmund (20,7 Prozent). Im Märkischen Kreis beträgt der Ausländeranteil laut Statistischem Landesamt IT.NRW insgesamt 15,2 Prozent. Rund 63 000 Ausländer lebten 2022 zwischen Menden und Meinerzhagen.

Mit einer Kleinen Anfrage wollte der AfD-Landtagsabgeordnete Markus Wagner von Innenminister Reul nähere Einzelheiten zur Ausländerkriminalität im Märkischen Kreis erfahren. Das NRW-Innenministerium antwortete ausführlich. Unterschieden wird dabei zwischen Gewaltkriminalität und einfacher Körperverletzung. Gewaltkriminalität fasst dabei unter anderem die Delikte Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Raub und schwere Körperverletzung zusammen.

946 Gewaltdelikte im Märkischen Kreis

2023 gab es laut polizeilicher Kriminalstatistik demnach 946 Gewaltdelikte im Märkischen Kreis (Vorjahr 987). Unter den Tatverdächtigen waren 598 Deutsche und 348 Nicht-Deutsche. Das entspricht einem Anteil von 37,8 Prozent an den Gewaltdelikten. Die meisten nicht-deutschen

Tatverdächtigen besaßen die syrische Staatsangehörigkeit (62), gefolgt von Türken (43) und Polen (24).

Bei der ebenfalls abgefragten einfachen Körperverletzung wurden 2304 Vorfälle registriert (Vorjahr 2357). Als Tatverdächtige gingen dabei im Märkischen Kreis 1354 Deutsche und 950 Nicht-Deutsche in die Statistik ein. Dies entspricht einem Anteil von 41,2 Prozent. In absteigender Folge am häufigsten in der Statistik vertreten sind Türken (120), Syrer (59) und Polen.

Im Vergleich mit den Vorjahren ist der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen im Märkischen Kreis tendenziell gestiegen. Bei den Gewaltdelikten lag er in den Jahren 2015 (39,8 Prozent) und 2016 (40,2 Prozent) allerdings auch schon einmal höher als im vergangenen Jahr (37,8 Prozent), zwischen 2018 und 2021 dagegen unter 30 Prozent. Im Jahr 2019 beispielsweise waren nur 213 nichtdeutsche Tatverdächtige bei Gewaltdelikten erfasst (23,8 Prozent) erfasst worden. **Eine ähnliche Entwicklung gab es bei den einfachen Körperverletzungen. Die 41,2 Prozent Ausländeranteil markieren jedoch einen Höchststand seit 2015.**

Jugendgruppen mit Migrationshintergrund verantwortlich

In Lüdenscheid machte die Polizei in den vergangenen drei Jahren Jugendgruppen mit Migrationshintergrund für eine Vielzahl von Delikten im Bereich Straßenkriminalität sowie auch für schweren Straftaten verantwortlich, und kommunizierte dies auch öffentlich. Überregional Schlagzeilen machten die tödlichen Schüsse eines Heranwachsenden auf der Steinert-Kirmes im Mai 2022. Mit harter Hand und Schwerpunkteinsätzen bekam die heimische Polizei die Lage in der Lüdenscheider Innenstadt schließlich wieder in den Griff.

„Die Anzahl der Fälle von Gewaltkriminalität betrug in Lüdenscheid im Jahr 2023 insgesamt 253, wobei 101 dieser Fälle von nicht-deutschen Tatverdächtigen verübt wurden“, teilte Polizeisprecher Lukas Borowski auf Anfrage mit. Dies entspricht einem Anteil von 39,9 Prozent und liegt etwas über dem Kreis-Wert von 37,8 Prozent. Zudem gab es in Lüdenscheid nach Polizeiangaben insgesamt 713 Fälle von Körperverletzungen, wovon 214 von nicht-deutschen Tatverdächtigen begangen wurden (30 Prozent). In den übrigen Deliktarten sind Ausländer dagegen unterrepräsentiert. Bei den verbleibenden 4456 registrierten Straftaten in Lüdenscheid im vergangenen Jahr hatten 456 keinen deutschen Pass. Dies entspricht einem Anteil von 10,4 Prozent.

Bei der Entwicklung der Ausländerkriminalität im Märkischen Kreis ist zu berücksichtigen, dass die absolute Zahl der Nichtdeutschen starken Schwankungen unterliegt, was zum einen mit Wanderungsbewegungen zusammenhängt, zum anderen aber auch mit einem Wechsel der Staatsangehörigkeit. So erhöhte sich die Zahl der Ausländer kreisweit zwischen 2012 und 2022 um fast 20 000 (+46 Prozent), in Lüdenscheid um rund 4500 (+44 Prozent). Zuvor war sie seit 1997 – auch bedingt durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1999 – kreisweit um rund 18000 zurückgegangen, in Lüdenscheid um rund 3300.

https://www.focus.de/politik/deutschland/ich-gut-du-rassist-bei-gaza-fluechtlingen-erleben-wir-das-gleiche-linke-muster_id_259601797.html

Gastbeitrag von Susanne Schröter

Ich gut, du Rassist - bei Gaza-Flüchtlingen erleben wir das ewiggleiche linke Muster

Islam-Forscherin Susanne Schröter ist Professorin am Institut für Ethnologie an der Frankfurter Goethe-Universität

FOCUS-online-Gastautorin Susanne Schröter

Über Susanne Schröter
Susanne Schröter ist Professorin am Institut für Ethnologie an der Frankfurter Goethe-Universität, Vorstandsmitglied des „Deutschen Orient-Instituts“ und Senatsmitglied der „Deutschen Nationalstiftung“. Sie ist im wissenschaftlichen Beirat der „Bundeszentrale für politische Bildung“, sowie im Österreichischen Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam).
Des Weiteren ist Schröter Mitglied der „Hessischen Integrationskonferenz“, des „Dialog Forum Islam Hessen“, des „Hessischen Präventionsnetzwerk gegen Salafismus“ und der „Polytechnischen Gesellschaft“. Im November 2014 gründete sie das „Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam“ (FFGI) und ist seitdem Direktorin der Einrichtung.

Montag, 29.01.2024, 07:04
Das alte Muster wiederholt sich: Jeder, der unangenehme Fakten über Deutschlands Migrationspolitik anspricht, wird rasch als Rassist oder Menschenfeind abgestempelt. Dies zeigt sich auch bei der Diskussion über den Vorschlag, Menschen aus Gaza nach Deutschland zu bringen.
Migrationsdynamiken haben viele Dimensionen. Humanität ist eine von ihnen, Sicherheit eine andere. Diese beiden Pole stehen häufig in einem Spannungsverhältnis. Dies gilt auch für eine Forderung der Linkspartei, verletzte oder kranke Palästinenser nach Deutschland ausfliegen zu lassen, der sich möglicherweise Mitglieder anderer Parteien oder Nichtregierungsorganisationen anschließen werden.
Die Situation in Gaza ist zweifellos fürchterlich, und so klingt der Vorschlag auf den ersten Blick menschlich geboten. Wer über den ersten humanitären Reflex hinaus die Konsequenzen bedenkt, kommt allerdings nicht umhin, auch eine Reihe ungelöster Probleme in den Blick zu nehmen.
Migrationspolitik: Wer Probleme benennt, wird schnell als Rassist denunziert
Einige davon sind genereller Natur und betreffen die Grundstrukturen deutscher Migrationspolitik, in der zwar stets an das Mitgefühl appelliert, die Folgen von Zuwanderungsdynamiken jedoch nicht bedacht wurden – oder vielleicht nicht bedacht werden sollten. **Wer Islamismus, sexuelle Übergriffe, Clankriminalität oder Silvesterkrawalle benannte, wurden nämlich von denen, die stets mit der Humanität argumentierten, als Rassist, Islamfeind oder als moralisch minderwertiger Unmensch denunziert.**
Ausgeblendet wurde auch der in einigen migrantischen und muslimischen Kreisen tief verwurzelte Antisemitismus. Obwohl Angriffe auf Juden in den vergangenen Jahren primär von Personen ausgingen, die als Muslime oder Personen mit arabischem Migrationshintergrund identifiziert wurden, ordnete man Antisemitismus bis vor wenigen Monaten fast ausschließlich als rechtes Phänomen ein.

Selbst die vielfach dokumentierten Übergriffe auf jüdische Schüler führten nicht zu dem Eingeständnis, dass neben einem einheimischen auch der eingewanderte migrantische Antisemitismus jüdisches Leben in Deutschland bedroht. Wie verbreitet dieser ist, wurde allerdings erst nach dem 7. Oktober 2023 ersichtlich.

Im öffentlichen Diskurs dominieren längst die Bilder aus Gaza

Da die Bilder aus Gaza mittlerweile den öffentlichen Diskurs dominieren, sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, was am 7. Oktober tatsächlich geschah. Es war das schlimmste antisemitische Massaker seit dem Holocaust, dem mindestens 1200 Menschen zum Opfer fielen. Israelische Ansiedlungen wurden systematisch mit dem Ziel durchkämmt, Kinder, Frauen und Männer zu ermorden. Teilweise wurden diese vorher in einer Weise gefoltert, die man sich in den schlimmsten Alpträumen nicht ausmalen möchte.

Ein Festival wurde überfallen, Hunderte junger Menschen abgeschlachtet, Frauen vergewaltigt und verstümmelt. Etwa 240 Personen, darunter ein neun Monate altes Baby, wurden nach Gaza verschleppt. Die Täter waren Angehörige der Hamas und des Islamischen Dschihads, die Israel mit diesem ultimativen Zivilisationsbruch in einen Krieg zwingen wollten, wie ein ranghohes Mitglied der Hamas in einem Interview mit der „New York Times“ freimütig bekannte. Man nahm dabei nicht nur billigend palästinensische Opfer in Kauf, sondern legte es geradezu darauf an, herzzerreißende Bilder zu erzeugen, die in einem Propagandakrieg gegen Israel erwünscht waren.

Die Skrupellosigkeit, die die Hamas auch gegenüber der eigenen Bevölkerung an den Tag legte, wurde allerdings international weniger kritisiert als der folgende militärische Akt der Selbstverteidigung des israelischen Militärs. Schon nach wenigen Tagen beherrschten zerstörte Straßenzüge und blutüberströmte Kindergesichter in Gaza die Nachrichten und das Kalkül der Terroristen ging auf. Dass diese sich in Krankenhäusern und Kindergärten verschanzten, interessierte ebenso wenig wie die Tatsache, dass sie zivile Einrichtungen zu Abschussrampen umfunktioniert hatten.

Mit Recht wurde beklagt, dass Treibstoff, Nahrungsmittel und Wasser fehlte, doch niemand forderte die Hamas auf, ihre Vorräte mit der Bevölkerung zu teilen. Die UN verlangte von Israel eine Einstellung der Kampfhandlung, nicht jedoch von der Hamas. Israel wurden Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen, ja sogar Völkermord vorgeworfen, doch mit keinem Wort erwähnt, dass die Hamas den Genozid an den Juden im Jahr 1988 in ihrer Charta als Ziel ihres militärischen Handelns festgelegt hatte.

Die eliminatorische Feindschaft gegen Israel

Die eliminatorische Feindschaft gegen Israel ist nicht nur auf die Hamas beschränkt und sie hat nichts mit der aktuellen Politik der israelischen

Regierung zu tun. Vielmehr geht sie bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts zurück. Mohammed Amin al-Husseini, der 1921 von Großbritannien eingesetzte Großmufti von Jerusalem, arbeitete eng mit den deutschen Nationalsozialisten zusammen, weil er in der Vernichtung der Juden ein gemeinsames Ziel erkannte.

Der säkulare ägyptische Präsident Gamad Abdel Nasser sprach 1967 davon, alle Juden ins Meer zu treiben, und seit 1979 ist es der Iran, der die Vernichtung Israels zur Staatsdoktrin erhoben hat. Auch in anderen muslimischen Ländern wird Hass auf Israel in der Schule gelehrt, in den Medien verbreitet und in den Moscheen gepredigt, teilweise unter Berufung auf den Koran und andere islamische Texte, in denen antijüdisches Gedankengut niedergeschrieben ist.
Das gilt ganz besonders für die palästinensischen Gebiete, in denen der Hass auf Israel identitätsstiftend ist und zudem ein religiös verbrämter Märtyrerkult existiert. Es ist bekannt, dass militante Organisationen bereits Kinder militärisch drillen und dass Gewalt gegen Juden in Schulbüchern gerechtfertigt wird. Diese Indoktrination ist erfolgreich, denn die Unterstützung für terroristische Gruppierungen ist groß. Frieden steht nicht auf ihrer Agenda.
Als Israel im Jahr 2005 alle jüdischen Siedlungen, staatliche und militärische Einrichtungen in Gaza räumte, um gewissermaßen Land für Frieden einzutauschen, wurde letzteres von den Palästinensern abgelehnt. Im Januar 2006 gewann die Hamas die Wahlen und wandelte Gaza seitdem in einen Militärstützpunkt um, von dem aus Israel immer wieder angegriffen wurde.
Das ewiggleiche Muster bleibt bestehen
Nun sei die Bevölkerung in Gaza nicht deckungsgleich mit den Angehörigen bewaffneter Milizen, wird häufig eingewandt. Das ist richtig. Selbstverständlich gibt es Menschen in Gaza, die sich eine andere Regierung, eine andere Gesellschaft wünschen.
Wahr ist allerdings auch, dass einer Erhebung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Palestinian Center for Policy and Survey Research zufolge, 57 Prozent der Befragten in Gaza den Angriff der Hamas befürworteten. Auch ist bislang nicht zu vernehmen, dass ein signifikanter Teil der Bevölkerung Gazas Widerstand gegen die Hamas leistet und eine Einstellung der Raketenbeschüsse sowie die Freilassung der Geiseln fordert.
Vor diesem Hintergrund muss der Vorschlag der Linkspartei beurteilt werden, Menschen aus Gaza in Deutschland aufzunehmen. Wer darauf hinweist, dass bei einer solchen humanitären Aktion möglicherweise auch Personen ins Land geholt werden, die vom Hass auf Israel geprägt und vielleicht sogar Anhänger der Hamas sind, wird in den sozialen Netzwerken als Rassist beschimpft.
Das ewiggleiche Muster bleibt bestehen. Wer unangenehme Tatsachen ausspricht, gilt als Menschenfeind. Dabei sollte eines klar sein. Wenn im Namen der Humanität Entscheidungen getroffen werden, die die Sicherheit in Deutschland gefährden, dann sind diese Entscheidungen unverantwortlich. Das

gilt vor allem dann, wenn die Kontrolle über diejenigen, die einreisen, mangelhaft ist.

Die humanitäre Katastrophe ist furchtbar, ebenso wie die zunehmende Unsicherheit für Juden

Diese dschihadistischen Anschläge, die seit 2015 mehrheitlich von Flüchtlingen durchgeführt wurden, die aus humanitären Gründen aufgenommen wurden, sollten eigentlich eine Lehre sein. Ähnliches gilt jetzt auch für den Krieg in Gaza. Die humanitäre Katastrophe ist furchtbar, aber die zunehmende Unsicherheit für Juden außerhalb Israels ist es ebenso. Schon jetzt müssen jüdische Einrichtungen durch die Polizei geschützt werden, wurden jüdische Wohnungen mit Davidsternen gekennzeichnet und jüdische Mahnmale beschmiert. Wie möchte man garantieren, dass sich diese Situation nicht durch eine gut gemeinte humanitäre Aktion verschlechtert?

Wiederholt wurden humanitäre Argumente von Radikalen nach dem 7. Oktober für israelfeindliche und antisemitische Auftritte missbraucht. Mitglieder palästinensischer Organisationen und ihre Unterstützer skandierten auf Demonstrationen antisemitische Parolen und riefen dazu auf, Berlin mit gewalttätigen Aktionen in Gaza zu verwandeln. Sie feierten den Pogrom der Hamas als großartige Aktion und verteilten sogar Süßigkeiten an Passanten, um ihrer Freude über den Anschlag Ausdruck zu verleihen.

In den jüdischen Gemeinschaften herrscht seitdem Angst. Diese ist berechtigt. Zu Beginn des neuen Jahres hat sich wieder ein Zwischenfall ereignet. Ein hebräisch sprechendes Paar wurde in einem Berliner Restaurant von arabisch sprechenden Männern tätlich angegriffen.

Als Volker Beck, der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, daraufhin forderte, zukünftig auch den Antisemitismus in muslimischen und arabischen Communities in den Blick zu nehmen, hatte er zweifellos recht, doch bislang existieren keinerlei diesbezügliche Präventions- oder Deradikalisierungsmaßnahmen.

Die Mär vom „anti-palästinensischen Rassismus“

Das Gegenteil ist der Fall. An den Universitäten weigern sich muslimische Professoren und Studenten, das Problem wahrzunehmen und sprechen lieber über einen vermeintlichen Generalverdacht gegen Muslime oder gleich über ihr Lieblingsthema, den sogenannten „anti-muslimischen Rassismus“.

In Aktivistenkreisen hat man zusätzlich einen „anti-palästinensischen Rassismus“ erfunden und übt sich ebenfalls in Tatsachenverdrehungen. Und schließlich wittern auch Islamisten die Gunst der Stunde, um neue Anhänger zu rekrutieren. Die islamistische Gruppe Generation Islam, deren Frontmann Ahmad Tamim stets seine palästinensische Herkunft betont, um seiner Hetze

gegen Israel und den Westen mehr Gewicht zu geben, nutzte die humanitäre Katastrophe, um bei einer Demonstration in Essen für ein Kalifat zu werben.

Dass ihm 3500 Menschen dabei folgten, ist ein Zeichen dafür, dass unsere Gesellschaft bereits jetzt schlecht gerüstet ist, um Problemen zu begegnen, die durch den Import von Konflikten aus anderen Teilen der Welt in Deutschland entstehen.

Hilfe für Gaza muss nicht zwangsläufig in Deutschland stattfinden
Heißt dies, die Menschen im Gaza dem Elend zu überlassen?

Keineswegs, aber Hilfe muss nicht zwangsläufig in Deutschland stattfinden. Israel ist von arabischen Staaten umgeben, die für Verletzte, Kranke und Kriegsflüchtlinge sorgen könnten. Deutschland könnte auf diese Staaten einwirken und mit finanzieller und personeller Unterstützung helfen. Nicht immer würde dies notwendig sein, denn unter den arabischen Staaten der Region befinden sich wohlhabende Ölmonarchien wie das Emirat Katar, das den Terror der Hamas mit millionenschweren Zuschüssen erst möglich gemacht hat. In Katar lebt die Hamas-Führung abseits der von ihr missbrauchten palästinensischen Bevölkerung übrigens ein luxuriöses Leben.

Eine tatsächliche Erlösung der notleidenden Palästinenser wäre allerdings erst mit einem Ende des Krieges möglich. Dieser könnte vermutlich jederzeit herbeigeführt werden, wenn die Waffen der Hamas schweigen. Auch in dieser Hinsicht bedarf es weniger des Zuspruchs Deutschland als des Handelns der muslimischen Länder, die den Konflikt seit vielen Jahren aus eigenem Interesse anheizen.

https://journalistenwatch.com/2023/03/13/oh-wunder-clan-kriminalitaet-nimmt-zu/

Oh Wunder: Clan-Kriminalität nimmt zu

Wie großspurig haben Reul & Co uns versprochen und versichert, in Bezug auf die ausufernde Clan-Kriminalität alles in den Griff kriegen zu können. Wieder einmal nur leere Sprechblasen?

Das Problem der Clan-Kriminalität hat sich nach Angabe des neuen Polizeipräsidenten von Essen und Mülheim an der Ruhr, Andreas Stüve, auf zahlreiche Gebiete ausgeweitet. „Nach meiner Einschätzung machen die Clans alles, womit man illegal Geld verdienen kann. Es gibt kein exklusives Geschäftsmodell“, sagte Stüve der „Welt“.
Das könne auch Sozialbetrug oder das Phänomen „falsche Polizisten“ sein, die an Vermögen älterer Menschen herankommen wollten, oder das Thema „Wucher“, bei dem Tatverdächtige als vermeintlich seriöse Handwerker auftreten würden und für schlechte oder gar nicht erst erbrachte Leistungen hohe Preise forderten. Die Szene könne „schnell erkennen, in welchen Feldern Profitmöglichkeiten bestehen, und sie reagiert auf Bekämpfungsstrategien, da sind Clan-Kriminelle sehr flexibel“. Wenn man sich von einer Idee viel verspreche, dann werde sie „sehr schnell und sehr intensiv“ umgesetzt.
„Dann ist es unsere Aufgabe, genauso schnell zu erkennen, in welchen neuen Kriminalitätsfeldern agiert wird“, so Stüve. Durch einen hohen Präsenz- und Kontrolldruck der Polizei in Essen seien „die erkennbaren Straftaten, Tumultgeschehen auf der Straße oder aggressives Verhalten gegenüber Ordnungskräften deutlich zurückgegangen“. Dies dürfe jedoch nicht zu dem Trugschluss führen, dass die Beteiligten sich von jetzt an legal verhielten, weil sie zur Einsicht gekommen seien.
„Es ist eine lang gewachsene Erfahrung, dass man mit kriminellem Verhalten durchkommt und dass es lukrativ ist“, so Stüve. Tätergruppen hätten über Jahre und Jahrzehnte unbehelligt agieren können, ehe das Problem klar benannt worden sei. Nachwuchs für die Clan-Kriminellen stamme nach polizeilichen Erkenntnissen aus der dritten Generation der Familien.

https://journalistenwatch.com/2023/03/06/spassorientierte-jugendliche-randalieren-in-hamburg/

Spaßorientierte Jugendliche“ randalieren in Hamburg

Versprochen wurden ihnen kostenlose Markenklamotten. Nachdem sich jedoch herausstellte, dass es sich um eine Fake-Meldung handelte und die Frustrationsgrenze dieser „spaßorientierten Jugendlichen“ sehr weit untern angesiedelt ist, schlugen sie kurzer Hand mit Flaschen und Böllern auf Polizisten ein.
Die Szenen erinnerten an die vergangenen Silvesternächte, als „Jugendliche“ Polizeibeamte, aber auch Rettungssanitäter und

Feuerwehrleute attackierten. Die Angreifer – überwiegend Jugendliche und junge Männer mit Migrationshintergrund.
Versprochen wurde ihnen angeblich von einem Markenlabel kostenlose Markenklamotten. Nachdem sich herausstellte: Alles Fake, formulierten „Jugendliche“ in der Hamburger Innenstadt am Sonnabend ihren Frust darüber in einem „Streit mit der Polizei „. Die Polizei habe, so die Welt, mit massivem Kräfteeinsatz, diversen Hundeführern und 20 zusätzlichen Streifenwagen versucht, die „Lage in den Griff und die Jugendlichen von der Straße zu bekommen, auch weil Busse teilweise nicht mehr durchkamen. Erst nach einiger Zeit sei es gelungen, die „Jugendlichen“ zum Verlassen der Straße zu bewegen. Zwei Polizisten seien durch Böller- und Flaschenwürfe leicht verletzt worden, hätten aber ihren Dienst fortsetzen können. Einige der „Jugendlichen“ seien in Gewahrsam genommen worden.
„Die Polizei der sozialdemokratisch regierten Stadt spricht beschönigend von „spaßorientierten Jugendlichen“, so Stefan Schubert, Erfolgsautor Buchautor und ehemaliger Polizist, in einem Facebook-Kommentar. Schubert stellt fest: „Und wie nennt es ein wehrhafter Rechtsstaat, wenn Randale außer Kontrolle geraten? „Spaßorientierte Jugendliche“ seien unterwegs gewesen, wie es in einer Mitteilung der Polizei hieß. Das erinnert an die Randale in Frankfurt, als während der Corona-Pandemie 800 Jugendliche randalierten und die Polizei von einer „Partyszene“ als Tätern sprach. In links geführten Städten herrscht eine blühende sprachliche Phantasie, wenn es darum geht, den Themenkomplex Jugendliche, Gewalt und Migration zu verniedlichen“, so Schubert.
Bilder aus dem Internet zeigen, was eine verantwortungslose Migrationspolitik mitten in dieser Gesellschaft herangezüchtet wurde:
(SB)

https://journalistenwatch.com/2023/03/05/schweden-messer-islamist-sticht-10-jaehriges-maedchen-nieder/

Schweden: Messer-Islamist sticht 10-jähriges Mädchen nieder

Was die „bunte Bereicherung“ der Gesellschaft anbelangt, übertrifft der einstige sozialdemokratische Musterstaat Schweden mittlerweile sogar Deutschland: Explodierende Kriminalität durch Einwandererbanden, Clans und

Parallelmilieus haben die Bewohner der Großstädte zu Fremden im eigenen Land gemacht. Bluttaten von Islamisten sind an der Tagesordnung: Gestern traf es ein 10-jähriges Mädchen in Göteborg.

Von Daniel Matissek für Auf1.info

Das aus den Niederlanden stammende Mädchen hatte seine Großeltern in Schweden besucht und war am Freitag gerade mit seiner Großmutter in der Stadt unterwegs, als sich ein 36-jähriger, wohl arabischstämmiger Mann unter „Allahu akbar"-Rufen auf das Kind stürzte und mehrfach auf es einstach. Die Großmutter wurde leicht verletzt, das schwer verletzte Mädchen überlebte glücklicherweise und befindet sich im Krankenhaus. Sein Zustand sei stabil. Der Angreifer konnte von mehreren Passanten überwältigt und bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten werden.

„Psychisch kranker" Täter

Es soll um einen Migranten handeln, der mehrfach vorbestraft und – welche Überraschung – „psychisch krank" ist; ein Muster, das man aus Deutschland nur allzu gut kennt. Und wie Deutschland bezahlt auch Schweden seine wahnhaft-blauäugige Einwanderungspolitik mit immer neuen Mordopfern und dem Kontrollverlust über Teile des eigenen Landes.

Was das Ausmaß der Brutalität von Migrantenbanden betrifft, liegt Schweden sogar – noch -vor Deutschland: In Städten wie Malmö oder Stockholm bekämpfen sich Clans mit AK 47-Gewehren und Handgranaten. In der Stadt Linköping sprengten Kriminelle, vermutlich im Rahmen eines Bandenkrieges, sogar ein Haus in einer Wohngegend in die Luft. Bereits 2020 bezeichnete Vize-Polizeichef Mats Löfvingdie Kriminalität der Migrantenclans, deren Zahl er auf landesweit 40 bezifferte, als *„Systembedrohung"*. Bereits vor 10 Jahren, zwei Jahre vor Merkels „Flüchtlings"-Flutung, hatte es in Schweden bürgerkriegsähnliche Bandenausschreitungen gegeben, die fast eine Woche lang anhielten.

Bandenkriminalität außer Kontrolle

Die Banden seien *„eindeutig mit dem Ziel nach Schweden gekommen, organisiert und systematisch Kriminalität zu betreiben"*, sagte Löfving über die Situation, und warnte, das die Einwandererclans sogar über nicht unerhebliche politische Macht verfügen würden: **Im April letzten Jahres kam es über Ostern in mehreren schwedischen Städten zu massiven Ausschreitungen, nachdem die islamkritische Partei „Strams Kurs" angekündigt hatte, bei jeder ihrer Kundgebungen einen Koran zu verbrennen. Bei den Krawallen wurden 26 Polizisten und 14 weitere Personen verletzt.**

Die Hälfte der geplanten Veranstaltungen von „Strams Kurs" konnte daraufhin nicht stattfinden. Hilflos rief die damalige Ministerpräsidentin Magdalena Andersson dazu auf, die „*Meinungsfreiheit*" zu respektieren – und das in einem Land, das so viel auf seine Toleranz und unbedingte Redefreiheit gibt. Dass überhaupt ausgerechnet Schweden, das sich damit brüstete, eine *„humanitäre Supermacht"* zu sein, kriegsähnliche Migrantenkrawalle an der Tagesordnung sind, ist Folge einer naiven Politik, die seit den 1970er Jahren im Grunde jeden ins Land ließ.

Status eines Entwicklungslandes

Mit „Erfolg": Neben der Explosion der Zuwandererkriminalität leiden auch die Sozialsysteme unter der Bevölkerungsveränderung: 2021 lag die Arbeitslosenquote der im Ausland geborenen Personen bei 20 Prozent, bei im Inland geborenen bei unter fünf Prozent. Die Migration bringt also auch hier keinerlei wirtschaftlichen Nutzen, sondern führt nur zu immer höheren Sozialausgaben.

Bereits 2017 hatte ein Bericht der UNO konstatiert, dass Schweden sich seit 2010 immer mehr dem Status eines Entwicklungslandes annähert. Die viel zu lange praktizierte „Weltoffenheit“ und die zu spät – und zu zögerlich – vollzogene Kursänderung werden daran nichts mehr ändern können. Dasselbe wird Deutschland blühen.

Migration „bereichert” nur die Einwanderer

Immerhin ist Schweden schon einen Schritt weiter: Die Osterausschreitungen von 2022 führten zu einem solchen Unmut in der schwedischen Bevölkerung, dass ein rechts-konservatives Bündnis die Wahlen gewann und Andersson zurücktreten musste. Ein ähnlicher Effekt steht in Deutschland noch aus; offenbar waren die Silvester-Krawalle hier noch nicht lehrreich genug.

Am Beispiel Schwedens zeigt sich: Die einzigen, für die die in Europa praktizierte Form der Einwanderung eine „Bereicherung“ darstellt, sind die Einwanderer selbst; für die aufnehmende Gesellschaft bedeutet sie eine unerträgliche Belastung sowie den Verlust von Wohlstand, Sicherheit, Heimat, Identität – und schlimmstenfalls des Lebens.

https://www.pi-news.net/2024/07/bild-entdeckt-kriminalitaetsanstieg-durch-nordafrikaner/

„Bild“ entdeckt Kriminalitätsanstieg durch Nordafrikaner

26. Juli 2024

Von MANFRED ROUHS | Die „Gewalt durch Nordafrikaner in Deutschland explodiert“, schlagzeilt die „Bild“-Zeitung. Hinter der Bezahlschranke können sich dann die Leser daran delektieren, **dass die Zahl der Sexualstraftaten in Deutschland, die von Tunesien begangen wurden, von 2019 bis 2023 um 165 Prozent angestiegen ist. Bei den Marokkanern waren es 65 Prozent Steigerung.**

Bei Mord, Totschlag und Körperverletzung mit Todesfolge betrug die Steigerung im selben Zeitraum bei den Tunesiern 110 Prozent und bei den Marokkanern 67 Prozent. Auch bei Übergriffen auf Polizisten und bei Diebstählen erreichten Tunesier und Marokkaner von 2019 bis 2023 Steigerungsraten von mehr als 100 Prozent.

Scheinheilig fragt „Bild“ hierzu: „Warum tut die Bundesregierung nichts?“

Die Antwort lautet: Weil alle anderen Bundesregierungen vorher auch bereits nichts getan haben. Einschließlich der unionsgeführten Bundesregierungen, an die „Bild“ solche rhetorischen Fragen nicht adressiert hat.

In der Silvesternacht 2015 verzeichneten die Behörden am Kölner Hauptbahnhof mehr als 1.600 Straftaten. Die meisten davon waren Sexualstraftaten, begangen von Ausländern, darunter viele Nordafrikaner. In dieser Nacht eskalierte die Kriminalität so sehr, dass die Massenmedien sie nicht mehr totschweigen konnten.

Und seither steigt die einschlägige Kriminalitätskurve immer weiter an, mit einem – mittlerweile übertroffenen – Spitzenwert im Jahr 2017. So berichtet es der WDR.

„Warum tut die Bundesregierung nichts?“ – Weil die Politik der offenen Grenzen die Ursache dieser Kriminalitätsentwicklung ist. Und von dieser Politik will keine Bundesregierung seit der Kanzlerschaft Angela Merkels abrücken. Denn Ideologie ist offenbar wichtiger als das Sicherheitsbedürfnis des Volkes.

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht

außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.

https://www.msn.com/de-de/reisen/nachrichten/die-r%C3%BCckkehrhilfe-wird-von-t%C3%BCrkischen-asylbewerbern-missbraucht/ar-BB1qwswL?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=dcd2dff900fe4859817508a3f583babd&ei=21

Die Rückkehrhilfe wird von türkischen Asylbewerbern missbraucht

Geschichte von Monika Ganster

Die Menschen, die Hessen verlassen sollen, aber nicht wollen, könnten eine Kleinstadt bilden. Das Ausländerzentralregister, in dem sie erfasst werden, hat zum Stichtag 31. Mai 13.360 ausreisepflichtige Personen im Land gezählt. In der Regel Asylbewerber, die gerne in Deutschland bleiben würden, aber wenig Chancen auf Anerkennung haben. Der Großteil von ihnen darf aus humanitären oder rechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden, etwa weil die Rückkehr in ihre Heimatländer wie Afghanistan oder Syrien lebensgefährlich für sie wäre, weil sie krank sind oder keine Dokumente besitzen. Sie sind geduldet.

Ein kleinerer Teil davon, darunter auch kriminelle Ausländer, kann und soll aus dem Land gebracht werden. Bis Ende Mai gelang die Abschiebung in 685 Fällen, wie das Innenministerium in Wiesbaden mitgeteilt hat. Weitaus erfolgreicher ist Hessen jedoch mit der sanfteren Form der Rückführung, der sogenannten freiwilligen Ausreise nach einer staatlichen Beratung. Dabei wird den Betroffenen eine Reisekostenerstattung und ein Zuschuss für den Neubeginn im Heimatland in Aussicht gestellt, wenn sie zügig der Ausreiseaufforderung nachkommen. Bis Ende Mai seien 1056 Personen mit oder ohne finanzielle Unterstützung des Landes aus freien Stücken aus Hessen ausgereist, so das Innenministerium.

Fünf Nationen waren 2023 besonders häufig vertreten: Die Türkei (210 Personen), Albanien (174), Serbien (168), Georgien (110) und Nordmazedonien (107). Im ersten Halbjahr dieses Jahres schienen sich die Zahlen ähnlich zu entwickeln, mit zwei Ausnahmen: In die Türkei sind bis Ende Mai bereits 211 Menschen zurückgekehrt, also mehr als im gesamten Vorjahr. Das gleiche Bild zeigt sich bei Flüchtlingen aus Nordmazedonien: In diesem Jahr kehrten schon mehr Menschen (108) in ihre Heimat zurück als im vergangenen Jahr. Sie nahmen die Beratung mit der Option auf finanzielle Hilfe auffallend oft in Anspruch.

Die Zahl der türkischen Asylbewerber ist im vergangenen Jahr in ganz Deutschland sprunghaft gestiegen. Das hat mit dem Erdbeben im Februar 2023, vor allem aber mit der Wiederwahl des immer autokratischer regierenden Präsidenten Recep Tayyip Erdogan im Mai 2023 zu tun, wie Anwälte berichten, die Asylverfahren betreuen. Die Lage für Oppositionelle werde in ihrer Heimat immer gefährlicher. Die meisten türkischen Asylbewerber in Deutschland, 84 Prozent, geben an, kurdischer Abstammung zu sein. Doch die Chancen zu bleiben, sind für sie gering: Die Anerkennungsquote von Asylbewerbern aus der Türkei lag im abgelaufenen Jahr deutschlandweit gerade einmal bei 13 Prozent.

Vielleicht ist es daher Einsicht, dass Hunderte von ihnen von Hessen aus rasch wieder die Heimreise antreten, bevor sie das ganze Asylverfahren ohne Erfolg durchlaufen. Doch das Innenministerium in Wiesbaden hat einen anderen Verdacht. Durch die staatlichen Rückkehrberatungsstellen sei 2023 bei türkischen Staatsangehörigen „vermehrt der Verdacht einer zweckwidrigen Inanspruchnahme von Fördermitteln festgestellt und entsprechend vermerkt" worden. Anhaltspunkte dafür seien eine sehr kurze Aufenthaltsdauer in Deutschland vor dem Antrag auf Rückkehrförderung. Denn ein Mindestaufenthalt ist hierzulande nicht nötig, um die Hilfe in Anspruch zu nehmen. Als weitere Indizien für den Missbrauch wertet das Ministerium den Verzicht auf einen Asylantrag oder die unmittelbare Rücknahme des Antrags sowie

widersprüchliche Angaben zum Zweck der Einreise und des Aufenthaltes sowie zu den Gründen der Rückkehr, heißt es aus Wiesbaden.
Die Finanzhilfen für Rückkehrer stammen aus verschiedenen Fördertöpfen: In der überwiegenden Zahl der Fälle wird das Bund-Länderprogramm REAG/GARP genutzt. Die Kosten dafür lagen im Jahr 2023 bei knapp 590.000 Euro, wie das Sozialministerium in Wiesbaden mitteilt. Hessen hat auch ein eigenes Landesprogramm, das ergänzend oder anstelle der anderen Förderprogramme in Anspruch genommen werden kann. Im vergangenen Jahr wurden daraus rund 255.467 Euro für die Rückreise und Ankunftsförderung von 258 Personen aufgewendet. Im Schnitt erhielt demnach jeder Ausreisewillige knapp 1000 Euro vom Land Hessen. Die Regierungspräsidien organisieren die Rückkehrberatung des Landes. Da alle Anträge auf monetäre Unterstützung bei der Heimreise über ihre Schreibtische laufen, sollen Doppelförderungen vermieden werden.

Auf die angenommenen Missbrauchsfälle hat das Land reagiert und die Hilfen in diesem Jahr deutlich reduziert: Im begründeten Fall würden „keine Starthilfe oder weitere Fördermittel zur Unterstützung der Ankunft und Reintegration im Herkunftsland" gewährt", sondern nur die Reisekosten und eine geringere Reisebeihilfe gezahlt. In diesem Jahr hat Hessen mit seinem eigenen Landesprogramm bis Ende Mai 154.610 Euro für 301 Personen zur Verfügung gestellt. Somit bekam jeder Rückkehrer im Schnitt nur noch etwa 500 Euro extra mit auf den Weg. Das entspricht etwa der Höhe des türkischen Mindestlohns.

Zum 1. Juli hat auch der Bund die Bremse gezogen: Seitdem erhalten türkische Staatsangehörige, die sich weniger als sechs Monate in Deutschland aufgehalten haben, nur noch Reisekosten und Reisebeihilfe, aber keine finanzielle Starthilfen mehr für die Rückkehr in ihre Heimat, teilt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit.

https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/bedrohliche-situation-dhl-liefert-keine-pakete-mehr-an-duisburger-hochhaus/ar-BB1qLVOE?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=6fe3b3fa1e1c49a7a1dbba59d0bb5ad4&ei=27

Bedrohliche Situation": DHL liefert keine Pakete mehr an Duisburger Hochhaus

320 Wohnungen auf 20 Stockwerken: Der Paketdienst DHL hat mit den Bewohnern des Hochhauses so schlechte Erfahrungen gemacht, dass er die Notbremse zieht.

DHL liefert keine Pakete mehr an Duisburger Hochhaus

Aus Sorge um die Sicherheit seiner Beschäftigten stellt der Paketdienst DHL keine Sendungen mehr an einem Duisburger Hochhaus zu. Die Zustellung sei den Beschäftigten „nicht zumutbar", sagt eine DHL-Sprecherin. „Wiederholt kommt es dort zu bedrohlichen Zustellsituationen." Details nennt sie nicht. Zuvor berichteten die WAZ und der WDR darüber. Das Hochhaus, als „Weißer Riese" bekannt, hat 320 Wohnungen auf 20 Stockwerken.

Der Duisburger Polizei zufolge war die Zahl der Anzeigen an der Adresse im bisherigen Jahresverlauf aber in Relation zu der hohen Bevölkerungsdichte an der Adresse niedrig. Es gebe kein Sicherheitsproblem, sagt eine Polizeisprecherin. „Die Zahlen, Daten und Fakten geben das nicht her." Sie räumt aber ein, dass es allgemein „ein Dunkelfeld" gebe – also mögliche Straftaten, bei denen Opfer keine Anzeige machen**. In der Kategorie Postbereich hat es an dem Hochhaus in diesem Jahr bislang drei Strafanzeigen gegeben: eine wegen Diebstahls eines Briefs aus einem Briefkasten und eine weitere wegen Diebstahls eines Pakets aus einem Zustellfahrzeug. Bei der dritten Anzeige gab ein Zusteller an, dass ihm eine Sendung gestohlen worden sei. Später stellte sich der Polizeisprecherin zufolge allerdings heraus, dass der Zusteller das Paket möglicherweise selbst unterschlagen hatte.**

Briefzustellung findet weiterhin statt

Der örtlich begrenzte Zustellstopp von DHL ist ungewöhnlich. Der Konzernsprecherin ist aktuell bundesweit kein anderer Fall bekannt, bei dem DHL eine Adresse in Deutschland meidet, um die Sicherheit der Beschäftigten zu gewährleisten. Wer in dem Duisburger Hochhaus wohnt und ein Paket von DHL bekommen soll, dem soll eine Benachrichtigungskarte in seinen Briefkasten geworfen werden – mit der Karte kann er das Paket dann bei einer Postfiliale abholen. Die Briefzustellung findet an dem Hochhaus nach wie vor statt – „sofern eine einwandfreie Zuordnung an einem intakten Empfängerbriefkasten möglich ist", wie die DHL-Sprecherin betont.
Die Wettbewerber liefern hingegen weiter aus. Man biete an dem Hochhaus weiterhin die Haustürzustellung an, sagt ein DPD-Sprecher. Damit ist gemeint, dass Pakete auch bis zur Wohnungstür gebracht werden und nicht nur unten in den Eingangsbereich des Gebäudes. GLS betont, dass es keine „konsequente Nichtbelieferung einzelner Adressen" in Deutschland gebe.
Von Hermes heißt es, die Zustellung finde ganz regulär statt. Es sei bisher zu keinen so herausfordernden Zustellsituationen gekommen, die eine Einschränkung der Zustellung erforderlich machen würden. **Ein GLS-Sprecher sagt aber auch, dass es in Teilgebieten Duisburgs „Herausforderungen" gebe. Dort würden nur besonders geschulte Fahrer eingesetzt, die mit den Gegebenheiten umgehen könnten. Der DPD-Sprecher wiederum berichtet davon, dass es bundesweit „immer wieder zu Beschimpfungen und Anfeindungen bis hin zu Gewaltandrohungen gegen Zustellerinnen und Zusteller" komme.**
Stimmung mancher Bewohner gereizt
Das Hochhaus liegt im Stadtteil Hochheide, dessen Arbeitslosenquote laut Stadtverwaltung bei 12 Prozent liegt (NRW-Schnitt: 7,4 Prozent). Das Gebäude ist in die Jahre gekommen, es ist aus den 70ern. Manche Fenster sind defekt, einige Balkone sind vollgestopft mit Gerümpel. Im Treppenhaus sind Graffitis, an der Decke ist eine Spanplatte erkennbar. Die Stimmung mancher Bewohner ist gereizt, wie ein dpa-Reporter vor Ort berichtet.
Immer wieder schmeißen Menschen Mülltüten und andere Abfälle aus ihrer Wohnung nach draußen. Dann landen zahlreiche Tauben bei dem Müll, der sich in der direkten Umgebung ansammelt. Bewohner berichten von vielen Ratten und Kakerlaken. Der Polizei zufolge gibt es an der Adresse „ein Ordnungsproblem". Ein Sprecher der Stadt sagt, das Ordnungsamt habe in diesem Jahr an der Adresse bislang 21 Einsätze wegen wilder Müllkippen gehabt. Hierbei geht es unter anderem um alte Autoreifen und Holzteile. Hinzu kommen 84 Kontrolleinsätze des Ordnungsamts an dem Haus, die keinen konkreten Anlass hatten.

https://www.focus.de/politik/deutschland/helfer-sind-am-ende-arche-sprecher-mit-alarm-signal-hier-laufen-elfjaehrige-mit-messern-rum_id_260177950.html
Helfer sind am Ende„Arche"-Sprecher mit Alarm-Signal: „Hier laufen Elfjährige mit Messern rum"
FOCUS online/Wochit „Arche"-Sprecher mit Alarm-Signal: „Hier laufen Elfjährige mit Messern rum"
Montag, 29.07.2024, 12:31
Das Hilfswerk „Die Arche" hilft Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien. Immer wieder weisen die Verantwortlichen darauf hin, dass ihre Hilfe derzeit an Grenzen stößt. Nun kommt ein besonders lautes Alarm-Signal.
„**Arche"-Sprecher Wolfgang Büscher sagt der „Bild"-Zeitung: „Unser System ist kollabiert." Sie könnten sich nicht mehr um die Menschen kümmern, heißt es. „Wir sind am Ende", so Büscher. Grund dafür sei vor allem der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen. „Ich fordere einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge", sagt Büscher. Sonst könne man keine Hilfe mehr leisten.**
Büscher spricht gegenüber der „Bild" vor allem von zunehmender Gewalt. Insbesondere arabischstämmige Jugendliche würden sich zunehmend kriminalisieren und radikalisieren. „Bei uns laufen schon Elfjährige mit Messern rum", sagt Bücher.

Clans würden aktiv um die Kinder und Jugendlichen werben. Diese würden in Moscheen radikalisiert. Büscher klar: „Die gemäßigteren Moscheen nennen sie hier 'Weichei-Moscheen'". Häufig kämen solche Kinder aus Brennpunktschulen, in denen es Klassen mit 95 Prozent Migrations-Anteil gebe. Diese müssten besser verteilt werden, fordert Büscher.

„Es wird eskalieren und einen großen Knall geben"

Mehr als 7000 Kinder werden in Deutschland von der „Arche" betreut. Eine Sozialarbeiterin sagt zur „Bild": „Die Helfersysteme greifen nicht mehr. Die Integration ist gescheitert." Die Politiker würden nur reden und nicht handeln. „Es wird eskalieren und einen großen Knall geben."

Die Politik ist den „Arche"-Verantwortlichen immer wieder ein Dorn im Auge. Zuletzt forderte Gründer Bernd Siggelkow mehrfach, härter gegen Bürgergeld-Faulenzer vorzugehen. Statt Menschen Geld zu geben, die nicht arbeiten wollen, sollte man damit lieber die Kinder fördern, so Siggelkow.
Pnh

https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/ich-warte-nur-noch-auf-den-ersten-mord/ar-BB1r33sN?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=5e93cbeb83bf497bb7c92b130389abca&ei=40

Ich warte nur noch auf den ersten Mord"

Geschichte von Kristian Frigelj

Ein Paketzusteller beliefert wegen bedrohlicher Situationen ein Duisburger Hochhaus nicht mehr. Vor Ort zeigt sich, dass das Problem noch schlimmer ist als gedacht. Anwohner schildern skandalöse Zustände. Die Polizei spricht vom „subjektiven Sicherheitsempfinden".

Manuela Spitzwieser steht mit ihren beiden großen Hunden draußen an der Wiese. „Ach, dass DHL keine Pakete mehr liefert, ist doch das geringste Problem hier", sagt die 53-jährige selbstständige Gebäudereinigerin. Sie wohnt im 13. Stockwerk des „Weißen Riesen" an der Ottostraße in Duisburg-Hochheide.

Die Fassade ist längst grau und verschlissen. In dem Koloss mit 20 Etagen gibt es 320 Wohnungen, in denen etwa 1400 Menschen aus mehr als 40 Nationen leben sollen. Seit einigen Tagen ist bekannt, dass DHL seit mehreren Monaten dort keine Pakete mehr ausliefert, sondern sie an eine weiter entfernte Abholstation bringt. Das Unternehmen begründet dies mit teilweise „bedrohlichen Zustellsituationen".

Manuela Spitzwieser wundert das nicht, denn die Situation ist nach ihren Erfahrungen überaus schwierig. „Die Lebensqualität ist einfach nicht mehr da. Es gibt keinen Erholungszustand", sagt sie. Seit einigen Jahren wohnt sie zur Miete hier und bekommt allerhand mit.

Sie begegnet großen Menschengruppen, die sich ab dem Abend bis spät in die Nacht draußen aufhalten und Lärm machen. Jugendliche würfen nachts Böller, es gebe Massenaufläufe in den Etagen. Sie klagt über Kakerlaken im Haus, und oft dauere es eine Viertelstunde oder länger, bis einer der Aufzüge kommt. Leute wanderten durch die Wohnungen, man wisse nicht, wer wo schlafe.

Sie erzählt, dass ständig Müll aus den Stockwerken rausgeschmissen werde, immer wieder auch Mobiliar. Sicher fühlt sie sich schon lange nicht mehr, aber aufgeben will sie bisher nicht. Spitzwieser findet es eigentlich „traumhaft schön" hier, sie schwärmt von der Aussicht im 13. Stockwerk und von der Nähe zum Rhein.

Ein Nachbar, der nicht genannt werden möchte und mit seinen Hunden mitläuft, spricht von „mafiösen Strukturen". Vor einigen Jahren hat er zwei Eigentumswohnungen einige Etagen höher gekauft, und 2018/2019 waren „die" plötzlich da. Mit „die" meint er Rumänen und Bulgaren, die das Umfeld des Hochhauses prägen. Es gibt in Duisburg und anderen Städten im Ruhrgebiet bereits ähnliche Probleme.

„Die Stadt steht mit der Polizei im Austausch"

Rumänien und Bulgarien sind 2007 der Europäische Union beigetreten, und für ihre Staatsbürger gilt nach einer Übergangszeit die volle Freizügigkeit. Seitdem zieht es viele arme Menschen von dort in freie, heruntergekommene Immobilien im Westen.
Sie werden auch von Kriminellen gelockt, hausen dort oft unter erbärmlichen Zuständen und zahlen überhöhte Mieten. Sie bleiben nicht lange, ziehen weiter, und es kommen neue nach. Die betroffenen Kommunen kämpfen gegen den Missbrauch von Sozialleistungen und decken immer wieder Betrugsfälle auf.
Die Stadt Duisburg geht mit einer eigenen „Taskforce Problemimmobilien“ gegen skrupellose Vermieter vor, räumt Immobilien wegen akuter Sicherheitsmängel, verhängt Bußgelder. Zuletzt gab es im April Zwangsräumungen im Stadtteil Marxloh. Mehrere geschlossene Häuser wurden inzwischen saniert und können wieder genutzt werden.
Die Zustände am „Weißen Riesen“ hat auch die Stadtverwaltung im Blick, denn langfristig ist eine Aufwertung des Wohnstandorts Hochheide vorgesehen. Zwei solcher Wohnkolosse hat die Stadt in den vergangenen Jahren gekauft und sprengen lassen, einen dritten wird sie 2025 dem Erdboden gleichmachen. Den noch bewohnten Betonriesen würde sie auch gern erwerben, doch das ist ziemlich kompliziert, weil sie mit unterschiedlichen Eigentümern, teilweise auch im Ausland, verhandeln muss und dies, auch wegen stark unterschiedlicher Preisvorstellungen, Jahre dauern kann.
„Die Stadt hat die Situation an der Ottostraße 58 bis 64 im Blick und steht mit der Polizei im Austausch. Das Ordnungsamt ist fast täglich vor Ort. Die Wirtschaftsbetriebe säubern regelmäßig das Umfeld des Hauses und stellen die Kosten den Eigentümern in Rechnung“, erklärt eine Stadtsprecherin auf WELT-Anfrage. Die Stadt tue alles, was kommunalrechtlich möglich und geboten sei, um die Situation zu verbessern. „Dabei kommt es aber auch wesentlich auf die Mithilfe der privaten Wohnungseigentümer und Bewohnerinnen und Bewohner an.“
Viele der Menschen dort scheinen jedoch kein Interesse daran zu haben. Das lässt sich an der täglichen Vermüllung sehen. Mieterin Spitzwieser erzählt, dass man darüber nicht mit den Leuten sprechen könne, weil sie sofort aggressiv würden.
Für die Polizei Duisburg ist es eine schwierige Lage, denn sie kann sich nur auf das berufen, was gemeldet wird. Sie bestätigt, dass der Zustand am Hochhaus „Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden“ habe. Doch die Zahlen zu Einsätzen und bekannten Straftaten belegten, „dass es sich hier nicht um ein Sicherheitsproblem handelt“.
Es habe dort zwischen Juli 2022 und Juli 2023 etwa 280 Einsätze gegeben – bei etwa 180.000 Einsätzen im Stadtgebiet. Es handelte sich überwiegend um Bagatelldelikte wie Ruhestörungen, Nachbarschaftsstreit, Wohnsitzüberprüfung oder Ermittlungen nach Verkehrsstraftaten oder Einbrüchen. Im Zusammenhang mit Paket- oder Postzustellung seien drei Strafanzeigen bekannt. Es ging um Diebstahl von Paketen und eines Briefes sowie eine mögliche Unterschlagung.
Dem Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir ist diese Analyse offenbar zu defensiv. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium forderte bei WELT TV ein entschlosseneres Einschreiten. „Ich erwarte hier, dass lückenlos mit harter Hand der Rechtsstaat hergestellt wird, sodass Bürgerinnen und Bürger, die diese Wegeverbindung nutzen wollen, auch frei und sicher dies tun können“, sagt Özdemir. „Da erwarte ich jetzt ein lückenloses und hartes Durchgreifen der Polizei.“ Es helfe nicht, „die Menschen mit Statistiken abzuspeisen“. „Die Polizei muss in der Lebensrealität der Menschen präsent sein und solchen Tätern auf den Füßen stehen.“
Ähnliches ist auch von Anwohnern zu hören. Sie wünschten sich, dass die Ordnungsbehörden hier mal massiv auflaufen „und richtig Druck machen“. Anwohnerin Manuela Spitzwieser erzählt, dass es im Haus immer wieder blutige Schlägereien gebe, weil sich die Familien untereinander nicht vertrügen und es wohl auch um Revierkämpfe im kriminellen Milieu gehe.
Sie rechnet inzwischen mit dem Schlimmsten: „Ich warte nur noch auf den ersten Mord. Das kann nicht mehr lange dauern.“

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/faustschlag-gegen-den-hinterkopf-unbekannte-%C3%BCberfallen-fu%C3%9Fg%C3%A4nger-in-m%C3%BCnchen-polizei-sucht-zeugen/ar-BB1r5alj?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=d8de5bf409794903b0ec39179aba72de&ei=81

57-Jähriger schwer verletzt

Faustschlag gegen den Hinterkopf: Unbekannte überfallen Fußgänger in München – Polizei sucht Zeugen

Ein 57-Jähriger Münchner wurde auf dem Weg zum S-Bahnhof Donnersbergerbrücke von drei unbekannten Tätern angegriffen und schwer verletzt.

München / Neuhausen – Am Samstag, 20. Juli, wurde ein 57-jähriger Münchner auf dem Weg zum S-Bahnhof Donnersbergerbrücke in München von hinten angegriffen und niedergeschlagen. Nach Angaben der Polizei habe der Mann schwere Verletzungen erlitten. Die Täter konnten fliehen.

Faustschlag gegen den Hinterkopf: Unbekannte überfallen Fußgänger in München

Wie die Polizei berichtet, war der 57-Jährige gegen 04:00 Uhr zu Fuß in Richtung Donnersbergerbrücke unterwegs. Am Ende der Erika-Mann-Straße seien drei dunkel gekleidete Personen von hinten auf den Mann zugekommen und hätten ihn mit der Faust gegen den Hinterkopf geschlagen.

Laut Polizei drückten die unbekannten Täter den Münchner anschließend mit dem Knie zu Boden. Weil aus einem Geschäft in der Nähe laute Geräusche zu hören waren, hätten die Angreifer plötzlich die Flucht ergriffen.

Der 57-Jährige hätte zunächst nicht die Polizei verständigt, sondern sei nach Hause gegangen. Erst als sich sein Gesundheitszustand am nächsten Tag verschlechterte habe er ein Polizeirevier aufgesucht, um Anzeige zu erstatten. Laut Polizei sei er von dort umgehend durch den verständigten Rettungsdienst in ein Krankenhaus gebracht worden.

Fußgänger nach Überfall schwer verletzt – Polizei sucht Zeugen

Dort wurden ihm schwerere Verletzungen diagnostiziert. Das Kommissariat 25 der Münchner Polizei für Gewaltdelikte hat die weiteren Ermittlungen übernommen.

Die drei Täter waren laut Bericht der Polizei männlich und dunkel gekleidet. Außerdem hätten sie in einer „nicht bekannten ausländischen Sprache“ gesprochen. Die Polizei sucht nach Zeugen des Vorfalls.

Polizei sucht Zeugen

Wer hat im angegebenen Zeitraum im Bereich Erika-Mann-Straße und der Donnersbergerbrücke (Neuhausen) Wahrnehmungen gemacht, die im Zusammenhang mit diesem Vorfall stehen könnten? Personen, die sachdienliche Hinweise geben können, werden gebeten, sich mit dem Polizeipräsidium München, Kommissariat 25, Tel. 089 2910-0, oder jeder anderen Polizeidienststelle in Verbindung zu setzen.

*Mit dem **Hallo München-Newsletter** täglich zum Feierabend oder mit der neuen „Hallo München“-App immer aktuell über die wichtigsten Geschichten aus der Isar-Metropole informiert.*

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/hamburg-afghane-24-st%C3%BCrmt-katholische-messe-dann-muss-die-polizei-eingreifen/ar-BB1qTsmG?ocid=BingNewsSerp

Hamburg: Afghane (24) stürmt katholische Messe – dann muss die Polizei eingreifen

Geschichte von Stephan Wipperfeld

Wie erst am 30. Juli bekannt wurde, hat am vergangenen Sonntag (28. Juli) gegen 11.55 Uhr ein 24-jähriger Afghane den Gottesdienst der katholischen St. Maximilian Kolbe- Gemeinde in der Harburger St. Maria Kirche im Süden von Hamburg erheblich gestört.

Der junge Mann habe sich eine Palästinaflagge um den Hals gebunden und diese dann auf dem Rücken gezeigt. Augenzeugen berichteten, dass der junge Mann dann durch das Kirchenschiff in Richtung des Pfarrers gegangen sei und sich dort hinstellte.
Hamburg: Er blieb einfach
Er wurde dann durch Kirchenpersonal aus der Kirche gebeten, dem sei er auch nachgekommen. Vor der Tür störte er aber weiter, als er am geöffneten Eingang laut Musik über eine Box abspielte.
Als die Polizei mit mehreren Streifenwagen anrückte, sei der Mann zunächst geflüchtet, so ein Sprecher der Polizei. Später sei er durch Polizisten angehalten worden, die seine Identität klärten.
Hamburg: Ermittlungen laufen
Danach wurde er aus der polizeilichen Maßnahme entlassen. Die Ermittlungsbehörde ermittelt nun gegen den Mann wegen des Verdachtes der Störung der Religionsausübung, so ein Polizeisprecher.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/charit%C3%A9-schl%C3%A4gt-alarm-in-berlin-wird-immer-%C3%B6fter-zugestochen/ar-AA1ofAb7?ocid=msedgntp&pc=U531&cvid=1097bd404f414af4949a4b28ef698ae0&ei=16

Charité schlägt Alarm: In Berlin wird immer öfter zugestochen!

Geschichte von BK

Die Gewalt in Berlin nimmt krasse Züge an: An der renommierten Charité häufen sich die Fälle von Opfern, die niedergestochen wurden. Die Zahl der Patienten, die mit schweren Stichverletzungen eingeliefert werden, ist explosionsartig gestiegen, warnen Ärzte.

Vergangenes Jahr wurden 55 Opfer von Messerattacken behandelt. Doch in diesem Jahr ist es besonders heftig: Mindestens zwei blutige Opfer gibt es pro Woche. Die Schwere der Verletzungen nehme zu. Es gebe lebensgefährliche Wunden im Bauch und Brustkorb, oft seien innere Organe und große Gefäße betroffen, warnt Ulrich Stöckle, Direktor des Centrums für Muskuloskeletale Chirurgie, in der Berliner Morgenpost.

Die Charité-Ärzte sind im Dauereinsatz und kämpfen an vorderster Front gegen den Messer-Wahnsinn auf Berlins Straßen. „Dabei können wir trotz Maximaleinsatz nicht allen das Leben retten“, gesteht Stöckle. Erschüttert fragt er: „Warum gibt es diese zunehmende Gewaltentwicklung? Was ist in dieser Gesellschaft los?“

Ein Blick in die Kriminalstatistik enthüllt das Ausmaß: 3482 Messerangriffe wurden im letzten Jahr in Berlin verzeichnet – darunter auch Drohungen mit Messern. 2022 waren es noch 3317 registrierte Straftaten, in den Jahren zuvor lag die Zahl unter 3000.

Schockierende Szenen gab es gerade erst auch in Berlin-Charlottenburg, wo eine Frau mit einem großen Messer Passanten bedrohte. Nur durch Glück entkam eine 54-jährige Rollerfahrerin dem Angriff. Die Polizei musste die Angreiferin mit einem Schuss niederstrecken. Noch grausamer endete ein Streit um einen Parkplatz in Berlin-Gesundbrunnen. Ein 29-jähriger Deutsch-Türke stach auf William C. ein, der 37-jährige Kameruner starb im kurz darauf Krankenhaus.

Der Berliner Senat sieht einen beunruhigenden Trend: Messer sind zur gefährlichen Mode geworden. Jugendliche tragen sie wie ein Accessoire. „Hier laufen Elfjährige mit Messern rum“, warnt Wolfgang Büscher vom Kinder- und Jugendhilfswerk „Die Arche“. Die Organisation ist überfordert, der Personalmangel enorm. Es kämen gigantische Herausforderungen auf ihn zu, klagt Büscher.

Besonders schlimm: Kriminelle Clans und Rockerbanden nutzen die Notlage aus, um Messer-Teenies anzuwerben. In einem Park in Köpenick wurden sozial schwache Kinder und Jugendliche von einem berüchtigten Clan-Chef mit Döner und Getränken geködert. „Wenn die euch nicht wollen, dann kommt doch zu mir“, lautete sein verlockendes Angebot. ■

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/tatverd%C3%A4chtiger-17-j%C3%A4hriger-hat-dutzende-polizeiliche-eintr%C3%A4ge/ar-AA1ogolA?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=f92122713def4551b4b3022e9fc0ba89&ei=17

Tatverdächtiger 17-Jähriger hat Dutzende polizeiliche Einträge

Geschichte von Leonhard Landes

Vergangene Woche wurden mehrere Personen bei einem Messerangriff in der Stuttgarter Innenstadt verletzt. Die Polizei nahm drei Syrer fest. Der 17-jährige Hauptverdächtige fiel den Behörden bereits mehrfach auf.

Der tatverdächtige syrische 17-Jährige des Messerangriffs in der Stuttgarter Königstraße ist der Polizei bereits bekannt. Die Akte des Jugendlichen umfasse polizeiliche Einträge zu mehreren Dutzend Straftaten – darunter Gewaltdelikte, Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz oder Betrug. Das berichten die „Stuttgarter Zeitung“ und die „Bild“ am Montag.

Laut „Bild“-Zeitung handelt es sich um 34 Straftaten in rund zweieinhalb Jahren. Darunter seien 15 Ladendiebstähle (7 besonders schwer) sowie eine einfache und eine gefährliche Körperverletzung. Einen Großteil der Taten soll Khalil H. alleine verübt haben, einen Teil zusammen mit Familienangehörigen. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart wollte eine Anfrage von WELT dazu nicht beantworten.

H. besitzt laut „Bild“ eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung (sog. Fiktionsbescheinigung). Sie galt demnach bis November 2023, H. habe allerdings eine Verlängerung beantragt.

Der 17-Jährige soll zusammen mit zwei weiteren syrischen Männern (22 und 26 Jahre alt) am Dienstagabend an der Königstraße mit einer fünfköpfigen Gruppe in einen Streit geraten sein. In einem Hinterhof hätten sie die Gegenseite dann angegriffen, so die Ermittler.

Ein 37-Jähriger wurde durch Stiche so schwer verletzt, dass er zunächst in Lebensgefahr schwebte. Zwei weitere Männer im Alter von 24 und 47 Jahren erlitten leichte Verletzungen. Zwei Frauen aus der angegriffenen Gruppe blieben unverletzt. Warum es zu dem Streit kam, war noch unklar.

Der 17-jährige Verdächtige konnte noch unmittelbar nach der Tat festgenommen werden. Die beiden weiteren Tatverdächtigen wurden am Freitag gefasst. Die drei sitzen nun wegen versuchten Totschlags in U-Haft.

Nach Informationen der „Stuttgarter Zeitung“ handelt es sich bei den drei Verdächtigen um Brüder. Sie sollen am Dienstag vor der Tat bei einem Prozess im Stuttgarter Landgericht wegen einer Messerstecherei vor gut acht Monaten auf dem Mailänder Platz besucht haben. Der Beschuldigte in dem Prozess sei der Bruder der drei Verdächtigen.

https://unser-mitteleuropa.com/143468

Frage an Mainstream-Medien: Warum werden diese Bilder nicht gezeigt?

VonRedaktion

Aug 5, 2024 #Ausschreitungen, #England, #Gewalt

Während die Tagesschau unbeirrt von “nationalistischen und antimuslimischen” Protesten in Großbritannien schwurbelt, tauchen in den sozialen Medien immer mehr Szenen auf, wo Migrantenhorden in englischen Städten Jagd auf die weiße Bevölkerung machen. Frage an den Staatsfunk: Warum werden diese Szenen nicht gezeigt?

Bei den laut Tagesschau “nationalistischen und antimuslimischen” Protesten in Großbritannien verprügelt ein Migranten Mob einen weißen Mann. Warum werden diese Bilder nicht gezeigt?

Und auch diese Szenen scheint Tagesschau und Co. irgendwie übersehen zu haben:

Verschwiegen wird zudem die Existenz von sogenannten „Muslim Patrols“ oder „Muslim Defence League“. Die Mitglieder dieser migrantischen, nach Europa eingesickerten Kriegsarmee machen Jagd auf weiße Briten, von denen sie glauben, die hätten gegen Migration und migrantische Gewalt protestiert. Hier: Middlesbrough.

Das ist die Kriegsarmee die in Europa eingesickert ist und vor der wir gewarnt wurden.

Muslimische Immigranten in Blackburn:

Mutmaßlich würde eine unverzerrte Berichterstattung das seit Jahren betriebene Narrativ der Kulturbereicherung und die Mär vom friedlichen Islam zerstören, und somit auch die Glaubwürdigkeit der Tagesschau, wenn die öffentlich-rechtliche Medien ihre Aufgabe wahrnehmen und das ganz Bild zeigen würden. Es kann schließlich nicht sein, was nicht nicht sein darf.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf journalistenwatch.de, unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

https://www.pi-news.net/2024/08/hh-intensivtaeter-meist-migranten-doppelstaatler-verfaelschen-statistik/

HH: Intensivtäter meist Migranten – „Doppelstaatler“ verfälschen Statistik

7. August 2024

Von WOLF M. SCHNEIDER | **Genau 51 Prozent der Intensivtäter sind in Hamburg Ausländer und Migranten. Es gibt 203 sogenannte Intensivtäter – davon sind 129 deutsche Staatsbürger. Brisant ist, was auch der Hamburger Senat, die Stadtregierung, grundsätzlich unter den Tisch fallen lässt: Zu den 129 Tätern zählt die Regierung 31 separiert aufgelistete Doppelstaatler; diese werden in der Kategorie „Intensivtäter“ mit der Staatsangehörigkeit „Deutsch“ geführt.**

Es sind 98 Intensivtäter mit „einfacher“ deutscher Staatsangehörigkeit polizeibekannt, 105 Intensivtäter haben demnach entweder eine ausländische oder eine doppelte Staatsangehörigkeit.

Das geht aus einer Drucksache des Senats hervor (22/15893), die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist, und zwar auf Anfrage der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft, dem Stadtparlament.

Veröffentlichungen der Regierung verschleiern Fakten

Überprüfen lässt sich das am Beispiel der Tabelle mit den Doppelstaatsangehörigkeiten. An dieser Stelle tauchen Nationalitäten auf, die es in der Gesamtauflistung (Anlage 2) nicht gibt – zum Beispiel Eritrea (1), Jordanien (1) und Sierra Leone (1). „Das bedeutet, dass sich hinter ‚Deutschen' auch Eritreer, Jordanier und Sierra-Leoner befinden" (AfD-Presseerklärung). Doppelstaatler werden auch in einer früheren Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage (22/12551) der Partei ausschließlich als „Deutsche" geführt.

Dazu erklärte der Fraktionschef und innenpolitische Sprecher Dirk Nockemann, die rot-grüne Stadtregierung verschleiere die hohe Ausländerkriminalität. Das sei „gefährlich und geradezu unlauter". „Wer afrikanische Intensivtäter mit doppelter Staatsangehörigkeit ausschließlich als ‚Deutsche' einordnet, der will die Bürger für dumm verkaufen."

Der Bürger hat ein Recht auf die Wahrheit

Die Bürger, so der AfD-Fraktionsvorsitzende, hätten ein Recht auf Transparenz und Aufklärung. „Wir haben in Hamburg ein massives Problem mit Ausländerkriminalität – die Realität lässt sich nicht mit billigen Zahlentricks vertuschen."

Was die rot-grüne Vorgehensweise, Doppelstaatler ausschließlich als ‚Deutsche' einzuordnen, den kritischen Leser befürchten ließe: „Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht werden viel mehr Ausländer die deutsche oder die doppelte Staatsangehörigkeit annehmen."

In den Kriminalstatistiken gebe die Ausländerkriminalität ein verzerrtes Bild ab, „vermeintlich mehr Deutsche werden krimineller; die Zahl der ausländischen Kriminellen hingegen geht in gleicher Weise nur wegen der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit zurück" (Dirk Nockemann).

Der Hamburger AfD-Vorsitzende sagte ferner, die deutsche Staatsbürgerschaft werde „verramscht". Das sei ein Kardinalfehler. Zu Recht fordere die AfD, das Einbürgerungsrecht wieder zu verschärfen: Schwerstkriminellen Doppelstaatlern sei „der deutsche Pass zu entziehen" (Dirk Nockemann).

https://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/ruhrgebiet-aktuell/vor-den-kindern-ex-soll-mutter-die-kehle-durchgeschnitten-haben-87057452.bild.html

Carina (23) wurde die Kehle durchgeschnitten:Ex tot, Kinder Halbwaisen, aber er grinst höhnisch

Grinsend saß Omar. A. (24) mit Turban und Vollbart auf der Anklagebank. Neben ihm sein Verteidiger
Foto: Patric Fouad

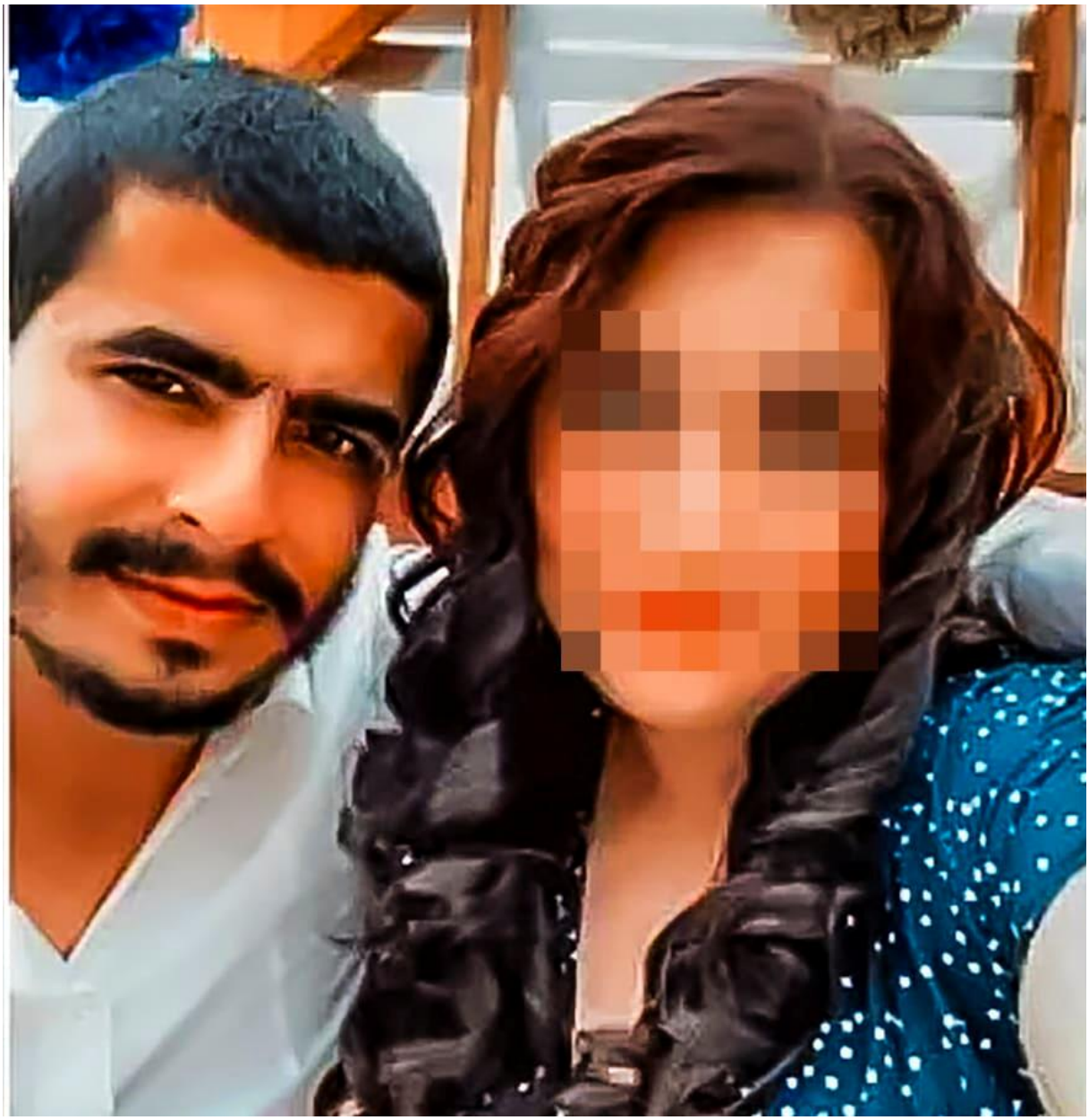
06.02.2024 - 19:42 Uhr
Siegen/ Emmerich (NRW) – Mit ungeheuerlicher Brutalität und Kaltblütigkeit schnitt er seiner Ex-Freundin die Kehle durch. Unfassbar: Ihre beiden kleinen Kinder (damals 1 Monat und 5 Jahre) mussten die Tat wohl mit ansehen. Seit heute muss sich Omar A. (24) vor dem Siegener Landgericht wegen Mord verantworten.
Bestens gelaunt und grinsend hörte sich der 24-Jährige die Verlesung der Anklageschrift an. Mit schwarzem Vollbart und einem Turban saß er neben seinem Verteidiger.
Omar A. (24) hatte Carina K. (23), die Mutter seiner Kinder immer wieder misshandelt und am Ende getötet
Carina während der Raucherpause getötet
Weil Omar A. seine Partnerin immer wieder misshandelte, hatte Carina K. (23) sich mehrfach von ihm getrennt, und war doch viele Male wieder zu ihm zurückgekehrt. Doch als sie im August letzten Jahres gemeinsam mit ihren Kindern in die Niederlande gefahren sind, waren sie eigentlich kein Paar mehr.

Auf dem Rückweg, in der Nacht auf den 14. August, fuhr ein Bekannter des mutmaßlichen Täters im Wagen der Familie mit. Für eine Rauchpause fuhren sie mit dem Auto von der A 3 bei Emmerich-Elten von der Autobahn ab, stoppten an einem Feldweg.
Laut Anklage ist dort Folgendes passiert: Der Syrer forderte die Mutter seiner Kinder auf, den anderen Mann oral zu befriedigen. Als sie der Aufforderung folgen wollte und vor dem Mann kniete, habe Omar der 23-Jährigen von hinten mit einem Messer brutal die Kehle durchgeschnitten. Deshalb wirft die Staatsanwaltschaft Omar A. Mord aus Heimtücke vor.
Das Unfassbare: Die beiden kleinen Kinder mussten alles mit ansehen.
Neben der Leiche lag eine Baby-Mütze
Dann stiegen beide Männer mit den Kindern ins Auto, fuhren weg. Die sterbende Carina ließen sie auf dem Weg am Waldrand einfach liegen und qualvoll sterben.
Ein Landwirt, der seinen Hof in der Nähe hat, fand die tote Frau am nächsten Morgen gegen 9 Uhr in einer Blutlache in Emmerich-Elten. Neben dem Leichnam lag eine kleine Baby-Mütze.

https://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/mord-prozess-in-siegen-syrer-toetete-frau-vor-augen-der-kinder-66b27613984a1f2b301e9cfd

Mord-Prozess in Siegen: Syrer tötete Frau vor Augen der Kinder

Angeblich aus gekränkter Ehre:Lebenslange Haft! Syrer erstach Freundin vor den Augen der Tochter



Omar A. (24) und Carina K. (†23), als sie noch ein Paar waren. Schon in der Beziehung soll der 24-Jährige gewalttätig gewesen sein
Foto: Lars Berg

Siegen – **Ein Mann (24) hat seine Partnerin (†23) brutal erstochen, das Motiv – gekränkte Ehre. Besonders schockierend: Die gemeinsamen Töchter (1, 4) waren bei der Tat anwesend.**
Am Mittwoch wurde das Urteil gegen den Syrer Omar A. gesprochen. Der 24-Jährige, der 2016 als Flüchtling aus Aleppo nach Deutschland gekommen war, muss jetzt lebenslänglich wegen Mord hinter Gitter.
Der Angeklagte hatte die Tat bestritten, aber ansonsten die Aussage verweigert.

Schaute bei der Urteilsverkündung grimmig. Als es jedoch um die Verteidigung seiner Ehre ging, nickte Omar A. zufrieden mit dem Kopf und grinste dabei

Foto: Rene Traut

Doch ein Zeuge und die Tochter (4) des Paares hatten gegen ihn ausgesagt. Das Mädchen hatte ihrer Tante erzählt: „Papa hat Mama tot gemacht. Mama liegt blutend im Wald."

Tochter (4) war Zeugin der Tat

Das ehemalige Paar hatte eine von Gewalt geprägte On-off-Beziehung geführt. Am Tattag waren sie auf der Rückfahrt aus den Niederlanden. Unterwegs machten sie auf einem Feldweg bei Emmerich-Elten Halt. Mit in dem gemieteten BMW war ein weiterer Mann.

Carina mit ihren beiden Töchtern. Die Kinder müssen nun ohne Eltern aufwachsen

Foto: Lars Berg

Während der Fahrt stritten sich Omar und Carina. Es ging um eine Affäre des Angeklagten zu einer weiteren Frau, die er seine Zweitfrau nannte. Doch als Carina die gleichen Rechte für sich forderte und sich mit anderen Männern treffen wollte, flippte er aus.

Seine Ehre war gekränkt

Mehrfach sprach die Vorsitzende Richterin davon, dass der Angeklagte mit der brutalen Tat seine Ehre reinwaschen wollte. Und bei jedem Mal nickte Omar A. zufrieden mit dem Kopf, grinste dabei.

So fuhr er damals in Emmerich ab und hielt den BMW auf einem Feldweg an. Dort stiegen Carina und Omar aus, rauchten Zigaretten und küssten sich sogar noch. Wieder sprachen sie über ihre Beziehung.

Wohl um die 23-Jährige zu testen, nötigte er sie dann, den anderen Mann oral zu befriedigen. Als sich Carina tatsächlich hinkniete, muss Omar A. von Wut überwältigt worden sein.

Er holte ein Messer aus dem Wagen, schnitt der jungen Frau von hinten in den Hals. Als sie sich wehrte, stach er 29-mal zu. Der heimtückische Angriff war so brutal, dass beide Halsschlagadern durchtrennt und ihr Kopf fast vollständig vom Körper abgeschnitten wurde.

Während des Prozesses hatte der andere Mann, der bei der Tat dabei war, aber nichts dagegen unternommen hatte, als Zeuge ausgesagt: „Nach der Tat goss ich ihm Wasser über die blutigen Hände. Da sagte er: ‚Ich wasche meine Ehre und meinen Stolz!'"

Ein Bauer hatte die Leiche der jungen Mutter frühmorgens am Rande eines Feldwegs entdeckt.

Carinas Schwester Anita (28) sagte nach dem Urteil: „Ich bin sehr zufrieden mit dem Urteil. So jemand sollte nie wieder in Freiheit leben."

Akzeptieren will Omar A. sein Urteil nicht. Sein Verteidiger wird in Revision gehen.

https://www.welt.de/politik/ausland/plus252866380/Wahllose-Gewalt-Schweden-versinkt-im-Krieg-der-Drogenbanden.html

Schweden versinkt im Krieg der Drogenbanden

Stand: 13:43 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von Charles Duxbury

Drogenkriminalität, Schießereien und tödliche Angriffe auf Unbeteiligte: Schwedens rechte Regierung trat mit dem Versprechen an, die migrantisch geprägten Bandenkriege im Land zu beenden. Stattdessen ufern sie weiter aus. Einen gefährlichen Haken haben die neu ausgerufenen „Sicherheitszonen".

Ein ganz in schwarz gekleideter Täter warf am 22. Juli eine Handgranate in ein Geschäft in Geneta, einem Problemviertel der Stadt Södertälje nahe Stockholm. Mehrere Passanten wurden verletzt, eine Frau musste mit dem Hubschrauber ins Krankenhaus gebracht werden.

Nur einen Tag später wurde ein Mann auf einer nahe gelegenen Straße angeschossen und verletzt. Diese neuen Fälle von Bandenkriminalität sind Teil eines gewalttätigen Sommers. Er bringt die schwedische Regierung in Bedrängnis.

Ministerpräsident Ulf Kristersson hatte vor zwei Jahren die Wahl gewonnen, mit dem Versprechen ein Jahrzehnt eskalierender Drogenkriminalität zu beenden. Der Konservative (Moderata samlingspartiet) schmiedete eine Mitte-Rechts-Allianz, in die auch die rechtsnationalen Schwedendemokraten eingebunden sind.

Kristersson sagte in seiner Rede zur Lage der Nation im vergangenen Jahr: „Eine verantwortungslose Einwanderungspolitik und eine gescheiterte Integration haben uns hierhergeführt." Ausgrenzung und Parallelgesellschaften böten den Nährboden für kriminelle Banden. „Dort können sie rücksichtslos Kinder anwerben und künftige Mörder ausbilden", sagte der Regierungschef.

Die Banden entstehen in Schweden vor allem in den Vororten mit hohem Migrantenanteil und gescheiterter Integrationspolitik. Schweden hatte bis 2015 eine der liberalsten Einwanderungsregelungen ganz Europas.

Woran Schwedens Kampf gegen die Bandenkriminalität bisher scheitert

Aber trotz Kristerssons Klartext liest sich die Kriminalitätsstatistik nach wie vor erschreckend in dem Land mit seinen 10,5 Millionen Einwohnern, dessen internationales Image es ist, eine friedliche, erfolgreiche Nation zu sein, mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und einem starken Sozialsystem.

Nach der Hälfte der Amtszeit ist klar, dass Kristerssons Regierung noch viel zu tun hat. In diesem Jahr gab es in Schweden bisher schon 148 Schießereien, bei denen 20 Menschen getötet und 26 verletzt wurden. Im Jahr 2023 gab es insgesamt 53 Todesfälle durch Schusswaffen. Im Vorjahr waren es 62.

Schweden ist zum abschreckenden Beispiel geworden

„So kann es nicht weitergehen", sagt Tony Aoun, ein 17-jähriger Schüler, der in Geneta einkaufen geht. „Hier hatten wir immer eine starke Gemeinschaft, zu der man gehören konnte, aber diese Gewalt muss aufhören." Schweden ist zum abschreckenden Beispiel geworden für ein europäisches Land, das die Bedrohung durch international vernetzte Drogenbanden nicht erkannt hat.

Nun versucht es verzweifelt, auf die Eskalation der Gewalt zu reagieren, während sich diese Banden gegenseitig bekriegen, um die Kontrolle über die lukrativen lokalen Drogenmärkte zu erlangen. Das nordische Land hat eine der höchsten Raten an Schusswaffentoten in Europa, und in den letzten Jahren sind zahlreiche schwedische Bandenmitglieder ums Leben gekommen.

Da die Gewalt immer wahlloser wird, werden immer mehr Unbeteiligte durch Querschläger und Bombenanschläge getötet und verletzt. ***Die Regierung Kristersson verfolgt einen Kurs des harten Durchgreifens, zu der die Verlängerung der Haftstrafen für Schusswaffendelikte und die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von Kindern gehören.***

Die auffälligste politische Initiative aber war die Einführung sogenannter Sicherheitszonen. Ein neues Gesetz, das seit April in Kraft ist, erlaubt es der Polizei, jedes Gebiet, in dem sie Gewalt für unmittelbar bevorstehend hält, als Sicherheitszone auszuweisen. Die Polizei kann dann jeden Bürger innerhalb dieses Areals stoppen und durchsuchen, was sie normalerweise nicht darf, es sei denn, sie verdächtigt ihn eines Verbrechens.

Die erste Sicherheitszone in Schweden wurde nach einem Doppelmord im Juni in der Stadt Norrköping eingerichtet, die zweite Anfang Juli nach einem hinrichtungsähnlichen Mord in einem Treppenhaus in Geneta. Diese Sicherheitszone wurde am 6. Juli zwei Wochen lang um eine Reihe kleiner Geschäfte eingerichtet.

Damals war die Polizei sichtbar präsent, und Schilder wiesen auf den Einsatz von Überwachungsdrohnen hin. Die Polizei teilte außerdem mit, dass Beamte in Zivil in der Sicherheitszone unterwegs seien. Einige Käufer gaben an, dass sie die Polizeikontrollen mit Durchsuchungen und Personenkontrollen als aufdringlich empfanden und befürchteten, dass sie das Verhältnis zwischen den Behörden und der Öffentlichkeit belasten könnten.

Ausländerkriminalität

Der fatale Zusammenhang von Verschweigen und Verschwörungstheorie

Andere sagten, die neue Initiative sei hilfreich und sollten ausgeweitet und weitere repressive Maßnahmen verhängt werden. Sie befürchteten, die Gewalt würde zurückkehren, sobald die Polizei die Zone auflöste. Diese Befürchtungen erwiesen sich als begründet.

Nur zwei Tage nach dem Ende der Sicherheitszone kam es zu dem Granatenangriff auf das Geschäft. Die Polizei vermutete, dass es sich um einen Teil eines größeren Konflikts zwischen lokalen Banden handelte, und zwei Jugendliche wurden im Zusammenhang mit der Explosion festgenommen.

Als am nächsten Tag ein junger Mann in einer nahe gelegenen Straße erschossen wurde, wurden zwei weitere Jugendliche im Zusammenhang mit diesem Angriff festgenommen. Die Bürgermeisterin von Södertälje, Boel Godner, trat in den nationalen Abendnachrichten auf und sprach von der Angst, die ihre Stadt erfasst habe.

„Das ist eine ernste Situation“, sagte sie. „Die Menschen sind verärgert und wütend, wütend darüber, dass ihre Stadt mit diesen Kriminellen in Verbindung gebracht wird.“

Die Wähler werden die Regierung abstrafen

In weiten Teilen Europas ging Gewaltkriminalität in den vergangenen Jahren zurück – nur in Schweden zeigte der Trend durch den Anstieg der Bandenmorde in eine andere Richtung. Politische Beobachter in Schweden sagen, dass die Regierung vor den nächsten Wahlen im Jahr 2026 Fortschritte vorweisen muss, da Umfragen zeigen, dass dies für die Wähler weiterhin ein wichtiges Thema ist.

„Wenn die Verbrechensbekämpfung weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda steht, werden die Wähler die Regierung wahrscheinlich dafür abstrafen, da die Verbrechensbekämpfung ein zentraler Punkt des politischen Programms war“, sagt Jonas Hinnfors, Politikwissenschaftler an der Universität Göteborg.

Meinungsumfragen zeigen derzeit, dass die sozialdemokratisch geführte Opposition rund sieben Prozentpunkte vor der Regierung und ihren Verbündeten liegt. Die sozialdemokratische Bürgermeisterin von Södertälje, Godner, sagte, dass keine politische Maßnahme ausreiche, um die Banden zu zerschlagen, die in Städten wie ihrer seit Jahren immer stärker würden.

Sie forderte eine stärkere nationale und internationale Koordination zwischen den Behörden, um die Bandenchefs und ihr Vermögen ins Visier zu nehmen, und zwar nicht nur mit der Polizei, sondern auch mit der Steuerbehörde, dem Zoll und dem Amt für Finanzkriminalität. „Wenn die Kriminalität national oder sogar international ist, muss auch die Antwort entsprechend sein“, sagt sie.

Aoun, der Schüler aus Geneta, stimmt zu, dass Initiativen wie die Sicherheitszone in seinem Viertel Teil eines größeren und nachhaltigeren Ansatzes sein sollten. „Das ist gut, aber nicht gut genug“, sagt

er. „Die Kriminellen bringen ihre Sachen einfach in die umliegenden Straßen und kommen wieder, wenn die Polizei weg ist."
Der Text erschien zunächst in der WELT-Partnerpublikation „Politico". Übersetzt und bearbeitet von Klaus Geiger.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/viele-medien-weigern-sich-die-umst%C3%A4nde-der-gewalt-in-england-zu-benennen-es-geht-um-die-grenzenlose-migration/ar-AA1ot1TL?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=bff5588e4e3e470ebd25838dafbae6af&ei=15
Neue Zürcher Zeitung Deutschland

Viele Medien weigern sich, die Umstände der Gewalt in England zu benennen. Es geht um die grenzenlose Migration
Artikel von Leon de Winter

Die ersten Unruhen, die ich miterlebte, waren die «Nieuwmarkt-Krawalle» von 1975 in Amsterdam; ich war damals Student an der Filmhochschule und drehte mit Kommilitonen einen Dokumentarfilm darüber. Es ging um den Bau der ersten U-Bahn-Linie, für die ein altes Wohngebiet weichen musste. Inzwischen zweifelt niemand mehr an der Bedeutung der U-Bahn-Linie.
Fünf Jahre später wurde Amsterdam von den Krönungsunruhen heimgesucht. Die Gewaltorgie entfesselte sich in der Hausbesetzerszene. Die Krönung von Prinzessin Beatrix zur Königin war nur der Auslöser; das Verlangen nach anarchistischer Gewalt schlummerte indessen schon lange. **Auch die Unruhen im April 1981 im Londoner Stadtteil Brixton kamen nicht aus heiterem Himmel. Sie wurden durch einen Brand ausgelöst, bei dem dreizehn schwarze Jugendliche ums Leben kamen. Die Polizei behauptete, das Feuer sei in einem Partylokal ausgebrochen, aber die schwarze Minderheit glaubte, es sei von Rassisten gelegt worden. In der Folge wurden Häuser, Geschäfte und Autos in Brand gesteckt, fast dreihundert Polizisten wurden verletzt.**

Kipppunkt zwischen Resignation und Gewalt
Ich bin kein Befürworter solcher Ausschreitungen. Seit jungen Jahren bin ich ein vorsichtiger Hüter des sozialen Friedens. Mein Mitgefühl gilt den Ladenbesitzern und Kleinunternehmern, gleich welcher ethnischen Herkunft, deren Lebenswerk zerstört wird. So etwa im Sommer 2020, als in vielen amerikanischen Innenstädten nach dem Tod von George Floyd ganze Einkaufsstrassen in Flammen aufgingen oder geplündert wurden. Über die Unruhen in Brixton 1981 habe ich damals für eine niederländische Zeitung berichtet. Die Brandursache war damals unklar und ist es heute noch. Das Timing spielt eine wichtige Rolle bei der Entstehung von Unruhen. Der Auslöser kann völlig zufällig sein oder auch nicht. Ein unbedeutender Vorfall kann einen Brand entfachen, wenn der Zunder schon bereitliegt. **Die gegenwärtigen Unruhen in Grossbritannien haben einen offensichtlichen Auslöser: den Mord an drei englischen Mädchen.**

Der mutmassliche Täter ist der Sohn von Einwanderern aus Rwanda. Erste Berichte über seine Religion und seine ethnische Zugehörigkeit waren falsch, wurden aber im Internet massenhaft verbreitet. Das war **der Tropfen, der das Fass voll Wut, Argwohn und Verzweiflung zum Überlaufen brachte. Wir sprechen hier über das Fass namens grenzenlose Einwanderung.**

Seit langem beschäftige ich mich mit dem Kipppunkt zwischen Resignation und Gewalt. Ich habe darüber einen Roman geschrieben, «Het lied van Europa» (Das Lied von Europa), der im Herbst 2023 in den Niederlanden veröffentlicht wurde und voraussichtlich 2025 auf Deutsch erscheinen wird.

Darin geht es um einen niederländischen Kipppunkt in Richtung Volksgewalt im August 2040, als eine russisch-niederländische Frau zu Tode kommt. In den sozialen Netzwerken verbreitet sich die Nachricht, dass sie von einer syrischen Muslimin ermordet wurde. In der Folge entlädt sich die Frustration über eine radikal veränderte Welt, die jahrzehntelang von den politischen und kulturellen Eliten befördert worden war.

In niederländischen Städten – beziehungsweise in meiner fiktiven Welt – werden Moscheen und Regierungsgebäude in Brand gesteckt. Der Ausnahmezustand wird ausgerufen. Strenge Einschränkungen der Redefreiheit werden verhängt, um die Ordnung wiederherzustellen und Desinformation zu verhindern. Schliesslich schlagen Nato-Einheiten die Aufstände nieder.

Irreführende Thesen
Am vergangenen Montag widmete eine der wichtigsten Nachrichtensendungen des niederländischen Fernsehens den englischen Unruhen einen Beitrag. Fragen zur Einwanderung von Millionen von Muslimen wurden dabei totgeschwiegen. Die Redaktoren behaupteten hingegen, die Unruhen seien eine Reaktion auf das Scheitern des Brexits. Damit wird suggeriert, dass es nicht zu den Unruhen gekommen wäre, wenn Grossbritannien in der EU geblieben wäre. Das ist Unsinn.

Die Redaktoren der niederländischen Nachrichtensendung haben eine wesentliche Tatsache übersehen: In den letzten Tagen kam es zu Brandstiftungen gegen Flüchtlingsunterkünfte, während zugleich randalierende Muslime auf den Plan traten. Wie in meinem Roman verzerren viele Medien die Wahrheit über die Unruhen und lassen den Kern unausgesprochen. Was hier verschwiegen wird: Die nichtakademische englische Bevölkerung wehrt sich gegen die weiter zunehmende Migration. Zuwanderer erhalten Leistungen und Unterkünfte, zu denen die einheimische Bevölkerung kaum oder gar keinen Zugang hat.

Betende Muslime gehen auf die Strasse und protestieren mit den Fahnen von Hamas und Hizbullah gegen Israel. Ganze Teile Englands werden islamisiert und sehen aus wie pakistanische Städte, in denen die Frauen ihren Körper vollständig verhüllen und die Männer traditionelle Kleidung tragen. Von Integration ist nichts zu spüren. Aber Integration ist eine Mindestvoraussetzung für die Teilnahme am grossen westlichen Abenteuer des Fortschritts, an der Gleichberechtigung und der wissenschaftlichen Neugierde.

Der ehemalige britische Schatzkanzler Nadhim Zahawi (er ist irakisch-kurdischer Herkunft) schreibt auf der Website «The Free Press»: «Zu viele Menschen aus dem Ausland weigern sich, sich bei ihrer Ankunft zu integrieren, die Sprache und die Bräuche dieses Landes zu lernen. (. . .) Dies führt zu Ghettoisierung und Ressentiments zwischen Einheimischen und Zuwanderern. (. . .) Von Terroranschlägen im Namen einer radikalen Auslegung des Islams bis hin zu Aufmärschen in den Strassen Londons, die Juden daran hindern, das Haus zu verlassen: Unsere fehlende Bereitschaft, uns mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, hat zu einem Chaos geführt.»

«Jetzt zahlen wir den Preis dafür»
Der Titel von Zahawis Artikel lautet: «Das britische Establishment weigert sich, über Migration zu sprechen. Jetzt bezahlen wir den Preis dafür». Die britischen und fast alle anderen westlichen Medien weigern sich, die konkreten Umstände der Unruhen zu benennen. Wir sollten ehrlich sein: Es sind Unruhen von Einheimischen, die genug haben von Einwanderern, und es sind Unruhen von Muslimen, die die Strassen kontrollieren wollen.

Die politischen und medialen Eliten behaupten, die Gewalt sei von einer rechtsextremen Organisation angezettelt worden. Damit entlasten sie sich von der Schuld an ihrer unbesonnenen Migrationskultur in Nord- und Westeuropa. Also fordern die Eliten eine Zensur der sozialen Netzwerke, in denen es, wie sie sagen, von Fake News wimmelt. Aber das dämpft die Wut nicht.

Zahawi schreibt: «Grossbritannien hat viele Feinde, die sich nicht nur die Hände reiben, sondern wahrscheinlich auch das Feuer schüren. Die Muslimbruderschaft ist in britischen Moscheen sehr aktiv. Und zweifellos wird die unheilige Allianz von Putin, der Kommunistischen Partei Chinas und den Mullahs in Iran die Unruhen aus der Ferne anheizen.»

Angesteckt vom marxistischen Dogma über sozioökonomische Verarmung, weigern sich unsere Eliten anzuerkennen, dass solche Entbehrungen auch durch den Verlust von kulturell-religiösen Werten verursacht werden. Nirgendwo in der islamischen Welt haben die Bürger moderne individuelle Freiheiten erworben. Über allem anderen stehen die religiösen Gesetze. Und das Bizarre ist, dass zu viele Migranten die starren Gesetze ihrer Herkunftsländer in ihren Zufluchtsländern einführen wollen.

Sie empfinden ihren untergeordneten sozioökonomischen Status im Westen nicht als Herausforderung, sondern als Ungerechtigkeit, da sie einer überlegenen Religion anhängen, die ihnen das Recht gibt, über die Ungläubigen zu herrschen.

In Deutschland habe ich eine Grenze überschritten
Nicht alle Einwanderergruppen verursachen Probleme. Der Unterschied zwischen indischen und pakistanischen Einwanderern im Vereinigten Königreich ist verblüffend. Die meisten indischen Hindus passen sich an, studieren und werden zu respektierten Bürgern. Auch unter den muslimischen Pakistanern gibt es solche, aber viele flüchten sich in religiöse Obsessionen und verlieren sich in Träumen eines Weges hin zu Wohlstand und Ansehen, der über eine islamistische Revolution führt.

Seit Jahrzehnten warne ich davor, dass Migration ohne Integration in eine Krise führt. Ich habe Angela Merkels Willkommenskultur umgeschrieben zu «Willkommen, Antisemiten!». Damit habe ich in Deutschland eine Grenze überschritten, denn wie konnte ich es wagen, etwas Derartiges über all die aufgeklärten jungen Männer zu sagen, die künftig als Herzchirurgen und Architekten in die Gesellschaft eintreten?

Das politische und mediale Tabu, die negativen Aspekte der Masseneinwanderung aus islamischen Ländern zu diskutieren, wird im Vereinigten Königreich nach den Unruhen noch vehementer aufrechterhalten. Das wird die Unzufriedenheit weiter verschärfen.

Zwischen 1980 und 2013 wurden in der englischen Stadt Rotherham Mädchen von Banden überwiegend pakistanischer muslimischer Männer sexuell missbraucht. Es kursierten Gerüchte über diese Verbrechen, aber die Polizei und die städtischen Behörden griffen nicht ein, aus Angst, als islamfeindlich oder rassistisch bezeichnet zu werden. Mindestens 1400 Mädchen, vermutlich 2000, im Alter zwischen 11 und 16 Jahren waren betroffen. Die Angst der lokalen Behörden, des politisch unkorrekten Verhaltens beschuldigt zu werden, überstrahlte ihre heilige Pflicht, die Mädchen zu schützen. Wenn Politiker und Medien weiterhin die Tatsachen unterdrücken, wird das Gewaltpotenzial nur zunehmen.

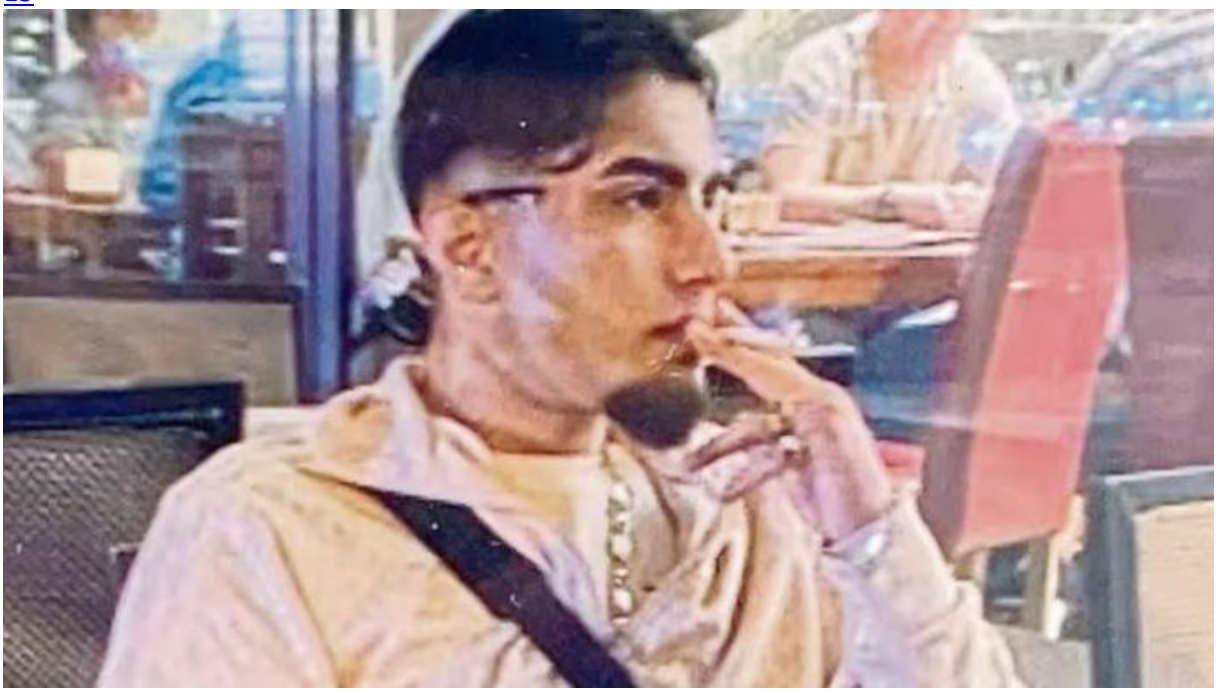
Leon de Winter ist ein niederländischer Schriftsteller

https://www.pi-news.net/2024/08/migrantischer-chef-arabischer-jugendbande-wird-nicht-abgeschoben/

Migrantischer Chef arabischer Jugendbande wird nicht abgeschoben

10. August 2024

15



Der angeblich 18-jährige Afghane Amir N. ist Anführer einer brutalen Arabergang in Hamburg und hat ein langes Strafregister, lebt aber mit allen Annehmlichkeiten des deutschen Sozialstaates in Freiheit und wird wohl nie abgeschoben werden.

Von WOLF M. SCHNEIDER | Der afghanische Intensivtäter Amir N. (18), der Kopf der migrantischen Jugendbande „315er“, wird weiterhin nicht abgeschoben. Das geht aus einer schriftlichen Antwort hervor, die der Senat, die hanseatische Landesregierung, wegen einer Parlamentarische Anfrage der Hamburger AfD, veröffentlichen musste (Drucksache 22/15909).

Amir N. kam vor fast zehn Jahren als Kind in die Bundesrepublik

Die Antwort des Senates sagt aus, dass Amir N. jetzt aus der Haft entlassen worden ist. N., der fast seit zehn Jahren – vermutlich ausgestattet mit den üblichen deutschen Sozialhilfesätzen – in der Bundesrepublik lebt, wird weiterhin als wohnhaft in Hamburg gemeldet. Amir N. hat eine Aufenthaltserlaubnis, die mehrfach verlängert wurde – trotz vieler, erheblicher Straftaten des Afghanen. Die Gültigkeit seiner Aufenthaltserlaubnis ist bis zum 15. November 2024 verlängert worden. Zumindest vorerst.

Medien des Mainstreams zeichnen generell ein anderes Bild von Aufenthaltserlaubnissen und relativ sehr wenigen „Abschiebungen“. Sie berichten zum Beispiel nicht darüber, ob die mit großzügigen „Reise-Geldern“ von deutschen Behörden ausgestatteten ausländischen abgeschobenen Personen zu einem größeren Teil nach einiger Zeit wieder nach Deutschland als sogenannte Flüchtlinge zurückkehren. Mehrheitlich ohne Papiere.

Etliche schwere Straftaten der Araber

Dem afghanischen Amir N. wird vorgeworfen, für etliche Straftaten verantwortlich zu sein: unter anderem wegen einer Bedrohung, Drogenhandels, schweren Raubes, gefährlicher Körperverletzung und wegen Nötigung. Seit dem Jahr 2022 wird N. im sogenannten Obachtverfahren geführt – damit stehen schwere Straftäter unter 21 Jahren unter regelmäßiger Beobachtung seitens der Behörden.

Im Frühjahr soll N. mit einer Schusswaffe hantiert haben; Spezialeinheiten der Polizei nahmen ihn vorläufig fest. Nun ist der Afghane jedoch wieder frei und bleibt – zumindest – vorerst in Deutschland.

Diese Parlamentarische Anfrage zeigt außerdem: Zur Jugendbande „315er“ zählt der Senat neben Amir N. auch zwei Afghanen und einen Syrer. Die Araber seien schon wegen Raub- und Körperverletzungsdelikten, Verstößen gegen das Waffengesetz und Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz, strafrechtlich „profiliert“. Von Abschiebung ist hier ebenfalls nicht die Rede.

Scharfe Kritik am rot-grünen Hamburger Senat

Dazu äußerte sich Dirk Nockeman, Fraktionschef und innenpolitischer Sprecher der AfD. Die kriminelle Karriere des afghanischen Intensivtäters Amir N. gehe dank rot-grünem Kuschelkurses weiter. Man könne „die abermals verlängerte Aufenthaltserlaubnis nur als politische Bankrotterklärung bezeichnen“. „Der Fall Amir N. offenbart die unfassbare Gleichgültigkeit und Tatenlosigkeit des rot-grünen Senats, die eigenen Bürger vor afghanischen Schwerstkriminellen effektiv zu schützen.“

Der Innersenator (SPD) von Hamburg spucke nur große Töne: „Andy Grotes großspurige Ankündigung, nach Afghanistan abschieben zu wollen, waren nichts weiter als leere Worte.“ Die AfD fordere dagegen entschlossenes Handeln statt leerer Worte.

Mainstream-Medien berichten grundsätzlich nur das, was zur politischen Linie passt

„Amir N. ist ein Problem“, schrieb Die Welt bereits vor nahezu zehn Jahren. Die Hamburger Tageszeitung berichtete gleich mehrmals über den Bandenchef. Auch die Hamburger CDU meldete einst ihren Protest an.

N. sei, sagen Beamte der zuständigen Behörden, ein gefährlicher „Rädelsführer der 315er, einer brutalen Jugendgang, die am Hamburger Jungfernstieg für Unruhe sorgt“ (Die Welt).

Der Hamburger Senat, der seit langer Zeit von der SPD geführt wird, hat Amir N.s Werdegang in einer Antwort auf eine Parlamentarische Kleine Anfrage der CDU vor einigen Jahren skizziert. Demnach reiste N. im September 2015 als Kind nach Deutschland ein – laut der Bild-Zeitung mit seinen Eltern und drei Geschwistern. Gut ein Jahr später, im Oktober 2016, wurde er gemäß Genfer Konvention als Flüchtling anerkannt. Drei Jahre später verlängerten die Behörden seine Aufenthaltserlaubnis.

Nach Afghanistan darf ohnehin nicht abgeschoben werden

So ging es weiter – bis heute. Afghanistan wird von den islamischen Taliban regiert; dorthin dürfen deutsche Behörden ohnehin nicht abschieben. Dass Amir N. spätestens in Deutschland zu einem Intensivtäter „heranreifte“, interessiert die Behörden offiziell im Ernstfall kaum oder gar nicht.

Er gilt als Flüchtling, der Anspruch auf die umfangreichen deutschen staatlichen Sozialleistungen hat, die von den hiesigen Werktätigen aufgebracht werden müssen.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/menschen-anderer-kulturen-haben-ein-anderes-verh%C3%A4ltnis-zu-messern/ar-AA1oEr5m?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=9b50e4414da141f7b9a99eee5836d37b&ei=32

„Menschen anderer Kulturen haben ein anderes Verhältnis zu Messern“

Von Kristian Frigelj

Korrespondent

Wegen der stark ansteigenden Zahl der Messerangriffe möchte Innenministerin Faeser das Waffenrecht verschärfen. Einwände kommen von der FDP. „2024 gab es 8951 Messerattacken – Tendenz steigend“, berichtet WELT-Reporterin Philippa Vögeding.

Die Messergewalt in Deutschland wächst – und mancherorts legt die Polizei jetzt eine härtere Gangart ein. Erste Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen verhängen Waffentrageverbote gegen Intensivtäter. Über diese Gruppe haben sie Erkenntnisse, die in vielen Stastiken nicht auftauchen.

Die Statistik verzeichnet einen Rückgang in Bonn, doch aus Sicht der Polizei in der Stadt ist das Problem nicht kleiner geworden. Es geht um Messergewalt. 70 Taten gab es im ersten Halbjahr 2024, in denen Messer bei Auseinandersetzungen eingesetzt wurden – 20 weniger als in den ersten sechs Monaten 2023. Polizeipräsident Frank Hoever sieht jedoch weiterhin großen Handlungsbedarf: „Deshalb haben wir uns zu noch mehr Präsenz und Kontrollen an Brennpunkten entschlossen. Dazu zählen insbesondere die Bonner Innenstadt und der Stadtteil Tannenbusch, eine eher sozial schwache Gegend, in der viele Menschen einen Migrationshintergrund haben, und der Bereich Bad Godesberg“, berichtet Hoever im WELT-Gespräch.

Anfang August haben Beamte in Bonn erstmals sogenannte Waffentrageverbote gegen zwölf polizeibekannte Intensivtäter ausgesprochen, die durch Gewalttaten aufgefallen sind, und die entsprechende Verfügung ausgehändigt. Wer persönlich anwesend war, bekam gleich dazu eine Gefährderansprache. Das Waffentrageverbot gilt zunächst für drei Jahre. Wer dagegen verstößt, muss 250 Euro Zwangsgeld zahlen, bei Wiederholung fällt es höher aus. „Meine Idee ist, dass wir das zu einer Standardmaßnahme machen und ausweiten, um einen möglichst großen Personenkreis damit zu konfrontieren“, sagt Hoever.

Bundesweit hat die Messergewalt stark zugenommen. Dabei verzeichnet Nordrhein-Westfalen einen besonders hohen Anstieg: 2022 wurden 4292 Fälle mit Messern und sonstigen Stichwaffen sowie 5541 Opfer erfasst. 2023 waren es 6221 Fälle und 8036 Opfer. Die Kriminalstatistik zeigt auch: Bei den Tätern sind Nichtdeutsche überrepräsentiert.

Das deckt sich auch mit den Erfahrungen in Bonn: „Die Täter sind jung und männlich, und der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen beträgt 40 Prozent“, während der Anteil von Nichtdeutschen in der Gesamt-Einwohnerschaft von Bonn bei etwa 16 Prozent liege, sagt Polizeipräsident Hoever. Es komme noch hinzu, dass es unter den anderen 60 Prozent auch einen Täter-Anteil mit doppelter Staatsangehörigkeit gebe, was in der Statistik nicht separat aufgeführt wird. „Ich bleibe deshalb bei dem, was ich schon einmal gesagt habe: Menschen anderer Kulturen haben ein anderes Verhältnis zu Messern.“

„Die machen auf ‚dicke Hose‘“

Es habe mit „übersteigerter Männlichkeit“ und „Machtgehabe“ zu tun. „Da wollen sich junge Männer in der Gruppe profilieren und machen auf ‚dicke Hose‘. Wenn es dann zu Beleidigungen kommt, passieren Dinge, die nicht mehr steuerbar sind“, so Hoever. Man müsse den jungen Männern klarmachen, welche Verletzungen entstehen könnten und wie schnell es lebensgefährlich werden könne. Deshalb besuchen zudem Kontaktbeamte Schulen und Jugendzentren und sprechen über Messergewalt und die Folgen.

Noch früher als in Bonn hat die Polizei in Dortmund erste Waffentrageverbote ausgesprochen. Dortmunds Polizeipräsident Gregor Lange entschloss sich im Mai zu dieser Maßnahme und sprach von einem „vielversprechenden Baustein“ neben Präsenz, Kontrollen und Ermittlungen. In Dortmund ist die Zahl der Fälle von Messergewalt von 380 im Jahr 2020 auf 416 im Jahr 2023 angestiegen. Dazwischen gab es, offenbar coronabedingt, einen Rückgang auf 239 im Jahr 2022.

„Höchste Zeit, der Verrohung und Gewalt etwas entgegenzusetzen“

Eine Taskforce hat mehr als 400 Personen als Prüffälle identifiziert und sprach im Juni die ersten 80 Verbote rechtskräftig aus. Es handelt sich um gewaltbereite Straftäter, von denen eine konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht. Inzwischen hat die Polizei Dortmund vier Verstöße festgestellt. Die Beamten kontrollierten die Personen, darunter auch einen 17-Jährigen, und stellten Messer, Tierabwehrspray und Nothammer sicher. Sie bekommen jetzt einen Zwangsgeldbescheid in Höhe von 250 Euro. „Dieses Ergebnis zeigt mir, wie wichtig unsere Kontrollen sind, denn augenscheinlich haben es immer noch nicht alle verstanden“, erklärt

Dortmunds Polizeipräsident Lange. Die Kontrollen in der Innenstadt und Nordstadt werden demnächst ausgeweitet.
Einen ungewöhnlichen Vorschlag hat der Bundeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, gemacht, um die Messerproblematik zu entschärfen. Er sprach sich für eine „Messeramnestie“ mit Belohnung aus. Kopelke setzt dabei zunächst auf das Entgegenkommen der Messerbesitzer: „Damit diese Maßnahme effektiv ist, muss die Bundesregierung für Abgebende ernsthafte Anreize schaffen. Konkret könnte das bedeuten: ein Jahr Netflix für die Abgabe eines verbotenen Butterfly-Messers.“
Politikredakteur Kristian Frigelj ist bei WELT zuständig für landespolitische Themen, vor allem in Nordrhein-Westfalen. Seine Artikel finden Sie hier.

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/153538/Gassen-beklagt-zunehmende-Gewalt-in-Praxen?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427
Gassen beklagt zunehmende Gewalt in Praxen
Dienstag, 13. August 2024
Berlin – Nicht nur in Kliniken, auch in Arztpraxen ist Gewalt zunehmend ein Thema. Darauf hat der Vorstands-vor-sitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Gassen, hingewiesen.
„Offene Aggression und ein extrem forderndes Verhalten haben deutlich zugenommen. Nicht nur in Notauf-nahmen, auch bei den Niedergelassenen eskaliert die Lage immer öfter“, sagte der KBV-Chef der Neuen Osnabrücker Zeitung. Dabei gehe es sowohl um Beleidigungen als auch körperliche Gewalt.
„Ich hatte selbst schon einen Patienten, der eine Tür kaputt getreten hat“, sagte Gassen**. Die Regel sei das nicht – die Probleme gingen auf eine „kleine, leider aber größer werdende Klientel“ zurück.**
„Dass sich Patienten nicht benehmen können und eine schräge Einschätzung der eigenen Behandlungs-dringlichkeit haben, ist ein Nationen-übergreifendes Phänomen. **Was sich allerdings auch häuft: Da ist einer krank, und sechs Leute kommen als Begleitung mit in die Praxis oder die Notaufnahme und machen Radau. Das ist bemerkenswert und extrem unangenehm.“**
Gassen forderte deutliche Strafen: „Es braucht in solchen Fällen deutliche und schnelle Strafen. Sonst kommt die Botschaft bei einigen Menschen nicht an.“
Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) will mit einer leichten Korrektur des Strafrechts unter anderem Rettungskräfte besser vor Anfeindungen und Gewalt schützen.
Die – noch nicht beschlossene – Anpassung müssten aber noch auf die Arztpraxen ausgeweitet werden, forderte der KBV-Chef erneut. „Es ist überfällig, das Strafgesetz an der Stelle zu verschärfen. Auch Praxen müssen sich nicht alles bieten lassen.“
„Die zunehmende Gewalt in Krankenhäusern und auch in Arztpraxen zeigt eine beunruhigende Entwicklung auf und bringt Unsicherheit und Angst in die Gesundheitsversorgung“, betonte heute auch der Präsident der Landesärztekammer Brandenburg (LÄKB), Frank-Ullrich Schulz.
Die geplanten gesetzlichen Änderungen seien ein erster Schritt, um dem Personal, das sich täglich im am-bulanten und stationären Bereich für das Gemeinwohl einsetze, besseren Schutz zu gewährleisten. Uner-lässlich sei jedoch neben einer Anpassung des Gesetzes eine konsequente Strafverfolgung und Aufklärung der Angriffe.

Schulz verurteilte auch die zunehmende Gewalt in Krankenhäusern und in der Ambulanz in Brandenburg. Die Zahl der „gefährlichen“ und „schweren“ Körperverletzungen in Kran-ken-häusern stieg zwischen 2020 und 2023 von 15 auf 24, insgesamt wurden 2023 125 Körperverletzungen erfasst. Dies gehe aus aktuellen Zahlen des Gesundheitsministeriums hervor.

Die Ärztekammer Westfalen-Lippe (ÄKWL) hatte im Mai eine Umfrage unter ihren Mitgliedern zu deren Erfahrun-gen mit Gewalt im ärztlichen Alltag veröffentlicht. Innerhalb nur weniger Tage meldeten sich demnach 4.513 Ärztinnen und Ärzte – rund zehn Prozent der Kammermitglieder – zurück.

Mehr als die Hälfte (2.917) davon hätten auf die Frage: „Haben Sie in der Vergangenheit in ihrem ärztlichen Alltag Gewalt erfahren müssen?“ mit „Ja“ geantwortet. 1.339 Fälle seien dabei allein in Arztpraxen gemeldet worden. Der Präsident der ÄKWL, Hans-Albert Gehle, sprach von einer spürbaren und dauerhaften Zunahme von Gewaltereignissen und massiver Belastung der Betroffenen.

Zuletzt hatte auch die KV Bremen eine Reihe von Erfahrungen von Niedergelassenen mit Gewalt in ihren Praxen nach einer Umfrage ver-öffentlicht.

Die Bundesärztekammer unterstützt das Vorhaben des Justizministers. Straftaten gegen diese Berufsgruppen müssten aber nicht nur schärfer bestraft, sondern auch effektiv verfolgt und aufgeklärt werden, forderte die Kammer in einer jüngst veröffentlichten Stellungnahme zum Referentenentwurf.

„Wir brauchen dringend Aufklärungskampagnen, die deutlich machen, dass diese Menschen Retter und Helfer sind“, hieß es auf Anfrage. Auch der Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sprach sich für die angekündigte Strafverschärfung aus.

Um Fälle zu melden, hätten einige Ärztekammern für Betroffene bereits eine spezielle Meldeadresse einge-richtet, es gebe auch Fortbildungen zum Thema. Die Landesärztekammer Hessen etwa habe einen Meldebo-gen eingeführt.

„Die aktuellen Ergebnisse des Meldebogens verdeutlichen, dass dringlichster Bedarf in der Ärzteschaft sowie bei den Medizinischen Fachangestellten besteht, dem Gefühl von Hilflosigkeit und Ohnmacht durch zum Beispiel Deeskalations-Seminare entgegenzuwirken“, hieß es auf der Website. © dpa/may/aerzteblatt.de

https://www.n-tv.de/politik/Nach-Deutschland-gefluechtete-Afghanen-nutzen-Pass-Trick-fuer-heimlichen-Heimaturlaub-article25156716.html

Mit Pass-Trick auf Heimaturlaub

So fliegen Geflüchtete unbemerkt nach Afghanistan und zurück

Liv von Boetticher

14.08.2024, 09:18 Uhr

Exklusive Recherchen von RTL zeigen, dass viele in Deutschland anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge auf Heimatbesuch fliegen. Dabei hatten sie doch angegeben, von dort wegen Gefahr für Leib und Leben geflüchtet zu sein. Die deutschen Behörden scheinen machtlos, das Innenministerium desinteressiert.

Der Steindamm im Hamburger Stadtteil St. Georg ist für viele Afghanen offenbar ein Tor in die alte Heimat, zum Hindukusch: Im Umkreis weniger Hundert Meter befinden sich hier gleich mehrere Reisebüros, die für Menschen aus Afghanistan, die in Deutschland Schutz suchten und bekamen, Reisen in die alte Heimat organisieren. Das Problem: Deutsche Behörden werden mutmaßlich

bewusst getäuscht und bekommen daher von den Reisetätigkeiten nahezu nichts mit. Andernfalls nämlich könnte den reisenden Afghanen für einen nicht genehmigten Heimatbesuch die Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland leicht entzogen werden.

Doch wie ist eine Heimreise nach Afghanistan als Geflüchteter möglich? Wer organisiert diese Reisen? Wer weiß Bescheid? Wie groß ist die Industrie, die dahintersteckt? Wer profitiert? Und warum unternehmen die deutschen Behörden nichts dagegen? Die RTL-Sendung "Extra"ist diesen Fragen nachgegangen und hat die Ergebnisse der monatelangen Recherche am Dienstagabend ausgestrahlt.

Über soziale Medien wie TikTok zeigt sich: In Deutschland lebende Afghaninnen und Afghanen machen regelmäßig Urlaub in der alten Heimat, posten Bilder von ihren Erlebnissen vor Ort. Ist Afghanistan also sicherer als allgemein angenommen? Davon berichten afghanische Geflüchtete in einem Recherchegespräch mit "RTL Extra". "Viele Afghanen aus Europa gehen aktuell für Urlaub zurück. Sogar aus London, aus Deutschland, machen Urlaub", sagt ein Afghane. Und: Die Taliban seien "nett", berichtet eine junge Afghanin.

Angebliches Reiseziel Iran

Die Recherchen am Hamburger Steindamm zeigen: Es handelt sich nicht um wenige Einzelfälle. In Deutschland lebten im vergangenen Jahr rund 400.000 Menschen mit afghanischer Staatsangehörigkeit. Jede Woche reisen nach Angaben der Reisebürobetreiber allein über Hamburg Hunderte Afghanen mit sogenannten Blauen Pässen in ihr Herkunftsland.

Diese speziellen Reiseausweise bekommen in Deutschland anerkannte "Asylberechtigte" oder "Flüchtlinge" als Ersatz für den Reisepass aus dem Herkunftsland ausgestellt. Damit fliegen sie offenbar auch über die Türkei und Iran bis nach Afghanistan. "Machen wir. Kein Problem", heißt es auf Nachfrage immer wieder aus verschiedenen Reisebüros.

Die Reisebüros sowie die Reisenden selbst bedienen sich dabei mithilfe der iranischen Behörden eines Tricks: Sogenannte "Double Entry Visa" ermöglichen eine Afghanistan-Reise mit Zwischenstopp in Iran. Der Iran wird den deutschen Behörden - etwa bei der Aus- und Einreise am deutschen Flughafen - als eigentliches Zielland angegeben. Die Reiseroute lautet dann zum Beispiel: Hamburg, Teheran, Kabul, Teheran, Hamburg.

Um die deutschen Behörden zu täuschen, werden die Visa, anders als üblich, nicht in die Pässe geklebt, sondern lediglich als loses Blatt Papier hineingelegt. Die Stempel der Grenzbehörden werden auf diese Weise nicht in den blauen Reisepass gestempelt, sondern nur auf das lose Blatt Papier, welches vor der Rückreise nach Deutschland rechtzeitig entsorgt werden kann. Das eigentliche Zielland Afghanistan wird so bei der Wiedereinreise nach Deutschland verschleiert. Die deutschen Behörden bekommen in den meisten Fällen nichts mit.

Keine Ahnung, keine Zahlen

Auf die Frage, ob das Bundesinnenministerium von den Heimaturlauben weiß, schiebt Bundesinnenministerin Nancy Faeser die Verantwortung ab und erklärt gegenüber RTL: "Also erstmal ist es nicht unsere Aufgabe als Bundesinnenministerium, sondern der örtlichen Ausländerbehörden, darauf zu achten, dass so was nicht passiert." Man werde sich das Thema aber anschauen. Schriftlich gibt das Ministerium gegenüber RTL außerdem an, dass genaue Zahlen "statistisch nicht erfasst" werden.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Innen- und Rechtspolitik, Thorsten Frei, zeigt sich darüber empört und sieht darin ein Zeichen dafür, dass das Innenministerium "überhaupt kein Interesse" an der Erfassung der Daten habe, es werde "ganz offensichtlich überhaupt nicht hingeguckt".

Auch Heiko Teggatz, Vorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft übt scharfe Kritik an der Innenministerin: "Die Bundesregierung muss jetzt umgehend ein Gesetz erlassen, solche Visa fest in die Reisepässe einzubringen. Es ist für mich schleierhaft, wie ein Visum, das wie ein Beipackzettel in den Pass gelegt wird, überhaupt eine Gültigkeit entwickeln kann. Wenn Sie nach Österreich fahren und eine Autobahnvignette kaufen müssen, dann müssen Sie die auch an die Windschutzscheibe kleben und nicht einfach nur auf das Armaturenbrett legen."

Außerdem hätten die Dienststellen der Bundespolizei an den Flughäfen nicht genug Personal, um neben den Einreisen und der Flugsicherheit auch noch die Ausreisen zu kontrollieren. "Wenn die Innenministerin behauptet, die Bundespolizei würde alles kontrollieren auf den Flughäfen, dann irrt sie sich gewaltig. Das weiß sie sicherlich auch haargenau."
Die Sendung RTL Extra vom 13. August ist via RTL+ abrufbar
Quelle: ntv.de

https://www.focus.de/politik/analyse-von-ulrich-reitz-empoert-ueber-afghanische-asyltouristen-sie-nehmen-sich-was-rot-gruen-ihnen-zugesteht_id_260226835.html
Analyse von Ulrich Reitz
Empört über afghanische Asyltouristen? Sie nehmen sich, was Rot-Grün ihnen zugesteht
FOCUS-online-Korrespondent Ulrich Reitz
Donnerstag, 15.08.2024, 16:42
Afghanen reisen mit deutschem Flüchtlingspass nach Afghanistan zurück und kehren unbehelligt nach Deutschland zurück. Ein klassischer Fall von Asyltourismus. Aber wo genau liegt der Skandal? Eine Spurensuche.

Halt – es gibt Menschen, die tatsächlich aus einem sicheren Schutzland in das Land zurückkehren, das sie verfolgt. Zum Beispiel Alexeij Nawalny, der gefährlichste Oppositionelle, mit dem es Wladimir Putin je zu tun hatte. Darum haben die Russen dafür gesorgt, den Mann umzubringen. Was ihnen gelang, kurz bevor es der deutschen Bundesregierung glückte, Nawalny per Gefangenenaustausch aus der Hölle seines russischen Strafgefangenenlagers zu befreien.

Allerdings ist nicht jeder, der aus dem für ihn sicheren Deutschland in seine frühere Heimat zurückkehrt, ein russischer Dissident. Das ist vielmehr der Ausnahmefall – und wohl kaum jemand in Deutschland hätte es infrage gestellt, Nawalny ein weiteres Mal als Flüchtling hier aufzunehmen. So sollte es auch sein, das war die ursprüngliche Absicht beim Gefangenenaustausch, der zwischen Amerikanern, Russen und der deutschen Bundesregierung vereinbart worden war.

Das Asylrecht ist kein Gnadenrecht, sondern ein Privileg
Der Fall des Flüchtlings Nawalny ist drastisch, aber er macht klar, was der Sinn ist des deutschen Asylrechts, das politisch Verfolgte nach dem Grundgesetz genießen. Es ist kein Gnadenrecht, wäre es das, stünde im Grundgesetz, Deutschland „gewährt politisch Verfolgten Asylrecht“. Es ist stattdessen ein Privileg, das dem Flüchtling deshalb „gewährt“ wird. Der Unterschied ist wichtig, denn er macht den hohen Rang deutlich, den das Asylrecht unter den Gesetzen innehat.

Das erklärt nun die Empörung über jene Afghanen, die nach Deutschland kamen, um hier ihr Asylrecht einzufordern, um dann bei nächster Gelegenheit in das Land ihrer angeblichen Peiniger zurückzukehren – als Urlauber, oder um die Oma zu besuchen oder zu heiraten. Aber:
Wer in seinem Ex-Zuhause Urlaub macht, kann dort nicht verfolgt sein. Das sagt der gesunde Menschenverstand, das leitet sich ab aus dem hohen Rang des Asylrechts, das aber eben auch politische Verfolgung voraussetzt – die kaum gegeben sein kann, wenn man dorthin zurückfährt, um sich zu erholen. Von was eigentlich, von der neuen, sicheren, materiell sorgenfreien Existenz in Deutschland?

Jeder Afghanistan-Heimaturlauber tanzt dem deutschen Staat auf der Nase herum

Was an diesen Fällen, über die RTL berichtet hat , ist eigentlich der Skandal? So einfach ist diese Frage gar nicht zu beantworten. Wobei eins feststeht: Jeder Migrant aus Afghanistan, der hier – gut bezahlten, weil alimentierten – Schutz sucht, um dann nach Afghanistan in die Ferien zu fahren, tanzt dem deutschen Staat auf der Nase herum. In Afghanistan urlaubende afghanische Asylbewerber zeigen dem deutschen Staat den Stinkefinger. Wäre man Zyniker. müsste man sagen: zu Recht.

Auf der Suche nach dem Skandal landen wir beim Asylgesetz, Paragraf 73. Dort ist festgelegt, wann ein Asylbewerber sein Recht auf Asyl verliert, genauer, wann ihm „die Anerkennung als Asylberechtigter oder die Zuerkennung seiner Flüchtlingseigenschaft … zu widerrufen ist". Das klingt nach Strenge und Unausweichlichkeit – „zu widerrufen ist" – was bedeutet:

Das Asylrecht hat einen so hohen Rang, dass dem deutschen Staat nichts mehr anderes übrigbleibt, als dieses Recht zu widerrufen, wenn ein Flüchtling nicht nach den Regeln spielt. Und Urlaub im Folter- und Verfolgungsstaat sollte doch ein derartiges Flüchtlingsfoul sein – oder?

Das Gesetz erlaubt afghanischen Asyltourismus
In diesem Fall, dem Urlaubs-Foul, gilt allerdings ein: „Oder nicht". Sechs Gründe für den Widerruf des Asylrechts nennt der Paragraf 73 – und der dortige Grund Nummer vier liest sich erst einmal, wie für afghanische Asyltouristen gemacht. Bevor das dicke Ende kommt:

Die Anerkennung als Asylberechtigter verliert der Ausländer, wenn er „freiwillig in das Land, das er aus Furcht vor Verfolgung verlassen hat oder außerhalb dessen er sich aus Furcht vor Verfolgung befindet, zurückgekehrt ist". Wäre der Absatz vier in Paragraf 73 an dieser Stelle zu Ende, wäre Asyltourismus tatsächlich verboten. Er ist es aber nicht, denn da folgt ein entscheidender Nachsatz: „… und sich dort niedergelassen hat".

Da steht nicht: „oder sich niedergelassen hat". Das bedeutet: Ein Asylbewerber verliert sein Asylrecht, wenn er in seine Heimat zurückgekehrt ist „und sich dort niedergelassen hat". Afghanische Asyltouristen haben aber gar nicht vor, sich in Afghanistan niederzulassen, sie wollen wieder zurück – und dürfen auch zurück. Will sagen:

Afghanischer Asyltourismus (oder syrischer, türkischer, usw.) ist erlaubt. Wer ergo auf der Suche nach einem Skandal ist, landet beim deutschen Gesetzgeber, der eine Rückkehr in das Land der Peiniger zulässt unter der einzigen Bedingung, dass diese Rückkehr nicht auf Dauer stattfindet.

Entweder das Asylgesetz ändern – oder beim Visum-Trick ansetzen
Man kann es auch anders fassen: Die Zustände, die heute für nachvollziehbare Empörung sorgen, auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, weil die Steuerzahler die teuren Flüge der Afghanen zahlen, hat der deutsche Gesetzgeber selbst geschaffen.

Und toleriert sie weiterhin. Denn von einer Änderung der Gesetze ist nicht die Rede. Das Asylgesetz ist das eine. Es gäbe auch eine andere, einfache Möglichkeit. Die hat der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, in die Diskussion gebracht. Teggatz setzt unmittelbar an am Missbrauch der Visa, die überhaupt die Basis sind für den jetzt aufgedeckten afghanischen Asyltourismus.

Mit den inzwischen 200.000 von deutschen Behörden für afghanische „Schutzbedürftige" ausgestellten, sogenannten blauen Reisepässen, beantragen Afghanen Doppelvisa. Mit denen fliegen sie von Deutschland in den Iran. Von dort aus – unbemerkt von deutschen Behörden – weiter in ihre afghanische Heimat. Von dort nach dem Urlaub wieder zurück in den Iran, für den sie ein Visum haben. Das aber nur aufgeklebt worden ist – und bei der Weiterreise nach Deutschland einfach abgerissen und weggeworfen wird. Das ist der Visum-Trick .

Auf rot-grüner Ideologie gedeihen die Visa-Skandale der Ampel
Teggatz empfiehlt, die deutschen Airliner mit einem Gesetz dazu zu verpflichten, nur noch anständig im Pass abgestempelte Visa zu akzeptieren: „Es kann doch nicht sein, dass ein Visum auf ein Blatt Papier geklebt wird. Wenn ich nach Österreich fahre, muss ich die Vignette auch an die Scheibe kleben, da sie sonst nicht gültig ist."

Solche Dinge zu ändern, gehört allerdings nicht zum Programm der Ampelregierung. Dahinter steht eine Ideologie, die bei SPD und Grünen beheimatet ist und dort als Antwort auf Nationalismus verstanden wird: Keine Grenzen – gerade fordern Grüne die Abschaffung von Grenzkontrollen – und Niederlassungsfreiheit für jeden überall. Menschen sollen dort leben können, wo sie wollen, weitgehend unabhängig von materiellen Verhältnissen oder Sozialsystemen, in die sie nie eingezahlt haben.

Multikulturalismus ist auch die ideologische Grundierung, auf der dann andere Visa-Skandale gedeihen können – wie jener, mit denen sich gerade das Auswärtige Amt auseinandersetzen muss. Annalena Baerbock will eben Migration möglichst nicht limitieren, das ist nur ehrlich, denn genau das ist eben nicht die Idee der Grünen.

Menschen fühlen sich durch Einwanderung bedroht
Dort wird Einwanderung als Bereicherung begriffen, bei der Mehrheit der Bevölkerung überwiegt inzwischen ein Bedrohungsgefühl. Auch das erklärt die miesen grünen Umfragewerte – besonders im Osten. Dort hat man sich gegen den Staat einst die Freiheit erkämpft, darum sind die Antennen für Staatsversagen hier länger als im Westen.

Nationalismus auf der rechten, Multikulturalismus auf der linken Seite. Man wünschte sich eine klare, auch gesellschaftliche Mehrheit für alles, was dazwischen liegt.

https://journalistenwatch.com/2024/08/18/messer-mekka-berlin-die-hauptstadt-der-schnittwunden/

- **August 18, 2024**
- **17:00**
- **von: Kurschatten**

Messer-Mekka Berlin: Die Hauptstadt der Schnittwunden
Im Medienmainstream kommt allmählich die lange verleugnete Realität an. Angesichts des explosionsartigen Anstiegs von Messerattacken schreibt die "Berliner Zeitung": ***In Berlin regiert allem Anschein nach die Macht der Messer: Im Durchschnitt zählt die Stadt rund zehn Messerangriffe pro Tag. Und die Attacken werden nicht weniger, sondern mehr. So wurden im vergangenen Jahr 3842 Fälle dem Phänomenbereich Messerangriff zugeordnet, ein Anstieg von 525 Fällen gegenüber dem Vorjahr." Ans Licht gebracht hat diese verstörende Entwicklung gleichwohl keine journalistische Recherche, auch kein kritisches Nachfragen der angeblichen "Opposition" innerhalb der Einheitsparteienliste – sondern wieder einmal einzig reale Oppositionsarbeit durch die AfD, hier in Form einer Senatsanfrage des AfD-Abgeordneten Marc Vallendar.***
Die täglichen Übergriffe und Attacken, von denen jede einzelne vor noch nicht allzu langer Zeit das Potential für eine spektakuläre wochenlange Berichterstattung gehabt hätte, gehen ob ihrer schieren

Anzahl im Nachrichtendickicht einfach unter und werden zur Banalität. Erst letzten Sonntag erlag ein 34-Jähriger, der tags zuvor in Neukölln von einem 39-Jährigen "wohl mit einem Cuttermesser in den Hals gestochen wurde", wie die Berliner Polizei mitteilte, in einem Krankenhaus seinen schweren Verletzungen.

Der Schwachsinn der Messerverbotszonen

Fast zeitgleich kam es im Wedding ebenfalls zu eine – natürlich migrantisch geprägten – Schlägerei mit anschließendem Stichwaffeneinsatz. Besonders in Berliner Flüchtlingsheimen steppt der Bär: In einer Unterkunft in Berlin-Marzahn stach ein Bewohner "auf mehrere Menschen ein" und griff anschließend einen Sicherheitsmann an, flüchtete auf den Innenhof und attackierte dort weitere Personen..

Wer ernsthaft meint, dass die geplanten "Messer- und Waffenverbotszonen", über deren Errichtung der Innensenator nun die Polizei selbst entscheiden lassen will, irgendetwas an diesem neuen Alltag ändern wird, ist nicht mehr bei Trost. Nicht Messer und Macheten sind das Problem, sondern die, die sie schwingen – und die halten sich nicht an Verbote. Und von dieser Sorte Menschen lässt eine wahnwitzige Migrationspolitik täglich mehr ins Land. In Berlin zeigt sich unterm Brennglas, wohin dies führt. (TPL)

https://www.msn.com/de-de/reisen/nachrichten/alarmstufe-rot-bei-der-bundespolizei-kriminalit%C3%A4t-explodiert/ar-AA1p3pmF?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=4958d2a9736642e5b3d811f6334ce80b&ei=37

Alarmstufe Rot bei der Bundespolizei – Kriminalität explodiert

Artikel von BK

Schockierende Bilanz der Bundespolizei: Deutschland erlebt eine beispiellose Kriminalitätswelle. Die erschreckenden Zahlen sprechen für sich – noch nie seit 2012 wurden so viele Straftaten registriert.

Ganze 790.245 Delikte zählt der aktuelle Jahresbericht, den Innenministerin Nancy Faeser (SPD) vorstellte. Damit verzeichnet Deutschland satte 88.079 Straftaten mehr als im Vorjahr, ein dramatischer Anstieg von 12,5 Prozent. Das bedeutet unglaubliche 2165 Verbrechen pro Tag – im Schnitt!

Nahezu alle Bereiche sind betroffen, berichtet die „Bild"-Zeitung: Die Bundespolizei deckte 389.331 Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht auf, was einem explosiven Anstieg von 38,3 Prozent entspricht. Besonders alarmierend ist die Zunahme der Gewalttaten: 31.887 Fälle wurden verzeichnet, darunter 1728 Angriffe auf Bundespolizisten, ein Plus von 18,7 Prozent.

Bahnhöfe und Züge sind regelrechte Brennpunkte der Gewalt mit 25.640 Vorfällen, darunter 555 Messer-Attacken. Auch Taschendiebstähle schossen in die Höhe – 27.849 Fälle bedeuten einen Anstieg von 16,4 Prozent. Selbst Sexualdelikte blieben nicht aus: 2498 Fälle wurden registriert, ein Plus von 14,9 Prozent.

Doch es gibt auch Lichtblicke: Die Fahndungserfolge erreichten mit 235.529 festgenommenen Straftätern den höchsten Stand seit 2013, ein Anstieg von 17,3 Prozent. Zudem konnten 21.766 offene Haftbefehle vollstreckt werden – ein absoluter Rekord. **Auch bei illegalen Einreisen gab es Erfolge: 127.549 Einreisen konnten verhindert werden, nachdem im Oktober Grenzkontrollen eingeführt wurden. In nur zehn Wochen wurden 18.930 unerlaubte Einreisen aufgedeckt und 440 Schleuser geschnappt. Die Zahl der Abschiebungen stieg ebenfalls auf 21.206, wobei fast zwei Drittel aller geplanten Rückführungen scheiterten.**

Angesichts dieser alarmierenden Entwicklung kündigte Bundesinnenministerin Faeser an, dass im nächsten Jahr 1000 neue Stellen bei der Bundespolizei geschaffen werden. Denn eines ist klar: An der Sicherheit in Deutschland darf nicht weiter gespart werden. ■

https://journalistenwatch.com/2024/08/21/vor-allem-islamistisch-motivierte-gewalt-politische-motivierte-straftaten-in-deutschland-nehmen-stark-zu/

Vor allem islamistisch motivierte Gewalt: Politische motivierte Straftaten in Deutschland nehmen stark zu

Das Einzige, womit es in Deutschland noch stetig bergauf geht, sind Straftaten in allen Bereichen. Die Berliner Polizei vermeldete nun auch einen massiven Anstieg von Straftaten mit politischem Hintergrund im ersten Halbjahr 2024. Auf eine parlamentarische Anfrage des Grünen-Abgeordneten Ario Mirzaie, gab die Senatsinnenverwaltung bekannt, dass in diesem Zeitraum insgesamt 2956 Fälle erfasst wurden, rund 900 mehr als im Vorjahreszeitraum. Ausgerechnet der Grüne Mirzaie äußerte sich besorgt über den Anstieg der politischen Straftaten im Bereich „religiöser Fundamentalismus" und „ausländische Ideologien". Erschreckend sei zudem der Anstieg des Antisemitismus seit dem Terrorangriff der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023.

Dieser Trend zeige sich in allen Feldern der politisch motivierten Kriminalität, kritisierte er – als ob nicht vor allem seine Partei mit der Massenmigration, der Hofierung des Islam und der ständigen Kritik am israelischen Kampf gegen den Hamas-Terror nach Kräften den Boden für diese Normalisierung des Extremismus bereiten würde. Lieber warf er dem schwarz-roten Senat Planlosigkeit bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Islamismus vor.

Muslimische Hassverbrechen als "rechts" gewertet

Wobei dieser Trend auch noch zusätzlich beschleunigt wird durch die Kriminalisierung von Meinungsdelikten: Denn natürlich nannte Mirzaie auch den "Rechtsextremismus" an erster Stelle – und das, obwohl mit 1185 Taten im Bereich „ausländische Ideologien" die meisten Fälle registriert wurden, gefolgt von 696 Taten mit antisemitischem Hintergrund. Im Vorjahreszeitraum waren es 208 bzw. 172 Fälle gewesen. Dagegen stieg die Anzahl der rechtsmotivierten Straftaten lediglich von 1.148 auf 1.244, wobei auch hier Vorsicht geboten ist, da auch Muslime oft rechtsextreme Symbolik verwenden, die Taten aber pauschal als „rechts" eingestuft werden.

Der Hauptreiber der Radikalisierung ist erwartungsgemäß der Gaza-Krieg, der den islamischen Antisemitismus auf den Siedepunkt treibt. Ohne die Massenzuwanderung vor allem männlicher Muslime gäbe es dieses Reservoir für gewaltbereiten Judenhass gar nicht – ebenso wie für Gruppenvergewaltigungen oder die ständigen Messerattacken. Aber das wird von Mirzaie und Co. natürlich unterschlagen. Seine Anfrage diente ihm nur als Vorwand für einen billigen innenpolitischen Angriff auf die Berliner Regierung. Die wahren Ursachen des Gewaltanstiegs kümmern ihn ebenso wenig wie den Rest seiner Partei. (JS)

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/buchauszug-als-frau-im-arabischen-clan-clan-frau-packt-%C3%BCber-ihre-familie-aus-sie-lachten-die-dummen-deutschen-aus/ar-BB1jKUVd?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=f34530e393ba48d8e53182b3034bf02d&ei=17

Buchauszug „Als Frau im arabischen Clan" - Clan-Frau packt über ihre Familie aus: „Sie lachten die dummen Deutschen aus"

Artikel von FOCUS Online

Latife Arab wurde in einen der größten Clans Deutschlands hineingeboren. Schon als Kind war sie in die kriminellen Machenschaften involviert, wurde zu Straftaten gezwungen. Jetzt hat sie ein Buch geschrieben. Lesen Sie im folgenden einen Auszug. Darin schildert die Frau die Missachtung des deutschen Rechtsstaates durch ihre Familie.

Mit dem deutschen Rechtsstaat wollte keiner etwas zu tun haben. Bis heute werden die meisten Streitereien untereinander ausgemacht, auch weil die deutsche Justiz von vielen Sachen gar nichts mitbekommt, weil Anklagen wieder fallen gelassen werden und keiner der Beteiligten gegen einen anderen aussagt.

Streits im Clan-Milieu: Eine Sache des Respekts

Zunächst gibt es bei diesen Privatverhandlungen einen Vermittler. Der schlägt einen Richter vor, jemanden aus der Gemeinde, der Ansehen bei allen genießt. Wenn alle einverstanden sind, treffen sich die Männer und verhandeln. Dabei ist es immer wichtig, zuallererst seine Tat zu gestehen, das ist eine Sache des Respekts.

Dann stellt die Gegenseite die Forderung, die sie für angemessen hält. Ob es sich um Geld, Gegenstände oder Menschenleben handelt, alles ist erlaubt und nichts unmöglich.

Will jemand als Wiedergutmachung eine Frau für seinen Sohn, dann wird ein Mädchen aus der Familie ausgesucht, und zack – ist die Verhandlung gelaufen. Das Leben eines Mädchens ist nicht viel wert in dieser Welt. Ich denke an die Geschichte im Dorf meiner Eltern, als ein kleines Mädchen von meinem entfernten Onkel mit dem Traktor überfahren wurde und meine Familie ihrer Familie ein Stück Land gab. Damit war die Sache aus der Welt. So laufen Gerichtsverhandlungen ab. Damals wie heute.

Jeder blöde Spruch war Anlass für Gewalt

Auch innerhalb unserer Familie gab es für eine Weile so etwas wie Krieg. Jeder meiner Brüder wollte das Sagen haben und das eskalierte fast täglich in Zoff und körperlichen Auseinandersetzungen unter den Jungs und später auch zwischen ihnen und unseren Eltern. Jede Kleinigkeit und jeder blöde Spruch waren Anlass für Gewalt. **Einmal war mein Bruder Yunus nach einem Streit mit unseren Eltern so geladen, dass er den Nächstbesten, der ihm auf der Straße begegnete, so schlimm verprügelte, dass der Mann bis heute mit den Folgeschäden zu tun hat.**

Da mein Bruder für verschiedene andere Delikte bereits Verwarnungen bekommen hatte, kam es diesmal tatsächlich zu einer Gerichtsverhandlung, und der Richter brummte ihm eine Haftstrafe in der Jugendstrafanstalt auf. Nach knapp achtzehn Monaten kam er wegen guter Führung auf Bewährung frei.

Wer im Knast saß, hatte versagt

Selbst im Gefängnis hatte er nichts zu befürchten. Er hatte ein Handy und konnte jederzeit telefonieren. Erlaubt war das natürlich nicht, aber er fand seine Wege. Auch schickte die Familie ihm genügend Geld, um mit seinen Mithäftlingen klarzukommen. Er

ordnete sich nicht gern unter, auch nicht im Knast, und er brauchte Geld, um sich seine eigene kleine Gruppe Untergebener kaufen zu können. Fast jedes Wochenende tingelte ich mit meinen Kindern in die Jugendstrafanstalt zu Yunus, weil ihn sonst keiner aus der Familie besuchte. Einzig meine Mutter begleitete uns gelegentlich.
Das war so ein Ding in der Familie: Wer im Knast saß, hatte versagt und wurde für diese Zeit einfach aussortiert. Sobald er freikam, war alles vergessen, und er nahm wieder seinen angestammten Platz ein. Heute sieht das anders aus. Ist jemand im Knast, steht die ganze Familie an seiner Seite.
Mit jedem Jahr, das verging, wurden die Taten schlimmer und die Familie größer. Wir Frauen waren nicht direkt an den Delikten beteiligt, doch wir hatten auch unsere Aufgaben, die das System am Laufen hielten: Wir versteckten die Beute, gaben Alibis, machten Falschaussagen, bekamen jede Menge Kinder und hielten uns an die Regeln, die unsere Männer machten.
Alle lachten „die dummen Deutschen" aus
Wurde ein Haus durchsucht, wussten wir genau, wer sprach und wer besser schwieg. Alles hatte seinen Ablauf, genau wie auch bei der Polizei die Dinge ihren Ablauf hatten, und jedes Mal, wenn die Beamten das Haus wieder verlassen hatten, saßen alle zusammen und lachten die „dummen Deutschen" aus. Die Sozialleistungen am Ende des Monats kamen zuverlässig, drohte eine Behörde mit Kürzungen, schaltete die Familie sofort einen Anwalt ein.

https://www.bild.de/news/inland/messer-amok-in-solingen-mehrere-menschen-bei-stadtfest-getoetet-641fe8c9d020c344f0b8ee09
Drei Tote bei Messer-Terror auf Solinger Stadtfest:
Angreifer stach wahllos auf Feiernde ein
Acht Verletzte +++ Täter auf der Flucht
Erste Bilder von vor Ort: Messer-Terror bei Solinger Stadtfest!
01:00
Quelle: TNN
24.08.2024

Teilen
Posten
Senden

Frank

Schneider

Oliver

Grothmann

Sebastian

Prengel

Lars

Berg

Tim

Oelbermann

Markus

Langner

vor
24.08.2024 - 08:50 Uhr

Solingen – Tote und Verletzte auf dem Stadtfest! Am Freitag gegen 21.40 Uhr hat ein Mann in Solingen mit einem Messer wahllos auf mehrere feiernde Besucher eingestochen. Der Täter, laut Zeugenaussagen ein arabisch aussehender Mann, ist auf der Flucht. Die Polizei bestätigt die Täterbeschreibung vorerst nicht.

„Nach derzeitigem Stand wurden durch den Anschlag drei Menschen getötet und acht verletzt, davon fünf schwer", teilte die Polizei in Düsseldorf (NRW) am Samstagmorgen in einer Presseerklärung mit.
Zunächst war von vier Schwerverletzten die Rede. Tatort ist der Fronhof, ein belebter Platz in der Innenstadt, auf dem anlässlich der 650-Jahr-Feier von Solingen das Stadtfest „Festival der Vielfalt" veranstaltet wurde.
Der Täter soll die Besucher unmittelbar vor der Bühne, auf der Livebands spielten, attackiert haben. Bei den Todesopfern soll es sich um eine Frau und zwei Männer handeln, die aus Solingen und Düsseldorf stammen.
Unklar, ob der Täter seine Opfer am Hals attackierte
Polizeisprecher Markus Seitz dementierte am Samstagmorgen Berichte, wonach der Täter gezielt auf die Hälse seiner Opfer eingestochen haben soll: „Gesicherte Erkenntnisse, dass er mit dem Messer auf den Hals seiner Opfer zielt hat, hat die Polizei momentan nicht."
Polizeisprecher Sascha Kresta hatte in der Nacht erklärt: „Der Angreifer hat wahllos mit einem Messer auf Menschen eingestochen. Deshalb gehen wir momentan von einem Anschlag aus." Und weiter: „Nach dem Angreifer wird mit einem Großaufgebot gefahndet. Parallel laufen auch Ermittlungen, Spurensicherung und Zeugenbefragungen."
Das Stadtfest wurde nach dem Verbrechen abgebrochen, über dem abgesperrten Gelände kreiste in der Nacht ein Polizeihubschrauber.
Schwer bewaffnete SEK-Einheiten mit rund 40 Spezialfahrzeugen aus ganz Nordrhein-Westfalen fuhren ebenfalls noch in der Nacht in Solingen auf. Straßenkreuzungen wurden gesperrt, die Einwohner aufgerufen, in ihren Häusern zu bleiben und die Innenstadt zu meiden. In einem Café wurde ein provisorisches Lagezentrum eingerichtet.
„Die Menschen sind geschockt"

Tausende Besucher folgten der Aufforderung, den Platz ruhig zu verlassen und nicht in Panik zu verfallen. „Die Menschen sind geschockt, aber friedlich vom Platz“, berichtete Philipp Müller, einer der Mitorganisatoren, dem „Solinger Tageblatt“.
NRW-Innenminister Herbert Reul (71, CDU) trat um 1.17 Uhr vor die Presse
Reul: „Es ist bedrückend“
NRW-Innenminister Herbert Reul (71, CDU) kam noch in der Nacht zum Tatort nach Solingen, trat um 1.17 Uhr vor die Presse: „Man will das gar nicht wahrhaben, was man hier am Tatort sieht. Es ist bedrückend. Meine Gedanken sind bei den Angehörigen der Opfer und bei den Verletzten. Wir können jetzt nur beten, dass es die Schwerverletzten schaffen.“

Erste Reaktionen zum Anschlag
► Oberbürgermeister Tim Kurzbach (46, SPD) schrieb auf Facebook: „Heute Abend sind wir alle in Solingen in Schock, Entsetzen und großer Trauer. Wir wollten alle gemeinsam unser Stadtjubiläum feiern und haben nun Tote und Verletzte zu beklagen. Es zerreißt mir das Herz, dass es zu einem Attentat auf unsere Stadt kam. Ich habe Tränen in den Augen, wenn ich an diejenigen denke, die wir verloren haben. Ich bete für alle, die noch um ihr Leben kämpfen.“
► Die CDU-Bundestagsabgeordnete Serap Güler (44) schreibt auf X: „Schrecklich, grauenhaft, was in Solingen passiert ist. Wünsche vor allem, dass die verletzten Opfer dieses fürchterlichen Anschlags überleben und den Angehörigen viel Kraft. Hoffentlich wird der Täter schnell gefasst. In Gedanken bei allen, die gerade vor Ort sind.“

https://www.focus.de/panorama/welt/solingen-drei-tote-bei-messer-terror-auf-stadtfest-sek-teams-jagen-fluechtigen-taeter_id_260251117.html
◯ **Live** Messer-Anschlag in Solingen im NewstickerInterner Polizeibericht: Zeuge hörte „Allahu Akbar“-Ruf von Täter
Teilen
487

- Kommentare
- E-Mail
- Teilen
- Mehr

FOCUS online/Wochit Tote und Verletzte nach Messerattacke auf Stadtfest - Täter auf der Flucht

- FOCUS-online-Redakteur **Julian Witzel**
- FOCUS-online-Redakteur **Maik Mosheim**
- FOCUS-online-Autor **Jonathan Bernsdorf**
- FOCUS-online-Reporter **Axel Spilcker**

Samstag, 24.08.2024, 17:24
Bei einer Attacke auf der 650-Jahr-Feier der Stadt Solingen hat es drei Tote und mehrere Verletzte gegeben. Der Täter ist auf der Flucht. Ein 15-Jähriger wurde im Zusammenhang mit der Tat festgenommen. Ermittler fanden ein blutverschmiertes Messer in einem Mülleimer. Alle Entwicklungen im Newsticker.

- *Am Freitagabend kam es auf der 650-Jahr-Feier in Solingen zu einem Messerangriff, drei Menschen sind tot, mehrere schwerverletzt.*
- *Der Täter ist noch auf der Flucht. Er habe sehr gezielt auf den Hals seiner Opfer eingestochen.*
- *Die Polizei hat einen 15-Jährigen im Zusammenhang mit der Tat festgenommen (15.15 Uhr)*
- *Die Opfer sind zwei Männer und eine Frau (15.08)*
- *FOCUS-online-Reporter Niklas Golitschek und Frank Gerstenberg sind vor Ort.*

Polizeibericht: Zeuge hörte den Täter angeblich „Allahu Akbar“ rufen

17.25 Uhr: Laut einem internen Polizeibericht, welcher der **„Welt am Sonntag“** vorliegt, soll der Täter bei der Ausführung der Tat angeblich „Allahu Akbar“ gerufen haben. Dies habe ein verletzter Zeuge angegeben. „Allahu Akbar“ ist ein zentraler Ausspruch im Islam. Terroristen verwenden diesen Schlachtruf häufig, der übersetzt in etwa „Gott ist groß“ bedeutet.

“Von einem bei der Tat verletzten Zeugen wurde angegeben, dass man den unbekannten Tatverdächtigen ‚aus Solingen kenne’ und dieser auch Besucher einer örtlichen Moschee sei. Ein Zeuge berichtete, dass der Tatverdächtige bei seinen Tathandlungen ‚Allahu Akbar’ gerufen habe“, zitiert die „Welt am Sonntag“ aus dem internen Bericht der Polizei Solingen. Die Polizei gab auf der Pressekonferenz an, dass ein terroristisches Tatmotiv nicht ausgeschlossen werden kann.

Blutverschmiertes Messer in Rucksack gefunden - Täter „agierte brutal und abgebrüht“

17.05 Uhr: Auf das blutverschmierte Messer, das in einem Mülleimer nahe dem Tatort gefunden wurde, setzen die Ermittler große Hoffnungen. Die Waffe soll in einem Rucksack oder in einer Jacke gesteckt haben. Zeugen hatten angegeben, dass der Täter genau solche Utensilien getragen hätte. Mit Hochdruck suchen die Labortechniker des Landeskriminalamts DNA-Spuren an der Klinge, um womöglich auch Hinweise auf den Messerstecher zu gewinnen.

Die Ermittler, der auf inzwischen 250 Beamte aufgestockten Sonderkommission, glauben nicht an Zufallstreffer bei den Attacken. Vielmehr, so heißt es aus Sicherheitskreisen, „agierte der Täter brutal und abgebrüht“. Offenbar handelt es sich bei ihm um einen geübten Angreifer.

Bei der Suche nach dem Messerstecher haben die Staatsschützer so genannte Man-Trailer-Hunde eingesetzt, die mit Hilfe des aufgefundenen Messers den Fluchtweg rekonstruieren sollen. Zudem überprüfen die Ermittler vage Hinweise von Zeugen, die den Täter zuvor in zwei Moscheen gesehen haben wollen. Noch aber ist nicht klar, was an diesen Informationen dran ist.

https://www.pi-news.net/2024/08/islam-terror-in-frankreich-brandanschlag-auf-synagoge/

Islam-Terror in Frankreich – Brandanschlag auf Synagoge

24. August 2024

Nach einem Brandanschlag auf die Synagoge im südfranzösischen Badeort La Grand-Motte filmte

eine Überwachungskamera einen flüchtenden Mann mit rotem Keffiyeh-Tuch und einer Pali-Flagge um die Hüfte.
Am heutigen Samstagmorgen wurden vor der Beth-Yaacov-Synagoge im südfranzösischen La Grand-Motte, nahe Montpellier mindestens zwei Autos in Brand gesetzt, so Stéphan Rossignol, der Bürgermeister der Stadt. In einem der Fahrzeuge befand sich eine Propangasflasche, die eine Explosion auslöste.
Wie Le Figaro berichtet haben sich zurzeit des Anschlags fünf Personen in der Synagoge befunden, darunter ein Rabbiner. Ein Beamter der Stadtpolizei wurde verletzt, die anderen kamen mit dem Schrecken davon.
Auf Bildern einer Überwachungskamera ist ein flüchtender Mann zu sehen, der ein rotes Keffiyeh-Tuch (typisches Tuch der sogenannten Palästinenser) auf dem Kopf hatte. Um die Hüfte war eine Pali-Flagge gebunden. Laut der Nationalen Anti-Terror-Staatsanwaltschaft (PNAT) soll der Terrorist auch eine Waffe bei sich gehabt haben.
Aktuell gibt es eine Untersuchung wegen „versuchter terroristischer Morde“, „Zerstörung mit gefährlichen Mitteln im Zusammenhang mit einer terroristischen Vereinigung“ und bezüglich „Vereinigung terroristischer Krimineller mit dem Ziel der Vorbereitung von Verbrechen gegen Personen“. Die Ermittlungen seien u.a. der Unterdirektion für Terrorismusbekämpfung (SDAT) anvertraut worden, heißt es.
Wie üblich werden auch hier politische Phrasendrescher an den Tatort eilen. Neben Bürgermeister Stéphan Rossignol wolle sich auch der Präfekt des Departements, François-Xavier Lauch an den Ort des Geschehens begeben. Natürlich darf auch eine Bekundung, dass man jüdisches Leben besser schützen müsse nicht fehlen. In Frankreich ist es dafür aber längst zu spät. Viel zu lange Zeit wurde das Land mit Moslems aus aller Welt geflutet, die wohl schon sehr bald den Beutestaat ganz übernehmen werden. *(lsg)*

***nu

https://www.focus.de/panorama/welt/solingen-der-angreifer-von-solingen-sollte-abgeschoben-werden-doch-konnte-untertauchen_id_260251117.html
◯ **Live** Messer-Terror in Solingen im NewstickerIS veröffentlicht Video - Messer-Attentäter leistet darin angeblich Treueeid
Teilen
3081

- Kommentare
- E-Mail
- Teilen
- Mehr

dpa Tatverdächtiger Syrer sollte abgeschoben werden

- FOCUS-online-Redakteur **Julian Witzel**
- FOCUS-online-Redakteur **Maik Mosheim**
- FOCUS-online-Autor **Jonathan Bernsdorf**
- FOCUS-online-Reporter **Axel Spilcker**

Sonntag, 25.08.2024, 21:50
Bei einer Attacke auf der 650-Jahr-Feier der Stadt Solingen hat es drei Tote und mehrere Verletzte gegeben. Die Terrormiliz Islamischer Staat reklamierte die Tat für sich. In der Nacht auf Sonntag stellte sich der mutmaßliche Täter der Polizei. Alle Entwicklungen im Newsticker.

- *Am Freitagabend kam es auf der 650-Jahr-Feier in Solingen zu einem Messerangriff, drei Menschen sind tot, mehrere schwerverletzt.*
- *Der mutmaßliche Täter stellte sich am späten Samstagabend (23.50 Uhr)*
- *Er sollte Anfang 2023 abgeschoben werden, tauchte aber unter (10.19 Uhr)*
- *FOCUS-online-Reporter Niklas Golitschek und Frank Gerstenberg sind vor Ort.*

IS veröffentlicht Video - Attentäter leistet darin angeblich seinen Treueeid

21.47 Uhr: Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) hat zwei Tage nach dem tödlichen Messerangriff von Solingen ein Video veröffentlicht, das den Täter zeigen soll. In dem etwa einminütigen Video ist ein vermummter, jung wirkender Mann zu sehen, der ein langes Messer in die Kamera hält. Er leistet dem Anführer des IS darin auf Arabisch einen Treueeid und bezeichnet diesen mit dem Ehrentitel „Emir". Schon am Samstag hatte der IS die Tat mit drei Todesopfern für sich reklamiert.

Der Mann in dem IS-Video sagt, dass seine Attacke eine Vergeltung sei für die Tötung von Muslimen in **Syrien**, im Irak und in Bosnien. An seine Eltern gerichtet sagt er, sein Angriff sei auch ein Racheakt für die „Menschen in Palästina", die Massaker mit Unterstützung von „Zionisten" erleiden müssten - ein Verweis auf den Krieg zwischen **Israel** und der islamistischen Hamas im Gazastreifen.

Der IS teilte über seine Propagandakanäle im Internet mit, vom Täter des Messerangriffs von Solingen Videos erhalten zu haben. Wann das Video aufgenommen wurde und ob es sich beim darin gezeigten Mann um den Täter handelt, konnte zunächst nicht überprüft werden. Der Mann nennt sich in dem Video Samarkand A. - möglicherweise ein Kampfname - und sagt, er stamme aus Dair as-Saur im Osten Syriens, wo Zellen der Terrormiliz bis heute aktiv sind und Anschläge verüben.

Der mutmaßliche Täter von Solingen, ein 26-jähriger Syrer, hatte sich am Samstagabend gestellt und sitzt inzwischen in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm vor, sich dem IS angeschlossen zu haben. Wegen seiner radikal-islamistischen Überzeugungen habe er den Entschluss gefasst, auf dem Solinger Stadtfest eine möglichst große Anzahl aus seiner Sicht ungläubiger Menschen zu töten. Der von den Ermittlern genannte Name ist ein anderer als der in dem Video.

Am Abend versammeln sich plötzlich Demonstranten vor Flüchtlingsheim in Solingen

20.20 Uhr: Um Trauer, Mitgefühl oder den Anschlag geht es am Sonntagabend längst nicht mehr. Was sich vorher bereits in den Sozialen Medien gezeigt hatte, tragen Demonstranten rechter und linker Gruppen nun in Solingen auf die Straße. Die Jugendorganisation der **AfD**, Junge Alternative, duldet auf ihrer Kundgebung am Rande auch Teilnehmer, die die Kaiserflagge auf ihrem T-Shirt tragen. Von linken Gruppierungen, zahlenmäßig deutlich präsenter, kommen die altbekannten Parolen. Während ein Teilnehmer der JA-Kundgebung ihnen die Mittelfinger entgegenstreckt, tritt er rückwärtsgehend auf die Grablichter, die seine Gruppe erst aufgestellt hatte.

Die Polizei behält die Lage unter Kontrolle und verhindert Ausschreitungen. Am Abend versammelt sich noch eine größere Gruppe vor der Flüchtlingsunterkunft an der Goerdelerstraße, um Solidarität mit den Flüchtlingen zu zeigen.

Drei Demonstrationen in Solingen - „Kein Platz für Islamismus und Faschismus"

17.01 Uhr: In Solingen komm es nach dem Messer-Anschlag am Sonntag zu drei Demonstrationen. So beginnt um 17 Uhr die Kundgebung „Wuppertal stellt sich quer". Sie will eine Gegendemonstration gegen die um 18 Uhr beginnende Kundgebung unter dem Motto „Remigration rettet Leben"der Jungen Alternative, die Jugendorganisation der AfD, starten. „Kein Platz für Islamismus und Faschismus", teilt das Aktionsbündnis aus Wuppertal mit.

In Solingen kommt es am Sonntag zu mehreren Demonstrationen.

Außerdem hat ebenfalls um 17 Uhr die MLPD zu einer Demo aufgerufen. Die Organisation wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Sie soll „streng maoistisch-stalinistisch ausgerichtet" sein und „die Abschaffung des demokratischen Verfassungsstaates" fordern.

Tatverdächtiger nach Solinger Messerangriff in U-Haft

16.31 Uhr: Der Tatverdächtige im Fall des Solinger Messerangriffs mit drei Toten kommt in Untersuchungshaft. Ein Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe habe Haftbefehl unter anderem wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und wegen Mordes erlassen, teilte die Bundesanwaltschaft mit.

Der Syrer teile die Ideologie der Terrorvereinigung IS und habe sich ihr zu einem derzeit nicht genau bestimmbaren Zeitpunkt vor dem 23. August angeschlossen, heißt es in der Mitteilung. Wegen seiner radikal-islamistischen Überzeugungen habe er den Entschluss gefasst, auf dem Solinger Stadtfest eine möglichst große Anzahl aus seiner Sicht ungläubiger Menschen zu töten, so die Behörde.

Privat Issa al H. wurde wegen des Anschlags in Solingen festgenommen. Er wird am Bundesgerichtshof vorgeführt.

Nach Messer-Anschlag: Scholz besucht am Montagvormittag Solingen
16.17 Uhr: Nach dem Messeranschlag in Solingen mit drei Toten besucht Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Stadt. Er werde am Montagvormittag dorthin fahren, bestätigte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Sonntag der Nachrichtenagentur AFP in Berlin. Einzelheiten zu dem Besuchprogramm des Kanzlers wurden noch nicht genannt. Weitere Informationen wollte die Bundesregierung demnach aber im Laufe des Sonntagnachmittags veröffentlichen.
Verdächtiger will offenbar aussagen
15.55 Uhr: Derzeit wird dem Beschuldigten Issah al Hassan am Bundesgerichtshof in Karlsruhe der Haftbefehl verkündet. Es geht unter anderem um dreifachen Mord und der Mitgliedschaft beim in einer ausländischen terroristischen Vereinigung. Nach der Haftvorführung soll der Terrorverdächtige nach NRW zurückgebracht werden, um eine Aussage zu machen. Nach FOCUS-online-Informationen soll der Beschuldigte bereits nach seiner Festnahme seine Aussagebereitschaft bekundet haben. Bisher fanden sich keine konkreten Hinweise, dass der Syrer ein IS-Mitglied sein soll. Weder ist ein Treueid belegt, noch haben die Terror-Garden ein Bekennervideo veröffentlicht. Die hiesigen Strafverfolger gehen davon aus, dass es sich um einen Terroristen handelte, der sich selbst radikalisierte und dann den Anschlag durchgeführt hat.
Bei der Durchsuchung in seinem Zimmer entdeckten die Staatsschützer ein Messerset, aus dem eine Klinge fehlte. Diese Lücke passte zu der Tatwaffe, die sich nahe dem Tatort in einem Mülleimer fand. Auch hatte der mutmaßliche Dreifachmörder seine Jacke auf der Flucht weggeworfen. Darin fand sich sein Ausweis. Die Jacke entdeckten die Ermittler erst am Samstagnachmittag. Ein wichtiger Hinweis auf der Suche nach dem mutmaßlichen Attentäter. Allerdings war zunächst nicht nicht klar, ob es sich um den Täter handeln könnte. Letzte Gewissheit verschafften Man-Trailer-Hunde, die auf die Personen- und Tiersuche spezialisiert sind. Die Tiere verfolgten die Fluchtspur bis zum Asylheim in der Solinger City und schlugen dort an, in dem al Hassan lebte.
Verdächtiger von Solingen trug an einer Hand einen Handschuh
15.34 Uhr: Der Tatverdächtige im Fall des Solinger Messeranschlags wurde per Helikopter nach Karlsruhe geflogen. Zwei schwer bewaffnete Polizisten in Spezialausrüstung brachten den barfüßigen Mann zu einer Wagen-Kolonne. Einer der Beamten drückte den Kopf des auch an den Füßen gefesselten Tatverdächtigen nach unten. In dieser gebückter Haltung machte der Mann kaum selbst

einen Schritt, die Einsatzkräfte trugen ihn zu den Fahrzeugen. Zu sehen war auch, dass er an seiner linken Hand einen weißen Handschuh trug.

Verdächtiger von Solingen-Anschlag in Karlsruhe

14.42 Uhr: Der Tatverdächtige im Fall des Solinger Messeranschlags ist in Karlsruhe, um einem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof (BGH) vorgeführt zu werden. Dieser muss entscheiden, ob der Mann unter anderem wegen möglicher Mitgliedschaft in der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und Mordes in Untersuchungshaft kommt.

dpa Der mutmassliche Täter des Messerangriffs von Solingen wird von einem Hubschrauber zu einer Wagenkolonne geführt.

Mutmaßlicher Attentäter beging bei Flucht wohl folgenschweren Fehler

13.24 Uhr: Wie die „Bild" berichtet, beging der Tatverdächtige Issa al H. bei seiner Flucht vom Tatort in Solingen einen für ihn schweren Fehler. Demnach entsorgte der mutmaßliche Attentäter seine blutverschmierte Jacke, vergaß dabei aber sein Geldbeutel und seine Papiere herauszunehmen. Das Messer warf er in eine Mülltonne.

Als die Polizei die Jacke und das Messer fand, hatte sie also ein genaues Bild des Täters und wusste, nach wem sie wo suchen musste. Das soll der „Bild" zufolge auch der Grund sein, warum es keine öffentliche Fahndung nach dem 26-Jährigen gab. Der Verdächtige versteckte sich einige Stunden lang in einem Hinterhof, stellte sich dann aber der Polizei.

Verdächtiger von Solingen-Anschlag auf Weg nach Karlsruhe

12.56 Uhr: Nach der Messerattacke von Solingen mit drei Toten ist der Tatverdächtige in Solingen mit dem Auto abtransportiert worden, um mit einem Helikopter weiter nach Karlsruhe gebracht zu werden. Er soll dort einem Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof (BGH) vorgeführt werden. Bilder zeigen, wie Beamte den Mann zu einer schwarzen Audi-Limousine führen.

dpa

Klinikdirektor: Alle Opfer außer Lebensgefahr

11.51 Uhr: Der Direktor der Klinik in Solingen, Thomas Standl, erklärt im Fernsehinterview mit der „Welt", dass alle Opfer außer Lebensgefahr seien. „Alle vier noch stationär behandelten Patienten sind über den Berg", so Standl.

„Ich komme gerade von der Visite auf der operativen Intensivstation, wo zwei Patienten – einer davon auch bis vor kurzem – noch beatmet wurde." Die künstliche Beatmung sei nun aber nicht mehr notwendig.

Gedenkgottesdienst in Solingen: Kirchenvertreter fassungslos nach Anschlag

10.41 Uhr: Superintendentin Ilka Werner und Stadtdechant Michael Mohr halten den Gedenkgottesdienst in der Lutherkirche in Solingen, die wenige Meter vom Tatort Fronhof entfernt liegt. Die Kirche ist bis auf den letzten Platz gefüllt. „Wir hatten uns auf einen schönen ökumenischen Gottesdienst gefreut", sagt eine Pfarrerin. „Stattdessen trauern wir. Die Kirche ist heute ein Schutzort."

„Was bedeutet das alles für Solingen? Wer wird wen beschuldigen?", seien die Fragen, die sich die Solingerinnen und Solinger stellten. Und: „Was und wer ist der Mensch?" Überall ploppten „zu einfache Antworten auf", die ihren Schaden anrichteten. Dies müssten die Menschen nun aushalten. Eine Journalistin habe von ihr wissen wollen, was die Kirche nun tue. „Wir versuchen, die Menschen zusammenzubringen, deswegen gab es das Fest der Vielfalt". Andere Antworten habe sie nicht. Das klinge verzweifelt, habe die Journalistin gesagt. Das sei es auch. Im Moment herrsche „Verzweiflung", sagte sie. „Wir können es im Moment Gott nur vor die Füße kippen", sagte sie in ihrer flammenden, wütenden Anklage gegen das Attentat von Solingen am Freitag.

Mutmaßlicher Solingen-Täter sollte abgeschoben werden, doch tauchte ab

10.19 Uhr: Der mutmaßliche Täter von Solingen, Issa Al Hassan, sollte Anfang 2023 nach Bulgarien abgeschoben werden. Das erfuhr FOCUS online. Es gab sogar bereits einen Abschiebetermin.

Doch dann tauchte der 26-jährige Syrer unter und erst sechs Monate später wieder auf. Als er sich wieder bei den Behörden meldete, wurde er in der Flüchtlingsunterkunft in der Solinger Innenstadt untergebracht. In seinem Zimmer fand sich die Messerhülle der Tatwaffe.

Polizeikreise: In Solingen Festgenommener trug blutbefleckte Kleidung

09.36 Uhr: Der am Samstagabend in Solingen festgenommene Tatverdächtige soll nach dpa-Informationen blutverschmierte Kleidung getragen haben. Der Mann hatte sich einen Tag nach dem tödlichen Messerangriff in Solingen gestellt.

Solingen-Ermittlungen wegen Verdachts auf IS-Mitgliedschaft

08.59 Uhr: Nach der Messerattacke von Solingen mit drei Toten ermittelt die Bundesanwaltschaft auch wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) gegen den Tatverdächtigen. Das teilte eine Sprecherin der obersten deutschen Anklagebehörde der Deutschen Presse-Agentur in Karlsruhe mit.

Bericht nennt neue Details zu mutmaßlichem Solingen-Täter

08.50 Uhr: Der „Spiegel“ hat nun weitere Details zum festgenommenen mutmaßlichen Täter von Solingen veröffentlicht. Demnach heißt der 26-jährige Syrer Issa al H. und wurde im syrischen Deir al-Sor geboren. Laut dem Bericht kam er im Dezember 2022 nach Deutschland und stellte in Bielefeld seinen Asylantrag. Ein Jahr später erhielt er dann subsidiären Schutz, ein Status, der Geflüchteten international Schutz gewährt, wenn weder Flüchtlingsstatus noch Asylberechtigung gewährt werden können. Häufig erhalten ihn Geflüchtete aus Bürgerkriegsländern.

Issa al H. war den Behörden laut „Spiegel“ bislang nicht bekannt. Er soll sunnitischer Muslim sein.

Behörde: Bundesanwaltschaft übernimmt Solingen-Ermittlungen

08.35 Uhr: Nach der Messerattacke von Solingen mit drei Toten hat nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft die Bundesanwaltschaft als oberste deutsche Anklagebehörde die Ermittlungen übernommen. Das teilte die Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf der Deutschen Presse-Agentur mit.

Syrer (26) kam im Dezember 2022 nach Deutschland

00.31 Uhr: Nach „Spiegel“-Angaben handelt es sich bei dem Tatverdächtigen um einen 26-jährigen Syrer, der Ende Dezember 2022 nach Deutschland kam und einen Antrag auf Asyl stellte. Den Sicherheitsbehörden war er nach „Spiegel“-Informationen bislang nicht als islamistischer Extremist bekannt. Diese Informationen wurden der Deutschen Presse-Agentur bestätigt.

Syrer (26) stellt sich der Polizei - und gesteht Messer-Anschlag in Solingen

23.50 Uhr: Der Messer-Angreifer von Solingen hat sich der Polizei gestellt. Blutbeschmiert soll er auf eine Polizeistreife zugegangen sein und gesagt haben: „Ich bin der, den ihr sucht.“ Das berichtet „Bild“. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) gab in den **ARD**-"Tagesthemen" die Festnahme bekannt und sprach von einem „wirklich Verdächtigen“, den man den ganzen Tag gesucht habe.

Bei dem Festgenommenen soll es sich um einen Zeugen handeln

22.25 Uhr: Die Polizei bestätigte mittlerweile die Festnahme einer Person in dem Flüchtlingsheim in der Solinger Innenstadt. Details zu den Personalien des Mannes nannten die Ermittler allerdings nicht. Der „Spiegel“ berichtete, dass die Einsatzkräfte in der Flüchtlingsunterkunft lediglich einen Mann abgeführt hätten, der als mutmaßlicher Zeuge vernommen werde. Der Tatverdächtige sei weiter flüchtig. Eine Polizeisprecherin sagte dazu, sie könne nur die Festnahme eines Mannes aus der Unterkunft bestätigen.

Wie das „Solinger Tagblatt“ berichtet, wurde der Festgenommene durch den Hintereingang des Gebäudes abgeführt.

Trauergottesdienst am Sonntag nach Messer-Anschlag in Solingen

22.03 Uhr: In Gedenken an die Opfer des tödlichen Messer-Anschlags in Solingen soll es am Sonntagmorgen einen ökumenischen Gottesdienst in der evangelischen Stadtkirche geben. Ab 10.00 Uhr gebe es dort „einen geschützten Raum für alle, die mittrauern, mitsingen und mitbeten wollen“, sagte Stadtdechant Michael Mohr der Deutschen Presse-Agentur.

Die Kirche liegt unweit vom Tatort, wo am Freitagabend bei einem Stadtfest drei Menschen getötet worden waren. Schon am Samstagabend gab es in der Solinger Fußgängerzone eine Andacht, an der Hunderte um die Opfer trauernde Menschen teilnahmen.

Polizei Düsseldorf erhielt ein Bekennerschreiben des IS

21.05 Uhr: Auch die Polizei Düsseldorf erhielt nach eigenen Angaben ein Bekennerschreiben des IS zu dem Messerangriff in Solingen. Jetzt müsse geprüft werden, ob dieses Schreiben echt sei, sagte ein Polizeisprecher.

Es ist Terrorismusexperten zufolge das erste Schreiben einer Selbstbezichtigung des IS für einen Angriff in Deutschland seit 2016. Bei dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz war der Islamist Anis Amri mit einem Lastwagen in eine Menschenmenge gerast. 13 Menschen kamen ums Leben, Dutzende wurden verletzt. Nach Angaben des IS handelte der Attentäter in deren Auftrag.

Polizei und SEK stürmen Flüchtlingsheim - Syrer festgenommen

20.40 Uhr: Im Zusammenhang mit dem Messerangriff in Solingen mit drei Toten hat die Polizei mit starken Kräften eine Flüchtlingsunterkunft in der Innenstadt betreten. „Wir haben Hinweise erhalten, und aufgrund dessen führen wir gerade polizeiliche Maßnahmen durch“, sagte ein Polizeisprecher. Auch ein Spezialeinsatzkommando sei im Einsatz.

Nach Informationen der „Bild“ sei bei dem Einsatz ein Syrer festgenommen worden. Der Bereich werde von einer Hundertschaft abgesperrt.

Terrormiliz IS bekennt sich zu Anschlag in Solingen

20.28 Uhr: Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) hat den tödlichen Messerangriff von Solingen für sich beansprucht. Der Angreifer sei IS-Mitglied gewesen und habe die Attacke, bei der drei Menschen getötet und acht schwer verletzt wurden, aus „Rache für Muslime in Palästina und anderswo“ verübt, hieß es in einer Mitteilung beim IS-Sprachrohr Amak.

Hunderte trauern bei Andacht in Solingen

20.08 Uhr: In der Solinger Fußgängerzone hat es am Abend eine Andacht gegeben, an der Hunderte um die Opfer trauernde Menschen teilgenommen haben. Viele kamen mit Blumen und Kerzen. Der Solinger Stadtdechant Michael Mohr sagte: „Die Stadt ist heute eine andere als sie gestern war“. Viele Menschen hätten am Ort des Anschlags Vereinsschals, Kuscheltiere, Briefe und andere Botschaften der Verbundenheit niedergelegt.

„Worte zu finden, ist fast unmöglich - Gesten zeigen nicht“, sagte Mohr. Die evangelische Superintendentin Ilka Werner hob ebenfalls die Trost spendende Gemeinschaft hervor. „Wie gut, dass Ihr da seid“, sagte sie. Auf dem Platz standen mehrere mit lila Westen gekennzeichnete Seelsorger bereit. Die Andacht war begleitet von ruhiger Musik.

Laut ZDF verdichten sich die Hinweise auf eine politisch motivierte Tat

19.47 Uhr: Bei dem Anschlag in Solingen verdichten sich nach Informationen des **„ZDF**“ die Hinweise auf eine politisch motivierte Tat. „Nach meinen Informationen deutet vieles darauf hin, dass hier ein junger Mann im Namen des IS, im Namen des Islamischen Staates gemordet haben könnte“, sagt Sarah Tacke, Leiterin der Redaktion Recht und Justiz. Dabei nennt sie aber keine Quellen. „Genau dieser Spur gehen die Ermittler aktuell nach und wollen genau das herausfinden, ob dem so ist“, so Tacke weiter.

Die Staatsanwaltschaft teilte bei einer Pressekonferenz am Samstag mit, dass ein terroristischer Hintergrund nicht ausgeschlossen werden kann. Ein anderes Motiv habe man bisher nicht erkennen können, sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Markus Caspers.

Chef der Polizeigewerkschaft: Deshalb verraten Ermittler keine Details zum Täter

18.55 Uhr: Im Interview mit FOCUS online erklärt Michael Mertens, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, warum Ermittlungen unter „Ausschluss der Öffentlichkeit“ laufen: „Wir wollen nicht den Täter schlau machen, sondern ihn fassen.“ Dies habe derzeit „absolute Priorität“. Dafür müsse auch die Information der Öffentlichkeit „dahinter zurückreten“, so Mertens gegenüber FOCUS online.

Er dementiert nicht, dass es sich bei dem Täter „vermutlich um einen jüngeren Mann“ handele. „Mehr wissen wir nicht.“ Dass er in der Dunkelheit unerkannt entkommen sei, sei nicht ungewöhnlich. „Bei einem Konzert konzentrieren sie sich auf die Musik, nicht auf ihren Nachbarn.“

Michael Mertens, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, an Gedenkstelle wenige Meter vom Tatort entfernt.

Die Tat werfe Fragen zum Schutz der Gesellschaft auf: „Die einen fühlen sich bei einem großen Polizeiaufgebot sicher“, so Mertens, „ die anderen befürchten, dass etwas Gefährliches los ist“. Dennoch müssten die Sicherheitskonzepte überdacht werden. „Auch über den Datenschutz müssen wir sprechen. Ich bin offen dafür“, so Mertens gegenüber FOCUS online. Denn eines dürfe nicht passieren: "Wir dürfen uns nicht die Freude am Leben nehmen und die offene Gesellschaft kaputt machen lassen". Dies sei zwar „hart zu sagen“ nur einen Tag nach dem Anschlag, aber dies müsse das Ziele sein: „Sonst haben die Feinde der offenen Gesellschaft gewonnen.“

Reul kündigt mehr Polizeipräsenz in ganz Nordrhein-Westfalen an

18.15 Uhr: Innenminister Herbert Reul sagte am Samstagabend bei einem Statement in Solingen, dass die Polizeipräsenz im ganzen Land NRW erhöht wird. „Es ist Zeit, wieder mehr Präsenz zu zeigen", sagte Reul. Dies betreffe vor allem Veranstaltungen mit vielen Besuchern. Zudem sollen auch mehr Einsatzkräfte eingesetzt werden.

Frau beschreibt den Moment nach dem Anschlag: Es herrschte „gespenstische Ruhe“

18.03 Uhr: Eine Kellnerin einer Kneipe sagte gegenüber FOCUS online, dass sie der Anschlag „sehr mitgenommen“ habe. Gestern wollte sie mit einer Freundin auch zuerst zum Konzert von Suzanne Köcher gehen, doch dann hätten sie sich anders entschieden. „Wir haben nur eine kleine Runde gemacht und sind dann um 21 Uhr zu ihr gegangen.“ Kurz danach kamen die Nachrichten. Sie wollte dann um 22.30 Uhr mit dem Bus nach Hause fahren, doch der kam nicht. „Es war alles so still, die Leute gingen ganz ruhig die Straße lang“, sagt die Kellnerin. Es herrschte eine „gespenstische Ruhe“.

Polizeibericht: Zeuge hörte den Täter angeblich „Allahu Akbar“ rufen

17.25 Uhr: Laut einem internen Polizeibericht, welcher der **„Welt am Sonntag“** vorliegt, soll der Täter bei der Ausführung der Tat angeblich „Allahu Akbar“ gerufen haben. Dies habe ein verletzter Zeuge angegeben. „Allahu Akbar“ ist ein zentraler Ausspruch im Islam und wird oft von Islamisten bei Terror-Anschlägen verwendet.

“Von einem bei der Tat verletzten Zeugen wurde angegeben, dass man den unbekannten Tatverdächtigen ‚aus Solingen kenne’ und dieser auch Besucher einer örtlichen Moschee sei. Ein Zeuge berichtete, dass der Tatverdächtige bei seinen Tathandlungen ‚Allahu Akbar’ gerufen habe“, zitiert die „Welt am Sonntag“ aus dem internen Bericht der Polizei Solingen. Die Polizei gab auf der Pressekonferenz an, dass ein terroristisches Tatmotiv nicht ausgeschlossen werden kann.

Blutverschmiertes Messer in Rucksack gefunden - Täter „agierte brutal und abgebrüht“

17.05 Uhr: Auf das blutverschmierte Messer, das in einem Mülleimer nahe dem Tatort gefunden wurde, setzen die Ermittler große Hoffnungen. Die Waffe soll in einem Rucksack oder in einer Jacke gesteckt haben. Zeugen hatten angegeben, dass der Täter genau solche Utensilien getragen hätte. Mit Hochdruck suchen die Labortechniker des Landeskriminalamts DNA-Spuren an der Klinge, um womöglich auch Hinweise auf den Messerstecher zu gewinnen.

Die Ermittler, der auf inzwischen 250 Beamte aufgestockten Sonderkommission, glauben nicht an Zufallstreffer bei den Attacken. Vielmehr, so heißt es aus Sicherheitskreisen, „agierte der Täter brutal und abgebrüht“. Offenbar handelt es sich bei ihm um einen geübten Angreifer.

Bei der Suche nach dem Messerstecher haben die Staatsschützer so genannte Man-Trailer-Hunde eingesetzt, die mit Hilfe des aufgefundenen Messers den Fluchtweg rekonstruieren sollen. Zudem überprüfen die Ermittler vage Hinweise von Zeugen, die den Täter zuvor in zwei Moscheen gesehen haben wollen. Noch aber ist nicht klar, was an diesen Informationen dran ist.

Zwei Trauerfeiern in Solingen geplant - Faeser und Wüst werden erwartet

16.58 Uhr: Zwei Trauerfeiern für die Opfer des Anschlags sind an diesem Wochenende in Solingen geplant. Das teilte der leitende katholische Pfarrer, Stadtdechant Michael Mohr, am Samstagnachmittag auf Anfrage der Katholischen Nachrichten-Agentur mit. Zum einen gebe es am Abend gegen 18.15 Uhr ein stilles Gedenken auf dem Neumarkt, zum anderen am Sonntagmorgen um 10 Uhr einen ökumenischen Gottesdienst in der evangelischen Stadtkirche unweit des Tatorts. Zum Gedenken am Abend würden unter anderem Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) erwartet. Man habe sich aber entschieden, anstelle von Reden und Stellungnahmen eine stille Feier mit Kerzen, Blumen und wenig Musik zu veranstalten, angeleitet von Pfarrer Mohr und Superintendentin Ilka Werner vom evangelischen Kirchenkreis Solingen.

Der festgenommen 15-Jährige soll in einer Flüchtlingsunterkunft leben

16.15 Uhr: Bei dem von der Polizei Festgenommenen soll es sich um einen 15-jährigen Kirgisen handeln. Darüber berichtet der „Spiegel“. Der Jugendliche soll in einer Flüchtlingsunterkunft leben und sich kurz vor der Tat mit dem mutmaßlichen Täter unterhalten haben. „Nach vorliegenden Zeugenaussagen soll eine bislang unbekannte Person kurz vor dem Angriff mit dem Jugendlichen über Absichten gesprochen haben, die zur Tatausführung passen würden“, teilte Oberstaatsanwalt Markus Caspers am Samstag in der Pressekonferenz mit.

Die Band Suzan Köcher‘s Suprafon meldet sich zu Wort

16.08 Uhr: Über Instagram meldete sich nun erstmals die Band Suzan Köcher‘s Suprafon zu Wort, die zum Zeitpunkt des Anschlags auf der Bühne am Fronhof stand. „Unser tiefstes Mitgefühl und Beileid gelten den Opfern, ihren Familien und Freund:innen sowie allen, die dieses schreckliche Ereignis miterleben mussten“, heißt es in dem Instagram-Statement. „Wir hätten niemals gedacht, dass wir diese Zeilen jemals schreiben müssen. Es fühlt sich absolut surreal an und es gibt keine Worte, die beschreiben können, was wir fühlen.“

Gegenüber dem “Solinger Tagblatt" sagte der Gitarrist Julian Müller: „Wir haben den Song zu Ende gespielt und plötzlich war der Platz leer.“ Dabei könne die Band nichts zur Tat sagen, „weil keiner von uns etwas gesehen hat.“ Der Gitarrist betont: „Wir stehen unter Schock und können noch immer nicht begreifen, was geschehen ist.“

„Heute steche ich alle ab“, soll Täter getönt haben

15.36 Uhr: Die beiden Zeuginnen, die den festgenommenen 15-Jährigen mit dem mutmaßlichen Täter sprechen gesehen haben wollen, haben nach FOCUS-online-Informationen gehört, wie der Unbekannte gegenüber dem Jugendlichen tönte: „Heute steche ich alle ab.“

Die gezielten Attacken auf den Hals zeugen von einem trainierten Angriff. Der Modus Operandi führt zu dem Verdacht, dass es sich um einen Terrorakt handelt.

https://www.derstandard.at/story/3000000233419/egal-ich-stech-direktor-ab-weckruf-aus-einem-schulsystem-ueber-dem-limit

Neues Buch

"Egal, ich stech Direktor ab": Weckruf aus einem Schulsystem über dem Limit

Der Islam allgegenwärtig, die Lage immer prekärer: Christian Klar, Mittelschuldirektor in Wien, schildert schonungslos, was in unseren Schulen los ist. Er tut es unaufgeregt, aber mit klarer Kante

Lisa Nimmervoll

23. August 2024, 05:00

Christian Klar ist seit 40 Jahren im Schuldienst. Politisch gehört er der ÖVP an, im roten Floridsdorf ist er Bezirksvorsteher-Stellvertreter.

Heribert Corn

Was so passiert in Wiener Schulen: **Ramazan wollte Yusuf umbringen, dem Direktor zuliebe aber "erst am Abend", schulisch war der Tschetschene gut. "Gut ist die Geschichte trotzdem nicht ausgegangen." Knapp vor dem Abschluss der Mittelschule fehlte er plötzlich. Auf Facebook haben ihn andere Kinder gefunden: Er kämpft jetzt in Syrien für den IS.**

Aleksandar, Schulwechsler wider Willen, whatsappte: "Egal, ich stech Direktor ab."

Habib und Abed haben eine Pistole.

Daria fühlt sich überfordert und schafft es in der Früh nicht, aufzustehen.

Aysha (15) hat gute Noten. Nach den Sommerferien ist sie verheiratet. Sie habe Glück, sagt sie dem Direktor. Ihr "Ehemann" (via Moschee) lebe bei seiner Familie in Graz, sie dürfe sogar nach Wien pendeln, um die Schule abzuschließen. Dann will er ihr die Schule doch verbieten und sie abholen

lassen. Das Mädchen bittet die Schule um Hilfe, die informiert die Polizei. "Die Abholung gelingt nicht. Aysha bleibt in Wien. Sie kann die Schule abschließen." Danach geht der Kontakt verloren.

Turpal (15) öfter strafrechtlich auffällig, verweigert das Gespräch mit einer Polizistin, nur mit dem männlichen Beamten redet er.

Marlene ist immer wieder abgängig und kommt in eine Wohngemeinschaft. Ihr Betreuer sagt: "Marlene hat größere Probleme als ihre Schulpflicht. Vielleicht schaffen wir es irgendwann, sie wieder in die Schule zu bringen."

Valtons Hefte sind katastrophal. Was sagt Mama? "Gar nichts, weil ich kann nicht lesen und nicht schreiben." Ihr Sohn scheitert dreimal an der dritten Klasse. Schulpflicht erfüllt. Er findet eine Lehrstelle. "Manchmal treffe ich ihn dort, er ist zufrieden und bewährt sich in seiner Arbeit weit besser als in der Schule."

Schaffen wir das?
Alles Beispiele dafür, "was so passiert", wie ein Kapitel im demnächst erscheinenden Buch Was ist los an unseren Schulen? (Seifert-Verlag) von Christian Klar heißt. Der Direktor einer Mittelschule in Floridsdorf – 90 Prozent der Kinder haben Migrationshintergrund – legt eine Bestandsaufnahme vor, unaufgeregt, aber mit klarer Kante. Sein Schulreport zeigt ein Schulsystem über dem Limit.

Ein Plakat, in dem in bunten Buchstaben geschrieben steht:
Der Wiener Mittelschuldirektor Christian Klar fragt in seinem Buch, ob in sogenannten Brennpunktschulen mit hohem Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund Integration noch gelingen kann: "Oder ist die Schule damit überfordert?"
Heribert Corn
Er zeichnet eine Entwicklung nach, vor der er erstmals, so schreibt er, im STANDARD gewarnt hat. Gerald John titelte im November 2015: "Schuldirektor warnt vor Radikalismus: ‚Der Islam ist ein echter Jugendkult'". Jetzt ein "Weckruf". Aus "Wir schaffen das!" sei längst "Schaffen wir das?" geworden.

Klar (Jg. 1962) macht da weiter, wo seine Berufskollegin Susanne Wiesinger 2018 mit Kulturkampf im Klassenzimmer. Wie der Islam die Schulen verändert für viel Aufregung gesorgt hat. Er nimmt einen neuen Anlauf, Politik und Gesellschaft den Ernst der Lage zu vermitteln, denn: "Schule ist ein Ausblick auf unsere Gesellschaft von morgen."

Wiesinger kam aus der SPÖ, Klar ist in der ÖVP-Bezirkspolitik aktiv. Er studiert Lehramt für Mathematik und Sport, unterrichtet in einer öffentlichen Hauptschule in Floridsdorf. Dann zwölf Jahre jüdische Privatschule, neun in einer Polytechnischen Schule, zwei an der Pädagogischen Hochschule und 2012 Rückkehr nach Floridsdorf als Direktor an die, wie sie heute heißt, Franz-Jonas-Europaschule.

Nach fast 40 Jahren im Schuldienst konstatiert er: "Nationalismus, Rassismus und religiöser Fanatismus werden immer stärker." Der Islam sei "allgegenwärtiges Thema".

Plötzlich "zum Schutz" verschleiert
Aziza taucht plötzlich vollverschleiert auf. Ihr Vater, vor den Taliban aus Afghanistan geflohen, wusste nichts davon. Als er sie in der Schule wähnte, war sie in der Moschee. Schule und Vater ziehen ein "engmaschiges" Kontrollnetz um das Mädchen. Bis zum Abschluss erscheint sie nicht mehr in Vollverschleierung. **"Heute sind Niqab und Abaya für viele Mädchen bereits Standard, mit Mühe kann ich dafür sorgen, dass man in der Schule wenigstens das ganze Gesicht sieht." Immer wieder sagen Mädchen, sie tragen es "zum Schutz". Vor Hamza zum Beispiel.**

Im Brennpunkt: An Christian Klars Mittelschule in Floridsdorf haben 90 Prozent der Kinder Migrationshintergrund, mehr als die Hälfte sind muslimisch.
Heribert Corn

Hamza hat auf seinem Handy eine App, aus der ein arabischer Ruf zum Gebet ertönt. Klar fordert ihn auf, es auszuschalten. "Haben Sie etwas gegen den Islam?" Nein, nur etwas gegen die Störung des Unterrichts. Die erziehungsberechtigte Tante wird vorgeladen. Der Direktor beharrt auf den Schulregeln. Der 16-Jährige ist nicht mehr schulpflichtig, die Tante erbittet Bedenkzeit. Einige Tage später meldet sie ihn ab. Bei der Abschlussfeier bedanken sich die Mädchen aus der Klasse: "Endlich war nicht ständig nur Islam Thema und was wir dürfen und was nicht, warum wir kein Kopftuch tragen, dass wir deshalb Huren sind und vieles mehr." Und vieles mehr. Etwa im Speisesaal.

Mohammed widerspricht dem Hinweis des Direktors an die Kinder, von denen viele "nie gelernt haben, richtig zu essen", die Gabel links und das Messer rechts zu nehmen. "Wir dürfen das nicht. Die linke Hand ist im Islam die schmutzige Hand, die darf man nicht zum Mund führen".

Klar erzählt von "Verachtung anderer Religionen" durch muslimische Schüler: ein zerbrochenes Kruzifix, eine angespuckte Bibel, verweigerte Regenbogenzebrastreifen ("Wir gehen nicht über den schwulen Übergang"). Aber sie selbst wollen den Gebetsteppich ausrollen und einen Gebetsraum in der Schule.

Religiöser "Schmutz" im Mund
Zeynep weigert sich, alle fünf Weltreligionen aufzuzählen. Vier nennt sie. Das Judentum nicht. "Mein Mund wird schmutzig."

Katalyna verurteilt in einem Referat den Terroranschlag auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo. "In der Pause wird sie von mehr als fünfzig Kindern eingekreist, beschimpf und bedroht." Sie habe Mohammed beleidigt.

Klar fordert klare Regeln und Sanktionsmöglichkeiten: "Integration heißt Anpassung, woran, muss die Schule vorgeben." Er ist für Deutschförderklassen und pocht auf Deutsch im gesamten Schulbereich. In seiner Schule gilt seit einem digital angeheizten Mobbingfall absolutes Handyverbot.

Er möchte Mehrstufenklassen, wo "überaltrige" Kinder, die in den Regelklassen unangenehm auffallen, zusammengefasst und auf ihrer jeweiligen Schulstufe unterrichtet werden. Er wäre für Verhaltensnoten und neue Beurteilungskategorien wie Arbeitshaltung. Christian Klar erzählt von der Sehnsucht nach "ein bisschen normaler Schule" – von Kindern und Lehrkräften.
Kleines Schulglück in der Direktion
Er schreibt über Integration – auch von Integrationskindern wie Larissa, der das Lernen schwerfiel, die aber mit Freude bei ihm in der Direktion Fußballpickerln sortierte. "Manchmal war es nicht leicht mit ihr, aber sie war ein Teil der Klasse, ein Teil der Schule." Oder Burak, brav, gut integriert, lerntechnisch aber war alles zu schwer für ihn – und dann begann er eine geförderte Lehre als Gärtner.
Klar schreibt aber auch über Grenzen von Integration, weil ein Kind gewickelt werden muss, mit Scheren um sich wirft oder vom Fensterbrett springen will. Er berichtet von verzweifelten Müttern und Vätern und von gleichgültigen, von (sprachlich) überforderten oder auch unwilligen Eltern.
Und immer wieder sein Büro, wo Kinder zur Ruhe kommen (müssen): "Er verbringt viel Zeit bei mir in der Direktion." Wo er Lösungen mit ihnen sucht und Grenzen setzt, auf Regeln beharrt, Konsequenz zeigt und Konsequenzen klarmacht.
Die Hoffnung, die nur Schule geben kann
Es ist ein Buch über die Kinder von nebenan, die verloren gehen oder sich verlieren, die wiedergefunden werden oder sich finden, die an falsche Freunde geraten, straucheln, abstürzen –

oder doch noch die Kurve kriegen, weil sie den richtigen Menschen begegnen. Auch und vor allem in der Schule. Ihren Lehrerinnen und Lehrern, Direktoren wie Christian Klar.
Er – und das ist der Hoffnungsschimmer, den nur die Schule erzeugen kann – erzählt auch Geschichten vom Gelingen. Wie die von Rasim: Schulstörer, Rapper, Islamist, heute Versicherungsvertreter. Er habe seinen Weg gefunden, hat er ihm erzählt. Sina und Edita studieren an der WU, Kerim kehrt als Lehrer in seine frühere Schule zurück. Oder Aaron, der seinen Ex-Direx in einer Bar anspricht und zu seinen Kumpels sagt: "Der Strengste und der Beste! Was wir alles erlebt haben, es war die schönste Zeit unseres Lebens!"

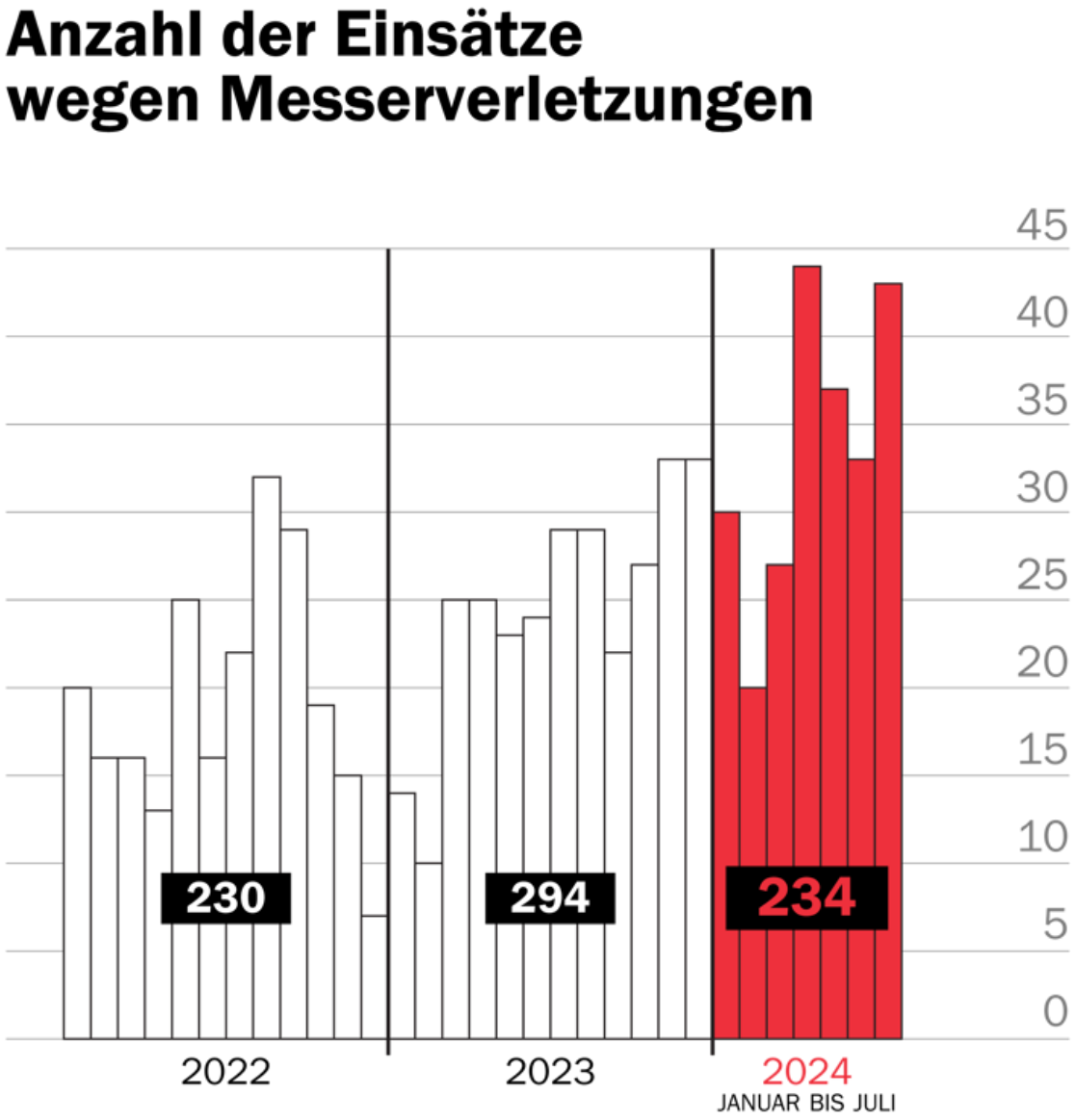
Diese jungen Menschen meint Christian Klar, wenn er sagt: **"Die Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft, aber auch ein Ort, an dem man noch steuern kann, wenn man den Mut hat, für seine Haltung einzutreten, statt verzweifelt aufzugeben. Das Buch soll Mut machen, aufzustehen, es soll aber auch eine Warnung sein, wohin wir uns gerade entwickeln."** (Lisa Nimmervoll, 22.8.2024)

https://www.focus.de/panorama/welt/staatsanwaltschaft-ermittelt-syrer-15-soll-12-jaehrige-im-braunschweiger-schwimmbad-vergewaltigt-haben_id_260281333.html
Staatsanwaltschaft ermitteltSyrer (15) soll 12-Jährige im Braunschweiger Schwimmbad vergewaltigt haben
Der 15-Jährige soll die 12-Jährige laut der Staatsanwaltschaft zunächst im Wasser belästigt haben, um sie im Anschluss in der Umkleidekabine zu vergewaltigen. (Symbolbild)
Dienstag, 03.09.2024, 22:01
Schwere Vorwürfe gegen einen 15-Jährigen: Der Junge soll in einem Braunschweiger Schwimmbad ein 12-jähriges Mädchen vergewaltigt haben. Dies berichten mehrere Medien. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.
Bei dem 15-Jährigen soll es sich um einen Syrer handeln - dies berichtet die „Bild“ und beruft sich dabei auf die „Braunschweiger Zeitung“. Zudem hat die Staatsanwaltschaft laut Informationen von „t-online“ Ermittlungen aufgenommen.
Syrer (15) soll 12-Jährige in Braunschweiger Schwimmbad vergewaltigt haben
Der 15-Jährige soll die 12-Jährige laut Staatsanwaltschaft zunächst im Wasser belästigt haben, um sie im Anschluss in der Umkleidekabine zu vergewaltigen.
Der Vorfall selbst soll bereits drei Wochen zurückliegen. Laut der „Braunschweiger Zeitung“ habe die Polizei den Vorfall zunächst bewusst nicht an die Öffentlichkeit gebracht, weil das Opfer der mutmaßlichen Vergewaltigung erst 12 Jahre alt ist.

https://www.msn.com/de-de/gesundheit/other/exklusiv-feuerwehr-berlin-muss-immer-mehr-messerverletzungen-versorgen/ar-AA1pX9vS?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=89ffa0861ffb482fa8dee50035798d98&ei=28
Exklusiv: Feuerwehr Berlin muss immer mehr Messerverletzungen versorgen
Artikel von Carola Tunk, Andreas Kopietz
Ärzte und Sanitäter müssen in Berlin immer mehr Messerverletzungen versorgen. Die meisten Berliner Kliniken – außer die Charité – machen ein Geheimnis daraus, wie viele Stich-

beziehungsweise Schnittverletzungen durch Messer sie in den vergangenen Jahren behandeln mussten.

Die Berliner Zeitung fragte deshalb bei der Feuerwehr nach und erhielt Zahlen, die auf einen erheblichen Anstieg der Messergewalt in Berlin hindeuten. Laut der Auswertung der Rettungseinsätze registrierte die Feuerwehr im Jahr 2022 insgesamt 230 Fälle. „Ausgewertet wurden Einsätze, bei denen das Meldebild auf eine Stich- oder Schnittverletzung durch eine fremde Person hinwies", teilte ein Feuerwehrsprecher mit. „Nicht berücksichtigt wurden Einsätze, bei denen die Ursache der Verletzung aufgrund des Meldebildes unklar war oder eine Selbstverletzung als Ursache gemeldet wurde."



Quelle: Berliner Feuerwehr© Uros Pajovic

Im Jahr 2023 hatte die Berliner Feuerwehr 294 Rettungseinsätze wegen Stich- oder Schnittverletzungen – 64 mehr als im Vorjahr. Und in diesem Jahr waren es bis Ende Juli bereits 234 Einsätze. Das ist eine Steigerung um 84 Fälle gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres und bereits jetzt deutlich mehr als im vorvergangenen Jahr.

Da die Feuerwehr Einsatzcodes verwendet, nach denen sie Rettungsmittel wie RTW oder Notarzt disponiert, konnte sie die Messerverletzungen aus ihren Daten herausfiltern.

Der Feuerwehrsprecher schränkt ein, dass es sich bei den dargestellten Daten um Einsätze handele, „bei denen ein Notfallgeschehen mit dem Gegenstand ‚Messer' durch Fremdeinwirkung hervorgerufen wurde". Für eine valide Auswertung müssten alle Einsätze und erfassten

Patientenprotokolle händisch ausgewertet werden. „Zahlreiche Faktoren haben entsprechend Einfluss auf die Datenbasis.“ Die dargestellten Daten bilden nach seinen Worten einen guten Überblick, seien jedoch unter dem Wissen von einer Dunkelziffer zu betrachten.
Im Klartext: Es dürfte noch weitere Messerverletzungen geben, die von der Feuerwehr nicht erfasst wurden. Denn mitunter kommt es vor, dass sich Verletzte selbst in die Notaufnahme schleppen oder eine Messerverletzung erst in der Klinik erkannt wird.
Auffällig ist, dass die monatlichen Zahlen im Sommer besonders hoch sind, wenn sich viele Menschen im Freien aufhalten. Dies korreliert mit der Zahl der Polizeieinsätze wegen Körperverletzungen oder Raubtaten in der Öffentlichkeit, die in der warmen Jahreszeit ebenfalls höher liegen.
Das Gesundheitssystem verwendet ein Diagnose-Kodierungssystem, den sogenannten ICD-Code. Auch Stichverletzungen werden damit erfasst. Doch der Krankenhausbetreiber Vivantes etwa teilte dieser Zeitung für das Neuköllner Urban-Krankenhaus mit, dass keine Daten zu Verletzten wegen Messerangriffen in den vergangenen Jahren vorlägen. Daten aus nur einem Krankenhaus wären ohnehin nicht repräsentativ, so ein Sprecher.
Die Berliner Charité hingegen teilte mit, dass im ersten Halbjahr 2024 so viele Stichverletzungen registriert worden seien wie sonst in einem ganzen Jahr: 50 bis 55 Messerstiche seien dort verzeichnet worden.
Auch andere Zahlen weisen auf eine steigende Zahl von Messerangriffen hin. Das geht aus noch unveröffentlichten Zahlen des Traumaregisters der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) hervor, über die die Berliner Zeitung in der vergangenen Woche berichtete.
Das Bundeskriminalamt registrierte 2023 in Deutschland 8951 Messerangriffe im Bereich gefährliche und schwere Körperverletzung (im Vorjahr: 8160 Fälle) und 4893 Fälle im Bereich Raub (Vorjahr: 4195). Damit stieg ihre Zahl jeweils gegenüber dem Vorjahr. In Berlin erfasste die Polizei 2023 insgesamt 3482 Fälle mit einem Messer als Tatmittel – 165 mehr als im Vorjahr.
Messerangriffe im Sinne der Erfassung sind für die Polizei solche Taten, bei denen der Angriff mit einem Messer angedroht oder unmittelbar gegen jemanden ausgeführt wird. Nach Aussagen von Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik sind Nichtdeutsche bei den Tätern überrepräsentiert. Die Gewalt sei jung, männlich und habe einen nichtdeutschen Hintergrund.
Angesichts der ansteigenden Messergewalt warb der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU, Burkard Dregger, für die von der CDU-SPD-Koalition geplanten Waffenkontrollzonen. Dafür soll eine Novelle des Polizeirechts die Rechtsgrundlage schaffen: „Der entscheidende Punkt ist, dass es nicht auf neue Verbote ankommt. Sondern es bedarf der Durchsetzung der bestehenden Verbote“, sagte Dregger am Dienstag der Berliner Zeitung.
Er wies damit Kritik von Linken und Grünen zurück, die von neuen und nicht durchsetzbaren Verboten sprachen. „Die Waffenkontrollzonen befähigen die Polizei, die bestehenden Messerverbote durchzusetzen und die verbotenen Messer einzuziehen, und zwar durch verdachtsunabhängige Kontrollen.“ Dregger weiter: Grüne und Linke beklagten, das gehe zu weit, und träumten von mehr Prävention und Sozialpolitik. „Das ist erwiesenermaßen nicht ausreichend.“

https://www.bild.de/politik/inland/zahlen-aus-nrw-gruppenvergewaltiger-zu-78-mit-migrationshintergrund-66d8742b2abf410d4e2f9867
Vornamen von Gruppenvergewaltigern enthüllt:
78 Prozent haben ausländische Wurzeln
05.09.2024 - 08:30 Uhr

Schockierende Zahlen aus NRW: Im vergangenen Jahr wurden in Deutschlands bevölkerungsreichstem Bundesland 209 Gruppenvergewaltigungen und Versuche von der Polizei erfasst. Jetzt liegt eine Statistik über die Herkunft der Täter vor.
Danach waren von den 155 Tatverdächtigen 84 Ausländer und 71 Deutsche. Die AfD-Landtagsabgeordneten Enxhi Seli-Zacharias (30) und Markus Wagner (60) fragten NRW-Innenminister Herbert Reul (72, CDU) auch nach den Vornamen der Verdächtigen.
Ergebnis: Die Tatverdächtigen mit deutschem Pass hören auf Vornamen wie Andreas, Gerhard oder Matthias – aber auch auf Bilal, Ibrahim oder Muhammed.
WELT (gehört wie BILD zur Axel Springer SE) berichtete zuerst. Die vorliegende Namensliste offenbart demnach, dass neben den 84 Ausländern auch 37 der 71 deutschen Staatsbürger unter den Tatverdächtigen im Jahr 2023 offenbar einen Migrationshintergrund haben, vor allem türkischer, aber auch arabischer, osteuropäischer oder italienischer Herkunft sind.
2022 wurden 246 Fälle registriert, mit 95 Tatverdächtigen – 56 davon hatten ausländische Pässe, 39 waren Deutsche, von denen 14 vermutlich einen Migrationshintergrund haben. 2021 waren es 171 Fälle mit 108 Verdächtigen, 75 davon mit vermutetem Migrationshintergrund.
Laut den Zahlen des Innenministeriums ist das Phänomen der Gruppenvergewaltigung in 78,1 Prozent der Fälle auf Personen mit Migrationshintergrund zurückzuführen. Der Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung liegt dagegen bei 30 Prozent.
Als „Gruppenvergewaltigung" gelten juristisch neben Vergewaltigungen auch sexuelle Übergriffe und Nötigungen durch mehrere Personen.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/angreifer-bei-koblenz-festgenommen-mann-mit-machete-st%C3%BCrmt-in-polizeiwache-beamten-reagieren-sofort/ar-AA1q5QBz?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=beb6474d963746c4848f9e218ae81297&ei=2
Angreifer bei Koblenz festgenommen - Mann mit Machete stürmt in Polizeiwache - Beamten reagieren sofort
Artikel von FOCUS Online
In der Nacht zum Freitag ist im rheinland-pfälzischen Linz ein Mann mit einer Machete in die Polizeiwache gestürmt und drohte damit, die Polizisten zu töten.

Gegen 02.40 Uhr betrat der bewaffnete Mann die Schleuse der Polizeieiinspektion und stieß seine Drohung aus. Die Beamten reagierten sofort: Der Schleusenbereich der Dienststelle wurde beidseitig verriegelt, sodass die Person nicht auf die Polizeibeamten oder andere Personen losgehen oder flüchten konnte.
Die Polizei setzte daraufhin einen Taser in der Schleuse ein und der Angreifer wurde von Spezialeinheiten festgenommen. Dabei wurde er leicht verletzt.

Bei der Person handelt es sich um einen in Linz wohnhaften 29-jährigen Mann albanischer Herkunft. Zu den näheren Hintergründen können derzeit noch keine Angaben gemacht werden.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/ermittler-angriff-auf-polizeiwache-islamistisch-motiviert/ar-AA1q71jE?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=9e27eb8f4c354d85b588e79f7cd35fb1&ei=12
Ermittler: Angriff auf Polizeiwache islamistisch motiviert

Artikel von dpa
Der Angriff eines mit einer Machete bewaffneten Mannes auf eine Polizeiwache in Linz in Rheinland-Pfalz war nach Einschätzung der Ermittler islamistisch motiviert. Das teilte die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz mit. Der Mann konnte überwältigt werden, Polizisten wurden nicht verletzt.
Der mit einer Machete und einem Messer bewaffnete 29-Jähriger war nach Angaben der Ermittler um 2.40 Uhr auf der Polizeiwache erschienen. Er habe dabei wiederholt «Allahu Akbar» («Gott ist groß») gerufen und angekündigt, Polizisten töten zu wollen. Die Beamten riegelten daraufhin die Eingangstür und die Tür zum Innenhof der Polizeiwache ab, so dass der Mann nicht entkommen konnte.
Einsatzkräfte von Spezialeinheiten nahmen den Tatverdächtigen in der abgeriegelten Sicherheitsschleuse fest. Sie setzten ihn dabei mit einem Elektroschock durch einen Taser außer Gefecht. Dabei wurde der 29-Jährige leicht verletzt.
Bei der Durchsuchung einer Wohnung sei an der Wand eine gezeichnete Flagge der Terrororganisation Islamischer Staat gefunden worden. Wegen der Hinweise auf ein radikalislamistisches Motiv übernahm die Landeszentralstelle zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus Rheinland-Pfalz bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz die Ermittlungen.
Bei dem Mann handelt es sich nach Angaben des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer (SPD) um einen albanischen Staatsbürger. Er soll nun vor einen Haftrichter gebracht werden, der über Untersuchungshaft entscheidet.
Linz am Rhein ist eine Stadt im Landkreis Neuwied im Norden von Rheinland-Pfalz, nicht weit von der Landesgrenze zu Nordrhein-Westfalen.
Am Donnerstag war ein 18-jähriger Österreicher bei einem Anschlag auf das israelische Generalkonsulat in München von der Polizei getötet worden. **Die österreichischen Behörden hatten gegen den Mann wegen des Verdachts ermittelt, er könne sich religiös radikalisiert haben. Für den Mann mit bosnischen Wurzeln war außerdem ein Waffenverbot verhängt worden, das frühestens 2028 ausgelaufen wäre, wie es von der Salzburger Polizei hieß.**

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/syrer-familie-in-stuttgart-abschiebung-nicht-m%C3%B6glich-dieser-krasse-fall-zeigt-warum-menschen-so-w%C3%BCtend-sind/ar-AA1qnPSn?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=2b2ed974a19f4c12b24e1cf06a1b31bd&ei=13
Syrer-Familie in Stuttgart - „Abschiebung nicht möglich“: Dieser krasse Fall zeigt, warum Menschen so wütend sind
Artikel von Von FOCUS-online-Göran Schattauer

Eine Familie aus Syrien treibt seit Jahren in Stuttgart ihr Unwesen. Mehr als 100 zum Teil schwere Straftaten gehen auf das Konto von kriminellen Mitgliedern der Sippe. Nach FOCUS-online-Recherchen ist eine Abschiebung derzeit nicht möglich. Die Täter genießen Schutz.
Der Fall hat bundesweit Schlagzeilen gemacht und steht symbolhaft für die negativen Auswüchse einer verfehlten Asyl- und Migrationspolitik.
Er zeigt, dass der Staat mitunter nicht in der Lage ist, nach Deutschland gekommene Ausländer zu integrieren – und sie dann aber auch nicht mehr loswird. Damit fördert er eine Entwicklung, die bei vielen Menschen Wut auslöst und ihnen Angst macht.
Es geht um die syrische Flüchtlingsfamilie H. Nach Informationen von FOCUS online sind die Mitglieder der 16-köpfigen Familie in den Jahren 2015 bis 2020 nach Deutschland eingereist. Sie leben in Baden-Württemberg, im Norden von Stuttgart.

Syrische Flüchtlingsfamilie terrorisiert Stuttgart

Die Zuwanderer sorgen seit Jahren für Aufsehen. Aber nicht, weil sie besonders fleißig arbeiten würden oder ihrem Gastland auf irgendeine andere Weise dienlich sind.

Stattdessen fallen sie immer wieder durch zum Teil schwerste Gesetzesbrüche auf. Nach übereinstimmenden Medienberichten gehen mindestens 110 Straftaten auf das Konto von Mitgliedern der Familie H.

Die „Bild"-Zeitung titelte unlängst im Brustton tiefer Empörung: „Schiebt diese Familie endlich ab!" So nachvollziehbar diese Forderung auch sein mag – nach jetzigem Stand ist sie nicht umsetzbar. Denn die Problem-Syrer genießen bei uns Schutz. Sie haben ein Recht, in Deutschland zu bleiben.

Staatsanwaltschaft schweigt - aus „Datenschutzgründen"

Von offizieller Seite schweigt man über die kriminellen Umtriebe der Täter – aus „Datenschutzgründen". So wollte FOCUS online von der Stuttgarter Staatsanwaltschaft wissen, wie viele Straftaten Mitglieder der Familie H. bereits verübt haben, welche Delikte es konkret waren und welche Strafen jeweils verhängt wurden. Die Antwort fiel unmissverständlich aus:

„Eine Auskunft, ob und mit welchem Ausgang in Bezug auf bestimmte identifizierbare Personen Strafverfahren geführt wurden, kann nicht erfolgen, da wir personenbezogene Daten aus datenschutz- und presserechtlichen Gründen weder nennen noch auf Anfrage bestätigen können. Zudem werden bei der Staatsanwaltschaft die familiären Verhältnisse von Verfahrensbeteiligten nicht erfasst."

Immerhin lassen diverse Medienberichte erahnen, welche Dimensionen die Verfehlungen mittlerweile haben.

Am gefährlichsten demnach: Der erst 17-jährige Khalil H. Er gilt als extrem brutal und aggressiv. Anfang August ging er in der Stuttgarter Fußgängerzone mit einem Messer auf eine Familie los. Dabei verletzte er drei Männer schwer, einen sogar lebensgefährlich. Begleitet wurde er bei dem Überfall von einem seiner Brüder.

Polizei- und justizbekannt: Mehr als 100 Straftaten

Das Erschreckende: Bereits vor dieser Bluttat war der Minderjährige durch zahlreiche Straftaten aufgefallen. In seiner Polizeiakte wimmelt es laut Presseberichten von Einträgen, darunter Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Nötigung, Bedrohung, räuberischer Diebstahl, Drogenvergehen, Kreditbetrug, Schwarzfahren.

Ein Bruder von Khalil H. muss sich derzeit wegen versuchten Totschlags vor Gericht verantworten. Im Herbst 2023 soll er gemeinsam mit drei weiteren jungen Männern aus Syrien, Irak und dem Iran eine Menschengruppe mit Messern und Macheten angegriffen haben.

Ein weiterer Bruder, der wegen mehrerer schwerer Straftaten bis vor kurzem im Gefängnis war, soll nach seiner Entlassung mit einem Cuttermesser zwei Mädchen bedroht und dabei ein Handy geraubt haben.

Laut „Bild"-Zeitung sind fast alle Mitglieder der syrischen Familie polizeibekannt, mehrere sitzen derzeit in Haft. Dass sie sich nach ihrer Freilassung an Recht und Gesetz halten – eher unwahrscheinlich.

Vielmehr steht zu befürchten, dass die jugendlichen und heranwachsenden Brutalo-Brüder der Familie weiter Angst und Schrecken verbreiten und ihre kriminellen Karrieren fortführen werden.

Sozialarbeiter: „Das sind Fälle, bei denen wir kapitulieren"

Wie machtlos der deutsche Staat im Kampf gegen solche Folgen der Migration ist, zeigt die ehrliche Aussage eines Sozialarbeiters, der die Akte der Familie H. kennt. Sie wohnt in einem 230 Quadratmeter großen Haus im Stuttgarter Norden.

„Das sind Fälle, bei denen wir kapitulieren. Da kommt nichts an, kein Hilfsangebot, kein Gespräch, keine Drohung. Da schaltet man irgendwann nur noch ab und überlässt die Sache der Polizei. Wohl wissend, dass die am wenigsten ändern kann", sagte der Mann dem „Reutlinger Generalanzeiger". Aus Furcht vor möglicher Rache wollte er anonym bleiben.

Die Ohnmacht beschränkt sich nicht nur auf die Sozialbehörden. Auch hinsichtlich einer möglichen und in den Augen vieler Menschen dringend gebotenen Abschiebung der hochkriminellen Familie sind den entsprechenden Stellen die Hände gebunden.

Den Mitgliedern der Familie H. „wurde entweder der Flüchtlingsschutz oder der subsidiäre Schutz zuerkannt“, erklärte Aniello Ambrosio, Sprecher des für Justiz und Migration zuständigen Ministeriums in Baden-Württemberg, gegenüber FOCUS online. „Ein Familienmitglied verfügt über keine asylrechtliche Schutzberechtigung, jedoch besteht in diesem Fall ein Abschiebungsverbot hinsichtlich Syrien.“
Ambrosio weiter: „Die Familienmitglieder verfügen aufgrund ihrer Schutzberechtigung beziehungsweise ihres Abschiebungsverbotes über eine gültige oder abgelaufene Aufenthaltserlaubnis.“
Sofern der Aufenthaltstitel bei einzelnen Familienmitgliedern abgelaufen sei, gelte „der bisherige Aufenthaltstitel aufgrund der erfolgten Beantragung der Verlängerung bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als fortbestehend“. Das trifft nach Medienberichten auf den 17-jährigen Intensivtäter Khalil H. zu.
„Abschiebung der Familienmitglieder derzeit nicht möglich“
Angesichts der Faktenlage zieht der Ministeriumssprecher ein Fazit, das vielen Menschen weit über die Grenzen Stuttgarts hinaus ganz und gar nicht gefallen wird: „Eine Abschiebung der Familienmitglieder ist aufgrund der Bleiberechte derzeit nicht möglich.“
Es sei Aufgabe des Bundes beziehungsweise des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, „die bestehenden asylrechtlichen Schutzberechtigungen zu widerrufen“, so der Sprecher zu FOCUS online.
Als „Bild“-Reporter das Familienoberhaupt Abd Almudy H. zu den kriminellen Machenschaften seiner Söhne befragte, schob der Vater die Schuld dem Jugendamt zu: „Die Söhne, die jetzt im Gefängnis sitzen, waren alle vom Jugendamt in Heimen untergebracht. Ohne Handy. Aber dort lässt man es zu, dass die Jugendlichen Marihuana rauchen. Deshalb geraten sie in Schwierigkeiten.“
Über Deutschland und die Gastfreundschaft hier äußerte sich der Vater lobend. „Es ist sehr schön hier. Alles, was es hier gibt, ist besser als Syrien. Nur das Jugendamt ist schlecht.“

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/focus-online-exklusiv-syrischer-intensivt%C3%A4ter-27-rei%C3%9Ft-rentner-christus-kreuz-ab-und-kommt-in-psychiatrie/ar-AA1qEC0c?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=4575966f88b949cca4cda320632fb716&ei=20

FOCUS online exklusiv - Syrischer Intensivtäter (27) reißt Rentner Christus-Kreuz ab und kommt in Psychiatrie

Artikel von Von FOCUS-online-Göran Schattauer

Im thüringischen Gera hat der Intensivtäter Rasem A. aus Syrien einem 79-Jährigen am helllichten Tag ein Christus-Kreuz vom Hals gerissen. Später schlug er mehrere Menschen nieder. FOCUS online kennt die Strafakte des Migranten, der mehrfach im Gefängnis saß.

Am 5. Juni 2024 ereignete sich im Zentrum der thüringischen Stadt Gera eine brutale, in dieser Form beispiellose Gewalttat.

Gegen 12 Uhr mittags ging ein 27 Jahre alter Flüchtling aus Syrien auf einen deutschen Rentner zu und riss ihm dessen Kette mit Christus-Kreuz vom Hals. Bei dem Symbol handelte es um einen silbernen Anhänger im Wert von etwa 250 Euro. Anschließend soll er das 79 Jahre alte Opfer mit der Faust ins Gesicht geschlagen haben. Der Senior erlitt eine blutende Wunde.

Der mutmaßliche Täter Rasem A. handelte nach FOCUS-online-Informationen völlig unvermittelt. Weder vor noch während der Tat hat er demnach etwas gerufen. Ein Ermittler sagte zu FOCUS online, es habe sich um einen „Blitzangriff“ gehandelt.

Syrer riss Rentner Kette mit Christus-Kreuz vom Hals

Laut Staatsanwaltschaft Gera liegt das Motiv für die Tat offenkundig „im religiösen Bereich“. Oberstaatsanwalt Thomas Riebel sagte zu FOCUS online: „Nach Einlassung des Angeschuldigten sah er eine Missachtung des Christentums in der Art, wie der Geschädigte das Kreuz getragen haben soll.“
Offenbar störte sich der Syrer an einem zweiten Anhänger, den der Rentner um den Hals trug und fühlte sich in seinen religiösen Empfindungen beeinträchtigt. Weitere Angaben machte der Zuwanderer, der 2015 nach Deutschland kam, nicht.

Nach dem Gewaltakt nahmen Polizisten den Syrer nahe des Tatorts kurzzeitig fest und brachten ihn zur Haftprüfung ins Gericht. Dort wurde Rasem A. jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Inhaftierung sei laut Polizei „mangels gesetzlicher Voraussetzungen“ nicht möglich gewesen.

FOCUS online exklusiv: Die Strafakte von Rasem A.
Allerdings war der Schläger polizei- und justizbekannt und mehrfach vorbestraft, er gilt als Intensiväter. FOCUS online veröffentlicht exklusiv die Strafakte von Rasem A.:

2017, Landgericht Gera, mehrfache gefährliche Körperverletzung, zwei Jahre und sechs Monate Jugendstrafe.
2019, Amtsgericht Gera, Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz und weitere Straftaten, zwei Jahre und neun Monate Freiheitsstrafe, vollständige Verbüßung.
2022, Amtsgericht Gera, Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz und mehrfache Körperverletzung, ein Jahr Freiheitsstrafe, vollständige Verbüßung.
Allein diese Auflistung zeigt, dass der Migrant zu schweren Gewalttaten neigt und sich auch von staatlichen Zwangsmaßnahmen nicht abschrecken lässt.

Die – juristisch offenbar korrekte – Entscheidung, ihn nach dem brutalen Angriff auf den Rentner am 5. Juni nicht in Untersuchungshaft zu nehmen, erwies sich im Rückblick als fatal. Denn nur zwei Tage später schlug der 27-Jährige im Geraer Stadtzentrum erneut zu.

Nach Haftprüfung soll 27-Jähriger erneut zugeschlagen haben
In kurzen Abständen und unabhängig voneinander prügelte Rasem A. auf neun Geschädigte ein, einige davon Rentner.

„Unter anderem schlug er einem Mann ins Gesicht, woraufhin dieser eine Hirnblutung sowie einen Schlaganfall erlitt. Es erfolgte die Aufnahme im Krankenhaus“, so Thomas Riebel zu FOCUS online. Auch die weiteren Opfer erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Als Polizisten den Täter festnehmen wollten, verhielt er sich renitent.

Immerhin schickte ein Haftrichter Rasem A. diesmal in eine Justizvollzugsanstalt.

Mittlerweile befindet sich der Syrer in einer psychiatrischen Einrichtung, wo er „vorläufig untergebracht“ ist, wie Thomas Riebel von der Staatsanwaltschaft Gera an diesem Montag gegenüber FOCUS online erklärte. Es soll sich um das Fachklinikum Stadtroda handeln.

Zudem habe seine Behörde eine Antragsschrift im Sicherungsverfahren erstellt, die Ende August 2024 beim Landgericht Gera eingereicht wurde. Es sei zu prüfen, ob der Mann dauerhaft in einem psychiatrischen Krankenhaus unterzubringen ist.

Antragsschrift: vorsätzliche Körperverletzung in 15 Fällen
„Dem Angeschuldigten werden mit der Antragsschrift vorsätzliche Körperverletzung in 15 Fällen vorgeworfen“, erklärte der Oberstaatsanwalt. „Davon in einem Fall tateinheitlich mit tätlichem Angriff auf Vollstreckungsbeamte, in einem Fall tateinheitlich mit Raub sowie in einem Fall

tateinheitlich mit versuchter räuberischer Erpressung in Tatmehrheit mit gefährlicher Körperverletzung in Tatmehrheit mit Sachbeschädigung“.

Angaben zum Krankheitsbild des Syrers wollte Riebel „auf Grund des Persönlichkeitsschutzes“ nicht machen. „Es erfolgte zunächst die Erstellung eines forensisch-psychiatrischen Kurzgutachtens. Das abschließende Gutachten steht noch aus.“

Ob die Ausländerbehörde der Stadt Gera versucht hat, den Mehrfach-Kriminellen in dessen Heimat Syrien abzuschieben, ist derzeit nicht bekannt.

Der Verteidiger des Syrers, Udo Freier aus Greiz, wollte sich gegenüber FOCUS online nicht zu dem Fall äußern. „Wir möchten erst das vollständige Gutachten zum Gesundheitszustand meines Mandanten abwarten", sagte der Rechtsanwalt an diesem Montag.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/verd%C3%A4chtiger-nach-messerangriff-in-untersuchungshaft/ar-AA1qFgkS?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=7eebc1dcc1d740c884fd1960f89ab9c3&ei=26
Verdächtiger nach Messerangriff in Untersuchungshaft
Artikel von dpa • 4 Std.
Nach einem mutmaßlichen Messerangriff in Pforzheim ist ein Verdächtiger in Untersuchungshaft gekommen. Gegen den 20-Jährigen wurden im vergangenen Jahr bereits zwei Anklagen wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben, wobei ebenfalls ein Messer zum Einsatz gekommen sein soll, wie Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilten.
Der Verdächtige soll in der Nacht auf Sonntag mit zwei weiteren Männern zu Fuß unterwegs gewesen sein und dann mehrfach versucht haben, einen anderen mit einem Messer zu verletzen. Dieser konnte aber ausweichen. Seine Begleiter sollen den mutmaßlichen Angreifer weggezogen und sich mit ihm entfernt haben. Polizisten nahmen das Trio nach einer Sofortfahndung in einem Café vorläufig fest.
Das 21 Jahre alte Opfer hatte zuvor mit seinem Auto an einer Ampel angehalten. Die drei mutmaßlichen Angreifer sollen zunächst auf den Wagen eingeschlagen haben. Nachdem der Fahrer ausgestiegen war, sollen sie auch ihn mit Fäusten ins Gesicht geschlagen und verletzt haben. In der Folge soll der Jüngste der Verdächtigen mit dem Messer angegriffen haben. Das Motiv war zunächst unklar. Nach ersten Erkenntnissen war keine vorherige Verbindung zwischen den Kontrahenten bekannt, wie ein Sprecher der Staatsanwaltschaft sagte.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/angriff-auf-luther-denkmal-in-wittenberg-mutma%C3%9Flicher-t%C3%A4ter-identifiziert/ar-AA1qI4XN?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=83b12b5de8984b92aa1b2dfe90d32c7b&ei=25
Angriff auf Luther-Denkmal in Wittenberg: Mutmaßlicher Täter identifiziert
Artikel von AFP

Nach der Beschädigung des Luther-Denkmals auf dem Marktplatz von Wittenberg in Sachsen-Anhalt hat die Polizei den mutmaßlichen Täter gefunden. Es handle sich um einen 28-jährigen Mann syrischer Herkunft mit Wohnsitz in Wittenberg, teilte die Polizei am Dienstag in Dessau mit. Er habe die Tat bei einer Vernehmung eingeräumt.
Der Mann war im März dieses Jahres auf das Denkmal geklettert und hatte mit einem Gegenstand auf die Luther-Figur eingeschlagen. Dabei wurde die Statue, die auf einem Sockel steht und von einem Baldachin überdacht ist, an der Rückseite beschädigt. Als ein Zeuge hinzukam, floh der Mann mit einem Fahrrad.
Nach umfangreichen Ermittlungen konnte der mutmaßliche Täter im August schließlich vernommen werden. Er sei auf einem Foto wiedererkannt worden, hieß es von der Polizei. Auch das damals mitgeführte Fahrrad habe dem Beschuldigten zugeordnet werden können.
wik/cfm

https://www.focus.de/panorama/welt/in-pforzheim-erschreckendes-video-zeigt-moment-einer-messerattacke-auf-offener-strasse_id_260330297.html
Drei junge Männer greifen Autofahrer an
Erschreckendes Video zeigt Messerattacke auf offener Straße in Pforzheim
Am frühen Sonntagmorgen ereignete sich in der Innenstadt von Pforzheim (Baden-Württemberg) ein gewaltsamer Vorfall, bei dem ein 21-jähriger Autofahrer Opfer einer Messerattacke wurde. Ein Video aus der Tatnacht zeigt den Hergang.

Drei Männer griffen den Geschädigten auf offener Straße an, wobei auch ein Messer zum Einsatz kam. Das Ereignis wurde per Video festgehalten und auf dem Kurznachrichtendienst „X“ geteilt. Die Polizei bestätigte die Authentizität des Videos und erklärte in einer Pressemitteilung: „Aus bislang unbekannten Gründen kam es um 02.40 Uhr zu der Auseinandersetzung zwischen drei männlichen Fußgängern und dem geschädigten Pkw-Fahrer. Dabei traten und schlugen die drei Fußgänger zunächst unvermittelt auf den verkehrsbedingt zum Halt gekommenen Pkw des Geschädigten ein.“

Dann eskaliert die Situation und einer zückt ein Messer
Die Situation eskalierte, als der Autofahrer und sein Beifahrer aus dem Fahrzeug stiegen. Der 21-Jährige wurde daraufhin von den drei Männern attackiert und erlitt mehrere Faustschläge ins Gesicht. Nachdem zunächst Ruhe eingekehrt zu sein schien, griff einer der Angreifer den Beifahrer des Pkw wiederholt mit einem Messer an. Auf den Aufnahmen ist zu sehen, wie der Geschädigte möglicherweise am Oberschenkel verletzt wurde. Die Tatverdächtigen im Alter von 20, 21 und 22 Jahren wurden wenig später in der Nähe eines Cafés festgenommen. Der 20-Jährige, der sowohl die deutsche als auch die türkische Staatsangehörigkeit besitzt, wurde noch am selben Tag dem Haftrichter in Karlsruhe vorgeführt. Gegen ihn wurde wegen Wiederholungsgefahr Haftbefehl erlassen. „Besonders ins Gewicht fiel dabei, dass gegen den Mann in den letzten zwölf Monaten bereits zwei Anklagen wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben wurden, wobei jeweils ein Messer zum Einsatz gekommen sein soll“, so die Polizei.

Die beiden anderen Tatverdächtigen wurden nach den notwendigen polizeilichen Maßnahmen zunächst wieder freigelassen. Gegen sie läuft ein Strafverfahren wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung.

vor 1 Minute
…ist es das, auf sich Karin Göhring-Eckart so gefreut hat?
Antwortenreply
Teilenlink
Meldenflag
Antworten anzeigen (1)
Marco Mayer
vor 40 Sekunden
wo bleiben die Psychologen bzw. Experten, die uns erzählen das es nur ein gefühltes Problem ist? :D
Antwortenreply
Teilenlink
Meldenflag
Wurm Beatrice
vor 1 Minute
Unterlassene Hilfeleistung. Alle, ausnahmslos alle einsperren und im Schnellverfahren zu langjährigen Haftstrafen verurteilen. Das ist nicht möglich? Doch, wo ein Wille ist, ist ein Weg. Kann doch nicht sein, dass ich auf offener Straße, in öffentlichen Raum, auch potentiell, um mein Leben fürchten muss.
Antwortenreply
Teilenlink
Meldenflag
Werner Klein
vor 1 Minute
Ach was, wieder ein "erschreckender Vorfall". Da wurde nur das tägliche Zusammenleben neu ausgehandelt.

Das ist zwar schmerzhaft, aber die Deutschen müssen sich endlich daran gewöhnen. Die hohe Politik hat es so bestimmt.
Antwortenreply
Teilenlink
Meldenflag
shawn Kreuz
vor 2 Minuten
Welches Ministerium ist eigentlich zu ständig für Warnungen zu Inlandsreisen?
Ich frage für einen Freund.
Antwortenreply
Teilenlink
Meldenflag
Sylvia Müller_57295
vor 5 Minuten
Wir haben, wiedermal versagt bei der Integration.
Antwortenreply
Teilenlink
Meldenflag
Sylvia Müller_57295
vor 3 Minuten
Nachtrag: Das waren doch nur Männer.
Antwortenreply
Teilenlink
Meldenflag
Thomas Muellert
vor 5 Minuten

Jetzt sind sie nun maI da. (Zitat: Frau FerkeI)
Antwortenreply
Teilenlink
Meldenflag
Arno Dittmer

2 Stunden später
Dieser Artikel ist nicht mehr kommentierbar.

Sie kommentieren als Michael Schröter-Kunhardt
Es gab zu diesem Artikel keine Kommentare.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/rotterdam-ermittlungen-sprechen-f%C3%BCr-islamistischen-terror/ar-AA1qVqTC?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=4ba49b6db7f74f299d809f4e95c6737e&ei=40

Rotterdam: Ermittlungen sprechen für islamistischen Terror

Bei dem tödlichen Messerangriff im Zentrum von Rotterdam hat es sich nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft um ein islamistisches Attentat gehandelt. Die Ermittler gingen bei dem 22-jährigen Tatverdächtigen aus Amersfoort von einem „terroristischen Motiv“ aus, teilte die niederländische Generalstaatsanwaltschaft am Freitag mit. **Der Mann hatte am Donnerstag in der niederländischen Hafenstadt einen 32-jährigen Mann aus Rotterdam getötet sowie einen 33-jährigen Schweizer schwer verletzt.**

Die bisherigen Ermittlungen deuten laut Staatsanwaltschaft darauf hin, dass „der Verdächtige von ideologischen Motiven geleitet gewesen sein könnte“. So habe der mutmaßliche Täter „mehrmals ‚Allahu akbar' (arabisch: Gott ist groß) gerufen, während er die Taten verübte“.

Die Ermittler bestätigten damit Aussagen von Zeugen des Angriffs. Derzeit würden ihm „Mord und versuchter Mord mit einem terroristischen Motiv“ zur Last gelegt. Weiter hieß es, weitere Tatmotive könnten derzeit „nicht explizit ausgeschlossen werden“.

Augenzeugen hatten erklärt, der Mann habe gegen 20 Uhr nahe des beliebten Ausgehviertels an der Rotterdamer Erasmusbrücke mit „zwei großen Messern“ Passanten angegriffen, die Nachrichtenagentur ANP berichtete unter Berufung auf Beobachter des Geschehens von wahllosen Angriffen. Die Gegend nutzen viele Menschen auch für Freizeitsport.

Eilmeldung: Hamburg beschließt Solar-Paukenschlag Für Hausbesitzer

Mutmaßlicher Täter ist verurteilter Gewalttäter

Der mutmaßliche Täter wurde nach dem Angriff festgenommen, dabei wurde er nach Polizeiangaben verletzt und ins Krankenhaus eingeliefert. Am Freitag sei er einem Haftrichter vorgeführt und dann in Untersuchungshaft untergebracht worden. Er sei bereits in der Vergangenheit wegen Gewaltdelikten verurteilt worden.

Der 33-jährige bei dem Angriff verletzte Schweizer konnte unterdessen den Ermittlern zufolge das Krankenhaus verlassen.

Die Niederlande sind in den vergangenen Jahren mehrfach von Anschlägen erschüttert worden und mehreren geplanten Attentaten knapp entgangen. Im Jahr 2019 schoss ein in der Türkei geborener Mann in Utrecht in einer Straßenbahn auf Fahrgäste und tötete vier Menschen. Im gleichen Jahr nahm die Polizei zwei mutmaßliche Dschihadisten fest, die einen Anschlag mit Selbstmordattentätern und Autobomben geplant haben sollen.

Beim bislang am stärksten Aufsehen erregenden islamistischen Attentat im Land ermordete ein Mann mit Verbindungen zu einem Dschihadistennetzwerk im Jahr 2004 den für seine islamkritischen Positionen bekannten Regisseur Theo van Gogh in Amsterdam.

https://de.gatestoneinstitute.org/20939/deutschland-verspricht-messerkontrolle

Deutschland verspricht "Messerkontrolle", nachdem ISIS-Flüchtling beim Diversity-Festival Kehlen durchgeschnitten hat

von Daniel Greenfield

14. September 2024

Englischer Originaltext: Germany Vows 'Knife Control' After ISIS Refugee Slashes Throats at Diversity Festival

Übersetzung: Daniel Heiniger

Im Jahr 2023 kam es in Deutschland zu 13.844 Fällen von "Messerkriminalität", für die die Behörden die Existenz von Messern verantwortlich machen und nicht die Täter, bei denen es sich Berichten zufolge meist um junge muslimische Männer handelt.

Nachdem ein syrischer muslimischer Flüchtling beim Festival der Vielfalt einigen Menschen mittleren Alters die Kehle durchgeschnitten hatte, hat die deutsche Regierung angekündigt, dass sie Messer mit einer Länge von mehr als drei Zoll verbieten wird.

Der ISIS-Terrorist war einer von über einer Million Migranten, die nach Deutschland eingedrungen waren und sich als "Flüchtlinge" ausgaben. Der Migrant war auch einer der vielen, die abgeschoben werden sollten, aber nicht abgeschoben wurden.

Um der Abschiebung zu entgehen, musste der muslimische Terrorist lediglich eine staatliche Unterkunft verlassen, als die Behörden nach ihm suchten. Und als der arabisch-muslimische Migrant im wehrfähigen Alter zurückkam, war der Abschiebungsbefehl abgelaufen und er konnte nicht abgeschoben werden. Nicht abgeschobene muslimische Flüchtlinge sind eine der größten Quellen von Terrorismus, Kriminalität und Gewalt in Europa.

Deshalb schlägt die deutsche Regierung ein Verbot von Messern mit einer Länge von mehr als drei Zoll vor.

Nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz am Ort der Massaker beim Diversity Festival, bei denen drei Menschen getötet und acht verletzt wurden, eine weiße Rose niedergelegt hatte, versprach er, dass rasch gegen Messer vorgegangen werde.

Derzeit dürfen Menschen in Deutschland Messer mit einer Länge von bis zu 4,7 Zoll bei sich tragen. Das Gesetz soll dahingehend geändert werden, dass nur noch Messer mit einer Länge von bis zu 2,4 Zoll bei sich getragen werden dürfen**. Niemand scheint die Möglichkeit in Betracht gezogen zu haben, dass muslimische Terroristen auf dem Weg, so viele Ungläubige wie möglich zu töten, das Gesetz verletzen und ein Messer von 4 Zoll oder mehr versteckt bei sich tragen könnten. Solche Gedanken sind undenkbar.**

Die Behörden schlagen zusätzlich auch "messerfreie" Zonen rund um Bahnhöfe und andere Bereiche vor, in denen häufig Messer- und Hiebattacken stattfinden, um der Gewalt endlich ein Ende zu setzen.

Im Mai hatte ein afghanischer muslimischer Flüchtling eine Kundgebung gegen den Dschihad in Deutschland angegriffen und die Teilnehmer sowie einen Polizisten, der versucht hatte, die Migrantengegner davon abzuhalten, sich gegen den muslimischen Flüchtling, der sie töten wollte, zu wehren, mit Messerstichen und Hieben traktiert. Der Versammlungsleiter wurde schwer verletzt, der Polizist starb später.

Die deutschen Behörden reagierten darauf mit der Ankündigung, gegen die "Messerkriminalität" vorzugehen. Dazu würden sie "strengere Maßnahmen zur Kontrolle des Besitzes und Tragens von Messern, härtere Strafen für ihren Missbrauch und intensive Aufklärungskampagnen über die Gefahren" einführen.
Falls muslimische Terroristen immer noch nicht wissen, wie gefährlich es ist, auf Menschen einzustechen, soll ihnen die Sensibilisierungskampagne das klarmachen.
Im Jahr 2023 kam es in Deutschland zu 13.844 Fällen von "Messerkriminalität", für die die Behörden die Existenz von Messern verantwortlich machen und nicht die Täter, bei denen es sich Berichten zufolge meist um junge muslimische Männer handelt. Die Behörden weigern sich, den Anstieg der Messerkriminalität um fast 10 % mit der muslimischen Migration in Verbindung zu bringen.
"Obwohl Nichtdeutsche in den Messerkriminalitätsstatistiken der Polizei überproportional vertreten sind, ist das an sich keine sehr hilfreiche Erkenntnis", argumentierte ein vom Medienunternehmen Deutsche Welle interviewter "Kriminologe".
Im Jahr 2023 war fast jeder fünfte Kriminelle ein Flüchtling.
Die meist muslimischen Migranten waren in nur einem Jahr für mehr als jeden zehnten sexuellen Übergriff verantwortlich. Seit Beginn der Flüchtlingskrise haben sie rund 7.000 (über 52000, mein Zusatz) sexuelle Übergriffe verübt. Die Hälfte der Gruppenvergewaltiger ist Ausländer, und in Deutschland kommt es jeden Tag zu durchschnittlich zwei Gruppenvergewaltigungen.
In Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland, in dem der jüngste muslimische Terroranschlag stattfand, waren jeder dritte Sexualstraftäter, die Hälfte der Ladendiebe und Einbrecher sowie vier von fünf Taschendieben Ausländer.
Typisch für diese Art von Gewalt waren eine Auseinandersetzung zwischen zwei arabischen Muslimen, die mit dem Messerstich eines der beiden in Magdeburg endete, Migranten, die in einem Flüchtlingsheim in Bayern mit Messern kämpften, und eine Litanei junger ausländischer Männer, die sich in ganz Deutschland gegenüberstanden und auf einander einstachen.
Doch die Quelle des Problems zu finden, ist wahrscheinlich "keine sehr hilfreiche Erkenntnis". In Großbritannien werden Menschen, die solche Erkenntnisse teilen, eingesperrt, während islamische Terroristen freigelassen werden.
Die deutsche Regierung ist gemäßigter als die marxistischen Irren in Whitehall. Premierminister Keir Starmer und Justizministerin Shabana Mahmood, eine Unterstützerin des islamischen Terrorismus, haben beschlossen, jegliche britische Opposition gegen Masseneinwanderung mit Razzien und Gefängnisstrafen rücksichtslos zu unterdrücken.
Aber eine "gemäßigte" europäische Regierung ist eine, die das Problem weitgehend ignoriert und verspricht, nach jedem islamistischen Terroranschlag mehr Abschiebungen durchzuführen, bevor sie erkennt, dass sie nichts tun kann. Zwischen der vermeintlich konservativen Regierung Merkel und der vermeintlich linken Regierung Scholz besteht kaum ein Unterschied, so wie jede französische Regierung, unabhängig von ihrer formalen politischen Ausrichtung, dieselben sinnlosen Verurteilungen und leeren Versprechungen gemacht hat.
Sollte es der kommunistischen und islamistischen Partei *La France Insoumise*, die dank ihres Bündnisses mit Präsident Emmanuel Macron zum Parlamentssieg gelangte, gelingen, die Macht zu übernehmen, ist zu erwarten, dass sie die Polizei auf politische Gegner loslassen wird, so wie es das Starmer-Regime gegen Migrationskritiker in Großbritannien getan hat.
Im Moment beklagen die deutschen Behörden alle Messerstechereien und versprechen eine Kontrolle des Einsatzes von Messern.
Die Schaffung "messerfreier" Zonen, die Begrenzung der Länge von Messern, die mitgeführt werden dürfen (mit Ausnahme neu gekaufter Messer, die sich noch in der Plastikverpackung befinden) und die Durchführung von Social-Media-Kampagnen über die Gefahren von Messern sind der Unsinn, den sich die Regierungen Großbritanniens und anderer Länder erlauben, um von der Realität abzulenken: Wer sticht denn eigentlich zu (ganz zu schweigen von den Säurewürfen).
Ähnlich wie die amerikanische linke Obsession mit Waffenkontrolle ist die buchstäbliche Objektivierung des Problems, das Reden über Dinge, um nicht über Menschen reden und dann

entsprechend auch nicht die Diskussion über umfassendere soziale und wirtschaftliche Probleme führen zu müssen, eine nützliche Ablenkung von dem, was tatsächlich geschieht.
Das Festival der Vielfalt endete wie immer in Blutvergießen, aber es wird ein weiteres geben. Ein Großteil des Westens befindet sich derzeit in den Wirren eines endlosen Festivals der Vielfalt, bei dem niemand die Mörder bemerkt, sondern nur die Anzahl der Patronen in ihren Magazinen und die Länge ihrer Klingen.
Daniel Greenfield ist Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel erschien zuvor im Front Page Magazine des Centers.

https://www.msn.com/de-de/gesundheit/other/besucher-verpr%C3%BCgeln-mehrere-krankenhaus-mitarbeiter-in-essen/ar-AA1qZxDb?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=c777b32425c941069382981b433a55bc&ei=29

Besucher verprügeln mehrere Krankenhaus-Mitarbeiter in Essen

Artikel von RP ONLINE

Essen. Angehörige eines Patienten greifen in Essen die Mitarbeiter eines Krankenhauses an. Eine Person wird schwer verletzt. Das Krankenhaus führt nun Kontrollen am Haupteingang ein.

Mindestens sechs Mitarbeiter eines Krankenhauses in Essen sind von Angehörigen eines Patienten angegriffen und verletzt worden, eine 23-Jährige schwer. Ein 41 Jahre alter Tatverdächtiger sei festgenommen worden, teilte eine Sprecherin der Polizei mit. Die 23-Jährige wird demnach noch im Krankenhaus behandelt, befindet sich jedoch nicht in Lebensgefahr.
Der Vorfall ereignete sich bereits am Freitag im Stadtteil Huttrop. Ein Team habe sich um die Versorgung des schwer kranken Patienten gekümmert und versucht, ihn zu reanimieren, teilte das Elisabeth-Krankenhaus mit. Trotz aller Bemühungen sei der Patient gestorben - nahezu gleichzeitig sei es zu dem Angriff der Angehörigen auf das Reanimationsteam und weitere Kollegen gekommen, hieß es weiter.

Jetzt RP ONLINE Newsletter Stimme des Westens kostenlos bestellen

Der 41-Jährige Tatverdächtige wurde laut Polizei noch am Abend wieder freigelassen. Gegen ihn wurde Anzeige erstattet wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und wegen der Beschädigung von Krankenhaus-Inventar. Geprüft werden den Angaben zufolge auch Verbindungen zur Clankriminalität. Die Polizei sucht nach einem weiteren Krankenhausbesucher, der an der Auseinandersetzung beteiligt war und flüchtig ist. Zeugen sind aufgerufen, sich zu melden.
Die Bezeichnung Clankriminalität ist umstritten, weil er nach Ansicht von Kritikern Menschen mit Migrationshintergrund alleine aufgrund ihrer Familienzugehörigkeit und Herkunft stigmatisiert und diskriminiert.

Krankenhaus führt Sicherheitsmaßnahmen ein
Aufgrund des Angriffes führte das Krankenhaus noch am Freitag einen kontrollierten Einlass am Haupteingang und weitere Sicherheitsmaßnahmen ein. Der Tag sei eine Zäsur, „denn hier hat eine bisher noch nie dagewesene Aggressivität und Gewalt gegenüber Mitarbeitenden unseres Hauses stattgefunden“, sagte Geschäftsführer Peter Berlin.

Auch der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) äußerte sich am Wochenende zu den Ereignissen. „Auch der Verlust eines nahen Angehörigen entschuldigt oder rechtfertigt nicht ein solches Verhalten oder gar einen Angriff auf Krankenhauspersonal und ein Krankenhaus. Ich verurteile das aufs Schärfste und habe für ein solch asoziales Verhalten überhaupt kein Verständnis“, sagte er. Staatsanwaltschaft und Gerichte seien nun gefordert, darauf eine klare Antwort zu geben.

Umfrage: Zunahme der Gewalt bei 73 Prozent der Krankenhäuser
Beschäftigte von Krankenhäusern sind nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) immer häufiger von gewalttätigen Übergriffen betroffen. Laut einer im Auftrag des Interessenverbandes im April durchgeführten repräsentativen Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts gaben 73 Prozent der Krankenhäuser an, dass die Zahl der Übergriffe in den Häusern in den vergangenen fünf Jahren mäßig (53 Prozent) oder deutlich (20 Prozent) gestiegen ist. Nur vier Prozent verzeichneten weniger Gewalt.

Am stärksten betroffen ist demnach der Pflegedienst. Als eine der Hauptursachen für Gewalt nannten die Kliniken „einen allgemeinen Respektverlust“ gegenüber Krankenhauspersonal. Die Krankenhäuser versuchen der Umfrage zufolge den Übergriffen mit Deeskalationstrainings und baulichen Maßnahmen wie Zutrittsbeschränkungen und Videoüberwachung vorzubeugen. 28 Prozent der Kliniken setzen einen Sicherheitsdienst ein. Mehr als 90 Prozent der Krankenhäuser fordern angesichts der zunehmenden Gewalt eine Strafverschärfung.

„Die Gewalt gegen Helfer und damit auch in Krankenhäusern hat in den vergangenen Jahren immer mehr zugenommen. Sehr häufig ist der Grund, dass Patienten die Reihenfolge, wie Notfälle behandelt werden, nicht verstehen“, sagte DKG-Sprecher Joachim Odenbach. In der persönlichen Notsituation werde zunehmend Gewalt angewendet, bei Gruppen sei dies besonders häufig der Fall. „Gewalt scheint immer mehr ein Mittel der Auseinandersetzung zu werden.“ Gesellschaftliche Schieflagen dürften aber nicht auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgewälzt werden.

Krankenhausgesellschaft sieht hohe Dunkelziffer
Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in NRW, Michael Mertens, sagte: „Was in Essen geschehen ist, passt leider in die aktuelle Entwicklung. Es gibt eine Zunahme bei der Gewalt an Personen, die anderen Menschen helfen oder sie schützen. Dazu zählen Feuerwehrleute, Polizisten, Rettungsdienst und Krankenhausangestellte.“ Die Gewerkschaft fordert, die Sachverhalte in diesem Bereich schnell aufzuklären und hart zu bestrafen.

Eine Abfrage bei den Landeskriminalämtern zeigt: Die Zahl von Gewalttaten in deutschen Krankenhäusern steigt. Bundesweit ist die Zahl sogenannter Rohheitsdelikte in medizinischen Einrichtungen seit 2019 um etwa 18 Prozent auf mehr als 6.190 Taten im Jahr 2022 gestiegen. Unter Rohheitsdelikte fallen Straftaten wie Raub oder Körperverletzung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Im Jahr 2019 waren es noch etwa 5.245 Delikte im Umfeld einer medizinischen Einrichtung.

Die Zahlen gehen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik der Landeskriminalämter hervor. Die Länder Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sind bei den Daten nicht inbegriffen, da sie Tatorte erst seit 2020 gesondert in ihrer Statistik erfassen. Die Daten lassen allerdings nicht erkennen, von wem die Gewalt verübt wurde. So kann sowohl das Opfer als auch der Tatverdächtige aus dem Bereich des ärztlichen oder pflegerischen Personals

stammen.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft und das Deutsche Krankenhausinstitut gehen vor einer erheblichen Dunkelziffer aus. Gerade kleinere Übergriffe würden vielfach nicht angezeigt, hieß es.

https://www.focus.de/panorama/welt/mutmassliche-taeter-fluechtig-mann-mitten-in-muenchen-getoetet-polizei-fahndet-nach-groesserer-gruppe_id_260342083.html
Nahe des Hauptbahnhofs
Mann mitten in München getötet - zwei Festnahmen, Polizei fahndet mit Foto nach Haupttäter
Mittwoch, 25.09.2024, 14:34
Im Alten Botanischen Garten in München wird ein verletzter Mann gefunden. Er stirbt im Krankenhaus. Die Polizei sucht mit einem Foto nach dem Haupttäter. Zwei männliche Beteiligte konnten bereits festgenommen werden.
In der Münchner Innenstadt ist ein Mann mutmaßlich Opfer eines Gewaltverbrechens geworden. Der 57-Jährige wurde am Mittwoch schwer verletzt am Neptunbrunnen im Alten Botanischen Garten in der Nähe des Hauptbahnhofes gefunden, wie die Polizei mitteilte. Er starb demnach im Krankenhaus. Die Polizei ermittelt wegen eines mutmaßlichen Tötungsdeliktes.

Zwei Festnahmen, ein Verdächtiger auf der Flucht
Die Ermittler gingen zunächst von einer „größeren Gruppe von Tatverdächtigen“ aus, nach der gefahndet werde. Mehrere Kontrollstellen wurden aufgebaut. Zwei Männer seien wenig später festgenommen worden.

Am Nachmittag veröffentlichte die Polizei die Aufnahme eines Hauptverdächtigen und bat um Hinweise aus der Bevölkerung. „Nach aktueller Bewertung“ gehen die Ermittler nicht davon aus, dass von dem Mann eine Gefahr für Unbeteiligte ausgeht. Der Verdächtige und das Opfer sollen sich gekannt haben.

Täter wie folgt beschrieben:
20-40 Jahre
männlich
dunkle Haare, Geheimratsecken, helle Hautfarbe
dunkel bekleidet (Jogginghose und langärmliges Oberteil – evtl. Adidas Zeichen), gelbe Schuhe und Umhängetasche

Die Hintergründe der Tat waren zunächst unklar. Es gab nach Polizeiangaben zunächst „keine Hinweise auf Messer oder Schusswaffen“. Aufnahmen der Videoüberwachung im Alten Botanischen Garten hätten Hinweise auf einen gewaltsamen Streit am Vormittag gegeben. Das Opfer sei an stumpfen Verletzungen unter anderem am Kopf gestorben.

Tatort gilt als Kriminalitätsschwerpunkt
Der Alte Botanische Garten gilt schon lange als Kriminalitäts-Hotspot in der bayerischen Landeshauptstadt, eine eigene Task-Force der Stadt befasste sich mit der Sicherheit in dem Park-Bereich, der als Drogen-Umschlagplatz gilt.

Bäume und Büsche wurden gestutzt, die Beleuchtung verstärkt, Zufahrtswege für die Polizei ausgebaut und Bänke und Tischtennisplatten abgebaut, weil sie Drogendealern für ihren Handel oder als Schlafstätte dienten. Erst im Juni hatte die Polizei neue Videoüberwachung dort vorgestellt, die Polizeipräsenz wurde erhöht

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/154555/Messerangriff-in-Rettungsstelle-eines-Krankenhauses?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Messerangriff in Rettungsstelle eines Krankenhauses

Mittwoch, 25. September 2024

Berlin – Zwei junge Männer haben vor einer Rettungsstelle eines Krankenhauses in Berlin-Reinickendorf Sani-täter der Feuerwehr und Wachleute angegriffen. Einer der beiden Männer setzte dabei vorgestern Abend ein Messer ein, verletzte dabei aber niemanden, wie die Polizei mitteilte.

Einer der beiden Männer im Alter von 20 Jahren beschwerte sich über lange Wartezeiten in der Rettungsstelle des Krankenhauses in der Straße Am Nordgraben. Ein 42-jähriger Sanitäter eines Rettungswagens forderte ihn auf, sich zu beruhigen, woraufhin der 20-Jährige zum Messer griff.

Der Sanitäter konnte ausweichen, Kollegen und Wachleute des Krankenhauses griffen ein und wurden ebenfalls angegriffen. Sie konnten den Täter überwältigen und festhalten. Der 21-jährige Begleiter des Angreifers griff ein und schubste einen weiteren Sanitäter, konnte aber ebenfalls überwältigt werden.

Alarmierte Polizisten nahmen beide Männer fest. Der jüngere Mann wurde von einem Arzt psychiatrisch begut-achtet und im Krankenhaus aufgenommen. Seinen Begleiter nahm die Polizei mit. Die Zeitung B.Z. hatte berich-tet.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) teilte mit: „Es ist unerträglich, dass Feuerwehrleute mittlerweile in ganz ba-nalen Einsätzen Gefahr laufen, schwer verletzt oder gar getötet zu werden. Wenn im Umfeld von Rettungsstellen zu Messer gegriffen wird, ist der Bogen längst überspannt.“

Diskussionen über Messerverbotszonen würden nicht weiterhelfen. „Deshalb sollten wir endlich wirksame Maß-nahmen ergreifen, wir brauchen ein komplettes Trageverbot in der Öffentlichkeit.“ Erst am vergangenen Freitag hatte es einen Übergriff in einem Essener Krankenhaus gegeben. Das rief heute erneut Ärzteverbände auf den Plan. © dpa/aerzteblatt.de

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/154618/Vermehrt-Gewalttaten-in-NRW-Kliniken-verzeichnet?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Vermehrt Gewalttaten in NRW-Kliniken verzeichnet

Freitag, 27. September 2024

Düsseldorf – Die Zahl der Gewalttaten in Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen (NRW) ist seit 2017 um mehr als 34 Prozent gestiegen. Das geht aus einer Antwort des Innenministe-riums NRW auf eine Anfrage der SPD-Fraktion hervor.

Ein besonders starker Anstieg um 22 Prozent wurde demnach im Jahr 2022 registriert. Im Jahr 2023 kam ein weiterer Anstieg um fast neun Prozent hinzu, und die Taten summierten sich auf 1.705 Fälle. Das sind vier bis fünf pro Tag.

„Das sind absolute Schockzahlen, die alle wachrütteln müssen. Beschäftigte im Gesundheitswesen müssen besser geschützt werden", sagte die SPD-Abgeordnete Lisa Kapteinat. Vor kurzem hatte ein Angriff auf Klinikpersonal in Essen für breite Empörung gesorgt.

Dabei war eine junge Ärztin von vorbestraften Männern, die der Clankriminalität zugerechnet werden, schwer verletzt worden. Die Zahlen beziehen sich auf sogenannte Rohheitsdelikte. Darin sind Gewalttaten wie Körperverletzungen, aber auch Raub- und Freiheitsdelikte enthalten. © dpa/aerzteblatt.de

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/pro-pal%C3%A4stina-mob-w%C3%BCtet-in-kreuzberg/ar-AA1rmHfT?ocid=msedgntp&pc=U531&cvid=7bc447eb985d4b7782e28554dcab31b6&ei=104

Pro-Palästina Mob wütet in Kreuzberg

Artikel von Julian Würzer

Feuer auf der Straße, Parolen mit Bezug zum Nahost-Konflikt und Angriffe auf Einsatzwagen der Polizei: Am Freitagabend sind pro-palästinensische Aktivisten durch Kreuzberg gezogen und haben für einen größeren Polizeieinsatz gesorgt. Wie die Berliner Polizei auf Nachfrage mitteilte, wütete die größere Personengruppe ab 22 Uhr auf der Skalitzer Straße in Berlin-Kreuzberg. Dort haben sie eine Baustelle zerstört, Baken umgeworfen, E-Scooter auf die geworfen und ein Toilettenhäuschen angezündet. Dabei riefen sie einem Polizeisprecher zufolge unter anderem „Palästina".

Anschließend ging der Mob auf die Falkensteinerstraße. Hier kam es laut Polizeisprecher zu einem Angriff auf einen Einsatzwagen der Polizei. Verletzt wurde dabei den weiteren Angaben zufolge aber niemand. Um die Situation unter Kontrolle zu bekommen, hatten die Beamten auch einen Polizeihubschrauber zur Unterstützung angefordert. Noch im Laufe des Abends setzte die Polizei einen Teil der Aktivisten fest und kontrollierte die Personalien, Festnahmen gab es dabei aber nicht. Die Polizei ermittelt nun wegen schweren Landfriedensbruch.

Festnahmen auch bei einer Versammlung am Potsdamer Platz

Am frühen Abend sorgte bereits eine Versammlung mit Bezug zum Nahostkonflikt für Aufruhr. Gegen 18 Uhr fand eine Versammlung unter dem Namen „Gegen den Israelischen Genozid-Apparat in Gaza und Libanon" auf dem Potsdamer Platz statt. 140 Einsatzkräfte der Polizei waren den Angaben zufolge vor Ort. Aufgrund technischer Probleme verschob sich der Beginn der Kundgebung allerdings um eine halbe Stunde. In dieser Zeit nahm die Polizei einen 21-Jährigen fest, der als Tatverdächtiger eines Angriff auf einen Polizisten bei einer Versammlung Ende Juni identifiziert wurde.

Gegen 18.30 Uhr startete die Versammlung mit rund 170 Teilnehmern und wuchs in der Folge auf 250 Teilnehmer an. Im Verlauf des Abends skandierten die Teilnehmer trotz Auflagen und Beschränkungen verbotene Parolen. Daraufhin setzte die Polizei einige Personen fest. Ein Teilnehmer warf eine Flasche in Richtung der Einsatzkräfe und wurde anschließend festgenommen.

Zwei Einsatzkräfte verletzt – 12 Strafermittlungsverfahren

Gegen 20.15 Uhr verließen erste Teilnehmer die Versammlung. Die verbliebenen Demonstranten versuchten laut Polizei den Kundgebungsort in Richtung Bahnhof Potsdamer Platz geschlossen zu verlassen. Das wurde durch Einsatzkräfte unterbunden. Über Lautsprecher wiesen die Beamten daraufhin, dass der Abstrom lediglich einzeln oder in Kleingruppen stattfinden könne. Die Stimmung

wurde dadurch emotionaler, die Versammlungsleiterin hatte keinen sichtbaren Einfluss auf die Teilnehmer. Deshalb entschied der Polizeiführer die Kundgebung gegen 20.30 Uhr zu beenden. Im weiteren Verlauf kam es zu weiteren Festnahmen, unter anderem wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und des tätlichen Angriffs. Zudem wurde ein Bus der Linie M 41 gestoppt, weil ehemalige Versammlungsteilnehmende in diesem strafbare Parolen skandierten. Insgesamt leitete die Polizei zwölf Strafermittlungsverfahren ein. Im Rahmen der Kundgebung wurden zwei Einsatzkräfte verletzt. Beide konnte im Dienst bleiben.

https://www.achgut.com/artikel/warum_erst_jetzt_herr_oezdemir

Redaktion

Redaktion / 01.10.2024 / 06:00 / Foto: Privat/ Kyrath/ 218 /

Warum erst jetzt, Herr Özdemir?

„Sehr geehrter Herr Özdemir, was berechtigt mich, Ihnen solche Zeilen zu schreiben? Mein Name ist Michael Kyrath. Ich bin der Vater der am 25. Januar 2023 in Brokstedt ermordeten 17-jährigen Ann-Marie“. Ein offener Brief zu Cem Özdemirs Wende in der Migrationspolitik.

In einem Gastbeitrag für die FAZ plädierte Cem Özdemir für eine Wende in der Migrationspolitik. Er begründete seine Forderung u.a. damit, dass seine Tochter „sexueller Belästigung durch junge Männer mit Migrationshintergrund“ ausgesetzt wäre. „Gegen solche Übergriffe hat sie sich, wie viele Frauen, das sprichwörtliche dicke Fell zugelegt..., doch ich spüre, wie sie das umtreibt.“

Michael Kyrath, dessen 17-jährige Tochter (Foto oben) von einem mehrfach vorbestraften Messerstecher ermordet wurde, hat einen Offenen Brief an Cem Özdemir geschrieben. Er möchte wissen, warum der grüne Politiker sich nicht schon früher des Themas „Frauen als Opfer migrantischer Gewalt“ angenommen hat. Wir dokumentieren hier seinen Brief:

Sehr geehrter Herr Özdemir,

jeder Mensch ist das Produkt seines Umfelds. Die Erfahrungen der Jahre lehren uns, unsere Sichtweisen durch Ereignisse zu hinterfragen.

Es sieht aus, als hätten Sie, Herr Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, diese Erfahrung soeben gemacht. In einem Gastbeitrag für die FAZ fordern Sie plötzlich eine energische Wende in der Migrationspolitik. Offenbar ist an dem Satz „Mit dem Alter kommt die Weisheit!" doch etwas dran.

Vor Kurzem wären solche Forderungen in Ihren Augen noch rechtsradikal und damit indiskutabel gewesen. Doch kaum trifft es Sie selbst, nachdem Ihre Tochter belästigt wurde, dreht sich Ihre Meinung um volle 180 Grad. Willkommen in der realen Welt der normalen Bürger, Herr Minister!

Was berechtigt mich, Ihnen solche Zeilen zu schreiben?

Mein Name ist Michael Kyrath. Ich bin der Vater der am 25. Januar 2023 in Brokstedt ermordeten 17-jährigen Ann-Marie. Neben meiner Tochter verstarb an diesem Tag auch ihr erst 19-jähriger Freund

Danny, nachdem ein abgewiesener, mehrfach vorbestrafter, „staatenloser“ Palästinenser in einem Nahverkehrszug 38-mal auf die beiden eingestochen hatte.
Im Gegensatz zu Ihrer Tochter, lieber Herr Özdemir, kommt unsere Tochter nicht mehr nach Hause! Es hat sich auch keiner Ihrer Parteifreunde in unserem Fall derart exponiert, wie Sie es jetzt für Ihre Tochter tun.
Im Gegenteil! Man hat uns wissen lassen, wir sollten darauf achten, dass der Mord an unserer Tochter nicht von Rechtsradikalen missbraucht wird! Von einem Ihrer Koalitionspartner bekamen wir die Nachricht, es tue ihm leid, dass „diese Leute“ ums Leben gekommen sind.
Diese „Leute“ waren unsere Kinder, Ann-Marie und Danny! Teenager von 17 und 19 Jahren, die auf dem Weg von der Schule nach Hause waren. Zwei junge Menschen, die ihr ganzes Leben noch vor sich hatten.
Können Sie es sich vorstellen, was so eine Tat mit den Hinterbliebenen macht? Mit uns als Eltern? Mit den Großeltern, Mitschülern, Lehrern, Freunden, Nachbarn?
Wir werden niemals den Schulabschluss unserer Kinder mitfeiern! Wir werden ihnen niemals zu einer bestandenen Berufsausbildung oder Studium gratulieren! Wir werden nicht an ihren Hochzeiten teilnehmen, und wir werden auch niemals eigene Enkelkinder willkommen heißen. Wir werden unsere Kinder nie wieder in den Arm nehmen dürfen und ihnen sagen, dass wir sie lieben!
Bei mir haben sich über 300 Elternpaare gemeldet, die in den letzten fünf Jahren ihre Kinder verloren haben.
Was uns alle eint, sind fünf Eckpunkte:
1. Immer das gleiche Täterprofil
2. Immer das gleiche Tatwerkzeug
3. Immer die gleichen Tatmotive
4. Immer der nahezu gleiche Tathergang und
5. immer die gleichen Floskeln der verantwortlichen Politiker nach einer solchen Tat!
Wir durften uns nach den Morden an unseren Kindern anhören, dass es „bedauerliche Einzelfälle“ wären und man ja nie hundertprozentige Sicherheit garantieren könne. Und dass man nicht verallgemeinern und damit den Rechtsradikalen in die Hände spielen darf. Und dass man versuchen werde, mit aller Härte gegen solche Täter vorzugehen. Mehr ist in den letzten Jahren nicht passiert.
Es hatten „nur“ rund 300 Eltern den Mut, sich an mich zu wenden und mir von diesem dunklen Kapitel ihres Lebens zu berichten. Wie hoch ist die Dunkelziffer derer, die den Mut nicht hatten? Wir alle waren nur „Einzelfälle“, unbedeutend, unbequem, unangenehm.
Über 300 ermordete Kinder und kein Aufschrei der verantwortlichen Politiker, auch nicht von Ihnen, Herr Özdemir! Und jetzt melden Sie sich zu Wort. Jetzt betrifft es Sie plötzlich persönlich, weil es um ihre Tochter geht. Wäre Ihnen diese Erkenntnis früher gekommen und hätten sie etwas unternommen, könnten viele unserer Kinder noch leben.
Mögen Sie eine solche Erfahrung niemals machen müssen!
Mit freundlichen Grüßen
Michael Kyrath, Elmshorn

kyrath@t-online.de

https://www.focus.de/panorama/probleme-nicht-laenger-beschoenigen-jugendgewalt-immer-dramatischer-ein-fakt-schreckt-besonders-auf_id_260361708.html
„Probleme nicht länger beschönigen“Heide, Gera, Bad Oeynhausen: Jugendgewalt explodiert - eine Zahl ist erschreckend
FOCUS-online-Chefreporter **Göran Schattauer**

Mittwoch, 02.10.2024, 17:08

Die Zahl der Kinder- und Jugendstraftaten ist 2023 stark gestiegen, bei Gewaltdelikten erreichte sie einen Höchststand seit 2001. Die größte Zunahme gibt es bei „nichtdeutschen Tatverdächtigen". Während die Grünen vor „Pauschalurteilen" warnen, fordert die Union mehr Härte.

Heide, Gera, Freudenberg. Drei Städte, die für schockierende **Schlagzeilen** gesorgt haben – als Schauplätze brutaler Kinder- und Jugendgewalt. Die Täter, meist zwischen 12 und 18 Jahre alt, terrorisieren ihr Umfeld, verbreiten Angst und Schrecken, stürzen andere ins Leid.

Sie **demütigen und quälen ihre Opfer, schlagen, treten, stechen** . Dabei nehmen sie in Kauf, dass andere Kinder traumatisiert, schwer verletzt oder sogar getötet werden. Die zunehmende Brutalität minderjähriger Straftäter macht fassungslos.

Im schleswig-holsteinischen Heide etwa tyrannisierte eine Jugendbande die Bevölkerung über viele Monate hinweg. Auf das Konto der Teenager gehen Raubüberfälle, gefährliche Körperverletzungen, Erpressungen, Diebstähle und vieles mehr.

Besonders roh agierte eine Mädchen-Gang. Die Täterinnen, zumeist Deutsche, aber auch einige mit Migrationshintergrund, folterten eine 13-Jährige auf abscheulichste Weise. So drückten sie dem Mädchen eine Zigarette auf der Wange aus, zündeten ihre Haare an, schlugen sie auf die Nase, gossen Cola über ihren Kopf.

Ähnlich enthemmt ging eine Schläger-Bande im thüringischen Gera vor. Im Juni 2024 prügelten mehrere Mitglieder der Gruppe brutal auf einen wehrlosen 14-jährigen Jungen ein – alle anderen schauten zu, einer filmte den Angriff. Die Polizei identifizierte mehr als 20 Tatverdächtige vorwiegend afghanischer und syrischer Herkunft. Alter: 12 bis 15 Jahre.

Ein besonders erschütternder Fall trug sich am 11. März 2023 zu. Zwei deutsche Mädchen im Alter 12 und 13 Jahren töteten die 12-jährige Luise F. aus dem nordrhein-westfälischen Freudenberg mit rund 70 Messerstichen. Da die beiden Mädchen wegen ihres Alters noch nicht strafmündig waren, konnten sie nicht angeklagt werden.

Erschreckende BKA-Zahlen: Gewaltkriminalität erreicht Höchststand seit 2001

Die Beispiele markieren nur einen winzigen Ausschnitt dessen, was deutsche Polizeibehörden tagtäglich unter dem Schlagwort „Kinder- und Jugendkriminalität" verbuchen müssen. Wer sich die vom Bundeskriminalamt (BKA) herausgegebene Statistik für das vergangene Jahr durchliest, stellt eine besorgniserregende Entwicklung fest.

- **Im Jahr 2023 wurden insgesamt 717.365 Kinder , Jugendliche (14 bis unter 18), Heranwachsende (18 bis unter 21) und Jungerwachsene (21 bis unter 25) von der Polizei einer Straftat verdächtigt.**
- **Zum Vergleich: 2022 waren es 664.573, im Jahr 2019 (vor Corona) sogar nur 650.088 . In den Jahren zuvor war die Jugendkriminalität in Deutschland tendenziell rückläufig.**
- **Auf die Gruppen der Kinder (unter 14 Jahre) entfielen vergangenes Jahr 104.233 Straftaten , auf Jugendliche rund 207.000 Straftaten, auf Heranwachsende etwa 171.000 Straftaten und auf Jungerwachsene knapp 235.000 Straftaten.**
- **Bei der vorsätzlichen einfachen Körperverletzung stieg die Zahl der tatverdächtigen Kinder unter 14 Jahren um 19,6 Prozent und bei Jugendlichen um 14,4 Prozent. Im Vergleich zu 2019 stieg sie bei Kindern sogar um 36 Prozent, bei Jugendlichen um 7,7 Prozent.**
- **Bei der Gewaltkriminalität (u. a. gefährliche Körperverletzung, Raub, Vergewaltigung, Mord, Totschlag) wurden 12.377 tatverdächtige Kinder (Höchststand seit 2001) und 30.244 tatverdächtige Jugendliche (Höchststand seit 2011) ermittelt.**
- In diesem Bereich stieg die Zahl der tatverdächtigen Kinder unter 14 Jahren gegenüber 2022 um 17 Prozent und bei Jugendlichen um 14,4 Prozent. Gegenüber **2019 stieg sie bei Kindern sogar um 49,7 Prozent** , bei Jugendlichen um 28 Prozent.

Fachleute etwa von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verweisen darauf, dass Jugendgewalt ein Problem deutscher und nicht deutscher Jugendlicher gleichermaßen sei. Der Anstieg der Zahlen lasse sich nicht mit der „Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Kulturkreisen" erklären. Vielmehr bestehe ein „enger Zusammenhang mit Bildungsarmut und niedriger sozialer Herkunft".

Auf der anderen Seite lässt sich nicht wegdiskutieren: Die alljährlichen Silvesterkrawalle, Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte, Massenschlägereien in Schwimmbädern, Ausschreitungen und Raubüberfälle in Innenstädten – oftmals sind es Sprösslinge aus eingewanderten Familien, die durch Aggressionen und besonders drastische Gewalttaten auffallen.

Anstieg vor allem bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen

Das BKA stellt denn auch zu den im Jahr 2023 geradezu explodierten Straftaten-Zahlen klar: „Der Anstieg bei den Kindern und Jugendlichen zeigt sich vor allem bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen." Stieg die Zahl der tatverdächtigen deutschen Kinder und Jugendlichen von 2022 auf 2023 um 9,0 Prozent, waren es bei nichtdeutschen Kindern 28,4 Prozent!

Erklärbar sei dies unter anderem damit, dass der Anteil an minderjährigen nichtdeutschen Personen in der Bevölkerung insgesamt deutlich gestiegen ist. Viele Kinder aus Familien, die seit 2015 nach Deutschland kamen, sind mittlerweile in einem Alter, in dem sie auch straffällig werden können. Zudem nehme Deutschland weiterhin viele Zuwanderer neu auf.

Der Kriminologe Christian Walburg von der Universität Münster bestätigt das. So seien seit Frühjahr 2022 Hunderttausende Kinder und Jugendliche aus der Ukraine nach Deutschland gekommen. Zudem gebe es wieder eine größere Armutszuwanderung aus Ländern wie Rumänien und Bulgarien. Und nach wie vor träfen viele Geflüchtete aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten bei uns ein.

Welche Rolle junge Straftäter mit ausländischen Wurzeln beim Thema Jugendgewalt spielen, zeigen einige Kriminalfälle, die Deutschland in jüngerer Vergangenheit bewegten.

- **10. Februar 2024: Mert V. (15), ein Deutscher türkischer Abstammung, sowie ein Deutsch-Grieche und zwei Syrer (14 bis 15) töten in Oberhausen (NRW) zwei ukrainische Nachwuchsbasketballer mit Messerstichen. Mert V. und dessen Komplizen gelten als „Intensivtäter" (u.a. Raub, Drogendelikte, gefährliche Körperverletzungen). Der Prozess am Landgericht Essen läuft, Urteil vermutlich Ende November.**
- **28. Mai 2024: Zwei Syrer (16 und 18) sowie ein 19-jähriger Iraker werden in Krefeld verhaftet. Im Kaiser-Wilhelm-Park hatten sie zwei Männern, darunter ein 22-jähriger Deutscher, massive Schlag- und Stichverletzungen zugefügt. Später nimmt die Polizei sechs weitere Männer ausländischer Herkunft im Alter von 17 bis 19 Jahren fest.**
- **22. Februar 2024: Yilmaz B. (17) betritt ein Gymnasium in Wuppertal mit einem Klappmesser (Klingenlänge 8 Zentimeter) und attackiert wahllos Schüler aus seiner Jahrgangsstufe. Er verletzt vier Mitschüler und schließlich sich selbst schwer. Yilmaz B. kommt vor Gericht, Vorwurf: versuchter Mord in vier Fällen.**
- **25. Januar 2024: Adrian K. (18) ermordet an einem Gymnasium in St. Leon-Rot (Rhein-Neckar-Kreis) seine gleichaltrige Ex-Freundin. In einem Aufenthaltsraum sticht er seinem Opfer mit einem Fleischmesser in Nacken, Rücken, Hals und Brust. Das Landgericht Heidelberg verurteilt ihn zu elf Jahren Haft. Die Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) läuft.**
- **23. Juni 2024: Der 18-jährige Syrer Mwafak Al S. attackiert im Kurpark von Bad Oeynhausen den in Deutschland lebenden Griechen Philippos T. Dabei schlägt und tritt er mehrmals gegen den Kopf seines wehrlosen Opfers. Zwei Tage später stirbt der 20-Jährige. Der polizeibekannte Täter war 2016 im Rahmen einer Familienzusammenführung nach Deutschland gekommen. Anklage wegen Totschlags.**

Insbesondere die tödliche Attacke von Bad Oeynhausen hat bundesweit heftige Diskussionen ausgelöst. Es ging um den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kriminalität, die zunehmende Gewalt durch junge Migranten, die Tauglichkeit von Gesetzen, die Rolle der Justiz, die Verantwortung der Politik, die viel zu zögerliche Abschiebung ausländischer Straftäter.

Kurz nach dem Verbrechen debattierte der Bundestag in einer von der Unionsfraktion beantragten Aktuellen Stunde zum Thema: „Gewalttäter aus Parallelgesellschaften – Ursachen und Konsequenzen der Tat von Bad Oeynhausen ehrlich benennen".

CDU-Chef Friedrich Merz: „Müssen jetzt endlich etwas tun"

Während die **SPD** davor warnte, „reflexhaft zu reagieren und uns gegenseitig die Schuld zuzuweisen“, sorgten sich **die Grünen**, „dass die Tat einmal mehr dazu benutzt wird, ganze Bevölkerungsgruppen pauschal zu verurteilen“.

Konstantin Kuhle (FDP) räumte immerhin ein, dass Deutschland „ein Problem mit extrem gewaltbereiten jungen Männern hat, die aus dem arabischen Raum, aber auch aus Afghanistan, aus Nordafrika und aus anderen Regionen zu uns kommen“.

CDU-Chef Friedrich Merz erklärte, man könne längst nicht mehr von „Einzeltaten“ sprechen. Die zahlreichen Gewaltverbrechen von Tätern, die „als Jugendliche oder Heranwachsende in unser Land gekommen sind“, würden ganz grundlegende Fragen aufwerfen. Etwa die: „Wie lange hält unsere Gesellschaft die seit Jahren andauernde ungesteuerte Migration eigentlich noch aus?“

Merz appellierte an die Ampel-Regierung: „Hören Sie endlich auf, die Probleme in unserem Land zu beschönigen!“ Wenn man nicht bald konsequent gegensteuere, würden „die Grundlagen unseres gedeihlichen Zusammenlebens“ zerstört. Der Unions-Kanzlerkandidat: „Wir müssen jetzt endlich etwas tun.“

Dringenden Handlungsbedarf gibt es freilich nicht nur bei jungen Tätern mit Migrationshintergrund. Auch bei deutschen Kindern und Jugendlichen gehen die Fallzahlen wieder deutlich nach oben. Nicht zuletzt wegen brutaler Straftaten von Kindern unter 14 Jahren, etwa dem Mordfall Luise, wird diskutiert, die Altersgrenze für die Strafmündigkeit auf 12 Jahre zu senken.

https://www.welt.de/politik/deutschland/article253837286/Grenzkontrollen-Hunderte-unerlaubte-Einreisen-auch-an-Westgrenzen-festgestellt.html

Grenzkontrollen

Hunderte unerlaubte Einreisen auch an Westgrenzen festgestellt

Stand: 18:46 UhrLesedauer: 2 Minuten

Um die irreguläre Migration einzudämmen, ordnete Innenministerin Nancy Faeser (SPD) Kontrollen an allen Landesgrenzen an. „3800 Kilometer, die wir bedienen müssen – Ganz viele offene Stellen“, sagt Andreas Roßkopf von der Gewerkschaft der Polizei.

Seit 14 Tagen kontrolliert die Bundespolizei Reisende an allen deutschen Grenzen. Die Auswertung zeigt: Auch im Westen haben die Beamten Hunderte Menschen zurückgeschickt. Zudem vollstreckten sie zahlreiche Haftbefehle.

Mit der Ausweitung der deutschen Grenzkontrollen auf alle Landgrenzen sind seit Mitte September **weitere zusätzliche unerlaubte Einreisen registriert worden. Insgesamt 838 Fälle stellten die Beamten an den Grenzen zu Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden fest, wie die Bundespolizei der Deutschen Presse-Agentur auf Anfrage mitteilte. Der Großteil davon entfiel auf die französische Grenze. Weitere 18 unerlaubte Einreisen wurden zwischen dem 16. September und dem 2. Oktober an der dänischen Grenze festgestellt.**

35.000 eigentlich Ausgewiesene halten sich weiter in Deutschland auf

Seit dem 16. September werden an sämtlichen deutschen Grenzen Kontrollen durchgeführt, um die Zahl unerlaubt Einreisender einzudämmen. Neu sind die Kontrollen an den Landgrenzen zu Dänemark, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg. An der Grenze zu Frankreich gab es wegen der Olympischen Spiele bereits seit Ende Juli vorübergehende Kontrollen. An den Grenzen zu Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz wird schon länger kontrolliert.

An den Westgrenzen wurden seit Mitte September 539 Mal Menschen zurückgeschickt, an der dänischen Grenze 14 Mal. An den Westgrenzen wurde 25 Menschen mit einer Wiedereinreisesperre die Einreise verweigert, im Norden waren es drei Personen. Doch es geht nicht nur um unerlaubte Einreisen: An allen neun Landgrenzen vollstreckten Bundespolizisten zudem seit Mitte September 387 offene Haftbefehle.

In zwei Wochen fast 2500 unerlaubte Einreisen festgestellt

Am Dienstag hatte die Bundespolizei bereits mitgeteilt, seit Ausweitung der Grenzkontrollen seien insgesamt 2448 unerlaubte Einreisen festgestellt worden. Sie bezog sich dabei aber auf den Zeitraum vom 16. bis zum 30. September und schlüsselte nicht auf, welcher Anteil davon auf die neu kontrollierten Grenzabschnitte entfiel.

In 1419 Fällen insgesamt seien die Einreisewilligen bereits an der Grenze zurückgewiesen worden, hieß es. In 127 weiteren Fällen seien „aufenthaltsbeendende Maßnahmen" angewandt worden. Das bedeutet in der Regel, dass sich Einreisende bereits auf dem Gebiet der Bundesrepublik befanden, dann aber in das Land zurückgebracht wurden, aus dem sie kamen. 69 weitere an der Grenze angetroffene Menschen seien bereits mit einer Wiedereinreisesperre für Deutschland belegt gewesen und daher an der Einreise gehindert worden.

Zudem gab die Bundespolizei bekannt, in dem Zwei-Wochen-Zeitraum vom 16. bis 30. September 49 Schleuser festgenommen zu haben. Das Bundesinnenministerium hatte die Grenzkontrollen zum Schutz der inneren Sicherheit und zur Reduzierung irregulärer Migration angeordnet.

dpa/coh

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/gaza-krieg-tausende-verfahren-bei-berliner-staatsanwaltschaft/ar-AA1rJpZb?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=0de0f4dc4b404208a5576190a31978b6&ei=32

Gaza-Krieg: Tausende Verfahren bei Berliner Staatsanwaltschaft

Ein Jahr nach dem Terrorangriff der islamistischen Hamas auf Israel hat die Berliner Staatsanwaltschaft knapp 3200 Verfahren im Kontext mit dem Gaza-Krieg auf den Tisch bekommen. In 1070 Fällen (Stand: 4. Oktober) geht es dabei um Straftaten bei Demonstrationen zu dem Nahost-Konflikt, wie ein Sprecher der Staatsanwaltschaft auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mitteilte. Bei der Berliner Polizei sind nach seinen Angaben weitere rund 5300 Fälle (Stand: 10. September), von denen noch etliche bei der Staatsanwaltschaft landen dürften.

Seit dem Hamas-Massaker am 7. Oktober 2023 registrieren Polizei und Justiz auch in der Hauptstadt einen deutlichen Anstieg antisemitischer Straftaten. Als antisemitische Hasskriminalität wertete die Behörde nach eigenen Angaben bislang 103 Fälle der knapp 3200 Verfahren.

Zu den bekanntesten Vorfällen gehört eine Attacke auf den jüdischen Studenten Lahav Shapira am 2. Februar 2024. Die Staatsanwaltschaft hat einen 23-Jährigen wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt und geht dabei von antisemitischen Motiven des Kommilitonen des Opfers aus.

1642 Verdächtige bekannt – Erst 20 Verurteilungen rechtskräftig

In mehr als der Hälfte der Fälle ermittelt die Behörde gegen namentlich bekannte Verdächtige (1642). Teils werden Verfahren miteinander verbunden (403 Fälle), weil Beschuldigte mehrfach aufgefallen sind. Häufig geht es um Sachbeschädigungen durch antisemitische Schmierereien, Volksverhetzung wegen verbotener Parolen oder das Billigen von Straftaten. Aber auch Widerstandshandlungen gegen Polizisten oder Gewalttätigkeiten gehören zu den Straftaten.

Laut Staatsanwaltschaft wurde bislang in mehr als 360 Fällen Anklage erhoben oder wurden Verurteilungen zu einer Geldstrafe per Strafbefehl – also ohne mündliche Verhandlung – beantragt. Rechtskräftig verurteilt seien erst 20 Täter, sagte der Sprecher Staatsanwaltschaft.

Bundesweit über 3200 antisemitische Straftaten erfasst

Bundesweit sind laut Bundesinnenministerium zwischen Jahresbeginn 2024 und Anfang Oktober über 3200 antisemitische Straftaten erfasst worden. Nicht alle davon müssen einen Bezug zum

Nahost-Konflikt haben, wie es hieß. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 1600 antisemitische Taten.
Seit dem 7. Oktober 2023 habe die Polizei fast 8500 politisch motivierte Straftaten erfasst (Stand 4. Oktober 2024), hieß es vom Ministerium. Davon seien 3464 Straftaten als antisemitisch motiviert eingestuft worden. Es handle sich vor allem um antisemitisch motivierte Sachbeschädigungen und Volksverhetzungen.

https://www.welt.de/politik/deutschland/plus253722088/Angriffe-im-OP-Saal-Zeigt-wie-sehr-gewalttaetiges-Verhalten-zum-Selbstverstaendnis-von-Clan-Kriminellen-gehoert.html
„Zeigt, wie sehr gewalttätiges Verhalten zum Selbstverständnis von Clan-Kriminellen gehört“
Autorenprofilbild von Kristian Frigelj
Von Kristian Frigelj
Korrespondent
Stand: 08:01 UhrLesedauer: 4 Minuten
Türkisch-libanesische Clan-Kriminelle attackieren nach dem Tod eines Verwandten Krankenhaus-Mitarbeiter, verletzen sie teilweise schwer. Im Landtag werden seitens der Opposition starke Zweifel an NRW-Innenminister Reuls (CDU) Politik der „1000 Nadelstiche“ gegen das Milieu laut.
Im Elisabeth-Krankenhaus spricht man von einer „Zäsur“. Es habe „eine bisher noch nie dagewesene Aggressivität und Gewalt gegenüber Mitarbeitenden unseres Hauses stattgefunden“, erklärt Peter Berlin, Geschäftsführer der Einrichtung, die in der Stadt Essen seit 180 Jahren Menschen versorgt. Das Team stehe unter „Schock“. Sicherheitsleute patrouillieren auf dem Gelände und vor dem Eingang, und Besuche sind nur noch nach vorheriger Anmeldung möglich. Seit Freitagnachmittag, 20. September, ist alles anders.

An jenem Tag stürmten gegen 15 Uhr Angehörige eines Patienten in den OP-Saal der Kardiologie und attackierten Mitarbeiter mit Schlägen und Tritten. Sechs Personen wurden teilweise schwer verletzt. Möbel und Geräte wurden beschädigt.

Das Team hatte zuvor versucht, einen 87-jährigen Mann türkischer Abstammung zu retten. Er hatte über Zittern und Kraftlosigkeit geklagt. Der Patient verstarb während der Rettungsmaßnahmen.
„Nahezu gleichzeitig kam es zum unvermittelten Angriff durch die Angehörigen des Patienten auf das Reanimationsteam und weitere Kolleginnen“, so die Krankenhausleitung.
„Wenn die Beamten das Haus verließen, lachten alle die ‚dummen Deutschen‘ aus“
Sie betont auch, es gebe im Bereich des Rettungs- und Gesundheitswesens immer wieder Übergriffe auf Helfende während ihrer Tätigkeit. Doch dieser Vorfall übertrifft im Elisabeth-Krankenhaus alles bisher Dagewesene. Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) reagierte erschüttert auf diesen Gewaltausbruch. „Auch der Verlust eines nahen Angehörigen entschuldigt oder rechtfertigt nicht ein solches Verhalten oder gar einen Angriff auf Krankenhauspersonal und ein Krankenhaus“, erklärt der Christdemokrat. Er verurteile das „aufs Schärfste“ und habe „für ein

solch asoziales Verhalten überhaupt kein Verständnis". Jetzt seien Staatsanwaltschaft und Gerichte gefordert, „darauf eine klare Antwort zu geben".
Die beiden Hauptbeschuldigten, ein 41-Jähriger und dessen Bruder mit türkisch-libanesischer Staatsangehörigkeit, sind nach Erkenntnissen der Polizei kriminelle Clan-Mitglieder. Sie sind die Söhne des verstorbenen Patienten. Beim Angriff auf das Klinikpersonal sollen die Tatbeteiligten mit der „Macht der Familie" gedroht haben.

„Clans lassen sich von Reul null beeindrucken"

Der Vorfall gilt als erneutes Indiz dafür, mit welchem Dominanzverständnis arabische Clans im Alltag auftreten. Die Bekämpfung von Clan-Kriminalität ist seit Jahren ein Schwerpunkt von Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU). Er verfolgt eine „Null-Toleranz-Strategie", deshalb bekommen einzelne Vorfälle mit Clanbezug vor Ort schnell eine landespolitische Dimension.
Die Opposition im NRW-Landtag beantragte am Donnerstag eine Aktuelle Viertelstunde im Innenausschuss zu diesem Thema, und kreidete Reul schon vorab an, dass er die Clan-Kriminalität „nicht im Griff" habe. „Immer wieder erleben wir Drohgebärden, Einschüchterungen, selbst bei Gericht, und Gewalt am helllichten Tag – völlig respektlos und ungeniert. Die Clans lassen sich von Minister Reul offenbar null beeindrucken", kritisierte Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. „Die viel beschworenen ‚1000 Nadelstiche' der Landesregierung entpuppen sich offenkundig nur als Wohlfühl-Akupunktur ohne nachhaltige Wirkung."

Wachsende Zweifel am Erfolg von „Mr. Null Toleranz"

NRW-Innenminister Reul hält im Ausschuss dagegen. „Ich kann Ihnen versichern, dass wir alle rechtlichen Mitteln ausschöpfen werden, um die Beteiligten für diese erschütternde Tat zu belangen", betont der Christdemokrat. „Was da passiert ist, bekümmert, ärgert, macht betroffen, macht wütend." Es zeige sich, „wie sehr aggressiv schon gewalttätiges Verhalten zum Selbstverständnis von Clan-Kriminellen gehört".
Diese hielten „nichts von unseren Werten und Normen" und hätten eigentlich nur im Kopf gehabt, „ihr Familienansehen zu verteidigen oder für die eigene Trauer ein Ventil zu finden, indem man andere Menschen angreift. Zum Selbstverständnis unserer Gesellschaft, unserem Rechtsstaat passt das allerdings nicht", so Reul. Deshalb werde man „auch weiter kriminelle Clans und ihre Machenschaften, ihre Machtansprüche, egal und wo und wie, bekämpfen".

Reul betont im Ausschuss, dass sich die Situation seit 2017 verbessert habe und dass es weniger sogenannte Tumultlagen gebe. Er sei der Auffassung, dass man „solche Probleme nicht mit einer Maßnahme oder einer Entscheidung wegkriegt. Das wird extrem lange dauern." Man werde das „systematisch zurückdrängen, aber nie ganz".

„Mir fehlt die nächste Stufe, gegen diese Kriminellen vorzugehen"
Nach Ansicht der SPD-Abgeordneten Christina Kampmann reicht das nicht mehr aus: „Man muss einfach feststellen, dass das Phänomen der Kleinkriminalität, wenn man sich den letzten Lagebericht anschaut, während Ihrer Regierungszeit nicht kleiner geworden ist, sondern größer geworden ist", sagt sie an Reul gewandt. „Und da fehlt uns einfach eine weitere Strategie, die genau darauf reagiert."

Der CDU-Landtagsabgeordnete Gregor Golland fragt nach dem aufenthaltsrechtlichen Status der Täter und ob es Ausweisungsmöglichkeiten gebe. Ähnlich äußert sich AfD-Fraktionschef Markus Wagner. Er habe Reuls Politik der „1000 Nadelstiche" immer begrüßt: „Es fehlt mir die nächste Stufe, gegen diese Kriminellen vorzugehen. Und dazu gehört als generalpräventive Wirkung, die Aufenthaltsbeendenden Maßnahmen überall da, wo sie durchgeführt werden können." Wagner will auch wissen, wie viele Clan-Angehörige abgeschoben worden sind.
Reul betont, dass man „alles tue, um sie auszuweisen". Doch die Betroffenen wehrten sich dann vor Gericht dagegen, und zwar meist erfolgreich. Formal ist in NRW für Rückführungen und ausländerrechtliche Aspekte Integrationsministerin Josefine Paul (Grüne) zuständig. Sie ist nach den Behördenfehlern im Umgang mit dem Solinger Messerattentäter politisch stark unter Druck geraten.

Politikredakteur Kristian Frigelj ist bei WELT zuständig für landespolitische Themen, vor allem in Nordrhein-Westfalen.

https://www.focus.de/panorama/welt/viele-koennen-gar-nicht-schwimmen-schwimmbad-macht-mittags-zu-weil-junge-migranten-dort-randalieren_id_260368378.html

Selbst Hausverbote stoppen sie nicht

Schwimmbad macht mittags zu, weil junge Migranten dort randalieren

Samstag, 05.10.2024, 08:56

In Wuppertal gibt es Ärger in der „Schwimmoper". Das Schwimmbad schließt neuerdings am Wochenende mittags für eine Stunde, um aggressive Jugendliche mit Migrationshintergrund loszuwerden. Die randalieren dort und belästigen andere Gäste. Dabei können viele nicht einmal schwimmen.

Die „Schwimmoper" in Wuppertal ist kein klassisches Hallenbad, sondern primär ein Sportbad. Viele Menschen gehen vor allem dorthin, um zu schwimmen. Doch nun macht die „Schwimmoper" an Wochenende mittags für eine Stunde dicht - wegen Leuten, die überwiegend nicht schwimmen können.

„Diese Gruppen junger ausländischer Männer stehen im Nichtschwimmerbecken oder sitzen auf der Tribüne, dann kommt es plötzlich zur Rudelbildung und es hagelt Beleidigungen und gibt Belästigungen", sagt Alexandra Szilagowski, Leiterin des Sport- und Bäderamtes in Wuppertal, zu „ Bild ". „Die Situation ist immer schlimmer geworden." Auch sexuelle Belästigungen im Umkleidebereich habe es schon gegeben.

Hausverbote stoppen Jugendliche nicht: „Die halten sich einfach nicht daran"

Allein zwölf Security-Einsätze habe es im Juli dort gegeben, übewiegend wegen junger Menschen mit Migrationshintergrund. Diese kommen wie alle Jugendlichen unter 17 Jahren für 1,50 Euro Eintritt in die „Schwimmoper" - ein echtes Schnäppchen. Die meisten von Ihnen können dabei nicht einmal schwimmen, weshalb ihnen mit der Zeit langweilig werde, berichtet Szilagowski.

„Dann wird provoziert, es bilden sich Gruppen und schon gibt's Ärger. Das Personal und andere Gäste werden beleidigt und belästigt." In der Folge verhängte Hausverbote brachten aber keine Entlastung. „Die halten sich einfach nicht daran und kommen trotzdem." Um Ausweiskontrollen am Eingang durchzuführen, fehle zudem das Personal.

„Uns sind alle Badegäste willkommen, die sich an die Regeln halten"

Nun soll die Mittagspause am Wochenende, bei der das Bad für eine Stunde geschlossen wird, helfen. „Wir können nicht einfach so zuschauen und es weiter laufen lassen. Wir sind ja kein Spaßbad, sondern ein reines Schwimmbad."

Bei den Stammgästen löste die Neuerung, die am vergangenen Wochenende Premiere hatte, Fragen aus, aber keine Beschwerden, berichtet die Leiterin des Sport- und Bäderamtes. „Das stimmt mich hoffnungsvoll. Denn uns sind alle Badegäste willkommen, die sich an die Regeln halten. Kinder sollen ohne Angst schwimmen lernen. Und das muss auch so bleiben."

"Unbekannte hatten ein Hakenkreuz (spiegelverkehrt) auf das Auto von Manoj Subramaniam geschmiert" schrieb noch am Freitag die Rheinische Post. Nun stellt sich heraus: Alles nur gefaked - das Opfer war selbst der Täter!

Von ALEX CRYSO | Auf das Haus des AfD-Bundestagsabgeordneten Dirk Spaniel wurde unlängst ein Farbanschlag verübt. Im Gegenzug sieht es ziemlich mau aus, was die verwüsteten Häuserfassaden unserer Goldstückchen und grünen Landeszertreter anbelangt. Weil diese sich jedoch in der Opferrolle selbst sehr gut gefallen, hilft man seinem Glück gerne ein wenig auf die Sprünge, um medienwirksam entsprechend rüber zu kommen.

So zum Beispiel im Falle des dunkelhäutigen grünen Lokalpolitikers Manoj Subramaniam aus Erkelenz in Nordrhein-Westfalen: Dort zierten Hakenkreuze und SS-Zeichen den Hauseingang des 33-Jährigen mit Wurzeln in Sri Lanka. Auch die Autoreifen des besagten Opfers wurden aufgeschlitzt.

Nun stellte sich jedoch heraus: Subramaniam hat die Übergriffe auf sich selbst nur frei erfunden und den Vandalismus eigenhändig verursacht. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Migranten, der am Freitag sein Mandat niedergelegt und für keine Stellungnahme zu erreichen war. Dabei wurde auch von eingeschlagenen Autoscheiben und Hakenkreuzen, die auf das Auto gesprüht waren, berichtet. Noch dazu fand Subramaniam angeblich Rasierklingen in der Post. Eine Morddrohung wurde mit „NSU 2.0" unterzeichnet. Zeitweise war sogar der Staatsschutz der Aachener Polizei aktiv, von Seiten der eigenen Partei gab es zahlreiche Solidaritätsbekundungen ob der angeblich so akuten Bedrohungslage durch Glatzköpfe und Springerstiefel.

Die ehemalige Volksbelehrerin und jetzige grüne Bundestagsabgeordnete Lamya Kaddor schrieb: „Rechtsextreme bedrohen politische Ehrenamtler, um sie zum Schweigen zu bringen. Danke, Manoj Subramaniam, dass Du nicht schweigst und Deine Stimme erhebst!" Weitere Solidaritätsbekundungen gab es von der stellvertretenden NRW-Ministerpräsidentin Mona Neubaur, Landrat Stephan Pusch, Bürgermeister Stephan Muckel sowie den Ratsfraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der Freien Wähler. Das vermeintliche Opfer hatte die Bilder

vom verschandelten Hauseingang zuvor auf Facebook gepostet, um somit wieder jede Menge Mitleid einzuheimsen.
Inzwischen liegt jedoch der zwingende Verdacht vor, dass die Straftaten alle nur vorgetäuscht und selbst inszeniert wurden. Eine Bedrohungslage fand keine statt, so die Staatsanwaltschaft in Mönchengladbach. Durchsuchungsmaßnahmen und eine Vernehmung des Betroffenen hatten zudem dafür gesorgt, dass sich Subramaniam quasi selbst verriet: Während einer Anhörung sei er heulend zusammengebrochen und hatte die Taten alle zugegeben. Auch hatte der 33-Jährige gegenüber Parteikollegen wohl schon beteuert, die Bedrohungen ganz frei erfunden gehabt zu haben. Dort befand man das Verhalten als „unentschuldbar", so Hans Josef Dederichs, Fraktionsvorsitzender der Grünen aus Erkelenz.

https://philosophia-perennis.com/2022/09/05/csd-killer-von-transmann-ist-abgelehnter-asylbewerber-aus-islamischer-teilrepublik/

CSD: Killer von Transmann ist abgelehnter Asylbewerber aus islamischer Teilrepublik

BY**DAVID BERGER**

5. SEPTEMBER 2022

(David Berger) Nachdem immer mehr Details zum tödlichen Angriff auf einen Transmann am Rande des CSD in Münster bekannt werden, wird es auf einmal auch sehr still um die ganze Sache. Der Grund dafür: Es war weder ein putinistischer Russe (wie anfangs von FAZ & Co insinuiert) noch ein „AfD-Nazi", sondern Nuradi A., ein abgelehnter, polizeibekannter, bereits vorbestrafter Asylbewerber.

Noch einmal kurz zusammengefasst, was passierte: „Die Attacke erfolgte kurz nach 20 Uhr nahe dem Münsteraner Stadtwerkeplatz. Im Hintergrund lief immer noch ein CSD-Event, als Nuradi A. mit einem Bekannten auf drei Frauen aufmerksam wurde, die an einer Bushaltestelle standen. Der Tschetschene lief auf die CSD-Besucherinnen zu. Höchst aggressiv beschimpfte der Boxsportler die Frauen als „dreckige Lesben, dreckige Huren".

„Du bist kein richtiger Mann"

Malte C., ebenfalls ein CSD-Teilnehmer, mischte sich nach FOCUS-online-Informationen ein. „Wo ist denn das Problem ?" Vergeblich versuchte der Transmann die Lage zu beruhigen. Nuradi A. und sein Begleiter sollen den Ermittlungen zufolge weiter ausgerastet sein und den Mittzwanziger wüst beleidigt haben. Er wäre ja gar kein Mann, so der Tenor, weil er transsexuell sei. Ohne weiteres Zögern schlug der Migrant aus der russischen Föderation auf Malte C. ein und schickte gleich einen zweiten gezielten Schlag hinterher. Bewusstlos fiel das Opfer mit dem Hinterkopf auf den Asphalt. Daraufhin flüchteten der Schläger und sein Kumpel. Mit lebensgefährlichen Kopfverletzungen wurde Malte C. in die Klinik gebracht. Trotz einer Notoperation starb das Opfer am frühen Freitagmorgen. (Quelle)

Ukraine-Krieg verhinderte Abschiebung

Obwohl die Ermittlungen nahelegen, dass der Täter den 25-Jährigen als Transmann erkannte, bevor er ihn ins Koma prügelte, an dem dieser dann starb, sieht die Staatsanwaltschaft keinen Zusammenhang zwischen Tat und Herkunft des Täters.

Dass der Täter bislang nicht abgeschoben wurde, hängt mit dem impliziten Kriegseitritt Deutschlands zusammen: „Kürzlich verlängerte die Ausländerbehörde seinen Aufenthaltstitel um ein weiteres Jahr bis Sommer 2023. Grund: Wegen der Kriegssituation gibt es ein Abschiebeverbot nach Russland." (Quelle)

Islamische Teilrepublik Kadyrow

Reitschuster dazu: „Realitätsverweigerung im Quadrat. In Tschetschenen wird Hass gegen Homosexuelle staatlich in Dauerschleife geschürt. Sie werden verfolgt, gefoltert, selbst zu Hinrichtungen kam es. Hier ein paar Zitate des Oberhaupts der islamischen russischen Teilrepublik Kadyrow:

„Homosexuelle sind schlimmer als Krieg!"

„Ja, die Schwulen müssen ermordet werden!"

„Das sind Teufel! Das sind keine Menschen! Gott verfluche sie für die Anschuldigungen, die sie gegen uns erheben. Sie werden sich dafür vor dem Allmächtigen rechtfertigen müssen."

Das schaffen wohl wirklich nur deutsche Behörden, keinen Zusammenhang zwischen so einem Hass-Schüren und so einer Tat zu sehen. Dafür heißt es aber schon von Grünen, „Rechte" seien schuld." (Quelle)

An Euren Fingern klebt das Blut von Malte!

Die linksgrün-woke Blase, die sich zunächst gierig auf die Meldungen von FAZ & Co, der Täter sei ein Russe, gestürzt hatte, schweigt nun zunehmend. Lediglich einige drehen weiter frei und versuchen mit aller Gewalt die Schuld auf Kriegsgegner, Kritiker des Genderwahnsinns usw. zu schieben.

Ihnen sei ganz klar gesagt: Euer „Haltet den Dieb" funktioniert nicht mehr. Auch dieses Opfer habt Ihr zu verantworten. Es ist der importierte, nicht selten islamistische geprägte Hass, der hier getötet habt. Und auch an Euren Fingern klebt das Blut von Malte!

https://unser-mitteleuropa.com/nrw-gruen-politiker-schickt-sich-selbst-morddrohungen-und-beschmiert-auto-mit-hakenkreuze/

NRW: GRÜN-Politiker schickt sich selbst Morddrohungen und beschmiert Auto mit Hakenkreuz

03. 09. 2022Der Kampf gegen deutsche Hasskriminalität ist das politische Steckenpferd des Tamilen Manoj Subramaniam. Doch weil ihm niemand den Gefallen tat, musste er selbst zur Tat schreiten. | Foto: Die Grünen Kreis Heinsberg, Grüne NRW

Er hatte es doch weit gebracht, der Tamile Manoj Subramaniam. Bis nach Deutschland. Und dort sogar in den Stadtrat! Für die Grünen sitzt er im Städtchen Erkelenz im Rheinland (NRW, 43.000 Einwohner) im dortigen Stadtparlament.

Kampf gegen Rechtsextremismus als Leitmotiv

Dort betreibt er fleißig grüne Gesellschaftspolitik:

„Zu den politischen Themen, für die ich stehe, gehören auch der Kampf gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität."

Aus Ermangelung tatsächlicher böser, rechtsextremer Hasskriminalität blieb ihm aber leider nichts anderes übrig, als selbst dafür zu sorgen, dass sich die vereinigten Gutmenschen und Mainstream-Medien über Rechtsextremismus empören können.

Opfer der Deutschen

Subramaniam schickte sich daher einfach selbst Morddrohungen und stilisierte sich damit zum vermeintlichen Opfer von bösen Rechtsextremen, gemeint Deutschen.

Das selbe Hakenkreuz ziert immer noch (!) den Hintergrund des Solidaritäts-Appells auf der Webseite der Grünen | Fotos: screenshots Webseite gruene-erkelenz.de

Dabei war er durchaus kreativ: Er wollte Briefumschläge mit Rasierklingen darin bekommen haben, die Reifen seines Autos wären aufgeschlitzt und Hakenkreuze (ei, wer hätte das gedacht) und SS-Runen auf sein Auto gemalt worden. Das alles garnierte er mit schrecklichen Morddrohungen wie „Todestag 1.9.". Ja, sogar das Wort „Jude" fehlte nicht. Das komplette Programm also. Der Tamile weiß halt, was er liefern muss.

Wie erwartet: Sofort angesprungen

Um die Deutschen "anzutriggern", wie das neudeutsch so schön heißt, um sie also anspringen zu lassen, unterzeichnete der 33-Jährige die Morddrohungen mit „NSU 2.0" (in Anlehnung an die berüchtigte rechte Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" NSU).

Von der grünen Landespartei wie auch von den anderen Parteien erhielt er die erwarteten Solidaritätsbekundungen. Auf der Internetseite der Grünen steht **noch (!) ganz frisch**:

„Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bedankt sich auf diesem Wege ganz ausdrücklich für die entgegengebrachte Solidarität."

Der ewige linke Hang zur Kriminalisierung der Rechten

Und die Schuldigen waren schnell ausgemacht:

*„Seit Jahren erlebt unser Land Versuche aus dem rechten Lager, die Gesellschaft zu spalten und die Demokratie zu schwächen. Kommunalpolitiker*innen sehen sich immer wieder Diffamierungen und konkreten Bedrohungen ausgesetzt, und manche geben daraufhin sogar ihr wertvolles und ehrenamtliches Engagement auf."*

Nicht aber Subramaniam! Gegenüber einer regionalen Zeitung erklärte er todesmutig:

„Ich werde mich nicht in der Wohnung einschließen und mein Leben weiterleben. Den Gefallen, in Schockstarre zu verfallen, werde ich diesen Personen nicht tun."

Polizeischutz für Tamilen

Wie erwartet, sprang der Staatsschutz der Aachener Kripo sofort an und traf Sicherheitsvorkehrungen für den ach so massiv bedrohten Lokalpolitiker. Der Inder fühlte sich sicher, auch wenn er beklagte, dass dies sein Privatleben stark beeinflusse:

Ich werde dem weiterhin die Stirn bieten. Die Polizei ermittelt, und ich fühle mich gut aufgehoben.

Wichtig und richtig so. Außerdem betonte Subramaniam, dass er selbstverständlich in der Politik bleiben werde. Diese Menschen bekämen ihn nicht mundtot.

Ermittlungen brachten Betrug ans Tageslicht

Aber nun ist alles anders, die positive mediale Aufmerksamkeit dahin, die Solidaritätsbekunder stehen wie gewaschene Pudel da. Denn der Polizei in Aachen und der zuständigen Staatsanwaltschaft Mönchengladbach kamen im Zuge der Ermittlungen Zweifel an den Aussagen des tapferen Grünpolitikers.

Gestern, Donnerstag, stürzte das schön gezimmerte Kartenhaus zusammen, als bei der gerichtlich genehmigten Hausdurchsuchung Material gefunden wurde, das auf einen entsprechenden Betrug hindeutete.
Der leidenschaftliche Kämpfer gegen rechts wurde anschließend einvernommen, und Subramaniam soll laut Aachener Nachrichten die Vortäuschung von Morddrohungen bis zu Angriffen zugegeben haben. Jetzt läuft ein Ermittlungsverfahren gegen ihn. Da kann er ja darüber nachdenken, ob es wirklich das rechte Lager ist, „das die Gesellschaft spaltet und die Demokratie schwächt".
Dieser Beitrag erschien zuvor auf **unzensuriert.de**

https://www.pi-news.net/2023/02/drei-tote-tschetschene-liefert-sich-verfolgungsjagd-mit-der-polizei/

Drei Tote: Tschetschene liefert sich Verfolgungsjagd mit der Polizei

28. Februar 2023

Von ALEX CRYSO | Nachdem kürzlich über 40 Asylbewerber vor der Küste Italiens ertrunken sind, wird nun das nächste tödliche Flüchtlingsdrama publik: Dieses Mal aus Kittsee im österreichischen Burgenland. Dort hatte sich ein Schlepper aus Tschetschenien (Adam K. genannt) eine verheerende Verfolgungsjagd mit der Polizei geliefert, bei der drei Flüchtlinge ums Leben kamen. Exakt 22 illegale Grenzgänger hatte der besagte Täter in einen nicht mehr verkehrstüchtigen Kastenwagen gepfercht, um sie von der Slowakei nach Österreich zu bringen.
Dabei war der staatenlose Tschetschene in eine Polizeikontrolle geraten. Als Adam K. dazu aufgefordert wurde, den Ladebereich zu öffnen, trat dieser aufs Gas und brauste davon. **Die Beamten nahmen postwendend die Verfolgung auf. Zuvor war es Adam K. noch gelungen, den Polizisten die ausgehändigten Papiere wieder zu entreißen, um eine Identifizierung zu verhindern.**
Nach zwei Kilometern nahm der Fahrer in allerletzter Sekunde eine Ausfahrt nach rechts, verlor dabei die Kontrolle über das Auto und überschlug sich. Unter den Toten befand sich unter anderem eine junge Mutter. Von den 19 Überlebenden kam niemand ohne teils schwere Verletzungen davon. Bereits zuvor hatten die Geschleppten laut eigenen Aussagen unter Todesangst und Atemnot gelitten. Auch hätte Adam K. keine Pausen gemacht, obwohl sich dieser als „Business-Class-Schlepper" bezeichnete, der den Illegalen angeblich sogar Gebetspausen einräumte. Auch die Behauptung, die Polizei hätte ihn von der Straße abgedrängt, wurde als glatte Lüge entlarvt.
Während der Verhandlung in Eisenstadt fing der strenggläubige Moslem übrigens selbst plötzlich mit dem Beten an. Sechs Jahre Haft ohne Bewährung wurden dennoch verhängt. Dem Angeklagten erschien das Urteil jedoch zu hart. Im Gegenzug wurde noch während der Verhandlung der Einwand eingeworfen, aufgrund der Gefährdung von 22 Menschenleben sowie den drei Toten eine nicht noch längere Haftstrafe zu verhängen.

https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/eine-deutsche-grossstadt-kapituliert-vor-einer-kleinen-gruppe-migranten-jetzt-haben-selbst-linke-genug/ar-AA1sKGhy?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=9cb55cee3b7545b09edc83ea9c596eea&ei=48

Eine deutsche Grossstadt kapituliert vor einer kleinen Gruppe Migranten. Jetzt haben selbst Linke genug

Artikel von Anna Schiller, Kiel

Eigentlich ist die Wik kein klassisches Problemviertel. Überall stehen Häuser aus rotem Backstein und mit weissen Sprossenfenstern, Alleen und Strassen aus Kopfsteinpflaster durchziehen den Kieler Stadtteil. Ein Mann führt seinen Jack-Russell-Terrier Gassi, die Leine in der einen, den Schirm in der anderen Hand. «Bürgerlich», sagen viele, wenn sie ihre Nachbarschaft beschreiben.

ftung Warentest - BODYGUARD® Matratze nur 199 €.
Anzeige

Doch seit kurzem ist die norddeutsche Idylle gefährdet. Eine kleine Gruppe von zugewanderten Roma sorgt für Ärger. Sie hört bis in die Nacht laut Musik. Sie lässt ihren Müll auf der Strasse liegen. Sie beklaut die Supermärkte im Viertel. In der Lokalzeitung ist gar die Rede von einem Anwohner, der mit einem Messer bedroht worden sein soll.

All das sollte die Behörden einer Grossstadt wie Kiel nicht überfordern. Zunächst berichtete denn auch nur die Lokalpresse über den Fall. Dann allerdings gab der Sozialdezernent Kiels, der Sozialdemokrat Gerwin Stöcken, ein vielbeachtetes Interview. Er riet den Anwohnern, sich selbst um die Flüchtlinge zu kümmern.

Leben die Migranten ohne Regeln?

«Wir kommen an eine Grenze, an der auch die Nachbarschaft selbst mitmachen kann», sagte er den «Kieler Nachrichten». Die Anwohner sollten sich einmal aus dem Haus trauen und den Flüchtlingen sagen, «dass es keine gute Idee ist, nach 22 Uhr die Musik auf dem Rasen voll aufzudrehen». Das Interview kam in der Bürgerschaft eher weniger gut an.

Die Gruppe, etwa dreissig Personen, ordnete Stöcken mit den Worten «als Roma gelesen» ein. Sie lebe nach ihren eigenen Regeln, ohne Unrechtsbewusstsein. Stöcken hielt es deshalb für wenig hilfreich, solchen Leute mit der Polizei oder Gerichtsverfahren zu kommen.

Wenn man Ingrid Lietzow darauf anspricht, schüttelt sie den Kopf. Der 78 Jahre alten Anwohnerin muss niemand raten, die Flüchtlinge selbst anzusprechen. Das tut sie schon seit langem. «Die lachen mich bloss aus», sagt Lietzow.

Zigarettenstummel und Dosen in der Idylle

Lietzow hat fast ihr ganzes Leben in der Wik verbracht. Sie ist in dem Viertel aufgewachsen und arbeitete sechzehn Jahre lang als Gleichstellungsbeauftragte bei der dort stationierten Marine. Zwei Jahrzehnte lang vertrat sie das Viertel für die Sozialdemokraten in der Kieler Ratsversammlung.

Sie hat ständig mit den Flüchtlingen zu tun, denn sie betreibt ein Museum zur Geschichte des Stadtteils, das direkt auf dem Gelände des Flüchtlingsheims liegt. Wer in die Unterkunft oder das Museum will, muss durch einen Torbogen aus rotem Backstein. Dann geht es über den Innenhof zu den Unterkünften oder zum Museum. Vor dem Eingang liegen regelmässig Zigarettenstummel, leere Schnapsflaschen und Bierdosen.

Lietzow hat Verständnis, dass die Flüchtlinge manchmal draussen feiern wollen. In der Unterkunft ist es eng, Metallbetten und Spinde reihen sich aneinander. Aber ihren Müll, den sollten die Flüchtlinge

schon wegräumen. Lietzow hat die Bewohner schon mehrfach auf das Problem angesprochen. Es wolle dann aber niemand gewesen sein.

Lietzow ist es wichtig, die Unterschiede bei den Migranten zu erklären. Die Probleme gingen von einer ganz bestimmten Gruppe aus, sagt sie, den Roma. Die Ukrainer hingegen räumten regelmässig auf. «Es machen nicht alle Ärger.»

Die Flüchtlinge wurden einst mit Ballons empfangen

Die Probleme im Viertel schmerzen Lietzow besonders. Denn im traditionell linken Stadtteil waren die Flüchtlinge lange willkommen. 2015, als die ersten Migranten in die Arkonastrasse zogen, organisierten die Bürger Sprachkurse, sogar Fahrten in den Tierpark für die Kinder. Das Museum, das Lietzow betreibt, füllte sich mit gespendeten Hosen, Anoraks und Schuhen. Achtzig ehrenamtliche Helfer stellten binnen weniger Tage eine Kleiderkammer auf die Beine.

Endlich hatte die Technische Marineschule, in der die Flüchtlinge untergebracht wurden, wieder eine Bestimmung. Bis Anfang der nuller Jahre bildete die Marine in dem Gebäude aus der Kaiserzeit Offiziersanwärter aus, danach stand es leer. Für Lietzow und andere war es eine Zeit des Aufbruchs.

Mit «Leckereien und Ballons» wurden die ersten Flüchtlinge bei ihrem Einzug empfangen, so steht es in einem Newsletter der Diakonie aus dieser Zeit. An das Tor der Unterkunft hingen Ehrenamtliche ein weisses Bettlaken. Darauf schrieben sie in verschiedenen Sprachen «willkommen».

Wo früher Bordelle waren, steht nun ein Bio-Café

Aber nun ist es mit der Geduld vieler Anwohner vorbei. Die Ereignisse hätten das Sicherheitsgefühl der Menschen verändert, hiess es kürzlich in einem Kommentar der Lokalpresse. «Selbst von denen, die unverdächtig sind, diese Ereignisse für die eigene politische Agenda zu missbrauchen.» Viele seien es satt, dass Gesetzesbrechern kein Einhalt geboten werde. Auch die wohlmeinendsten Bürger haben eben Grenzen, auch in einem linken Viertel. Sie beginnen dort, wo ihre persönliche Lebensqualität zu leiden beginnt.

Und als wäre das nicht genug, kommt zu allem nun noch der Einwurf von Sozialdezernent Stöcken, über den sich viele ärgern. Man könne es nicht den Bürgern überlassen, für Ordnung zu sorgen, sagt Lietzow. «Das ganze positive Denken geht kaputt.»

Hinzu kommt: Die Gegend ist anspruchsvoller geworden. Im einstigen Marineviertel mit zwielichtigen Kneipen, Bordellen und Kasernen leben mittlerweile junge Familien. Es gibt ein Bio-Café, in dem man seinen Cappuccino mit Hafer- oder Kuhmilch trinken kann, einen Coworking-Space und ein Atelier, in dem lokale Künstler ihre Werke ausstellen.

Die Polizei sieht kein Problem in dem Viertel

Bei der letzten Gemeindewahl erhielten die Grünen dort, wo die Flüchtlinge untergebracht sind, 31,8 Prozent der Stimmen. CDU und SPD lagen fast gleichauf mit jeweils rund 21 Prozent. Die AfD lag abgeschlagen bei 4,1 Prozent, noch hinter dem Südschleswigschen Wählerverband, der Partei der dänischen Minderheit. So war es jedenfalls bislang.

Die Polizei leitete nach eigenen Angaben zwischen Oktober 2023 und September 2024 «eine hohe dreistellige Zahl» an Ermittlungsverfahren gegen Bewohner der Unterkunft ein. Einen «Kriminalitätsschwerpunkt» sehen die Behörden in dem Viertel aber nicht. Laut der Polizeistatistik ist die Wik nicht gefährlicher als andere Gegenden Kiels. Die Polizei werde «sehr selten» angerufen, sagt ein Sprecher.

Die AfD nutzt die Debatte für sich

Dass es kein Problem gebe, sehen nicht alle so. Die oppositionellen Christlichdemokraten kritisieren den Umgang der Stadt mit den Ängsten der Anwohner. Ralph Roick vom CDU-Ortsverband sagt: «Hier werden selbst Leute vor den Kopf gestossen, die sich eigentlich immer für die Flüchtlinge eingesetzt haben.» Die Stadt dürfe sich nicht aus der Verantwortung stehlen, sagt er. «Es kann nicht im Sinne der demokratischen Parteien sein, die Anwohner in Richtung AfD zu treiben, indem man vor der Lage fast kapituliert.»

So markig klingt die CDU erst seit kurzem. In der vergangenen Woche war es ausgerechnet die AfD, die das Thema in der Ratsversammlung auf die Tagesordnung setzte. Der Chef der AfD-Fraktion, Fabian Voss, sagte im Plenum, die Menschen fühlten sich in der Stadt nicht mehr sicher. Er forderte einen Kurswechsel in der Migrationspolitik und die Ausschaffung der Unruhestifter. Die Fraktion der Linkspartei verliess schon vorher aus Protest den Saal.

Sozialdezernent Stöcken will jetzt einige Dinge ändern. Man wolle prüfen, ob einzelne Familien anderswo untergebracht werden könnten. «Ich werde mich mit Energie dahinterklemmen, dass die Dinge dann auch tatsächlich passieren», sagte er. Für ihn ist vor allem Langeweile der Grund, warum manche Flüchtlinge sich so verhalten. «Wir werden dafür sorgen, dass mehr Angebote in die Einrichtungen kommen, damit jeder jeden Tag etwas zu tun hat.»

An diesem Tag liegt vor dem Museum gegenüber der alten Marineoffiziersschule kein Müll herum. Im Innenhof stehen drei Männer dicht zusammen und rauchen. Zwei Aufpasser in neongelben Warnwesten laufen im Torbogen auf und ab. «Die sind sonst nicht da», sagt Lietzow. «So aufgeräumt ist es erst seit den Zeitungsberichten.»

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/angst-geht-um-banden-verbreiten-sich-in-der-m%C3%BCnchner-city-was-am-stachus-passiert-ist-erschreckend/ar-AA1sMtXj?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=7fedb406801745628dc6951af9553c2a&ei=23

Standbetreiber werden angegriffen

Angst geht um: Banden verbreiten sich in der Münchner City – „Was am Stachus passiert, ist erschreckend“

Die Angst in München geht um: Standlbetreiber berichten von Banden-Angriffen, die Stimmung ist angespannt. Jetzt will die Politik durchgreifen.

München – Angst-Zone Stachus: Jugendgangs, Drogen, Müll und Gewalt nehmen dort überhand! Gestern (22. Oktober) berichtete die tz über die Angst der Obsthändler, die sich teilweise nicht mehr trauen, hier ihre Standl aufzubauen. Jetzt fordern Händler und Politiker: Stoppt endlich die Banden! Das Thema ist Chefsache: Ministerpräsident Markus Söder besprach die Lage gestern in der Früh mit Innenminister Joachim Herrmann (beide CSU). Der wiederum sagte auf tz-Anfrage, man nehme die Sicherheitssorgen der Standl-Betreiber am Stachus sehr ernst.

Banden mitten in der Münchner City: Jetzt soll nachgerüstet werden

Die Polizei setze „vor allem auf mehr uniformierte und zivile Polizeipräsenz sowie auf konsequente Kontrollen“. Dabei könnten auch Einheiten der Bereitschaftspolizei eingesetzt werden – also die robusten Beamten in den schwarzen Uniformen, die man bei Fußballspielen oder aufgeheizten Demos sieht. Herrmann verspricht: „Erkannte Sicherheits- und Ordnungsstörungen werden konsequent unterbunden. Jedem Verdacht auf Straftaten und Ordnungswidrigkeiten wird nachgegangen. Hier leistet auch die polizeiliche Videoüberwachung am Stachus einen wichtigen Beitrag.“

Politiker wollen handeln: Innenstadt in München muss vor Banden geschützt werden

Auch OB Dieter Reiter (SPD) nimmt das Thema ernst. Er sagt: „Es ist wirklich bitter, wenn in der Mitte unserer Stadt Standlbetreiber aufhören, weil sie angegriffen werden, wie in der tz berichtet. Deshalb ist das Sozialreferat bereits in Kontakt mit der Polizei, um Handlungsvorschläge für die Situation am Stachus zu erarbeiten. Auch unsere Kreisverwaltungsbehörde ist in engem Austausch mit den Sicherheitsbehörden. Denn wie schon am Alten Botanischen Garten gilt auch hier, dass wir nicht zulassen können, wenn sich Übergriffe an bestimmten Orten in unserer Stadt häufen oder gar zu verstetigen drohen.
Angst bei Münchner Standbetreibern: Jetzt will die Politik handeln
Überlegenswert ist sicher – aber das muss die Polizei selbst entscheiden –, die Polizeipräsenz am Stachus deutlich zu erhöhen. Wir als Stadt werden alles tun, um die Sicherheitskräfte zu unterstützen.“ Mehr Polizei wünschen sich die Händler sowieso: Hugendubel und McDonald‘s müssen sich mit mehr Personal, Kameras und Verteidigungskursen für Mitarbeiter schützen.
Wolfgang Fischer von der Unternehmensvereinigung Citypartner: „Was am Stachus passiert, ist erschreckend! Wir brauchen mehr Streifen von Polizei und dem Kommunalen Außendienst.“
Baumgartner fordert mehr Einsatzkräfte: „Eingetreten, was ich befürchtet hatte“
Auch CSU-OB-Kandidat und Wirtschaftsreferent Clemens Baumgärtner fordert mehr Einsatzkräfte: „Es ist eingetreten, was ich befürchtete hatte: Die Szene hat sich vom Alten Botanischen Garten in Richtung Innenstadt verlagert und hat die Grenze Altstadtring überschritten. Ich betrachte diese Geschehnisse mit sehr großer Sorge. Es braucht jetzt ein klares Zeichen vom Stadtrat, dass solche Zustände nicht toleriert werden – dass Menschen angegriffen werden, dass Angst und Schrecken verbreitet wird. Weil damit die gesamte Innenstadt, die wir fördern wollen, leidet. Wir dürfen diesen Zustand nicht schönreden und müssen jetzt klar hinschauen. Wir brauchen jetzt eine noch stärkere Präsenz von Polizei und KAD und eine Null-Toleranz-Politik, vor allem bei Gewalt gegen Frauen.“

https://philosophia-perennis.com/2024/10/22/deutschland-ist-zum-anziehungspunkt-fuer-kriminelle-aus-aller-welt-geworden/

Deutschland ist zum Anziehungspunkt für Kriminelle aus aller Welt geworden

22. Oktober 2024

1268

Mehr als 52.000 Deutsche wurden 2023 Opfer von Gewaltstraftaten. Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold.

Spät im Jahr und medial kaum beachtet erschien am 8. Oktober das BKA-Bundeslagebild „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ für das Jahr 2023.

Die Gründe für die verspätete Veröffentlichung dürften kaum im fachlichen Bereich liegen, zumal die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) seit Monaten vorliegt. Wahrscheinlicher ist ein Zusammenhang mit den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, in deren Vorfeld man der migrationskritischen AfD nicht noch zusätzliche Argumente liefern wollte.

Zuwandererkriminalität um 25 % gestiegen

Immerhin ist die Zahl der tatverdächtigen Zuwanderer 2023 gegenüber dem Vorjahr von 142.721 auf 178.581 gestiegen (+25,1 %). Dieser Anstieg ist doppelt so hoch als noch im Vorjahr. Dabei ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen, da die Statistik nur die aufgeklärten Fälle enthält, bei denen ein oder mehrere Tatverdächtige ermittelt wurde. Auf Zuwanderer entfallen mittlerweile 8,9 Prozent aller Tatverdächtigen bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 3,4 Prozent. Der Bevölkerungsanteil von Asylsuchenden und Geflüchteten ist dabei gegenüber dem Vorjahr fast konstant geblieben (bei Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine sogar leicht rückläufig), wobei die Asylbewerberzahlen aus Afghanistan (+12,9 %) und der Türkei (+53,8 %) die stärksten Zuwächse verzeichnen.

Noch einmal deutlich überproportional ist der Anteil tatverdächtiger Zuwanderer in den Bereichen Rohheitsdelikte (+19,5 %), Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (16,5 %), sowie Diebstahl (+34,6 %).

Deutsche Staatsbürger häufiger Opfer

Im Bereich der Täter-Opfer-Beziehung bot sich auch 2023 das inzwischen leider schon gewohnte Bild, wonach deutsche Staatsbürger weitaus häufiger Opfer von Gewaltstraftaten von Zuwanderern werden als umgekehrt. Zitat: „Unter den insgesamt 111.184 Opfern von Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderinnen/Zuwanderern befanden sich 52.535 deutsche Staatsangehörige und damit 16,0 % mehr als im Vorjahr (2022: 45.294).“ Umgekehrt wurden 13.560 Zuwanderer Opfer einer Straftat mit mindestens einem deutschen Tatverdächtigen, wobei diese Zahl nur mäßig aussagekräftig ist, da ein eventueller Migrationshintergrund der Tatverdächtigen nicht erfasst wird.

Bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 3.070 Deutsche Opfer einer Tat mit mindestens einem/einer tatverdächtigen Zuwanderer/Zuwanderin, ein Zuwachs von 12,5 Prozent (2022: 2.729). Umgekehrt wurden 177 Zuwanderer Opfer einer entsprechenden Straftat mit mindestens einem tatverdächtigen Deutschen. Das entspricht einem Verhältnis von 17 zu 1!

Afghanistan, Syrien, Maghrebstaaten

Besonders beunruhigend ist dabei der Umstand, dass bei fast allen relevanten Herkunftsländern der prozentuale Zuwachs an Tatverdächtigen inzwischen den des Zuzugs überschreitet (Ausnahme Türkei). Das lässt die Vermutung zu, dass Deutschland zum Anziehungspunkt für Kriminelle aus aller Welt geworden ist. Besonders auffällig sind hier Afghanistan (+37,5 % Tatverdächtige bei 12,9 % mehr Asylbewerbern), Syrien (+21,3 % Tatverdächtige gegenüber 5,8 % mehr Asylbewerbern sowie erneut die sogenannten Maghrebstaaten (Tunesien +60 %!, Marokko +29 %, Algerien + 19,4 %).

Auch Georgien fällt in diesem Bereich schon seit Jahren unrühmlich auf. Die Zuwachsraten sind teilweise deutlich: Georgien +22,7 %, Nordmazedonien: +21 %, Russland 21,6%. Ähnlich kriminalstatistisch auffällig sind auch Zuwanderer aus Serbien und Albanien.

Die Zahl tatverdächtiger Ukrainer ist im Jahr 2023 deutlich gestiegen (+123 Prozent), was die Vermutung zulässt, dass sich unter die tatsächlichen Kriegsflüchtlinge inzwischen auch Kriminelle mischen, die hier ein lukratives Tätigkeitsfeld vermuten. Dennoch liegt der Tatverdächtigenanteil von Ukrainern nach wie vor deutlich unter dem Anteil an der Gesamtzahl von Zuwanderern.

„Mehrfachtatverdächtig“

Weiter führt der Bericht aus: „Annähernd ein Drittel der tatverdächtigen Zuwanderinnen/Zuwanderer war mehrfachtatverdächtig. Zuwanderinnen/Zuwanderer aus den Maghreb-Staaten sowie Libyen wiesen einen besonders hohen Anteil an Mehrfachtatverdächtigen auf.“ Das ist keine Überraschung, denn das stand so oder ähnlich auch in früheren Berichten, und genauso wenig überraschend ist, was Politik und Behörden dagegen unternehmen, nämlich nichts. Die Maghreb-Staaten wurden nach wie vor nicht zu sicheren Herkunftsländern erklärt und Abschiebungen von Intensivtätern sind eher die Ausnahme als die Regel. Das nach den islamistischen Morden von Mannheim und Solingen vollmundig angekündigte „Sicherheitspaket“ der Regierung ist zur reinen Farce zusammengestrichen worden.

Das eigentliche Problem ist jedoch, dass sich die Politik weiterhin weigert, dem von Bundeskanzlerin Merkel 2015 außer Kraft gesetzten Asylrecht wieder Geltung zu verschaffen (u. a. Art. 16 a GG) und damit Zurückweisungen an der Grenze zu ermöglichen. Die fadenscheinige Begründung dieser Weigerung (angebliches Europarecht) hat der renommierte Verfassungsrechtler Hans-Jürgen-Papier erst kürzlich zurückgewiesen.

Aber Stimmen der Vernunft haben in der Bundesrepublik des Jahres 2024 keinen politischen Stellenwert und so denkt man im Bundestag lieber darüber nach, wie man die größte und bei den letzten Landtagswahlen erfolgreiche Oppositionspartei verbieten könnte, während tagtäglich Landeskinder aber auch Migranten von angeblich „Schutzsuchenden“ zusammengeschlagen, beraubt, vergewaltigt und niedergestochen werden, Tendenz steigend…

„Weiter so…“

Zwischen 2015 bis 2023 wurden laut BKA durchschnittlich jährlich über 40.000 Deutsche Opfer von Gewalttaten, die von Zuwanderern verübt wurden. Das sind zusammen mehr als 350.000 Landsleute, die Angela Merkels „freundliches Gesicht" der Grenzöffnung mit ihrer körperlichen und seelischen Unversehrtheit und im Extremfall mit ihrem Leben bezahlt haben.

Und die Antwort des politmedialen Establishments auf diesen unglaublichen und nun schon über Jahre anhaltenden Missstand? Wenn man Lippenbekenntnisse und empathiesuggerierende Worthülsen vor laufenden Kameras abzieht, lautet sie schlicht und ergreifend: Weiter so.
Armes Deutschland.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/16-mal-verdacht-auf-illegalen-aufenthalt-124-nicht-gemeldet-zust%C3%A4nde-unertr%C3%A4glich/ar-AA1t947t?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=20eb2651d7944e63bceec8ec461609f9&ei=15
Sozialbetrug-Razzia im „Weißen Riesen":

Das Problem-Hochhaus in Duisburg macht neue Schlagzeilen. Den Ermittlern gehen Dutzende Verdächtige ins Netz. Die Anwohner zeigen großes Verständnis für den Einsatz – denn sie leiden dort unter Dreck, Ratten und sogar Angriffen aufs eigene Haustier.

Am Dienstagmorgen klingelte es bei den Bewohnern des „Weißen Riesen" in Duisburg. Polizei und Ordnungsamt kontrollierten die Bewohner des Hochhausriegels. Nicht alle von ihnen sind legal in Deutschland.

Dass Polizei und Ordnungsamt das Haus durchsuchten, findet Hasnain gut: „Die Rumänen machen hier alles dreckig. Dass die mal von der Polizei kontrolliert werden, ist doch richtig!" Hasnain ist Deutscher, seine Eltern stammen aus Pakistan, und mit ihnen zusammen wohnt der Elfjährige im „Weißen Riesen". Sein echter Name lautet eigentlich anders.

Der „Weiße Riese" ist ein Hochhaus im Duisburger Stadtteil Hochheide. Immer wieder gibt es Ärger mit Müll, Gewalt und Lärm. Es ist eines von vielen Problemhäusern in Duisburg, aber es ist ein sehr großes.

Bei den Kontrollen am Dienstagmorgen gehen den Sicherheitskräften nach einer Meldung der Stadt Duisburg 16 Männer ins Netz, bei denen der Verdacht besteht, dass sie sich illegal in Deutschland aufhalten. Nach zwei von ihnen wurde mit Abschiebehaftbefehlen gesucht. Die restlichen 14 Männer seien widerstandslos vorläufig festgenommen worden. Auf sie wartet ein Strafverfahren wegen des Verdachts des illegalen Aufenthalts.

„Ein guter Tag für den Rechtsstaat"

1414 Menschen sind im „Weißen Riesen" gemeldet. Polizei und Ordnungsamt trafen 591 gemeldete und 124 nicht gemeldete Personen in den Wohnungen an. Bei rund 120 Wohnungen müssen noch weitere Ermittlungen erfolgen. Dort wurde den Einsatzkräften die Tür nicht geöffnet. Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link (SPD) sagte nach der Aktion: „Das war ein guter Tag für den Rechtsstaat und die Stadt Duisburg. Wir haben Verantwortung für all jene, die hier leben und sich an die Regeln eines vernünftigen Miteinanders halten." Die Meldekontrolle helfe der Stadt festzustellen, wer sich unberechtigt in den Häusern aufhalte. Insgesamt 400 Einsatzkräfte seien an der Aktion beteiligt gewesen. 120 kamen vom Bürger- und Ordnungsamt.

Auf städtischer Seite waren auch die Ausländermeldestelle, die Stadtkasse und die Stabsstelle für Sozialleistungsmissbrauch, das Jobcenter und die Familienkasse beteiligt. Die Duisburger Polizei unterstützte den Einsatz der Stadt mit mehr als 200 Beamten.

Link geht es darum, Recht durchzusetzen. Der Oberbürgermeister will wissen, „wer zu Unrecht Sozialleistungen bezieht oder wer ausländerrechtlich gar nicht mehr hier sein darf". Auch in Zukunft werde man die Lage genau im Blick behalten und entschieden reagieren.

Um kurz nach sechs Uhr am Morgen schellte die Polizei auch bei Erwin P. „Ich musste meinen Ausweis zeigen“, sagt der 59-Jährige. „Ärgerlich war, dass ich nicht zur Arbeit konnte, weil keiner von uns Mietern seine Wohnung bis nach neun Uhr verlassen durfte.“ Da erst war die Aktion von Polizei und Stadt zu Ende.

Aber auch P. hat Verständnis für den Einsatz: „Die Zustände hier sind unerträglich. Mein Hund wurde schon mit Steinen beworfen, aber das Schlimmste ist der Dreck. In leer stehenden Wohnungen mit kaputten Fensterscheiben lebten Tauben.“ Und Mitbewohner aus Rumänien würden ihren Müll oft vom Balkon in den Hof werfen. P. zeigt auf ein Gebüsch gegenüber, in dem eine Ratte Schutz sucht. „Die sind hier überall. Ganz schlimm ist es in den Tiefgaragen.“
Monatelang habe DHL in dem Haus keine Pakete ausgeliefert, die Fahrer hätten Angst gehabt. „Aber jetzt kommen sie wieder. Mit Security.“ Seit Sommer wohnt er in dem „Weißen Riesen“. Seine Wohnung sei schön, vom Balkon aus könne man wunderbare Sonnenuntergänge sehen.
Aber bald will er wegziehen: „Meine Lebensgefährtin hat ein Haus in Rheinhausen gekauft. Wenn wir das renoviert haben, ziehe ich aus.“ Ein Problem sei, dass die Wohnungen unterschiedlichen Besitzern gehörten. Manche kümmerten sich, andere nicht. Die Wohnlage Lage sei eigentlich gut, sagt P. „Edeka und Kaufland sind um die Ecke.“ Es gebe auch eine Apotheke in der Nähe. Aber den Dreck und die Ratten, die erträgt er nicht mehr.

https://www.focus.de/politik/deutschland/sozialbetrugs-razzia-im-weissen-riesen-ueber-500-millionen-euro-kindergeld-gehen-pro-jahr-ins-ausland-das-meiste-in-ein-land_id_260440761.html
Sozialbetrug-Razzia im „Weißen Riesen“
Über 500 Millionen Euro Kindergeld gehen pro Jahr ins Ausland - allein 40 Prozent hierhin
Donnerstag, 31.10.2024, 07:28
Mehr als 500 Millionen Euro an Kindergeld gehen pro Jahr aus Deutschland ins Ausland. Während es dafür „unterschiedliche Gründe“ gibt, stehen nach der Razzia im „Weißen Riesen“ in Duisburg Sozialbetrüger im Fokus. Ein Land bekommt rund 40 Prozent aller Zuwendungen.
Kindergeld wird nicht nur innerhalb Deutschlands sondern auch ins Ausland überwiesen. In 2023 etwa wurden 525,7 Millionen Euro auf Konten außerhalb Deutschlands überwiesen. Das zeigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Während es 2010 mit 35,8 Millionen Euro noch deutlich weniger war, zeigt eine aktuelle Auswertung einen leichten Rückgang.
Wie „ Bild “ bei der Bundesagentur für Arbeit erfragte, wurden im ersten Halbjahr 2024 258,5 Millionen Euro ins Ausland überwiesen - ein Jahr zuvor waren es noch 260,03 Millionen Euro. Auch die Zahl der im Ausland lebenden Kinder ging von 322.364 im Juni 2023 auf 320.098 zurück. Während nicht bekannt ist, wie viele der Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit haben, ist die Zahl der deutschen Kindergeld-Berechtigten im Ausland, also der Eltern, von 36.144 (2023) auf 37.664 gestiegen.
„Unterschiedliche Gründe“: CDU-Expertin erklärt, wieso Kindergeld ins Ausland geht
Warum so viel Kindergeld ins Ausland geht? „Dafür gibt es unterschiedliche Gründe“, erklärt CDU-Finanzexpertin Antje Tillmann via „Bild“. Kinder, die kurzfristig im Ausland leben, zum Beispiel für ein freiwilliges soziales Jahr, sind eine Gruppe. „Eine andere große Gruppe besteht aus Kindern, die dauerhaft im europäischen Ausland leben und bei denen mindestens ein Elternteil in Deutschland erwerbstätig ist.“ Dann gibt es eine dritte Gruppe, die „aus den wenigen, ärgerlichen Missbrauchsfällen besteht.“
Solche wollten Ermittler kürzlich mit einer Razzia im Duisburger Hochhaus-Komplex „Weißer Riese“ enttarnen und herausfinden, ob wirklich alle Menschen, die dort gemeldet sind und Sozialleistungen beziehen, tatsächlich dort leben. Immer wieder wurde in der Vergangenheit bandenmäßiger Betrug mit Kindergeld aufgedeckt.

Zur Erklärung: Deutsche mit Wohnsitz im Ausland, die hier Steuern zahlen, haben ebenso Anspruch auf Kindergeld wie Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die bei uns arbeiten und Steuern zahlen, „wenn sie die Staatsbürgerschaft eines EU-Landes haben oder eines anderen Landes mit entsprechenden Vereinbarungen “, so eine Sprecherin der Arbeitsagentur. Zu letzterer Gruppe zählen beispielsweise die Türkei, Serbien oder Marokko.
Polen bekommt mehr als 40 Prozent des deutschen Kindergelds im Ausland
Die Kindergeld-Überweisungen gehen zurück auf EU-Regelungen, die Deutschland schon mehrfach anpassen wollte. Die verschiedenen Bundesregierungen versuchten, die Zahlungen an die Lebenserhaltungskosten in den empfangenden Ländern anzupassen und so Geld zu sparen. Das lehnte der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europaparlaments aber bisher immer ab, zuletzt im November 2018.
Die größte Summe geht dabei aus Deutschland nach Polen, das laut Agentur für Arbeit „das häufigste Herkunftsland der zugewanderten Arbeitskräfte“ ist. 111 Millionen Euro Kindergeld wurden im ersten Halbjahr 2024 aus Deutschland dorthin überwiesen - das sind mehr als 40 Prozent der Gesamtsumme. Weitere große Empfänger-Länder sind Rumänien (27 Millionen Euro) und Kroatien (11 Millionen Euro). In die Ukraine gingen 2024 bisher rund 480.000 Euro.

https://www.focus.de/panorama/lagebild-des-bundeskriminalamts-zuwanderer-straftaten-massiver-anstieg-bei-sexualverbrechen-und-gewaltdelikten_id_260441280.html
Neues Lagebild des BKA
Zuwanderer-Straftaten: Massiver Anstieg bei Sexualverbrechen und Gewaltdelikten
FOCUS-online-Chefreporter Göran Schattauer
Donnerstag, 31.10.2024, 17:31
Nach Gewaltverbrechen wie in Solingen durch einen Syrer kochen die Emotionen hoch: Vorwürfe gegen Sicherheitsbehörden, Kritik an der Politik, Vorurteile gegen Flüchtlinge generell. Ein BKA-Lagebild für 2023 zeigt nun, wie hoch die Zuwanderer-Kriminalität wirklich ist.
Am Abend des 23. August 2024 tötete ein 26-jähriger Syrer in Solingen drei Menschen mit einem Messer. Etwa drei Monate zuvor hatte ein 25-jähriger Afghane in Mannheim das Leben des Polizisten Rouven Laur ausgelöscht. Am 23. Juni 2024 brachte wohl ein 18-jährige Syrer in Bad Oeynhausen den in Deutschland lebenden Griechen Philipos Tsanis um.
Drei tödliche, von Migranten verübte Verbrechen, die immer die gleichen Reaktionen hervorriefen: Empörung, Wut, Schuldzuweisungen.
Nicht wenige Menschen machten die verfehlte Flüchtlingspolitik der Ampel-Regierung mitverantwortlich für die Gewaltausbrüche. Rechtspopulisten nutzten die schrecklichen Vorfälle, um pauschal Stimmung gegen Asylbewerber zu machen.
FDP: „Problem mit extrem gewaltbereiten jungen Männern“
Mit Konstantin Kuhle (FDP) räumte immerhin ein Regierungsvertreter ein, dass Deutschland „ein Problem mit extrem gewaltbereiten jungen Männern“ vor allem aus dem arabischen Raum, aber auch aus Nordafrika hat. Und CDU-Chef Friedrich Merz erklärte, nach der Vielzahl schwerer Gesetzesbrüche könne man längst nicht mehr von „Einzeltaten“ sprechen.
Dass Merz mit seiner Einschätzung richtig liegt, zeigt das kürzlich vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichte Lagebild „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2023“. Die 54-seitige Bilanz listet sämtliche in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten Straftaten auf, bei denen Zuwanderer als Tatverdächtige geschnappt wurden.
Die vom BKA zusammengestellten Zahlen, Fakten und Hintergründe könnten zu einer Versachlichung der Debatte führen. Andererseits werden sich etliche Menschen in ihrer Auffassung bestätigt fühlen,

dass die Probleme durch Zuwanderer-Kriminalität immer größer werden und der Staat der Entwicklung weitgehend ohnmächtig gegenübersteht.
Denn laut der Bilanz sind im Vergleich zu 2022 nicht nur „die Fallzahlen der Straftaten unter Beteiligung von tatverdächtigen Zuwanderern insgesamt" angestiegen. Auch in wichtigen Bereichen wie Sexualstraftaten oder Gewaltdelikten gehen die Zahlen deutlich nach oben.
Zahl der Zuwanderer-Straftaten 2023 massiv gestiegen
FOCUS online fasst die wichtigsten Erkenntnisse des aktuellen Lagebilds, das die BKA-Beamten seit 2015 jedes Jahr erstellen, zusammen:
2023 wurden im Bereich der Allgemeinkriminalität (ohne ausländerrechtliche Verstöße) deutschlandweit rund 3,175 Millionen Straftaten registriert. An 344.287 dieser Straftaten war mindestens ein tatverdächtiger Zuwanderer beteiligt, was einem Anteil von 10,8 Prozent entspricht. Im Vergleich zu 2022 eine Steigerung um 26,8 Prozent.

2023 ist die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer im Bereich der Allgemeinkriminalität (ohne ausländerrechtliche Verstöße) gegenüber dem Vorjahr um 25,1 Prozent gestiegen (von 142.721 auf 178.581 Tatverdächtige).

Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer ist somit im Vergleich zum Vorjahr stärker gestiegen als die Zahl der Tatverdächtigen insgesamt (plus 5,0 Prozent) und der ermittelten nichtdeutschen Tatverdächtigen (plus 13,5 Prozent).

Hier einige Deliktsbereiche und die Zahl der Straftaten mit jeweils mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer:

Diebstahl: 100.767 (gegenüber 2022 plus 34,6 Prozent)
Rauschgiftdelikte: 34.880 (plus 26,3 Prozent)
Rohheitsdelikte/Straftaten gegen die persönliche Freiheit: 79.985 (plus 19,5 Prozent)
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung: 8800 (plus 16,5 Prozent)
Straftaten gegen das Leben: 348 (plus 4,8 Prozent)
8800 Sexualstraftaten: 16,5 Prozent mehr als im Vorjahr
Im Jahr 2023 wurden 348 Fälle von Straftaten gegen das Leben registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als tatverdächtig ermittelt wurde. In 64 Fällen wurde das Tötungsdelikt vollendet. Bei den Straftaten gegen das Leben handelte es sich überwiegend um Totschlagsdelikte. 89,5 Prozent dieser Taten blieben im Versuchsstadium.

Im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (Vergewaltigung, sexuelle Belästigung bzw. Nötigung) stiegen die Fallzahlen mit tatverdächtigen Zuwanderern 2023 um 16,5 Prozent von 7554 auf 8800 Straftaten, während die Fallzahlen bundesweit insgesamt um 6,9 Prozent stiegen.

Die meisten Tatverdächtigen bei Sexualstraftaten kamen aus Syrien (2099), Afghanistan (1234), dem Irak (968) und der Ukraine (511). Es folgen Zuwanderer aus Eritrea, der Türkei, Somalia und dem Iran. Im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit 2019 stieg die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung durch tatverdächtige Zuwanderer um 51,7 Prozent.

2023 stieg die Zahl der Fälle von Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (Körperverletzung, Raub, Nötigung, Bedrohung) mit tatverdächtigen Zuwanderern im Vergleich zum Vorjahr um 19,5 Prozent. Bei der vorsätzlichen einfachen Körperverletzung betrug der Anstieg 20,3 Prozent, bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung (insgesamt 18.106 Fälle) 17,1 Prozent.

Die Zahl der Diebstahlsdelikte mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer stieg von 74.858 (2022) auf 100.767 – ein Plus von 34,6 Prozent. Die meisten tatverdächtigen Zuwanderer kamen

aus der Ukraine, Syrien, Georgien und Algerien. Starke prozentuale Anstiege zeigten sich bei tatverdächtigen Zuwanderern aus Rumänien (plus 80,1 Prozent) und Tunesien (plus 78,6 Prozent).

Zuwanderer aus einigen Ländern überproportional kriminell
Um die Zahlen besser einordnen zu können, muss man einen Blick auf die Gesamtzahl der Zuwanderer werfen. Laut BKA hielten sich 2023 in Deutschland insgesamt etwa 2,93 Millionen Flüchtlinge auf, die seit 2015 zu uns kamen.

Während die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine 2023 leicht auf unter eine Million gesunken ist, stieg die Zahl der syrischen, afghanischen und türkischen Asylbewerber, die sich derzeit in Deutschland aufhalten. Hier die Rangfolge der fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten 2023:

Ukraine: 972.505 – minus 3,3 Prozent gegenüber 2022
Syrien: 627.450 – plus 5,8 Prozent
Afghanistan: 299.990 – plus 12,9 Prozent
Irak: 177.480 – minus 5,8 Prozent
Türkei: 144.125 – plus 53,8 Prozent .
Zwar registrierte die Polizei 2023 im Vergleich zum Vorjahr mehr tatverdächtige Zuwanderer aus der Ukraine. Aber gemessen am Anteil aller Ukrainer an den Flüchtlingen in Deutschland (33,1 Prozent) fällt der Anteil der tatverdächtigen Zuwanderer aus der Ukraine mit 11,6 Prozent deutlich geringer aus.

Anders verhält es sich bei Menschen aus den Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko und Tunesien). Der Anteil der tatverdächtigen Zuwanderer aus diesen Staaten lag mit insgesamt 8,9 Prozent erneut deutlich über ihrem Anteil an den in Deutschland aufhältigen Flüchtlingen von 0,6 Prozent.

Ähnliches gilt für tatverdächtige Zuwanderer aus Georgien (3,9 Prozent gegenüber 0,6 Prozent), Nigeria (2,2 Prozent gegenüber 0,9 Prozent) sowie Moldau (1,7 Prozent gegenüber 0,3 Prozent).

Übergroße Mehrheit der Tatverdächtigen: männlich und jung
Und auch die Altersstruktur spielt bei der Bewertung der Kriminalitätszahlen eine gewichtige Rolle: Von den in Deutschland angekommenen Flüchtlingen waren 55,2 Prozent männlich und 44,8 Prozent weiblich. Insgesamt waren 47,1 Prozent der Flüchtlinge jünger als 30 Jahre.

Das spiegelt sich auch in der Bilanz des BKA für 2023 wider. Hier die Auflistung der tatverdächtigen Zuwanderer nach Altersgruppen:

4,8 Prozent Kinder
10,0 Prozent Jugendliche
8,7 Prozent Heranwachsende
76,5 Prozent Erwachsene (der Großteil zwischen 21 und 40 Jahren).
Insgesamt ist 2023 die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer im Alter von 14- bis unter 18 Jahren im Vergleich zum Vorjahr stark angestiegen (plus 43,3 Prozent), ebenso die Zahl der 18- bis unter 21-Jährigen (plus 37,2 Prozent). Von den tatverdächtigen Zuwanderern waren 82,7 Prozent männlich , 57,2 Prozent waren jünger als 30 Jahre.

Alter und Geschlecht spielen laut Experten eine gewichtige Rolle, wenn man die hohen Kriminalitätsraten bei Zuwanderern erklären will. „Junge Männer begehen weit häufiger Straftaten“, sagt der renommierte Kriminologe Christian Pfeiffer. Außerdem würden „Fremde weit häufiger bei der Polizei angezeigt als Einheimische“.

Andere Fachleute weisen darauf hin, dass die Lebensumstände von Zuwanderern teils erheblich von denen der deutschen Durchschnittsbevölkerung abweichen. Sie seien in der Regel weniger gebildet

und weniger sozial integriert, außerdem hätten viele in ihrer Heimat oder auf der Flucht Gewalterfahrungen gemacht. Das alles seien „kriminalitätsbegünstigende Faktoren“ und schlügen sich später in der Straftaten-Statistik nieder.

Zahl der Mehrfachtäter steigt: Viele mit über 20 Delikten
Weitere interessante Fakten aus dem BKA-Lagebild:

Im Jahr 2023 wurden 56.236 Zuwanderer gefasst, die verdächtigt wurden, mehrere Straftaten verübt zu haben. Das waren 23,0 Prozent mehr als im Vorjahr (45.725 Zuwanderer).
Die Zahl der Zuwanderer, die laut Polizei 21 und mehr Straftaten begangen haben, stieg um 49,1 Prozent (2023 waren es 1288, im Jahr zuvor 864).
Zuwanderer aus den Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien) sowie aus Libyen und Georgien machten einen besonders hohen Anteil der Mehrfachtatverdächtigen aus.
Die Statistik gibt nicht nur Auskunft über Zuwanderer als verdächtige Straftäter, sondern auch als Geschädigte. So wurden 2023 in der PKS insgesamt 1.249.329 Opfer registriert, worunter sich 66.586 Zuwanderer befanden – gegenüber 2022 ein Anstieg um 19,1 Prozent. Nahezu die Hälfte der geschädigten Zuwanderer kam aus den Hauptherkunftsländern Syrien, der Ukraine und Afghanistan.

Bezogen auf das Angriffsziel „Asylunterkunft“ stieg die Zahl der Straftaten um 86,6 Prozent. Wurden im Jahr 2022 noch 82 Delikte (darunter sechs Gewaltdelikte) gezählt, waren es 2023 insgesamt 153 Delikte (darunter 15 Gewaltdelikte). Hauptsächliche Straftaten: Sachbeschädigung, Propagandadelikte und Volksverhetzung.

BKA-Bilanz: Die meisten Flüchtlinge begehen keine Straftaten
In seinem Fazit weist das BKA darauf hin, dass globale Konflikte und Krisen „nicht nur annähernd eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nach Deutschland geführt“ haben, sondern dass „auch wieder zunehmend Menschen aus Afghanistan, Syrien und der Türkei“ zu uns geflüchtet sind. Die Zahl der 2023 in Deutschland lebenden Flüchtlinge habe einen „Höchststand seit 2015“ erreicht.

Die immer größere Menge an Flüchtlingen stünde im Zusammenhang mit dem „erhöhten Kriminalitätsaufkommen unter Beteiligung tatverdächtiger Zuwanderer“, konstatiert das BKA.

Die aktuellen Zahlen machen zugleich deutlich, dass sich der überwiegende Teil der seit 2015 in Deutschland registrierten Asylsuchenden an Recht und Gesetz hält. Ein Fakt, der in der öffentlichen Debatte oft unterschlagen wird.

https://unser-mitteleuropa.com/150579
Täglich 290 Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte – die Verrohung greift um sich
VonRedaktion

Gewalt: Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) leitet die die Statistiken und Einzelmeldungen der Bundesländer an das Bundeskriminalamt (BKA) weiter und daraus ergibt sich dann das Gesamtbild der Kriminalität in Deutschland.
Von NIKI VOGT | Das BKA ist eine dem Bundesinnenministerium nachgeordnete Behörde und extrahiert aus diesen Zahlen jedes Jahr das „Bundeslagebild Gewalt gegen

Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte“. Die Zahlen für 2023 sind gerade herausgekommen. Und sie sind ein schrilles Alarmsignal. Deutschland versinkt in Verrohung und Gewalt – und das beschleunigt sich ständig.

Die Zahlen sind beängstigend – Die Polizei ist ebenso gefährdet, wie die Bürger!

Die BILD berichtet Zahlen, die das Elend, in das der Staat gerutscht ist, deutlich machen:

„Allein bei der Polizei wurden laut Bundeslagebild „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte 2023“ 46.218 Fälle registriert – ein Anstieg um 8 Prozent gegenüber 2022 und die stärkste Zunahme seit 2017. Insgesamt wurden 105.708 Beamte zum Opfer – 9500 mehr als im Jahr zuvor und ein Anstieg um knapp 10 Prozent. Bei den meisten Straftaten handelt es sich um Widerstandshandlungen und tätliche Angriffe. Bedrohungen sind nicht mitgerechnet, würden laut Lagebild jedoch ebenfalls stark zunehmen.“

Alle Zahlen gehen aus dem nun veröffentlichten Bundeslagebild „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte 2023“ hervor.

Dieses niederschmetternde Ergebnis ist eindeutig eine Folge der Entwicklung, die mit der Kanzlerschaft von Frau Dr. Angela Merkel als Bundeskanzler begann. Bis dahin hatte die Polizei ein hohes Ansehen und wurde auch von den Bürgern respektiert als neutrale Ordnungsmacht. Die Ereignisse der Silvesternacht auf der Kölner Domplatte, das Versagen der Polizei in dieser Nacht und der Missbrauch der Polizei als Waffe gegen die Bürger durch die Politik, höhlten diesen Respekt vor der Polizei nach und nach immer weiter aus.

Staat, Presse und Polizei als starker Arm des Staates gehorchen einer bürgerfeindlichen Agenda

Die Bürger mussten erschrocken feststellen, dass die Polizei gegenüber den Straftaten der Kriminellen unter den Zuwanderern oft machtlos sind oder wegsehen. Deutsche Bürger, die dagegen protestieren, dass ihre Töchter vergewaltigt werden, ihre Söhne ermordet, werden als „Rechte, Rechtsextreme und Nazis“ gebrandmarkt. Die Kriminalitätsrate steigt und steigt, Einbrecher, Totschläger und Gruppenvergewaltiger werden vor Gericht mit Samthandschuhen angefasst. Protest dagegen wird als Rassismus gegeißelt, obwohl die Kriminalstatistiken ein sehr klares Bild ergeben … trotz aller Bemühungen, die Nationalität der Haupt-Tätergruppen zu vertuschen.

Unbescholtene Bürger, die während der Coronazeit auf ihren Grundrechten bestanden und ihr Recht auf Demonstrationen ausübten, wurden von der Polizei kriminalisiert, schikaniert und behindert, Festnahmen waren oft willkürlich, das Volk bekam den Eindruck, die Polizei diene als Büttel und Knüppel für die Politik und die willfährigen Medien.

Wie wir in der Causa „Compact“ mit ansehen mussten, handelte der Bundesinnenminister, Frau Nancy Faeser, nachweislich und gerichtlich festgestellt verfassungswidrig, als sie die Polizei zur Razzia und Ausräumung der Redaktionsräume des Magazins in aller Herrgottsfrühe losgelassen hat – und auch noch die gesamte Presse vorher Bescheid wusste. Schlimmer hätte es für diese Regierung, Presse und die Polizei kaum kommen können. Die Regierung versucht rechtswidrig ein unbequemes, oppositionelles Blatt mundtot zu machen und zu ruinieren und die Polizei spielt eifrig mit.

Die Kriminellen gewinnen die Oberhand und die Bürger misstrauen Politik, Polizei und Presse

Greift so eine Stimmung im Land um sich, kommt eine unheilvolle Entwicklung in Gang. Frei nach dem Satz von Wilhelm Busch „ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich’s gänzlich ungeniert“, werden viele eigentlich ganz anständige Leute immer zorniger und misstrauen dem Staat und der Polizei und den Medien zutiefst – und zeigen das auch. Umfragen zeigen, dass ein sehr großer Teil der Bevölkerung auf die Frage, welche Gefühle die Lage in Deutschland bei ihnen auslöst, immer mehr die Option „Wut“ ankreuzt.

Hier einmal ein paar Umfragen, die ich für Sie, lieber Leser zusammengestellt habe und die ein eindeutiges Bild ergeben:

Civey Pessimismus bei Welt-Zukunft

Zufriedenheit Bundesregierung 84% Nein

Focus Umfrage AfD rechtsextremer Verdachtsfall

Umfrage Robert Habeck Bundeskanzler

Web.de Umfrage Zustimmung Regierung 11 %
Wenn man sich diese Umfragewerte in der Gesamtheit anschaut, ist unübersehbar, dass die Bevölkerung in Deutschland sehr, sehr unzufrieden ist. Wenn schon die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerungen dieser Stimmungslage ist, dann kann man davon ausgehen, dass der weniger friedliche Teil davon seine Wut und Aggression an den Vertretern des Staates und der staatlichen Strukturen bei Gelegenheit gewaltsam auslässt. Da bietet sich die Polizei ja an. Sie muss gerade da einschreiten, wo sich gerade Gewalt und Gesetzesbruch ereignet – oder die Politik sie ins Feuer schickt.
Eine besondere Rolle spielt dabei auch die linksextreme Szene, deren Feindbild schon immer die Polizei war. Und jetzt haben sie erst recht Oberwasser. Die friedlichen Bürger und die Anhänger des rechtskonservativen Spektrums empfinden die Polizei auch nicht mehr als ihren Schutz und den starken Arm des Rechts, sondern als den bewaffneten Arm eines Unrechtssystems.
Nicht nur die Polizei, auch die Rettungsorganisationen werden angegriffen
Die BILD schreibt:
„Schlimmer Rekord auch bei Gewalttaten gegen unsere Retter. 687 Angriffe (+5,7 %) und 1069 Opfer (+13,7 %) gab es bei der Feuerwehr sowie 2050 Fälle (+6,8 %) und 2902 Opfer (+8,4 %) bei sonstigen Rettungsdiensten.“
Etwas anderes, als entfesselte Wut, kann man sich dabei ja kaum vorstellen. So etwas passierte früher nur in den absoluten Armuts- oder Asozialenvierteln, dass die Rettungskräfte die Einsatzwägen abschließen mussten, weil die Anwohner sie sonst ausgeplündert haben. Heute ist das normal. Aber nicht nur das: Selbst wenn es völlig klar ist, dass Menschenleben auf dem Spiel stehen, die durch den Einsatz der Rettungskräfte gerettet werden können, werden sie angegriffen. Das ist ein Zeichen völliger Verrohung, die eines zivilisierten Staates nicht würdig ist und ein roter Alarm für den Zustand dieses Landes. Die Angriffe sind auch nicht harmlos:
„Sie werden beschimpft, angegriffen, und mit Steinen oder Feuerwerk beworfen: Die registrierten Angriffe gegen Polizistinnen und Polizisten haben im Jahr 2023 einen neuen Höchststand erreicht. Aber auch Rettungskräfte wurden immer öfter Opfer von Gewalt, so Bundesinnenministerin Faeser. (…) Die Einsatzkräfte wurden bedroht (…) all dies bei ihrem Einsatz für unsere Sicherheit“, beklagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bei der Vorstellung der Zahlen. Die SPD-Politikerin führte weiter aus: „Es ist erschreckend, mit welchem Hass und mit welcher Gewalt Einsatzkräfte umgehen müssen. Diese Straftaten sind durch nichts zu rechtfertigen und müssen harte strafrechtliche Konsequenzen haben.“ Faeser kündigte in dem Zusammenhang auch Gesetzesverschärfungen gegen Gewalt an Einsatzkräfte an. “
Frau Innenministerin Faeser ist empört? Sie will die ganze Härte des Gesetzes gegen die Angreifer anwenden? Sie selbst ist Teil der völlig verfehlten, ideologisierten Politik, die den größten Teil der Bevölkerung ständig als „Rechte“ oder „Rechtsextreme“ diskriminiert und beleidigt. Sie ist es, die die Polizisten in Schlachten schickt, die sie nicht schlagen sollten. Auf der einen Seite gegen Bürger, die zu Recht frustriert, empört und zornig sind, auf der anderen Seite gegen eine radikalisierte, linksextreme Szene, die auch vor schwerer Gewalt und Mord nicht haltmacht, weil sie weiß, dass sie in der Linksgrünen Ampelregierung Rückhalt und Schutz bekommen. Und an einer dritten Front gegen kriminelle Zuwanderer, die die deutsche Polizei verachten und sich in ihren illegalen Geschäften beeinträchtigt fühlen.
Es sind auch viele deutsche Täter aus prekären Verhältnissen, die ihrer Frustration und Hoffnungslosigkeit, aber auch angestauter Wut einfach ein Ventil geben. Gerade diese Gesellschaftsschicht wächst bedenklich. Denn die bürgerliche Schicht beginnt sich am unteren Rand aufzulösen. Arbeitslosigkeit durch Abwanderung der Unternehmen, durch Verschlankung der Firmen, um die wirtschaftliche Flaute zu überstehen, hohe Steuerlast, Zukunftsängste …

Die Gewalttäter gegen die Polizei sind das wachsende Heer von Verzweifelten, Verarmten, deutschen und überproportional nichtdeutschen Kriminellen und gewaltbereiten Linksextremen, weil sie wissen, dass das politische System sie entweder schützt oder fürchtet … oder beides. Diese Zustände sind seit Frau Dr. Merkels Politik der offenen Grenzen eingerissen und haben sich ständig verschlimmert.

Die Polizeibeamten bezahlen ihren Beruf oft mit Verletzungen, manchmal mit ihrem Leben

Und die Polizisten halten ihren Kopf hin:

„Knapp 106.000 Beamtinnen und Beamte wurden Opfer einer gegen sie gerichteten Gewalttat, erklärte das in Wiesbaden ansässige BKA am Montag. Das seien 9.500 geschädigte Beamte mehr als im Jahr 2022, was einem Anstieg von rund zehn Prozent entspricht. Insgesamt protokolliert wurden 105.708 Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten."

Was den Typus der Täter betrifft, so handeln die Täter laut BKA meist allein, sind zu über achtzig Prozent männlich und jeder zweite Tatverdächtige stand unter Alkohol- oder/und Drogeneinfluss. Über 75 Prozent der Tatverdächtigen waren bereits polizeibekannt.

„In den meisten Fällen handelte es sich bei den Gewalttaten um Widerstandshandlungen und tätliche Angriffe (84,5 Prozent). Daneben wurden Polizistinnen und Polizisten auch häufiger bedroht. Dagegen sank die Zahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungen an Beamten auf 1.260 Fälle. Im Vergleich zum Vorjahr sind die entsprechenden Fälle um 8,5 Prozent auf 39.046 Fälle gestiegen (2022: 35.983). Häufig werden Polizeikräfte darüber hinaus bedroht. Hier wurden 3.851 Fälle registriert, was einem Anstieg von 5,9 Prozent gegenüber dem Jahr zuvor entspricht. Sogar 40 versuchte Tötungen von Polizistinnen und Polizisten wurden erfasst, drei mehr als im Jahr 2022. Kein Beamter kam dabei im vergangenen Jahr zu Tode, während 2022 noch ein Polizist und eine Polizistin von einem Wilderer im pfälzischen Landkreis Kusel erschossen wurden."

Das BKA meldete für das Jahr 2023 eine Zunahme der Angriffe auf Polizisten um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. In Fallzahlen sind das insgesamt 46.218 Fälle. Unglaublich, das ist mehr als eine Kleinstadt! Für Angriffe auf Polizisten, ebenso wie solche gegen Rettungskräfte, hat das BKA auch die Beteiligung von Nichtdeutschen ermittelt, die im Jahr 2023 erneut angestiegen sein sollen:

„Während der Anteil der deutschen Tatverdächtigen von 69,9 auf 66,4 Prozent sank, stieg der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen von 30,1 auf 33,6 Prozent."

Dabei wurde aber ein möglicher Migrationshintergrund der „deutschen Tatverdächtigen", also das, was man heute mit dem Schlagwort „Passdeutsche" meint, nicht ermittelt. Allein 2023 vergangenen Jahr wurden 75.500 Syrer eingebürgert und bilden damit die größte Gruppe der Eingebürgerten. Wie viele Syrer also unter den „deutschen Tatverdächtigen" waren, ist unklar.

Kleine Bemerkung am Rande: Verschwiegen wird in den Medien ein weiterer Personenkreis, der sich radikalisiert und Gewalt als Mittel zu guten Zweck glaubt anwenden zu müssen: Die radikalen Klima-Aktivisten. War „Fridays for Future"noch vor wenigen Jahren ein Aufbegehren engagierter Schüler, ist ihre Ikone Greta Thunberg mittlerweile mitsamt einigen Gesinnungsgenossen im Lager der „Gewaltbereiten" gelandet.

So ist die Schwedin am Jahrestag des Hamas-Massakers in Israel für eine „Pro-Palästina"-Demonstration in Berlin angereist. Wie schon bei einer ähnlichen Kundgebung am Vortag endete diese in Gewalt gegen Polizisten. Es kam dabei „zu massiven Angriffen der Versammlungsteilnehmer auf Einsatzkräfte, unter anderem durch Stein-, Flaschen- und Böllerwürfe". Um etwa 18 Uhr begann die Lage zu

eskalieren. Nach etwa 15 Minuten teilte die Versammlungsleiterin mit, keinen Einfluss mehr auf die Kundgebungsteilnehmer zu haben. Um 18.15 Uhr wurde „die Versammlung aufgrund der andauernden Gewaltstraftaten und Unfriedlichkeit durch die Polizei Berlin aufgelöst, um weitere unmittelbare Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu verhindern“.
Die Strafanzeigen gegen die Gewalttäter lauteten auf Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen. Insgesamt wurden 14 Polizeibeamte verletzt, drei mussten deshalb ihren Dienst vorzeitig beenden. Eine Beamtin erlitt nach einem tätlichen Angriff eine schwere Gesichtsverletzung und musste zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden.
Greta Thunberg hingegen empörte sich am Tag nach der gewalttätigen Kundgebung in einem kurzen Interview mit dem Portal „Redstreamnet“ über die Polizei. Sie habe „keine Worte“, um zu sagen, „wie wütend es mich macht zu sehen, wie Deutschland und deutsche Polizisten friedliche Demonstranten behandeln“.
Der „Spiegel“ zitiert die Polizei zudem mit der Äußerung:
„Die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit der Person Thunberg führten zu der Bewertung, dass es sich um eine gewaltbereite Teilnehmerin handelt.“
Ein beispielhaftes Lehrstück, wie ein Staat durch übermäßige Toleranz der Politik und Medien gegenüber Eiferern aller Art, ja, tatkräftiger Unterstützung einer solchen Agenda(!) sogar eigentlich ganz normale junge Leute zu Terroristen im Kampf für „die edle Sache“ erzieht. Ob Islamist, Antifa, Extinction Rebellion oder eine Greta Thunberg – am Ende mutiert ein fanatisches, kompromissloses Sendungsbewusstsein immer in einen gewalttätigen Kreuzzug und die Vernichtung der vermeintlichen „Bösen“.
Bundesinnenministerin Faeser „äußerte sich bestürzt über die Angriffe gegen Polizisten“
Frau Bundesinnenministerin Faeser spricht von fehlendem Respekt und Anerkennung für die Polizei: „Im vergangenen Jahr sind jeden Tag durchschnittlich 290 Polizistinnen und Polizisten Opfer von Gewalt geworden. (…) Die Einsatzkräfte wurden bedroht, angegriffen, mit Flaschen, Steinen und Feuerwerkskörpern beworfen – all dies bei ihrem Einsatz für unsere Sicherheit. Es ist erschreckend, mit welchem Hass und mit welcher Gewalt Einsatzkräfte umgehen müssen. Diese Straftaten sind durch nichts zu rechtfertigen und müssen harte strafrechtliche Konsequenzen haben.“
Gleichzeitig aber lässt sie genau diese gewaltbereiten Zuwanderer einfach massenhaft ins Land kommen. Sogar erkannte und bekannte „Gefährder“ und militante Islamisten sind über deutsche, staatliche Beamte massenhaft nach Deutschland gekommen. Und es war Frau Faeser, die diese offenen Grenzen stets verteidigt hat und auch jetzt de facto nichts wirklich verhindert. Ihre Tränen um die verletzten Polizisten sind – gelinde gesagt – nicht überzeugend.

https://unser-mitteleuropa.com/151168
Schweden: Illegaler Syrer beraubt 90-Jährige und stößt sie Treppe hinunter (Video)
VonRedaktion Ungarn
Nov 11, 2024 #91-Jährige beraubt, #Illegaler Syrer, #Schweden
Karam Kanji, der syrische Migranten-Verbrecher

In Schweden herrscht große öffentliche Empörung, nachdem ein 26-jähriger syrischer Migrant versucht hatte, eine 91-jährige Frau ausraubte und sie dann die Treppe hinunterstößt. Die Videoaufnahmen zeigen dann auch noch, wie ein weiterer Zeuge, die Treppe hinunterläuft und dann vom Tatort wegläuft. Dasselbe betrifft dann auch noch zwei weitere Personen, welche dem Opfer keine Hilfe leisten.

Das Verbrechen des 26-jährige Karam Kanjo ereignete sich am 29. August dieses Jahres am Bahnhof Sollentuna, etwa acht Meilen nordwestlich von Stockholm. Aufnahmen zeigen, wie Kanjo sein älteres Opfer packt, das sich wehrt, bevor die beiden die Treppe hinunterstürzen. Weil er die Halskette der Frau umklammerte, wurde diese schwer verletzt. Kanjo war während der europäischen Flüchtlingskrise 2015 nach Schweden gekommen

Laut „LBC News" wollte die 91-Jährige das Grab ihres Mannes besuchen. Und die Halskette, welcher ihr der Migrant vom Hals gerissen hatte, war ein Geschenk, welches sie vor 40 Jahren erhalten hatte. Die Frau sagte, sie habe Todesangst gehabt und noch nie in ihrem Leben eine solche Gewalt erlebt. Wie durch ein Wunder wurde sie nicht ernsthaft verletzt.

Swedes are outraged by a new video showing the 26-year-old Syrian asylum seeker Karam Kanjo robbing a 91-year-old Swedish woman of the necklace she was gifted by her husband 50 years ago. Kanjo was out on probation after having attacked a woman on the street and raped her pic.twitter.com/LC8x6dUVJ4

— Visegrád 24 (@visegrad24) November 10, 2024

Mehrfach-Verbrecher

Der Täter, Karam Kanjo, wurde bereits wegen Sexualverbrechen verurteilt und sogar des Landes verwiesen. Nun wurde er zu 5 fünfeinhalb Jahren Gefängnis und zu einer Entschädigung in Höhe von 93.100 SEK (ca. 8.600 EUR) an das Opfer verurteilt. Nach der Abschiebung wurde ein Rückkehrverbot nach Schweden ausgesprochen.

Empörend wie üblich: Der illegale Syrer war ein verurteilter Vergewaltiger und hatte mindestens 19 Straftaten begangen, darunter schwerer Diebstahl und versuchter schwerer Diebstahl. 2021 wurde er wegen Vergewaltigung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, dann aber aufgrund der liberalen schwedischen Gesetze mit fast einem Jahr Resthaft wieder freigelassen.

Mittlerweile hat aber die neue schwedische Regierung, welche von der „Moderaten Partei" geführt und von den rechtsextremen „Schwedendemokraten" unterstützt wird, die Gesetze in Bezug auf Asylbewerber zunehmend verschärft und bezüglich der Ausweisungen zu einem Nettoabfluss von Asylanten geführt.

https://www.welt.de/politik/ausland/article254506256/Grossbritannien-Der-Prozess-der-das-ganze-Land-spaltet.html

Großbritannien

Der Prozess, der das ganze Land spaltet

Autorenprofilbild von Mandoline Rutkowski

Von Mandoline Rutkowski

Korrespondentin in London

Die Tat hatte über die Grenzen Großbritanniens hinaus für Entsetzen gesorgt. Bei einem Messerangriff in Southport wurden drei Mädchen erstochen und zehn weitere Personen teilweise schwer verletzt. Im Januar soll der Prozess beginnen. Jetzt gab es dazu eine Anhörung.

Per Videolink war der mutmaßliche Southport-Täter Axel Rudakubana am Mittwoch einer Anhörungs- und Verhandlungsplanung am Liverpool Crown Court zugeschaltet. Dem heute 18-Jährigen werden dreifacher Mord und zehnfacher Mordversuch zur Last gelegt. Nach der Tat war es

im August in Southport und zahlreichen anderen Städten zu schweren Ausschreitungen gekommen. Rudakubana ist derzeit im Hochsicherheitsgefängnis HMP Belmarsh in London inhaftiert. Die wichtigsten Fragen und Antworten zu dem Fall im Überblick.

Wer ist Axel Rudakubana?

Axel Rudakubana wurde am 7. August 2006 in Cardiff, Wales, als einer von zwei Söhnen geboren. Seine Eltern stammen aus Ruanda, das in den 1990er-Jahren von einem Völkermord erschüttert wurde. Die Familie zog 2002 nach Großbritannien und ließ sich 2013 in Banks, einem Vorort von Southport, nieder.

Laut britischen Medienberichten arbeitet der Vater als Taxifahrer, die Mutter ist Hausfrau. Beide sind in der örtlichen Kirche aktiv. Nachbarn beschrieben die Familie als „nett" und „normal". Rudakubana war in der lokalen Musical- und Theatergruppe aktiv und galt als ruhig und zurückgezogen. Bei ihm soll eine Form von Autismus diagnostiziert worden sein.

Wofür muss sich Rudakubana verantworten?

Rudakubana ist des dreifachen Mordes, des zehnfachen versuchten Mordes und des Besitzes einer gefährlichen Waffe angeklagt. Ihm wird vorgeworfen, am 29. Juli drei Mädchen – Elsie Dot Stancombe (7), Alice da Silva Aguiar (9) und Bebe King (6) – während eines Taylor-Swift-Tanzkurses in Southport erstochen zu haben. Außerdem verletzte er acht weitere Kinder und zwei Erwachsene zum Teil schwer. Zu dem Tatzeitpunkt war er 17 Jahre alt, mittlerweile ist er volljährig.

Am 29. Oktober, drei Monate nach dem Attentat, erhob die Staatsanwaltschaft zwei weitere Anklagepunkte: die Herstellung des tödlichen pflanzlichen Toxins Rizin sowie den Besitz eines Al-Qaida-Trainingshandbuchs. Dieses belastende Material war im Rahmen einer Hausdurchsuchung sichergestellt worden.

Die Polizei betonte, dass am Tatort selbst kein Rizin gefunden wurde. Rudakubana wurde gemäß Abschnitt 1 des Biological Weapons Act von 1974 (Herstellung biologischer Waffen) und Abschnitt 58 des Terrorism Act von 2000 (Besitz verdächtigen Materials) angeklagt.

Serena Kennedy, die Polizeipräsidentin der örtlichen Polizeibehörde erklärte, dass die Morde derzeit nicht als Terrorakt eingestuft werden, da die Motivation nicht erwiesen sei. Das britische Gesetz definiert einen Akt als Terrorismus, wenn er politisch, religiös, rassistisch oder ideologisch motiviert ist und darauf abzielt, die öffentliche Sicherheit zu gefährden, die Regierung zu beeinflussen oder die Öffentlichkeit durch Gewalt oder Zerstörung einzuschüchtern.

Welche Reaktionen gab es in der Bevölkerung?

Kurz nach dem Attentat häuften sich im Internet Hasstiraden gegen Migranten. Falschmeldungen behaupteten, der Täter sei ein Asylsuchender, der mit einem Boot über den Ärmelkanal nach Großbritannien gekommen sei. Reichweitenstarke Influencer wie Tommy Robinson, Gründer der inzwischen aufgelösten rechtsextremen Gruppe English Defence League, griffen das Ereignis auf – und heizten die Stimmung weiter an.

Es wurde zwar klargestellt, dass Rudakubana ein gebürtiger Brite sei. Doch der Hass im Netz war bereits auf die Straße übergesprungen. Eine Mahnwache in Southport am Tag nach dem Attentat eskalierte, als Randalierer Ziegel warfen, eine Moschee angriffen und Polizisten verletzten. Friedliche Proteste gegen die Einwanderung wurden in den folgenden Tagen teils von Randalierern gekapert. Vor allem in den verarmten Regionen Nordenglands, aber auch in Nordirland kam es fast zwei Wochen lang immer wieder zu Ausschreitungen, bei denen mit Migranten in Verbindung gebrachte Orte angegriffen wurden. Erst ein hartes Durchgreifen der Regierung mit massiver Polizeipräsenz und schnellen Verurteilungen konnte die Lage beruhigen.

Influencer Robinson und auch X-Inhaber Elon Musk kolportierten, Premierminister Keir Starmer befehlige eine „Zwei-Klassen-Polizei", die weiße Briten härter bestrafe als Mitbürger anderer Hautfarbe.

Gleichzeitig zeigte die Zivilgesellschaft Stärke: Im ganzen Land versammelten sich Menschen zu Gegendemonstrationen und beseitigten gemeinsam die Spuren der Verwüstung. Seitdem ist es zu keinen nennenswerten Ausschreitungen mehr gekommen. Auch nach Bekanntwerden der neuen Vorwürfe blieb es ruhig.

Laut „Guardian" hatte die britische Regierung zur Sicherheit rund um den Zeitpunkt der Bekanntgabe rund 2000 Polizisten in Alarmbereitschaft versetzt. **Die letzten Nachwirkungen des Sommers waren**

Ende Oktober in London zu beobachten, als sich Tausende zu einer Demonstration in London gegen die Inhaftierung der Randalierer versammelten. Gleichzeitig fand in der Nähe eine Gegendemonstration statt.

Obwohl Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Briten die Ausschreitungen verurteilt, offenbarten die Ereignisse in Teilen der Bevölkerung eine tiefe Unzufriedenheit mit der Migrationspolitik der Regierung. ***Seit dem Brexit ist die Zahl der Zuwanderer deutlich gestiegen, von 330.000 im Jahr 2015 auf 685.000 im Jahr 2023, nach Abzug der Auswanderer.***

Wie reagierte die Politik?

Der britische Premierminister Keir Starmer bezeichnete die Anschläge in Southport als „wahrhaft schrecklich" und drückte das Mitgefühl des Landes aus. Am Tag nach der Tat reiste er nach Southport, um den Betroffenen sein Beileid auszusprechen. Die Ausschreitungen verurteilte der ehemalige Generalstaatsanwalt als „rechtsextreme Gewalt", der mit harter Law-and-Order-Politik begegnet werden müsse.

Zum Thema Migration äußerte sich der Premier nicht direkt, betonte aber in den vergangenen Monaten den Kampf gegen „kriminelle Schlepperbanden". Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hatte er das umstrittene Ruanda-Gesetz abgeschafft, gleichzeitig aber eine neue Grenzschutztruppe angekündigt und deren Budget kürzlich auf 150 Millionen Pfund verdoppelt. Experten bezweifeln die Wirksamkeit.

Vereinzelt wurde das Vorgehen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Regierung aus der Opposition scharf kritisiert. Der Vorwurf: Die Regierung verschweige Informationen über den mutmaßlichen Täter, um die bereits aufgeheizte Stimmung im Land nicht weiter anzuheizen. Nigel Farage, Chef der rechtspopulistischen Reform UK, fragte auf X, ob „uns etwas verheimlicht" werde – in Anspielung darauf, dass es sich um einen terroristischen Akt handeln könnte.

Konservative als Treiber von Chaos und Revolte

Vertreter verschiedener politischer Lager verurteilten seine Äußerung als Provokation und forderten, Spekulationen zu vermeiden. Als neue Anschuldigungen gegen den Verdächtigen bekannt wurden, erneuerte Farage seine Vorwürfe: „Vielleicht hatte ich die ganze Zeit recht." Auch konservative Politiker wie Robert Jenrick und Kemi Badenoch, die dem rechten Flügel der Partei angehören und damals um den Parteivorsitz kämpften, äußerten sich.

Jenrick zeigte sich „ernsthaft besorgt, dass der Öffentlichkeit Fakten möglicherweise vorenthalten wurden". Badenoch, mittlerweile Parteichefin der Tories, forderte die Regierung auf, „ernste Fragen" zu beantworten. Polizeipräsidentin Kennedy erklärte bei der Verkündung der neuen Anklagepunkte, dass das Attentat weiterhin nicht als terroristischer Akt eingestuft werde. Sie betonte auch, dass die Behörde Informationen nur begrenzt herausgeben könne, weil die Integrität des Gerichtsverfahrens gewahrt werden müsse.

Britischen Medienberichten zufolge bestätigte die Regierung, dass sie seit „Wochen" über die neuen Anklagepunkte informiert gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft hatte die Zustimmung des Generalstaatsanwalts, des obersten Rechtsberaters der Regierung, einholen müssen, um den Vorwurf der Herstellung einer biologischen Waffe erheben zu können. Die „Sunday Times" berichtete, der Antrag sei am 15. Oktober gestellt worden, die neuen Anklagepunkte wurden zwei Wochen später verkündet.

Wie geht es weiter?

Der Prozess gegen Rudakubana beginnt am 20. Januar und könnte vier bis sechs Wochen dauern. Clive Walker, emeritierter Strafrechtsprofessor an der Universität Leeds, schätzt, dass der Angeklagte im Falle einer Verurteilung wegen mehrfachen Kindermordes „mindestens 20 Jahre" Haft zu erwarten hätte. Sollte sich herausstellen, dass das Attentat einen terroristischen Hintergrund hat, könnte die Strafe deutlich höher ausfallen.

https://www.focus.de/politik/briefing/focus-briefing-von-tanit-koch-no-go-areas-offenbarungseid-in-berlin_id_260491315.html
FOCUS-Briefing von Tanit Koch
Natürlich gibt es No-go-Areas in Berlin - Offenbarungseid der Polizeipräsidentin
FOCUS-Magazin-Autorin Tanit Koch
Dienstag, 19.11.2024, 06:52
Wenn das Wort „grundsätzlich“ fällt, ist grundsätzlich Vorsicht geboten. Denn wenn etwas dem Grundsatz nach so sein soll, bedeutet es in der Regel, dass es tatsächlich ganz anders ist.
Das jüngste Beispiel: Auf die Frage der „Berliner Zeitung“, ob es in der Hauptstadt No-go-Areas gebe, antwortet Polizeipräsidentin Barbara Slowik „Grundsätzlich nicht.“ Um direkt im nächsten Satz „Menschen, die Kippa tragen oder offen schwul und lesbisch sind“ den klugen Rat zu geben, „aufmerksamer” zu sein.
Natürlich gibt es No-go-Areas
Mit anderen Worten: Natürlich gibt es No-go-Areas, an denen die Polizei die Sicherheit bestimmter Bevölkerungsgruppen nicht garantieren kann. Und nein, die Rede ist hier nicht von Bruce Willis in „Stirb Langsam 3“, der mit einem Schild um den Hals durch Harlem läuft, das Schwarze beleidigt.
Eine Kippa oder händchenhaltende Männer sind keine Provokation. Außer offenbar für einige Menschen in einigen Teilen der Hauptstadt (und anderswo). Berlins Polizeipräsidentin, ohne jemanden „diffamieren“ zu wollen, drückt es so aus: „Leider gibt es bestimmte Quartiere, in denen mehrheitlich arabischstämmige Menschen wohnen, die auch Sympathien für Terrorgruppen hegen. Offene Judenfeindlichkeit artikuliert sich dort gegen Menschen jüdischer Glaubensrichtung und Herkunft.“
Juden, Schwule und Lesben brauchen längst keine polizeilichen Warnhinweise mehr
Soweit, so bekannt. Juden, Schwule und Lesben brauchen längst keine polizeilichen Warnhinweise mehr, wie sie sich im öffentlichen Raum zu verhalten haben – sie wissen besser als die Polizei, welchen Gefahren sie sich aussetzen.
Schlimmer ist nur der ehrliche Offenbarungseid der Polizeipräsidentin. Außer dem wohlmeinenden Rat zur Vorsicht steht Barbara Slowik mit klammen Kassen, leeren Händen und viel zu oft ohne politische Rückendeckung da, wenn die Polizei ihre Hoheitsgewalt ausübt.
Eine Freundin schickte mir gestern Screenshots einer Whatsapp-Gruppe für in Berlin lebende Juden: „Wenn Ihr in einer Situation seid, aus der Ihr nicht sicher rauskommt, schickt eine Nachricht, und Freunde werden Euch helfen“, heißt es da. Mit den Freunden ist nicht die Polizei gemeint. „Das ist Berlin 2024“, schrieb sie weiter, und berichtet von einer Mischung aus „die haben wirklich gewonnen” und Angst. Das Bitterste sei, dass sie das Gefühl habe, „dass es noch immer die wenigsten checken“.
Praktisch ist eher Geld für Lastenfahrrad-Parkplatzschilder da, als für die Sicherheit
Immerhin: Das Thema kommt – von Ex-SPD-General Kevin Kühnert bis Landwirtschaftsminister Cem Özdemir – endlich in der Breite der Politik an. Doch praktisch ist eher Geld für Lastenfahrrad-Parkplatzschilder da, als für die Sicherheit aller Hauptstadtbewohner.
Ist das nur ein Berlin-Phänomen? Oder wie sieht es bei Ihnen aus?

https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/die-schwarze-madonna-von-einsiedeln-die-am-wochenende-besch%C3%A4digt-wurde-zieht-seit-jahrhunderten-gl%C3%A4ubige-in-ihren-bann/ar-AA1umAcC?ocid=msedgntp&cvid=3f5790409acf4703b79ef7e25825ca66&ei=16
Die Schwarze Madonna von Einsiedeln, die am Wochenende beschädigt wurde, zieht seit Jahrhunderten Gläubige in ihren Bann
Artikel von Elena Panagiotidis

Ruhig steht sie da, mit verklärtem Gesichtsausdruck, das Kind auf dem linken Arm, das Zepter in der Rechten. 117 Zentimeter ist sie gross und schlank, die Schwarze Madonna. Seit Jahrhunderten pilgern Menschen aus aller Welt zu ihr nach Einsiedeln.

Am Wochenende beschädigte ein junger Asylbewerber aus Afghanistan das Wahrzeichen des Klosters. Der junge Mann soll verwirrt gewirkt haben. Laut Medienberichten war er in psychiatrischer Behandlung. Vor den Augen der betenden Pilger entkleidete er die Figur, die unter einem Freskengewölbe in der Gnadenkapelle aus schwarzem Marmor steht. Dann setzte er sich selbst die Krone auf, wie in Videoaufnahmen zu sehen ist. «Wir bedauern diesen Vorfall zutiefst und denken an die vielen Menschen, die vor Ort in ihren religiösen Gefühlen verletzt worden sind», schreibt das Kloster.

Die Madonna hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Irgendwann zwischen 1440 und 1464 wurde sie in Süddeutschland im spätgotischen Stil geschnitzt. Seit 1466 steht sie in der Heiligen Kapelle in Einsiedeln. Sie folgte auf ein älteres Madonnenbild, das im Vorjahr bei einem Brand zerstört worden war. Dabei waren sie und das Jesuskind ursprünglich wohl hell gefasst. Es waren der Rauch und der Russ der zahlreichen Kerzen, die die Madonna von Einsiedeln über die Jahrzehnte dunkel werden liessen, so dass man bereits im 17. Jahrhundert von der «Schwarzen Madonna von Einsiedeln» sprach.

Schwarze Madonnen in aller Welt werden als Gnadenbilder verehrt und gelten als besonders wundertätig. Die dunkelhäutige Gottesmutter mit dem Jesuskind tauchte im Mittelalter plötzlich auf. Einige der berühmtesten sind – neben jener in Einsiedeln – die Schwarze Madonna von Altötting und die Schwarze Madonna von Tschenstochau in Polen. Besonders viele schwarze Madonnen findet man in Frankreich. Auch die orthodoxe Kirche kennt die schwarze Muttergottes.

Einige, wie jene in Einsiedeln, sind aufgrund von Verfärbungen dunkel geworden. Viele wurden jedoch dunkel gestaltet, wobei es unterschiedliche Theorien für das Warum gibt. So führen es einige auf das Hohelied der Liebe im Alten Testament zurück, wo es heisst: «Ich bin schwarz, aber schön.» Andere bringen die Madonna mit heidnischen Kulten und Fruchtbarkeitsgöttinnen in Verbindung, die oft dunkel dargestellt wurden. So geht man beispielsweise bei der Madonna von Guadeloupe davon aus, dass ihre Hautfarbe derjenigen der lokalen Bevölkerung nachempfunden ist.

Dreissig Kleider und ein eigener Garderobier

Einsiedeln war bereits im Mittelalter ein Anziehungspunkt für Wallfahrer. 260 000 Besucher zählte das Kloster für das Jahr 1720. In den letzten Jahren waren es rund 800 000 Besucher jährlich. Neben Katholiken pilgern auch andere Gläubige seit Jahrhunderten zur Schwarzen Madonna von Einsiedeln. 1605 reiste der Legende nach eine reformierte Mutter mit ihrem schwerkranken Sohn nach Einsiedeln und bat um die Heilung des Kindes. Sie setzte sich damit über das Wallfahrtsverbot für Reformierte hinweg.

1798 fielen die Franzosen in die Schweiz und auch in Einsiedeln ein. Die Mönche waren zuvor geflohen und hatten die Madonna mitgenommen. Sie versteckten sie an verschiedenen Orten, vergruben sie in der Erde. Dann kam die Figur in die Propstei St. Gerold, wo sie restauriert wurde. Im Restaurationsbericht hiess es: «Nachdem ich von dem Angesichte alles abfällige und leicht auflösliche wegnahm, die festen Farbtheile aber, soviel möglich, ausglättete, so mahlte ich alsdann das ganze Angesicht sowohl der Mutter als des Kindes mit schwarzer, der vorigen, ähnlichen Farbe.» Seit 1799 sind die Madonna und ihr Jesuskind also vollends schwarz angemalt. 1803 kehrten sie zurück nach Einsiedeln.

Über die Jahre hat die Schwarze Madonna eine beachtliche Garderobe ansammeln können. Seit dem 17. Jahrhundert trägt sie kegelförmige, bodenlange Kleider, die von der spanischen Hoftracht inspiriert waren. Einer der Mönche des Klosters waltet heute als Garderobier über die mittlerweile rund dreissig Gewänder. Viele davon waren Schenkungen von Fürsten, aber auch von gewöhnlichen Gläubigen.

Das Gewand der Madonna wird mehrmals im Jahr gewechselt, den liturgischen Farben des Kirchenjahrs entsprechend. Im Advent trägt sie ein violettes Kleid, ebenso in der Buss- und Fastenzeit. An Pfingsten ist es rot. An Hochfesten trägt sie ein weisses Gewand. Grün trägt sie im Alltag. Auch Armbänder, Ohrringe und Zepter werden gewechselt. In den letzten Jahren haben auch ein indischer Hindu und eine Zürcher Muslimin Kleider gespendet.

Wehrmachtssoldaten flehen die Madonna um Hilfe an
Die Schwarze Madonna von Einsiedeln erhielt immer wieder Post von Hilfesuchenden. Bereits im Ersten Weltkrieg waren Hilferufe von Soldaten und ihren Angehörigen an die Madonna eingegangen. Im Zweiten Weltkrieg flehten unter anderem Wehrmachtssoldaten, die vor Stalingrad feststeckten, die Madonna um Hilfe an. Das zeigen rund 600 Fotos, die 2014 in der Sakristei der Gnadenkapelle gefunden wurden. «Liebe Gottesmutter, beschütze mich!», heisst es da auf den Rückseiten der Fotos. Einer fleht die Gottesmutter an, für ihn zu beten, «damit ich mein Elternhaus wieder besuchen darf».

https://philosophia-perennis.com/2024/11/21/bei-maischberger-klimawandel-schuld-an-vergewaltigungen/
Bei „Maischberger“: Klimawandel schuld an Vergewaltigungen
David Berger
By
David Berger
21. November 2024
(David Berger) Es ist noch keinen Monat her, da schockte eine Nachricht aus dem Bundestag die Deutschen. Die Bundesregierung musste zugeben, dass durchschnittlich jeden Tag ca. zwei Gruppenvergewaltigungen in Deutschland vorkommen.

Entsetzt fragen nun viele: Wo liegen die Ursachen für diese alarmierende Entwicklung? Bei Maischberger wurde die Lösung gefunden – von einer Rechtsanwältin mit Namen Christina Klemm:

Trump, Klimawandel und Genderkritiker
Trump ist schuld an den Vergewaltigungen – Der Ukrainekrieg ist schuld an den Vergewaltigungen – Die „Klimakatastrophe“ ist schuld an den Vergewaltigungen – Die „Rechten“ sind schuld an den Vergewaltigungen – Die „extrem Religiösen“ sind schuld an den Vergewaltigungen – Wer Gendern ablehnt, ist schuld an den Vergewaltigungen.

Unser Tweet des Tages von Julian Adrat:

Und das sind die Fakten:
Mehr als 52.000 Frauen und Mädchen wurden dem BKA zufolge 2023 in Deutschland Opfer von Sexualstraftaten wie Vergewaltigung. 360 Frauen wurden getötet.

AfD-Bundessprecherin Alice Weidel kommentiert wie folgt: „Die erschreckenden Dimensionen und der hohe Anteil ausländischer Tatverdächtiger bei Sexualdelikten gegen Frauen sind ein Alarmsignal. **Seit die Union 2015 die Tore vor allem für Männer aus archaisch und frauenfeindlich geprägten Gesellschaften geöffnet hat, sind Frauen zu Freiwild geworden.**

Eine AfD-Anfrage hat zutage gebracht, dass in den vergangenen zehn Jahren mindestens 6.897 Menschen in Deutschland zum Opfer einer Gruppenvergewaltigung wurden. Allein in Berlin kam es

<u>im vergangenen Jahr zu 111 derartigen Verbrechen. Fast die Hälfte der Täter, nämlich 48 Prozent, sind Ausländer, während der Ausländeranteil in Deutschland bei 16,4 Prozent liegt.</u>

So kann und darf es nicht weitergehen. Deutschland braucht eine Migrationswende, um Frauen besser vor geschlechtsspezifischen Angriffen zu schützen."

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/clans-in-berlin-aussteigerin-packt-aus-was-sie-erlebt-hat-macht-sprachlos/ar-AA1uFdfl?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=11c36eed6c0c4e31a5e720c6163474a9&ei=13

Clans in Berlin: Aussteigerin packt aus – was sie erlebt hat, macht sprachlos

Artikel von Anouschka Hamp

Die Clans in Berlin und in anderen deutschen Großstädten machen immer wieder Schlagzeilen. Bewaffnete Raubüberfälle, Körperverletzungen, Drogengeschäfte – die Liste der Vergehen ist lang. Interne Angelegenheiten werden dagegen selten bekannt, die Dynamiken innerhalb der Großfamilien bleiben meist unter Verschluss.

Doch eine Aussteigerin packte Anfang des Jahres aus. In ihrem Buch „Ein Leben zählt nichts – als Frau im arabischen Clan" gibt Latife Arab tiefe Einblicke in die Familie, in die sie hinein geboren wurde. Doch das wurde ihr jetzt zum Verhängnis.

Clans in Berlin: Heftige Attacke auf Aussteigerin

Unterdrückung und Gewalt waren für Latife Arab, die in der Öffentlichkeit zu ihrem eigenen Schutz unter diesem Pseudonym auftritt, an der Tagesordnung. Mehrmals versuchte sie, dem Clan zu entkommen, 2009 gelang es ihr endgültig. Doch nach Erscheinung ihres Buchs im März dieses Jahres beginnt der Albtraum für sie im September von vorn.

Gegenüber „t-online" berichtet Arab, dass Verwandte sie in ein Auto gezerrt, gewürgt und anschließend in einem Waldstück auf sie eingetreten hätten. Sie wird bewusstlos vor dem Unfallkrankenhaus Marzahn abgelegt. Erst dort kommt sie wieder zu Bewusstsein. Als Begründung für die Attacke nannten die Männer ihr Verrat.

Schwere Vorwürfe gegen Polizei

Seit dem Angriff durch den Clan in Berlin lebt sie in ständiger Angst und erhebt jetzt schwere Vorwürfe gegen die Polizei. Nach der Attacke hätte sie zunächst Polizeischutz bekommen. Anschließend habe man ihr angeboten, ins Zeugenschutzprogramm aufgenommen zu werden, doch nur, wenn sie die Namen der Angreifer nennt. Das Angebot betraf allerdings nur sie, nicht aber ihre Kinder.

„Für mich kam es nicht infrage, mich in Sicherheit zu bringen und meine Kinder zurückzulassen", so Arab. Also lehnte sie ab. Daraufhin versuchte die Anwältin der Aussteigerin mehrfach, mit dem LKA über die Sicherheit ihrer Mandantin zu sprechen. Dies wurde erst mehrfach abgelehnt bis dann, mehrere Wochen nach dem Angriff, ein Gesprächsangebot gemacht wurde. Bis dahin hatte sich Arab aber bereits selbst um einen Platz in einer Schutzeinrichtung bemüht.

Mittlerweile falle es Arab schwer, den Behörden zu vertrauen und über die Hintermänner der Tat auszupacken, berichtet ihre Anwältin. Dass liegt auch daran, dass die Informationen über den Angriff an die Medien durchgesickert sind – ohne dass es eine Pressemitteilung gab. Sowohl der „Tagesspiegel" als auch die „Bild" berichteten über die Attacke. Für Arab eine Katastrophe, denn

anschließend bedrohte ein Unbekannter die Aussteigerin aus einem Clan in Berlin am Telefon erneut.

Wie es zu den Berichten kommen konnte, ist der Polizei ein Rätsel. Auf Anfrage von „t-online“ hieß es allerdings, dass auch im Nachhinein kein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Geheimnisverrats eingeleitet wurde, da kein konkreter Anfangsverdacht vorliege.

Arab leidet also auch 15 Jahre nach ihrem Ausstieg massiv unter ihrer Familie. Von den Behörden wird sie dabei größtenteils alleine gelassen. Zwar habe es laut der Polizei mehrere Gespräche zu Sicherheitsmaßnahmen gegeben, doch ob eine davon auch wirklich realistisch war und umgesetzt wurde, scheint nach Arabs Schilderungen fraglich.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/berliner-polizei-gewerkschaft-%C3%BCbt-scharfe-kritik-ersch%C3%BCtternd/ar-AA1uPQhK?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=4ca72172b4754ba5abca4e12628fdd0b&ei=13

Berliner Polizei-Gewerkschaft übt scharfe Kritik: „Erschütternd“

Artikel von Felix Grimm

In Berlin kommt es beinahe täglich zu äußerst brutalen Verbrechen, weswegen die Polizei in der Hauptstadt Tag und Nacht im Dauereinsatz ist. Nach der jüngsten Gewalttat in Kreuzberg, bei der ein Mann auf offener Straße erschossen wurde, hat sich nun einmal mehr Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu Wort gemeldet und heftige Kritik geübt.
Hierbei ging es ihr nicht nur um die zunehmende Anzahl von blutigen Auseinandersetzungen in Berlin – auch das Verhalten gegenüber dem Rettungspersonal vor Ort und in den Krankenhäusern kritisiert sie.

Nach tödlichen Schüssen in Kreuzberg – Berliner Polizei-Gewerkschaft äußert scharfe Kritik
Nach den tödlichen Schüssen von Kreuzberg, musste die Berliner Polizei in der Nacht zu Mittwoch (27. November) nicht bloß den Tatort sichern. Auch die Notaufnahme des Krankenhauses, in das das Opfer vom Rettungspersonal gebracht worden war, musste sie infolge des Einsatzes sichern. Offensichtlich hatten sich hier mehrere Personen versammelt. Die Beamten nahmen mehrere Personenkontrollen vor.
Für die Berliner Gewerkschaft der Polizei ist dieses Verhalten nicht nachvollziehbar. „Dass in Berlin Menschen leben, die bereit sind, mit Waffengewalt andere zu töten, ist nicht erst seit dieser Nacht bekannt. Dass der oder die Täter bei diesen gewalttätigen Auseinandersetzungen im öffentlichen Straßenland rücksichtslos auch andere gefährden, wird billigend in Kauf genommen“, kritisierte GdP-Sprecher Benjamin Jendro die Gewalttat von Kreuzberg.
„Erschütternd, dass unsere Kollegen ein Krankenhaus schützen müssen“
„Wir danken den Kräften von Feuerwehr und Polizei für ihren Einsatz. Es ist erschütternd, dass unsere Kollegen einmal mehr mit großem Aufgebot die halbe Nacht lang ein Krankenhaus schützen müssen, damit Ärzte ihrem Job nachgehen können“, so Benjamin Jendro.
In den Berliner Notaufnahmen kommt es leider immer häufiger zu Übergriffen, bei den Personen aus dem Umfeld des Opfers das Krankenhaus-Personal bedrängen.

https://www.msn.com/de-de/gesundheit/other/ursachen-symptome-behandlung-prostatakrebs-urologe-nennt-alarmzeichen-die-m%C3%A4nner-nicht-ignorieren-sollten/ar-AA1tZbFR?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=edc4c2117aa64b6f9d1457a1e04ef142&ei=52
Während Merkel „Bringschuld gegenüber Migranten“ fordert: Acht Syrer und Afghanen schlagen schwulen CDU-Politiker zusammen
Als einen “Angriff auf unsere fortschrittlich orientierte und westlich geprägte freie Lebensweise“ bezeichnete der AfD-Politiker Stephan Bothe, innenpolitischer Sprecher seiner Partei im Niedersächsischen Landtag, die Attacke auf den Schatzmeister der Jungen Union Lüneburg, Simon Schmidt. **Der 24-jährige Jagdausbilder wurde vorgestern Abend auf dem Schulhof einer Gesamtschule in Lüneburg-Kaltenmoor Brutei zusammengeschlagen – von einer “Gruppe Jugendlicher”. Schmidt musste per Rettungswagen in ein Krankenhaus verbracht werden. “, so heißt es in einer Meldung der niedersächsischen Polizei. Täter waren sieben oder acht Migranten aus Syrien und Afghanistan, so der Angegriffene. Schmidt, der offen homosexuell lebt, machte keinen Hehl daraus, dass es sich um eine gezielt homophobe Attacke handelte: “Das war ein schwulenfeindlicher Anschlag. Ich hatte mich auf einer Dating-App mit einem Mann verabredet. Der Treffpunkt war ein Hinterhalt“, sagte er gegenüber „Bild„. Er sei Schmidt auch verbal wegen seiner Homosexualität beleidigt worden.**

Bothe brachte es auf den Punkt: „Dieser hinterlistige und feige Angriff aus homophoben Motiven heraus ist auf das schärfste zu verurteilen. Man kann es nur immer wiederholen: Antisemitische und homophobe Angriffe zeigen, wie sich das Land verändert hat. Das beweisen täglich Vorfälle wie diese abscheuliche Gewalttat. Die fortschrittlich orientierte und westlich geprägte freie Lebensweise unserer Gesellschaft wird von einem erheblichen Teil der aus bestimmten Herkunftsländern zu uns kommenden Menschen kaum akzeptiert. Herrn Schmidt wünsche ich schnelle und vollständige Genesung.”

Deutschland hat sich in der Tat “verändert”
Höchst bedauerlich allerdings ist, dass manche Politiker erst in der Praxis auf die Folgen treffen müssen, welche die unkontrollierte Massenmigration im Einzelfall mit sich bringen kann – bevor unter Umständen ein Überdenken der eigenen Positionen zur Migrationspolitik einsetzt. Denn auch dem Opfer Schmidt wird nicht entgangen sein, dass es die Politik seiner einstigen Kanzlerin und Parteichefin Merkel war, die diese Zustände erst ermöglicht hat. Während sich Merkel für ihre unterirdisch selbstgerechten Schund-Memoiren abfeiern lässt und von den Deutschen eine „Bringschuld gegenüber Migranten“ fordert, fallen nun schon ihre eigenen Parteianhänger den von ihr geschaffenen Verhältnissen zum Opfer.

Ob Friedrich Merz nach dieser homophoben Gewalttat gegen einen CDU-Parteikollegen in Lüneburg seine Weigerung, die theoretisch gemeinsam mit AfD und FDP sofort durchsetzbare Korrektur der Merkelschen Migrationsperversion im Bundestag zu beschließen, nochmals überdenken wird? Natürlich nicht. Im Gegenteil. Um an seiner demokratieverachtenden, idiotischen “Brandmauer” festzuhalten, ist ihm ein Koalieren mit den Parteien, die diesen Irrsinn nicht nur beibehalten, sondern beschleunigen wollen, wichtiger als das Land. (TPL)

https://www.welt.de/politik/deutschland/article254692958/Lueneburg-Schwulenfeindlicher-Anschlag-Jugendliche-locken-JU-Mitglied-in-Hinterhalt.html?icid=search.product.onsitesearch
Verprügelt und attackiert
„Schwulenfeindlicher Anschlag“ – Jugendliche locken JU-Mitglied in Hinterhalt
Stand: 28.11.

Offenbar homophober Angriff auf Junge-Union-Politiker – „Es wird gefährlicher“
In Lüneburg soll es einen homophoben Angriff auf ein Mitglied der Jungen Union gegeben haben. Reporter Gerrit Schröder berichtet über einen zweiten Vorfall. „Der Hass auf Schwule wird wieder salonfähig“, sagt Florian Greller, Leiter von „Just Gay Deutschland“.
In Lüneburg ist ein Mitglied der Jungen Union von Jugendlichen auf einem Schulhof verprügelt worden. Der 24-Jährige war offenbar mit einer Dating-App angelockt worden. Einen Tag später ereignete sich der nächste Angriff.
Nach einem tätlichen Angriff auf den Schatzmeister der Jungen Union in Lüneburg hat sich die Nachwuchsorganisation der Union schockiert gezeigt. „Wir sind erschüttert und verurteilen diese Schandtat aufs Schärfste“, schreibt der Kreisvorsitzende auf der Homepage der Jungen Union Lüneburg.
Der 24-Jährige wurde nach Angaben der Polizei am Montagabend gegen 18 Uhr auf einem Schulhof von einer Gruppe Jugendlicher zusammengeschlagen, im Gesicht verletzt und in ein Krankenhaus gebracht. Zur Identität der Jugendlichen machte die Polizei keine Angaben, die Ermittlungen laufen.
JU: „Junge Männer mit Migrationshintergrund“
Nach Darstellung der Jungen Union waren die Täter „junge Männer mit Migrationshintergrund“. Sie hätten den Schatzmeister „massivst zusammengeschlagen und mit einem Messer angegriffen“. Nur aufgrund der Zivilcourage eines älteren Mannes sei Schlimmeres verhindert worden.
„Die innere Sicherheit in Deutschland und auch bei uns in Lüneburg ist stark gefährdet“, schreibt die JU. Der Kreisverband wolle sich einsetzen für eine Stärkung der niedersächsischen und der Lüneburger Polizei.
Polizei warnt vor Treffen mit Internetbekanntschaften
Nach einem Bericht der „Bild“-Zeitung vom Dienstag hatte sich der Politiker auf einer Dating-App mit einem Mann verabredet und war in einen Hinterhalt gelockt worden. Die Lüneburger Polizei meldete am Mittwoch einen weiteren Angriff auf einen 37-jährigen Mann, der durch das Vortäuschen einer Internetbekanntschaft angelockt und zusammengeschlagen worden sein soll. Die Polizei in Lüneburg warnt vor Verabredungen jeglicher Art mit Internetkontakten, die persönlich nicht bekannt sind.
Der angegriffene JU-Schatzmeister Simon Schmidt sagte der „Bild“-Zeitung: „Das war ein schwulenfeindlicher Anschlag. Ich hatte mich auf einer Dating-App mit einem Mann verabredet. Der Treffpunkt war ein Hinterhalt.“ Schmidt sprach in der Zeitung von „Migranten aus Syrien oder Afghanistan“ und sagte, sie hätten ihn wegen seiner Homosexualität beleidigt. Und: „Als ich am Boden lag, zog einer der Angreifer ein schwarzes Taschenmesser hervor. Ein anderer rief: Wir stechen dich ab! Ein Spaziergänger kam zu Hilfe. Die Bande rannte davon.“
ll mit epd/dpa

https://www.gmx.net/magazine/panorama/bandenkriminalitaet-schweden-kinder-auftragskiller-40410524
Mit elf zum Auftragskiller
Bandenkriminalität in Schweden: "Heutzutage will jeder ein Mörder werden"
Aktualisiert am 04.12.2024, 07:43 Uhr

Schweden kämpft seit Jahren gegen eskalierende Bandengewalt. Die Beteiligten werden immer jünger. Selbst Kinder werden rekrutiert. Als Auftragskiller.

"Bruder, ich kann es kaum erwarten, meine erste Leiche zu sehen." Diesen Satz schrieb ein Elfjähriger auf Instagram. Der Junge ist eines von vielen Opfern krimineller Banden in Schweden. Sie rekrutieren über Chat-Apps Kinder für Auftragsmorde, die wegen ihres Alters noch nicht strafrechtlich verfolgt werden. "Bleib motiviert, das kommt schon noch", antwortete ein 19 Jahre altes Bandenmitglied dem Jungen.

Der 19-Jährige bot dem Kind im Dezember vergangenen Jahres 150.000 Kronen (13.000 Euro) für einen Mord, dazu Kleidung und den Transport zum Tatort. Das geht aus den Ermittlungsakten der Polizei in der westlichen Provinz Värmland hervor, die die Nachrichtenagentur AFP einsehen konnte. In diesem Fall werden vier Männer im Alter von 18 bis 20 Jahren beschuldigt, vier Minderjährige zwischen elf und 17 angeworben zu haben, für eine kriminelle Bande zu arbeiten. Alle wurden festgenommen, bevor die Verbrechen verübt werden konnten.

Die Ermittlungsakten enthalten Fotos, die sich die Jugendlichen gegenseitig geschickt haben. Darauf posieren sie mit Waffen, manche mit nacktem Oberkörper. Er habe "cool" wirken und "seine Angst nicht zeigen" wollen, sagte der Elfjährige bei der Vernehmung.

Bandenkriminalität eskaliert in Schweden seit Jahren

Fälle wie diesen gibt es in Schweden viele. Das Land ist seit Jahren mit ausufernder Bandenkriminalität konfrontiert: Die Gangs kämpfen um die Kontrolle des Drogenmarktes, sie liefern sich Schießereien und verüben Anschläge mit selbstgebauten Sprengsätzen. 2023 starben 53 Menschen bei Schusswechseln, auch Unbeteiligte.

Die Banden sind komplex organisiert: Die Bandenchefs agieren vom Ausland aus über Mittelsmänner, die dann über verschlüsselte Messenger-Dienste wie Telegram, Snapchat oder Signal Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren rekrutieren, die noch nicht strafmündig sind.

"Es ist wie eine Art Markt organisiert, auf dem Aufträge in Diskussionsforen veröffentlicht werden, und die Personen, die die Aufträge annehmen, werden immer jünger", sagte Johan Olsson, Chef der nationalen Polizei, im Oktober vor Journalisten.

"Crimefluencer" rekrutieren Kinder auf Tiktok

Es gebe auch "Crimefluencer" auf Tiktok, die nicht nur ihr kriminelles Leben zur Schau stellten, sondern auch den Kontakt zwischen Auftraggebern und Auftragskillern herstellten, sagt Sven Granath, Professor für Kriminologie an der Universität Stockholm. Manchmal würden auch Kinder in der Nachbarschaft direkt von Bandenmitgliedern angesprochen.

Die Zahl der Mordfälle in Schweden, bei denen ein Verdächtiger unter 15 Jahre alt war, stieg der Staatsanwaltschaft zufolge im Vergleich zum Vorjahr dramatisch an: 2023 waren es 31 Fälle in den ersten acht Monaten des Jahres, 2024 im gleichen Zeitraum bereits 102.

Die angeworbenen Kinder hätten oft Schwierigkeiten in der Schule, Aufmerksamkeitsstörungen, Suchtprobleme oder seien schon einmal mit dem Gesetz in Konflikt geraten, sagt der Kriminologe. "Sie werden in Auseinandersetzungen, zu denen sie keine Verbindung haben, als Söldner rekrutiert." Einige Kinder suchen sich einem Bericht des Nationalen Rates für Kriminalprävention die Aufträge sogar selbst aus, weil sie auf der Suche nach Geld, einem Adrenalinstoß, Anerkennung oder dem Gefühl von Zugehörigkeit sind.

"Heutzutage will jeder ein Mörder werden", sagt Viktor Grewe. Der 25-Jährige gehörte früher selbst einer Gang an. Mit 13 bekam er es zum ersten Mal mit der Polizei zu tun.

Polizist: Bandenchefs "wollen selbst kein Risiko eingehen"

"Es ist unglaublich traurig zu sehen, wonach diese Kinder streben." Polizist Tony Quiroga spricht von einer "skrupellosen Ausbeutung von jungen Leuten, die gerade erst ihr Leben beginnen".

Die Bandenchefs und Mittelsmänner "wollen selbst kein Risiko eingehen", sagt er. "Sie verstecken sich hinter Pseudonymen in sozialen Netzwerken und errichten mehrere Filter zwischen sich und den jungen Auftragskillern."

In Örebro klappern Freiwillige abends die Straßen benachteiligter Stadtviertel ab und warnen Jugendliche vor der Gefahr, in die Fänge der Banden zu geraten. Diese jungen Leute glaubten nicht an eine Zukunft für sich, sagt Grewe, der mit 22 Jahren den Ausstieg aus der Kriminalität schaffte. Sie seien überzeugt, nicht älter als 25 zu werden. (AFP/bearbeitet von ank)

https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-integrationsbeauftragte-kritisiert-merkels-fluechtlingspolitik-6751e735d560a20560c4399b

Neuköllns Integrationsbeauftragte:
„In muslimischen Nachbarschaften hat die Gewalt zugenommen“
Heftige Kritik an Altkanzlerin Merkel

06.12.2024 - 09:15 Uhr

Berlin – Schwule und Juden sind in manchen Gegenden der Hauptstadt nicht mehr sicher. Das sagte Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik (58). Jetzt stimmt ihr Neuköllns Integrationsbeauftragte Güner Balci (49) zu.

Balci findet auch deutliche Worte über Altkanzlerin Angela Merkel (70, CDU) und deren Flüchtlingspolitik.

„Heute sagen mir Leute offen, dass sie ihre Kinder nicht mehr an Schulen in Neukölln anmelden wollen“, so Balci in einem Interview mit Welt. „Die Zahlen sind auch deutlich. **In Berlin hat die homophobe, antisemitische und frauenverachtende Gewalt zugenommen in muslimischen Nachbarschaften. Und mit Sicherheit kann man das auch von anderen Orten sagen.“**

Deutliche Kritik an Altkanzlerin Merkel

Balci kritisiert Angela Merkel (70) deutlich für ihre Flüchtlingspolitik im Jahr 2015. „Unsere ehemalige Kanzlerin – eine Frau, die aus dem Osten so viele Erfahrungswerte einer Diktatur im Gepäck hatte – hat nie erkannt, dass Migranten nicht Streichel-Ausländer sind, sondern auf Augenhöhe mit ihr, und man genauso damit umgehen muss.“

Die Integrationsbeauftragte über Merkel: „Sie stand auf einer Bühne mit einem Islamofaschisten, der ganz offen im Netz hetzt. Wenn man so etwas sieht: Was läuft da schief bei unseren Politikern? Wie kann es sein, dass sie solche Dinge nicht erkennen? Da wird Folklore gemacht mit Rassisten und Antisemiten, weil die dunkle Haare haben.“

Parteien verstünden Sorgen und Probleme der Bürger nicht

Die Parteien würden noch immer nicht richtig verstehen, was die Bürger für Sorgen und Probleme haben. „Menschen, die die Geschicke dieses Landes leiten, sind offenbar noch zu wenig konfrontiert mit diesen Lebenswelten“, so Balci. „Und wenn sie es sind und es thematisieren, wie neulich Cem Özdemir, als er offen aussprach, dass er es schwierig findet, wenn seine Tochter im Alltag krass sexualisiert wird – und zwar nicht von blonden deutschen Christians – dann wird das sofort kritisiert und als Rassismus bezeichnet.“

Balci ist gebürtige Berlinerin. Ihre Eltern stammen aus der Türkei, kamen in den 60er-Jahren als Gastarbeiter nach Deutschland. Sie wurde alevitisch erzogen, musste kein Kopftuch tragen. Seit 2020 ist sie Integrationsbeauftragte des Neuköllner Bezirksamtes. Mit ihrer offenen Art eckt sie bei muslimischen Verbänden, Grünen und Linken immer wieder an.

Auch viele Migranten lehnen Kuschel-Kurs gegenüber Islamisten ab

Doch Balcis Kritik ist durchaus differenziert: Seit 2015 seien auch viele Menschen nach Deutschland gekommen, „die ganz klar das muslimisch reaktionäre Weltbild ablehnen und in den Unterkünften sitzen und sich fragen: Was passiert hier eigentlich gerade?“

Syrer, Afghanen, Leute aus dem Irak, Kurden aus der Türkei seien teilweise schockiert. Und beschweren sich immer wieder über Islamisten: „Ihr lasst denen hier einen zu großen Spielraum. Wir sind aus Ländern geflohen, weil wir genau das nicht wollten."

https://apollo-news.net/nach-assad-sturz-tausende-syrer-ziehen-ber-essener-weihnachtsmarkt/
NRW

Nach Assad-Sturz: Tausende Syrer ziehen über Essener Weihnachtsmarkt

Nach dem Sturz des syrischen Machthabers Assad haben sich in Essen rund 11.000 Syrer versammelt. In der Innenstadt kam der Verkehr zeitweise zum Erliegen. Zudem zogen die Demonstranten über den Weihnachtsmarkt.

In Essen haben sich am Sonntag rund 11.000 Personen versammelt, um den Sturz der Regierung von Bashar al-Assad in Syrien zu feiern. Angezeigt waren für die Demonstration eigentlich nur 300 Personen. Die Demonstration fand in der Essener Innenstadt rund um den Jakob-Funke-Platz statt. Auch auf der Kettwiger Straße und am Hauptbahnhof sind zahlreiche Demonstranten unterwegs. Unter anderem zogen Hunderte von Syrern durch den Essener Weihnachtsmarkt.

In Essen herrschte unterdessen Chaos. Die Polizei Essen spricht von „erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen und zahlreichen Staus". Den Protest selbst bezeichnet sie als „emotional und ausgelassen". Um die Störungen im Stadtgebiet zu überwachen, setzte man jedoch sogar Hubschrauber ein. Zudem wurden Verstöße gegen die öffentliche Ordnung und Gesetze registriert, darunter der Einsatz von Feuerwerkskörpern und das Abfeuern von Schreckschusswaffen.

Neben der Versammlung kam es zudem zu mehreren Autokorsos. Hupende Fahrzeuge fuhren durch die Innenstadt und brachten den Verkehr zeitweise gänzlich zum Erliegen. Allein in Essen leben insgesamt 16.000 Syrer. Die Demonstranten kamen nach Angaben der Polizei jedoch aus ganz Deutschland, teilweise sogar aus den Niederlanden.

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/156576/Angriffe-auf-Einsatzkraefte-sind-Alltag-besonders-bei-Berufsfeuerwehren?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Angriffe auf Einsatzkräfte sind Alltag, besonders bei Berufsfeuerwehren

Donnerstag, 19. Dezember 2024

Berlin – Im Einsatz beleidigt oder bedroht zu werden, ist für die Mitglieder vieler Feuerwehren nichts Ungewöhn-liches. Das zeigt eine Umfrage des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und der Deutschen Gesetzlichen Un-fallversicherung (DGUV).

Das Institut für Arbeit und Gesundheit der DGUV (IAG) führte die Online-Befragung durch und wertete die Zahlen aus. Mit mehr als 7.500 Personen wurden diesmal rund 1.000 Personen mehr als im Jahr 2023 erreicht. Von den Frei-willigen Feuerwehrkräften wiederholten rund 23 Prozent die Befragung.

Mehr als 50 Prozent der Freiwilligen Feuerwehrkräfte erklärten demnach, in den vergangenen beiden Jahren angegriffen worden zu sein. Bei den Werkfeuerwehrmitgliedern war der Anteil gleich hoch. Bei den Berufsfeuer-wehrangehörigen berichteten sogar 75 Prozent von Angriffen in den vergangenen zwei Jahren. Bei mehr als 90 Prozent aller Betroffenen gab es unter den Angriffen Beschimpfungen und Beleidigungen.

Bei der Berufsfeuerwehr sind die Zahlen für Beschimpfungen, das Bewerfen mit Feuerwerk und tätliche Angriffe besonders hoch. Alkohol- und Drogeneinfluss scheinen bei Angriffen auf die Berufsfeuerwehr zudem einen stär-keren Einfluss zu haben. Berufsfeuerwehrangehörige erleben darüber hinaus auch mehr Gewalt bei Einsätzen im häuslichen Umfeld und beim Rettungsdienst. Gewalt geschieht für alle Feuerwehren vor allem im Straßenverkehr. Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr und Werkfeuerwehr erleben dort häufiger die Androhung, mit einem Fahrzeug angefahren zu werden, als die Berufs-feuerwehrmitglieder.
Zwei Drittel der Vorfälle werden nicht an die zuständigen Ordnungsbehörden gemeldet. Begründung: Dies hätte keine Aussicht auf Erfolg. Wie die Umfrage weiter zeigt, geht die Gewalt vorrangig von Einzeltätern aus.
„Dieser Zustand ist unhaltbar", sagte DFV-Präsident Karl-Heinz Banse. Es könne und dürfe nicht sein, dass fast die Hälfte der befragten Feuerwehrangehörigen in den vergangenen beiden Jahren bei einem Einsatz beleidigt, be-droht oder an der Arbeit gehindert worden sei.
„Unsere Zahlen beweisen erneut, dass dies kein Einzelfall ist. Gesellschaft und Politik sind jetzt erst recht gleicher-maßen gefordert, das Rückgrat der inneren Sicherheit zu unterstützen", betonte er.
„Mit diesen Zahlen dürfen wir uns nicht abfinden", mahnte DGUV-Hauptgeschäftsführer Stefan Hussy. Auch verbale Übergriffe wie Beleidigungen seien ein „inakzeptables Verhalten". Wer sich beruflich oder ehrenamtlich für andere einsetze, habe Respekt verdient, keine Beschimpfungen.
Banse rief die Einsatzkräfte schon in der Vergangenheit dazu auf, Gewalt wirklich anzuzeigen. „Wir Feuerwehren müssen uns aber auf Polizei und Justiz verlassen können, dass Gewalt gegen uns auch effektiv verfolgt wird – besonders in Großstädten. Vereinfachte Anzeigeverfahren und Sonderanwaltschaften wären hier hilfreich", er-klärte er.
Auch der Alkohol- und Drogenmissbrauch müsse offenbar in den Großstädten stärker bekämpft werden, um Übergriffe zu verhindern, so Banse. Beide Verbände kündigten bereits in Resolutionen an, sich konsequent weiter mit dem Phänomen der Gewalt gegen Einsatzkräfte zu beschäftigen und deren Prävention zu stärken. © may/EB/aerzteblatt.de

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/gastbeitrag-von-manuel-ostermann-mein-plan-gegen-messer-gewalt-ohne-ihn-wird-sich-deutschland-radikal-wandeln/ar-AA1wC5iR?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=5654f239eed648b3a22e2e64aac014a2&ei=46

Gastbeitrag von Manuel Ostermann - Mein Plan gegen Messer-Gewalt – ohne ihn wird sich Deutschland radikal wandeln

Die aktuelle Politik gegen Gewalttaten mit Messer lässt das Problem weiter wachsen und schränkt unbescholtene Bürger ein. **Ein Umschwung ist nur möglich, wenn wir weg vom Messer und hin zu den Messerträgern schauen. Gegen sie gibt es eine Reihe von effektiven Maßnahmen.**

Machen wir uns endlich mal ehrlich – und mit „uns" meine ich unsere Politiker und allen voran unsere Bundesregierung. Schauen sie auf die Gewalttaten in Deutschland werden sie feststellen: Die Straftatverdächtigen sind meist jung, männlich, nicht selten mit Migrationshintergrund und im Verhältnis überwältigend oft aus den Asylhauptherkunftsländern.

Dennoch dominiert nichts die Berichterstattung im Bereich der Straftaten gegen Leib und Leben so sehr wie die Delikte mit dem Tatmittel Messer. Aber nicht das Messer ist das Problem – sondern der Mensch.

24 Körperverletzungen mit Messer pro Tag

Das bundesweite Lagebild zum Tatmittel Messer gibt es erst seit 2020 und das auch nur in zwei Kategorien: Raub sowie Straftaten gegen Leib und Leben. Wichtig dabei ist, dass die Statistik die Fälle außen vor lässt, in denen während der Tat ein Messer mitgeführt, aber nicht verwendet wird. **Im Jahr 2023 gab es insgesamt rund 37 Delikte pro Tag, allein 24 davon im Bereich schwerer und gefährlicher Körperverletzung. Die Dunkelziffer ist dabei noch unberücksichtigt – und für 2024 gehe ich von noch dramatischeren Zahlen aus.**

Absurde Forderungen statt Täterprofil transparent machen

Die Zahlen zeigen die Gewalt in Teilen unserer Gesellschaft. Angesichts dessen überwirft man sich jetzt mit hilflosen und absurden Forderungen zur Eindämmung des Problems. Was mussten sich die in Deutschland lebenden Menschen nicht schon alles anhören: Zum Beispiel hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, ein Netflix-Jahresabo im Gegenzug zur freiwilligen Abgabe eines verbotenen Butterfly-Messers vorgeschlagen.

Die Fakten anzusprechen, die Täterprofile transparent zu machen und daraus konsequente Forderungen abzuleiten – das ist hingegen bis dato oftmals Fehlanzeige. Dabei ist doch sehr deutlich, wo das Problem liegt und vor allem wer es verschärft. Es ist eben nicht das Messer.

Strafrechtsverschärfung hat nur zwei schlechte Folgen

Eine Strafrechtsverschärfung allein wird das Phänomen in keiner Weise positiv beeinflussen. Den Sicherheitsbehörden mit pauschalen und meist völlig ineffizienten Maßnahmen noch mehr Arbeit abzuverlangen, verringert das Problem nicht. Es ist maximal ein weiteres Indiz für politische Hilflosigkeit.

Das hat immer nur zwei Folgen: Das Problem wird weiter größer und unbescholtene Bürger werden weiter eingeschränkt. Letztlich ist das ein Resultat der politischen Korrektheit, die in jeglicher Hinsicht fehl am Platz ist.

Das muss getan werden: Führerscheinentzug, hohe Strafe, Abschiebung

Wenn wir doch den wesentlichsten Fakt zur rechtsstaatlichen Bekämpfung des Tatmittels Messer kennen, warum setzen wir nicht genau hier an? Wir müssen nicht die Messer zum Problem erklären, sondern die Menschen, die ein Messer als Tatmittel nutzen.

Wenn wir also beginnen, bei den richtigen Adressaten den Rechtsstaat konsequent durch- und umzusetzen, dann haben wir sehr bald eine massive Linderung des Problems. Strafe muss auf dem Fuße folgen, die Strafzumessung sollte ausgeschöpft werden, Ausweisungen und Abschiebungen müssen bei rechtskräftiger Verurteilung absoluter Standard sein – ja, auch bei Syrern und Afghanen. Es sollte eine Wiedereinreisesperre von mindestens 10 Jahren gelten.

Bei deutschen Straftätern mit Messern muss die Fahrerlaubnis entzogen werden. Aufgrund des aggressiven Verhaltens müssen behördlicherseits Zweifel am Führen von Kraftfahrzeugen geltend gemacht werden.

Schluss mit Misstrauen beim Datenschutz

Damit müssen wir beginnen. Weiter brauchen wir aber endlich den Einsatz von künstlicher Intelligenz. Konkret: Anonymisierte Verhaltenserkennungssoftware, so dass wir im Rahmen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung deutlich breiter aufgestellt sind. Sowohl stationär an Schwerpunkten, mobil für diverse Anlässe und in Zügen muss künstliche Intelligenz Einsatz finden.

Dazu muss Politik allerdings endlich aufhören, den Datenschutz immer wieder über den Opferschutz zu stellen. Schließlich geht es hier um unsere Sicherheitsbehörden, die die Datenhoheit haben und jederzeit im Rahmen des rechtsstaatlichen Verfahrens transparent sind. Wenn die Politik hier weiter misstraut, fördert man nicht nur indirekt Kriminalität.

Waffenverbotszonen helfen – wenn man die Richtigen kontrolliert

Auch die Allgemeinverfügungen müssen ausgeweitet werden. Die als Waffenverbotszonen bekannten Verfügung erlauben der Polizei eine rechtliche Grundlage für Kontrollen und

Durchsuchungen von Personen oder Sachen. Sie sind eine sehr effiziente Maßnahme im Rahmen der Prävention.
Nicht damit gemeint sind aber Kontrollen von Menschen, die in keinem Fall ins polizeiliche Lagebild passen. Auch hier müssen wir auf das polizeilich relevante Klientel fokussieren: jung, männlich, Migrationshintergrund.
Dazu braucht es auch klare politische Rückendeckung, denn die permanenten und durchschaubaren Anschuldigungen von rassistisch motivierten Kontrollen sind nicht nur grober Unfug. Schlimmer noch, dieses wiederkehrende taktische Vorgehen hemmt die Arbeit der Sicherheitsbehörden enorm. Fakt ist: Statistiken sind nicht rassistisch und die zielgerichteten Kontrollen sprechen im Ergebnis eine eindrucksvolle Sprache.
Soziale Infrastruktur bietet die beste Prävention
Auch der über Jahrzehnte erzwungene und politisch gewollte schwache Staat trägt zur Problemdarstellung bei. Damit meine ich vor allem den radikalen Abbau der sozialen Infrastruktur.
Wenn man immer wieder beim öffentlichen Dienst spart, dann gibt es am Ende zu wenig Personal in sozialen Einrichtungen im Bereich der pädagogischen Fachkräfte, bei den Jugendämtern und kommunalen Ordnungsbehörden. Diese Infrastruktur ist aber ein Fundament für unser tägliches Zusammenleben und die beste Prävention, wenn es um die Eindämmung von Gewaltkriminalität geht.
Die Messer-Angst könnte erst der Anfang von radikalen Veränderungen sein
Ich könnte bei der Beschreibung von Problem und Lösungen beinahe ewig so weitermachen, zum Beispiel spielen auch die sozialen Medien eine Rolle beim Tatmittel Messer. Zunächst sollte aber die Politik damit anfangen, die Probleme ohne falsche politische Korrektheit anzugehen.
Also: Wegkommen, von Strafrechtsverschärfung, die nichts bringen. Von unsinnigen Debatten über Klingenlängen**. Stattdessen endlich den Menschen und die überbordende Kriminalität durch die Migrationskrise in den Fokus der Probleme stellen. Dann sind wir einen großen Schritt weiter.**
Wenn die Politik endlich Verantwortung übernimmt, dann wird Deutschland der Messerkriminalität etwas entgegensetzen können und unser Land damit ein ganzes Stück sicherer machen. Unterlässt die Politik das, dann ist der kollektive Freiheitsverlust durch Angst erst der Beginn von einer radikalen Veränderung in Deutschland.

https://www.compact-online.de/skandalurteil-bewaehrung-nach-toedlicher-attacke/?mc_cid=29675df9ce&mc_eid=867a9ac9a4

Skandalurteil: Bewährung nach tödlicher Attacke

Von Valentina Schacht25. Dezember 2024

Richter mit Hammer. Foto: everything possible | Shutterstock.com

Martin K. wollte nur ein Getränk am Kiosk holen, dann prasselten Schläge und Tritte auf ihn ein, wenig später verstarb er im Krankenhaus. Jetzt hat das Landgericht Paderborn das Urteil gegen zwei Nordafrikaner gesprochen, die für den Angriff angeklagt waren. Beide verließen den

Gerichtssaal mit Bewährungsstrafen. Dieser Fall macht deutlich, wohin eine gescheiterte Einwanderungspolitik führt. Die geballten Fakten zum Thema Asyl bieten wir Ihnen jetzt auf 440 Seiten im Rabatt-Paket „Asyl-Invasion“ zum einmaligen Angebotspreis von 14,99 Euro (statt 38,40 Euro) an. Nutzen Sie die Gelegenheit und bestellen Sie gleich mehrere Pakete, um nicht nur sich selbst zu informieren, sondern auch Freunde, Familie und Bekannte wachzurütteln und gegen die Asyl-Flut zu mobilisieren. Wenn nicht jetzt, wann dann! Hier bestellen.

Es war eine ebenso grausame wie grundlose Tat, die das ostwestfälische Paderborn in der Nacht auf den 1. Mai 2024 erschütterte: Ohne erkennbaren Anlass schlugen zwei junge Männer zunächst auf den 30-jährigen Passanten Martin K. ein, ehe sie ihr nunmehr am Boden liegendes Opfer mit Fußtritten malträtierten. Zwei Tage später starb der Angegriffene durch eine Einblutung im Kopf. Die Angreifer konnten schnell identifiziert werden, bei ihnen handelt es sich um einen Tunesier und Marokko. Rund ein halbes Jahr später wurde der brutale Angriff vor Gericht verhandelt. Mit einem skandalösen Urteil: Der mittlerweile 19-jährige Tunesier erhielt eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten, sein 17-jähriger Mittäter aus Marokko sogar nur neun Monate auf Bewährung. Beide verließen den Gerichtssaal als freie Männer.

Richter konnten keine Tötungsabsicht erkennen

Die Staatsanwaltschaft hatte zunächst einen versuchten Totschlag und eine vollendete Körperverletzung mit Todesfolge angeklagt, forderte gegen beide Männer Haftstrafen von mehr als vier Jahren, was freilich angesichts eines ausgelöschten Lebens auch noch als durchaus milde anzusehen ist. Doch nach 14 Verhandlungstagen blieb das Gericht mit seinem Urteilsspruch sogar weit unter dieser Forderung, verurteilte die Angreifer nur wegen gefährlicher Körperverletzung. Die Einblutung am Kopf hätte nach Ansicht eines Sachverständigen entweder durch Alkohol, Drogen oder hohen Blutdruck während des Angriffs ausgelöst worden sein können, die Angeklagten hätten somit nach Auffassung des Gerichts keinerlei Tötungsabsicht gehabt. Und wurden deshalb lediglich für die Schläge und Tritte, die angeblich kaum Verletzungen verursachten, wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Eine Entscheidung, die nicht nur für die Angehörigen wie eine Verhöhnung wirkt, sondern auch von potentiellen Nachahmern als Freifahrtschein für neue Gewaltattacken aufgefasst werden können.

Martin K. ist eines von vielen Opfern, die seit der Grenzöffnung 2015/16 zu verzeichnen sind. Doch wie konnte es in unserem Land überhaupt soweit kommen? Alle Fakten im Rabatt-Paket „Asyl-Invasion“, jetzt zum einmaligen Angebotspreis von 14,99 Euro (statt 38,40 Euro). Hier bestellen.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/weitere-festnahme-nach-m%C3%BCnchner-silvester-randale/ar-AA1wQS4O?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=e4f7123fb84e47019fac3c4722b7faa8&ei=21

Weitere Festnahme nach Münchner Silvester-Randale

Artikel von dpa

Mehrere Vorfälle aus der Silvester-Nacht dürften die Polizei in Bayern noch länger beschäftigen. Nach der Randale auf der Wittelsbacher Brücke in München hat es eine weitere Festnahme gegeben. Ein fünfter Mann sei «im Nachgang festgenommen worden», sagte eine Polizeisprecherin. Bei den bislang fünf Tatverdächtigen handle es sich um Männer im Alter zwischen 19 und 25 Jahren. Gegen sie wird wegen des Verdachts auf schweren Landfriedensbruch und versuchte gefährliche Körperverletzung und wegen tätlicher Angriffe auf Vollstreckungsbeamte ermittelt.

Rund 300 Menschen hatten sich nach Polizeiangaben in der Silvesternacht auf der Brücke versammelt. Die Gruppe kam nach ersten Erkenntnissen aus dem linken Spektrum. Silvesterböller und Glasflaschen sollen gezielt auf Polizeikräfte geworfen worden sein. Dabei wurden fünf Polizeibeamte verletzt. Sie erlitten Knalltraumata oder ihre Haare - auch Barthaare - wurden durch die Feuerwerkskörper angesengt, wie die Sprecherin sagte.

«Keine Berliner Verhältnisse»

Man habe die Lage jedoch schnell unter Kontrolle bringen können, betonte Polizeisprecher Thomas Schelshorn: «Wir haben da keine Berliner Verhältnisse gehabt.» Er verurteilte die Angriffe auf Polizisten und zeigte sich «erschrocken, wenn Einsatzkräfte angegangen werden».

Das wurden sie in der Silvester-Nacht auch bei einem Einsatz im Münchner Stadtteil Pasing-Obermenzing. Passanten hatten die Polizei darüber informiert, dass mehrere Leute auf offener Straße eine Israel-Flagge verbrannten. Als die Polizisten eintrafen, seien sie von fünf bis zehn vermummten Personen mit Feuerwerkskörpern beschossen worden, außerdem seien Flaschen in ihre Richtung geflogen. Verletzt wurde von den Beamten niemand. Ein 49-Jähriger, gegen den die Beamten Pfefferspray einsetzten, wurde vom Rettungsdienst behandelt.

Von der brennenden Israel-Fahne war zwar nichts mehr übrig, als die Beamten eintrafen. Allerdings wurde eine zweite Flagge mit einem Benzin-Kanister darauf gefunden, wie eine Sprecherin sagte. Das Staatsschutz-Dezernat des Münchner Polizeipräsidiums hat die Ermittlungen übernommen.

Staatsschutz ermittelt auch nach Vorfall in Ansbach

Der Staatsschutz ermittelt auch, nachdem eine Gruppe von Jugendlichen aus vermutlich politischen Motiven die Israel-Flagge am Rathaus in Ansbach mit Feuerwerk beschossen und beschädigt hat. Einen 15- und einen 17-Jährigen konnte die Polizei nach eigenen Angaben in der Silvesternacht in der mittelfränkischen Stadt stellen. Die übrigen Verdächtigen seien geflohen.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/neujahrsnacht-in-m%C3%BCnchen-antisemitische-randalierer-greifen-polizei-an/ar-AA1wRW7Y?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=4fddba58ca83411298df734a6f0a24f6&ei=52

Neujahrsnacht in München: Antisemitische Randalierer greifen Polizei an

Artikel von Von Martin Bernstein

Propalästinensische Gewalttäter werfen Böller und Flaschen auf Einsatzkräfte. Dazu ertönen „Allahu akbar!“-Rufe. Es ist nicht der einzige Vorfall.

Antisemitische Randalierer greife
Antisemitische Randalierer greifen Polizei an
In der Neujahrsnacht haben in München antisemitische Randalierer gewütet. Wie die Polizei am Donnerstag mitteilte, wurden Einsatzkräfte attackiert, als sie im Stadtteil Pasing das Verbrennen von israelischen Flaggen verhindern wollten. Bis zu zehn vermummte Randalierer griffen mit Feuerwerkskörpern, Böllern und Flaschen an und zogen sich immer wieder in die Menge der Umstehenden zurück.
Gegen Mitternacht waren Notrufe von Passanten bei der Polizei eingegangen: Mehrere Personen würden auf offener Straße eine Israel-Flagge verbrennen. Als die Einsatzkräfte an der Ecke Scapinelli-, Lortzing- und Bodenseestraße eintrafen, wurden sie sofort attackiert. Eine israelische Flagge war bereits vollständig zerstört, eine weitere lag zur Verbrennung bereit – neben ihr stand ein Benzinkanister. Nach Informationen des bayerischen Innenministeriums waren immer wieder die Rufe „Free Palestine!“ und „Allahu akbar!“ zu hören.

Die Polizei holte massive Verstärkung, unter anderem das Unterstützungskommando (USK). Etwa 60 Polizistinnen und Polizisten waren schließlich im Einsatz. Auch als sie Platzverweise erteilten, beruhigte sich die Situation zunächst nicht. Es gab im Gegenteil weitere Angriffe. Erst als die Beamtinnen und Beamten den Einsatz von Pfefferspray androhten, zerstreute sich die etwa 60-köpfige Menge. Ein 49 Jahre alter Münchner, eigentlich unbeteiligt an der Randale, mischte sich nach Polizeiangaben massiv ein, als die Personalien von Beteiligten aufgenommen werden sollten. Gegen ihn wurde Pfefferspray angewendet.
Bei dem Einsatz wurden keine Beamten verletzt, Sachschaden an den Polizeiautos entstand nicht. Wegen zahlreicher Delikte ermittelt jetzt der Staatsschutz der Kriminalpolizei. Das für die Verfolgung von politisch motivierten Straftaten mit Bezug zu ausländischen Ideologien zuständige Kommissariat 45 sucht Zeugen der Randale in Pasing.

„Derartigen Vorfällen wird rigoros nachgegangen“, versprach am Donnerstag Thomas Schelshorn, der neue Leiter der Pressestelle im Polizeipräsidium München. Bereits am Mittwoch hatte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) von Angriffen „antisemitischer Chaoten“ auf die Münchner Polizei gesprochen, ohne die Pasinger Vorfälle explizit zu erwähnen. „Wir können und werden solche Auswüchse linksradikaler und antisemitischer Gewalt nicht dulden“, schrieb Herrmann unter Verweis auch auf ähnliche Szenen auf der Wittelsbacherbrücke. „In Bayern wird es keine Berliner Zustände geben.“

2025 – Bessere Gesundheit, besseres Liebesleben
Männer blog
2025 – Bessere Gesundheit, besseres Liebesleben
Anzeige
Fensterscheiben des „Tams-Theaters“ wurden eingeworfen
Eine weitere Attacke mit möglicherweise judenfeindlichem Hintergrund in der Neujahrsnacht wird aus dem Stadtteil Schwabing gemeldet. Dort wurden in der Haimhauserstraße gegen 3 Uhr vier Fensterscheiben des „Tams Theaters“ eingeworfen – direkt über einem Plakat mit einem Zitat der Schoa-Überlebenden Margot Friedländer. „Seid menschlich. Seid Menschen“, ist dort auf einem Banner zu lesen, darunter der Name der 103-jährigen Zeitzeugin.

„Wir sind bestürzt und sehr beunruhigt“, schreibt Anette Spola, die Leiterin des Tams-Theaters. „Es liegt der Verdacht nahe, dass es sich um einen antisemitischen Anschlag handelt.“ Die Polizei sei noch in der Nacht verständigt worden. Dort heißt es, man ermittle in alle Richtungen. Ähnliche Sachbeschädigungen habe es in der Straße aber schon früher gegeben.

Derweil haben propalästinensische Gruppen in den sozialen Netzwerken Aktionen angekündigt. Der vom Verfassungsschutz beobachtete Münchner Ableger des Netzwerks „Palästina spricht“ teilte auf

Instagram einen „Neujahrsvorsatz“, in dem es wörtlich heißt: „Wir werden aktiv gegen jede zionistische Propaganda vorgehen, der wir begegnen.“

Erst kurz vor Weihnachten hatten Unbekannte ein knapp acht Quadratmeter großes Graffito an die denkmalgeschützte Fassade der Philologicum-Universitäts-Bibliothek an der Ludwigstraße gesprüht.„Israeli precision – 14 000 children killed“ war dort zu lesen. Und darunter die Silhouetten einer weglaufenden Person und eines Soldaten, der hinterherschießt.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/silvester-in-berlin-feuerwehrmann-kann-es-nicht-fassen-die-t%C3%A4ter-lachen-uns-aus/ar-AA1wVFKL?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=efc5fb74da274f0794571ec8aa6eb639&ei=12

Silvester in Berlin: Feuerwehrmann kann es nicht fassen – „Die Täter lachen uns aus“

Artikel von Nele Ritter

Während viele Berliner dem Silvesterabend schon tagelang entgegenfiebern, ist er für Rettungssanitäter, Polizei und Feuerwehr in Berlin einer der härtesten Tage im Jahr.

Trotz aller Vorkehrungen zieht die Polizei auch für Silvester 2024 wieder eine traurige Bilanz. Hunderte Verletzte und unzählige Festnahmen gab es in der Silvesternacht. Doch Konsequenzen gibt es nicht. Ein Berliner Feuerwehrmann berichtet.

Silvester in Berlin: Polizei zieht traurige Bilanz

Es sind wieder dramatische Szenen, die sich in der Nacht vom 31. Dezember 2024 auf den 1. Januar 2025 abgespielt haben. Ein schwer verletzter Polizist in Prenzlauer Berg, kaputte Fenster- und Autoscheiben nach der Explosion einer Kugelbombe, ein evakuiertes Haus in Schöneberg, ein erblindeter Mann und viele weitere Böller-Opfer, so die tragische Bilanz der Berliner Polizei.

Die Politik droht mit schwerwiegenden Konsequenzen. So verlautete etwa Innenministerin Nancy Faser (SPD) nach dem Jahreswechsel: „Gewalttäter, die Polizei- und Einsatzkräfte angreifen, müssen die volle Härte des Gesetzes spüren.“

Für die Einsatzkräfte sind das nur leere Worte. Wirkliche Folgen erwarten sie nicht. Es erinnert an die Silvesterkrawalle 2022/23. Damals waren die Ausschreitungen noch drastischer. Einsatzfahrzeuge wurden durch falschen Alarm in Hinterhalte gelockt, Feuerwehr und Rettungskräfte teils massiv mit Pyrotechnik beschossen. Konsequenzen für die Täter gab es bis heute nicht.

Feuerwehrmann am Ende – „Ist das die volle Härte der Justiz?“

„Wir waren damals mit unserem Löschfahrzeug in Moabit. Beim Verlassen der Einsatzstelle wurden wir an einer Kreuzung heftig mit Pyrotechnik beschossen“, berichtet ein Feuerwehrmann der „Berliner Zeitung“ von seinem Einsatz. Noch am Einsatzort wurde der flüchtige Täter von der Polizei aufgegriffen. Der Feuerwehrmann konnte ihn sicher identifizieren.

Ideale Voraussetzungen für ein Verfahren. Doch das ganze verlief im Sand. Sogar der eigentlich geplante Gerichtstermin entfiel. „Ich habe mich rechtskonform verhalten, den Dienstweg eingehalten“, sagt der Feuerwehrmann. Die fehlende Rückendeckung erschrecke ihn. „Ist das die volle Härte der Justiz, von der Innensenatorin, Bürgermeister und der Landesbranddirektor sprechen?“, fragt er. „Die Täter lachen uns aus.“

Ob es bei der Aufarbeitung der Straftaten der vergangenen Silvesternacht anders läuft, wird sich zeigen. Der Feuerwehrmann jedenfalls kann über die Versprechungen nur müde lächeln.

https://www.focus.de/panorama/welt/keine-abschiebung-10-straftaten-in-9-wochen-dessau-wird-kriminellen-fluechtling-nicht-los_id_260607846.html
Samstag, 04.01.2025, 13:03
Nach sechs abgesessenen Jahren Haft wegen einer Vergewaltigung ging ein Flüchtling in Dessau erneut auf Verbrecher-Tour. Nun sitzt er wieder in Haft. Doch abgeschoben wird Yonas A. wohl dennoch nicht.
Er saß sechs Jahre im Gefängnis, weil er zusammen mit anderen Männern aus Eritrea eine Frau in Dessau vergewaltigt hatte, nach seiner Entlassung verbreitete er weiter Angst und Schrecken in der Stadt in Sachsen-Anhalt - trotzdem wird Yonas A. nicht in sein Heimatland abgeschoben .
Flüchtling nach Straftaten wieder in Haft
Die „Bild"-Zeitung berichtet, er habe nach seiner Haftentlassung unter anderem Angestellte eines Supermarkts mit einem Messer bedroht, Haustüren eingetreten, Polizeibeamte bespuckt und in einem Elektro-Markt randaliert. Einem Autofahrer soll er gar ein Messer vor die Scheibe des PKW gehalten haben, um dann zu drohen, er werde ihm „den Kopf abschneiden".
Nach zehn Straftaten in nur neun Wochen kam Yonas A. wieder in Haft. Warum wurde er zuvor in den sechs Jahren, in denen er in Haft saß, nicht abgeschoben? Laut „Bild" scheiterten alle Versuche aus einem einfachen **Grund: Ein Ersatz-Pass wird nur für Ausreisende ausgestellt, deren Identität geklärt ist und die freiwillig ausreisen - und Yonas A. will wohl nicht freiwillig ausreisen.**

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/rassistische-ressentiments-scharfe-kritik-an-b%C3%B6ller-aussagen-kai-wegners-nach-silvester-exzessen-in-berlin/ar-AA1wXFrM?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=3d77496a92d74eed9c749d7fb4ce4142&ei=72
Rassistische Ressentiments": Scharfe Kritik an Böller-Aussagen Kai Wegners nach Silvester-Exzessen in Berlin
Artikel von Alexander Fröhlich, Robert Kiesel
Die Exzesse der Silvesternacht in Berlin sorgen weiter für Debatten. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz meldet sich zu Wort.
Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat für seine Aussagen zur Abstammung von Silvester-Randalierern am Sonnabend Zurückhaltung und Kritik geerntet. „Wir haben gesehen, dass es sich bei den mutmaßlichen Tätern, die Polizisten, Rettungskräfte und andere Menschen angegriffen oder stark gefährdet haben, zu einem großen Teil um junge Männer mit Migrationshintergrund handelte", hatte Wegner am Freitagabend der „B.Z." erklärt.
Er kündigte darüber hinaus an, die Polizei werde „auf Nachfrage zu den silvestertypischen Straftaten auch die Verteilung auf Nationalitäten und Altersgruppen der Straftäter bekannt geben."
Die Polizei wollte Wegners Aussage am Sonnabend zunächst nicht bestätigen. Eine Sprecherin verwies auf eine abschließende Bilanz zum Böllerexzess und zu den Straftaten in der Silvesternacht. Diese Bilanz werde am Montag veröffentlicht, sagte sie. **Polizeiintern wird Wegners Aussage nach Tagesspiegel-Informationen allerdings durchaus geteilt. Die Innenverwaltung dagegen erklärte, die**

Nationalität der Verdächtigen sei für das Verständnis der Straftaten in der Silvesternacht nicht erforderlich.
Stephan Weh, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei, bemühte sich um Differenzierung. Zwar handele es sich bei einer Vielzahl derjenigen, die festgenommen wurden oder die sich in sozialen Netzwerken bei Pyrostraftaten streamten, um „Ausländer oder junge Männer mit Migrationshintergrund und zwar nicht, weil wir uns auf das Äußere verlassen. Wir müssen aber auch ehrlich sein, dass wir zu vielen Straftaten keine Tatverdächtigen haben", erklärte Weh am Sonnabend.
Vasili Franco, innenpolitischer Sprecher der Berliner Grünen-Fraktion, kritisierte Wegner dagegen scharf. „Sicherheitsdebatten anhand von Hautfarbe oder Herkunft zu führen, ist brandgefährlich. Ein solcher Generalverdacht gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund erleichtert definitiv nicht die Arbeit von Polizei und Justiz", erklärte Franco.
Er ergänzte: „Der Migrationshintergrund von Tatverdächtigen wird polizeilich nicht erfasst und bietet kriminologisch keinerlei Mehrwert. Wer auf dieser Basis Innenpolitik macht, befeuert lediglich rassistische Ressentiments."
Unterdessen hat sich auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zur laufenden Debatte über ein mögliches Böllerverbot geäußert. Er sagte dem Magazin „Stern": „Ich bin dafür, dass wir ordentliche Regeln haben für das Zeug, das da hergestellt wird. Aber ein Böllerverbot finde ich irgendwie komisch."
„Nach diesem Jahreswechsel mit fünf Toten bundesweit und Schwer- und Schwerstverletzten, darunter ein siebenjähriger Junge in Berlin, fordere ich alle auf, zum Schutz von Einsatzkräften der Polizei und #Feuerwehr sowie Menschen, die Silvester friedlich feiern wollen, umzudenken", sagte Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) am Sonnabend. Berlin und die anderen Bundesländer bräuchten eine Länderöffnungsklausel im Sprengstoffrecht des Bundes. Darin sei sich mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser einig (SPD) einig.
„Länder und Kommunen müssen in der Lage sein, rechtssicher Böllerverbote beziehungsweise definierte Pyro-Erlaubniszonen zum Beispiel in Berliner Bezirken festzulegen", sagte Spranger. „Ich unterstütze zudem ein schärferes Strafrecht beim Verwenden illegaler, gefährlicher Pyrotechnik." Jede Straftat, jeder Angriff auf Einsatzkräfte wie der Feuerwehr und der Polizei müsse „in unserem Rechtsstaat umgehend harte Konsequenzen der Justiz nach sich ziehen".

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/polizei-legt-neue-silvester-bilanz-vor-eine-straftat-%C3%BCberwiegt/ar-AA1x3nW9?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=1549bf511b244622bbc76299c7099091&ei=57

Polizei legt neue Silvester-Bilanz vor – Eine Straftat überwiegt

Die Berliner Polizei hat eine zweite Bilanz zur Silvesternacht vorgelegt. Demnach wurden mit Stand 6. Januar in der Nacht des Jahreswechsels insgesamt 1453 „silvestertypische" Straftaten begangen. Hierunter fasst die Polizei Delikte wie Verstöße gegen das Waffen- oder Sprengstoffgesetz zusammen. Mit insgesamt 531 Taten überwiegt die zahl der Sachbeschädigungen, hiernach kommen 274 registrierte Verstöße gegen das Waffengesetz, 241 erfasste Körperverletzungen und 54 festgestellte Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz.

Insgesamt registrierte die Polizei in der Silvesternacht 670 Tatverdächtige, wobei ein Verdächtiger auch mehrere Straftaten begangen haben kann. Fast zwei Drittel der registrierten Tatverdächtigen, insgesamt 406, waren dabei Deutsche. 264 hatten eine andere Staatsangehörigkeit.

Bei zahlreichen Verdächtigen wurden nicht nur die Personalien aufgenommen, sondern es kam noch zu weiteren polizeilichen Maßnahmen. So wurden 22 Menschen in der Silvesternacht erkennungsdienstlich behandelt und bei einer Person Blut abgenommen. Vier Festgenommene wurden anschließend einem Bereitschaftsgericht vorgeführt, das gegen zwei Haftbefehle verhängte und gegen eine ein Anschlussgewahrsam durch die Berliner Polizei anordnete.

So viele Polizisten wurden in der Silvesternacht verletzt
Der Prominenteste der Festgenommenen dürfte der Influencer Atallah Younes sein, der sich dabei filmen ließ, wie er eine Silvesterrakete in ein Kinderzimmer schoss. Er wurde am Samstag am Flughafen BER festgenommen, als er versuchte, in Richtung Jordanien auszureisen. Nun befindet er sich in Untersuchungshaft.

Überwiegend positive Bilanz der Silvesternacht
In der Silvesternacht wurden laut der nun veröffentlichten Bilanz 58 Angriffe gegen Polizisten und einer gegen einen Rettungsdienstmitarbeiter gemeldet. Insgesamt wurden 44 Beamte verletzt, 17 durch eine Straftat und acht durch Pyrotechnik. Am schwersten verletzt wurde ein Polizist, der noch in der Silvesternacht operiert werden musste.

Wie die Polizei außerdem meldet, wurden bei Kontrollen im Vorfeld der Silvesternacht fast sieben Tonnen illegale Pyrotechnik (darunter 20 Kugelbomben), 944 Schuss Pyrotechnikmunition, sowie Schreckschusswaffen beschlagnahmt. Dabei wurden 44 Ermittlungsverfahren, unter anderem wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz und gegen das Waffengesetz eingeleitet.

https://www.msn.com/de-de/verbrechen/allgemein/straftaten-an-silvester-namensliste-durchgestochen-interne-ermittlungen-bei-polizei/ar-BB1r9AWO?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=cba7b3c8959649939677f7232ba2c168&ei=19
Straftaten an Silvester: Namensliste durchgestochen? Interne Ermittlungen bei Polizei

Nach erneuten Böller-Exzessen in der Silvesternacht ermittelt die Berliner Polizei in den eigenen Reihen. Hintergrund ist eine Liste mit Vornamen der Verdächtigen, die „Nius“ veröffentlicht hat. Das Portal des früheren „Bild“-Chefredakteurs Julian Reichelt gibt an, die Liste aus Sicherheitskreisen erhalten zu haben. Die Polizei bezeichnete es als inakzeptabel, dass „offenbar illegal Namenslisten von Tatverdächtigen“ herausgegeben worden seien. Zuvor hatten RBB und „Tagesspiegel“ berichtet.
„Gegen den oder die Tatverdächtigen, die möglicherweise Namenslisten aus geschützten, internen Polizeisystemen rechtswidrig extrahiert und herausgegeben haben, ermittelt unser Dezernat für Polizei- und Korruptionsdelikte beim Landeskriminalamt“, erklärte Polizeisprecher Florian Nath. „Die Herausgabe persönlicher Daten ohne jede rechtliche Grundlage“ werde von der Polizei Berlin immer verfolgt.

Mehr als 1.450 für Silvester typische Straftaten
Nach aktuellen Zahlen der Berliner Polizei zu Vorfällen in der Silvesternacht wurden 1.453 für Silvester typische Straftaten registriert. 58 Polizisten und Polizistinnen sowie ein Mitarbeiter eines Rettungsdienstes wurden demnach angegriffen. Verletzt wurden dabei 17 Polizisten, 8 davon durch Pyrotechnik.

Laut Polizei wurden insgesamt 670 Verdächtige erfasst. 406 davon besitzen nach den Angaben eine deutsche Staatsangehörigkeit, 264 eine andere. 40 der Verdächtigen sollen Einsatzkräfte angegriffen haben. Dabei handele es sich laut Polizei um 16 Erwachsene, 12 Heranwachsende und 11 Jugendliche sowie ein Kind. Laut Polizei haben 21 Beschuldigte die deutsche Staatsangehörigkeit, 19 eine andere Staatsangehörigkeit.
Polizei macht keine Angaben zu möglichen Migrationshintergrund
Angaben zu einem möglichen Migrationshintergrund der Verdächtigen macht die Polizei nicht. Nach Angaben des Portals „Nius“ soll die interne Liste mit den Vornamen belegen, dass unter den vielen deutschen Verdächtigen ein Großteil einen Migrationshintergrund hat.

Die Herausgabe dieser Unterlagen sei nicht nur ein Verstoß gegen den Datenschutz, sondern „befeuert nebenher einen unverhältnismäßigen und diskriminierenden Erklärungsansatz für individuelle, strafrechtliche Verhaltensweisen“, zitierte der „Tagesspiegel“ Polizeisprecher Nath.

Schon mehrfach Anfragen zu Vornamen
Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hatte unmittelbar nach dem Jahreswechsel eine parlamentarische Anfrage an den Senat zu den Vornamen der Verdächtigen angekündigt.

Nach den Krawallen in der Silvesternacht 2022 hatte die CDU 2023 im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses nach den Vornamen von Tatverdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit gefragt. Hintergrund war die Annahme der CDU, dass selbst viele deutsche Verdächtige ausländische Wurzeln haben. Zwei Drittel der vorläufig Festgenommen waren damals Menschen aus dem Ausland ohne deutschen Pass.
Es folgte eine heftige Debatte über Ursachen für Jugendgewalt, über Tatverdächtige mit Migrationshintergrund und deren Nationalität. Die AfD wollte den Senat im Nachgang per Gericht dazu verpflichten, über die bereits mitgeteilten Staatsangehörigkeiten von Verdächtigen hinaus auch deren Vornamen mitzuteilen. Das Landesverfassungsgericht lehnte den Antrag ab. (dpa)

https://www.welt.de/vermischtes/article255059002/Mailand-Wir-wurden-von-vielen-Maennern-umzingelt-Frau-berichtet-von-schweren-Uebergriffen-zu-Silvester-2024.html
„Wir wurden von vielen Männern umzingelt“ – Frau berichtet von schweren Übergriffen zu Silvester
Stand: 08.01.2025Lesedauer: 3 Minuten
„Nacht des Horrors“ – Schwere Übergriffe auf Frauen zu Silvester
In der Silvesternacht sollen junge Männer mit arabischen Wurzeln in Mailand junge Frauen sexuell belästigt haben. Ein Video zeigt, wie die Frauen versuchen, die Männer abzuwehren und in Tränen ausbrechen. Die Polizei ermittelt gegen die mutmaßlichen Täter.
Auch Italien muss Vorfälle aus der Silvesternacht aufarbeiten. Unter anderem soll in Mailand eine Gruppe junger Touristinnen sexuell genötigt worden sein. Ein Opfer spricht von einer „Nacht des Horrors“.

Die Behörden in Italien haben Ermittlungen wegen sexueller Nötigung aufgenommen, nachdem es in der Silvesternacht in Mailand zu schweren Übergriffen auf eine Gruppe belgischer Touristinnen gekommen sein soll. Das berichten mehrere italienische Medien übereinstimmend. Der Vorfall

ereignete sich demnach auf der Piazza del Duomo, dem Hauptplatz der norditalienischen Großstadt, wie die Mailänder Staatsanwaltschaft mitteilte.
Zuvor hatte sich eines der Opfer an die Öffentlichkeit gewandt und von den Erlebnissen berichtet. „Ich habe mich entschieden, mit den Medien zu sprechen, weil in den italienischen Zeitungen nichts davon berichtet wird", wird eine junge Frau namens Laura in belgischen Medien zitiert. „Ich habe einen Termin für Donnerstag im Universitätskrankenhaus von Lüttich. Wir stehen alle noch unter Schock."
Auch französische Medien griffen den Fall bereits auf. In der internationalen Presse wird er bereits verglichen mit der Kölner Silvesternacht im Jahr 2015, wo nach Schätzungen des Bundeskriminalamts fast 2000 Frauen von Migranten vor allem aus Nordafrika und dem Nahen Osten sexuell genötigt wurden.

„Es war viel Chaos, sehr viele Menschen"
Nach den Worten der belgischen Studentin habe sich das, was als eine Partynacht gedacht war, in eine „Nacht des Horrors" gewandelt. „Meine Freunde und ich erlebten das Unvorstellbare: Gewalt und sexuelle Gewalt vor den Augen tausender Menschen. Wir waren gefangen, machtlos angesichts so viel Gewalt." Selbst eine angesprochene Polizistin habe angesichts der Übermacht nicht helfen können.
Demnach habe die Gruppe aus vier Frauen und zwei Männern aus Lüttich bestanden. Statt ausgelassen auf den Mailänder Straßen zu feiern, seien die jungen Frauen etwa 20 Minuten nach Mitternacht umzingelt und begrapscht worden.

„Es war viel Chaos, sehr viele Menschen. Wir wurden von vielen Männern umzingelt, ich glaube, es waren 30 oder 40", wird die Frau weiter zitiert. „Wir wurden überall angefasst, auch unter der Kleidung. Sie haben uns nicht ausgezogen. Wir wurden nicht zu Boden geworfen und sind nicht gestürzt, was auch schwer gewesen wäre, weil man sich kaum bewegen konnte – es waren so viele Menschen." Einer habe ihr die Hand in die Hose gesteckt.
Nur drei Sexualstraftäter aus Kölner Silvesternacht verurteilt
Schließlich habe es die Gruppe geschafft, sich mithilfe eines italienischen Mannes und dessen Ehefrau zu befreien. Zurück im Hotel, habe sich die Gruppe beim Personal über die Vorfälle beschwert und Hilfe gesucht. Die Antwort lautete angeblich, dass diese Art von Vorfällen jedes Jahr vorkommen würde. Nach der Rückkehr nach Belgien hätten die Frauen psychologische Hilfe gebraucht.
Inzwischen konnten die Behörden italienischen Medien zufolge mehrere Männer identifizieren, mithilfe von Überwachungskameras und einem System zur Gesichtserkennung. In dem Verfahren ging es allerdings um Beleidigung, nachdem Dutzende Männer ein Denkmal hochgeklettert waren und dabei Sätze wie „Scheiß auf Italien" skandiert hatten, berichtet „Milan today". Clips davon waren bei TikTok veröffentlicht worden und viral verbreitet worden.

Zu den Verdächtigen gehören rund ein Dutzend Männer nordafrikanischer Herkunft, die aus verschiedenen Regionen der Lombardei und darüber hinaus nach Mailand gereist waren, berichten italienische Medien. Die Behörden wollen nun die Aussagen der belgischen Gruppe mit Aufnahmen der Videoüberwachung abgleichen. Eine Anzeige zu dem Vorfall sei allerdings bislang nicht eingegangen. Laut „Repubblica" sucht die Staatsanwaltschaft nach Zeugen.

Bereits im Jahr 2022 war es zu sexuellen Übergriffen auf Frauen in der Neujahrsnacht gekommen.
Damals wurden 15 Verdächtige im Alter zwischen 15 und 25 Jahren identifiziert.
Kami

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/vornamensliste-der-b%C3%B6ller-idioten-polizei-ermittelt-wegen-geheimnisverrat/ar-BB1r9Xdp?ocid=msedgdhp&pc=u531&cvid=a0b56f0187644e4cb4e8af17e94b3c0b&ei=58#comments

Vornamensliste der Böller-Idioten: Polizei ermittelt wegen Geheimnisverrat

Artikel von BK

Zwölfmal taucht der Name Mohammed in verschiedenen Schreibweisen auf, aber auch viermal der Vorname Julian. Das rechtspopulistische Internetportal Nius hat eine Liste mit den Vornamen der Silvester-Tatverdächtigen in Berlin veröffentlicht. Die Liste scheint zu stimmen, denn nun ermittelt Berliner Polizei in den eigenen Reihen. Wegen Geheimnisverrats.

Plötzlich kaufen Hausbesitzer keine Solaranlage, sondern machen dies...
Solaranlagen Magazin
Plötzlich kaufen Hausbesitzer keine Solaranlage, sondern machen dies...
Anzeige

Das rechtspopulistische Portal eines früheren „Bild"-Chefredakteurs, übrigens auch ein Julian (Julian Reichelt), gibt an, die Liste aus Sicherheitskreisen erhalten zu haben. Die Polizei bezeichnete es als inakzeptabel, dass „offenbar illegal Namenslisten von Tatverdächtigen" herausgegeben worden seien.

„Gegen den oder die Tatverdächtigen, die möglicherweise Namenslisten aus geschützten, internen Polizeisystemen rechtswidrig extrahiert und herausgegeben haben, ermittelt unser Dezernat für Polizei- und Korruptionsdelikte beim Landeskriminalamt", erklärt Polizeisprecher Florian Nath. „Die Herausgabe persönlicher Daten ohne jede rechtliche Grundlage" werde von der Polizei Berlin immer verfolgt.

Nach aktuellen Zahlen der Berliner Polizei zu Vorfällen in der Silvesternacht wurden 1453 für Silvester typische Straftaten registriert. 58 Polizisten sowie ein Mitarbeiter eines Rettungsdienstes wurden angegriffen. Verletzt wurden 17 Polizisten, acht durch Pyrotechnik.

Verwandtes Video: Über 1,9 Millionen Unterschriften: Petition der Polizei für Böllerverbot (dpa (Video))

Laut Polizei wurden insgesamt 670 Verdächtige erfasst. 406 davon besitzen nach den Angaben eine deutsche Staatsangehörigkeit, 264 eine andere. 40 der Verdächtigen sollen Einsatzkräfte angegriffen haben. Dabei handele es sich laut Polizei um 16 Erwachsene, 12 Heranwachsende und elf Jugendliche sowie ein Kind. Laut Polizei haben 21 Beschuldigte die deutsche Staatsangehörigkeit, 19 eine andere Staatsangehörigkeit.

Angaben zu einem möglichen Migrationshintergrund der Verdächtigen macht die Polizei nicht. Nach Angaben des Portals „Nius" gibt es aber eine interne Liste mit den Vornamen, die belegt, dass unter den vielen deutschen Verdächtigen ein Großteil einen Migrationshintergrund hat.

Neben Mohammed tauchen in der Liste auch die muslimischen Vornamen Ali (achtmal), Youssuf (sechsmal), Ahmed (fünfmal), Mahmoud (viermal), Mustafa, Sami oder Hassan (je dreimal) in der einen oder anderen Schreibweise auf. Auch die Vornamen Volkan, Omran, Mahdi oder Felix stehen

auf der Liste. Aber es gibt auch fünfmal Leo, Leon oder Leonard, es gibt Dominic, Malte, Florian, Stefan, Paul, Moritz, Ronny. Auch junge Frauen hat die Polizei angezeigt: Frieda, Kerstin, Gabriela, Juliana.

Die Herausgabe dieser Unterlagen sei nicht nur ein Verstoß gegen den Datenschutz, sondern „befeuert nebenher einen unverhältnismäßigen und diskriminierenden Erklärungsansatz für individuelle, strafrechtliche Verhaltensweisen“, zitiert der Tagesspiegel Polizeisprecher Nath.

Durch die Explosion einer Kugelbombe gingen in der Silvesternacht die Scheiben einer Apotheke und zahlreicher umliegender Geschäfte und Wohnungen zu Bruch. Die Apotheke wurde teilweise auch geplündert.
Durch die Explosion einer Kugelbombe gingen in der Silvesternacht die Scheiben einer Apotheke und zahlreicher umliegender Geschäfte und Wohnungen zu Bruch. Die Apotheke wurde teilweise auch geplündert.
© Jörg Carstensen/dpa
Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hatte unmittelbar nach dem Jahreswechsel eine parlamentarische Anfrage an den Senat zu den Vornamen der Verdächtigen angekündigt. Nach den Krawallen in der Silvesternacht 2022 hatte schon die CDU im Jahr 2023 im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses nach den Vornamen von Tatverdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit gefragt. Hintergrund war die Annahme der CDU, dass selbst viele deutsche Verdächtige ausländische Wurzeln haben. Zwei Drittel der vorläufig Festgenommen waren damals Menschen aus dem Ausland ohne deutschen Pass.

Hallo günstiger Strom
Solaranlagen Magazin
Hallo günstiger Strom
Anzeige
Es folgte eine heftige Debatte über Ursachen für Jugendgewalt, über Tatverdächtige mit Migrationshintergrund und deren Nationalität. Die AfD wollte den Senat im Nachgang per Gericht dazu verpflichten, über die bereits mitgeteilten Staatsangehörigkeiten von Verdächtigen hinaus auch deren Vornamen mitzuteilen. Das Landesverfassungsgericht lehnte den Antrag ab. ■

https://www.focus.de/panorama/in-offenburg-abschiebung-eskaliert-20-jaehriger-bedroht-polizisten-mit-messer-schuesse-fallen_id_260620610.html
Beamte müssen schießenAbschiebung eskaliert: Tunesier (20) bedroht Polizisten mit Messer
Donnerstag, 09.01.2025, 13:26
In Offenburg verletzt sich ein 20-Jähriger selbst und greift anschließend Polizisten mit einem Messer an. Auch Polizeihubschrauber und zehn Streifenwagen sind im Einsatz, bevor der Flüchtige festgenommen werden kann.

In Offenburg (Ortenaukreis) kam es bei einer geplanten Abschiebung zu einem gefährlichen Vorfall: Ein 20-jähriger ausreisepflichtiger Tunesier bedrohte die Polizei mit einem Messer. Zuvor hatte er versucht, sich selbst in der Gemeinschaftsunterkunft zu verletzen. Die Situation eskalierte, sodass die Beamten ihre Dienstwaffen einsetzen mussten, wie ein Polizeisprecher berichtete.

Die Beamten hätten erst Pfefferspray eingesetzt, um den Mann, der mit dem Messer auf sie zuging, abzuwehren. Da dies den Angaben nach nichts brachte, setzten sie schließlich ihre Waffen ein. Durch die Schüsse sei der Mann nach aktuellem Kenntnisstand nicht verletzt worden.

Hubschrauber suchte nach flüchtigem 20-Jährigen
Wie viele Schüsse abgegeben wurden, war zunächst unklar. Es sei aus mehreren Dienstwaffen gefeuert worden. Ob es sich bei den Schüssen um Warnschüsse handelte oder gezielt wurde, mit der Absicht den Mann zu stoppen, war nach aktuellem Stand unklar.

Nach den Schüssen sei der Mann auf bislang unbekannte Weise geflüchtet. Unter Hinzuziehen mehrerer Polizeikräfte – insgesamt zehn Streifenwagenbesatzungen und ein angeforderter Helikopter – konnte er schließlich in einem Wohngebiet widerstandslos festgenommen werden. Er wurde ärztlich behandelt und befinde sich nun in Polizeigewahrsam.

10.1.2025

Wir blicken derzeit nach Großbritannien, das von dem größten Mißbrauchsskandal seiner Geschichte erschüttert wird: Über Jahrzehnte hinweg hat **ein riesiges Netzwerk v.a. pakistanischer muslimischer Männer** in mindestens 50 englischen Gemeinden hunderte, wenn nicht sogar **tausende minderjährige einheimische Mädchen** unter Drogen gesetzt, vergewaltigt, sexuell ausgebeutet oder verkauft.
In den meisten Fällen kam es jedoch nie zu polizeilichen Ermittlungen und Verurteilungen, da Teile der Politik und der Justiz die grausamen Machenschaften der „grooming gangs“ gedeckt haben. Auch dem heutigen Premierminister Keir Starmer (Labour Partei) müssen diese Fälle bekannt sein, da Starmer **zwischen 2008 und 2013 Chef der britischen Staatsanwaltschaft** war.
Außerdem sollen viele Polizisten, Sozialarbeiter und Behördenmitarbeiter die Opfer nicht ernst genommen haben, die Herkunft der Täter bewußt verschwiegen haben, u.a. um sich nicht dem Rassismusvorwurf auszusetzen, oder **sich sogar bestechen lassen** haben.
Vergangene Woche forderte nun der Stadtrat einer betroffenen Kleinstadt erneut eine landesweite Untersuchung, um die verschiedenen Tatorte miteinander zu verknüpfen. Jess Phillips, die zuständige Staatssekretärin für Schutz und Gewalt gegen Frauen und Mädchen und eine Parteifreundin von Starmer, **lehnte dies allerdings ab und trat damit einen riesigen Skandal los**.
Daraufhin schaltete sich plötzlich Elon Musk auf seiner Plattform X ein: Er prangerte die fortdauernde Vertuschung des Mißbrauchsskandals an und forderte den Rücktritt von Premierminister Starmer und Neuwahlen! Dazu verbreitete Musk einen Dokumentarfilm des Aktivisten Tommy Robinson, der seit Jahren über die Mißbrauchsnetzwerke berichtet und in diesem Zusammenhang bereits mehrfach, u.a. wegen Verstoßes gegen Nachrichtensperre, inhaftiert wurde, und forderte dessen Freilassung.
Nachdem die mediale Aufmerksamkeit für das Thema dank Elon Musk ganz nach oben katapultiert war, schwenkte auch die Konservative Partei um und schloß sich der Forderung einer staatlichen Untersuchung an, obwohl sie eine solche noch abgelehnt hatte, als sie selbst in der Regierung saß. **Die Mehrheit des Parlaments lehnte die Untersuchung jedoch gestern in einer Abstimmung ab.**
Allerdings ist der Stein jetzt ins Rollen gekommen: Die Regierung will nun einen Runden Tisch mit den Mißbrauchsopfern einrichten und, sollten die Opfer eine staatliche Untersuchung fordern, sei auch die Regierung dafür offen, heißt es auf einmal. **Der massive öffentliche Druck zeigt deutliche Wirkung**, auch weil Starmers Umfragewerte seit Monaten rapide sinken.

Wir wissen es von unserer Aufklärungsarbeit über das KentlerGate: Man braucht einen langen Atem. In Großbritannien könnten sich jetzt die Mühen der Investigativjournalisten und Whistleblower auszahlen, die über Jahre hinweg versucht haben, **die Öffentlichkeit über die landesweiten Ausmaße der „grooming gangs" wachzurütteln**. Hoffen wir, daß den Opfern endlich ein Minimum an Gerechtigkeit verschafft und das grauenhafte Treiben beendet wird!

https://unser-mitteleuropa.com/156246
Musk deckt islamistischen Vergewaltiger-Ring in GB auf – Behörden-Skandal bis hinauf zu Starmer
VonRedaktion Ungarn
Jan. 7, 2025
Großbritannien wir von einem unerhörten Pädophilen-Massen-Vergewaltigungs-Skandal erschüttert, dem sogenannten „**Oxford Child Sex Abuse Ring". Involviert war hatte eine Gruppe von 22 arabisch-islamischen 22 Männern zwischen 1998 und 2012 in der englischen Stadt Oxford. Noch viel erschreckender als der Fall selbst dürfte aber das Kartell des (Ver-)Schweigens durch britische Behörden zu sein, welches erst ein jahrelanges Agieren des islamischen Vergewaltigungs- und Zuhälterrings ermöglicht hatte.**

Denn Bereits im März 2015 enthüllte ein Bericht, dass mehr als 300 Kinder, hauptsächlich Mädchen aus Oxford Opfer geworden waren. Dabei soll die die „Thames Valley Police" den Mädchen nicht geglaubt haben und auf deren wiederholte Hilferufe nicht reagiert zu haben. Ja mehr noch: Die „Oxfordshire Social Services" sollen trotz zwingender Beweise die Kinder nicht geschützt haben.

Kartell des Schweigens von Behörden und Medien

Typisch auch der umgekehrte Rassismus gegen Weiße und die Tabuisierung islamischer Täter: Ein im Dezember 2020 veröffentlichter Bericht des Innenministeriums kam zu dem Schluss, dass die vorhandenen Beweise keinen Zusammenhang zwischen ethnischer Zugehörigkeit und Grooming-Gangs belegen. Nun hat Elons Musk nun diesen Skandal publik gemacht. Und er erhebt schwere Vrwürfe gegen die britischen Behörden und sogar gegen den britischen Premierminister Starmer.

Opfer als „sexuelles Instrument" drei Jahre lang masssen-vergewaltigt

Nun sind drei Männer islamischer Herkunft zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil sie eine Studentin in Oxford belästigt und sexuell missbraucht haben – wie „BBC" berichtet, Anjum Dogar, 37, Mohammed Karrar, 44, und sein Bruder Bassam, 39, wurden in zehn Anklagepunkten verurteilt, darunter die Beteiligung an einer Vergewaltigung. Die Übergriffe fanden zwischen 2002 und 2005 statt.

Bei der Urteilsverkündung am Oxford Crown Court sagte Richter Peter Ross, die Bande habe sein Opfer wie ein „sexuelles Instrument" behandelt.

Im Jahr 2004 vergewaltigten Dogar und Mohammed Karrar ein 15-jähriges Mädchen, das schwanger wurde. Später ließ sie abtreiben.

Vergewaltigungs-Ring

Die drei Männer waren Teil eines Netzwerks gewalttätiger sexueller Belästigung, das 2013 für schuldig befunden wurde, sechs Mädchen in Oxford über acht Jahre hinweg missbraucht zu haben, und das nach einer Polizeioperation mit dem Codenamen „Bullfinch“ ans Licht kam.

Nach einem dreiwöchigen Prozess im vergangenen Jahr fiel die Jury zu einem einstimmigen Urteil über weitere Straftaten, darunter Unsittlichkeit, Verschwörung zur Vergewaltigung und Vergewaltigung selbst. Staatsanwalt Oliver Saxby sagte, das Opfer sei… „ein einsames, verletzliches junges Mädchen“ gewesen. Die Männer boten ihm Alkohol und Drogen an und forderten ihn auf, sexuelle Handlungen in Wohnungen, Parks und geparkten Autos rund um Oxford vorzunehmen.

„Sie ruinieren Leben. Sie nehmen dir dein Selbstvertrauen, du fühlst dich schmutzig, ausgebeutet und verraten.„

– sagte das Opfer, damals 14 Jahre alt , als es seine Peiniger zum ersten Mal traf:

„Sie agieren als Freunde und dann ruinieren sie mich, und das ist widerlich.„

– fügte sie hinzu.

Lange Haftstrafen

Nun wird Mohammed Karrar mindestens 18 Jahre im Gefängnis verbringen, sein Bruder Bassam mindestens 10 Jahre und Dogar mindestens 20 Jahre.

Musk bricht Kartell des Multikulti-Schweigens

„Jeder, der an der Ernsthaftigkeit und Verderbtheit der Massenvergewaltigung von Mädchen in Großbritannien zweifelt, sollte das Quellenmaterial konsultieren und die Gerichtsakten lesen. Das habe ich.“

Uns Musk fügte hinzu:

„Schlimmer, als man es sich vorstellen kann.„

Der wahre Skandal wird aber von den meisten gleichgeschalteten Systemmedien immer noch vertuscht:

Nur wenige berichten langsam darüber – wie „Daily Telegraph„: So sagte Dr. Taj Hargey, Imam der Oxford Islamic Congregation, dass….

…“Rasse und Religion untrennbar mit der jüngsten Flut von Grooming-Ringen verbunden sind, in denen muslimische Männer es auf minderjährige weiße Mädchen abgesehen haben.„

Denn genau diese archaisch-frauenhassende…

…“Haltung einiger islamischer Prediger gegenüber weißen Frauen kann erschreckend sein. Sie ermutigen ihre Anhänger zu glauben, dass diese Frauen gewohnheitsmäßig promiskuitiv, dekadent und schmierig sind – Sünden, die durch die Tatsache, dass sie Kaffurs oder Ungläubige sind, noch verschlimmert werden. Ihre Kleiderordnung, von Miniröcken bis hin zu ärmellosen Oberteilen, gilt als Ausdruck ihrer unreinen und unmoralischen Anschauung. Nach dieser Mentalität verdienen es diese weißen Frauen, für ihr Verhalten bestraft zu werden, indem sie ausgebeutet und erniedrigt werden.“

Insofern aber beschuldigte Hargey auch die Behörden, einschließlich der Polizei, der Sozialdienste und des Pflegesystems, dass sie…

…"darauf bedacht zu sein schienen, die widerwärtige Ausbeutung zu ignorieren, die vor ihren Augen stattfand. Aus Angst vor Rassismusvorwürfen, verzweifelt bemüht, das offizielle Credo der kulturellen Vielfalt nicht zu untergraben, unternahmen sie nichts gegen offensichtlichen Missbrauch." (s.o.)

Und genau dieses verlogene Kartell des Verschweigens von Multikulti-Verbrechen sprach auch die Journalistin Allison Pearson an: Dass also die „Angst vor Rassismus" dazu geführt habe, dass Sexualverbrechen an weißen Mädchen durch pakistanische Muslime nicht nur in Oxford, sondern im ganzen Land zu einem ernsthaften Problem geworden seien. Dieses aber wäre etwa durch Sue Berelowitz, der stellvertretenden Kinderkommissarin, heruntergespielt worden: Etwa die Überrepräsentation bestimmter rassischer Gruppen bei Sexualverbrechen gegen Kinder:

„Was bleibt, ist eine politische Klasse, die noch viel zu schüchtern ist, um den wachsenden und alarmierenden Separatismus in der muslimischen Bildung und im muslimischen Recht in Frage zu stellen." (DailyTelegraph)

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/cdu-abgeordneter-frei-zur-berliner-bergius-schule-folgen-einer-aus-den-fugen-geratenen-migrationspolitik/ar-AA1xkxKf?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=ffacd2af3f674ed59dd2f40fa44837eb&ei=74

CDU-Abgeordneter Frei zur Berliner Bergius-Schule: „Folgen einer aus den Fugen geratenen Migrationspolitik"

Artikel von Ingo Salmen, Christopher Ziedler

An der Bergius-Schule kommt es wiederholt zu Gewalt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Union im Bundestag, Thorsten Frei, spricht von misslungener Integration und fordert eine „Kehrtwende".

cNach wiederholten Gewaltvorfällen in und an der Berliner Bergius-Schule hat der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), eine „Kehrtwende" in der Migrations- und Integrationspolitik gefordert.

„Wenn eine Hundertschaft der Polizei anrücken muss, um einen Schulkonflikt zu lösen, darf die Politik nicht wegschauen", sagte Frei dem Tagesspiegel. „Es wird höchste Zeit, Missstände an öffentlichen Schulen klar zu benennen und nach tragbaren Lösungen zu suchen."

Der Tagesspiegel hatte am Donnerstag einen neuerlichen Vorfall im Umfeld der Bergius-Schule im Ortsteil Friedenau öffentlich gemacht. Nach vorausgegangenen Streitigkeiten hatten sich am Mittwoch mehrere Jugendliche von außerhalb vor dem Gebäude eingefunden, um einen Neuntklässler zu bedrohen. Die Polizei musste den Jungen nach Hause bringen.

Später wurde ein Verwandter des Jugendlichen, ein Siebtklässler, von Jugendlichen mit Messern, Baseballschlägern und Schlagringen „gejagt", wie es in einem Schreiben der Schule hieß, und musste sich in einen Supermarkt flüchten.

Die Menge vor der Schule war zwischenzeitlich auf 80 bis 120 Personen angewachsen, sodass die Polizei starke Kräfte herbeiziehen musste, um die Lage zu beruhigen. In der Vergangenheit hatte es mehrfach Gewaltvorfälle innerhalb der Schule gegeben, nun sahen sich Schüler erstmals einem Angriff von außen ausgesetzt.
85 Prozent der Bergius-Schüler haben andere Muttersprache als Deutsch
„Wie in einem Brennglas zeigen sich an dieser Berliner Schule die Folgen einer aus den Fugen geratenen Migrationspolitik", kommentierte CDU-Politiker Frei am Donnerstag den neuen Vorfall. „Von den Überforderungen der Kommunen durch eine zu hohe Zahl an Flüchtlingen sind öffentliche Schulen erwartungsgemäß in besonderem Maße betroffen. Es ist allerhöchste Zeit für eine Kehrtwende."

85 Prozent der Bergius-Schüler stammen aus Familien, in denen Deutsch nicht die Muttersprache ist. Nach Tagesspiegel-Informationen besuchen auch Kinder polizeibekannter Großfamilien die Sekundarschule in Friedenau. Zudem wurden in der Vergangenheit viele geflüchtete Kinder zugewiesen.

„Ein vernünftiger Unterricht setzt voraus, dass die Schüler unsere Sprache sprechen und eine ihrem Alter entsprechende Vorbildung mitbringen", sagte CDU-Politiker Frei dem Tagesspiegel weiter. „Integration gelingt nicht, wenn die Kinder und Jugendlichen einfach nur durchgezogen werden."

https://www.msn.com/de-de/reisen/nachrichten/bahn-droht-dorf-wegen-problemen-mit-asylbewerbern-nicht-mehr-anzusteuern/ar-AA1xslX0?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=c2ccd3544e7748e7ac7860ce1ebf98c1&ei=11
Bahn droht Dorf wegen Problemen mit Asylbewerbern nicht mehr anzusteuern
Artikel von RP ONLINE
Maarheeze . In den Niederlanden läuft eine hitzige Debatte über innere Sicherheit und Migration. Hintergrund ist ein Brandbrief der Bahn. Moniert werden Probleme mit gewalttätigen Asylbewerbern am Bahnhof Maarheeze. Eine Lösung scheint nicht in Sicht zu sein.
Die niederländische Bahn, die Nederlandse Spoorwegen (NS), zieht in Erwägung, den Bahnhof des kleinen Dorfs Maarheeze in der Nähe von Roermond und Venlo künftig nicht mehr anzusteuern. Hintergrund sind Probleme mit Asylbewerbern, die in einer großen, etwa eine halbe Stunde Fußweg entfernten Asylunterkunft in Budel in der Provinz Noord-Brabant untergebracht sind.
Der Bahnhof in dem Ortsteil der Gemeinde Cranendonck gilt in den Niederlanden seit Jahren als berüchtigt. Immer wieder gibt es Berichte, dass Schaffner von Asylbewerbern, die ohne Fahrschein unterwegs sind, bedroht und angegriffen werden. Nun sei das Maß voll, meint die NS. Das Unternehmen richtete sich daher mit einem Brief an die Politik in Den Haag: „NS sieht derzeit keine ausreichenden Ergebnisse in den Gesprächen mit den Beteiligten, um zu einer strukturellen Lösung zu gelangen."

Schon 2023 ergriff die NS Maßnahmen gegen Belästigungen an Bahnhöfen in Maarheeze, Weert und Eindhoven. So wurde zusätzliches Sicherheitspersonal eingestellt, Zäune und Kameras wurden installiert. Auch die Polizeipräsenz wurde erhöht. Die NS fühlt sich jedoch vom Staat im Stich gelassen, die Kosten müsse man nämlich alleine tragen. Daher droht die niederländische Bahn jetzt damit, die Sicherheitsmaßnahmen wieder zurückzufahren. Das aber hätte wohl Folgen. „Dies kann letztendlich dazu führen, dass wir den Bahnhof Maarheeze aus Sicherheitsgründen nicht mehr bedienen können."

Aus Sicht der Bahn sei das nicht wünschenswert, „aber die Sicherheit unserer Reisenden und unseres Personals hat für uns oberste Priorität". Nach Angaben des Bahnunternehmens nutzen täglich rund 1200 Reisende den Bahnhof in Maarheeze. Im vergangenen Jahr gingen 2700 Meldungen über Vorfälle ein – ein vergleichsweise hoher Wert. Meist ging es bei den Zwischenfällen um Menschen, die ohne Fahrschein unterwegs waren, sich neben oder auf den Gleisen aufhielten, oder belästigendes und aggressives Verhalten an den Tag legten.

Der zuständige Verkehrsstaatssekretär Chris Jansen von der rechtspopulistischen Partei PVV reagierte, dass schnell eine Lösung für die Probleme gefunden werden müsse, damit die Bahn nicht an Maarheeze vorbeifährt. „Ich finde es sehr traurig, dass das passiert", sagte Jansen. Er wolle nun das Gespräch mit der Asyl- sowie mit der Innenministerin suchen. „Letztendlich müssen wir sicherstellen, dass die Belästigungen aufhören und die Menschen normal arbeiten und reisen können. Ich werde nicht zulassen, dass keine Züge mehr am Bahnhof Maarheeze halten."

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/drogenhandel-und-fremdl%C3%A4ndische-m%C3%A4nnergruppen-der-aschaffenburger-park-sch%C3%B6ntal-gilt-bei-anwohnern-als-gef%C3%A4hrlich/ar-AA1xHaiZ?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=2080ec40eff64f89a712502d71e043f3&ei=15

Drogenhandel und fremdländische Männergruppen: Der Aschaffenburger Park Schöntal gilt bei Anwohnern als gefährlich

Artikel von Michael Rasch, Aschaffenburg

«Für Sicherheit und einen klaren Kurs», steht auf dem Wahlplakat einer CSU-Bundestagsabgeordneten am südlichen Eingang des Parks Schöntal, der unmittelbar in der Nachbarschaft der Fussgängerzone von Aschaffenburg liegt. Nur rund 200 Meter Luftlinie entfernt soll ein afghanischer Asylbewerber am Mittwochmittag mitten im Park völlig unvermittelt ein kleines Kind und einen Mann umgebracht haben.

Viele der 72 000 Einwohner der unterfränkischen Stadt, die rund 50 Kilometer südlich von Frankfurt am Main liegt, sind an diesem Tag fassungslos, geschockt und wütend, wie Gespräche vor Ort zeigen.

Angriff mit einem Küchenmesser

Am späteren Nachmittag wimmelt es rund um den Park noch immer vor Polizei, der Rettungsdienst ist inzwischen verschwunden. Uniformierte Beamte bewachen alle Zugänge zum Schöntal, niemand darf hinein. Manchen von ihnen sieht man an diesem grauen Wintertag bereits im Gesicht die Temperaturen um den Gefrierpunkt an. In der Hofgartenstrasse, der östlichen Begrenzung des Parks, hat ein Polizeihund Witterung aufgenommen und zerrt den Hundeführer auf der Strasse hinter sich her. Sechs weitere Beamte mit hellgelben Warnwesten folgen schnellen Schrittes auf der rechten Fahrspur.

Der mutmassliche Täter ist zu diesem Zeitpunkt jedoch längst in Gewahrsam. Gegen 11 Uhr 45 Uhr hatte der 28-jährige Afghane laut dem bayerischen CSU-Innenminister Joachim Herrmann «unvermittelt und gezielt» einen Jungen aus einer kleinen Kindergartengruppe mit zwei Betreuerinnen mit einem Küchenmesser angegriffen. Laut ersten Ermittlungen war der Afghane

schon mehrfach polizeilich aufgefallen und «psychisch vorbelastet». Hinweise auf eine radikale Gesinnung oder einen islamistischen Hintergrund haben die Strafverfolger bisher nicht.

Der zweijährige Junge marokkanischer Abstammung erlag seinen Verletzungen. Ein 41-jähriger Passant, der die Kinder beschützen wollte, starb ebenfalls noch vor Ort an seinen schweren Stichwunden. Zudem verletzte der Täter einen 72-jährigen Mann und ein zweijähriges syrisches Mädchen zum Teil schwer. Eine 59-jährige Erzieherin der Kindergartengruppe brach sich bei der Flucht den Unterarm. Der mutmassliche Täter konnte dank Hinweisen von Zeugen bereits zwölf Minuten nach der Gewalttat gefasst werden.

Drogenhandel und Männergruppen

In der beginnenden Dämmerung legt Lusiana Keulich ein paar Blumen am Südosteingang des Schöntals nieder und stellt eine Kerze auf. Sie sei selbst Erzieherin und erst am Dienstag mit einer Gruppe von Kindern im Park gewesen, erzählt sie. «Es hätte auch uns treffen können», sagt sie konsterniert**. Der Ort sei in den vergangenen Monaten und Jahren aus ihrer Sicht immer gefährlicher geworden, vor allem wegen Gruppen junger Männer. Ihre Stimme bebt bei der Aussage vor Empörung.**

Laut einem Sprecher der Aschaffenburger Polizei nutzen vor allem Kleinkriminelle den Park zum Verkauf kleiner Drogenmengen, im Jargon spreche man vom Ameisenhandel. Es habe im vergangenen Jahr aber auch eine gefährliche Körperverletzung mit einem Messer gegeben, allerdings innerhalb des Drogenmilieus. Die Polizei habe auf die Vorfälle mit stärkerer Präsenz und mehr Kontrollen reagiert, sagt der Sprecher. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung seien danach positiv gewesen, das Sicherheitsgefühl sei gestiegen.

Für das Sicherheitsgefühl von Lusiana Keulich galt das jedoch nicht – und zwar inner- und ausserhalb des Parks. Ihr seien allein drei Messerangriffe in Aschaffenburg in den vergangenen Monaten präsent, sagt sie. Bei einer Attacke habe beispielsweise ein Mann seine Frau mit einem Messer schwer verletzt. Das Kind der Familie sei bei ihr in der Kindergartengruppe gewesen. Deshalb kenne sie den Fall. Später erzählt sie zudem noch einem anderen Reporter, dass sie sich durch die Erfahrungen sogar überlegt habe, ob man mit den Kindern überhaupt noch den Weihnachtsmarkt von Aschaffenburg besuchen könne.

Gegen 17 Uhr 30 gibt die Polizei den Park wieder frei. Innenminister Herrmann hatte gerade vor Journalisten weitere Details der Bluttat genannt und macht sich danach selbst ein Bild des Tatorts. Dieser liegt ziemlich in der Mitte des Parks, direkt zwischen einem kleinen Teich und der fahl erleuchteten Ruine der Beginen-Konventskirche «Zum Heiligen Grabe». Das kleine Areal zwischen dem leicht zugefrorenen Teich und der Ruine ist ausgestattet mit Bänken. Zum Verweilen lädt der von winterlich-laublosen Bäumen und Sträuchern umgebene Platz an diesem düsteren Tag kaum ein.

Viele ältere Menschen sind im Park unterwegs

Trotzdem haben sich inzwischen einige Interessierte und Schaulustige versammelt. Auch Lusiana Keulich ist jetzt hier. Als Innenminister Herrmann die Szenerie wieder verlässt, leert sich der kleine Platz langsam. **Wie sich herausstellt, verbleiben vor allem Anwohner. Deren Urteil ist einhellig: Der Park Schöntal sei in den vergangenen Jahren unangenehm und teilweise auch gefährlich geworden, vor allem für Frauen und ältere Menschen. Angrenzend sei ein Altenheim für betreutes Wohnen, weswegen viele ältere Menschen im Park unterwegs seien.**

Der Verfall des Parks liege nicht nur an den kleinen Drogendealern, sondern auch an den Gruppen junger Männer, mutmasslich Flüchtlinge. An diesem Abend kann man hier sozusagen dem Volk aufs Maul schauen. Einige sagen ungefiltert ihre Meinung, wenngleich sie stets betonen, dass sie grundsätzlich nichts gegen Ausländer und Asylbewerber hätten.

Er habe seinen Kindern verboten, den Park zu durchqueren, sagt Salvatore, der ganz in der Nähe wohnt und seinen Nachnamen nicht nennen möchte. Der kräftige mittelgrosse Mann meint, er habe selbst noch nie Probleme gehabt, doch er habe schon öfter beobachtet, wie fremdländische junge Männer vor allem ältere oder weibliche Passanten angesprochen und bedrängt hätten oder ihnen hinterhergelaufen seien. Einem älteren Mann sei mal das Handy aus der Hand geschlagen worden, da habe er eingegriffen.

Vergleich mit dem Görlitzer Park
Salvatore äussert sich differenziert. Vor allem in den letzten zwei Jahren habe die Sicherheit im Park rapide nachgelassen. Das sei inzwischen in der ganzen Stadt ein Thema. Andere Anwohner bestätigen die Aussagen. Einer gibt zu Protokoll, erst in der vergangenen Woche eine Schlägerei zwischen jungen Männern beobachtet zu haben. Manchmal bestünden die im Park herumhängenden Männergruppen aus bis zu 40 Personen. Es fällt der Vergleich mit dem Görlitzer Park in Berlin, wo ebenfalls der Drogenhandel floriert und in den sich mancher nicht mehr hinein traut.

Tina wiederum ist mit ihrer Freundin aus einem Vorort von Aschaffenburg in den Park gekommen. Der Enkel der Freundin geht hier in der Gegend ebenfalls in eine Kinderkrippe, erzählen sie. Beide haben, wie viele andere auch, Blumen und ein Grablicht in der Hand.

Der Frust, die Enttäuschung und die Wut über den Zustand des gesamten Landes und von Aschaffenburg ist bei Tina und ihrer Freundin spür- und hörbar. Ihr sei es egal, ob jemand weiss, braun, schwarz oder grün sei, sagt die Freundin, man müsse sich die ins Land kommenden Leute aber genau anschauen. Das passiere jedoch nicht. Deswegen hätten ihrer Meinung nach die Politiker alle Blut an ihren Händen

https://www.nius.de/gesellschaft/news/mitbewohner-des-moerders-von-aschaffenburg-berichtet-er-war-gefaehrlich-ich-habe-ihn-gesehen-und-hatte-angst/18e2206d-0b35-497a-a1be-238c067b3938
Mitbewohner des Mörders von Aschaffenburg berichtet: „Er war gefährlich. Ich habe ihn gesehen und hatte Angst“
23.01.2025 - 14:11 Uhr
Author icon
Marc Sierzputowski
Author icon
Björn Harms
Der Schock von Aschaffenburg sitzt weiterhin tief: Ein 28-jähriger Afghane greift am Mittwoch am helllichten Tag unvermittelt eine Kita-Gruppe im örtlichen Schöntal-Park an. Mit einem Küchenmesser ermordet Enamullah Omarzai ein zweijähriges Kleinkind und einen erwachsenen Mann, der mutig eingreifen will. Wer aber war der Mörder?

Laut Informationen von NIUS ist sein Geburtsdatum auf den 1. Januar 1997 datiert. Im Herbst 2022 kam Enamullah über Bulgarien, Österreich und Frankreich nach Deutschland und stellte im

November einen Asylantrag. Untergebracht war der Afghane in einer Gemeinschaftsunterkunft in Alzenau, einer Kleinstadt im Nordwesten des unterfränkischen Landkreises Aschaffenburg.

Hier wohnte der 28-Jährige alleine in Zimmer 20, in unmittelbarer Nachbarschaft zu anderen Asylbewerbern.

In diesem Zimmer wohnte der spätere Mörder.
In diesem Zimmer wohnte der spätere Mörder.

Enamullah Omarzai galt auch in seiner Unterkunft als unberechenbar und gefährlich
NIUS konnte vor Ort mit einem Bewohner des Hauses sprechen. Amir stammt aus Algerien und war der direkte Zimmernachbar von Enamullah. Er berichtet, dass der junge Afghane viel gesungen habe und in seiner eigenen Welt versunken gewesen sei. Gleichzeitig galt der spätere Mörder von Aschaffenburg als unberechenbar und gefährlich – und das schon seit Beginn seiner Ankunft in der Unterkunft. Amir beschreibt ihn als jemanden, dem er lieber aus dem Weg gegangen sei. „Er war gefährlich. Ich habe ihn gesehen und hatte Angst."

Mindestens dreimal soll der Mann in Deutschland wegen Gewalttaten aufgefallen sein, jeweils in psychiatrische Behandlung gekommen und wieder entlassen worden sein.
In der Unterkunft habe der 28-jährige Afghane zudem versucht, sich an einer ukrainischen Frau zu vergehen, erzählt Amir. Eine Frau habe ihn um Hilfe gebeten, woraufhin er mit weiteren Männern den Afghanen festgehalten und die Polizei gerufen habe. Über eine ähnliche Szene hatte auch die Bild berichtet. Im August 2024 soll der spätere Mörder in der Gemeinschaftsunterkunft in Alzenau eine Ukrainerin attackiert haben, hieß es in dem Bericht. Eine ukrainische Nachbarin erzählte: „Er schnitt einer Landsfrau von mir immer wieder in die Haut. Sie schrie um Hilfe, ich alarmierte die Polizei." Trotz dieses Vorfalls durfte der Mann offenbar in sein Zimmer in der Unterkunft zurückkehren.

Urplötzlich sei Enamullah auch immer wieder in fremden Zimmern aufgetaucht, so Amir im Gespräch mit NIUS. Zudem habe er mitunter in die Gänge uriniert. Er habe den Behörden Bescheid gegeben, doch diese seien nicht eingeschritten. NIUS liegt ein entsprechendes Video vor, auf dem zu sehen sein soll, wie O. sich am Treppenaufgang der Unterkunft erleichtert:

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lehnt den Asylantrag des Mannes am 19. Juni 2023 ab. Die Behörde ordnet nach den Regeln des Dublin-Verfahrens eine Abschiebung nach Bulgarien an. Doch es passiert nichts. Die sechsmonatige Frist verstreicht, das Asylverfahren landet erneut beim BAMF. Der Mann bleibt weiterhin in Deutschland.

Am 4. Dezember 2024 kündigt der Afghane schließlich schriftlich seine freiwillige Ausreise an. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stellt eine Woche später das Asylverfahren ein und fordert O. zur Ausreise auf. Das Land verlässt er jedoch nicht. So kommt es am 22. Januar zum brutalen Mord an einem kleinen Kind und einem mutigen Helfer.

Aktualisiert am 24.01.2025, 17:03 Uhr
Lesedauer:3 Min.

Lehrkräfte müssen einer Umfrage zufolge an vielen Schulen mit Bedrohungen, Beleidigungen, Mobbing und sogar körperliche Angriffen umgehen. Die Schulleiter nehmen einen Anstieg wahr.

Eine Lehrerin, die von einem Drittklässler gegen Rücken und Brust geschlagen wird oder ein Kollege, dem ein Vater auf dem Pausenhof in den Rücken springt – die Beispiele, die der Verband Bildung und Erziehung (VBE) gesammelt hat, sind drastisch.

Immer wieder werden einer repräsentativen Umfrage unter Schulleitern zufolge Lehrerinnen und Lehrer Opfer von körperlicher Gewalt, aber auch Beleidigungen, Mobbing und Hasskommentare im Internet sind an der Tagesordnung.

"Gewalttaten gegen Lehrkräfte sind keine Einzelfälle", sagte Gerhard Brand, Landes- und Bundeschef des VBE in Stuttgart. Der Umfrage zufolge nehmen viele Schulleiterinnen und Schulleiter einen Anstieg der Fälle wahr.

Demnach gaben 61 Prozent der Befragten an, dass körperliche und psychische Gewalt an ihrer Schule in den vergangenen fünf Jahren eher zugenommen habe. Einen Rückgang der Gewalt nahmen nur drei Prozent der Befragten wahr.

"Das soziale Klima ist in den letzten Jahren spürbar rauer geworden, das spiegelt sich auch an den Schulen wider"
VBE-ChefGerhard Brand

Die Daten bestätigten, was viele Lehrkräfte und Schulleitungen immer wieder äußerten: Das soziale Miteinander breche auf, die Empathiefähigkeit bei Kindern und Eltern habe nachgelassen, Konflikte eskalierten häufiger und schneller. "Wir beobachten, dass der Respekt gegenüber schulischen Autoritäten abnimmt und es regelmäßig zu Grenzüberschreitungen kommt", sagte Gewerkschaftschef Brand.

Deutlicher Anstieg an Gewalt an Schulen seit 2018

Viele Schulleitungen berichteten in der Umfrage von Fällen, bei denen Lehrkräfte beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden. Mehr als die Hälfte aller Befragten (59 Prozent) kann sich an einen entsprechenden Fall in den vergangenen fünf Jahren erinnern.

An mehr als jeder dritten Schule wurden Lehrkräfte über das Internet bedroht (34 Prozent), jede vierte Schulleitung (26 Prozent) berichtete über Fälle von körperlichen Angriffen auf Lehrkräfte (35 Prozent). Das sind ähnliche Werte wie bei einer Befragung im Jahr 2022. 2018 lagen die Werte deutlich niedriger.

Kritik übte Brand an der Reaktion der Politik auf die gestiegenen Zahlen. "Wir hatten eigentlich gedacht, dass wir die Politik mit unseren Daten wachgerüttelt haben. Das ist nicht geschehen", sagte der VBE-Vorsitzende.

"Auf ganzer Strecke versagt": Brand macht Politik schwere Vorwürfe

Man habe von der Politik Versprechungen gehört, dass das Thema ernst genommen und Chefsache werde. "Wenn die Politik es wirklich so behandelt hat, dann hat sie auf ganzer Strecke versagt", kritisierte Brand. Die Kultusministerien müssten Vorfälle überhaupt erst einmal erfassen. Zudem müssten betroffene Lehrkräfte durch ihren Dienstherrn besser unterstützt werden.

"Jede Art von Gewalt an Lehrkräften ist absolut inakzeptabel", sagte ein Sprecher des baden-württembergischen Kultusministeriums. Man habe die Lehrkräfte bereits 2018 gebeten, Gewaltvorfälle im Arbeitsalltag der Schulleitung und der Schulverwaltung zu melden.

"Die Lehrkräfte wurden dabei auch auf die Möglichkeit hingewiesen, Gewaltvorfälle als Dienst- beziehungsweise Arbeitsunfälle anzuzeigen und deshalb Strafanzeige zu erstatten", teilte der Sprecher mit. Auch gebe es bereits eine Meldepflicht für diskriminierende Vorfälle. Zudem unterstütze man die Lehrkräfte mit Präventionsmaßnahmen, einem dichten Netz an Beratungslehrkräften sowie mit Schulpsychologen und Schulsozialarbeitern.

Eltern ebenfalls oft in der Täterrolle

Psychische Gewalt von Angesicht zu Angesicht übten der Erhebung zufolge vor allem Eltern aus, im Internet waren demnach am häufigsten Schülerinnen und Schüler die Täter. Körperliche Gewalt ging fast ausschließlich von Schülerinnen und Schülern aus.

Beim Umgang mit Gewalterfahrungen sehen die Befragten noch Luft nach oben. Nur etwa jeder Dritte meint, dass mit dem Thema Gewalt gegen Lehrkräfte an den Schulen offen umgegangen werde. Die Hälfte der Befragten spricht dagegen von einem Tabu-Thema. Verschlechtert hat sich aus Sicht der Schulleiter zudem die Unterstützung für Betroffene. Gaben 2018 noch 85 Prozent an, ihre Kolleginnen und Kollegen bei Fällen von Gewalt ausreichend unterstützen zu können, waren es im vergangenen Jahr nur noch 53 Prozent.

Am häufigsten werden Schüler Opfer von Gewalt

Laut Innenministerium macht die Zahl der Gewalttaten gegen Lehrkräfte nur einen kleinen Teil der gesamten Gewalttaten an Schulen aus. **2023 wurden demnach 141 Lehrerinnen und Lehrer Opfer von Gewalttaten - sowie knapp 2.700 Schülerinnen und Schüler. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Fälle um 13,5 Prozent an.**

Zahlen für das Jahr 2024 liegen noch keine vor, das Ministerium sieht aber einen ersten Trend: "Demnach zeichnet sich bei den Opfern von Gewalt an Schulen im Jahr 2024 – sowohl bei den Schülerinnen und Schülern, als auch bei den Lehrkräften – ein Anstieg ab", teilte eine Sprecherin mit.
Für die Umfrage unter den Lehrkräften hatte das Meinungsforschungsinstitut Forsa zwischen Mitte September und Mitte Oktober vergangenen Jahres gut 1.300 Schulleitungen bundesweit befragt. Die Ergebnisse sind laut Forsa mit einer Fehlertoleranz von drei Prozentpunkten repräsentativ. (dpa/bearbeitet von lag)

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/157204/Diskussion-um-Migration-und-psychische-kranke-Menschen-erwartet?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Diskussion um Migration und psychische kranke Menschen erwartet

Dienstag, 28. Januar 2025

Berlin – Die Migrationsdebatte ist nach der Messerattacke eines psychisch kranken Flüchtlings aus Afghanistan mit zwei Toten in Aschaffenburg deutlich intensiver geworden. Aufgeheizt war sie bereits nach dem Amoklauf in Magedeburg. Wie also künftig umgehen mit Menschen, die auch durch ihre Fluchterfahrungen psychisch krank geworden sind?

Nach Einschätzung des Dachverbandes der Psychosozialen Zentren werden viele geflüchtete Menschen erst in Deutschland richtig krank. Sie befänden sich auf der Flucht in einem Überlebensmodus und müssten dann trau-matische Erfahrungen erst mal verkraften, erklärte der **Experte für Traumaarbeit und psychosoziale Versorgung des Verbands, Leo Teigler**, in einem Interview der Berliner taz. Erst im Ankunftsland würden Betroffene dann Symptome ausbilden.

Nach Teiglers Angaben gibt es bundesweit 51 psychosoziale Zentren. 2022 seien dort rund 26.000 Flüchtlinge versorgt worden. Studien zeigten aber, dass rund 30 Prozent der geflüchteten Menschen unter einer posttrau-matischen Belastungsstörung litten. Die Regelversorgung für diese Gruppe sei schlecht, so Teigler. 2022 kamen rund 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland. Bei einem Großteil von ihnen handelte es sich um Flüchtlinge aus der Ukraine.

Die Mehrzahl der Menschen, die in die Zentren kämen, hätten viel Gewalt erlebt, so der Experte weiter. „Erst als Fluchtgrund, dann während der Flucht. Und dann auch hier in Deutschland“, betonte Teigler. Die meisten Men-schen seien sehr dankbar für die Hilfe in den Zentren. Es sei aber im psychiatrischen Arbeiten nie zu 100 Prozent möglich, abzuschätzen, ob eine Person nach Behandlungsabschluss aus irgendwelchen Gründen noch mal in psychotische Zustände gerate.

Zugleich lehnte Teigler den Vorschlag ab, Register für psychisch kranke Menschen einzuführen. Das erinnere ihn an die NS-Zeit. Aus fachlicher und politischer Perspektive sei das menschenverachtend. Menschen, die Gewalt erlebt hätten und eine gute Versorgung bekämen, seien überhaupt kein Risiko für irgendjemanden. Dass dies suggeriert werde, zusätzlich zu der Gewalt, der Menschen ausgesetzt seien, mache sprachlos.

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hatte nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg im Dezember die Einführung eines Registers für Gefährder gefordert. Auch die CSU will den Umgang mit Menschen mit psychischen Erkrankungen verschärfen.

„Ein Zentralregister mit psychisch Erkrankten löst keine Probleme, sondern schafft neue“, hatte Gebhard Hentschel, Bundesvorsitzender der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung (DPtV) danach erklärt.

Er mahnte statt „stigmatisierender Register“, die auf Verdacht und Unsicherheit basierten, individualisierte Risiko-analysen und frühzeitige Interventionen an. „Kriseninterventionsteams, Therapie und soziale Begleitung können dazu beitragen Eskalationen zu verhindern“, sagte Hentschel.

Er wies darauf hin, dass vulnerable Gruppen ein erhöhtes Risiko für psychische Krisen hätten, aber gleichzeitig wenig Zugang zu Hilfsangeboten. „Prävention beginnt nicht mit der Erfassung in einer Datenbank, sondern mit frühzeitiger Diagnostik, therapeutischer und sozialer Begleitung, die stabilisieren kann, bevor es zur Eskalation kommt.“

Elisabeth Dallüge aus dem DPtV-Bundesvorstand hatte klargemacht, dass es keine Belege dafür gibt, dass Ein-träge in Polizeidatenbanken Gewalt verhindern. „Die Fehlerquote ist potenziell hoch, viele Einträge basieren auf Einzelsituationen oder subjektiven Einschätzungen. Oft fehlen fundierte Diagnosen oder Risikobewertungen“, hatte Dallüge nach dem Amoklauf in Magdeburg betont.

„Einträge wie ‚psychisch krank‘ verstärken gesellschaftliche Vorurteile, obwohl die Mehrheit psychisch erkrankter Menschen kein erhöhtes Gewaltpotenzial aufweist. Ob jemand gewalttätig wird oder nicht, hängt von verschiede-nen statischen und dynamischen Einflüssen ab – nicht nur von einem isolierten Faktor.“

Ein zentrales Register könnte zudem Betroffene davon abhalten, Hilfe zu suchen – aus Angst vor Stigmatisierung. Das Schutzbedürfnis der Bevölkerung ist nach Ansicht der DPtV berechtigt. Doch der Ruf nach zentralen Registern basiere auf einem Wunsch nach Kontrolle, der auf falschen Annahmen beruhe, während tatsächliche Risikofak-toren oft unbeachtet bleiben würden.

Debatte im Bundestag
Der Umgang mit psychisch kranken Flüchtlingen, Gefährdern oder Straftätern könnte auch morgen im Bundestag eine Rolle spielen, wenn der Bundestag sich mit dem Thema Migration und Flüchtlingspolitik befassen will. Unions-Kanzler-kandidat Friedrich Merz (CDU) hat mehrere Anträge für den Bundestag angekündigt, denen die AfD zustimmen könnte.

Das rief heute die Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der sieben von der SPD geführten Bundes-länder auf den Plan. Die Länderchefs riefen der anderen neun Bundesländer zum Schulterschluss gegen jede Zusammenarbeit mit der AfD auf.

Es sei wichtig, dass bei dem sensiblen Thema Flüchtlingspolitik sachlich debattiert werde und Lösungen erreicht würden, die tatsächlich umsetzbar seien, schrieben die SPD-Länderchefs in einem Brief, der auch dem Deutschen Ärzteblatt vorliegt.

„Uns bewegt die Sorge, dass am Mittwoch im Bundestag demokratische Politikerinnen und Politiker in dieser Frage gemeinsam mit Mitgliedern der AfD abstimmen – einer Partei, die in immer mehr Ländern als gesichert rechtsextrem eingestuft ist", heißt es in dem Brief.

Ganz unabhängig von ihrer politischen Heimat seien die Mitglieder der Ministerpräsidentenkonferenz in dieser Frage bisher stets einig gewesen: „Die Brandmauer zwischen demokratischen und undemokratischen Parteien darf nicht ins Wanken geraten.“

Dies sei leider auf kommunaler Ebene längst passiert. Weder auf Landes- noch auf Bundesebene dürfe sich diese Entwicklung fortsetzen. Insbesondere die ostdeutschen Regierungschefs hätten

diese Haltung in den vergangenen Monaten eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die Verantwortlichen im Bund und in den Ländern stünden allesamt in der Pflicht, keinen Zweifel an der gemeinsamen Haltung gegenüber Radikalen aufkommen zu lassen, heißt es weiter in dem Brief.

Abschließend appellieren die SPD-Ministerpräsidenten an ihre Kollegen von CDU, CSU und Grünen: „Bitte machen Sie ihren Einfluss geltend, dass der Konsens der Demokratinnen und Demokraten in dieser Woche auch im Deutschen Bundestag gewahrt bleibt."

Unterschrieben ist der Brief von Stephan Weil (Niedersachsen), Alexander Schweitzer (Rheinland-Pfalz), Andreas Bovenschulte (Bremen), Dietmar Woidke (Brandenburg), Anke Rehlinger (Saarland), Manuela Schwesig (Mecklen-burg-Vorpommern) und Peter Tschentscher (Hamburg).

Kritik an den Plänen von Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz zur Verschärfung der Migrationspolitik kam auch vom Bayerischen Flüchtlingsrat. Die veröffentlichten Maßnahmen „werden keine Gewalttaten verhindern, sondern diese sogar befördern", bemängelte der Flüchtlingsrat.

Auf ein Problem der Versorgung psychisch kranker Personen und auf Sicherheitsprobleme im Zusammenhang mit einer falsch eingeschätzten Fremdgefährdung werde mit Migrationsmaßnahmen reagiert. Das sei „indiskutabel".

„Mehr Abschiebung heißt, mehr Druck auf Geflüchtete", argumentiert der Flüchtlingsrat. „Schon jetzt nimmt die Zahl derer, die in die Illegalität oder in Nachbarstaaten verschwinden, deutlich zu."

Bei Geflüchteten und anderen Migranten lösten die Merz-Vorschläge Unsicherheiten und Ängste aus. Das seien genau die Faktoren, die psychische Krankheiten sowie selbst- oder fremdverletzendes Verhalten psychisch Kranker befördern könnten.

Bisher gebe es auch von anderen Parteien keinen einzigen Vorschlag, wie psychisch kranke Geflüchtete früher und besser therapiert werden könnten, heißt es in der Mitteilung. Zudem würden etliche Messerattacken von deutschen Männern verübt, ohne dass es zu Schlagzeilen komme. „Benötigt werden Programme, um männlichen Identitätsentwürfen, die zu Gewalt führen, etwas entgegenzusetzen."

Der Flüchtlingsrat forderte die Politiker auf, die Tat von Aschaffenburg nicht mit Abwehr von Migration und dem Schüren von Angst vor Migration zu verknüpfen. Angesichts dessen, dass Deutschland auf Migration angewiesen sei, brauche es Maßnahmen zur Prävention statt einer allgemeinen Abwehr. © afp/kna/EB/aerzteblatt.de

https://philosophia-perennis.com/2025/01/29/maedchen-12-an-syrer-verkauft-freispruch/
Mädchen (12) an Syrer verkauft: Freispruch durch Essener Richter!
By**David Berger**
29. Januar 2025
Das Landgericht Essen befasste sich zweimal mit dem Fall eines syrischen Mädchens, das im Alter von zwölf Jahren an in Deutschland lebende Landsleute übergeben und dann misshandelt sowie vergewaltigt wurde. Nun erfolgte der Freispruch der Verdächtigen: Der „Kauf und Verkauf einer

Minderjährigen“ sei – für sich betrachtet – nach dem deutschen Recht nicht strafbar, so der Richter.

Vorab Erschütterndes zu den Verbrechen an dem Mädchen: „So berichtete ein Polizist davon, das Mädchen habe ihm erzählt, bereits in der ersten Woche ihrer „Ehe“ mit der Faust, der flachen Hand sowie mit einem Gürtel geschlagen worden zu sein. Auch habe ihr „Ehemann“ ein Kabel um ihren Hals gelegt und zugezogen. Eine Polizistin schilderte, ihr habe das Mädchen erzählt, auch gewürgt worden zu sein.

Fast täglich brutal sexuell missbraucht

Am schwersten zu ertragen war die Aussage der Polizistin, der das Mädchen ihren sexuellen Missbrauch geschildert hatte. So habe das Mädchen erzählt, dass sie sich entsprechende Videos ansehen musste, um zu lernen, was sie „in der Hochzeitsnacht erwarte“. Als es soweit war, habe sie ihm gesagt, dass sie das nicht wolle. Dennoch kam es zur Entjungferung, was ihr „große Schmerzen“ bereitet habe. Danach soll er seiner Mutter ein Beweisbild des befleckten Bettlakens geschickt haben. Anfänglich habe das Mädchen dies „fast täglich“ erdulden müssen, danach im Schnitt zwei bis drei Mal in der Woche.

Jedes Mal, wenn sie ihm gesagt habe, dass sie das nicht möchte, habe er geantwortet, dass es nicht darum ginge, was sie wolle – sondern nur darum, was er wolle. Später sei es auch zum Analverkehr gekommen, was ihr jedes Mal tagelange Schmerzen verursacht habe. Auf ihre Einwände, ihre gemeinsame Religion würde diese Praktiken nicht erlauben, habe er geantwortet, dass dies sehr wohl erlaubt sei. Auch habe sie ihn immer wieder vor dem vaginalen Geschlechtsverkehr oral befriedigen müssen. Seinem älteren Bruder, der ebenfalls in Essen lebt, habe ihr „Ehemann“ berichtet, er habe „die Hand auf ihr“.“ (Quelle)

Triumphales Auftreten des Freigesprochenen

Sigrid Herrmann, die über den Fall publizierte und den Prozess beobachtete dazu:

„Der Prozess, über den ich am 17. Januar berichtet hatte, endete am Dienstag mit einem Freispruch. Nachdem die Urteilsbegründung verlesen war, hatte ich das Gefühl, ganz schnell aus dem Gericht raus zu müssen. Das triumphale Auftreten des nun Freigesprochenen und seiner Familienangehörigen hatte ich ja bereits erlebt, nachdem die inzwischen 15-Jährige ihre Aussage verweigert hatte. Und das wollte ich nicht nochmal miterleben müssen.

Beim Urteil wies der Kammervorsitzende übrigens darauf hin, dass das Mädchen seine Aussageverweigerung damit begründet hat, ihren Vater nicht belasten zu wollen. Der ist aber noch immer in Syrien, wo er keine deutsche Strafverfolgung zu befürchten hat. Wenn man jedoch von der Annahme ausgeht, dass der Vater, der laut einer Zeugin starkes Interesse an dieser „Ehe“ hatte, weil er sich davon Familiennachzug erhofft hat, seinen Wunsch nach einem solchen Nachzug weiter verfolgt, ergibt das durchaus Sinn.

Kauf und Verkauf Minderjähriger für sich betrachtet

Den Freispruch selbst hat der Kammervorsitzende damit begründet, dass dem 33-jährigen Syrer nicht nachgewiesen werden kann, dass er zum Zeitpunkt seiner Vermittlung Kenntnis vom tatsächlichen Alter des Mädchens habe. Und der „Kauf und Verkauf einer Minderjährigen“ sei – für sich betrachtet – nach dem deutschen Recht nicht strafbar, so der Richter. Das ist eine Begründung, die man erst einmal auf sich wirken lassen muss. Noch mehr Ermunterung für jenen Teil der syrischen Migranten, die auch in Deutschland den Regeln ihrer Kultur folgen, geht gar nicht mehr. Hier kann man gar nicht mehr davon sprechen, dass das deutsche Recht schlecht darauf vorbereitet ist, dass solche Dinge nun auch hier gelebt werden. Wenn das so zutrifft, wie es der Richter am Dienstag in Essen formuliert hat, dann ist das deutsche Recht auf solche Dinge überhaupt nicht vorbereitet.

Weiterleben in der Nähe des „Käufers“

Ich frage mich schon, ob das inzwischen 15-jährige Mädchen, auch wenn es jetzt in Jugendeinrichtungen untergebracht ist und zur Schule gehen kann, auch hier verloren ist. Das fängt damit an, dass die deutschen Behörden sie bis heute in Essen unterbringen. Also in der Stadt, die inzwischen als größte syrische Community in Deutschland gilt. Und in der auch die Großfamilie lebt, der „der Käufer“ angehört, wie es der Richter so schön formuliert hat. Und erste Teile ihrer

eigenen Familie, die sie während des Prozesses „bedrängt“ haben, um erneut in der Wortwahl des Richters zu bleiben.
Damit weiß ich auch nicht mehr, was ich davon halten soll, wenn der Richter die Schutzlosigkeit dieses Mädchens beklagt. Von der Justiz und anderen Behörden erwarte ich, dass sie solche Verhältnisse nicht beklagen, sondern für eben diesen Schutz sorgen. Vor allem muss die Politik Gesetze ändern, wenn ein offensichtlicher Regelungsbedarf besteht. Dieses Mädchen ist wirklich ein Opfer syrischer Verhältnisse. Und damit hat sie auch wirklich Schutz verdient. Aber mir scheint nicht, dass sie den auch bekommt. (Quelle)

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/bombenanschl%C3%A4ge-in-schweden-wir-haben-die-kontrolle-verloren-schwedischer-premier-ulf-kristersson/ar-AA1yb1CC?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=d6d5450997ed4737b5f2b0e2bcb9a13d&ei=70
Bombenanschläge in Schweden: „Wir haben die Kontrolle verloren“ – schwedischer Premier Ulf Kristersson
Der schwedische Ministerpräsident Ulf Kristersson hat angesichts zahlreicher Bombenanschläge im Januar eingeräumt, seine Regierung habe die Kontrolle über die zunehmende Gewalt verloren. Wie Kristersson am Donnerstag laut dem Nachrichtenportal Euraktiv gegenüber Reportern angab, ereignen sich derzeit fast täglich Bombenanschläge, die im Zusammenhang mit Bandengewalt stehen sollen. Nach Angaben der Nordic Times war es bis zum 27. Januar bereits zu 27 derartigen Fällen allein in diesem Jahr gekommen, im Jahr 2024 registrierte die schwedische Polizei 317 Anschläge.

Dem schwedischen Ministerpräsidenten zufolge betrifft Bandengewalt mittlerweile ganze Gemeinden und Wohngebiete. Viele junge Menschen seien in Banden aktiv. Das schwedische Nationalpolizeipräsidium schätzt, dass im vergangenen Jahr etwa 1700 Personen unter 18 Jahren in kriminellen Netzwerken aktiv waren.

Die schwedische Regierung plant nun einen Gesetzentwurf, der der Polizei größere Befugnisse bei der Inhaftierung von Kindern unter 15 Jahren unter besonderen Umständen einräumt. Ursprünglich für Sommer 2026 geplant, soll das Gesetz bereits früher – nämlich am 1. Oktober dieses Jahres – in Kraft treten.

Laut Kristersson ist das Problem der hohen Gewalt in Schweden das Ergebnis jahrelanger Vernachlässigung. Kristersson hatte die Bekämpfung der Bandenkriminalität zu einem seiner Hauptthemen im Wahlkampf 2022 gemacht. Seine moderate Regierung wird von den rechtsextremen Schwedendemokraten unterstützt.

Unter anderem plant Kristersson nun auch eine Verfassungsänderung, die es ermöglichen soll, Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit die schwedische Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn sie wegen der Beteiligung an Bandenkriminalität verurteilt werden.

https://www.welt.de/politik/deutschland/article255267988/East-Side-Gallery-Gott-ist-grossartig-Unbekannte-beschmieren-Berliner-Mauerreste-mit-arabischen-Schriftzuegen.html

Staatsschutz ermittelt

„Gott ist großartig“ – Unbekannte beschmieren Berliner East Side Gallery mit arabischen Schriftzügen

Stand: 28.01.2025

Unbekannte haben mehrere arabischsprachige Schriftzüge auf der weltbekannten East Side Gallery angebracht. Jetzt ermittelt der Polizeiliche Staatsschutz wegen Sachbeschädigung.

Ein Abschnitt der East Side Gallery in Berlin ist in der Nacht zu Dienstag mit arabischen Schriftzügen beschmiert worden. Wie die Polizei mitteilte, wurden insgesamt fünf Schriftzüge auf das Teilstück angebracht, das die Flagge der Bundesrepublik Deutschland mit einem Davidstern zeigt.

Zwei Schriftzüge konnten demnach entziffert werden. Unter anderem wurde auf Arabisch „Gott ist großartig“ geschrieben, hieß es. Der Polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen Sachbeschädigung.

Die von Künstlern bemalte und unter Denkmalschutz stehende East Side Gallery ist mit 1, 3 Kilometern das längste noch erhaltene Stück der Berliner Hinterlandmauer. Bis zum Mauerfall 1989 trennte es den Ost-Berliner Stadtteil Friedrichshain von Kreuzberg in West-Berlin.

Heute ist sie eine der touristischen Attraktion. Als berühmtestes Bild der Freilaufgalerie gilt das Bruderkuss-Gemälde, das SED-Generalsekretär Erich Honecker und Kreml-Chef Leonid Breschnew zeigt.

epd/con

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/rheinland-pfalz-fl%C3%BCchtling-muss-f%C3%BCr-40-000-euro-im-monat-%C3%BCberwacht-werden/ar-AA1yc3ks?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=1d33e6c330924c9c90bde1b330567296&ei=74

Rheinland-Pfalz: Flüchtling muss für 40.000 Euro im Monat überwacht werden
Ausreisepflichtiger Mann sorgt für Angst
Sicherheitsdienst überwacht Flüchtling für 40.000 Euro monatlich

Er attackierte und bedrohte seine Mitbewohner. Auch eine Verlegung in einen Einzelcontainer half nicht. Die Nerven vor Ort liegen blank.

Ein 20-jähriger Flüchtling, der seit September 2023 in Rheinland-Pfalz lebt, wird rund um die Uhr von einem privaten Sicherheitsdienst bewacht. Das teilte die Landrätin des Landkreises Bad Kreuznach, Bettina Dickes (CDU), dem SWR mit. Die Kosten dafür betragen monatlich 40.000 Euro. Der Mann war aufgrund wiederholter Aggressionen und Bedrohungen gegenüber seinen Mitbewohnern in eine Notunterkunft in der Verbandsgemeinde Rüdesheim verlegt worden. Zuvor lebte er mit zwei anderen Männern in einer Wohngemeinschaft. Doch es habe wiederholt Ärger gegeben, sagte Rüdesheims Bürgermeister Markus Lüttger (CDU) dem SWR: "Der junge Mann ist in

der Wohngemeinschaft mit einem Stock auf seine Mitbewohner losgegangen, hat Porzellan kaputt geschlagen und Scheiben eingeworfen."

Seine Taten hätten oft einen religiösen Bezug gehabt, so der Bürgermeister weiter. Er habe seinen Mitbewohnern vorgeworfen, ihren Glauben nicht richtig zu leben und sie nachts geweckt, um sie zum Beten zu bewegen. Weil die Mitbewohner sich bedroht fühlten, wurde der Mann von der Verwaltung in eine Notunterkunft verlegt.

20-Jähriger jetzt im eigenen Container
Doch auch hier blieb sein Verhalten problematisch: "Wir dachten, dort beruhigt sich die Lage, weil er auch betreut wird", so Lüttger. Bewohner und Mitarbeiter der Notunterkunft äußerten aufgrund seines aggressiven Verhaltens Sorgen und Ängste.
Es stellte sich die Frage: Muss der 20-Jährige womöglich in eine Psychiatrie eingewiesen werden? Doch eine Ärztin des Gesundheitsamtes und eine Sozialarbeiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes verneinten dies. Es gebe keine akuten Anhaltspunkte für eine Einweisung und auch kein Gefährdungspotenzial. "Dieses Verhalten macht uns durchaus Sorgen – ohne dass wir wissen, ob von ihm tatsächlich eine konkrete Gefahr ausgeht. Wir haben rechtlich keine Handhabe, ihn einzusperren", sagt Dickes. Also wurde der Mann schließlich in einem eigenen Container untergebracht. Auch beim Essen bleibt er alleine, das Essen werde ihm gebracht.

Als bisher letzte Maßnahme wurde zudem ein privater Sicherheitsdienst engagiert. Zwei Personen bewachen rund um die Uhr den Container. Weil das Ganze monatlich 40.000 Euro koste, setze sich die Landrätin Dickes nun für die Abschiebung des Afghanen ein. Dessen Asylantrag wurde schon längst abgelehnt.

Abschiebungen nach Afghanistan nur im Einzelfall möglich
"Es kann nicht sein, dass nach Gewalttaten von Flüchtlingen immer gefragt wird, warum die Behörden nichts getan haben. Hier wollen wir was tun, und können es nicht. Wir sind ohnmächtig", erklärte Dickes dem SWR.

Sie haben einen Brief im vergangenen November an das rheinland-pfälzische Integrationsministerium geschrieben. Erst Mitte Januar habe sie eine Antwort bekommen. In dem Schreiben des Ministeriums wird Verständnis für den Ärger der Landrätin geäußert. Die Vorfälle seien "in der Tat besorgniserregend", zitiert der SWR das Schreiben. Zuständige Stellen seien nun dabei, notwendige Schritte für eine schnelle Abschiebung einzuleiten.

Das Problem: Rückführungen nach Afghanistan seien grundsätzlich nur im Einzelfall möglich. Zudem hängen sie von Rückführungsflügen ab, die der Bund organisiert. Die rheinland-pfälzische Integrationsministerin, Katharina Binz (Grüne), erklärte dem SWR, dass der Fall die Schwierigkeiten zeige, da es keine diplomatischen Beziehungen mit den Taliban gebe.

Verwendete Quellen:
swr.de: "Bewachung von aggressivem Flüchtling kostet Landkreis 40.000 Euro im Monat"
nahe-news.de: "Ausreisepflichtiger Afghane sorgt für Angst – Monatlicher Sicherheitsdienst für ihn kostet den Kreis 40 000€"

https://www.msn.com/de-at/nachrichten/other/i-kill-you-51-straftaten-in-30-tagen-afrikanischer-intensivt%C3%A4ter-versetzt-l%C3%BCneburg-in-angst/ar-AA1ywhsr?ocid=TobArticle
https://www.focus.de/panorama/welt/i-kill-you-51-straftaten-in-30-tagen-afrikanischer-intensivtaeter-versetzt-niedersachsen-in-angst_id_260698732.html

„I kill you“ - 51 Straftaten in 30 Tagen: Afrikanischer Intensivtäter versetzt Lüneburg in Angst

Artikel von FOCUS Online

Ein 30-Jähriger aus Guinea-Bissau terrorisierte wochenlang Polizei und Bürger in Niedersachsen. Nach 51 Straftaten, darunter Körperverletzung und Bedrohung, sitzt er nun in U-Haft. Am heutigen Donnerstag starten zwei Prozesse.

Ein 30-jähriger Mann aus Guinea-Bissau hat über einen Monat lang Polizei und Bürger in Lüneburg (Niedersachsen) in Atem gehalten. Trotz mehrfacher Festnahmen und kurzzeitiger Gewahrsamnahmen wurde er immer wieder entlassen und setzte seine Straftaten fort – bis schließlich ein Haftrichter Untersuchungshaft anordnete. Die Behörden wissen nicht, wann er ins Land kam, und er hat nie einen Asylantrag gestellt, berichtet die „Bild“.

51 Straftaten in 30 Tagen

Am Donnerstag, den 6. Februar, stehen nun gleich zwei Prozesse gegen den Mann an. Zum einen geht es um seine mögliche Abschiebehaft, zum anderen muss er sich wegen Körperverletzung, Bedrohung und Betrugs in vier Fällen verantworten. Laut „Bild“ ist das jedoch nur ein kleiner Ausschnitt aus seiner langen Liste an Delikten, die insgesamt 51 Straftaten umfasst.

Polizistin erleidet eine Gesichtsprellung sowie mehrere Schürfwunden und Prellungen

Besonders schwer wiegen die Vorfälle Ende Januar. Am 24. Januar attackierte der Mann eine Polizistin nach einem Hausfriedensbruch und einem Betrug. Laut Gerichtssprecher Dr. Bernd Gütschow erlitt die Beamtin eine Gesichtsprellung sowie mehrere Schürfwunden und Prellungen am Körper. Wenige Tage später, am 27. Januar, geriet er in einer Bäckerei in Lüneburg erneut in Konflikt. Als eine Verkäuferin ihn aufforderte, das Geschäft zu verlassen, schlug er ihr mit der Faust ins Gesicht.

„I kill you“ - 30-Jähriger bedroht Beamtin

Doch dabei blieb es nicht: Später kehrte er in die Bäckerei zurück, ging mit erhobener Faust auf die Frau los. Diese wehrte sich mit Pfefferspray, woraufhin der Mann sie am Hals packte, würgte und in die Hand biss. Der Höhepunkt seiner Eskalationen folgte am 2. Februar, als er einer Polizistin mit den Worten „I kill you“ drohte. Er unterstrich diese Drohung mit einer Geste, bei der er das Abschlagen eines Kopfes andeutete.

Danach wurde er in Untersuchungshaft genommen. Die Gerichte rollen die lange Strafakte nun auf.

https://www.focus.de/kultur/kino_tv/bei-hart-aber-fair-klamroth-unterbricht-von-storch-bei-kriminalitaetsstatistik-und-liegt-falsch_id_260692328.html?_sp_pass_consent=true

Hitzige Debatte

Moderator unterbricht von Storch bei Kriminalitätsstatistik - und liegt falsch

Moderator Louis Klamroth fällt Beatrix von Storch ins Wort, als sie am Montag bei „hart aber fair“ das Thema Gruppenvergewaltigungen anspricht. Doch dabei unterläuft ihm ein Fehler.

Moderator Louis Klamroth fiel AfD -Politikerin Beatrix von Storch am Montagabend bei „hart aber fair“ ins Wort, als diese gerade Zahlen zu Gruppenvergewaltigungen nannte. Zuvor waren ARD-Journalistin Isabel Schayani und von Storch beim Thema Abschiebung nach Syrien in Streit geraten. „Ihre Hoffnung, dass Sie die Leute, die seit zehn Jahren hier sind, deren Kinder hier zur Schule gehen, die sich hier auch ein Leben aufgebaut haben, Rubbel die Katz wieder loswerden, hat nicht viel mit der Realität vor Ort zu tun“, warf Schayani der AfDlerin vor.

Von Storch: „Weiß, dass Syrer, Afghanen und Iraker ganz weit vorne sind“

Von Storch wehrte sich, indem sie das Thema Gruppenvergewaltigungen aufgriff. „Ich weiß die Kriminalitätsstatistik und ich weiß, dass die Syrer, die Afghanen und die Iraker insbesondere ganz weit vorne sind. Wir haben zwei Gruppenvergewaltigungen am Tag, wir haben zehn normale Vergewaltigungen am Tag und wir haben 131 Gewaltdelikte pro Tag in den letzten sechs Jahren gehabt im Schnitt durch Zuwanderer. In erster Linie von Syrern, von Afghanen und von Irakis.“

Klamroth: „Müssen Sie akzeptieren, dass ich das für die Zuschauer einordne“

Hier unterbrach Klamroth ihre Aufzählung und wollte von Storch korrigieren. Doch dabei passierte ihm ein Fehler: "Frau von Storch, wenn Sie sowas in den Raum stellen, dann müssen Sie auch akzeptieren, dass ich das noch für die Zuschauer einordne. Sie haben recht, es gibt 761 Vergewaltigung mit mehr als einem Tatverdächtigen – Gruppenvergewaltigungen – also zwei pro Tag im Schnitt. 50 Prozent davon sind auch nicht deutsch, nur woher die kommen, das weiß man nicht. Das können Flüchtlinge sein. Das kann aber auch ein australischer Austauschstudent zum Beispiel sein."

Moderator irrt sich bei Aussage zu Gruppenvergewaltigungen

Klamroth lag falsch. **Denn auf eine Anfrage der AfD-Fraktion im Sommer 2024 hin erfasste die Polizei die Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen – daher weiß man, woher diese kommen. Das Ergebnis: Bei den 761 Fällen von Gruppenvergewaltigungen in 2023 hatten 520 Tatverdächtige einen deutschen Pass. Nur 71 waren Syrer, 49 Afghanen, 43 Iraker. Demnach lag der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen bei 48 Prozent**. Zumindest mit der Behauptung, etwa 50 Prozent davon seien nicht deutsch, hatte Klamroth recht.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/mehrere-st%C3%A4dte-melden-anstieg-bei-gewalttaten-auf-bekannten-pl%C3%A4tzen/ar-AA1yDCd8?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=b68d431c61834e078211992f5fe160b1&ei=78

Mehrere Städte melden Anstieg bei Gewalttaten auf bekannten Plätzen

Berlin (dts Nachrichtenagentur) - Mehrere Städte melden einen Anstieg bei Gewalttaten auf bekannten Plätzen. Das zeigen Polizei-Auswertungen aus Köln, München und Berlin, über die die "Welt am Sonntag" berichtet.

Am Berliner Alexanderplatz hat sich seit 2019 die Zahl der "gefährlichen und schweren Körperverletzungen auf Straßen, Wegen oder Plätzen" beinahe verdoppelt. 2019 waren es 112 solcher Fälle, 2024 dann 209. Auffällig ist dabei: Die Fälle mit mindestens einem Tatverdächtigen, also Straftaten aus einer Gruppe heraus, sind um mehr als 100 Prozent gestiegen. Tatverdächtige sind hier neben Deutschen vor allem Syrer und Afghanen (Stand: Oktober 2024). Die Daten stammen aus der polizeilichen Eingangsstatistik des Landes Berlin.

Am Wiener Platz im rechtsrheinischen Köln-Mülheim ist die Zahl der gefährlichen Körperverletzungen in den letzten vier Jahren um über 60 Prozent gestiegen, einfache Körperverletzungen legten um 15 Prozent zu. Die Stadt Köln hat die Gegend rund um den Stadtgarten mittlerweile zur permanenten Waffenverbotszone erklärt, die Polizei darf hier nun anlasslos Personen kontrollieren.

Im alten Botanischen Garten nahe dem Münchener Königsplatz ist die Zahl der Straftaten ebenfalls stark gestiegen, von 299 Delikten im Jahr 2019 auf 936 im Berichtsjahr 2023. Aktuellere Zahlen stellt die Münchener Polizei nicht zur Verfügung. Die Zahl der Rauschgiftdelikte wuchs um mehr als das Dreifache, gefährliche Körperverletzungen stiegen um beinahe 600 Prozent. Trauriger Höhepunkt: Im Herbst 2023 verprügelte eine Gruppe Männer einen 57-Jährigen, er verstarb später an seinen schweren Kopfverletzungen.

https://www.aerzteblatt.de/archiv/242654?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427

Messerstichverletzungen an einem Traumazentrum der Maximalversorgung

Inzidenz in den Jahren 2015−2024

Dtsch Arztebl Int 2025; 122: 77-8; DOI: 10.3238/arztebl.m2024.0235

Niemann, Marcel; Sklavounos, Alexander; Mewes, Moritz; Weber, Jerome; Lindner, Tobias; Dziodzio, Tomasz; Schöning, Wenzel; Stöckle, Ulrich; Zhou, Sijia; Maleitzke, Tazio; Jaecker, Vera

In einer im Jahr 2023 veröffentlichten Studie unseres überregionalen Traumazentrums berichteten wir bereits über einen Anstieg der behandelten Messerstichverletzungen von Juli 2015 bis Dezember 2021 (1).

In der Polizeilichen Kriminalstatistik Berlin (PKS) zeigt sich über mehrere Jahre hinweg ein ähnliches Bild. Im Jahr 2023 wurden 8,6 % mehr Körperverletzungen erfasst als im Vorjahr. Dabei ist insbesondere die Zahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungen im öffentlichen Raum mit 17,5 % sowie die Verwendung von Messern als Tatwaffe mit 5 % signifikant angestiegen (2). Die Dunkelziffer dieser Verletzungen ist unklar, da keine Meldepflicht für Messerstichverletzungen durch die behandelnden Gesundheitseinrichtungen besteht.

Aufgrund unserer Beobachtungen im laufenden Behandlungsjahr 2024 soll in dieser Arbeit ein Überblick über eine deutliche Zunahme der in unserem Zentrum behandelten Messerstichverletzungen gegeben werden.

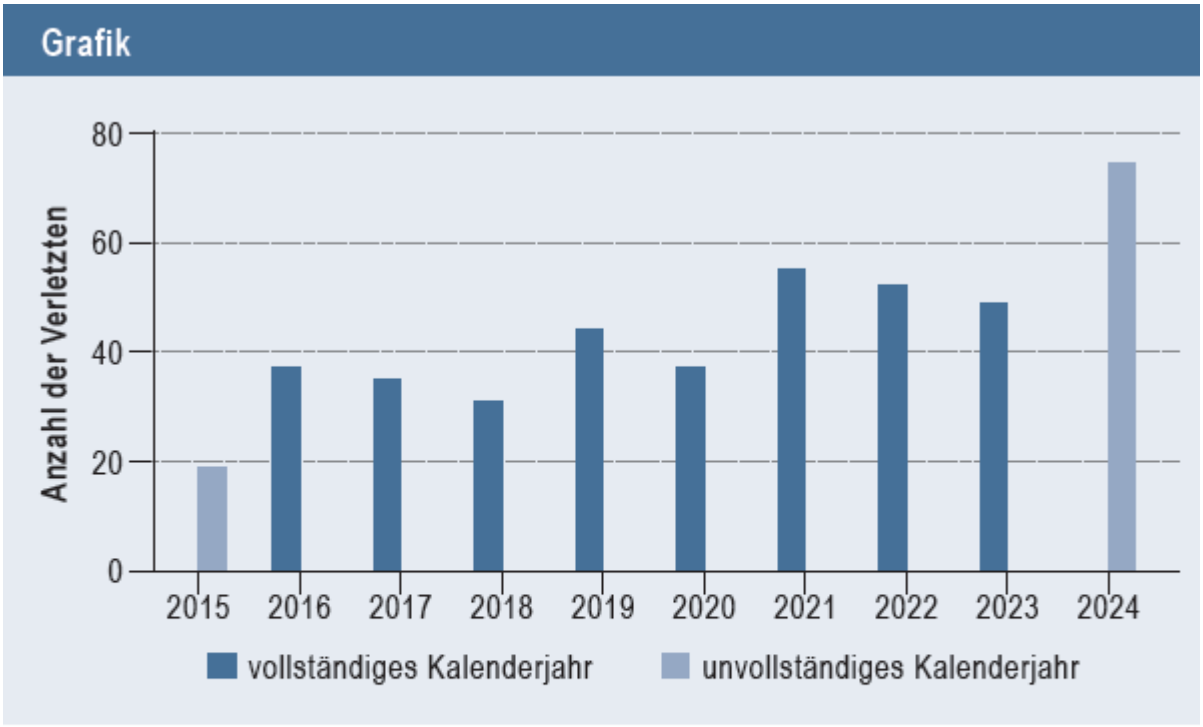
Methoden

Für die Durchführung der vorliegenden Studie liegt ein positives Votum der Ethikkommission der Charité – Universitätsmedizin Berlin vor. Eingeschlossen wurden alle Verletzten, die seit Beginn der systematischen Dokumentation am 01.07.2015 bis einschließlich 30.09.2024 aufgrund einer Messerstichverletzung über die Notaufnahme des Campus Virchow-Klinikums der Charité – Universitätsmedizin Berlin aufgenommen wurden. Es wurden nur Verletzungen berücksichtigt, die eine über die allgemein- und notfallmedizinische Grundversorgung hinausgehende Behandlungsintensität (zum Beispiel ambulante Versorgung von kutanen und subkutanen Wunden) erforderten und dem unfallchirurgischen Facharztdienst vorgestellt wurden. Plausibel nachvollziehbare akzidentielle Verletzungen wurden ausgeschlossen. Die Daten der Verletzten wurden im Sinne eines retrospektiven Chart-Reviews ausgewertet (SAP ERP 6.0 EHP4, SAP AG, Walldorf, Deutschland). Die deskriptive Aufbereitung sowie die grafische Darstellung erfolgte mit GraphPad Prism (GraphPad Prism 10 für Mac OS, Version 10.2.3, GraphPad Holdings, LLC, San Diego, CA, USA). Die Untersuchung des Anstiegs der Inzidenz von Verletzungen wurde mit dem Häufigkeitstrendtest nach Pfanzagl durchgeführt.

Ergebnisse

Im Untersuchungszeitraum wurden insgesamt 433 Messerstichverletzungen erfasst. Wie bereits publiziert (1) zeigte die Verletzungsinzidenz in den Jahren 2015–2020 mit 19–44 Messerstichverletzungen einen leichten Aufwärtstrend. Ein erster deutlicher Anstieg war im Jahr 2021 zu verzeichnen (1), als 55 Messerstichverletzungen behandelt wurden. In den Jahren 2022 und 2023 blieb die Inzidenz auf einem konstant hohen Niveau und stieg im Jahr 2024 noch einmal merklich an, ohne dass Veränderungen in der Zuweisungspraxis der Rettungsdienste oder in der Sozialstruktur bekannt sind. In den Monaten Januar bis September 2024 wurden bereits 74 Messerstichverletzte an unserem Zentrum behandelt. Die Zunahme der Verletztenzahlen im Beobachtungszeitraum war signifikant ($p < 0,01$). Die Grafik zeigt die Verteilung der jährlichen Verletzungshäufigkeit von 2015–2024.

Grafik



Anzahl der zwischen 2015 und 2024 am Campus Virchow-Klinikum der Charité – Universitätsmedizin Berlin infolge einer Messerstichverletzung behandelten Patientinnen und Patienten. Es zeigt sich eine deutliche Zunahme dieser Verletzungsentität über die Jahre hinweg mit einem merklichen Anstieg in 2024. In 2015 sind lediglich die Quartale Q3 und Q4 erfasst, in 2024 die Quartale Q1, Q2 und Q3.

Grafik

Anzahl der zwischen 2015 und 2024 am Campus Virchow-Klinikum der Charité – Universitätsmedizin Berlin infolge einer Messerstichverletzung behandelten Patientinnen und Patienten.

Bild vergrößern Alle Bilder

Die meisten Verletzten (im Mittel 55 %) kamen nachts (20:00–08:00 Uhr) ins Krankenhaus, während sich 45 % tagsüber (08:00–20:00 Uhr) vorstellten. Die thorakoabdominalen Verletzungen stehen über die Jahre hinweg im Vordergrund. Im Jahr 2024 entfielen 46 % aller Verletzungen auf diese Region, 33 % auf die Extremitäten und jeweils knapp 11 % auf die Kopf- und Halsregion. Die Tabelle zeigt die soziodemografischen Charakteristika der behandelten Verletzten.

Tabelle

Soziodemografische Charakteristika der Verletzten

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024*1
Alter [Jahre]	35,6 ± 14,7	33,3 ± 15,7	36,1 ± 16,1	33,5 ± 12,6	35,3 ± 15,3	33,8 ± 15,9	34,9 ± 13,5	34,7 ± 13,8	35,7 ± 16,5	38,1 ± 16,1
Männer	89,5 %	86,5 %	91,4 %	87,1 %	93,2 %	91,9 %	94,6 %	94,6 %	88,9 %	90,9 %
Verletzung*2	47,4 %	56,8 %	54,3 %	58,1 %	45,5 %	48,7 %	67,3 %	42,3 %	46,9 %	75,7 %
Selbstverletzung	5,3 %	21,6 %	25,8 %	20,0 %	18,2 %	21,6 %	18,2 %	17,7 %	12,5 %	18,3 %
ISS*3	12,5 ± 10,2	7,6 ± 8,8	7,9 ± 6,2	7,2 ± 8,2	7,4 ± 5,8	7,6 ± 4,8	9,4 ± 7,4	8,5 ± 6,8	12,8 ± 16,4	6,6 ± 13,1
Mortalität	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	2,7 %	3,6 %	0 %	4,1 %	2,7 %
Hospitalisierung	94,7 %	94,6 %	97,1 %	93,6 %	95,5 %	97,3 %	89,1 %	86,5 %	93,6 %	89,2 %
Dauer [Tage]	7,8 ± 6,9	6,3 ± 7,3	5,7 ± 4,1	5,5 ± 6,7	6,5 ± 5,8	5,5 ± 4,6	5,7 ± 3,4	6,5 ± 4,4	9,1 ± 19,7	6,6 ± 9,5

Die Darstellung der jährlichen Angaben zum Alter, der Verletzungsschwere und der Hospitalisierungsdauer erfolgt im Format Mittelwert ± Standardabweichung.
*1 Das Jahr 2024 ist zum Publikationszeitraum nicht abgeschlossen, es wurden lediglich Verletzungen zwischen 01.01.2024 und 31.09.2024 erfasst.
*2 im Sommer (April bis September); *3 ISS, Injury Severity Score (Verletzungsschwere)

Tabelle

Soziodemografische Charakteristika der Verletzten

Bild vergrößern Alle Bilder

Alle im Untersuchungszeitraum Verstorbenen waren bereits beim Eintreffen des Rettungsdienstes kreislaufinstabil oder ohne messbare Herzaktion und wurden unter laufender Reanimation in unser Haus transportiert. Während bei einem Patienten eine prähospitale Notfallthorakotomie durchgeführt wurde, erfolgte bei den anderen 5 Verletzten eine Notfallthorakotomie und je nach Befund eine Laparotomie im Rahmen der Schockraumversorgung. Eine Person überlebte die Schockraumphase, verstarb jedoch im weiteren Verlauf an einem ischämisch-hypoxischen Hirnschaden. Die übrigen 5 Verstorbenen überlebten die Schockraumphase nicht. Verletzte, die nicht erst in extremis den Schockraum erreichten und einer operativen Versorgung bedurften, wurden immer interdisziplinär operativ versorgt.

Diskussion und Schlussfolgerung

Im untersuchten Zeitraum 2015–2024 wurde ein signifikanter Anstieg der behandlungsbedürftigen Messerstichverletzungen am Studienzentrum beobachtet. Diese Beobachtung steht trotz ihrer Einschränkungen hinsichtlich des Dunkelfeldes und der Erfassungssystematik im Einklang mit dem in der PKS abgebildeten Hellfeld. Während diese Verletzungsätiologie außereuropäisch bereits seit Jahren bekannt ist (3), wurde sie innereuropäisch insbesondere aus dem Vereinigten Königreich berichtet (4). Unsere Daten bestätigen erstmals eine vergleichbare Zunahme penetrierender Verletzungen in einem Traumazentrum der Maximalversorgung in Berlin. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich jedoch weder die Ursachen dieser Entwicklung noch die Konsequenzen für die Gesellschaft, das Gesundheitssystem und die beteiligten Berufsgruppen (5) abschließend beurteilen.

Limitierend ist anzumerken, dass die vorliegenden Daten nicht für die positive Bevölkerungsentwicklung in Berlin adjustiert wurden. Zudem erfolgte die Datenerhebung retrospektiv und monozentrisch. Schließlich sind zwar die Handlungsanweisungen der Berliner Feuerwehr öffentlich einsehbar, nicht jedoch die Empfehlungen zur Zuweisungsstrategie. Offiziell sind uns jedoch keine Änderungen der Empfehlungen zur Zuweisungsstrategie bekannt, die eine Fallzahldynamik beeinflussen würden.

Marcel Niemann*, Alexander Sklavounos*, Moritz Mewes, Jerome Weber, Tobias Lindner, Tomasz Dziodzio, Wenzel Schöning, Ulrich Stöckle, Sijia Zhou, Tazio Maleitzke, Vera Jaecker

*Die Autoren teilen sich die Erstautorenschaft.

Interessenkonflikt
Die Autorinnen und die Autoren erklären, dass kein Interessenkonflikt besteht.

Manuskriptdaten
eingereicht: 09.08.2024, revidierte Fassung angenommen: 30.10.2024

Zitierweise
Niemann M, Sklavounos A, Mewes M, Weber J, Lindner T, Dziodzio T, Schöning W, Stöckle U, Zhou S, Maleitzke T, Jaecker V: Stab wounds at a maximal-care trauma center—incidence from 2015 to 2024. Dtsch Arztebl Int 2025; 122: 77–8. DOI: 10.3238/arztebl.m2024.0235

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/als-sportveranstaltung-getarntes-mutma%C3%9Fliches-islamistentreffen-in-hamburg-beendet/ar-AA1yHfdH?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=f81e4c91a3814df4b318fee8f98ba000&ei=35

Als Sportveranstaltung getarntes mutmaßliches Islamistentreffen in Hamburg beendet

Artikel von AFP

In Hamburg haben die Behörden eine als Sportveranstaltung getarnte Versammlung mutmaßlicher Islamisten mit mehr als 250 Teilnehmern aufgelöst. Wie die Polizei am Sonntag mitteilte, wurde sie am Samstagabend von einem Bezirksamt um Amtshilfe gebeten, nachdem sich Hinweise auf eine zweckentfremdende Nutzung einer öffentlichen Sporthalle ergaben. Es kam zu einem Großeinsatz von Landes- und Bundespolizei, bei dem Personalien von rund 270 Männern feststellt wurden.

"Aufgrund der festgestellten Personenzusammenhänge liegt eine islamistisch geprägte Ausrichtung der Veranstaltung nahe", erklärte die Polizei in der Hansestadt. Der Staatsschutz prüfe, ob strafrechtlich relevantes Handeln vorliegen könnte. Die Angetroffenen seien später wieder entlassen worden.

Der Vorfall ereignete sich demnach im Stadtteil Bergedorf. Laut Beamten waren in einer angrenzenden kleinen Halle "nur wenige Kinder im kleinen Umfang" mit Sport beschäftigt. In der Haupthalle lief "dem Eindruck nach eine Diskussion- und Vortragsveranstaltung". Mitarbeitende des zuständigen Bezirksamts hätten die Veranstaltung aufgrund der offensichtlich falschen Anmeldung und des entsprechenden Verstoßes gegen den Mietvertrag beendet.

In der Halle fanden Einsatzkräfte bei der Begehung nach eigenen Angaben auch mehrere Messer. Anwesenden konnten diese aber nicht zugeordnet werden.

https://www.focus.de/panorama/was-wir-ueber-den-taeter-wissen-anhaltspunkte-fuer-extremistischen-hintergrund_db857532-8f3c-4dbd-80b1-f519b7760699.html

Afghane raste in Menschenmenge

Seit 2016 in Deutschland und polizeibekannt: Was wir über den Täter von München wissen

- Thomas Sabin

Donnerstag, 13.02.2025, 16:21

Ein junger Afghane rast mit einem Mini-Cooper in eine Menschenmenge bei einer Verdi-Demonstration in München und verletzt 28 Menschen schwer. Der Mann, ein abgelehnter Asylbewerber, wurde noch am Tatort festgenommen. Was wir über den Täter wissen.

In München ist Farhad N., ein junger Afghane, mit einem Fahrzeug in eine Gruppe von Menschen gefahren. Mehrere Personen erlitten schwere, teils lebensbedrohliche Verletzungen. Die Hintergründe des Geschehens sind derzeit noch nicht vollständig geklärt.

Der Fahrer des Fahrzeugs ist 24 Jahre alt und nach Angaben des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann (CSU) ein abgelehnter Asylbewerber. Er sei ursprünglich als Asylsuchender nach Deutschland gekommen, sein Antrag jedoch offenbar nicht bewilligt

worden. Gleichzeitig habe festgestellt werden können, dass eine Abschiebung derzeit nicht möglich sei, weshalb er sich weiterhin im Land aufhalten durfte.

„Nach bisherigen Erkenntnissen ist er in der Vergangenheit durch Verstöße im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln und Ladendiebstählen aufgefallen. Hinweise auf eine vorherige Gewalttätigkeit gibt es nach aktuellem Ermittlungsstand jedoch nicht“, erklärte Herrmann. Die Ermittlungen würden jedoch fortlaufend geprüft.

Täter steuerte Fahrzeug an einem Polizeiwagen vorbei

Nach Angaben der Polizei fuhr der Mann mit seinem Wagen an einem Polizeiauto vorbei in eine Menschenmenge, die an einer Demonstration der Gewerkschaft Verdi teilnahm. Mindestens 28 Menschen wurden verletzt. Darunter sind nach Angaben der Münchner Feuerwehr zehn Schwerstverletzte und elf Schwerverletzte. Über mögliche Tote konnten die Einsatzkräfte noch keine Angaben machen.

Das Auto, ein weißer Mini-Cooper, kam den Angaben zufolge von hinten und fuhr zunächst hinter einem Schlussfahrzeug der Polizei, das die Demonstration begleitete. Dann habe es beschleunigt und sei in die Menschengruppe gefahren. Auf das Fahrzeug sei ein Schuss abgegeben worden, vermutlich um es zu stoppen, berichtet der „Spiegel“.

„Anhaltspunkte für extremistischen Hintergrund“

Die Münchner Generalstaatsanwaltschaft hat die Ermittlungen übernommen. Es gebe „Anhaltspunkte für einen extremistischen Hintergrund“, sagte ein Sprecher dem „Spiegel“. Das Verfahren werde von der bei der Generalstaatsanwaltschaft angesiedelten Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus geführt.

N. konnte nach Polizeiangaben noch am Tatort festgenommen werden. Medienberichten zufolge stammt er aus Kabul und wurde dort 2001 geboren. Ende 2016 soll er nach Deutschland gekommen sein nachdem er zuvor in Italien registriert worden war. Ein Rückführungsverfahren nach der Dublin-Verordnung sei jedoch nicht eingeleitet worden, da er als unbegleiteter Minderjähriger galt. Sein Asylantrag sei schließlich 2017 abgelehnt und die Entscheidung 2020 gerichtlich bestätigt worden.

N. habe eine sogenannte Duldung erhalten, die eine Abschiebung aussetzt. Zuletzt sei er in München gemeldet gewesen. Laut Deutscher Presseagentur lebte er im Stadtteil Solln. Nach Angaben der Behörden war er unter anderem wegen Drogendelikten polizeibekannt. Außerdem soll er zu Sicherheitsgesprächen mit den Behörden vorgeladen worden sein.

N. soll vor Tat mutmaßlich islamistische Botschaften gepostet haben

Nach Informationen des „Spiegel“ soll N. vor der Tat mutmaßlich islamistische Postings abgesetzt haben. Einem Bericht der „Welt“ zufolge habe N. in Posts in sozialen Medien einen säkularen Lebensstil erkennen lassen. Immer wieder habe er aber auch Bezüge zum Islam gepostet, darunter ein Emoji mit der sogenannten Tauhid-Geste, dem bei Islamisten beliebten ausgestreckten Zeigefinger.

Nach der Tat und seiner Festnahme wurde N. in einem Krankenhaus untersucht. Was genau ihn zu der Todesfahrt veranlasste, ist nach derzeitigem Ermittlungsstand noch unklar.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder bezeichnete die Tat als möglichen Anschlag. Herrmann äußerte zudem Kritik daran, dass seit Jahren keine Abschiebungen nach Afghanistan erfolgt seien – trotz seiner wiederholten Forderungen. Die Bundesregierung habe bisher lediglich in einem einzigen Fall die Abschiebung von schwersten Straftätern veranlasst.

Generell sei in Berlin die Position vertreten worden, dass eine Rückführung nach Afghanistan nicht infrage komme. Dies habe dazu geführt, dass Tausende abgelehnte afghanische Asylbewerber nicht abgeschoben werden konnten, während anderen Antragstellern der Schutzstatus gewährt worden sei.

https://www.nius.de/schuler!-fragen,-was-ist/news/kabarettistin-monika-gruber-wir-sind-nicht-die-freiland-psychiatrie-fuer-den-ganzen-nahen-osten/b8e85d0d-9cfa-46f0-bd98-29b3f6b7032a

Schuler! Fragen, was ist
Kabarettistin Monika Gruber: „Wir sind nicht die Freiland-Psychiatrie für den ganzen Nahen Osten“
Kabarettistin Monika Gruber zu Gast bei „Schuler! Fragen, was ist“

21.02.2025 - 06:14 Uhr
Ralf Schuler
Mehr Ehrlichkeit und Klarheit in der Migrationsdebatte! Immer wieder drängt sich dieses Thema im Gespräch mit Kabarettistin Monika Gruber bei „Schuler! Fragen, was ist“ in den Vordergrund.

Es sei ja nachvollziehbar, dass es traumatisierte Menschen aus Kriegsgebieten gebe, sagt Gruber. „Aber wir sind hier weder Unicef, noch sind wir die Freilandpsychiatrie für den ganzen Nahen Osten. Ich kann mich noch sehr gut an den Jugoslawienkrieg erinnern. Da kamen viele Menschen zu uns nach dem Krieg, die schwerst traumatisiert waren und schlimmste Dinge erlebt hatten.“
Rund 400.000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen zwischen 1991 und 1995 nach Deutschland. „Wir erinnern uns alle an die Geschichten, die die Menschen erzählt haben. Trotzdem gab es danach so was nicht. Es gab keine Autos, die in

Menschenmengen gefahren sind auf dem Christkindlmarkt. Es gab keine Übergriffe in Schwimmbädern, und wir brauchten dann auch keine Security. Es gab keine Gruppenvergewaltigungen, zwei davon am Tag. Es ist ja immer dasselbe Täterprofil. Wie vernagelt muss ich sein, um das nicht sehen zu wollen! Das ist diese Pippi-Langstrumpf-Mentalität: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt, und im Zweifel muss die Realität dann der Ideologie angepasst werden.“
Politisch sei diese Entwicklung gefährlich, sagt Monika Gruber. „Das geht schief, weil es nur eine Minderheit ist, die das unbedingt so haben und die Realität ausblenden möchte.“

„Wenn die nächste Regierung die Probleme nicht anpackt, sterben die nächsten unschuldigen Menschen“
Es sind vor allem Unehrlichkeit und Weltfremdheit beim Umgang mit Migration, was Gruber aufregt. „Zu sagen, das ist dieser lange, triste deutsche Winter, der Leute zu solchen Taten treibt, wie es neulich eine Influencerin getan hat“, sei doch völlig aus der Welt, sagt sie. Botschaft: „Man kann das dann schon verstehen, gerade in einer Großstadt wie Berlin oder auch in München, dass einem die Sicherungen durchbrennen und man mit einem Auto in eine Menge fährt ...“

Die Die Probleme müssen beim Namen genannt werden, fordert Monika Gruber.

Gruber hat kein Verständnis für das Wegducken der Politik vor den entscheidenden Debatten: „Das Thema ist, dass wir über Dinge sprechen müssen, die hier schieflaufen. Wenn wir die Dinge nicht benennen als das, was sie sind, dann kriegen wir ein Problem. Und wenn die neue Regierung dann in Zukunft diese Probleme nicht irgendwie anpackt und lösen wird, dann werden die Probleme immer größer werden. Dann kommen die nächsten Anschläge, sterben die nächsten unschuldigen Menschen.“

Das ganze Interview mit Monika Gruber finden Sie
https://www.nius.de/episodes/kabarettistin-monika-gruber-ueber-die-bundestagswahl-was-der-waehler-moechte-ist-eigentlich-den-politikern-egal/3046c778-9ef9-44ab-8b1f-56e73a5cc2ad

https://www.nius.de/gesellschaft/news/villach-kaernten-oesterreich-tiktok-ahmad-g-messerangreifer-gott-gnaedig-allahu-akbar/35c54b09-cdfb-40c5-b24d-67523e8d39fe

„Möge Gott ihm gnädig sein“: Islamisten auf TikTok feiern Messerangreifer von Villach
20.02.2025 - 16:47 Uhr
Author icon
Redaktion
Als am vergangenen Samstag ein 14-Jähriger in Villach in Kärnten erstochen wurde, standen zwei Syrer im medialen Fokus: Der 23-jährige Ahmad G., der Täter, stach wahllos auf Passanten ein. Unmittelbar nach der Tat reckte der Asylbewerber den Tauhid-Finger in die Luft und grinste in die Kamera, das Bild ging viral. Ein zweiter Syrer wurde bei dem Vorfall jedoch zum Helden: Der 42-

jährige Alaaeddin Alhalabi verhinderte Schlimmeres, indem er den Angreifer mit einem Pkw außer Gefecht setzte.

Eigentlich sollten die Wahrnehmungen vor diesem Hintergrund also klar definiert sein: Dschihadismus und Zivilcourage, Täter und Retter, Verbrecher und Held. Doch in Teilen scheinen sich die Rollen der beiden syrischen Protagonisten zu vertauschen. Während der Held, Alhalabi, sich Anfeindungen ausgesetzt sieht, wird der syrische Killer, Ahmad G., der sich mit Online-Propaganda des „Islamischen Staates" radikalisiert haben soll, zum Helden.

Doch von vorne: Nach seiner kühnen Rettungstat wurde Alhalabi zum medial gefragten Mann. Er gab der Krone oder dem ORF Interviews, wo er klarstellte, dass sein Landsmann nicht repräsentativ für die syrische Community sei – „so sind wir Syrer nicht". Viele bezeichneten ihn als „Helden von Villach". Im Rahmen der medialen Anfragen wurde Alhalabi auch von einem arabischen Fernsehsender interviewt – mit negativen Konsequenzen, wie ORF berichtet:
In dem Bericht heißt es, dass der Syrer sich jetzt nicht mehr an die Öffentlichkeit traue, weil er bedroht werde. Grund seien Reaktionen auf besagtes arabisches Interview, in denen er von der eigenen Community sinngemäß als Abtrünniger und Verräter bezeichnet wird. Das berichtet ein Freund von ihm, der anonym bleiben möchte. Wie Oe24 berichtet, habe Alhalabi „Angst um seine Kinder".

„Hören Sie sich das Lachen derer an, die gegangen sind"
Ganz anders die Reaktion auf Ahmad G. in den sozialen Medien. Dieser erfährt in manchen arabischen Kreisen regelrecht Ruhm auf TikTok – und wird von arabischsprachigen Usern als Held betitelt. Zuerst hatte der X-User und Fotograf „Esterreicherr" darauf aufmerksam gemacht.

An dieser Stelle finden Sie einen externen Inhalt von Twitter, der den Artikel ergänzt und von der Redaktion empfohlen wird. Sie können ihn sich mit einem Klick anzeigen lassen und wieder ausblenden.

So kursieren mehrere TikTok-Videos, auf denen der Messerangreifer, der 2020 versuchte, nach Deutschland einzureisen, in seiner Grinsepose abgebildet ist, darunter läuft heroische Märtyrer-Musik. Betitelt sind die Videos mit Aussagen wie „Er wurde von einem Auto angefahren und stürzte zu Boden“, dahinter ein gebrochenes Herz. In einem anderen Clip heißt der Titel: „Hören Sie sich das Lachen derer an, die gegangen sind“. Mitleid, Skrupel, Trauer? Fehlanzeige.

Unter den glorifizierenden Videos finden sich zahlreiche Kommentare wie: „Ich bete für Gott, deine Gefangenschaft zu durchbrechen“, „Allahu Akbar! Möge Gott uns segnen“, „Möge Gott ihm gnädig sein“. Der User, der mindestens zwei dieser Videos verbreitet hat, ist der Content Creator mit dem Usernamen al3rbad. Er schreibt passenderweise unter einem Kommentar als Antwort: „Sie verstehen nicht, dass Deutschland und der Westen in einem Kreuzzug in Raqqa, Mosul und Sirte Städte über unseren Köpfen zerstört haben.“ Eindeutiger kann man den bewaffneten Djihad, den Kampf gegen Europäer, nicht rechtfertigen.

Immerhin zeigen sich vereinzelt Personen in den TikTok-Spalten, die Unverständnis äußern. Mitunter fällt dieses Unverständnis in der Wortwahl derbe aus: „Was sind das für hurensohn Kommentare“, schreibt einer. Ein anderer User schreibt hellsichtig: „Bitte diese Seite beobachten und all die Kommentare. Ich hoffe, der Verfassungsschutz sieht das auch.“

https://www.nius.de/kriminalitaet/news/straftaten-in-deutschland-auf-1000-deutsche-kommen-sechs-verurteilungen-auf-1000-auslaender-kommen-21-verurteilungen/92872f9c-a480-4494-ad85-51395fafa0a9

Straftaten in Deutschland: Auf 1000 Deutsche kommen sechs Verurteilungen, auf 1000 Ausländer kommen 21 Verurteilungen

21.02.2025 - 11:06 Uhr

Redaktion

Eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts zum Thema „Verurteilte Straftäter“ hat brisante Zahlen parat: Mehr als jeder dritte Verurteilte ist Ausländer!

Auf 1000 Deutsche kommen sechs Verurteilungen, auf 1000 Ausländer kommen 21 Verurteilungen – das geht aus den neuen Zahlen hervor, die der Bundestagsabgeordnete René Springer (45, AfD) vom Statistischen Bundesamt erhielt. Zuerst hatte die Bild-Zeitung darüber berichtet.

Zum Vergleich: Im Jahr 2013 war nur knapp jeder vierte Verurteilte ohne deutschen Pass. Zehn Jahre später zeigen die Behördenzahlen ein anderes Bild: Von 656.901 Verurteilungen entfielen 39 Prozent an Ausländer. Zum Vergleich: Im Jahr 2013 lag bei insgesamt 755.938 Verurteilungen der Ausländeranteil bei 24 Prozent (185.042 Urteile).

Das bedeutet: Innerhalb von zehn Jahren gingen die Zahl verurteilter Deutscher um 170.000 zurück – im Gegensatz dazu wurden 71.000 mehr Urteile gegen Ausländer ausgesprochen.

Täter-Verhältnis unter Ausländern deutlich erhöht

Ab 14 Jahren gilt man in Deutschland als strafmündig. Setzt man die Verurteilungen ins Verhältnis zu den Proportionen in der Bevölkerung, wird eine Diskrepanz noch deutlicher:

Auf 71.347.057 strafmündige Deutsche entfielen im Jahr 2023 401.232 Verurteilungen. Damit wurden auf 1000 Deutsche genau sechs Urteile gesprochen.
Auf 12.053.510 strafmündige Ausländer entfielen im gleichen Jahr 255.669 Verurteilungen. Damit fallen auf 1000 Ausländer etwa 21 Urteile. Mehr als dreimal so viel!

Gegenüber der Bild-Zeitung sagt der AfD-Politiker René Springer (45): Diese Entwicklung sei „das direkte Resultat einer völlig gescheiterten Einwanderungspolitik“. Er fordert ein „Ende der unkontrollierten Migration“ sowie mehr „Schutz unserer Bürger vor importierter Kriminalität“.

https://www.focus.de/panorama/welt/messer-attacke-am-holocaust-mahnmal-syrer-19-wollte-juden-toeten-und-war-polizeibekannt-jetzt-gibt-es-neue-details_id_260742728.html

Messer-Attacke am Holocaust-MahnmalPolizeibekannter Syrer (19) wollte Juden töten - jetzt sitzt er in U-Haft

Sonntag, 23.02.2025, 13:40

Am Holocaust-Mahnmal im Berliner Stadtbezirk Mitte hat sich am Freitagabend ein Messerangriff ereignet. Dabei wurde ein Tourist aus Spanien schwer verletzt. Der Verdächtige ist ein 19-jähriger Syrer, erste Hinweise deuten auf ein antisemitisches Motiv hin.

Am Samstagmorgen wurde mehr über den mutmaßlichen Täter bekannt. Der 19-Jährige war vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt und nicht ausreisepflichtig. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur lebte er in einer Gemeinschaftsunterkunft in Leipzig. Er kam als 17-Jähriger als unbegleiteter Jugendlicher nach Deutschland, im Juli 2023 stellte er Antrag auf Asyl.

Angreifer sitzt in Untersuchungshaft

Der mutmaßliche Angreifer wurde nur wenige Stunden danach im Umfeld des Mahnmals festgenommen. Während der Polizeimaßnahmen am Tatort lief der Mann den Angaben zufolge auf die Beamten zu. Ihnen fielen seine blutverschmierten Hände und die Hose auf. Daraufhin nahmen sie den Mann fest. Er habe bei der Festnahme einen klaren Eindruck gemacht, hieß es. „Ob eine psychische Erkrankung vorliegt, ist Gegenstand der Ermittlungen", teilte die Staatsanwaltschaft mit.

Der Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung und versuchten Mordes gegen den Angreifer wurde am Abend erlassen und in Vollzug gesetzt. Der 19-Jährige befindet sich nun in Untersuchungshaft.

Attacke am Berliner Holocaust-Mahnmal - Hinweise auf antisemitisches Motiv

Nach Information des „stern" gab es am Samstagvormittag erste Hinweise darauf, dass ein antisemitisches Motiv hinter der Attacke steckt. Unter Berufung auf Sicherheitskreise berichtet das Magazin, das der 19-Jährige bei seiner Vernehmung angegeben habe, dass er Juden töten wollte. Grund sei der Nahostkonflikt. Im Rucksack des Verdächtigen fanden die Ermittler demnach einen Koran, ein Gebetsteppich und ein Jagdmesser, bei dem es sich mutmaßlich um die Tatwaffe handeln soll. Verbindungen zu islamistischen Organisationen gebe es bislang nicht.

Der Mann ist der sächsischen Polizei wegen verschiedener Straftaten bekannt gewesen. Er sei jedoch kein Mehrfach- oder Intensivstraftäter, teilte das sächsische Innenministerium mit. Der Mann sei 2023 eingereist und habe seitdem im Freistaat gelebt.

19-jähriger Syrer war polizeibekannt

Der 19-Jährige sei in Sachsen polizeibekannt gewesen „mit einfachen Straftaten der allgemeinen Kriminalität". Er sei jedoch kein Mehrfach- oder Intensivstraftäter. Einen „Staatsschutzbezug" - also einen politischen Hintergrund - habe es bei diesen Taten nicht gegeben.

Das Opfer ist ein 30 Jahre alter Tourist aus Spanien. Er ist in einem stabilen Zustand und nicht lebensgefährlich verletzt, sagte eine Polizeisprecherin.

Das Holocaust-Denkmal des Architekten Peter Eisenman war im Mai 2005 der Öffentlichkeit übergeben worden. Mit dem Stelenfeld und einem unterirdischen Informationsort wird in der Hauptstadt nahe dem Brandenburger Tor an die rund sechs Millionen ermordeter Juden unter der Herrschaft des Nationalsozialismus erinnert.

flr/mmo/dpa

https://www.n-tv.de/panorama/Ein-Toter-bei-Messerattacke-auf-Markt-im-Elsass-article25581951.html
Täter stand auf Terrorliste
22.02.2025, 18:25 Uhr

Im Osten Frankreichs kommt es auf einem Markt zu einem Messerangriff. Ein Mensch stirbt, zwei weitere werden verletzt. Kurzzeitig gelingt dem Täter die Flucht, doch dann fasst ihn die Polizei. Dabei werden zwei Beamte schwer verletzt.

Ein Mann hat mehrere Menschen auf einem Marktplatz im Elsass angegriffen. Ein 69-jähriger Portugiese, der einschritt, wurde von dem Mann ebenfalls angegriffen und tödlich verletzt. Zwei weitere Personen seien bei dem Angriff in Mulhouse verletzt worden, einer von ihnen schwer, sagte ein Polizeisprecher. Der mutmaßliche Täter wurde kurz nach der Attacke in der Innenstadt festgenommen. Vermutlich habe er die Menschen am Nachmittag mit einem Messer angegriffen, hieß es von der Polizei.

Der Täter habe am Rande einer Solidaritäts-Demonstration für die Demokratische Republik Kongo auf dem Markt gegen 15.40 Uhr mehrere Polizisten angegriffen und dabei "Allahu Akbar" (etwa "Gott ist am größten" auf Arabisch) gerufen. Drei Beamte seien bei der Festnahme verletzt worden, zwei von ihnen schwer. Den Angaben eines Staatsanwalts gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP zufolge wurde ein Polizist "an der Halsschlagader", der andere "im Brustkorb" verwundet, berichtete die Lokalzeitung "L'Alsace". Beide Männer befinden sich in ärztlicher Behandlung.

Der Staatsanwalt sagte zudem, dass der 37 Jahre alte Täter in einer Kartei zur Terrorismusprävention gelistet sei. Eine spezielle Anti-Terror-Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen Tötung und versuchter Tötung mit Terrorbezug. Aus Gewerkschaftskreisen hieß es, der gebürtige Algerier sei ausreisepflichtig gewesen und habe unter behördlicher Kontrolle gestanden. Nähere Angaben zum Messerangreifer machte der Sprecher bisher nicht.

Macron: "Islamistischer Terrorakt"
Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bezeichnete den Vorfall "zweifellos" als "einen Akt des islamistischen Terrorismus" und bekundete "die Solidarität der gesamten Nation". "Ich möchte (...) die Entschlossenheit meiner Regierung zum Ausdruck bringen, die Arbeit, die wir seit acht Jahren leisten, fortzusetzen und alles zu tun, um den Terrorismus auf unserem Boden auszurotten."

Michèle Lutz, Bürgermeisterin von Mulhouse, sprach auf Facebook vom "Horror", der "unsere Stadt gerade erfasst". "Derzeit scheint ein terroristischer Hintergrund wahrscheinlich zu sein", schrieb sie weiter. Sie verfolge die weiteren Vorgänge vor Ort und sprach Angehörigen ihr Mitgefühl aus.

Der französische Innenminister Bruno Retailleau will am Abend in die Stadt nahe der Grenze zu Baden-Württemberg reisen und sich ein Bild von der Lage machen. Im Anschluss ist eine Pressekonferenz geplant.

Quelle: ntv.de, mpa/dpa

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/aber-ich-habe-noch-einiges-dazu-zu-sagen-angeklagter-gesteht-im-terrorprozess-in-nizza/ar-AA1zGqxT?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=43191d69e1ec41b3ae61b849bd3c25ff&ei=41

„Aber ich habe noch einiges dazu zu sagen“: Angeklagter gesteht im Terrorprozess in Nizza

Vor gut vier Jahren tötete ein islamistischer Terrorist in Nizza drei Menschen. Er legt nun ein Geständnis ab und versucht, sein Tun zu rechtfertigen.

Im Prozess um einen islamistisch motivierten Dreifachmord in der Basilika von Nizza hat der Angeklagte überraschend ein Geständnis abgelegt. „Ja, ich gestehe die Taten, aber ich habe noch einiges dazu zu sagen“, sagte der 25-jährige Tunesier vor Gericht in Paris, wie die Zeitung „Nice-Matin“ aus dem Verhandlungssaal berichtete.

Dem Angeklagten wird vorgeworfen, in der Kirche in der südfranzösischen Stadt am 29. Oktober 2020 drei Menschen mit einem Messer getötet und sieben weitere schwer verletzt zu haben. Einsatzkräfte schossen den Täter damals nieder. Er überlebte schwer verletzt.

Angeklagter beruft sich erst auf Gedächtnislücke

Zum Prozessbeginn hatte der Angreifer noch vorgegeben, sich an nichts erinnern zu können. In seinem Geständnis brachte er seine Tat nun in Zusammenhang mit Leid, das nach seiner Darstellung Muslimen zugefügt wird. „Sie töten jeden Tag Muslime“, sagte der Angeklagte mit Blick auf die westliche Welt. „Und diese Muslime, die sterben, sind unschuldig. Haben sie nicht auch eine Familie?“, fuhr er fort. „Das ist Ihnen egal, Sie haben kein Mitgefühl, das sind auch Menschen.“

An den Verhandlungstagen vor dem Geständnis hatten Angehörige der Opfer, darunter auch Kinder, von den Folgen der Attacke für ihr Leben berichtet, wobei auch die Richter mit ihren Emotionen rangen. Eine freiwillige Feuerwehrfrau sagte schluchzend aus, wie eine Frau trotz ihrer Hilfe starb und sie noch bat, ihren Kindern zu sagen, dass sie sie liebe.

Angreifer droht lebenslange Haft

Dem wegen Mordes und Mordversuchs mit terroristischem Hintergrund angeklagten Mann droht lebenslange Haft. Der Prozess soll diesen Mittwoch enden.

Den Ermittlungen zufolge war der Angreifer kurz zuvor über Italien nach Frankreich gekommen. Auf seinen Mobiltelefonen wurden Fotos mit Bezug zur Terrormiliz Islamischer Staat (IS) gefunden. In einer Audiodatei bezeichnete der Verdächtige Frankreich als ein „Land der Ungläubigen“. (dpa)

https://www.focus.de/panorama/welt/familien-nur-zum-schein-angemeldet-massiver-kindergeldbetrug-sozialstaat-wird-ausgenutzt-und-abkassiert_42707b77-8d9f-49fd-953a-09d2b29c3444.html

Familien nur zum Schein angemeldet

Massiver Kindergeldbetrug: Sozialstaat wird "ausgenutzt und abkassiert"

Axel Spilcker

Samstag, 01.03.2025, 08:16

Familien, die Kindergeld beziehen, obwohl sie eigentlich keinen Anspruch darauf hätten: Das ist in vielen Regionen offenbar Realität. Der Duisburger OB Sören Link warnt seit Jahren vor dem Problem.

ANZEIGE

Sören Link (SPD) warnt bereits seit Jahren vor dem zunehmenden Sozialleistungs- und Kindergeldbetrug meist durch Familien und Banden aus südosteuropäischen EU-Ländern. **Bereits 2018 hatte der Duisburger Oberbürgermeister die maroden Stadtviertel nebst ihren Schrottimmobilien, in denen zugewanderte Familien teils falschen Arbeitspapieren ausgestattet, staatliche Leistungen wie Zuschüsse für ihre Sprösslingen kassierten, die gar nicht existierten.**

„Wir haben rund 19.000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Duisburg, Sinti und Roma. 2012 hatten wir erst 6000", bekannte der SPD-Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstadt. Link sprach bereits damals ein heikles Thema an, das so gar nicht zur offiziellen Parteilinie passen wollte.

Link sprach von Betrug im großen Stil

Schon seinerzeit machte der Duisburger Sozialdemokrat klar: „Pauschalisierungen helfen nicht weiter, Wegsehen aber auch nicht." Das Stadtoberhaupt gerierte sich einerseits als ein großer Freund der europäischen Freizügigkeit. Aber die Idee, in einem anderen EU-Staat zu arbeiten und Geld zu verdienen, werde ad absurdum geführt, so Link weiter, "**wenn im Windschatten eine Migration stattfindet, um üppige Sozialleistungen abzukassieren".**

Das Problem bringe die Bürger in Rage, die Bundesregierung müsse endlich auf EU-Ebene Reformen durchsetzen. Link sprach von Betrug in großem Stil. Die Bundesregierung alimentierte im Juni 2018 nach eigenen Angaben 268.336 Kinder, die außerhalb von Deutschland in der EU oder im europäischen Wirtschaftsraum lebten. Die meisten ausländischen Kindergeldbezieher waren demnach polnischer Herkunft, gefolgt von Tschechien, Kroatien und Rumänien.

Knapp acht Jahre später hat sich nichts geändert. Link wirkt wie ein Einzelkämpfer, der nicht müde wird, sich gegen den grassierenden Schwindel mit Kindergeld und Sozialleistungen zu stemmen. Im Oktober 2024 erst initiierte der OB eine Großkontrolle in einer der größten Problemobjekte im heruntergekommenen Stadtteil Hochheide.

177.000 Euro gingen an zum Schein angemeldete Familien
Hunderte Kontrolleure von Polizei, Ordnungsamt bis hin zur Familienkasse der Bundesagentur für überprüften die Meldeadressen in dem berüchtigten Hochhaus namens „Weißer Riese". In den 300 Wohneinheiten leben insbesondere Familien aus Südosteuropa. Vier Monate später teilte die Bundesagentur für Arbeit, dass 59 Fällen von -Kindergeldbetrug aufgedeckt worden seien.

Zirka 177.000 Euro seien an Familien für Kinder überwiesen worden, die dort nur zum Schein angemeldet waren, das Geld werde nun zurückgefordert. In jedem Fall seien künftige Zahlungen von 1,2 Millionen Euro gestoppt worden, rechnete die Behörde mit Blick auf den bis zum 18. Lebensjahr bestehenden Anspruch auf Kindergeld vor.

OB Link sah sich bestätigt: „Die Zahlen zeigen: Der Aufwand hat sich gelohnt. Wir haben massiven Sozialbetrug aufgedeckt und so immensen finanziellen Schaden abgewendet. Rund 1,2 Millionen Euro Kindergeld wären zu Unrecht weitergeflossen – an Personen, die uns bewusst getäuscht haben. Und ich verspreche jetzt schon: wir machen weiter..."

"Der Rechtsstaat wird nicht akzeptiert"
Frag sich nur wie ? Der Fall zeigt einmal mehr, wie hilflos die Familienkasse bei der Bundesagentur für Arbeit dem Sozialleistungs- und Kindergeldbetrug gegenüber steht. Bundesweit gab es 2024 rund 140.000 Verdachtsfälle von Kindergeld-Missbrauch. Den finanziellen Schaden vermochte die Bundesagentur für Arbeit aber nicht zu beziffern.

Christian Weinert, Sprecher der zuständigen Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg, sagte der "Bild"-Zeitung: „Im vergangenen Jahr hat die Familienkasse rund 140.000 Verdachtsfälle überprüft und in mehr als 100.000 Fällen ein steuerrechtliches Ermittlungsverfahren angestoßen." Ein erheblicher Teil davon sei Betrug. In 8000 Fällen geht der Schwindel vermutlich auf das Konto organisierter Banden.

Oliver Huth, Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in NRW, ging bereits in einem Gespräch im vergangenen Jahr von einer deutlichen höheren Dunkelziffer vor allem im Bereich der organisierten Kriminalität aus. „Leider kommt es häufiger vor, dass auf der einen Seite kriminelle Familienstrukturen bestehen, in der alle erdenklichen Straftaten begangen werden, weil der Rechtsstaat nicht akzeptiert wird", so Huth.

Sozialstaat wird "ausgenutzt und abkassiert"
Auf der anderen Seite aber werde der Sozialstaat „dann ausgenutzt und abkassiert". Dass die Jobcenter oder das Sozialamt in solchen Fällen nicht immer genau hinschauen, sei „leider ein virulentes Thema". Gelegentlich fehle es sogar „vollständig an dem nötigen Problembewusstsein", so Huth: „Da verstehen sich die zuständigen Ämter schlichtweg als eine Art Bewilligungsbehörde, die Aufdeckung von Betrug interessiert die nicht."

Es sind enorme Summen, die da zuweilen zusammenkommen. Im April 2022 verurteilte das Landgericht Köln eine Bande aus Rumänien, weil sie mit gefälschten Meldepapieren 733.000 Euro erbeutet hatte.

In einem weiteren Fall eines Leverkusener Clans wurden jahrelang 5200 Euro monatlich für eine zehnköpfige Familie gezahlt. Mit falschen und unterbliebenen Angaben seien so insgesamt 462.000 Euro Sozialhilfe, Kindergeld und Krankenkassenbeiträge erbeutet worden. Trotz eines erheblichen Vermögens der angeblichen „Bedürftigen", wie vor Gericht festgestellt wurde.

Im Finanztopf des Clans hätten sich stets zwischen 100.000 und 300.000 Euro befunden. Mit dem Geld der Steuerzahler tilgte die Familie dann unter anderem ihr Darlehen für ihr Anwesen mit 300 Quadratmetern Wohnfläche in Leverkusen.

Organisierter Schwindel bringt auch unbescholtene Bürger in Verruf
Der Fehler liege im System, meint Polizei-Gewerkschafter Huth. Die Mitarbeiter der Sozialämter und Jobcenter hätten oft keine Zeit, um etwa Hausbesuche zu machen. Und die Polizei erhalte Informationen über Sozialhilfeleistungen zu Verdächtigen erst dann, „wenn wir sie über die Staatsanwaltschaft anfordern, also bereits einen entsprechenden Betrugsverdacht begründen können".

Letztlich bringe der organisierte Schwindel auch „die Menschen in Verruf, denen die Unterstützungen zustehen", ärgert sich Huth: „Am Ende haben wir damit dann ein Riesenproblem mit dem Rechtsfrieden und der Akzeptanz der Demokratie, wenn der Staat an dieser Stelle nicht funktioniert."

Laut Achim Schmitz, Chef der Abteilung für Organisierte Kriminalität (OK) beim Landeskriminalamt (LKA) NRW, erschleichen sich vor allen Dingen Familien aus den südosteuropäischen EU-Staaten Unterstützung aus den Kindergeldkassen. „Durch mehrere Verfahren wurde festgestellt, dass wir im Bereich des Sozialleistungsmissbrauchs eine große Flanke haben."

"Im Hintergrund ziehen dann wenige Profiteure die Strippen"
Meist handele es sich um rumänische und bulgarische Familien mit vielen Kindern, die im Zuge der EU-Freizügigkeitsregelung nach Deutschland reisten, um hier teils illegal Sozialleistungen einzufordern. „Diese Menschen kommen aus den ärmsten Regionen ihrer Länder. Dort wird ihnen weisgemacht, dass sie im reichen Westen besser versorgt werden", erläutert Schmitz. Tatsächlich würden sie mitunter in menschenunwürdigen Unterkünften unterbracht.

„Im Hintergrund ziehen dann wenige Profiteure die Strippen, die eine Menge Geld mit dem Schwindel machen", so der OK-Chef. Viele „hierhin gelockte" Familien würden dann wieder mit der Lüge nach Hause geschickt, dass die hiesigen Behörden sie nicht als Hilfsempfänger anerkannt hätten.

„Tatsächlich aber zahlen die staatlichen Kassen auf Konten ein, über die dann die Bosse nach eigenem Gutdünken verfügen können", weiß der

Leitende Kriminaldirektor. Teilweise läuft der Schwindel bis zum 18. Lebensjahr der Kinder.

Zudem agieren Banden mit Scheinarbeitsverhältnissen in Deutschland. Die Drahtzieher legen den Behörden fingierte Arbeitsverhältnisse von EU-Ausländern in Deutschland vor und beantragen anschließend Kindergeld für Nachkommen in der Heimat. Solange deren Eltern tatsächlich in Deutschland arbeiten, ist der Akt legal. Oft genug aber steckt dahinter reiner Schwindel – zu Lasten der Steuerzahler.

127 Kinder bezogen unberechtigt Geld von der Familienkasse
Im Kampf gegen den organisierten Sozialleistungsbetrug hat das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt das Modellprojekt „Missimo" entwickelt. Damit soll insbesondere Kindergeld-Missbrauch von Zuwanderern aus südosteuropäischen EU-Ländern aufgedeckt werden.

Im Mittelpunkt steht die behördenübergreifende Zusammenarbeit zwischen der Familienkasse, der entsprechenden Task-Force im LKA, verschiedenen kommunalen Behörden wie dem Einwohnermeldeamt und dem Gesundheitsamt sowie den Schulen, dem Jobcenter, der Unterhaltsvorschusskasse und der örtlichen Polizei.

Erstmalig erprobte Krefeld das Projekt im Jahr 2019. Damals entdeckten die Behörden 83 Familien, die zu Unrecht Kindergeld erhielten. In Gelsenkirchen wiederum wurden ein Jahr später 105 Wohnungen kontrolliert.

Das Ergebnis: 127 Kinder bezogen unberechtigt Geld von der Familienkasse. In Wuppertal wurde eine rumänische Bande ausgehoben, die für 96 Kinder Zuwendungen bezog, obwohl diese nicht in Deutschland lebten. Außer in diesen drei Städten wurde das Projekt mittlerweile noch in weiteren Metropolen an Rhein und Ruhr aufgelegt.

Selbst das Schulessen finanzierte die öffentliche Hand
Gerade radikal-islamische Salafistenkreise und gut organisierte Verbrecher-Banden tricksen den Sozialstaat mit einfachen Mitteln aus. Im Groß-Komplex gegen mindestens 70 überwiegend syrische Flüchtlinge, die ein illegales Hawala-Bankensystem aufgebaut hatten, verschoben die beiden Bosse von Düsseldorf aus gut 120 Millionen Euro in die Türkei und weiter in den Nahen Osten.

Das Geld stammte teils von Drogenbossen und wurde am Bosporus durch entsprechende Empfänger ausgelöst. Die Betrüger kassierten mitunter zwei Millionen Euro im Jahr. Und doch nahmen sie die staatliche Unterstützung gerne mit. Seit 2016 neppte einer der beiden Bosse das Jobcenter um 138.000 Euro, zudem kassierte er fast 1600 Euro Kindergeld monatlich für seine sechs Kinder. Selbst das Schulessen finanzierte die öffentliche Hand. Inzwischen wurden die Hauptakteure zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

https://www.focus.de/politik/deutschland/grenzpolizisten-packen-aus-das-sind-beliebte-einreisetricks-von-migranten_bf54f1cf-b5b7-48e5-82fd-7b59f0126547.html

An der polnischen Grenze

Grenzpolizisten packen aus: Das sind die beliebtesten Einreisetricks von Migranten

Sebastian Kahnert/dpa

FOCUS-online-Redaktion / dpa

Montag, 10.03.2025, 13:58

Illegale Einreisen, Schleuser, Autoschieber - die Bundespolizei an der Grenze zu Polen weiß nie, was sie erwartet. Und sie muss sich auf immer wieder andere Methoden von illegalen Migranten einstellen.

Auf eines verzichtet Bundespolizist Frank Malack im täglichen Einsatz nicht: Vorsicht - trotz angelegter Schutzweste und Dienstwaffe. "Ich weiß nicht, wie sich die Person in der Kontrolle verhält. Ich weiß nicht, wie der andere tickt", sagt der Erste Polizeihauptkommissar im südbrandenburgischen Forst.

Seit im Herbst 2023 an der Grenze zu Polen stationäre Grenzkontrollen eingeführt wurden, greifen er und seine Kollegen immer wieder Schleuser auf, stoppen illegale Migranten, aber auch kriminelle Autoschieber.

Mit der Einigung in den Sondierungsgesprächen von Union und SPD in Berlin könnte künftig ein Ausbau der Kontrollen auf die Bundespolizei zukommen. Forderungen nach mehr Personal wurden laut. Denn an den Landgrenzen sollen laut Sondierungsergebnissen künftig auch Menschen zurückgewiesen werden, die ein Asylgesuch stellen - allerdings nur in Abstimmung mit den europäischen Nachbarstaaten. Wie sie darauf reagieren, war aber offen.

Möglich sind Zurückweisungen grundsätzlich nur da, wo es stationäre Grenzkontrollen gibt. "Wir haben die irreguläre Migration stark zurückgedrängt", sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bislang mit Blick auf die Kontrollen. Klar ist, sie wurden erst einmal bis zum 15. September verlängert. Seit Herbst 2024 gibt es sie an allen deutschen Außengrenzen.

Auch Maschinenpistolen gehören zur Ausrüstung

Im Frühdienst ab 6.00 Uhr fahren Frank Malack und seine Kollegin Nadine Mudra von der Bundespolizeiinspektion Forst am Grenzfluss Neiße entlang und steuern zuerst den Bahnhof der Kleinstadt Guben an. Zu ihrer Ausrüstung gehören eine Maschinenpistole im Fahrzeug und Einsatzhelme. Sie müssten jederzeit auf lebensbedrohliche Einsatzlagen reagieren können, sagt Polizeihauptkommissarin Mudra.

Die Kontrollen am Bahnhof Guben sind an diesem Morgen unauffällig. Alle überprüften Personen hatten eine Aufenthaltserlaubnis. Einer von ihnen sei unterwegs zu einem Termin bei der Ausländerbehörde, erzählt Malack.

Ausschau per Fernglas an Gubens Stadtbrücke

Guben ist bekannt für alte Hutmachertradition und wirbt mit Naturreichtum. An der Stadtbrücke über die Neiße, an der die Grenze zwischen Deutschland und Polen verläuft, bilden die Beamten einen sogenannten Fahndungsüberprüfungspunkt. Dort halten sie Ausschau nach verdächtigen Fahrzeugen und auch Spaziergängern.

Der 40-Jährigen fällt aus der Ferne ein schwarz gekleideter Mann auf der polnischen Seite auf, den sie an einer Fußgängerbrücke mit dem Fernglas erspäht. "Er hat uns ständig beobachtet", meint sie. Eine andere Streife berichtet ihr auch, er habe sich sehr "konspirativ" verhalten und sich immer wieder umgedreht. Will er womöglich Drogen rüberbringen, Grenzübergänge ausspähen? Es lässt sich an diesem Vormittag nicht klären.

Fahrzeuge auf A15 müssen zur festen Grenzkontrolle
Ein Hotspot ist die A15. An der Kontrollstelle Bademeusel an der sogenannten Spreewaldautobahn Richtung Breslau meldet die Bundespolizei immer wieder Schleuser-Fälle und Festnahmen.

Aufgegriffene Flüchtlinge kommen in die Erstaufnahme des Landes Brandenburg. Andere werden zurückgewiesen, dürfen also nicht einreisen - etwa weil sie keinen gültigen Ausweis besitzen, wenn sie kein Asyl beantragen, keine Aufenthaltserlaubnis zum Beispiel für die Aufnahme einer Beschäftigung haben oder wenn eine Einreisesperre vorliegt.

Ein dunkler Transporter, ein Reisebus, ein Auto - die Beamten auf der verengten A15 winken Fahrzeuge langsam zur Kontrollstelle. Aber wie schöpfen die Polizisten Verdacht? Gespür, polizeiliche Erfahrung aber auch ein Fahndungsraster seien hier wichtig, sagte Malack, der die Fahndungsmuster nicht preisgeben will.

Unerlaubte Einreisen gebremst
Die Zahl der unerlaubten Einreisen in Deutschland ist zurückgegangen. 2024 waren es laut Bundespolizei 83.572 bundesweit - im Jahr zuvor 127.549. Das macht sich auch an der rund 60 Kilometer langen Grenze bemerkbar, die die Kräfte der Bundespolizeiinspektion in Forst kontrollieren.

Der Transport einer größeren Zahl von illegalen Migranten über die polnische Grenze habe deutlich nachgelassen, sagt Bundespolizist Malack. Durch ein dichteres Fahndungsnetz und mehr Kräfte steige das Risiko für Schleuser, entdeckt zu werden.

Inzwischen werden häufig Reisebusse kontrolliert, auch in Taxis wollen Migranten über die Grenze kommen. "Die meisten Feststellungen sind tatsächlich im Linientransport. Das betrifft Flixbusse aber auch kleinere Transportunterunternehmen, die auch Linie fahren", schildert Malack.

Mit Hilfe einer App überprüft der 46-Jährige auf seinem Diensthandy Dokumente: So kann er auf einen Blick anhand eines Personalausweises sehen, ob gegen eine Person polizeilich etwas vorliegt. Bis zu diesem Mittag können sie den meisten Fahrern schnell wieder "tschüss" sagen - "Do widzenia" auf Polnisch. In einem Fahrzeug findet die Bundespolizei allerdings ein Kennzeichen, das sich nach einigen Überprüfungen als gefälscht herausstellt.

Auch gegen Autoschieber und organisierte Banden gehen die Polizisten im Grenzgebiet vor. Dass das auch schnell gefährlich werden kann, zeigte im Januar ein Fall in Lauchhammer im Süden Brandenburgs: Bei der Fahndung nach Autodieben wurde ein sächsischer Polizist vom Auto eines Verdächtigen erfasst und getötet. "Man muss immer ein gewisses Gefahrenradar haben", sagt Malack.

https://www.bild.de/politik/inland/kriminalitaet-messergewalt-auf-deutschlands-strassen-nimmt-zu-67d29cdee63adf17b0ba195c
Statistik zur Kriminalität
Messer wird zum „Statussymbol“ von Jugendlichen
Bei der Zahl der Messerangriffe deutet sich für das vergangene Jahr ein erneuter Höchstwert an. Auch bei häuslicher Gewalt nehmen die Fälle offenbar bundesweit zu. Trotzdem gibt es bei den Verbrechen auch eine Entwicklung, die Hoffnung macht.

BILD hat die ersten Kriminalstatistiken aus fünf Bundesländern ausgewertet. Mehrheitlich gingen die Zahlen der erfassten Straftaten zurück. Aber der zunächst positive Eindruck ist trügerisch. **Denn vor allem die Drogendelikte sind nach der Teillegalisierung von Cannabis im vergangenen Jahr stark zurückgegangen.**

Für Niedersachsens Landespolizeipräsident Axel Brockmann (61) ist der Trend nur „vordergründig erfreulich“, weil der Cannabis-Bedarf noch nicht auf legalen Wegen über Eigenanbau oder Anbauvereinigungen gedeckt werden könne. Auch Hessens LKA-Präsident Andreas Röhrig (64) geht davon aus, dass die „Beschaffung vorwiegend auf dem Schwarzmarkt“ erfolge.

So entwickelt sich die Kriminalität in Deutschland
► **Messergewalt: Obwohl die Gewaltkriminalität in Nordrhein-Westfalen 2024 leicht um 0,4 Prozent auf 55.613 Taten sank, stieg die Zahl der Messerangriffe auf 7300 Fälle – ein Plus von 23 Prozent. In Hessen war im Bereich der Straßenkriminalität bei 988 Taten ein Messer im Spiel (+ 7,1 %).**

In Bremen und Bremerhaven stieg die Zahl sogar von 391 auf 495 – ein Anstieg von 26,6 Prozent. In Hamburg waren es 1266 Fälle von Messergewalt (- 0,2 %), davon blieb es 867 Mal bei Bedrohungen.

Messer als „Statussymbol“ bei Jugendlichen
In Niedersachsen gab es einen geringen Anstieg auf 3055 Fälle (+ 0,23 %), davon 18 Tötungsdelikte. „Die Zahl der Messerangriffe ist immer noch viel zu hoch“, sagt Innenministerin Daniela Behrens (55, SPD). „Aber wir wissen noch nicht, warum.“ Bekannt sei jedoch, dass Messer inzwischen bei Jugendlichen „Statussymbole“ seien und Messergewalt ein „männliches Phänomen“ sei.

► Häusliche Gewalt: Auf 32.545 Fälle stieg die Zahl in Niedersachsen (+ 8,94 %), davon 19.521 Körperverletzungen, 9 Morde und 20 Tötungsdelikte.

In NRW waren es 61.400 Verbrechen im häuslichen Umfeld (+ 1,9 %). Innenminister Herbert Reul (72, CDU): „183 Mütter, Töchter und auch Väter und Söhne sind pro Tag in NRW in ihrem Zuhause Opfer von Gewalt geworden.“

► Ausländerkriminalität: Die Zahl der Tatverdächtigen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, stieg in Hessen um 1,8 Prozent auf 90.387. Das ist mehr als die Hälfte aller Tatverdächtigen (53 %). In Niedersachsen lag der Anteil mit 74.224 nicht deutschen Tatverdächtigen bei 33,4 Prozent und blieb etwa auf dem Vorjahresniveau.

Bei der Gewaltkriminalität in NRW machten Ausländer 34,3 Prozent der Tatverdächtigen aus, obwohl der Anteil in der Bevölkerung nur 16,1 Prozent beträgt. „In den vergangenen Jahren sind viele junge Männer zu uns gekommen. Das ist eine Gruppe, die aus Sicht der Kriminologen, die öfter kriminell in Erscheinung tritt als ältere Damen zum Beispiel“, erklärt Innenminister Reul.

„Verdammt überholtes Bild von Männlichkeit“

Integration laufe nicht immer nach Drehbuch, und die Unterbringung in Wohnheimen oder ein „verdammt überholtes Bild von Männlichkeit“ erschwerten die Situation. „Ich wünsche mir, dass diese Leute weniger Gewalt akzeptieren und mehr respektieren und tolerieren“, fordert Reul.

► Jugendkriminalität: Nach einem deutlichen Anstieg in den Vorjahren nahm die Jugendkriminalität 2024 ab. In NRW wurden 99.984 Fälle mit Tatverdächtigen unter 21 Jahren registriert (- 7,4 %). Die häufigsten Delikte waren Ladendiebstähle, Körperverletzungen, Rauschgiftkriminalität und Sachbeschädigung. In Hessen nahm die Jugendkriminalität um 9,8 Prozent ab (42.243 junge Tatverdächtige).

In Niedersachsen sank die Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre auf 47.325 (- 4,9 %), darunter rund 10.000 Kinder unter 14 Jahren.

Innenministerin Behrens mahnt, die Jugendkriminalität weiter zu bekämpfen: „Prävention und frühe Intervention sind entscheidend, um junge Menschen vor kriminellen Karrieren zu bewahren und unsere Gesellschaft nachhaltig zu schützen.“

https://journalistenwatch.com/2025/03/17/durch-die-brandmauer-ermoeglicht-6-jaehriger-von-afghanen-zum-oralverkehr-gezwungen/

Durch die Brandmauer ermöglicht: 6-Jähriger von Afghanen zum Oralverkehr gezwungen

In einer Flüchtlingsunterkunft in Schönwald im Schwarzwald-Baar-Kreis hat sich ein widerlicher Fall von Kindesmissbrauch ereignet. Ein afghanischer Asylbewerber wird beschuldigt, einen sechsjährigen Jungen zum Oralverkehr gezwungen zu haben. Bei seiner Aussage vor dem Amtsgericht Villingen schildert das Kind die Horrorgeschichte, einzig und allein ermöglicht durch die Brandmauer.

Es war ein Sonntagnachmittag im Mai 2024, als das Leben eines sechsjährigen Kindes aus Schönwald im Schwarzwald zerstört wurde. Der Vater des Jungen bemerkte Euromünzen in der Tasche seines Sohnes, der eigentlich nur spielen gewesen war. Ein ungutes Gefühl beschlich ihn, und nach vorsichtigem Nachfragen murmelte das Kind verschüchtert, dass „etwas Schlimmes“ passiert sei. Was der Junge dann erzählte, war ein Albtraum.

Der Sechsjährige war beim Spielen vor der Flüchtlingsunterkunft, als ein Mann – der Schutzsuchende war 2022 illegal aus Afghanistan eingereist – ihn auf Türkisch zu sich rief. Mit Schokolade lockte er ihn in sein Zimmer, schloss die Tür ab. „Danach musste ich etwas machen“, berichtete der Junge in einer Videovernehmung. Mit Gewalt wurde er gezwungen, das Glied des Mannes anzufassen, nachdem dieser sich aufs Bett gelegt und die Hose heruntergezogen hatte. Der Junge zeigte in der Vernehmung, wie der Mann seine Hand gepackt hatte. Doch das war nur der Anfang. Mit Geld wurde er zum Oralverkehr gezwungen. „Sag es ja nicht“, drohte der afghanische Täter, drückte ihm fünf Euro in die Hand und ließ ihn gehen.

Die Videovernehmung, geführt von einer Kinderpsychologin und Richter Bernhard Lipp, zeigte das volle Ausmaß des Leids. Über eine Stunde musste der Junge die quälenden Details schildern, rutschte auf dem Sofa hin und her, sichtlich verstört. Die Gutachterin bestätigte: Seine Aussage war „aussagetüchtig und aussagezuverlässig“. Der Angeklagte, der zunächst alles abstritt, gestand später teilweise. Vor Gericht wurde er zu lächerlichen zwei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt – eine Strafe, die angesichts des Leids des Kindes wie ein Hohn wirkt.

Der Angeklagte behauptete laut dem Schwarzwälder Boten, zum Zeitpunkt der Tat im Mai 2024 20 Jahre alt gewesen zu sein, was ihm im durchgeknallten Deutschland das mildere Jugendstrafrecht eingebracht hätte. Doch Begutachtungen und Untersuchungen widerlegten seine Angaben. Ein Röntgenverfahren zeigte, dass er vermutlich zwischen April und Juli 2000 geboren wurde – und somit bei der Tat weitaus älter als 21 Jahre war. Damit galt das Erwachsenenstrafrecht.

Dieser Fall wirft ein grelles Licht auf die Gefahren einer unverantwortlichen Migrationspolitik, die von ideologischen Brandmauer-Fanatikern vorangetrieben wird. Der Täter hätte nie hier sein dürfen. Doch anstatt konsequent gegen illegale Migration vorzugehen, wurde zugelassen, dass solche Menschen mitten unter uns leben – mit verheerenden Folgen. Der Horror, den dieser Junge durchleben musste, ist nicht nur das Versagen eines Einzeltäters, sondern das Versagen einer links-woken Politkaste. Und während die Brandmauer-Ideologen ihre Politik weiter betreiben und jegliche Änderung dieses Wahnsinns verhindern, bleibt die Frage: Wie viele Opfer müssen noch folgen, bevor endlich gehandelt wird?

(SB)

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/migration-massenhafte-schleusungen-nach-deutschland-gestoppt/ar-AA1Bpfs4?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=0d16ef31f5c44d4c8b725412a9aa44dd&ei=35

Migration: Massenhafte Schleusungen nach Deutschland gestoppt

Französische Fahnder haben ein Netzwerk zerschlagen, das 1700 Menschen nach Europa eingeschleust haben soll. Der Ausgang der Ermittlungen lag in Deutschland.

© Philipp von Ditfurth / dpa

Französische Fahnder haben ein Schleusernetz zerschlagen, das rund 1700 Migranten aus Afrika nach Frankreich, Deutschland und Nordeuropa gebracht haben soll. In Frankreich und Spanien habe es 15 Festnahmen gegeben, sagte Staatsanwalt Nicolas Bessone in Marseille.

Von Spanien aus hätten die Schleuser die Migranten oft über kleine Bergstraßen über die Grenze gebracht und in südfranzösischen Städten, Paris und insbesondere auch Deutschland abgesetzt. Pro Person sollen sie für den Transfer per Auto zwischen 150 und 300 Euro kassiert haben. Auch ein Hotelier im südfranzösischen Perpignan soll in das Geschäft mit den Migranten verwickelt gewesen sein.

Der Ausgangspunkt der Ermittlungen lag nach Angaben des Staatsanwalts in Deutschland, wo im Juli 2022 zwei Franzosen festgenommen wurden, die mit dem Auto Migranten aus Syrien eingeschleust hatten. Später konnten die Fahnder das von dem Netzwerk vorbereitete Einschleusen von Migranten per Schnellboot von Algerien nach Spanien stoppen. 9000 Euro hätte die Überfahrt pro Person kosten sollen.

https://jihadwatch.org/2025/01/germany-three-muslim-migrants-repeatedly-stab-18-year-old-man-in-the-back-critically-injuring-him?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=germany-three-muslim-migrants-repeatedly-stab-18-year-old-man-in-the-back-critically-injuring-him
Deutschland: Drei muslimische Migranten stechen 18-jährigem Mann wiederholt in den Rücken und verletzen ihn lebensgefährlich
24. Januar 2025 11:40 von Robert Spencer7 Kommentare

Sie sind nicht gefährlich, sie sind in Gefahr! Geflüchtete willkommen! Wir schaffen das!

"Messerstecherei in Schwerte: Opfer (18) in Lebensgefahr" Syrer-Bande sticht 18-Jährigen nieder", von Sebastian Prengel, Justin Brosch, Alex Talash und Kevin Hildebrand, Bild, 24. Januar 2025:

Schwerte (Nordrhein-Westfalen) – Ein junger Mann (18) liegt regungslos unter der goldenen Rettungsdecke auf der Straße, der Notarzt kämpft an seiner Seite verzweifelt um sein Leben. Stoppen Sie Blutungen, halten Sie die Körpertemperatur warm; Es ist ein Wettlauf gegen den Tod.

Großeinsatz für die Polizei in Schwerte (Nordrhein-Westfalen). Streifenwagen mit Blaulicht rasten am Donnerstagabend in die Innenstadt. Drei Männer griffen einen jungen Rumänen mit einem Messer an und rammten die Klinge wiederholt in den Rücken von Laurentju O. Bis das Opfer blutüberströmt zusammenbrach.

Alle drei Tatverdächtigen stammen nach BILD-Informationen aus Syrien. Einer der Angreifer ist erst 15 Jahre alt!

Ahmad Al T. (26), Sulaiman A. (24) und Mahmoud A. (15) wollten nach dem blutigen Verbrechen in die Dunkelheit flüchten, doch daraus wurde nichts. Die Polizei verhaftete die Verdächtigen mit gezogenen Dienstwaffen – Festnahme!

Kurze Zeit später stand einer der Männer grinsend vor einem Streifenwagen, während Polizisten ihm Handschellen anlegten und seine Hände auf dem Rücken fesselten. Die Staatsanwaltschaft stuft den Angriff als versuchten Mord ein.

Denn nach BILD-Informationen könnte es sich bei der Messerattacke um einen Racheakt gehandelt haben. Am selben Abend, an dem der 15-jährige Syrer angegriffen wurde, soll es zu einem Streit gekommen sein. Die Polizei ermittelt in diesem Fall wegen Körperverletzung. Offenbar machten die drei Syrer gezielt Jagd auf den Rumänen. Dann eskalierte die Situation.

Ein Rettungshubschrauber brachte das Schwerverletzte in eine Spezialklinik nach Bochum, Helfer mussten die weinende Mutter beruhigen.

Eine Mordkommission ermittelt nun, welcher der drei Männer den Mann mit dem Messer angegriffen hat.

https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/weltanschauung-statt-fakten-wie-die-ausl%C3%A4nderkriminalit%C3%A4t-in-deutschland-kleingeredet-wird/ar-AA1CbUUV?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=c0d48de63b1e48b5ba2f325fb277a045&ei=51

Weltanschauung statt Fakten: Wie die Ausländerkriminalität in Deutschland kleingeredet wird

Artikel von Jonas Hermann, Berlin

Dass Ausländer krimineller sind als Deutsche, galt lange als unverzeihliches Vorurteil. Wer darauf hinwies, musste sich auf harte Kritik gefasst machen. Schnell war die Rede von Rassismus oder Ausländerfeindlichkeit.

Mittlerweile sind Menschen ohne deutschen Pass bei den Straftaten in Deutschland aber so deutlich überrepräsentiert, dass sich das Problem nicht mehr leugnen lässt. Obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung nur rund 17 Prozent beträgt, wurden Ausländer bei fast 42 Prozent der Straftaten in Deutschland als Tatverdächtige registriert. Das geht aus der polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2024 hervor, die das Innenministerium am Mittwoch veröffentlicht hat.

Doch noch immer äussern sich manche Medien, mit Steuergeld unterstütze Organisationen und sogar das Bundeskriminalamt (BKA) auf merkwürdige Art und Weise über Ausländerkriminalität. Sie können das Phänomen nicht mehr ignorieren, aber sie scheinen einen Hang zur Relativierung an den Tag zu legen.

Beispiel BKA: Es hat eine recht triviale Begründung dafür, dass Ausländer den Sicherheitsbehörden in Deutschland stark zu schaffen machen. Nämlich, dass immer mehr nach Deutschland einwandern. Die Gleichung des BKA ist simpel: mehr Ausländer, also auch mehr Straftaten von Ausländern.

Doch so einfach ist es nicht. Denn damit lässt sich der Anstieg kaum erklären. Im Jahr 2023 waren in Deutschland rund 13,9 Millionen Ausländer registriert, 2024 waren es rund 14,1 Millionen. Das ist allenfalls ein leichtes Plus von 1,4 Prozent. Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen bei Gewaltverbrechen stieg im selben Zeitraum aber um 7,5 Prozent, also deutlich stärker.

Asylmigranten besonders oft straffällig

Besonders oft werden Asylmigranten straffällig. Ihr Anteil an den Tatverdächtigen lag im Jahr 2024 bei rund 18 Prozent, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur etwa 4 Prozent beträgt. Auch hier scheint das BKA Schwierigkeiten zu haben, das Problem klar beim Namen zu nennen. Es bezeichnet Menschen im Asylsystem nämlich als «Zuwanderer» oder «Schutzsuchende».

Doch wer von «Schutzsuchenden» spricht, beschreibt die Realität nur unzureichend. Asylmigranten kommen aus verschiedenen Gründen nach Deutschland und passieren dabei zunächst andere Staaten, in denen sie ebenfalls Schutz finden könnten. In Deutschland suchen sie letztlich keinen Schutz, sondern ein besseres Leben.

Der Begriff impliziert also eine gewisse moralische Verpflichtung, die oft nicht gegeben ist. Er ist also problematisch. Ganz besonders für eine Behörde, die weltanschaulich neutral sein sollte.

Auch der Begriff «Zuwanderer» in der Kriminalstatistik ist irreführend. Damit sind nämlich in der Statistik ausschliesslich Menschen im Asylsystem gemeint. Landläufig versteht man unter einem Zuwanderer aber zum Beispiel auch einen IT-Spezialisten aus Indien, der legal eingereist ist. So entsteht der Eindruck, dass der Staat die Dinge nicht beim Namen nennen will.

Negativpreis für Journalisten

Das ist nicht die einzige Merkwürdigkeit in der Kommunikation des BKA. Eine weitere ist etwa, wie es die steigende Ausländerkriminalität begründet. Es führt zum Beispiel die «Lebenssituation in Erstaufnahmeeinrichtungen» an sowie «wirtschaftliche Unsicherheit». Dieser Ton zieht sich seit

Jahren durch die Publikationen des BKA zu dem Thema. Es klingt manchmal fast so, als ob die Aufnahmegesellschaft eine Mitverantwortung tragen würde, wenn Ausländer straffällig werden.

Doch gerade für Deutschland ist das reichlich übertrieben. In der Tat sind die Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbesserungswürdig. Doch kaum ein Land zahlt Asylmigranten so hohe Sozialleistungen, kommt für die Unterkunft auf und stellt eine umfassende Gesundheitsversorgung sicher.

Nicht bloss das BKA scheint eine Neigung zu haben, die Kriminalität von Ausländern zu relativieren, sondern auch vom Staat finanziell unterstützte Organisationen.

Ein drastisches Beispiel ist der Verein «Neue deutsche Medienmacher*innen», der im Jahr 2020 der Redaktion von «Spiegel TV» einen Negativpreis verlieh. Die Kritik an der Redaktion? Sie hatte ausführlich über die Verbrechen arabischer Clans in deutschen Grossstädten berichtet. Der Verein bezeichnete die Arbeit der Journalisten als «stigmatisierend und rassistisch».

Der Mediendienst Integration hat sich ebenfalls dem Thema verschrieben und bietet dazu ein Dossier an. Darin heisst es, Ausländer seien auch deshalb häufiger in der Kriminalstatistik vertreten, weil sie häufiger angezeigt würden.

Die Mär von den «australischen Austauschstudenten»
Die Annahme fusst darauf, dass die Kriminalstatistik lediglich Tatverdächtige ausweist und impliziert, dass Deutsche wegen Ausländern häufiger die Polizei rufen. Sie suggeriert also letztlich Rassismus. Natürlich kann ein Tatverdächtiger unschuldig sein oder vor Gericht freigesprochen werden**. Ein Blick in die deutsche Statistik der gerichtlich Verurteilten zeigt jedoch, dass Ausländer dort ebenfalls überrepräsentiert sind.**

Im Jahr 2023 hatten rund 39 Prozent der Verurteilten keinen deutschen Pass – ein neuer Höchststand. Eine Auswertung des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 2021 zeigte sogar, dass bei Mord oder Totschlag etwa 45 Prozent der verurteilten Täter Ausländer waren.

Medien neigen schon länger dazu, das Problem zu relativieren. Ein Moderator tat dies kürzlich besonders plump, und das zur besten Sendezeit. Es war in der WDR-Talkshow «Hart, aber fair». Die Rede kam auf das Thema Gruppenvergewaltigungen, da wagte sich der Gastgeber Louis Klamroth weit raus aufs Eis. Er sagte: «Das können Flüchtlinge sein, das können [sic] aber auch ein australischer Austauschstudent sein.»

Der WDR musste sich wenig später öffentlich von dieser Aussage distanzieren. Die Gruppenvergewaltigungen werden in der Regel von Deutschen oder von Ausländern aus dem Nahen und Mittleren Osten begangen. Australische Austauschstudenten haben damit nichts zu tun.

In einem ruhigen Moment und mit etwas Bedenkzeit hätte Klamroth diesen Satz wohl anders formuliert. Seine Worte zeigen aber, dass der Hang zur Relativierung auf diesem Feld kaum Grenzen kennt. Das Ablenkungsmanöver des Moderators steht exemplarisch für den Diskurs über kriminelle Ausländer in Deutschland. Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier bewusst verschleiert wird. Womöglich auch gelogen.

https://www.unser-mitteleuropa.com/122828 Guten Tag Ja
AfrikaAktueller BeitragMigrantengewalt
„Wunderbare“ (G.-E.) Migration: +UPDATE 07.04.2025+ Pariser Polizei rennt um ihr Leben (Video)
VonRedaktion Ungarn
Apr. 7, 2025 #Asylheim-Bergheim, #Einbruch, #Syrer, #Trafik

+++ INTRO +++

Erschreckende Video-Aufnahmen von aggressiven und sich abartig benehmenden Migranten, in ihren Willkommensländern schockieren permanent. Und die Aufnahmen beweisen, dass illegale Zuwanderung aus gewissen außereuropäischen Kulturkreisen kaum bewältigbar ist.

Die unhaltbarsten Zustände sind alltäglich geworden: Massenvergewaltigungen, Brandstiftung, Raub, Schlägereien, Notdurft in Telefonzellen u.v.m.

„Ich freue mich darauf!“ (Grüne Göring-Eckardt)

Man erinnert sich diesbezüglich noch an den dumm-naiven Sager der Obergrünen Göring-Eckardt.

„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch: Und ich freue mich darauf.„

+UPDATE 07.04.2025+

Pariser Polizei rennt um ihr Leben (Video)

In den letzten Jahrzehnten verlor auch Frankreich wie Deutschland die Kontrolle über Dutzende solcher No-Go-Zonen.

Ein schockierendes Filmmaterial wurde von Visegrád 24 geteilt.

Französische Polizisten wurden in einem der berüchtigten Multikulti-Vorort zur Flucht gezwungen, nachdem vor einer Woche in einer No-Go-Zone in Paris von Migrantenbanden angegriffen wurden.

Das Blatt machte darauf aufmerksam, dass Frankreich in den letzten Jahrzehnten die Kontrolle über Dutzende solcher No-Go-Zonen verloren hat.

+UPDATE 29.01.2025+

Syrer misshandelt Katze seiner Ex

An Multikulti-Massenvergewaltigungen hat sich die Systempresse offenbar schon gewöhnt… Eher neu ist aber das Quälen von völlig wehrlosen Lebewesen, die nun wirklich überhaupt nichts, aber wirklich nicht das Geringste mit dem Willkommens-Geklatsche und Bewillkommnen zu tu haben.

So soll ein 26-jähriger Syrer am Dienstagabend in einem der üblichen Wiener Mutikulti-Brennpunktbezirke, in Rudolfsheim-Fünfhaus, in der Wohnung seiner Ex – trotz Betretungsverbotes – die Schmuse-Katze der Frau schwer misshandelt haben.

Tierklinik schlägt Alarm

Mitarbeiter der Wiener Tierklinik schalteten Dienstagabend die Polizei ein: Als die arme Besitzerin mit dem verletzten Tier in einer Wiener Klinik um Hilfe für das malträtiert Tier ersuchte, kam dem Tierhelfer alles so Spanisch vor, dass er die Polizei alarmierte.

Dann stellte sich wieder heraus, dass gegen den Syrer bereits ein aufrechtes Betretungs- und Annäherungsverbot für die Wohnung bestanden hatte, worauf der Schutz-Gefunden-Habende gepfiffen hatte. Schließlich wurde der Frauen- und Tierquäler noch ganz in der Nähe der Adresse festgenommen.

Es stellte sich laut Polizei heraus, dass sich der jugendliche Syrer, hinterfotzig,

…"während die Frau in der Arbeit war, Zugang zu ihrer Wohnung verschafft" hatte. (oe24)

Der junge zugereiste Nah-Ostler…

…"habe aus Wut über seine Ex-Freundin deren einjährige Katze schwer misshandelt.„

Und als Draufgabe sei auch noch ein Kasten beschädigt worden, inklusiver gefährlicher Drohungen gegen die Frau via SMS.

Der toxisch-männliche Refuge wurde wegen des Verdachts der gefährlichen Drohung, der Sachbeschädigung, der Tierquälerei sowie der mehrfachen Missachtung eines Betretungs- und Annäherungsverbots angezeigt. Und dann in eine Wiener Justizanstalt überstellt. Die er wohl bald wieder verlassen dürfte.

Gott sei Dank! Keine Rache-Vergewaltigung!

Immerhin aber kam es zu keiner Rachevergewaltigung. Was dann aber die unschuldige Schmusekatze der Frau auszubaden hatte. Die aber nur schnurren mausen wollte.

Worüber sich da Boulevard-Medium ausschweigt: Ob es sich bei Tierbesitzerin und Ex-Geliebten des Syrers um ein Einheimische welchen Alters aus immer gehandelt haben mag. Vielleicht sogar eine geläuterte Willkommens-Klatscherin?

+++ UPDATE v. 27.01.2025 +++

Nackter Schwarzer planscht in römischem Brunnen

Immer wieder sehens- und erinnerungswürdig: Jene Multikulti-Auswüchse, welche die Grünen herbeigewünscht haben:

Etwa ein mit roter Kappe nackter Schwarzer, der einen römischen Brunnen auf der Piazza della Republica mit einem afrikanischen Tümpel oder vielleicht dem Kongo verwechselt, aber mit unvermittelter, unzivilisierter Lebensfreude bedacht hat:

+++ UPDATE v. 28.10.2024 +++

Tropical Island Berlin

Das „Tropical Island“ nur 60 km von Berlin entfernt, hält mehr als es verspricht:

„Entdecke die Tropen: Südsee, Sandstrand, Palmen„

Seit 2015 nun an muss man nicht mehr um die Welt jetten, um exotische Kulturen hautnah als touristische Minderheit miterleben zu müssen.

+++ UPDATE v. 23.09.2024 +++

Afro-Migrant fährt Polizisten flach (Video)

Laut Polizeiangaben soll es sich bei der Wahnsinnstat um Widerstand gegen eine Verhaftung gehandelt haben – wie „Journal du Dimanche berichtete: Ein afrikanischer Migrant fuhr einen Polizisten in einem gestohlenen Auto nieder und flüchtete vom Tatort. Der Täter konnten dann von einer Eingreiftruppe der Polizei auf der Pariser Ringstraße im 15. Arrondissement festgenommen werden.

Der Polizist befindet sich zwar micht in Lebensgefahr, wurde notfallmedizinisch behandelt und ins Krankenhaus gebracht.

+++ UPDATE 03.09.2024 +++

Syrischer Illegaler plündert Trafik mit Gully-Deckel (Video)

Die geradezu gemeingefährlich-tolerante Kuscheljustiz gegenüber kriminellen Migranten zeigt sich auch an der bereits nüchternen Berichterstattung des System-Bolevards:

„Tagelang belagerte und plünderte ein in Syrien geborener Staatenloser, der in einem Asylheim in Bergheim bei Salzburg untergebracht ist, eine Trafik.“ (oe24)

Post-Willkommens-Staat sind einheimischen Opfer egal

„Trafikantin Angelika S. ist mit den Nerven fertig – seit Mitte der Woche ein 30-jähriger Asylwerber erstmals in ihrem Laden auftauchte und sie den Serien-Täter einfach nicht mehr loswurde: Zunächst kam der Syrer als Kunde, ohne dann die Rauch- und E-Waren zu bezahlen; später als Einbrecher, der

die Auslagenscheibe der Trafik sowie den Getränke- und Zigarettenautomaten davor mit roher Gewalt zertrümmerte.“ (oe24)

Dass der wahnsinnige „Verdächtige“ eine „Rammbock-Waffe verwendete“ beeindruckte die österreichische Justiz nicht besonders: Zweimal wurde der gemeingefährliche Migrant zwar festgenommen, aber von der Justiz wieder auf freien Fuß gesetzt. Erst nachdem der Syrer am Sonntagabend wieder einen CBD-Automaten brutal knackte, kam er endlich in U-Haft kam. – Für wie lange ?

Zu sehen ist, wie der illegal Schutzsuchende ein gusseisernes Gully-Gitter aus der Straße herausstemmet und „wie einen Diskus gegen das Glas warf“.

Video-Player

00:00
02:01

„Nikotinabhängigkeit“

Die Betroffenheits-Erklärung des staatenlosen Asylwerbers: Aufgrund seiner starken Nikotinabhängigkeit wäre er zu den Raubzügen gezwungen worden.

Doch von einer verantwortungslosen Justiz werden die Einheimischen im Stich gelassen, wie etwa die empörte und frustrierte Trafikantin Angelika S.:

„Was muss alles passieren, bis solchen Leuten das Handwerk gelegt wird. Ich fürchte mich schon richtig, in die Arbeit zu gehen, auch meine Angestellte will kündigen, weil sie Angst hat.“ (oe24)

„Nehmen Vorfälle ernst“

Die wohl sinnlose Pseudo-Reaktion der österreichischen Exekutive: Verstärkte Kontrollen rund um Bundesasylheim. Und der linke Willkommens-Sender ORF kolportiert willig die Beschwichtigung der österreichischen Exekutive:

Die Polizei nehme solche Vorfälle grundsätzlich ernst und appelliert an die Trafikantin und andere etwaig Betroffene, immer sofort den Notruf zu wählen.

+++ UPDATE v. 30.08.2024 +++

Gestern Donnerstag erschien ein schockierendes „TikTok„-Video geteilt. Es zeigt, wie ein Schwarzer grundlos eine Axt zieht und auf Monitore im Düsseldorfer Flughafen einschlägt. Bisher wurde über den Täter nichts bekannt, außer dass er seine Tat in einem Superhelden-T-Shirt begangen hat.

Watch on TikTok

+++ UPDATE v. 13.08.2024 +++

Schwarzer läuft nackt durch Paris

Was immer auch die Hintergedanken für diesen, an ur-menschliche Zeiten erinnernden, Nackt-Gang mitten in Paris waren…:

Die Aufnahmen zeigen, dass der Homo sapiens zum lockeren Wandern gemacht wurde und sich dadurch viele Zivilisationskrankheiten wie Fettleibig- oder Zuckerkrankheit erspart hätte… Nicht zum vereinsamten Leben in den Städten. Ja mehr noch:

Jener Übergang vom altsteinzeitlichen Wildbeutertum hin zur landwirtschaftlichen Revolution des Neolithikums war eine Kulturfalle: Denn schlussendlich…

…„war der Alltag der Bauern härter als der ihrer Vorfahren. … In Wirklichkeit waren es die Pflanzen, die den homo sapiens domestizierten, nicht umgekehrt. … Irgendwann ging das soweit, dass die Sapiens kaum noch etwas anderes taten, als sich von früh bis spät um (den Weizen) zu kümmern." (Harari)

Doch für diese landwirtschaftliche Tätigkeit war unser Körper gar nicht gemacht:

„Er wurde von der Evolution geschaffen, auf Bäumen zu klettern und hinter Gazellen herzujagen, und nicht Steine vom Boden aufzulesen und Wassereimer zu schleppen." (Harari, Yuval Noah: „Eine kurze Geschichte der Menschheit")

Sehnsucht nach Nacktheit

Vielleicht also war des Schwarzen Nackt-Gang ein stiller antizivilisatorischer Protest und eine traurige Reminiszenz an dessen Herkunftsort…

Denn auch die US-Schauspielerin Halle Berry (57) frönt offen dem neuesten Mode-Schrei, dem Naked dress: In Los Angeles zeigte sie sich gestern anlässlich ihrer neuen Action-Komödie „The Union" in einem solchen und sorgte dabei für Aufsehen.

Als Historiker gibt man sich allerdings wiederum ernüchtert: Ob die schöne US-Schwarze ohne Schönheits-OPs und den Fortschritt der modernen Medizin mit knapp 60 Sommern am Buckel so sexy in Afrikas Savannen posiert hätte?

(screenshot yahoo)

Sehnsucht alter weißer grauer Frauen

Wahrscheinlich aber ist ein Großteil der Willkommens-Kultur aber auch darauf zurückzuführen, dass sich alte, weiße, graue Frauen nach Ur-Männern sehnen. Das war auch schon bei den gelangweilten Ehefrauen der antik-römischen Oberschicht nicht anders. Manche von ihnen schlichen sich nachts nämlich in die Gladiatorenschulen… „Gladius" hatte im Lateinischen nämlich eine Doppelbedeutung: „gladius": „Schwert" und „erigiertes Glied"

+++ UPDATE v. 22.05.2024 +++

Schwarzer grillt in Italien Katze auf offener Straße

Die arme Italienerin kann den Kulturbruch kaum fassen: Sie empört sich darüber, dass das, was der Asylant da über einer improvisierten Feuerstelle grillt, eine Katze sei. Dieser kann sie freilich nicht verstehen und deutet ihr an, sie soll verschwinden.

Fake asylum seeker in Italy cooks a cat for lunch. pic.twitter.com/1wazI2H52w

— RadioGenoa (@RadioGenoa) May 21, 2024

In Neapel haben Einheimische aber langsam, die Faxen dicke mit kultur-ignoranten Einwanderern…

Noch Fragen?

“Stop, it’s time to pray to Allah!” pic.twitter.com/Q6OP2SaSYk

— RadioGenoa (@RadioGenoa) May 21, 2024

+++ UPDATE v. 13.05.2024 +++

„Your a rassist!“ – „Go back to your home!“ (Video)

Mit einer sagenhaft resilient-nachhaltigen Beharrlichkeit setzt sich dieser Engländer gegen maskierte Ausländer zur Wehr, die ihn als Rassisten beschimpfen:

“Don’t touch me Abdul. Go back to your home!”

“Don’t touch me Abdul. Go back to your home!” True British patriot. pic.twitter.com/n9qy0CrdG3

— RadioGenoa (@RadioGenoa) May 12, 2024

Ob das überhaupt noch möglich, ist eine andere Frage:

+++ UPDATE 11.05.2024 +++

Modische Islamistin: „Sie Rassist, Sie! (Video)

Ein Mann weist eine islamistisch gekleidet Frau darauf hin Frau:

„Sie haben falsch geparkt!„

Die Islamistin antwortet darauf:

„Ich trage einen Hidschab, Sie sind ein Rassist!„

„Kein Durchgang! Wir beten zu Allah!“

Nordpark Essen: Fast alle Frauen trage Hijab

+++ UPDATE v. 10.05.2024 +++

Rom: Schwarze Illegale greifen beliebig Menschen an

Vor dem Bahnhof Rom Termini, greifen illegale „Asylbewerber“ ohne Papiere, aber offenbar voller Drogen, Römer und Touristen an. Die Lage ist auch in Italien außer Kontrolle. Egal, ob die italienische Ministerpräsidentin Massenabschiebungen versprochen hatte.

Spanien: Marokkaner zerlegen Bar

Marokkanische „Asylbewerber“ zerstören eine Bar in Girona, Spanien.

+++ UPDATE v. 20.01.2024 +++

Barcelona: Afrikanische Migranten rauben Touristen aus

Zwei afrikanische Migranten rauben mitten in Barcelona einen betrunkenen Touristen aus. Auffallend ist die menschenverachtende Hartnäckigkeit, mit der das Opfer, das sich nicht einmal mehr wagt, sich zu wehren, zu Boden gebracht wird.

Massen-Grillen in Frakfurt

Massen-Koran-Beten in Stockholm

+++ UPDATE v. 21.10.2023 +++

Brandstiftung, Raub, Schlägereien, Notdurft in Telefonzellen

In Rom wurde eine Frau auf offener Straße brutal ausgeraubt:

In Italien kommt es regelmäßig zu Kämpfen unter Migrantenbanden verschiedener nationaler Herkunft. In Udine zum Beispiel gerieten Afghanen und Pakistaner am helllichten Tag aneinander.

In Deutschland importieren Migranten den Nahostkonflikt und entzünden brennende Barrikaden in der Nähe geparkter Autos:

In Griechenland skandierten Tausende Illegaler, „AllahU-Akbar"-Rufe um den Hasmas-Terror zu feiern:

Große Probleme bereitet vielen der Neuankömmlingen die Adaptierung westlicher Toilettenkultur. In London verrichtet eine Schwarze ihr großes braunes Geschäft in einer öffentlichen Telfonzelle. Seelenruhig wischt sie sich ihren Riesen-Hintern ab. während Menschen die Straße entlang gehen und Autos in der Nähe fahren:

Dasselbe tat in Italien tat ein Migrant: Und zwar tagsüber zwischen geparkten Autos, in unmittelbarer Nähe eines Parks. Aber auch in der für seine Sauberkeit berühmten Schweiz zeigen Videos Migranten, wie er mitten auf der Straße, spazieren gehend, vor sich hin uriniert. Daneben, nur ein paar Meter entfernt essen Einheimische in einem Restaurant.

Aber auch in der für seine Sauberkeit berühmten Schweiz zeigen Videos Migranten, wie er mitten auf der Straße, spazieren gehend, vor sich hin uriniert. Daneben, nur ein paar Meter entfernt essen Einheimische in einem Restaurant.Kommentatoren warnen auch vor ähnlichen Vorfällen in ganz Europa. Immer mehr Menschen auf dem Kontinent haben endgültig die Schnauze voll von der unkontrollierten Migrations-Agenda globalistischer und EU-Eliten.

+++ ERST-Artikel vom 3.10.2023 +++

Ein Illegaler prügelt sich in Rom am helllichten Tag an einem Busbahnhof, wird dann selbst niedergeschlagen und weggezerrt.

In Rome, cultural enrichment harasses wrong person
https://t.co/drJGG33zBupic.twitter.com/Max5L4zKbN

— RadioGenoa (@RadioGenoa) September 30, 2023

Ein anderer Illegaler zertrümmert in Rom aus purer Langeweile zehn Autos mit einem Hammer.

From Lampedusa to Rome, cultural enrichment destroys 10 cars with a hammer out of boredom
https://t.co/drJGG33zBupic.twitter.com/BdV2n9F9bM

— RadioGenoa (@RadioGenoa) September 29, 2023

In Padua bewerfen gewalttätige Einwanderer Einheimische in edler Einfachheit mit Glasflaschen.

In Mailand erledigt ein erwachsener Migrant sein „großes Geschäft“ auf offener Straße.

„Wertvoller als Gold.“ (EX-EU-Parlamentspräsident Martin Schulz)

So ein Satz lässt sich vielleicht noch durch die eigene Bildungsferne des SPD-Kanzlerkandidaten erklären. Entschuldbar ist er nicht.

Hier noch ähnliche Vorfalle:

https://www.unser-mitteleuropa.com/back-to-the-roots-nackter-schwarzer-immigrant-auf-u-bahn-gleisen-in-paris/

https://www.unser-mitteleuropa.com/kulturschock-in-afghanistan-ungarischer-fremdenlegionaer-zeuge-von-schaefern-mit-ziegen-geschlechtsverkehr/

https://www.unser-mitteleuropa.com/neue-normalitaet-in-italien-afrikaner-vergehen-sich-an-ziegen-und-huehnern-und-verspeisen-hauskatzen/

Und wenn wir Glück haben, ist der Schutzsuchende friedlich, so wie dieser Facharbeiter:

https://youtu.be/hhG_zufRw7M

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/hamburg-razzia-in-barbershops-gleich-mehrere-l%C3%A4den-m%C3%BCssen-schlie%C3%9Fen/ar-AA1CYSYl?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=1438f26468bb47ac805c36972f80b292&ei=67

Hamburg: Razzia in Barbershops! Gleich mehrere Läden müssen schließen

Artikel von Redaktion Moin.d

Großer Verbundeinsatz in Hamburg! Unglaublich, was die Beamten in einigen Barbershops vorfanden…

In Hamburg gibt es zahlreiche Barbershops. Am vergangenen Montag (14. April) wurden sieben von ihnen (1x Jakobikirchhof, 3x Kreuzweg, 3x Bremer Reihe) von dem Zollamt Hamburg, dem Bezirklichen Kontrolldienst und von Einsatzkräften des Polizeikommissariats 14 überprüft. Hier machten die Beamten einige krasse Entdeckungen.

In allen überprüften Barbershops aus Hamburg konnten hygienische Mängel festgestellt werden. Außerdem wurden in vier Läden Brandschutzmängel entdeckt. In weiteren vier Läden wurden zudem Mitarbeitende illegal beschäftigt. Ein weiterer Hammer: Für drei Geschäfte war gar kein Gewerbe angemeldet worden. Die Beamten zogen direkt Konsequenzen.

Zwei Geschäfte im Kreuzweg und eins im Jakobikirchhof wurden bereits durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte geschlossen. Ein Barbershop in der Bremer Reihe sowie einer im Kreuzweg erhielten Auflagen. Die Behörden leiteten entsprechende Ermittlungsverfahren ein.

Die Polizei hat gegen den 61-jährigen Betreiber eines Friseursalons in der Bremer Reihe Ermittlungen aufgenommen, nachdem Hinweise auf einen möglichen Verdacht der Geldwäsche eingegangen waren. Laut den Ermittlungen soll das Geschäft in Hamburg an neun Betriebstagen einen Betrag im unteren sechsstelligen Bereich erwirtschaftet haben. Die Polizei sicherte Beweismittel. Die weiteren Untersuchungen werden nun vom zuständigen Landeskriminalamt durchgeführt.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/debatte-%C3%BCber-ard-format-klar-wehe-du-%C3%BCbst-kritik-an-der-deutschen-asylpolitik/ar-AA1D0oIZ?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=956dd351878f455e815f528a7a606cf7&ei=14

Debatte über ARD-Format „Klar“: Wehe, du übst Kritik an der deutschen Asylpolitik

Artikel von Michael Martens

„Als unser Kind noch lebte“. Schrecklicher kann ein Satz nicht beginnen. Wer diesen Satz über sich sagen muss, hat den schlimmstmöglichen Schlag erlitten, der Eltern treffen kann. Michael Kyrath hat das erlebt. Seine 17 Jahre alte Tochter und deren Freund wurden 2023 von einem vorbestraften, psychisch kranken Palästinenser, dessen Asylantrag abgelehnt worden war, in ei-nem Regionalzug in Schleswig-Holstein erstochen. Wie ergeht es Eltern, denen so grausam das eigene (im Falle Kyraths auch das einzige) Kind entrissen wurde? Was bleibt, wenn das Wichtigste nicht mehr ist?

Es gebe bessere und weniger gute Tage, aber was geschah, sei stets präsent, sagt Kyrath in der Dokumentation „Migration. Was falsch läuft“, die in Kooperation des Norddeutschen und des

Bayerischen Rundfunks entstand. Es ist die Pilotfolge einer Sendereihe, die schlicht „Klar" heißt und die seit ihrer Ausstrahlung in der vergangenen Woche hohe Wellen schlägt. In einer anderen Szene sieht man Kyrath in einem Fernsehstudio mit Bundeskanzler Olaf Scholz und hört ihn mit beinahe tränenerstickter Stimme von Eltern berichten, die am Sarg ihrer Kinder stehen, von Eltern, „die ihrem Kind das letzte Mal im eigenen Leben über die Hand streicheln, und diese Hand ist eiskalt. Sie haben keine Kinder, Sie können sich das nicht vorstellen. Ich kann Ihnen erzählen, dass ich nach 20 Monaten dieses Gefühl in den Fingern immer noch habe."

Das Leben von Michael Kyrath (seine Frau wollte nicht gefilmt werden) ist der Ariadnefaden, der uns in dieser Dokumentation durch das Labyrinth deutscher Asylpolitik führt. Der Ansatz ist nicht unproblematisch, da Kyrath durch das unermessliche Leid, das ihm widerfahren ist, natürlich nicht zu einem Experten für Mi-grationspolitik geworden ist, zu der er sich in dem Film immer wieder äußert. Er zeigt aber, dass die Diskussion über Abschiebungsoffensiven, Grenzschließungen und andere Dauerbrenner der deutschen Asylpolitik für manche Menschen eben keine lebensferne Debatte mit abstrakten Begriffen ist.

„Wie konnte es sein, dass ein solcher Täter noch hier im Land war?"
Denn natürlich fragt sich Kyrath manchmal, ob sein Kind noch leben könnte, wenn die deutsche Asylpolitik anders wäre. Deswegen konnten ihm auch die Fragen kein Trost sein, die Innenministerin Nancy Faeser nach dem Attentat stellte: „Wie konnte es sein, dass ein solcher Täter noch hier im Land war? Wie konnte das passieren? Und wie konnte es passieren, dass er trotz so vieler Vorstrafen nicht länger in einer Justizvollzugsanstalt war? Und wie konnte es passieren, dass er so früh aus Untersuchungshaft auch wieder entlassen wurde?" Das sind die richtigen Sätze von der falschen Person, denn von der Innenministerin erwartet man Antworten, nicht Fragen.

Es ist nicht der einzige Moment in dieser Dokumentation, der deutsche Politiker nicht gut aussehen lässt. Das, was Politiker nach solchen Bluttaten sagen, wirkt oft hilflos. Diese Vokabel wäre noch untertrieben zur Beschreibung des desaströsen Auftritts, den die Vorsitzende der Grünen Jugend, Jette Nietzard, in dem Film hat. Nietzard fiel in den vergangenen Jahren mehrfach durch Äußerungen von zutiefst humanistischer Prägung auf (man denke sich hier ein großes Warnzeichen mit der Aufschrift „Sarkasmus"), so am letzten Tag des vorigen Jahres, als sie mit Blick auf Unfälle durch unsachgemäßen Umgang mit Knallkörpern frohlockte: „Männer, die ihre Hand beim Böllern verlieren, können zumindest keine Frauen mehr schlagen."

Jette Nietzard findet die Frage „dumm"
In der Dokumentation spricht sich Nietzard im Gespräch mit Moderatorin Julia Ruhs gegen jegliche Abschiebungen aus. Abschiebungen, sagt sie im Namen ihrer Parteiorganisation, lehne man ab, vor allem in Krisengebiete. Ob sie also gar niemanden abschieben würde, hakt die Moderatorin nach, was Nietzard bestätigt: „Ich würde am liebsten in einer Welt leben, in der niemand mehr abgeschoben werden muss. Weil, wir haben genug Platz für alle." Diese Haltung kann man haben, darf sich dann aber nicht beschweren, mit Fragen konfrontiert zu werden wie der nächsten, die Ruhs stellte: „Und was würden Sie den Eltern oder den Angehörigen sagen, deren Kinder zum Beispiel durch ei-ne Messerattacke von einem Migranten ums Leben kamen?" Nietzard ist von der Frage überrumpelt, sie muss sich kurz sammeln, bevor sie zu einer Antwort anhebt: „Es ist schrecklich, was in Deutschland passiert, und . . ." Dann hält sie inne, sagt: „Nee, ich, also ich finde, ich find es dumm, auf die Frage zu antworten."

Nietzard tut es dann aber doch, wenn auch nur mit einer kümmerlichen Gegenfrage: Was sie denn den Frauen sagen solle, „die letztes Wochenende umgebracht wurden von ihrem eigenen Vater?" Eine stupend schwache Reaktion. Es gibt wahrlich viele dumme Journalistenfragen – aber wenn man eine solche schon so einordnet, sollte man dann nicht in der Lage sein, in der Antwort zu demonstrieren, warum die Frage dumm ist? Wer sich beruflich mit Politik befasst oder befassen

will, sollte der oder die nicht mehr können, als Gesprächsverweigerung zu betreiben, wenn es ungemütlich wird?

„Als Sozialdemokrat denke ich, dass das völlig unhaltbar ist“
Andere sind auskunftsfreudiger, etwa Kaare Dybvad, der dänische Migrationsminister, ein Sozialdemokrat. Er spricht sich gegen eine unkontrollierte Migration aus, weil deren Folgen vor allem den schwächsten Teil der Gesellschaft treffen. Abschiebungen sieht er als unabdingbaren Bestandteil eines Asylsystems. „In einer Reihe von Ländern, darunter auch Deutschland, wurde demokratisch entschieden, unter welchen Voraussetzungen man Asyl bekommt. Aber wenn Menschen abgelehnt werden, dürfen sie trotzdem in Deutschland bleiben. Sie haben jetzt eine Situation, in der bei Ihnen nicht mehr der Bundestag entscheidet, welche Asylpolitik verfolgt werden soll. Jetzt entscheiden die Menschen das einfach für sich selbst – und als Sozialdemokrat denke ich, dass das völlig unhaltbar ist“, sagt er in der Sendung. Wer nach dem Weg durch mehrere Instanzen gerichtlich bestätigt kein Asylrecht hat, müsse das Land verlassen, weshalb ein Abschiebelager auch kein Ort sein dürfe, „an dem man gerne sein will“.

Siegfried Lorek, Justizstaatssekretär in der Regierung Baden-Württembergs, die unter dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann einen „Sonderstab gefährliche Ausländer“ eingerichtet hat, warnt: Um die Akzeptanz der Bevölkerung für das Asylrecht zu erhalten oder zurückzugewinnen, sei die Abschiebung ausländischer Straftäter unabdingbar, denn: „Das sind auch die Menschen, die die Akzeptanz verhindern.“

Man wird in einer Sendung, die sich in einem Parforceritt von 45 Minuten dem ungemein komplizierten Migrationsthema widmet, durchaus Schwächen finden können. So bleibt das Ganze weitgehend deskriptiv. Probleme werden zwar genannt oder erwähnt, aber nur selten geht es darüber hinaus. Allein eine Befassung mit der Arbeit des „Sonderstabs gefährliche Ausländer“ hätte vermutlich die Reportage ausfüllen und substanziellere Erkenntnisse liefern können als das, was die Tour d’Horizon der Sendungsmacher bieten kann. Und gibt es eigentlich irgendwo ein Gesetz, laut dem immer, wenn ein krimineller Ausländer in einer Reportage gezeigt wird, eine bedrohlich-dräuende Tonuntermalung einsetzen muss?

Bei Markus Lanz wird immer Tacheles geredet
Die sich gleichsam in Endlosschleife durch die Dokumentation ziehende Insinuation, hier werde endlich mal gesagt, was anderswo nicht gesagt werden dürfe, trifft zudem nicht zu. Bei Markus Lanz wird oft über die Versäumnisse der deutschen Migrationspolitik diskutiert, und der Moderator kann bohrend nachhaken. „Spiegel-TV“ hat seit vielen Jahren etliche Reportagen über kriminelle arabische Clans oder osteuropäische Roma-Banden gedreht. Auch in der F.A.Z. sind solche Themen oft präsent. Migrationspolitik ist ein heißes, aber kein seltenes Eisen.

Es ließen sich weitere Schwächen der Sendung aufzählen. Ob Moderatorin Julia Ruhs wirklich eine unerschrocken-unvoreingenommene Journalistin ist, oder ein One-Trick-Pony, das nur nach einer Seite ausschlägt, wird sich zeigen. Doch die Kritik an der Moderatorin und dem neuen Format, die sich von erwart-barer Seite erhoben hat, ist dermaßen unverhältnismäßig, dass sie auf ihre Urheber zurückfällt.

Jan Böhmermann disqualifiziert sich ein weiteres Mal
„Rechtspopulistischer Quatsch“ war noch die harmloseste Vo-kabel, mit der ZDF-Matador Jan Böhmermann die Sendung bedachte. Er sprach auch von einer „Schweinerei“, von „Dummheit“, gar „Unmenschlichkeit“. Wer mag gemeint sein? Der trauernde Vater? Ein dänischer Minister? Der türkischstämmige Gemüsehändler in Hamburg, der sich gegen unkontrollierte Einwanderung ausspricht? Sind es Leute wie er, an die man bei den „Neuen Deutschen Medienmacherinnen“ denkt, wenn man in der Sendung einen „Tiefpunkt in der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ und „rassistische Narrative“ entdeckt haben will?

Man weiß es nicht, denn die Kritik verharrt meist im Allgemeinen und Grundsätzlichen, ohne konkrete Beispiele. Man darf gespannt sein, ob die Sender an dem Format festhalten oder angesichts der Kritik einknicken. Wer sich im öffentlich-rechtlichen System einen exorbitant honorierten Böhmermann leisten kann, sollte sich auch ein Format wie „Klar“ leisten können – doch ist das gewiss?

Für jene NDR-Mitarbeiter, die sich in den vergangenen Tagen öffentlich von ihrem Sender respektive von dieser Sendung distanziert haben, gibt es immerhin eine gute Nachricht: Niemand wird gezwungen, für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu arbeiten. Auch bei Privatsendern wird schließ-lich Fernsehen gemacht. Das könnte sich freilich auch Julia Ruhs -denken, sollte man ihr viele Steine in den Weg legen. Ein Pu-blikum gibt es für „Klar“ bestimmt. Fragt sich nur, wo es künftig bedient wird.

https://philosophia-perennis.com/2025/04/11/polizeiliche-kriminalstatistik-2024-erneute-zunahme-der-gewaltkriminalitaet/

Polizeiliche Kriminalstatistik 2024: Erneute Zunahme der Gewaltkriminalität

David Berger

11. April 2025

Wie das BKA die Herkunft der Tatverdächtigen bei Messerangriffen verschleiert. Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold.

Liest man die bisherigen Veröffentlichungen zur aktuell veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2024, wird zunächst der bescheidene Rückgang der Straftaten um 1,7 Prozent erwähnt, der bei näherer Betrachtung allein auf die partielle Cannabis-Legalisierung zurückzuführen ist, denn die Zahl der Rauschgiftdelikte sank um 118.000 Fälle (34,2 Prozent), also fast exakt um die Differenz der Gesamtfälle.

Was man vornehm verschweigt, ist der Umstand, dass die Zahl deutscher Tatverdächtiger seit Jahren kontinuierlich sinkt, während die Zahl ausländischer Straftäter (darunter ein massiver Anteil von Zuwanderern) ebenso kontinuierlich steigt. Wurden 2020 noch 557.688 ausländische Tatverdächtige (ohne ausländerrechtliche Verstöße) erfasst, sind es 2024 bereits 696.873, also 140.000 mehr.

Noch dramatischer ist die Entwicklung bei der Gewaltkriminalität. Hier beträgt der Anstieg gegenüber 2023 zwar „nur“ 1,5 Prozent (3.178 Fälle), aber die Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger stieg um satte 7,5 Prozent und die der tatverdächtigen Zuwanderer (neudeutsch „Schutzsuchender“) um 5,3 Prozent. Bei schweren Sexualdelikten beträgt der Anstieg sogar 9,3 Prozent, wobei sich auch hier nichtdeutsche Tatverdächtige mit plus 15,7 Prozentpunkten Anstieg und Zuwanderer mit plus 10,3 Prozent hervortun.

Erstmalig gibt es in der PKS 2024 konkrete Zahlen zu sogenannten „Messerangriffen“, die immerhin 7,2 Prozent der Gewaltkriminalität ausmachen (15.741 Fälle). Insgesamt wurden 29.014 Messerangriffe erfasst, allerdings ohne Vorjahresvergleich. Besonders auffällig ist der Anteil der Messerangriffe bei den Tötungsdelikten mit 40 Prozent!

Nun wäre es durchaus hilfreich zu erfahren, wie es um die Herkunft der Tatverdächtigen bei Messerangriffen bestellt ist (deutsch, nichtdeutsch, Zuwanderer), aber damit möchte die Statistik nicht dienen, obwohl diese Einordnung sonst bei allen Arten von Straftaten vorgenommen wird. Über die Motive muss man nicht lange spekulieren: Konkrete Angaben zur Herkunft der Tatverdächtigen könnten die Bevölkerung verunsichern.

Bedenklich ist auch die Entwicklung bei tatverdächtigen Kindern und Heranwachsenden, deren Zahl insgesamt zwar leicht gesunken ist, was aber allein auf einen deutlichen Rückgang bei den deutschen Tatverdächtigen zurückzuführen ist. Bei den nichtdeutschen gibt es dagegen Steigerungsraten von 3,4 Prozent (Jugendliche) bis 3,9 Prozent (Kinder).

Diese Entwicklung passt zu der Tatsache, dass der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtigen an der Gesamtzahl den ihres Bevölkerungsanteils deutlich übersteigt, wobei das Verhältnis bei Zuwanderern noch dramatischer ist. Für 2024 beträgt der Tatverdächtigenanteil 35,4 Prozent (nichtdeutsch) und der von Zuwanderern 8,8 Prozent (ohne ausländerrechtliche Verstöße). Der Bevölkerungsanteil ausländischer Mitbürger liegt dagegen bei knapp 17 Prozent, der von Zuwanderern (inkl. Ukraine-Flüchtlinge) 4,1 Prozent.

Und ebenfalls seit Jahren versuchen Politik, Medien und willfährige Experten der verunsicherten Bevölkerung einzureden, dass die Zahlen anders interpretiert werden müssten und dass Kriminalität nichts mit der Herkunft zu tun hätte. Nun ist die Neigung zur Kriminalität bzw. Gewalttätigkeit tatsächlich nicht geografisch bedingt, wohl aber zu einem nicht geringen Teil durch die Sozialisierung. **Wer in einem Umfeld aufgewachsen ist, in dem Frauen kaum Rechte haben und weitgehend sexuelle Verfügungsmasse sind, wird diese Haltung ggf. auch in Deutschland kaum ablegen und nach einem klaren „Nein" schulterzuckend nach Hause gehen. Oder wie möchten die Auftragsexperten den hohen Anteil von Sexualstraftaten gerade bei Zuwanderern sonst erklären? Und wer es gewohnt ist, dass Meinungsverschiedenheiten mit Fäusten und/oder Messern ausgetragen werden, wird sich auch hierzulande kaum mit einen „Gut, dass wir darüber gesprochen haben" zufriedengeben, wenn er sich beleidigt fühlt. Entsprechend deutlich stieg die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Bereich „gefährliche und schwere Körperverletzung" 2.400 um mehr als 4.000 (6,9 Prozent).**

Dass die Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger seit 2021 massiv ansteigt, hat sowohl mit den nach wie vor hohen Zuwanderungszahlen zu tun als auch mit dem Versagen des Rechtsstaates, denn im Regelfall haben die Täter anders als in ihren Herkunftsländern, wo ihnen teilweise drakonische Strafen drohen, hierzulande kaum ernsthafte Konsequenzen zu befürchten. Abgeschoben werden – wenn überhaupt – nur Schwerstkriminelle und Intensivtäter und auch die stehen alsbald wieder vor der Tür und werden nach Aussprechen des Zauberworts „Asyl" flugs wieder ins Land gelassen und falls doch ein Wiedereinreiseverbot besteht, reisen sie halt illegal ein.

So etwas spricht sich natürlich herum, ebenso wie die üppigen Sozialleistungen, deren Höhe den heimischen Arbeitslohn um ein Mehrfaches überschreitet. Dennoch bestreiten willfährige Experten hierzulande weiterhin die Tatsache, dass Sozialleistungen einen Pullfaktor darstellen. Dabei zeigen Beispiele wie Ungarn oder Dänemark, dass restriktivere Regelungen durchaus die Zuwanderung begrenzen können.

Für einige Tage sah es tatsächlich danach aus, als wollten Friedrich Merz und die Union ernsthafte Schritte zur Eindämmung der illegalen Einwanderung unternehmen. Aber das ist mittlerweile ebenso vom Tisch wie die Schuldenbremse oder eine wirksame Kontrolle der durchaus regierungsnahen NGOs. Stattdessen werden 500 Milliarden neue Schulden aufgenommen, die zu einem nicht geringen Teil zur Ruhigstellung der inzwischen 3,5 Millionen Zuwanderer benutzt werden dürften.

Also werden sich die Bürger wohl daran gewöhnen müssen, künftig nicht nur größere Menschenansammlungen zu meiden, sondern auch auf die nächtliche Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder Parkspaziergänge zu verzichten, wenn sie nicht zu den mehr als 50.000 Opfern von Zuwanderergewalt allein 2023 (Quelle BKA) gehören wollen.

Zum Ausgleich dürfen Sie sich weiter von Verharmlosungsbeiträgen wie diesem im „Focus" verhöhnen lassen, in dem die Autorin allen Ernstes behauptet, Ausländer würden nur häufiger

angezeigt als Deutsche, und damit unausgesprochen der Bevölkerung Rassismus unterstellt. Wie ein derartiges Anzeigeverhalten im Bereich Gewaltkriminalität überhaupt möglich sein sollte, erklärt die Dame allerdings nicht, etwa so? „Okay, der Typ, der meinem Bruder den Schädel eingeschlagen hat, war Deutscher, den zeige ich doch nicht an…“

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/berlin-h%C3%B6rsaal-der-humboldt-universit%C3%A4t-nach-besetzung-f%C3%BCr-wochen-nicht-nutzbar/ar-AA1D7lkd?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=c766d14e89fa41d686aa94f7f0d474e7&ei=30

Berlin: Hörsaal der Humboldt-Universität nach Besetzung für Wochen nicht nutzbar

Propalästinensische Aktivisten sollen Sitze zerstört und Wände beschmiert haben: Nach der Räumung eines Hörsaals an der Berliner Humboldt-Universität zeigt sich das Ausmaß der Schäden. Lehrveranstaltungen müssen vorerst verlegt werden.

An der Berliner Humboldt-Universität (HU) hat der jüngste Protest propalästinensischer Aktivisten sichtbare Schäden hinterlassen. »Schon jetzt ist klar, dass die Beschädigungen so gravierend sind, dass der Raum für Wochen, möglicherweise Monate, nicht für die Lehre zur Verfügung stehen wird«, teilte das Präsidium in einer Stellungnahme mit. Betroffen ist der Emil-Fischer-Hörsaal auf dem Campus Nord. Dieser war am frühen Mittwochnachmittag besetzt worden.

DER SPIEGEL fasst die wichtigsten News des Tages für Sie zusammen: Was heute wirklich wichtig war - und was es bedeutet. Ihr tägliches Newsletter-Update um 18 Uhr. Jetzt kostenfrei abonnieren.

Es seien ein Großteil der Sitze herausgerissen und alle Wände beschmiert worden, sagte eine Sprecherin der Universität dem SPIEGEL. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden am heutigen Donnerstag eine weitere Bestandsaufnahme machen. Veranstaltungen müssten zunächst in andere Räume verlegt oder digital angeboten werden, hieß es vonseiten der Universität weiter. »Der finanzielle und organisatorische Schaden trifft die gesamte Hochschulgemeinschaft.«

»Rote Linien überschritten«

Das Präsidium der HU hatte die Polizei am Mittwoch gebeten, das Gebäude zu räumen. Präsidentin Julia von Blumenthal verteidigt diese Entscheidung: »Das Lagebild war eindeutig«, sagte sie dem RBB. »Wir konnten schon sofort sehen, dass Sachbeschädigung begangen wurde.« Außerdem seien das Existenzrecht des Staats Israel geleugnet und Gewalt verherrlicht worden.

»Damit war für uns klar: Die roten Linien sind überschritten«, so Blumenthal. Die Protestierenden hatten unter anderem ein Banner mit einem roten Dreieck, dem Symbol der Terrororganisation Hamas, aus einem Fenster gehängt.

Nach Angaben der Polizei wurden rund 90 Menschen aus dem Gebäude herausgeführt und ihre Personalien festgestellt. Mitunter seien Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung eingeleitet worden. Sowohl ein Polizeisprecher als auch Blumenthal bezeichneten die Räumung als friedlich.

Die Polizei hat nach der Besetzung 100 Strafermittlungsverfahren eingeleitet. Es bestehe unter anderem der Verdacht des schweren Hausfriedensbruchs, des besonders schweren Landfriedensbruchs, der Volksverhetzung, des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger

und terroristischer Organisationen sowie des Widerstandes gegen Polizeivollzugsbeamte, wie es in einer Mitteilung hieß.
Aktivisten sollen unter anderem eine Flüssigkeit auf Polizisten geschüttet haben, bei der es sich um Urin handeln könnte. Außerdem sei mit Pyrotechnik geworfen worden. Während der Räumung hätten zwei Menschen die Einsatzkräfte angegriffen und Widerstand geleistet. Zwei Polizisten seien an der Hand verletzt worden, setzen ihren Dienst aber fort.

Auf Wunsch des HU-Präsidiums wurde der Hörsaal am Mittwoch gegen 17.20 Uhr von rund 350 Polizisten geräumt. Die Türen des Hörsaals seien von innen verbarrikadiert gewesen. Die Beamten hätten die Besetzer nach und nach in den Hof geführt und die Identitäten festgestellt. Im Anschluss sei für alle Personen ein Platzverweis ausgesprochen worden. Gegen 20 Uhr hätten die letzten Menschen das Gebäude verlassen.

Im Hörsaal hätten sich 89 Menschen aufgehalten, auf der Straße rund 120. Die Polizei führte eigenen Angaben zufolge 95 freiheitsbeschränkende Maßnahmen durch.

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel und dem darauffolgenden Krieg in Gaza kam es an Berliner Universitäten zu zahlreichen Besetzungen. Im vergangenen Herbst waren Vermummte in ein Gebäude der Freien Universität eingedrungen. Damals entstand nach Angaben der Hochschule ein Schaden von mehr als 100.000 Euro.

https://www.nius.de/nachrichten/news/aaron-abbas-abdel-abdelrahim-abdelrahmen-abdelsalam-abdul-das-sind-die-vornamen-der-deutschen-messerstecher-in-nrw/2bd4b7e7-6b14-45f7-ae2a-3d806cf8b726

Aaron, Abbas, Abdel, Abdelrahim, Abdelrahmen, Abdelsalam, Abdul: Das sind die Vornamen der deutschen Messerstecher in NRW

07.05.2025 - 06:34 Uhr

Philippe Fischer

In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Delikte mit dem „Tatwerkzeug Stichwaffe“ (= Messer) explodiert: Die Polizei NRW hat allein im Jahr 2023 knapp 1680 Straftaten, bei denen ein Messer respektive eine Stichwaffe eingesetzt wurde, registriert. Im Jahr 2024 waren es 2160 Messer-Taten – ein Plus von mehr als 28 Prozent!

Nach Angaben der Behörden kamen die Täter aus folgenden Ländern (Zahl der Täter im Jahr 2024 in Klammern):

1. **Deutschland (852)**
2. **Syrien (213)**
3. **Türkei (110)**
4. **Irak (60)**
5. **Rumänien (57)**

Wenige Namen klingen deutsch

Auf eine Regierungsanfrage des AfD-Abgeordneten Markus Wagner, die NIUS exklusiv vorliegt, hat das NRW-Innenministerium unter der Leitung von Herbert Reul die Vornamen aller deutschen

Tatverdächtigen aus den Jahren 2023 und 2024 aufgelistet. Bemerkenswert viele dieser Vornamen klingen jedoch nicht typisch deutsch ...
Aus der Anfrage geht hervor, dass insgesamt 1.745 Messer-Verdächtige in der Statistik geführt werden. Mehr als die Hälfte (893) davon sind Ausländer. Von den 852 deutschen Tatverdächtigen haben 279 einen Vornamen, der eine Migrationsgeschichte nahelegt. Würde man diese zu den ausländischen Tatverdächtigen addieren, ergibt sich ein Anteil von tatverdächtigen Messerstechern mit Migrationshintergrund von etwa 67 Prozent.
Die vollständige Liste der deutschen Messertäter aus NRW finden Sie hier

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vornamen der deutschen Tatverdächtigen von Straftaten (Opferdelikte) mit dem Tatmittel "Stichwaffe" auf Straßen und Plätzen in Nordrhein-Westfalen		
Vorname	**2023**	**2024**
Aaron	1	1
Abbas	0	1
Abdel	0	1
Abdelrahim	1	0
Abdelrahmen	0	1
Abdelsalam	1	0
Abdul	2	2
Abdulkadir	0	1
Abdullah	3	1
Abdullai	1	0
Abdulrahman	2	0
Abdurahman	0	1
Abid	1	0
Achim	1	1
Adalbert	1	0
Adem	1	0
Adis	1	0
Admir	1	0
Adrian	3	2
Adriano	0	1
Agim	1	0
Ahmad	1	2
Ahmed	2	1
Ahmet	1	3
Ahmmed	1	0
Akin	1	0
Alan	1	0
Albert	0	1
Aleksandar	0	1
Aleksander	0	1
Alend	0	1
Alexander	11	10
Alexandra	0	1
Alexis	1	0
Alfred	1	1
Ali	2	2
Alicia	0	1
Alina	0	2
Alkan	0	1
Almir	1	0
Alyssa	1	0
Amaro	1	0
Amedeo	1	0
Amid	0	1
Amin	2	0
Amine	0	1

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Amir	0	1
Ammar	1	0
Amr	1	0
Anas	1	1
Anass	1	0
Anatol	0	1
Andre	0	5
André	0	1
Andrea	0	1
Andreas	6	8
Andy	1	0
Angelina	2	0
Angelo	4	0
Anil	1	1
Anis-Tristan	0	1
Anna	1	2
Anne	0	1
Annika	1	0
Anthony	2	1
Anton	0	1
Antonelli	1	0
Antoni	0	1
Antonino	0	1
Antonio-Bruno	0	1
Apishan	0	1
Aram	1	0
Arao	1	0
Arda	2	1
Arhan	1	0
Ariyan	0	1
Arlind	0	1
Armin	1	2
Arnau	1	0
Aron	1	0
Arthur	0	1
Arwin	1	0
Asmatullah	1	0
Astrit	1	0
Atilla	0	1
Aurel	0	1
Avedis	0	1
Ayman	1	2
Aytekin	1	0
Azad	1	0
Badr	0	1
Baheddin	0	1
Baran	3	2
Baris	2	0
Barrah-Ramiz	1	0

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Bastian	0	1
Batoul	1	0
Batuhan	1	1
Beate	0	2
Behice	1	0
Bela	0	1
Belaid	1	0
Ben	2	3
Benedikt	2	0
Benjamin	4	1
Bennet	0	2
Beran	0	1
Berdan	1	0
Berde	0	1
Berkan	1	1
Berkay	1	0
Bernd	2	1
Berzan	1	1
Beshan	1	0
Bettina	1	0
Beytullah	1	0
Bianca	1	0
Bilal	2	1
Björn	0	2
Bodo	0	1
Bora	0	1
Boran	0	1
Boris	1	0
Boris-Ralf	1	0
Botan	0	1
Brandon-Luke	0	1
Bruno	1	0
Bülent	1	0
Burak	1	1
Caleb	1	0
Calvin	1	0
Calvin-Jeremias	1	0
Can	2	1
Caner	2	0
Canscher	1	0
Cantekin	0	1
Carl-Henry	0	1
Carlos	0	1
Carsten	2	0
Cayan	1	0
Cebrail	1	0
Cedric	1	0
Cedrik	0	1
Celeste-Bernadette	1	0

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Celina	0	1
Celine-Marie	1	0
Cem	2	1
Cemal	1	1
Cem-Lee	0	1
Cemre	1	0
Cenk	1	1
Cevdet	1	0
Ceyda	1	0
Chakib	0	1
Chantal	1	0
Charlotte	0	1
Chiara	1	0
Chris	1	0
Chris-Dominik	0	1
Christian	7	10
Christoph	1	0
Christopher	5	0
Cihad	0	2
Cihan	0	1
Cinar	1	0
Ciwan	1	0
Clara	0	1
Claudio	1	0
Claus	1	0
Colin	1	0
Cornelia	0	1
Cornell	1	0
Damian	0	3
Daniel	10	2
Daniela	0	1
Danilo	0	1
Daniyel	1	0
Daria	0	1
Darius	0	1
Darline	0	1
Daron	0	1
David	5	3
Davide	1	1
Davin	0	1
Davud	1	0
Dawid	1	0
Deli	0	1
Denino	1	0
Denis	2	1
Denise	0	1
Denis-Julian	0	1
Deniz	4	3
Denizhan	1	1

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Dennis	5	14
Derya	0	1
Desirée	1	0
Detlef	1	0
Devin	0	1
Dias	0	1
Dieter-Volker	1	0
Dietmar	1	0
Dilara	1	0
Dildar	1	0
Diljsat	1	0
Dilshad	0	1
Dimitrij	0	1
Dino	2	1
Diran	0	1
Dirk	3	6
Divin	1	0
Diyar	0	2
Dmitrij	1	1
Dogukaan	1	0
Dogukan	1	0
Domenik	0	2
Dominik	1	3
Dustin	3	4
Efe	1	0
Ege	1	0
Eike	0	1
Elena	0	1
Elias	0	1
Elif-Suzan	1	0
Elijah	0	1
Elke	1	0
Elmas	1	0
Elvis	1	0
Elwin	1	0
Emad	1	0
Emil	1	1
Emine	1	0
Emir	1	1
Emirhan	1	1
Emre	2	1
Enes	0	1
Enis	1	0
Enkhmend	1	0
Enrico	4	1
Eray	0	1
Erdal	1	0
Eren	1	0
Eric	1	1

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Erik	1	0
Erkan	2	1
Esad	1	1
Etienne	0	1
Eugen	0	3
Evindar	1	0
Evrim	0	1
Eyüp	0	1
Fabian	3	2
Fabio	0	1
Fadi	1	0
Falk	1	0
Fares	1	0
Farid	0	1
Faruk	1	0
Fatih	1	3
Fatma	0	1
Faton	0	1
Fazli	0	1
Federico	1	0
Fehmi	1	0
Felipe	1	0
Felix	1	3
Ferhat	1	2
Feti	0	1
Finlay	0	1
Finn	0	2
Finnley	1	0
Finn-Louis	0	1
Firat	1	0
Florian	0	3
Fouad	0	1
Francesco	1	0
Frank	4	3
Frank-Michael	0	1
Franz	1	1
Frederick	1	0
Friedrich	1	0
Fynn	1	0
Gabriel	2	1
Galal	1	0
Gaven	1	0
Georg	1	1
George	1	0
Gerhard	0	1
Gero	1	0
Gianfranko	1	0
Gianluca	1	0
Gianni	1	0

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Gina	0	1
Giovanni-Janino	1	0
Giulio	1	1
Gleb	0	1
Glodi	1	0
Gökce	0	1
Gökhan	1	0
Goran	1	1
Guilliano	0	1
Gulam	0	1
Günter	1	0
Habeş	1	0
Hai	1	0
Hailie	1	0
Hakan	1	1
Halil	1	0
Halim	0	1
Halit	1	0
Hamit	0	1
Hamza	2	0
Hani	0	1
Hans	3	1
Hans-Günter	0	1
Hans-Jürgen	0	1
Hans-Willi	1	0
Hareem	1	0
Hartmut	0	1
Hasan	2	2
Hatem	2	0
Hatice	0	1
Hawal	0	1
Hayrettin	1	0
Haythem	1	0
Hazim	0	1
Heiko	0	1
Heinz	0	1
Heinz-Jürgen	0	1
Helge	0	1
Helmut	1	0
Hendrik	2	1
Henrik	1	0
Henry	0	1
Hicham	1	0
Hidajete	1	0
Hilal	1	0
Hillary	0	1
Hoger	0	1
Holger	0	1
Horst	2	1

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Hürkan	0	1
Hüseyin	0	1
Huseyn	0	1
Hussein	3	1
Ibrahim	1	3
Idriz	0	1
Igor	0	1
Ihsan	1	0
Ilias	2	4
Ilkay	0	1
Imen	0	1
Ingo	1	0
Irfan	0	1
Isa	1	1
Isaija	0	1
İshak	0	1
Islam	1	0
Ismaijl	0	1
Ismail	2	1
Isomo	1	0
Isra	1	0
Ivo	0	1
Iyad	0	1
Izet	1	0
Jackson	0	1
Jacob	0	1
Jacqueline	0	3
Jadon	1	1
Jafar	1	0
Jaime-Noel	0	1
Jake	1	0
Jalavan	0	1
Jaleel-Menowin	0	1
Jamal	1	2
Jamar	0	1
Jamie	1	1
Jan	0	10
Janek	0	1
Jan-Hendrik	1	0
Janine	1	0
Janis	0	2
Jan-Luca	0	2
Janne	1	0
Jannes	0	1
Jannick	0	1
Janyar	0	1
Jasmin	0	1
Jasmina	1	0
Jason	5	0

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Jason-Lee	0	1
Javeon	1	0
Jayden-Noel	0	1
Jayla	0	1
Jayson	1	0
Jean	0	1
Jean-Cloude	0	1
Jeannette	1	0
Jefferson	1	0
Jenny	1	0
Jens-Christian	0	1
Jeremy	0	5
Jeremy-Ryan	1	0
Jerome	1	2
Jessica	0	1
Jihat	1	0
Jim	0	1
Jimmy	1	0
Joachim	1	1
Joel	9	7
Joel-Morice	1	0
Joey	0	1
Johann	1	1
Johanna	0	1
John	0	1
Jon-Alexander	0	1
Jonas	1	2
Jordan	1	1
Jörg	1	1
Joschua	1	0
José	1	0
Josef	2	2
Joshua	1	1
Josue	1	1
Joy	0	1
Jubin	1	0
Jules	0	1
Julia	0	1
Julian	2	4
Julien	2	4
Julius	1	1
Junis	1	0
Jurena	0	1
Justin	9	10
Kaan	0	2
Kahled	0	1
Kai	2	1
Kaleeban	0	1
Kamal	0	1

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Kamyar	0	1
Kanishkan	0	1
Karim	4	0
Karl	0	1
Karl-Heinz	1	1
Karsten	1	1
Kassem	1	0
Katharina	0	1
Kay-Leena	1	0
Keanu	0	1
Kefsere	0	1
Kenan	1	0
Kennet	0	1
Kenny	1	0
Kerem	3	0
Kerim	1	0
Kestutis	0	1
Kevin	9	8
Khalid	1	1
Khalil	1	0
Kilian	1	0
Kiren	1	0
Klaus	1	2
Kodor	1	0
Kordian	1	0
Kristin	1	0
Kunvar	0	1
Laila	1	0
Lamies	1	0
Lamin	0	1
Larion	1	0
Lars	1	1
Laura	1	2
Laurence	1	0
Lawrence	1	0
Lea-Monique	1	0
Leandro	1	0
Ledion	1	0
Leif	1	0
Lena	1	1
Lennart	1	1
Lennox	0	2
Lennox-Maxim	1	0
Leo	0	1
Leon	9	9
Leon-Finn	1	0
Leonid	1	0
Leonie	1	2
Leonique	1	0

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Leonit	1	0
Leon-Lucas	1	0
Leon-Ramon	1	0
Levent	1	0
Levi	1	0
Levin	1	0
Léyo	1	0
Liam	0	1
Lian	0	1
Lidwina	0	1
Linda	0	2
Lionel	1	0
Lisa	1	0
Loran	1	0
Loris	0	1
Loucienne	1	0
Luan	1	1
Luan-Denilson	0	1
Luca	6	7
Luca-Marvin	1	0
Luce	1	0
Lucien	0	1
Luis	0	1
Luisa	0	1
Luitger	1	0
Luka	0	1
Lukas	3	4
Mado	0	1
Mahdi	0	1
Mahmoud	1	0
Mahsum	1	0
Maik	2	1
Maikel	1	0
Malik	2	0
Malika	0	1
Malte	0	1
Mandy	1	1
Manfred	0	1
Mani	0	1
Mano	1	0
Mansour	1	0
Manuel	1	4
Manuela	0	1
Marc	2	7
Marc-Andre	1	0
Marc-Arne	0	1
Marcel	3	7
Marcello	0	1
Marcel-Olivier	0	1

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Marco	1	4
Marcus	2	0
Marek	1	0
Maren	1	0
Marian	1	1
Marie-Sophie	0	1
Mario	0	1
Marius	0	1
Mark	0	6
Marko	0	1
Markus	5	5
Marlon	4	2
Marouan	0	1
Martin	1	4
Marvin	1	4
Mary	2	0
Massimo	0	2
Massud	1	0
Mathis	0	1
Matin	1	0
Matthias	0	2
Maurice	3	2
Maurizio	0	1
Max	2	1
Maxim	0	1
Maximilian	4	4
Maya	1	0
Mazlum	1	0
Mehmet	3	3
Melike	0	1
Meltem	0	1
Merdan	0	1
Merle	0	1
Mersad	0	1
Mert	3	1
Mervan	1	0
Metehan	1	0
Metin	1	2
Micha	0	1
Michael	4	8
Michel	1	3
Michele	0	1
Mikael	1	0
Mike	2	3
Mikel	1	0
Milan	0	2
Milo	0	1
Miran	0	1
Mirijam	0	1

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Mirko	2	1
Mohamad	0	1
Mohamed	3	7
Mohammad	4	1
Mohammed	0	2
Morice	1	0
Moritz	0	1
Mostafa	0	1
Mounir	1	1
Muammer	1	0
Muhammad	0	2
Muhammed	1	5
Muhammedali	1	0
Muhammed-Talha	1	0
Muhieddin	1	0
Muhittin	1	0
Munir	0	1
Murat	0	2
Musa	1	0
Musab	1	0
Mustafa	1	2
Myrtezaj	1	0
Nadine	2	1
Nadja	0	1
Nahsen	1	0
Najah	1	0
Nasri	0	1
Natalie	1	0
Nathalie	1	0
Nazif	0	1
Nazmi	1	0
Necdet	1	0
Neil	0	1
Neo	1	1
Nermin	0	1
Nevio	1	0
Nicholas	1	0
Nick	1	2
Nicklas	0	1
Niclas	0	3
Nico	5	1
Nicolas	0	1
Nicole	1	0
Nico-Udo	0	1
Nidal	0	1
Nihad	0	1
Niki	0	1
Niklas	2	3
Niklas-Mike	0	1

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Niko	0	1
Nikolai	1	0
Nils	1	2
Nils-Luca	0	1
Nina	0	1
Noah	3	4
Noah-Nedim	1	0
Noel	2	0
Noél-Miguel	0	1
Nurdin	1	0
Obinna	0	1
Oguzhan	1	0
Oktay	2	0
Oleg	1	0
Oleksandr	1	0
Olgay	1	0
Oliver	2	5
Olivier	0	1
Omar	1	2
Omer	0	1
Ömer	0	2
Omid	0	1
Onur	1	1
Orlando	1	0
Osama	1	0
Osman	2	0
Oussama	1	0
Özgürcan	1	0
Parviz	0	1
Pascal	2	3
Patric	1	0
Patrice	0	1
Patricia	0	1
Patrick	2	5
Patrizia	1	0
Patryk	0	1
Paul	2	0
Pavlus	1	0
Peter	5	1
Petra	0	1
Phil	0	1
Philip	1	0
Philipp	2	1
Phillip	0	2
Phillip-Raven	0	1
Pierre	2	1
Prince	0	1
Rachid	0	1
Rafael	1	0

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Rahim	1	1
Raimund	1	0
Rainer	1	0
Rajith	1	0
Rajvir	1	0
Ralf	0	3
Ramazan	1	0
Ramis	1	0
Ramon	1	0
Ramon-Mariano	0	1
Randy	1	0
Raphael	3	0
Reber	1	1
Recep-Can	1	0
Regina	0	1
Reinhold	0	1
Renate	1	0
Rene	6	3
Resham	0	1
Ricard	1	0
Ricardo	2	0
Richard	1	1
Ridvan	0	1
Robert	1	0
Robert-Andrei	0	1
Robi	0	1
Robin	2	4
Robin-Noel	1	0
Rochdi	1	1
Rodion	1	0
Rohan	1	0
Rohat	1	0
Rojan	1	0
Rojhat	0	1
Roland	0	1
Rolf	0	1
Roman	2	2
Roméo	0	1
Ron	0	1
Ronaldo	0	1
Ronny	1	0
Rudolf	0	1
Rujan	0	1
Rustam	0	1
Ruven	1	0
Sabir	0	1
Sabri	0	1
Sadullah	0	1
Saeid	0	1

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Said	2	2
Saiga	0	1
Salih	1	0
Salima	1	0
Salman	1	0
Sam	0	3
Saman	1	1
Samet	0	1
Sami	1	0
Samuel	4	1
Samuel-Noelle	1	0
Samyel-Ben	1	0
Sandra	0	1
Sandro	3	0
San-Luca	0	1
Santiago	1	0
Sarah	2	0
Sarhang	0	1
Sascha	3	8
Schiyar	1	0
Schodja	1	0
Sean	1	0
Sebahattin	0	1
Sebastian	2	8
Sedat	1	0
Seifeddine	0	1
Selcuk	0	1
Selim	0	1
Semih	1	0
Semir	0	1
Semy	0	1
Senad	0	1
Sergej	3	2
Serhat	0	1
Server	0	1
Seyda	1	0
Seyhi	1	0
Seyit	0	2
Shawn	0	1
Shehu	1	0
Shekib	0	1
Shirin	1	0
Siamak	1	0
Siegfried	1	0
Silas	1	0
Simon	1	4
Simone	1	0
Sinan	2	1
Siuan	1	0

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Siyabend	1	0
Sofia	0	1
Sophia	1	0
Soraya	1	0
Sören	1	1
Soufyan	0	1
Souhaib	1	0
Souhayb	0	1
Soulaiman	1	0
Sozdar	1	0
Stefan	0	4
Steffen	0	2
Stella	0	1
Stephan	1	1
Stephanie	1	0
Steve	1	0
Steven	3	2
Sudarshan	1	0
Sude	0	1
Suhail	0	1
Sulaiman	1	0
Süleyman	1	0
Sumanchan	0	1
Sven	4	5
Svenja-Patricia	0	1
Svetlana	0	1
Sydney	0	1
Symon	1	0
Tadeusz	0	1
Taha	2	0
Talal	0	1
Talha	1	0
Tarek	1	0
Tarik	0	1
Taylan	1	2
Teuta	1	0
Thomas	3	4
Thorsten	2	0
Tim	2	7
Timo	1	0
Tino	0	1
Tiyam	1	0
Tiziano	1	0
Tobias	5	4
Tolga	1	1
Tolgay	1	0
Tom	4	0
Tomasz	0	1
Tommy-Lee	1	0

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Torsten	1	0
Triantafilos	1	0
Tufan	1	0
Tuna	1	0
Tunahan	0	1
Turgay	0	1
Tyler	1	0
Tyrell	1	0
Tyron	0	1
Ualid	1	0
Ugur	0	1
Ugurcan	0	1
Ulrich	1	0
Umid	0	1
Umut	0	1
Ümüt	1	0
Unbekannt	1	0
Uwe	1	1
Vahap	0	1
Valentin	0	1
Valentino	1	1
Vanessa	1	0
Velat	0	1
Veli	0	1
Veronique	1	0
Veysel	1	0
Victor	0	1
Viktor	1	1
Vincent	1	1
Vitalis	1	0
Vladimir	1	0
Volkan	0	1
Waldemar	0	5
Walid	2	1
Walter	0	2
Weda	0	1
Werner	0	1
Wil	1	0
Wilhelm	1	0
William	1	0
Willibald	0	1
Wolfgang	1	1
Xhevdet	1	0
Yamen	0	1
Yanik-Lucas	0	1
Yannick	2	1
Yannik	0	1
Yasin	0	1
Yassin	1	0

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 5268
Antwort zu Frage 4

Vorname	2023	2024
Yezdan	0	1
Yigit	1	0
Yildiray	0	1
Yilmaz	0	1
Yorum	1	0
Younes	5	0
Youri	1	0
Youssef	1	2
Yuhan	1	0
Yusuf	4	4
Zani	1	0
Zayad	1	0
Zeidane	1	0
Zhanjun	0	1
Ziyad	0	1
Zoey	0	1
Zorbey	1	0
Zouhair	0	1

Köln ist NRWs Hauptstadt der Messerdelikte
Die Landesregierung führte außerdem eine Liste der Polizeibehörden mit den meisten Messerstechereien. Köln, Dortmund, Düsseldorf und Wuppertal führen dieses Ranking im Berichtsjahr 2024 an.

Kreispolizeibehörde	Fälle
PP Köln	258
PP Dortmund	159
PP Düsseldorf	149
PP Wuppertal	101
PP Duisburg	94
PP Essen	79
PP Recklinghausen	77
PP Bonn	73
PP Aachen	72
PP Bochum	66
PP Bielefeld	58
LR Mettmann	53
LR Düren	46
PP Münster	45
PP Mönchengladbach	44

https://www.nius.de/gesellschaft/news/209-gruppenvergewaltigungen-in-einem-jahr-in-nrw-das-ist-die-namensliste-der-deutschen-taeter/3cbc37e4-7a13-4957-ac52-6652a82b899e

209 Gruppenvergewaltigungen in einem Jahr in NRW: DAS ist die Namensliste der deutschen Täter ...

03.09.2024 - 06:10 Uhr

Redaktion

209 Gruppenvergewaltigungen wurden im Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen angezeigt, 71 der 155 Tatverdächtigen sind dabei deutsche Staatsbürger. Soweit die nackte Statistik. Die Antwort von Innenminister Reul auf eine kleine Anfrage der AfD offenbart nun aber: Die deutschen

Tatverdächtigen heißen nicht nur Roland, Andreas und Thorsten – sondern auch Muhammed, Ibrahim und Bilal.
Von den 155 ermittelten Tatverdächtigen, die 2023 beschuldigt wurden, in Nordrhein-Westfalen eine Gruppenvergewaltigung begangen zu haben, finden sich unter anderem sieben Afghanen, elf Syrer und acht Kosovaren. Insgesamt zählten die Behörden 84 nicht-deutsche Tatverdächtige und 71 mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Hier die Namensliste:

Vornamen der deutschen Tatverdächtigen mit Häufigkeit des Auftretens zu Fällen der Frage 1 – 2023	
Vorname	Häufigkeit
Ahmet	1
Alpha	1
Andre	1
Andreas	1
Ayse	1
Bader	1
Bärbel	1
Bayar	1
Bilal	1
Burak	2
Claudia	1
Daniel	1
Denis	1
Didar	1
Dominik	1
Edwin	1
Erwin	1
Evgenij	1
Frederic	1
Furkan	1
Gamil	1
Gerhard	1
Gian-Luca	1
Giulio	1
Günter	1
Hanif	1
Hasip	1
Henry	1
Ibrahim	1
Ismail	1
Jannik	1
Jason	1
Kaan	1
Lars	1
Leon-Maurice	1
Luca	1
Magnus	1
Markus	1
Marlon	1
Matthias	1
Melik	1
Mihrac	1
Mirhan	1
Mohamed	1

Vornamen der deutschen Tatverdächtigen mit Häufigkeit des Auftretens zu Fällen der Frage 1 – 2023	
Vorname	Häufigkeit
Muhammed	1
Nicolas	1
Norbert	1
Nurkan	1
Oliver	1
Philipp	1
Roland	1
Sandy	1
Saskia	1
Sebastian	1
Seckin	1
Seda	1
Süleyman	1
Thierno	1
Thorsten	1
Treji	1
Wahell	1
Wolf-Rüdiger	1
Yasar-Engin	1
Yasin	1
Yasmine	1
Yazan	1
Yigit	1
Zakaria	1
Zayd	1
kein Vorname	1

Der Anteil der ausländischen Verdächtigen ist proportional zu ihrem Anteil an der Bevölkerung deutlich erhöht. Trotzdem verwundert die Zahl der deutschen Verdächtigen zunächst, ist die Gruppenvergewaltigung doch ein Verbrechen, das traditionellerweise eher selten im mitteleuropäischen Kulturraum begangen wird.

Viele deutsche Tatverdächtige tragen keine deutschen Namen

Eine kleine Anfrage der nordrhein-westfälischen AfD-Abgeordneten Markus Wagner und Enxhi Seli-Zacharias vom 25. Juni, die Innenminister Herbert Reul (CDU) Ende August beantwortet hat, offenbart nun: Viele der Tatverdächtigen, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft als deutsche Tatverdächtige erfasst wurden, tragen keine deutschen Vornamen. Ein relativ eindeutiger Hinweis auf einen Migrationshintergrund und die Antithese zu der häufig angeführten Behauptung, dass deutsche Staatsbürger auch wirklich kulturell in Deutschland verwurzelt sind.

Unter den Tatverdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit fanden sich 37 Personen mit einem eindeutig nicht deutschen Vornamen wie beispielsweise Nurkan, Yousef, Süleyman, Muhammed, Ibrahim, Ismail, Bilal, Bayar oder Ahmet. Bei einigen Namen wie Frederic, Simo oder Erwin ist die Herkunft nicht ganz eindeutig feststellbar. Heißt im Klartext: Mehr als die Hälfte der deutschen Tatverdächtigen hat Wurzeln in einem anderen Kulturkreis.

Interessant ist die Auswertung vor allem, weil man die dadurch gewonnenen Erkenntnisse auch auf andere Verbrechen, wie beispielsweise Messerkriminalität übertragen kann. Proportional ist der

Anteil der Ausländer auch hier bereits höher als der deutschen Täter. Preist man nun noch mit ein, dass ein relevanter Anteil der deutschen Täter ebenfalls Migrationshintergrund hat und entsprechend in einem nicht-deutschen kulturellen Umfeld sozialisiert wurde, gibt das denjenigen recht, die bei Gewalt-Verbrechen auf Kultur-spezifische Unterschiede hinweisen.

https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/22-gruppenvergewaltigungen/
Kriminalität in Deutschland

Gruppenvergewaltigungen auf Rekordhoch — Wollen wir so leben?

- Kommentar

|

- 23. Mai 2023

|

- Zita Tipold

|

- **20 Kommentare**

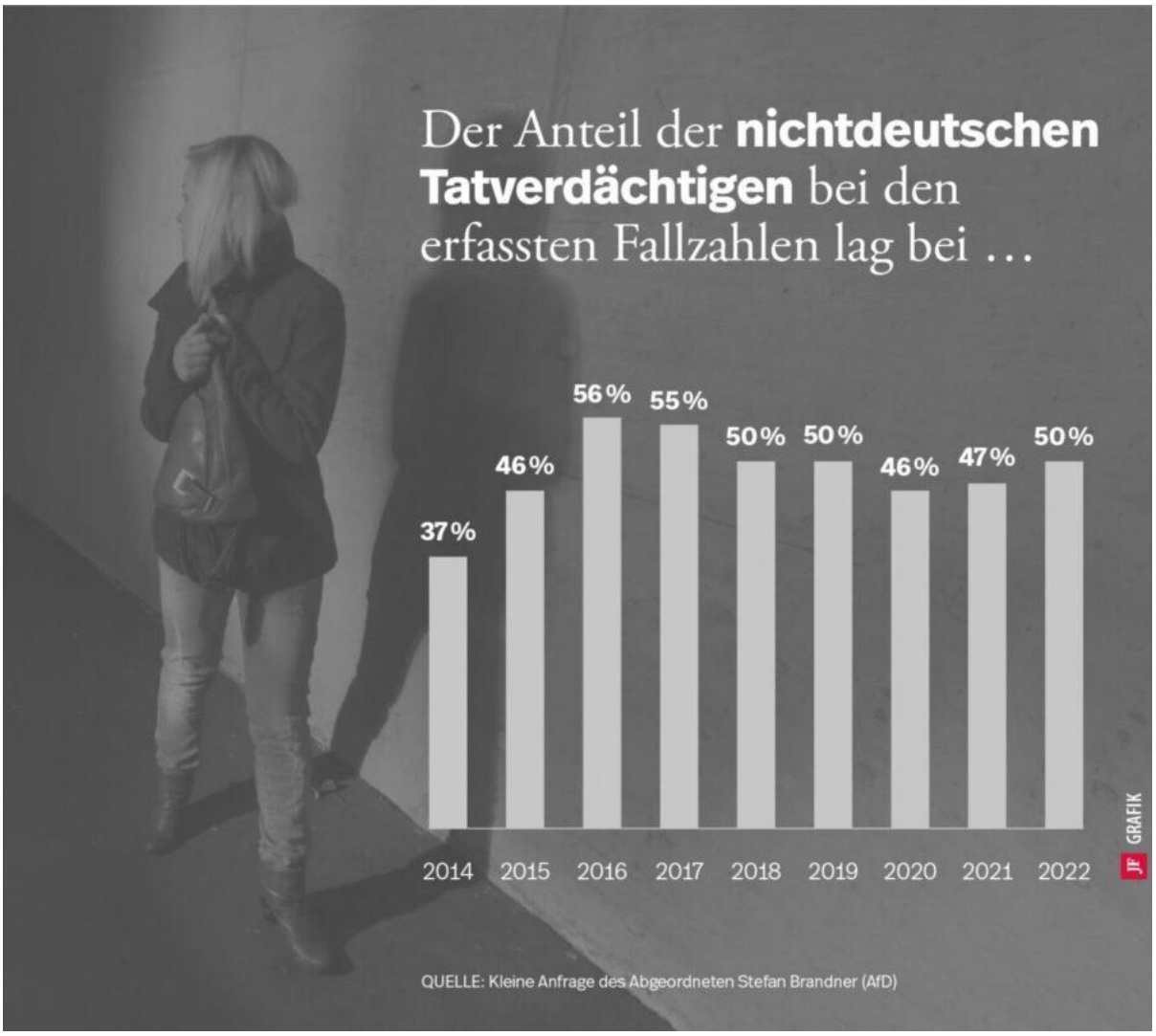
Die Zahl der Gruppenvergewaltigungen hat 2022 ein Rekordhoch erreicht. Opfer wurden meist deutsche Frauen. Sie sind einer rücksichtslosen Politik ausgeliefert, bei der die heimische Bevölkerung am Ende der Prioritätenliste steht*. Ein Kommentar von Zita Tipold.*

Manchmal sind Männer wirklich zu beneiden. Zum Beispiel wenn sie sich nach einer durchzechten Nacht gelassen zur nächsten U-Bahn-Station schlendern, um daheim nur noch erschöpft ins Bett zu fallen. Bei Frauen ist das völlig anders. Das mulmige Gefühl in der Magengrube breitet sich in der Sekunde aus, in der man den Heimweg antreten muß. Plötzlich wirken die Straßen nicht nur dunkel, sondern zappenduster. Jedes Geräusch läßt einen hellhörig werden und selbst der arme Kerl, der vielleicht nur ohne Hintergedanken hinter einem läuft, wird nun unablässig auf Lauftempo und Abstand geprüft. Immer wieder kreist da der Gedanke: „Was ist, wenn jetzt etwas passiert?“
Viele Frauen haben sich für diesen Fall längst eine Überlebensstrategie zurechtgelegt. Manche setzen auf den Haustürschlüssel. Eine andere Methode ist das Telefonat mit der besten Freundin. Wäre es nicht so traurig, könnte man fast darüber lachen.
Zahl der Gruppenvergewaltigungen auf Rekordhoch
Es ist weder irrationale Paranoia noch emotionale Überdramatisierung. Es ist schlichtweg die Erkenntnis: Auf deutschen Straßen ist man als Frau oft nicht mehr sicher. So hat etwa die Zahl der Gruppenvergewaltigungen im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht, wie eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner ergab**. Insgesamt 789 solcher Taten verzeichneten die deutschen Behörden 2022. Das sind rechnerisch mehr als zwei pro Tag.**

Wohlgemerkt: Es geht dabei nur um jene sexuellen Übergriffe mit mehr als einem Täter. Gruppenvergewaltigungen sind eines dieser Phänomene, die vermehrt seit dem Flüchtlingszustrom von 201 lag die Fallzahl dann immer zwischen 5 auftreten und nun in der Schublade der tragischen Einzelfälle abgeheftet wurden. „Deutsche vergewaltigen ja auch.“ Na dann. **Den stärksten Zuwachs an solchen Delikten hatte es von 2015 zu 2016 gegeben. Damals sprang der Wert von 400 auf 749 gemeldete Taten.**

Die Opfer sind meist deutsche Frauen

Obwohl Ausländer nur rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, ermittelte die Polizei im vergangenen Jahr (wenn auch knapp) mehr migrantische Tatverdächtige als Deutsche bei Gruppenvergewaltigungen. Ein möglicher Migrationshintergrund ist bei den mutmaßlichen deutschen Tätern noch nicht einmal herausgerechnet. Insgesamt stehen deutsche und nicht-deutsche Staatsbürger sich etwa 50 zu 50 gegenüber.



Von den Verdächtigen ohne deutschen Paß stammten die meisten fast jedes Jahr seit 2015 aus Syrien und Afghanistan. Mit diesem Wissen hat sich die Politik längst mitschuldig gemacht. Sie hat es versäumt, das Wohl der eigenen Bürger über das Wohl ausländischer Bürger zu stellen. Es sind vor allem deutschen Frauen, die dafür den Preis zahlen müssen. Sie machen den absoluten Großteil der Opfer bei Gruppenvergewaltigungen aus. Möglichkeiten sich zu schützen, gibt es quasi keine.

Deutschland war nicht schon immer so

Das mußte beispielsweise Emma S. 2019 am eigenen Leib erleben. Die damals 15jährige war in einer Septembernacht in ein Gebüsch gelockt und von elf Männern vergewaltigt worden. Arsen K. und Fares L. (damals 19 und 20 Jahre alt) filmten noch dazu die Tat.

Die Ausreden nach solchen brutalen Vorfällen sind fast so unerträglich wie die Taten selbst. Nein, Deutschland war nicht schon immer so. Wer spätestens in den 90ern geboren wurde, weiß, daß es einmal anders war. Es war eine Jugend, in der man im Sommer bis spät in die Nacht mit Freunden beiden Geschlechts sorglos am Lagerfeuer sitzen und später ohne Furcht nach Hause gehen konnte.

Grenzen dichtmachen und abschieben!

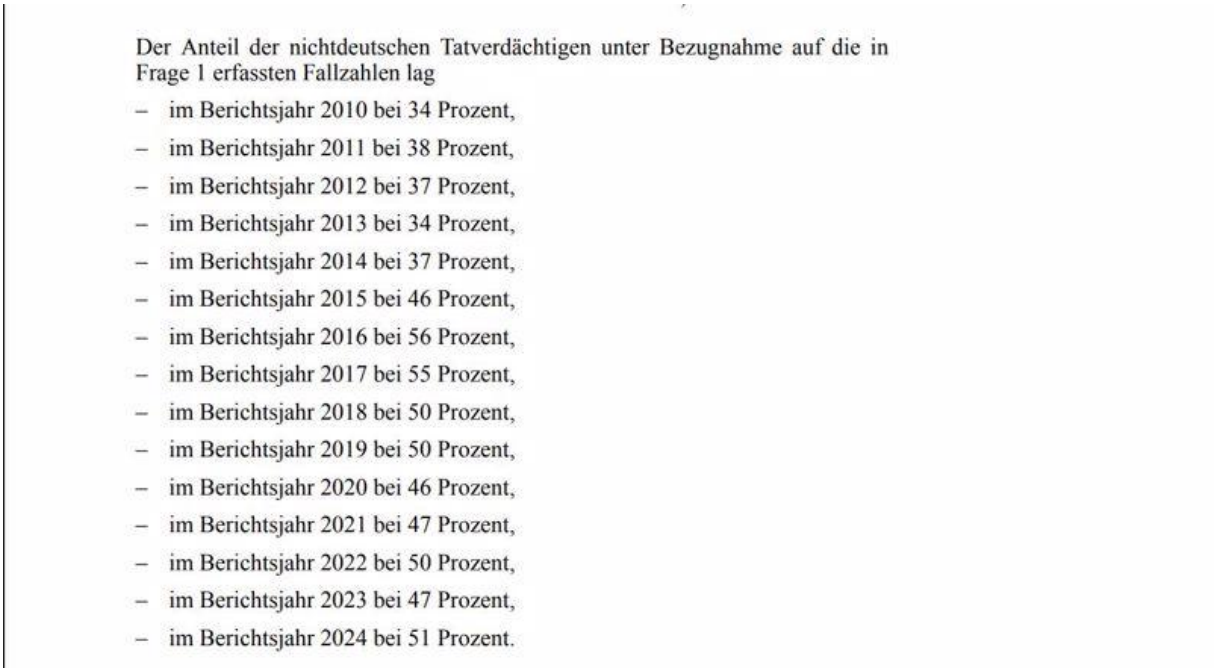
Auch damals gab es freilich schon Kriminalität. Die Anzahl und die Intensität von Sex-Taten hat sich aber so stark verändert, daß sich auch das Bewußtsein verschoben hat. Statt womöglich leicht naiver Gelassenheit dominiert jetzt die Angst. Bahnfahren wird für Frauen zur kontinuierlichen Nervenprobe. Von Anträgen heiratswilliger Afrikaner in gebrochenem Englisch über arabischstämmige junge Männer, die ein höfliches Nein nicht akzeptieren, ist alles dabei. Wer den besonderen Kick Demütigung sucht, muß nur einmal nachts als Frau alleine an einer größeren Männergruppe am Berliner Bahnhof Zoo vorbeilaufen. Die Sprüche und Blicke sind quasi vorprogrammiert. Wollen wir wirklich so leben?

Wäre die Politik am Wohlergehen von Frauen interessiert, bliebe ihr eigentlich nur eine Möglichkeit: Grenzen dichtmachen, ausländische Straftäter unablässig abschieben, deutsche zu hohen Strafen verurteilen. Wer einem Menschen das Leben zerstört, hat den Anspruch auf den Schutz seines eigenen im Gastland verwirkt.
Es gibt keine moralische Pflicht, für Bewohner anderer Länder ein unabsehbares Sicherheitsrisiko auf sich zu nehmen. Dafür, die eigenen Leute zu beschützen aber schon. Daß die Regierung trotz der Rekordzahl an Gruppenvergewaltigung der Tatsache, daß Ausländer dabei massiv überrepräsentiert sind, immer noch nicht handelt, zeigt am Ende nur, wo sie deutsche Staatsbürger in ihrer Prioritätenliste einordnet: nämlich ganz unten.
Follow @ZitaTipold

https://www.nius.de/politik/news/neue-zahlen-so-viele-gruppenvergewaltiger-wie-nie-zuvor/8ff701b1-5bb0-4808-acd0-25669ec34f8f
Neue Zahlen: So viele Gruppenvergewaltiger wie nie zuvor

Die Zahl der Gruppenvergewaltiger steigt parallel zu den Flüchtlingszahlen.
04.08.2025 - 14:28 Uhr

Redaktion
Schockierende, vom Bundestag veröffentlichte Zahlen! Noch nie wurden so viele Tatverdächtige bei Gruppenvergewaltigungen erfasst wie im Jahr 2024.
Laut Antwort auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner wurden im Jahr 2024 exakt 1.011 mutmaßliche Gruppenvergewaltiger registriert – ein neuer Höchststand seit Beginn der Erhebung im Jahr 2010 und drastischer Sprung zum Vorjahr!
Zum Vergleich:
Im Jahr 2013 waren es noch 537 Tatverdächtige – fast eine Verdopplung! Auch im Vergleich zum Vorjahr 2023 (990 Tatverdächtige) ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Insgesamt zeigt sich seit 2015 ein besorgniserregender Trend nach oben.
Mehr als die Hälfte der Tatverdächtigen sind Ausländer
Ebenfalls brisant ist der Anteil nicht-deutscher Tatverdächtiger: 2024 waren 51 Prozent der ermittelten Gruppenvergewaltiger Ausländer. Damit liegt der Wert nicht nur über dem des Vorjahres, sondern bestätigt einen seit Jahren hohen Anteil. Zum Vergleich: 2010 lag der Ausländeranteil noch bei 34 Prozent – seither ist der Anteil fast kontinuierlich gestiegen.
Die Zahlen im Detail:



Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter Bezugnahme auf die in Frage 1 erfassten Fallzahlen lag

- im Berichtsjahr 2010 bei 34 Prozent,
- im Berichtsjahr 2011 bei 38 Prozent,
- im Berichtsjahr 2012 bei 37 Prozent,
- im Berichtsjahr 2013 bei 34 Prozent,
- im Berichtsjahr 2014 bei 37 Prozent,
- im Berichtsjahr 2015 bei 46 Prozent,
- im Berichtsjahr 2016 bei 56 Prozent,
- im Berichtsjahr 2017 bei 55 Prozent,
- im Berichtsjahr 2018 bei 50 Prozent,
- im Berichtsjahr 2019 bei 50 Prozent,
- im Berichtsjahr 2020 bei 46 Prozent,
- im Berichtsjahr 2021 bei 47 Prozent,
- im Berichtsjahr 2022 bei 50 Prozent,
- im Berichtsjahr 2023 bei 47 Prozent,
- im Berichtsjahr 2024 bei 51 Prozent.

Auszug aus den vom Bundestag veröffentlichten Antworten auf eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion
Die Top-5-Länder, aus denen die Tatverdächtigen stammen, sind seit 2022 in gleichbleibender Reihenfolge: Deutschland, Syrien, Afghanistan, Irak und Türkei.

https://www.brisant.de/kriminalstatistik-deutschland-vergewaltigung-100.html
Kriminalstatistik 2024
Zahl der Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffe stark gestiegen
02. April 2025, 14:41 Uhr

Es passiert jeden Tag in Deutschland - und zwar nicht nur einmal, sondern rein statistisch 37 Mal pro Tag! Die traurige und beschämende Bilanz: Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 13.320 Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe registriert - neun Prozent mehr als 2023. Insgesamt gab es der Statistik zufolge fast 43.000 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Die deutliche Mehrheit der Opfer waren Frauen.
All diese furchtbaren Zahlen und Fakten stehen in der aktuellen Kriminalstatistik 2024, die das Bundeskriminalamt nun vorgestellt hat. Die Gewalt gegen Frauen sei besorgniserregend, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Was also tun?

Benötigt würden laut Faeser ein stärkeres Schutz- und Hilfesystem, eine effektivere Strafverfolgung der Täter und die Einführung einer elektronischen Fußfessel, damit sich Täter nicht unbemerkt ihren Opfern nähern könnten. Eine Aufgabe für die nächste Bundesregierung.

Was bei der Vorstellung des Kriminalberichts auch deutlich wurde: Offenbar gibt es aktuell mehr Sensibilität für das Thema sexuelle Übergriffe und eine höhere Bereitschaft, diese Straftaten auch

anzuzeigen. Bei sexualisierter Gewalt gehen Experten dennoch und immer noch von einer großen Dunkelziffer nicht angezeigter Taten aus.
Zahlen zur sexuellen Gewalt gegen Kinder
Die Zahl der Fälle sexuellen Missbrauchs von Kindern blieb 2024 auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr: 16.354 Fälle wurden registriert. Das waren 21 Fälle weniger als 2023. Im Bereich jugendpornografischer Inhalte gab es dagegen einen Anstieg auf 9.601 Fälle.

Noch nicht genug von erschreckenden Zahlen? Die komplette Kriminalstatistik 2024 gibt es hier.

Quellen:
epd
dpa
KNA
Bundeskriminalamt
MDR

https://www.focus.de/panorama/welt/vergewaltigung-in-muenchen-polizei-sucht-mit-fotos-nach-taetern_740c16d0-0894-465f-b808-dbe37a357b18.html
Attacke in München
17-Jährige in Tiefgarage vergewaltigt - Polizei sucht mit Fotos nach Tätern

Wer kennt die abgebildeten tatverdächtigen Personen? Wer kann Hinweise auf ihre Identität oder ihren Aufenthaltsort geben?Polizei München
FOCUS-online-Redaktion
Montag, 15.09.2025, 13:58
Ende Mai soll eine Jugendliche in einer Tiefgarage am Münchner Stachus vergewaltigt worden sein. Nun hat die Polizei Fotos der mutmaßlichen Täter veröffentlicht.
Nach einer mutmaßlichen Vergewaltigung in München sucht die Polizei mit Fotos nach zwei Verdächtigen. Sie sollen Ende Mai dieses Jahres eine 17-Jährige in einer Tiefgarage am Stachus vergewaltigt haben, wie die Polizei mitteilte. Die nun veröffentlichten Fotos stammen laut Polizei unter anderem von Überwachungsaufnahmen der Tiefgarage und sollen die mutmaßlichen Täter zeigen.
17-Jährige in München vergewaltigt: Polizei sucht mit Fotos nach Tätern
Die 17-Jährige habe die beiden Männer am späten Abend des 30. Mai am Stachusbrunnen kennengelernt. Nach einiger Zeit seien die drei zusammen in eine nahegelegene Tiefgarage gegangen, wo es zu der Vergewaltigung gekommen sein soll. Am Tag darauf sei Anzeige erstattet worden.
Die Täterbeschreibung der Polizei
Täter 1:
- männlich
- 19 Jahre
- ca. 163 cm
- schlank
- dunkelbraune kurze Haare
- grüne Augen
- sonnengebräunte Haut
- Schnurrbart

- dünne Lippen
- sprach schlecht deutsch und unterhielt sich mit zweitem Tatverdächtigen in ausländischer Sprache
- **Täter 2:**
  männlich
- 19 Jahre
- ca. 170 cm
- schlank
- dunkelbraune kurze Haare
- sonnengebräunte Haut und Akne

Die Suche nach den mutmaßlichen Tätern blieb laut Polizei bisher ohne Erfolg. In der Zeit nach der Tat hätten unter anderem Zivilbeamte am Stachus nach den Männern gefahndet. Außerdem wurde nach Angaben eines Polizeisprechers eine männliche DNA-Spur gesichert, die jedoch bislang nicht zur Identifikation eines Verdächtigen geführt habe.
Nach einem richterlichen Beschluss veröffentlichte die Polizei schließlich Aufnahmen und Beschreibungen der mutmaßlichen Täter und bittet um Hinweise.

https://www.focus.de/panorama/arzt-aus-gera-klagt-ueber-auslaendische-patienten-jetzt-sollen-plakate-helfen_90a4c7dd-d064-4fb4-9a25-eeb4e447d770.html
Unhaltbare Zustände in Praxen
„Belästigt und bedroht“: Arzt klagt über ausländische Patienten und reagiert rigoros
Göran Schattauer, Chefreporter Focus online
Göran Schattauer
Montag, 15.09.2025, 06:11
Der Kardiologe Jörg Langel (62) aus Gera hat in seiner Praxis den Hinweis „Wir sprechen ausschließlich Deutsch!“ angebracht. Der Grund: Immer mehr Ausländer machen ihm und seinem Team das Leben schwer.
Schon von weitem sind die Hinweiszettel mit den vielen roten Ausrufezeichen zu sehen. Patienten, die vor der Praxis des Kardiologen Jörg Langel im thüringischen Gera stehen, können es kaum überlesen.
„Wir sprechen hier in der Praxis ausschließlich Deutsch!“, steht auf den DIN-A4-Blättern. Und, in mehreren Sprachen: „Termine und Behandlung bitte mit Dolmetscher!!!“
Schließlich die klare Ansage: „Sollte eine Kommunikation aufgrund fehlender Sprachkenntnisse nicht möglich sein und auch kein Dolmetscher persönlich anwesend sein, müssen wir eine Behandlung – außer in Notfällen – zukünftig ablehnen.“
„Anteil von Ausländern macht sich auch in unseren Arztpraxen bemerkbar“
Die Zettel, die Dr. Langel und viele seiner Arztkollegen in ganz Deutschland aufhängen mussten, sind Ausdruck der Verzweiflung. Denn in etlichen Praxen kam es in der Vergangenheit immer wieder zu unschönen Szenen. Szenen, die Ärzte und deren Teams stark belasten. Szenen, unter denen viele andere Patienten leiden.
„Die Hinweisschilder sind unsere Reaktion, unser Hilferuf, auf die insbesondere seit 2015 zunehmende Anzahl ausländischer Patienten mit fehlenden oder unzureichenden Deutschkenntnissen“, sagt der 62-jährige Facharzt für Innere Medizin und Kardiologie Langel im Gespräch mit FOCUS online. „Auch die Kommunikation auf Englisch ist meist problematisch.“

In den vergangenen zehn Jahren ist der Ausländeranteil in Gera (96.000 Einwohner) kontinuierlich gestiegen. **Aktuell leben hier 14.200 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit,** die Ausländerquote liegt damit bei 14,7 Prozent.
„Der zunehmende Anteil von Ausländern macht sich auch in unseren Arztpraxen bemerkbar", sagt Langel. Derzeit würden sich allein bei ihm pro Woche 30 bis 40 Ausländer melden. „Überwiegend Menschen aus der Ukraine und Syrien, aber auch aus Afghanistan, dem Irak, vom Balkan und aus afrikanischen Staaten."

Ausländische Patienten kamen meist ohne Dolmetscher

Der Mediziner: „Lange Zeit kamen die meisten Patienten ohne Dolmetscher, was natürlich zu Missverständnissen führte und zu keiner vernünftigen, geschweige denn optimalen medizinischen Behandlung." Ohne Kenntnis der Krankengeschichte, von Vorbefunden oder Schilderung der akuten Beschwerden sei eine medizinische Versorgung „einfach nicht möglich".
Die Sprachbarrieren hätten die ärztliche Versorgung von Bedürftigen „sehr zeitintensiv" gemacht, so Langel, bei dem im Jahr rund 12.000 Behandlungsfälle auflaufen. Das habe „zu längeren Wartezeiten für Patienten geführt und unser gesamtes Bestellsystem durcheinandergebracht".

Im Wartebereich seiner Praxis und in den Behandlungsräumen sei es teilweise zu befremdlichen, auch bedrohlichen Situationen gekommen, schildert der Mediziner gegenüber FOCUS online.

Patienten hatten Anwalt dabei: „Keine Fragen zum ‚Warum'"

- **„In einzelnen Fällen kamen Patienten mit Handy-Dolmetscher und vorgefassten Diagnosen, etwa ‚Mitralklappenprolapssyndrom' oder ‚Herzrhythmusstörungen', und drängten auf Diagnosebestätigung sowie eine entsprechende Behandlung."**
- **„Zweimal erschienen Patienten ohne Deutschkenntnisse in Begleitung eines ‚Anwalts', der forderte, wir sollten medizinisch behandeln und keine Fragen zum ‚Warum', zur Herkunft und ähnlichen Dingen stellen."**
- **„Eine ukrainische Frau stellte sich in Begleitung von vier Männern vor, weil sie Probleme mit ihrer OP-Wunde hatte. Ambulante Chirurgen hatten sie unter anderem wegen ihres fordernden Auftretens nicht behandelt. Weil wir der Patientin medizinisch nicht helfen konnten, sondern sie ins Krankenhaus überstellten, kam es bei ihren Begleitern zu Wutausbrüchen."**
- **„Wenn ausländische Patienten mit Sprachproblemen in die Praxis kommen, wird es relativ häufig laut, hektisch und stressig. Nicht selten bestehen Patienten darauf, behandelt zu werden, obwohl kein Dolmetscher anwesend ist."**

„Die Polizei mussten wir zum Glück noch nicht rufen", sagt Langel, „im Gegensatz zu anderen Praxen in Gera". Manche Einrichtungen verfügten mittlerweile über einen Alarmknopf, die örtliche Notfallambulanz habe „einen Wachdienst engagiert".

Wie notwendig solche Schutz- und Abwehrmaßnahmen sind, zeigen die vielen gewaltsamen Übergriffe auf Mitarbeiter im Gesundheitswesen.

Clan-Mitglieder stürmen Notaufnahme, Pfleger verprügelt

Vor einem Jahr schlugen mehrere Mitglieder eines kriminellen Clans in der Kardiologie eines Essener Krankenhauses auf medizinisches Personal ein. In Berlin gingen Patienten auf Mediziner in der Notaufnahme los, ein Pfleger wurde bewusstlos geprügelt. In der Berliner Charité randalierten Angehörige des Abou-Chaker-Clans. In Düsseldorf stürmten Mitglieder eines arabischen Clans eine Notaufnahme.

Von solch gravierenden Vorfällen blieb seine Praxis bislang verschont, erzählt der Thüringer Arzt. Dennoch hätte die Entwicklung bei seinem Team Spuren hinterlassen.

„Mit jedem Vorfall wuchs bei uns die Anspannung. Angst, Machtlosigkeit, Frustration und Verzweiflung wurden immer größer", so Langel zu FOCUS online. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien „beschimpft, bedroht und auch privat belästigt worden".

„Wir haben eine Mitarbeiterin, die sehr gut Russisch spricht“, sagt Langel. Am Anfang sei dies „sehr hilfreich“ gewesen, weil eine weitgehend reibungslose Behandlung von ukrainischen Kriegsflüchtlingen möglich war.
Dann aber habe sich ihre Arbeit in der russischen und ukrainischen Gemeinschaft herumgesprochen. „Wir erlebten einen regelrechten Ansturm dieser Patienten, und die Kollegin war fast nur noch mit Dolmetschertätigkeiten beschäftigt“, so der Kardiologe.

Mitarbeiterin der Praxis wurde auf ihrem Privathandy belästigt
Schließlich kam es so weit, dass die Mitarbeiterin „auf dem Parkplatz und auf ihrem Heimweg von Patienten angesprochen wurde. Sie erhielt sogar Patientenanrufe auf ihrem privaten Handy, obwohl die Nummer von uns geheim gehalten wurde“.
Auf derartige, bis vor einigen Jahren noch unvorstellbare Belastungen seien seine Leute nur unzureichend oder gar nicht vorbereitet. Langel kritisiert: „Die Angebote seitens der Politik, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen zur Resilienzstärkung der Praxismitarbeiter gegen solche Übergriffe sind absolut ungenügend.“
Auch für Patienten, die schon über viele Jahre bei Jörg Langel in Behandlung sind, waren die mitunter angespannte Stimmung in der Praxis neu.
„Die Reaktionen reichten von verständnisvoll und hilfsbereit bis hin zu ablehnend und gereizt“, so der Arzt zu FOCUS online. „Es gab Beschwerden und negative Enträge in Bewertungsportalen. Positive Bewertungen darüber, dass wir Patienten trotz aller Probleme und erheblichen Mehraufwands überwiegend doch helfen konnten, haben wir bisher nicht erhalten.“
Und die Ausländer selbst? Wie reagierten sie auf die Aushänge, wonach eine Behandlung nur noch „mit Dolmetscher“ erfolgt?
Jörg Langel: „Die Reaktionen waren gemischt. Viele hatten Verständnis für eine Terminverschiebung und unsere Bitte, einen Dolmetscher zu organisieren. **In Einzelfällen wurden wir aber auch in aggressiver Weise beschimpft.“**
ANZEIGE
Kardiologe Langel wünscht sich „professionelle Dolmetscher“
Auf jeden Fall, resümiert der 62-Jährige, hätten sich die Informationsblätter gelohnt. „Viele Patienten suchen jetzt aktiv nach einem Dolmetscher, bevor sie zu uns in die Praxis kommen.“ Dabei falle auf, dass die Übersetzungshelfer häufig Schulkinder oder Jugendliche sind, die unsere Sprache schnell gelernt haben. Auch Verwandte, Bekannte oder ehrenamtliche Dolmetscher begleiten Patienten in die Praxis.
„Professionelle Dolmetscher sind eher die Ausnahme“, erklärt Langel im Gespräch mit FOCUS online. „Inwiefern die Ausländerbehörde diesbezüglich in der Pflicht steht, konnten wir trotz eines Anrufs in der Behörde nicht in Erfahrung bringen. Hier wäre eine engere Zusammenarbeit sicherlich sinnvoll, etwa mit einer Auswahl von Dolmetschern, auf die man im Ernstfall schnell zurückgreifen könnte.“

https://www.nius.de/kriminalitaet/news/seit-merkels-grenzoeffnung-veruebten-zuwanderer-mehr-als-2-8-millionen-straftaten/f968c08a-aeef-4172-a542-b4d12e2fe78c
Kriminalität
Seit Merkels Grenzöffnung verübten Zuwanderer mehr als 2,8 Millionen Straftaten
Seit 2015 haben Zuwanderer die deutsche Kriminalitätsstatistik bereichert.

21.10.2025 - 14:50 Uhr

Claudio Casula
Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion legte die Bundesregierung umfassende Zahlen zu Straftaten mit tatverdächtigen Asyl-Migranten vor. Sie belegen eine überdurchschnittlich hohe Kriminalität unter den Zuwanderern seit 2015.

Die in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) als „Zuwanderer" geführten Personen haben einen der folgenden Aufenthaltsanlässe: „Asylbewerber", „Schutz- und Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge", „Duldung" oder „unerlaubter Aufenthalt". Migranten, die schon länger in Deutschland leben und arbeiten, sind damit nicht gemeint, ebenso wenig solche mit (teils) deutscher Staatsbürgerschaft.

Von 2015 bis einschließlich 2024 wurden insgesamt mehr als 5,1 Millionen Straftaten mit Beteiligung mindestens eines tatverdächtigen Zuwanderers verübt. Rechnet man ausländerrechtliche Verstöße heraus**, beläuft sich die Gesamtzahl der erfassten Straftaten im selben Zeitraum auf 2.802.915 Fälle.**

Die Täter sind jung, männlich – und oft aus dem Orient
Insbesondere bei den Gewaltdelikten stieg die Zahl der Straftaten stark an – von 12.512 im Jahr 2015 auf 26.329 im Jahr 2024, allerdings ist hier die seither gestiegene Gesamtzahl der Zuwanderer zu berücksichtigen. Insgesamt wurden 218.247 Fälle in den zehn Jahren gezählt**. Damit beträgt der Anteil allein der Zuwanderer mit 33,8 Prozent gut ein Drittel.**

Noch größer ist dieser bei den Sexualverbrechen (Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff): 11.098 Fälle seit 2015! Fast 40.000 Raubdelikte wurden seither von Zuwanderern begangen. Gefährliche und schwere Körperverletzungen wurden in 163.625 Fällen registriert. Im Bereich der Straßenkriminalität geht es hauptsächlich um Diebstahlsfälle (764.940 seit 2015) und Ladendiebstähle (506.034 Fälle).

Das lange von Politik und Medien geleugnete Problem von weit überdurchschnittlich oft kriminellen Zuwanderern ist mittlerweile hinreichend belegt. Das gilt insbesondere für männliche Nichtdeutsche. „Eine Bevölkerungsgruppe mit einem höheren Anteil an Männern und an jüngeren Menschen – wie es bei der nichtdeutschen Bevölkerung der Fall ist – weist alleine dadurch erwartbar eine höhere Kriminalitätsbelastung auf", erklärt das Bundeskriminalamt (BKA).

Syrer, Iraker und Afghanen fallen besonders bei Gewaltdelikten auf
Hinzu käme, dass „Personen mit Migrationsgeschichte tendenziell stärker von Risikofaktoren betroffen" seien, neben einer „nachteiligen räumlichen und ökonomischen Lebenssituation" seien das „auch psychische Belastungen, eigene Gewalterfahrungen in der Kindheit sowie positive Einstellungen gegenüber Gewalt".

Allein 2024 stellten Zuwanderer 8,8 Prozent der Tatverdächtigen (ohne ausländerrechtliche Verstöße). Bei Gewaltdelikten fallen besonders häufig Syrer, Iraker und Afghanen auf, während Straftaten wie Diebstähle, Raub oder Drogenhandel oft von jungen Zuwanderern aus nordafrikanischen Ländern, aus Georgien, aber zum Teil auch aus bestimmten Subsahara-Staaten begangen werden.

Während der deutsche Staatsbürger unter den Kriminellen rückläufig ist, steigt er in der Rolle des Gewaltopfers bei den nichtdeutschen an. Gerade bei den Gewaltdelikten werden Deutsche auch in absoluten Zahlen häufiger Opfer von Zuwanderern als umgekehrt – obwohl „Zuwanderer" die viel kleinere Gruppe sind.

Minderheit weit krimineller als Mehrheit
Laut BKA zählte man schon 2022 insgesamt 47.923 deutsche Opfer von Taten, bei denen Zuwanderer als tatverdächtig ermittelt wurden. Demgegenüber wurden 12.061 Zuwanderer Opfer

eines deutschen Tatverdächtigen. Deutsche wurden also viermal so oft von Zuwanderern angegriffen als umgekehrt.

In der schwersten Straftat-Kategorie Mord und Totschlag fielen im Vorjahr 258 Deutsche einer Straftat zum Opfer, an der mindestens ein Zuwanderer beteiligt war – für 38 von ihnen tödlich. Gleichzeitig wurden 89 Zuwanderer Opfer von Taten, an denen mindestens ein Deutscher beteiligt war, dabei starben fünf Migranten.

Auch wenn gern hinzugezogene „Experten", die das Problem kleinreden sollen, gebetsmühlenartig die Lebensumstände der Täter, die „Nachwirkungen der Corona-Pandemie" und die hohe Inflation als Gründe für den Anstieg der Gewaltkriminalität anführen, ist unbestreitbar: Wir haben ein Problem mit vielen der in den vergangenen zehn Jahren nach Deutschland gekommenen illegalen Migranten, insbesondere mit den zahlreichen jungen Männern unter ihnen, das sich auch mit noch so guter Sozial-, Bildungs- und Integrationspolitik nicht beheben ließe.

Herkunft und Sozialisation sind das Problem
Dieses Problem ist umso fataler, je mehr von ihnen aus gewaltaffinen Kulturen stammen, wo Konflikte nicht friedlich beigelegt, sondern handfest ausgetragen werden, wo das Recht des Stärkeren gilt, wo die „männliche Ehre" mit Waffengewalt verteidigt wird. Wo die jungen Männer schon als Kinder und Jugendliche Krieg und Bürgerkrieg erlebt, vielleicht sogar mitgemacht haben; wo Gewalt glorifiziert wird, wo Minderheiten mit Gewalt drangsaliert werden.

Dies gilt vor allem für Länder des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas, wo Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung gang und gäbe ist und radikalislamische Prediger den Einsatz von Gewalt gegen „Ungläubige" und rivalisierende Gruppen, aber auch gegen weniger radikale Muslime gutheißen, ja sogar dazu ermuntern. Kommt die absehbare Erfolglosigkeit im westlichen Land ihrer Wahl hinzu, holt man sich mit Gewalt, was man sonst nicht bekommen kann.

Milde Strafen, gar solche zur Bewährung, signalisieren diesen jungen Männern, dass sich mit der Aufnahmegesellschaft Schlitten fahren lässt, weil sie aus falsch verstandener Toleranz, Schwäche und Angst davor zurückschreckt, Kriminelle für lange Zeit ins Gefängnis zu sperren oder gar in ihre Heimat abzuschieben.

So oder so: 2,8 Millionen Straftaten in zehn Jahren, begangen von Menschen, die man den Bürgern in Deutschland als „Schutzsuchende" vorgestellt hat, werden ihre Spuren hinterlassen haben, schließlich sind nicht wenige Deutsche unter den Opfern. Und wer Opfer einer Straftat durch einen „zugewanderten" Migranten wurde, vermag in aller Regel keine Begeisterung für die deutsche Asylpolitik aufzubringen.

https://www.welt.de/wirtschaft/article68eccd240bda2290ccea9891/schwarzarbeit-warum-barbershops-zum-albtraum-der-finanzbehoerden-werden.html

Milliardenverlust
Schwarzarbeits-Fahnder nehmen Barbershops und Nagelstudios ins Visier
Von Karsten Seibel
Wirtschafts- und Finanzredakteur
Stand: 21.10.2025Lesedauer: 5 Minuten
Die Politik will mit einem neuen Gesetz den Kampf gegen Schwarzarbeit verschärfen. Ins Blickfeld rücken Friseure und Kosmetikstudios. Die Zollgewerkschaft will noch zwei weitere Wirtschaftsbereiche auf die Liste der Problembranchen setzen.

Fünf Barbershops kontrollierten die Finanzbeamten – und sie stellten in einen äußerst laxen Umgang mit den Einnahmen fest. In einem Laden gab es nicht einmal eine Kasse. Geschäftsführer wurden nirgendwo angetroffen, drei Mitarbeiter hätten laut Aufenthaltsstatus gar nicht in einem auf Männerhaar- und Bartschnitte spezialisierten Friseurladen arbeiten dürfen. Das ist die Bilanz einer Razzia in Hamburg-Harburg vergangene Woche. Beteiligt waren neben Vertretern der Finanzbehörden auch Mitarbeiter des Bezirksamts, des Bauamts, der Friseurinnung und der Hamburger Polizei.

Damit kann sich die Politik bestätigt fühlen. Sie arbeitet gerade an einem neuen Gesetz, mit dem sie die staatlichen Verluste durch Steuerhinterziehung, Sozialabgabenbetrug und Geldwäsche reduzieren will. „Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung“, ist der Titel. Zu dem Entwurf äußerten sich nun geladene Experten gegenüber dem Finanzausschuss des Bundestages. Schätzungen gehen davon aus, dass jährlich ein Umsatz in Höhe eines dreistelligen Milliardenbetrags in der Schattenwirtschaft gemacht wird, wodurch dem Staat ein zweistelliger Milliardenbetrag an Steuern und Sozialabgaben entgeht.

Finanzkontrolleure decken nur 0,15 Prozent des Schadens durch Schwarzarbeit auf
Barbershops gehören genauso wie Nagelstudios zu den „zuletzt besonders auffälligen Bereichen“ für Schwarzarbeit, schrieb Constanze Voß, Leiterin der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, einer Einheit des Zolls, in ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf. Seit Jahren sind beide Geschäftsmodelle aus den Einkaufsstraßen vieler Städte nicht mehr wegzudenken. Ihre Kontrolle ist bislang gering, gehört das Friseur- und Kosmetikgewerbe doch noch nicht zu den „gesetzlichen Schwarzarbeitsschwerpunktbranchen“. Das soll sich mit dem neuen Gesetz ändern. Voß begrüßte den Schritt. Sie geht davon aus, dass durch die Erweiterung um das Friseur- und Kosmetikgewerbe die Prüfungen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit erheblich erleichtert werden.

In der Praxis bedeutet dies unter anderem, dass künftig alle Beschäftigte von Barbershops und Nagelstudios verpflichtet sind, einen „Personalausweis, Passersatz oder Ausweisersatz“ bei der Arbeit mitzuführen und den Behörden der Zollverwaltung auf Verlangen vorzulegen, wie es in Paragraf 2a des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes heißt. Das gilt heute schon für elf Wirtschaftsbereiche. Dazu gehören das Baugewerbe, Reinigungsunternehmen und die Gastronomie. Aber auch für Schausteller, die Fleischwirtschaft, das Prostitutionsgewerbe und für Wach- und Sicherheitspersonal gilt dies bereits.

In der Branche begrüßt man die erleichterten Kontrollen, wie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) deutlich machte. „Eine konsequente Prüfung des Friseur- und Kosmetikgewerbes ist aufgrund erheblicher Strukturveränderungen innerhalb der Branche dringend erforderlich“, teilte der ZDH in seiner Stellungnahme mit. Ihm geht es um den Schutz der klassischen Betriebe. Ein Barbershop, der sich ausschließlich auf Rasur und Bartpflege beschränke, komme selten vor. Vielmehr würden dort genauso Dienstleistungen aus dem Kernbereich des Friseurhandwerks angeboten, etwa reguläre Herren- und auch Damenhaarschnitte, dies aber zu vergleichsweise „sehr niedrigen Preisen“.

Beim Handwerksverband stört man sich vor allem daran, dass die Anforderungen eines klassischen Betriebs wie Ausbildung, Eintragung in die Handwerksrolle und Zulassung dort nicht erfüllt würden.

„Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dort keine ordnungsgemäße Abführung von Steuern und Sozialabgaben erfolgt und die dort beschäftigten Personen nicht ordnungsgemäß zur Sozialversicherung angemeldet werden“, schließt der ZDH daraus.

Auch bei der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ begrüßt man die Erweiterung der Liste um das Friseur- und Kosmetikgewerbe – und auch die Klarstellung, dass damit auch Barbershops und Nagelstudios gemeint sind. Geht es nach der Gewerkschaft gehören auf die Liste der Problembranchen aber noch andere. „Nicht umgesetzt wurde hingegen unsere Anregung, die Landwirtschaft sowie Pflegebranche aufzunehmen“, heißt es in der BDZ-Stellungnahme.
Nagelstudio-Verband empört
Offensive gegen Schwarzarbeit? „Unsäglich und als Behördenwillkür zu verstehen“
In der Landwirtschaft würden viele ausländische Saisonarbeitskräfte eingesetzt, die oft als sozialversicherungsfreie Kurzzeitbeschäftigte gemeldet würden. Leider übten diese Arbeitnehmer oft mehrere solcher Beschäftigungen hintereinander aus, in der Regel bei verschiedenen Arbeitgebern, die davon nicht wüssten. „Als sozialversicherungsfrei würden die Beschäftigungen dann nicht mehr gelten“, so die Kritik. Ähnliches werde in der Pflege praktiziert.

Die Zollgewerkschaft will jedoch verhindern, dass die Liste des Paragrafen 2a immer länger wird. Grundlage sollten die tatsächlichen Prüfungsergebnisse und Risikobewertungen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sein. „Branchen, in denen seit Jahren keine signifikanten Beanstandungen festgestellt werden, sollten im Gegenzug entlastet werden können, während neue Risikofelder zügig in den Katalog aufgenommen werden“, schreibt der BDZ. Eine solche dynamische Anpassung trägt aus Sicht der Gewerkschaft zu zielgenauen und ressourcenschonenden Prüfungen bei und könne ein Anreizmodell für die Wirtschaft sein. Sprich: Es könne gezielter und letztlich erfolgreicher geprüft werden.

Digitalisierung entlastet die Wirtschaft
Der risikobasierte Ansatz taucht an mehreren Stellen im Gesetzentwurf auf. Die Vertreterin der Finanzkontrolle Schwarzarbeit verwies dabei auf die angestrebten Digitalisierungsfortschritte. Sie hob positiv hervor, dass Geschäftsunterlagen künftig auch in elektronischer Form angefordert werden können. Dies vereinfache die Prozesse und entlaste die Wirtschaft genauso wie die Verwaltung, so Voß.

Bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) begrüßt man den gezielteren Risikoansatz. Allerdings ist man dort skeptisch, dass dies tatsächlich ohne größeren Aufwand gelingt. Es sei nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet bei den Problembranchen die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht ausgeschöpft würden.
„So sind zum Beispiel Vor-Ort-Kontrollen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit auf Baustellen und in anderen Einsatzbereichen durchaus wirkungsvoller und nachhaltiger durchzuführen, wenn der Nachweis der wesentlichen Arbeitsbedingungen in elektronischer Form ermöglicht wird“, schreibt die BDA. Schriftliche Arbeitsverträge oder der schriftliche Nachweis der wesentlichen Vertragsbedingungen würden im Normalfall nicht am Körper geführt. „Effiziente Bekämpfung von Schwarzarbeit setzt eine nachhaltige Digitalisierung voraus.“

Leichter werden soll laut Gesetzentwurf in jedem Fall die Kommunikation der Finanzkontrolle Schwarzarbeit mit anderen Behörden, zum Beispiel durch einen schnellen und digitalen Austausch von Informationen mit Polizei oder Steuerfahndung. Der Entwurf schafft mehr Möglichkeiten mit Künstlicher Intelligenz, Datenbanken zu durchsuchen, um verdächtige Unternehmen aufzuspüren und gezielt zu durchleuchten.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzzentrum von WELT und Business Insider erstellt.

Karsten Seibel ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet unter anderem über Haushalts- und Steuerpolitik.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/other/trotz-eindeutig-krankhafter-anzeichen-enamullah-o-kam-nie-dauerhaft-in-psychiatrie/ar-AA1P3PXC?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=68face0c222945fc819a1f17fe5144ff&ei=21

Trotz eindeutig krankhafter Anzeichen: Enamullah O. kam nie dauerhaft in Psychiatrie

Artikel von Von Max Weinhold Hernandez

Im Verfahren gegen den Afghanen zeigen sich schwere Versäumnisse. Der Richter äußert Vorwürfe gegen die behandelnden Ärzte und den Gesetzgeber, die Staatsregierung. Denn der Geflüchtete wurde trotz mehrfachen, gewalttätigen Verhaltens sich und anderen gegenüber nicht eingehend behandelt.

Enamullah O. kam nie dauerhaft in Psychiatrie

Ob einer von ihnen etwas zum gerade Gehörten erklären wolle, fragt der Vorsitzende Richter Karsten Krebs die Prozessbeteiligten am Landgericht Aschaffenburg am Donnerstagvormittag. Sie verneinen. Also, setzt Krebs an, wenn es von niemandem sonst Anmerkungen zu den sechs soeben verlesenen Arztbriefen gebe, „dann von uns".

Innerhalb weniger Stunden sei am 13. Mai 2024 festgestellt worden, dass von Enamullah O. keine Fremdgefährdung ausgehe, fasst er die Erkenntnisse aus dem dazugehörigen Schreiben zusammen. Aber wenn man doch wisse, dass ein Patient zuvor „massiv Gewalt" ausgeübt habe, dann komme es „mit Verlaub" nicht darauf an, wie er sich in den wenigen Stunden in der Psychiatrie verhalte. „Es kommt darauf an, ob die Fremdgefährdung vorausgegangen ist."

An besagtem 13. Mai, so ist aus dem Arztbrief zu entnehmen, sucht der aus Afghanistan nach Deutschland geflüchtete Enamullah O. die Inspektion der Bundespolizei in Aschaffenburg auf. O. bittet die Beamten um Hilfe – er habe „Diamonds" zu sich genommen. Genauer kann er seine Probleme nicht beschreiben. Statt auf den alarmierten Rettungswagen zu warten, so schildert es am Donnerstag eine Polizistin, habe er plötzlich gehen wollen. Und dann unvermittelt nach ihr geschlagen. Zu dritt hätten sie versucht, ihn zu überwältigen, er habe nach den Polizisten getreten und versucht, sie zu beißen, nach ihren Dienstwaffen gegriffen, die erste Sicherung eines Holsters gelöst, für einen Moment einen Schlagstock in der Hand gehabt.

Weil er in dem Tumult selbst eine Blessur an der rechten Schulter erleidet und die Polizisten, wie es in dem Arztbrief heißt, fälschlicherweise eine „Mischtoxikation“ vermuten, bringen sie ihn zunächst in die Notaufnahme des Klinikums Aschaffenburg. Nach der Behandlung der Schulter wird O. in die Psychiatrie verlegt, wegen seines „starken Widerstandes“ gefesselt mit Handschellen und Kabelbindern.

Dort stellen die Ärzte fest, dass mit O. ein „sinnvolles und geordnetes Gespräch nicht möglich ist“. Er habe zwischen verschiedenen Sprachen gewechselt, kundgetan, er werde morgen nach Afghanistan heimkehren und einen Arzt gefragt, ob dieser sein Flugticket habe. Stimmen in seinem Kopf habe O. nach eigenem Bekunden nicht gehört, sei aber nach der Aufnahme auf die Station in einen Schrank gegangen und habe „völlig abwesend gewirkt“. Seine Stimmung sei wechselhaft gewesen, zunächst gereizt, später ausgeglichen.

Die Ärzte sehen bei O. eine Anpassungsstörung und notieren einen weiteren Verdacht: polymorphe psychotische Störung mit Symptomen einer Schizophrenie. Seine Suizidalität und Fremdgefährdung indes sei aufgrund der Sprachbarriere – O. spricht wenig Englisch und noch weniger Deutsch – „nicht beurteilbar“. Noch am selben Tag entlassen ihn die Ärzte. „Es stellt sich für uns die Frage, woher die Behandler diese Erkenntnis gewonnen haben wollen – bei einem nicht deutsch sprechendem Patienten, zu dem keinerlei Unterlagen vorlagen“, sagt Krebs.

Seine Rüge trifft, so kann man es interpretieren, gleichermaßen die behandelnden Ärzte und den Gesetzgeber, die Staatsregierung. Nach Ansicht von Experten wie Dominikus Bönsch, dem Leiter des Bezirkskrankenhauses Lohr, sind die Hürden, Menschen gegen ihren Willen weiter zu behandeln, in Bayern nach einer Gesetzesänderung zu hoch.

Auch bei Enamullah O. war das mutmaßlich so. Erst seit Beginn dieses Jahres ist er in der von Bönsch geleiteten Klinik untergebracht – und soll dort nach dem Willen der Staatsanwaltschaft dauerhaft bleiben, nachdem er am 22. Januar – laut einem psychiatrischen Sachverständigen wegen einer paranoiden Schizophrenie im Zustand der Schuldunfähigkeit – im Aschaffenburger Park Schöntal eine Krippengruppe mit einem Küchenmesser angegriffen, einen zweijährigen Jungen sowie einen Helfer, 41, getötet und drei Menschen schwer verletzt hat. Diese Vorwürfe der Staatsanwaltschaft hat sein Verteidiger zu Beginn der Verhandlung in vollem Umfang eingeräumt.

Schon vergangene Woche hatte der hauptverantwortliche Ermittler im Fall des Messerangriffs aus dem Schöntal im Zeugenstand gesagt, es sei für ihn als Nicht-Psychiater zwar „schwer zu bewerten“, ob nach besagtem Vorfall auf der Bundespolizeiwache eine Fremdgefahr von Enamullah O. ausgegangen sei. Dass dies nicht der Fall gewesen sein soll, sei aber „tatsächlich schwer nachvollziehbar“, sagte er. Und führte aus: „Wenn der Beschuldigte wenige Stunden vorher versucht hat, eine Dienstwaffe zu entwenden, ist es für mich sehr schwer nachvollziehbar, da keine Fremdgefahr zu sehen.“

Am Donnerstag kommen weitere Vorfälle zur Sprache, die einem ähnlichen Muster zu folgen scheinen: Enamullah O. schien sich dabei in einem psychischen Ausnahmezustand, teilweise auch alkoholisiert, zu befinden, wurde dabei manchmal straffällig und gefährdete manchmal nur sich selbst. Meistens beruhigte er sich später. Eine längerfristige Unterbringung erachtete bis zum 22. Januar niemand an entscheidender Stelle für notwendig. Zur Debatte stand diese aber zumindest zeitweise schon vor der Tat im Schöntal.

So verfasste die auf der Bundespolizei-Inspektion angegriffene Beamtin nach zwei weiteren Vorfällen mit O. – unter anderem soll er sich an einem Bahnhof entblößt und seinen Kopf gegen eine Glasscheibe geschlagen haben – am 8. Juni 2024 eine sogenannte Erkenntnismitteilung an das Gesundheitsamt der Stadt Aschaffenburg mit der Bitte um eine Einstufung der psychischen Verfassung von O. Sie sehe „zumindest eine latente Fremd- und Eigengefahr". Wie eine Sprecherin des Landratsamts Aschaffenburg auf SZ-Anfrage mitteilte, erreichte dieses Schreiben auch die zuständige Unterbringungsbehörde.

Ebenfalls in der vergangenen Woche war bekannt geworden, dass eine Sozialhelferin im September 2024 – nach der inzwischen dritten vorläufigen Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik – bei der Unterbringungsbehörde angeregt hatte, O. in einer Klinik unterbringen zu lassen. Selbst erschien die Frau aus Krankheitsgründen vor Gericht nicht. Aber die Richter verlasen ihre Aussage bei der Polizei: Sie sei als Sozialhelferin mit 300 Geflüchteten befasst, koordiniere deren Unterbringung, schlichte Streits, erstelle Putzpläne und sei die Ansprechpartnerin für die Eigentümer von Unterkünften.

Enamullah O. lernte sie nach eigenen Angaben im September 2023 kennen und begegnete ihm seither regelmäßig, begleitete ihn ab Herbst 2024 zu Terminen zu einem Psychiater und machte für den ausreisewilligen Afghanen sechs Termine bei einer Rückkehrberatung aus, zu denen er nicht erschienen sei. In ihrer Befragung bei der Polizei gab sie an, O. sei „schon ein Sonderfall" gewesen – wegen wirrer Gespräche, in denen er häufig kontextlose Antworten auf Fragen gegeben habe. Er habe nichts selbst erledigen können, weswegen sie sich um einen gesetzlichen Betreuer für ihn gekümmert habe, und sei mit fortlaufender Dauer in Deutschland „in einem schnellen Abwärtstrend" gewesen. Mehrfach wurde O. polizeikundig, 18 Strafverfahren umfasst seine Akte.

Sie habe alle ihr bekannten Vorfälle zusammengefasst und die Behörde „um Prüfung gebeten, ob er unterzubringen ist", sagte die Frau der Polizei. Die Sprecherin des Landratsamts bestätigt dies: „Eine Unterbringung von Herrn O. wurde aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse geprüft." Aufgrund der in der Mail konkret benannten Vorfälle sei er bereits in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht gewesen oder durch die Polizei in Gewahrsam genommen worden. Die Voraussetzungen für eine öffentlich-rechtliche Unterbringung nach dem bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz „lagen zu diesem Zeitpunkt nicht vor". Überdies habe die zuständige Stelle über die Polizei Kenntnis von einem Vorfall im August 2024 erlangt, als O. vor seiner Unterkunft seinen Kopf auf den Asphalt geschlagen und in einem Krankenwagen nach Sanitätern getreten haben soll. „Weitere Informationen oder Hinweise waren der Unterbringungsbehörde nicht bekannt."

https://www.nius.de/gesellschaft/news/muenchener-stadtteil-verzweifelt-an-rumaenischem-bettel-clan-es-ist-wirklich-schlimm/74b9bf44-5f53-4cb5-8eaa-16e6bbb68bf1

Münchener Stadtteil verzweifelt an rumänischem Bettel-Clan: „Es ist wirklich schlimm“

NIUS vor Ort in München-Haldern
15.11.2025 - 05:15 Uhr

Helena Gebhard

In München-Hadern spitzt sich seit Monaten ein Problem zu, das das gesamte Viertel beschäftigt: Unter einer Brücke an der A96 hat sich ein dauerhaftes Schlafcamp gebildet – mit zahlreichen Matratzen, Müll, Feuerstellen und seit neuestem auch Ratten. Ein Ort, der über die Jahre zum inoffiziellen Zuhause einer Gruppe Rumänen geworden ist – professionelle Bandenmitglieder, die tagsüber betteln und nachts unter der Brücke schlafen.

Hier, unter einer Brücke in München-Hadern, hat sich der rumänische Bettel-Clan niedergelassen. Für die Anwohner ist die Situation längst nicht mehr tragbar. Sie berichten von Müllbergen, üblem Gestank und Ratten. Manche Familien schicken ihre Kinder nicht mehr allein über die Brücke, aus Sorge vor den Zuständen.

NIUS war vor Ort, um sich ein Bild zu machen und mit den Menschen dort zu reden. Schauen Sie sich das Video hier an:

Up Next

„Was mich am meisten stört, ist der Lärm, das Grillen, der Rauch“

Eine Frau, die seit über fünf Jahrzehnten direkt gegenüber wohnt, schildert ihre Erfahrungen im Gespräch mit NIUS. Sie sagt: „Im Sommer ist es wirklich katastrophal. Sie machen Feuer, sie grillen dort drüben und wir bekommen den ganzen Rauch ab. Dazu der Unrat, der Lärm … es ist wirklich schlimm.“

Seit 55 Jahren lebt die Anwohnerin schon dort. Heute traut sie sich nicht mehr, ihre Balkontüre offen zu lassen.

Die Anwohnerin lebt seit 55 Jahren im Viertel und berichtet, dass sich die Lage über die Jahre dauerhaft verschärft habe.

„Die Feuerwehr musste schon mehrfach Matratzen entfernen. Dann ist kurz Ruhe und wenig später kommen sie wieder." Besonders belastend seien für sie Lärm und Rauch: „Was mich am meisten stört, ist der Lärm, das Grillen, der Rauch. Ich trau' mich gar nicht mehr, die Balkontür offenzulassen."

Auch nach 60 Kontrollen: Die Polizei ist machtlos

Trotz bereits 60 erfolgten Polizeikontrollen und mehrfachen Räumungen bleibt das Lager bestehen. Kaum ist ein Einsatz vorbei, liegen neue Matratzen da – oft, so sagen Anwohner, nur wenige Stunden später.

Wir wollten mit einer Frau des Bettel-Clans sprechen: ohne Erfolg.

„Die urinieren auf der Straße"

Ein anderer Anwohner, der anonym bleiben möchte, beschreibt wiederkehrende Probleme: „Hier standen immer wieder Autos mit rumänischen Kennzeichen. Die Leute haben teilweise auch in den Autos geschlafen. Am Morgen lag Müll herum – den haben sie direkt aus den Autofenstern geworfen. Darunter auch Glasflaschen." Und weiter: „Und dann muss natürlich auch gesagt werden: Die urinieren auf der Straße – einer von denen, der steigt morgens aus dem Auto und pinkelt direkt am Gehweg in Richtung Garten."

Die Behörden seien mehrfach vor Ort gewesen, aber rechtlich oft machtlos. „Die Polizei hat gesagt, sie kann nichts machen, solange niemand eine Straftat begeht."

Neben dem Bett: ein Teppich, verschiedene Schuhe und eine Cap.

Frust bei den Anwohnern

Der Frust entlud sich Ende Oktober auf einer Bürgerversammlung. Die Mehrheit stimmte dafür, den Bereich unter der Brücke komplett abzuzäunen. Doch die praktische Umsetzung ist kompliziert. Teile der Flächen gehören der Autobahndirektion, andere befinden sich in Privatbesitz. Streetworker bieten Übernachtungsschutz an, doch die Rumänen lehnen das Angebot ab.

Rund um das Matratzenlager: überall Müll.

Während Stadt und Behörden mögliche Maßnahmen prüfen, bleibt die Lage im Viertel angespannt. Viele Bewohner fühlen sich alleingelassen und hoffen auf schnelle Lösungen.

Notaufnahmen verzeichnen mehr Schwerverletzte durch Messergewalt

Montag, 1. Dezember 2025

/picture alliance, CHROMORANGE, Christian Ohde

/picture alliance, CHROMORANGE, Christian Ohde

https://www.aerzteblatt.de/news/notaufnahmen-verzeichnen-mehr-schwerverletzte-durch-messergewalt-2f2d56b9-e03b-4b9d-bc59-

8be932bf6ed3?utm_medium=email&utm_source=CR&utm_campaign=NL-DAE_Tagesaktuelle-Nachrichten&utm_content=Mailing_20251201

Hamburg – Die Notaufnahmen in Deutschlands Krankenhäusern verzeichnen deutlich mehr Schwerverletzte durch Messergewalt. Das berichtete gestern das Nachrichtenmagazin Spiegel unter Berufung auf das Traumaregister der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU).

In dem DGU-Register werden behandelte Fälle nach schweren Verletzungen erfasst. Eine Gruppe von Notfallmedizinern filterte dem Bericht zufolge aus dem Register erstmals jene Fälle heraus, bei denen jemand absichtlich auf einen anderen Menschen eingestochen hat.

Die wichtigsten Erkenntnisse wurden laut Spiegel bereits auf einem Fachkongress veröffentlicht**. In zehn Jahren wurden demnach 3.325 Stichverletzungen im Zusammenhang mit Gewalttaten gezählt. Die Zahl der Schwerverletzten nach gewaltsamen Stichverletzungen stieg von etwa 250 im Jahr 2019 auf rund 375 im Jahr 2023. Das ist ein Plus von 50 Prozent.**

Wie die Auswertung demnach weiter zeigt, waren 86 Prozent der Opfer Männer und im Durchschnitt 31,3 Jahre alt. **Nach der Einlieferung mussten rund 70 Prozent von ihnen als Notfall behandelt werden. Acht Prozent der Betroffenen waren so schwer verletzt, dass sie an ihren Stichverletzungen im Krankenhaus starben.**

https://www.compact-online.de/schuesse-machete-blut-deutschland-2025/?mc_cid=751c53395e&mc_eid=867a9ac9a4
Schüsse, Machete, Blut: Deutschland 2025
Von Sven Eggers2. Dezember 2025

Symbolbild Machete. Foto: Evgeniy Medvedev I Shutterstock.com.
Mittlerweile täglich spielt sich auf unseren Straßen Wildwest pur ab. Allein gestern gab es Schüsse in Hamburg und eine Machetenattacke in Dortmund. Es wird immer krasser. Medien kehren mittlerweile selbst Bluttaten unter den Teppich. Wir nicht. Unsere neue Spezial-Ausgabe „Mädchen, Messer, Morde“ legt den Finger in die Wunde. Hier mehr erfahren.

Eskalierende Gewaltwelle in Deutschland: Machetenangriff von Minderjährigen in Dortmund und Schüsse in einem Burgerladen in Hamburg. So sieht mittlerweile unser Alltag aus.

Binnen weniger Stunden erschüttern brutale Überfälle in Dortmund und Hamburg, und die Bilder, die dabei entstehen, sind erschreckend: Blut auf dem Boden, abgetrennte Finger und ein Verletzter, der nach Schüssen zu Boden geht. Es sind nicht nur die Taten selbst, die empören – es ist die Hilflosigkeit der Behörden und der Gesellschaft gegenüber einer Gewalt, die immer rücksichtsloser wird.

Kiosk als Schlachtstätte
Solche Szenen drohen nicht mehr Ausnahmen zu sein, sondern alltäglich auf deutschen Straßen zu prägen. Und ja: Wieder waren Personen mit Migrationshintergrund beteiligt – ein Muster, das in den Berichten immer wiederkehrt und das niemand mehr ignorieren kann.

In Dortmund verwandelte sich in der Nacht zum Samstag ein unscheinbarer Kiosk in der Nordstadt in eine blutige Schlachtstätte. Zwei 13-jährige Jungen – ein syrischer Schüler und ein Deutsch-Bulgare – stürmten kurz vor Mitternacht schwer bewaffnet in das Geschäft. Ohne ein Wort des Warnens sprühten sie dem 37-jährigen Inhaber Pfefferspray ins Gesicht, um ihn wehrlos zu machen.

Doch die Grausamkeit hörte damit nicht auf: Mit einer Machete droschen sie auf den Mann ein, der instinktiv die Hände hob, um sich zu schützen. Der Preis war entsetzlich – der Daumen der linken Hand wurde ihm brutal abgetrennt, Finger der rechten Hand fast vollständig durchtrennt. Weitere Hiebe trafen Brust und Bein, und der Ladenbesitzer kämpfte zweitweise um sein Leben, während die Angreifer Bargeld raubten und flohen.

Schon kurze Zeit später später nahmen Beamte die blutjungen Täter in einem verlassenen Einfamilienhaus in der Nähe fest. Bei ihnen gefunden: Die blutige Machete, das Pfefferspray, eine Pistole und die Beute. Eine Mordkommission übernimmt nun die Ermittlungen, denn die Verletzungen hätten leicht tödlich ausgehen können. Glücklicherweise stabilisierte sich der Zustand des Opfers nach einer komplizierten Operation; bis auf den Daumen sollen die Finger wieder angenäht werden können.

Ignorierte Warnung
Die Jungen gelten als strafunmündig. Auf Anordnung des Staatsanwalts und des Jugendamts wurden sie in der Vergangenheit wiederholt auffällig und stets wieder in die Obhut ihrer Eltern oder Großeltern entlassen. So auch jetzt wieder. Mindestens einer von ihnen ist dem Jugendamt bereits als „gefährlich“ bekannt – eine Warnung, die offenbar ignoriert wird.

Unser Geschenk für Sie! COMPACT-Geschichte „Das okkulte Reich“ betritt die absoluten Tabuzonen der Forschung zum Dritten Reich: Hitlers Magier, Himmlers Mystiker, Wewelsburg und Ahnenerbe. Diese Ausgabe (84 Seiten, sonst 9,90 Euro) VERSCHENKEN wir an alle Kunden, die bis Dienstag (2. Dezember 2025, 24 Uhr) etwas in unserem Shop bestellen. Nutzen Sie die Gelegenheit: Decken Sie sich ein mit unseren Feuerzeugen, Magazinen, Spezial-Ausgaben, Silber-Medaillen, DVDs und anderen Produkten. Zu wirklich jeder Bestellung gibt es die GRATIS-Ausgabe obendrauf! Hier geht’s zur Bestellung und damit automatisch zum Geschenk!

Stunden später der nächste erhebliche Vorfall, diesmal in Hamburg-Eimsbüttel. Gegen 20.47 Uhr fielen in dem Burgerladen Burger Legends in der Gärtnerstraße plötzlich Schüsse. Ein Mitarbeiter brach zusammen, mehrmals ins Bein getroffen. Blut breitete sich auf dem Boden aus. Notärzte stabilisierten den Verletzten vor Ort, bevor er sich in eine Klinik begab. Ein Kriseninterventionsteam kümmert sich um die traumatisierten Zeugen und Angehörigen, während die Polizei eine massive Großfahndung einleitete: Hubschrauber kreisten über der Stadt, die Spezialeinheit USE wurde hinzugezogen, und die Gärtnerstraße wurde weiträumig abgesperrt.

Der oder die Täter – bislang unbekannt – entkamen unerkannt in die Nacht. Die Kriminalpolizei übernahm die Ermittlungen, doch zu Motiven oder Hintergründen schweigen die Ermittler noch. War es ein gezielter Anschlag auf den Angestellten? Ein Raubüberfall, der eskaliert ist? Die Unsicherheit verstärkt nur die Angst: In einem belebten Restaurant, umgeben von Familien und Feiernden, wird plötzlich geschossen. Solche Orte sollten Zuflucht sein, keine Todeszonen.

Diese beiden Vorfälle innerhalb weniger Stunden sind kein Zufall, sondern Symptome einer tiefen Krise. Deutschland versinkt in einer Welle von Brutalität und bewaffneter Auseinandersetzungen. Macheten in Kinderhänden, Schüsse in Alltagsläden. Immer öfter sind Menschen mit Migrationshintergrund involviert. Das ist schon lange keine Verschwörungstheorie mehr, sondern bittere, blutige Realität.

https://www.nius.de/gesellschaft/news/von-berlin-bis-bruessel-palaestina-anhaenger-bedraengen-unsere-weihnachtsmaerkte/7c193250-0672-4afa-a171-8f51592bcdcc

Von Berlin bis Brüssel: Palästina-Anhänger bedrängen unsere Weihnachtsmärkte

Von Brüssel bis Berlin: Palästinensische Aktivisten nutzen europäische Weihnachtsmärkte als Bühne für ihren Protest, wie hier 2023 am Breitscheidplatz in Berlin.

07.12.2025 - 11:03 Uhr

Emanuela Sutter

Nicht nur „Merkel-Lego“, Absperrungen und Sicherheitspersonal trüben die Weihnachtsmarkt-Stimmung. Palästinensische Aktivisten haben Adventmärkte in ganz Europa im Visier und sorgen mit Rauchbomben, Flaggen und Geschrei für ein beklemmendes Gefühl.

Weihnachtsmärkte sind wie Kirchen, Cafés, Denkmäler, Opern- oder Theaterhäuser und Karnevalsumzüge aus dem europäischen Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Seit dem späten Mittelalter bringen die Christkindlmärkte – so nennt man die Dezember-Stände in Österreich – mit ihrem bunten Lichterglanz, den Weihnachtsklassikern wie „Jingle Bells“, rustikalen Holzhütten, dampfendem Punsch, dem Duft nach gebrannten Mandeln und Zuckerwatte, nicht nur Kinderaugen zum Leuchten. Zu den ältesten ihrer Art gehören der Christkindlmarkt am Wiener Rathausplatz, der Bautzner Wenzelsmarkt oder der Dresdner Striezelmarkt.

Doch die adventliche Tradition, die eigentlich Ausdruck der Vorfreude auf das Weihnachtsfest ist, wird nicht nur von Betonklötzen und Pollern gestört. Pro-palästinensische Demonstranten haben es auf die christlich konnotierten Weihnachtsmärkte abgesehen – und zerstören den adventlichen Frieden. Die oft mit Palästina-Flaggen ausgestatteten Randalierer brüllen Parolen, drehen laut arabische Musik auf oder zünden Rauchbomben mitten unter den Besuchern der Weihnachtsmärkte von Toulouse bis Wien.

Eine Chronik des Albtraums:

Brüssel: Weihnachtsmarkt von Aktivisten eingekesselt

Bei der Eröffnung des Brüsseler Weihnachtsmarkts versetzten vermummte pro-palästinensische Aktivisten Familien in Angst und Schrecken. Schauen Sie hier:

Sie kesselten die Besucher regelrecht ein, schwenkten schwarze und rote Rauchbomben sowie Palästina-Flaggen, schrien unter Trommelwirbel unter anderem „Shame on you“, wie in einem Video auf „X“ zu sehen ist. Augenzeugen sprechen von „Chaos“ und „Panik“, die sich auf dem Markt verbreiteten.

Wien: Aktivisten platzieren Palästina-Flaggen auf Kirche

Auch in Wien störten Pro-Palästina-Demonstranten die vorweihnachtliche Freude. Am ersten Adventwochenende blieben die Protestierer vor dem Christkindlmarkt am Wiener Rathaus stehen, schwenkten Flaggen und riefen Kampfparolen wie „free, free Palestine“ in Richtung der Weihnachtsmarkt-Besucher.

Zu Beginn der Demonstration auf dem „Platz der Menschenrechte“ griff ein Gaza-Aktivist einen Reporter der österreichischen Tageszeitung oe24 körperlich an und hinderte ihn bei der Berichterstattung. Die Polizei musste einschreiten. Der Höhepunkt folgte noch: Aktivisten „schmückten“ die Türme der Votivkirche, der zweithöchsten Kirche Wiens, mit Palästina-Flaggen. Die politischen Zeichen wurden mit Hilfe eines Krans mittlerweile entfernt.

Berlin: Antizionistischer Palästinenser-Stand

In Berlin sorgte ein antizionistischer Palästinenser-Stand auf dem Weihnachtsmarkt am Alexanderplatz für Empörung. Dort wurden antisemitische pro-palästinensische Dekorationsobjekte zum Verkauf angeboten, etwa Magnete, Schmuck und Schneidebretter, die Umrisse einer Israel-Landkarte darstellen, die allerdings in den Farben der Palästinenser-Flagge oder des schwarz-weißen Palästinensertuchs gehalten sind. Auch Wassermelonen-Anhänger, Zeichen des palästinensischen Widerstands gegen Israel, wurden verkauft.

Eine B.Z.-Reporterin konfrontierte den jungen Verkäufer mit der Frage, ob bei dem Umriss der Karte nicht Israel fehle. „Nein, nein, das ist Palästina, nicht Israel“, antwortete er. Die Reporterin

hakte nach: „Israel existiert also nicht?“. „Nein“, antwortete er auf Englisch. Laut Bild seien die besagten Gegenstände entfernt worden, nachdem der Weihnachtsmarktbetreiber den Händler darauf aufmerksam gemacht hatte.

Toulouse: laute arabische Musik

Auch aus dem französischen Toulouse kursieren Videos von Weihnachtsmarkt-Störern im Netz. Zu sehen sind junge Männer, die auf dem Markt laute arabische Musik aufgedreht haben – für viele Einheimische eine offene Provokation.

Essen und Stuttgart 2024: „Allahu Akbar“-Rufe

Schon im vergangenen Jahr zog eine Gruppe vorwiegend junger, dunkelhäutiger Männer mit lauten „Allahu Akbar“-Rufen durch die Essener Innenstadt, wo auch der Weihnachtsmarkt stattfand. Manche waren in Palästina-Flaggen eingehüllt.

Nur zehn Tage vor dem Weihnachtsfest 2024 erfolgte dann der nächste Aufreger: Statt Weihnachtsliedern ertönten „Allahu Akbar“-Sprechchöre auf dem Weihnachtsmarkt in Stuttgart. In den Videos sieht man dunkelhäutige, bärtige Männer, die den Sturz des syrischen Machthabers Baschar Al-Assad feiern. Der Ausdruck „Allah ist groß“ wird oft von Islamisten als Macht-Demonstration oder auch als Aufruf zur Gewalt genutzt. Schon 2023 hatten Anti-Israel-Demonstranten den Weihnachtsmarkt in Stuttgart gestört.

Kosten für Sicherheit explodieren

Dabei werden Weihnachtsmärkte so gut gesichert wie noch nie. Spätestens seit dem islamistischen Breitscheidplatz-Attentat am 19. Dezember 2016, bei dem zwölf Menschen ums Leben kamen, wurde klar, dass Weihnachtsmärkte als leicht angreifbare Orte mit Menschenmassen gelten. Seitdem ist die Aufrüstung im vollen Gange. Ein oftmals großes Polizeiaufgebot und triste graue Beton-Klötze, oft auch als „Merkel-Lego“ bezeichnet, prägen die Kulisse der Weihnachtsmärkte.

Die Kosten für die Sicherheit sind gerade für kleinere Städte oft nicht stemmbar. Aus diesem Grund gibt es in Overath bei Köln in diesem Jahr eben keinen Weihnachtsmarkt. Zu hoch sind die Kosten für Absperrungen und Sicherheitspersonal, die mögliche Terroranschläge verhindern sollen.

https://www.focus.de/politik/deutschland/null-zusammenhang-von-kriminalitaet-und-herkunft-ein-ideologe-leugnet-fakten_7e819574-3c85-4d82-b284-2e392874d7da.html?commentId=d2c85fda-9050-4f3d-82fc-c962207154ab

Kommentar

Kein Zusammenhang von Kriminalität und Herkunft? Ideologe Fratzscher leugnet Fakten

Hugo Müller-Vogg

Sonntag, 28.12.2025, 10:36

"Kriminalität wird nicht importiert, sie ist ein soziales Phänomen." Diese These vertritt der Ökonom Fratzscher in einem aktuellen Text. Die Fakten sprechen gegen ihn.

Die Zahlen sind eindeutig: Knapp 15 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik sind Ausländer – aber ebenso 42 Prozent der einer Straftat Verdächtigen und 37 Prozent der Strafgefangenen. Wer diese Zahlen aufführt, wird von grüner und linker Seite schnell des Rassismus verdächtigt. Die Verteidiger der einstigen Willkommenskultur versuchen, die hohen Kriminalitätsquoten von Zuwanderern zu relativieren oder sie schönzureden.

Fratzscher: Kein Zusammenhang zwischen Herkunft und Kriminalität

Das tut jetzt auch Marcel Fratzscher, der Chef des "Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)" in Berlin. Das DIW ist bekannt dafür, für linke Umverteilungsphantasien oder übersteigerte grüne Klimapolitik die wissenschaftliche Begleitmusik zu liefern. In dieses Schema passt ein Kommentar Fratzschers in der "Zeit".

Aufgehängt an der "Stadtbild"-Debatte wendet er sich gegen jeden Zusammenhang von ausländischer Herkunft und Neigung zur Kriminalität. Fratzscher zentrale These: "Kriminalität wird nicht importiert, sie ist ein soziales Phänomen. Menschen, die in Armut und ohne soziale Einbindung leben, begehen häufiger Straftaten – unabhängig von Herkunft oder Hautfarbe. Entscheidend sind Bildung, Einkommen und gesellschaftliche Teilhabe, nicht der Pass."

Laut Fratzscher werden Migranten nicht aufgrund einer anderen kulturellen Prägung überdurchschnittlich häufiger straffällig. Schuld sind vielmehr die Deutschen, genauer der Staat, der "zu selten präsent ist – mit Schulen, Sozialarbeit und bezahlbarem Wohnraum".

Wer auf hohe Kriminalitätsquoten unter Ausländern verweist, hat freilich die Zahlen auf seiner Seite. Laut der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik wurden 2024 insgesamt 2,18 Millionen Tatverdächtige registriert. Darunter waren 42 Prozent Menschen ohne deutschen Pass. Ähnlich sieht es bei den insgesamt 217.277 Fällen von Gewaltkriminalität aus. Dazu zählen unter anderem Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Raub oder gefährliche Körperverletzung. 39 Prozent dieser Verdächtigen waren Ausländer. Zu den 61 Prozent nichtdeutscher Tatverdächtiger zählen auch Zuwanderer der zweiten oder dritten Generation.

Urbaniok: Zuwanderer geprägt durch "gewaltaffine Männlichkeitsvorstellungen"
Der forensische Psychiater Frank Urbaniok, der für ein ganzes Buch zur Ausländerkriminalität umfangreiche Datenrecherchen angestellt hat, stellte dazu fest, dass Zuwanderer aus bestimmten Ländern durch "gewaltaffine Männlichkeitsvorstellungen" geprägt seien. Diese Prägung lasse sich oft noch in der zweiten oder dritten Generation feststellen. Urbaniok, der an den Universitäten Zürich und Konstanz lehrt, erklärt die Überrepräsentation ausländischer Tatverdächtiger mit deren "kulturspezifischer Prägung".

Der Einsatz von Gewalt sei in bestimmten Ländern gesellschaftlich legitimiert, werde oft mit Männlichkeit und Stärke gleichgesetzt. Urbaniok hat in seiner umfassenden Studie dargelegt, dass Zuwanderer aus Osteuropa, aus arabischen und afrikanischen Staaten im Verhältnis zu deutschen Tatverdächtigen deutlich überrepräsentiert sind.

Das Argument, junge Männer würden überproportional straffällig, und deshalb tauchten viele junge Zuwanderer in der Kriminalitätsstatistik auf, lässt Urbaniok nicht gelten. So weist er nach, dass auch unter den 14- bis 29-jährigen jungen Männern die Ausländer in der Kriminalitätsstatistik überrepräsentiert sind. Darauf wies nun übrigens auch die Berliner Polizeipräsidentin hin.

Urbaniok widerlegt Fratzscher-These zu Armut
Aber wie sieht es mit der Fratzscher-These aus, Armut fördere die Neigung zur Kriminalität, unabhängig von der Herkunft? In einem Gespräch mit der "FAZ" hat Urbaniok schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass beispielsweise unter Algeriern, Tunesiern Libyern oder Ägyptern 19 Prozent als sozial schwach gälten, ebenso viele wie unter den Vietnamesen. Mit einem Unterschied: Die Kriminalitätsquote bei den Vietnamesen liegt bei zwei Prozent, die in der anderen Gruppe bei 23 Prozent. Sprich: Mit der pauschalen These von Fratzscher lässt sich das nicht erklären.

Was Fratzscher leugnet, spielt übrigens vor Gerichten eine große Rolle. Manche Urteile fallen verhältnismäßig milde aus, weil die Richter die kulturelle Prägung der zugewanderten Täter strafmildernd berücksichtigen. Das dürften sie nicht tun, wenn Kriminalität laut Fratzscher angeblich "nicht importiert" wird.

Der Historiker Professor Michael Wolffsohn hat beispielsweise vor zwei Jahren milde Urteile deutscher Gerichte bei antisemitischen Straftaten in "Bild" so kommentiert: "Nicht selten fällte die deutsche Justiz, wenn überhaupt, mildeste Urteile. Die Begründung: Man müsse die kulturellen

Unterschiede zwischen der westlichen und islamischen Gesellschaft berücksichtigen. Auf diese Weise verwandelten Richter (…) Straftaten in einen Kampf der Kulturen, Zivilisationen und Religionen."

Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund sind gesetzestreu
Ganz gleich, welche Statistik man heranzieht: Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund sind rechtschaffene Bürger, die keine Straftaten begehen. Wenn Fratzscher aber jeden Zusammenhang von Herkunft und überproportionaler Neigung zu Straftaten leugnet, malt er sich das "bunte Deutschland" schöner, als es ist.

Bei Fratzscher weiß man nie, was bei ihm politisches Wunschdenken ist und was er selbst für eine wissenschaftlich fundierte These hält. So stellte der DIW-Präsident Anfang 2016 die kühne Prognose auf, die Ausgaben für Flüchtlinge wirkten "wie ein Konjunkturprogramm". Außerdem seien "etwa ein Viertel der Geflüchteten gut qualifiziert". Eine weitere Willkommenskultur-These Fratzschers lautete so: "Viele der Geflüchteten werden die Renten der Babyboomer zahlen".

Liegt Fratzscher mit seiner Kriminalitäts-These wirklich daneben?
Die Debatte
Nun ja, den durch die Flüchtlingswelle ausgelösten Boom hat bisher kein Konjunkturforscher entdecken können. Auch dürften angesichts der geringen beruflichen Qualifikation vieler Zuwanderer mehr von ihnen in der Grundsicherung landen, statt die Rentenkassen zu stabilisieren. Aber Fratzscher ist eben Fratzscher: Er weiß, dass man mit steilen Thesen in die Schlagzeilen kommt. Was auch in diesem Fall so sein dürfte

https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/koelner-silvester-nacht-100.html
10 Jahre nach der Kölner Silvesternacht 2015: Was war und was folgte
Stand: 29.12.2025, 12:42 Uhr
Was geschah in der Kölner Silvesternacht 2015? Und wie haben die Ereignisse Deutschland verändert? Ein Überblick, zehn Jahre danach.
Von Jörn Seidel
Zu den Kommentaren [20]
Die Kölner Silvesternacht 2015/2016 hat sich tief eingebrannt in die jüngere deutsche Geschichte. Erst Tage später realisiert die Republik, was in der Nacht geschah, und wird umso heftiger davon erschüttert.
Sexuelle Übergriffe - überforderte Polizei
Gruppen junger Männer - oft aus Nordafrika und dem arabischen Raum - dominieren in der Silvesternacht den Kölner Bahnhofsvorplatz. Es kommt massenhaft zu sexuellen Übergriffen auf Frauen, zu Diebstählen und Gewalt. Die Polizei ist überfordert. Hat der Staat versagt?
In der Folge machen sich in der Bevölkerung Zweifel breit: Ist die damalige Ankunft so vieler Geflüchteter in Deutschland tatsächlich zu schaffen, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) noch vier Monate zuvor beschwor? Unter dem Eindruck der Kölner Silvesternacht wird sich vieles im Land verändern. Ein Überblick, was war und folgte:

- Silvester 2015: Was in der Nacht in Köln geschah
- Böses Erwachen: Die Tage und Wochen danach

- Veränderte Gesellschaft: Die Folgen der Silvesternacht

SILVESTER 2015: WAS IN DER NACHT IN KÖLN GESCHAH

Am Abend des 31. Dezember 2015 kommen zahlreiche Menschen fröhlich gelaunt am Kölner Hauptbahnhof an. Es treibt sie in die Innenstadt zum Feiern und an die Rheinpromenade zum großen Feuerwerk. Doch der Weg dorthin führt über den Bahnhofsvorplatz und die Treppen hoch zum Dom. Und dort herrscht schon am frühen Abend eine mulmige Stimmung. Nach und nach versammeln sich hier mindestens 1.000 Menschen, vor allem junge Männer.

Junge Männer, alkoholisiert und aggressiv

Dem äußeren Erscheinungsbild nach seien sie "*weit überwiegend dem nordafrikanischen / arabischen Raum zuzuordnen*", heißt es im Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zur Kölner Silvesternacht des Landtags NRW. Die später ermittelten Tatverdächtigen bestätigen diesen Eindruck. Sie wirken "*enthemmt, aggressiv und zum Großteil stark alkoholisiert*".

Junge Männer an der Treppe zum Dom in der Kölner Silvesternacht 2015

Eigentlich sieht sich die Polizei für die Nacht gewappnet. Aus den Erfahrungen der Vorjahre mit "anlasstypischen Delikten", wie es heißt, hat sie diesmal mehr Beamte im Einsatz. Trotzdem sind es nicht genug. Die Situation eskaliert.

Sexuelle Übergriffe

Schon gegen 21 Uhr wirkt der Bereich um den Kölner Hauptbahnhof wie ein rechtsfreier Raum. In der Masse der Menschen werden viele junge Frauen bedrängt, begrapscht und zum Teil sogar vergewaltigt. Die pöbelnden, jungen Männer agieren dabei oft in Gruppen.

Michelle Etienne

Michelle Etienne ist eine der Frauen, die an diesem Abend Opfer eines sexuellen Übergriffs werden. Plötzlich kommt ein junger Mann auf sie zu. Er schaut ihr in die Augen und fasst ihr dann "*feste zwischen die Beine*", wie sie dem WDR 2024 erzählt.

"Ich war erst total schockiert - und dann war ich sauer, weil sich das für mich wie eine Art Körperverletzung angefühlt hat."*Michelle Etienne, Opfer der Kölner Silvesternacht 2015*

- Michelle Etienne: Ihre Erlebnisse in der Kölner Silvesternacht 2015 | **mehr**

Zugleich stehlen die jungen Männer massenhaft Portemonnaies und Handys. Es kommt zu Schlägereien. Und es gibt Angriffe mit Raketen und weiteren Feuerwerkskörpern auf andere Gruppen und Einsatzkräfte.

Die behelmten Polizisten greifen nur vereinzelt ein. Um gegen Mitternacht eine Massenpanik durch privates Feuerwerk zu verhindern, wird der Bahnhofsvorplatz im Bereich des Treppenaufgangs zum Dom zeitweilig geräumt.

Zu wenige Polizisten

Schnell wird klar: Es müssten viel, viel mehr Polizisten im Einsatz sein. Aber der Einsatzleiter vor Ort, Günter Reintges alias "Joe Bombe", entscheidet sich anders. Er fordert keine der drei Hundertschaften an, die in dieser Nacht in NRW Bereitschaft haben. Sie hätten allerdings auch Stunden gebraucht, um am Einsatzort zu sein, heißt es in einer späteren Analyse.

Volker Lange, damals Einsatzleiter der Polizei Köln

Eine andere Hundertschaft hätte aber schnell unterstützen können: Sie war bis 21.30 Uhr im Kölner Norden an der JVA stationiert. Deren Einsatzleiter Volker Lange bot seine Hilfe an. Die Leitstelle lehnte jedoch ab und schickte die Beamten nach Hause.

"Da hat vielleicht nicht jedes Rädchen ineinander gepasst kommunikativ. (...) Das ist natürlich im Nachgang fatal."*Volker Lange, früherer Einsatzleister der Polizei*

Unzählige Straftaten, von denen noch kaum einer weiß

Erst als Tage, Wochen und Monate danach jede Menge Strafanzeigen eingehen, wird wirklich klar, zu welchem Exzess es in dieser Nacht rund um den Kölner Hauptbahnhof kommt. Demnach zeigt sich:

- **Mehr als 1.300 Menschen sind von Straftaten betroffen.**

- **Mehr als 600 Frauen erleiden sexuelle Übergriffe.**
- **Es kommt zu 28 Anzeigen wegen versuchter oder vollendeter Vergewaltigung.**
- **Ein Großteil der Beschuldigten sind Staatsbürger Algeriens und Marokkos.**

Diese Zahlen nennt der Mediendienst Integration unter Berufung auf die Kölner Staatsanwaltschaft. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss ging noch von weniger Straftaten aus.

-

WDR-Podcast "18 Millionen": 10 Jahre Kölner Silvesternacht | **audio**

BÖSES ERWACHEN: DIE TAGE UND WOCHEN DANACH

Am Neujahrsmorgen 2016 um 8.57 Uhr veröffentlicht die Kölner Polizei eine erste Pressemitteilung. Sie wird später für große Irritation sorgen. Darin heißt es: Die Silvesterfeierlichkeiten seien "*wie im Vorjahr friedlich verlaufen*".

Erste Bilanz der Polizei: "Einsatzlage entspannt"

Zwar sei der Bahnhofsplatz vorsorglich geräumt worden, aber "*die Einsatzlage entspannt*" gewesen, "*auch weil die Polizei sich an neuralgischen Orten gut aufgestellt und präsent zeigte*". Wollte die Polizei da etwa nicht mehr preisgeben? Oder wusste sie da selbst noch nicht mehr?

In einer späteren Analyse gibt Carsten Dübbers von der Kölner Polizei zu bedenken: In den nahegelegen Wachen der Landes- und Bundespolizei sei ein "*Anzeigenstau*" entstanden, "*der dazu führte, dass in den polizeilichen Systemen am nächsten Morgen erst wenige Anzeigen aufgenommen waren*". Das habe an dem Morgen "*nicht erahnt werden*" können.

Menschenmassen am 31.12.2015 am Kölner Bahnhofsvorplatz

Große Medienberichterstattung erst nach mehreren Tagen

Auch in den Medien gab es zunächst fast keine Berichte. Offenbar waren keine Journalisten am Kölner Hauptbahnhof, als sich die vielen Straftaten ereigneten. Zwei, drei Tage lang hat die Öffentlichkeit den Eindruck, als sei in der Silvesternacht nichts Besonderes geschehen.

In den Sozialen Medien allerdings wird schon schon früh über Vorwürfe einzelner sexueller Übergriffe diskutiert. Die Lokalzeitungen "Kölner Stadt-Anzeiger" und "Express" berichten online.

Am späten Nachmittag des 2. Januars gibt die Kölner Polizei eine weitere Pressemitteilung heraus: "*Übergriffe am Bahnhofsvorplatz - Ermittlungsgruppe gegründet*". Darin heißt es: Im Laufe des Neujahrstags habe die Polizei von Übergriffen auf Frauen erfahren.

Immer mehr Opfer melden sich bei der Polizei

Knapp 30 Betroffene hätten Anzeige erstattet, heißt es in der Pressemitteilung. Es sei ein Muster zu erkennen: Aus Gruppen nordafrikanisch aussehender Männer seien die Frauen "*unsittlich*" angefasst und dann bestohlen worden.

Der WDR berichtet erstmals am 3. Januar von den Übergriffen rund um den Kölner Hauptbahnhof. Am Tag danach ist das Thema groß in praktisch allen Medien.

Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Polizeipräsident Wolfgang Albers bei der Pressekonferenz am 05.01.2016

Worauf sich die Medien vor allem stützen: eine Pressekonferenz des damaligen Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers am 4. Januar. Schon am Tag danach gibt es eine weitere Pressekonferenz mit ihm - diesmal an der Seite von Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos).

Kölner Silvesternacht wühlt Deutschland auf

Danach ist die Kölner Silvesternacht deutschlandweit in aller Munde. Auch die internationale Presse berichtet. Ob unter Kollegen, am Stammtisch oder in der Politik: Das Thema wühlt die Menschen auf. Für viele fühlt es sich an wie ein böses Erwachen.

In der Diskussion geht es um die Frage, ob der Staat wirklich fähig ist, seine Bürger zu schützen, ob die Willkommenskultur für Flüchtlinge größere Schatten hat, als gedacht - und ob Politik und Medien das womöglich vertuschen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel beim CDU-Neujahrsempfang 2016

Schnell äußert sich die erste politische Reihe im Land. Mit Blick auf die Flüchtlinge im Land sagt Bundeskanzlerin Merkel:

"Dann muss man doch darüber nachdenken: Verwirkt man sein Gastrecht nicht früher? Und ich muss einfach sagen: Ja, man verwirkt sein Gastrecht früher!"*Angela Merkel (CDU), damals Bundeskanzlerin*
Auch Vize-Kanzler Sigmar Gabriel (SPD) gibt sich entschlossen: "*Ich glaube schon, dass wir wesentlich schneller dort abschieben müssen, wo Straftaten begangen wurden.*" Und Bundesinnenminister Thomas de Mazière (CDU) sagt: "*Klar ist: Wir brauchen eine klare, harte Antwort des Rechtsstaates.*"

Im Fokus der Debatte: die Herkunft der Tatverdächtigen

Was im Nachhinein kritisiert wird: Der Fokus der Diskussion richtet sich schnell auf die Herkunft der Tatverdächtigen. Das gesamtgesellschaftliche Problem der sexualisierten Gewalt gegen Frauen gerate dabei in den Hintergrund, wie sich an den Fernsehberichten von ARD und ZDF zeige, bemängelt eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung, die den Grünen nahesteht.
Und auch das zeigt sich in den Wochen nach der Silvesternacht: Viele Flüchtlinge in Deutschland sehen sich plötzlich unter Generalverdacht - so als ob sie alle potenzielle Raubtäter und Vergewaltiger seien.
"*Ich hab mich gefühlt, als ob ich der Täter wäre*", erzählt ein junger Asylbewerber mit dem Vornamen Walid aus Syrien im WDR-Podcast "CUT - Das Silvester, das uns verfolgt". Damals wohnt er in einer WG in der Eifel, wird aber trotzdem auf die Ereignisse in Köln angesprochen.
"Ich hatte das Gefühl, dass alle Flüchtlinge jetzt zur Zielscheibe werden."*Walid, syrischer Asylbewerber in der Eifel*

-

Podcast "CUT - Das Silvester, das uns verfolgt" | **mehr**

Die möglichen Fehler auch vonseiten der Polizei will der Staat genauer unter die Lupe nehmen. Der Landtag NRW zieht sein schärfstes Schwert: Am 27. Januar 2016 beschließen die Abgeordneten, zur Kölner Silvesternacht einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzurichten. Im Frühjahr nächsten Jahres legt er seinen Abschlussbericht vor.

VERÄNDERTE GESELLSCHAFT: DIE FOLGEN DER SILVESTERNACHT

Die Kölner Silvesternacht sei "*vielleicht ein Wendepunkt in der Debatte um Flüchtlinge in Deutschland*", sagt Bundesinnenminister de Mazière im Oktober 2016. Klar ist zumindest: Seit der Silvesternacht steht die Migrationspolitik noch deutlicher unter Druck.

Die AfD erlebt einen Aufwind

Die, die schon zuvor vor zu vielen Migranten warnten, werden mehr und lauter. Bürgerwehren gehen auf Patrouille. Die Pegida-Demos erfahren wieder großen Zulauf. Die AfD erkennt dieses Potential und zeigt Flagge:
"Nach dieser Silvesternacht ist unser Land nicht mehr dasselbe."*Björn Höcke, Thüringer AfD-Landesvorsitzender*

Björn Höcke, Thüringer AfD-Landesvorsitzender, bei einer Demo in Erfurt am 13.01.2016
Höcke weiter in seiner Rede bei einer Demo in Erfurt: "*Nach Köln liegt offen zutage, dass die Zukunft unseres Landes und unseres Volkes davon abhängt, ob es uns gelingt, die selbstmörderische Politik der Altparteien zu stoppen.*"
Die Grenzen für Unsagbares werden seitdem immer weiter verschoben. Bei den Landtagswahlen im Frühjahr feiert die AfD Triumphe, ebenso im Herbst sowie im Jahr darauf.
Im Mai 2017 zieht die Partei mit ihren migrationsfeindlichen Themen erstmals in den NRW-Landtag ein. Im September wird sie drittstärkste Kraft bei der Bundestagswahl.

Verschärfte Migrationspolitik

Die verschärfte Migrationspolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union kann daran nichts ändern. Schon im März 2016 kommt das EU-Türkei-Abkommen zustande: Europa verspricht Milliardenhilfen, im Gegenzug riegelt die Türkei Fluchtrouten ab und nimmt nach Griechenland Geflüchtete zurück.
Parallel dazu machen Österreich, Serbien und Mazedonien mit Grenzschließungen die Balkanroute dicht.

Darüber hinaus beschleunigt die Bundesregierung im Frühjahr mit dem Asylpaket II die Asylverfahren. Im Mai beschließt der Bundestag, die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Dadurch darf auch dorthin abgeschoben werden. Im Juli beschließt das Parlament ein erstes Integrationsgesetz. Dessen Motto: Fördern und Fordern. Die Anzahl neuer Asylanträge in Deutschland geht 2017 deutlich zurück.

Änderungen im Sexualstrafrecht

Gina Rosa Wollinger, Professorin für Kriminologie

"*Im Nachgang dieser Silvesternacht gab es vielfältige Veränderungen*", sagt auch Gina Rosa Wollinger, Professorin für Kriminologie und Soziologie an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, dem WDR.

"Wir reden auch von der postkölnischen Debatte in der Forschung."*Gina Rosa Wollinger, Professorin für Kriminologie und Soziologie*

Sie verweist auf Änderungen im Sexualstrafrecht. So war zwar bereits vor der Silvesternacht in Planung, den Grundsatz "Nein heißt Nein" gesetzlich zu verankern, um sexuelle Übergriffe klarer zu definieren. Aber mit den Ereignissen in Köln gewinnt das Anliegen an Dringlichkeit und wird schließlich Gesetz.

Darüber hinaus wird sexuelle Belästigung wie Grapschen und vieles mehr unter Strafe gestellt. Und, so Wollinger: "*Auch in den Folgejahren gab es noch viele Anpassungen im Sexualstrafrecht.*"

Kein Zweifel: Die Kölner Silvesternacht 2015 ist längst nicht die einzige Ursache für Verschärfungen in der Migrationspolitik und im Sexualstrafrecht. Aber sie gilt als ein Schlüsselereignis, das die gesellschaftliche Entwicklung geprägt hat.

Das Ende der Willkommenskultur?

Ansgar Drücker vom Verein "Flüchtlinge Willkommen in Düsseldorf"

"*Es war ein markantes Datum*", sagt Ansgar Drücker vom Verein "Flüchtlinge Willkommen in Düsseldorf" über die Kölner Silvesternacht 2015, "*aber nicht das Ende der Willkommenskultur.*"

"*Einige haben zum Glück auch gesagt: Jetzt erst recht, davon lassen wir uns nicht irritieren*", erinnert sich Drücker im Gespräch mit dem WDR. "*Aber es war ein Stimmungsumschwung in der Gesamtbevölkerung, der hier auch in Düsseldorf spürbar wurde.*"

- Wie die Silvesternacht 2015 die Debatte über Fluchtmigration veränderte | **mehr**

Martin Booms, Philosophie-Professor

Gesellschaftsethiker Martin Booms von der Alanus-Hochschule in Alfter bei Bonn sagt, die "*schrecklichen Geschehnisse*" von damals hätten gewissermaßen auch etwas Gutes bewirkt.

"Ich glaube, die Silvesternacht hat dazu beigetragen (...) sich klarzumachen, dass Migration Voraussetzungen haben muss, wenn sie gelingen soll."*Martin Booms, Philosoph*

"*Es hat nichts mit einer Meta-Haltung, 'wir heißen alle willkommen' oder 'wir lehnen alle ab', zu tun. Es geht darum, ganz konkret vor Ort zu schauen: Wie kann das gelingen?*", sagt Booms. "*Und da hat ein Aufwachen stattgefunden.*"

Unsere Quellen:

- Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Landtags NRW zur Kölner Silvesternacht 2015, 23.03.2017
- Rudolf Egg et. al.: Gutachten zu den Strafanzeigen zur Kölner Silvesternacht 2015 für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss vom 30.09.2016
- Carsten Dübbers (Polizei Köln): "Die Kölner Silvesternächte 2015-2018. Ein Praxisbericht zum Umgang der Kölner Polizei mit Gewalt durch Gruppen", SIAK-Journal - Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, vom 01.06.2020
- WDR-Interview mit Michelle Etienne, Opfer eines sexuellen Übergriffs, geführt im Januar 2024
- WDR-Interview mit Volker Lange, damals Einsatzleiter einer Hundertschaft der Polizei, für die Aktuelle Stunde am 28.12.2025

- Mediendienst Integration: Zahlen zu Straftaten unter Berufung auf die Kölner Staatsanwaltschaft
- WDR-Podcast "CUT - Das Silvester, das uns verfolgt"
- Bundeskanzlerin Angela Merkel beim CDU-Neujahrsempfang, Januar 2016
- Vize-Kanzler Sigmar Gabriel (SPD) zu schnelleren Abschiebungen, Januar 2016
- Bundesinnenminister Thomas de Mazière (CDU): Reaktion auf die Kölner Silvesternacht, Januar 2016
- Ricarda Drüeke, Studie des Gunda-Werner-Instituts in der Heinrich-Böll-Stiftung: "Die TV-Berichterstattung in ARD und ZDF über die Silvesternacht 2015/16 in Köln" vom 22.11.2016
- Asylbewerber Walid aus Syrien im WDR-Podcast "CUT - Das Silvester, das uns verfolgt"
- Bundesinnenminister Thomas de Mazière bei einer Diskussionsveranstaltung über Integration in Köln, zitiert nach Nachrichtenagentur dpa
- Ergebnisse der Wahlleitungen zu den Landtagswahlen 2016 und 2017 und der Bundestagswahl 2017
- Björn Höcke, Thüringer AfD-Landesvorsitzender, bei einer Demonstration in Erfurt am 13.01.2016
- Journalistin Vanessa Guinan-Bank: "Nach Köln: Zwischen Willkommens- und Ablehnungskultur", Bundeszentrale für politische Bildung, 07.02.2017
- Journalist Christian Werthschulte: "'Nach' Köln ist wie 'vor' Köln. Die Silvesternacht und ihre Folgen", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, 06.01.2017
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales zum Integrationsgesetz
- WDR-Interview mit Gina Rosa Wollinger, Professorin für Kriminologie und Soziologie an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, für die Aktuelle Stunde am 29.12.2025
- Studie von Tobias Weiß. Marina König, Christian Stecker, Jochen Müller, Andreas Blätte und Marcel Lewandowsky: "'Seit Köln', und 'nach Chemnitz' - Schlüsselereignisse im parlamentarischen Diskurs", 04.05.2021
- WDR-Interview mit Ansgar Drücker vom Verein "Flüchtlinge Willkommen in Düsseldorf" für die Aktuelle Stunde am 30.12.2025
- WDR-Interview mit Philosoph Martin Booms von der Alanus Hochschule in Alfter für die Aktuelle Stunde am 30.12.2025

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/das-wird-immer-krasser-emp%C3%B6rung-nach-angriff-auf-rettungskr%C3%A4fte-in-frankfurt/ar-AA1TsMHQ?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=6959273e77304c53b184a2eaf3a5b2dd&ei=19

„Das wird immer krasser“ – Empörung nach Angriff auf Rettungskräfte in Frankfurt

Artikel von Oliver Teutsch

Kriminalität

„Das wird immer krasser“ – Empörung nach Angriff auf Rettungskräfte in Frankfurt

Es gibt einen Ruf nach schärferen Strafen, nachdem in der Silvesternacht in Frankfurt mehrere Personen verletzt worden sind.

Frankfurt – Nach den Angriffen auf Einsatzkräfte in der Silvesternacht ist die Empörung noch nicht abgeebbt. „Ich verurteile diese Gewalt aufs Schärfste. Wer Einsatzkräfte angreift, greift unsere Solidargemeinschaft an. Ich hoffe, die Polizei kann die Täter ausfindig machen. Ein solches Verhalten

muss mit klaren Konsequenzen geahndet werden“, wird Frankfurts Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) in einer Mitteilung vom Freitag zitiert.

Der Oberbürgermeister spielt dabei auf einen Vorfall an, der sich in der Silvesternacht in der Frankfurter Innenstadt unweit des Eisernen Stegs ereignete. Zwei Rettungssanitäter des Deutschen Rotes Kreuzes (DRK) wurden tätlich angegriffen, nachdem eine größere Menschengruppe sie an der Weiterfahrt mit ihrem Notfalltransporter gehindert hatte. Die Gruppe hielt das Fahrzeug auf, um auf eine verletzte Person aufmerksam zu machen. Einige Personen verschafften sich gewaltsamen Zugang zum Behandlungsraum des Fahrzeugs und beschädigten es durch Schläge und Tritte, rissen Spiegel und Nummernschild ab, griffen darüber hinaus den Rettungssanitäter tätlich an und verletzten ihn.

Junger Sanitäter entsetzt über enthemmte Gewalt

„Wir sind schockiert über das Ausmaß an Gewalt gegenüber unseren Einsatzkräften und wünschen unseren Mitarbeitern alles Gute und eine rasche Genesung“, so Dierk Dallwitz, Geschäftsführer des DRK Bezirksverband Frankfurt. Der am Rücken verletzte Mitarbeiter war am Freitag zu einer weiteren Untersuchung im Krankenhaus. Ein Bruch im Rückenbereich bestätigte sich zum Glück nicht.

Die beiden Notfallsanitäter waren, bevor sie gewaltsam gestoppt wurden, unterwegs zu einem Einsatz am Mainufer. Bei der dortigen DLRG-Station wartete eine Person auf den Transport ins Krankenhaus. „Die Person war dort von der DLRG gut versorgt, das war Glück im Unglück“, so Dallwitz. Der DRK-Geschäftsführer hatte sich nach dem Vorfall mit beiden Einsatzkräften unterhalten. Der Jüngere der beiden, der seine Arbeit in Frankfurt gerade erst aufgenommen habe, zeigte sich Dallwitz zufolge entsetzt von der Enthemmung, die sich in der Fahrgasse entladen habe.

Gezielt Raketen auf Beamte abgefeuert

Der dortige Vorfall war nicht der einzige in der Silvesternacht. Die Frankfurter Feuerwehr bilanzierte elf gewaltsame Angriffe auf Einsatzkräfte. Sechsmal durch Beschuss mit Pyrotechnik, dreimal durch körperliche Gewalt. In zwei Fällen wurden Einsatzmittel der Rettungskräfte beschädigt, dazu habe es immer wieder Beschimpfungen und Beleidigungen gegeben. Die Polizei berichtete von elf verletzten Polizisten. Schwerer war nach Angaben eines Polizeisprechers keine dieser Verletzungen, aber immerhin acht Beamte konnten ihren Dienst nicht fortsetzen.

Der ehemalige Frankfurter Polizeivizepräsident Walter Seubert, auch Vorsitzender des DRK in Frankfurt, forderte eine Strafverschärfung bei Angriffen auf Einsatzkräfte: „Unsere Gesellschaft muss hier ein Stoppschild setzen und nicht zulassen, dass Menschen, die anderen Menschen helfen, solchen Gewalttaten ausgesetzt werden.“ Die Frankfurter Ordnungsdezernentin Annette Rinn (FDP) forderte: „Wir müssen dringend schärfere und wirksame Werkzeuge finden, diesem Verhalten etwas entgegenzusetzen und unsere Einsatzkräfte zu schützen.“

Auch Stefan Rüppel, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Hessen, zeigte sich am Freitag von den Vorkommnissen der Silvesternacht beeindruckt. Ihm waren Bilder gezeigt worden, bei denen Batterien von Feuerwerksraketen nicht in die Luft, sondern seitlich gezielt in Richtung der Einsatzkräfte abgefeuert wurden. „Das ist Wahnsinn, das wird immer krasser.“

Die GdP in Berlin hatte wegen solcher Vorkommnisse ein generelles Böllerverbot für die Allgemeinheit gefordert. Der Landesverband in Hessen möchte sich dieser Forderung nicht anschließen. Im Landesvorstand habe es dazu keine einheitliche Sicht gegeben. Es sei eine „schwierige Situation“, so Rüppel. Mit dem Verbot würden vor allem Familien getroffen, die sich an Auflagen hielten und ein paar Raketen zünden wollten. Diejenigen, die auf Krawall aus seien, würden sich die Böller weiterhin über das Internet besorgen.

https://www.nius.de/analyse/news/boeller-auf-polizisten-und-raketen-in-menschenmengen-berlin-offenbarte-an-silvester-erneut-seine-gefaehrliche-hilflosigkeit

Analyse

Böller auf Polizisten und Raketen in Menschenmengen: Berlin offenbarte an Silvester erneut seine gefährliche Hilflosigkeit

Image

Auch in diesem Jahr kam es in Berlin wieder zu Ausschreitungen.

03.01.2026 - 02:00 Uhr

Eric Steinberg

Medial wird aktuell zum Teil das Bild einer friedlicheren Berliner Silvesternacht gezeichnet: Weniger Menschen zogen durch die Straßen, mancherorts wurden Feuerwerks-Verbotszonen eingerichtet und die großen Straßenschlachten blieben aus. Doch war der Jahreswechsel in der Hauptstadt wirklich ein kleiner Lichtblick für die kommenden Jahre? Ein genauerer Blick rückt die Ereignisse in ein anderes Licht.

Spätestens seit der Silvesternacht 2022/2023 sollte jedem Berliner bewusst sein, wie schnell ein feierlicher Anlass mancherorts zur Böller-Hölle werden kann. Schon damals gab es gezielten Feuerwerksbeschuss auf Einsatzkräfte der Polizei und auch Sanitäter. Weil die Stadt seitdem jährlich eine Wiederholung der Ereignisse fürchtet, wird zu Silvester ein enormes Polizeiaufgebot aufgefahren. Für Neujahrsfrieden hat das in den Folgejahren nicht gesorgt, dennoch waren auch in diesem Jahr wieder 4.300 Polizisten im Einsatz, darunter auch zusätzliche Kräfte anderer Länder.

Hat das genützt? Die taz vermeldete am Neujahrstag: „Wenigstens nicht wieder ganz so dramatisch“. Der Tagesspiegel schrieb: „Die Silvesternacht verlief weniger dramatisch“, Berlin sei „vergleichsweise ruhig ins neue Jahr gestartet“. Doch was bedeutet „nicht ganz so dramatisch“ oder „weniger dramatisch“ in diesem Zusammenhang überhaupt? Im Kern sollte es in der Beantwortung dieser Frage doch darum gehen, welche Zustände der Staat sich selbst und seinen Bürgern zumutet und wie er mit ihnen umgeht. Betrachtet man die Geschehnisse aus diesem Jahr nach diesen Maßstäben, muss man zu dem Fazit kommen: Es ist nicht „weniger dramatisch“, sondern 5 nach 12.

Vor Mitternacht böllerten überwiegend junge Migranten

Dass es einige mit der Uhrzeit nicht immer besonders genau nehmen, zeigte sich am letzten Tag des Jahres bereits in den frühen Abendstunden. Wie immer wurde nicht erst um Mitternacht, sondern schon einige Stunden zuvor kräftig geböllert. In vielen Stadtteilen waren zu diesem Zeitpunkt vorwiegend junge, oft migrantische Männer anzutreffen, die sich an Feuerwerk aller Art erfreuten. Vereinzelt krachte auch mal ein größerer Böller, die Lage blieb jedoch zunächst übersichtlich.

Das änderte sich jedoch mit der Zeit. Der Alkohol floss, die Feuerwerks-Intervalle wurden immer kürzer und brachen kurz vor Mitternacht dann endgültig los. An vielen Orten der Stadt wurden die pyrotechnischen Gegenstände erneut in Menschenmengen geschossen, etwa im Wedding, in Neukölln oder in der Nähe des Alexanderplatzes. Dort sind zwar Böllerverbotszonen eingerichtet worden, in den umliegenden Bereichen wurde allerdings dennoch wild gezündelt. Am Alexanderplatz wurde die Polizei an der Absperrung zur Verbotszone sogar gezielt befeuert.

Viele Deutsche waren zu diesem Zeitpunkt rund um Alexanderplatz und Co. nicht anzutreffen, nicht wenige feierten lieber in Bars oder in den eigenen vier Wänden – sehr wahrscheinlich auch deswegen, weil es unsicherer geworden ist im öffentlichen Raum.

Um genau dieses Unsicherheitsgefühl überhaupt nicht entstehen zu lassen, gab es ursprünglich das große Polizeiaufgebot. Die Beamten, vielfach schwer behelmt und geschützt, sammelten sich nicht selten in kleinen Gruppen, die im Notfall schnell eingreifen sollten.

Polizei kann die Täter nicht verorten – und wirkt hilflos
Problematisch wurde es allerdings dadurch, dass die Polizei aufgrund der großen Ansammlungen an einigen Plätzen überhaupt nicht verorten konnte, aus welcher Richtung das Feuerwerk abgeschossen wurde – vor allem, wenn es sich nur um einzelne Böller und Raketen handelte. So ließ sich einige Male ebenfalls beobachten, wie die Polizei zwar durch das Feuerwerk aufgeschreckt wurde, die Täter aber nicht identifizieren konnte.
Up Next
Polizei und Sicherheitskräfte wurden dabei auch immer wieder selbst zum Ziel mancher Randalierer, ähnlich den linken Krawallen anderer Feiertage wie dem 1. Mai. Am Ende zählte die Polizei insgesamt 35 Verletzte, es gab 430 Festnahmen.

Der Unterschied zu linken Randale-Hochtagen wie dem 1. Mai liegt in der Herkunft der Randalierer. Während es dort in der Mehrzahl deutschstämmige „Antifaschisten" sind, die die Konfrontation mit der Staatsmacht suchen, waren es an Silvester, wie auch schon in den Vorjahren, eben häufig junge Migrantengruppen.

Nicht nur die Sicherheitskräfte wurden dabei vereinzelt zum Ziel dieses „bunten" Partyvolkes, sondern auch einfache Autos, Busse und sogar Sanitätskräfte in Krankenwagen.
Feuerwerk wurde immer wieder auf dem Gehweg, inmitten anderer Passanten, abgebrannt. So weit, so ungefährlich – eigentlich. Denn wer zwischen den Zündschnüren umherlief, konnte nie genau wissen, ob es sich dabei nur um einen kleinen Brummkreisel handelt oder doch um einen Böller, der in kurzer Entfernung explodiert. Achtsamkeit gegenüber den Mitmenschen? Leider häufig Fehlanzeige.

Eine Familie mit kleinen Kindern, die sich in der Nähe des Alexanderplatzes ihren Weg über die Bürgersteige bahnen musste, zwang dieses Phänomen immer wieder zum Innehalten. Nicht nur Familien: Allen Menschen, die mit den negativen Auswüchsen unserer „bunten" Gesellschaft noch nicht konfrontiert worden sind und womöglich zum Jahreswechsel eine schöne Zeit in Berlin verbringen wollten, dürfte der „Stop-and-Go"-Zwang endgültig die Illusion eines friedlichen, familienfreundlichen Fests geraubt haben. Ein peinliches Bild, dass die Hauptstadt gegenüber seinen, zum Teil auch internationalen, Gästen abgibt.

Der öffentliche Raum ist verloren
Trotz des massiven Polizeiaufgebotes und angesichts dieser Zustände müssen sich die Verantwortlichen mittlerweile eingestehen, dass der öffentliche Raum für die normale Bevölkerung mittlerweile schlicht verloren ist: Niemand sollte sich der Gefahr aussetzen müssen, potenziell ständig mit Feuerwerksbeschuss zu rechnen, weil Mitmenschen keine Rücksicht nehmen; niemand sollte gezwungen sein, aufgrund der undurchdringlichen Lage ständig das unmittelbare Umfeld scannen zu müssen.

Doch das ist die Realität, wenn man sich an Tagen wie Silvester in Berlin aufhält. Ein reines Hauptstadtphänomen sind die Ausschreitungen aber nicht. In Stuttgart bewies 2020 bereits die örtliche „Partyszene", bestehend vor allem aus jungen Migranten, welches Eskalationspotential sie im Zweifel aufbringen kann. Damals plünderten die meist jungen Männer Geschäfte, verletzten Polizisten und entluden kollektiv ihre Gewaltphantasien.

Dass sich solche Szenen auch in einer auf Gewalt und Chaos vorbereiteten Hauptstadt immer wiederholen können, hat dieser Jahresbeginn erneut vor Augen geführt. Die Taktiken der Polizei mögen zwar zum Teil erfolgreich sein, das zeigt die Anzahl der Festnahmen. In der Breite können

sie die Ablehnung des gegenseitigen Respektes, die Gewaltbereitschaft und fehlende Rücksichtnahme nicht ausgleichen. Diese Mischung sorgt jedoch dafür, dass allen unbescholtenen Bürgern ein öffentlicher Jahreswechsel mittlerweile vielerorts verwehrt bleibt.
Zugegeben: Die Zustände waren nicht in jedem Stadtteil dramatisch. Aber dort, wo die ungeregelte Migration der vergangenen Jahre mit den bereits über Jahrzehnte gewachsenen meist muslimisch-migrantischen Parallelgesellschaften zusammenfindet, wird der Staat seit Jahren vorgeführt. Das ist dann allerdings nicht „weniger dramatisch", noch weniger ein Lichtblick, sondern schlicht die Bankrotterklärung einer Hauptstadt. Zwei Optionen bieten sich mit dieser Erkenntnis: Entweder die herkunftsbezogene Segregation der Stadt und ihrer Gesellschaft verschärft sich weiter und man akzeptiert möglicherweise, dass mancherorts der Staat seine Schutzpflicht aufgibt, oder man zeigt den Randalierern echte Konsequenzen auf.

Wann es mal wieder ein festlicher Silvester geben könnte? Eine konsequente Abschiebung einiger traumatisierter Böller-Experten würde die Lage vermutlich schon einmal entspannen.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/jugend-gruppe-pr%C3%BCgelt-81-j%C3%A4hrigen-in-nrw-tot/ar-AA1TJI0x?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=c6c3b50522bd441fd21a72343a0d39dc&ei=35
Jugend-Gruppe prügelt 81-Jährigen in NRW tot
Artikel von Kim von Harling
Jugend-Gruppe prügelt 81-Jährigen in NRW tot
Nach einem Streit prügeln Jugendliche auf einen Senior ein. Wochenlang kämpft er im Krankenhaus ums Überleben – vergeblich.

Essen – Ein 80-jähriger Rentner ist am 3. November in Essen auf einem Spielplatz von Jugendlichen niedergeschlagen worden und später an den Folgen der Attacke gestorben. Die Polizei Essen sucht nun nach Zeugen der brutalen Tat.
Jugend-Gruppe prügelt 81-Jährigen in NRW tot
Laut Polizei kam es am besagten Tag gegen 13 Uhr zu einer verbalen Auseinandersetzung. Der Vorfall ereignete sich auf einem Spielplatz an der Hofterbergstraße zwischen der Frida-Levy-Gesamtschule und der Münsterschule. Die Jugendlichen schlugen auf den Senior ein.

Der 80-Jährige stürzte zu Boden und erlitt schwere Verletzungen. Ein Zeuge alarmierte den Rettungsdienst. Die Sanitäter brachten den Mann umgehend ins Krankenhaus.

Polizei erfuhr erst nach Tod von der Tat
Einige Wochen später starb der Rentner im Alter von 81 Jahren an den Folgen der Körperverletzung. Erst durch das Todesermittlungsverfahren erfuhr die Polizei von der Attacke am 3. November.

Weitere aktuelle Schlagzeilen
Mutter stirbt nach brutalem Angriff in NRW – Sohn sitzt in U-Haft

Das Polizeipräsidium Essen ermittelt unter Leitung der Staatsanwaltschaft Essen wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Die Täter sind bislang unbekannt und flüchtig.

Polizei bittet um Hinweise aus der Bevölkerung

Die Ermittler suchen dringend nach Zeugen der Tat. Wer Hinweise zu dem Vorfall oder den Tatverdächtigen geben kann, soll sich melden. Die Polizei ist telefonisch unter 0201/829-0 oder per E-Mail an hinweise.essen@polizei.nrw.de erreichbar.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/kinder-greifen-koscheres-caf%C3%A9-in-leipzig-an-polizei-ermittelt/ar-AA1TO522?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=695fa3bf22ad43d6aebbe3317a3dc3b3&ei=46

Kinder greifen koscheres Café in Leipzig an - Polizei ermittelt

Artikel von AFP

Kinder haben ein koscheres Café in Leipzig angegriffen. Eine Mitarbeiterin des Kaffeehauses wurde durch den Wurf gefüllter Plastikflaschen leicht am Bein verletzt, wie die Leipziger Polizei am Donnerstag mitteilte. Es werde wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung und Volksverhetzung ermittelt.

Die Mitarbeiterin beobachtete demnach am Mittwoch, wie zwei Kinder eine an dem Café angebrachte israelische Fahne entwendeten. Darauf angesprochen, gaben sie die Fahne wieder heraus. Wenig später kehrten sie mit sechs weiteren Kindern und Jugendlichen zurück und warfen die gefüllten Plastikflaschen in Richtung der 46-Jährigen. Dabei äußerten sie sich den Angaben zufolge in volksverhetzender Weise.

Im weiteren Verlauf versuchten die Kinder, in das Café einzudringen, und schlugen dabei mit einem Aufsteller gegen eine Scheibe. Es entstand ein Schaden von rund hundert Euro. Polizeibeamte konnten aufgrund von Videoaufzeichnungen zwei zehn und elf Jahre alte Tatverdächtige identifizieren, die demnach bereits als jugendliche Intensivtäter bekannt sind.

hex/cfm

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/other/nach-sozialbetrug-%C3%BCber-rund-63-millionen-euro-verurteilte-t%C3%A4terin-kassiert-wieder-staatliche-hilfe/ar-AA1U6Lys?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=69660ee777b04dbf93170ac8d6b83df7&ei=13

Nach Sozialbetrug über rund 63 Millionen Euro: Verurteilte Täterin kassiert wieder staatliche Hilfe

Artikel von Aline Wobker

Eine bulgarische Staatsbürgerin, die an einem der größten Sozialbetrugsfälle in der Geschichte Großbritanniens beteiligt war, hat nach ihrer vorzeitigen Haftentlassung erneut staatliche Leistungen beantragt. Wie die „Daily Mail“ berichtet, **war die Frau Teil eines kriminellen Netzwerks, das über Jahre hinweg Sozialleistungen in Höhe von mehr als 54 Millionen Pfund (rund 63 Millionen Euro) erschlichen hatte.**

Millionenbetrug mit Sozialleistungen: Haftstrafe und vorzeitige Entlassung

Nach Angaben der „Daily Mail“ nutzte die Gruppe tausende gestohlene oder erfundene Identitäten, um falsche Anträge auf staatliche Unterstützung zu stellen. Die Frau wurde 2024 zu

einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, kam jedoch vorzeitig frei und lebt inzwischen wieder in London.

Kurz nach ihrer Entlassung beantragte sie erneut Sozialleistungen – gemeinsam mit ihrem Ehemann. Gegenüber der „Daily Mail" sagte sie, sie wolle Großbritannien nicht verlassen: „Meine Familie ist hier. Ich liebe es hier." Seit Ende Dezember beziehe sie wieder staatliche Unterstützung in Höhe von rund 200 Pfund im Monat (etwa 235 Euro). Ihr Mann erhalte sogar mehr als 1300 Pfund (rund 1520 Euro).

Haft war „wie ein Urlaub" – erneuter Antrag sorgt für Empörung
Besonders provokant wirkt eine weitere Aussage: Die Frau beschrieb ihre Haftzeit laut „Daily Mail" rückblickend als „wie einen Urlaub", bei dem sie sich unter anderem die Haare habe machen lassen und eine Maniküre bekommen habe. Zugleich erklärte sie nun, sie sei „depressiv", gesundheitlich angeschlagen und habe daher Anspruch auf die Hilfe des Staates.

Das zuständige Ministerium teilte nach Medienanfragen mit, der Vorgang werde überprüft. Parallel laufen weiterhin Verfahren zur Vermögensabschöpfung. Wie die „Daily Mail" berichtet, wies die Frau jede persönliche Schuld zurück und erklärte: „Ich habe nur geholfen. Man hat mit mir einen Fehler gemacht." Eine Abschiebung halte sie für unwahrscheinlich.
Auch in Deutschland wird seit Jahren über systematischen Sozialbetrug diskutiert – insbesondere dort, wo organisierte Strukturen Leistungen durch Scheinarbeit oder Aufstockungsmodelle missbrauchen. Auslöser der Debatten im Herbst 2025 war ein Vorstoß von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der strengere Regeln und ein entschlosseneres Vorgehen gegen organisierte Banden forderte. In der politischen Debatte geht es dabei vor allem um Kontrolllücken, fehlenden Datenaustausch und unklare Zuständigkeiten.

Eine Auswertung der Leserkommentare auf Focus Online zu dem Thema zeigt jedoch große Skepsis gegenüber politischen Ankündigungen. Viele Kommentatoren bezweifeln, dass auf Worte tatsächlich Taten folgen, und kritisieren eine jahrelange Untätigkeit verschiedener Regierungen. Häufig wird der Eindruck geäußert, dass Sozialbetrug als bekanntes Problem lange unterschätzt oder verdrängt worden sei – trotz wiederkehrender Warnungen aus Behörden und Kommunen.

***nu
https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/schwerste-verletzungen-nach-pr%C3%BCgel-attacke-in-essen-vier-verd%C3%A4chtige-festgenommen/ar-AA1TGN6S?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=696758db50cd4aeea92d64dd61a98401&ei=15
Schwerste Verletzungen nach Prügel-Attacke in Essen: Vier Verdächtige festgenommen
Artikel von Aaron Tanzmann und Ann-Kathrin Ullrich

Mehrere unbekannte Personen haben in der Nacht von Freitag auf Samstag (4. Januar) einen 23-jährigen Mann in Essen-Rüttenscheid schwer verletzt. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet um Zeugenhinweise. Der Vorfall ereignete sich im Bereich der Rüttenscheider Straße / Wegener Straße.

Der junge Mann hielt sich gegen 2:30 Uhr mit zwei Freunden vor einem Kiosk auf. Dort gerieten sie mit einer Gruppe von Personen in ein Gespräch, das zu einer verbalen Auseinandersetzung eskalierte. Im weiteren Verlauf wurde der 23-Jährige von hinten gegen den Kopf geschlagen und

stürzte zu Boden. Anschließend traten und schlugen mehrere Männer aus der Gruppe auf den am Boden liegenden Mann ein.

Mann erleidet schwerste Verletzungen
Als ein Freund des Opfers einschritt, flüchtete die Gruppe zu Fuß in Richtung Martinstraße. Eine sofort eingeleitete Fahndung der Polizei verlief ergebnislos. Rettungskräfte und eine Notärztin versorgten den Verletzten zunächst vor Ort. Erste Einschätzungen deuteten auf leichtere Knieverletzungen hin.

Im Laufe der weiteren Ermittlungen stellte sich heraus, dass die Verletzungen des 23-Jährigen weitaus schwerwiegender sind als zunächst angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass der Mann möglicherweise dauerhafte Einschränkungen davontragen wird. Der Vorfall wird daher nun als schwere Körperverletzung eingestuft.

Beschreibung der Tatverdächtigen
Ein Zeuge beschrieb zwei der männlichen Täter als etwa 16 bis 20 Jahre alt und circa 1,75 bis 1,85 Meter groß. Sie hatten ein südländisches Erscheinungsbild und schwarze, lockige Haare. Beide trugen zur Tatzeit eine schwarze Jacke und eine dunkle Hose.

Der verletzte 23-Jährige selbst beschrieb zwei männliche Tatverdächtige, die einen Oberlippenbart und einen Kinnbart trugen. Einer dieser Männer soll kurze Haare und eine kleinere Statur gehabt haben.

In der Gruppe der Angreifer befanden sich nach bisherigen Erkenntnissen auch zwei Frauen, die sich jedoch nicht an den körperlichen Übergriffen beteiligten. Eine von ihnen soll dunkle, lange Haare gehabt haben.

Vier Verdächtige festgenommen
Nun gibt es neue Entwicklungen in dem schlimmen Vorfall: In der Nacht zum Samstag (10. Januar) gingen nämlich gegen 0:15 Uhr zwei Anrufe beim Polizeinotruf ein. Die Anrufer berichteten, in Rüttenscheid mehrere Männer gesehen zu haben, die sie als Beteiligte einer Auseinandersetzung vom 20. Dezember wiedererkannten. Als die Einsatzkräfte eintrafen, hielten sich drei Verdächtige im Christinenpark auf. Um ein Entkommen zu verhindern, umstellte die Polizei zunächst das Gelände.

Beim Anblick der Beamten ergriffen die jungen Männer die Flucht und versuchten, sich in einem Gebüsch zu verstecken. Die Polizisten konnten sie jedoch kurz darauf festnehmen. **Bei den Festgenommenen handelt es sich um einen 17-Jährigen mit deutscher und irakischer Staatsangehörigkeit, einen 18-Jährigen mit deutscher und afghanischer Staatsangehörigkeit sowie einen 19-Jährigen mit deutscher und syrischer Staatsangehörigkeit. Alle drei wohnen in Essen.**

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/other/m%C3%BCnchen-polizist-schildert-anschlag-kinderwagen-dem-erdboden-gleich/ar-AA1UwjPM?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=696e58ca4c4c4e229a003406d413a2b5&ei=25
München: Polizist schildert Anschlag – »Kinderwagen dem Erdboden gleich«

Der Angeklagte schweigt, dafür beschreibt ein Polizist vor Gericht, wie er den Anschlag auf eine Ver.di-Demo in München erlebt hat. »Mit Vollgas« sei Farhad N. in die Menge gefahren – eine Mutter und ihr Kind starben.

Im Prozess zum tödlichen Anschlag auf eine Ver.di-Demonstration in München hat ein Polizist Details zur Tat geschildert. Vor dem Oberlandesgericht in der bayerischen Hauptstadt berichtete er, wie er als Augenzeuge die Tat im vergangenen Februar erlebte. »Der Angeklagte scherte vor uns ein und beschleunigte«, sagte der Beamte, der in einem Begleitfahrzeug am Ende des Demonstrationszugs mitgefahren war. »Mit Vollgas durch.«

Der Mann habe sein Auto »ungebremst in die Menschenmenge, in das Ende des Demonstrationszugs« gefahren. Es sei eine »kerzengerade und zielgerichtete Fahrtrichtung« gewesen.

Erhobener Zeigefinger zu Prozessbeginn
Der 25 Jahre alte Afghane, der unter Terrorverdacht und wegen zweifachen Mordes und 44-fachen versuchten Mordes vor Gericht steht, hatte zum Prozessauftakt Aussagen zur Tat und auch zu seiner Person verweigert. Dafür äußerte er sich ohne Worte: Er hob für die Kameras den rechten Zeigefinger nach oben. Eine verbreitete Geste unter Muslimen weltweit, die den Glauben an den einen und einzigartigen Gott symbolisieren soll und die zuweilen auch als Erkennungszeichen unter Islamisten gilt.

Der Angeklagte war vor knapp einem Jahr, am 13. Februar 2025, noch am Tatort festgenommen worden, nachdem er mit seinem Kleinwagen in die Menschenmenge gerast war. »Er war sehr ruhig«, sagte der Polizist. Der Mann habe »bewusstseinsgetrübt« gewirkt, **sein Blick sei »einfach starr ins Leere ausgerichtet« gewesen.**

Eine umfangreiche SPIEGEL-Rekonstruktion zeigt, wie der Farhad N. vom Bodybuilder zum frommen Muslim wurde – und noch am Morgen der Todesfahrt Schulden bezahlte.

Der 25-Jährige soll das Auto gezielt in einen Demonstrationszug der Gewerkschaft Ver.di mit rund 1400 Teilnehmern gelenkt haben. Eine Mutter und ihre erst zwei Jahre alte Tochter starben, 44 weitere Menschen wurden verletzt, einige von ihnen lebensgefährlich.

Kein Lebenszeichen mehr von dem Kind
Der Polizist habe noch versucht, der Mutter zu helfen. Sie sei zunächst ansprechbar, aber sehr schwer am Kopf verletzt gewesen. »Sie griff mehrfach nach ihrem Kopf und mehrfach nach ihrem Kind«, sagte der Beamte. Von dem Kind habe er kein Lebenszeichen mehr wahrnehmen können. Er berichtete von einem »Kinderwagen, der dem Erdboden gleich war«.

Um den Tathergang zu rekonstruieren, sollen zunächst Polizeibeamte als Zeugen vor Gericht aussagen, erst zu einem späteren Zeitpunkt sollen dann die Betroffenen gehört werden. In wenigen Wochen jährt sich der Anschlag zum ersten Mal. Das Urteil könnte am 25. Juni gesprochen werden.

Auch am Jahrestag will das Gericht verhandeln – allerdings ohne Betroffene als Zeugen zu laden, damit diese an den Gedenkveranstaltungen teilnehmen können.

https://www.compact-online.de/keine-reue-der-muenchner-attentaeter-farhad-n/?mc_cid=08c1df226c&mc_eid=867a9ac9a4#google_vignette

Keine Reue: Der Münchner Attentäter Farhad N.
Von Marie Wiesner16. Januar 2026

Eine Mutter und ihr Kleinkind tot, Dutzende lebenslang gezeichnet: Heute startete der Prozess gegen Farhad N., mutmaßlicher islamistischen Attentäter von München. Statt Reue zeigt er vor Gericht die Tauhid-Geste. In unserem COMPACT-Spezial „Mädchen. Messer. Morde." dokumentieren wir, wie die Gewalt eskaliert und wer dafür die Verantwortung trägt. Wir benennen Opfer, Täter und zeigen, was sich endlich ändern muss. Hier mehr erfahren.

Heute beginnt vor dem OLG München der Staatsschutzprozess gegen den 25-jährigen Farhad N. Ihm wird zweifacher Mord und versuchter Mord in 44 Fällen sowie gefährlicher Körperverletzung und schwerer gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr vorgeworfen.

Der Afghane kam als minderjähriger und unbegleiteter Flüchtling 2016 nach Deutschland. Nach seiner Flucht soll eine posttraumatische Belastungsstörung bei ihm diagnostiziert worden sein. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aber lehnte schließlich seinen Asylantrag ab, auch die Klage gegen die Entscheidung scheiterte. Abgeschoben wurde er jedoch nie.

Noch vor wenigen Jahren posierte Farhad N. als durchtrainierter Bodybuilder auf Social Media. In seiner Wohnung im Münchner Süden hingen die Medaillen an der Wand: Gold und Silber von Bodybuilding-Wettbewerben, hart erkämpft mit gestähltem Körper. Testosteron-Boosts, Steroide und Kreatin-Shakes gehörten zu seinem Alltag. Farhad N. chattete stundenlang mit Kumpels über die perfekte Ernährung, das beste Posing auf der Bühne, den nächsten Wettkampf-Look. Seine Nachbarn nahmen ihn als eher unauffällig wahr, einige kannten ihn gar nicht.

Der Afghane rief „Allahu Akbar"
Es gab auch eine weitere Seite: So hielt er sich an immer strengere religiöse Regeln, er verschenkte Korane und Gebetsteppiche und schaute sich Videos von Predigern an, ehe der Afghane im Februar seine grausame Tat verübte. Kurz zuvor soll er Kontakt mit einem Hassprediger gehabt haben.

Mit seinem weißen Mini Cooper steuerte er gezielt in eine Verdi-Demo, an der 14.000 Menschen teilnahmen. Amel S. (37) und ihre zweijährige Tochter Hafsa wurden sofort getötet, als der Kleinwagen sie und ihren Kinderwagen erfasste. Viele der 44 Verletzten verloren das Bewusstsein und erlitten teils lebensverändernde Traumata: schwere Kopfverletzungen, zertrümmerte Rippen und Becken, offene Brüche an Armen und Beinen, innere Blutungen. Etliche Opfer mussten mehrmals operiert werden. Einige lagen wochen- oder sogar monatelang auf Intensivstationen, künstlich beatmet und im künstlichen Koma.

Bis heute tragen Dutzende die Spuren der Tat mit sich: chronische Schmerzen, bleibende Behinderungen, schwere posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS), panische Angstattacken in Menschenmengen, Albträume und massive Schlafstörungen. Manche wagen sich kaum noch vor die Tür, andere kämpfen mit Depressionen und Suizidgedanken. Zeugen berichten, der Afghane habe „Allahu Akbar" gerufen und zu beten begonnen.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zog ihr Fazit:

Es besteht der Verdacht, dass die Tat religiös motiviert war und als Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung zu verstehen ist. Damit ist sie geeignet, die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen.

Für den Prozess sind 38 Verhandlungstermine bis Ende Juni 2026 geplant. Farhad N. droht lebenslänglich, sollte er verurteilt werden.

Im laufenden Prozess prüft ein forensischer Psychiater die Schuldfähigkeit von Farhad N. Ein Gerichtssprecher machte heute klar: Das vorläufige schriftliche Gutachten sieht keine Einschränkung, der mutmaßliche Islamist handelte also bei vollem Verstand. Warum er dennoch monatelang in der psychiatrischen Abteilung der JVA saß, dazu schwieg der Sprecher.

Während die Hinterbliebenen mit lebenslangen Traumata ringen, zeigt der Angeklagte bei seiner Vorführung stolz den rechten Zeigefinger: die Tauhid-Geste als Bekenntnis zu seinem Gott und damit zur Tat. Von Reue ist nicht mal im Ansatz etwas zu spüren.

Die etablierten Parteien haben diesen Zuständen, die wir jetzt mitten in Deutschland erleben, den Nährboden bereitet. In unserem neuen COMPACT-Spezial „Mädchen. Messer. Morde." haben wir diese Gewalt analysiert und eine verheerende Bilanz der letzten zehn Jahre gezogen. Dieses Heft dürfen Sie nicht verpassen, es soll eine Warnung für die Zukunft sein. Jetzt bestellen!

https://www.welt.de/vermischtes/article6970ac21568b91954b0e9dd5/raub-diebstahl-koerperverletzung-anfuehrer-sind-erst-elf-jahre-alt-kinderbande-terrorisiert-leipzig.html
Anführer sind erst elf Jahre alt – Kinderbande terrorisiert Leipzig
Stand: 14:47 UhrLesedauer: 2 Minuten

In Leipzig terrorisiert eine Kinderbande mehrere Straßenzüge. Die Mitglieder sind gerade mal zehn und elf Jahre alt. **Die Anführer stammen aus Tschetschenien und dem Südsudan**. Der Polizei sind die Hände gebunden, denn die Kinder sind strafunmündig.

In Leipzig bedrängt eine Bande Anwohner und Geschäftsleute, teils kommt es zu Körperverletzungen. Die Anführer sollen Kinder sein, mit Migrationshintergrund, aber deutscher Staatsbürgerschaft. Die Polizei hat ein Problem: Die Angreifer sind strafunmündig.

Zuerst berichtet hatte die „Leipziger Volkszeitung": Eine Gruppe von Kindern soll in mehreren Stadtteilen der sächsischen Metropole immer wieder Straftaten begehen. Zur Last gelegt werden ihnen demnach bis zu 150 Straftaten, darunter Eigentumsdelikte, aber auch Körperverletzung. „Aktuell haben wir mehrere strafunmündige Kinder als Tatverdächtige, vorwiegend bei Gewaltdelikten", sagte ein Polizeisprecher der „Leipziger Volkszeitung". Die Kriminalitätsserie habe im Herbst 2025 begonnen.

Die zumeist kindlichen Täter – die Anführer sollen zehn und elf Jahre alt sein – treiben laut Polizei vor allem in der Plattenbausiedlung Grünau ihr Unwesen, aber zunehmend auch im restlichen Stadtgebiet. Auch WELT TV berichtet bereits vor Ort. Die Reporter sprachen mit einem Ladenbesitzer, der in einem nahe gelegenen Einkaufszentrum sein Geschäft hat. Er berichtete, dass immer wieder Hausverbote ausgesprochen worden seien, die Kinder sich jedoch nicht daran hielten.

Betroffen von den Übergriffen seien auch die Schüler einer nahe gelegenen freien Schule in Grünau. Ende des Jahres 2025 seien mehrere Montessori-Schülerinnen und -Schüler auf dem Weg zur Schule oder auf dem Heimweg bedroht oder sogar überfallen worden. Ein Roller und ein Fahrrad seien direkt entwendet, beziehungsweise aus einem Unterstand gestohlen worden.

„Es geht nicht mehr nur um den Schlag ins Gesicht"

Die „Köpfe“ der Bande sind dem Medienbericht zufolge Kinder mit Migrationshintergrund: zwei elfjährige Brüder, deren Familie aus dem Südsudan stammt. Die Zwillinge seien in Leipzig geboren und besäßen die doppelte Staatsbürgerschaft, heißt es weiter. Die Familienverhältnisse werden als problematisch beschrieben, der Schulbesuch der Kinder erfolge allenfalls sporadisch. Zwei andere „führende“ Bandenmitglieder seien gebürtig aus Tschetschenien.

Auch der „Focus“ zitiert aus dem Medienbericht. Demnach soll die „Bande“ aus bis zu 14 Kindern in wechselnder Besetzung bestehen, auch Deutsche sollen darunter sein. Ein Beamter habe gegenüber der Lokalzeitung von einem hohen Gewaltpotenzial der jungen Täter berichtet. „Es geht nicht mehr nur um den Schlag ins Gesicht, sondern auch um den Einsatz von Messern, Schreckschusswaffen und Pfefferspray.“ Mittlerweile sei eine spezielle Ermittlergruppe eingerichtet worden. Eines der Probleme aber sei, dass die Kinder strafunmündig seien.

Die Hotspots seien mittlerweile im ganzen Stadtgebiet verstreut, im Umfeld von Schulen, sowie in den Einkaufszentren Allee- und Paunsdorf-Center und den Höfen am Brühl. Von immerhin einem Ermittlungserfolg aber ist in der Zeitung auch zu lesen: Am 10. Dezember 2025 nahmen die Beamten einen 15-Jährigen fest. Er kam wegen Raubstraftaten, Diebstählen und Sachbeschädigungen in Untersuchungshaft.

https://www.welt.de/politik/deutschland/plus256407930/Gewalt-an-Schulen-Schlagen-treten-wuergen-Wie-brutal-es-im-Land-wirklich-zugeht.html

Verrohung unter Jugendlichen

Das wahre Ausmaß der Gewalt an Schulen

Von Philipp Woldin, Alexander Dinger

Veröffentlicht am 21.07.2025Lesedauer: 6 Minuten

Gewaltdelikte an Schulen nehmen besorgniserregend zu. Das Bundesinnenministerium lässt in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage jedoch ausgerechnet die Zahlen weg, die den größten Anteil haben.

Es war das Ende einer Gewalteskalation, die sich über Monate aufgebaut hatte: Auf dem Gelände der Poul-Due-Jensen-Schule im kleinen schleswig-holsteinischen Ort Wahlstedt kam es Ende Juni zu einem Übergriff, bei dem mehrere Schüler zwei Erwachsene attackierten. Ein 14-Jähriger schubste einen Sicherheitsmann in ein Gebüsch. Als ein zweiter Erwachsener dazu eilte, würgte ein 13-Jähriger den Helfer. Auch ein weiterer Junge, zwölf Jahre alt, mischte mit.

Schon zuvor hatten sich die Vorfälle auf dem Schulgelände gehäuft, die Direktorin berichtete von eingeschlagenen Scheiben, Schmierereien an den Wänden des Schulgebäudes und Vandalismus auf dem Pausenhof. Den „Lübecker Nachrichten“ sagte sie, auch Beleidigungen von Lehrkräften seien an der Tagesordnung. Bereits Monate davor hantierte die Gruppe aggressiver Schüler demnach mit einer Soft-Air-Pistole, Mitschüler und Reinigungskräfte fühlten sich bedroht. Nun soll ein Runder Tisch den Schulfrieden wieder herstellen.

Was wie ein Einzelfall wirkt, ist Teil eines besorgniserregenden Trends. Doch wie groß ist das Problem wirklich? Auf diese Frage liefert die Bundesregierung nun erstmals bundesweit belastbare Zahlen. Sie liegen WELT exklusiv vor. Allerdings sorgt die Auswahl der Daten für Kritik. Denn das Bundesinnenministerium (BMI) lässt in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion genau jene Form von Gewalt unerwähnt, die an Schulen am häufigsten vorkommt: die

vorsätzliche einfache Körperverletzung. Erst auf Nachfrage von WELT liefert das Ministerium die kompletten Zahlen.

Demnach fanden im vergangenen Jahr 35.570 Gewaltdelikte an Deutschlands Schulen statt – im Durchschnitt also jeden Tag rund 97 Vorfälle, bei denen Schülerinnen und Schüler zu Opfer oder Tätern wurden. 743 davon waren Messerangriffe. Diese Zahlen liegen noch einmal höher als die von den Ländern gemeldeten Werte, über die WELT AM SONNTAG kürzlich exklusiv berichtet hatte.
Blickt man auf alle Straftaten, die in Schulen passieren, also nicht nur Gewaltdelikte, gibt das Bundesinnenministerium für das Jahr 2024 rund 94.318 Straftaten an. Weitere 24.292 Straftaten fanden bei schulischen Veranstaltungen statt, 284 Mal spielte dabei ein Messer eine Rolle. „Das sind erschütternde Zahlen, die belegen, dass unsere Kinder sogar in vermeintlich geschützten Bereichen einer immer größeren Gefahr ausgesetzt sind", kommentierte die AfD-Abgeordnete Birgit Bessin, die die parlamentarische Anfrage gestellt hatte.

Gewalt an Schulen

Daten des Innenministeriums für das Jahr 2024

	Straftaten insgesamt	Gewalt-kriminalität*
Anzahl aller Fälle	5.837.445	217.277
Anzahl aller Fälle mit Phänomen „Messerangriff"	29.014	15.741
Anzahl Fälle mit Tatörtlichkeit (TÖ) Schule	94.318	7243
Anzahl Fälle mit TÖ Schule mit Phänomen „Messerangriff"	743	208
Anzahl Fälle mit Ereignis „Schulische Veranstaltung"	24.292	2606
Anzahl Fälle mit Ereignis „Schulische Veranstaltung" mit Phänomen „Messerangriff"	284	69

* Gewaltkriminalität umfasst schwere Gewalttaten wie Mord, Totschlag, Vergewaltigung und gefährliche Körperverletzung
Quelle: BT-Drucksache 21/766

WELT

Bei tatverdächtigen Jugendlichen wuchs die Zahl der Delikte laut der jüngsten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) von 2023 auf 2024 um 3,8 Prozent auf 31.383 an; bei Kindern (unter 14 Jahren) sogar um 11,3 Prozent auf 13.755. Über die Nationalität der Tatverdächtigen geben diese Zahlen keinen Aufschluss.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist die wichtigste Annäherung an die Kriminalität in Deutschland. Sie bildet den jeweiligen Stand der polizeilichen Arbeit ab und erfasst nur Verbrechen, die auch angezeigt werden. Studien über das Dunkelfeld müssen diesen „Arbeitsnachweis" zwingend ergänzen. Ob der jeweilige Tatverdächtige, der erfasst wird, später auch von einem Gericht schuldig gesprochen wird, darüber geben die Daten keine Auskunft.

In diesem Jahr weist die Polizeistatistik auch erstmals bundesweit aus, welches Ausmaß an Gewalt sich an Schulen abspielt. Die Kriminaldaten erfassen bei Straftaten, ob sich diese am Tatort „Schule" – definiert als öffentliche oder private Schule bis zur Abiturstufe, Berufsschulen und Gebäuden beziehungsweise Flächen, die schulisch genutzt werden – abspielten. Straftaten auf dem Schulweg gehören nicht dazu. Auskunft gibt die Statistik auch darüber, ob ein Delikt auf einer „schulischen

Veranstaltung“ wie etwa einer Klassenfahrt, beim Schulsport außerhalb des Schulgeländes oder Musik- oder Theateraufführungen stattfand.

Die vorsätzliche einfache Körperverletzung
Welche Sorte Gewalt spielt sich auf Deutschlands Schulhöfen also ab? Am meisten verbreitet sind sogenannte vorsätzliche einfache Körperverletzungen. Gemeint ist die Ohrfeige am Pausenstand, aber auch etwas abstrakter gesprochen Tritte, Schläge, Spucken ins Gesicht und Misshandlung ohne schwere Folgeschäden. Solche Vorfälle machen rund 70 Prozent aller Gewaltdelikte an Schulen aus.

Umso erstaunlicher, dass das Bundesinnenministerium in seiner Antwort auf die parlamentarische Frage nach „Gewalt an Schulen“ diese Zahlen zu Körperverletzungsdelikten weglässt. Aufgelistet sind nur 9849 Delikte aus dem Bereich der Gewaltkriminalität, einer Kategorie, die schwere Gewalttaten wie Mord, Totschlag, Vergewaltigung und gefährliche Körperverletzung umfasst. Einfache Körperverletzungen, immerhin 25.721 Fälle, fallen nicht in diesen Bereich. Damit verschwinden rund fünf von sieben Gewaltvorfällen aus der Statistik, die das Bundesinnenministerium liefert.
Auf Nachfrage erklärt ein Sprecher: Sofern durch den Fragesteller keine Informationen „zu konkreten Straftaten“ im Kontext Gewalt erbeten würden, erfolge die Beantwortung grundsätzlich mit den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik zum Summenschlüssel „Gewaltkriminalität“. Und weiter: „Schwere und schwerste Gewalttaten stehen meist im Fokus beziehungsweise sind Anlass entsprechender Anfragen, sodass dieses Vorgehen auch sachgerecht ist.“

Diese Argumentation ist juristisch korrekt, aber politisch umstritten. Denn die Frage nach Gewalt an Schulen richtet sich erkennbar auf das tatsächliche Ausmaß. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mehrfach betont, dass das parlamentarische Fragerecht nicht formalistisch ausgehebelt werden darf – etwa durch bewusst enge Auslegung, irreführende Auslassung oder „strategische Blindheit“. Wer nur das aufzählt, was in engen Kriminalstatistik-Kategorien als „Gewaltkriminalität“ zählt, entzieht sich der eigentlichen Aussageabsicht der parlamentarischen Kontrolle.

Das handhaben auch die 16 Bundesländer anders als das Innenministerium in Berlin. Die meisten Länder lieferten bei journalistischen Anfragen dieser Art auch die Zahlen zu einfacher Körperverletzung mit, die in der Masse das Bild der Verrohung an Schulen entscheidend prägen. Auf Nachfrage stellte nun auch das Bundesministerium diese Daten bereit.

Für Schulen sind die Länder zuständig, sie erheben schon länger detaillierte Daten, so lassen sich Vergleiche zum Vorjahr ziehen. Hier zeigt sich ein starker Anstieg an Gewaltdelikten etwa in Bayern, Hessen, Brandenburg, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen und Rheinland-Pfalz.
„Jugendliche fühlen sich weniger an Regeln gebunden als noch vor zehn Jahren“
Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) schlägt angesichts der neuen Zahlen Alarm. Ihr Bundesvorsitzender Gerhard Brand sieht die schulische Gewalt auch als Folge gesellschaftlicher Entwicklungen. „Bedenklich ist dabei, dass nicht nur die Zahl, sondern auch die Ausprägung der Gewaltvorfälle ansteigt.“ Eine Rolle spielten dabei auch strukturelle Fehler der Vergangenheit wie „Personalmangel, marode Schulgebäude und ständig neue, teils völlig fachfremde Aufgaben“. Brand sagt: „Nach Jahren im Krisenmodus braucht es Ruhe und Verlässlichkeit. Dies gilt auch für unsere Schulen.“ Es brauche „Entlastungen, die auch tatsächlich im Arbeitsalltag ankommen“.

Alexander Dinger ist stellvertretender Ressortleiter Investigation und Reportage. Seine Themenschwerpunkte sind Polizei, Extremismus, Geheimdienste, Clankriminalität und Demonstrationen.

Korrespondent Philipp Woldin kümmert sich bei WELT vor allem um Themen der inneren Sicherheit und berichtet aus den Gerichtssälen der Republik.

Im September erscheint im Verlag C.H. Beck ihr gemeinsames Buch „Neue Deutsche Gewalt. Wie unsicher unser Land wirklich ist."

https://www.welt.de/politik/deutschland/plus256340494/Auswertung-Diese-Nationalitaeten-fallen-bei-Jugendkriminalitaet-besonders-auf.html

Diese Nationalitäten fallen bei Jugendkriminalität besonders auf

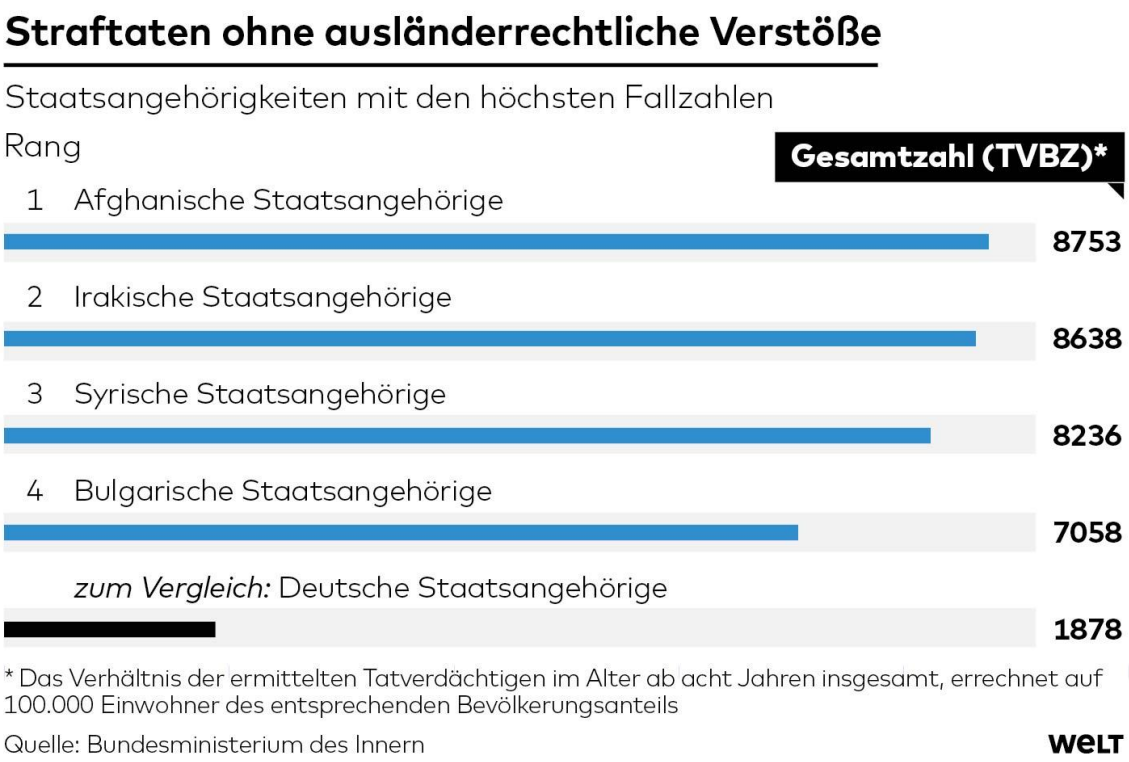
Von ***Philipp Woldin***Politischer Korrespondent
Veröffentlicht am 11.07.2025Lesedauer: 5 Minuten

Neue Zahlen der Bundesregierung zeigen, wer die Kriminalitätszahlen im Land besonders in die Höhe treibt. Vor allem bei Minderjährigen sind die Unterschiede zwischen den Nationalitäten enorm. Eine Gruppe erreicht einen traurigen Höchstwert.

Am Sonntag vor einer Woche passierte an einem Waldweg im nordrhein-westfälischen Dorsten ein brutales Gewaltverbrechen. Eine Spaziergängerin fand neben einer Parkbank eine leblose 32-Jährige mit einer Platzwunde am Hinterkopf, nicht weit entfernt lag ihre kleine Tochter. Auch sie atmete nicht mehr. Wenige Tage später stellte sich ein 16-Jähriger der Polizei und gab an, an dem Doppelmord beteiligt gewesen zu sein. Viele Details des Verbrechens sind noch unklar. Täter und Opfer stammen alle aus der Ukraine.

Es sind Taten wie diese, die die aktuelle Debatte um die Sicherheitslage in Deutschland befeuern. Viele Gewalttaten passieren zwar in der Anonymität der eigenen vier Wände, gerade für Frauen und Mädchen ist ihre Wohnung nicht selten ein gefährlicher Ort. Das Sicherheitsgefühl vieler Menschen allerdings prägen eher brutale Straftaten im öffentlichen Raum – wie der Fall in Dorsten. Auch der rasante Anstieg bei der Gewaltkriminalität unter Kindern und Jugendlichen sowie der überproportional hohe Anteil von Menschen ohne deutschen Pass am Kriminalitätsgeschehen beunruhigen.

Seit diesem Jahr benutzt das Bundeskriminalamt (BKA), das jährlich die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) veröffentlicht, eine zusätzliche Größe, die genauer Auskunft gibt, wer kriminell wird. Dazu wird die sogenannte Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) gebildet. Sie ergibt sich aus dem Verhältnis der ermittelten Tatverdächtigen im Alter ab acht Jahren insgesamt, errechnet auf 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils. Die Behörde setzt also die Zahl der Tatverdächtigen einer Nationalität mit allen Menschen in Relation, die in Deutschland leben und diesen Pass besitzen. So lässt sich zielsicherer darüber sprechen, wer die Kriminalitätszahlen in die Höhe treibt.



Der AfD-Innenexperte Martin Hess hat in einer parlamentarischen Anfrage abgefragt, wie sich die Tatverdächtigenbelastungszahl bei verschiedenen Delikten, Nationalitäten und Altersgruppen unterscheidet. Die Antwort der Bundesregierung, die WELT exklusiv vorliegt, zeigt teils große Unterschiede.

Bei allen Straftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße liegt der Wert bei deutschen Tatverdächtigen aller Altersklassen bei 1878, bei syrischen mit 8236 und afghanischen Tatverdächtigen mit 8753 findet sich ein etwa viermal so hoher TVBZ-Anteil an allen Straftaten. AfD-Mann Hess kommentiert: „Das ist das vorhersehbare Ergebnis einer seit Jahrzehnten völlig gescheiterten Migrationspolitik, die spätestens seit 2015 jegliche Kontrolle aufgegeben hat."

Umfassende Einordnung der Zahlen ist nötig

Nun entscheiden Statistiken selten (allein) über das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Gerade die Polizeiliche Kriminalstatistik bedarf einer Einordnung. Sie ist die wichtigste Annäherung an die Kriminalität in Deutschland – perfekt ist sie bei Weitem nicht. Sie bildet den jeweiligen Stand der polizeilichen Arbeit ab und erfasst nur Verbrechen, die auch angezeigt werden. Studien über das Dunkelfeld müssen diesen „Arbeitsnachweis" zwingend ergänzen. Ob der jeweilige Tatverdächtige, der erfasst wird, später auch von einem Gericht schuldig gesprochen wird, auch darüber geben die Daten keine Auskunft.

Auch die Zahlen selbst bedürfen eines genaueren kriminologischen Blicks. Etwa die Unterschiede innerhalb der Nationalitäten. Ein Faktor, der nichts verharmlosen soll, aber einen Teil der Erklärung liefert, ist die unterschiedliche Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht: Menschen, die nach Deutschland einwanderten, sind im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung im Schnitt jünger sowie häufiger männlich und stammen aus ökonomisch ärmeren Gebieten – alles Faktoren, die es kriminologisch wahrscheinlicher machen, eine Straftat zu begehen.

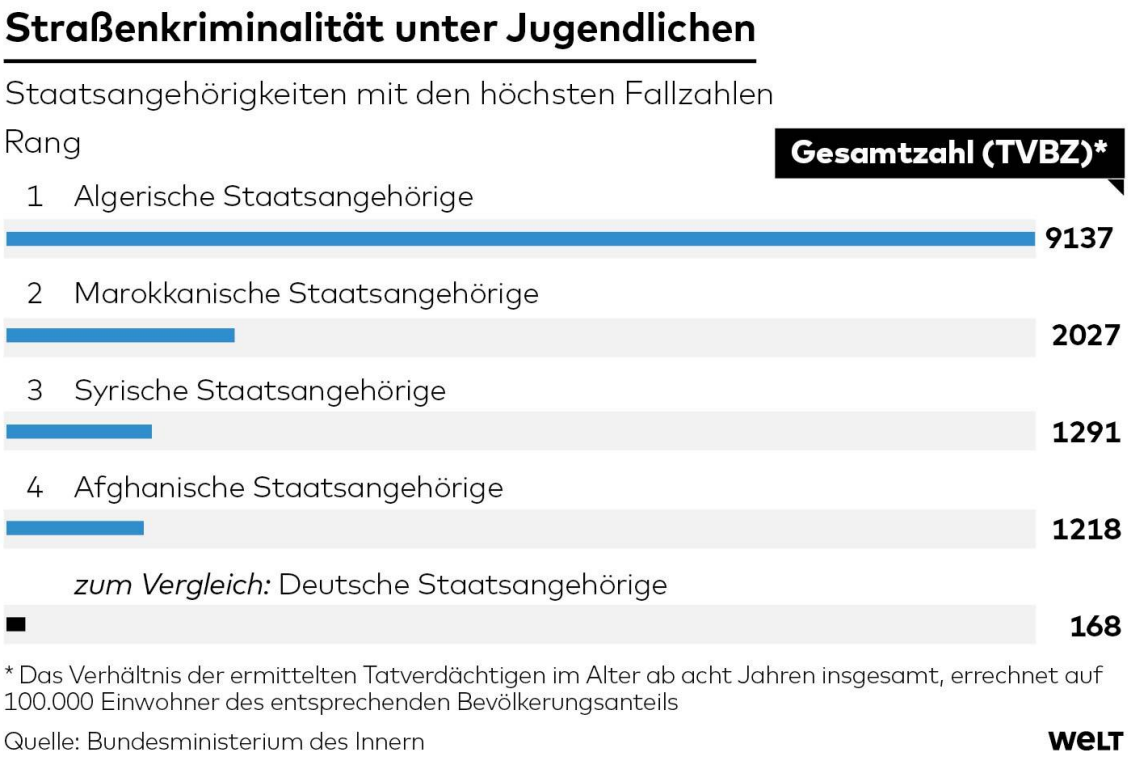
Kriminalstatistik
Diese Nationalitäten fallen bei der Gewaltkriminalität auf

-

Kriminalstatistik
Gewalt durch Zuwanderer – und die rasant wachsende Zahl türkischer Verdächtiger

Unter den „kriminalitätsbelasteten“ Nationalitäten, die hier abgefragt wurden, sind viele Zuwanderer, die erst in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen sind, etwa Syrer, Afghanen oder Ukrainer. Viele dieser Zuwanderer leben in den ersten Jahren in engen Asylunterkünften, oft unter prekären Bedingungen auf engem Raum – ein Nährboden für Auseinandersetzungen und Gewalt. Auch Fluchterfahrungen und die Sozialisation mit Gewalt in den Heimatländern spielen eine Rolle. Und dürfen dennoch nicht den Blick auf Fehlentwicklungen und Probleme verstellen.

Besonders schockierend seien die „Tatverdächtigenbelastungszahlen minderjähriger Ausländer“, findet der AfD-Abgeordnete Hess. Ein Beispiel aus dem Bereich der „Straßenkriminalität“ – ein Deliktfeld, zu dem etwa Straftaten wie Diebstahl von Autos und Taschendiebstahl gehören, aber auch sexuelle Belästigung, Raubtaten und Körperverletzung auf Straßen und Plätzen – verdeutlicht die teils großen Unterschiede: Syrische Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren sind hier etwa fünfmal so häufig tatverdächtig wie deutsche Jugendliche gleichen Alters, das gilt ebenso für Kinder unter 14 Jahren.



Eine andere Bevölkerungsgruppe erreicht einen traurigen Höchststand: Algerische Teenager liegen mit ihrem TVBZ-Wert 56-mal höher als ihre deutschen Altersgenossen, bei Marokkanern zwischen 14 und 18 liegt die Kriminalitätsbelastung rund 19-mal höher. Der hohe Anteil von Menschen aus Maghreb-Staaten bei Raubstraftaten macht den Sicherheitsbehörden seit Jahren Sorgen. In Städten wie Bremen etwa ermitteln Sonderkommissionen zu diesem Phänomen.

Auch bei allen Altersklassen gibt es bei den Straftaten aus dem Bereich der Straßenkriminalität große Unterschiede: Deutsche Tatverdächtige weisen hier eine TVBZ von 168 auf, der Wert von syrischen (1291) und afghanischen (1218) Tatverdächtigen liegt fast achtmal so hoch. Ukrainische Tatverdächtige weisen „nur“ einen etwa doppelt so hohen Wert (343) im Vergleich zu deutschen Tatverdächtigen.

Auch in anderen Bereichen zeigen sich beunruhigende Entwicklungen. Die TVBZ bei Ladendiebstahl liegt bei deutschen Kindern im Alter von acht bis 14 Jahren bei 409, bei Ukrainern des gleichen Alters bei 1777. Bei Rauschgiftkriminalität sind die Unterschiede weniger groß: Heranwachsende Syrer zwischen 18 und 21 Jahren weisen einen weniger als doppelt so hohen Belastungswert wie gleichaltrige Deutsche auf.

Korrespondent Philipp Woldin kümmert sich bei WELT vor allem um Themen der inneren Sicherheit und berichtet aus den Gerichtssälen der Republik.